4° Eph. pol. 68
(1848, 2.

<36635309600013

<36635309600013

Bayer. Staatsbibliothek

Nr. 1.

4° Bayr. spl. 68

Neue Münchener Zeitung.

Sonnabend den 1. Juli 1848.

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MÜNCHEN

Zur gefälligen Beachtung.

Das Jahr 1848 bildet in der Geschichte Deutschlands einen Wendepunkt, über dessen folgenschwere Bedeutung sich wohl Niemand mehr zu täuschen vermag.

Eine neue Zeit ist angebrochen unter Stürmen und Gewittern, die mit beispielloser Schnelligkeit und unwiderstehlicher Gewalt einem erkünstelten, daher unhaltbaren Systeme der Politik den Untergang brachten. An die Stelle des zusammengestürzten Gebäudes soll nun ein Neubau gesetzt werden, der auf festen Grundlagen beruhend auch die Bürgschaften der Dauer in sich trage.

An der von ihren langjährigen Fesseln endlich befreiten Presse ist es jetzt, zu diesem Baue, so viel an ihr ist, mitzuwirken, zu zeigen, daß sie ihre hohe Aufgabe begreift, sie würdig zu erfüllen weiß. Sie soll die Zunge sein für den Ausdruck der öffentlichen Meinung, diese aber auch leiten und aufklären. Es gilt jetzt Wahrung der errungenen Rechte und Freiheiten, Anbahnung, des weiteren Fortschritts auf gesetzlichen Wege, aber auch entschlossenen Widerstand nach zwei Seiten hin: gegen Diejenigen, welche es etwa gelüsten möchte, die frühern trostlosen Zustände zurückzuführen; aber nicht minder entschieden gegen Jene, die uns in das unselige Labyrinth ewiger Revolutionen stürzen, die junge Freiheit durch ihre eigenen Uebertreibungen tödten würden.

Eine neue Zeit erfordert aber auch neue Organe, die ihren Anforderungen entsprechen. Die seit neunundvierzig Jahren in München bestehende „Münchener politische Zeitung" schließt daher mit dem 30. Juni ihr Dasein. Ein in Wesen und Form neues Blatt tritt mit dem 1. Juli d. J. an ihre Stelle unter dem Namen

„Neue Münchener Zeitung"

Unter thätigster Mitwirkung anerkannt tüchtiger Publicisten von erprobt patriotischer Gesinnung wird der Unterzeichnete die Redaktion des neuen Blattes führen.

Neben raschester Mittheilung der politischen Weltereignisse nach eigenen Correspondenten und den bewährtesten Organen der deutschen und ausländischen Presse, wird die Redaktion die folgenden Punkte, die ihr Glaubensbekenntniß bilden, unwandelbar im Auge behalten.

Wir wollen ein einiges, großes und freies, in seiner Einheit starkes und Ehrfurcht gebietendes Deutschland, hervorgehend aus dem innigsten Anschlusse seiner einzelnen Stämme aneinander. Was es groß und gewaltig zu machen geeignet ist, worden wir mit aller uns zu Gebote stehende Kraft unterstützen. Wir wollen, daß Deutschland mächtig dastehe nach Außen, durch seine Flotte wie durch sein tapferes Heer, reich und blühend im Innern durch den Aufschwung des Ackerbaues, der Industrie und des Handels, glänzend im Schmucke guter Sitte und durch die Sterne der Kunst und der Wissenschaft. Wir wollen es also frei und glücklich nach Innen, stark nach Außen, furchtbar seinen Feinden. Aber wir wollen die Freiheit nur auf der Grundlage der Ordnung und der Herrschaft des Gesetzes, und als schirmen — und unserer Ueberzeugung nach einzigen — Hord und Schild dieser kostbaren Güter betrachten wir die konstitutionelle Monarchie.

Wir halten treu und fest an Deutschland wie an unserm konstitutionellen Fürsten, und sprechen das mit aller Entschiedenheit aus. Die konstitutionelle Monarchie ist unser Banner, das wir hoch erheben und zu vertheidigen fest entschlossen sind gegen die radicalen Wühler, gegen eine zügellose, zur Anarchie und Auflösung aller gesellschaftlichen Bande hinreibende Demagogie, wie gegen die Rückschrittsmänner und Freunde der Willkürherrschaft.

Der Bestimmung des immensten Mehrheit des gesammten deutschen und zumal des durch seine herrliche Haltung fast einzig dastehenden bayerischen Volkes sind wir in diesem unsern Streben im Voraus gewiß. Wir rechnen auf die Mitwirkung und Unterstützung aller Derer, die unsere Gesinnungen theilen, und vorzüglich auch Jener, die den Muth, die Kraft und die Fähigkeit in sich fühlen, zu unserem Werke selbstthätig mitzuhelfen.

Wir werden in unsern, alle großen Fragen der Gegenwart berührenden, leitenden Artikeln die hier ausgesprochenen Grundsätze stets zur Richtschnur nehmen, und mit Freuden auch Beiträgen, die in gleichem Sinne und Geiste gehalten sind, unsere Spalten öffnen.

Die Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt werden wir rasch und in gedrängtem Originalberichten mittheilen, daneben aber auch denen der einzelnen deutschen Kammern, unserer bayerischen zumal, die gebührende Aufmerksamkeit widmen.

In dem Umstande, daß die „Neue Münchener Zeitung" in der Hauptstadt Bayerns erscheint, erblicken wir zugleich die dringende Aufforderung, auch unsere bayerischen Angelegenheiten und Interessen, und so weit es immer thunlich, mit steter Beziehung auf die allgemein deutschen, umfassender als es bisher geschehen zu besprechen, ihnen eine größere Beachtung zu schenken. Vollste Unabhängigkeit und entschiedener Freimuth wird stets unser Urtheil bezeichnen, Wahrheit gegen Freund und Feind unser unverrückbarer Wahlspruch bleiben. Das Gute anerkennend, wo wir es finden, das Schlechte bekämpfend, wo es auftauchen will, aber uns immer nur streng an die Sachen haltend, werden wir keine Mäßigung und würdige Haltung zu bewahren wissen, welche allein der Presse Achtung und wahres Ansehen, also Einfluß verschaffen kann.

Wissenschaft und Kunst sind zwei der schönsten Zierden des deutschen Lebens, ihre Blüthe ist der Ruhm Deutschlands für alle Zeiten: wir werden den hervorragendsten Erscheinungen auf diesem Felde unausgesetzt folgen und unsere Leser davon in Kenntniß erhalten.

Auch für eine würdige äußere Ausstattung des Blattes ist Vorsorge getroffen; es wird in größerem Formate und Umfange als die Münchener politische Zeitung erscheinen, in der Absicht, aber der Preis dieser beibehalten werden.

Mögen nun unsere Bemühungen auch in der recht lebhaften allgemeinen Theilnahme einen festen Halt und Stützpunkt finden.

München, 1. Juli 1848.

Die Redaktion der „Neuen Münchener Zeitung".

J. B. Vogl.

Auf Vorstehendes und beziehend, laden wir nun zu recht zahlreichem Abonnement auf die „Neue Münchener Zeitung" ein. Bestellungen für die Stadt und die nächste Umgegend werden bei der Expedition des Blattes angenommen, die vom 1. Juli an auf dem Promenadeplatz Nro. 14 neben der Apotheke sich befindet. Auswärtige belieben das Blatt bei dem ihnen zunächst gelegenen Postamte zu bestellen.

Der Abonnementspreis beträgt innerhalb des ganzen Königreichs Bayern für das ganze Jahr **6** fl., für das halbe Jahr **3** fl., für das Vierteljahr **1** fl. **36** kr., für einen Monat **45** kr.

Wir empfehlen die „Neue Münchener Zeitung" auch als Organ für Ankündigungen und Bekanntmachungen aller Art, wofür die gespaltene Petitzeile zu 4 kr. berechnet wird.

Die Stunde der Ausgabe der „Neuen Münchener Zeitung" im Expeditionslocale ist auf **acht Uhr Morgens** festgesetzt. In Folge dieser Einrichtung wird die „Neue Münchener Zeitung" durch Benützung der letzten hier eintreffenden Pariser Abendpost im Stande sein, ihren hiesigen Lesern die neuesten politischen, Handels- und Börsennachrichten aus dem westlichen Europa **um zehn Stunden früher** mitzutheilen, als sämmtliche übrigen deutschen Blätter.

München, 1. Juli 1848.

Die Expedition der „Neuen Münchener Zeitung,

Promenadeplatz Nro. 14, neben der Apotheke.

Deutsche Reichsversammlung.

** Wir beklagen es tief, unsern ersten Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt mit dem Ausdrucke der Entrüstung beginnen zu müssen, welche die skandalösen Vorgänge in der Sitzung vom 26. in uns erregt hat. Wir beklagen es tief, wenn mit Hintansetzung aller der Nationalvertretung schuldigen Achtung, mit kecker Verletzung aller Sitten und des Anstandes, eine zügellose Menge auf der Galerie es ungestraft wagen kann, geradezu mit Zischen und Klatschen, je nachdem ein Redner ihren Beifall oder ihr Mißfallen erregt, ja sogar durch Zurufen an die Redner oder den Präsidenten selbst sich in die Verhandlung zu mischen, und einen moralischen und selbst materiellen Zwang zu üben. Aber wie sollen wir vollends es nennen, wenn ein Theil der Mitglieder der Versammlung selbst, wenn die „äußerste Linke“ so sehr das Gefühl der Achtung vor sich selbst — wir wollen gar nicht sprechen von der Achtung vor der Versammlung — vergißt, daß sie zu dem rohen Treiben der Galerie nicht blos die Hände bietet, sondern sogar Kaffeehaus-Manier und Kaffeehaus-Witz mit dem Beifalle dazu begrüßt? Wer auf solche Weise sich vergessen kann, daß er im Haschen nach ritter Popularität jeden Sinn für Würde aufgibt, der hat sich selbst sein Urtheil gesprochen. Solcher Skandal kann und darf nicht länger geduldet werden, und wir begreifen nicht, wie der Vorsitzende solchen so lange zulassen konnte, bis er endlich am 26. seinen Höhepunkt erreichte. Unter solcher gewaltsamen Einwirkung ist weder Freiheit der Berathung, noch der Abstimmung möglich, und wir bekennen aus vollkommen der auch entwarfe geäußerten Meinung an, daß einander dieser Unfug schnell ein Damm gesetzt werden muß, die Miniel dazu in Frankfurt fehlen, die Reichsversammlung noch einem andern Orte verlegt werden müsse. Wir sind darin nur konsequent mit dem, was wir bereits in unserem Probeblatte gesagt haben. Wir hätten aber nicht erwartet, daß unsere dort ausgesprochenen Besorgnisse eine so traurige Rechtfertigung in demselben Augenblicke schon erhalten würden, wo wir ihnen hier Ausdruck gaben.

Nach diesen einleitenden Worten, die uns nur das lebhafte Interesse für das Aufsehen der Nationalversammlung eingegeben hat, theilen wir vorerst das ganze „Gesetz über die Einführung einer provisorischen Zentralgewalt für Deutschland“ mit, wie es in der 26. Sitzung vom 28. mit 450 Stimmen gegen 100 angenommen worden ist:

1) Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll eine provisorische Zentralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden. 2) Dieselbe hat a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betreffen b) die Obrleitung der gesammten bewaffneten Macht zu übertragen und namentlich die Oberbefehlshaber derselben zu ernennen; c) die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben, und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen. 3) Die Errichtung des Verfassungswerks bleibt von der Zentralgewalt ausgeschlossen. 4) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Zentralgewalt im Einverständniß mit der Nationalversammlung. 5) Die provisorische Zentralgewalt wird einem Reichsverweser übertragen, welcher von der Nationalversammlung gewählt wird. 6) Der Reichsverweser übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen desselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers. 7) Der Reichsverweser ist unverantwortlich. 8) Ueber die Verantwortlichkeit der Minister wird die Nationalversammlung ein besonderes Gesetz erlassen. 9) Die Minister haben das Recht, den Berathungen der Nationalversammlung beizuwohnen und von derselben gehört zu werden. 10) Die Minister haben die Verpflichtung, auf Verlangen der Nationalversammlung in derselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen. 11) Die Minister haben das Stimmrecht in der Nationalversammlung nur dann, wenn sie als deren Mitglieder gewählt sind. 12) Die Ernennung des Reichsverwesers ist mit der eines Abgeordneten der Nationalversammlung unvereinbar. 13) Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Zentralgewalt hört das Bestehen des Bundestags auf. 14) Die Zentralgewalt hat sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, so weit thunlich, mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen in's Einvernehmen zu setzen. 15) Sobald das Verfassungswerk zur Deutschland vollendet und in Anwendung gebracht ist, hört die Thätigkeit der provisorischen Zentralgewalt auf.“

Wir fügen nun noch einige Worte in Betreff der Abstimmung über die einzelnen Punkte bei. Hr. Wirth hat im Namen einer Anzahl Abgeordneten die Erklärung, daß dieselben für die Wahl des Reichsverwesers durch die Nationalversammlung, die bekanntlich mit 403 gegen 135 Stimmen durchging, in dem Vertrauen gestimmt haben, daß die deutschen Regierungen ihre Einwilligung geben würden. In der Sitzung vom 28. ging es abermals sehr stürmisch zu. Besonders der Artikel in Betreff der Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers gab Anlaß zu heftigen Debatten und förmlichem Tumulte. Endlich wurde die Unverantwortlichkeit mit 373 gegen 175 Stimmen beschlossen. Mittermaier, Biedermann u. a. erklärten, sie hätten nur in der Voraussetzung dafür gestimmt, daß es sich blos von einer parlamentarischen Unverantwortlichkeit handle. Unter denen, welche gegen das ganze Gesetz stimmten, befanden sich auch Uhland und Binder. Die Auflösung des Bundestags nach Ernennung der Zentralgewalt wurde mit 510 gegen 35 Stimmen beschlossen. Die Linke motivirte, in offenbarer Hinneigung zu republikanischen Tendenzen, ihr Votum gegen die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers dadurch, weil sie dieselbe für unvereinbarlich mit dem Prinzip der Volkssouveränetät hält, und erklärt, daß sie, die Linke, in diesem Betreff ein Manifest an die deutsche Nation erlassen wolle. In der 29. Mittags 12 Uhr zu haltenden Sitzung solle der Reichsverweser gewählt werden, als welchem man so ziemlich bestimmt den Erzherzog Johann bezeichnet.

Deutschland.

* Wir beeilen uns, unsern Lesern eine eben so wichtige als erfreuliche Nachricht mittheilen zu können, die gewiß in ganz Deutschland allgemeinen Wiederhall finden wird. Wie wir nemlich aus guter Quelle vernehmen, sind die Einschreitungen des deutschen Bundes und der bayerischen und preußischen Gesandtschaften in Turin zu Gunsten Trieft's, wie zu erwarten stand, nicht erfolglos geblieben, und es hat hierauf die sardinische Regierung die Aufhebung der Blokade von Triest bereits verfügt. Der Handel dieser wichtigen deutschen Stadt wird hienach die ihm so nöthige freie Bewegung wieder erlangen und von der sardinischen Flotte lediglich bezüglich der Transporte von Kriegsmaterial eine Kontrole geübt werden.

Bayern. †München, 30. Juni. Ein Artikel „vom Lech, 26. Juni“ in der „Allgemeinen Zeitung“ spricht von der im Publikum erregten Besorgniß vor einem nahe bevorstehenden Eindringen der Russen in Deutschland, von angeblichen Gerüchten in Betreff eines angeblichen geheimen Bundnisses der deutschen Regierungen mit denselben und knüpft daran die Aufforderung an die Regierungen zu öffentlichen Kundgebungen darüber. Wir sind nun, was Bayern betrifft, in den Stand gesetzt, hier das Folgende zu bemerken. Bayerns Bündnisse mit auswärtigen Mächten finden sich sämmtlich in den Sammlungen der deutschen staats- und völkerrechtlichen Verträge abgedruckt und stehen zu Jedermanns Einsicht offen. Ein geheimes Bundniß zu irgend einem Zwecke, mit irgend einer auswärtigen Macht nach irgend einer Seite hin, hat Bayern ebensowenig geschlossen, als es dazu einen Anlaß gehabt. Bayerns König wird sich nie auf eine andere Basis stützen als auf die auch in gegenwärtigen Tagen erprobte Liebe und treue Hingebung des bayerischen Volkes, und auf die einige Macht der gesammten deutschen Nation. Die Thatsachen für den Werth der erwähnten Gerüchte ergibt sich hieraus von selbst und die darauf verregten Besorgnisse entbehren sonach der Begründung.

**München, 30. Juni. Eine Thatsache, die einen neuen erfreulichen Beweis liefert, wie in unserm schönen Bayernlande wahrer Burgersinn und aufopfernde Treue und Hingebung für's Vaterland trotz aller Wühlereien, die man auch bei uns versucht, noch etwas mehr sind, als leere Redensarten, kommt zu unserer Kenntniß, und wir beeilen uns, dieselbe als ein nachahmungswerthes Muster unsern Lesern mitzutheilen. Die Gemeinde Taxherring, Landgerichts Trostberg, und Schlachten Landdekanats Bernstehend, hat aus vollkommen freiem Antriebe und lediglich in Erwägung der bedrängten Zeit der k. Regierung von Oberbayern sich erboten, ein doppeltes Steuersimplum, nicht als Darlehen, sondern ohne alle Rückvergütung zu zahlen, wenn auch die übrigen Gemeinden sich anschließen. Wir müßten fürchten, den erhebenden Eindruck zu schwächen, welchen ein solches Beispiel werthätiger Vaterlandsliebe, ausgehend von schlichten Landbewohnern, überall machen muß, wenn wir daran irgend einen Kommentar knüpfen wollten. Ehre dem Ehre gebührt!

(Ordensverleihung.) Se. Maj. der König haben dem General-Intendanten der königl. Schauspiele zu Berlin, Th. v. Küstner das Komthurkreuz des königl. Verdienstordens vom h. Michael zu verleihen geruht.

(Dienstesnachrichten.) 1) Durch Allerhöchste Entschließung vom 23. Juni wurde die k. Pfarrei Wolfersdorf, Landg. Pfaffenhofen dem geprüften Lehramtskandidaten Pr. Anton Hasenbradl i. Z. Kooperator in Moosbach, Dek. Vohenstrauß, und 2) die pract. Pfarrei Neuig, Dekanats Notzenberg, dem bisherigen Pfarrer Heinrich Richter zu Wertlohdorf, Dekanats Wundebach, 3) durch allerhöchste Entschließung vom 24. Juni die katholische Pfarrei Reulbach, Landgerichts Hilbert, dem seitherigen Pfarrer in Luter, Landgerichts Weibert, Pr. Pius Leonhard Riegel, endlich 4) durch Allerhöchste Entschließung vom 26. Juni das Frühmeßbenefizium Türkheim, Landgerichts gleichen Namens, dem Priester Johann Georg Thanner, Pfarrer zu Kleinligbsosen, Landgerichts Schwabmünchen, verliehen.

(Amtsveränderungen.) 1) Die katholische Pfarrei Möning, Lgg. Neumarkt, Diözese Eichstädt mit einem Reinertrag von 670 fl. 44 kr. 2) Die katholische organistische Pfarrei Eberfing, Lgg. Weilheim, Diözese Augsburg, mit einem Reinertrag von 723 fl. 20 kr. 3) Die katholische Pfarrei Attenhausen, Lgg. Ottobeuren, Diözese Augsburg, mit einem Reinertrag von 627 fl. 37 kr. 4) Die katholische Pfarrei Reichheim, Lgg. Donauwörth, Diözese Augsburg, mit einem Reinertrag von 694 fl. 10 kr. 5) Die katholische Pfarrei Obergiesing, Lgg. Au, Diözese München-Freising, mit einem Reinertrage von 603 fl. 15 kr.

Schleswig-Holstein. Aus dem von der Tauffschen Freikorps sind 132 Mann, die 6. Kompagnie, ausgetreten, weil Major von der Laen die von ihnen im Militärwesen beantragten republikanischen Einrichtungen natürlicher Weise nicht annehmen konnte. Von Altona vernimmt man, daß unter englischem Einfluß eifrigst am Frieden gearbeitet werde. England scheint nachgerade die russische Flotte in der Ostsee mit bedenklicheren Augen zu betrachten. Die Stimmung der Dänen besonders der Ueberinnen hat sich allmählich sehr abgekühlt und der jetzt eingetretene Mangel an Geld und Vorräthen trägt auch zum Wunsch nach Frieden bedeutend bei.

Preußen. Das neue preußische Ministerium hat in der Sitzung der Nationalversammlung vom 26. das folgende Programm verkündet, das wir, weil es die Grundlage seiner ganzen künftigen Thätigkeit bildet, vollständig mittheilen: „Wir wollen die unerhaste Begründung der konstitutionellen Monarchie. Deßhalb halten wir fest an dem Zweikammer-System und an dem Grundsatze, daß die gesetzgebende Gewalt von den beyden Kammern und dem Könige gemeinschaftlich ausgeübt werde. Deßhalb wollen wir aber auch, daß die Bildung jeder Kammer in einer Weise erfolge, durch welche ihr thatsächende Vertrauen im Volke gesichert wird; zu diesem Zweck möge die erste Kammer auf eine Weise gebildet sein, wie es in dem von der Regierung vorgelegten Verfassungs-Entwurfe vorgeschlagen worden ist, begründet werden. Wir halten uns überzeugt, daß die Wünsche und Bedürfnisse des Landes, die Befestigung der erworbenen Freiheit und — zum Schutze derselben, so wie zur Wiederherstellung des gestörten Vertrauens — die Stärkung der Staatsgewalt bringend erheischen, damit auf der einen Seite keine Bestrebungen einem Despotismus zur Wiederherstellung den früheren Regierungssystems entstehe, auf der anderen Seite die Freiheit nicht in Anarchie ausarte. So weit die bestehenden Gesetze nicht zur Erfüllung dieser Aufgabe ausreichen, werden wir keinen Anstand nehmen, Ihre Mitwirkung zur Erlangung der nothwendigen Mittel in Anspruch zu nehmen; denn die größten Gefahren im Innern und nach Außen wurden für Preußen und für Deutschland daraus entstehen, wenn nicht bald das Vertrauen auf gesetzmäßige Ordnung und auf feste Begründung der konstitutionellen Monarchie sich allgemein befestigte. Zur Erreichung dieses Zweckes werden wir nicht nur gemeinsam mit Ihnen die Vereinbarung über die Staatsverfassung zu fördern und bemühen, sondern Ihnen auch in kurzer Zeit diejenigen Gesetze vorlegen, welche nothwendigster Art sind, um dem in neuer Verfassung sich verkörpernden Rechte Leben und Harmonie mit derselben zu bringen. Wir werden Ihnen unverzüglich zur weiteren Entwicklung der nationalen Wehrkraft ein Gesetz über die Bürgerwehr vorlegen; ihr Beruf ist, die verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung zu schützen, so wie bei der Vertheidigung des Landes gegen äußere Feinde mitzuwirken. Bereits befinden sie eine Landwehr, in welcher die Grundsätze eines Gesetzes zur Besserung des Eigenthums von den Fesseln angebeutet sind, die dessen vortheilhafteste Benutzung in einem großen Theile der Monarchie lähmen. Unsere eifrigste Sorge wird darauf gerichtet sepn, dies Gesetz bald zu erwerfen und vorzulegen. Es erscheint uns dringend nothwendig, daß die innere Landesverwaltung überall mit den konstitutionellen Grundsätzen in Einklang gebracht werde. In diesem Sinne werden wir bald den Entwurf einer freisinnigen Gemeindeordnung, die auf dem Grundsatz der Selbstverwaltung der Gemeindeinteressen beruht, einbringen Insbesten wird damit jener Einklang noch nicht genugend und nicht frühzeitig genug erreicht und eine durchgreifende Umbildung der Bezirksverwaltung ist nothwendig, wenn die Organe der Staatsgewalt überall harmonisch mit dem Ministerium und den konstitutionellen Spitze kräftig wirken sollen. Wir glauben, daß dies Bedürfniß allgemein erkannt wird. Deßhalb werden wir nächstens eine Reorganisation jener Verwaltung anordnen, durch welche die Anstellung der Gemeindeordnung zweckmäßig vorbereitet und die Organe der Gemeinde vereinfacht und gekräftigt werden. Unser Plan zur Reorganisation der Rechtspflege geht von der Absicht aus, die anerkannten Vorzüge des rheinischen Gerichtsverfahrens in nicht ferner Zukunft im ganzen Lande zu verallgemeinern und die diesen Zweck befördernden Vorbereitungen zu beschleunigen. In der Steuerverfassung sind wesentliche Verbesserungen nothwendig; die dringliche Frage des Aufhörens der Steuerbefreiungen, zu deren Beseitigung ein Gesetz vorgelegt werden wird. Zur Belebung der Erwerbsthätigkeit, also zur Besserung der Noth der handarbeitenden Volksklassen gibt es fur jetzt kein wirksameres Mittel als die Herstellung des gestörwundenen Vertrauens auf Erhaltung der gesetzlichen Ordnung und der dadurch gesetzten konstitutionellen Monarchie. Ihnen wird mit allen Kräften dieses Ziel verfolgen, wirken wir also der Erwerbslosigkeit und Noth am sichersten entgegen. Aber die Beschaffung von Beschäftigung durch öffentliche Arbeiten die dem Lande wahren Nutzen bringen, ist hiezu ebenfalls nothwendig. Wir werden daher in dieser Beziehung den von dem frühern Ministerium bereits begonnenen Weg nach Möglichkeit nur und Kräften fortsetzen. Mittel, verfolgen, jedoch noch weit umfangendere Arbeiten zum Heil aller erwerbenden Volksklassen anordnen, sobald mit Ihrer Unterstützung es uns gelingt, die durch Umruhen und Aufreizungen gestörten Besorgnisse vor dem Umsturz der staatlichen Verhältnisse zu beseitigen und das zur Beschaffung der erforderlichen Geldmittel nothwendige allgemeine Vertrauen wieder herzustellen. Also in der Besetzgebung in der Verwaltung, in unserem Thun und Handeln — nicht in abstrakten Erklärungen, die verschiedenartiger Deutung ausgesetzt sind — lassen wir die denkwürdigen Ereignisse des Monats März und unsere Anerkennung der damals stattgehabten Revolution, einer Revolution, deren nothwendige und unvermeidliche Folge es war, daß sie — wenn auch äußere und staatlichen Verhältnisse — die konstitutionelle Freiheit begründet und das Recht zur Geltung gebracht hat. Auf rechtlicher Grundlage steht diese Versammlung, stehe die Krone; diese Grundlage halten wir fest."

Berlin. In der Sitzung der Verfassungskommission wurde in einer besondern Abstimmung die Aufhebung des Adels ausdrücklich beschlossen. Auch ist die Liste im Voraus abgestimmt gekommen, die Aufhebung aller Titulaturen ohne Ausnahme zu verfügen. — Wie man vernimmt, ist der bisherige Polizei-präsident v. Minutoli zum Generalkonsul in Brasilien bestimmt; sein Nachfolger ist wohl Hr. v. Bardeleben.

Oesterreich. Zu dem konstituirenden Reichstag haben sich bis zum 26. d. M. 75 Abgeordnete bei der einschlägigen Kommission angemeldet. Aus Galizien 48, aus dem Krakauer Gebiete 3, aus Niederösterreich 9, aus Oberösterreich 2, aus Steiermark 1, aus Tyrol 6, aus Mähren und Schlesien 5 und aus Illyrien 1. — Die k. k. priv. „Wienerzeitung" wird vom 1. Juli an als offizielles Organ der Regierung mit veränderter Redaktion erscheinen und leitende Artikel in diesem Sinne bringen.

Wien, 26. Juni. Einen äußerst wohlthätigen Eindruck hat die Ankunft und Erhebung Johann sier hervorgebracht. Man sah den bisherigen Zustandes durchaus müde und begrüßt freudig jeden Zeichen der zurückkehrenden Ordnung. Im Theater empfing den Prinzen lauter Jubel. Immer mehr Anerkennung findet das Verhalten des Fürsten Windischgrätz, während v. Pillersdorfs Schwäche in der böhmischen Sache nur desto unbegreiflicher erscheint. Daß Graf Leo Thun noch an der Spitze der Zivilgewalt steht, erregt die allgemeine Entrüstung.

Schweiz,

• Von verschiedenen Seiten kommen uns Nachrichten zu, welche alle darin übereinstimmen, daß von der Schweiz aus allermächtigen schon wieder die deutschen Republikaner, welche nach ihrer Niederlage im badischen Oberlande und Seekreise auf Schweizer Gebiet sich geflüchtet haben, einen neuen Einfall in Deutschland unternehmen werden. Mit allen Mitteln und auf jede Weise und in den Vorbereitungen dazu geschieht. Der „Schwäbische Merkur" meldet aus Zürich vom 24. Juni, daß dort eben ein gedruckter Aufruf aus Biel im Kanton Bern eingetroffen war, sich zu rüsten mit Geld, Waffen, Wäsche und Mannschaft. Dasselbe wird uns durch Privatmittheilungen aus Konstanz bestätigt. Wir begreifen nun recht gut, warum man seit einiger Zeit von machen Seiten so sehr auf Zurückberufung der bayerischen Truppen aus dem badischen Seekreise verlangte. Da hätten die bewaffneten Einbringlinge allerdings freien Spielraum, das ohnedieß schon so schwer durch die freveltaten Beginnen heimgesuchte badische Grenzland aufs Neue zum Schauplatz der heillosesten Anarchie zu machen. Aber wir sind es überzeugt, diese Berechnungen werden vereitelt werden. Deßhalben sind wir überzeugt, daß die fortgesetzten Versuche, unsere wackern bayerischen Soldaten zum Abfall und Treubruch zu verleiten, wie bisher, immer scheitern werden, wenn auch Aufreizungen schriftlich wie mundlich alle Tage sich erneuern, wenn man gleich dem Konstanzer Burgermeister mit einer Mordnacht, mit Einäscherung der Stadt droht, im Falle binnen 3 Wochen nicht alles Militär entfernt wäre.

Italien.

(Nachrichten vom Kriegsschauplatze.) Durch telegraphische Depesche von Cilli geht (am 26. in Wien) die erfreuliche Meldung des Feldmarschall Grafen Nugent ein, daß die Festung Palmanuova sich den 25. um 9 Uhr früh ergeben hat, wodurch mit allem ein fortdauerd Kriegsmaterial, namlich der Belagerungspark der Armee in Italien wieder in unseren Besitz gekommen ist, sondern auch die Kommunikationslinie des Heeres vollig frei wird. (Allg. oberr. Z.)

Die Bedingungen, unter welchen die italienische Besatzung sich ergeben hat sind nach einem Briefe aus Triest vom 26. in der „Allgemeinen Zeitung" eben so milde wie jene der Uebergabe von Verona, Treviso, &c. Die sardinischen Truppen gegen mit militärischen Ehren aus und werden bis zur Grenze geleitet. General Zuchi und Major Boni gehen nach Reggio zu. Alle jedoch mußten die Verpflichtung eingehen, ein Jahr lang nicht gegen Oesterreich zu dienen. Zugleich wurde die Nationalgarde aufgelöst und die Bürger mußten die Waffen niederlegen. Die Besatzungen aus Venedig gehen bis zum 24. mit ersatzten Reihen über das Heer in Venedig, welches 20,000 Mann, aus allen Ländern Italiens zusammengewürfelt, betragt. Die Armee Durandos wird zu Besatzungen verwendet, damit die übrigen römischen und sardinischen Truppen die Linien ins Herz anfüllen können. Ja die Regierung der Lombardei erklärt Pepe, einen Theilden mit Gewehr und Munition in Konstantinopel, die Zuschiffung, 3 Monate lang nicht mehr zu dienen, sey nöthig. Nach der Mailander Bulletin vom 25. ist die Nachricht eines zwischen Oesterreich und Karl Albert abgeschlossenen Waffenstillstandes falsch.

Frankreich.

Die neuesten Nachrichten aus Paris vom 28. Juni sind durch telegraphische Depeschen aber Straßburg eingetroffen. Diese Depeschen lauten:

1) Paris, 28. Juni, 3 Uhr Morgens. Die Ruhe wird vollzehenden Gewalt an die Präfekten. Stellen Sie überall die Bewegung der Nationalgarden nach Paris, wo ihre Gegenwart nunmy wäre, ein. Danken Sie ihnen im Namen des Vaterlandes für ihren großmuthigen Eifer. —

2) Paris, 28. Juni, 6½ Uhr Abends. Der Minister des Innern an die Präfekten des Niederrheins. General Cavaignac ist in Folge eines Kammerbeschlusses mit der vollziehenden Gewalt bekleidet. Er führt den Titel Präsident des Raths, und ernennt seine Minister. (Letztere Nachrichten erhielt die „Allgemeine Zeitung" durch eine besondere Staffette von Straßburg.) 3) Paris, 28. Juni, 6½ Abends. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten an die Präfekten. Die Nationalversammlung hat ein Dekret folgenden Inhalts angenommen. Die Nationalversammlung ernennt die Vollziehungsgewalt dem General Cavaignac an, der den Titel Conseilspräsident annimmt, und das Ministerium ernennt. — Die neu ernannten Minister sind: Für die auswärtigen Angelegenheiten J. Bastide; die Justiz, Beyhmont; das Innere, Senard; den Krieg, Lamoricière; die Marine, le Blanc; die Finanzen, Goudchaux; die öffentlichen Arbeiten, Recurz; den Handel, Tourret.

△Paris, 27. Juni. Die Erbitterung gegen die mit den Waffen in der Hand gefangenen Aufrührer ist noch mindestens eben so groß, als der Jammer, in welchen Tausende von Familien durch die im Kampfe gefallenen Opfer, bewogen aus der Nationalgarde, versetzt sind. Die öffentlichen Blätter erfüllen eine heilige Pflicht der Menschlichkeit, indem sie die Großmuth der Sieger für die Besiegten anrufen. Indeß muß dieß Großmuth, wenn sie nicht die Quelle neuen Unheils werden soll, mit strenger Gerechtigkeit und in den rechten Grenzen geübt werden. Für den Augenblick ist die Anarchie vollständig besiegt. Das Souderbare in unserem gegenwärtigen Zustande ist, daß wir erst seit dem Belagerungszustande wieder freier aufathmen und der Wunsch, daß derselbe noch aufrecht erhalten bleibe, ist daher allgemein. Ein unseliger Vorfall, der sich etwa um Mitternacht gestern ereignete, trug nicht wenig dazu bei, die Erbitterung gegen die Anarchisten aufs Neue zu steigern. Etwa 200 Gefangene wurden unter schwacher Bedeckung von Nationalgarde nach den Tuilerien geführt, dort eingesperrt zu werden. Die Gefangenen aber, denen man die Hände zu binden vergessen hatte, überfielen plötzlich auf dem Carrouselplatze gegenüber dem Hotel de Rantes die Nationalgardisten, entwaffneten einen Theil und eröffneten auf sie ein Feuer. Die Nationalgardisten in der herrschenden Dunkelheit und Verwirrung feuerten nun auch, ihrerseits, wie sie glaubten auf die Entwaffnenden, in der That aber gegeneinander selbst und es fielen so ihrer gegen 30, darunter ihr Führer und viele andere wurden verwundet. Auch von den Gefangegenen wurde eine Anzahl getödtet oder verwundet; der größte Theil der Entwichenen ist bereits wieder eingefangen. Die Verhaftungen dauern noch immer fort, deren Zahl beträgt im Augenblick schon weit über 5000. Dieselben sind in den Tuilerien, im Palais National, in der Kathedrale von Notredame, in den an den Palast des Nationalversammlung anstoßenden Gebäuden, im Militärgefängnisse der Abbaye, in der Polizeipräfektur und den daranstoßenden Conciergerie untergebracht. Wer zu entfliehen sucht, auf den wird ohne Gnade gefeuert, wie es gestern vier Gefangenen ging, die aus den Tuilerien zu entkommen suchten. Von allen Seiten werden noch immer Gefangene eingebracht unter Bedeckung von Linie und Nationalgarden. Jener Theil der Aufrührer, welche die außerordentlich starken Barrikaden in der Vorstadt St. Antoine besetzt hielten, ist größtentheils entkommen. Die meisten treiben sich jetzt in der nächsten Umgebung von Paris herum, die dadurch nicht wenig in ihrer Sicherheit gefährdet ist. Zwei Reiter-Regimenter sind deßhalb zum Streifen gegen sie ausgeschickt, und haben in der That schon eine große Zahl eingebracht. Die auf der Polizeipräfektur niedergesetzte Militärkommission ist in voller Thätigkeit. Alle unter den Gefangenen aufgegriffenen Galeerensklaven, ehemaligen Züchtlinge und sonst übel berüchtigte Leute — und deren Zahl ist groß genug — desgleichen alle bei denen man bedeutende Geldsummen gefunden, wurden vor diese Militärkommission gestellt. Alle Untersuchungen oder Vergehen, in Paris begangen, geschehen kraft Erlasses des Generals Cavaignac unter Leitung der Militärbehörde. Noch immer treffen Nationalgarden aus den Provinzen ein und stellen sich der Nationalversammlung zur Verfügung. Jene, die an der Ehre des Kampfes für die Ordnung Theil genommen, haben auch zum Theil schwere Verluste erlitten an Todten wie an Verwundeten. Die Zahl der Neuankommenden wird aber so beträchtlich, daß daraus faß eine Verlegenheit für die Regierung erwächst. Auch die Garde mobile zu Fuß und zu Pferde hat große Dienste geleistet. Die Aufrührer haben mit verzweifeltem Muth sich geschlagen, aber eben so wahr ist, daß sie Gräuel begangen haben, welche man nur von Cannibalen erwarten sollte. Das sind die Leute, unter deren Herrschaft zu fallen wir bedroht waren!

† Paris, 27. Juni. Elf Blätter aller Meinungen sind vorläufig unterdrückt worden. eine wahre Musterkarte, von der „Presse“ des Hrn. Emil Girardin an bis zum „Journal der Canaille“ und dem „Schandpfahl“ (le Pilori) herab. Der „Republikanische Napoleon“ findet sich auch unter der Gesellschaft. Hr. Emil Girardin sitzt in der Conciergerie in so strenger Haft, daß selbst seine Gattin nicht zu ihm gelassen wird.

Die Nationalversammlung hat eine Kommission von 15 Mitgliedern aus ihrer Mitte mit Untersuchung der Ereignisse vom 15. Mai und 23., 24., 25. und 26. Juni beauftragt. Hr. Odilon Barrot ist Mitglied und Präsident derselben.

Ein Gesetzentwurf für Einführung der Strafe der Deportation ist der Nationalversammlung vorgelegt. Die Nationalgarde bringt energisch auf strenge Bestrafung der Meuterer. Bei allen abwesenden Nationalgardisten werden strenge Haussuchungen vorgenommen.

Der Zustand des Erzbischofs von Paris, der eine Kugel in den Unterleib erhielt, als er den Aufrührern Worte des Friedens zusprechen wollte, flößt die ernstlichste Besorgniß ein.

Die Nachrichten aus Lyon vom 25. und Marseille vom 24. lauten befriedigend. Zu Lyon herrscht Ruhe, zu Marseille war der Aufstand am 23. schon durch die vereinigte Linie und Nationalgarde mit Gewalt erdrückt worden.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonnabend, den 1. Juli: „Rabale und Liebe,“ Trauerspiel von Schiller. (Hr. Köckert: Ferdinand; Dem. Hauser: Louise; als Gäste.)

Sonntag, den 2. Juli: „Die Zauberflöte,“ Oper von Mozart.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. Graf v. Ayen Marque Dilley, aus England. Vogt, Bildhauer von Stuttgart. Schloß, Kaufmann von Stuttgart.

Hotel Maulik. Baron v. Gründl, von Wien. Raid, Rentier von Amsterdam.

Gold. Kreuz. Broche, Bürger von Wien. Heininger, Privatier von Grafenau.

Gold. Hahn. Dr. Ritter v. Heintl, von Wien. Gutenhof, Inspektor von Würzburg. Dr. Bracht, von Manques. Teuringer, Rentier von Augsburg. Luß, Offizian von Wien. Bühler, Geistlicher von Wertheim.

Blaue Traube. Roytlich, Chemiker von Nürnberg. Kolb, Banker von Nürnberg. Graf v. Billburg, Bergakademiker von Schemnitz. Baron Freudenstein, von Wien. Baron v. Schattenfels, von Wien. Weißpapst, Oberlieutnant von Amberg.

Stadtgasthaus. Singer, Landgerichtsdirektor von Lautingen. Weinmann und Baumeister, Kaufleute von Parrenheim. Ziegel und Burger, Kaufleute.

Gestorbene in München.

Joh. Fichtner, Soldat im königl. Inf.-Leib-Reg., 22 J. a. Karol. Rehner, Bischofsmeisterstocher von Gunzenhausen, 21 J. a. Elisab. Koch, Zuhrmannswittwe von Jömaning, 48 J. a.

Bekanntmachung.

1. Jene verehrlichen Eltern und Vormünder, welche ihre Söhne oder Mündel für das Studienjahr 18[illegible], der unterdenzeichneten Anstalt übergeben wollen, haben die Aufnahmsgesuche an Se Maj. den König Hollitzt und mit Tauf-, Impf-, Schul- und Gesundheits-Zeugnissen belegt, spätestens bis Mitte August l. Js., entweder bei dem königl. Staatsministerium des Innern für kirchen- und Schul-Angelegenheiten, oder bei dem unterfertigten Direktorate einzureichen.

Jedem Gesuche um eine Freistelle ist außer den oben genannten Zeugnissen noch ein legales Vermögenszeugniß beizulegen und die Bemerkung beizufügen, ob der Bittsteller bereit sey, eine halbe Freistelle anzunehmen, oder ob er vermöglend sey, die Hälfte der Jahrespension mit 125 fl. zu bezahlen. Wenn diese Bemerkung fehlt, findet das Gesuch bei Vertheilung halber Freistellen keine Berücksichtigung, und es ist eben deßwegen wenige Hoffnung des Erfolges.

München, am 26. Juni 1848.

Direktorat des königl. Erziehungsinstitutes für Studirende.

F. Placid. Lacenac,
Direktor.

Bekanntmachung.

2. Montag den 24. Juli l. Js. Vormittags wird der dem Damenstifte St. Anna zugehörige sogenannte Schelchorhof zu Brunnthal bei Hohenkirchen, königl. Landgerichts München, im Wirthshause zu Hohenkirchen vorbehaltlich allerhöchster Genehmigung öffentlich versteigert oder verpachtet.

Vor der Versteigerung, wo die nähern Bedingungen bekannt gemacht werden, müssen sich die Kaufs- und Pachtlustigen über Zahlungsfähigkeit und Leumund legal ausweisen.

Ein Theil des Kaufschillings kann gegen Verzinsung auf dem Anwesen liegen bleiben.

Das genannte Anwesen besteht:

A. Gebäude.

Aus Wohnhaus, Stadel und Stallung unter einem Dache.

Das Wohnhaus enthält
2 gewölbte Keller,
zu ebener Erde Stube, Küche, Zieg und Speise,
über 1 Stiege 4 Zimmer und Zieg,
Stallung auf 4 Pferde und 5 Stück Rindvieh.

B. Grundstücke.

Garten 1 Tagw. 24 Dez.
Aecker und Wiesen 39 Tagw. 68 Dez.
Waldgründe 40 Tagw. 99 Dez.

München den 24. Juni 1848.

Königl. bayer. Damenstifts-Administration St. Anna.

Wdl.

Vorladung.

3. Joseph Steingraber von Uetzach dieß Gerichts und Soldat beim ehemaligen königl. bayer. Chevauxlegers-Regiment Kaiser Franz, ist seit dem russischen Feldzuge im Jahre 1812 vermißt.

Auf Ansuchen wird derselbe oder seine Descendenz hiemit aufgefordert, sich binnen drei Monaten hierorts zu melden, widrigenfalls sein Vermögen, bestehend in 207 fl. — kr., an seine Verwandte gegen Kaution verabfolgt wird.

Den 18. Juni 1848.

Königl. Landgericht Aibling.

Der k. Landrichter:
Rinast.

Lehner.

Bekanntmachung.

4. (3a) Die Administration der bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank bringt in Gemäßheit des §. 40 der Bankstatuten hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß von den durch Rechnungsabschluß vom 1. Semester laufenden Jahres sich ergebenden Erträgnissen, nach Abzug eines namhaften Uebertrags in II. Semester als Dividende und Superdividende:

fl. 11. 30 kr. auf jede Bankaktie
fl. 2. 18 kr. auf jede Aktien-Promesse

gegen die entsprechenden Coupons bei den Bankkassen in München und Augsburg vom 1. Juli an erhoben werden können.

München, den 30. Juni 1848.

Fr. Xav. Riegler,
Direktor.

Druck der Fr. G. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr [illegible]

Deutsche Reichsversammlung.

Erzherzog Johann von Oesterreich zum deutschen Reichsverweser erwählt.

* Frankfurt. 29. Juni. Die Entscheidung ist gefallen! Erzherzog Johann von Oesterreich ist so eben, kurz nach halb 3 Uhr mit der großen Mehrheit von 436 Stimmen zum Reichsverweser erwählt worden! Kanonendonner, Glockengeläute verkünden die frohe Botschaft eben dem jubelnden Volke. Frau in der Nationalversammlung selbst erregte die Verkündung des Wahlresultates die höchste Begeisterung, die sich durch stürmisches Lebehoch kundgab. 25 Mitglieder der äußersten Linken haben am Wahlakte keinen Theil genommen; Zitz und Heinrich Simon unter der ausdrücklichen Erklärung, daß sie keinen Unverantwortlichen wählen wollen. Die Stimmen vertheilen sich so: Erzherzog Johann erhielt 436 Stimmen, Heinrich v. Gagern 52, v. Jsstein 32, Erzherzog Carl Zu von Oesterreich 1 Stimme. 7 Mitglieder der Nationalversammlung werden an den Erzherzog Johann abgeschickt, um ihm seine erfolgte Erwählung anzuzeigen. Diese Mitglieder sind: v. Andrian aus Wien, Jucho von Frankfurt, Raveaux von Köln, Franke von Schleswig, v. Sanden von Tarpuschen, v. Rotenhan aus Bayern, und Hedscher von Hamburg.

Der Sieg der Ordnung über die Anarchie zu Paris.

** Ein hochwichtiger, für die Zukunft der zwei größten Nationen des europäischen Kontinents entscheidender Augenblick ist es, in welchem wir in der Kürze der Organe der deutschen Presse eintreten. In Frankfurt wird über der Grundsteine gelegt zu dem Baue der Zentralgewalt, in deren Hände die Leitung der Geschicke unseres großen deutschen Gesammtvaterlandes gelegt werden soll. In Frankreich ist am gleichen Momente der langst vorausgesehene, unausweichlich gewordene Zusammenstoß zwischen den zwei mit einander unvertraglichen, gegeneinig sich ausschließenden Elementen der Ordnung auf der einen Seite und der Anarchie auf der andern erfolgt. Die Tage des 23., 24. und 25. Juni werden in der Geschichte Frankreichs und unserer Zeitgenossen unauslöschlich, mit unverlöschbar blutigen Zügen aufgezeichnet bleiben. Daß die Sache der Ordnung nur um den Preis von Strömen Blutes endlich den Sieg davon zu erringen vermochte, ist eine unter allen Umständen höchst beklagenswerthe Thatsache, aber es liegt darin für uns als auch eine große Lehre. Diese wird hoffentlich nicht verloren gehen. Es ware in Paris noch bis zu der furchterlichen Katastrophe eines solchen Vernichtungskampfes gekommen und hatte die Burger besser auf ihrer Hut gefunden waren vor der trugerischen Vorspiegelungen und Verwirrungsmanövern vorgeblicher Freunde des Volkes; wenn sie die Falle, die man ihnen gelegt, rechtzeitig erkannt, endlich aber, nachdem sie doch einmal unbedachtsam in dieselbe gegangen waren, schnell und kraftig sich ermannt hatten zu entschlossener That, zur Abhilfe und Rettung eben noch rechtzeitig genug. Die Lehre, welche der tiefgreifender politischen Zwiespalt und zu physischer Wehrlosigkeit bringen sollen, liegt in Trauer versetzt durch den Verlust des Gatten, des Vaters oder des Sohnes, die zur Rettung von Allem uns Alles einsetzen und den errungenen Sieg mit dem Leben bezahlen mußten, Paris bote jetzt nicht das entsetzliche, herzzerreissende Bild einer vom schrecklichsten Burgerkrieg kaum weiter, und noch weiß man nicht, ob auf die Tauer einstehen, von der Geschichtsquelle zerfließender Gewalt durchwuhlten und erschütterten Stadt. So theuer haben die Burger von Paris ihren Mangel an Einsicht und Muth zur rechten Zeit bezahlen müssen. Von der gänzlichen Zerrüttung des ganzen Kredits, Handels, Verkehrs, der Industrie, der Gewerbe, kurz aller Verhältnisse in Frankreich wollen wir hier gar nicht sprechen. Wir werden Gelegenheit haben, darauf zurückzukommen. Wir wollen nur im Allgemeinen darauf hinweisen, wohin es in Frankreich gekommt hat, daß man sich aufs Neue politischen und sozialen Experimenten hingegeben, daß man die wahre Freiheit, die nur mit einer den Sitten, dem Charakter, der Dreiweise, Geschichte, dem Gange und der Stufe der Entwicklung des Volkes in Einklang stehenden und daraus in festem Boden wurzelnden gesetzlichen Ordnung bestehen und dauern kann, nicht zu begreifen vermochte, sie einem Scheinbilde opferte, ähnlich jenem guten Hausthier in der Fabel: das man die Freiheit mit der Zugellosigkeit verwechselte; die Gleichheit Aller, die verwunschene Weise nur vor dem Gesetze möglich ist, in eine hirllose Gleichmacherei umwandeln wollte, wobei am Ende allerdings alle gleich, d. i. gleich elend wurden; und daß man endlich statt der Brudergesinnung, welche die Grundbedingung einer jeden Republik stets im Munde führen, nur Neid und Zwietracht und die gistigsten Verleumdungen nährte und heranzog. Die Pariser Burger werden den Trug mit dem man sie bethörte, nicht so leicht vergessen, aber auch die Nachwehen ihrer Verblendung noch lange genug empfinden. Wir wollen wünschen, wogen aber kaum es zu hoffen, daß Frankreich daß von den Wunden greife, die ihm die unselige Verblendung und Schwäche seiner eigenen Burger geschlagen; wir wagen dieß kaum zu hoffen, so lange nicht die moralischen Grundursachen des Uebels gehoben sind, und dazu ist fur's Erste noch keine Aussicht gegeben. Wir befürchten, daß die Ordnung mit der Republik in Frankreich unvereinbar ist. Wir empfehlen die jetzigen Vorgänge in Paris, dieses nun so entsetzliche Zusammenstehen der Nationalgarde und der jetzt wieder eben so streng als kraftig disziplinirten Linie in Kampf und Tod für die Sache der Ordnung und des Gesetzes allen guten Burgern unseres theuren Vaterlandes zur Beachtung und Beherzigung. Lassen wir es bei uns nie so weit kommen. Stehen wir fest zusammen für Schutz und Sicherung dieser theuren Guter, in ihnen allein daß die Burgschaften wahrer Freiheit und wahren Fortschrittes. Nur wenn wir Mann an Mann, Glied an Glied gereiht, einer unzerreißbaren Kette gleich dastehen denen gegenüber, welche auch bei uns ihre zerfressenden und auflösenden Bestrebungen versuchen, wenn wir Alle zur Einen und Einer zur Alle stehen einer unduldsamgleichen Manier gleich, wenn wir entschlossen dem Gegner einer Banaer, und wenn er uns angreift, die Spitze entgegen halten, nur dann werden wir auch ferner bewahrt bleiben von dem Unglücke, blutigsten, Misstand und Schwäche aufgehoben auch über uns bringen müßten. Vergessen wir nie die große Wahrheit: Nur Eintracht macht stark!

△ Paris, 27. Juni. Was wir in diesen blutigen Tagen des entsetzlichsten Burgerkrieges hier erlebt, was wir jetzt, nachdem der erschreckende Donner des Geschützes und des Gewehrfeuers verhallt ist, vor uns sehen, laßt sich nicht beschreiben. Alles erinnert an den verwüstenden Einfall von Barbaren, nur mit dem Unterschied, daß sich ein Vergleich ziehen. Aber es ist nöthig, durch einige Thatsachen wenigstens zu zeigen, welches unser Loos gewesen wäre, hätte die Vorsehung es zugelassen, daß wir unter das Joch der Cannibalen gefallen waren, die so unsäglichen Jammer über uns gebracht haben. Neben den Zugen der Barbaren und der abscheulichsten Grausamkeit auf der einen Seite, begegnen uns aber auch Züge, von Selbstmuth, die nicht minder belangt zu werden verdienen. Die Nationalgarde von Paris, von Frankreich kann man sagen, wie das Heer haben gekämpft und geblutet fur die ganze Gesellschaft, fur die ganze Menschheit, fur die Sache der Civilisation gegen die rohesie Barbarei, und vom Ausgange hing das Heil Frankreichs nicht nur, sondern die Rettung Europas ab. Die modernen Sozialisten hatten ihr Heer von Zerstorern hier gefunden, die mit einer wahrhaft teuflischen Wuth, Alle Anfangs, wie man sie sichtbaren von rohen Wilden erwarten sollte. So wurde der General Brea, als er gegen eine Barrikade auf dem Platze des Pantheon vorging, um zur Niederlegung der Waffen aufzufordern, gefangen genommen und Arme und Beine, und dann auch der Kopf ihm abgeschnitten!! Sein Adjutant fiel durch einen Schuß an seiner Seite. Im Pantheon selbst wurden mehrere Glieder mobiler auf den Handgelenken aufgehangen, und dann Bajonettstichen getodtet. Im Ex-Collège Lazare fiel ein Infanterie-Offizier in die Hände der Aufrührer, welche ihm beide Hände abhieben, und ihn dann langsam verbluten ließen. Sechzehn Eingefangenen Offizieren der Garde mobile schnitt ein Mann in Waldstiefeln die Kopfe ab. Einem gefangenen Dragoner hieb man die beiden Fuße ab, und stopfte ihn in diesem Zustande Kopfend unter einen Karren. Der brave General Negrier, den die Araber in Afrika verschont hatten, fiel hier unter den Kugeln der angeblichen Freiheitsbruder. Dasselbe Schicksal hatte der Oberst des 48. Linien-Regiments, als er eben fur seine Tapferkeit auf dem Kampfplatze zum General befordert, in der Rue St. Denis den Tod sprühend an der Seite des verwundeten Generals Duvivier stand. Als hatte, fur diese, wie die Barriere Rochechouart hatten die Aufrührer große Massen von Werkzeug bereit, um sie auf die Nationalgarde und die Soldaten herabzuschütten. In der eine starke Viertelstunde langen sehr breiten Hauptstraße der Boesladt St. Antoine vom Bastillenplatze bis zur Thron-Barriere waren nicht weniger als 65 enorme Barrikaden errichtet. Dort stellten sie Kanonaden eine arme Frau mit einem Kinde auf den Arm auf eine hohe Barrikaden, um sie dem Feuer der anrückenden Truppen auszusetzen. Aber die Vorsehung wachte und wie durch ein Wunder entkam Mutter und Kind unverletzt aus dem Kugelregen. Man hat, wie heute auch der Constitutionnel berichtet, bei den Aufrührern Fahnen gefehen, welche Inschriften trugen, wie „Plünderung, Nothzucht" u. dgl. Unter den Leichen der gefallenen Aufrührer fand man eine große Zahl, welche auf den Rücken mit den Buchstaben T. F. (travaux forcés) gebrandmarkt waren, der Beweis, daß die Lebenden auf den Galeeren waren. Das Clos St. Lazare, wo der Kampf am blutigsten und hartnäckigsten war, das wo auch die Nationalgarden von Rouen und Amiens mit Ehren kamen und bedeutende Verluste erlitten, war in eine wahre Festung umgeschaffen. Zwei Tage lang mußte es formlich belagert werden. Erst nachdem Simone Blanet dort gestossen, ergaben sich die Aufrührer. Sie waren nicht sehr zahlreich darin, aber schossen gedeckt hinter ihren Barrikaden aus enormen Pfalzerfleinen, gegen welche selbst die Kanonenkugeln nichts auszurichten vermochten. Zum Theil schossen sie auch aus Windbuchsen, besonders auch in der Gegend bei der Barrikade, wo das Gefecht am heftigsten war. Ohne daß man einen Knall horte, der die Richtung angedeutet hatte, aus welcher sie kamen. Doch wenden wir den Blick auf einige Züge wahren Heldenmuthes auf der Gegenseite zu. Ein junger Mensch von 16½ Jahren Namens Detrat hat allein auf 5 verschiedenen Barrikaden 5 Aufrührer gefangen und 3 Gewehre weggenommen und 5 Fahnen erobert. Im Treuwige in die Nationalversammlung gebracht, war er von den Anstrengungen des Kampfes so ermattet, daß er sich kaum aufrecht zu halten, viel weniger zu dem Presidenten, der ihn zu sich berief, hinzugehen vermochte, worauf dieser ihn zum ging und ihn umarmte. Ein anderer junger Gorde Mobile von 18 Jah-

ren Namens Martin nahm im furchtbarsten Kugelregen eine Fahne auf einer Barrikade in der Rue Menilmontant. Gleichfalls nach der Nationalversammlung geführt, schmückte ihn dort der General Cavaignac eigenhändig mit dem Orden der Ehrenlegion mit den Worten, „Du hast sie wohl verdienet.“ Einem Nationalgardisten der 3. Legion Namens Leclere wurde der Sohn an seiner Seite tödtlich verwundet. Er läd't ihn auf seine Schultern, trägt ihn nach Hause mit den Worten: „Ich habe einen andern Sohn bei meiner Frau zu Hause gelassen. Er soll jetzt eintreten in die Stelle seines Bruders, um auch seinerseits zu lernen, wie man für die Ordnung zu kämpfen und zu sterben wissen muß.“ Und kurz darauf erschien der Vater wieder mit dem zweiten Sohne und beide kämpften muthig fort. Während dieser Kämpfe wurden die Frauen, besonders am Fronleichnamstag, in Masse in die Kirchen geeilt, vom Himmel Schutz für ihre Gatten, Väter, Brüder und um Aufhören des furchtbaren Bürgerkriegs zu flehen; oder sie saßen vor den Thüren der Häuser, Charpie zupfend, die sie in die Körbe anderer warfen, welche diese Gaben zur die Verwundeten sammelten. Wohin man den Blick wendete, überall Thränen, Schmerz und Verzweiflung auf der einen, oder des Kampfes Toben auf der andern Seite. Die Anfahrer in der Vorstadt St. Antoine hatten schon am 25. mehrmals von Kavallerie gesprochen, aber immer die Bedingungen dafür verschreiben wollen. Die Antwort des Präsidenten der Nationalversammlung war immer: Zerstört eure Barrikaden und geht jeden Widerstand auf. Einige Repräsentanten, darunter Hr. Larabit, welche in dem Versuche, Frieden zu stiften, von den Aufrührern in der genannten Vorstadt gefangen genommen worden waren, mußten ihnen als Parlamentäre bei der Nationalversammlung dienen, gegen das Ehrenwort, sich wieder zu stellen. Dieses wurde auch getreu erfüllt. Erst mit der Unterwerfung der Vorstadt erlangten auch diese Repräsentanten ihre Freiheit wieder. Man hat auch falsche Repräsentanten festgenommen, so zwei Individuen, welche die Insignien dieser Würde sich beilegten, um so 9000 Patronen den Aufrührern zuzuführen. Zwei andere mit den gleichen Insignien wurden auf dem Stadthaus'e als Emissäre der Aufrührer erkannt, und bei einem fand man 1200 Fr. in Gold im Gürtel. Bei einem Lebzenzage entdeckte man einen Sarg voll Patronen für den Aufstand. In einem Hause im Quartier du Temple wurden 5000 Gewehre und Säbel versteckt gefunden. Die schlimmen Folgen davon, daß man nach den Februartagen jedermann Waffen in die Hände gab und Leute aller Art in die Nationalgarde eintreten ließ, haben sich jetzt recht klar herausgestellt. Diese Leute brauchten jetzt diese Waffen zu Gunsten der Anarchie, und man hat sogar 2 Lieutenants der Nationalgarde auf den Barrikaden unter den Aufrührern gefangen genommen. Alle Gefangenen, die Waffen oder bedeutende Geldsummen bei sich trugen, werden kraft des von der Nationalversammlung angenommenen Gesetzes nach Tahiti oder den Marquisensseln deportirt. Auch der Direktor der Nation-Werkstätten, Herr Lalonne ist in Haft. Es waltet der fürste Verdacht seines Einverständnisses mit den Aufrührern ob. Die Erbitterung der Linie und der Nationalgarde war zuletzt so groß geworden, daß sie ohne Gnade augenblicklich jeden mit den Waffen in der Hand Gefangenen sogleich erschießen wollten; auf einigen Punkten geschah dies wirklich. So wurde Hr. Clemenzet, der frühere Justizminister, in einer Straße in der Nähe des Stadthauses vor einer Barrikade gefuhrt, wo nicht weniger als 56 solcher erstgefangenen Rebellen lagen. Die Nationalgarde und Linie wachen noch immer in allen Straßen. Aber welchen Anblick bieten diese! An vielen Orten war den von Kanonen. Die Aufrührer hatten überall damit angefangen die Thüren der Häuser und Läden mit Aexten einzuschlagen, dann setzten sie sich in den Häusern fest, brachen die Verbindungswände zwischen denselben durch und eröffneten sich so förmliche Gänge als Verbindungslinien im Innern derselben, welche die Truppen nicht absehen konnten, ganz wie einst in Saragossa. In dem Quartier zwischen dem Stadthause und der St. Paulskirche in der Straße St. Antoine, dann in der Vorstadt gleiches Namens, haben alle Häuser das Ansehen, als hätten sie ein langes Bombardement ausgehalten, ganze Vorderreihen sind bei manchen ausgestürzt. Ueberall Spuren der Verheerungen durch die Kugeln oder der durch die Hände der Aufrührer verübten Gewaltthat: überall Spuren des vergossenen Blutes. Das ist das Bild, welches die Stadtherte von Paris jetzt bieten, seitdem der Kampf wüthete. Die Aufrührer haben fast übermenschliche Anstrengungen gemacht, nichts gescheut, nichts geachtet, und doch wurden sie besiegt. Aber die Tausende von Opfern, welcher dieser Sieg der Civilisation über die Barbarei kostete, sind noch nicht gezählt. Besonders sie hiernach die hier herrschende Stimmung gegen die Urheber alles Unglücks und ihre verführten Werkzeuge. Die eingebrachten Gefangenen zeigen aber zum Theil noch immer viel Trotz, viele sind allerdings ganz entmuthigt, und in der That im kläglichsten Zustande. Sie verschern, selbst nicht zu wissen, warum sie sich geschlagen haben. Ja empfehle meinen deutschen Landsleuten diese Ereignisse zur Beherzigung, mögen sie sich ein Exempel daran nehmen.

Deutschland.

Bayern. — (Dienstesnachrichten.) Se. Maj. der König haben unterm 26. Juni l. J. den Landwehr-Obersten Ignaz Mayer zu Augsburg auf sein Ansuchen des Commando des Landwehr-Regiments Augsburg, unter wohlgefälliger Anerkennung seiner als Commandant bestellten erworbenen Verdienste zu enthehen, und ihn zum Kreis-Inspektor der Landwehr von Schwaben und Neuburg zu ernennen, ferner an dessen Stelle den Bonanier Albert v. Fröhlich zum Landwehrobersten und Kommandanten des genannten Landwehrregiments — und den Fabrikbesitzer Ernst Forster in Augsburg zum Major in demselben Landwehrregiment zu ernennen geruht.

Italien.

(Vom Kriegsschauplatze.) Die Allgemeine österreichische Zeitung vom 27. d. Mts. bringt den Wortlaut der Capitulation von Palmanuova: Leben, Freiheit und Eigenthum werden verbürgt. Jedermann kann unbehindert die Stadt verlassen. General Zucchi bezieht sich mit der Artillerie nach Reggio unter Sauvegarde. Ebenso Major Boni. Die regulären Truppen legen die Waffen ab, geben nach Udine und von dort in ihre Heimath. Die Artillerie behält ihre Waffen, wird verpflegt, darf aber ein volles Jahr nicht gegen Oesterreich dienen. Die Croaten und Wenedig werden dahin zurückgebracht, übrigens wie die regulären Truppen behandelt. Die Nationalgarde ist aufgelöst und legt die Waffen nieder. Alle Beamten bleiben auf ihrem Posten, wenn sie denselben schon vor dem 23. März inne hatten. Die Militärkranken erhalten die nöthige Pflege und werden nach ihrer Genesung wie die Uebrigen behandelt. Binnen 12 Stunden muß jeder Bürger seine Waffen ablegen. All 6 Arrestatgut bleibt in der Festung. Major Boni als Platzkommandant besorgt die Uebergabe. Die Offiziere der Linie und Croatai erhielten Reisepaßbehändigung.

Belgien.

König Leopold hat am 26. Juni die Kammern in Person eröffnet. Wir heben für heute nur den allgemeinen Inhalt der Thronrede hervor, auf welche wir zurückkommen werden. Der König sprach in den warmsten Ausdrücken seine Anerkennung, wie seine Freude über die vortreffliche Haltung aller Klassen der Bevölkerung wie des Heeres während der letzten stürmbewegten Zeiten aus, ging sodann auf die bestehenden inneren Verhältnisse, welche keinerlei Veränderung erleiten wurden, über, und sagte über die mit der französischen Republik bestehenden Beziehungen bei, daß dieselben auf das beste freundschaftliche Einvernehmen gegründet seyen.

Großbritannien.

† London, 26. Juni. Die Fonds waren gezen den Schluß der heutigen Börse fester, weil man einerseits als gewiß ansieht, daß unser Ministerium eine große Majorität haben wird, andererseits weil die Unterdrückung des Aufstands in Paris als sicher betrachtet wird. — Das Fall. Postdampfschiff „Niagara“ Capitän Royse ist in Liverpool eingetroffen mit der Malle von Boston vom 14. und von Halifax vom 16. Der „Niagara“ hat die erbenlich schnellste Ueberfahrt gemacht von Liverpool in der kurzen Zeit von 10 Tagen und 10 Stunden. Die Hinfahrt von Liverpool nach Boston hatte der Dampfer „Amerika“ Capitän Judkins sogar in 10 Tagen und 8 Stunden zurückgelegt, den gewöhnlichen Aufenthalt zu Halifax mit eingerechnet. Das zu Southampton eingetroffene Dampfschiff „United States“ bringt wenig Neues. Die amtliche Nachricht von der Ratifikation des Friedensvertrags mit Mexico war der Regierung zu Washington zugekommen. Es hieß, die amtliche Verkündung des Friedens werde nicht vor dem 4. Juli geschehen, bis das Heer der Vereinigten Staaten die Grenze erreicht haben werde.

Die Blätter sind mit Berichten und Betrachtungen über die Lage der Dinge in Paris angefüllt. Die Daily News betrachtet den General Cavaignac als einen unternehmenden und ehrlichen Republikaner, als den rechten Mann, Prätendenten sowohl als den Aufruhr dann herzuhalten.

In Irland ist an die Stelle des „United Irishman,“ der von Mitchell herausgegeben war, ein noch heftigeres Blatt getreten, der Irish Felon. Die Königin Victoria und der Prinz Albert mit Gefolge werden am 5. Juli zu Osborne-House ankommen und am 10. Juli unter Begleitung der Flotte unter Sir Charles Napier auf der königl. Yacht „Victoria und Albert“ nach Dublin abfahren.

Portugal.

Lissabon, 19. Juni. (Morning Chronicle.) Politische Verhaftungen haben hier stattgefunden in Folge der Entdeckung einer Verschwörung, welche Verzweigungen hatte in den Provinzen. Ein Aufstand sollte organisirt werden durch Bildung von Klubs und Verführung der Truppen. Die meisten Personen, gegen welche Verhaftungsbefehle erlassen wurden, gelang es zu entkommen. Nur fünf aus einer Liste von etwa hundert wurden festgenommen. Die Ernte wie die Weinlese versprechen ungewöhnlich reichen Ertrag.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 29. Juni. Oesterr. Metall. 5%, Prov. 47. Spreq. 39½, 2½ proz. — Bankaktien 1054. 500 fl.-Loose 91. 250 fl.-Loose 58½. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 81. — G. Staatsschuldscheine 3½ proz. 68½. — Bayer. 3½ proz. — Ludwigsbahn. 52½. — Württemberg. 3½ proz. 71½, 3½ proz. 86½. — Bad. 3½ proz. 68½. — Loos-Antheil an 50 fl. 35½, 35 fl.-Loos 24½. — Darmstadt. 3½ proz. 71½. 4proz. 77. Loos-Antheil von 50 fl. 35½, 25 fl.-Loose 18½. — Kurhess. Prämien-Obligationen 33½. 40 Thlr.-Loose 21. — Nassau. 3½ proz. 72. 25 fl.-Loose 18½. — Frankf. 3proz. 72. 3½ proz. 90½, 83½. Darmstadt. 266. — Holland. Integr. 42½. — Span. 5proz. innere Schuld 16½. — Poln. 300 fl.-Loose 84. 500 fl.-Loose 57. — Sardin. 36 Fr.-Loose 22. Diese. —

Amsterdam, 26. Juni. 2½ proz. 44½. 3proz. 37½. 4proz. 63¼. Handels-Maatschappy — . Mex. 5proz. 54½. Belg. 2½ proz. — Rec. —

London. 26. Juni. Konsols 83¼.

Verantwortlicher Redakteur Dr. Vogl. Druck der Dr. G. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 2.

Neue Münchener Zeitung.

Sonntag den 2. Juli 1848.

Deutsche Reichsversammlung.

**Wir haben in unserer gestrigen Beilage bereits die am 29. Juni zu Frankfurt a M. durch die Nationalversammlung erfolgte Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser von Deutschland mitgetheilt. Wir lassen nun noch einiges Nähere über die wichtige Sitzung folgen, und werden einige kurze Bemerkungen daran knüpfen.

Unter allgemeiner und leichbegreiflicher Spannung aller Gemüther begann die Sitzung. Als zur Tagesordnung geschritten wurde, nahm zuerst der Präsident v. Gagern das Wort in folgender Weise: „Es ist die Stunde gekommen, wo seit Jahrhunderten zum ersten Male wieder das deutsche Volk berufen ist, sich eine Regierung einzusetzen für seine Gesammtangelegenheiten, und an die Spitze dieser Regierung ein Haupt zu setzen. Die Einheit Deutschlands, die bisher nur in unserm Bewußtsein ruhte, wird dadurch jetzt zur Thatsache. Der Redner verlas nun die vorliegenden Anträge: 1) daß weder Akklamation noch geheime Abstimmung stattfinde, jedes Mitglied die Person, die es wählt, laut mit Namen benenne, und der mit absoluter Mehrheit Gewählte als Reichsverweser ausgerufen; 2) daß der Name des Gewählten laut vor der Tribüne ausverkündet werde; 3) daß die Wahl vermittelst verschlossener und unterschriebener Stimmzettel geschehe. Der erste Vorschlag wurde nach ziemlich lebhafter Debatte angenommen, der zweite mit 271 gegen 239 Stimmen verworfen, und der dritte fiel sonach von selbst weg. Es wurde ferner beschlossen, daß die Wahl durch absolute Stimmenmehrheit erfolgen solle. Präsident v. Gagern leitete nun die Wahl selbst mit folgenden Worten ein: „Meine Herren! Wer auch aus der Wahl hervorgehen mag, lassen Sie uns den festen Entschluß fassen, daß wir ihn unterstützen wollen mit allen Kräften, die uns zu Gebote stehen. (Eine große Anzahl von Mitgliedern erheben sich von ihren Sitzen, und donnernder Beifall erdont.) Nachdem die Wahl dann vorgenommen war, verkündete der Präsident das Ergebniß mit folgenden Worten: „Ich proklamire also hiermit den Erzherzog Johann von Oesterreich als Reichsverweser von Deutschland. Es sey Verkünder unserer Einheit, Bewahrer unserer Freiheit, der Wiederhersteller von Ordnung und Vertrauen! Nochmals: der Reichsverweser Erzherzog Johann lebe hoch!“ Und in den begeisterten Wiederhall, den dieser Ruf bei der Versammlung fand, mischte sich von Außen Glockengeläute und Kanonendonner. Die wenigen Mitglieder der äußersten Linken aber, welche der Theilnahme an der Wahl sich enthalten hatten, glaubten folgende Erklärung zu Protokoll geben zu sollen: „Wir Unterzeichnete halten es mit unserm Gewissen für unvereinbarlich, an der Wahl eines Reichsverwesers Theil zu nehmen, welcher unbedingt unverantwortlich und nicht verpflichtet seyn soll, die Beschlüsse der Nationalversammlung auszuführen.“ Dieser Erklärung folgte eine ähnliche noch längere. Wir enthalten uns jedes Kommentars dazu. Endlich kam nach stürmischer Berhandlung der Beschluß zu Stande, daß die gestern ernannte Deputation von 7 Mitgliedern, vom Bureau dazu bezeichnet, nach Wien zu den Erzherzog Johann abzusenden sey. Von 3 bis 8 Uhr blieb die Sitzung unterbrochen, dann aber wurden die schon genannten Mitglieder der Deputation verkündet. Dieselbe wird das in der Sitzung vom 28. angenommene Gesetz und das Protokoll der Sitzung vom 29. dem Erzherzog mitbringen. Die Frage eines Mitglieds, ob es Einzelnen gestattet sei, sich freiwillig der Deputation nach Wien anzuschließen, wurde mit vielstimmigen Nein beantwortet. Für die Sitzung vom 30. Juni war die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten angesetzt.

Erzherzog Johann ist also jetzt zum Reichsverweser gewählt. Wir heißen vollkommen die freudige Theilnahme, die seine Wahl in ganz Deutschland erregen wird. Wir haben uns bereits schon in unserer Nummer entschieden ausgesprochen. Wir hatten gewünscht und wir sind der festen Ueberzeugung, daß es im wahren Interesse Deutschlands und des konstitutionell monarchischen Prinzips, das wir vertheidigen, besser gewesen wäre, daß die Wahl unter Mitwirkung der Regierungen stattgefunden hätte. Nach unserer Ansicht wurde dem angenommenen Wahlmodus dem Wunsche, verschärft sich zu zeigen, ein höherer Interesse am Prinzip zum Opfer gebracht, und zwar ohne Noth zum Opfer gebracht. Wir wünschten, daß der kühne Griff des Präsidenten der Nationalversammlung den Reichsverweser Wahl durch die Versammlung selbst vorzuschlagen, nicht geschehen, daß die Versammlung nicht darauf eingegangen wäre, wie auch die Mehrheit die zur bekannten Rede der Herrn von Gagern gar nicht gemeint war, einen solchen Wahlmodus angenommen hat, der nicht streng konstitutionellen Grundsätzen, als den konstitutionell-monarchischen entspricht. Doch die vollendete Thatsache liegt einmal vor uns mit wünschen nun, daß sie zum Heile Deutschlands ausschlagen möge, trotz unserer Bedenken. Diese können jedenfalls der Freude keinen Eintrag thun, welche und der glückliche Ausgang der Wahl verursacht, und wir sprechen nur den wiederholten Wunsch und die Hoffnung aus, daß der edle Fürst die auf ihn gefallene Wahl auch annehmen möge.

Offene Erklärung.

Unter dieser Ueberschrift hat der württembergische Minister Hr. Römer ein Aktenstück veröffentlicht, das mit seinen bedeutungsvollen Inhaltes wegen unsern Lesern vollständig mittheilen zu müssen glauben. Es lautet:

Ich bin während der wichtigen Verhandlungen über die provisorische Zentralgewalt Deutschlands von Frankfurt, wo ich für einen von der konstituirenden Nationalversammlung zu wählenden und von den deutschen Regierungen nach Analogie der Patronatsverhältnisse sofort zu bestätigenden Reichsverweser sprechen und stimmen wollte, auf einige Tage hierher berufen worden, und ich benütze meine kurze Anwesenheit in Württemberg unter anderm dazu, meinen Mitbürgern meine Ansichten über den dermaligen Stand unserer öffentlichen Verhältnisse im deutschen Vaterlande mitzutheilen.

Da die Gegenwart ihren besten Erklärungsgrund in der Vergangenheit findet, so werfe ich zunächst einen kurzen Rückblick auf die Geschichte unserer deutschen Verfassungen. Die Bundesakte von 1815, die Grundlage unseres neuern deutschen Staatsrechts, beruhigte in Grunde genommen Niemanden, weder die Fürsten Deutschlands, noch die mediatisirte Aristokratie, noch das Volk. Die Fürsten, von den Zeiten der napoleonischen Herrschaft her gewohnt, ihre Staaten als Selbstherrscher zu regieren, fanden im Bunde nur eine Schmälerung ihrer Souveränetätsrechte, die Aristokratie vermißte darin ihre eigene Vertretung und das Volk war in der Bundesakte als eine geringfügige Nebensache behandelt. Die Hauptstimmung, daß in allen Bundesstaaten landständische Verfassungen einzuführen seien, wurde gerade von den Großstaaten Deutschlands am wenigsten beachtet, und so kam es daß die Verfassungen der Staaten zweiten und dritten Rangs einer volksthümlichen Entwicklung fast unfähig waren. Dieser konstitutionelle Schlummer bis zur Julirevolution ist männiglich bekannt. Eben so ist bekannt, durch welche Mittel der damals erwachte Geist niedergehalten wurde, und wie es gelang, das deutsche Volk wieder in die gewohnte politische Trägheit zurückzuführen. Da indessen der Stern der Völker zwar erblichen, aber nie unterjochen kann, so fand auch Deutschland im Laufe der letzten Jahre einen Rettungsanker in der Haltung der landständischen Oppositionen, so wie im Uebergange Preußens vom absolutem zum konstitutionellen System. Hiedurch wurde dem abgeschmackten Satze der Legitimität und des göttlichen Rechts die Spitze abgebrochen, und den Verfassungen der einzelnen Staaten war hiedurch der Weg angebahnt, eine Wahrheit zu werden. Um eine Einigung in den konstitutionellen Bestrebungen herbeizuführen, trat im letztvergangenen Spätjahr eine kleine Anzahl deutscher Volksvertreter in Heppenheim zusammen, und wenn man dasjenige ins Auge faßt, was dort besprochen und beschlossen wurde, so beschränkten sich die Wünsche auf Preßfreiheit, politisches Assoziationsrecht, öffentliche Versammlungen, möglichst gleiche Besteuerung, Beeinflussung der Staatshaushalts, Hebung des Volksunterrichts, und volksthümliche Bewaffnung durch Zeitwehren und Bürgergarden.

In diesem Zustande überraschte uns die Pariser Revolution vom Februar 1848. Ich sage: sie überraschte uns, weil die Wenigsten auf ihre Folgen vorbereitet waren. Denn das politische Verständniß war nun ist der Mehrzahl noch lange nicht geöffnet. Wo nun an folgten sich die den Völkern gegenüber Konzessionen Schlag auf Schlag, und die Ereignisse in Wien und Berlin vollendeten die gänzliche Umgestaltung unserer öffentlichen Verhältnisse. Gleich nach der Pariser Revolution war die bekannte Versammlung in Heidelberg zu Stande gekommen, wozu ich den Impuls mitgegeben hatte, und das Ergebniß derselben war das Vorparlament in Frankfurt, eine in Folge des Rechts zu öffentlichen Versammlungen gesetzlich erlaubte Privatvereinigung, sodann, als Ausfluß der letztern, der Fünfzigerausschuß, und endlich die von den Regierungen zusammenberufene konstituirende Nationalversammlung, welche derzeit im Interesse der politischen Einheit Deutschlands die Geschicke unseres großen Vaterlands ordnet.

Dagleich die Arbeiten dieses gewaltigen Körpers noch lange Reden, die sich gar häufig auf unfruchtbare Prinzipien-Streitigkeiten beziehen, denen der Grundsatz nicht selten durch Sophismen und Sophismen ersetzt werden, so wie durch zweckwidrige Motionen und Petitionen, bis

jetzt mehr als billig aufgehalten worden sind, so ist derselbe doch jetzt bei seiner eigentlichen Aufgabe angelangt, und der Himmel verleihe seinem Wirken ein rasches Gedeihen.

Es ist nicht die Aufgabe der konstituirenden Nationalversammlung, Regierungshandlungen vorzunehmen, sondern das Moment der einzelnen Territorialgewalten im Interesse einer starken politischen Einheit zu beschränken und für die deutschen Verhältnisse eine deutsche Zentralgewalt in's Leben zu rufen. Eine solche besteht zur Zeit noch, die Bundesversammlung, und wenn sich gleich nicht leugnen läßt, daß schon der Name „Bundesversammlung" jeden Deutschen mit Abscheu erfüllen muß, so ist doch auch wieder zuzugeben, daß seit dem Sturze despotischen Systems, dessen Schmach ich in dem Namen „Metternich" zusammenfasse, jene Bundesversammlung regenerirt und aus Ehrenmännern zusammengesetzt ist, welche ihre schwere Aufgabe mit Geschick und patriotischer Hingebung erfüllen. Alles Dieses wird von der großen Mehrzahl der Nationalversammlung anerkannt, und leztere wurde die Grenzen ihrer Aufgabe sicherlich nicht überschritten haben, wenn sich die Regierungen von Anfang an mit ihr in's Benehmen gesetzt hätten. Diese Unterlassung läßt sich nur durch die Verlegenheiten Oesterreichs und Preußens erklären. Von den kleineren Staaten kann eine Initiative in der besagten Richtung nicht wohl ausgehen. So besagt sich denn nun die Nationalversammlung nicht blos mit Gesetzgebungsarbeiten, sondern auch mit Regierungshandlungen, und zwar in Folge des von ihr proklamirten Grundsatzes der National- und Volkssouveränetät.

Diesen Grundsatz theilen die Deutschen und insbesondere auch die Württemberger, die in einigen Wochen einen großen Geschmack abgewinnen zu haben; denn die Nationalversammlung erhält viele Zuschriften von vaterländischen Vereinen ꝛc., welche mit Gut und Blut dafür einstehen wollen, „daß die aus dem Gesammtwillen der souveränen deutschen Nation hervorgegangene Nationalversammlung ihr Verfassungswerk ohne irgend eine Vereinbarung mit den Regierungen zu Stande bringe, und daß letztere die Beschlüsse der Nationalversammlung lediglich zu vollziehen haben." Ich gestehe, daß mir solche Forderungen anfangs nicht einleuchten wollen. Seitdem mir aber der Rest meiner staatsrechtlichen Bücher, die in Frankfurt a. M. verbrannt sind, abgeht, fühle ich mich gleichfalls souverän und setze mit leichtgiebt über alle Schranken, welche mir das historische Recht etwa noch entgegenstellen könnte. Ich stehe jetzt rein auf dem Boden der Thatsachen; weil ich aber auf dem Boden der Thatsachen stehe und weil mir noch ein Rest von Vernunft übrig geblieben ist, so argumentire ich so: Wenn wir eine deutsche Verfassung haben wollen, so darf diese nicht von der Zustimmung der Regierungen abhängig gemacht werden, weil sonst der Zweck möglicher Weise nicht erreicht werden könnte; aber es ist zweckmäßig, eine Vereinbarung mit den Regierungen zu versuchen, weil diese auch nicht auf einen solchen Grad von Ohnmacht herabgesunken sind, um dem Verfassungswerke, wovon sie ganz ausgeschlossen sein sollen, nicht Hindernisse aller Art in den Weg legen zu können.

Aber — entgegnet man mir — wenn auch die Nationalversammlung weder über Geld, noch über Soldaten zu gebieten hat, so ist doch ihre moralische Kraft unendlich, und — das souveräne deutsche Volk steht hinter ihr! Wurden sich Worte zur geeigneten Zeit in Thaten verwandeln, so wäre die Nationalversammlung nicht nur moralisch, sondern auch materiell sicher gestellt. Aber es bedarf sich zuweilen, daß Diejenigen, welche am lautesten schreien, aufsichtbar werden, wenn es zum Handeln kommt, und zudem theilen weit mehr als deutschen Provinzen die politischen Ansichten der Badener, Württemberger ꝛc., so daß es immerhin angemessen sein dürfte, tapfern Worten ein allzugroßes Gewicht beizulegen, und nicht zu vergessen, daß ein Erfolg gewisser Höfe alle unsere politischen Errungenschaften auf Spiel setzen konnte.

Doch ich fürchte sehr, von der Mehrzahl unserer Vaterlandsvereine nicht gehört zu werden; denn wir sind sicherlich, und unsere Krankheit rührt daher, daß wir die uns so theuer erkaufte Freiheit beigebrachte Dosis Freiheit nicht recht zu ertragen vermögen. Wir gleichen den Armen, der durch einen Zufall reich geworden ist, und der das viele Geld nicht auszuwenden versteht. Denn überhebt sich ja nicht, mein deutsches Volk; ohne die Ereignisse in Paris würdest du dich mit Wenigem begnügt haben, die Franzosen sind die (wenn auch unfreiwilligen) Gründer deiner Freiheit, und die gebührt nur das allerdings anzuerkennende Verdienst, diesmal zugegriffen zu haben. Aber damit du behaltest, was du gewonnen hast, so überstürze dich nicht, sondern gehe Schritt für Schritt mäßigung. Diese Eigenschaft ist so sehr ein Charakterzug des Deutschen, und namentlich des Württembergers, daß ich die Hoffnung auf eine ruhige Entwicklung der Dinge nicht aufgebe. Es bedarf aber, damit diese möglich sei, der vollen Thatkraft aller Derjenigen, welche auf dem Wege des Gesetzes weiter kommen wollen; denn die Jahl und insbesondere die Rührigkeit der Ungesetzlichen und ihren unbewußten Anhänger ist nicht gering.

Wirft man einen Blick auf die Lage Württembergs, so ist dasselbe aller politischen Frechheiten in vollem Maße entwedet bereits theilhaftig, oder es ist genügender Grund zu der Annahme vorhanden, daß das Fehlende durch die niedergesetzte Organisationskommission und die bevorstehende radikale Umgestaltung unserer Verfassung vollends erreicht werde, so daß unsere Staatsform den Namen einer konstitutionellen Monarchie auf breiter demokratischer Grundlage mit vollem Rechte verdient. Noch vor wenigen Wochen war sie das höchste Ziel unseres Volkes. Man erinnert sich der monarchischen Glaubensbekenntnisse, welche die Kandidaten für Frankfurt zu ertheilen hatten. Und jetzt soll der republikanische Geist vorherrschend sein? Wenn dem so ist, so halte ich nicht viel darauf, weil die Sinnesänderung zu rasch bewerkstelligt worden wäre!

Aber so gerne ich zugebe, daß viele zur Republik schreiten wollen, so bilden doch diese nach meiner Ueberzeugung die Minderheit, und ihre Bedeutung beruht mehr auf der Unthätigkeit der monarchisch Gesinnten, als auf der Zahl und den Eigenschaften der Republikanischen. Uebrigens ist den Letzteren der Mehrzahl nach die Staatsform gleichgiltig, ihr Verlangen ist auf Erzielung einer bessern materiellen Existenz gerichtet. Eben deswegen liegt die Erhaltung der Ruhe und Ordnung hauptsächlich in den Händen der gesetzlich gesinnten Bürger, die in einer festen Verbindung unter sich und mit denjenigen Arbeitern, denen es um Arbeit zu thun ist, die Bestrebungen der Anarchisten leicht niederhalten können. Ein solches Zusammenwirken liegt insbesondere im Interesse aller Besitzenden; denn wenn man die Leiter der neuesten Bewegungen betrachtet, so zahlt man in ihren Reihen großentheils Männer, die in ihren Vermögensumständen verabgekommen sind und kein Mittel scheuen, um die Mängel für ihre Aussichten zu gewinnen und sie finden bei den Unerfahrenen ein williges Gehör, worüber man sich nicht wundern darf, wenn man ihre Operationsweise kennt. Fragt man das Volk: Wollt Ihr einerseits Geld verdienen und andererseits keine Abgaben mehr bezahlen? und bringt man hiermit die weitere Frage in Verbindung: Wollt Ihr also die Republik? so darf man einen fast einstimmigen Ja versichert seyn, da heutzutage dynastische Anhänglichkeit gegenüber dem Interesse eine sehr untergeordnete Rolle spielt. Der Endpunkt der heutigen Bestrebungen besteht daher nicht sowohl in einer republikanischen Umwälzung, als vielmehr in einer sozialistischen mit kommunistischer Richtung.

Gewiß sind die Vaterlandsvereine in Württemberg und ihre öffentlichen Organe weit davon entfernt, Denjenigen solcher Art befördern zu wollen. Aber sie unterstützen dieselben mittelbar, indem sie unbegründeten Tadel über die Staatsregierung ausgießen. Welche Vorwürfe der verschiedensten Art sind z. B. dem von der alten auf die neue Verwaltung übergegangen, übrigens in mehreren Punkten wesentlich modifizirten Bürgerwehrgesetz gemacht worden! Ich gebe zu, daß es, namentlich im System, große Mängel hat; allein die Mehrzahl der Volks, so wie der Vaterlandsvereine, welche sich thätig mit der Reorganisirung des Volkswehrs, es hätte daher der Regierung, welche im Laufe weniger Tage mehrere wichtige Gesetze vorzubereiten und durchzuführen hatte, Nichts übrig, als sich an das Vorhandene zu halten. Nun tadelt der Eine, daß man kein Landwehrinstitut errichtet habe, während der Andere den Waffendienst auf die Gemeinden beschränkt wissen will. Ein Dritter sit mit dem Zwange nicht einverstanden, während ein Vierter den Zwang für unerläßlich hält. Ein Fünfter will, daß der Staat oder die Gemeinde die Kosten der Ausrüstung trage, während ein Sechster die Belastung öffentlicher Kassen zurückweist.

Aehnliche ähnlicher Art sind hinsichtlich des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten gefallt worden. Da es sehr zweifelhaft ist, ob man ferner eines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten bedarf, so blieb der bereits pensionirte Graf v. Beroldingen auf das Ersuchen der neugewählten Departementschefs ohne irgend eine Vergütung auf seinem Posten und als er in Folge wiederholter Angriffe einzelner Vaterlandsvereine seinen Rücktritt nahm und der älteste, sehr tüchtige Beamte des Departements, rein im Interesse des Staatsdienstes, zum Stellvertreter provisorisch ernannt wurde, so mißbilligte man auch Dieses, weil er früher zensirt habe. Diese Gründlichkeit der Gesinnung kann nun zwar an und für sich nur gelobt werden; aber hätte man für die vielleicht kurze Dauer seiner Existenz einen besondern Departementschef ernennen und besolden sollen, während die Besoldung des jetzigen Stellvertreters jedenfalls fortbestand und durch sein neues Amt nicht erhöht wurde?

Der jüngste Tadel trifft den Inhalt der neuen Ministerialnote: die Niedersetzung einer Organisationskommission. Zwar ist man mit der Sache selbst einverstanden; aber man hatte möglichst wenige Stuttgarter, und wo möglich keine Staatsdiener, sondern Leute vom Lande und aus dem Volke zu Mitgliedern ernennen sollen. Aber wo steht denn geschrieben, daß den Staatsdienern die Bedürfnisse des Volkes unbekannt seyen? Ist zu Ausführung eines solchen Werkes nicht besondere Gesetzeskenntniß nothwendig? Ist der Kommission nicht die Beiziehung Sachverständiger gestattet? Soll ihre Arbeit nicht der Kritik des Publikums überantwortet werden und spricht für die Wahl von Stuttgartern nicht die Rücksicht auf den Kostenpunkt?

Endlich macht man der Regierung zum Vorwurf, daß sie noch nicht erklärt habe, sie unterwerfe sich unbedingt allen Beschlüssen der Nationalversammlung. Ich begreife nicht, wie man an einer Unterordnung unter die Beschlüsse der Nationalversammlung zweifeln mag, da die neue Verwaltung unseres Landes der politischen Einheit Deutschlands stets entschieden das Wort geredet hat und den Zweifelern erkläre ich hiemit, daß unserm Bundestagsgesandten Instruktionen ertheilt worden sind, welche auch die umfassendsten Ansprüche zu befriedigen geeignet seyn dürften; aber da es sich hier um eine Abänderung unserer Verfassung handelt, die bekanntlich von der Regierung nicht allein ausgehen kann, so liegt es in der Natur der Sache, daß dem Hauptfaktor in dieser Angelegenheit, den Ständen, nicht vorgegriffen werde.

Ob indessen alle Beschlüsse der Nationalversammlung in unserem Lande zur Ausführung gebracht werden können, steht sehr in Frage. Man sehe die möglichen Fall, die Nationalversammlung beschließe, daß jeder Deutsche in jede Gemeinde unentgeldlich aufzunehmen, daß selbe sein Gewerbe ꝛc. zu treiben und an allen Vortheilen der Gemeinde Theil zu

nehmen berechtigt sei; würde ein solcher Beschluß in unseren Gemeinden zur Ausführung kommen können? Verlangt überdieß nicht ein Theil unserer vaterländischen Berein, daß eine Vereinbarung mit den Regierungen nicht stattfinden dürfe? Wenn nun aber die Nationalversammlung in ihrer Mehrheit eine solche Vereinbarung beschließt, soll sich die widerstrebende Regierung ihr entziehen? Ich führe dieses an, um zu zeigen, in welcher Verlegenheit man gerathen kann, wenn man ein Prinzip, ich meine das der Volkssouverainetät, auf die Spitze treibt. Ich sprach mich sag Volkssouverainetät, worunter ich die Regierung nach dem Willen der Vertreter des Volks verstehe, zu einer Zeit aus, wo noch der Grundsatz des göttlichen Rechts seine Geltung hatte; ich griff zu Bundeszwang zu einer Zeit, wo mir mit solchem Angriffe noch Gefahr verbunden war; jetzt aber, wo das Volk herrscht und wo der Bund faktisch nicht mehr besteht, könnte ich es nicht über mich gewinnen, gegen das alte Regime gesetzlose Demonstrationen zu machen und Denjenigen, welche früher stets die unterthänigsten Diener spielten, jetzt aber um lautesten schreien, sage ich unverhohlen, daß ich sie — bedauere.

Gewiß hat das alte Regierungssystem viel verschuldet. Aber ist das Volk ganz freizusprechen? Duldete es nicht, daß Diejenigen, welche die in den Befreiungskriegen gemachten Zusagen vermitteln wollten, verbannt oder in die Gefängnisse gewoefen wurden? Unterstützte es die Mißbräuche seiner die Volkssache vertheidigenden Vertreter? Widersetzte es sich, wenn jene Verfassungen in einer Weise gehandhabt wurden, daß die Fürsten und Privilegirten in erster und letzter Instanz immer Recht behielten? Ich schwieg, nun, es schwieg nicht, es bindigte, und jetzt ist es, potzinsch noch nicht vollständig, in Folge der vielseitigen Agitationen auf dem Wege, allen und jeden Haltpunkt zu verlieren und die Freiheit in der Ungebundenheit aufgehen zu lassen! Meinen tiefsten Unwillen spreche ich aus über die frei einigen Monaten von Einzelnen, so wie von ganzen Gemeinden verübten Frevel; denn gleichwie ich den Königen nie gehuldigt habe und nie schmeicheln werde, so werde ich auch dem Volke nie schmeicheln, ich halte es vielmehr — gerade in meiner jetzigen Stellung als Minister des Königs wie des Volkes — für meine Pflicht, nach allen Seiten hin die Wahrheit zu sagen, sie mag gefallen oder nicht.

Wenn die jetzige Regierung in Württemberg nicht so ist, wie sie sein sollte, so trägen nur die Minister die Schuld, denn der König legt ihnen nicht das geringste Hinderniß in den Weg; so daraus sie es aber anerkennen wird, wenn man sie auf Fehler und Gebrechen aufmerksam macht, so sehr muß sie es bedauern, wenn man die Begriffe des Volkes dadurch verwirrt, daß man ihm seine Machtvollkommenheit täglich vor Augen hält und es dadurch in den Glauben versetzt, als dürfe es sich Alles erlauben.

Wie können reden, schreiben und drucken lassen, was und beliebt; wie dürfen uns zu erlaubten Zwecken vereinigen und in öffentlichen Versammlungen aussprechen; jeder Mißbrauchsfreie hat das Recht, Waffen zu tragen; Exsparnisse im Staatshaushalt sind eingetreten, heuen sich selbst die Hochherzigen freiwillig unterzeichnen und Gehaltsabzug wird das ungeachtete Selbstständigkeit der Gemeinden, angemessene Schul- und Gewerbegesetze, Vereinfachung des Gerichtswesens, Oeffentlichkeit in allen Zweigen der Verwaltung, Theilnahme des Volkes an derselben dringen; auch der Militärstand wird, in weit seiner freyeren Stellung es gestatten, sich aller staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten bedienen können; die Hauptpflicht, der Wehrdienstpflichten und des Jagdregals wird ein baldiges Ende bereitet werden; mit den Vorrechten des Adels werden Neuseuerbaefest, die Kammer der Standesherren und die Ritterbank in der Kammer der Abgeordneten fallen; Kirche und Universität werden nach meiner Ansicht, einer besonderen Repräsentation nicht mehr bedürfen; das Institut des Geheimen Raths (der nach seiner Verfassungsbestimmung nicht aufgehen kann) dürfte sich um so mehr als entbehrlich herausstellen, als die Aufhebung oder Beschränkung der Administrativjustiz durch die Nationalversammlung in Aussicht steht; die ständigen Gesandtschaften werden aufhören, so weit es noch nicht geschehen ist, auch Württemberg, ein Theil Deutschlands, wird die fortan nicht mehr den Beschlüssen eines Bundes unterliegen, der nur darauf berechnet ist, Fürsten zu schützen, die Rechte der Privilegirten zu schützen und die Rechte der Völker niederzuhalten. Dieses Alles ist Jedem bekannt, oder kann wenigstens Jedem bekannt sein, — und doch hat die Unzufriedenheit sich bis zu einem Grade gesteigert, der unwillkürlich zu der Frage aufwordert, ob es nicht besser gewesen wäre, Alles beim Alten zu lassen?

Wenn sich Diejenigen, denen die Sache der Regierung obliegt einen guten Willens und unverdrossenen Eifers bewußt sind, so gehört kein geringer Grad von Aufopferung und patriotischer Hingebung dazu, um trotz der niedrigsten Verdächtigungen auf einem Posten zu bleiben, den ich nicht gesucht habe, und den ich jeden Augenblick aufzugeben bereit bin. Ich will offen sein und dem württembergischen Volke sagen, wie oft Minister geworden bin. Nachdem Se. Maj. der König mich zum Minister ernannt hatte, und Goppelt bestimmt hatte, erklärten diese, daß sie ein Ministerium nicht annehmen, wenn ich, von dem bisher nicht die Rede gewesen war, nicht zugleich eintrete. Ich verweigerte auf die an mich gestellte Frage den Eintritt, weil ich fühlte, daß ich meiner Natur, meinem Charakter, überhaupt meinen Eigenschaften nach, nicht zum Minister tauge. Nun traten sämmtliche damals hier anwesende Oppositionsmänglieder, 17 an der Zahl zusammen und erklärten einstimmig, daß die Annahme eine Pflicht für mich sei, welche ich nicht nur dem Lande sondern auch der politischen Partei zu bringen habe, indem man der letzteren sonst mit Recht den sie vernichtenden Vorwurf machen könnte, daß ihre bisherige Opposition eine leere, nichtige gewesen sei, weil sie durch ihre Weigerung das Zeugniß ablege, daß sie selbst es nicht besser machen könne, als die von ihr getadelte Verwaltung. So wurde ich Minister!

Ich werde Minister bleiben, wenn der König nicht etwas Anderes verfügt, so lange die Gesahren nicht beseitigt sind, von denen das Bestehende bedroht ist, und gegen niederträchtige Anfeindungen schützt mich mein Bewußtsein, in jeder Beziehung nur Opfer gebracht zu haben. Aber ich werde nicht nur auf meinem Posten anhalten, sondern ich werde mich von meinen Gegnern auch nicht verleiten lassen, zu reaktionären Mitteln zu schreiten. Jede Ueberzeugung soll fortan frei ausgesprochen werden dürfen, und die Behörden werden, wenn sie nicht ihre Pflicht verletzen wollen, der gegen verbrecherische Handlungen einschreiten. Hoffen wir, daß die Regierung zu Schritten der Strenge nicht werde genöthigt werden; hoffen wir, daß Ruhe und Vertrauen in die aufgeregten Gemüther bald zurückkehren, denn ohne Vertrauen ist an Beseitigung des gegenwärtigen Zustandes von Nahrungslosigkeit nicht zu denken, und die Wiederkehr der so sehr stockenden Geschäfte ist abhängig von der Wiederkehr der Ruhe in unserm öffentlichen Verhältnissen.

Mögen sich daher alle Freunde des Vaterlandes dahin vereinigen, allen Strömungen der öffentlichen Ordnung mit Ernst entgegen zu treten damit es dem Volke endlich vergönnt sei, der Früchte seiner politische Errungenschaften theilhaftig zu werden. H. Römer.

Deutschland.

Bayern. *München, 2. Juli. J. kaiserl. Hoheit die Frau Erzherzogin Sophie von Oesterreich wird heute auf Besuch von Jansbruck nach Tegernsee kommen, wohin sich auch J. k. Hoheit die Frau Herzogin Luise in Bayern und J. k. H. die Frau Herzogin von Lruchtenberg begeben.

Schleswig-Holstein. — Nachrichten von dort reichen bis 26. Juni. Unter unsern Truppen aller Kontingente herrscht der beste Geist und das rangste Einverständniß. Hoffen wir, daß sie bald Gelegenheit erhalten, den Dänen auf's Neue die Schärfe des deutschen Schwertes fühlen zu lassen. Diese deiestigen jetzt mit außerordentlicher Thätigkeit Hadersleben. Der Ort und die Umgegend haben sie eine sehr starke Stellung eingenommen, in welcher sie mit 8000 Mann und noch weniger selbst gegen überlegene Streitkräfte sich zu behaupten hoffen. Wir werden sehen. Der Gesundheitszustand des deutschen Heeres ist vortrefflich, wozu ohne Zweifel auch die gute Verpflegung der Truppen beitragt. Zwischen diesen und den Einwohnern herrscht das beste Einverständniß. So wird namentlich auch Kiel berichtet. Die provisorische Regierung hat es auf sich genommen, daß, angeblich nach Amerika bestimmt, in einem holsteinischen Hafen Fregatt einmahm, Beschlag legen und eine strenge Untersuchung gegen dasselbe einleiten lassen.

Die Rüstungen in Schweden werden gegenwärtig mit so großem Eifer betrieben, besonders die Ausrüstung von Kanonenbooten, daß jedenfalls die Unterstützung der Dänen nicht lange auf sich warten lassen kann. Bereits ist kreuzt in der Ostsee eine russische Flotille, worin Schiffe von bedeutender Größe und Tiefgang, und die alten Zumuthungen Rußlands, Truppen aus Finnland durch Schweden nach Dänemark marschiren zu lassen, sind auch noch nicht vergessen. — Abermals wird in norddeutschen Blättern über Englands Treulosigkeit Klage geführt, da mittelst eines in hiesigen Zeitungspapiers von London aus 200 Kisten Gewehre nach Kopenhagen geschafft wurden, während noch vor Kurzem England die Ausfuhr von Waffen nach Deutschland verboten hat. Ist Englands Neutralität auf solche Weise zu verspren?

Zwei Schiffe noch eine Teufelsfrage! Abermals ist einer der tapfern Offiziere, welche Bayern nach Schleswig-Holstein zu Hilfe sendte, Hovemann Cornelius, im Gefechte bei Hoptrup durch eine Kartätschenkugel schwer verwundet, in Flensburg zu seinen Gunsten geführt. Allgemeines Bedauern folgt dem eben so ehrenvertheilen wie tapferen Manne nach.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 26. Juni. Die heutigen Nachrichten aus Agram vom 23. melden, daß auf Ansprunch ein Courier vom Banus eingetroffen war, welcher die erfreulichsten Nachrichten in diese aufgeregte Stadt brachte. Der Ban Jellachich meldet, daß sich die Einwohner über die von Pesth verbreiteten, seine Stellung betreffenden königlichen Resolutionen beruhigen sollten, daß sie seine Treue bisher, seit an dem König halten und ihm vertrauen dürfen. Croatien werde seine Rechte in Einklang mit der Krone anerkennt erhalten und binnen kurzem werde er heimkehren, indem der Vergleich mit Ungarn so gut wie abgeschlossen sey. Diese Nachricht erregte einen unbeschreiblichen Enthusiasmus. Ein zweiter Courier meldet, daß der Banus am 24. Abends zurück in Agram sey zweite. Es war hohe Zeit, denn alle Tage sind Comiate vorm im Begriff sich im Besitzen des magyarischen Ministeriums zu widersetzen und dem Banus zu Hilfe an den Centralregierung in Wien anzunehmen. Diese Wendung der Dinge ist unter den jetzigen Umständen für die ganze Monarchie nicht zu berechnen. Die gänzliche Lostrennung des Königreichs Ungarns und eine Heimkehr der croatischen Grenzermee aus Italien war vielleicht vor der Thüre, wenn sich die Königreiche Croatien und Slavonien nicht so fest an die Centralregierung des Kaisers angeschlossen hätten. Lezherzog Johann hat auf Ansuchen des Banus die Vermittlung übernommen, und die unmittelbare Verbindung des ungarischen Ministeriums des Kriegs und der Finanzen mit der Centralgewalt soll als Basis schon angenommen seyn. (Wiener Z.)

Italien.

(Von Kriegsschauplatz.) Wien, 28. Juni. Nach einem dem Kriegsministerium zugekommenen Bericht des Feldmarschall-Lieutenants Baron Welden aus Treviso vom 24. d. M., welcher hier im Augenblick zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, hat derselbe schon am 18. die Brigaden Lichtenstein und Susan gegen Jusina vorgeschoben. In Malghera befehligt Oberst Rizardi eine zahlreiche Garnison mit mehr als 60 Kanonen. Am 20. wurde eine starke feindliche Abtheilung des Deutschdanner-Bataillons auf dem Brenta-Kanale nach Campagna hinabgetrieben und am 21. die Einschiffung der Lagunen weiter ausgedehnt. Die Abtheilung in Campagna ging bis Conche hinab. Die Brigade Susan besetzte Lugo und Lova. Auch einige Punkte an der Etsch und dem Abigetto wurden genommen, um nach und nach an den Po vorzurücken und alle Zufuhren aus der Terra ferma für Venedig abzuschneiden. In Fusina erbaute man eine 12pfündige Batterie. Von den in Treviso eroberten Schiffskanonen wurden 15 Stück schweren Kalibers nach Caorle, Falconera, Cortelazzo, Caposile und Porto grande geschafft. Der Feind war in den Lagunen in voller Thätigkeit und sammelte eine Schiffsdivision bei Burano; eine Fregatte ankerte bei Treporti. Eine andere Schiffsdivision war bei Chioggia in steter Bewegung. Auf der Brenta nahmen unsere Truppen große für Venedig bestimmte Mehltransporte weg. Der Feind richtete auf allen Punkten ein heftiges Feuer gegen unsere Arbeiten. In Malghera gewahrte man viel Bewegung. Die Geschütze unserer 12pfündigen Batterie bei Fusina wurden während der Nacht eingeführt, ohne daß der kaum 1500 Schritte entfernte Feind solches entdeckt hätte.

Die rastlose Thätigkeit des G. M. Fürst Franz Lichtenstein, des Ingenieurmajors Khuny und unserer braven Artillerie unter dem Oberlieutenant Hollinger hatte es erlangt, daß man am 3 Uhr Morgens am 23. das Feuer aus unserer 12pfündner Batterie gegen die in einem Klumpen vereinigten feindlichen Schiffe (2 Kanonenboote, 2 Pirogen größerer und 2 Pirogen kleinerer Gattung mit 36pfündner Karronaden) beginnen konnten. Schon der erste Schuß traf und brachte eine unbeschreibliche Wirkung hervor. Unsere glühenden Kugeln und Granaten schlugen Schuß für Schuß ein. Der Feind antwortete zwar, aber ohne Wirkung. Schon nach einer Stunde war eine der Pirogen in Grund gebohrt, eine andere hielt im Schlamme fest; ein stark besetztes Kanonenboot bugsirte den Feind nach Venedig zurück und auch das andere wußte sein Feuer einzustellen und sich zurückziehen. Um 5 Uhr schwieg der Feind fast ganz, da brachte ein Dampfschiff 2 andere Kanonenboote bis St. Giorgio in Alga vor, welche mit 12pfündigen Kugeln Fusina beschossen und von den Batterien St. Giorgio und S. Angelo unterstützt wurden. Die k. k. Truppen antworteten bestens, bis gegen 7 Uhr Morgens auch das letzte feindliche Schiff, stark beschädigt, sich zurückzog. Nun wurde unterseitig das Feuer eingestellt. Die beiden feindlichen Batterien fuhren, obwohl nur schwach, damit fort. Unsere 12pfünder Batterie hatte 150 wohlangebrachte Schüsse gemacht.

Der k. M. z. Welden, hob ganz besonders den Muth und die Umsicht des G. M. Fürst Liechtenstein, Oberst Macchio und Major Khuny und erklärt das Benehmen unserer braven Artillerie über alles Lob erhaben. Selbe hat nicht allein die sie stets auszeichnende Geschicklichkeit abermals bewährt, sondern auch von wahrer Leidenschaft angespornt, jede Todesgefahr verachtet. Die Batterie bei Fusina wurde noch mehr verstärkt und mit einer Kompagnie als Besatzung versehen. Von Malghera sind etwa 500 Mann am 24. nach Venedig abgerückt, wo, wie es scheint die Verwirrung zunimmt. Um die Stadt noch besser einzuschließen wurde eine aus 6 Trabakeln bestehende kleine Ruderflottille in Lova Zucherina postirt, um von dort durch Infanterie unterstützt, gegen Cavallino vorzugehen, wodurch die Palude maggiore unterworfen würden, nachdem Porto grande bereits von uns stark besetzigt ist. (A. Österr. Z.)

*Die Nachrichten, welche uns auf den verschiedenen Gegenden Italiens zukommen, bieten ein sehr trostloses Bild der inneren Zustände sowohl Oberitaliens als des Kirchenstaates, Neapels gar nicht zu gedenken. Lunitä d'Italia hat einer totalen Zersplitterung weichen müssen; der alte Zwist zwischen den Städten, zwischen Piemont und der Lombardei erhebt mehr und mehr sein Haupt, das römische Ministerium stellt sich dem Papste schroff gegenüber und verliert dadurch an Festigkeit und Thatkraft. Letzterer selbst hat zumal in Piemont alle Popularität verloren, statt seines noch vor kurzem so hochgefeierten Bildnisses sieht man allenthalben nur die schmachvollsten Karrikaturen auf das Haupt der Christenheit, welches nach der Meinung des Volkes mit den Oesterreichern unter einer Decke steckt und den Fall von Vicenza selbst herbeigeführt hat! Die Partei des Hasses d'Este, welche durchaus nicht ohne Einfluß ist, erhebt in Modena ihr Banner und läßt einen Bürgerkrieg fürchten — und dazu kommt die Thätigkeit einer Partei, welche weder den Karl Albert, noch einen andern Fürsten will, welche mit konsequenter Thätigkeit die Errichtung einer italienischen Republik anstrebt, ohne zu bedenken, daß sie durch dieses Streben ihr Vaterland an den Rand des Verderbens führt. Kurz Alles vereinigt sich, der deutschen Sache den Sieg zu verschaffen, zumal da Karl Albert unter diesen Umständen lediglich auf sich selbst angewiesen ist, wenn er nicht die Hilfe Frankreichs in Anspruch nehmen will, eine Hilfe, welche anzurufen er im Augenblicke doch bedenklich findet. — Im Gefühle dieses Alleinstehens hat man in Sardinien wieder bedeutende Aushebungen veranstaltet. In Genua herrscht der Pöbel. Mißhandlungen, Verletzungen mißliebiger Personen sind an der Tagesordnung. Es genügt, Jemanden als Jesuiten zu bezeichnen, um ihn lebensgefährlichen Verfolgungen auszusetzen, die Polizei ist machtlos und kann dem zügellosen Treiben des durch heimliche und öffentliche Wühler fanatisirten Pöbels keine Schranken mehr setzen. Dieß sind die Charakterzüge der jetzigen italienischen Zustände.

Frankreich.

†Paris, 28. Juni. In der heutigen Vormittagssitzung der Nationalversammlung legte General Cavaignac seine außerordentliche Gewalt nieder. Die Versammlung votirte ihm durch Akklamation ihren Dank und nahm ein Dekret an, kraft dessen ihm die ganze vollziehende Gewalt mit dem Titel eines Rathspräsidenten und der Befugniß seine Minister zu ernennen übertragen wird.

Der Erzbischof von Paris, Herr Affre, ist gestern Abend nach vier Uhr an der Schußwunde, die er an einer Barrikade in der Vorstadt St. Antoine erhalten, nach zweitägigen schweren Leiden wirklich verstorben. Ganz Paris theilt den Schmerz, den heute alle Organe der Presse ausdrücken.

Seit gestern ist Paris vollkommen ruhig; die Hausdurchsuchungen dauern aber fort nach Waffen und Flüchtlingen. Gegen 7000 Personen sind jetzt festgenommen und noch werden immer neue Verhaftungen gemacht. Die Gefangenen werden zum Theil jetzt in die äußeren Forts gebracht. Paris ist mit Truppen, deren noch immer neue ankommen, ganz überfüllt. Die 9. und 12. Legion der Nationalgarde sind aufgelöst worden.

Es scheint unzweifelhaft, daß Lebensmittelvergiftungen den Soldaten während der letzten Kampftage vergiftete Lebensmittel verkauft haben. Die Untersuchung gegen mehrere, die festgenommen sind, ist im Gange.

Auch ein Theil der Straßburger Nationalgarde erklärte am 26. Juni die Bereitwilligkeit nach Paris zu marschiren, um am Kampfe für die Ordnung gegen die Anarchie theilzunehmen. Dies würde freilich langsam gehen, da die Eisenbahn zwischen Straßburg und Paris noch nicht im Gange ist.

General Oudinot, der Oberbefehlshaber der Alpenarmee ist in Paris eingetroffen und hat seinen Sitz in der Nationalversammlung eingenommen. Auch General Changarnier ist heute hier aus Algier angekommen.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Sonntag, den 2. Juli: „Die Zauberflöte," Oper von Mozart.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Poitrell, Privatier von Paris. Cramer, Kaufmann von Glauchau. Dr. Koblschütter, von Dresden. Obermayer, Bankier von Augsburg.

Gold. Hirsch. v. Winton Corry, aus England. Drayer, Rentier aus England.

Hotel Manlik. Lafont, Rentier aus Belgien. Md. Geglimely, Proprietäre von Verona. Barthomeru, Pinchertz, Spanarting, Mongo, Merigly, Spinnadary, Proprietäre von Verona.

Gold. Hahn. Bitter, Rentier von Zeising. Wenich, Novelat von Darmstadt.

Gold. Kreuz. Pelwig, k. General aus Rußland. Hertorth, Kaufmann von Nürnberg.

Blaue Traube. Josefowicz, Depulirter von Wien. Wattchel, Deputirter von Wien. Arnold, Kaufmann von Thangersheim.

Stachusgarten. von der Haim, Kommis von Nürnberg. Kober, Kammerfrau von Wertheim. Schoneder, Fabrikant von Kinzighausen.

Gestorbene in München.

Lorenz Staudinger, ehemal. Milchmann, 71 J. a. Katharina Reiter, Metzgersmitwe von Landshut, 71 J. a. Franz Paul Pudet, Metzgerknecht von Holzhausen, 28 J. a. Charlotte v. Scherer, königl. Oberappellationsgerichts-Rathstochter, 25 J. a.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

5. (3a) Donnerstag den 20. Juli 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Juni 1847, und zwar von
No. 66,103 bis 76,560.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verlegt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Dienstag den 25. Juli 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 27. Juni. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

F. Negrioli, Mag.-Rath.

Schneß, Cassier. Offenbrunner, Controleur.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

* Frankfurt, 30. Juni. Heinrich von Gagern ist heute mit 399 unter 457 Stimmen abermals zum Präsidenten der deutschen Nationalversammlung gewählt worden. Die übrigen Stimmen vertheilten sich für: Heinrich Simon aus Breslau 6, Robert Blum 12, v. Soiron 2, und fünfte Lichnowsky, v. Bincke, Heckscher, Grumprecht, Dahlmann, v. Radowitz, jeder eine. Donnernder Beifall empfing die Verkündung des Wahlergebnisses durch den Vorsitzenden v. Soiron. Hr. v. Gagern: Ich werde mich bestreben, das Vertrauen, das Sie mir wiederholt bewiesen haben, stets zu rechtfertigen. (Beifall.) Zum ersten Vicepräsidenten wurde bei 433 Abstimmenden von Soiron mit 359 (Robert Blum erhielt 104, Heinrich Simon 11, Neumann 4, v. Andrea 4, v. Radowitz, Simon von Trier und von Rotenhan je 1), zum zweiten Vicepräsidenten v. Andrian mit 277 Stimmen erwählt. Heinrich Simon hatte 182, Robert Blum 3, v. Rothenhahn, Kirchgeßner, Behr Weber, v. Wenzel, Flottwell, Mittermeier, v. Könne jeder 1 Stimme. Für Morgen soll auf der Tagesordnung 1) eine Interpellation Vogts wegen des Verhaftbefehls gegen Brentano, 2) ein Antrag von E. M. Arndt, 3) Heckers Wahl zu Thiennen in Baden, 4) und 5) zwei Ausschußberichte über die österreichisch-slavische Frage. Die Berathung der Grundrechte des deutschen Volkes wird erst in nächster Woche stattfinden.

67. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 29. Juni 1848.

In Folge der heute in der Nationalversammlung vorgenommenen Wahl eines Reichsverwesers faßte die Bundesversammlung einstimmig den Beschluß, folgendes Schreiben an Seine kaiserliche Hoheit den Erzherzog Johann von Oesterreich zu richten:

Durchlauchtigster Erzherzog!

In würdigem, feierlichem Akte wurden soeben Eure kaiserliche Hoheit von der deutschen Nationalversammlung zum Reichsverweser unseres großen Vaterlandes erwählt. Die Bundesversammlung theilt mit der ganzen Nation die Verehrung für Eure kaiserliche Hoheit und die erhebenden patriotischen Gefühle, die sich an dieses große Ereigniß knüpfen, so wie das feste Vertrauen, daß diese Wahl heilverkündend und die beste Bürgschaft für die Einheit und Kraft, für die Ehre und Freiheit unseres Gesammtvaterlandes sey. Sie stärkt sich, Eure kaiserl. Hoheit diese Ueberzeugungen und Gesinnungen glückwünschend auszusprechen.

Ganz besonders aber gereicht es den in der Bundesversammlung vereinigten Bevollmächtigten der deutschen Regierungen zur höchsten Genugthuung, Euer kaiserl. Hoheit die Versicherung aussprechen zu dürfen, daß sie schon von dem Schlusse der Berathungen über die Bildung einer provo. Centralgewalt von ihren Regierungen angewiesen worden sind, für eine Wahl Euer kaiserl. Hoheit zu sprechen, sich für den Beruf sich zu erklären. Die deutsche Bundesversammlung ist in dieser eben so großen, als ernsten Zeit von dem wärmsten Wunsche beseelt, Eure kaiserl. Hoh. möge dem allseitigen Vertrauen und der Berufung zu der erhabenen Würde bahnwärtigst entsprechen und dadurch unsere Hoffnungen verwirklichen, die Vorsehung werde die große deutsche Nation zu neuen Zeiten des Heils und der Größe hinführen.

Die deutsche Bundesversammlung und in ihrem Namen der Präsidirende: Ritter von Schmerling.

Deutschland.

Bayern. – *München, 2. Juli. Vergangenen Freitag hatte dahier im bayer. Hofe eine sehr zahlreiche Versammlung der angesehensten Bürger und Insassen stattfindet, mit der Absicht, einen Verein zu gründen, welcher unter Aufrechthaltung der am 6. März errungenen volnischen Freiheiten gegen die ultra-progressiven Tendenzen eine Schutzwehr bilden, und zugleich sich dazu verbinden soll, die Wahlfreiheit des Volkes in Frankfurt auf die den konstitutionell-monarchischen Grundsätzen entsprechende Weise anzuerkennen. Die Constituirung erfolgte noch nicht definitiv, sondern es wurde vorerst ein Ausschuß gewählt, um die Statuten des Vereins vorberathend zu entwerfen. Morgen Abends wird alsdann die zweite Zusammenkunft sein.

Baden. – Mannheim, 29. Juni. Jener Bürger, der vorgestern mit bayerischen Soldaten in unsere Bierhalle in Sternhardt gerieth und hierbei nach der Aussage der Augenzeugen starke Mißhandlung erlitt, wurde gestern Abend in dem Unterschutzungsgefängniß erhängt gefunden. Gewiß der größte Theil der hiesigen Einwohner glaubt hier an Selbstentleibung, aber es kann auch nicht unerwähnt bleiben, daß ein anderer Theil nicht daran glaubt. Vielleicht soll dieser Umstand zu Aufreizung der Gemüther aufgebauscht werden. Die ärztliche Untersuchung der Leiche wird die Wahrheit ans Licht bringen. Die neueste „Abendzeitung“ enthält kein Wort auf Frankreich und über den Sieg der Ordnung daselbst: ganz dieselbe Manier, wie in Warschau, wo die Blätter lange nichts von der Februar-Revolution berichteten. (Auch die Nummer vom 30. d. brobachtet darüber ein tiefes politisches Schweigen.) (S. M.)

Donaueschingen, 27. Juni. In der verwichenen Nacht, wenige Minuten vor 9 Uhr, fand in hiesiger Gegend, namentlich in Hüfingen, eine leichte Erderschütterung mit donnerähnlichem Getöse statt, welches sich in der Richtung von Nordwest nach Südost zu erstrecken schien. Der Thermometer zeigte +10, und der Barometer stand auf 26. 25‴, der Himmel war leicht bewölkt. — Heute passirte ein Bataillon des ersten bayer. Infanterie-Regiments (König) vom Schwarzwald zurück unsere Gegend; es ist nach Kastadt bestimmt. Zwei Stücke Geschütz, famen in Hüfingen an; jenes hat vor mehreren Tagen ein Korps von zwei Kompagnien, zwei Stücken Geschütz und einer halben Schwadron Chevauxlegers einen größeren Streifzug über Villingen, Triberg, das Elzthal und über den Schwarzwald zurück angeordnet.

Hessen. – Darmstadt, 22. Juni. (Frankf. J.) Gestern Abend nach 8 Uhr gab es Zusammenrottungen in der Ludwigsstraße und Schustergasse, wo von Soldaten, welche in ihrem großen Verdruß Hecker's Volkslied in zwei Kunstsälen aufgestellt gesehen hatten. Es wurde wahrscheinlich ein Lobeshymnus erfolgt sein, wenn nicht die Eigenthümer durch scheuß anwachsenden Auflauf gewarnt, die Vorsicht gehabt hätten, die ausstehenden Bilder zu entfernen und ihre Läden zu schließen. Gestern Vormittags wurden fünf junge Männer von Gendarmen hier eingebracht und in das Arresthaus abgeliefert. Es heißt, dieselben seyen in dem Odenwalde aufgegriffen worden, wo sie sich ein Geschäft daraus gemacht hätten, für die Republik zu sprechen, und die Landleute in diesem Sinne zu bearbeiten.

Hannover. Hannover, 26. Juni, (Hannov. Ztg.) Die neueste Nummer der Gesetz-Sammlung enthält folgendes Gesetz: „Ernst August etc. In Erwägung, daß der Unterschied der Geburt bei Besetzung der Staatsämter unberechtigt bleiben muß, erlassen Wir hiermit, unter verfassungsmäßiger Mitwirkung Unserer getreuen Stände, das nachfolgende Gesetz: §. 1. Die in Unserem Oberappellationsgerichte bestehende Einrichtung einer adeligen und einer gelehrten Bank wird aufgehoben. §. 2. Die in der Oberappellationsgerichts-Ordnung und in der Verordnung vom 31. Juli 1818 enthaltenen Vorschriften über Berücksichtigung des Adels bei Besetzung der Stellen bei Präsidenten, Vice-Präsidenten und der Räthe treten demnach außer Kraft. §. 3. Ueber den Sitz der Vice-Präsidenten und der Räthe, über die Reihefolge des Votirens und über den Vorrang bei Commissionen, Deputationen und Terminen entscheidet das Dienstalter, anzurechnen vom Eintritte der einzelnen Gerichtsmitglieder in das Gericht. Es wird demnach der dritte Absatz Unserer Verordnung vom 31. Juli 1818 aufgehoben, welcher bestimmt, daß bei Bestellung der Correferenten zu verfahren, direkt reglementarischer Bestimmung vorbehalten. §. 4. In Behinderungsfällen der Vorsitzenden geht das Präsidium auf den im Dienstalter nächsten Rath über. §. 5. Die in der Ober-Appellationsgerichts-Ordnung Theil II. Titel XII. §. 13 enthaltene Vorschrift über die Ordnung, in welcher der Präsident sein Votum abzugeben hat, wird dahin geändert, daß derselbe nach absolvirtem Votiren zuerst und vor den übrigen Gerichtsmitgliedern seine Stimme abgeben soll. Hannover, den 22. Juni 1848. Ernst August. Düring.“

Oesterreich. – *Wien. Während ganz Deutschland einstimmig die außerordentlichen Verdienste des Fürsten Windischgrätz um die deutsche Sache mit dem Ausdrucke des lebhaftesten Danks anerkennt, aus Böhmen selbst zahlreiche Devutationen bei ihm eintreffen, ihm den Dank des Landes auszudrücken für die Rettung aus so großer Gefahr, waren es, den am Abend der Ankunft des Erzherzog Johann im sogenannten Sicherheitsausschusse für die Volksrechte der Antrag gestellt, den Mann, dessen kräftige Hand allein die Ordnung in Prag aufrecht und die czechischen Umtriebe darniederhielt, diesen Mann von seinem Kommando zu entfernen!!

— Am 27. hielt der Erzherzog Johann eine Revue über die Garnison, und Tags darauf über die 3000 M. starke Nationalgarde. Der Prinz wurde mit dem größten Enthusiasmus empfangen. Es heißt, er werde sich zur feierlichen Eröffnung des ungarischen Reichstags nach Ofen und von dort zur Ordnung der croatischen Angelegenheiten nach Agram begeben. Noch kennt man nicht den Tag der Eröffnung des constituirenden österreichischen Reichstages, da die Wahl der Vollzugsausschuß noch fort, aber die Einsicherung der Waffen von Seite des Volkes ging nur langsam vor sich. Der durch die letzte Beschießung der Stadt angerichtete Schaden, wie die Zahl der Opfer von Menschenleben stellt sich weit geringer heraus, als die ersten Berichte fürchten ließen. Das Militär hatte 22 Todte, 41 Verwundete, die nun im Militärspital liegen, außerdem wurden 17 vermißt. — Der heutige Abendtag sollte nach Briefen und Prag (in der Allg. Ztg.) verschoben und dem in Wien zusammentretenden Reichstag nachgesetzt werden.

Anhalt-Köthen. – Köthen, 24. Juni. Der zur Berathung der Verfassungs-Urkunde einberufene Landtag wurde heute durch den Landtags-Kommissär, Wirklichen Geheimen-Rath von Gosler, mit einer Rede des Inhalts eröffnet:

„Werthe hochgeehrten Herren! Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen heute eine kurze Rechenschaft zu geben vom bemjenigen, was seither zur Erfüllung der ertheilten Verheißungen geschehen ist: 1) Die Presse hat die unbeschränkteste Freiheit genossen. 2) Die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahren mit Schwurgerichten ist in der Vorbereitung begriffen, und die Trennung der Justiz von der Verwaltung ist theilweise bereits ins Leben getreten. 2) Die Gleichstellung der Israeliten und Christen hat im Herzogthum Anhalt Köthen bereits seit vielen Jahren ununterbrochen bestanden. 4) Eine Uebersicht des Staatshaushaltes für die nächste Finanzperiode ist von der Staatsschulden-Kommission zur öffentlichen Kenntniß gebracht; sie bewährt das befriedigende Resultat, daß seit

dem Erscheinen des Gesetzes vom 16. Februar 1846 die Schuldenmasse belaufe um eine Million vermindert und die nöthigliche für den größten Theil der Schuldforderungen nur auf ½ pCt. festgesetzte Amortisation schon jetzt auf das Vierfache getilgen ist. 6) Der Holzverkauf in den Staatsforsten hat nicht mehr im Wege der Auction stattgefunden. 6) Es ist ein bedeutend vermehrter Beschluß der Herzogl. Jagden vorgenommen worden. 7) Die zugesicherte Ackerverleihung an die unbemittelten Einwohner ist eifrig betrieben und bereits in sehr ausgedehntem Umfange bewirkt worden, indem den Betheiligten der Acker nicht nachzweise, sondern gegen geringe Anzahlung zu angemessenen Preisen käuflich überlassen wurde. Nur an diejenigen, welche nicht wenigstens den 4ten Theil des Kaufgelbes anzuzahlen vermochten, ist der Acker verpachtet worden. 8) Wegen Einführung freisinniger Städte-Ordnungen sind die erforderlichen Einleitungen getroffen. 9) Nicht blos in den Städten hat die Organisation von Bürgerwehren stattgefunden, sondern dem Prinzip der Volksbewaffnung gemäß ist auch den Landgemeinden die Errichtung von Dorfwehren gestattet. Zu den Kosten der Bewaffnung sind nicht unerhebliche Beiträge und der Staatskasse gewährt. 10) Zu diesen Fortschritten gesellt sich endlich der Ihrer Berathung jetzt vorliegende Verfassungs-Entwurf, welcher das aufrichtige und beharrliche Streben kundgiebt, die verheißenen Volksrechte dauernd zu sichern. Der Drang der Ereignisse hat zu leider nicht gestattet, für alle drei anhaltlichen Herzogthümer einen gemeinschaftlichen Entwurf zu vereinbaren. Eine solche Vereinbarung würde in dieser Zeit, welche die Einigung des gesammten deutschen Vaterlandes erstrebt, besonders wünschenswerth gewesen sein. Ich nehme auch keinen Anstand, zu erklären, daß, wenn in der einen oder anderen Beziehung die Bestimmungen des beiden Verfassungs-Entwurfs zweckmäßiger und vollkommener erscheinen, ich gern bereit bin, diese Bestimmung in den ersteren anzunehmen. — Namens Sr. Hoheit des ältestregierenden Herzogs erkläre ich nunmehr den Landtag für eröffnet. (Magd.-Z.)

Großbritannien.

† London, 27. Juni. Unsere Presse beschäftigt sich noch immer vorzugsweise mit den Zustande in Paris. Die Nachrichten von dort haben in der City große Sensation erregt, und auch in andern großen Fabrikstädten, besonders in Liverpool, Manchester und Bristol haben sie den tiefsten Eindruck gemacht. Darüber vergißt man für den Augenblick fast unsere eigenen Verhältnisse und selbst die Gerichte von einer bevorstehenden Ministerkrise vermögen nicht, die Aufmerksamkeit von Paris abzuziehen. Das Unterhaus beschäftigt sich noch immer mit der Frage über die Zuckerzölle. Auf eine Frage des Hrn. Osborne erklärte gestern Lord Palmerston, daß die offiziellen Beziehungen Englands zu Spanien nun durch die betreffenden Consuln geschehen. Die Betheiligung Englands an einem angeblich abgeschlossenen Quadrupelvertrage stellte der Lord durchaus in Abrede. Der Eifer aber, mit welchem er betheuerte, England werde sich nie an irgend etwas betheiligen, wobei es auf Knechtung einer Nation abgesehen sei, rief von Seite des ganzen Hauses schallendes Gelächter hervor. — Der Times zufolge sind 180,000 Pf. Sterl. in Gold für Rechnung der russischen Regierung in der Bank hier angekommen.

Frankreich.

† Paris, 28. Juni. In der gestrigen Morgensitzung der Nationalversammlung beschäftigte sich dieselbe mit den Maßregeln, welche zu ergreifen seien gegen die mit den Waffen in der Hand gefangenen Individuen. Der Präsident Hr. Senard hatte beantragt, daß die blos Verhafteten Deportation nach den überseeischen Colonien (mit Ausnahme jener am Mittelmeere), ferner, die Nichtsträfner der Kreuzjuges der Ehrenlegion, vor die Militärkommissionen zur Abortheilung gestellt werden sollen. Der Berichterstatter der Prüfungskommission Hr. Meaulle unterstützte Namens derselben aufs lebhafteste die Annahme des Dekrets mit geringen Modifikationen. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die Frage, ob sogleich zur Berhandlung darüber geschritten, oder der Druck und die Vertheilung des Berichtes abgewartet werden sollen. Der Beschluß war: es solle noch an demselben Abend zur Berhandlung geschritten werden. Im Laufe der Sitzung erwähnte General Lebreton, daß ihm mit gegen die Aufrührer gestossen hatte, in Fontainebleau Befehlshaber zu sein. Er ist überzeugt, daß begründete durch angeführte Thatsachen, diese seine Ueberzeugung, daß eine ausgedehnte Verschwörung unbestreitbar bestehe, und die Gefahr noch keineswegs vorüber sei. Bei Wiederbeginn der Sitzung Abends 9 Uhr kündigte der Präsident den um 4½ Uhr Abends erfolgten Tod des Erzbischofs von Paris der Versammlung an. (Allgemeine Zeichen der Theilnahme.) Nachdem dann die HH. Sarrans der jüngere und Pierre Leroux das Tribunalbüreau gegen das Dekret, die Gefangenen betreffend, gesprochen hatten, entgegnete Hr. v. Montreuil Hrn. Cauchidiere, der eine Art Monopol der Humanität zu Gunsten der Besiegten in Anspruch nehmen wollte, man müsse auch Mitleid haben mit den unglücklichen Wittwen und Waisen der im Kampf für die Ordnung Gefallenen, und Gerechtigkeit üben an ihren Henkern. Noch zahlreiche Redner nahmen das Wort, und um Mitternacht erst schloß die Berhandlung mit fast einstimmiger Annahme des Deportations-Decrets.

Trotz der späten Stunde war, als die Repräsentanten die Sitzung verließen, die Nationalgarde noch unter den Waffen. Sie wacht und thut gut daran. Sie ist jetzt zur Besinnung gekommen über die Verblendung, in der sie früher befangen war. Die Augen sind ihr aufgegangen, und sie wird sich nicht so bald wieder einschläfern lassen.

Die schärfsten Maßregeln sind getroffen, um das Wiedereinschleichen der aus Paris entflohenen Aufrührer in die Hauptstadt zu verhindern. Jedermann wird an den Barrieren scharf durchsucht, und niemand wird eingelassen ohne einen Paß vom Maire seiner Gemeinde, und dieser wird auch in allen Dörfern und Eisenbahnstationen abverlangt. Die Nationalgardisten bethen ihre Streifzüge bis auf mehrere Stunden in die Umgegend aus, und untersuchen die Papiere aller Reisenden. Die Gendarmerie und Reiterabtheilungen gehen ihnen dabei an die Hand. Wer nicht befriedigend sich ausweisen kann, wird festgenommen. Die zahlreichen Gaserenstraftinge und anderen Leute gleichen Schlags, die unter den Aufrührern sich befanden, werden sich wohl hüten vor einem Handstreich irgendwo. Man macht eine förmliche Jagd auf sie. Unter den Verhafteten befindet sich auch Sobrier, der am 24 Februar an die Spitze der Polizei von Paris gestellt worden war. Er wurde bei einer Barrikade gefangen. Die von der Nationalversammlung niedergesetzte Kommission für Untersuchung der mit den Ereignissen vom 15. März und den letzten Tagen im Zusammenhang stehenden Thatsachen versammelt sich des Tags zwei bis dreimal und hat sich mit allen Generalprokuratoren des Landes ins Benehmen gesetzt, um von ihnen alle möglichen Aufschlüsse zu erhalten. Gestern trafen Nationalgarden selbst aus Departements, die 60 bis 80 Lieues von Paris entfernt sind, hier ein, wie aus den Depart. Loir und Cher. Heute Morgens hat auf dem Concordeplatze eine Musterung dieser sammtlichen auswärtigen Nationalgarden aus den Provinzen vor den Volksrepräsentanten stattgefunden. Ein Theil dieser Nationalgarden ist schon wieder heimgekehrt. Man schätzt die Zahl derer, welche heute versammelt waren, auf über 30,000. Im Laufe des Tages sind aber neue Bataillone eingetroffen, und noch sind viele Bataillone aus allen Richtungen her auf dem Marsche. Uebermorgen wird ein großer Trauergottesdienst auf dem Concordienplatze gehalten werden. Hier werden jetzt alle Nationalgardist-n, die sich kürzlich im Dienste bezeigten, entwaffnet.

Belgien.

Wir entnehmen der Thronrede, mit welcher König Leopold am 26. zu Brüssel die Kammern eröffnet hat, die bedeutendsten Stellen: „Mitten unter den Bewegungen, welche Europa so tief ergriffen, ist Belgien ruhig, vertrauensvoll und stark geblieben. — Die Veränderungen, welche in dem politischen Zustande verschiedener anderen Länder eingetreten sind, haben unsere freundschaftlichen Verbindungen mit anderen Völkern (nos bonnes relations internationales) auf keine Weise getrübt. Unsere officiellen Verhältnisse mit der französischen Republik sind auf den Grund gegenseitigen Wohlwollens festgestellt. Von allen Seiten haben wir Zeugnisse der Sympathien und der Achtung erhalten.“ — Von dem, was der König über innere Verhältnisse sagt, führen wir an, daß er über den guten Stand der Armee und im Verhältniß zu gegenwärtigen Lage der Dinge, auch des öffentlichen Schatzes sich befriedigt ausspricht. Die Subsidien für außerordentliche Ausgaben seyen zwar nur bis zum 1. Sept bewilligt. Aber man verdanke es der besolgten weisen Sparsamkeit, daß neue Lasten nicht erfordert werden müßten und wenn nicht unvorhergesehene Verwickelungen Hindernisse schaffen, die bewilligten Kredite bis zum Ende des Jahres hinreichen werden. Die Rede macht aufmerksam, wie des Staates Kraft und Sicherheit mit einer guten Verwaltung seiner Finanzen zusammenhänge. Das Normalbudget der Ausgaben werde verringert, viele Abgaben in ihren Bases modifizirt, wirksame Ersparnisse noch und noch eingeführt werden. Man werde darauf sehen, die Lage der arbeitenden Klassen zu heben und zu verbessern und ihre Lasten zu vermindern. „Wir gehen, führt die Rede fort, durch eine Epoche, die voll schwieriger Aufgaben für die europäische Gesellschaft ist. Belgien wird sich von dem weisen und sicheren Wege, den es betreten hat, nicht abwenden lassen. Durch glückliche Uebereinstimmung konnte es die Erhaltung mit dem Fortschritte, die Ordnung mit der Ausübung alle Freiheiten verbinden. Um auf diesem Wege zu verbleiben und ihre Mission des Friedens und der Arbeit zu erfüllen, ist nur erforderlich, daß die Nation Vertrauen zu sich selbst habe und einig bleibe.“ Zum Schlusse fordert der König die Volksvertreter vertrauensvoll auf, der Regierung ihren Beistand zu diesem Zwecke nicht zu versagen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 30. Juni. Oesterr. 5proz. Metall. 59½, 4proz. 47½, 3proz. 31½, 2½proz. Bankaktien 1070. 500 fl.-Loose 94. 250 fl.-Loose 79. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 62½. 9. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 68. — Bayer. 3½proz. Ludwigs-Berdach. 52½. — Württemberg. 3½proz. 72½, 4½proz. 87. — Bad. 3½proz. 69. Loko-Anleihen à 50 fl. 38. 35 fl.-Loose 23½. — Darmstädt. 3½proz. 72, 4proz. 77½. Loko-Anleihen von 50 fl. 54. 25 fl.-Loose 18½.

London. 26. Juni. Konsols 83¼.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 3.

Neue Münchener Zeitung.

Montag den 3. Juli 1848.

Verhandlungen des Bundestags.

Sitzung vom 25. Juni.

Zum Vortrag kam eine Note des bei der Bundesversammlung akkreditirten k. sardinischen Gesandten, Marquis Pallavicini, datirt München, 19. d. M., in Betreff der Blokade von Triest, in welcher Letzterer erwidert, daß es stets in den Absichten seiner Regierung gelegen habe, die freundschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Bunde zu erhalten und zu befestigen, und daß er bei ihrer Anerkennung der Neutralität seines Gebietes wiederholte und sehr bestimmte Zusicherungen erhalten habe, daß dieses Gebiet niemals freiwillig durch die Waffen Sr. Majestät verletzt werden würde. Bei den ersten Gerüchten von möglichen feindlichen Absichten der sardinischen Flotte gegen die Stadt Triest sey ihm offiziell mitgetheilt worden, daß dieselbe keine andere Bestimmung habe, als das österreichische Geschwader zu überwachen und daßelbe zu verhindern, neue Feindseligkeiten zu verüben, daher von einem Angriffe auf Triest keine Rede seyn könne. Da ihm nun nicht nur Thatsachen bekannt sey, ob der Gegenadmiral Albini von dem ihm vorgezeichneten Wege wirklich abgewichen sey, so glaube er, daß man annehmen müsse, es habe entweder der Admiral seine Instruktion überschritten, oder die Stadt Triest selbst, ihre neutrale Stellung verkennend, durch feindselige Herausforderungen diesen leidigen Zustand der Dinge herbeigeführt; — ein Zustand, den man, so bedauerlich er auch seyn möge, unter solchen Umständen nicht der sardinischen Regierung zur Last legen könne. Die Erklärung der Letzteren selbst soll der Bundesversammlung stäter zugehen. Damit im Zusammenhange stand eine Zuschrift des Syndikus Banks aus Lugano vom 22. d. M., in welcher sich derselbe darüber ausspricht, wie das englische Kabinet die Protestation der Bundesversammlung bezüglich der Blokade von Triest aufgenommen habe. — Ein Bericht des Generals v. Brangel vom 16. d. M., der einen Nachweis über die dem Ersteren zur Verfügung gestellten Streitkräfte bei 10 Armeekorps enthält, wird dem Ausschusse für Schleswig-Holstein in Verbindung mit dem Ausschusse für Militärangelegenheiten zugewiesen. — Die von den in die Staaten des 10. Armeekorps en fendet gewesenen Bundeskommissarien (dem k. bayerischen Gesandten und dem k. k. österreichischen General Robitt) in politischer und militärischer Beziehung erstatteten und eben vorgelegten Berichte werden zunächst an den Ausschuß für Militärangelegenheiten abgegeben, hierauf aber den sämmtlichen Mitgliedern der Bundesversammlung in Umlauf gesetzt werden. — Auf eine Zuschrift des Prioritäts- und Petitionsausschusses der Nationalversammlung vom 23. d. M., eine Beschwerde der Stadt Manheim betreff., in Bezug auf welche um Auskunft über die Sachlage und Mitheilung der bei der Bundesversammlung darüber vorhandenen Akten nicht gebeten wird, ward beschlossen, von den bereits einschlagenden Protokollen (57. Sitzung vom 27. Mai §. 550 und 63 Sitzung vom 16. Juni §. 617) — den einzigen Aktenstücken, welche über diese Angelegenheit bei der Bundesversammlung vorhanden sind — der Nationalversammlung durch den Präsidenten derselben Abdrücke zugehen zu lassen und durch diese die von dem Bundestagsgesandten bereits in der Sitzung der Nationalversammlung über den Sachverhalt gegebene Auskunft zu bestätigen. — Auf die Zuschrift des kgl. preußischen Generalmajors v. Peucker, welcher der Bundesversammlung Exemplare seiner Schrift über die künftige Wehrverfassung Deutschlands übersendet, beschließt man, dem Absender den Dank der Bundesversammlung auszusprechen, zugleich aber auch durch Vermittlung des Militärausschusses der Nationalversammlung eine geeignete Anzahl von Exemplaren der betreffenden Schrift zur Vertheilung an die Mitglieder zugehen zu lassen. — Eine Zuschrift des Präsidenten der Nationalversammlung vom 23. d. M. zeigt an, daß die der letzteren von der Bundesversammlung vor kurzem angewiesenen 25.000 fl. zu den Bureau- und sonstigen Kosten verwendet seyen und beantragt zugleich eine anderweite Kreditseröffnung. Der Beschluß hierauf geht dahin, der Nationalversammlung fernerweit 25,000 fl. anzuweisen, dabei aber den Antrag zu stellen, daß der Bundesversammlung ein ungefährer Ueberschlag des monatlichen Bedarfs der Nationalversammlung zugefällig gemacht werde. — Hiemit im Zusammenhange stehend wird ein Bericht der Bundesfinanz - Verwaltung vorgetragen, in welchem eben der vorerstehliche Antrag bezüglich des ungefähren Bedarfsvorschlags angeregt ist, und eine anderweite Matrikularumlage von 100,000 fl. (zugleich zu den Zahlungen an den Gesandten in London) als erforderlich bezeichnet wird. — Ein zweiter Bericht der Bundesfinanz - Verwaltung über die bis jetzt an den Syndikus Banks in London fälligen Zahlungen gibt dieße zu ungefähr 4950 fl. an und führt zu dem Beschlusse, die bezeichnete Summe pro rata weise aus den Festungs - Bau - Gebühren einnehmen zu lassen. — Unter den Anzeigen und Mittheilungen der einzelnen Gesandten, die dann erfolgten, ist zuvörderst eine solche Mittheilung des k. bayerischen Gesandten zu erwähnen. Nach derselben wünscht die k. bayerische Regierung, daß die baierischen Truppen nunmehr aus Baden zurückgesendet werden möchten, da die Ruhe dort wieder hergestellt sey, auch durch die Truppenverpflegung bedeutender Aufwand entstehe. — Zugleich wird in dieser Mittheilung der Ersatz der Kosten für die nach Baden entsendeten Truppen des 7. und 8. Armeekorps angemeldet und die vorläufige Liquidirung dieser Kosten als zweckmäßig bezeichnet. Es wird diese Mittheilung in letzterer Beziehung, da ein Beschluß für jetzt nicht darauf zu fassen ist, zur Kenntniß genommen; in ersterer Hinsicht aber (wegen Rücksendung der Truppen) der politische Ausschuß in Verbindung mit dem Ausschusse für Militärangelegenheiten zur Begutachtung aufgefordert, auch der großh. badische Gesandte ersucht, bei seiner Regierung über den Stand der Sache Erkundigung einzuziehen. — Von Hannover wurde die Anfrage gestellt, ob nicht bei der bevorstehenden Organisation einer interimistischen Verwaltung im Herzogthum Lauenburg auf einen Ersatz für das von Dänemark beschädigte Private gutthun Rücksicht zu nehmen sey, und darauf beschlossen, dem politischen, Ausschusse, der noch die Vollmacht für den in dieser Sache erwählten Bundeskommissär zu entwerfen hat, diese Frage zur Erwägung zuzuweisen. — Die Gesandten von Kurhessen und Lauenburg erstatteten Anzeigen über die Stärke und Standorte der Bundeskontingente, die Gesandten von Kurhessen, Schleswig-Holstein, und Bremen über die Bewegung von Truppenabtheilungen zu den deßfallsigen Zahlungen, und der Gesandte von Mekklenburg machte eine für den Marineausschuß bestimmte Mittheilung. Endlich gab der Gesandte von Hamburg noch Auskunft in Betreff der von dem k. preußischen Gesandten in der Sitzung vom 17. d. M. gemachten Mittheilungen über den angeblich fortgesetzten Verkehr zwischen Nordamerikanern und Dänemark, so weit dabei von Hamburg die Rede ist, insonderheit bezüglich der angeblich stattgefundenen Einkehr feindlichen Schiffes in Altona durch einen Hamburger Makler, dann der Möglichkeit, briefischen Verkehr mit Dänemark zu unterhalten, durch Beförderung der Korrespondenz von und nach Lübeck Seiten des Hamburger Stadt-Postamtes, — welch wegen angeblich durch Vermittlung des letzteren erfolgter großer Geldsendungen von Russland an Dänemark. — Aus diesen Mittheilungen, die zu Protokoll genommen, und dem politischen, in Verbindung mit dem Embargoausschusse zugewiesen wurden, ergab sich, daß theils die Gerüchte über den beregten Verkehr mit Dänemark auf Irrthum beruhen, theils daß dieser Verkehr, in so weit er noch stattfindet, seither nicht wohl hat abgebrochen werden können.

Die Bestrebungen der Republikaner in Deutschland.

/M. Nürnberg. Von allen Seiten drängen sich Nachrichten von den konfusesten Bewühungen der Republikaner, die Netz über ganz Deutschland auszubreiten um allenthalben ihre geheimen und offenen Triebfedern spielen zu lassen. In Berlin, in Thüringen, in Würtemberg, in Baden, am Rhein, überall stoßen wir auf die sichtlichen Spuren und Beweise ihrer rastlosen Thätigkeit. Sie setzt alle Kräfte, hauptsächlich aber die Presse in Bewegung, um ihre Ideen möglichst zu verbreiten. So schuf sie sich in Köln die „Neue rheinische Zeitung“ welche in ihrer Haltung alles überschreitet, was bisher von dieser Seite aufgegangen ist! Mit einer Wuth ohne Gleichen fällt sie über die Unterdrückung des letzten Pariser Aufstandes her, bezeichnet den Ausgang als einen Sieg der „Bourgeois“ (worunter sie alle Nichtproletarier, alle ehrlichen ordnungliebenden Leute versteht) über das edle, unterdrückte, vernichtete Volk der Arbeiter, welches über kurz oder lang doch den Sieg über die saubern „Bourgeois“ erringen würde. Immer deutlicher scheiden sich nun die Parteien, und Dr. Gottschalk predigt mit seinen 5 — 6000 Arbeitern in Köln unverhohlen die Republik, und wenn er sie auch noch nicht ausruft, so geschieht dies nur „weil es noch nicht Zeit ist.“ Einflüsterlen aber beßelt er volle Mützen für seine Leute. In einer der letzten Arbeiterversammlungen verkündigte er, daß eine Besprechung von Abgeordneten der demokratischen Gesellschaft und des Vereins für Arbeiter und Arbeitgeber zur Vereinigung aller drei Gesellschaften unter dem Namen: „Republikanische Gesellschaft“ stattgefunden habe, sowie daß sämmtliche Mitglieder der 3 Gesellschaften sich für „Republikaner“ erklärt haben. — Während man am Rhein also thätig ist, zieht sich dieses zersetzende Element mitten, quer durch Deutschland hin, und tritt auch

in Thüringen und den sächsischen Herzogthümern mit offener Schießerdung auf. In Berlin beabsichtigt der demokratische Klub sich mit Picken auf eigene Kosten zu bewaffnen, und ein Versuch, diese Bewaffnung zu verhindern, wird von einem bedeutenden Theil der Linkenversammlung nicht weniger als günstig aufgenommen! — Ob Baden entschieden die Freunde der auf Schweizerboden Geflüchteten, thuns auch diese selbst schriftlich, sowie die übrigen offenen und heimlichen Wühler eine nachmalsdige Thätigkeit, besonders in der Bearbeitung des Militärs, obgleich dieß ihnen zur Zeit noch sehr schlecht gelungen ist! Hecker hat, wie es scheint, an manchen so glaubenseifrige Vertreter und Anderer, daß sie ihn schon zegt einem Heiligen gleich behandeln. In Laupheim in der Nähe von Biberach in Würtemberg zundete man neulich vor seinem Bildnisse Kerzen an, eine Anspielung, auf welche der damit Bedrohte ohne Zweifel selbst nicht gerechnet hatte, und die mir ihm gerne gönnen. — Wenn ist noch ein Hauptherd republikanischer Ideen; in Frankfurt haben die Wühler unter den Augen der konstituirenden Versammlung ihre Ansichten und Forderungen gelteud zu machen gesucht, freilich unterstützt von den Volksoreinen Wurtembergs, von welchem aus gleichfalls republikanische aud wuhlerische Verlockungen über das Land verbreitet werden! Die Protestation des demokratischen Vereins in Frankfurt gegen den Reichsverweser, ein offener Aufruf zur Empörung wird in riesigen Plakaten mit allein in Frankfurt angeschlagen, sondern auch durch die Post überall hin versendet, mit der Aufforderung: „Schnell nachzudrucken.“ Auch dieser sind mehrere Zeitungen gefolgt, welche in ihrer Weise davon gegeben werden, wie der Aufruf selbst zu schnellem Nachdruck und schleunigster Weiterverbreitung. Und gegenuber diesen Thatsachen, dieser in ihrem wohlberechtigten Zusammenwirken operirenden Partei, was that die andere, bei weitem größere, monarchisch-konstitutionelle Partei? Leider beinahe so viel als Nichts! Sie legte in den meisten Fallen und an nur zu vielen Orten unthätig die Hände in den Schoos bei allen Ereignissen, welche zum entschieden energischen Handeln, zu festem Kaeinanderschließen und überfeste auffordern — sie klagt, sie bedauert, zürnt, aber sie handelt nicht, und so kommt es, daß trog der Schwäche der republikanischen Fraktion diese durch ihre vollendete Organisation und Konsequenz das bewirken konnte, was wir mit kurzen Zugen angedeutet haben. Um so freudiger begrüßen wir deshalb die in der allerneuesten Zeit da und dort, in Stuttgart, Darmstadt, München ꝛc. entstehenden konstitutionellen Vereine zum Schutze der konstitutionellen Monarchie und zum Widerstande gegen wühlerische Tendenzen, welchen wir aber vor Allem und zuerst einen innigen Anschluß unter einander anempfehlen, um mit vereinten Kräften fur ihren Zweck zu wirken. Nur so werden sie schnell und sicher zu ihrem Ziele gelangen, nie aber durch gegenseitiges Abschwören. Nur einzelne sind zum Theil schon so weit vorgeschritten, unsere Freunde von unserem Gegner lernen zu wollen. Wir wunschen von ganzem Herzen, daß die Zahl dieser Vere ne sich rasch vermehre, daß sich ihr vereintes Wirken überall hin ausbreiten und bald aber ganz Deutschland erstrecken möge! —

Der nachstehende Artikel aus Frankfurt vom 29. Juni, den der „Nürnberger Korrespondent“ bringt, steht mit dem Vorstehenden seiner Richtung, seinem Geiste und seinem Zahalte nach in so inniger Verwandtschaft, als daß wir denselben unsern Lesern vorenthalten durften. „Die wühlerische Partei — sagt der Korrespondent des genannten Blattes — welcher Friede und Ordnung in Deutschland ein Dorn im Auge ist, hat das heutige wichtige Ereignis mit vorubergehen lassen können, ohne einen Versuch zu machen, die allgemeine Freude, den Frieden und die Eintracht zu storen. So eben wird an allen Ecken der Stadt ein Aufruf des „provisorischen Zentralausschusses des demokratischen Vereins in Frankfurt“ (Monge, Mesterach, Bayhoffer) vertheilt und verkauft. Alles drängt sich, ihn zu lesen; taüsche ich mich aber nicht, so ist der Eindruck dieser frechen Aufforderung zum Aufstande überall ein den unterschriebenen Herren nicht sehr günstiger. Der Aufruf, ein gewaltiges Blatt im Plakat-Format, im Tone des wuthige Volk“ gerichtet mit der nauen Ueberschrift: „Schnell nachzudrucken!“ Der Beschluß der Nationalversammlung in der Frage über die Zentralgewalt, heißt es darin, habe das deutsche Volk in den Zustand der Unmündigkeit zurückgeworfen, das Mittelalter wieder heraus beschworen, dem Volke von Neuem eine Fürstenaristokratie und einen heiligen Popanz gegenübergestellt, schlecht ein schlechter Witz, die Nationalversammlung habe „die Verwelsung Deutschlands zum Gesetze erhoben“, wird nicht verschmäht. Nun kommt aber das Schimpfen! Es wird aufgefordert, „allenthalb sofort in ganz Deutschland Vereine und große Volksversammlungen zu halten, in welchen folgende Punkte beschlossen werden „müssen“: a) „allenthalb müssen allgemeine Eingaben an die Nationalversammlung gerichtet werden, in welchen derselben, als einer meist aus nicht direkten Volkswahlen hervorgegangenen, die fernere Anerkennung versagt und sodbesonder die Majorität als volksfeindliche Macht verworfen, die Minorität der Linken zum Anschleiden und zur Bildung eines neuen Kerns aufgefordert wird, an welchen sich neue Abgeordnete durch neue direkte Wahlen anschließen müssen. b) Von jedem besonders Wahlbezirke aus müssen die Mandate der Männer der Majorität zurückgenommen und müssen die einzelnen Abgeordneten, welche zu der Linken gehören, zum Anschleiden aus diesen Nationalversammlung und zum Anschlafe an die übrigen gleichfalls anschleidenden Männer der Linken und zur gemeinsamen Bildung des Kerns einer neuen Versammlung aufgefordert werden. Zu diesem Zwecke folgt unten ein Verzeichniß derjenigen Abgeordneten, welche als Glieder der entschiedenen Linken gegen das Gesetz über die Centralgewalt gestimmt haben.“ Dieser unsinnige Aufruf ist ein neuer Beweis von dem willkührlichen und gesetzlosen Treiben der Partei, von der er ausgeht und die, wahrend sie für die Rechte des Volks zu kämpfen vorgibt, den absolutistischen Grundsatz Ludwigs XIV.: „Der Staat, das bin ich,“ nur in anderer Weise und zu ihren Gunsten, wieder in's Leben rufen will. Denn ist es auch nur die reinste Willkühr, wenn man den Mitgliedern der Mehrheit der Reichsversammlung, als nicht aus direkten Wahlen hervorgegangen, die Anerkennung versagt, in Einem Athem aber die Mitglieder der Linken, welche ebenso wenig aus direkten Wahlen hervorgegangen, zum Kern eines neuen Parlaments konstituiren will! Nicht also, daß sie nicht auf direktem Wege gewählt worden, sondern daß sie nicht in Eurem Sinne gestimmt hat, Das ist in Eueren Augen das Verbrechen der Mehrheit; hätte sie sich entschließen mögen, nach der Pfeife zu tanzen, die Ihr spielt, sie wäre Euch vollkommen zufagend, und wäre sie auch nach dem mangelhaftesten Wahlgesetz gebildet oder auch gar nicht vom Volke gewählt. — Hoffentlich wird das deutsche Volk diesem verderblichen Aufruf auf diejenige Weise antworten, die ihm allein am Orte ist, d. h. ihn mit stiller Verachtung von sich weisen. — Die Mitglieder der Reichsversammlung, welche durch ihre Abstimmung über die Centralgewalt-Frage Gnade in den Augen der Herren Ronge, Metternich und Bayhoffer gefunden, sind übrigens folgende: Berger von Wien, Blum von Leipzig, v. Blumröder, Gustav von Kirchenlamitz, Bobien von Pleß, Bogen aus Mickelstadt, Brunck von Jürstefeld, Christmann von Dürkheim, Demel von Troppau, v. Duttlau von Pilsen, Dietze von Arnsberg, Dietzsch von Saarbrücken, Fallt von Ottolangendorf, Fohrenbach aus Baden, Förster von Hünfeld, Giskra von Wien, Goltz von Brieg, Gritzner von Wien, Gruber aus Breslau, Gulden von Zweibrücken, Günther von Leipzig, Hagen aus Heidelberg, Hartmann von Leitmeritz, Heldmann aus Hessen, Hansel I. von Comenz, Henßel von Zittau, Hentges von Heilbronn, Hoffbauer von Nordhausen, Hoinger von Adolstadt, Jistein von Mannheim, Jordan von Berlin, Jungbanns von Mosbach, Kolaczek aus Oberr. Schlesien, Kolb von Speyer, Künzer aus Konstanz, Marstill von Koverede, Martini von Friedland, Meyer von Liegnitz, Minkus von Marienfeld, Mohr von Ostrowgehnen, Nägele von Mannheim, Nauwerck von Berlin, Pfeiffer von Tettnang, Raveaux von Köln, Ree von Offenburg, Reichard von Speyer, Reinhard von Boppenhaug, Reinstein von Naumburg, Reitter von Prag, Richter aus Achren, Rödinger von Stuttgart, Rösler von Oels, Roßmäßler von Tharand bei Dresden, Rühl von Hanau, Ruge von Leipzig, Sachs aus Manahem, Schaffrath von Neustadt, Schilling von Wien, Schlöffel von Halbendorf, Schmidt E. F. Z., von Lavenberg, Schmidt Julius L. von Warzen, Schmitt von Kaiserslautern, Schneider aus Brün, Schüler von Jena, Schuler Friedr. von Zweibrücken, Schulz, Friedrich von Weilburg, Schuselka von Klosterneuburg, Simon, Max, von Breslau, Simon von Breslau, Simon von Trier, v. Soiron, v. Rümmingen, Spaß von Frankenthal, Stockinger von Frankenthal, Straß aus Schlesien, Tafel von Stuttgart, Tafel, Franz, von Zweibrücken, Thieme von Hirschberg, Titus von Bamberg, Trutzschler von Dresden, Uhland von Tübingen, Umbscheiden von Dahn, Vischer von Tübingen, Vogel aus Schlesien, Vogt von Gießen, Wesendonk von Düsseldorf, Wiesner von Wien, Wigard von Dresden, Zell von Trier, Zimmermann, Prof., von Stuttgart, Zimmermann von Spandau, Zitz von Mainz, Zollaer von Chemnitz.

Bayerische Verhältnisse.

**(Die Einführung der Schwurgerichte.) Der Vortrag, den der Abgeordnete Hr. Dr. v. Scheuerl über den Entwurf eines Gesetzes, die Einführung der Schwurgerichte betreffend dem gegenwärtig hier zur Berathung desselben versammelten Ausschusse der II. Kammer erstattet hat, liegt vor uns und umfaßt 15 Paragraphen auf 28 Folioseiten. Lassen wir vor Allem dem Hrn. Berichterstatter die gebührende Gerechtigkeit widerfahren. Seine Arbeit trägt ganz den Stempel jener mit klarer Auffassung und Sachkenntniß gepaarten Gewissenhaftigkeit, die wir stets an dem ehrenwerthen und geliebten Hrn. Abgeordneten gefunden haben. Das Urtheil aber, welches er über den Entwurf selbst in seinem Vortrag niedergelegt hat, läßt sich, ohne daß wir hier für jetzt auf Einzelnheiten eingehen, auf den § 1. seines Vortrags, der gewissermassen die allgemeine Einleitung bildet, erkennen, und wir beeilen uns daher, in Rücksicht auf das hohe Interesse, das sich an diese Frage für Bayern knüpft, denselben unsern Lesern sogleich mitzutheilen. Man wird daraus auch den Standpunkt erkennen, auf welchen der Hr. Berichterstatter bei seiner Beurtheilung des Gegenstandes sich gestellt hat. „Sicherung der bürgerlichen Freiheiten, sagt er, Belebung und Stärkung des Nationalgefühls, feste Begründung des Ansehens und der Wirksamkeit des Gesetzes — dieß sind die Aufgaben, welche der gegenwärtige Zeitpunkt uns stellt. Ein Hauptmittel ihrer Erreichung wird die verfassungsmäßig beschlossene Einführung der Schwurgerichte auch in den sieben Kreisen Bayerns bestehts des Rheins, wie bald in ganz Deutschland sein. Diese Einrichtung, gelungen hergestellt, wird der von strafrechtlicher Verfolgung bedrohten Unschuld zum Schutz gereichen, sie wird den bisher noch zu sehr von öffentlicher Thätigkeit ausgeschlossenen Bürgern vermehrte Gelegenheit geben, ihre Hingebung für das Gemeinwesen zu bethätigen und eine treffliche Schule für Uebung und Ausbildung des Rechtssinnes eröffnen; sie wird dem Ansehen der Gerichte und dem Vertrauen auf dieselben neue Kraft verleihen, und dadarch der gesetzlichen Ordnung im Staate festere Stugen gewähren. Die Verwirklichung dieser Hoffnungen ist aber vor Allem wesentlich bedingt durch richtige Grundsätze über die Zusammensetzung und Bildung der Schwurgerichte, welche dieser Gesetzgebung aufzustellen bestimmt ist, über den der Unterzeichnete dem ihm gewordenen ehrenvollen Auftrag zu Folge, Bericht zu erstatten hat, wo-

bei er beständig auf die von dem Herrn Justizminister in einer vorlüssigen Besprechung dem Ausschusse gemachten Bemerkungen Rücksicht nehmen werde. Dieser Gesetzentwurf, gesteht auf einen reichen Schatz von Erfahrungen, welcher über das Institut der französischen Schwurgerichte in der Rheinprovinz, wo es seit so langer Zeit nun in Uebung ist, gesammelt wurde, hat — nur theilweise dem Gesetzentwurf gleichen Inhalts, der 1841 den Ständen vorgelegt wurde, folgend — ein ganz neues eigenthümliches System für die Bildung der Geschwornenlisten angenommen, welches, den bestehenden Verfassungs-Elementen genau angepaßt, in seinen Grundzügen eben so freisinnig, als mit Sorgfalt auf sichere Erreichung des nächsten Zweckes bester Rechtspflege berechnet, Referenten im Ganzen, wie in den meisten einzelnen Bestimmungen beifällige Zustimmung zu verdienen scheint; nur in einigen Punkten hält er rathsam, daß Abänderungen wünschenswerth seien; glaubt aber einstweilen in Vorschlägen dazu sich beschränken zu sollen, als es zunächst nur gilt, ein Gesetz von vorübergehender Geltung zu gründen, mit der Absicht, durch die bei seiner Anwendung sich ergebenden Erfahrungen festere Anhaltspunkte für die künftige allgemeine und bleibende Gesetzgebung zu gewinnen.

Deutschland.

Bayern. *) München, 3. Juli. Die in der gestrigen Allg. Zeitung enthaltene Nachricht von der Einsegnung Sr. Maj. des Königs als Haupterben in den Testamente der hochseligen verwittweten Kurfürstin Leopoldine von Bayern ist in allen Theilen grundlos. Das fragliche Testament ist noch gar nicht eröffnet, seine Bestimmungen sind daher völlig unbekannt. Der Korrespondent der Allg. Zeitung scheint jedenfalls vergessen zu haben, daß die jetzige Herzogin zwei Söhne, also Neffen, besitzt, nämlich die Grafen Arco-Steppberg und die Arco-Zinneberg, insgesammt. Eben so beruht die Bemerkung-Angabe sicherlich auf höchst oberflächlichen Vorstellungen.

⊙ München, 2. Juli. Vor einigen Tagen waren dahier Maueranschläge zu lesen, welchen zufolge das Regierungspräsidium erklärt haben soll, daß der für zwei Tag drabsichtigten öffentlichen Versammlung im Hranzfanerkeller nicht der Weg gelegt werden könne. Bis zur weitern Erkundigung hierüber erlassen wir deren Eintritt, daß eine solche Erklärung nicht gegeben wurde. — Aus Würzburg berichtet die dortige Zeitung, daß am 30. Juni Morgens eine 12pfündige Batterie des zweiten Artillerie-Regiments von da abgegangen sei, welche wie man vermuthet, nach Bamberg bestimmt ist. Versuche, das Militar aufzuwiegeln, sollen diese Maßregel nöthig gemacht haben.

*) (Amts-Erledigungen.) 1) Die katholische Pfarrei Klenau, Landg. Schrobenhausen, Diözese Augsburg, mit einem Reinertrage von 788 fl. 31 kr.; 2) die Lehrstelle an der Unterklasse Abtheilung B der Lateinschule zu Bamberg, durch Ableben des Lehrers Sticb.

Thüringen. Weimar, 27. Juni. Die 400 Mann, welche nach Berlin an der Zahl zur Verstärkung Dienung gesandt worden, haben dieß ziemlich schnell bewirkt. Die Schützenkompagnie in Berka, welche sich entschieden weigerte, ihre Waffen auszuliefern, besann sich schleunigst eines Bessern, als der kommandirende Offizier Miene machte, seine Mannschaft Laisch einschreiten zu lassen. Bei der Uebergabe der Gewehre sagte es sich, daß manche zum Zeitvertreib verkauft gelaben waren. Die am nächsten Tage herbeirufenden Ewwohner von Tannrode und Thangostedt, welche den Schützen ihre Gewehre wieder verschaffen wollten, zeigten eben so wenig Besonnenheit, indem sie den dem Ausbiche zweier Kompagnien, welche auf sie anlegten, sich sogleich in den Wald zerstreuten. Bereits sind in so heiterer Freiheitsstimmung befindlichen Orte Tannrode und Kauf in Werda wird die Anwesenheit von Militär wohlig werden, da das Volk einen Handlungsreisenden, welcher offen zu Unordnungen aufgefordert hatte und deshalb verhaftet werden war, mit Gewalt befreite und sich mehre Exzesse hiebei zu Schulden kommen ließ.

Preußen. — ⊙ Berlin, 29. Juni. Unsere Zustände liegen noch immer sehr in Dunkeln, noch sind sich die Fäden der Intrigue nicht absehen, der uns aus dem Labyrinthe herausführen sollte, in welchem wir uns noch befinden. Die Clubs üben noch immer einen Druck auf alle Verhältnisse aus, der das Wiederaufleben des Vertrauens und damit auch des Credits und der Geschäfte unmöglich macht. Unsere politischen Gemüsser fanden vor jenen Morgen reichliche Nahrung noch die ganze Zeit riefen hosten Manneszschläge, die von welchen unserer demokratischen Weise und Staatsärzte ihren Herzschlager nach immer neuen Erregungen und neuer Speise zu befriedigen bemüht sind. Die leidige Nachäfferei von Paris tritt auch hierin in ihrer ganzen Klaglichkeit hervor. Die Gemüther werden so in ununterbrochener Spannung und Aufregung erhalten, obwohl in materieller Beziehung die Stadt ruhig ist. — Zwei Umstände wirken etwas dazu mit, unserem demokratischen Club noch einige Vorsicht anzulegen, die Stimmung der Bevölkerung außer Berlin und zumal in der zunächst gelegenen Gegend, und die neuesten Nachrichten aus Paris, wo die Bürger sich endlich vereinen und Cultschlossenheit zeigen, dem Unwesen, das ihnen so viel Unheil gebracht, ein Ende zu machen. Unter unsern Bürgern selbst ist noch immer an der nöthigen Energie und dies kommt von dem Mangel an klarem Verständnisse unserer Lage und an innerer Einigung. Die Clubs wissen diese Gebrechen sehr geschickt und mit unglaublicher Thätigkeit auszubeuten. Der Magistrat scheint aber endlich doch sich etwas ermannen zu wollen. Er hat eine Erklärung erlassen, wonach gegen den demokratischen Club wegen frecher unehrerbietiger Zadels der fürstlichen Behörden beim Staatsanwalte eine Denunciation angebracht ist. Indessen läßt sich hieraus wenig banen, da leider die Scheu der Ordnung von Seite der zu ihrer Wahrung wie der des Gesetzes berufenen bestellten Staatsanwälte nicht immer die gehörige Unterstützung findet. Haben doch bekanntlich die zwei Staatsanwälte Hr. v. Kirchmann und Temme sich geweigert, Denunciationen von Verwaltungsbehörden Folge zu geben, wenn sie für gut finden, dies nicht zu thun. Ein Gericht sagt, beide seien abgesetzt, ein anderes, Hr. Temme habe selbst seine Entlassung verlangt. Auch die Liebhaberei für Kabenmusiken ist noch an der Tagesordnung. Doch kam eine vorgestern Abend drabsichtigte Katzenmusik, die dem Justizkommissarius Herrn Ahlemann gebracht werden sollte, auf Abmahnung von Bürgerwehrmännern nicht zu Stande, obgleich schon eine große Masse von Leuten sich zu dem Ende dem Hause des Kommissarius. Die Zeughausgeschichte bildet noch immer den Gegenstand des Tagesgespräche, und die demokratischen Klubs befolgen genau dieselbe Taktik, wie unter der vorigen Regierung Frankreichs die Radikalen thet, so oft eine Emeute ausbrach: sie möchten die ganze Geschichte als das Werk der Regierung selbst, oder wie sie sich ausdrücken, der Reaktion darstellen, denn in ihren Augen sind beide Begriffe nur so ziemlich gleichbedeutend. Die Hauptschreckmittel, wo denen zu ihrem Zwecke von ihnen ersonden und in Umlauf gesetzt, und die guten Bürger sehen nicht, daß man durch diese Einstüsterungen, denen sie unbegreiflich genug nur zu oft Gehör und Glauben schenken, nur das Mistrauen unter ihnen zu unterhalten, Uneinigkeit zu fördern und so zu verderben sucht, daß sie sich ermannen. Mit unserer vielgerühmten politischen Bildung ist es eben so, wie wir sie sehen, noch nicht weit her. Das neue Kabinet hat in der Nationalversammlung mit denselben Schwierigkeiten und Hindernissen zu kampfen, wie das vorige. Die Taktik der Opposition ist noch wie vor dieselbe geblieben, durch ewige Interpellationen jedes Eingehen auf eine wichtige Berathungsfrage möglich zu hemmen. Der heutige Sitzung gab abermals davon Zeugniß. Die meisten Fragen auf Fragen über Fragen, die an die Minister gerichtet, dieselben müssen natürlich darauf eingegangen, und damit verstreicht die Zeit, ohne daß man zur eigentlichen Tagesordnung gelangen kann. Ich will die Zweckmäßigkeit einzelner unter diesen Interpellationen keineswegs in Abrede stellen, ist table nur das Uebermaß in der Zahl derselben und nicht selten über Tage, die gar nicht vor das Forum der Kammer gehören, sondern Sache der Verwaltung sind. Auch in Bezug auf die parlamentarische Sprache und Haltung der Redner bleibt noch viel zu wünschen übrig. Aus den Verhandlungen der gestrigen Sitzung hebe ich einen Antrag hervor, den der Abgeordnete Herr Elsner im Vereine mit dem Abgeordneten Herrn Schaffy stellte, dahin lautend, es möge sofort in den Abtheilungen eine Kommission gewählt werden, welche sich mit der Untersuchung der Verhältnisse der schlesischen Weber und Spinner, sowie der gesammten preußischen Linnen-Industrie überhaupt beschäftigt. Bei Begründung dieses Antrags führte Herr Elsner an, daß der Magistrat der Stadt Hirschberg ein eigenes Schreiben in dieser Sache an ihn gerichtet habe, worin derselbe die äußerst traurige Lage jener Gegend auseinandersetze. Diese Lage sei eine Folge davon, daß der unter den früheren Verhältnissen gewaltig florirte, um der Wahrung des Legitimitätsprinzips willen, die Königin Isabelle von Spanien nicht anzuerkennen; so unterblieb auch die längst von allen Seiten verlangte Wiederanknüpfung lebhafterer Handelsverbindungen mit Spanien auf den Grund von Handelsverträgen, die hätten abgeschlossen werden sollen, und der schlesischen Linnen-Industrie wäre dadurch ein Markt, ein Absatzkanal entzogen, der für sie von der höchsten Bedeutung gewesen wäre. So sind dem Lande Millionen entgangen, die es hätte gewinnen können. Weiter führte der Antragsteller an, wie auch die gänzliche Cessirung des schlesischen Handels nach Polen und Rußland ihn in die Lage versetzt habe, Getreide zu liefern, das jetzt trotz der Getreidenoth schaft, die es für Preußen immer vorgegeben, zur Herbeiführung des jetzigen traurigen Zustandes von Schlesien mitgewirkt habe. Die Vereinigung Krakaus mit Oesterreich sei vollends der letzte Schlag für denselben gewesen. Man habe nun zur Abhilfe Auswanderungen in großem Maßstabe vorgeschlagen. Allein er sragt, ob wir denn schon auf dem Punkte stehen, unsere Mitbürger zu nun dem Lande zu jagen, und mit diesen Blick auf die Nationalversammlung, erwarte von derselben energisches Erfassen der Sache. Er richte dazu die Aufforderung an dieselbe, und das Ministerium werde sie gewiß darin gerne unterstützen. Der Minister Herr Milde zahle Namens der Regierung zu, daß eine solche Kommission auf jede Weise unterstützt werden solle. Der Antrag des Herrn Elsner wird darauf zustimmig angenommen. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung verlangte Herr Bürste Aufschluß vom Kriegsminister über die militärischen Maßregeln zu Köln und die Truppenzusammenziehungen am Rhein, mit der Bemerkung, daß man an der russischen Grenze nicht gleiche Vorsichtsmaßregeln treffe. Mit Recht konnte der Ministerpräsident erwidern, daß die Herren sich irre, wenn sie Alles wissen wollen, wie die Sitzung Thorn und die anderen längs der ostpreußischen Grenze vollständig gesichtet werden, und aus Schlesien vernehmen wir so eben, daß auch an Anstalten für die Festungen Posen, Glogau und Neisse schon seit länger als eine Woche eifrigst gearbeitet wird. Namentlich zu Neisse, das heute Graf Reichenbach als in gänzlich verwahrlosten Zustande befindlich geschildert hatte, wird das Glacis salirt, der bedeckte Gang hergestellt und Stallungen eingerichtet zu Unterbringung einer bedeutenden Zahl von Pferden. Ein Bataillon Infanterie ist von Breslau nach Neisse abgegangen. Diese Rüstungen sind doch wohl nicht zur Vorsicht gegen Frankreich vorgenommen.

Hannover. (⊙. Vorsch.) Zur Ueberzeugung des Publikums, daß wir allerdings die Elemente zu einer bedeutenden Kriegsmarine in Deutsch-

Hamburg. (⊙. Vorsch.) Zur Ueberzeugung des Publikums, daß wir allerdings die Elemente zu einer bedeutenden Kriegsmarine in Deutsch-

land besitzen, mögen nachstehende Daten dienen. Die dänische Flotte betrug Anfangs dieses Jahrs nach amtlichen Berichten (d. h. auf dem Papiere): 6 Linienschiffe, 8 Fregatten, 3 Korvetten, 4 Briggs, 3 Schooner, 3 Kutter, 5 Dampfschiffe, 80 Kanonenboote, und 6 Transportschiffe, zusammen 1162 Kanonen. Nun enthält die ganze dänische Handelsschiffmarine blos 38,049 Lasten, und die der Herzogthümer 39,870, während die Stadt Bremen allein 38,710 Lasten besitzt, und die deutsche Handelsmarine, Schleswig-Holstein eingerechnet, mit Ausnahme der Dampfschiffe, 403,585 Lasten erreicht. Frankreich, die zweite Seemacht in Europa, hat dagegen nur 305,746 Lasten. Wenn also ein Sachverständiger (in Kiel) für Deutschland eine Marine von 2572 Kanonen fordert, so bleibt er noch weit unter unsern Kräften, indem wir, im Verhältniß zu jener (sogar nur nominellen) dänischen, Anspruch auf eine Macht von 690 Kanonen werden machen können. Kennt nun Peter der Große innerhalb 12 Jahren, ohne irgend eine Handelsmarine, schwedische Flotten schlug, so müßten wir doch wohl mit ganz andern Mitteln in derselben Zeit eben so viel leisten können. Ein Jeder, der unsere deutschen Seeleute kennt, weiß, daß sie den besten in Europa vollkommen an die Seite gestellt werden dürfen.

Frankreich.

Paris, 29. Juni. Das neue Ministerium ist in der Nationalversammlung und im Publikum gut aufgenommen worden. Nur Hrn. v. Carnots Name erregte in der ersteren einiges Murren. Die Erinnerung an manche seiner Rundschreiben, die nahebei im Tone der berüchtigten des Hrn. Lebrun-Rollin gehalten waren, mochte noch bei manchen Mitgliedern nachwirken. — Die Zahl der Aufrührer, die an dem Kampfe Theil genommen, wird jetzt allgemein auf wenigstens 40000 geschätzt. Die Zahl der Gebliebenen auf beiden Seiten ist noch nicht genau ermittelt. Dem verstorbenen Erzbischofe von Paris wird kraft Entscheidung des Maires von Paris ein Denkmal im Hofe der Omnze-Bingts (einer Wohlthätigkeits-Anstalt für blinde Greise) errichtet. — Nach einer Entscheidung des Ministerrathes wird die allgemeine Entwaffnung auser hier auch in allen Städten der Provinz angefahren, wo eine zahlreiche Arbeiterbevölkerung zusammengedrängt ist, und wo unruhstörische Bewegungen stattgefunden haben. — Die Waffen der aufgelösten 9. und 12. Legion der Nationalgarde von Paris sind nach Vincennes geschafft worden. — Gegen 4 Uhr diesen Morgen hörte man in der Gegend des Luxemburg und des Chateau d'Eau mehrere Schüsse; es sollen mehrere Galeerensträflinge augenblicklich erschossen worden sein, die man mit den Waffen in der Hand festgenommen hatte. Der Belagerungsstand dauert fort.

†Paris, 29. Juni. Die Nationalversammlung hat heute einstimmig ein Dekret angenommen, kraft dessen das Herz des im Kampfe für die Ordnung gefallenen Generals Negrier bei den Invaliden beigesetzt, sein Leichnam der Stadt Lille überliefert, und der Kreimilizer im 7. Linien-Regiment hinterlaßene Sohn zum Lieutenant befördert, und seiner Mutter eine auf die beiden Kinder nach ihrem Tode übergehende Pension von 3000 Fr. jährlich zuerkannt ist. Der General war fast ohne Vermögen. Dann kündete General Cavaignac an, daß Admiral Leblanc das Marineministerium abgelehnt, deshalb Hr. J. Bastide dieses, der General Bedeau aber das der auswärtigen Angelegenheiten übernommen habe. (Allgemeiner Beifallgung.) Darauf wurde an die Stelle des zum Minister gewordenen Hrn. Senard zum Präsidenten der Nationalversammlung Hr. Marie, bisher Mitglied des vollziehenden Ausschusses, mit 414 unter 790 Stimmen erwählt. Hr. Dupont erhielt 297, Hr. Baroche 61 Stimmen. Bei Postabgang hielt Hr. Marie eben eine oft von Beifall unterbrochene Dankrede.

Spanien.

*Madrid, 24. Juni. Am heutigen Feiertage wurden keine Geschäfte an der Börse gemacht. Die Königin Mutter wird sich, wie man sagt, nach Sevilla begeben, um bei der Entbindung der Herzogin von Montpensier zugegen zu sein. Der General Major Luis Armero ist zum k. Kommissar der spanischen Bank von St. Ferdinand an die Stelle des Don Manuel Bayuela, welcher seine Entlassung gegeben hat, ernannt worden. — Nach einem Gerüchte, welches sich der Bestätigung bedarf, befindet sich der karlistische General Elio und andere wieder in Spanien. — M. Ottway und die übrigen Glieder der englischen Gesandtschaft, welche nach H. Bulwers Abreise hier zurückgeblieben waren, bereiten sich zur Abreise vor.

Niederlande.

Amsterdam, 23. Juni. Für einen hier lebenden Deutschen ist es sehr betrübend, anzusehen, wie die Sympathieen, welche sich in den letzten Jahren bei dem größten Theile der Niederländischen Bevölkerung für Preußen und für einen möglichst engen Anschluß an dasselbe bekundeten, seit den März-Ereignissen nicht allein wesentlich nachgelassen haben, sondern sogar einer bittern Stimmung Platz machen, die sich in den holländischen Zeitungen und im gesellschaftlichen Verkehr überall unverholen ausspricht. Wenn der freiheits- und ordnungsliebende Holländer früher den preußischen Nachbar um die geregelte Verwaltung seiner Regierung und um die mäßigen an dieselbe zu entrichtenden Abgaben beneidete, und zur Erlangung gleicher Vortheile, behufs Entwickelung und Sicherung seiner materiellen Interessen, die Annäherung wünschte, so fürchtet er vielmehr dieselbe gegenwärtig, wo ihm die Zukunft Preußens und dessen materielle Interessen sehr gefährdet erscheinen. Zu richtiger Würdigung der höheren Intelligenz und regeren Arbeitslust der Deutschen im Vergleich zu den Eingebornen, nahm man zene bisher in Comtoire, Werkstätten und zu sonstigen Beschäftigungen vorzugsweise gern hier auf, während man jetzt im Gegentheil sich bemüht, sie, besonders die Handwerker, aus dem Lande bald möglichst zu entfernen. Alle Reisenden, die in den letzten Jahren nie mehr nach einem Passe gefragt wurden, sind heute einer strengen polizeilichen Aufsicht unterworfen, und man furchtet für die untern Volksklassen einen nachtheiligen Kontakt, selbst mehr mit den Deutschen als mit den Franzosen, indem man vorzüglich bei von letzteren die subversiven und kommunistischen Ideen meist nur als momentane Mittel zur Erreichung egoistischer Zwecke benutzt werden, während erstere in ihren metaphysischen Spekulationen solchen Ideen fast immer die konservativen anhängen und den Verfassungen, Gesetzen und Institutionen sogar noch allzuviel nachsehen, wenn bereits Grundsätzlichkeit von dem praktischeren Verstande der Franzosen bereits längst erkannt worden wäre. Aus denselben Gründen flieht sie der Niederländer der gegenwärtigen Zustand der Dinge in Deutschland größere Besorgniß ein als der in Frankreich, welchen sie um so eher für schneller vorübergehend halten, als in letzterem Lande die Gräuelszenen von 1793 bei allen Besitzenden noch in frischem Andenken standen.

Die letzten Nachrichten aus Berlin über das Attentat auf die Personen von Ministern und Abgeordneten, über die Plünderung des Zeughauses und über das dabei und nachher stattgefundene, haben hier bei allen Volksklassen den tiefsten und betrübendsten Eindruck hervorgerufen, indem man in solchem unter den Augen der Regierung und der konstituierenden Versammlung verübten gesetzwidrigen Getriebe einer sich mehr durch Verwegenheit als durch Zahl und Stärke bekundenden Partei, andererseits eine Lauigkeit, Schwäche oder Furcht erblicken will, bei deren Fortdauer sich für Preußen die Wiederholung drohenden befürchten ließe, was aber Frankreich seine erste Revolution gebracht hätte. (R. B. Z.)

Rußland.

Warschau, 23. Juni. Die mobilen Korps, die im Königreiche Polen speziell zur Ueberwachung der Grenzen gebildet waren, und unter dem Befehle des Generals Read standen, sind in Folge des beruhigten Zustandes des Großherzogthums Posen aufgelöst worden. Die Truppen, welche diese Korps bildeten, werden in's Innere des Königreichs verlegt (N.R.Z.)

† Mittheilungen von der polnischen Grenze stellen die Ruhe im Großherzogthum Posen als nicht sehr begründet vor. Man fürchtet sogar einen neuen Aufstand, und sucht die gegenwärtigen etwas verwirrten Verhältnisse zu dem Zwecke auszubeuten, indem sehr viele Polen jenseits Standes nach Berlin eilen, um dort im geheimen die Verwirrung zu unterstützen und zu vermehren. — Trotz aller Nachrichten von der an unserer Grenze zusammenzogenen ungeheuren Truppenmacht, sind die seit vorigem Herbste bestehenden Kordons nicht aufgelöst worden. Die Truppen, welche diese Korps bildeten, werden in's Innere des Königreichs verlegt (N.R.Z.)

† Mittheilungen von der polnischen Grenze stellen die Ruhe im Großherzogthum Posen als nicht sehr begründet vor. Man fürchtet sogar einen neuen Aufstand, und sucht die gegenwärtigen etwas verwirrten Verhältnisse zu dem Zwecke auszubeuten, indem sehr viele Polen jenseits Standes nach Berlin eilen, um dort im geheimen die Verwirrung zu unterstützen und zu vermehren. — Trotz aller Nachrichten von der an unserer Grenze zusammengezogenen ungeheuren Truppenmacht, sind die seit vorigem Herbste bestehenden Kordons, die sie unserer Grenze in kürzester Zeit überschreiten wurden, von der bereits geschlagen sein sollenden Brücke über den Niemen gegenüber der Zollstation Kucharskin, von dem großen Lager bei Kalisch, können wir doch aus sicherer Quelle versichern, daß die Hauptkorps der Russen theils in Warschau, theils bei Krakau und an der galizischen Grenze stehen. In Kalisch stehen nur 2 Bataillone Infanterie und längs der posen'schen Grenze einige Kosaken-Detachements. Die Petersburger Garden haben noch keine Marschorder erhalten und in Bezug auf die dänische Angelegenheit hat der Kaiser dem dänischen Gesandten Graf Arbuthn abermals bevertagte Antworten abgeschlagen, dagegen aber eindringlich zum Frieden und Nachgeben geratheu. — Rigaer Briefe sprechen von neuen Unruhen in Petersburg, welche aber rasch unterdrückt worden seien, einige Hundert seien dabei umgekommen. Die Wahrheit dieses Gerüchts ist aber sehr zweifelhaft.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

○ Berlin, 28. Juni Das Vertrauen ist wieder im Wachsen trotz der unausgesetzten Versuche der Wühler, durch das Gespenst „Reaktion" Furcht und Mißtrauen zu erregen. Unsere Börse war heute ziemlich belebt, Staats- wie industrielle Papiere sind bedeutend gestiegen. Bank Aktie. 74 G.

London. 27. Juni. Konsols 83¼ „

** Paris, 29. Juni. Die Börse ist heute wieder eröffnet worden und war stark besucht. Man war begierig, die Wirkung der letzten Ereignisse, der Ernennung des Generals Cavaignac ter, nebenbei gesagt, überall, wo er sich zeigt, mit begeistertem Zuruf empfangen wird), dann die der neuen Minister auf die Courte äußern würde. Die 3prozentige Rente ist um 2 Frks. 50 Cts. gestiegen, aber es wurden wenige Geschäfte gemacht. Man kennt die Absichten des neuen Finanzministers Frn. Goudchaux, der übrigens mehr Vertrauen einflößt als sein Vorgänger Duclerc, über den Plan des Rückkaufs der Eisenbahnen durch den Staat nicht. Der Bankgouverneur Graf v. Argout hatte diese Vormittag eine Konferenz mit ihm im Finanzministerium. Auch die Eisenbahnaktien sind etwas gestiegen.

Börse, 29. Juni. 3proz. 46., 4proz. 54., 5proz. 69.25. Schapscheine 20. Bankaktien 1265. Compt. von Aktier 750. Belg. 5proz. 66¾ „ 4½ proz. 60. Belg. Bank —. Neap. 5proz. —.—. Röm. —.—. Piem. —.—. Berl. C.-P. rechte 120, link 120. Paris-Orleans 585.—. Rouen 400.—. Lyon 308.75. Straßburg 352.50. Nordbahn 351.25. Marf.-Avignon 217.50. Straßb.-Basel 83.75 Ord.-Bordeaux 396.75. Tours-Nantes 340.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. G. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Rückblick auf den Pariser Aufstand.

△ Paris, 28. Juni. Jetzt, nachdem die Thatsachen des Kampfes der vier Tage auf einem ungeheuern Umfreise näher bekannt sind, sagt das Journal des Debats heute, obschon man die Anzahl der Kämpfer auf Seite der Aufrührer auf 40,000 Mann an. Diese Ziffer scheint durchaus nicht übertrieben, wenn man bedenkt, daß es einer doppelten Streimacht bedurfte, um über diesen Aufstand zu triumphiren, den furchtbarsten, den bestgeleiteten und vorzweifelsten, den wir noch unter uns erlebt haben. Schon vier Tage hindurch vor dem wirklichen Ausbruche hatten Zusammenrottungen und Emeuten stattgefunden. Während dieses ersten Tumultes bereitete sich Alles vor. Man sah, daß Kämpfen in den Straße zu, daß Niederlegen von Waffen und Kriegsbedarf. Die Führer und ihre Hilfersheifer waren, wie man jetzt hört, Vorsteher und Untervorsteher der Nationalwerkstätten, lauter einer amtlichen Kundgebung des Ministers des Innern, die bei der Reorganisirung der republikanischen Garde aus derselben entfernten Offiziere und Gemeinen, die Montagnards, eine kleine Anzahl von Andreifern aus der Garde mobile und selbst einige wenige Offiziere dieser, die bestigten Klubisten, und endlich die sämmtlichen entlassenen unter den freigelassenen oder freigewordenen Strafsingen. Viele alte Soldaten, weil Leute von Kopf und Einsicht und andere hohergestellte Rädelsführer hatten diese große Bewegung organisirt, geleitet und ausgeführt, diese neue Jacquerie gegen die soziale Ordnung und die Civilisation. Bei allen Aufständen, deren Schauplatz Paris seit 17 Jahren gewesen ist, sah man immer eine große Anzahl junger Leute aus den Schulen und vom Handel betheiligt. Im Februar hatten alle Schulen mit Wärme sich der Bewegung angeschlossen, aber bei der letzten sah man nichts dergleichen, der Ruf auf ging blos von Soldaten und Arbeitern aus, d. h. von den schlechten Arbeitern allein, und einer blinden Masse, welche durch die unsinnigsten Vorspiegelungen, als könnte der soziale Kampf allein ihre Lage verbessern, dazu aufgereizt waren, ein Vorwand, den einschlotwolle und scharfsichtige Männer lang vorausgesehen hatten. Dieser Aufbildung der Kräfte der Aufrgenten fügten sich noch einige Tausende abgefeimter Verbrecher hinzu, welche das Volk ohne Zweifel nicht kannte, und die man für Arbeiter wie die Uebrigen hielt. Wir haben es bereits gesagt, und man darf es nicht vergessen, daß in den Nationalwerkstätten 22,000 solcher Verbrecher enthalten waren. Es ist möglich, daß nicht Alle an dem Aufstande Theil nahmen, aber man darf annehmen, daß unter den Kämpfern es die Verbrecher vom Profession waren, welche die äußerste Wuth, den unbeugsamsten Starrsinn an den Tag legten, und denen man hauptsächlich die Grausamkeit gegen die Gefangenen, die raffinirte Barbarei zuschreiben muß, bei deren Erinnerung heute noch die Einwohner von Paris schaudern. Nach der Persönlichkeit der Führer, wie wie sie eben geschildert haben, ist es erklärlich, daß der riesige und wohlorganisirte Plan Lebermann, zu selbst unsere Generale über-rascht wurde. Der Barrikadenkampf, dem Pariser-Volke so geläufig durch seine häufige Anwendung, daß es einen Mann gibt, den man „Professor der Barrikaden" nennt, war auch diesesmal auf eine merkwürdige Weise vervollkommnet; so daß die gewaltsamsten Mittel des Belagerungskrieges angewendet werden mußten, um ihn zu besiegen, und ein auf sich Angriffe erleichtert Kampf von vier Tagen den gleich viel Nächten nothwendig war! Die anlegenden Barrikaden, welche mit Musse erreichet werden konnten, wie die im Quartier St. Antoine, waren so regelmäßig aus Pfaster- und Ziegelsteinen erbaut, und so dick, daß sie selbst dem Kanonenfeuer widerstanden. Mehrere Barrikaden von großem Umfang bildeten die Form eines einwärtsstehenden Winkels, um sowohl die Wirkung der Kugeln zu schwächen, als auch ein Kreuzfeuer zum Rechten und Linke auf die anrückenden Truppen unterhalten zu können. In mehreren Straßen hatten sich die Insurgenten in die Häuser geworfen, die Zwischenwände durchbrochen, und so eine lange Verbindungslinie hergestellt, welche ihnen sowohl zum Vorrücken, wie zum Rückzuge diente. Sie stiegen die Fenster ein, schichteten Matratzen und Mendles der Einwohner in den Fensterbögen auf, und so geschicke ein Scharfschützen unterhielten ein wohlgenährtes und mörderisches Kleingewehrfeuer. Sie wurden kändig die Gewehre laden. Sie hatten aus vielen vorthrhaft gelegenen Häusern und mehrern öffentlichen Gebäuden wahrhafte Festungen gebildet, welche die Nationalgarde von Paris, die Garde mobile, die braven Garden aus den Departements und die Linienbataillone erst nach langem Kampfe erobern konnten. Alle wetteiferten an Muth, sie entwickelten selbst ein unbegränbares Talent, welches ihnen auf manchen Punkten einen bedeutenden Vorsuß im Verhältnisse zu ihrer gegen ein Schlachtfeld vierfach geschützteren Stellung zuzog. Diese in der Schnelligkeit errichteten Festungen der Insurgenten waren hauptsächlich die Häuser auf der Seite der Brücke St. Michel, auf dem linken Ufer die Kirche St. Severin, das Pantheon, und die Rechtsschule, die Kirche St. Gervais und dem Stadthause, die Häuser des Platzes St. Gervais und des Platzes Baudoyer, ein Theil der Rue du Temple und der Vorstadt, die Neubauten vom Etos St. Lazare, die Ecken der großen Straßen, welche auf den Bastillenplatz ausmünden, und schließlich die ganze Vorstadt St. Antoine, welche ganz zuletzt erobert wurde, und wo noch 20,000 Streiter zurückgeblieben waren.

Wie traurig auch das Eingeständniß sey, so muß es doch gemacht werden: eine große Zahl von Nationalgardisten von 10. und 12. Legion, welche entwaffnet worden sind, haben mit mehreren ihrer Offiziere offen für den Aufstand Partei genommen. Man wird sich erinnern, daß in diesen Legionen und besonders in der 12., welche Barbes zu ihrem Oberstenen gewählt hatte, man bei der Wahl der Offiziere an die Candidaten die Frage stellte, die sie mit Ja oder Nein beantworten mußten, ob sie nemlich der Nationalversammlung zu Hülfe marschiren wurden im Falle, daß das Volk sie fürzen wollte. Diese Bestzeitung von Nationalgardisten und Offizieren in Uniform hat sehr viel zu der furchtbaren Ausdehnung beigetragen, welche der Aufstand in diesen beiden Stadttheilen gewonnen hatte, und sie hat das verhängnißvollste Beispiel in diesen Quartieren gegeben. — Fassen wir nun andererseits auch die Hauptoperationen der Vertheidiger der gesellschaftlichen Ordnung zusammen. Bekanntlich brach der Kampf am 23. um Thore St. Denis aus. Man sah da eine Schaar von jungen Leuten aufstehen ohne Fahnen, ohne Banner der Handwerk-Werkstätten, der Clubs und einiger Arbeiter-Corporationen schwenken. Bald waren zwei Barrikaden aus Pflastersteinen errichtet, und in einem Augenblicke wie durch Zauber zeigten sich diese Leute mit Gewehren bewaffnet. Noch jetzt kann man sich nicht erklären, wie sie so schnell dieselben sich verschafft hatten. Der Aufstand war offenbar schon seit dem Tage vorher angekündet. Auf dem Platze vor dem Pantheon hatte sich ein Zunge von 3000 Individuen gebildet, und alle hatten sich für den folgenden Tag Stellbichein dort gegeben. Der vollziehende Ausschuß scheint indeß von der obwaltenden Gefahr nichts wahrgenommen zu haben, denn man versichert, daß in jenem Augenblicke nur 10,000 Mann Truppen in Paris standen. Die Nationalgarde stand einen großen Theil des Tags vom 23. allein dem Aufstande gegenüber. Sie hatte das erste Feuer auszuhalten, sie war es, welche die ersten Barrikaden am Thore St. Denis, in der City, und gegen das Boulevard du Temple zu angriff.

Am Morgen desselben Tages wurden 2 Compagnien Linienstruppen, welche ein Feuer auf eine Barrikade eröffnet hatten, von den Insurgenten in eine enge Straße eingeschlossen und gezwungen zu kapitulisen unter der Bedingung, sich nicht mehr zu schlagen. Die Kaserne eines Bataillons der Garde mobile, welches noch keinen Befehl erhalten hatte, war von einer ungeheuren Menge belagert. — Ein Bataillon der Linie, beordert im Quartier St. Antoine das Stadthaus auf dem Place Royale zu bewachen, wurde von allen Seiten angegriffen, und von den Häusern aus, wo sich die Insurgenten festgesetzt hatten, bestrichen, so daß es, nachdem es alle Patronen verschossen hatte, ohne Verstärkung zu erhalten, gezwungen war, zu kapitulisren. Die Insurgenten bemächtigten sich der Mairie, plünderten sie und fanden dort einen großen Vorrath von Waffen und Munition. Gleichzeitig stürmte ein Bataillon der Garde mobile gegen die Barrikade St. Severin mit einem, seine Gefahr mehr schwenken Heldenmuthe, verlor aber sogleich 300 Mann und zog sich in einem sehr traurigen Zustande auf die Brücke St. Michel zurück; beinahe alle diese jugendlichen Kämpfer waren mit Blut und Wunden bedeckt!

Nun aber erschien General Cavaignac als Oberkommandant von der Nationalversammlung ernannt. Von diesem Augenblick an wurde die Vertheidigung der Hauptstadt und die Unterdrückung des Aufstandes mit einer Genauigkeit, Lebhaftigkeit und Ueberreinstimmung durchgeführt, welche beispiellos dasteht, wie die Wuth und Größe des Aufstandes selbst.

Der Aufstand zeigte sogleich bei seinem Beginnen einen furchtbaren Charakter und eine Art von Organisation, die entweder sich auf eine furchterliche Weise. Das Centrum drang vor durch die Rue St. Antoine, nahm eine feste Stellung bei St. Gervaise und strengte sich an, den Platz des Hotel de Ville zu nehmen, welcher aber mit aller Kraft vertheidigt ward. Der linke Flügel operirte mit zwei Colonnen durch die Straßen St. Jacques und St. Victor, und drohte sich in der City und bis zum Hotel de Ville zu thun, indem sie die Brücken St. Michel und Notre-Dame-Brücken überschritten hatten. Aber bereits waren auch die Vertheidigungsanstalten getroffen, die Truppen, die Nationalgarde, die Garde mobile schlugen die Angriffe mit Aufopferung ihres besten Blutes zurück, machten sich Meister von St. Severin, des Platzes Maubert und der Straße St. Victor. Am Pantheon entwickelte sich einer der wüthendsten Kämpfe dieser blutigen Tage. Ein Bataillon der Garde mobile, beinahe ausgerieben durch das Feuer aus den Häusern, hatte sich in dem Gebäude der Rechtsschule zurückgezogen. In ihrer Hilfe eilte Artillerie herbei; da zeigte sich plötzlich eine zahlreiche Abtheilung, welche man wegen ihrer Uniform für Nationalgarden hielt. Es waren die Insurgenten der 12. Legion; sie benutzten den Irrthum, ein Feuer zu geben, welches eine sehr große Menge niederstreckte, und bei der dadurch entstandenen Verwirrung gelang es ihnen, eine Kanone zu erobern. Die Colonne hatte sich aber schnell wieder geordnet, nahm die Kanone wieder und griff die Insurgenten beim Pantheon an, wohin sie sich zurückgezogen und alles zur Vertheidigung bereitet hatten. Die Insurgenten bei diesem mörderischen Kampfe dursten heroisch genannt werden, wenn die Sache besser gewesen wäre.

Nicht minder blutig ging es im Clos St. Lazare, im Faubourg du Temple und im Quartier St. Antoine her. Auf diesen Punkten zeichnete sich vorzüglich die Nationalgarde der Departements aus.

Wie wir schon erwähnten, war der letzte Schauplatz der vierzägigen Kämpfe der Faubourg St. Antoine, dessen zahlreiche Bevölkerung von den Rädelsführern fanatisirt war. Um diesen westlichsten Stadttheil zu bezwingen hatten man 3 Colonnen und eine furchtbare Artillerie, welche Donnern ganz Paris erschütterte! Während man sich auf dem Bastillenplatze und am Eingang des Faubourg schlug, warfen sich die Insurgenten, zurückgetrieben von dem Boulevard, auf die an-

dere Seite des Canals. Ihre Anführer hatten sehr gut berechnet, daß ihnen dieser dieselben Dienste leisten würde, wie der große Graben einer Festung. Im Rücken hatten sie die Gemeine Belleville insurgirt, welche ihnen als Haltpunkt diente und den Rückzug deckte. Aus den Barrieren vertrieben vertheidigten sie sich noch an mehren Punkten hinter den Zollschranken und hatten Schießscharten in die Mauern gebrochen und so war man gezwungen jeden Fuß breit Landes ihnen mit Gewalt zu nehmen.

Immer aber bleibt das Bild, welches wir geben, unvollständig. Wir würden noch manchen Tag zur Aufzählung aller Heldenthaten von Seiten der Vertheidiger der Ordnung nöthig haben. Das aber ist eine traurige aber Wahrheit, daß nie ein so schrecklicher Kampf vorgefallen, nie so viel französisches Blut durch Bruderhand vergossen worden ist. Die Zahl der Opfer ist außerordentlich groß; Wohlunterrichtete sprechen von 10000 Getödteten und Verwundeten. Von 10 Generalen wurden 7 verwundet und 2 getödtet. Dem General Lamoriciere wurden 2 Pferde unter dem Leibe erschossen. Getödtet wurden die Generale Negrier und Bree. Bierher die Generale Bedeau, Duvivier, Daumesnil, Korte, Lafontaine, Fouchet. Unverwundet blieben die Generale Lebreton, Perrot und Lamoriciere. Die Alten Soldaten versichern, daß in den mörderischsten Schlachten der Kaiserzeit die Zahl der getödteten Generale nicht so unverhältnißmäßig gewesen sei, wie, daß bei Erstürmungen jener Plätze und Redouten der Verlust an Menschenleben bei weitem geringer sich herausgestellt habe, als bei den Barrikadenkämpfen des Junius in Paris. —

Deutschland.

Bayern. — München, 2. Juli. (Amtliche Nachrichten.) Dem Kreis- und Stadtgerichte Landshut wurde wegen seiner vermehrten Geschäfte ein Assessor außer dem Status beigegeben, und als solcher der Advokat Thomas Güpregen von Fortheim unterm heutigen ernannt.

Die Kassesiedersstochter Maria Anna Brehler, nun verehelicht an den Sattlermeister Karl Teubner zu Bamberg, wurde auf allerunterthänigste Bitte unterm 2. d. Mts. für großjährig erklärt.

Württemberg. — *** Stuttgart, 30. Jun. — Die offene Erklärung unsers Ministers Römer hat einen sehr guten Boden gefunden. Die ungeschminkte, einfache Darlegung unserer Verhältnisse, die Aufzählung dessen, was das Ministerium bereits gethan hat und noch thun wird, die freimüthige Darlegung seiner Ansichten über die seither sowohl als jetzige Politik, Neuerungen, wie man sie besser aus dem Munde eines Ministers noch nie vernommen hat, konnten keinen andern, als günstigen Eindruck hervorbringen. Dieser that sich bereits öffentlich von vielen Seiten kund. Erklärungen von Gemeinden, Bürgervereine erfolgen, in welchen dieselben öffentlich ihre entschiedene Zustimmung zu der Erklärung des Ministers ausdrücken und sich entschlossen erklären, im Sinne dieser Erklärung mit Entschiedenheit zu wirken, so wie jeden Reaktionsversuche entgegen zu treten — Auch bei einer am 29. abgehaltenen Volksversammlung im Mainhardter Wald sprachen sich die Bewohner jener Gegend dahin aus, daß nur durch Ordnung und Eintracht die errungenen Freiheiten des Volkes befestigt werden können, daß sie sich deßhalb nie zu Handlungen gegen ihren König und die liberale Regierung aufreizen lassen würden. Aus unserer Residenz berichte ich einfach die Ernennung des Prinzen Friedrich zum Commandanten des württembergischen Armeekorps, so wie die am 26. d. M. erfolgte Rückkehr des 4. Regiments aus Ludwigsburg. Unsere Kammern werden wahrscheinlich binnen 8—10 Wochen einberufen werden.

Oesterreich. — Die Allgem. Oesterr. Zeitung meldet nach der Presser Zeitung aus Peterwardein vom 21. Juni 1 Uhr Nachts das Folgende: „Freude und Entzücken mehr, als jemals die Gränzer, als auch die aufgebotenen ungrischen Bevölkerung in Folge der Publikation des kaiserlichen Manifestes sich äußern haben Landesmilitärcommando versammelt gewesenen Tschaikisten, Deutschbanater- und Peterwardeinergränzer zu Pflicht und Gehorsam zurückkehrend, auf dem Wege nach ihrer Heimath sich befanden."

Italien.

*** Unsere unter dem 1. Juli mitgetheilte Nachricht, daß der Befehl zur Aufhebung der Blokade von Triest bereits gegeben sei, scheint bereits durch die That ihre Bestätigung zu erhalten. In einem Schreiben, welches die A. Z. dd. 28. Juni von Triest mittheilt, lesen wir, daß die feindliche Flotte aus den Gewässern von Pirano verschwunden sei. Zugleich erhalten wir die Nachricht, daß auf die Erinnerung des k. k. Hofcommissärs Graf Hartig an den piemontesischen General Sonnaz rücksichtlich der Respektirung der Tyrolergränze — als zum deutschen Bund gehörig von Seite des Armeekorps des genannten Generals — indem eine Besetzung eines tyrolischen Landestheiles ebenso betrachtet werden müsse, wie ein Angriff auf Triest, — die Tyroler-Gränze von piemontesischen Truppen nicht mehr überschritten worden ist. In Turin war das Benehmen der sardinischen Truppen, den österreichischen gegenüber, ein ziemlich gutes, ein Theil derselben nahm sogar an der Feuerlöschung-Prozession in Pirano Theil. Daß dieses Benehmen von den österreichischen Truppen erwidert wird, ist natürlich, allein die Einladungen der sardinischen Offiziere an die österreichischen sind bisher doch nicht angenommen worden. Bei Gelegenheit einer solchen Zusammenkunft am Lande zeigte ein sardinischer Offizier Briefe aus Wien vom 26. v. M. vor, welche von einem dort lebenden italienischen Emissär herrühren sollen, der sich über die günstigen Verhältnisse Wiens ausspricht, welche die Rührung und Steigerung der Wirren der Residenz begünstigten, zumal die polnischen Sendlinge, welche mit ihnen, den Italienern, gleiches Interesse hätten, außerordentlich eifrig zur Einwirkung auf die Wiener Bevölkerung beitragen! — Das mögen und sollen sich die Leute in Wien recht zu Herzen legen, welche im Wahne, selbständig zu handeln, sich hier als blinde Werkzeuge fremder Parteien mißbrauchen lassen können.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 1. Juli. Oesterr. 5proz. Metall. 60¼, 4proz 49. 3proz. — 2½proz. 32. Bankaktien 1075. 500 fl. Loose 95, 250 fl.-Loose 60. — Preuß. 50 Thlr-Prämienscheine 85 p. G. Staatsschuldscheine 3½proz. 69. Bayer. 3½proz. Ludwigsh.-Berbach. 52½. — Württemberg. 3½proz. 73. 4½proz. 88. — Bad. 3½proz 69½. Lotto-Aktien 2 50 fl. 38 35 fl.-Loose 21½. — Darmstadt. 3½proz 72. 4proz 78. Lotto-Aktien von 50 fl. 53¼. 25 fl.-Loose 18½. — Kurhess. Frieder.-Wilh.-Nordb. 3½. 40 Thl.-Loose 21. — Nassau. 3½proz. 73. 25 fl.-Loose 18½. — Franks. 3½proz. 78, 3½proz. 91½. 85½. Taunusbahn 265. — Holland. Integr. 43½. — Span. 5proz. innere Schuld 17. — Poln. 300 fl.-Loose 84. 500 fl.-Loose 57½. — Sardin. 36 Fr.-Loose 22. Dieс. —

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Dienstag, 4. Juli: „Faust", Tragödie von Goethe. (Dem. Bauer: Margarethe, als Gast.)

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Frau v. Schwanenfeld, von Berlin. v. Hölein, von Augsburg. Wasian, Rentier von New-York.

Gold. Hirsch. Allieser, Advokat von Dessau. Bradley, Rentier aus England.

Hotel Maulik. Baron v. Dehn, Offizier aus Rußland. Scher, Gutsverwalter von Kostlatinopel. Jäckl, Zuckersieder von Wien.

Gold. Kreuz. Bornham, Rentier von Norwick. Weiß, Kaufmann von Frankfurt.

Gold. Hahn. Blanchet, Künstler von Aisburg. Fräulein Weiß, von Regensburg. Schwarzer, Künstler von Starnberg.

Blaue Traube. Krally, Maler von Wien. Ottomane u. Strilly, Geistliche von Lüttich Stag. Ingenieur von Kaufmann. Graf Berchem, von Pitting. Barchard, Inspektor von Wallerstein.

Stachusgarten. Gorgel, Privatier von Innsbruck. Pfab. Schreiber von Solothurn. Graf v. La Rosé, Gutsbesitzer von Krosdorf.

Gestorbene in München.

Maria Frank, Steuerkassier-Kassiersgattin, 43 J. a. Theresia Behr, Taglöhnerswittwe, 65 J. a. Mathias Gebersberger, Taglöhner v. h., 38 J. a. Thella Giuliani, Wäschereiwittwe, 35 J. a.

Um dem Uebelstande abzuhelfen, daß jene verehrlichen Hrn. Abonnenten, welche sich die Neue Münchener Zeitung durch Colporteure in ihre Wohnung bringen lassen, das Blatt erst mehrere Stunden nach der Ausgabe erhalten, ersuchen wir dieselben um genaue Angabe ihrer Adresse in dem Expeditionskomptoir (Promenadeplatz Nr. 14), damit eine nach den verschiedenen Stadttheilen geordnete beschleunigte Besorgung der Exemplare durch die betreffenden Colporteure eingerichtet werden könne.

Expedition der Neuen Münchener Zeitung.

Bekanntmachung.

Verlassenschaft des Georg Forstmayer betr.

6. Nachdem Michael Forstmayer, Elterlohn von Riedling, der öffentlichen Ladung vom 29 Novemb. v. Js. (siehe Münchner politische Zeitung vom 4. Dezember 1847 Nro. XLVIII.) nicht nachgekommen ist, so wird derselbe andurch mit dem Anhange für verschollen erklärt, daß sein Erbtheil ruhe. Beir. seinem hierorts bekannten nächsten Intestaterben gegen gerichtsordentliche Kaution ausgefolgt werden werde.

Traunstein, den 17. Juni 1848

Königl. Landgericht Traunstein.
v Schmid,
Königl. Landrichter

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 4.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Dienstag den 4. Juli 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 44.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

An unsere geehrten Abonnenten.

Die für die neue Einrichtung unseres Blattes nöthigen Veranstaltungen und davon unzertrennlichen vielfachen materiellen Schwierigkeiten sind in den ersten Tagen mehrmals Ursache geworden, daß das Blatt nicht immer genau zu den von uns für das Erscheinen bestehenden bestimmten Stunden ausgegeben werden konnte. Wir werden Alles aufbieten, diesen Mißstand schleunigst zu beseitigen, und auch in dieser wie in jeder andern Beziehung die gerechten Wünsche unserer geehrten Abonnenten zu befriedigen. Wir glauben dabei nochmal hervorheben zu müssen, daß unser Blatt regelmäßig alle Nachrichten aus dem Westen Europas mit den Börsenkursen von Paris und London um volle zehn Stunden früher mittheilt als jedes andere deutsche Blatt.

Wir bemerken ferner, daß alle Aufsätze, deren Aufnahme in das Blatt gewünscht wird, und worüber die Redaktion allein entscheidet, an diese, alle Ankündigungen und Bekanntmachungen jeder Art dagegen an die Expedition zu richten sind. Die Redaktion hat es sich ferner zum unverbrüchlichen Grundsatze gemacht, keinen ihr als Beitrag eingesendeten Artikel aufzunehmen, dessen Verfasser ihr nicht genannt wird. Wir bemerken dieß ausdrücklich, da uns von mehreren Seiten bereits Aufsätze ohne Unterschrift des Verfassers zugekommen sind, und von denen wir daher schon aus dieser Rücksicht, abgesehen von ihrer sonstigen Richtung, keinen Gebrauch machen können.

Die Redaktion der „Neuen Münchener Zeitung".

Deutsche Reichsversammlung.

Wir behalten den ausführlichen Bericht über die Sitzung der deutschen Nationalversammlung vom 1. d. unserer heutigen Beilage vor und theilen für jetzt nur die Resultate mit. Eine Anzahl österreichischer Mitglieder sind aus der Versammlung ausgetreten und ihre Stellvertreter einberufen. Vogt hat auf seine Interpellation in Betreff der Verhaftnisse zu Frankfurt verzichtet. Die Wahlangelegenheit Heckers wurde einem besondern Ausschusse zur Prüfung überwiesen. Die Linke — wir bedienen es in ihrem eigenen Interesse — besonders aber Zitz trat als eifriger Fürsprecher Heckers auf und Zitz erlaubte sich sogar in seinem Eifer eine die Würde der Versammlung und die Achtung, die parlamentarische Männer ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit der Meinung gegeneinig sich stets bewahren sollten, durchaus vergessende Rede, in wir gegen weiter, selbst den gewöhnlichen Anstand hintansetzende Sprache gegen den Fürsten Lichnowsky. Hecker ist kein Hochverräther! rief er aus. Hecker hat sich gegen die Fürstengewalt vergangen und wird verurtheilt werden. Aber ein Lichnowsky hat sich nicht zu rechten! Ungeheurer Tumult der Linken, die Claque der Galerien stimmt mit Schreien und Pochen und Poltern ein, und endlich wird der Höllenlärm so groß, daß der Präsident v. Gagern drohen muß, die Galerien bei Wiederholung dieses Unfugs räumen zu lassen. Warum geschah dieß aber nicht sogleich? War diese Frechheit der Galerie etwa das erste Mal vorgekommen? Zuletzt wurde beschlossen, die österreichische Regierung solle zu Vornahme und festigen Schritt der Parlamentswahlen in Böhmen aufgefordert und ihr kräftige Unterstützung der Nationalversammlung gegen tschechische Umtriebe zugesichert werden. In die Kommission für die Sache Hecker's sind unter andern gewählt: Zachariä, Fürst Lichnowsky, Reichensperger, Simpson (aus Königsberg), Wiest, v. Linde, Riesser, Sommaruga und Dammers.

Wir geben nachträglich noch einen Beitrag zur Statistik der Abstimmung über den neu gewählten Reichsverweser.

Die Zahl der Abstimmenden war bekanntlich 546. Davon stimmten 436 für den Erzherzog Johann von Oesterreich.

Für Gagern stimmten: Müller (von Damm), Blumenstetter, Helbing, Jahn, Löwe, Richter, Hebner, Minkus, Mohring, Pfeiffer, Rosler, Zell, Metz, Schiller (von Jena), Ulrich, Fersch, Gagern, Hoesch (von Saarbrücken), Heidebrand, Plagter, Vogel (von Waldenburg), Zimmermann (aus Spandau), Kolb, Paur, (von Neisse), Spritzer, Venedey, Bocking, Christmann, v. Jostein, Rheinwald, Schultz (aus Weilburg), Zeyer, Gloß, Max Simon, Tafel (von Zweibrücken), Umbscheiden, Freudentheil, Nadinger Stockinger, Wisher, Gulden, Hönninger, Mayer (aus Dinkelsbühren), Partai (aus Steyermark), Heinrich Simon, Sonnenkalb, Crop, Nägele, Bogen, Heckmann, Hoffbauer, Nicoll, Uhland.

Für Jostein stimmten ferner: Jordan (von Berlin), Sachs, Tafel, Brunk, Rossmäßler, Tichnke, Haggenmüller, Heusel II., Heubner, Langerhans, Blumenröder (aus Bayern), Direksa, Henges, Nauwerk, Schmidt (aus Schlesien), Blum, Rhenstein, Schaare, Spaß, Heisterberg, Kuenzer, Reinhard, Wagdorf, Mommen, Griesshack. Für Erzherzog Stephan von Oesterreich: von Trapp (aus Neuenedo).

An der Wahl nahmen nicht Theil: Martini, Schüler (von Zweibrücken), Traufchker, Zehrenbach, Förster, Nee, Reichard, Mohr, Simon (von Trier), „wahlt keinen Unternehmlichen"), Thieme. Berger, Zig, Grizner, Kolarzek, Günther, Tinte, Zimmermann (aus Stuttgart), Rühl, Dewes, Schlöffel, Dietsch (von Annaberg), Grubert, Wesendunk, Wiedner, Hartmann (aus Oesterreich), Runge, Schmidt (aus Wurzen). (Die Meisten erklärten, „daß sie keinen Unverantwortlichen wählen.")

Unter den Abwesenden sind: von Bincke, Kapp (hat seinen Austritt aus der Versammlung angekündigt), Schiling.

Historischer Verein von und für Oberbayern.

Zu der Monatsversammlung am 1. Juli hielt Hr. Custos Föringer über die von dem Vereine angelegte Sammlung oberbayerischer Baund Kunstdenkmäler einen Vortrag, in welchem der Zweck und der jetzige Stand dieser Sammlung näher angegeben und hiemit ausführliche Berichterstattung über die beiden ersten Abtheilungen — Eingang in den Zwinger am ehemaligen Schwabingerthor zu München, dann ehemaliger Jungfernthoren zu München — beendet wurde. — Hr. Pfarrer Fortbuhrer in Altenhohl der Schongau hat über den sehr alten Taufstein zu Altenstadt und über die auf demselben befindlichen Zeichen dem historischen Vereins einige Notizen zusammen lassen, welche in der heutigen Sitzung ebenfalls vorgetragen wurden. — Unter den vorgelegten jüngsten Erwerbungen für die Versammlungen befand sich ein auch eine auf dem Vorraghorge bei Epfach (Avonacum) gefundene und von dem dortigen Hrn. Pfarrer Gaggemos dem historischen Verein als Geschenk überlassene Münze von Nerva Trajanus, dem eine Reihe auf Oberbayern bezüglicher Manuskripte, welche Herr Hellmann, Sekretär des historischen Vereins von Niederbayern, dem heiligen Verein schenkungsweise überlassen hat. In dieser Sitzung wurden die anwesenden Mitglieder durch das Aufschnuzmitglied Herrn Kustos Föringer auch auf die dem Vereinen noch verbaltete Sammlung von Beiträgen für Errichtung einer Erdenkstaf am dem Gebuetsbaus des Geschichtsschreibers Westenrieder dahier aufmerksam gemacht und zur Betheiligung hieher eingeladen. — Die nächste Versammlung wird Dienstag den 1. August Nachmittags 4 Uhr stattfinden.

Interessen der Arbeiter.

Im „Leipziger Tagblatt" richtet ein Arbeiter folgenden Zuruf an seine Genossen:

Brüder, ihr Arbeiter und Mitgenossen! Da nun schon seit den Unruhen viel Zeit vergangen ist und wir theilweise davon sehr gelitten haben, so hat gewiß mancher gedacht, daß die neuen Volksversammlungen Alles gut machen wurden. Wir haben darinnen manches gehört, manchmal recht einsättigte, manchmal auch recht vernünftiges, zuweilen aber auch aufreizendes, was einem redlichen Manne ordentlich aufs Herz sieh, da kann oft auf hie, die aus Mod gehen, gezielt wurde. Wir sie da vor der Hochtechismus eines französischen Arbeiters ein, wo er sagt: Reiche und Wohlhabende muß es geben, und der Reichthum ist mit einem Strome zu vergleichen, den man gewiß benutzen muß, zum Mühlenreiben, Lastentragen, zur Schiffsahrt ꝛc.; welche aber Jeder einen kleinen Theil davon wegnehmen, so daß er austrocknen muße, so hätten wir zwar sur eine Weile Etwas, hernach aber Nichts mehr, und es wäre dieß schlechter. — Sehr Ihr Genossen, das war gewiß ein vernünftiger Mensch, der das gesprochen hat, und seien wir nun ehrlich und schreiben geradezu, daß das ewige Versammeln uns zu nichts führt, ja uns manchen Groschen fur ungewohnten Aufwand aus der Tasche holt. Glauber nicht den Vorspiegelungen so manches Redners; die wollen sich nur reden hören und denken wohl gar

durch unsere Vereinigung was zu werden, lachen uns dann aus und fallen uns flecken. Vor allen traut Denen nicht, die den Mund recht vollnehmen und goldene Berge versprechen. So klug sind wir gewiß allein, daß wir einsehen, daß alles in den Verhältnissen liegt; ist Ruhe und Friede, wird oberwärts verbient, so geht die Arbeit, und auch unterwärts wird dann verdient. Und hatten wohl unsere lieber mit unsern Meistern, wie wird gewiß auch gerne sehen, wenns einmal, wenn wir Meister sind, unsere Gesellen mit uns halten werden. Fragt dach einmal all die schönen Redner, warum sie denn früher, ehe Versammlungen erlaubt waren, gar nichts für uns gethan haben?

Ein Arbeiter, der sich nicht mehr wie Schäfchen leiten lassen will, für Viele.

Deutschland.

Bayern. — *Münnerjen, 3. Juli. Jos. Ign. M. der König Ludwig und die Königin Therese werden morgen früh mit Ihrem Hofstaate Sich nach Berchtesgaden begeben. Heute Nachmittags war Familientafel bei König Ludwig.

*Münnerjen, 3. Juli. Heute Vormittags 11 Uhr fand für den vor Vicenza an den Folgen einer schweren Verwundung gebliebenen Fürsten Wilhelm v. Thurn und Taxis, f. k. österreichischen Generalmajor und Brigadier, der feierliche Trauergottesdienst in der Metropolitankirche zu U. L. Frau statt. Fürst Josef v. Thurn und Taxis, k. k. Generalmajor, erschien als Hauptleidtrager, Fürst August war wegen sehr angegriffener Gesundheit verhindert, bei dem Trauergottesdienste zu erscheinen. Der Adel und die Generalität sammt den Offizieren dieser Garnison erschienen zahlreich, an ihrer Spitze Prinz Luitpold. Der Kalasalk war mit den Bereheden eigenen Generalobrige, welchen er bei Vicenza trug, und mit allen seinen Orden geschmückt. Auch der russische Gesandte v. Severin wohnte mit seinem Gesandtschaftspersonale der Leichenfeier bei. Fürst Wilhelm Taxis war eine Zierde des Adels, ein tapferer Krieger, ein edler Mann voll Wohlwollen und Nächstenliebe. Er starb den denkenswerthen Tod eines Helden. Friede seiner Asche!

(Amtliche Nachrichten.) Se. Maj. der König haben unterm 1. Juli dem Oberregierungsrathe des Archivkonservatoriums in München, Josef Meyer, in Anerkennung seiner vorzüglichen Leistungen im Archivdienste den Titel eines Archivrates zu verleihen geruht.

Durch allerhöchste Resolution vom 26. Juni wurde die Kassierstelle beim Berg- und Hüttenamt Bodenwöhr dem Rechnungskommissär der General-Bergwerks- und Salinenadministration, Johann Evangelist Donaubauer verliehen, auf dessen Stelle der Offizant des Bergwerks Sieben Heinrich Taubala als Rechnungskommissär III. Klasse ernannt und des letztern Stelle dem Faktuonär am Bergamt Wunsiedel, Joseph Stahl verliehen.

Unterm 30. wurde zum Administrator der vereinigten Weizen- und Braubierbrauerei in Nürnberg der bisherige Administrator des dortigen Weizenbräuhauses Johann Ferdinand Endres, und zum Kontroleur und Betriebsbeamten daselbst provisorisch der Rechnungsrevisor Ernst Weltrich in Aspach ernannt, ferner der funktionirende Kontroleur des Weizenbräuhauses, Friedrich Meyer dieser Funktion enthoben und der ehemalige Brau- und Kunerwechse Bräuhausadministrator Hofmann entlassen.

Der Oberstlieutenant Frhr. v. Frays ist zum Obersten vorgerückt. (Ordensverleihung.) Se. Maj. der König haben unterm 25. Juni dem Rasernhausmeister Jankraj Gunther in Ingolstadt die Ehrenmünze des königl. bayer. Ludwigsordens verliehen.

Der Kreis- und Stadtgerichtsrath Zwack in Amberg ist gestorben.

Württemberg. — Biberach, 29. Juni. Heute unterzeichneten unsere Soldaten eine Adresse an den König worin sie ihr Bedauern über das Benehmen des 8. Regiments aussprachen und mit Namensunterschrift beurkunden, daß alle wie Einer, an König und Vaterland treu halten wollen. Gewisse unterschrieben zuerst, und zwar freiwillig aus innerem Drange; kein einziger Name steht auf der Liste. Es ist auch besser, wenn das Militär entscheiden auf Disziplin und gesetzlichen Gehorsam hält!

(Allm. Kr.)

Preußen. — *Berlin, 30. Juni. Nachdem in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung das Protokoll und ein Schreiben mehrerer rheinischen Deputirten an die Versammlung, das Aufrechterhaltung der Ordnung durch die Bürgerwehr und das Heer fordernd, verlesen war, machte der Abgeordnete Reichensperger die Anzeige, daß bei der Abwechslung der Stenographen und bemerkt, daß bei dem jetzigen Verfahren öfters ganze Sätze in öffentlichen Berichten fortblieben; so fehle z. B. die von Hrn. Minister Hansemann neulich gebrauchte Phrase: „das Programm des Ministeriums sei eine Fortsetzung der Thronrede.“ — Man geht zur Tagesordnung über. Abg. Beyne spricht das Staatsministerium über das Verhältniß Preußens zu Dänemark, das Verhältniß Preußens zu Rußland und endlich über dessen Verhalten in Angelegenheit der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu England. Beyne bezieht sich auf die bekannte Note des Major v. Wildenbruch, nach welcher das Ministerium erklärt habe, daß man im Interesse des Fürsten Dänemarks wie sämmtlicher deutschen Fürsten mit Dänemark kriege. Man verbinde durch diesen Krieg das Heranwagen der revolutionären Elemente, welche sich dieser internationalen Angelegenheit sofort bemächtigen würden. Was das Verhältniß Englands zu Preußen betreffe, das man Seitens des Ministeriums als ein Verhältniß freundlicher Vermittelung bezeichnet habe und von der man angefangt habe, daß auf Englands Wunsch und um seine Vermittelung zu erhalten, man die Truppen aus Jütland zurückgezogen habe, während unsere Häfen von dänischen Schiffen blokirt sind, so widersprachen dem englische Blätter auf das Entschiedenste. Das Morning Chronicle behaupte z. B., daß der Rückzug der Truppen aus Jütland nicht auf Grund einer englischen, sondern vielmehr auf Grund einer Note Rußlands erfolgt sei. Die Times enthielten eine gleiche Nachricht und fügten der russischen nur noch eine schwedische Note bei. Dieselben Nachrichten bringen Blätter unter russischer Zensur; außerdem aber lesen wir noch in diesen russischen Blättern von Truppenverstärkungen und Truppenmärschen an unsere Grenzen. Nach einer Mittheilung rücken 70.000 Mann Infanterie und 27,000 M. Kavallerie an unsere Grenze. Die sich in den Ostprovinzen geltend machenden Besorgnisse sind also wohl gerechtfertigt. Ministerpräsident v. Auerswald: Eine Note in der angegebenen Art ist von Rußland nicht eingegangen. Wie zweckmäßig der Rückzug der Truppen in strategischer Beziehung war, das sieht jetzt. Das unabhängige Urtheil Europa's Englands, eine Vermittlung zu Stande zu bringen, verdient unsere vollkommene Anerkennung. Die russische Regierung hat, wie dies auch in der damaligen Proklamation des Kaisers ausgesprochen, seit der französischen Revolution eine bewaffnete defensive Stellung angenommen. Eine aktive Hilfe werde Rußland Dänemark nicht gewähren. Als Beyhe Anerkennung oder Desavouirung der Wildenbruchschen Note verlangt, entgegnet der Ministerpräsident Auerswald, er sei nicht geneigt, auf diese Zeitungsnachrichten bestete Frage zu antworten. Es folgt zu dem Czieskowsky'schen Antrage, betreffend die Bildung von Fachkommissionen über. Nach einer längeren Debatte wird ein vereinigter Antrag der Abg. Hinderhagen und Bauer angenommen, nach welchem 9 Kommissionen: 1) für agrarische Verhältnisse und Feudallasten, 2) für Handel und Gewerbe, mit besonderer Berücksichtigung der Lage der arbeitenden Klasse, 3) Rechtsangelegenheiten, 4) Kirchen- und Schulsachen, 5) Kriegswesen, 6) Kommunalsachen, 7) Steuerverfassung, 8) Organisation der Staatsverwaltung, 9) Berg- und Hüttenwesen, aus den Abgeordneten gewählt werden. Auf Kasch Antrag werden für jede Kommission in jeder Abtheilung zwei Mitglieder gewählt. Eine Kommission für internationale Interessen ist, in Rücksicht auf die Frankfurter Versammlung, nicht beschlossen. Nächstdem ist die Gladbach'sche Interpellation, über die Entwaffnung der rückkehrenden Freischärler in Spandau an der Tagesordnung. v. Griesheim (als Vertreter des eben fortgegangenen Kriegsministers) gibt die Erklärung ab, daß die Entwaffnung nur zum Zwangsobjekt in Folge der Heimath geschickt worden sei, verweint jedoch, daß dieses auf Ministerialbefehl geschehen. Gladbach liest einen Zwangsbefehl, auf welchem die Worte „auf Ministerialbefehl“ stehen, vor (Heftiger Lärm, „Pfui, Abschenlich“ von der linken.) Minister Rühwetter: Es ist weiter nichts geschehen, als daß man die Leute entwaffnet hat. Auf Grund eines vom vorigen Ministerium erlassenen Befehls worden bewaffnete Haufen nicht geduldet. (Ruf der Linken: zurückziehen Freiheitskämpfer!) Es ist nun von unserm Gesandten in Hamburg mitgetheilt worden, daß rückkehrende Soldaten die anarchischen Bestrebungen der unterjochen wollten (Lärm, Ruf: 18 junge Leute!). Nur 4 nicht in Berlin Ortsangehörige sind in ihre Heimat gewiesen worden. (Zeichen des Mißfallens links.) Abg. Brill: Wenn man keine bewaffneten Leute durchs Land ziehen ließ, wollte man ließ man Freischaaren nach Schleswig ziehen? Die Sitzung schloß um 3½ Uhr.

Potsdam, 30. Juni. Das Gerücht verbreitet sich, der König habe den Oberbefehl über Berlin, falls es zum Reichsverweser ernannt werden sollte, die ganze preußische Truppenmacht zur Verfügung gestellt; so erzählt man auch, daß die Verfassungskommission binnen kurzem eine Hubens corpus Akte als Bestandtheil des Verfassungsentwurfs vorlegen werde.

Köln, 29. Juni. Wenn auch unsere Bürgerwehr seither schon unzählige Male alarmirt worden ist, so waren doch gestern zum ersten Mal ernstliche Besorgnisse vorhanden. Es war um 9 Uhr Abends, als der Lärm ertönte. Ein ziemlich verkommenes Individuum, das sich Professor und Doktor nennt, und ein ganz Stück zum Abenteurer taug, seines Wirkens erkoren hat, hatte in großen Plakaten zu einer Berathung aufgefordert, um, wie die geheimnißvollen Worte lauteten, einem Schlage vorzubeugen, der sämmtliche Gewerbe mit Vernichtung bedrohe. Da Niemand wußte, von wem die Aufforderung ausging und wovon die Rede sei, so hatte sich eine außerordentlich zahlreiche Versammlung, namentlich auch aus der arbeitenden Klasse eingefunden. Es stellte sich am Ende heraus, daß es die Absicht war, eine Petition gegen den gesammten Güterransport der Eisenbahnen und Dampfschiffe zu Stande zu bringen; einige anwesende Arbeiter, deren Interesse diese Petition zu vertreten vorgab, waren aber vernünftig genug, um einzusehen, daß das Unsinn sei, und im günstigsten Falle ihnen Nichts nützen werde. Heftiges Hin- und Herreden. Der Antragsteller fand auf einer Art von Rednerbühne sein eifrigster Opponent, auf allgemeines Verlangen, auf einem Tisch; Alles stürzte durch einander, die Parteien erhitzten sich, von Worten kam es zum Handgemenge. An Waaren alle Tische und Stühle zerbrochen und zu Waffen gemacht, der Professor und Doktor verschwand, und wurde später in einem Gemache, das sich nicht näher bezeichnen will, und wo er sich verpallisadirt hatte, bald todt vor Angst aufgefunden; der unterzeichnete Theil endlich tobte durch Thür und Fenster das Freie, von dem Sieger lethargt verfolgt. Nach gewonnener Schlacht — das Versammlungslokal ist begreiflich vollständig verwüstet — trieb sich die müßige und aufgeregte Menge vor dem Lokal, auf dem Domhofe herum, zu jedem ferneren Unfug aufgelegt, als plötzlich aus den nächsten Gassen der Ruf erscholl: zu Camphausen! Camphausen war nemlich am Abend vorher von Berlin hier angekommen, hatte aber, was nur wenigen bekannt war, sich schon am folgenden

Morgen mit seiner Familie aufs Land begeben. Jener Ruf gab dem Unfug eine bestimmte Richtung; die Schaar setzte sich in Bewegung, zog lärmend und tobend der entfernten Rotenaugasse zu, in welcher die Wohnung Campehausen's liegt, wurde halt eben begonnen, mit einem Hagel von Steinen die Fenster zu zertrümmern, als von allen Seiten, durch Generalmarsch zusammengerufen, die bewaffneten Burger anrückten. Unter Trommelwirbel wurden die nächsten Straßen gesäubert, die Massen zogen sich indeß nur langsam zurück, und an drei Stellen, in der Follerstraße, auf dem Juttgenplatz und dem Matzbuchel, waren von schweren Wagen und Karren formliche Barrieden errichtet, aus welchen die Burgermehr mit einem Steinregen begrüßt wurde. Die Burger gingen indeß mit dem Bajonett vor, und um halb 12 Uhr waren die sammtlichen Straßen des Viertels geräumt und an allen Zugangen bewacht; doch konnte erst um 2 Uhr Nachts die Mannschaft entlassen werden. Mehrere sind durch Steinwürfe zum Theil erheblich verwundet; von den Unruhestiftern sind sieben auf der Stelle festgenommen worden. Das Militär ist nicht eingeschritten; es stand aber marsch- und schlagfertig in den Kasernen bereit, und drei Kanonen waren zum Schutz des Zeughauses ausgefahrt. (Karlsr. Ztg.)

Oesterreich. ** Die Nachrichten aus Wien vom 30. v. Mts. lauten in jeder Beziehung besser, wenn gleich auch dort die fortwährende noch in großen Massen zusammengeschaarten Arbeiter Beschäftigkeit geboten. Schon hat die Ausschöpfung, daß die Wahl des Reichsverwesers zu Frankfurt am Erzherzog Johann treffen werde, gut den freudigsten Eindruck gemacht, und derselbe Jubel, welcher unter den Abgeordneten aus Ober- und Niederösterreich, Tyrol, Steyermark und Kärnthen zu Frankfurt über die erfolgte wirkliche Verwaltung des Prinzen zu Frankfurt herrscht, wird sich unzweifelhaft auch zu Wien und in den genannten Provinzen überall kundgeben. Nimmt, wie zu hoffen ist, das Volk den Erzherzog Johann die Wahl an, so wird die Ruckkehr des Kaisers nach Wien um so nöthiger, da auch die Eröffnung des konstituirenden österreichischen Reichstags seinen Aufschub erleidet. Der Erzherzog Palatin Stephan war am 28. Nachmittags nach Wien gekommen, aber nach kurzer Besprechung mit dem Erzherzog Johann sogleich nach Pest zurückgekehrt. Die Besprechung scheint die kroatischen und illyrischen Verhältnisse betroffen zu haben, so wie die Stellung des Banus Jellachich, über welchen aber Verschiedenes Mann sagen mag, so steht doch so viel fest, daß er treu gehalten hat an Oesterreich. Während die Ungarn Truppen für die Theilnahme am Kriege in Italien verweigern, wo es Oesterreich — und wir setzen bei, auch Deutschland — Ehre und Interesse zu wahren galt, während diese Magyaren, so lange sie nicht selbst im Gedränge zu sein glaubten, sich nicht darauf beschränkten, eine tropige Haltung gegen Oesterreich anzunehmen, indem sie selbst in gegen Oesterreich feindselig auftretenden Lombarden und Venetianern ihren Beistand formlich kundgaben, machte der Banus Jellachich die größten Anstrengungen, um der kaiserlichen Armee in Italien die ihr nothigen Verstärkungen und Hilfsmittel aller Art zukommen zu lassen. Kroatisch Grenzregimenter, wahre Kerntruppen, waren die ersten, welche dem in Italien kämpfenden Heere zur Verfügung gestellt wurden. Der Ausdruck „treuer Mannes — sagt ein Wiener Brief in der „Allgemeinen Zeitung" — ist im Süden außerordentlich. Von Triest bis Belgrad gehorchen die Bevölkerungen seinem Rufe." Auch seiner Loyalität wird das entschiedenste Zeugniß gegeben. Das Dritte seiner Anhörung hatte die größte Erbitterung in Slavonien und Kroatien hervorgerufen und man dem Banus Jellachich Banus gelang es, die Gemüther zu beschwichtigen. Möge es der einflußreichen Vermittlung des Erzherzogs Johann gelungen, diese ganze Sache auszugleichen, auf daß sur Kroatien und Oesterreich der Banus erhalten werde. Der Kaiser hatte ihn zu Innsbruck gnadig aufgenommen, obgleich er ihm auch seine Mißbilligung darüber aussprach, daß er dem Palatin von Ungarn nicht unbedingte Folge geleistet. Die Erzherzoge gaben ihm noch sprechendere Beweise der Theilnahme und ehrenvollsten Anerkennung. Von dem Defrete seiner Absetzung wußte man zu Innsbruck nichts, daffelbe scheint strenges Geheimniß der ungarischen Regierung gewesen zu seyn. Dieselben guten Gesinnungen sur Oesterreich und seine Dynastie hat auch die kroatisch-serbische Deputation bei ihrer Ruckkehr aus Innsbruck im Namen der Kroaten und Serben kundgegeben in einer Rede, welche ihr Organ, Dr. Fegi, in der Universität hielt und worauf Professor Fiesler mit großer Beredsamkeit und unter lautem Beifall der ganzen Versammlung antwortete. Diese Volksstämme wollen festhalten an der Krone Ungarn und auch ihre Nationalität geachtet und geborwiffen, sagte Dr. Fegi. Circa 150 ist eine Forderung der strengen Billigkeit, welche freilich von den Magyaren nicht weniger als beachtet werden ist. — In Wien selbst hatte am 28. das zur Unterstützung des Handels und Fabrikstandes eingesetzte und von der Nationalbank mit 4 Millionen dotirte Ausgleichskomite auch seinen Rechenschaftsbericht dargelegt, daß es den größeren Theil jener Summe theils durch Lokompirung von Waarenvorschein theils durch direkte Vorschüsse auf Waaren verwendet hatte, und daß ihm bei seinem Eingang von 600,000 Zwei Millionen noch vorhanden sind — ein sur die Energie seiner Leistungen sprechender Beweis. — Wersen wir noch einen Blick auf Böhmen und seine Hauptstadt. Der Belagerungsstand in Prag dauert fort, als eine Nothwendigkeit. Die Stadt ist dadurch ziemlich still geworden. Die mannigfaltigen, bunten Trachten, die nach Form und Farbe verschiedenen Kopfbedeckungen, die man seit dem März so zahlreich gesehen, sind verschwunden und der provisorische runde Hut ist wieder in sein Recht eingetreten, das slavische Kappen und Pelzmützen kürzlich streitig machen wollten. Es herrscht in der Stadt ziemliche Stille, nur der Kleinstadte verleiht die Anwesenheit der dort lagernden Soldaten Lebhaftigkeit und den Anblick eines Feldlagers. Das Carolinum ist verschlossen, an seinem Thor aber erblickt man noch die Spuren der letzten Schreckenstage. Ueberhaupt sind diese überall noch an Fenstern und Mauern, wie am Straßenpflaster bemerkbar. Statt wie noch den Marzzugen noch dem Aufstärer Ring zu gehen, der damals ein politischer Unterhaltungsort geworden war, und wo man täglich, vor dem Rathhause besonders, Gruppen von Leuten aus allen Ständen versammelt sah, erhallen jetzt die abgebrannten Mühlen sehr zahlreichen Besuch von Neugierigen. Die Studenten und auch die Mehrzahl der. Bewohner des theologischen Seminars haben Prag verlassen, kaum 30 Theologen sind zurückgeblieben. Eine vom Fürsten Windischgrätz und dem Grafen Leo Thun als Gubernialpräsidenten unterzeichnete Kundmachung vom 25. Juni widerspricht dem Gerüchte, als sey die Untersuchung über den letzten Aufstand aufgegeben und die verhafteten Personen entlassen worden. Die Untersuchung werde vielmehr mit Nachdruck fortgesetzt und die Schuldigen werde die Strenge des Gesetzes treffen. Das Resultat soll seiner Zeit veröffentlicht werden. — Wir schließen diesen Ueberblick mit Aufnahme einer neuen Kundgebung unserer deutschen Bruder in Siebenbürgen. Als bort bekannt wurde, daß zu Klausenburg die 17 Deputirten (statt 22) der 11 sächsischen Bezirke, von denen Einer aus Brood ein Magyar ist, in eine unbedingte Union mit Ungarn gewilligt, und so gegen die Zusicherungen der Juttida gethandelt hatten, bildete sich ein Ausschuß, um das Wohl dieser Sache zu betreiben, und berief eine solgende Erklärung in allen Ortschaften zur Sammlung von Unterschriften dafür versendet: „Wir Endesgenossen erklären hiemit feierlich und förmlich, daß wir die Stimme, welche unsre Abgeordneten in der Unionsfrage in dem Landtage abgegeben haben, nicht als den wahren und wirklichen Willen des Volkes, in welchen Namen sie handeln und dessen Vertrauens sie vertreten sollen, ansehen können. Sie haben in Gegenstand des Wohl des Volkes versprochen, ihr Wort gebrochen und die zuversichtlichen deutschen und romanischen Burger in Stadt und Land in den Augen der Mitwelt und der Nachkommen schwer gebrandmarkt. Wir fordern daher, daß sie Alle, ohne Ausnahme, sogleich abgerufen, ihre Stellen durch Andere besetzt, und daß zum Beweise dessen, daß sie ihre Instruktion verletzt, ihre sogenannte Rechtfertigungsschrift mit den dazu gehörigen Dokumenten durch den Druck allsogleich bekannt gemacht werde. Zugleich aber fordern wir, daß jede unsere Erklärung zusammt den Briefen sur die Wahrheit bessen, was wir behaupten, unverzüglich an unsern allergnadigsten Kaiser und Landesfürsten Ferdinand I. überschickt und Allerhöchst Se. Majestät inständigst und dringend angesteht werde, die Union Siebenbürgens mit Ungarn aus dem Grunde nicht zu bestatigen, weil die Erklärung der sachsischen Deputirten darüber dem Willen des Volkes, welches sie vertreten sollen, entgegen ist, und nach dem Sinne des IX. Landtagsartikels von 1791 kein Landtagsbeschluß eine der Nationen in ihren Rechten beeinträchtigen darf, sondern daß Se. Majestät vielmehr die wiederholte Aufnahme und Verhandlung der für die Interessen des gesammten Landes und einer ganzen Bevölkerung so unendlich wichtigen Frage anzuordnen geruhe. Gott erhalte Se. Majestät unsern allergnadigsten Kaiser und Landesfürsten Ferdinand I. Daß dieses unser Alter wahrer und ernster Wille sey, bekraftigen wir durch unsres Namens Unterschrift." — Diese Erklärung war schon am 20. Juni mit 13,000 sächsischen Namen bedeckt, von denen seiner auf Jemanden lautet, der nicht schreiben konnte.

Wien, 30. Juni. Der amtliche Theil der Wiener Zeitung enthält folgende Danksagung des Ministeriums: Zufolge einer Eröffnung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, hat laut Bericht der k. k. Gesandtschaft in München der dortige, ruhmlichst bekannte Fabrikant chirurgischer Instrumente, J. C. Schneider, einen schönen Beweis von Anhänglichkeit an das Kaiserhaus und von dankbarer Gesinnung sur seine in Wien genossene erste Ausbildung dadurch gegeben, daß derselbe nämlich aus der Wiener Zeitung vom 15. Juni ersehen, daß es unserer Armee in Italien und Südtyrol theilweise an chirurgischen Instrumenten mangle, als er einen von ihm gefertigten vollständigen Amputationsapparat nach neuester Verbesserung in vorschriftsmem Etui, nebst drei chirurgischen Taschenmessern der k. k. Gesandtschaft alsbort übergab, welche auch sogleich des wertvollen Geschenk seiner Bestimmung zuzuführen sich beeilte. Indem das Kriegsministerium sich verpflichtet fühlt, dies auf den Altar des Vaterlandes niedergelegte Opfer zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und dem Geber seinen warmsten Dank auszudrucken, kann es nicht umhin zugleich zu erwahnen, daß die besondere Zuvorkommenheit, welche sich in Bayern so vielfach und erhebend an dem Geschicke unserer tapfern Truppen in Italien kundgab, von allen Oesterreichern zu tief empfunden wurde, als daß diese schonen Beweise acht deutscher Gesinnung ihren Gedachtniß je entschwinden sollten. Wiederholt wurde namentlich ein bedeutendes Quantum an Charpie und Verbandstucken der k. k. Gesandtschaft übergeben und eben so sur die zur Bewachung der deutschen Grenze aufgestellten wackern Tyroler eine Anzahl Gebirgszügen eingestiefert. Für diese edelsinnigen Gaben, so wie für einem erzbenden Mitgefühle sur unsere Armee wurden, kann das Kriegsministerium im Namen derselben die wackern Bewohner des Bayerlandes nur ihres innigsten Danks versichern.*

Wien, 30. Juni. Die Aussicht zu einer baldigen friedlichen Lösung der lombardisch-venetianischen Angelegenheit scheint nun wieder in Frage gestellt zu seyn, da die durch den Abgeordneten Moritzi gestellten Forderungen der Art sind, daß sie nur durch eine kriegerische Intervention zuwiderwinnen genehmigt ist. Wie ich aus guter Quelle erfahre, soll der Isonzo und nicht die Etsch als Grenzlinie beansprucht worden seyn. Zu Mitgliedern ist darauf beschlossen worden, bedeutende Ver-

stärkungen an Truppen nach Italien zu schicken (man spricht von 30 bis 35,000 Mann) um die fernern Operationen mit Nachdruck betreiben zu können. (A. Z.)

Cricft, 29. Juni. Die feindliche Flotte, welche heute früh ihren bisherigen Standort verlassen hatte und die Cittanuova gesegelt war, hat Nachmittags wieder auf der Höhe von Pirano Anker geworfen. (Triester Lloyd.)

Frankreich.

** Paris, 30. Juni. Das neue Ministerium wird bestimmt die unmittelbare Schließung der National-Werkstätten ansprechen und einen neuen Credit zur Unterstützung unbeschäftigter Arbeiter verlangen, welche Zeugnisse ihres Wohlverhaltens während der Junistage beibringen können. Man hat bemerkt, daß der „Moniteur“ heute nicht den gewöhnlichen Wochenbericht über den Stand der Bank gibt. — Die Hausfuchungen werden noch immer fortgesetzt und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die von der Nationalversammlung eingesetzte Untersuchungscommission hat bereits eine große Anzahl von Zeugen vernommen und eine bedeutende Masse von Actenstücken gesammelt. Die Entwaffnung der 8., 9. und 12. Legion wird eifrig betrieben. Der Kriegsminister Lamoricière bedroht heute durch öffentlichen Anschlag jeden Nationalgardisten, der nicht bis 8 Uhr diesen Abend seine Waffen abgeliefert haben würde, mit der ganzen Strenge des Gesetzes. — Die vergangene Nacht vernahm man einige Flintenschüsse in den entfernten Quartieren, sonst war alles ruhig. Die Truppen bivouakiren theils die Nacht hindurch auf den Boulevards, theils fanden sie Unterkunft in den Häusern. Die ganze Truppenmasse, welche nach Paris berufen worden war, wird so lange da bleiben, bis der Belagerungszustand aufgehört hat, welcher aber wohl noch auf 10 Tage verlängert werden wird.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Breitkreuz, 30. Juni. (Wollmarkt. Erster Marktag. Abends.) Zu dem heute begonnenen Wollmarkt mögen bis jetzt 1000 bis 1200 Zentner zum größeren Theil Bastardwolle eingetroffen sein. Verkäufe sind noch wenig abgeschlossen worden, da die anwesenden Käufer zurückhaltend sind, und sich erst in den folgenden Tagen das Geschäft entwickeln wird. Die Zufuhren dauern fort und weitere Partien werden erwartet, so daß die Käufer Gelegenheit haben, vortheilhafte Einkäufe zu machen. (Schm. Mrc.)

Trucf. 27. Juni. Der Mangel an Silbergeld wird mit jedem Tage fühlbarer; man sieht sich nichts als Banknoten, denn wer Zwanziger besitzt, hält sie zurück oder verwechselt sie gegen Agio, das ihm bereitwillig geboten wird. So kann hier mehrere Individuen, deren einziges Geschäft darin besteht, Silbermünze umzuwechseln, und so den Leuten zuzutragen, welche sie an die Grenze der Schweiz und Baierns senden, um sie von dort ins Ausland schmuggeln zu lassen. In der letzten Zeit hat sich hier in dieser Beziehung, wie hier skandalmäßig ist, ein Schweizer Bankier besonders ausgezeichnet, indem er binnen täglich 10 bis 12,000 fl. baar nach Vorarlberg sendete. Wir können das Getreibe hier nicht billigen, und haben uns auch gleich anfangs dagegen ausgesprochen; aber wenn das Gesetz einmal besteht, so möge man auch Nutzen ziehen, das es respektirt und nicht zum Vortheil einzelner und zum Nachtheil aller übrigen auf eine verwerfliche Weise ausgebeutet werde. Was nützen alle Anstrengungen des Ministeriums, welches mit so vieler Aufopferung das vom Ausland begonnene Silber prägen läßt, wenn Leute, allen Gesetzen zum Trotz nur ihre Interessen verfolgen und das gemünzte Geld fortschaffen lassen? Auch in Prag hat sich dieser Unfug Bahn gebrochen. Wir hoffen daher, daß die Regierung jetzt energische Schritte gegen den Mißbrauch thun, oder was noch besser wäre, das Ausführverbot nicht wieder verlängern werde. (Ist doch verlängert worden. A. d. R.) (A. Z.)

Frankfurt a. M., 1. Juli. Oesterr. 5proz. Metall. 60⅛, 4proz. 49, 3proz. —. 2½proz. 32. Bankaktien 1075. — 500 fl.-Loose 95, 250 fl.-Loose 60. — Preuß. 50 Thlr-Prämienscheine 85 P. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 69. — Bayer. 3½proz. —. Ludwigsbergbach 52½. — Württemberg. 3½proz. 73. 4½proz. 88. — Baden. 3proz. 60⅛. Lotto-Actien 4 50 fl. 38. 35 fl.-Loose 23⅛. — Darmstädt. 3½proz. 72. 4proz. 78. Lotto-Actien von 50 fl. 35⅞. 25 fl.-Loose 18⅛. — Kurhessl. Friedr.-Wilh.-Nordb. 33⅛. 40 Thlr-Loose 21. — Nassau. 3½proz. 73. 25 fl.-Loose 18⅛. — Frankf. 3proz. 78. 3½proz. 91⅛, 85½. Taunusbahn 263. — Holland. Integr. 43⅛. — Span. 5proz. innere Schuld 17. — Poln. 300 fl.-Loose 84. 500 fl.-Loose 57⅛. — Sardin. 36 Fr.-Loose 22. Dito. —

London. 28. Juni. Konsols 83¾.

Paris, 30. Juni. 3proz. 45.90, 4proz. —, 5proz. 69.— Schatzsch. 18. Bankaktien 1255. Compt. von Alsace —. Belg. 5proz. 67, 4½proz. —. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 71.75. Röm. —. Piem. —. Berl. E.-B. rechte 120, linke 95. Paris-Orleans —. Rouen 493.75. Lyon 310.—. Straßburg 352.50. Nordbahn 353.75. Mark-Avignon 217.50. Straßb.-Basel 82.50. Ort.-Bordeaux 397.50. Tours-Nantes 340.—.

J. V. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

▽ Antwort auf die Frage in Nro. 80 S. 704 der „Neuesten Nachrichten“. Nach den veröffentlichten Statuten des konstitutionell-monarchischen Vereines gehört es weder in den Kreis noch in den Bereich desselben, sich um die Fremdenlisten zu bekümmern, und, wenn müßiledige Personen, ihre durchtreibend, kürzere oder längere Zeit in einem Gasthofe sich aufhalten wollte, diese zu schnellerer Weiterreise zu veranlassen.

Dieses ist lediglich Sache der Polizeibehörde, nicht aber die Aufgabe des genannten Vereines, der hiezu weder competent ist, noch ein Gendarmerieloyps zu seiner Verfügung hat; auch liegt es weit außer dem Willen des Vereines, sich mit dem schmählichen Geschäfte der Angeberei zu befassen, oder auf irgend eine andere Weise als durch die Presse zu wirken.

Wenn mit dem in der oben bezeichneten Frage genannten Thun der Prager Tschechen-Häuptling, Graf Leo Thun, gemeint ist, so wünschen auch wir, daß er sich bälbest wieder entfernte, allein wir wünschen zugleich, daß die königl. Polizeibehörden alle hier befindlichen Wühler und Wurzelmänner treiben Standes, ohne alle Ausnahme, im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung ewiglich einmal entfernen möchte.

Mehrere Mitglieder des monarchisch-konstitutionellen Vereins.

Königl. Hof- und National-Theater.

Dienstag, 4. Juli: „Faust“, Tragödie von Goethe. (Dem. Heußer: Margarethe, als Gast.)

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Weland, Großhopf, Lindenmeyer Privatiers von Ulm. Dufayer, Kaufmann von London.

Gold. Hirsch. Baron v. Kielmansegge, von Wien. Baron Dörenberg und v. Bonner, von Frankfurt.

Gold. Kreuz. Heidenreich, Major von Dresden. Dr. Asch, von Hamburg.

Blaue Traube. Hellmuth, Domänenrath von Freyhach. v. Kapuff, Oberst aus Rußland. Geiser, Appellations-Gerichts-Assessor von Freising. v. Braun, von Nürnberg. v. Saadahl, Oberpostrath von Erlangen.

Stachusgarten. Claus, Proprietär von Straßburg. Kraus, Pattmoniatrichter von Sandizell. Kleber, Verwalter von Babenhausen.

Bestorbene in München.

Montag, 3. Juli. Winkler, Taglöhner, 66 J. a. Zeitlin Jörg, Zimmermannstochter v. d. Au, 36 J. a. Josepha Kugler, bürgerl. Wirwirthstochter, 57 J. a. Antonia Rist, quiesz. königl. Landgerichtsassessors-Gattin von Freising, 64 J. a.

Um dem Uebelstande abzuhelfen, daß jene verehrlichen Hrn. Abonnenten, welche sich die Neue Münchner Zeitung durch Colporteure in ihre Wohnung bringen lassen, das Blatt erst mehrere Stunden nach der Ausgabe erhalten, ersuchen wir dieselben um genaue Angabe ihrer Adresse in dem Expeditionskomptoir (Promenadeplatz Nr. 14), damit eine nach den verschiedenen Stadttheilen geordnete beschleunigte Besorgung der Exemplare durch die betreffenden Colporteure eingerichtet werden könne.

Expedition der Neuen Münchener Zeitung.

Pfandauslösung und Versteigerung.

7. (3a) Mittwoch den 19. Juli 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Juni 1847 und zwar von:

Nro. 72,751 bis 81,340.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage bei den oben bezeichneten Tagen findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Donnerstag den 27. Juli öffentliche Versteigerung.

München, den 30. Juni 1848.

Königl. privileg. Pfand- und Leih-Anstalt I. der Stadt München.

L. Aegtsell. Magistratsrath.

Hannes, Kassier. v. Zech, Kontroleur.

Oeffentliche Ladung.

8. Wer an den Nachlaß des Herrn Reichsrathes Philipp Grafen v. Deroy in München eine Forderung zu machen hat, wird zur Anmeldung bei dem unterfertigten königl. Gerichtshofe bis 21. Juli d. Js. aufgefordert, um bei der Zuweisung seine Rechte wahrnehmen zu können. — Gleiche Aufforderung ergeht an Alle, welche vom erwähnten Nachlasse etwas besitzen, zur Anzeige, bei Vermeidung der auf das Verschweigen gesetzten Folgen.

Passau, den 30. Juni 1848.

Königl. Appellationsgericht von Niederbayern:

In legaler Abwesenheit des königl. Präsidenten: v. Wening.

Berger, Sekr.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

Wir tragen zur Sitzung vom 1. Juli heute noch Einiges nach. Nach Eröffnung derselben zeigt der Präsident an, daß Bayern die Portofreiheit für die Abgeordneten, Luremburg die Porto- und Stempelfreiheit für die stenographirten Berichte bewilligt hat. Abg. Henkel von Kassel zeigt seinen Austritt an. Mehrere österreichische Mitglieder verlangen ihre Entlassung, und wollen ihre Stellvertreter senden. Da sie alsdann auch mehr einreten könnten, es aber doch wünschenswerth scheine, daß eine Anzahl Mitglieder der Nationalversammlung dem österreichischen Landtag beiwohnen und sich von dessen Geist durchdringen, so stellt Präsident anheim, ob sie etwa bloß Urlaub erhalten sollen. Neuwall ist für Einberufung der Stellvertreter, damit die ohnehin kleine Zahl der anwesenden Oesterreicher nicht noch mehr vermindert werde. Den Abgeordneten solle aber der Wiedereintritt vorbehalten bleiben, was durch die Geschäftsordnung nicht ausgeschlossen sei. v. Vincenn widerspricht hier so liegrem Ansicht, ebenso Hofmann und Sommaruga. Letzte will die österreichischen Abgeordneten entscheiden lassen, ob sie hier bleiben oder beurlaubt sein wollen. Robert Mohl will ebenfalls an der Geschäftsordnung festhalten. Derselbe Fall könnte mit Berlin, Stuttgart rc. eintreten; wopin wurde dieses Hin- und Hergehen zwischen Frankfurt und den Hauptstädten führen? Neuwalls Antrag wird nicht unterstützt; dem Abg. v. Riederer aber wird die Entlassung ertheilt, ein anderer, der bereits abgereist, entlassen und sein hier eingetroffener Stellvertreter zugelassen, und einem Dritten soll die Frage gestellt werden, ob er Entlassung oder Urlaub verlange? Der Prioritäts- und Petitionsausschuß erstattet Bericht. Der Marineausschuß theilt die vom 21. bis 30. Jun. eingegangenen Beiträge für die deutsche Flotte mit. Sämmliche Beiträge belaufen sich bis jetzt nur auf 71618. 26'. fr. (!) Zachariä berichtet über einen Antrag Schorr's: die Berichte des internationalen Ausschusses bis zur Einführung der Centralgewalt auszusetzen. Die Versammlung beschließt nach dem Antrag des Ausschusses die Tagesordnung Wydenbrugk berichtet für den internationalen Ausschuß über verschiedene Anträge und Petitionen in Bezug auf ausw'ärtige Verhältnisse. Der Ausschuß hält zwar die Absicht eines Kriegs von Seite Rußlands nicht für ermiesen, auch die Gerüchte von massenhaften Anhäufungen russischer Truppen an der Gränze für sehr übertrieben. Allein die Thatsache der Vermehrung der russischen Streitkräfte rechtfertige hinreichend den Antrag: die Nationalversammlung soll erklären, daß an der östlichen Gränze Deutschlands den Streitkräften eine solche Stärke zu geben sei, daß sie den gegenüberstehenden Heeresmächten vollkommen gewachsen seien. Ferner soll die Nationalversammlung erklären, daß sie glaube, die Anerkennung der französischen Republik und das Anerbieten eines deutschen Gesandten nach Paris verstehe sich von selbst. Hinsichtlich der Anträge auf Schutz- und Trutzbündnisse mit verschiedenen Staaten schlägt der Ausschuß, da er es nicht für geeignet hält, daß die Nationalversammlung hierin die Initiative ergreife, vor, zur Tagesordnung überzugehen. In der Tagesordnung ist die Interpellation wegen der Verhältnisse in Frankreich. Vogt äußert: der internationale Ausschuß komme ihm vor, wie der selige Bundestag; wie dieser aus die Beschlüsse wegschnappte, habe der Ausschuß ihm seine Interpellation weggeschnappt. Er verzichte daher auf das Wort bis zur Berathung des Berichts, behalte sich aber vor, alsdann über die russischen Agitationen gegen die deutsche Freiheit zu sprechen. Schaffrath stellt den Antrag über die Interpellation sofort Tagesordnung als dringend begründen, was aber die Mehrheit verweigert Dann kam die Angelegenheit Heckers zur Sprache. Der Präsident v. Gagern legte ein Schreiben des badischen Ministeriums vor, worin dasselbe die thatsächlichen Verhältnisse auseinandersetzt, und darauf hinweist, daß Hecker als Hochverräther landesflüchtig sei. Das Ministerium stellt übrigens die Entscheidung anheim, ob die Wahl zu cassiren oder die für Hecker gegebenen Stimmen auszuschreiben seien (Hecker hatte von 134 Stimmen 77, Buhl 56 erhalten), der Nationalversammlung anheim. Steinesseits hat Hecker eine Erklärung an die Versammlung eingeschickt; auch liegt derselben eine Eingabe des Demokratencongresses hierüber vor. Der Legitimationsausschuß hat sich für incompetent erklärt, und die Anordnung der Sache an einen besonderen Ausschuß beantragt. Dieser Antrag wurde theils verworfen, theils lächerlich gemacht. Zuerst kommt es darauf, daß ein besonderer Ausschuß zu viel Ehre für einen Hochverräther sei, und rief durch diese Aeußerung einen gewaltigen Sturm hervor. Die Linke rief: Es ist noch kein Urtheil über Hecker gefällt! Wir sind kein Gerichtshof! Fürst Lichnowsky: Ganz Deutschland hat ihn gerichtet! Hecker ist kein Hochverräther! Hecker hat nur gegen die Fürstengewalt vergangen und wird verantwortlich werden. Aber ein Lichnowsky hat ihn nicht zu richten! Hier beach ein gewaltiger Lärm der Linken los, in welchen auch die Galerie sich so tumultuarisch mischte, daß der Präsident erklärte, er werde sie bei der nächsten Ruhestörung räumen lassen. Die Versammlung beschied die Wahl eines besonderen Ausschusses für die Heckersche Sache. Ueber die Steuerfrage wurde noch langer Berathung ein Beschluß gefaßt, wonach die österreichische Regierung zur Vornahme und kräftigen Beschützung der Wahlen in Böhmen aufgefordert, und ihr — vorausgesetzt daß sie die deutschen Interessen wahre — die kräftige Unterstützung der Nationalversammlung hiezu sowie etwa etwaigen feindseligen Uebergriffe zugesichert wird. Im Uebrigen werden die bereits getroffenen Maßregeln des Bundestags für jetzt als genügend erkannt. Auf v. Linbenau's Antrag wird ein Ausschuß zur Entwerfung eines Gesetzes über die Verantwortlichkeit der künftigen Minister ernannt. Blum hat eine Interpellation über die Erklärung des Urlaubs in Betreff der Wahl des Reichsverwesers angekündigt. *)

*) Wir haben diese nähern Berichte der Allgem. Ztg entnommen, da uns gestern unsere eigene Berichten ausgeblieben sind. D. Red.

Die österreichischen Truppen in Ungarn an ihre Waffenbrüder in Italien.

In unserer Zeit, wo der zerstörenden und alle Bande der Gesellschaft und Ordnung auflösenden Elemente überall so viele hervortreten, wo man Entsittlichung selbst in die Reihen unserer wackeren deutschen Heere zu säen, dieselben zum Ungehorsam gegen ihre Obern, zur Verletzung der Disziplin und ihrer beschwornen Pflichten gegen Fürst und Vaterland zu verleiten sucht, ist es um so wohlthuender, wenn man auf Beweise von wahrer Tugendgröße der Gesinnung und treu bewährter, Vaterlandsliebe stößt. Wir sind überzeugt, daß das folgende Aktenstück, eine Zuschrift der in Ungarn stationirten k. k. ungarischen Truppen an ihre so tapfer in Italien die Feinde der österreichischen Monarchie und Deutschlands bekämpfenden Waffenbrüder gerichtet haben, bei unsern Lesern gewiß den lebhaftesten Anklang finden wird.

„Pesth, im Junius. Cameraden! Wir haben in der Abendbeilage zur Wiener Zeitung vom 30. Mai (3. des Zuschr.: „Magyarische Gesinnungen aus Italien an das geliebte Vaterland" mit freudig bewegtem Herzen gelesen"). Obgleich dieser Aufsatz nur von mehreren Offizieren auf Vorpostien stehender ungarischer Regimenter unterzeichnet ist, so sind wir doch fest überzeugt, daß damit die hocherzige Gesinnung aller in Italien stehenden ungarischen Truppen, und die der ganzen Armee ausgesprochen ist. Cameraden! Ihr habt mit diesen männlichen edlen Worten auch unsere innerste Herzensmeinung und Ueberzeugung ausgesprochen, sie die wir in treuer Waffenbrüderschaft mit euch leben und sterben wollen. Stolz auf so tapfere heldenmüthige Waffengefährten reichen wir euch die Bruderhand zu Erneuerung des alten unauflöslichen Freundschaftsbundes, und rufen euch ein tausendstimmiges Eljenet zu. Wir rechnen unsere Worte zunächst an das Regiment Radetzky-Husaren, und bitten es, sie euch mitzutheilen, weil wir wünschen und hoffen, daß der aufrichtige ungeschminkte Ausdruck unserer brüderlichen Freundschaft und treuen gegenseitigen Anerkennung gewinnen wird, wenn er euch durch das Regiment zukömmt, das den glorreichen Namen eines ruhmbedeckten Führers trägt. Aus euren Worten spricht Begeisterung über die Lage des Vaterlandes; ängstigt euch darüber nicht, die Regierung besitzen liegt in festen Händen, und wir werden sie, so viel es an uns liegt, kräftigst und aufopfernd unterstützen. Kämpft also getrost gegen die Feinde Oesterreichs und schreibt eure Namen auf die unvergänglichen Blätter der Geschichte. Wenn uns auch ein weniger schönes Loos zu Theil wurde, so beneiden wir euch doch nicht, wir trösten uns mit dem Gedanken, daß wir hier eine nicht weniger heilige Pflicht zu erfüllen haben, und freuen uns eines wohlverdienten Ruhmes. So grüßen wir euch aufs herzlichste und wünschen euch Glück und Sieg, grüßet auch von uns eben so brüderlich die tapfern Cameraden aller Regimenter, aus denen die österreichische Armee in Italien besteht, und vergesset ja nicht der wackern Gränze, die als treue Waffengenossen mit altheergebrachter Tapferkeit in euren Reihen streiten.

Die in Ungarn stationirten k. k. ungarischen Truppen."

*) Jener Aufsatz in der Wiener Zeitung lautete mit lesbaren Worten gegen die damals im Schooße der magyarischen Ultra-Demokratenpartei laut gewordene Ansicht an: es stehe dem freien Volke der Magyaren nicht zu, das edelmüthige Volk der freien italienische Volk zu betriegen.

Deutschland.

Bayern. — 9 Mitunterschriften 4 Juli. Die A. Z. vom Gestrigen enthält einen den Fürsten v. Oettingen-Wallerstein betreffenden Artikel, welcher die Schreib- und Sprechweise desselben so täuschend nachahmt, daß allgemein behauptet wird, er sei aus dessen eigener Feder gefloßen. Wir glauben jedoch das Gegentheil annehmen zu dürfen, wenn wir berücksichtigen, daß die dem Artikel zu Grunde liegende Absicht, auf die „minder bemittelten und beßglosen Klaßen" zu wirken, der Gesinnungsweise und dem Charakter des edlen Fürsten nicht angemessen ist und daß die bei dem jüngsten Landtage ausgesprochene „Ueberzeugung" desselben seiner früheren Handlungsweise zu „diametral" entgegensteht, daß er unmöglich dem jetzigen Ministerium, wie in dem Artikel geschehen, den Fehdehandschuh hinwerfen kann. Politische Klugheit hat diesen Staatsmann von jeher ausgezeichnet.

Dienstesnachrichten. Se. Maj. der König haben unterm 30. Juni d. J. den Landgerichtsarzt Dr. Johann Friedrich Knittinger auf den Grund des §. 22. Lit. B. der IX. Verf. B. mit dem Ausdruck allerhöchster Zufriedenheit mit seinen vieljährigen, treuen und ersprießlichen Dienstleistungen, seiner Bitte willfahrend, für immer in den Ruhestand treten zu lassen, den Landrichter Carl Sensburg von Burgebach unter Anwendung des §. 19 der IX. Verfassungsbeilage für immer in den Ruhestand treten zu lassen; den Gutsbesitzer Karl Freiherrn v. Reichlin-Meldegg in Fellheim zum Landwehrmajor und Kommandanten des Landwehrbataillons Illertissen, den Landrichter Friedrich Martin zu Beilngries zum Landwehrmajor und Kommandanten des Landwehrbataillons Beilngries, und den k. Landrichter Hermann Bonn zu Hofstein zum Landwehrmajor und Kommandanten des Landwehrbataillons Hofstein zu ernennen geruht.

Dienstesledigungen. Katholische Pfarrei Pittersberg, k. Landg. Amberg, Diöcese Regensburg, mit einem Reinertrage von 950 fl. 20 kr.

Sachsen. — Die zweite Kammer hat heute die Frage, ob das Ein- oder Zweikammersystem künftig Platz greifen solle, entschieden. Mit 42 gegen 31 Stimmen wurde zu Gunsten des Zweikammersystems entschieden.

Oesterreich. — ⅓ Wien. 1. Juli. Die Theilnahme des Publikums an dem italienischen Kriege spricht sich nicht allein in Worten, sondern auch in Thaten aus. Fortwährend erhält das Kriegsministerium Zusendungen von Uhrketten, Beschuhlinnen, Geld, Hemden, Sommerröcken, Schuhen ꝛc., welche zur Vertheilung unter die Mannschaft und die Offizere bestimmt sind. Vorzüglich sind es unsere Frauen, von welchen derartige Opfer auf den Altar des Vaterlandes gelegt werden; sie sagen, wenn sie auch nicht selbst mitkämpfen können, so wollen sie wenigstens so viel als möglich dazu beitragen, den tapferen Truppen ihre Lage einigermaßen zu erleichtern! Ehre ihnen! Großartige freiwillige Beiträge für die Armee in Italien sind aus Mähren und Schlesien eingegangen; an baarem Geld allein bei 17000 fl., von eine bedeutende Quantität Wäsche; dazu kommt der weitere Beitrag des Fürsten von Liechtenstein im Betrag von 4500 fl., und bis Ende Juni d. J. ist ein zweiter von gleicher Größe versprochen. Auf so glänzende Weise bethätigt sich die Vaterlandsliebe und Theilnahme der Provinzen an den Geschicken des Vaterlandes!

Frankreich.

*** Paris, 30. J. Unter den Volksvertretern, welche während der blutigen Tage kühn ihr Leben einsetzten, muß auch Victor Hugo erwähnt werden. Zwei Tage lang, am Sonntag und Montag, trotzte er den Kugeln und Karlätschen mit einer Ruhe, welche einem erprobten Veteranen Ehre gemacht hätte. In seinem edelmüthigen Streben, Bruderblut zu schonen, ging er muthig ganz allein vor die Barrikade der Straße Bietle du Temple, trotz aller Bestrebungen, ihn zurückzuhalten. Obgleich die Insurgenten auf ihn anlegten, ging er nichtsdestoweniger ihnen entgegen, sagte ihnen, sie seien erregteste Leute, aber alle brave Männer, und seiner unter ihnen würde auf einen Mann schießen, der allein und unbewaffnet zu zweihundert Bewaffneten käme. Wenn er sie auffordere, auseinander zu gehen, so geschehe dies nicht zu seinem, sondern zu ihrem Nutzen. Die Unglücklichen, einen Augenblick betroffen, antworteten ihm, sie hatten geschworen, lieber zu sterben, als sich zu ergeben, dankten ihm übrigens und gaben ihm die Versicherung, daß sie ihn als braven Bürger betrachteten. Nach diesen Erklärungen mußte sich Victor Hugo zurückziehen, und die Barrikade ergab sich erst am nächsten Tage. Auch bei dem Angriff auf die furchtbare Redute des Faubourg du Temple war V. Hugo zugegen, wo Ubrik Montenard, sein verwundet wurde, durch das Herzu seinen Armen starb, an welchem eine Kugel abprallte, vor dem sichern Tode beschützt wurde. —

Hr. Cormenin, Vicepräsident der Nationalversammlung, beantragt mit dem Besuche der Gefängnisse und Spitäler, sucht den Zustand derselben möglichst zu verbessern. In dem Gefängnisse der Straße Tournon fand er 1500 Individuen auf bloß Stroh, Essig ꝛc. unter sie vertheilen, sorgte auch für die einer so großen und eng zusammengepreßten Menge so nöthige frische Luft. — Nachdunert Menschen waren in den Gewölben und Souterrains der Tuilerien und der Seine der Zutritt am Wasser zusammengetrieben. Tiefer Arzt ist sehr besorgt und die Aerzte befürchten, es möge hier sich der Typhus entwickeln und von da in die Krankensäle zu den Verwundeten dringen. Auf Cormenins Antrag wurden zufolge eines Beschlusses der Exekutivgewalt 450 Gefangene sogleich aus diesen Gefängnissen entnommen, und der Rest wird heute in den bezeichneten Forts untergebracht. Eine große Menge Insurgenten befindet sich in dem Spitale von St. Lazare mitten unter Verwundeten der Garde nationale und mobile, werden aber mit gleicher Sorgfalt wie Letztere behandelt. Unter den Gefangenen sind sehr viele Kinder von 10—12 Jahren, welche auf Cormenins Antrag zuerst vernommen werden. Die Untersuchungskommission besteht außer den gewöhnlichen Richtern auch aus Offizieren der Nationalgarde. — Auf Befehl des Maire von Paris müssen allabendlich die Handbewirter ihre Fenster erleuchten.

Der Moniteur veröffentlicht die vergleichende Uebersicht der Ein- und Ausfuhren in den fünf ersten Monaten der Jahre 1846, 1847 und 1848 und der in diesen verschiedenen Perioden davon erhobenen Zölle. Die Eingangszölle ertrugen in den 5 ersten Monaten 1846 62,064,171 Fr.
" " " " " 1847 54,776,512 "
" " " " " 1848 32,260,222 "
Die Resultate des Monats Mai waren 1846 = 13,147,984 Fr.; 1847 = 11,056,245 Fr. und 1848 = 5,463,234 Fr.! Die 5 ersten Monate von 1848 weisen also für 1848 einen Ausfall nach gegen 1847 im Betrage von 22,516,290 Fr., und gegen 1846 von 29,803,949 Fr. Der Monat Mai 1848 aber zeigt eine Verminderung von 5,582,991 Fr. gegen 1847, und von 7,644,750 Fr. gegen 1846. Wir geben diese Ziffern ohne Commentar der Erwägung unserer Leser anheim, sie geben das beste Barometer für den Zustand, wohin Frankreichs Handel und seine Zolleinnahmen seit dem 24. Februar gekommen sind. Werden wir daraus die darin liegende Lehre ziehen?

Schweden und Norwegen.

Malmö in Schonen, 23. Juni. Es werden hier zwar große Verbrüderungsfeste zwischen den gekrönten Häuptern gefeiert, aber man glaube nur ja nicht, daß es mit der brüderlichen Eintracht der skandinavischen Völker so viel zu bedeuten habe, als man auswärts wohl glauben mag. Der Schrede hält sich ziemlich abgeschlossen gegen Norweger, wie Dänen, und ein alter, historisch auch hinlänglich begründeter Haß läßt sich nicht so leicht durch Dekrete verwischen; unerwartet taucht er immer wieder auf. So hatten wir gestern hier in Malmö einen Kampf zwischen den norwegischen und schwedischen Matrosen, der drei Menschen das Leben kostete und viele Verwundungen mit sich führte; die äußerliche Veranlassung war eine Bagatelle, und es ist klar, daß der Zundstoff tiefer liegen muß. Ueberhaupt glaube man ja nicht, daß Schweden für die dänische Sache begeistert ist. König Oskar hat sich wohl etwas übereilt durch den Enthusiasmus Jungschwedens, das sich seit mehreren Jahren mit dem Jungdänismus in Kopenhagen und Lund verbrüderte, vertreten lassen. Oskar hat gestaubt, sich durch seinen Anschluß an Dänemark recht populär zu machen; er scheint indessen allmählig über die Borstrefflichkeit seiner Maßregeln zweifelhaft zu werden. Diese Feindseligkeiten sind nicht die einzigen zwischen den skandinavischen Stämmen; auch aus Fyhnen wird uns berichtet, daß es dort zu ernsten Reibungen zwischen Schweden und Dänen gekommen ist. Man spricht hier vom nahen Friedensschluß wie von einer abgemachten Sache. (Dissentg.)

Rußland und Polen.

Königsberg, 26. Juni. Ein russischer Kurier, welcher vor einigen Tagen durch Tilsit nach London an den russischen Gesandten v. Brunnow eilte, wurde vor seiner Abreise zu dem Kaiser gerufen, der ihm persönlich den Auftrag ertheilte, überall zu erklären, daß er nicht beabsichtige, sich in die Angelegenheiten Preußens und Deutschlands einzumischen. Dagegen sei es sein unabänderlicher Entschluß, hinsichtlich der dänisch-schleswig-holsteinischen Angelegenheit durch seine und Englands Vermittlung eine friedliche Lösung herbeizuführen. (Berl. N.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 1. Juli. Oesterr. 5proz. Metall. 60⅞. 4proz. 49. Iproz. — 2½proz. 32. Bankaktien 1675. 500 fl.-Loose 95. 250 fl.-Loose 60. — Preuß. 50 Thlr. Prämienscheine 85 Pf. — 25 fl.-Loose 98. Staatsschuldscheine 3½proz. 69. — Bayer. 3proz. — Ludwigsbahn. 52½. — Würtemberg. 3½proz. 73. 4½proz. 88. — Bad. 3½proz. 69½. — Lotto-Anlehen à 50 fl. 38. 35 fl.-Loose 23½. — Darmstädt. 3½proz. 72. 4proz. 78. Lotto-Anlehen von 50 fl. 53. — 25 fl.-Loose 18½. — Kurhess. Frier-Wilh.-Nordb. 33½. 40 fl.-Loose 21. — Nassau. 3½proz. 73. 25 fl.-Loose 18½. — Frankf. 3proz. 78. 3½proz. 91½. 4½proz. 85½. Taunusbahn 263. — Holland. Integr. 43¾. — Span. Iproz. innere Schuld 17. — Poln. 300 fl.-Loose 84. 500 fl.-Loose 37½. — Sardin. 36 Fr.-Loose 22. Dito. —

Karlsruhe, 1. Juli. Bei der zehnten Verloosung der großh. badischen 35 fl. Loose haben nachstehende 20 Nummern jede 100 fl. gewonnen, als: Nr. 10,715. 31,760. 36,761. 56,763. 56,771. 56,780. 56,782. 86,232. 86,241. 86,242. 151,003. 151,025. 151,029. 160,212. 160,237. 179,102. 179,112. 248,107. 311,458. 398,356.

Paris, 30. Juni. Die Dividende der Bank von Frankreich ist für den 1. Semester 1848 auf 30 fr. festgesetzt. Die Auszahlung beginnt am 3. Juli.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 5.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Mittwoch den 5. Juli 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Deutsche Reichsversammlung.

** Wir benützen den Umstand, daß die Nationalversammlung zu Frankfurt am 2. (Sonntag) keine Sitzung hielt, um noch einmal auf die Verhandlungen in der Sitzung vom 1. Juli zurückzukommen. Es sind darin noch so manche Curiosa zum Vorschein gekommen, die wir unsern geneigten Lesern nicht vorenthalten zu dürfen glauben. Wir haben bereits den neuen Scandal erwähnt, den sich die Claque auf der Galleríe, diese Souveraine neuesten Schlages, abermals ungestraft erlauben konnte, als die Frage wegen der Hecker'schen Amnestie verhandelt wurde. Aber auch die Heroen der äußersten Linken, zum Heil Deutschlands nur ein wenig kleines Häuflein, fiesierten uns durch ihr Verhalten, durch ihre Aeußerungen aufs Neue den Maßstab für die Art, wie sie Sittlichkeit und Vaterlandsliebe auffassen, und gaben zugleich Doctrinen und Schlüsse zum Besten, denen man jedenfalls das Verdienst der Neuheit nicht absprechen kann. Der Fürst Lichnowsky hatte sich dahin erklärt, daß es einem Hochverräther wie Hecker zu viel Ehre anthun hieße, wenn ein besonderer Ausschuß für dessen Sache ernannt würde. Darüber brach denn der gräuliche Tumult der souveränen Gallerie aus, in den die Linke nach Gebühr einstimmte. Fürst Lichnowsky ließ sich durch ihr Geschrei freilich nicht abhalten, seinen Satz noch einmal zu wiederholen, hinzufügend, Deutschland habe bereits gerichtet, was nur eine Erneuerung des Lärms hervorrief. Ein (nach dem Ausdruck der Zeitsch. Ober-Post-Amtsztg.) niederbayerischer Republikaner Hr. Hagen von Heidelberg wollte nicht allein einen besondern Ausschuß ernannt, sondern denselben sogar vorzugsweise aus badischen Abgeordneten zusammengesetzt wissen. Es wundert uns nur, daß er nicht folgleich offen lauter Freunde Heckers in denselben gewählt wünschte: diesen wäre es natürlich am Besten angestanden, den Nachweis zu liefern, daß Hecker kein Hochverräther sei. Der württembergische Minister Hr. Römer ließ sich aber durch den Beifall der Linken für den weitern Vorschlag des Herrn Hagen nicht abhalten, diesen gebührend abzufertigen. Hier gibt es keine badischen, sondern blos deutsche Abgeordnete, rief er demselben unter der lebhaften Zustimmung der Rechten und des Centrums zu. Hrn. Mauerech von Berlin gebührt aber die Palme, was die Frechheit der Logik und Schärfe der Unterscheidung anbelangt. Er sei zwar kein Freund des Hecker'schen „Reformsystems," meint aber, durch die Revolution hätten sich die Begriffe von Hochverrath geändert. Hrn. Zitz von Mainz verdanken wir die nähere Erläuterung zu dieser geheimnißvollen Begriffsänderung. Wir ersahren durch ihn, daß Hecker deßhalb kein Hochverräther sei, weil er nur gegen die Fürstengewalt nicht gegen die Volkssouveränetät aufgetreten sei. Fürst Lichnowsky wird, wäre es auch nur Hrn. Zitz zu Liebe, gewiß allernächstens schon eine Wallfahrt nach Mutteng antreten, am sich von Hecker Gnade zu erbitten für die Beleidigung, die er demselben in Hrn. Zitz Augen angethan. Die Clause that gebührend ihre Schuldigkeit zur Unterstützung des Hrn. Zitz, und die Linke zeigte sich höchlich entrüstet, als Hr. Schwerdfeger daran erinnerte, wie schon der saubere Ausdruck Hecker's Unternehmen als hochverrath erklärt hatte. Das Lachen und nicht, schrie sie dem Redner mit Heftigkeit zu, indem sie seine Stimme zu ersticken suchte. Wir sind jedenfalls durch die HH. Hagen, Zitz und die Gleichgesinnten um eine neue Doktrin bereichert worden, welche man dahin deuten könnte, daß Eidbruch und Burgerfriedsbruch ziemende Weisen der Ausübung der Volkssouveränität seien. Wir theilen Nachkommen die Aeußerungen mit, die in einem Artikel der Fränk. Ober-Post-Amtsztg. in gleichem Betreff niedergelegt sind. Dieses Blatt sagt: „Der eidbrüchige Führer eines gegen das deutsche Land und Volk gerichteten, durch Hulfe von Außen unterstützten Aufruhrs wäre hiernach der wahre Souverän, die unendliche Mehrzahl der Deutschen, welche ein freies, einiges Vaterland von der Versammlung ihrer Vertreter und nicht von Rotten verwahrloster Menschen erwartet, diese Mehrzahl hätte also keinen Antheil an der Volkssouveränität, sie enthalt vermuthlich die Unterthanen der Zitz-Hecker'schen Souveräne! Die Versammlung war anderer Ansicht; sie wendete sich mit Bedauern von den Blößen politischen Geisteselkanfeurs, die unsere Zeit hervorgetrieben, damit sie erkannt und geheilt werde. In Deutschland wird die Zitz-Hecker'sche Volkssouveränetät mit weniger Mühe überwunden werden, als in Paris, zumal da diejenigen, welche von Frankreich Hülfe für die deutschen Anarchisten erwarteten, jetzt enttäuscht sind. Sie haben seither (seit dem Ausgang des Straßenkampfes zu Paris) ihre Anträge auf ein Schutz- und Trughündniß mit Frankreich noch einmal angesehen und minder liebenswürdig gefunden. Ihre veränderten Begriffe von Hochverrath scheinen einem nachmaligen Läuterungsprozesse zu unterliegen, ihre Souveränetät der Anarchie wird mit souveräner Verachtung abgewiesen, die Versammlung beschließt, einen Ausschuß für die Wahl von Thiengen zu ernennen, und die souveränen Bestandtheile der Gallerie entfernen sich — da ihre Arbeit gethan war."

Bezüglich der österreichisch-slavischen Frage nahm zuerst v. Beisler als Berichterstatter das Wort. Die verschiedenen in neuerer Zeit eingegangenen Anträge haben dem Ausschuß keine Veranlassung gegeben, seinen früheren Antrag zu modifiziren. Dieser lautet: 1) bezüglich der Wahlen in Böhmen und Mähren. Es sey die österreichische Regierung aufzufordern, die in den deutsch-slavischen Reichsländern des österreichischen Staates noch rückständigen Wahlen zur Volksvertretung in Frankfurt unverzüglich und förmlich anzuordnen, den Wahlakt gegen stördende Einwirkungen zu schützen, bereits gewählte noch abwesende Abgeordnete zum Antritt ihrer Bestimmung anzuweisen, oder nöthigenfalls Ergänzungswahlen vornehmen zu lassen. Uebrigens erklärt die Nationalversammlung in der Voraussetzung, daß die österreichische Regierung die Interessen Deutschlands wahren werde, ihre Untersuchung in der jetzt führenden Maßnahme 2) bezüglich der Prager Ereignisse und des von Berger und Schilling gestellten Antrags (es sei die hohe Bundesversammlung sogleich aufzufordern, zum Schutze der deutschen Bewohner Böhmens den Einmarsch bayerischer und sächsischer Bundestruppen nach Böhmen zu verfügen) geht der Antrag des Ausschusses dahin: die Nationalversammlung wolle erklären: „durch die von dem Bundestage getroffenen Einleitungen sei alles geschehen, was die Lage des Augenblicks fordere, und die Nationalversammlung werde der österreichischen Regierung in allen ihren Maßnahmen zum Schutze der von der tschechischen Partei angegriffenen Deutschen in Böhmen, im Falle Bedürfens die kräftigste Unterstützung gewähren. Ruranda machte darauf aufmerksam, daß nach dem Zahlverhältnisse etwa 5 0,000 Tschechen mehr als Deutsche Böhmen seien, daß aber die Majorität durch die deutsche Bildung mehr als aufgewogen werde. Die Tschechen, welche die Freiheit von Wien erhielten, wollen jetzt die Rechte der Deutschen nicht achten. Diese müssen auf alle Weise geschützt werden, und wenn man auch im Prinzip dem Fürsten Windischgrätz entgegenstellt, so muß man doch anerkennen, daß er der deutsche Sache vortheilhaft hat. Radowitz geht die verschiedenen Systeme durch, die man bei der Staatenbildungen aufgestellt hat, zuerst das der Territorialität, dann unter Napoleon das der natürlichen Grenzen, jetzt das Prinzip der Nationalität. Bei allem scheinen die Deutschen zu kurz kommen zu sollen, jetzt bei dem letzten in seiner engsten Auffassung, als ob ein großes Volk das nothwendige Bedürfniß seiner Grenzen auf sein Sprachgebiet beschränken könnte. In Schleswig, wo sein Dorf abgerissen werden sollte, wirr Deutschland die Hastie abverlangt, weil die Bewohner dänisch sprechen. Die Hälfte von Polen ist aus gleichem Grunde verloren und Deutschland einem Kriege nahe gebracht, aber dessen Schwere sich Viele noch nicht klar sind, über den man sich aber vorgezogenwärtigen sollte, falls es ein Krieg wäre, der Deutschland zum Schauplatze des Zusammenstoßes der östlichen und westlichen Nachbarn machen würde. Man hat Deutschland die Abtretung von Welschtyrol angesonnen, was so viel heißt, als die Thüre des eigenen Hauses abzutreten. Wenn Deutschland seinen Einfluß in Italien aufgibt, so wird sich Frankreich und England darein theilen. In Böhmen wird Aehnliches begehrt. Frühere Beschlüsse haben die Tschechen schon gemacht; zuerst kam Sonderung, dann Anschluß, dann unterordnet machen ist: Deutschland wird nicht gerettet werden, die 600jährige Verbindung zerreißen zu lassen; dem Trennungsgelüste muß ein Ziel gesetzt werden. Dazu wird dienen, die Wahlen durchzuführen, und dafür muß Deutschland offen aussprechen, daß es sein Gewicht in die Wagschale wirft. Der Redner weist auf die Aufstellung von zwei Truppenkorps, eines sächsisch-preußischen von etwa 20,000 Mann und eines bayerischen von etwa 10,000 Mann an der Grenze hin, welche in 6 Tagen von hier die Besetzte zum Einrücken erhalten können. Der Antrag des Redners geht dahin, die Bundesversammlung zu veranlassen, die k. k. österreichische Regierung aufzufordern, ihrer Bundespflicht zu genügen und zu sorgen, daß innerhalb 14 Tagen die Wahlen zur Nationalversammlung in Böhmen stattfinden; erklärt sich die Regierung außer Stande, so wird ihr Bundeshilfe zugesichert und in Bereitschaft gehalten. Leitteles von Olmütz schließt sich dem Berger'schen Antrag an. Wiesner findet den Ausdruck „deutsch-slavische Reichslande" bedenklich und verlangt, daß nur deutsche Reichslande gesagt werde. Bundestruppen sind jetzt nicht notwendig, denn Prag ist ein Kirchhof. Es genügt, den Brand nicht mehr auf der Asche auflammen zu lassen. Die tschechische Partei nennt sich die demokratische; aber seit Jahren, wo sie bestehe, hat sie dem Landvolke nicht

einen Robot nachgelassen. Die agrarische Bevölkerung wird sich eher für Deutschland entscheiden, wenn ihr die Grundrente bekannt werden, welche seinen Angehörigen zugesichert werden sollen, wenn sie sieht, daß ihr Deutschland mehr bietet, als das Czechenthum. Der Redner beantragt, daß die Grundrechte nach der Annahme ins Czechische übersetzt und in Böhmen verbreitet werden sollen. Was auch beschlossen werde, zuwal der Einmarsch von Truppen, könne einzig und allein durch die Nationalversammlung oersagt werden. Es darf nicht den Anschein gewinnen, als ob die österreichische Regierung mitwirke, als ob sie den Böhmen, welche den Schlacht am weißen Berge noch nicht vergessen haben, den Feind ins Land riefe. Vorgeschoben, vor Lodig in Böhmen, gibt einen Rückblick auf die neuen Ereignisse. Die österreichische Regierung hat mit den slavischen Befreiungen gespielt, ein österreichischer Minister sagte einmal: österreichischen Expatation, ob es nicht möglich sey, daß Oesterreich in Zukunft ein vorzüglich slavisches Reich werde. Warum schreibt man die Wahlen jetzt noch nicht aus? Man wollte die Aufrührer amuesiren, und nur das energische Auftreten eines Mannes hat den Fortgang der Untersuchung bewirkt. Es ist russische und polnisches Gelt, im Spiele. Der Redner will übrigens jetzt der Regierung Zutrauen schenken, und da es der Mehrheit Ansicht scheint, das Experiment machen. v. Rösler, aus Wien: Die Deutschen haben ein Recht in Böhmen; sie waren seit Jahrhunderten die festsitzen Bebauer des Bodens. Ruge vertheidigt das Minderheitsgutachten. Er geht davon aus, daß der polnische Staatsmann fest gehalten werden muß, und daß den Behörden gegen jeden Versuch der Störung zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung Unterstützung gegeben werden müsse. Giskra: entlang festhaltung des nationalen Staatsmuthes und entschedet sich für das Mehrheitsgutachten. v. Neuwall: Die czechische Partei ist auf dem platten Lande mehr als je bisher verbindet. Man will lieber dem constitutionellen Oesterreich bleiben, als einer zweifelhaften neuen Bildung angehören. Berger steht im Böhmen überall zur die Reaktion thätig, gegen welche Tschechen und Deutsche geschützt werden müssen. Die Wahlen müssen auch seiner Ansicht nach vorgenommen werden, aber nicht mit Waffengewalt, sondern durch Belehrung müsse man dazu gelangen. Er wurde wehrmals durch den Ruf zur Abstimmung unterbrochen. Diese regen Ablehnung des von Radowitzschen Antrags, dagegen Annahme des Auschußantrags in seiner ursprünglichen Fassung. Auf Hartmann's Antrag wurde bestimmt, der vollziehenden Gewalt die Berücksichtigung des Bandes zwischen Deutschland und Ungarn als eine dringende Sache zu empfehlen.

Urtheil eines Nordamerikaners über die bevorstehende deutsche Reichsverfassung.

Nachdem aus Anlaß des bekannten Entwurfs der Siebenzehner zu einer künftigen Reichsverfassung für Deutschland so viele Stimmen sur, gegen und über in unserm Vaterlande selbst, und zum Theil mit einer bis zur Leidenschaft gehenden Wärme sich hatten vernehmen lassen, dürfte es gewiß von Interesse sein, auch das ruhige unbefangene Urtheil eines Amerikaners, und zwar eines republikanischen Nordamerikaners, zu hören. Wir glauben daher unsern Lesern einen Dienst zu erweisen, wenn wir ihnen das folgende, von einem ausgezeichneten nordamerikanischen Staatsmanne herrührende Schreiben mittheilen, das der „Neuen Berliner Zeitung" zugekommen ist.

Washington, 28. Mai. Ich habe mit eben so viel Aufmerksamkeit als Gespannt das Staatsgrundgesetz des deutschen Reiches gepruft, welches dem Bundestage von dem Ausschuß der Siebzehn vorgeschlagen worden ist, und ich theile Ihnen auf Ihr Verlangen gern meine Ansichten mit, die ich darüber gewonnen habe. Doch spreche ich dieselben nur als Vermuthungen aus, weil ich nicht jene vollständige und genaue Kenntniß von den bestehenden Institutionen Deutschlands, von dem Charakter, den Gesinnungen und Meinungen des deutschen Volkes oder von den verschiedenen Interessen der besonderen Staaten habe, welche nothwendig ist, um eine Reformation zu bilden, die klaren entsprechen würde, oder wie einiger Bestimmtheit ein Urtheil abgeben, ob der vorgeschlagene Plan oder irgend ein anderer ihnen entspricht. Jede Verfassung, welche dauern soll, muß durchaudem Staate angepaßt sein, für den sie gemacht wird, und deshalb kann kein Staat, der sich eine Verfassung gibt, von den Verfassungen anderen viel gewinnen.

Mit dieser unvollständigen Kenntniß also, die ich habe, und die jeder haben muß, der nicht lange Zeit in dem Lande geweilt hat, scheint es mir, daß der Plan in dem Vorschlage irrt, die Verfassung auf die nationale Einheit zu gründen und den Bund oder das Reich, wie es genannt wird, mit so ausgedehnten Gewalten auszurüsten. Es scheint mir, als würde es nunmöglich sein, die verschiedenen Staaten, aus denen Deutschland besteht, zur Annahme derselben zu veranlassen. Abgesehen von allen anderen Schwierigkeiten, werden die beiden großen Mouarchien Preußen und Oesterreich damit einverstanden sein? Werden die Souveräne dieser Staaten wohl einwilligen, einen von ihnen zum Kaiser wählen zu lassen, wenn die Erhebung zu diesem hohen Amte nothwendigerweise das Aufgeben der eigenen Krone bedingt? Oder, wenn dieß nicht der Fall wäre, wird der Eine zugeben, daß der Andere seiner gegenwärtigen Krone noch die Reichskrone hinzufüge? Oder wird Einer von ihnen zugeben, daß ein kleinerer Fürst oder eine andere Person, wie ausgezeichnet sie auch sein möchte, zu einer Macht und Würde aufstiege, die weit größer wäre, als seine eigene? Ich glaube Nein; und dieß, wenn es auch keine andere Schwierigkeit gäbe, jene Mächte mit diesem Plane zu versöhnen, ist an sich hinreichend, ihn zu vereiteln. Aber, wenn er auch angenommen werden könnte, so scheint mir, daß es gar nicht einmal rathsam wäre. Eine Verfassung, auf nationaler Einheit gegründet und mit so ausgedehnten Gewalten, würde meiner Ansicht nach eine zu enge und geschlossene Vereinigung für ein Volk sein, das in einzelne Staaten getheilt ist, so sehr verschiedene politische Einrichtungen und so sehr widerstrebende Interessen hat. Eine Vereinigung würde wie einer sein, als die der Staaten unserer Union, und die Gewalt des Reiches weit größer, als die unserer Föderal-Regierung, obschon unsere Staaten-Regierungen viel mehr mit einander übereinstimmen und ihre Interessen viel weniger auseinandergehen. Und doch hat die Erfahrung gezeigt, daß das Streben, alle Gewalten in der Föderal-Regierung zu konzentriren, weit stärker ist, als das Streben, sie aufzulösen, wder die Erwartung vieler unserer erfahrensten und weitsehen Staatsmänner zur Zeit, als die Regierung gebildet wurde. Nach unserer Erfahrung also dürfte der für Deutschland vorgeschlagene Verfassung dahinausgehen, entweder alle den Regierungen der einzelnen Staaten gehörenden Gewalten aufzuheben und sie in der Reichsregierung zu konzentriren, oder, was wahrscheinlicher ist, einen Kampf zwischen jenen und diesen hervorzurufen, der in einer engern Verbindung, als Interessen und Sympathien der einzelnen Theile sie ertragen können, seinen Grund hat, und also mit der Auflösung solcher Verbindung enden müßte.

In dieser Ueberzeugung bin ich geneigt zu glauben, daß der bestehende Bund erhalten, aber verbessert und gekräftigt werden muß. In welcher Weise die Verbesserung der Bildung des Bundestags indeß bewirkt werden soll, kann ich nicht sagen, aber ich bin der Meinung, daß die im Artikel 2 unter f, g, h, i, k bezeichneten Gewalten, soweit sie das Geldwesen, Maß und Gewicht betreffen, dem Bunde sicher übertragen werden können. Auch bin ich der Meinung, daß es rathsam wäre, ihn mit Gewalten auszurüsten, welche mit den auswärtigen Beziehungen Deutschlands, mit der Vertheidigung gegen Angriffe von Außen und mit den inneren Beziehungen der verschiedenen Staaten, der Erhaltung des Friedens und der Eintracht unter ihnen, in Verbindung stehen, aber nicht weiter gehen, als zu diesem Zweck unerläßlich ist. Ich bin ferner der Meinung, daß in der Bildung des Bundestages keine andere und weitere Aenderung vor sich gehen möge, als die, welche nothwendig ist, um ihn zu einem sicheren Bewahrer dieser und solcher anderen Gewalten zu machen, welche ihm übertragen werden möchten. Es ist jedenfalls sicherer, im Anfange zu wenig, als zu viel Macht zu geben, denn es ist leichter, später solche Gewalten, welche die Erfahrung als nothwendig erweist, dem Bundestage beizulegen, als ihn solcher zu entkleiden, welche als unheilvoll befunden worden sind.

Ich blicke auf Deutschland mit inniger Theilnahme. Wenn Frankreich die Führung übernommen hat, die alten Regierungen zu stürzen, so ist es Deutschland vorbehalten, wenn ich nicht irre, die Führung in der ruhmvolleren Aufgabe zu übernehmen, die neuen auf wahren Prinzipien aufzubauen. Der Charakter des Volkes ist wohl geeignet, constitutionelle Regierungen herzustellen und zu erhalten, auch es hat hinreichende und vortreffliche Materialien zu ihrem Aufbau — weit besser, als Frankreich, oder irgend ein anderes Land auf dem Kontinent Europa's. Von seinem Erfolg wird die glückliche Vollendung dessen abhängen, was die neulichen Revolutionen nicht allein in Deutschland erstrebt haben, sondern auch im ganzen übrigen Europa. Wenn es verunglückt, werden wahrscheinlich alle übrigen verunglücken.

Deutschland.

Bayern. — ✝München, 4. Juli. Dem Vernehmen nach hat Se. Maj. der König an den Erzherzog Johann von Oesterreich ein eigenhändiges Beglückwünschungsschreiben gerichtet, und darin den dringenden Wunsch ausgesprochen, die dem Erzherzog durch das allgemeine Vertrauen Deutschlands übertragene hohe Würde eines Reichsverwesers von demselben angenommen zu sehen.

*) München, 4. Juli. Nach verlässigen Mittheilungen tragen wir über den Tod der hochseligen Frau Kurfürstin Leopoldine folgende Umstände nach. Durch das den Berg bei Wasserburg herabseilende Salzfuhrwerk wurde der Reisewagen zunächst nicht umgestürzt, sondern nur die Pferde zu Boden gerissen, indem sich die Deichsel bei dem plötzlichen in dem Kummet des Hauptpferdes beim Reiswagen verwickelte, und dadurch unter diesen Räder gerieth. Die Gefahr eines Umsturzes mochte den Anwesenden in diesem Momente nicht so groß erscheinen; denn anstatt die Reiselaleche auf der freien Seite zu öffnen, und die durch einige Altersgebrechlichkeit unbehilfliche Frau Kurfürstin nebst ihrer gleichfalls ältlichen und beinahe kontrakten Kammerfrau eilig zum Aussteigen zu bringen, beschäftigte man sich mit Emporziehen der Pferde, welche zur andern Seite des Wagens sagen, und indem sich in Folge dieser Bewühungen das Handwerk auftrotte, brachte dieses jetzt erst durch einen kräftigen Stoß mit der Deichsel des Salzfuhrwerks den kurfürstl. Wagen zum Falle. Die Kammerfrau stürzte sodann über die Frau Kurfürstin, und da die nöthige Hilfeleistung einige Minuten in Anspruch nahm, scheint während dieser Momente auch die quadvolle erstiedende Lage, in der sich die hohe Frau befand, zur Todesursache geworden seyn. Der Leichenbeschau und Sektions-

befund hat wenigstens zur hohen Wahrscheinlichkeit gebracht, daß eine plötzliche Lähmung der Nerventhätigkeit der Brustorgane, namentlich der Lungen, erfolgt ist. Eine äußere Verletzung war nicht zu sehen, jedoch fanden sich zwei Rippen der linken Seite quer gebrochen, welcher Umstand indessen an und für sich nicht tödtlich war. Das hinterlassene Vermögen wird die Summe von drei Millionen Gulden nicht übersteigen.

Preußen, — * Berlin, 1. Juli. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung beschwerte sich der in Folge von Duellforderungen und als feindem nationalisirt eben in die Versammlung eingetretene Abg. Räusch über die Behandlung, welche ihm nach seiner ersten Rede durch den Kammerherrn v. Kleist, der ihn mit einem mit Eisen beschlagenen Stocke geschlagen habe, so wie durch den O.-L.-G.-Rath v. Dreyz zu Theil geworden sey. Der Justiz-Min. Merker erklärt, daß er diese Angelegenheit untersuchen lassen und die Resultate der Versammlung mit heilen wolle. (Beifall.) — Hierauf stellt Abg. Witt den Antrag: den Beschluß, die Bildung einer Fachkommission für Schule und Kirche betr., dahin zu erläutern, daß diese Kommission in zwei Abtheilungen zerfalle, welche getrennt von einander berathen und nur bei verschiedenen Ansichten sich in einzelnen Fällen zu einer gemeinsamen Berathung vereinigen. Der Antrag wird nach kurzer Verhandlung angenommen, Windhorst stellt den Antrag: die Versammlung wolle beschließen, daß an das Staatsministerium der Antrag auf schleunigen Erlaß eines Gesetzes gestellt werde, kraft dessen durch die Annahme eines Staatsbürgers jedes Mitglied der National-Versammlung Gut und Stimme desselben verliert und durch Wiedervornahme der Mitgliedschaft wieder erlangen könne. Der Antrag wird unterstützt und die sofortige Berhandlung beschlossen. Mit wenigen Worten motivirt der Antragsteller denselben. Eine freie Verfassung könne nur von freien Männern begründet werden. Wie weit die Linke und die Rechte in ihren Meinungen auch auseinandergehen mögen, darin werden sie übereinstimmen. Auch die Regierung habe die Nothwendigkeit der Annahmepflicht der Mitglieder durch Uebertragung von Staats-Aemtern bereits anerkannt; der §. 46. des Verfassungs-Entwurfs enthalte eine ähnliche Bestimmung. Die Anfrage wird ohne weitere Verhandlung einstimmig angenommen. Der Abg. Mäge beantragt: die Versammlung wolle das Ministerium des Cultus veranlassen, die weiteren Berathungen der Kreis-Lehrer-Konferenzen aufhören zu lassen, die Provinzial-Lehrer-Konferenzen nicht zusammenzu berufen und das Zusammentreten neuer Kreis-Lehrer-Konferenzen durch neue freie Wahlen der Lehrer zu bewirken. Der Antragsteller sucht die Dringlichkeit seines Antrags darzuthun. Eine Anzahl Redner für und gegen den Antrag worden gehört. Der Justizminister Hr. Rodbertus widersetzte sich dem Antrage entschieden, nicht wegen seines Inhalts, sondern wegen seiner Form. Der Versammlung solle einen Verwaltungsakt beschließen, der exekutive Maßregeln anordnen. Das gehe über die Competenz der Versammlung hinaus und so lange die Beamtenverhältnisse des Ministeriums besteht, werde er einen solchen Beschluß nicht ausführen. Die Versammlung könnte nur beschließen, den Minister zu ersuchen, daß er auf dem oder jenem Wege die Ausschaffe ersetzen möge, aber schließlich müsse er doch wieder vorschlagen, den er für den angemessensten halte, so lange er verantwortlicher Minister sei. Abg. Tamnau ist gegen den Antrag, weil dessen Annahme das Ansehen der Regierung beeinträchtigen würde. Allgemeiner Ruf: zum Schluß. Präsident Grabow: es haben sich noch 19 Redner gemeldet. Der Schluß wird ausgesprochen und die Abstimmung ergibt: Verwerfung des Antrages mit 197 gegen 154 Stimmen. Präsident ertheilt das Wort „in einer sehr schleunigen Frage". Es ist heute wieder die Stadt durch Truppe von Arbeitern in Unruhe versetzt. Ungefähr 1400 sollen entlassen sein. Sind die Arbeiter schuldlos, so muß nur sie gesorgt werden; sind sie schuld an ihrer Entlassung, so muß man mit Energie den Störungen der Ruhe entgegenwirken. Minister Minister: Die dem Kanal längst des Prinzessin-Ufers noch nicht 14—1500 Menschen in Thätigkeit werden. Seit mehreren Wochen hat ein solcher Andrang stattgefunden, daß in der vorigen und vorvorigen Woche sich gegen 2300 einfanden. Ein Theil, etwa 1400, haben sich organisirt und bilden unter selbstgewählten Vorstehern einen Arbeiter-Verein. Sie arbeiten auf Akkord und verdienen täglich 20 Sgr. (Bewunderung.) Die Anderen, die sich dieser Disciplin nicht unterwerfen wollten, erhalten 15 Sgr. und 10 Sgr. Diese haben nur nicht länger herbeizuströmen. Es sollte ein Theil nur zwar die Unverheirateten zu auswärt. Arbeiten bei der Oderbahn ze. beschäftigt und kostenfrei hingeschafft werden. Es entstanden Tumulte, die von dem Arbeiter-Verein gewählten Vorsteher wurden überfallen und mißhandelt. Die Vereins-Mitglieder kamen ihnen zu Hilfe und das Militär mußte ausrücken, um sie auseinander zu bringen. Ich muß sie dringend ersuchen, es an diesen Orte aussprechen, daß die Staats-Regierung nicht die Verpflichtung hat, die Bevölkerung der großen Städte vorzugsweise mit Arbeit zu versorgen. Die Anfrage des Ministeriums dem ich vorzustehen die Ehre habe, ist die, den National-Wohlstand zu vermehren, keineswegs aber den Arbeitslosen aus der Staatskasse auf Kosten der Steuerleistenden Arbeit zu gewähren. Er bemerke noch, daß die Entlassung nicht plötzlich erfolgt, sondern den letzten unter möglichster Schonung 8—14 Tage vorher bekannt gemacht sei.

⊙ Berlin, 1. Juli. Die Verhältnisse gestalten sich hier auf eine sehr unerfreuliche Weise. Während man in der Reichsversammlung durch lauter zweifelhafte, mitunter geradezu boshafte Interpellationen von einer gewissen Seite her eine rasche Erledigung selbst der Nothwendigsten absichtlich verhindert, wird die Unzufriedenheit der Massen von Tag zu Tag durch Wühler aller Stände genährt, und jede an und für sich noch so unschuldige oder gleichgültige, oder auch sogar nothwendige Regierungs- und Polizeimaßregel mit allem erdenklichen Aufwande von List nur dazu benutzt, die untersten Volksklassen aufzuregen! So wurden die Verhaftungen mehrerer Studenten, alle längst bekannt als höchstlige Aufseher, von einem gewissen Hrn. v. Reden dazu benutzt, ein Plakat erscheinen zu lassen unter dem Titel: „30 Verhaftungen", in welchem er der Regierung vorwirft, statt für Arbeit und Unterhalt der bedürftigen Klassen zu sorgen, liege ihr mehr am Herzen, nach dem „alten System" auf Denunciationen „feiler Spitzbuben" hin Verhaftungen vornehmen zu lassen und so die persönliche Freiheit der Staatsbürger zu gefährden. Daß Worte und Phrasen der hier Art bei den Arbeitern einigen Anklang finden, kann man sich denken! Man darf es überhaupt dem angeführten Flugblatte zusprechen, daß heute eine so bedeutende Anzahl unbeschäftigter Arbeiter auf den Beinen ist, welche sich an den Minister Müde mit der Bitte um Arbeit und Unterstützung gewandt haben, aber ohne befriedigende Antwort entlassen worden sein sollen. (Wir verweisen auf den vorausgehenden Brief.) Mag die Sache sich verhalten wie immer — genug, die Sage davon geht von Mund zu Mund und ist der Stoff der Gespräche in allen Kreisen und Volksgruppen. Trotz der Vorkehrungen, welche getroffen waren, den Flug vor der Singakademie frei zu erhalten, ist er doch wieder mit Massen von Leuten bedeckt, welche aber zuletzt doch gütlich auseinander gingen. — Und auf diese Weise geht es schon seit Wochen hier, ohne daß ein Ende — vor der Hand — abzusehen wäre!

Schweiz.

Genf. Die Polizei hat den Drucker des conservativen „Journal de Genève", einen Franzosen, angenblicklich ausgewiesen. Die nächste Veranlassung dazu soll die Ueberfassung eines dem Solothurner Blatte entnommenen Artikels gegen Hrn. James Fazy gegeben haben. Derselbe wurde nach der Druker der „Voix populaire" ausgewiesen und seine Druckerei geschlossen. Derselbe war ebenfalls ein Franzose. (Wenn solches — nur in umgekehrter Tendenz — in einem monarchischen Staate geschähe, was würden unsere deutschen Republikaner dazu sagen?)

Italien.

Die italienischen Blätter sind sehr erboßt über die Antwort, die der Kaiser von Oesterreich kürzlich an den Pabst auf sein bekanntes Schreiben erlassen hat. Die „Alba" von Florenz spricht von den „angeblichen Anmaßungen und Zerthümern", mit welchen der „hermirrende" Wiener Hof auf gemeine (meschino) Weise seine angemaßte Herrschaft in Italien aufrecht zu erhalten strebe. Die deutschen Radikalen, die unter Vaterland das „teuren Grenzen" wegen ringsherum zu beschützen wollen, daß sich Nichts mehr davon übrig bleibt, konnten aus ihnen zwar keine Gründe, aber vielleicht noch neue Schimpfworte lernen; „der Reiche ist zwar nie mit dem zufrieden, was er schon besitzt." Das Aktenstück lautet: „Wie sehr es mit zum Trost gereichte, aus dem Munde Ew. Heiligkeit das Verlangen nach Frieden hervorgehen zu hören, welcher jedem guten Herrscher als Grundlage für das Glück seiner ihm treuen Völker am Herzen liegt, vermag ich nicht erschöpfend auszudrücken. Denn nur zu weit hat sich ein großer Theil der Unterthanen auf Anlaß einer revolutionären Propaganda von dem rechten Wege entfernt, welche in ihrem steten Wachsen unaufhaltsam zur Auflösung aller gesellschaftlichen Ordnung führt, deren Schutz dann den Fürsten besonders wird. Der Hergang der letzten Monate stellt hier Klarheit wahrlich, daß dem im Gegentheile von diesem Angeständnisse eine bessere Zukunft hätte erwarten sollen. Denn an und mehr gelangten Aufsehenserregen nachgedenk, habe ich zuletzt meinem Lombardisch-Venetianischen Königreiche eine freisinnige Verfassung verliehen, die jedoch auf den Betrieb eines Theiles meiner Unterthanen nicht angenommen wurde, obgleich derselbe von uns und unsern Bundesfürsten nicht minder auf den Thron gesetzt wurde. Jetzt lohnt es mir mit Krieg, indem er die italienische Unabhängigkeit anspasonnt und das Volk gegen die germanische Nation zu einem unverhöhnlichen Haß dadurch aufhetzt, daß er dieselbe für eine gemeine, aus Barbaren bestehende Horde erklärt. Heiliger Vater! Wer anderer hat 1815 Pius VII. wieder auf den Thron gesetzt, als Oesterreich? Wer rettete ihn bei der Ankunft des Königs Joachim Murat seinen Staat? Wer stifte 1831 die Revolution, die den Papst thatsächlich und rechtlich für abgesetzt erklärte, anders als Oesterreich? Wer war bei dem sonstigen aufrührerischen Treiben jeden Augenblick bereit, das Haupt der Kirche zu schirmen, wenn nicht Oesterreich? Um so mehr muß es mich schmerzen, jetzt die Unterthanen des Kirchenstaats, von Toscana und Neapel gegen mich bewaffnet zu sehen, um mich, wie mein Recht, auf welchen Grund ich, meiner italienischen Staaten zu berauben. Nie mit dem Blute meines Volks und dem friedliche Vertrage mir erworben sind. Ich weiß, daß einige der genannten Fürsten wider Willen den Fordreungen ihrer aufrührerischen Unterthanen haben nachgeben müssen, und daß die besagten Prematen Diener gewordeu sind sie die noch nicht in ihrem ganzen Umfange aufgedeckten Pläne jener Unruhestifter. Aber Ferdinand, welcher es nach versteht, mit aller seiner Macht die katholische Religion aufrecht zu erhalten, und wird nicht das Schwert in die Scheide stecken, so lange noch ein Mitglied der kaiserlichen Familie am Leben ist, indem er erklärt, keine Haadbreit von den ihm angehörigen italienischen Staaten sahren lassen zu wollen, so bereit er auch zum Frieden ist und so gern er mit einer Nie umfassenden Verjeihung seinen Volke eine liberale Verfassung zugestehen wird." — Nach Nachrichten aus Rom soll dieser Brief, der zuerst daselbst im Labaro veröffentlicht wurde, nächst

sein: wir wagen nicht darüber zu entscheiden. Ist es der Fall, so wird uns dadurch ein Blick in die Machinationen gewährt, durch welche man in Italien den gesunkenen Kriegsmuth wieder zu heben sucht. (D. J.)

Frankreich.

** Paris, 1. Juli. Man spricht von der Entdeckung und Wegnahme wichtiger Papiere, welche über den Ursprung der während des Aufstandes vertheilten Geldsummen, so wie die wirklichen Häupter des Aufstandes Aufschluß geben. Ein Individuum, das im Gefolge Ludwig Napoleon's gewesen sein soll, ist dieser Vermittlung auf Befehl des Generals Cavaignac festgenommen und der Militärkommission übergeben worden. Auch ein Individuum, das einem Knaben von 14 Jahren 11,000 Fr. in Gold gegeben hatte, mit welchen der Knabe festgenommen wurde, ist wieder erkannt und verhaftet worden. — Noch haben wir neun Lager in Paris. Die Stadt Troyen hat für die Nationalgarden und Truppen 60,000 Pf. Brod, 6000 Pf. Schinken und andere Eßwaaren, und eine Anzahl Fässer Wein geschickt. Für die Gefallenen der vier Kampftage wird am 5. Juli ein feierlicher Trauergottesdienst unter freiem Himmel auf dem Concordienplatze gehalten. — Die Bank hat heute ihren Wochenbericht veröffentlicht. Ihre Lage ist so ziemlich sich gleich geblieben. Ihre Baarvorräthe hier und in den Provinzen belaufen sich auf 152 Millionen.

Großbritannien.

† London, 30. Juni. Der Vorschlag des Ministeriums in Betreff des westindischen Zuckers ist endlich im Unterhause angenommen worden, aber nur mit der geringen Mehrheit von 15 Stimmen (260 gegen 245), obgleich Sir Robert Peel dem Kabinet seinen Beistand geliehen hatte. — Gestern wurde im anwärtigen Amte ein Kabinetsrath gehalten, der zwei Stunden dauerte. — Mit Befriedigung bemerkt man, daß das Haus Rothschild hier die verfallenen Zinsen der französischen Rente richtig ausbezahlt. — Die Blätter beschäftigen sich noch immer vorzugsweise mit den Pariser Ereignissen. Das „Morning-Chronicle" meint, die Ueberfiedlung von 5 — 6000 gefangenen Aufrührern nach den Marquisen würde an 100 Schiffe und eine Ausgabe von 6 — 7 Millionen erfordern, da man doch auch die Familien der Verbrecher daselben mitsenden müsse. Das habe die Regierung in Frankreich wohl nicht bedacht.

Schweden.

Stockholm, 20. Juni. Die Feier der silbernen Hochzeit des Königs und der Königin ging (nach der „Allgemeinen Zeitung") ganz im Stillen auf dem königl. Lustschloß Tullgarn vor sich. Der König, noch immer abwesend, bezeichnete diesen Tag durch bedeutende Spenden der Wohlthätigkeit. Man weiß noch nicht bestimmt, wann er hieher zurückkommen wird. — Drei Stände haben den königl. Repräsentationsvorschlag angenommen, der Bauernstand allein opponirte, und deßhalb beruht der Vorschlag bis auf den nächsten Reichstag.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

London, 30. Juni. Konsols 81.

Paris, 1. Juli Zproz. 46.—, 4proz. —, 5proz. 69.75. Shapsch. 1817. Bankaktien 1275. Compt. von Alzier —. Belg. 5proz. —, 4½proz. —. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 71.50. Röm. 5er —. Piem. —. Berl. C.-B. rechte 118.75. linke —. Hans-Orleans 590.—. Rouen 367.50. Lyon 310 —. Straßburg 355.75. Nordbahn 252.50. Mari-Avignon 220.—. Straßb.-Basel 82.50. Ord.-Verdraux —.—. Tours-Nantes 338.75.

(Berichtigung.) In unserm gestrigen Artikel über die Sitzung des historischen Vereins Zeile 15 ist statt „Trojanus, dem" zu lesen: Trojanus, dann.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Fremdenanzeige.

Hotel Maulik. Plowd, Admiral von London. Frh. v. Wendt, von Bellingen. Ritter v. Esch, Gutsbesitzer von Charlottenburg. Baron v. Pöllnitz, von Augsburg. Dubois, Rentier von Dublin. Perbert, Particulier von Schwerin.

Gold. Hahn. Graf v. Hullinoussf, kaiserl. Staatsrath von Petersburg. v. Sotterling, Offizier von Mainz. Stürz und Kleinstätter, Studirende von Karlsruhe. Röder, Dr. med. von Leipzig. Dalsham, Particulier von Riga. Bahnemann, Inspektor von Stettin.

Blaue Traube. Lange, Dr. phil. aus Bonn. Dr. Prosle, von Regensburg. Fr. v. Stadler, von Würzburg. Baron v. Schaubelin, von Augsburg. General Graf v. Taufkirchen und Kleeberger, von Passau. Oberlieutenant Graf v. Taufkirchen, von Augsburg.

Stachusgarten. Hanger, Pfarrkaplan von Ulm. Keller, Schweitzer von Ulm. Gehring, Oekonom von Ulm. Baumann, Pfarrersgattin von Lauben. Maier, Maler von Unterthingau. Müller, Rechtslandrat von Neuburg.

Gestorbene in München.

Josefy Zama, Stiefbrod von hier, 37 J. a. Wenzeslaus Kirchmaier, Taglöhner v. d., 55 J. a. Rosina Brandl, Taglöhnerstrau, 63 J. a Georg Eisenreich, Zimmermann, 64 J. a. Karolina Schenk, Wirthstochter von Hersbruck, 17 J. a.

Anzeige.

11. Vor wenigen Tagen hat sich in München ein Verein von Gemeindegliedern, Bürgern und Schutzverwandten der Stadt und der Vorstadt Au gebildet.

Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß allein die monarchisch-konstitutionelle Regierungsform unter dem anerkannten Regentenhause den Gesinnungen und Gefühlen der überwiegenden Mehrzahl der Bayern entspricht und demnach die beste Bürgschaft ist für die Entwicklung der geistigen und materiellen Kräfte des Landes, will der Verein, daß die konstitutionellen Freiheiten und Verheißungen, welche wir in Bayern errungen haben, geachtet, aufrichtig erfüllt und ausgebildet werden.

Nicht minder schließt sich der Verein mit aller Wärme und ferne von allen Sonderinteressen der heiligen Sache des großen deutschen Vaterlandes an, dessen Einigung, Freiheit, Ansehen und Macht er vertrauensvoll von den Beschlüssen der Reichsversammlung in Frankfurt erwartet.

Fest entschlossen, jeder Verstümmerung der Volksfreiheiten entschieden entgegen zu treten, fordert der Verein aber auch, daß sie geschützen werden im Wege des Gesetzes und der Ordnung, und wird daher jedes Streben nach Anarchie, wo und wie es sich immer zeigen möge, mit Entschiedenheit niederzuhalten, und hierin mit allen seinen Mitteln die gesetzliche Gewalt unterstützen.

Nur auf solche Weise ist dauerhafte Sicherung der Freiheit möglich; nur hierin liegt die tröstliche Hoffnung, daß Vertrauen und Wohlstand zurückkehren, und daß die Mittel sich wieder finden, der Noth und Armuth abzuhelfen, welche ein gesetzloser Zustand von Tag zu Tag vermehren würde.

Möchten sich in allen Gauen Deutschlands ähnliche Vereine bilden, und durch gemeinsame Verbrüderung zu diesem Zwecke mitwirken.

München, am 3. Juli 1848.

Der Bürgerverein für Freiheit und Ordnung.

Bekanntmachung.

9. (2a) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers werden die Realitäten der Joseph und Barbara Obermayer'schen Pfalzbauers-Eheleute dahier, bestehend

1) in einem Hause in der Mitte der Altstadt unter den Laden Hausnummer 297 sammt Hofraum und Stallung,

2) der realen Bierbrauersgerechtsame, und

3) den 2 Wiesen Plannummer 1605 zu 2 Tagw. 7 Dez., und Plannummer 1606½ zu 2 Tagw. 7 Dez.,

nach §. 64 des Hypothekengesetzes, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98—101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837, dem gerichtlichen Verkaufe unterstellt und ist Versteigerungstagsatzung angesetzt auf

Samstag den 12. August 1848

Vormittags 10 Uhr

im Zimmer Nro. 34 des unterzeichneten Gerichts anberaumt.

Oben erwähnte Realitäten sind gerichtlich auf 12.728 fl. geschätzt, und mit 12,966 fl. 1½ kr. Hypothekschulden belastet.

Dem Gerichte unbekannte Steigerer haben sich über ihre Zahlungsfähigkeit durch legale Zeugnisse auszuweisen.

Am 23. Juni 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht Landshut.
Der königl. Direktor:
Lekenbecker.
v Balta.

10. Für den in Flensburg in Folge seiner erhaltenen Wunde den 24. Juni gestorbenen königl. bayer. Lieutenant

Johann Corneli,

findet Freitag den 7. Juli Vormittags 10 Uhr Trauergottesdienst in der St. Ludwigs-Pfarrkirche Statt, wozu höflichst eingeladen wird.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Nr. 6.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Donnerstag den 6. Juli 1848.

Erscheinen: Normalmäßig Nro. 14. Einrückungsgebühr: Für gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Beilage wird beigelegt.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 3. Juli. (30. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) Nach Verlesung des Protokolls theilte der Vorsitzende v. Gagern mit, daß die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein für die stenographischen Protokolle und für die Correspondenz der Abgeordneten die Portofreiheit bewilligt hat. Bei Uebergang zur heutigen Tagesordnung, der Berathung über die Grundrechte, nahm zuerst Beseler als Berichterstatter des Verfassungsausschusses das Wort zu einigen einleitenden Bemerkungen*) und beantragte zum Schlusse Namens des Ausschusses: Es

*) Wir geben nachstehend die dem gedruckten Bericht vorausgeschickte Begründung des Entwurfes. Die erste Frage, mit welcher der vor vier Jahren Versammlung beseelte Verfassungsausschuß sich zu beschäftigen hatte, war die: welcher Theil des Verfassungswerkes von ihm zuerst in Angriff zu nehmen sei. Einer äußeren Dringlichkeit, wie sie politischen Anträgen von Augenblicken hervorgehoben, fühlten zu dem bald gefaßten Beschluß, mit der Feststellung der allgemeinen Rechte, welche die Gesammtverfassung dem deutschen Volke gewährleisten solle, den Anfang zu machen. Der Entwurf, welchen der Ausschuß sich gegenwärtig Ihnen vorzulegen beehrt, ist das Ergebniß der in demselben gepflogenen Berathungen. Es ist ein höchstbedeutendes Werk, wenn auch die zum Theil sehr schätzbaren Vorarbeiten Anderer dasselbe benutzt worden sind. Auf schon bestehende Verfassungsgesetze ist natürlich Rücksicht genommen, und namentlich aus der belgischen Verfassung, die sich in schweren Zeiten der Gefahr bewährt hat, manches entlehnt worden. Ein Bericht des vollzweckschaftlichen Ausschusses über Berathstoffe, welche zum Theil auch vom Verfassungsausschusse behandelt worden sind, ist leider so spät eingegangen, daß er von dem tetzteren nur theilweise in den demselben gedruckten Berathungen Es ist ein höchstbedeutendes Werk, wenn auch die zum Theil sehr schätzbaren Vorarbeiten Anderer dasselbe benutzt worden sind. Auf schon bestehende Verfassungsgesetze ist natürlich Rücksicht genommen, und namentlich aus der belgischen Verfassung, die sich in schweren Zeiten der Gefahr bewährt hat, manches entlehnt worden. Ein Bericht des vollzweckschaftlichen Ausschusses über Berathstoffe, welche zum Theil auch vom Verfassungsausschusse behandelt worden sind, ist leider so spät eingegangen, daß er von dem letzteren nur theilweise in den demselben gedruckten Berathungen Es ist ein höchstbedeutendes Werk, wenn auch die zum Theil sehr schätzbaren Vorarbeiten Anderer dasselbe benutzt worden sind. Auf schon bestehende Verfassungsgesetze ist natürlich Rücksicht genommen, und namentlich aus der belgischen Verfassung, die sich in schweren Zeiten der Gefahr bewährt hat, manches entlehnt worden. Ein Bericht des vollzweckschaftlichen Ausschusses über Berathstoffe, welche zum Theil auch vom Verfassungsausschusse behandelt worden sind, ist leider so spät eingegangen, daß er von dem letzteren nur theilweise in den demselben gedruckten Berathungen

Gesetzgebung, als der Thätigkeit der Regierungsgewalt, welche zum unmittelbaren Daseyn berufen ist, auszuüben. — In diesem Sinne die erste gestellte Aufgabe erfassend, ist der Ausschuß stets bemüht gewesen, die ersten Normen aufzufinden, welche geeignet sind, der freien und kräftigen Entwicklung unseres Volkes ihren Weg zu ebnen und zu sichern. Es wäre in mancher Hinsicht wünschenswerth gewesen, wenn der Ausschuß sich damit auf die mehr vorsichtigere Thätigkeit hätte beschränken können, sich nur mit dem, was gelten soll, dalte beschäftigen können, ohne so oft gezwungen zu sein, auch darüber zu brachen und mit seinen Verfügungen zu erlassen, was nicht mehr gelten soll. Allein in dieser freien Weise konnte nicht immer verfahren werden; dazu ist dieses neue Rechtsbedürfniß zu wenig geübt. Zuweilen war es unerläßlich, einzig und allein die Aufhebung einer Einrichtung oder eines Rechtsverhältnisses auszusprechen, ohne daß etwas Neues an die Stelle zu kommen brauchte; manche Lagung wiederum ist bedingt, daß sie vom Gesetzgeber ausgesprochen werden, noch nicht verwirklicht. Es bedarf der Berathung, der Vermittelung zwischen dem neuen Rechte und dem, was früher gegolten hat. Dasch diese Einfache ist der vorgelegte Entwurf in seiner Fassung mannichfach bestimmt und knapp gehalten; er ist weniger kurz und klar, als es zu wünschen gewesen wäre. Aber die Bedeutung der Sache mußte den formellen Anforderungen vorgehen. — Noch aus einem andern Grunde ist es nothwendig, auf die so eben berührten Umstände besonders aufmerksam zu machen. Mag nämlich später beschlossen werden, die hier zusammengefaßten Bestimmungen nur als Theil der Gesammtverfassung erscheinen oder sie für sich allein sofort in Wirksamkeit treten zu lassen, — stets wird die Frage sich aufdrängen, in welcher Weise sie ihre Verbindung zu fernern setzen. Dabei wird sich denn in vielen Fällen der Natur der einzelnen Gegenstände selbst bemerklich machen: einzelne können sofort in's Leben treten, andere bedürfen dazu einer weiteren Vorbereitung, die wieder, je nachdem die Thätigkeit der Gesetzgewalt oder der Regierungen den Einzelnfalten dafür in Anspruch zu nehmen ist, eine verschiedene sein wird. Der Ausschuß hat sich mit dieser Frage beschäftigt, sie aber vorläufig auf sich beruhen lassen. Denn ehe diese hohe Versammlung über den ganzen Entwurf verhandelt hat und der Inhalt des künftigen Gesetzes fest steht, läßt sich über das, was zur Vollziehung nöthig ist, noch nichts bestimmen. — Dieser glaubte der Ausschuß einer hohen Nationalversammlung bei der Uebergabe des Entwurfes zur Berathung vortragen zu müssen. In der folgenden Erörterung wird nun der Inhalt desselben näher erwogen werden, und zwar in der Art, daß die einzelnen Vorschriften nach der Reihenfolge der Artikel, soweit es für's nächste Verständniß und Fortbereitung der Debatte nützlich erscheint, betrachtet und die Gründe, welche zu ihrer Fassung bestimmt haben, angegeben werden. Abweichende Ansichten einzelner Mitglieder werden dabei Erwähnung finden. Vorzugsweise hervortreten, theils ersehen sie sich aus den mitgetheilten Minoritätsgutachten.

*) Wir geben nachstehend die dem gedruckten Bericht vorausgeschickte Begründung des Entwurfes. Die erste Frage, mit welcher der vor vier Jahren Versammlung beseelte Verfassungsausschuß sich zu beschäftigen hatte, war die: welcher Theil des Verfassungswerkes von ihm zuerst in Angriff zu nehmen sei. Einer äußeren Dringlichkeit, wie sie politischen Anträgen von Augenblicken hervorgehoben, fühlten zu dem bald gefaßten Beschluß, mit der Feststellung der allgemeinen Rechte, welche die Gesammtverfassung dem deutschen Volke gewährleisten solle, den Anfang zu machen. Der Entwurf, welchen der Ausschuß sich gegenwärtig Ihnen vorzulegen beehrt, ist das Ergebniß der in demselben gepflogenen Berathungen. Es ist ein höchstbedeutendes Werk, wenn auch die zum Theil sehr schätzbaren Vorarbeiten Anderer dasselbe benutzt worden sind. Auf schon bestehende Verfassungsgesetze ist natürlich Rücksicht genommen, und namentlich aus der belgischen Verfassung, die sich in schweren Zeiten der Gefahr bewährt hat, manches entlehnt worden. Ein Bericht des vollzweckschaftlichen Ausschusses über Berathstoffe, welche zum Theil auch vom Verfassungsausschusse behandelt worden sind, ist leider so spät eingegangen, daß er von dem letzteren nur theilweise in den demselben gedruckten Berathungen

Gesetzgebung, als der Thätigkeit der Regierungsgewalt, welche zum unmittelbaren Daseyn berufen ist, auszuüben. — In diesem Sinne die erste gestellte Aufgabe erfassend, ist der Ausschuß stets bemüht gewesen, die ersten Normen aufzufinden, welche geeignet sind, der freien und kräftigen Entwicklung unseres Volkes ihren Weg zu ebnen und zu sichern. Es wäre in mancher Hinsicht wünschenswerth gewesen, wenn der Ausschuß sich damit auf die mehr vorsichtigere Thätigkeit hätte beschränken können, sich nur mit dem, was gelten soll, dalte beschäftigen können, ohne so oft gezwungen zu sein, auch darüber zu brachen und mit seinen Verfügungen zu erlassen, was nicht mehr gelten soll. Allein in dieser freien Weise konnte nicht immer verfahren werden; dazu ist dieses neue Rechtsbedürfniß zu wenig geübt. Zuweilen war es unerläßlich, einzig und allein die Aufhebung einer Einrichtung oder eines Rechtsverhältnisses auszusprechen, ohne daß etwas Neues an die Stelle zu kommen brauchte; manche Lagung wiederum ist bedingt, daß sie vom Gesetzgeber ausgesprochen werden, noch nicht verwirklicht. Es bedarf der Berathung, der Vermittelung zwischen dem neuen Rechte und dem, was früher gegolten hat. Dasch diese Einfache ist der vorgelegte Entwurf in seiner Fassung mannichfach bestimmt und knapp gehalten; er ist weniger kurz und klar, als es zu wünschen gewesen wäre. Aber die Bedeutung der Sache mußte den formellen Anforderungen vorgehen. — Noch aus einem andern Grunde ist es nothwendig, auf die so eben berührten Umstände besonders aufmerksam zu machen. Mag nämlich später beschlossen werden, die hier zusammengefaßten Bestimmungen nur als Theil der Gesammtverfassung erscheinen oder sie für sich allein sofort in Wirksamkeit treten zu lassen, — stets wird die Frage sich aufdrängen, in welcher Weise sie ihre Verbindung zu fernern setzen. Dabei wird sich denn in vielen Fällen der Natur der einzelnen Gegenstände selbst bemerklich machen: einzelne können sofort in's Leben treten, andere bedürfen dazu einer weiteren Vorbereitung, die wieder, je nachdem die Thätigkeit der Gesetzgewalt oder der Regierungen den Einzelnfalten dafür in Anspruch zu nehmen ist, eine verschiedene sein wird. Der Ausschuß hat sich mit dieser Frage beschäftigt, sie aber vorläufig auf sich beruhen lassen. Denn ehe diese hohe Versammlung über den ganzen Entwurf verhandelt hat und der Inhalt des künftigen Gesetzes fest steht, läßt sich über das, was zur Vollziehung nöthig ist, noch nichts bestimmen. — Dieser glaubte der Ausschuß einer hohen Nationalversammlung bei der Uebergabe des Entwurfes zur Berathung vortragen zu müssen. In der folgenden Erörterung wird nun der Inhalt desselben näher erwogen werden, und zwar in der Art, daß die einzelnen Vorschriften nach der Reihenfolge der Artikel, soweit es für's nächste Verständniß und Fortbereitung der Debatte nützlich erscheint, betrachtet und die Gründe, welche zu ihrer Fassung bestimmt haben, angegeben werden. Abweichende Ansichten einzelner Mitglieder werden dabei Erwähnung finden. Vorzugsweise hervortreten, theils ersehen sie sich aus den mitgetheilten Minoritätsgutachten.

gegen zweimalige materielle Berathung, verlangt aber auch, daß in der Discussion sich ergebende materielle Verbesserungen nicht, wie neulich, aus Gründen der Form zurückgewiesen werden. v. Möring will unter Hinweisung auf die österreichischen Verhältnisse zweimalige Berathung. Der Beschlußnahme, indem erst nach der ersten die Grundrechte allgemein würden bekannt und die Stimmen für und dagegen worden gehört werden können. Wigard verlangt, daß die bei der ersten Beschlußnahme abgewiesenen Anträge bei der zweiten Berathung nicht mehr vorkommen dürfen. Robert Mohl wünscht eine möglichst gründliche Berathung jedes Punktes, steht aber nicht ein, wie eine in zwei Theile zerrissene Berathung eine gründliche sein soll. Bassermann will die Berathung nicht in zwei Hauptgrund dagegen, der angeblichen Zeitersalz, kann nicht gelten gemacht werden bei einer so wichtigen Angelegenheit, wo man für Reklamationen, Interpellationen und namentliche Abstimmungen so viel Zeit verloren hat. Der ganze Unterschied wird eine oder zwei Wochen sein; denn nur auf einzelne wichtigere Punkte wird die zweite Berathung genauer eingehen. Die andere Vorschläge werden nicht den gewünschten Erfolg haben; die Schlußredaktion in der vorgeschlagenen Weise wird zu großen langen Debatten führen. Riehl von Zweitel brauteagt, daß das zweimal nur abgestimmt, nicht mehr berathen werden soll. Spatz meint, daß zwischen einer ersten und zweiten Berathung Reg imina l ansichten könnten geltend gemacht werden, und verlangt eine einmalige Abstimmung, es sei denn, daß sich Widersprüche nachweisen lassen, wo dann die widersprechenden Artikel einer nochmaligen Berathung und Beschlußnahme unterstellt werden sollen. v. Linde (Darmstadt) befürwortet, wie alles Bestreite des Zweikammersystems bietet. Besser als Berichterstatter erklärt nach Schluß der Debatte, bei dem Ausschußantrage stehen zu bleiben. Der Ausschußantrag wurde angenommen. (Fr. D.-P.-A.-Z.)

Nachstehend geben wir noch die Einleitung, so wie Art. 1 des am 4. zur Berathung kommenden Entwurfs*): Dem deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet sein. Sie sollen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen, und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaats soll berechtigt sein, sie aufzuheben oder beschränken können. Art. 1. §. 1. Jeder Deutsche hat das allgemeine deutsche Staatsbürgerrecht. Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben. Das Recht, zur deutschen Reichsversammlung zu wählen, übt er da, wo er zur Zeit seinen Wohnsitz hat. §. 2. Jeder Deutsche darf an jedem Orte eines deutschen Staates Aufenthalt nehmen, sich niederlassen, Grundeigenthum erwerben, Kunst und Gewerbe treiben, das Gemeindebürgerrecht gewinnen, vorerst unter denselben Bedingungen wie die Angehörigen des betreffenden Staates, die ein Reichsgesetz die zwischen den Gesetzen der einzelnen Staaten noch obwaltenden Verschiedenheiten völlig ausgleicht. §. 3. Die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines deutschen Staates darf keinem unbescholtenen Deutschen verweigert werden. Minoritätsrechten: Einer besondern Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines einzelnen deutschen Staates bedarf es für den Deutschen nicht, sondern er erwirbt alle Rechte der Eingeborenen durch sechsjährige Niederlassung. Von Beseler, (Wald), Zellkampf, Hergenhahn, Schüler, Detmold, Wippermann, Ahrens, Breckerath, Droysen.) Die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines deutschen Staates darf an keine andern Bedingungen geknüpft werden, als welche sich auf die Unbescholtenheit und den genügenden Unterhalt des Aufzunehmenden sich beziehen. (Mohlfeld, R. Mohl, Andrian, Lassaux.. §. 4. Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht stattfinden. §. 5. Die Auswanderungsfreiheit ist von Staats wegen nicht beschränkungsfreier dürfen nicht erhoben werden. Minoritätsrechten: Zusatz: Die Auswanderung selbst steht unter dem Schutze des Staates. (Wigard, Zellkampf, Hergenhahn, Lassaux, Ahrens, Blum, Römer, R. Mohl, Schüler, Simon.)

— Nachstehendes ist die Zusammensetzung der am 1. Juli von den Abtheilungen gewählten Ausschüsse: 1) Ausschuß für den Entwurf eines Gesetzes über die Verantwortlichkeit der künftigen Minister: Wippermann, Wichmann, v. Wydenbrugk, Schwarzenberg, Naumann, Herrmann, Zitz, v. Würth, Tafel und Zwierdicken, v. Auerswald, v. Closen, Bürgers, v. Linde, Rob. Mohl, Scherer, Mittermaier; 2) Ausschuß für die Wahlen von Thorgen und Ronstan; Zachariä von Göttingen, Jürst Schwarzb., Esel, Reichensperger, Holland, Simpson von Königsberg, Wieß von Tübingen, v. Binde v. Würth, Rieffer, Freudenheil, v. Sommaruga, Wedemann von Düsseldorf, Adams, Dammers.

*) Die Berberfassungsentwürfe des volkswirthschaftlichen Ausschusses zu Art. 1 lauten: a) zu § 2: Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebiets seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen. Insgeschäften jeder Art zu erwerben, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu erwerben und zu genießen. Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimatsgesetz, sowie für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt. Bis zur Erlassung der betreffenden Reichsgesetze steht die Ausübung der gedachten Rechte jedem einzelnen Staate Deutschlands unter denselben Bedingungen wie den Angehörigen dieses Staates zu. Die Besugniß zur Erwerbung von Grundeigenthum steht auch den moralischen Personen zu. Doch bleibt der Reichsgewalt vorbehalten, wegen Erwerbung von Grundstücken zur todten Hand besondere Bestimmungen zu treffen. b) zu § 5. Jeder Deutsche hat das Recht der Auswanderung, hat bei Ausübung dieses Rechts keine Abzugsgelder zu zahlen und hört auch im Auslande nicht auf, deutscher Bürger zu sein. Jedes deutscher Bürger kann jedoch zugleich Bürger eines andern Staates sein.

Die „Deutsche Zeitung" zitirt folgende Stelle aus einem vor mehreren Jahren erschienenen Buche („Cirkus und die Weltgeschichte") des Abgeordn. Kapp, der jetzt auf der Nationalversammlung anwesend ist, weil sie ihm nicht bemerkenswerth genug ist: „Jeder begeisterte Thor dankt sich der beste Gesetzgeber wie der beste Arzt zu sein, während selbst Rousseau bescheiden den schweichelhaften Antrag der Polen und Korsen, welche Gesetze von ihm verlangten, ablehnte." Zur Erläuterung sagt er an einer andern Stelle: „Und doch sind gerade nur diese, die sich die Wahrheit von der Mittelmäßigkeit nicht wollen sagen lassen und die jeden pikmäßigen laut konkreter Schlechtigkeit und Wirklichkeit für ungereimt halten, die Schreier, welche über Staat und Monarchie absurdes, als hätten sie Thor darüber gegeben und das Universum zu regieren, statt jenes Wolf, das dem Vater Brei (von Göthe) angewiesen wende — Epicuri de grege porcus!" „Aber freilich," bemerkt Hr. Kapp an einer andern Stelle, „das hätten sie gerne, daß man recht stürmisch drein fahre oder das wirklich Vorhandene, daß man gegen den Staat schreie und Alles aufwiegle, um ihrer Eitelkeit zu einem Selbstbewußtsein gegen die Wirklichkeiten zu verhelfen." Endlich: „Wir stehen unter dem Namen der Gebildeten, die sich durch ausgesprochenen Widerspruch

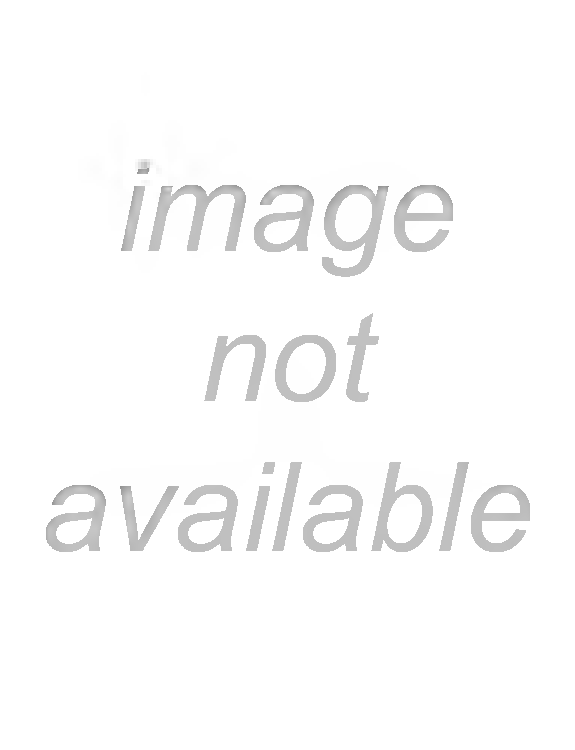
image
not
available

den jedenfalls die Geschichte ihnen nachen wird, daß sie es zu einem solchen Kampf kommen ließ. Lassen sie es die Größe der deutschen Nation sein, vor solchem Elend, vor solchem Kampfe, vor so blutigem Siege, und so schrecklichem Vorwurfe sich zu bewahren. Schon vorgestern hatte der Befehlshaber des 12. Bataillons der Bürgerwehr in einer Anrede an dasselbe, den Wehrmännern das Beispiel der Pariser Nationalgarde, ihren Muth im Kampfe für die Sache der Ordnung als Muster dargestellt, worauf die gesammte Mannschaft der Pariser Nationalgarde ein dreimaliges Hoch brachte. Die Nachwirkung der Pariser Ereignisse auf den öffentlichen Geist fängt an, sich bemerkbar zu machen. Gebe der Himmel, daß auch bei uns den Bürgern endlich wieder die Augen aufgehen. Der Barometer der guten Sache ist im Steigen. Die kalte Aufnahme, welche der sogenannte Volksmann Held heute bei der Bürgerwehr fand, ist ein gutes Vorzeichen. Die Auflösungsmittel des Frankfurter Demokratenkongresses, Rau, Fröbel und Krieger sind hier eingetroffen. Sie haben dem Minister des Innern versprochen, den gesetzlichen Boden nicht verlassen zu wollen, worauf ihnen gestattet wurde, ungestört hier sich aufzuhalten.

Köln, 2. Juli. In den letzten zwei Tagen ist die Ruhe nicht gestört worden. Der Krawall am Donnerstag Abends war nicht so bedeutend wie der Tags vorher; es sind dabei jedoch einige Verwundungen vorgekommen, und unter der Tumultuanten sind an einem Stiche oder Hieb gestorben sein. Einige Bürgerwehrmänner sind von Steinen getroffen und verletzt worden, was die Erbitterung so sehr gesteigert hat, daß die Bürgerwehr im Wiederholungsfalle solchen Straßenunfug von ihren Waffen Gebrauch machen würde. Man hat die Einrichtung getroffen, daß nur im höchsten Nothfalle die ganze Stadt alarmirt wird, sonst nur die Banner der Viertel, wo Exzesse vorfallen. Auch soll bei ernstlichen Unruhen das Militär sogleich requirirt werden, das sich bis jetzt ganz neutral hielt.

(Fr. D.-P.-A.-Z.)

Oesterreichische Monarchie.

In diesem Augenblicke ist vielleicht das Schicksal Venedigs schon entschieden. Eine Volksbewegung war nach den letzten Nachrichten aus Treviso vom 30. in der Lagunenstadt ausgebrochen, die österreichische Partei scheint entschieden die Oberhand zu haben, die Gondolieri und Arbeiter haben die Nationalgarde überwältigt und Tomaseo, den Diktator der Republik, gefangen. Das Volk verlangt, nachdem die österreichischen Truppen sämmtliche Lagunen gesperrt haben, zu kapituliren, nur die auf dem Markusplatze lagernden italienischen Hilfstruppen wollten sich noch nicht ergeben.

Frankreich.

** Paris, 2. Juli. Es heißt, Marschall Bugeaud, der sich gegenwärtig hier befindet, werde nächstens, auf den von der sardinischen Regierung an die französische gestellten Wunsch, von hier nach Italien abgesendet werden, um den Oberbefehl über das piemontesische Heer zu übernehmen. Mehrere andere ausgezeichnete Offiziere würden ihn begleiten. In wie ferne diese Gerüchte begründet sind, läßt sich noch nicht angeben. Zweifel daran sind jedenfalls erlaubt, da Frankreich sich auf solche Weise zu Oesterreich in eine offenbar nicht mehr neutrale, sondern feindselige Stellung versetzen würde. — General Changarnier ist nun wirklich zum Oberbefehlshaber der gesammten Nationalgarde des Seine-Departements ernannt. — Die Einwohnung geht jetzt rasch hier voran. Im 9. Stadtbezirk hat man sogar mehr Gewehre eingeliefert als ausgetheilt worden waren. Die Zahl der eingelieferten beträgt 7400, während nur 7086 ausgehändigt worden waren. Und außerdem hatte die mobile Garde schon eine große Anzahl Gewehre in diesem Stadtbezirke weggenommen und auf's Stadthaus gebracht. — Der Anfang des letzten Kampfes in Paris angerichtete Schaden wird auf beiläufig 10 Millionen angeschlagen. — Es heißt, der Bischof von Algier, Abbé Pavy, persönlicher Feind des Generals Cavaignac, solle Erzbischof von Paris werden.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

London. 1. Juli. Konsols auf Lieferung 14. Juli 84¼, 85. — Span. Akt. 12, 11⅛, 3proz. 21⅛. Pass. 3. — Portug. 3proz. 16½, 4proz. 17½. Russ. 4proz. 96½.

Madrid, 27. Juni. 3proz. 22 G., 22⅛ P., 5proz. 13⅛ G. Pass 4⅛ P.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Anzeige.

11. (b) Vor wenigen Tagen hat sich in München ein Verein von Gemeindegliedern, Bürgern und Schutzverwandten der Stadt und der Vorstadt Au gebildet Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß allein die monarchisch-konstitutionelle Regierungsform unter dem anerkannten Regentenhause den Gefinnungen und Gesühlen der übergroßen Mehrzahl der Bayern entspricht und demnach die beste Bürgschaft ist für die Entwicklung der geistigen und materiellen Kräfte des Landes, will der Verein, daß die konstitutionellen Freiheiten und Verheißungen, welche wie in Bayern errungen haben, geachtet, aufrichtig erfüllt und ausgebildet werden.

Nicht minder schließt sich der Verein mit aller Wärme und ferne von allen Sonderinteressen der heiligen Sache des großen deutschen Vaterlandes an, dessen Einigung, Freiheit, Ansehen und Macht er vertrauensvoll von den Beschlüssen der Reichsversammlung in Frankfurt erwartet.

Fest entschlossen, jeder Verstümmerung der Volksfreiheiten entschieden entgegen zu treten, fordert der Verein aber auch, daß sie geschaffen werden im Wege des Sieges und der Ordnung, und wird daher jedes Streben nach Anarchie, wo und wie es sich immer zeigen möge, mit Entschiedenheit niederzuhalten, und hierin mit allen seinen Mitteln die gesetzliche Gewalt unterstützen.

Nur auf solche Weise ist dauernde Sicherung der Freiheit möglich; nur hierin liegt die tröstliche Hoffnung, das Vertrauen und Wohlstand zurückkehren, und daß die Mittel sich wieder finden, der Noth und Armuth abzuhelfen, welche ein gesetzloser Zustand von Tag zu Tag vermehren würde.

Möchten sich in allen Gauen Deutschlands ähnliche Vereine bilden, und durch gegenseitige Verbrüderung zu diesem Zwecke mitwirken.

München, am 3. Juli 1848.

Der Bürgerverein für Freiheit und Ordnung.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 6. Juli: „Ira Diavolo", Oper von Auber.

Freitag, 7. Juli: „Der Landwirth", Schauspiel vom Verfasser von „Käge und Wahrheit". (Hr. Reckert: Andolph.) Hierauf: „Der Hatterhafte Zerbster", Divertissement. (Hr. Garon: Zephyr, als letzte Gastrolle.)

Fremdenanzeige.

Gold. Kreuz, Doll, Privatier von Wien. Pfister, Privatier von Weilheim, Hebenreich, Partikulier von Dresden. Bertina, Kaufmann aus Preußen.

Gold. Hahn. von der Heide, Oberlieutenant von Augsburg. Mod. Hutter, von Traunstein. Reß, Reglier von Straßburg. Schüler, Kaufmann von Köln. Kaul, Kaufmann von Linz. Badl, Privatier von Erlangen. Cotton, Kapitän von Dublin.

Blaue Traube. Stöger, Priester von Innsbruck. v. Heisel, von Wien. Kraus, Rentkramer von Nürnberg. Hoffmann, Partikulier von Göggingen.

Stachus garten. Regensburger, Gutsbesitzer von Mertingenau.

Gerrante in München.

Die Herren: Alexander Salvator v. Torrigni, Partikulier zu Mendrisio im Kanton Tessin in der Schweiz, mit Frln. Josepha Mathilde v. Dungerthausen, königl. Appellationsgerichts-Advokatentochter v. h. Georg Wierle, königl. Almosier, mit Frezentia Rösler, Rothgerbersstochter von Dachau. Karl Sicker, Inhaber einer lithographischen Anstalt dahier, mit Theres Steymaier, Steinmetzgesellenstochter v. h. Theodor Sendner, Inspektor bei der königl. Brandassekuranz der bayer. Hypotheken- und Wechsel-Bank dahier, mit Frln. Klotilde Negrioli, Großhändlers- und Magistratsrathes-Tochter v. h. Ferd. Moriz Spies, königl. Major im General-Quartiermeisterstabe dahier, mit Frln. Theresia Mathilde Freiin Lerchen v. Hade, königl. Kämmerers- und Oberstes-Tochter v. h. Johann Waller, Ministerialbote dahier, mit Maria Cea Haindl, Taglöhnerwittwe von Schwarzlanthausen, mit Karolina Körner, Hofsattlerstochter v. h. Joseph Fr. E. Braunels, bürgerl. Zimmermeister, mit Anna Maria Kaltner, bürgerl. Bierwirthstochter v. h.

Aufwärts Gerrante.

Zu Miesbach: Dr Anton Joseph Heinrich v. Bollmar, königl. Sekretär und geheim. Kanzellist im Kultusministerium dahier, mit Frln. Karolina Friederike Leidl, königl. Rentbeamtenstochter von Miesbach.

Zu Würzburg: Hr. Franz Boll., Doktor beider Rechte und königl. Gymnasmeriehrer-Aushilfe dahier, mit Frln. Emma Zeh v. Deubach Freiräulein zu Sulz, Tochter des königl. Kämmerers, Obersten und Kommandanten der Festung Wülzburg.

Gestorbene in München.

Magd. Schmid, Taglöhnerstochter, 66 J. a. Joh. Hechenberger, bürgerl. Lohnkutscher, 34 J. a. Joh. Peter Wenzinger, königl. Oberappellationsgerichts-Kanzelist, 47 J. a. Wilhelmine Ott, bürgerl. Weingastgebersgattin, 48 J. a. Joh. Fesler, kupferschmiedgesell von Thannhausen, 32 J. a. Joh. Gg Stumpner, Eisenbahnbau-Kommissionsschlosser von Bürnberg, 45 J. a. Franziska Kolbinger, Stadtgerichtsdienstsfrondrau, 42 J. a. Antonia Lemmer, Maurerstochter, 62 J. a. Ferd. Pfister, Benefiziat, 33 J. a.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

* Frankfurt, 4. Juli. Der Antrag Robert Blums, von dem Bundestag amtliche Erklärung über Sinn und Bedeutung seines Schreibens an den Erzherzog Johann, insbesondere über die darin ausgesprochene Zustimmung der Regierungen zu diesen Wahl zu verlangen, wurde heute von ihm entwickelt, nach eine lebhafte Erörterung mit den Herrn von Schmerling (Vorsitzenden der Bundesversammlung) und eine andere unsers bayerischen Abgeordneten Hrn. Edel abet mitgenommen, und sie endlich mit Glanz durch. Die Berhandlung schritt darüber zur Tagesordnung. Dann begann die Berathung über Art. 1. des Entwurfs zu den Grundrechten des deutschen Volks.

Was uns noth thut.

* München, 5. Juli. (Eingesandt.) Die jüngsten Ereignisse in Paris zeigen uns, an welchem Abgrunde Frankreich steht, und wohin auch wir kommen werden, wenn nicht die, welche neben der Freiheit auch Ruhe, Ordnung und Gesetzmäßigkeit, ohne welche jene nicht be eben kann, wollen, kräftig zusammenstehen, um die Feinde der Freiheit niederzuhalten und unschädlich zu machen. Noch ist es Zeit, aber es ist die höchste Zeit! Deutschland besindet sich in einer furchtbaren Krisis, deren Verlauf zum Tode oder zu einem neuen erstarken leben führen wird. Das Schlimmste ist, daß wir es mit Feinden zu thun haben, die von unseren Freunden nur sehr schwer zu unterscheiden sind; denn ihre wie unsere Losung ist: Freiheit! Welche aber sind denn die Feinde der Freiheit, der Ordnung, der Ruhe und Gesetzmäßigkeit? Sind es die Fürsten, die Vornehmen, sind es „die Pfaffen," die Aristokraten? Nein, unzweifelhaft! Gegen Trug und Wüllkühr-Herrschaft von dieser Seite sind wir hinlänglich geschützt! Die großen Feinde der Freiheit sind die, welche sie am öfte en im Munde führen, am lautesten von ihr reden, es sind die sogenannten Republikaner. Deren gibt es jedoch dreierlei, welche wohl von einander zu unterscheiden sind. 1) Solche, denen es mit der Republik wahrer Ernst, und die aufrichtig und in lauterer Absicht den höchst möglichen Grad bürgerlicher Freiheit zu erstreben suchen, ab r aller Erfahrung baar, nicht einsehen, daß ihre utopischen Ideen nicht für diese sublunarische Welt passen, sondern in das Gebiet der Träumereien gehören. Dieser Klasse gehört zumeist die gereifte, gebildete Jugend an. 2) Die, welche Nichts besitzen, aber Alles haben wollen, die Unzufriedenen und sich auf Kosten jener reich machen möchten, dieß aber nur erreichen, wenn ein Umsturz der socialen Verhältnisse erfolgt. 3) Die, welche nicht, weil sie die Noth drückt, sondern aus grenzenlosem Ehrgeiz nach Herr schaft und Gewalt streben. Auch diese wissen, wollen sie ihren Zweck erreichen, auf Umsturz hinarbeiten, und diese sind es auch, welche es sind, die das Volk verführen, auch der schlechtesten Mittel, wenn sie nur passen und zum Ziele führen. Beider Bundesgenossen sind die äußerst zahlreichen Proletarier aus der niedrern Volksclasse, welche jedoch die verderblichen Plane ihrer Führer nicht kennen; und nicht wissen, daß sie in den Händen derselben blos Mittel sind zur Erreichung ihrer selbstsüchtigen Absichten. Ausser diesen s. g. Republikanern haben wir auch die Fremden zu fürchten. Diesen, den Britten, den Franzosen, den Russen liegt begreiflich sehr viel daran, daß Deutschland nicht zu einem großen Ganzen sich vereinige, und darum greifen sie nach jedem Mittel und sparen kein Geld, um Zwietracht zu stiften und zum Aufruhr zu reizen, damit wir uns selbst zerfleischen und unsere Kräfte in innerem Kampfe aufreiben, und sie sodann aber uns herstellen und uns erdrücken können. Es ist die höchste Zeit, daß endlich die deutschen Regierungen, eingedenk ihrer Pflichten, den Versuchen zum Umsturz, von welcher Seite sie auch ausgehen mögen, kräftigst entgegentreten, jede Gesetzes-Uebertretung unnachsichtlich strafen, — höchste Zeit, daß alle Conservativen, d. h. alle, welche wahre Freiheit wollen, sich um sie schaaren, und die in ihrem Streben, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, kräftigst unter. stützen: sie mögen b.denken, daß es nicht genug ist, die Freiheit errungen zu haben, sondern große Anstrengung erfordert die Errungenschaften, gegen welche so viele Feinde anlaufen, zu behaupten; sie mögen bedenken, daß ein Einziger der Umsturzmänner mehr niederreißt, als hundert Conservative zu erbauten vermögen, darum, weil jene ohne Unterlaß und ohne Rast ihre verderbenschwangeren Plane verfolgen, diese aber dem verbrecherischen Streben derselben zusehen, sei es aus Apathie und Sorglosigkeit, oder weil sie verblendet genug sind, nicht einzusehen, daß jene uns um alle Freiheit bringen, und das schmählichste, drückendste Joch bereiten.

Zur Reform der Pressgesetzgebung.

Die strengen Septembergesetze haben den Sturz des Julinsthrones nicht aufzuhalten vermocht, vielmehr sich selbst nachweisen, daß ihre Anwendung viel zur Untergrabung deffelben beigetragen habe. Diese Erfahrung führt auf den Gedanken, die nothwendige Gewalt gegen den Mißbrauch der Presse nicht blos durch Strafgesetze, sondern auch auf anderem Wege zu erstreben. Versuche man's einmal damit, dem in den Schranken bleibenden Gebrauche eine Art Bürgerkrone in Aussicht zu stellen. Allgemein ist anerkannt, daß nom rechten Gebrauche der Preßfreiheit Heil und Segen geboffe werden und daß sich daher diejenigen, welche den rechten erspriesslichen Gebrauch machen, große Verdienste um König und Vaterland erwerben konnen. Wenn nun die Preßfreiheit zur Wohlthat werden kann für Fürst und Volk, so ist dersenige als Wohlthäter von beiden zu preisen, welcher durch die rechte Uebung Heil verschafft und Unheil abwehrte. In der Volksversammlung als wohlverdient um das Vaterland gepriesen oder mit einer Bürgerkrone belohnt zu werden, war das Streben der großen Männer des Alterthums. In England gilt es als die höchste Auszeichnung für die Führer des Herrn und der Marine, wenn ihnen das Parlament den Dank des Vaterlandes votirt. So ist auch bei uns von der großen Mehrzahl der Ehre über auf dem Felde der Presse zu erwarten, daß sie sich die Erwerbung des Anspruches dieser Mann ist wohl verdient um sein Vaterland" als hezeichnungswerthes Ziel vor Augen stellen, und um so mehr bedacht sein werden, im Gebrauche der Preßfreiheit die zum Heile nöthigen Schranken einzuhalten. — Der Ausdruck der öffentlichen Anerkennung könnte durch ein ideales Zeichen nach der Art der Bürgerkrone, z. B. durch Einzeichnung des Namens auf eine im Sitzungssaale der Kammer der Abgeordneten anzubringende Ehrentafel, oder auch nach englischer Praxis durch Zuwendung reeller Vortheile, durch Bewilligung ehrenvoller Pensionen an verdienstvolle politische Schriftsteller (in Fällen eingetretener Erwerbsunfähigkeit) und an deren verdürgenslose Witwen und Waisen geschehen. Es steht auch nichts im Wege, beides zu verbinden. Indessolle aber müßte der Verleihung in die Hände der Volksvertreter gelegt, der Regierung dürfte höchstens die Konkurrenz bei dem Vorschlagsrechte und die Befugniß zu Erinnerungen eingeräumt werden. Wollte man der Regierung eine entscheidende Stimme bei der Verleihung selbst zugestehen, so ware damit Grund zu dem Verdachte gegeben, es sey auf Bestechung, auf Korruption abgesehen. — Ich sage, um Art und Weise der Ausführung meines Vorschlags zu veranschaulichen, den Entwurf eines darauf gerichteten Gesetzes bei.

J. A. Seuffert.

§. 1) Für Verdienste, welche durch erspriessliche Uebung des Rechts der freien Presse um König und Vaterland erworben wurden, kann die öffentliche Anerkennung nach folgenden Bestimmungen zuerkannt werden. — §. 2.) Die öffentliche Anerkennung wird den Redakteuren von Zeitungen und Zeitschriften, sowie anderen politischen Schriftstellern in Ausschlag gebracht, welche sich in Verfolgung der öffentlichen Angelegenheiten eifrigst und beharrlich unabhängigen Freimuths, durch einschlossvolle Rathschläge, durch Entwalten von Gebrechen der Gesetzgebung und Verwaltung, anderseits durch Heilighaltung der Person des Königs, durch Mißbilligung und bedeutschaftlosi-leit des Ausdrucks, durch Eifer für die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und eines ehrenanwohnenden, der würdigen Einigung entsprechenden Benehmens verdienstlich machten. Regierungen und Volksstimmen, ferner durch versöhnliche Wirksamkeit in Parteizwisten — wenn sie Jahren hindurch bewährt haben. — §. 3. Die öffentliche Anerkennung geschieht durch Eintragung der Namen in eine im Sitzungssaal der Kammer der Abgeordneten aufzustellende Ehrentafel. — §. 4. Der König überläßt es der Volksvertretung bei dem Landtage versammelten Kammern, durch Zuerkennung der in §. 3 erwähnten Auszeichnung politischen Schriftstellern, welche auf die in §. 2 bezeichnete Weise gewirkt haben, das Zeugniß zu geben, daß sie sich um das Vaterland, daher auch um die Krone wohl verdient gemacht haben. Der Vorschlag zur Verleihung solcher Auszeichnungen kann sowohl von der Staatsregierung, als von Mitgliedern jeder der beiden Kammern ausgehen. — §. 5. Der Staat übernimmt die Gründung eines Fonds, aus dessen Renten verdienstvolle politische Schriftsteller im Sinne des §. 2 im Falle eingetretener Erwerbsunfähigkeit, sowie die unverwogenden Wittwen und Waisen Pensionen erhalten können. In diesen Fond fließen alle Geldstrafen — auf welche wegen Gesetzübertretungen der Presse und die Verbreitung ihrer Erzeugnisse von den zuständigen Gerichten erkannt wird. — §. 6. Die Verwendung dieses Pensionsfonds wird nach Kreisen ausgeschieden und die Verleihung geschieht auf Vorschlag der Regierung oder nach Vernehmung des Regierungskommissärs durch die Landräthe. — §. 7. Wenn in einer der beiden Landtag versammelten Kammern sich veranlaßt finden, im Falle hervorragender Verdienste einzelner politischer Schriftsteller den Ausdruck einer angemessenen besonderen Anerkennung zu beantragen, so wird der König seine Genehmigung nicht versagen.

Deutschland.

Bayern. — */ München, 6. Juli. Einige Blätter erwähnen nicht, die Auflösung der Kammer der Abgeordneten als eine nicht länger zu verzögernde dringende Maßregel zu bezeichnen. Wir unserseits tegen die Ueberzeugung, daß das Staatsministerium dieselbe sobald als thunlich beschliessen und der König sie gewiß rechtzeitig verfügen werde, müssen jedoch widersprechen, daß die bisher Stattgehabten schon unmittelbar nach dem Erlaß des neuen Wahlgesetzes hätte angeordnet werden sollen, oder daß sie jetzt noch angeordnet werden könne. Die Anderssdenkenden vergessen, vielleicht nicht ohne Absicht, daß die ständischen Ausschüsse dahier zur Erledigung des Gesetzgebungswerkes

eines Grundkörpers, den man nicht auflösen kann, ohne den einzelnen Bestandtheilen die Basis ihrer Dasein zu benehmen. Ein solches Verfahren stände im Gegensatze zu allen staatsrechtlichen Begriffen. Hätte man aber neue Wahlen nach dem Schlusse des diesjährigen Landtags angeordnet, so wäre die Berufung der schnell erwarteten Zustizverfassung jedenfalls um Monate hinausgerückt, und sicherlich hätten sich von vielen Seiten Klagen und Vorwürfe darüber erhoben. Uebrigens haben wir vertrauensvoll die Ueberzeugung, daß die gegenwärtigen Minister die Existenz der unter einem frühern diktatorischen Ministerium bezimirten Kammer nicht langer als unumgänglich nothwendig fortdauern lassen werde. — Von dem neuen Anleben von 7 Millionen Gulden sind nunmehr 20 fl. Obligationen ausgegeben. Dieselben haben ein sehr günstiges Aussehen.

— München, 6. Juli. Gestern Abend hatte die Produktion zu Gunsten der deutschen Flotte von Seite der vereinigten fünf Sänger-Vereine Münchens ein ausserordentlich zahlreiches Publikum im Prater vereinigt. Die einzelnen Gesangsstücke wurden mit dem lebhaftesten Beifall aufgenommen und viele derselben wiederholt. — Ein herrlicher Sommerabend begünstigte dieses patriotische Fest, dessen Ertrag gestern abend zu bedeutend genannt werden darf.

Regensburg, 3. Juli. Unser Abgeordneter bei der Nationalversammlung in Frankfurt, Hr. Adolph v. Zerzog, hat folgendes Schreiben unter der Aufschrift: An meine Wähler! erlassen: „Ihr kennt bereits das Gesetz über die vorläufige Bundesgewalt mit der förmlichen Nachricht, daß der Erzherzog Johann zum Reichsoberweser gewählt ist. — Ich habe für dieses Gesetz in allen seinen Theilen gestimmt, weil ich es für das dringende Vaterland für nothwendig und gut halte, und habe auch dem alten wackern Johann meine Stimme gegeben, weil ich ihn für den rechten Mann erachte. — Ich will hierüber Niemand grollen noch in den Seinen meines Lebens und mich freuen, daß ich dabei war, wie die von der Diese bis Trieb und von den Grenzen Russlands bis über den Rhein so einmüthig riefen: Hoch Johann von Oesterreich! — Da zog in viel hundert Herzen die Zuversicht ein, daß wir endlich den größten unserer Feinde bezwungen haben — die Unmöglichkeit! — und nun läßt ihrer draußen noch dreimal so viel sein! — Glaubt mir, es haben viel grundbrüge Männer gewirnt vor Freude, daß sie das doch erlebt haben. — Also der edle Hunrich v. Gagern und ermahnet den, der gewählt wird, gehorsam zu sein und treulich beizustehen, wer es auch sein möge: — und wir alle die Hände zum Schwur erhoben, da habe ich auch zur Euch mitgeschworen, und Ihr werdet mich nicht zum Lügner machen! — Laßt kunftig nur noch einen Streit ewig unter den deutschen Stämmen fortdauern, — den, wer am freudigsten Opfer bringe und sich am tapfersten schlage fürs einige, freie Vaterland! — Ihr bayerischen Manner! liebt das große Deutschland so treu und ehrlich, wie Eure sechs Kreuzer mehr! — Das Frühjahr hat uns Freiheiten gebracht, die jedem vernunftigen Menschen gefallen; der Herbst bringt uns Segen vollauf und wir werden uns desselben erfreuen in Frieden, das Vertrauen wird wieder einkehren, und mit ihm Wohlstand, Handel und Wandel, Arbeit und Ordnung — wenn wir einig sind und halten, wie es freien Männern geziemt, sei auf Gesetz und Gehorsam. — Und wer es Euch anders sagt, das ist ein dummer Mann oder ein Feind seines Vaterlandes! Frankfurt a. M., 2n. Juli 1848. Adolph v. Zerzog.“

(Lechboe.)

Preußen. — Koln, 3. Juli. Heute Morgen zwischen 5 u. 6 Uhr sind der Dr. jur. Golischmit und der Lieutenant a. D. Anneke verhaftet und in's Arrestlhaus abgeführt werden. Man versichert, im ganzen preußischen Staate sei am heutigen Tage diese Maßregel gegen alle Volksaufwiegler in Ausführung gebracht worden. Es herrscht nur eine Stimme der Billigung dieser Maßregeln. Unruhen sind trog der großen Menschenjagd, den diese Herren zahlen, nicht vorgefallen. — (Z. D. A. Z.)

Oesterreich. — Innsbruck, 4. Juli. So eben wird folgende dienstliche Meldung des Kommandanten des 3. Armeekorps d. d. 1. Juli, bekannt gemacht: Unsere Vorposten wurden heute Morgens um 4½ Uhr an beiden Etschufern von 4 Bataillonen Infanterie, mit 4 Geschützen und einer Escadron Kavalerie bei Groara und Dotre angegriffen. Nach einem dreistündigen Kampfe wurde aber der Feind vollkommen zurückgeschlagen. Der Kampf war dadurch um so schwieriger, als die feindlichen Schüsse sich über denjenigen ungangbaren Felsenwand herabsenkten und unsere vordern Abtheilungen in der Flanke beschossen und im Rücken bedrohten. Ueberdieß schleuderte der Feind auf unsere Truppen auch bedeutende Steinmassen, welche er durch Brechreisen und Sprengung losriß. Unsere braven Truppen widerstanden aber allen diesen Angriffen mit ausgezeichneter Tapferkeit und Ausdauer, so daß der Feind, überzeugt nicht durchdringen zu können, und durch bedeutenden Verlust genothigt, sich sodann nach dreistündigem Kampfe über Zuranal und Rivoli, so wie am linken Ufer nach Cravino zurückziehen mußte. Den glücklichen Erfolg verdankt man insbesondere aber der Tapferkeit der Truppen, der sehr vortheilhaften Wirkung unserer ausgezeichneten Artillerie, welche die Entwicklung und das Vorgehen der feindlichen Kolonne durchaus hinderten. Unser Verlust beträgt einen Todten und 7 Verwundete, jener des Feindes muß nach den Rottgehaben Umständen ohne Zweifel weit bedeutender sein.

Heute Abend wird von der Nationalgarde und den Studirenden ein großer Fackelzug veranstaltet zur Feier der uns Tyroler besonders erfreulichen Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsoberweser von Deutschland. — Auch bei uns beginnt man für die deutsche Flotte zu sammeln, und zwar war es die 3. Kompagnie der Nationalgarde, welche den ersten Beitrag dazu lieferte.

— Die Nachricht von der Ernennung des Erzherzogs Johann zum Reichsoberweser ist am 3. Juli durch den Telegraphen aus Prag in Wien angelangt. Zu Prag wurde sie durch das Geläute aller Glocken und durch 101 Kanonenschüsse verkündet und mit dem größten Jubel aufgenommen.

Frankreich.

*** Paris, 2. Juli. Die gerichtliche Untersuchung der erschütternden Ereignisse, deren Schauplatz Paris in den letzten Tagen gewesen ist, wird mit einer Lebhaftigkeit betrieben, welche glauben läßt, daß die neue Erschütterung, die unsre Hauptstadt hat, den Staat im Voraus vor der Wiederholung ähnlicher blutiger Vorfälle zu bewahren. Die Enthüllungen, welche bereits in den zahlreichen Verhören von Seite der Gefangenen ersolgt sind, die Entdeckung von Papieren, Waffen und Beweismitteln aller Art, werfen schon jetzt ein klares Licht auf das Vorgefallene, daß in kurzer Zeit das Publikum alle Aufschlüsse in dieser geheimnißvollen Sache erwarten kann. Außer allem Zweifel ist, daß die Urheber der Aufstandsidee auch von den Nationalwerkstätten bildete, deren Vorsteher durch die bereits bekannte Organisation von Sektionen, Brigaden, Lieutenants rc. schon eine wohlvorbereitete Masse vorfanden. Man weiß ferner, daß am Donnerstag, dem Beginn des Aufstandes, die Vorsteher der einzelnen Sektionen ihren Leuten zur den nächsten Tag die Sammelplätze bezeichnet, daß die Anführer ihre Instruktionen erhalten hatten mit Angabe der Plätze, wo Barrikaden aufzuwerfen seien, und der Häuser, welche man sich zu bemächtigen hatte, sowie daß sämmtliche Werkstätten am Donnerstag Abends auf dem Pantheonplatze versammelt waren, um ihre letzten Maßregeln zu besprechen. — Jetzt, 2. Juli, herrscht die allgemeinste Ruhe in Paris. Dagegen der Belagerungszustand noch andauert, haben doch die Hoffnungen, welche man auf die bereits zurückgekehrte Ruhe gründet, einen großen Theil der bisher mit aller Strenge gehandhabten Vorsichtsmaßregeln schon überflüssig gemacht. Gestern Abend war die Anzahl der Wachen nicht viel größer, als zur Zeit der ungestörtesten Ruhe; man sieht, da gerade sehr gutes Wetter ist, sehr viele Spaziergänger. Die Straßen sind vergnügt erleuchtet, so daß man versucht wäre, zu glauben, Paris habe sein Fegefeuer angezogen, wenn nicht die große Anzahl von Leuten in Trauerkleidern, mit tief ernsten und betrübten Mienen, und bei jedem Schritte an das allgemeine Unglück, welches die Stadt betroffen hat, erinnerte. Fortwährend bleiben die Garten der Tuilerien, des Luxemburg, das Louvre, dem Publikum verschlossen. — Die Colonien der Gefangenen haben die Weisung erhalten, bei vorkommenden Widersetzlichkeiten derselben sich nicht mehr der Schußwaffe, sondern nur des Bajonetts zu bedienen, außer auf ausdrücklichen Befehl ihrer Offiziere, weil in der jüngsten Zeit die Behandlung der Gefangenen von Seiten ihrer Wächter eine allgemeine Mißbilligung hervorgerufen hatte. Heute begegneten mir 42 Wagen aller Art mit Gefangenen, welche nach Vincennes gebracht wurden unter Begleitung von zwei Eskadrons Cavalerie und einem Bataillon des 23. leichten Infanterieregiments. — Die Entwaffnung der Legionen, wie der verdächtigen Compagnien wird äußerst lebhaft betrieben.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 24. Juni. Seit dem 21. d. ist die Cholera nun auch hier eingedrungen, und bis heute sind der, als mehrere Personen daran gestorben. Unser heutiges Polizei-Tagblatt enthält die amtliche Anzeige ihres Hierseins und zugleich die dagegen getroffenen Vorsichtsmaßregeln, denen zufolge sechs große Hospitäler in verschiedenen Stadttheilen zur Aufnahme von Cholerakranken bereit stehen und noch mehrere andere in kurzem eröffnet werden sollen. Ferner enthält das Polizeiblatt eine allgemeine Instruktion über das diätetische Verhalten in Beziehung auf die Epidemie. In Moskau zeigte sich die Cholera in der ersten Hälfte dieses Monats ungemein heftig, besonders am 11. und 12. Juni, an welchen Tagen von 222 an ihr Erkrankten 122 starben. Außerdem herrscht die Cholera noch in zwanzig andern südlichen und westlichen Gouvernements.

(Berl. Nachrichten.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Heidbronn, 3. Juli. (Wollmarkt. Dritter Markttag. Abends.) Nach dem es am zweiten Markttage wegen des heute eingetretenen Sonntag sehr ruhig war, so ist dagegen heute im großer Verkehr eingetreten, so daß anzunehmen ist, daß die morgen Abend der ganze Vorrath vergriffen sein wird. Die Preise sind gegen den Anfangsmarkt Mark hier um 5 fl. bis 7 fl. per Zentner besser bezahlt worden, und kamen für Landwolle auf 40—50 fl., ordinäre Waschad auf 54 — 66 fl. Französisches auf 80 fl. Die Käufer sind meistens Inländer, und außer hier die stärksten Fabrikanten und Tuchmachern. Es sind gestern und heute noch mehrere Zufuhren eingetroffen, so daß das zu Markt gebrachte Quantum sich auf ungefähr 1800 Zentner belaufen mag.

Frankfurt a M., 4. Juli. Oesterr. 5proz Metall. 67, 4proz. 54, 2½proz. 34½, Bankaktien 1155. G. 500 fl.-Loose 100, 250 fl.-Loose 70. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87. — G.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Mayr'schen Buchdruckerei.

Nr. 7.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 4 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Freitag den 7. Juli 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

Deutsche Reichsversammlung.

In der 30. Sitzung der deutschen Nationalversammlung wurde nach Annahme des Ausschußantrages (bezüglich der zweimaligen Berathung und Abstimmung über die Grundrechte) auch der Zulagantrag Schweichle's verhandelt, wonach die erste Abstimmung ohne Namensaufruf stattfinden sollte. Die Versammlung erklärte zuletzt den Antrag als zur Abstimmung nicht zulässig. Der Präsident machte bezüglich der Berhandlung über die Grundrechte den Vorschlag, daß zur Einreichung von Amendements ein präjudizieller Termin (etwa zweimal 24 Stunden vor voraussichtlicher Berathung eines Artikels) gesetzt werden solle, da es ihm sonst nicht möglich sei, die Berhandlung mit Nachsichtnahme auf die Amendements, deren ihm heute z. B. für Artikel 1 und 2 noch 17 übergeben worden seien, entsprechend zu leiten. Waitz: Erst nach der Berhandlung selbst werden die rechten und wahren Amendements hervorgehen; die Berathung soll zur Verständigung und Verföhnung führen. Der Präsident bemerkt, daß er nicht solche Amendements, sondern nur diejenigen gemeint habe, welche nach Besang des Ausschußantrages gestellt würden. Hermann von München weist auf §. 33 der Geschäftsordnung hin, nach welchen die Verweisung eines in Berhandlung begriffenen Gegenstandes bezweckende Anträge (Amendements) zu jeder Zeit vor dem Schluß der Berhandlung gestellt werden können. Schaffrath hat einen ähnlichen Antrag, wie der des Präsidenten ist, bereits übergeben. Er muß, wenn Widerspruch erfolgt, bei den Bestimmungen der Geschäftsordnung, die er anerkannt, darauf verzichten, sondern auf, sich dahin zu vereinbaren. Nachem noch mehrere gesprochen, erklärte der Präsident, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Die Einzelnen mögen ihre Anträge entwickeln, wenn sie nach der Einzeichnung zum Worte kommen. Für die Leitung der Debatte aber können die Anträge, die erst kurz vor der Sitzung eingehen, nicht berücksichtigt werden. Handt vom Braunschweig stellte den Antrag: 1) eine allgemeine Debatte über den ganzen Entwurf findet nicht statt; 2) dagegen ist zu Anfang jedes Artikels eine generelle Besprechung der in demselben enthaltenen Grundsätze zulässig, wobei etwaige Amendements kurz motivirt werden können; 3) die Anmeldung zum Worte gilt nur für den nächsten Paragraphen. Nach kurzer Debatte kommen Nr. 1. und 3. angenommen, Nr. 2. abgelehnt. Besser machte noch den, keinen Widerspruch findenden Vorschlag, die Einleitung des Entwurfes der Grundrechte zuletzt zu diskutiren.

Frankfurt, 4. Juni. Angeschlossen dem Beschlusses vom letzten Samstag, daß drei Sitzungen für die Berathung der Grundrechte, der Freitag für andere Gegenstände verwendet werden sollen, wurde heute doch Hrn. R. Blum das Wort gegeben, um seine Interpellation über das vorläufig die Schreiben des Baudestags an den Reichsverweser zu begründen. War es die Neugier der Versammlung, die Schlüsse des stehenden Bundestags kennen zu lernen; war es die Unwiderstehlichkeit des Redners, war das Gefühl aus beiden gemischt, — die Ausnahme wurde gemacht, die Grundrechte mußten warten, und Interpellation ging vor, doch — keine Interpellation, denn es fehlt an ihrem Ziele, der Ministerbank; ein Antrag war es, den Hr. R. Blum begründete. Es bewechte nichts Geringeres, als von der Bundesversammlung eine amtliche Erklärung über Sinn und Bedeutung ihres Glückwünschungsschreibens an den Reichsverweser zu verlangen, unbeschadet dessen, wie sie dazu gekommen sei, schon vor der Wahl die Zustimmung der Regierungen zu erlangen. War dieß Geschwindigkeit oder Heerei, — das ist die Frage, von deren Beantwortung nach Herrn R. Blum Sein oder Nichtsein der Versammlung abhängt. Zwar hatte jedes Kind in Deutschland längst gewußt, daß Erzherzog Johann von Oesterreich gewählt werden würde; aber ein Kind ist keine Leiche, die Bundestagsherren hätte nicht wissen sollen, durch ihr Wissen wird sie verdächtig ein Gespenst zu seyn, und Gespenster werden nicht geduldet. Nach ebne so geheimen als zuverlässigen Berichten aus den Geadgewölben des Palastes in der Eschenheimergasse war ein Jingblatt dort hinabgestiegen, welches so trostige Grüße gegen den Erzherzog Johann enthielt, daß der Bundestag aus eingeschlossen Reaktionsgelüste bekannt zu dem Entschlusse wiederholter Wahl gut zu heißen. Also geschah es mit rabiatschlotter Schnelligkeit. Kaum war die feierliche Wahl in der Paulskirche verkündet, so brachte ein Eilbote des Bundestags dem Gewählten die Kunde und die vorher eingeholte freudige Zustimmung der Regierungen. Wie durch dieses „ganz unangemessene" Verfahren die Bedeutung der Nationalversammlung herabgesetzt werde, erklärte der Redner. Man hat die Zustimmung der Regierungen nicht begehrt, wichtig gewollt, sie durfte also auch nicht gegeben werden. Ein unformal könnte eine Verwiegerung folgen. Andere werden schwer begreifen, wie die Bedeutung der Nationalversammlung kleiner werden könne, wenn die Regierungen ihren Beschlüssen unverzüglich zustimmen, zumal nachdem die Mehrheit im Vertrauen, oder in der Voraussetzung, daß die Regierungen bestimmen werden, gewählt hatte. Viele werden eine Beeinträchtigung des Ansehens der Versammlung darin gesehen haben, wenn der Bund sich ihrem Beschlusse widersetzt und die Regierungen zum Widerstand gemahnt hätte. So mögen andere denken; die Linke aber denkt anders und sie hat Recht; denn nichts ist fataler, als wenn ein todtgesagter Feind sich wieder regt und Rahm erwirbt. — Nicht genug, daß der Bund durch sein Schreiben die Bedeutung der Nationalversammlung schwächte, er raubt ihr auch das Vertrauen des Volkes. Das Volk kommt auf sonderbare Gedanken, es will erfahren und sie scheuen Sinn den alten Bundes, es kann daher kein Vertrauen haben zu einer Versammlung, welche Beschlüsse faßt, welche so schlecht sind, daß sogar der Bund seine freudige Zustimmung gibt! Die Linke ist die dagtliche Wächterin über das Vertrauen des Volkes zu der Versammlung. Dieß bewiesen ihre Reden und Manifeste gegen dieselbe, die mehr oder weniger verdeckten Andeutungen, daß die Versammlung durch die Wahl eines unverantwortlichen Reichsverwesers die Volkssouveränetät preisgegeben habe, daß das Volk der Versammlung den Garaus machen möge. Daß dieses Kastreten weit mehr als Zustimmung der Regierungen gezeigt ist, das Vertrauen des Volkes zu der Versammlung zu stärken, dieß bewiesen auch Zuschriften, wie jene von Leipzig mit 10,000 Unterschriften, welche dem Abgeordneten der Stadt kund und zu wissen that, daß das Volk mit der Nationalversammlung mehr zufrieden ist, als mit Hrn. R. Blum. Daß kömmt das heute oeffentlich Scheiden der noch Wien gesandten Deputation aus Würzburg, welche aus den Boten der Versammlung überall aufgenommen werden — obgleich der Bundesversammlung zugestimmt hat. Es könnte beinahe scheinen, als ob zeitraubende Anträge wie der heutige, das Vertrauen des Volkes zu ihren Urhebern ermüdlicher verlegen, als das zeitsparende Schreiben des Bundes an den Reichsverweser dem Vertrauen zu der Versammlung schaden. Wozu die Berhandlungen — trägt endlich Herr Liebert Blum — wenn der Bundestag das Ergebniß schon zum Voraus kennt? Die Frage war nicht glücklich gewählt, denn über die Wahl haben gar keine Verhandlungen stattgefunden, das Gesetz dagegen ist nicht Gegenstand des Glückwünschungsschreibens, und wenn dasselbe zu einem Direktorium und nicht zu einem Reichsverweser gesetzt hätte, so würde der Bundestag — so melden abermals unsere eben so geheimen als zuverlässigen Duellen — sein Glückwunschungsschreiben an den Erzherzog Johann nicht abgesendet haben. — Entweder steckt nichts hinter dem Schreiben, dann ist es eine gleichgiltige Sache, oder es steckt etwas dahinter, dann muß das Wasser doch leicht kommen, und darum wollen wir eine amtliche Erklärung vom Bundestage — so schloß R. Blum. Eine amtliche Erklärung, wir keine Entwerungen von Hrn. v. Schmerling, denn diese sind unangenehm, wie die Erfahrung lehrt. — Doch — so groß auch sonst die Bereitwilligkeit des Bundes sein mag, den Wünschen der Versammlung zu entsprechen, — dem Wunsche des Hrn. Blum wird nicht entsprochen. Hr. v. Schmerling betrat die Rednerbühne, um Aufschluß in das Räthsel, und der Antrag rollte wie die Sysiphus in den Abgrund der Tagesordnung. — Hr. v. Schmerling hat drei große Fehler — in den Augen der Linken. Er spricht mit heiterm Humor, er fährt den Borsitz in der Bundesversammlung, er theilt in der Paulskirche mit, was im Eschenheimer Palast vorgeht. So heute. Der heitere Humor wirkte nicht erheiternd auf Hrn. R. Blum, im Gegentheil. Er wurde bitter ob des Wohlgemeinten und hoffe, daß sein deutsches Blut demselben keinen Beifall spenden werde, wie die Versammlung in der Paulskirche. — An der einfachen Erklärung, daß der Bundestag vor der Wahl des Reichsverwesers kein schlechterer Prophet gewesen sei als Jedermann, war nicht viel zu betrachten. Aber Hr. v. Schmerling ließ verstehen, es wäre gewissen Mitgliedern wohl lieber gewesen, wenn die Wahl nicht zu Stande gekommen wäre. Zu Mißverständnissen gefährt hätte. Dieß nannte Hr. Bogt eine Verleumdung und wurde deßhalb zur Ordnung gerufen. Wie wünschen aufrichtig, Hr. von Schmerling möge sich geirrt haben, allein es wird uns auch erlaubt sein, daran zu zweifeln, Angesichts der Doppelstellung mancher Mitglieder, welche in der Versammlung sitzen, wenn die Wahrheit schonungslos ausgesprochen, das Volk gegen die Versammlung aufregen könnte. Diese Doppelzüngigkeit wäre

von Hrn. Vogt nicht angegriffen, wohl aber die Doppelstellung des Hrn. v. Schmerling, der doch in der Bundesversammlung die nämliche Richtung einhält wie in der Nationalversammlung. Hr. Vogt hat übrigens von seinem Standpunkt aus ganz Recht. Die Anwesenheit des Hrn. v. Schmerling in der Paulskirche ist sehr lästig für die Linke; die schimmsten Tücken des Bundestags, welche von der Linken mit Mühe und Noth aufgefangen und zubereitet worden, zerstimmen vor dem „heitern Humore" des Hrn. v. Schmerling, und erinnern ihre Urheber mit Schmerz an das Sprichwort: „Wer andern eine Grube stillt, fällt selbst hinein." — Das Schicksal des heutigen Antrags, welcher auf Ausschluß des Gesandten von Sachsen-Weimar, die Tagesordnung, welche der glänzenden Anerkennung der Verdienste der Deutschen denahren. Es muß ja nicht alles in der Paulskirche vorkommen, man hat ja die freie demokratische Presse und die demokratischen Vereine. Dort geniest man die Bequemlichkeit des Schlafs- und Redenvonfolk und dieser wei Hörer langen mit einer Ohrfeige, die keiner Wiederlegung den Zutritt gestatten, an der allenfallsmachenden Lehre ihres politischen Papstes und seiner Kardinäle.

In der Nationalversammlung wurde heute Morgen ein Brief der sieben Abgesandten zu Begutachtung des Erzherzogs Johann, d. d. Nürnberg, 2. Juli, verlesen. Die Deputirten schildern die freudige Stimmung, welche sich in Stadten und Dörfern auf ihrem Wege kundgegeben in Nürnberg und Fürth, deren Magistrat nach Deputirten politischer Vereine ic. seien weit entgegengekommen, über ihre Mission sich kund gegeben habe. Der Eindruck dieser Nachrichten war ein sehr zufriedenstellender. Der Dank des Schreibens wurde beschlossen. Auf der linken Seite erhoben sich nur Wenige, unter ihnen die Herren Hartmann und Schuselka. Der Ausschuß zur völkerrechtliche Angelegenheiten berichtet unter anderem: eine Lossagung der Kreise Trient und Roveredo vom deutschen Bunde findet nicht statt. (Fr. D.-P.-A.-Z.)

Verhandlungen des Bundestags.

Frankfurt, 30. Juni. Von den heutigen Verhandlungen der Bundesversammlung waren folgende die wichtigeren: Der polit. Ausschuß erstattete Bericht über den Antrag der bayerischen Regierung auf Zurückziehung der in Baden stehenden Truppen. In Berucksichtigung der von der großherzogl. bad. Regierung und dem Kommandirenden des 7. und 8. Armeekorps, Prinzen Karl von Bayern, darüber abgegebenen Aeußerungen wird beschlossen, die Zurückziehung der bayerischen Truppen zur jetz wegen des nöthigen Schutzes der südwestlichen Grenze vor Lindringlingen, als unzulässig zu erklaren und zugleich an den schweizerischen Vorort eine Aufforderung zu erlassen, daß, wie solches von Frankreich unlängst geschehen, die Theilhaber an dem jüngsten Aufstand von der dortigen Grenze zurückverlegt und der aus der Anhäufung neuer unruhiger Elemente an der Grenze Deutschlands drohenden Gefahr vorgebeugt werden möchte, unter Hinweisung darauf, daß, wenn von der letztern Aufreizung der benachbarten deutschen Ruhe kein Ende nehme, eine strengere Bewegung der Grenze, wodurch der wechselseitige friedliche Verkehr notbleiben mußte, erforderlich werden durfte. Ob eine Zurückziehung der in Mannheim stationirten bayerischen Truppen wenigstens theilweise angemessen sey, wurde dem Ermessen des Kommandirenden des 7. und 8. Armeekorps überlassen. Bayern stellt den Antrag auf baldige Hinwegräumung aller in freie Schiffahrt in Deutschland hemmenden Abgaben, welcher Antrag dem Ausschuß zur Zoll- und Verkehrsverhältnisse zugewiesen wird. Der königl. preuß. Gesandte gibt Nachricht, daß die königl. preuß. Regierung ihrem Geschäftsträger in Turin gang im Sinne der von der Bundesversammlung wegen der Blokade von Triest an die sardinische Regierung erlassenen Aufforderung eine entsprechende Weisung ertheilt habe. Der königl. bayerische Gesandte ertheilt eine Vorstellung der Provinz Posen, welche Provinz sich zur Kommission der Verfassung, wovon sie bisher Seiss die Mannschaft eines genommenen Bundesschiffes gezwungen werden solle, auf dänischen Schiffen Dienste zu leisten und beantragt, diese Gewaltthätigkeiten bei den im Werke befindlichen Unterhandlungen zu berücksichtigen. Dies wurde dem Ausschuß für die schleswig-holsteinische Angelegenheiten zugewiesen. Eine Note des in München residirenden königl. sardinischen Gesandten bei den deutschen Bunde, Marquis Pallavicini, worin derselbe seine Abberufung und die Ernennung eines an Stelle der Bundesversammlung selbst angestellten Geschäftsträgers in der Person des Herrn Cosse Marchese anzeigt, wird in der üblichen Form zu beantworten beschlossen. Von dem Präsidialgesandten wird die Mittheilung gemacht, daß die kaiserl. österreichische Regierung die angebotene Hilfe zur Unterjochung der deutschen Interessen in Böhmen für jetzt nicht in Anspruch nimmt, übrigens für den Bundesfreundlichen Gesinnungen, welche sich durch dieses Anerbieten bethätigt haben, ihren Dank ausdrückt. Die Vollmacht für den Gehemerath Wetzler als Kommissär zur Errichtung einer interimistischen Verwaltung des Herzogthums Lauenburg wird vorgelegt und genehmigt.

Deutschland.

Bayern. (Tiendienstnachrichten.) Durch allerhöchstes königl. Reskript vom 4. Juli wurden ernannt: Felix Kremer, 2. Revisionsbeamter beim Hauptzollamt Ludwigshafen zum ersten Revisionsbeamten daselbst; Georg Kofler, Hauptzollamtsassistent in Nürnberg, zum zweiten Revisionsbeamten bei dem Hauptzollamte Ludwigshafen provisorisch; Martin Schieberich, zweiter Revisionsbeamter bei dem Hauptzollamte Augsburg, zum ersten Revisionsbeamten beim Hauptzollamte Lindau; Max Jorg, Zollverwalter des Nebenzollamtes I. Classe zum zweiten Revisionsbeamten beim Hauptzollamte Augsburg; durch allerh. Reskript vom 5. Juli: Ferdinand Hampfler, Kontrolor Bernhard Nickel zu Mitenberg, zum Hauptzollamtscontrolor daselbst; die erledigte Hauptzollamtskontrolorsstelle allda dem Hauptzollamtskontrolor Martin Pirner in Mittenwald verliehen, und zum Kontrolor des Hauptzollamts Mittenwald der Grenzobertkontrolor Ulf zu Burghausen, ernannt; die Zollobervinteressele beim Nebenzollamte Obersdorf, Hauptzollamts Pfronten, dem dortigen Nebenzollamtskontrolor Jos. Gudrod, und dessen Stelle dem sustennten Grenzoberaufseher Johann Kramer, provisorisch verliehen.

München, 7. Juli. Für die Betreuen des bayerischen Heers, welche die Feldzüge in den Jahren bis incl. 1812 mitgemacht, wurde von Se. Maj. dem König, durch Reskript vom 30. Juni, ein Denkzeichen gestiftet. Dasselbe soll in einem ehernen Kreuze und in Form des Ludwig-Ordens-Kreuzes bestehen und an einem seidenen Bande von himmelblauer Farbe — die Räuber karmoisinroth — getragen werden.

Sachsen. Dresden, 3. Juli. (Aufhebung der Regierung und der Kammern zu dem Gesetze über die Zentralgewalt und die Wahl des Reichsoberhauptes.) In der heutigen Sitzung der II. Kammer erhob sich nach Vortrag des Protokolls der Staatsminister Hr. Braun zu folgender Ansprache an die Kammer: „Wenn auch nur zur einen Augenblick, aber zur einen Augenblick, der Epoche zu machen geeignet ist, erhebt sich mir Ihre Aufmerksamkeit. Was jüngst in Frankfurt beschlossen worden, ist Ihnen bereits bekannt. Es hat damit erst der Grund zur Einigung Deutschlands gelegt, zur Verwirklichung der großen Idee, welche vor Kurzem noch als ein Traum erschien, wenn auch als ein Traum, von den Besten der Nation geträumt. Sachsen's edler Fürst zaudert nicht, den Beschlussen der konstituirenden Versammlung seine Anerkennung zu ertheilen, der er, treu dem gegebenen Worte, bereit ist, die Rechte der Krone zu opfern, wo es gilt, die Einheit des großen deutschen Vaterlandes zu ergielen. Seine Räthe sind beauftragt, Ihnen der geehrten Kammer diesen Entschluß und ihre Zustimmung dazu zu eröffnen." Präsident Reniger nahm das betreffende Detret aus der Hand des vorsitzenden Staatsministers entgegen und richtete, nachdem daselbe durch den Sekretär Kasten vorgetragen worden war, folgende Worte an die Kammer: „Meine Herren! In dieser erhebenden Stunde dikirt die Begeisterung für unser großes neuerstandenes deutsches Vaterland unsern Beschluß. Ich schlage Ihnen daher vor, durch allgemeine Erhebung Ihre Bestimmung zu dem königlichen Dekrete zu erklären." Die Kammer zum Zeichen ihrer Bestimmung bis auf die sechs (erzbischöflich-gesinnten) Abgg. Tzschierner, Heidig, Wehner, Muller aus Taura, Voigt und Cosma.) Möge diese Stunde eine neue Aera für unser Vaterland sein; möge sie der Anfang der Freiheit, der Stärke und des Friedens für Deutschland werden! Stimmen Sie mit mir in den Ruf ein: Das einige, freie, starke deutsche Vaterland, es lebe hoch! (Ein stürmisches Hoch der Kammer und der Tribüne folgte hierauf. Und mit herzlicher Freude laufte ich hier den Ruf ein, mit welchem Sachsens Volksmann Tzschierner Abgg. Tzschierner, es lebe hoch!" (Hier erfolgte ein dreimaliger Jubelruf, zu dem sich in der Kammer alle Mitglieder von ihren Plätzen erhoben und in den alle Tribunen auf das Lebhafteste einstimmten.) Dasselbe Dekret wurde sodann um halb 12 Uhr in der I. Kammer durch den Staatsminister v. o. Pfordten überge-ben. Auch hier wurde dasselbe auf Vorschlag des Präsidenten durch Akklamation genehmigt.

Schleswig-Holstein. Gotha, 28. Juni. Der das neue Wahlgesetz betreffende Landtag wurde heute geschlossen. Es ist die indirekte Wahl festgelegt worden in der Weise daß auf 100 Einwohner ein Wahlmann gewählt werden soll. Der Gesetzentwurf der Regierung hatte auf 3 bis 500 Köpfe einen Wahlmann vorgeschlagen und die Versammlung traf die Abänderung um sie der direkten Wahl in etwas zu nähern, da auch für sie manniche wohl zu wichtige Gründe vorgebracht wurden.

Jeder Staatsburger ist zum Wahlen berechtigt der das 25ste Jahr aberschritten hat, nicht unter ausnahmsweiser Vormundschaft steht und nicht criminell bestraft wurde; wahlbar jeder Staatsbürger der das 25ste Lebensjahr zurücklegte. Die Stadt Gotha wird nun zum nächsten konstituirenden Landtage einen 140 Wahlmänner zu wählen haben, und zwar hat jeder Stimmende 140 Namen anzugeben, aber die dem absolute Stimmenmehrheit zugefallen sind, sind gewählt. Das Gesetz wird wenigstens jährlich sämmtlicher wahlbaren Bürger angegeben werden. Die konstituirende Versammlung selbst wird das Wahlgesetz natürlich abändern können, wenn die erste Probe neue Erfahrungen an die Hand geben sollte. Am Schlusse der Versammlung gab der Staatsminister v. Stein interessante Aufschlüsse über das Kammervermögen, brachte und indirekte Steuern. Der Staatshaushalt steht nicht ungünstig; allein da viele Ausgaben für die Bundesfestungen, für die Marinerüstung des Bundes, für die neue Flotte bestritten oder ze bestreiten sind, so deutete er schon im voraus darauf hin, daß auf die Einkommensteuer, nach der Steuerfähigkeit der Staatsangehörigen geordnet, ein vorzügliches Augenmerk von den demnächst zusammenkommenden Volksvertretern zu richten sein würde. (A. Z.)

Preußen. — ⊙ Berlin, 3. Juli. Die Verhandlungen mit Dänemark sind, wie aus uns guter Quelle versichert wird, nunmehr gänzlich abgebrochen. Dänemark verweigert die Rückgabe der genommenen Schiffe und will die Blokade der preußischen Häfen nicht eher aufheben, als bis das preußische Heer Schleswig räumt. Natürlich konnte man diesen Bedingungen sich nicht unterwerfen und brach die Verhandlungen ab. Der Krieg soll von jetzt an wieder mit der größten Energie geführt werden. — Die Kriegsverrüsten, welche, um nach dem

Rhein gesendet zu werden, einberufen sind, haben gestern eine Versammlung gehalten, in der sie den Beschluß faßten, der Marschroute nicht ehr Folge zu leisten, als bis ihre Bereidigung auf die Verfassung bewirkt sei. Man sieht, wie die moralische Anarchie überall um sich greifen hat. Aber der Mendelsohn scheint von der Thüre zu sein, die Regierung wird, wenn nicht Alles trügt, mit Cäsarischendheit auftreten, und man darf überzeugt sein, daß, sobald sie wieder Energie zeigt, sie auch kräftige Unterstützung von Seite der Bürger finden wird. Man spricht heute viel von bevorstehenden Verhaftungen von Wühlern und Leuten, auf die längst schon Zedermann mit den Fingern deutete, als auf die eigentlichen Urheber aller Bewirrung, die nun seit so lange schon auf uns losstet und alle Geschäfte, allen Verkehr, allen Kredit stört. Man kann nur wünschen, daß die umlaufenden Gerüchte sich bestätigen mögen. — Der auch als Kandidat für das Burgermeisterkommando vorgeschlagene General-Lieutenant von Blankenburg hat die Kandidatur in einem Briefe abgelehnt, in welchem er unter Anderm sagt: „Ich hasse die Unruhstifter, liebe den Konig sei meinem 12. Jahre, habe stets von meinen Untergebenen Gehorsam gefordert.“ Er verzichtet wegen Unvermögen der Burgermeisterei; wenn es aufs Schlagen nach Innen oder Außen ankäme, so sei er da, wo jetzt die Nationalgarden Paris. — Seitdem Hr. v. Minutoli seine Stelle als Polizeipräsident niedergelegt hat, sind die Sympathien in der Bürgerschaft, die er durch ein urbanes Benehmen sich schon früher sich zu erwerben wußte, für ihn noch gewachsen. Die Urwähler haben ihm eine Adresse in die Hand geschickt, worin sie ihm danken, daß die Bewahrung der Treue gegen den König ihn nicht abgehalten habe, die Freiheiten des Volkes mit begründen zu helfen und zu wahren. — Die Entwürfe, welche unter der Leitung des Just.-Min. Bornemann zur Reorganisation der Justizpflege verfaßt worden, sollen Abänderungen unterworfen werden. Es sind auf Veranlassung des Unter-Staats-Sekretärs Hr. Müller hier, Juristen, welche namentlich der General-Advokat Hr. Heimsoet und die Hrn. Grimm und Simons vom Appellhof zu Köln. Zur Kriminalsachen soll schon innerhalb 8 Tagen durch provis. Gesetz die Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes verfügt werden. — Heute haben in den Abtheilungen die Wahlen der Nationalversammlung zu den Zentralkommissionen stattgefunden. Soviel wir bis jetzt haben den Gewählten zu benennen hören, gehören dieselben einem großen Theile nach der Linken und dem linken Centrum an. Bei den Wahlen zur Kommission zur Justizsachen sind hauptsächlich rheinische Juristen berufsschrigt worden. Harte Kämpfe riefen die Wahlen für die Kirchen-Angelegenheiten hervor. Von vielen Seiten wünschte man den Erzbischof v. Geissel gewählt zu sehen, doch gelang es nicht, dieß durchzusetzen. Seit einigen Tagen zirkulirten viel Darlehens-Kassen-Scheine im Verkehr, vorzugtich sind am bestmöglichen Quartale die Gehalte der königl. Beamten mit diesen Scheinen angezahlt. Man wundert sich, wie dieselben so schnell in die königl. Kassen gekommen. Wahrscheinlich ist es, daß Se. Maj. der König, welcher einen Theil seines Gehalts in Scheinen erhielt, dieselben wieder bei der Darlehens-Kasse übergeben hat, und von dieser der General-Staats-Kasse auf Grund dieses Depots Darlehens-Kassen-Scheine zugefertigt sind.

Berlin, 1. Juli. Ueber den Zweck der Sendung des Generals v. Pfuel nach Petersburg kann aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt werden, daß Sie nicht auch der Kaiserin Alexandrine Reise einen neuen Freunde (versichern) der Auftrag unseres Königs dahin lautet, in Petersburg Alles aufzubieten, um Rußland von jeder Feindseligkeit gegen Preußen oder Deutschland abzuhalten. An dem Erfolg dieser Sendung durfte um so weniger zu zweifeln sein, als bereits bestehende Erklärungen von Seiten Rußlands hier angelangt sind. Man will indessen nur wissen, daß Rußland allerdings die deutsche Sache, die deutschen Grenzen zu überschreiten, wenn die konstitutionnelle Monarchie in Deutschland zum Sturz kommen sollte. Die HH. Republikaner werden uns mithin unmittelbar mit den Kosaken und Bashkiren überraschen, sur welche Bescherung besonders unsere junge Freiheit, der sich unser der russischen Knute die schönsten Aussichten eröffnen wollen, ihnen zu Dank verpflichtet wäre. Indessen Scherz bei Seite, wir wollen gerne der Freiheit wegen erwägen, wie die Sachen stehen, und das deutsche Vaterland durch stetes Zusammenhalten und enge Vereinigung vor drohendem Unheil bewahren.

(Kartier.-Ztg.)

Oesterreich. Die offizielle „Wiener Zeitung“ vom 3. Juli gibt amtliche Aufschlüsse über den Ausbruch des Aufstandes in Prag. Letztere wurde am 12. Juni wohl durch einen zufälligen Zusammenstoß veranlaßt, wor aber ohne allen Zweifel vorbereitet. Er sollte erst am 15. ausbrechen, oder die Gemüther der in den eigentlichen Plan nicht vollommen Eingeweihten waren, wie es scheint, so aufgeregt und zum Aufruhr vorbereitet, daß bei der ersten Rückkehr von einem Zusammenstoß mit dem Militär der augenblickliche Ausbruch erfolgte. Der eigentliche Plan und die letzte Absicht der wahren Urheber kann jedoch noch nicht mit Bestimmtheit angegeben werden. Allein die eingeleitete Untersuchung läßt schon darüber keinen Zweifel übrig, daß republikanische Tendenzen, von Frankreich aus durch Franzosen und die in alle Revolutionen verflochtenen Polen geleitet im Spiele waren. Alle politischen Klubs, welche im ersten Monate in Prag gingen von dem Klub aus, der in den Märztagen im St. Wenzelsbade sich gebildet hatte. Das kaiserliche Kabinetsschreiben vom 8. April hatte die wesentlichsten Punkte, die der Klub verlangte, bewilligt, insbesondere eine in vieler Beziehung selbstständige Verfassung und Verwaltung. Die gemäßigteren Mitglieder des Klubs waren mit Bewilligung der kaiserlichen Zusicherungen auf gesetzlichen Wegen erreichen, während der [illegible] massenhafte Volksversammlungen mit in Bewegung zu setzen bemüht war. Das größte Hinderniß revolutionärer Bewegung war aber die Militärmacht und die bekannte Pflichttreue und Energie des Fürsten Windischgrätz. Deßhalb suchten die Revolutionäre vorerst die Gemüther unter dem Vorwande der Besorgniß vor reaktionären Bestrebungen, gegen die angeblich nächtlichen militärischen Vorbereitungen, gegen die Besatzung, die man als überzahlig darstellte, und die Person des kommandirenden Generals aufzureizen. Dazu wirkten die in großer Zahl nach Prag gekommenen Wiener Studenten mit, denen es gelang, den bis dahin besonders in einigen Korporten gutem Geist der Prager Studenten zu verderben. Der Slavenkongreß gab den Polen und andern Fanatikern Anlaß, nach Prag zu kommen, und wurde von ihnen zu Umtrieben mit den schon am Platze vorhandenen revolutionären Elementen benutzt, die nicht ausschließlich der tschechischen Bevölkerung angehören. Aber die Tschechen bildeten bei weitem die Mehrzahl der Theilnehmer an den verderberischen Umtrieben, und besonders traten Dieselben unter ihnen hervor, welche sich bisher durch Agitation für die böhmische Sache bemerklich machten. Auch aus der Gesellschaft haben sich viele dieser revolutionären Bewegung angeschlossen. Insbesondere ging dieselbe aus von der Studentenverbindung Slava und der unter dem Namen Swornoß bestandenen Abtheilung der Nationalgarde, welche letztere augenscheinlich auch geheime Verzweigungen auf dem platten Lande hatte. Diese Verbindungen versetzten eine ausschließend nationale Richtung, und in ihnen besonders sind die leidenschaftlichen Tschechischen Bestrebungen. Die Swornoß hatte sich übrigens zugleich einen bedeutenden Anhang unter den niedrigsten Volksklassen geschaffen, von ihr vornemlich und den Studenten wurde der Kampf in der Stadt eingeleitet, und durch ihre Anreizungen das Landvolk zur Unterstützung des Aufruhrs in der Stadt aufgewiegelt. Allein mit wenigen Ausnahmen fanden die Bestrebungen bei dem Landvolke keinen Anklang. Nur bei den Ausgetretenen einiger Städte folgten dem Rufe nach Prag. Die Bauern versammelten sich wohl an einigen Orten, zogen jedoch theils von selbst nach eigener Uebertzeugung, theils auf die Nachricht von der Beschießung Prags wieder auseinander. Besonders seit der Nachricht von der Unterwerfung der Stadt und dem wahren Sachverhalte ist Ruhe auf dem Lande zurückgekehrt und eine Reaktion gegen die Aufreizer eingetreten, welche gleichzeitig ihre Bemühungen noch immer fortsetzen. Auch im Czaslauer Kreise, wo sich ein Aufstand gegen die Obrigkeiten und zur Plünderung der Schlösser und Höfe zu bilden anfing, wurde die Verhaftung des Standrechtes beschlossen wurde, legte sich die Aufregung wieder nach vor der wirklichen Verhaftung derselben. Die Ruhe auf dem Lande glaubt man jetzt hinlänglich gesichert, um so mehr, als die Aufwiegler nun vorzüglich wenden, und mobile Militärkolonnen den Reisämtern zur Unterstützung der erforderlichen Maßregeln zur Versorgung gestellt worden sind. Auch in der Stadt hat sich der Muth der Bessergesinnten wieder gehoben, Ruhe und Ordnung sind zurückgekehrt, eine allgemeine Abliefrung der Waffen ist vollzogen, und noch vorgefundene Waffenlager werden täglich entdeckt. Die Untersuchung geht, in welche dieselbe vorhandig ist. Der Nationalausschuß wurde aufgehoben, da sein Ansehen durch die Betheiligung vieler seiner Mitglieder an dem Aufruhr vernichtet ist. Der Belagerungszustand wurde thatsächlich durch die Nothwendigkeit militärischer Operationen herbeigeführt. Als gutgesinnten Bewohner der Stadt wünschen derzeit Beschwerden zu geben, in der Ueberzeugung, daß sonst die Urheber des Aufruhrs in Kurzem den zeit misstungenen Versuch wiederholen werden, zur größter Gefahr derer, die sich als Gegner des Unternehmens jetzt erwiesen haben. An der Spitze des Militärgerichtes, das alle Aufrührer und Aufwiegler von Stadt und Land abzuurtheilen hat, steht der Feldmarschall-Lieutenant Graf Reyenbutler.

Frankreich.

** Paris, 3. Juli. General Cavaignac hat heute der Nationalversammlung unter großem Beifall die erfreuliche Anständigung gemacht, daß der Handelsvertrag mit Belgien so gut wie abgeschlossen sei, und demnächst nicht mehr zu Paris desselben. Der allgemeine Beifall, welcher sich noch bei der Ankündigung, daß das Ministerium Mahregeln vorschlagen werde zu Wiederbelebung des Vertrauens, des Kredits und der Arbeit, und sie der Nationalversammlung zur Annahme empfahl. Unmittelbar darauf verlas der Finanzminister Hr. Goudchaux eine Anweisung des Finanzen Hr. Jean Reynaud, der Hr. Goudchaux Platz machte. Diese sind allerdings sehr wichtig und ihr Einfloß auf den Credit wird nicht ausbleiben. Es werden zurückgenommen: 1) der Gesetzentwurf in Betreff des Heimkaufs der Eisenbahnen durch den Staat, jedoch mit Aufrechthaltung des Expropriationsrechts für Zwecke öffentlichen Nutzens; 2) der Gesetzentwurf in Betreff der Feuerversicherungsanstalten. Die Hypothekarsteuer soll für 1848 aufgehoben werden; das Ministerium erklärt förmlich, daß sie dann nicht erneuert werden soll. Der Finanzminister legte dann zwei Entwürfe zu Dekreten vor: 1) in Betreff eines Anlehens von 150 Millionen bei der Bank von Frankreich, 2) in Betreff der Sparkassen. Die Einlagen unter 70 Fr. sollen zurückgezahlt werden bis zu gesammten 50 Fr. Kapital und Zinsen) in 5 prC. Rente im Curse zu 70 Fr.; 3) in Betreff der vor dem 24. Februar ausgegebenen Schatzscheine, welche in 3 prC. Rente im Curse von 48 Fr. konsolidirt werden; 4) über eine neue Steuer auf Schenkungen und Erbnachfolge; 5) in Betreff einer an die Bank von Frankreich zu gezahlenden Rente. Der Finanzminister und General Cavaignac erklären die Nrn. 1 und 5 als dringend und verla[illegible]

stimmung erthen. Der Finanzminister glaubt, man solle auch die Dekret-Entwürfe in Betreff der Sparkassen und Schatzscheine für dringend erklären, um Spekulationen darauf vorzubeugen. Der vorige Finanzminister Duclerc fragt Hrn. Goudchaux, ob der Rückkauf der Eisenbahnen an den Staat nur verschoben oder gänzlich aufgegeben sey. (Rufe zur Tagesordnung und Murren.) General Cavaignac antwortete: Das Kabinet habe die Wahl zwischen zwei Maßregeln gehabt: Heimkauf der Eisenbahnen oder Nachzahlung der Sparkassen- und der Schatzscheine. Letztere Maßregel erhielt den Vorzug. Der Grundsatz, daß der Staat die Eisenbahnen gegen Entschädigung heimzukaufen das Recht habe, bestehe darum nicht minder. So weit war man bei Postschluß gekommen. Alle Fonds, besonders die Rente, aber auch die Eisenbahnen sind heute an der Börse gestiegen. (Wir verweisen auf die Pariser Kurse unter unsern Börsennachrichten.)

Der Moniteur bringt ein offizielles Schreiben des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Hrn. J. Bastide an Lord Normanby den englischen Botschafter, als Antwort auf eine Protestation des letztern vom 27. Juni gegen eine Aeußerung eines Mitglieds der vorigen Regierung in der Nationalversammlung, als ob die englische Regierung durch Geld mit zu den letzten Ereignissen aufgereizt habe. Der franz. Minister des Auswärtigen erklärt im Namen seiner Regierung, daß sie die englische Regierung für viel zu loyal halte, als daß sie bei der Aufreizung in den letzten Ereignissen in Paris irgend einen Theil hätte nehmen können.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Destborun. 4. Juli. (Wollmarkt. Dritter Markttag. Abends.) Der Verlauf ging auch heute sehr gut, und es ist das ganze zu Markt gebrachte Quantum größtentheils zu den gestern mitgetheilten Preisen vergriffen. Es sind heute neue Zufuhren eingetroffen, und weitere Partien sind angemeldet. (Schw. Mkr.)

Paris, 3. Juli 3proz. 47.75. 4proz. —. 5proz. 72.50. Staatsch. —.—, Bankaktien 1355. Compt. von Aigler —. Belg. 5proz. 68, 4% proz. 60. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 72.50. Röm. —. Piem. —. Berl. E.-B. rechte —.—, linke —.—. Paris-Orleans 600 —. Rouen 415.—. Lyon 315.10. Straßburg 355.—. Nordbahn 358.75. Murt.-Avignon 225.—. Straßb.-Basel 85.—. Ord.-Verdeaux 398.75. Tours-Nantes 341.25.

Madrid, 28. Juni. 3proz. 22', G. 22', P. 5proz. 13 G. 13', P Pass. 4', G. 4', P. Coup. 8 G.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Nachträgliche Erklärung.

12. Ich hatte den Entschluß gefaßt, mich am 27. April l. Js. im Kreise der damals in der Stadt Donauwörth versammelt gewesenen Wahlmänner nach vorheriger Ablegung meines religiös-politischen Glaubensbekenntnisses in bester, gemeinnütziger Absicht als Kandidaten für die Abgeordnetenlaa zum deutschen Parlamente zu Frankfurt zu präsentiren.

Nachdem sich aber der rechtzeitigen Ausführung dieses meines Vorhabens hindernde Hindernisse in den Weg gestellt hatten, ich auch am 28. April l. Js., als am Wahltage selbst, wegen der schon um 6 Uhr Morgens begonnenen Anordnung zur Wahl der Abgeordneten das mir vorzeichnete Ziel nicht mehr erreichen konnte, und somit die Stadt Donauwörth unvertheidiger Dinge wieder verlassen mußte, so sehe ich — ob in guter oder schlimmer Absicht, gleichviel — leither von mehreren Seiten provozirt, mich genöthigt, mein religiös-politisches Glaubensbekenntniß nachträglich zur Oeffentlichkeit zu bringen.

„Ich gehöre der katholischen Kirche an, und habe das in ihr von Rechtswegen Gebührende dringlich, womit zugleich bezügt ist, daß ich etwaigen, konfessionellen Uebergriffen und überhaupt zu rechtfertigenden Eingriffen in die staatliche Sphäre meine Worte und Kräfte keineswegs zu widmen gemeint sein würde.

„Ich huldige dem konstitutionell-monarchischen Prinzipe, welches mir die wahre, innere Freiheit, welche allein für die wahre Wohlfahrt des Staates und aller gutgesinnten Staatsbürger die dauernde Sicherheit gewährt, unterstreicht sich entwickelnd an der Wurzel und an dem Stamme unseres bayerischen Herrscherhauses, an dessen Spitze gegenwärtig ein so weiser und gerechter König steht, und in dessen Person das Volk die kräftigste Stütze seiner schönsten Hoffnungen für den zeitgemäßen Fortschritt freudigst begrüßt."

„Können sonst meine Sympathien für unsere bayerischen, biederen Volksstamm und sein erbadenes Herrscherhaus glaublich nicht im Geringsten gesteigert sein, so bin ich gleichzeitig doch auch ganz und gar von der großen Idee durchdrungen, welche unser gemeinsames, schönes Vaterland jetzt mächtig bewegt; ich meine nämlich dessen Einheit zur nothwendigen Sicherung seiner Integrität, wie auch Ansehen hin, so auch nach Innen."

„Dieses großen, herrlichen Bau der deutschen Einheit zu vollführen, ihn ich auf das Lebhafteste bereit für das patriotische Zusammenwirken des Parlaments zu Frankfurt, als der Volksrepräsentation, und der Einzelstaaten, somit für Einheit durch die innigste, brüderlichste Verbindung der separaten Stämme, nicht aber für Einheit mit deren Auflösung — für Einen Körper also, dessen Glieder ihre charakteristische Funktion beibehalten, wo denn die Hand nicht der Fuß, das Ohr nicht das Auge ist, und demnach einheitlicher Organismus besteht."

Dieses ist mein religiös-politisches Glaubensbekenntniß, und mit ihm, denke ich, begegnen wir sicher am wirksamsten der geübtesten Lüge, welche ewerseits als Absolutismus, anderseits als Anarchie Deutschlands Freiheit und Dauung unfehlbar zerstören würde.

Möge die Vorsehung uns unser Schiff durch Stürme und Klippen leiten in den ersehnten Hafen der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens!

Neuburg a D., am 3. Juli 1848.

Hahn,
königl. Appellationsgerichts-Sekretär und freiregistrirter Advokat.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag. 7. Juli: „Der Landwirth", Schauspiel von Benedix. „Käse im Wahrheit". (Hr. Rickert: Windisch.) Hierauf: „Der flatterhafte Zerbino", Divertissement. (Hr. Carey: Zerbino, als letzte Gastrolle.)

Fremdenanzeige.

Bauer. Hof. Dr. Laurie, von Edinburg. Constantin, Kaufmann von Paris.

Hotel Maulik. Se Preil, Rentier von London. Klein, Rentier von Paris. Dinnbrel, Rentier von Genua. Heslin, Privatier von Bamberg. Sighirelli, Rentier von Modena. Gigli, Rentier von Bologna.

Gold. Hahn. Fr. v. Schmaus, von Ingolstadt. Michael, Rentmeister von Nürnberg. Klingenberg, Privatier von Frankfurt. Göbel, Rentier von Magdeburg. Burkhard, Künstler von Augsburg.

Blaue Traube. Dr. Adendacher, prakt. Arzt von Pappenheim. Aberbaum, Spezereihändler von Schwabmünchen. v. Stockum, Oberstlieutenant von Landshut.

Stachusgarten. Schöneder, Parfümfabrikant von Kinzingdof. Fürther, Kaufmann von Pappenheim. Kraft, Weinwirthschöcher von Augsburg.

Gestorbene in München.

Joseph Labermaier, bradschneider Gemahrn d. d., 42 J. a. — Josef Dahler, Schäfflergesell von Tömmesberg, 34 J. a. — Elisabetha Böß, Taglöhnerstochter von Wenigmünchen, 34 J. a. Anna Schönauer, dirtgerl. Schuhmachersfrau, 49 J. a. Elisabetha Wein, Milchmannsfrau, 30 J. a.

Bekanntmachung.

In Sachen der Maria Brasch von Aitra und ihrer Kindsklarantt gegen Benedikt Kuppler, Bräuknecht von Hagenried wegen Vaterschaft und Kindsnährung wird der Beklagte, dessen Aufenthaltsort unbekannt ist, öffentlich aufgefordert, sich über das klägerische Beweisfest-Verlängerungsgesuch d. d. 26. d. Mts. innerhalb 8 Tagen um so bestimmter zu erklären, als anderem dasselbe als bewilligt angesehen würde.

Das Duplikat des benannten Gesuches liegt dem Beklagten zur Einsichtnahme in der Registratur bereit.

Landshut, 27. Juni 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht Landshut.
Der königl. Director:
Leikenbeder.
v. Balla.

Bekanntmachung.

13. In Folge hoher Regierungsentschließung d. d. 11. Mai l. Js. wird der Pfarrhof von Schällnach sammt Oekonomiegebäuden neu aufgebaut, und die Führung dieses Neubaues nach der Verordnung vom 29. April 1833 der öffentlichen Versteigerung an den Mindestbietenden unterworfen.

Zur Versteigerung selbst ist auf

Mittwoch den 19. Juli d. Js Vormittags 9—12 Uhr

im Wirthshause zu Schällnach Tagsfahrt anberaumt, wozu Steigerungslustige mit dem Bemerken eingeladen, daß die besonders Bedingungen am Versteigerungstage selbst bekannt gegeben werden, und daß jene, welche dem Gerichte nicht hinlänglich bekannt sind, sich über den Besitz eines für lebenslange des Baues entsprechenden Vermögens durch gerichtliche Zeugnisse auszuweisen haben.

Sign. 1. Juli 1848.

Königl. Landgericht Hengersberg.
Obermaier,
Landrichter.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Zum 29. Juniuß 1848. *)

Durch die deutschen Gauen schallt es von der Donau bis zur Weser:
Hoch das edle Reich, und dreimal hoch der neue Reichsverweser!
Was der Taunus ausgerufen: Ehre! ist der rechte Mann,
Klingt zurück von allen Bergen: Heil dem Erzherzog Johann!

Name guter Verheißung! War's nicht ein Johannes weiland,
Welcher verdigud vorausging dem ersehnten Weltenheiland?
Der im Sturme von Lyons seine Mitwelt liegen sah,
War es nicht, der kühne Feldherr, auch ein Juan d'Austria?

Sei gegrüßt aus jener Hütte, sei gegrüßt aus allen Thronen!
Fahnen flattern, Glocken läuten, lustig donnern die Kanonen,
Seine Heimdenk-anen pochen, leichter schlägt das volle Herz:
Denn das Heer fand seinen Herzog und die Form der Zeit ihr Erz!

Komm herab von deiner Alpen schneebedeckter Riesenwoge,
Tauche mit dem Fürstenmantel die benarmte graue Jugge,
Steig empor zu hehrem Glanze, sag' der Felsenburg Tirol
Und dem jungen Horst von Schauna, **) deutscher Aar, Lebewohl!

Ja, das Schicksal übt Vergeltung! Den einst von der Throues Stufen,
Gust aus seines Lagers Mitte Neid und Regwoha abgerufen,
Den die alte Zeit verbannte: diesen hat die neue Zeit,
Hat des freien Volk's Vertrauen heut' zum Führer eingeweiht.

Und den Schatten seiner Wälder holen sie im Feiergage
Ihn auf jene Rennebahn, ihren Sturm- at vom Pflage,
Ruf die Krone, die verdrochen auf dem Haupt des Kaisers Frau,
Zügt in seiner Hand sich wieder neu und zu erneutem Glanz.

Komm, Erzherzog, ohne Säumen! Laß daheim dich nimmer halten,
Laß des Geists gewalt'ge Flammen, seinen Aufs laß nicht erkalten;
Dich erfüllen wir zum Meister! Sorge, daß der Guß gelingt,
Daß die Massen nicht verzagdren, daß die neue Form nicht springt!

Und wenn die die fremden Jungen — Wälsche, Slaven oder Tschechen —
Warnend, schmeichelnd in die Ohren: „Danket, bleibe bei uns,“ sprechen,
Dann, Erzherzog, ruf nach einmal, wie vor Jahren schon am Rhein:
Nein, kein Oesterreich, kein Preußen! Deutschland, Deutschland soll es sein!

Sieh, ein Volk, wie keins auf Erden, es bedarf nur wartet deiner,
Es wie on von dem gestellt bis, Land noch seiner Fürsten keiner,
Eine Seit, wie nie gewesen, fordert dich mit lautem Ton:
Zeig dich als des Volkes Vater, als der Zeit getreuen Sohn!

Darf ein Dichter an die Stufen deines kaiserlichen Thrones,
An den letzten Ritter Deutschlands, sich an unsern Mar gewahnen,
Wie, auf heißer Jagd verstiegen, von der schlimmen Martinswand
Den Verlorenen herabzog einen Landmann treue Hand?„)

Du bist der Tiroler Bauer, Kaiser ist das Volk geworden:
Schwindelnd steht es auf der Klippe, Wetter drohn von Süd und Norden,
Ihm zu Füßen brandt entfesselt die empörte Lebenssluth,
Links und rechts auf wilden Pfaden schweift die Lüge umbethört.

Führ uns auf die steile Höhe, draben die im Sonnenstrahle,
Führ uns die gebahnten Wege in das Freiheus grüne Thale,
An der Zukunft goldne Ziele führ uns von der Martinswand;
Mar, dein Kaiser, rief's Tiroler Hans, gib ihm die treue Hand!

*) Aus dem Morgenblatt.

**) So heißt die für den Knaben von Meran, des Erzherzogs Sohn, angelaufte und hergestellte Burg im Passeyer Thale.

Erzherzog Johann.

Unter dieser Aufschrift bringt die „Wiener Zeitung“ vom 4. d. M. bekanntlich jetzt offizielles Organ der österreichischen Regierung, den nachstehenden Artikel, den wir sowohl wegen der Quelle, von welcher er ausfließt, als wegen des neuen Gedankens, den er erregt und über dessen Durchführbarkeit, Bedeutung und Zweckmäßigkeit wir uns vorläufig jedes Urtheils enthalten, unsern Lesern vollständig mittheilen zu müssen glauben. Der Artikel lautet wie folgt:

„Erzherzog Johann ist deutscher Reichsverweser, ist Stellvertreter des Kaisers für unseren Reichstag, ist Vermittler der Magyaren und Südslaven. — Alle blicken erwartend auf ihn, und hoffen von ihm Ordnung ihrer Umstände und mit derselben Ruhe, Friede, Glück — doch wie diese Aufgabe lösen? Wird er nach Frankfurt gehen und die nichtdeutschen Theile seiner Muttermonarchie, deren Söhne in seiner Jugend an seiner Seite blutetten, im jetzigen Augenblicke als Fremde verlassen, würde das deutsche Parlament auf seinen Wunsch seinen Sitz in Wien nehmen? Wie diese Gegensätze vereinen? — Wie lange soll Europa noch in Wehen liegen? — Ruhe kann nur dort eintreten, wo keine Bewegung bedingt, wo kein Sterben ist. Die Ruhe der Staaten oder Staatengruppen hängt von der Zufriedenheit mit ihrer natürlichen Lage, von der Zweckmäßigkeit ihrer äußeren Begrenzung ab. Der Staat, der keine schägende Grenze hat, der nicht im geschierten Besitz der Hauptpunkte und Linien seiner Handelsstraßen ist, wird trachten, sie zu erreichen, wird nicht ruhig seyn. Der [illegible] darf nicht verstimmelt sein. — Weder die politischen Territorial- noch die Sprach- noch die Religionsgrenzen entsprechen einzeln diesen Forderungen. — Hat das Deutschland des deutschen Bundes eine feste Grenze, hat es die freie, ununterbrochene Benützung seiner Handelslinien von Meer zu Meer, hat es die Mündungen seiner Flüsse? Wird ein solches Deutschland, selbst vereint unter einem Reichsoberhaupt, unter einem Parlament nicht doch beengt sein, wird es blühen, ruhig und glücklich sein? Soll wieder nur ein Stück und kein Ganzes geboren werden?

Der erste Moment der gegenwärtigen Ereignisse war, daß in diesem Raume die auf historischen Rechte ruhenden Regierungsformen zusammengerüttelt wurden, sollten die historischen Territorialgrenzen allein in ihrer absoluten Vollkommenheit glänzend vorherbestehen, und an ihnen gar nichts gemildert werden? Wenigstens in ihrer Eigenschaft als Zollschranken werden und müssen sie für den Verkehr im Innern des ganzen Raumes Mittelenropas fallen. Der zweite Moment war die schroffe Sonderung der Nationalitäten. Es erhob sich nach einander der Magyar, der Italiener, der Deutsche, der Kroate, der Tschesche, der Pole, der siebenbürger Sachse und Wallache und trat feindlich gegen die übrigen auf und wollte nur für sich etwas besonderes. Bis im dritten Moment, die Noth, durch Blut und gegenseitigen Widerstand gelähmt, die Ueberzeugung entsteht, daß durch Sonderung keiner gewinnt, und bereit Vereinigung gepredigt ist.

Der Gedanke der Vereinigung der Völker Mitteleuropas wurde ausgesprochen, ohne die Form, ohne ein politisches Mittel für die Ausführbarkeit anzugeben.

Die Form ist der Staatenbund, wo bei vollkommener Selbstständigkeit jedes einzelnen Staates nur die wirklich gemeinsamen Interessen, des Handels, der Kommunikationen, des Münz- und Gewichtswesens, der Vertretung nach Außen, des Wehrwesens u. s. f. auch durch ein Parlament gemeinsam betrieben werden. In einem Staatenbunde hat jede Nationalität, jede Religion, ja selbst jeder heimathliche Vorurtheil in der Heimath vollkommene Unabhängigkeit und Freiheit. — In einem Staatenbunde kann eine Republik neben einem absoluten Staate bestehen. Das allgemeine Bundesoberhaupt mischt sich nie in die inneren Verhältnisse größerer oder kleinerer Gemeinden oder Gruppen. — In Nordamerika bestehen neben Staaten, wo jeder Mensch frei ist, Sklavenstaaten. Ganz Mitteleuropa kann mit Beibehaltung aller Landeregierungseinrichtungen und ihrer Heimathsformen trotz aller Nationalitäten und trotz der verschiedenen Bildungsstufen seiner Völker ein starker Staatenbund werden, dessen Länder und Regenten alle nebeneinander und seiner über dem Andern stehen.

Doch die einzige Möglichkeit der Ausführbarkeit liegt im Erzherzog Johann.

Er rufe hier in Wien eine Mitteleuropäische Nationalversammlung zusammen, zu den sie den fünf österreichischen Reichstag zusammenkommenden Deputirten rufe er noch die Vertrauensmänner der Magyaren, Szekler, Siebenbürgen. Sachsen, Wallachen, Kroaten, Serben, Polen und Italiener, der Hollander *), Schweizer und der Deutschen. Zu diesem Landtage kommen die deutschen Deputirten von Frankfurt gewiß hieher. — Ihm und nur Ihm allein folgen die Völker Mitteleuropas, weil sie Ihm vertrauen. — Und spricht er das Wort zur Bildung eines mitteleuropäischen Staatenbundes aus, wo ist der starke Nachbar, der die Bildung zu hindern vermag, ja, der es nur vermöchte eine seiner eigenen Provinzen am Ausschlusse zu verhindern? Unter Erzherzog Johann als Reichsverweser ist Mitteleuropa eins, stark, ruhig und kann seine inneren Verfassungen entwickeln; in kurzer Zeit blüht sein Industrie, Gewerbe und Erdit wieder, als sein Geschenk für das Vertrauen der Völker zu ihm.

Daher nicht blos deutscher Reichsverweser, sondern Schöpfer und Gründer der Vereinigten Staaten Mitteleuropas werde Erzherzog Johann!

Dann, Geschichte, zeige mir einen segensreicheren, besseren, größeren Mann!“

*) Warum sind die Belgen ausgelassen, welche so gut als die Holländer dem germanischen Stamme angehören? . . . A. d. R.

Deutschland.

Bayern. — *† München, 7. Juli. Se. Maj. der König haben dem Obersten Freiherrn von Frays, unter dem Vorbehalte seiner Ancienmität und der Rücktritts in die Linie, die Inlendantur des hiesigen Hof- und National-Theaters übertragen; und den bisherigen Intendanten, Oberstkammerer Frhrn. v. Poysel, in ersterer Eigenschaft in Pensionsstand treten zu lassen geruht. — Seit wenigen Tagen haben auch Ihr. KK. HH. Prinz und Prinzessin Luitpold und Prinz Adalbert das Lustschloß Nymphenburg bezogen. Se. Maj. der König wird, so viel man vernimmt, demnächst seinen Aufenthalt im Bade „Aschermannlein bei Reichenhall nehmen, doch dürfte die Abwesenheit von hier nur von kurzer Dauer sein. — Am letzten Montage hatte in den Staatsministerium des Innern ein gemeinschaftlicher Zusammentritt der Minister und betreffenden Ministerial-Referenten des Innern und der Finanzen, unter Beiziehung hiesiger Gemeinde-Vorstände und des magistratischen Gewerbsreferenten, so wie unserer Abgeordneten und Gewerbsmänner statt, zunächst um die Ansichten

für die Bildung von Gewerbs-Hilfsvereinen zu berathen, dann aber auch um im Allgemeinen sich mit der großen Frage der Gegenwart, der Lage der Arbeiter und dem Zustande der Arbeit zu beschäftigen. — Diese Theilnahme erregt hier in allen gesellschaftlichen Kreisen den unglücklichen Todesfall des k. Hauptmanns Becker vom Infanterie-Regiment König, welches dermal in badischen Gefreie steht. Letzterbe, früher Adjutant Sr. Hoh. des verstorbenen Herzogs Paul in Bayern, verunglückte im Rheinstrome zunächst der Brücke bei Lauterburg, indem das Schiff, das am 3. Juli Abends ihn und zwei andere Herren vom Civilstande übersetzen sollte, an einem Bruckenjoche umgetrieben wurde. Seine beiden Begleiter sollen gerettet worden sein.

† München, 7. Juli. Wir sind zu der Erklärung ermächtiget, daß die in der Nr. 81. des bayerischen Eisboten mitgetheilte Nachricht — durch ein Handschreiben des Staatsministeriums des Innern für den Befehl ertheilt worden, Verhaftungen der constitutionellen Landrag sollen auch den alten Preßgesetze unnachsichtlich bestraft werden — jeder Begründung entbehre.

Noch ein Wort zur Wahl des deutschen Reichsverwesers.

Wir haben bereits (in unserer Nr. 2 vom 2. Juli) unser Bedauern geäußert über den Weg, den die deutsche Nationalversammlung, voreingenommen veranlaßt durch ihren Präsidenten v. Gagern, zur die Wahl des Reichsverwesers einschlagen zu sollen geglaubt hat. Die angesehensten Organe der deutschen Presse haben in gleichem Sinne sich ausgesprochen, wie wir, und die wärmsten Freunde und Anhanger der deutschen Sache, Patrioten, die Jahrzehnte hindurch dafur gekampft und gelitten, sind jetzt in Besorgniß vor den kommenden Ereignissen, welche aus dem gemachten Fehlgriffe uns erwachsen können. Wir wünschen nur Irrthum, daß die Befürchtungen, welche der folgende von geehrter Hand uns zugekommene Artikel ausspricht, nicht in Erfullung gehen mögen.

* München, 5. Juli. Freut euch mit den Freudigen. So mahnt der Apostel, in dessen Hause die deutsche Volksvertretung*) zu Frankfurt sagte. Auf allen Straßen begegnet man Patrioten, welche uns mit Anzeigungen der Freude über die jüngsten Akte des deutschen Parlaments regrüßen. Wir gerne wären die ich der Mahnung des Apostels folge leisten, konnte ich die Hoffnung hegen, die vielseitig geäußerte Freude werde von Dauer sein. Jedenfalls sollte es nicht an Ursachen, einer anderen Mahnung, aus dem Munde Sylons, zu gedenken: man solle den Tag nicht vor dem Abend loben. Bis zu den Beschlussen der vorigen Woche waren die Grundmauern noch erhalten, wir standen noch auf dem Rechtsboden, es blieb die Aussicht noch, der Absolutismus werde in der Weise des Reform-Prinzips gestohen. Nun ist der entscheidende Wurfel gefallen. Indem das Parlament die Einsetzung einer provisorischen Zentralgewalt über Alles ihun, ohne Einverstehen der Regierungen beschloß, hat es die Grundmauern der bisherigen Ordnung angegriffen, das Revolutionsprinzip fur das festen leichende erklärt, und damit die Autorität jeder gesetzlichen Einrichtung und jeder obrigkeitlichen Gewalt auf eine ungewisse Zukunft aufgeschoben. Der 29. Juni war ein verhangnißvoller Tag; mogen meine bisherigen Ahnungen, welche sich an die Verwerfung des von Binde gestellten Antrages knüpfen, nicht in Erfullung gehen! Nachdem das Walten des Revolutionsprinzips einmal jene feierliche Anerkennung erhalten hatte, konnte die weitere Geltendmachung drohenden in dem Beschlusse, das Parlament habe den Reichsverweser zu ernennen, nicht mehr verwenden. Mögen auch einige der anderen besonderen Abnimmungen mehr von Besonnenheit und Mäßigung zeugen, das Prinzip, in welchem die Gewähr einer friedlichen Losung der großen Aufgabe, einer dauerhaften Neugestaltung festgehalten werden konnte, es besteht nicht mehr; so haben wohl auch die denjenigen Jubelfesten, welche die Erwählung des Erzherzogs Johann begrüßt haben, die Stimmen der Dämonen nicht gehört.

Oesterreich. — Die Nachrichten der Allg. Zeitung aus der österreichischen Hauptstadt reichen bis 3. Juli. Die Eroffnung des österreichischen Reichstags soll am 13. d. M. vor sich gehen. Baron Wessenberg soll Gegenstand unanstandiger Cabalen sein und abermals die Niederlegung seines wichtigen Postens ernstlich vorhaben. Es hieß, er wolle sich binnen wenig Tagen nach Freiburg zurückbegeben. Ein Ministerium Stadion-Colloredo soll noch vor dem Reichstage zusammengesetzt werden. Gegen Ersteren ist die öffentliche Meinung sehr widrigesinnt, in kurzem muß sich Erstere ist die öffentliche Meinung sehr widrigesinnt, in kurzem muß sich Esterreich entscheiden, ob mit Recht oder Unrecht; Wessenberg hingegen hat eine lange Laufbahn für sich. Schon auf dem Wiener Congresse hatte er mit Stein, Gneisenau u. A. ein großes, einheitliches Deutschland mit einer wahrhaften Volksvertretung ange rebt, und als er diesen Gedanken als erster österreichischer Bundestagsgesandte in Frankfurt zu verwirklichen suchte, erfolgte sein Bruch mit dem Fürsten Metternich. Vergeblich suchte dieser 1831 seine Mitwirkung wieder zu gewinnen, um den Strom der Umwälzung nach der Julirevolution wieder in sein natürliches Bett zu leiten. Jetzt, nach Wessenbergs Wiedereintritt in die öffentlichen Geschäfte, war sein erster Schritt die Anerkennung der spanischen Dynastie, mit welcher Oesterreich in kurzem freundschaftliche Verbindungen wieder anknupfen wird. Er war auch die Triebfeder aller in der letzten Zeit von Janobrack ausgegangenen freisinnigen Erlasse und Entschließungen, und das Volk weiß ihn deshalb sehr wohl zu wurdigen. — Erzherzog Stephan sollte als bevollmächtigter Stellvertreter für Ungarn auf die Dauer des Ungarischen Reichstag ernannt, am 5. Juli den ungarischen Reichstag eröffnen. — Die Armee in Italien erhält bedeutende Verstärkungen, voren sind 14 Bataillone auf dem Marsche dahin.

Zu unserem in der gestrigen Beilage mitgetheilten Briefe aus Janobruck vom 4. Juli, ist nachträglich noch zu bemerken, daß die dort erwähnte dienstliche Meldung des Kommandanten des 3. Armeecorps vom 1. Juli aus Roveredo datirt war.

Oesterreichische Monarchie.

Peſth, 27. Juni. Die Freude über die Unterwerfung der Raizen scheint eine voreilige gewesen zu sein Pesti Hirlap von gestern bringt schlechte Botschaft aus Temesvar. Auch dort waren den 23. beruhigende Nachrichten von der Militärgrenze eingetroffen, aber noch denselben Abend langte ein Kurier an mit der Botschaft, daß Serbische sei von rebellischen Grenzen und anderem raizischen Raubgesindel eingenommen worden, ohne daß das dortige Militär Widerstand geleistet. Drei Kanonen, 30 Zeniner Schießpulver, alle Gewehre fielen den Rebellen in die Hände. Am 24. sollen sie beabsichtigen, Werschetz zu nehmen, und wenn der Streich gelingt, dann auch Temesvar. In Folge dieser Nachrichten wurden noch am 25. zwei Compagnien des Bukowiner Regiments zu Wagen nach Werschetz abgeschickt, wohin auch viele Nationalgarden von hier nachfolgen durften. — Ein zweiter Korrespondent schreibt: Am 22. um 10 Uhr Morgens wurde von Brasegajacz, wo unser Aufgebot des Szlavinitzer und des Novalovicz sich die illyrischen Emporer gesammelt hatten, eine aus 12 Köpfen bestehende Deputation in das benachbarte Weißkirchen geschickt, mit der Aufforderung an den dortigen Oberstlieutenant Dreihann, ihnen die dort befindlichen 3 Kanonen, 215 Gewehre und die unter seinem Kommando stehende Reserve-Compagnie herauszugeben. Trogdem, daß 1200 bewaffnete Nationalgarden zu seiner Verfugung standen, die bereit waren, mit dem meist unbewaffneten, kaum 700 Mann starken Haufen einen Kampf einzugehen, willigte der Oberstlieutenant dennoch in das Verlangen der Rebellen ein und ließ zur Schmach für das ungarische Militär Waffen, Kanonen und Schießbedarf in ihr Lager transportiren. Weselbst ist nur 1½ Stationen von Weißkirchen entfernt, und es liegen dort vier Compagnien Infanterie und 2 Schwadronen Husaren, und so ist zu hoffen, daß die aufwiegleriſche Horde dort nichts ausrichten wird. (Ö. Z.)

Italien.

Die letzten Nachrichten der Wiener Zeitung über die Vorgänge in Venedig zu Gunsten Oesterreichs sind nach der Allg. Ztg. bis jetzt durch keine Privatkorrespondenz von bestimmter Bestätigung worden. Man darf zwar hieraus kein zu großes Gewicht legen, da die Republik von San Marko allgemein ein schmerzes Cabinet einführte, und die Correspondenten von dort sich aus diesem Grunde einer ängstlichen Vorsicht in ihren Mittheilungen befleißen müssen. Daß eine große Aufregung und Mißstimmung in Venedig herrscht, ist gewiß, denn durch den gesteigerten Fremdenzug sind Tausenden der Gewinn aus ihrer Nahrungsquellen abgeschnitten. Ein weiterer Grund zur Unzufriedenheit ist die Einverleibung unter Sardinien und die Anrufung französischer Hilfe. Die Crociati von Palmanova werden am 30. Juni oder 1. Juli in Venedig eingetroffen sein. Ihre Ausstieferung war der Gegenstand der Unterhandlungen zwischen dem General Welden und dem Commandanten des Forts Marghera. Nachrichten von italienischer Hand, welche der Allg. Ztg. vom 30. aus Venedig zugekommen sind, sprechen sich über die oben angeführte Vertheilung unter Sardinien günstiger aus. Der Correspondent glaubt das Volk werde hinlänglich für diesen Zweck bearbeitet, daß sein Tumult am 3. Juli, dem Tage der zu diesem Zweck in Venedig zusammenberufenen Nationalversammlung zu beſurchten sein werde.

Spanien.

* **Madrid**, 23. Juni. Der Belagerungszustand welcher durch einen Generalbefehl vom 7. Mai erklärt worden war, ist wegen der in der Hauptstadt zurückgekehrten Ruhe und Ordnung heute offiziell durch eine Bekanntmachung in den Zeitungen aufgehoben worden. Das Gericht von der Schwangerschaft der Königin bestätigt sich.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 5. Juli. Oesterr. 5proz. Metall 70. 4proz. 57. 3proz. — 2½proz. 35. Bankaktien 1245. G. 500 fl.-Loose 107. 250 fl.-Loose 74. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 88. G. — Staatsschuldscheine 3½proz. 73. — Bayer. 4proz. 74. — Ludwigsbahn 58. — Württemberg. 3½proz. 73. 4proz. 91. — Bad. 3½proz. 72. Loto-Aktien 50. 35 fl.-Loose 25.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Digitized by Google

*) Die Frankfurter Versammlung nennt sich selbst, dem Pariser Muster folgend, Nationalversammlung; es mögt mir vergönnt sein, von der offiziellen Bezeichnung abzuweichen. Anm. d. Einf.

Nr. 8.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Sonnabend den 8. Juli 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Deutsche Reichsversammlung.

** Wir haben gestern einen die Verhandlung der Nationalversammlung vom 4. Juli kritisch besprechenden Bericht gegeben. Wir lassen nun die Verhandlung selbst folgen. Nach Verlesung des Protokolls theilte der Präsident das bereits gestern erwähnte Schreiben der nach Wien gesendeten Deputation aus Nürnberg vom 2. Juli mit, nach welchem dieselbe auf ihrer ganzen bisherigen Reise und namentlich in Fürth und Nürnberg die freudigste Aufnahme gefunden hat. v. Raumer aus Berlin erstattete Namens des völkerrechtlichen Ausschusses Bericht über verschiedene, die österreichisch-italienischen Angelegenheiten betreffende Anträge, sowie über einen Antrag der Abgeordneten des italienischen Tirols, die Abtrennung der Kreise Trient und Roveredo betreffend. Der Bericht geht dahin, des Ausschusses geht bezüglich des ersten Punktes auf Ueberweisung an die Centralgewalt, welche der Nationalversammlung über die Sachlage Vorlage machen soll. Der Ausschuß spricht sich ferner gegen die begehrte Lostrennung ganz entschieden aus. Die Abgeordneten von Italienisch-Tirol haben bereits selbst unterm 25. Juni einen modificirten Antrag auf zweckelle und administrative Trennung der gedachten Kreise gestellt. Auch auf diesen Antrag ist als eine zunächst die österreichische Regierung angehende Angelegenheit und nachdem die Nationalversammlung bereits den außerdeutschen Nationalitäten vollständigen Schutz zugesichert hat, nicht weiter einzugehen. Auf Anfrage des Präsidenten, ob der durch Vorstände der einzelnen Abtheilungen gebildete Centralvahlausschuß sei, wurden neue Abtheilungen und neue Vorstände vorgenden sind, durch einen neuen Ausschuß ersetzt werden solle, beschloß die Versammlung nach kurzer Debatte, es bei dem bisherigen Ausschusse zu lassen. Robert Blum erhielt das Wort, um seinen jüngst angekündigten Antrag bezüglich des Beglückwünschungsschreibens des Bundestags zu begründen. Er erklärt, seine Absicht auf Stellung einer bestimmten Anträgs aufgegeben zu haben, und beantragt zunächst nähere amtliche Auskunft über die Bedeutung des Beglückwünschungsschreibens vom Bundestag zu verlangen. Er will darauf nicht weiter eingehen, ob, wie mehrfach behauptet worden ist, der Bundestag der Nationalversammlung vorgreifen wollte. Die Nationalversammlung braucht ihre Machtvollkommenheit nicht durch Eifersucht zu üben und das Vertrauen des Volkes auf sie darf nicht geschmälert werden; eine Schmälerung aber liegt in jenem Beglückwünschungsschreiben. Da sein offizieller Verfaßer stattgefunden hat, so muß man an die geheimen Vertrauensmänner des Expelschen Promemoria denken. Daß die Bundesversammlung ihre Zustimmung erklärt, kann an sich so gleichgiltig seyn, als ob es irgend ein Klub gethan hat. Liegt aber ein Weiteres darin, ein Vorbehalt, daß man nur für, so auch gegen eine Wahl sich erklären könne, so muß dagegen aufgetreten werden. Die Auskunft muß eine amtliche seine; Erläuterungen, wie der Abgeordnete und Bundespräsidialgesandte v. Schmerling sie schon mehrmals gegeben hat, genügen nicht.

Die Versammlung entscheidet auf Anfrage des Präsidenten, daß Diskussion über den Antrag sofort zuzulassen sey. v. Schmerling gibt Erläuterungen über das Beglückwunschungsschreiben. Bei dem allgemeinen Jubel, welchen die Wahl des Erzherzogs Johann verursachte, kann man es den zwanzig Männern, die zufällig zugleich Bundestagsgesandte sind, nicht übel nehmen, daß auch sie ihre Freude aussprachen. Sie haben noch mehr gethan, und einen eigenen Glückwunsch an den Erzherzog Johann wird deßhalb vielleicht die Nachricht zuerst durch den Bundestag erfahren haben. Vielleicht ist die erste Nachricht auch durch einen Abgeordneten von der linken Seite zuerst hingekommen, welcher am Morgen vor der Wahl abgereist ist: und die Wahrscheinlichkeit des Ergebnisses nach Wien gebracht haben wird. Der Redner selbst hat übrigens auch vorher über die Wahrscheinlichkeit in einer Mittheilung sich ausgesprochen. Der Hauptpunkt, daß die Regierungen im Voraus ihre Zustimmung gegeben haben, erläutert sich einfach. Alles hat gewußt, daß über Bildung einer Zentralgewalt berathen wird; sollten die Regierungen allein nichts davon gewußt, sich um nichts gekümmert haben? Es ging der Aussohnung schon, daß die Regierungen vorschlagen sollten. Dieser Antrag konnte durchgehen, und hätte der Bundestag dann erst Boten aussenden sollen, um die Verständigung zu erzielen? Im Laufe der Verhandlung sah man eben so deutlich, daß man für die Besetzung einer Person sich entschieden wurde. Die Zustimmung der Regierungen konnte also eintreffen und ausgesprochen werden. Es ist zu bedauern, daß der Vorgang eine so begreifliche Mißdeutigung erhalten hat. Den Herren auf der linken Seite wäre es angenehmer gewesen, wenn die Zentralgewalt Gelegenheit zu einem Zerwürfniß zwischen der Nationalversammlung und den Regierungen gegeben hätte. (Auf der linken Seite Ruf: zur Ordnung! das ist eine Verdächtigung. Der Präsident fordert den Redner auf fortzufahren.) Der Konflikt ist nicht eingetreten, wie überhaupt die Regierungen und die Nationalversammlung bisher im Einverständnisse gestanden sind. Der Redner hält es für Erfüllung der ihm gestellten schönen Aufgabe, seines Theils einmal dazu beigetragen zu haben. Ueber den Antrag Blum's wird zur Tagesordnung übergehen beschlossen. (Bravo von der rechten Seite und vom Zentrum.) Schuselka erachtet es für nothwendig, das Mißtrauen, welches das Promemoria und das Beglückwünschungsschreiben gesäet, der Vorredner nur genährt hat, zu beseitigen, und stellt den Antrag, die deutschen Fürsten aufzufordern, ihren Gesandten jede Einmischung in die Verhandlungen der Nationalversammlung zu untersagen, und zu erklären, daß sie sich allen Beschlüssen der Nationalversammlung unterwerfen würden. Der Präsident bemerkt, daß der Antrag Schuselka's, als ein selbstständiger, heute nicht zur Verhandlung kommen könne. Edel kann der Sache nicht die Bedeutung beilegen, wie es Blum gethan hat. Es ist kein Grund zu Besorgniß, wenn die Regierungen dem Volke seine Wünsche absehen, und sogleich erfüllen. Der Redner ist für Tagesordnung. Vogt: Die Sache zeigt, wovon man von vornherein hätte einstehen sollen, daß es nicht angeht, gleichzeitig, wie mehrere Bundestagsgesandten, in einem Volkshause und in einem Staatenhause zu sitzen. Wenn es wahr ist, daß die Bundestagsgesandten während der Zeit, in welcher der Ausschußantrag vorlag, die Zustimmung zu bitten von ihren Regierungen sich erbaten, so ist das noch nicht einzusehen, wie in sechs Tagen die Zustimmung für einen Reichsverweser erbeten und ertheilt werden konnte. Es ist eine Verleumdung von der Tribüne geschleudert worden, welche der Präsident des Ordnungsrufes nicht für würdig gehalten hat. Der Präsident: Ich muß von meinem Rechte jetzt Gebrauch machen; ich rufe den Redner zur Ordnung; den Ausdruck Verleumdung ist eine Beleidigung. (Von der linken Seite stürmischer Ruf: Nein, es ist wegen der Verleumdung nicht zur Ordnung gerufen worden.) Vogt: Ich werde den Ordnungsruf annehmen, wenn ich die Worte auseinandergesetzt haben werde. Der Vorredner hat gesagt, es wäre von der linken Seite gewünscht worden, daß ein Konflikt zwischen Regierungen und der Nationalversammlung stattfinden möchte. (Widerspruch von der rechten Seite.) Es ist gesagt worden. (Tumult von beiden Seiten — der Präsident gebietet Ruhe und droht die Sitzung aufzuheben.) Das Mißtrauen ist gesäet worden und es wird üppig wuchern. (Nein.) Ich wünschte kein guter Prophet zu sein. Der erste Redner hat das Mißtrauen nicht unterdrückt. Eine nachträgliche Erläuterung ist nothwendig. Der Präsident fragt den Abg. v. Schmerling, ob er die Linke beschuldigen wollte, ein Zerwürfniß mit den Regierungen herbeigeführt zu haben. v. Schmerling: Das war nicht meine Absicht. (Von der linken Seite: Es handelt sich um die gebrauchten Worte.) Präsident behält sich die weitere Verhandlung nach Feststellung der Worte vor. (Neue Unruhe, Widerspruch dagegen auf der linken Seite.) Fürst Lichnowsky glaubt nicht, daß irgend eine Fraktion verdächtigt werden sollte. Alle Parteien werden nach einem Ziele streben. Nach dem §. 13 des jüngst angenommenen Gesetzes ist der Bundestag noch nicht begraben, sondern sieht seinem unausweichlichen Begräbnisse entgegen, wenn die Zentralgewalt konstituirt ist. Er hoffe auch noch, daß Erläuterungen gegeben werden. Schmerling: Dem Redner nicht eine bloße Form, sondern eine wirkliche erwünschte Zustimmung. Die Regierungen waren schon früher in dem eventuellen Fall, zu ernennen, wen die Wahl treffen würde. — Die Versammlung beschloß Schluß der Berhandlung. Wagner von Steyer bemerkt mit Bezug auf eine Aeußerung von Schmerling, daß der tragische Abgeordnete (Schilling) nicht zur Beglückwünschung und Wien abgereist sey, sondern um den Erzherzog Johann zu einer alle Parteien befriedigenden Erklärung bezüglich der Unverantwortlichkeit zu vermögen. Blum wiederholte nach einigen Bemerkungen gegen die Erläuterungen v. Schmerling's seinen Antrag. Der zuerst zur Abstimmung gebrachte Antrag v. Schmerling's auf Tagesordnung wurde mit großer Mehrheit angenommen. Es wurde nunmehr zur Tagesordnung (Berathung über Art. 1 der Grundrechte) geschritten. Biedermann von Leipzig begründete seinen Verbesserungsantrag*). Die Fassung des Artikels ist nicht unwesentlich; diejenige im

*) Dieser lautet: §. 1. Jeder Eingeborne eines deutschen Staates hat das allgemeine deutsche Staatsbürgerrecht, und genießt in Kraft dessen in seinem

Ausschußantrag gibt zu mehreren Ausstellungen Veranlassungen. Der Ausdruck „jeder Deutsche“ ist unklar; es könnte nur der darunter verstanden werden, der deutsch spricht. Eben so sind die Staatsbürgerlichen Rechte nicht hinlänglich bezeichnet. Der §. 2 ist nicht erschöpfend, er enthält z. B. nichts wegen der Staatsämter. Wie unterscheidet sich §. 3 von den um §. 2 enthaltenen Rechten, deren Ausübung nicht an die Bedingung der Erwerbung eines besonderen Staatsbürgerthums geknüpft ist? Es fehlt eine Bestimmung über Ertheilung des deutschen Staatsbürgerrechts an Ausländer. Mag nun dasselbe System angenommen werden, nach welchem Jemand deutscher Staatsbürger wird, daß er in einen einzelnen deutschen Staat aufgenommen ist; oder dasjenige, daß man Bürger im einzelnen Staate nur werden kann, wenn man Bürger des Gesammtstaats ist, so wird jedenfalls die Bestimmung von der Gesammtheit ausgehen müssen. Jedenfalls müssen auch die Bestimmungen der einzelnen Staaten gleichförmig seyn. Die Ausübung der politischen Rechte muß an den Wohnsitz gebunden seyn; die Wahlbarkeit ist davon unabhängig. Friesch von Kiel entwickelte von einem in 8 Paragraphen bestehenden Verfassungsentwurfe die §. 1 und 2. Statt „jeder Deutsche“ soll zur Vermeidung von Mißverständnissen gesetzt werden: „jeder Angehörige des deutschen Bundesgebiets.“ Die Bestimmung des §. 2 des Ausschußentwurfs ist zu beschränkend, und der Redner schlägt eine andere Fassung vor*). Neumann von Wien verlangt, daß statt „jeder Deutsche“ gesagt werde: „jeder Staatsbürger eines deutschen Staats“; §. 2 bis 4 das allgemeine Staatsbürgerrecht für Deutschland aufzählen, wenn deutsche Staaten diesen Rechten, welche die Bürger dieses Staates besitzen. §. 3: Der Uebertritt aus einem deutschen Staate in den andreen ist an die Aufnahme in eine Gemeinde allein gebunden. Die Aufnahme in eine Gemeinde kann einem deutschen Staatsbürger nur wegen Erwerbsunfähigkeit verweigert werden. v. Dieskau aus Plauen verlangt, daß vor allem der Begriff „Deutscher“ festgestellt werde und zwar nach seinem Antrag: „Deutscher ist, wer sich wesentlich in Deutschland aufhält und dem deutschen Staate diejenigen Rechte und Pflichten leistet, welche jeder Deutsche soll Bürger eines jeden deutschen Staates werden können, in welchem er seinen wesentlichen Aufenthalt nimmt, ohne daß es einer besondern Aufnahme in dessen Staatsbürgerthum bedarf. Gravell von Frankfurt a. O. hat bereits in einem Amendement eine Reihe des Ausschußentwurfes übergehen, welche er, indem er sich gegen das ganze System erklärt, weiter aussührt. Jakob Grimm beantragt für Art. 1 der Grundrechte folgenden einzuschalten: Alle Deutschen sind frei und besitzen dahier keine Vorrechte. Fromme Unfreie, welche auf ihm verweilen, macht er frei.“ Jordan aus Berlin verlangt sofortige Annahme des vorhergehenden Antrags durch Akklamation. Außerdem soll die Magna Charta mit einer Definition von „Deutscher“ eröffnet werden; etwa: Jeder ist Deutscher, der den deutschen Boden bewohnt. Der Name muß zu einem politischen Begriff erweitert werden, uno alle Angehörigen des deutschen Bundesgebiets ohne Unterschied der Abstammung und Sprache sollen sortan den Namen „Deutsche“ tragen. Wesendonk Oefeler, als Berichterstatter, erklärt, daß das Wort „Deutscher“ im politischen Sinne vom Ausschusse verstanden sein wolle, daß also jeder gemeint sei, der das Staatsbürgerrecht in Deutschland hat, in dem Sinne, wie „Franzose“ und „Belgier“ gebraucht werde. Gistra bemerkt, daß der Tschesche und Italiener unter „Deutscher“ den verstehe, der deutsch spricht. Eine Erläuterung sei nothwendig und er schlägt vor, zu sagen: „Jeder Angehörige eines einzelnen Staates in Deutschland.“ Jaup: Wir wollen sagen: „jeder Deutsche“; wenn es auch Mißverständnisse gibt, in drei Wochen wird jeder wissen, was es heißt. Jaup stimmt mit Gistra überein. In ähnlicher Weise spricht sich Marek aus. Mölling verlangt den Vorbehalt eines besonderen Gesetzes über das Staatsbürgerrecht. Scheller erklärt sich für den Ausschußantrag. Bodeck verlangt eine Erläuterung nach einem Amendement von Dronsorden (bei der Abstimmung nach dem Worte „Bürger“ einzuschalten: „der Bundesangehörenden Staaume auf dem deutschen Bundesgebiet“). Werner von Nietzern für den Ausschußentwurf; ebenso H. Simon von Breslau: „Wir werden uns jetzt unsers Namens nicht schämen.“ Nachdem noch Beseler das Wort genommen, beschließt die Versammlung, auf Antrag des Präsidenten, daß es in §. 1 und 2 bei dem Ausdruck „jeder Deutsche“, ohne weitere Erläuterung, sein Bewenden haben solle. Es wurde sodann in der Diskussion über §. 1 fortgefahren, zu welchem weitere zahlreiche Amendements gestellt sind. Hermann verlangt, daß die Bestimmung über Wahlfähigkeit und Wahlberechtigung dem besonderen Wahlgesetz zu überlassen sei.

Henkel l.: das Gesetz muß so sachlich wie möglich sein. Der Ausschußentwurf in §. 1 ist für Bürger und Bauer nicht verständlich. Es soll gesagt werden: zu ihm durch die Reichsverfassung oder durch die besonderen Reichsgesetze zu bestimmenden Rechte“ ꝛc. Dann weiß man, welche Rechte gemeint sind. Mittermaier für den Ausschußentwurf, warnt vor dem System, nach welchem durch das allgemeine deutsche Burgerrecht das Bürgerrecht in den einzelnen Staaten erworben werden solle, und weist auf die Schweiz und deren „Heimathlos“ hin, welche auf diese Weise geschaffen worden sind. Vorlaufig für den Ausschußantrag. Reh verlangt, daß zu einem eigenen Antrag „jeder Angehörige eines deutschen Einzelstaates ist deutscher Staatsbürger. Jeder Staatsbürger kann die ihm nach der Gesammtverfassung zuerkannten Rechte in jedem Einzelstaat ausüben.“ Christ gegen den Ausschußantrag. Zenetti: Es soll gesagt werden: „Jeder Angehörige eines im deutschen Bundesstaate begriffenen Landes hat das deutsche Reichsbürgerrecht.“ Er verlangt dieses Rundvoti, nachdem man das Wort „Reichsverweser“ gewählt hat. Scheler verlangt Weglassung der Bestimmung über das Wahlrecht. Uebrigens würde uns der Fassung folgen, daß die ganze Armee, die Dienstboten ꝛc. nicht wählen könnten. Wichmann verlangt, daß gesagt werde: „wo er sich aufhält“, statt: „wo er seinen Wohnsitz hat“ (Amendement von Rauwerck). Wesendonck verlangt Weglassung der Bestimmung über das Wahlrecht. Außerdem wäre er gegen die enge Fassung des Ausschußantrages, welcher auch Studenten, Handwerksgesellen ꝛc. nicht zulässt. Dieterich will Streichung aufmerksam, daß zwischen Wohnsitz und Aufenthalt zu unterscheiden ist. v. Lindenau: Es soll gesagt werden: „wo er seinen persönlichen Gerichtsstand hat“. Arndt für den Wegfall der Bestimmung, sonst für Zenetti's Vorschlag (das Wahlrecht nur in dem Wahlbezirk auszuuben, wo Jemand zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz hat). Wernher von Nierstein: die Frage über das Wahlrecht, eine sehr wichtige Sache; sie hätte einem eigenen Ausschuß zugewiesen werden sollen. Nachdem noch Gisi, Wichmann, Jaup, Heinrich, Simon von Koblenz ꝛc. gesprochen, wurde die Debatte geschlossen, welche übermorgen über §. 2 ꝛc. fortgesetzt werden wird. Zur Abstimmung wird es, da dem Ausschußantrag anders systemassirte Anträge entgegenstehen, erst nach der Diskussion über §. 3 kommen. — Sehr viele Mitglieder der linken Seite hatten in einem schriftlichen, dem Präsidenten übergebenen Antrage die sofortige Erledigung dahinthat die schon erwähnten Aeußerung von Schmerling verlangt. Der Präsident erklärte auf den stenographischen Protokollen mittheilen zu können. Diese Zusage zu rufen heraus. Schaffrath: der Präsident ist nur das Organ der Versammlung. Stünde keine Appellation zu, so wäre der Präsident über der Versammlung. Der Redner sucht in der Sache selbst nachzuweisen, daß in den Worten v. Schmerlings eine Verläumdung im juristischen Sinne, der Vorwurf des Verlangens nach Umsturz, gelegen habe. Gerichtlich konnen sich die Abgeordneten nicht belangen; also muß der Präsident in der Versammlung Schutz gewähren. Beseler: Ich verlese den §. 14 der Geschäftsordnung gegen die formelle Zulässigkeit der Appellation an die Versammlung. Der Präsident muß unabhängig sein; sonst wird die Majorität ein Tyrann. Runge erwartet, daß der Präsident nun seine Ansicht modifizirt hat. v. Schmerling erklärt, daß er durchaus keine Beleidigung oder Verdächtigung beabsichtigte. Habe er den Ruf zur Ordnung verdient, so möge er ihn erhalten. Der Präsident bemerkt für das Formelle, daß er nur der Versammlung sei, daß diese also die competente Ansicht (hinsichtlich der Handhabung der Ordnung) einen anderen Ausspruch thun könne, daß also eine Appellation zulässig sei. In der Sache selbst würde er, wenn er anfänglich die Worte vor sich gehabt hätte, wie jetzt, zur Ordnung gerufen haben. Dirk wendet zur Erledigung der Sache hinreichen. Aufreizende Worte sollen von allen Theilen vermieden werden, und es gibt Fälle, wo Aeußerungen zu entschuldigen sind, wie bei Herrn v. Schmerling, welchem heftige Angriffe gegen den Bundestag wiederholt gemacht wurden.

*) Dieser lautet: „Jeder selbstständige Angehörige eines deutschen Staats, so weit dieser Bestandtheil des Bundes ist, hat das Recht, in jedem anderen deutschen Staate unter denselben gesetzlichen Bestimmungen, wie sie für dessen Angehörige bestehen, sich aufzuhalten, anfässig zu machen, Liegenschaften zu erwerben, über sie zu verfügen, und die ertaubte Beschäftigung auszuüben. Unter eben diesen Bestimmungen kann er auch das gemeinden- oder Gemeindeverbürgerrecht in einer Gemeinde erlangen. Rechtserfolgen des einen Staats wirken in Bezug auf Erwerb und Verfügung über Grundeigenthum den einheimischen Rechtserfolgen gleich; gegnet

Deutschland.

Bayern. † München, 7. Juli (Abends 8 Uhr). Auf die durch die „Allgemeine Zeitung“ von heute Abend gebrachte Korrespondenz aus München, als sei unser König. Hofe die Nachricht angelangt, daß Erzherzog Johann die Wahl zum Reichsverweser angenommen habe, können wir die bestimmte Versicherung geben, daß eine solche Botschaft am königl. Hofe bis zur Stunde nicht eingetroffen sei.

**München, 7. Juli. Mit Bezugnahme auf die jüngst in öffentlichen Blättern enthaltene Mittheilung eines Touristen, welchen Herr Hofrath v. Thiersch bei einem Male der Herren Professoren auf der Menterschwaige auf Se. Maj. den König Maximilian aufgebracht: „Daß König Maximilian für die Wissenschaft so thun gedenke, was sein Vater für die Kunst gethan. Es sei das eine Verbrüfung, die man um so dankbarer annehmen könne, als die Wissenschaft nie so kostspielig war, wie die Kunst —“ glauben wir aus guten Gründen bemerken zu sollen, daß dem

König das Gedeihen beider — der Wissenschaft und der Kunst — am Herzen liegt; obgleich für erstere noch mehr zu thun erübrigen möchte. Beide werden sich des einsichtsvollen Schutzes Sr. Maj. des Königs zu erfreuen haben.

(Dienstesnachrichten.) — St. Majestät der König haben unter dem 30. Juni 1848 die bisherige Function eines Stadtkommissärs der Stadt Bamberg einem eigenen Beamten mit dem Range und Titel eines Regierungsrathes zu übertragen, und dieselbe dem dermaligen Amtsvorstande des Landgerichts Wernek und sunktionirenden Stadtkommissär zu Bamberg Johann Bapt. Ibl unter Enthebung von der Landrichterstelle zu Wernek zu verleihen geruht.

Durch allerhöchstes Restript vom 4. Juli wurde der Revierförster zu Gurmisch, Klemens Meindl, in gleicher Eigenschaft auf die Revier Mantel versetzt.

Durch allerhöchstes Dekret vom 6. Juli wurde der Hauptsalzamts-Assistent zu Nürnberg, Karl Peter Henkel, zum Nebenzollamtscontrolor in Schwarzach, Hauptzollamts Reichenhall, befördert.

Preußen. — Berlin. 4. Juli. Durch eine königl. Kabinetsordre vom 26. Juni 1848 ist die Anrede der Soldaten jeder Waffe und jeden Standes mit „Sie" zu geschehen.

* Berlin, 6. Juli. Der heutigen Sitzung der Nationalversammlung zeigte Hr. v. Auerswald (Ministerpräsident) der Kammer an, daß der Kultusminister Robbertus seine Entlassung eingereicht, die der König angenommen habe. (Große Sensation.) Der Grund dieses Rücktritts sei der Mangel an Uebereinstimmung zwischen dem Ausgesprochenen und den übrigen Ministern; zwar wäre sie sie alle die Begründung eines einigen Deutschlands unverrückbares Ziel, doch wäre über einzelne Punkte, wie Ansicht über die Mittel und Wege dazu nicht leicht sein. Der König habe den Director im Kultus-Minist., v. Ladenberg, mit der interim. Verwaltung des Ministeriums beauftragt. (Gräusch links). Robbertus: ich kann fast nur wiederholen, was der Hr. Ministerpräsident gesagt hat. Differenzen, die selbst bei der grundlichsten Verständigung nicht ausgeglichen werden konnten, trennen mich von dem Ministerium. Ich bin ausgetreten, um mir mir in Einklang zu bleiben; der Fortbestand des Ministeriums wird dadurch nicht gefährdet, ich selbst verspreche, so viel an mir ist, es auch ferner zu unterstützen. (Beifall auf der Rechten.) Min.-Präs. v. Auerswald: man habe den Ausdruck „interim. Verwaltung" in Zweifel gezogen. Hr. v. Ladenberg übernehme sie, so v. d. solle nur für kurze Zeit bis zur Wiederbesetzung des Ministeriums dasselbe verwalten. Weichsel stellt den Antrag: Die Versammlung wolle in Berücksichtigung der gedrückten Verhältnisse der ackerbauenden Bevölkerung beschließen, der Zehnt solle fortan nicht in natura erhoben, sondern derjenige Werth dafür erlegt werden, welcher, mit Berücksichtigung der Reosion, vorläufig bis zur definitiven Regulirung festgestellt wird; in den westpreußischen Provinzen sollen die Zeugtzehnt berechtigt sein, ein Fünftel jenes Werthes wegen der Grunsteuer zurückzuvergüten. Der Antrag wird unterstützt und an die Abtheilungen verwiesen. — Ein anderer königlicher Antrag, der Hrn. v. Kuhr zur Kenntnißnahme eingiebt, die der Resultate der bisherigen Arbeiten der Nationalversammlung zu veröffentlichen habe, findet nicht die hinreichende Unterstützung. An der Tagesordnung ist der Kommissionsbericht über den Reuter'schen Antrag: eine Untersuchungs-Kommission sur die Ereignisse in der Provinz Posen anzuordnen. Der Berichterstatter verbreitet sich über den Charakter des Aufstandes in Posen, und da dem Antragsteller genügt wird, so ein solches Abschauesen auf die Sache selber nur die Leidenschaften zu erregen geeignet sei; hier handle es sich nur um die Ermittlung der Ursache, aus welchen jene blutigen Auftritte in Posen hervorgegangen. Doch sei es nicht blos um historisches Interesse, was ihn bei Stellung des Antrages geleitet; jene Untersuchung werde vielmehr auch die Mittel an die Hand geben, dem bedauerlichen Zustande in Posen ein Ende zu machen; sie wurde ferner die in legter Zeit sehr in Unordnung gerathenen Sympathien und Antipathien Europa's zu Bezug auf Polen regulieren. Er bittet schließlich, die gestellten (3) Amendements, soweit sie nicht mit dem Kommissions-Bericht übereinstimmen, zurückzuziehen. Reichensperger: Die Geschichte wird entscheiden, ob nun heftsamer Antrag soll die Unruhe beschwichtigen oder nicht. Die Gerichte mögen untersuchen, welche einzelne Personen sich bei den Exzessen betheiligt haben. Zur Kompetenz der Nationalversammlung gehört eine solche Untersuchung nicht. Sie kann höchstens ermitteln, auf welchem Wege der Werdersehe solcher Ereignisse vorgebeugt und auf welche Weise die Reorganisation Posens durchgeführt werde. Baur (Warburg) fürchtet, daß durch eine Untersuchung nur Erbitterung und einen neuen Zusammenstoß herbeigeführt werde, will daher nicht mitstimmen. Richter: er komme selbst aus dem Lande, habe gesehen, daß das polnische Volk keinen Groll habe gegen das deutsche, daßselbe habe nach dem 20. wohl erkannt, daß ihm von Seite des deutschen sein Heil erwachse. Er sei gegen jeden Antrag, der nur geeignet sei, Erbitterung zu erregen. Die Untersuchung der wahren Ursachen des Aufstandes aus so nothiger. Unruh ist gleichfalls für die Ernennung einer Kommission im Interesse des Ministeriums selbst. Die Kompetenz der Versammlung sucht er durch Hinweisung auf englische Parlament darzuthun. Bei Berathung des Verfassungs-Gesetzes müsse die Frage entschieden werden, was es erlange. Auch sein Wahlspruch sei: Forschen aber Nütz. Aber die Größe einer Nation liege in ihrer Gerechtigkeit. (Hr. v. Berg wird aber die Gerechtigkeit gegen andrer wohl nicht bis zur Ungerechtigkeit gegen uns selbst getrieben wissen wollen.) Er unterstützt die Ernennung einer Untersuchungskommission, die auch den Ungrund der Beschuldigungen gegen Diener der katholischen Kirche, als hätten sie Zwietracht gesäet und der Aufstand angefacht, herausstellen werde. Neumann erklärt sich gegen den Antrag, will, daß man die Deputirten beider Nationalitäten aus dem Großherzogthum höre, aus ihrer Angabe könne dann sich ein Urtheil bilden. Diesen Vorschlag widerlegt sich Jung, und macht auf die Wichtigkeit der slavischen Frage im gegenwärtigen Augenblicke aufmerksam. Man müsse Rußland verbinden, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen. Der Minister des Innern: So sehr die Regierung die Wichtigkeit der Frage erkennt, so sehr hat sich auch das Material gehäuft. Es werde dem Ministerium aber stets angenehm sein, wenn ihr eine Kommission die Geschäfte erleichtere. Die Zeiten sind vorüber, wo die Behörden nur in sich die Weisheit suchten. (Beifall.) Hätte der Antrag nicht vorgelegen, die Staatsregierung hätte vielleicht ebenfalls die Niederlegung einer solchen Kommission beantragt. Die Versammlung beschließt endlich mit großer Mehrheit die Ernennung einer Kommission von 15 Mitgliedern, von den auf jeder Abtheilung 2 gewählt werden und alle Bewohner der Provinz Posen ausgeschlossen sind. Ferner wird durch Namensaufruf mit 195 gegen 170 Stimmen der Kommission ganz freie Hand in Anführung ihrer Aufträge gelassen. Sie hat das Recht die Behörden zu requiriren, so wie der vom Ministerium und sonstige ihr zugehenden Nachweisungen zu benutzen. Die Frage, ob die Kommission sich an Ort und Stelle begeben und Zeugen und Sachverständige vernehmen dürfe, wurde verneint. Die Linke hatte an der Abst. über die verschiedenen Befugnisse der Kommiss. seinen Theil genommen. Nach der Abst. ergriff der Min.-Präs. das Wort: „Das Min. „hat von Anfang an die deutsche Angelegenheit zu seiner wichtigsten Aufgabe gemacht. Die Regierung Sr. Maj. des Königs ist, wie die deutsche Nation, durchdrungen von der Nothwendigkeit, eine Centralgewalt herzustellen und dem deutschen Reiche einen Reichsverweser zu geben. Mit der Wahl des Erzherzog Johann, eines freisinnigen Prinzen, stimmt sie überein und genehmigt die demselben zu Frankfurt bewilligte Gewalt. Die Regierung sieht ab von der vorhergegebenen Genehmigung, die sie eigentlich zu ertheilen für eine Nothwendigkeit und Dringlichkeit des Beschlusses an. Wenn wir ein Haus bauen wollen, so bauen wir es mit Einracht, wenn wir wünschen, daß es bestehe. — Der Präsident fordert die Versammlung auf, ihre Zustimmung durch ein Hoch! zu erkennen zu geben. Die Versammlung rast dreimal: Hoch Deutschland! Schluß der Sitzung.

Berlin, 7. Juli. Allgemeine Ueberraschung hat die heute vom Ministerpräsidenten v. Auerswald der Nationalversammlung gegebene Eröffnung des Austritted des Kultusministers Robbertus sowohl in dieser als im Publikum hervorgerufen. Man spricht auch von einem baldigen Gesammtaustritte des Ministeriums Auerswald und der Bildung eines neuen, an seiner Spitze Mitte stehen wurde. Die Interpellation des Interpellationsrechts durch den Abgeord. Stein, welche einen großen Theile der Versammlung lautes Mißfallen erregt hatte, soll den Kriegsminister, wie den Departementsdirektor Oberpräsidenten v. Griesheim bewogen haben, ihre Entlassung einzureichen.

Berlin, 7. Juli. Die Nachricht von der gänzlichen Unterdrückung des anarchischen Aufstandes in Posen, welche gestern hier eingegangen ist, hat auf die hiesige polnische Bevölkerung einen unbeschreiblichen Eindruck gemacht; sie, die sonst nie die Hoffnung verlor, scheint ihre Sache jetzt verloren zu geben. Sie ist freilich zeit allerdings verloren, aber nicht erst seit dem Ausgange des letzten blutigen Barrikadenkampfes in Paris, sondern seitdem die Regierung zu Polen, wie gesagt, gekommen ist, und seit der Untersuchung ihrer Sache zu Mitteln gegriffen haben, welche die Welt verdammt, und die alle ihre früheren Freunde von ihnen abwenden mußten. Seit man sich davon überzeugt hat, daß die Polen es sind, die an allen Orten, wo sich nur Zunftsoff findet, die Revolution befördern und die Anarchie zu Zustandekommen aufregen, sind alle Sympathien für sie verschwunden, denn wer mag Leuten das Wort reden, die jedes Mittel, das zum Zwecke führen kann, für erlaubt halten. Der Ausgang der Pariser Emeute wird auch auf Frankfurt und Berlin seinen Eindruck nicht verfehlen, er wird insbesondere die preußische Centralregierung hinlänglich befestigen, um mit der gehörigen Energie dem alle Verhältnisse untergrabenden, anarchischen Treiben der Demokratie Einhalt zu gebieten zu treten. Hier herrscht jetzt durchweg eine so loyale Gesinnung, daß man jeden Augenblick bereit ist, Gut und Blut daran zu setzen, um das konstitutionelle Königthum gegen die Angriffe der Republikaner zu vertheidigen. Die Gerüchte von dem Vorrücken der Russen, die bisher von den am grünsinnigsten verbreitet wurden, finden in der letzten Stunden mehr; man ist hinlänglich überzeugt, daß die Russen nur dann vorrücken, wenn ihnen Preis vor revolutionären Bewegungen bewahren wollen, und daß, wenn sie außerdem feingerissie Absichten haben sollten, diese nicht gegen Preußen gerichtet sind. Auch bestätigt sich die Nachricht, daß die Truppen immer mehr der südlichen Grenze der Königreichs zurucken, und daß es vollkommen gewiß ist, daß nur auf Krakau die Gränze gedeckt sei, hier jedoch nur für den Fall einer erneuerten Insurrection, die Desterreich in diesem Augenblicke, wegen des Krieges in Italien, nicht sofort zu unterdrücken im Stande sein dürfte. Indessen ist in Galizien durchaus nichts zu besorgen, wenn gleich in Krakau viel Gährung herrscht, und die Slaven mit Ungarn werden durch die Magyaren hinlänglich beschäftigt gehalten. Die Polen in unserm Großherzogthum haben allerdings ihre nationalen Ansprüche ihre Forderungen jetzt herabgestimmt; sie würden gewiß sämmtlich gern damit zufrieden sein, wenn die ganze Provinz in den deutschen Bund aufgenommen würde, um nur die gesuchte Reorganisation zu verhüten. [illegible] und es scheint

soll, als wolle man zunächst abwarten, welchen Gang die Angelegenheiten in Frankfurt nehmen werden. Auch drängt die Sache bei uns nicht und und kann immerhin so lange vertagt werden, bis wir über die allgemeine deutsche, und in specie über die künftige preußische Verfassung im Klaren sind. Die Deutschen sind hier einmal zum Selbstbewußtsein gekommen, und darum ist und wird die Stadt Posen sammt dem größern Theil der Provinz, alles Gescheiten der Polen ungeachtet, für die Zukunft deutsch bleiben. (Fr.-O.-P.-A.-Z.)

Italien. 4. Juli. Gestern traf eine aus etwa vierzig Mann bestehende Abtheilung des v. d. Tann'schen Freikorps auf dem Weg nach der Heimat, jedoch ohne Waffen hier ein. In Neuwied waren diese Leute auf Anordnung des hiesigen Oberpräsidiums angehalten und ihnen die Weiterreise mit der Eisenbahn wachen. Obschon viele derselben schon seit 4—5 Jahren aus dem stehenden Heere entlassen waren, und nun Frau und Kinder zurücklassen mußten, folgten sie doch willig dem Ruf zu den Fahnen. (Fr.-O.-P.-A.-Z.)

Zu Italien war man wegen der am 3. vorgenommenen Verhaftung des Dr. Gottschalk und des Lieutenants a. D. Anneke nicht ohne Besorgniß vor abendlichen Unruhen, gegen welche man auch bereits die nöthigen Vorkehrungen getroffen hatte. Indessen ist am Nachmittag des genannten Tages ein Anschlag veröffentlicht worden, in welchem der stellvertretende Vorsitzer des Arbeitervereins die Arbeiter ermahnt, sich durch obige Maßregel nicht zu Gewaltschritten verleiten zu lassen.

Oesterreichische Monarchie.

Temesvar, 27. Juni. Die Südslaven haben sich in drei Haufen getheilt, der eine bei Carlowitz, der zweite an den Römerschanzen zwischen Donau und Theiß, der dritte bei Perlasz gegen Groß-Becskerek hin. Ihnen gegenüber stehen ungarische Truppen und Nationalgarden, sumawische Sensenmänner, jazygische Reiter, Szekler ꝛc. Bald dürfte von einem Zusammenstoß der beiden Parteien, zusamm etwa 6-8000 M. verneumen werden. — Nach Briefen, welchen die „Allgem. Zeitung" aus Temesvar vom 29. Juni erhielt, hatten sich die Aufständischen ohne Angriff nach Alibunar zurückgezogen. Man fürchtet dort sehr die Einmischung Rußlands, wenn auch die dortigen Slaven der russischen Herrschaft todtfeind sind, indem ihre Führer mit Gewißheit die russische Hilfe anrufen werden. — (In unserer heutigen Beilage werden wir auf die Vorgänge im Banat weitläufiger zurückkommen.)

Schweiz.

Zürich, 2. Juli. Die Urkantone verharren in ihrer Opposition gegen den neuen Bund und werden darin, wenn auch indirekt, durch die äußerste Linke der Radikalen, Stämpfli ꝛc., bestärkt. Mit Heftigkeit suchten diese im großen Rathe zu Bern es zu verhindern, daß derselbe sich in 14 Tagen, am 17., wieder versammle, um den neuen Bund zu berathen. Die Weigerung wollte glücklicher Weise die wichtige Sache nicht auf die lange Bank schieben, sondern, wie es der Wunsch Berns angemessen ist, darin Ton angeben. In Zürich waltet ganz die gleiche Ansicht und ebenso in Waadt und Aargau. Sind die großen Kantone einig, so müssen die kleinen nachfolgen. — In Aarau wurde am 30. Juni, Nachmittags, Heinrich Zschokke feierlich zur Erde bestattet. Den langen Leichenzug eröffneten die Schüler der Sonntagsschule, an deren Gründung und Erhaltung der Verewigte einen großen Antheil hatte. Darauf folgten, unmittelbar vor dem Sarge, die Lehrer und Zöglinge der Taubstummen-Anstalt, welcher Zschokke als Vorstand der Direktion bis zu seinen letzten Tagen alle Sorge und Aufmerksamkeit gewidmet hatte. Der Sarg selbst wurde von acht ehrenwerthen Bürgern getragen, vier jüngere Bürger hielten die Zipfel des Leichentuches. Es war nach dem Wunsche des Verstorbenen mit einem von weißen Blumen durchzogenen Lorbeerkranz geschmückt, der er im Jahre 1825 in einem Kreise vertrauter Freunde in Frankfurt a. M. erhalten hatte. Dem Sarge folgten die Söhne und Enkel des Verewigten, seine Verwandten und nächsten Freunde, dann die Abordnung des großen Rathes, der Regierungsrath, das Obergericht, der Gemeinderath von Aarau, die Kulturgesellschaft, der Forstverein, Lehrer und Schüler der Kantonsschule und eine sehr große Zahl von Männern aller Kreise von nah und fern. Am Grabe sangen die Schüler ein Lied, worauf ein von kundiger und nahe befreundeter Hand verfaßter Lebensabriß vorgetragen wurde. (Schw. Mtr.)

Großbritannien.

† London, 3. Juli. Noch ist nichts entschieden über die Reise der Königin nach Irland. — Zwischen den Vereinigten Staaten und der Republik Neugranada ist ein Vertrag abgeschlossen worden, kraft dessen die Vereinigten Staaten ein Durchzugsrecht durch die Landenge von Panama erhalten. — Der Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko ist ratifizirt worden, und die amerikanischen Truppen beginnen das mexikanische Gebiet zu räumen.

Frankreich.

** Paris, 4. Juli. Das „Journal des Debats" fordert heute die Regierung in sehr bestimmtem Tone zu einer Erklärung auf über die Thatsache, daß zwei Offiziere des Generalstabs der Alpenarmee ganz unvermuthet im Hauptquartier des Königs Karl Albert zu Valeggio erschienen waren, und ihm den unverzüglichen Beistand der französischen Armee angeboten hatten. Es verlangt Aufschluß darüber im Interesse des Friedens, den die mermissche Mehrheit Frankreichs wolle. (Wir werden in unserer Beilage den Artikel der „Debats" vollständig mittheilen.) — Heute ist die Nationalgarde von Besançon hier eingetroffen und von der Nationalversammlung empfangen worden. Der Belagerungsstand soll dem Vernehmen nach am 6. d. M. Abends nach den Leichenfeierlichkeiten aufgehoben werden. — General Bedeau der anfangs den Posten eines Ministers des Auswärtigen angeschlagen hatte, soll denselben aber auf vielfaches Zureden heute dennoch angenommen haben. Nach einem Journal aus Bordeaux vom 2. d. M. wäre in Bayonne (Spanien) ein karlistischer Aufstand ausgebrochen, an dessen Spitze Cabrera stehen soll. — Alle Kurse sind auch heute an der Börse gestiegen. (Siehe Börsenberichte.)

Donaufürstenthümer.

Die „Allgemeine Zeitung" berichtet aus Klausenburg vom 27. Juni: In Bukarest ist die Revolution ausgebrochen. Fürst Bibesko wurde auf einer Spazierfahrt von drei Bojaren meuchlings angefallen, indem dieselben zu gleicher Zeit auf ihn feuerten, ohne aber ihn zu verwunden. Eine Kanonade folgte eine Epaulette des Fürsten. In der Stadt brach in Folge dessen der Aufstand aus. Auf die Nachricht davon rückten russische und türkische Truppen ein. Auch die Cholera wüthet in Bukarest.

Offizielle Nachrichten aus Bukarest, welche am 3. Juli in Wien eintrafen, melden gleichfalls den Ausbruch des Aufstandes, welchem sich der Fürst Bibesko angeschlossen hat, und der die Erlangung größerer Freiheiten unter einer neuen Verfassung und die Abberufung zum fremden Einflusse, sodann mit Anerkennung türkischer Oberherrlichkeit, zum Zweck hatte. General Duhamel, außerordentlicher Kommissär Rußlands, verließ hierauf Bukarest und veranlaßte den Einmarsch der 20 Leopa an Pruth, konzentrirten russischen Truppen, circa 25,000 Mann Infanterie und Kavallerie, über die moldauische Grenze. Auch Talat Effendi, der in Jassy befindliche türkische Kommissär, hat von seiner Regierung den Einmarsch türkischer Truppen schleunigst veranlaßt.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 6. Juli. Bayer. 3½ proz. Obligationen 72 G. Bankaktien 11. Sem. 526 G. — Würtemberg. 4proz. Obligationen 86 G. — Bad. 35 fl.-Loose 25 G.

Breslau, 4. Juli. (Wollmarkt. Vierter Marktag. Abends.) Der Verkauf ging auch heute sehr gut, und es ist das ganze zu Markt gebrachte Quantum größtentheils zu den gestern mitgetheilten Preisen verkauft. Es sind heute neue Zufuhren eingetroffen und weitere Partien sind angemeldet. (Schw. Mtr.)

Berlin 4 Juli. Eisenbahnaktien und Zonds behaupteten auch heute ihre steigende Tendenz, und erhoben bei mäßigem Umsatz mitunter eine wesentliche Koursverbesserung. Staatsschuldscheine und Bankanweise ebenfalls höher bezahlt. Staatsschuldscheine 71½ p., 70½ G. Seeh. Präm. Sch. 85½ p., 84½ G. Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt A. 80 bz. Berl.-Hamb. 57½ G. Berl.-Stettin-Stargarder 78½ p., 79 bz. und G. excl. Div. Halle-Thüringer 45½ G. Köln-Minden 67½ p., ½ bz. Köln-Aachen 47 p. Niederschles. Märk. 64½ bz. und p. Oberschles. A. 74½ G. 75 bz. u. 74½ G. 75 p. Real.-Oberschles. 30 G. Quittungsbogen: Berl.-Anh. B. 76 bz. Stargard-Posen 57½ G. 58 bz. Magd.-Wittenberg 40 G. 70½ 39 G. Prioritätsaktien: Berl.-Hamb. 85 G. Berl.-Potsd.-Magdeb. —. Halle-Thüring. 74 G. Köln-Minden 84 bz. und G. Rh. Stamm-Prior. 55 bz. und G. Niederschl.-Märk. 75½ G. Nordb. Oberberg 85½ G. Stettin-Szymnicker —.

London, 3. Juli. Konsols 95¾, ⅞ nach Abnahme des Coupon. — Span. Akt. 12, 3proz. 21¾. Pass. 3½. — Portug. 4proz. 18. — Holl. 4proz. 67, 2½ proz. 43¾.

Paris, 4. Juli. 5proz. 48.—, 4proz. —, 3proz. 75.50. Schapsch. 7⅛. 6. Bankaktien 1450. Compt. von Alger —. Belg. Spr. 70¼, 4 proz. 60. Belg. Bank —. Neap. Spr. 72.50. Röm. 60. Piem. —. Berl. 4.-8. rechte 122.50, linke 98.75. Paris-Orleans 620.—. Rouen 422.50. Lyon 311.25. Straßburg 357.50. Nordbahn 364.25. Marf.-Avignon 227.30. Straßb.-Basel 87.50 Ord.-Bordeaux 398.75. Tours-Nantes 341.25.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Deutschland.

Erzherzog Johann hat die Wahl zum Reichsverweser angenommen. *)

München, 8. Juli, Morgens 9½ Uhr. Eben verkündet der Donner der Kanonen und allgemeines Glockengeläute die für unser großes deutsches Gesammtvaterland so hochwichtige Kunde, daß Erzherzog Johann von Oesterreich die auf ihn gefallene Wahl zum deutschen Reichsverweser angenommen hat. Vom Ständehause weht die große Flagge in den deutschen Nationalfarben und der Jubel ist allgemein. Wir beeilen uns, den folgenden Bericht aus Wien vom 5., der das Nähere enthält, augenblicklich unsren geehrten Lesern, wie dem gesammten Publikum zur Kenntniß zu bringen.

* Wien, 5. Juli. Die Deputation der deutschen Nationalversammlung, welche dem Erzherzoge Johann die Kunde von seiner Erwählung zum Reichsverweser überbringt, ist gestern Nachmittag hier eingetroffen. In Nußdorf, dem Landungsplatze der Dampfschiffe, von zwei Ministern empfangen und von Hofequipagen erwartet, hielt sie unter Begleitung des Gemeinde- und des Sicherheits-Ausschusses, der Nationalgarde zu Fuß und zu Pferd und gefolgt von einer langen Reihe von Wagen ihren Einzug in die Stadt. Nachdem die Deputation mehrere Straßen durchfahren hatte, stieg sie in dem dem Banquier Lebesco gehörigen Hause ab, wo von dem Eigenthümer eine Wohnung für sie in Bereitschaft gesetzt war. Heute wurde die Deputation vom Erzherzog Johann empfangen. Sie wurde in vier zweispännigen Gallahofwägen und unter dem Geläute der Glocken abgeholt. Den Zug eröffnete eine Abtheilung reitender Nationalgarde; ihr folgte der Gemeinde- und der Sicherheits-Ausschuß, eine Abtheilung Nationalgarde zu Fuß, Militärmusik und fliegende Fahnen an der Spitze, dann die Deputation selbst in den zu ihrer Verfügung gestellten Hofwägen, worauf wieder eine Abtheilung reitender Nationalgarde folgte, die den Schluß machte. Die Nationalgarde bildete die Hecke. Ueberall wurde die Deputation mit dem lebhaftesten Zurufe begrüßt. In der Burg angekommen, ward sie unter Vorausschreiten von Herolden und unter Begleitung von Hoschargen, Generalen und Stabsoffizieren in den Empfangssaal geführt, woselbst der Herr Erzherzog sie erwartete. Frhr. v. Andrian hielt eine Anrede an den edlen Prinzen, worauf Naveaur den Wahlakt vorlas und überreichte, und nachdem der Abg. Hecscher ebenfalls ausgezeichnet gesprochen hatte, verlas Se. kais. Hoheit Seine Annahme-Erklärung, dieselbe mit einigen herzlichen und patriotischen Worten an die Deputation begleitend. Nach diesem hochwichtigen Akt wurden auf ein gegebenes Zeichen die auf den Basteien aufgestellten Kanonen gelöst und alle Glocken geläutet. Die auf dem Burghof zahlreich versammelte Menge brachte dem Erzherzog Reichsverweser wiederholt ein stürmisches Hoch, worauf der Prinz auf den Balkon trat und einige Worte zu dem versammelten Volke sprach. Die bei dem Empfange gegenwärtigen Personen statteten dem Herrn Reichsverweser ihre Glückwünsche ab, womit der in der deutschen Geschichte einzig dastehende Akt schloß.

*) Die vorstehende Nachricht haben wir unsern verehrlichen Abonnenten in München selbst schon in einer außerordentlichen Beilage dieses Vormittag mitgetheilt.

Bayern. — † München, 8. Juli. Hr. Klein ist dahier als Geschäftsträger der französischen Republik beglaubigt worden, und hat diesen Morgen dem kgl. Staatsminister des Auswärtigen in offizieller Weise sein Beglaubigungsschreiben überreicht. — Die Nachricht der Allg. Ztg. von dem Vorrücken eines russischen Truppencorps über die moldauische Grenze, mitgetheilt in einem Berichte aus Klausenburg vom 27. Juni, erweist sich nach neueren Berichten der österreichischen Agenten aus Jassy vom 28. Juni als vorreilig.

Oesterreich.

= Innsbruck, 6. Juli. — Meinem letzten Berichte über das bei Dolce und Brentino vorgefallene Vorpostengefecht lasse ich das Hauptsächlichste aus einem Berichte des F.M. Radetzky nachfolgen. Den 1. d.M. machten die Piemontesen einen vergeblichen Versuch am rechten Etschufer von Rivoli aus, im Thale gegen Brentino vorzudringen und zugleich von der Madonna della Corona in der Gebirgsschlucht und auf der steilen Lehne herabzustreigen. Von Rivoli rückte eine feindliche Kolonne von mehr als 2 Bataillonen mit 4 Geschützen und ungefähr einer halben Eskadron Kavallerie nach Mitternacht über Ancanale vor, erschien gegen 4 Uhr Morgens in der Höhe von Dolce und ward daselbst von unsern in diesem Orte und bei Cerebello am linken Etschufer stehenden, nur mit zwei Kanonen versehenen Vorposten aufgehalten, und nach einer stündigen Kanonade wieder zum Rückzuge auf dem rechten Ufer gezwungen. Von der Höhe der Madonna della Corona stiegen 2 Züge in der Schlucht und auf der unweglamen steilen Lehne herab und wurden von den in Brentino und Preabocco aufgestellten Abtheilungen vom Reg. Kaiserjäger und zweien Banat, dann von Erzherzog Ludwig muthig zurückgeschlagen. Durch die herabgerollten Steinblöcken wurde und eine Kanone unbrauchbar beschädigt. Auch verloren die obigen Truppen, welche im muthigen und tapfern Benehmen wetteiferten, 1 Mann und hatten 7 Verwundete. Der im Thale am rechten Ufer vorgerückten feindlichen Kolonne wurde von unserer bei Cerebello am linken Ufer aufgestellten Artillerie gleich mit dem zweiten Schusse eine Kanone demontirt, und ein bedeutender Verlust an Mannschaft beigebracht. Man sah 4 Wägen mit Verwundeten nach Rivoli zurückfahren. Der Feind machte mit seinen Geschützen über 300 Schuß auf Dolce und Cerebello, ohne daß es ihm gelungen wäre, uns auch nur einen Mann zu tödten oder zu verwunden, was offenbar nebst der zweckmäßigen Aufstellung der Truppen durch den Divisionskommandanten Hauptmann Nowey von G.H. Baden einem glücklichen Zufalle zugeschrieben werden muß, da zwei feindliche Kugeln eine unserer Kanonen trafen, ohne

sie jedoch zu demontiren, und überhaupt alle Kugeln gut abgeschossen waren. — Schließlich werden noch die Officiere und Soldaten, welche sich besonders auszeichneten, rühmlichst erwähnt. Die Einschiffung Benedigs von Seiten unserer Armee nimmt, wie man aus einem Berichte des F.M.L. Welden vom 30. ersieht, den nachtheiligsten Fortgang. In Ponte Lungo wurden viele Schiffe mit Munition weggenommen, welche für Venedig bestimmt waren. Am 25. besetzte General Safan das Fort Cavanella an der Esch, welches nicht allein die Mündung dieses Flusses, sondern auch die Kommunikation durch den Kanal Lorco nach Chioggia beherrscht. Letzteres wie Venedig ist durch diese Besetzung des Trinkwassers beraubt und beide müssen sich nothdürftig mit dem Wasser der artesischen Brunnen behelfen, welches sehr schlecht ist; auch die einzige Eisgrube, welche Venedig mit dem so unentbehrlichen Eise versieht, fiel dadurch in unsere Hände. Durch das Vorrücken der Streifkorps bis Adria und Cavanella am Po wurden auch hier die Zufuhren nach Venedig abgeschnitten, — häufige Auswanderer aus Venedig ergählen, daß die Besatzung der Stadt 24,000 M. stark ist, Malghera hat 1800 Mann Besatzung, 60 Kanonen und kann nur durch eine regulare Belagerung genommen werden, weil die Gebäude bombenfest sind. Brandalo mit 1000 Neapolitanern und 40 Geschützen ist völlig sturmfrei. Tre porti, Burano, Mazzarbo sind schwächer besetzt und nur auf dieser Seite wäre ein Angriff auf Venedig denkbar. — Die starke Garnison Venedigs, unterstützt durch eine angeborne Artillerie, gibt übrigens wenig Hoffnung, den letzten Sitz der Revolution in den venezianischen Provinzen zu erobern, während aber andererseits auch ihre Ansicht die Verlegenheit in der Verpflegung vermehrt.

Aus Innsbruck selbst wenig Neues. Gestern war großer Zudrang zur Feier der Erwählung des Erzherzog Johann zum deutschen Reichsverweser; auch sind die Kaiserjäger und Schwazer Schützenkompagnien auf ihrem Heimzuge aus Südtyrol hier eingetroffen.

Berichtigung. In unserer gestrigen Beilage im Art. München, Seite 1, Spalte 1, letzte Zeile unten, ist statt der Worte „unserer Fabrikanten" zu lesen „mehrere Fabrikanten" dan in Artikel Madrid in der vorletzten Zeile unter Seite 2, Spalte 2, „Gericht" statt „Gericht."

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 7. Juli. Oester. 5proz Metall. 70 ¼, 4proz. 58. 3proz. 27, proz. 35⅞. — Bankakien 1233. 49 — 500 fl.-Loose 112¾. 250 fl.-Loose 77. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 88 P. — G. Staatsschuldtscheine 3½proz. 73. — — Bayer. 3½proz. 84. — — Ludwigsbergbah. 61¼. — — Württemberg. 3½proz. 73. — 4½proz. 94. — Baden. 3½proz. 76¾. — Loto-Aktien 50. 46. — 35 fl.-Loose 27. — — Darmstadt. 3½proz. 72. 4proz. 86. — Loto-Anlehen von 50 fl. 60¾. — 25 fl.-Loose 20½. — — Kurhessen. Kriegs-Anl.-Nordb. 36¾. 40 Thlr.-Loose 26. — Nassau. 3½proz. 80. 25 fl.-Loose 21 — Frankf. 3proz. 82½. 3½proz 95 ½. 89¼. — Taunusbahn 283. — — Holland. Integr. 46¾. — Span. 3proz. innere Schuld 18¾. — — Port. 300 fl.-Loose 84. 500 fl.-Loose 64. — — Sarde. 36 fl.-Loose 25 Thlr. —

Augsburg, 8. Juli. Bayer. 3½proz. Obligationen 72 G. Bankaktien 81. Sem. 526 G. — Würtemberg. 4proz. Obligationen 86 G. — Bad. 35 fl.-Loose 23 B.

London, 3. Juli. Konsols 85¾, ⅞, nach Abnahme des Coupon. — Span. Akt. 12. 3proz. 21 ⅞. Pass. 3⅛. — Portug. 4proz. 18. — Holl. 4proz. 67, 2½proz. 43¼.

Paris, 4. Juli. 5proz. 48.—, 4proz. —, 3proz. 75.50. Schapsch. 7⅝. 6. Bankaktien 1450. Compt. von Algier — Belg. 5proz. 70⅞, 4½proz. 60. Belg. Bank — Neap. 5proz. 72 50. — Piem. — Pers. E.-B. rechte 122.50, linke 98.75. paris-Orleans 620.—. Rouen 422.50. lyon 311.25. Strasburg 357.50. Nordbahn 361.25. Mars.-Avignon 227.30. Straßb.-Basel 87.50 Ost.-Vereeur 398.75. Tours-Nantes 341.25.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Samstag, 8. Juli: „Scheidestunde", Schauspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer. (Dr. Rödert: Scheidestund.)

Fremdenanzeige.

Gebr. Hirsch. p. Rothschild, von Frankfurt. Julg, Rentier von Frankfurt. Jos, Geistlicher von London.

Gebr. Hahn. Schmid, Kooperator von Traunmanstein. Gesch. Regimentskarz von Augsburg. te la Pet, Rentier von Metz.

Gestorbene in München.

Theres Hatenleiter, königl. Landrichterswittwe von Werdenfels, 74 J. a. Ursula Eisenschmid, Gärtnerstochter, 63 J. a. Johann Hey, Taglöhner im k. Brüderiegiment Prinz Luitpold, gebürtig von Fortighan, 22 J. a.

Bekanntmachung.

4. (3b) Die Administration der bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank bringt in Gemäßheit des §. 40 der Bankstatuten hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß von der durch Rechnungsabschluß vom 1. Semester laufenden Jahres sich ergebenden Erträgnissen, nach Abzug eines namhaften Ueberschusses ins fl. Semester als Dividende und Superdividende:

fl. 11. 30 fr. auf jede Bankaktie
fl. 2. 10 fr. auf jede Aktien-Promesse

gegen die entsprechenden Coupons bei den Bankkassen in München und Augsburg vom 1. Juli an erhoben werden können.

München, den 30. Juni 1848.

Fr. Jos. Riezler,
Direktor.

Bekanntmachung.

15. (3a) Mittwoch den 2. August l. Js. Vormittags von 9 bis 12 Uhr wird bei der unterzeichneten Administration (Ludwigsstraße im neuen Domenstiftgebäude) eine bedeutende Quantität abgewürdigter Bettlagsartikel als Matratzen partienweise an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung öffentlich verkleigert, wozu Kaufslustige eingeladen werden.

Bemerkt wird, daß sich unter denselben mehrere Artikel befinden, welche für Antiquare noch einigen Werth haben dürften.

München, 7. Juli 1848.

Königl. Administration des Zentral-Schulbücher-Verlags.
Der Vorstand deutlandt.
Müller, Kontroleur.

In die Stelle der „Münchner politischen Zeitung" ist vom 1. Juli d. Js. an, unter Mitwirkung anerkannt tüchtiger Publizisten, ein in Wesen und Form neues Blatt getreten, unter dem Namen:

Neue Münchener Zeitung.

Die Tendenz des Blattes ist streng konstitutionell-monarchisch. Das Nähere darüber ist aus dem Probeblatt und den bereits erschienenen Nummern zu ersehen. Wir bemerken nur noch, daß die „Neue Münchener Zeitung" in den Stand gesetzt ist, alle Amtsverleihungen, Beförderungen und sonstigen Veränderungen in den Stellen in Bayern gereit zu bringen. Das Hauptblatt will den neuesten durch dieste Korrespondenz und durch die Blätter einflußreichen Nachrichten und Börsenkurse aus dem Norden und Westen Europas erscheint hier in München des Morgens 8 Uhr, die Beilagen, so oft solche nöthig, mit den neuesten Nachrichten aus dem Osten und Süden, werden hier Nachmittags 3 Uhr ausgegeben, und eben so geschieht die Versendung durch die von hier abgehenden Morgen- und Abend-Posten.

Der Preis des Jahresabonnements beträgt für das ganze Königreich Bayern 6 fl. — Auslaufungen und Bekanntmachungen jeder Art werden aufgenommen und zu 4 kr. für den Raum der gespaltenen Petitzeile berechnet.

Auswärtige belieben ihre Bestellungen bei dem ihnen nächst gelegenen Postamte zu machen.

Wir laden hiemit zu zahlreichem Abonnement ein.

München, 7. Juli 1848.

Die Expedition der „Neuen Münchener Zeitung."
(Promenadeplatz Nro. 14 nebst der Apotheke.)

Bekanntmachung.

9. (2b) Auf Anbringen eines Hypothekgläubigers werden die Realitäten des Joseph und Barbara Obermayer'schen Pfilzbauern-Gelenke dahier, bestehend

1) in einem Hause in der Mitte der Anstadt unter den Nrn. 366 Hausnummer 297 sammt Pertinenzien und Stallung.
2) der neben Bierbrauereigerechtsame, und
3) den 2 Wiesen Plannummer 1605 zu 2 Tagw. 7 Dez., und Plannummer 1605½ zu 2 Tagw. 7 Dez.

nach §. 64 des Hypothekengesetzes, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98—101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837, dem gerichtlichen Verkaufe unterstellt und ihr Versteigerungstagsatzer auf

Samstag den 12. August 1848

Vormittags 10 Uhr

im Zimmer Nro. 34 des unterfertigten Gerichts anberaumt.

Dem etwaigen Realitäten sind gerichtlich auf 12,72? fl. geschätzt, und mit 12,966 fl. 1', kr. Hypothekschulden belastet.

Dem Gerichte unbekannte Steigerer haben sich über ihre Zahlungsfähigkeit durch legale Zeugnisse auszuweisen.

Am 23. Juni 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht Landshut.
Der königl. Direktor:
Leiendecker.
v Balla.

Abonnements-Einladung.

14. Mit dem 1. Juli l. Js. hat ein neues Abonnement auf die täglich Nachmittags 2 Uhr erscheinende

„Neue Würzburger Zeitung"

und das ihr wöchentlich dreimal gratis beigegebene Unterhaltungsblatt **„Memosyne"** begonnen.

Abonnementspreis für ganz Bayern vierteljährlich fl. 2. Die geographische Lage Würzburgs verleiht der „Würzburger Zeitung" den außerordentlichen Vorzug vor allen übrigen bayerischen Blättern, daß wir die interessanten Nachrichten der westlichen Posten und besonders die Parlamente-Verhandlungen, für welche wir in Frankfurt außer unsern gewöhnlichen dortigen Correspondenten, noch einen eigenen Berichterstatter haben, früher zu bringen in den Stand gesetzt sind.

Die Insertionsgebühren betragen 4 kr. für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum.

Würzburg, im Juli 1848.

Die Expedition.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 9.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Vierteljährig 3 fl. Monatspränumerando 1 fl. 36 kr.

Sonntag den 9. Juli 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 18. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Deutsche Reichsversammlung.

In der 32. Sitzung deutscher Nationalversammlung vom 6. Juli theilte der Vorsitzende v. Gagern mit, daß nach einem Schreiben des Hannover'schen Konsuls zu Malta die dort wohnenden Deutschen den Betrag von 150 fl. für den Flottenbau an ein hiesiges Handlungshaus übermittelt haben. In der Diskussion über §. 2. des Art. 1. des Entwurfs der Grundrechte nahm zuerst Hildebrand als Berichterstatter des volkswirthschaftlichen Ausschusses das Wort zur Begründung des Verwerfungs-Antrages des gedachten Ausschusses. (Mitgetheilt in Nr. 6. der „neuen Münchener-Zeitung".) Die bestehenden verschiedenen Gewerbssysteme sind bei ihrer prinzipiellen Verschiedenheit nicht auszugleichen, während dieß der Verfassungs-Ausschuß voraussetzt. Es muß ein Gewerbsgesetz für ganz Deutschland gegeben werden. Hermann von München vertheidigt den Minoritätsantrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses.*) Es fragt sich, ob von Reichswegen ein bestimmtes allgemeines Gesetz gegeben, oder ob unter Anbeutung der Grundsätze den einzelnen Staaten die Ausführung überlassen werden soll. Es kann mit Billigkeit nur verlangt werden, daß die in einen Staat Eintretenden behandelt werden, wie die bisherigen Angehörigen. Ob Aenderungen in den einzelnen Griegen stattfinden sollen, ist dem Volk zu überlassen. Sollen sie aber stattfinden (bei Umbildung), so soll auf gleichmäßige Grundsätze geachtet werden. Die sofortige Durchführung gleicher Grundsätze würde zu Beschwerden führen. Eisenstuck vertheidigt das zweite Minderheitsgutachten.**) Wenn man vom Grundsatze des Vorredners ausgeht und es den einzelnen Staaten überlassen will, so bedarf es hier gar keiner Berathung. Gegen alle Bestimmungen werden sich einzelne Interessen erheben, welche dem Allgemeinen weichen werden müssen. Mit dem Grundsatz der Freizügigkeit, den der Antrag aufstellt, ist auch das Recht zur Thätigkeit am engeren Gemeinde- und Bürgerrechte, sowie am Gemeindevermögen identisirt. Wesnee von Koblenz vertheidigt, daß jeder in Deutschland von ausländischen Eltern Geborene sich in einem deutschen Staate niederlassen könne und dadurch das allgemeine Staatsbürgerrecht sich erwerbe. Ebenso soll jeder im Auslande von deutschen Eltern Geborene als Deutscher gelten. Die Ausländerin, welche einen Deutschen heirathet, wird Deutsche. Wer wegen Verbrechen zum Verlust der politischen Rechte in einem Einzelstaat verurtheilt wird, verliert, vorbehaltlich der Berufung an das Reichsgericht, die politischen Rechte im Gesammtstaat. Alle gesetzlichen Bestimmungen in einzelnen Staaten, wodurch die Staatsangehörigen anderer deutschen Staaten als Ausländer behandelt werden, sind aufgehoben. Tellkampf entwickelt ein eigenes Amendement, welches für jeden Deutschen Gleichberechtigung in der Erwerbung von Grundeigenthum, des Betriebs von Gewerben, in der Gewinnung des Gemeindebürgerrechts ꝛc. mit den Angehörigen des betreffenden Staates verlangt. Sobald vollständige Freizügigkeit eingeführt ist, übernimmt ein Verein von Gemeinden und schließlich der Staat die Verpflichtung zur Unterstützung der Armen. Der Redner weist auf ähnliche Bestimmungen in England, sowie darauf hin, daß z. B. durch Eisenbahnen der Verkehr an die Knoten- und End-Punkte sich zieht, und den ärmern Einwohnern der an Verkehr abnehmende Zuschauerkreis gestattet sein muß, dem Verkehr nachzuziehen. Klaußinger macht darauf aufmerksam, daß bei den verschiedenen Verhältnissen dermalen noch kein allgemeines Reichsgesetz erlassen werden kann. Der Neunzehnerhof soll bisherigen Bedingungen haben, wie der schon Angehörige. Den Beschränken, welche wegen ungenügender Erwerbsfähigkeit sich Niederlassung in der Gemeinde verweigert werden dürfen. Eisenmann ist gegen unbedingte Gewerbefreiheit. Jeder Deutsche hat das Recht, überall das zu treiben, was er gelernt hat. Das Erlassen einer Gemeindeordnung bleibt vorbehalten. Kraus entwickelt ein Amendement, nach welchem die zu einer allgemeinen Gesetzgebung der Staatsmacht beibehalten werden soll. Außerdem wurden die Angehörigen der Staaten, welche freisinnigere Gesetze haben, gegen die andern in einem nicht zu rechtfertigenden Nachtheil sich befinden. Der Unterschied hört auf, wenn die andern Staaten ebenso freisinnige Gesetze geben. Eine unbedingte Aufnahme in die Gemeinden, zur Theilnahme an den Nutzungen darf nicht stattfinden, sonst würden die Gemeinden am Ende selbst nichts mehr haben. Gulden verlangt in einem Amendement, daß ein allgemeines Reichsgesetz, wie es der Entwurf des Verfassungsausschusses erwähnt, demnächst erlassen werden sollte. Gravell stellt einen ähnlichen Antrag. Trüpschler verlangt: Jeder deutsche Staatsbürger hat das Recht, an jedem Orte eines deutschen Staates Aufenthalt zu nehmen und sich niederzulassen. Durch die Niederlassung erlangt er alle Rechte eines Gemeindeglieds. Nur in Betreff der Theilnahme an dem Gemeindevermögen und des Ausmaßes auf Armenversorgung unterliegt er bis zum Erlaß einer allgemeinen Gemeindeordnung dem bestehenden Gesetze. (Ruf nach Schluß.) Der Präsident zeigt an, daß von Zachariä aus Heidelberg noch ein ausführliches Amendement und ein noch ausführlicheres von Cropp aus Oldenburg übergeben worden. (Unruhe in der Versammlung.) Der Präsident erwähnt ferner eines Antrags von Schüffel, jedem Redner bei Wichtigkeit der vorzüglich die Antworten betreffenden Sache das Wort zu gestatten. Venedey dagegen verlangt, daß ein Amendement künftige ihn überhaupt nun zur Verhandlung zugelassen werde, wenn es bei der Eindringung von 20 Mitgliedern unterstützt sei. Wesendonk beantragt den Vorschlag auf die Debatte über die Grundrechte. Wenn nach drei bisherigen Maßnahmen fortverhandelt wird, sind mindestens 24 Wochen erforderlich. Der Präsident zeigt an, daß die Nothwendigkeit, sich zu beschränken, den Einzelnen durch die bisherige Erfahrung von selbst gezeigt worden sei. Eine ausdrückliche Beschränkung sei so wichtigen Gegenständen ist nicht räthlich. Nachdem noch mehrere Redner für und gegen gesprochen und Gladbach berechnet hatte, die doppelte Berathung und Beschlußnahme in der bisherigen Weise über 90 Wochen dauern würde, schritt die Versammlung zur Abstimmung über den Waitz'schen Antrag, welcher Venedey begründeten wurde. Er wurde abgelehnt und die Diskussion über §. 2 fortgesetzt. (Schluß folgt.)

(Fr. O. P. A. Z.)

*) Dieser lautet: Jeder Angehörige eines deutschen Staates ist befugt, in jedem andern deutschen Staate unter denselben gesetzlichen Bestimmungen wie die Angehörigen dieses Staates sich aufzuhalten, ansässig zu machen, Liegenschaften zu erwerben, über sie zu verfügen, Gewerbe und Handel zu treiben. Nichtangehörigen des Staates werden in Bezug auf Erwerb von Grund und Boden, und Verfügung über denselben, den einheimischen Rechtspersonen gleich geachtet. Die Reichsgewalt hat darauf zu halten, daß bei Umbildung der Gesetze über Erwerb von Grund und Boden, und Verfügung darüber keine Ausschließungen zum Gewerbswesen, in allen einzelnen Staaten gleichmäßige Grundsätze durchgeführt werden. (Hermann, Gravell, Stahl, Droge, Stahl, Droeg, Rösler, Sprengel, Zallasi, Breuning, Hindrel, Maret.)

**) Dieses lautet: 1) Jeder Deutsche hat das Recht, in jedem deutschen Staate und in jedem deutschen Orte seinen Wohnsitz zu nehmen und Grundstücke zu erwerben. 2) Jeder Deutsche ist berechtigt, überall in Deutschland jedes Gewerbe zu treiben, sobald er die, in einer alsdann zu erlassenden allgemeinen deutschen Gewerbeordnung bestimmten Bedingungen erfüllt. (Eisenstuck, Hübenbrank, Schimmelfeder.)

Umschwung in der öffentlichen Stimmung Deutschlands.

**Von allen Seiten kommt und bereits die betrübendste Nachricht zu, wie die weit überwiegende Mehrheit der Bürger der ewigen Mißvergnügten endlich herzlich satt ist, und wie die Demagogen überall anfangen, Freitauben zu werden, indem sie sehen, daß die Bürger den Lärm satt sind und Regierungen entschlossen sind, ihnen kräftig entgegenzutreten. Die Demokraten zu Stuttgart räumen das Feld, einige sprachen sogar von Abwanderung nach Chile; zu Kassel wird ernstlich gegen die unverschämten Rabenstöre eingeschritten; in Nassau debattiren die Bürger wieder Mut, in Köln hat man zwei Hauptmühler Gottschall und Anneke festgenommen; in Berlin, das in der jüngsten Zeit eine sehr wenig glänzende Rolle in Deutschland gespielt hat, scheint die Morgenröthe besserer Tage anzubrechen, wie dieß entschieden zu Wien bereits der Fall ist. In Trier wird zwar neuerdings für Heckor geworben, wobei man den Leuten, die nach Mainz gehandelt werden, ein Handgeld von 20 Gulden und einen Sold von 24 Kreuzern täglich verspricht; und von Boden aus finden noch immer eifrige Mühlsteiten sanghärtiger Demokraten zu ihren Propheten Hecker nach Muttrzy statt. Sie suchen sich dort wahrscheinlich Herzensstärkung für die unglücklichen Nachrichten, die ihnen täglich für ihre Sache zukommen. Robert Blum, einer der ersten Apostel ihrer Sache, muß es erleben, von der neuesten Stadt, die ihn ins Parlament schickte, wegen seines Verhaltens in Wien wegen seiner republikanischen Umtriebe seines Mandats entlassen zu werden. Wir wollen sehen, ob er mit seinen Grundsätzen sogar*

sequenz in Folge der mit 9681 Unterschriften bedeckten Adresse seiner Leipziger Mitbürger gegen ihn sich veranlaßt sehen wird, diese Grundsätze nun bei sich selbst in Anwendung zu bringen. Robert Blum hatte nemlich seine Uebertheit den Abgeordneten der rechten Seite zugemuthet, sie sollen ihre Entlassung geben, weil sie die Gesinnung der Mehrzahl ihrer Wähler nicht vertreten. Wir können gleiches von Hrn. Titus von Bamberg sagen, der sich sogar bei seiner Wahl ausdrücklich verbindlich gemacht hatte, im konstitutionell-monarchischen Sinne zu handeln, den wir aber bejahungsacht immer auf Seite der entschiedenen Widersacher unserer Sache erblicken. Aber will er etwa abwarten, bis seine Wähler sterben von der Freiheit sich ertönen — wir wissen nicht warum — eingestößt zu haben scheint, sich vollends wieder erwannen und ihm das ertheilte Mandat wieder abfordern? In ganz Bayern hat der Radikalismus niemals sich fest einzunisten vermocht, und der Sinn des Volkes ist zu gesund und klar, als daß es sich durch die trügerischen Vorspiegelungen einiger böswilligen Wühler verblenden ließe. Dem Himmel sei Dank, bei uns steht die Achtung vor dem Gesetze noch in frischem Blühen, und die Regierung, ihrerseits in Uebereinstimmung damit, hat den Willen und die Kraft, die junge Freiheit nicht ersticken zu lassen durch die Ueberstreibungen der einen so wenig als durch die Reaktionsgelüste der andern. Unverrückt das Ziel des wahren Fortschritts im Auge behaltend wird sie sich weder durch Geschrei der einen, noch durch die Ränke der anderen auf der betretenen Bahn beirren lassen, nah sie darf auf diesem Wege, dem einzigen, der zum Wohle des Landes führt, des Beifalls und des Beistandes aller guten Bürger sich gewiß sein. Mit diesen Worten wies der Minister von Sachsen in der jüngsten Zeit mit nur erfreulicher Bereche über die Wiederverhebung des öffentlichen Geistes dort erhalten. Die bittere Erfahrung, die man überall machte von den verderblichen Folgen der ewigen Wühlereien für Kredit, Handel und Verkehr, hat wohl nicht wenig dazu beigetragen zu dem jetzt hervortretenden Umschwunge. Noch ist dieser aber nicht da in dem Maße, wie es sein müßte, um volle Beruhigung zu gewähren; unaufhörlich ist von Gefahr die Rede und immer wieder von Deutschland mit einer Art von Neid zu umfassen. Besonders seit dem Demokratenkongresse zu Frankfurt zeigt sie große Rührigkeit. Ihr Hauptquartier hat sie, wie es scheint, jetzt zu Berlin aufgeschlagen, worthin haben sich ihre Führer begeben, dort scheinen sie den Boden für sich am günstigsten anzusehen, und von dort aus wie von Frankfurt, Trier, Koln, Mannheim, Konstanz u. s. w. ihre Fäden nach allen Seiten hin auszuspinnen zu wollen. Die preußische Hauptstadt und die sächsischen Provinzen zeigtihnen werden zeigt besonders stark von ihnen durchsetzt. Im Altenburgischen hat man den nahmittelten Klassen saft fabelhafte Versprechungen gemacht, wenn sie nur zu der demokratischen Fahne schwören. Die demokratischen Vereine, die auf allen Punkten aufgetaucht sind, erhalten aber jetzt allmälig ein Gegengewicht in den konstitutionell-monarchischen Vereinen, die unter verschiedenen Namen zwar, aber alle mit der gleichen Tendenz, ebenfalls immer zahlreicher und entschiedener hervortreten. Mit Zuversicht begrüßen wir diese Aeußerungen wahren Bürgersinnes, der die Freiheit wahrt, aber auch begreift, daß sie ohne Ordnung weder bestehen noch gedeihen kann. Ein Feld, auf welchem die Radikalen bis jetzt fast ausschließlich sich herumzutummeln und das sie mit großem Geschick und nicht ohne Vortheil anzubauen, waren die Maueranschläge. Die Konstitutionellen fangen nun aber auch da an, sich zu regen, besonders zu Berlin und Frankfurt, um auch auf diese Weise den Einfluß der Radikalen auf das Volk zu brechen. So hat man zu Frankfurt bereits an den oben erwähnten Leipziger Riesenadresse (gegen Robert Blum und die Republik) in besonderm Abdruck öffentlich angeschlagen. Als das Beste aber, was dieser Art daselbst jüngst erschienen ist, darf unstreitig ein Plakat „an das dumme Volk" — so hatte der demokratische Ausschuß neulich das Volk einmal genannt — betrachtet werden. Dasselbe geht eine vortreffliche Beleuchtung des Manifestes der 25 „radikal - demokratischen" Abgeordneten gegen das Gesetz über die Ersatzgrundwahl, und wir glauben unsern Lesern einen wahren Dienst zu erweisen, indem wir ihnen dasselbe vollständig hier mittheilen. Es lautet:

„An das dumme Volk. Die „radikal - demokratische Partei der deutschen konstituirenden Nationalversammlung" hat in dem „Frankfurter Journal" vom 4. Juli einen Aufruf „an das deutsche Volk" erlassen, worin sie über Euch, geliebte Freunde, das dumme Volk, schilt. Nehmt mir es nicht übel, daß ich Euch mit dem rechten Namen nenne: es soll kein Vorwurf sein; Ihr habt vielleicht gar keine Schuld an Eurer Dummheit. Ihr wißt auch wohl gar nicht, daß Ihr dumm seid, und darum will ich Euch ein sicheres Mittel angeben, woran Ihr erkennen mögt, daß sowohl jener Aufruf, wie diese meine Belehrung an Euch gerichtet ist. Wenn Ihr das geglaubt habt, was die radikal - demokratische Partei Euch vorgelogen, dann seid zufrieden, Ihr seid die rechten Leute, die ich meine, zu denen ich mich mit diesen Worten rede, um zu belehren, um die Dummheit gering-er und unschädlich zu machen, während jene Lügner darauf ausgehen, Euch immer dummer zu machen und durch Eure Dummheit Euch in's Verderben zu stürzen. Nun geht einmal Acht! Die Leute sagen Euch, man habe einen unverantwortlichen Reichsverweser gewählt, dadurch sei die Freiheit des Volkes aufgeopfert. Aber sie sagen Euch nicht, daß nach demselben Gesetz, welches den Reichsverweser unverantwortlich nennt, dieser Reichsverweser nichts, gar nichts thun kann zur sich allein, sondern Alles durch einen Minister thun muß, welcher der Nationalversammlung verantwortlich ist. Was heißt das nun anders als: der Minister ist der Arm des Reichsverwesers, und dieser Arm ist gebunden durch den Willen der Nationalversammlung? Nach wessen Willen wird nun regiert? nach dem Willen des Reichsverwesers oder nach dem Willen der Nationalversammlung? Wenn Ihr einen Wagen erhalten wollt, ist es Euch dann nicht genug, wenn der Kutscher in Eurer Gewalt ist? Oder muß Ihr dem Herrn, der neben ihm sitzt, die Hände binden? — Man sagt Euch: der Reichsverweser sei nicht verpflichtet, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen, sondern zu vollziehen." Man hat Euch nicht gesagt, daß der Reichsverweser „die vollziehende Gewalt" hat, daß er gerade nur zum Vollziehen da ist. Der Präsident der Nationalversammlung hat es laut ausgesprochen: „es ist nicht zweifelhaft, daß überhaupt unsere Beschlüsse verkündet und vollzogen werden sollen, eben so wenig, daß es die provisorische Zentralgewalt sein sollte, die sie zu vollziehen haben wird." — So hat man Euch betrogen! Um ganz andere Dinge haben die Leiden gestritten. Die Hauptsache war ihnen, daß der Reichsverweser, wenn er etwas unausführbare fände, dieses nicht bemerken durfe. Was i dem Knecht zuflebt, daß er seinem Herrn vorstellt: „was du mir befohlen, das gehet nicht an, z. B. ich kann die Kuh nicht verkaufen, weil sie diese Nacht kreptrt ist", so viel Recht wollten die Freiheitsmänner dem Reichsverweser nicht zugestehen, und daraum war die Nationalversammlung, wie gewöhnlich, einer anderen Ansicht als sie. — Man hat Euch gesagt: „er ist gehalten, über alles, was er thut, sich vorher mit den Bevollmächtigten der deutschen Regierungen in Einvernehmen zu setzen." Und darüber erschallt dann ein langes Klagelied. Was heißt das aber? Ich will Euch ein Beispiel sagen. Wenn der Reichsverweser 30,000 Mann von Baden nach Schleswig marschiren läßt, so soll er zuvor von den Bevollmächtigten der Regierungen, durch deren Land sie ziehen, befragen, wie das Land sich dazu verhalte, ob es zweckmäßig sei. Ist das ein Unglück? Aber Ihr seid vielleicht klug genug, mir zu antworten: wenn aber die Sache einmal so dringt, daß es nicht möglich ist? Jawohl, gerade so klug war die Nationalversammlung gewesen: sie hat gesagt, er solle es, wo möglich, thun, „so weit thunlich". Die Helden von der Linken haben aber die Worte „so weit thunlich" klüglich weggestrichen, damit sie Euch leichter etwas aufbinden können. Nun will ich Euch noch ein Beispiel geben: Angesichts der deutschen Nation und ihrer Rechte, (so sagt man Euch), welche zu wahren ihre Aufgabe ist, konnte sich die Minderheit nicht anschließen, dem Gesetze über die Zentralgewalt ihre Zustimmung zu geben, einen Reichsverweser zu wählen" u. s. w. Da haben sie Euch einmal recht bei der Nase. Dem Gesetz haben einige ihre Zustimmung versagt, das ist wahr; ein Theil sagt es zu wenig republikanisch, ein anderer zu wenig monarchisch. Aber einen Reichsverweser zu wählen, haben sich nur circa 15 geweigert. Der bei weitem größte Theil der Linken konnte sich ganz wohl anschließen, einen Reichsverweser, einen unverantwortlichen Reichsverweser zu wählen. Hört einige Namen: Jordan, Sachs, Fatzel, Richter, Brunck, Meyer, Roßmäßler, Trapschiker, Haggenmüller, Henfel II., Metzler, Hagen, Vogt, Wigard, Schaffrath, Heubner, Jungbauns, Blumröder, v. Dieskau, Henges, Nauwerck, Schmidt, Blum, Reinstein, Scharre, Spatz, Heisterkergt, Kuenzer, Reinhard, v. Wagdorf, Mammen, Eisenfuhr. Und so viel 25 Freiheitsmänner, die Ihr soll ohne Ausnahme auf den Antündigung der Herren Rouge und Konsorten als Exjemokraten, als Männer des gesunden Verstandes aufgefaßt habt, haben eben so gut wie die Mehrheit der Nationalversammlung an der Wahl eines unverantwortlichen Reichsverwesers Theil genommen; sie haben also durch die That gezeigt, daß man nach ihrer Ueberzeugung einen unverantwortlichen Reichsverweser wählen und doch ein achter Volksmann sein könne, sie haben mit andern Worten der Schreier, die Euch zu verführen suchen, Lügen gestraft. So geht es. In der souveränen Nationalversammlung zeigt sich eine Mehrzahl und eine Minderzahl. Die Minderzahl sagt: wir sind der gesunde Kern, die von der Mehrzahl fallen ab, wie faule Blätter. Aber der souveräne Kern theilt sich dann wieder in Mehrheit und Minderheit, und abermals sagt die Minderheit: Wir sind es, wir 25. Aber dabei bleibt's noch nicht. Mitten in dem Kern sitzt wieder der Hofrath Kapp aus Heidelberg, ein professor, der es sei gegen „Ehre und Gewissen, in der Nationalversammlung zu bleiben." Also der. Kapp ist der souveräne Kern, die übrigen 586 sind abgefallene Blätter; die berühmte Volkssouveränetät ist eingeschrumpft auf die kranke Lunge des Hrn. Kapp, es ist nur ein Souverän in Deutschland, ein unumschränkter Professor. — Nein, ihr guten Leute, laßt Euch nicht durch Lügen verleiten, Dummheiten zu machen, die Euch theuer zu stehen kämen. Nehmet Euer Büchen Verstand zusammen, und merkt nach über das, was ich Euch gesagt habe; dann kann es leicht geschehen, daß Ihr bald klüger werdet, als die, die Euch jetzt am Narrenseil führen. Gruß' Euch Gott! Ein Freund der Radikalen."

Deutschland.

Bayern. München, 9. Juli. Der Magistrat der Haupt- und Residenzstadt hielt gestern durch öffentlichen Anschlag die freudvichtige Nachricht der Annahme der Wahl zum Reichsverweser von Seiten des Erzherzogs Johann der gesammten Einwohnerschaft von Manchen ankündigen und zugleich die aus diesem Anlaß angeordneten Festlichkeiten bekannt machen. Sie bestehen in einem Tagsrecreil, großer Kirchenparade sämmtlicher Garnison, Landwehr und Freikorps, solennem Gottesdienst in der Metropolitankirche, und Abends werden musikalische Produktionen auf mehreren Plätzen der Stadt abgehalten. Die freudige Theilnahme an dem für Deutschland so glücklichen Ereigniß ist allgemein.

⊙ München, 8. Juli. Wegen Erkrankung des Generallieutenants und Truppenkorpskommandanten im badischen Seekreise, v. Baligand, wurde dieses Kommando dem Generallieutenant und Kommandanten der dritten Armeedivision, v. Lesuire, übertragen.

(Dienstbesnachrichten.) Unter'm 28. Juni wurde der Forstmeister zu Langenberg in der Pfalz, Peter Geisse, seiner Bitte gemäß in gleicher Eigenschaft auf das Forstamt Hammelburg versetzt.

Unter'm 28. Juni v. J. wurde als Betriebsinspektor und Vorstand des Betriebsamtes der Donaudampfschifffahrt zu Regensburg der technische Inspektor daselbst Bartholomäus Kirchmair, ernannt.

Unter'm 1. Juli wurde der Revierförster zu Ahornberg, Anton v. Heyder, in gleicher Eigenschaft auf das Forstreoier Eyenvicht, Forstamts Weiden, versetzt, und die Revierförsterstelle zu Ahornberg, dem Aktuar des Forstamts Bruck, Joseph Hornung, verliehen.

Unter'm 2. Juli wurden die bei den Lotterieverwaltungen Augsburg und Speyer erledigten Revisorsstellen, erstere dem Rechnungskommissariatsgehilfen Emanuel Fodermaier, letztere dem Kastelei- und Revisionsgehilfen Franz Joseph Müller provisorisch verliehen.

Mittelst allerhöchsten Reskripts vom 5. Juli 1848 wurde der Hauptzollamtscontrolleur Bernhard Rickl zu Mittenberg zum Hauptzollamtsverwalter daselbst befördert, auf dessen Stelle der Hauptzollamtscontrolleur Martin Perner von Mittenwald versetzt, und zum Kontrolleur des Hauptzollamts Mittenwald der Grenzoberkontrolleur Anton Uhl zu Burghausen ernannt.

Durch allerhöchstes Dekret vom 7. Juli 1848 wurde der bisherige Revierförster zu Vburg, Joseph Paur, zum Forstkommissär 1. Klasse bei der Regierung von Schwaben und Neuburg befördert.

(Besetzungen von Pfarrteien.) 1) Die katholische Pfarrei Hohenzhausbach, Landg. Hemau, an den seitherigen Pfarrer und Distriktsschulinspektor zu Waldmünchen, Landg. gleichen Namens, Priester Joseph Wolfsam; 2) das Frühmeßbenefizium Sommelsdorf, Vog. Gunzenhausen, an den seitherigen Pfarrer zu Wolkersdorf, Vga. Zwiefalten, Priester Mathias Höß; 3) die protestantische Patronatspfarrei Untermagbeim, Dekanats Ebermergen, an den Pfarramtskandidaten und Lizentiaten der Theologie, dann bisherigen Privatdozenten und Repetenten an der Universität Erlangen, J. T. A. Wiesinger; 4) die protestantische 2. Pfarrei zu Lindenhardt, Dekanat Neuffen, an den Pfarramtskandidaten Christoph Friedrich Heim.

Preußen. Berlin, 6. Juli. Der preußische Gesandtenposten ist besetzt: Der Regierungs-Präsident Kuhlwetter ist zum Staatsrath ernannt und ihm die Leitung des Ministeriums des Innern definitiv übertragen worden. Der Staatsminister Rodbertus hat seine nachgesuchte Entlassung als solcher erhalten, und dem Ministerial-Direktor wirklichen geheimen Oberregierungsrath von Lenbe ist interimistisch die Leitung der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten übertragen.

⊙ Berlin, 5. Juli. Es geht das Gerücht, daß auch unser Justizminister, Hr. Märker sein Portefeuille zurückgeben wolle. Als bestimmt wird versichert, daß der Magdirax ernstlich damit umgehe, sämmtliche demokratische Clubs aufzulösen. Aus diesen und ähnlichen Handlungen der Behörden erscheint es sehr nothwendig die Zeitungsberichte aus Berlin mit Vorsicht zu nehmen gewiß sind; es ist aber auch hohe Zeit, denn im Volke steht es kariös genug aus. Die politische Bildung der „Metropole der Bildung" steht noch tief tief und haltigt gar zu oft noch dem „süßen Wahnsinn!" In einer Adresse an die Nationalversammlung, welche bereits mit vielen Unterschriften bedeckt ist, und am 1. kommenden zum Zirkulation hat, kommt unter anderm die wirklich rührende Stelle vor: „Das eine, ungetheilte Volk wird durch eine, unbetheilbare Versammlung repräsentirt!" Und solche Dinge unterschreiben die guten, gebildeten Berliner!

Oesterreich. Ueber den Einzug und die Aufnahme der Abgeordneten der Nationalversammlung von Frankfurt in Wien bringen wir folgender Nahere aus der „Wiener Zeitung" vom 5. nach. Die Ankunft Montags um 4 Uhr wurde in Nußdorf das Zumpfisch'sche Signalfeuer" signalisirt. Alles geriet in freudige Bewegung und richtete die Blicke stromaufwärts. Majestätisch, mit vielen Flaggen geschmückt, hoch über alle die schwarz-roth- goldene, stemerte der Dampfer auf der deutschen Donau der Kaiserstadt zu, um und jene Männer zuzuführen, die vom gesammten deutschen Parlament mit der ehrenvollen Sendung beauftragt sind, das neue Oberhaupt Deutschlands, den Erzherzog Johann zu begrüßen. Die zahllose Menge drach in jubelnde „Hochs!" aus, die nicht enden wollten. Unser Bürgerwall nahm der Dampfer und allogleich begaben sich die Mitglieder des Ausschusses der Bürger, Nationalgardsrand Studenten, sowie jenseites Südischen Ausschusses der Provinzen Dr. Fischhof und Hornbostel an der Spitze, begleitet vom Oberkommandanten der Nationalgarde, Pannasch, auf das Schiff, um die Ankommenden zu begrüßen. Gedrollte Reden wurden gehalten, die donnernde Hochs nach sich zogen. Vom Schiffe weg durch die Spaliere der Nußdorfer Nationalgarde ordnete sich der Zug in die Wägen. Zur die Deputirten aus Frankfurt waren 6 k. Hofwagen in Bereitschaft. Den festlichen Zug eröffnete die berittene Nationalgarde Wiens, dann kamen die Hofwagen, denen sich abermals eine Abtheilung Nationalgarde-Cavallerie anschloß; an diese reihten sich mehrere Hunderte von Wagen mit Mitgliedern der verschiedenen Ausschüsse. Durch die an der Straße aufgestellten Abtheilungen der Nußdorfer und Wiener Nationalgardern (XII. Bez.) und der zahllosen Menschenmenge bewegte sich der Zug der Stadt zu, überall von freudigem „Hoch" empfangen. Am Anfange der Währingergasse stand abermals eine Abtheilung Nationalgarde, die unter Musikbegleitung die Ankommenden mit der Melodie: „Was ist des Deutschen Vaterland", begrüßten. Durch das Schottenthor, Herrengasse, über den Michaelerplatz, Graben in die Kärnthnerstraße unter ununterbrochenen „Lebehoch" und Musikklängen langte der Festzug endlich beim Hause des Herrn Ludwig an, der den höchst ehrenwerthen Herren Deputirten Wohnungen in seinem Hause eingeräumt hatte. Wiederholt mußten sich die Herren am Fenster zeigen, faß jeder von ihnen sprach schöne begeisternde Worte. Den Schluß machten die Herren v. Saucken und Kavanay, von denen der letztere in einer längeren Rede den Inhalt der Liebesrufe anbeutend, die Verdienste des hochgeliebten Erzherzogs Johann hervorhob, und durch fortwährenden Jubel oft unterbrochen mit nicht enden wollendem Beifalle mehrmals sich am Fenster zeigen mußte. Das Musikkorps spielte die oben berührte Melodie und das begeisterte Volk stimmte im vollen Chore das schöne Lied Arndt'd an. Man sah es den freudig bewegten Mienen der Menge an, wie tief ergriffen und innig durchdrungen ein Jeder von dem weltgeschichtlichen Moment war, der das glänzendste Beispiel deutscher Einheit und Verbrüderung gab!

Oesterreichische Monarchie.

Die „Allgemeine Zeitung" bringt die Nachricht, daß von einem Theile der feindlichen Flotte der Hafen von Pirano am Abend des 3. Juli beschossen worden ist. Die Hafenbatterien entgegneten das Feuer, welches nach dreiviertel Stunden von feindlicher Seite eingestellt wurde. Man spricht von einigen Todten und Verwundeten auf jener Seite.

Aus Briefen von „Clemer" im Banat an der unteren Theiß entnehmen wir die bedrohte Lage der Ungarn und das traurige Schicksal der Deutschen in dortiger Gegend. Schon am Osterfeontag nach dem Gottesdienst brach zu Kikinda (einem Städtchen von 14,000 Einwohnern) unter der Raizischen Bevölkerung der heftigste Aufruhr aus. Man forderte von dem dortigen Senat die nicht zu ertheilende gleiche Vertheilung der Uebertandsfelder, verlieh darauf die dort liegenden Schanzen mit Kanonen, stürmte das Rathhaus, zerfetzte das Rathhaus nebst allen Schriften und Dokumenten, sprengte endlich die Thore der Gefängnisse und befreite 85 Verbrecher. Die Mehrzahl der Senatoren ergriff die Flucht. Zwei davon fielen als Opfer der Rache dieser Verbrecher, welche sich sogleich an die Spitze des Aufruhrs emporschwangen. Einer der Senatoren, ein Greis von 75 Jahren, wurde auf seinem Keller bei den Fußen herausgeschleppt und mit zahlreichen Gabelstichen getödtet; der zweite bot 60,000 fl. für sein Leben, man hieb ihm die Hände und Füße ab, ließ ihn so verstümmelt, und erschlug ihn erst nach vollendetee Zerstörung seines Hauses; 16 Häuser der Senatoren wurden sast von Grund aus niedergerissen. Am vierten Tag langten endlich 2000 Mann Reiterei regulärer Truppen nebst 12 Stück Kanonen von Temesvar an. Kikinda unterwarf sich und lieferte den Rädelsführer aus, wovon 8 gehenkt wurden. Bei der Unterdrückung der Aufrühre in allen umliegenden raizischen Ortschaften einige Zeit zurückgetrieben, obtich die raizische Geistlichkeit, und insbesondere ihr Erzbischof zu Karlowitz, alle Raizen und Illyrier zur Einheit im Kampfe gegen die Ungarn und Deutschen aufforderte, und selbst in der Kirche den Eid ablegte als ihr Landesherr anerkannten. Aus der Gegend von Perlas, wohin auch einem Gerüchte, sich bereits 1200 Serbirr dem Aufstand angeschlossen gehabt haben; als jedoch der Pascha in ihrer Heimath ihre Häuser anzünden ließ, kehrten sie wieder zurück zu ihren Brandstätten. (Conservative Mastregel.)

Seitdem war es ruhig bis sich am 3. Juni, 8. J. die Raizen und Illyrier, unsere Nachbarn, die Temeschburger zu Ruhig, Karlsburg und Titel kommenden, in letzterm Ort das Zeughaus erstürmten und acht Stück Kanonen eroberten. Sie schlugen hierauf vier Stunden von Groß-Bestkerk zu Perlas etwa 3000 Mann ein Lager auf, eine zweite Horde von etwa 4000 lagerte sich zwischen Josefsdorf und Neusag. Wie verlautete war es ihre Absicht, sich zwischen dem 9. bis 12. Jun. der Uebersahr zu Elemer über die Theiß zu bemächtigen, sodann die Ungarn zu Stern zu nehmen, und sich mit den Raizen des Distrikts von Kikinda zu vereinigen. Der Angriff unterblieb jedoch, dagegen ging die erste Horde von Perlas unterhalb Elemer über die Theiß, und vereinigte sich mit der zweiten in dem Lager an der Römerschanze bei Josefsdorf. Am 10. Jun. kam es bei Karlowitz zu einer Kanonade, wobei 16 Husaren zerschossen wurden. Die ungarischen Truppen schlugen den Angriff zum dritten Theil mit gefallen Bajonnetten zurück, und die Raizen verloren 220 Mann. Erst nach dreitägenden Bitten überließ man die Leichen der Gefallenen den Raizen zur Beerdigung, und schieß auf 14 Tage zur Bedeutzeit Waffenstillstand. Kaum etwas beruhigt und hoffend, daß sich diese Horden auflösen würden, lief am 18. Jun. mit Staffette die Nachricht ein daß die Raizen noch stärker, über sämmtliche den folgenden Tag die Theiß übersetzen würden. Die ungarische und die deutsche Einwohnerschaft von Elemer, etwa 320 waffenfähige Männer zählt nd, mußte nun neuerdings zur Vertheidigung der benannten Ueberfahr anbrücken. Am 19. früh 9 Uhr fuhr das von dem Grenzmilitär gemachte Dampfschiff nebst einem Schleppschiff die Theiß herauf. Es legte die Hälfte seiner Mannschaft am jenseitigen rechten Theißufer bei Elemer mit fliegerrem Spiele an's Land, die andere Hälfte landete mit dem Schleppschiff der Churok, 1½ Stunden oberhalb Elemer. Der Angriff war sündhaft zu warten, doch blieb am 20. Jun. noch alles ruhig. Die Hitze war sast unerträglich, und der Thermometer stieg an dies'm Tag bis auf 31° ohne den mindesten Luftzug. — Der Schritt des Gerüchts konnte in ein paar Tagen begonnen werden. Der Korrespondent beschließt jedoch die Berichte, indem er nicht mehr zu erleben, und schließt seinen Brief mit der festatorischen Erkanntgabe daß er die Kaufbriefe seiner Sessionen zu Elemer bei der Sparkasse zu Pest daselbst deponirt habe. (A. Z.)

Frankreich.

Paris. 4. Juli. (Journ. d. Deb.) Der einigen Tagen erschienen wir einen Brief aus Ballegio, nach welchem zwei Offiziere auf dem Generalstabe des Oberkommandanten der Alpenarmee sich unvermuthet im Hauptquartier Karl Alberts eingefunden und ihm den unmittelbaren Beistand der französischen Armee, d. h. die Intervention Frankreichs in Italien angeboten haben. — Wir haben diesen Brief ohne Kommentar veröffentlicht, ohne darauf hinbeuten zu wollen, wie ein derartiger Schritt des Gegentheil aller Erklärungen der republikanischen Regierung Frankreichs ist, ohne darzuthun, was ein solches Anerbieten tief verletzendes hatte für eine bisher immer siegreiche Armee, eine beherzendste Nation, welche ihren Ruhm und ihre Ehre darin findet, ohne irgend eine fremde Unterstützung ihre fremden Beherrscher zu zwingen. — Wir glaubten, daß die einfache Enthüllung einer solchen Thatsache hinreichen würde, der Regierung eine Erklärung abzudringen, Frankreich und Europa über ihre politischen Absichten aufzuklären, die Besorchungen zu beschwichtigen, welche ein so außerordentlicher Schritt unfehlbar hervorrufen mußte bei denen, — und diese bilden in jedem Lande die unermeßliche Mehrheit, — welche die Aufrechthaltung des Friedens als das erste Bedürfniß und den ehrenwerthesten Wunsch der europäischen Cabinette betrachten. Wir wissen nicht, ob man ihr Schweigen der ausschließlichen Sorgfalt beimessen muß, welche ihre ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen mochte und kann, oder ob sie darin zu suchen ist, daß sie den geeignetsten war; aber wir glauben, daß jetzt, wo der Sieg definitiv errungen ist, die Zeit gekommen sei, an die allgemeinen Angelegenheiten des Landes zu denken und sich annehmenden über eine Thatsache zu erklären, bei welcher in einem so hohen Grade die politische Stellung Frankreichs gegenüber Europa und der Welt betheiligt ist.

** Paris, 5. Juli. Die Nationalversammlung hat heute 50 ihrer Mitglieder durch Loos bestimmt, um als Deputation dem Begräbniß des Erbstatthalters von Paris beizuwohnen. Es wird aber außerdem der größte Theil der Mitglieder dem Trauerzuge sich anschließen. Von dem Gesetzentwurfe über das mit der Bank von Frankreich abgeschlossene Anlehen von 150 Millionen Franken sind heute die Postschrift die drei ersten Artikel angenommen worden. Der Regierung zeigt die Mittel verweigern wollen, deren sie bedarf, sagte der vorige Finanzminister Hr. Duclerc, diese gewissermaßen den Staatsbankrott beheißen. Indessen werden die Maßregeln des Finanzministers zu Deckung des auf 150 Millionen angeschlagenen Defizits dieses Jahres schwerlich anbrechen. An meisten Wirkung versprecht man sich von der Konsolidirung der Schatzbons.

Chateaubriand ist gestern früh wirklich gestorben, nachdem er so oft schon todt gesagt worden war. — Hr. Emil Girardin ist seiner Haft wieder entlassen, seine Schuld hat sich gegen ihn gegeben. Die Behörde sucht die Strenge der Maßregeln des Belagerungszustandes möglichst zu mildern. Die Entwaffnung und die Hausschungen zu diesem Ende sind aber noch nicht zu Ende. Man schlägt die Zahl der noch abzugebenden Gewehre auf 20000 an. Die ersten Behörde der sämmtlichen Verhafteten sind beendet. — Morgen findet die große Leichenfeier für die im Kampfe für die Ordnung Gefallenen statt. Das Programm dazu ist veröffentlicht. — Das große Truppenlager bei Paris soll jetzt in größerer Nähe der Stadt, bei St. Maur errichtet werden, unmittelbar vor dem Walde von Vincennes an der Straße nach Strasburg. — Die Kurse sind heute an der Börse abermals gestiegen.

Spanien.

* Madrid, 29. Juni. Die Börse war heute wegen der Oktave des Fronleichnamsfestes geschlossen. Am 8. oder 10. Juli soll der Abgang des Hofes nach der Sommerresidenz im Schlosse La Granja erfolgen. — Da die Infantin Donna Josefa Fernanda de Borbon, der pragmatischen Sanktion vom 27. März 1776 zuwider, mit Don Jose Guelli Rente sich vermählt hat, so erklärt die Königin die besagte Infantin der Ehren und des Ranges einer Infantin von Spanien verlustig. Die Infantin ist die Schwester des Königs Don Francisco de Assis. Ihr Gemahl ist von amerikanischer Abkunft und wenn wir nicht irren, der Auditor in der Marine, welcher in dem bekannten Prozesse Deauvallon zu Paris vermittelst eines Dolmetschers eine dem Angeklagten günstige Zeugenaussage machte. — Man sagt, in Folge der Aufhebung des Belagerungszustandes werde der „Clamor Publico" alsbald wieder erscheinen. Noch weiß man nicht, ob auch die übrigen progressistischen Blätter wieder erscheinen werden. — Der Generallapitän Don Francisco Serrano ist von Granada her in Jaen angekommen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

⊙ Berlin. 5. Juli. Unsere Börse gewährt jetzt ein etwas besseres Bild, als bisher. Die Kurse sind heute wieder beträchtlich gestiegen, und es zeigte sich eine nicht unbedeutende Kauflust in Eisenbahn-Aktien und in Fonds; dagegen waren die Aktien von Privatinstitutsgesellschaften, Staatsschuld, 72. Stadt-Anlei. à 78 gesucht. Inländische Fonds. Pfandbriefe, Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 72½ P. 71⅔ G. Seeh. Präm. Sch. 85½ G. Westpreuß. Pfandbr. 75½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. 88½ G., 3½ proz. 74½ G. Pomm. Pfandbr. 88½ G., 87½ G. Kur- und Neu. Pfandbriefe 98½ G. Friedrichsd'or 13⅓ P., 13⅓ G.And. Goldm. à 5 Th. 12⅓ P., 12½ G. Disconto 5½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 81 bz. u. G. Berl.-Hamb. 57½ G. Berl.-Stettin-Stargarder 79½ G. erklärt. Dio. Halle-Thüringer 46½ G. Köln-Minden 87½ 86 bz. Rhein-Aachen 47, 48 bz. u. G. Niederschles.-Märk. 64¼ G. 66 bz. Oberschles. A 75, 76 bz. B. 75, 76 bz. Prag. Oberschles. 32½ P. Quittungsbogen: Berl.-Anh. B 77½ G. Berl.-Stargard-Posen 58½ 60½ bz. Magd.-Wittenberg 40 G. 70⅔ 39 G. Prioritätsaktien: Berl.-Hamb. 95½ P. 85 G. Berl.-Potsd.-Magdeb. — Halle-Thüring. 75 G. Köln-Minden 85½ 86 bz Rh. Saarne-Prior. 57 bz und G. Niederschl.-Märk. 76½ G. Kosel-Derberg 87½ G. Stargard-Schwiniki —

London, 4. Juli. Konsols 85⅝ ⅜. Span. Akt. 12. 3proz. 21½ 22. Pass. 3½. — Portug. 4proz. 17½. — Holl 4proz. 68½, 68. 2½proz. 44½.

Paris, 5. Juli. 3proz. 48.75, 4proz. 95, 5proz. 76.—. Schatzsch. 8. Bankaktien 1570. Comptt. von Mainz 225. Bstg. 5proz. —, 4½proz. —. Bstg. Bank 1520. Nrop. 5proz. 72.50. Rhm. 61. Piem. 910. Berl. C.-P. recht 123.75, linke 102.50. Paris-Orleans 710.—. Rouen 450. —, von 312.50. Straßburg 358.75. Nordbahn 365.—. Mars.-Avignon 232.50. Straßb.-Basel —.— Ort.-Vorbauer 400.—. Tourc-Nantes 342.50.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Haf- und National-Theater.

Sonntag, 9. Juli: „Schelbentonin", Schauspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer. (Dr. Robert: Scheidentonin.)

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof, Feldhaun, Kaufmann von Maasfeschrim. Obermayer, Bankier von Augsburg.

Gold. Hirsch. Fr. Graf v. Luxburg, von Wien.

Hotel Manlik, Graf v. Scopoly, Rentier von Verona. Saufant, Partikulier von Rostock. Graf v. Zugger, von Nordendorf.

Blaue Traube. Graf Socazz, von Paris. Monerly, Bicoui, Zenetti, Cally, Partikuliers aus Ungarn Freund, Oberappellationsgerichtsrath von Zürich. Ziegler, Stadtgerichtsrath von Erlangen. Bross v. Schutte, von Landshut. Tits, Regierungsaccessist von Landshut. Mebert, Partikulier von Mannheim. Anders, Direktor von Prag. Fehr. v. Königl. Lieutenant von Wien. Gratz, Dr. med. von Hamburg.

Stadtgutgarten. Lug. Dr. med. von Kaisheim. Nigel, Institutionslehrer von Lauterach. Eisele, Stud. jur. von Heidelberg.

Gestorbene in München.

Jakob Postmitzken, königl. Hofmusik-Kollaut, 52 J. a. Karl Sermin, Cisterar v. h., 29 J. a. Max Hahn, Taglöhner von der Au, 30 J. a. Barbara Spitzer, Zimmermannstau, 56 J. a. Alois Fraberg, Tischlergesell von Schwarzenberg, Pgg. Sonthofen, 45 J. a. Franziska Schwaiger, königl. Hofbrauer-Chorlängerfrau, 40 J. a. Maria Dallmayer, Taglöhnerswittwe von Freising, 60 J. a. Franz Xaver Pamhofstingl, Soldat im königl. Infanterie-Leibregiment, 21 J. a.

Pfandentauslösung und Versteigerung.

5. (3b) Donnerstag den 20. Juli 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Juni 1847, und zwar von

Nro. 68,103 bis Nro. 76,560.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verlegt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hiemit Dienstag den 25 Juli 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 27. Juni. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

K. Negrelli, Mag.-Rath.

Schuez. Offenbrunner,
Cassier Controleur.

Pfandauslösung und Versteigerung.

7. (3b) Mittwoch den 19. Juli 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Juni 1847 und zwar von:

Nro. 72,754 bis 81,340.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verlegt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Donnerstag den 27. Juli öffentliche Versteigerung.

München, den 30. Juni 1848.

Königl. privileg. Pfand- und Leih-Anstalt I. der Stadt München.

K. Negrioli. Magistratsrath.

Hannes, Kassier. v. Zech, Controleur.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

Nachstehendes ist der Bericht des Ausschusses der Reichsversammlung für die Wehrangelegenheiten über den gegenwärtigen Zustand der Wehrhaftigkeit Deutschlands und über die Mittel zur Verbesserung desselben (Berichterstatter v. Auerswald): Ueberzeugt davon, daß die Freiheit und Selbstständigkeit Deutschlands gegen innere und äußere Feinde einen kräftigen Schutz in der Wehrhaftigkeit des ganzen Volkes finden werde, daß die hohe Nationalversammlung in ihrer Sitzung vom 5. Juni beschlossen, die Wehrangelegenheiten Deutschlands sofort einer nähern Prüfung unterziehen und eine, den gegenwärtigen Zuständen anpassende Wehrverfassung entwerfen zu lassen. Ihr in Folge dieses Beschlusses erwählter Ausschuß hat die ihm übertragene Aufgabe näher gepruft; sie zerfällt in folgende zwei wesentlich verschiedene Theile: 1) Untersuchung des gegenwärtigen Zustandes der Wehrhaftigkeit Deutschlands in Bezug auf dessen gesicherte Selbstständigkeit gegen Angriff von Außen und geeignete Vorschläge zur Verbesserung dieser Wehrhaftigkeit, in sofern sie sich in ihrem jetzigen Zustande als unzulänglich für ihren Zweck ergeben sollte; 2) Entwurf der künftigen allgemeinen Wehrverfassung für das gesammte deutsche Reich. Die hohe Wichtigkeit dieser Aufgaben vollkommen würdigend, hat Ihr Ausschuß, Ihrem ferneren Beschlusse vom 5. d. M. gemäß, den ersten Theil seiner Aufgabe: „Prüfung der jetzigen Wehrhaftigkeit und etwaige Vorschläge zur Verbesserung derselben" zunächst in Betracht gezogen und, soweit die nothwendige gründliche Behandlung eine Beschleunigung gestattet, darüber eintreten lassen. Um indeß hierbei den zweiten, größeren und relativ wichtigeren Theil seiner Aufgabe, Entwurf der künftigen allgemeinen Wehrverfassung," keiner nachtheiligen Verzögerung auszusetzen, hat Ihr Ausschuß, soweit die Sitzungen der hohen Nationalversammlung und die Bearbeitung des ersten Theils es zuließen, sich bereits in mehreren Sitzungen mit den ersten Grundzügen des Entwurfs für die allgemeine Wehrverfassung beschäftigt. Was nun den ersten Theil der Aufgabe betrifft, so hat derselbe bis jetzt, aus nachstehenden Gründen, zwar nicht vollständig erschöpft werden können: — indem sind die Arbeiten in dieser Beziehung so weit gediehen, daß Ihr Ausschuß glaubt, Ihnen folgenden Bericht erstatten und daran die bezüglichen Anträge knüpfen zu können. Die militairische Streitkräfte Deutschlands besteben in ihren Augenblicke: 1) in den Bundesfestungstruppen nach der Bundesmatrikel vom Jahre 1819 mit sollen betragen in runder Summe p. p. 40,000 Mann. NB. Es fehlen aber an der Soll- ürle dieser Kontingente p. p. 6000 Mann, da mehrere kleine Staaten ihre Kontingentspflicht nicht erfüllt haben; der Effektivbestand ist also nur 397,400 Mann; 2) in denjenigen Truppen, welche mehrere größere Staaten, als Preußen, Oesterreich, Bayern, Württemberg, Hannover ꝛc. über ihre Kontingentspflicht unter den Waffen halten; es sind Dieß nach den zuletzt eingetroffenen Reporten vom 1. Juni 1848 p. p. 88,000 Mann; wobei indeß zu bemerken, daß die zuletzt genannte Summe als wirkliche Effektivstärke in diesem Augenblicke nicht vorburgt werden kann, da sie sich hauptsächlich auf die preuß. Armee mit einem plus von z. p. 60,000 und auf die österreichische Armee mit einem plus von p. p. 20,000 Mann stützt, in beiden Armeen aber die kriegerischen Ereignisse im Süden und Norden in Gegenbefehlen in Folge Vereinbarungen in der Zahl herbeigeführt haben dürften, über die die näheren Angaben fehlen: man wird die hier eingetretenen Verluste jeder Art nicht zu hoch auf 15,000 Mann anschlagen können, welche von obigen 88,000 abgezogen nur 73,000 Mann übrig lassen. 3) Hierzu kämen die Kontingentstruppen der in neuester Zeit in den deutschen Bund aufgenommenen preußischen Landestheile, welche etwa auf 40,000 Mann angenommen werden konnte. Macht in Summa 510,400 Mann. Es leuchtet indeß ein, daß die eben nachgewiesene Zahl, wenn man sie auf dem Papier und auch in der Wirklichkeit als existirend annehmen kann, doch für den vorliegenden Zweck: — Feststellung des gegenwärtigen Zustandes der Wehrhaftigkeit Deutschlands in Bezug auf dessen gesicherte Selbstständigkeit gegen Angriff von Außen, — kein richtiges Resultat ergiebt, indem die Zustände der österreichischen Staats im Innern, seine Verwicklungen in den italienisch-österreichischen Provinzen und die immerhin nicht gesicherte Lage des polnischen Theils vom Großherzogthum Posen, Preußen gegenüber, in Betracht zieht. Wenn man durch diese Verhältnisse die oben auf 510,400 Mann berechnete deutsche Bundesarmee für jetzt und die nächste Zukunft um wenigstens 100,000 Mann geschwächt annimmt, so bleibt Annahme wohl noch als relativ günstig für die bleibende Stärke zu betrachten. Zunächst selbst der auf solche Weise auf p. p. 410,000 Mann reduzirten Stärke der jetzigen deutschen Bundestruppen dürfte in sehr naher Zukunft eine bedeutende Reduktion bevorstehen: — es bestehen sich unter dieser Zahl, wie oben angegeben, p. p. 88,000 Mann, welche mehrere Einzelstaaten (namentlich Preußen mit 60,000 Mann) über ihre Kontingentspflicht unter den Waffen halten. Bei der durch die neueren Zeitereignisse eingetretenen organischen Veränderung der politischen Lage aller rein deutschen Einzelstaaten, bei der Ueberwachung ihrer Budgets durch ihre einzelnen Ständekammern oder Volksrepräsentanten kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die bewaffnete Macht aller dieser Einzelstaaten nicht mehr nach ihrer fürstlichen Polizei, sondern nur nach der allgemeinen Volkssicherheit und nach eigenen Bedürfnissen bemessen werden, also eine bedeutende Reduktion ihrer bewaffneten Macht bei Budgetsten eintreten wird, die man nach Maßgabe der oben angestellten Berechnungen, und wenn die kleineren Staaten das Manquement ihrer Kontingents mit 6000 Mann wirklich sofort ergänzen, doch noch auf 82,000 Mann anschlagen muß. Die auf diese Weise um 82,000 Mann reduzirte deutsche Armee ist insofern mit noch in Summa 328,000 Mann ganz zureichend für die jetzigen Verhältnisse, wenn man auch bei oben wegen kriegerischer Ereignisse zurückgerechneten 100,000 Mann wirklich dazu zählen wollte, was — zum Theil imaginäre — 418,000 Mann ergäbe. Eine Verstärkung für dieselbe wird zunächst in folgender Art herbeizuführen sein: Die deutsche Bundesarmee ist, wie oben erwähnt, die jetzt auf die Matrikel vom Jahre 1819 berechnet und ausgerichten gewesen. Wenn sein jener Zeit die Bevölkerung der deutschen Bundesstaaten um p. p. 30 pCt. gestiegen ist, so erscheint es nicht nur sachgemäß, sondern auch rechtlich begründet, eine neue Ausschreibung der Bundesarmee auf die jetzige Bevölkerungszahl vorzunehmen, da die eingetretene Vermehrung der Bevölkerung theilweise auch in sehr ungleichem Maßstabe in Deutschland stattgefunden hat. Ihr Ausschuß hat sich auf diesen Grunden einstimmig dahin geeinigt, den Antrag zu machen: 1 „Eine hohe Nationalversammlung wolle die deutschen Regierungen durch den Bundestag einladen lassen, ihre Bundesmilitairtruppen nach Verhältniß der Waffengattungen auf diejenige Zahl zu bringen, welche dieselben nach Maßgabe des bestehenden Prozentsatzes bei der gegenwärtigen, durch die letzte Volkszählung festgestellten Bevölkerung wirklich haben müssen, die Ausführung dieser Maßregel aber in möglichst kurzer Zeit zu sichern." Es würde durch die Ausführung dieser Maßregel die deutsche Bundesarmee, welche vorschriftsmäßig jetzt auf p. p. 425,000 Mann bestehen soll, um p. p. 140,000 Mann vermehrt werden, also auf 568,000 Mann betragen. Wenn die hohe Nationalversammlung den oben erwähnten Antrag Ihres Ausschusses genehmigen sollte, so ist derselbe indeß ferner der Ansicht, daß die auf solche Weise allerdings bedeutend vermehrte deutsche Bundesarmee dennoch für den vorliegenden Zweck: Sicherung der deutschen Freiheit und Selbstständigkeit bei auswärtigen Kriege, nicht die hinreichende Stärke haben würde. Ihr Ausschuß ist vielmehr der Ansicht, daß für den Fall eines auswärtigen Krieges, in Berücksichtigung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse von Europa, die gesammten Streitkräfte des deutschen Bundes auch außerordentlich um 340,000 Mann vermehrt werden müsse, und zwar in der Maßgabe, daß die kleinere Hälfte dieser Truppenzahl mit 140,000 Mann vier Wochen nach ausbrechendem Kriege, die zweite größere Hälfte mit 200,000 Mann binnen Monat später schlagfertig da sein muß. Ihr Ausschuß beantragte deßhalb: II. „Eine hohe Nationalversammlung wolle ferner beschließen, die einzelnen deutschen Regierungen einladen zu lassen: 1) so schnell als möglich die Vorbereitungen zu einer allgemeinen Volksbewaffnung vornehmen zu lassen, deren Grundzüge der zweite Arbeit desjenige allgemeine Wehrverfassung demnächst enthalten wird, 2) in Betracht, daß diese allgemeine Volksbewaffnung so Zeit und so geningend, als die Verhältnisse es erheischen, nicht wird in Leben treten können, als ersten Bann dieser Volkswehr 340,000 Mann des Bedürfnis in folgender Maßgabe in bereiten Stand treten zu lassen: Die verlangte Verstärkung von 340,000 Mann, nach Maßgabe der Bevölkerung auf die einzelnen deutschen Staaten repartirt, wird durch die betreffenden Regierungen sofort auf gesetzlichem Wege zur Ausführung besitzurt — Lehre einstweilen wirklich ausgehoben zu werden) — wobei freiwillige Anmeldungen zu erleichtern sind; — diese so besgurirten Mannschaften werden, ohne sie dadurch in ihrer bürgerlichen Beschäftigung zu behindern, in den einzelnen Gemeinden und Bezirken, so weit als thunlich, in freien Stunden in taktischen Bewegungen kriegsmäßig geübt; — es wird sofort durch die unter den Waffen befindlichen Bundestruppen die Bildung einer hinreichenden Anzahl kleinerer Kadres vorbereitet, welche bei Ausbruch eines Krieges der eben bezeichneten, neu aufzubietenden Volkswehr von 340,000 Mann als Anhaltspunkt ihrer ferneren Formation dienen. Die deutschen Regierungen werden endlich ersucht, dem Bezug und zur Unterbreitung für Beschaffung von Waffen, Munition und nothwendigster Bekleidung für diese Verstärkung aus der Bolkswehr Sorge tragen zu wollen."

(Schluß folgt.)

Deutschland.

Oesterreich. — Wien 6. Juli. Die Wiener Z. bringt heute folgenden ausführlichen Bericht über den Empfang der Deputation von Seite des Erzherzogs Johann: — „Gestern Morgen um 10 Uhr versügte sich der gesammte städtische Ausschuß der Bürger, Nationalgarde und Studenten in feierlichem Zuge in die Wohnung der Herren Deputirten der Frankfurter Nationalversammlung. Nachdem sie die Herren begrüßt hatte, gerieten sie hierüben zu den in Bereitschaft stehenden k. k. Hofwägen, und der ganze Zug setzte sich von der Kärntner Straße aus in Bewegung. Voraus eine Abtheilung Nationalgarde, dann folgte der städtische Ausschuß zu Fuß, nach ihnen die Hofwägen mit den Deputirten; den Schluß bildete der große Ausschuß der Bürger, Nationalgarde und Studenten, welchem wieder eine große Anzahl von Nationalgarden sich angeschlossen hatte. — Ueber den Graben [illegible] den Graben, Kohlmarkt, Michaelerplatz bewegte sich der ganze Zug [illegible]

Legion unter Glockengeläute, donnerndem Zurufen, Schwenken der Hüte und Tücher der unermeßlichen Menschenmenge, mit der alle Gassen, Plätze und Häuser bis zu den Dächern hinan überfüllt waren. Die an verschiedenen Plätzen aufgestellten Musikchors spielten, die Trommeln wurden gerührt, die Garden präsentirten, die Fahnen wurden geschwenkt, maßloser Jubel überall, Freude strahlte aus Aller Augen, ja Vielen entquollen Thränen der Rührung, die den großen für unser deutsches Gesammtvaterland so entscheidenden Augenblick ergriffen und ergriffen! — In der Kaiserburg, wo nebst der Nationalgarde auch ein deutsches Garde-Grenadierbataillon in voller Parade die Honneurs machte, erschallen bei der Ankunft der Deputirten tausend und tausend Hoch! — Ueber die mit Teppichen belegten Treppen der sogenannten Reichsstaffen verfügten sich die Deputirten, gefolgt von den beiden Ausschüssen, in die Gemächer Sr. kais. Hoheit, wo sie allsogleich vorgestellt wurden. Se. kais. Hoheit waren umgeben von sämmtlichen Ministern, den Gesandten aller deutschen Staaten und der Generalität. Baron Adrian ergriff das Wort: „Die konstituirende deutsche Nationalversammlung übersendet Ew. kaiserl. Hoheit durch die hier anwesende Deputation ihren ehrerbietigen Gruß. — Gestatten Ew. kais. Hoheit mir, als Vicepräsidenten der konstituirenden Nationalversammlung, den ersten Geschäftsführer derselben aufzufordern, daß er die Adresse verlese, welche die Nationalversammlung an Ew. kais. Hoheit gerichtet hat." — Nun erfolgte die Verlesung der Adresse durch Hrn. Jucho: „Kaiserliche Hoheit! Die konstituirende Nationalversammlung hat in ihrer Sitzung vom 28. Junius ein Gesetz über Einführung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland angenommen, welches hierunter in Urschrift vorliegt, und ist zu ihrer Ausführung heute zur Wahl einer Reichsvorstehers geschritten; Eure kaiserliche Hoheit sind hierbei von Reichsverweser hervorgegangen, und unter lauten und wiederholtem Jubelruf der Versammlung öffentlich und feierlich proklamirt, genezgen auch dem beigefügten Protokollauszuge sich vortragen zu lassen, daß die Nationalversammlung sieben ihrer Mitglieder: ihren Vicepräsidenten den Frhrn. Victor Andrian aus Oesterreich; ihren ersten Schriftführer Dr. Friedrich Jucho von Frankfurt a. M.; die Abgeordneten Carl Franke von Schleswig-Holstein; Dr. Joh. Gustav Heckscher von Hamburg; Franz Raveaux aus Rheinpreußen; Herrn. v. Beckerath aus Bayern und Dr. Siemens aus Hannover und Preußen dazu abgeordnet hat, Eurer kaiserlichen Hoheit ehrfurchtsvollen Bericht von diesen Vorgängen zu erstatten. Das Präsidium der Nationalversammlung vollzieht den ihm von derselben ertheilten Auftrag, indem es die genannten Abgeordneten behufs ihrer formellen Legitimirung bei Euer kaiserlichen Hoheit mit dem vorliegenden Schreiben und dessen Anlage versieht. Es folgt seinem Geschäfte, wenn es bei solcher Veranlassung die freudige Zuversicht ausspricht, daß Ew. kais. Hoheit die deutschen Angelegenheiten für die nächste Zukunft in die Hände des Fürsten gelegt sieht, der vor allen andern dem Bedürfnisse der Einheit und Einigung unseres Vaterlandes in unvergeßlichen Worten öffentlichen Ausdruck zu verleihen wußte. Möge es Eurer kaiserlichen Hoheit gefallen, unsere ehrfurchtsvollen Huldigungen mit bewährtem Wohlwollen entgegen zu nehmen. Frankfurt a. M., den 28. Juni 1848. Das Präsidium der constituirenden Nationalversammlung. Gez. Heinrich Adrian." Nach erfolgter Ablesung der Adresse trat Hr. Heckscher vor und richtete folgende Worte an den Erzherzog: „Eure kaiserliche Hoheit erblicken, wie gesagt, die Deputation, welcher die konstituirende Nationalversammlung den ehrenvollen Auftrag ertheilt hat, Ew. kaiserliche Hoheit die Botschaft zu überbringen, daß sie, nachdem sie das Gesetz über die Gründung einer provisorischen Centralgewalt zur Deutschland angenommen, Ew. kaiserl. Hoh. zum Reichsverweser ernannt hat. — In diesem, Ew. kaiserl. Hoh. so eben übertragenen Berufe finden sich das große und ehrenvolle Amt ausgesprochen, daß das deutsche Volk in seiner Nationalversammlung gesetzlich vertreten soran und für alle Zukunft die Quelle, der Ursprung der obersten Centralregierungsgewalt in Deutschland ist. — Die Unverantwortlichkeit des Reichsverweserd, die daffelbe Gesetz im Munde führt, bedeutet die Permanenz und Stabilität der obersten Reichsgewalt. Die hohen Tugenden Ew. kaiserl. Hoh., die Liebe des deutschen Volkes, das Vertrauen der gesammten Nation, sie waren es, welche der Wahl des Reichsverwesers auf Ew. kaiserl. Hoheit erhabene Person leite. Die Freudenruf, der Jubelgruß der Nahen haben die Wahl ihrer Vertreter bereits gut geheißen. — Deutschland hofft und erwartet in Ew. kaiserl. Hoh. den biedern und treuen Wächter seiner öffentlichen Freiheiten, der Freiheitsrechte des Volkes zu erhalten. Es sehnt sich danach, unter Ihren erhabenen Auspizien Ordnung und Vertrauen wiederkehren zu sehen und in Ihrer gerechten Ordnung und heiligen Regierung eine wirksame und Achtung gebietende Vertretung nach Außen zu finden. Ein Wunsch beseelt die ganze Nation, dem wir uns aus voller Seele anschließen, es ist der, daß Ew. kaiserl. Hoh. Sich entschließen mögen, den hohen Beruf anzunehmen, zu welchem ihre Liebe und ihr Vertrauen Ew. kaiserl. Hoh. rufen hat. Der hohen Zusicherung dieser Annahme bleiben wir gewärtig." Darauf erwiderte Se. kaiserl. Hoheit: „Meine Herren! Ich fühle mich geschmeichelt und geehrt durch die auf mich gefallene Wahl zu der wichtigen Stelle eines Reichsverwesers, welcher, wie die Bundesversammlung mir angezeigt hat, die deutschen Regierungen ihren Beifall gegeben haben. Das in mich gesetzte Vertrauen, das mir bewiesene Wohlwollen, legen mir große Verbindlichkeit auf. Setze zu erfüllen in mein schönster Wunsch. Ich fühle im vollen Maaße das Ehrenvolle und zugleich die Wichtigkeit und Schwierigkeit der mir übertragenen Würde. Möge mir Gott die nöthige Kraft geben, solcher zum Wohle des deutschen Vaterlandes zu entsprechen; möge mich hierin die Mitwirkung aller Vaterlandsfreunde gehörig unterstützen. Nur durch Einigkeit, gegenseitige Mäßigung, Anerkennung gleicher Rechten und durch zur Gerechtigkeit gelangen mit zum erwünschten Ziele. Ich, meine Herren, ich bitte, daraus überzeugt zu sein, bringe keinen andern Ehrgeiz mit, als dem gemeinsamen Vaterlande in meinem vorgerückten Alter meine letzten Kräfte zu weihen. In einer Versammlung befinde ich mich; diese entsteht aus meiner hiesigen Stellung. Ich werde ungesäumt mich mit dem Kaiser, meinem allergnädigsten Herrn, über die Art und Weise verständigen, wie ich die Pflichten meiner neuen Stellung mit dem mir zum Heile geschaffenen Vertrauen vereinigen kann." — Auf sie, die Herren mit Entgegen und namentlich Franke erfolgende Antwort und Zusage Sr. kaiserl. Hoheit nahm Andrian nochmals das Wort und sprach tief ergriffen Folgendes: „Die Nationalversammlung empfängt durch uns mit Freude und Jubel die Zusicherung der Annahme von Seite Ew. kaiserl. Hoheit. Sie findet durch diese Zusicherung das Vertrauen gerechtfertigt, welches sie stets in die Vaterlandsliebe und in den echt deutschen Sinn Ew. kaiserl. Hoheit gesetzt hat." — Sr. kaiserl. Hoheit, der nunmehrige Reichsverweser Deutschlands, traten nun an der Hand der Deputirten, zu denen er noch das gewichtige Wort sagte: „Nun sind wir alle Brüder!" auf den großen Balkon und richtete einige kurze, aber herzgewinnende Worte, in denen er seine echt deutsche Gesinnung und zugleich seinen Dank für die ihm bewiesene Theilnahme aussprach, an die auf dem Franzeskaplatze versammelte Menge. Von den Wällen verlauteten 101 Kanonenschuß mit weit hinhallendem Donner aller Welt die für Deutschland so unermeßlich freudige Kunde. Der Jubel der Menge, der den Deputirten

Nr. 10.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Dienstleistung 6 K. Lieferung 3 K. Postversendung 1 K. 36 kr.

Montag den 10. Juli 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einrückungsgebühr: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder, frei.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 6. Juli. (Schluß des Berichts über die 32. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) Edel glaubt, daß die bisher entwickelten und in den verschiedenen Anträgen niedergelegten Ansichten nicht so weit auseinander liegen. Es muß sich zuerst darüber verständigt werden, welches Princip vorerst praktisch durchzuführen sey. Dieses wäre kein: jeder Deutsche soll in Bezug auf Ansässigkeit, Anfässigmachung, Erwerbung des Gemeinde- und Staatsburgerrechts ꝛc. ebenso angesehen werden, wie der Eingeborne des besonderen Landes. Der zweite Punkt ist die Ausgleichung der verschiedenen Gesetze. Hier kann nicht ebenso und überall entschieden werden, ohne nach allen Seiten auf das Tiefste zu verletzen. Sobald die Freizügigkeit wieder störend in alle bisherigen Verhältnisse und Staatsverträge eingreifen. Behr für ein eignes Amendement; dröselchen Mölling, welcher dafür ein bereits gestelltes zurückzieht. Stahl, für den ersten Minoritätsantrag, hält die Ansicht Edel's, daß die gestellten Anträge vereinigt werden können, für unrichtig. Für Herstellung der Gleichmäßigkeit in Gewerbssachen wird durch indirecte Mittel, z. B. das Assoziationsrecht ꝛc., dieser gewirkt werden. Die Gewerbeordnung soll durch die Gewerbe selbst festgesetzt werden; keinesfalls ist eine Versammlung wie die hiesige dazu geeignet. Man sagt, von vielen Orten sind Beschwerden über Einführung einer allgemeinen Gewerbeordnung eingegangen. Aber jeder Ort will, daß seine spezielle Gewerbeordnung, die nun paßt, zur allgemeinen erhoben werde. Ausgezeichnete können die verschiedenen Systeme nicht werden; will man sie aufstellen, und etwas neues an die Stelle setzen, so werden alle Gewerbe gestört. Jaup ist für das System des Verfassungsausschusses, jedoch mit der Fassung, bei welcher er zum Theil eine deutsche Reaktion vermißt, nicht einverstanden. Degenkolb spricht sich in ähnlicher Weise aus. Die politische Revolution muß nicht eher aufgeregt, bis ein besserer sozialer Zustand sich Bahn gebrochen. Er empfiehlt den Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses, dessen Vorlage er hervorhebt. Der Antrag berücksichtigt auch die Aermsten. Die Gewerbeordnung soll noch von der konstituirenden Versammlung gegeben werden. Aus den von Heemann gegebnen statistischen Vergleichungen zwischen Oberbayern und der Rheinpfalz, nach welchen in letzterer eine überwiegend größere Zahl von Pferden ist) erklärt der Redner, daß ersteres eine schlechtere Gewerbeordnung hat, die Rheinpfalz aber eine bessere, wo es mehr selbstständige Familienväter gibt. Es soll den Leuten Gelegenheit zur Gründung eines eigenen Heerdes gegeben werden. Im diesseitigen Bayern ist eine viel größere Anzahl auf Lohn arbeitender Leute. Der Antrag Simon's (aus Breslau) ist ein Theil Herrmann. Eine allgemeine Gewerbeordnung soll bei der Universitätsakte der billigen, eingliedern Prinzipien nicht gegeben werden. Hofstandt ist für den Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses, und beantragt für den Fall der Ablehnung desselben einige kleinere Modifikationen des Entwurfes des Verfassungsausschusses. Gegen Trützschler's Vorschlag macht er geltend, daß wer nach demselben die Rechte eines Heimathsrechts erlangt habe, gleichwohl bei Verarmung, da der Zuspruch auf Armenversorgung nach den bestehenden Gesetzen beurtheilt werde, der unfreiwilligen Entfernung aus der Gemeinde ausgesetzt sey, während er der früheren Gemeinde am Ende nicht mehr angehöre. Die Diskussion wurde um 2½ Uhr auf Montag den 10. Juli vertagt. Tagesordnung der morgentlichen Sitzung ist: 1) der Bericht des Petitionsausschusses wegen Niederlegung eines Ausschusses für Kirchen- und Schulangelegenheiten, 2) Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses über die diplomatische Beziehungen Deutschlands zum Auslande, 3) Bericht von Wydenbrugk's über politische und internationale Angelegenheiten. (Fr.-Ober-Post-Amts-Ztg.)

Verhandlungen des Bundestags.

619. Sitzung am 5. Juli.

Für den Gesandten von Baden war der Gesandte von Schleswig-Holstein, zur Führung der großherzogl. hessischen Stimme blieb der königl. sächsische Gesandte substituirt. Zum Vortrag kamen zunächst mehrere Berichte des Syndikus Banks aus London vom 29. und 30. Juni, die Angelegenheit von Schleswig-Holstein und die Marine betreffend, und Mittheilungen des Gesandten von Schleswig-Holstein aus der Diplomatie, welche den betreffenden Ausschüssen verwiesen. Ein Bericht des General v. Wrangel ddl. Christianstfeld vom 30. Juni, der mittheilt, daß die Dänen wieder zurückgegangen sind, so daß es zu einer Schlacht noch nicht hat kommen können, sonst aber vom Kriegsschauplatze nichts Wesentliches bringt, wird an den Militärausschuß abgegeben. Der Gouverneur des österreichischen Küstenlandes, Graf Salm, dankt in einem Schreiben dd. Triest, 24. Juni, für die Benachrichtigung von den seitens des Bundestages wegen der Absade von Triest ergriffenen Maßregeln und verspricht Mittheilungen über den ferneren Stand dieser Angelegenheit. Bei dem Vortrage eines Schreibens des Oberbefehlshabers des 7. und 8. Armeekorps dd. 2. Lagernder, den 28. Juni, die Räumung von Baden betreffend, ward auf einen auch zu erstattenden Vortrag des politischen Ausschusses Bezug genommen. In einem Schreiben des Präsidenten der Nationalversammlung vom 30. Juni wird der monatliche Geldbedarf der letzteren (ausser den von den einzelnen Staaten zu tragenden Tagegeldern der Abgeordneten) auf 17—18,000 fl. berechnet und zugleich bemerkt, daß die bis jetzt gemachten 50,000 fl. den Bedarf bis zum 31. Juli d. J. decken werden. Man beschließt darauf eine andermeite Matrikularumlage von 60,000 fl. Ein ferneres Schreiben des Vorgenannten vom 1. d. M. gibt Nachricht von dem seitens der Nationalversammlung aufgestellten Gesetze über die provisorische Centralgewalt und der darauf erfolgten Wahl eines Reichsverweseres, und wird, da die einzelnen Gesandten schon an ihre Regierungen darüber berichtet haben, zu den Akten genommen. Nach drei ferneren Mittheilungen des Präsidenten der Nationalversammlung vom 2. und 3. d. M. sind Abgeordnete von Oesterreich, Kurhessen und Baden aus der Nationalversammlung ausgetreten. Es werden daher die betheiligten Gesandten veranlaßt, ihre Regierungen zu neuen Wahlen aufzufordern. Eine Note des k. sardinischen Gesandten bei der Bundesversammlung, Marquis Pallavicini, dd. München, den 1. d. M., die Aufhebung der Blokade von Triest betr., wird dem politischen Ausschusse zugewiesen. In einer Zuschrift des Hauses Rothschild vom 30. Juni wird gewünscht, daß ein Theil der für die Festhaltung Festungsbaugelder disponirten Papiere zuzückgegeben werde. Diese Zuschrift und ein darüber von der Bundesfestungsverwaltung erstatteter Vortrag werden an den Ausschuß für Revision der Bundesfestungen zur Begutachtung abzugeben, der zu dem Ende ergänzt werden soll. Eine Zuschrift des Grafen Bentinck wegen der Herrschaft Knyphausen wird dem Rentamtsausschusse zugewiesen, mit dem Auftrage, zu untersuchen, ob und inwieweit diese Angelegenheit der großherzogl. Regierung von Oldenburg wegen einer Vergütigkeitsbeschwerde zu empfehlen sey. Der gutachtliche monatliche Bericht der Bundesfestungsverwaltung über den Stand der einzelnen Bundeskassen vom 1. Juli gelangt an den Ausschuß für Revision der Bundeskassen. Bezüglich der militärischen und Kassenfragen für Militärangelegenheiten wird sodann durch den Bundespräsidialgesandten der oben schon erwähnte Vortrag über die Zustände in Baden erstattet und demselben gemäß beschlossen, dem Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps, Prinzen Karl von Bayern zu erwidern, wie dieß Zustände die gänzliche Zurückführung der bayerischen Truppen ohne Eriag wohl zur Zeit noch nicht gestatteten, ihm jedoch wegen der Disloeation der Truppen andergehende Ermächtigung zusende. Zugleich soll nunmehr die schon in der vorigen Sitzung beschlossene Note an den Vorort in der Schweiz erlassen und durch einen besondern Bevollmächtigten abgesendet werden. Auch der großherzogl. Regierung in Baden soll eine entsprechende Aufforderung zugehen. Einzelne Mittheilungen und Anträge erfolgten von nachgenannten Gesandten: Der k. wurtembergische Gesandte wünschte, unter Hinweisung der auf die in voriger Sitzung erwähnte Ernennung eines Festungsoberamtmanden für Ulm, daß die Gehalts- und Accidenzverhältnisse der Festungsbeamten baldmöglichst durch einen Bundesbeschluß regulirt werden möchten. Dieser Antrag wurde zunächst an die Militärkommission gewiesen. Vom Gesandten für Schleswig-Holstein wurde ein Antrag in der gegenwärtigen Regierung von Baden auf Uebertragung der Kosten für die Handhabung der Ortspolizei bei den Festungsbauten in Rastadt eingebracht, der an den Ausschuß für Militärangelegenheiten abgegeben ward. Der nämliche Gesandte gab Nachricht in Betreff der vor Kurzem durch den k. preußischen Gesandten gethehenen Anregung über den Beitritt von Nordamerikand mit Bremen und bemerkte namentlich, daß wegen der Beförderung eines dänischen Schiffes in Altona Unterredung eingeleitet, Embargo auf dieses Schiff gelegt und hinsichtlich des Verkehrs selbst seitens seiner Regierung ein strenges Verbot erlassen worden sey. Auch der Gesandte von Lübeck gab in Ansehung dieses Gegenstandes eine Mittheilung zum Protokoll. Beide Anregen wurden übrigens an den zur Begutachtung dieser Angelegenheit vereinigten Embargo- und politischen Ausschuß verwiesen. Auf den Vorschlag des Ausschusses für Militärangelegenheiten (Referent der großherzoglich oldenburgische Gesandte) wurde die vor Kurzem von der k. bayerischen Regierung wegen des Unterkommens der Truppen in Ulm geführte Klage an die Militärkommission zur Ausfunftsertheilung abgegeben. Nächstem stellte der großherzogl. oldenburgische Gesandte noch folgenden

Antrag: Die Bundesversammlung wolle beschließen: in den gegenwärtigen gefährlichen Zeitumständen sind in allen Bundesstaaten, deren bewaffnete Macht nicht obnehin schon ein gleiches Maß erreicht, solche personelle und materielle Vorbereitungen zu treffen, daß die bestehenden, auf 1 pCt. der Bevölkerung berechneten, militär. Formationen innerhalb einer Frist von längstens 6 Wochen um einen gleichen Bestand vermehrt, also auf das Doppelte gebracht werden können, und begründete diesen Antrag durch einen längeren schriftlichen Vortrag. Da dieser letztere sehr viele beachtenswerthe Bemerkungen enthielt, so wurde beschlossen, denselben sofort in einer geeigneten Anzahl von Exemplaren zum Druck zu bringen und sowohl den einzelnen Regierungen zuzusenden, als auch unter die Mitglieder der Nationalversammlung vertheilen zu lassen. Im Uebrigen wurde der Antrag dem Ausschusse für Militairangelegenheiten übergeben. — Der Gesandschaftsrath Dr. Jaup, sächs. Gesandter bei der Bundesversammlung, hat sein Amt als Regierungs-Commissär beim Archive der Bundesversammlung), theils mehrerer Buchhändler zu Leipzig (zur Vertheilung an einzelne Ausschüsse). Endlich wurde noch die oben schon erwähnte Ergänzungswahl vorgenommen und in den Ausschuß für Revision der Bundesakten die Gesandten von Oesterreich, Luxemburg, Mecklenburg und Hamburg als neue Mitglieder ernannt.

Chateaubriand.

**) Am 4. Juli Morgens 9 Uhr verschied zu Paris Franz August Bivonne von Chateaubriand in Folgen einer seit längerer Zeit eingetretenen totalen Lähmung. Geboren zu Combourg im Bezirke St. Malo im Jahre 1769, hatte er sieben und dreißig Jahre lang seinen Platz in der französischen Akademie eingenommen, deren Aeltester er seit lange gewesen war. In seinem 17. Jahre trat er als Lieutenant in das Regiment Navarra. 1790 ging er nach Amerika, wo er mehrere Jahre zwischen Indianerstämmen unter den Jahiaeren die „Natchez" schrieb. Im Jahre 1792 kehrte er zurück und wohnte der Belagerung von Thionville bei, wo er durch das Zersprungen einer Haubize verwundet wurde. Nach seiner Heilung besuchte er England, und veröffentlichte dort sein „Essai historique, politique et moral des Revolutions anciennes et modernes, considerees dans leurs rapports avec la Revolution française." Die erste Ausgabe von „Génie de Christianisme" ist vom Jahre 1802. Er kehrte nach dem 15. Brümaire nach Frankreich zurück, wurde bald Gesandtschaftssecretair in Rom bei dem Cardinal Fesch; 1804 wurde er zum bevollmächtigten Minister in Wallis ernannt. Der Tod des Herzogs von Enghien der bekanntlich auf Napoleons Befehl in den Gräben von Vincennes erschossen wurde, bestimmte ihn, seine Entlassung zu geben. In der Mitte des Jahres 1806 ging er nach Jerusalem, kam von dort 1807 zurück, und seine „Martyrs" erschienen noch in demselben Jahre; sein „Itineraire de Paris à Jerusalem" erschien erst 1811. Im Jahre 1814 verfaßte er seine Schrift über „Bonaparte et les Bourbons." Nach Ludwig XVIII. ernannte ihn zum Gesandten in Schweden, allein Napoleons Rückkehr verhinderte seine Abreise dahin. Während der hundert Tage ging er nach Gent, wo er mit Guizot den berühmten Moniteur du Gand herausgab. Im Jahre 1815 wurde er zum Pair und Staatsminister ernannt, aber am 15. Febr. 1817 entzog ihm eine königliche Ordonnanz letzteren Titel auf den Grund einer gleichfalls 1817 daselbst schrift über die königliche Autorität. Das Wasser, welches er vom Jordan mitgebracht hatte, diente zur Taufe des Herzogs von Bordeaux. — Eine Zeitlang war er Gesandter in Preußen. Am 28. Oktober 1822 wurde er zum Minister des Auswärtigen ernannt, und wohnte dem Congreß zu Verona bei. Zuletzt nach der Julirevolution 1830 gab Chateaubriand seine Entlassung als Pair, ging sich in das Privatleben zurück, aus dem er nicht mehr herausgetreten ist, und wohin ihn die Bewunderung und Verehrung der ganzen gebildeten Welt folgte. Frankreich hat an ihm eine seiner größten Zierden verloren.

Deutschland.

Bayern. — „Münchner, 9. Juli. Die Nachricht der Allgem. Zeitung, daß Se. kais. Hoheit der Erzherzog Reichsverweser auf der Reise nach Frankfurt über München kommen, und zwar schon am Dienstag hier eintreffen werde, ist ungegründet. (Hier verweisen wir auf unsere Correspondenz aus Wien.) — Heute wurde die schon in unserem gestrigen Blatte angekündigte große Kirchenparade der Linie, der Landwehr und sämmtlichen Freikorps vom schönsten Wetter begünstigt, abgehalten. Unsere Stadt gewinnt nach und nach ein festliches Aussehen. Von den meisten Thürmen flaggen die deutschen und bayrischen Fahnen, auch sehr viele Privathäuser sind bereits damit geschmückt. Die Abendmusiken auf den öffentlichen Plätzen der Stadt versammelten ein sehr zahlreiches Publikum, und indem wir dieses schreiben (9 Uhr Abends) vernehmen wir vom Dultplatze her ein dreimaliges Hoch der Volksversammlung für den Erzherzog Johann! —

(Pfarrei-Celebigung.) Die kombinirte katholische Pfarrei Frechenried und Altisried, Diözese Augsburg, im Landgericht Ottobeuren, mit einem Nominalertrage von 929 fl. 29 kr.

**Frankfurt, 5. Juli. Die von dem Antmann Müller in Schmeilsdorf verbreitete Flugschrift findet noch immer Absatz und wird von einzelnen Zeitungskorrespondenten, wie es ihrem Zwecke am besten paßt, angeschmuckt, ja sie gehen so weit, zu behaupten, die davon gemachten Angaben seien durch thatsächliche Belege erwiesen, ohne jedoch solche mitzutheilen, was auch gewiß nicht möglich wäre. Ihr Hauptzweck bleibt: Aufregung und Verunglimpfung der Behörde um jeden Preis zu unterhalten, und ihnen leider nur zu oft gelingt. Es ist hier nicht der Platz eine weitläufige Deduktion zu führen; jedoch werden nachstehende thatsächliche Bemerkungen genügen. 1) Müller wurde keineswegs ohne Grund verhaftet, wie absichtlich ausgestreut wurde. Nein! Gegen ihn erhob sich der dringendste Verdacht der intellektuellen Urheberschaft von verschiedenen Landesfriedensbrüchen in der Mainzegend, — in Folge des Verdachtes wurden seine Papiere untersucht, deren Inhalt keineswegs geeignet war, den Müller als vollkommen gerechtfertigt und schuldlos zu erklären, wie die Flugschrift des Müller angab. Weitere Anschuldigungsgründe geboten nach dem Strafgesetzbuch seine Verhaftung; der Untersuchungsrichter handhige ihm solche persönlich an, nachdem sich derselbe einige Tage vorher durch sein Commissorium gegen Müller legitimirte, daher ein Verhaftsbefehl ganz unnöthig war. 2) Daß die Verhaftsursache dem Verhafteten nicht genannt worden darf, sollte der Antmann Müller doch wohl wissen, denn der Verhaftete kann sich in dieser Beziehung über Vergehung, Verbrechen, aber nach eigener Angabe wegen ganz unbedeutender Unpäßlichkeit, die am andern Tag sich verloren hatte. Derselbe hatte daher ohne Bedenken zu Fuße transportirt werden können, aber er wurde in einer ganz gedeckten Chaise unter dringend nothwendiger Bedeckung einer Cavallerieabtheilung von Schmeilsdorf nach Kulmbach (einige Stunden Entfernung) gebracht. 4) Das gesetzliche Verhör wurde vorschriftsmäßig innerhalb 24 Stunden abgehalten, und einen Tag darauf erfolgte ebenfalls in einer ganz gedeckten Chaise die Ueberlieferung in die Frohnveste nach Baireuth, weil letztere viel bessere und gesundere Lokalitäten hat als die erstere. Von einer Fußreise nach Baireuth war niemals die Sprache, und ohne das gerichtsärztliche Gutachten abzuwarten, war schon der Transport vermittels einer Chaise bedenklich. Was daher in dieser Beziehung Müller in seiner Flugschrift Seite 13 behauptet, ist eine große, freche Lüge. 5) Müller wurde Sonntag, den 2. Juli, Abends 8 Uhr in der Frohnveste, wohnhaft ein richterlicher Spruch gar nicht zu erfolgen hatte. Die Untersuchung blieb überhaupt im Stadium der General-Untersuchung, ein weiteres Verhör war daher vorerst nicht zulässig, und Müller hatte auch ein solches nicht verlangt. 5) Hätte Müller gegründete Beschwerden gehabt, so wurde er bestimmt nicht unterlassen haben, sich mit denselben an den ihm vorgesetzten Gerichtshof zu wenden, was er aber unterließ. — Soviel vorläufig. Möge es Herrn Antmann Müller gefallen, das hier Vorgebrachte thatsächlich zu widerlegen, weitere Erörterung behalten wir uns vor. D. R.

Württemberg. — Stuttgart, 8. Juli. Die öffentlichen Anfprachen unserer Minister Duvernoy und Römer haben einen außerordentlich guten Boden gefunden. Ich will mich nur kurz auf die Orte beschränken, aus welchen deren freudig zustimmende Adressen eingegangen sind. Aus Weinsberg haben sämmtliche, gerade am 4. Juli in der Bezirksversammlung anwesende Urwahlmänner an den Staatsrath Duvernoy eine Adresse, welche die völlige Anerkennung seiner „Ansprache" enthält, abgehen lassen. Eben dahin spricht sich eine Erklärung aus Winnenthal, O.-A. Marbach, auch mit Beyzunahme auf Römer's „offene Erklärung" aus. An Römer ist aus Schwäbisch-Hall eine Adresse eingelaufen, in welcher für seine „offene Erklärung" gedankt und eine Versicherung mit ihm zur ernstesten Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung aufgefordert wird. — Für morgenden Sonntag wurde bereits mit die Verherrlichung des Erzherzogs Johann zum deutschen Reichsverweser mit Freudenfeuern auf den Höhen und Bergen feiern. So in der Gegend von Wembserg und Leonberg. Es lassen sich herrliche Hoffnungen aus der allgemeinen von Zubel überströmenden Aufnahme obiger Nachricht schöpfen. Das Volk in seiner Einfachheit und Natürlichkeit begreift unbewußt die hohe Folgenschwere dieses Faktums sehr gut! —

Preußen. ⊙ Berlin, 6. Juli. Gestern waren sämmt. Minister bei Sr. Maj. in Potsdam. Man will wissen, daß auch Hr. v. Auerswald seine Demission zu geben beabsichtigt. Ueber das neue Ministerium ist durchaus nichts Gewisses bekannt. Das noch unbesetzte Cultus-Ministerium theilt das Gerücht Hrn. v. Beckerrath zu, auch der Rücktritt des Hrn. v. Auerswald ist sehr ungewiß. Unser neuer Polizeipräsident, Hr. v. Bardeleben, hat seine Conversation des Reform-Clubs erklärt, daß er nächstens dieses, sowie die übrigen berliner Clubs besuchen werde. Unser Polizei-Präsidium soll, wie versichert wird, zu einer Regierung umgeformt werden. Dasselbe besorgte auch bisher durch eine gebildete erste Abtheilung schon die Regierungsgeschäfte; es lag jedoch dem Präsidenten die alleinige Verantwortlichkeit ob und er hatte auch allein eine entschiedende Stimme. Es soll jetzt ein complettes Regierungskollegium gebildet werden, an dessen Spitze der Sage nach Hr. v. Minutoli gestellt würde. Das Institut der Constabler wird wahrscheinlich binnen Kurzem ins Leben treten. Regierungsrath Peters wird als Direktor desselben genannt. Zur Abhülfe der Noth der kleinen Gewerbetreibenden haben sich hier zahlreiche Unterstützungs-Vereine gebildet. In 2 Bezirken z. B. werden von den Mitgliedern dem Vereine Darlehen zu 4% gemacht, welche der Verein wieder zu 5% Zinsen ausleiht. Wenn schon diese Mittel durchaus nicht ausreichend sind, so ist es doch recht zu läugnen, daß sie wenigstens in einigen Fällen sehr gute Dienste thun.

Oesterreich. Wien, 7. Juli. Se. kais. Hoh. der Erzherzog Reichsverweser hatte gestern zu Ehren der Deputation der deutschen Nationalversammlung eine große Tafel von 70 Converts veranstaltet. Die Minister, die ersten Hofchargen, die Chefs der deutschen Gesandtschaften, die Vorsteher der sämmtlichen Militär- und Civilbehörden, der Gemeinde- und Sicherheits-Ausschüsse, eine zahlreiche Generalität, die Kommandanten der Studentenlegion, der Nationalgarde und des Bürgerkorps hatten sich sämmtlich in

Uniform eingefunden, wogegen die Mitglieder der Deputation in einfachem bürgerlichem Anzuge — schwarzem Frack — erschienen waren. Der Vizepräsident v. Auersan hatte zur rechten Hand des Herrn Reichsverwesers, der Abgeordnete Hecscher zur linken Seite desselben Platz genommen. Die übrigen Abgeordneten nahmen die Plätze rechts und links von den genannten Herren ein. Ein Militär-Musikchorus war auf dem Burg- jetzt Frankenplatz aufgestellt. Den ersten Toast brachte Hrbr. v. Auersan auf das Wohl des Reichsverwesers aus, worauf der Herr Erzherzog einen auf das Wohl des Kais'es, einen zweiten auf das große freie, deutsche Vaterland, den dritten, welcher, wie der Herr Erzherzog sagte, sich auf die Lokalität beziehe, auf Wien und Oesterreich ausbrachte. Wo dem Toaste auf den Kaiser stimmte die Musik die österreichische Volkshymne, bei jenem auf Deutschland aber die Melodie des Rendschen „Was ist des Deutschen Vaterland" an. Der Toast auf Deutschland wurde mit einem dreimaligen Hoch, die übrigen mit einem einmaligen von den Gästen beantwortet. Nach der Tafel sprach Se. kais. Hoheit mit mehreren der Anwesenden. Gestern traf der preußische Gesandtmajor v. Bloem aus Berlin hier ein, benachrichtigt dem Herrn Erzherzog die Glückwünsche seines Königs zu überbringen. Se. kais. Hoheit wird schon morgen mittels eines Spezialtrains über Breslau die Reise nach Frankfurt antreten, aber noch vor dem 15. d. Mts. hier zurück sein, an welchem Tage der österreichische Reichstag durch ihn als Stellvertreter des Kaisers eröffnet werden soll. Frhr. v. Wessenberg wird Se. kais. Hoheit begleiten, um soll noch heute abreisen. Die Frankfurter Deputation wird wahrscheinlich morgen Wien verlassen und nach Frankfurt zurückkehren.

Folgende Proklamation Seiner kaiserl. Hoheit ist heute erschienen:

„Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt hat mich zum Reichsverweser erwählt und durch ihre Abgeordneten aufgefordert, diesem ehrenvollen Rufe anzufolgen zu folgen. Gesetzmäßig! Ihr kennt meine unveränderte Gesinnung für unser gemeinsames deutsches Vaterland. Ihr kennt meine heißen Wünsche für sein Wohl, seine Macht und Ehre. Diese Wünsche, ich weiß es, stehen mit ewigen Gesetzen im vollkommenen Einklange, und ich habe es daher als eine heilige Pflicht erkannt, das Amt zu übernehmen, welches mir eure Vertreter in Frankfurt und mit ihnen alle Eure deutschen Brüder anvertrauen. Ich gelobe und, gestützt von der Nationalversammlung und beseitiget durch das Vertrauen meiner Kaiserlichen Gedanken der Einheit Deutschlands zur That gestalten, — es wird für die Freiheit und das Recht des deutschen Volkes, für das Gesetz und die Ordnung in dem ganzen deutschen Gebiete eine neue Gewähr darbieten. — Ich glaube daher die mir von unserem Kaiser für die Zeit seiner Abwesenheit übertragenen Regierungsbefugnisse nicht zu verletzen, ich glaube sie vielmehr mit pflichtmäßiger Treue zu erfüllen, indem ich heute gleich wichtige und innig verbundene Sendungen annehme. Ich werde mit der an mich gesendeten Deputation nach Frankfurt gehen, um das hohe Amt des Reichsverwesers anzutreten, und dann wieder zu Euch zurückkehren um als Stellvertreter des Kaisers am 15. Juli den Reichstag in Wien feierlich zu eröffnen. Wien am 6. Juli. Erzherzog Johann m. p."

Die „Wiener Zeitung" vom 6. d. Mts. spricht sich über die Aufgabe des beorstehenden konstituierenden Reichstags und die Stellung, welche die Regierung demselben gegenüber einnehmen wird, in folgender Weise aus: Der entscheidende Augenblick, die Eröffnung des konstituierenden Reichstages, naht. Von seiner Thätigkeit ist es abhängig, daß die Verfassung auf unerschütterlichen, festen Grundlagen ruhe, den Bedürfnissen des Volkes entspreche, und die Entwicklung der erworbenen Freiheit in jeder Richtung sichere. Das Heil der Zukunft liegt großentheils in der Verfassung, denn, ist sie gleich nur die Form, welche das Volksleben Geist sein soll, so ist doch die rechte Form Bedingung, daß der Geist wolle Geltung finde.

Ueberall ist es klar, die Verfassung den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes entsprechend festzustellen. Der Aufschwung der Gegenwart erweckt Hoffnungen, welche die Zukunft nicht befriedigen kann, erregt Leidenschaften, welche in ihrer Verblendung die Schranken jeder menschlichen Einrichtung überspringen. Der rasche Flug des Gedankens und die heftige Eile der Erfüllung, die dem wichtigsten Zustande einen allen wesentlichen Staatsgebäudes bringen oft die Leidenschaften zu Maßregeln zurück und erheben die Gläubenden und Unerfahrenen. Den Verhältnissen des Landes, den Erfahrungen, welche die Geschichte mit Flammenzügen aufgezeichnet hat, wird nicht Rechnung getragen, wenn die Politiker von Heute mit ihren allzuseligmachenden Staatstheorien alles von Grund aus neu und wesentlich anders, als es Staaten gethan, benützen wollen.

Wie der weland historische Fortschritt die Berufung auf Verfassung nicht deutscher Länder verwarf, so erhebt sich die Resolution aller Beachtung solche erprobten Konstitutionen. Die Extreme beruhen sich. Der Staatsmann aber, dessen Ziel eine wohlbegründete, dauernde Freiheit ist, muß sie mit Gewährsschaften umgeben, die ihre Kraft in der Geschichte bewährt haben, damit die Freiheit nicht in Zügellosigkeit ausarte, und in den Uebermaß, welches dem Staate unmöglich macht, sich selbst zu Tode bringe; er muß die neuen Institutionen auf die bestehenden Verhältnisse basiren, damit der Bau, der sich frei in die Lüfte erheben soll, auf festem Grunde ruhe und nicht vom ersten Sturme umgeblasen werde. Wo eine neue Verfassung über den Trümmern einer zusammengebrochenen Staatsform errichtet werden soll, tritt der Kampf mit den Mitteln aller Parteien heftig hervor und erschwert den Baumeistern ihr Werk.

In Oesterreich aber ist die Aufgabe der Konstituirung riesengroß. Das Band, welches bisher die ungleichartigen Elemente Oesterreichs zusammenhielt, ist gebrochen, die Trennungsgelüste einzelner Theile bedrohen den Bestand des großen Ganzen. Der Sprachenkampf im Innern mehrerer Länder, das Verhältniß zu dem fast völlig getrennten reichen Ungarn und Siebenbürgen, der offene Aufruhr in den italienischen Provinzen, der Anschluß Oesterreichs an Deutschland, sind Umstände, deren Schwierigkeit selbst dem gewiegtesten und entschlossensten Staatsmanne bange Zweifel an der glücklichen Lösung erregen müssen. — Wird der konstituirende Reichstag der Aufgabe gewachsen sein? Werden sich in ihm hervorragende Talente genug finden, um mit geschickter sicherer Hand die zarten Verwicklungen zum Heile des Vaterlandes zu entwirren? — Schon werden Stimmen laut, welche Besorgnisse darüber aussprechen, und weil die Regierungen jetzt an Allem Schuld tragen, was in der Welt geschieht, den Ausgang der Wahlen dem Ministerium zur Last legen. Ist das Volk nicht mündig? Hat es nicht überall und unverkennbar das Begehren nach Selbstregierung gezeigt? — Nun, da das Volk frei von der mit Recht gehaßten Bevormundung der Regierung nach eigenem Ermessen gewählt hat, so müssen die Abgeordneten, als der Ausdruck des Volkswillens, anerkannt werden. Dem Einzelnen kann das Recht nicht zustehen, Protest gegen die Volks-Wahlen einzulegen, weil die Landleute auf ihrer Mitte die Abgeordneten genommen haben. Unzweifelhaft ist die Berechtigung der Abgeordneten, wenn auch nicht gelanget werden kann, daß bei vielen Wahlen auf politische Vorbildung der Abgeordneten zu wenig Werth gelegt wurde. Dagegen wird der gesunde Verstand, unausgesetzen von haber Gelehrsamkeit, das wärmste treue Herz, welches in Oesterreich von jeher für Recht und Vaterland schlug, in seinen Maße vertreten sein. Wer die Freiheit im Rechte begründen und das Vaterland erheben will, indem er den Thron des konstitutionellen Kaisers bewahrt, wird kräftige Unterstützung auf dem Reichstage finden.

In diesem Bewußtsein tritt das Ministerium mit seinen Anträgen über die künftige Verfassung Oesterreichs freudig und vertrauensvoll vor den Reichstag, und wichtig für die Befestigung für die Freiheit, innigst bis zum Kaiser in der Brust des Oesterreichers. — Damit aber eine gründliche und mit Sachkenntniß geführte Erörterung der Verfassungsfragen schon jetzt in's Leben trete und die richtige Entscheidung vorbereite, wird das Ministerium den mächtigsten Hebel eines freien Staats, die freie Presse in Bewegung setzen. Es wird der Hauptfragen von seinem Standpunkte aus Erwähnung thun. Möge sonach die freie Presse ihre Mission vor Augen, mit Gründen und nicht in systematischer Opposition auftreten; möge auch die Intelligenz Oesterreichs, welche außer den Reichstage steht, ihre gewichtige Stimme in dem Momente, wo über des Vaterlandes Geschick entschieden wird, zur Geltung bringen.

Italien.

Neapel, 27. Juni. — Die Regierung ist entschlossen, die Kammern einzuberufen, trotz dem, daß mehre Landbezirke, hauptsächlich aber die ansatlantischen kalabresischen Provinzen keine Abgeordneten schicken werden. Es scheint, daß dieser Theil der Wähler hat gegen die Wahlen sogenannten Autoforia protestirt, und einfach die früheren Wahlen bestätigt, fast buchstäglich wurden in sammtlichen Wahlbezirken die früheren Vertreter wieder gewählt. Unter den Ausgefallenen bemerkt man größtentheils solche, welche früher liberal, seit dem Mai aber sich der Regierung angeschlossen haben. Der 1. Juli erregt heute Hoffnungen, heute Furcht. Die Parteikammer wird allem Anschein nach keine Vereinbarung treffen. — Von dem Aufstande in Calabrien weiß man auf offizielle Weise so viel als nichts. Die Mittheilungen der Stadtzeitung enthalten keinesweges die Nachricht einer Dämpfung desselben. Von Cosenza, dem Heerd desselben, auf welchen alle Anstrengungen gerichtet sind, hat man gleichfalls keine Nachricht. Die Post ist fortwährend unterbrochen, der Verkehr zur See ist in den Händen der Regierung und Privatmachthaben kommen nur auf den weitesten Umwegen herüber. Die Bedeutung des Aufstandes geht übrigens schon daraus hervor, daß drei Generale mit so vielen Truppen nöthig sind und die jetzt doch nichts ausgerichtet haben. Die Kommunikation mit Calabrien ist unterbalt ein fremdes Kriegsdampfboot, fonst ist aller Verkehr dahin abgeschnitten. Die Regierung hofft Alles jetzt übrigens von einer mehr angereist-ten General Nunziante zu Pferde. In den Gewässern von Messina macht eine flottille von Kanonenboten den neapolitanischen Dampfern viel zu thun, so daß die Citadelle von Messina bald in ihrer Kommunikation mit dem Festlande gehemmt sein dürfte. Die Rüstungen zu einem entscheidenden Angriffe gegen Messina dauern in Messina fort, sowie auch zeitweise die gegenseitige Beschießung. Die neueste Staatszeitung enthält das Programm der Eröffnung der Kammern. Der König wird sie durch einen Stellvertreter eröffnen lassen. Sechs Kompagnien der Nationalgarde sind als Ehrenwache vor dem Museo borbonico, dem Versammlungsorte der Stände, kommandirt.

Der König und die königl. Familie sind fort und fort unsichtbar, aber die Soldaten, welche das Schloß besetzt halten, sind noch in gleicher Anzahl vorhanden.

Frankreich.

△ Paris, 6. Juli. Die Post schließt heute schon um 1 Uhr. Die Börse bleibt ganz geschlossen, beides wegen der großen Feuercrecemonie für die in den vier Tagen des 23. 24. 25. und 26. Juni im Kampfe für die Ordnung gefallenen Opfer. Auch die Nationalversammlung hält keine Sitzung, da sie in Masse der Feuerlichkeit beiwohnt. Das Wetter ist ausnehmend schön und begünstigt alle den Zug. In dem Programm ist übrigens eine Aenderung vorgenommen worden. Die Leichname der Opfer werden einstweilen in der Magdalenenkirche liegen bleiben, da die Gewölbe unter der Julisäule auf dem Bastilleplatz noch nicht zu ihrer Aufnahme eingerichtet sind. Um 6 Uhr Morgens schon beriefe der Rappell in

allen Quartieren die Nationalgarde zusammen und um 9 Uhr kamen von allen Seiten die Legionen nach der Magdalenenkirche herangezogen. Das am Eingange der elysäischen Felder aufgeschlagene Trauergerüste hat eine Höhe von 20—22 Meter. Der Altar ist schwarz behangen und auf Trauerurnen lodern Flammen. Nach Ihr Pereptel des Palastes der Nationalversammlung, jenseits der Eintrachtsbrücke ist ganz schwarz behängt, eben so die Säulen welche das Fronton tragen, in Schwarz gehüllt, und welchem silberne Sterne hervorglänzen. Denselben Anblick gewähren die Thore St. Denis und St. Martin auf den Boulevards. Auf dem schwarzen Grunde erblickt man auch die Buchstaben R. F. (französische Republik) und die so vielfach durch die Thatsachen Lügen gestraften Worte: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Die Geistlichkeit ist im Augenblicke, wo ich schreibe, auf dem Eintrachtsplatze bereits angekommen, und der Bischof von Orleans Hr. Fayet, hat den Trauergottesdienst begonnen. Die Theilnahme ist sehr groß und allgemein, und Alles läßt hoffen, daß die ganze Ceremonie ruhig und ohne die geringste Störung der Ordnung vorübergehen wird. Ein Rundschreiben des Justiz- und Cultusministers Carnot an alle Erzbischöfe und Bischöfe ordnet an, daß in ganz Frankreich überall gleichfalls ein Trauergottesdienst für die für die Ordnung Gefallenen abgehalten werde.

? Paris, 6. Juli. Herr Carnot, der Minister des öffentlichen Unterrichts, hat seine Entlassung gegeben. Diese ist angenommen und bereits Hr. Vaulabelle an seine Stelle ernannt worden. Der Grund des Austritts des Hrn. Carnot liegt in den heftigen und wohlregründeten Angriffen, die gestern in der Nationalversammlung gegen ihn gerichtet wurden, weil er noch zur Zeit der proovisorischen Regierung den Schulen ein Handbuch empfohlen hatte, in welchem sehr gefährliche Lehren für das Eigenthum enthalten waren. Auf Antrag des Hrn. Bonjean wurde dem Minister, offenbar um demselben ein Mißtrauensvotum zu geben, 5000 Fr. an der von ihm verlangten Summe von 1 Million zur Aufbesserung der Gehalte der Elementarlehrer getrichen. Dieses Votum erfolgte mit 314 gegen 303 Stimmen. Die Herren Georges Lafayette, Corbon, Laroffe, Armand Marrast, Cormenin und Portalis sind gestern zu Vizepräsidenten der Nationalversammlung erwählt worden. Der Ausschuß für den Krieg hat den Antrag des Herrn Remilly auf Zusammenziehung eines Lagers von 50,000 Mann in der Umgegend von Paris zugegeben und dem Generak Dubinot (bisher Befehlshaber der Alpenarmee, von welcher ein Theil schon auf dem Marsche nach Paris zurück ist) zum Bereichserstatter darüber ernannt. General Bedeau soll das Ministerium des Auswärtigen ausgeschlagen haben. Noch hegt man Besorgnisse für die Rettung des schwer verwundeten Generals Duvinier. Aus Stadt und Land drängt sich das Volk in Masse zu dem öffentlich ausgestellten Leichnam des Erzbischofs von Paris, dessen Begräbniß morgen stattfindet. — In Lyon herrscht noch immer Gährung und man hegt neue Besorgniß vor dem Ausbruch von Unruhen daselbst. Die Behörde wacht aber, und Linie und Nationalgarde sind zu ihrer Unterstützung bereit.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 6. Juli. Sproz. Metall. 74 ¼, 4proz. 61, 2proz. 42, 2½proz. 39. 1834er 500 fl.-Loose 116. 1839er 250 fl.-Loose 84. Bankaktien 1095. Nordbahn 105. Gloggnitz 96. Venedig-Mailand 66. Mooono 70 ¼. Pesth 65. Sonn 54. Brennnerbahn 95.

Berlin, 6. Juli. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Course. St. Schuld-Sch. 73 ¼ B., 72 ¼ G. Seeh. Präm. Sch. 86 G. Westpreuß. Pfandbr. 76 B. 75 ½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. 88 ½ G., 3½proz. 75 ½ G. Pomm. Pfandbr. 87 ½ G. Kur- und Neu. Pfandbriefe 88 ½ G. Pr. Bk.-Anth. Sch. 80 ½ B., 79 ½ G. Friedrichsd'or 13 ½ B., 13 ½ G. Aud. Goldm. à 5 Th. 12 ½ B., 12 ½ G. Disconto 5 ½.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt 98 82 bz. u. G. Berl.-Hamb. 57 ½ G. Berl.-Stettin-Stargarder 84 ½, 83 bz. u. G. Berl Potsd.-Magd. 45 bz. Magd.-Halberstadt 81 ½ bz. Halle-Thüringer 49 bz. u. G. Köln-Minden 69 ½, 71 bz. u. G. Köln-Aachen 39 ½, 51 bz. u. G. Düsseld. Elberfeld 62 G. Niederschles.-Märk. 67, 68 bz. Oberschles. A 78, 79 bz. u. G. B. 78, 79 G. Kral.-Oberschles. 33 ½, G. Berg.-Märk. 46 bz.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. 8 80, 80 ½ bz. Stargard-Posen 61, 62 bz. u. G. Magd.-Wittenberg 40 ½ G. 70 ½, 40 G.

Prioritätsaktien: Berl.-Anhalt 80 ½ bz. Berl.-Hamb. 85 ½ G. Berl.-Potsd.-Magdeb. 80 bz. Halle-Thüring. 78 ½ bz. Köln-Minden 87 ½, 86 bz. Nr. Stamm-Prior. 60, 61 ½ bz. u. G. Niederschl.-Märk. 4proz. 78 ½ G., 5proz. 85 bz. Rhein.-Oberberg 87 ½ G. Steele-Vohwinkel —.

J. P. Boyl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Erklärung

Herr Professor Dr. Martin hat in seiner Vertheidigung gegen eine Presse von Studirenden unserer Hochschule (Neueste Nachrichten Nro. 88) meinen Namen mit der Bemerkung genannt, daß ich ihm bezeugen könne, wie er längst zur „Verzweiflung" mit Hrn. geh. Rath v. Walther bereits gewesen und diesem seine Beleidigungen bekannt geworden sei.

Hiedurch sieht sich der Unterzeichnete veranlaßt, nachstehende, was ihn hiebei persönlich betrifft, auf seinen wahren Gehalt zurückzuführen und dabei sich auf das Förmlichste gegen die Einmischung seines Namens in eine Sache zu verwahren, durch welche sein hochverehrter Amtsgenosse und Freund auf das Empfindlichste beleidigt worden war.

Als Dr. Professor Martin ohne Gutachten der Fakultät und ohne Beirath des akademischen Senats durch unmittelbaren Entschluß St. Maj. des Königs Ludwig zum Professor der Entbindungskunde bei unserer Universität ernannt worden war, war ich auf das Aeußerste von der Erwägung betroffen, ob Dr. geh. Rath v. Walther, eine wissenschaftlich und moralische Zierde unserer Hochschule, sich würde bestimmen können, in den durch jene Ernennung bedingten amtlichen Verkehr mit einem Manne zu treten, der ihm öffentlich mit injuriösen Ausdrücken begegnet war.

Die auf dieser Erwägung fußende Besorgniß für das Wohl der Universität bestimmte mich als Rektor derselben zu einigen Schritten, welche zum Zwecke hatten, den Professor Martin zu einer schriftlichen Erklärung über seinen beleidigenden Angriff zu veranlassen, welche nach Inhalt und Form geeignet wäre, Hrn. geh. Rath v. Walther zu befriedigen. Ich fand allerdings Hrn. Professor Martin sehr bereitwillig, aus einer peinlichen Verlegenheit zu kommen, in welcher er nach seinen Vorgängen beim Eintritt in sein Amt gegenüber einem Manne, wie Hr. geh. Rath v. Walther, sich nothwendig befinden mußte, den er zu verehren und dem er als einem seiner hohen Lehrer Dank schuldig zu sein erklärte.

Da aber weder ein erster Brief, den er mir in dieser Sache schrieb, noch ein zweiter von der Art war, daß sie den Beleidigten befriedigen oder derselben konnten und sich in den allgemeinen Verschwungen und Motiven bewegten, die er nun auch in seiner gedruckten Rechtfertigung aufzunehmen hat, ohne jene injuriösen Beschuldigungen zurückzunehmen, — so ließ ich natürlicher Weise die meinen Erfolg versprechende Vermittlung fallen.

München, den 8. Juli 1848.

Der Rektor der Universität:
Dr. Fr. Thiersch.

Königl. Hof- und National-Theater.

Dienstag, 11. Juli: „Don Karlos", Trauerspiel von Schiller.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. Ritter v. Wallerstein, von Beesia. Thomas, Kaufmann von Dijon. Schulz, Kaufmann von Hamburg.

Gold. Kreuz. v. Eist, Oberappellationsgerichtsrath von Freising. Jung, Kaufmann von Barmen. Schwirtzer, Privatier von Passau. Serter, Apotheker von Memmingen.

Gold. Hahn. Evenseln, Kaufmann von Würzburg.

Blaue Traube. Russell, Rittmeister von Verona. Lippert, Theaterdirektor von Augsburg. Caguiely, Geschäftsmann von Bucharest

Gestorbene in München.

Joseph Siber, Landarzt von Utting, Lgs. Landsberg, 72 J. a. Martha Müllauer, Taglöhner von der Au, 56 J. a. Johann Groß, Bäckergesell von Perling, Lgs. Passau 1, 21 J. a.

Bekanntmachung.

16 Auf Remonstration des Häuslers Mathias Pfeifl von Pergolzkreut werden in dessen Schuldenwesen die unterm 6. Juni l. J. Nr. 24. ausgefertigten Edittalien hiemit suspendirt und abgeschrieben und bemerkt, daß an fruhero ersten Edikstage als

Dienstag den 25. Juli l. J.
Vormittags 8 Uhr
nach vorausgegangener Abschätzung des Mobiliar- und Immobiliar-Vermögens Konvokation der Gläubiger, Liquidation mit denselben, Vergleichsversuch, Anhörung der schuldnerischen und kreditor'schaftlichen Anträge, dann Beschlußfassung Kastkaufe, wegen sämmtliche Gläubiger mit dem Rechtsnachtheile vorgeladen werden, daß von den Nichterschienenen angenommen würde, daß sie sich dem Beschlusse der Mehrheit der Erschienenen anschließen

Am 5. Juli 1848.

Königl. Landgericht Wolfstein.
L. S.
Schüß, Aff.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

Schluß des Berichts des Ausschußes der Reichsversammlung für die Wehrangelegenheiten über den gegenwärtigen Zustand der Wehrhaftigkeit Deutschlands und über die Mittel zur Verbesserung desselben:

Selbstvertändlich wird diese neu gebildete bewaffnete Macht zwar hauptsächlich in Infanterie bestehen, jedoch ist dabei, so weit als möglich, auch die verhältnißmäßige Verstärkung an Kavallerie und Artillerie in's Auge zu fassen. Es sind diese Vorschläge und Anträge überall nur als ein durch die Dringlichkeit der Verhältnisse hervorgerufenes Provisorium zu betrachten, ohne dadurch der künftigen Wehrverfassung Deutschlands vorzugreifen, die auf anderen Grundlagen, und soweit die Kriegsrüstung der übrigen europäischen Staaten es zulassen wird, mit möglichster Beseitigung der stehenden Heere in der Hauptsache auf Volksbewaffnung beruhen muß. Ihr Ausschuß hat es nicht angemessen erachtet, hier auf weitere Details über die innere Organisation jener obengenannten 340,000 Mann einzugehen, da Dieß theils höheren, baldigst zu bildenden Zentralbehörden, theils den einzelnen Regierungen mit Berucksichtigung des lokalverhältnisse als als Aufgabe überlassen bleiben muß. Es darfte nun noch die nähere Motivirung unseres Antrags für die Nothwendigkeit der verlangten Verstärkung an Streitmitteln Ihnen vorzulegen sein. Ihr Ausschuß bittet hierbei unterß um Erlaubniß, diesen Vortrag nur auf allgemeinere Motive beschränken zu dürfen, indem er der Meinung ist, daß die Angabe ganz genauer Details in dieser Angelegenheit nicht erforderlich für das allgemeine Interesse Deutschlands sein würde. Diese Motive sie seinen Antrag liegen zu Folgendem: Die Aufstellung und Beibehaltung einer so imposanten Streitmacht, wie die verlangte, von p. p. 900,000 Mann, wird zunächst einen auswärtigen Krieg, wenn nicht abwarten verhüten, so doch möglichst schnell zu einem günstigen Ende führen, — die für augenblickliche Entwickelung so großartiger Streitkräfte erforderlichen, allerdings sehr bedeutenden Geldmittel und übrigen Anstrengungen werden dabei aber stets geringer sein, als die Kosten und Anstrengungen wären, die Länge gezogenen Krieges, ganz abgesehen von der bei geringeren Streitkräften entstehenden Gefahr zeitweiligen Unterliegens. Es hat bei Berechnung der beantragten großen Verstärkung ferner Rücksicht genommen werden müssen, nicht nur auf die durch die Zustände an der Südgrenze Deutschlands theilweise paralysirten Streitmittel einer deutschen Vormacht, es hat auch Rücksicht genommen werden müssen auf das Möglichen gleichzeitiger Verbindungen auf verschiedenen Kriegstheatern, es hat endlich der Umstand nicht außer Acht gelassen werden können, daß Deutschland möglicherweise feindlichem Anfall zu begegnen haben würde, ohne die Hilfe auswärtiger Bundesgenossen. Bei Berechnung der nothwendigen Streitmittel im Fall eines europäischen Krieges hat endlich den Umstanden Rechnung getragen werden müssen, daß die vollständige kriegsmäßige Besatzung der auf dem Kriegstheater selbst liegenden festen Plätze, daß die auf das nothwendigste beschränkte Besatzung der übrigen zahlreichen deutschen Festungen, daß der militärische Schutz ausgedehnter Seeküsten, die zahlreichen Cadres für Ausbildung des stets nachzuziehenden Ersatzes, die bei Proviant-, Munitionsbleiben, bei Transportmitten, bei Militärspitalen u. s. w. beschäftigten Truppen, der stets vorkommende Abgang durch Geschwornste, Lazarethkranke u. s. w., eine über-aus bedeutende Kopfzahl den im Felde stehenden Truppen entzieht, eine Zahl, die, wenn sie nur ganz mäßig angenommen wird, Hundertausend erreicht, sonach unabweislich die verlangte Verstärkung bedingt, um auf dem Schlachtfelde in der sie den Sieg entscheidenden Stärke erscheinen zu können. Es bedarf schließlich wohl keiner weiteren Ausführung darüber, daß die von Ihrem Ausschusse in seinen Anträgen bezeichneten, zu bildenden und resp. disponibel zu haltenden Vertheidigungen nur defensive, die Freiheit und Selbstständigkeit Deutschlands sichernde Zwecke haben.

Deutschland.

Bayern. — * München, 8. Juli. Göthe äußerte gegen Eckermann (Gespräche, Thl III., S. 44.): „Es ist wahr, ich konnte kein Freund der französischen Revolution sein, denn ihre Gräuel standen mir zu nahe und empörten mich täglich und stündlich, während ihre wohlthätigen Folgen damals noch nicht zu ermessen waren. Auch konnte ich nicht gleichgültig dabei sein, daß man in Deutschland künstlicher Weise ähnliche Scenen herbeizuführen trachtete, die in Frankreich Folge einer großen Nothwendigkeit waren." Kein Unbefangener kann bestreiten, daß sich in den revolutionären Erschütterungen, welche in den jetzigen Märztagen über Deutschland kamen, gleichfalls eine große Nothwendigkeit geltend machte, so hinsichtlich der Verhältnisse in den einzelnen Staaten wie in der Richtung auf lebenskräftigere Einigung aller Bestandtheile des gemeinsamen großen Vaterlandes. Auch das muß man als eine nothwendige Folge gelten lassen, daß die entfesselten Kräfte in den ersten Prozessen ungewohnter Bethätigung, in den Tagen größter Aufregung Maß und Grenzen die Gesetze überschritten. Nun aber soll uns aus großer Nothwendigkeit entsprungen Bewegung künstlicher Weise zu einem Ziele fortgewiesen werden, dessen Erreichung weder Frieden noch Freiheit gewährleisten, vielmehr die Nothwendigkeit immer neuer Gährungen und Erschütterungen begründen, und die Dauer unserer März-Errungenschaften in Frage stellen würden. Die Reichsversammlung zu Frankfurt hat die Berathungen über die „Grundrechte des deutschen Volkes" begonnen. Auch der diesen Berathungsgegenstande wird öfter die Versuchung nahe treten, für Deutschland kommende Tage den Revolutionszustand permanent zu machen. Möge nicht in der Besangenheit des Augenblicks die ganze Zukunft preisgegeben werden, wenn es sich von wichtiger unaufschiebarer Bedeutung des Cautionsshstems in Bezug auf die Presse, von Gewährleistung des Versammlungs- und Vereinsrechtes (von Privilegiumertheilung an Volksvorsahren und Clubisten), von allgemeiner Volksbewaffnung handelt. Möge Paris nicht bloß als Musterbild, sondern auch als abschreckendes Beispiel wirken!

Nicht sterben können ist das Loos des ew'gen Juden;
Behaftet der Fluch, mit dem sich Frankreichs Sohn bekunden.
Seit sechzig Jahren sieht man sie nach Freiheit werben,
Die Revolution gelanget nie zum Sterben.

Nach Frankfurt wendet sich mein sorgenvoller Blick,
Spannt man für Deutschland auch der Khadver Geschick?

Würtemberg. — : Stuttgart, 8. Juli. Vor einigen Tagen von einem größeren Ausflug durch meine schöne Heimath zurückgekehrt, kann ich nicht umhin, einiges von dem, was ich sah und hörte, einem größeren Kreise mitzutheilen. Einen reichen Gottessegen haben sich auf Feldern und Weinbergen vorgefunden! Die Getreidefelder stehen so dicht und hoch, wie ich mich seit langen nicht mehr erinnern kann, und das nicht an einzelnen Stellen, sondern überall! Nicht minder gut die Ernte versprechen die Kartoffeln, welche von ihrer bösen Krankheit genesen scheinen. Die Weinberge lassen einen sehr reichlichen Ertrag hoffen, und die bedeutende Menge von Kirschen hat bereits manches schöne Stück Geld in die Taschen der Landwirthe geliefert. Aber nicht allein in materieller Beziehung habe ich Erfreuliches wahrgenommen, sondern auch in Unterredungen mit den einfachen Landleuten entdeckte ich mit großer Befriedigung, daß der Kern des Landvolks noch nicht von dem Miasma der wühlerischen Tendenzen ergriffen ist. Das Landvolk läßt sich nicht so schnell hinreißen, es braucht lange Zeit, alle von Vater und Großvater überkommene Ansichten und Ideen bei ihm auszuklügen. Es ändert seine politische Meinung eben so schwer, als es seine religiöse aufgeben wurde, wenn auch zum Theil die Begriffe etwas verwirrt und das Vertrauen untergraben worden ist. Es sieht aber recht gut ein, daß der Weg, welchen die destruktive Partei in den Städten eingeschlagen hat, nicht der richtige ist, daß man andere Bahnen gehen müsse, um wieder das Vertrauen des Landvolks zu gewinnen. Dieses, einmal verlorem, ist schwer wieder herzustellen, und das geschieht nicht durch die enge Verbindung von „Volksvereinsist, Demokraten" u. s. w., wie weit ist das Landvolk politisch reif, einzusehen, daß man unter jeder Regierungsform Abgaben und Steuern zahlen müsse, daß sonach die allenthalben vorgespiegelte republikanische Steuerfreiheit blos ein Lockvogel ist für gewisse Herren, welchen es durchaus nicht um das Wohl, sondern aber um sich selbst zu thun ist. — So viel habe ich auf meinen Gesprächen mit den Bauern erfahren, und ihn erfreut, daß es sich so steht kann.

Freie Städte. — Frankfurt, 8. Juli. In Sachsenhausen haben in der verwichenen Nacht Unordnungen statt gefunden, welche, ohne einen politischen Charakter an sich zu tragen, nicht ohne Blutvergießen ablieben, ja ein Soldat wurde sogar erschossen. Die Veranlassung dazu war eine Rauferei, die einem Bäcker gedroht werden sollte. Morgen Näheres.

Schleswig-Holstein. — Altona, 5. Juli. Am 3. legte der Prinz Friedrich der Niederlande in Rendsburg einen ausführlichen Bericht über die letzten Kriegsereignisse vor. Es wurden 30 Gefangene gemacht und dem Feinde an Todten und Verwundeten bedeutende Verluste beigebracht. Der General v. Wrangel hat sein Hauptquartier von Christianstedt, wo er sich bereits befand, wieder nach Hadersleben zurückverlegt, ein Beweis, daß man nicht nach Jütland gehen will.

Nach dem Hamburger Corr. ging das Gerücht um, daß der dortigen Börse vom 4. Juli, daß ein dreimonatlicher Waffenstillstand in Rede stehe. Nach der H. Börsenh. sollen die Bedingungen folgende sein: „Räumung Fühnens von Seiten der schwedischen, Schleswig von Seiten der deutschen Truppen; Schleswig bleibt völlig unbesetzt; Aufhebung der Blockade der deutschen Häfen und Freigebung der in Kopenhagen festgehaltenen deutschen Schiffe; letzteres, sobald der Gedwerth der von den preußischen Truppen in Jütland gemachten Requisitionen ermittelt und erstattet ist. (Diese Nachrichten bewirkten an der Berliner Börse ein bedeutendes Steigen der Course.)

Die neuesten Hamburger Briefe und Zeitungen vom 7. dies bestätigen den Abschluß des Waffenstillstandes mit Dänemark. Das dänische Cabinet hat den Vertrag bereits ratifizirt, und um die Genehmigung von Seite Preußens einzuholen, hat sich Graf Pourtales bereits nach Berlin begeben. Nach der Hamburger Börsenhalle erfolgte der Abschluß am 2. Juli. England und Rußland übernehmen die Garantie, und der Waffenstillstand ist einer dreimonatlichen Kündigung unterworfen. Ueber die Bedingungen ist noch nichts Bestimmtes verbürgen. Die Unterhandlungen wurden zu Malmö von deutscher Seite durch Graf Pourtales, von dänischer durch den Minister Grafen Knuth geführt.

— Bei der Besetzung von Haderslebeu durch die Truppen des 10. Armeecorps ist unter andern Aktenstücken auch eine vom 31. Mai datirte Requisition gefunden worden, in welcher in Haderslebeu Quartiere angewiesen werden für die Avantgarde des nachrückenden schwedischen und norwegischen Armeecorps, welche Avantgarde, bestehigt vom Obersten von Juel, aus 6 — 7000 Mann, nämlich: Cavallerie 1000 Mann; Infanterie 5 — 6000 Mann, Artillerie 16 — 20 Kanonen mit Bespannung, besteht.

Oesterreich. — Wien, 7. Juli. Bei der gestern vorgenommenen Deputirtenwahl für die Stadt Wien ist der Minister Doblhoff im 2ten Wahlbezirk der inneren Stadt mit 79 Stimmen gegen 27 gewählt. Die Zahl der Wähler betrug 106. Die noch zu vollziehende Wahl der noch übrigen 14 Deputirten Wiens soll heute vollendet werden. Von Innsbruck meldet man, daß in den letzten Tagen eine Petition der tirolischen Stände gegen das Reskript vom 10. Mai, welches den Bann in Anklagestand versetzt, zwar in den Schranken der Loyalität, aber dennoch äußerst entschieden beim Kaiser eingelaufen sei. Die Heimkehr des Banns selbst wird die Petenten wohl zufriedengestellt haben.

Prag, 1. Juli. In der Nacht vom 29. auf den 30. ist wieder auf mehrere Schildwachen geschossen worden. Es meldet ein offizieller Bericht des Grafen Thun und fährt fort, daß auch das Pflaster noch an vielen Orten so aufgerissen sei, daß mit jedem Augenblicke Barrikaden errichtet werden können, weßhalb der Belagerungszustand aufrecht erhalten und fortwährende Aufgang des Landvolkes eine Verminderung der Truppenzahl in Böhmen unzulässig mache.

= Innsbruck, 8. Juli. Von unserm tapfern Heere in Italien ist das folgende Bulletin eingetroffen: „Hauptquartier Verona, 5. Juli. Die Stellung der Armee ist noch immer dieselbe, ebenso die Bewegungen des Feindes gegenüber von mir. Der König steht mit ungefähr 30,000 Mann seiner Armee zwischen Villa franca und Roverbella, wo noch immer sein Hauptquartier ist, und scheint diese Orte gegen Angriffe durch Verschanzungen und Barrikaden zu sichern. Gestern Nachmittags wurde nach zweistündiger Anstrengung mittelst Ausbauen eines Weges im Felsen, eine halbe 18pfündige Batterie durch Ochsen bis auf die höchsten Höhen des Monte Rosselo, welcher jene der Chiusa und des Umfeldes von Rivoli beherrscht, gezogen, und wir selben gleich zwei feindliche Gebäude zum Schweigen gebracht, welche auf den jenseitigen niedern Felsenkuppen oberhalb der Chiusa unsere Piketz diesseits beschossen, einen Mann verletzten, getödtet und einen Artilleristen den Kolonenbatterie schwer verwundet hatten. Graf Radetzky, Feldmarschall. — Gestern rückte die Wiltauer Schützenkompagnie unter ihrem Hauptmann Landrath v. Mörl, an welchen die Mannschaft eine öffentliche Danksagung eben ergehen läßt für die Vorsorge und den Muth, mit welchem er überall im Kampfe vorangieng, dann die Zirler Kompagnie von den italienischen Grenzen zurück her ein. Beide wurden vom Kaiser gemustert. An der Spitze der Wiltauer Kompagnie erschien Leutnant Hueber, der Kommandant, ihren kürzlich erwählten Schützenhauptmann, in der Tracht dieser Schaar. Diese Kompagnie brachte auch eine erbeutete Tricolorfahne mit. Morgen soll auch die zweite Kompagnie der hiesigen Akademiker wieder hier eintreffen.

Zu einem Rückblick auf die Kriegsoperationen in Italien sagt die „Wiener Zeitung" am Schlusse:

Vergleichen wir die Lage der österreichischen Armee, in der sie zu Ende März sich befand, mit der jetzigen, so wird kein Zweifel obwalten, daß die Resultate des Savoyischen Feldzuges für sie höchst günstig sind, und der Erfolg ist doch immer der Gesammtheit zu den Operationen eines Feldherrn. Radetzky hat durch seine so viel geschäftmeisterten Operationen die entscheidenden Schlachten von St. Luzia, Curtatone und Vicenza gewonnen, und man kann sagen, ein ganzes Land, nämlich das Venetianische, wieder erobert. Carl Albert hat in 3 Monaten die schlechte Festung Peschiera genommen und seine Vorposten nun einige Meilen weiter bis Rivoli vorgeschoben. Wer von beiden Heerführern hat nun besser manövrirt, wer kann sich mit Recht den Sieg zuschreiben? Augenscheinlich hat Radetzky seit dieser Zeit, inmitten der innerwährenden Kämpfe die ganze Armee, welche auf dem Rückmarsche von Mailand viel gelitten hatte, fast ganz neu wiederhergestellt und so ausgerüstet, wie sie es hätte vor dem Ausbruche der Revolution sein sollen; alle Magazine sind neu gefüllt und Alles in jeder Beziehung in dem wunschenswerthesten Zustande, so daß nur Ergreifung der Offensive gerade jetzt der günstigste Moment wäre, wenn man den Nachrichten unserer Truppen in das Venetianische sicher wäre. — Sonderbar — aus Italien selbst, von der Armee, hat man noch keine einzige Stimme gehört, welche die Wiedereroberung der Lombardei für unmöglich und den Frieden für nothwendig hielte; — bereits Stimmen kommen alle von dort, wo man schon im vorigen Jahre bewiesen hat, daß man Italien gar nicht kannte. Wir sprechen von dem eingewurzelten Hasse und tausend andern Dingen — Zeitungslügen sage ich — schreckende Hirngespinnste. Ihr kennt wenig die Wandelbarkeit der Volksgunst und überhaupt die Stimmung der Massen, wenn ihr sie nach den Zeitungen beurtheilt; fragt die, welche 15 und mehr Jahre hier leben und das Volk kennt, und sie werden euch sagen, daß trotz aller Mühe, welche man sich gab, um Deutschenhaß zu raisonniren, die Masse dennoch nicht durchgreifend davon durchdrungen war. Laßt heute die Oesterreicher nach einem glänzenden Sieg in die Lombardei einrücken, und mit geringen Ausnahmen werden sie, so wie es in Padua sattsich steht der Fall war, mit Jubel und offenen Armen empfangen werden. O glaubt mir, ihr Schwarzseher, die Menge läuft nach dem Glücke, und der Sieger ist überall willkommen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 29. Juni. Das gestrige Bulletin über die Cholera ist sehr kurz: „Von den an choleraähnlichen Anfällen Erkrankten waren bis zum 15. (27.) Juni 529 in Behandlung verblieben; im Verlaufe dieses Tages kamen 486 hinzu und zum 17. (28.) Juni verblieben 790 Kranke in Behandlung." Leider muß ich zur Erörterung hinzufügen, daß die Krankheit seit acht Tagen hier gräßlich wüthet. Sie nimmt ihre Opfer noch in den untersten Volksklassen, allein sie tritt dabei mit einer Bosartigkeit auf, die Alles übertrifft; in zwei Stunden erfolgt der Tod, und bisher hörte man von keinem Genesen. Die Bulletins sind sehr kurz, wie man aus 15. (27.) Juni ersehen wird. Von Strafen ist darin auch keine Rede, nur von „choleraähnlichen" Anfällen. Wozu auch das Aufsehen der täglich Erkrankten und Gestorbenen, was die Gemüther nur aufregt. Als 1831 die Cholera hier herrschte, hatten wir eine drückende Hitze, keinen Tropfen Regen, keinen Luftzug; jetzt kühle Tage, Winde, Regen, in vergangener Woche sogar einen starken Nachtfrost, bei dem Bohnen ꝛc. erfroren, und dennoch die Cholera viel bösartiger als 1831. Sie scheint alle Berechnungen zu täuschen. Ich bin fest überzeugt, ehe man es glaubt, wird die Krankheit in Stettin sein. (D. A. Z.)

Vermischte Nachrichten.

Die Insurgenten des 12. Stadtbezirks in Paris, die sich drei Tage lang im botanischen Garten und in dem großen Weinmagazin verschanzt hatten, haben in dem Garten alle Vögel der großen zoologischen Sammlung, alle Dammhirsche, Lama's, Känguruh's, Büffel ꝛc., sowie die ganze Jakanenzucht todtgeschossen und dann bei dem Wachtlever gebraten. Nur die trefflichen Thiere und die Affen wurden verschont; aber selbst auf ihn Elephanten waren einige Attentatschüsse abgefeuert, ohne ihm jedoch Schaden zu thun. Eine Zeitung berichtet die Ueberspannteien, wie es möglich zu machen tes, die Löwen, Hyänen, Tiger ꝛc. aus ihren Käfigen zu befreien und sie durch Versperrung aller andern Ausgänge zu zwingen, ihren Weg auf die Straße gegen die Soldaten und die Nationalgarde zu nehmen. Nur an der Insurrektionskraft scheinen sie hier wahrlich nicht gefehlt zu haben.

Ueber die deutsche Bevölkerung in Polen scheinen die auswärtigen Theoretiker, welche diesen Theil der deutschen Nation Polen opfern möchten, sehr schlecht unterrichtet. Die Polen thun, als ob die Deutschen sich erst seit der polnischen Theilung in Polen angesiedelt hätten. Allein dem ist nicht so, denn 1253 hatte die Stadt Posen schon deutsches Stadtrecht, und 1284 waren der Bürgermeister und mehrere Rathsherren Deutsche. Die deutsche Stadt war schon in der ältesten Zeit auf dem linken Wartheufer, wo auch jetzt der rein deutsche Theil und die eigentliche Stadt ist; das alte polnische Posen lag auf dem rechten Ufer, und erst später, als der deutsche (westliche) Stadttheil sich durch deutsche Betriebsamkeit so jehr ausdehnte, wurden auch die Klöster vom rechten Wartheufer, namentlich von der Schroda, polnische Familien herübergezogen, damit die Deutschen nicht das Uebergewicht bekämen. Es hatten nahezu ausschließlich übrigens außer Posen im 13. Jahrhundert deutsches Stadtrecht die Städte: Kalisch, Krieven, Znaym, Ein, Stadel. Im 14. Jahrhundert: Schutz, Obrowitz, Arnot, Gnesen, Mrosdzen, Mogilno. Im 15. Jahrhundert: Wirsitz, Kruschwitz, Rogasten, Fordon, Lekno, Inowraclaw, Gniewkowo, Mielschietz, Obornik. Im 16. Jahrhundert: Schneidemühl, Lopinno und Pudewitz.

Der Minister Hansemann soll durch das Jalliment der Wolhandlung Polterhof in Aachen 70,000 Thlr. eindüßen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Münchener-Schranne vom 8. Juli 1848.

Weizen: neue Zufuhr 2513 Schff, Gesammt-Betrag 3038 Schff., heutiger Verkauf 2733 Schff., im Rest geblieben 305 Schff. Verkaufs-Summe 45,993 fl., Mittelpreis 16 fl. 50 kr. — Korn: neue Zufuhr 1504 Schff., Gesammt-Betrag 1908 Schff., heutiger Verkauf 1439 Schff., im Rest geblieben 555 Schff., Verkaufs-Summe 13,653 fl., Mittelpreis 9 fl. 29 kr. — Gerste: neue Zufuhr 173 Schff., Gesammt-Betrag 174 Schff., heutiger Verkauf 149 Schff., im Rest geblieben 25 Schff., Verkaufs-Summe 1310 fl., Mittelpreis 8 fl. 47 kr. — Haber: neue Zufuhr 1014 Schff., Gesammt-Betrag 1125 Schff., heutiger Verkauf 1047 Schff., im Rest geblieben 78 Schff., Verkaufssumme 6039 fl. Mittelpreis 5 fl. 47 kr.

Weizen minder um — fl. 11 kr — Korn minder um — fl. 41 kr. — Gerste mehr um — fl 3 kr. — Haber minder um — fl. 11 kr

Frankfurt a M., 8. Juli. Oesterr. 3proz Metall. 69, 3proz. 57½, 3proz. — 2½proz. 35½. Bankaktien 1240. G. 500 fl.-Loose 111. 250 fl.-Loose 75 — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 88 B. — G. Badische Loose 31, proz. 75. Bayer. 3½proz. 77½. — Ludwigsh-Berbach. 63½. — Württemberg. 3½proz. 73. 4½proz. 94½. — Bad. 3½proz. 77½. Lotto-Anleihen à 50 fl 49½. 35 fl.-Loose 26½. — Darmstadt. 3½proz. 78. 4proz. 89. Lotto-Anleihen von 50 fl. 63. 25 fl.-Loose 24½. — Kurhessl. Frieder.-Wilh.-Nordb. 36. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau 3½proz. 80. 25 fl.-Loose 21½. — Frankf. 3proz. 82½. 3½proz 95½, 90½. — Taunusbahn 284. — Holland. Integr. 45½. — Span. 3proz. innere Schuld 18½. — Pol. 300 fl-Loose 84. 500 fl.-Loose 65½. — Sard. 36 Fr.-Loose 25. Diese —

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 11.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 9 fl. Halbjährig 4 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Dienstag den 11. Juli 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Beste und billigste Art.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 7. Juli. (33. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) Nach Verlesung des Protokolls wurden Namens des Wehrausschusses mehrere Berichte über Petitionen und Anträge erstattet. Auf eine Beschwerde wegen fortgesetzter Ausdehnung von Kriegsdienstpflichtigen auf Seiten der großherzogl. hess. Staatsregierung, während ein allgemeines Wehrgesetz in Aussicht stehe, wurde zur Tagesordnung der formellen und materiellen Unzulässigkeit einer solchen Eingabe von dem Berichterstatter oder eingegangen, um die versehen zu Gnaden gelegten Motive zu berichtigen. Die in einer von Wormser Bürgern eingereichten Bittschrift angeregte Frage der Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit ist, wie der Berichterstatter bemerkte, in dem bald zur Vorlage kommenden Entwurfe bezüglich der Wehrverfassung berücksichtigt. Vom volkswirthschaftlichen Ausschusse wurde Bericht erstattet über den Antrag Robl's, Aufhebung des Gebäudsuhrverbots von Oesterreich betreffend. In dem Berichte wird die Unzweckmäßigkeit, Augloslichkeit und das Ungezeimte eines mit der angestrebten deutschen Einheit in Widerspruch stehenden Verbotes entwickelt, und der Antrag gestellt, die Nationalversammlung wolle erklären, daß das Gebäudsuhrverbot vom 2. April sowohl für Oesterreich selbst, als für die übrigen Staaten nachtheilig, und daß es den übrigen deutschen Staaten gegenüber mit der Einheit Deutschlands unverträglich sei. Diese Erklärung soll der österreichischen Regierung auf dem geeigneten Wege mitgetheilt werden. Fuchs von Bruchsal berichtete Namens des Prioritätsausschusses über die bereits in der 17. Sitzung zur Sprache gebrachte Beschwerde der Gemeinderaths rc. zu Mannheim wegen Belastung durch Emporkirchen. Der Ausschuß, welcher sich nach der ihm ertheilten Ermächtigung mit dem Gemeinderath zu Mannheim und der Bundesversammlung in Verbindung gesetzt hat, beantragt, zur Tagesordnung überzugehen, da auch nach der Mittheilung des Ersteren die Beschwerde der Hauptsache nach beseitigt, und eine gänzliche Erledigung von der großh. bad. Regierung zuversichtlich zu erwarten sei. Nach einer Mittheilung des Präsidenten sind weder verschiedene Beiträge zum Flottenbau, sogar aus Rußland eingegangen. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der bereits von längerer Zeit vorliegende Grundrecht Namens des Prioritätsausschusses gestellte Antrag auf Niedersetzung eines besonderen Ausschusses für Kirchen- und Schulangelegenheiten. Es sind seitdem mehrere weitere darauf bezügliche Anträge eingegangen. Bauer von Bamberg beantragt, daß die Mitglieder des Ausschusses von den Abtheilungen nicht blos aus ihrer Mitte gewählt werden sollen. Pfeiffer von Neuenbürg (Neckarkr.) verlangt Niedersetzung je eines eigenen Ausschusses für Kirchen- und für Schulsachen. Reinhard von Boitzenburg verlangt gleichfalls zwei Ausschüsse, und in demjenigen für Schulsachen eine besondere Sektion für Volksschulen. Zur Sache sind bis jetzt so schadenhaft verwachsen, daß die Schule, wenn die Selbstregierung überhaupt eine Wahrheit werden soll, sich gleichfalls selbst bestimmen. Aber für die Schule sorgt, sorgt auch für die eigene Behaglichkeit. Lasaulx erklärte sich gegen die Trennung in zwei Ausschüsse. Die Frage über Trennung von Kirche und Schule rc. findet im Grundsatze ihre Erledigung in den Grundrechten. Auf das Einzelne einzugehen, liegt außerhalb des Berufes der Nationalversammlung, welche sich nicht vom Verfassungswerk soll abziehen lassen. Engel von Brandenburg ist für einen besonderen Ausschuß für Schulsachen. Die Schule muß auch von der bisherigen bureaukratischen Fuchtge befreit werden. Diesinger von Bonn ist gegen jeden Ausschuß. Die Grundprinzipien werden in den Grundrechten ausgesprochen. Was desgleichen aus praktischen Gründen. Die Erlassung einer allgemeinen Schulordnung kann von der Versammlung nicht vorgenommen werden. Der Redner erinnert an das, was er gestern über Schonung der Zeit gesagt hat. Als der erste Antrag wegen des Ausschusses gestellt wurde, konnte er dem Verfassungsausschuß vorarbeiten. Dies fällt jetzt, nachdem die Grundrechte entworfen sind, weg. Rößler von Oels verlangt die Niedersetzung von zwei Ausschüssen. Der Ausschuß soll nicht die Grundrechte kritisiren, sondern die eingegangenen Wünsche prüfen, und andmachen, was bei den einzelnen Staaten bleiben, und was an das Reich kommen soll. Eisenmann wacht einen Vermittelungsvorschlag. Roßmäßler von Tharand beantragt, daß nur für Schulangelegenheiten ein Ausschuß niedergesetzt werde. Da Staat und Kirche getrennt werden sollen, bedarf es für letztere keines Ausschusses mehr. Grumbrecht nimmt an Stelle des Berichterstatters noch das Wort, um ein Mißverständniß zu beseitigen. Der Ausschuß soll nicht die betreffenden Paragraphen der Grundrechte prüfen, sondern das eingegangene Material vorarbeiten. Die Abstimmung regab Verwerfung des Antrags auf Niedersetzung eines Ausschusses für Kirchensachen. Dagegen soll ein Ausschuß für Schulsachen durch gewöhnliche Wahl in den Abtheilungen und in demselben eine besondere Sektion für die Volksschulen gebildet werden. Die Verkündigung des Ergebnisses der Abstimmung wurde mit lautem Beifall aufgenommen. Es wurde nun zur Berathung des von uns bereits mitgetheilten Berichts des Ausschusses für die Wehrangelegenheiten, über den gegenwärtigen Zustand der Wehrpflichtigkeit Deutschlands und über die Mittel zur Verbesserung derselben geschritten. Nach Ertheilung der Debatte für die Wehrangelegenheiten nahm vorerst der Berichterstatter von Auerswald das Wort, um einige weitere Erläuterungen zu geben. Die Zahl-Angaben beruhen auf bereitwilligster Mittheilung des Militärausschusses der Bundesversammlung und auf den Listen der Bundesmilitärkommission. Eine sofortige Aufstellung eines Volksheeres ist unthunlich, und ein solches ohne weiteres einem wohlgeübten Kriegsheere entgegenzustellen, wäre ein unverantwortliches Führen zur Schlachtbank. Wegen des Einzelnen wird in kürzester Zeit die Centralgewalt einreten. v. Radowitz: Zuerst muß das Bedürfniß festgestellt werden; der Vergleich deffelben mit dem Vorhandenen gibt den Schluß, was noch fehlt. Die Untersuchung der Gefahren von außen hat diejenigen Schranken, welche eine öffentliche Verhandlung verlangt. Deutschland kann von zwei Koalitionalmächten angegriffen werden. Ein gleichzeitiger vereinter Angriff ist nicht wahrscheinlich; aber Deutschland muß eines Angriffs von jeder Seite gewärtig seyn. Darauf, daß eine der Mächte Bundesgenosse Deutschlands sein werde, ist nicht zu rechnen; denn mehr als ein Grund kann eine solche Allianz bekanntlich machen. Der einzige bestimmte Alliirte ist keine Continentalmacht; sie kann aber die unmittelbare Verbindung nicht übernehmen. Defensivkriege muß man stets führen können. Die Bevölkerung berechnet sich nach dem was gegenwärtig steht. Frankreichs jetzige effektive Militärmacht ist 480,000 Mann. Hievon erfordert Algier 50,000 Mann, das Innere 80,000 M. Es bleiben also 350,000 M. als die Summe der von Westen drohenden Kräfte. Im Jahre 1840 standen 120,000 M. in Preß, 140,000 M. sollen kommen folgen. Dieß gibt zusammen 260,000 M. Rußland hat 4 Korps der Westgrenze und damit 250,000 M. Der Betrag ist also 400,000 M. Für die Ersatzmannschaft und für einen Defensiv Krieg und die Besetzung der Festungen und der übrigen Grenzen. Die Kontingente betragen 403,000 M., die Contingente der neu zugetretenen Theile etwa 46,000 M. Der Mehrbetrag von Oesterreich und den andern Staaten ist nicht zu rechnen, da diese Truppen ersteren auswärts braucht, die anderen Staaten die Heere auf die Normalzahl werden zurückgehen lassen, und eine Vermehrung gleichmäßig für alle Staaten erfolgen müßte. Die fehlenden 350,000 M. werden durch eine Reine Aufgrenzung in einem Laude von etwa 45 Millionen herbeigeschaffen sein. Die jetzigen Verhältnisse verlangen, daß Deutschland die ganze Wucht seiner Kraft in die Wagschale einwerfe am Tage der Gefahr. Die bloße Volksbewaffnung genügt nicht, denn Bewaffnete sind noch kein Heer und nur mit Heeren gewinnt man Schlachten. Die edlen Kräfte dürfen nicht unglos vergeudet werden. Die Bürgerwehr in ihrer jetzigen Gestaltung ist nicht hinreichend. Der Nationalkonvent in Frankreich hat 1792, wo die Begeisterung einen hohen Aufschwung hatte, die Aufstellung einer Million Nationalgarden detretirt. Diese waren nach den ersten Schlachten zerstreut; es mußte der Unterschied aufgegeben und die Nationalgarde dreifachen Dienstpflicht wie die Linie unterworfen werden. Daher datirt sich das Beginnen der großen Militärzeit Frankreichs. Der Theil des Heeres für den Feldkrieg bedarf einer festen Organisation; diesen Theil soll der andere waffenfähige Theil des Volkes sich anschließen, etwa nach dem Vorbilde des preußischen Landwehrsystems, nur daß das erste Aufgebot in nähere Berührung mit der Linie trete. Deutschland mit 45 Millionen Einwohnern hat, 3 pCt. worauf junge Männer von 21. bis 30. Jahre gerechnet werden, auch bei Abrechnung der Hälfte mehr als 2 Millionen Männer für Landwehre. Auf das Alter von 30 bis 45 Jahren werden 9 pCt. der männlichen Bevölkerung gerechnet; nur 1/3 davon angeschlagen, gibt 1 1/2 Millionen Männer für das 2. Aufgebot. (Bürgerwehr.) Die Ausführung der nöthigen Maßregeln wäre der Centralgewalt zu überlassen; sollten aber wegen Dringlichkeit jetzt schon der Nationalversammlung Maßregeln vorgeschlagen werden, so wären 1) die Regierungen aufzufordern, Entwürfen und Referenten auf 1 1/2 pCt. nach der neuesten Zählung zu bringen, 2) den Mehrbetrag

sofort zu bezeichnen und bereit zu stellen, 3) ihre Vorräthe an Kriegsmaterial in jeder Weise damit in Uebereinstimmung zu bringen. (Besaf.) Wiesner findet die gemachten Angaben mehrfach in Widerspruch mit andern statistischen Nachrichten. Es wird von einem Ueberschuß von nur 88,000 M. gesprochen. Oesterreich hat nach statistischen Angaben 300,000 M., ja selbst 420,000 M. (Der Ausfall in Berichte ist eine 136,000 M.) Man hat zwar gesagt, ein Theil gehöre nicht zu Deutschland; Ungarn aber wird nicht gezogen, sondern für Deutschland Krieg führen. Jene Truppen müssen also auch eingerechnet werden. Auch in anderen Staaten ist der Ueberschuß größer; Bayern soll 70,000 M. haben. Der Landwehr in Preußen ist nicht erwähnt; auch nicht der Bürgerwehr in Oesterreich. Jede weitere Vermehrung würde dem Volke zu große Lasten auflegen, nämlich hierzulande der Volksschule und der Industrie. Aber vor Frankreich, welches uns die Hand bietet, haben wir uns nicht zu fürchten. Auch gegen den innern Feind gibt es ein Mittel, ohne Bajonette anzuwendrz; nämlich die Kerker zu öffnen, ehe die Verzweiflung sie erbricht. (Beavo!) v. Mayern ist, wenn auch nicht ganz mit der Form, so doch mit dem Schlusse des Ausschußantrages einverstanden. Aus den erblichen Eroberungsgelüsten der beiden Kontinentalmächte sind noch bereu offenbare Gegenfätze zu brachten. Wenn sie als Freund oder Freund deutsches Gebiet betreten, so haben sie Republik oder Absolutismus im Gefolge. Im Frieden werden sich die Verhältnisse in Deutschland ausgleichen. Die Republikaner werden sich mäßigen und die Fürsten werden sich verjüngen mit den neuen Ideen. Sie werden einsehen, daß, wie in England, die Krone, mit der Freiheitsmage gefuttert sich leichter trägt. Deutschland darf sich nur auf sich selbst verlassen. Schutz von Donaumärt ist dagegen, daß der befreundete Heerd in Frankreich genommen wird. Das Volk will seine Vermehrung der stehenden Heere. Die Rathebung wird dadurch eingreifen in die Verhältnisse der Bürger. Angegen soll ein erster Aufgebot der Wehrmehr von 500,000 M. gebildet werden. Bock von preuß. Minden beginnt mit einer Verständigung über das Wort Volk. Diejenigen, welche es am meisten im Munde führen, meinen damit den kleinern Theil, der will, was die Mehrheit nicht will. Man will allgemeine Volksbewaffnung gegen innere und äußere Feinde, aber nach Form der Ordnung im Innern, wenn alle bewaffnet sind? Man darf es nicht dazu kommen lassen, daß man den Feind erst zum Lande hinauswerfen muß. Der Redner ist für den Kommissionsantrag; eben so Teichert von Berlin. Gegen die Verwendung zu junger Leute sprechen die Erfahrungen der Freiheitskriege. Sie schlugen sich sehr tapfer, unterlagen aber den Strapazen. v. Moring schlägt allgemeine Annahme des Ausschußantrages vor. v. Strotzberg erklärt sich gleichfalls für denselben; hat die Ehre, Ihnen eine Stimme gegen die stehenden Heere erheben? Das zeige, daß die Franzosen wieder die praktischen Leute sind. Römer von Stuttgart beantragt, daß vorläufig zur Tagesordnung übergegangen werde. Die Vermehrung des Heeres schafft neue Lasten. Ein Eroberungsgrieg von Frankreichs Seite ist für die nächste Zeit nicht zu fürchten. Die Zentralgewalt wird dieselben nächstens ins Leben rufen. v. Beckerath sieht in dem stehenden Heere, welches jetzt auf Kriegsfuß gesetzt wird, keine Gefahr der Freiheit Deutschlands. Er ist für den Ausschußantrag. Wernher von Nierstein ist dagegen, auf irgend eine Hilfe des Auslandes zu rechnen, welche stets theuer bezahlt werden muß. Es gibt keine Großmuth der Völker. Blum dringt auf Abschluß des Bundnisses mit Frankreich, welches Deutschland die Hand geboten hat. Ehe man das Heer in das Unendliche vermehrt, soll man doch wenigstens erst fragen, um welchen Preis das Bündniß zu erlangen ist. Abstand soll auch den Waffenübungen derjenigen, welche sich für die Bestimmtreichen erklären, keinen Angriffskrieg beabsichtigen; warum wollen diese also jetzt, daß man in Deutschland rüste? Man sagt, das Heer sei seit Monaten ein anderes geworden. Der Redner bestätigt, nichts davon bemerkt zu haben. Dem Heere hat man die neuen Errungenschaften, das Recht der Petitionen und der Versammlung genommen. Das Heer selbst ist nicht schuld an der falschen Richtung, die man ihm aufgezwungen hat. Wenn man für Vermehrung des Heeres brauchen würde, wird man besser für Hebung von Industrie und Handel verwenden. Stolle macht mehrere Einwendungen gegen den Bericht. — Der Ruf nach Schluß wird immer lauter. — Reh von Darmstadt schlägt vor, die Abstimmung bei der Wichtigkeit der Sache auf nicht Tage zu verschieben. Der Antrag wurde angenommen. Nach Erledigung einiger Interpellationen, z. B. einer Erinnerung Hustens von Berlin, wegen der Sitzung des folgenden Tages, wird die Sitzung nach 2½ Uhr geschlossen. (Fr. D.-H.-A.-Z.)

Deutschland.

Bayern. ✝ München, 10. Juli Abends. Wir erhalten so eben die bestimmte Nachricht aus Berlin vom 7., daß der Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark wirklich auf drei Monate abgeschlossen ist. Hr. v. Manverstrom Direktor im Ministerium des Auswärtigen zu Stockholm und Graf Pourtales waren mit der Ueberreichung am 5. zu Berlin eingetroffen, und diese hatte bereits die Genehmigung des Königs erhalten. Diese Ueberreichung war wohl auch der Anlaß zu der am 5. stattgefundenen Berufung sämmtlicher preußischen Minister nach Potsdam zum König. Die Bedingungen des Waffenstillstandes lauten: Das Herzogthum Schleswig, sowie Holstein wird von den preußischen Truppen mit Ausschließungener kleinen Garnison in Altona geräumt; und der Theil, welchen bisher eine kleine dänische Besatzung zum Schutze der dortigen Spitäler. Außer den Spitälern werden auch die Gefangenen zurückgegeben und es werden Bestimmungen über die Zusammensetzung einer provisorischen Regierung in Schleswig getroffen, welche nach der Räumung des Herzogthums eingesetzt wird. Die Entschädigungssumme für die sogenannten Requisitionen in Jütland wird von der dänischen Regierung auf 140,000 Spezies angesetzt. Von deutscher und dänischer Seite werden je zwei Schiedsrichter gewählt zu einer Vermittlung eines definitiven Friedensabschlusses, und welche, im Falle sie sich nicht einigen können einen Obmann zu wählen haben, dessen Entscheidung definitiv ist. —

(Dieselbe Neuernennungen.) Se. Maj. der König haben unterm 6. Juli d. J. die erledigte Stelle des I. Landgerichtsassessors in Kemnath dem II. Assessor daselbst, Cajet. Nikolaus Hofmann, zu verleihen, die II. Landgerichtsassessorsstelle zu Kemnath den derzeitigen Landgerichtsassessor Ritter Johann Baptist Dippold daselbst, deren unterthänigsten Dienstsachen zuzutrauen, vorrücken zu lassen, und auf die dadurch erledigte Stelle eines Aktuars bei dem Landgerichte Kemnath den Rechtspraktikanten Ferd. Wahr aus München, zur Zeit bei dem Landgerichte An, zu ernennen; ferner den Landrichter Johann Baptist Lorig zu Waldsassen in Anwendung des §. 20 der IX. Verfassungsbeilage, auf das erledigte Landgericht Mitterfels zu versetzen, und unter dem 7. Juli d. J. die durch die Versetzung des Landrichters Lorig erledigte Landrichtersstelle zu Waldsassen dem I. Landgerichtsassessor Joseph Scharer zu Nürnberg zu verleihen geruht.

Se. Maj. der König haben ferner unter dem 6. Juli d. J. die durch Ernennung des Bankondukteurs Karl Vogel als Zivilbaukondukteur bei der Regierung von Oberfranken erledigte Baukondukteursstelle bei der Bauinspektion Bayreuth, sowie die gemäß Allerhöchsten Reskripts an funktionirenden Kondukteur in Dillingen, Johann Nepomuk Capeller aus Straubing, in provisorischer Eigenschaft zu verleihen; auf die durch Versetzung des bisherigen Bezirksingenieurs Michael Maurer als Zivilbauinspektor nach Regensburg in Erledigung gekommene Bezirksingenieursstelle bei der Bauinspektion Bamberg den gegenwärtigen Bezirksingenieur Mar Karl Frhr. v. Waldenfels in Hof, seiner gestellten Bitte entsprechend, zu versetzen; die durch Ernennung des gegenwärtigen Bezirksingenieurs Leube in Hof dem Bankondukteur der Bauinspektion Straubing und bisherigen funktionirenden Stellvertretungsingenieur bei dem Eisenbahnbaue in Schweinfurt, Joseph Leimbuch, zu verleihen; endlich auf die durch Beförderung des Bankondukteurs Leimbuch in Erledigung gekommene Kondukteursstelle bei der Bauinspektion Straubing den bisherigen Kondukteur bei jener in Neuburg vor'm Wald Franz Joseph Alfons Dambrun, seiner gestellten allgemeinen Bitte entsprechend, zu versetzen, und die durch die Versetzung des Kondukteurs Dambrun nach Straubing in Erledigung gekommene Stelle bei der Bauinspektion in Neuburg v. W. dem geprüften Bauprakitkanten und funktionirenden Kondukteur in Würzburg, Hermann v. Dieg aus Amberg in provisorischer Eigenschaft zu verleihen, zulezt die durch Beförderung des Baukondukteurs Reuter als Zivilbauinspektor erledigte Kondukteursstelle bei der Bauinspektion München I. dem geprüften Bauprakitkanten und bei der Bauinspektion München I. funktionirenden Kondukteur Franz Xaver Miller in provisorischer Eigenschaft zu verleihen geruht.

Durch allerhöchste Entschließung vom 8. Juli d. J. wurde die erledigte II. Sekretärsstelle bei der Generalbergwerks- und Salinenadministration dem dermaligen Hauptsalzamtsschreiber zu Berchtesgaden, Kosmas Damian Scheidt, dann die bisher in Erledigung kommende Hauptsalzamtsschreiberstelle zu Berchtesgaden dem bisherigen Salinenfunktionär am Hauptsalzamte Reichenhall, Ernst Brandt, verliehen.

Württemberg. — Stuttgart, 9. Juli. Nach einer Bekanntmachung vom 6. d. M. wird das in Ludwigsburg garnisonirende 1. Regiment nach Ulm verlegt, und das nächst Regiment in Ludwigsburg in Garnison bleiben. Auch das in Ulm garnisonirende 3. Reiterregiment wird mit dem 1. Reiterregiment in Ludwigsburg wechseln. Zum Gouvernement von Stuttgart ist ernannt worden Generalmajor Graf Normann. Boegestern traf hier ein Kaufmann von Heilbronn mit Bewachung zweier Landjäger ein, und in Alpreg hat man auf Befehl der Regierung einen dortigen Unterlehrer verhaftet. — Die vier Priesthandelskommern in Stuttgart, Heidbronn, Reutlingen und Ulm haben sich der Eingabe der Gesellschaft für Förderung der Gewerbe und des Fabrikantenvereins an die Nationalversammlung angeschlossen. Die Eingabe betrifft durchgreifende Maßregeln im Interesse der Gewerbe und des Handels. (Fr. J.)

K. Sachsen. Die zweite Kammer hat die Berathung über das neue Wahlgesetz beendigt. Der Antrag der Kommission, daß jedes Jahr ein ordentlicher Landtag stattfinden solle, wurde mit 41 gegen 22 Stimmen abgelehnt, dagegen der, daß die Dauer der Wahl einer Abgeordneten jedesmal nur für einen Landtag festzusetzen sei, mit 53 gegen 10 Stimmen angenommen.

Preußen. — Berlin, 7. Juli. Der König hatte am 5. d. M. die Minister v. Auerswald, Hansemann, Rühwetter, v. Schreckenstein, Milde, Gierke, Märker, den Polizeipräsidenten v. Bardeleben und den Präsidenten der Nationalversammlung zur Tafel nach Sanssouci geladen, und nach Aufhebung derselben arbeitete der König mit v. Auerswald und Hansemann bis spät am Abend. Die Reservisten zweier Regimenter (Franz und Alexander) verließen gestern Potsdam. Heute ist nach offiziellen Nachrichten mit 4:0 Bertheidigungsgeschützen und 5 Feldbatterien ausgerückt. Einer englischen Brigg, welche im Hafen von Stralsund liegt, und die dänische Flagge von ihrem Spiegel neben ließ, wurde diese nächstens bei der Nacht gestohlen, und am Morgen darauf erblickte man sie wieder auf demselben Flecke, nur mit einem großen rothen Esselsopfe in der Mitte.

Der Kapitän bereite sich nun sehr, diese Flagge zu streichen. Hr. v. Minutoli ist am 6. von hier nach London abgereist, wo er sich aber nicht sehr lange aufhalten wird.

⊙ Berlin, 7. Juli. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung bewiesen die Minister HH. Märker und General v. Schreckenstein durch ihre Gegenwart am Ministertische, wie ungegründet die Gerüchte von ihrem Rücktritte waren. Die Sitzung bot wieder ganz das traurige Bild der inneren Zerrissenheit, an welcher die Versammlung leidet, und der Verwirrung, die in den Köpfen in der Versammlung, wie unter der Berliner Bevölkerung überhaupt herrscht. Es sieht hier noch gewaltig wüst und wirr aus. Anderwärts in Deutschland fängt der politische Horizont an, sich aufzuklären: hier ziehen sich im Gegentheil neue Gewitterwolken zusammen. Heute sollen wieder eine Menge Anklagen gegen uns, und heute ist sogar der Fall vorgekommen, daß sie sich dem Einzug zweier Bataillone des 12. Regiments, das am 18. und 19. März am Kampfe hier Theil genommen hatte, widersetzen, wobei sich leider auch starke Haufen von Landwehr betheiligten und so kund thaten, daß sie mit den untern Schichten der Bevölkerung harmonirten. So hat auch das 4. Bataillon der Bürgerwehr gegen die von den städtischen Behörden verlangte Garnisonsvertheilung förmlich Protest eingelegt. Truppen, welche von Frankfurt hier ankamen, wurden gleichfalls in der Nähe des niederschlesisch-märkischen Bahnhofs von Arbeitermassen mit deutlichen Zeichen der Mißstimmung empfangen. Auch in Potsdam ist es zu einer Soldatenemeute gekommen, indem eine Kompagnie Reservisten dem Befehle zum Ausmarschiren sich widersetzte, und als ein Regiment zur Entwaffnung der Kompagnie herbei kam, verweigerte dieselbe die Herausgabe der Waffen und eine zweite Kompagnie schloß sich ihr an. Der Anlaß ist noch nicht bekannt. Aus allem aber geht hervor, daß die Pariser Sendlinge, deren Anwesenheit hier erwiesen ist, ihre leider nur zu traurige Thätigkeit nicht erfolglos entwickeln.

* Berlin, 7. Juli. Heute in der Nationalversammlung stellte der Abgeordnete Jacoby den „dringenden", aber keines Commentares bedürfenden Antrag, die Regierung solle folgende Erklärung geben: „Die preußische konstituirende Versammlung kann den von der deutschen Nationalversammlung gefaßten Beschluß nicht billigen, durch welchen ein unverantwortlicher Reichsverweser an die Spitze der deutschen Nation gestellt wird; die preußische konstituirende Versammlung erklärt sich aber zugleich dahin, daß die deutsche Nationalversammlung vollkommen befugt ist, den Beschluß von der Genehmigung der deutschen Regierungen zu fassen, daß es daher der preußischen Regierung nicht zustand, sich eine Genehmigung vorzubehalten." Die Versammlung beschloß, daß dieser Antrag die Priorität vor der nächsten Tagesordnung haben solle. Eine Frage des Abgeordn. Phillips über die Maßregeln, welche zum Schutz unserer Grenzen gegen Aufstand getroffen seien, erklärte der Minister-Präsident v. Arnswald für nicht geeignet, um in der Versammlung beantwortet zu werden. Beifall rechts, Zeichen der Unzufriedenheit links erregte diese Erklärung. (Den weitern Bericht über diese Sitzung müssen wir wegen Mangels an Raum für unsere heutige Beilage vorbehalten.)

Freie Stadt Frankfurt, 8. Juli. Der Hergang der in unserer gestrigen Beilage erwähnten Aufhebung in Sachsenhausen ist kurz folgender. Es galt, wie schon gesagt, eine Kasernuhr, welche einem Bäcker gehracht werden sollte. Als dieser, besorgt um sein Haus, Bürgerwehr und Militär requirirte, wurden diese mit Steinwürfen empfangen und ein Soldat wurde dadurch am Kopfe verletzt. Am nächsten Tage, Freitag Nachmittags, wurde die Postziemannschaft, welche einige der Unruhstifter verhaften wollte, mißhandelt. Als zum Schutze derselben abermals Bürgerwehr und Soldaten herbeikamen, wurde das Volk noch erbitterter und erbrach gewaltsam das Thor des deutschen Hauses, wohin sich einige Soldaten mit einem Arrestanten zurückgezogen hatten. Hier wurde gefeuert; in der Hauptstraße, wo eine Schießlinie Militär aufgestellt war, wurde ein Soldat erschossen. Zwei andere Personen wurden verwundet. Nun errichteten die Sachsenhäuser Barrikaden, das Militär wurde aber zurückgezogen, um weiteres Unglück zu verhüten. Mit dem Anbruche des Tages verschwanden die Barrikaden und die Ordnung kehrte zurück; das Haus des Bäckers aber wurde arg mitgenommen. Die Sachsenhäuser leiden einige verhaftete Fremde der Polizei übergeben.

Oesterreichische Monarchie.

Der ungarische Reichstag ist am 5. d. M. durch den Erzherzog Palatin eröffnet worden. Mit Ausnahme der Stadt Eisseg haben Croatien und Slavonien keine Abgeordneten geschickt. Beöthy wird sogleich in der ersten Sitzung den Antrag auf Aufhebung der Magnatentafel stellen. Kossuth hat in seiner neuen Zeitung gegen Oesterreich einen sehr angreifenden Ton angeschlagen. — Von Triest wird unter dem 4. Juni gemeldet, daß die feindliche Flotte nicht mehr sichtbar sei.

Italien.

Turin, 30. Juni. Die nachstehende Korrespondenz zwischen dem Königlich bayerischen Gesandten und Königlich preußischen zeitweiligen Geschäftsträger in Turin einerseits und dem Königlich sardinischen Minister anderseits wird die im deutschen Publikum wegen der Blokade und eines feindlichen Angriffes auf Triest gehegten Besürchtungen vollends beruhigen.

Turin, 26. Juni 1848. In der Konferenz am 22. d. Mts., welche seit dem 17. verlangt und in Folge einer am 21. wiederholten Aufforderung zugestanden wurde, hatten die Unterzeichneten die Ehre, Sr. Excellenz dem Herrn Marquis von Pareto, Minister-Staats-Sekretär der auswärtigen Angelegenheiten Sr. Majestät des Königs von Sardinien, die Beschwerden ihrer Regierungen darzulegen, welche durch die feindlichen Handlungen hervorgerufen wurden, die der Contre-Admiral Albini, gegen den deutschen Bund ausübt, indem er die Stadt und den Hafen Triest blokirt und drohe mit einem Angriffe bedroht. Der Ausgang des durch die „Gazeta Piemontese" vom 29. Mai veröffentlichten Berichts des Contre-Admiral Albini, die Erklärung der Blokade der Stadt und Rhede Triest vom 11. Juni, welche dem Gouverneur dieser Stadt und den dort restirenden fremden Konsuln mitgetheilt wurde, und die Bemerkung, welche der an die fremden Konsuln gerichteten Notifizirung beigefügt war: „es könne sich wohl ereignen, daß das italienische Geschwader während der Blokade eine militärische Operation gegen Triest unternehme", bilden die Thatsachen, worauf sich die oben erwähnten Beschwerden gründen. Was die Rechtsfrage betrifft, so ergibt sich aus den Schlußakte des Wiener Kongresses vom 9. Juni 1815 Art. 53, sowie aus Art. 1 der Akte über die Bundesverfassung Deutschlands vom 8. Juni 1815 und aus der im Protokoll der deutschen Bundesversammlung vom 6. April 1818 §. 77 angenommenen Bezeichnung, daß die Stadt und der Hafen Triest einen Theil des Gebiets des deutschen Bundes bilden. Die Schlußakte des Wiener Kongresses Art. 63 und die Akte über die Bundesverfassung Deutschlands Art. 11 bestimmen nun Folgendes: „Die Bundesstaaten versprechen sich, nicht nur bei ganz Deutschland, sondern auch jeden einzelnen Staat des Bundes zu vertheidigen, im Falle er angegriffen würde, und sie garantiren sich gegenseitig alle Theile ihrer Besitzungen, welche in diesem Bunde enthalten sind", und die Schlußakte der Wiener Konferenz vom 15. Mai 1820, welche durch einen Bundesbeschluß vom 8. Juni 1820 zum Grundgesetze des deutschen Bundes erhoben wurde, sagt im Art. 39 die Bestimmung bei, daß: „Daß jeder feindliche Angriff auf das Bundesgebiet den Kriegszustand herbeiführe, und daß, wenn dieser Fall eintrete, unverzüglich die nöthigen Maßregeln ergriffen werden müssen, um den feindlichen Angriff zurückzuweisen." Die Grundgesetze des deutschen Bundes bilden die Basis und Bedingungen seiner politischen Existenz; sie sind gehörigt durch deutsche Verträge und durch die Anerkennung von Seiten aller übrigen Europäischen Mächte in Zusammenhang stehen, und wenn ein Angriff gegen einen Theil des Bundes geschehen würde, würde den Bund in den Grundlagen seiner Existenz angreifen. Nachdem die Unterzeichneten in der Konferenz am 22. Juni dem Hrn. Marquis von Pareto alle hier oben angeführten Gründe, welche, aus dem Gesichtspunkte des Rechts, die Reklamationen ihrer Regierungen gegen die feindlichen Handlungen des Contre-Admirals Albini gegen Triest unterstützen, auseinandergesetzt hatten, sie Sr. Excellenz alle die Rücksichten der hohen Politik vorgestellt, welche, bei dem gegenwärtigen Zustande Europa's, nach den Ansichten ihrer hohen Höfe alle Regierungen verpflichten müßten, im wohlverstandenen Interesse der Fürsten und der Völker — Interessen, die keineswegs getrennt werden können, — Alles zu vermeiden, was den europäischen Frieden bedrohen könnte. Nachdem sodann einerseits die unverkennbaren Vortheile, welche für Sardinien aus der Aufhebung einer Blokade entspringen könnten, welche mit den in der offiziellen Note Sr. Excellenz des Herrn Marquis von Pareto vom 29. März d. J. gegebenen Versicherungen in offenbarem Widerspruche steht und in ihren Folgen eben so nachtheilig für den Handel des übrigen Deutschlands, wie für den Oesterreichs ist, auseinander, die Wichtigkeit der traurigen und unberechenbaren Folgen eines Bruches zwischen dem deutschen Bunde und Sardinien hervorgehoben worden, breiten sich die Unterzeichneten, von der Gerechtigkeitsliebe und der Weisheit Sr. Exzellenz des Herrn Marquis von Pareto die unverzügliche Aufhebung der Blokade der Stadt und Rhede Triest zu fordern, um jede fernere feindliche Handlung gegen das Gebiet des deutschen Bundes zu verneiden. Diese Auseinandersetzungen fügten die Unterzeichneten die Erklärung und Versicherung hinzu, daß ihre Regierungen, von den friedlichen Gesinnungen und dem aufrichtigen Wunsche beseelt, das gute Einvernehmen, welches seit langer Zeit mit der Regierung Sr. sardinischen Majestät bestehe, aufrecht zu erhalten, gern sich der Hoffnung hingäben, daß die Gerechtigkeit und die Rücksichten, welche der genannten Regierung den obigen Vorstellungen theilweise überhehen werde, die oben ausgesprochenen Gesinnungen und Wünsche den Verpflichtungen, die ihnen als Mitglieder des deutschen Bundes obliegen, und den geheiligten Pflichten, welche ihnen durch das gute Recht und die Ehre Deutschlands auferlegt und die einmuthige Stimme des deutschen Volkes unterstützt werden, unterworfen. Nachdem Sr. Exzellenz der Inhalt dieser Note von Pareto den Unterzeichneten die Abfassung und Motive, welche den gegen die Stadt und Rhede Triest ergriffenen Maßregeln zum Grunde gelegen, mitgetheilt hatte, schloß er die Konferenz mit dem Versprechen, die dargelegten Beschwerden in reiflichte Erwägung zu ziehen und Alles zu thun, was es konne, um die entstandene Differenz auf friedliche Weise zu lösen und in kurz oder drei Tagen die gefaßten Beschlüsse zur Kenntniß der Unterzeichneten zu bringen. Es sind seitdem vier Tage vergangen, ohne daß die Unterzeichneten irgend eine Mittheilung über den Gegenstand ihrer Reklamationen erhalten hätten. Dagegen sind sie unterdessen benachrichtigt worden, daß die deutsche Bundesversammlung an den bei demselben beglaubigten außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Sr. sardinischen Majestät eine friedliche Protestation gegen die Blokade von Triest gerichtet und unverzüglich die Aufhebung dieser Blokade verlangt hat. Am 20. d. M. hat die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt a. M. einstimmig beschlossen, daß jede feindliche Handlung gegen die Stadt Triest als eine Kriegserklärung betrachtet werden solle. Unter diesen ernsten Umständen halten die Unterzeichneten es für ihre Pflicht, die Reklamationen, welche am 22. d. M. Sr. Exz. dem Hrn. Marquis von Pareto mündlich mitgetheilt, schriftlich zu wiederholen und von ihm dringend und unverzüglich entweder die Mittheilung

der in Folge der Konferenz am 22. Juni und des dort gegebenen Versprechens gefaßten Resolutionen oder eine kategorische Erklärung über den Gegenstand ihrer Reklamationen zu verlangen. Indem die Unterzeichneten Sr. Erzellenz dem Hrn. Marquis von Pareto, Minister-Staats-Sekretär der auswärtigen Angelegenheiten Sr. Majestät des Königs von Sardinien, diese Note übersenden, ergreifen sie mit Vergnügen diese Gelegenheit, um Sr. Erzellenz die Versicherung ihrer Hochachtung zu erneuern. (gez.) Ritter v. Abel, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Sr. Maj. des Königs von Bayern bei Sr. Maj. dem Könige von Sardinien. Baron v. Werther, interimistischer Geschäftsträger Sr. Maj. des Königs von Preußen. An Sr. Erzellenz den Hrn. Marquis v. Pareto, Minister-Staats-Sekretär der auswärtigen Angelegenheiten Sr. Maj. des Königs von Sardinien u. s. w.

Turin, den 26. Juni 1848. Mein Herr! Es ist mir eine angenehme Pflicht, auf die mündliche Mittheilung zu antworten, welche Sie beauftragt waren, mir in Bezug auf die Bemerkungen zu machen, zu welchen die Blokirung des Hafens von Triest von Seiten der deutschen Bundesversammlung Anlaß gegeben hat, und ich beeile mich, Ihnen anzuzeigen, daß man bei Ergreifung dieser Maßregel, in Uebereinstimmung mit dem von Anfang an von uns angenommenen Prinzip, den Verkehr der Handelsschiffe vollkommen freigelassen hat, und daß die Blokade nur den Zweck hatte, den Schleichhandel mit Kriegsmaterial zu verhindern; daß übrigens diese Bestimmung nur durch die Blokade des Hafens von Venedig und durch die von den österreichischen Behörden gegen isolirende Schiffe ergriffenen Maßregeln hervorgerufen wurde, und daß die Regierung des Königs bei Ergreifung dieser Maßregel die gerechten Rechte der Vertheidigung gehandelt hat. Ich benütze mich übrigens, Ihnen, Herr Ritter, anzuzeigen, daß noch an dem Tage, an welchem ich von Ihnen jene Mittheilung empfing, dem Befehlshaber der Flotte Sr. Majestät im Adriatischen Meere der bestimmteste Befehl zugegangen ist, sich streng an die angegebenen Vorschriften zu halten. Die Regierung des Königs ist erfreut, hierdurch einen Beweis von seiner Wohlthätigkeit in Bezug auf die mir von Ihnen mitgetheilten Reklamationen seiner Unterthanen, so wie das beste Einvernehmen mit dem deutschen Bunde aufrecht zu erhalten, geben zu können. Sie hofft dagegen, daß die Bundesversammlung ihrerseits ihren Einfluß anwenden wird, um zu verhindern, daß Oesterreich von der Neutralität zur See abweiche, die sie wir ausgesprochen, und die es selbst bei dem Beginn des gegenwärtigen Krieges anzunehmen erklärt hat. Es ist mir außerdem eine angenehme Pflicht, Ihnen, Herr Ritter, anzuzeigen, daß der Herr Präsident des Ministerrathes, mit dem ich mich in dieser Beziehung überstand hat. Ich werde dieselbe unverzüglich beantworten und mich beeilen, Ihnen eine Abschrift meiner Antwort mitzutheilen. Ich ergreife mit Vergnügen diese Gelegenheit, um Ihnen die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern. (gez.) L. N. Pareto.

(Pr. Ste.-Anz.)

Frankreich.

△ Paris, 7. Juli. Bereits ist die glückliche Wirkung der energischen Maßregeln, die seit den letzten Juni-Ereignissen genommen worden sind, auf die Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens unverkennbar. Wir wollen als Beweis dafür nicht ausschließlich das beträchtliche Steigen aller Staatspapiere und Eisenbahnaktien gelten lassen, das seit einigen Tagen an der Borse eingetreten ist. Die Ejgiotage kann dazu auch ihren Theil beigetragen haben. Jedoßen wird niemand verkennen, daß alle Anstrengungen der Spekulanten nicht vermocht hätten, ein Steigen der 5prozentigen Rente um 7 bis 8 Prozent hervorzubringen, wenn man nicht allgemein Vertrauen hätte in die Verwaltung, an deren Spitze der General Cavaignac jetzt steht. Daß der General auch die Mitwirkung der Generale Lamoricière und Bedeau zur Lösung der ihm gewordenen schweren Aufgabe sich beigestellt, beweist seinen richtigen Takt, und hat allgemein den besten Eindruck hervorgebracht. Beide waren früher in Afrika seine Oberen gewesen. — Noch entschiedener als durch das Steigen der Course wird sich die Wiederkehr des Vertrauens durch eine erfreuliche Thatsache kund: in mehrere der bedeutendsten Fabriken sind die Arbeiter aus freiem Antriebe zurückgekehrt. Die Fabrikanten haben einige Aufträge erhalten, die sie in den Stand setzen, einem Theil ihrer früheren Arbeiter wieder Beschäftigung zu geben. Bei dem Fortbestande der Nationalwerkstätten hätten die Fabrikanten schwerlich ihre Arbeiter zum Rücktritt in ihre Werkstätten vermocht. Jetzt, wo diese anwiederkehrlich aufgelöst sind, fassen die Arbeiter von selbst den für sie gewiß heilsamsten Entschluß. Nur vierzehn Tage eine feste Verwaltung, damit die öffentliche Ruhe inzwischen fest sich begründen kann, und man wird bald in allen Zweigen des Handels und der Industrie frische Thätigkeit, neues Leben wieder erblühen sehen. General Cavaignac hat einer besondern Commission die Untersuchung aller Fragen aufgetragen, die sich auf die innere Vertheidigung von Paris beziehen. Der Zuzug von Nationalgarden aus den Departements ist noch immer nicht zu Ende. Noch täglich kommen neue Abtheilungen an. Vorgestern sahen wir eine Batterie Artillerie und ein Bataillon von Besançon, die also aus einer Entfernung von mehr als hundert Stunden einen mühsamen Marsch pünktlich zu Fuß hieher zurückgelegt haben, die Boulevards herab und dem Carouselpalaste zuziehen, um in den Tuilerien Quartier zu beziehen. Gestern früh wurde dieses Bataillon mit seinen Geschützen von General Changarnier gemustert, und ihm dann die Ehrenwache bei der Nationalversammlung anvertraut. Außer diesen waren auch die aus andern Städten des so weit entfernten Departements des Doubs, aus Pontarlier, Maune, les-Dames, Montbeliard (Mömpelgard) und andern Ortschaften auf dem Wege hieher, und sind nur auf ausdrücklichen Befehl der Departementalverwaltung und auf die Nachricht von der Wiederherstellung der Ordnung hier, wieder umgekehrt. — In Lyon ist die Behörde noch immer auf ihrer Hut gegen einen Handstreich der von den Klubbs beauftragten und irregeleiteten Arbeitermassen. Am 4. Abends waren alle Posten verstärkt worden, und starke Pikete der Nationalgarde hielten die Nacht über vor Stadthause und in St. Pierrekaserne aufgestellt. Auch in der Nachbarschaft der Stadt stationirten Truppen haben Befehl erhalten, sich zu Lyon zusammenzuziehen, und waren am 5. schon auf dem Marsche dahin. Man bemerkte am Abend des 4. zahlreiche Volkshaufen auf dem Platze des Terreaux versammelt, und es hieß, viele der auf Paris verjagten Aufrührer seien zu Lyon angekommen.

Paris, 7. Juli. General Cavaignac hat heute der Nationalversammlung Angekündigt, daß in und um Paris bereits 50,000 Mann Truppen versammelt seien, und daß die Bewegung aller Kusten Frankreichs definitiv sein werde. Er vertheidigte dann die Maßregel des Belagerungszustandes als unerläßlich und durch die Lage geboten, eben so die zeitweilige Unterdrückung einer Anzahl von Blättern. Das Gesetz, wodurch dem Minister des öffentlichen Unterrichts ein Credit von 995,000 Fr. zur Verbesserung der Gehalte der Elementarlehrer bewilligt wird, wurde darauf angenommen, worauf die Verhandlungen über den Gesetzentwurf in Betreff der Sparkassen begann. Die gestrige Trauerfeierlichkeit ging ruhig vorüber. Der Zug über die Boulevards nach der Julisäule, um die Leichname der in den Junitagen Gefallenen dahin zu bringen, soll unterblieben sein, weil die Regierung von einer auf dem Boulevard Bonne Nouvelle oder bei der Julisäule selbst gelegten Höllenmaschine Kunde zugekommen war. Das Leichenbegängniß des Erzbischofs fand heute unter allgemeiner Theilnahme und mit großer Pracht statt.

Spanien.

St. Sebastian, 20. Juni. General Alaas, von Geburt ein Baske und von großem Einfluß auf diese Provinz, steht an der Spitze des Aufstandes. Gestern überraschten er in völliger Sicherheit in Tolosa, obgleich ihm die Behörden eifrig nachstellen. Gestern überbrachte auch ein Bauer dem General Zurde einen Brief von Alaas mit der Aufforderung, sich an ihn anzuschließen. Der General Zurde übergab ihn dem politischen Chef der Provinz, mit der Versicherung seiner treuesten Anhänglichkeit an die Königin. Zurde hat mit Anerkennung in der karlistischen Armee gedient und hatte mit Maroto die Konvention von Bergara abgeschlossen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 7. Juli. 5proz. Metall. 74⅛, 4proz. 64, 3proz. 42, 2½proz. 38⅜. 1834r 500 fl.-Loose 118. 1839r 250 fl.-Loose 56. Bankaktien 1115. Nordbahn 108. Gloggnitz 93. Bayerisch-Raitano 66. Livorno 71⅛. Pesth 65. Siena 54½. Anennzinsbrief 93.

Berlin, 7. Juli. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 73⅓. P., 72½. G. Seehdl.-Präm. Sch. 86⅔. G. Westpreuß. Pfandbr. — P. 73⅓. G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. 88⅓. G. 3½proz. 75⅔. G. Pomm. Pfandbr. 88⅓. P., 87. G. Kur- u. Nm. Pfandbr. 89½. P. 88⅓. G. Pr. Bk.-Anth. Sch. 79½. P., 79. G. Friedrichsd'or 13⅓. P., 13⅓. G. Aud. Goldm. à 5 Thlr. 12⅓. P., 12½. G. Disconto 5½.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt 81 82 bz. Berl.-Hamb. 58½. G. Berl.-Stettin-Stargarder 82 bz. Berl. Potsdam-Magdeburger 45 P. Magd.-Halberstadt 84½. 84⅓ bz. Halle-Thüringer 26 P. Köln-Minden 71 bz. Köln-Aachen 52 P. Düsseldorf-Elberfeld 62 G. Niederschlesisch-Märkische 67½ bz. Oberschles. A 79, 78 a. 79 bz. u. G. B. 79, 78 a. 79 bz. u. G. Krak.-Oberschles. 33½. P. Berg.-Märk. 46 bz. Stargard-Posen 61½. bz.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. 79 bz. 79½ bz. Stargg.-Posen — G. Magd.-Wittenberg 41 G. 70⅔. 40 G.

Prioritätsaktien: Berl.-Anhalt 89½. P. Berl.-Hamb. 85½. G. Berl.-Pots.-Magdeb. 4proz. 81 bz. u. G. Halle-Leipziger. 78½. 77½ bz. Köln-Minden 86⅔. P. Pr. Bk. Stamm-Prior. 61½. P. Niederschl.-Märk. 4proz. 78⅔. G. 3proz. 60 G. Zweigbahn 4proz. 63 G. Kosel-Oderberg 87½. G. Steele-Vohwinkel —.

London, 6. Juli. Konsols 87¼. 3 — Span. Akt. 12. 4proz. 22½. Pass. 3⅛. Portug. 4proz. 47½. 5⅜. 6¼. Holl. 4proz. 69¼. 2½proz. 45¼. Paris, 7. Juli. 3proz. 50.75. 4proz. 55. 5proz. 79.50. Schatzsch. 7½. Bankaktien 1700. Comptr. von Algier 900. Belg. 4proz. 77½. 4½ proz. 88. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 72.50. Rom. 83. Piem. —. Verf. E.-B. rechte 137.50. Lüttich 120.—. Paris-Orleans 795.—. Rouen 500.—. Lyon 317.50. Straßburg 362.75. Rordbahn 390.—. Mars.-Avignon 255.—. Straßb.-Basel 100.—. Ord.-Bordeaux 408.75. Tours-Nantes 345.—.

J. V. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. C. Wolff'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Deutschland.

* Miesbach, 9. Juli. Es ist immer ein löbliches Beginnen, zur Besonnenheit, zur Voraussicht dessen, was da kommen kann, anzuregen; um so mehr in einer Zeit, wo die meisten Leute in solchem Taumel stehen, daß sie die Sehnsucht des Augenblicks für eine glückliche Lösung ansehen. Der Reichsverweser wurde von der Reichsversammlung, oder von der Seite der einzelnen deutschen Regierungen Einspruch erfolgte, zur Uebung der vollziehenden Gewalt in allen Angelegenheiten berufen, bei denen es sich von der allgemeinen Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands handelt. Nun kommt es darauf an, wie viel oder wie wenig unter diese allgemeine Kompetenzbestimmung subsumirt werden kann. Die gebrauchten Worte sind einer so weit greifenden Auffassung fähig, daß sich die Erstreckung auf alle Zweige der Staatsverwaltung, auf alle Arten von Regierungshandlungen daraus rechtfertigen läßt, selbst das Eingreifen in die Rechtspflege, die Anordnung außerordentlicher Tribunale, summarischer Proceduren u. dgl. Die gebrauchten Ausdrücke erinnern an die Sicherheits- und Wohlfahrts-Ausschüsse des Pariser Nationalconvents und deren Gewaltübung. — Mit der vollziehenden Gewalt ist der Reichsverweser ausgerüstet? Welche Gesetze, welche Verwaltungsnormen hat er zu vollziehen? Ohne Zweifel ist er in der Anwendung der bisherigen in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Bundesgesetze an die Stelle des Bundestages getreten. Daß ihm obliege, alle Beschlüsse der Reichsversammlung zu vollziehen, läßt sich um so weniger annehmen, als ja der Antrag, dem Reichsverweser diese Aufgabe vorzuzeichnen, verworfen worden ist. Durch diese Verwerfung ist demselben faktisch, ohne Ausnahme der unter der Firma von Gesetzen aufgesprochenen Beschlüsse, ein Veto verehrbatem; ihm steht es zu, die Beschlüsse der Versammlung durch das Reichsministerium prüfen zu lassen, ehe daraus den Vollzug zu beschließen oder zu verweigern. Aber auch Collisionen mit den Staatseinrichtungen einzelner Reichslander können eintreten. In Bayern z. B. waren die Bundesbeschlüsse bisher nur in so weit vollziehbar, als ihnen nicht Bestimmungen der bayerischen Verfassung entgegenstanden. Der Bundesbeschluß vom 3. 1819, nach welchem außer politischen Zeitungen und Zeitschriften auch alle nicht über 20 Bogen betragenden Schriften der Censur unterliegen sollten, blieb, was Letzteres betrugenden Schriften der Censur weil die dritte Beilage zur bayerischen Verfassungsurkunde die Censur nur für politische Zeitungen und Zeitschriften politischen und statistischen Inhalts für zulässig erklärte. Durch die Annahme und Verkündung des Parlamentalmajestätsgesetzes an diesem Verhältnisse der bayerischen Verfassung zur Bundesverfassung nichts geändert. Eine Aenderung bezog sich vielmehr nur auf die Constituirung der Bundesbehörde, indem dieser für die Zukunft eine Vertretung des deutschen Volkes im Sinne des Bassermannschen Antrags zur Seite stehen sollte. Nach wie vor blieb die Wirksamkeit der auf dem deutschen Bunde nach der jedesmaligen Formation seines Organs gefaßten Beschlüsse für Bayern durch Nichtexistenz eines Widerstreits mit der bayerischen Verfassung oder durch Hebung dieses Widerstreites, mittels eines neueren verfassungsgemäß erwirkten Gesetzgebungsaktes, bedingt. Zwar erklärte der Beschluß der Reichsversammlung über den Antrag Raveaux alle Bestimmungen der einzelnen Verfassungen, welche welchen und Bestimmungen der künftigen Reichsverfassung sich in Widerstreit herausstellen wird, für aufgehoben. Allein die Nichtbestätigung, welcher diese Entkräftigemacht im Voraus hingelegt werden wollte, existirt noch nicht; auch wurde jener Beschluß von den Regierungen als bindend noch nicht anerkannt, und in Bayern kann diese Anerkennung nur durch ein unter Zustimmung der Stände zu erlassendes neues Verfassungsgesetz geschehen. — Dem Allem zufolge kann man von den zu Frankfurt in der Piter-Pauls-Kirche gefaßten Beschlüssen und der Zustimmung der Regierungen zur Wahl des Reichsverwesers allerdings sagen, daß darin mehr von einer Knotenschürzung als von einer Knotenlösung liege. Von höchster Bedeutsamkeit wird nun die Ernennung der verantwortlichen Reichsminister sein. Vertrauensvoll hat man wohl früher in großer Mehrzahl auf Heinrich v. Gagern gebaut, und es ist auch über den Personen auf ihn in Folge seiner bekannten einflußreichen Rede der Wahl des Reichsverwesers mehr oder weniger erschüttert worden.

Bayern. — *† München, 11. Juli. Se. Maj. der König ist von dem am verwichenen Sonntage an den Warmfee gemachten Ausfluge nach dem Schlosse Nymphenburg zurückgekehrt. — Der k. Gesandte am kaiserl. Oesterreich'schen Hofe, Graf Lerdorf, ist von Innsbruck hier angekommen, und wird sich nächster Tage wieder nach Wien begeben. — Der herzogl. Nassauische Kammerherr und Geheime-Rath Frhr. v. Boch-Hermsdorf, welcher am hiesigen Hofe als bevollmächtigter Minister beglaubigt gewesen, ist durch Se. Durchlaucht den Herrn Herzog von Nassau von hier abberufen worden.

* München, 10. Juli. Wir sind in den Stand gesetzt, über den in unserer Nr. vom 6. Juli nach dem Nürnb. Korresp. berichteten bedauerlichen Vorfall, der bayerischen Schutzmachern (aus der Pfalz) zu Hamburg begegnete, genauen Aufschluß zu geben. Dieselben waren schon früher daselbst bei dem Verschleiß ihrer Fabrikate auf mehrfache Hindernisse gestoßen von Seite der etwa 1500 bis 2000 zählenden Hamburger Schutzmacher. Unter den jetzt obwaltenden Umständen der noch unlösen herrschenden Erregung der Gemüther, und in Berücksichtigung der um sich greifenden Erwerbslosigkeit, hatte nun die Hamburger Polizeibehörde sich bewogen gefunden, der dringenden Protestation der dortigen Schutzmacher Folge zu geben und die Dauer des jetzigen Johannismarktes um 4 Tage zu verkürzen. In Folge davon wurden denn die Buden unserer pfälzischen Schutzmacher am 22. Abends geschlossen und diese selbst zur Abreise genöthigt. Diese Maßregel erstreckte sich aber nicht allein auf die Bayern, sondern auf alle Fremde anderer Gewerke und selbst auf Staatsangehörige von Hamburg, z. B. auf die von Bergedorf, kurz auf alle ohne Ausnahme, die nicht Einwohner der Stadt Hamburg sind. Wie können dieser einfachen Darlegung der Thatsache besagen, daß der Königl. Bayerische Generalkonsul Hr. v. Hildebrandt mit dem Pflichteifer, in der bei jedem Anlasse für Wahrung der Interessen unserer Landesangehörigen bethätigt, auch wegen dieser den pfälzischen Schutzmachern widerfahrenen Beschränkung der „Marktfreiheit" (eigentlich Marktbann), wodurch die beträchtlichen Kosten in herbe Verluste gerathen sind, sogleich bei der Hamburger Polizeibehörde die geeigneten Schritte gethan hat, ohne jedoch die gewünschte Wirksamkeit zur Abhülfe zu finden. Spezielle Klagen und Beschwerden der Betheiligten sind indessen höher noch eingelaufen, der Regierung des Kreises Pfalz aber die geeigneten Weisungen bereits zugegangen.

Pfarrei-Erledigung. — Die kathol. Pfarrei Kleinkitzighofen, Diöcese Augsburg, Landg. Schwabmünchen, mit einem Reinertrage von 396 fl. 2 kr. — Die kathol. Pfarrei Pfaffenberg, Diöcese Regensburg, Landg. Mallersdorf, Reinertrag 576 fl. 13½ kr.

Baden. — Mannheim, 8. Juli. Gestern wurde den hier liegenden bayerischen Truppen eröffnet, daß sie sich marschfertig halten sollen, indem die Ablösung von hier täglich bevorstehe. Die Truppen wissen zur Zeit noch nicht, wohin sie verlegt werden, und einen so wenig ist bekannt, wer künftig die hiesige Besatzung bilden wird; man spricht davon, daß sie zum Theil aus preußischen und zum Theil aus badischen Truppen bestehen werde. (Schw. Merk.)

Preußen. — * Berlin. 7. Juli. Der Nationalversammlung wurden heute zwei königl. Botschaften nebst Gesetzentwürfen über die Errichtung der Burgerwehr und die Verpflichtung der Gemeinden zu Ersetzung des bei öffentlichen Anlässen verursachten Schadens mitgetheilt. Beide sind von großem Umfang. Ein Gesetzentwurf über die Aufhebung des erimirten Gerichtsstandes in Criminal-, fiscalischen und Injuriensachen befindet sich bereits in den Abtheilungen. Der Ministerpräsident theilte ferner auch Schreiben mit, daß der Marine-Ausschuß der Bundesversammlung die Veröffentlichung einer vom Prinzen Adalbert von Preußen verfaßten Denkschrift über die Bildung einer deutschen Marine mit Bewilligung des Verfassers in 2000 Exemplaren veranlaßt hat. Den Preußen wird die ihm zugeschickten 40 Exemplare an die Vorsitzenden der Abtheilungen vertheilen. Die Versammlung beschließt, die Schrift zum Gebrauche der Mitglieder abdrucken zu lassen.

Berlin. Berichtet: Betracht der traurigen Lage, in welcher sich gegenwärtig die Arbeiterklasse befindet, wo die nächsten 6 Monate die letzte Klassensteuer-Stufe ganz zu erlassen und die nächsten 6 Monate, und den letzten 6 Monaten rückständigen Steuern keine Zwangsmittel anzuwenden. Die Majorität ist gegen die „Dringlichkeit" des Antrags. Derselbe wird in die Abtheilung verwiesen, und der Finanz-Minister bemerkt: wenn ich das Wort vor der Abstimmung gehabt hätte, so würde ich auf Verweisung in die Abtheilung angetragen haben. Der Antrag, um den es sich hier handelt, ist nicht weit von 900,000 Rthlr. entfernt. Dieselben unter den Bestenerten, z. B. den Dienstboten, sur welche die Herrschaft die Klassensteuer zahlt, würde der Erlaß gar nicht zu Statten kommen. Endlich bemerke ich noch, daß mehrere Finanz-Gesetze innerhalb der nächsten 6 Monate vorgelegt werden werden, von denen sich einige auf die Klassensteuer beziehen wird. — Auf Krause's Interpellation, wegen Verabreichung der Klassen-, Mehl- und Schlachtsteuer bis Ende dieses Jahre und Einführung einer Einkommensteuer die Ende 1849 erwidert der Finanz-Minister, daß sich unter den vorzulegenden Finanz-Gesetzen zwei befinden welche die Aufhebung der Steuerbefreiungen bezwecken. Bei der Diskussion dieser Gesetze werde sich am geeignetsten reflektiren lassen, in welcher Weise das Ministerium Aenderungen im Steuerwesen eintreten zu lassen beabsichtigt. — Es folgt Grebel's Antrag: den Finanz-Minister zu ersuchen, über die Verwaltung der Finanzen und des Staatsschatzes vom Jahre 1848 an die Einsicht der Bücher und Akten zu gestatten und der Versammlung der Berichterstattung eine Commission von acht Mitgliedern nicht zuzusichern. Motivirung führt der Antragsteller an: die Angaben des Finanz-Ministers über die Nothwendigkeit einer Zwangsanleihe und über die Erfordernisse der Staatsklassen seien nicht hinreichend, um die Bewilligung der geforderten Anleihe zu rechtfertigen. Er müsse gegen eine solche Anleihe protestiren, bis festgestellt sei, wohin das Geld gekommen. Das Recht des Volkes und seiner Vertreter, genaue Auskunft über die Verwaltung der Finanzen und des Staatsschatzes zu verlangen, sei unbestreitbar. Eine Finanz-Verwaltung, welche von je als Ideal geschildert wurde, hat hoffentlich keinen Grund, das Tageslicht zu scheuen. Es muß dem Volke Rechenschaft gegeben werden über die angehenden Summen, die seit 33 Jahren gezahlt

sind. Um Wunden zu heilen, muß man sie nicht verkleistern. (Bravo!) Wir können es dem Lande gegenüber nicht verantworten, einen Grossen zu votiren, wenn nicht vollständige Aufschlüsse über die Finanzlage ertheilt sind. Ein Zwangsanleihen ist der vorletzte Schritt zu einem Staatsbankrott. (Oh!) Der Antrag, ein solches Anlehen zu bewilligen, müßte um so größere Sensation erregen, als dem Volke von jeher gesagt ist, die Finanzen seien in einem so blühenden Zustande, daß auch der bedeutendste Krieg keine Anleihe nöthig machen würde. Das haben nicht nur die Hrn. v. Bülow und v. Bodelschwing gesagt, sondern Hr. Finanz-Minister selbst als Mitglied des vereinigten Landtages hat den Staatsschatz auf 20 Millionen berechnet. Der einzige Weg, das Vertrauen herzustellen, ist eine offene Erklärung über die Finanzlage. Grund für die Dringlichkeit des Antrags ist schon der Name Zwangsanleihen. Der Finanz-Minister hat zwar in seinem Antrage das Bittere einer Zwangsanleihe durch einen humoristischen Vortrag zu versüssen gesucht. (Lebhafter Beifall links.) Aber er hat dennoch zugestehen müssen, daß der Antrag einen zwangsartigen Charakter in sich trage hervorrufen müsse. Nicht lediglich der Finanzlage ist dieser Charakter bloß im Interesse des Landes, sondern auch der Regierung erforderlich. Finanzminister Hansemann: Der Antragsteller scheint voraussgesetzt zu haben, daß Seitens der Finanzministeriums, wenn es die Geldbewilligung verlangt, nicht die gehörige Auskunft gegeben werden solle. Diese Voraussetzung ist irrig. Es versteht sich von selbst, daß das Ministerium sein Verlangen nach einer Geldbewilligung sinlänglich motiviren wird. Es hat in meiner bisherigen Stellung nicht gelegen, der Kammer gegenüber mich darüber heimlichen, was zur Bewilligung meines Antrags zu wissen nothwendig ist, namentlich nicht die Mittheilungen über den Staatsschatz. Bei Einbringung der erwähnten Finanzgesetze wird dargethan werden, wodurch die früher glücklichen Zustände unseres Finanzwesens zurückgegangen sind. Nur zweierlei sind jetzt: daß erstens die Gerüchte, die ich nicht speziell kenne, von denen ich aber bestimmt gehört habe, daß nämlich große Summen im Staatsschatze vorhanden gewesen, die nicht vorhanden sind, verbreitet sind, und daß es zweitens auffallend sein würde, wenn zu einer Zeit wie die gegenwärtige und bei der letzten Jahre einen blühenden Finanzzustand in einen weniger glänzenden umwandeln. Wie haben Nothjahre gehabt, wir sind dann in die Zeit der politischen Bewegungen gerieten und so freudig wir alle den großen Umschwung der Dinge begrüßt haben, so müssen wir bedauern, daß die Freiheit immer noch ohne große Opfer zu erlangen ist. Haben wir keine Freiheit gehabt, so haben wir doch Ruhe gehabt, so haben wir doch den Gewerb so treiben können, wie es in Kriegszeiten nur der Fall gewesen ist. Die Einwohnen haben unter solchen Umständen abgenommen, die Bedürfnisse mußten zunehmen. — Einige Bemerkungen des Antragstellers können dennoch einige Meinungen verbreiten. Die Zwangs-Anleihe, ist gesagt, sei die Vorläuferin des Staatsbankerotts. Das ist sie nicht. Sie soll dazu dienen, den Credit zu beleben. Dieß geht schon daraus hervor, daß in der letzten Zeit, obgleich man gewußt hat, was die Regierung beabsichtigt, der Cours gegenwärtig um zwanzig Thaler den steigende Cours der Staats-Schuldscheine hinlänglich überzeugt. — Es scheint mir das Geeignetste, die Mittheilungen der Regierung, die in nächster Woche erfolgen werden, abzuwarten.

Nach einer Bemerkung des Hrn. Behnsch stellt Hr. Forstmann den Antrag, zur Tagesordnung überzugehen. Schramm ist dagegen. Der gutsliche Stand der Staatspapiere ist etwas Unerklärliches, dem ich nicht nachforschen will. Vielleicht erklärt er sich aus dem Vertrauen auf den Beistand des Ministeriums. — Mäyer: das Volk kauft das Verschwinden des Staatsschatzes in bestimmte Namen. Diesen ist es mit Gerechtigkeit schuldig, zu untersuchen, ob das Volk irrt oder ob es vielmehr recht gerichtet hat. F. Min. Hansemann: der erste Redner ist in vollständigen Irrthum, wenn er sagt, der Staatsschatz sei verschwunden gewesen, als ich in die Verwaltung getreten bin. Ich wiederhole, daß die Andeutungen über das Verschwinden des Staatsschatzes unbegründet sind und daß der Staatsschatz in den letzten 7 Jahren sich nicht vermindert, sondern vermehrt hat. Der Antrag auf Tagesordnung hat Unterstützung gefunden. Graf Czieskowsky spricht dagegen, „nicht gegen den Staatsschatz, denn der ist ein Geheimniß, von dem nur der Hr. Finanzminister weiß.“ — Minister Milde: ich ist von den Mitgliedern vielfach darauf hingedeutet, daß die Angelegenheit des Staatsschatzes ein Geheimniß sei. Sie wissen, daß in den ersten Tagen des April die Gelegenheit der Gesetze über die Dotationsklasse in einer Deutlichkeit sur nothgewissen wurde, was vorhanden war, was zur Unterstützung des Landes und der Gewerbe, zur Auflösung der Armee u. s. w. geschehen ist. Ich bin aber ermächtigt, zu erklären, daß bei Erörterung der Gesetzesvorlagen genaue Rechnung gelegt werden wird. Parisius stellt das Amendement: den Hrn. Finanzminister aufzufordern, der Nationalversammlung über die Verwaltung der Finanzen und des Staatsschatzes vom 3. 1840 an bis auf die Gegenwart so wie den Stand desselben in 14 Tagen Vorlagen zu machen und behufs Prüfung derselben eine Commission von 16 Mitgliedern sogleich niederzusetzen. Nachdem noch Berends eine offene Darlegung der Finanzverhältnisse für die beste Quelle des Credits erklärt hat, tritt der Finanzminister dem Parisiusschen Amendement bei. Er bemerkt noch: wenn der vorige Redner darauf hingedeutet, daß er selbst auf dem ersten Landtage den Staatsschatz auf 42 Millionen angegeben, so sei diese Angabe, wie alle übrigen, die die frühere Verwaltung sich niemals bestimmt geäußert habe, eine bloße Conjektur gewesen. Ich wiederhole nur noch, daß in den letzten 7 Jahren der Staatsschatz nicht ab-, sondern zugenommen hat. — Grebel als Antragsteller zum Schluß: unsere Staatspapiere sollen einen günstigen Cours haben, und doch stehen Staatsschuldenscheine 72 und Darlehns-Cassenscheine werden im Handel und Wandel kaum mehr angenommen. (Lärm: „es ist faktisch.“) Der Min. Milde habe die Frage offenbar verneint und nur offenbar pro lucro argumentirt. Hr. Milde verwahrt sich dagegen. Das Parisiussche Amendement kommt zur Abstimmung und wird fast einstimmig angenommen. Der Finanzminister erklärt hierauf: daß ihm noch nicht das gewünschte Merkmal von Mißtrauen gegen die Darlehenskassenscheine vorgekommen sei; daß diese vielmehr sowohl im Inlande, wie in andern deutschen Staaten bereitwillig angenommen werden.

— Ein von allen Ministern gegengezeichneter königl. Erlaß vom 7. Juli gibt folgende Bestimmung: „durch die Annahme eines besoldeten Staatsamtes, oder einer Beförderung im Staatsdienst, verliert jedes Mitglied der zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung berufenen Versammlung Sitz und Stimme in derselben und kann keine Stellung nur durch eine neue Wahl wieder erlangen.“

Frankreich.

*** Paris, 7. Juli. Ganz Paris ist verwundert darüber, daß man die im Kampfe für die Ordnung Gefallenen nicht unter die Juliusfahne begräbt hat. Man fragt sich, wie es komme, daß man die gefallenen Februarkämpfer unter diese Saule legte, doch diesen nicht könnte, ohne nur die geringste Lust zu Verbrennungen zu haben, und glaubt, daß dies auch jetzt hätte geschehen können, wenn nicht besonders Gründe von dem Zuge über die Boulevards abgehalten hätten. Man trägt sich mit einem Gerüchte von einer Hollenmaschine, welche sich innen auf dem Bastillesplatz hätte einladen sollen, Andere geben den Boulevard Bonne Nouvelle als hiezu bestimmt an. Ja man will sogar eine Abtheilung von Gardes mobiles gesehen haben, welche eine gewisse Anzahl Ihrer Gewehrlaufe reformirte, die man in einem Hause auf dem Boulevard gefunden habe. Für Neugierige war es unmöglich, auf den Conventsplatz zu gelangen, da man mit äußerster Strenge alle Personen zurückwies, die keine Karten dazu vorzeigen konnten. Wir haben heute aufmerksam alle Journale der Regierung durchforscht, um Aufschluß über diesen Vorfall zu erhalten, aber alle beobachten einmüthig das tiefste Schweigen darüber. Die andern Journale erwähnen nur der obigen Gerüchte, ohne ihnen einen besondern Werth beizulegen. — Dem General Duvivier mußte ein Bein abgenommen werden. Er ließest sich nach der Operation kamit, daß er noch ein anderes Bein und zwei Arme zum Dienste hat verwandt habe. — Eine telegraphische Depesche aus Toulon meldet einen glücklich vereitelten Versuch, das Arsenal in Brand zu stecken. Große Aufregung herrscht unter den Arbeitern. Ein außerordentlicher Commissär geht dahin ab. Unter den Verbannungsorten der Aufrührer nennt man auch Neukaledonien. Die Republik hat im Süden dieses Landes Besitzungen. — Unter den Gewehren, welche man abgeliefert hatte, sollen dem Gerüchte nach sehr viele von englischem Fabrikate sein. Um die Wahrheit dieses Gerüchtes zu erforschen, hat die Regierung eine Commission niedergesetzt, bestehend aus 3 Artillerie-Offizieren, welche sich dahin aussprecht, daß das Gerücht durchaus falsch ist. Ein anderes Gerücht gewinnt immer mehr Bestand, nämlich General Cavaignac soll damit umgehen, M. Pavie, den Bischof von Algier, zum Erzbischof von Paris vorzuschlagen. — Die Post wurde auf einige Individuen in der Nähe der Kasernen Lenen gegeben, weil sie den Anruf der Wachen nicht beachteten. Dadurch entspann sich ein Kampf, welcher eine Zeitlang andauerte und in welchem mehrere der Friedensstörer erschossen, die Uebrigen gefangen wurden. — Die Nachrichten aus Lyon lauten besser. Von allen Seiten rücken Truppen heran und man hofft, die Ruhe aufrecht zu erhalten.

Großbritannien.

London. In der Sitzung des Unterhauses vom 4. Juli brachte Hr. Urquhart die Motion ein, daß England sich ferne halten soll von jeder Einmischung in dynastische und konstitutionelle Fragen anderer Länder, da sie burgaus nicht geeignet sei, einer derartigen Intervention von mit der Ehre des Landes unvereinbaren Rücksicht geben zu können. Er hätte gewünscht, daß Lord Palmerston Anlaß nehme, sich auszusprechen über die Politik, die er zu befolgen gedenke. Hoffentlich wurde die Erfahrung, welche man von den Uebeln einer Einmischung gemacht habe, dahin maßgebend sein. Es kam nicht zur Abstimmung hierüber.

Nachrichten aus Port au Prince zu bis zum 4. Juni. Die Insurgenten sind geschlagen und die Aufstand ist auf allen Punkten unterdrückt. Silber war rar. Spanische Dublonen standen auf 120 und 125. Spanische Goudes auf 7. 50. Mexikanische Goudes auf 6. 50.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 12.

Neue Münchener Zeitung.

Mittwoch den 12. Juli 1848.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

Die Wahl des deutschen Reichsverwesers.

** Wie schließen uns aus vollem Herzen den Aeußerungen der Freude und der Zubrik an, die aus allen Gauen des großen deutschen Vaterlandes die Annahme des Reichsverweseramtes durch den Erzherzog Johann von Oesterreich begrüßen. Unsere Freude ist nicht blos Sache des Gefühls, sie findet ihren Hauptgrund in der innigsten Ueberzeugung, daß der Fürst, den die Stimme eines großen Volkes von nahezu 45 Millionen zur Leitung seiner Geschicke berufen, dessen Wahl die freudigste Zustimmung aller bedeutenden Regierungen im Voraus sicher war, wirklich auch der Mann des allgemeinen Vertrauens ist und also von vornherein schon eine solche Stellung einnimmt, daß seinem Auftreten und Wirken Bürgschaften des Gelingens zur Seite stehen. Wir legen besonders hohen Werth auf das von allen Seiten so einmüthig bethätigte Entgegenkommen aller deutschen Regierungen, und lassen uns darin nicht beirren durch die fast gerichtsförmliche Weise, in welcher so manchem „klugen Köpfe" in und außer der Reichsversammlung diesen Punkt behandeln zu können glauben. Wir legen um so höheren Werth auf diese Einmüthigkeit der Regierungen, als wir die Ueberzeugung haben, daß gerade diese einer der bestimmenden Hauptbeweggründe für den edlen deutschen Erzherzog wurde zur Annahme der Wahl. Wer auch an die Spitze des Reiches berufen werden mochte, ohne das aufrichtigste Zusammenwirken aller Regierungen für Durchführung seiner schwierigen Aufgabe, vermochte er nichts und bei den besten Absichten, und ohne die Gewißheit der Achtung vor den Rechten aller — wie sie nun gegeben ist — war dieses noth-wendige Zusammenwirken schwerlich zu erreichen. Freuen wir uns und wünschen wir uns Glück zu dem Ausgange der schweren Krise, die das Band, das die Glieder des Reichskörpers nur lose zusammenhielt, ist wieder festgeknüpft und das Haupt, der Unterstützung durch alle Glieder sicher, kann und wird dafür sorgen, daß dieses Band unzerreißbar werde. Heil Deutschland, Heil dem Fürsten auf den jetzt die Blicke von Millionen vertrauens- und erwartungsvoll gerichtet sind. Heil dem Fürsten den das hohe und schöne Loos beschieden wurde, für sein großes Vaterland das lebendige Symbol der wiedergewonnenen Einheit, der Schutz und Hort wahrer Freiheit, der Begründer und Wiederherstellen des Friedens und der Ordnung im Innern, und der Schirm seiner Unabhängigkeit, Macht und Größe nach Außen zu werden! In diesem Freudengefühle drängen sich alle Bedenklichkeiten und Forschungen, die in uns durch die Wahl zu Frankfurt gemachten Mißgriffe erweckt werden mußten, in die Brust zurück, und stimmen, wie gesagt, aus vollem Herzen ein in den Jubel über die glückliche Wendung, welche die Dinge doch noch — fast unerwartet — genommen haben.

Die unverkennbar und überall hervortretenden Symptome wiederwachenden Vertrauens in die Zukunft des Vaterlandes, in die Wiederherstellung der materiellen und moralischen Ordnung, die von den unverbesserlichen Wühlern so unablässig in ihren ersten Grundlagen bedroht und erschüttert wird, sind die ersten erfreulichen Wirkungen, welche das Auftreten des Reichsverwesers begleiten. Die Wiederherstellung des Volksgefühls, des wahren deutschen Volksgeistes aus der Lethargie, in der er den anarchischen Bestrebungen gegenüber nur zu lange verharrte, trifft zusammen mit dem Augenblicke, wo der Reichsverweser sein hohes und schwieriges Amt antritt. Die vereinigte Kraft aller guten Bürger überall wird den Regierungen allmälig auch wieder die Stärke geben, der überall sich einfressenden Hydra der Anarchie den Kopf zu zertreten, und den darauf hinzielenden unerläßlichen Maßregeln der Reichsgewalt Nachdruck und Erfolg zu geben. Dem wüsten Treiben der Anarchisten und Volksverführern, dem sich seinen Zuflucht der Gesetzlosigkeit, den Bestrebungen zu Auflösung aller Bande der Ordnung, und der maßlosen Zügellosigkeit einer irregeleiteten Menge, wie wir sie an so vielen Orten noch immer zu beklagen haben, muß rasch und energisch Damm gesetzt werden, das ist die erste große Aufgabe, welche zu lösen ist. Nur so ist Heil zu erwarten, nur so kann das Vertrauen zurückkehren wieder aufzublühen mit demselben Handel, Industrie, Gewerbe, Kredit, die jetzt so traurig darniederliegen. Dafür sind umfassende, durchgreifende Maßregeln der Zentralgewalt nöthig. Dran nur wenn der uns im Innern bedrohende Feind von allen Seiten zugleich gepackt wird, sind wir sicher, ihn zu zu werfen und zu bändigen. Der Dank und der Segen des ganzen Vaterlandes würdige Zentralgewalt begrüßen, wenn sie mit entschlossener Hand das Ruder ergreifend, der Unterstützung der unermeßlichen Mehrheit der Nation sicher, mit unwiderstehlicher Festigkeit durchgreift, und so gleich durch ihre ersten Schritte zur Wohlthäterin des gesammten Volkes wird. Die Reichsversammlung wird ihr dabei — wir hegen das volle Vertrauen — redlich und aufschlossen zur Seite stehen, und wenn so von allen Seiten mit ganzer Kraft zusammengewirkt wird, läßt sich auch Erreichung des Zieles hoffen.

Aber das Gelingen hängt jetzt vorzugsweise von der Wahl der Männer ab, die dem Reichsverweser als Räthe und gewissermaßen als Werkzeuge seiner guten Absichten für das gemeine Wohl zur Seite stehen werden. Die Besten, die Tüchtigsten allein, ohne alle andere Rücksichtnahme, müssen es sein, Männer gleichbewährungsvoll durch Charakter, Talent, Kenntnisse und Willenskraft, Männer, deren Namen gleich von vorneherein Bürgschaft gewähren für das, was sie leisten werden. Am allerwenigsten darf der trügerische Glanz einer vorübergehenden Popularität auf die Wahl derselben irgend maßgebend oder von Einfluß sein. Wir stimmen in dieser Hinsicht vollkommen der Meinung der Deutschen Zeitung bei. Nicht auf einen Schein und auf eine vorübergehende Gunst sei es von Oben oder von Unten, muß bei zu ernennende Ministerien gestellt sein, sondern auf ein bewährtes Wesen und auf Handlungen, die Achtung auf die Dauer gebieten. Der wahre Staatsmann kümmert sich nicht um den Beifall des großen Haufens, sondern geht geraden Weges und um das Wohl seines Landes zur Mißfallens seiner Handlungen nehmen auf das Ziel sind, dessen Erreichung es gilt. Möge es der Weisheit des Reichsverwesers gelingen, die rechten Männer für die rechten Thaten heraus zu finden. Möge die Voreingenommenheit seiner Schritte lenken und die schönen Hoffnungen, die an seine Wahl sich knüpfen, in Erfüllung gehen lassen, auf daß sein Name für alle Zeiten sortlebe in den dankbaren Herzen des durch ihn beglückten deutschen Landes und Volkes.

Die „Deutsche Zeitung" nennt sogar bereits die Minister, welche ihr als die geeignetsten scheinen, um das Steuer in diesen gefahrvollen Zeiten zu führen. Einige unter denen, welche sie zu bezeichnen „wagt", scheinen ihr so unzweifelhaft die „recht Begriffenen und recht Bethätigten", daß sie dieselben gleichsam anerkennt und nothwendig nennen möchte, namentlich die drei ersten, die sie aufführt. Der wichtigste, am schwierigsten zu verwaltende Posten ist unstreitig der des auswärtigen Ministers. Dieser habe das weitere Heil und die europäische Fassung der Politik anzuführen, eine neue Stellung erst zu schaffen, verwickelte Verhältnisse zu lösen und noch verwickeltere und größere Aufgaben zu erwarten; Geschicklichkeit und Energie, alte Geschäftskenntniß und junge Kraft, Einfachheit, Aufrichtigkeit und Offenheit müssen sich hier mit einander für ihn, wenn er die ersten Schritte von denen Alles abhänge, richtig, taktvoll und geschmeidig thun soll. Wir kennen Künsten der Diplomatie werde er wenig ausrichten in den neuen Verhältnissen, aber ihre Wege müsse er gleichwohl kennen. Preußen werde wünschen, daß dieses Ministerium mit einem Manne aus seiner Diplomatie besetzt werde: allein da weiß die „Deutsche Zeitung" keinen zu finden. Arnim's Fähigkeit will sie nicht bezweifeln; Er er habe in der schleswiger Sache der kleinsten unter mehr großen Aufgaben, die sind, sein rasches Glück gehabt, sie jedenfalls unvollendet verlassen. Abgesehen aber davon, daß dieß sein günstiges Vorurtheil erregt, sollten auch Persönlichkeiten, die man außen so unmittelbar vorher in preußischen Diensten habe wirken sehen, nicht sofort in den allgemeinen Reichsdienst, gerade in dieser Sphäre, übertreten. Nur einen Mann weiß sie, der dieser Stelle gewachsen sei: v. Stockmar. Sie sagt: „Er ist der vertraute und bewährte Rathgeber des Königs Leopold (der Belgier). Diese eine Empfehlung mag uns genügen. Er ist aus bürgerlichem Stande, aus einer ächtschen in die politische und diplomatische Stellung heraufgetreten und hat den einfachsten und schlichtesten Sinn bewahrt, Kopf und Herz auf dem rechten Fleck behalten; er ist in alle großen und kleinen Verhältnisse der Kabinette und der Staaten eingeweiht, mit dem englischen Staatswesen aus langer und nächster Kenntnißnahme innig vertraut, mit den englischen Staatsmännern, mit einer Reihe von Fürsten persönlich bekannt, von Allen geachtet, von Vielen zu Rathe gezogen, bei Vielen beliebt; nur bei Louis Philipp und in Rußland war er es nicht; auch das mag ihn aus entsprechenden Gründen für das Kriegsressort sehr empfehlen. Stockmar's Ansichten über Preußens Militärmacht und Organisation einen Preußen für nothwendig, sah neunt zwei Männer, v. Stockhausen, als noch mehr alle Stimmen vereinigend aber Griesheim. Dieser werde fast unwidersprochen als das organisatorische Talent bezeichnet, über dessen hohe Befähigung zu diesem Posten kein Zweifel zu sein scheine, besten Rath nun Anstöße der bei der bekannten Gelegenheit in Berlin gesucht werde. Für das Handelsministerium wird Senator Duckwitz in Bremen bezeichnet. Gegen diesen werde sich vielleicht am wenigsten Widerspruch in Deutschland erheben. Er sei aus der besten Schule, die wir für diese Verhältnisse in Deutschland

besitzen, seit Jahren thätig, den Gegensatz der Merkantilen und Industriellen zu vermitteln, und Deutschland wenigstens in einem Handels- und Schifffahrtsbündnisse zu einigen. Erst kürzlich ist seine Schrift über den deutschen Handels- und Schifffahrtsbund wieder gedruckt worden, in der jeder kundige Leser die Klarheit des Geistes und die Kraft der Bemüthigung und Uebersicht der verwickelsten Verhältnisse bewundern wird. Die Brandkatastrophe, verbunden mit dem Ministerium des Innern, deutet die „Deutsche Zeitung" Hrn. v. Gagern zu. Würde er aber den Portefeuille des Präsidenten der Nationalversammlung nicht verlassen wollen, so hätte die Lämpathanen den Baum, der zu dieser Stelle den Adel, die Würde, die Volkstheilnehmende mächte, die sie verlangen. Durch seine vortreffliche Haltung in der schwierigsten aller Lagen in Berlin hat er alles Vertrauen gewonnen. Für die Justiz wird v. Schmerling, der jetzige Vorsitzende des Bundestags, anempfohlen, der ein geschickter Geschäftsmann sei und dessen parlamentarisches Talent bei jedem Anlasse in Achtung stehe. Für die Finanzen werde in den Frankfurter Kreisen Mathy genannt, der eine rüstige Arbeitskraft sei, wie nicht leicht eine andere, und dem man in Baden selbst schon als kunftigen Finanzminister bezeichnet habe, selbst als er noch sehr jung und sehr übel gelitten war. Der Marineposten bekennt sich die „D. Z." selbst als zu unhaltig, als daß sie den Mann bezeichnen dürfte, der diese neue Kriegsmacht für uns aus dem Nichts am sichersten und raschesten zu erschaffen vermöchte.

Deutschland.

Bayern. ⊣München, 11. Juli. Das im badischen Seekreis seßhafte bayer. Truppen-Korps wird zurückgezogen, und aufgebethene Rationirungen an der Iller bejiehen. — Der Oberstlieutenant Leonhard Lueip vom 11. Infanterieregiment ist pensionirt worden.

(Gewöhnheitsrecht-Erklärung). Se. Maj. der König haben unterm 10. l. M. die Zimmermeisters-Eheleute Kaspar-ina Engelhard, geborne Christ zu Aschaffenburg, ihrer Bitte entsprechend, für großjährig zu erklären geruht.

Ulm 5. Juli 1848 starb der tgl. Rentbeamte in Schwabach Julius Rotter.

†Bamberg, 9. Juli. Endlich ist auch in unserer Stadt der bessere Geist zum Durchbruch gekommen. Die radikale Demokratie, welche sich hier einen bejammen Sitz zu gründen vermeinte, hat eine schwere Niederlage erlitten. Es hat vor drei Tagen, mehrtheilig angezeigt, sich so eben ein „konstitutioneller Volksverein" gebildet. Sein Programm und Statut ist: 1) Anerkennung der Volksrechte in der Verbindung mit einer gleichgestimmten Regierung; 2) Anerkennung der verbindenden Kraft der Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung für das ganze Volk, 3) Bestreben, diesen Grundsätzen möglichste Geltung und Verbreitung zu verschaffen, den reaktionären eben so, wie den anarchischen Bestrebungen mit aller Entschiedenheit entgegen zu treten; 4) Mittel dazu: Verbreitung politischer Bildung durch regelmäßige Versammlungen der Mitglieder, Besprechung derselben, Verbindung mit andern gleichgesinnten Vereinen, Benutzung der Presse und Veranlassung von Adressen und Petitionen; 5) aufmunternde Lobe der Deutsche unbescholtenen Rufes. Dieser Verein hielt gestern Abend, schon gegen 500 Mitglieder stark, seine erste eigentliche Versammlung unter dem Vorsitz des provisorischen Ausschusses, Appelat Kreitmayer, Advokat Salesius, dargl. Magistratsrathe Wahlert und Oesterreich, der beschloß barz einhelligen Zuruf, eine vom Ausschuß vorgelegte, sehr kräftig gehaltene Adresse an den plattenischen Zusammlung zu Frankfurt ganz im Sinne seines Programms. Sie wird sogleich gedruckt, damit Jeder, der sie unterzeichnen will, sie vorher genau lesen und prüfen könne, also keine falsche oder sachunkundige Unterschrift — wie bei so vielen Adressen der Wahler — möglich sei, liegt 4 Tage im Rathhaussaale zur Unterzeichnung auf und geht dann nach Frankfurt ab. In dieser ersten Nie des Vereins wurde als zweiter Beamter und einmalig beschlossen, eine eben so kostbare Erklärung und Verwahrung gegen die Abfendung eines so betielten Abgeordneten von Bamberg zu dem neulichen sogenannten demokratischen Kongreß in Frankfurt angetlich von der Gesellschaft „Bürgerverein" dahier und gegen die Wahl Bamberg's zum Sitz eines demokratischen Kreisvereins, sodann in Bamberg, wie ein Spreyer sagte, sein Sumpfhoden für derlei politische Gährung sei. Donnerstag findet die Wahl des Ausschusses, 21 Mitglieder, und auf je 100 Vereinsgenossen, statt, dann neue weitere Diskussion, besonders über die Bezugung der Presse für die Grundsätze des Vereins, da die jetzt hier erscheinenden 4 Tagblätter: „Fränkischer Merkur", redigirt von Heger, „Wochenblattsfreund" von Dr. Wirth, „Zuschauer in Franken" vom quondam Landgerichtsassessor v. Reider, und „Blätter für Freiheit u." vom Buchhändler Dresch, alle mehr oder minder in jüdischer oder niedrigerer Sprache der radikalen Demokratie stehen. Auch die Stellung des Advokaten Titus als Abgeordneten zur Reichsversammlung vom Wahlbezirke Bamberg bei der äußersten Linken, im offenbarsten Widerspruch mit seinem hier gegebenen Worte, wurde vom Ausschusse berührt. Es fand aber keine Besprechung für jetzt darüber statt, weil der Ausschuß ganz richtig der Ansicht war, zunächst seine die Wahlmänner zu Ausschußwahl berufen und diese wohl auch Einleitungen stehen im Werke. Ohne Zweifel mehrt sich die Zahl der Vereinsmitglieder täglich; bereits sind Staatsbeamte aller Klassen beigetreten.

Baden. — Aus Baden, 3. Juli. Nicht blos der einzelne Mensch, sondern ganze Völkerstämme sind, wie die Geschichte zeigt, dem Tarantelstiche unterworfen. Wer Baden noch vor einem Jahre kannte und es jetzt besuchte, wird sich sicherlich zurück denken können, wohl oder wehe es gethan, daß Alles auf dem Kopfe steht. Damals, zur Zeit der Thronung und Noth, wo rings umher rohe Gewalt zahllose Krawalle schuf, herrschte bei uns die schönste Gesetzlichkeit, mit Feuereifer und Muth blickte der fleißige Bürger auf einer sorgenvollen Gegenwart in eine bessere Zukunft, mit gerechtem Stolze erfüllten ihn die Errungenschaften friedlicher Institutionen, als in den übrigen Staaten Deutschlands; der Name des badischen Bürgers galt als ein Empfehlungsbrief im Auslande. Aber jetzt gerade das Gegentheil von allen diesen Dingen. Aufgewiegelt und geleitet von selbstsüchtigen Schreiern, die zum Theile sogar im Sold des Auslandes stehen, muß das badische Volk den Becher der sogenannten Freiheit in bodenlosen Zügen bisabgeleert; da läßt kein Widerstreben; wehe dem, der sich nicht zu dem allgemeinen Schwindel ergreifen läßt, der bei der Mode entsteht, wornach alles Ehrbare in den Koth gezogen, der Enthusiasmus für die Wiedergeburt des einen und freien Deutschlands verhöhnt wird, wornach nur der allenfallsigmachende Glaube an das Eldorado des Kommunismus herrschen darf. Unwillkürlich erinnern wir uns dabei der Zustände in den ärgsten Zeiten der Reaktion; nur haben sich die Namen geändert, an die Stelle des Jesuiten mit der Monstranz ist der Blousenmann mit dem Prügel getreten, statt einer Kamarilla des Hofes herrscht die Kamarilla der demokratischen Klubbs; die Polizei wird gebibt durch Rotzenmuskten und Feuerreinwerfen, die mißliebigen Deputirten erwartet die rohe Gewalt, die schwarzen Jesuiten sind gegen die rothen eingetauscht. Wird aber dieses hitzige Fieber sich noch steigern? Wir wissen es nicht. Das aber wunschen wir dem in Baden wohnenden Volke, daß die Regierung nicht zaudere, sondern mit rascher kunstierziger Hand, wo Excesse erfahren, Arzt zu sein, eingreifen, um den Ausbruch eines gefährlichen Paroxismus verhindern möge. Wir wünschen ferner, daß alle diejenigen, welche in jugendlicher Begeisterung für die Republik schwärmen, sich auf einige Zeit nach Baden begeben; wie unsere Heilquellen dem siechen Körper, so werden unsere politischen Zustände dem kranken Geiste treffliche Dienste leisten. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Eßlingen, 7. Juli. So eben hören wir, daß am folgenden Sonntag der 9. M. eine große und zwar bewaffnete Volksversammlung hier abgehalten werden soll und da nach der bestehenden Verordnung keine bewaffnete Reisende (Militär ausgenommen) auf der Eisenbahn befördert werden dürfen, so sollen die Waffen vorher hieher geschafft, und dann hier vertheilt werden. Man will sodann von hier aus nach Karlsruhe ziehen und dort die südbadische Republik proklamiren. — Sollte dieses unsinnige Unternehmen wirklich versucht werden, so wird es an dem Muthe der Bürgerschaft unserer Stadt nicht fehlen, mehrere sich laut erklären, daß sie selben, welcher gewaltsamer Weise die bestehende Staatseinrichtung umwürzen wolle, als Rebellen behandeln werden. (F.-P.)

Gr. Hessen. Darmstadt, 7. Juli. So eben wird eine allerhöchste Verkündigung, die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung betreffend, bekannt gemacht deren Einleitung also lautet: „Bei dem Mangel unserer Mitgesinnschaft sind wir durch unser Edikt vom 5. März d. J. veranlaßt worden, die Absicht der Einberufung der Stände, welche das deutsche Volk zu wahrer Freiheit und kraftiger Einheit führen soll. Die große Mehrheit der Hessen hielt es für Pflicht, Vertrauen mit Vertrauen zu erwiedern. Sie erkennt die Früchte an, welche wir im Verein mit den Ständen bereits erzielt haben, und sieht der vielseitig begonnenen Entwicklung mit Vertrauen entgegen. Diese Entwickelung zu stören, hat sich eine Partei zum Ziele gesetzt, welche immer unverhüllter ihre Plane darlegt, die auf Umsturz alles Bestehenden hin unausgesetzte Aufreizung aller öffentlichen Autorität, durch Drohung und Gewalt gerichtet sind. Diesem Treiben entgegenzutreten, die Freunde der Ordnung zu ermuthigen, die Irregeleiteten zu warnen, wenden wir uns an unser Volk, wie der Versicherung, daß alle gesetzlichen Mittel zur Bekampfung der Feinde der Ordnung angewendet werden sollen. Was wir versprochen haben, ist erfüllt, oder der gesetzliche Weg zur Erfüllung eingeschlagen." Am Schlusse der Verkündigung heißt es: „Wer zum gewaltsamen Umsturz der bestehenden Verfassung, zur gewaltsamen Störung ihrer gesetzlichen Umgestaltung durch Schrift oder Wort auffordert, oder Mittel zur Ausführung dieses Vorhabens sammelt, wer zum Aufruhr, zur Widersetzung gegen die Obrigkeit auffordert, oder an solchen Handlungen Theil nimmt, unterliegt der Strafe des Gesetzes. Gleiche Strafe hat diejenige, welche der Schaar der Feinde der Ordnung ihr Ohr geliehen haben, nachdem ernstliche Warnungen, sodann wir unsere Gerichte und anderen Behörden bei ihren Pflichten auf, furchtlos das Gesetz zur Geltung zu bringen, und alle Freunde der Ordnung die Behörden hierin mit allen Kräften zu unterstützen."

Preußen. — ⊙ Berlin, 8. Juli. Die tief in die Nacht hinein waren gestern vor den Fasernen der Garderegimenter Kaiser Alexander und Kaiser Franz große Volksversammlungen, ohne daß man jedoch gewagt hätte, etwas gegen die Truppenreinigung zu unternehmen. Leute, die man überall erblickt, wo es Lärm und Krawall gibt oder geben soll, ließen zwar auch da an aufreizenden Aeußerungen es nicht fehlen, aber sie brachten es doch wenigstens nicht zu Thätlichkeiten. Das Verhalten der Soldaten den Schmähungen gegenüber, die man ihnen zuschleuderte, war musterhaft, sie beachteten die Schreier gar nicht. Der Zugemuth dieser ist man ebenso entschieden gegen den Magistrat gerichtet, welcher so verständig war, selbst im Interesse der Ordnung die Verhaftirungen der Truppen zu verlangen. Verständig und vernünftig zu sein, ist jetzt hier in den Augen erner nur allzu großen Zahl von Leuten fast ein Verbrechen geworden. Ist doch selbst ein Theil unserer Bürgerwehr, die doch großentheils aus Leuten besteht, welche etwas zu verlieren und also das höchste Interesse daran haben, daß die Ordnung mit der Freiheit Hand in Hand gehe, von dem Geiste der Unordnung nicht ganz frei.

Magistrat mit öffentlichen Vorwürfen überhäufen für einen Schritt, der zunächst in ihrem Interesse gethan wurde! Und warum? Weil der Magistrat nicht erst bei der tapfern Bürgerwehr, die kürzlich das Zeughaus plündern ließ, um die Erlaubniß anfrage! Doch ist dieser Theil der Bürgerwehr die Minderzahl. Die Klubs, dieses aus Paris hieher verpflanzte und trotz unsers magern Saubbodens übermäßig wuchernde Unkraut, bekämpfen die Truppenbewirrung natürlich dem Grundsatze nach: jedes Element der Ordnung — die Truppen also zuerst — ist ihnen ein Dorn im Auge. Von den eigentlichen revolutionären Clubs kann dies nicht Wunder nehmen; aber auch der konstitutionelle Klub pflegt in politischer Weisheit mit gleicher Scheue mit der Linken. Er hofft durch Anfeindung die Ruhe der Stadt bedrohlich Also statt energisch mit den Truppen zusammenzustehen gegen Ruhestörungsversuche, findet man es bequemer, die Unruhestifter frei gewähren zu lassen. Das Beispiel der Pariser Nationalgarde hat offenbar noch wenig gewirkt auf diese muthigen Bürgerwehrmänner. Wenn sie nun am Ende ihre Verblendung nicht früher besinnen, bis sie — gerade so abermals befohlenerweise unter den Linden und in der Königsstadt die Müßiggänger und Pflasterreiter, deren Zahl hier Legion ist und welche den Kern des souveränen Volkes bilden, en Masse versammelt. Man bemerke einige Aufregung unter den Hansen und sie scheinen Miene zu machen, sich dem Polizeiorbeile gegen den Verkauf von Flugschriften und Mauerausschlägen daselbst zu widersetzen. Die Verkäufung solcher sind natürlich auch Gegner des Verbotes und es wäre nicht unmöglich, daß es zu einem Zusammenstoß dort käme. Die Flugblätter und Pasquille schießen auf wie die Pilze, zu Hunderten. Eines dieser Blättere „die Errungenschaften" faßt in einer längeren Liste die Früchte des März zur Berlin sehr treffend so zusammen: „alle 8 Tage neue Minister, Pobelherrschaft, gesuntener Kredit, eine freie Presse, die das Heilige in den Schmutz zieht u. s. w." Und dennoch will man diesen schauderhaften Zustand, der auf uns lastet; aber der Muth fehlt, ihn abzuschütteln. Mit Bewunderung, aber auch mit Neid blickt man auch hier auf Bayerns Haltung in dieser Zeit hin, auf das man früher mit so stolzem Dankel herabsah. Der Bergzeich ist allerdings weder angenehm noch schmeichelhaft für unsere guten Berliner. In unsern Blättern finden jetzt Stöße wie der Zeichl, Krossen u. a. m. Aufs man in ihnen ruhig und sicher leben könne: genuß die beispiellose Perfidiae auf Berlin. Ob sie auch ihre gefühlt wird?

Oesterreich. — Wien, 8. Juli. Nach einer sehr stürmischen Sitzung des provisorischen Ausschusses der Bürger, Nationalgarden und Studenten, in welche mit 154 gegen 5 Stimmen die Abdankung Pillersdorfs beschlossen wurde, hat der seine Demission eingereicht, und Baron Doblhoff ist vom Erzherzog Johann mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt worden. — Der Grund der Erbitterung des Ausschusses gegen Pillersdorf ist die entschiedene Haltung, die er gegenüber den Anträgen von Seiten des Ausschusses gegen den Fürsten Windischgrätz bewahrt hatte. In Folge dieses Ministerwechsels gingen heute die Course um mehre pCt. zurück. — Erzherzog Johann begibt sich heute Abends auf der Nordbahn nach Frankfurt. (Z. 3.)

Triest, 6. Juli. Die feindliche Flotte, welche sich bis vor Umago zurückgezogen hat, ließ heute zwei österreichische Handelsschiffe unbehindert in den hiesigen Hafen einlaufen. — Die Nachricht von der Aufgebung der Blokade auf Reklamation des dayr. und preuß. Gesandten war an demselben Tage in Triest eingetroffen zu nicht geringer Freude der Einwohner.

Oesterreichische Monarchie.

Die „Wiener Zeitung" enthält einen längeren Artikel aus Agram über die Lage des Banats und Kroatiens, und zugleich eine traurige Widerlegung Derer in jüngster Zeit so häufig gemachten Beschwichigungen des Banus Jellachich. Wir entnehmen ihm die hauptsächlichsten Momente:

In Slavonien und Sirmien und theilweise im Banat herrscht eine Bewegung, die ernstliche Besorgnisse einflößen muß. Im Peterwardeiner Grenzregemente und im Tschaikisten - Bataillon ist vollkommene Anarchie eingetreten. Offiziere und Beamte werden mißhandelt und am Leben bedroht, so daß sie flüchten müssen, und 2000 Mann Bewaffneter rotten sich gegen einen vermeintlich von Ungarn ausgehenden Angriff zusammen. — Das Volk will sich nicht magyarisiren lassen. Auch in Kroatien wirde aus dem gleichem Grunde derselbe anarchische Zustand schon eingetreten sein, wenn nicht der Banus mit seiner kräftiger Hand die Geschäfte leitete, und sich durch energisches Auftreten zur Aufrechthaltung der Nationalität das allgemeine Vertrauen in hohem Maße erworben hätte, daß sein Wort allein hinreicht, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu erhalten. Unbeirrt durch die schrankenlosen Angriffe ungarischer Blätter handelt er, so weit sein Einfluß reicht, unermüdet für das Wohl seines Monarchen und des Gesammtvaterlandes. Als er am 20. Juni die Nachricht der bedenklicher Konflikte bei Karlowitz erhielt (er befand sich gerade in Zagrabrech), ersuchte er schriftlich den Kriegsminister, alles aufzubieten, Gewaltthätigkeiten zu verhindern, nachdem dem Erzherzog Johann die Vermittlung bereits übertragen worden sei. Zugleich schickte er eine Ansprache an das Peterwardeiner Regiment nach Mitrowitz, um sie zu beruhigen und auf seine Rückkehr zu vertrösten, wo er alles aufbieten wolle, eine friedliche Lösung im Sinne der Ordnung und des Gesetzes herbeizuführen. Desgleichen schickte er, als ihm die Nachricht mitgetheilt wurde, daß unter den Grenzern in Italien die bedenklichste Stimmung herrsche, einen gedruckten Aufruf an dieselben, welcher die Wiederherstellung eines guten Sinnes auf das schnellste bewirken. Und diese Handlungen werden von einer Seite verdächtigt, welche nach der letzten Revolution in Frankreich sich beeilte, dem Schutze der französischen Republik sich zu empfehlen, die offene Empörung der italienischen Provinzen durch eigene Proklamationen billigte, die italienischen Truppen in Pavia zur Meuterei verleitete, die sie von den Kriegs in Italien nöthigen Truppen weder komplettirte, noch viel weniger aber einen einzigen Mann zu deren Verstärkung abgehen ließ, sondern es vorzieht, im Süden eine eigene Armee zu versammeln, um mit deren Hilfe ihre, die Monarchie gefährdenden Absichten durchzuführen, und die Radetzkylande unter das drückendste Joch zu pressen! — Hätte das ungarische Ministerium ursprünglich den Weg der ruhigen, gesetzlichen Verständigung eingeschlagen, so wäre nicht die gräuelliche Anarchie und Aufregung erfolgt, wie sie gegenwärtig in Slavonien und Siemien herrscht, und die einzig und allein die kräftige Hand des Banus unterdrückt, ohne diese aber zum hellen blutigen Ausbruch gekommen wäre! —

Frankreich.

△Paris, 7. Juli. Das Leichenbegängniß des Erzbischofs von Paris hat heute statt gefunden. Der Leichenzug ging von dem erzbischöfl. Palaste auf der Insel St. Louis nach der Kathedrale von Notre Dame durch die Zweidrückenstraße, den Pont Marie, den Quai des Ormes, den Grevesplatz, den Quai Lepelletier, die Brücke von Notre Dame, den Blumenmarkt, die Straße Barillerie, den neuen Markt in die Straße Notre Dame. Die Truppen bildeten Spaliere auf der ganzen Strecke. Eine Schwadron Dragoner eröffnete den Zug. Ihr folgten die Geistlichkeit, die Seminare und religiösen Brüderschaften. Acht Nationalgardisten trugen den Sarg, welchem sechs Bischofe folgten. Der vierspännige Leichenwagen fuhr leer mit. Ihm folgte eine Deputation der Nationalversammlung, das diplomatische Korps, unter welchem man besonders die Gesandten von England, Bayern und Sardinien bemerkte. Dann kamen Deputirte der Nationalgarde, der Garde mobile, der republikanischen Garde und der Armee. Die Kathedrale war mit weiß und schwarzen Draperien und Zuschriften geziert. Rechts und links vom Katafalk waren Tribünen für die Volksrepräsentanten errichtet. Der erzbischöfl. Stuhl war mit einem schwarzen Ueberzuge bedeckt. Die Nationalgarden aller Legionen bildeten eine Doppelspalier vom Eingange bis zum Chore. Die letzte Stelle wurde nach ihrer Ankunft auf der Katafalk gelegt, mit erzbischöflichen Mantel, Kopf über als die Füße, so daß alle Anwesenden die edle Gestalt des liebetheuerten Todten sehen konnten. Nachdem Alles Platz genommen, begann der Gottesdienst. Die Liche blieb den ganzen Tag über ausgestellt, und wurde erst Nachmittags, nach der Vesper, in die Gruft der Bischöfe und Erzbischöfe beigesetzt, welche unter dem Chore der Kirche sich befindet.

△Paris, 8. Juli. Der große Leichenzug, der am 7. Kämpfen der Junitage gefallenen Opfer bewegte sich in einer nicht enbenwollenden Linie durch eine dicht gedrängte Masse von Zuschauern, welche dem größten Theile nach dem bürgerlichen Stande angehörten. Zuletzt kamen die drei Bischofe von Langres, Orleans und Quimper. Als die Gesellschaft auf dem Platze angekommen war, schossen sie die Mitglieder der Nationalversammlung, welche vollständig Platz nahmen, namentlich, als ihnen folgten die Abgeordneten sämmtlicher Behörden, der Schulen, des Handels ic, gefolgt von einer Menge Generale, den im Zumkampfe Verwundeten, der polytechnischen Schule, dem Militär. An der Spitze der Mitglieder der Nationalversammlung ging der Präsident Marie, links von ihm General Cavaignac in bürgerlicher Kleidung. Hinter diesen folgten die Minister, Alle in Trauerkleidung mit dreifarbigen Schärpen und der Rosette an der Brust. Obgleich am Fuße des Altars Bänke für die Nationalversammlung errichtet waren, so wohnte sie dennoch der ganzen Feierlichkeit stehend, und trotz der großen Sonnenhitze mit entblößten Häuptern bei. Um halb 12 Uhr war der Gottesdienst zu Ende, und der Zug setzte sich nach der Kirche St. Magdalena in Bewegung. Die Deputationen und die Mitglieder der Nationalversammlung betraten allein das Innere der Kirche und wohnten der Beisetzung der Särge an. Um 12½ Uhr war Alles vorüber, und der übrige Theil des Tages verging in tiefster Ruhe. Die meisten Läden blieben geschlossen, wie an Feiertagen, und die Beerdigungen des Morgens erfuhren sich nicht.

Paris, 8. Juli. Allgemein erwartete man, daß gestern Morgen der Belagerungsstand aufgehoben würde und erzählte, daß General Cavaignac dem General Lamoricière die bestimmteste Erklärung hierüber gegeben habe. Desto größer war dann die Verwunderung, als man vernahm, der Präsident der Exekutivgewalt habe erklärt, daß er die Fortdauer des Belagerungszustandes noch für nothwendig halte, und daß derselbe auf längere Zeit hinaus verlängert werden müsse. General Cavaignac hat seine weiteren Erklärungen hierüber gegeben, aber im Konferenzsaale zagte man hinzu, daß er den Belagerungsstand nicht früher aufheben werde, als bis die Kriegsgerichte alle bei dem Juniaufstande Betheiligten abgeurtheilt haben werden. Wenn sich dieß bestätigt, so wird der Belagerungsstand sicher noch drei Monate andauern! In diesem Augenblicke haben wir bereits 12,000 Verhaftungen, und täglich kommen neue hinzu, und neue Handsuchungen vor. Die Untersuchungskommission hat noch lange nicht alle Betheiligten vernommen und man glaubt nicht, daß sie vor 14 Tagen vor das Kriegsgericht gestellt werden können. Es ist bis jetzt durchaus noch kein Urtheil, noch eine Hinrichtung erfolgt, und alle Gerüchte, welche darüber im Umlauf sind, sind falsch. Das System, welches man eingeschlagen hat, die Aburtheilung von Seiten der Kriegsgerichte nicht früher zu beginnen, bevor das Verhör sämmtlicher Betheiligten vollendet ist, muß nothwendige Weise zu einem Resultat führen, welches dem, was man erwartet, gerade entgegen ist. Man sieht die größtmöglichste Zahl

von Verurtheilungen zur Transportation zu erreichen. Das soll aber nicht heißen, als wolle man alle Barrikadenkämpfer dazu verurtheilen, denn das wäre eine Zahl von 35 – 40,000. Aber selbst wenn es ihrer nur 10,000 wären, so würde es nach unserm Dafürhalten dennoch zu streng sein. Es wäre besser gewesen, wenn die Kriegsgerichte nach einer Frist von 8 Tagen das Schicksal der am schwersten Angeschuldigten mit Hoffnung auf Gnade für die, welche Enthüllungen der wirklichen Schuldigen der Aufstände der Aufstände machen würden, bestimmt hätten, und die große Mehrzahl derer, die sich schuldig und Mord, theils von falschen Vorspiegelungen verführt, geschlagen haben, nachsichtiger beurtheilt hätten. — Man versichert, daß mehrere Hausbesitzer der Straße Louis le Grand an der Ecke gegen den Boulevard der Polizei von einem dumpfen Geräusch, das sie Nachts in ihren Kellern vernahmen, Anzeige gemacht haben, welches anzudeuten scheine, als ob man in der Nähe eine Mine grabe. — Die Juliefeste werden dieses Jahr nicht gefeiert werden. Man versichert, es liege in der Absicht der Regierung, in den nächsten Departements von Frankreich eine Anzahl von Regimentern zu konzentriren, da die Regierung beschlossen haben soll, Barbès zu Rom abtheilen zu lassen. — Man sagt, der Scarlophag, der die irdischen Reste der Junioyfer enthält, werde in der nächsten Nacht unter starker Bedeckung von Mobilgarde nach der Bastille gebracht werden. — Chateaubriands irdische Hülle ist heute sehr feierlich zur Erde bestattet worden. — Briefe und Zeitungen aus Madrid sind heute ausgeblieben.

Spanien.

Es unterliegt keinen Zweifel mehr, daß ein allgemeiner karlistischer Aufstand in Spanien vorbereitet ist. Während Alzaa in Biskaja eingetroffen ist, landete am 21. Juni auch Cabrera zu Le Pla de Sallnas von Mylinien, einem großen Generalstabe und einer Reiterescorte begleitet. Bonnica führt ihm 1000 Mann zu; alle Carlistenbanden werden sich ihm anschließen und er wird in kurzem über 3000 Mann zu verfügen haben. —

Ein Brief aus Bayonne vom 3. Juli aber meldet, daß am 2. schon eine Abtheilung von Guardias civiles mit Aufständischen in den Bergen von Bayanate zusammentraf, sie zerstreute und den General Alzaa, der sie führte gefangen nahm.

Vermischte Nachrichten.

(Aufsässiger Erwerbszweig.) Frage: Sag' mal, Bohnhammel, wat treibst du denn jetzt vor 'n Gesichäft — da daß sa immer so viet Zeitens antern Arm? — Antwort: Des will ich dir erklären Kielmeyer; ick bin bei 'n gottlosen politischen Klubb und bei 'n frommen patriotischen Verein angestellt. Vor 'n politischen Klubb habe ick die Zeitens an, und werde davor bezahlt; und vor 'n patriotischen Verein reiß ick se wieder ab, und kriege och davor bezahlt: ut diese Weise ernähre ick mir höchst anständigt

(Geschenke des Großherrn an Pius IX.) Sie bestehen aus einer in Brillanten funkelnden Tabatiere mit dem Bildnisse des Sultans; aus 20 Stücken Ziegenwolle, die in einer der ersten Fabriken Smyrnas zu einem weißen Gewebe verarbeitet waren; 600 Ellen türkischer Teppiche; 600 Ellen Gewebe aus Sammt und Gold; 6 arabischen Pferden; einem Sattel aus rothem Sammt mit Steigbügeln von massivem Golde; einer Pferdedecke aus rothem, goldgestickten Tuche mit 4000 Brillanten, darunter 4 von besonderer Größe und Schönheit; einer Kopfbedeckung für ein Pferd aus schwarzem Leder mit 2000 Brillanten und goldenen Schnallen; zwei goldgestickten schwarzsedenen Sopyhäuberzügen; einem Porträt des Sultans mit kostbaren Diamanten im Kreise geschmückt.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 10. Juli. Bayer. 3½ proz. Obligationen 72½, G. Bankaktien 11. Sem. 540 G. — Promessen 40 P. — Württemberg. 4proz Obligationen 91 G. — Bad. 35 fl.-Loose — G. — Oesterreich. 5proz. Metall. 68 G. — Bankaktien 11. Semester 990 G.

Wien, 8. Juli. 5proz. Metall. 71¼, 4proz. 64, 3proz. —, 2½proz. 37. 1834r 500 fl.-Loose 112. 1839r 250 fl-Loose 84. Bankaktien 1076. Nordbahn 105. Stagnitz 90. Venezig-Mailand 61. Livorno 69. Pesth 61. Siena 53. Apenninenbahn 95.

Berlin, 8. Juli. Inländische Fonds. Pfandbriefe, Kommunal-Papiere und Geld-Sorte. St. Schuld-Sch. 73½ P. 73½ G. Seeh. Prim. Sch. — P. 87½ G. Westpreuß. Pfandbr. — P. 76 G. Großherzogl. Posen. Pfandbr. 4proz. 89 G, 3½proz 77½ G. Pomm. Pfandbr. 88½ P., 88½ G. Kur- u. Nm. Pfandbr 89½ P., 88½ G. Pr. Bk.-Anth Sch. — P. 86 G. Friedrichsd'or 13½ P., — G. Und. Goldm. u 5 Th. 13 P., 12½ G. Disconto 5½, G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 83 u ½, bz. Berl.-Hamb. 59 G. Berl.-Stettin-Stargarder 82½ u 83½ bz. Berl.-Potsdam-Magdeb. 45 P. Magd.-Halberstadt 84½, G. Halle-Thüringer 49 bz. Köln-Minden 72 u 73 bz. u. G. Köln-Aachen 52½ u 53 bz u. G. Düsseld.-Elberfeld 63 G. Niederschles.-Märk. 68½ bz. Oberschles. A 89½, u ½ bz. u. G. u. 89½ G. Krak.-Oberschles. 34½ G. Berg.-Märk. 47 bz. u. G. Stargard-Posen 63½ u ½ bz.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. B 80½ G. Starg.-Posen — G. Magd.-Wittenberg 42½ bz. u. G.

Prioritätsaktien: Berl.-Anhalt 80½ bz. u. G. Berl.-Hamb. 85½ G. Berl.-Potsd.-Magdeb. 5proz. 82 bz. u. G. Halle-Thüring 78½ u 79 bz. Köln-Minden 86½ bz. Nh. Stamm-Prior. 62 u ½ bz. u. G. Niederschl.-Märk. 4proz. 78½ P., 5proz. 90½ bz, Zweigbahn 5proz. 63 G. Kosel-Oderberg 87½ G. Steele-Vohwinkel —.

London, 7. Juli. Man hatte gestundt, die Direktoren der Bank von England würden eine neue Herabsetzung des Diskonto beschließen, der jetzt auf 3 Prozent steht, da man weiß, daß seit einiger Zeit schon Darlehen zu niedrigerem Zinsfuß von ihnen gegeben werden. Die Bank hat keinen derartigen Beschluß gefaßt.

London, 7. Juli. Konsols 87¼, Span. Akt. 12, 3proz. 21½, Pass. —, Portug. 3proz. 15, 4proz. 17½, 5proz. 63½. Holl. 4proz. — 2½proz. 45¼.

Paris, 8. Juli. 5proz. 51 50, 4proz. —, 5proz. 79.— Schatzsch. 12. Bankaktien 1780. Compt. von Alzier 900 Belg. Sproz. —, —, 4½proz. 70¼. Belg. Lant —. Neap. 5proz. 73.75. Röm. 64. Piem. —. Berl. 6.40. rechte 140 —, Wiener 122.50. Paris-Orleans 760 —, Rouen 515 —, Lyon 335.— Straßburg 365 —. Nordbahn 391.25. Mark.-Avignon 272.50. Straßb.-Basel 110.—. Ort.-Bordeaux 415.—. Tours-Nantes 352.50.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 13. Juli: „Marie", Oper von Herold.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. v. Barschinsky, Oberst aus Rußland. Megges, Fabrikant von Ingenbrücken. Piersch, Kaufmann von Halberstadt.

Hotel Maulick. v. Wolfsberg, Gutsbesitzer aus Schweden. Hausch, Rentier aus Dresden. Martin, Rentier von Paris. Thomasien, Privatier von Basel. Lawson und Clayverton, Rentiers von London.

Blaue Traube. Rogg, Privatier von Wyl. Pringsmann, von Augsburg. Bauer, Zolleinnehmer von Schaffenrg.

Stadthausgarten. Oberdorfer, Wirthsfrau von Regensburg. Rübel, Architektonsulent von Staudenern.

Graf zu Stolberg, von Wernigerode. Frhr. v. Warburg, von Wernigerode.

Auswärtige Todesfälle.

Elise Freifrau v. Drskisch, geb. Freiin v. Haller, Rittergutsbesitzers-Gattin in Schlesien, 20 Jahre alt.

„17. Man hat es der deutschen Nation lange und oft genug und mit Vorwurf gemacht, daß sie es vor lauter Wissenschaft und Gelehrsamkeit nicht zum Handeln bringe. Dieser Vorwurf hat sein Ende erreicht. Das deutsche Volk hat gehandelt, und seine Vertreter sind im Begriffe, die errungenen Freiheiten zu einigen und zu sichern. Damit aber auch der minder intelligente Theil des Volkes, welcher zum unbewußten Handeln sich am leichtesten verführen läßt, über die Ereignisse, die gewesen und die noch kommen werden, sich selbst ein Urtheil bilden könne, ist es nothwendig, daß derselbe

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 10. Juli. Bayer. 3½ proz. Obligationen 72½, G. Bankaktien 11. Sem. 540 G. — Promessen 40 P. — Württemberg. 4proz Obligationen 91 G. — Bad. 35 fl.-Loose — G. — Oesterreich. 5proz. Metall. 68 G. — Bankaktien 11. Semester 990 G.

Wien, 8. Juli. 5proz. Metall. 71¼, 4proz. 64, 3proz. —, 2½proz. 37. 1834r 500 fl.-Loose 112. 1839r 250 fl-Loose 84. Bankaktien 1076. Nordbahn 105. Stagnitz 90. Venezig-Mailand 61. Livorno 69. Pesth 61. Siena 53. Apenninenbahn 95.

Berlin, 8. Juli. Inländische Fonds. Pfandbriefe, Kommunal-Papiere und Geld-Sorte. St. Schuld-Sch. 73½ P. 73½ G. Seeh. Prim. Sch. — P. 87½ G. Westpreuß. Pfandbr. — P. 76 G. Großherzogl. Posen. Pfandbr. 4proz. 89 G, 3½proz 77½ G. Pomm. Pfandbr. 88½ P., 88½ G. Kur- u. Nm. Pfandbr 89½ P., 88½ G. Pr. Bk.-Anth Sch. — P. 86 G. Friedrichsd'or 13½ P., — G. Und. Goldm. u 5 Th. 13 P., 12½ G. Disconto 5½, G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 83 u ½, bz. Berl.-Hamb. 59 G. Berl.-Stettin-Stargarder 82½ u 83½ bz. Berl.-Potsdam-Magdeb. 45 P. Magd.-Halberstadt 84½, G. Halle-Thüringer 49 bz. Köln-Minden 72 u 73 bz. u. G. Köln-Aachen 52½ u 53 bz u. G. Düsseld.-Elberfeld 63 G. Niederschles.-Märk. 68½ bz. Oberschles. A 89½, u ½ bz. u. G. u. 89½ G. Krak.-Oberschles. 34½ G. Berg.-Märk. 47 bz. u. G. Stargard-Posen 63½ u ½ bz.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. B 80½ G. Starg-Posen — G. Magd.-Wittenberg 42½ bz. u. G.

Prioritätsaktien: Berl.-Anhalt 80½ bz. u. G. Berl.-Hamb. 85½ G. Berl.-Potsd.-Magdeb. 5proz. 82 bz. u. G. Halle-Thüring 78½ u 79 bz. Köln-Minden 86½ bz. Nh. Stamm-Prior. 62 u ½ bz. u. G. Niederschl.-Märk. 4proz. 78½ P., 5proz. 90½ bz, Zweigbahn 5proz. 63 G. Kosel-Oderberg 87½ G. Steele-Vohwinkel —.

London, 7. Juli. Man hatte gestundt, die Direktoren der Bank von England würden eine neue Herabsetzung des Diskonto beschließen, der jetzt auf 3 Prozent steht, da man weiß, daß seit einiger Zeit schon Darlehen zu niedrigerem Zinsfuß von ihnen gegeben werden. Die Bank hat keinen derartigen Beschluß gefaßt.

London, 7. Juli. Konsols 87¼, Span. Akt. 12, 3proz. 21½, Pass. —, Portug. 3proz. 15, 4proz. 17½, 5proz. 63½. Holl. 4proz. — 2½proz. 45¼.

Paris, 8. Juli. 5proz. 51 50, 4proz. —, 5proz. 79.— Schatzsch. 12. Bankaktien 1780. Compt. von Alzier 900 Belg. Sproz. —, —, 4½proz. 70¼. Belg. Lant —. Neap. 5proz. 73.75. Röm. 64. Piem. —. Berl. 6.40. rechte 140 —, Wiener 122.50. Paris-Orleans 760 —, Rouen 515 —, Lyon 335.— Straßburg 365 —. Nordbahn 391.25. Mark.-Avignon 272.50. Straßb.-Basel 110.—. Ort.-Bordeaux 415.—. Tours-Nantes 352.50.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 13. Juli: „Marie", Oper von Herold.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. v. Barschinsky, Oberst aus Rußland. Megges, Fabrikant von Ingenbrücken. Piersch, Kaufmann von Halberstadt.

Hotel Maulick. v. Wolfsberg, Gutsbesitzer aus Schweden. Hausch, Rentier aus Dresden. Martin, Rentier von Paris. Thomasien, Privatier von Basel. Lawson und Clayverton, Rentiers von London.

Blaue Traube. Rogg, Privatier von Wyl. Pringsmann, von Augsburg. Bauer, Zolleinnehmer von Schaffenrg.

Stadthausgarten. Oberdorfer, Wirthsfrau von Regensburg. Rübel, Architektonsulent von Staudenern.

Graf zu Stolberg, von Wernigerode. Frhr. v. Warburg, von Wernigerode.

Auswärtige Todesfälle.

Elise Freifrau v. Drskisch, geb. Freiin v. Haller, Rittergutsbesitzers-Gattin in Schlesien, 20 Jahre alt.

„17. Man hat es der deutschen Nation lange und oft genug und mit Vorwurf gemacht, daß sie es vor lauter Wissenschaft und Gelehrsamkeit nicht zum Handeln bringe. Dieser Vorwurf hat sein Ende erreicht. Das deutsche Volk hat gehandelt, und seine Vertreter sind im Begriffe, die errungenen Freiheiten zu einigen und zu sichern. Damit aber auch der minder intelligente Theil des Volkes, welcher zum unbewußten Handeln sich am leichtesten verführen läßt, über die Ereignisse, die gewesen und die noch kommen werden, sich selbst ein Urtheil bilden könne, ist es nothwendig, daß derselbe

Freiheit zu Suche der Geschichte klärere. Hiezu bieten folgende Geschichtswerke die Mann, welche zu eben im. Erscheinen begriffen sind:

1) Cantu, allgemeine Weltgeschichte. In Lieferungen à 36 kr.
2) Rotted's allgemeine Geschichte. In Bänden à fl. 1. 48 kr.
3) Schlosser's Weltgeschichte. In Lieferungen à 45 kr.
4) Ergänzungsbibliothek zu allen Conversationslexikon. In Bänden à fl. 3. 30 kr.
5) Die Gegenwart. Supplement zum Conversationslexikon. In Heften à 18 kr.
6) Pagen, Geschichte der neuesten Zeit. In Lieferungen à 21 kr.

Zu gültigen Aufträgen empfiehlt sich ergebenst
Jos. M. Finsterlin's Buchhandlung
in München.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Zeitfragen

I. Allgemeine Volksbewaffnung.

Allgemeines Versammlungsrecht und allgemeine Volksbewaffnung, das sind zwei der großen Schlagwörter, welche jetzt, wie in andern Theilen von Deutschland, so auch bei uns von gewissen Seiten wiederhallen, besonders aber im Programme unserer Radikalen überall und entgegenkommen. Es ist nicht meine Absicht, hier über den Grundsatz dieser beiden Rechte in eine Erörterung einzugehen; nur über die Art und Weise der Ausübung und der Ausdehnung beider, wie sie in unsere Wünsche verlangen, wollen wir einige Worte sagen. Es verlohnt sich wohl der Mühe, der Sache etwas näher ins Auge zu schauen, sie in ihrem rechten Lichte zu zeigen. Die öffentliche Meinung, welche man auf jede Weise auch in diesen Punkte irre zu leiten sucht, muß klar seyen, nur dann kann Wichtiges vorgebracht werden, die für unser deutsches und zunächst unser bayerisches Vaterland eben so verhängnißvolle und beklagenswerthe Folgen haben könnten, je sicher haben mußten, wie sie die Hauptstadt Frankreichs aus gleichem Anlaß durch die letzten blutigen Straßenkämpfe daselbst so schwer getroffen haben. Jedes Recht muß seine gewissen, bestimmt vorgezeichneten Grenzen und Schranken haben, wenn nicht am Ende das höchste Recht zum höchsten Unrecht werden soll. An die Ausübung jedes Rechtes knüpft sich auch der Natur der Sache nach auch ein Interesse der Gesammtheit, die Verantwortlichkeit dessen, der von dem Rechte Gebrauch macht, für die Art und Weise, wie er dieses thut. Gegen diesen Grundsatz wird sich wohl vernünftiger Weise nichts einwenden lassen. Nun darauf man sich für die erwähnten beiden Rechte vorzugsweise auf die Vereinigten Staaten, als wo beide in größter Ausdehnung wirklich bestehen. Wie stehen und, daß man sie für gerade auf diesen Boden gestellt hat, weil es gerade derjenige ist, der uns die besten Haltpunkte für unsere Ansichten über beide Fragen darbietet. Betrachten wir die Dinge, wie sie in den Vereinigten Staaten sind, etwas näher. Werfen wir zuerst einen Blick in die Verfassung der Vereinigten Staaten, so finden wir darin zuerst, daß dieselbe allen Bürgern die Freiheit des Wortes und der Presse gewährleistet. In dieß'm Punkte stehen wir in ganz Deutschland mit Nordamerika fast den Mörz'agen auf gleicher Höhe. Die Reichsversammlung in Frankfurt, eben mit der Berhandlung der Grundrechte des deutschen Volkes beschäftigt, wird dem, was bereits von den einzelnen Regierungen und Ständen in dieser Beziehung geschehen ist, vollends das Siegel aufdrücken. Sie wird den Grundsatz der Freiheit des Wortes und der Presse zu einem für ganz Deutschland geltenden allgemeinen Grundrechte erheben. Die amerikanische Verfassung sichert allen Bürgern das Recht zu, sich zu versammeln, um über die öffentlichen Angelegenheiten zu berathen. Der erste unter den Zusatzartikeln zu der Verfassung der Vereinigten Staaten lautet wie folgt: „Der Congreß soll kein Gesetz machen können zu dem Ende, eine Religion einzuführen oder zu verbieten, die Freiheit des Wortes und der Presse, und das Recht des Volkes zu beschränken, sich in friedlicher Weise zu versammeln und Petitionen an die Regierung zu richten für die Abstellung seiner Beschwerden." Der zweite Zusatzartikel geht sogar noch weiter und sagt: „Da eine wohlorganisirte Miliz die Sicherheit eines freien Staates ausmacht, so soll das Recht des Volkes, Waffen zu haben und zu tragen, nicht beeinträchtigt werden können." Soll somit aber gesagt seyn, daß die Amerikaner nun vor Scheu sich zum Zug bewaffnet zu gehen, daß sie in den Straßen Winterschlafe und Säbelhiebe wechseln, oder daß sie permanente Clubs haben, die sich ein förmliches Handwerk daraus machen, die Regierung anzufchwärzen und zu verlästern, diesen oder jenen Bürger zur Zielscheibe des allgemeinen Hasses zu machen, die öffentliche Meinung zu tyrannisiren? Aber ist dadurch in Nordamerika den öffentlichen Blättern ein ein Freibrief ertheilt zur üblen Nachrede und Verläumdung und zur Aufhetzung zur Rebellion, zur Empörung? Sicherlich nicht. Oder soll diese jedem Einzelnen gelassene volle Freiheit so viel heißen, als ob das Gesetz den Bürgern nichts zu sagen hätte, auf welche Weise sie auch von derselben Gebrauch machen mögen? Nicht im Geringsten. Die Ueberher der Verfassung der Vereinigten Staaten beziehen blos, daß dem Prinzip gemäß die Bürger verhindert sole, frei zu sprechen und zu schreiben, aber verantwortlich, mit einmerhin unter ihrer Verantwortlichkeit. Diese Verantwortlichkeit besteht im weitesten Maße und wird auch von allen Bürgern unbestritten anerkannt. Man gibt dort eine Zeitung heraus, ohne erst daß darüber irgend eine Erlaubniß nachzusuchen, ohne erst jemand vorher davon Anzeige zu erstatten, ohne eine Caution zu hinterlegen, selbst ohne den Namen irgend eines verantwortlichen Geschäftsführers anzugeben. Man weiß bestellt so wenig als bei und in Bayern — etwas von einem Zeitungsstempel, man versammelt sich ohne irgend eine Förmlichkeit. Aber aber hat daran nicht minder für alle seine Handlungen und ihre Folgen einzustehen, jeder ist dafür den Privaten wie dem Staate gegenüber, verantwortlich. Und daß dieß so sein muß, sagt uns schon der einfache, gesunde Menschenverstand. Die Freiheit und die Verantwortlichkeit bilden die zwei Schalen der Waage, die sich das Gleichgewicht halten müssen: dieses Gleichgewicht aber kann nur bestehen, wenn beide auch gleichmäßig beschwert und beladen werden. In Frankreich hat man diese Nothwendigkeit in unseliger Verblendung übersehen, und darum hat man nun so bittere Früchte dieses Versehens kosten müssen. Wir werden nicht in dieselben unseligen Irrwege uns fortreißen lassen, um nicht dieselben Uebel über uns hereinbrechen zu sehen. Auch ist nicht zu vergessen, daß wir die vorerwähnten Freiheiten der Nordamerikaner in Deutschland mit geringen Ausnahmen, deren Nothwendigkeit in den ganz verschiedenen gesellschaftlichen, sittlichen und staatlichen Verhältnissen ihre unumstößliche Begründung findet, fast überall in Deutschland und zumal in Bayern thatsächlich schon haben. Wenn eine Erweiterung des Maaßes derselben künftig noch mit räthlich oder wirklich expreßlich sich herausstellen sollte, so haben wir in unseren gesetzlichen Organen, in dem einträchtigen Zusammenwirken von Regierung und Ständen, alle Mittel und Wege, dazu zu gelangen. Manches, was in den vereinigten Staaten zulässig ist, wird übrigens bei uns nicht so leicht möglich werden, erscheint sogar im allgemeinen Interesse unseres Vaterlandes nicht einmal wünschenswerth. Es gibt eine Menge Dinge und auch von staatlichen Einrichtungen, die dem einen Lande vortrefflich zusagen mögen, während sie bei der Eigenthümlichkeit des andern gar nicht anpassen, und wenn künftig bemselben aufgepropft, nur schlechte Früchte tragen würden. Es geht da wie in der ganzen Natur: das Leben und die Sitten der Völker sind verschieden wie die Climate der verschiedenen Zonen; die Gesetze und Einrichtungen müssen sich gleichfalls dieser Verschiedenheit entsprechen. Nur der hirnverbrannten anbringen Gleichmacherei unserer Zeit konnte es einfallen, Alles über einen Leisten schlagen, Alles in dieselbe Form pressen zu wollen. Die rechte Form für das Staats- und Volksleben jedes einzelnen Theils der großen Gesammtfamilie, das rechte Maaß der Jedem zusagenden Freiheit zu finden, das ist eben die große Aufgabe, zu deren Lösung jetzt auch unsere deutsche Volksvertretung zu Frankfurt für unser großes Gesammtvaterland berufen ist. Sie soll die allgemeinen Grundsätze feststellen, die für alle gelten sollen, das große Ganze als maaßgebende Richtschnur bezeichnen können: den Einzelnstaaten muß und wird es dann zu überlassen bleiben, diese Grundsätze auf die der Eigenthümlichkeit eines jeden am besten entsprechenden Weise zur praktischen Durchführung und Wechselwirkung zu bringen.

Doch kehren wir zu den Vereinigten Staaten zurück und sehen wir, welchen Gebrauch die Amerikaner von ihren Freiheiten und Prärogativen machen.

Berühren wir zuerst das Recht, Waffen zu tragen. Dasselbe war zumal zu der Zeit, als die Vereinigten Staaten sich von England losrissen und unabhängig erklärten, eine politische und sociale Nothwendigkeit. Der Befreiungskrieg gegen die britische Macht war zu führen: das ganze damals noch dünngesäete Volk, zumal auch im Innern des Landes, mußte an denselben Theil zu nehmen im Stande seyn. Zugleich hatte man aber auch, nicht nur auf lange hinaus, die numittelbare Nachbarschaft der wilden Indianerstämme, die bekanntlich seit dem größtentheils weit ins Innere hinein entfernt worden sind. Die Ansiedler, meist vereinzelt wohnend, mußten jeden Augenblick gerüstet sein gegen die Angriffe von Seite dieser gefährlichen Nachbaren. In der neuesten Zeit vorzüglich wurde nicht selten mit dem Rechte Waffen zu tragen, Mißbrauch getrieben, namentlich in den neuen „jungen" Staaten am Mississippi, am Missouri, am rothen Flusse. Dies war und ist noch bei ihnen der Fall, besonders so lange sie noch nicht in den Rang wirklicher Staaten erhoben sind, sondern noch in einer Art Uebergangszustand sich befinden als „Territorien", in welchen der gesetzmäßige Minderjährigen gleichkommen. So lange dieser Zustand bei ihnen dauert, strömt ihnen neben vielen braven und tüchtigen Ackerleuten auch der Auswurf aller andern Staaten zu. Dazu gesellt sich ein ganzer Schwall von Abenteurern und allen sind Weltbetrügen. So kommt dann eine noch formlose Masse, eine Gesellschaft ohne inneres Band zusammen, wo jeder nur allzu geneigt ist, sich selbst Recht zu verschaffen, weil man nicht immer weiß, an wen man sich wenden soll, um Gerechtigkeit auf regelmäßigen Wege zu erlangen. Es wäre jedoch eine offenbare Ungerechtigkeit, als Typen der amerikanischen Civilisation diese Extreme darstellen zu wollen, die in unmittelbarer Berührung stehen mit der Wildniß und dem wilden Leben darin, und in denen so viele ungeordnete Elemente gähren. In dem Maaße, als die jungen Staaten in ihrer Entwicklung und Gestaltung vorangeschritten und die schlimmen Zusätze von sich ausstoßen, äußern sich auch die Verhältnisse. In den Staaten Ohio und Indiana sind Handel, bei denen die Büchse eine Rolle spielt, barbarus eben so selten, als in den Staaten Massachusetts oder Newyork. Seit vielen Jahren schon sind Fälle, wo man in den Schenken von Kentucky der Tennessee Pistolenschüsse aufeinander abgefeuert hätte, eben so selten geworden, als in Virginien, wo man in dieser Beziehung auf vollkommen gleicher Höhe steht mit den civilisirtesten Nationen Europas. In Ohio wie in Indiana, in Kentucky wie in Tennessee, in Massachusetts wie in Newyork oder Virginien hat man die Gewohnheit Waffen zu tragen, mit Ausnahme der Jagd oder bei einer Musterung der Milizen, längst aufgegeben. Die zunehmende Gesittung hat zu dem Gesetze den nothwendigen Commentar geliefert. Diesen besolgt man dort eben so gut, als das Gesetz selbst.

(Schluß folgt.)

Deutschland.

Bayern. * Bamberg, den 8. Juli. Wie, von Bamberg — so hör'ich Sie fragen — sollen wir vernehmen, von der übel berüchtigt gewordenen Stadt, dem Sammelplatz wühterischer Republikaner, den neu ernählten Sitz eines demokratischen Kreisvereins, dem . . .? Nun übernehmen Sie sich nicht allzusehr im gesetz- und ordnungsliebenden Eifer, es ist gar nicht so schlimm

mit uns, als man, gleichviel aus welchen, aber sicherlich nicht immer aus den lautersten Gründen uns verschrieen, geschmäht hat. Geben wir der Wahrheit gebührende Ehre. Ja wir hatten eine Zeit künstlicher Aufregung, aber sie ist vorüber. Wir haben sogenannte Volksversammlungen, zuerst von der besten Absicht der Bürger und Einwohner zu Kundgebung freiheitlicher Gesinnung und Wünsche wie an so vielen andern Orten, in Ihrer Hauptstadt selbst, in ordnungsvoller Ruhe gehalten, jedoch freilich alsbald auch auf die nicht unmündigen aber staatlich erst noch zu erziehenden untersten Schichten und Massen ausgedehnt, und dadurch nur in bunten Haufen bereitwilliger Hörer und Beifallsrufer einiger auf solche Grundlagen ihre Einlassgemacht und Größe dauernder sogenannten Volksmänner und Volksredner angewandelt. Wir hörten auch auf den Straßen und aus den Werkhäusern die Hochgesänge der von ihrer sonst gewohnten ordentlichen Arbeit geschäftig dahin verlockten großen und kleinen Proletarier und sahen die Jubelzüge mit den sie ihren in den beliebten Schlagwörtern der Neuzeit beredten Führern Geleit gaben oder „Kraftäußerung" daebrachten. Wir erlebten selbst reiche Tumulte, oder besser gesagt Krawalle in und außer der Stadt, und beklagen rohe Mißhandlung, blaue Schlagflecken und blutige Köpfe. Wir vernahmen auch von andern Excessen gegen verhexte und verfehmte, diesen Parteigängern mißliebige Personen, und es fehlte endlich nicht an einigen Stimmversuchen gegen Hausthüren und Fenstern mit klirrendem Erfolg. Nicht minder wurden wir — und sind es zum Theil noch — gesegnet mit einer kleinen Sundflut fliegender und stehender Denkschriften, dem Pflegekinde aus den Sumpfniederungen der Tagespresse. Allein demungeachtet war und ist die Gesinnung, in Haltung der Mehrheit der Bürger und Einwohner dieser Stadt bei der allemgesammten Reizbarkeit, Treue und Tüchtigkeit verblieben, hat eben deshalb jene Wühlereien und Aufhetzungen auf das Entschiedenste mißbilligt. Richtig ist gleichwohl, daß solche Mißbilligung und Entrüstung über dieses Treiben einer verhältnißmäßig sehr kleinen Partei sich lange nicht kund, sei, thatkräftig aussprach, daß sie sich mehr im Privatverkehr, in Einzelgruppen laut gab, daß man lange nicht den bürgerlichen Muth, der ganz gewiß vorhanden, gegen das Unwesen hervor und der beschenden Zugeständlichkeiten entgegen treten, daß man sich von der Keckheit, dem Terrorismus der Widersacher jeder wirklich gesetzlichen Ordnung und Freiheit lange einschüchtern ließ. Aber man muß auch billig anerkennen, daß es hiezu nicht so an äußerem und innerem Anstoß und gutem Willen, als an rasch und gesinnungsvollem Zusammenhalt, wie ihn die Republikaner — jetzo „Demokraten" — so ruhrig entwickeln, und an aufrichtiger Unterstützung, kräftiger Mitwirkung der gesetzlichen Organe der Bürgerschaft, der Magistrats- und Gemeindebehörden — leider ohne eigentlichen Haupt und in sich selber mit radikalen Elementen gesetzwidrig, deßhalb zerspalten — eben so lange gebrach. Unlängbar haben diese nicht mit klarer Erkennung ihres schönen Berufes, zunächst Beerteter und Bewahrer der bürgerlichen Freiheit und Ordnung in der Gemeinde, Vertheidiger derselben gegen jeden Verlammerungs- oder Storungsversuch zu sein, sich benommen. Hatten gleich oerne bereit, wie in andern Städten gesehen, ihre Mitglieder sich stets an die Spitze der freudigen Kundgebung des Bürgergeistes gestellt, seine Nahrung, Pflegung und Kundgebung an die Hand genommen, sofort selbst Bürgerversammlungen zur Besprechung der dringendsten großen Fragen des staatlichen und gemeinlichen Neulebens veranstaltet, dieß zu wuchiger wahrhaft freier und grundlicher Erörterung geleitet, zugleich jedoch die ganze Fülle ihrer gesetzmäßigen Macht und ihrer pflichtmäßigen Thatkraft jenen politischen Aufbegungen entgegen gestellt, es wäre wohl zu den Standalen gekommen, die dem guten Ruf unserer Stadt allerdings einen unverdienten Stoß gegeben. Eben so unverkennbar haben auch die höheren Civil- und Militärbehörden ziemlich lange warten lassen, bis sie ihr in jenen gesetzlich gebotenen Mittel zur Einschreitung wider derlei Treiben, zur Kraftzügung der Gutgesinnten, zum Schirme der wackeren Bürgerschaft in Bewegung setzten, und auch in Bamberg zeigte sich, was in Berlin, Wien und anderwärts zu Tage kam, Anfangs Mangel an Ein- und Zusammensicht, an Entschlossenheit und Festigkeit, bedarch Entmuthigung, Niederbeugung der constitutionell-monarchischen Mehrheit, Ermuthigung Aufbreitung der radikal-demokratischen Umstürzer. — Doch genug hievon; wir wollen nicht mehr von trüber Vergangenheit und ihren Fehlern reden; wir waren nicht besser, und nicht schlimmer, selbst nicht einmal so abel daran wie gar viele andere Orte, und Gottlob war der erfreuliche Umschwung unserer öffentlichen Zustände nicht „in fast" Darüber nächstens Näheres.

Oesterreich. — Wien, 10. Juli. Nächstens werden wir hier wieder einmal ein großartiges Volksfest haben. Am 16., 17. und 18. Juli wird die Universität das Constitutionsfest feiern: Die akademische Legion veranstaltet einen Festzug, den eine Compagnie Nationalgarde eröffnet. Die Stadt- und Vorstadtbezirke sollen sich in festlichen Schmuck den Zug an, nach dessen Ankunft im Prater eine Festmesse abgehalten wird. Die Betheiligungen danaben drei Tage. Der Kaiser oder dessen Stellvertreter werden durch eine eigene Deputation dazu eingeladen werden.

— Der Minister v. Wessenberg hat für die Dauer seiner Abwesenheit von Wien die Verfügung getroffen, daß alle Berichte und Mittheilungen von Wesenheit und Belang ihm nachgesendet werden sollen.

Oesterreichische Monarchie.

Die Wiener Zeitung vom 9. Juli bringt die Thronrede, mit welcher am 5. Juli der Palatinus Erzherzog Stephan, als bevollmächtigter Stellvertreter des Königs, die ungarische Nationalversammlung zu Pesth eröffnet hat. Wir heben heute nur das Wesentlichste daraus hervor, und werden morgen das ganze Aktenstück mittheilen. Der Ausstand in Croatien und den untern Donaugegenden und Slavonien. Der König erwartet von der Fürsorge der Vertreter der Nation die Aufrirnigung der Mittel zu Wiederherstellung des gestörten Friedens, zur Wahrung der Integrität der ungarischen Krone und zum Schutze der unverletzlichen Heiligkeit der Gesetze. Es werden daher Vorschläge der Minister für die Landesvertheidigung und die Finanzen angekündigt. Das „schmerzliche Gefühl und das tiefste Mißfallen" Sr. Majestät wird ausgesprochen über die Auflösung der in Sprache und Charakter so verschiedenen Landesbrüder in Croatien und den untern Donaugegenden durch falsche Gerüchte, als seien die auf dem letzten Landtage sanktionirten Gesetze nicht der freie Ausfluß des königlichen Willens, und noch darüber, daß einige sogar in ihrer Empörung so weit gingen, daß sie ihre falsche Ueberzeugtheit als im Interesse des königl. Hauses und mit Vorwissen und Zulassung Sr. Majestät geschehen vorkunderten. Es wird also der feste und unerschütterliche Entschluß Sr. Maj. erklärt: die Einheit und Unverbrüchlichkeit der Monarchischen Krone gegen jeden Angriff von Außen und Zwietracht im Innern mit Seiner königlichen Macht zu beschützen und alle durch Ihn sanktionirten Gesetze jederzeit unverletzlich aufrecht zu halten. Die Verschmelzung Siebenbürgens mit Ungarn sei mit der herzlichsten väterlichen Empfindung sanktionirt worden. Das ungarische Ministerium werde Vorschläge machen für das, was für diese Verschmelzung noch zu thun übrig bleibt. Der Krieg in der Lombardei habe noch nicht beendigt werden können. Mit den übrigen auswärtigen Mächten herrsche das friedlichste Einvernehmen unverletzt fort, und an dessen fortwährendem Bestand sei nicht zu zweifeln. Wie der König sich in Bezug auf die innerern Angelegenheiten der andern Mächte das Prinzip der Neutralität gehalt, so hoffe er auch Gewiederung dieser Neutralität zu vollem Maße von Seite der fremden Mächte. Am Schlusse wird die Zuversicht ausgesprochen, daß der Reichstag ohne Verzug Alles anordnen werde, was das Wohl des Landes zu dringend erfordere. Der Palatinus hatte vom Volke wie von der Versammlung einen begeisterten Empfang gefunden.

— Aus Croatien bringt dieselbe Nummer der Wiener Zeitung neuerdings beunruhigende Gerüchte. Zu Carlowitz soll es wiederholt zu einem furchterlichen Blutbade gekommen sein. Die ganze Stadt stehe in Flammen. Auch in Neusatz sollen blutige Auftritte stattgefunden haben. Doch ist nichts verburgt. In Agram waren in den letzten Tagen mehrere Verhaftungen vorgenommen, worunter ein Buchmacher, der ein ungarischer Emissär sein soll. Er wurde verhaftet, weil er gesagt haben soll, er habe zwei mit seldene Pistolen bei sich, wovon eine den (Banus) Jellachich, die andere fur ihn bestimmt sei. Auch Dr. Kopel, beschuldigt, eine Korrespondenz mit Ungarn unterhalten und geheime Zusammenkunfte der Magyarisch-Gesinnten in seinem Hause veranstaltet zu haben, ist aus Agram entflohen. Die Auswanderungen des ungarisch-gesinnten croatischen Adels dauerten zahlreich fort. Zu Kanizsa befindet sich auch Hr. v. Josipovic, der Hauptführer der ungarisch-gesinnten Partei mit seiner Familie. Er soll dort auf eigene Kosten ein 600 Mann starkes berittenes Corps gegen die Illyrier werben, an dessen Spitze er sich stellen und das weder Pardon nehmen noch geben wird.

Nachschrift.

Frankfurt, 10 Juli. Der Präsident der constituirenden deutschen Nationalversammlung hatte in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung angekündigt: „daß durch einen gestern hier eingetroffenen Kourier die Nachricht von der Annahme des Reichsverweseramtes durch den Erzherzog Johann, und die auf morgen, den 11. Juli zu erwartende Ankunft des Reichsverwesers selbst in hiesiger Residenz, abgestattet worden sei." In diesem Augenblick, hatt 12 Uhr, trifft nun per Estafette die Nachricht ein, daß der Reichsverweser Erzherzog Johann heute Abend zwischen 6 und 7 Uhr in Eisenach eintrifft und unverzüglich weiter reist, um morgen Vormittag hier in Frankfurt einzutreffen, begleitet von 2 Adjutanten und der Deputation der Reichsversammlung.

— In ihrer heutigen Sitzung beschloß die deutsche Nationalversammlung bezüglich des angeblich zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstandes nach längerer Verhandlung, in Anbetracht, daß bisher nur unverbürgte Gerüchte und nicht offizielle Zeitungsartikel vorliegen, und daß es gesetzlich nur dem Reichsverweser im Einverständniß mit der Nationalversammlung zusteht, Waffenstillstand oder Frieden abzuschließen, zur Tagesordnung überzugehen. Auf morgen früh 8 Uhr ist Sitzung anberaumt, um über die Art des Empfangs des Reichsverwesers Beschluß zu fassen.

(F. O. P. Z.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 10. Juli. Oesterr. 5proz. Metall. 69. 4proz. 58. 1proz. — 2½proz. 35. Bankaktien 1235. G. 500 fl.-Loose 111. 250 fl.-Loose 75 — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 88 B. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 76. Bayer. 3½proz. 76. — Badenser-Bordach. 66. — Württemberg. 3½proz. 73. 4½proz. 93. Bad. 3½proz. 77. Lotto-Anleihen à 50 fl. 49. 35 fl.-Loose 25.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 13.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Donnerstag den 13. Juli 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14.
Einrückungsgebühr: für gewöhnliche Zeile 6 Pfennig, beim Raum 4 kr.
Briefe und Gelder, frei.

Auch ein Flugblatt aus der deutschen Reichsversammlung.

Das souveräne Volk an seine Diener.

Unter diesem Titel und mit dem Motto „Thaten sind besser als Worte" ist uns das folgende im humoristisch-satyrischen Tone gehaltene Flugblatt zugekommen, das wir als ein Seitenstück zu der schon deutlich wintzetheiten Ansprache „An das dumme Volk" unsern Lesern nicht vorenthalten zu dürfen glauben. Es lautet:

Heiliger Sankt Blum, Sankt Zip, Sault Schlöffel, wo will das hinaus! Die letzte Woche habt ihr schlechte Arbeit geschaffet; von Allem, was ihr versollt, ist gerade das Gegentheil geschehen. Ihr habt verlangt, man soll euch heilig sprechen wie Lopola, unverletzlich machen wie den gehörnten Siegfried, und unverantwortlich wie einen König — und ihr seid unheilig und sehr verletzlich geblieben; unverantwortlich sind zwar eure Handlungen, aber nicht eure Personen. Unterdessen ist ein Anderer zum Reichsverweser gewählt und für unverantwortlich erklärt worden. Warum? Kennt euch der dumme Michel nicht besser als den Andern, und hat der einfältige Michel den Andern gewählt, weil oder obgleich er euch besser kennt als den Andern? Antwortet darauf in der nächsten Reichstagszeitung, euer souveränes Volk fordert es. Ueberhaupt verlangt das Volk von der Reichstagszeitung keine Gedichte auf den Ariskokraten Lichnowsky, keine Leichensermone über den Bundestag, keine Anklagen gegen den Reaktionär Schmerling. Das Volk weiß, daß diese Alle miteinander scheißt sind; aber daß ihr nicht schlecht seid, das begreift das Volk noch keineswegs, das soll ihr beweisen. Gebt Rechenschaft von eueren Handlungen, daran habt ihr die Reichstagszeitung. Wenn ihr diesem Wunsche des Volks nicht entsprecht, dann wird es euch die Steuern verweigern und ihr könnt dann sehen, wer noch auf den Gallerien sitzt, sich die Hände wund klatscht bei eurea Reden und sich absiegt wie ein Lokomotiv, wenn ein Anderer sprechen will. Meint ihr denn, man bekommt die Leute umsonst, die sich bei Kanonenkugeln durchprügeln und einsteckes lassen, die euch Fackelzüge bringen und den Hecker hoch leben lassen? Dieser edle Volksfreund hat auch richtig bemerkt, daß unsere Leute mehr Durst haben als Hunger, und die ersten Bürgerrest; Gelüste von Worten gehen uns nicht aufs, nicht einmal bei Volksversammlungen, wo wir doch ganz allein souverän sind. Wir hätten vielleicht noch lange gewartet auf die Stunde, euch zur Rechenschaft zu ziehen, wenn nicht die Schreckensnachricht aus Paris uns mit dem Mißtrauen gegen euch erfüllt hätte, welches die einzige Tugend eines freien Volks ist. Habt ihr uns nicht versprochen, daß uns die Franzosen helfen werden, uns selbst von aller Arbeit und die Reichen von allem Geld zu befreien? Und was ist in Paris geschehen? Das Volk, welches die wahre Republik haben wollte, wie wir sie auch wollen, das brave Volk ist von dem Blutbund Cavaignac zu tode kartätscht worden. Zwar ist der Erzbischof, der „verthierte Seldling" Regnier und eine große Menge elender Bourgeois angekommen; aber die Reaktion hat gesiegt, die Sklaverei souveränetät ist mit Füßen getreten. Die edlen Märtyrer, welche Jahre lang auf den Galeeren geschmachtet hatten, weil sie das Mißverhältniß zwischen Kapital und Arbeit ausgleichen wollten, sind todt geschossen worden. Meint ihr, wir wollten abwarten, bis es uns auch so geht? Meint ihr, wir sollten auf die Nationalwerkstätten verzichten, wo wir neben Kanonen wie die Vögel im Hanfsamen? Nein, wir verlangen, daß ihr in der Reichstagszeitung eine offene Erklärung abgebt, aber nicht so, wie der Bureaukrat Römer in Stuttgart, der Volksverräther, der uns zumuthet, wir sollten vernünftig sein, — sondern wir verlangen von euch eine Erklärung, die uns befriedigt. Der große Patriot Kapp von Neuenheim bei Heidelberg hat euch den Weg gezeigt. Wie er, so sollt auch ihr erklären, daß die Rechte der Nationalversammlung nichts nützen. Wie er, so müßt auch ihr euch außerhalb der Nationalversammlung stellen. Kapp, der große Patriot, sei euer Leitstern; ihm folgt nach. Aber das ist auch nicht genug, ihr müßt sogar noch weiter gehen. Ihr müßt uns einen Tag und einen Ort bestimmen, wo wir alle zusammenkommen und loschlagen. Es muß der ein Ort sein, wo sich keine „verthierten Söldlinge" aus heimbewaffneten Bourgeois befinden, denn wir wollen uns nicht hinwürgen lassen wie unsere Brüder in Paris. Dazu ist unsere Souveränetät zu gut; die Unverletzlichkeit ist für uns kein leeres Wort, sondern eine männliche That; sie ist kein Vorrecht für euch, sondern ein Gemeingut für uns Alle, und muß als Grundrecht aller Deutschen, mit Ausnahme der Realisten, der Bourgeois, der Bureaukraten und Soldaten, nachträglich aufgenommen werden. Glaubt ja nicht, daß ihr unsere Forderung mit guten Worten oder langen Plakaten abspeisen könnt. Euer letztes Plakat hat unserer gerechten Sache schwer geschadet. Es ist unterzeichnet von Bayrhoffer, der nichts als ein Professor ist; von Ronge, der die vielen Katholiken bankschen macht; obgleich ihm nicht bewiesen werden kann, daß er den Brief an Bischof Arnoldi selbst geschrieben hat, und daß er schon Morgens betrunken sei, endlich von Metternich, dessen Name keinen guten Klang hat. Ihr habt zwar euere Namen auch darunter setzen lassen, allein die Aufforderung zum Loschlagen ist nicht deutlich genug, Zeit und Ort ist nicht genannt und keine Bürgschaft ist sogeben für die Unverletzlichkeit euerer Abgeordneten. Also, noch einmal. Gerade heraus mit der Sprache. Stellt euch ehrlich auf den Standpunkt der Volkssouveränetät und nicht auf den der breitesten Grundlage. Es ist die höchste Zeit, denn schon wankt der Boden unter unsern Füßen. Die Reaktion spricht von Wiederkehr des Vertrauens; Viele lassen sich dadurch verführen und bedenken nicht, daß mit dem Vertrauen auch die Arbeit wiederkehrt, welche für das souveräne Volk der Zustand tiefster Erniedrigung ist. — Das Mandat, welches ihr von uns erhalten, lautet nicht auf Arbeit, sondern auf Wohlstand, Bildung und Freiheit für uns Alle. Gebt uns Freiheit und Wohlstand, die Bildung wollen wir Andern überlassen, denn wir können sie nicht brauchen und ihr schlagt sie auch nicht doch an. Ihr seht, wir sind bescheiden und verlangen nicht zu viel. Könnt ihr uns aber das Wenige nicht schaffen, so wird das betrogene Volk wissen, daß es sich in euch geirrt hat.

Im Namen des souveränen Volks.

Folgen die Unterschriften sämmtlicher 45 Millionen Deutschen; daran fehlen nur 44,999,953, worunter der dumme Michel, der uns ausgelacht hat, als wir ihm den Brief zum Unterschreiben vorlegten. Der letzte Name ist meiner und weil keiner mehr kommt und noch Platz ist, so will ich eine Wahrheit zu meinem Namen schreiben, die nicht in dem Brief steht und gewiß wahr ist. Die Meisten von uns sind Nichtmehrbesitzende oder Nochnichtbesitzende, und wollen den Verrath des Reichtums oder Eigenthums. Darum haben wir die Revolution gemacht und sind Souv.tän geworden, und es muß Alles abgeschafft werden, was das Volk drückt, und Alles angeschafft, was das Volk fordert. Darum müssen auch unsere sogenannten Schulden abgeschafft werden, welche uns sehr drücken, und die Geldlücke, die unter dem feindlichen Vorwande, daß sie Kapital seien, gelehen hätten, Kapital und Zinsen von uns fordern, müssen erfahren, daß dieß nicht mehr erlaubt ist. Die Forderungen des Volkes müssen befriedigt werden, aber Forderungen an das Volk dürfen nicht mehr stattfinden, weil sie realisirbar sind. Das muß in der Paulskirche beschlossen werden. Wenn unser Robert den Antrag nicht stellen will, so kann ich ihn nicht mehr als fähig betrachten. Unsere Revolution ist nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale, und deßhalb verlangen wir auch eine Amnestie für alle sozialen Vergehen, das heißt für alle Eingriffe in das sogenannte Eigenthum, welches der einzige Diebstahl und Hochverrath ist. Wir haben das Eigenthum schon lange beraubt und haben viel gelitten, aber jetzt wollen wir gar nichts mehr leiden. Merkt euch das.

Johann Krumm, Souverän.

Deutschland.

Bayern. ✱ München, 12. Juli. Ein Korrespondent || aus München bespricht in der „Allgemeinen Zeitung" vom 10. d. Nro. 192 den unglücklichen Eindruck, welchen die preußischen Ministerialerklärungen betreffend das Verhältniß zu Reichsverfassung und Reichsgewalt hier hervorgerufen, und indem er Ministerialerklärungen auch von Seite Bayerns entgegen steht, führt er weiter an, daß über die Wahl der Reichsverweser und deren Annahme bei uns noch keine offizielle Kundmachung erschienen sei; denn weder sei eine Bekanntmachung des Magistrats der Stadt München dafür zu erkennen, noch könnten dafür auch die mehrfachen hiesigen Festlichkeiten angesehen werden; ja, der letzgate Korrespondent sagt hier: Noch ist keine Promulgation jenes hochwichtigen Theiles unserer neuen Staatsverfassung weder von Frankfurt noch von hier aus geschehen. Was nun vor Allem den unglücklichen Eindruck der preußischen Ministerial-Erklärungen betrifft, so fassen wir dieses, als unserseits nicht wahrgenommen, dahin gestellt sein; anbesmgenden aber die Promulgation „jenes hochwichtigen Theiles unserer neuen Reichsverfassung", so kann da ein weiterer Theil der deutschen Konstitution unseres Wissens noch nicht geschaffen, der erwähnte Korrespondent hierunter wohl nichts anders verstanden haben, als die Einführung der provisorischen Zentralgewalt für Deutschland. Darüber ist jedoch in Frankfurt a/M ein eigenes „Gesetz" in 15 Artikeln promulgirt worden, welches in allen deutschen Zeitungen von Belang aus den offiziellen Bekanntmachungen der deutschen Nationalversammlung abge-

druckt worden ist. Eine besondere Promulgation in Bayern wäre nur durch das Regierungsblatt denkbar. Diese ist nun zwar allerdings nicht erfolgt, ein Gleiches aber in allen übrigen deutschen Staaten der Fall gewesen, und dennoch hat gewiß keine, weder die bayerische noch die andere Regierung daran gedacht, das Gesetz über die provisorische Zentralgewalt um jener Formalität willen zu behindern oder nicht fördern zu wollen. Uebrigens hat Bayern durch mehrfache andere Akte offizieller Natur seinen übereinstimmenden Willen an den Tag gelegt. Darunter rechnen auch wir mit dem Korrespondenten [illegible] nicht die bekrönende Belanntmachung des hiesigen Stadtmagistrates an und sur sich, noch weniger die beiden hiesigen Festlichkeiten; wohl aber zählen wir hieher das eigenhändige Glückwunschschreiben des Königs an den neuernannten Herrn Reichsverweser, das Theilnahme des bayerischen Gesandten an der zustimmenden Erklärung des Bundestages; die Administrativ-Verfügungen des Ministeriums des Innern, wodurch jenes magistratische Publikandum erst prevalutzt und überhaupt im Königreiche Feierlichkeiten angeordnet wurden, namentlich zu jenen Orten, welche etwa Erzherzog Johann auf seiner Durchreise durch Bayern berühren wurde. Endlich ist zu bemerken, daß ohne Zweifel das betreffende Reichsministerium über die Volksgesetze der einzelnen Bestimmungen des zwischen transitorischen Gesetzes über die Zentralgewalt Anordnungen treffen werde, und daß Ministerialerklärungen nur in jenen deutschen Bundesländern gegeben worden sind, wo Landtage versammelt und dadurch eine Veranlassung zu Ministererklärungen auf der politischen Arena einer Standesmänner oder konstituierenden Versammlung gegeben war.

(Privatnachrichten.) Se. Maj. der König haben unter'm 7 Juli Sich bewogen gefunden, den II. Landgerichtsassessor Karl Desch zu Dierhofen zum Landwehrmajor und Kommandanten des Landwehrbataillons Oberhofen, und unter'm 8. Juli den kgl. Forstmeister Peter Meyer zu Kaufbeuren zum Landwehrmajor und Kommandanten des Landwehrbataillons Oberdorf zu ernennen, so wie unter demselben Datum den General-Major der Landwehr, Ernst Freiherr v. Gebsattel, auf sein Ansuchen des Kommandos der Landwehr-Kavallerie-Obersinnen zu enthehen.

Se. Maj. der König haben sich unter'm 12. d. allergnädigst bewogen gefunden, auf die durch Beförderung der Kreis- und Stadtgerichtsprotokollisten Gschwendner, Stauner, Bacher und Otto, dann Quiescirung des Protokollisten Reidner, in München, Nurnberg und Straubing erledigten Protokollistenstellen, i. den Protokollisten Franz Egner in Würzburg zum Kreis- und Stadtgerichts-Anwalten und der Protokollisten Bernhard Dorn zu Schweinfurt an das Kreis- und Stadtgericht Würzburg, dann auf ihr allerunterthänigstes Ansuchen, in ihrer bisherigen provisorischen Eigenschaft zu versetzen; II. sodann 1) den Appellationsgerichts-accessisten Karl Böhm in München zum Protokollisten bei dem Kreis- und Stadtgerichte daselbst, 2) den Appellationsgerichts-Accessisten Michael Steinacher zu Neuburg in Unterfranken zum Protokollisten bei dem Kreis- und Stadtgerichte Nürnberg; 3) den Kreis- und Stadtgerichts-Accessisten Karl Wilhelm von Jurenka in Nürnberg zum Protokollisten bei dem bortigen Kreis- und Stadtgerichte, 4) den Appellationsgerichts-Accessisten Philipp Bonderger in Bamberg zum Protokollisten den dem Kreis- und Stadtgerichte Schweinfurt, und 5) den Appellationsgerichts-Accessisten Julius Schwarzer in München zum Protokollisten des Kreis- und Stadtgerichts Straubing, alle obigens in provisorischer Eigenschaft zu ernennen.

Der hiesige geachtete Fabrikant chirurgischer Instrumente, Schaetter, welcher in Erfindung gebrauch- und gut-brauchbarer Armee in Italien an hinreichender Menge dersei Instrumente gebracht, hat derselben mit solchen ein wertvolles Geschenk gemacht, und nachdem bereits das II. Kriegsministerium in Wien hiefur den Dank öffentlich ausgesprochen, ist ihm nun nachstehendes Schreiben des Feldmarschalls Grafen Radetzky aus dem Hauptquartier zu Verona zugekommen: „Ew. Wohlgeboren haben die Güte gehabt sich das unter meinem Befehle stehende Heer einer Appendix zur Amputation, dann zur Trepanirung, Taxirung und Zahnoperation sehr rühmlich bekannten Fabrik als Geschenk zu bestimmen. Ich sage Ihnen meinen herzlichsten Dank sue diese Gabe; ich heiße sie willkommen, als ein Zeichen, daß unser gegen Verrath und Hinterlist hier geführter Kampf in allen Gauen Deutschlands jene Theilnahme erregt, die uns unsere so schweren Pflichten erleichtert; willkommen als einen Beweis, daß die Vaterlandsliebe nicht erstorben ist. Wo noch so viel aufopfernde Menschenliebe herrscht, da ist die Zukunft nicht verloren. Nochmals herzlichen Dank für Ihre freundliche Gabe und die Versicherung meiner vorzuglichen Hochachtung. Hauptquartier Verona, am 2. Juli 1848. (Unterz.) Radetzky." (A.Z.)

Aus Landau (Pfalz) berichtet die „Speyer. Zeitung" die völlige Wiederherstellung der einen Augenblick nur gestort gewesenen Ordnung des Vertrauens und selbst des geselligen Frohsinnes. Die Besatzung ist sicherlich gerechtelt. Am 5. ist das 10. Regiment eingerückt und wurde vom Militär wie von den Einwohnern herzlich und gastfreundlich aufgenommen. Am 6. Abends wurden diese Truppen im Garten zum Gruß sehr schön bewillkommt. Die treffliche Musik des 14. Regiments spielte dabei. Dem 10. Regiment galt der erste Toast, in welchem die Bürger mit der ältern Garnison kräftig zusammten, die andern Truppengattungen der übrigen Besatzung, den Bürgern, der Eintracht sammtlicher Einwohner, und es versteht sich, daß auch Deutschland nicht vergessen ward. Mit besonders stürmischem, lang anhaltendem Beifall wurde ein Toast für den Generalmajor v. Frisch aufgenommen. Am 11. erwartete man die Ankunft von Mannheim durch unsere bayerischen Truppen.

Ofr. Hoffen. — Im Kanzl. 7. Juli. In der Umgegend von Creußen, wo bisher, wie in dieser Stadt selbst, die Republik offen gepredigt wurde, ohne daß irgend jemand diesem Wühlen mit Entschiedenheit entgegengetreten wäre, bereitet sich ein sehr bemerklicher Umschwung der Dinge vor. Dieß zeigte sich deutlich in der von mehr als 50-60 Mannern besuchten Volksversammlung, welche am vergangenen Sonntag zu Großenlinden gehalten wurde. In Folge der Aufforderung des Besorgerdneten Volk von Großenlinden erschienen die Gemeinden in geordneten Zügen mit schwarz-roth-goldenen und hessischen Fahnen. Nachdem der Pfarrer Eckardt von Großenlinden die Versammlung willkommen geheißen, auf die Nothwendigkeit, das öffentliche Interesse gemeinsam zu besprechen, hingewiesen und sich männlich gegen alle Anarchie, gegen allen Umsturz erklärt hatte, sprach Major Pappler von Gießen, ein wurdiger Veteran, in sehr glühenden Worten und forderte zu einem Zeugniß der alten Hessentreue durch ein dreimaliges Hoch für den Großherzog auf. Wirklich schallte der Jubelruf der Tausende, eine Antwort auf die Aeußerung des Abgeordneten Vogt aus hiesiger Gegend in der Nationalversammlung: „Wir lieben die Fürsten nicht ꝛc." Darauf betrat Professor Kölner aus Gießen die Rednerbühne. Er wies darauf hin, wie Deutschland die lange Schmach der Zerrissenheit, Schwäche und Unfreiheit nach außen und innen durch Einigung der Fürsten gemeinsamen Interessen tilgen wolle, und daß seine selbstgewählten Vertreter nach Frankfurt gesandt habe als Träger der Volkssouveranetät, wie darum das deutsche Volk seine Souveranetät in dieser Versammlung ehren und achten muße, und wie das Manifest von Ronge, Metternich und Bayrhoffer nicht eine Vertheidigung der Volksfreiheit, sondern ein Angriff auf die Volkssouveranetät sei. Darum forderte er auf, diese Aufsicht, Achtung und Befolgung der Beschlüße der Nationalversammlung durch ein dreimaliges Hoch für die Nationalversammlung in Frankfurt zu bezeugen, und abermals erhebte die Lust von dem begeisterten Zuruf der Tausende freier Männer des Hessenlandes; eine entsprechende Antwort auf das Manifest Ronge's und Genossen. Daran knüpfte sich, auf die Aufforderung desselben Redners, ein wiederholtes Hoch zur Anerkennung der Verdienste „unseres" Gagern und zum Ausdruck der Treue für den Großherzog. Nun versuchte der Redakteur des „Jungsten Tages", Karl Republikaner A. Becker, zu reden, mußte aber unter allgemeinen Zeugen den Umwillen der Landleute abtreten. Ihm folgten als Redner sur die Republik einige Studenten von Gießen. Nur mit Mühe konnten die Anwesenden bewogen werden, sie reden zu lassen. Als aber ein Student (L. aus Sachsen) sich den Ausdruck entschlüpfen ließ: „Ihr armen betrogenen Bauern", da flog ein Fußschemel gegen die Rednerbühne, glucklicherweise ohne jemand zu treffen. Noch sprachen einige konstitutionelle Redner über Republik und Citaceen in dem so viel gepriesenen Frankfurter Parlament, über Volkssouveranetät und die Wurde der constitutionellen Monarchie ꝛc., worauf die Versammlung, mit Annahme einer Adresse an den Großherzog zum Ausdruck unwandelbarer Treue, geschlossen wurde. Mochten doch die Herren von der Linken in Frankfurt ihre „subjektiven" Ansichten nicht so anmaßlich sur Ansicht des Volkes ausgeben; sie könnten in Volke selbst andere Erfahrungen machen. Schweren Herzens mag bei den Gemeinden Hessisch-Lichtenfels, in gleichem Sinne Volksversammlungen zu halten; die Kundgebungen sur gegen die Republik und die preußischen Landbewohner des Kreises Wetzlar. (Fr.D.-P.-A.-Z.)

K. Hannover. Hannover, 8. Juli. Noch in der letzten Stunde der zu ihrer Vertagung schreitenden Standeversammlung lief ein Schreiben des Gesammtministeriums ein, welches die Ansichten des Königs und der Regierung über die Reichsverweserwahl und die Stellung der Zentralgewalt aussprach. Noch verwunderschlicher lobender Anerkennung der Persönlichkeit, auf welche die Wahl der Nationalversammlung gefallen, heißt es zunächst: auch habe der König im Vertrauen auf die Persönlichkeit und in der Voraussetzung, daß Erzherzog Johann die Wahl annehme, „Bedenken, welche die Form und der Inhalt des Beschlusses über die demselben zu übertragende Gewalt zu erregen, wohl geeignet gewesen, sogleich geltend zu machen sich entschlossen." Dieselben habe er sich bewogen gefunden, den Ständen mitzutheilen, daß, obgleich der König die gebietenste Nothwendigkeit erkenne, der Verfassung Deutschlands eine größere Kraft und Einheit zu verleihen, wesshalb er die Zusammung dazu gegeben, „daß die Verfassung durch eine Vertretung des Volks am Bunde vervollständigt werde", obgleich er sich ferner „zu Opfern sur die Erreichung des Zwecks einer größern Einheit und Kraft gern bereit erkläre", doch auch die „unabwendbare Nothwendigkeit anerkenne, daß gleichzeitig die innere Zustand Deutschlands durch einen festen Zentralgewalt, welche auch die innere Angelegenheiten des Landes ordnen und die Fürsten lediglich als Untergebene eines andern Monarchen erscheinen lassen würde, nicht zulasse, und daß, so wenig das Wohl und die Freiheit der Völker, als seine eigene fürstliche Ehre es gestatten würde, einer Verfassung seine Zustimmung zu geben, welche der Selbstständigkeit der Staaten Deutschlands nicht die nothwendige Geltung sicherte." Welche der König einerseits den wahren Interessen Deutschlands bringen, so wolle er doch auch andererseits eben „das Aeußerste erragen, als zu Maßregeln die Hand bieten, welche Pflicht und Ehre als verwerflich darstellen würden." Deßhalb sei das Ministerium beauftragt, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß jene Verfassung und insbesondere die kunftige Stellung des Reichsverwesers mit der Selbstständigkeit des Königreichs im angedeuteten Sinn gesichert sei." Fuhren die Verhandlungen zu keinem günstigen Ergebniß und ginge die Besorgniß über die von König gestellte Grenze hinaus, so „konnen Se. Maj. sich nicht zur verpflichtet erachten in einer Stellung zu beharren, welche absdann in Ihren Augen jede Möglichkeit das Wohl des Landes zu fordern abschneiden würde." — Nach langem Schweigen der Kammer erhob sich der Abg. Merz Erklärungen über den Schlußsatz des Schreibens. Minister Stüve gab diese, indem er von vornherein eine

Beschlußfassung der Stände über dieß Schreiben „nicht erforderlich" nannte, und bestigte, daß der König in dem angedeuteten Falle „das Land verlassen zu müssen" glaube. Einige kurze Bemerkungen der Stände sprachen ihre Empfindungen über diese Art der officiellen Bekanntmachung von der Wahl des Reichsverwesers aus. Bodungen bemandert die Kraft des Regenten, welche sich hier aussprache, aber dessen Ansichten aber an einem andern Orte werde entschieden werden. Lang bemerkt: die Erklärungen der andern Regierungen hätten noch die Möglichkeit offen gelassen zu vertrauen, hier aber sei das, obgleich in einem Augenblick der Noth unselige Mißtrauen kaum abzuweisen; er finde die Erklärung tiefschmerzlich. Dem beistimmend äußern sich Richter und Lindemann; Lehzen glaubt, die Regierung habe keine Veranlassung zu Besorchungen gegeben. Hauteimann findet die preußische Verhandlung sonderbar, und Ertzerzog Johann geschwächt, was auch unter jedenkem Bestimmen der Versammlung gelingt. Minister Stave trägt das Lebehoch auf den König nach. Das Vertagungsschreiben wird verlesen, und die Stände scheiden — wohl auf Nimmerwiedersehen. (Nach der Han. Morgenz.)

Preußen. *Breslau, 7. Juli. Der konstitutionelle Centralverein hat gegen den Bericht, welchen die Mitglieder der Linken ihren Committenten zugefertigt haben, einen energischen Protest, der jedem Opponenten zugesandt werden soll, beschlossen. Derselbe hat zugleich seine Freude über den Beschluß der Frankfurter Nationalversammlung Betreffs der Executivgewalt, ausgesprochen. Der demokratische Verein hat dagegen (ohne Zweifel aus reinem Patriotismus) eine Adresse an die deutsche Nationalversammlung gerichtet, um gegen die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers Verwahrung einzulegen. Eine Volksversammlung auf dem Platze der Augustiner am Sonntag zusammenberufen. — Ein Kongreß sogenannter schlesischer Demokraten wird am 15. Juli in Breslau zusammentreten. Das Unwesen der Klubs ist bei uns in voller Blüthe. Ein Central-Ausschuß hat sich zur Vereinigung sämmtlicher Klubs gebildet und das Dr. Rode zum Vorsitzenden gewählt. Breslau zählt deren nach, wie man zu Berlin Paris nachäfft. Wer dabei ist, sagt seinen Verein, die Leute selbst „Verein der Unzufriedenen" nennt. Abermals Aktenstich von Paris, das in den ersten Tagen nach der Februarrevolution seinen Klub der „Mißtrauischen" hatte. Wann wird endlich einmal dieser Unsinn kräftig Damm gesetzt werden?*

Oesterreich. — Wien. Nach zwei Berichten der Allg. Zeitung aus Wien vom 9. d. Mts. befindet sich Wien in diesem Augenblicke in einem sehr unerfreulichen, Besorgnisse der ernstesten Art hervorrufenden, Zustande. Das Ministerium Pillersdorf, dessen Fall und Lobpreis bei jeder ein neues besammea, noch die Vollmacht vom Erzherzog Johann, eines zu bilden! Die Bestätigung der Interimsminister muß also nachgeholt werden, so daß gegenwärtig faktisch keine Regierung besteht! Der Sicherheitsausschuß, welcher, solange er sich auf Wien beschränkte, mit ungeheuren Anstrengungen Außerordentliches leistete, rast, indem er sich auf allgemeine politische Fragen wirft, und heftigster Widerstand der Provinzen hervor. — Ein Rückblick auf die Haltung des Ministeriums Pillersdorf gibt wenig tröstliches. Sein Liebäugeln mit allen Parteien, die ängstliche Furcht es mit keiner zu verderben, ließ auch nicht eine kräftige Maßregel aufkommen; und die angeblaubte Schwäche, mit welcher es einen gegebenen Erlaß auf die letzte Andeutung jeder Unzufriedenheit, machte es möglich, daß eine Clubsbewegung hinreichte es zu stürzen. Doblhoff ein gediegener Charakter, kenntnißreich, feurig und entschieden, bildet das Gegentheil des gestürzten Ministers. Man fragt sich, ob Pillersdorfs Lauren über Doblhoffs entschiedenes Durchgreifen die Palme verdient. Die Ministerliste, welche in diesem Augenblick zirkulirt, lautet: Doblhoff innere Angelegenheiten. Wessenberg des äußern. Latour für den Krieg, Ertler Kultus, Stiffi sen. Finanzen, Dr. Bach Justiz, Bruck, Direktor des Lloyd, Handel.

Oesterreichische Monarchie.

Ungarn. — Wir geben heute das Nähere über die am 5. Juli zu Pesth erfolgte Eröffnung des ungarischen Reichstages und den Wortlaut der im Auszuge bereits mitgetheilten Thronrede des Erzherzogs Palatinus. Um 10 Uhr begab sich die Deputation mit ihrem Sprecher, dem greisen Palotay, zum Erzherzog Palatinus. Die gesammte Nationalgarde und Garnison von Buda-Pesth war aufgeruckt, eine zahllose Menschenmenge stand von Dien bis zur Nationalversammlung, die große Ruhe und Ordnung herrschte überall. Kanonendonner bezeichnete die Abfahrt des Prinzen Statthalters. Als der Zug die Brücke betreten, ertönten Kanonensalven von der Pester Seite und den Dampfschiffen und die Musik stimmte das „Gott erhalte" an. Tausendstimmige Eljens begleiteten den Prinzen und die Minister bis zur Nationalversammlung, und als er um 1 Uhr unter Voranritt der Deputation und begleitet von den Ministern und dem Hofstaate in den Saal des Unterhauses einzog und auf dem Throne sich niederließ, empfing ihn ein mit vorwärtenden Eljen und „begeisterndes" Säbelgeklirre. Die Minister, einige in bunten nationalen Schmuck, die andern in einfacher Kleidung, nahmen zu beiden Seiten des Prinzen Platz, rechts Bathyany, Kossuth, Eotvos, Szechenyi, links Szemere, Klauzal, Deak und Mesaros. Nachdem der Erzherzog die königl. Verordnung, welche ihn zum Stellvertreter des Königs für Ungarn mit Ausgezeichneten Vollmachten und allen Prärogativen bis zur Volljährigkeitsgrenze mit indegriffen, ernannt, durch den Minister Szemere hatte verlesen lassen, las er selbst mit kräftiger Stimme die Thronrede ab, die mit unendlichem Jubel aufgenommen wurde. Der Ministerpräsident erklärte dann im Namen Sr. kaiserl. Hoheit den Reichstag für eröffnet, und der Prinz entfernte sich, begleitet von abermaligen begeisterten Zurufen. Folgendes ist nun die vollständige Thronrede:

„Im Namen und als Stellvertreter der erhabenen Person unsers glorreich regierenden Königs Ferdinand V. eröffne ich also hiemit den gegenwärtigen Reichstag. — Die außerordentlichen Zustände des Landes machen es nöthig, ohne die Anordnung und Berathung über jene Vorschläge und Einrichtungen abzuwarten, welche das verantwortliche Ministerium Sr. Majestät im Auftrage und auf Anordnung des versammelten Reichstages vorzubereiten und zu beendigen hatte, diesen Reichstag unverzüglich einzuberufen. In Kroatien ist offener Angriff; — in den unteren Donaugegenden haben aufständische Bewegungen daselbst den Landfrieden gebrochen, und so wie es Sr. Majestät sehnlichster Wunsch ist, einen Bürgerkrieg zu vermeiden, so ist andererseits Sr. Majestät überzeugt, daß die versammelten Vertreter der Nation es also den ersten und Hauptgegenstand ihrer Fürsorge betrachten werden, alle jene Mittel aufzubringen, welche erforderlich zur Wiederherstellung des gestörten Friedens, zur Wahrung der Integrität der h. ungar. Krone und zum Schutze der unverletzlichen Heiligkeit der Gesetze, die zur allgemeinen Sicherheit und das Heil des Vaterlandes dienen. Die Landesvertheidigung und die Finanzen werden also zwei Hauptgegenstände sein, auf welche unter den gegenwärtigen außerordentlichen Umständen ich im Namen Sr. Majestät die Aufmerksamkeit und Fürsorge der Nationalversammlung insbesondere hinlenke. — Die verantwortlichen Minister Sr. Majestät werden auf diese Gegenstände bezügliche Vorschläge unterbreiten; Se. Majestät hofft zuversichtlich, daß die Vertreter der Nation rasche und zweckmäßige Verfügungen treffen werden, sintemalen alles Heil, das vor allem andern der Sicherheit und das Heil des Vaterlandes erheischt. — Mit schmerzlichem Gefühle und tiefem Mißfallen hat Se. Majestät in Erfahrung gebracht, daß, obwohl Er, welcher das Glück aller Landesbewohner stets väterlich im Herzen trägt, damals nur seiner eigenen Willenseingebung folgte, als er auf dem tegtvorstehenden Landtage das Thun seiner treuen ungarischen Nation zur Gesetze sanktionirte, welche nach den Ansprüchen der Zeit und Umständen der Landesgefahr erforderlich waren, dennoch namentlich in Kroatien und den unteren Donaugegenden sich böswillige Aufwiegler fanden, welche die an Sprache und Glauben verschiedenen Landesbewohner mit falschen Gerüchten und Schreckensbildern gegen einander hetzen, und sie mit der verdammlichsten Unterstellung, als wären die erwähnten Gesetze nicht der freie Ausfluß des königlichen Willens Sr. Majestät, — zu bewaffnen, sich den Anordnungen der Gesetze und der gesetzlichen Gewalt thatsächlich zu widersetzen; ja daß einige sich so weit vergingen, daß sie ihre faktische Widersetzlichkeit als im Interesse des erhabenen königlichen Hauses und mit Vorwissen und Zulassung Sr. Majestät geschehen, verkündeten. — Zur Beruhigung sämmtlicher Einwohner dieses Landes von jeder Klasse und Religion, erklärt Er also kraft mir übergabsigten Auftrage unseres allerdurchlauchtigsten Herrn und Königs, in Seinem allerhöchsten Namen und als Stellvertreter Seiner Person, daß Se. Majestät fest und unerschütterlich entschlossen ist, der Einheit und Unzertrennlichkeit der ungarischen königlichen Krone gegen jeden Angriff von Außen und Einwirkst im Innern mit aller Kraft beizustehen und zu beschützen, und alle durch Ihn sanktionirten Gesetze jederzeit unverletzt aufrecht zu erhalten. Und so wie Se. Majestät einerseits die durch das Gesetz geschierte Freiheit der Landesbürger durch Niemand wird schmälern lassen, so mißbilligen andererseits sowohl Se. Maj. selbst, als alle Mitglieder seiner königl. Familie strenge das Verfahren derjenigen Leute, die sich für eine gesetzwidrige That oder Ungehorsam gegen die gesetzliche Macht mit dem allerhöchsten Willen Sr. Majestät verträglich, oder als eben im Interesse Seines königl. Hauses geschehen, zu behaupten wagen. — Die Verschmelzung Siebenbürgens mit Ungarn hat Se. Majestät mit der herzlichsten väterlichen Empfindung sanktionirt, darum auch, weil Er damit den schönsten Wunsch Seines während seiner Regierung geschehenen ungarischen und siebenbürgischen Volkes erfüllt hat; aber auch darum, weil nun der aus beiden Ländern in Eins verschmolzene Landeskörper durch die vereinte Entwicklung seiner Blüthe und Kraft eine desto festere Stütze des Thrones und der Freiheit werden wird. — Se. Majestät ungarisches Ministerium wird alles bisjenige unterbreiten, was in Beziehung auf die Details dieser bereits geschienen Verschmelzung dem gesetzgebenden Körper zu thun übrig bleibt. — Was die auswärtige Verhältnisse betrifft, so hat im lombard.-venet. Königreiche, wo die friedlichen Truppen des Königs von Sardinien und einiger anderer italienischen Mächte die Armee Sr. Majestät angegriffen haben, der Krieg noch nicht beendigt werden können. — Mit den übrigen auswärtigen Mächten besteht das freundschaftliche Einvernehmen unverletzt, an deren fortwährenden Besitand Se. Majestät um so weniger zweifelt, als Er immer zu den höchsten Sorgen Seiner Regierung gerechnet hat, nichts zu verabsäumen, was ohne Verletzung der Würde Seines königl. Thrones, der Sicherheit Seiner getreuen Völker und ihrer rechtmäßigen Interessen, das freundliche Einvernehmen mit den auswärtigen Mächten zu befestigen und zu erhalten geeignet wäre. Se. Majestät hofft mit Recht, daß die Er in seinen innern Angelegenheiten der anderen Mächte das Prinzip der Neutralität beobachtet, dasselbe in denselben vollen Maße erwidert werden wird. — Se. Majestät zweifelt nicht, daß der Reichstag im ungetrennbar vereinten Interesse des königl. Throns und der konstitutionellen Freiheit ohne Verzug alles dasjenige anordnen werde, was das Wohl des Landes so sehr bringend verlangt. — Möge Gott also selbst den Anfang der Berathungen mit den Reichstag und die ganze treue Nation der allerhöchsten Gnade und der herzlichsten väterlichen Gesinnung unseres allerdurchlauchtigsten Herrn und Königs versichere."

Großbritannien.

† London, 7. Juli. Die Hamburger Börsenhalle bringt die Nachricht vom Abschluß eines Waffenhilfsbundes in Schleswig-Holstein, und Depeschen aus Dänemark an Lord Palmerston sollen mit demselben Dampfschiffe die Bestätigung gebracht haben. — Zwei und siebenzig Pairs und Mitglieder des Hauses der Gemeinen haben dem Staatssekretär des Innern eine vom 7. Juli datirte Adresse überreichen lassen, in welcher sie der Regierung vorstellen, daß ihr, als verantwortlicher für den Frieden, das Wohl und die Sicherheit des treuesten Königreichs, die Pflicht obliege, unverzüglich energische Maßregeln zu ergreifen für Unterdrückung der Clubs in Irland, dann für ein Verbot der Fabrikation und des Verkaufs von Waffen, kurz für den Schutz, auf welchen die Unterthanen Ihrer Maj. in Irland ein Recht haben.

Frankreich.

°°° Paris, 8. Juli. Die Anzahl der Verhafteten nimmt mit jedem Tage bedeutend zu. Heute beläuft sie sich auf 14,000, welche theils in den Forts, theils in der Stadt an verschiedenen Orten untergebracht sind. Das Fort von Ivry enthält allein 1504, das von Bannes 1003 Gefangene. — Der Präsident des Erecutivgewalt hat gestern den Contre-Admiral Hamelin zum Vice-Admiral ernannt. — General Duvivier ist an seinen in den Juni-Kämpfen erhaltenen schweren Wunden heute morgen gestorben. — Ein Schreiben eines Offiziers der Alpenarmee an das Journal des Débats erklärt die Nachricht dieses Blattes, als seien zwei französische Offiziere der Alpenarmee im sardinischen Hauptquartier zu Vallegio erschienen, um dem König Karl Albert die Hilfe der Alpenarmee anzubieten, für falsch.

Spanien.

* Madrid, 4. Juli. Die amtliche „Gaceta" bringt heute die offizielle Nachricht, daß Elio in Navarra nicht eingedrungen, der Karlistenfuhrer, General Alzaa, zu Valdoja standrechtlich erschossen worden ist, und daß Cabrera in Toulouse an einem heftigen Anfall von Podagra darniederliegt. Somit zerfallen alle Gerüchte der letzten Tage in Nichts. Die Provinzen sind alle ruhig. Der Hof geht am 6. d. M. nach La Granja, wohin bereits ein Theil der madrider Garnison vorausgeschickt wurde.

Rußland und Polen.

Die „Gazeta Rzadowa" (amtlichest Journal) des Königreichs Polen bringt einen Artikel aus Petersburg, der einem Aufruf zur allgemeinen Erhebung des Volks so nahe kommt, daß wir nicht unterlassen können, denselben in wortgetreuer Uebersetzung den Lesern mitzutheilen. Der offizielle Artikel lautet folgendermaßen: Petersburg, 23. Juni. Rührend und belehrend sind die Nachrichten von den Dienstleistungen der gegenwärtig einberufenen, auf unbestimmte Zeit beurlaubt gewesenen Soldaten. Rührend, in Rücksicht der allgemeinen Theilnahme der Städte, durch welche jene Soldaten gekommen sind; belehrend in Betracht der von diesen beobachteten Pünktlichkeit und Ordnung. Nach dem „Allerhöchsten Willen" sind gegen 150,000 Männer vom Pfluge zur Waffe gerufen worden. Von dieser bedeutenden Anzahl sind gegen 60,000 in die Reihen der aktiven Armee eingetreten; von den übrigen sind Reserveabtheilungen gebildet worden. Von dieser ganzen ungeschaffenen Armee hat sich vom Augenblicke ihres Eintretens nur Einer entfernt und ist keine strafwürdige Uebertretung begangen worden. Wie eine ruhige, friedliche und glückliche Familie leben die Millionen der russischen Bevölkerung unter dem schirmenden Szepter des Landesherrn und sehen wie ein Mann auf bei seinem Rufe: „Zu den Waffen!" Man vergißt in diesem Augenblicke alles Andere; Familien- und Freundschaftsbande, Alles, Alles opfert man freudig auf dem vom Gefühle der Vaterlandsliebe glühenden Altar, und bezahlt die Schuld, welche jeden Bürger verpflichtet, sich nur für ein Theilchen zu halten des großen, durch den Willen eines Einzigen regierten Ganzen!! Ueberall, wo die Krieger zusammentreten, nehmen sie mit Freuden auf und mit dem Gefühle, angehören der russischen Gastfreundschaft und den Vorrechten. Dem zu gefallen, der Tag und Nacht auf der Wacht des ihm durch Gottes Gnaden anvertrauten Landes steht. Jedes wichtige Unternehmen der Russen pflegt nicht anders begonnen zu werden als mit einem Gebete um den besondern Segen des Himmels. Nach dieser Weise wurde auch unter den gegenwärtigen Umständen vor dem Ausrücken einer jeden Militärabtheilung ans Taia an einen bestimmten Platz Andacht und Besprengung mit heiligem Wasser vorgenommen. Die altrussische Sitte, mit heiligen Bildern Diejenigen zu segnen, die sich zu einem guten Werke vorbereiten, fand diesmal in ihrer ganzen liebevollen und frommen Einfachheit statt. Nach einem solchen Gottesdienste überreichte die luisar Kaufmannschaft dem Kommandeur der Reserveabtheilung, Generalmajor Chatuanow, das Bild des Erlösers in einem silbergoldenen Gewande, als zum heiligen Schutze der christlichen Ritterschaft vor Unglück und Leiden. Nach einem heißen Gebete wurden Offiziere und Soldaten zu einem Frühstück eingeladen, angeordnet durch Marschälle des kutaer Adels. Alle bereiteten sich in der Bewirthung der sich auf den Weg Begebenden. Der Präsident von Tula reichte den Soldaten selber den Branntwein. Unter einstimmigen Rufe wurden die Schalen geleert auf das Wohl des „Allerdurchlauchtigsten Herrn" und auf den glücklichen Erfolg seiner Unternehmungen. „Gott mit uns!" rief der Zar seinen treuen Unterthanen zu, „Gott mit uns!" rief das ganze Rußland ihm nach. Und diese That bestätigte das heilige Vertrauen zwischen dem Monarchen und seinem Volke. Diese That bewirkt, daß nicht zu Schanden werden, die den Namen des Herrn anrufen, denn Er ist in Wahrheit mit uns. Und wober kömme auch in der That unsere Eintracht in den guten Absichten, unser warmes Gefühl zur Pflichterfüllung und endlich unsere Verbrüderung, wäre nicht jetzt wie immer Gott mit uns!

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Liverpool, 1. Juli. Der Wollmarkt, welcher in voriger Woche zu Ende ging, bot ein trauriges Bild der Zerrüttlichkeit, der unerörterten Geschäftsstockung dar. Schon die Zufuhr stand hinter früheren Jahren ziemlich zurück, nicht sowohl wegen verminderter Produktion, als weil manche entfernere oder besonders ängstliche Produzenten mit ihren Erzeugnissen zu Hause blieben, inabesondere aber, weil die Zwischenhändler nicht die gleichen Geschäfte wagen konnten, wie sonst in geordneten Zeiten. Doch sind im Ganzen 6334 Zentner zu Markte gekommen, immer mehr, als man erwartet hatte. Die Verkäufer kamen mit sehr bescheidenen Forderungen an, allein, als in den ersten Tagen fast gar kein Käufer erschien, viel weniger von Abschluß eines Kaufes die Rede war, und da und dort gang im Stillen Einkäufe, sehr niedrige Preise bekannt wurden, bildete sich der Marktpreis der Verkäufer in den Trep der Verzweiflung um, man sah anfangs, aufgeregte Gruppen sich über den Markt beivegten und berathen, es ließen sich einzelne Drohungen gegen die Käufer hören, und schon am dritten Tage verlangte ein großer Theil von der Direktion die alsbaldige Schließung des Marktes. Begreiflich konnten diesem Verlangen nicht entsprochen, sondern es mußte ihnen bedeutet werden, daß zwar jedem Einzelnen frei stehe, sich vor Beendigung des Marktes mit seiner Waare zu entfernen, daß aber die Autoritätseinnahmen nicht zu dem gleichen vorrollgen Schlitte gezwungen werden können. Nach und nach sahen sie ein, daß ein tälterer Vortrag des Marktes sich nicht erzwingen lasse, daß jede Einschüchterung der Käufer nur den Verkäufern zum Nachtheil gereichen müsse, daß sie nur dann endlich durch die amtliche Versicherung, daß der Markt über seine bestimmte Zeit in keinem Falle dürfe ausgedehnt werden, beruhigt. Da aber auch am folgenden Tage noch keine Kauflust sich zeigte, so machte die Stadt von dem Gesetzgebungsrechte des Stadt. Finanzministeriums Gebrauch, und ertheilte den versammelten Käufern und Verkäufern, daß der Markt Freitag Abends 5 Uhr Prog. in Staatspapieren vorzuschießen bereit sei. Unmittelbar darauf und wohl im Zusammenhange mit dieser von allen Theilen sehr dankbar aufgenommenen Zulage regte sich der Verkehr, und in zwei Tagen war — freilich zu sehr niedrigen Preisen — alles verkauft, so daß nur etwa 1200 Zentner auf dem Lager blieben, und hierauf nicht weiter als 10,000 ₰. Vorschuß gewünscht wurden. Von Käufern, zu deren Vortheil baurhäuflich auch eine Maßregel dienen sollte, machte davon keiner Gebrauch, sondern die Kaufschlüsse, im Gesammtbetrage von 30,000 ₰. wurden baar bezahlt. Obschon der einzelne Käufer für seine zum Einlauf bestimmte Summe im Verzieh auf anderen Zahlen sich das Spezielle enthalten konnte, so bewieet dieser Umstand doch einmal die Existenz eines — im Jahr 1847 zurückgedrängten Vertrauens, dann aber auch, daß das baare Geld nicht fehlt, sondern nur der Umlauf in dem gewöhnlichen kleineren Verkehr stockt. So weit die öffentlichen Register Auskunft geben, waren zu Markte gekommen: 1) vom Auslande: 145 Zentner deutsche, 146 Zentner Bastardwolle und 3 Zentner spanische. 2) vom Inland: 755 Zentner deutsche, 5091 Zentner Bastardwolle und 193 Zentner spanische, zusammen 901 Zentner deutsche, 5237 Zentner Bastardwolle und 196 Zentner spanische, im Ganzen 6334 Zentner. Verkauft wurde im Auslande: 135 Zentner deutsche und 901 Zentner Bastardwolle; an Inländer 762 Zentner deutsche, 4149 Zentner Bastardwolle und 196 Zentner spanische, und blieben liegen oder wurden wieder abgeführt 4 Zentner deutsche, 287 Zentner Bastardwolle, zusammen 901 Zentner deutsche, 5247 Zentner Bastardwolle und 196 Zentner spanische. Die Wäsche war durchschnittlich gut. Der Verkauf und waren die Käufer kleinere Gewerbsleute, besonders Tuchmacher; Spekulanten waagten keine Einkäufe. Ausländer fanden sich von Bayern und den Rheingegenden ein, die Franzosen, Schweizer und Nordamerikaner fehlten ganz. Die Preise stellen sich für spanische auf 77—115 ₰., baltare 50—70 ₰., deutsche 32—47 ₰. Mitgetheilt wurde für spanische 90 ₰., baltare 60 ₰. und 61 ₰. Der ganze Erlös berechnet sich somit auf etwa 360,000 ₰. Den höchsten Preis erzielte die Wolle von Hohenheim mit 115 ₰, der niedrigste war 32 ₰ (Schw. Mkr)

Bremen, 9. Juli. Die Frankfurter a. O. Messe ist diesen Augenblick als erwartet wurde. Der Grund mag zum Theil darin liegen, daß diesmal auch die Anzahl Verkäufer angekündigten waren. Das Quantum der auf den Markt gebrachten Waaren soll den Betrag nicht einmal genau haben. Die Preise sind daher natürlich besser, wenn gleich die Anzahl der Einkäufer an sich nicht bedeutend ist. Die politischen Fremdenliste vom Donnerstage, also vom 4. Tage nach der Eröffnung, zeigten die Anwesenheit von 2000 Personen. Die Wollvorräthe, welche den Besuch des hiesigen Marktes gesichert hatten, haben ihre Vorräthe nach Frankfurt gebracht. Ausländer haben nicht gekauft, Inländer haben gekauft.

Londons, 8. Juli. Konsols 86⅞, 87. Span. Akt. 14, 12. Passp. 21⅞, 22. Paff. —. Portug. 3proz. —, 4proz. —, 5proz. —. Holl. 4proz. —, 2½proz. 44⅛.

Madrid, 4. Juli. 3proz. 20⅛. P., 20⅜. G., 5proz. 12⅞. P., 13. G. Paff 4, P., 4⅛. G. Coup. 8 P. Prov. Akt. 3⅛. P. Wechselkurse: Paris 4—27 P., London 42—50 P.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Zeitfragen.

Allgemeine Volksbewaffnung.

(Schluß.)

Es liegt also die Thatsache vor, daß man von dem Brauche, Waffen zu tragen, abgezogen ist, in dem Maße, als die Fortschritte der Civilisation sich geltender machten. In der That tragen auch in ganz Europa vorzugsweise nur jene Völker stets Waffen, welche noch auf dem verhältnißmäßig mehrfachen Grade der Bildung und Civilisation stehen, und es liegt in der Natur der Sache. Nur wo noch das Recht des Stärkern, das Faustrecht, also die brutale Gewalt, und die von Zucht, Sitte und Gesetz angezogene Leidenschaft vorwaltet und die Regierung führt, wo jeder Einzelne in seinem Mitmenschen jeden Augenblick einen Feind zu erblicken gefaßt sein muß, der seine Person und sein Eigenthum angreifen, ihm selbst nach dem Leben trachten kann, nur in einem solchen Zustande der Gesellschaft begreift sich die durch die Umstände gebotene Nothwendigkeit, stets Waffen zu tragen. Man bedarf derselben zur Vertheidigung von Hab und Gut und Leben seiner selbst und der Seinigen. Anders aber ist es, wo eine mildere Gesittung der einen Hälfte einmal seinen Sitz aufgeschlagen hat, wo der Culturzustand des Volkes auf eine solche Höhe gediehen ist, daß jeder in seinem Nächsten, in seinem Mitbürger nur den gleichberechtigten Bruder erkennt, wo der Gemeinsinn zum Zusammenstehen Aller zur Alle gestählt hat. Jeder, der die Waffen zu führen körperlich stark genug ist, soll sich auch befähigt machen, alle sollen bereit sein, die Waffen für's Vaterland führen zu können, wenn dieses der Arme von aller seiner Söhne zu seinem Schutze bedarf. Darauf ist auch z. B. das preußische Landwehrsystem berechnet. Aber nimmermehr konnen wir es einem gesitteten, einem gebildeten Volke anstehend finden, sich in einen Zustand zurückversetzen zu wollen, dessen losgewordenen zu sein, die noch jungen Amerikanischen Staaten überall sich zum Ruhme und zum Glück rechnen.

Man verwechselt aber bei und offenbar die zwei Dinge: das Recht für alle erwachsenen Männer ohne Unterschied, immer und überall Waffen zu tragen, mit dem schönen hohen Rechte, das zugleich jeden Mann eine ehrenvolle Pflicht ist, sich vorbehälfig zu machen, um einretenden Falls zur Vertheidigung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen Angebote oder Anfall von Waffen, oder zur Sicherung der Ordnung und des Gesetzes im Innern die Waffen ergreifen und mit Selb vertrauen und Tuchtigkeit führen zu können. Dieses tegere Recht, diese allgemeine Wehrpflicht, in der rechten Weise durchzuführen, hat eben so entschieden unsern Beruf, als wir uns gegen jenes Recht erklären müssen, welches von anderer Seite, von unsern Nachbaren uns gegenüber in Anwendung gebracht, zu offenen Demonstrationen, in Aufruhr genommen werden will. Jedem ohne Unterschied die Waffen in die Hand geben, selbst solchen, die nicht nur keine Burgschaft für guten Gebrauch derselben bieten, von denen vielmehr gewiß ein Mißbrauch derselben vorauszusehen ist, heißen von zweideutigem oder unerlaubt scheinendem Grunde, das Land in einen unaufhörlichen Zustand der Unruhe versetzen und hieße einen permanenten Anfschreien- und Kriegszustand in die Gesellschaft tragen, den Feinden dieser selbst die Mittel in die Hand geben zu Verwirklichung ihres sträflichen Absichten und Plane. Das wäre gerade so viel, als den Feinden der Gesellschaft das Messer reichen, mit welchem sie die Wurzeln dieser absichanden konnten. In Baden hat man deßhalb traurige Erfahrungen gemacht. Dennoch wurde auch hier der allgemeine Ruf nach Volksbewaffnung — wir wissen, daß er von derselben Seite zuerst ausging, welche auch jenen andern nach augenblicklicher Abschaffung aller stehenden Heere *) anstimmte. Da gab denn die Regierung Waffen überall hin, und die Folge war, daß die anerkannt wohlwollende badische Regierung alsbald durchsah, noch mit ihren eigenen Waffen sich angegriffen sah. Denn ein Theil der Empfänger der Waffen trug sie ganz offen Heckers und Struves landverrätherischen Banden zu, und die Andern, welche dazu den Muth nicht hatten, ließen sich dieselben ganz ohne Widerstand nehmen. Noch andere linden ihre republikanischen Freunde aus dem Auslande fürmlich ein, um sich mit ihnen in Empfang zu nehmen. In diesem Staate ist schon wiederholt auf die entsetzlichen grauenvollen Folgen hingewiesen worden, welche sur Frankreich und insbesondere seine Hauptstadt aus dieser aufdrängenden und anbedingten Waffenverbreitung erwachsen sind. Nur diesem unsinnigen Verfahren hat Paris es zuzuschreiben, daß es nur um den Preis von Strömen Blutes, von unsäglichem Weh, einer wahren Vernichtungslawine sich retten konnte von der Geißel, unter das fürchterliche Joch, in die Gewalt nicht blos eines rohen, wilden, aber nur von augenblicklicher Anwallung entfesselter Leidenschaften sorgerfreien Haufens, nein, unter die Herrschaft des Abschaums der menschlichen Gesellschaft, der abgefeimtesten Verbrecher, unter die Herrschaft von mehrfachen Tausenden Galeerensträflingen d. i. von Dieben, Fälschern, Räubern und Mördern zu fallen. — Die Thatsache, daß deren eine große Masse unter den Kämpfern der Januartage auf Seite des Aufstandes in Paris standen, diese Thatsache ist notorisch, also unumstößlich. Sie steht als ein mahnendes Warnzeichen für uns da, nicht einer gleichen Gefahr uns anzusetzen durch gleiche Unbedachtsamkeit, einer Gefahr, deren Grdsse schon schaudern macht. Wer nach solchen Vorgängen, nach den Blutszenen, welche im Jahre 1848 die meisten Hauptstädte Europas in Schrecken und Trauer versetzten, nach den neuesten entsetzlichen Straßenkämpfen in Paris, und der dort endlich durchgreifend bewerkstelligten Entwaffnung noch für allgemeine Volksbewaffnung in solcher Weise, wie man sie von gewissen Seite verficht, und in solchem Augenblicke, wie der jetzige, die Stimme erheben kann, mich — so sprechen es offen und ohne Rückhalt aus — mein, der ist kein Freund des Vaterlandes und kein Freund der Freiheit. Der schgenende Genius der deutschen Nation ruft uns durch Frankreichs blutige Erfahrungen warnend zu: „Bei dem Wohl und Weh des Vaterlandes, ja des Menschengeschlechts, besinnt euch, ehe ihr weiter schreitet! Ihr suchet Freiheit; es segel Schranken der Wärgerin aller Freiheit, der Zügellosigkeit, die dem Recht, wie dem Gesetz Hohn spricht.“ Blickt doch um euch, ihr Bürger! Ist gerade der jetzige Augenblick derjenige, wo es geralhen wäre, ohne Noth und Umsicht aller Welt Waffen in die Hände zu geben? „Es geht ein wilder Geist um in Europa — sagt der Karlsruher Zeitung mit Recht in einem der letzten Nummern, — und fruchtbare Elemente gähren in den Tiefen seiner Völker; Massen sind aufgewühlt und aufgeregt, in denen die schrecklichste Rohheit mit der entsetzlichsten Zerstörungslust sich paart: Massen, die nicht nur dem Eigenthum und der Person, sein, die aller unserer Bildung, allen den Errungenschaften von Wissenschaft und Kunst einen Kampf auf Tod und Leben ankündigen, und diesen Kampf bereits, wenn auch noch nicht ersten Erfolg, schon begonnen haben. Sollen in solche entzügelten Massen Herr werden, so bricht die Nacht des asiatischen Despotismus und der asiatischen Anarchie unaufhaltsam über Europa herein. An solchen Erscheinungen rohrer, entfesselter Massen sind frühere, blühende Staaten zu Grunde gegangen, und dadurch die Bente der wilden heranstürmenden Horden geworden. Die Schlagwörter solcher Gefahr ist die Republik; sie heißt „Republik“, so lange das Gesetz als Träger die Monarchie hat; in der Republik selbst hat sie wieder einen andern Namen; der Ausgang soll immer ein und derselbe sein: — Zerstörung alles Bestehenden, um in der allgemeinen Zerstörung die ungezügelten Gelüste nach Plünderung, den schrankenlosen Drang nach Grausthaten befriedigen zu können. Aber darf es uns wundern, daß solch furchtbare Gefahren anbrauen in Europa? Hat man nicht schon lange her den wuthendsten Kommunismus gepredigt, und die Leute durch die Aussicht auf ein nahes Leben voll aller erdenklichen sinnlichen Behaglichkeit der Arbeit zu entfremden gesucht? Und wird nicht in diesen Tagen an tausend Enden zugleich der Ruf der Barbarei verkündet? Und wird nicht die Folge sein? — Schrecken des Einzelnen und in das Pulvergewölke zu dem, was die Folge sein wird.“ Noch einmal also stelle ich die Frage: welchen Namen verdient derjenige, der im solchen Augenblicke, unter solchen Umständen für allgemeines unbedingtes Bewaffnungsrecht die Stimme zu erheben nicht zurückschreckt? — Wir kennen ihn, und wir werden ihn nennen. Wem ja, so gilt es gerade in diesen Tagen, sich fest zusammenzuschaaren gegen jeden nicht auszuhandenen und offen schon hervortretenden wilden Gelüsten. Es scheint, die Führer und Aufwiegler der sanatisch bethörten Massen glauben die Zeit herangenaht, wo sie ihr Begonnen durchführen können, oder doch bessen Durchführen auch bei uns versuchen wollen. Wem es daran Ernst ist mit der Wohnung und durch sie mit der Freiheit, der rüste sich, diesem Treiben mit dem entschiedensten Ernst entgegenzutreten. Er vertheidigt dabei ohnehin sein eigenes Besitzthum, seine Familie und des Vaterlandes Zukunft. Es muß sich bald entscheiden, ob über Europa die asiatische Barbarei mit allen ihren Schrecken hereinbrechen soll, oder ob die Freiheit Europas erhalten und gegründet in herrlicher Ordnung vor Gesetz und Ordnung. In einem folgenden Artikel werden wir die Frage des allgemeinen Bewaffnungsrechts besprechen.

*) In dem Augenblicke, wo Deutschland Krieg im Norden gegen Dänemark, im Süden in Italien zu führen hatte, und die Schweiz selbst jeden Augenblick die möglicher Weise von Oben her uns drohende Gefahr — von Westen suchten sie, wir begreifen recht wohl warum, die öffentliche Aufmerksamkeit ganz abzulenken — recht triegend darstellen.

Ein rechtes Wort zu rechter Zeit.

** Die leidige Sentimentalitätspolitik, in die man sich bei uns in Deutschland in der ersten Zeit nach der Märztagen verrannt hatte, verlierl Tag für Tag an Boden; die wichtigsten Fragen des Tages werden vom Gesichtspunkte der Interessen auf dringt allmälig durch im Volke, in der Presse und — wir freuen uns ganz besonders auch beifügen zu können — im Schooße der Reichsversammlung. Da wußte man im Gerechtigkeitseifer für Andere gar keine Grenze mehr, und vergaß darüber die Verschiedenheit gegen das eigene Land; da war ein wahrer Wetteifer, Deutschland an allen Ecken und Enden zu beschneiden, und wo es meistens ihm nahm, der galt als der aufschlgste Patriot. Wer — um in der Volkssprache zu reden — nebst dem Rocke auch noch das Hemd uns anziehen wollte, um es an den Fremden wegzuschenken, der hatte noch die Preisfragen, der aufrichtigste Vaterlandsfreund zu sein und dadurch der Macht und Größe Deutschlands Vorschub zu leisten! Hat man doch sogar — wie soll ich es nennen — mehr als eine halbe Million Deutsche in Posen an Polen wegschenken wollen! — Wahrlich, es wundert uns nicht, wenn Engländer, Franzosen und Russen uns mit Spott überschütten, wenn sie uns solche Verrücktheiten begehen sehen. Sie mussten sich in die Faust lachen, wenn sie sahen, wie bereitwillig man in Deutschland war, auf der

einen Seite die Lombardei und Venedig, auf der andern Polen sich nicht etwa blos nehmen zu lassen, nein, wie man es den Fremden so zu sagen auf dem Exerzierplatze eingetrichtert. Sie wissen und sie Kinder in der Politik ansehen, wenn sie und auf solche Weise und auf diesem Felde bewegen, gleich Blinden darauf herumtappen sehen. Ja gleich Blinden, sage ich: oder war es nicht eine aus Unglaublicher grenzende Blindheit, nicht zu sehen, daß der Verlust der Lombardei und von Venedig sie ganz Deutschland ein nicht minder großer Verlust war, als für Oesterreich, daß wir dadurch auf Rechte zu verzichten im Begriff waren, die unsere Väter und Ahnen sich fast tausend Jahren mit Kraft und Ehre und um den Preis unermeßlicher Opfer an Blut und Geld errungen und behauptet hatten, warum? Um Deutschlands Südmarken gegen des Feindes Anfälle sicher zu stellen. Und wir, die bethörten Enkel, sollten die Errungenschaft der Väter, des Reiches Größe und Ansehen mit eigener Hand zerstören! Nichts weniger als das wurde uns angemuthet und — mit Bedauern müssen wir es sagen — auch nur zu vielfältig mit Beifall aufgenommen. Starke Köpfe erklärten es für ein großes Glück für Deutschland, wenn Oesterreich durch den Abfall Böhmens, Galiziens, Ungarns und seiner übrigen Länder geschwächt würde und endlich in sich selbst zerfiele; ja es fehlte nicht an Stimmen, die keinen Anstand nahmen, ganz Oesterreich, seine deutschen Provinzen mit inbegriffen, über Bord zu werfen und von Deutschland loszutrennen, als ob es uns gleichgültig sein könnte, ob die jetzt unter Oesterreichs Szepter vereinigten Völkerschaften am Tage der Gefahr mit Oesterreich oder gegen uns kämpfen würden.

Doch diese Wegschenkungsmanie war eine Modesache, nur eine Moden wechseln bekanntlich schnell: das deutsche Volk wechselt sich wohl einen Augenblick berücken lassen durch den mit allerlei schönen Verheißungen ausstaffirten Anhängschild; aber sein gesunder Sinn, sein klarer Blick, ließ sich denn doch nicht ganz bethören, und allmälig fragte man sich: welchen Dank werden wir denn davon haben, wenn wir so rasch Alles weggeben? Thun denn die Franzosen, was sie uns Deutschen so freigebig anbieten? Geben die ersten uns Elsaß und Lothringen wieder, die zweiten Belgien, die dritten Kurland, Estland und Livland? Und als Michel von seiner Seite Anstalten zu einer solchen Heimgabe an uns machen sah, da wurde er doch bedenklich, und er zog die Schlafkappe, die man ihm über die Augen ziehen wollte, ab, und sein gesundes Auge erkannte die Wahrheit. Die Polen mit ihren Gräueln gegen die Deutschen in Posen, und Karl Albert in Mailand haben uns einen wahren Dienst gethan: ihnen haben wir es zu danken, daß man endlich allgemein in Deutschland zur Einsicht kam von jener heillosen Selbstherabwürdigsucht zurückgekommen ist, welche ein trauriger Charakterzug der ersten Tage nach dem ereignisvollen Märzmonat war. Während man damals die vereinzelten Stimmen derer, welche auf die Verkehrtheit des eingeschlagenen Weges hinwiesen, fast verketzerte, sind sie es jetzt, die zu Ansehen und Geltung durchgedrungen sind. Eben kommt uns aus Frankfurt a M. eine Eingabe des Parlamentsmitgliedes Hrn. Professor Gfrörer an die Nationalversammlung zu, die ganz den Stempel des kräftigen und ächt deutschen, mit dem klaren Blicke des erprobten Geschichtsforschers die Interessen des Vaterlandes erfassenden und mit unbeugsamen Muthe vertretenden Mannes trägt, wie wir ihn seit lange schon kennen. Diese Eingabe ist ein rechtes Wort zur rechten Zeit gesprochen, und erfüllt uns um so mehr mit Freude, als uns zugleich gemeldet wird, daß ihr Inhalt in der Versammlung auf den allgemeinen Anklang rechnen darf. Indem wir unsern Wünsche dafür ihre Aussprechen, theilen wir unsern Lesern das drey Bestimmtheit und Energie sich auszeichnende Aktenstück selbst mit. Es lautet wie folgt: „In Anbetracht, daß das deutsche Reich wanke, durch die Thatkraft unseres Volkes und unserer Kaiser erworbene Ansprüche auf Lombardien bestigt, Ansprüche, welche seit dem Verfalle des Reichs an das Haus Oesterreich übergingen und von demselben bis zu letzter Zeit behauptet wurden; in Anbetracht, daß diese Rechte um so besonder aufgegeben werden müssen, je mehr von ihrer Wahrung das Wohl deutscher Stammlande abhängt; in Anbetracht, daß Venedig ein natürlicher Stapelplatz Schwabens und der mittleren Rheinlande, insbesondere der allen Handelsstädte Koln, Mainz, Frankfurt, Heilbronn, Ulm, Augsburg, Constanz, Kaufbeuren, Memmingen, Kempten, Lindau, so wie der neu entstandenen Mannheim, Stuttgart, Lansstadt Friedrichshafen ist, und daß besagte Städte einen bedeutenden Verlust erleiden müßten, wenn Venedig fremden Mächten zufiel; in Anbetracht ferner, daß Venedig von uns nicht in die Länge und mit Sicherheit behauptet werden kann, wenn nicht die Linie des Mincio, sammt den Hauptfestungen Verona und Mantua, sowie sammt den kleineren Plätzen Peschiera und Legnago in deutschen Händen sich befindet; in Anbetracht endlich, daß beides, sowohl die Gerechtigkeit und die herrschenden Ideen der neuen Zeit, als auch die Klugheit anrathen, Venedig durch wohlthätige Maßregeln an Deutschland zu fesseln, beantragen Endesunterzeichnete, hohe Reichsversammlung wolle mit Entschiedenheit sich in folgendem Sinn aussprechen: 1) wenn auch die österreichische Regierung dem Drange der Umstände weichend bei gegenwärtig obschwebenden Friedensunterhandlungen bestimmt werde, Lombardien zu cingen von den Deutschen, d. h. das ehmalige Herzogthum Mailand sammt Anhängsten, abzutreten, so möge doch nie das gesammte vom Gardasee, dem Mincio, dem Po und dem adriatischen Meer umschlossene Gebiet aufgegeben, sondern im Gegentheil bei der alten Verbindung mit Deutschland nachdrücklich bewahrt werden; 2) möge dieselbe Regierung der Gemeinde Venedig die Rechte eines Freihafens und einer deutschen Reichsstadt verleihen, doch letzteres in der Art, daß durch solche Gewährung nicht die Hoheit des Reichs Beeinträchtigt werde, was z. B. nie zu fürchten stünde, wenn neben dem freien Rathe ebenso wie jeder Reichsbeamter sammt einer genügenden deutschen Besatzung zu Venedig seinen Sitz hatte. Frankfurt a. M., 7. Juli 1848." Folgen die Unterschriften.

Nachschrift.

Der Erzherzog Reichsverweser traf am 10. d. M., Nachmittage 3 Uhr, unter allgemeinem Jubel und Festlichkeiten, in Leipzig ein, von wo er um 5 Uhr Abends die Reise nach Frankfurt fortsetzte. Glockengeläute, Kanonensalven, Dekoration vieler Häuser verherrlichten seine Ankunft; auch der König war ihm eine Strecke entgegengefahren.

Frankfurt, 14. Juli. (35. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) Nach Verlesung des Protokolls wurde von Kirchgeßner, Namens der für den Empfang des Erzherzogs Reichsverwesers ernannten Sektion Kommission, Bericht erstattet. Nach den Vorschlägen soll der Reichsverweser durch eine Deputation der Nationalversammlung in die zu seiner Aufnahme bereiteten Lokalitäten (im Gasthof zum russischen Hof) geleitet werden. Die Deputation, an ihrer Spitze der Präsident, nimmt nach der feierlichen Begrüßung seine Wünsche bezüglich der Zeit seiner Einführung entgegen. An dem dafür bestimmten Tage wird den Reichsverweser eine Deputation von 50 Mitgliedern gewählt. Diese Deputation bildet in Zuge zu Fuß in die Nationalversammlung geleiten, wo ein ihren Sprecher annehmen wird. Der Präsident und die Vicepräsidenten nehmen ihren Platz an der Spitze der Versammlung. Der Präsident wird eine entsprechende Anrede halten, das Gesetz über Niederzegung der Centralgewalt verlesen lassen, und die Annahme der Wahl nochmals verkunden. Nach Beendigung der Feierlichkeiten wird der Reichsverweser von der Deputation in sein Hotel zurückgeleitet werden. — Diesen Programm wurde noch einigen Bemerkungen der A. A. Simon zu Trier, Arndt, Hermann, Wiesedonk und Dertz von der Versammlung genehmigt. Die erste Deputation bildeten die Commissionsglieder, unter welchen Kirchgeßner, v. Lichnowsky, M. v. Gagern, Fallati, v. Soiron, Beseler, Cetto, Mevissen, v. Bally, v. Rönne, Herrmann, v. Radowitz, v. Mayern ꝛc. sich befinden. Es wurden vor Schluß der Sitzung noch 50 Mitglieder für die grosere Deputation durch das Loos bestimmt. Die Sitzung wurde noch 9 Uhr geschlossen, die nächste, in welcher voraussichtlich die feierliche Einführung stattfinden wird, auf morgen 12. Juli Vormittags 9 Uhr anberaumt. (F. B.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 11. Juli. Oesterr. Sproz Metall. 69½, Aproz. 58, Aproz. — 2½ proz. 35¼. Bankaktien 1225. G. 500 fl.-Loose 113. 250 fl.-Loose 77. Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 88 B. — G. Staatsschuldscheine 3½ proz. 76. — Partei 3½ proz. 76. — Ludwigsh.-Berbach. 66¼. — Württemberg. 5½ proz. 73. — 4½ proz. 93. — Bad. 3½ proz. 77½. — Loko-Anleben à 50 fl 48. — 35 fl.-Loose 25. — Darmstadt 3½ proz. 78. Aproz. 88½. — Loko-Anleben von 50 fl. 63½. 25 fl.-Loose 21½. — Kurhess. Prämien-Anleh. Nordd. 37. — 40 Thlr.-Loose 24. — Nassau 3½ proz. 80. 25 fl.-Loose 21½. — Frankf. Aproz. 82. 3½ proz 95, 90½. — Taunusbahn 284. — Holländ. Integr. 43½. — Span. Aproz. innere Schuld 18½. — Poln. 300 fl.-Loose 88. 500 fl.-Loose 65½. — Sard. 36 Fr.-Loose 25½. — Oliv. —

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 13. Juli: „Marie", Oper von Herold.

Freitag, 14. Juli: „Die Karlsschüler", Schauspiel von Laube.

Getraute in München.

Die Herren: Heinrich Franz Zeitler, Militärsattlermeister, mit Fräulein Wilhelmine Höfter, Regimentsorganistentochter von Bamberg; Johann Alois Dilinger, ledig, Zeitungsträgerinecht dahier, mit Margaretha Haasmüller, bürgerl. Bäckerstochter von Mondheim; Michael Mayr, Sagknecht dahier, mit Anna Hechinger von Friedberg, Lds. Starnberg; Anton Alois Hiller v. Gärtringen, königl. Infanterielieutenant, mit Fräulein Wilhelmina v. Drendl, königl. Generalauditeurstochter von hier; Georg Schreiner, Bettfederschänkler von hier, mit Maria Anna Hartel, Wirthstochter von Schwabing; Georg Adam Meier, Papiermachergeselle dahier, mit Maria Anna Heiß, Söhnerstochter von Dürrbeim

Gestorbene in München.

Michael Kistner, Kanonier im königl. 1. Artillerieregiment, 23 J. a. Joseph Daher, Bothot im königl. Infanterie-Leibregiment, 23 J. a. Ehefrau Therese, ehemalige Sattler von Weidern, 75 J. a. Ignaz Bauer, Schiffergeselle v. h., 24 J. a. Philipp Schuppy, Schuhmachergeselle von Dürkheim in der Pfalz, 26 J. a.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 14.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Quartalschein 1 fl. 25 kr.

Freitag den 14. Juli 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 18. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder, frei.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 10. Juli. (34. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) Nach Eröffnung der Sitzung und Verlesung des Protokolls wurde durch das Sekretariat das bereits in vielen Blättern veröffentlichte Schreiben der Wiener Deputation aus Linz verlesen, sodann vom Präsidenten ein gleiches Schreiben vom 5. Juli aus Wien, welches über den gleichfalls schon bekannt gewordenen Empfang der Deputation in Wien und die Annahme der Reichsoberwerfsluft von Seiten des Erzherzogs Johann sich verbreitet. Der Abgeordnete Heckscher liest, nachdem die betreffenden Aktenstücke (das Gesetz über die provisorische Reichsgewalt und das Beglaubigungsschreiben der Deputation) von dem Schriftführer, Abgeordneten Jucho von Frankfurt verlesen worden waren, die Anrede; der Erzherzog Johann antwortete. (Wir haben beide Reden vollständig gegeben.) Die Deputation vernug den Jubel, mit welchem sie überall empfangen worden ist, nicht genugsam zu schildern. — Nach einer weitern Mittheilung des Präsidenten ist gestern Abend die erste Morgen bestätigte Nachricht daher eingetroffen, daß Se. kais. Hoheit der Erzherzog Johann, welcher am 8. Juli Wien verlassen und den Weg über Breslau und Eisenach eingeschlagen hat, bereits morgen den 11. Juli dahier eintreffen wird. Diese Nachricht wurde von der Rechten und dem Zentrum mit Jubel aufgenommen. Da die beschleunigte Ankunft des Reichsoberwesens unsererseits in der Absicht erfolgt, daß hohe Amt sofort anzutreten, so sollen sogleich die deßfallsigen Maßregeln erwogen werden. Die Versammlung beschließt auf den Vorschlag des Präsidenten, hierfür eine Kommission durch die Abtheilungen zu wählen, welche diese berathen und in der morgentlichen Sitzung Bericht erstatten sollen. (S. gestr. Bric.) — Nach dem sodann verlesenen dritten Verzeichniß der Beiträge für den Flottenbau sind die zum 9. Juli 16,182 fl. 51 kr. eingegangen. Ein Bericht über die Lage des Kriegs- und Handelsstaates, welcher heute unverständlich für die Zuhörer erstattet worden ist, wird gedruckt verbreitet werden. Durch v. Lindenau wurde ein vom Sekretariate verlesener Bericht über die Wahl des Advokaten Blöde in Leipzig erstattet. Von den in Leipzig und überhaupt im Königreich Sachsen wohnenden Angehörigen anderer deutscher Staaten, welchen größtentheils in ihrem heimathlichen Heimathsrechte, und ebenso in ihrem Wohnorte die Theilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung versagt worden war, haben etwa 1600 einen eigenen Abgeordneten in der Person des Genannten erwählt, welcher als Legitimationsurkunde einen Notariatsakt über die Wahl vorgelegt hat. Der Antrag des Ausschusses geht dahin, jene Wahl für ungiltig zu erklären, da sie mit der sächsischen Wahlordnung notorisch im Widerspruche steht (§. 3 der Geschäftsordnung), und überhaupt mit den Beschlüssen des Vorparlaments, nach welchen die Wahlen auf die Territorien vertheilt sind, nicht im Einklange ist. Die Versammlung beschloß sofortige Diskussion, in welcher Auge, Biedermann, Blum ꝛc. für die Zulassung des Gewählten, Jucho von Breslau, Wrbroken von Nienstein ꝛc. dagegen sich aussprachen. Ersterer machte geltend, daß die Wähler durch die Wahlgesetze beider Länder ausgeschlossen (die meisten Wähler sind Preußen), dadurch der Ausübung eines der wichtigsten Rechte verlustig würden, wenn nicht die Versammlung eine billige Rücksicht durch die Zulassung des Gewählten üben würde. Die Versammlung entschied sich mit großer Mehrheit für Nichtzulassung. Zacharia von Göttingen berichtete für den völkerrechtlichen Ausschuß über eine Bitte des Vorstandes des deutschen Vereins in Havre, eine Unterstützung für dort befindliche hilfsbe deutsche Auswanderer zu vermitteln. Der von der Versammlung ohne Diskussion angenommene Antrag des Ausschusses ging dahin, jenes Gesuch um Unterstützung der noch in Havre befindlichen Auswanderer (etwa 1100, darunter 800 Rheinbayern) den betreffenden Regierungen zu überweisen. Der Präsident theilte darauf mit, daß aus Veranlassung der Berichte wegen Abschlusses eines Waffenstillstandes zwischen Preußen und Dänemark verschiedene Anträge ihm übergeben und die Erlaubniß zur Begründung der Dringlichkeit begehrt worden sei. Dander von Halle stellt unter Hinweisung darauf, daß die Sache von Schleswig-Holstein von der Nationalversammlung durch Beschluß vom 9. Juni sie eine deutsche Sache erklärt worden sei, die Bedingungen jenes Waffenstillstandes aber, wie sie, zum Theil in widersprechender Weise, in den Zeitungen gemeldet werden sind, die Ehre Deutschlands und die Sache Schleswigs beeinträchtigen würden, den Antrag, daß der völkerrechtliche Ausschuß sich über die Sachlage verlässigen und weiteres Bericht erstatten solle. Ein Antrag Esmarch ꝛc. geht dahin, die Nationalversammlung solle beschließen, daß mit Dänemark weder ein Waffenstillstand noch Frieden anders als durch den Reichsoberwesen und nach dem betreffenden Gesetz im Einverständniß mit der Nationalversammlung abgeschlossen werden dürfe. Bei Begründung des Antrags wies Clauſſen darauf hin, daß jene nater die Garantie von Rußland und England gestellten Bedingungen, die er als eine Schmach für Deutschland bezeichnet, von Dänemark bereits angenommen, d. h. der Waffenstillstand rauhjetzt frin soll. Ob es von Preußen gleichfalls geschehen, ob vielleicht der Austritt des Ministers Robbertus (in Berlin) damit in Zusammenhang steht, weiß der Redner nicht. Als besonders verletzend hebt er hervor, daß die gegenwärtige provisorische Regierung aufgelöst und daß sogar solche Personen, drei durch Dänemark, drei durch Deutschland bezeichnet werden sollen, während der Präsident von England bezeichnet werden soll. Der frühere Herzog von Schleswig-Holstein, König Friedrich VII. von Dänemark, hat, da er zuerst durch seine hochverrätherischen Pläne Schleswig Dänemark zu inkorporiren und dadurch die rechtliche Verbindung mit Holstein zu zerreißen, die Bande zerrissen hat, seine Rechte verwirkt, und auch eine persönliche Union liegt nicht mehr in den Wünschen und den Gesinnungen des Landes, die der Redner kennt. Durch jene Pläne hat der König von Dänemark nicht nur seine Krone verwirkt, sondern es würde ihm nicht Unrecht geschehen, wenn ihm mehr widerfuhre. Die Fortsetzung der Verbindung ist rechtlich und moralisch unmöglich unter einem Regenten, der intellektuell und moralisch auf tiefer Stufe steht. Anruhe auf der rechten Seite. Brave von andern Seiten; der Präsident erinnert den Redner, die ordnungsliebe Frage in dieser Art nicht noch verwickelter zu machen.) Könnte auch Deutschland Bedingungen, wie die von den Gerichten bezeichneten, zugestehen, die Schleswig-Holsteiner, die alles eher opfern würden, werden sie sich nicht gefallen lassen. Der Herzog von Holstein ist als solcher Unterthan der deutschen Reichsgewalt, und hat den Bund mit Krieg übergossen, ist also ein Rebell. Die dänische Krone steht mit dem baierischen Staatsinstem kaum mehr vorbehalten in höherer Weise; entweder muß der dänische Herrscher zum Lande hinaus, oder Schleswig und Holstein von Deutschland getrennt werden. Will aber Deutschland zwei schöne Herzogthümer verlieren? Hätte man in Schleswig energisch gehandelt, wie vor einiger Zeit die kleine Schweiz trotz aller Drohungen, wo dann nicht so viel zum Ziele gekommen. Der Redner verließ unter lautem Beifalle, der auch die Rede öfters unterbrach, die Bühne. Esmarch schloß sich dem erwähnten Antrage an. Wurm, entrüstet über die bekannten Gerüchte, drang gleichfalls auf entschiedene Schritte; woran die Dänen denken und worauf sie rechnen, zeigen ihre Blätter. Es hat geheißen, daß die preußische Regierung nicht unterstützt werden soll. Man nenne die säumigen Regierungen, und sie werden eine exotische Mahnung erhalten, daß sie keiner zweiten bedursen werden. Man soll auf die norddeutschen Seestädte sehen, diese haben unendlich gelitten; aber sie wollen, daß sie es getzan haben, damit Deutschlands Ehre bewahrt bliebe. Nach den bekannt gewordenen Bedingungen soll Deutschland seinen Schadenersatz erhalten, im Gegentheil soll wieder herausgezahlt werden, was General Wrangel in Jutland erhoben hat. Ist es erlaubt, daß ein Friede mit Dänemark geschlossen wird, ohne des Sundzolls zu gedenken? Es bedarf keiner Verweisung an Ausschüsse, die Nationalversammlung darf ihre eigenen Beschlüsse nicht zu Schanden werden lassen. Vogt verweist auf ein in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" abgedrucktes dänisches Schreiben eines preußischen Geschäftsträgers, v. Waldenburg's, in welchem ausgeführt sei, daß die Preußen in Schleswig nicht für Deutschlands Recht und Ehre fechten, sondern für die Sache Dänemarks, für die dynastischen Interessen des dänischen Königs gegen die herausbeschworenen Phantome einer norddänischen Republik. Der Redner bedauert, daß die preußischen Waffen sich dahnrch befleckt haben. (Sturm auf der rechten Seite.) Der Präsident: Ich glaube nicht, daß der Redner die Gesinnung eines Mitgliedes damit ausgesprochen hat. Es liegt nicht in Deutschlands Interesse, zu sagen, daß irgend deutsche Waffen sich befleckt haben. Dieses ist ein ungeeigneter Ausdruck. Als der Sturm sich endlich legte, fuhr Vogt weiter fort. Man soll separatistische Tendenzen nicht unterstützen. Er erinnert daran, daß das preußische Ministerium in der konstituirenden Versammlung in Berlin sich gegen die Konsequenzen der Besteckung des Reichsoberwesers verwahrt habe. Die Nationalversammlung hat beschlossen, daß über Krieg und Frieden der Reichsoberweser mit der Nationalversammlung beschließen solle. Alleiniger Abschluß eines Waffenstillstandes von Seite Preußens ist separatistisch. Das hätte Preußen der Zentralgewalt übertragen sollen. Der Antrag, daß der Redner neulich bezüglich der diplomatischen Verhandlungen der deutschen Staaten mit den Mächten abgelehnt sei, hat jetzt seine volle Rechtfertigung in Thatsachen, die man neulich vermissen wollte. Die brut-

sche Ehre sind allerdings auf verschiedene Weise verdauen; heute liegt der Beweis vor. Fürst Lichnowsky: Jeder in der Versammlung wird die lebhaftesten Sympathien für Schleswig-Holstein haben. Wenn aber etwas die Begeisterung dämpfen kann, so ist es die Art, wie bis vor kurzem von der Tribüne gesprochen worden ist. Ich stelle die schleswigsche Sache zu hoch, als daß ich sie in den Parteienkampf hineingezogen sehen möchte. Darin stimme ich mit früheren Rednern überein, daß Präliminarien im Gange sind, daß der Waffenstillstand vielleicht schon abgeschlossen worden ist. Die Bedingungen dieses Waffenstillstandes sind das Gesetz nicht. Niederlegung der Zentralgewalt läßt den Reichsverweser ihrer Krieg und Frieden in Einverständniß mit der Nationalversammlung beschließen. Wegen der eventuellen Möglichkeit, daß die Präliminarien zum Friedensschlusse führen können, sind wir berechtigt, darüber zu sprechen. Es ist zwischen militärischen und politischen Waffenstillstand zu unterscheiden. Ersterer ist der General Wrangel allein zu ordinären. Wegen des politischen Waffenstillstandes kann die preußische Regierung nur das Recht haben, Punktationen festzustellen, die sie zur Ratifikation hierher zu schicken. Ueber die Zurückzahlung eines Waffenstillstandes zu urtheilen, ist die Nationalversammlung noch nicht hinreichend informirt. Der Redner macht übrigens auf die Lage Schleswigs, welches durch die Ernährung von 45,000 Mann rein aufgezehrt werden wird, so wie auf die Lage der Seestädte aufmerksam, in welchen der Verdienst sich auf das Niederschlägste vermindert hat. Es soll durch den internationalen Ausschuß Instanzen an Ort und Stelle zur Berichterstattung eingezogen werden. Jordan von Berlin betrachtet die Sache noch vom Parteistandpunkte aus. Er bedauert, daß die Versammlung nicht vor vier Wochen entscheidener aufgetreten ist. Mit dem Antrag Claussen's ist der Redner aus formellen Gründen nicht ganz einverstanden. Es hieße eine Aufsehnung gegen das Gesetz voraussetzen, wenn man nochmals aussprechen wolle, was bereits ausgesprochen worden sei. Worüber noch unsichere Tagesmeinung genügen, mit dem Vorbehalte energischen Einschreitens gegen einen jeden Versuch, die Ehre Deutschlands zu beeinträchtigen. Der Redner stellt hiernach den Antrag; 1) in Anbetracht, daß bisher nur unverbürgte Gerüchte und nicht offizielle Zeitungsnachrichten vorliegen; 2) in Anbetracht, daß es gesetzlich nur dem Reichsverweser im Einverständniß mit der Nationalversammlung zusteh. Waffenstillstand oder Frieden zu schließen; 3) jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß derselbe sich gegen jeden Versuch einzelnerseits, die Ehre Deutschlands zu beeinträchtigen — zur Tagesordnung übergehen. Roß von Hamburg ist für den Antrag, die Sache zur Erläuterung an den internationalen Ausschuß zu verweisen. v. Reden interpellirt den internationalen Ausschuß, warum zwei von ihm am 14. und 23. Juni gestellte Anträge, jede Sondervertheidigung mit Dänemark für Verrath an Deutschland zu erklären, und der Absicht des Friedens die bisherigen Verträge zu beseitigen, noch nicht zur Berathung und Beschlußnahme über der Sache bis heute noch nicht zur Berichterstattung gebracht worden sind. v. Binde stellt gleichfalls nicht auf dem Standpunkt der Partei in dieser Angelegenheit und ist mit Jordan bezüglich der ersten beiden Punkte einverstanden. Man soll sich vorerst über die Sachlage vergewissern; am schlimmsten ist es, Vorwürfe auf Gerüchte zu gründen. Es sollen, wie dem Redner ebenfalls als Gerücht bekannt wurde, Correspondenzen zwischen dem Vorsteher und Preußen stattgefunden haben. Es soll nicht anzunehmen, daß ersterer vor seiner Auflösung noch Beschluß gefaßt hat. Man wird wohl den Reichsverweser abwarten. Es ist ungerecht, gegen anwesende Mächte, die man schlagen muß, zu schimpfen. Man soll der preußischen Regierung und dem Reichsverweser vertrauen. Des Vorbehalts bedarf es jetzt nicht. (Braoo von der rechten Seite.) Eisenmann verlangt sofortigen Beschluß in einer schon so vielfach berathenen Frage. Wären die Verhandlungen wirklich eingegangen, so müßte die tiefste Entrüstung ausgesprochen werden. Wie dem Redner verlässige Privatmittheilungen sagen, ist England in der Frage gegen Deutschland, dem dann nichts übrig bliebe, als ein Bündniß mit Frankreich abzuschließen. Dirk soll England angedroht werden. Die Sache wird dem Reichsverweser zu übertragen sein. Werner erklärt sich für Tagesordnung. Claussen erklärt sich einverstanden mit dem Jordan'schen Antrage, weil der Reichsverweser morgen kommt. Sobald nämlich von ihm und etwa sonstig andern Mitgliedern mitunterzeichneten Antrag Claussen's auf. Es entspann sich eine Debatte, ob zuerst über diesen oder über den Antrag auf motivirte Tagesordnung abgestimmt werden solle. v. Soiron erklärte sich für ersteres, als für den stärkeren Antrag. Die Abstimmung über die Frage, ob zuerst die Probe und Gegenprobe ein zweifelhaftes Resultat. Man beruhigte sich nun bei dem Vorschlag des Präsidenten, auch diesmal wie gewöhnlich zuerst über den Uebergang zur Tagesordnung abzustimmen. Der Jordan'sche Antrag wurde abgelehnt, das Amendement von Binde, Nr. 1 und 2 der Motive Jordan's angenommen. Die Sitzung wurde nach einigen Bekanntmachungen von Seiten des Präsidenten um 3 Uhr geschlossen, die nächste zur Berathung über den Empfang des Reichsverwesers auf morgen den 11. Juli, 9 Uhr anberaumt.

Das Festkomite der Stadt Frankfurt hat im Verein mit einer hiezu beorderten Deputation des hohen Senats ein Festprogramm zum feierlichen Empfang des deutschen Reichsoberwesers Erzherzog Johann von Oesterreich entworfen. Festzug. 1) Kavallerie. 2) Wagen des Reichsoberwesers. 3) Kavallerie. 4) Gefolge des Erzherzog. 5) Zehn Festordner. 6) Militärmusik. 7) Deputation der Bürgerschaft; acht Festordner mit zwei Fahnen. Dr. Barrentrapp hält die Anrede. 8) Schutzwachen der 14 Quartiere mit ihren Majors und den 14 Quartierfahnen. 9) Fünf Festordner. 10) Die Landbe wohner-Deputation und Schutzwachen. 11) Fünf Festordner. 1. Abtheilung der Innungen. 12) Fünf Festordner. 2. Abtheilung der Innungen. 13) Fünf Festordner. 3. Abtheilung der Innungen. 14. Die Gelangvereine. 15) Die Buchdrucker. 16) Fünf Festordner. 17) Die Künstler mit Fahnen. 18) Die Scharfschützen. 19) Die Stadtwehr. 20) Die freiwillige Jusanterie. 21) Die Linientruppen. 22) Die Artillerie. 23) Hohe Festordner im Russischen Hof. — Die Innungen nach dem Loos. 1) Dreher. 2) Scheerenschleifer. 3) Hutmacher. 4) Gärtner. 5) Färber. 6) Gürtler. 7) Gold- und Silber-Arbeiter. 8) Bäcker. 9) Weißbinder. 10) Kupferschmiede. 11) Metzger. 12) Spengler. 13) Seiler. 14) Schneider. 15) Barbierer. 16) Schuhmacher. (Festordner.) 17) Schlosser. 18) Gläser. 19) Küfer. 20) Kammacher. 21) Maurer. 22) Steindecker. 23) Hafner. 24) Schreiner. 25) Pergament- und Siebmacher. 26) Knopfmacher. 27) Bierbrauer. 28) Sattler. 29) Tapezierer. 30) Posamentierer. 31) Barbierbinder. 32) Fischer. (Festordner.) 33) Buchbinder. 34) Sächler. 35) Zimmerleute. 36) Steinmetzen. 37) Schneider. 38) Maler und Lackirer. 39) Perukenmacher. 40) Waagmeister. 41) Wundärzte. 42) Uhrmacher. 43) Schreiner. 44) Schmiede. 45) Ronditen. 46) Tuchbereiter. 47) Einzeler, Karcher und Stadtschaftwerker. 48) Zehn Festordner von Russischen Hof.

>Frankfurt, 11. Juli, 7 Uhr Abends. Heute traf etwas vor 6½ Uhr Abends der Erzherzog Johann hier ein. Kaum im russischen Hofe abgestiegen, erschien er auch schon auf dem Balkon des Gasthofes, um das unten dicht gedrängte Volk zu grüßen. Bei seiner Einfahrt sah er in einem festordnungsmäßigen Wagen, links von ihm Andrian und rückwärts noch einige Deputirte. Er wurde mit großem Jubel empfangen.

Verhandlungen des Bundestags.

70. Sitzung am 11. Juli.

Der Präsidialgesandte theilt der Bundesversammlung folgendes Schreiben des Reichsoberwesers, Erzherzogs Johann, mit: „Herr Präsident Minister von Schmerling. Ich habe Ihnen meinen aufrichtigen Dank für die Eröffnung zu bethätigen, welche Sie unter dem 29. Juni Namens der deutschen Bundesversammlung an mich haben ergehen lassen, und Sie zu ersuchen, der Vertreter dieses meines Gefühls bei der hohen Versammlung zu sein zu wollen. Das Vertrauen, mit welchem sämmtliche deutsche Regierungen, Zeugen der ihren Bevollmächtigten zu Frankfurt gegebenen Ermächtigungen, meine Person beehren, und auf dessen Ausdruck ich den entschiedensten Werth gelegt habe, erhebt und stärkt mich bei Antritt des schweren Berufs, den in schönem Einklange Deutschlands Fürsten und Deutschlands Volker mir zuweisen. Sollte es mir glücken, während der Zeit meiner Amtsführung dazu beitragen zu können, daß der Grund gelegt werde zu einer Einigung und nach Außen starken Deutschlands, und daß nur Erinnerungen des mörderischen Bruderkrieges und schöner Eintracht in allen Gauen unseres theueren und großen Gesammtvaterlandes sich an meine Reichsverwesung knüpfen, — so werde ich den Tag als den schönsten meines Lebens ansehen, an welchem sie anzunehmen ich nicht ohne schweren Kampf im Hinblick auf meine mangelhaften Kräfte mich entschlossen habe. Empfangen Sie, Herr Präsident, für sich und Ihre sämmtlichen Herren Kollegen in Bundestage die Versicherung meiner aufrichtigen Hochachtung." Wien, 9. Juli 1848. (gez.) Johann."

— Ein Schreiben des Gesandten Banks in London über Marineangelegenheiten wird zu den Akten genommen. — Durch zwei Schreiben des Präsidenten der Nationalversammlung werden der Bundesversammlung die Beschlüsse der Nationalversammlung vom 1. Juli hinsichtlich der Freierklärung in Böhmen und der von dem Bundestage bezüglich derselben bereits getroffenen Einleitungen, ferner hinsichtlich der Aufforderung an die kaiserl. österreich. Regierung, die nachständigen Wahlen zur Nationalversammlung in Böhmen unverzüglich anzuordnen und die weiteren hierauf Bezug habenden Anordnungen zu treffen, mitgetheilt. Es wird beschlossen, die kaiserl. österreich. Regierung hiervon in Kenntniß zu setzen. — Auf einen Bericht der Eingabekommission wird beschlossen, die gräfl. Bentinck'sche Streitsache über die Herrschaft Knyphausen in Oldenburg, Oldenburg. Regierung, am einen Vergleichsversuch zwischen den streitenden Theilen zu veranstalten, zu übermessen. — Der königl. hannover. Gesandte macht eine Mittheilung wegen Uebernahme der Kosten für ein vor der Mündung der Weser aufgestelltes Wachtschiff auf den deutschen Bund.

Bayerische Verhältnisse.

△ Hat die Naturalausgabe vor oder nach der Fixation aufzuhören? Nach einigen Erläuterungen hinsichtlich des Verfahrens bei der Fixation der Zehnten sagt die im Regierungsblatt erschienene Instruktion vom 17. Juni d. J. zum Wortlaut des Ablösungsgesetzes im §. 9: „Bis zum Ausgang der Sache muß der Zehnten wie bisher fortentrichtet werden." Diese Worte haben einen kleinen Sturm in der Tagespresse hervorgerufen. Man meint, sie seien im Widerspruch mit dem Gesetze, welches im §. 9 ausdrücklich alle nicht aufgrobenen Zehnten sind sofort zu fixiren. Dabei scheint man ganz zu vergessen, daß zwischen fixirt werden und fixirt sein ein Unterschied besteht, beträchtig so wie zwischen Schuld und Zahlung. Das sirirt werden ist durch das Gesetz auf ein gewisses Verfahren gebunden, welches beschleunigt, aber nicht übereilt werden soll. Sind beide Theile scheinbarer Natur, so kann es in Ausnahmefällen lange Zeit vollendet sein. Es ist aber auch möglich, daß selbe in ihren Forderungen oder Zugeständnissen weit von einander entfernt sind. In diesem Fall muß eben wie in andern streitigen Sachen verhandelt werden. Die Prüfung der Rechnungen, die gründlichen Schätzungen, welche das Gesetz vorschreibt, fordern ihre Zeit. Dabei sind Berufungen zugelassen nicht nur

an die Kreisregierung, sondern auch an die ordentlichen Gerichte. Endlich soll man noch bedenken, daß mehrere tausend Zehnten zu firiren sind und nicht für jeden sogleich eine eigne Kommission bestellt werden kann. Erst aber, wenn die im Art. 14 des Gesetzes angeschwerte Bodenzinsablgabe konstituirt ist, dann ist der Zehnten fixirt und die fixe Abgabe tritt nach Art. 10 an die Stelle desselben. Bis dahin kann demnach kürzere oder längere Zeit verstreichen; sollte während derselben der bisherige Zehntberechtigte in einen recht- oder besitzlosen Stand versetzt sein? Sollte ihm der Fortbezug seines Zehnten untersagt und der Prozeß mit der Exekution begonnen werden? Das Gesetz sagt davon keine Silbe, belästt es also offenbar bei dem, was gemeinen Rechtens ist. Dieses ist aber so lautenden Erkenntnisse der Gerichtsordnung Kap. 5 §. 8, wonach der ruhigen Besitz der Sache so lange geschützt werden muß, als nicht anderweitig ein besseres Recht darauf dargethan ist; zweitens im Tit. IV §. 8 der Verfassungsurkunde, wonach selbst für öffentliche Zwecke Niemand gezwungen werden darf, sein Eigenthum anders als nach vorgängiger Entschädigung abzutreten. Was daher die Eingangs erwähnte Zukunftion ausspricht, ist in vollkommener Uebereinstimmung mit dem bestehenden Gesetzen. Es gibt Augenblicke, welche die Früchte des Abfassungsgeistes nicht schnell genug pflücken können, und Andere, welche Jene erst noch ausschazten zu sollen glauben. Letztere mögen bedenken, daß sie damit in unsrer ohnehin aufgeregten Zeit ernste Verantwortlichkeit auf sich nehmen, beide aber, daß das Abfassungsgesetz als ein Vergleich zu betrachten sei, der den einen Theil zu Gunsten des andern zu schmerzlichen Opfern verpflichtet, desto mehr aber auch zum Schutz dessen berechtigt, was ihm noch verbleibt.

Deutschland.

Bayern. +München, 13. Juli. Die bayerischen Truppen, welche im badischen Seekreise und in Mannheim gestanden hatten, sind bereits auf dem Rückmarsch nach den ihnen angewiesenen Kantonirungen, bezüglich Garnisonen, begriffen. Sie lassen überall, wohin die Pflicht sie geführt hatte, das beste Andenken zurück. In einem Berichte aus Donaueschingen (in der „Karlsruher Zeitung") wird ihnen das ehrende Zeugniß einer tadellosen Haltung und besonders freundlichen Benehmens mit in die Heimat gegeben. Das 6. Infanterieregiment, vakant Herzog Wilhelm, wurde in die Festung Germersheim, und das 9. Infanterieregiment von dort nach Landau verlegt. — In untern Verwaltungsdistrikte des Herres wurde nebst einigen Versetzungen die Aufstellung von 33 Regimentsverwaltungsaktuaren genehmigt.

Von Seite des Bürgervereins für Freiheit und Ordnung wurde nachstehende Adresse an Se. kaiserl. Hoheit, den Reichsverweser Erzherzog Johann von Oesterreich abgefaßt und liegt zur Unterschrift sur alle Diejenigen, welche die darin enthaltenen Gesinnungen theilen, im großen Rathhaussaale auf. Die Adresse lautet: Durchlauchtigster Erzherzog, Reichsverweser! Die Worte von Eurer Kaiserlichen Hoheit vor wenigen Tagen in edler Begeisterung ausgesprochen: „Ein einiges, kräftiges Deutschland!" sie beginnen wahr zu werden, nachdem sie von der Freiheit die Weihe empfangen. Die in der konstituirenden Reichsversammlung zu Frankfurt vereinigten Abgeordneten aller deutschen Stämme haben mit richtigem Blicke die unabweisbare Nothwendigkeit erkannt, daß bei zur Vollendung ihrer Reichsverfassung eine provisorische Zentralgewalt geschaffen werde. Mit Freude haben wir ihren Beschluß, mit Vertrauen ihre Wahl begrüßt. — Ein reines fleckenloses Leben, ein warmes Herz für die Geschicke des Volkes, eine für Freiheit und Recht glühende Seele, muthig bestanden in mancher bittern Stunde der Prüfung, dieß haben dargethan, die wir in Ihnen anerkennen, geehrt Durchlauchtigster Erzherzog, Freiheit, Größe und Macht in Eurer Kaiserl. Hoheit als Reichsverweser die kräftigste Stütze gefunden haben. Schwer ist die Aufgabe, in Mitte einer sturmbewegten Zeit und all' der Gefahren, die uns umgeben, das so lange zerrissene Deutschland zu einigen, und in gesetzmäßiger Entwicklung ihm das heiligste der Güter zu sichern, die Freiheit. Aber gegen Sie mit Gott als Werk, das deutsche Volk mit seinen Gefühlen und nicht vollendet, Wahrheit, Treue und Recht sind ihm heilig. Ein solches Volk geht nicht unter! In ihm werden Sie den sichern Grundbau finden für des Vaterlandes neue Gestaltung, in ihm die Macht seines Lenkers. Berufen zu sein, diese Aufgabe zu erfüllen, ist die schönste Bürgerkrone; sie erfüllt zu haben, ein ewiges, glorreiches Denkmal, so lange deutsche Zunge klingt. Gott mit Deutschland und seinem Reichsverweser! — In tiefster Ehrfurcht ꝛc. ꝛc. ꝛc."

Regensburg, 11. Juli. In Stadtamhof kam es zwischen Soldaten unserer Garnison und Soldaten, welche aus Passau hieher verlegt wurden, zu ernstlichen Reibungen. Die nächste Volksklasse schlug sich auf die Seite der Garnison; und es kam soweit, daß die zum Rukeisitzen abgeschickten Patrouillen, insoliter nun angegriffen, von der Feuerwaffe Gebrauch machen mußten. Ein Bäcker und ein Schuhgeselle blieben todt, mehrere ein Dritter wird wohl heute noch sterben; verwundet wurden noch sechs andere Personen. Um Mitternacht war übrigens die Ruhe wieder hergestellt.

Württemberg. Bei dem württembergischen Fußvolk haben an 11. neuerdings Beurlaubungen stattgefunden, von je 20 Mann auf die Kompagnie, von den beiden Regimentern zu Ulm je 18 Mann bei der Kompagnie.

Preußen. — ⊙Berlin, 10. Juli. Die Stärke der hier und in der Umgegend versammelten Truppen wird jetzt auf 25,000 Mann angeschlagen. Am 14. sollen die jetzt in Charlottenburg stehenden Gardemannschaften hier einrücken. Auch in Potsdam stehen viele Truppen, und zu denselben sollen auch die beiden ersten Bataillone des 2. Garderegiments von Magdeburg her stoßen. Die Behörde scheint endlich einige Energie entwickeln zu wollen. Eben ist ein Belaunimachung des Polizeipräsidenten v. Bardeleben erschienen, wonach jeder, welcher Volksversammlungen unter freiem Himmel ohne vorher eingeholte polizeiliche Erlaubniß zusammenberufe oder als Redner oder Ordner bei denselben betheiligt, der Gerichtsbehörde zur Bestrafung angezeigt werde. Die Betrag der angedrohten Geldstrafe ist zu 5—50 Thlr. oder verhältnißmäßige Gefängnißstrafe angesetzt.

Oesterreich. Wien, 11. Juli. Anknüpfend an unsern gestrigen Artikel über die wenig trostreiche Lage der österreichischen Regierung konnen wir auch heute nichts Erfreuliches berichten. Der Minister-Präsident Baron Doblhoff kann seinen Kriegsminister finden. F. M. L. Graf Auersperg, welcher mehrere andere Generale haben das Portefeuille abgelehnt, Niemand will unter den Befehlen des Sicherheitsausschusses stehen und das mit Recht, denn noch kurz vor der Abreise des Erzherzog Reichsverwesers wurde er noch mit der Erklärung des genannten Ausschusses überrascht, daß Graf Stadion unter keiner Bedingung Mitglied des neuen Ministeriums werden dürfe! Der Erzherzog soll hievon schlecht erbaut gewesen sein. Man hofft übrigens mit Gewißheit darauf, daß der Reichstag den voraussichtlichen Terrorismus des Sicherheitsausschusses nicht dulden, sondern die Hauptstadt verlassen wird, und wenn dann den Wienern die Augen nicht aufgehen, so werden sie ewig blind bleiben. — Ein Mitglied der Frankfurter Deputation, Rovéaux, ist krank in Wien zurückgeblieben. Bei seiner Abreise sprach der Erzherzog Johann noch aus dem Wagen zu der versammelten Menge: „Auf baldiges Wiedersehen! Wenn ich wieder komme, bringe ich Ihnen die Grüße von ganz Deutschland mit."

Eine Deputation des hiesigen „deutschen Vereins" überreichte in den letzten Tagen Sr. kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann eine von Dr. Zimmermann verfaßte Adresse des Inhalts: die deutsche Reichsversammlung möge ihren Sitz nach Wien verlegen. Der Erzherzog nahm die Adresse wohlgefällig entgegen und äußerte sich dahin, daß er der glichen Meinung sei, weil er dann beide ihm obliegende Aemter besser ausfüllen könne. (W. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Die allgemeine österreichische Zeitung theilt einen Bericht aus Pesth vom 6. d. M. mit, aus welchem wir folgende Thatsachen anführen zu müssen glauben. — Sehr viele Illyrier haben sich den Magyaren angeschlossen und an mehr als 10 Orten die magyarische Fahne ausgesteckt. — Gay ist nicht in Agram. — Croatische Studenten unterrichten die slavonischen Bauern in der Führung der Waffen. — Die Reise des untern Banat sollte nur dazu dienen, die Gemüther daselbst zu beruhigen. Der Ausbruch der Feindseligkeiten wird dadurch nur beschleunigt werden. Die Ersteren sind 35,000 Mann stark, worunter 3 Husarenregimenter und 10,000 Freiwillige. Die Letzten dürften eben so stark sein. Ein Sieg, oder eine Niederlage legt die Ungarn in gleiche Verlegenheit. Im ersten Falle müßt man den Illyrieren die Absicht bei, die Russen zu Hülfe zu rufen; im zweiten, entsteht die Frage, wer soll sie dann geschützt? — Am 6. Mittag 12 Uhr traf eine Estaffette aus Siebenbürgen vom k. Kommissar Bay bei dem Ministerium ein, welche die authentische Nachricht brachte, daß die Russen nicht allein den Pruth überschritten, sondern sich schon vorwärts bewegt haben.(?) Die Bojaren suchten sich und fühten sich bemahe in Kronstadt mit mehr Eifer! — Die Kommerzverhandlungen beginnen sogeblich wegen der verschiedenen siebenbürgischen Anliegen erst am 10. d. M. Von Neusatz geht es, daß der serbische Minister Wuckschitsch an der Spitze der Serben stehe, und von Mehadia schreibt man, daß Fürst Bibesko abgedankt habe, daß in Bukarest eine provisorische Regierung eingesetzt und Dahomel abgereist sei.

Frankreich.

△ Paris, 10. Juli. Der Saal der Nationalversammlung hat bedeutende Veränderungen erlitten. Die Repräsentanten vom „Berge" haben ihre Plätze dahin eingetheilt, und wissen sich jetzt neue Sachen. Die Herren Bonjean, Baune und Lamoricière sind in Versailles durchgefallen. Der Tod des Generals Duvivier wird der Versammlung angezeigt, und eine Abordnung von 25 Mitgliedern bestimmt, dem Leichenbegängnisse beizuwohnen. Der Präsident kündet an, daß das Bureau der Versammlung die Verwundeten in den Spitälern besucht habe. Deren Zahl beläuft sich noch auf 1500. Sie ertragen ihre Leiden mit größter Ergebung, und werden vortrefflich gepflegt. Besonders sind die Sorgfalt der Wundärzte, Krankenwärter und Krankenwärter gerühmt. General Bedeau's Zustand flößt keine Besorgniß mehr ein. Dann werde das Defret angenommen, kraft dessen junge Leute vom 17 Jahren in das Heer als Freiwillige sollen eintreten können. Mehrere Redner, darunter General Baraguay d'Hilliers, hatten dagegen gesprochen, weil sie junge Leute nicht zu Soldaten machen wollten, sondern sie erhalten, die Strapazen eines Feldzuges auszuhalten. Allein der Marschall Lawrence hat damit nicht wüßte, was anfangen mit einer Masse junger Leute, die in den aufgelösten Nationalwerkstätten waren und nun der Gesellschaft zur Last fallen. Die Versammlung bewilligte ferner einen Kredit von 500,000 Fr. zur Unterstützung der Wohlthätigkeitsanstalten, desgleichen eine Pension von 1500 Fr. sür jeden in den Juniagen verwundeten Mobilgarden; endlich 500,000 Fr. sur geheime Polizei Ausgaben. Der Minister des Innern erklärte schon im Voraus, daß die Regierung diese Summe als unzureichend erkenne, sich aber vorbehalte, seiner Zeit einen neuen Kredit zu erlangen. Jeden Monat soll aber die Verwendung der bewilligten Gelder Rechnung gelegt werden. So weit war man bis Postschluß gekommen.

*** Paris, 10. Juli. Man sagt gegenwärtig an, Betrachtungen über die Art und Weise zu machen, wie die Untersuchungen über die Juniereignisse geführt werden. Manche unzufrieden ist man mit dem Verfahren, daß erst sämmtliche Verhaftete, gleichviel ob mehr oder minder schuldig — die „Gazette des Tribunaux" spricht von 14,000 — zuerst sämmtlich von den Instruktionsrichtern verhört werden sollen, bevor sie den Kriegsgerichten zur Aburtheilung übergeben werden. Auf diese Weise würde die Untersuchung nur mit der Belagerungsstand 10 Monate dauern! Man ist einig, daß die Volksführer ohne Unterschied ihres Standes streng bestraft, die Verführten aber, die Minderschuldigen amnestirt werden sollen. — Am nächsten Donnerstag läßt die Frist ab, bis zu welcher die Kautionen für die Journale zu erlegen sind, wenn dieselben noch ferner erscheinen sollen. Proudhons Journal „der Volksrepräsentant" hat aufgehört zu erscheinen. Zu der Vorstadt St. Antoine, und andern Theilen der Stadt, die meistens von Arbeitern bewohnt sind, werden unfreiwede Gerüchte ausgestreut über die Behandlung der Gefangenen, sowie daß Viele bereits aus Elend gestorben, Viele heimlich bei Nacht hingerichtet worden seien.

Spanien.

Madrid, 5. Juli. General Graf Minasol hat heute seine Stelle als Generallapitain von Madrid angetreten. — Das Defizit der San Fernandobank beträgt nicht mehr als 20 Millionen Realen in Baarem und Werthen. Die Bank ist vollkommen im Stande alle ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen.

Im Widerspruch mit den Angaben der Gaceta von Madrid meldet die zu Bordeaux erscheinende „Guienne" daß Cabrera den königlichen Truppen 3 Legoas von Barcelona ein Treffen geliefert und sie völlig geschlagen habe. Nähere Nachrichten fehlen. Das „Memorial der Pyrenäen" meldet vom 30. d. v. M., daß Cabrera auf den Höhen von Monseny 10 Leguas von Barcelona stand, und so wäre es allerdings möglich, daß er die zum 6. Juli sich Barcelona bis auf 3 Legoas nähern konnte.

Rußland und Polen.

⊙ Einem Berichte aus St. Petersburg (aus den ersten Tagen d. M.) entnehmen wir folgende Mittheilungen, die einerseits zur Berichtigung der jüdlich unternommenen Gerüchte über die Unruhen in der Hauptstadt des russischen Reiche, andrerseits zur Charakterisirung der dortigen Verhältnisse und der persönlichen Stellung des Kaisers seinem Volke gegenüber einen nicht unwesentlichen Beitrag liefern: „Auch bei uns in St. Petersburg hat's einige Tag lang unruhig angesehen, obgleich die Unruhen durchaus ohne allen politischen Charakter blieben. In Folge des Umstandes, daß von den in den ersten Tagen nach den Ausbrüchen der Cholera in Krankenhäuser Verbrachten bei weitem die Meisten starben und zwar meist sehr schnell starben, hatte sich unter dem gemeinen Volke der Wahn verbreitet, das Gränzzoll auf dem Markte und die Brunnen seien vergiftet und die Kranken wurden in die Hospitäler gebracht, damit sie desto schneller sterben sollten. Der Pöbel sammelte sich auf den Straßen in bedrohlichen Massen, und man sprach allgemein von einem auf den 2. Juli (neuen Styls) verabredeten Sturm auf die Cholerahospitäler. Sogleich wurden die zum großen Theil im Sommerlager ausgerückten Garden, etwa 40,000 M., zurückzuberufen, in allen Straßen Wachtpikets ausgestellt und Kanonen aufgefahren, und so das Volk von seinem thörichten Vorhaben abgehalten. Der Kaiser benimmt sich trefflich. Täglich besucht er die Stadt und die Krankenhäuser, wo es am Gefährlichsten aussieht. Neulich wurde ein unschuldiger Cigarrenmacher auf dem Markte vom Volk aufgegriffen, weil er Grünzeug vergiftet haben sollte. Der Pöbel wollte ihn zerreißen. Es gelang, ihn in das Winterpalais zu retten, indeß soll er am nächsten Tage in Folge der erlittenen Mißhandlungen gestorben sein. Den Tag darauf ließ der Kaiser drei der Rädelsführer dieser Attentate auf denselben Markte in seiner und des Volkes Gegenwart aufpfetschen. Sie wurden überdem lebendslänglich unter die Soldaten gesteckt und der Kaiser droht in einer an das Volk gerichteten Anrede denen, die etwas Aehnliches wieder versuchen sollten, mit härteren Strafen."

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 10. Juli. 5proz. Metall. 71¼, 4proz. 64, 3proz. 42, 2½proz. 37. 1834r 500 fl.-Loose 114. 1839r 250 fl.-Loose 77. Bankaktien 1060, Nordbahn 103½. Ungarisch 91. Venetig-Mailand 61. Livorno 69¾. Pesth 61. Siena 53. Arminenbahn 95.

Berlin, 10. Juli. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Sorte. St. Schuld-Sch. 73¼ B., 73½ G. Seeh. Präm.-Sch. 88⅛ B. 88 G. Westpreuß. Pfandbr. 76½ B. 76½ G. Großherzogl. Posen. Pfandbr. 4proz. 99 G., 3½proz. 77½ G. Pomm. Pfandbr. 89½ B., 88½ G. kur- u. Nm. Pfandbr. — B., 88½ G. Pr. Bk.-Anth.-Sch. 81¼ B., 80½ G. Friedrichsd'or 13¼ B., — G. Ausl. Goldm. a 5 Th. 12½ B., 12¼ G. Disconto 5½.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 83½ G. Berl.-Hamburg. 59 G. Berl.-Stettin-Stargarder 82½ a 83 bz u. G. Berl.-Potsdam-Magd. 46½ a 45½ bz. Magd.-Halberstadt 86½ a 87 bz. Halle-Thüringer 49¼ bz. 49½ B. Köln-Minden 74½ bz. 73½ G. Köln-Aachen 53 bz. Düsseld.-Elberfeld 63 G. Niederschles.-Märk. 68½ a 69 bz. Oberschles. A. 80½ a ¼ bz u. B. 80 G. B. 80½ B. 80 G. Real.-Oberschles. 36 bz. Berg.-Märk. 48 G. Stargard-Posen 63 a 62½ bz. B. G.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. B. 80½ bz. u. G. Starg.-Posen — G. Magd.-Wittenberg 43½ a ½ bz. u. G.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 83 bz. Berlin-Hamburg. 85½ G. Berlin-Potsdam-Magdeburg. 4proz. 81½ bz. Halle-Thüringer. 4½ bz. Köln-Minden 86½ bz. Nh. Stamm-Prior. 61¾ a 62 bz. Niederschlesisch-Märk. 4proz. 78½ bz. 78 G. 3proz. 59½ bz. 58½ Geld. Serie 86 bz. Zweibahn 3proz. 63 G. Köln-Derdorfer 87½ G. Stette-Bahnhof —.

Paris, 10. Juli. 3proz. 49.—, 4proz. —, 5proz. 77.25. Sächsisch. 14. Bankaktien 1620. Compt. von Algier —. Belg. 5proz. 77.—, 4½proz. —. Belg. Lanl — Neap. 5proz. 73.—. Röm. 62.50. Piem. —. Berl.-Hamburg. 5proz. 106. Paris-Orleans 690.— Rouen 505.— Lyon 330.— Straßburg 363 75. Nordbahn 375.—. Mars-Avignon 247.50. Straßb.-Basel 97.50. Ord.-Bordeaux 405.—. Tours-Nantes 350.—.

Madrid, 5. Juli. 3proz. 20½, 5proz. 20½, 6proz. 12½, 3proz. 12½. Pass. 4½, 5proz. 4½. Coup. 8 5. Provis. Lit. 3½, 5proz. 4½. Wechselkurse: Paris 4—27 fl., London 42—50 fl.

J. P. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag, 14. Juli: „Die Karlsschüler", Schauspiel von Laube.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. Gerten, Kaufmann von Berlin. Nestrom und Wahmiller, Rentiers aus England.

Hotel Maulé. v. Viali, Rentier von Verona. v. Darmoni, Sekretär von Paris. Schüle, Privatier von Augsburg. Stolz, Privatier aus Innsbruck.

Gold. Kreuz. Guerra, Advokat von Verona. Dublin, Privatier von Langenbach.

Blaue Traube. Neumann, Weinhändler von Würzburg. v. Bachler, Partikulier von Memmingen. Reichel, Amtsrath von Leipzig. Mad. Schaffer, von Stuttgart.

Stachusgarten. v. Roier, Privatier aus Schlesien. Baum, Advokat von Stadt Remnath.

Gestorbene in München.

Johanna Müller, königl. Straßen- und Wasserbau-Direktorswittwe, 74 J. a. Klemens Oefele, Schuhmachergeselt von Thalkirchen, 19 J. a. Christoph Appel, Gendarm von der königl. Stadt-Gendarmerie-Kompagnie, 28 J. a. Maria Anna Dyrowsk, Klavierzeugmeisterstochter, 32 J. a. Jakob Kreichauf, Sergeant von der Garnisonskompagnie Rosenheim, 48 J. a. Wolfgang Attnglessen, verk. königl. Beichtzaglschmied, 68 J. a. Franz Paul Schmaller, Steuerkatasterfunktionär, 52 J. a.

Verkauf eines großen Hauses.

18. (3a) Ein großes, solid gebautes, gegen Morgen gelegenes Haus in der Ludwigsstraße, mit Stallungen und Remise, mit ebener Erde vierstöckig, ist aus freier Hand zu verkaufen. Ein Drittel des Kaufschillings kann auch in 3½prozentigen bayerischen Staatsobligationen (mit Annahme höheren als des laufenden Kurses) entrichtet werden. D. Uebr.

Ediktalladung.

Die Pfründnerin Barbara Weber zu Tautenhach ist mit Hinterlassung eines mit ihrem schon früher gestorbenen Ehemann, Dominikus Weber, gemeinschaftlich errichteten Testamentes gestorben. Behufs der Kenntnißnahme von Seite dem Gerichte unbekannter Testamentä- oder Intestat-Erben wird hiemit bekannt gemacht, daß zur Testamentspublikation auf

Samstag den 5. August d. Js.
Vormittags 9 Uhr

Termin anberaumt sey.

Insoferne werden auch alle jene, welche an die Rücklassenschaft der Barbara Weber aus was immer für einem Titel Ansprüche machen zu können glauben, aufgefordert, innerhalb 30 Tagen vom Tage der gegenwärtigen Einrückung bei Vermeidung der Nichtberücksichtigung des Auseinandersetzung dieser Verlassenschaft, hierorts gefällig zu machen.

Bemerkt wird, daß man bei der Behufs der Ausfindigmachung der unbekannten Erben vorläufig erfolgten Oeffnung des Testamentes wahrgenommen, daß in den staatlichen Testamente über verhältnißmäßig bedeutende Summen verfügt sey, während nach den bisherigen Erhebungen die Verlassenschaft der Barbara Weber außer einigen unbedeutenden Kleidungsstücken nur mehr noch aus 25 fl. bestehen soll. Wer daher etwas zur besagten Verlassenschaft Gehöriges besitzt, wird aufgefordert, selbes binnen der genannten Frist anher zu übergeben oder anzuzeigen.

Schloß St. Mang zu Füßen den 8. Juli 1848.

Frhr. v. Ponikau'sches Patrimonialgericht
I. Klasse St. Mang.
Kondera,
Patrimonialrichter.

Lest, Coll.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Der Empfang des Erzherzogs Reichsverweser zu Dresden, Leipzig und Frankfurt.

** Der Erzherzog Reichsverweser hat auf seiner ganzen Reise bis Frankfurt überall einen seiner würdigen Empfang gefunden. Von Dresden war ihm der König von Sachsen, begleitet von dem Staatsminister v. d. Pforten, um 5 Uhr früh schon am 10. auf der sächsisch-schlesischen Eisenbahn bis Löbau entgegengereist. Inzwischen bereitete sich zu Dresden selbst Alles zum festlichen Empfange vor. Die ganze Burgerwehr mit der Garnison aller Waffen bildete Spalier von Bahnhof bis zum königl. Schlosse. Zum ersten Male erblickte man die sächsischen Fahnen mit den deutschen Farben geschmückt. Deutsche und sächsische Fahnen wehten aus allen Fenstern, sogar aus der Gardeharfene wehte das deutsche Banner. In der Eisenbahn-Restauration waren die Prinzen des königl. Hauses, die Minister, das diplomatische Corps, die Landstände u. s. w. versammelt, und endlich um 9 Uhr verkündete Kanonendonner und Glockengeläute das Herannahen der mit Blumenkränzen und Fahnen geschmückten Locomotive, welche den Wagenzug mit dem Reichsverweser und dem König führte. Vom Bahnhofe fuhren beide Fürsten im offenen Wagen und unbedeckten Hauptes, überall von jubelndem Zuruf begleitet, langsam nach der Stadt, vor dem Wagen eine Escadron Reiter, auch demselben die Schwadron der reitenden Burgerwehr mit ihrer Standarte. Bald nach der Ankunft im Schlosse erschien der Reichsverweser auf dem Balcon an der Seite des Königs, beide empfingen den nun tausendstimmigen Jubel der unten versammelten Volkes. Die Gesangvereine mit ihren Fahnen trugen drei Festlieder vor. Die freundliche einnehmende Persönlichkeit des Erzherzogs hatte ihm schnell alle Herzen gewonnen. Nach zweistündigem Aufenthalte reiste der Reichsverweser begleitet vom König und dem Staatsminister Dr. Beaun mit einem Extrazuge nach Leipzig weiter. Die Ankunft dort erfolgte um 2 Uhr. Gleicher Jubel, gleiche Freude der schon seit lange harrenden Menge. Vor dem Bahnhofe waren die Besatzung, die aus der Umgegend herbeigezogenen Truppen, die Communalgarde, Burgerwehr, Turner, Scharfschützen, Künstler u. s. w. aufgestellt. In einem mit schwarz-roth-goldenen Stoffen ausgeschlagenen Zelte hatten die Deputationen des Stadtraths, der Stadtverordneten, der Universität, der obern Behörden sich zum Empfange versammelt. Auf die Anrede des ältesten Magistratsmitgliedes Reg.-Raths Demuth entgegnete der Erzherzog, daß er zum ersten Male Leipzigs geschichtlichen Boden betrete, wo Deutschlands Befreiung ausgefochten worden. Dann verpieß er, die letzten Kräfte seiner sinkenden Tage mit dem redlichsten Eifer der Lösung der durch das Verlangen des deutschen Volkes ihm übergegangenen schwierigen Aufgabe widmen zu wollen, er vertraue dabei für das Gelingen des großen Werkes auf die Unterstützung Aller, das Alle dazu sich mit ihm verbinden wurden. Zuletzt mahnte er zur Eintracht und Sohne alle Anwesenden waren von den ehrenden und fast als herzlich gesprochenen Worten tief ergriffen, viele bis zu Thränen gerührt. Stadtrath Seeburg begrüßte den König und brachte ein tausendfach erwidertes Hoch auf ihn aus, worauf der König sichtlich ergriffen mit der Versicherung dankte, daß er stets nur das Glück und Wohl seines Volkes wollen werde, und alle seine Zeiten auf Leipzig ruhen. Wie früher im Deutschlands Interessen sein, beweise seine heutige Anwesenheit hier. Bei der Tafel unter dem Zelte, wo 30 Gedecke bereit waren und auch die Herren der Frankfurter Deputation Platz nahmen, brachte der König das erste Hoch: „dem deutschen Reichsverweser, dem Erzherzog Johann von Oesterreich!“ Und in den gewaltigen Jubel mischte sich bestimmend der Donner des Himmels und mit einem Male über die Gebäude hinziehende Gewitter, ein gutes Omen nach der Meinung der alten Romer. Der Reichsverweser antwortete mit dem Toast: „Auf das Wohl meines alten Freundes Ihres Königs, er lebe hoch!“ der gleichfalls mit allgemeiner Begeisterung aufgenommen ward. Weitere Toaste galten der constituirenden Nationalversammlung und deren anwesenden Mitgliedern (vom Bürgermeister der Stadt verordneten) und der Stadt Leipzig (vom Präsid. v. Kirchbrian). Nachher sprach auch noch Dr. Schilling auf sein einige Worte. Als dieser mit der Entschuldigung begonnen, daß er an einer Tafel, nachdem erlauchte Fürsten gesprochen, das Wort nehme, nachte der Reichsverweser eine abwehrende Handbewegung und sagte: Hier gilt keine Etikette. Dr. Schilling brachte die Grüße Wiens, und sprach die Ueberzeugung aus, daß die allgemeinen Hoffnungen sich Deutschland schnell verwirklichen werden, wenn es überall so wie in Sachsen. Des Königs Streben gehe mit dem des Volkes Hand in Hand, und das Volk wisse seinen König zu ehren, und das Volk ehre seinen König. Er schloß mit einem Lebehoch auf das sächsische Volk! So war der Empfang in ganz Sachsen überall einem Triumpfzuge gleich. Die Ankunft zu Frankfurt a. M. am 11. Abends wurde durch Geschützdonner und allgemeines Glockengeläute der harrenden Menge verkündet. Endlich erschien der Oesterreicher, empfangen von den Klängen der Musik, von dem tausendstimmigen Jubel und Willkommen des Volkes, dem Wehen von Tausenden von Tüchern der alle Fenster füllenden Frauen. Vielfeitig wurden auch Blumenkränze dem Erzherzog zugeworfen. So ging es dann in langsamem Zuge dem russischen Hofe zu, wo der Präsident der Nationalversammlung mit einer Anrede ihn bewillkommte (welche wir morgen nachtragen werden) und auf welche der Reichsverweser folgende erwiderte: „Ich danke Ihnen, meine Herren, für den Empfang. Als ich die Nachricht von der Wahl meines Volkes bekam, war ich erstaunt, daß mein großes Vaterland, das große Deutschland in meinen alten Tagen an mich einfachen Mann gedacht hatte. Es gibt Anforderungen an den Menschen, bei welchen er nicht schwanken darf, in welchen Lagen und in was immer für Verhältnissen er sich befinden mag. Wenn das Vaterland ruft, so ist es Pflicht, seine letzte Kraft, seine letzten Jahre demselben zu weihen. Dies hat mich bewogen, Ihren Ruf anzunehmen, um mit Ihnen das große heilige Werk zu vollenden. Da habt Ihr mich, ich gehöre zu Euch.“ Der Eindruck, den diese Worte hervorbrachten, läßt sich unmöglich beschreiben. Vom Balcon aus richtete der Erzherzog noch Worte des Grußes und der Verbrüderung an die unten versammelte Menge, abermals von unendlichem Jubel begrüßt. Dann fand der feierliche Aufzug nach dem gestern mitgetheilten Programme statt. Um 10 Uhr Abends wurde ihm noch ein glänzender Fackelzug von mehr als 2000 Theilnehmern mit Musik und unter Mitwirkung der Gesangvereine dargebracht. Am 12. Vormittags 11 Uhr, gerade an dem Tage, wo vor 42 Jahren der Rheinbund geschlossen worden war, fand die feierliche Einführung des Reichsverwesers in die Reichsversammlung statt. Das Nähere darüber müssen wir uns auf morgen vorbehalten. Nachdem der Präsident v. Gagern den Erzherzog-Reichsverweser willkommen geheißen, und der Schriftführer Biedermann das Gesetz über die provisorische Centralgewalt vorgelesen hatte, fuhr der Präsident fort: „Im Namen der Nationalversammlung ersuche ich von Ihnen Ihren Eid zu leisten.“ Hierauf die wiederholte Erklärung in dem Sinne der Ihnen gestern gelegte Vertrauen lege. Indem ich hiermit das Amt eines Reichsverwesers ausübe, wiederhole ich die Erklärung, daß ich das Gesetz über die Gründung der provisorischen Centralgewalt, welches mir so eben vorgelesen worden, halten und halten lassen will, zum Ruhme und zur Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes. Ich erkläre zugleich, daß ich mich diesem Amte angewiesen widmen, und ungesäumt Sr. Maj. den Kaiser ersuchen werde, mich nach der von mir bereits zugesicherten Eröffnung des Reichstages von der weitern Stellvertretung in Wien zu entheben.“ — Nachdem er geendet, verließ er unter endlosem Hochrufen den Saal, geleitet von der Deputation und einer großen Anzahl anderer Abgeordneter. Damit endigte gegen 11½ Uhr die Sitzung.

Bayerische Verhältnisse.

** Bei der Schnelligkeit, mit welcher jetzt seit der Errungenschaft der Preßfreiheit das Wort vom Munde in die Presse wandert, jeder Wunsch, jede Ansicht in dieser ihren Ausdruck sucht und findet, ist es begreiflich und in einem gewissen Grade zu entschuldigen, wenn die angesprochenen Ansichten und Urtheile nicht immer den Stempel ruhiger, sorgfältiger Erwägung und Untersuchung der Dinge an sich tragen. Wenn daher im großen Sprechsaal der Tagespresse, wo neben den Berufenen auch so viele Unberufene sich in die Debatte mischen, zuweilen Irrthümer und Verstehen mit unterlaufen, so ist darauf kein allzugroßer Werth zu legen. Aber im Interesse der Sache, der Sprechenden und insbesondere auch im Interesse der Presse selbst, deren Freiheit es ein sorbares Gut als wahrhaft am Herzen liegt, müssen wir uns wünschen, daß im gereiften Verhältnisse mit der zu zunehmenden Freiheit des Wortes auch das Gefühl der innern Verpflichtung zur besonnensten Prüfung und strengsten Wahrhaftigkeit allgemein durchdringe. Denn gerade darin, daß die alten Fesseln gefallen sind, daß die Möglichkeit zu ungerechtem Tadel und Angriff sich außerordentlich erweitert findet, wird der gewissenhafte Ehrenmann eine um so dringendere Aufforderung erblicken, sich nicht zu unbesonnenem Tadel und Angriff unbedachtsam verleiten zu lassen. Sein sittliches Gefühl und sein Gerechtigkeitssinn werden ihm sagen, daß es nun an ihm ist, sich selbst aus freiem Antriebe das Claffischen gewisser Schranken aufzuerlegen, in die er früher von einer äußern Gewalt sich eingezwängt sah. Nur wenn jeder, der in öffentlichen Angelegenheiten, über Personen und Dinge, ein Wort mitsprechen will, sich ganz von dieser Notwendigkeit durchdrungt, und dornach seine der Oeffentlichkeit bestimmten Worte bemißt, nur dann kann der Presse wirklich eine positive moralische Kraft, das Ansehen, die Achtung und der Einfluß zu Theil werden, die sie anstrebt, die ihr aber großentheils durch ihre eigene Schuld noch vielfeitig abgehen. Nur dann kann sie eine wirklich corrective Einrichtung sein, auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten, auf die Gesetzgebung des ganzen Staats- und Volkslebens üben, wenn sie selbst wahrhaft frei wird. Wirklich frei aber wird sie nur, wenn sie selbst von den Schlacken, die dem edlen Metall anhängen, sich zu reinigen weiß, wenn sie das Unkraut, das sie im eigenen Schoße birgt, von sich ausjätet, wenn sie sich der Herrschaft oder besser gesagt der Tyrannei selbstsüchtiger Leidenschaft und ungeordneter Triebe entzieht, wenn sie gleichmäßig kämpfend gegen jeden revolutionären Absolutismus, komme er von oben, oder von unten, den alein festen Boden der konstitutionellen und also organisch-gesetzlichen Entwicklung zu bahnpfaden weiß.

Achtung wird immer fallen, wer Achtung verdient, vor Allem muß man sich selbst achten, um von andern geachtet zu werden, doch ist für die Presse eben so wahr als in jeder andern Beziehung.

Die Presse hat das Recht und die Aufgabe, mit unparteiischer Gerechtigkeit und nach bestem Wissen und Gewissen die Maßregeln der Regierung kritisch zu beleuchten, aber sie hat auch die Pflicht, sich dabei von dem bezeichneten Gesichtspunkte leiten zu lassen, auf daß wo sie tadelt, auch das Streben nach Wahrheit und wirklichem Fortschritt zum Besseren erkichtlich werde. Vorschnelle Beschuldigungen, wie sie häufig jetzt vorkommen, werden dann allmälig seltener werden in dem Maaße, als das ernste und redliche Streben nach allseitiger und gerechter Erforschung und Beurtheilung der Dinge entschiedener sich geltend macht, dann wird es auch nicht mehr vorkommen, wie neuerlich z. B. es wieder geschah, daß man es blos der Vorliebe des betreffenden Ministers für eine besondere Waffengattung zuschreibt, wenn eine Maßregel zur Verbesserung irgend einer Waffe getroffen werde. Diese Maßregel war mit einer Verbesserung in unserm Heerwesen seit Jahren schon beabsichtigt und erörtert worden, und schon bei dem Armeebefehl vom 31. März d. J. zum Vollzug bestimmt, wurde aber wegen des Geschäftsdranges erst unter der Verwaltung des jetzigen Kriegsministers als Nachtrag zu jenem Armeebefehl bekannt. Wenn ein Minister wahrscheinlichen Besorgnissen und Wünschen Rechnung trägt, ihnen entgegenkommende Berücksichtigung zu Theil werden läßt, so scheint darin eine absolute Anerkennung nicht zu liegen. Man hat über Mangel an öffiellen Mittheilungen über die fernere Bestimmung und Aufstellung der bayerischen Truppen in Baden geklagt zu einem Zeitpunkte, wo über diese erst in Frankfurt zu entscheiden war, dies nicht einseitig von München aus geschehen konnte. Manchmal werden auch Klagen laut, die, wenn man ihnen kurzweg willfahren wollte, zu Consequenzen führen könnten, von denen die Urheber derselben sich wohl nicht hinreichend Rechenschaft gegeben haben. So wird man es wohl zu geben müssen, daß es als eine sehr bedenkliche Cabinetsfrage betrachtet werden müsse, wenn ein Minister einen Beamten, gegen dessen dienstliche Geschäftsführung keine Beschwerde vorliegt, schon darum seines Amtes entsetzen wollte, weil angreifende Stimmen gegen denselben laut geworden sind, Anschuldigungen, worüber ihm die Untersuchung nicht zusteht, aber deren Grund oder Ungrund er sich jedes Urtheils enthalten muß, so lange nicht bestimmte Thatsachen vor aller Welt unwidersprochen und förmlich festgestellt sind.

Als eine andere störende Erscheinung unserer Zeit dürfen wir auch noch jene sich selbst überstürzende Hast bezeichnen, womit man jeden irgend auftauchenden Wunsch und Gedanken, selbst ohne daß die Zweckmäßigkeit noch hinreichend erwiesen wäre, sogleich in Fleisch und Blut verwandelt sehen möchte; jene Geringschätzung alter geschichtlichen und rechtlichen Grundlagen, ohne welche nicht Stetigkeit und Dauerndes entstehen kann, und jene so vielfältig hervortretende Neigung, bei jedem Irrthum und Verdrusse mit dem Bestehenden fast mit dem Fundamente zu beginnen. Daher kommen auch jene ungestümm drängenden Forderungen an die Regierung, Reformen von der höchsten Wichtigkeit, welche tief und folgenreich in alle Gebiete des bürgerlichen und militärischen Lebens eingreifen, wie z. B. Abänderungen des Heeresergänzungsgesetzes, der militairischen Strafgesetze, ja der gesammten Heeresorganisation, eine neue Organisation der Kriegsschulen u. s. w., als schnellstens zu machende Angelegenheit zu improvisiren; daher auch jene übrigen Klagen, daß die Minister nicht auf der Höhe ihrer Zeit stehen. Man vergißt nur dabei, daß auch mit dem besten Willen das Naturgemäße und Bleibende weder hervorgezaubert noch mit einigen gewaltsamen Handgriffen gemacht werden könne; sondern daß es aus gesundem Samenkeime hervorwachsen und in gut vorbereiteten Boden fest wurzeln muß. Wir hoffen, daß diese Wahrheiten auch in unserer Presse immer allgemeinere Anerkennung und Beobachtung finden werden; wir hoffen dies um so mehr, als wir gerne glauben, daß manchen irrigen Auffassungen nicht nur kein böser Wille, sondern sogar ein recht gut gemeinter Eifer für das gemeine Beste als Triebfeder zu Grunde liegt.

Deutschland.

Oesterreich. — △ Wien, 11. Juli. Gestern hatte der erste Zusammentritt des constituirenden Reichstags statt, nachdem mehr als die Hälfte der gewählten Abgeordneten bereits als eingetroffen sich gemeldet hatten. Auch hier schieden sich die Parthein sogleich nach der nun einmal von Frankreich aus auf uns übertragenen Weise: als Hauptresultat ergab sich sogleich, daß die Linke stärker vertreten ist als die Rechte. Auf der äußersten Rechten sitzen vorzüglich die galizischen Abgeordneten, hervorstechend durch ihre eigenthümliche Bauerntracht. Viele von ihnen können nicht schreiben, noch verstehen sie deutsch. Auch sind aus Galizien in polnischer Sprache Wahlprotolle eingekommen. Aus letzterm Umstande erwächst übrigens keine Schwierigkeit. Ein anderer Theil der Galizier sitzt im Centrum. Auf der Linken und äußersten Linken erblicken wir mehrere der Wiener Abgeordneten, wie Fischer, Dr. Schwarzer, Dr. A. Bach, Dr. Fischhof, auch mehrere Geistliche. Auf Antrag des Ministers Führn. v. Doblhoff übernahm Professor Kudler als Alterspräsident einstweilen den Vorsitz. Als Vicepräsidenten wurden Fabrikant Joh. Weiß und Hr. Jac Mannheimer angenommen, und als provisorische Schriftführer traten die sechs jüngsten Mitglieder, HH. Purtscher, Geier, Rosbaud, Demel, Brandl und Kudlich ein. Hr. Dr. Mannheimer, israelitischer Prediger hier, hatte die ihm zugedachte Stelle als Vicepräsident abzulehnen wollen, aber die einhellige Stimme der Versammlung und namentlich das Zureden mehrerer katholischen Geistlichen, darunter Fischer, bewogen ihn endlich zur Annahme. Man will es, man wunscht es, rief ihm Dr. Fischer zu, und so nahm er denn unter allgemeinem lebhaften Beifalle seinen Sitz ein. Der Alterspräsident richtete einige angemessene Worte an die Versammlung, in denen er unter anderm sagte: „Ich bin zwar ganz unvorbereitet, aber der feierliche Augenblick soll mich begeistern, der uns gegenwärtig erfaßt. Wir stehen gegenwärtig an der Schwelle einer neuen Zeit, wir haben eine große Aufgabe: ein edles und großes Volk, wenn auch aus verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzt, sieht mit Hoffnung auf uns. Mögen wir unsere Aufgabe würdig erfüllen, möge die Vorsehung uns dazu stärken. Ich kann nie und mitkommen heißen in diesen Hallen, bis über das Schicksal Oesterreichs entschieden." Nachdem zuvor daher Hr. Mecharsky von Tarnow Ausstellung eines Cotmetzheres für die bewaffneten Sprache nicht machtigen galizischen Abgeordneten beantragt. Ein Abgeordneter der Rechten unterzog sich für diesmal diesem Amte. Die deutsche Sprache hat schon in dieser vorbereitenden Sitzung einen entschiedenden Sieg errungen. Als ein Abgeordneter der Linken italienisch zu sprechen begann, tonte ihm der allseitige Zuruf entgegen: „deutsch! deutsch!" und dann der Präsident zur Beachtung der Weisung von neun Ausschüssen verschlug, so daß die eine Abtheilung immer die Wahlen der Mitglieder der andern zu untersuchen hätten, wurde von anderer Seite bemerkt, viele Abgeordnete seien des Schreibens nicht kundig, weshalb die Wahl durch Stimmzettel nicht wohl angehen werde; auch seien die Wahlprotokolle aus Galizien in polnischer Sprache geschrieben; die der deutschen Sprache kundigen Herren Abgeordneten mochten dafür in einem Ausschusse verwendet, und einer jeden eine verhältnißmäßige Zahl nicht deutsch sprechender Abgeordneten beigegeben werden. Hierin der Präsident trat mit ehrenwerther Festigkeit für die deutsche Sprache in die Schranken. Ich führe seine Worte hier vollständig an: „Ich glaube — sagte er — daß auf die Sprachverschiedenheit gar kein Bedacht genommen werden soll, und zwar nach dem Vorbilde anderer konstitutioneller Staaten, wo man geradezu fordert, daß Jeder, der Deputirter, Abtegat oder Mitglied eines Senates ist, die Sprache in der verhandelt wird, verstehe. Hier macht es nur einen Unterschied, daß Wahlprotokolle in polnischer Sprache geschrieben sind, die deutsche abgefaßt sind, und deswegen glaube ich, soll man keine Ausnahme machen." Nachdem er noch auf Frankreich, England, Nordamerika, Ungarn hingewiesen, wo auch jeder Abgeordnete nur in der gemeinschaftlichen Landessprache sich aussprechen darf, beantragte er noch, daß in Fällen, wo Wahlprotokolle in einer fremden Sprache abgefaßt sind, einige dieser Sprache mächtige Mitglieder sich melden mögen, um sich nach dem Laufe in die Abtheilungen zu begeben, wo sie sich befinden, um sie in deutscher, unter welcher auch die nicht deutsch sprechenden Mitglieder sich befinden, wurde dieser Vorschlag angenommen. Als aber zur Verloosung der neun Abtheilungen geschritten werden sollte, zeigte sich, daß nicht die zu Fassung eines gültigen Beschlusses nöthige Anzahl von Mitgliedern vorhanden war. Die Gesammtzahl aller Abgeordneten beträgt nämlich 383, die absolute Majorität also 192, es waren aber nur 190 zugegen. Man kam daher dahin überein, die vorbereitende Sitzung bis morgen zu vertagen, und die heute nicht erschienenen, aber bis schon anwesenden Abgeordneten, etwa 30 an der Zahl, zum pünktlichen Erscheinen einladen zu lassen. Also ist schon jetzt so viel gewiß: das deutsche Element wird die Oberhand behaupten in der Versammlung, deutsche Sprache wird die Parlamentssprache sein; aber eine minder erfreuliche Wahrnehmung ist, wie die Ultrad der äußersten Linken — und mit Bedauern erblicken wir unter ihnen auch Hrn. Dr. Schwarzer, einen Mann, dem wir mehr praktischen Takt und politische Einsicht zugetraut hät en — sich die Sinnesverwandten in den Versammlungen zu Frankfurt und Berlin zum Muster nehmen, ja diese sogar noch überbieten zu wollen scheinen. Hören Sie, wie heute Dr. Schwarzer in unbegreiflicher Begriffs- und Ideenverwirrung über Stellung und Aufgabe der constituirenden Versammlung in seiner Adr. Oesterr. Zig. sich ausspricht. „Diese Versammlung hat — muß die Verantwortung voll, die Administration, mit den Ministern theilen, Interpellation der parlamentarische Weg sein (Sie sehen die Nachäfferei des Berliner Musters), auf welchem sie dem Ministerium ihre Macht, ihr Ansehen leicht (!!), in ihrem Namen zu vollziehen, was ihm verfagt ist." Warum verlangt nicht Dr. Schwarzer ganz kurz Abschaffung der Regierung und des Ministeriums überhaupt? es liese doch auf Eines hinaus. Dem gesunden Menschenverstande der Versammlung vertrauen wir, daß sie sich nicht von solchen Simmfahrern leiten und überwölfen lassen werde.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 12. Juli. Oesterr 5proz Metall. 69. 4proz. 57, 3proz. — 2½proz. 35 /₈. Bankaktien 1210. G. 500 fl.-Loose 111. 250 fl.-Loose 76 — Preuß. 50 Thlr.-Prämienschreine 88 B — Bayer. 3½proz. 76 — Ludwigs-Staatsschuldscheine 3½proz. 76. — Bayer. 3½proz. 76 — Ludwigs-Berbach. 66 /₄. — Württemberg. 5½proz. 73. 4½proz. 93¼.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 15.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Mannheim 6 fl. Heidelberg 5 fl. Wiesenbach 1 fl. 36 kr.

Samstag den 15. Juli 1848.

Expedition: Dreimannsgasse Nro. 14. Einzelnnmmer 3 kreuzer; die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Des Erzherzogs Reichsverwesers Empfang zu Frankfurt.

** Wir tragen heute noch Einiges zu den Mittheilungen aus Frankfurt in unserer gestrigen Beilage nach. Als der Erzherzog Reichsverweser am 11. Abends im „Russischen Hof“ angekommen war, wurde er am Eingange von den Deputationen der deutschen Reichsversammlung und des Senats der Stadt Frankfurt ehrfurchtsvoll empfangen, und der Präsident der ersteren, Hr. v. Gagern, begrüßte ihn mit folgenden Worten: „Durchlauchtigster Erzherzog Reichsverweser! Die Nationalversammlung hat mich beauftragt, in ihrem Namen an der Spitze dieser Deputation Eure Kais. Hoheit der Ihrer Ankunft ehrerbietig zu begrüßen. Dem allgemeinen Dankgefühl darf ich Worte leihen, das sich kundgegeben hat bei dem von Sr. kaiserl. Hoheit in so erwünschter Weise schnell gefaßten Entschluß: die provisorische Zentralgewalt über Deutschland, die Sr. kaiserl. Hoheit gesetzlich übertragen worden ist, sofort übernehmen zu wollen. Ganz Deutschland verweist sich in diesen Dankgefühl und steht in der hochherzigen Entschließung Sr. kaiserl. Hoheit, der die Anerkennung unmittelbar folgt, die Bürgschaft einer glücklicheren, einer glorreichen Zukunft. Wir dürfen voraussetzen, daß es in der Absicht Sr. kaiserl. Hoheit liegt, in der Nationalversammlung zu erscheinen, um dort mittelst feierlichen Akts die hohe Würde eines Reichsverwesers förmlich anzutreten. Es liegt mit in dem Zwecke unserer Sendung, daß wir Sr. kaiserl. Hoheit Wünsche in dieser Hinsicht ehrerbietigst entgegennehmen.“ Die von dem Erzherzog Reichsverweser darauf ertheilte Antwort haben wir schon in unserer gestrigen Beilage mitgetheilt. Indem er die letzten Worte sprach: „Da habe ihr mich, ich gehöre zu Euch,“ war er in die Mitte der im Halbkreise vor ihm stehenden Deputation getreten. Bald darauf aber erschien er auf dem Balkon des Hauses, wollte der sich unten drängenden Menge Dank sagen zu der Ehre, seinen Einzug in Frankfurt durch seine Anwesenheit verherrlicht zu haben. Meinen Gruß den Bewohnern Frankfurts! Auf den Ruf der deutschen Nationalversammlung hin ich hieher gekommen, um mit diesen deutschen Männern den Abgeordneten aller Gauen Deutschlands; sie das großen deutschen Vaterlandes Gemeinwohl zu wirken. Wie vereinten Kräften werden wir, ich bin dessen versichert, das große Ziel erreichen. Es lebe Deutschland, es lebe Frankfurt hoch!“ Und einstimmiger Jubelruf des versammelten Volkes ertönte auf diese herzlichen Worte. Bei dieser Gelegenheit war es, wo man den Reichsverweser am besten sehen konnte. Der Berichterstatter der „Deutschen Zeitung“ schildert ihn so: „Eine schöne blauzugirte Uniform hob ihn aus der Masse seiner Umgebung) hervor; schmucklos, wenn auch mit vieler Würde, bewegte er sich unter diesen jüngeren kräftigen Gestalten, die ihn umgaben. Die Gestalt wie die Geschichtzüge des Erzherzogs sind noch frisch und kräftig und bilden zu dem weißen Haar und lichten Scheitel einen eigenthümlichen Gegensatz; seine Bewegungen sind noch so leicht und unbefangen, wie man sie sonst nur in jüngeren Jahren sieht. Nur der untere Theil des Gesichtes erinnert an den bekannten Familienzug, wenn auch nicht sehr stark; der obere Theil des Kopfes ist bedeutend, kräftig und hat Nichts von der geistigen Indolenz, die man sonst an Familienbildern der Habsburger findet. Es lag eine eigenthümliche Mischung von Freundlichkeit und Ernst, von ungezwungener Anmuth und Würde in dem militärischen und bürgerlichen Wesen in dem Manne, wie er da so schlicht unter den Volksvertretern stand, sein Militärkäppchen in der Hand, wie er an Allem lebhaft Antheil nahm, was sich unter seinen Augen bewegte.“ Deutschen Eindruck hat also der Erzherzog überall, wo er auf seiner Reise erschien, hinterlassen. Am 12., als dem zur Einführung des Erzherzogs Reichsverwesers in die Nationalversammlung bestimmten Tage versammelte sich diese in einer Sitzung um 8½ Uhr Morgens unter dem Vorsitze des Präsidenten Heinrich v. Gagern. Hierüber erstatteten Namens der nach Wien gesendeten Deputation ausführlichen Bericht über die in diesen Blättern bereits mehrfach enthaltenen Einzelnheiten der Reise, rühmt die treffliche deutsche Gesinnung, die sich sowohl in Bayern und Oesterreich, zu Wien, als auf der Rückreise in Sachsen unter der Bevölkerung überall kundgegeben habe, und die sein Wort und seine Feder bestätigen könne. Bezüglich des in der Antwortrede des Erzherzogs an die Deputation zu Wien erwähnten Beifalls der Regierungen zu der Wahl des Reichsverwesers wies der Redner auf die Anwesenheit sämmtlicher Gesandten der deutschen Staaten bei der Empfangsfeierlichkeit hin. Es habe nur von richtigem Takt gezeugt, daß der Erzherzog bei diesem Anlaß verschwende Worte den Regierungen gegenüber sprach. Uebrigens gehe aus allen seinen Aeußerungen hervor, daß er von dem Geist und dem Willen des deutschen Volkes innig durchdrungen sei. Die in dem Gesetze bestimmte Unverantwortlichkeit verstehe der Reichsverweser nach wiederholten Erklärungen blos als eine parlamentarische. Als in Halle, erzählt der Redner weiter, ein Student mit der Frage: Verantwortlich oder unverantwortlich? an den Wagen heranrathe, erwiederte der Erzherzog: „Diese Frage kann nur in Frankfurt entschieden werden. Hierüber spricht das Gesetz; ich stehe unter dem Gesetz, wie Alle.“ Hierüber sprach der Redner im Namen der Deputation die Ueberzeugung aus, daß die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser die glücklichste war, die in Deutschland getroffen werden konnte, und daß seine Verwaltung mit dem Beistand tüchtiger Minister und der Unterstützung der Nationalversammlung die segensreichsten Resultate bringen werde. Nach dem Schlusse des Berichtes forderte der Präsident nach 10 Uhr die aus 50 Mitgliedern bestehende Deputation zur Abholung des Reichsverwesers auf. Um 11 Uhr brach sich derselbe, begleitet von der Deputation, an deren Spitze sich der erste Vizepräsident v. Soiron befand, unter Voranritt zahlreicher Festordner und gefolgt von Zivil- und Militärbehörden der Stadt nach der Paulskirche. Der Zug bewegte sich langsam und feierlich vom Russischen Hofe nach dem oben bezeichneten Sitzungslokale der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Mit begeistertem Hoch der Bürger und einem imposanten Choral der Linienmilitärmusik begrüßt, schritt der ehrwürdige Reichsverweser in bürgerlicher Kleidung, entblößten Hauptes neben dem ersten Vizepräsidenten der Nationalversammlung einher, während von allen Thürmen Glockengeläut ertönte und die Volksmenge ihren Gefühlen durch endloses Hoch Luft machte. Am Eingang der Paulskirche wurde der Reichsverweser von dem Präsidenten der Nationalversammlung und dieser letzten ehrerbietig empfangen. Unter Vorantragen von Fahnen in den Reichsfarben betrat der Erzherzog den Versammlungssaal, durchschritt die rechte Seite den mittleren Gang, um sich, den im Halbkreis gestellten Sitzen der Abgeordneten und den vor ihnen befindlichen Sitzen des Präsidenten und der Vizepräsidenten gegenüber, vor den bereit stehenden Ehrensessel zu stellen. Der für die Rednerbühne und die Sitze des Bureaus bestimmte Raum war mit Draperieen und Blumengruppen geschmückt. Der Präsident Hr. v. Gagern, welcher mit beiden Vizepräsidenten und mehreren Schriftführern vor die bezeichnete Stelle getreten hatte, verlas nach folgende, an den Erzherzog gerichtete Worte: „Von der gegenwärtigen Stunde, in welcher die neu konstituirten Gewalten des geeinigten Deutschlands an dieser Stelle sich verbinden, zählt eine neue Zeitrechnung unserer Geschichte. Durchlauchtigster Erzherzog-Reichsverweser! Wir heißen Sie willkommen im Schoße der Nationalversammlung, die sich selbst und dem Vaterlande gelobt hat, Eurer kaiserl. Hoheit bei dem schweren Berufe, der Ihnen geworden ist, mit allen Kräften, die ihr zu Gebote stehen, zu unterstützen. In Allem, was das Band der Einheit zu stärken, die Freiheit des Volkes zu sichern, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen, das Vertrauen zu beleben, die gemeine Wohlfahrt zu vermehren geeignet ist, kann der Reichsverwesers Regierung auf die Unterstützung der Nationalversammlung rechnen. Das deutsche Volk erkennt Euer kaiser. Hoheit Vaterlandsliebe und Widmung dankbar an. Es nimmt aber Ihrer angethane Kraft und Thätigkeit für seine Gesammtinteressen in Anspruch. Eurer kaiserlichen Hoheit gelanten, daß ich das Gesetz über die Einführung einer provisorischen Zentralgewalt verlesen lasse.“ Die darauf folgende Verlesung des Gesetzes über die provisorische Zentralgewalt, sowie die Erklärung Sr. kais. Hoh. des Erzherzogs-Reichsverwesers darauf, haben wir schon in unserer gestrigen Beilage mitgetheilt. Stürmischer Jubel brach in der ganzen Versammlung und nach dieser Erklärung und verweilte sich, als der Reichsverweser noch darauf hin hinzufügte: „Ich war einmal einen Entschluß gefaßt, so muß man sich ganz Dem widmen, wozu man berufen ist, nemlich der deutschen Nation.“ Unmittelbar nachher kehrte Se. kaiserl. Hoheit unter demselbe Geleite wie bei der Ankunft wieder in den russischen Hof zurück. In das Glockengeläute, die Töne der Musik mischten sich dabei laut Hoch der Menge um so freudiger, als der Reichsverweser geäußert hatte: „daß er, nach kurzer Abwesenheit, welche die Angelegenheiten in Wien unumgänglich nothwendig machten, längere Zeit in Frankfurt zu verweilen gedenke.“ Bald nach der Erzherzogs Rückkunft in seinem Hotel fand sich eine Deputation der deutschen Bundesversammlung und der ihr beigegebenen Militärkommission bei dem Reichsverweser ein, und gleichete ihn nach dem Bundespalaste. Hier legten die beiden vorbezeichneten Behörden ihre Funktionen in die Hände des Reichsverwesers nieder, der mit einigen gegenwerden Worten die bei dieser Veranlassung an ihn gerichteten Reden erwiderte. Am 13. Morgens sollte der nächste Sitzung der Reichsversammlung stattfinden, zu Auf der Tagesordnung dafür fand die Fortsetzung der Berathung der Grundrechte.

Henry Wheaton.

** Nordamerika hat einen seiner ausgezeichnetsten Bürger verloren, Hrn. Henry Wheaton, der lange Zeit hindurch als Minister der Vereinigten Staaten an verschiedenen europäischen Höfen, darunter auch eine Reihe von Jahren zu Berlin, beglaubigt gewesen, und überall, wo er aufgetreten war, in geehrtem Andenken fortleben wird. Er hatte in ganz Deutschland, das er genau kannte und besonders lieb gewonnen hatte, zahlreiche Freunde erworben, und der Schreiber dieser Zeilen theilt mit der Ehre unter der Zahl derselben gewesen zu sein, den Schmerz über den durch den Tod des ausgezeichneten Mannes entstandenen Verlust. Geboren zu Providence im Staate Rhode-Island im Jahre 1785, hatte Henry Wheaton eine sorgfältige Erziehung erhalten und daselbst seine Rechtsstudien gemacht, worauf er 1. Jahre nach Paris ging, um dort seine Studien zu vollenden. In sein Vaterland zurückgekehrt, wurde er dort als Advokat bis zum Jahre 1812. Als dann Nordamerika an Frankreich den Krieg erklärte, wurde Wheaton nach Newport über, wo er ein halb sehr geachtetes Blatt, den „National-Avocate" herausgab. Im Staate Newyork trat er in den öffentlichen Dienst ein. Er wurde der Reihe nach Richter am Ser-Tribunal, Mitglied der Legislatur und Mitglied der Convention von 1820, welche die Verfassung des Staates neu gestaltete. Im Jahr 1815 wurde er zum Archivar des obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten ernannt, und in dieser Stellung gab er jenen Band rechtswissenschaftlicher Inhalts heraus, der noch jetzt in hohem Ansehen stehen. 1827 erfolgte seine Ernennung zum Geschäftsträger zu Kopenhagen. Auf diesem Posten begann er die Herausgabe einer Reihe von Schriften, welche ihm bald einen geachteten Namen unter den erleuchteten Männern beider Welten verschafften. 1837 wurde er bevollmächtigter Minister zu Berlin, und in jenem Jahre war es, wo der Schreiber dieser Notiz den eben auf der Reise habenden begrüßenden Gratulationen kennen lernte. Seit jenen Tagen ist er nach der allgemeinen Stimme als der erste und hervorragendste unter den amerikanischen Diplomaten in Europa. Ueber alle wichtigeren Fragen, welche vorkamen, hatten seine Collegen an den andern europäischen Höfen sein Gutachten, seine Rathschläge ein, weil alle seine überlegene Kenntniß der europäischen Zustände und sein richtiges Urtheil anerkannten und zu würdigen wußten. Mehrere geschichtliche Schriften und Abhandlungen über wichtige staatsrechtliche und politische Fragen waren von ihm erschienen, unter andern eine Elementar-Abhandlung über das Völkerrecht, und ein Versuch über das Durchsuchungsrecht. Auch als Geschichtsforscher hatte er sich einen geachteten Namen erworben. Seine Geschichte der Normänner gemeßt eines wohlverdienten Rufes. Er war auch der Verfasser einer der besten Denkschriften über den Zehnten von Panama und den Zehnten von Suez. Noch ist sein werthvolles Werk über die europäischen Staatsverträge seit dem Vertrage von Utrecht zu erwähnen, das in zwei bis wenigen Jahren in französischer Sprache schrieb, welcher er vollkommen mächtig war. Seine zu Washington sorgfältig aufbewahrten Depeschen werden sicherlich einst Tages veröffentlicht werden und gewiß seinen Ruf noch erhöhen. Einfach und anspruchslos in seinem ganzen Wesen, voll der reinsten Liebe und Anhänglichkeit für sein Vaterland, alles Parteistreitigkeiten fremd, wurde Wheaton doch zum Opfer der Parteigeister, die nichts achtet. Als der jetzige Präsident Polk auf Ruder kam, wurde Wheaton seiner einflußreichen Stellungen und Aemter finden, um sie zu belohnen für den Eifer, mit welchem sie für seine Erwählung gewirkt hatten, und so mußte denn auch Hr. Wheaton dem persönlichen Interesse des Präsidenten zum Opfer fallen: er wurde vor zwei Jahren von Berlin zurückberufen, wo er namentlich durch seine freilich die dahin erfolglos gebliebenen Bemühungen, einen Handelsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und dem deutschen Zollvereine zu Stande zu bringen, sich bemerklich gemacht hatte. Er war also bei dem Präsidenten in Mißgunst gekommen, aber die Achtung und Theilnahme seiner Mitburger mußte ihm dafür Ersatz geben. Er widmete sich von da an wieder ganz der Wissenschaft, für die sein ganzes Herz glühte, und er hatte eben einen Lehrstuhl des Völkerrechts an der Universität zu Harvard bei Boston angenommen, als der Tod zu früh für ihn kam, für die Wissenschaft und besonders für seine schmerzlich betroffenen Freunde, seinen thatenreichen Leben ein Ende machte. Friede seiner Asche!

Deutschland.

Bayern.

*Münchten, 14. Juli. Se. Maj. der König haben heute Vormittags um 11 Uhr Staats-Rath-Sitzung in Betreff der weitern an die städtischen Ausschüsse zu bringenden Vorlagen über die neue Gerichtsverfassung abzuhalten gerucht.

†München, 14. Juli. Die Hauptorte der von unseren aus Baden und der Pfalz zurückkehrenden Truppen zu beziehenden Kantonirungen hinter der Iller sind: Memmingen, Erbsirm, Mindelheim, Pfaffenhausen, Illerfeld, Ottobeuren, Babenhausen, Grönenbach, Dittmannsried, Illertiessen und Buchheim.

— * München, 14. Juli. Die öffentliche Ruhe ist verwichene Nacht wieder auf eine bedauerliche Weise gestört worden. Die höchst einfache Veranlassung war das hauptsächliche Einschreiten des Militärbrauers gegen das ungebührliche Benehmen eines Gases. Aber es zeugt für die in neuester Zeit stark entwickelte Neigung zu rohen Exzessen und gewaltthätiger Widersetzlichkeit, daß es nur des wilden Lärmens, welcher den Ausgewiesene mit seinen Genossen unter Fensstereinschlagen vor dem Hause verübte, bedurfte, um in kürzester Zeit eine große Menschenmasse, die zunächst den benachbarten Brau- und Wirthshäusern entströmte, vor dem Maxerbräugebäude zu versammeln. Von dieser wurden sofort die mit einem Polizeikommissär anrückende Gendarmerie und die von der Hauptwache entsendete Abtheilung Linienmilitär mit Hohngeschrei, Pfeifen und Steinwürfen empfangen. Mehrere Gendarmen und Liniensoldaten haben Verwundungen erlitten. Die Uebergabe der Tumultnanten ließ einen organisirten Angriff der Militärmacht nicht zu. Gleichwohl sind, als unter den Augen der aufgestellten Mannschaft begonnen wurde, die Hochbräcke, den Rathhausbogen u. s. w. mit Brauwagen zu verrammeln, während die Verhaftungen und der Steinwegen fortwaren, einige der Frevler von Seiten des Militärs verwundet worden. Als es gegen eilen einer Stunde die Militärmacht durch größere Infanterie- und Kavallerie-Abtheilungen aus den Kasernen sich verstärkte, konnte sie ungehindert die Barrikaden wegräumen und die Straßen säubern, auf welchen nur Neugierige zurückgeblieben zu sein schienen, während, wie das gewöhnlich geschieht, die Urheber der Hauptexzesse bei dem Tumulte bereits das Weite gesucht hatten. Es ist nun Grund zu hoffen, daß sie nachträglich ermittelt und der verdienten Strafe zugeführt werden.

**München, 14. Juli. Wie unablässig die Wühler bemüht sind, alle Elemente der Ordnung zu untergraben, davon liegen uns neue Beweise vor. Seit einiger Zeit schon suchte man in der Pfalz, in Mannheim u. a. O. auch die bayerischen Soldaten durch revolutionäre Aufrufe zum Abfall, zum Ungehorsame zu verleiten, und als die Soldaten sich weigerten, ferner derlei Schriften anzunehmen, mußte man dieselben heimlich in ihre Patronischen zu praktiziren! Die braven Soldaten haben aber übergaben die schmählichen Pamphlete einfach ihren Offizieren. Nun scheint auch hier in München etwas derartiges im Werke zu sein. Man hat Abdrücke eines lithographirten Pamphlets auf der Straße gefunden, überschrieben „deutscher Soldaten-Katechismus, welches an epnischer Gemeinheit der Sprache Alles übertrifft, was noch dieser Art uns vorgekommen ist Einige Stylproben mögen genügen, dem Leser einen Begriff dieses berüchtigten Machwerks zu geben: „Frage: Was ist ein königlicher Soldat? Antwort: Ein so ein Sofaches Vieh, denn er läßt sich auf Befehl und Mörder seiner Brüder gebrauchen." „Frage: Was ist eine Majestät? Antwort: Ein Gespenst des Aberglaubens u. s. f." Wir wurden durch weitere Anführungen unsere Leser wahrhaft zu beleidigen fürchten, und doch haben wir hier nur ganz gelinde Dinge angedeuten. Wahrlich es muß sehr schlecht stehen um eine Sache, wo sie sich solchen Hilfsmitteln ihre Zukunft nehmen muß. Dergleichen Auswüchse verbrannter Köpfe tragen übrigens das beste Gegengift in sich selbst: ein vernünftiger Mensch wird sich durch derglechen plumpe Kunstgriffe nicht fangen lassen.

Se. Maj. der König haben unterm 12. Juli auf die erledigte erste Assessorstelle zu Kadolzburg den dermaligen l. Assessor bei dem Landgerichte Schwabach, Siegmund Christoph v. Praun, zu versetzen, in die hiedurch erofnete Stelle aber den bisherigen Assessor ihres Landgerichts Schwabach, Friedrich Wilhelm Otto, vorrücken zu lassen, und auf die hiedurch eröffnete II. Assessorstelle bei dem Landgericht Schwabach den Appellationsgerichtsaccessisten Joseph Fischer aus Mertingen zu ernennen; die erledigte Regierungssekretärsstelle I. Klasse bei der Regierung von Schwaben und Neuburg dem dermaligen quiezsirten II. Landgerichtsassessor Heinrich Bürgel, zur Zeit in Nürnberg, unterm nämlichen Tage allergnädigst zu verleihen geruht.

Durch allerhöchstes Defret vom 13. Juli 1848 wurde die bei der Staatsschulden-Tilgungs-Hauptkasse in München erledigte Offizialenstelle dem Kanzlisten bei dieser Kasse, Joseph Winterle und die bei dem Zahlamte der Pensions-Amortisationskasse in München erledigte Offizialenstelle dem Zunftmeister bei der Schuldeintilgungs-Spezialkasse Nürnberg Franz Georg Mai ch, beide in provisorischer Eigenschaft verliehen.

(Besetzungen.) Katholische Pfarrei Fleinhausen, Lbg. Zusmarshausen, dem Priester Joseph Lidelmayer, Pfarrer zu Rommelsried, unter Enthebung des Priesters Georg Köble von dem Antritte der genannten Pfarrei; katholische Pfarrei Gundelsdorf, Lbg. Achach, dem Priester Michael Glimm, Frühmeß-Kaplanei-Benefiziaten zu Bobingen, Lbg. Schwabmünchen; katholische Pfarrei Stettfeld, Landger. Ebermann, dem Priester J. Krick, Pfarrer zu Simmerhausen, Lbg. Hilders, unter Enthebung des Priesters Valentin Röth von dem Antritte der genannten Pfarrei; protestantische Pfarrei Erlenbach, Dekanats Germersheim, dem Pfarramtskandidaten Georg Heinrich Friedrich Adolph Petersen aus Landau; protestantische Pfarrei Zeitenbach, Dekanats Lauterecken, dem Pfarramtskandidaten August Vogt aus Glanmünchweiler; protestantische Pfarrei Oppau, Del. Frankenthal, dem bisherigen Pfarrer zu Worth, Dekanats Germersheim; protestantische Pfarrei Ilbesheim, Dekanats Kirchheimbolanden, dem bisherigen Pfarrer zu Marschheim, desselben Dekanats, Karl Wilh. Clauer; die durch die Ruhevorsetzung des Dr. Schlemmer erledigte Lehrstelle der I. Klasse an der Lateinschule zu Nürnberg in provisorischer Eigenschaft dem Verweser derselben Klasse an der Lateinschule zu Amberg, Professor Jos. Bohrer.

*Regensburg, 13. Juli. Ueber die am 10. d. M. hier vorgefallenen höchst bedauerlichen Ruhestörungen bin ich in den Stand gesetzt Ihnen verbürzte Nachricht zu geben. — Seit längerer Zeit herrscht zwischen den in Regensburg garnisonirenden Abtheilungen des 4. und 8. Linien-Infanterie-Regimente eine gegenseitige Erbitterung. Die Soldaten des 4. Regiments sind meist arme Oberpfälzer, die des 8. rechte Bauernsöhne aus Niederbayern. Uebermuth auf der einen, Neid auf der anderen Seite können sehr leicht dem Grolle zur Grundlage dienen, und zuletzt zu Thätlichkeiten anfregen. — Gegen 7 Uhr Abends des genannten Tages begab sich eine starke Anzahl Soldaten des 4. Regiments in das Weißische Wirthshaus in Stadtamhof, wo ungefähr 10 Mann vom Regimente Seckendorf

ruhig tranken. Binnen einer halben Stunde war bereits hier ein Streit angefochten, welchem die Unterpfänder nicht mehr Einhalt thun konnten, je selbst angegriffen sich mit ihren Säbeln verbindigen mußten. Auf die Nachricht dieses Vorfalles erschienen alsbald starke Militärpatrouillen und stellten sich vor dem Bauhause auf. Mit ihnen erschien aber auch eine große Zuschauermenge. Um 8½ Uhr wurde Generalmarsch geschlagen, und die streitenden Soldaten begaben sich in ihre Kasernen. Auch die Ehrbeilung vor dem Bauhause zog ab, aber begleitet von einer großen Menschenmasse, aus welcher Pfiffe und Rufe: „fort mit den Pasfaaren!“ „Bewahrt zum Reichsfalle!“ häufig erschollen. In Ingolstadt und dem Rathhause nämlich liegt eine Kompagnie Linien-Infanterie, angeblich um es bis jetzt bloß bestehende aus den unterstehen Schichten unserer Bevölkerung das Pfaffer auf. Die Demahnungen des inzwischen herbeigeeilten Regierungs-Direktors und Stadtkommissärs fruchteten nichts. Es mußte Generalmarsch geschlagen werden. Inzwischen mit Sicherheitswache eile herbei, und eine Patrouille der Linie begleitete die Tambours, welche von den Kasernen aus Generalmarsch schlugen. Dieses war durch mehre Verwundungen vorfielen, und die Aufgeregtesen gezwungen waren, sich der Feuerwaffen zu bedienen. Die Scene verbreiteten einen panischen Schrecken; die Neugierigen machten sich eiligst davon. Endlich gelang es der Landwehr, die Tumultuanten völlig zu zerstreuen. Gegen 12 Uhr war die Ruhe hergestellt. Ein Schützengeselle und ein Maurer sind an den erhaltenen Verwundungen bereits am 11. d. M. gestorben, sieben Andere sind, jedoch nicht gefährlich, verwundet. Zwei Soldaten erhielten Schußwunden, mehrere andere liegen an Quetschwunden darnieder. Untersuchungen über diesen beklagenswerthen Vorfall sind bereits eingeleitet.

Württemberg. Stuttgart, 12. Juli. Durch eine an den Ministerialrath ergangene Schöpfe Zuschrift vom 10. d. M. haben Se. Königl. Majestät zum Besten der gegenwärtig aufrordentlichsweise in Anspruch genommenen Staatskasse an Höchst Ihrer Civilliste den Gehaltbetrag von 200,000 fl. für das Jahr 1848—49 gnädigst nachgelassen. (Schw. M.)

Baden. Karlsruhe, 12. Juli. Sr. k. Hoh. der Großherzog werden sich morgen früh um 4 Uhr mit einem Extrabahnzuge nach Frankfurt begeben um dem Reichsverweser, Erzherzog Johann von Oesterreich, Kaiserliche Hoheit, einen Besuch abzustatten. Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Friedrich ist bereits heute früh seinen durchlauchtigsten Herrn Vater dahin vorgereist. (Karlsr. Z.)

Hannover. Hannover, 9. Jul. Eine ganz andere Aufnahme als in der zweiten Kammer fand die Erklärung des Königs und der Regierung hinsichtlich der Wahlgesetzentwürfe in der ersten Kammer. Die Kammerrath v. d. Decken gab in der Hannoverschen Morgenzeitung zu folge — nach Verlesung des Schreibens eine lange Erklärung des Inhalts zu Protokoll, daß er als Landstand die Beschlüsse der Nationalversammlung nur anerkenne, wenn die Regierungen ihnen zustimmten. Während ein anderes Mitglied sich ganz in das Schreiben der Regierung begeisterungen zufrieden, und nur Hr. v. Ertern sich entschieden gegen die Decken'sche Erklärung verwahrte, erhoben sich sämmtliche übrige Mitglieder zum Zeichen ihres Anschlusses an v. d. Deckens Erklärung.

Preußen. Berlin, 11. Juli. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung beschäftigte sich Frauenstädt in einer sehr langen Interpellation, betreffend die Zwangsabnahme, Aufsehung der Klassensteuer und Ermäßigung des Zeitungsstempels, sowie eine zweite in Betreff unentgeldlicher Aufsedung verschiedener Feudallasten. (Wir kommen auf die Rede, welche der Minister bei diesem Anlasse hielt, in unserer Beilage zurück.) Nachdem hierauf Jacoby die Tribüne, um seinen bereits gestellten Antrag in Betreff der Erklärung der Versammlung in Bezug auf die Wahl des Reichsoberhauptes zu entwickeln. Eine Menge Redner besonders von der Rechten drängen sich dem Bureau des Präsidenten zu, um sich als Redner einzuschreiben, oder Amendements einzureichen. Dieser Eifer erregt schallendes Gelächter der Linken, und auch der Ministertisch theilt die allgemeine Heiterkeit. Jacoby bemerkt, daß er glaube, daß die hohe Versammlung schon durch ihre deutsche Abstimmung der Dringlichkeit der Gegenstandes anerkannt hat. Es scheint mir von großer Wichtigkeit, daß das Verhältniß Preußens und Deutschlands von der Versammlung offen und klar hingestellt werde. Die deutschen Worte des Ministeriums enthalten einen Vorbehalt, nach welchem dasselbe sich eben so gut gegen, wie für den Beschluß der Frankfurter Nationalversammlung stellen könne. Dieser Beschluß spricht die deutsche Nationalversammlung selbst, einige deutsche Fürsten, sowie gewiß ein großer Theil des deutschen Volkes selbst. Das deutsche Parlament, aus Volkswahlen hervorgegangen, hält sich allerdings für befugt, rechtskräftige Beschlüsse, oder Genehmigung der einzelnen Regierungen zu fassen. Wenn die deutsche Einheit mehr als Phrase, wenn auch nur Beschränkte der Frankfurter Versammlung gelten lassen, ohne diese Rechtskräftigkeit von dem Willen einzelner Regierungen abhängig zu machen. Meine Herren! Ich gehöre der Frankfurter Nationalversammlung das Recht zu, einen unverantwortlichen Reichsverweser zu wählen, aber ich mißbillige diese Wahl. Das deutsche Volk hat allerdings die alten Throne versprungen, aber es ist nicht sein Wunsch neue zu errichten. (Bravo!) Abgeordneter Schneider spricht gegen Jacoby's Antrag: Die Versammlung sei nicht kompetent über Beschlüsse der Frankfurter Versammlung abzurtheilen. Er erklärt, daß er zwar im Prinzip die Republik für die beste Staatsform halte, ihre Einführung für jetzt in Deutschland aber für das größte Unglück ansehen würde. Die Frankfurter Versammlung habe ein unverantwortliches Oberhaupt wählen müssen, da Deutschland monarchische Gesinnung der Einzelstaaten nicht mit einer republikanischen Verfassung vertragen könne. Abg. Waldeck: Nehmen Sie an, meine Herren, daß Preußen bis jetzt die Hegemonie Deutschlands inne hatte. Es ist unsere Aufgabe, der Einigkeit Deutschlands sie zu opfern. Wir sind allerdings nicht kompetent, über die Frankfurter Versammlung abzuurteln, aber Preußen, das Volk, das Jahrhunderte lang die Spitze Deutschlands, darf einen warnenden Zuruf an die Vertreter des deutschen Volks ergehen lassen. Nur mit diesen Vertretern hat das Volk zu thun — es denkt noch an 1814 und 1830. (Bravo von der Linken.) Reichensperger gegen den Antrag: In der Frankfurter Versammlung traten die Republikaner mit offenem Visir in die Schranken; die hier aufgeworfene Frage ist auch dort aufgeworfen und sie ist entschieden. Wie in Frankfurt, so pflanzt auch hier die Republik ihre Banner auf. Man solle sich nach Frankfurt richten, sonst bekämmt wie gewöhnlich gegen die Fürsten ganz im Ton, den wir an einem Helden der Klubs, wie er, gewöhnt sind. Er ist durchaus für den Antrag. a. Berg ist dagegen. Sehr gut führt er aus, daß die Frankfurter Versammlung mit der Regierung die Souveränetät theile. Weilsdeht habe die Regierung gerade durch jenen Vorbehalt unsere Rechte gewahrt. Jacoby bemerkt, daß Preußen rechts, Fürsten links stehen. Hierauf wird der Antrag, weil das zu Frankfurt angenommene System zu einem deutschen Kaiser führe, ein deutscher Kaiser aber zur Medisatisirung der deutschen Fürsten. Die Zentralgewalt sei nur ein Mandat, ein Mandatar aber müsse voraussetzlich sein. (Bravo links.) Simons ist gegen den Antrag, er steht dann ein Uebersehen der Befugnisse. Würde der Antrag angenommen, so sei er sich genöthigt, um mir sich selbst einig zu bleiben, sein Mandat niederzulegen. Bereits klagt, daß weder zu Frankfurt noch anderwärts die Dinge nach seinem Kopfe gehen. Er hat gleich Zaug eine Schrei vor den Fürsten, und sieht pure Beeleumdung darin, daß man die Republikaner als Anarchisten bezeichnet. Wenn Preußen das Recht zum Vorbehalten habe, so kann es auch den übrigen Regierungen Deutschlands dasselbe zugestehen. Dieser Vorbehalt, bemerkt er dann, sei zwecklos; er könne dieses Recht aber unverträglich mit der Einheit Deutschlands. Ein ausführlich motivirtes Amendement von Bloem wird verlesen und findet Unterstützung. Zachariä: Gegen den Antrag spreche 1) die Natur der Versammlung; sie ist inkompetent und habe kein Mandat, Erklärungen abzugeben über das, was die Frankfurter Versammlung thut. Preußens Würde, Ehre und Integrität stehen dadurch nicht auf dem Spiele. Es ist dieses Recht zu einer Schrei vor den Fürsten, und sieht pure Beeleumdung darin, daß man die Republikaner als Anarchisten bezeichnet. Wenn Preußen das Recht zum Vorbehalten habe, so kann es auch den übrigen Regierungen Deutschlands dasselbe zugestehen. Dieser Vorbehalt, bemerkt er dann, sei zwecklos; er könne dieses Recht aber unverträglich mit der Einheit Deutschlands. Ein ausführlich motivirtes Amendement von Bloem wird verlesen und findet Unterstützung. Zachariä: Gegen den Antrag spreche 1) die Natur der Versammlung; sie ist inkompetent und habe kein Mandat, Erklärungen abzugeben über das, was die Frankfurter Versammlung thut. Preußens Würde, Ehre und Integrität stehen dadurch nicht auf dem Spiele. Es ist dieses Recht zu einer Erklärung vorbehalten, aber nicht jetzt, wo die Verfassung noch nicht vollendet ist. Wir erklären damit nur, daß wir keine Erklärung wollen. Behufs: in der Thronrede ist gewissermaßen eine Entschädigung ausgesprochen, daß wir gleichzeitig mit der Frankfurter Versammlung zusammenberufen sind. Allerdings ist das auch ein Widerspruch. Die Billigung des Beschlusses der Nationalversammlung sei ein Standpunkte der Regierung und eine Ueberleitung (Murren rechts), vom Standpunkte der Regierung freilich gerechtfertigt. Andere Regierungen hätten sich noch starker ausgesprochen. (Er verliest die Erklärung von Hannover.) Es heißt die Keonen mediatisiren, wenn man sie unter einen andern Monarchen stellt. Dunckers Wenn wir, die Repräsentanten von 16 Millionen, den Vertretern von 40 Millionen einen Tadel hinwerfen, so stärken wir damit nicht die Souveränetät der Frankfurter Versammlung, sondern wir schwächen sie. Woza in unserer Zeit, wo die Gewalt der Thatsachen so außerordentlich ist, Erklärungen, welche den kahlen Griff der Frankfurter Versammlung in einen Rechtsboden pflanzen sollen? Der Vorbehalt der Regierung ist für die Regierungen, sondern nur für Souveränitäten gegeben, an deren Einführung die Regierung selbst nicht glaubt. Der Antrag ist ungeeignet und die deutsche Einheit gefährdend. Nees v. Esenbeck stimmt für den Antrag. Schulze (Delitzsch) spricht nur über den zweiten Theil des Antrags und bestreitet die Kompetenz der Versammlung. Er sei nicht gesonnen, sich in Erklärungen, welche nur beunruhigend wirken können, einzulassen. Wir wollen die Einheit sei erst vollendet, wenn sie dahin zurückgekehrt ist, von wo sie ausgegangen. Den Regierungen ein Recht zu Vorbehalten einräumen, sei unbestehen bedenklich. Es rasche da die Idee des 1. rom. Reichs auf mit seinen Lehnsverhältnissen, Vorbehalten und Verwahrungen. Was suchen wir eigentlich? Von einer vorbehaltlosen Genehmigung der Frankfurter Beschlüsse? Republik? Auflösung des preußischen Staats? Wäre dem Preußenthum die Wurzel abgestorben, unsere Verwahrungen würden es nicht halten. Preußen hat eine sehr Stellung, ein gutes historisches Recht. Ich denke, sie werden es wohl bestehen lassen. Möge man die Hegemonie, die man Preußen hat einnehmen lassen wollen, möge man sie auch einnehmen lassen in der aufdringenden Hingebung an Deutschland. Er billige den 2. Theil des Antrags, schließt sich aber wegen der Inkompetenz der Versammlung dem Blömschen Amendement an. — d'Ester weist im Interesse des Antrags nach, daß derselbe nicht blos eine abstrakte Erklärung bezwecke, sondern eine praktische Bedeutung habe. Es ist hervorgerufen durch die Verwahrungen des Berliner Ministeriums. Dieses sei wenigstens, auf die materielle Frage eingegehen. Was die Kompetenzfrage anbelangt, so ist die Versammlung berufen, ein kräftiges, glückliches nach allen Seiten hervorragendes Preußen zu begründen. Viele Redner haben das Schreckbild der Republik heraufbeschworen. Hätten sie nur nachgewiesen, wie in dem verantwortlichen Reichsverweser die Republik liege. Wenn vielleicht der Reichsverweser Recht hat, sind wir hier, die konstitutionelle Regierung zu befestigen. Die Herren, welche die Souveränetät theilen wollen, müssen konsequent, wenn sie der Regierung das Recht zusprechen, Hoffnungen und Wünsche

Digitized by Google

und doch noch weit, Vorschwungen kund zu geben, auch auf das Recht einkommen, unsere Wünsche und Hoffnungen, unsere Mißbilligung auszusprechen. Eine Theilung des Antrags ist unzulässig. Man geht nach Vertagung der Debatte. Der Präsident eröffnet die Diskussion hierüber. **Parisius** vertritt den Antrag auf Vertagung, indem er bemerkt, die Hitze im Saale sei zu drückend, daß er wenigstens nicht im Stande sei, seine Gedanken zusammenzufassen. Mehrere Stimmen widersprechen zwar der Vertagung; als jedoch der Präsident bemerkt, daß wenn noch 75 Redner, die sich gemeldet, erst 14 das Wort erhalten hätten, mit Sicherheit eine große Majorität beschlossen und die nächste Sitzung auf Morgen 10 Uhr anberaumt. (Schluß der heutigen Sitzung 3½ Uhr.)

Köln, 10. Juli. Ich bin heute im Stande, Ihnen den Wortlaut der gegen Gottschalk und Anneke vorliegenden Anschuldigung mitzutheilen. Dieselben sind angeklagt: „im Laufe des Jahres 1848 ein Attentat oder Komplott gemacht zu haben, dessen Zweck ist, einen Bürgerkrieg dadurch zu erregen, daß man die Bürger oder Einwohner gegen einander bewaffnet, oder sie verleitet, sich gegen einander zu bewaffnen, und Verheerung, Mord und Plünderung über die Stadt Köln zu bringen.“ (Worte des §. 91 des Strafgesetzbuchs.) (Kurier. Z.)

Oesterreich. Triest, 8. Juli. (A. Z.) Seit heute Morgen 8 Uhr weht die deutsche Flagge auf unserm Kastell. Alle Kriegsschiffe im Hafen führen zu gleicher Zeit die deutsche Flagge auf, und diese werde von Kanonenschüssen aller Schiffe und Batterien begrüßt. Um 9 Uhr war militärische Messe in der Hauptkirche zur Feier der Erwählung des Erzherzogs Johann zum deutschen Reichsoberwesser. Bei Sonnenuntergang werden abermals Kanonensalven donnern und die Stadt soll illuminirt werden. Die Aufhebung unserer Blokade ist so viel wie nichts. Albini hat Instruktionen erhalten, welche die Schiffsfahrt auf den Handel betreffen, denn die Handelsschiffe müssen auch jetzt noch sich einer strengen Untersuchung unterwerfen und sich andere beschwerende Maßregeln gefallen lassen. Ja, wir müssen es sogar geduldig zusehen, wenn Albini Truppen an's Land setzen will! (So hat also Deutschlands Protestation gegenüber der sardinischen Perfidie **nichts** genutzt!!!)

Prag, 12. Juli. Die Ruhe wurde in den letzten Tagen hier auch auf dem Lande nicht mehr gestört, allein bedroht ist sie immerhin noch von allen Seiten und der Belagerungszustand dauert deßhalb an, wodurch aber die Wahlfreiheit keineswegs gehindert wird; so auch einem Erlaß des Landesdepräsidiums vom 7. d. Mts. können Versammlungen zur Wahl, so wie zur Besprechung der Wähler ohne Anstand nach vorheriger Anzeige bei m Bürgermeister stattfinden.

Schweiz.

Der Vorort macht die Stände auf die neuerlichen Regungen deutscher Flüchtlinge in einigen Gegenden der Schweiz aufmerksam, erlaubt im Interesse der Neutralität und gemäß der Verwahrung deutscher Regierungen nicht ferner, daß die Regierung von Bern schon einige verdächtige Fremde dem Richter überweisen habe. Die Regierung von Aargau hat bereits den Vorort in Kenntniß gesetzt, welche Anweisungen sie ihren Statthalterämtern dießfalls ertheilt habe.

Eidgenössische Tagsatzung. 5. Sitzung, 10. Juli. In dieser Sitzung wurde die neue Verfassung von Neuenburg, wodurch dieser Staat zum ersten Male als freier Freistaat in den Kreis seiner Mitgenossen tritt, mit herzlicher Freude und wohlwollenden Sympathien begrüßt, wofür sich der Gesandte eben so herzlich bedankte. Das Bedenken von Schwyz, als ob durch den Ausspruch der Garantie für diese Verfassung die Eidgenossenschaft leicht in Verwickelungen mit dem Auslande, namentlich mit dem König von Preußen gerathen könne, wird durch die Wortlaute der Uebereinkunft als Standes Neuenburg mit der Schweiz, wonach die Eidgenossenschaft keine andern Souveräne als das Volk von Neuenburg (!) anzuerkennen habe, so wie mit dem jüngsten Erlaß des Königs von Preußen, wodurch er auf die gestellten Anfragen, die Beamten ihres Eides entbindet und sie einladet, fur das Wohl des Kantons ferner zu wirken, zu beschwichtigen gesucht. Schwyz behält sich aber dennoch das Protokoll offen, während die übrigen Stände die Garantie ertheilten.

Der päpstliche Nuntius wird auf den 15. d. M. wieder in Wallis erwartet, um mit neuen Instruktionen von Rom die Unterhandlung wegen der geistlichen Güter wieder aufzunehmen, deren Säkularisation der Papst entschieden mißbilligt.

Italien.

In der Adresse, mit welcher die römische Deputirtenkammer die Thronrede beantwortete, spricht sich das lebhafte Verlangen nach einem Nationalbundestage, der seinen Sitz in Rom haben soll, und nach einer italienischen Truppen, welche das Heer in Oberitalien verlassen haben und nach Hause gekehrt sind, wird schlechtes Lob gespendet, und man verlangt, daß die, welche den Befehl zu denen Rückkehr gegeben haben, mit der Zeit zu strenger Rechenschaft gezogen werden sollen. Man dürfe ferner nicht an einen Friedensschluß denken, bevor das gemeinsame Vaterland seine natürlichen Grenzen wieder erhalten habe. — Der französische Gesandte d'Harcourt soll sich gleich bei seiner Ankunft auf die Seite des Papstes geschlagen und erklärt haben, er werde nur mit dem von diesem eingesetzten Kardinalstaatssekretär in Geschäftsverkehr treten.

Aus Genua wird die Nachricht mitgetheilt, daß sämmtliche Minister in Turin mit Azeglio Parieis ihre Entlassung eingegeben haben. Dieser ist bereits mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt.

Zu Neapel sind die Kammern am 1. Juli eröffnet worden. Der König, Truppen in Kalabrien haben sich zum größten Theile aufgelöst, Manches ist in Bezug auf Verbindung mit dem Meere abgeschnitten, und leicht von den Calabresen gefangen werden. Nach der Schweiz sind neue Werber abgegangen, allein — mit dem Gelde sieht es schlimm aus, und: kein Geld, keine Schweizer! — Das Fort St. Elmo und die anderen Castelle Neapels sind sehr stark befestigt und mit Brandkatheten versehen worden.

Großbritannien.

†Londun, 10. Juli. Die Nachricht von dem definitiven Friedensschlusse zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko bestätigt sich. Mehrere amerikanische Regimenter befinden sich schon auf dem Heimwege. — Der „Atlas“ will wissen, daß die neuen Bewohner des Faubourg St. Germain thätlich an dem letzten Aufstand in Paris Theil genommen haben, denn viele der Besiegten weigerten sich, ihre Namen zu nennen, und hatten unter ihren Blusen sehr feine Linnen getragen. Im Clos St. Lazare sei ein langer Mann verwundet worden und in Folge dessen gestorben, und zwar sei der Graf von Narbonne, eines Familie, die in sehr nahem Verhältnisse zum Hofe Karl X. gestanden. — Von Brasilien trifft die Nachricht von der Auflösung der Kammern und einem bevorstehenden Ministerwechsel ein.

Frankreich.

***Paris, 11. Juli. Die Anzahl der Verhafteten ist heute durch neue Verhaftungen in den Departements von 14,000 auf 17,000 gestiegen. Keiner von ihnen soll zum Tode verurtheilt, die weniger Schuldigen sollen freigelassen werden. Die Verhöre sollen möglichst beschleunigt werden, so daß man Hoffnung schopft, der Belagerungszustand werde seine 6 Monate anhauern. Allein man hofft, daß dennoch keiner ohne Urtheil entlassen oder bestraft werden wird; ist auch die Deportation weiter nichts als eine Verbannung, ein Colonisationsplan, so würde sie doch für die, welche sie nicht verdienten, eine schwere Strafe sein, zumal sie jede Rückkehr nach Frankreich ausschneidet. — Besseren wurden viele Personen wegen Fabrikation und Verbreitung falscher Assignaten verhaftet — Le peuple constituant hat diesen Morgen angezeigt, daß es aufstehen werde zu erscheinen, weil es die nöthige Kaution nicht erlegen könne. Es hatte eine schwarze Einfassung. Sämmtliche Buchdruckergehülfen von Paris haben sich verbündet vom 13. Juli an zu feiern, allein sie werden ihren Plan nicht durchsetzen können. Der 13. Juli ist das Ende der Frist, bis zu welcher die Kautionen fur die Journale erlegt sein mußten. An die Stelle des Louis Bonaparte ist Lucien Bonaparte in Korsika als Kandidat für die Nationalversammlung aufgetreten. — Die Nationalversammlung hat heute das Dekret angenommen, kraft dessen die zu Paris und in der Umgegend versammelte bewaffnete Macht vom 20. Juli an wenigstens 50,000 Mann betragen muß.

Türkei.

Reschid Pascha ist am 28. v. M. wieder zum Minister ohne Portefeuille, und Ali Pascha, der frühere Minister des Aeußern, an die Stelle Halil Paschas zum Präsidenten des großen Konseils ernannt.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Berlin, 11. Juli. Inländischer Fonds. Staatsbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Course. St.-Schuld-Scheine 73½ Pr. 73½ G. Seeh. Präm. Sch. 88½ Pr. 88 G. Westpreuß. Pfandbr. 76½ Pr. 76½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. 89½ G. 3½proz. 77½ G. Pomm. Pfandbr. 89 G. Kur- u. Nm. Pfandbr. — Pr. 89½ G. Schles. Pfandbr. alt-Litt. Sch. — Pr. 80½ G. Friedrichsd'or 13½ Pr. 13½ G. Disconto 5½ G. Ausländische Fonds. Holländische Rente 4proz. 95 G. Poln. Pfandbr. neue Litt. 4proz. 89½ G. Poln. Schatz-Obligationen 4proz. 89½ G. Poln. Partial-Obligationen 4proz. 89½ G. Poln. Pfandbr. 4proz. 89½ G. Poln. Pfandbr. 4proz. 89½ G. Poln. Pfandbr.

Deutschland.

Bayern. — *) München, 15. Juli. Der kön. bayr. Polizeianzeiger von München Nr 54 enthält die Statuten zu einem „Verein für die Sammlung eines Fonds für die Volksschulen," mit einer philanthropisch abgefaßten Einladung zum Beitritte in denselben. Die Spitze dieses Vereins geht von den geh. Oberbaurathe Frhrn. v. Pechmann, dem rühmlich bekannten Baumeister des Ludwig-Donau-Main-Kanales aus, und Se. Maj. der König haben huldvollst geruht, die Bildung einer so wohlthätigen Association zu genehmigen. Ihre Grundlage ist folgende: 1) Es bildet sich ein Verein mit einem Centralcomite in München und mit Kreisausschüssen in den acht Regierungsbezirken, welcher den Zweck hat, für einzelne Volksschulen, zunächst jene der Hauptstadt, ein musterhaftes Werk zu schaffen, vorzüglich aber ein besseres Auskommen der Schullehrer zu begründen, dann auch deren Wittwen und Waisen zu unterstützen. 2) Jedermann, der sich zu einem jährlichen Geldbeitrage verpflichtet, wird in den Verein aufgenommen. Zutritt und Austritt stehen jederzeit offen. 3) Der geringste jährliche Beitrag ist 12 kr; um aber als stimmberechtigtes Mitglied auftreten zu können, muß ein Jahresbeitrag von wenigstens 1 fl. geleistet. 4) Vier Fünftheile der Beiträge sollen zur Kreiszwecke, ein Fünftheil aber an den Centralausschuß zur Admassirung abgegeben werden. — Der Raum dieses Blattes erlaubt nicht, noch weitere Modalitäten herauszuheben; im Ganzen ist der belagte Verein dem Kölner Dombau-Verein in der Formation nachgebildet. Gebrn wir von der Ansicht aus, daß Jeder, der Schulunterricht empfangen, sich für moralisch verbunden machen würde, sein Scherflein zur Vergütung des genossenen Unterrichts dankbar sein Leben lang beizutragen, so versprechen wir dem nützlichen Vereine langes und fruchtbringendes Gedeihen. In der Erfahrung stellt sich aber leider die Sache nicht selten anders, und erhaltener Wohlthaten vergißt man bekanntermaßen am leichtesten. Nichts scheint schwieriger als die Pflicht der Dankbarkeit. Bei allen Unternehmungen, die nicht auf ein äußeres Sichtbare gerichtet sind, sondern vielmehr nur eine innere Beglückung der Individuen bezwecken, ist es unendlich schwer, zu einem festen Ziele durchzudringen. Um so größere Ehre aber wird dem Menschenfreunde Frhrn. v. Pechmann gebühren, wenn es ihm gelingt, den Verein nach den angesprochen Hauptbestimmungen in's Leben zu rufen und demselben dauernden Bestand zu verschaffen und zu sichern. Es ist ein großes Werk, dem wir gerne Glück wünschen, und wir glauben dessen ohnfals, daß der Gedanke eines solchen Vereins, der das Loos der armen Schullehrer zu verbessern beabsichtigt, der Aufmerksamkeit der Presforgane würdig sei.

Schleswig-Holstein. — Nach einem Berichte aus Haderslebe vom 8. ist es der schleswig-holsteinischen Artillerie, 1 Bierundzwanzigpfünder und 2 Zwölfpfünder, gelungen, in der Nähe von Aarosund ein danisches Dampfschiff, mit der Besatzung (?) der Corvette „Andromache" zwischen Kopenhagen und Aarhuus), so zu beschädigen, daß die Mannschaft dasselbe verlassen und sich in Böten von dannen begeben mußte. General Wrangel und sein Stab sollen auf die deshalb erhaltene Kunde sich an Ort und Stelle begeben haben. (Wes. Ztg.)

— Dem Führer des Taunschen Freicorps sind in der Nacht zum 29. Juni seine Orden, Gold- und Silbersachen gestohlen worden. Die Diebe sollen in Hamburg sein. (Wert. M.)

Preußen. — *) Berlin, 11. Juli. Nach Vorlesung der im unserm heutigen Hauptblatt erwähnten) fgl. Botschaften in Betreff der Zwangsanleihe, der Aufhebung der Klassensteuer und Ermäßigung des Zeitungsstempels, dann der unentgeltlichen Aufhebung verschiedener Feudallasten, ergriff heute in der Nationalversammlung der Finanzminister Hr. Hansemann das Wort und äußerte: „Meine Herren! Sie sindrn in den Vorlagen eine Uebersicht der gegenwärtigen Finanzen, ich will mich aber auf mündlich Ihnen gegenüber aussprechen. Die Einnahmen haben nothwendig in den letzten Monaten abnehmen müssen. Es ist bekannt, daß die Werthe aller Produkte zurückgewichen; daraus geht hervor, daß Holz- und Bergwerks-Produkte des Staates nur schlecht oder gar nicht verändert werden konnten. Die Verbrauchs-, so wie andere Steuern, haben geringere Einnahmen gewährt. Die Regierung hat sich in außerordentlichen Klassen so weit als irgend möglich zur Hilfe zu kommen, hat [illegible] der Mahlfreuer erlassen. Dieser Ausfall ist auf 8 Mill. Thaler für das Jahr angenommen. (Verwunderung.) Die Mehrausgabe wird 22 [illegible] Mill. betragen (lebhafter Ausdruck), darunter 10 Mill. für das Heer, es wurde also mit den 8 Mill. Ausfall eine Mehrausgabe von 30 Mill. entstehen. Der Staatsschuldbetrag Anfangs Juni 3. 15 Millionen. Was die Anleihe betrifft, so ist die Regierung auch bei der Zwangsanleihe von der Ansicht ausgegangen, die weniger Bemittelten damit zu verschonen und nur solche Staatsbürger heranzuziehen, welche 4000 Rthlr. Vermögen oder 400 Rthlr. Einkommen haben. Die Scala geht von [illegible] 2 Proz. Vermögen. Es ist nicht unmöglich und vielleicht darf ich es hoffen, daß gerade die Zwangsanleihe die freiwillige Anleihe ergiebiger macht. Bei allen Finanzmaßregeln haben wir auf der einen Seite auch einer möglichst geringen Steuer zu trachten, auf der andern Seite aber darf der Finanzminister die Bedürfnisse des Staates nicht zu gering anschlagen und so den Staat in Verlegenheit setzen. Ich habe aus diesem Grunde Anstoß genommen, schon dieses Jahr eine Einkommensteuer ein- und durchzuführen. Der Finanzcommission werden Haupt- und Special-Etats vorgelegt werden, sie soll ganz zu Rat gesetzt werden. — Es ist hier von der Vergangenheit der Finanzverwaltung die Rede gewesen, ich habe diese Vergangenheit übernommen und ich mußte überlegen, welche Verbesserungen einzuführen wären. Meiner Ansicht nach ist die Einführung der direkten Steuern eine wesentliche Verbesserung. Die Aufgabe der Verwaltung wird es sein, die durch die indirekten Steuern entstandenen Mängel zu beseitigen. — Die Domainen- und Forstverwaltung ist meiner Ansicht nach zu vereinfachen. Es war in den letzten zehn Jahren der Grundsatz angenommen, die Domainen nicht zu verkaufen, sondern sie zu verpachten. Meiner Ansicht nach sind die Forsten zu behalten, die Domainen aber müssen in die Bewirthschaftung freier Eigenthümer übergehen. (Bravo.) Es möglich machen sie, diese Vergrößerung vorbereitet, verkauft werden. (Bravo.) Eine Vorlage darüber ist bereits dem Parlemente gelört auch die Seehandlung, welche in den ersten Dezennien des Jahrhunderts eine neue Organisation erlebte. Ihr Zweck war, der Hülfsbanquier des Staates zu sein, was das Betreiben von Privatgeschäften durchaus nicht ausschließt. Früher gehörten diesem Institute wenige Fabriken; in den letzten 6 — 7 Jahren aber hat es seinen früheren Standpunkt verlassen und etwa 5 Mill. Thlr. in industriellen Unternehmungen angelegt. Ich habe wieder hierbei die Richtigkeit des Satzes: der Staat soll nicht mit der Privatindustrie concurriren, gefunden. (Bravo.) Ich bin jetzt in einer peinlichen Lage. Ich kann der Seehandlung nicht sofort ihre Etablissements schließen und so viele Hunderte von Arbeitern brodlos werden lassen; andererseits geht sie, daß sie nicht mit Verlust geräumt wird. Sobald sich das Vertrauen wieder hergestellt hat, sobald der Credit wieder bei ihm wird, wollen wir die einzelnen Etablissements verkaufen. — Noch in den letzten Monaten hat das Institut dem Publikum durch Kreditgewährung an solide Leute gute Dienste geleistet. Es sind ihm 1 Mill. Thlr. Scheine des Staats zugewiesen worden. Die Ermächtigung des letzten vereinigten Landtags ist benutzt zur Ausgabe von 10 Millionen Rthlr. Darlehnsscheine. — Was hinsichtlich des Staats-Papiers die Frage betrifft: ob späterhin wieder solches mäßiges Geld gesammelt werden soll? so glaube ich, daß die Erörterung der Frage einer spätern Zeit angehört und daß die Capitalien vielleicht in einer solchen Baar verwandt werden können. Vom Januar 1820 bis ultimo Juni 1840 sind 24 Millionen 400,000 Rthlr. in den Staatsschatz geflossen, so daß nach einer Ausgabe von etwa 12 Millionen eine 12 Millionen Rthlr. darin verbleiben sind. 9 Millionen wurden der Bank zugewandt. Es dürfte, was die Verwaltung der Zinsen anbetrifft, auch in den neuen konstitutionellen Form wenig zu verändern sein. Nur eine Vereinfachung ist nothwendig und sie soll vor sich gehen. Mein Ministerium ist mit der Ausarbeitung des Budgets für das nächste Jahr beschäftigt. — Die Staatsschulden betrugen 1820 247 Millionen; bis 1847 waren 80 Millionen getilgt und im Augenblicke hat Preußen 126 Millionen Staats-Schulden, eine Summe, die unbezweifelt den Credit eines Staates wie der unsrige. Unsere Forsten allein haben einen größern Werth. Wie sind also in die neue Zeit übergegangen mit einem guten Finanzzustande. Die alle Verwaltung hat uns die Mittel für die neuen Zustände hinterlassen. Der Gewinn des Volks wird auch die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwinden. (Lebhaftes Bravo.) — Der erfahrene Waldeck als Präses der Verfassungsrevisionskommission Bericht. Er theilt mit: daß, während die Kommission den einen Theil ihrer Aufgabe beendet habe, der andere (die politische Frage des Verfassungs-Entwurfs) über die Attribute der Kammer und des Königs noch zu beenden sei. Was die Presfreiheit anbetreffe, so habe man dem vorgelegten Verfassungs-Entwurf noch Verschiedenes hinzugefügt, so daß der Pressfreiheit dreierlei nur noch den Landesgesetzen zu besseren sei. Das Versammlungsrecht sei nur dadurch beschränkt, daß die Polizei von großen Versammlungen im Freien in Kenntniß gesetzt werde. Die Kirche habe man als unabhängig vom Staate hingestellt, ebenso die Schule unabhängig von der Kirche. Der Volkswehr habe man freie Wahl der Führer bis zum Bataillonschef und der Landwehr bis zum Hauptmann gewährt. Was aber über diesen Rang hinaus zu avancirt, daß für den Soldaten kein anderes Gesetz, als für die übrigen Staatsbürger gelte. Jedoch habe man auch den Gerichtsvorschlag hingestellt, daß kein bewaffnetes Corps deliberiren dürfe. Was über der Volkswehr die Wahl höherer Offiziere als Bataillonschef beträfe, so habe man gesaudt, der Regierung das Recht einräumen zu müssen, aus 3 ihr vorgeschlagenen Candidaten zu wählen.

— ⊙ Berlin, 11. Juli. Der größere Theil der hiesigen Buchdruckereibesitzer hatte sich dahin vereinigt, seine Anschlagzettel gegen Regierungsmaßregeln mehr zu drucken, damit nicht durch Preßprozesse die Nationalversammlung zu sirengen Preßgesetzen bestimmt würde. Dies erregte großen Unwillen. Viele Drucker haben sich deshalb wieder von dieser Uebereinkunft losgesagt, und der Abg. Berends, Mitbesitzer der Gebrüder'schen Offizin, erklärt heute, daß sie nicht nur nicht anerkennen, sondern im Preßfrechen feinem Gesetze, als einer Uebergenung folgen wolle; ja er hege zur Nationalversammlung das Vertrauen, sie werde nicht die durch Blut erkaufte Pressfreiheit durch irgend ein Pressgesetz verkümmern!!! —

Oesterreichische Monarchie.

Kronstadt, 28. Juni. 2 Uhr Nachmittags. Fürst Bibesco sammt Familie ist so eben hier eingetroffen. Er hat sich bis zum letzten Augen-

blicke seines Kulenthalers im Vaterlande gegen den Einmarsch der Russen gesträubt und ihm den Thron entsagt, als er die Anzeige erhielt, daß sie den Pruth überschritten haben.
(Allg. Oesterr. Ztg.)

Brody, 6. Juli. Das an der polnischen Grenze aufgestellte russische Truppencorps ist in den letzten Tagen wiederum näher vorgerückt. Das Hauptquartier befindet sich in Dubno, fünf Meilen von Brody; in Radziwilow und in der nächsten Umgegend sind 6000 Mann einquartiert, die der aus den Tschetschenzkriegen bekannte Generallieutenant Saß commandirt. Die Russtellung der Armee, welche 50,000 bis 60,000 Mann zählen soll, ist der Art, daß sie in drei Colonnen, nämlich bei Brody, Podwoloczysska und Husstatyn einbrechen, und der ganze Uebertritt während drei Tagen erfolgen kann. Ob aber der Einmarsch erfolgen wird, ist eine Frage, deren Lösung jetzt noch immer schwer wird. Das Aufstand durch die Zusammenziehung der Truppen eine Besetzung von Galizien beabsichtigen sollte, ist kaum zu glauben. Hiedurch würde es sich selbst eine nie heilende Wunde versetzen.
(Allg. Oesterr. Ztg.)

Schweiz.

Basel, 12. Juli. Der Vorort übermacht den Ständen zwei im verflossenen Monat vom deutschen Central-Ausschuß an die deutschen Lokalvereine in der Schweiz erlassene Aktenstücke, welche eine neue Organisation eines republikanischen Einfalls in Deutschland bezwecken. Die Berner-Regierung hat die Unterzeichner dieser Aufrufe: Becker und Hettemer in Biel dem Richter überwiesen. Der Vorort ermahnt die Stände, diesem „volkerrechtsmindrigen Treiben" entgegen zu treten.
(Bas. Ztg.)

Wadt. Aus einer Privatkorrespondenz vom 6. Juli wird uns Folgendes mitgetheilt: Vorgestern Abend hatten wir in Lausanne ein jämmerliches Schauspiel. Ein Mann durchritte einen großen Theil der Stadt, er hielt seinen Hut auf seinem Stock in der Luft und schrie aus vollem Halse: Es lebe Napoleon! es lebe Bardès! es lebe Blanqui! Man verachtet mich, aber Gott der Herr wird meine Verächter richten, sie werden alle vor Christi Richterstuhl erscheinen! Als ihm dann ein Hund in die Quere kam, rief er ihm zu: du bist mein Bettee, mein Bruder! und hielt ihn eine lange Rede. Zuschauern sprach er: weder ich bin verrückt, sondern mich ins Narrenhaus, ich bin verrückt! Jedermann glaubte auch einen betrachten vor sich zu haben, aber es war nur ein Trunkenbold. Den andern Morgen saß der Nämliche im großen Rath und wurde im Triumph zum Zentral-Schatzrezeß geleitet. Dieser Mann heißt Druey. (Basel. Z.)

Nachschrift.

* Frankfurt, 13. Juli. In Folge gestern früh noch vom Bundespräsidialgesandten an den Festungsgouverneur in Mainz ergangener Aufforderung zur Feier des Antritts des Reichsverweseramtes durch Se. kais. Hoheit den Erzherzog Johann, rückte die gesammte Besatzung dieser Bundesfestung gestern Vormittags 11 Uhr zur großen Parade aus, und nachdem ihr durch einen Tagesbefehl die Veranlassung dazu kundgegeben war, brachte dieselbe dem Erzherzog Reichsverweser ein dreimaliges Lebehoch aus, wobei 101 Kanonenschüsse abgefeuert wurden. Auf Anordnung der städtischen Behörden wurden zugleich alle Glocken geläutet. — Bei der Nationalversammlung sprachen heute noch 19 Redner über §. 2. des Art. der Grundrechte, und damit schloß die Discussion, aber noch nicht abgestimmt, da die Berichterstatter des Verfassungs- und volkswirthschaftlichen Ausschusses ihr Resume bis nach Art. 3 sich vorbehielten. Die Berhandlung über diesen wurde begonnen.

** Münchyen, 15. Juli Vorm. 11 Uhr. Se. Maj. der König werden Sich heute Nachmittags in Begleitung Sr. Ex. des Herrn Staatsministers des k. Hauses und des Aeußern Grafen v. Bray nach Regensburg begeben, um daselbst mit dem durchlauchtigsten Herrn Reichsverweser Erzherzog Johann zusammenzutreffen, welcher auf der Rückkehr nach Wien zwischen heute Nacht und morgen in Regensburg eintreffen wird. Se. Maj. der König begleitet zugleich diesen Fürsten in Verbindung mit einer Reise nach Niederbayern, welche Allerhöchstdieselben schon seit länger vorgehabt hatten.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 13. Juli. Oesterr. Spezg. Metall. 67 1/4, 4proz. 57. 2proz. — 2 1/2proz. 34 1/4. Bankaktien 1210. G. — 500 fl.-Loose 111 250 fl.-Loose 74 1/2. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 88 1/2. P. — G. Staats-Schuldscheine 3 1/2proz. 77. Bayer. 3 1/2proz. 76 1/2. — Ludwigsbahn 66 1/2. — Württemberg. 5 1/2proz. 93. 4 1/2proz. 93 1/2. — Bad. 3 1/2proz. 77 1/2. — Lotto-Actien à 50 fl 48. 35 fl-Loose 26 1/2. — Darmstadt. 3 1/2proz. 78, 4proz. 88 1/2. — Lotto-Anlehen von 50 fl. 64 1/2, 25 fl-Loose 21 1/2. — Kurhess. Friedr.-Wilh.-Nordb. 37 1/2. — 40 Thlr.-Loose 25 1/2. — Nassau 3 1/2proz. 82. 25 fl-Loose 21 1/2. — Frankf. 3proz 82 1/2, 3 1/2proz 93, 100 1/2. — Innsbruck 285. — Holländ. Integr. 46. — Span. Proz. ältere Schuld 17 1/2. — Pol. 300 fl-Loose 89. 500 fl.-Loose 64 1/2. — Sard. 36 Fr.-Loose 25 1/2. Dän. —

Augsburg, 13. Juli. Bayer. 3 1/2proz. Obligationen 73 G. 4proz. 84 1/2. G. Bankaktien 11. Sem. 550 G. — Promessen 40 P. — Württemberg. 4 1/2proz Obligationen 91 G. — Bad. 35 fl.-Loose — G. — Oesterreich. 5proz. Metall. 68 G. — Bankaktien in Comptoir — G.

Wien, 11. Juli. 5proz. Metall. 73 1/2, 4proz. 64, 2proz. — 2 1/2proz. 38. 1834er 500 fl.-Loose 116. 1839er 250 fl.-Loose 81. Bankaktien 1106. Nordbahn 106. Gloggnitz 91. Venetig-Mailand 63. Livorno 69 1/2. Pesth 63. Sienz 53. Ayrennäenbahn 95.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 16. Juli: „Robert der Teufel", Oper von Meyerbeer.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Graf Pasqwig, General von Wien. Rüdberger, Kaufmann von Erbach. Herrmann, Privatier aus Sachsen. Dupre-Vivien, Direktmann aus England. Wertheimer, Privatier von Augsburg. v. Basilschikoff und v. Jerofeff, aus Rußland. Baron v. Schäpler, von Augsburg.

Gold. Hirsch. v. Rad, Privatier von Augsburg. Dyke, Privatier aus England.

Hotel Mauric. Ritter v. Blanchard, Rentier von Paris. Graf v. Kanitz, Gutsbesitzer aus Preußen. Rhau, Privatier von Nürnberg. Strube, Privatier von Altona. Wielang, Privatier von Ulm.

Gold. Kreuz. Poll, Privatier von Toskana Sartorius, Rentier von Basel.

Gold. Hahn. Graf v. Erbach von Bartenburg-Rod. Brand, Ingenieur von Frankenthal. Baron v. Jungeng, von Brünn.

Blaue Traube. Dr. Hacklil, v. Klinkenström. Fredendilk, Priester von Innsbruck. Dr. Pooe, von Landsberg. Dr. Regg, Hofgerichtsadvokat von Bieberach. Rath von Ulm. Dr. Weismann, von Wien. Frhr. v. Schultheim, von Linz. Bechmann, Hofschauspieler von Wien. Dugen, Partikulier von Dverdun. Waris, Rentier aus England. Fräul. Wolf, aus Sulzemarl. Leubacher, Kaufmann von Bamberg. Dr. Laurin, 1. Bürgermeister, Dr. Martinz, 11. Bürgermeister, Kaufmann, Gemeindevorsmitglieder, Dr. Schelling und Dr. Hoffmann, von Erlangen. Graf v. Preising, von Hohenaschau v. Goisberg, von Donaumörth. Graf v. Hillinger-Rippenburg, von Stuttgart. Graf v. Tauffirchen, von Burghausen. Baron v. Gratinger, von Erding. Bernard, französ. Legationssekretär von Wien. Dr. Schlesinger, von Wien. Dr. Glas, Partikulier von Nürnberg.

Stachusgarten. Brosbeck, Bauinspektor von Walbertheim. Straus, Kaufmann von Sobolsheim. Hofmann, Kaufmann von Augsburg. Müller, Polizeichmitter von Augsburg. Heidenreich, Kantor von Schnabelwerda. Schinkler, Kupferschmied von Salzburg. Müller, Partikulier von Zürich. Hingard, Kaufmann von Fürth. Gaisreiter, prakt. Arzt von Roßbrunn. Wiedeman, Webermeister von Mindelheim. Klenker, Pfarrer von Reichendach. Dr. Frhr. v. Schönzuh, von Au.

Gestorbene in München.

Maria Römer, Dienstmagd von Calingen in Württemberg, 24 J. a. Franz Ziegler, Webergesell v. d., 69 J. a. Michael Wiesmaier, Soldat von der Garnisonskompagnie Rumpfenburg, 47 J. a.

Bekanntmachung.

4. (3b) Die Administration der bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank bringt in Gemäßheit des §. 40 der Bankstatuten hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß von den durch Rechnungsabschluß vom 1. September laufenden Jahres sich ergebenden Erträgnissen, nach Abzug eines nambaften Uebertrags aus II. Semester als Dividende und Superdividende:

fl. 11. 30 kr. auf jede Bankaktie
fl. 2. 18 kr. auf jede Aktien-Promesse

gegen die entsprechenden Coupons bei den Bankkassen in München und Augsburg vom 1. Juli an erhoben werden können.

München, den 30. Juni 1848.

Fr. Xav. Riegler,
Direktor.

Bekanntmachung.

15. (3b) Mittwoch den 2. August l. Js. Vormittags von 9 bis 12 Uhr wird bei der unterzeichneten Administration (Ludwigsstraße im neuen Dauwerkischen Gebäude) eine bedeutende Quantität abgeworfener Bettlagerstückt als Matratzen, Unterbetten und Kissen, dann Bettbiertenden gegen baare Bezahlung öffentlich versteigert, wozu Kaufslustige eingeladen werden.

Bemerkt wird, daß sich unter denselben mehrere Artikel befinden, welche für Antiquare noch einigen Werth haben dürften.

München, 7. Juli 1848.

Königl. Administration des Zentral-Schulbücher-Verlags.
Der Vorstand deursaud.
Müller, Kontrolleur.

19. Ein reales allgemeines Handelsrecht ist billig zu verkaufen. D. Uebr.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 16.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 4 fl. Halbjährig 2 fl. Wöchentlich 1 fl. 36 kr.

Sonntag den 16. Juli 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die erforderte Zeilenzahl oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

An unsere geehrten Abonnenten.

Die bedeutendsten süddeutschen Zeitungen haben den Entschluß gefaßt, nach dem Beispiele der meisten norddeutschen und aller englischen, künftig am Sonntage, beziehungsweise Montage, nicht mehr zu erscheinen, um auch ihren Arbeitern die bisher entbehrte Sonntagsruhe zu gönnen. Mehrere haben diesen Entschluß bereits zur That gemacht, die andern sind im Begriff es zu thun: die **Neue Münchener Zeitung** folgt dem gegebenen Beispiele. Es wird demnach von morgen an die Nummer, welche au jedem Montag früh 8 Uhr erschien, ausfallen, dagegen Nachmittags zur gewöhnlichen Stunde (3 Uhr) eine Beilage ausgegeben werden, welche alle wichtigen politischen, Handels- und Börsen-Nachrichten des Tages bringen wird. Weder in der Masse des Stoffes, noch im Umfang der Behandlung noch auch in der Schnelligkeit der Mittheilungen werden unsere geehrten Abonnenten sonach durch die eintretende Anordnung etwas verlieren, zumal wir Dieselben wie bisher auch durch Beilagen entschädigen werden, so oft Anlaß dazu gegeben ist. Für den Zeitungsverleger erwächst aus dieser veränderten Einrichtung durchaus keine Ersparniß, denn die bei politischen Tagsblättern angestellten Arbeiter sind auf Wochen- oder Monat-Gehalte gesetzt, welche sich gleich bleiben, auch wenn eine Zeitungsnummer wöchentlich ausfällt. Nicht also Ersparungsrücksichten sind es, die uns leiten, sondern einzig die Anerkennung der Billigkeit des Anspruchs der Arbeiter. Die Lage eines Arbeiters, welcher Tag für Tag, vom frühesten Morgen bis in die späte Nacht an seiner Stelle sein muß, und dabei bisher nur fünf- oder sechsmal im Jahre (an den höchsten Festtagen) einen Ruhetag hatte, bedarf keiner näheren Schilderung: sie ist eine harte, angestrengte, freudenlose, und der Zeitungsleser, welcher ein am Sonntage gesetztes und gedrucktes Blatt in die Hand nimmt, hat wohl selther kaum daran gedacht, daß eine solche Zeitung, Jahr aus Jahr ein, die Aufopferung einer Arbeit ohne Rast, ohne Erholung, ohne Ruhetag in sich schloß. Diese Erwägungen werden auch von Seite unserer Leser gerechte Würdigung finden, und wir sind ihrer Zustimmung im Voraus gewiß.

München, 18. Juli 1848.

Die Redaktion der Neuen Münchener Zeitung

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 13. Juli. (37. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) Die Sitzung wurde gegen 9′. Uhr durch den Präsidenten Hrn. v. Gagern eröffnet. Für den Flottenbau sind, als Ertrag einer Sammlung in Detmold, 736 Rthlr. eingegangen. Die Tagsordnung, zu welcher nach einer Mittheilung Robert Mohls, daß ein Bericht des Ausschusses für Geschäftsordnung über weitere Anträge, die Verhandlungen der Nationalversammlung betreffend, gedruckt vertheilt werde, übergegangen wurde, fuhrte zur Fortsetzung der Diskussion über §. 2 des Entwurfs der Grundrechte. Sprengel von Waren in Mecklenburg hob mehrere Uebelstände des zweiten Minoritätsantrages (v. Eisenstuck) hervor. Den Einflüssen würden dadurch Vorthcile auf Kosten des Reichs und der Gemeinden gegeben werden. Schüler von Jena begründet einen Verbesserungsantrag, dahin lautend: „Kein deutscher Staat darf zwischen seinen Angehörigen und den Angehörigen eines andern deutschen Staates einen Unterschied, bezüglich des bürgerlichen, peinlichen, oder Prozeßrechtes machen.“ Die bisherigen Unterschiede, wie sie in verschiedenen Gesetzgebungen noch gelten, (und vom Redner durch Beispiele erläutert wurden,) waren sehr drückend für den Verkehr, insbesondere bei dem Durchreisenden an den Grenzen der einzelnen Staaten. Kolb von Speier gibt statistische Vergleichungen der Kultur- und Gewerbsverhältnisse der dies- und überrheinischen Provinzen Bayerns, sowie der Verhältnißzahlen von Verbrechen und Vergehen. Alle diese Vergleichungen sprechen zu Gunsten der Gewerbefreiheit und der Erleichterung der Ansässigmachung. Das Prinzip muß folgerich und definitiv durchgeführt werden. Die Uebergänge, welche die Zweifel und Nachtheile eines Provisoriums haben, taugen nach gemachten Erfahrungen nicht. Der Redner macht einen Verbesserungsvorschlag, nach welchem unter den andern, jedem Deutschen das Recht, Liegenschaften zu erwerben und darüber zu verfügen (Zwölbarkeit der Grundstücke), so wie das Recht, jeden Nahrungszweig zu treiben (Gewerbefreiheit) gesichert sein soll. Mohl erklärt sich für den Mehrheitsantrag des volkerrechtlichen Ausschusses und insbesondere gegen das Verlangen Stahls, den Gewerbstreibenden die Autonomie in Gewerbssachen zu überlassen. Was würde man sagen, wenn man dem Adel die Bestimmung der Adelsrechte überlassen wollte. Koch von Leipzig will ein allgemeines Gewerbs- und Heimathsgesetz für ganz Deutschland, jedoch ohne Spezialstrafung. Löwe von Calbe empfiehlt auf das dringendste Gewerbefreiheit und Freizügigkeit. Großartige Mittelpunkte eines Landes, wie ihn Frankreich in Paris hat, haben das Bewußtsein der Nationalität. Niemand wird für Deutschland bei seinen Nachtheilen diesen Weg wünschen; Einsenbahnen und die Freizügigkeit werden das Gefühl der Gemeinschaftlichkeit heben, welches jetzt nur erst in der Literatur lebte. Warum will man stets präsumiren, daß der Neuanziehende Ansprache an die Armenkasse machen will. Man soll Leuten den Weg nicht versperren, die an einem Orte sehr nützlich werden konnen, während sie an einem andern höchst überflüssig sind. Arbeit ist das größte Kapital. Alle Schätze Perus haben Spanien zu einem Bettlerlande gemacht. Die Arbeitskräfte haben sich in England konzentrirt; die Arbeit allein hat England groß gemacht. Der Redner will auch die Assoziation für das Handwerk, damit dieses dem größten Feinde des Handwerks, den Fabriken entgegentrete. Das neue Leben Deutschlands gründe sich auf die Grundlage des freien deutschen Staatsbürgers. (Beifall.) v. Dietfurt entwickelt nachstehenden Antrag: „Jeder Deutsche hat das Recht, in jedem deutschen Staate und in jedem deutschen Orte seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften zu erwerben, Nahrungszweige zu betreiben und das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen.“ Oberrath erklärt sich für den Mehrheitsantrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses. Sydhoff ist die Ansichten, die sich geltend gemacht haben, in zwei Hauptgruppen den Partikularismus und Unitarismus. Gegen ersteren muß angekämpft werden. Zacharia von Bernburg entwickelt ein längeres Amendement. Ziegert erklärt sich für den Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses. v. Linde ist mehr für den Antrag des Verfassungsausschusses, welchen er in Einigem amendirt. Schwarzenberg gibt einen Vergleich der Anträge der beiden Ausschüsse, die er dahin vereinigt wünscht, daß gegen den Schluß gesagt werde: die Bedingungen dafür (für den Aufenthalt ꝛc.) werden von der Reichsgewalt durch Gesetze für ganz Deutschland festgesetzt. Eine unbedingte Gewerbefreiheit ist unräthlich wie ein Zunftzwang. Der Staat soll die Produktion im Interesse der Gesellschaft regieren, nach dem Grundsatze, mit der geringsten Kraft die größten Ergebnisse zu erzielen. Bei der unbedingten Gewerbefreiheit ist der Erwerb gar oft darauf gerichtet, den Andern den Erwerb zu entziehen und sie zu Grunde zu richten. Schlöffel verlangt festen feste Ertheilung des Gemeindebürgerrechts. Reichensperger von Trier erklärt sich gegen die Bevormundungen von Kolb. Die großeren Rheinstädte sind durch ihren Erfahrungen in den letzten Jahren, von der unbedingten Gewerbefreiheit befreit zu sein. Die Gewerbetreibenden wollen sich, wie bekannt ist, organisiren und in

nächsten Zeit zu Berathungen zusammentreten. Man solle ihren Rath hören, ehe man in der wichtigen Sache einen Beschluß fasse. Besitzer verlangt, daß der erste Gesandte für die Gesammtschaft, daß man nemlich Niemand den Gesandten anständig, und der wichtigsten Grafschaft, der Grafschaft Mannsfeld, zu Gute halten müsse. Die Angehörigen eines andern Staates sollen aufgenommen werden können wie die eigenen Staatsangehörigen. Nachdem noch einige Redner unter fortgesetzten Zeichen der Ungeduld eines großen Theils der Versammlung gesprochen, wurde die Diskussion über §. 2 des Entwurfs geschlossen und dieselbe über §. 3 eröffnet. (Die Aufnahme in den Staatsburgerthum eines deutschen Staates hat seinen unbedingten Verlust des Staatsburgerthums eines deutschen Staates zur Folge.) Telkampf Deutschen verweigert werden. Hierauf ergriff das Wort der Abgeordnete Wichsing: der Besitz des allgemeinen deutschen Staatsburgerrechts umfaßt und gewährt das Staatsburgerrecht in allen deutschen Staaten. Abrens von Salzgitter ist für das erste Minoritätsgutachten, nach welchem es einer besondern Aufnahme in das Staatsburgerthum eines einzelnen Staates nicht bedürfen soll. Robert Mohl vertheidigt das zweite Minoritätsgutachten, daß niemals sein andere Aufnahmebedingungen, als die Unbescholtenheit und Unterhaltsfähigkeit des Aufzunehmenden gestellt werden sollen. Werden diese Bedingungen nicht gestellt und ist jeder ohne weiteres zulässig, so werden auch die vermögendsten Gemeinden bald verarmen. — Die Fortsetzung der Diskussion wurde hierauf (um 2½ Uhr) vertagt. Auf die Tagesordnung der morgenlichen, am 9 Uhr beginnenden Sitzung wurde 1) der bereits diskutirte Bericht des Ausschusses für die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverhandlungen und Wehrpflichtigkeit, 2) und 3) die Berichte des Ausschusses für die Civilstaatsdienerschaft und für die Verhandlungen der Nationalversammlung über weitere Anträge, die Bildung von Landwehren betreffend, 4) Wahlangelegenheit des Bezirkes Nidda (Großh. Hessen), 5)

zeitung." Wir verdenken dem Organe der Heckelinge nicht, wenn es unseren, durchaus nicht in diese Dorn blasenden Soldaten, nicht, wohl will; aber es heißt dem doch die Existenzberechtigung der Wahrheit und des recht Verläumdung, selbst von einem solchen Blatte wie das fragliche es ist, gar zu weit treiben, wenn man die Stirne hat, von einem „brutalen Attentat gegen Sicherheit und Eigenthum" von Seite der Soldaten des 12. bayer. Linienregiments zu sprechen aus Anlaß eines Vorganges am 10. d., den freilich die Abendzeitung in ihrer Weise erzählt, der aber nach dem Berichte der „Münchner Neuesten Nachrichten" sich sehr einfach verhalten lassen den legitimen Bericht anverändert und vollständig hier folgen. Der Leser mag dann selbst urtheilen. Der Bericht der Rheinischen Zeitung lautet: „Gestern fullen sich die Straßen mit bayrischen Soldaten; boshafte, freche Jungen, aufgehetzt von einigen Schoppenbierlaren, höhnten und schimpften auf das Militär; es kam zu Thätlichkeiten und ein Soldat bekam einen tödtlichen Stich in den Hinterkopf. Aufgereizt durch diesen Vorfall und durch einige Karrikaturen, welche seit mehreren Tagen zum Aerger der Bogern ausgehängt waren, zogen sie in Masse vor die Läden, kauften die Zerdrüber und zerrissen sie unter heftigen Drohungen auf der Straße. Dies könne nun den Ladenbesitzern eine geeignete Warnung gewesen sein, den Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen; aber da wäre ja die Erfindungsmöglichkeit beeinträchtigt worden, darum breite man das Netz, auf heute früh die Vorfenster noch dichter mit den auffallendsten und krankendsten Schmähbildern zu verhängen. Da stieg aber ein Gewitter für die Bilderhändler auf, welches, wenn es sich entladen hätte, furchtbare Spuren zurückgelassen haben wurde. Die Soldaten des 12. Regiments zogen die Straße schaarenweise herab; ihre ausschlossen Mienen, sowie ihre theilweise heimlichen Berathungen ließen auf das Aergerste schließen. Da kam die Angst und Sorge. Einige Läden wurden geschlossen, andere zu sehen. Der Freund des Vaterlandes ersehnte den Tag, an dem diese Schmach endigen, an dem es ihm vergönnt sein werde, ein einiges ein wahres Deutschland zu begrüßen, den Tag, an welchem gleiches Recht und gleiches Gesetz gelten, an dem deutsche Heeresmacht der deutschen Grenze wahre Achtung verschaffen und an dem die deutsche Flagge im Norden, wie im Süden die Küsten des Vaterlandes, auf fernen Meeren oder deutschem Handel und deutschem Gewerbe Schutz und Schirm gewähren werde. Im Jahr 1813 schlug die Stunde der Befreiung. Das Volk erhob sich einmuthig mit seinen Fürsten und siegte; aber die errungene Freiheit wurde verkümmert, ja allmählig zernichtet und fremde Völker, theilweise solche, die sich vom deutschen Mutterlande getrennt hatten, vorsten zur Entstehung der ganze Nation die Freiheit zerrissen. Wenn heute Deutschen und deutsche Boden ungetrost betreten. Mit welchen Gefühlen begrüßen wir nach solcher Vergangenheit das erste und wahre Zeichen der wieder beginnenden Einheit und Kraft im deutschen Vaterland, mit welchen Gefühlen begrüßen wir den Mann, der gestern in die alte Krönungsstadt einzezogen ist, um dem deutschen Vaterland Achtung gegen Außen, im Innern aber Freiheit und Schutz gegen Anarchie, die erste Herrscherpflicht, zu verschaffen und zu erhalten? den Mann, der zuerst frisch und zuerst behändigte: „kein Oesterreich und kein Preußen, sondern ein einiges großes deutsches Vaterland!" — Wir begrüßen ihn, den Mann des Volkes, mit schwellendem Busen und im Gefühle wiederkehrender Nationalstolz; wir geloben ihm, mit ihm für Euren und Einer für Alle — Jeder in seinem Wirkungskreise nach Maßgabe seiner Kräfte — einzutreten für die Ehre des Vaterlandes, gegenüber dem innern wie dem äußern Feinde, wenn letzterer es wagen sollte, dem deutschen Namen Hohn zu sprechen. Möge der Allmächtige dem Manne deutscher Wahl Kraft und Stärke verleihen, das schwere Werk glücklich zum Ziele zu führen, wir aber wollen aus dem Grunde unserer Seele rufen: Heil ihm, dem Erzherzog Johann, dem deutschen Reichsverweser! Er lebe hoch!" Die Kanonen ergoß sich ihr Donnergruß aller Freiheit verehrter ein begeistertes dreifaches „Hoch!" ansjurchen.

Schleswig Holstein. Nachrichten aus Rendsburg vom 9. d. M. melden die Wegnahme des Kriegsdampfers „Odin" durch den kapt. Offizier Aldoffer. Die Maschine des Schiffes wurde durch einen wohlgezielten Granatschuß zertrümmert, so daß die Dänen sich in ihre Boote warfen und das Schiff den Siegern überließen.

Preußen. — "Berlin, 12. Juli. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung bemerkt zuerst v. Kirchmann: Gestern sei ihm und dem Abg. Temme, der durch Unwohlsein zu erscheinen verhindert sei, das Patent zugeschickt worden, wonach der eine zum Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts zu Naidow, der andere zum Oberlandesgerichtsrathe in Münster ernannt sei. Noch hätte keiner von beiden sich über die Annahme erklärt, die Unterhandlungen schwebten noch, und sie hielten sich deßhalb für jetzt noch berechtigt und verpflichtet, ihren Sitz in der Nationalversammlung beizubehalten. — Der Minister des Innern Kühlwetter macht der Versammlung eine Mittheilung in Betreff der Gerüchte, welche über die Verbreitung der Cholera in Umlauf seien. „Offiziell bekannt ist der Regierung nur, daß in Petersburg die Krankheit herrsche. Der mit der Ueberbringung der Krankheit am Bord eines Schiffes hat sich nicht bestätigt, wie die angestellten Untersuchungen der stattgehabten Krankheitsfälle ergeben haben. Die Regierung hat übrigens die durch die Gesetze vorgeschriebenen Maßregeln getroffen und auch die Regierung zu Stettin angewiesen, alle aus Petersburg ankommenden Schiffe der vierzägigen Quarantaine zu unterwerfen. — Der gestern vertagte Debatte wird hierauf fortgelegt. (Wir werden das Nähere der interessanten Debatte nachtragen und bemerken nur, daß die Minister sich jeder Einmischung in dieselbe enthielten.) Jacoby's Antrag wurde bei der Abstimmung mit Namensaufruf mit 262 gegen 53 Stimmen verworfen, 46 hatten sich der

Kontier für das Schullehrer-Seminar nicht gewählt worden. Daß die Frage, wie jede andere des Unterrichts und der Bildung, lediglich nach dem Gutachten jener Männer von Fache entschieden wurde, denen die Verantwortung des wissenschaftlichen und technischen Theils der höheren Leitung der Anstalt anvertraut ist, scheinen die Verfasser jener Artikel nicht gewußt zu haben.

Baden. Freiburg, 11. Juli. Das Untersuchungsgericht für die hochverrätherischen Unternehmungen besteht aus aus 10 Richtern. Unter den übrigen Inquisitionsakten sind auch die Verhöre über Struve, Anneke und Effenter Winter in Lahr. Seit voriger Woche befinden sich Anneuny Fingado aus Offenburg Weib im Seekreis. Die Untersuchung einzelner Ereignisse ist so weit gediehen, daß in einigen Monaten deren Aburtheilung wird stattfinden können. — Von der bei Dossenbach verhafteten Schaar sind die Franzosen — über 50 an der Zahl — in Folge der von der französischen Regierung übernommenen Verpflichtung, in Frankreich vor Gericht zu stellen, dahin ausgeliefert worden; eben so viele Nichtdeutsche an ihre deutschen Regierungen. (Freib. Z.)

Gr. Hessen. Darmstadt, 12. Juli. Die heutige Sitzung der zweiten Kammer wurde von dem Präsidenten Hesse mit der nachstehenden Anrede eröffnet: In den letzten Jahrhunderten war unser schönes, früher so starkes deutsches Vaterland ein Bild politischer Zerrissenheit und politischer Ohnmacht. Der deutsche Boden war fremden Eroberern ein gelegenes Feld zur Befolgung ehrsüchtiger Plane. Schaaren aus dem Westen, Süden und Norden zerstörten unsere Städte, zertraten unsere Saaten und die Aeltern unter uns erinnern sich noch mit Entsetzen der Zeit, in welcher dem fremden Herrscher mißliebige Worte in den K ertere, ja zum Tode führen konnten; einer Zeit, in der es — ich übertreibe nicht — beinahe für verbrechen gehalten wurde, von einem deutschen Vaterlande zu reden. Der Freund des Vaterlandes ersehnte den Tag, an dem diese Schmach endigen, an dem es ihm vergönnt sein werde, ein einiges ein wahres Deutschland zu begrüßen, den Tag, an welchem gleiches Recht und gleiches Gesetz gelten, an dem deutsche Heeresmacht der deutschen Grenze wahre Achtung verschaffen und an dem die deutsche Flagge im Norden, wie im Süden die Küsten des Vaterlandes, auf fernen Meeren oder deutschem Handel und deutschem Gewerbe Schutz und Schirm gewähren werde. Im Jahr 1813 schlug die Stunde der Befreiung. Das Volk erhob sich einmuthig mit seinen Fürsten und siegte; aber die errungene Freiheit wurde verkümmert, ja allmählig zernichtet und fremde Völker, theilweise solche, die sich vom deutschen Mutterlande getrennt hatten, vorsten zur Entstehung der ganze Nation die Freiheit zerrissen. Wenn heute Deutschen und deutsche Boden ungetrost betreten. Mit welchen Gefühlen begrüßen wir nach solcher Vergangenheit das erste und wahre Zeichen der wieder beginnenden Einheit und Kraft im deutschen Vaterland, mit welchen Gefühlen begrüßen wir den Mann, der gestern in die alte Krönungsstadt einzezogen ist, um dem deutschen Vaterland Achtung gegen Außen, im Innern aber Freiheit und Schutz gegen Anarchie, die erste Herrscherpflicht, zu verschaffen und zu erhalten? den Mann, der zuerst frisch und zuerst behändigte: „kein Oesterreich und kein Preußen, sondern ein einiges großes deutsches Vaterland!" — Wir begrüßen ihn, den Mann des Volkes, mit schwellendem Busen und im Gefühle wiederkehrender Nationalstolz; wir geloben ihm, mit ihm für Euren und Einer für Alle — Jeder in seinem Wirkungskreise nach Maßgabe seiner Kräfte — einzutreten für die Ehre des Vaterlandes, gegenüber dem innern wie dem äußern Feinde, wenn letzterer es wagen sollte, dem deutschen Namen Hohn zu sprechen. Möge der Allmächtige dem Manne deutscher Wahl Kraft und Stärke verleihen, das schwere Werk glücklich zum Ziele zu führen, wir aber wollen aus dem Grunde unserer Seele rufen: Heil ihm, dem Erzherzog Johann, dem deutschen Reichsverweser! Er lebe hoch!" Die Kanonen ergoß sich ihr Donnergruß aller Freiheit verehrter ein begeistertes dreifaches „Hoch!" ansjurchen.

Schleswig Holstein. Nachrichten aus Rendsburg vom 9. d. M. melden die Wegnahme des Kriegsdampfers „Odin" durch den kapt. Offizier Aldoffer. Die Maschine des Schiffes wurde durch einen wohlgezielten Granatschuß zertrümmert, so daß die Dänen sich in ihre Boote warfen und das Schiff den Siegern überließen.

Preußen. — "Berlin, 12. Juli. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung bemerkt zuerst v. Kirchmann: Gestern sei ihm und dem Abg. Temme, der durch Unwohlsein zu erscheinen verhindert sei, das Patent zugeschickt worden, wonach der eine zum Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts zu Naidow, der andere zum Oberlandesgerichtsrathe in Münster ernannt sei. Noch hätte keiner von beiden sich über die Annahme erklärt, die Unterhandlungen schwebten noch, und sie hielten sich deßhalb für jetzt noch berechtigt und verpflichtet, ihren Sitz in der Nationalversammlung beizubehalten. — Der Minister des Innern Kühlwetter macht der Versammlung eine Mittheilung in Betreff der Gerüchte, welche über die Verbreitung der Cholera in Umlauf seien. „Offiziell bekannt ist der Regierung nur, daß in Petersburg die Krankheit herrsche. Der mit der Ueberbringung der Krankheit am Bord eines Schiffes hat sich nicht bestätigt, wie die angestellten Untersuchungen der stattgehabten Krankheitsfälle ergeben haben. Die Regierung hat übrigens die durch die Gesetze vorgeschriebenen Maßregeln getroffen und auch die Regierung zu Stettin angewiesen, alle aus Petersburg ankommenden Schiffe der vierzägigen Quarantaine zu unterwerfen. — Der gestern vertagte Debatte wird hierauf fortgelegt. (Wir werden das Nähere der interessanten Debatte nachtragen und bemerken nur, daß die Minister sich jeder Einmischung in dieselbe enthielten.) Jacoby's Antrag wurde bei der Abstimmung mit Namensaufruf mit 262 gegen 53 Stimmen verworfen, 46 hatten sich der

Abstimmung enthalten. Nun kam das Amendement Blom an die Reihe. Dasselbe lautet: „Die hohe Versammlung wolle erklären, daß sie die Bezeugung der deutschen Nationalversammlung anerkenne, ohne vorher die Zustimmung der einzelnen deutschen Staaten einzuholen, jenen Beschluß zu fassen, durch welchen ein unverantwortlicher Reichsverweser ernannt wird; daß sie aber glaube, einer jeden Kritik jenes Beschlusses sich enthalten zu müssen. Blom erklärt, den Schlußsatz („von „daß sie aber glaube" bis zu Ende) zurückziehen zu wollen. Es erhebt sich hiegegen Widerspruch. Das Amendement kommt unverändert zur Abstimmung. Das Resultat ist: für das Amendement 36, gegen dasselbe 240; 38 enthalten sich der Abstimmung. Die Sitzung wird geschlossen (6½ Uhr) und die nächste auf Dienstag den 18. angesetzt.

— Aus Breslau uns zugegangener Brief enthält Details über die Durchreise des Erzherzogs Johann. Sämmtliche Bahnhöfe waren festlich geschmückt und von den bewaffneten Bürgerkorps besetzt. Der Erzherzog begegnete den letztern sein Wohlgefallen. In Ohlau trugen die Schützen das Wappen der Stadt, einen Hahn am Helm; der Reichsverweser hielt dies Abzeichen anfänglich für ein republikanisches Symbol und war sehr erfreut, als er seinen Irrthum widerlegt fand. Auf dem Breslauer Bahnhofe fragte er ein in Pfannen gekleidetes Mädchen, warum es nicht uniformirt sei?, — worauf er die Antwort erhielt: „Die Blonde ist die Uniform der Ohlauer Bürger." Unterwegs hat der Erzherzog bedeutende Kenntniß der Landwirthschaft, des Fabrikwesens, des Berg- und Hüttenbetriebes gezeigt. Unter seinen polnischen Aeußerungen bezogen sich viele auf den Krieg der Deutschen mit den Wälschen, an dem er ein hohes Interesse zu nehmen scheint. Es ist leicht, mit diesem Manne vom Herzen zu reden, er scheint sehr gern zu sehen, wenn alle Förmlichkeiten im Gespräche mit ihm beseitigt werden. Dies bewies er zu Oberberg, wo ein zu sich so höchst einfacher Vorgang alle Umstehenden eben durch seine Einfachheit rührte. Ein Tyroler Weib urmlich trat den Erzherzog mit den Worten an: „Na, grüß' Di Gott Johannes, was machstSch Du?" — „Ich geht mir gut," antwortete der Angeredete, und fragte: „wo bist Du her?" — „Und dem Freundschaft's" — „Was treibst Du hier?" — „I handle mit Schafwollwaaren." — Nun" — so schloß Johann das Gespräch, „mag's eS Dir gut gehen mit Deinem Handel, und wenn Du heimkehrst, so grüß' mir Deine Landsleute." Die Reise des Erzherzogs glich einem Triumphzuge. Ueberall hatten sich Behörden und Bürgerwehr zum Empfange auf den Perrons der Bahnhöfe aufgestellt. So in Raudos, Neisse, Oppeln, Löwen, Brieg, Ohlau, Breslau.

Die neuesten Nachrichten aus verschiedenen Theilen der preußischen Monarchie versichern offenbar, daß die Regierung entschlossen ist, dem zügellosen Treiben der Aufwiegler nicht mehr länger nachzusehen. In Düsseldorf ist am 8. des Mts. der Vorstand des Düsseldorfer Volksklubs, Herr Wulff, und in Breslau am 10. der Schneidermeister Falkenhain verhaftet worden, welch letzterer in einer Volksversammlung Beleidigungen gegen den König ausgestoßen hatte.

Frankreich.

△ Paris, 12. Juli. Die summarische Instruktion über die Junivorgänge scheint ihrem Schlusse nahe. Indessen dauern die Verhaftungen noch immer fort. Nach heute ist wieder eine Anzahl verhaftet worden, doch nicht so viele als in den vorigen Tagen. Eine neue Verschwörung, welche in dieser Woche zum Ausbruch kommen sollte, ist entdeckt worden. Die Mittel zur Ausführung waren so furchtbar, daß selbst einige der Verschworenen davor zurückschauderten, und so kam die Sache zu Tage. Gestern Nacht schon sollte der Ausbruch erfolgen. Paris war von einer neuen klugen Kintheorie überzogen worden, durch abgeschnittene Wasser. General Cavaignac hatte schon vorgestern Nachts 11 Uhr mehrere befehlshaber zu sich kommen lassen und zwar in Zivilkleidung, weil er wußte, daß der Plan war, alle Generale und Oberoffiziere festzunehmen und niederzumachen, um so den Vollzug seiner Befehle unmöglich zu machen. In der Nacht gegen 1 Uhr rückten plötzlich Truppenabtheilungen in der Vorstadt St. Marcel und in Montmartre ein, und fanden unter mehreren Hofthoren alles für den Barrikaden nöthige Material bereit. Verhaftungen in großer Zahl wurden vorgenommen, auch bei einem der Verdächteten Papiere gefunden, die über den Plan zum Aufstande Aufschluß geben sollen. Man sagt, die jungen Mädchen in den Erziehungsanstalten und Klöstern der zwei Quartiere sollten mit Gewalt dort herausgeholt und auf die Barrikaden gestellt werden, um den Aufrührern Zeit zu nehmen, im Falle eines Angriffs vor Beendigung ihrer Vertheidigungsarbeiten ihre Maßregeln zu treffen. Die Zugänge zur Rouener Eisenbahn, zum Pantheon und die Vorstadt St. Jacques waren gestern von Truppen stark besetzt. Die Wachsamkeit der Regierung hat alle Plane der Aufrührer vereitelt. — Der Kaiser von Marocco hat nun definitiv die französische Republik anerkannt. — Heute sind wieder alle Fonds an der Börse gestiegen. — Die Nationalversammlung hat heute einstimmig beschlossen, daß der Leichnam des Generals Duvivier bei den Invaliden beigesetzt werden solle. — Die neuesten Nachrichten aus Algier vom 5. sprechen von neuen aufrührerischen Bewegungen in Kabylien.

Donaufürstenthümer.

Jassy, 3. Juli. Die Russen sind den diesen Nachmittag bis eine Stunde vor der Stadt vorgerückt. Das Hauptquartier ist auf dem Gute des Fürsten Rosnovan zu Sticka. Man erwartet sie morgen allhier. Der Fluß liegt an der Cholera schwer erkrankt darnieder. Der Minister des Innern ist an der Cholera gestorben. Uebrigens herrscht noch Ruhe in der Stadt. (A. Z.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 12. Juli. 5proz. Metall. 72⅛, 4proz 61, 3proz. —, 2½proz. 37. 183er 500 L.-Loose 148. 1839er 250 fl.-Loose 81. Bankaktien 1094. Nordbahn 105½. Anlehen 79. Venedig-Mailand 63½. Livorno 69¼. Pesth 63. Siena 53. Arpenninenbahn 95.

Berlin, 12. Juli. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 73¼ B., 73½ G. Seeh. Präm.-Sch. 88⅛ B. 88 G. Westpreuß. Pfandbr. 76½ B. 76¼ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — B. 99½ G. 3½proz. 77½ B. 77 G. Ostpr. Pfandbr. 82½ B. 82¼ G. Pomm. Pfandbr. — B. 91 G. Kur- u. Nm. Pfandbr. — B. 91 G. Preuß. Bk.-Anth Sch. — B. — G. 83½ B. 83 G. Friedrichsd'or 13⅓ B. 13⅛ G. Aud. Goldm. à 5 Th. 12½ B. 12½ G. Diskonto 5%.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 85½ B. u. G. Berl.-Hamburg 61½ G. Berl.-Stettin-Stargarder 83½ B. 83 G. Berl.-Potsdam-Magd. 45½ B. Magdeburg-Halberstadt 88 G. Halle-Thüringer 50 B. u. G. Köln-Minden 75½ B. 75 G. Köln-Aachen 34½ B. 34 G. Nordb. 105 B. 104 G. Düsseld.-Elberfeld 82 G. Niederschles.-Märkische 89 B. Oberschlesische 83 B. 82 G. Rhein. 83 B. u. G. Breslau-Freiburg 76 G. Krak.-Oberschles. 36½ B. u. G. Berg-Märk. 49 G. Stargard-Posen 63½ B. 63 G.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. B 82½ B. 83 B. Starg.-Posen — G. Magd.-Wittenberg 42 G.

Privatdiskonten: Berlin-Anhalt. 80½ G. Berlin-Hamburg. 88 B. Berlin-Potsdam-Magdeburg 3proz. 82½ B. Halle-Thüringen. 60½ B. Köln-Minden 86½ B. 86 G. Nh. Stamm-Prior. 65 B. 64 G. Niederschlesisch-Märk. 3proz. 79 G. 3proz. 93 B. u. G. 4½ Serie 87 G. Zweigbahn 3proz. 65 G. Oberschles. Litt. A. 96 G. Steele-Vohwinkel —.

London, 11. Juli. Konsols 87¼. 3proz. Rth. Anzeig. 24¾. Port 3. Portug. 3proz. —. 4proz. 17. 5proz. —. Holl. 4proz. 70 a ¾. 2½proz. 43¾.

Paris, 12. Juli. 3proz. 49,75. 4proz. —. 5proz. 76.25. Schuldz. 13⅞. Bankaktien 1075. Compt. von Algier — Belg. 5proz. 77.—. 4proz. —. Belg. Paris 565. Neap. 5proz. —. Röm. 62.—. Piem. —. Wien. —. Wechsel. Amsterdam 202.50. Hamburg 149.50. Augsburg 125.50. Frankfurt 125.50. Leipzig 125.50. Livorno 78.50. Mailand 125.50. Genua 78.50. Turin 78.50. Madrid 7. Juli. 3proz. 20 P. 20¼. 21 G. 5proz. 27 P. 27½ G. Pass 4½ P. 4¾ G. Coup 8 P. Preuß. Cl. 3½ P. St. Fernandobank 70 P. Disconto 11 und 10½. Wechselkurse: Paris 4—40 P. London 42—50 P.

Chemnitz, 16. Juli. Auf unserer gestrigen Schranne betrug die Zufuhr 5107 Schäffel, und der ganze Stand 6070 Schäffel, mit Einschluß des vorigen Restes von 963 Schäffeln; hiervon wurden verkauft 4908 Schäffel, und verblieben 1162 im Rest. Die Verkaufssumme beläuft sich auf 6146 fl. Der wahre Mittelpreis dieser Zufuhr ist auf 17 fl. 17 kr für Weizen, Korn 9 fl. 50, Gerste 8 fl. 22 kr, Hafer 5 fl. 39 kr. somit ist im Vergleich zur vorigen Schranne der Weizen um 27 kr. und das Korn um 21 kr. gefallen, dagegen die Gerste um 25 kr. und der Hafer um 8 kr. gefallen

J. W. Vogel, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Haf- und National-Theater.
Sonntag, 16. Juli: „Robert der Teufel", Oper von Meyerbeer.

Fremdenanzeige.

Hotel Mauik. Soare, Privatier von Wien. Wasilwla, Privatier aus Preußen. Peidenreich, Privatier von Berlin. Graf v. Bellino, von Mailand.

Gold. Hahn. Bröger und Galeran, Negotianten von Genève. Billinger, Mentier von Darmstadt. Seifert, Jagdlieferer von Würzburg.

Blaue Traube. v. Knappe, Appellationsgerichts-Direktor von Freising. v. Partsch, königl. Offizier von Ulm. Magnus, Professor von Innsbruck. Kramer, Priester von Niederösterreich. v. Thienhammer, von Hof. Bäumlein, Advokat von Wiedenach. Fryr. v. Gumppenberg, von Darzberg. Kössla, Dr. von Stuttgart. Huber, königl. Landgerichts-Aktuar von Aidling. Morandu, Kaufmann, Reina. Rohrlagerbesitzer aus Italien. Scheinbeil, Landgerichts-Assessor von Donauwörth.

Stachusgarten. Benedc, Maler aus Schiessen. Schmid, Ingenieurpraktikant von Münchberg. Kremm, Professor von Schlaffheim.

Gestorbene in München.

Karol. Gesp, Ingenieurgeographens-Tochter, 31 J. a. Franz Xaver Eckerl, Brauermeister, 33 J. a. Karl Pellager, königl. Militärzahlmeister von Ingolstadt, 37 J. a.

20.

Ediktalladung.

Johann Bäumlein, Sohn der Taglöhnersehelente Johann und Dorothea Bäumlein von Lehm (im Jahre 1827), geb. daselbst am 1. Juni 1787, ließ sich, obgleich 20 Jahr alt, zum österreichischen Militär anwerben, und hat seitdem keine Nachricht mehr von sich gegeben.

Auf Antrag seines Bruders werden nun Johann Bäumlein, oder dessen legitime Leibeserben hiemit aufgefordert, sich

innerhalb eines halben Jahres

um so gewisser dahier zu melden und zu legitimiren, als sonst mit dem sich auf das 310 fl. berechneten Vermögen des Abwesenden von Amtswegen wird verfahren werden.

Banz, am 11. Juli 1848.

Herzogl. bayer. Herrschaftsgericht, als provisorische Verwaltung des Patrimonialgerichts I. Klasse Lahm.

Glaser, Herrschaftsrichter. Deinlein.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird morgen ausgegeben.

Die Parteien in der deutschen National-versammlung, und die bayerischen Abgeordneten.

(Auszug aus einem Frankfurter Briefe vom 9. Juli.)

Die bayerischen Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung haben in Münchener Blättern harte Angriffe erfahren, von denen man nicht weiß, ob man sie mehr einer verschrobenen Auffassung und Anschauung der Personen und der Dinge, oder wirklicher Böswilligkeit zuschreiben soll. Wenn da gesagt wird, die meisten bayerischen Abgeordneten gehören dem rechten Zentrum, und nur eigentlich die Pfälzer der Linken an, so ist das richtig. Wenn aber hieburch die Ersteren verdächtigt und die Letzteren getreuen werden wollen, so schrieb das auf der ersteren Voraussetzung zu beruhen, daß man annähme die Stellung der beiden Parteien nicht so genau kenne, daß man die Bezeichnungen „rechte und linke Seite" dort noch in ihrer frühern Bedeutung nehme, mithin unter der rechten Seite die retrograde, unter der linken die liberale Richtung begreife. Eine solche Annahme ist aber völlig irrig, und es erscheint also nicht nur nicht überflüssig, sondern sogar erwünschlich, daß darüber nähere Aufklärung durch ein Münchener Blatt selbst gegeben werde.

In der St. Paulskirche ist nur eine, nemlich die liberale Richtung diese oder in ihren verschiedenen Abstufungen und bis zu den äußersten Extremen und Verirrungen verretea. Mag auch der Eine oder Andere unter den Abgeordneten vielleicht im Herzen noch retrograden Tendenzen huldigen, so kann es ihm doch nicht einfallen, dieselben zur praktischen Geltung bringen zu wollen. Er fühlt, daß er sich dadurch sogleich im ersten Augenblicke politisch unmöglich machen würde. Ein schlagender Beleg für obige Behauptung liegt wohl in dem Umstande, daß ein preußischer Abgeordneter von unbestrittener Charakterfestigkeit, der bekannte von Bincke — in der Paulskirche vielleicht der Entschiedenste ist unter den Männern der äußersten Rechten, während er auf dem vereinigten preußischen Landtage zu den äußersten Linken zugehörte. Das eigentlich charakteristische Merkmal dieser Partei ist, daß sie streng an dem Rechtsboden sest hält und nur von diesem aus, also im Wege der Reform, nicht der Revolution — die Umgestaltung der deutschen Verhältnisse beabsichtigt, sonach auch eine solche Umgestaltung einzig nur im Einverständnisse mit den Regierungen für zulässig hält. Sie will auf diesem Wege die konstitutionelle Monarchie auf breiter Grundlage schaffen. Die äußerste Rechte in ihrem strengen und konsequenten Auftreten besteht gegenwärtig aus Preußen (Pommern und Westphalen) und zählt nicht über 40 Mitglieder, unter diesen aber Notabilitäten ersten Ranges (General Radowitz, Flottwell, Lichnowsky, Binde, Beckerath rc.) Uebrigens sind sie dahingestellt, ob nicht diese Partei den Kern und Mittelpunkt eines sehr schroffen Parteiantrittes bilden wird, wenn es sich erst um Diskussion der einzelnen Volksrechte handelt. — Als Gegensatz der äußersten Rechten, jedoch immerhin noch an dem gemeinsamen Boden der konstitutionellen Monarchie festhaltend, stellt sich das linke Zentrum dar. Das linke Zentrum, steht entschieden auf dem Boden der Revolution; es legt freil diese Letztere in der Versammlung nicht blos nicht konstituirenden, sondern in der That einen konservativen Charakter bei, und hält dieselbe hienach für berufen, nicht nur dem deutschen Volke eine Verfassung zu geben, sondern gelegentlich auch mitzuregieren. Es will diese Machtvollkommenheit benützen zur Gründung der konstitutionellen Monarchie, ohne aber hiebei auf die Mitwirkung oder Zustimmung der Landesregierungen Werth zu legen, gelegentlige Hilfe für ersprießlich, nothwendig zu erachten. Alle übrigen bei der äußersten Rechten der Partikularismus überwiegt, so ist hier in der Regel ein vorherrschender, ja überschwänglicher Zentralisations-Eifer charakteristisch. Das linke Zentrum ist numerisch der äußersten Rechten kaum überlegen, zählt viele tüchtige Mitglieder, aber seinen wirklich bedeutenden Redner oder Staatsmann in seinen Reihen. Zwischen diesen beiden Extremen des großen konstitutionellen Parteilagers ist das Heerlager der Gemäßigten, welches wohl zwei Drittheile der ganzen Nationalversammlung in sich begreift. Sie scheiden sich in mehrere Fraktionen (in die gemäßigte Rechte, in das rechte Zentrum, in das Zentrum (Casinoweg), ohne daß aber zwischen diesen Fraktionen eine charakteristische Grenzlinie gezogen, oder überhaupt ein anderer Unterschied angegeben werden könnte, als daß die Einen mehr nach Rechts, die Andern mehr nach Links sich hinneigen. Das denselben gemeinsame Merkmal besteht darin, 1) daß sie die Nationalversammlung als eine konstituirende, nicht aber als eine leitzthätigerende betrachten, und aus letzterem Gesichtspunkte jeden Versuch, die Versammlung zu Uebergriffen in die exekutive Sphäre zu verleiten, mit Entschiedenheit zurückweisen; 2) daß sie das Zustandekommen nur möglich im Einverständnisse mit den Regierungen zu Stande gebracht wissen wollen. Beides huldigt ein Theil in der Theorie der Ansicht der äußersten Rechten, glaubt aber, daß es, um der Nationalversammlung das allgemeine Vertrauen zu wahren, nicht räthlich sei, diese Theorie so schroff an die Spitze zu stellen, sondern daß die Zusammung der Regierungen als etwas sich von selbst verstehendes insolange betrachtet werden solle, als die Nationalversammlung mit Mäßigung und Besonnenheit (im eigenen wohlverstandenen Interesse der Regierungen) vorwärts schreitet, und eben deßhalb rücksichtlich ihrer Beschlüsse auf die Sympathien der überwiegenden Majorität von Deutschland rechnen darf. Ein anderer Theil ist in der Theorie mit dem linken Zentrum einverstanden, jedoch ling genug, um einzusehen, daß ein Konflikt mit den Regierungen (wenn von der Nationalversammlung selbst, oder ohne die dringende Nothwendigkeit herausgefordert) leicht einen Zusammenstoß zwischen den einzelnen Volksstämmen und sohgewisse in Bürgerkrieg umschlagen könnte. Beide Theile vereinigen sich, wenn auch aus verschiedenartigen Motiven (die Einen „weil", die Andern „obgleich") zu der gleichen Handlungsweise. Die Gesammtpartei, in ihrem Kollektivbegriffe gewöhnlich das Zentrum schlechthin genannt, vereinigt nicht nur nunmehrsie die Majorität, sondern auch dynamisch die meisten parlamentarischen Kräfte in ihren Reihen, ihre Herrn Biedermann, Dahlmann, Gagern, Heckscher, Mathy, Jaxxeschen, Waitz, Welker, Wydenbrugk, Schmerling rc. Der großen konstitutionellen Majorität, bestehend aus der Rechten und dem Zentrum, steht die republikanische Minorität gegenüber, welche in die gemäßigte und äußerste Linke zerfällt. — Die gemäßigte Linke besteht aus solchen, welche die Republik wollen, jedoch deren Einführung auf dem Wege der Gewalt sür unzulässig erklären, und welche mithin ihr Bestreben dahin richten, die konstitutionelle Monarchie ganz mit demokratischen Formen zu umgeben, und sie durch diese allmälig unmöglich zu machen. Die Erklärungen unter ihnen bekennen sich offen zur Republik; ein anderer Theil findet aber für gut, vor der Hand die konstitutionelle Maske noch beizubehalten. Zu dieser Fraktion gehören Hecker, Simon von Breslau, Venedey, Mrowak rc. Die äußerste Linke endlich strebt direkt auf den Bürgerkrieg los. Ich will glauben, daß ein Theil von ihnen hofft, auf diesem Wege wirklich zur Republik zu gelangen; der Majorität aber ist es offenbar nicht um diese, sondern lediglich um die Anarchie zu thun. Die Anschauungen (Kaye, Zitz, Kapp, Schüsselet, Bogt, Jörgin rc.) stehen mit Barbes und Blanqui unzweifelhaft auf ganz gleicher Linie. In dem Lager, aus welchem diese Rufe ertönen, befinden sich, wenn wir alle der Gruppirung überliefert. Sie fraternisiren ganz offen mit den Führern der demokratischen Vereine, mit Fröbel, Heinzen, Metternich, Struve und Hecker. Sie wissen, daß sie unrettbar kompromittirt und verloren sind, sobald die Regierungsgewalt und die Achtung vor dem Gesetze in Deutschland wieder die Oberhand erlangt, sie haben mithin keine andere Wahl, als rücksichtslos vorwärts zu dringen. — Kapp hat es schon vor geleglichen des Vorparlaments ausgesprochen: Man möge doch ja nicht vor Stuttorgiesien sich scheuen. Deutschland müsse republikanisirt werden, und sollte man darüber auch im Blute bis über die Knöchel patschen. — Ganz in ähnlichem Sinne hat Ruge eine Rede vor mehr als 300 Zuhörern im Weidenbuschsaale gehalten. Dieses masslose Treiben hat selbst ihre intimsten Freunde ihren gemacht, und Robert Blum, Schaffrath, Jordan, Wiesbaden, Schlesien rc. haben ihm schon öfters ihr Mißfallen darüber zu erkennen gegeben, daß sie sich von ihnen lossagen. So ist im Allgemeinen der Stand der Parteien, und nun frage ich, wohin können die bayerischen Abgeordneten sich wenden, wenn sie mit den Gesinnungen ihrer Wähler im Einklange bleiben wollen? Ihre Stellung war bisher folgende. Mit der äußersten Rechten haben in den meisten Prinzipienfragen bisher gestimmt: Beisler, Dollinger, Gistl, Gombert, Graf, Kassalik, Obermüller, Philipps, Sepp (?), Wolffen. Mit dem Zentrum: Arndt's, Bayermann, Dekan Baier, Burkart, Cucumus, Eckart, Edel, Dekan Friedrich, Gebhart von Fürth, Gebhart von Hof, v. Grundner, Haubenschmid, Gr. v. Hegnenberg-Dux, Heim, Kirchgeßner, Krafft, Künzberg, Nagel, Neumayr, Ostermayr, Quintl, Reitmayr, Rotenhan, Rahmandel, Schauß, v. Schrenk, Schubert, Schunck, Dekan Vogel, Weber, Zenetti, Zerzog. Mit dem linken Zentrum: v. Barth, Behr, Eisenmann, Fallmerayer (wiewohl man übrigens bei diesem nicht recht weiß, wie man daran ist), Gangkofer, Geigel, Ministerialrath Hermann, Forstmeister Müller von Damm, Paur aus Augsburg, Pöhl, v. Rainer, Schlör, Stahl. Mit der linken: Schneider, Blumenorber und sämmtliche Pfälzer. Mit der äußersten Linken: Titus.

Bayerische Verhältnisse.

Bayern. — ** München. Die Art, in welcher sich mehrere Zeitblätter über die am Rheine und in dem badischen Seekreise stehenden bayerischen Truppen geäußert, vor allem aber die Nachricht von den feindlichen, so zum Waffengebrauche geschärften Begegnungen zwischen bayerischen Truppenabtheilungen in Landau stattgefunden, haben einen ernsten Eindruck gemacht. Man erkannte sogleich, daß dieses letzte Ereigniß in zweifacher Hinsicht beklagenswerth sei: zuerst, weil es zur Bethätigung des im bayerischen Heere bewahrten Geistes der Treue und Ordnung Anlaß geben konnte, dann, weil wir uns nicht verhehlen durften, daß in dem bisherigen deutschen Lande der Zusammenstöße in einer deutschen Grenz- und Bundesfestung eine besondere Bedeutung beigelegt werden würde. Wir waren deßwegen bemüht, uns über alle Einzelheiten des Vorfalls jede mögliche Kenntniß zu verschaffen, und können nun, gestützt auf Mittheilungen, über deren Zuverlässigkeit jeder Zweifel verschwindet, die feste Ueberzeugung aussprechen, daß demselben auch nicht die entfernteste politische Beziehung — wir nehmen das Wort in strengsten und weitesten Sinn — und eben so wenig eine Verfahrung zur Widersetzlichkeit und Meuterei zu Grunde lag. Aus einer rein persönlichen Unzufriedenheit mit einem Unteroffiziere entsprungen, durch die niemals schlummernde

Spannung zwischen Soldaten verschiedener Waffengattungen und Provinzen selbst bei geringfügiger Anregung entzündet und genährt, brach der Raufhandel, wo die erhitzten Haufen mit schmähenden Worten und scharfer Wehre an einander geriethen, alsbald in wildes Kampfgetümmel aus. Wer aber eine solche brandende Verwirrung einmal in der Nähe angesehen, der weiß nur zu gut, daß in Augenblicken, wo der kräftigste Befehl im Lärm und Waffengeroth ungehört verhallt, die volle Wuth sich nicht wie mit einem Zauberstreiche sänftigen und bannen läßt. Als wesentlich und entscheidend muß aber bei der Beurtheilung der Sache folgendes in's Auge gefaßt werden. Es war die pflichtgetreue Absicht der Offiziere gewesen, die einzelnen Soldaten, wenn sie von ihren Vorgesetzten gebeten und zur Ruhe aufgefordert wurden, in ersten Augenblicke jeder Weigerung, und wurden erst später wieder von dem Strome mitfortgerissen, wenn durch die Furcht vor neuen Angriffen oder durch Gerüchte von festgethanen ein wiederholter Anbruch und Kampf entstanden war. Alle Schilderungen der gegeneinander kämpfenden Parteien bisdenen übereinstimmend auf ihren Ursprung. Es war die pflichtgetreue Befolgung des erhaltenen Befehls von einer Abtheilung des aus eingeborenen Pfälzern bestehenden 6. Infanterie-Regiments, welche den Groll ihrer Gegner zum thätlichen Ausbruche reizte, so wie auch die ehrenwerthe Bürgerschaft Landau's die späteren Verirrungen ihrer Landsleute mit rücksichtslosem Rechtsgefühle mißbilligte. So wurde auch, als die Entfernung des 6 Infanterie-Regiments aus der Festung befohlen wurde, dieser Befehl von demselben pünktlich und gehorsam vollzogen. Daß aber bei diesen Zusammenstoße zweier, doch rein persönliche Mißstimmung und Reibung erbitternden Parteien das Gefühl der strengen Dienstpflicht und Waffenehre nicht untergegangen war, gab sich in manchen sehr beachtenswerthen Zügen kund. Ein Soldat des 6. Infanterie-Regiments, auf seinem Posten durch den Fuß geschossen, verließ augenblicklich aller Aufforderungen diesen Posten nicht. Ein auf dem Walle oberhalb der neuen Kaserne aufgestellter Posten wich länger Zeit dem lebhaften Feuer nicht. Mehrere Soldaten die Aufforderung, sich von dem gefährlichen Platze zu entfernen, mit den Worten: ohne Befehl von seinem Wachtkommandanten könne er seinen Posten nicht verlassen. Dieser wurde von dem Corpskommandanten, Generallieutenant Fürsten Taxis, der nach seiner am andern Tage erfolgten Ankunft seinen sichern Blick wie seine Energie in gleichem Maße bethätigte, sogleich zum Unteroffiziere befördert, und auch dem Obmeramtleiter wurde die angemessene Belohnung nicht fehlen. Wir hoffen, daß diese Thatsachen, mit den eigenthümlichen Verhältnissen eines solchen zwischen Krieg und Frieden hinund herschwankenden militärischen Zwitterlebens vertraute Beobachter darin ein besonders bedeutliches Zeichen, am wenigsten aber das Schreckbild einer „gänzlichen Auflösung" erblicken wird. Uebrigens haben vielfache Zeugnisse aus der besagten Gegenden selbst den besten Maßstab für Darstellungen solcher Art geliefert.

Deutschland.

Bayern. *† München, 17. Juli Morg. Nach gestern Abends angelangten Briefen aus Frankfurt war der Erzherzog Reichsverweser am 14. d. Nachmittags von daselbst noch nicht abgereist. Camphausen, hieß es, sei definitiv zurückgetreten; eben so wurde für Minister Heckscher als Justizminister genannt. Bestimmt scheint es jetzt nur Schmerling für das Innere, und Mathy als Finanzminister zu sein.

Die Karlsruher Zeitung vom 16. bringt aus Frankfurt vom 15. die Bildung eines Reichsministeriums, wie folgt: v. Peucker (preußischer General) Krieg; Heckscher (aus Hamburg) Justiz; v. Schmerling (bisher österreichischer Präsidialgesandter) Inneres und Auswärtiges. Frhr. v. Wessenberg bleibt im Auftrage des Reichsverwesers zu Frankfurt zurück. Der Erzherzog war am 15. gegen 4 Uhr Vormittags daselbst abgereist, am Abend zuvor aber noch mit ausnehmendem Jubel empfangen worden. Nach dem zweiten Akt, bevor er sich entfernte, hielt er eine Anrede, worin er anfündigte, daß er in Bälde zurückkehren und sein Liebst.6 auf der Welt, nämlich Weib und Kind, nach Frankfurt mitbringen werde. Der Erzherzog ist am 16. Nachmittags 3 Uhr in Regensburg eingetroffen und hat ohne Aufenthalt sogleich, von Sr. Maj. dem König von Bayern auf dem Donaudampfboote die Reise fortgesetzt. Von Frankfurt aus erließ der Reichsverweser noch folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk.

Deutsche! Eure in Frankfurt versammelten Vertreter haben mich zum deutschen Reichsverweser erwählt.

Unter dem Zurufe des Vertrauens, unter den Grüßen voll Herzlichkeit, die mich überall empfangen und die mich rühren, übernahm ich die Leitung der provisorischen Centralgewalt für unser Vaterland.

Deutsche! nach Jahren des Druckes wird Euch die Freiheit voll und unverkürzt. Ihr verdient sie, denn Ihr habt sie muthig und beharrlich erstrebt. Sie wird Euch nimmer entzogen, denn Ihr werdet wissen, sie zu wahren.

Eure Vertreter werden das Verfassungswerk für Deutschland vollenden. Erwartet es mit Vertrauen. Der Bau will mit Ernst, mit Besonnenheit, mit achter Vaterlandsliebe gefügt werden. Dann aber wird er dauern, fest wie Eure Berge.

Deutsche! Unser Vaterland hat ernste Prüfungen zu bestehen. Sie werden überwunden werden. Eure Straßen, Eure Ströme werden sich wieder beleben, Euer Fleiß wird Arbeit finden, Euer Wohlstand wird sich heben, wenn Ihr vertrauet Euren Vertretern, wenn Ihr mir vertrauet, den Ihr gewählt, um mit Euch Deutschland einig, frei und mächtig zu machen.

Ueber vergeßt nicht, daß die Freiheit nur unter dem Schirme der Ordnung und Gesetzlichkeit wurzelt. Wirkt mir dahin, daß diese zurückkehren, wo sie gestört worden. Dem verbrecherischen Treiben und der Zügellosigkeit werde ich mit dem vollen Gewichte der Gesetze entgegentreten. Der deutsche Bürger muß geschützt sein gegen jede strafbare That.

Deutsche! Laßt mich hoffen, daß sich Deutschland eines ungestörten Friedens erfreuen werde. Ihn zu erhalten ist meine heiligste Pflicht.

Sollte aber die deutsche Ehre, das deutsche Recht gefährdet werden dann wird das tapfere deutsche Heer für das Vaterland zu kämpfen und zu siegen wissen.

Frankfurt a. M., den 15. Juli 1848.

Der Reichsverweser:
Erzherzog Johann.
Die Reichsminister:
Schmerling. Peucker. Heckscher.

München, 16. Juli. Der II. Director des Appellationsgerichts von Unterfranken in Aschaffenburg, Karl Schumann, ist anstatt heutigen zum 1. Appellationsgerichts-Director in Bamberg befördert worden. — Se. Maj. der König haben allergnädigst zu gnädigst die Aufnahme des Dr. Anat. Anton Quigmann aus München als Privatdocenten an der medizinischen Fakultät der Universität München zu genehmigen.

* Das 5. k. Infanterie-Regiment hat kraft allerhöchsten Befehls vom 14. Juli statt seines bisherigen Namens „Erzherzog Johann" nun nach der erfolgten Thronbesteigung Sr. königl. Hoheit den Namen „Großherzog von Hessen" zu führen.

Würtemberg. — Stuttgart. Das Reg.-Blatt vom 15. Juli enthält folgende königl. Verordnung: Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Würtemberg. Nach Ansicht der Statuten des demokratischen Kreisvereins in Stuttgart, in Erwägung, daß der Zweck dieses Vereins in kommunistischer Richtung den Staat umzugestalten und ihm eine entsprechende Form zu geben, welche selbst in der demokratischen Republik nur annähernd erreicht werde, die Grundlagen der öffentlichen Ordnung bedroht, in Erwägung, daß dieser Verein mit einem Centralkomite in Verbindung steht, welches sich schon ursprünglich als Gegensatz gegen die deutsche Nationalversammlung erklärt und durch sie, so wie durch öffentliche Aufforderung zur Aufstehung gegen die Beschlüsse dieser Versammlung und zur eigenmächtigen Bildung einer neuen Vertretung, seine verderbliche Tendenz hinreichend kund gegeben hat, in Anbetracht, daß durch die von einem solchen Verein unterhaltene Aufregung unter dem Volke die Rücksicht des allgemeinen Vertrauens, ohne welches eine Verbesserung der gesetzlichen Verhältnisse und Gewerbsverhältnisse nicht möglich ist, gefährdet wird, verordnen Wir, nach Einholung Unseres Geheimen Raths, Kraft des § 89 der Verfassungsurkunde wie folgt: Der demokratische Kreisverein in Stuttgart ist aufgelöst, die fernere Theilnahme an demselben verboten, und wofern sie nicht in ein schwereres Verbrechen übergeht, an den Stiftern oder Vorstehern mit Kreisgefängniß bis zu einem Jahre, an den übrigen Strafen mit Gefängniß bis zu zwei Wochen, oder mit Geldbuße von fünfzig bis zweihundert Gulden zu bestrafen. Angehörige eines andern Staates, welche sich der Theilnahme schuldig machen, sind nach erstandener Strafe aus dem Lande auszuweisen. Unsere Ministerien der Justiz und des Innern sind mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt. — Gegeben Stuttgart den 12. Juli 1848. Wilhelm. Für den Chef des Justizdepartement: Harpprecht. Der Chef des Departements des Innern: Duvernoy. Auf Befehl des Königs: der Geh. Leg. Rath Maucler. (Schw. Merk.)

Hessen. — Aus dem hess. Odenwalde, 11. Juli wird dem Frankfurter Journal berichtet, daß die dortigen Wühler von der bewaffneten Macht ohne irgend einem Widerstand des Landvolks verjaget worden sind.

Preußen. — * Berlin, 12. Juli. Bei Fortsetzung der Debatte über den Antrag Jacobys, in Betreff der Erklärung des Ministerpräsidenten über die Wahl des Reichsverwesers durch die Nationalversammlung zu Frankfurt ohne Zuthun der Regierungen, ergriff zuerst Abegg (für Kreuznach) das Wort: Die Committenten hätten besondere Vertreter nach Frankfurt geschickt und damit den Willen ausgesprochen, daß die Frankfurter Debatten hier nicht erneuert werden sollen. Die Mißbilligung des Beschlusses der deutschen Nationalversammlung gefährde die deutsche Einheit. Das Verhältniß Preußens zu dem Gesammtvaterlande soll ja erst in Frankfurt hergestellt werden. Erst wenn dies geschehen ist, wird vielleicht eine Veranlassung sein, eine Erklärung abzugeben. Jetzt würde eine Erklärung voreilig, vorgreifend und ein Verstoß gegen die Frankfurter Versammlung sein. Was den Vorbehalt der Minister betreffe, so sei es lediglich Sache der Frankfurter Versammlung, zu beschließen, was sie dagegen thun wolle. — Balzer: Wenn wir früher an große Fragen kamen, so hat man gewöhnlich die Tagesordnung beantragt. Das hat man bei

dieser Lebensfrage nicht gewagt. Aber dafür hat man einen andern Ausweg eingeschlagen: man hat die Kompetenzfrage aufgeworfen. Nun hat sich auf das Mandat berufen, auf das geschriebene Blatt, auf welchem nicht geschrieben sei, daß wir zu mißbilligenden Erklärungen beauftragt sind. Ja denn aber den Frankfurter Abgeordneten das Mandat gegeben, das Schicksal der deutschen Nation in die Hände eines unverantwortlichen Reichsoberwesens zu legen? Dafür hat man sich auf ein höheres Mandat, das Gewissen, berufen. Ich stimme hiermit den Gegnern bei. Es stünde schlecht um uns, hätten wir kein anderes Mandat, als das geschriebene. Der Antrag zerfällt nicht in zwei, sondern in drei Theile. Der erste spricht die Souveränität des Volkes über der Gesetzgebung aus. Ich zu bekämpfen, hat man sich auf Gründe des historischen Rechts berufen, — ein Gebiet, das ich zu betreten verschmähe. — Der Redner geht auf die Entstehung der Frankfurter Versammlung zurück, auf die Geschichte des Vorparlaments, und fragt, von woher dieses sein Mandat erhalten habe? — Der zweite Theil des Antrags wahrt den Volkswillen gegen jede Beeinträchtigung durch eine fremde Regierung abgeneigten Sinn. Wollten aber die Regierungen den Beschluß der souveränen Vertreter Deutschlands antasten, so sei dies ein Angriff auf die Souveränetät des Volkes selbst, und deßhalb müsse er sich auch für den dritten Theil des Antrags aussprechen. — Der Rede folgte lebhafter Beifall der Linken. — Kämpfmacht auf die Widersprüche in dem Antrag aufmerksam, der überdies der Würde der Versammlung nicht entsprache und der Einheit Deutschlands gefährde. Einer Verbindung der neuen Regierung abgeneigt sei er nicht; sie habe nur eine Erwartung ausgesprochen. Ein Vorbehalt der Regierung ohne Zustimmung der Volksvertreter wäre übrigens ganz unhaltslos und ohne Bedeutung sein. — Graef spricht, die Augen auf ein Manuscript gesetzt, für den Antrag. „Wie die Abgeordneten zestweilige Vertreter des Volkes sind, so sind die Fürsten dessen ständige Vertreter." Er wird durch sein „Nicht absehen" unterbrochen. Den Antrag rechtfertigt er aus staatsrechtlichen, vernunftrechtlichen und Zweckmäßigkeits-Gründen. — Baumstark gegen den Antrag: Es hat mich und viele meiner Freunde geschmerzt, daß man gestern mit einer gewissen Schärfe des Ausdrucks die ersten Schritte und Beschlüsse der Versammlung zu Frankfurt getadelt hat. Aber gerade durch dieses Verfahren ist unsere Stellung wesentlich erleichtert. Wenn wir den ersten Theil des Antrags verwerfen, so wird uns das deutsche Volk segnen; verwerfen wir den letzten Satz, so wird es uns darum nicht mißbilligen. Man hat gesagt, wir hätten nicht gewagt, die Tagesordnung zu beantragen. Gerade das ist ein Beweis für die günstige Stellung, die wir einnehmen. Die Tagesordnung ist eine schmachvolle Art, einen Antrag zu besiegen. Wir haben diese nicht gewählt. Wir sind gekommen, um mit zu berathen. Man hat die Republik will man uns theilen, um uns zu beherrschen. Man hat die belgische Volkssouveränetät angeführt, aber als Belgien seine Konstitution machte, da war das Volk zahlreich und rechtlich im Besitz seiner Souveränetät, es hatte noch keinen König — Er theilt den Antrag nicht in zwei, sondern nicht in drei, sondern in vier Theile. Die verantwortlichen Minister verwerfe, eine Kammer und das gegenwärtige Ministerium wurde Deutschland der größten Gefahr aussetzen. Aber es sei Pflicht zu fürchten. Man sehe unser Volk an. Fortwährend habe es nach einer konstitutionellen Verfassung gerufen, seit 1807 bis auf diesen Augenblick, aber es sei weit entfernt gewesen, den Versuchen zuzujauchzen, in Deutschland gemacht habe, um in Republik zu proklamiren. Das Volk will die Volkssouveränetät, aber nur die konstitutionelle; die andere, die demokratisch-konstitutionelle kann ich nicht für ein Glück halten, und der Ausdruck „breiteste Unterlage" ist ein Unglücksausdruck, denn Jeder versteht ihn anders. Es fehlt den republikanischen Bestrebungen übrigens auch an leitenden Persönlichkeiten. Und carrirten unverschämte Worte aus, aber sie haben sind die Cajone? — Auch dieser Redner schließt in der Aeußerung des Ministerpräsidenten seinen Vorbehalt, sondern nur einen Ausdruck des Vertrauens auf die Nationalversammlung zu Frankfurt. — Stein: Wer hier mitten in die Debatte hineingekommen wäre, der hätte glauben müssen, es handle sich um nichts Geringeres, als um die Streitfrage: „Ob Monarchie, ob Republik?" Allerdings, was den ersten Theil des Jakobyschen Antrages betrifft, so ist darin der Wunsch eines deutschen Republik enthalten. (Bravo z. Rechten.) Ich weiß nicht, ob dies Bravo Ernst oder Ironie ist. Aber es kömmt darauf nicht an. Sie haben zwar das Schreckbild der Republik herausbeschworen, Sie haben auch die Schlagwörter, die niemals setzten bleiben: Anarchie, Bürgerkrieg u. s. w. gebraucht, aber Niemand hat nachgewiesen, daß jetzt in größerm Maße wären, als eine deutsche Republik zu haben. Deutschland war immer eine Republik. (Unruhe.) Ich werde es nachweisen. Im Mittelalter war Deutschland eine Republik von Fürsten und Städten. Diese wählten ihren Präsidenten, den sie „Kaiser" nannten. Er war durch ihre Beschlüsse gebunden. Auch Deutschlands letzte Verfassung, die Bundestagsverfassung, war eine republikanische. Diese hat aufgehört. Die konstitutionelle Verfassung ist durch die Geschichte der deutschen konstitutionellen Versammlungen in Mißkredit gekommen, wir wollen jetzt eine demokratisch-konstitutionelle. Auch wir wollen uns bringen unter den Beschlüssen des deutschen Parlaments, wie Hr. Baumstark, nur nicht ganz so tief. (Heiterkeit.) Man hat gesagt, nicht einen Vorbehalt, sondern nur das Vertrauen habe die Regierung aussprechen wollen, daß die Frankfurter Versammlung solche Beschlüsse fassen werde, welche die Regierung genehmigen könne. Faßt die Versammlung solche Beschlüsse nicht, dann genehmigt sie die Regierung nicht. Das aber nenne ich Vorbehalt. — Conzen macht darauf aufmerksam, daß die Frankfurter Versammlung nicht der deutschen Volkssouveränetät zugejauchzt habe, sondern der Souveränetät der Nation. Nur von dieser habe Präsident v. Gagern gesprochen. — Schumann: Eine Seite ist noch nicht berührt. Was wird das Volk über den muthmaßlichen Ausfall der Abstimmung urtheilen? Die politischen Gegengründe, die wir gehört haben, besitzen nicht das Gewicht, daß das Volk ihnen eine Entscheidung beimessen wird. Von der rechten Seite her sind fortwährend verdeckte Zweifeln erhoben worden, man hat uns gesagt, wir sollen es offen aussprechen, daß wir Republikaner sind. Welcher Muth gehört denn dazu, dies offen auszusprechen? Wir haben gelitten für das, was Sie und wir mit Ihnen jetzt erstreben. Ich bekenne es offen, ich bin ein Republikaner. Der Abgeordnete Hr. v. Vinke hat die Kompetenzfrage angeregt. Man hat gesagt, wir haben kein Mandat, die gewünschte Verfassung abzugeben. Wir sind liegt in wesentlich in unserem Mandat, keine Instruktionen anzunehmen. Sie haben hierzu für das alte Bestehende, namentlich für die Fürstenmacht. Weil es ein Fürstenfolge ist, den man an die Spitze Deutschlands gestellt hat, darum wollen Sie sich die Unverantwortlichkeit gefallen lassen.

— Schaffrath ist gegen den Antrag in allen seinen Theilen. Gegen den ersten Theil als Anhänger der demokratischen Monarchie; gegen den Nachsatz, weil die preußische Nationalversammlung bereits ihren Jubel über den Beschluß der Frankfurter Versammlung ausgedrückt habe. — Weichsel: er sei bei dem Jubel am 4. Juli nicht zugegen gewesen, er würde eingestimmt haben, dennoch stehe er jetzt nicht an, für den Antrag zu stimmen. Er sei der entschiedenste Gegner der Republik, nicht blos darum, weil das deutsche Volk das größte Unglück hätte, sondern aus wissenschaftlichen Gründen. Aber er vermöge den Zusammenhang zwischen dem Antrage und der Republik nicht zu erkennen. (Schluß folgt.)

Lüttich, 12. Juli. Fünf Mitglieder des Arbeitervereins haben sich ihrer Verhaftung durch die Flucht entzogen, und die „Neue Rhein. Ztg." verspricht, daß sie den Weg zu Herkens „Armee" eingeschlagen haben. (Köl. Ztg.)

Oesterreich. — △ Wien, 12. Juli. Der konstituirende Reichstag verhandelte gestern abermals über die Sprachfrage. Von allen Seiten wurde anerkannt, daß keine andere als die deutsche Verhandlungssprache sein könne. Zuletzt stellte Abg. Mayer aus Mähren den förmlichen Antrag, daß die Versammlung in diesem Sinne ihren Ausspruch thue. Mit Raschheit sprachen viele Redner die Ansicht aus, daß, wer nicht die Kenntniß der deutschen Sprache besitze, also nicht fähig sei, den Verhandlungen zu folgen und seinen Posten auszufüllen, dazu verleidet sein müsse, zurückzutreten. — Unsere Landsmannschaften sind nicht ohne Besorgniß vor der galizischen Armee, die eine immer entschiedenere Haltung im Sinne der Ordnung als Grundlage aller Freiheit annimmt. — Die Nachrichten aus Pesth vom 7. melden die Ernennung der HH. Julius Andrassy, Radansky, Albert Sachsen und Baron Frederic Podmanitzky als Notäre des Oberlandesgerichts. — In Neutitschein ist es zu einem Zusammenstoß zwischen den Magyaren und Deutschen auf der einen und den Slaven auf der andern gekommen sein. Näheres ist nicht bekannt.

— Seit mehreren Tagen gehen wieder beunruhigende Gerüchte durch die Stadt, aber angeblich Unruhen in Grätz und Ollmütz, Entwaffnung der dortigen Burgerwehr, über einen beabsichtigten Ueberfall gegen die hiesige Nationalgarde ꝛc. Der Sicherheitsausschuß wurde durch verschiedene Clubs aufgefordert, die dürftigen Linien, das Belvedere und die sgl. Stallungen mit Geschütz besetzen zu lassen. Auf Doblhoffs Zureden geht der Ausschuß hierauf ab. Die Studenten aber rüsten sich, den Windischgrätz (!) soll verkleidet hier gewesen sein und die Stadt rekognoszirt haben! Ein heute in unzähligen Exemplaren verkauftes Blatt, der „Studentenkorrespondent" spricht offen die Republik, „welche doch einstens sicher in Wien in der einzig konsequenteren Regierung, dem Sicherheitsausschusse, besteht." Andere Schwarmblätter schlagen den gleichen Ton an, und so wird fortwährend von unbefugnerer, boshafter Hand geschürt! Trübe Ahnungen herrschen in den Gemüthern der Vernünftigen! (A. Z.) — Die Wahlen in Böhmen für den Reichstag sind beendet: Strobach, Rieger, Palacky, Borrosky sind für Prag gewählt. Alle sind gegen den Anschluß an Deutschland und — Die Gemahlin des Erzherzogs Reichsverwesers trifft in diesen Tagen hier ein, und es sind in der Hofburg bereits Gemächer für dieselbe bereit.

Oesterreichische Monarchie.

Nachrichten aus Pesth vom 8. d. M. melden, daß die Festungswerke von Arad in Vertheidigungsstand gesetzt werden. Die Orte Szölös und St. Michaly wurden von den Aufständischen angezündet und geplündert. Das ungarische Ministerium ist auf den Vermittlungsvorschlag des Erzherzogs Johann nicht eingegangen. Es will nicht mit dem „hochverrätherischen" Jellachich unterhandeln. Auf gleiche Weise wurde der Erzherzogs Vorschlag, die Vereinigung des ungarischen mit dem allgemeinen österreichischen Finanzministerium, verworfen. — Oberstlieutenant Stanko ist im Auftrage des ungarischen Ministeriums nach Belgien gereist, um dort den Ankauf von 50,000 Gewehren zu besorgen. Eine gleiche Anzahl Sensen ist unter die Umlaute der verschiedenen Gemeinden vertheilt worden. — In der Sitzung des Reichstages wurde im Oberhause beantragt, eine zeitgemäße Umgestaltung desselben zu berathen. Die nächste Sitzung wird sich mit den Verbandlungen eines Schutz- und Trutzbündnisses mit dem Fürstenthume der Wallachei beschäftigen. (W. Z.)

* Aus Pesth vom 13. d. M. vernehmen wir, daß General Bechold die Reihen bei der Römerschanze geschlagen habe, und daß

die Unfrigen 17 Gemeine und 2 Offiziere verloren haben. Auch in Neusatz sind die Unruhestifter zu Paaren getrieben. Die Nachricht von dem Einmarsch von 25,000 Mann Russen erklären ungarische Blätter für ungegründet. — Der Reichstag hat die Aushebung von 200,000 Mann und 42 Millionen C. M. zur Rettung des Vaterlandes bewilligt. [Kossuth hatte durch eine begeisternde Rede diesen fast einstimmigen Beschluß hervorgerufen. (Pesth. Ztg.)

Frankreich.

△ Paris, 13. Juli. Man beschäftigt sich jetzt mit dem Plane, das Clubwesen, das die Quelle so namenlosen Unheils für uns geworden ist, zu regeln. Die Clubs sollen nur unter Aufsicht der Behörde sich versammeln und berathen dürfen, bewaffnete Clubs aber, wie sie zum Theil bisher bestanden, und in denen man in der That mit Dolch, Säbel, Pistolen und selbst Gewehren erschien, streng untersagt bleiben. Ich glaube, daß mit diesem Versuch wenig erreicht werden wird: er ist eine halbe Maßregel, das Uebel aber wird nur dann beseitigt werden, wenn es mit der Wurzel ausgerottet wird. In Betreff des Belagerungszustandes soll die Regierung jetzt entschieden haben, daß der Belagerungszustand bis 1. August fortbestehen soll. Man geht mit dem Plane um, ein Fort und Befestigungen in der Nähe der Barriere von Passy auf der Hoge anzulegen, wo Napoleon dem König von Rom ein Schloß bauen lassen wollte. Diese Höhe beherrscht das gerade davor jenseits der Seine liegende Marsfeld und die Irnadbrücke, welche zu demselben führt, so wie die beiden Ufer und den ganzen Lauf der Seine gegen das Tuilerieenschloß hinauf und von der Irnadbrücke abwärts, also den beherrschten Theil der Stadt, und würde allerdings von großer Wichtigkeit sein. Man soll beabsichtigen, dort ein Artilleriedepot anzulegen. — Der Trauergottesdienst für den verstorbenen General Duvivier hat diesen Vormittag sehr feierlich in der Kirche von Val de Grace stattgefunden. An der Kirchenthüre befagte eine Inschrift auf einem Schilde, daß der General „für die Ordnung und die Republik" gefforben sei. — Am 12. Sturdvieret ist der pensionirte General Jorry, früher Präsident des Clubs der Volksfreunden versuchet und vor das Kriegsgericht zum Verhör geführt worden. — Ein Tagesbefehl des Kriegsministers Lamoriciere an die Armee verhängt Strafe über eine Abtheilung des 18. leichten Regiments, welche am 24. Juni auf dem Platze des Vosges vor den Aufrührern „feiger Weise" die Waffen gestreckt hatte. Der Kommandant dieser Abtheilung, sagt der Minister, hat vergessen, daß die erste Pflicht eines Truppenbefehlshabers in dargerlichen Unruhen eben so wohl als im auswärtigen Kriege nicht so sehr darin besteht, das Blut der Soldaten Frankreichs zu schonen, als die Fahnen-Ehre fleckenlos zu erhalten und wenn es seyn muß zu sterben für das Heil der Republik. Doch soll die volle Strenge der Militärgesetze weder auf den betreffenden höheren Offizier noch auf die Truppen unter seinen Befehlen angewendet, der Verfahrung Rechnung getragen werden, welcher sie aber nicht hätten unterliegen sollen. Deshalb werden der Kommandant, zwei Capitaine und zwei der Lieutenants des 2. Bataillons des 18. L. N. ihrer Stellen entsetzt, die Volitigeur- und die vier ersten Kompagnien dieses Bataillons aber aufgelöst werden. Die Volitigeurs werden cassirt. Der General Changarnier, als Oberbefehlshaber der Nationalgarde, trifft Maßregeln für den Fall, daß die Feinde der Gesellschaft ihre verbrecherischen Versuche erneuern wollten. Mit seinem Stabe begibt er sich der Reihe nach in die einzelnen Stadtbezirke, um zu diesem Ende mit den Obersten der Legionen Berabredungen zu treffen. — Schließlich noch ein Gerücht, nach welchem der französische Botschafter zu Konstantinopel, General Aupic, gegen das Einrücken der Russen in die Donaufürstenthümer Verwahrung eingelegt hätte.

Nachschrift.

Frankfurt, 14. Juli. Die Nationalversammlung hat heute nach langer Debatte nach dem Antrage Wydenbrugks beschlossen: die Centralgewalt möge die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt und des Gesetzes darüber von dem Staatsministerium des Königreichs Hannover fordern. Zwei andere Anträge von Simon von Trier und Rauwerck die Erklärung des preußischen Ministeriums, in Betreff der Wahl des Reichsverwesers, wurden durch Mehrheitsbeschluß als nicht dringend betrachtet. Ein Antrag von Eisenstuck, Günther und Mammen, die Zollverhältnisse betreffend, wurde zur schleunigen Erledigung an den volkswirthschaftlichen Ausschuß verwiesen. Hierauf wurde die Berathung über den Bericht, das österreichische Gesbauslupverbot betreffend, erwähnt. (Fr. Bl.

Frankfurt, 14. Juli. Gestern nach dem Schlusse der Sitzung vereinigten sich fast alle Mitglieder der Nationalversammlung in einem verabredeten Mahle in der Mainlust, zu dessen Schlusse auch Se. kaiserliche Hoh. der Erzherzog-Reichsverweser erschien, auch sich mit dem Präsidenten und vielen ihm vorgestellten Mitgliedern der Nationalversammlung auf das freundlichste unterhielt. Der ununterbrochene Aufjubrang der Nationalhymne rohte der Reichsverweser einen zustprechenden Toast an, der mit großer Begeisterung aufgenommen wurde. Nicht besonderer Theilnahme bemerkte man die freudige Stimmung des allen Anwesenden der vielstimmigen Klange seines beruhmten Liedes. — Se. Maj. der König von Württemberg, 33. kk. Hh. die Großherzoge von Baden und von Hessen und 33. Hh. die Herzoge von Nassau und von Sachsen-Meinungen sind gestern hier eingetroffen. (Fr. O. P. Z.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 15. Juli. Oesterr. 5proz. Metall. 68 B. 67½ G., 4proz. 57 B. — G. 3proz. — B. — G. 2½proz. 35½ B. 34 G. Bankaktien 1210 B. 1200 G. — 500 fl.-Loose 110½ B. 109½ G. 250 fl.-Loose 74 B. 73 G. Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 89 B. 88 G. Staatsschuldscheine 3½proz. 77 B. 75 G. Bayer. 3½proz. 76½ B. 75½ G. Ludwigs-Berbach. 69½ B. 68½ G. Württemberg 3½proz. 80½ B. 79½ G. 4½proz. 94½ B. 93½ G. Baden 3½proz. 77½ B. 76½ G. Lotto-Anlehen à 50 fl. 48 B. 47½ G. 35 fl.-Loose 27 B. 26½ G. 7 fl.-Loose 7⅞ B. 4proz. 89 B. — G. Lotto-Anleihen von 50 fl. 64½ B. 64½ G. 25 fl.-Loose 21½ B. 21 G. Kurhessl. Friedr.-Wilh.-Nordb. 38½ B. 38 G. 40 Thl.-Loose 26½ B. 26 G. Nassau. 3½proz. 82½ B. 81½ G. 25 fl.-Loose 21½ B. 21 G. Frankf. 3proz. 63 B. 62 G. 3½proz. 82 B. 81 G. 3½proz. von 1839 95½ B. 94½ G. von 1846 90½ B. 89½ G. Taunusbahn 285 B. 280 G. Holland. Integr. 43½ B. 43½ G. Span. 5proz. innere Schuld 17½ B. 17⅜ G. Poln. 500 fl.-Loose 88 B. — G. 500 fl.-Loose 65 B. 64 G. Sardin. 36 fl.-Loose 25 B. 24 G. Diz. — B. 2 G.

Wien, 13. Juli. 5proz. Metall. 70, 4proz. 60, 3proz. — 2½proz. 38. 1834er 500 fl.-Loose 117. 1839er 250 fl.-Loose 80. Bankaktien 1060. Nordbahn 105. Glogaitz 91. Benedig-Mailand 63½. Livorno 69½. Pesth 63. Siena 53. Apenninenbahn 95.

Berlin, 13. Juli. Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 74 B., 73½ G. Berl. Präm. Sch. 88½ B. 88 G. Berl. Stadt-Obl. 70½ B. 70 G. Westpreuß. Pfandbr. 76½ B. 76½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — B. 89½ G. 3½proz. — B. 77½ G. Ostpr. Pfandbr. — B. 82½ G. Pomm. Pfandbr. — B. — G. 92 à Gem. Kurz u. Neum. Pfandbr. — B. 91½ G. 91½ Gem. Preuß. Bk.-Anth Sch. — B. — G. 85½ à 85 Gem. Friedrichsd'or 13⅓ B. 13½ G. And Goldm. à 5 Thl. 12½ B. 12½ G. Disconto 3½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt Aktien 86½ G. Berl.-Hamburg 61½ G. Berl.-Stettin-Stargarder 84½ à 85 B. Berl.-Potsdam-Magd. 45 B. Magdalberstadt 90 B. Halle-Thüringer 90½ B. à 91 B. Köln-Minden 77½ à 77 bz. Köln-Aachen 57½ bz. Düsseld.-Elberfeld — G. Niederschles.-Märk. 70 bz. Oberschlesische A 83 à 84 bz. B. 83 à 84 bz. Breslau-Freiburg 76 G. Krak.-Oberschles. 36½ B. u. bz. Berg.-Märk. 52 bz. Stargard-Posen 66 à ½ bz.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. à 83½, à 84 bz. Starg.-Posen — G. Magd.-Wittenberg 42½ à ½ bz. à G.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 80 G. Berlin-Hamburg. 83 bz. Berlin-Potsdam-Magd. 4proz. 72 etw. bz. 5proz. 79½ G. Halle-Thüringer 80½ B. Köln-Minden 88½ à ½ bz. Rhein. Stamm-Prior. 67½ à 68½ bz. Niederschles.-Märk. 4proz. 79 G. 80 B. 5proz. 93½ bz. à G. III. Serie 87½ G. Zweibahn 5proz. 70 bz. Koiel-Deerberg 90½ G. Steele-Vohwinkel —.

London, 12. Juli. Konsols 87½ ½. Span. Akt. 11½, 3proz. 21½. Passi. 3. Portug. 3proz. —, 4proz. 17, 5proz. —. Holl 4proz. 71, 2½proz. 45 ½.

Paris, 13. Juli. 3proz. 48.25, 4proz. —, 5proz. 77.25. Sächsis. 16. Bankaktien 1650. Compt. von Algier — Belg. 5proz. 76½, 4½proz. — Belg. Bank — Neap. 5proz. 73 — Röm. 63. — Piem. — Berl. E.-B. Straßburg 363.75. Nordbahn 373.—. Mars.-Avignon 245.— Straßb.-Basel 100.— Orl.-Verbrenar 400.— Tours-Nantes 345.—

Madrid, 8. Juli. 3proz. 20½, 20⅜, 20½, 3 G., 5proz. 12¼, 12⅛, Bank. 4½, 4¼, 4⅛ G. Coup. 8 B. Proviz. Lit. 3½, P. St. Zetnanbonat — Disconto —. Wechselkurse: Paris 8 Tage 4—40, London 8 Tage 42.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 17.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Dienstag den 18. Juli 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.

Briefe und Gelder frei.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 14. Juli. (38. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) Die Sitzung wurde gegen 9 Uhr durch den Vicepräsidenten v. Soiron eröffnet. Der Präsident v. Gagern war nicht anwesend. Nach Verlesung des Protokolls kündigte der Vorsitzende an, daß der Abgeordnete Wesendonk die Dringlichkeit eines, die Erklärung des königl. hannöverschen Staatsministeriums an die Stände betreffenden Antrags zu begründen wünsche. Zugleich verlas der Vorsitzende eine auf jene Angelegenheit Bezug habende Erklärung der Abgeordneten aus Hannover.*) Die Versammlung gestattete dem Abgeordneten Wesendonck die Begründung der Dringlichkeit seines Antrages, welcher dahin geht, die Nationalversammlung wolle dem Reichsverweser dringend empfehlen, die in dem Schreiben des hannoverschen Gesammtministeriums vom 7. Juli an die dortige Ständeversammlung enthaltenen Bedenken und Vorbehalte gegen die Besugnisse des Reichsverwesers durch das verantwortliche Reichsministerium zurückweisen zu lassen. — In dem gedachten Schreiben liegt eine eventuelle, beleidigende Widerfestlichkeit gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung, verbunden am Schlusse des Schreibens mit einer Drohung. Es war ein Schrei der Entrüstung durch ganz Deutschland; auch in dieser Versammlung wurden nur sehr wenige sein, die, mild ausgedrückt, das Schreiben nicht höchlich mißbilligt haben. Die Augen von ganz Deutschland sind auf uns gerichtet; man erwartet, daß wir eine solche Drohung und Erklärung nicht ungeahndet vorüber gehen lassen. Wenn die Beleidigung nicht sofort zurückgewiesen wird, so verliert die Zurückweisung später alle Kraft. Es ist eine milde Fassung gewählt, um eine möglichst große Majorität zu erlangen. Lang von Verden macht auf die Erklärung der hannoverschen Abgeordneten in der Nationalversammlung aufmerksam. Diese haben geglaubt, ihren Wählern, dem deutschen Volke und dieser Versammlung die Erklärung schuldig zu sein, daß, wenn dem fraglichen Schreiben die allgemein gegebene Deutung zugeben ist, sie feineswegs gemeint seien, das irgend eine Gewalt in Deutschland über der Nationalversammlung steht, sondern daß ihre Beschlüsse von jedem, er stehe hoch oder niedrig, befolgt werden müssen. Jene Deutung ist aber nicht die einzig mögliche und nothwendige. Die Drohung am Schlusse ist beim ersten Lesen so betroffen, daß sie Jeden, der eventuelle Absicht, abgerechnet. Glauben Sie, daß sich irgend eine Beforgniß in der Nationalversammlung erregen wird? (Gelächter und Bravo: Nein!) Etwas anders steht es in Hannover. Man mag die Persönlichkeit des Königs daraus beurtheilen wie man will, so ist er gegenwärtig der Stützpunkt für die Ruhe; darum wünscht der Redner nur, daß die hannoverschen Abgeordneten, daß die Versammlung jetzt seine Stellung aufnehme. Darum ist zu wünschen, daß der Antragsteller zu jetzt seinen Antrag zurücknehme. Gewundert von Lüneburg verlangt das Gleiche vom Standpunkt der hannöverischen Abgeordneten aus, deren nur wenige die Gründe des Vorredners nicht für wesentlich halten. Für den Fall, daß der Antrag nicht zurückgezogen wird, stellt der Redner den Antrag, im Vertrauen auf die Schritte des Reichsverwesers zur Tagesordnung überzugehen. Es ist nicht nützlich, die Stimmung einzelner Theile von Deutschland zu sehr aufzuregen. Dietsch von Naumburg verlangt möglichst beschleunigte Verhandlung des Antrags, weil die öffentliche Stimmung in ganz Deutschland über jene Erklärung den Stab gebrochen hat und von seinen Vertretern die kräftigsten Schritte erwartet. Diese dürfen sich nicht für inkompetent erklären, wie früher drei Hannover der letzig einschlafene Bundestag. Der Antrag ist unbedenklich; er sagt nicht, daß die Nationalversammlung die Sache in die Hand nimmt und den Reichsverweser bei ihren Schritten feindig unterstützen will. — Die Versammlung entscheidet sich auf die Anfrage des Vorsitzenden für sofortige Berathung des Antrages. Wesendonck: der 7. Juli scheint in der hannoverschen Geschichte eine besondere Rolle zu spielen. Am 7. Juli vor 11 Jahren erschien das Patent, welches das hannoversche Grundgesetz aufhob. In diesem Jahre erschien ein Schreiben, welches von eben so wichtigem Einfluß für die Verfassung von Deutschland sein kann. Der Abgeordnete Hedscher hat am Schlusse seines jüngsten Berichts ausgesprochen, daß mehrere deutsche Fürsten erklärt haben, der Einheit Deutschlands jedes Opfer bringen zu wollen. Er hat daran die Hoffnung geknüpft, daß die übrigen ein Gleiches thun werden. Diese Hoffnung ist getäuscht worden; der erste Fürst, der seine Stimme erhoben hat, erklärt unumwunden, daß er nicht jedes Opfer zu bringen bereit sei. Nach dem Schreiben hat der König von Hannover zwar seine Zustimmung zur Wahl des Reichsverwesers aus Rücksichten für die Persönlichkeit gegeben; das bezweifle ich; daß er glaube, sie auch verweigern zu können. Er hält sich allein für kompetent, über die Besugnisse der Nationalversammlung zu urtheilen. Er macht einen Vorbehalt, der in dem weitesten Sinn gedeutet werden kann. Was gehört nicht alles zu den inneren Angelegenheiten? Die Versammlung beräth jetzt über die Grundrechte; bei wurde nach jener Ansicht vorgehen können. Die Nationalversammlung hat das Recht, die kleineren Fürsten, worauf bereits ein Antrag eingegangen ist, zu mediatisiren. (Unruhe auf der rechten Seite.) Es handelt sich hier nicht darum, ob sie es thun will; aber das Recht muß ihr zustand werden. Die Landesherrn in den einzelnen Staaten sind beschränkt worden. Dagegen ist ihre eine Verfassung, daß die nächsten Beschlüsse in Zweifel setzt. Am Schlusse ist eine Drohung; wird sie so verstanden, wie sie hier interpretirt und auch in Hannover verstanden wird, so ist es wahrlich kein Unglück. Es ist aber noch eine andere Deutung möglich, nämlich, daß sich Hannover von Deutschland lossagen will.*). Man muß an die Einzelne Fürsten und an das deutsche Volk Deutschland verwandten Volkes denken. Die Drohung war jedenfalls ungebührlich, sie war nicht am Platze, als eine Verlegung der der Nationalversammlung schuldigen Ehrerbietung, welche auch der König von Hannover haben soll. Das Benehmen darf nicht ungeahndet vorübergehen. Der König von Hannover ist sehr hartnäckig, man darf ihm auch der Erfahrung eine große Energie zutrauen. Dieß fordert, daß die Nationalversammlung nicht auf dem Standpunkt des Vertrauens bleibt, sondern mit Entschiedenheit ein Unglück abwendet, welches der Nation droht. Nicht alle Fürsten haben ihre unbedingte Zustimmung erklärt; sind wir nicht energisch, so kann ein Anderer dem Beispiel von Hannover folgen. Wenn die Fassung des Antrages kann kein Einspruch erhoben werden; für seine Person hätte der Redner die Ausdrücke gerne schärfer gegeben, wie es bei der Entwicklung nothwendig war. Aber um die größtmögliche Mehrheit zu erhalten, mußte auf die Fassung Rücksicht genommen werden. Eine Erklärung zu Protokoll hat nicht die gehörige Wirksamkeit. Wir überlassen die Sache der Erwägung, ob die Nationalversammlung nur sich schuldig, eine Erklärung in der Angelegenheit zu geben. Von dem Vorsitzenden wurden mehrere inzwischen eingegangene Verbesserungsvorschläge, meist auf motivirte Tagesordnung gehend, verlesen, z. B. von Esmarch: „In Erwägung, daß jeden Fürsten freisteht, abzutreten, wann und wie es ihm beliebt, sowie in Erwägung, daß die Nationalversammlung ihren Beschlüssen Anerkennung verschaffen wird"; von Grumbrecht: „In

*) Diese lautet: Die Unterzeichneten, im Königreich Hannover zur deutschen Nationalversammlung gewählten Abgeordneten haben das Schreiben, welches das königl. hannoversche Gesammtministerium unterm 7. d. M. an die jetzt vertagte hannoversche Ständeversammlung gerichtet hat, und welches dieser Erklärung anliegt, mit der Nationalversammlung geprüft, und sein Inhalt erheischt. In Folge dieser sorgfältigen Erwägung sind sie der Ansicht daß 1) wenn in den Worten: „auch haben Allerhöchstdieselben im Vertrauen auf diese Verständigung, in der Voraussetzung, daß Sie kaiserl. Hoheit die Wahl annehmen werden, Beamten, welche die Form und der Inhalt des Beschlusses über die denselben zu übertragende Gewalt zu erregen wohl geeignet gewesen, jetzt nicht gelegt zu machen sich anschließen" etwa der Verständigung enthalten sein sollte, derjenigen Bedeutung in Folge gelegt zu machen, ein solcher Vorbehalt als durchaus unzulässig und widerspruchsvoll erscheint, und daß 2) die Unterzeichneten sich nicht als Abgeordnete eines einzelnen Staates, sondern als Abgeordnete des deutschen Volks anerkennen und sich nach Inhalt der mehrgedachten Urkunde in der Erfüllung der Verpflichtungen, welche sie dem Gesammtvaterlande gegenüber haben, weder keinen noch beschränken lassen werden, wie sie denn auch jede Einmischung jegen, die sich auf nicht in der Urkunde der Nationalversammlung liegt, die Besonderheiten der einzelnen deutschen Stämme und Staaten weiter zu beseitigen, als die Herstellung einer thatkräftigen Einheit unumgänglich erfordert. Frankfurt a. M., den 12. Juli 1848. Dr. Fr. Lang. L. Grumbrecht. D. Ahrens. A. Bupp. C. Brüel. J. Brons. Dr. Freudenthal. Röben. Plath. Droege. G. Schmidt. Winter. C. O. Dammers. Wedekind. Breusing. Wachsmuth. v. Reden. Wurster. Albrecht. Alex. H. L. Lüngel. H. Jahrtau. Die Abgeordneten v. Bothmer und Zum Sande waren nicht anwesend.

*) Die Stelle lautet: Zugleich aber haben Allerhöchstselbe auch erklärt, daß, falls diese Verhandlungen zu einem günstigen Resultate nicht führen, vielmehr die Beschränkung der Selbstständigkeit des Landes in Bezug über die jetzige Grenze, welche die Majestät sich halten zu müssen glauben, hinausgehen würden, Se. Majestät sich nicht verpflichtet erachten können, in einer Stellung zu beharren, welche absehen in ihren Augen jede Möglichkeit, das Wohl des Landes zu fördern, abschließen würden.

Erwägung, daß die Zentralgewalt die geeigneten Schritte thun werde, um dem Schreiben in angemessener Weise entgegenzutreten" rc. — Schuselka erklärt sich für den Vorschlag des Ausschusses. Durch das Verlesen der Denkschrift, womit sich die Bevollmächtigten einiger kleinen Staaten an Preußen gewandt, sei die Würde des Bundestags, der Erklärung Preußens, die Vorgänge der der Auflösung des Bundestags ist die Stellung der Nationalversammlung unklar geworden; es gewinnt sie Viele den Anschein, als ob sie nicht frei sei und zu Beschlüssen mißbraucht werde. Der König von Hannover erklärt es für unvereinbarlich mit seiner fürstlichen Ehre, lediglich als Unterzeichner eines solchen Schreibens zu erscheinen. Der König von Hannover ist aber gleichzeitig Unterthan einer fremden Macht, und will es mit seiner fürstlichen Ehre nicht für vereinbar erklären, sich der Gesammtverfassung Deutschlands zu fügen. Jenes Verhältniß muß gepruft werden. Der Redner stellt hierauf einen eigenen selbstständigen Antrag, nach welchem von dem Reichsverweser das Verhältniß des Königs von Hannover zu England geprüft, und wegen Auflösung desselben Verhandlungen gepflogen werden sollen. — Breunig erklärt sich für vorläufige Verweisung an eine Kommission. Es kommen sehr bedenkliche Punkte in Frage, und wenn behauptet wird, daß sich nicht alle Staaten fügen werden, so braucht es einer umfassenderen Erklärung. Der Redner ist kein Freund der Handlungsweise des Königs von Hannover, aber er muß sagen, daß seine Absendung im gegenwärtigen Augenblick ein bedenkliches Ereignis wäre. Der Antrag des Ausschusses findet nicht die geschäftsordnungsmäßige Unterstützung. — Vom Vorsitzenden werden weiter eingegangene Verbesserungsanträge verlesen, unter diesen einer (von Zitz, Zimmermann aus Stuttgart, Kollaczek, Schlöffel, Schmidt aus Schlesien, Schuselka, Wiener, Ruge, Martiny) dahin gehend: „Die Nationalversammlung erklärt den Könige von Hannover, daß sie selbst, und folgerecht die von ihr eingesetzte Zentralgewalt, unbedingt befugt ist, auch die innern Verhältnisse der einzelnen Staaten Deutschlands zum Wohle des Gesammtstaats festzustellen. Da sonach die Unterstellung, von welcher der König von Hannover den Rücktritt als König des hannover'schen Volkes abhängig gemacht hat, eingetreten ist, so fordert die Nationalversammlung denselben auf, sofort die Regierung des Königreichs Hannover an die Zentralgewalt abzutreten, worauf der souveräne Volkswille der Hannoveraner über die künftige Form der Staatsregierung des Landes weiter zu beschließen haben wird." Bassermann: Wenn die Ansicht des Königs von Hannover die ist, daß er eine gewisse Unterordnung nicht für vereinbar mit seiner Ehre erklärt, so wird es auch die Ehre seines Nachfolgers nicht niedriger stellen. Sollte darum die Drohung ausgeführt werden, so könnte der Fall eintreten, daß ein unmittelbares Reichsland entstünde, und dies wäre kein unwichtiger Anfang der deutschen Einheit. Das Volk weiß ist die Sache noch nicht, es liegt nur eine Erklärung des Ministeriums vor. Will man aber Partikularismus auf der einen Seite mißbilligen, so muß es auch von der andern geschehen. In Berlin ist von der linken Seite ein Antrag gestellt, welcher einen Beschluß der Nationalversammlung verlegt. Man will Widerspruch gegen diese hervorrufen, und dies ist Reaktion, eine gefährlichere Opposition, wenn man sich dem Beschlusse weigert, als wenn Einzelne nicht ganz mit sich ausgeht. Man kann hoffen, daß die preußischen Vertreter in der Mehrheit thun, was sie dem Gesammtcharakter schuldig sind. Der Redner kann nicht zur Tagesordnung übergehen, weil die Privatmeinung eines Fürsten ausgesprochen worden sei oder weil die Sache ohne Bedeutung sei. Das dies letztere der Fall, dafür dürft allerdings die ausgesprochene Gesinnung der Abgeordneten aus Hannover. Die Nationalversammlung muß etwas thun. Im Besten formulirt ist ein Antrag Zitz, Schlöffel rc. dahin: „die Nationalversammlung beschließt, die Erklärung des hannover'schen Gesammtministeriums der Zentralgewalt zur sofortigen Zurechweisung der darin erhobenen Ansprüche zuzuweisen.") Mögen wir den Entschluß fassen, schlug Bassermann, daß wir gegen jeden Angriff auf die Einheit, von welcher Seite er komme, energisch auftreten. Wer der Einheit von links oder rechts einen Schlag versetzen will, der soll wissen, daß er dem Abgeordneten vom Leipzig sagt, zermalmt werden. (Beifall.) Rob. Mohl für den Wesendonck'schen Antrag. Die Nationalversammlung darf nicht ignoriren, was ganz Deutschland nicht ignorirt. Es ist zu beklagen, wenn in Hannover in Folge dessen Mißverhältnisse entstehen; aber Hannover wird ein Opfer zu bringen wissen. Es muß eingeschritten werden. Wo werden wir sonst hingerathen, selbst diejenigen, welche nicht ganz mit den Alten rechten wollen? Der Antrag Zitz rc. müsse angenommen werden, da er offenbleibt früher oder später nicht zu vermeiden ist, und je eher, desto besser. Der König von Hannover hat uns durch seine Erklärung vielleicht einen Dienst erwiesen. Wir können keinen Seitsprung an uns begehen, indem wir uns unsere Beschlüsse bezweifeln lassen. Was Wesendonck beantragt, ist das Minimum. Bendey: Wenn es sich hier um die eventuelle Absetzung handelte, so wäre es ein Verlust; aber es ist mehr: das ganze Ministerium hat unterzeichnet. Es handelt sich um Feststellung der Einheit Deutschlands. Der Bergleich mit Berlin ist unrichtig; in Hannover ist es eine Regierung; zwei Einzelne, welche unsere Kraft nicht unterstanden, konnten fügen wollten. Freudentheil: Nach der Erklärung der hannoverschen Abgeordneten konnte es zweifelhaft sein, ob überhaupt ein Antrag noch gestellt werden sollte. Da es geschehen, muß darauf bestanden werden. Der Redner ist für einen Antrag, der dahin gerichtet ist, daß die Zentralgewalt ihre Amtswirksamkeit sofort jenem Gegenstande zuwende. Francke begründet seinen bereits oben erwähnten Antrag. Der Hauptpunkt der Erklärung liegt in dem Verlangen der Selbstständigkeit. Mag die künftige Verfassung lauten wie sie will, eine solche Abhängigkeit muß immer verlangt werden. Die Zentralgewalt erwartet Beschlüsse von der Nationalversammlung. v. Möring ist für den Francke'schen Antrag. In einer Frage der Einheit wird es keine Parteien geben. Das Schreiben ist ein Attentat auf die Einheit Deutschlands. Erklären Sie sich für inkompetent, so schlagen Sie sich moralisch todt. Eisenmann: Die Erklärung wurde gegeben, als die Kammer geschlossen wurde und das Land kein Organ hatte, sich zu äußern. Die Erklärung ist gegeben von einem Monarchen, der eine zu Recht bestandene Verfassung geliebt hat. Die Fassung des auf Schrauben gestellten Beschlusses ist dreckig zu der schlimmsten Zeitung. Der Antrag Wesendonck ist in solcher Fassung nicht erklärt, ist gewissermaßen wahrhaft staatsmännisch gefaßt. Der Redner wäre nicht auf die Tribüne gestiegen, wenn nicht der Antrag auf Tagesordnung gestellt worden. Gerade diejenigen, welche die konstitutionelle Monarchie wollen, müssen sich entschieden äußern, damit sie dem Volke zeigen, daß sie es nicht täuschen. (Bravo! Ludw. Schwarzenberg: Wenn man die früher Erklärung des Wiener Ministeriums, den bayerischen Ministerpräsidenten und die preußische Erklärung zusammenhält, so erscheinen es Zeit, aufzutreten. Der König von Hannover behält sich den Widerspruch gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung stets vor. Der Reichsverweser muß kräftig unterstützt werden. Der Redner wird für den Antrag stimmen, der am entschiedensten zum Ziele führen wird. Gumbrecht wurde kein Bedenken finden, sich dem Wesendonck'schen Antrag anzuschließen, wenn er das Scheiten so klar finden könnte, wie der andere thun. Die hannover'schen Abgeordneten haben es recht gemacht, und auch längerer Berathung ist es ihnen fer geschraubt, selbst persid vorgekommen. Der Redner will sich übrigens dem Wesendonck'schen Antrage anschließen, wenn gesagt wird: „etwa entsalvene Bedenken rc." Man soll die Zentralgewalt nicht in die Lage bringen, daß ihr auf eine Frage geantwortet werde: das habe man nicht gemeint. Wydenbrugk entwickelt einen Antrag: „die Nationalversammlung beschließt, der Zentralgewalt die unumwundene Anerkennung der Zentralgewalt und des Gesetzes darüber von dem Staatsministerium in Hannover fordern." Der Redner findet den Wesendonck'schen Antrag nicht entschieden genug. Die Drohung des Königs ist gleichgültig; wenn es ihm zu deutsch in Deutschland ist, so mag er hingehen, wo er hergekommen ist, zu den Ultra-Tories. Das Bedenklichste der Erklärung liegt darin, daß der König von Hannover nur der Verantwortlichkeit des Reichsverwesers wegen diesen anerkennen will. Er will sich zeigt, weil es ihm beliebt, unter die Zentralgewalt stellen. Er muß aber das Gesetz positiv anerkennen, sonst ist er ein Rebell. Zeigen wir, daß wir die Einheit Deutschlands vertheidigen wollen gegen Jedrn, ob er eine Krone trägt oder eine Krone. (Stürmisches Bravo.) — Die meisten Anträge stellen zogen nun zum Theil noch kürzeren Erklärungen ihre Anträge zurück. Trene ist gegen den Wydenbrugk'schen Antrag, der die Nationalversammlung in Verlegenheit bringen kann, indem sie die Erklärung von Hannover nicht erfolgt. Wydenbrugk: Es bedarf einer ausdrücklichen Anerkennung, weil sie indirekt versagt ist. Wird die Erklärung nicht gegeben, so wird sie das Volk zu erzwingen wissen. Simon von Trier entwickelt den Zweifel Antrag. Der König von Hannover hat vorausgesagt, daß er nicht anerkennen werde; es ist also nicht abzusehen, warum noch eine Erklärung erwartet werden soll. Der König von Hannover wird die Anerkennung auch nachträglich nicht geben. Also muß der Zentralgewalt das Land reichsunmittelbar machen. Der Antrag ist nicht so stark, als die Erklärung des Gesammtministeriums von Hannover. Es wird von „dem allerhöchst Ihnen von Gott anvertrauten Land und von der eigenen fürstlichen Ehre" gesprochen. Darin liegt die Theorie des Uebergenthums. Die fürstliche Ehre, welche eben in dem Wohl und der Freiheit seiner gefunden gesetzt wird, kann vernunftigerweise von diesem nicht getrennt werden. Wir müssen die nöthigen Konsequenzen ziehen. Wenn Bassermann den vorliegenden Fall mit dem Antrag der Linken in Berlin vergleichen hat, so paßt der Vergleich nicht. (Unruhe auf der rechten Seite: Zur Ordn!) Wenn der Vergleich zur Sache gehört, so gehört es auch die Aeußerung dagegen. Bassermann: Ich habe den Antrag (Unruhe.) Die Regierung und Kammer hat in die Beschlüsse der Nationalversammlung hinein zu reden. Wenn aber Jemand etwas zu reden hätte, so wäre es ehe die Kammer, die Vertreter des Volks. Die Linke in Berlin sagt, daß sie einen Beschluß nicht billigen könne; das ist nur ein Urtheil. Sie sagt aber später, daß sie die Beschlüsse der Nationalversammlung anerkennt, und daß diese nicht in Gefahr ist. Mit Gewalt kann man nicht Einheit schaffen, es ist nicht die Kammer in Berlin, sondern das Volk, das sie schaffen muß folgt.)

Frankfurt, 15. Juli Abends. Am Schluß der heutigen Sitzung ist der Antrag des Ausschusses für die Wehrverhältnisse seine Berichte vom 1. u. 7. Juli der provisorischen Zentralgewalt zu überweisen, und diese zu ermächtigen, die darin beantragte Vermehrung der deutschen Streitkräfte bis zu 2 Prozent der gegenwärtigen Bevölkerung in Ausführung zu bringen, mit 303 gegen 149 Stimmen bei Namensaufruf angenommen worden. Ferner wurde beschlossen (Antrag Riesser), daß bei der neuen Aushebung die allgemeine Wehrpflicht mit Wegfall aller Exemtionen gelten solle, sowie (Antrag Wernher) daß bei der Ausrüstung aller militärischer Pruntt vermieden und dieselbe durch Einfachheit der künftigen Bürgerwehr zu welcher die heute beschlossene Maßregel nur den Uebergang bilden soll, angenähert werde. Als Hauptredner für den Ausschußantrag sind zu bezeichnen: v. Radowitz, Fürst Lichnowsky, Stavenhagen und der Referent v. Radowitz, während Vogt, Leue, Bischer, Schuly von Darmstadt, Hagen und andere mit Anträgen gegen den Ausschußantrag aufgetreten waren. Unter der Minorität von 149 Stimmen bemerkte man Römer und Jordan. (A. Z.)

Deutschland.

Bayern. Unsere Erwartung, daß die Wahlmänner des Wahlbezirkes Bamberg sich bei dem Scherflein ihrer Abgeordneten bei der deutschen Nationalversammlung, Hrn. Abvokaten Titus, nicht beruhigen werden, scheint bereits in Erfüllung zu gehen. In diesem Augenblicke liegt nachstehendes von dem königl. Advokaten Hrn. Schiesing verfaßte Aktenstück zur Unterzeichnung in Bamberg auf: „Offener Brief von den Wahlmännern des Wahlbezirkes Bamberg an ihren Abgeordneten zum deutschen Parlament, den k. Advokaten Titus von Bamberg. Wir haben Ihrer Wahl zum Parlament und zwar namentlich vor dem Wahlakt haben Sie, aufgefordert von den den Wahlmannern, die feierliche und öffentliche Erklärung abgegeben, daß Sie als Abgeordneter nur im konstitutionell-monarchischen Sinn stimmen wollten, weil das der Wille der Majorität vorlange. Mit allgemeiner Akklamation wurde diese Erklärung angenommen und im Vertrauen auf dieselbe, wurden Sie fast einhellig zum Abgeordneten gewählt. Mit nicht geringem Befremden haben wir aber in Ihrem bisherigen Wirken als Parlamentsmitglied, nämlich in Ihren Abstimmungen die Bestätigung Ihrer Zusicherungen nicht gefunden, denn wir lesen in den öffentlichen Blättern, daß Sie auf der äußersten linken sitzen und demnach nicht der konstitutionellen, sondern der demokratischen Partei angehören, daß Sie in allen Fragen, in denen sich die konstitutionelle Partei scharf absondert von der demokratisch-republikanischen, sich immer zu der Letztern bekannten, und daß Sie sogar in der wichtigsten Frage, über die Wahl eines Reichsoberhaupts, deren glückliche Lösung das ganze deutsche Vaterland mit Freude erfüllte, als der einzige Bayer sich der Abstimmung gänzlich entzogen. Wir vermögen nicht in diesen Ihren Handlungen den Beweis zu finden, daß Sie wirklich der konstitutionellen Partei seien, wir können daß um so weniger annehmen, als Sie uns als ein thätiges Mitglied eines demokratischen Klubbs bezeichnet wurden, und wir erklären daher offen, daß Ihre Handlungsweise mit unseren Ansinnungen nicht im Einklange steht, wir verabscheuen das bisherige Treiben der ultraradikalen Partei und finden und in unserem Gewissen gedrungen, Sie über diese Ihre Handlungsweise und gegenüber zur Rechtfertigung öffentlich hiemit aufzufordern."

Preußen. — ⊙ Berlin, 14. Juli. Gestern Abend fand ein bedauernswerther Vorfall statt, welcher einen traurigen Blick auf die Stimmung eines großen Theils der hiesigen Bürgerschaft werfen läßt. Ein Soldat des 24. Regiments sollte wegen eines Vergehens nach Magdeburg unter Eskorte geführt werden. Der Transporteur wollte ihn durch Zuruf an und wurden hierin von einem Volkshaufen unterstützt, wobei die Soldaten in Streit mit diesen geriethen. Eine Patrouille Bürgerwehr statt die Soldaten zu unterstützen, wollte einige Soldaten verhaften, diese aber nahmen der Patrouille die Gewehre weg.

Oesterreich. ∥ Wien, 13. Juli. Das Ministerium, welches der von dem Sechzigerausschusse gestellten Vertrauensmänner bezeichnete Baron v. Doblhoff gebildet und dessen Listen dieser dem Erzherzog Johann zur Genehmigung vorgelegt hat, scheint zur äußersten Linken, d. h. radikalen Partei zu gehören. Die fruhere Absicht, ein Koalitionsministerium zu bilden, ist, wie man sagt, gänzlich aufgegeben. Indessen betrachtet man jedes von Doblhoff gebildete Ministerium als ein transitorisches. Es wird sich bald zeigen, ob und welche neue Elemente für ein dauerhafteres Ministerium im Schooße der österreichischen Reichsversammlung liegen. Die große Majorität derselben gehört, nach den Wahlen zu urtheilen, den kleineren Wirthschaftshöfchen, Erbpächtern und Bauern an. Es wird bald ein Kampf darum entstehen, wem die Herrschaft zufallen soll, den Wühlern, welche jede Anhänglichkeit an das Kaiserhaus abgestreift haben, oder den Liberal-Konservativen. Gott gebe, daß unter dieser Klasse sich Talente von parlamentarischer Beredtsamkeit und praktischem Einsinne befinden, welche auch die rechten Mittel zu brauchen wissen. Gelingt dieses nicht, so haben die Extreme, die seit dem Rücktritte des Grafen Stadion immer an Kraft, alles vermocht haben, freies Spiel und werden es auch ferner haben. Alle Gutgesinnten hoffen indessen darauf, daß, wenn nicht anders, endlich entweder die kaiserliche Familie selbst hieher oder doch in die Nähe, Schloß Schönbrunn oder Persenburg, zurückkehren, oder daß der präsumtive Thronerbe Erzherzog Franz Joseph, gegenwärtig 18 Jahre alt, nach Wien gerufen werden sollte. Die Anhänglichkeit an das durchaus ein merkwürdiges Bild ihrer monarchischen Treue vor sich haben. Furchterlich sind die Drohungen, welche gegen den „Rebellen" Windischgrätz in öffentlichen Plakaten ausgestoßen werden. Die unsinnigsten Gerüchte über dessen Absichten streut man unermüdet aus, und sucht die öffentliche Meinung aufzuregen. Man ist nicht ohne Besorgniß für den 16. Juli, wo im Prater ein großes Nationalgardenfest gefeiert werden soll. Das Linien-Militär hat sich wie der Bürgergeorde in den letzten Tagen auf gutes Fuß gesetzt. Man sieht oft ganze Kolonnen Nationalgarden, Studenten und Militärs (Offiziere aller Grade) Arm in Arm ziehen. Mögen diese Demonstrationen zum Guten führen! — Das Justizministerium hat auf Veranlassung des Kriegsministeriums gerichtliche Untersuchung gegen die Verfasser und Verbreiter eines gegen das Heer und Fürsten Windischgrätz insbesondere eingeleitet.

— Von der Etsch, Mitte Juli. Die Deputirten von Welschtirol erklärten bei der am 3. d. M. in Trient abgehaltenen Versammlung Betreffs der an sie ergangenen Einladung, den Landtag von Innsbruck zu beschicken, daß sie auf dem gegen diesen Landtag eingelegten Protest beharren und ihn nicht besuchen werden. Im Interesse der italienischen Distrikte Tirols sei eine eigene Verwaltung und eigene Vertretung unerläßlich, und dem Reichstage zu Wien solle deshalb ein besonderes Begehren gestellt werden. Auch die Deputirten des Kreises Roveredo traten diesen Beschlüssen bei.

Der „Tiralerbote" macht den sinn wesentlich schlechten Abgeordneten zu Frankfurt die energischen Verwahrung wegen ihres Antrags auf Trennung der bei deutschen Bundes Kreise Tirols von Deutschland. Er warft ihnen gerade Wahnsinn vor, Treulosigkeit gegen ihre eigenen Wähler, deren Mandat sie überschritten haben, Unredlichkeit gegen das Kaiserhaus, Gefäße sich mit den rebellischen Italienern zu vereinigen, Unkenntniß des Vortheils ihres Landes und des ungeheuren Nachtheils, der denselben aus einer Trennung von Deutschland erwächst. Glücklicherweise aber, schließt der nur zu gerechte Pfiffpolka des genannten Blattes, glücklicherweise nahrt die Bevölkerung von Südtirol diese Trennungsgelüste nicht, und das Verfahren der Herren Abgeordneten wird nur dazu dienen, um ihnen wahren Charakter und ihre Gesinnungen desto besser erkennen zu lassen.

Oesterreichische Monarchie.

Matrikeln vom Kriegsschauplatze in Italien.) Verona, 11. Juli. Der Feind brach am 7. d. Mts. 1000 Mann stark mit zwei Zeitsplanonen aus dem Fort Brandola hervor und unternahm einen Angriff auf unsere Schanzen bei Covanella d'Adige. 257 Mann Deutschbanater Grenzer mit 3 Offizieren wiesen ihn kräftig zurück. Der Feind zog sich mit einem Verlust von 7 Todten und 35 Verwundeten in das Fort zurück. Unsererseits ist 1 Mann getödtet, 3 sind verwundet.

Peterwa, 11. Juli. Die vor Mestre stehenden Zernierungstruppen haben am 9. d. Mts. in einem 4ständigen Gefecht alle Anstrengungen des Feindes, der unter heftigem Kanonenfeuer aus dem Fort Malghera gegen Ponte della rana heraudbrach, und die Zernierungspostirung durchbrechen wollte, vereitelt. Der Feind sah sich zum Rückzug genöthigt, und wurde bis unter die Kanonen der Festung von den Unserigen verfolgt.

△ Paris, 14. Juli. Paris gleicht heute abermals einem Lager, alle strategischen Punkte sind seit Tagesanbruch von Truppen aller Waffengattungen besetzt, die zum Theil unter Zelten lagern. Diese Barrikadenmaßregeln wurden nothwendig, da gestern Zusammenrottungen stattfanden in Bezug auf den Plan einer Anzahl unzufriedener Ruhestörer, das große Stadthaus, das wegen der den Junitagen so viel zu thun gewesen war, heute (am Jahrestage der Einnahme der Bastille) doch abzuhalten. Der Moniteur enthält eine energische Warnung vor den Verbreitern beunruhigender Gerüchte und den Anarchisten, die Alles in Chaos zurückversetzen möchten, und daher als Feinde der menschlichen Gesellschaft dieselben morden, als Menschen, welche nur auf den Umsturz der Verfassung hinarbeiten. Die Regierung erklärt, daß ihre Pflichten zu kennen und erfüllen zu wollen. — Der heute veröffentliche Bericht über den Stand der Bank beweist zwei traurige Thatsachen: 1) daß der Handel und die Industrie noch gänzlich darniederliegen, 2) daß der Schatz nicht nur kein Geld mehr in der Bank vorräthig liegen hat, sondern ihr bereits 352,000 Fr. 47 Cmes. schuldet. Alle nach der Februar-Revolution noch vorhandenen Summen, wie die seitdem von der Bank neu vorgeschossenen u. s. w. sind erschopft, und eben soll sie wieder 75 Millionen vorschießen. Hier und in den Provinzen hat die Bank im Augenblicke 159 Millionen an Baarvorräthen, wogegen 376 Millionen an Banknoten im Umlauf sind. — Der russische Geschäftsträger hat heute dem Minister des Auswärtigen eine Note im Betreff der Donaufürstenthümer übergeben.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Berlin, 14 Juli. Inländische Fonds. Pfandbrief-, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 74 P., 73½ G. Seeh. Präm. Sch. 83½ P. 83 G. Berl. Stadt-Obl. — P. 70 G. Westpreuß. Pfandbr. 90 P. 89½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 90 P. 89 G. Pommersche 3½ proz. 77½ P. — G. Chpr. Pfandbr. — P. 82½ G. Pomm. Pfandbr. 91½ P. 91 G. Kur- u. Neum. Pfandbr. — P. 91½ G. Preuß. Bl. Anth. Sch. 85½ P. 84½ G. Friedrichsd'or 13⅓ P., 13⅓ G. Und. Goldm. à 5 Rt. 12½ P., 12½ G. Disconto 3½ P. 4 G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt A. 87½ P. 86½ G. Berl.-Hamburg 61½ u. 62 B. Berl.-Stettin-Stargarder 84½ B. Berl.-Potsdam-Magd. 44 P. Magd.-Halberstadt 90½ B. Halle-Thüringer 50½ B. u. G. Köln-Minden 77 P. 76½ B. Köln-Aachen 57½ B. Niederschles.-Märkische 61½. 70 P. 69½ B. Oberschlesische A 83 u 84½, 84 B. B. 83 u 84½ P. 84 G. Breslau-Freiburg 79½ geboten. Kraf.-Oberschles. 36½ P. u. B. Berg.-Märk. 52 G. Stargard-Posen 66½ B. 67 P.

Eisenbahngebogen: Berl.-Anh. B 84 B. Starg.-Posen G. Magd.-Wittenberg 42½ B. u. G.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 81½ B. u. G. Berlin-Hamburg 88 B. Berlin-Potsdam-Magd. 82 B. Berl.-Stettin. 79 P. Halle-Thüringer 70 P. 70½ G. Köln-Minden 88½ P. 88 B. Stamm-Prior. 68½ B. Niederschles.-Märk. 80½ P. 80 B. Spreq. 93½ u 95 P. Berl. Sch. 88 B. Breslau-Schw. Freib. 70 G. Kosel-Oderberg 90 G. Stette-Schwiebus? —.

Die Börse war heut wieder ziemlich belebt, das Vertrauen scheint sich zu mehren. Die kurze der jedoch. Papiere waren zum größeren Theil höher zu gestehen.

London, 13. Juli. Konsols 87¼, Coup. ab. Span. Akt. 12, 11½, Sprog. 21¼, Passi. 3. Sprog. 22½, — Sprog. 17, Sprog. — Poll. Sprog. 69, 70 P. Sprog. 44 Gold ist jetzt in solchem Ueberfluß vorhanden, daß man glaubt, die Bankrestrikten werden zu einer weiten Herabsetzung des Diskonto schreiten.

Paris, 14. Juli. Sprog. 48.50, Sprog. — Sprog. 77.50. Schatzsch. 16. Bankaktien 1670. Comptr. von Algier — Belg. Sprog. 76½, — Sprog. — Belg. Bank — Neap. Sprog. — Rom. 69½. Piem. — Berl. 98½. rechte 123.—, linke 105.—. Paris-Orleans 685.—. Rauen 490.—. Span 310 — Straßburg 363.75. Rordbahn 373.75. Marf.-Avignon 224.25. Straßb.-Basel 100.—. Ort.-Bordeaux 405.—. Tours-Nantes 315.—.

J. B. Pugl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Dienstag, 18. Juli: (Zum Erstenmale.) „Gastbaus und Abenteurer", Posse in 3 Akten von G. Oswald. Hierauf: „Der Zauberstab", große komische Zauberpantomime von Fenzl, Musik von Kapellmeister Kühner.

Fremdenanzeige.

Bauer. Hof. Marquis Zappi, Hauptmann von Wien. Frhr. v. Ulrich Hauptmann von Wien Jochmus, General von Freistaatinnen. Pitney-Clark und Stand-Ecuier, Kentiers von London.

Hotel Maulik. v. Landstuorf, Kaplän von Petersburg. Müller, Privatier von Stuttgart. Schatz, Gutsbesitzer aus Baden. Gradner, Privatier von Wien. Barwin v. Hartenberg, aus Preußen. Bugenta, Privatier von Augsburg. Poyet, Kaufmann von Frankfurt. Hammer, Kaufmann von Braunschweig. Bischoff, Kaufmann von Augsburg.

Gold. Hahn. Baron v. Segberg nebst Gemahlin, von Stuttgart. Wagand, Professor von Bonn. Jr. v. Rewell, von Ludwigsburg. Müller, Kaufmann von Mainschkreim. v. Boheim, Mittmeister von Wien. Zeiner, Advokat von Karlsruhe. Herz, Kaufmann von Stuttgart.

---

23. Im Bürgerverein für Freiheit und Ordnung kamen gestern einige Gegenstände zur Berathung, welche die öffentliche Theilnahme in Anspruch nehmen dürften. Zuerst der Wunsch nach Oeffentlichkeit der magistratischen Sitzungen. Bereits in Februar d. Js. ist in dieser Beziehung eine Eingabe der Bürgerschaft an den Magistrat gegangen, ohne daß bis jetzt eine öffentliche Antwort erfolgte. Nach den eingezogenen Erkundigungen und nach Mittheilungen in öffentlichen Blättern ist die Sache bereits vor geraumer Zeit vom Magistrat an die königl. Regierung gebracht worden. Nun ist Oeffentlichkeit in allen Beziehung, die sich auf Freiheit und Eigenthum beziehen, eben so nothwendige Forderung der Zeit und gerechtfertigtes Verlangen des Bürgers, welcher prüfen will, wie seine Vertreter die ihnen anvertraute Vollmacht ausüben, als sie im Interesse dieser Letztern liegen muß, als die Gelegenheit, das Ihnen geschenkte Vertrauen durch Ueberzeugung zu begründen und zu befestigen. Eine weitere Verzögerung dieser, für unsere Stadt und das Bürgerthum wichtigen Angelegenheit erscheint durchaus unzulässig. In diesem Sinne stellt Hr. Keller den Antrag, der Bürgerverein für Freiheit und Ordnung, welcher zusammengetreten mit dem festen Entschlusse, einen Damm zu bilden gegen anarchische Bestrebungen, aber ebenso zu wachen, daß die Freiheiten des Volkes im gesetzmäßigen Wege ausgebildet werden, möge an königl. Regierung von Oberbayern die Bitte richten, daß die Oeffentlichkeit der magistratischen Kollegien recht bald ins Leben gerufen würde. — Der Antrag des Hrn. Dr. Keller wurde nach gepflogener Berathung einstimmig angenommen und der Ausschuß ermächtigt, denselben schriftlich bei der königl. Regierung zur Vorlage zu bringen. Ein zweiter Antrag betraf die, auch in den „Neuesten Nachrichten" besprochene Verpflichtung der Offiziere der Landwehr, einen Revers ausstellen, wonach Handgelübde zu leisten, sich jeden politischen Vereins halten zu wollen. Man war einstimmig, daß eine derartige Verpflichtung übel passe zu dem Geiste der Zeit, und den errungenen Freiheiten des Volkes geradezu widerstreite. Es ward daher mit Genugthuung vernommen, daß die „Neuesten Nachrichten" vom neuesten dem Antrag beitreten eine offizielle Widerlegung der Anklage entheilten und der betreffende Artikel verlesen. Inzwischen erfuhr man auch eben diesen Artikel, daß der Grund der Anklage wirklich bestehe, denn wenn darin gesagt ist, „daß an den bisherigen beschaffenen Dienstverschriften nicht die geringste Aenderung geschehen ist," so folgt daraus, daß die alten Anordnungen noch in Kraft sind. Diese aber, deren Sinnsache wie dürres Laub an den Knospen und Trieben der jungen Freiheit hangen geblieben, fordert ausdrücklich: „an Eidesstatt zu bekennen, daß man weder zu einer geheimen Gesellschaft, noch zu irgend einer Verbindung gehöre, noch je in Zukunft gehören werde, deren Zweck dem Staate unbekannt, von demselben nicht gebilligt oder den Interessen desselben fremd ist." Es wurde hervorgehoben, daß diese Verordnungen aus der Zeit des Ministeriums Wallerstein herrühren, eines Staatsmannes, der sich neuerdings die vergebliche Mühe mache, als der Vertreter von Volksrechten zu erscheinen, auf gesetzlichem Wege zurückgenommen werden müsse, wenn der Grund der erhobenen Beschwerde verschwinden solle, und da der Ausschuß wurde, daß besagten Verordnungen nicht nur die Offiziere der Landwehr, sondern auch die der Linie und sämmtliche Staatsdiener unterworfen wären, so wurde in Rücksicht darauf, daß sie mit dem zugeschworten allgemeinen Affociations-Recht nicht in Uebereinstimmung stehen, durch den Eid oder auf die Verfassung, welche, wie der Bürger und Staatsdiener, nun auch der Soldat zu leisten hat, vollkommen überflüssig sind, einstimmig beschlossen, eine Eingabe beim königl. Ministerium zu machen, in welcher die unbedingte Aufhebung besagter Verordnungen, den Revers und das Handgelübde der Offiziere ꝛc. betreffend, verlangt werden soll. Der Ausschuß ward mit dem Entwurfe der Eingabe beauftragt, welche in nächster Sitzung zur Berathung und Annahme gebracht werden wird.

München, den 16. Juli 1848.

Edictalladung.

21. (3 a) Der Handelsmann Joseph Ullmann von Kriegshaber wird hiemit wiederholt aufgefordert, sich bei dem unterfertigten Gerichte wegen der gegen ihn vorliegenden Anschuldigung eines Verbrechens der Unterschlagung zu verantworten, widrigenfalls nach Ablauf des neuerlichen Termins von 3 Monaten von Acte an wider ihn, als gegen einen Ungehorsamen, den Gesetzen gemäß wurde verfahren werden.

München, den 14. Juli 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Direktor:
Barth.
v. Velasco, Rechtspr.

Bekanntmachung.

22. Nach den Gesetzen über die Einkommen- und Kapital-Steuer vom 4. Juni d. Js. hat jeder Steuerpflichtige oder dessen gesetzlicher Stellvertreter nach ergangener Aufforderung für sich und seine Angehörigen entweder mündlich oder schriftlich zu Protokoll eine Erklärung auf Bürgerpflicht abzugeben, welche enthalten muß:

A. bezüglich der Einkommen-Steuer

1) seine Einkommensquellen, ohne jedoch in Spezialitäten eingehen zu müssen;
2) die Klasse, in welche er gemäß Artikel 2 des Gesetzes sein jährliches Gesammteinkommen einreiht, oder im Falle solches die 25. Klasse übersteigt, den betäuflichen Betrag desselben;
3) die Befreiungsgründe, welche er gemäß Artikel 2 des Gesetzes in Anspruch nehmen zu können glaubt.

B. Bezüglich der Kapital-Steuer

ob er im Besitze steuerbarer Kapitalien ist, und wie hoch er den Jahresertrag seiner kapitalzinsen zur Besteuerung anschlagt. Wer seine Erklärung nicht rechtzeitig abgibt, wird durch Mahnboten auf seine Kosten erinnert, und nach wiederholter fruchtloser Mahnung wird des Säumiges Steuer durch den Prüfungsausschuß von Amtswegen festgesetzt.

Da nun die Einkommen- und Kapital-Steuern nach den Gesetzen vom 4. Juni d. Js. vorläufig für ein Jahr, nämlich für das Etatsjahr 1848/49 zu erheben sind, deßhalb bis zum 1 September d. Js. die Steuerlisten aufgestellt sein müssen, und der Magistrat der Haupt- und Residenz-Stadt München zu diesem Behufe noch im Laufe dieses Monats durch die Distriktsvorsteher von den Hausbesitzern ein genaues Verzeichniß aller ihrer Miets- und Aftermiets-Leute und deren Angehörigen abverlangen, sowie die Tage und Orte bestimmen wird, an welchen die sämmtlichen Steuerpflichtigen ihre mündlichen oder schriftlichen Erklärungen abzugeben haben, so steht sich die unterfertigte Stelle veranlaßt, die Bewohner der Haupt- und Residenz-Stadt München hiemit mit dem Beifügen aufmerksam zu machen, daß jeder bayerische Staatsangehörige, er mag dem Zivil-, Militär- oder geistlichen Stande angehören, ebenso jede in Besitz eines selbstständigen Einkommens befindliche verheiratete oder unverheiratete Frauenszimmer, ferner die Verwaltungen aller hier bestehenden Stiftungen und Anstalten, endlich auch alle Ausländer wegen ihres aus Bayern zu beziehenden Einnahmen für sich und ihre Angehörigen entweder selbst oder durch ihre gesetzlichen Vertreter an den bei dem Magistrat der Haupt- und Residenz-Stadt München bestimmten Tagen ihr reines Einkommen und ihre Kapitalrente mündlich oder schriftlich zu fatiren haben, und die gesetzmäßige Beachtung der deßfalls vom Magistrate ausgehenden Anordnungen um so sicherer gewärtiget wird, als die Nichtbeachtung derselben, die Verurtheilung der Säumigen in Kosten und Strafen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zur Folge hat.

Wer seine Erklärung schriftlich übergeben will, kann den betreffenden Erklärungsbogen bei dem einschlägigen Distriktsvorsteher unentgeltlich in Empfang nehmen, hat aber nicht zu übersehen, daß er der Aufschrift seiner Erklärung „Name und Wohnung" beizusetzen habe.

Schließlich wird bemerkt, daß, da die Einkommen- und Kapital-Steuern erst mit dem Etatsjahre 1848/49 zur Erhebung gelangen, für das Etatsjahr 1847/48 noch die Familiensteuer nach den deßfalls bestehenden gesetzlichen Normen zu entrichten ist, sowie daß, wer bezüglich der Einkommen- und Kapital-Steuer sich nähere Belehrung verschaffen will, auf die bei Buchhändler Franz daher erschienene Druck-Schrift:

„Ueber die Einführung einer Kapital- und einer Einkommen-Steuer in Bayern. München 1848"

verwiesen wird.

München, den 14. Juli 1848.

Königliche Regierung von Oberbayern.
In Abwesenheit des königl. Präsidenten:
Schilcher.

v. Bauer.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Ein solonisches Gesetz für unsere Zeit.

„Frei und offen heraus mit der Sprache! Welchen politischen Glauben hast Du? Ja'g es in Wort und That!" Das ist ungefähr der Sinn der vielbesprochenen Vorschrift des weisen Solon, da er befahl, daß derjenige mit dem Verluste der bürgerlichen Rechte bestraft werde, welcher bei öffentlichen Unruhen sich parteilos verhielte. Der Gesetzgeber wollte damit bewirken, daß Niemand sich lau und gleichgültig auf das gemeine Wohl benehme und nur sich und sein Eigenthum bedenke, oder daß ein Bürger wohl gar die Noth und Bedrängniß seines Vaterlandes nicht weiß; sondern Jeder sich entschieden für eine Partei erkläre und gerüstet zum Streit ergreifen, mitwagen und helfen, statt in Ruhe und Sicherheit die Befehle desjenigen erwarten, dem seine eigene Tollkühnheit und die Zaghaftigkeit der Bürger den Sieg verschaffen. Denn zeigt sich in einem Staate Unzufriedenheit, die in Thätlichkeiten ausbricht oder auszubrechen droht, dann pflegen die Unbesonnenen, Verwegenen und Unruhigsten hervorzutreten. Alle die bei der Veränderung oder bei der Veränderung zu gewinnen, aber nichts oder nur wenig zu verlieren haben, alle diese bemächtigen sich der Bewegung und theilen derselben ihren Charakter mit. Der Schüchterne dagegen will nichts wagen, der Besonnene nichts übereilen, der Gebildete sich nicht der angebildeten Menge anschließen, der Vornehme sich nicht unter den Pöbel mischen, der Reiche und Vergnügte nicht die Vortheile und Vorzüge aufs Spiel setzen, never er sie besitzt. Auf diese Weise geschieht es aber, daß sich bei einem Parteikampfe gerade diejenigen anschließen, die ihn durch ihre Thatlosigkeit gestaltet machen oder doch seine Entscheidung durch die kräftiges Einschreiten leicht und schnell zum öffentlichen Besten wenden konnten. In unseren Tagen nun ist es dringend nöthig geworden, auf dieses solonische Gesetz hinzuweisen und es wieder ins Leben zu rufen. Denn im Kampfe der Parteien, der sich in Deutschland bereits überall erhoben hat, fordert die Sorge für die eigene Selbsterhaltung und für die des Staates, daß Jeder seine Gesinnung offen zeige und daß die wirklich konstitutionell-monarchisch Gesinnten sich im festen Bande derjenigen gegenüber stellen, welche den Umsturz der Monarchie mit allen Mitteln bewirken wollen, deren sie unerhabaft werden können. Zwar ist die Zahl dieser nur klein, aber sie bilden eine enggeschlossene Phalanx, die mitten durch die unschlüssige, zauderade und sinnende Menge auf ihr Ziel losgeht. Da fromme es denn nicht, ihrem Treiben in Ruhe und von Ferne zuzusehen, sondern thuen eben so offen entgegen zu treten, ihrem Zugeschworene der Verabredung den blutumrannten Schild der Wahrheit, der bürgerliche Ordnung und des Gesetzes entgegenzuhalten, damit republikanisches Gränzen und Umwogen nach den höchsten Würden des Staates wird machtlos an den Fest der konstitutionellen Monarchie zerschellen. Aber dazu bedarf es eines wahrhaften Bürgermuthes und einer festen Einigung, dann wird ohne blutige Schlachten ein herrlicher Sieg errungen, der Friede gesichert und die Mittel zum gesegnetsten Fortschritt erworben, die sonst in der langdauernden allgemeinen Verwirrung verzehrend zerstört werden. Darum ergeht von München aus der Ruf an alle Monarchischgesinnten durch Bayern und ganz Deutschland zur innigen Vereinigung und zur offenen Vertheidigung der Monarchie, damit die Gegner mit Schrecken erkennen, wie wenig ihrer seien und daß sie sich fortan schonen, die Ruhe Deutschlands noch länger zu gefährden. Unser Wahlspruch sei: Freiheit in Ordnung, Fortschritt nach Recht und Gesetz! *)

*) Der vorstehende Aufsatz ist ein Vortrag, der im hiesigen konstitutionell-monarchischen Verein gehalten wurde. (Anm. d. Red.)

Deutschland.

Bayern. — Einer allerhöchsten Verfügung zufolge sollen an den Geburts- und Namensfesten JJ. MM. des Königs und der Königin auch künftig die bisher üblichen Feierlichkeiten stattfinden. Das Geburtsfest des Königs ist am 25. November, das Namensfest am 12. Oktober, das Geburtsfest der Königin am 15. Oktober bekanntlich auch der Namenstag J. M. der Königin Therese; ihr Namensfest am 8. September.

— Nachdem dem Erzherzog-Reichsverweser bereits in Nürnberg ein äußerst festlicher Empfang zu Theil geworden, blieb auch Regensburg wo er am 16. Nachm. 3 Uhr eintraf, hinter den andern deutschen Städten nicht zurück. Unendlicher Volksjubel, festliches Glockengeläute und Kanonendonner erfüllten weithin die Lüfte. Häuser und Thürme prangten im reichsten Fahnenschmucke, Linie und Landwehr paradirten. Im goldenen Kreuze war das Absteigequartier des Gefeierten, welcher sich alsbald in Gesellschaft unseres hochverehrten Königs Max, der die Nacht zuvor eingetroffen war, zeigen am Fenster zeigte. Schon am Fuße der steinernen Brücke hatten 25 Jungfrauen den Erzherzog mit Ueberreichung eines Gedichtes und Eichenlaubes empfangen. Eine Stunde darauf setzte derselbe, wie wir bereits gemeldet haben, in Begleitung unseres Königs die Reise nach Wien mit dem Dampfschiffe fort.

Preußen. — Berlin, 12. Juli. (Schluß der Debatte über den Antrag Jacoby's in der Nationalversammlung.) Naumann ist gegen den Antrag im Namen der Einheit Deutschlands. Arnold's ist für denselben. „Ich erkenne das Königthum an, weil es nicht blos in der Geschichte, sondern auch im Naturreiche existirt. (Gelächter links.) Wenn wir immer mehr zur Gesinnung kommen, so wird das Königthum untergehen. Jungbluth: nach langem Harren kommen wir endlich zeit zu einer großen Frage. Schon am 1. Juli hatte die Versammlung durch ihr Hoch ihre Bestimmung zu den Frankfurter Beschlüsse gegeben. Von Denen, die damals den Saal verließen, wird der Versammlung jetzt diese Zumuthung gemacht. Die Majorität hat sich entschieden, und es ist die Minorität, die die Frage noch einmal anregt. Man hat für den Antrag von den verschiedensten Prinzipien und gestritten, nur Einer der Herren hat ostensiblerweise gesagt: ich bin Republikaner! Der Antrag ist ein Gewebe künstlicher Schlingen. Nach dieser Theorie müßte man mit dem verantwortlichen Königthum ebenso herumwirthschaften können, wie mit den Ministern. — Wir wollen mit dem deutschen Volke keine Versuche machen. Ich bin entschieden gegen den Antrag, so wie gegen die Amendements. (Bravo v. Rechts.) Simons erklärt sich für den Antrag; das jedesmal noch sei kein Beschluß; die Frankfurter Versammlung hatte das Recht, den Reichsverweser selbst zu wählen, sie hatte das Recht, die Reichsverfassung zu bestimmen, von der der Reichsverweser nur ein integrirender Theil. Was den im Antrag enthaltenen Tadel obrigens betrifft, so ist die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers allerdings ein Fehler. Selbst der deutsche Bundestag hat vor den Reichsständen verantwortlich sein müssen. Es ist nur der Ton dieses Antrages, den ersten billigt er nicht. Er geht von dem Grundsatze aus, daß der Reichsverweser das thun müsse, was die Frankfurter Versammlung beschließe. Elsner: ich freue mich, daß sich die meisten heutigen Redner für die Kompetenz erklärt haben. Es ist heute auch wieder das Wort Republik gebraucht worden. Man hat sich so begriffliche Wort nicht so häufig gebrauchen. Einheit und Einerleiheit sind verschiedene Begriffe. Wir trieben die Einheit Deutschlands nicht, wenn wir erklären, daß uns ein Beschluß nicht gefalle. Ich bin durchweg für den Jschen Antrag und gegen alle Amendements, die es nur darauf angelegt zu haben scheinen, eine Kabinetsfrage aus dem Antrage zu machen. Auf dieser Seite (er weist nach der äußersten Linken) hat man nicht die Minister des Ministeriums. (Bravo.) So wenig wünschenswerth es ist, daß eine Kabinetsfrage daraus gemacht werde, so sehr wünschenswerth ist es andererseits, die Meinung der Herren Minister zu hören, da noch überdies gerade dieses Punktes halber Hr. Robbertus aus dem Ministerium zurücktreten sein soll. Vielleicht giebt uns dieser Aufschluß. (Lebhafter Beifall links.) Robbertus: da ich nicht mehr Minister bin, so mag das Recht, auf eine Interpellation zu antworten. Sydow entwickelt den Begriff des Lokalpatriotismus und bekennt sich zu demselben. „Wir haben Fragen in unserer Versammlung stellen gehört, Interpellationen, die bei patriotischen Völkern nicht gestellt worden wären. (Lärm.) Der Lokalpatriotismus hätte uns dauer schöne Farben, dem guten Werke, der nicht auch ein guter Deutscher ist? Mit dem Steben oder Fallen des Antrages fällt oder steht das preußische Prinzip. Arndts begründet nochmals sein Amendement, ebenso Blum das seinige. Blum: ich will mich erklären, warum ich dem Jschen Antrage nicht beitrete, obschon ich ihn in der Gesinnung theile. Gleich der Beschluß „die konstituirende Versammlung" dürfte eine sehr unfruchtbare Streitfrage ergeben. Ich glaube aber, meine Herren, es erhöht die Einigkeit Deutschlands nicht, wenn einer seiner ersten Staaten sein Mißfallen zu erkennen giebt. Graf Reichenbach: der Abg. Sydow hat uns gesagt, wir sollten nicht gleich den Kindern einen Beschluß wieder zurücknehmen, er habe das bei der ernstlichen Berathung über den Reichsverweser nicht thun wollen. Wenn der Abg. Baumstark fürchtet, daß aus die slavischen Nationen mit Krieg überziehen werden, so dürfte dies eine ungegrabene Besürchtung sein. Etwas Anderes aber ist es mit dem russischen Czaren, der Geißel seiner Völker. — Für Etwas aber muß ich sein, v. Berg danken: er hat gesagt, die Regierung würde keine Ruhe nach Hannover. Bagern spreche haben. Wie Gagern, so müsse sie es auch Hannover. — M. H., wenn ein Kaiser sein soll, so darf es kein Schattenkaiser sein, in Frankfurt darf kein armer Mann residiren. Das Haus Preußen dürfte etwa nach dem Verfassungsentwurf 4 Millionen Gioilliste haben; der Kaiser müßte doch wohl 6 Millionen haben. — M. H., ich gratulire dem armen Mann zu einer neuen Steuer. Die Fürsten haben von der Einigkeit Deutschlands gesprochen, und Preußens Fürst sprach die Worte: Preußen soll in Deutschland aufgehen! Volk und Fürsten wollen die Einigkeit Deutschlands, und die konstitutionellen Minister wollen ihrem Verlangen entgegenarbeiten? Wo ist in unserer Politik eine Einigkeit, eine Einheit Deutschlands zu verspüren? Während wir in Schleswig einen ehrenvollen Kampf suchten, fochten im Süden deutsche Brüder gegen die Lumpenden in einem eben so unehrenhaften Kampfe! (Und die Linke scheute sich nicht, den schmachvollen Worten des Redners ihr Bravo hier zuzuspenden!) v. Kirchmann ist gegen den Antrag: die Frage ist die: ob konstitutionelles Königthum, ob Republik? Alles, was hier gesprochen wird, lehrt im Grunde fort, und in 10 Jahren, wenn im Westen sich die Verhältnisse konsolidiren, dürfte es sich auch bei uns anders gestalten. Ich bin entschiedener Anhänger der Volkssouveränität. Aber wir haben Gesetze, wir

maßen von dem Reichsstandpunkte aus beurtheilen. (Bravo.) Jacoby: der eine Theil der Rotura gegen meinen Antrag ist nur auf die Form desselben, der andere jedoch auch auf die Sache selbst eingegangen. Man hat ihn für gefährlich gehalten, man hat aus ihm Bürgerkrieg hervorgehen sehen. ich glaube, man hat sich gestäubt und der Reichsverweser ist nicht verpflichtet, die Beschlüsse der Frankfurter Versammlung auszuführen. Der frühere Minister-Präsident hat erklärt: er hege das Vertrauen, die Frankfurter Versammlung werde von Preußen keine unwürdigen Opfer verlangen; wo aber das gemeinsame Vaterland fordere, da werde Preußen auch willig gehen. Das Soyisal-Verhältniß hat sich seitdem sehr wenig demerkbar gemacht. (Bravo.) Die Minister haben geschwiegen und sie haben vielleicht recht gethan. (Bravo.) — Minister-Präsident: wenn das Ministerium bis jetzt geschwiegen und auch sich jetzt in seine Diskussion einlassen wird, so geschieht dies, weil seine Handlungen offen daliegen. — Der Abg. Arndt zieht sein Amendement zurück. Man will Jacoby's Antrag theilen, der Majorität entscheiden sich jedoch dagegen. v. Berg will, daß die Abgeordneten der deutschen Landestheile, welche nicht zum deutschen Bunde gehören, bei dieser rein deutschen Frage nicht mitstimmen sollen. Es erhebt sich hiergegen Einspruch von der Linken, und eine Deputirte aus dem Großherzogthum Posen erklären, daß sie doch stimmen wurden. Nachdem der sehr in dem letzten Streite gesteigene Ärm beseitigt, geht man zur Abstimmung über, deren Resultat wir bereits mitgetheilt haben.

Oesterreich. Der amerik. Geschäftsträger am k. k. Hofe in Wien, Hr. William Stiles verwahrt sich in der Wiener-Zeitung energisch gegen die Fiktion, als seien einige Individuen, welche, wie bekannt, sich für amerikanische Delegirte ausgegeben und Geld und Waffen den Wiener Burgern im Auftrage Nordamerikas zu bringen hatten, wirkliche Amerikaner, indem vor allen Er, der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten, davon wissen müsse, da ihm ihre Pässe nothwendig zu Handen gekommen sein müßten. — Stiles sei aber nicht der Fall. Auch Agenten in Nordamerika wohnender Deutschen seien sie nicht, weil in keiner Weise bei dort abgehaltenen öffentlichen Versammlungen weder eine Erwähnung einer derartigen Sammlung, noch die Namen dieser Herren vorgekommen seien. Weil ferner die Paßsogierliste des Dampfers „Amerika" in welchem der Einzige der berührten Individuen nach Europa zurückkehrte, keine Eigenschaft als solcher Deputirter nicht vorkommt, daß der Dampfer schon am 22. Mai in Liverpool landete, dieser aber schon am 23. hier in Wien angekommen, seinen Geldes sich erst am 8. Juli entledigt habe; weil er ängstlich vermieden, sich bei ihm, dem Geschäftsträger zu stellen. „Obgedachte Angaben wären jedoch unbrachtet geblieben, wenn sie nicht den Charakter meines (des Geschäftsträgers) Landes zu nahe träten, und den von ihm gehegten und gepflegten Grundsätzen, so wie dessen unverbrüchlicher Staatsmaxim schnurstracks zuwiderliefen; der Regierung der Vereinigten Staaten steht offenkundigermaßen mit der österreichischen k. k. Regierung auf dem Fuße freundschaftlich guten Einvernehmens; würde sie sich aber eines Verfahrens schuldig gemacht haben, wie dasjenige ist, bei welchem diese Individuen sie betheiligen möchten, so wäre dieß eine Verletzung des Völkerrechts, im höchsten Grade verrätherisch, und einer achtbaren, ehrfurchtgebietenden Nation unwürdig." — Die Bürger der Vereinigten Staaten sind nie und nimmer Propagande Männer gewesen, haben nie die Forderung ihrer Siebenfältigen Constitution, Geldbeträge und Waffengewalt zu betreiben versucht." (W. Zeit.)

Oesterreichische Monarchie.

Peterwardein. Neusatz ist im Fall eine Wiederholung des Sturmläutens von dem k. Commissär in Uebereinstimmung mit dem Commandanten von Peterwardein mit einem Bombardement bedroht, und das Standrecht abermals dort publizirt worden. Von Carlowitz aus wurde an die deutschen Bewohner der Bacska, des Banats und Baranyals ein Aufruf zum Abfall von Ungarn und einigen Anschluß an Serbien erlassen, welcher von dem deutschen Prediger Sompander in kräftiger Weise abgefertigt wurde. — Der untere Theil der Bacser Comitats ist in vollem Aufruhr. Eine sehr bedeutende Macht steht ihm aber gegenüber. (Ung. Bl.)

Schweiz.

Eidgenössische Tagsatzung. Xte Sitzung. 13. Juli. — Der Präsident zeigt nach der Genehmigung des Protokolle der Versammlung an, daß ihm gestern in offizieller Audienz durch den kgl. bayer. Major von Liel eine Note des deutschen Bundes überreicht worden sei. Dieselbe wird verlesen und lautet also: „An Se. Excell. den Hrn. Präsidenten der eidgen. Tagsatzung. Nach dem zurückgewiesenen Einfalle, welchen Hecker und seine Genossen im April dieses Jahrs in das Großherzogthum Baden unternahmen, haben sich dieselben theils auf französisches Gebiet, theils in Schweizerkantone längs der badischen Grenze und des Rheins zurückgezogen. Es kann dem hohen Vororte durchaus nicht unbekannt sein, daß Hecker und die bekannten Führer Heinzen, Mögling, Siegel, Resina, Kayser und Andere, den ihnen in den Kantonen Basel, Schaffhausen und Thurgau gestatteten Aufenthalt nur dazu benutzen, um ihre Freischaaren durch Werbung fortwährend zu verstärken, dieselben förmlich zu organisiren und in Waffen zu üben, fortgesetzt verbrecherische Verbindungen mit den Bewohnern der angrenzenden Bezirke des Großherzogthums Baden zu unterhalten, dabei Drohschriften und gehässige Flugblätter zu verbreiten, welche zur republikanischen Schilderhebung aufforderen, und durch alle diese Unternehmungen die Ruhe in den südlichen Theilen des Großherzogthums Baden und des Königreichs Württemberg fortwährend zu gefährden. Der deutsche Bund, der nach seiner Verfassungsurkunde verpflichtet ist, nicht nur sein Gebiet in jedem einzelnen Theile vor feindlichen Einfallen zu schützen, sondern auch die einzelnen Burger vor Angriffen gegen ihre Personen und ihr Vermögen kräftig zu unterstützen, sieht sich daher aufgefordert, diesem Unwesen, welches der Ruhe und Ordnung entgegenwirkt, Einhalt zu gebieten. Er erkennt zugleich die Entfernung jener, das ihnen gewährte Asyl nur zur Vedrohung benachbarter, der Eidgenossenschaft befreundeter Staaten mißbrauchenden Freischaaren von der deutschen Grenze, und ihre Verweisung in entfernetere Kantone als eine Maßregel, die entsprechend sein dürfte. Der deutsche Bund bedarf sich dazu, an den hohen Vorort das Ersuchen zu stellen, geeignetes mit aller Entschiedenheit darauf zu bringen, daß die betreffenden Freischaaren aufgelöst, ihnen die weitere Anwerbung und Zusammenziehung der Freischaaren durchführen, die Führer derselben aber unter allen Umständen und den Kantonen entfernen, und so dahin wirken, daß das nachbarliche Einvernehmen zwischen der deutschen Grenze, und ihre Verweisung in entferntere Kantone als eine Maßregel, die entsprechend sein dürfte. Der deutsche Bund bedarf sich dazu, an den hohen Vorort das Ersuchen zu stellen, geeignetes mit aller Entschiedenheit darauf zu bringen, daß die betreffenden Freischaaren aufgelöst, ihnen die weitere Anwerbung und Zusammenziehung der Freischaaren durchführen, die Führer derselben aber unter allen Umständen und den Kantonen entfernen, und so dahin wirken, daß das nachbarliche Einvernehmen zwischen der deutschen Grenze, und ihre Verweisung in entferntere Kantone als eine Maßregel, die entsprechend sein dürfte. Der deutsche Bund hofft dabei

Großbritannien.

* London, 12. Juli. Unsere Zeitungen beschäftigen sich noch immer vorzugsweise mit den französischen Zuständen. Die Regierung aber richtet ihre Aufmerksamkeit vorwährend besonders auf Irland. Mit Energie und Strenge werden die Conföderirten dort überwacht und im Zaum gehalten. Der Ausschluß soll gefaßt seyn, kräftig die Ruhe darniederzuhalten, und ihre Versuche sofortigen zu hindern. Ob es wahr ist, daß Smith O'Brien bereits zu Cork festgenommen worden sey, läßt sich noch nicht verbürgen. S. Meagher war dort zurück. In einem der Clubs von Cork hatte man einen Toast auf die Fran Blanc ausgebracht, auf das Schmal, das mit eigener Hand zu Paris neulich 5 Modisgarden die Köpfe abgeschnitten hat. Man kann aus der deßfallsigen Aufsahme dieses Toast auf den Geist des Clubs schließen. — Nach dem Empfang von Gelde sind die Polizeikommissäre vom Staatssekretär des Innern angewiesen worden darnber zu wachen, daß die Polizeimannschaft sich in Führung des Dolchmessers übe. Sie erhalten somit den Unterricht darin durch den Fechtmeister Angelo.

Der Central-Criminalgerichtshof hat vorgestern sein Urtheil über die von den Geschwornen als des Verbrechens des Aufruhrs schuldig befundenen Ehartisten gefroyen. Dieselben kamen auf Gefängnißstrafe von 3 Monaten bis zu 2 Jahren Einsperrung und Cautionsleistung im Betrage von 50 — 100 Pf. Sterling dafür, daß sie künftig den öffentlichen Frieden nicht mehr stören wollen.

*Dublin, 13. Juli. Der elektrische Telegraph meldet aus Dublin, daß Meagher am Dienstag zu Waterford verhaftet, und unter Bedeckung berittener Polizei nach Dublin abgeführt worden ist.

Nachschrift.

Freie Städte. — Frankfurt, 17. Juli. Der Justizminister hat den Erzherzog Reichsverweser nach Wien begleitet, und Letzterer hat für die Dauer der Abwesenheit des Justizministers dessen Geschäfte dem Minister des Innern übertragen.

Münchner Korrespondenz.

** München, den 18. Juli. Se. Maj. der König werden heute Abends im Schlosse Symphonieen zum Besten. Alterhöchstdieselben hatten vor, die Nächtreise von Passau durch das Rothal über Pfarrkirchen, Eggenfelden, Altöbburg und Erding zu machen.

*Würzburg, 16. Juli. Die vom Rheine rückkehrenden bayerischen Truppen, welche zum Theile hiesigen Ort passirt hatten, haben durch Estafette Gegenbefehl erhalten, um gehen wieder an den Rhein zurück. Dasselbe traf 4 Uhr von hier nach der Heimath abgezogene Regiment, kehrte heute schon zurück und wurde mit Dampfschiffen wieder Mainabwärts gebracht. Der Anlaß zu diesem Gegenbefehl ist nicht bekannt.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 15. Juli. Oesterr. 5proz. Metall. 68 P. 67½ G., 4proz. 57 P. — G. 3proz. — P. — G. 2½proz. 35½, P. 34½ G. Bankaktien 1210 G. 1200 G. 500 fl.-Loose 110½ P. 109½ G. 250 fl.-Loose 74 P. 73 G. Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 89 P. 88 G. Staatsschuldscheine 3½proz. 77 P. 75 G. Bayer. 3½proz. 76½ P. 75½ G. Ludwigs-Bergbach. 69½ P. 68½ G. Württemberg. 3½proz. 77½ P. 76½ G. 4½proz. 94½ P. 93½ G. Bad. 3½proz. 77½ P. 76½ G. Lotto-Anlehen à 50 fl. 48 P. 47½ G. 35 fl.-Loose 27 P. 26½ G. Darmstädt. 3½proz. — P. 78 G. 4proz. 89 P. 88 G. Lotto-Anlehen von 50 fl. 64½ P. 64½ G. 25 fl.-Loose 21½ P. 21 G. Kurhess. Prämien-Anl.-Loose 38½ P. 38 G. 40 Thlr.-Loose 26½ P. 26 G. Nassau. 3½proz. 82½ P. 81½ G. 25 fl.-Loose 21½ P. 21 G. Frankf. Prämien-Anl. 53 P. 52 G. 3½proz. Loose von 1839 95½ P. 94½ G. von 1846 90½ P. 89½ G. Taunusbahn 283 P. 280 G. Holländ. Integr. 45½ P. 45½ G. Span. 3proz. innere Schuld 17½ P. 17½ G. Poln. 300 fl.-Loose 89 P. — G. 500 fl.-Loose 65 P. 64 G. Sardin. 36 Fr.-Loose 25 P. 24 G. Diez. — P. 2 G.

Wien, 14. Juli. 5proz. Metall. 73½, 4proz. 60, 3proz. 42, 2½proz. 39. 1834r 500 fl.-Loose 120. 1839r 250 fl.-Loose 84. Bankaktien 1096. Rothbahn 107½, Glogganitz 92. Venezig-Mailand 63½. Livorno 70½. Pesth 63. Siena 53. Arenninerbahn 95.

Der Redaktion der „Neuen Münchener Zeitung" ist folgende Zuschrift Sr. Excellenz des Hrn. Fürsten v. Oettingen-Wallerstein zugegangen: „München, den 15. Juli 1848. Meine Herrn! Gegenwärtige Zeit hindurch legten wir Münchner Korrespondenten verschiedener Blätter den Wunsch der, statt des Zehrn. v. Thon-Dittmer in das bayerische Ministerium zu treten, und nun, nachdem ein langer Gegenartikel darthat, ich könne eine solche Kombination weder suchen noch annehmen, da meine Ueberzeugung bezüglich wesentlicher Fragen von jener des Kabinets diametral abweiche, mir Ihre Zeitung aus, der dringende Wunsch müsse nothwendig aus einer andern als meiner Feder geflossen sein, theils weil die dem Gegenartikel zu Grunde liegende Ansicht (???) auf die „minderemittelten und deßhalben Klassen" zu wirken, meiner Gesinnungsweise und meinem Charakter nicht angemessen sei, theils weil die von mir der dem jüngsten Landtage ausgesprochene „Uebergangen" meiner frühern Handlungsweise so „diametral" entgegen stehe, daß ich unmöglich dem jetzigen Ministerium, wie in dem Artikel geschehen, den Fehdehandschuh hinwerfen könne. Begegnet wird: politische Klugheit habe mich von jeher ausgezeichnet. Gestatten Sie mir folgende Erwiederung: Von der Absicht, auf die minderemittelten und deßhalben Klassen zu wirken (soll wohl heißen: auszureizen zu wirken, konnte und kann meinerseits keine Rede sein. Ich bin zu bieder, um unter irgend welchen Voraussetzungen an die Anarchie zu appelliren, und zu sehr Staatsmann, um nicht eben so gut als meine Gegner zu wissen, daß namentlich „ein Proletariat als Macht gar nicht existirt. Wohl aber schien mir von jeher die jetzige Lage der sogenannten unteren Klassen ein wunder Fleck unserer modernen politischen Zustände. Die stiftersliche Organisation des alten Arbeiterstandes (Zunftwesen, Söldnerstand u. dgl.) ist untergegangen im Sturme der Zeiten. Neues blieb bis zur Stunde ungeschaffen. Man sprach zu den Unvermöglichen: suche nach Arbeit, und zu den Gemeinden (also zu den Bemittelten) — sorget durch Almosen nicht nur die Arbeitsunfähigen, sondern auch jene Arbeitsfähige, welchen es an Gelegenheit zur Arbeit gebricht. Man betrachtete überdieß jene engere Gemeinde in Absicht auf Armenpflege als eine Art isolirten Staates, und schob in sie als Landfriedbrecher alle jene Arbeitsfähigen zurück, deren etwaiges Suchen nach anwärtiger Beschäftigung nicht zu augenblicklichem Erfolge führte. Was war und ist die Folge dieses vielfach so getheilten Systems? Steigende Wohlhabenheit der Mittelklassen? Wahrlich nicht. Hungernde und Nichtshungernde treten sich in bennahe ganz Europa immer schroffer gegenüber, die tiefere Schichte der bürgerlichen Gesellschaft kocht und siedet in verdüsterem Grimme; die höhere hat vollauf zu thun mit Ueberwachung des Vulkans; jeden Augenblick stocken Handel und Verkehr; der Bürger, statt ruhigem Erwerbe zu leben, muß seine kostbare Zeit Wachtdiensten und Kampfbereitschaften, sein sauer erworbenes Geld Steu zuerhwenden Abgaben und Armensteuern opfern; selbst den Minderemittelten zu ihren auch die Bemittelten mit Riesenschritten gemeinsamer Verarmung entgegen. Und da hilft nicht, wenn, wie jüngst in Paris, Kanonen donnern, wenn Ströme Blutes von beiden Seiten fließen. Mit der Ursache bleibt die Wirkung; ja solche furchtbare Zusammenstöße beschleunigen nur bei Fortdauer des Grundübels das unvermeidliche Endergebniß. Daß habe ich vor manchen Andern gefühlt und da ich nicht zu denen gehöre, welche glauben, Wunden heilen man lange Geschlossen der Augen, oder die Menschen merken, was ihnen wehe thut, erst sofern man es ihnen sagt, so rieth ich schon als Minister 1836 und 1837, so rieth ich wiederholt als Ständigied 1846, so rieth ich, nachdem ich in Paris die politische Krankheit an ihrem Hauptherde studirt hatte, mit verdoppeltem Eifer während des jüngsten Landtages, Hand an die Wurzel zu legen. Mein Rath erschreit eben so heilsam für Regierungen und Mittelklassen als für die Nächstbetheiligten; hätte er früher Gehör gefunden, so stünde gar manches abgehaute Bürgerstamm noch in günstigeren Verhältnissen; nun rein vermögenslose Bayern besäßen 50 — 90 Millionen abmaffirter Ersparungen, und unser Nationalkapital wäre um diesen ansehnlichen Betrag erhöht. In der That, um was frogt es sich? Etwa darum, Nationalwerkstätten à la Louis Blanc zu gründen, den Müssiggang zu ermuntern, die thätigen Bürger in ihrem Nahrungsstande zu drängen, sie zu Gunsten der Besitzlosen zu ruiniren? Keineswegs. Es gilt die Rettung der Mittelklasse, insbesondere des alten ehrwürdigen Städtebürgerthums vor unsehlbarem Zerfalle. Es gilt in ganz Europa jenem Theile der Bevölkerungen, welcher bisher wider Willen um den Einkommen der Fleißigen nagte, das Lebensband vom eigenen Fleiße anzubahnen; es gilt insbesondere in Deutschland, durch zeitgemäße Reform des Armenwesens es vollbringen, was bereits meine Armenpflege - Instruktion von 1833 erstrebte, nämlich als Arme nur Arbeitsunfähige zu behandeln, für die Armenpflegen einen ausgleichenden Fond in Frankfurt zu gründen, in Absicht auf Arbeitsfähige die so Verarmten dringende gemeindliche Isolirung aufzuheben, und das Ermitteln von Arbeitsgelegenheit, so wie das Beschirmen und geoffartige Unterstützen der gegenwärtig beispiellos unglücklichen, dem Spotte des Auslandes preisgegebenen Auswanderer in einer Chrsache deutscher Gesammination zu erheben; es gilt, durch Schaffen allwärtsverbreiteter, wohlgewährleisteter, von den Drangsalen der bayerischen Sparkassen geschirmter Spar- und Kreditanstalten den wenig oder nicht Bemittelten das allmälige Erwerben anständigen Vermögens, und rückwirkend jene Niederstaffung und Verehlichung möglich zu machen, welche das heilsame Gut des Menschen bilden; es gilt, unter den sogenannten niederen Klassen angemessene Bildung, tiefes Sittlichkeitsgefühl und ächten Bürgersinn zu wecken; es gilt, mittelst zeitgemäß erneuter Organisation dieser Klassen dahin zu gelan-

gen, daß Kräfte, welche bisher negativ in volkswirthschaftlicher Beziehung zählten, in positive sich verwandeln, dann daß fortan ein in Ehren gebrachter Stand gegen Arbeitsscheue und Ordnungshassende jene strenge Selbstcontrolle übe, welche der Polizeistaat nie und nimmermehr human und wirksam zugleich zu handhaben vermag. All dieß ist möglich, vorzugsweise in Bayern, das zur Zeit noch verhältnißmäßig eine geringe Zahl Mittelstore, und mehr schlummernde Kräfte als irgend ein anderes Land des europäischen Continentes zählt. Bayerns Hauptstadt namentlich bietet sich reicher Ersatz für alle erlittene sowohl als drohende Verluste, und ein wahrer Schatz neuer Hilfsquellen bar, wenn sie, in inniger Verbindung mit Augsburg, bei beschleunigtem Ausbaue der Ost-West-Eisenbahn, dann der München-Salzburger und Augsburg-Lindauer Schienenwege, gleich Nürnberg-Fürth-Erlangen zu einem großen Mittelpunkte industrieller und kommerzieller Thätigkeit sich erheben. Dahin strebe ich seit mehr denn 20 Jahren, dahin zielten auch meine ständischen Anträge von 1848. Ihnen ist die gewiß weder revolutionäre noch wühlerische Kammer der Reichsräthe einstimmig, ja warm anerkennend beigetreten. Die treffenden Verhandlungen erschienen demnächst mittelst der veröffentlichten Reichsrathsprotokolle im Drucke. Dann mag alle Welt urtheilen.

Bestrebungen, wie meine eben angeführten, verhöhnt, ja verdächtigt zu sehen, sie als de mauvais goût verschrien zu wissen, daran bin ich längst gewohnt. Mich macht derartiges Getriebe nicht irre. Echte Staatsweisheit gebietet, alle Elemente im Staate so zu gestalten und zu ordnen, daß sie friedlich neben einander stehen, daß sie sich gegenseitig heben und durch vereintes Wirken zu Fordern und Trägern gemeinsamer Wohlfahrt erwachsen. Dieses Ziel der Staatsweisheit weis unsere Zeit sofort, als Manche glauben, namentlich in Absicht auf sogenanntes Proletariat erfüllen. Dann haben die Regierungen und Mittelstaaten die Wahl, entweder selbst zu verarmen, um Tausende und Abertausende ihrer Mitmenschen in peinlich staatsgefährlicher Stellung zu belassen, oder durch Verbesserung des sittlichen und sozialen Looses dieser Tausende und Abertausende ihre eigene Wohlfahrt zu fördern, und den eigentlichen Wühlern den Boden unter den Füßen wegzuziehen, so kann der Entscheid zuletzt doch nicht zweifelhaft bleiben, wie auch eingewurzelter Vorurtheil und starr bureaukratische Anschauungsweise sich dem Werke des Friedens und des Segens entgegenstemmen mögen. Münchens Bürger und Nichtbürger haben mich kennen gelernt zur Zeit der Cholera. Ich war der gemeinsame Freund Aller im Angesichte der Todesgefahr, als gar Viele sich in ihre vier Pfähle verschanzten. Ich werde mir gleich bleiben in jeglicher Lage meines Lebens. Aber beschehe, was Gottes der Fall ist, die neue Freiheit, daß man das erste Gesetz des Christenthums, daß man sogar das ehrliche Wort verpöne, gepfrochen zu Gunsten derer, welche einer verbesserten Lage vorzugsweise bedürfen, dann müßte ich diese neue Freiheit bemeinen. Und könnte man, Dank reaktionären Eingelnen, in München fortan als wohlgesinnt und bürgerbefreundet nur gelten durch Nichtanklären des nun zur Macht gelangten Bürgerstandes über seine wahrhafte Pflicht, wie über seine theuersten Interessen, dann vermöchte ich nur zu trauern über eine Stadt, welche mir seit alter Zeit so sehr am Herzen liegt. Etwas Klugheit mag ich besitzen. Wahrlich, die Geschichte haben bei mir während einer bald fünf und dreißigjährigen öffentlichen Laufbahn ein scharfes Lehrmeisteramt übernommen. Doch klug zu sein für meinen Vortheil oder wohl gar auf Kosten meiner Ueberzeugung, habe ich nie verstanden, und werde ich nie lernen. Hätte ich an mich gedacht im Jahre 1837, als ich zur Vertheidigung der Landesrechte nebst einem Portefeuille auch das alte Wohlwollen des Monarchen freiwillig von mir wies, neue bittre Verfolgungszahre wären mir und den Meinigen erspart geblieben. Ebenso war es fürwahr nicht Klugheit zu eigenem Gausten, die mich im Jahre 1846 das kecke Wort gegen die damals allgewaltige ultramontane Richtung ergreifen ließ, und die mich im Jahre 1847 bestimmte, unter bispiellos schwierigen Umständen mich nochmal für die Sache der Nation hinzugeben. Ich war klug genug, jedesmal die Folgen meiner Schritte vorherzusehen, ja sie Freunden und Nichtfreunden vorherzusagen, aber nicht klug genug, um, wie gar viele meiner heutigen Tadler, mich mehr als mein Vaterland und als den Fortschritt zu lieben. Anbelangend den Fehdehandschuh, so frägt sich, was unter solchem verstanden werde. Nennt man Fehdehandschuh das Opponiren ob persönlicher Zwecke, so weise ich eine solche Zumuthung mit Entschlossenheit zurück. Gelegentlich des oben geendeten Landtages erblicken mich die Minister bezüglich aller ihrer ächten Fortschritts-Vorschläge in den vordersten Reihen der ministeriellen Heerhasen. Wollte aber als Fehdehandschuh betrachtet werden jedes Geltendmachen abweichender Ansichten in Fortschrittssinne, also zum gemeinsamen Ziele, dann wußte ich freilich der Fehde nicht zu entgehen. Meines Bedünkens ist der bisherige soziale Bau theils zusammengebrochen, theils einsturzreif, und beruht das Heil nur auf rascheм vollständigem Wiederaufbaue im Geiste der Jetztzeit. Mir scheint dieses Neue nur bedenklich bei halber Durchführung oder bei etwaiger Durchführung mit Hintergedanken; conservativ wird es in meinen Händen durch Vollentwicklung aus einem Guße. So sind wir hierfür des Wahlen, weil lebendig und wahr, hundertmal konservativer als die Halbheit der indretten. So däucht mir, dem glühend eifrigen Kreiskommandanten aus der Befreiungsepoche, großartige Volksbewaffnung zur Stunde, Angesichts der Deutschland wiederholt bedrauenden äußern und innern Gefahren, ebenso geboten und ebenso schirmend als in den Jahren 18⁰⁷, 13, Bayern allein neben seinen stehenden Heeren und neben seinen zahlreichen (mobilen Legionen) über 12000 Köpfe besoldeter Freiwilliger und an vierthalbmalhunderttausend bewaffnete Bürger (Nationalgarden) auf den Beinen hatte; ja das neueste Beispiel Frankreichs, das nur mit Hilfe der herbeigeeilten Bürgerwehren von Amiens, Rouen u. s. w., den Aufstand überwältigte, zeigt mir gerade diese riesenmäßige Entfaltung der eigentlichen Nationalkraft als das sicherste, fortan unentbehrliche Bollwerk der Ordnung gegen Konvulsionen jeder Art. So endlich begreife ich nicht, wie manche Blätter bezüglich der kirchlichen Gemeinden allein die alte bureaukratische Abhängigkeit vom Staate verteilen mögen, während mit vollem Rechte für die politischen Gemeinden das Self-Government, für jegliche Meinung und jegliches weltliche Interesse das Assoziationsrecht nach breitestem Maßstabe in Anspruch genommen wird.

Bayerns heutige Minister sind hervorgegangen aus der öffentlichen Stimme. Sie repräsentiren den Vorwärtsgang, wollen ihn ohne Zweifel auch. Viele ihrer Maßregeln geben hiefür ehrenhaftes Zeugniß. Gäbe ihnen als Gegner, wer Wünsche wie die obenerwähnten laut werden läßt und mit Wärme vertritt, dann wäre Bayern leider noch weit entfernt von jenem Zustande, dessen es sich als Errungenschaft rühmt. Und dann müßte auch der Blick auf den kommenden Landtag sich trüben. Denn die neue Wahlkammer, wenn auch aus beengtem Wahlgesetze hervorkretend, wird doch unfehlbar bezüglich mancher Lebensfragen viel weiter greifen als die unter dem Machteinflusse des Ministeriums Abel gebildete und verstimmelte 1842 48ger. Verdächtigungen meiner Ministerialperiode 1833 67 durften früher, als Mancher glaubt, weit früher, als Einzelnen lieb ist, ihre Beleuchtung in so weit finden, als das von der jüngsten Abgeordnetenkammer gegen den freisinnigen Antrag der Reichskammer ängstlich geschützte vorweltliche Siegel des Amtsgeheimnisses es gestattet. Hier haben Leute gerichtet gegen ihr eigenes Wissen, im Vertrauen auf das Mißtrauen dürfen des Betheiligten. Sie vergessen, daß nur einst Notorisches in die Erinnerung zurückgerufen werden darf, um der Wahrheit mindest einen Theil ihres Rechtes zu verschaffen. Eine diametrale Verschiedenheit meiner neuerlich dargelegten „Ueberzeugung“ und meiner früheren Handlungsweise mag näher andeuten, wer sie vermuthet. Mein Bewußtsein sagt mir, ich habe in ganzen Leben sinduch für das heute Errungene gestanden und mitunter gelitten, wie Wenige. Auf niederträchtige Anbichtungen, wie die neuerlichen eines Lokalblattes, antworten, wäre Selbstentwürdigung, so wie überhaupt in Landern vollständig freier Presse auf Entgegnung nur Anspruch hat, was sich nicht sichtlichen hinter die häßliche armselige und dennächst abgenutzte Larve der Anonymität verbirgt. Ich überlasse Ihrem Ermessen, meine Herren, von diesen Zeilen jeden beliebigen Gebrauch zu machen, so wie auch ich mir ein Gleiches vorbehalte. Empfangen Sie zu zugleich den Ausdruck vollkommener Hochachtung Ihres ergebenen Fürsten Oettingen-Wallerstein.“

J. B. Bogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 18.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Mittwoch den 19. Juli 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 14. Juli. (38. Sitzung der deutschen Nationalversammlung. Schluß.) Nach Schluß der Debatte nahm der erste Antragsteller, **Wesendonk**, das Wort, um sich unter Aufgebung seines Antrages den Anträgen von Wydenbrugk und Franck anzuschließen, welche sich nach seiner Ansicht ganz gut vereinigen lassen. Der Franck'sche Antrag ist bestimmter als derjenige des Redners. Der Wydenbrugk'sche Antrag, welcher die positive Anerkennung von Seite des Staatsministeriums verlangt, ist unbedenklich. **Hugo** von Göttingen nimmt den Wesendonk'schen Antrag wieder auf. Es wurde von zur Ordnung der Berhandlung der Anträge für die Abstimmung geschritten, und nachdem der Jürgens'sche Antrag, für welchen die Linke stimmte, abgelehnt war, der Antrag von Franck angenommen. Dieser lautet: „Die Nationalversammlung beschließt, die Zentralgewalt möge die unumwundene Anerkennung der Zentralgewalt und des Gesetzes darüber von der Staatsregierung des Königreichs Hannover fordern." Die Verhandlung dieses Beschlusses wurde mit stürmischem anerkennendem Jubel aufgenommen. Simon von Trier verneinte die Dringlichkeit eines Antrags zur Zurückweisung der neulichen Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten (in Bezug auf die Niederlegung der Zentralgewalt) begründen zu dürfen; dergleichen Raumwerk die Dringlichkeit eines Antrags, dazu gehöre, daß die Nationalversammlung erklären solle, daß sie nach Buchstaben und Geist des §. 9 des Gesetzes über Errichtung der Zentralgewalt den Vorbehalt ihres Einverständnisses für Beschlüsse über Krieg und Frieden für alle Fälle gemeint habe. Die Nationalversammlung ließ die Begründung nicht zu; eben so nicht die Begründung der Dringlichkeit eines Antrags von Schober und H. Simon aus Breslau: „Die Nationalversammlung wolle erklären, daß sie den von der Bundesversammlung vollzogene Akt der Uebertragung der Zentralgewalt an den Reichsverweser für rechtlich begründet nicht erachtet werden könne." Dagegen wurde Einsprache die Begründung der Dringlichkeit eines Antrags zugestanden, welcher dahin geht: „Die Nationalversammlung wolle einen von dem Antragsteller abgegebenen Antrag (Erklärung provisorischer Bestimmungen über die Zoll- und Handelsverhältnisse betreffend) dem volkswirthschaftlichen Ausschuß zur beschleunigten Berichterstattung empfehlen, so daß längstens binnen 14 Tagen ordnungsmäßig darüber berathen werden könne." Der Redner weist darauf hin, daß bei dem Umfange und der Bedeutung der einschlägigen Fragen nur bei der Dringlichkeit das angebotene Material zu sichten, so daß noch nicht von einer definitive Regulirung gehedt werden könne. Ein Provisorium aber muß so schnell wie möglich (nach dem Beispiel Frankreichs) getroffen werden, wenn die Ruh besonders für Fabrikanten und Fabrikarbeiter nicht noch mehr sich steigern soll. Bei der sich entspinnenden Debatte gab Hermann von München Erläuterungen über die bisherige Thätigkeit des volkswirthschaftlichen Ausschusses. Dieser hat den Beschluß gefaßt, noch der konstituirenden Nationalversammlung einen Gesetzentwurf über ein Handels- und Zollsystem vorzulegen. Er hat aber für nöthig gehalten, die Verhältnisse in den einzelnen Staaten genau in Erwägung zu ziehen, und das kann nicht ohne Vernehmung von Sachverständigen geschehen. Bereits sind die betheiligten Regierungen aufgefordert, Sachverständige in Zollsachen zu schicken. Auch werden Sachverständige verschiedener Art in den einzelnen Ländern direkt zur Aeußerung aufgefordert. Es ist unmöglich, in der von Eisenstuck verlangten Zeit Bericht zu erstatten. Eisenstuck verkennt die Thätigkeit des Ausschusses, wenn Mißgleid er selbst ist, kundewegs; eben so wenig, daß letzterem Aufgaben die umfassendsten Prüfungen vorhergehen müssen. Hier handelt es sich aber nur um ein Provisorium. — Die Versammlung lehnte den Eisenstuck'schen Vorantrag ab, ermahnt aber nach einem gestellten Verbesserungsantrag den eigentlichen Eisenstuck'schen Antrag dem volkswirthschaftlichen Ausschusse zur möglichst schleunigen Erledigung. — Von Seiten des Ausschusses für Wehrverfassung wurde der Antrag gestellt, die Fortsetzung der Berathung über den Bericht, bezüglich der Verbesserung der Wehrverfassung, in einer morgen anzuberaumenden außerordentlichen Sitzung vorzunehmen. Gegen den Antrag erhob sich kein Widerspruch. v. Jostein kündigte für diese Sitzung eine Interpellation an den Gesetzgebungs-Ausschuß wegen Erledigung der auf allgemeine Annexie gehenden Anträge an. Es wurde sodann zur Diskussion über den neulich von Merck aus Hamburg erstatteten Bericht, das Seehandelsprotokoll in Oesterreich betreffend, übergegangen. Die Ansicht des Ausschusses ist, daß die österreichische Regierung zu veranlassen sei, das Ausfuhrverbot von edlen Metallen baldigst aufzuheben, oder wenigstens keinenfalls nach Ende Juli zu erneuern, und er stellt dafür den Antrag, die hohe Nationalversammlung wolle erklären: „daß das von der österreichischen Regierung unter'm 2. April u. c. erlassene und später bis Ende Juli verlängerte Ausfuhrverbot von edlen Metallen sowohl für Oesterreich selbst, wie für die übrigen deutschen Staaten große Nachtheile habe, — und daß eine solche den übrigen deutschen Staaten gegenüber unfreundliche und in rechtserregende Maßregel mit der Einheit Deutschlands unvereinbar sei." Der Ausschuß beantragt ferner, die hohe Nationalversammlung wolle beschließen, diese Erklärung der österreichischen Regierung auf geeignetem Wege mittheilen zu lassen. Kolb, welcher neulich einen auf diese Angelegenheit bezüglichen Antrag gestellt hat, vermißt in dem Ausschußantrage die Aufforderung, das Verbot zurückzunehmen, und stellt den desfallsigen Amendement. — Berger von Wien gibt zu, daß in dem Ausschußbericht richtige nationalökonomische Grundsätze entwickelt seien, gibt aber die eigenthumliche Lage Oesterreichs zu bedenken, für welches der Staatsbankerott auch formell ausbrechen würde, wenn man die Aufhebung des Verbots verlangen wollte. Jenes Verbot ist ein Produkt der äußersten Noth. Der Redner findet es eigenthümlich, einer konstituirenden Versammlung das Aussprechen eines nationalökonomischen Satzes zuzumuthen. Er beantragt, die Zentralgewalt solle auf anverzügliche Milderung des Ausfuhrverbots in Bezug auf Deutschland hinwirken. v. Würth aus Wien erklärt sich gleichfalls gegen den Ausschußantrag unter Berufung auf den Nothstand des österreichischen Staates. Lowe von Calbe erörtert die Zweckmäßigkeit des Verbots, welches vielleicht im Interesse Einzelner, die ihre Papiere noch zu gutem Kourse veräußern wollen, und nach Jundbrück und Luudon gereist sind, erlassen wurde. Es ist kein Mittel angegeben worden, wie die Bank je wieder zu Kräften kommen soll. M. Mohl: Man spricht davon, den Bankerott der Bank zu verhindern; sie ist aber schon bankerott, denn sie hat ihre Noten nicht gegen die Piaster zu 25 fl. sind nicht der Mühe werth. Das Verhältniß nach Aufhebung des Ausfuhrverbots wird dasselbe bleiben, da niemand auch jetzt der Bank Geld gibt. Den Kourszetteln aber ist es nicht gleichgültig für ihre nach Oesterreich getriebenen guten Waaren Geld zu bekommen. v. Brück aus Trier: Jetzt nach Berlesung eines österreichischen Journals, daß man auch dort die Maßregeln strenge beurtheile und bereits täglich Vorschläge zur Verbesserung der Bank gemacht habe. Er erklärt sich für Berger's Antrag. Giskra entwickelt die Nothwendigkeit des Ausfuhrverbots, und daß eine Aufhebung zum Bankerotte führen müsse. Die Baarvorräthe der Bank zu etwa 30 Millionen werden herausgegeben seyn, wenn die Bank noch acht einge öffen Banknoten zu etwa 120 Millionen beinahe ganz entwerthet werden. Gerade die unsern Klassen besitzen ihre kleinen Ersparnisse in den leicht aufzubewahrenden Banknoten. Schilling macht darauf aufmerksam, daß Oesterreich in wahrscheinlich zum Ziele fuhrenden friedensunterhandlungen mit Italien sehr, ebenso Russisch habe, daß Ungarn einen Theil der Staatsschulden übernehme. Werde nun Verdingung der Negotiationen der Banknote aufbrechen, so sei weniger zu fürchten. Es handelt sich also um einen Aufschub. Beckerrath ist für den Ausschußantrag. Ein Gesandtschaftsverbot ist selbst im völkerrechtlichen Verkehr das Aeußerste, eine Art Kriegserklärung. Um so weniger ist es Deutschland gegenüber zu rechtfertigen. Blum ist gleichfalls für den Ausschußantrag. Wenn die Verminderung des Baarfonds in der bisherigen Progression fortgeht, ist auch in wenigen Monaten sormeller Bankerott. Die Gesetze vieler Staaten erklären für betrügerischen Bankerott, wenn Aktiva und Passiva an gewisses Verhältniß überschreiten. Die österreichische Nationalbank hat dieses Verhältniß jetzt schon. Merck sagt zum Schluß der Debatte als Berichterstatter hinzu, daß die mildere Fassung des eigentlichen Kommissionsantrags nur aus Rücksichten gewählt worden sei. Man hat nicht mit rauher Hand eingreifen wollen. — Der Ausschußantrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Sitzung wurde nach 3 Uhr, nachdem die Tagesordnung der nächsten, auf den 15. d. anberaumten festgesetzt worden war, geschlossen. Diese ist: 1) Fortsetzung der Berathung des Berichts des Wehrausschusses; 2) Interpellation v. Jostein; 3) Bericht des volkswirthschaftlichen Ausschusses wegen Störung der Dampfschifffahrt auf der Donau; 4) Bericht des Ausschusses für Geschäftsordnung; 5) Bericht über die Wahl in Wilda.

Frankfurt, 15. Juli. (39. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) Die Sitzung wurde nach 9½ Uhr von dem Präsidenten v. Gagern eröffnet. Gumbrecht knüpfte an die Vorlesung des Protokolls der letzten Sitzung die Bemerkung, daß sich die Abgeordneten Dermold von Hannover und Detmann von Oldenburg von der Erklärung der hannoverschen Abgeordneten ausgeschlossen hätten. — Der Präsident theilte eine

mittelst Schreibens demselben zugegangene Botschaft des Reichsverweſers an die konſtituirende Nationalverſammlung, ſowie Abſchrift der Ernennungsurkunden der ihr zeſt ernannten Reichsminiſter. Anton v. Schmerling (Reichsminiſterium des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten), Joh. Guſtav Heckſcher (Reichsminiſterium der Juſtiz) und des königl. preußiſchen Generalmajors Eduard v. Peucker (Reichskriegsminiſterium), ſodann eine von dem Reichsverweſer an das deutſche Volk erlaſſene Proklamation mit. Nach dem Inhalt der Botſchaft wird ſich der Reichsverweſer unverzüglich nach Wien begeben, um das in ſeiner Proklamation vom 6. Juli zu Wien abgegebene Verſprechen zu löſen, den Reichstag in Wien zu eröffnen. Der Reichsverweſer wird Frankfurt nur auf kurze Zeit verlaſſen, begleitet von dem Juſtizminiſter. Es ſind vorläufig nur die Miniſter für die nothwendigſten Geſchäftszweige ernannt; die Verpflichtigung des Miniſteriums wird nach der Rückkehr erfolgen. Nach Verleſung der vorbezeichneten Urkunden, von denen insbeſondere die Proklamation mit Zuhörerbezeugungen wurde, nahm der Reichsminiſter Heckſcher das Wort, um einige Erklärungen über die Reiſe zu geben. Es iſt nach dieſen bereits Vorſorge für einen Stellvertreter des Erzherzogs Johann in Wien getroffen. Reichsminiſter v. Schmerling erklärte die Proklamation an das deutſche Volk als das Programm des Miniſteriums. Es kann dem Miniſterium nicht beifallen, Einfluß auf die Begrundung der Verfaſſungsverke uben zu wollen. Damit aber die Nationalverſammlung ſich ungeſtört ihrer Aufgabe widmen könne, muß Deutſchland regiert werden; es muß ruhig ſein. Das Miniſterium wird ſich bemühen, den äußeren Frieden zu erhalten; dieſe Bemühung aber hat ihre Grenzen. Das Miniſterium wird nie zugeben, daß die Ehre und Unabhängigkeit Deutſchlands bedroht werde durch Geſahren irgend woher. Es wird dann entſchiedene Maßregeln empfehlen, und unbeſorgt um den Ausgang der Empfehlung auf Deutſchlands Kraft vertrauen. (Beifall.) Widermann erſtattete Namens der Petitionsausſchuſſes Bericht über die in Bezug auf Amneſtie der politiſchen Verbrechen und Vergehen eingegangenen verſchiedenen Petitionen, welche theils Empfehlung der geſtellten Maßregel bei den Einzelſtaaten, theils unmittelbares Anſprechen der Amneſtie durch die Nationalverſammlung beantragen. Der Bericht erörtert, inwiefern die Nationalverſammlung ſich auf dieſe Anträge einlaſſen kann. Es handelt ſich nicht um allgemeine politiſche Verbrechen; die betreffenden Vorfälle in Baden werden zunächſt auf Baden gerichtet. Die Unterſuchung, alſo auch die Niederſchlagung derſelben ſteht dem Staate Baden zu, wie dieß auch für andere Staaten bei Verbrechen gegen dieſelben, auch wenn ſie unmittelbar gegen Deutſchland gerichtet ſind, der Fall wäre. Die Nationalverſammlung wird ſich in die inneren Angelegenheiten nur inſofern miſchen, als es für die Geſammtheit nothwendig iſt, alſo nur in einem von der Noth gebotenen Ausnahmsfalle. Daß hier ſolch ein Fall in den letzteren Beziehungen nachgewieſen. Es ſteht auch die zur Beantwortung nothwendige Ueberſicht des Thatbeſtandes. Die Schilderhebung in Baden kann von doppeltem Standpunkt betrachtet werden, als ein Attentat gegen die konſtitutionelle Monarchie in Baden und als Mittel zur Verbreitung der Republik in ganz Deutſchland. Baden iſt derjenige Staat Deutſchlands, in welchem ſich die Freiheiten des Volks am meiſten ſchon früher entwickelten und wo die Volksrechte am erſten und vollſtändigſten anerkannt wurden. Ein Aufſtand daſelbſt war auf den Umſturz der neuen, auf Freiheit gegründeten Ordnung gerichtet. Ferner waren zur Zeit des Aufſtandes in Baden bereits die Wahlen für die konſtituirende Verſammlung für ganz Deutſchland, welche dieſer Verfaſſung zu begründen hat, angeordnet. Die allgemeine Stimmung konnte nicht unbekannt ſein, und man ergriff die Waffen, um eine Verfaſſung aufzudrängen, von der die Ausführbarkeit miſſen konnen, daß ſie die überwiegende Mehrzahl nicht will, auch um eine Erſchütterung hervorzurufen, deren Schwingungen jetzt noch in manchen Theilen fortdauern. Eine Amneſtie wäre jetzt, wo die Ordnung noch nicht vollſtändig hergeſtellt, die Achtung der Geſetze noch nicht vollſtändig geſichert iſt, nicht am Platze. Dazu kommt noch, daß ſeiner der Beſchwerden ſelbſt um Amneſtie gehoren hat. Der Ausſchuß iſt daher bis auf zwei Mitglieder der Anſicht, daß die Nationalverſammlung keinen Grund habe auf den Nachtrag einzugreifen, und daß dieſelbe wegen der Petitionen zur motivirten Tagesordnung übergehen ſoll. Moritz Mohl verlas einen bereits gedruckten längeren Bericht über einen Antrag Haſſerts, den Schutz der Donau-Dampfſchiffahrts-Geſellſchaft zu ihn gegen Störung des freien Verkehrs betreffend. Nach dieſem haben angeblich der bereits früheren Beſtimmungen über freien Verkehr auf den deutſchen Flüſſen mehrere Regierungen Privilegien zur Dampfſchiffahrt auf der Donau ertheilt, welche man ausſchließend geltend zu machen ſucht. Die Schifferinnungen der Donauſtädte beharren noch fortwährend auf veralteten Vorrechten, nach welchen ſie allein Güter aus- und einladen wollen. Die Schiffahrt iſt mit Zöllen belaſtet, das Fahrwaſſer nicht genügend regulirt. In dem jetzigen Jahre, wo der Verkehr ſo vielen Abſatz erlitten hat, ſuchen die Schiffer um ſo mehr ihre beanſpruchten Privilegien feſtzuhalten. Am 19. Juni d. J. ſuchten die Schiffer in Linz die Schleppſchiffe an der Einladung von Gütern zu verhindern, drohten mit Zerſtörung der Dampfſchiffe ꝛc. Alle Beſchwerden bei der Oberennſchen Regierung zu Linz waren vergeblich, auch ſcheinen an einer hervorgeſuchten Verordnung vom 31. März 1830, nach welcher die Linzer Schiffer bei ihrem Vorrecht ausſchließlich Guter zu verladen, erhalten werden ſollen. Der Ausſchuß hält die Richtigkeit der Thatſache vorausgeſetzt, ſchon im Hinblick auf die Beſtimmungen der Bundes- und Wiener-Kongreßakte jene Beſchwerde für gegenſtandslos und beantragt die Eingabe der Dampfſchiffahrtsgeſellſchaft zu Ulm vom 1. Juli der proviſoriſchen Centralgewalt zur ſchleunigen Einſchreitung bei der Regierung mitzutheilen, 1) daß die öſterreichiſche Regierung zur Aeußerung über den Inhalt dieſer Eingabe veranlaßt, zugleich aber 2) wenn die behaupteten Thatſachen richtig ſind, insbeſondere wenn die Rundmachung der k. k. Oberennſchen Landesregierung vom 30. März 1830 bezüglich der nicht öſterreichiſchen Schiffen noch nicht außer Wirkſamkeit getzt iſt, die k. k. Regierung zur unverweilten Erlaſſung einer Verfügung aufgefordert werde, durch welche die nicht öſterreichiſchen Schiffer den öſterreichiſchen hinſichtlich der Freiheit von Schiffahrt und Handel gleichgeſtellt werden; 3) daß der Reichsminiſterialverweſer über den Stand der Angelegenheit möglichſt baldige Nachricht von der proviſoriſchen Zentralgewalt erhalten werde. — Haßler von Ulm verlangt ſofortige Berathung; v. Würth von Wien erklärt ſich dagegen. Die Verſammlung entſcheidet ſich nicht für die Dringlichkeit. Es werde nunmehr zu dem erſten Gegenſtand der Tagesordnung, den Bericht des Ausſchuſſes für Wehrangelegenheiten (mitgetheilt am Beilagen zur „Neuen Münchener Zeitung“ vom 9. u. 10. d.) gegangen. Da in der Sitzung vom 7. Juli die Debatte zur geſchloſſen erklärt worden war, ſo entſtand, da von dem Ausſchuß eine Erſtauerung*) nachträglich gegeben wurde, die Frage: ob die Diskuſſion wieder aufgenommen werden ſolle. Wyß erklärt ſich für Wiederaufnahme der Diskuſſion, zumal jetzt ein verantwortlicher Kriegsminiſter, mit welchem die Sache zu übertragen wäre, zu hören iſt. Jurki Liſowsky iſt dann einverſtanden. Die Verſammlung beſchließt die Wiederaufnahme. Es fragt ſich nunmehr, ob, da der Kriegsminiſter nicht anweſend iſt, die Verhandlung vertagt werden ſoll. Blum verlangt Aufſchiebung, da man es dem Kriegsminiſter ſchuldig ſei, ſeine Vorſchläge zu erwarten. v. Binde iſt der gleichen Anſicht. v. Auerswald verlangt wegen Dringlichkeit, da die Verhältniſſe gegen Außen ſich acht Tagen verändern ſich geändert haben, die ſofortige Berathung. Der Kriegsminiſter wird weiter erſcheinen. Es iſt für ſofortige Verhandlung. Es wäre ein Eingriff in das Recht der Initiative der Verſammlung, wenn ſie aus dem angegebenen Grunde warten wollte. Die Verſammlung beſchließt ſofortige Fortſetzung. Der Präſident verlieſt eine von Joſtein abgegebene Petition gegen den Ausſchußantrag. Vogt verlangt, daß der Berichterſtatter zu erſcheinen eingeladen werde. Die Verſammlung geht auf den Antrag ein. (Nach einer ſpäteren Mittheilung des Präſidenten hat der Kriegsminiſter nicht angekommen werden können.) Auerswald gibt weitere Zuſatze zu der erwähnten Erläuterung, und geht auf die neuliche Entwicklung des Abg. v. Radowitz, welcher einen Heeresbeſtand von nur 700.000 Mann forderte, ein. Es iſt dabei nicht auf die Koſaken in Rußland und auf die mobilen Bataillone in Frankreich, auch nicht welche die Linie im Janeen entbehrlich wird, Rückſicht genommen. Die Verhältniſſe haben ſich in neuerer Zeit geändert. Die ruſſiſche Armee ſteht parallel der deutſchen Grenze gegen Galizien und Polen concentrirt in den Donauſtatthaltereien ſind im Zunehmen. Der Ausſchuß beantragt nunmehr: Die Nationalverſammlung beſchließt, den Bericht des Ausſchuſſes für Wehrangelegenheiten vom 1. Juli und den Zuſatz dazu vom 7. Juli der proviſoriſchen Zentralgewalt zu uberweiſen und dieſe zu ermächtigen, die in jenem Berichte und dem demſelben Zuſatze beantragte Vermehrung der deutſchen Streitkräfte nach dem Say von 2 Prozent der jetzigen Bevölkerung in Ausführung zu bringen. Von Prydenter wird nachſtehende Anzahl von Anträgen, zum großen Theil auf motivirte Tagesordnung gehend, verleſen. — Reh von Darmſtadt: Deutſchland, auf zwei Seiten an mächtige Nachbarn grenzend, bedarf einer großeren Wehrhaftigkeit als dieſe, welche dreie zum Theil ihre Grenzen an ſich geſtaltet haben. Die Veranlaſſung des Beſchluſſes, welcher vorausſichtlich Widerwille hervorrufen wird, darf man nicht dem Reichsverweſer aufbürden. (Beifall). Hagen von Heidelberg iſt gegen den Ausſchußantrag. Es iſt allerdings eine größere Kampfrüſtung nothwendig, aber auf dem Wege der Volksbewaffnung. Es muß auch eine militäriſche Einheit unter dem Reichsverweſer hergeſtellt werden, und dann iſt Deutſchland mächtiger dadurch, als durch die Heeresvermehrung. — Der Präſident verlieſt einen Zuſatzantrag von Meſſer und Genoſſen, daß bei der beabſichtigten Aufbietung ohne Beeinträchtigung der bisherigen Exemptionen und Privilegien verfahren werden ſolle; ferner einen Zuſatzantrag Wernher's von Nierſtein, daß bei der Anordnung der neu aufzuforderndem Mannſchaft auf militäriſche Pruni fallen und die Einfachheit der künftigen Bürgerwehr ſtattfinden ſoll, zu der die Verſammlung die beſchäftigte Maßregel nur als einen Uebergang betrachtet. v. Radowitz geht auf die Einwände ein, daß die bei dem Volke unbe-

*) Der Ausſchuß will in dieſer das von vielen Seiten geäußerte Mißverſtändniß beſeitigen, nach welchem in dem Ausſchußantrage eine definitive Vermehrung des eigentlichen ſtehenden Heeres gefunden werde, welche überdieß den einzelnen Staaten eine übergroße, ſie jetzt nicht erſchwingliche Gebundgabe, ohne unabweisliche Nothwendigkeit des Opfers auflegen würde. Es iſt von einer permanenten Vermehrung des Heeres überhaupt nicht die Rede, ſondern nur von einer augenblicklichen Vermehrung der disponiblen Truppen. Noch weniger iſt eine Vermehrung des eigentlich ſtehenden Heeres beabſichtigt. Die verlangte Vermehrung des Kontingents könnte, wo ſchon Landwehr beſteht, durch deren Vermehrung erfolgen. Wo dieß jetzt das Landwehrſyſtem nicht beſteht, wäre allerdings neue Aufordnung nöthig werden. Es ſoll aber die jetzt das ergänzte Kontingent gar nicht vollſtändig bei der Fahne verſammelt ſein, und es wäre in dieſen Staaten vorläufig für die Rekruten eine eben ſo große Zahl bereits geübter Mannſchaft beurlaubt werden können. Die Mehrausgabe betrafe alſo die Koſten für Bekleidung und Anſchaffung. Die bezeichnete Ausgabe, diejenige für Sold und Verpflegung, trat erſt ein, wenn bei näherer Veranlaſſung die Mobilmachung erfolgen muß, alſo wo die Rückſicht auf die Ehre und Integrität Deutſchlands alles andere überwiegt.

siehe Vermehrung der stehenden Heere zu kostspielig und ohne nachgewiesene Bedürfnisse sei. Die Motive sollen werden, wie bereits erwähnt, nicht so bedeutend sein, da nicht das ganze Heer stets präsent gehalten werden soll. Es handelt sich nur um ein Landwehrsystem, welches Preußen bereits einmal gerettet hat. Zu den deutschen Staaten treffen an Kosten für das Militärwesen 1 Thlr. auf den Kopf, in dem republikanischen Frankreich 2 Thlr. Man verlange die aufzuwendenden Summen für Hebung der Industrie; aber wenigstens für eine Zukunft muß man Ruhe und äußerer Sicherheit bestehen lann. Man sagt, daß Frankreich zur Freundschaft bereit sei. Betrachten wir die Frage objektiv ohne Sympathie und Antipathie. Das Verlangen nach dem linken Rheinufer bildet eine unübersteigliche Schranke. Jeder Franzose sehe Partei wächst mit der Ansicht und Mißtrauch abgestissen worden sei. Keine Regierung kann lange bestehen, ohne jenes Gefühle zu berücksichtigen. Ludwig Philipp wurde nicht gestürzt worden sein, wenn er (nach dem Rathe seines Sohnes) den Kampf begonnen und glücklich geendet hätte. Selbst der friedliche Lamartine erklärte sich für nicht gebunden an die Verträge von 1815. Die jetzige Regierung erklärt seine Ländererwerbung ohne Kompensation für Frankreich zu gestatten, und doch war nicht bloß sie Sardinien gemeint. Die soziale Frage in Frankreich kann man vielleicht auch durch einen Krieg lösen wollen. Bischer von Tübingen macht darauf aufmerksam, daß eine Aushebung, wie sie der Ausschußantrag vorschlägt, an vielen Orten als ein Eingriff in die Hätte, als eine Losreißung vom Heerde wird betrachtet werden. Wer die Volksbewaffnung verlangt, will nicht bloß anarchische Haufen, sondern das besetzte dem bisherigen verhältnißmäßig anarchischen Zustande entrissen werde. Man soll vor allem einen Umriß guter Volksbewaffnung geben, und sodann vorläufig das erste Aufgebot einüben und bereit stellen. Was die Kosten angeht, so können bei einem gemissen Stimmberrag die Kosten der Bewaffnung von dem Wehrmann selbst bestritten werden. Der Redner wendet sich zum Entwurf, mit dem er sich nach seiner Verfassung eben beschäftigt habe vorigen Jahres. Der Redner beantragt, daß von dem Ausschuß ein auf Volksbewaffnung gegrundeteto Wehrgesetz vorgelegt und angenommen, und dann die Zentralgewalt mit sofortiger Bildung des ersten Banners beauftragt werde. v. Stavenhagen findet, als Ursache des Widerspruchs gegen den Ausschußantrag, daß die Dringlichkeit nicht zu wenig anerkannt sei. Die Dringlichkeit ergibt sich schon bei einem Blicke auf die bewaffnete Europe. In Frankreich hat man sich nicht gegen das stehende Heer erklärt. Es ist gesagt worden, das stehende Heer sei nur in einer Republik nicht gefährlich. Aber was Napoleon that, kann sich jeden Augenblick wiederholen. (Von der linken Seite Gelächter: Aterdings! das ist es eben.) Der Redner bemerkt, daß er eins von den Einzelgliedern Frankreichs sei demerke. In Frankreich weiß man, daß man von der Freiheit etwas aufopfern muß, wenn es gilt, die Ehre und Integrität des Vaterlandes zu erhalten. In Deutschland schein es, daß es Leute gibt, welche die Anlegenheit des Vaterlandes ihren eigenen Phantasien aufopfern wurden. (Beifall und Zischen.) Leute ist für Verweisung der Sache an den Reichsverweser und gegen jede Vermehrung des stehenden Heeres. Ein Krieg mit Frankreich droht jetzt nicht, die in der jetzigen Regierung befindlichen Generale haben erklärt, die Freiheit anderer Völker achten zu wollen. Ein Kriegsfall wird nur eintreten, wenn diese andermärts unterdrückt wurde. Das Gelüste nach der Rheingrenze ist aufgegeben, nachdem die Franzosen gehört haben, daß die Rheinländer sich die Freiheit selbst erkämpfen und Lenische bleiben wollen. Der Kaiser von Rußland wird keinen Krieg beginnen, obgleich es gefährlich ist für ein absolutes Herrschers Land, ein freies Volk neben sich zu haben. Aber selbst die Neigung im Krie,e wurde freie Ideen zurückdringen, und Rußland hält seine Grenzen gegen solche Ideen möglichst verwahrt. Der Volkswille in Deutschland ist überall gegen stehende Heere, und noch mehr gegen die Vermehrung, da dem Volke Verwendung zugesichert werden ist. Die Nationalversammlung soll keine Volksbewaffnung, sondern nur allein ihr Ansehen bereits. (Beifall links.) Fürst Lichnowsky: Die Angriffe gegen den Antrag betreffen den Kostenpunkt, sodann die Frage der Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit. Gegen letzteres hat man eine Reihe von Rednern gehört. Bei der Unsicherheit, die man von Ungarn erwartet, und doch nur gegen Rußland in Rechnung bringen kann, soll man bedenken, daß im Süden und Ungarn die slavische Gefahr vorhanden, die stehende Armee Rußland Ungarn unterstützend beschäftigen wird. Man hat auf das Bundnis mit Frankreich hingewiesen, ich glaube nicht, daß wir mit dem Nachbarn, den wir erwiedern sollen, die 300 Bataillone aufstehen werden. (Gelächter auf der rechten Seite.) In Frankreich denkt gewiß jetzt Niemand an einen zweiten Konkreg von Pilnitz, und doch wird ermert. Absehn man, daß 3 junge Regierungen stehen, welche an der Spitze einer Regierung Heere stehen, sich so leicht alle Kriegsgelüste vergehen lassen werden? Es wird sich zeigen, ob der Diktator nach dem gewöhnlichen Lauf der Geschichte als militärischer Diktator fortfahren, oder als Cincinatus zurückreten wird. Rußland will allerdings den Krieg nicht, aber zwischen ihm und Deutschland liegt ein Zankapfel, den alle kennen. Wenn die Reorganisation von Posen genehmigt wird, und wenn der verganginsten Theile ein Herd der Propaganda sich bilden wird, wird und kann Rußland ruhig zusehen, bis die Polen in Riga stehen? Und, werden sie zurückgeschlagen, wo ist dann die Grenze des Vorrucken für die Russen? An eine Abschaffung der stehenden Heere ist nicht zu denken. Die Kosten für die Bewirung sind nicht zu vermeiden; es fragt sich nur, ob es jetzt oder später, ob es theils zu spät aufgewendet werden soll. Schmerling: Es ist bemerkt worden, die Kommissionsantrag. Schulz von Darmstadt entwickelt seinen neulich gestellten, jetzt modifizirten Antrag. Dieser geht dahin: daß eine Volkswehr von 400,000 Mann aus zwar erlesen, aus den zum Kriegsdienst tauglichen Freiwilligen, 2) aus dem Aufgebote der Altersklassen, und erforderlichenfalls bis zum achtzehnten Jahre zurück, gebildet werde. Es werde nunmehr auf immer lautetes Verlangen Schluß der Verhandlung beschlossen. Zimmermann von Stuttgart und Wesendonck verlangen namentliche Abstimmung in Bezug auf den Kommissionsantrag. Es wurde hierauf zur Abstimmung geschritten, bei welcher die Anträge von Wiesner, Vogt, Bischer rc., welche auf motivirte Tagesordnung oder auf Verweisung an die Zentralgewalt gehen, abgelehnt, dagegen der Ausschußantrag bei 453 Stimmenden mit 303 gegen 149 Stimmen angenommen wurde. Jordan von Berlin erklärte sich der Abstimmung enthalten zu müssen. Ferner wurden die Anträge von Riesser und Scharrer von Nürnberg fast einstimmig angenommen. Schluß der Sitzung 3½ Uhr; nächste Sitzung den 17. Vormittags 9 Uhr; Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte. (Fr. D.-P.-A.-Z.)

Frankreich.

** Paris, 15. Juli. Die unberechtigten Steuern haben nach der heute im Moniteur veröffentlichten vergleichenden Uebersicht, im abgelaufenen halben Jahre um beinahe 62 Millionen weniger als in derselben Zeit von 1847, und über 7½ Millionen weniger als 1846 erragen. Solche Ziffern bedürfen keines Kommentars; sie sind das schlagendste Verdammungsurtheil des seit dem 24. Februar in Frankreich eingeführten Regiments. Und doch lesen wir in deutschen Blättern täglich von den eifrigen Bestrebungen von Leuten, die auch Deutschland ein gleiches Glück mit der Republik bereiten möchten! Hierdurch konnten wenigstens die Träumer und Utopisten geheilt werden: die Böswilligen sind freilich unheilbar. — Man spricht neuerdings von der nahen Aufnahme eines Anlehens von 250 Millionen durch den Staat. Auch der Rückkauf der Eisenbahnen durch den Staat scheint der Finanzminister Goudchaux lebhaft interessirt zu haben. Für mehr als 100 Millionen an Schadbond sind bereits im Schatze zur Umwandlung in Coupons der 3proz. Rente angemeldet worden. — Die letzte Nacht ist ruhig vergangen wie der gestrige Tag, eine Frucht der getroffenen militärischen Maßregeln. Die mindest Schuldigen bei dem Junnaufstande sollen, wie es scheint, nach der Provinz Rochefort in Afrika übersiedelt werden. Der Prinz Napoleon Bonaparte hat wieder einen Augenblick verhaftet gewesen; es scheint, man hatte ihn im Verdacht geheimer Verbindungen mit der Familie Orleans. Allein er ward sogleich wieder freigelassen, nachdem er bewiesen hatte, daß seine Zusammenkunft mit dem Prinzen von Joinville im letzten März in Cingland nur zum Zweck hatte, dem Prinzen alle Aktenstücke aus Papiere in Betreff seiner Güter in Böhmen zuzustellen. Er kommenad hat heute in der Nationalversammlung den Versuch gemacht, als politischer Märtyrer sich hinzustellen, indem er sich als Verfasser eines angeschuldigten Artikels im „Peuple constituant“ erklärte und deshalb verlangte, man solle nicht den Gerant des Blattes, sondern ihn verfolgen, die Einmächtigung dazu aussprechen. Allein unter großer Aufregung entschied eine beträchtliche Mehrheit, aber den Vertagen zur Tagesordnung zu schreiten.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 15. Juli. Sproz. Metall. 75⅛, 4proz. 62, 3proz. 44, 2½proz. 39½, 1proz. 18¼. 5proz. Anl. 100. Lotose 121. 1839er Lotose — Bank-Aktien 1100. Nordbahn 108¾. Gloggnitz 92. Venetzig-Mailand 84. Livorno 71. Pfdbr. 63. Siena 53. Arrenninenbahn 95.

Berlin, 15. Juli. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 74 B., 73½ G. Berl. Präm. Sch. 88½ B. 88 G. Berl. Stadt-Obl. — B. 70 G. Westpreuß. Pfandbr. — B. 76½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — B. 90 G., 3½proz. 77½ B. — G. Ostpr. Pfandbr. B. 82½ G. Pomm. Pfandbr. — B. — G. Kur- u. Neum. Schuldverschr. — B. 99⅔ G. Gem. Kur- u. Neum. Pfandbr. — B. 99 G. Schles. Pfandbr. Lit. Sch. B. B. 84 G. Friedrichsd'or 13 ⅓ B., 13 G. Andr. Gold. à 5 Thlr. 12½ B., 12⅓ G. Disconto 4½, 5 G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt. A. B. 86½ B. Berl.-Hamburg 61 B. Berl.-Stettin-Stargarder 81½ B. u. G. Berl.-Potsdam-Magd. 44 B. Magd.-Halberstadt 91 B. Halle-Thüringer 50 B. Köln-Minden 79½ B. Köln-Aachen 56 B. Düssel.-Elberfeld — Rheinisch-Märk. 70 B. 69½ G. Oberschles. A. 84 B. 83 G. B. 84 B. 83 G. Breslau-Freiburg 80 G. Kraf.-Oberschles. 36½ B. 36 etw. B. Berg.-Märk. — Stargard-Posen 66½ B. u. G.

Zeitungsnachrichten: Berl.-Anh. B 84 B. 83 G. Magd.-Wittenberg 42½ B.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 81½ B. u. G. Berlin-Hamburg. 87⅛ B. u. G. Berlin-Potsdam-Magd. 4proz. 74 B., 3proz. 78 B. Halle-Thüringer 80½ B. u. G. Köln-Minden 88½ B. 87½ G. Rhein. Stamm-Pr. 93 B. Niederschles.-Märk. 4proz. 80 B. 3proz. 94 B. u. G. Ult. Serie 88 B. 87½ G. Zweigbahn 3proz. 70 B. Nisel-Oberberg 90 G. Steele-Vohwinkel —.

London, 14. Juli. Konsols 87⅛. Cour. —. Span. Akt. 11¼. 12. 3proz. Passiv. —. Portug. 3proz. —. 4proz. 17. 5proz. —. Holl. 4proz. 71 a 70. 2½proz. 44⅞.

Paris, 15. Juli. 5proz. 48.50. 4proz. —. 3proz. 77.50. Schapsch. 15. Bankaktien 1670. Compt. von Algier — Belg. 3proz. 76½. 4proz. 70. Belg. Bank-Akt. — Neap. 3proz. 74. — Röm. 63⅞. Piem. —. Bq. Guano-Aktien 215. Eisenbahnen 490. Paris-Orleans 695. — Rouen 490. — Paris 320. Straßburg 360. — Nordbahn 370. — Mars.-Avignon 240. — Straßb.-Basel 97.50. Ort.-Bordeaux 505.25. Tours-Nantes 311.25.

Madrid, 10. Juli. 3proz. 20½, 5proz. 12½, 4proz. 9 12½. Passiv 4½, 5. Cour. — 8 9. Provis. Akt. 33½. 4proz. Fernandobank — Disconto —. Wechselkurse: Paris 8 Tage 4—50, London auf 90 Tage 42—90 P.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Fremdenanzeige.

Bayer, Hof. v. Sassenay, Gutsbesitzer von Köln. Oelberman, Kaufmann von Köln. Lichtenberg, Kaufmann von Zürich.

Hotel Maulik. Graf v. Altorp, Gutsbesitzer aus Ungarn. Haupt und Linke, Privatiers von Ofen.

Gold. Kreuz. Löwe, Theaterdirektor von Mainz. Schmittner, Architekt von Nördlingen. Schmitz Privatier von Lindau. Simson, Privatier von Brüdeman. Freiherr Mentler von Swoboy. Mayer, Gutsbesitzer zum Baierndt.

Gold. Hahn. Fräul. Hausch und Fräul. Breisslawher, von Regensburg. Affiter, Kaufmann von Fürth. Essingen und Heidenheim, Kaufleute von Frankfurt.

Blaue Traube. Keim, Kaufmann von Memmingen. Gallhuber, Geschäftsreisender von Innsbruck. Frey, Privatier, und Prachensky, Priester, aus Innsbruck. Bamberg, Rath von Ulm. Louis, Professor von Aschaffenburg. Müller, Obergrenzkontrolleur von Marquartstein. Prinz, Priester von Innsbruck. Köb und Wellscheller, Privatier von Innsbruck. Blatt, Privatier von Wien. Graf Pallagioni, Offizier von Mantua. Graf Bologni, von St. Angelo. Rigaro, Kaufmann von Mailand. Dr. Klengsohn, prakt. Arzt von Aschaffenburg. Gickl, Kassier von Augsburg. Baron Stromberg von St. Veit. v. Bischer, Privatier von Memmingen.

Stadtwirtsgarten. Thenn, Metzgersfrau von Augsburg. Gottfried, Kaufmann von Regensburg. Reicherzer, Hausmeister von Sachen. Hellmaier, Sattler, von Friedberg. Walvon, Kartikalier von Augsburg. Leder, Privatier von Landshut.

Gestorbene in München.

Walburga Ream, Tabakfabrikantens-Tochter von Warzenried, bayr. Rheinkreis, 33 J. a., Jakob Zenkner Zambrer im Infanterieregiment König, 39 J. a. Joachim Walther, Bughlatterlehrling von Freising, 16 J. a. Michael Sterpberger, Schuher von Unering, bayr. Starnberg, 48 J. a. Barbara Rigner, Bauerstochter von Thal, bayr. Rheinkreis, 24 J. a. Josef Reichter, barmherziger Ordensschwester, 37 J. a. Franz Xaver Stadler, Kanonier im königl. 1. Artillerieregiment Prinz Luitpold, 22 J. a. Juliana Dinges, Schmiedstochter von Landenberg, 22 J. a. Maria Magdalena Kistler, königl. Rentbeamtenswitwe von Stadtsteinach, 73 J. a.

Bekanntmachung.

24. Da in der Verlassenschaftssache des Bettfederhändlers Wolfgang Vogel aktenmäßig eine bedeutende Ueberschuldung vorliegt, und dem von einigen Interessenten gestellten Antrage auf Eröffnung des Universalkonkurses von keiner Seite ein hinderender Widerspruch entgegengesetzt wurde, hat man die Eröffnung des Universalkonkurses beschlossen.

Es werden daher die gesetzlichen Ediktslage, und zwar

1) zur Anmeldung und zum gehörigen Nachweis der Forderungen auf
Montag den 7. August l. Js.
Vormittags 9 Uhr,
2) zur Verbringung der Einreden gegen die Forderungen auf
Montag den 4. September l. Js.
Vormittags 9 Uhr,
3) zur Schlußverhandlung und zwar
a) für die Replik auf
Montag den 18. September l. Js.
Vormittags 9 Uhr,

und

b) für die Duplik auf
Montag den 2. Oktober l. Js.
Vormittags 9 Uhr,

im Geschäftszimmer Nro. 37.2 anberaumt, und hiezu sämmtliche bekannte und unbekannte Gläubiger des verstorbenen Gemeinschuldners unter dem Rechtsnachtheile hiemit vorgeladen, daß das Nichterscheinen am 1. Edikttage die Ausschließung von der Gantmasse, das Nichterscheinen an den übrigen Edikttagen aber die Ausschließung mit den an denselben vorzunehmenden Handlungen zur Folge hat.

Die Aktivmasse beträgt nach Abschreibung der Verlassenschaftsaktien 489 fl. 11 kr., die bereits angemeldeten Passiven belaufen sich auf angefähr 17,800 fl.

Concl. am 4. Juli 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Direktor:
Barth.

Keller, Rechtspr.

Pfandauslösung und Versteigerung.

7. (3c) Mittwoch den 19. Juli 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Juni 1847 und zwar von
Nro. 72,754 bis 81,340.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Donnerstag den 27. Juli öffentliche Versteigerung.

München, den 30. Juni 1848.

Königl. privileg. Pfand- und Leih-Anstalt I. der Stadt München.

K. Negrioli, Magistratsrath.

Dannes, Kassier. v. Zech, Kontroleur.

Pfandauslösung und Versteigerung.

5. (3c) Donnerstag den 20. Juli 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Juni 1847, und zwar von
Nro. 68,103 bis 76,560.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Dienstag den 25. Juli 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 27. Juni. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

K. Negrioli, Magistrats.

Schuch, Cassier. Offenbrunner, Controleur.

Bekanntmachung.

15. (3c) Mittwoch den 2. August l. Js. Vormittags von 9 bis 12 Uhr wird bei der unterzeichneten Administration (Ludwigsstraße im neuen Damenstiftsgebäude) eine bedeutende Quantität abgenützter Bekleidungsartikel als Montirungsstücke, theilweise an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung öffentlich versteigert, wozu Kaufslustige einzuladen werden.

Bemerkt wird, daß sich unter denselben mehrere Artikel befinden, welche für Antiquare noch einigen Werth haben dürften.

München, 7. Juli 1848.

Königl. Administration des Zentral-Schulbücher-Verlags.

Der Vorstand deursaud.
Müller, Kontroleur.

Verkauf eines großen Hauses.

18. (3b) Ein großes, solid gebautes, gegen Morgen gelegenes Haus in der Ludwigsstraße, mit Stallungen und Remise, mit ebener Erde viereckig, ist aus freier Hand zu verkaufen. Ein Drittel des Kaufschillings kann auch in 3½prozentigen bayerischen Staatspapieren (mit Annahme höheren als des laufenden Kurses) entrichtet werden. D. Uebr.

Anzeige,

die stenographischen Berichte der konstituirenden Nationalversammlung betreffend.

In wenigen Tagen wird der erste Band der stenographischen Berichte über die Verhandlungen der konstituirenden Nationalversammlung von 100 Bogen geschlossen sein, und es beginnt damit ein zweites Abonnement auf weitere 100 Bogen zu 1 fl. 12 kr. rhein. — 1 fl. Conv.-Münz. — ⅔ Thlr. Preußisch Courant.

Man abonnirt bei dem nächsten Postamte. —

Es wird dringend gebeten, die Bestellungen auf diesen zweiten Band **möglichst bald** zu machen, damit die Größe der Auflage darnach bestimmt werden könne und nicht bei späteren Nachbestellungen eine Verzögerung der Ablieferung eintrete, wie dies leider beim ersten Bande der Fall war.

Frankfurt a M., 28. Juni 1848.

Im Namen der Nationalversammlung:
Die Redaktionskommission.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Kriegsberichte aus Oberitalien.

= Insbruck, 17. Juli. Die Stadt Ferrara hat sich auf Gnade und Ungnade unsern Truppen ergeben. — Vom Herrn Feldmarschall-Lieutenant Baron Welden, Kommandanten des vierten Armeekorps, ist aus Padua unterm 15. d. der folgende Bericht daraber hieher gelangt: „Nachdem ein Korps von 6000 Mann unter dem Herrn General Fürst Franz Liechtenstein schon am 12. d. M. von dem Herrn Feldmarschall Graf Radetzky den Befehl erhalten hatte über den Po zu gehen, und die dort versammelten päpstlichen Truppen aus Ferrara hinaus zu jagen, so fand dies am 14. um 9 Uhr Morgens statt, allwo die Kolonnen des Fürsten Liechtenstein bei Polesella, Francolino und Pontelagoscuro den Po passirten, die päpstlichen Truppen nach Ferrara zurück jagten und gegen Mittag auf dem Glacis der Citadelle aufmarschirten, auf der die Stadt mit Bomben beschossen werden sollte. Noch ehe aber dies in Ausführung gebracht wurde, kam eine Deputation der Bürgerschaft, die weiße Fahne ward aufgezogen, und die Stadt Ferrara ergab sich auf Gnade und Ungnade. — Dieser neue Sieg sichert den unteren Po und die ganze untere Etschlinieangelegte von Benedig, abgesehen, daß nun der angedrohten Besetzung Karl Alberts auf dem rechten Poufer ein Ziel gesetzt ist. Welden, Feldmarschall-Lieutenant." — Auffallen bringt der Tiroler Bote in seinem amtlichen Theile heute den folgenden Bericht über die Vorgänge bei dem Korps des Feldmarschall-Lieutenants Welden vom 1. bis 9. Juli 1848. „Feindliche Desertieurs gaben über die Besatzung von Malghera, wie selbe am 1. Juli stattfand, genauere Auskunft, wofelbst sich über 2000 Mann befanden. Vom Fort aus steckte heute der Feind das Hinanhaus in Brand. — Mehrere kommandirte Schiffe kamen heute in dem Fort an, wo viele Thätigkeit im Aufwerfen von Erdwerken bemerkt wurde. Unsererseits wurden die Besetzungen in Cavanella d'Adige am 2. beendigt. Am 3. trafen die bestimmten Befehle des Hrn. Feldmarschalls ein, von dem hiesigen Reserve-Korps 5 Bataillone nach Verona in Bewegung zu setzen, eine zweite mobile Abtheilung aus den Brigaden Strassa und Degenfeld zu bilden, und vor Venedig als Cernirungs-Korps nur die Division des K. M. L. Stürmer, bestehend aus den Brigaden Mitis und Wachio, zurückzulassen. Diese Bewegungen wurden im Verlaufe des 4., 5. und 6. ausgeführt, so daß an diesem Tage bereits das mobile Korps über Padua und Monselice in Marsch gegen Legnago begriffen war, wo es den 9. eintraf. Indeß waren von dem unteren Po her, wo sich das Streifkorps unter dem Major Graf Wetter mit vieler Thätigkeit bewegte, auch Nachrichten über das Zusammenziehen feindlicher Truppen zwischen Ferrara und Ponte Lago sowie erfolgt. Erstere Stadt war mit 1 Bataillon Piemontesen, mehr einer Batterie, die letztere mit 2 Kompagnien des 3ten päpstlichen Fäsil-Regiments, nebst 2 Geschützen, besetzt. In Ferrara hatte eine Volksbewegung, durch die leidenschaftlichen Grocian veranlaßt, den Kardinal-Legaten genöthigt, die Stadt zu verlassen, wo jetzt vollkommene Anarchie herrscht. Den 7. Vormittags 10 Uhr ist von dem Fort Brondolo ein Ausfall gegen das von uns besetzte Cavanella d'Adige mit beiläufig 1000 Mann, meist Crocioli, dann Papalini unter dem General Ferrari nebst 2 zwölfpfündigen Kanonen gemacht worden. Der Feind hatte sich durch die vorspringenden Deshöhe gedeckt — erst auf kurze Entfernung von unsern Vorposten wahrgenommen, gab er sogleich Feuer. Die Besetzungen bis auf etwa 300 Schritte der dieserhalben Verschanzung im Laufe genähert, wurde aber durch das Feuer der Vorposten alsbald sichtbar, von der Besatzung durch einen achtungsgebietenden Kugelregen begrüßt. — Derfel e breitete sich hiernach unter einem mörderischen Gewehren lebhaften Feuer in drei Reihen aus, und suchte zumal den rechten Flügel durch eine Partie auf Kähnen über die Etsche zu umgehen.

— Bei der Stärke des Gegners war es für die Unsrigen ein sehr günstiger Umstand, daß eben frisch Züge von Hradowetz zur Ablösung des dort mit 3 Offizieren und 257 Mann befindlichen Hauptmanns Knisich vom Deutsch-Banater-Grenzregimente eingetroffen waren, wornach sich die Besatzung auf beinahe 500 Mann belief. Den klugen Dispositionen des genannten Hauptmanns, so wie der Tapferkeit der anführend mitkämpfenden subalternen Thätigkeit des Oberlieutenants Theodor von Giesel, dem dabei auch ein Pferd erschossen worden, und der andauernd tapfern Haltung der gesammten Mannschaft ist es gelungen, nach einem sechsstündigen unausgesetzt hitzigen Kampfe, die Verschanzung zu behaupten, und den Feind zum Rückzuge zu zwingen. Unser Verlust bestehet bei dieser Gelegenheit in 1 Todten und 2 Verwundeten von Hradowetz Infer, dann 4 Verwundeten vom Deutsch-Banater-Regimente, während von der feindlichen Seite, nach Berichten aus Chioggia, 2 Offiziere und 20 Mann todt geblieben, dann über 50 verwundet worden sind. In Folge dessen ist eine Meuterei gegen den die auf 4000 M. geschätzte Garnison von Chioggia und Brondolo befestigenden Generalen Ferrari, den man bei der Schlacht vermißte, und der in dem Augenblicks zum Rückzuge schlagen ließ, als das Fort genommen worden wäre, ausgebrochen. Auf mehreren Mauern sind geschrieben: Morte a Ferrari. Den 8. war die Ablösung des neuen Kordons am Benedig vollzogen und das Hauptquartier des Reservekorps in Monselice eingetroffen. Die Brigade Strassa war nach Montagnana, die Brigade Degenfeld nach Este verschoben. Man erhielt heute die Nachricht, daß Venedig die am 6. in Benedig vorgefallene Umwälzung in der bisherigen Regierungsform. Die junge Republik von St. Marko, ihre Schwäche fühlend, hatte sich unter den Schild Italiens begeben, von wo sie Schutz und Hilfe erwartete, welches ihr auch in einer Bewaffnung von 2000 Mann Truppen und Geld zugeschickt ward. Nach amtlichen Berichten ist Venedig und die Forts gegenwärtig mit 18,000 Mann besetzt, darunter 5 starken sich 2500 Schweizer, 2000 Neapolitaner, 4000 Päpstliche, 450 Kavalleristen; die Reihe sind Freischaaren, verdankt durch die mit den Kapitulanten von Palma Zurückgekehrten, welche ohne Rücksicht auf die eingegangene Verpflichtung, 1 Jahr nicht zu dienen, sogleich wieder in den Dienst traten. Es dürfte mit Recht vorausgesehen werden, daß die durch die versprochene Hilfe bis auf 21,000 Mann heranwachsende Garnison um so weniger müßig bleiben werde, als sie schon der Mangel der nothwendigsten Lebensbedürfnisse, Wasser, Brod und Mehl reizen wird, das Festende auszuhalten zu suchen. Die Venetianer Zeitungen haben bereits verkündet wie zu erwartenden Ausfälle an, die, wie natürlich, unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen mußten, und die Aufstellung einiger Reserven nothwendig machten, weil die Truppen am Venedig, größtentheils am Rande der Lagunen aufgestellt, durch Krankheiten bezimirt wurden. Mit daher unter solchen Verhältnissen an die baldige Uebergabe eines von der Seeseite her ganz offenen Platzes gedacht werden konnte, ist vernünftiger Weise nicht erklärbar. Man muß diese Lagunenwelt in ihrer ganzen Ausdehnung, mit all ihren bewaffneten Forts, mit dicht Lagunenschiffe, mit dieser zahlreichen, hinter den Mauern allerdings tapfern Mannschaft vor sich sehen, um jeden Gedanken der Art auf der Stelle aufzugeben."

Dorong, 10. Juli. Zu Udine, Treviso, Vicenza und Padua herrschte bei unserer Annäherung vollkommene Ruhe, denn wir nun auch mit verbergen können, daß man durch die Desertionen gerade nicht mit freundlichen Blicken angesehen; Udine wird durch das Kastell, Vicenza durch den Monte della Madonna im Zaum gehalten; Treviso und Padua sind entmuthigt. Wir stehen am Vorabende eines wichtigen Ereignisses, vor dem 14. über 15. wird aber wohl kaum irgend eine militärische Operation stattfinden. Feldmarschalllieutenant Welden rückt mit seinem Korps nach Mantua vor. Feldmarschalllieutenant Baron Stürmer teilet mit den bis jetzt angekommenen Truppen die Blokade von Venedig. — Vorgestern trat ein junger wohlhabender Ein länder, welcher sich zuletzt in Venedig und Padua aufgehalten hatte, als Gemeiner in das 9. Jägerbataillon. Er sprach vor dem Feldmarschalllieutenant den Wunsch aus, in ein Regiment aufgenommen zu werden, das dem Feuer des Feindes am meisten ausgesetzt wäre. (Oest. B.)

Deutschland.

Bayern. — *) München, 19. Juli. Se. Maj. der König ist gestern Abends 10 Uhr wieder hier eingetroffen. An allen Orten, welche der geliebte Fürst auf der Reise berührte, wurde er von der gestimmten Bevölkerung mit unbeschreiblicher Jubel begrüßt. Se. Maj. begleiteten den Herrn Erbprinz-Reichsverweser von Regensburg nur bis Bischofsmeisenberg war die Absicht gewesen, denselben Tag noch nach Passau zu kommen und dort zu übernachten. Da aber die Nacht eingebrochen war, und bekanntlich die Stromfahrt zwischen Bischofsmeisenberg und Passau wie nächtliche Felsklippen besäet ist, so hielt der Kapitän es nicht für räthlich, jede erdenkliche Vorsicht bei Seite, und bei der Dunkelheit der Nacht verkündigten Gefahren anzusetzen. Der Erzherzog übernachtete daher auf dem Schiffe selbst, der König auf dem Lande. Am folgenden Tag früh setzte Se. Maj. dann nach Passau. Dort wie in Regensburg war der Empfang besonders freudig.

Württemberg. Stuttgart, 16. Juli. Der „Schwäbische Merkur" erklärt als ungegründet die Angabe anderer Blätter, als habe der König von Württemberg einen Theil seines Vermögens in Amerika angewandt, und als sei das Westphemerische Haus in Frankfurt auf die Dauer von 3 Monaten für den König von Württemberg in Miethe genommen worden.

Baden. — Zu Mannheim ist in den letzten Tagen abermals einer der Häupter der republikanischen Partei, der Kaufmann E. gefänglich eingezogen worden. Die Verhaftung soll, wie es heißt, nur einen Vorwand haben, um ihn für zahlungsunfähig erklärt werden. Ueberhaupt stellt sich immer mehr heraus, daß alle demokratischen Hauptschreier zu Mannheim, mit einziger Ausnahme Heckers, der einiges Vermögen besitzen soll, in ihren Vermögens-Verhältnissen gänzlich zerrüttet waren. Das Hofer Journal bemerkt mit Recht dazu, daß unter diesen Umständen diese Leute wohl Ursache haben mögten, auf recht Jahre der jetzigen Republik zu betrachten, unter dem sie am ehesten und leichtesten ihrem zu Grunde gerichteten Wohlstand wieder aufhelfen könnten. — Die für Sonntag den 16. d. M. mit so großem Pomp angekündigte bewaffnete Volksversammlung in Offenburg ist sehr still, außerordentlich ruhig verlaufen. Statt der verheißenen 20,000 waren kaum 2000 Menschen da.

Preußen. — Stettin, 11. Juli. Ich bin der vor unserm Hafen liegenden dänischen Fregatte gestern bis gegen Abend wohl eine Viertelmeile nahe gewesen. Sie hatte sich also nicht aufgehoben. Der hiesige, wie der Berliner Hafen, liegt voll abgetakelter Schiffe. Sogar die Fischerboote mußten die heutigen Dämen wegen Mangel an Ebbe, so wie an Raum, in den Hafen ziehen. Die Fischer können nicht in See, und ihr ganzes Boten die Fregatte angriffen und einen werden. Das junge Seebad, was sich in Heringsdorf zählt kaum 30 Gäste. (E. D. P. A. Z.)

Oesterreich.

— ** Das neue Ministerium war nach der „Allgemeinen Zeitung“ am 13. Nachts in folgender Weise provisorisch bis zur Genehmigung durch den Erzherzog Johann zusammengestellt worden: Aeußeres: Wessenberg; Innere: Doblhoff; Krieg: Latour interimistisch) Schönhals; Handel: Hornbostel; Ackerbau: Schwarzer (der die Redaktion der „Allgemeinen Oesterreichischen Zeitung“ für die Dauer seines Amtes an Hübner und Siffi jun., seinen Mitarbeitern, abgiebt); Cultus: Alexand. Baß; die Finanzen werden vorläufig noch von Kraus besorgt. Brandis (in Tyrol) und Thun (in Böhmen) sollen abgesetzt werden. Die Färbung dieses Cabinets ist eine gemischte. Neben liberalen Männern im wahren Sinne dieses Wortes, wie Wessenberg und Doblhoff, erblicken wir Schwarzer und Baß, die entschieden auf Seite der demokratischen Radicalen stehen. Wir werden sehen, ob das neue Cabinet den Muth und die Kraft haben wird, dem Geschrei der Partei des Ueberfrisses, welche um jeden Preis die verhaßten Fürsten Windischgrätz von seinem Posten in Prag vertreiben will und alle Mittel der Verdächtigung, Verläumdung, Aufhetzung gegen ihn in Bewegung setzt, zu widerstehen. Wir wünschen es mehr, als wir es hoffen, es müßte denn sein, daß der inzwischen zurückgekehrte Erzherzog Johann uns energisch eingriffe. Das Verbrüderungsfest im Prater am 15. zwischen dem Militär und der Nationalgarde wird von mancher Seiten als ein glückliches Ereigniß angesehen, als ein Schlag für die Wühler, und diese Ansicht hat vieles für sich, wenn man erwägt, daß der Feldmarschallieutenant Graf Auersperg selbst es war, von dem die Einladung zu diesem Feste ausging. Wir können nur wünschen, daß die daran geknüpften Hoffnungen in Erfüllung gehen, den durch die Mißverein und bösen Einflüsterungen unverbesserlicher Propagandisten irregeleiteten und gutmüthigen Wienern endlich die Augen aufgehen mögen über die verderbende Gefahr, welche der wahren Freiheit in Oesterreich droht, wenn man fortfährt, wie bisher, einem inhaltlosen Schatten nachzujagen. Die Truppensendungen nach Italien zur Verstärkung der Armee des Feldmarschalls Radetzky dauern fort, und jetzt, wo unter den Italienern das Selbstvertrauen bereits gewaltig erschüttert ist, gilt es in der That, die äußersten Anstrengungen zu machen, um den Kampf zu einem ehrenvollen und glücklichen Ende zu führen. Am 10. ist das Infanterie-Regiment Prinz Leopold Nro. 53, zwei Tage früher schon waren die 3 Bataillone von Prinz Emil und Erzherzog Karl Infanterie mittelst der Eisenbahn nach Italien abgegangen. Ein Bataillon von Erzherzog Ludwig Infanterie, erst am 10. in Wien eingetroffen, muß am 13. gleichfalls seinen Marsch nach Italien fortgesetzt haben.

Schweiz.

Basel. Vor uns liegt ein, wie es heißt in unserer Nähe gedruckter „Plan zur Revolutionirung und Republikanisirung Deutschlands von G. Strave und K. Heinzen.“ — In demselben wird zum Riesenkampfe aufgefordert, durch energische Handhabung der Gewalt, und schonungslose Behandlung der Gegner, namentlich Konfiskation des Vermögens aller derer, die sich im Dienst der Fürstenpartei hervorgethan. Ein Aufruf an das deutsche Volk verspricht denselben alle möglichen Herrlichkeiten, es folgt sodann eine Organisation des Aufstandes, Organisation der republikanischen Behörden, und allgemeiner Bewaffnungsbefehl für die Beamten der Revolution und die Offiziere des Volksheeres, alles im Sinne des revolutionären Terrorismus. — Dessen ungeachtet darf man in der Tagsatzung behaupten, die Eidgenossenschaft verhielte sich ganz ruhig. (B.Z.)

Großbritannien.

† London, 14. Juli. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses kündigte Lord John Russel seine Absicht an zur Vorlegung einer Bille, die zum Zwecke hat, der Wahlbestechung Damm zu setzen. Man glaubt, die Session des Parlaments werde gegen Mitte August geschlossen werden. — Aus Dublin vernehmen wir, daß Meagher gegen Cautionen wieder freigelassen wurde, weil er sich nicht des Hochverrathes, sondern nur eines Vergehens schuldig gemacht. — Nächsten Montag, heißt es, wird die Königin und die königliche Familie nach Osborne-House auf der Insel Wight sich begeben. Man versichert, die Königin werde dieses Jahr weder Schottland noch Irland besuchen.

Frankreich.

△ Paris, 15. Juli. Der Moniteur bringt heute ein neues Aktenstück mit Ziffern, das einen neuen Beleg für die traurigen Folgen der mit dem 24. Februar eingetretenen politischen Umwälzung Frankreichs liefert. Es ist die Uebersicht des Ertrags der indirekten Auflagen und Einkünfte im ersten Halbjahr 1848, vergliechen mit denen derselben Epochen der beiden Vorjahre. Das Halbjahr von 1846 hatte ertragen 399,479,000 Fr.; das Halbjahr von 1847 — 393,645,000 Fr., 1848 aber nur 331,827,000 Fr. Wir haben also 1848 gegen 1846 eine Verminderung um 67,652,000 Fr., und gegen 1847 eine solche um 61,818,000 Fr. Betrachtet man das letzte und gegen 1847 eine solche um 61,818,000 Fr. Betrachtet man das letzte und gegen 1847 eine solche um 61,818,000 Fr. Betrachtet man das letzte Vierteljahr für sich allein, so ergibt sich gegen 1846 eine Abnahme der Erträgnisse um 47,187,000 Fr., und gegen 1847 eine solche um 45,508,000 Fr. Die gewöhnlichen direkten Steuern sind in den Listen mit 423,496,000 Fr. aufgeführt; bis 30. Juni hatten sie 170,713,000 Fr. ertragen; 252/783,000 Fr. sind noch einzuziehen. Die Auflage der 45 Centimes, angeschlagen auf 191,250,000 Fr., hatte bis 30. Juni 87,153,000 Fr. ertragen; 103,747,000 Fr. waren noch einzuziehen. Außerdem wurde vom 1. Januar bis 30. Juni an den direkten Steuern von 1849 erhoben eine Summe von 40,435,000 Fr., so daß die bewerkstelligte Gesammteinnahme sich 1848 auf 298,661,000 Fr. belaufen hat.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 4. Juli. Der russische Generalkonsul v. Kotzebue ist in Folschany. Der türkische Kommissär Tahat Effendi soll heute wieder in Bukarest eintreffen. Aus Russschuck wird berichtet, daß sowohl dort als in Silistria und Widdin türkische Truppen zusammengezogen werden. An der Cholera starben hier täglich 30 - 40 Menschen.

Von der unteren Donau. Nach Berichten aus Jaffy vom 8. Juli haben die russischen Truppen am 6. das Gebiet der Moldau betreten. Es kamen nämlich im Laufe des Tages mehrere Pulks, welche einen Transport von 100 Wagen eskortirten, von Russisch-Kowa nach der Moldau. Ihrer Aussage nach sind sie die Vorhut der nach der Wallachei bestimmten russischen Truppen, und sollen in Tolczie das aus 24,000 M. bestehende Armee-Korps erwarten. — Weitere 4000 Mann haben gleich von Kowa aus ihre Richtung auswärts nach Skulany genommen, und ihrer Ankunft in Jaffy wird für den 9. oder 10. entgegengesehen. Der ottomanische Pforten-Kommissär, Talat Effendi, ist noch immer hier, ebenso der russische General Duhamel. (Ver. Abdbl.)

Türkei.

Konstantinopel, 5. Juli. Der Handelsminister Kiamil Pascha ist zum Botschafter in London ernannt worden. Das Portefeuille des Handels erhielt Suleiman Pascha, bisheriger Botschafter in Paris. Die Cholerafälle vermehren sich, in den letzten sieben Tagen zählte man 196 Todte. Auch in Kleinasien und in den Dardanellen ist diese Seuche ausgebrochen. An Mehmed Pascha's Stelle ist Hafis Pascha zum Festungskommandanten in Belgrad ernannt worden. (W. Z.)

Nachschrift.

Die Frankf. O.-P.-A.-Z. vom 18. Juli meldet in ihrem amtlichen Theil: „Die provisorische Centralgewalt für Deutschland hat an die Regierungen aller deutschen Staaten die Mittheilung erlassen, daß der Reichsverweser die vereinbarten Minister ernannt, und daß die Anordnung der der provisorischen Centralgewalt durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 übertragenen Rechte begonnen wurde. Sie hat in dieser Mittheilung ausgesprochen, daß sie bei der Ausübung ihrer gesetzlichen Gewalten auf die thätige vertrauungsvolle Mitwirkung aller deutschen Regierungen rechne, die mit ihr in dem lebendigen Wunsche sich vereinigen, dem deutschen Volke die Segnungen der Freiheit, der Ruhe, Ordnung und des Friedens zu verschaffen. Die provisorische Centralgewalt hat den Wunsch ausgedrückt, daß nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 bald von den Landesregierungen Bevollmächtigte ernannt wurden, um mit ihnen in Verbindung zu treten. Die provisorische Centralgewalt hat erklärt: sie wünsche mit den Bedürfnissen der deutschen Regierungen und der deutschen Volksstämme, soweit sie den nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 bestimmten Wirkungskreis berühren, auf das umfassendste sich bekannt zu machen, und sie zähle hierbei auf freimüthige unumwundene Mittheilung, welche sie mit gleicher Offenheit erwidern werde.

* Frankfurt, 17. Juli. Der heute in der Reichsversammlung erstattete Bericht des internationalen Ausschusses beantragt Anerkennung und Einverleibung eines Theils des Großherzogthums Posen und Zulassung der dortigen Abgeordneten. Die Wahl des Hrn. Heldmann zu Nidda wurde von der Versammlung für ungültig erklärt.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 17. Juli. Oesterr. 5proz. Metall. 67 1/4, 4proz. 56. 3proz. — 21/4proz. 35 7/8. Bankaktien 1220. G. 500 fl.-Loose 100. 250 fl.-Loose 74. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 89 P. — G. Staatsschuldscheine 3 1/2proz. 76. — Bayer. 3 1/2proz. 77. — Ludwigs-Berbach. 69 1/2. — Württemberg. 5 1/2proz 73. 4 1/2proz. 91 1/2. — Bad. 3 1/2proz. 77 1/2. — Kurhess. Loose à 40 Thlr. 35 fl.-Loose 26 1/2. — Darmstädt. 3 1/2proz. 78. 4proz. 89. — Loose-Antheile von 50 fl. 65. 25 fl.-Loose 22. — Nassau. 3 1/2proz. 83. 25 fl.-Loose 22. — Frankf. 3proz 83. 3 1/2proz. 93, 90 1/2. — Taunusbahn 286. — Holl. Int. 42 1/2. — Span. 3proz. innere Schuld 17 1/2. — Poln. 300 fl.-Loose 88. 500 fl.-Loose 64 1/2. — Sard. 36 Fr.-Loose 26 1/2. Diese — Augsburg, 17. Juli. Bayer. 3 1/2proz. Obligationen 75 G. 4proz. 84 1/2. G. Bankaktien 11. Semester 550 G. Promessen 40 P.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 19.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 4 fl.
Halbjährig 2 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Donnerstag den 20. Juli 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16.
Einschaltungsgebühren: die gespaltene Petitzeile aber deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

Vertheidigung des Königs Ludwig Philipp durch Herrn Thiers.

△ Paris, 16. Juli. Dem Finanzausschuß der Nationalversammlung liegt gegenwärtig ein Antrag des Herrn Jules Favre in Betreff der Privatdomänen des Königs Ludwig Philipp vor. Nach demselben sollen alle beweglichen und unbeweglichen Güter, aus denen dieselben bestehen, als an den Staat heimgefallen erklärt, einer vom Finanzminister ernannten Kommission von zehn Mitgliedern die Verwaltung der auf diesen Gütern lastenden Schulden übertragen; die Prinzen des Hauses Orleans, als Eigenthümer unbeweglicher Güter auf dem Gebiete der Republik, zum Verkaufe derselben binnen sechs Monaten gehalten sein, diese unbeweglichen Güter aber im Falle des Nichtvollzugs dieser Verfügung durch die Domainenverwaltung verkauft, der Erlös daraus aber an wen Rechtens hinzugezahlt werden. Der Antrag läßt also mit diesen Worten darauf hinaus, daß man sich der Privatdomaine der Familie Orleans bemächtigen solle, und als begründendes Motiv dafür behauptet Hr. Jules Favre, daß die Schenkung, welche der König Ludwig Philipp mit diesen Gütern an seine Kinder vor seiner Thronbesteigung gemacht habe, ein nichtiger Akt sei. Gestern nun kam dieser Antrag im Finanzausschusse zur Sprache und da suchte Hr. Jules Favre denselben zu rechtfertigen. Er berief sich auf den Grundsatz der alten Monarchie von 1789, nach welchem die Güter des den Thron bestiegenden Fürsten an die Krondomaine heimfielen. Aus diesem Grundsatze will er die Folgerung ableiten, daß es gar keine dem regierenden König persönlich angehörende Domaine geben könne, und bestreitet, daß das Dekret, kraft dessen Napoleon eine Privatdomaine begründet hatte, 1830 noch irgend habe Geltung haben können. Ja Hr. Jules Favre ging noch weiter in seinen Ausfällen auf den verstorbenen König. Er sagt: Als der König, im Begriffe stehend den Thron zu besteigen und in der Voraussicht, daß er ihn besteigen werde, seine Güter an seine Kinder schenkte, habe er den Staat betrogen, daher einen nichtigen Akt vorgenommen, den man von Rechtswegen umstoßen könne. Allerdings sei 1832 ein Gesetz zu Stande gekommen, welches die zur Zeit bestehende festgestellt wurde. Durch dasselbe sei die gemachte Schenkung als giltig anerkannt, und die Privatdomaine begründet worden. Allein dieses Gesetz könne jetzt als null und nichtig erklärt werden, nachdem der König Ludwig Philipp durch seine „Fehler" und durch seine „Verbrechen" die Krone verloren habe. Diese Worte veranlassten Hrn. Thiers, der gleichfalls Mitglied des Finanzausschusses ist und zugegen war, das Wort zu nehmen zu einer kräftigen Vertheidigung Ludwig Philipps. Die Rede des Hrn. Thiers ist ein ehrendes Zeugniß für den Charakter dieses Staatsmannes. Er hat dadurch den Beweis jenes wahren bürgerlichen Muthes gegeben, der sich weder durch das Drohgeschrei einer tobenden Menge noch durch die aufgeregten Leidenschaften der Gegner abschrecken läßt, offen der Wahrheit den gebührenden Antritt zu geben. Es gehörte allerdings Muth dazu, so frei und unumwunden den gestürzten König zu vertheidigen in einem Augenblicke, wo eben erst noch an allen Straßenecken die schmählichsten und niederträchtigsten Flugblätter gegen denselben öffentlich verkauft wurden, und bei der Wohlfeilheit des Preises unter den nach solcher gierden Kot heißhungrigen Massen reißenden Absatz fanden. Bei dem hohen Interesse, das diese Rede des Hrn. Thiers in mehrfacher Hinsicht erwecken muß, glaube ich Ihnen dieselbe vollständig mittheilen zu müssen. Hr. Thiers sagte: „Ich bin an die Sprache der Sieger gewöhnt; sie überrascht mich nicht, sie beleidigt mich nicht, was mich persönlich betrifft; aber es gibt Dinge, die ich nicht hören kann, ohne dagegen aufzutreten. König Ludwig Philipp hat Fehler begangen, schwere Fehler, welche seinen Sturz herbeiführten, welche ich beklagt und acht Jahre lang auf meine Weise Wagniß und Gefahr hin ununterbrochen bekämpfen half: aber nie hat er ein Verbrechen verübt! Er selbst war persönlich oft die Zielscheibe von Verbrechen, aber falsch ist es, daß er je eines begangen hat. Hierfür rufe ich jeden rechtschaffenen Mann, rufe ich die Geschichte zu Zeugen auf. Die Konfiskation der Privatdomaine des Königs werde ich bekämpfen mit eine gehäffige Ungerechtigkeit, welche Deutung man auch hier aber anderwärts dem Verhalten geben mag, das ich bei dieser Gelegenheit beobachten werde. Ich nehme die Republik an, ich wünsche ihr friedliche und dauerhafte Begründung, aber man darf sie nicht anketten durch unrechtliche Akte, man sie begehen lassen will. Auf die Grundsätze der alten Monarchie kann man heutzutage sich nicht berufen, um Rechte festen zu wollen auf des Königs und die des Staates in Eins zusammen, und es war daher natürlich, daß man ihm nicht gestattete, etwas denselben zu entziehen für Verschwendungen. Damals setzte man aber auch die Könige nicht ab; man schickte sie weder aufs Schaffot noch in die Verbannung. Seit 1789 hat Napoleon neue Grundsätze in Sachen der Monarchie aufgestellt und dies im Interesse des Staates getan. Er hat unterschieden zwischen der Domaine des Staates, an welche der Monarch Hand zu legen kein Recht hat; der Domaine der Zivilliste, von welcher dem Monarchen nur die Nutznießung zustand; endlich der Privatdomaine, die ihm ausschließlich gehörte und über welche er nach Gutdünken verfügen konnte. Alle diese Unterscheidungen waren im Interesse des Staats und derjenigen, daß man an nichts Rauh legen könne, was ihm gehörte oder einst Zagt gehören sollte. 1830, als Ludwig Philipp den Thron zu besteigen im Begriffe stand, und noch zuvor übertrug er an seine Kinder durch Schenkung seine Privatgüter, indem er den bestehenden Regeln gemäß die Güter, welche die Apanage der Familie Orleans bildeten, an den Staat heimfallen ließ. Was seine persönlichen Güter betrifft, so läßt sich durchaus nichts einwenden gegen die Rechtmäßigkeit der Uebergabe derselben an seine Kinder; es war ein Akt väterlicher Vorsicht, den einige unter uns — und ich gehörte in diese Zahl — damals nicht gerne sahen, indem wir glaubten, er hätte sich in Betreff des Schicksals seiner Kinder der Nation vertrauen sollen. Allein dieser Furcht glaubte, daß in einer Zeit der Revolution, wie die unsrige, die Zukunft seiner Kinder, unabhängig vom Königthum, welcher er behaupten oder verlieren konnte, gesichert sein müsse. Man kann wohl nicht umhin, zugt anzuerkennen, daß die Ereignisse seine Besorgnisse gerechtfertigt haben und seine Vorsorge als Vater wohl begründet war. Jedenfalls hatte das Gesuhl, welches ihn so handeln hieß, nichts Verdammenswerthes in sich, noch kann darin ein Grund liegen, ihn zu verunglimpfen. Seitdem ist 1832 ein Gesetz eingetreten, welches alles von ihm Geschehene billigte, ein Gesetz, zu dem die Opposition selbst ihre Stimme gab. Allerdings sagt man, dieses Gesetz dürfe nicht beachtet werden. Allein ich frage warum? Waren die beiden Kammern, welche das Gesetz angenommen haben, etwa nicht mit der rechtmäßigen Gewalt bekleidet, Gesetze zu geben? Wenn wir die von unsern Vorgängern erlassenen Gesetze nicht in Ehren halten, so wird dadurch unsere ganze Gesetzgebung erschüttert, es geht dann keine Gesellschaft mehr, und wir verfallen in einen wahren Zustand der Barbarei. Alle Gesetze, besonders wenn sie die Interessen des Eigenthums regeln, sind Verträge, deren Aufhebung unmöglich ist. Die gegenwärtige Nationalversammlung ist im vollkommenen Machtbesitz, sie vertritt die Souveränität der Nation mehr, als irgend eine bisher eingesetzt gewesene Gewalt es je gethan hat; sie kann alles, nur nicht rechtskräftig kann sie machen, was unstatthaft kann sie die früheren Gesetze, welche die Eigenthumsfragen geregelt haben. Ich bin also der festen Hoffnung, daß diese große Versammlung, in deren Hände die Volkssouverainetät gelegt ist, hinreichende Achtung vor sich selbst haben wird, um nicht eine Ungerechtigkeit zu begehen. Frankreich, das den König Ludwig Philipp auf den Thron gehoben, das ihn seitdem wieder davon herabgestürzt hat, hatte das Recht zu thun, was es gethan hat. Denn ich, ein treues Kind der Revolution, erkenne der Nation das Recht zu, ihre Regierung beliebig ein- und abzusetzen und sich nach Gutdünken einzurichten. Aber ich poche auch, daß sie nie aufhören wird, gerecht und ehrenhaftig zu sein, und daß sie als Republik der entthronten Familie die Güter zurückgeben wird, die ihr gehören. Ich meines Theils werde es ihr vorschlagen, und glaube sie zu ehren, indem ich auf ihre Gerechtigkeit zähle. Niemals hat es einer Nation zur Ehre gereicht, wenn jene, welche die ausgezeichnete Ehre genossen haben, über sie zu herrschen, in der Verbannung mit Mangel und Armuth zu kämpfen haben. Ich hoffe, daß die republikanische Staatsform, die des heutigen Frankreichs, in diesem den Sinn für Gerechtigkeit, Zartgefühl und Ehre nicht geschwächt haben wird."

Deutschland.

Bayern. *** München, Mitte Juli. Mit Vergnügen und Theilnahme haben wir den 26. Jahresbericht der Heilanstalt für Augenkranke des k. bayr. Rathes, Hr. Schlagintweit gelesen, und da von Jahr zu Jahr mehr sich ausbreitende Thätigkeit dieser vortrefflichen Anstalt daraus entnommen. Im verflossenen Jahre wurden nicht weniger als 550 Augenkranke behandelt. Der graue Staar wurde unter 26 Fällen 17mal mit günstigem Erfolge operirt, wie überhaupt diese Operation seit dem Bestehen der Anstalt 1000mal vorgenommen worden und nur 44772 Fällen wurde Rath und Hilfe gefunden haben. Ein Ausfall in den Finanzzuständen, herbeigeführt durch unerfüllte Verpflichtungen von Seiten betreffender Individuen und

Gemeinden wurde auf großmüthige Weise durch den Herrn Grafen von Arco Valley zum Theil gedeckt. Aus den Rechnungen des verflossenen Jahrs ergibt sich die Einnahme von 439 fl. 2 kr. und die Ausgabe von 202 fl. 48 kr., also ein Aktivbestand von 146 fl. 15 kr. — Ein Wunsch bleibt noch übrig, daß sich noch recht viele edle Gönner finden möchten!

Regensburg. Aus den bedeutungsvollen Aeußerungen, welche der Erzherzog-Reichsverweser in mehreren Beziehungen gethan, tragen wir unserm Berichte folgende nach: „Ich glaube meine Tage in ländlicher Ruhe beschließen zu können, da ist der Ruf des Vaterlandes an mich ergangen, dem ich Niemand entziehen soll. Ich glaube ihm folgen zu müssen und werde auch meinen Kräften gewissenhaft meine Pflicht erfüllen. Ich werde treue frommen Wege gehen, sodann gerade und offen nach Recht und Gerechtigkeit handeln. Wir haben ein großes Werk vor uns, Gott wird seinen Segen geben." — In Bezug auf konstitutionelle Einracht sprach er: „Die ist schön und löblich, wir haben Alle Einen Gott und Heiland und hoffen, durch ihn selig zu werden." — Weiteres: „Mit solchen Farben wie Ihr Könige, mit einem so tapfern und wackern Volke, wie das deutsche, liege ich die beste Hoffnungen für eine glückliche Zukunft unserer Vaterlande." — „Regenburg konnte weder zur alten Ehre und Bedeutung gelangen! Es ist Euer Sache, durch Eure Deputirten dafür zu wirken. Die Oesterreichischen werden gewiß zustimmen. Auf Vorposten ist nicht gut debattiren."

† Aus der Oberpfalz, 13. Juli. Die radikale Presse wird nicht müde, fortwährend mit den beliebten Schlagwörtern „Reaktion, Polizeistaat, Priester- und Soldatenherrschaft" um sich zu werfen, von darauf begründetem „Devorwärtsschreiten" zu sprechen, und in Verbindung damit sich um keinen dieser Mittel fort und fort zu wühlen, und die redlichen Männer im Kampfe für die gute Sache allmälig zu ermüden. Die Waffe der Verdächtigung ist es vorzüglich die man gegen sie anwendet. Blicken wir hin nach der alten freien Stadt am Maine, wo Deutschlands edelste Männer tagen, erinnern wir uns des Benehmens der äußersten Linken, als es galt, in entscheidender Stunde dem Vaterlande, dem großen Körper ein Haupt zu geben, gedenken wir der Schmähungen, Ausfälle so mancher deutschen Blätter gegen jene Abstimmung: so mag es nicht Wunder nehmen, wenn so manche besorgten Gemüther den Tag noch ferne sehen, an dem wir, jeder Sorge frei, ein wahrhaft einiges Deutschland begrüßen können. Daß die Frage, ob der Reichsverweser die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkunden und zu vollziehen habe, mit 277 gegen 261 Stimmen verneint wurde, hat der radikalen Presse Muth zu den unsinnigsten Verdächtigungen gegeben, daher die Aufgabe der konstitutionellen Presse ist, jene Abstimmung einigermaßen zu beleuchten. Zu der projektirten Reihenfolge der Fragen fanden sich folgende: 2. Die Centralgewalt hat a) die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkunden und zu vollziehen. c) Dieselbe verkündet und vollzieht alle von der Nationalversammlung zu erlassenden Gesetze. Wird erwogen, daß die Gesetze auch Beschlüsse, aber nicht umgekehrt die Beschlüsse Gesetze sind, so ist klar, daß in der Annahme oder Verwerfung von Lit. c. der Annahme oder Verwerfung von Lit. a. präjudizirt war, daß es zu Lit. c. erst nach Verwerfung von Lit. a. hätte kommen können. Diese Eventualität ist von der äußersten Linken aus formellen Gründen mit Erfolg bekämpft worden, so daß es sich um Lit. c. gar nicht mehr handelte. Die Linke ging wieder von der sicheren Voraussetzung aus, daß nun die ganze Versammlung Lit. a. annehmen werde, indem sonst ja selbst das Gespenst, welches die Majorität, so gering sie war, ließ sich mehr denken, und vermarf auch Lit. a. Wäre aber die Centralgewalt verbindlich erklärt worden, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen, so wäre die Nationalversammlung nicht bloß eine konstituirende, sondern auch eine regierende, das Ziel der Republikaner wäre erreicht, am das monarchisch-konstitutionelle Prinzip wäre es geschehen. Ein einer, hochgeehrter Reichsabgeordneter sagte zu Frankfurt sprecht uns, es schmerzte uns; aber in der großen Majorität bei jener hochwichtigen Frage bedeute, und Viele der Minorität sehen jetzt erst den Abgrund, an welchem sie gestanden. Wäre die Centralgewalt verbindlich erklärt worden, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen, so wäre der Reichsverweser, ohne ihm nur ein Suspensiv-Veto zu gewähren, in allen Regierungsfragen unbedingt unter die Nationalversammlung gestellt, die unbeschränkteste Volkssouverainetät wäre vollendet gewesen. Es ist keine Folge der Verwerfung von Lit. d., daß der Reichsverweser über die Beschlüsse der Nationalversammlung berathig schalten könne, nur soviel folgt daraus, daß er, wenn die Nationalversammlung ihre Competenz überschreiten sollte, in allen Regierungs- (nicht Gesetzgebungs-) Fragen das Recht der Einsprache gegen jene welches, wie gesagt, das monarchische Prinzip gänzlich ausschließen und es sei keines Zweifels eine Möglichkeit wäre, die Stelle eines Reichsverwesers anzunehmen. So wichtig war jene Frage, so groß die Gefahr für die Monarchie, daran die Schmähungen der radikalen Presse, welche nicht aufhört in ihren Versuchen, das herrliche Deutschland einem namenlosen Elende zuzuführen. Noch ist Zeit zur Besinnung für gesinnungstreue, die wir erlich, mehr mit Besonnenheit vorangehungen aber die konstitutionelle Presse hat die heilige Verpflichtung, mit aller Kraft einzutreten für die Monarchie, den nur in dieser Regierungsform finden Verfassungen in Deutschland ihre Gewähr, und das monarchisch-konstitutionelle Prinzip ist dem germanischen Wesen eigen — und wehe Deutschland, wenn es republikanischen Einstürzungen Gehör geben würde!

Baden. — Karlsruhe, 16. Juli. Der Oberbefehlshaber der 7. und 8. Armeekorps hat angeordnet, daß die bayerischen und württembergischen Truppen sich in ihre Länder zurückziehen und nur an der Grenze derselben aufgestellt bleiben, um, sobald das Bedürfniß dazu von neuem sich zeigt, auf kurzem Wege wieder einmarschiren zu können. Die Württemberger werden namentlich bei Rottweil und bei Tuttlingen ihre Aufstellungen nehmen. Die Zuchtlinge haben ihre Plane eines neuen Einfalls vorerst wieder aufgegeben, und die Bewohner des Seekreises sind freudig nicht mehr in der früheren gereizten Stimmung, so daß zu hoffen ist, es werde zur Aufrechthaltung der Ordnung einer starken Militärmacht zur Zeit nicht mehr bedürfen. Sollten die Truppen als Exekutionsmannschaft wieder gerufen werden, so würde der Aufwand den unruhigen Gemeinden nach Bezirken zur Last gelegt, und dies mag wohl auch die aufrührerische Gelüste etwas zurückhalten. Im Uebrigen sind die badischen Truppen vorerst in ihrer jetzigen Stärke noch zu verwenden. Ein Bataillon ist nach Mannheim verlegt und ein Regiment marschirt von Offenburg nach dem Seekreise. Es wird bei Donaueschingen das Hauptquartier haben und mobile Kolonnen gegen Konstanz und Waldshut entsenden. Die badischen Truppen in nah um Freiburg bleiben in ihrer Stellung. (K. Z.)

Mannheim, 15. Juli. Gestern haben auch die Bayern, welche seit Anfang Mai die Besatzung hiesiger Stadt gebildet hatten, verlassen. Sie haben zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung dahier wesentlich beigetragen. Alle Gutgesinnten haben sie freudig begrüßt, insbesondere auch noch deswegen, weil die Summe, welche sie in Umlauf setzten, keine unbedeutende war und unsern bedrängten Gewerbsstand bei der jetzigen allgemeinen Stockung des Handels und Verkehrs sehr zu Statten kam. Im Allgemeinen kann man die Haltung dieses Militärs während seines hiesigen Aufenthaltes nicht anders denn als eine sehr gute bezeichnen. Insbesondere werden wohlwollend anerkannt zu werden, daß es allen Versuchen angewandten Verführungsarten widerstand. Dem Kommandeur dieses Truppenkorps, dem Generallieutenant Fürsten v. Taxis, gebührt das Zeugniß, eine strenge Mannszucht gehalten zu haben. Der abziehende Zug stellte eine imposante Macht dar. Wir hoffen, daß die Ruhe in hiesiger Stadt auch bei minder starker badischer Besatzung erhalten werden wird, da die guten Gesinnungen der Einwohnerschaft und das Militär in ihren hierauf gerichteten Bestrebungen gemiß unterstützen werden, und die Soldaten von dem besten Geist beseelt seien sollen. (K. Z.)

Heidelberg, 16. Juli. Das Verbot des demokratischen Studentenvereins in Heidelberg von Seite der badischen Regierung, und der absichtsvolle Beschluß, den eine Behufs des Widerrufs dieses Verbotes abgesandte Deputation vom Minister des Innern erhielt, hat den betreffenden Theil der Studirenden aufgeregt. Ein Redner unter den Studenten, Hirsch aus Magdeburg, forderte zur Demonstration auf gegen das Verbot, gegen Reinstadt an der Hardt auf. Die Meinungen hierüber sollen getheilt sein. Die Schwaben, Preußen und Nassauer sollen dagegen sein, die Uebrigen dafür. Sollte der Auszug stattfinden, so wurde Heidelberg sehr darunter leiden, denn die Studenten wollen nicht eher zurückkehren, als bis dieses Verbot zurückgenommen ist.

Aus Mannheim vom 17. Juli berichten den wirklich erfolgten Auszug der Heidelberger Studenten nach Rheinbayern, welche unter Vorantragung deutscher Fahnen bereits durch Mannheim zogen.

Gr. Hessen. Mainz, 14. Juli. Heute Morgen ist durch die Gendarmerie der Zahnarzt Joseph Galette verhaftet und in Gewahrsam gebracht worden. Erst gestern Abend noch predigte er im Freien Fürstenwerth, wonach er der Republik und den Pariser Insurgenten ein Lebehoch brachte. Die Gendarmen wurden bei seiner Verhaftung mit Steinwürfen verfolgt. — Heute Morgen um 4 Uhr wurde in Bingen Generalmarsch geschlagen und sogleich 2 Kompagnien der dortigen Besatzung nach Gau-Algesheim dirordnet, wo sehr ernstliche Unruhen ausgebrochen sein sollen. (Fr. D.-P.-A.-Z.)

K. Hannover. Hannover, 14. Juli. Die „Hannoversche Zeitung" enthält einen Artikel über das Schreiben des Gesammtministeriums an die allgemeine Standeversammlung über eine provisorische Zentralgewalt und die Reichsverfassung, worin auseinandergesetzt wird, daß die definitive Gestaltung der Reichsgewalt nur im Einverständnisse mit den Einzelstaaten zu begründen sei, wenn sie Aussichten auf Befestigung und Dauer haben soll; die jetzigen Aeußerungen der Regierung seien deshalb nur als der Einleitung einer Eventualität zu betrachten. Dann heißt es, durchaus irrig sei die Meinung, daß die Minister, indem sie persönliche Absichten des Königs gedachten, die konstitutionellen Grundsätze mißachtet. Es sei ja von einem Schritte des Monarchen die Rede gewesen, welcher dem Monarchen in jedem Staate freistehe, welchen jeine Regierung nicht hindere, daher auch nicht vertreten könne.

Schleswig-Holstein. Die Waffenstillstandsbedingungen fangen an allmählig auf dem historischen Boden, in welches sie gepflanzt sind, unterscheidender hervorzutreten. Es mußte schon länger einleuchten, daß bei den bisher nomentlich aus der „Hamburger Börsenhalle" bekannt gewordenen Bedingungen die Friedensdiplomatien mit unter die Waffenstillstandsbedingungen gemischt seien, und eine neuere Mittheilung in der „Hamburger Halle" gibt darüber bestimmte Aufklärung in folgender Weise: „Seit Waffenruhe auf drei Monate ein, unter gunmunlicher Kündigung; es werden alle deutschen Schiffe freigegeben, die Blockaden der deutschen Häfen aufgehoben, die preußischen Requisitionen in Jütland zurückerstattet, die Herzogthümer b.s auf Alsen geräumt und die Gefangenen, sowohl die politischen als die Kriegsgefangenen, ausgewechselt. In die Waffenstillstands-Konvention werden aber zugleich auch die Grundlagen des demnächst abzuschließenden Friedens aufgenommen und die Anjahme derselben zur conditio sine qua non des Waffenstillstands gemacht. Was diese Grundlagen des künftigen Friedens betrifft, so sind von dänischer Seite feierlich

Konjessionen gemacht, weder in Bezug auf die Personal-Union, noch in Bezug auf die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund, sei es jetzt, sei es nach Austerben des Mannesstammes, noch endlich in Bezug auf die Erbfolge. Dagegen wird 1) eine für beide Herzogthümer gemeinschaftliche Verwaltung in der Weise eingesetzt, daß eine herzogliche Landesregierung eingerichtet wird, bestehend aus zwei von dem Könige und zwei von dem deutschen Bunde erwählten, geborenen Schleswig-Holsteinern, von denen keiner weder der jetzigen provisorischen Regierung der Herzogthümer, noch der ehemaligen Zentraladministration angehört haben darf, und welche gemeinschaftlich ein fünftes Mitglied als Präsidentin der Regierung erwählen und, falls sie sich nicht einigen können, diese Wahl der englischen Regierung überlassen müssen. 2) Dem Könige sowohl wie dem deutschen Bunde wird das Recht wechselseitiger Truppenbesichtigung zu genommen, welche diese herzogliche Landesregierung in offiziöser Weise zu überwachen, und zu dem Zwecke im Lande zu residiren haben; von Kopenhagen hat die herzogliche Landesregierung keine Befehle anzunehmen. 3) Das schleswig-holsteinische Militär soll in der Weise getrennt werden, daß jedes der beiden Herzogthümer die ihm zugehörige Mannschaft für sich behält. Zu Holstein werden die Truppen auf den Friedensfuß gestellt, in Schleswig nur die Cadres beibehalten. — Wir geben diese Mittheilung, wie sie uns zugekommen sind, und bemerken nur noch, daß diese Waffenstillstandsbedingungen von Berlin wieder nach Kopenhagen geschickt worden sind, was auf die Absicht, einige Modifikationen in denselben eintreten zu lassen, zu deuten scheint. (Wes. Z.)

Kristiania, 13. Juli. (Erklärung der provisorischen Regierung.) In der heutigen Sitzung der schleswig-holsteinischen Ständeversammlung verlas der Präsident die an den Reichsverweser gerichtete Glückwunsch-Adresse, mit der Alles einverstanden war. Sodann erklärte der Kommissar, daß in Veranlassung der bekannten Gerüchte über den Abschluß eines Waffenstillstandes und in Veranlassung der in dieser Beziehung landgegebenen Befürchtungen er von der provisorischen Regierung beauftragt sei, der verehrlichen Ständeversammlung die Erklärung zu machen: daß die provisorische Regierung, so lange sie sich des Vertrauens des schleswig - holsteinischen Volkes versichert halten werde, nicht darein einwilligen werde, von ihrer Stellung abzutreten, bis eine neue Regierung in Uebereinstimmung mit den Ständen des Landes und mit dem Volke selbst angeordnet sei. Einige Interpellationen des Abgeordneten Rönnenkamp gaben zu einer Unterredung Anlaß, an welcher der Herzog v. Augustenburg Theil nahm, der darauf hinwies, die kriegführenden Parteien seien Deutschland und Dänemark, die Entscheidung ruhe daher in der Hand der Zentralgewalt oder vielmehr des Reichsverwesers. (Hamb. Kur.)

Während die öffentliche Meinung in den Herzogthümern ausschließlich von Waffenstillstandsunterhandlungen zugewandt ist, wiederholt sich auch das (uns schon mehrmals gemeldete) Gerücht, welches in politischen Blättern, es beabsichtige der General Wrangel, im Falle der Waffenstillstand nicht zu Stande komme, sein tapferes Heer nach Jütland zu führen. Es fehlen noch immer Reservisten zur Armee. (Hamb. Kur.)

Lauenburg. Ratzeburg, 13. Juli. Der Zivilcommissär des deutschen Bundes, Oberregierungsrath Bilfinger, hat eine Proklamation erlassen, nach welcher das Herzogthum Lauenburg bis zur definitiven Herstellung des Friedens zwischen dem deutschen Bund und der Krone Dänemarks im Namen des deutschen Bundes in Administration genommen, demzufolge jeder Verkehr mit den dänischen Behörden abgebrochen, alle von dort ausgehenden Verfügungen und Befehle als ungiltig und alle fortdem etwaigen Verpflichtungen gegen den jetzt mit dem deutschen Bund in Kriegszustand befindlichen König - Herzog als unwirksam erklärt werden. Die interimistische Landesadministration besteht aus dem Grafen Kielmannsegge und Gutsbesitzer Dirckinck-Holmfeld, Walter und Justizrath Hochstadt als Administrationsräthe. Alle öffentliche Diener, welche nicht auf Urlaub und Gehalt verzichten wollen, haben mittelst Revers Treue und Gehorsam gegen jene neue provisorische Landesbehörde und Unterlassung jedes Verkehrs mit dem k. Aktonisten in Kopenhagen zu geloben. (Fr. J.)

Preußen. ⊙ Berlin, 16. Juli. Gestern Abend ist aus die Nachricht zugegangen, daß dem General von Prucker das Portefeuille des Reichskriegsministers vom Reichsverweser übertragen sei. Es scheint, als werde Preußen in dem deutschen Reichsdalmat ein bedeutendes Übergewicht erlangen. Auch ist von Frankfurt eine telegraphische Depesche, daß der Prinz von Preußen den Reichsadmiralsschaffposten zu erhalten die Aussicht habe, wird uns jetzt aus guter Quelle wiederholt. Die erst kürzlich eingeführte Landwehr soll im Laufe dieser Woche theils ganz entlassen, theils beurlaubt werden. Die Besorgnissen, welche gestern während des ganzen Tages in Bezug auf Versuche zur Befreiung der gestern verhafteten Personen gehegt wurden, haben sich nicht bestätigt. Es hat sich zwar unter den Massen einige Theilnahme für die mit gerechter Strenge behandelten, nirgends jedoch Etwas kund gegeben, was auf gewaltsame Schritte zu Gunsten der Verhafteten hätte schließen lassen. Das Resultat der Berhandlung war: Urban ist zu ein-, Loewinsohn zu zwei- und Korn und Siegert zu siebenjähriger Festungsstrafe verurtheilt. Es steht nun noch der gegen die übrigen bei dem Zeughausraube betheiligten Personen eingeleitete Monsterprozeß zu erwarten.

Wie sich im Laufe der Verhandlungen in dem Prozesse gegen Urban und Genossen herausgestellt hat, sind aus dem Zeughause folgende Gegenstände von besonderem Werthe abhanden gekommen: 1) der Degen des Feldmarschalls Gneisenau; 2) zwei kleine Zusammenlegbare, bei der Belagerung von Colberg gebrauchte Zelte; 3) eine Anzahl kleiner Geschütze in Etwis, zu einem für den türkischen Kaiser bestimmten Geschenke gehörend; 4) ein kleines Kanonenmodell, von einem Mechanikus in Speyer Friedrich dem Großen geschenkt; 5) mehrere kleine Kanonen von einem Modelle zu einem Kriegsschiffe.

Zur freiwilligen Anleihe, welche in der letzten Zeit etwas besser von Statten ging, soll Se. Maj. der König außer dem neulich schon erwähnten Silbergeschirr noch 50,000 Thlr. beigetragen haben.

Heute erschien eine Proklamation: „Offene Antwort der Provinzen an die Berliner." Diese Antwort beweist, daß die „Offene Schreiben an andere Brüder in den Provinzen" wenigstens bei den mit dieser Antwort Einverstanden wenig Anklang gefunden hat. In dieser wird sehr entschieden über die Revolution abgewirthet und dem Aufschub zur Verständigung Berlins mit den Provinzen gerathen, noch einige Zeit zusammen zu bleiben, „denn es ist nicht die folgenden Bedingungen Seitens der Hauptstadt erfüllt sind, möchte es mit dem „Hand in Hand gehen, weil einer des anderen bedarf, noch eine gute Weile dauern; 1) muß Berlin aus seinen Mitteln die Artillerie-Vorrathschappen und die Eisenglasernei wieder aufbauen; 2) muß Berlin die Todtenliste seiner Märzleichen mit einer akkuratzigen Biographie jedes Einzelnen verherrlicht, neu auflegen. — 3) muß die Bürgerwehr auseinander, daß die preuß. Garden und Linien-Regimenter, welche am 18. und 19. in Berlin gefochten, ihre Pflicht gethan, und sich wie ehrenhafte Soldaten benommen haben; 4) müßten die Berliner nicht mehr soviel mit Schießgewehren spielen, weil sonst leicht Schaden geschieht — wie Zigura gezeigt habe; 5) müssen die Berliner den Aufschub zur Verständigung mit der Provinz so bald als möglich absegen, denn es ist nunug." — Das vielerorts Platze trägt den Unterschrift „die Provinzen", schweigt aber darüber, von welchen Provinzen und durch welche Vertreter dieselben es ausgegangen und publizirt worden. Uebrigens ist es in der Buchdruckerei von Julius Sittenfeld gedruckt.

Oesterreich. Wien, 15. Juli. (Die vorbereitende Sitzung der Reichsversammlung. Anfang.) Die Versammlung bestimmt einstimmig, daß in den Tribunen Eintrittskarten ausgegeben werden sollen, weil der freie Eintritt Unordnungen im Reichstagsgebäude verursachen würde. Sodann sahet der Alterspräsident die Berichterstatter der 9 Abtheilung ein, ihre Berichte über die Prüfung der Wahlakten vorzutragen. — Hr. Neumann fordert entrüstet den Präsidenten auf, der Galleerie ein für allemal jede Beifalls- oder Mißfallenskundgebung zu verbieten. (Es scheint sich in Wien gleichfalls eine souveraine Galleerieklique bilden zu wollen), worauf der Präsident auch noch den Ausdruck der allg. hörte. Die „Galleerie „gerechtigkeit" erwahnt. Ferner wird das Amendement: „man gebe das Misstimmen an, die die Landesbehörden zu beanstragen, es mögen alle Wahlakten eingesendet werden, auch jene, deren Resultat für unzilig erklärt worden ist," einstimmig angenommen, so wie auch der Antrag auf Portofreiheit in allen an unsere Rechtsgangsbehörden gerichtete Korrespondenzen. — Rud Hanbenschlag vorgetragen 150 Zuschriften sind bis jetzt eingelaufen.

Wien, 15. Juli. Gestern früh um 7 Uhr versammelten sich der Kriegsminister, Graf Latour, der Kommandirende, Graf Auersperg, mit den Generalen, Stabs- und Oberoffizieren der Garnison, und diese Letzterende von Soldaten mit ihren Oberkommandanten Jannsch im Augarten. Clemens, der Freund deßtig die Oberoffiziere und verlas die Ansprache, sodann Abdrücken vertheilte Erklärung der Garnison: „Bewohner Wiens! Gerüchte werden ausgestreut, daß wir einen Schlag gegen die junge Freiheit zu führen beabsichtigen. Der Zweck dieser böswilligen Aufschuldigungen ist augenscheinlich der: Mißtrauen gegen uns zu erwecken und dadurch Bewaffnung und Anheil über unser herrliches Vaterland zu bringen. Mitbürger! Wir glauben diesen frechen Angriffen auf seine heiligsten Rechte genug zu thun, als indem wir euch unsere Gesinnungen offen und ehrlich darlegen. Wir bewahren unverbrüchliche Treue unserem angestammten konstitutionellen Kaiser; wir begrüßen freudig und dankerfüllt die von ihm sanktionirten freien Institutionen, die wir, wie ihr, mit aller Kraft aufrechterhalten wollen, und verwerfen und feierlichst gegen den Verdacht, daß von uns die Freiheit bedroht sei. Wir werden diesen Verdacht zur Schmach jedes Einzelnen, der ihn aussprechen könnte. Darum vertraut uns, die wir jedem Feinde des freien Vaterlandes die Stirne zu bieten freudig entschlossen sind. Doch schwerzlich ergreift, ja empört uns der schändliche Mißbrauch einer ungezügelten Presse, welche nicht vermöget oder die Gesammtheit der Armee und einzelne Glieder derselben die ungerechtesten und gemeinsten Schmähungen aussprechen. Genug dessen! Wir muß und werden solchergestalt fortan wir vom Gesetz! Jeder, in dessen Brust Gefühl für Ehre schlägt, wird uns beistimmen! Bewohner Wiens und insbesondere ihr Männer der Nationalgarde, deren schöner Beruf es ist, im Herzen des Staates wahre Freiheit und Ordnung zu schirmen, ihr könnt, ihr werdet nicht gleichgiltig ansehen, daß Leute — bereits gebrandmarkt durch die öffentliche Meinung — ein Heer beschimpfen, dessen größter Theil gerade sein Blut und Leben für Ehre und Heil des Vaterlandes opfert." Tausendstimmiger Beifallsruf der Garden begleitete jeden einzelnen Satz. General Franck richtete hierauf an die Garden die Fragen: „Sind die hier angesprochenen Gesinnungen auch die Ihrigen?" „Ja Ihnen, wie und, die Aufrechthaltung des Thrones, der Dynastie heilig?" — „Sie, wie wir, bereit, sie mit aller Kraft zu schirmen und zu schützen?" Tausendstimmiger Ja ertönte auf jede dieser Fragen. General Franck forderte sodann auf, sich fernerhin nicht durch Einstafterungen, noch durch die schamlose Presse davon abwendig machen zu lassen u. s. w., brachte ein stürmisches wiederholtes Hoch dem Kaiser und dem Reichsverweser, und schloß endlich: „Auf diese Art, mit diesen Gesinnungen sind wir unbesiegbar, und so soll es sein! Gefährt werden kann, wenn die Reaktion hervorzutreten möglich ist. Mit uns Männer von Ehre! Die Ehre ist bei Soldaten Reichthum, ist sein Gott!"

länger lang andauernden Hoch verlieh der biedere General die Erklärung. Der Professor und k. k. Rath Reuter sprach nun in schöner, kräftiger Rede die Gesinnung der Garden gegen das Militär aus; ihm folgte Dr. Rosenfeld, der in meisterhafter Rede sagte: „Ehrlich und offen ist die Erklärung der Garnison, ehrlich und offen sagen wir, daß wir nur die konstitutionelle Freiheit wollen." Hierauf sprachen noch der Oberkommandant Pannasch und mehrere Andere. Zu schönster Eintracht verließen Militär und Garden den Augarten und verbrüderten die freudigste Stimmung in der ganzen Stadt, alle Lange Rhuna, alle Besorgniß vor der Zukunft schwanden; wenn Armee und Nationalgarde Hand in Hand gehen, wenn sie vereint die Stützen, der Schirm der Freiheit und des Thrones sind, wo ist die Macht, die ihn wanken machen könnte? (A. Z.)

Italien.

Der Genueser „Corriere Mercantile" vom 15. Juli enthält die wichtige Nachricht von der Ankunft des englischen Dampfers Porcupine (Stachelschwein) in Genua, welches am 11. d. Mts. Palermo verlassen hatte, und einen Beauftragten des sizilianischen Departements an Bord hat, welcher dem König von Sardinien die Wahl seines zweiten Sohnes, des Herzogs von Genua zum König von Sizilien mitzutheilen hat. (Der Prinz ist am 15. Nov. 1822 geboren.)

Donaufürstenthümer.

Jassi. Nach einem Bericht vom 10. d. Mts. (Nacht), sind an demselben Tage, Abends 7 Uhr, die russischen Truppen, 4000 Mann Infanterie, eine Eskadron Kosaken und 2 Batterien Artillerie, in das bereits vorbereitete Lager auf dem sogenannten Copo, einer Anhöhe bei Jassy, eingerückt. Das Oberkommando führt General Duhamel, die Infanterie steht unter Oberst Wrangel. Die Mannschaft schien von den starken Märschen sehr ermüdet. (Wien. Z.)

Haiti.

Alle Nachrichten aus Haiti lauten übereinstimmend sehr traurig. Die Rückeroberung der Mulatten wurde mit schauderhaftem Eifer betrieben. In den letzten Tagen war der Präsident Soulouque noch immer im Süden der Insel, um wo möglich dem Blutvergießen Einhalt zu thun. Aber an mehreren Orten, wohin er sich begeben hatte, hat seine Anwesenheit nichts gefruchtet; z. B. in Aquin haben die Neger die gefangenen Mulatten ohne alle Formalitäten erschossen. Von Tag zu Tag fallen solche Einrichtungen mit raffinirtester Grausamkeit von Barbaren vor. In Cayes war ein alter Mulatte, ein Kaufmann, Namens Daubles, ein alter Senator, angesehen und beliebt, wie alle Leute auf die Prostriptionsliste gesetzt worden. Als man ihn in seinem Schlupfwinkel, wohin er sich verborgen hatte, auffand, wurde er durch 24 Flintenschüsse, einer nach dem andern abgefeuert, langsam getödtet. — In Port-au-Prince scheint die Ruhe zurückgekehrt, aber doch noch nicht fest begründet zu sein. Drohende Anzeichen zeigen sich da und dort und lassen neue Ausbrüche von Unordnungen voraussagen. Die Neger der unteren Klassen, aber überwiegend durch ihre Zahl und ihr heißes Blut, wie durch ihre Verbindung mit den Zauberern und Papas Loi, bersten eine Unruhe an den Präsidenten vor, ihn zur Rückkehr und zu einem Verbannungsdekret aller Mulatten zu bewegen. Alle Mulatten sollen binnen 4 Monaten das Land verlassen und werden aller ihrer Rechte als Bürger von Haiti verlustig; ihre Ländereien gehen in den Besitz der Neger über. Es ist nicht unmöglich, daß diese Vorschläge genehmigt werden. Und so nimmt der Kommunismus Besitz von dieser herrlichen Insel, um auch die letzten Spuren der Zivilisation zu vertilgen, welche Frankreich in früheren Zeiten hier eingeführt hatte.

Vermischte Nachrichten.

Jeder hatte früher schon erklärt, daß er mit Heinzen alle Verbindung abgebrochen habe, und nun erklärt Heinzen, daß er schon noch viel früher mit Becker gebrochen habe, und es schreit sich zwischen den beiden Herren eine vielleicht ganz niedliche Kapdolaterei zu entspinnen.

Die „Karlsruher Zeitung" enthält einen Steckbrief gegen Frau Emma Herwegh mit einem nicht unschmeichelhaften Signalement. „Haare, blond; Gesichtsform, oval; Gesichtsfarbe, blühend; Stirne, hoch; Augen, schwarzbraun; Nase, gebogen; Mund, klein; Zähne, ganz gut; Kinn, rund. Sie spricht den Berliner Dialekt." Worauf kein leiser ist in der „Karlsruher Zeitung" strafrechtliche Gesellschaft.

(Der Republikaner.) In Triest kam vor Kurzem ein eigenes Geschichten vor. Ein Taglöhner prügelte einen sehr anständig gekleideten Herrn fürchterlich durch. Letzterer ergriff eilig die Flucht, als Leute herbeieilten, den Mißhandelten zu befreien; der Taglöhner aber hielt ruhig Stand, und meinte, um die Ursache der Prügelei befragt, sehr naiv und trocken: „Der Herr bot mir 1 Thaler an, wenn ich die Republik ausrufen wollte. Ich nahm zwar den Thaler an, weil ich von der Republik nichts wissen; um aber für das erhaltene Geld auch etwas zu thun, hielt ich es für das Beste, dem Besteller seine republikanischen Gesinnungen auszuklopfen. (Ld. Z.)

(Schülerweisheit.) Als neulich zu Wien ein bekannter Gesangslehrer seinen Schüler auf eine falsche Note aufmerksam machte und selbem andeutete: dieser Ton passe nicht in den unterliegenden Akkord, warf sich der Schüler in die Brust und sprach gravitätisch: Mein Herr! diese Akkorde! Mir! Ich kann sie nicht hören! Ich habe sie nicht gelernt! Ich will diesen Ton nehmen? das ist so der alte Zopf, der sich vor der Despotie der Harmonie beugt; wir leben in einem freien Lande, wo ich jeden Beliebigen Ton nehmen kann.

(Ein treffich newählftes Nachtessen.) Als kürzlich zu Prag des Abends bei einem Hause Kapenmusikanten erschienen und ihre obrgerrissebenden Melodien anstimmten, öffnete sich ein Fenster und eine weibliche Stimme erkundigte sich, wem diese Kapenmusik gelte. Als man den Namen genannt, wurde von der Dauerau des Konzertes eine große Schüssel mit Mauch sammt Eingeweiden herabgeschickt, mit dem Bedeuten, die lieben Kätzchen möchten sich damit gütlich thun und gehörig stärken.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

London, 15. Juli. Konsols 87¼, ⅛. Conv. —. Span. Akt. 10⅞. 3proz. 22, 21⅞. Passi. —. Portug. 3proz. —. 4proz. —. 5proz. —. Bras. 4proz. 71 ⅝, 2proz. 45 ⅜ 44⅝.

J. P. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 20. Juli: „Der Schauspieldirektor", komische Oper von Mozart. Vorher wird gegeben: „Gräßliche Liebe; oder: Gleich und gleich gesellt sich gerne", Lustspiel von Lederer.

Fremdenanzeige.

Gold. Hahn. Rad. Forstner, von Wackerstein. Dem. Brändl, von Prag. Penda, Arsolat von Turin. **Blaue Traube.** Se. Durchlaucht Prinz von Hohenlohe-Oehringen, von Stuttgart. Feuerbach, Partikulier von Stuttgart. Graf Mentelsloge und Graf Würtenberg, von Stuttgart. Dr. Schuster, Advokatenter von Innsbruck. Forster, Privatier von Schaffhausen.

Strachusgarten. Delschwander, Lehrer von Zürich. Herwagen, Oberappellationsgerichtsrath von Darmstadt. Dr. v. Langenmantel, von Rosenheim. Oberdorfer, Handelsmann von Holzkirch.

Getraute in München.

Die Herren: Johann Baptist Bauer, bürgerl. Buchmachermeister v. d., mit Maria Zehme, bürgerl. Buchmacherswitwe dahier. Joseph Simon Duber, Bankonbuteur dahier, mit Fräul. Franziska Rothelb Rohrmüller, königl. Kassiends-Assistenstochter von Pfaffenkirchen. Christian August Mengin, bürgerl. Großhändler dahier, mit Fräul. Sophie Barbara Katharina Erich, bürgerl. Großhändlerstochter v. d. Anton Wilhelm von der Tann, königl. Unterlieutenant und Staabsbrigadier bei der königl. Hartschier-Leibgarde dahier, mit Fräul. Maria Josephine Karoline Sinner, k. k. Generalstabsmajor-Beamtenstochter von Laibach.

Gestorbene in München.

Margaretha Trummer, Bauerstochter von Kitzenbach, Lgbz. Bilsed, 27 J. a. Mathias Ulttenhaler, Taglöhner von Ering, Bzk. Simbach, 44 J. a. Theres Decker, Bildhauerregistrants von Mainz, 23 J. a. Rechtliche Hirtelsberger, Maurerstraß, 41 J. a.

Pferdeauslösung und Versteigerung.

5. (3e) Donnerstag den 20. Juli 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Juni 1847, und zwar von

Nro. 68,103 bis 76,500.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verlegt, umgetichrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Dienstag den 25. Juli 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 27. Juni 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

L. Negrioli, Magistrats-Rath.

Schneß, Kassier. Offenbrunner, Controleur.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Bayerische Verhältnisse.

(Auszug aus dem Referate des Herrn v. Maurer im ständigen Gesetzgebungsausschusse der Kammer der Reichsräthe über den Gesetzentwurf für Einführung der Schwurgerichte.)

Die Frage der Zusammensetzung und Bildung der Schwurgerichte ist eine der allerschwierigsten im ganzen Strafverfahren. Von ihrer richtigen Lösung hängen alle Vortheile ab, welche man sich, und zwar mit vollem Rechte, von dieser neuen Einrichtung verspricht. Die eigentliche Heimath der Jury ist England. Alle übrigen Schwurgerichte in Amerika (vorerst ob wie in Frankreich, Genf, Neapel, Belgien, Griechenland u. a. m. sind blos, mehr oder weniger, entartete Nachbildungen der englischen Jury. Und zumal die französische Nachbildung kann, nach dem Urtheile einsichtsvoller Franzosen selbst, nichts weiger als gelungen betrachtet werden. Es wird daher erlaubt sein auf die Urquellen dieser Einrichtung selbst einen wenn auch nur flüchtigen Blick zu werfen. Mit vollem Rechte hat schon Blackstone (commentaries. Bd. III. ch. 23 p. 379—391) gesagt, daß das Geschwornsverfahren der Geschworenen stets als der Ruhm der englischen Verfassung betrachtet worden sei (the trial by jury ever has been considered as the glory of the english law); daß die wahre Freiheit des englischen Volkes (the just liberties of this nation) durch nichts mehr als durch diese Einrichtung gesichert worden sei, und daß sie auch in Schwerden, wo die Geschwornengerichte das in die Mitte des 11ten Jahrhunderts in voller Kraft gebildet haben, das Bollwerk der nordischen Freiheit (this bulwark of northern liberty) gewesen sei. Um jedoch diesselben Vortheile, welche Großbritannien dieses Gut

von ganz Deutschland müssen wir es bezeichnen als das was es ist — als eine schmachvolle Niederträchtigkeit. Dem Regimente Prohaska allein wurden 13 Offiziere auf die Engange ermordet; unterstützige Manier gefangen. Anderthalb Tal dieses Regiment auf dem Schlachtfelde 5 Offiziere verloren und 4 wurden ihm verwundet. Die Zahl der gefallenen österreichischen Offiziere ist unverhältnißmäßig groß, das ehrenvollste Zeugniß dafür, daß sie in kühnem Muthe und aufopfernder Todesverachtung ihren Leuten überall mit dem erhebendsten Beispiele vorangingen. Bei jedem Sturm ringen selbst alle Stabsoffiziere vom Pferde und treten an die Spitze anderen Offizieren an die Spitze der Angriffscolonnen, als die vordersten, wo es gilt, in Kampf und Tod zu geh'n für's Vaterland. Ehre den Tapfern!

Deutschland.

— Die Frankf. O. P. A. Ztg. entnimmt in ihrem amtlichen Theile folgendes: „Der Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten hat die bei dem deutschen Bunde beglaubigten Bevollmächtigten der auswärtigen Staaten von der durch den Erzherzog-Reichsverweser übernommenen Ausübung der provisorischen Centralgewalt für Deutschland, sowie von seiner Ernennung als Reichsminister durch Zuschriften vorläufig, wodurch der diplomatische Verkehr mit diesen Staaten unmittelbar eröffnet ist. —

Die förmliche Begrüßung sämmtlicher mit Deutschland befreundeten Regierungen durch den ernannten Reichsverweser bleibt vorbehalten.

Bayern. — *† München, 20. Juli. Se. Maj. der König werden morgen Abends über Tegernsee nach Reichenhall übersiedeln, um während 3—4 Wochen die dortigen Soolenbäder zu gebrauchen. Während der Abwesenheit Sr. Maj. hat Prinz Luitpold, k. Hoh. den Vorsitz im Staatsrathe zu führen, so oft eine Versammlung desselben stattfindet. Ihre Majestät die Königin werden im Schlosse Hymphenburg verbleiben.

— Se. Maj. der König haben unterm 19. l. Mts. auf die bei dem Kreis- und Stadtgerichte Augsburg erledigte Rathsstelle den Kreis- und Stadtgerichtsrath Max Frhrn. v. Zoller in Nürnberg, auf die jedurch bei dem letztgenannten Kreis- und Stadtgerichte in Erledigung kommende Rathsstelle dem Assessor an dem Appellationsgerichte von Mittelfranken zu Ansbach, Joseph Bauer, und auf die hiedurch offen werdende Stelle eines Assessors bei dem Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg unter Vorrückung des Assessors ausser dem Status Anton Frankl in den Status, den Kreis- und Stadtgerichtsrath II. Klasse zu Bamberg Johan Lamprecht, als jüngsten Assessor ausser dem Status, zu befördern geruht.

— Die Wahlmänner des 1. Landgerichtsbezirks Obergünzburg erklären öffentlich, daß die Stellung, welche der Abgeordnete Prof. Haggenmüller von Kempten, in der deutschen Nationalversammlung und dessen Wahl des Adam v. Isstein zum Reichsverweser für Deutschland weder mit ihrer politischen Gesinnung, noch mit den von Haggenmüller vor seiner Wahl ausgesprochenen Grundsätzen der konstitutionellen Monarchie übereinstimmen. Sie haben daher am 15. Juli eine Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt abschicken mit der Erklärung: daß sie den Erzherzog Johann von Oesterreich als deutschen Reichsverweser mit Freude und vollstem Vertrauen begrüßen. Unterzeichnet sind die siebenzehn Wahlmänner des Landgerichtsbezirks.

Bamberg, 17. Juli. Unsere Stadt war gestern der Mittelpunkt erhebender volksthümlicher Festlichkeit. Dem allgemeinen Wunsche entsprechend hatte der Magistrat in hohes doppelt erfreulichem Einverständniß mit allen Civil- und Militärbehörden für gestern die Feier der Wahl und der Amtsübernahme des Reichsverwesers Erzherzog Johann veranstaltet. Heiter und klar erhob sich der Tag mit feststrahlender Sonne und senkte sich der Abend mit glänzendem Vollmond über die im schönsten Festschmucke prangende Stadt. Von allen Thürmen, allen öffentlichen und Privatgebäuden flatterten lustig die deutschen und die bayerischen Fahnen, alle Häuser — selbst in den entferntesten kleinen Gassen — waren mit den deutschen und bayerischen Farben, Laubgewinden, Blumen, Teppichen, vielfach mit dem endlich errungenen, mit Recht stolzen deutschen Reichsadler und dem Wildniß des deutschen Reichsfürsten schon reich geschmückt, als in frühester Morgenstunde die Musiker der Linie und Landwehr die festne Einwohnerschaft zum fröhlichen und doch so ernst erhabenen Feste riefen. Allmählich füllten sich die Straßen; von der ganzen Umgegend, aus den Thalgebiete, wie aus den Bergen strömte es herab, durch Kulmbach herab, strömten jubelnde Massen in die Stadt, um an der Feier Theil zu nehmen. In allen Kirchen wurden Hochamt und Te Deum abgehalten, dem alle Beamten beiwohnten. Geläute aller Glocken, der Donner der Kanonen verkündeten, daß jetzt Dank- und Loblieder zum Himmel steigen, um seinen Segen für die Festigung des ersten Grundsatzes zu Deutschlands Einheit, Stärke und Größe zu erflehen. Die ganze Besatzung, zur Bataterie, 2 Bataillone Fußvolk, 4 Schwadronen Reiterei, die Landwehr und die frei gebildete Bolkswehr, diese die Musik der Stadtcavalleristen an der Spitze, waren in den Hauptstraßen aufgestellt, zusammen wohl 4000 Männer im blitzenden Waffenschmuck. Ganz ausgezeichnet und zur allgemeinen freudigen Anerkennung erschien die Bolkswehr, aus den achtbarsten Bewohnern, jungen und alten Bürgern, Beamten, Aufsehern, vor etlichen Monaten zusammengetreten zu Schutz und Schirm der Stadt, namentlich gegen etwaige republikanische oder demokratische Putschgelüste, und vortrefflich eingeübt. Sie hatte erklärt, daß sobald sie nur zu Bewahrung von Gesetz und Ordnung, nicht zu militärischem Hausdienste sich berufen fühle, sie bei diesem Feste, das den ganzen Gang deutscher Einracht und Gesetzlichkeit bethätigen solle, nicht stehen dürfe, und sich vollzählig dazu eingefunden. Nur diejenigen wenigen Mitglieder waren ausgeblieben, die schon längst an solcher Gesinnung der Wehrgenossenschaft keinen Geschmack mehr fanden, weil sie ihre wahrlichen Versuche, sie als Werkzeug für ganz andere Zwecke zu gebrauchen, an ihrer wann- und ehrenfesten Festlichkeit scheitern sahen, und noch vor Kurzem bei Aufstellung der Verordnungen der Behörden von der gesammten Mannschaft den bestimmten Rath erhalten hatten, lieber sich ganz zu entfernen. Die wahrhaft schöne Haltung dieser Bürgerschaar in einfacher Kleidung und Waffnung, aber einheitlich gleich allen Linientruppen, gab neuen Beweis, was der freie deutsche Mann für sein Vaterland, für die Vertheidigung seiner Verfassung und seiner ihr getreuen Fürsten, für die Niederwerfung jedes Angriffes auf sie zu leisten bereit ist und vermag. — Nach dem Gottesdienste zog die ganze bewaffnete Macht durch die Haupt-assen, zuum Platz fuhren in der dichtgedrängten, fröhlich sie umwogenden Menge. Alle Gesellschafts- und Besitzungsgenossenschaften und ausser der Stadt waren Nachmittags und bis spät in die Nacht übersüllt; die Vereine der Harmonie und der Concordia gaben glänzende Bälle mit Beleuchtung ihrer Gebäude. Nicht die allermindeste Störung fiel vor, nicht einmal die unbedeutendste Angrize der bei Behörde kam vor, außer einer, die allerdings bezeichnend genug ist; ein wackerer Schuhmachermeister beschwerte sich am andern Morgen bei dem magistratischen Vermittlungsamte darüber und verlangte ehrenhafte Genugthuung, daß ihm Jemand im Wirthshause vorgehalten habe, „er sei auch so ein Republikaner!“ — Bamberg hat durch diese würdige Feier eines großen, folgenreichen, glücklichen Ereignisses für Deutschland und Bayern neuerdings in ungewöhnlicher Weise sich gezeigt, wie sehr eine Stelle in der vordersten Reihe der sich auch für ihn gestimmten Gemeinden unseres großen neuerstandenen Vaterlandes wie früher gebührt, und es wird sie gleich seiner Liebe und Treue für seinen König auch dem deutschen Stamme der Mittelsbacher in allen Wechselfällen zu behaupten wissen.

Baden. — * Heidelberg, 15. Juli. Die Zahl der ausgezogenen Studenten beträgt etwa 300, alle Oberstufe ist der Gesammtzahl. Handwerksbursche, meist Schmiedsgesellen gehen ihnen das Geleite. Von Seite der Bürgerschaft sieht diese großen Schaden durch den Auszug erleiden, zeigte sich saß gar keine Theilnahme. Von den zurückbleibenden Studenten haben gestern etwa 120 sich versammelt, und nun in einer öffentlichen Erklärung unabhrüchlich unerkannt, daß die Regierung ganz in ihrem Rechte ist. Die Vorlesungen werden keine Unterbrechung erleiden.

Hessen. — Darmstadt, 17. Juli. Wir besinden uns eben in einer Cabinetskrisis. Obmanfiesen soll Hofrath Jaup seine Entlassung eingereicht haben. Seine Stellung war in der neuesten Zeit durch die wachsende Opposition im Lande sehr mißlich geworden, um so mehr, da bei dem allgemeinen Dringen auf Kammerauflösung die Stände einem Ministerium nicht mehr eine feste Stütze leihen können. Der nächste Grund der Kabinetsänderung ist jedoch nicht bekannt. Jaup ist aber Wahrscheinlichkeit nach Eigenvrode's Nachfolger. Auch in dem Finanz- und dem Kriegsministerium dürften vielleicht baldige Veränderungen eintreten.

(H. O. P. A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Das ungarische Ministerium soll nach Berichten aus Pesth vom 11. d. M. mittelst der russischen Gesandtschaft am österreichischen Hof eine Note an das Petersburger Cabinet gerichtet und Russlad angen über die russischen Truppenzusammenziehungen an Pruth verlangt, aber nur eine vage Antwort mit Hinweisung auf den aufgeregten Zustand in den Donaufürstenthümern, vorzüglich aber auch die Erklärung erhalten haben, daß Rußland mit Ungarn in Freundschaft bleiben wolle, so lange dieses keine Kriegsrüstungen gegen Rußland machen werde. Die Pforte hat dem ungarischen Ministerium die bestehenden Freundschaftsversicherungen gemacht. — In Bosnien wird ein türkisches Heer von 50,000 Mann in drei Lagern (bei Dolnopolje, Travnik und Jenitza) aufgestellt, aber nur eine Grenze unter dem Serasdier-Pascha Tyrla zusammengezogen. Von Türkisch-Brod bis zur serbischen Grenze ist ein türkischer Cordon gezogen, um das Ueberlaufen aus Bosnien zu verhindern.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 18. Juli. Oesterr. 5proz Metall. 67¼, 4proz. 56. 3proz — 2½proz. 35⅛. Bankaktien 1200. G 500 fl.-Loose 100. 250 fl.-Loose 74. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 89 P — Badische Loose 37½proz. 77. Bayer. 3½proz. 77. Ludwigsb. Berbach 69. — Württemberg. 5proz 100. 4½proz. 95. — Bad. 3½proz. 77½. Lotto-Anlehen à 50 fl 49½. 35 fl.-Loose 26⅛. — Darmstadt. 3½proz. 79⅛. 4proz. 89. Lotto-Anlehen von 50 fl. 65. 25 fl.-Loose 22. — Kurhess. Feiner.-Wilh.-Nordb. 39½. 40 Thlr.-Loose 26⅛. — Nassau 3½proz. 83. 25 fl.-Loose 22. — Frankf. 3proz 85, 3½proz 95½, 90½. — Taunusbahn 285 — Holländ. Integr. 45½. — Span. 3proz. innere Schuld 18. — Pol. 300 fl.-Loose 88. 500 fl.-Loose 64½. — Sard. 36 Fr.-Loose 25. Disc. —

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 20.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Erscheinet: Frauenstraße No. 14. Einrückungsgebühr: Die achtzeilige Petitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

Freitag den 21. Juli 1848.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 17. Juli. (40. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) Nach einem vierten Verzeichniß der Geldbeiträge für den Flottenbau sind seit der letzten Berichterstattung über 5000 fl. eingegangen. Nach einer Mittheilung des Reichsministers v. Schwerling sind demselben für die Dauer der Abwesenheit des Reichsministers der Justiz die Geschäfte dieses Ministeriums übertragen. Zu Folge einer Anzeige des Abgeordneten v. Staudenheim (für Neustrelitzen in Oesterreich), daß er wegen Annahme einer Wahl für die konstituirende Versammlung in Wien aus der Nationalversammlung austrete, entspann sich über die von Kolb und Wiesner angezeigte Frage, ob ein Abgeordneter ohne Weiteres austreten könne, eine Diskussion. Römer machte auf §. 9 der Geschäftsordnung aufmerksam, nach welchem für den Fall, daß ein Abgeordneter nach seiner eigenen Erklärung an der Versammlung Theil zu nehmen dauernd verhindert ist, derselbe durch eine andere Wahl zu ersetzen ist. Es bedarf also seiner Zustimmung der Versammlung und der Betreffende wird es lediglich bei seinen Wählern zu vertreten haben. Andere Redner, wie Lindenau, Eisenmann ꝛc., welche dieser Ansicht beistimmten, verlangten, daß gleichwohl ein ausdrücklicher Beschluß, wie es in dieser verschieden beurtheilten Frage überhaupt gehalten werden solle, gefaßt werde. Die Versammlung trat dem Vorschlage Vogts, zur Tagesordnung überzugehen, bei. Der Präsident brachte aus Veranlassung mehrerer bei ihm angekündigten Interpellationen an die Reichsminister die Frage zur Sprache, in welcher Weise den Ministern überhaupt von Interpellationen Kenntniß gegeben werden soll, da sie, obnehin nur bei besonderer Aufforderung zum Erscheinen in der Nationalversammlung verpflichtet, auch Behufs der Beantwortung jedenfalls vorher Nachricht erhalten müssen. Der Präsident schlägt vor, ihm von den Interpellationen vorher Kenntniß zur Benachrichtigung der Minister zu geben. Diese werden dann ihren Entschluß wegen der Beantwortung fassen können. Rob. Mohl ist der Meinung, daß die Ankündigung eine Sitzung vorher geschehen solle. Wagt verlangt, daß die Interpellation von der Tribune aus gestellt. Die Minister antworten entweder gleich oder verlangen Frist. Jordan von Berlin schlägt zur Beseitigung eines Interpellationsüberdrusses vor, daß eine Interpellation von vorneherein wenigstens von 20 Mitgliedern unterstützt sein müsse. Die Versammlung entschied sich, nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, auf den Vorschlag Beckerath's, welcher bei den vorhandenen verschiedenen Ansichten über die Behandlung der einen wichtigen Theil der Verhandlung bildenden Interpellationen eine feste, entsprechende Norm wünscht, die Frage an den Geschäftsausschuß zu verweisen. Francke kündigt eine Interpellation an den Minister des Auswärtigen hinsichtlich des angeblich zwischen Dänemark und Preußen abgeschlossenen Waffenstillstandes an. Reichsminister v. Schwerling sichert Auskunft zu, sobald Mittheilungen erfolgen. Schaffle stellt die Frage, ob die Reichsminister sich noch in ihren früheren Aeußerungen befinden, um in denselben zu verbleiben gedenken. Es wurde sodann von Stenzel aus Breslau die Vertheilung eines bereits in Druck gegebenen Berichts des völkerrechtlichen Ausschusses bezüglich der Posener Frage angekündigt. Der mit Ausnahme einer Stimme einstimmig gefaßte Antrag des Berichtes geht dahin, die Nationalversammlung möge unter den obwaltenden Umständen 1) die Aufnahme der jetzigen Theile des Herzogthums Posen, welche auf den Antrag der preußischen Regierung durch einstimmigen Beschluß der Bundesversammlung vom 22. Mai in den deutschen Bund aufgenommen worden sind, wiederholt anerkennen und deshalb die definitive Zulassung der Posener Abgeordneten aussprechen; 2) die von dem königl. preuß. Kommissär unterm 4. Juni vorläufig angeordnete Demarkationslinie vorläufig anerkennen, sie jedoch die definitive Beschlußnahme vorbehalten; 3) die bestimmte Erklärung von der preußischen Regierung verlangen, daß sie nicht nur, so lange der polnische Theil von Posen unter ihr (der preußischen) Regierung stehe, die Deutschen in ihrer Nationalität erhalten, sondern auch für den fall, daß jener Theil aufhören werde, unter preußischer Regierung zu stehen, für fernern Schutz sorgen werde; 4) bezüglich der Petitionen aus Westpreußen soll auf die durch die Nationalversammlung bereits gegebene Erklärung wegen des Schutzes fremder Nationalitäten hingewiesen werden. — Der Präsident verlas einen von dem gerade abwesenden Abgeordneten Hergenhahn erstatteten Bericht über die Wahl in Mainz (Großherzogthum Hessen). Bei dieser Wahl hatte Dr. Jung zu Badungen 56 Stimmen, Dr. Hellmann zu Lauterbach die gleiche Anzahl erhalten. Die übrigen Stimmen (über 400) zersplitterten sich. Nach dem hessischen Wahlgesetz (Art. 16) hatte nunmehr das Loos zu entscheiden, und dieses entschied für Heldmann. Nach §. 7 des Wahlgesetzes müssen die Wahlmänner in der Gemeinde, für die gewählt wird, ansässig sein. Dies war, wie sich später herausstellte, bei der fraglichen Wahl bei zwei Wahlmännern nicht der Fall. Beide Wahlmänner haben an der Wahl Theil genommen; für wen, ist, da das Skrutinium ein geheimes ist, nicht zu ermitteln. Da schon eine Stimme entscheiden kann, so ist der einstimmige Antrag des Wahlanfechters, die Wahl für ungiltig zu erklären. Diesem Antrag trat die Versammlung, nachdem sich Schaffrath für die Giltigkeit, Evas dagegen ausgesprochen, fast mit Stimmeneinheit bei. — Es wurde nunmehr zur Fortsetzung der Berathung des §. 3 der Grundrechte geschritten. Beda Weber von Meran erklärt sich für das zweite Minderheitsgutachten des Verfassungsausschusses, daß nämlich für die Ausnahme in das Staatsbürgerthum eines einzelnen Staats Unbescholtenheit und den Nachweis des genügenden Unterhalts als Aufnahmsrecht verlangt werden solle. Jahn fragt, was unter „bescholten" verstanden werden solle. Es darf nur eine Ehre, die bürgerliche Ehre, geben. Wer seine Strafe ausgestanden hat, muß wieder für ehrlich gelten. Plathner von Halberstadt: Der Ausdruck „unbescholten" ist vieldeutig, muß also erläutert werden. Nach einem Zusatzantrage des Redners soll als bescholten nur der betrachtet werden, welcher eine peinliche Untersuchung oder Strafe zu erleiden hat, oder in Folge Nichterfüllung nach unter polizeilicher Aufsicht steht. Wer seine Strafe überstanden hat, hat dem Staate genug gethan. Die Vorurtheile, die gegen die unbestreitbare Wahrheit des Satzes noch bestehen, dürfen nicht berücksichtigt werden. Der Begriff „peinlich" ist allerdings noch näher und übereinstimmend in der Gesetzgebung festzustellen. Wenig ist das erste Minderheitsgutachten. Die erste Minderheit des Ausschusses will kein besonderes Staatsbürgerrecht, sie erkennt nur an, daß besondere Rechte übrig bleiben, welche die Anwendung des allgemeinen Staatsbürgerrechts auf den einzelnen Staat sind. Nauwerck verlangt den Wegfall des Wortes „unbescholten." Christ aus Baden verlangt, — in Erwägung, daß diejenigen Rechte, welche den Inhalt des Staatsbürgerrechts der einzelnen Staaten ausmachen, in §. 2 aufgezählt und nach §. 1 zum allgemeinen Staatsbürgerrecht erhoben sind; daß das Gemeindebürgerrecht der einzelnen Staaten nach §. 2 beibehalten wird; daß somit für ein besonderes, von dem allgemeinen Staatsbürgerrecht und dem Gemeindebürgerrecht verschiedenes Staatsbürgerrecht der einzelnen Staaten kein Inhalt mehr vorhanden, folgerecht auch ein solches Gegenstand ist, — den §. 3 zu streichen. Ludwig Schwarzburg erinnert gegen den Vorredner, daß der §. 3 im Zusammenhang mit den andern §§. allerdings einen besonderen Inhalt hat, indem er die politischen Rechte in den fortbestehenden einzelnen Staaten betrifft. Die Unbescholtenheit soll, besonders bei dem Mißbrauch, der mit Einleitungen von Untersuchungen, besonders wegen politischer Verbrechen, geübt wurde und geübt werden kann, nicht als Bedingung der Aufnahme gestellt werden. Der Verfassungsausschuß hat nicht verlangt, daß die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines einzelnen deutschen Staates darf keinem versagt werden, welcher das allgemeine deutsche Staatsbürgerthum genießt. v. Rönne verlangt, daß zwischen §. 3 und 4 eingeschaltet werde: Kein Bürger eines deutschen Staates kann von der Ausübung von Rechten und Befugnissen in irgend einem deutschen Staate aus dem Grunde ausgeschlossen werden, daß er ein Bürger eines andern deutschen Staates sei. Bredgen von Abrweiler verlangt die Bestimmung, daß jeder Deutsche Bürger des deutschen Einzelstaates sei, in welchem er seinen festen Wohnsitz hat. Jeder Deutsche, welcher deutscher Reichsbürger ist, genießt zugleich die Rechte des einzelnen Staates, in dem er Bürger ist. Biedermann vertheidigt seinen bereits entwickelten Antrag. (Neue Münchener Zeitung Nro. 8.) Zachariä von Göttingen: Es handelt sich um die Frage, ob Staat, ob Bundesstaat? Es wird sich für das letztere zu entscheiden sein. Dann bestehen noch die einzelnen Staaten. Wer zu diesen in ein besonderes Verhältniß zur Ausübung der besonderen politischen Rechte treten will, muß dieß erklären und der Staat auf jene Erklärung eingehen. Die Niederlassung in einem Staate allein genügt nicht. Letzte erklärt sich für das erste Minderheitserachten. Grävell stellt einen eigenen Antrag. Die Diskussion über §. 3 wurde nunmehr geschlossen. Zuerst nahm Hildebrand, als Berichterstatter des volkswirthschaftlichen Ausschusses, das Wort. Die Freizügigkeit ist der Blutumlauf der Nation. Sie soll den Austausch der Ideen und der Interessen vermitteln. Das Recht der Freizügigkeit macht die Einheit Deutschlands erst zur Wahrheit. Es umschränkte Freizügigkeit, mit überall gleichen Rechten und Pflichten, mit

gleichem Recht auf das Gemeindevermögen ꝛc., wäre nur möglich bei vollkommen gleicher Centralisation, bei gleicher Gemeindeverfassung, gleichem Armenwesen ꝛc. Eine solche hat Niemand beantragt. Es handelt sich also nur um die Weise der Beschränkung; ob diese gleichen solle durch die Gesetze der einzelnen Staaten, oder ob gleiche Gesetze für ganz Deutschland eine treten sollen. Das erstere will das erste Minoritätsvotum die volkswirthschaftlichen Ausschüsse. Es ist aber nicht durchzuführen bei den 38 verschiedenen Staaten, deren Gesetze von der Freizügigkeit die Niederlassung in einer Staatsgruppe erschweren bis zur beinahe vollständigen Aufhebung der Freizügigkeit, selbst für die Angehörigen des eigenen Staates. Das Recht des Aufenthalts, als das Recht, mit andern Menschen zu verkehren, darf nicht durch Gesetze gehemmt sein, darf keine Schranken haben, als wo ein rechtlicher Spruch vorliegt, es darf keine Präventivmaßregeln der Polizei erleiden. Jetzt gründet sich der Aufenthalt in einem Staate auf eine stillschweigende oder ausdrückliche, jedem Angehörigt entziehbare Erlaubniß, anstatt daß nur die richterliche Behörde wegen Mißbrauchs einschreiten sollte. Das zweite Minoritätsgutachten stimmt in diesem Punkt dem Ausschußantrag überein. Das in letzterem angerufene Provisorium kann gesetzlich wegbleiben, denn der Ausschuß hat bereits ein Heimaths- und Gewerbsgesetz in Angriff genommen, und hofft es noch vor der zweiten Berathung der Grundrechte vorlegen zu können. Die Gewerbefreiheit hat nicht die behaupteten Nachtheile. Der Pauperismus ist so alt als die Staatsverhältnisse überhaupt. Er tritt jetzt mehr in die Augen, weil die Arbeiter ihre Menschenwerde mehr fühlen, und die Besitzenden größere Theilnahme haben. Trotz der vielen mit Freizügigkeit Fabriken blüht das Gewerbewesen in England. In Preußen besteht eigentlich bisher keine Gewerbsfreiheit, sondern ein Zwang zur Fristung. Der bisherige politische Zustand gestattete kein Associationsrecht. Der Redner ist gegen unbedingte Gewerbsfreiheit. In England herrscht die Sitte, ohne bestehen Lehre gelernt zu haben, die Niemand ein Gewerbe aus. In Deutschland hat der Despotismus jede Sitte zerstört; das Gesetzgebung ist hier zu Hülfe kommen. Eisenach erklärt sich für die Unterzeichnung des zweiten Minoritätsvotums des Ausschusses, daß dieselben dieses bei der Ausschuß auf die Vorlage eines Gewerbe- und Heimathsgesetzes vorläufig zurückziehen, sich jedoch, falls dieses nicht geschieht, die Wiederaufnahme bei der zweiten Berathung vorbehalten. Hermann von München fur das erste Minoritätsvotum des volkswirthschaftlichen Ausschusses. Die Minorität will gleichfalls, daß allgemeine Bestimmungen über Gewerbe getroffen werden. Dies soll aber nur grundsätzlich, nicht in Spezielles geschehen. Es sollen nur Grenzen festgesetzt werden, innerhalb welcher die einzelnen Staaten sich bewegen können. Die Minorität wird gleichfalls einen Entwurf, jedoch in wenigen Paragraphen vortegen. Beseler ergreift das Wort zum Schlusse als Berichterstatter des Verfassungsausschusses. Der Ausschuß ist in dem Falle, mehrere durch die Berhandlung hervorgetretene Verbesserungsvorschläge annehmen zu können. Er will dem Antrag Genetti's einverstanden und ändert in §. 1 deutschen Staatsbürgerrecht in deutschen Reichsbürgerrecht. Es gibt dieser Aenderung auch einen Gegensatz zu den Staats bürgerrecht der einzelnen Staaten. Durch das Reichsbürgerrecht, eine neue Bestimmung, ist die politisch-nationale Einheit konstituirt. Es umfaßt die Rechte, welche allen Deutschen gewährleistet werden. Der §. 1 enthält das Allgemeine. §. 2 faßt auf die Rechte hinüber, die in den einzelnen Staaten schon früher vorhanden waren. Was die Nothwendigkeit des §. 3 betrifft, so geht, so wenig die Gemeinde in den Staat aufgeht, der einzelne Staat in den Bundesstaat auf. Eben der Bundesstaat begründet den Unterschied zwischen sich selbst und den einzelnen Staaten. Eben deßhalb muß auch ein besonderes Staatsbürgerrecht bestehen. Der Redner ging auf eine Charakteristik auf umfassende Kritik der zahlreichen Amendements und Anträge ein, in die ihm zu folgen der Raum nicht gestattet. Die Fassung der drei ersten Paragraphen des Ausschußantrags erhält einige Abänderungen. Die Abstimmung bezüglich der Wahl zur Reichsversammlung soll ganz dem Wahlgesetz überlassen werden. Der Schutz des §. 2, die Bestimmung über das Provisorium und der Vorbehalt der zu erlassenden Reichsgesetze, wird zur Verwerfung von Mißverständnissen anders gefaßt. Abstimmung. — Die Sitzung wurde nach 3 Uhr geschlossen. Die Abstimmung über die ersten drei Paragraphen ist bei der durch die Menge der Amendements veranlaßten Schwierigkeit der Ordnung der Reihenfolge auf die Sitzung vom künftigen Donnerstag den 20. Juli verschoben worden. (Fr. D. P. Z.)

Frankfurt, 18. Juli. Das heute auch in unserm Blatte besprochene Manifest des Altenburger demokratischen Vereins wurde selbst von Mitgliedern der Linken in der Nationalversammlung mißbilligt. Im Verfassungsausschuß verlesen soll der Antrag auf Einsprung einer Reichsarmee beschlossen sein, im Zentralausschuß ein Antrag auf angemessene Besoldung des Präsidenten vorbereitet werden, der bisher gleich jedem andern Abgeordneten des Großherzogthums Posen nur 5 fl. Tagesgehalt bezog. Der Bericht des internationalen Ausschusses über die innerdeutsche Zolle (Berichterstatter der Abgeordnete Mathy) wurde gestern vertheilt. Er beantragt auszusprechen 1) Uebereinkunft der Verbindung Limburgs mit dem Königreich der Niederlande unter einer Verfassung mit der deutschen Bundesverfassung, 2) daß der Beschluß vom 27. Mai, wonach alle mit den Bestimmungen der zu entwerfenden Reichsverfassung nicht im Einklang stehenden Bestimmungen einzelner deutschen Verfassungen als ungiltig betrachtet werden sollen, auch für Limburg vorsichtend sein soll, 3) daß die deutsche Nationalversammlung beschliesse, daß die Frage über die Verpflichtung des Herzogthums Limburg zur Zhrtheilnahme an der holländischen Staatsschuld der provisorischen Zentralgewalt zur Vermittlung und einer die Rechte Limburgs wahrenden definitiven Regelung, deren Ratifikation der Nationalversammlung vorbehalten wird, übermiesen werde. Morgen soll die Berhandlung darüber stattfinden. Heute brachte Schoder seinen Antrag wegen Verminderung der Zivilliste in Anregung. Er verlangt Verwendung derselben an den Verfassungs- oder an der Privatstaatsschatz. Beyr: Die Zivilliste seien Sache der einzelnen Ständeversammlungen. Mey (aus Baden) spricht im Sinne Schoder's. Schmitt aus Kaiserslautern beklagt sich über eine bei ihm vorgenommene Haussuchung, veranlaßt durch die Betheiligung seines Schreibers bei Stiftung eines demokratischen Vereins. Schmitz will Mittheilungen des Geschehenen, und daß der Provisorische Ausschuß zur sofortigen Berichterstattung über die Anträge wegen Unverletzlichkeit der Reichsabgeordneten und zur Vorlage eines Gesetzes hierüber aufgefordert werde. Kirchgeßner spricht gegen den ersten Antrag (weil noch kein Gesetz über Unverletzlichkeit vorliege,) und für den zweiten. Beckerath beantragt Tagesordnung, da der Antragsteller selbst anerkenne, daß nicht ungesetzlich verfahren worden sei. Schmitt nimmt seinen Antrag auf Mißbilligung zurück, sein zweiter (den Antrag an den Ausschuß betreffend) wird angenommen. Eisenstuck, Wesendonk, Reh, noch vor der Abstimmung über §. 2 der Grundrechte, die völlige Gleichberechtigung der Juden als Cultus- und Gemeindespflicht des deutschen Volkes zu erklären, wurde für nicht zu dringend erkannt, um ihn sofort zur Berathung zuzulassen. (A. Z.)

Deutschland.

Bayern. München, 20. Juli. In der Beilage der „Allgemeinen Zeitung" Nro. 197 vom 15. Juli d. J. befindet sich eine Einladung zu einer allgemeinen Versammlung für die Reform der deutschen Universitäten in Jena vom 3. bis zum 5. Sept. d. J. Aus derselben geht hervor, daß sich ein Verein von ordentlichen und außerordentlichen Professoren und Privatdozenten zu dem Zwecke einer allgemeinen gemeinsamen Umgestaltung der deutschen Universitäten gebildet habe, und in diesem Sinne die Aufforderung an alle deutschen Universitäten ergehen ließ. In obgedachter auf diese Einladung ist nun aus dem Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schul-Angelegenheiten an den Senat der Universität München folgendes Reskript ergangen: „Se. Maj. der König, von der Absicht geleitet, die gleichmäßige Regelung der Verhältnisse aller deutschen Hochschulen auf der durch gründliche Berathung von Vertretern aller Universitäten zu gewinnenden Basis möglichst zu fördern, gestatten nicht nur dem gesammten Lehrpersonale der Münchner Universität, sondern auch den demnächst dahier ergangenen Einladung zum Zusammentritte in Jena Folge zu leisten, sondern wollen, daß jede bayerische Universität bei dieser Versammlung durch fünf von dem Gremium der ordentlichen und außerordentlichen Professoren, dann der Privatdozenten aus ihrer Mitte gewählte Abgeordnete, deren auf die Dauer von 12 Tagen die regulärmäßigen Diäten, dann die Kosten der ersten Hin- und Rückreise nach der Eisenbahn oder Eilgelegenheit, dann der Kosten der Legitimationskarte, welche die Abgeordneten zu nehmen sind, vertreten werden. — Se. Maj. der König setzen sofort der Vorlage der Ergebnisse mit gutachtlicher Würdigung nach Maßgabe der Entschließung vom 19. Mai l. J. entgegen, deren Beilegung hinsichtlich der allgemeinen Universitätsvorhältnisse bis dorthin ausgesetzt zu betassen ist. Dies wird dem Senat der königl. Universität München mit Bezug auf den Bericht des Referenten der Universitäts-Bürgschaft vom 10. v. Mts. und auf die in der „Allgemeinen Zeitung" vom 15. Juni (Beilage S. 2669) enthaltene Einladung mehrerer Professoren von Jena zur Nachachtung eröffnet. — München, den 9. Juli 1848. Auf Sr. königl. Majestät allerhöchsten Befehl: v. Strauß. Durch den Minister der Generalseretär Ministerialrath Hainen. (Münchner Nachrichten.)

— (Pfarrei-Ledigungen.) Die katholische Pfarrei Bertach, Dekan. Augsburg, Lgds. Donauwörth, Memmerting 761 fl. 49', kr.; die katholische Pfarrei Kirchdorf, Diözese Passau, Lgds. Regen, Reinertrag 916 fl. 34 kr.; die katholische Pfarrei Innstadt, in Passau, Diözese Passau, Lgds. gleichen Namens, Reinertrag 1139 fl. 29 ½ kr.

Nassau. — Im Wiesbadener ist es der „Allgemeinen Zeitung" gelegt in der Nacht vom 16. auf den 17. in Folge einer Verhaftung in Unruhen gekommen, die am Abend des 17. so bedrohlich wurden, daß am 18. in aller Frühe österreichische und preußische Truppen nebst Artillerie von Mainz dort einrückten. Mit Besorgniß vernehmen wir auch die Verschärfung, daß es nazuweilbstzahter Entschluß der Regierungen sei, den Wühlern und demokratischen Uebergriffen auf dem Boden des Gesetzes energisch entgegenzutreten.

Sachs. Herzogthümer. **Koburg. Indiesem kleinen Herzogthum treiben die reproduktionsfeindlichen Wühler in diesem Augenblick besonders keck ihr Unwesen, ohne daß sie schwache Regierung es wagt, dem anarchischen Zustande, der so sehr eingerissen ist, durch geeignetes Einschreiten Damm zu setzen. Ein in Altenburg bestehender sogenannter Vaterlandsverein, ganz aus republikanischen Elementen zusammengesetzt, hat ein ganz im Sinne des unter'm 28. Juni d. J. von demokratischen Vereine zu Frankfurt a M. ergangenen Aufrufs an die „gesammte Welt" gestaltenes Sendschreiben an die demokratische Linke in der Nationalversammlung zu Frankfurt a M. erlassen, das aber in Frechheit der Sprache und in der Keckheit, mit welcher geradewegs zum offenen Parteikampf in unserem ganzen deutschen Vaterlande aufgefordert wird, noch viel weiter geht. Es kommen darin Stellen vor wie die folgenden: „Das deutsche Parlament hat das Vertrauen des deutschen Volkes dieser getäuscht. — hat zu wiederholten Malen die Grundsätze verrathen, die es beim Beginn seiner Berathungen selbst proklamirt hat." Als Beleg für diese Behauptung werden dann die Beschlüsse über Einführung einer provisorischen Zentralge-

wall" angeführt, welche beweisen, „daß für Deutschlands Freiheit und Einheit von Frankfurt kein Heil zu erwarten," denn das deutsche Volk fordere eine republikanische Zentralgewalt (?!). Man sieht bei dieß, daß den vom ganzen deutschen Volke mit Jubel empfangenen Erzherzog-Reichsverweser Schreiben einen „unter Metternichs Knechtungsjoch stehenden Systeme gran gewordenen Prinzen" zu nennen. Das Parlament trete in die Fußstapfen der Fürsten, täusche wie sie das deutsche Volk. Dann heißt es weiter: „Eine solche Versammlung verdient nicht mehr den Namen eines deutschen Parlaments . . . eine solche Versammlung erkennen wir nicht mehr als Organ des deutschen Volkswillens an; wir protestiren gegen die Gültigkeit ihrer Beschlüsse und erwarten, daß sich das deutsche Volk und anschließe." (Also eingestanden, daß dies bis jetzt noch nicht geschehen.) Nun aber kommt die Aufforderung an die HH. Jtz, Ruge, Schlöffel. Titus und die Gleichgesinnten in folgender Weise: „Ihr aber, wackere Kämpfer für die Freiheit, Männer der entschiedenen Linken, könnt Ihr zweifelhaft sein, was Ihr zu thun habt? Euch bleibt keine Wahl! Vergrabet noch länger Eure Kraft im nutzlosen Kampfe gegen eine volksfeindliche (!) Mehrheit; Ihr seid das deutsche Volk verrathen, wenn Ihr einer solchen Versammlung ferner beiwohnt. Folgt dem Beispiele des ehrenwerthen Kapp (!), wendet einer Versammlung den Rücken, die ihre eigene Mutter, die Souveränetät des Volkes, schon mehrfach verleugnet und sich zur Macht der Fürstenpersönlichkeit herabgewürdigt hat. Protestirt und bedenket das deutsche Vaterland wird Euch zujauchzen; das deutsche Volk wird in Euch nur (d. i. in den 25 Abgeordneten, die sich der Abstimmung bei der Wahl des Reichsverweserd enthielten) seine rechtmäßigen Vertreter (die 575 andern also werden gleich Parias verworfen) erblicken" u. s. w. Das saubere Machwerk ist datirt aus Altenburg 6. Juli, und Deutschland muß doch auch erfahren, wer die Leute sind, die sich herausnehmen, in solcher Weise von seinen Vertretern, von dem gewählten Reichsverweser zu sprechen. Wir setzen sie zur Erbauung unserer Leser hier bei; es sind die HH. Adv. Arthur Dörigsch, Dr. Adolph Donai, Adv. Erbe, der Zuckerbäcker Heinr. Fischer, der Advokat Karl Hempel II., der Zwirnhändler Josepy Fischer, der Bastenfabrikant Jos. Ang. Mänschke, der Maurer Friedr. Pfeiffer, der Buchdruckereibesitzer Th. Meurer, der literat Karl Rösler, der Landgrüßer Robert Schlegel, der Notar Friedr. Aug. Schamann, der Schriftsteller Aug. Friedr. Weichpal, und der Advokat Wiedemann. Wird das neue Reichsministerium zu Frankfurt solchen Frevel ungeahndet hingehen lassen? Hoffen wir, daß es diese erste Gelegenheit ergreift, zu zeigen, daß es entschlossen ist, den bösen Geist der Anarchie, wo er losgelassen ist, zu bannen, und allen wühlerischen Bestrebungen im Zusammenwirken mit den Regierungen rasch und energisch den Kopf zu zerstören.

Schleswig-Holstein. Gestern Nachmittag 2 Uhr, schreibt die „Börsenhalle" vom 15., ist General Wrangel mit dem Grafen Pourtalès und seinem ganzen Stabe von Haderesleben gegen Kolding gerritten, um eine halbe Meile von diesem Ort eine Zusammenkunft mit dem dänischen General von Hedemann zum Zweck des Waffenstillstand abzuschließen. In Haderesleben selbst hatte man keine große Zuversicht, daß der Abschluß zu Stande kommen werde, die dort anwesenden preußischen Truppen hatten indessen Ordre, sich um 5 Uhr marschfertig zu halten.

Hamburg, 15. Juli, Abends. Aus zuverlässiger Quelle können wir mittheilen, daß diesen Morgen der Befehl zum Vormarsch der Dänen noch nicht gegeben ist, daß sie in den Absichtlichkeiten bis zum Punkt zurte, bis zu welchem die Angelegenheit gediehen sein konnte; der englische Gesandte eben so wenig. (Wes. Z.)

Der Altonaer Korrespondent der „Börsenhalle" will wissen, daß von deutscher Seite die Räumung von Alsen von Seite der Dänen und das Fortbestehen der provisorischen Regierung in unveränderter Weise als Bedingungen bei den Waffenstillstands-Unterhandlungen aufgestellt sind.

Dienstag wird der Landtagsalterspräsident den Ständen in Rendsburg die Vorlage und versprochene Vorlage über den Stand der Unterhandlungen machen; daß darauf wird wohl der Landtag geschlossen werden. — Weiteres ist nach Rendsburg abgereist.

Die Polemik gegen die hiesige bekannt gewordenen Waffenstillstands-Bedingungen in den Schleswig-Holsteinischen Blättern dauert fort. Auch von Apenrade ist eine protestirende Adresse an die provisorische Regierung erlassen. Von der provisorischen Regierung wird darin verlangt, „daß selbige, die ihr Mandat von der schleswig-holsteinischen Volksvertretung erhalten und vom Bundestag förmlich anerkannt worden, darauf als vor zu Gebot stehenden Mittel und namentlich durch einen Aufruf an Schleswig-Holstein und Deutschland sich gegen den Gewaltstreich der Diplomatie in dem Besitz ihrer legitimen Rechte erhalten und nur der physischen Macht weichen möge."

Haderesleben, 14. Juli. (Aus dem Lager. Auflösung des Dänischen Freikorps.) Die Gerüchte von einem nahenden Waffenstillstande von langerer Dauer sind allerdings begründet, die Feder der Diplomatie thätiger als das Schwert der Krieger, und der Zwischland kann nächster Tage erleben, daß sich auf's Neue bewahrheite der Spruch des alten Bücher: „Ihr verstärchten Federfuchser habt Alles verdorben, was das Schwert gut gemacht." Zum Glücke ist Wrangel der Mann, der seine jetzige Stellung zum Gesammtvaterlande richtig erfaßt und drohaß sich weigert, das gut zu heißen, was Diplomatiegift Schmutzen den deutschen Landen als Bedingungen einer längeren Waffenruhe aufdrängen will. Wrangel hat wesentliche Modifikationen vorgeschlagen, und wird nicht eher das jetzt zögernde Schwert ganz in die Scheide stecken, bis sie dänischer Seite angenommen. Heute werden hart an der Grenze Verhandlungen gepflogen und es ruhen für 6 Stunden die Waffen. Dennoch ist es noch sehr fraglich, ob der Waffenstillstand und nachfolgende Friede so nahe vor der Thüre. Vermuthen sollte man es aus andern Erscheinungen, die aber bei richtiger Beleuchtung eine ganz andere Deutung zulassen, und schon jetzt bei dem ersten Bekanntwerden nicht verfehlen, eine bedeutende Sensation zu erregen. Das v. d. Tann'sche Freikorps hat gestern von Seiten des Oberkommando den Befehl erhalten, morgen seine Stellung an der Oftküste zu verlassen, um in einigermaßen forcirten Märschen nach Rendsburg zurückzukehren. Dort angekommen soll es von Seiten der provisorischen Regierung aufgelöst werden unter Danksagung für seine geleisteten vielen guten Dienste. Ich schweige von dem, was das von der Tann'sche Freikorps in diesem Feldzuge geleistet, denn es wird unverlöschbar dastehen auf den Tafeln deutscher Kriegsgeschichte. Es sand sogar Anerkennung bei seinen Feinden, da dänische Blätter das Gefecht bei Hoptrup als eine erlittene Schlappe bezeichneten. Leider sand es auch Neid bei seinen Waffengenossen, und sah sich dadurch in seinen Operationen gehemmt. So ward es bei dem Gefechte von Hadersleben in ergwungener Unthätigkeit gehalten und dadurch gehindert über den Fjord zu setzen und zur rechten Zeit den Dänen den Rückzug abzuschneiden. (!!!) Als nach dem Rückzuge aus Jütland das von der Tann'sche Korps in Rendsburg von Seiten der provisorischen Regierung die Aufforderung erhielt im Dienste derselben zu bleiben, wand es entschieden bei zum bevorstehen Kriege zu dienen, aber vorausgesetzt auf ein Jahr. Uns jetzt Entlassung vor den festgestellten und sehr fraglichen Waffenstillstand es entlassen? Was wird es nicht thun, hoffe ich, weil man es nicht darf. Man wird eine Aufforderung und ausgezeichnete Dienste nicht mit Undank lohnen, man wird nicht den Vorwurf des Wortbruchs auf sich laden, und die Ehrenmänner, welche die jetzige provisorische Regierung bilden, werden nicht zugeben, daß etwas gebrüchiger Ehrgeiz einer Persönlichkeit sie zu einem Benehmen verleite, über was nicht nur in den Ehrenkammern, sondern in ganz Deutschland sich die Stimme der Entrüstung laut erheben würde. (Wes. Ztg.)

Oesterreich. — Wien, 18. Juli. Der Erzherzog Reichsverweser ist gestern hier eingetroffen. Er hat die Reise von Frankfurt bieher in 42 Stunden zurückgelegt. Die Worte welche er vom Balkon auf dem Franzensplatze an die versammelte Menge richtete waren: „Ich habe versprochen, am 17. wieder hier zu sein, und habe redlich mein Wort gehalten." — Die Truppensendungen nach Italien dauern noch immer an.

Prag, 16. Juli. Das Landvolk ist mißtrauisch und die Stimmung desselben sehr bedenklich. Es standt nicht an die slavische Verschwörung, sodann daß die deutsche Aristokratie einig darauf ausgehe, die alten Robotlasten wieder einzuführen. Das Landvolk ist allgemein bewaffnet, über die Herrschaften und Pfarrer herzusallen und dann gegen Prag zu ziehen. Hierfürt es wo möglich noch schlimmer aus; man besuchtet die nächsten Tage einen Ausbruch, so zwar, daß Viele schon jetzt ihre Quartiere räumen. Die deutlich gehobte Untersuchung, das Abhören der Studenten zur Armee, der gänzliche Abhängigkeit der Richter, die Verhaftungen von Nationalgardisten regen die Leidenschaften nur auf, statt sie zu beschwichtigen. — Im Wahlbezirke Elnbogen wurde unter 3 Kandidaten, von denen zwei Böhmen waren, für die heutige Reichsverfammlung H. Lande zum Abgeordneten nach Frankfurt mit 81 gegen 14 Stimmen gewählt. (L. Z.)

Schweiz.

Bern, 14. Juli. Nach einer langen Diskussion der Tagsatzung wurde endlich mit Bezug auf die Note des deutschen Bundes mit 20 1/2 Stimmen eine die Nichtbetheiligung eines Bundesstaates aussprechende mit 21 1/2 Stimmen eine Einladung an den Vorort beschlossen, von den einzelnen betreffenden Kantonen Berichte über Das, was vorgefallen, und die getroffenen Maßnahmen einzuziehen. Baselland und Genf wollen entweder die Sache dem Vororte überweisen, oder aber darüber zur Tagesordnung schreiten. In die zukünftige Kommission wurden nun gewählt: 1) Präsident Kunt mit 15 Stimmen, 2) Bürgermeister Fürsprech Burckhardt-Sommann Baugerbuhler, 4) Präsident Kern und 5) Landammann Munzinger (die beiden letzten erst im vierten Skrutinium mit 11 St.) Die Sitzung wurde um 3 Uhr Nachmittags aufgehoben, nachdem sie von 8 Uhr Morgens gedauert.

Italien.

Neapel, 11. Juli. Die Berichte aus Calabrien lauten viel freudiger, seit die Postverbindung von Reggio hieher, so wie auch die Telegraphenlinie wieder hergestellt ist. Die k. Truppen sind Herren des Landes, die Grundeigner, wo überhaupt alle Widerstandsversuche hatten aufhören müssen. Aufsande zu thun, welcher hauptsächlich durch Sizilianer gesucht wurde, Cosenza, der Sitz der Revolutionsregierung, ist von dieser verlassen, die „sizilianischen Hilfstruppen" scheinen sich über die Meerenge zurückgezogen zu haben, und viele Calabresenhäuptlinge befinden sich bereits in Messina. Von Munzuzia's Benehmen hört man nur Lobenswerthes, die meisten Gefangenen sind es er wieder los, einige Rädelsführer aber wurden erschossen. Pizzo wurde von den k. Truppen gestürmt. Munzuzia soll aber alles Gerüchte, bessen er habhaft werden konnte, wieder zurückgeben.

(Schw. Mkr.)

Großbritannien.

London, 6. Juli. Lord Palmerston hat in den letzten Tagen häufig mit dem russischen Gesandten konferirt. Die Differenzen mit dem König von Dänemark, die Angelegenheiten Schleswig-Holsteins bildeten den Gegenstand der Besprechungen. Die vollkommenste Einhelligkeit soll dabei zwischen den brittischen Staatssekretär und dem russischen Repräsen-

tantes statt. Sie glaubten, zur ferneren Vermehrung blutiger Konflikte und zur besseren Anbahnung des Friedens einen innovatischen Waffenstillstand vorschlagen zu müssen, der denn auch eintreten wird oder bereits eingetreten ist. Der russische außerordentliche Kommissär zu Kopenhagen, Hr. v. Dolchoff, hat das Auskunftsmittel vorgeschlagen, das Lord Palmerston auch zu dem seinigen machte, und so im Einklang mit Rußland alles zu beseitigen gedenkt, was im mindesten einen Vorwand zu gegenseitiger Beseiligung zeigt und in der Folge geben könnte. Ueberhaupt ist Lord Palmerston bemüht, die freundschaftlichen Beziehungen, welche zwischen dem Hofe von St. James und jenem von St. Petersburg bestehen, mehr und mehr zu kräftigen. Er läßt wenigstens keine Gelegenheit vorübergehen, um sich Rußland gefällig zu zeigen. Jetzt, in der Stunde, wo ich schreibe schickt er Instruktionen an die Agenten in der gesammten Levante, die, wenn sie in St. Petersburg bekannt, mit Wohlgefallen vernommen würden. Hrn. v. Brunnow gebraucht das Verdienst, die respektive Meinung, die in London gegen seine Regierung eine Zeitlang bestand, beseitigt zu haben. An seinem Generalfest zu Buckingham Hr. Lord Palmerston einen besondern Wink in Folge der daselbst eingetretenen außerordentlichen Ereignisse zu geben für nöthig erachtet, der nicht verloren gehen und die provisorische Regierung, die sich an die Stelle des Fürsten Bibesko gesetzt, bald übersühren wird daß Herr Calzahoun vollkommen im Sinne seines Kabinets gehandelt als er die Einladung ablehnte die man an ihn gerichtet hatte. (A. Z.)

Frankreich.

** Paris, 17. Juli. Alle Welt ist des provisorischen Zustandes müde, den man als die Duelle und Hauptursache alles seit fünf Monaten über uns gekommenen Unheils betrachtet. Wenn man dem General Cavaignac die vollziehende Gewalt bis nach dem Votum über die neue Verfassung überträgt, würde man dem allgemeinen Wunsche entsprechen und sicherlich auch das Interesse des Landes befördern, das vor Allem Ruhe und Ordnung will, die aber nur bestehen kann, wenn die ganze Gewalt in den Händen eines Einzigen konzentrirt wird. — Der Justizminister Hr. Bethmont hat aus Gesundheitsrücksichten seine Entlassung gegeben. Als so lebeigige Portefeuille soll Hrn. Marie angeboten worden sein. Nähme er an, so müßte ein neuer Präsident der Nationalversammlung ernannt werden, und man glaubt, die Wahl würde dann Hrn. Dafaure treffen. General Sedan, dessen Wunde noch nicht geheilt ist, hat definitiv das Ministerium des Aeußern ausgeschlagen, und Hr. Bastide daselbst wieder übernommen. Hr. Bernhisac St. Maur soll das Marineministerium übernehmen. Die Nationalgarde ist über Abkürzungsansicht nach einer gänzliche Umgestaltung erfahren, die sie so ziemlich auf denselben Fuß zurückversetzen wird, den sie vor dem 24. Februar einnahm. Auch wird es wohl zu einer fast durchgehenden neuen Wahl der Offiziere derselben kommen. — Der Minister des Innern hat durch den Telegraphen den sämmtlichen Präfekten in den Departements die Weisung zugehen lassen, keine jungen Leute mehr nach Paris gehen zu lassen, die etwa in die Mobilgarde eintreten wollen. Auch seine Einwendungen mehr vorgenommen. — Herr Lherbette stellt heute in der Nationalversammlung eine Interpellation an dem Minister des Auswärtigen über den Einmarsch der Russen in die Donaufürstenthümer. Herr Bastide antwortete man wisse noch nichts Sicheres über diese Angabe. — Die Nachrichten aus Wien und Oberitalien stimmen überein, daß Oestreich sowohl als Sardinien an Friedensschluß denken. Oesterreich möchte England, Sardinien Frankreich als Vermittler nehmen. — Man sieht dem baldigen Widerrufe eines der „Presse" entgegen.

— Wir haben heute durch die Kanier. Ztg. die Nachricht, daß am 17. Nachmittags zu Straßburg ein Arbeiterbarrikadenkampf stattgefunden hat. Etwa 300 Arbeiter rückten vor die Mairie und verlangten Geld oder Arbeit. Das Militär und die Nationalgarden rückten aus, verhafteten sechs Rädelsführer, und trieben die andern auseinander. Vorsichtsmaßregeln durch Aufstellung an Truppen und Schließung der Zitadelle und mehrerer Thore waren getroffen. Der Abend und die Nacht auf den 18. verliefen ruhig.

Vermischte Nachrichten.

Englischer Krämergandalismus. In Cirnbrook wurde kürzlich die Dorfstaffeleisäule, eines der schönsten Denkmale altenglischer Baukunst, niedergerissen, um einen Platz zu Kohlenschuppen für die nordwestliche Eisenbahn zu erhalten! — Die Alterthumsfreunde boten vergeblich alle Mittel auf, diesen Vandalismus abzuwenden — es half nichts, die Eisenbahn zahlte für den kleinen Platz 115,000 Thlr. und setzte ihren Plan durch. In der Kirche war unter andern auch die Kapelle Marie von Gelders, Gemahlin Jakobs II., begraben. Mit Mühe erlangte man die Erlaubniß, wenigstens die königlichen Ueberreste sollten geborgen zu werden. Der Sarg, den man fand, war von Eichenholz, noch ziemlich erhalten, das Gerippe aber gänzlich zerfallen bis auf den Schädel, in welchem die Zähne noch vollständig und blendend weiß standen. Der Sarg wurde mit königlichen Ehren in die Abtei Hulverer abgeholt und da beigesetzt.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 17. Juli. Sproz. Metall. 75, Sproz. —, Sproz. —, 2½ proz. 39⅛, Bank-Aktien 600 G.-Loose 123. 1839er 250 G.-Loose 82. Bankaktien 1165. Nordbahn 108. Glogauer 90. Lemberg-Mailand 63. Livorno 71. Pesth 64. Siena 53. Apennunbahn 95.

Berlin, 17. Juli. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 74 B., — G. Pr. Anl. — B. Berl. Präm. Sch. 88¼ B. — G. Berl. Stadt-Obl. — B. 70 G. Westpreuß. Pfandbr. 77 B. 76¼ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. Sproz. — P. 90¼ G. 3½ proz. 77¼ P. — G. Ostpr. Pfandbr. — P. 82¼ G. Pomm. Pfandbr. — P. 93¼ G. Kur- u. Nm. Pfandbr. — P. 93¼ G. Preuß. Bk.-Anth. 99. 99 B. Friedrichsd'or 13⅓ P., 13⅓ G. Andr. Goldm. à 5 Th. 12⅓ P., 12½ G. Disconto 4½ P. 3½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AA 86 B. Berl.-Hamburg 62 B. u. G. Berl.-Stettin-Stargarder 85 B. u. G. Berl.-Potsdam-Magd. 44 P. Magdeburg-Halberstadt 91 B. Halle-Thüringer 49 B. u. G. Köln-Minden 76⅞ B. u. G. Niederschles.-Märk. 56 B. Ostsee-Aktien — P. Niederschles.-Märk. 69¼ B. Oberschles. A 83¼ B. u. G. B. 84 P. 83 B. u. G. Breslau-Freiburg 80 G. Rhein. 69 G. Kral.-Oberschles. 36½ P. Berg.-Märk. — Stargard-Posen 65⅛ B. 64 u. 64½ B. u. G.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. B 83¼ G. Stargard-Posen —. Magdeburg-Wittenberg 42⅛ B. u. G.

Petersburg, 11. Juli. Berlin-Anhalt. 84 B. u. G. Berlin-Hamburg. 88½ G. Berlin-Potsdam-Magd. Sproz. 74 B. Sproz. 78½ B. Halle-Thüringer 50½ B. Köln-Minden 88½ B. Nrd. Stamm-Prior. 68 P. 67 G. Niederschles.-Märk. Sproz. 70 B. Sproz. 90½ B. Pr. Bank 88 B. Preuß. Bk.-Anth. 99 B. Zweibahn Sproz. 70 P. Kosel-Oderberg 90 G. Stettin-Schwedt —.

Paris, 17. Juli. Sproz. 47.—, Sproz. —, Sproz. 76.50. Sächsische 15. Bankaktien 1655. Compt. von Algier 825. Spanische Sproz. 26½, 4½ proz. 70. Belg. Bank —. Neap. Sproz. 70 —, Rem 64. Piem. —. Berl. 8.8. rechte 125.—, linke 105.—. Paris-Orleans 685.—. Rouen 387.50. Lyon 325.—. Straßburg 358.75. Nordbahn 367.50. Mars-Avignon 240.—. Straße-Bahl 98.75. Ost.-Bordeaux 465.—. Tours-Nantes 337.50.

Madrid, 12. Juli. Sproz. 20¼ P. — G. Sproz. 11⅛ G. Pass. 4¼ P. 4½ G. Cour 8 P. Prozent. Zu 3½ G. St. Fernandobank — Diskonto —. Wechselkurse: Paris —50 P. London 43 P.

J. B. Vogel, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag, 21. Juli: „Dorf und Stadt", Schauspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Fremdenanzeige.

Bauer. Hof. Breinsfeld und Brand, Kentiers aus England Frazer, Studirender aus England. Breitweiler, Kaufmann von Trier.

Hotel Maulik. Arant, Kaplän aus England. Gierer, Privatier von Wien. Dr. Ecker, von Neuburg. Jahr, Privatier von Leipzig. Rätiger, Kaufmann von Glauchau. Schrang, Gutsbesitzer von Stettin.

Gasth. Kreuz. Correa, Particulier von Peru. Fellner, Privatier von Nürnberg. Behr, Direktor von Leipzig. Reinecke, Privatier von Stuttgart.

Gasth. Hahn. Graf v. Coudenhove, von Triest. Baron v. Greffenfels, von Innsbruck. Brüning, Rath von Offenburg. Cummerling, Privatier von Konstanz.

Blaue Traube. Bayerhammer, Gerichtshalter von Miesbach. Baumüller, Posthalter von Miesbach. Miller v. Aignasto, Gutsbesitzer aus Polen. v. Fisler, Privatier von Innsbruck. Dartenbach, Diaconus von Besigheim. Schmid, Pfarrer von Pfaffenhofen. Dr. Hasselwander und Professor Pfeiffer, Abgeordnete von Frankfurt.

Stachusgarten. Spannrolf, Polizeikommissär von Lichtenau. Mad. Schüß, Dollorsgattin von Stuttgart. Müller, Brauer von Augsburg. Bankel, Privatier von Augsburg. Gottschmid und Hausherr, Kaufleute von Cottbus.

Gestorbene in München.

Magdalena Weichenhauber, bürgerl. Schneidersfrau, 55 J. a. Klemens Schwabl, Maurer von der Au, 29 J. a. Xaver Hötzl, Maurer v. d. Au, 63 J. a.

Versteigerung.

25. (3o) Montag den 31. Juli werden im königl. Zwirlgewölbe (Lederergasse Nro. 26) mehrere Partien getrockneter Blätterden an die Meistbietenden gegen sogleich bare Bezahlung öffentlich versteigert. Kaufsliebhaber werden hiemit eingeladen.

München, den 15. Juli 1848.

Königl. bayer. Hofzagd-Intendanz.

26. Von unangezweifelten Vorfahren genöthigt, findet der Unterzeichnete sich veranlaßt, dem hohen Adel und sehr verehrlichem Publikum anzuzeigen: daß er im Pferdehandel mit dem im Stachusgarten dahier wohnenden Pferde-Händler Benedikt Fränkl in keiner Verbindung stehe.

Für das mit bisher geschenkte Zutrauen höflichst dankend, erlaube ich mir, alle meine verehrten Gönner und beden Kunden zu bitten, gefälligst der allenfallsigen Zwischenkunft meines unterstehender Arrestze zu beachten.

München, den 18. Juli 1848.

Meyer Fränkl,
Pferdehändler aus Ansbach bei Würzburg. In München wohnhaft im grünen Hof in der Bayerstraße Nro. 16.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Bayerische Verhältnisse.

(Anzug aus dem Referate des Herrn v. Maurer im ständigen Gesetzgebungsausschusse der Kammer der Reichsräthe über den Vorentwurf für Einführung der Schwurgerichte. Schluß.) Ein weiterer Vorzug des englischen Systemes bei Zusammensetzung der Geschwornengerichte besteht in der gründlicheren Verfertigung und regelmäßigen Ergänzung der Geschwornenliste. In England erlassen nämlich die Friedensrichter im Juli eines jeden Jahres an den Hochsheriffer (high constables) die Weisung, in sämmtlichen Gemeinden ihres Bezirkes haben die pretty constables oder andern Gemeindebeamten sämmtliche Personen, welche fähig und verbunden sind, als Geschworne zu dienen, verzeichnen zu lassen. In jeder Gemeinde wird nun ein solches Verzeichniß gemacht und zu dem Ende den Constables und andern Gemeindebeamten die Einsicht in die Armen- und Grundsteuerbücher (the rates for the poor or land tax, the parish books) gestattet. — Wenn das Verzeichniß fertig ist, wird dasselbe an allen öffentlichen Plätzen der Gemeinde angeschlagen und zugleich vorgeladen zu Jedermanns Einsicht bei einem Kirchendiener niedergelegt. Allenfallsige Auslassungen oder sonstige Irrthümer können nicht blos von den Betheiligten, sondern auch von jedem andern Engländer gerügt werden. Die also berichtigten Verzeichnisse der Constables werden dem Gerichtshofe der viertelsjährigen Sitzungen der Friedensrichter überschickt und daselbst von den Constables beschworen, daß dieselben nach bestem Wissen und Gewissen verfertiget worden seien. In den Gemeinden noch mehr vorgehabte oder noch nicht erledigte Reklamationen werden nun hier von den Friedensrichtern entschieden, sodann aus sämmtlichen Gemeindeverzeichnissen das Verzeichniß der Geschwornen für die ganze Grafschaft (die sogenannte Generalliste, the freeholders book, the jurors book for the year) verfertiget, und diese Generalliste von dem Sheriff der Grafschaft überschickt. Auf diese Weise erhält denn der Sheriff jedes Jahr eine neue gehörig verifizirte und berichtigte General Geschwornenliste, auf welcher kein Verstorbener fehlen, aber auch Niemand zu finden pflegt, der bereits gestorben, wahnsinnig oder wegen eines entehrenden Verbrechens bestraft oder geächtet (outlawed) worden ist, oder welcher sonst nicht auf die Geschwornenliste gehört, wie dieß bei den französischen Geschwornenlisten zuweilen schon vorgekommen ist. — In Frankreich dagegen (nach den im Minist. crim. enthaltenen Bestimmungen) geht auch in dieser Beziehung Alles von dem Staate besoldeten und ganz abhängigen Verwaltungsbeamten aus, von den Präfekten und Unterpräfekten, oder von Regierungsbevollmächtigten, wie man sie jetzt zu nennen pflegt. Die Gemeinden sind dabei so gut wie ganz ausgeschlossen. Auch hat keine regelmäßige Ergänzung Statt. — Da man aber zur Bildung der Geschwornenlisten diejenigen Behörden am geeignetsten fand, welche in täglicher Berührung mit der Bürgerschaft stehen, und daher die Individuen, welche sie für einen Geschwornen nothwendigen Eigenschaften besitzen, am besten kennen, und welche eine von der Regierung möglichst unabhängige Stellung haben; solche Behörden indessen keine anderen, als die Gemeindebehörden und die Gerichte sind; da ferner der Mißbrauch einer regelmäßigen Ergänzung der Listen durch Ausscheidung längst Verstorbene oder sonst unfähig Gewordene immer noch auf den Geschwornenlisten stehen, — so sind auch in dieser Beziehung die englischen Einrichtungen den französischen bei weitem vorzuziehen, wie dieses auch in Frankreich selbst längst anerkannt worden ist. — Wie das griechische Gesetz, so hat sich daher nun auch der vorliegende Entwurf in der Hauptsache an das englische Verfahren angeschlossen. Die Berichtigung und regelmäßige Ergänzung der Geschwornengerichte ist nämlich auch im Entwurfe hauptsächlich in die Hände der Gemeinden, sodann aber auch noch in jene der Distriktsbehörden und des Landrathes gelegt worden. Nur der Mitwirkung der Gerichte ist nicht derselbe Einfluß eingeraumt, wie in England den Friedensrichtern. Zwar ist es nicht nothwendig, auch nicht einmal räthlich, bei der Verfassung der General-Geschwornenliste das Meiste selbst in die Hände der Gerichte zu legen. Allein die Entscheidung der einstandenen Reklamationen möchte ich doch für die Gerichte in Anspruch nehmen. Da jedoch wegen der Anordnung verschiedener Wahlakte die Mitwirkung der Gerichte weniger nothwendig erscheint, die Gerichte auch bei ihrer vermaligen Dequisition obnedies überladen und in bedeutendem Rückstande sind, so werde ich mir zu Hand seiner bald zielenden Antrag stellen. Versuche man es zuerst einmal mit dieser neuen Wahlordnung. Und sollte sich diese nicht vollständig bewähren, so kann sodann noch bei der Berathung der definitiven Gesetzgebung nachgeholfen und an die Gerichte gewiesen werden, was besser von diesen entschieden werden dürfte. Was die Anzahl der für jede Assisensitzung zu berufenden Geschwornen betrifft, so sollen auf jede Sitzung nach Englischer 48 bis 72 Mann gesetzt werden; in Frankreich 60, welche der Assisenpräsident auf 36 zu reduziren hat; in der Pfalz nur 36, worauf 24 bezeichnet werden; in Griechenland 60, auch welchen der Appellationsgerichts-Präsident durch loos 30 Geschworne und 4 Ersatzmänner zu ziehen hat, von diesen aber nur 24 in der Sitzung anwesend zu sein brauchen; nach dem Entwurfe endlich sollen die Appellationsgerichts-Präsidenten aus der Hauptliste 45 Geschworne und 9 Ersatzgeschworne durchs loos ziehen, die Assisenpräsidenten aber die 45 auf 30 und die 9 auf 6 herabsetzen, und von diesen wenigstens 24 in der Sitzung erscheinen. Das englische Recht kennt, wie auch das griechische Gesetz, bei der Bildung der Spezialjuries nur eine Auswahl durchs Loos. Dem vorsitzenden Richter und Assisenpräsidenten wird dabei kein Antheil gestattet, was mit den Eigenthümlichkeiten jener Länder zusammenhängt. In der Pfalz hat sich dagegen das dem Assisenpräsidenten zustehende Recht der Auswahl von 24 aus der Liste der 36ger als sehr zweckmäßig bewährt. Es kann demnach auch für die neue Gesetzgebung empfohlen werden. Ebenso hat die Erfahrung der Pfalz und von Griechenland bewiesen, daß die Anwesenheit von 24 Geschworenen in der Sitzung vollkommen hinreicht. Und da unter eine große Eleichterung für die Geschwornen liegt, so ist auch dieses System für die neue Gesetzgebung zu empfehlen. Ich bin demnach mit dem Entwurfe in Grunde liegenden Systeme vollkommen einverstanden. Der vorliegende Entwurf enthält die wesentlichen, dem französischen Rechte mehr vorzuziehenden Bestimmungen des englischen Rechtes, insoweit diese überhaupt auf unsere Verhältnisse passen. Er enthält aber außerdem auch noch einige Verbesserungen, welche sich in der Pfalz und in Griechenland bereits als praktisch bewährt haben und sagt hiebei allem noch eine neue Modifikation hinzu, wodurch das neue System einen Vorzug vor allen früheren erhält.

Die Cautionsleistung der Zeitungen.

** Man ist in Frankreich eben auch mit Einführung neuer Gesetze über die periodische Presse beschäftigt. Die Fragen der Cautionsstellung, die Verantwortlichkeit der Geschäftsführer (Gerants) und der Redakteure, und die verschiedenen Strafarten für Preßvergehen, sind dort auf's Neue an der Tagesordnung und Gegenstand lebhaftester Controverse. Da voraussichtlich auch bei uns auf dem nächsten Landtage dieselben Fragen zur Anregung kommen werden, diese Fragen aber von der höchsten Wichtigkeit sind, so glauben wir unsern Lesern einen angenehmen Dienst zu erweisen, wenn wir ihnen die Ansichten einiger der bedeutendsten Männer Frankreichs über diesen hochwichtigen Gegenstand zur Kenntniß bringen. Wir glauben dadurch unserem Grundsatz, nach welchem wir unsere Muster nicht in Frankreich suchen, keineswegs ungetreu zu werden. Wir wollen nur zeigen, wie die einsichtigsten, die wahrhaft praktischen und ihre Vaterlandsliebe nicht blos mit hohlen Redensarten, sondern durch Alte bethätigenden Männer Frankreichs, erwerbe Fremde wahrer gesetzlicher Freiheit, über die Sache denken. Diese Männer gehen von der Ueberzeugung aus, daß unter den gegenwärtigen Umständen (und haben wir nicht fast dieselben in ganz Deutschland?) vor Allem die Nothwendigkeit vorliege, der Regierung Kraft zu geben; sie sind überzeugt, daß die Regierung nie festen Boden gewinnen, eine starke Stellung erlangen kann gegenüber den unaufhörlichen Bestrebungen der Verderbtheiten der Anarchie und Zerstörung aller Grundlagen der Gesellschaft. Zu allgemeinen erkennen sie in der Cautionsleistung von Seite der Heraus-geber der Blätter eine Garantie für die Gesellschaft. Dieser Ansicht sind die HH. Thiers, Dupin, Leon Faucher (ehemaliger Redakteur des Courrier Français), Bechard, Etienne, Ferdinand Barrot, Lombard le teyral, Donatien Marquis, Bonfean, Flambert und noch viele Andere. Hören wir, was einige derselben über diesen Punkt begründeten, als die Frage in den Büreaux der französischen Nationalversammlung am 14. d. zur vorläufigen Besprechung kam.

Hr. Thiers ist nicht im Mindesten gemeint, den Antheil, den er an Absassung und Annahme der Septembergesetze genommen, zu verläugnen. Dieselben scheinen ihm durchaus nicht verschieden zu sein von den Maßregeln, welche in der gegenwärtigen Lage ergriffen seien. Damals wie jetzt rechtfertigten sich diese durch die außerordentlichen Verhältnisse. Er hält jede unbeschränkte Freiheit für unmöglich, und besseriet insbesondere den Zeitungen das Recht, das Prinzip der bestehenden Regierung in den Kreis ihrer Erörterung zu ziehen und dadurch in Frage zu stellen. Unter der Monarchie — sagt er — war es nicht erlaubt, sich einen Republikaner zu nennen: unter der Republik darf es nicht gestattet sein, sich einen Royalisten zu nennen. (Wir müssen hier jedoch die Bemerkung einschalten, daß unter der Julyregierung wenigstens nie Jemand darum verfolgt worden ist, weil er sich blos einen Republikaner genannt hätte; gleiches läßt sich kaum von der Republik sagen, unter welcher allerdings niemand es wagen darf, sich einen Royalisten zu nennen.) Die Cautionsleistung der Zeitungen hat nach Hrn. Thiers den Vortheil, die vorteuflische Wirkung, daß sie der einfach, ehrenhaften. aufgeklärten und unterrichteten Presse zu Statten kommt, dagegen alle jene mittelmäßigen, unbedeutenden oder geradezu böswilligen, manchmal sogar wirklich niederträchtigen Blätter im Keime tödtet, welche nur ein Schandfleck und eine Schmach für die Sitten und die Literatur des Landes sind.

Hr. Dupin der ältere, als Vorsitzender des Gesetzgebungs-Ausschusses, ein parlamentarischer Mann und unabhängiger Charakter gleich bemerkenswerth, äußerte: „Diejenigen, welche eine unbeschränkte Freiheit der Presse fordern, haben nur ihr eigenes Recht im Auge: auf das Recht aller andern nehmen sie keine Rücksicht. Wenn ihr das Recht habt, eure Ideen kundzugeben, und euch dabei in den rechten Schranken haltet, so habt ihr dagegen nichts einzuwenden: kann bewesit ihr, daß ihr dieser Freiheit euch würdig seid. Aber wenn ihr die Gesellschaft, die Autorität angreift; wenn ihr zum Haß von Bürger gegen Bürger, zum Bürgerkrieg aufreizt; wenn ihr frech euer Spiel treibt mit der Verläumdung, wenn ihr vermittelst derselben den Ge-

schäftsmann zu Grunde richtet; wenn ihr euch zum Werkzeug macht für den Aufruhr und die Empörung, kann ist sicherlich und unzweifelhaft energisches Einschreiten, strenge Bestrafung unerläßliche Nothwendigkeit. Wir wissen also Burgschaften haben gegen solche Exzesse der Presse: diese Bürgschaften können wir nur erlangen durch Annahme der vorgelegten zwei Gesetzentwürfe (von denen der eine die von jeder Zeitung vorgängig zu erlegende Caution auf 24,000 Fr. festsetzt, der andere die Ueberweisung der Klubs und das Verbot des bewaffneten Erscheinens in denselben anspricht). Ich frage — schloß Hr. Dupin — ob man, wenn man ein Haus baut, sich nicht auch zuerst der Solidität der Fundamente versichert?

Hr. Lombard de Leyval sprach sich anerkennend für die von der Regierung beantragten Dekrete aus, fanden dieselben aber noch nicht ausreichend und tiefeingreifend. Auch diese Gesetze seien nicht hinreichend der üblen Nachrede (diffamation) geschaffen worden, um die einzelnen Personen zu schützen. Jetzt gilt es, der Familie Schutz zu gewähren. Die Verneinung der Familie und des Eigenthums als Grundlage der Gesellschaft wird nicht mehr bloß in Buchern philosophischer Träumer ausgesprochen, sie tritt jetzt in den Organe der Tagespolitik hervor. Man erfrecht sich, die Familie als einen Mißbrauch, das Eigenthum als einen Diebstaft zu erklären: das Recht, beide zu zerstören, wäre die natürliche Folge davon. Und so bewaffnet man Bürger gegen Bürger, und der Umbruch des Bürgerkriegs wird unvermeidlich. Zur gerechten Züchtigung derer, die sich solche Angriffe auf das Prinzip der Familie und das Prinzip des Eigenthums erlauben, muß man in's Gesetz eine Bestimmung aufnehmen, kraft welcher darauf eine gleiche Strafe gesetzt wird wie jene, welche den Angriff auf die Majestätsbeleidigung setzt. Der Redner schweigt aber in Betreff der Familie, und die dem Gesetze von 1819 entlehnten Bestimmungen in Betreff des Eigenthums sind unzureichend. Der Redner ist durchaus für das Prinzip der Cautionsleistung der Zeitungen, wünscht die Cautionen aber höher als niedriger festellt.

Hr. Berryer (der bekannte legitimistische Redner) findet die Cautionsleistung als unzureichen und illusorisch für den Zweck, den sie erreichen soll. Er will, in der Besorgniß, daß mit der gestern angebrochenen Freiheit und der bedauern gegebenen Leichtigkeit der Presserzeugen auch die Zahl dieser sich vervielfachen wird, verschärfte Strenge, besonders in den leiblichen Strafen, in der Einsperrung. Man muß sich große Sicherheit verschaffen, daß die Verfasser von strafbaren Artikeln auch wirklich erreicht werden, durch die Anforderung, daß jeder Artikel die Unterschrift des Verfassers trage; die Strafe für den, der seinen Namen hergibt, muß verschärft, jeder Drucker, der eine Schrift ohne ausdrucliche Angabe des Verfassers veröffentlicht, streng bestraft werden.

Dagegen bemerkte, unserer Ansicht nach mit Recht, Hr. Leon Faucher, der selbst lange Journalist war und auch in weiteren Kreisen wohlbekannt ist durch seine trefflichen Schilderungen der Arbeiterzustände in den englischen Fabrikdistrikten (zuerst erschienen in der Revue des deux Mondes), daß die Unterzeichnung jeder Artikels eine unwirksichkeit wäre, gerade dem Zweck, den man im Auge hat, entgegenstehen würde. Sie würde schmerstracks zuwiderlaufen dem Geiste der Institution der Presse, welcher will, daß der Hauptredakteur der Vertreter des politischen Gedankens, der ganzen Richtung der Zeitung sei. Das Gesetz muß nur die Verantwortlichkeit des Hauptredakteurs aufstellen.

Hr. Donatien Marquis (unter der Julitegierung Mitglied der Opposition der Linken) wünscht vor Allem eine Gesetzgebung absoluter Freiheit der Presse. Es liegt darin eine große Gefahr, aber der Gebrauch beweise, den man in der jungsten Zeit von dieser absoluten Freiheit gemacht. Bürgschaften seien unerläßlich. Die jetzt habe die Cautionsleistung als die einzige wirksame Schutzmauer gegen die Exzesse der Presse sich erwiesen. In Paris betrug die Caution unter der Restauration 48,000 Fr., unter der Julitegierung 100,000 Fr. Die Herabsetzung derselben auf 24,000 Fr. betrachtet er als einen Uebergang, worüber jedenfalls gegangen werde, ob man künftig noch einen weiteren Versuch mit Erweiterung des Maaßes der Freiheit machen könne. Die Unterzeichnung der Artikel werde zu nichts führen: es könnte der Fall eintreten, daß der unterzeichnete Verfasser selbst gar keine Bürgschaft gewähre.

Endlich sprach auch noch Hr. Auguste Avond, ein neues Mitglied der Nationalversammlung, sich aus. Er ist zwar dem Grundsatze nach Gegner aller fiskalischen und Ausnahmsgesetze für die Presse. Aber Angesichts der Gefahren der gegenwärtigen Lage, betrachtet auch er es als erste Aufgabe und Pflicht, die Regierung zu schützen gegen die wahnsinnigen Angriffe, denen sie ausgesetzt ist. Keine Regierung vermöchte zu erstarken oder sich aufrecht zu halten, wenn diese unaufhörlichen Aufreizungen zur Unordnung, zur Empörung, zum Umsturze fortwaeten. Daher müsse man der Regierung die von ihr in Anspruch genommenen Maßregeln zugestehen.

Ein Zuschuß von 15 Mitgliedern ist nun mit der Berichterstattung über die Sache an die Nationalversammlung beauftragt, welche dann die Entscheidung geben wird. Daß diese im Sinn der Anträge der Regierung ausfallen werde, ist bei dem in der Versammlung vorherrschenden Geiste nicht zu bezweifeln. Die Zustände unserer deutschen Presse und darunter zum Theil auch unserer bayerischen, sind von denen der französischen nur wenig verschieden. Wir haben erst in der jüngsten Zeit gesehen, bis zu welchem Grade von maßloser Zügellosigkeit, gemeiner Anschwärzungs- und Verläumdungssucht, offener Auferzung zu Widersetzlichkeit und Empörung gegen die bestehenden Autoritäten und gegen das konstitutionell-monarchische Regierungsprinzip selbst, es einzelne Blätter auch in Bayern getrieben haben. Wir erinnern an die traurigen Erscheinungen dieser Art zu Bamberg, und an das Auftreten eines zwar kleinen, aber an Frechheit der Sprache Alles bisher Vorgekommene überbietenden Blattes zu Schwabach, gegen dessen Redakteur endlich energisches Einschreiten erfolgt ist. Eben weil uns die Erhaltung und Wahrung der gesetzlichen Freiheit der Presse wahrhaft am Herzen liegt, weil wir sie durch maßlosen Mißbrauch so wenig als durch Willkür von Oben bedroht und gefährdet sehen wollen, weil wir eben so entschiedene Gegner des Umsturzes und anarchischer Bestrebungen wie die Reaktion sind, eben darum ersehen wir unsere Stimme und sie sollen jeder Maßregel beistell, welche die Freiheit, die Gesetze, auf welche sie sich stützt, sie stehen mögen, kräftig entgegentritt. Die Gesetze werden mit vollster Unabhängigkeit ihre Pflicht thun, über die wirklich schuldig Befundenen die gerechte Strafe verhängen. Alle guten Bürger — wir sind deßen gewiß — theilen mit uns diese Wünsche, diese Erwartungen, im Interesse der Freiheit, der Ordnung, der Familie, des Eigenthums, des ganzen Landes wie des Thrones, die alle aufs Innigste miteinander verbunden, vollkommen eins sind. Daß sind die gesetzlichen Feinde der Freiheit, welche durch den Mißbrauch, den sie damit treiben, durch ihre strafbaren Exzesse den Bürgern endlich den Geschmack nostwendig verleiden müßten an einer Freiheit, die ihnen so schlechte Früchte brächte, mit der Ordnung den Handel, Verkehr, die Industrie, die gesammte Arbeit und Nationalthätigkeit stören und untergraben, also die Grundlagen des Wohlstandes und Gedeihens der Einzelnen wie der Gesammtheit, des Staates mehr oder weniger zerstören wurde. Nehmen wir uns vor Frechheit und Masse, wohl aber zur Lehre: stehen wir fest zusammen für den wahren Fortschritt, für die ruhige Entwicklung unserer Freiheiten, die zum Theil schon errungen, theils angebahnt sind. Diese Entwicklung aber, wenn sie wahrhaft fruchtbringend sein und zu dauerhaften Resultaten führen soll, ist nur auf dem Wege des Gesetzes und der Ordnung möglich. Wer gegen diese sich auflehnt, ist unser Gegner, den wir bekämpfen, mögen wir ihn auf welchen Wegen er will, der nur gerade aus geht, treffen sich treffen. So begreifen wir unsere Aufgabe und die der gesammten Presse überhaupt: mit Freuden sehen wir, daß alle wirklich angesehenen Blätter Deutschlands unsere Ansichten theilen, und in der Hauptsache zusammenwirken, in dem Kampfe gegen die Anarchisten und Ueberstürzler, die nur der Reaktion in die Hände arbeiten. Diese Einmuthigkeit der gesinnungstüchtigen Presse ist uns die sicherste Bürgschaft, daß unsern Bestrebungen auch der Erfolg nicht fehlen wird.

Deutschland.

— Die Frankf. O.-P.-A.-Ztg. vom 20. d. M. enthält unter ihrem amtlichen Theile folgendes: „Durch Beschl vom 16. d. M. hat das Reichs-Kriegsministerium den Landes-Kriegsministerien eröffnet, daß der Erzherzog Reichsverweser die Oberleitung der gesammten deutschen bewaffneten Macht übernommen habe. Es hätten die Kriegsministerien am Sonntag den 6. August 1849 alle deutschen Bundes-Truppen in ihren Garnisonen in Parade anrücken zu lassen, ihnen die Uebernahme der Oberleitung, unter Verlesung des Aufrufs: „An das deutsche Volk!“ zu Kunde bringen, zum Ausdrucke der Huldigung ein dreimaliges Hoch dem Reichsverweser ausbringen, sodann, wo es die Umstände erlauben, durch dreimalige Gesammtsalven begleiten zu lassen. Von diesem Tage an seien dann da, wo es bisher noch nicht geschehen, die deutschen Farben anzulegen, und zwar in Cocarden an den Kopfbedeckungen und in Bändern an den Fahnen.

Die deutsche Reichsversammlung hat in ihrer 42. Sitzung am 19. die in unserem heutigen Hauptblatte erwähnten drei Ausschußanträge in der Limburger Frage zu Beschlüssen erhoben. Dann wurde über § 4 der Grundrechte berathen.

Schleswig-Holstein. — Der Hamb. Korresp. vom 16. meldet nach einem Schreiben aus Kreidsburg vom gleichen Nachmittag 3½ Uhr, die Friedensbedingungen seien abgewiesen, der Krieg mit Dänemark werde sonach fortgesetzt, und es werde daher jetzt auch die Auflösung des v. der Tann'schen Freikorps unterbleiben.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 19. Juli. Oesterr. 5proz. Metall. 67⅛. 4proz. 56. 3proz. — 2½proz. 35⅞. Bankaktien 1200. G. 500 fl.-Loose 100½. 250 fl.-Loose 74. Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 89¼. P — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 77. — Bayer. 3½proz. 77¼. — Ludwigsbahn. Badisch. 68½. — Württemberg. 3½proz. 80½. 4½proz. 95 — Nass. 3½proz. 77½. — Loose-Anleihen à 50 fl. 49¾. — 35 fl.-Loose 27½. — Darmstadt. 3½proz. 79⅞. — 4proz. 89. — Loose-Anleihen von 50 fl. 64½. 25 fl.-Loose 22. — Kurhessl. Prämien-Anleihe-Scheine 39½. 40 Thlr.-Loose 26½. — Nassau 3½proz. 83. 25 fl.-Loose 22½. — Frankf. Anleihe 82½. 3½proz. 95, 90½. — Taunusbahn 287. — Holländ. Integr 46. Span. 3proz. innere Schuld 18. — 5proz. Pol. 300 fl.-Loose 88. 500 fl.-Loose 64½. — Sard. 36 Fr.-Loose 20½.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 21.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährlich 6 fl. Halbjährlich 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einsendungen sind die gefertigten Peti- tionen oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Sonnabend den 22. Juli 1848.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 18. Juli. (41. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) Die Sitzung wurde von dem Vizepräsidenten v. Soiron nach 9½ Uhr eröffnet. Schoder erhält nach Verlesung des Protokolls von der Versammlung die Erlaubniß, einen Antrag zu begründen, welcher dahin geht, dem Verfassungsausschuß die Beschleunigung des Berichts über einen früheren Antrag, Verminderung der Zwillisten betreffend, zu empfehlen. Die Versammlung tritt dem Antrag bei. Ruge verlangt die Dringlichkeit eines Antrags, einem Konflikt der hannover'schen Regierung mit dem Kanton Zürich wegen Aufnahme eines Kantonsburgers aus Hannover betreffend, zu begründen. Die Versammlung geht auch darauf ein; eben so wenig auf das Verlangen eines andern Abgeordneten, die Dringlichkeit eines Antrags wegen sofortiger Berathung der die persönlichen Rechte betreffenden Theile der Grundrechte begründen zu dürfen. Dagegen erhält Schmitt aus Kaiserslautern das Wort, um einen Antrag zu begründen, welcher dahin geht, daß die Versammlung wegen einer in dem Haale des Antragstellers in Kaiserslautern vorgenommenen Haussuchung ihre Mißbilligung aussprache, und dem Gesetzgebungsausschuß den Auftrag ertheile, die Vorlage des Gesetzentwurfes wegen persönlicher Sicherheit der Abgeordneten zu beschleunigen. Nach dem Vortrage des Redners haben vor einiger Zeit fünf junge Leute in Kaiserslautern einen, in allerdings excentrischen Ausdrücken sich bewegenden Aufruf zur Bildung eines demokratischen Vereins in der „Sprycrischen Zeitung" erlassen. Von Seiten der Gerichtsbehörde wurde eine Untersuchung eingeleitet und in Folge derselben, da der eine der jungen Leute Schreiber bei dem Antragsteller ist, auch im Hause des letzteren Nachforschung und den Papieren des ersteren gegriffen. Etwas der Redner sich auch bei den bestehenden Gesetzen nicht über eine formelle Rechtsverletzung beklagen kann, so erscheint doch jene Durchsuchung, bei welcher schon der Anschein, wegen auch von den Papieren des Antragstellers Einsicht genommen werden zu müssen, damit bei seiner Abwesenheit, ungeeignet. Dieß soll die Versammlung aussprechen, zugleich aber Veranlassung nehmen, die Berathung und Beschlußnahme über das erwähnte Gesetz zu beschleunigen. Kirchgeßner, welcher verschiedenen der von dem Vorredner gemachten Behauptungen wegen Unsicherheit der Personen in Bayern nicht beistimmen kann, ist gleichwohl für sofortige Berathung des Antrags. v. Beckerath beantragt den Uebergang zur Tagesordnung. Schmitt sieht den ersten Theil seines Antrags zurück; der zweite Theil wird von der Versammlung angenommen. Vogt interpellirt den Reichsminister des Innern und verlangt schleunige Erstattung und Mittheilung über verschiedene reaktionäre Vorkommnisse in Südwestdeutschland, z. B. in Hinsicht des Verbots der demokratischen Presse in Württemberg, der Vorfälle in Schwabach (Königreich Bayern), des an die bayerischen Offiziere erlassenen Verbots, an politischen Verbindungen Theil zu nehmen ꝛc. Vogt stellt ferner an den Minister des Auswärtigen die Anfrage, ob die Eidesleistungen der französischen Republik auf Absendung eines deutschen Gesandten getroffen seien. Hagen von Heidelberg interpellirt wegen Auflösung des demokratischen Studentenvereins in Heidelberg. Naumeck interpellirt den Kriegsminister bezüglich des österreichisch-italienischen Krieges mit der Frage: ob und welche deutsche Bundestruppen in Oberitalien beschäftigt werden? Blumenstetter verlangt die Dringlichkeit eines Antrags zu begründen, weiger dahingehe, daß der Reichsverweser in einer baldigst zu erlassenden öffentlichen Bekanntmachung darauf aufmerksam mache, daß das Volk von den Steuern eben so wenig als von dem Gehorsam gegen die Anordnungen der Landesregierungen in unsern Angelegenheiten entbunden sei. Die Begründung der Dringlichkeit wird nicht zugestanden, eben so nicht diejenige eines Antrags Schuselka's, daß baldigst die Gleichberechtigung der Juden mit den Christen ausgesprochen werde. Ein Urlaubsgesuch des Abg. Egger von Wien veranlaßt den Abg. Kuder aus Oberösterreich, unter Bezugnahme auf die vielen bereits bewilligten Urlaubsgesuche den Wunsch auszusprechen, daß auf den Bureaux eine Liste der bewilligten Urlaubsgesuche gehalten werde. Es wurde nunmehr von Seiten des Petitionsausschusses von Wurm ꝛc. über mehrere Petitionen Bericht erstattet. Die Versammlung trat den Ausschußanträgen auf Tagesordnung bei. Es wurde sodann über die bereits gedruckt vorliegenden Berichte Mohls über verschiedene Anträge, die Verhandlungen der Nationalversammlung und Veränderungen der Geschäftsordnung betreffend, diskutirt. Der von dem Ausschuß empfohlene Antrag des Abg. Rahwadi, den ersten Satz des §. 29 der Geschäftsordnung folgendermaßen zu fassen: Jeder selbstständige Antrag ist der dem Sekretariat schriftlich einzureichen, und dessen Zulässigkeit vor allem davon abhängig, daß derselbe schon vor der Uebergabe von wenigstens zehn Mitgliedern der Nationalversammlung unterstützt und dieses durch deren Mitunterschrift bestätigt ist; — wurde nach kurzer Debatte, in welcher Stedtmann und Uhland die Verwerfung dieser Beschränkung der Antragsfreiheit, Venedey die Unterstützung von 20 Mitgliedern verlangten, angenommen. Längere Debatte veranlaßte ein Antrag Bassermanns und 64 anderer Mitglieder, die Geschäftsordnung der namentlichen Abstimmung betreffend. Der Antrag verlangt, daß §. 42 der Geschäftsordnung, welcher namentliche Abstimmung gestattet, wenn solche am Schlusse der Berathung bei Unterstützung von wenigstens 50 Mitgliedern verlangt wird, gestrichen und dafür dem §. 41 zugesetzt werde, daß, wenn auch bei Abfassung des Ergebnisses durch Stehen oder Sitzen Zweifel darüber bleibt, wie Jo oder Nein bei namentlichem Aufrufe abgestimmt werde. Als Grund ist Zeitersparniß (da eine namentliche Abstimmung zwei Stunden erfordert), sowie Vermeidung der Aufregung, welche regelmäßig durch das Verlangen nach namentlicher Abstimmung erregt wird, von dem Antragsteller angeführt. Der Zweck der mündlichen Abstimmung, Kundgebung des gegebenen Votums, ist auch durch Erhebung zu Protokoll zu erreichen. Der Antrag des Ausschusses, welcher das Gewicht eines Theils dieser Gründe nicht verkennt, geht auf Tagesordnung. Der Hauptzweck der namentlichen Abstimmung, welcher anderwärts nicht erreicht werden kann, ist, sowohl zum Zweck der Personalkenntniß der Versammlung selbst, als zur Kundgebung namentlich an die Wähler, die Abstimmung jedes einzelnen Mitgliedes nachweisbar und sogleich festzustellen. Vasoni erklärt sich gegen Bassermann's Antrag. Die Wähler haben ein Recht, stets die Abstimmung ihrer Abgeordneten kennen zu lernen. Nur der Zeitverlust macht es natürlich, die, aus obigem Grundsatze folgende Regel einer jedesmaligen namentlichen Abstimmung festzustellen. Bei wichtigen Fragen aber muß der Grundsatz berücksichtigt werden. Ein Mann wird sich nicht scheuen, seine Ansicht offen auszusprechen. Die namentliche Abstimmung ist auch von psychologischer Bedeutung; jeder wird sein Votum genauer in Erwägung ziehen, (Allgemeiner Beifall, zumal auf der Linken.) Osterdorf verlangt, daß die Zahl der zur Unterstützung des Verlangens einer namentlichen Abstimmung erforderlichen Mitglieder auf 100 erhöht werde. v. Linde erklärt sich für Bassermann, Schoder für den Ausschußantrag. Die legte namentliche Abstimmung hat, wie dem Redner die Beobachtung an der Uhr in der Hand gezeigt hat, zwischen ½ und ¾ Stunden gedauert. Ein weiterer nicht angesprochener Grund scheint der wahre Grund zu sein. (Unterbrechung.) Der Vorsitzende: Niemand darf einem Antragsteller Gründe unterschieben, und dieser Grund wird die Minorität veranlassen, gegen den Antrag zu stimmen. Schott geht auf die seit Jahren in Württemberg gemachten Erfahrungen ein. Ohne die namentliche Abstimmung würde die damalige Majorität gar oft anders gestimmt haben. Durch die namentliche Abstimmung kann man den ganzen Lebengang eines Abgeordneten nachweisen. Reichensperger, der den Bassermann'schen Antrag unterzeichnet hat, ist durch die Macht der Gegenwunde seitdem zu einer andern Ueberzeugung gekommen. Als die Debatte geschlossen war, verlangte Berger namentliche Abstimmung. Dieses Verlangen wurde denn für den Fall, daß die von dem Ausschuß beantragte Tagesordnung angenommen würde, zurückgezogen. Die Abstimmung beschloß fast einstimmig Tagesordnung. (Großer Beifall.) Ein weiterer auf Grund eines früheren Antrags gemachter Vorschlag des Geschäftsordnungsausschusses, daß jedem Abgeordneten, der bereits in Ausschuß gewählt ist, freistehen solle, sich selbst bis zur Theilnahme an einem Ausschusse zu entschuldigen, lasse er es für nöthig hält, wurde gleichfalls angenommen. Ueber mehrere andere Anträge des Ausschusses und einzelner Mitglieder wegen Zahl, Tag und Stunde der wöchentlich zu haltenden Sitzungen, wurde auf den Antrag des Abgeordneten Fuchs von Breslau auch mittwoch Nachmittag zur Tagesordnung übergegangen. Seit einigen Wochen werden der Regel nach wöchentlich vier Sitzungen gehalten. Ausnahmsfälle traten öfters ein. Der Grund des Ausfalls von wöchentlich zwei Tagen für die allgemeinen Sitzungen ist, den Ausschüssen die nöthige Zeit für ihre vorbereitenden und vorarbeitenden Sitzungen zu geben. Um diese Zeit auch bei sechswöchiger oder wenigstens fünfmaliger Sitzungen zu gewinnen, war Verlegung des Anfangs der Sitzungen auf morgens 8 Uhr oder zweifelhaft Uhr vorgeschlagen worden. Bei der Abstimmung aber den Fuchs'schen Antrag auf Tagesordnung bezüglich aller Vorschläge ließ die Probe und Gegenprobe das Ergebniß zweifelhaft. Als zur Abhaltung gesetzlichen werden sollte, ward auf Ersuchen des Vorsitzenden die für den obigen An-

trag Stimmenden sich wieder erheben, erklärte das Bureau die Annahme nicht mehr für zweifelhaft. Einem Antrag Bally's auf Oeffentlichkeit der Sitzungen des volkswirthschaftlichen Ausschusses gab die Versammlung nach dem Antrage des Ausschusses keine Folge. Ueber eine Reihe von Petitionen (ohne weitere allgemeine Bedeutung) wurde nach des Antrage des Wehrausschusses zur Tagesordnung übergegangen. Ein Antrag von verschiedenen Burgern aus Oggersheim in der Rheinpfalz (nicht Worms, wie neulich irrthümlich berichtet wurde), welche Aufhebung der eine unparteiische Erhandlung von Beschwerden ꝛc. nicht sichernden Militärgerichtsbarkeit verlangt, wurde auf den Vorschlag Jucho's dem Griesgrabungsausschusse zugewiesen. Der Wehrausschuß hatte, da die Frage drr der Vorlage eines Wehrgesetzes zur Erledigung kommen werde, darauf angetragen, die Eingabe ad acta zu nehmen. Ueber die Tagesordnung der nächsten auf morgen anberaumten Sitzung entspann sich eine Debatte, die damit schloß, daß nach dem vom Vorsitzenden mitgetheilten Vorschlage des Präsidenten auf die Tagesordnung: 1) die Berathung über die Limburgische Frage; 2) die Berathung über §. 4 und 5 der Grundrechte gesetzt wurde.

Deutscher Gewerbekongreß zu Frankfurt.

Die Eröffnung des Gewerbekongresses ist im Römer von sich gegangen. Beinahe alle Gauen des deutschen Vaterlandes sind vertreten; 50 Abgeordnete sind eingetroffen und eben so viele werden noch erwartet. Am 17. d. Mts. hat der Kongreß der Nationalversammlung folgende Adresse überreicht: „Hohe Nationalversammlung! Die Unterzeichneten beehren sich hiermit, ihr Anzeige zu machen, daß Abgeordnete des Handwerker- und Gewerbestandes aus fast allen Theilen Deutschlands hier zusammengetreten sind und sich, einem im Juni d. Js. zu Hamburg von den norddeutschen Vertretern des Gewerbestandes gefaßten Beschlusse gemäß, heute zu einem deutschen Handwerker- und Gewerbekongreß konstituirt haben. Der Zweck dieses Kongresses ist: eine gründliche Prüfung der Gebrechen des deutschen Handwerker- und Gewerbestandes; die Entwerfung einer alle Kreise der gewerblichen Thätigkeit umfassenden, organisch gegliederten, zeitgemäßen deutschen Gewerbeordnung und die Grundung eines mit dem deutschen Reichsministerium in direkte Verbindung tretenden Organs zur Forderung und Wahrung der Interessen des deutschen Gewerbestands. Der Kongreß ist sich bewußt, daß die hohe verfassungsgebende Versammlung, in ihren Schooß der Handwerker- und Gewerbestand nur schwach vertreten ist, seinen Vorlagen um so mehr die gebührende Rechtung tragen werde, als es sich hier um die wichtigsten sozialen Lebensfragen handelt, zu deren Lösung nothwendiger Weise die praktische Erfahrung wird zu Rath gezogen werden müssen. Der mit Lösung jener wichtigen Aufgaben aufs Ernstliche beschäftigte Kongreß hofft unter hohen Nationalversammlung in Stande sein Ergebnig seiner Arbeiten vorlegen zu können, verbindet aber mit dieser Anzeige die Erklärung, daß seiner wohlerwogenen Ansicht nach der gegenwärtig in der Nationalversammlung berathene §. 2 Art. 1. des Entwurfs der Grundrechte des deutschen Volks mit den künftigen Reichsgrundgesetzen über Heimathsverrechtigung, Gewerbeordnung und andere in die unseren Angelegenheiten der in Zukunft seinen Gemeinden tief eingreifende Verhältnisse in einer so wichtigen Beziehung stehe, daß durch die Fassung des so folgenden Gesetze wesentliche Modifikationen erleiden dürfte. Die Unterzeichneten richten daher an die hohe Nationalversammlung die Bitte: dieselbe wolle, gemäß §. 24 ihrer Geschäftsordnung, den volkswirthschaftlichen Ausschuß beauftragen, bei fortgesetzten Berathungen über die oben erwähnten Gegenstände mit dem Gewerbekongreß sofort in gemeinschaftliche Verhandlung zu treten." (Folgen die Unterschriften. Die Sitzungen des Kongresses hatten bereits am 15. d. begonnen; am 17. wurde die Geschäftsordnung festgesetzt und die Wahl des Präsidiums vorgenommen. Zum 1. Präsidenten wurde Herr May von Frankfurt, zu Vizepräsidenten die Herren Hesse von Weimar und Winter von Nauberg, zu Sekretären die Herren Juklizrath Hanke aus Halle und Todt gewählt. Am 18. wurde sodann zur Wahl der Ausschüsse geschritten und dieselben in folgender Weise zusammengesetzt: 1. Ausschuß (Prüfung der Legitimationen und des Kostenpunkts für den Kongreß.) 1) Herr Kielmannegge aus Berlin, 2) Herr Goering aus Naumburg, 3) Blankenburg aus Berlin, 4) Most aus Stettin, 5) Schmidt aus Koblenz. II. Ausschuß (Prüfung der Anträge und Einsäße.) 1) Hering aus Nürnberg, 2) Schlenke aus Braunschweig, 3) Gaertler aus Berlin, 4) Norden aus Danzig, 5) Lange aus Neudorf, 6) Trautwein aus Bernstadt in Schlesien, 7) Hensel aus Weimar. III. Ausschuß (für die Berathungen mit dem Volkswirthschaftsausschuß im Parlament.) 1) Volhart aus Augsburg, 2) Brückner aus Fürth, 3) Hanke aus Halle, 4) Löschburg aus Breslau. 5) Schlesinger aus Weimar. In der Sitzung vom 18. Juli machte Herr Morris May (der Präsident von Frankfurt) Mittheilungen über den Empfang der Deputation zur Ueberreichung der Adresse an die Nationalversammlung. Der Präsident v. Gagern habe die Deputation die Versicherung gegeben, daß die Verhandlungen der Nationalversammlung über den in der Adresse des Gewerbekongresses erwähnten Paragraph keineswegs einen die Interessen des Gewerbestandes und der Handwerker beherrschenden Charakter tragen; daß im Gegentheil auf manche Ansichten gegen die Gewerbefreiheit und viele Stimmen für Gewerbebeschränkung zu zählen sei. Ferner habe der Präsident sich über das Unternehmen der Handwerker, einen Kongreß zur Prüfung ihrer Lage und zur Abhaltung von Gedrängnissen ins Leben zu rufen, lobend ausgesprochen. Das Protokoll führt Hr. Schirges 6. Die Wahl der Ausschüsse nahm, wie die des Präsidiums, einen großen Theil der Zeit weg. Der dritte Ausschuß „zur Berhandlung mit dem volkswirthschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung" scheint den besondern Beruf haben zu sollen, zur glücklichen Stunde in die sich neugestaltende Geschichte unsers Vaterlandes einzreifen und durch Abgabe seines aus der praktischen Erfahrung des Lebens hervorgegangenen Votums in einer der wichtigsten Angelegenheiten unserer Gesellschaft, eine Lücke auszufüllen, welche das fleißige, arbeitsame, deutsche Volk bis jetzt mit Recht im Schoße der Nationalversammlung schmerzlich wahrnehmen mußte. Die Vertretung der arbeitenden Klassen in der verfassunggebenden Versammlung war dennoch angehaupt. Wie merkwürdig dieselbe, ergibt sich, wenn das überhaupt noch bezweifelt werden konnte, deutlich aus den Zuschriften, welche dem Kongresse aus den verschiedenen Theilen des deutschen Vaterlandes zugehen. Von diesen wurde am 18. eine Adresse von 53 Handwerksmeistern aus Burg-Eckach verlesen; wie fast alle ihre Standesgenossen, erklaren sich auch diese gegen Gewerbefreiheit. Gegenüber dieser ungeheuren Majorität des Kerns unseres Volkes, der mit der allerentschiedensten Mehrzahl gegen diese freie Konkurrenz ist, kann man dem Gedanken an eine von der Nationalversammlung dekretirte Verfugung im entgegengesetzten Sinne gar keinen Raum geben. (N. R. u. Fr. Z.)

Deutschland.

Bayern. — München, 21. Juli. Se. Maj. der König haben heute Vormittag im Ministerium des Innern der Sitzung beigewohnen geruht, welche von Seite der Kommission zur Berathung über die Gewerbs- und Arbeiterverhältnisse abgehalten worden ist. Als ein für den Gewerbestand besonders erfreuliches Ergebnis kann bezeichnet werden, daß Se. Majestät die Bildung besonderer Gewerbsgremien genehmigten, welche in den Angelegenheiten des Gewerbsstandes dem Ministerium und den Kammern Gutachten in ähnlicher Weise, wie die Handelskammen in Handelsangelegenheiten, zur Seite stehen sollen.

Neustadt, 17. Juli. Die Studenten von Heidelberg, zwischen 400 — 500, sind wirklich hier eingezogen und von den hiesigen Burgern auf das Freundschaftlichste empfangen und aufgenommen worden. (N. Sp. Z.)

Kaiserslautern, 17. Juli. Heute Nachmittag wurden den Unterzeichneten des Aufrufes an die Pfalzer Jugend, die Herren Grohe, Ch. Jun und Ph. Schmitt verhaftet. (N. Sp. Z.)

Baden. Karlsruhe, 18. Juli. Am 7. d. M. fand sich am schwarzen Brett der Universität Heidelberg ein Anschlag im Namen eines dortigen „demokratischen Studentenvereins", worin auf die gegenwärtigen öffentlichen Zustände hingewiesen, und die Studenten aufgefordert wurden, sich dem Vereine anzuschließen, dessen Aufgabe aus den gedruckten Statuten zu ersehen sei. In dem Anschlage ist unter Anderem gesagt, es sei heilige Pflicht eines Jeden, dem Vaterlande und der Sache der Freiheit alle seine Kräfte zu widmen. Was damit gemeint ist, geht insbesondere aus der Stelle hervor, welche lautet: „Sind uns nicht die Studenten in Wien und Berlin mit einem glorreichen, ewig rahmvollen Beispiel vorangegangen?" Das Universitätsamt ließ den Anschlag abnehmen, worauf drei Studenten bei demselben erschienen, nach der Ursache der Abnahme fragten, und ein Exemplar der Statuten verlangten. Am 8. wurde der Anschlag am schwarzen Brett erneuert und abermals hinweggenommen. Das Universitätsamt übergab die Statuten dem Senat, welcher, darauf die Schädlichkeit des Vereins nach seinen Tendenzen erkennend, dem Ministerium des Innern Vorlage machte. Die Statuten enthalten folgende Bestimmungen: §. 1. Das Prinzip des Vereins ist die demokratische Republik, d. h. diejenige Staatsform, in welcher die Freiheit, Gleichheit, und Brüderlichkeit verwirklicht ist, und zwar die Gleichheit nicht nur vor dem Gesetze, sondern so viel als möglich auch im Leben. §. 2. Der Zweck und das Ziel des Vereins geht dahin, durch die (in §. 3 u. 4 angegebenen) Mittel zur Verwirklichung der demokratischen Republik in unserm Vaterlande nach Kräften beizutragen. §. 5. Der Verein wirt, um seine Zwecke zu erreichen, in seinen Sinne Propganda machen, d. h. er wird a) auf die hiesige Studentenschaft (und namentlich auf die hiesige allgemeine Studentenverbindung) Einfluß zu gewinnen trachten, und aus derselben sich so viel als möglich zu ergänzen suchen. b) In dem Volke überhaupt die Grundsäge, welche er verficht, zu verbreiten und zu befestigen sich bemühen. §. 4. Die Mittel, welche der Verein zur Verbreitung seiner Zwecke anwendet, sind vorzüglich folgende: a) die Presse. Der Verein wird sich zu diesem Behufe ein Blatt, oder mehrere Mitglieder und seine Mittel es erlauben, ein besonderes Blatt gründen, in welchem die wichtigsten Ereignisse des Tages von seinem Standpunkte aus besprochen werden, und dazu welches überhaupt zur Aufklärung des Volkes, so wie zur Verbreitung der demokratischen Grundsäge beigetragen wird. Bis zur Grundung eines Blattes benutzt der Verein andere demokratische Zeitungen, Flugschriften ꝛc. welche in dem Vereine selbst verbreitet. b) Die mündliche Ueberzeugung; v. h. der Verein wird sowohl in Heidelberg, als in der Umgegend, in Volksversammlungen, welche entweder von ihm oder sonstwie berufen sind, zum Siege seiner Grundsäge beizutragen suchen. c) Der Verein wird so viel als möglich die Errichtung demokratischer Vereine an andern Orten, namentlich auf dem Lande, zu bewirken trachten. §. 5. Der Verein, um seine Zwecke so selbstständig als möglich zu erreichen, sucht in Verbindung zu treten 1) mit dem hier bestehenden demokratischen Vereine, 2) mit dem Centralausschuß sämmtlicher demokratischen Vereine Deutschlands. §. 6. Da es vor Allem noth thut

tägige Volksreden heranzubilden, werden im Verein, wenn sonst keine unmittelbaren praktischen Gegenstände vorliegen, von einzelnen Mitgliedern über die wichtigsten Fragen der Gegenwart, entweder nach eigener Wahl des Gegenstandes oder auf Vorschlag des Vereins, freie Vorträge gehalten werden. §. 7. Was die Geldmittel betrifft, welche zur Deckung der stehenden Ausgaben nöthig sind, so zahlt jedes Mitglied wöchentlich 6 kr. Sollten für besondere Zwecke außerordentliche Ausgaben erforderlich sein, so werden dieselben von den Mitgliedern durch freiwillige Beiträge bestritten. Die übrigen Artikel beziehen sich größtentheils auf die Organisation. Am 11. d. M., Nr. 11,632, erwiderte das Ministerium des Innern Folgendes: Da der obige Verein nach seinen eigenen Statuten auf die Unterstützung der besitzenden in Gesetz und Ordnung gerichtet ist, so erscheint er schon an und für sich als das allgemeine Wohl gefährdend. Dazu kommt vom Standpunkte der Disziplin, daß ein Treiben, wie es durch diesen Verein herbeigeführt wird, die Studenten von ihrem Berufe abzieht und bei der Unerfahrenheit im Leben auf Abwege bringt. Der Verein wird daher nach Maßgabe des Gesetzes vom 26. Oktober 1833 aufgelöst, und sein Fortbestand verboten. Sollten demungeachtet diese Verbote zuwiderhandeln, so wäre außer der nach dem erwähnten Gesetze gegen sie zu erkennenden Strafe zugleich wegen Aufkündigung des akademischen Bürgerrechts derselben Verfügung zu treffen. Es ist dieses Verbot den Studenten öffentlich zu verkünden. Am 15. d. M. hat der Senat der Universität Heidelberg diesen Beschluß öffentlich verkündet, worauf die Studenten einen Protest und Verabredungen trafen, durch eine Deputation Vorstellung gegen den Beschluß machen zu lassen, und zu erklären, daß, wenn der Beschluß nicht innerhalb 24 Stunden zurückgenommen werde, sie Heidelberg insgesammt verlassen wurden. Am 16. erschien eine Deputation bei dem Präsidenten des Ministeriums des Innern, trug ihr Anliegen vor, und nachdem die Sache besprochen war, übergab die Deputation ihr Gesuch und Protest, welch letzterer besonders behauptete, daß der Verein „nach dem im März d. J. errungenen und feierlich gefoderten Rechte der freien Assoziation gesetzlich bestehe.“ Der Präsident des Ministeriums des Innern brachte die Sache im großherzogl. Staatsministerium zu Beratung, von wo aus am nämlichen Tage, Nr. 11670, das Ministerium des Innern benachrichtigt wurde, den Petenten zu eröffnen: „daß von der Ministerialleitung vom 11. v. M., durch welche der demokratische Studentenverein in Heidelberg aufgelöst wurde nicht abgegangen werden könne.“ Das Staatsministerium sagte weiter bei: Es werde im März d. J. eine Erweiterung des Assoziationsrechtes weder von den Studenten gefordert, noch von der Regierung zugestanden. Es bestehe in diesem Punkte nichts mehr, als das Gesetz vom 26. Oktober 1833, welches das freie Assoziationsrecht regelt, nur alle Auf ehung sein bewenden, weshalb auch lediglich dieses Gesetz von 1833 noch maßgebend ist. Demnach können sich Vereine ohne besondere Staatsgenehmigung frei bilden, und nur gegen einen einzelnen bereits bestehenden Verein steht der Regierung das Recht der Auflösung und des Verbotes zu, wenn sie finde, daß derselbe „die Sicherheit des Staates oder die allgemeine Ruhe gefährde.“ Diese Voraussetzung ist nun bei dem auf Errichtung der oftgedachten Staatsordnung gerichteten demokratischen Studentenvereine in Heidelberg ohne Zweifel vorhanden. Durch dieses Verbot wird indessen dem Vereinsrecht an Allgemeinen in seiner Wesse zu nahe getreten, und auch der Verein, der welchem jene Voraussetzung noch nicht vorhanden ist, nicht berührt. Bei dieser Aufklärung der Sache gibt man sich der Hoffnung hin, daß die Heidelberger Studentenschaft, welche bisher einen auszeichnungswerthen Sinn zeigte, sich bei der ergangenen Verfügung selbst beruhigen werde. Als die Deputation am 16. d. M. diese Entschließung mit nach Heidelberg brachte, beschlossen dort die Studenten in einer Versammlung, Tags darauf aufzubrechen, und zwar nach Neustadt a. d. H., um dort zu warten, bis sie etwa wieder gerufen werden, beziehungsweise bis der angeblich gesetzliche, in der That aber ungesetzliche Zustand (der Aufrechthaltung des Verbotes) wieder hergestellt sei. Gestern Vormittag hatt 11 Uhr wurde dieser beschlossene Auszug vollzogen. Es gingen 364 weg, und nur 220 blieben zurück, indem 144 sich durch Krankheiten entschuldigen ließen. Von den weggezogenen 364 gehört indessen nur ein kleiner Theil zu den Demokraten; die Andern schlossen sich aus Kameradschaft an, zum Theil aber auch, wie Viele behaupten, um bei dieser Gelegenheit einen angenehmen Ausflug zu machen. Auf Anzeige dieses Vorgangs hat heute das Ministerium den Innern eine Verfügung erlassen, wornach den ausgezogenen Studenten zu eröffnen ist, daß, wenn sie binnen drei Tagen nicht zurückkehren, ihnen das akademische Bürgerrecht aufzukunden sei, vorbehaltlich nach Umständen schärferen Einschreitens gegen die Anstifter der Sache und gegen Diejenigen, welche der Wiederherstellung des geordneten Zustandes hinderlich in den Weg treten. Was die Inländer betrifft, so wurde in Gemäßheit eines Staatsministerialbeschlusses heute ihr Schicksal dahin festgesetzt, es sei ihnen zu bedeuten, daß im Falle ihrer Nichtrückkehr binnerhalb der andraumten Frist das gegenwärtige Semester bei der Bitte um Zulassung zur Staatsprüfung an der vorgeschriebenen Studienzeit ihnen nicht werde angerechnet werden. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der Ernst, womit diese Sache von den Behörden behandelt wird, für das Wohl der Universität seine guten Früchte bringen wird. Jener Vater wird seinen Sohn lieber an einer Universität haben, wo fest an Ordnung gehalten wird, als wenn die Studenten sich nur mit einem sie auf Abwege führend. n, sowohl für sie als für das Staatswohl gefahrvollen politischen Treiben abgeben.

(Karlsr. Ztg.)

Karlsruhe, 19. Juli. Heute erschien hier eine Deputation der Gemeinderaths und der Bürgerausschusse von Heidelberg, um die Zurnehmung der Verfassung, wodurch der dortige demokratische Studentenverein aufgelöst wurde, zu erwirken, da durch den Auszug der Studenten der Stadt großer Nachtheil erwachse. Die Deputation übergab eine schriftliche Vorstellung zu gleichem Zwecke, und bemerkte, daß die Studenten ihr Vereinsrecht im Allgemeinen und das Recht der freien Meinungsäußerung bedroht erachten, selbst Diejenigen, welche mit der Richtung des demokratischen Vereins nicht einverstanden seien. In Gemäßheit einer sogleich gefaßten Staatsministerial-Entschließung wurde den Gemeindebehörden auf ihre Vorstellung erwidert: „daß von der Entschließung vom 16. d. Mts. nicht abgegangen werden könne, indem, wenn auch die Meinungen der Einzelnen frei sich geltend machen können, doch nicht geduldet werden dürfe, daß durch sie der Bestand der Assoziation die verfassungsmäßig bestehende Staatsordnung untergraben werde.“ Wollen Studenten einen andern Verein gründen, so stehe ihnen, wie schon in der Verfügung vom 16. d. Mts. gesagt sei, Nichts im Wege, vorausgesetzt, daß derselbe nicht gleich dem aufgelösten Verein sich wieder die Aufgabe stelle, für die Einführung einer Republik Propaganda zu machen.“ (Karlsr. Z.)

Freiburg, 18. Juli. Schon seit längerer Zeit wurden der die Soldaten durch Verabschiedung von Heckerbildern mit den aufreizendsten Unterschriften und Spottgedichten auf die Wortemberger gereizt; gestern Abend kam es nun zu einem Auftritt, wobei der Laden eines Antiquars, welcher sich dieser Verhöhnung am meisten schuldig gemacht hatte, demolirt wurde, und zwar von Seiten der Soldaten eines wortembergischen Bataillons, dessen Offiziere sich bis jetzt brav frei gehalten haben. Solche Auftritte dürfen nicht ausbleiben, wenn die Behörden nicht Kraft genug haben, dergleichen Hetzereien zu unterdrücken. Jeder, der Gefühl und Ordnung liebt, wird eine solche Lynchjustiz mißbilligen; aber von der Seite, welche jetzt wieder ein gewaltiges Geschrei gegen Militärexzesse erheben wird, hat man bisjetzt kaum 14 Tagen zu hören Gelegenheit mehrere Versammlungen gehalten worden, und es wird sogar der Vorschlag gemacht, die bisherige Verfassungskommission, in welcher die radikalen Elemente vorwiegend sind, aufzulösen, und eine andere von entschieden konstitutionell-monarchischer Farbe an ihre Stelle zu setzen. Dazu kam es jedoch nicht, da die bestehende Kommission sich selbst auflöste, indem die Grundlagen der neuen Verfassung nach den Ansichten der gegenwärtigen Mehrheit zu modifiziren, und namentlich das Zweikammersystem anzunehmen. — Wie sehr man bei aller unbestreitbarer Sympathie für die Herstellung der Einheit Deutschland doch auch an Erhaltung der Eigenthumlichkeit Preußens hier zu Lande hängt und wie hart diese Gesinnung die Herzen des Volkes durchdringt, spricht sich namentlich in der Adresse des Preußischen Vereins für konstitutionelle Monarchie an die Nationalversammlung zur Vereinbarung der preußischen Verfassung“ mit großer Entschiedenheit aus. (Das bemerkenswerthe Aktenstück werden wir morgen nachtragen.) — Der an die Stelle des Generals Aschoff zum Kommandanten von Berlin ernannte General v. Pfuhlen ist bereits, wieder lange Zeit Flügeladjutant des Königs Friedrich Wilhelm III. gewesen und denselben gewöhnlich nach Töplitz begleitet. Er gilt also eben so ansichtiger als energischer Militär. Der Posten ist um so wichtiger als die Besatzung von Berlin nun bereits wieder 11,000 Mann stark ist.

(Schles. Z.)

Berlin, 18. Juli. Die Nationalversammlung hat heute mit Zustimmung des Ministeriums beschlossen, daß der Belagerungszustand erlassen werden soll. Die Verfassungskommission zeigte durch das Organ des Abg. Waldeck an, daß sie sich für das Zweikammersystem und für direkte Wahlen entschieden habe. Auf eine Interpellation des Abgeordn. Brebt 1) über die Schritte, welche die Regierung gethan wegen Beitritts von Oesterreich, Hannover, Oldenburg, Mecklenburg und den Hansestädten zu dem Beschlusse des Zollvereins, 2) für die Wiederherstellung des deutschen Handels- und Schiffahrtsbundes, gefaßt auf ein gemeinsames Differentialzollsystem, und den direkten Handel Deutschlands mit dem überseeischen Landen zu befördern, 3) über die Revision des Zolltarifs, antwortete der Handelsminister Hr. Milde: zu 1) die preußische Regierung habe sich wegen Beitritts zu dem Handelsschlusse vom 19. Juli v. Js. mit Baiern, Baden, Würtemberg und einigen andern Staaten Deutschlands in Verbindung gesetzt und erwarte die Vorschläge der betheiligten Regierungen; zu 2) die Verhandlungen deßhalb, besonders mit den Küstenstaaten, haben noch kein Ergebniß geliefert. Die Ansichten der preußischen Regierung über die Frage könne er noch nicht mit apodiktischer Gewißheit sagen; zu 3) die in Aussicht stehende Zollvereinigung aller Staaten Deutschlands werde Anfangs April die Regierung veranlaßt, an die einzelnen Staaten die Anfrage zu stellen, ob es nicht besser sei, die Revision des Tarifs für diese Zeit zu verschieben, und die nöthigen Erleichterungen im Wege der Korrespondenz zu verabreden. In Folge der von der Französischen Regierung neuerdings getroffenen handelspolitischen Anordnungen, hoffe er bald Vorlagen machen zu können.

Oesterreich. Wien, 19. Juli. Auf Antrag des mit der Bildung eines Ministeriums beauftragten provisorischen Ministers der Innern hat Se. Kaiserl. Hoheit der Erzherzog Johann, als Stellvertreter Sr. Majestät, die Zusammensetzung des Ministeriums in folgender Weise genehmigt: Fürst Schwarzenberg, Minister des Hauses und des Aeußern; Frhr. v. Wessenberg; Minister des Innern, Frhr. v. Doblhoff; Minister der Justiz, Fr.

Aller. Bach, Minister des Krieges, Graf Latour, Minister der Finanzen, Frhr. v. Kraus (provisorisch); Unterstaatssekretär im Ministerium der Finanzen, Frhr. v. Stift; Minister des Handels, Theodor Hornbostl; Minister des Unterrichts, Frhr. v. Doblhoff (provisorisch); Unterstaatssekretär im Ministerium der Unterrichts, Dr. Frhr. v. Feuchtersleben; Minister der öffentlichen Arbeiten, Trast v. Schwarzer. (A. österr. Z.)

Wien, 18. Juli. In der heutigen Reichstagssitzung hat die nichtdeutsche Partei es durchgesetzt durch namentliche Abstimmung und 10 Stimmen Majorität, daß die Präsidentenwahl auf morgen oder übermorgen verschoben wird, wo sie nach Verständigung erwartet und Palazky durchzusetzen hofft. Hr. Rieger von Prag hatte den Antrag gestellt, so eben vernehme ich, daß er seine Herausgehen auf der Stigung von Pabst insultirt wurde in einer Weise, daß die traurigsten Folgen zu erwarten sind. Die Aufregung ist groß. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 18. Juli. **Der Moniteur bringt die Ernennung des Hrn. Marie (bisher Präsidenten der Nationalversammlung) zum Minister der Justiz, des Hr. Bastide zum Minister des Auswärtigen, und des Schiffskapitän Bernhardt zum Marineminister. Weder Kriegsdevdegen noch Bedauern haben bringen konnten. Die Fonds an der Börse sind wieder gewichen heute.** (Siehe die Börsenkurse.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 20. Juli. Bayer. 3½proz. Obligationen 76 G. 4proz. 85 G. Bankaktien ll. Semester 550 G. Prowessen 40 P. Oesterreich. 5proz. Metall. 70 P.

Wien, 18. Juli. 5proz. Metall. 75½, 4proz. 63, 3proz. 43, 2½proz. 40½, 1834r 500 fl.-Loose 123. 1839r 250 fl.-Loose 84. Bankaktien 1110. Nordbahn 103¼, Glogagitz 91. Venedig-Mailand 84. Budweis 175. Theiße 71½. Pesth 64. Siena 53. Apenninenbahn 95¼.

Berlin, 18. Juli. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 74 P., 73½ G. Berl. Präm. Sch. 85½ P. — B. Pr. Anl. — P. — G. Pr. Obligat. — P. 70 G. Westpreuß. Pfandbr. 77 P. — G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — P. 90½ G. 3½proz. 77½ P. — G. Ostpr. Pfandbr. — P. 82½ G. Pomm. Pfandbr. — P. 93½ G. Kur- u. Nm. Pfandbr. 93½ P. — G. Preuß. Bk.-Anth. Sch. 85 P. 84 G. Friedrichsd'or 13⅓ P., 13⅓ G. Andr. Gold-m. u. 5 Th. 12⅓ P., 12½ G. Disconto 4½ P., 3½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt. Alt 86 bz. Berl.-Hamburg 61¼, 61 bz. Berl.-Stettin-Stargarder 85½ bz. u. G. Berl.-Potsdam-Magd. 43 P. Magd.-Halberstadt 91 P. Halle-Thüringer 49 bz. Köln-Minden 76½ P. Aachen 53½ G. Düssel.-Elberfeld —. Rheinische-Märk. 69½ bz. Oberschles. A. 98½ bz. B. 83½ G. Breslau-Freiburg —. Kraf.-Oberschles. 36 P. Berg.-Märk. —. Stargard-Posen 64 G. 63¼ bz. u. G.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. B 82¼ bz. Starg.-Posen —. Magdr.-Wittenberg 43½ P. u. G.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 81 bz. Berlin-Hamburg. 88 G. Berlin-Potsdam-Magd. 4proz. 74 bz. 5proz. 79 G. Halle-Thüringer 80½ bz. u. P. Köln-Minden 88 P. Rh. Stamm-Prior. 68 P. Niederschles.-Märk. 4proz. 79½ bz. 5proz. 93½ bz. III. Serie 87½ bz. Zweibahn 5proz. 70 P. Kosel-Oderberg —. Stettin-Bohwinkel —.

London, 17. Juli. Konsols 88 ⅛. Cour. —. Span. Akt. 10½, 5proz. 21½, 22. Pass. 3. Portug. 3proz. —, 4proz. 17½, 18, 5proz. —. Russ. 4proz. 72, 2½proz. 45½, 45.

Paris, 18. Juli. 3proz. 46.50, 4proz. —, 5proz. 75.25. Schatzsch. 17. Bankaktien 1640. Comptr. von Algier 825. Belg. 5proz. 76½, 4½proz. 69½. Belg. Bank 630. Neap. 5proz. —. Röm. 63½. Piem. —. Berl. C.-S. rechte 125.—, linke 102.50. Paris-Orleans 675.—. Rouen 475.—. Lyon 327.50. Strasburg 357.50. Nordbahn 363.75. Mars.-Avignon 235.—. Straßb.-Basel 98.75. Ort.-Bordeaux 402.50. Tours-Nantes 337.50.

Madrid, 13. Juli. 3proz. 20½, 5proz. —. 5proz. 11½, G. Pass. 4½, P. 4½, G. Comp. 8 P. Provis. Akt. 3½, G. St. Fernandobank —. Disconto —. **Wechselkurse:** Paris 4—55 P., London 43 P.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Im Namen Seiner Majestät des Königs von Bayern

27. In Folge eines Reskriptes des königl. Staatsministeriums der Finanzen vom 12. d. Mts. wird hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die fünfprozentigen Schuldscheine über das nach dem Gesetze vom 12. Mai l. Js. im Wege der freiwilligen Subskription aufzunehmende Anlehen auch ohne vorherige Subskription gegen Erlage des betreffenden Betrages bei der königl. Renämtern sowohl als auch bei der königl. Kreiskasse dahier, welche namentlich gleichviele die königl. Regierungen in jenen unmittelbaren Emission ermächtigt ist, in Empfang genommen werden können.

Königl. Regierung von Oberbayern.
In Abwesenheit des königl. Präsidenten:
Schlcher.

v. Bauer.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 23. Juli: „Zampa", Oper von Herold.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Müller, Kaufmann von Streitz. Bär, Fabrikant von Stuttgart. Kiefpatrick, Rentier aus England.

Gold. Hirsch. Palmer aus Mulsaup, Rentiers aus England. v. Kuffner und v. Wachter, Privatiers von Schrag.

Hotel Maulik. Fürst Hohenlohe-Dundenbuch von Bobenzellen. Mitendorf, Bankier von Augsburg. Schüle, Privatier von Augsburg.

Gold. Kreuz. Mayer, Hammerschmied von Salzburg. v. Bieglein, Gutsbesitzer von Kulmbach. Dr. Müller, von Stuttgart. Bermann, Inspektor von Darmstadt.

Blaue Traube. Scharff, Opernsänger von Wien. v. Großschädel, Obristlieutenants von Bayerisch Riedel, Schiffmeister von Altötting. Mossel, Partikulier von Mailand. Benabli, Notelsagent von Wien.

Stachusgarten. Gebrüder Neuburger, Kaufleute von Buchau. Siegmund, Partikulier von Kassel. Müller, Polizeirollier von Augsburg.

Gestorbene in München.

Josefa Roth, Büchsenmachergefell von Waldmünchen, 29 J. a. Magdalena Zingerle, Gärtnerstau, 42 J. a. Josepha Hatter, Maurermeisterstochter von Ezing, Lgs. Bälzhofen, 65 J. a. Johann Nepomuk Brey, quiesc. Königl. Kassenassistent, 69 J. a. Magdalena Kreitmaier, Milchmannsfrau, 66 J. a. Josepha Mennhuber, königl. Professorstochter von Amberg, 20 J. a.

Bekanntmachung.

29. Michael Winkler, Bauer von Oberklingenbach der Gemeinde Aldorf dieß Gerichts hat sich heute freiwillig der Kuratel des Mathias Zauner, Söldners von Thannhausen unterworfen, und unter dessen Assistenz und Kontrole die Vermögensschätzung zum Remissionation seinem Ehrweibe und großjährigen Kindern übertassen.

Dieß wird mit dem Anhange bekannt gemacht, daß jedes mit Michael Winkler ohne Zuziehung seines Kurators und Stellvertreters seiner minderjährigen Kinder des vorhin erwähnten Mathias Zauner abgeschlossene ihm nachtheilige Rechtsgeschäft ungiltig sein würde.

Am 18. Juli 1848.

Königl. Landgericht Landau.
Eder.

Bekanntmachung.

28. Auf Antrag der Gläubiger des Johann und der Regina Plank, Müllersehelente von Peuerriedling, wird deren gemeinsames und mit Schäfer geredtes Wohnhaus mit Mahlmühle und zwei Gängen und einer Schneidsäge in beständlichen Zustande, der theils gemauerte, theils hölzerne Stadel mit Schaffstall und Schäfern mit Taschen gedeckt, dann der gemauerte und mit Schäfer gedeckte Pferdestall mit Heuboden in gut baulichem Zustande, die rotte Müllergerechtigkeit, dann ein hiebei befindlicher Grundbesitz von 1/29 Tagwerk 9 Dez. von durchaus guter Bonität, welcher ebenfalls dar zum königl. Rentamte Kelheim ist, und Grundsteuerkapitalzum von . . . 17 fl. 52 kr. 4 pf.

Hausfeuerversicherungsum von	. .	15	— —
Gewerbsteuer	. .	10	— —
Gültsteuer	4 Sch.	5 Mp.	1 Vt. 2 Hf.
Gildbader	2	4	2 3 —
Zehentwaigen	1	4	1 2 —
Zehentkorn	1	4	1 2 —
Zehentgerste	1	4	3 1 —
Zehentheber	1	4	2 1 —

dahin verabredet, und einen Werth von 22,842 fl. laut gerichtlicher Schätzung vom 28. Febr. 1848 zur gerichtlich versteigert, hiezu im Wirthshause zu Peterzell ding Tagsfahrt auf

Donnerstag den 3. August 1848
Vormittags 10 Uhr,

festgesetzt, und werden Kaufsliebhaber, „gerichtsunbekannte jedoch unter Vorlage tegaler Legnität über Vermögen und Leumund, mit dem Bemerken gelaver, daß die übrigen von diesem Anwesen an-Steuern zu leistenden Reichnisse aus den Grundsteuerkatastern ersehen werden können.

Kelheim am 3. Juli 1848.

Königl. Landgericht Kelheim.
Riesch,
Landrichter.

Druck der Dr. G. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Etwas über das Volk, gerichtet an das Volk.

(Aus der „Neuen Freiburger Zeitung.")

Vor dreißig Jahren war noch langen schweren Kämpfen Friede und mit dem Frieden eine große und schöne Hoffnung in unser deutsches Vaterland eingekehrt. Das deutsche Volk hatte das fremde Joch abgeworfen und von den Thronen seiner Fürsten die Fesseln befreit, womit dieselben der Fremdherrscher unmenschen gehabt hatte. Dafür haben die Fürsten dem deutschen Volke Freiheit versprochen. Einige haben zur Hälfte Wort gehalten; sie wollten aber darüber nicht weiter. Die andern, und zwar die mächtigsten, haben gar nicht Wort gehalten. Darum ist das deutsche Volk während dieser ganzen Zeit des Friedens nach Außen in einem fortwährenden Kampfe gegen seine eigenen Regierungen gelegen, und es setzte sich dadurch ein unüberwindliches Mißtrauen, ein tiefer Groll in ihm fest, welcher wohlwendig endlich zum Ausbruch kommen mußte. Als daher zu Ende des Jahres in diesem Jahre die Pariser Bevölkerung den Königsthron umstürzte, so wälzte sich der Strom der Revolution unwiderstehlich auch über ganz Deutschland. Es war auch in Deutschland nichts Anderes, als eine Revolution. Denn die bisherigen Regierungen wichen dem ausgesprochenen Volkswillen; neue Regierungen mit andern Männern und mit andern Grundsätzen, so wie das Volk sie verlangte, traten an ihre Stelle. Aber das deutsche Volk blieb besonnen und mäßig in seinem Siege; die Revolution ist überall geblieben vor den Thronen. Das deutsche Volk hat seine Fürsten nicht angetastet und nicht erniedrigt, und die deutschen Fürsten waren verständig und wohl auch hochherzig genug, ihren Völkern zuzumuthe die Hand zu bieten zum Aufbaue der deutschen Freiheit und Einheit. Was seit langen Jahren vergeblich gefordert worden war, das zeigt mit einem Male in den Lehren Preßfreiheit, Gefolge aber Geschworenengerichte, Volksbewaffnung. Es waren die Einleitung getroffen, die großen Lasten des Volks zu erleichtern, die Steuern gerechter zu vertheilen und den Wohlstand zu heben. Was für das Vaterland das Größte ist, die erste Versammlung der freigewählten deutschen Volksvertreter wurde zusammenberufen, damit durch sie die Einigung des ganzen Volkes begründet, und dadurch die Freiheit des Vaterlandes gesichert werde seine Macht wieder hergestellt werden. So blühte neue, schöne Zeit für unser theures Vaterland ereicht zu sein. Unsere schönsten Hoffnungen schienen mit einem Male erfüllt; um was wir so lange gekämpft hatten, mit einem Male errungen zu sein. Der Jüngling jubelte der Zukunft entgegen, welche er vor sich hatte, und der Greis dankte Gott, daß er den Tag der Wiedergeburt seines Vaterlandes erlebt hatte. Und wo sind in den hoffnungsschweren Tagen des März, des Mai's Monate später? da sehen wir das Vaterland an einem furchtbaren Abgrunde des Verderbens stehen. Statt des allgemeinen Wohlstandes droht eine allgemeine Verarmung, statt der Freiheit eine Schreckensherrschaft der deutschen Jakobiner, statt der Einheit ein verderender Bürgerkrieg, statt des Friedens die Einfälle unserer lauernden Feinde, alles Elend, dessen wir uns nur leicht gemacht ist, über das in sich selbst zerfallene, arme, bethörte, deutsche Volk hereinzubrechen, es zu verschlingen und auszusaugen. So hat sich in wenigen Wochen das Schicksal des Vaterlandes gewendet; und wie ist das so gekommen? Durch die fieberhafte Aufregung und die beständige Unruhe, in welche man das Volk fort und fort zu versetzen gewußt, immer wieder hineingehetzt, wenn es einmal zu sich selber kommen will. Das Anfwiegeln wird jetzt von sehr vielen Leuten als ein eigentliches Gewerbe getrieben; sie leben davon, und wenn sie es dahin bringen können, daß es darunter und darüber geht, so gedenken sie auch noch etwas Weiteres für sich zu fischen. Entzweige und herrschsüchtige Menschen stehen im Hintergrunde und halten die Fäden in den Händen. Das können sie's, wenn das Volk sich nicht ruhig verhält. Wenn sie aber ihren Zweck erreichen. So lange das unruhige Wesen fortdauert, kann es nicht besser werden; der Handel und die Gewerbe können nicht wieder aufkommen, weil kein Vertrauen da ist und Niemand sich in ein Geschäft einläßt; die Steuern können nicht erleichtert werden, weil die Ausschreibung der Steuern jetzt und fort bevolmer in ungeheurer Größe zunehmen muß; die wohlthätigsten Gesetze und Anordnungen können nicht in das Leben treten, weil die ganze Staatsverwaltung gelähmt ist durch die immerwährenden Wühlereien und Hetzereien. Das ist aber Denen, welche das Wesen betreiben, gerade recht; denn sie wollen es, daß es recht schlecht geht. Wovon, wenn das Volk recht in Verzweiflung ist, — so denken sie, — könnten sie mit ihm mochen, was sie wollen. Wir machen sie aber Das? Vor Allem suchen sie, auf alle Weise zu verhüten, daß das Volk zu der Regierung, oder, was jetzt dasselbe ist, zu der Mehrheit seiner Abgeordneten Vertrauen fasse. Denn sobald Das geschähe, so wäre es zu Ende mit ihrem Handwerke. Die Zeitungen, welche in ihren Diensten stehen, dürfen daher von Dem, was die Regierung für das Land thut, so wenig als möglich bringen, und was sie bringen, wird entstellt und verdächtigt. Die Männer aber, welche seit vielen Jahren die Vorkämpfer der Freiheit gewesen sind, jetzt aber auch in der Zeit der allgemeinen Schwindelei sich gleich bleiben, und es jetzt eben so verschmähen, Volksschmeichler zu werden, als sie vorher es verschmähten, Fürstenschmeichler zu sein, diese Männer werden jetzt von den Aufwieglern gehaßt, weil sie jetzt theils selbst die Regierung bilden, oder doch die Regierung in ihren guten Absichten unterstützen. Es geschieht dies meist von Leuten, die vor wenigen Monaten noch nitrosersül waren, und die längst durch ihre Charakterlosigkeit gebrandmarkt sind. Hat man nicht in Baden die schändlichsten Mittel angewandt, um den Haß des Volkes auf Männer, wie Welcker, Bassermann, Mathy, Gerson und Andere zu werfen? Und warum? Weil sie der heftigsten Wühlerei, welche das Volk täglich immer tiefer in's Verderben stürzt, das Wort nicht reden wollen. Seit 30 Jahren mußten leider alle Diejenigen, welche es redlich meinten mit der Freiheit des Volkes, eine Opposition gegen die Regierung bilden. Dadurch ist das Volk gewöhnt worden, sich nur im Gegensatze zu der Regierung zu denken, und jede Regierung, nicht etwa die fremden freiheitsfeindlichen, sondern überhaupt jede Regierung als seinen Feind zu betrachten. Dahingegen wird es den Unruhestiftern so leicht, sich bei dem Volke einzuschmeicheln; denn über die Regierung schimpfen und Opposition machen ist keine Kunst, besonders jetzt, da keine Gefahr da ist; aber Besserm achen ist eine Kunst. Das immerwährende Verdächtigen und Hetzen gegen die Regierung schlägt aber doch mehr immer an, und besonders sind unter dem Bürgerstande viele Leute, deren Rechtsgefühl durch solches Treiben verletzt wird. Diese sucht man daher in Furcht zu halten dadurch, daß man alle Diejenigen, welche Rechts haben, gegen Diejenigen aufwiegelt, welche Etwas haben. Darauf sind viele Unterhandler ganz besonders bresse; diese wissen darum die ängstlichste zu Vorsprechungen der armen Leute, und besonders die Handwerksburschen, in ihr Netz zu locken. Diese Leute sind genugthuung, zu glauben, daß geschehe Alles um ihretwillen. Sie lassen sich zu tausend Unbesonnenheiten und Gewaltthaten verleiten, und erfahren zu spät, daß es nur zu ihrem eigenen Schaden war. Es ist unglaublich, wie sich diese leichtgläubigen Menschen durch die handgreiflichsten Lügen ihre Köpfen lassen, wenn man ihnen nur beständig vorspricht, wie sie es gerne hören. Auf dem Schwarzwald wurde ihnen weisgemacht, Hecker sei der bekannte Caspar Hauser und ein Sohn der Großherzogin Stephanie, also von Rechtswegen Großherzog von Baden. Das ist freilich ein ungeheurer Unsinn: aber es gibt doch Leute, die es glauben, und wenn sie auch noch so einfältig sind, so haben sie doch zwei Fäuste zum Dreinschlagen. Man darf sich daher über diese Einfalt nicht wundern, welche zu betrügen werden, nicht wundern. Eine große Zahl unter Denen, welche mit Bildung Anspruch machen, und Etwas besitzen, begreifen zur Stunde noch nicht, um was es sich handelt, nämlich um ihr Hab und Gut. Entweder sehen sie nicht ein, wo es hinaus will, oder sie sind zu feig, dem Strom entgegenzutreten, der ihnen vor Allem den Untergang bringt. Sie sehen und hören es täglich, wie sie Einer nach der Reihe vom Hofe gehen wo Diejenigen eingewiesen werden, aber sie halten und verbreiten noch Blätter und Flugschriften, in denen das geschieht, geben das Geld her zu dem Kriege, der gegen sie selbst geführt wird, streicheln die Hand, die sie schlägt, und bringen selbst die Peitsche herbei, mit der sie gehetzt werden. Wie ist das möglich? Das machen ein Paar Zauberworte, mit welchen die Wühler ihren Verkehr mit dem Volke treiben, das sind die Worte: deutsche Republik. Es ist natürlich und auch löblich, wenn man jetzt für die Freiheit begeistert ist. Es ist auch natürlich, daß jetzt, wo weiter keine Gefahr mehr dabei ist, Jeder seine Freisinnigkeit öffentlich zu Schau tragen und nicht den Anschein haben will, als ob er dahinter bleibe. Jeder will Freiheitsmann sein, aber was man so eigentlich will sein, sind der Wenigste, und wenn es auch über die Möglichkeit hinausgeht, so ist es doch gut zu sagen. Man will Neben haltern, Thaten thun, Republik und noch über die Republik hinaus — wohin? Das ist unbekannte Blaue hinein. Da wir noch keine Republik gehabt haben, so denkt sich Jeder dabei, was er gerade will, Gott, Vergnügen, Freiheit, Gesetzlichkeit, wie es Jedem beliebt. Mit Verständigen aber wird man sich nicht einigen, weder über eine Staatsform ist, in welcher die Freiheit, Bildung und Wohlstand der Bürger möglich ist, aber auch das Gegentheil, je nachdem die Menschen sind. Sie wissen, daß in der ältern amerikanischen Republik die Masse des Volks zum ausschließlichen Vortheil weniger, im goldenen Buche eingetragener Familien ausgebeutet wurde; sie wissen, daß in der norischen Schweizerischen Republik die Bauern von den Städten als Hörigen und die tyrannische Gewalt regierte, daß die kleinen Kantone in der Schweiz auch Republiken sind und waren, und zwar demokratische, und daß es doch aus Alle nicht nach der Freiheit geistet, wie sie dort noch vor einigen Jahren war; daß der Bürger in der Monarchie Belgien sich freier fühlt, als in allen Republiken der Welt, selbst Nordamerika nicht ausgenommen, wo es verboten ist, von der Aufhebung der Sklaverei auch nur zu reden. Sie wissen auch, daß es mit der Wohlfahrt der Republik gar nicht so weit her ist, als man rühmt, daß man in der Republik Frankreich viel höhere Steuern bezahlt, als vorher unter der Monarchie. und daß das sogenan. souveräne Volk, die Rechts arbeitenden Arbeiter, welche bis vor wenigen Tagen Frankreich beherrschten, den Staat zahlmal mehr kosteten, als vorher die Civilliste ausgemacht hat. Wer aber noch bei der bekannten bemoosten Volksversammlung in Freiburg und in dem Oberländer Aufruhr die Leute gehört und gesehen hat, welche uns die Republik bringen wollen, wer die Personen in's Auge gefaßt hat, unter denen Zucht und Herrschaft wir kommen sollen, der ist — sofern ihn der allgemeine Schwindel noch einigs Verständigung gelassen hat — entschieden gegen diese Freiheitsrepublik vergangen. Die Verständigen wissen zugleich auch, daß die Republik in Deutschland nur auf dem Wege des Bürgerkrieges einzuführen

wäre. Aber wenn man in gutem Frieden hinter dem Schoppen sitzt, den Kopf voll Wein und den Mund voll blutiger Reden, so schlägt man das Alles nicht an. Da ist all' das namenlose Elend, welches vor 200 Jahren der 30jährige Bürgerkrieg über das Vaterland gebracht hat, gar nichts. Natürlich! denn was riechen man das jetzt? Ein paar Wochen Arrest und hernach Amnestie, darauf kann man's wagen. Wenn es aber zu einem wirklichen großen Kampf kommt, dann möchte das doch anders werden. — Das zweite Andenwort „Sicherheit vor Willkühr“ ist ein so hohes Gut, daß man nicht ein deutsches Wort dafür hat; aber das soll nicht hindern, das Richtige und Wahre, was darauf ist, auszurechnen. Das Richtige und Wahre daran aber ist erstlich, daß alle Gewalt im Staate ein Ausfluß des Volkswillens ist; das ist übrigens nichts Neues, denn eigentlich ist es von jeher so gewesen und es ist durch die neueste Revolution nur erst zur allgemeinen Anerkennung gekommen. Zweitens liegt darin, daß der Zweck aller Regierungsgewalt nichts Anderes sein darf, als das Wohl des Volkes, und endlich, daß alle Klassen des Volkes an der Herstellung und Handhabung der Staatsordnung so viel als möglich Theil nehmen. Aber welch ein heilloser Unfug wird mit diesem Worte getrieben? Wohl seit langer Zeit hat nichts Anderes so sehr die Köpfe verwirrt. Der Lagleute Sprache: Was, ich soll Holz spalten, und ich soll ein Souverain? Der Handwerksbursche kommt auf seinem Posten: Ich soll fechten gehen, und ich soll ein Souverain? Den Armen schmeckt sein Essen nicht mehr, denn er denkt: Ist es auch recht, daß ein Souverain Schwarzbrod ißt? Der Schulknabe weint: Ich soll meine Sprüche lernen, und ich doch ein Souverain? Und wenn das Kind in der Wiege wüßte, daß es noch einer von einem Redner in der Nationalversammlung gemachten Entdeckung schon als Souverain geboren sei, was würde es zur Amme sagen, welche die Windeln von seinem Souverain täglich wechseln muß? Solch' unsinniges Wort „Volkssouverainetät“, und welchem Jeder macht, was er will, ist nun hauptsächlich der Angelhaken für die Auswiegler geworden. Es ist eine bekannte Sache, je unklarer eine Vorstellung ist, desto eifersüchtiger und fanatischer hängen die Menschen daran; so ist es von jeher in der Religion gewesen, und so ist es jetzt in der Politik. Wenn man früher das Volk aufhetzen und mißbrauchen wollte, so sagte man, der Religion ist in Gefahr! Volk, sie wollen die deinen Glauben nehmen! und das arme Volk war auch sogleich bei der Hand und machte eine Faust. Wie aber machen sie es jetzt? Wenn etwas gethan oder beschlossen wird, was ihnen nicht behagt, so rufen sie nach allen vier Weltgegenden: Volk, deine Volkssouverainetät ist in Gefahr, Volk, sie haben wieder einen Griff von deiner Volkssouverainetät abgerissen! Und das arme Volk, welches immer Schutzbedürfniß zeigt und sich gern einer großen Masse sich unter der Volkssouverainetät im Allgemeinen am ganz praktischen Ding vorstellt, opne jedoch noch zu wissen, ob man's essen oder trinken kann, das arme Volk glaubt's und wird besperat. Leute, welche darauf ausgehen, sich das Volk zu einem dienen Werkzeuge für ihre Pläne zu machen, müssen vor Allem das Ansehen jeder andern Macht außer ihnen selbst, durch welche sich die Menschen innerlich oder äußerlich gebunden fühlen, vernichten, kann das alles als die Ordnung übrig bleiben, vor welchen die Masse sich mißtrauisch beugt. Nichts steht ihnen im Wege, als die innere religiöse Scheu des Menschen vor dem Walten eines ewigen, heiligen Willens. Ist es gelungen, jenen Funken eines religiösen Glaubens in den Menschen zu ersticken, sie herunter zu zwingen in den tiefsten Schlamm der Sittenlosigkeit, in welchem sie alle innere Ruhe und Selbstständigkeit verlieren, dann hat man die Menschen so, wie man sie für seine Pläne brauchen kann. Allerdings, die zu jeweder That bereit sind. Und dahin hat man in Volksversammlungen, in Zeitungen und Flugblättern eifrig genug und nicht ohne Erfolg gearbeitet. Ist aber einmal die Scheu vor den inneren Gesetze in der Brust des Menschen vernichtet, so ist es ein Leichtes, jedes andere Ansehen zu zerstören. Die Regierungen brennen zu jeden und ihre ganze Macht zu lähmen, wo sie drohen im Chaos der Revolution nicht stehen. Aber in der Nationalversammlung bildete sich eine neue Macht, gebieterische Macht in Deutschland, und diese war den Wühlern am so unangenehmer, da es sich gleich von Anfang an zeigte, daß die Nationalversammlung nicht gesonnen sei, sich zu ihrem willenlosen Werkzeuge hergeben. Eine Zeit lang suchte man dieselbe einzuschüchtern. Man schickte bewaffnete Haufen an sie, man belagerte die Gallerie in der Paulskirche mit einem Haufen voll Menschen, welche durch Klatschen, Lärmen und Zischen die Berathungen stören, man trieb die Leute in Volksversammlungen zusammen und drohte mit Aufstand. Als das Alles nichts half, so ersannen sie die Nationalversammlung, verbreyte und verdächtigte alle ihre Beschlüsse, suchte sie verächtlich zu machen und als vollsverrätherisch zu brandmarken, und forderte das Volk auf, es solle sie gar nicht mehr anerkennen. Die Nationalversammlung kümmerte sich nicht um alle diese Wühlereien; sie ging ernst und fest ihrem Ziele entgegen, die Freiheit in Deutschland zu sichern, die Einheit zu gründen, aber auch Ordnung und Ruhe wieder herzustellen. Darum setzte sie eine oberste Regierung für Deutschland ein und wählte einen Reichsverweser. Das war für die linkspolitischen und Anhänger die gefährlichste Anklang der Nationalversammlung; denn es war zu erwarten, daß mit der Einsetzung einer starken Regierung über ganz Deutschland das Vertrauen zurückkehre, die Ordnung und das Gesetz wieder zu Ansehen komme und ihrem Treiben mit kräftiger Hand ein Ende gemacht werde. Deßwegen wurden noch die letzten verzweifelten Anstrengungen gemacht, das Zustandekommen der Reichsgewalt zu verhindern und wo möglich noch vor der Wahl des Reichsverwesers in Frankfurt einen gewaltsamen Umsturz zu Stande zu bringen. Wie wurde die Nationalversammlung geschmäht! Wie wurde die Wahl selbst begeifert und verdächtigt! Und jetzt in diesem Augenblicke lesen wir an den Straßenecken theils versteckte, theils offene Aufrufe zur Empörung, und es steht zum Loschingen nichts als — der Muth. Und was wollen sie? Setzt nach Paris; ich noch irgend wo ein Mensch so blödsichtig, daß er noch immer nicht begreift, wohin man das aufgehetzte, grausthetie und angelogene Volk hetzen will? Wie lange, deutsches Volk, willst du dich von den Helfershelfern Marquis und Barbès' offen lassen? Wie lange willst du noch verblendeten und wahnsinnigen Verkehrung jener Kunstverkünge der Menschheit sein, nachdem die französische Bürgerschaft sie in den Staub getreten hat? Ihr Arbeiter, die man verderbt, liederlich macht und mit dem tödtlichsten Hasse gegen alle andern Klassen der Gesellschaft erfüllt, zu Raub und Mord und zur Zerstörung aller bestehenden Verhältnisse aufwiegelt, meint ihr denn wirklich, daß euern Verführern etwas an euch und an eurem Wohle gelegen sei? Ihr könnt es an den Fingern abzählen, daß sie euch dazu nicht brauchen. Kann daß ihr nicht besser daran sein, wenn Alles arm ist, das kann wohl ein Jeder unter euch begreifen, und daß solch ein Räuberstieg, wie der in Paris gewesen ist, auch in welchen man euch hineintagen will, nicht zu euerm Glück ausschlagen kann, das könnt ihr auch ebenfalls denken. Und ihr, die ihr etwas besitzet, sei es viel oder wenig, wie lange wollt ihr euch durch die blasgeworfenen Broken „Republik“ und „Volkssouverainetät“ wie kleine Kinder an der Nase herumführen lassen? Ihr meint, ihr seid die Herren, und seid doch nichts als die blinden und willenlosen Werkzeuge Derer, welche gesichert im Verborgenen sitzen und die Fäden in den Händen haben, an welchen euer eigenes Verderben gesponnen wird. Meint ihr denn wirklich, man suche deßwegen das Proletariat auf, um euch die geräumte Republik zu erkämpfen, damit ihr euch ruhig regieren könnt? Wir können euer dafür sich wollen lachenschießen lassen, damit ihr desto gemüthlicher im Schooße der Freiheit ruhen könnt? Meint ihr, diese Handwerksbrüche und Taglöhner wollen darum zu den Waffen greifen, um den kleinen Rest mittelalterlicher Vorrechte, welche noch stehen geblieben und die euch mit Recht nicht gefallen, aus dem Wege zu räumen? Wahrlich, diesen Lenten ist es sehr einerlei, ob ein Mann das Wörtlein „von“ vor seinen Namen setzen darf, oder nicht; sie wollen nicht davon, daß ihr Besitz wohl, daß sie noch irgendwelche Dingen euch fall werden. Sie ihnen handelt es sich um ein ganz anderes Vorrecht, um das Vorrecht des Besitzes. Das ist es, was heut zu Tag den Adel und die Begierde der großen Masse auf sich zieht, und gegen dieses Vorrecht, welches allerdings auch ein Vorrecht der Geburt ist, so lange der Besitz von den Eltern auf die Kinder übergeht, und zwar das bedeutendste Vorrecht von allen, gegen dieses Vorrecht ganz wie Sturm gerichtet. Das ist die Republik, für welche ihr schwärmt, „die rothe Republik,“ die Republik der Barbaren! Das ist die rothe Fahnenfeder, die euch so in die Augen sticht! In Paris sind die Leute vernunftig geworden; sie haben die Barbaren unter ihren eigenen Barrikaden begraben. Wollt ihr nun dazu helfen, daß sie in Deutschland ihre Blutfahne aufpflanzen? Wenn ihr es nicht wollt, so bietet dem Recht und dem Gesetze die Hand, und helfet dazu, daß die neue Ordnung in Deutschland fort werde!

Deutschland.

Bayern. — *† München, 22. Juli. Se. Maj. der König ist gestern Abends 6 Uhr von Nymphenburg aber Tegernsee, woselbst eine Jagd auf Hochwild abgehalten werden sollte, nach Reichenhall abgereist. Seine Majestät sind von dem Flügeladjutanten Obersten von Hartmann und dem Oberleutnant Grafen Pückendorff begleitet. Heute Morgens sind vom Gefolge des Königs der Hofrath Dr. Domniges, der Leibarzt Dr. v. Gietl und der Hofsekretär Schönwerth direkt von hier nach Reichenhall abgegangen.

g München, 22. Juli. Die „Augsburger Abendzeitung“ vom 15. d. Mts. enthält einen Aufsatz: „über Anstellungen“, worin, abgesehen von einigen harten Ausdrücken und Beschuldigungen aus früheren Zeiten, eine viel Beherzigenswerthes über diesen Gegenstand gesagt ist. Wir glauben versichern zu können, daß die Staatsregierung im Wesentlichen auch den dort aufgestellten Grundsätzen verfährt. Bei der ersten Anstellung in den unterssten Dienstzweigen muß vor Allem die Zeit der bestandenen Concursprüfung und sodann die erhaltene Note maßgebend sein, während die Beförderungen ein Hauptmoment auf die Qualifikation zu richten ist, und nur bei mehren gleicher Qualifikation auf das Dienstalter oder auf die Zeit des bestandenen Concurses gesehen werden darf. Das letztere findet namentlich aus Billigkeitsrücksichten in den Fällen statt, wenn die frühere Anstellung außer der Reihe erfolgt ist, und mehrere Beschwerden neuerer Zeit über Zurücksetzungen mögen darin ihre Erledigung finden. Von obigen Grundsätzen wurden bisher nur kleine Abweichungen wegen Mangelhaftigkeit der Gesetzgebung und im Interesse des Dienstes gemacht. Die Beförderungen sind dem gemäßen in den meisten Justizdienstzweigen bis zur gänzlichen Besetzung der Stellen nach der Zeit, noch mit Schwierigkeiten verbunden, weil hier nicht ausschließlich nach der Qualifikationsnote und dem Dienstesalter verfahren werden kann, denn ein guter Verwaltungsbeamter kann doch ein geringer Richter sein und umgekehrt. Die Abstufung wurde übrigens bald erfolgen, und vor der Hand rücksichtlich der Zeit des Verfahrens in Beachtigung.

— Se. Maj. der König haben Sich unterem 21. Juli allergnädigst bewogen gefunden, den bisherigen geheimen Sekretär bei dem k. Staats-

ministeriums der Justiz Gottfried **Walther** zum Ministerial-Assessor außer dem Status, den Ministerial-Sekretär Franz Xaver Rösner zum Statusmäßigen geheimen Sekretär, den Kreis- und Stadtgerichtsrath Dr. Franz Boat in Aschaffenburg zum geheimen Sekretär außer dem Status, und den expedirenden Sekretär Johann Baptist Reameyer zum statusmäßigen geheimen Sekretär bei dem k. Staatsministerium der Justiz zu befördern. Ferner am gleichen Tage den Assessor des Kreis- und Stadtgerichts Amberg Max von Enzyber und den Rechtspraktikanten Gottfried Widmann aus Würzburg zu Räthen bei dem k. Kreis- und Stadtgerichte Amberg, dann den Advokaten Gustav Hohenadel zu Wegscheid zum Assessor bei genannstem Stadtgerichte zu ernennen; nutrem 19. d. M. den von den Kreis- und Stadtgerichts-Assessoren Alexander Pfoderl zu Baireuth, und Thomas Gößregen zu Straubing, auf ihr Ansuchen ihrer Dienststellen zu genehmigen, sohin den Assessor Alexander Pfoderl zu dem Kreis- und Stadtgerichte Landshut, und den Assessor Thomas Gößregen zu dem Kreis- und Stadtgerichte Baireuth zu versetzen; in Folge eingetretenen Todes des Kaufmannes und dritten technischen Assessors am Wechselgerichte I. Instanz zu Augsburg Samuel Frommet die jüngeren technischen Assessoren dieses Gerichts Mathäus Kremer, Philipp Karl Bonnet und Honorat Saale Cafella vorrücken zu lassen, und die hiedurch frei werdende 6te Stelle eines technischen Assessors daselbst dem Kaufmanne Johann Baptist Vigl von Augsburg zu verleihen.

Se. Maj. der König haben unterm 19. Juli den Landgerichtsassessor Ferdinand Hauber zu Heilsbronn auf den Grund des §. 22 Lit. b der IV. Vorschriften-Beilage und unter Bezugung der Allerhöchsten Zusprechung mit seinem wirklichen und transferirlichen Titulen in summer in den Ruhestand treten, und in die hiedurch eröffnete I. Landgerichtsassessors-Stelle zu Heilsbronn den dermaligen II. Landgerichtsassessor Friedrich Pfing zu Hilpoltstein eintreten lassen; ferner geruhten Allerhöchstdieselben dem II. Landgerichtsassessor Fr. Joseph Haustand zu Klingenberg die erledigte II. Assessorsstelle bei dem Landgerichte Obernburg zu verleihen, und auf die hiedurch eröffnete Stelle den II. Landgerichtsassessor Hermann Martin zu Hilters zu versetzen, und die eröffnete Stelle eines II. Assessors bei dem Landgerichte Hilpoltstein dem Rechtspraktikanten Heinrich Hommer aus Furth zu verleihen.

Der Oberauditor Anton Räpl wurde pensionirt, die Regimentsauditoren Norbert Hilgers von der Leibgarde der Hartschire und Franz Bolle vom Grodermeuregiments-Kommando in Oberauditoren im Generalauditoriat befördert, der Oberst Karl Krozesser vom 4. Infanterieregiment (Gumppenberg) zum 2. Infanterieregiment (Kronprinz) versetzt.

Schweinfurt, 12. Juli. Soeben wird eine gedruckte Aufforderung zur Unterzeichnung einer Adresse ausgegeben, welche, an verschiedenen Orten aufgelegt, in den nächsten Tagen an die Reichsversammlung nach Frankfurt abgehen wird. Es enthält dieselbe, wenn ihre wesentlichen Gedanken hervorheben wollen, eine entschiedene Mißbilligung aller ultrademokratischen Bestrebungen und eine unbedingte Anerkennung aller von der Nationalversammlung festgestellten Beschlüsse. Zugleich wird aber auch der Wunsch ausgesprochen, daß die Nationalversammlung, und nämlich um alles Parteigetriebe zu entfernen, so große Zweck, nemlich das Wohl des deutschen Vaterlandes im Auge behalte, und daher dessen Verfassungswerk möglichst beschleunige (Würzb. Z.)

Speyer. Unterm 10. Juli ist folgende „amtliche Bekanntmachung" erschienen, unterzeichnet von der kgl. Kreisregierung und von dem Generalstaatsprokurator: „Es liegen Anzeigen vor, daß in der Pfalz Umtriebe sich gemacht werden sind, welche es allein zu Treuebruch und Aufruhr verleiten, sondern sie auch zur eine Partei zu werden, welche die Einführung der Republik in Deutschland mittelst Waffengewalt schon einmal versucht, und die Verwirklichung dieses Entschlusses dem Anschiene nach noch nicht aufgegeben hat, oder zum wenigsten einen Vorgeschlagen hat allen den Calamitaten zuvor zu kommen, wie sie ein Nachbarstaat zu bestagen hat. „Die obengenannten Behörden finden sich hiedurch veranlaßt, die große Strafwürdigkeit eines solchen Treibens dadurch zu bezeichnen, daß sie die bezüglichen Strafbestimmungen nachstehend zur allgemeinen Kenntnis bringen." (Folgen diese Gesetzesbestimmungen.) „Soll nicht Anarchie einreißen, so muß die Herrschaft der Gesetze durch deren Beachtung und Vollziehung aufrecht erhalten werden. Wenn sie gestürzt seien der Pöbel erkennen, daß das proklamirte Assoziationsrecht nicht so weit geht, Anschläge über Komplotte zu Verbrechen zu gestatten, und daß es ein Verbrechen wäre, wenn in Vereinen unter dem Schilde der vorgeschobenen Volkssouveränetät auf Einführung der Republik hingearbeitet wurde, nachdem auch die Nationalversammlung die monarchisch-konstitutionelle Regierungsform proklamirt hat. Möge die Betrachtung allenthalben einleuchten, daß demokratische Wühlereien nicht dahin führen können, Ruhe, Ordnung und Vertrauen wieder hervorzurufen, und mit ihnen den gesunkenen Kredit, sowie den Gewerbsbetrieb zu heben! Möge endlich allenthalben erkannt werden, daß den Volksrechten das Interesse der Gesammtheit der Staatsangehörigen zum Grunde liegt, und daß sie daher nicht zu Parteizwecken mißbraucht werden dürfen." (Spr. Z.)

Nassau. — Ueber die neu besetzten Aemter in Wiesbaden bringt ein Bericht von dort vom 18. Juli (im Frankf. Journal) folgendes Nähere: „In Folge einer Drohung einer Deputation, die vom „Arbeiterverein" an den Artillerieobrist von Hadeln gesandt war, um bei diesem die Befreiung von 26 ungerechtfertigten Artilleristen zu erlangen, welche Drohung, wie man versichert, nichts Anderes enthielt, als im Weigerungsfalle die Inhaftirten mit Gewalt zu befreien, wurde am Sonntag Abend um 9 Uhr Generalmarsch geschlagen, in Folge dessen alsbald die ganze Bürgerwehr unter Waffen stand. Der Bürgerobrist Göbecke hatte den Befehl, die Drohenden, unter welchen namentlich der Hauptmann Dieß von der ersten Compagnie, zu verhaften. Als er nun seinem Befehl auf dem Friedrichsplatze nachkommen wollte, wo die 1., 2. und 3. Compagnie aufgestellt waren, widersetzten sich diese mit Gewalt dieser Verhaftung. Der Obrist ging, kam aber gleich darauf mit der 6., 7. und 8. Compagnie wieder, um die sich ihm widersetzenden Compagnien zu entwaffnen. Nun entstand ein furchtbarer Crawall. Die Leute wollten sich nicht entwaffnen lassen, die Hilfsmannschaft sollte angreifen, that es auch theilweise, worauf die rebellischen Compagnien sich entgegenstellten, theils auch nach allen Seiten hin fortliefen. Die Meisten luden ihre Gewehre und man wußte nicht, was daraus noch werden sollte. Der Obrist gab nach, Dieß wurde nicht verhaftet und man suchte wieder ein. Gestern Morgen nun erschien eine Verfügung, daß in Folge der Widersetzlichkeit die 1., 2. und 3. Compagnie sofort ihre Waffen auf dem Stadthause abzuliefern hätten. Es war eine Frist bis 9 Uhr Morgens festgesetzt, die später auf drangenden Bitten mehrerer Deputationen auf 3 Uhr Nachmittags verlängert wurde. Die Sache sollte untersucht und von der Compagnie regorganisirt werden. Nur Wenige leisteten dieser Aufforderung Genüge und diese Wenigen wurden von rohem Volke ausgelacht und ausgepfiffen. Wie wohl eine solche Entwaffnung nichts Ehrenvolles ist, so konnte doch der Unschuldige, dem das Gesetz heilig, seine Waffe ganz getrost abgeben; ihm wird man sie sicherlich nicht lange vorenthalten. Doch der Ausmuths des Republikanismus hatte sich seit gestern, keine Waffen abgaben, sondern mit Gewalt sich dieser Verpflichtung entgegenstellen. Dieser Muthmannschaft wollte ich zwar der Untersuchung unterwerfen; statt aber sich so lange ruhig zu verhalten, bis diese beendet sein würde, wurde von einigen ihrer so genannungsmüchtigen und moralisch gebildeten Helden offen der Aufruhr gepredigt. Mit Gewalt sprengten sie die Thore des Criminalgefängnis, um die inzwischen verhafteten Rädelsführer Dieß und Schäfer, die sich Beide in sehr compromittirender Weise benommen haben, herauszuholen. Nur diesen Unbesonnenen trugen sie diese in's Verderben, wo denn wahrscheinlich neue Berathungen gepflogen, neue Pläne geschmiedet wurden, denn daß man keinen ehrlichen Kampf kämpfen wollte, läßt sich daraus ersehen, daß selbst Leben nach allen Seiten hin durch ein ganz moralisch todtes Subjekt die Landleute zum Aufruhr hierher aufzuhalten liessen. Sie wollten einen zweiten Aten März, wobei es in dem Wäster, wo Hadeln wohnt, ganz ruhig zuging, noch leider arbeiteten sie durch ihre bisherigen Bestrebungen ihr nur in die Arme; wenigstens hat uns dieser ehrenwerthe Arbeiterverein noch nichts Gutes gebracht und wurde uns nie etwas Gutes haben bringen können, da unter seinen Fittigen viel zu viele Charaktere verborgen waren, die hinsichtlich ihrer Bildung, ihrer Moralität und ihres guten Rufes uns nicht hätten Gutes bringen können. Gestern und heute ist es ruhig, die Nacht hat gut ab, denn es waren alle Vorsichtsmaßregeln getroffen. Das Militär stand gestern den ganzen Tag unter den Waffen, und dieses sowohl als die Burger patrouillirten bis zum heutigen Morgen, an welchem auf einmal durch Verfügung des Kriegsministeriums zu Frankfurt, da die ausgesprochenen Drohungen es nöthig erschienen liessen, 2000 Preußen als Besatzung hierher von Mainz (Infanterie, Artillerie und Cavalerie) hier einrücken. Die Burgerewehr mußte ihre Waffen ablieferu, bis sie neu organisirt sein würde, und die Hauptwächter wurden und werden gegenwärtig noch aufgestellt und verpflstet. Viele, namentlich Dieß, Göbe, Werren und Böhning haben sich gestichtet, viele Andere sind schon in sicher Gewahrsam. Unsre Nachmittag hatte unsere Stadt den Inhalt eines kleinen Kriegsheeres. Heute Nachmittag hatte unsere Stadt den Genossen waren an einigen Punkten aufgestellt. Man erwartet den baldigen Wiederabmarsch dieser militärischen Gaste, deren Benehmen in jeder Beziehung musterhaft ist.

Die nachstehende Bekanntmachung wurde heute früh veröffentlicht: Nachdem die Bürgerwehr hier aufgelöst ist, und der Gesetzlosen der letzten Tage nicht im Stande gewesen ist, die öffentliche Ordnung aufrecht zu halten, nachdem sie sich Gefangene hat entreißen lassen, und Einzelne sowohl als ganze Abtheilungen in offener Widersetzlichkeit gegen ihre Führer sich aufgelehnt haben, sind zur Verstärkung unsers in geringer Anzahl gegenwärtigen Militärs Reichstruppen aus Mainz hierher beordert worden, um die Ordnung wiederherzustellen und um von der Reichsgewalt angesprochenen Landsteiden aufrecht zu halten. Die Bürgerwehr wird sofort neu organisirt werden, und ist zu dem Ende die Ablieferung sämmtlicher Gewehre erforderlich. Von den Bürgern Wiesbadens wird erwartet, daß sie sich dieser Maßregel, welche unsere Freiheit nicht gefährden, sondern sichern soll, willig unterordnen und anschließen. Wiesbaden, den 18. Juli 1848. gezeigt. gez. Staatsministerium. Hergenhahn.

Preußen. — Berlin, 18. Juli. Der lebhafteste Wunsch aller Parteien geht jetzt auf die baldige Vorlage des Communal-Gesetzes, welches von Seiten der Regierung auf das ernstlichste betrieben wird. Wie die grossen Schwierigkeiten, die sich an dieses Gesetz knüpfen, zu überwinden zu wurdigen weiß, wird insbesondere eine ernste Ermagung desselben an Orte finden, selbst unter der Bedingung, daß die Vorlage noch einige Zeit verzögert werden sollte. (B. N.)

Berlin, 18. Juli. Der Antrag zu dem Bureau für die freiwillige Anleihe ist jetzt so stark, daß eine Aufregierhaltung der Ordnung demnächst durch Burgerwehr nöthig sein wird. — Nach der Voss. Zeitung ist Professor Rosenkranz hier bereits angekommen, um das Unterrichtsministerium, welches von dem Cultus getrennt werden soll, zu übernehmen. Das Cultusministerium soll eine ganz andere Organisation erhalten. —

Der constitutionelle Congreß, welcher vom jüngsten constitutionellen Club berufen ist, wird Sonntag den 22. früh 10 Uhr eröffnet werden. Zum Versammlungsort ist das Clubhaus, der Mexicanische Saal, bestimmt, woselbst schon Freitag ein permanenter Ausschuß des Comités zur Begrüssung der eintreffenden Congreßmitglieder anwesend sein wird. (Der Nürnberger constitutionelle Verein hat beschlossen, den constitutionellen Congreß zu Berlin durch zwei Abgeordnete zu beschicken, und zu diesen die H.H. Retter-Lechner und Dr. Pfaff gewählt, welche auch bereits dahin abgegangen sind.) — Gestern hielten in Handelsmisterium gewichtige Berathungen über zu ergreifende Maasregeln gegen Frankreich, namentlich über Erhöhung der Ausfuhrprämien auf Baumwolle, Seide, Lumpen etc. stattgefunden. Das Resultat ist noch nicht bekannt — Heute früh sind die Gitter am Schlosse wieder eingehangen worden. Das Schloß selbst ist von zahlreicher Bürgerwache besetzt, die bereits 4 Uhr Morgens dahin kommandirt war. Bis jetzt (Nachmittags 4 Uhr) hat keine Ruhestörung stattgefunden und dürfte auch schwerlich eintreten. —

Oesterreich. — "Briefe aus Wien melden eine nahe Auflösung des Verbots der Getreidefuhr aus Oesterreich wenigstens in Bezug auf sämmtliche deutsche Staaten, nachdem der Anschluß der österreichischen Monarchie an Deutschland unmöglich erfolgt ist. Das Handelsministerium geht mit dem Plane um, die Nord- und Glogganizer Eisenbahn durch eine längs des Wiener-Neustädter Kanals zu errichtende Zweigeisenbahn zu verbinden. Abgesehen von den Nutzen den diese Verbindung beider Bahnen an sich schon bringen muß, gewährt der Plan noch den besonders großen Vortheil, daß bei Ausführung desselben wieder Tausende von Händen Arbeit und Brod finden werden. — Wien erhält zu seinen bereits zahlreichen Festungen abermals zwei neuen Zuwachs, indem bei dem Buchhändler C. Gerold a. Sohn in Wien in den nächsten Tagen ein neues Blatt unter dem Titel „Austria, Organ für konstitutionelle Freiheit und Gesetz" erscheint, welches das Motto: „Recta tueri" führt. Wie man hört, soll die Tendenz dieses Blattes konservativ sein.

Schweiz.

Die Bas. Ztg. schreibt: Wer uns liegt ein, wie es heißt in unserer Nähe gedruckter „Plan zur Revolutionirung und Republikanisirung Deutschlands von Dr. Struve und K. Heinzen." In demselben wird zum Riesenkampfe aufgefordert durch energische Handhabung der Gewalt und schonungslose Behandlung der Gegner, namentlich Konfiskation des Vermögens aller Derer, die sich im Dienst der Fürstenpartei hervorgethan. Ein Aufruf an das deutsche Volk verspricht demselben alle möglichen Herrlichkeiten; es folgt sodann eine Organisation des Aufstandes, Organisation der provisorischen Behörden und allgemeine Verhaltungsmaßregeln für die Beamten der Revolution und die Offiziere des Volksheeres, Alles im Sinne des revolutionären Terrorismus.

Frankreich.

** Paris, 18. Juli. In einer der letzten Sitzungen des Ausschusses der Nationalversammlung für die auswärtigen Angelegenheiten hielt Lamartine eine längere Rede, in welcher er die von der provisorischen Regierung befolgte auswärtige Politik darlegte und zu rechtfertigen suchte. Er beruhete dabei auf sich selbst, und wir glauben die Stelle aussprechen zu müssen, welche sich auf Italien bezieht. „Italien war für uns noch dem 24. Februar nicht eine Frage theoretischer Diplomatie, es war eine drängende und unaufschiebbare Frage, welche entschiedenes Handeln forderte. Wollen Sie auch der Geschichtlichkeit, mit welcher wir unsere Angelegenheiten während der Dauer der provisorischen Regierung leiteten, nicht Gerechtigkeit widerfahren lassen, so lassen Sie doch der Gewalt der Februar-Revolution Gerechtigkeit angedeihen. Vergessen Sie nicht, daß vor dem 24. Februar ganz Italien in Sklavenfesseln oder besetzt war, und daß heute, Dank seinen eigenen Anstrengungen und Ihrer Haltung, welche ein wohlerwogener, kräftiger Akt war, Italien beinahe ganz befreit ist, d. h. daß 26 Millionen Menschen mit Ihnen in einen Bund getreten sind. Sollten etwa am Tage nach der Februar-Revolution vorrätig die Alpen überstiegen, und in unserem eigenen Namen die Oesterreicher in der Lombardei angreifen? Aber vergessen Sie denn, daß die Grundlage unserer ganzen Politik in dem Grundsatze lag: Achtung und Freundschaft für Deutschland, und daß ein eben so persönlicher als unmotivirter Angriff auf Oesterreich das ganze Deutschland längs der Rheinufer gegen uns gewendet, sowie ganz Nordeuropa in einen Bündnisse mit Rußland hingetrieben hätte, von welchem es abzuhängen unsere Politik, sowie die Politik des Weltfriedens ist. Nein, wir haben dieß nicht gethan, wir haben Karl Albert nicht zum Kriege mit Oesterreich angetrieben; der Drang seiner Völker, der Schrei Italiens, seine Lage, der Ehrgeiz seiner Räthe, vielleicht persönliche Ruhmesbegierde haben ihn hinreichend ohne unser Zuthun dazu angetrieben. Sein altes persönliches Bündniß mit dem österreichischen Absolutismus mußte weichen vor dem Andrängen von ganz Italien. An dem Tage, an dem Karl Albert vorrückte haben wir es gesagt und von der Tribune herab laut, wiederholt, und was man auch sagen mag, nicht ohne Ruhmrecht erklärt: Italien ist frei oder wird frei sein. Wir haben damals zwei Fälle aufgestellt: entweder siegt Karl Albert mit der alleinigen Hilfe Italiens oder Radetzys Armee, und Italien verdankt dann sich selbst seine Freiheit, und dies ist eine Bedingung sich selbst besser zu verbedingen; oder Karl Albert erleidet Schlappen, und die Unabhängigkeit seiner eigenen Staaten in Oberitalien wird bedroht von den Oesterreichern, und dann werden wir intervenirten gemäß dem Rechte der Sicherung Frankreichs und der Ersten der auf der Karte vorhandenen Nationalitäten; und aus diesem Grunde hat der Minister des Auswärtigen der provisorischen Regierung gleichsam als den ersten Akt seiner feindlichen oder eventuell bewaffneten Diplomatie die Bildung einer Armee von 52000 Mann, Gewehr in Arm, am Fuße der Alpen verlangt. Sie werden nicht fordern meine Herren daß ich hier in weitere Einzelheiten über die gegenwärtige Lage eingehe, wo ein einziges, unvorsichtiges Wort die Angelegenheiten des Landes kompromittiren kann. Italien wird frei sein oder Frankreich wird selbst hinzugezogen sein gewissen zu theilen, das ist alles, was wir in diesem Augenblick sagen können."

Nachschrift.

Frankfurt, 20. Juli. In der heutigen 43. Sitzung der Verfassungsgebenden Reichsversammlung kündigte der Präsident an, daß der Reichsverweser auf das ihm in dieser Eigenschaft zustehende Einkommen verzichte. Die Versammlung ertheilte dem Präsidenten im Einverständniß mit dem Bureau den Auftrag, für eine geeignete Wohnung dahier für den Reichsverweser Sorge zu tragen.

Die uns oben zukommende Grazer Zeitung vom 19. Juli bringt folgende ihr auf Privatwegen zugekommene Nachrichten vom Kriegsschauplatze in Italien (leider ohne Datum), deren volle Bestätigung wir von Herzen wünschen: „Feldmarschall Radetzky soll den Piemontesen bei Villafranca eine Schlacht geliefert und einen glänzenden Sieg errungen haben. Die feindliche Armee sei aus ihren Verschanzungen geworfen, Karl Albert in voller Flucht nach Pechiera. 4000 Piemontesen lägen todt auf dem Schlachtfelde, 2000 Gefangene und 19 Kanonen fielen in die Hände unserer Truppen. Mantua sei im Aufstande gegen die sardinische Herrschaft und Ferrara von 6000 Mann Oesterreicher besetzt. Die Straße nach Mailand ist für unsere Armee offen."

— Der Landtagsversammlung des Herzogthums Steyermark hat aus Gratz vom 17. Juli eine, die beste deutsche Gesinnung athmende Adresse an den Reichsverweser Erzherzog Johann gerichtet, in welcher sie sich mit Kraft gegen jede Trennung des Wiener Sicherheitsausschusses erhebt. Wir heben aus diesem bedeutungsvollen Aktenstück folgende Stelle aus, weil dieselbe am entschiedensten zeigt, wie die Provinzen Oesterreichs endlich gegen das Joch sich erheben, welches ihnen dieser sogenannte Sicherheitsausschuß von Wien aus auferlegen will. Nachdem gesagt ist, daß die Gestaltung der Zukunft Oesterreichs und die Wahrung der Rechte nur in die Hände der österreichischen Reichsversammlung gelegt sei, also heißt es erklärt: „Wir müssen das Fortbestehen oder das neue Aufwachen jeder Körperschaft, die sich neben oder über die Regierung stellt und Beschlüsse faßt und durchführt, welche als Ausdruck des wirklichen Volkswillens von nun an nur im Schooße des Reichstages ihren Ursprung haben müssen — als unkonstitutionell, das Selbstgefühl der Provinzen verletzend, und voll Mißtrauen und möglicherweise Widerstand erzeugend — als gefährlich bezeichnen."

— In Jassy wüthete nach einer Anzeige vom 10 d. Mts. die Cholera heftig fort: doch scheint nach einem starken Gewitter einige Verminderung eingetreten zu sein. Auf dem Lande verbreitet sich die Seuche. Da durch die allgemeine Flucht fast alle Gebäude verlassen sind, läßt sich bei dem Mangel einer Polizei der Grad der Sterblichkeit nicht angeben. Ein Arzt schätzt aber die Todesfälle im Laufe eines Monats auf wenigstens 4000. (Wiener Zeitung.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 20. Juli. Oesterr. 5proz. Metall. 67 1/2. 4or 0. 56 3proz. 2 1/2proz. 35 1/2. Bankaktien 1200. G. 500 fl.-Loose 100 1/2. 250 fl.-Loose 74 1/2. — Preuß. 50 Thl.-Prämienscheine 89 1/2. 9. — Staatsschuldscheine 3 1/2proz. 77. — Bayer. 3 1/2proz. 77 1/2. — Ludwigs-Berbach. 69 1/2. — Württemberg. 3 1/2proz. 80 1/2. 4 1/2proz. 95. — Bad. 3 1/2proz. 77 1/2. — Loto-Anlehen à 50 fl. 49 1/2. — 35 fl.-Loose 27 1/2. — Darmstadt. 3 1/2proz. 79 1/2. 4proz. 89. — Loto-Anlehen von 50 fl. 65 1/2. — 25 fl.-Loose 22. — Kurhessl. Frankf.-Wilh.-Nordb. 40 1/2. — 40 Thlr.-Loose 27 1/2. — Nassau. 3 1/2proz. 83. 25 fl.-Loose 22 1/2. — Frankf. 3proz. 82 1/2. 3 1/2proz. 95. 89 1/2. — Taunusbahn 247. — Holländ. Integr. 46. — Span. 3proz. innere Schuld 18 1/2. — Pol. 300 fl.-Loose 88. 500 fl.-Loose 64 1/2. — Sard. 36 fr.-Loose 25 1/2. Dän. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Der konstitutionelle Congreß, welcher von hiesigen konstitutionellen Club beru sen ist, wird Sonntag den 22. früh 10 Uhr eröffnet werden. Zum Versammlungsort ist das Glublokal, der Pfeiferg'sche Saal, bestimmt, woselbst schon Freitag ein permanenter Ausschuß des Comitée zur Begrüßung der eintreffenden Congreßmitglieder anwesend sein wird. (Der Nürnberger konstitutionelle Verein hat beschlossen, den konstitutionellen Congreß in Berlin durch zwei Abgeordnete zu beschicken, und zu diesen die HH. Rektor Lochner und Dr. Kapoldt, welche auch bereits dahin abgegangen sind.) — Gestern haben im Handelsministerium gewichtige Berathungen über zu ergreifende Maaßregeln gegen Frankreich, namentlich über Erhöhung der Ausfuhrprovinzien auf Baumwolle, Seide, Linnen ꝛc. stattgefunden. Das Resultat ist noch nicht bekannt. — Heute früh sind die Thüter am Schlosse wieder eingehangen worden. Das Schloß selbst ist von zahlreicher Bürgerwehr bewacht, und bereits 4 Uhr Morgens dahin kommandirt war. Bis jetzt (Nachmittags 4 Uhr) hat keine Ruhestörung stattgefunden und dürfte auch schwerlich eintreten. —

Oesterreich. — ** Briefe aus Wien melden eine nahe Aufhebung des Verbots der Geldausfuhr aus Oesterreich wenigstens in Bezug auf sämmtliche deutsche Staaten, nachdem der Ausfuhr der österreichischen Banknoten an Deutschland unumehr erfolgt ist. Das Handelsministerium geht mit dem Plane um, die Nord- und Süddgnauer Eisenbahn durch eine längs des Wiener-Neustädter Kanals zu errichtenden Zweigeisenbahn zu verbinden. Abgesehen von den Nutzen den diese Verbindung beider Bahnen an sich schon bringen muß, gewährt der Plan noch den besonders großen Vortheil, daß bei Ausführung desselben wieder Tausende von Händen Arbeit und Brod finden werden. — Wien erhält zu seinen bereits zahllosen Zeitungen abermals einen neuen Zuwachs, indem bei dem Buchhändler C. Gerold u. Sohn ein schon in den nächsten Tagen ein neues Blatt unter dem Titel „Austria, Organ für konstitutionelle Freiheit und Gesetzy erschrint, welches das Motto: „Recta tueri" führt. Wie man hört, soll die Tendenz dieses Blattes konservativ sein.

Schweiz.

Die Bas. Ztg. schreibt: Vor uns liegt ein, wie es heißt in unserer Nähe gedruckter „Plan zur Revolutionirung und Republikanisirung Deutschlands von G. Struve und K. Heinzen." In demselben wird zum Riesenkampfe aufgefordert durch energischer Handhabung der Gewalt und schonungslose Behandlung der Gegner, namentlich Konfiskation des Vermögens aller Derer, die sich im Dienst der Fürstenpartei hervorgethan. Ein Aufruf an das deutsche Volk verspricht demselben alle möglichen Herrlichkeiten; es folgt sodann eine Organisation des Aufstandes, Organisation der republikanischen Behörden und allgemeine Verhaltungsvorschriften für die Beamten der Revolution und die Offiziere des Volksheeres, Alles im Sinne des revolutionären Terrorismus.

Frankreich.

** Paris, 18. Juli. In einer der letzten Sitzungen des Ausschusses der Nationalversammlung für die auswärtigen Angelegenheiten hielt Lamartine eine längere Rede, in welcher er die von der provisorischen Regierung befolgte auswärtige Politik darlegte und zu rechtfertigen suchte. Er berührte dabei Land für Land, und wir glauben die Stelle ausheben zu müssen, welche sich auf Italien bezieht. Er sagte: „Italien war für uns nach dem 24. Februar nicht eine Frage theoretischer Diplomatie, es war eine dringende und unausschiebbare Frage, welche entschiedenes Handeln forderte. Wollen Sie auch der Geschichte hören, mit welchen wir unsere Angelegenheiten während der Dauer der provisorischen Regierung leiteten, nicht Gerechtigkeit widerfahren lassen, so lassen Sie doch der Gewalt der Februar-Revolution Gerechtigkeit angedeihen. Vergessen Sie nicht, daß vor dem 24. Februar ganz Italien in Sklavenfesseln der besetzt war, und daß heute, Dank seinen eigenen Anstrengungen und Ihrer Haltung, welche ein wohlwollender, kräftiger Rath war, Italien beinahe ganz befreit ist, d. h. daß 26 Millionen Menschen mit Ihnen in einen Bund getreten sind. Sollten wir etwa am Tage nach der Februar-Revolution voreilig die Alpen überschritten, und in unserem eigenen Namen die Oesterreicher in der Lombardei angreifen? Aber vergessen Sie denn, daß die Grundlage unserer ganzen Politik in dem Grundsatze lag: Achtung und Freundschaft für Deutschland, und daß ein eben so persönlicher als unmotivirter Angriff auf Oesterreich das ganze Deutschland hätte dem Rheinufer gegen uns gewendet, sowie ganz Nordeuschland an seinen Bändnisse mit Rußland hingetrieben hätte, von welchem es abzubringen unsere Politik, sowie die Politik des Weltfriedens ist. Nein, wir haben dieß nicht gethan, wir haben Karl Albert nicht zum Kriege mit Oesterreich angetrieben; der Drang seiner Völker, der Schrei Italiens, seine Lage, der Ehrgeiz seiner Nähe, vielleicht persönliche Ratschläge haben ihn hinreichend ohne unser Zuthun dazu angetrieben. Sein altes persönliches Bündniß mit dem österreichischen Absolutismus mußte weichen vor dem Andrängen von ganz Italien. An dem Tage, an dem Karl Albert vorrückte haben wir es gesagt und von der Tribune herab laut, wiederholt, und was man auch sagen mag, nicht ohne Kühnheit erklärt: Italien ist frei oder wird frei sein. Wir haben damals zwei Fälle aufgestellt: entweder siegt Karl Albert mit der alleinigen Hilfe Italiens über Radetzky Armee, und Italien verdankt dann sich selbst seine Freiheit, und dies ist eine Bedingung sich desto besser zu vertheidigen; oder Karl Albert erleidet Schlappen, und die Unabhängigkeit seiner eigenen Staaten in Oberitalien wird bedroht von den Oesterreichern, und dann werden wir intervenieren gemäß dem Rechte der Sicherung Frankreichs und der Ersteren der auf der Karte vorhandenen Nationalitäten; und auf diesem Grunde hat der Minister des Auswärtigen der provisorischen Regierung gleichsam als den ersten Akt seiner friedlichen aber eventuell bewaffneten Diplomatie die Bildung einer Armee von 52000 Mann. Gewehr in Arm, am Fuße der Alpen verlangt. Sie werden nicht sovern meine Herren daß ich hier in weitere Einzelheiten über die gegenwärtige Lage eingehe, wo ein einziges, unvorsichtiges Wort die Angelegenheiten des Landes kompromittiren kann. Italien wird frei sein oder Frankreich wird selbst hinnehmen seine Gefahren zu theilen, das ist alles, was wir in diesem Augenblicke sagen können."

Nachschrift.

Frankfurt, 20. Juli. In der heutigen 43. Sitzung der Verfassunggebenden Reichsversammlung kündigte der Präsident an, daß der Reichsverweser auf das ihm in dieser Eigenschaft zufließende Einkommen verzichte. Die Versammlung ertheilte dem Präsidenten im Einverständniß mit dem Bureau den Auftrag, für eine geeignete Wohnung dahier für den Reichsverweser Sorge zu tragen.

Die uns eben zukommende Grazer Zeitung vom 19. Juli bringt folgende ihr auf Privatwegen zugekommene Nachrichten vom Kriegsschauplatze in Italien (leider ohne Datum), deren volle Bestätigung wir von Herzen wünschen: „Feldmarschall Radetzky soll den Piemontesen bei Villafranca eine Schlacht geliefert und einen glänzenden Sieg errungen haben. Die feindliche Armee sei aus ihren Verschanzungen geworfen, Karl Albert in voller Flucht nach Peschiera. 4000 Piemontesen lägen todt auf dem Schlachtfelde, 2000 Gefangene und 19 Kanonen fielen in die Hände unserer Truppen. Modena ist im Aufstande gegen die sardinische Herrschaft und Ferrara von 6000 Mann Oesterreicher besetzt. Die Straße nach Mailand ist für unsere Armee offen."

— Die Landtagsversammlung des Herzogthums Steyermark hat aus Grag vom 17. Juli eine, die beste deutsche Gesinnung athmende Adresse an den Wiener Reichstag angenommen, in welcher sie sich mit Kraft gegen das Fortbestehen des Wiener Sicherheitsausschusses erhebt. Wir heben aus diesem bedeutungsvollen Aktenstück folgende Stelle aus, weil dieselbe am entschiedensten zeigt, wie die Provinzen Oesterreichs endlich gegen das Joch sich erheben, welches ihnen dieser sogenannte Sicherheitsausschuß von Wien aus auferlegen will. Nachdem gesagt ist, daß die Gestaltung der Zukunft Oesterreichs und die Wahrung der Rechte nur in die Hände der österreichischen Reichsversammlung gelegt sei, wird deshalb erklärt: „Wir müssen das Fortbestehen oder das neue Anstanchen jeder Korperschaft, die sich neben oder über die Regierung stellt und Beschlüsse faßt und durchführt, welche als Ausdruck des wirklichen Volkswillens von nun an nur im Schooße des Reichstages ihren Ursprung haben müssen — als inkonstitutionell, das Selbstgefühl der Provinzen verletzend, und weil Mißtrauen und möglicherweise Widerstand erzeugend — als gefährlich bezeichnen."

— In Jassy wüthete nach einer Anzeige vom 10 d. Mts. die Cholera heftig fort: doch scheint nach einem starken Gewitter einige Verminderung eingetreten zu sein. Auf dem Lande verbreitet sich die Seuche. Da durch die allgemeine Flucht fast alle Behörden aufgelöst sind, läßt sich bei dem Mangel einer Polizei der Grad der Sterblichkeit nicht angeben. Ein Arzt schätzt aber die Todesfälle im Laufe eines Monats auf wenigstens 4000. (Wiener Zeitung.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 20. Juli. Oesterr. 5proz Metall. 67 1/2, 4pr ct. 56 3proz. — 2 proz. 35 1/2. Bankaktien 1200. G. — 500 fl.-Loose 100 5/8. 250 fl.-Loose 74 1/4. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 89 1/4. 9. — Staat-schuldscheine 4proz. 77. — Bayer. 3 1/2 proz. 77 1/4. — Ludwigs-Berbach. 69 1/4. — Württemberg. 3 1/2 proz. 89 1/4. — 4 1/2 proz. 95 — Bad. 3 1/2 proz. 77 1/2. — Loto-Anlehen à 50 fl. 49 1/2. — 35 fl.-Loose 27 1/2. — Darmstadt. 3 1/2 proz. 79 1/2. — 4proz. 89. Loto-Anlehen von 50 fl. 65 1/2. 25 fl.-Loose 22. — Kurheff. Friedr.-Wilh.-Nordb. 40 1/2. — 40 Thlr.-Loose 27 1/2. — Nassau. 3 1/2 proz. 83. 25 fl.-Loose 22 1/2. — Frankf. 3proz 52 1/2. 3 1/2 proz 95, 89 1/2. — Taunusbahn 247. — Holland. Integr. 46. — Span. 3proz. innere Schuld 18 1/2. — Pol. 300 fl.-Loose 88. 500 fl.-Loose 64 1/2. — Sard. 36 Fr.-Loose 25 1/2. Disc. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 23.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 3 fl.
Halbjährig 2 fl.
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Dienstag den 25. Juli 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14.
Einrückungsgebühr: Die gehaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder, frei.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 21. Juli. (44. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) Die Sitzung wurde vom Präsidenten v. Gagern nach 9½ Uhr eröffnet. Nach Verlesung des Protokolls und nachdem nach Beseler als Berichterstatter des Verfassungsausschusses einige Schlußbemerkungen zu §. 5 des Entwurfes der Grundrechte gemacht hatte, wurde zur Fortsetzung der Abstimmung geschritten, und §. 2 im Ganzen nach der vom volkswirthschaftlichen Ausschusse vorgeschlagenen Fassung angenommen. Der Paragraph lautet nunmehr nach dem Ergebnisse der verschiedenen Abstimmungen: „Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen. Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathsgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgestellt." (Der Satz 2 wurde nach vorgenommener Zählung mit 224 gegen 193 Stimmen angenommen.) Bis zur Erlassung der betreffenden Reichsgesetze steht die Ausübung der gedachten Rechte jedem Deutschen in jedem einzelnen Staate Deutschlands unter denselben Bedingungen, wie den Angehörigen dieses Staates zu. — Ferner beschloß die Nationalversammlung, und zwar nachdem Probe und Gegenprobe, so wie ein namentlicher Abzählen ein zweifelhaftes Ergebniß geliefert hatten, mit 244 gegen 242 Stimmen, daß dem volkswirthschaftlichen Ausschusse aufgegeben werde, bis zur zweiten Berathung über das vorliegende Grundrecht den Entwurf eines Heimathsgesetzes und einer Gewerbeordnung vorzulegen. Angenommen wurde ferner der Zusatzantrag Schüler von Jena: Kein deutscher Staat darf zwischen seinen Angehörigen und den Angehörigen eines andern deutschen Staats einen Unterschied bezüglich des bürgerlichen, peinlichen oder Prozeßrechts machen, wodurch die letzteren als Ausländer zurückgesetzt würden. Ein weiterer Zusatzantrag von Spatz: Aller Paßzwang ist aufgehoben, wurde abgelehnt. Der §. 3 wurde, nachdem mehrere Verbesserungsanträge sowie der Antrag der Majorität des Verfassungsausschusses verworfen, und in besonderer Abstimmung festgestellt worden war, daß die Beerdigung der Unbescholtenheit gestellt werden solle, in der vom 2. Minoritätsrachten vorgeschlagenen Fassung angenommen. Er lautet also: Die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines deutschen Staates darf an keine andern Bedingungen geknüpft werden, als welche sich auf die Unbescholtenheit und den genügenden Unterhalt des Aufzunehmenden für sich und seine Familie beziehen. Der von Platter vorgeschlagene Zusatz: Als beschotten ist anzusehen, wer sich in einer peinlichen Untersuchung befindet, wer eine peinliche Strafe noch zu erleiden hat, oder sich in Folge rechtskräftigen Urtheils unter polizeilicher Aufsicht befindet, — wurde verworfen. — Der §. 4 wurde in der vom Verfassungsausschusse vorgeschlagenen Form (die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht zulässig sein) und (mit 238 gegen 195 Stimmen) mit einem Zusatzantrag von Spatz (und da wo sie bereits angesprochen ist, in ihren Wirkungen aufhören, insoweit erworbene Privatrechte hierdurch verletzt werden) angenommen. Ein Zusatzantrag von Stockinger (mit der Pfuschkanon der gegenwärtigen Grundrechte hören die Wirkungen des bürgerlichen Todes für die Zukunft auf) war vorher abgelehnt worden. Der §. 5 des Entwurfs des Verfassungsausschusses (die Ausnahmen gestehen ist von Staatswegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden) wurde nebst dem Zusatzantrag von Radowitz (die Ausnahmen gangelegenheit steht unter dem Schutze und der Fürsorge des Reichs) angenommen*). Ein Antrag von Heniges und vielen Mitgliedern, die §§. 27, 28 und 29 der Grundrechte (Aufhebung der Feudallasten und gutherrlichen Rechte betreffend), sowie ein Antrag von Martiny die §§. 7 und 10, sodann §§. 22, 23 und 24 (die persönlichen und Freiheitsrechte, sowie die Anklage gegen öffentliche Beamte betreffend) unverzüglich zu berathen, und als provisorisches Gesetz zu verkündigen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Begründung des zweiten Antrags durch Martiny, welcher die Nothwendigkeit und Dringlichkeit durch Hinweisung auf nach seiner Ansicht täglich vorkommende Verkümmerung der persönlichen Freiheit, sowie andere realisirende Erscheinungen darzulegen suchte, rief einen großen Sturm hervor. Der Redner war bei seiner Schilderung mehrmals durch Gelächter auf der rechten Seite unterbrochen worden. Er wies im Verlaufe als auf eine weitere Thatsache auf die Auflösung des demokratischen Studentenvereines in Heidelberg hin, und knüpfte daran etwa die Bemerkung: Sie mögen auch darüber als über eine Kleinigkeit lachen. Es scheint überhaupt als ob Ihnen die unveräußerlichen Rechte der Nation sehr lächerlich erscheine.n Als der Sturm, den diese Aeußerung veranlaßte, sich gelegt hatte, rief der Präsident den Redner zur Ordnung, indem er nicht das Recht habe, Mitglieder der Versammlung vorzuwerfen, daß sie die heiligsten Rechte der Nation für lächerlich halten. Von der linken Seite wurde stürmisch dagegen gerufen: Es ist darüber gelacht worden! Der Präsident: mehrmals unterbrochen.) Wenn gelacht worden ist, so ist über das, was den Lachenden als Uebertreibung erschien, gelacht worden. (Stimmen durcheinander: Nein! Nein! Ruhe! Ruhe! Es ist über die Rechte des Volks selbst gelacht worden!) Der Präsident stellte endlich mit der Glocke die Ruhe wieder her. Stedmann forderte die Mitglieder des für Berathung des Gesetzes über die provisorische Zentralgewalt niedergesetzt gewesenen Ausschusses, welchem nach dem Beschluß der Versammlung bei seiner Berathung auch die Antrag eingehenden, auf die provisorische Zentralgewalt bezüglichen Anträge zugewiesen werden sollten, zu einem neuen Zusammentritt auf, um wegen der von Naumeck ꝛc. gestellten, die Aeußerungen des preußischen Ministerpräsidenten hinsichtlich der provisorischen Zentralgewalt betreffenden Anträge in Berathung zu treten. Noch erhob sich eine Debatte darüber, ob morgen Sitzung sein werde oder nicht. Simon verlangte unter Hinweisung auf die dem volkswirthschaftlichen Ausschusse zugewiesene Masse von Arbeiten, daß bei der Regel, Samstags keine Sitzung zu halten, geblieben werde. v. Soiron erinnerte an die von der rechten, zwar einigegen von der linken Seite gestern behauptete Dringlichkeit der Berathung über die Posener Frage, deßwegen wohl aber die internationalen Verhältnisse. Eine Sitzung weniger und die Arbeiten des volkswirthschaftlichen Ausschusses nicht sehr fördern, eine Sitzung mehr nicht sehr aufhalten. Die Versammlung beschloß morgen Sitzung zu halten. Tagesordnung: 1) Die Berathung über den Bericht von Wydenbrugk, die auswärtigen Verhältnisse mit Rußland, Frankreich und Nordamerika betreffend. 2) Berathung über den Bericht des Abgeordn. Siemgel, die Entwerfung eines Theils des Großherzogthums Posen an den deutschen Bund betreffend. Schluß der Sitzung 2½ Uhr.

Nachstehend geben wir noch die Anträge bezüglich der Posener Frage: 1) Die Nationalversammlung möge die Ausnahme derjenigen Theile des Großherzogthums Posen, welche auf den Antrag der königl. preuß. Regierung durch einstimmige Beschlüsse des Bundestages vom 22. April und 3. Mai in den deutschen Bund aufgenommen worden sind, wiederholt anerkennen, und demgemäß die aus dem Deutschland zugehörenden Theile gewählten zwölf Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung, welche auf ihre Legitimation vorläufig zugelassen worden sind, nun endgiltig zulassen; die von dem königl. preuß. Kommissär, General Pfuel, vom 4. Juni d. J. angeordnete vorläufige Demarkationslinie zurücknehmen, sich jedoch die letzte Entscheidung über die zu treffende Abgrenzung zwischen beiden Theilen auf weitere Vorlage der preußischen Regierung vorbehalten und vorerst nur darauf antragen, daß die letzteren als Ausländer zurückgesetzt würden. §. 3. Die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines deutschen Staats darf an keine andern Bedingungen geknüpft werden, als welche sich auf die Unbescholtenheit und den genügenden Unterhalt des Aufzunehmenden für sich und seine Familie beziehen. §. 4. Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht stattfinden und da, wo sie bereits ausgesprochen ist, in ihren Wirkungen aufhören, insoweit erworbene Privatrechte hierdurch nicht verletzt werden. §. 5. Die Auswanderungsfreiheit ist von Staatswegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. Die Auswanderungsangelegenheit steht unter dem Schutze und der Fürsorge des Reichs.

*) Artikel 1. der Grundrechte lautet nunmehr nach dem Ergebniß der ersten Abstimmung: §. 1. Die Deutschen haben das gleiche Recht vor dem Gesetze. Die ihm Kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben. Ueber das Recht, zur deutschen Nationalversammlung zu wählen, verfügt das Reichsgesetzgesetz. §. 2. Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebietes seinen Aufenthalt oder Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen. Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathsgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt. Bis zur Erlassung der betreffenden Reichsgesetze steht die Ausübung der gedachten Rechte jedem Deutschen in jedem einzelnen Staate Deutschlands unter denselben Bedingungen, wie den Angehörigen dieses Staates zu. Kein deutscher Staat darf zwischen seinen Angehörigen und zwischen den Angehörigen eines andern deutschen Staates einen Unterschied bezüglich des bürgerlichen, peinlichen oder Prozeßrechts machen, wodurch die letzteren als Ausländer zurückgesetzt würden. §. 3. Die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines deutschen Staates darf an keine andern Bedingungen geknüpft werden, als welche sich auf die Unbescholtenheit und den genügenden Unterhalt des Aufzunehmenden für sich und seine Familie beziehen. §. 4. Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht stattfinden und da, wo sie bereits ausgesprochen ist, in ihren Wirkungen aufhören, insoweit erworbene Privatrechte hierdurch nicht verletzt werden. §. 5. Die Auswanderungsfreiheit ist von Staatswegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. Die Auswanderungsangelegenheit steht unter dem Schutze und der Fürsorge des Reichs.

bezahlten; 3) von der preußischen Regierung eine bestimmte Erklärung verlangen, daß dieselbe nicht nur ihrerseits, so lange sie den polnischen Theil des Großherzogthums Posen regieren werde, den in demselben wohnenden Deutschen ihre Nationalität erhalten, sondern daß sie auch dafür sorgen werde, ihren dieselbe für den Fall zu sichern, daß dieser polnische Theil Posens aufhören sollte, unter preußischer Herrschaft zu stehen; 4) in Beziehung auf die Petitionen, welche Westpreußen betreffen, den nicht deutschen Bewohnern dieser Provinz zu erklären, daß die Nationalversammlung, laut Beschlusses vom 14. Mai, allen nicht deutschen Volksstämmen auf deutschem Bundesboden (also auch überall auf demselben den Polen) ungehinderte vollkommliche Entwickelung und in Hinsicht auf das Kirchenwesen, den Unterricht, die Literatur, die innere Verwaltung und Rechtspflege, die Gleichberechtigung ihrer Sprache, soweit deren Gebiet reicht, gewährleistet habe.

Verhandlungen des deutschen Handwerker- und Gewerbe-Kongresses.

Frankfurt, 21. Juli. In der heutigen um 3 Uhr Nachmittags begonnenen Sitzung stattete der zweite Ausschuß Bericht ab über seine, auf Grund vieler ihm überwiesener Instruktionen und schriftlicher Vorlagen vorgenommenen Arbeiten. Der Referent verlas sodann zur Hebung des deutschen Handwerkstandes vom Ausschuß zu Diskussion aufgestellte Grundsätze: I. Erlaß einer allgemeinen deutschen Gewerber-Ordnung für ganz Deutschland, gestützt auf folgende Grundsätze: a) Der Betrieb eines Handwerks ist bedingt durch Gewinnung eines Meisterrechts. b) Alle Meister müssen zu Innungen zusammentreten. c) Die Zulassung des Eintrittes hängt ab vom Nachweis der vollen Besähigung und einem bestimmten Alter. d) Mehrere Gewerbe darf Niemand gleichzeitig betreiben. — II. Erlaß zum Handwerkerschutze. a) Nach Innen: a) Beschränkung der Gewerbe auf die Städte, in der Regel; b) Hauptzweck bei Handwerkerartikeln ist unbedingt zu verbieten; c) Staatswerkstätten sind unzulässig; d) die Fabriken müssen zu Gunsten des Handwerkerstandes angemessen beschränkt werden; e) nur dem Handwerkerstande ist der Kleinhandel mit den Fabrikaten seines Gewerbes gestattet. b) Nach Außen: a) Schutzzölle; b) Begünstigung der Einfuhr des in Deutschland gar nicht, oder nicht hinlänglich erzeugten Rohmaterials; c) Handelsverträge mit dem Auslande. — C. Verhältnisse zum Staat: a) Vertretung der Innungen durch Spezial- und eine allgemeine deutsche Handwerks-Kammer; b) ausschließliches Recht der inneren Selbstverwaltung der Innungen. — D) Hilfsmittel: a) durch Schulen und Fortbildungsanstalten; b) durch Hilfsfassen und Vorschußvereine; c) durch zweckmäßige Kreditgesetze. — Nach einer stattgehabten Debatte wurde statt a) l. das folgende Amendement angenommen: „Der Betrieb eines Handwerks oder technisches Gewerbes ist bedingt durch Gewinnung des Meister- und Ortsburgerrechts." Der Antrag b) l. wurde in folgender abgeänderter Fassung angenommen. „Alle Handwerker treten zu Innungen zusammen." Analog der Verhandlung der Nationalversammlung über die Grundrechte des deutschen Volkes soll auch über diese der sämmtliche Handwerkerordnung wahrscheinlich zu Grunde zu legenden Prinzipien zweimal abgestimmt werden. Die Fortsetzung ist bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt.

Der einstimmige Beschluß des Gewerbekongresses gegen Gewerbefreiheit — sagt ein Berichterstatter der Koelnischen Zeitung — wird für die materielle Lage unseres Vaterlandes von bedeutenden Folgen sein. Dieser Beschluß wurde nach fast sechsstem Debatten gefaßt, in denen einige Parlamentsglieder, welche für Gewerbefreiheit sich ausgesprochen hatten, den Anlaß gegeben. Zu letzteren gehört namentlich Hr. Rold, dessen Flachheit in der Auffassung aller Tagesfragen aus der von ihm redigirten Speyerer Zeitung bekannt ist. Zu der Reichsversammlung wurde bekanntlich der Satz angenommen: „die Bedingungen für den Ausentsatz und Wohnsitz werden durch ein Heimathsgesetz für das ganze Bundesgebiet, eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt." Der Punkt, über den man bei dieser Frage nicht einig war, bestand in der Hauptfrage, ob das Heimathsgesetz und die Gewerbeordnung von der Reichsgewalt oder von den einzelnen Landesgewalten erlassen werden sollen. Für das Letztere, in der Hoffnung, daß keine allgemeine Ordnung zu Stande kommen werde, trat besonders der Gewerbesekretär, Industrieander Rheinländer und Preußen, welche ihre Proletariat lieber auch dem übrigen Deutschland mit aufsaßen möchten; für das Letztere vorzugsweise die Bayern und Oesterreicher und Alle, die einen selbstständigen, durch Innungen geschützten Bürgerstand wollen. Die Gleichmacher bejubelten mit 224 gegen 193 Stimmen die Ordnung. Es fehlten an 200 Abgeordnete in der Versammlung. Wohl zu bemerken ist indeß, daß in der Reichsversammlung über das ganze Gesetz, welches 48 Paragraphen enthält, schließlich nochmals abgestimmt werden muß. Die Gewerbsleute dahin also immer noch Zeit, durch energische Demonstrationen den oben zu Frankfurt neben der Reichsversammlung versammelten Gewerbekongreß, welcher entschieden für das Innungswesen ist, zu unterstützen; unterlassen sie dieß, so haben sie die Folgen davon sich selbst zuzuschreiben. Der Gewerbekongreß bestand die 20. und 50 Mitglieder. Er ist mit dem vom Parlamente niedergelegten Volkswirthschaftsrath in gemeinschaftliche Berathung getreten, und es ist zu erwarten, daß die praktischen Kenntnisse der hier aus ganz Deutschland versammelt Gewerbsleute großen Einfluß auf die Abstimmungen der Reichsversammlung üben werden.

Bayerische Verhältnisse.

Das königl. Regierungsblatt Nro. 42 vom 22. Juli enthält folgende gestern erwähnte Bekanntmachung, die Verhältnisse der unmittelbaren Staatsdiener betreffend.) Se. Maj. der König haben die nachfolgende Allerhöchste Entschließung zu erlassen, und dabei noch insbesondere auszusprechen geruht, daß es Allerhöchstderselben Freude „gewährt, dem verdienten von Ihnen sehr geschätzten Stande der Staatsdiener eines Beweis Ihres Wohlwollens und besonderer Zufriedenheit zu können, einem Stande, der in Zeiten der Gefahr und Bedrängnis oft mit Aufopferung seine Pflichten gegen König und Vaterland erfüllte." Die Unterzeichneten dringen auch dieß erhebende Königliche Wort mit der Allerehrfurcht Ehrfurchtsung selbst zur öffentlichen Kenntnis, überzeugt, daß jeden insbesondere auszusprechen gerubt, „

des Looses der übrigen Angestellten des Staates bald nachfolgen möge, und hiefür scheint uns vor allem nothwendig, daß eine Reihe von Dienststellen wieder mit pragmatischen Rechten bekleidet werde, welche in den letzten beiden Dejennien zum Nachtheil des öffentlichen Ansehens und zum Bedauern oft sogenden Lebensstimmer so vieler Betheiligten in die Klasse der widerruflichen Funktionen gesetzt worden sind. Wenn aber auch die vorstehende Verordnung dem Herzen des wohlwollenden Monarchen alle Ehre macht, so ist sie, anderseits betrachtet, doch nur ein Akt reiner Gerechtigkeit. König Maximilian II. hat sicher gefühlt, daß der Stand der Staatsdiener durch ein neues Prinzip beleidigt werden müsse, daß nicht Jemand, sondern der Grundsatz des Vertrauens, der hier die wahre Anhänglichkeit an die monarchische Staatsform schaffe. Heutzutage, wo die öffentliche Meinung als eine Macht sich neben die Throne stellt, ist das in der „Hand haben Wollen" der kgl. Diener (Staatsdiener sollten sie seit lange nicht mehr genannt werden) übel angemendet. Das frühere System mochte für eine widerstandslose Ruhe und Friedenszeit seine Berechtigung haben, Besseres gesehen haben, wiewohl sie damit in Zeiten wie die unsrigen gekommen wären! Ahnte wohl der glückliche Erfinder desselben, welchen verstrichen esprit frondeur er mit seiner traurigen Erfindung in die Masse der Staats- und öffentlichen Diener schleuderte? Aber Bayerns gegenwärtiger Regent, ganz abgesehen von Seiner Herzensgüte, urtheilte zu richtig, als daß er eine der Hauptsäulen des monarchischen Gebäudes in sich selbst weiter vermorschen ließe. — Zwei Momente sind es vorzüglich, welche und die vorliegende Allerhöchste Verordnung wichtig erscheinen lassen. 1.) Der Artikel VI. stellt, indem er jede Beförderung eines unmittelbaren Staatsdieners im Verwaltungsdienste nach Adjust der ersten drei Jahre seiner Anstellung sogleich von der definitiven bezeichnet, jene ungerechtfertigten verfassungsmäßigen Grundsatz wieder her. Wir nehmen seinen Anstand zu bemerken, daß die seitherige Interpretation des §. 2 der IX. Verfassungsbeilage, wodurch nicht blos „die erste Anstellung", sondern jede folgende Beförderung 3 Jahre hindurch provisorisch gemacht wurde, in unseren Augen eine, wir glauben unabsichtliche, Verletzung mindestens des Geistes der Verfassung war. 2.) Es liegt im Interesse des bayerischen Finanzhaushalte angemessenes Verhältniß der Standesgehalte fest. Der höchste Standesgehalt (der eines Staatsministers) soll fortan 3000 fl. betragen. Wir finden es in der Ordnung, daß im Normalio eine höhere Größe nicht bezeichnet worden. Derselbe war bisher unseres Wissens 2500 fl., und konnte ist alle heute sein merkliche Steigerung. Um so bedeutender gegen früher hat sie aber das königliche Wohlwollen bei den niederen Gehaltsklassen eintreten lassen. Bei Staatsdienjten mit Gehalt von unter 1200 fl. hat von jetzt an lediglich die Berechnung der Zehntzeile der Staatsdienerpragmatik wieder zu gelten, und es kann der Fall nicht mehr eintreten, daß ein Standesgehalt nur mehr fl. —150 fl. betrage, wie letzteres in einem uns bekannten Falle sogar bei einem angestellten Universitäts-Professor früherhin vorgekommen ist. In Durchschnitte erhöht die jüngste Bereordnung die Standesgehalte um wenigstens ein Drittel bis zur Hälfte und sogar darüber gegen die vor der Regierung Maximilians II. gehandhabten Anstellungs-Normen. Wahrlich Seine Majestät der König haben sich durch die bisherigen neuen Maßregeln in den Herzen aller treuen Staatsdiener und ihrer Angehörigen, sondern auch der Bürger verewigt. Wir wollen an dem königlichen Gesetze nicht mäkeln, daß es das konstitutionellen Canon nicht vollständig wieder hergestellt, und die Ausscheidung in Stands- und Dienstjesgehalt noch vorbehalten hat. Wir wollen annehmen, daß die Zeit, in welcher wir uns nun die so sehr in Anspruch genommene Staatskasse vollen Behagt mordern. Nichts desto weniger fühlen wir uns hoch verpflicht, diese so wichtige Regierungshandlung mit lautem und aufrichtigem Danke zu begrüßen.

Deutschland.

Das „Würzburger Abendblatt" theilt aus einer ganz zuverlässigen Quelle folgende Worte des Reichsverwesers mit, die, wie es sagt, eine Manifestation von dessen wahrhaft deutscher Gesinnung, zugleich ein erhebendes Lob der Einwohner Würzburgs enthalten. „Schreiben Sie dem Könige," — sprach der Reichsverweser zu einem hochgestellten Staatsdiener — „daß mir wohl gewesen ist, als ich in Würzburgs Straßen schwarze, rothe und bayerische Farben sah, und stolz auf der Zahne des deutschen Reiches sah. So oben aus einem Lande gekommen, wo man die Landesfarben, diese Haltpunkte so vieler Erinnerungen, ganz vergessen zu haben scheint, konnte ich nicht anders meinen, daß man dem neuen Symbole eben so wenig, Treue halten werde als dem alten Wahrzeichen, unter welchem das Volk groß und mächtig geworden. Welchen Sinn dem Könige, daß ihr Achtung und Liebe für Würzburgs Bewohner mit mir hinwegnehme."

Preußen. — ⊙ Berlin, 20. Juli. Der Justizminister Märker hat in der Kommission zur Rechtspflege erklärt, daß er in einigen Wochen der Kammer einen Criminal- und Strafgesetz-Entwurf vorlegen werde. Derselbe soll den Wesentlichen nach dem code pénal und der Instruction criminelle code pénal beabsichtet sein. — Die Finanzkommission der Nationalversammlung hat sich gestern dafür entschieden, daß, falls die Zwangsanleihe angenommen wird, der Termin derselben bis Martini hinausgeschoben werde, damit die Landbewohner nicht gezwungen würden, das eingerndete Getreide zu verschleudern. Der Termin der freiwilligen Anleihe ist bis zum 1. Oktober prolongirt worden. — Der erste constituirende Kongreß findet, wie schon gestern mitgetheilt, am 22. statt. Die Verhandlungen sind öffentlich. Unmittelbaren Antheil an den Verhandlungen des Kongresses durch Debatte und Abstimmung können nur die Deputirten und ausdrücklich bevollmächtigten Vertreter der verbrüderten Regierungen nehmen. Hiervon ausgenommen sind lediglich diejenigen Mitglieder der Nationalversammlung, welche, der gestehenen Einladung zufolge, die Sitzungen des Kongresses mit ihrer Anwesenheit beehren möchten. Für jetzt ist eine Kommission mit Vorbereitung des konstitutionellen Kongresses beauftragt; dieselbe besteht aus den HH. Dr. G. Stern, Dr. W. Prug, Dr. Oldenberg, Dr. E. Cauer, Dir. Kutzer, Dr. Frese, Dr. Rauch, Justizkommissär Furbach und R. v. Bardeleben.

⊙ Berlin, 21. Juli. Nächster Tage wird hier gleichfalls eine Freier der Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser stattfinden. Mehre Anträge in dieser Beziehung, zumal von Seiten der constitutionellen Klub sind bei den hiesigen Behörden eingegangen. Wie man vernimmt, wird unsere Regierung Schritte thun zur Aufrechthaltung der Nationalität der siebenbürgischen Sachsen gegenüber den Uebergriffen des Magyarismus. — Am 17. August wird die feierliche Einweihung des Friedrichsdenkmals durch die Geistlichkeit statt finden und zugleich ein Standbild Friedrichs d. G. enthüllt werden. — Nach der „St. Berl. Z." haben die beiden 24. Regimenter am Versuch in eine andere Garnison angetragen, weil sie sortan keinen weiteren Anfreiungen zum Treuebruch gegen ihren König ausgesetzt sein wollen. Sie ziehen die Mühseligkeiten eines Kantonements wenn den Leben in Berlin vor, das ihnen durch solche Versuchungen verhaßt geworden sei. — Gestern ist General Pinel von seiner Mission nach Petersburg hieher zurückgekehrt. — Minister Kühlwetter hat heute in der Nationalversammlung eine Amastie für die bei der polnischen Insurrection Compromittirten in Aussicht gestellt. Zwischen dem polnischen Abg. Schumann und dem deutschpolnischen Abg. Gesler kam es zu einem heftigen unparlamentarischen Auftritte in der Versammlung selbst, wegen angeblicher Uebergriffe der bewaffneten Schutzwehr des Kreises Stadin gegen die Polen. Alle diesseits Lieb kommen da wieder, was von ihr zu halten: sie unterstützt mit Geschrei und Lärmen die Polen gegen die Deutschen!

Oesterreich. Wien, 22. Juli. Der Gemeinderausschuß der Stadt Wien erläßt in einer Note an den vereinigten Ausschuß der Bürger, Nationalgarden und Studenten, daß es nach den Aeußerungen, welche im Sicherheitsausschusse gegen ihn gefallen seien, mit der Ehre seiner Mitglieder nicht vereinbarlich sei, ferner an den Berathungen und Beschlüssen desselben Theil zu nehmen.

Prag, 20. Juli. Seit ein paar Stunden ist die Kundmachung des Kommandirenden Windischgrätz angeschlagen, daß der Belagerungszustand unserer Stadt aufgehoben. Zum Schlusse wird die Drohung hinzugefügt, daß sich erneuernden Unruhen durch strenge Maßregeln und Standrecht publizirt, und Jeder, der dann mit den Waffen in der Hand — wohin auch der Barrikadenbau zu rechnen sei — angetroffen, nach dem Martialgesetze behandelt wird. (Allg. Oesterr. Z.)

Großbritannien.

Nach dem „Morning Chronicle" besteht das Privatvermögen Ludwig Philipps, Erlönigs der Franzosen, in folgendem: in den amerikanischen Fonds hat er angelegt 55,000 Dol., welche bis zum Jahr 1847 auf 70,000 D. oder 18,000 Pfd. anwachsen und jährlich 5 Proz. jährlich 900 Pf. ertragen; in deutschen Fonds soll er 10,000 Pf. besitzen, die 300 Pf. abwerfen, und die Königin, sagt man, besitze in den österreichischen Fonds ein Kapital, das ihr von einer Erzherzogin, ihrer Tante, als Erbschaft zugefallen, mit einem jährlichen Interesse von ungefähr 500 Pf. Sterl. auf dreie drei Kinder Seinen Stammen, sag das Chronicle hinzu, reduziren sich die geringen Ausbänfungen, welche Bedürfnisse dem König zu Last gelegt hat.

† London, 19. Juli. Eine regelmäßig organisirte Verschwörung für einen bewaffneten Aufstand soll in Irland entdeckt worden sein. Gewissip. Heute gestern nach einer Versammlung des geheimen Rathes zu Dublin 7 Distrikte unter das Martialgesetz gestellt worden sind, nemlich die Stadt und Grafschaft Dublin, die Stadt und ein Theil der Grafschaft Waterford, die Stadt und ein Theil der Grafschaft Cork, und die Stadt und Grafschaft Drogheda. Der wegen Aufruhrs zu Carrik verhaftete Priester Byrne war gleich allen andern Verhafteten von einem Polizhafanen verspert gewaltsam befreit worden. Von Waterford und einigen andern Orten lauten die Nachrichten beunruhigend. Meagher soll sich nach Waterford an den für das Meeting ausersehenen Platz in einem sechsspännigen Wagen begeben haben, dem die Klubs der Stadt in militärischer Ordnung folgten. Als der Zug Abends zurückkehrte, wollten die Behörden demselben Widerstand entgegen setzen, aber vergeblich; er brach sich unter schrecklichen Beifallskundgebungen der Menge Bahn. — In Dublin, Lords Clarenden werde noch in dieser Woche nach London abgehen, um sich mit der Regierung über den brunruhigenden Zustand von Irland zu berathen und auf Annahme energischer Maßregeln gegen das aufrührerische Treiben dort zu dringen. — Vorgestern machten die Königin und Prinz Albert dem Grafen und der Gräfin von Jersey in Cleremont einen Besuch.

Frankreich.

** Paris, 20. Juli. Hr. Armand Marrast ist gestern zum Präsidenten der Nationalversammlung erwählt worden. Er hatte im ersten Scrutin 386, sein Mitbewerber Hr. Lacrosse (der Kandidat der Gemäßigten) 341 Stimmen, Hr. Theodor Bac (der Kandidat der äußersten Linken) 37 Stimmen erhalten. Da keiner die absolute Mehrheit hatte, so mußte ein zweites Scrutin geschritten werden, in diesem erhielt Hr. Armand Marrast 411, Hr. Lacrosse 334, Hr. Th. Bac 20 Stimmen. Hr. Marrast wurde daher als Präsident ausgerufen. In der heutigen Sitzung nun erklärte sich der vossigende Vizepräsident, Hr. Corbon, von dem am Fieber krank liegenden Präsidenten, Hrn. Marrast, beauftragt, der Ver-

sammlung, dessen Dank für das ihm geschenkte Vertrauen auch sein Benehmen aufrechterhalten, nicht sogleich auf seinem Posten erscheinen zu können. Dann wurde Hr. Bixio, der neulich in den Juniatagen so entschlossen an dem Kampfe gegen die Aufrührer theilgenommen hatte und verwundet worden war, mit 328 unter 490 Stimmen zum Vizepräsidenten gewählt. Hr. Trélat hatte 57, Hr. Vivien 25 Stimmen erhalten. Der in den Junitagen gleichfalls schwer verwundete Repräsentant, Hr. Dornès, ist heute früh gestorben. — Die 3. Legion der Nationalgarde hat heute den General de Bar mit 3938 Stimmen unter 5058 Abstimmenden zu ihrem Obersten gewählt. — Die Nothwendigkeit eines Anlehens zur Deckung des großen Defizits, welches in den Budgets von 1848 und 1849 sich ergeben wird, wird nun allgemein anerkannt. Das Defizit dieses Jahres wird auf auf 200 Millionen belaufen. Es heißt, der Bank sollen dieses mals daraus angegangen werden. Da sie aber schon 150 Mill. vorgeschossen, so wird sie schwerlich noch 200 Mill. herbeischaffen können, und es heißt daher, sie solle ermächtigt werden, ihr Kapital um 100 Mill. zu vermehren vermittelst der Schaffung neuer Aktien, und 300 Mill. neue Banknoten anzugeben. — Mehrere Regimenter sind nach der spanischen Grenze geschickt worden, in Folge der Monomolinistischen Bewegungen und des Erscheinens Cabrera's in den spanischen Nordprovinzen. Die Karlistenführer, welche in Navarra eingedrungen waren, sind übrigens von den Truppen der Königin bereits wieder nach Frankreich hinüber getrieben, diesseits entwaffnet und nach Bayonne abgeführt worden. — Die Ernte liefert ein vortreffliches Ergebniß. Auch der Kartoffeln sind in Frankreich dieses Jahr von der lohigen Krankheit verschont geblieben. — Eine große Zahl neuer Verhaftungen sind in der Vorstadt St. Anton vorgenommen worden.

** Paris, 21. Juli. Der Wochenbericht über den Stand der Bank lautet heute etwas besser als die bisherigen. Auch auf einige Besserung in Handel und Verkehr scheint derselbe hinzudeuten. Die Baarvorräthe hier und in den Filialkomptoirs haben zu, die Zahl der nicht bezahlten Papiere aber abgenommen. — Die Regierung hat Befehl zur Erbauung von vier neuen Dampffregatten von 650 Pferdekraft gegeben. Zu Nantes sollen eine Anzahl mäßig jetzt belagerter Handelsschiffe für den Transport der Juniaufständischen nach den überseeischen Ländern gemiethet werden. — Heute fand das feierliche Leichenbegängniß des an seinen in den Juniagen erhaltenen Wunden verstorbenen Repräsentanten Dornes Statt.

Vermischte Nachrichten.

lr. **Gesellschaft** in Köln, der „Arbeiterkönig“, soll im Gefängnisse ganz krankhaft geworden sein. „Mir sind die Arbeiter bis zum Halse!“ sagte er kurz nach seiner Verhaftung. „Wenn ich freikomme, so geh' ich nach Nordamerika.“

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 21. Juli. 5proz. Metall. 77⅛, 4proz. 64, 3proz. 46, 2½proz. 41⅝. — 1834er 500 fl.-Loose 125. 1839er 250 fl.-Loose 96. Bankaktien 1110. Nordbahn 108½. Gloggnitz 86. Benedikt-Mailand 96. Gutweis —. Livorno 71½. Pesth 65. Siena 51½. Arenneinwaldsn 95½.

London, 20. Juli. Konsols 88¼, ⅛. Cons. —. **Span. Akt.** 12. 3proz. 22. Holl. 3. Portug. 3proz. 17½, ⅝. 4proz. —. 5proz. —. Poll 4proz. 72. 2½proz. 45⅛.

Paris, 21. Juli. 3proz. 48.—, 4proz. —, 5proz. 77.50. **Schatzb.** 17. Bankaktien 1655. Compt. von Algier 950. Belg. Anlehen 76½. 2½proz. 38. Belg. Bank —. 4proz. Prop. 76.—. Röm. 64½. Piem. —. Berl. 4.28. Amsterdam 125.—. Linie 102.50. Paris-Orleans 672.50. Rouen 470.—. Lyon 337.50. Straßburg 357.50. Nordbahn 375.—. Mars.-Avignon 237.50. Straßb.-Basel 98.75. Ord.-Berdeaux 405.—. Tours-Nantes 338.75.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Dienstag, 25. Juli: „Richard's Wanderleben“, Lustspiel von Kettel. Hr. Fuchs: Richard. Hierauf Ballet.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Selader und Birley, Rentiers von England, Irländer, Dr. med. von Leipzig.

Gold. Hirsch. v. Rao, Privatier von Augsburg. Berg, Kaufmann von Stuttgart. Seebe, Uhrenfabrikant von Leipzig. Reinstein, Kaufmann von Glauchau.

Hotel Maurice. Baronin v. Stöß, Hauptmannsgattin von Prag. v. Bechtold, Privatier von Creseld. Rhau, Oberst von Nürnberg. v. Stellen und Renner, Rentiers von Teich. Baretet und Klefer, Proprietärs von St. Etoube. Lohmeyer und Andre, Kaufleute von Barmen. Capiteo, Rath von St. Petersburg. Lavy, Rentier von Philadelphia. Eppes und Pötter, Rentiers von Amerika.

Gold. Kreuz. Sanguinette, Rentier von Carara. Rudzyka, Professor von Wien. Richers, Privatirrer von Hannover. Zint, Wildhauer von Arad. Macreri, Apostel von Augsburg.

Gold. Hahn. Oberweis, Kameralrath von Innsbruck. v. Kraft, königl. bayer. Assessor von Freising. Teutinger, Rentier von Augsburg. de Crignis, Kaufmann von Plaffenhofen.

Blauer Traube. Frank, Privatier von Hamburg. v. Forrel, Obergülleinspektor von Lindau. Mad. Stoll, von Stuttgart. Mad. Feige, von Walterdorf. Sorotrop, Rämpfl von Augsburg. Graf Reichenberg, Appellationsgerichtsrath von Freising. Delacroix, Privatier von Bildthausen. Unterlin, Partikulier von Parburg.

Stachusgarten. Heiglmeier, Sattler von Friedberg. Fürtner, Privatier von Kempten. Helbig, Privatier von Regensburg. Rendburger, Kaufmann von Buchau. Berker, Professor von Berlin. Prinz, Glasfabrikant von Klaffenteen. Neuburger, Dr. med. von Augsburg.

Verstorbene in München.

Franz Xaver Perkommer, Stadtgerichtsfunktionär, 33 J. a. Johann Lindermaier, königl. Bonreiter, 28 J. a. Johann Wallseter, Schuhmachergesell v. h., 53 J. a. Ludwig Karl, Sattlergesell von Nrnburg a D., 21 J. a. Barbara Schrier, Tischlerstochter von Gebendach, Bzgs. Bilsed, 29 J. a. Therese Dietrich, Dienstmagd von Merching, Bzg. Friedberg, 22 J. a.

Bekanntmachung.

30. Auf verstossenes Andringen soll das der Maierswittwe Joan v. Fabrik gehörige, an Biedbaurn gelegene, leibgeschichtliche Anwesen öffentlich versteigert werden.

Dasselbe besteht:

A.

aus mehreren Grundstücken, nämlich Gärten, Aeckern, Wiesen und Waldungen, welche einen Gesammtflächenraum von circa 94 Tagwerken haben, unter denen ohngefähr 57 Tagwerke Waldung sind, welche Gründe zusammen auf 1040 fl. gerichtlich erfaßt worden, und vermalen in ziemlich gutem Zustande sich befinden.

B.

Aus mehreren Gebäuden, als: einem Mödigen, massiven, mit erhaltenen Schiefergedäne, welches im unterstten Stocke gewölbt ist, und 3 Sommerkeller hat.

An demselben befindet sich ein Thurm mit einer Schloßuhrwelle, in welcher Gestedieselt gehalten wird.

Ferner befinden die Gebäude in Stadel mit 2 Tennen und 3 Bierte, Stallungen, in einem Brau- und Mahl-haus, einschädig, mit Schenk- und Gäbr-Keller, in Schenke, Wohnung, Malzdörren, Brunnen- und Pfasser-leitung, sehr geräumigem Hofe, Glashaus, Remise, Wasch- und Back-haus, Schlosserine und in einer den Schloßgarten umgebenden hohen und langen Mauer.

Diese sämmtlichen Gebäude rc. sind auf 12,750 fl. gewerthet.

Endlich gehören

C.

Zu dem Anwesen an Rechten das Brunnrecht, und der Zehent, vertheilt in Klein- und Groß-Zehent.

Der Großzehent ist ganz auf circa 100 Tagw., während der ½ Großzehent auf mehr als 900 Tagw. zum Gute gehört.

Diese Rechte warten nach Abzug der Lasten auf 24,000 fl. taxirt.

Die genauere Beschreibung des Gutes sowohl, wie der Lasten, des Schätzungsprotokolls, das Hypothekfolium und die Steuerkataster-Auszüge rc. können in der Zwischenzeit bis zum Versteigerungstage hier eingesehen werden.

Zum Verkaufe des Anwesens selbst wird auf

Donnerstag, den 7. September h. Js., Vormittags 9 Uhr,

im Schlosse zu Biedbaurn Tagfahrt anberaumt, wozu Kaufsliebhaber dienst ringeladen werden.

Dem Gerichte unbekannte Personen, sowie solche, gegen deren Zahlungsfähigkeit Zweifel obwalten, haben bei der Tagfahrt ihre Zahlungsfähigkeit nachzuweisen.

Die Versteigerung und der Zuschlag geschieht lediglich unter Vorbehalt auf 4 92, 97 und 98 der sünften Progeß-Novelle vom 17. November 1837, und respektungsweise des §. 64 des Hypotheken-Gesetzes vom 1. Juni 1822.

Kelheim am 7. Juli 1848

Königl. Landgericht Kelheim.

Riesch.
Landrichter.

Bekanntmachung.

Schuldenwesen der Josef Wachinger den Sielenbach betr.

31. Auf Anbringen der Gläubiger ist das Anwesen des Josef Wachinger zu Sielenbach dem Zwangsverkaufe unterworfen, und ist zur Versteigerung desselben in Sielenbach auf

Freitag, den 15. September d. Js., Vormittags 10–12 Uhr,

Kommission anberaumt.

Dieses Anwesen, gerichtlich geschätzt auf 1411 fl. besteht aus dem gutgemauerten einschichtigen Wohnhause mit Stallung und Stadel unter einem gemeinschaftlichen Plattendache, aus 32 Dez. Baumgarten und einem kleinen Wurzgarten, 4 Tagw. 5 Dez. Aecker, 46 Dez. Wiesen und 1 Tagw. 65 Dez. Waldung, und haben auf diesem, zum königl. Rentamte Aichach freisthätig grundbaren Anwesen 1 fl 15 kr. Scharwerksrg, 2 fl 54 kr. Stift- und Küchen-Dienst, 2 Schfl. Korngilt, 3 fl Forstlohn, 25 kr 4 pf. Bodenzins, nebst ½ Groß- und klein-Zehent, dann Blutzehent zur Pfarrei Sielenbach.

Die dem Gerichte unbekannten Kaufsliebhaber haben sich über Leumund und Vermögen durch legale Zeugnisse auszuweisen.

Sign. am 14 Juli 1848.

Königl. bayer. Landgericht Aichach.

Allwein.
Stenzer, cell.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 20. Juli. Im zweiten Verlaufe der heutigen Sitzung nahm nach Schluß der Berathung über §. 4. Beseler als Berichterstatter das Wort. Der gedachte §. ist nur mit geringer Mehrheit aufgenommen worden, weil Verschiedene der Meinung waren, daß er nicht hierher gehöre, zumal da die Strafe nur in einzelnen Ländern vorkomme. Die Mehrheit hat sich für die Aufnahme entschieden, um den Grundsatz auszusprechen. — Es wurde nunmehr zur Berathung über §. 5. des Entwurfs (die Ausnahmen ausgeschlossen) in concreto Staatsverträge mit Deutschland. Abgeordneter dürfen nicht öffentliche Aemter annehmen. Beseler erklärt sich für einen Zusatz, welcher bereits in einem Minoritätserachten *) des Ausschusses gestellt ist und welches er in nachstehender Weise motivirt erweitert. In Erwägung: 1) daß die Annahmerung eine nothwendige Folge der Nebenstellung in manchen Landestheilen Deutschlands ist, 2) daß ein wohlgeordneter Staat eben sowohl die auswandernden, als die im Auslande weilenden Staatsbürger insoweit zu schützen hat, als dies mit den Verhältnissen zu fremden Staaten vereinbarlich ist, 3) daß ein solcher Schutz wesentlich dazu beitragt, bei den Auswanderern die Liebe zum Vaterlande, welche in der Brust lebt, zu erhalten, und somit in denselben Freunde der deutschen Nation und einer für das alle und das neue Heimathland gleichmäßigen Handelspolitik zu bewirken — beschließt die Nationalversammlung, daß die Auswanderung unter den Schutz der deutschen Nation stehe, und daß die zur Verwirklichung derselben nothwendigen Maßregeln im In- und Auslande zu treffen sein. Hildebrand verheidigt den Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses: jeder Deutsche hat das Recht der Auswanderung, hat bei Ausübung des Rechts seine Abzugsgelder zu zahlen, wird in der Fremde im Auslande nicht auf, deutscher Bürger zu sein. Kein deutscher Staat kann jedoch Einen einer anderen Staates sein. — In dem letzten Theil des Antrags liegt die Unverschuldung von dem Antrage des Verfassungsausschusses. Bisher waren die Deutschen, besonders die Auswanderer, ohne Schutz im Auslande. Der Deutsche soll aber auch im Auslande wissen, daß er ein Vaterland hat. Schutz von Seiten des Reichs für das Medistrbestehrungen des Verfassungsausschusses. Der Rückblick auf die bisherige traurige und schmachvolle Lage der deutschen Auswanderer, welche auf den deutschen Namen zurückfällt, läßt einen Schutz der Auswanderung, und zwar auch einen positiven als nothwendig erscheinen, damit deutsche Sprache und deutscher Geist auch in der Fremde erhalten werde. Ziegert von preuß. Minden ist gleichfalls für das Minoritätsrachten. Bei jetzt hat die Polizeigewalt die Auswanderung als einen Uebelstand angesehen, der sich stets zu halten sei. Der Auswanderer war den Vexationen und Prellereien der Agenten ausgesetzt. Von nun an soll der Staat sein Interesse besser verstehen. — Vogel von Dillingen stellt den Antrag: Jeder Deutsche hat das Recht der Auswanderung, und soll bei Ausübung dieses Rechts weder Abzugsgelder noch andere Abgaben zu bezahlen haben. Die Auswanderungsangelegenheit zieht unter der Fürsorge und unter dem Schutze des Reichs. — Romer bedauert, daß man noch mehr als 30jährigem Frieden die Auswanderung nicht nur als ein Grundrecht, sondern vielmehr als Grundpflicht bezeichnen müsse. Gegen den Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses spricht, daß er Staatsverträge mit Amerika hinderen den einzelnen Staaten oder dem Reiche zur Last fallen würden. Dagegen empfiehlt sich der Antrag des Verfassungsausschusses und der Minderheitszusatz. — Hensel II. ist gleichfalls gegen den Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses. Der Auswanderade erklärt die Absicht, nicht mehr in staatsrechtlicher Verbindung mit dem Staate, den er verläßt, stehen zu wollen. Der Schutz für die Auswanderung, welche ist es §. 48. des Entwurfes vorgesehen. — v. Rönne verlangt, daß §. 48 (jeder deutsche Staatsbürger in der Fremde steht unter dem Schutze der deutschen Nation) sofort nach §. 5. discutirt und eingeschaltet werde. — Wiegard spricht für den Minderheitsantrag des Verfassungsausschusses. Nach Schluß der Discussion nahm Hildebrand das Berichterstatters des volkswirthschaftlichen Ausschusses das Wort, um sich mit dem Zusatzantrage der Minorität des Verfassungsausschusses in der Fassung einverstanden zu erklären, daß gesagt werde, Reich statt Staat. Der Präsident schritt nunmehr zur Bestimmung der Reihenfolge der Anträge für die Abstimmung. Verschiedene Anträge fanden keine Unterstützung, andere wurden zurückgezogen oder von der Versammlung abgelehnt. Dagegen wurde §. 1. des ersten Artikels nach der von dem Verfassungsausschusse selbst vorgeschlagenen Modification mit großer Mehrheit angenommen. Er lautet nunmehr: Jeder Deutsche hat das deutsche Reichsbürgerrecht. Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben. Ueber das Recht, zur deutschen Reichsoberstammung zu wählen, verfügt das Reichswahlgesetz. Die Abstimmung über §§. 2. und 3. und die zahlreichen Beobefferungs- und Zusatzanträge, deren Reihenfolge zu der Abstimmung festgesetzt wurde, wird morgen erfolgen. — v. Lindemann kündigt an, daß ein Bericht des Geschäftsausschusses über die Art der an die Reichsminister zu richtenden Interpellationen zum Druck gegeben sei. Ein Antrag Jeger's und sehr vieler anderer Abgeordneter, dahin gehend, daß bei allen, die Grundrechte betreffenden Verbesserungsvorschlägen Ausnahmsweise sofort die Unterstützungsfrage gestellt werde, wurde an den Geschäftsausschuß gewiesen. Der Hesssitzung der Tagesordnung für die morgenliche Sitzung entspann sich eine heftige Debatte darüber, ob zuerst der Bericht Wydenbrugks über die internationalen Verhältniß Deutschlands zu Frankreich, Rußland rc.) oder der Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses über die Posener Frage gestellt werden solle. Der Präsident theilte mit, daß er von Bevollmächtigten der Polen, welche eine neue Deutschen zum Druck und zur Vertheilung gegeben haben, um Aufsetzung der Verhandlung um wenigstens einen Tag ersucht worden. Für sofortige Berathung des letzteren Berichte wurde von Lichnowsky, Rendt rc. gestend gemacht, daß den schwankenden Verhältnissen in Posen nunmehr ein Ende gemacht werden müsse, wenn nicht die deutsche Deutschen neuem Unheil angelegt werden sollten. Deutschritten sind genug übergehen worden; auch die wieder angekündigte wird nichts neues enthalten. Ruge, Reh, Rösler, Zuniewicz verlangten, daß im Interesse der Gerechtigkeit der in der Versammlung gesetzlich nicht vertretene andere Theil nochmals gehört werden solle, zumal da er das Vorbringen noch nicht bekannter wichtiger Urkunden anbiete. Schmidt von Schlesien macht darauf aufmerksam, daß nach der Geschäftsordnung (§. 34) der Präsident die Tagesordnung bestimmt und verkündigt. Die Discussion erledigte sich damit, daß vom Präsidenten auf die Tagesordnung der morgentlichen Sitzung 1) die Abstimmung über Art. 1 der Grundrechte, 2) der Bericht Wiedenbrugk's über die internationalen Verhältnisse, 3) die Posener Frage gesetzt wurde. Schluß der Sitzung halb 3 Uhr. (D-N-A-Z.)

Frankfurt a. M., 21. Juli. Nachdem in der gestrigen Sitzung Beseler als Ausschußreferent das Resumé der Debatte über §. 5 gegeben, erfolgte die Abstimmung über §. 4. Derselbe wurde in folgender Fassung angenommen: „Jeder Deutsche hat das Recht an jedem Ort des Reichsgebiets seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen. Die Beschränkungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt." (Ueber den Antrag von Brit, daß Gewerbeordnung und Heimathgesetz noch vor der zweiten Berathung der Grundrechte vorzulegen seien, wird der Polizeiberg eben, nachdem zwei Zänglingen zweifelhaft zeblieben, namentlich abgestimmt.) (Augsb. Allgem. Zeitung.)

Centralisation und Partikularismus

(mit Beziehung auf den Artikel der Allgemeinen Zeitung: „Nach dem 29. Juniu.")

In der Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 14. d. M. finden wir einen Aufsatz mit der Ueberschrift: „Nach dem 29. Juniu," der von Entrüstung über die Zerrissenheit Deutschlands durch die Territorialgewalt und die Sonderinteressen erfüllt ist. Es wird darin so weit gegangen, daß die ganze Periode seit der Bildung der Landeshoheit als eine Verbrechenthat nunmehr zum Abschluß zu bringende Zwischenreich betrachtet wird. Es wird darin die deutsche Freiheit in solchem Maße mißverstanden, daß das landesherrliche Recht geradezu, ohne den Mißbrauch vom rechten Gebrauch zu unterscheiden, als ein „trauriges Erbeben" erklärt wird, welches den Hauptinhalt unserer Nationalgeschichte Jahrhunderte lang gebildet habe, und zwar so, daß die Tradition einer „Herrschergewalt" Jahrhunderte noch nicht erloschen seien. So gewiß es unhaltbar und dermalen überdieß eine Handlung von der schwersten Verantwortlichkeit wäre, den Rechtsgrund der landesherrlichen Gewalt unserer deutschen Fürsten als einen wichtigen, auf sittlichen Unterlagen beruhenden darzustellen, habe ich demungeachtet vor Allem dem Verfasser jenes Artikels gegenüber, mit welchem ich mich bei mir dem modernen Begriffe einer Souveränetät der deutschen Landesherren einverstanden wäre. Ich habe in einer vor einem Jahr erschienenen Schrift, also zu einer Zeit, in welcher eine größere Aufrichtigkeit nöthig war, mit dergleichen Ansichten hervorzutreten, mich nicht gescheut ausdrücklich auszusprechen, wie wenig ich die in Schwange gehenden Begriffe von deutschen Regentengewalt als die richtigen und rechtsbegründeten zu erkennen vermöge. Ich habe damals mich deutlich erklärt, wie dadurch die Einheit des Reiches aufgegeben werden ist, daß man jene Rechte als Souveränetät charakterisirte. Hinzugefügt habe ich aber, daß, ebenso wie einerseits hierdurch die Einheit zerstört wurde, andererseits durch einen solchen Begriff von der Regentengewalt auch die Rechte der Stände, folglich der ganze Bestand an vorhandenen Volksfreiheiten rechtswidrig verlammert wurde und untergieng. Der Grund davon war, daß die deutsche Regentengewalt nach den Begriffen der römischen Rechts erfaßt wurde. Die römisch gebildeten Juristen haben dieses bewirkt. Nun stehen wir aber, daß die Idem von wahrer deutscher Einheit und wahrer deutscher Freiheit den Begriff der deutschen Regentengewalt in der Weise umwandeln werden, daß nicht nur die kaiserliche Gewalt, sondern auch die Freiheit der Volksgemeinde in Deutschland wieder hergestellt werd. Das Letztere ist für die

*) Die Aufwanderung selbst steht unter dem Schutze des Staats. (Wigard, Zeltkamps, Degenkamp, Lasaulx, Ahrens, Blum, Heimet, A. Mayt, Schüler, Simon.)

Dauer unmöglich, wenn nun, statt daß die jetzt fälschlicherweise die Regierungswahl der deutschen Fürsten von dem römischen Begriff umstürzt wurde, dieselbe falsche Ansicht auf das Kaiserthum angewendet wird. Nun und nimmermehr wird, wenn ein römisches Cäsarenthum introduirt wurde, die Freiheit der Volksgemeinde sich erhalten können. Möge der Verfasser des besprochenen Aufsatzes uns erwidern: er wolle die Einheit Deutschlands in einer beschränkten Monarchie mit Theilnahme der Erwählten an der Gesammtvolksgemeinde an den Hoheitsrechten des Kaisers realisirt wissen, und uns erklären, daß er hierin, indbesondere indem zugleich die Staatsgewalt der Fürsten gänzlich darin aufginge, eine deutsche Gestaltung des Kaiserthums erblicke — ich kann nicht mit ihm einverstanden sein.

Ich habe ihm zuerstens zu erwidern:

Mein erster Einwurf ist: also will der Verfasser rücksichtslos centralisiren?

Dieses ist auch römisch, und unsere politische Cardinaleinrichtung muß deutsch sein. Auch Karl der Große hat centralisirt und was ihm, als der außerordentlichsten weltbistorischen Erscheinung, in Deutschland möglich war, das kann nicht fortbestehen, als die augenblickliche Wirksamkeit eines großen Charakters hinzugefügt.

Mein zweiter Einwurf ist: daß man das, was sich nach dem Wesen unserer geschichtlichen Entwicklung unbalbar erwiesen hat, nicht wieder hervorrufen soll. Der Verfasser jenes Artikels wird nicht zweifeln, daß mit dem Bundestag, indem er erloschen ist, sein Recht widerfahr, so weit, von einem Recht der Frankfurter Versammlung die Rede sein kann, den Todesbeweis angetreten. Deutschland war, ist und bleibt seinem wesentlichsten politischen Bestande nach ein Bund. Nun will aber jene Stimme in der Allgemeinen Zeitung an den Zustand, welchen wir vor 600 Jahren in Deutschland vorfanden, wieder anknapfen und der dazwischen liegenden Geschichte ihre Berechtigung schlechthin absprechen. Sind solche „kühne Griffe" erlaubt, so verfegen wir uns nur hiebsta in die Zeit vor dem Sündenfall. Bedauert unser Gewissen, daß in Folge des Untergangs der alten Volksgemeinden, dieselben in den deutschen Rechtsbüchern des Mittelalters schon nicht mehr erkundbar ist, die deutschen Territorien sich erhoben haben, so muß er auch so billig sein, die Mängel auszuerkennen, welche jenen Untergang herbeiführten, und er wird uns die alte Verfassung gewiß nicht wieder bringen, wenn er meint, dieses durch Hinwegschaffung des an ihre Stelle Getretenen bewirken zu können.

Die Volksgemeinden sind erloschen, weil die politische Gestaltung, welche Deutschland in seinem Entwicklungsgang erstrebte, durch sie nicht zu erreichen war. Die politische Construction, welche die Territorien erzielten, trat an die Stelle der Volksgemeinden.

Was hierdurch im Laufe der Geschichte zum Schaden und Abbruch der deutschen Freiheit geschehen ist, das kann nur der läugnen, der die Geschichte nicht kennt. Das ist aber nur der negative Theil unserer inneren Veränderungen, um deswillen wir den positiven Gehalt der letzten sechs Jahrhunderte nicht wegwerfen können und dürfen. Dieser Gehalt ist aber ungertrennlich von den Territorial-Zuständen, welche wir in dieser langen Zeit durchlebt haben. Des Edlen und Großen ist unendlich Vieles darin, was wir ohne diese Territorial-Zustände gewonnen zu haben nicht behaupten konnten, und es wird nicht abgethan mit den armseligen Spöttereien über den Weimarschen Dichterhof und die Dresdener Kunstschätze, denen wir Unzähliges hinzuzufügen wußten.

Es ist der heiligste geistige Erwerb unseres Volks, es sind die reichsten Fundgruben unseres geistigen Eigenthums, welche wir musser dem Zusammenhange mit jener Vielgestaltigkeit unserer inneren politischen Verhältnisse nicht denken können. Wahrlich, es fehlt viel daran, daß die Zweifelsten von heute die Höhe der Gaben erreichen, welche auf jener blühenden Zeit in unsere dunklen Tage herüberleuchten — dunkel, weil die Klarheit über das zu erwirbende Wesen deutscher Macht und Größe noch in so hohem Maße gebricht — denn mit Trauer erfüllt und das wuherende Geschlecht der Räsonneurs, die Verwirrung der Ihren, welche die Centralisation eben so mächtig fördert, als sie von derselben gefördert wird.

Das Schlechte an den Zuständen des vorigen Jahrhunderts, von der Mätressenwirthschaft und dem Franzenthum bis zum „Gift der Geheimnoththüter" all' jener Schmutz und Ausfaß, der in Deutschland nicht erzeugt war, — durch ihn wurde der alte Zustand Deutschlands wesentlich aufgelöst und für die Tage der Losche die Kraft des Widerstandes gebrochen. Der Zusammenhang, welchen die Verfasser bei in Rede stehenden Zeitungsartikels zwischen diesen jammervollen Erscheinungen und dem Partikularismus herausbringen will, der ist wahrlich nicht vorhanden. Alles dieses kam uns aus dem Lande der Centralisation, und dahnte auch bei uns jene Wege von Westen an, welche auch jetzt noch zur Vollendigung des Centralisationswerkes mit unter Andern von dem * Korrespondenten in der Allg. Ztg. selbst recht eifrig verfolgt werden.

Allerdings handelte es sich bei uns, nachdem die von Außen hereingedrungene Fäulniß die bisherige innere Organisation unserer Territorien aufgelöst hatte, um die Wiederbelebung und Stärkung der Kräfte des Ganzen. Durch eine Gesammt-Nationalversammlung, welcher die besonderen Nationalversammlungen in den Territorien entsprechen, ist aber dieses noch nicht gelestet. *)

*) Es besteht überhaupt jetzt ein Gewühl von abstrakten Begriffen, während wir lebensvollen Beweis unmittelbar vor uns haben. Das sie lebensvoll sind, ist ohne Bewußtsein geschichtlicher Erfahrungen nicht möglich. — Auch Karl der Große, wiewohl er centralisirte, hat die Volksgemeinden der Stämme bestehen lassen;

Die umfassende Corporation des deutschen Reichs, welche die besondere Corporation der deutschen Territorien umschließt, sie kann des Elementes nicht entbehren, welches den alten Volksgemeinden fehlte, und sie deshalb erlöschen mußte, — ich meine jenen gegliederten Bau im Innern, welcher durch die Stände und durch die politische Bedeutung der Berufsklassen bedingt ist.

Es wäre Wahnsinn, die Rückkehr in einen ursprünglichen und unentwickelten Zustand zu erstreben, in welchem von einem solchen Organismus keine Rede sein konnte. Mit der Bildung dieses Organismus war es aber auch entschieden, daß der Landesfurst als höchster Einigungspunkt dessen erste Bedingung sei. Daß durch die Landesverfassung die urkundlichen Volksgemeinden aus ihrer Stelle verdrängt wurden, das gab den thatsächlichen Beweis wie Volksgemeinden zu der innern Ausbildung der Staatsverhältnisse nicht führen konnten, welche unserem Vaterlande vorbehalten war. Es hat keinen Sinn, zu behaupten, daß die Fürstengewalt nicht habe entstehen sollen; sie hat die Volksgemeinden nicht zerstört, sondern musse aus dem Zerfall derselben hervorgehen. Dieses läßt sich nur als Nothwendigkeit begreifen, wenn auch die nähere Ausführung hier zu weit gehen würde.

Eine mehrhundertjährige Gestaltung, welche durch den Untergang einer andern herbeigeführt ist, deshalb ist echthin als Usurpation zu bezeichnen, ist rechtlich nicht zuläßig, und ist nie schlechthin sabversio zu bezeichnen, insbesondere wo in die spätere Ordnung nur deshalb eingetreten wird, weil die frühere sich nicht zu erhalten vermag.

Daß eine Territorial-Gestaltung auch Deutschland nunmehr bevorstehen, welche Abhilfung im Umfange anspwoferner Hoheitsrechte unter den deutschen Regenten sich ergeben mag — in jedem Falle ist es für Deutschland als ein Glück, als die alleinige Burgschaft seiner künftigen Größe zu betrachten, daß sein Kaiser ein Herr der Herren, ein Fürst der Fürsten sei, vorbildend jenes imperium mundi das im weitesten Kreise in idealer Vorstellung sich auch über das große Ganze ausdehnen soll.

Die Reichsgewalt darum auch in genügendem Maaße kraftvoll sei, das ist eine Aufgabe, auf die wir so wenig als der * Korrespondent verzichten wollen. Wir wollen aber auch nicht in die Reihe der in so dürftiger und unsreier innerer Construktion sich durstellenden Staaten mit einer vollendeten Centralisation herabsinken; und welchem Bespiele würde dann zu allernächst ihrer Folge gelesser werden, als demjenigen, dem sie in der Republik und in der Monarchie abhanden gekommen ist, um sich nur die Maschinerie eines Sicherheitsvereins zu beschränken, — ich meine die sogen. französische Republik!?

Nun denke man sich Deutschland in solcher Herabwürdigung.

Wir sind unsäßig zu begreifen, wie es in solcher Gestalt, — überhaupt mit einem durchgeführten Centralisationssystem, seine Selbstständigkeit gegenüber von Rußland und Frankreich irgend auf die Dauer behaupten könnte.

Schon diese geographische Lage fordert, daß — wozu die deutsche Geschichte die unabweisbar zu verfolgende Bahn von jeher bezeichnet hat,— nämlich daß sich allerdings vor Allem die Einheit Deutschlands gewaltig in der Mitte erhebe, welche uns so bedeutsam zwischen uns und zunächst benährenden Nationen des Osten, Westen, Norden und den Süden angewiesen ist, daß sich aber auch der Lebensgrund des Ganzen in der politischen Gestaltung der Theile individualisirter, wie in keinem andern Volke. Denn dadurch ist nicht nur die hohere Natur unserer Staatsorganismus bedingt, andere auch, wenn die Einheit durch die Herstellung eines fursten Kaiserthums gewonnen ist, jener nachhaltige Widerstand auch allen Seiten, ohne welchen eine dauernde Selbstständigkeit Deutschlands nicht gedenkbar ist.

Nur wenn nicht im Stande ist, durch den unendberlichen Reichthum deutscher Kraft und Herrlichkeit zu erdicken, dem müssen wir es überlassen, gegen die Auffassung seinen Geiser in der Richtung anzugiehen, als sei ihnen dem Partikularismus und den Sonderinteressen das Wort geredet. Wir sind im Gegentheil überzeugt: durch solche ungemessene, undeutsche und kurzsichtige Centralisations-Bestrebungen müßten wir der Zerrissenheit und dem Despotismus, bald sicherlich, bald schleichend, so wie der Verkümmerung und Schwälerung unseres Gebietes unfehlbar anheimfallen. Die deutsche Nationalversammlung könnte gar nicht fortbestehen, wenn alle und jede politische Selbstständigkeit der Landesherren aufgehoben würde. Der Geist der einzelnen Stämme vermischt sich in Deutschland nie und soll es nicht. Der deutschen Einheit ist die Bedingung gesetzt, daß diese Stämme in das rechte Verhältniß zu einander treten, indem ohne dieses rechte Verhältniß ist ihre wahre und vollkommene Unterordnung unter das Reich nicht gedenkbar. Wird aber dieses erreicht, dann besteht

und ihre Wirksamkeit für ihre besonderen Angelegenheiten in bereitwilliger Weise der Reichsgewalt nicht unterworfen. Die Volksgemeinden konnten nicht leisten, was der politische Einsatzungszeist forderte. Die Aristocratie und die Korporationen erhielten das politische Gewicht, welches vorher in die Volksgemeinden gelegt war. Freilich wird Gregor VII. nicht wiederkommen und mit Unrecht eitirt, wenn man meint, daß jene Dinge nicht gewollt, und dem Dynasten Stande seine Stellung nicht erhalten wollten — nicht in ihr die Reichsfreiheit erkannt. Hiermit will aber ich nicht widersprochen werden. Die Stute, welche wir erstigen haben, fordert Dreiheilung der deutschen Gesammt Volksgemeinde in der Vertretung durch ihre Erwählten; aber wir sind dem so übergeugt, daß wenn Deutschland seine Bedeutung, seine eigenthümliche geistige und materielle Kraft behalten soll, es zugleich ein Band der deutschen Stammesgemeinden bleiben, so sich zu einem mitteleuropäischen Bund erweitern soll

fene lebensvolle Entfaltung der deutschen Macht nach allen Richtungen, welche nothwendig ist, um die Centralgewalt Deutschlands nach allen Seiten widerstandsfähig zu machen. Darauf beruht die dauernde Größe Deutschlands. Den Stammesgeist zu ignoriren wäre gesährlich, und würde ihn in noch größere Bewegung legen, wenn ihm nicht durch die organischen Einrichtungen des Reichs genügt wird. Die Centralgewalt, welcher wir bedürfen, muß zugleich diese Anforderung erfüllen, wenn nicht im Gegentheil die größte Zerrissenheit das Endresultat sein soll. Friedrich v. Bernhard.

Deutschland.

Bayern. — Das Regierungsblatt Nr. 42. vom 22. Juli bringt eine Bekanntmachung, die Verpflichtung der unmittelbaren Staatsdiener betreffend. Wir werden dieselbe morgen vollständig mittheilen und einige Bemerkungen daran knüpfen.

Oesterreich. Wien, 20. Juli. Bei der heute vorgenommenen Wahl eines Vorsitzers der Reichsversammlung wurde es Dr. Schmitt mit 259 unter 289 Stimmen; I. Vizepräsident: Dr. Strobbach aus Prag (Tschech), II. Vizepräsident: Hagenauer. Dies sür die deutsche Nationalität sicherlich so günstige Resultat ist nur die Folge eines zwischen den Parteien getroffenen gütlichen Uebereinkommens, welches, wenn es sich auf die Dauer erhalt, ganz Erfolge tragen muß. (B. Z.)

— Wien, 20. Juli. Der Empfang der hochverehrten Gemahlin des Erzherzogs Reichsverwesers in Wien ist ein außerordentlich herzlicher gewesen. Eine Abtheilung Nationalgarden begleitete die hohe Frau vom Mödlinger Bahnhofe nach Schönbrunn. Dort von mehr gekleideten Medchen empfangen, trat ein Mitglied des vereinigten Ausschusses der Bürger- und Nationalgarden an sie heran und sagte einige, aber sehr bedeutende Worte zu sie, aus denen wir Folgendes herausheben: „Blicken Sie um sich, auf jedem Antlitz dieser Männer strahlt die Freude, in jedem Auge liegt das Herz; und wissen Sie, warum der heutige Tag uns freut? Ich will es Ihnen sagen: weil wir heute Sie als Schwester begrüßen! —

— So oft wir ein Hoch dem deutschen Johann bringen, werdeselbe ein Hoch auch seiner deutschen Frau! — Noch einmal Hoch, nochmal Hoch die Erste deutsche Frau! — Tiefgerührt reichten der Reichsverweser und seine Gemahlin dem Sprecher die Hand, wobei Ersterer sprach; „Ich verstehe Sie, meine Herren. Meiner Frau ist heute der Lohn geworden, den ihre Liebe ja mir schon lange verheißt hat." Am 19. Nachmittags marschirten die Garden von Neudau, Mariahilf, Schottenfeld, Gumpendorf zc. nach Schönbrunn und defilirten dort vor dem hohen Paare. Während dies vorging, faßten einige Mitglieder der akademischen Legion den kecken Entschluß, der Gattin des Ersten deutschen Mannes einen Blumenstrauß zu überreichen. Dies wurde sogleich zum Werk gesetzt und die hiezu improvisirte Deputation äußerst gütig aufgenommen.

Oesterreichische Monarchie.

— Die Allgem. österreichische Zeitung theilt aus Verona vom 12. d. M. ein Privatschreiben mit, nach welchem Karl Albert König von Sardinien und Piemont dem österreichischen General und Festungskommandanten von Mantua, von Gorzkowsky den Antrag machen ließ, ihm die Festung Mantua für eine baare Million Gulden zu verkaufen! Ablehnung sowas bequemen und jedenfalles nadwinziger als eine Eroberung mit Sturm, der „Degen Italiens" wurde dabei keine Scharten erhalten, und man wäre auch nicht der Gefahr ausgesetzt, sich an den Mauern der Festung den Kopf blutig zu rennen. Jeder sucht eben auf seine Weise Lorbeeren zu pflücken! — Der Vorschlag lautete wörtlich: dem Könige die Festung, oder auch nur ein Fort sür den Preis von einer Million Gulden, ausweder augenblicklich in baarem Gelde, oder in Wechsiln auf Mailand und Turin zahlbar, zu überliefern! Diese Aufforderung wurde dem Kommandanten durch einen Bramten aus Mantua überbracht, welcher bei einem Besuche in Canale von einer piemontesischen Reiterabtheilung aufgehoben und zum Herzog von Savoyen geführt worden war. Dieser hatte den Beamten nach langerer Unterredung mit ihm mit diesem glorreichen Auftrage wieder nach Mantua heimgeschickt. Wir brauchen kein Wort beizufügen über die Anstandsme, welche der gut gemeinte Vorschlag dem Befehlshaber in Mantua gesunden hat.

— Wir haben zuverlässige Nachrichten durch Briefe aus Verona vom 19. Bis zu diesem Tage war dort nichts vorgefallen auf dem Kriegsschauplatze. Aus der Gegend von Mantua sah man Rauch aufsteigen, aus welchem Anlasse war nicht bekannt.

— Die Pesther Zeitung enthält einen Bericht des temeswarer Oberkriegskommandanten G. L. Piret vom 11. d. M. aus welchem wir folgendes ausheben. Am 31. Mai 1848 waren Johann unter die Aufschrift: Kommt Brüder im Namen Gottes, nur Einetracht soll herrschen. Es lebe die Seb'sche Freiheit! Eine der gewonnenen Fahnen besteht nur aus einer langen Latte, worauf ein Stück Zeug gesteckt ist mit den kaiserlichen Farben, der man andere hinwegnehmen kann. — Die von Blasiowicz gegen Werschetz beorderten 1000 — 1200 Mann starken Rebellen, mit 4 Kanonen mit sich führend, wurden von den Serben angegriffen, dabei wurden 50 — 60 getödtet, 21 gefangen, die Uebrigen flohen. Bei dem ersten Feuer der ungarischen Artillerie wurden sogleich 2 Kanonen der Rebellen demontirt. — Da zu erwarten steht, daß die Rebellen in Bälde ihren Angriff erneuern werden, so ist eine Verstärkung von wenigstens 4 Compagnien dringend nothwendig, da der G. L. Piret auf eine allgemeine Erhebung und die Nationalgarde nicht rechnen kann.

— Eben eingehenden Privatnachrichten zufolge, sagt die Wiener Zeitung vom 21., sind die Ungarn am 15. bei Szegedin von den Kroaten und Serbiern auf's Haupt geschlagen worden.

Frankreich.

△ Paris, 19. Juli. Der Finanzausschuß hat nun seinen Beschluß über den Antrag des Hrn. Jules Favre in Betreff der Einziehung der Privatgüter des Königs Ludwig Philipp und seiner Familie an den Staat gefaßt. Er hat sich den Ansichten der HH. Thiers und Berryer, welche den Antrag als eine schreiende, gehässige Ungerechtigkeit energisch bekämpften, angeschlossen und sein seit einstimmiges Gutachten lautet daher auf Verwerfung. Hr. Berryer ist mit Abfassung des betreffenden Berichtes beauftragt. Wie werden nun sehen, ob die Mehrheit der Nationalversammlung sich zu gleich leidenschaftloser Auffassung der Sache und Wahrung des guten Rechtes gegen die Forderungen der Unbilligkeit zu erheben wissen wird. Um noch mehrer wichtiger Beispiele derselben Ausschreitung wie die gefaßt oder eines Antrag des bekannten Sozialisten Proudhon, der jetzt als einer der Vertreter von Paris in der Nationalversammlung sitzt. Hr. Proudhon verlangte die Einführung einer Einkommensteuer, aber in einer Weise und Ausdehnung, daß dieselbe ein förmlicher Raub am Eigenthum wurde. Es will nichts Geringeres, als daß alles Besitzen von Eigenthum oder Kapitalien ein Deitzeit ihres Einkommens genommen werden sollte. Dem Proudhon wurde vom Ausschusse zu näherer Ausein andersetzung seines Systems aufgefordert und gab diese so, daß auch den Beblendetsten die Augen aufgehen mußten über die Gefahr, welche von den Weltverbesserern wie er und allen seines Schlages der ganzen menschlichen Gesellschaft droht. Seine Ansicht läßt sich sag kurz zusammenfassen. Er behauptet dem Eigenthum sei eine „richtige Institution", ist jedoch so gnädig, sür jetzt diesen Beibehaltung zuzugestehen. Gleichwohl kündete er an, daß er es auch ferner angreifen und einen neuen Antrag dieses Betreffs stellen werde. Eigenthum und Ehrenthum sind für Hrn. Proudhon zwei Dinge, die unabweichlig zu Grunde gehen müssen! Diese verderblichen Utopien — Grundsätze kann man sie wenig sagen — sind nun glücklich bekämpft von den HH. Goudtay, Thiers und Berryer. Hr. Thiers forderte ihn zu einer Erklärung darüber auf, was er von dem Rechte auf die Arbeit und der in dem Verfassungs-Entwurfe desselben verheißenen Gewährleistung denke? Hr. Proudhon machte das sehr bezeichnenswerthe Eingeständniß, daß er eine solche Gewährleistung des Rechtes auf die Arbeit als die Zerstörung des ganzen Systems betrachte, und sagte selbst die bezeichnenden Worte: welche den lebhaftesten Eindruck auf den ganzen Finanzausschuß hervorbrachten: „Gebt mir das Recht auf die Arbeit und ich lasse euch das Eigenthum!" Wird man in Deutschland, wo man den Sozialismus auch vorläufig Gehör gibt, die Raubanwendung von diesen neuen Eingeständnissen machen? Hr. Proudhon magnet Dieser wird dessen nicht müde Gelang durchsallen. Hr. Thiers wurde vom Finanzausschusse zum Berichterstatter darüber ernannt. — Die Nationalversammlung hat eine Unterstützung von 650,000 Fr. sür die verschiedenen Theater von Paris votirt. Diese sind

— Laut den Segnungen der Republik so herabgekommen, daß sie sich selbst nicht helfen, wenn der Staat ihnen nicht zu Hülfe kommt. Das Land und die Literatur sind überhaupt gänzlich zu Grunde gerichtet, die Künstler feiern und hungern, und die Literaten sind nicht besser daran. Wie habea eine große Zahl gesehen, die in den nun auch aufgelösten Nationalwerkstätten die letzte Zufluchtsstätte gesucht hatten zu kummerlicher Fristung ihres Lebens. Die zeigt deutlichst Summe, ein Dutzen im Elmer, soll Jemand sein, und wohnhaftig Paris bringen, aber auch ein Mann wie Pyat, der Verfasser des bekannten Theaterstücks, „der Lumpensammler," zeigt Wolkovermeter, hatte die Sinne, in der Verhandlung der voriges Regierung verzweifelten, sie habe nichts für Kunst und Literatur gethan, sei nur „ein gouvernement bourgeois" im Krämerssinne gewesen, habe nur den materiellen Wohlstand im Auge gehabt! Der Republik ist allerdings der Verkehr gestiegen, mehr aber noch gesunken, wenn sie darin ein Verdienst erblicken will — mit diesem gepäffigen Wohlstand in kurzen vier Monaten so jämmerlich fertig geworden zu sein. Selbst die Krämer (epiciers) haben keine Zeit mehr, an ihrem Zucker und Zimmet zu denken: die Republik hat dafür gesorgt, daß sie jetzt sich nicht mehr mit so gewinnen verächtlichen Dingen abgeben brauchen; sie können nichts mehr und verkaufen nichts mehr; bosse haben sie Ehre, sich auf den Barrikaden niederschießen zu lassen! Am Ende ist doch Alles nur Geschmacksache. Bourgeois gibt es gar nicht mehr; alle Welt ist zur Würde des Soldaten emporgestiegen! Wie konnte es da fehlen, daß jedermann sich glücklich fühlt? Einmal ist es auch kein Wunder, wenn jetzt Kunst und Literatur in so bläsbedrm Zustande sich befinden, wenn man 650,000 Fr. den Theatern zuwenden muß, um sie spielen, und 300,000 Fr. den Künstlern und Literaten, damit sie Essen können für die neue Laufbahn, welche ihnen die Nationalwerkstätten öffnet! — Auch für eine Marmorstatue des in den Juntagen gefallenen Erzbischofs von Paris sind 100,000 Fr. votirt worden. Das Pantheon wollte man dieses Denkmal des Martyrers versperren, ins Pantheon, das auch nach Robespierre und Marat aufgenommen! Aber die gesunde und das Schicklichkeitsgefühl beherrschen doch die Oberhand: das Denkmal wird, dem Verlangen des Metropolitankapitels gemäß, in die Kathedrale von Notredame zu stehen kommen, neben den Altar, wo der Erzbischof

noch Gott sein Gebet barbrachte fürs Volk, ehe er hinging, um von der Mörderflagge eines Elenden auf den Barrikaden sich den Tod zu holen!

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 8. Juli. Die hiesige provisorische Regierung befindet sich in einiger Verlegenheit, da alle größeren Bojaren-Familien die Wallachei verlassen haben, und nur wenige Persönlichkeiten von einiger Bedeutung zurückgeblieben sind. Sie beschäftigt daher durch Verweigerung von Pässen ins Ausland auch diese noch zurückhalten, und zur Unterzeichnung einer Adresse an den Kaiser von Rußland zu vermögen, welche zur Sammlung von Unterschriften aufgelegt worden sind. In dieser Adresse beruft man sich auf ein in den ältesten Zeiten festhandaved Recht, die innern Angelegenheiten des Landes selbst zu regeln, wenn die letzte Revolution als aus dem Volkswillen, dem der Druck unerträglich geworden, hervorgegangen bezeichnet, und wo den der Großmuth des Czaar die Anerkennung des Vorgefallenen erbeten, im entgegengesetzten Falle aber der Schutz und Hülfe von ganz Europa angerufen wird. Auch wurde ein formlicher Protest gegen den Einrücken russischer Truppen und den russischen Consul geschickt. Aus der Donau sollen türkische Truppen sich befinden, mehrere tausend Mann sollen von Rutschuk auf Barken nach der untern Donau überschifft worden sein, am Bewegungen, welche Emissäre unter den Bulgaren erregt, zu unterdrücken.

Nachschrift.

— Die Frankfurter Oberpostamtszeitung meldet in ihrem amtlichen Theile:

Eine der nächsten Aufgaben des Ministeriums war die Regulirung des innern Dienstes. Ihre Lösung war nicht ohne Schwierigkeiten, da das gesammte Dienstpersonal zu wählen und der Geschäftsbetrieb zu ordnen war. Dies ist bereits geschehen und der Dienst im geregelten Gange. Das Ministerium hat indes die provisorische Verfassung, der Nationalversammlung vorgeführt, und wird überhäuftigen bürokratischen Beigaben neu Namen gestoffen. Es sind auch alle Vorbereitungen getroffen, daß, wenn das Ministerium, wie in kurzer Zeit zu erwarten ist, verwolständigt sein wird, die für dasselbe nöthigen Lokalitäten und Arbeitskräfte vorhanden sind und es seine Thätigkeit in allen Richtungen beginnen kann.

Frankfurt, 22. Juli. (4). Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) In der heutigen Sitzung hat die Nationalversammlung bezüglich verschiedener Anträge, die auswärtigen Verhältnisse betreffend, beschlossen:

1) sich mit den von den völkerrechtlichen Ausschuß aufgestellten obersten Grundsätzen der auswärtigen Politik einverstanden zu erklären, welche lauten: daß unsere auswärtige Politik die Ehre und die Macht Deutschlands über jede andere Rücksicht regen werde, ist ein Grundsatz, welcher einer besondern positiven Anerkennung nicht bedarf. Er lebt in dem Herzen des ganzen Volkes, welches sich der Vereinigung zu einem Staate erfreut, welches für seine Freiheit und Einheit jegliches Opfer auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen bereit sein wird. Der Ausschuß glaubt aber hervorheben zu müssen, daß Deutschland seinen fremden Staat in der selbstständigen Entwicklung seiner innern Angelegenheiten irgend wie hindern, oder je die Hand zu einem Kampf verschiedener Staaten um politische Prinzipien bieten werde. In der folgerichtigen und thatkräftigen Durchführung dieser Grundsätze, welche alle gesitteten Völker zu den sreigen gemacht haben oder machen werden, liegt die Bürgschaft, daß die in der Geschichte saß beispiellos dastehende Bewegung, welche den Weltheil ergriffen, nicht zu einem allgemeinen Schiffbruche auslaufen, daß sie nicht ihre schönsten Errungenschaften selbst zu Grabe tragen werde. Man ist vielmehr zu der Hoffnung berechtigt, daß der Frieden Europa an den wenigen Punkten, an welchen er gestört ist, auch wieder hergestellt sein wird. 2) Die Nationalversammlung erklärt, daß die Auslösung der Nr. 2 des Ausschußberichts und des dazu gestellten Antrags mit Rücksicht auf die bereits beschlossene Vermehrung der Streitkräfte an die inmittlen des Lebens getretene Centralgewalt zu übermessen sei.*) 3) Die Nationalversammlung geht über die, dem Schutzhandrecht mit verschiedenen Staaten betreffenden Anträge zur motivirten Tagesordnung über. 4) Die Nationalversammlung erklärt, daß sie die Anerkennung Frankreichs als Republik und die Abendung eines Gesandten für Deutschland nach Paris bei der bevorstehenden Anordnung der Gesandtschaften für Deutschland als selbstverständen betrachte. — Im Laufe der Debatte, an welcher Auge, Vogt, Bassermann, Blum, Wurm, Jahn, v. Beckerath, v. Möring, v. Wydenbrugk als Berichterstatter Theil nahmen, erklärte der Reichsminister v. Schmerling, daß das Reichsministerium das Resultat der Berathung, ein Vertrauensvotum über die von ihm zu befolgende auswärtige Politik, die Art der Anwendung der, von dem völkerrechtlichen Ausschusse gezeichneten Grundsätze, der Nationalversammlung vorlegen werde. Schluß der Sitzung Nachmittags 2 Uhr.

(D. P.-A.-Z.

Wien, 20. Juli. In das Ministerium des Innern sind heute folgende telegraphische Depeschen aus Prag 20. Juli eingelaufen: Prinz Carl Albert, Sohn St. kaiserl. Hoheit der Erzherzogin Hildegarde, ist gestern Abends um 7 Uhr an den Blattern gestorben. — Der Belagerungszustand in Prag wird heute als aufgehoben erklärt.

**) Paris, 20. Juli. Hr. Armand Marrast ist zum Präsidenten, Hr. Bixio zum Vicepräsidenten der Nationalversammlung erwählt worden.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 19. Juli. 5proz. Metall. 76, 4proz. 62, 3proz. 44, 2½proz. 39½, 1834r 500 fl.-Loose 124, 1839r 250 fl.-Loose 84. Bankaktien 1112. Nordbahn 109. Glogaz 93. Venedig-Mailand 64½, Barweis 172. Livorno 74½, Pesth 64. Siena 53½, Arrondirungsbahn 95½.

Frankfurt a M., 22. Juli. Oesterr. 5proz. Metall. 67½, pr. 66½, G., 4proz. 55½, pr. — G. 3proz. pr. — G. 2½proz. pr. 35½, pr. 35½, G. Bankaktien 1205 pr. 1195 G. 500 fl.-Loose 110½, pr. 109½, G. 250 fl.-Loose 74½, pr. 73½, G. Preuß. 50 Thlr.-Prämienst. 88½, pr. 87½, G. Staats-Schuldsch. 3½proz. 77 pr. 76 G. Bayer. 3½proz. — pr. 75½, G. Luxemb.-Bernbach. 69 pr. 68½, G. Württemberg. 3½proz. 88 G. Baden 4½proz. — pr. 94½, G. Kurhessen 40 Thlr. 34½proz. 77½, pr. 77 G. Loos-Antehen à 50 fl. 49½, pr. 49 G. 35 fl.-Loose 27½, pr. 27½, G. Darmstadt 3½proz. 79½, pr. 78½, G. 4proz. 88½, pr. 88 G. Loos-Antehen von 50 fl. 65 pr. 64½, G. 25 fl.-Loose 21½, pr. 21½, G. Rudolfi Junter-Anleh.-Anrd. 29½, 3½, G. 40 Thlr.-Loose 25½, pr. 25½, G. Nassauische 3½proz. 83 pr. 82 G. 25 fl.-Loose 22½, pr. 21½, G. Frankf. 3½proz. 82½, pr. — G. 3½proz. von 1839 94½, pr. 94 G. von 1846 89½, pr. 88 G. Taunusbahn 287 pr. 282 G. Holland. Integr. 46½, pr. 45½, G. Span. 3proz. innere Schuld 18½, pr. 18½, G. Portu. 3proz. 5-Kosse — pr. 88 G. 500 fl.-Loose 64 pr. 63 G. Sardin. 36 Fr.-Loose 24½, pr. 24½, G. Diet. — pr. — G.

Berlin, 19. Juli. Inländische Fonds. Pfandbriefe. Kommunal-Papiere und Eisenbahn-Aktien. Seehandl.-Sch. 73½, pr., 73½, G. Berl. Präm.-Sch. 88½, pr. 87½, G. Berl. Stadt-Obl. — pr. 70 G. Westpreuß. Pfandbr. 76½, pr. 76½, G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — pr. 91 G., 3½proz. 77½, pr. 77 G. Ostpr. Pfandbr. — pr. 83½, G. Pommersche Pfandbr. 92½, pr. — G. Kur- u. Neu. Pfandbr. 91 pr. 90 G. Preuß. 50 Rthl. Obl. 18½, pr. 18½, G. Friedrichsd'or 13½, pr. 13½, G. Andr. Goldm. à 5 Thlr. 12½, pr. 12½, G. Disconto 4½, pr. 3½, G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt. Alt. 86 bz. Berl.-Hamburg 60 bz. u. G. Berl.-Stettin-Stargarder 85 bz. u. G. Berl.-Potsdam-Magdeb. 42 G. Magd.-Halberstadt 99 G. Magd.-Leipziger 168 G. Halle-Thüringer 49½, Köln-Minden 74 G. Köln-Aachen 54 bz. u. G. Düssld.-Elberfeld —. Niederschles.-Märk. 69 pr. 68½, bz. u. G. Oberschles. A 83 bz. u. G. B. 83 bz. u. G. Breslau-Freiburg —. Rhein.-Oberschles. 36 pr. Berg.-Märk. 58 G. Stargard-Posen 64, — à 65 bz. u. G.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. B. 83 u. ½, bz. u. G. Starg.-Posen —. Magd.-Wittenberg 44, — à 45½, bz.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 81½, bz. u. G. Berlin-Hamburg. 88½, pr. Berlin-Potsdam-Magdeb. 4proz. 74 bz. Berl.-Stettin. 76½, G. Halle-Thüringer 80 pr. Köln-Minden 88 ¾. Nb. Stamm-Prior. 60½, G. Niederschles.-Märk. 4proz. 92 pr. 91 G. 80 bz. 3proz. 93½, pr. 93 G. Serie 87½, bz. Zweibahn 4proz. 70 pr. Kosel-Oderberg —. Sterle-Bodenbach —.

London, 19. Juli. Konsols 88¾. Coup. — Span. Akt. 12, 11¾. 4proz. 22, 21¾. Port. —. Portug. 3proz. —. 4proz. 18½, 18, 5proz. — Belg. 4proz. 72, 72½, 5proz. 95.

Paris, 20. Juli. 3proz. 47.50, 4proz. —, 5proz. 75.50. Schatzsch. —. Bankaktien 1640. Compt. von Aktier —. Belg. 5proz. 101½, 4½proz. —. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 73.50. Röm. 83. Piem. —. Rent. à 28. rechte 125.—, linke 102.50. Paris-Orleans 663.75. Rouen 470.—. Lyon 338.75. Straßburg 358.75. Rordbahn 368.75. Mart.-Avignon 235.—. Straße-Basel 97.50. Ort.-Verdeaux 405.—. Tours-Nantes 337.50.

Madrid, 15. Juli. 3proz. 20½, pr. 20½, G. 5proz. 11 G. Bank. 41½, pr. 4 G. 72½, 8 G. Rotwait. Paß. Schuld 3½ G. Provis. Zin. 3½ G. St. Fernandobank 70 G. 74 G. Disconto —. Wechselkurse: Paris 4—55 pr. London 43—50 P.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Deutsche Reichsversammlung.

λ Frankfurt, 22. Juli. (45ste öffentl. Sitzung.) Anfang der Sitzung um 9½ Uhr. Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung über den Bericht des Abgeordneten Wydenbrugk, Namens des völkerrechtlichen Ausschusses, die auswärtigen Verhältnisse zu Rußland, Frankreich und Nordamerika betreffend. Die Anträge des Ausschusses gehen dahin, zunächst sur Deutschland das Recht der freien Selbstbestimmung in Anspruch zu nehmen und anderseits allen anderen Völkern dasselbe Recht zuzusichern. Dazu kommt von Rug e und etwa zwanzig anderen Mitgliedern der Linken ein Zusatzantrag ein; er schlägt vor, die Völker Europa's zu einem allgemeinen Congresse einzuladen zum Behufe einer allgemeinen Entwaffnung. Zur Unterstützung seines Amendements braucht sich Ruge auf die Friedensbotschaft Lamartines, die in Frankreich die meisten Sympathien sur sich habe, und auf jene Cobden's. Er hoffe, daß die Gründe, die sur seine Ansicht sprechen, von der politisirsüchtigen deutschen Nation nicht Kurzem den Sieg erringen. Sein Vorschlag sei zwar kein Utopien mehr. Omnibus war, daß Rugge sich zweimal versprach und statt von Entwaffnung von allgemeiner Bewaffnung redete. — Ehe zur weiteren Berathung über den Bericht übergegangen wurde, betrat der Minister des Aeußeren die Rednerbühne und bemerkte, daß er den allgemeinen Grundsatz an der Spitze des Berichts anerkenne. Rücksichtlich des Verhältnisses zu Rußland halte der Ausschuß eine entsprechende Verstärkung der Streitkräfte an der Ostgrenze beantragt. Mit Rücksicht auf den mittlerweile gefaßten Beschluß, daß die Militärmacht Deutschland überhaupt zu vermehren sei, bevorworte der Minister den Antrag Bassermann's anzunehmen, der diesen Punkt lediglich der Centralgewalt überwiesen haben will. Frankreich wurde erklärt der Minister sei es Grundsatz der Regierungspolitik im Frieden mit diesem Nachbarvolke, dem Deutschland in der That viel verdanke, zu leben. Sobald das Ministerium verwollständigt sein werde, solle sofort ein Gesandter in Paris beglaubigt und die Neutralität feierlich anerkannt werden. — Vogt spricht sur das Bündniß mit Frankreich, sur Energie gegen Rußland. Die Abstimmung des ersteren soll dem nach Paris zu beglaubigenden Gesandten zur Pflicht gemacht werden. Bassermann will nicht blos ein freundschaftliches Verhältniß zu Frankreich, sondern eben so zu England. „Im Bunde freier Völker darf England als Dritter nicht fehlen. Erst wenn diese drei Völker vereint sein werden, ist ein unbewusster Friede möglich." Blum schließt sich an Rugge an. Mit Rußland Jahr auf Jahr ab sind Neue Festungen an der Ostgrenze und eines Lagers bedürfe es nicht. Welcker schließt sich den Anträgen des Ausschusses mit der Biedermann'schen Modifikation an; auch er will Freundschaft mit England, „das bei Waterloo sur uns gefochten." Mösing will überhaupt keine Bundnisse suchen; wenn aber solche geschlossen werden sollen, so dürfte nur sie mit Hammerwerfenden, näher gelegenen Staaten, wie Dänemark und seinen Provinzen u. s. w. — Nach 1 Uhr wird die Berhandlung als geschlossen erklärt, und es nimmt der Referent noch das Wort. Den Antrag Ruge's erkennt er als ein zu erstrebendes Ziel, erklärt ihn aber als praktisch unausführbar. Er will unverändert Annahme des Ausschußantrags, sowohl im Prinzip als rücksichtlich der Berathungsart. — Es folgt Frankreich. Die Aeußerung Vogts, Frankreich habe Deutschland die Freiheit geschenkt, weist derselbe entschieden zurück (anhaltender Beifall). Er sei dem Bündnisse mit Frankreich nicht abhold, aber nur dann, wenn es zwischen Gleichen geschlossen werde: „wo deutsche Aare muß allein seinem Zirle entgegenfliegen, er darf nicht bei seinem ersten Aufschwunge unter der Flügel des gallischen Hahnes flüchten." Bon der Abstimmung wird 1) der allgemeine Grundsatz des Ausschusses ohne den Ruge'schen Zusatz angenommen. Das Prinzip lautet: „daß unsere auswärtige Politik die Ehre und das Recht Deutschlands" über jede andere Rücksicht setzen werde, ist ein Grundsatz, der einer besonderen positiven Anerkennung nicht bedarf. Er lebt in den Herzen des Volkes, welches sich zu Vereinigung zu einem Staate erkennt, welches sur seine Freiheit und Einheit jegliches Opfer auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen bereit sein wird. Der Ausschuß glaubt aber hervorheben zu müssen, daß Deutschland keinen fremden Staat in der selbständigen Entwicklung seiner inneren Angelegenheiten irgendwie hindern oder sie die Hand zu einem Kampfe verschiedener Staaten um politische Prinzipien bieten wird." 2) Im Bezug auf die Maßnahmen Rußland gegenüber wird der Antrag Biedermanns angenommen, d. h. die Verstärkung des Ausschusses werden mit Rücksicht auf die schon beschlossene Vermehrung der Militärmacht Deutschlands der provisorischen Regierung zur Berücksichtigung und Ausführung überwiesen. 3) Die Anträge auf Abschließung von Verbindungen mit den verschiedenen Staaten werden durch Uebergang zur motivirten Tagesordnung abgelehnt, wie der Ausschuß vorgeschlagen. Mehrere Zusatzanträge (v. Möring, Reden) auf die Einsetzung von Bündnissen oder sonstigen Verträgen mit Ungarn, Nordamerika ꝛc. werden zurückgenommen. — Schließlich erklärt die Nationalversammlung, daß sie die Anerkennung Frankreichs als Republik und die Absendung eines Gesandten nach Deutschland nach Paris bei der vorerstehenden Anordnung der Gesandtschaften sur Deutschland als selbstverstanden betrachte." Als die Abstimmung beendigt war, fand man die Zeit schon so weit vorgerückt, daß die Berathung über den 2ten Gegenstand der Tagesordnung — die Posener Frage — bis zur nächsten Sitzung (Montag den 24. d.) vertagt werden mußte.

Deutschland.

Nassau. — Wiesbaden, 19. Juli. Ueber die jüngsten hiesigen Ereignisse äußert sich eine offizielle, heute hier ausgegebene Darstellung in folgender Weise: „Vor einigen Tagen wurden mehrere Artilleristen durch kreuzgerichtliches Verfahren zu Gefängniß verurtheilt. Am 16. d. Mts. Abends erschienen drei bis 4 Einwohner, Böhning, Gräfe und Oswald Diez bei dem Chef der Artillerie und verlangten die Loslassung jener Artilleristen unter der Drohung, wenn es nicht geschehe, mit 4—500 Mann wieder zu kommen, um die Befreiung mit Gewalt zu erzwingen. Wirklich hatte sich auch zu gleicher Zeit eine Masse von 4—500 Menschen in einem Wirthshause im Nerothal versammelt, und die Führer derselben hatten sich bemüht, auch Soldaten in ihren Kreis zu ziehen, indem sie dieselben in jenes Wirthshaus einladen. Nachdem dem herzoglichen Stadtamt Nachricht von jener in die Zuftiz eingreifenden Drohung zugekommen war, nachdem ihm weiter berichtet wurde, daß die aufgeregte Menge aus dem Nerothal in die Stadt ziehe, erlasche es den Kommandanten der Bürgerwehr, Alarm schlagen zu lassen. Zugleich verfügte das herzogliche Stadtamt die Verhaftung der erwähnten drei Einwohner. Einer derselben, Oswald Diez, war Führer einer Kompagnie. Als derselbe von dem Beamten in Begleitung der Obersten verhaftet werden sollte, widersetzten sich die drei ersten Kompagnien, mehrere sich auch Einzelne aus anderen Abtheilungen gesellten. Auf den Obersten der Bürgerwehr wurde angelegt, und als eine andere Abtheilung Wehrmänner herbeigerufen werden war, um den Befehl des Obersten, die drei widersetzlichen Kompagnien zu entwaffnen, in Vollzug zu setzen, — legten jene drei Kompagnien unter dem Ruf, ihre Gewehre seien geladen, auch auf ihre Kameraden, welche nicht geladen hatten, an. Diese offene Meuterei widerstreitet so sehr der Bestimmung und Pflicht der Bürgerwehr, daß es im Interesse der Ehre derselben und zur Aufrechthaltung der Disziplin geboten war, jene Kompagnien zu entwaffnen. Die Regierung ließ deshalb — in der Hoffnung, daß die Wehrmänner zu ihrer Pflicht zurückkehren würden — dieselben aufordern, ihre Waffen abzuliefern, unter der Ankündigung, daß sie demnächst nach Ausscheidung der Schuldigen reorganisirt werden sollten. Der Termin zur Ablieferung der Waffen verstrich, ohne daß mehr als ein Drittheil es eilfertet worden war. Der größte Theil der dritten Kompagnie erklärte, daß ihre Gewehre nicht abliefern werde; der Obrist der Bürgerwehr forderte sie selbst dringend auf, es bis zu einem verlängerten Termin zu thun. Es geschah nicht. Mittlerweile war von der kompetenten Behörde die Untersuchung gegen jene drei Einwohner, welche die Lostassung der Soldaten verlangt hatten, so wie eines Bierwirths, der in bewaffneten Haufen aufgetreten haben soll, eingeleitet und die Verhaftung derselben beschlossen worden. Einen derselben ließ sich die Bürgerwehr auf dem Weg nach dem Gefängniß ohne Widerstand entreißen. Zwei andere befanden sich in Haft. Am Nachmittag zog eine mit Aexten und andern Werkzeugen bewaffnete Menge vor das Gefängniß, schlug an Thüre ein und befreite die Verhafteten, mißhandelte den Gefängnißwärter und unter Verhöhnung der öffentlichen Autorität durch die Stadt führten. Die Bürgerwehr schritt bei dieser neuen Verletzung der Ordnung und der Gesetze nicht ein. Das nur in geringer Anzahl in der Stadt gegenwärtige Linienmilitär würde die wühlerische Partei nur zu Widerstand gereizt haben. Es wurde auch möglich gemacht, ein Blutvergießen zu verhindern, wenn die Regierung selbst Einschreiten angewendet hätte. In Uebereinstimmung mit den von der Reichsgewalt ausgesprochenen Grundsätzen zur Bewahrung der Herrschaft des Gesetzes, zur Wahrung der Freiheit, die unzertrennlich ist von der Beobachtung der Gesetze und der Ordnung, wurde deshalb angeordnet, daß heute früh zwei Bataillone Infanterie, zwei Batterie Artillerie und eine Abtheilung Husaren von Mainz garnisonirenden Reichstruppen zur Unterstützung der hiesigen Behörden in Wiederherstellung der Ordnung in die Stadt einrücken sollten. Dies ist geschehen. Der Erfolg hat gezeigt, daß diese Maßregel selbst aus Rücksichten der Humanität die zweckmäßigste war, indem sich durch die bloße Entwickelung einer kräftigen Macht die wühlerische Partei, deren geringe Anzahl die große Mehrheit der braven Bürgerschaft terrorisirte, ohne Widerstand der Autorität der Regierung anzuwerfen hat." Sofort nach dem Einrücken der Reichstruppen wurde die gesammte hiesige Bürgerwehr entwaffnet, die nun wieder nun mit Ausscheidung des wühlerischen Elements in diesen Tagen organisirt werden wird.

Schleswig-Holstein. — Flensburg, 18. Juli. (Erklärung über die Waffenstillstands-Unterhandlungen.) Bei Eröffnung der heutigen Sitzung unserer Stände wird der Regierungskommissär Bremer eiligst abberufen, es trat daher eine Pause ein, bis nach einer Stunde letzterer wieder in der Ständeversammlung erschien. Der Präsident eröffnete dieselbe wiederum und nun erfolgte sich der Kommissär und gab Namens und im Auftrage der provisorischen Regierung in Folge mehrfach ausgesprochenen Wunsches der Stände, von dem Stande der Verhandlungen in Betreff eines Waffenstillstandes in Kenntniß gesetzt zu werden, die Erklärung ab: es sei zwar der provisorischen Regierung der gegenwärtige Stand

der obschwebenden Verhandlungen in seinen Einzelheiten nicht bekannt, indeß sei ihr offiziell doch zur Kunde gekommen, daß um Zeit für die Verhandlungen zu gewinnen, die morgen Abend „Waffenruhe“ eingetreten, und daß die beiden Hauptmacht der Verhandlungen sein in der Entlassung der provisorischen Regierung und die Entwaffnung des schleswig-holsteinischen Militärs. Der Waffenstillstand werde, wenn er zu Stande kommen sollte, der Ratifikation des Reichsoberhauptes unterliegen; was den ersten Punkt der Waffenstillstandsbedingungen betreffe, so habe die provisorische Regierung bereits früher darüber ihre Erklärung abgegeben, welche sie hier wiederhole, daß sie nämlich nur in Uebereinstimmung mit den Bevollmächtigten Preußens und auf Befehl des Reichsverwesers weichen werde; was aber den zweiten Punkt anbelange, so werde sie unter keiner Bedingung in die Entwaffnung der schleswig-holsteinischen Truppen willigen, ehe nicht für die weitere Ausbildung unserer Armee Sorge tragen. (Bravo! von den Galerien.) Der Abgeordnete Bracke! trug nun darauf an, daß die Ständeversammlung in Anerkennung der mannhaft würdigen Haltung der provisorischen Regierung den vom ganzen Volke gewiß mit Jubel aufgenommen werdenden Dank der Stände votire. Nachdem dieser Antrag zuerst von den Abgeordneten Bauer Rohwer und dann von mehreren anderen Abgeordneten unterstützt worden war, erhob sich der Abgeordnete Baron Blome von Falkenberg und protestirte gegen Brackel Antrag: wenn der Friede erreicht werden könne, müsse kein Opfer gescheut werden. (Zuchtbarer Scharren und Trampeln auf den Galerien, — heftiger, fast leidenschaftlicher Ordnungsruf des Präsidenten. Der Prüsident stellte darauf die Frage, ob der Versammlung den Brakel'schen Antrag annehmen und der provisorischen Regierung ihren Dank votiren wolle? Die Versammlung bejahete diese Frage mit 53 Stimmen gegen 13. Diese 13 Abgeordneten, welche also den Frieden „um jeden Preis wollen“, waren großentheils Edelleute. — Was der k. Commissar über die beiden Punkte sagte, worauf sich die jetzigen Unterhandlungen über den Waffenstillstand insbesondere beziehen, lautete nach der Schlesw.-Holst. Ztg. wie folgt: „Der erste Punkt betrifft das Fortbestehen oder Abtreten der provisorischen Regierung, und aber diesen Punkt habe ich mich bereits dahin ausgesprochen, daß die provisorische Regierung, so lange sie sich des Vertrauens des schleswig-holsteinischen Volkes versichert halten darf, nur im Einverständniß mit der Centralgewalt, oder auf Aufforderung des Reichsverwesers abtreten wird. Der zweite Punkt betrifft die Stellung und das Verhältniß der schleswig-holsteinischen Truppen, und in Bezug auf diesen Punkt wird die provisorische Regierung nie einwilligen, daß dieselben während des Waffenstillstandes ganz oder theilweise aufgelöst werden, vielmehr erkennt sie es als nothwendig an, daß sie zur Disposition der Landesregierung gestellt bleibe, welche über ihre Uebungen, Cantonnements u. dgl. zu bestimmen haben muß.“

Es wird versichert, daß der zwischen den Generalen Wrangel und Hedemann abgeschlossene Waffenstillstand um 24 Stunden, d. h. also bis zum 19. d. M. Abends 10 Uhr, verlängert worden sei, offenbar in der Absicht, den definitiven Beschluß in Kopenhagen abzuwarten. (Weser-Z.)

— Der General Wrangel soll von Berlin aus Befehl erhalten haben, den Waffenstillstand nur unter solchen Bedingungen abzuschließen, deren Ratification von Seiten des Reichsoberhauptes mit Sicherheit erwartet werden könnte.

Oesterreich. — Wien. 21. Juli. Gestern Abend 10 Uhr entstand beim Gasthofe zum römischen Kaiser auf der Freiung ein Zusammenlauf, veranlaßt durch eine vorgekommene Störung der Sitzung des demokratischen Vereins, die eben in den Gasthauslokalitäten abgehalten wurde. Mehrere Glieder des Vereins, denen Gewaltthätigkeiten im Publikum zugemuthet werden, hatten die Versammlung, wie verlautet, unterbrochen, wobei es zu einigen tumultuarischen Szenen kam. Nationalgarde und Munizipalwache zerstreute die vor dem Hause zusammengedrängte Volksmenge, während im Innern der Conflikt durch gegenseitige Einschreiten beendet wurde. Dieser Vorfall ist über Befehl der Behörde im Publikum verbreiteten übertriebenen Gerüchten thatsächlich entgegenzutreten. (W. Z.)

Croatie. 20. Juli. Die seit 12 Jahren unterbrochenen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Spanien sind wieder hergestellt. Der hiesige spanische Consul hat heute folgendes Schreiben aus Innsbruck dd. 13. Juli erhalten: „Mayden Donna Isabella II. vom Kaiser von Oesterreich und seiner Regierung anerkannt worden ist, und die Verhandlungen zwischen beiden Staaten durch gegenseitige Sendung beoollmächtigter Minister an beiden Höfen erneuert wurden, so hatte ich heute die Ehre, meine Creditive als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister an kaiserl. königlicher Mission des Se. k. k. apostolischen Majestät zu überreichen, welche dieselben mit ausserordentlichen Zeichen besonderer Achtung und Genugthuung entgegenzunehmen geruhte. Gez. Antonio Remon, Barce de Valle.

(Grazer Z.)

Schweiz.

Der Südd. Polit. Ztg. schreibt man aus Basel: Durch verschiedene Anfragen glaube ich in den Stand gesetzt zu sein, Ihnen einige nähere Angaben über die Plane der deutsch-französischen Propaganda zu machen. Davon haben sich Hecker und Dieringer, die hier ansässig sind, abgezogen, daß das erste Unternehmen ein sorgliges war, daß es schon deßwegen scheitern mußte, weil es nur von Einem Grenzpunkte ausging und ganz exzentrisch war. Es wird daher jetzt viel großartiger und mit bedeutenden Geldmitteln operirt. Das südliche Deutschland wird von der Schweiz und von Straßburg aus bearbeitet. Da man der badischen Lande so ziemlich sicher zu sein glaubt und in denselben keinen bedeutenden Widerstand erwartet koncentrirten sich die Besprechungen um so mehr auf Württemberg, an welchem sich Dr. Marx am exponirtesten ansehen konnte. Auf dieser rechten Flanke werden die Operationen von Hecker geleitet. Längs des Mittel- und Unterrheins, auf Rheinbayern und Rheinpreußen, auf die hessischen Lande u. s. w. wird theils von der französischen Grenze, theils von Köln operirt, das Hauptquartier ist Frankfurt. Als Chef nennt man einen Mann in Frankfurt, der durch sein dortiges Auftreten sich hinlänglich als wüthender Republikaner in Barb-ö ux Bianqui charakterisirt. Sie haben ihr Comité Flügel, deren Mitglieder in Preußen und den sächsischen Lande umfassen, ist das Hauptcentrum Berlin, Anführer Frobel, ein energischer Charakter, Kommunist, der sich seiner Zeit in Zürich oft als solcher in der Redaktion eines schwerzerischen Lokalblattes aussprach, daß ihn die schweizerischen Radikalen ganzlich desavouiren mußten. Wien und Prag bleiben der polnischen Sektion der Propaganda überlassen. Man hofft auf diese Weise die in gastigen Augenblicke allgemeine Erhebung auf allen bedeutenderen Punkten Europa's hervorbringen und die einzelnen Regierungen in die Unmöglichkeit versetzen zu können, sich zu unterstützen. Bayern mit München ist, wenn nicht ausser den Berechnungen, doch zunächst auffallend der großen Operationen gelegen, da das Terrain zu ungünstig ist. Anknüpfungspunkte sind aber immerhin vorhanden und werden benützt, man hofft es wenigstens durch die Octorganisation im Militär so weit zu bringen, daß Bayern keine bedeutende Hilfe nach Außen abgeben kann und dann von zwei Seiten in den Strudel hineingezogen wird. Die herrschlichen Geldmittel sollen bis dahin theils aus Frankreich, der Centralkasse der Propaganda und den Fonds secrets, aus Deutschland selbst, dann von der polnischen Sektion. Hinten die Junteringriffe in Paris einen andern Ausgang gehabt, so wäre unter dem Eindrucke derselben schnell auch in Deutschland der volle Sturm erhoben worden; jetzt müssen man auf einen günstigeren Zeitpunkt. Unterdessen wird, abgesehen von den Emissären, den Versammlungen und der Presse, das System verfolgt, das vor drei Jahren die Freischaaren gegen Luzern zur Anwendung brachten: unausgesetzte allarmirende Gerüchte, um die Regierungen außer Athem zu bringen, die entgegengesetzten Elemente zu entnerven, die Freunde zu stärken, die Operationen vorzubereiten.

Großbritannien.

† London. 20. Juli. Nach den Nachrichten aus Dublin von gestern herrscht noch immer große Aufregung zu Waterford. Die HH. Barton, Bourke und O'Brien wurden wegen Aufruhrs zu Cork verhaftet und zu Kanonenfeuling angehalten. 100 Constables waren von Dublin nach Waterford abgegangen. Die Organisation der Clubs dauert überall fort, und allwärts, selbst zu Dublin, waffnet man sich mit Büchsen oder wenigstens mit Picken. Das Gerucht von der Ermordung des Lordlieutenants von Irland schient erfunden. — Der Friede mit Mexiko war am 5. zu New-York noch nicht verlautet. In Mexico hat inzwischen der Vater Garnuta unter dem Patronate des Generals Paredes aufs Neue die Fahne der Empörung aufgepflanzt, und ist am 1. Juni zu Lagos eingedrungen unter Hurrahrufen für die Monarchie. Am 3. Juni ist der Vicekönig Canedo mit Paredes und Garnuta.

Spanien.

° Madrid. 15. Juli. Uebermorgen wird Monsignore Brunelli nach St. Ildefonso sich begeben, und man glaubt, am Mittwoch werde der apostolische Nuntius der Königin seine Beglaubigungsschreiben überreichen. Bevnige Tage darauf wird man wissen, ob Narvaez in Folge mit dem Titel als spanischer Botschafter nach Rom abgehen. — Es ist ungezweifelt, daß die aus Portugal eingedrungenen Faccioso's (Flüchtlinge von Sevilla) zwei Kompagnien des Herrn emwaffnet hätten. Die aus Portugal in Estremadura eingedrungene Bande soll schon zerspreut und die Teomnice derselben zur Rückkehr nach Portugal gezwungen worden sein. — In Corunna soll ein englischer Dampfschiff eingelaufen sein, das zwoe Büffen an der Spanischen Küste an's Land gesetzt hätte. — Nach den letzten Nachrichten aus Cuba herrscht dort Ruhe. — Der Herzog von Solomzor wird dem Vernehmen nach morgen nach La Granja abgehen.

Nachschrift.

— Der österreichische Reichstag ist am 22. d. durch den Erzherzog Johann eröffnet worden. Die Thronrede (welche man morgen vollständig geben werden) wird mit großem, fast bei jenem Satze stürmisch sich wende bestehen Beifall aufgenommen. Sie erklärt die Verabschaffung und Gleichberechtigung aller Nationalitäten, und den innigen Verband mit Deutschland als jede Grundlage aller Landeseinrichtungen. Vom Reichsgebiete der Ungarn wird eine befriedigende Ausgleichung der noch schwebenden Fragen erwartet. Der Krieg in Italien sei nicht gegen die Freiheitsbestrebungen der italienischen Völker gerichtet, bezweckt nur Wahrung der Waffenehre und hoheitlichen Interessen Oesterreichs. Die lay ere Armee soll einen ehrenvollen Frieden erkämpfen. Außerordentliche Finanzmaßregeln werden angekündet. Der Präsident Pr Schmitt antwortete sogleich auf die Rede, und demnender Lebehochruf auf den Kaiser und den Erzherzog ertönte wiederholt, als dieser sich wieder entfernte.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 24.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Mittwoch den 26. Juli 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Aufruf zur Mildthätigkeit!

Die öffentlichen Blätter Deutschlands haben schon vor Monatn Nachricht gegeben von dem grenzenlosen Elende, in welches sich unmittelbar nach der Pariser Revolution vom 24. Februar ds. Js. die plötzlich brodlos gewordenen deutschen Arbeiter in Frankreich versetzt sahen. Mit fürchterlicher Härte hat dieses Schicksal besonders die von allem entblößten zahlreichen Familien in Havre de Grace getroffen, welche, unvermögen ihre Absicht nach Amerika auszuwandern zu vollführen, seit Jahren daselbst das kummervollste Dasein unter namenlosen Entbehrungen und unbeschreiblichem Jrrthumsrende fortschleppten. Von Bayern allein befinden sich in dieser bisolosen Lage jetzt noch 226 Familien, 878 Köpfe stark, zu Havre, welche von Tag zu Tag nicht wissen, woher sie ihr Brod nehmen sollen, indem Handel und Verkehr, Gewerbe und Jndustrie stocken, und bei solchen Verhältnissen erklärlicherweise der Fremde von dem Auslande Beschäftigung erhält. Zwar zählen unter denselben ungefähr 40 Jodividuen, welche in Folge des neuen französischen Gesetzes vermöge ihres mehr als fünfjährigen Aufenthaltes in Frankreich naturalisirt und aufsässig erscheinen; aber dessenungeachtet sorgen weder die französische Regierung, noch die Municipalität von Havre de Grace gegenwärtig für sie. Außer diesen jedoch verbleiben 476 bayerische Staatsangehörige, welche nicht den mindesten Anspruch auf französische Unterstützung machen können, und welche, hoffnungslos genommen, bei gänzlicher Arbeits- und Hilfosigkeit dem Hungertode preisgegeben sind, wenn nicht schleunige Rettung naht. Die bayerische Staatsregierung hat auf die Anzeige des bayerischen Konsuls zwar einige Geldhilfe, inloweit das Staatsbudget es verstattete, angenblicklich geleistet; und das Staatsministerium des Jnnern hat schon am 11. Mai d. J. mit königl. Genehmigung eine Sammlung freiwilliger Gaben in sämmtlichen Regierungsbezirken angeordnet; demzufolge sind Subskriptionslisten bei allen Stellen und Behörden in Umlauf gesetzt, und eine Haussollekte ist veranstaltet worden. Aber um das Bedürfniß einer Anzahl von mindestens 476 Köpfen zu bedecken, und die Mittel zu bestreiten, durch welche diese Hartbedrängten von ihrer Pein erlöst und nach ihrer eigenen Wahl entweder nach Amerika überfedelt oder in ihre bayerische (meist pfälzische) Heimath zurückgeschafft werden können, reicht der bisherige Ertrag bei weitem nicht hin, und ist abzüglich der bereits verwendeten Gelder noch eine Summe von beiläufig 20,000 fl. nöthig.

In Havre, in Frankreich können bei der gegenwärtigen Erwerbslosigkeit jene armen Leute nicht bleiben. Sie müssen fort von da, und das ehrenhafte, biedersinnte Bayern wird seine Landeskinder nicht verlosten.

Die unterfertigte Redaktion, von vorstehenden Thatsachen nach amtlichen Quellen in Kenntniß gesetzt, hält es für ein Gebot der Menschlichkeit, neben den veranstalteten Privatsollekten öffentlich und dringend zu mildthätigen Beiträgen aufzufordern, und erlaubt sich den Wunsch auszusprechen, daß die Redaktionen der übrigen Blätter des Königreiches ihrem Beispiele folgen möchten. Die Expedition der Neuen Münchner Zeitung ist bereit, Gelder oder Geldwerthe für jene namenlos Unglücklichen, die schneller Hilfe bedürfen, in Empfang zu nehmen, und wird in diesen Blättern hierüber öffentliche Rechnung stellen. Auch die geringste Spende ist willkommen.

München, den 25. Juli 1848.

Die Redaktion der Neuen Münchener Zeitung.

München, den 25. Juli.

An sämmtlicht Armee-Divisons- und Korps-Kommando's u. s. w. ist unterm 16. Juli von Seite des königl. Kriegsministeriums ein Erlaß, die Uniform der pensionirten Offiziere betreffend, ergangen zur Darnachachtung und Kenntnißgabe an die unter ihnen stehenden Abtheilungen und Anweisung der betreffenden Kommandobehörden, behufs der Eröffnung an sämmtliche pensionirte Offiziere. Es heißt in diesem Erlasse:

„Jndablich allerhöchsten Signals vom 12. dieses Monats haben Se. Königl. Majestät allergnädigst genehmigt, daß von nun an die pensionirten Offiziere die Uniform derjenigen Regimenter und Waffengattungen mit allen ihren Attributen — die Dienstpflichten ausgenommen — forttragen dürfen, auch denen sie in den Pensionsstand übergetreten waren. Es unterscheiden sich daher für die Folge die pensionirten von den aktiven Offizieren nur allein noch dadurch, daß sie auf den Aermelaufschlägen zwei in der Richtung gegen die Finger der Hand nahe an einander stehende gespaltene Litzen von Gold oder Silber, jede mit einem Knopfe, auf ähnliche Weise tragen, wie es bei den griechischen freiwilligen Truppen der Fall gewesen. Diese Bestimmung findet auch für alle jene Offiziere ihre Anwendung, welche von der Erlgarde der Hartschiere, dem Generalquartiermeisterstabe, dem Jnfanterie-Leib-Regimente ꝛc. in den Pensionsstand übertreten. Die Uniform der Generale bleibt im Pensionsstande ganz dieselbe, wie in der Aktivität. Hiebei liegt es jedoch keineswegs in der Absicht, daß auch die früher schon pensionirten Offiziere unterdessen in die Uniform derjenigen Regimenter sich kleiden sollen, in denen sie zuletzt gestanden haben; doch bleibt es ihnen unbenommen, ihre ehemaligen Uniformen nach dieser Abänderung fortzutragen."

Se. Maj. der König haben unterm 28. Juni dem Landwehrobristlieutenant Leiß und dem Landwehrmajor Lachmüller zu Bamberg die wegen vorgerückten Lebensalters nachgesuchte Entlassung aus dem Landwehrdienste mit der Bewilligung des Forttragens der für die entlassenen Landwehroffiziere vorgeschriebenen Uniform ihrer seitherigen Dienstgrade zu gewähren, und den königl. Kämmerer Max Grafen v. Taufkirchen zum Landwehrobristen und Kommandanten zu Bamberg und den Hauptmann Ignaz Schneider zum Major des Landwehrbataillons zu Bamberg allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Landwehrhauptmann Karl Mayer zu Burghausen ist unterm 19. ds. zum Landwehrmajor und Kommandanten des Landwehrbataillons Burghausen ernannt worden.

Bayerische Verhältnisse.

†München, 24. Juli. In verschiedenen Blättern ist vielfach eines Verbotes Erwähnung geschehen, wornach die Staatsdiener, Accessisten und Offiziere von der Theilnahme an politischen Vereinen ausgeschlossen sein sollten. Nachdem man in der Unmöglichkeit, jene Behauptung zu beweisen, vielleicht hinsichtlich der ersteren gleich anfangs stillschweigend hatten gelassen, stammerte man sich noch mit aller Kraft an letztere an und suchte allenfalsben glauben zu machen, daß doch wenigstens für die Offiziere ein derartiges Verbot bestehe. Nur ein gänzliches Verkennen des Standpunktes unserer jetzigen Staatsregierung konnte einem solchen Verbote Glauben schenken. Das Streben der Staatsregierung muß einzig und allein Erhaltung und Kräftigung der konstitutionellen Monarchie sein. Alle ihre Handlungen können sich auf keinem anderen Boden bewegen, als dem der „gesetzlich und Gesetzmäßigkeit". So entschieden sie die Rechte, welche auch der konstitutionellen Monarchie hervorgehen, zu wahren suchen muß, so entschieden muß sie allen Bestrebungen entgegenwerten, welche gegen diese gerichtet sind. Jedem der sich diesen Standpunkt der Staatsregierung klar machen wollte, mußte schon von selbst zu der Ueberzeugung kommen, daß von Seite des Kriegsministeriums den Offizieren die Theilnahme an politischen Vereinen nicht verboten worden sein konnte. Die Offiziere sind durch ihren auf die Staatsverfassung abgeleisteten Eid in die Reihe der übrigen Staatsbürger eingetreten. Wie hiebe haben auch die Offiziere das Recht an politischen Vereinen sich zu betheiligen, so lange die konstitutionelle Monarchie das Banner derselben ist. Eine Theilnahme an Vereinen anderer Art verbietet ihnen, wie jedem anderen ihre Staatsbürgerpflicht und der darauf geleistete Eid. Diese Pflicht und dieser Eid muß bei einer Körperschaft, die neben der Verbedigung des Vaterlandes auch Ausen auch zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung nach Jnnen organisirt ist, um so reiner und unbefleckter erhalten werden, wenn dermnach, um zu verneiden, daß einzelne Offiziere unbrdachtsamerweise sich Bestrebungen hingeben könnten, die mit jener Pflicht und jenem Eide als unvrrträglich erscheinen müssen, Warnungen von ihren Vorgesetzten vor Theilnahme an extremen politischen Richtungen statt gefunden haben, so kann darin weder eine Beschränkung der politischen Stellung der Offiziere noch ein Verbot zur Theilnahme an politischen Vereinen gesehen werden, und nur ein gänzliches Verkennen aller Verhältnisse oder eine absichtliche Entstellung derselben konnte aus dieser Thatsache jene Folgerung ziehen.

Deutschland.

Bayern. — ⊙ München, 25. Juli. Das 1ste Jäger-Bataillon, welches seit einiger Zeit einen Theil der hiesigen Besatzung bildete wird am 27. d. in seine frühere Garnison Burghausen zurückkehren, und dafür das bisher nach Fürstenfeld verlegte 1te Bataillon des Infanterie-Leib-Regiment wieder hierher zurückgezogen.

Baden. Das badische Regierungsblatt vom 23. Juli 3. enthält eine unmittelbare allerhöchste Entschließung S. k. H. des Großherzogs des Inhalts, daß sämmtliche demokratische Vereine wegen ihrer gegen die bestehende und anerkannte Staatsform anfreudenen und dieselbe unbösen wollenden Tendenzen auf den Grund des Gesetzes vom 26. October 1843 aufgelöst werden und die Theilnahme daran unter Androhung der von diesem Gesetze bestimmten Strafen verboten wird. Das Aktenstück ist von sämmtlichen Ministern gegengezeichnet.

Bei dem letzten Jahrmarkt in Ebingen gerieth ein Schnebermeister von Winterlingen mit einigen Marktgästen über Heder in Streit und die Folge war, daß auf dem Nachhausewege der Schneider so gemartert wurde, daß er, welcher Hedern Sache verfechtete, in Folge dieser Mißhandlungen gestorben ist. Leider hinterläßt er eine Frau mit 4 unmündigen Kindern. (Schw. M.)

Freie Städte. — Bremen, 20. Juli. In der gestrigen Versammlung der hiesigen Buchdruckereibesitzer ist einstimmig beschlossen worden, daß auf eine Annahme der Beschlüsse der sog. Nationalbuchdruckerversammlung zu Mainz von ihrer Seite nicht eingegangen werden könne. Sie sei viel mehr just jetzt dazu geeignet, statt gleicher Beschlüsse von Druckereibesitzern zu Berlin, Leipzig und Hannover gefaßt worden. — Die sämmtlichen Buchdruckereigehilfen Bremens erklären nun am 21. gegenüber dem Beschluß ihrer Principale: „daß sie (den Mainzer Beschlüssen gemäß) am 1. August ihre Arbeit niederlegen und nicht eher wieder anfangen werden, als bis ihre Principale den Geist und das Bedürfniß der Zeit anerkannt haben."

Preußen. Berlin, 21. Juli. Der Nationalversammlung wurde heute bei Beginn der Sitzung der Eingang einer Gesetzvorlage über Grundsteuer-Befreiung mitgetheilt. Minister Hansemann: „Die Motive zu diesem Gesetze werden nachfolgen. Der Regierung kommt es vor allen Dingen darauf an, diejenigen Unterschiede, die Veranlassung zu einer Entfremdung der verschiedenen Klassen der Staatsbürger gewesen, schwinden zu machen. Es ist dieses Prinzip, wie schon früher in der Vorlage über die Klassensteuer, auch in dem Gesetz über die Grundsteuer und Befreiung aufgesprochen. Es ist aber nicht möglich, eine gleichmäßige Grundsteuer sofort einzuführen. Die Einführung soll angebahnt werden. Die Regierung beschäftigt sich mit durchgreifenden Maßregeln, die zum Theile aller Staatsbürger bedürfen." — Abgeordneter Jung: Es sind Anträge vorgelesen, in dem er mithilft, daß er zuerst seine Vertretung nach Ratibor nicht für eine Beförderung angesehen habe, der Justizminister habe jedoch dieß ausdrücklich erklärt und ihn hierdurch veranlaßt, diese Stellung anzunehmen; er verliere dadurch seinen Sitz in der Nationalversammlung. — Der Präsident erklärt, daß der Minister des Innern bereits erfucht sei, die Beantwortung zu liefern. Es ist in der heutigen Sitzung Veranlassung dazu sey über die Aufhebung des Rechts der Kreisstände, Aufgaben zu beschließen, unbeschadet der frühern kreisständischen Beschlüsse und deren Ausführung, wenn heut d'sinto mit großer Majorität beschlossen. d'Ester interpellirt den Justizminister: ob derselbe Kenntniß von einer von dem Oberlandesgericht in Posen an die Untergerichte erlassenen Verfügung habe, welche ein Verzeichniß aller Jahrestage, die alle bei der polnischen Insurrection betheiligt verhaftet, in Untersuchung, demnächst aber auch nur vorläufig freikannt worden und ob dies mit Bewilligung des Ministeriums geschehen? Er d'Ester) sehe hierin nichts als den Anfang einer Proskriptionsliste. (Ja! von der Linken, nein! von der Rechten.) Der Justizminister erklärt, daß er über die Verfügung speziell nichts mittheilen könne; es sei aber die Absicht der Regierung, alle Untersuchungen möglichst schnell zu lassen. Minister Kuhwerter: Es ist diese Maßregel wahrscheinlich gerade die Vorbereitung einer Amnestie, welche im Werke ist. Diesfa interpellirt das Ministerium über die im Großherzogthum Posen bei Haussuchungen noch Waffen vorgekommenen Mißhandlungen der Bewohner. (Unruhe.) Der Minister-Präsident erklärt, daß das Ministerium mit aller Strenge das Gesetz aufrecht erhalten werde; es ist noch zu ermitteln, welcher Truppentheil zur Zeit in Wreszyn stand, was bis jetzt noch nicht möglich war. Diesfa erwidert, daß es das 21. Infanterieregiment gewesen. Der Minister-Präsident schlägt vor: Interpellationen, die nur spezielle Fragen zu viel Zeit kosten, das Ministerium, da die Ertheilung derselben Recherchen erfordere, schriftlich dem Präsidenten niederlegen könne. Schwann interpellirt das Ministerium über angebliche von den deutschen Freischaaren im Monat April im Kreise Schubin begangene Exzesse, wobei z. B. ein Gefängniß zu Schubin durch Feuer zerstört sei. Frage das Ministerium, warum hier das Herumtreiben bewaffneter Schaaren im Lande geduldet worden sei? Der Minister-Präsident erklärt: die Regierung St. Majestät hätte noch nicht ganz bestimmte Nachricht über den speziellen Fall, jedoch so viel wisse sie, daß der Kreis nicht todt; übrigens seien die Freischaaren im Kreise Schubin keine Freischaar, sondern Bürgerwehr gewesen. Schwann ließt eine Aufforderung, worunter die Namen Trekkon, Geßler u. s. w. vor, die zur Theilnahme an der bewaffneten Schutzwehr im Kreise Schubin einladet. Geßler eilt auf die Tribüne und kauft Schwanns Verleumdung vor, worüber ein gewaltiger Sturm der Linken ausbricht. Der Präsident ersucht den Redner, in gemäßigten Ausdrücken fortzufahren; mehrere Mitglieder der Linken verlangen unter fortschreitendem Lärm, daß der Redner zur Ordnung gerufen werde. Nachdem die Ruhe etwas wieder hergestellt, fährt Geßler fort: Es sind 40 Menschen von den polnischen Freischaaren im Schubiner Kreise getödtet worden. Die Landwehr war unter Leg en Justizkommissar, nur unser Eigenthum und unsere Person schütze zu stellen. — Oberst Fischer, in Abwesenheit des Kriegsministers, theilt in Folge einer frühern Interpellation mit, daß eine Inversuchung wegen der 18 auf dem Marsche gebliebenen Soldaten angestellt worden sei, sich aber kein Verschulden irgend einer Person herausgestellt habe; es sei eine nochmalige Untersuchung angeordnet.

⊙ Berlin, 22. Juli. Gestern wurde beim Appell der Bürgerwehr eine Antwort des Kriegsministers auf ein Schreiben des interimistischen Kommandanten Rimpler in Betreff der Verwehrung der hiesigen Garnison mitgetheilt. Hr. v. Schreckenstein erklärt in demselben, daß er sich für berechtigt halte, so bald er es für angemessen finde, auch ohne die Bürgerwehr zu fragen, neues Militär nach Berlin zu ziehen. Heute hat auch der konstituirende Kongreß seine Verhandlungen eröffnet.

Der „Preußische Staatsanzeiger" bringt eine Bekanntmachung des Polizeipräsidiums von Berlin, wonach das Institut der theils berittenen, theils unberittenen Polizeimannschaft unter dem Namen „Schutzmänner" (eine Nachbildung der englischen Policemen) nun, nachdem der König schon am 23. v. M. dessen Errichtung genehmigt hat und die Mehrzahl der unberittenen Mannschaften schon eingeliefert ist, wenigstens theilweise in Wirksamkeit treten soll." Den Schutzmannschaften sind alle Rechte der ertheilten Polizeibramten delegirt. Ihre Dienstkleidung besteht in einem dunkelblauen Rocke mit gleichfarbigem Stehkragen und zwei Reihen sogenannter Knebelknöpfe, dunkelgrauen Beinkleidern und rundem Filzhut mit Nummer. Als Waffe tragen dieselben vorläufig ein Seitengewehr. Die Kleidung der Offiziere unterscheidet sich durch ein Abzeichen auf der Schulter von der Kleidung der unberittenen Schutzmänner selbst. Die unberittenen Schutzmänner stehen unter 4 Stadtbezirke vertheilt und zu sortdauernden Patrouillendienst auf den Straßen, bei Tage wie bei Nacht, angewendet werden, wobei jedem Schutzmann seine bestimmte Strecke angewiesen ist. Die berittene Mannschaft versichet ihren Dienst hauptsächlich in den Umgebungen der Stadt. Außer den Hauptleuten sind Lieutenants und Wachtmeister angestellt, die gesammte Mannschaft steht unter dem Kommando eines Obersten. Indem das Polizei-Präsidium dies zur allgemeinen Kenntniß bringt, spricht es zugleich vertrauensvoll die Erwartung aus, daß die Bürgerschaft Berlins dem neu gegründeten Institute ihr Wohlwollen und ihre Unterstützung nicht versagen wird. Nach einer Revolution und nachdem die ausgedehnte Polizei längere Zeit hindurch fast ganz gelähmt gewesen, tritt die Nothwendigkeit ihrer baldigen Herstellung in einer Gestaltung wie ihrem unseren Gebäude nach eine durchaus neue Schöpfung, und kann an früher Gewesenes nicht anknüpfen. Der Boden, in welchem allein das neue Institut Wurzel schlagen kann und will, ist der lebendige Sinn des Volkes für Ordnung und Gesetz. Auf eine feste Begründung hierin wird aber um so zuversichtlicher gerechnet, als bisher, zahlreich, Stimmen aus Bürgerschaft sich schon längst ein energisches Auftreten der Polizeigewalt gefordert haben und dadurch eine Organisirung derselben, welche schnelles und kräftiges Einschreiten sichert, gemäß willkommen heißen werden. Je freier ein Volk, desto unerschütterlicher muß die Macht des Gesetzes feststehen und rasche kräftigere Organe sind zu dessen Schutz und Geltungskraft in Thätigkeit zu setzen. In diesem Sinne ist das Institut der Schutzmannschaft creirt. Weit entfernt davon, die Freiheit der Bürger beeinträchtigen oder das ängstliche Bevormundungs-System des Polizeistaats zurückführen zu wollen, soll es nur der Wächter und Vorkämpfer für das Gesetz sein. Es werden aber die Schutzmänner ihre schwere Aufgabe nur dann zu lösen im Stande sein, wenn sie in dem Bewußtsein ihrer Mitbürger, und deren Mitte sie hervorgegangen und für deren Interesse sie zu wirken berufen sind, ein kräftigen Stützpunkt finden."

Die Direction der königl. Charite erstattet die Angabe, als seien in diesem Krankenhause bereits Cholerafälle vorgenommen und zwei Personen daran gestorben. Der Krankheit geworben, für vollkommen unwahr.

Oesterreich. Wien, 22. Juli. Erzherzog Johann hat heute Mittags 12 Uhr den konstituirenden Reichstag als Stellvertreter des Kaisers eröffnet. Ueberall mit unbeschreiblichem Jubel empfangen, begleitet vom Hofstaat, dem diplomatischen Corps, der Generalität und der Stadt der Nationalgarde, betrat der Erzherzog den Saal (in der kais. Reitschule, den nemlichen, in welchem 1814 der Wiener Congreß in Gegenwart der Souveräne Europa's sein so großen Segnunge eröffnet wurde,) nahm seinen Platz auf dem Throne ein, und sprach dann folgende Thronrede:

Meine Herren Abgeordneten! Von Sr. Maj. unserm allergnädigsten konstitutionellen Kaiser beauftragt, den konstituirenden Reichstag zu eröffnen, erfülle ich hiemit diese erfreuliche Pflicht und gratulire Ihnen und Sie, meine Herren, zu Sie berufen sind zu großer Werk der Wiedergeburt des Vaterlandes zu vollbringen. Die Befestigung der erworbenen Freiheit für uns und unsere Zukunft erheischt Ihr offenes unabhängiges Zusammenwirken in der Feststellung der Verfassung. Alle Nationalitäten der österreichischen Monarchie stehen dem Herzen Sr. Majestät nahe. In der treuen Verbrüderung der Völker in der vollen Gleichberechtigung Aller, so wie in dem innigen Verband mit Deutschland finden alle Interessen eine feste Grundlage. (Stürmischer Beifall.) Mit Schmerz erfüllt es das Herz Sr. Maj., daß nicht sogleich die Fülle aller Segnun-

gen eintreten konnte, welche freie Institutionen in weisem Gebrauche den Völkern zu sichern pflegen. Se. Maj. theilten im regen Mitgefühle die Besorgnisse Ihrer Völker. In Beziehung auf Ungarn und seine Nebenländer sieht sich nun dem Reichstagsabschiede ihrer eben Erwähnung ohne die friedliegende Angelegenheit der noch schwebenden Fragen erwarten. (Beifall.) Der Krieg in Italien ist nicht gegen die Freiheitsbestrebungen der italienischen Völker gerichtet, er hat den ersten Zweck, unter vollständiger Anerkennung der Nationalität die Ehre der ihrer. Waffen gegenüber den italienischen Mächten zu behaupten und die wichtigsten Interessen der Staaten zu wahren. Nachdem die wohlgesinnten Absichten des friedliebenden Souverains friedlich beigetragen, ohne Erfolg blieben, so wird es die Aufgabe unserer tapferen Armee (großer Beifall) sein, einen ehrenvollen Frieden zu erkämpfen. — Die freundschaftlichen Verbindungen Oesterreichs mit allen andern Mächten sind nicht verändert worden. Das durch längere Zeit unterbrochene freundschaftliche Verhältniß zu Königreiche Spanien ist wieder hergestellt. Durch die Festsetzung fruchtbarer Finanzoperationen und das Zusammenreffen außerordentlicher Ereignisse sind die finanziellen Verhältnisse des Staates in einen Zustand versetzt worden, welcher außerordentliche Maßregeln erheischt, was schon in nächster Zukunft das Ministerium veranlassen wird, die erforderlichen Entwurfe sammt allen Nachweisungen vorzulegen. In der Berufung der Notabelnversammlung zur eigenen Berathung der allgemeinen Interessen ruht die sicherste Gewähr der geistigen und materiellen Entwicklung Oesterreichs. Se. Majestät sagt Ihnen, meine Herren, und der ganzen Nation seinen Dank, Lob und die Versicherung seines herzlichsten Wohlwollens entheilend. Der konstitutionelle Reichstag ist eröffnet!"

Fast jeder Satz der Rede erregte den lebhaftesten Beifall, besonders die Stellen in Betreff der innigen Verbindung mit Deutschland, der Gleichberechtigung aller Nationalitäten, und den Dank an Italien. Der Präsident Dr. Schmitt trat in seiner Entgegnungsrede dem gastlichsten Kaiser Ferdinand den wärmsten Dank für die Gewährung der Wünsche des Volkes aus. Als er in seiner Rede auch der in der Loge der Diplomaten anwesenden Gemahlin des edlen Erzherzogs erwähnte, durchhallte ein wahrhafte erschütternder Beifallssturm den ganzen Saal, und die edle Frau zeigte Freudenthränen über die von allen Seiten ihr gewordenen Beweise allgemeiner Verehrung und Liebe. Der Erzherzog verließ unter neuem Applaud die allgemeinen Jubels dann den Saal. Die Lobehoche für ihn und den Kaiser wollen gar kein Ende nehmen.

Folgendes ist die Antwort des Reichstagspräsidenten Dr. Schmitt auf die Thronrede: Eure kaiserl. Hoheit! Im Namen der konstituirenden Reichsversammlung erstatte ich Eur kaiserl. Hoheit als Stellvertreter Sr. Majestät unsers konstitutionellen kaiserlichen Herrn den gegemwärtigen Dank für die feierliche Eröffnung des ersten österreichischen Reichstages. Das Volk tagt — sagt zum ersten Mal mit freier gleichgesinnter Zustimmung unseres verehrten altergestammten Kaisers. Im Namen des Volkes spreche ich Sr. Majestät dem geliebten Kaiser Ferdinand dem Gütigen den glühendsten Dank für die dem Volke gewordene Gewährung aus, daß es selbst Schöpfer der freien verfassungsmäßigen Verfassung sei. Aus dem unabweislichen Gebote der Zeit hervorgegangene Neugestaltung hat heute aus der Hand Eurer kais. Hoheit die volle Weihe der Gesetzlichkeit erhalten. Wohl sind wir nach den Worten Eurer kaiserl. Hoheit berufen das große Werk der Wiedergeburt des Vaterlandes zu vollbringen. Die feierliche Handlung des Kaisers hat die Verwirklung des Wortes der Kirchenväter erkennen Thrones mit dem treuen und dadurch edlen ganzen Volk. Der Allmächtige segne den Bund und die daraus entsprießende Frucht. Aus diesem Bunde schallen und gelohen wir feste Treue und Anhänglichkeit an den konstitutionellen Thron. So schmerzlich wir es empfinden, Se. Majestät unsern geliebten Kaiser bei dieser hochwichtigen Handlung zu vermissen, so sehr erkennen wir in der eine gnädige Vorbedeutung, daß die Stellvertretung Sr. Majestät durch die Person jenes allgeliebten Prinzen stattfindet, der uns weit voran eilend zuerst den Gedanken der Freiheit zur That werden ließ, der ein freier volksthumlicher Prinz war, als unsere Hoffnungen volksthumlicher Freiheit noch im Keime schlummerten. Ihm gebe ich mich kund im Namen des Volkes das feierliche Wort zu sprechen, die uns erhebende Pflicht nach unsern besten Kräften und im Geiste der, durch die gütige Gewährung Sr. Majestät und vom Volke geworbenen Sendung gewissenhaft zu erfüllen. Bruderlichkeit soll die Kraft sein, welche bei besonnenem, weisen Wirken alle Schwierigkeiten der großen Aufgabe überwinden und jene Segnungen erreichen lassen wird, die Eure kaiserl. Hoheit zur schönsten Hoffnung des Vaterlandes als die Frucht freier Institutionen bei weisem Gebrauch der Völker darstellten. Heil Sr. Majestät dem gütigen konstitutionellen Kaiser! Heil der aus konstitutionellen Dynastie und ihrer Dauer zum nachhaltigen Wohle des neuen Bundes; Heil dem volksthümlichen, edlen, deutschen Prinzen, Erzherzog Johann! Heil dem, was seinem Herzen am synnigsten und jüngst dieses feierlichen Aktes! Heil dem treuen deutschen Volke, Heil und Ehre den österreichischen Waffen und unsern tapfern Brüdern, die sie führen! (Stürmisches Beifall.)

Nach der „Allgemeinen Zeitung" hat der Umstand, daß die Thronrede nichts von der Rückkehr des Kaisers sagte, einen üblen Eindruck an der Börse gemacht. Die Sprozentigen Metalliques gingen um 3 Prozent zurück, nachdem sie sich am Morgen bis auf 79 ½ gehoben hatten. Der Kaiser wurde Abends um 27. zurückerwartet. Der interimistische Generaladjutant Sr. Maj. Hannexart war schon am 20. nach Znaobemd geeilt um dem Kaiser die Vorstellung des Ministeriums zur dringenden Rückkehr zu überreichen.

Auch Vorarberg sendet nun sein Kontingent, um mit den deutschen Brüdern Tyrols für die Wahrung der deutschen Südgrenzen einzustehen. Feldkirch hat das Glück aus Vorarberg die erste Freiwilligenkompagnie unter dem wackern Hauptmann Dr. Ulrer zu empfangen und am 6. wurde die Fahne — im Gefolge brausender Freuden — feierlichst von dem ehrwürdigen Hrn. Generalvikar und Weihbischof eingeweiht. Nachdem die weiß und grüne Fahne, auf einer Seite der tyroler Adler, auf der anderen das feldkircher Stadtwappen, umflattert von dem schwarz roth goldnenen Bande eingesegnet war, nahm der k. k. Defensionsbezirkskommissär und der Herr Bürgermeister der Kompagnie den Fahneneid ab. Am 17. in der Frühe erfolgte der Ausmarsch der Kompagnie, welche vom Militär, den Behörden und einer zahllosen Volksmenge geleitet wurde und lange noch hallten den Abziehenden jubelnde Hochrufe, an sie selbst, wie an das k. k. Militär, an Tyrol und Deutschland nach. Der Tyroler Bote rust den Rückgezogenen nach: „Zieht hin, ihr braven, beseelt von ächtem teutgerischen Muthe, bewahret das Erbe eurer Ehre, aber seid wenn es nöthig deutschen Vaterlands durchwandt, haltet fest an den Worten des deutschen Sängers, die tausendfach in unsern heimathlichen Alpen wiederhallen:

Kein Stück der deutschen Erd' komm je in fremde Hand,
Bis nicht dem Deutschen werde zum Grab sein eigen Land!"

Oesterreichische Monarchie.

Neuerdig. 15. Juli. Die heute angekommenen piemontesischen Truppen wurden zwar mit militärischen Ehren, aber keineswegs mit Volksjubel empfangen. Man liebt im Allgemeinen die „Karl Albertisten" nicht. Gestern wurden mit den Oesterreichern Unterhandlungen wegen des Auslaufens des von Gefangenen gepflogen, welche am 17. zwischen Morgens 6 und Abends 8 Uhr stattfanden wird. Von Venedig aus werden im Ganzen 221 Personen zurückkehren 21 Offiziere, der Brigadekommandant Martini, Feldmarschall-Lieutenant Graf Stadel, die Marineoffiziere Bedaray, Hadik, Wachs, Serobota zurückgegeben. (A. Z.)

Großbritannien.

† London, 21. Juli. In der heutigen Sitzung des Unterhauses kündigte Lord John Russel an, daß er morgen Ermächtigung zu Einbringung einer Bill verlangen werde, kraft welcher dem Lordlieutenant oder dem Gouverneurs von Irland die Gewalt ertheilt werden solle, Personen, die sie lassen und bis 1. März 1849 in Verwahr zu behalten alle Personen, die im Verdacht der Verschwörung gegen die Person und die Regierung der Königin stehen. Die heute aus der Grafschaft Tipperary und andern Theilen von Süd-Irland eingetroffenen Nachrichten sind beunruhigend genug, um die von der Regierung beabsichtigten Maßregeln zu rechtfertigen. Ueberall wüthet neun soh yom Aufstande. Auf dem zu Kilkenny gehaltenen Meeting von einer Meilenschwere gegen den Dr. Gaven, Richter und einen der Führer der Konföderirten, errichtete der dortige Pöbel schon Barrikaden. Als aber eine andere Gerichtsperson, Hr Greene, dem Doktor anstandete, daß sein Verhaftsbefehl gegen ihn bestehe, kündete dieser dem Volkshaufen die Nachricht an, worauf Alles unter freudengeschrei zur Ordnung zurückkehrte. In Cowaup hat man das Gerücht, der Lord Lieutenant aufgehängt und dann unter Fischen und Krunzen verbrannt. In Carrik waren Marks und zwei andere Individuen festgenommen, aber in Folge des Auhrangs der Volksmasse gegen das Gefängniß gegen Kaution wieder freigelassen worden. — Der Oberbefehlshaber der Truppen hat allen in Irland befindlichen Offizieren der Infanterie in Urlaub Befehl zum unverzüglichen Rückkehr zu ihren Posten ertheilt. Der Prinz George von Cambridge und der Marquis von Worcester sind nach Dublin abgegangen.

Frankreich.

** Paris, 22. Juli. Der Finanzminister hat heute der Nationalversammlung ein schimmes Bild von der Finanzlage entworfen. Das Deficit in den Ertragssteuern der letzten und laufenden Semester, das Hr. Duclerc der vorige Finanzminister, auf acht Mill. angegeben hatte, wird 120 Mill. übersteigen, die auf 45 Mill. gesichtete Hypothekensteuer nur 20 Mill. ertragen, das Budget von 1848 mit einem wahrscheinlichen Defizit von 209 Mill. abschließen. Der Minister verlangt daher Ermächtigung zu einem Anlehen, dessen Betrag die Nationalversammlung festlegen soll, welches er aber auf 175 Mill. anfragen zu sollen glaubt. Dieses Anlehen, vereint mit dem Ertrage der Steuern bei der Post und den andern Hilfsquellen, werden zur Herstellung des Gleichgewichts hinreichen. (Segnungen der Republik!) — General Cavaignac empfing heute, wie sonst Ludwig Philipp, die Glückwünsche der Offiziere der Linie und Nationalgarde, so wie aller andern Körperschaften zu seinem Namenstage. — Man thut wohlan eine nahe große Musterung der gesammten Truppen in Paris und der Umgegend auf dem Marsfelde durch den General Cavaignac an. — Der Zustand des Hrn. Arago mand Marrast hat sich beträchtlich verschlimmert.

† Paris, 22. Juli. Dem „Moniteur" zufolge erhielt heute die Regierung folgende telegraphische Nachricht: „Die Oesterreicher haben Ferrara am 14. d. mit 5000 Mann besetzt; sie haben Befehl von den hauptsächlichsten Positionen der Stadt genommen zu haben und sich daselbst zu verschanzen. Der Papst hat dagegen protestirt und die Deputirtenkammer einstimmig einen Entwurf zu einem Bündniß aller italienischen Staaten gegen Oesterreich angenommen." Diese Nachricht scheint die Pariser doch übereascht zu haben, und man spricht von einer Reorganisation der Abgeordnete, so wie von einer Protestation von Seiten der Republik bei der österreichischen Regierung. Man sieht hier „die italienischen Bulletins" doch ein, daß das „Schwert Italiens" gegen die Oesterreicher nichts ausrichten kann, und glaubt, Karl Albert werde sein Heil am Ende doch nur in einem Bündnisse mit Frankreich suchen müssen. — Mehrere Ortsoffizier des Gemein-

horgs haben das Ansuchen gestellt, in sardinische Dienste treten zu dürfen. — In Folge der Ereignisse in Italien spricht man von der Errichtung einer neuen Seestation im adriatischen Meere unter dem Titel „adriatische Station.“ — Den neuesten Nachrichten aus Oran zufolge war diese Stadt von einem Plünderungsversuche bedroht, und man will mit Bestimmtheit Verbindungen zwischen den Anzettlern der dortigen Aufstandsversuche und den Pariser Klubs bemerkt haben. — Nachschrift: Eine neue telegraphische Depesche meldet, daß die Oesterreicher Ferrara bereits wieder geräumt haben.

Vermischte Nachrichten.

Russische Justiz. Ein Kuriosissimum von russischer Justiz lesen wir in den „Grenzboten“: Ein russischer Sobald nahm einem armen Juden seinen Pelz. Der Jude beklagte sich beim Pauptmann. Der hat dir den Wolfspelz genommen? fragte der Pauptmann erstaunt. — Jwan Tovotewitsch war, sprach der Jude zitternd. — Wie ist das möglich? rief der Pauptmann, der ist ja ein ganz braver Sobald. Er sieht den Sachen kommen und bekragte ihn. Da wohl habe ich den Wolfspelz dem Juden genommen, sagte Jwan ruhig, aber ich war dazu vollkommen berechtigt. Ich habe den Pelz erkannt. Auf den Wolf, dem er früher gehörte, habe ich niemal geschossen, ich weiß die Stelle genau, wo ich ihn getroffen. Er lief freilich davon, doch der Pelz gehörte mir, da ich doch auf ihn geschossen. Dagegen war nichts einzuwenden und der Sobald wurde freigesprochen. Der Jude aber kam nicht so leichten Kaufes davon. Er hatte nicht nur seinen Pelz verloren, er mußte noch eine bedeutende Geldstrafe zahlen, dafür, daß er sich an kaiserlichen Sachen vergriffen. Denn ein von einem Sobalen geschossener Wolf ist Eigenthum des Sobalen, und mithin, da alle Effekten eines Sobalen der Krone gehören, Eigenthum des Kaisers.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 24. Juli. Bayer. 3½ proz. Obligationen 76 G. 4 proz. 85 G. Bankaktien 1l. Emeffer 556 G. Promessen 40 P. Oesterreich. 5proz. Metall. 70 P.

Wien, 22. Juli. 5proz. Metall. 76, 4proz. 64, 2½ proz. 40. 1834er 500 fl.-Loose 124. 1839er 250 fl.-Loose 84. Bankaktien 1050. Nordbahn 106. Glogganitz 94. Venedig-Mailand 64. Bawaria —. Livorno 71. Pesth 64. Sigma 55. Anenuinenbahn 95½.

Berlin, 22. Juli. Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunalpapiere und Geld-Course. St. Schuld-Sch. 73½ P. 73½ G. Seeh. Pram. Sch. 88½ P. 87½ G. 4 u. Nm. Schuld. 71 P. 70½ G. Berl. Stadt-Obl. — P. 70 G. Westpreuß. Pfandbr. 77 P. 76½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — P. 91 G. 3½ proz. 77½ P. 77 G. Ostpr. Pfandbr. — P. 81½ G. Pomm. Pfandbr. — P. 91 G. Kur- u. Nm. Pfandbr. — P. — G. 91½ a 83 Gem. Schlesische A. B. gar. Pfandbr. — P. 80 G. Preuß. St.-Anth. Sch. 87 P. 86 G. Friedrichsd'or 13½ P. 13½ G. Aud. Goldm a 5 Th. 13 P., 12½ G. Disconto 3½, P., 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt. Alt 87 a ½ P. 87 G. Berl.-Hamburg 60½ a 61 P. 60 G. Berl.-Stettin-Stargarder 86 P. u. G. Berl.-Potsdam-Magd. 43 P. Magdeb.-Halberstadt 90½ P. Magd.-Leipziger —. Halle-Thüringer 50 a ½ P. bz. Köln-Minden 77½ a 77½ P. Köln-Aachen 56½ bz. u. G. Düsseld.-Elberfeld 66 G. Steele-Vohwinkel 33 bz. Nieder-schles.-Märk 69 a ½ P. bz. Oberschles. A. 84½ a 85½ P. bz. u. G. B. 85 a ½ P. bz. u. G. Breslau-Freiburg —. Cosel-Oderschles. 37½ a 38½ P. bz. Berg-Märk. 60½ P. bz. Stargard-Posen 66½ P. bz.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. B 84½ P. bz. Starg.-Posen —. Magd.-Wittenberg 46½ a 47 P. u. G.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 81½ P. bz. u. G. Berlin-Hamburg. 88½ G. Berlin-Potsdam-Magd. 4proz. 74½ a 75 P. u. G. 5proz. 80 G. Halle-Thüringer 80½ P. bz. u. P. Köln-Minden 88 P. 87½ G. Magd. Stamm-Prior. 69 bz. Düsseldorf-Elberfelder 80½ P. bz. Niederschles.-Märk. 4proz. 80½ P. bz. 5proz. 94 G. III. Serie 88 G. Zweigbahn 5proz. 70 G. Kosel-Oderberg —. Stargard-Posen —.

(-) Berlin, 22. Juli. An unserer heutigen Börse zeigte sich viel Kauflust für industrielle Papiere bei etwas höheren Kursen, während Staatspapiere und Bankantheile bei gedrücktem Kurstand angeboten blieben. Im Wollgeschäft zeigt sich lebhafte Kauflust, da sich besonders viel Bedarf für England herausstellt, und werden dem etwa 5—6 Tsir. per Zentner mehr als am Wollmarkt bezahlte.

London, 21. Juli. Konsols 87½ ½. Coup. —. Span. Akt. 12. 3proz. 21½. Paff. —. Portug. 3proz. 19, 18½. 4proz. —. 5proz. —. Holl. 4proz. 72½. 2½ proz. 45½.

Paris, 22. Juli. 3proz. 47.75. 4proz. —. 5proz 76.75. Staatsich. 17. Bankaktien 1050. Compt. von Algier 965. Beteg. 5proz. 77½. 2½ proz. —. Belg. Bankaktien —. Neap. 5proz. 75.—. Rom 64½. Piem. —. Berl. C.-S. rechte 126.25, linke 105.—. Paris-Orleans 673.75. Rouen 470.—. Lyon 336.25. Straßburg 358.75. Nordbahn 372.50. Mars.-Avignon 232.50. Straßb.-Basel 98.75. Paris-Bordeaux 405.—. Tours-Nantes 337.50.

*Bezanzier, 18. Juli. Es scheint entschieden, daß die Messe von Beaucaire nicht verlängert wird, wie man anfangs erzählte hatte, daß es geschehen würde. Ein öffentlicher Anschlag des Präfekten sagt heute ihre Eröffnung auf den 22. Juli und die Zahlungsleistungen auf den 27. fest. Die fremden Käufer stellten sich zahlreicher ein, als man erwartet hatte, und die Messe scheint daher sich besser zu gestalten als zu hoffen war.

Madrid, 17. Juli. 3proz. 20½. P. 20½. G. 5proz. 11 P. 10½. G. Paff. 4½. P. 4 G. Coup. 7½. G. Auswärt. Paff Schuld 3½. G. Provis. Lit. 3½. G. St. Fernandobank —. Disconto —. Beschäftslose: Paris 4—60 P. London 43—80 P.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Aufruf.

Die Nationalversammlung hat in ihrer 34. Sitzung für Unterrichtswesen einen bedeutenden Ausschuß gewählt. In diesem hat sich laut gleichzeitigem Beschluß der Nationalversammlung eine gesonderte Sektion, welcher die Unterzeichneten als Mitglieder angehören, für das Volksschulwesen gebildet.

Die Unterzeichneten verschmähen es, die großen Mängel und Uebelstände, an denen der zeitherige Organismus des Volksschulwesens litten hat, mit vielen Worten weitläuftig auseinanderzusetzen, denn sie wollen keine Krankengeschichte schreiben. Dieselben stehen aber der Heilung, daß die Wurzel der namentlichsten Uebel, den denen der Boden des sozialen und politischen Lebens überwuchert ist, in der verwahrlosten Volkserziehung zu suchen sei.

Ein großes Material von betreffenden Wünschen, Klagen, Vorstellungen, Anträgen, Petitionen liegt der Nationalversammlung bereits vor und liefert den Beweis, daß man vieler Orte das Uebel in seinem ganzen Umfang erkannt hat. Ein größeres Material möchte zu erwarten sein; denn hier ist ein Feld, auf dem ein Jeder, der ein Herz für die Kinder des Volks, ein Herz für Deutschlands Zukunft hat, stumm berechtigt ist.

Die Unterzeichneten erachten es nicht nur als ihre Pflicht, alle auf das Schul- und Erziehungswesen einschlagende Zuschriften bereitwillig entgegen zu nehmen, sondern sie werden auch ihre größte Ehre darein setzen, auf die Berathelung des ihnen zugewiesenen Stoffs ihre ganze Zeit und Kraft zu verwenden; sie richten daher an das deutsche Volk den Aufruf, alle seine Wünsche, mögen sie sich nun auf die geistige Ausbildung der Jugend beziehen, mögen sie das erste Kindesalter vor seinem Eintritt in die Schule, oder mögen die Fortbildungsanstalten nach bewährtem Schulbesuch im Auge haben, — schriftlich ihnen zugehen zu lassen. — Zugleich ersuchen sie alle deutschen Tagesblätter, namentlich auch die Lokalblätter, durch Aufnahme dieses Aufrufs ihnen zu Hilfe zu kommen.

Frankfurt a./M., den 19. Juli 1848.

G. Reinhard aus Mecklenburg.
C. N. Rossmäßler aus Sachsen.
Franz Schmidt aus Schlesien.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 27. Juli: „Marie“, Oper von Petrolo.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. v. Hatzendach, aus Schlesien. Wierle und Byrons, Rentier aus England.

Hotel Maulik. Miller v. Thorenton, von Paris. Loerg, Gutsbesitzer von Worms.

Gold. Hahn. John, Staatskassier von Augsburg. Herrmann, Privatier von Schonbach.

Blaue Traube. v. Pucher, Fabrikbesitzer von Wien. Kambogli, Partikulier von Tilgnoß. Ahrens, Fabrikant von Wien. Hunt, Privatier von Innsbruck. Baron v. Schönstein, k. k. Hofrath von Wien.

Stachusgarten. Obstchlegel, Gutsbesitzer von Neuenburg. Koerino, Künstler von Wien. Fr. v. Schlegel, von Starnberg. Morrer, Schulleiter von Baiswiel. Fasnacht, Obersamtsfleger von Tettnang. Spieß, Rechtspraktikant von Trostberg. Goldschmidt, Privatier von Parburg.

Gestorbene in München.

Anna Kirner, Zimmermannswittwe, 69 J. a. Rosburga Heuzemaier, Güterarbeiter von Attmoos, Bzgk. Aichach, 31 J. a. Christine Zichner, Drechslerstochter von Aindach, 21 J. a. Joseph Wiesbaier, Taub. pfarr. von Unghach, Bzgk. Landshut, 22 J. a. Joseph Rieß, ehemal. Weinwirth, 65 J. a. Dominikus Kirmaier, Hauptsellerdiener, 87 J. a.

Vorladung.

32. Dem Konrad Popp, Zbereiteder zu Neukamer, v. D., ist dahelbst der Scharfrichter der Königl. Bank in Nürnberg vom 3. April 1846, Nro. 7315, über 130 fl. verloren gegangen

Der unbekannte Inhaber dieser Urkunde wird amtlich aufgefordert, dieselbe binnen 6 Monaten bei dem unterzeichneten Königl. Landgerichte vorzuzeigen, widrigenfalls sie für kraftlos erklärt wird.

Wohenstrauß, den 17. Juli 1848.

Königl. Landgericht Wohenstrauß.
Friedr. Kohler.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Nr. 25.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Donnerstag den 27. Juli 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die spaltenlange Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, den 26. Juli.

Das Ministerium des Innern für Kirchen- und Schul-Angelegenheiten hat folgende Verfügung erlassen: „Nachdem durch die §§. 6 und 7 des Preßedikts vom 3. Juni l. Js. das Untersuchungs- und Strafverfahren gegen den Mißbrauch der Presse den Gerichten übertragen ist und nach §. 8. lit. c. die polizeiliche Beschlagnahme von Preßerzeugnissen nur als eine provisorische Maaßregel erscheint, deren Fortdauer oder Aufhebung vom richterlichen Ausspruche abhängt, so steht den k. Kreisregierungen, Kammern des Innern, eine Cognition über die Zulässigkeit dieses Beschlags nicht zu, sondern es ist vielmehr die Aufgabe der Unterbehörden, durch Einleitung einer Korrespondenz in jene Richtung hin, wo sich eine weitere Verbreitung ahnden läßt, jener provisorischen Maaßregel den gleichmäßigen Vollzug möglichst zu sichern und mit dieser Requisition zugleich der Antrag zu verbinden, alsbald das rejekte Resultat dem treffenden Untersuchungsgericht unmittelbar selbst mitzutheilen."

Se. Maj. der König haben zu verfügen geruht, daß sämmtliche Regimenter der Armee neben der Nummer des Regiments auch jedesmal mit dem Namen des Regiments-Inhabers bezeichnet werden. (Z. B. 12. Infanterie-Regiment (König Otto von Griechenland.)

Se. Maj. der König haben Sich unterm 24. Juli l. J. allergnädigst bewogen gefunden auf die durch Quiescirung des Kreis- und Stadtgerichtsschreibers Andreas Häusler in München bei dem dortigen Kreis- und Stadtgerichte erledigte Kreis- und Stadtgerichts-Schreiberstelle den Kreis- und Stadtgerichts-Schreiber Christian Sturm von Kempten, auf sein allerunterthänigstes Ansuchen, und auf Präsentation in Erledigung kommende Schreiberstelle bei dem Kreis- und Stadtgerichte Kempten dem Kreis- und Stadtgerichts-Schreiber Franz Anton Sorg in Memmingen — diesen in seiner bisherigen provisorischen Eigenschaft — zu versetzen, sofort die hiedurch erledigt werdende Kreis- und Stadtgerichts-Schreiberstelle in Memmingen dem Kreis- und Stadtgerichts-Diurnisten Georg Melchior Wolf in Nürnberg, sowie die bei dem Kreis- und Stadtgerichte Aschaffenburg erledigte Schreiberstelle, unter Vorrückung des Kreis- und Stadtgerichts-Schreibers Anselm Maier in den Status, dem Diurnisten des Appellationsgerichts allda, Matern Bourdon als Kreis- und Stadtgerichts-Schreiber außer dem Status — beiden in provisorischer Eigenschaft — zu verleihen.

(Pfarrei-Erledigung.) Frühmeß-Benefizium zu Lichtenau, Diözese Augsburg, Lbg. Neuburg a D. Reinertrag 348 fl. 54 kr.

(Pfarrei-Besetzungen.) Katholische Pfarrei Obergaisam, Landger. Landshut, dem seitherigen Pfarrer zu Taufkirchen, Bez. Eggenfelden, Pfarrer Joseph Schönberger; katholische Pfarrei Dörfleins, Landger. Ord, allerhöchste Genehmig. daß diese Pfarrei von dem hochw. Hrn. Bischofe von Würzburg dem Pfarrvikar zu Krombach, Lbg. Aschaffenburg, Priester Georg Schröder, verliehen werde.

Deutsche Reichsversammlung.

3. Frankfurt, 24. Juli. (46. Sitzung der konstituirenden Nationalversammlung.) Ehe man zur Tagesordnung überging, verlangte der Minister des Aeußeren das Wort und machte Mittheilungen über den Stand der Dinge in Schleswig-Holstein und in Triest. Nach einer Depesche des Generals Wrangel sei der unrühmliche Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark, der die Runde durch die öffentlichen Blätter gemacht, nicht abgeschlossen worden; er (Wrangel) werde nur einen bis den Waffenstillstand eingehen, der die Ehre Deutschlands wahre und von dem er hoffen könne, daß ihn die provisorische Zentralgewalt ratifiziren werde. Der Minister bemerkt weiter, er habe den General aufgefordert, unverzüglich anzuzeigen, welcher Verstärkung an Streitmacht es bedürfe, um den Krieg, falls der Stillstand, resp. Friede jetzt nicht zu Stand käme, kräftig und schnell zu Ende zu führen. Wo der General fordere, das solle ihm zur Verfügung gestellt werden. — Da aus neuerlichen Notifikationen des österreichischen Gouverneurs zu Triest erhelle, daß die Blokade angedroht der gegenheiligen Anzeige des sardinischen Gesandten faktisch noch fortbestehe, so habe das Ministerium eine energische Note an die sardinische Regierung erlassen und sofortige Aufhebung aller Beschränkungen der deutschen Schifffahrt gefordert. — Hierauf ging man zur Tagesordnung — der Berhandlung der Posener Frage — über. Vor Eröffnung der Diskussion wird eine Petition von Mitgliedern der preußischen Nationalversammlung und dem Großherzogthum Posen (gegen die Einverleibung) verlesen und es werden die Verbesserungsanträge (13 an der Zahl) bekannt gegeben. Die von Auge angeregte Vorfrage, ob die Abgeordneten aus Posen an der Verhandlung und Abstimmung Theil nehmen könnten, wird in der ersten Beziehung bejaht, in der zweiten verneint. Vorher schon hatten die posenschen Abgeordneten erklärt, sich des Votums enthalten zu wollen. Die Diskussion eröffnete der Berichterstatter (Stenzel), indem er darauf hinwies, wie die Verhältnisse Polens im 17. und 18. Jahrhundert die Theilung zwar nicht rechtfertigen, aber entschuldigen. Eine Wiederherstellung Polens im Sinne der Zustände von 1772 sei ein Unding; sie sei gleichbedeutend mit Knechtung des Bodenstandes. Göden (aus Krotoszyn) spricht sich in einer warmen, gediegenen Rede für das deutsche Interesse aus und sie die Annahme der Anträge des Ausschusses aus. Benkt (aus Inowraclaw) ist nicht zu verstehen, soviel aus dem Resume des Präsidenten erhellt, schließt sich derselbe im Ganzen dem Ausschuß an. Blum erinnert daran, daß Polen lange die Schutzwehr des westlichen Europa's gegen die Barbarei des Ostens bildete. Die Fehler, die man dem polnischen Volke vorwirft, seien eine Folge seiner Erniedrigung, die wir Deutsche mit herbeigeführt haben. Der Redner beruft sich auf das ältere Gagern Bemerkungen, der in der Polen-Frage den wunden Fleck Europa's sieht, und von der Heilung dieser Wunde das Glück und die Sicherheit des Weltheiles abhängig macht. Weder der territoriale, noch der nationale Gesichtspunkt rechtfertige die Einverleibung; denn der erstere würde die Adriatang Schleswigs, der letztere jene von Südtirol, von Nordschleswig ꝛc. von uns fordern. Er stellt eine nähere kommissarische Untersuchung der Sache durch die Nationalversammlung und schließt mit den bekannten Worten Maria Theresia's aber die Theilung Polens. Jordan (aus Berlin) erklärt sich für die Ausschußanträge. Die Anerkennung der Einverleibung werde gefordert einerseits von demselben Grundsatze der Nationalität, nach die Polen für sich ansprechen („wer in habe von allen Deutschen in Posen einer fremden Herrschaft überantworten, der ist ein Volksverräther"), andererseits von der Sicherheit unseres Vaterlandes. Die Sympathie für Polen nehme merkwürdiger Weise zu, je größer die Entfernung von Polen; daher sympathisire der Westen Deutschlands mehr als der Osten. Es sei dabei mehr Enthusiasmus als Opfer, und irgend ein klares Bewußtsein. Wenn man sage, die politische Klugheit fordere die Wiederherstellung Polens, um eine Schutzwauer gegen Rußland zu haben, so sei dies eine durch die Geschichte und durch die Natur der Dinge nachgewiesene Täuschung. Die Gefahr eines Bruches mit Frankreich sei an sich nicht vorhanden; wenn sie aber auchvorhanden wäre, so dürfe und dürfe nicht schonen zu thun, was unser Interesse fordere. Man gehe ferner vor, die Gerechtigkeit, um die Schuld unserer Väter zu sühnen, gebiete uns die Wiederherstellung Polen's. Es gebe nun verschiedene Quellen des Gerechten; auch was auf dem Recht des Stärkeren bruhe, sei gerecht. Von jeher habe unser Völkern das Recht der Eroberung gegolten; Deutschland habe gegen Westen Land verloren, gegen Osten solches gewonnen. Jedem sei die Theilung an sich eine Unabwendigkeit gewesen, man wisse Preußen und Oesterreich ruhig hätte zusehen sollen, daß Rußland ganz Polen sich einverleibe. Posen sei erst unter preußischer Herrschaft ein bedeutes und zivilisirtes Land geworden, und nun sollte dasselbe an Polen zurückgegeben werden!? Man werfe ein: „Die Humanität nöthige uns Polen frei zu geben." Preußen habe gerade den Sieg der Humanität errungen, es den Adel niederbrieht, den Bauer befreite. Der polnische Bauer wolle nicht polnisch sein. Die Ereignisse der neuesten Zeit, wo polnische Bauern als Sensenmänner gegen Preußen auftraten, habe auf religiösen Gründen beruht; man habe dem Volke vorgespiegelt, man wolle ihm seine katholische Religion nehmen, es unterdrücken ꝛc. Er schließt mit den Worten: „Freiheit für Alle, des Vaterlandes Wohl und Freiheit vor Allem." (Lange anhaltender rauschender Beifall.) Bogt weist darauf hin, daß die Thatsachen, auf die es hier ankömmt, viel zu wenig aufgeklärt seien, weder durch den Bericht, noch durch die Vorredner. Hierauf folgen mehrere geschriebe Bemerkungen über die Gründe Jordan's, ohne jedoch diese tiefer zu greifen. In Frankreich besteht in der That Sympathie für die Polen; es sei daher jedenfalls klug, das französische Volk vorher über dieses Recht aufzuklären, ehe wir einen Beschluß fassten. Er fürchte den Krieg nicht, wo er zur Wahrung der Ehre Deutschlands nothwendig sei, er wolle ihn aber nicht durch unklage Schritte herbeiführen. Der Redner stimmt daher für den Blumschen Antrag. Schlesisch richtet er an den

Minister des Aeußern die Frage, welche Ansicht derselbe von der Verhandlung begriffenen Sache habe, und was etwa im diplomatischen Wege darüber verhandelt worden sei. — Gegen 3 Uhr wird die Sitzung geschlossen und die weitere Berhandlung der Gegenstandes auf morgen vertagt.

Bis gestern sind für die deutsche Flotte im Ganzen 27,751 fl. 47 kr. eingegangen. Ueberdem sind in Kiel 25,000 Thlr. zusammengekommen, in Glückstadt 5000 Mark u. s. w.

Deutschlands Einheit.

(Aus „Eckermanns Gespräche mit Göthe." Dritter Band. S. 270 bis 273. 1828.)

„Mir ist nicht bange, sagte Göthe, daß Deutschland nicht eins werde; unsere guten Chausseen und künftigen Eisenbahnen werden schon das Ihrige thun. Vor Allem aber sei es eins in Liebe unter einander! und immer sey es eins gegen den auswärtigen Feind. Es sey eins, daß der deutsche Thaler und Groschen im ganzen Reiche gleichen Werth habe, eins, daß mein Reisekoffer durch alle sechs und dreißig Staaten ungehindert passiren könne. Es sey eins daß der südliche Reisende eines Weimarschen Bürgers vor dem Grenzbeamten eines gegen Nachbarstaates nicht für unzulänglicher gehalten werde, als der Fuß eines Ausländers. Es sei vor Deutschland und Ausland unser deutschen Staaten überall keine Nebe mehr. Deutschland sei ferner eins in Maaß und Gewicht, in Handel und Wandel, und hundert ähnlichen Dingen, die ich nicht alle nennen kann und mag."

„Wenn man aber denkt, die Einheit Deutschlands bestehe darin, daß das sehr große Reich eine einzige Residenz habe, und daß diese eine große Residenz, wie zum Beyspiel der Entwicklung einzelner großer Talente, so auch zum Wohl der großen Masse des Volks gereiche, so ist man im Irrthum."

„Man hat zum Staat wohl einem lebendigen Korper mit vielen Gliedern vergliechen, und so liese sich wohl die Residenz eines Staates dem Herzen vergleichen, von welchem aus Leben und Wohlsein in die einzelnen nahen und fernen Glieder strömt. Sind aber die Glieder sehr fern vom Herzen, so wird das zuströmende Leben schwach und immer schwächer empfunden werden. Ein gesteigerter Franzose, ich glaube Turgot, hat eine Karte über den Kulturzustand Frankreichs entworfen, und die größere oder geringere Ausklärung der verschiedenen Departements mit helleren oder dunkleren Farben zur Anschauung gebracht. Da finden sich nun, besonders in südlichen, weit von der Residenz entlegenen Provinzen, einzelne Departements, die in ganz schwarzer Farbe dalagen, als Zeichen einer dort herrschenden tiefen Finsternis. Würden aber solche weit vom Herzen, woran das schöne Frankreich, das Land der feinen geistigen Mittelpunkte geht, Mittelpunkte habe, von denen Licht und Leben ausginge?"

„Wodurch ist Deutschland groß, als durch eine bewundernswürdige Volkskultur, die alle Theile des Reichs gleichmäßig durchdrungen hat. Sind es aber nicht die einzelnen Fürstensitze, von denen sie ausgeht, und welche ihre Träger und Pfleger sind? — Versetzt, wir hätten in Deutschland sein Jahrhundert nur die beiden Residenzstädte Wien und Berlin, oder gar nur eine, da möchte ich doch sehen wie es um die deutsche Kultur stände? so auch um einen überall verbreiteten Wohlstand, der mit der Kultur Hand in Hand geht!"

„Zemlichand hat aber zwanzig im ganzen Reiche vertheilte Universitäten und aber hundert eben so verbreitete öffentliche Bibliotheken. An Kunstsammlungen und Kunstinstituten ist gleichfalls aller Raumreiche gleichfalls eine große Zahl; denn jeder Fürst hat dafur gesorgt, irgendein Schönes und Gutes in seine Nähe heranzuziehen. Gymnasien und Schulen für Technik und Industrie sind im Ueberflusse da. Ja es ist kaum ein deutsches Dorf, das nicht seine Schule hätte. Wie steht es aber um diesen letzten Punkt in Frankreich?"

„Und wiederum die Menge deutscher Theater, deren Zahl über 70 hinausgeht und die doch auch als Träger und Beförderer höherer Volksbildung keineswegs zu verachten. Der Sinn für Musik und Gesang und ihre Ausübung ist in keinem Lande verbreitet wie in Deutschland, und das ist auch etwas!"

„Nun denken Sie aber an Städte wie Dresden, München, Stuttgart, Kassel, Braunschweig, Hanover und ähnliche; denken Sie an die großen Lebenselemente, die diese Städte in sich selber tragen; denken Sie an die Wirkungen, die von ihnen auf die benachbarten Provinzen ausgehen, und fragen Sie sich, ob das Alles sein würde, wenn sie nicht seit langer Zeit die Sitze von Fürsten gewesen sind?"

„Frankfurt, Bremen, Hamburg, Lübeck sind groß und glänzend; ihre Wirkungen auf den Wohlstand von Deutschland gar nicht zu berechnen. Würden sie aber wohl bleiben, was sie sind, wenn sie ihre eigene Souverainetät verlieren und irgend einem großen deutschen Reich als Provinzialstädte einverleibt werden sollten? — Ich habe Ursache, daran zu zweifeln."

Deutschland.

Bayern. Dreiundsechzig Wahlmänner des Wahlbezirks Bamberg fordern in einem mit ihrer Namensunterschrift versehenen offenen Briefe ihren Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung, Hrn. Advokaten Täntz, zu öffentlicher Rechenschaft darüber auf, daß er seinem feierlich gegebenen Versprechen zuwider, mit der altrodemokratischen Linken statt im konstitutionell-monarchischen Sinne stimme.

Aus der „Neuen Würzburger Zeitung" ersieht man, daß das in der Nähe Würzburgs gelegene Städtchen Heidingsfeld am 22. Nachmittags von einem sehr verheerenden Feuerschaden heimgesucht worden ist. Nachmittags 3 Uhr brach der Brand aus und wüthete bis Mitternacht. 15 Wohnhäuser und 6 Scheunen sind dadurch eingeäschert worden. Der größte Theil der Schleierstraße und die linke Seite der Klinge bis ans Rathhaus sind zerstört. Besonders thätig und hilfreich hat sich die Bevölkerung von Würzburg erwiesen. Später in der Nacht verkündeten neue Allarmschüsse von der Festung einen zweiten Brand, nemlich in Sommerhausen, wodurch ein Wirthshaus und mehrere andere Gebäude zerstört wurden.

Baden. Karlsruhe, 21. Juli. Die zweite Kammer hat gestern mit allen Stimmen gegen 4 den Gesetzvorschlag der Regierung wegen Aufnahme eines Anlehens von 2½ Millionen Gulden gegen Verpfändung der Domänen zur Fortsetzung der Eisenbohnbauten genehmigt.

Nassau. Wiesbaden, 19. Juli. Wie man vernimmt, soll eine Reorganisation der Bürgerwehr schon in den nachsten Tagen erfolgen. Der bayrischtägliche Fehler, den man gemacht hat, sog darin, daß man Leuten, und dem allerverdächtigsten Menschen, ein Gewehr in die Hand gab. Dieß wurde seiner Zeit schon in dem Sicherheitsausschuß von bemselben Manne dringend widerrathen, dessen energische Vorschläge auch diesmal überhört wurden. — Für jetzt halten wir folgende Maßregeln bei der Organisation für nöthig: 1) Sollte Niemanden unter dem 20. Jahr ein Gewehr verabfolgt werden; 2) die Hauptleute wenigstens 24 Jahre alt sein; 3) sollte man keine Kommandos an nur aus Mannschaft der ersten Klasse bestehen allein, sondern zur Hälfte aus solcher vom zweiten besetzen, da nur hierdurch ein gesetzterer Ton an die Stelle viesfacher Kinderein treten kann und nöthigenfalls auch physischer Zwang zur Beobachtung des Gesetzes vorhanden ist; 4) die älteren Leute sollten schon von 40 Jahren ab frei sein; 5) das ganze Organisation soll nur provisorisch gelten und so bald als möglich die preußische Landwehrverfassung an deren Stelle treten; 6) die auf Beweise gestützte Ausschließung aus der Bürgerwehr sollte den Betreffenden der politischen Rechte, namentlich des Wahlrechts nach sich ziehen. — Außerdem ist es hier am Ort, darauf aufmerksam zu machen, wie sehr gefährlich der freie Verkauf von Pulver und Kugeln seither gewesen ist; man sollte diesen Verkauf aufs Strengste überwachen und die im Privatbesitz befindlichen scharfen Patronen einziehen lassen. (Mainz. Ztg. 3.)

Schleswig-Holstein. Friedrichstadt, 20. Juli. Aus einem Schreiben des Oberstlieutenants v. d. Tann an den General Wrangel in Bezug auf die Auflösung des Tann'schen Freikorps geht hervor, daß dieser Schritt nur im Einverständnisse mit dem Kommandeur des Korps geschehen ist: „Haderstedten, am 9. Juli 1848. Sr. Exzell. dem General der Kavallerie v. Wrangel, Oropsteen. Ew. Exzellenz der Armee ergebenst zu melden, daß in Erwiderung auf Ihren Anfrage vom heutigen Tage ich die mich, gehorsamst zu berichten, daß es jedenfalls wunschenswerth scheint, das Freikorps bei der jetzt eingetretenen Waffenruhe und dem nahen Waffenstillstande zu entlassen. Nur muß ich mir die Bemerkung erlauben, daß sich das Freikorps bis zum Eintritt eines Waffenstillstandes der preußischen Regierung zur Disposition verpflichtet hat, welcher Engagement mir nicht gestatten würde, die in den Freikorps dienenden baye rischen Offiziere sind an keine bestimmte Zeit gebunden und wünschen sämmtlich ihre Entlassung. Bei weitem der größte Theil des Freikorps, nämlich die 5 Kompagnien des ersuhren v. d. Tann'schen Korps und das 4te selbstständige Korps, haben durch wiederholte Erklärungen ihren Rücktritt von dem Korps zu erkennen abzuzeigen gemacht, so daß nur noch die 3te Kompagnie 6. Kompagnie, und den Resten des ehemaligen Wahmer'schen Korps zusammen gesetzt, welche sich schon früher der Regierung zur beliebigen Disposition gestellt hat. Von Seiten des Korps dürfte demnach einer sofortigen Auflösung kein Hinderniß im Wege stehen. (Gez.) Oberstlieutenant v. d. Tann, Kommandeur." (Schl.-Hol. Z.)

Auf dem Lager der schleswig-holsteinischen Truppen wird der „Schleswig-Holsteinischen Zeitung" geschrieben: Feindliche Patrouillen, übrigens nur schwache, kommen allnächtlich südlich der Königsau, wahrscheinlich um von patriotisch gesinnten Bewohnern Erkundigungen einzuziehen. Eine solche drei Mann starke Dragonerpatrouille stieß vor einigen Nächten in Stedsang auf eine Patrouille des Bracklower Scharfschützenkorps, welche im Zimmer des Wirthshauses sich erfrischte, um vor neuen Leuten den Feind bemerkte und einen derselben, der gerade sein Pistol auf sie abschießen wollte, durch's Fenster erschoß, worauf die beiden andern flohen. Aus den Berichten unserer Patrouillen scheint hervorzugehen, daß der Feind die Uebergänge bei Joslindybroe und Stedsburg nicht mehr, und nur von Bamdrup und Bastkrup bis Kolding die Grenze besetzt hält. Begreiflich kann unser dünnes Pozlist nicht, welche starken Truppen verbietet, die Grenze zu überschreiten, dem Feind aber erlaubt, täglich über dieselbe zu kommen. Das gehört mit zu den ungelösten Räthseln dieses Feldzuges.

Mecklenburg. Schwerin, 19. Juli. Das offizielle Wochenblatt enthält folgende Bekanntmachung: Wir Friedrich Franz ꝛc. verkünden hiermit dem Lande die erfreuliche Nachricht, daß, nachdem von der deutschen Nationalversammlung die Errichtung einer provisorischen Zentralgewalt und die Uebertragung derselben auf Se. kais. Hoh. den Erzherzog Johann von Oesterreich beschlossen, und nachdem dieser Wahl auch der volle Beifall der deutschen Regierungen geworden ist, Se. kais. Hoheit das hohe Amt einer Reichsverweser über Deutschland angenommen und am 12. d. Mts. zu Frankfurt a. M. selbst angetreten hat. So wie wir selbst hoch erfreut sind über diesen Eintritt, so wünschen wir Unsern getreuen Unterthanen Glück, daß ihr Vaterland wird für die weitere Befestigung der Einheit und Freiheit des deutschen Volks, für die Aufrechthaltung gesetzlicher Ordnung im deutschen

Reich und für die Wiederkehr des vielfach gehörten Vertrauens berufen; so zweifeln wir auch nicht daran, daß dasselbe auch in unserm geliebten Lande allgemeine und ausrichtige Theilnahme finden werde.

Preußen. ⊙ Berlin, 23. Juli. Aus Schleswig erfahren wir, daß sieben der größten Kauffahrteischiffe zu deutschen Kriegsschiffen umgewandelt worden sind; das größte derselben ist mit 36 Kanonen versehen und führt den Namen „Deutschland“, ein zweites heißt „Frankfurt.“

Oesterreich. Wien. 22. Juli. Die „Wiener Zeitung“ meldet: „Se. k. k. Majestät hat die vom Ministerium beantragte Entsendung des Grafen Leo Thun von der Stellung als Gubernialpräsident in Böhmen und die Besetzung dieses Dienstpostens durch den dermaligen Kreishauptmann in Prißen, Karl Grafen v. Mitrowsky, genehmigt.

Im Laufe der gestrigen Tages- und Nachtstunden von jungen Leuten, welche sich als Freiwillige anwerben ließen, angeworben. Die Zahl der Angeworbenen beläuft sich heute auf 8-9, und es wird binnen em paar Tagen ohne Zweifel die nöthige Zahl für die auszurüstenden 2 Bataillone beisammen sein. (A. Z.)

= Innsbruck, 24. Juli. Wie ein Bericht des Generalmajors Rossbach aus Trient vom 20. d. zeigt, werden unsere Vorposten an der Grenze des deutschen Bundesgebiets noch immer vom Feinde jenseits beunruhigt. Deßhalb schickte am 17. Nachts der im Binschgau befehligende Hauptmann v. Halloy eine aus 15 Mann von Regiment Wellington, 10 Kaiserjägern und 5 Landesschützen zusammengesetzte Patrouille unter Oberlieutenant Depauli von Kastelruth und Oberlieutenant Hornung von Wellington Infanterie feindwillig anschließ) auf die Höhe zur Schäferhütte, mit dem Auftrage, den Feind von der Kerspitze zu vertreiben. Mit Erhöhte des Schanderster Schützenoberlieutenants Ner, der sich schon Nachts 2 Uhr mit 3 Mann oder der Kerspitze in einen Hinterhalt gelegt hatte, gelang dies auch vollkommen, indem der Feind sich in die Verschanzungen rückwärts zurückzog, wo er in der Nacht vom 18. auf 19. d. Hauptmann Oberlieutenant Depauli mit dem beistehen Kanonen- und Kleingewehrfeuer empfing. Auch da machte man wieder die Erfahrung, wie die Italiener, die so viel mit ihrem Heldenmuthe prahlen, selbst auf kleine Patrouillen mit Kanonen schießen, was mindestens gegen sein Lächerlichkeit ist, sich aber wohl begreifen läßt, da die italienische Posten in der Regel, wenn sie nicht 100 gegen einen stehen, sobald sie nur einer österreichischen Unifom ansichtig werden, Reißaus nehmen, unter dem Rufe: Kanonen vor! Oberlieutenant Depauli trat erst, nachdem er eine volle Stunde die Kerspitze besetzt gehalten, mit seiner Mannschaft den Rückmarsch an. Auf diesem wurde er in der Nähe unserer äußersten Posten von einer 200 Mann starken feindlichen Abtheilung, die sich in der Nacht hier gesammelt hatte, zu Anfrigen sich übergezogt hatte, den Bergrücken herab den Zurückkehrenden nachdrang, angegriffen und lebhaft verfolgen. Aber auch da, der ungeheuren Mehrzahl der Feinde gegenüber, bewährte sich die Tuchtigkeit unserer Leute. Ungeachtet der großen Ueberlegenheit des Feindes leistete diese kleine Schaar dem Feinde so kräftigen Widerstand, daß die Verfolgern zu ihrer Unterstützung vorrückten, und den Feind nach einem dreistündigen Gefechte in die Flucht jagten. Derselbe hatte vier Todte und mehrere Verwundete, während unsere Leute keinen einzigen Mann verloren. Ein schlagender Beweis von der Ruhe und Sicherheit, mit der unsere Soldaten und Schützen jeder möglichen Gefahr begegnen, während das Gegentheil vom Feuer des Feindes gilt, das meist ins Blaue geht. Ein Kaiserjäger auf Vedetrol sprang bei diesem Anlasse einem vom Feinde auf dem Kampfplatze liegen gelassenen schwer Verwundeten bis und sprach denselben ermunternden Trost zu, bis er verschied. Nach einer Anzeige des Hauptmanns Halloy hatte auch am 15. schon eine aus Schadenreiter- und Pedersschützen bestehende Patrouille gegen den Feind, der sich in der Schäferhütte angegriffen, derselben 3 Mann niedergeschossen, und den Rest in die Flucht gejagt. — Die Durchzuge von Schützenkompagnien, welche entweder von der Grenze heimkehren oder derselben zuziehen um jene abzulösen, dauern hier noch immer fort. Gestern rückten eine Imster-Schützenkompagnie aus Südtirol hier ein; vorgestern folgte eine aus Hall. Der Rückmarsch, eine Konsequenz von Zügen auf dem Marsche nach der Grenze ist eingetroffen. Die patriotischen Gaben für unsere braven Truppen in Italien, besonders für unsere näheren Landsleute die kaiserlichen Kaiserjäger wehren sich fortwährend. Von einem Ungenannten allein sind dieser Tage 50 Dukaten in Gold dem Militärkommando hier mit dieser Bestimmung zugekommen. Freiwillige Beiträge in freiwilligen Spenden und Opfern aller Art hinsicht, wie aus die Wiener Blätter täglich durch ihre langen Listen eingegangener Gaben aus allen Theilen des Reiches zeigen, in ganz Oesterreich ohne Unterschied der Nationalitäten. — Heute wird J. M. die Kaiserin Mutter hier erwartet. Die für sie bestimmten Gemächer in der Hofburg sind schon in Bereitschaft gesetzt. Morgen werden die jungen Erzherzoge Franz Joseph, Ferdinand und Karl von Finstbischof von Trient das Sakrament der Firmung erhalten.

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 21. Juli. Die gestrige Sitzung unseres Repräsentantenhauses war merkwürdig. Kossuth verlangte in einer Rede, man möge die österreichische Regierung im italienischen Krieg durch Truppensendungen unterstützen. Dieser unerwartete Antrag fand Anfangs Widerstand, allein Kossuth wußte eine Kabinetsfrage daraus, und bestimmte die Sache so, daß man Oesterreich nur unterstützen wolle, so lange es sich darum handle, einen Eroberungskrieg zu führen, hingegen wolle aber, um die Freiheit der Italiener zu unterstützen, der Krieg sei nur gegen Karl Albert und nicht gegen die italienische Nation u. s. w., und so wurde das Prinzip, Oesterreich in Italien zur Erlangung eines Friedens durch ungarische Hilfstruppen zu unterstützen, angenommen, welcher Beschluß sowohl in Italien als in Wien nicht ohne moralische Wirkung sein dürfte. Es soll uns wohl nicht mehr wundern, wenn wir von Seite unsers Finanzministers auch den Antrag zur theilweisen Rückzahlung der österreichischen Staatsschuld vernehmen werden. In Kossuths Rede bemerken wir folgende bezeichnende Stelle: „Man sagte uns, wir sollen unsere Truppen aus Italien zurückrufen, allein bedenken Sie, meine Herren, mit diesen in Italien befindlichen 12,000 Ungarn werden auch 35,000 Kroaten zurückkehren, und das würde eine schöne Wirthschaft werden!“ Aus den untern Gegenden lauten tägliche neue Hiobsposten ein. Die Raizen sind in ihren Verschanzungen soll umzingelt, und schinen überhaupt geregelter zu Werke zu gehen als die Ungarn. — Bei dem letzten Ausfall an unserer Kettenbrücke haben denn doch, wie es sich jetzt herausstellt, mehrere Menschen das Leben verloren. (A. Z.)

Schweiz.

Nachdem bei Anlaß der Note des preußischen Bundestages selbst in der Tagsatzung von dem Gesandten von Bern und Neuenburg nunmunden anerkannt worden ist, daß die Beschwerden über das Treiben deutscher Flüchtlinge nicht unbegründet seien, suchen nun mehrere Blätter, unter dem Vorwande, die Note sei im verletzenden Tone abgefaßt, das schweizerische Ehrgefühl aufzureizen, damit den als gegründet anerkannten Beschwerden nicht abgeholfen werde. Je freilich, die Beschwerden sind begründet, und es ist ein falsches, ein ungereimtes Ehrgefühl, das sich gegen Abhilfe derselben sträubt. Der deutsche Bund ist berechtigt, das Unterwinden der Flüchtlinge zu verlangen. Es ist nicht wahr, daß diese sich ruhig verhalten, die Publikation des Hecker'schen Volksbotschaft und des Planes zur Revolutionirung Deutschlands von Heinzen und Struve, welche mit den leidenschaftlichsten Deklamationen zum Aufruhr anreizen, sind der klarste Beweis des Gegentheils. Es ist nicht wahr, daß sie sich ruhig verhalten, denn das Zusammen von Hecker-Wolfahrern ist ein endloses. Es läuft gegen die völkerrechtlichen Verhältnisse, solchen Unfug zu gestatten, und die Schweiz wäre es sein drei Monaten sich selbst schuldig gewesen, bessere Ordnung zu halten. Es ist uns auch nicht im Mindesten zweifelhaft, daß man es nicht gestatten wurde, wenn z. B. französische Prätendenten sich eine Stunde von der französischen Grenze niederlassen wollten. Ein ähnliches Treiben gegen Frankreich wie das Hecker's gegen Deutschland würde man keine 3 Tage lang dulden. — Ob vielleicht das stark zentralisirte Frankreich stärker ist, als das nunmehr auf Einigung hinarbeitende Deutschland, wir unterlassen das nicht, an der Schweiz am allerwenigsten wäre es, nach dem Grundsatze zu handeln, daß man gegen Starke andere Rechte und Pflichten habe als gegen Schwache. (!!!) (Bund. Z.)

Großbritannien.

Londonn. 22. Juli. Alles heuer auf die Unvermeidlichkeit eines bald ausbrechenden Sturms in Irland. Die Gewitterwolken ziehen sich immer drohender zusammen und Regierung und Parlament machen sich darüber durchaus keine Selbsttäuschungen. Es sind der Elemente in Irland zu viele, welche den Aufbruch den Boden für ihre Plane schon im Voraus bereitet haben. Die hungersnoth, die Unthätigkeit der Bevölkerung, gepaart mit krasser Unwissenheit und einem ununterbrochen genährten Fanatismus, theils Folge der fleischwütherlichen Behandlung, welche das grüne Eiland von der beherrschenden Schwesterinsel erfahren, theils auch Folge der Zudeleng der Irländer selbst; die natürlich bei solchen Zuständen herrschende Unzufriedenheit unter dem Volke, Alles das wacht es begreiflich, daß Leute wie O'Brien, der junge heißsporn Mitchell, Meagher und die gleichgesinnten Führer des auf bewaffnetem Aufstand hinarbeitenden Jung-Irlands überall schnell mit ihren Planen und Aufreizungen bereitwilligen Gehör fanden. So stehen wir denn jetzt am Vorabende des Ausbruchs des Aufstands. Frankreich und Irland haben schon offenbar auch die Hand an im Spiele, und so sichten denn noch einige glimmende Funken zum offenen Brande anzufachen. Die Leute, welche jetzt die Bewegung leiten, wollen nicht blos mehr Zurücknahme der Union Irlands mit England: ihr Ziel ist eingestandener Maßen die gänzliche Lostrennung von England, und Aufrufung einer irischen Republik. In Süd-Irland wird der Aufbruch am heftigsten sein, dort ist die Gährung am größten, und die Mehrheit der Leute werden dort entschieden für Trennung sein, wenn der Regierung nicht gelingt, durch außerordentliche Maßregeln und Entwicklung der größten Energie dem wirklichen Ausbruch noch zuvorzukommen. Der Ausgang des Kampfes kannte zwar keinen Zugenblick zweifelhaft sein; aber eben so wenig, daß unsäglichen Wehe dem armen, ohnehin schon so hart bedrängten Lande daraus erwachsen müßte. Diese Vorzahungen, ist ernster Wille der Regierung und wir nun sehen auch des Parlamentes. Lord John Russel hat heute dem Unterhause eine Bill vorgelegt, welche auf unbestimmte Zeit die konstitutionellen Freiheiten Irlands aufhebt. Die Bill wurde sogleich gelesen, und noch vor der heutigen Sitzung angenommen. Gestern hat der Lordlieutenant zu Dublin durch Proklamation Waffenverbot, alle Waffen nach vor 28. Juli anbefohlen unter Androhung zweijähriger Einsperrung und von Strafarbeit für die Zuwiderhandelnden.

Dublin, 21. Juli. Große Ankäufe von Waffen aller Art, welche hier wie anderwärts zu Irland von den Klubs gemacht werden, sind der hohe Regierung, daß die Rädelsführer der weiterzuregierenden Insurrection durch den Ausgend-Lärm zum Losschlagen gekommen glauben. Daß es zu Limerick schon zum Ausbruch gekommen, ja die Stadt selgar in der Gewalt des

Aufstandes war, wie das Gerücht ging, scheint ungegründet; aber dort mag es allerdings bald zu einem Zusammenstoße kommen. Auch hier dürfen wir auf Rebellionsversuche gefaßt sein. Wie werden den Erfolg des heute erschienen Befehls des Lordlieutenants zur Auslieferung aller Gewehre und Waffen jeder Art sehen. Der Kind des Dr. Doyle allein hat 20,000 Gewehre, die von der Heeresverwaltung zu London verändert wurden, angekauft für die Aufständischen, und diese Gewehre treffen jetzt in Liverpool ein. Hr. Duffy, der Redakteur der „Nation", ist Präsident dieses Klubs. Ganze Ladungen von Waffen sind schon hier angekommen und werden dann in die Provinzen geschickt. Nach Carlow ist eine große Anzahl Pistolen von hier geschickt worden auf Veranstaltung der Klubs. Diese haben sogar einen Plan von Dublin verfertigen lassen, auf welchem die Stadt in Distrikte abgetheilt ist. Es sind darauf die Punkte angedeutet, wo die Bevölkerung jedes einzelnen Distrikts sich versammeln und wo Barrikaden errichtet werden sollen. Die Anklage des Prozesses gegen Duffy und seine Mitschuldigen scheint jetzt das Signal für die Entschlüsse der Verschworenen geben zu sollen. Eilig ist es nach der Zusammenfassung des Geschworenengerichts, welches über Duffy's und seiner Gefährten Schicksal zu entscheiden hat, eine Verurtheilung Duffy's als wahrscheinlich erwarten, so wollen die Klubs ohne Verzug und selbst noch vor der Abtheilung losschlagen.

Frankreich.

Paris, 23. Juli. Das „Journal des Débats" bringt heute in seinem ersten Artikel eine anerkennende Besprechung der Haltung der deutschen Reichsversammlung, sowie es auch die hervorragendsten Persönlichkeiten charakterisirt und die Führer der verschiedenen Parteien zu zeichnen sucht. Wie gut das „Journal des Débats" unterrichtet ist über die Personen und Dinge zu Frankfurt, mag man aus dem Umstande entnehmen, daß es Herrn v. Abel, „früheren Minister der bayerischen Regentschaft in Griechenland, früheren Minister des Innern zu München, und Haupt der josuitischen Partei in Bayern", unter den Mitgliedern der Reichsoberkommission aufzählt. Vater Krabt, der nach dem alten John a's „ein anderer Feind Frankreichs" genannt wird, ist als „Tyrtäus Deutschlands im Jahre 1813" bezeichnet und als Verfasser der patriotischen Lieder, „welche die Studenten der Universitäten noch wiederholen." Unsere Leser werden nach diesen kleinen Musterstücken auf den ganzen fast drei Spalten des „Journal des Débats" einnehmenden Artikel schließen. Sonst durchaus nichts von Bedeutung von hier. Heute Sonntag ist die Börse geschlossen.

Alle Forts, in denen sich Junigefangene befinden, sind vollständig armirt worden, und können jetzt eine Belagerung aushalten. So hat die Republik in 24 Stunden und ohne alle Opposition durchgesetzt, woran Ludwig Philipp so viele Jahre vergeblich arbeitete. Die Forts sind jetzt einmal armirt und bleiben es, und selbst eine in den Straßen von Paris siegreiche Revolution würde erst mit der in den sechzehn Festungen um Paris wohlgedeckten Armee fertig zu werden haben.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

London, 22. Juli. Konsols 87¼, ⅛ Coup. —, Span. Aft. 11¾, 3proz. 21¾, 22. Pass. —, Portug. 3proz. —, 4proz. 18¼, 5proz. —, Holl. 4proz. 72, 2½ proz. 44¼, 45.

Madrid, 18. Juli. 3proz. 20¾, P. 20¼, G., 5proz. 11 P. 10⅞, G. Pass. 4¼, P. Coup. 3¼, G. Ausmält. Paß Stald 3¼, G. Provis. Zin. 3¼, G. St. Fernandsbank —, Discents —. Wechselkurse: Paris 4—60 P. London 43—44 P.

J. B. Baal, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 27. Juli: „Marie", Oper von Herold.

Freitag, 28. Juli: (Zum Erstenmale.) „Ariel Rosfar", Trauerspiel von Karl Gutzkow.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. v. Bartels, Kommerzienrath von Köln. Baselmann, Kaufmann von Lennep. Frhr. v. Magerl, Generalmajor von Passau. Draxtou, Rentier aus Amerika.

Hotel Maulé. Frau Fürstin v. Wrede, von Wien. Frhr. v. Blumegg, von Frankfurt. Meteneci, Regierungsrath von Berlin. Profanzov aus Pomarall, Gutsbesitzer von Bergen. Rapp, Rentier von London.

Gold. Kreuz. Lederger, Privatier von Straubing. Gerber, Kaufmann von Augsburg. Hupp, Kaufmann von Karlsruh.

Blaue Traube. Seeger, Dr. med. von Stuttgart. Ritter v. Braulick, Ministerialbeamter von Wien. Ritter v. Braulick, Justizrath von Jora. Böckling, Güterbesitzer von Reutlichen. Schuckuß, Gutsbesitzer von Eisel. Haak, Apotheker von Innsbruck.

Stadtsgärten. Gimpl, Priester von Dillingen. Biedermann und Herzog, Weber von Rosenheim. Schwarzly, Priester von Bogen. Dr. Slippiano, von Alpenfeuburg. Franz, Kunstgärtner von Kempten.

Getraute in München.

Die Herren: Dr. Karl August Frhr. v. Schönbuch, prakt. Arzt in An der Ribling, mit Freistaul. Benigna v. Schönbuch, königl. Landrichterstochter von Rabburg. Franz Braunmüller, Bürgerl. Bäckermeister dahier, mit Karolina Keller, Schiffermeisterstochter von Haidhausen. Jakob Schmid, Steinmetzgeselle dahier, mit Katharina Klinger, Webersmutter dahier. Philipp Müller, Hofhalter von Schwabenhausen, mit Anna Heiger, Hüttenmeisterswittwe von der Vorstadt Au.

Ausgetragte Getraute.

In Augsburg: Hr. Alexander Alois Mayr, bürgerl. Bronze- und Messing-Waaren-Fabrikant dahier, mit Katharina Anthan, Kaufmannstochter von Augsburg.

Gestorbene in München.

Friedrich Beretein, bürgerl. Tändler, 46 J. a. Helena Strohmaier, königl. Hofmusikersau, 62 J. a. Maria Abenthum, bürgerl. Lohnlaufchersfrau, 47 J. a.

Pfandauslösung und Versteigerung.

33. (3a) Donnerstag den 24. August 1848

ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Juli 1847 und zwar von:

Nro. 81,341 bis 90,562.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandanschreibung mehr statt.

Dienstag den 29. August öffentliche Versteigerung.

München, den 29. Juli 1848.

Königl. privileg. Pfand- und Leih-Anstalt I. der Stadt München.

L. Argelioli, Magistratsrath.
Hannes, Kassier. v. Zerch, Kontroleur.

Ediktalladung.

24. In den 1790er Jahren hat sich Elisabeth Rampfel, Bauerstochter von Neidmetting, vom Hause entfernt, und seit dieser Zeit nichts mehr von sich hören lassen.

Elisabeth Rampfel oder ihre Descendenten wird daher aufgefordert, sich binnen 3 Monaten hierorts zu melden, andernfalls sie für verschollen erklärt, und ihr in 200 fl. bestehendes Vermögen ihren Intestaterben gegen Kaution ausgehändigt würde.

Wasserburg, den 24. Juli 1848.

Königl. Landgerichts Wasserburg.
Laur, Landrichter.

Sechs- und ein halb-prozentige Prioritäts-Anleihe.

35. (3a) **Anmeldungen** zur **Betheiligung** an einer Sechs- und ein halb Prozent jährlichen Zins ertragende und vollkommene Sicherheit gewährende Prioritäts-Anleihe von **zwölmal hundert tausend Thaler**, welche kraft des Beschlusses der am 7. Juni abgehaltenen Generalversammlung der Aktionäre auf unsere Neuhäuser Werke und Zubehör aufzunehmen ist, sind an die Unterzeichnete zu richten. Das Unterfand hat einen Kostwerth von circa **1 Million Gulden.** Der Zweck dieser Anleihe ist zunächst: dem **Betrieb** der sowohl für die Fabrikation von Schienen, als auch für alle Sorten von Stabeisen eingerichteten Werke eine vortheilhafte Ausdehnung zu geben.

Die Partialobligationen sollen, damit sie für grössere und kleinere Anmeldungen passen, zu **100 Thlr. — 200 Thlr.** und **1000 Thlr. Ct.** ausgefertigt und mit Coupons auf 20 Jahre versehen werden. Innerhalb dieser Zeit wird auch die Rückzahlung erfolgen.

Die Partialobligationen werden, nach dem Willen der Darleiher, **auf den Inhaber,** oder **auf Namen** ausgestellt und eingetragen, und ist solches bei den Anmeldungen zu bemerken. — Die **Einzahlungen** der angemeldeten Summen selbst geschieht gegen Aushändigung der Partialobligationen direkt bei uns oder durch Vermittlung solider Bankhäuser.

Hildburghausen, Juli 1848.

Die Direktion der deutschen Eisenbahnschienen-Kompagnie.
J. Meyer.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchhandlung.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Ableistung des Verfassungseides durch die bayerische Armee.

⊙ Die Verfassung Tit. 9. § 6 bestimmt: „Die Armee handelt gegen den äußeren Feind, und im Innern nur dann, wenn die Militärmacht von der kompetenten Civilbehörde dazu aufgefordert wird." Sehen wir ab von der Thatsache der Armee gegen den äußeren Feind, welche für die Zukunft nur von der Reichsbehörde abhängig sein kann, bei welcher die vollständigste Volksvertretung bestehen wird, so daß ein antinationaler Krieg, ein Krieg der Fürsten aus Familien-Interessen unmöglich ist, so muß die Stellung der bayerischen Armee im Innern wie folgt aufgefaßt werden, wenn man nicht die Gesetze jedes Staatsorganismus verletzen will. — Wenngleich die Verfassungsurkunde von 1818 den Eid auf die Verfassung nicht forderte, so hatte doch die Armee schon eine verfassungsmäßige Stellung, sie konnte nur auf verfassungsmäßigem Wege zur Thätigkeit im Innern aufgefordert werden. Diese Aufforderung komme nur ausgehen von einem verfassungsmäßigen Organe der Civilgewalt, nämlich nur von einem der Ständen des Reichs verantwortlichen Staatsbeamten (No. 21. Tit. 10. § 4 6).

— Abgesehen von Aufforderungen zu militärischer Thätigkeit, welche allgemeinen Strafgesetzen zuwiderlaufen, enthebt jedoch die Verantwortlichkeit der Staatsbeamten, welcher die Militärmacht zur Thätigkeit im Innern auffordert, den Militärbefehlshaber, an welchen die Aufforderung ergeht, nicht jeder Prüfung darüber, ob die geforderte Thätigkeit der Militärmacht nicht einen offenen Angriff auf die Verfassung und auf die durch sie gewährleisteten Rechte in sich faße. Der Militärbefehlshaber ist, wenn er sich nicht in die Gefahr begeben will, Bestrafte zu einem Verbrechen gegen den Staat zu sein, berechtigt, die ergangene Aufforderung unvollzogen zu lassen, indem er die Verantwortlichkeit für den Nichtvollzug übernimmt, wenn ihm ein offener Angriff auf verfassungsmäßige Rechte gegeben zu sein scheint. Dieses Recht der Erinnerung und eigenen Prüfung unter Uebernahme der Verantwortlichkeit, steht jedoch nur dem Militärbefehlshaber, allenfalls unter Beirath der ihm zunächst stehenden Oberoffiziere, nicht aber den Soldaten als Körper, nicht jedem Einzelnen der Militärmacht zu. — Die Armee ist in keinem Staate ein berathschlagender Körper, weil dies unvereinbarlich ist mit dem nothwendigen Subordinationsverhältnisse der Einzelnen zum Oberhaupte, ohne welches die Bedingung jeder militärischen Thätigkeit wegfällt.

— Der Eid, welchen jeder einzelne Militär auf die Verfassung abgelegt hat, bekräftiget daher nur die verfassungsmäßige Stellung, welche die Armee schon vorher eingenommen hat, der Eid hat diese Stellung in keiner Weise verändert. — Grober Irrthum oder böser Wille ist es daher, wenn man die Wirkung des von der Armee in den Märztagen geleisteten Eides auf die Verfassung dahin etwa ausspricht:

Der Eid lege jedem Krieger die bewaffnete Macht die Verpflichtung auf, den an ihn ergangenen Befehl seines Oberen zu prüfen und nur dann zu vollziehen, wenn er denselben nach seiner Beurtheilung der Verfassung gemäß findet. —

Dieser Satz enthält die größte Verletzung der Verfassung, er verwandelt die Armee, welche an ihren Oberen gegenüber nur ein gehorchender Körper sein kann, geradezu in einen berathschlagenden.

Verfassung ist daher die Thätigkeit der bayer. Militärmacht im Innern bedingt durch die Aufforderung dazu von Seite eines verantwortlichen Beamten der Civilgewalt und durch den Befehl ihrer Oberen, welcher dieser Aufforderung entspricht. Der bayerische Soldat schwört daher nur in diesem verfassungsmäßigen Verhältnisse zu handeln und nur von diesem Gebrauch zu machen. — Verantwortlich für die Verfassungsmäßigkeit der militärischen Thätigkeit im Innern erscheint daher nur der Civilstaatsdiener und der Militärbefehlshaber. Der Untergebene handelt, bei dieser Voraussetzung, im militärischen Subordinationsverhältnisse und ist hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit unverantwortlich. — Vergißt der Untergebene diese Stellung, maßt er sich entscheidende, das Nichtkommende Prüfung über die Verfassungsmäßigkeit der ihm befohlenen Thätigkeit an, so bricht er seinen Eid, der ihn verpflichtet, in seinem Dienste nach der Verfassung zu handeln. — Diese Auffassung des staatsrechtlichen Verhältnisses ergibt von selbst, wie der Fahneneid mit dem Eide auf die Verfassung nicht im geringsten Widerspruche steht. — Was in neuer und neuester Zeit von den früheren Gelübden der Militärbereitschaft, von der Verpflichtung des Soldaten jetzt nach geleistetem Verfassungseide nur für den Schutz der Volksfreiheiten zu wirken, gesabelt wird, widerlegt und erklärt sich durch einfache Sätze. — Des Soldaten Thätigkeit im Innern des Staats kann nur der Ausfluß verantwortlicher Regierungsorgane sein. Einzig diese Thätigkeit einen Angriff oder nur eine Gefährdung der verfassungsmäßigen Volksrechte, der persönlichen Freiheit, so tritt durch die Stände Anklage des verantwortlichen Beamten, jedenfalls ein Mißtrauens-Votum gegen denselben ein, welches seine ferneren Dienste der Krone unmöglich macht. — Nur die Stände des Reichs aber sind die Träger des Volkswillens, weil in denselben die Gesammtheit gesetzlich repräsentirt ist, nicht aber die Ausbrüche einer unbekannten Menge, welche dem Zufalle, der Bösewichten oder ausdrücklichen Täuschung ihre Entstehung so häufig verdanken. — Daß wir aber in Bayern für die Zukunft in den Ständen den getreuen Ausdruck des Volkswillens haben werden, dafür bürgt uns vor Allem die Zeit und das Verständniß derselben. Der Zeit gegenüber ist eine Reaktion unmöglich.

Deutschland.

Preußen. — Der in Berlin versammelte konstitutionelle Kongreß hat am 22. einen provisorischen Vorstand aus zum Sprecher Dr. Stern gewählt. Die übrigen Mitglieder des Vorstands sind: Graf Dyhrn, Stellvertreter des Sprechers, Dr. Prutz, Prof. Göschen (a. Leipzig), v. Heuter, Prof. Burmeister (a. Halle). 80 Vereine haben Vertreter geschickt. Die Sitzung eröffnete eine begeisternde Anrede des Sprechers. Der Vorschlag des Dr. Prutz: ein Comité zu bilden zur Vorschläge in Betreff der Organisation der verschiedenen Vereine zum gemeinsamen Verbande, wurde angenommen. Merten (v. Stettin) beantragt vor allem Formalien des Zweckes des Kongresses; wird nicht angenommen, demzufolge die Abgesandten von Stettin ihren Auftritt erklaren. Tagesordnung: Verhältniß der deutschen Einzelstaaten zum Gesammtvaterlande. — Von mit preußischen Vereinen sind 5 repräsentirt: der deutsche Leipziger (welcher aber auch noch für 40 andere bevollmächtigt ist), der Weimarer (als Vorort der thüringischen Vereine), ein zweiter Leipziger, der Dresdener und Marienberger. In der Hauptsache handelte es sich nicht um Monarchie oder Republik, sondern um den Gegensatz zwischen denen, die zuerst Preußen und dann auch Deutsche, und jenen, welche vor Allem Deutsche und nur so weit Preußen sein wollen, als daneben noch angeht. Es wurden nun in der Sitzung selbst 7 Anträge eingebracht. Der erste, von Prof. Burmeister, enthielt einfach eine Anerkennung der unbedingten Autorität der Frankfurter Versammlung; ein Antrag von Benda verstärkte Dieß in der Weise, daß die Verbindlichkeit der Parlamentsbeschlüsse für alle einzelnen Regierungen angesprochen werden sollte. Dagegen trug Hahn von Breslau darauf an, es sollte erklärt werden, daß der Kongreß die freie Entwickelung der einzelnen Staaten damit sie vereinbar halte. Koch, auch aus Breslau, wo die verschiedenen Schattirungen sich in einzelnen Vereinen am Stärksten ausgebildet zu haben scheinen, drang wieder auf allseitige Anerkennung des Parlaments, indem er zugleich sich über Revolution und Volkssouveränetät verbreitete. Aehnlich noch zwei Anträge; endlich einer vom Grafen Dyhrn, dem zweiten Vorsitzenden, lautend auf freudige Anerkennung der Wahl des Reichsverwesers. Daneben war nun auch über die konstitutionelle Frage angetragt worden, indem der eine Antrag sich für eine konstitutionellmonarchische Zentralregierung aussprach, während der andere sich gegen einen erblichen Kaiser erklärt. Auf diesem Boden bewegte sich nun auch die Debatte, die ganz frei, nicht nach der Reihenfolge der einzelnen Anträge, gehalten wurde. Der Sprecher Dr. Stern vortrefflich geführt. Unter den Rednern zeichnete sich Prutz durch eine lebhafte Widerrede Benda aus, in der er vom Feide der abstrakten Theorie wegzog und an die Vaterlandsliebe sich richtete, durch die gewiß alle Differenzen ausgeglichen werden könnten. Zum Schluß sprachen einige nichtpersönliche Dynastien, zuerst Göschen aus Leipzig, der von einer Schonung der einzelnen Staaten nichts wissen wollte; er vertrat diese Richtung am Strengsten. Es scheint Dieß auch der Ton der Mehrheit gewesen zu sein, sich dahin zu erklären. Einmal kommt die alte Spannung zwischen Sachsen und Preußen in Rechnung; man sah in dem Bestreben, den einzelnen Staaten, so weit es die Einheit erlaube, die Selbstständigkeit nicht abzuvrechen, nur einen versteckten Versuch, die alten preußischen Ansprüche wieder zu Geltung zu bringen. Zweitens haben die bisherigen Verhältnisse gerade für diese Länder so wenig politisch Anziehendes gehabt, daß es erklärlich ist, wie sie jeden Versuch, der den alten Zustand in etwas zu erhalten sucht, mit Leidenschaft abweisen. Saupe aus Weimar sprach begeisternd; endlich Lochner aus Nürnberg übig abschließend. Nun wurde abgestimmt. Zuerst wurde ausgesprochen, daß der Kongreß die Beschlüsse der Nationalversammlung für unbedingt bindend erachte den einzelnen Regierungen gegenüber, mit 67 gegen 20 Stimmen. Zweitens, daß der Kongreß das Individualität der einzelnen Staaten für vereinbar damit halte, mit 60 gegen 27 Stimmen. Dann, daß die Vereine die Einheit Deutschlands unter einer gemeinsamen volksthümlichen konstitutionell-monarchischen Regierung erstrebten, 52 gegen 36. Die Weisen aus diesen erklärten sich dagegen, weil sie den Beschluß für unmotivirt hielten. Endlich wurde ausgesprochen, der Kongreß erkläre seine freudige Zustimmung zu der Wahl des Erzherzog Johann; durch Akklamation angenommen. Für morgen ist die Frage wegen der Organisation der vereinigten Klubs auf der Tagesordnung.

(Kor. v. u. f. D.)

Niederlande.

Amsterdam, 20. Juli. Gott sei gelobt! Auch wir werden uns binnen Kurzem einer Vermögens- und Einkommensteuer erfreuen. Gestern Abend traf vom Haag die tröstliche Nachricht ein, daß die einzusührende Vermögenssteuer 2 Prozent, die Einkommensteuer auf Besoldungen, Pensionen rc. 5 Prozent betragen soll, wogegen die Wahl- und die Schlachtsteuer (Letztere jedoch nur theilweise) aufgehoben werden. Es ist ein wahrhaft erfreuliches Gefühle, daß wir auch mal Bezug auf die property and income tax unseren Nachbarn, den Engländern und Deutschen, nicht nachzustehen brauchen, sondern uns stolz ihres Besitzes rühmen dürfen. Der

einzige noch nicht bestenerte Gegenstand in Holland ist jetzt die Luft; wir sind aber auf gutem Wege „um in ein paar Jahren auch eine Nord- und Westwind-Taxe zu bekommen, eine Ausfuhr, die jedenfalls recht friedliegend ist. In der „Staats-Courant" ist nun Statuss der Einnahmen des Reichen während der ersten 6 Monate des Jahres erschienen, der sehr befriedigend ausfällt, wenn man bedenkt, in welch ungünstigen Verhältnissen wir gelebt haben. Die Total-Einnahme beträgt in 1848 25,415,659 fl. gegen 25,554,814 fl. zur selbigen Periode in 1847, also nur 139,156 fl. weniger. Der Haupt-Ausfall war natürlich in den Schiffahrts- und in den Import- und Export-Zöllen, nämlich 463,000 fl., eben so in den direkten Steuern, welche 300,000 fl. weniger aufbrachten, als in 1847. Daggen brachte das Accise-Departement allein 541,000 fl. mehr auf, als in 1847, ein Beweis, daß in Folge der billigen Lebensmittel der Consum bedeutend größer war, als bei der vorjährigen Theuerung. Es fehlt uns bis jetzt nicht, als eine baldige Belebung des Handels und des Verkehrs, die aber freilich noch nicht in direkter Aussicht steht. — Die Resultate unserer geschäftlichen Verbindungen mit Deutschland ist in diesem Jahre enorm und zeigt sich recht deutlich, wenn wir nur den Artikel „Kaffee" annehmen. In gewöhnlichen Jahren hatte Holland um diese Zeit 300,000 Ballen Java-Kaffee nach Deutschland exportirt; in diesem Jahre sind kaum 70,000 Ballen dahin verladen, also in dem Artikel „Kaffee" allein ein Unterschied von ungefähr fünf Millionen Gulden. Wenn dies das ganze Jahr durch anhält, so werden die statistischen Angaben des Jahres 1848 ganz anders aufstellen, als die des Jahres 1846, welche wir vor uns liegen haben und die folgende Schlüsse liefern: Es wurden in Jahre 1846 in Holland

von Deutschland eingeführt:		nach Deutschland ausgeführt:	
von Hamburg für	4,100,000 fl.	nach Hamburg für	10,300,000 fl.
„ Hannover „	4,300,000 „	„ Hannover „	2,000,000 „
„ Bremen „	1,900,000 „	„ Bremen „	950,000 „
„ Lübeck „	57,000 „	„ Lübeck „	60,000 „
„ Mecklenburg „	1,300,000 „	„ Mecklenburg „	300,000 „
„ Oesterreich „	1,200,000 „	„ Oesterreich „	2,500,000 „
v. Zoll-Verein „	44,400,000 „	„ d. Zoll-Verein „	94,100,000 „
Total-Einfuhr	57,257,000 fl.	Total-Ausfuhr	110,240,000 fl.

Holland exportirt somit fur den Werth von 53 Millionen mehr nach Deutschland, als es von Deutschland importirt, worüber man sich wenigst zu wundern braucht, als vielmehr über die große Differ der Einfuhr, namentlich wenn man erfährt, daß von den 57 Millionen, welche importirt werden, nicht weniger als fur 30 Mill. an den direkten Consume übergeht, daß also 3 Mill. Einwohner von Holland den Werth von 30 Mill. Gulden in deutschen Produkten consumiren. Dergleichen Aufgaben beweisen mehr, als alle Argumente, wie wichtig und gegenseitig vortheilhaft ein lebhafter und ununterbrochener Handelsverkehr zwischen beiden Ländern ist. (Köl. Ztg.)

Italien.

△ Palermo, 11. Juli. Der König der Insel ist endlich erwählt. Die Nationalgarde, welcher die Zeit zu lang wurde, während der das Parlament sich über die Wahl berieth, rückte vor das Sitzungsgebäude und erklärte einfach, daß Niemand herausdurfe, bevor man mit der Wahl zu Stande gekommen sei. Das Unternehmen dauerte ungefähr noch drei Stunden der Herzog von Genua zum König von Sizilien, worauf ein wahres Jubelfeuer die erwohner der guten Stadt Palermo befiel, welches gestern Abend andauerte; der Umgegend verkundeten 101 Kanonenschüsse das wichtige Ereignis. Von Wichtigkeit ist übrigens, daß das im Hafen liegende englische Fahrzeug zuerst die neue sizilianische Flagge aufhißte und mit 21 Schüssen sie salutirte, und der französische Instinkt sogleich nachzuthun nicht ermangelte. Man erwartet hier das in Neapel vor Anker liegende französische Geschwader. Daß englischer Einfluß bei der Wahl des neuen Königs in hohem Grade wirkte, sowie daß die Wahl selbst hastig und der Wichtigkeit des Gegenstandes wenig angemessen vor sich ging, glaube ich schlechthin noch bemerken zu müssen.

Spanien.

* Madrid, 17. Juli. Monsignore Brunelli ist nach La Granja abgegangen. Der Infant Don Francisco de Paula hat Einladung — andere sagen sogar Befehl erhalten, mit seiner Tochter der Infantin Josefa in's Ausland zu reisen. Gestern Nachts gegen 10 Uhr entstand ein panischer Schrecken, als man aus der Gegend des Artillerie-Parks bei Madrid, mehrere Schüsse fallen hörte. Doch beruhigte man sich alsbald wieder, als man hörte, daß es nur einige Schüsse von Schildwachen gegen Diebe gewesen waren.

a Madrid, 18. Juli. Hr. Sancho, Lehrer der Königin, wird sich in wenig Tagen nach Sevilla begeben, um dort bei der Entbindung der Herzogin von Montpensier gegenwärtig zu sein. — General Santos Ladrozo ist wegen einem Gerichte zugekommen worden. — Ein heute in der Gazeta erschienenes Bulletin meldet, daß der Brigadier F. Garcia Paredes nach 2½ stündigem Kampfe die verroigten Banden von Forcadell, Mosqueret, Castello, Borges u. A., mit Verlust von einigen Todten und Verwundeten auf beiden Seiten, zerstreut habe.

Nachschrift.

— Die Frankfurter Oberpostamtszeitung enthält in ihrem amtlichen Theile zwei Erklärungen des Reichsministeriums, welche nur die fast wörtliche Wiederholung der bereits in unserm Berichte über die Sitzung der Reichsversammlung vom 24.) mitgetheilten Erklärungen des Reichsministers des Aeußern, Hrn. v. Schmerling, in Betreff der Fortsetzung des Krieges gegen Dänemark, und der energischen Note an den sardinischen Gesandten Marquis v. Pallavicini wegen vollständiger Aufhebung der Blokade von Triest sind. In der Note suchte der Minister der k. sardinischen Regierung bemerklich zu machen: „daß der Sinn für Deutschlands Ehre und Unabhängigkeit in allen Theilen des Vaterlandes so rege sei, daß das Ministerium bei allen zur Wahrung derselben erforderlichen Schritten auf die volle Zustimmung und Mitwirkung des ganzen deutschen Volkes zählen könne.

* Frankfurt, 25. Juli. Die Verhandlung über die Polenangelegenheit wurde heute in der Reichsversammlung fortgesetzt. Es sprachen die Abgeordneten v. Radowitz, Schuselka, Janiszkowski (im entgegengesetzten Sinne), Kerst, Clemens, Schmidt aus Löwenberg, v. Radowitz und Graf Lichnowsky vertraten den kräftigsten das deutsche Interesse, letzterer besonders gegen Janiszkowski.

Baden. — Karlsruhe, 24. Juli. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer zeigt Geh. Rth. Junghanns, einen Wunsch der Kammer entsprechend, den Stand der politischen Gefangenen in Bruchsal an. Der höchste Stand war 485; jetzt sitzen noch 239, wovon im Laufe der Woche 20 Personen 40 entlassen werden. Abg. Hecker beantragt, daß in neuester Zeit wieder in Freiburg Verhaftungen vorgenommen worden seien, worauf Geh. Rth. Junghanns erwidert, das Justizministerium könne in das Verfahren des Untersuchungsgerichts nicht eingreifen. Bissing spricht den Wunsch aus, daß die Abberufung unserer Gesandten bei auswärtigen Höfen endlich stattfinden möge, nachdem die Bundes-Centralgewalt für die nationale Vertretung zu sorgen habe. Geh. Rth. Junghanns erwidert dem Redner über die auswärtigen Angelegenheiten von dessen Standpunkte, welchen nach einigen Bemerkungen der Abgg. Blankenhorn, Buhl, v. Ihstein, Böhme und Zell die ganze Kammer beitritt — Kenntniß geben. Vor Schluß der Sitzung zeigt der Präsident an, daß nun die Kammer wieder auf einige Zeit beurlaubt werde (wahrscheinlich auf 3 Wochen); daß aber inzwischen die Kommissionen über das Notariats-, die Verwaltungs- und Gerichtsorganisation, das Eisenbahnbau-Budget ihre Aufgaben lösen werden. (Karlsr. Z.)

Wegen des Verbots aller demokratischen Vereine sind heute keine Interpellation in der Kammer statt. Das war klug, denn sie wurde weder in noch außer dem Saale eine günstige Aufnahme gefunden haben.

Mannheim, 23. Juli. Die heftigen Verwanden Heckers erzählen, Hecker habe sich entschlossen, Anfangs September nach Nordamerika auszuwandern. (D. Z.)

Das Kriegsministerium im Wien berichtigt auf den Grund eines Berichts des Feldmarschalls Radetzky vom 15. d. die in mehreren Zeitungen enthaltene Nachricht eines angeblichen Sieges über die sardinische Armee. Der Feldmarschall erwartet nach Berichten aus Parma vom 19. d. M. den Armeekorps des Feldmarschall-Lieutenants Welden, dem er einen Hauptschlag aufsuprt.

** Aus Verona vom 22. Juli Abends haben wir direkte Briefe vor uns liegen, welche durchaus nichts von dem Gefechte vom 18. Juli bei Governola erwähnen, das das Piemontesen und der provisorischen Regierung zu Mailand Anlaß zu überschwenglichen Siegesbulletins gab. Die Stadt Verona kommt ganz ihrer Bestimmung gemäß zu sein, wie wir gleich anfangs vermutheten. Wir bemerken hiezu, daß ein späterer piemontesischer Bericht selbst die Zahl der angeblich den Oesterreichern abgenommenen Fahnen von zwei auf eine vermindert, auch statt 4 erbeuteten Kanonen nur 2 setzt. Man darf daraus schließen, daß auch an der Zahl der angeblich gefangenen 400 Oesterreicher ein bedeutender Abstrich zu machen sein wird. Im Augenblick des Empfangs obiger Briefe auf Verona bereitete man sich eben zu einem Ausfalle und die größte Kampflust beseelte die Truppen. Der Berichterstatter hofft in wenigen Tagen gute Nachrichten geben zu können.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 25. Juli. Oesterr. 5proz. Metall. 68, 4proz. 56, 3proz. — 2proz. 35. Bankaktien 1200, 0 500 fl.-Loose 110¾, 250 fl.-Loose 74. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 88¼ P — G. Staat schuldscheine 3½proz. 76. — Bayer. 3½proz. 96. — Ludwigs-Berbach. 68¼. — Württemberg. 3½proz. 79¼. 4½proz. 94½. — Bad. 3½proz. 77. Loose-Anleihen à 50 fl. 48½. — 35 fl.-Loose 27. — Darmstadt. 3½proz. 79. 4proz. 88¼. Loose-Anleihen von 50 fl. 64½. 25 fl.-Loose 22. — Kurhess. Friedr.-Wilh.-Nordb. 40½. 40 Thlr.-Loose 26½. — Nassau 3½proz. 83. 25 fl.-Loose 22. — Frankf. Zproz 82½. 4½proz. 94½. 95½. Taunusbahn 288 — Holland. Integr. 46. — Span. 3proz. innere Schuld 18½. — Port. 3proz. 30 fl.-Loose 25. 500 fl.-Loose 64 — Sard. 36 Fr.-Loose 24½. Dän. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 26.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 8 fl.
Halbjährig 4 fl.
Vierteljährig 2 fl. 36 kr.

Freitag den 28. Juli 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile 4 Kr. Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, den 27. Juli.

Se. Maj. der König haben unter'm 19. Juli den bisherigen Landwehrmajor und Kommandanten des Landwehrbataillons Heidenheim, Joh. Georg Ernst Friedrich Kranz, die nachgesuchte Entlassung aus dem Landwehrdienste zu verleihen, und unter dem 21. Juli dem Landgerichtsarzt Dr. Alban Medibus zu Ludwigsstadt, seiner Bitte um Versetzung willfahrend, auf die erledigte Landgerichtsarztsstelle Ludwigsstadt, und auf die hierdurch erledigte Landgerichtsarztsstelle Ludwigsstadt den Landgerichtsarzt Dr. Friedrich Haller zu Rottenbuch, seiner Bitte um Versetzung entsprechend, zu versetzen geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

X Frankfurt, 25. Juli. (47. öffentliche Sitzung der deutschen Reichsversammlung.) Wenn sämmtliche Redner, welche sich eingeschrieben haben, um in der Posener Frage das Wort zu ergreifen, nicht großentheils auf dasselbe verzichten, so wird diese Angelegenheit noch eine ganze Woche den Reichstag in der Schwebe halten. Glücklicher Weise aber ist heute, am zweiten Tage der Berhandlung, der Faden der Erörterung schon so ziemlich abgesponnen, und wir werden schwerlich morgen noch etwas Neues zu hören bekommen. Die Gefühlspolitiker der Linken, so viele auch ihrer schon gesprochen haben, brachten immer nur dieselben Gründe, so immer nur dieselben Phrasen zu Tage, als da sind: Polen sei unglücklich, Posen müsse vergrößert werden; Frankreich verlange es, ohne Polen könnten wir dem russischen Kolosse nicht die Spitze bieten, und was dergleichen aufmunterale, der Schwachheit des Herzens entsprungene Brustschlagwörter mehr sind. Vogt und Ruge verschieren uns der Freundschaft Frankreichs, um uns Muth zegen Rußland zu machen; Schuselka behauptete das Gegentheil, man fürchte in Paris die Ideen des deutschen Reichs, man werde sich dagegen erklären, und darum wünsten wir uns mit den Polen auf dem freundschaftlichsten Fuße leben. Ganz anders sprachen Jordan von Berlin, Goeden aus Kurzeyon, Radowitz und andere sich dennoch gesinnte Patrioten, welche im Bewußtsein deutscher Kraft und deutschen Rechtes jede fremde Einmischung mit Entschiedenheit zurückweisen und die Zukunft Polens dahin beschränken, ein Schutzland des deutschen Reiches zu werden. Von einer Schöpfung eines neuen Polens dachte so lang keine Rede sein, als es nicht die Elemente eines wohlhäbigen Polens, einen mächtigen Bürgerstand in seinem Schooße besitze. Die Polen selbst sehen dieses auch ein und fürchteten sich vor ihrem eigenen Regimente, um so weniger könne man ihnen also eine halbe Million Deutsche Preis geben.

Die Schwierigkeit im gegenwärtigen Augenblicke liegt darin, daß ein Theil der sudpolnischen Partei, welche in der Paulskirche über ein Zünftel oder Sechstel der Stimmen verfügt, wegen der Theilung der Diözesen Grenzen, welche in Folge der politischen eintreten muß, mit der Demarkationslinie anzufreden ist, überhaupt nicht gerne dem protestantischen Elemente in Deutschposen in die Hände arbeiten mag und drehalb den Fortbestand des früheren Zustandes vorzieht. Im Grunde betrachtet wird auch, die Abstimmung mag für oder gegen die Abgrenzung ausfallen, das Resultat dasselbe, das heißt Posen bei Deutschland bleiben, und es frägt sich nur, ob es gera henre sein möchte, das ganze Land oder nur den polnischen Theil desselben als deutsches Schutzland mittelbar mit dem Reiche zu verbinden.

Der letzte Redner, welcher heute die Sache unsers Mitrianders versocht, war Lichnowsky; er hat viel Aehnlichkeit mit Hecker sowohl in der Stimme und der Lebendigkeit des Vortrages, als in der Entschiedenheit seiner Ansichten; er hatte es hauptsächlich mit Janiszkowski zu thun, einem Mitglieds des aufgelösten polnischen Zentralkomites und des Prager Slawenkongresses, der von den westlich von der Festung Posen gelegenen, noch faß ganz polnischen Kreisen Bud und Samter in die Paulskirche gewählt worden ist, um hier unsern in der Politik obenhin schwachen Philosophen, so wie den sentimentalen Haudwurstgefallen auf der Gallerie vollends die Köpfe zu verrücken. (Fortsetzung morgen.)

Wir tragen auf der 46. Sitzung der deutschen Reichsversammlung vom 24. d. noch die ihrer deutschen Richtung wegen mit so großem Beifall von der Mehrheit aufgenommene Rede des Abg. Jordan (von Berlin) ausführlich nach, und lassen derselben die kurze Rede Goden (von Krotoschyn) vorangehen, der in gleich deutscher Weise sich ausspricht:

Goeden von Kerosyn: Zum zweitenmal soll ich unsere Sache nicht gegen den Feind, sondern gegen Deutsche vertheidigen. Unser Recht beruht nicht auf der Vergangenheit, sondern auf den Verhältnissen der Gegenwart. Das Großherzogthum Posen ist zusammengesetzt aus deutschen und polnischen Elementen. Das Verhältnungsverhältniß ist ein ziemlich gleiches. Die letzte Katastrophe hat gezeigt, daß die Wiederherstellung Polens nicht in unserer Provinz, sondern nur in Warschau ihre Lösung finden kann. Unsere Stellung ist seit der letzten Krise eine andere geworden; wir stehen auf dem Boden der Revolution. Kann war in Berlin die Freiheit erstanden, als auch der Pole glaubte, die Sanktionirung der sein Vaterland so heraufgerufen. Der Deutsche heute seine Hoffnung; er hatte vergessen, daß 1846 seine Vertilgung um jeden Preis beschlossen war. Da kamen die polnischen Uebergriffe und die bekannte Katastrophe. Wir sind Deutsche und haben das Recht es zu sein, durch die geänderte Rechtsstellung und durch die Revolution, welche ein ferneres Zusammenleben der beiden Völker nun unmöglich macht. Unsere Rechte sind keine solchen, daß ein entgegengelegter Beschluß sie ändern könnte. Ich könnte mich berufen auf die Germanschaftlichkeit der Abstammung, auf unsere Gesinnung für Deutschland. Ich will nicht hinstellen auf die eine Seite von Deutschlands neuer Geschichte seine Beschlüsse für Schleswig, Limburg und Böhmen, auf die andere Seite einen Beschluß wegen Posens. Wir werden unsere Rechte durchsetzt erhalten mit der Schärfe des Schwertes einer Nation gegenüber, die durch ihr Verhalten den Beweis ihres Rechts der Selbstständigkeit noch nicht geliefert hat. — Jordan von Berlin: Ueber die Frage, bei welcher die jetzt die Fürsten entschieden haben, sitzt nun zum erstenmale das Volk zu Gericht, und es fragt sich, ob das Volk den Beschluß seiner Fürsten bestätigen wird. Es handelt sich um die peinzipielle Frage, ob der Grundsatz einer Gebietstheilung anerkannt werden soll; und ob zweitens die Art der Theilung anerkannt werden soll. Man ist mit einem Antrage ausgegangen, als ob Posen nur eine polnische Provinz sei. Diese Ansicht ist sehr falsch. Der Netzdistrikt im Norden hat früher zu Pommern gehört. Auch der westliche Theil ist entschieden deutsch. Es steht fest, daß ein großer Theil nicht polnisch ist. In Berlin verlangte die Polen Reorganisation und man gab nach. Die Deutschen glaubten, die Wahrung auch ihrer Nationalität verlangen zu sollen. Es kommt, sagte sie, nicht darauf an, wem früher das Land angehörte, sondern wer es jetzt bewohnt. Darum begehrten sie Scheidung. Es fragt sich, sollen wir eine halbe Million zu Deutschen zwingen, oder als gedultete Volk bei einer andern Nation lassen, die nicht so viel Humanität hat, als die deutsche? Wer den letzten Theil der Frage bejaht, den hatte ich mindestens für einen unbewußten Volksverräther. Die Theilung ist im Gangen nach dem obigen Grundsatze vollzogen. Aber die Anwendung der Theorie nach der Praxis bringt Zuwiderungen. Man dachte seine Enklaven bestehen lassen; also gibt es auf beiden Seiten Nationalitätsinseln. Dann kann auch die eigene Sicherheit Deutschlands, nemlich die Beseitigung der Polenfrage ins Spiel. Diese Festung ist nur von Bedeutung durch ihre Verbindung mit den übrigen Vertheidigungspunkten. Deshalb ist das Prinzip der Schirmvasallie nicht zu etwas verlegt. Preußen hätte sich bei einer andern Handlungsweise einer Pflichtverletzung schuldig gemacht. Ich befinde mich bei meiner Ansicht im Gegensatz mit meinen politischen Freunden in einem Theil der öffentlichen Meinung. Ich hoffe, daß die ersteren die Macht der Wahrheit anerkennen werd. Die öffentliche Meinung beginnt sich seit zwei Monaten zu ändern. Es ist eigenthümlich mit den Sympathien mit Polen. Je mehr nach Westen, desto mehr steigen sie; je näher nach Osten, desto mehr minken sie sich. (Heiterkeit.) Es spricht dies weniger gegen den Charakter der Polen, als daß die Sympathien auf einem vorausgesetzten Kosmopolitismus beruhen. Der tapfere und edle Charakter der Polen ist nicht zu verkennen; man soll sie bedauern. Es ist etwas Anderes, menschlich ergriffen zu sein von einem Trauerspiel, als etwas Anderes, es endgängig machen, das Nun der Geschichte zurückschrauben zu wollen. Man sagt, die polnische Klagheit rathe, die Gerechtigkeit gebiete, und die Humanität verlange die Wiederherstellung Polens. Es heißt, Deutschland deshalb seine Westmauer gegen Rußland, gegen die östliche Barbarei. Es wäre eine Schmach, wenn ein kompaktes Volk von 45 Millionen gegen ein Volk, welches auf ausgedehntem Raume um ', stärker ist, überhaupt einer Vormauer bedürfte. Denn was berechtigt uns zu der halb-geschafften Annahme, daß eine Nation, der wir den Hauptstoß gegeben haben, auf immer werde unser Freund werden. Von denselben Augenblick an, wo es Polen gelänge, einen dreimonaten Frieden mit Rußland zu erzwingen, würden Polens nach Russlands Interessen Hand in Hand gehen. Man predigt und Russenhaß. Die, welche es thun, wissen nicht, was sie thun. Ein Haß gegen ein Volk ist gegen alle Zivilisation. Das Aeußere der Russen mag verdorben sein doch

falschen Schein der Jovialsation; der Kern aber ist gesund. Der Haß kann nur gegen das System der Despotie gehen. Der Aufstand aber kann nur der Despotie eine Waffe sein. Auch in Russland bereitet sich Anderes vor, und es kann vielleicht in wenig Jahren in die Reihe der freien Völker treten. Man reize aber nicht durch Haß; sonst kann der Sturm gegen uns sich entladen. Man droht uns mit Frankreich, wenn wir Polen nicht freigeben. Das Rheingebiet in Frankreich ist, wie schon mein Freund Vogt auseinander, deutschredend, und ich kenne seine Ansicht nur zu bestätigen. Setzet aber auch, Samarinez Freiheitsgeist ist nicht mehr seine Nachfolger zu regezwungen, gejeune ed der Versammlung diesen Grund in die Wagschale zu legen? Polen frei geben ist unsinnig. Es ist Zeit für Deutschland, zu einem gesunden Volksregeistmus zu kommen, ohne den auch nie ein Volk groß geworden ist. Doch dies und von den Polen Losgetrennten verdammt. Wir sollen um jeden Preis die Sünden der Väter, die Sünden der Despotie sühnen. Ja wir will mir nicht auf juristische Erwägungen einlassen. Unser Recht ist das der Eroberung, der Eroberung durch die Pflugschaar, welche nicht zurückgegeben werden kann. Im Westen sind wir erobert worden, im Osten haben wir das Unglück gehabt, zu erobern, und dies hat viel Poeten Gelegenheit gegeben zu Jeremiaden. Wollen wir sie so gerecht sein, so müssen wir Deutschland aufgeben bis an die Saale. Polen war schon vor Preußens Herrschaft zum Theile deutsch. Wenn die polnischen Edelleute bei ihrer Wirthschaft zurückgekommen waren, so hetten sie deutsche Pächter, welche den Boden den doppelten Ertrag abgewannen, und durch Wortschaft, die sie leisteten, zum Eigentum oder Erbpacht kamen. Die Ueberlegenheit der deutschen über die meisten slavischen Völker ist eine Thatsache, die nur sich eben nicht umstoßen läßt. Die Theilung Polens war nur die Proklamation einer Thatsache, die Besatzung einer Leiche. Im J. 1772 nanate Rousseau die Fortsetzung des polnischen Staates das größte Wunder. In demselben Jahre freilich war das Wunder zu Ende. Die Reformparteei war zu schwach; ein großer Theil des Adels warf sich Russland in die Arme, und da blieb nichts übrig, als die Nation ganz zu Grunde zu lassen mit Gefahr für die eigenen Provinzen, oder den Raub zu theilen. Es war von jeher Aufgabe der absoluten Monarchie, durch Vernichtung der Aristokratie die Democratie vorzubereiten. Auf welche Weise Oesterreich und Russland ihre Aufgabe bei Polen begriffen haben, kann nicht berührt werden. Preußen hat seine revolutionäre Aufgabe wohl erkannt. Bisweilen widersprechenden Instructionen zum Trotz, es hat es sich wieder erhoben und an den Tagen der tiefsten Erniedrigung die Errungenschaften der Revolution, seine Städteordnung, die Zünftigmachung von Grund und Boden, seine demokratische Wehrverfassung sich angeeignet. Durch diese großartigen Sophismen hat es sich auf eine Stufe erhoben, auf der es sich jetzt nach Belzegung der Reaktion vorbereitet zur vollständigen Entwickelung der Democratie. Es hat die Polen ergeben und ist im Stande, sie zu neuen widerstrebenden Elemente möglich war. Die Polen waren unter preußischer Herrschaft leider etwas unterdrückt, aber nicht mehr als die Preußen selbst. Die Polen hat man auf alle möglichs Weise aufgemuntert, sich zu Bauern anzusiedeln. Aber sie wollten sich nicht auf diese praktische Weise mit der Reorganisation beschäftigen, wo es durch die Sorge der Beamten für das Volk hätte geschehen können. Sie gingen mit Galopade durch ganz Europa herum, um für irgend einen Zusammenstoß zu wirken und dann einen Befreiungsversuch zu wagen. Preußen kann sich ruhig den Vorwurf des Volksmordes gefallen und seine Thaten sprechen lassen. Es kann zeigen, was Polen ist, und diejenigen, die es noch wissen, erzählen lassen, was Polen war. Ein großer Theil der Grundstücke ist in deutsche Hände übergegangen; soll das so erworbene Land wieder abgegeben werden? Die praktische Thätigkeit war nie Sache der Polen; Preußen hat nur die Aristokratie gestürzt; die Bauern wollen preußisch bleiben. Der Adel und ein Theil der Geistlichkeit hat die Wohlthaten nicht anerkannt und einen Theil des Volks allmälig in den Kampf gezogen. So lange Preußen sie gewähren ließ, waren sie zufrieden; als es die Gleichstellung begann, hat der anversöhnliche Haß angefangen. Man wird sagen, in der letzten Revolution waren Tausende von Sensenmännern. Diese hat man durch Vorspiegelungen einer Gefahr für ihre Religion aufgereizt. Man hat gesagt, man wolle sie evangelisiren; in Polen ist evangelisch und katholisch gleichbedeutend. Die Aufregung gewann an Allmählich. (Der Redner verliest die bekannte Proklamation „an das deutsche katholische Volk", untergeichnet die deutsche katholische Geistlichkeit. Er sagt fer, daß er weit entfernt sei, der katholischen Geistlichkeit im Ganzen derartiges zuzuschreiben.) Es mag sein, daß die unterschrift falsch ist, aber es ist gewiß, wenn man so lange Zeit zu können glaubte. Selbst während des Kampfes war die Begeisterung bei zu hohen Grade nationale; nicht unter der roth und weißen Fahne wurde gefochten, sondern unter dem Kruzifixe. Die Bauern sind jetzt von der frühere Meinung zurückgekommen und haben erklärt, daß sie sich nicht mehr täuschen lassen wollen. Es steht jetzt so, daß die Regierung mit Ruhe eine Reaktion zurückhält, und bei einer neuen Schilderhebung wären Scharen wie in Galizien zu fürchten. Man spricht von der Gesinnungsänderung des Kreis, von dem demokratisch-sozialen Katechismus von Nicolewsky. Es ist seine große Kunst, französische Phrasen in's Polnische zu übersetzen. (Gelächter und stürmischer Beifall auf der Rechten, Zischen auf der Linken.) Ja acht den Charakter der Verfasser. Aber mit einem Katechismus sind die Erinnerungen von Jahrhunderten nicht auszumischen. Die Polen mögen jetzt zeigen, ob sie im Stande sind, nicht blos gesellige Talente im Salon zu entwickeln. Wenn es sich blos darum gehandelt hätte, auf die Ansicht der Versammlung zu wirken, würde ich nicht so lange gesprochen haben. Aber ich glaube, daß die Tribüne auch auf die öffentliche Meinung auswärts zu wirken hat. Bei Ihnen wird es gelten, die Freiheit hoch, aber des Vaterlandes Wohl über Alles. (Sturmischer Beifall.)

Belgische Zustände.

** Brüssel, 22. Juli. Wir erfreuen uns der Segnungen unserer konstitutionnel-monarchischen Institutionen, und das Bewußtsein des aufsäßigen Glückes, das wir im Innern so deutlich besitzen, durchdringt lebendig alle Klassen des Volkes, von der ersten bis zur letzten. Dieß zeigte sich wieder recht frecherweise in der allgemeinen Theilnahme, mit welcher vorgestern die siebenzehnte Jahresfeier der Thronbesteigung unseres Königs begangen wurde. Nicht blos die verschiedenen Ministerien und alle andern öffentlichen Gebäude, sondern auch eine große Anzahl von Privathäusern so wie die in den verschiedenen Bassins unsers liegenden Schiffe waren vom frühen Morgen an mit Flaggen und Wimpeln in den nationalen Farben reich geschmückt. Mittags erschienen JJ. MM. der König und die Königin mit ihren Kindern, dem Herzog von Brabant, dem Grafen von Flandern und der Prinzessin Charlotte, und gefolgt von ihrem Hofstaate, in der St. Gudula-Kathedrale zu dem feierlichen Tedeum, das dort abgehungen wurde. Das diplomatische Korps, unter welchem wir auch den Minister der französischen Republik, Hrn. Quinett, mit seinem Gesandtschaftspersonale, dann die Minister von Oesterreich und Preußen Graf v. Wopna und Hrn. v. Seckendorf bemerkten, so wie alle Minister, die Präsidenten beider Kammern, und die höchsten Civil- und Militair-Behörden, die Stadt der Bürgergarde und des Heeres u. s. w. waren zugegen und nahmen die für sie vorbehaltenen Plätze ein. Der ganze übrige Raum der weiten herrlichen Kirche war von einer dichten Volksmasse gefüllt. Auf ihrem Wege zur Kirche wurde die königliche Familie überall vom lebhaftesten Jubelrufe begrüßt. Dasselbe war der Fall, als Nachmittags König und Königin mit ihren Kindern zu Pferde durch die Straßen der Stadt gingen und nach Laeken zurückkehrten. Abends wurde die öffentlichen Gebäude glänzend beleuchtet, und eine große Zahl von Einwohnern der Stadt hatten aus freiem Antriebe das Gleiche gethan, so daß die Straßen der Stadt mit der heute friedlich wogenden Menge einen zauberhaft schönen Anblick gewährten. Das Weiter begünstigte die Feier ganz besonders. Unter den verschiedenen Körperschaften, welche Abends bei dem Tedeum in der St. Gudulakirche erschienen waren, bemerkte man auch die September-Verwundeten, die durch ihre Gegenwart bewesen wollten, daß alle Belgier, welche an der Revolution von 1830 Theil genommen, von den gleichen Gefühlen der Liebe und Anhänglichkeit für den Herrscher beseelt sind, den die Nation sich gewählt hat, und daß sie heute wie damals bereit wären, ihr Blut für das Vaterland zu vergießen. Diese Gefühle der Liebe und Anhänglichkeit für den Fürsten, wie die Verehrung für seine Familie sind nun in den Herzen unserer Bürger, wie in den Herzen aller wahren Belgier, ein Glaubensartikel geworden. Es bedarf keiner besondern Beweise von der Unwohrheit ihrer Angabe. Die Agenten der französischen Propaganda spucken noch immer unter uns, wenn sie es auch nicht wagen, offen hervorzutreten. Einzweilen suchen sie unsere Arbeiter zu Unordnungen zu verleiten, Zusammenrottungen zu veranlassen. Ihre Gleichgesinnten unter uns selbst, sind so gänzlich in Ohnmacht und entmuthigt, daß sie vorläufig es für geraiten erachten, zu verstummen. Die Gesellschaft der „Alliance," von welcher zuletzt alle konstitutionellen Elemente ausgeschieden waren, so daß nur Leute ohne alle Bedeutung und Einfluß darin zurückblieben, steht am Vorabend ihrer gänzlichen Auflösung. Die wenigen noch vorhandenen Mitglieder mögen endlich zur Einsicht kommen, daß sie hier auf dürren Boden säen. Belgien will entschieden nichts von der Republik wissen; unter einer Regierung von entschieden freisinnigen Grundsätzen sind ihm verschiedene monarchisch-repräsentativen Institutionen lieb geworden. Die „Alliance" selbst steht sich genöthigt, die Republik jetzt zu verläugnen. Sie hat eine Art monarchischen Glaubensbekenntnisse ersheinen lassen, das übrigens in ziemlich bonte Phrasen gehüllt ist, jedenfalls als eine Palinodie betrachtet werden muß, und auch von Jedermann nach seinem wahren Werthe bemessen wird. Im Uebrigen scheint die Alliance, sesend, wie der politische Boden unter ihren Füßen weicht, sich nun auf die Fragen der materiellen Interessen werfen zu wollen, um auf diesem Felde der Regierung den Krieg zu machen. Sie wird in schwierig größeren Erfolg erlangen. Zu den Herren Weber und Spinner in Flandern, seit 10 Jahren schon im Zuachmen, hat durch die französische Februarrevolution allerdings nur noch zugenommen, indem der Absatz der Erzeugnisse dieses Industrieziveiges auch Frankreich seinem vollends den letzten Stoß erhalten hat. Inzwischen steht jeder Vernünftige ein, daß die Regierung auch mit den besten Willen da nicht durchgreifend helfen kann, am allerwenigsten allein, ohne Zuthun der Gemeinde und Provinzialvertretungen. Sie hat nun im Interesse der Linnenindustrie und der Fabrikanten und Kaufleute selbst erhöhte Ausfuhrprämien festgesetzt. Insbesondern hat der Minister des Innern die Gouverneure der beiden Flandern

aufgefordert, die Aufmerksamkeit der eben jetzt zu Gent und Brügge versammelten Provinzialräthe auf die Frage des Pauperismus in seinen Beziehungen zu der industriellen Krise zu lenken, unter welcher jene Theile Belgiens ganz besonders leiden. Wäre die politische Lage weniger feindlich gewesen, so hätte die Regierung mehr thun können, um dem Nothstande der beiden Flandern Abhülfe zu bringen, so weit solche überhaupt möglich ist. Die Lage dort ist fast dieselbe wie im preußischen Schlesien: die Handspinnerei erliegt unter der erdrückenden Konkurrenz der Maschinen, und diesem Uebelstande vermochte selbst eine russische Ukase vorgreifende Zwischenfuhr hat die Regierung trotz der schwierigen politischen und finanziellen Lage gethan, was möglich war. Maßregeln zur Vervollkommnung der Linnen-Industrie worden getroffen, in mehreren Bezirken neue Industriezweige eingeführt, einer großen Anzahl von Gemeinden beträchtliche Geldzuschüsse angewiesen für Aufbesserung oder Neubau von Bleichwegen, wo so die Armen zu beschäftigen und ihnen Verdienstmittel zu gewähren; große hydraulische Arbeiten, Anlegung neuer Verbindungswege u. s. w. worden angeordnet, andere für Urbarmachung noch öde dalegender Strecken des Bodens werden alsbald beginnen, und da werden viele Familien sich nicht verlassen können. Hemmte nicht der Einfluß der finanziellen Krise das Flußgewerben der Kapitalien und alle Operationen, die auf dem öffentlichen Kredit beruhen, so wäre noch viel mehr bereits geschehen. Zu Gent hat der Provinzialrath bereits eine besondere Kommission für Prüfung der oben erwähnten wichtigen Frage ernannt: dasselbe ist zu Brügge geschehen. Einträchtiges Zusammenwirken herrscht überall. Wirklich erhebend sind die Beweise von wahrer Vaterlandsliebe und aufopfernder Hingebung welche bei Erhebung des Zwangsanlehens in allen Theilen des Landes sich kundgegeben. Vergebens hatten die radikalen Blätter, indem sie über angebliche Ungesetzlichkeit der Maßregel in die Lärmtrompete stießen, zu Zahlungsverweigerung aufzureizen gesucht, und jetzt da sie mit diesen Bestrebungen gescheitert sind, suchen sie glauben zu machen, die Zahlungen seien erzwungen worden. Die Thatsache aber ist, daß das ganze erste Anlehen (hervorgehend aus den acht Zwölftheilen der Grundsteuer) so wie der Betrag des zweiten erhoben worden sind, ohne daß irgend ein gerichtliches Einschreiten nothwendig wurde. Wir haben allerdings auch einige sogenannte gute Patrioten, die ihr Land bereitwillig strafwürdigen Versuchen gegenüber wehrlos gelassen, die gar nichts dagegen eingewendet hätten, wenn es seine Verpflichtungen nicht erfüllt, seine Schulden nicht bezahlt hätte. Die Patrioten solcher Gattung, werden freilich ihre Zahlung auf das Ende der Kammern bewilligte Anleihen verweigern, und dazu gezwungen werden. Das wird unfehlbar geschehen, die Regierung ist nicht gemeint, sie der Achtung vor dem Gesetze zu entwöhnen. Das Land aber weiß recht gut, daß nur der böse Wille der Betreffenden solche Strenge ihnen zuzieht. Aber die derartigen Fälle sind sehr selten, dagegen herrscht allgemein die größte Bereitwilligkeit zu den verlangten Opfern, und diese Bereitwilligkeit sogar schon im Voraus die in nachstfolgenden Fristen verfallenden Einzahlungen geleistet, und die Gewißheit ist gegeben, daß das Anlehen vollständig und ohne Schwierigkeit eingehen wird. An vielen Orten wirten die Bürger gemeinschaftlich zusammen, um den richtigen Eingang der Zahlungen an die Staatskassen sicher zu stellen. Die kleinen Städte und Dörfer waren durch das Verfahren der Behörden geärgert worden, aber auch unter denen, welche zahlen müssen, wurde es vielen schwer halten ihre Zahlung wirklich zu leisten. Zu vielen Gemeinden nun sind die wohlhabendern Bürger diesen aus eigenem Antriebe zu Hulfe gekommen, haben für sie gezahlt. Besonders ist dieß zu Lüttich geschehen, wo einige reiche Personen durch Unterzeichnung beträchtlicher Summen einen Fond gründeten, um welchem die Zahlung für bedürftige Steuerpflichtige geleistet wird, und zwar in einer Weise, daß auch das Selbstgefühl der so Unterstützten nicht dadurch verletzt wird. Das ist wahrer Patriotismus, der überall Nachahmung verdient. — Der Kriegsminister hat angekündet, daß er, um die Staatsfinanzen nicht zu erschweren, dieses Jahr keine Truppen ins Lager von Beverloo ziehen werde. Der neue Minister der öffentlichen Arbeiten Hr. Rolin, bisher Advokat und Gemeinderath zu Gent, hat nun den Eid in die Hände des Königs geleistet und sein Amt angetreten. Das öffentliche Verlauen kömmt ihm entgegen, und er gilt allgemein als ein Mann, der daselbe durch seine Fähigkeit wie durch seinen Charakter auch verdient. — Bekanntlich macht nicht leicht ein Volk mit größerer Ruhe über die Aufrechthaltung seiner Nationalität als das belgische. Daß für dieselbe nur von einer Seite, von Frankreich her, Gefahr drohen kann, erkennt man hier recht gut, und darum ist auch die Stimmung so entschieden antifranzösisch, trotz der vielfachen Nachsichtsreien von Paris, deren man nun einmal sich nicht zu entschlagen vermag. Die Septemberfeste zum Andenken an die Revolution von 1830 waren dieser mehr als einer den Pariser Festlichkeiten nachgebildet, bis nun nach Ludwig Philipps Sturz freilich eingegangen sind. Nun ist eine eigene Kommission gebildet, welche Vorschläge machen soll, um den Septemberfesten hier einen recht nationalen Charakter zu geben. — An polnischen Tagtenreisenden ist außerdem blos zu erwähnen, daß vor einigen Tagen schon der preußische Gesandtschaftssekretär Graf Hentel von Donnersmarck von hier nach Madrid abgegangen ist, wo er die Stelle eines ersten Gesandtschaftssekretärs einnehmen wird. — Die Fremden, welche dieses Jahr Paris schonen, strömen uns fortwährend in großer Zahl zu, bei uns die Annehmlichkeiten der Ruhe und eines geordneten gesetzlichen Zustandes zu genießen. Auch unser Seebad zu Ostende soll sich mit Gästen, unter denen Engländer und Franzosen die Mehrzahl bilden, einer recht erfreulichen Erwerbsquelle. Wir haben hier schon neues Getreide von vorrefflicher Qualität auf dem Markte.

Deutschland.

Bayern. Bamberg, 25. Juli. In der gestrigen Sitzung des hiesigen Gewerbevereins machte der Vorstand die Eröffnung, daß durch Se. Maj. den König dem Verein die Summe von 5000 fl. aus Staatsmitteln zugewiesen sei, um ihn hiedurch in den Stand zu setzen, seine Aufgabe, nemlich Hebung und Förderung der Gewerbsindustrie in hiesiger Stadt, um so ersolgreicher lösen zu können. Mit allgemeinem Jubel wurde diese Eröffnung begrüßt. (Bayk.)

Preußen. Berlin, 24. Juli. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung fand die Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten statt. Der bisherige Präsident Hr. Grabow erhielt wiederum die meisten Stimmen (290 unter 335 Votanten); nächst ihm Temme 13. Ein gutgesinnter Mitglied gab dem der deutschen Sprache wie des Lesens und Schreibens unkundigen Abgeordneten Kielsky aus Oberschlesien seine Stimme. — Zu Vizepräsidenten wurden erwählt: Kosch mit 190, Jonas mit 183, v. Unruh ebenfalls 183, Phillips mit 178 Stimmen. Nächst ihnen hatten die meisten Stimmen: Waldeck (112), Temme (89), Jacoby (90), Rodbertus (36), v. Auerswald (32) u.

" Wir haben heute auch den neuen preußischen Verfassungsentwurf, wie er aus den Berathungen der Verfassungskommission hervorgegangen, erhalten. Wir werden denselben vollständig mittheilen.

Oesterreich. Wien, 24. Juli. Das Ueberhandnehmen der Zügellosigkeit der Presse muß gegenwärtig zu ernsten Besorgnissen Anlaß geben. Abgesehen von der Unzahl kleiner Tagblätter, welche wie Pilze über Nacht aufschießen und leias unsere Tendenz haben, als Schimpf und Schmähung über Alt ohne irgend ein verständiges Prinzip, empfer sich in der letzten Zeit auch das Gefühl für Anstand und Sitte bei dem fürzesten Gange über die Straße. Riesiger Plakate an den Ecken nicht zu gedenken, sonst große und schreiendende Kinderstimmen in die Ohren, welche Blätter des obrönsten, niederträchtigsten Inhalts zum Verkaufe ausbieten. So weit ist es bereits gekommen! So verstellt man in der Presseheit sich eine verkehrteste Weise nehmen auch die aufreizenden Artikelstreiber gegen die Juden zu. Man ruft seit einigen Tagen laut ein Blatt aus: „Wie den Juden die Schädel eingeschlagen werden!" Die Gereiztheit des Pöbels gegen die Juden ist obnehin bereits sehr groß, und diese beständigen Aufregungen gegen dieselben können Folgen hervorbeschwören, welche auf unsere Zustände, auf unsere Geschichte einen sehr traurigen Schatten werden werfen werden. Der ersten Pflicht des hiesigen Publikums steht mit Schmerz und Entrüstung auf dies Treiben, allein die Regierung scheint leider noch nicht erstarkt genug, um hier mit Entschiedenheit einschreiten zu können. Das über das Unwesen empörte Publikum nimmt daher manchmal zu anderen Mitteln, zur Selbsthilfe, seine Zuflucht, um Versuchen, welche sicher noch zu verhindern, wohl aber bei der Schwäche der Behörden, die nicht einschreiten wie sie sollten, begreiflich ist. So wurde vor einigen Tagen Hr. Mühler, Redakteur des ultrarabikalen Freimuthigen, dreh gezwichtigt für mehrere Artikel seines Blattes, welche allerdings mit Recht die größte Entrüstung erregt hatten. — Ein neuer Judenfeindzug schwirt sich mit dem Beginn des österreichischen Reichstags neu gestalten zu haben, der Handel mit Einwanderern und Hausirern besselben. Man hat schon das Stück um 4 fl. C.M. verkauft. — Ein neuer Verein zur gesetzliche Ordnung und wahre Freiheit hat eine sehr freisinnige Tendenz, daß sich aber streng innerhalb der konstitutionellen Grenzen und tritt dem Umgreifen des Radikalismus entschieden entgegen, was auch nur mit der aufrichtigsten Freude begrüßt werden kann.

In der Sitzung des konstituirenden Reichstags vom 24. Juli interpellirt Rieger das Ministerium wegen Hr. Brauner, welcher von einem böhmischen Wahlbezirk zum Vertreter gewählt, gegenwärtig in der Haft befindlich ist. Rieger frägt das Ministerium, ob seine Verhaftung nicht widerrechtlich, ob Brauner sür schuldig befunden, ob das Ministerium darüber informirt besitze, und ob es gesonnen sei eine Untersuchung, welche gegen die Angeschuldigten eingeleitet, fortsetzen, und ob eine neue Wahl an Brauners Statt eingeleitet worden sei? Rieger wird wiederholt zur Ordnung gerufen, allein Abg. Meyer weiß nach, daß nach der Geschäftsordnung jedem Deputirten freistehe, eine Frage an das Ministerium zu richten. Der Justizminister, Dr. Bach, theilt die Fragen in zwei Theile: 1) in Thatsachen, 2) in Maßregeln. Ueber die ersteren könne er gleich Auskunft ertheilen; über die einzuleitenden Maßregeln müsse er sich früher mit dem Gesammtministerium verständigen. Ob Brauner schuldig, müsse die Untersuchung zeigen, ob gesetzmäßig vorgegangen, müsse man, so lange das Gegentheil nicht erwiesen, voraussetzen. Das Ministerium werde die gewiesenen Maßregeln treffen, um genauen Bericht zu bekommen, und nach dem Empfang desselben nicht säumen, solchen dem Hause vorzutragen, es sei sich hier um einen Abgeordneten handelt. Was die neue Wahl anlangt, so müssten früher Berichte vorliegen, welchen zufolge die alte Wahl als annullirt anzunehmen sei. Rieger trägt ferner, ob die Belagerungszustand in Prag aufgehoben sei oder nicht; denn obschon Windischgrätz denselben nominell aufgehoben, so bestehe er doch zuverlässigen Berichten von Privaten noch immer im ganzen Laude fort. — Der Minister des Innern Doblhoff erklärt, daß die bisherverwerthete Maßregel bei den Zuständen in Prag nothwendig gewesen wäre. Uebrigens sei der Belagerungszustand gegenwärtig wirklich aufgehoben. Rieger wünscht die Vorlage der auf die Frage Angelegenheiten Bezug habenden Dokumente auf den Tisch des Hauses. Der Minister des Innern erwidert, daß dieß einer gehen werde. Jedoch habe Fürst Windischgrätz erklärt, daß mit der Aufhebung des Belagerungszustandes die Sicherheit der Personen und des Eigentums

nicht garantirt werden könne. Auf eine weitere Anfrage des Dr. Rieger, ob nach Aufhebung des Belagerungsstandes die Kriegsgerichte fortbestehen sollten, erwiderte der Minister Bach, daß mit dem Wegfallen des Belagerungsstandes auch jeder Rechtsgrund wegfalle, die Militärkommissionen fortbestehen zu lassen und es sei sehnigen Tages noch eine Depesche nach Prag abgegangen, die vor der der Militärkommission in Untersuchung begriffenen Personen an die ordentlichen Gerichte zu übergehen, sowie das Ministerium sogleich den Grundsatz festgestellt habe, daß keine Ausnahme vom allgemeinen Gesetze statt finden solle. Echzechzky trat die Minister, ob es wahr sei, daß man in Krakau und Galizien polnische Flüchtlinge an Rußland ausgeliefert. Der Minister des Innern antwortet, davon sei ihm nichts bekannt, im Uebrigen müsse er sich aussprechen, daß alle Schutzsuchenden, wegen politischen Meinungen verfolgten, vollkommen Schutz erhalten — es sei eine in diesem Sinne gehaltene Zuschrift nach Krakau abgegangen. (W. Z.)

Frankreich.

Die neuesten französischen und englischen Posten sind heute ausgeblieben.

Paris, 23. Juli. Die Liquidation der Zivilliste Ludwig Philipps hat mit dem Verkaufe der Wagen und Pferde, welche dem Grafen von Paris und seiner Mutter zugehörten, begonnen. Zwei Ponneys, welche gewöhnlich der Graf von Paris ritt, wurden von einer Person angekauft, welche ohne ihren Namen zu nennen sogleich den Preis erlegte. Man vermuthet, sie seien auf Rechnung der Herzogin von Orleans gekauft worden. Die übrigen Pferde wurden von verschiedenen Liebhabern erstanden. Alle Wagen gingen zu geringen Preisen ab, welche wahrscheinlich in der außerordentlich großen Anzahl derselben seinen Grund hatte. Das vierräderige Cabriolet, die indirekte Ursache des Todes des Herzogs von Orleans, wurde auf eine ganz besondere Bitte der Herzogin nicht verkauft, sondern verbrannt. Eine prächtige Berline nebst den beiden schönsten Pferden wurden gleichfalls nach dem Wunsche der Herzogin für sie angekauft und der Person geschenkt, welche der unglücklichen Frau bei ihrer Flucht aus Paris einen Wagen gefälligen hatte.

J. B. Vogl, beeidigter Dolmetscher.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 24. Juli. 5proz Metall. 75. 4proz 63. 3proz. 44. 2½proz. 40. 1834r 500 fl.-Loose 123¼. 1839r 250 fl.-Loose —. Bankaktien —. Nordbahn 105¾. Gloggnitz 94. Venedig-Mailand 65. Budweis —. Livorno 71. Pesth 63. Gloggnitz 94. Gloggnitz 94. Anweisungen 95¾.

Berlin, 24. Juli. Inländische Fonds. Pfandbriefe. Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 74 p., 73¾ G. Berl. Präm. Sch. 88¼ p. 87¾ G. K. u. Neu. Schuldv. 70¾ p. 70¼ G. Berl. Stadt-Ob. — p. 70 G. Ostpreuß. Pfandbr. 77¼ p. 76¾ G. Pommersche do. Pfandbr. 82½ p. — G. Kur- u. Neum. Pfandbr. 92¾ p. 91¾ G. Schlesische do. gar. Pfandbr. — p. 80 G. Preuß. Bk.-Anth. Sch. 86¼ p. 85¼ G. Friedrichsd'or 13⅓ p., 13⅓ G. Ausländische Fonds. Disconto 3½. Pfandbr. 3½. 4½. Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt A. 87½ G. Berl.-Hamburg 63 bz. u. G. Berl.-Stettin-Stargarder 86 G. Berl.-Potsdam-Magd. 42 bz. Magd.-Halberstadt 90½ G. Magd.-Leipziger —. Halle-Thüringer 52 a ¼ bz. u. G. Köln-Minden 77 G. Köln-Aachen 57 bz. u. G. Düsseldorf-Elberfeld 60 G. Stettin-Schwedt 33 G. Niederschles.-Märk. 69½ bz. u. G. Oberschles. A. 86 bz. u. G. B. 86 G. Breslau-Freiburg —. Kral.-Oberschles. 38½ a 40 bz. Berg.-Märk. 60½ p. Stargard-Posen 66½ a ½ bz.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. B 84¼ a 85¼ bz. u. G. Starg.-Posen —. Magd.-Wittenberg 47 a 46¾ bz. u. G.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 81½ G. Berlin-Hamburg. 89 bz. Berl.-Potsdam-Magd. 89 bz. Magd.-Leipziger 95 bz. u. G. Halle-Thüringer 80¼ G. Köln-Minden 88 p. 87½ G. Nh. Stamm-Prior. 69½ G. 70 p. Düsseldorf-Elberfeld —. Niederschles.-Märk. 4proz. 81¼ bz. Prorz 94 G. III. Serie 88 G. Oberschles. 3proz. 71 G. Kosel-Oderberg —. Stettin-Schwedt —.

Amsterdam, 21. Juli. 2½ Integr. 45, ⅛, 45. — 3proz. Schuld 52⅞, ⅜, ½ — 4proz. 70⅛, ¼, ⅜ — 5proz. Arbeits 9. — ditto 8⅞, ⅛ — Span. inländ. a 6000 fl. 17⅜ — Coupons 5⅝, 6⅛ — 4proz. Portug. 18⅜ — 5. — Russische 4proz bei Pozz 75¾ — ditto bei Stieglitz 75, ⅛ — 5proz. Metall. 63¼ — 2½proz. hitz 34, 33⅞, ⅜.

Anfangs zeigte sich viel Kaufslust in holländ Fonds; mit Ausnahme von 4proz, die sich etwa ¼proz. seit gestern verbessert haben, blieben alle Fonds fast wie gestern. Es wird viel für englische Rechnung gekauft. Von fremden Papieren nichts zu melden.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag, 28. Juli: (Zum Erstenmale.) „Uriel Acosta", Trauerspiel von Karl Gutzkow.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. Gevers, Eheleute aus England. Otger, Gutsbesitzer aus England. v. Zlender, Regierungsassessor von Wiesbaden. Baron v. Rothschild, von Frankfurt. Zuß, chargé de dépesches von Frankfurt.

Hotel Mauvais. v. Jeyer, Kommandant von Konstantinopel. Metz, Privatier von Frankfurt. Gladston, Rentier von Grinburg. Chitt, Rentier von London. v. Lang, Gutsbesitzer von Hannover.

Gold. Kreuz. Baron v. Beck, von Bukowinen. Baron v. Reichtag-Metzegg, Lieutenant von Ingelstadt. Klug, Rentier von Innsbruck. Frau v. Breitenbach, Majorstochter von Wien.

Blaue Traube. Lendner, Bürgermeister von Gotha. Graf Pilati, aus Schlesien. Fehr. v. Wimmer, Privatier von Wien. Graf Taufkirch-Kleeberg, von Passau.

Stadthungarten. Kraus, Partikulier von Stuttgart. März, Pfarrer von Tauffirchen. Heller, Gutsbesitzer von Ofenbrunn. Metzern, Gutsbesitzer von Mariensels. Berger, Pfarrer von Dietrichingen. Gretschnigg, Studirender von Graz.

Gestorbene in München.

Franz Xaver Driendl, bürgert Weber, 70 J. a. Friedrich Schmid, königl. Oberappellationsgerichts-Rathsdiener o. d., 22 J. a. Maria Anna v. Berüff, königl. Polizeiarzts-Tochter im Hause, 7 Z. a. Johann Polzmacher, Buchbindergesell v. h., 40 J. a.

Bekanntmachung.

36. (2a) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Haus No. 2 im Pfungäßchen, nachdem bei der ersten Versteigerung ein Angebot nicht gelegt wurde, nach §. 64 des Hypothekengesetzes und den Bestimmungen der Prozeßnovelle vom 17. November 1837 §§. 98 bis 101 zum Zweitenmale dem gerichtlichen Zwangsverkaufe unterstellt, und hiezu Steigerungstagsfahrt auf

Mittwoch den 23. August l. Js., Vormittags 10—12 Uhr, Zimmer Nro. 71

anberaumt.

Dieses Haus ist mit ebener Erde 3 Stockwerk hoch erbaut, mit einem mit Holz überlegten Keller und einem Gumpbrunnen ohne Hofraum, versehen, gerichtlich auf 3200 fl. gewerthet, mit 2650 fl. Hypothekschulden belastet, und mit 1000 fl. der Brandversicherei Gewerkelbt.

Dem Gerichte unbekannte Steigerungsfähige haben sich durch legale Zeugnisse über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen und wird bemerkt, daß der Hinschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgen wird.

Am 13. Juli 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Direktor:
Barth.

Pütz.

Versteigerung.

25. (3c) Montag den 31. Juli werden im königl. Zwirtzwmühle (Leverergasse Nro. 26) mehrere Partien getrockneter Weidenreben an die Meistbietenden gegen sogleich bare Bezahlung öffentlich versteigert. Kaufsliebhaber werden hiemit eingeladen.

München, den 15. Juli 1848.

Königl. bayer. Hofjagd-Intendanz.

37. (3a) Une administration de Paris demande pour une opération fort importante, qui doit produire de très bons résultats, et assurer un beau traitement, une ou deux personnes bien connues dans le pays.

S'adresser:

à M. M. ***L. G. Magnant & Comp.***
8. Rue de Choiseul à Paris.
(Par lettres affranchies.)

38. (2a) Nach **New-York** und **New-Orleans** fertigen wir regelmäßig am 1. und 15. Tage eines jeden Monats bestens eingerichtete und ausgerüstete, große, breimäßige, amerikanische Schiffe erster Klasse ab, welche bekanntlich einer Kriegsbeläftigung nicht unterworfen sind, und nehmen unsere Agenten sowohl, als wir, bei baldiger Anmeldung, Passagiere zu billig gestellten Preisen dafür an. — Auch nach **Philadelphia** und **Baltimore** werden wir Schiffe abfertigen, und nach **Galveston** in **Texas** und **Port Adelaide** in Süd-Australien, sofern nach diesen Häfen hinreichende Anmeldungen erfolgen.

Bremen im Juli 1848.

Lüdering & Comp.
Schiffsrheder und Schiffsbefrachter.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 3 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

Der Verfassungsausschuß der Reichsversammlung hat die Abgeordneten Dahlmann, Beseler und Mittermaier mit Abfassung eines Entwurfs des zweiten Theils der Verfassungswerkes, von der Reichsgewalt handelnd, beauftragt. Dieser, nun dem Verfassungsausschusse zur Berathung vorliegende Artikel lautet folgendermaßen: § 1. Der Reichsgewalt stehen folgende Rechte ausschließlich zu: Art. I. § 2. Die Reichsgewalt übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschland's und der einzelnen deutschen Staaten aus. § 3. Die Reichsgewalt stellt Gesandte und Consuln der den auswärtigen Regierungen und in Beziehung auf sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit denselben, ordnet auch die Angelegenheiten des Consular- und Handelsverträge ab; sie ordnet alle völkerrechtlichen Maafregeln an — § 4. Die einzelnen deutschen Regierungen haben fortan nicht mehr das Recht, ständige Gesandtschaften im Ja- und Auslande zu halten. Verträge, welche eine deutsche Regierung mit einer andern deutschen oder auswärtigen Regierung abschließt, sollen der Reichsgewalt zur Genehmigung vorgelegt und insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Berathung vorgelegt werden. Art. II. § 5. Der Reichsgewalt steht ausschließlich das Recht des Krieges und Friedens zu. Art. III. § 6. Die bewaffnete Macht zu Wasser und zu Lande gehört der Reichsgewalt an. Sowohl ihre Einrichtung als Unterhaltung, als auch die Verheilung derselben und die Verfügung über sie ist Sache der Reichsgewalt. — § 6. Das Reichsheer wird gebildet aus der gesammten Kriegsmacht (stehendes Heer und Landwehr) der einzelnen deutschen Staaten. Die Nummern der Regimenter laufen durch das ganze Reichsheer. — § 8. Das Reichsheer schwört Treue dem Reichsoberhaupte und der Reichsverfassung; jede andere Verpflichtung des Militärs steht hieher nach. — § 9. Das Reichsheer wird in Beziehung auf Kommando, Eintheilung, Militärgesetzgebung und Gerichtsbarkeit, Dienstzeit, Dienst- und Exerzierreglement, Kriegsmaterial und Kaliber, gleichmäßigen Bestimmungen unterworfen sein. — Gleichmäßigen Bestimmungen unterliegt ferner die Beförderung, Pensionirung, Entlassung, Belohnung und Auszeichnung von Militärpersonen, das Invaliden- und Militärwittwenwesen, die Einrichtung von Militärbildungsanstalten. — Verpflichtung und Verpflichtung sind von der Gestaltung der Landesverhältnisse für das ganze Reichsheer gleich zu regeln. — § 10. Die Ernennung der Oberoffiziere, vom Brigadier aufwärts und diesen eingeschlossen, geht vom Reiche aus. — Die Generalartilleriedirektion, der Generalquartiermeisterstab und die mit ihm verbundene höhere Reitdantur, das Genieforps, das Pionir- und Pontonierforps und die Central-Pulvermur sind dem Reiche ausschließlich unterworfen. — § 11. Das deutsche Festungswesen ist Reichsangelegenheit. — Alle deutschen Festungen sind Reichsfestungen und werden von Reichswegen und auf Reichskosten angelegt und unterhalten. — § 12. Der Reichsgewalt liegt die Sorge für die Ausrüstung und Unterhaltung der Kriegsflotte, der Kriegshäfen und der Küstenwehr. — Die Ernennung der Flottenoffiziere geht vom Reiche aus. Art. IV. § 13. Der Reichsgewalt steht ausschließlich das Recht zu, Eisenbahnen anzulegen oder ihre Anlage zu bewilligen. — Sie übt über die den Einzelstaaten oder Privaten zugehörigen Eisenbahnen das Recht der Oberaufsicht und Gesetzgebung aus, soweit der Schutz des Reichs und das Interesse des Verkehrs es erfordern. Insbesondere hat die Reichsgewalt der Spurweite, Gleichheit des Tarifs und ein gehöriges Ineinandergreifen der Fahrtenplane zu sorgen. — § 11. Das deutsche Festungswesen ist Reichsangelegenheit. — Alle deutschen Festungen sind Reichsfestungen und werden von Reichswegen und auf Reichskosten angelegt und unterhalten. — § 12. Der Reichsgewalt liegt die Sorge für die Ausrüstung und Unterhaltung der Kriegsflotte, der Kriegshäfen und der Küstenwehr. — Die Ernennung der Flottenoffiziere geht vom Reiche aus. Art. IV. § 13. Der Reichsgewalt steht ausschließlich das Recht zu, Eisenbahnen anzulegen oder ihre Anlage zu bewilligen. — Sie übt über die den Einzelstaaten oder Privaten zugehörigen Eisenbahnen das Recht der Oberaufsicht und Gesetzgebung aus, soweit der Schutz des Reichs und das Interesse des Verkehrs es erfordern. Insbesondere hat die Reichsgewalt der Spurweite, Gleichheit des Tarifs und ein gehöriges Ineinandergreifen der Fahrtenplane zu sorgen. — § 14. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht über Schiffahrten oder Flößereien auf den Wasserstraßen, welche das Gebiet mehrerer Bundesstaaten durchziehen oder an mehreren Bundesstaaten fließen. — Sie ist über die den Einzelstaaten oder Privaten zugehörigen Eisenbahnen das Recht der Oberaufsicht und Gesetzgebung aus, soweit der Schutz des Reichs und das Interesse des Verkehrs es erfordern. Insbesondere hat die Reichsgewalt der Spurweite, Gleichheit des Tarifs und ein gehöriges Ineinandergreifen der Fahrtenplane zu sorgen. — § 14. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht über Schiffahrten oder Flößereien auf den Wasserstraßen, welche das Gebiet mehrerer Bundesstaaten durchziehen oder an mehreren Bundesstaaten fließen, und über alle Anstalten und Einrichtungen, welche mit diesen Wasserstraßen in Verbindung stehen. — Sie ordnet alle Verhältnisse, welche mit diesen Wasserstraßen in Verbindung stehen, insbesondere die Abgaben, welche auf denselben erhoben werden dürfen. — Sie ordnet auch die Angelegenheiten des Uferrechts und der Uferbenutzung, des Leinpfads und der Treidelschiffahrt, des Flößerrechts und der Flößerei, der Schiffahrtsabgaben und Flößerabgaben, der Schiffahrtspolizei und der Flößerpolizei, der Schiffahrtsgerichtsbarkeit und der Flößergerichtsbarkeit, der Schiffahrtsstraßen und der Flößerstraßen, der Schiffahrtsanstalten und der Flößeranstalten, der Schiffahrtsbauten und der Flößerbauten, der Schiffahrtsbeamten und der Flößerbeamten, der Schiffahrtsordnungen und der Flößerordnungen, der Schiffahrtsgesellschaften und der Flößergesellschaften, der Schiffahrtsvereine und der Flößervereine, der Schiffahrtsmatrikel und der Flößermatrikel, der Schiffahrtsrechte und der Flößerrechte, der Schiffahrtsprivilegien und der Flößerprivilegien, der Schiffahrtsdienstbarkeiten und der Flößerdienstbarkeiten, der Schiffahrtsgerechtigkeiten und der Flößergerechtigkeiten, der Schiffahrtsgerechtsame und der Flößergerechtsame

handlungen von Seiten der Süddeutschen mit Vorsicht geführt wurden, läßt sich leicht erklären, wenn man bedenkt, daß in Bayern allein die Realreche ein Vermögen von 100 Millionen Gulden repräsentiren! In der Nachmittagssitzung kam man endlich zu folgendem Beschluß: „Mit Einführung der neuen deutschen allgemeinen Gewerbeordnung sind alle an den Betrieb von Haudwerken und technischen Gewerben hafteude Realrechte aufzuheben. Dorther sollen jedoch sämmtliche dermalige Staatsbehörden nach Grundsätzen der Billigkeit den Werth der einzelnen Realrechtsbesitze mit Rücksicht auf die in diesem Augenblick auf fraglichen Gewerbsrealitäten haftenden Passiven ermitteln und hienach eine billige Entschädigung festlegen, welche wo möglich binnen Jahresfrist zu erstatten ist.“— Folgende Städte, Provinzen und Distrikte Deutschlands sind beim Gewerbekongreß repräsentirt: Rastatt, Fürth, Erfurt, Fulda, Schleiz, Schmalkalden, Neuburg, Offenbach, Detmold, Neustadtwalden, Nürnberg, Limburg, Weimar, Eilenach, Bamberg, Lauenburg, Ansbach, Wien, Landshut, Innsbruck, Berlin, Gera, Breslau, Kölu, Giessen, Koblenz, Baden, Stettin, Frankfurt a. M., Bremen, Danzig, Offenburg, Lübeck, Erlangen, Freiburg, Ehrenbreitstein, Lahr, Altenburg, Dessau, Minden, Hamburg, Augsburg, Würzburg, H. Nassau, Fr. Brandenburg, Fr. Sachsen, H. Sachsen, Mecklenburg, Wiesbaden, Fr. Schlesien, H. Braunschweig, Regierungsbezirk Oberpfalz, München.

Deutschland.

Nassau. — Wiesbaden, (Nass. allg. Z.) Heute Morgen in aller Frühe sind die letzten Abtheilungen der Reichstruppen wieder von hier abmarschirt. Während der acht Tage, wo sie hier blieben, herrschte das schönste Einvernehmen zwischen ihnen und den Einwohnern, und oft genug konnte man hören, wie leid es den Soldaten thue, aus dem gastfreundlichen Wiesbaden wieder wegzuziehen.

Italien.

Aus Oberitalien, 17. Juli. Die Ernennung des Herzogs von Genua zum König von Sizilien ist hier ziemlich unerwartet gekommen, da noch vor nicht gar langer Zeit verlautete, daß man in Palermo für Karl Albert unterhaus nicht gunstig gestimmt sei. Jetzt aber lost sich das Rathsel: das „Schwert Italiens“ versteht sich besser auf die Kunste des Friedens, als auf jene des Krieges, und ist gar wohl an den Besitz Siziliens gefunden, um sich die sizilianischen Herzen zu öffnen. Es sollen sehr bedeutende Summen von Turin aus nach Palermo gesendet und noch größere Versprechungen gemacht worden sein. Wer aus Erfahrung weiß, wie sehr in Italien, namentlich aber in Neapel und Sizilien, auch die höchstgestellten Manner Geschenken, Titeln und Ehrenstellen zugänglich sind, den kann jetzt das Ergebniß der Wahl nicht überraschen. Zwar wurden auch von anderer Seite, und namentlich von den Anhängern, Anstrengungen gemacht; Karl Albert hat sie aber alle überboten. Und die Sache war wahrlich eines großen Preises werth, da sich an den Besitz Siziliens die Aussicht knüpft, auch Neapel dem sardinischen Scepter zu unterwerfen. Man rechnet nämlich darauf, daß der König von Neapel, wenn er sich auf dem Thron erhalte, gegen Sizilien feindselig auftreten werde, in welchem Falle Karl Albert ein Heer in Sizilien landen lassen würde, wo er, mit Hilfe der Bevölkerung, in zieht überall durch seine Sendlinge bearbeitet wird, ein leichteres Spiel haben würde, als gegen die Oesterreicher. Im Lager sah man einen solchen Feldzug bereits als eine ausgemachte Sache an, und es scheinen selbst der Unthätigkeit Karl Alberts und der Zurückweisung der Friedensvorschläge dieser liegende Plane zu Grunde zu liegen. In Rom hat er auch bereits eine mächtige Partei auf seine Seite zu bringen gewußt, die ganz nach seiner Pfeife tanzt. Man stellt sich dem Papst unter dem Vorwande, daß er die italienischen Interessen an Oesterreich preisgegeben beeinflichtige, bei jeder Gelegenheit aufs schroffste gegenüber, und sucht namentlich seiner Volksthümlichkeit überall Abbruch zu thun. Typisweise ist ihr dies auch gelungen, doch hängt der große Theil des römischen Volkes noch immer mit den alten Ideen an den Kirchenfursten. Die Parteien stehen einander äußerst gereizt gegenüber, und ein Zusammenstoß zwischen ihnen wird früher oder später nicht ausbleiben. Man will jetzt eine Reservearmee von 24,000 Mann aufstellen und zu diesem Behufe das ohnehin schon gänzlich ausgesogene Land mit neuen Steuern beschweren. Vermöge der Pflicht diesem Beschluß seine Zustimmung, so hat er die große Masse der Bevölkerung auf seiner Seite, denn diese will ohnehin nichts mehr vom Kriege, noch weniger aber von neuen Auflagen wissen. Die Schildknappen Karl Alberts werden sich indeß auch durch eine solche Niederlage nicht entmuthigen lassen; sie werden vielmehr jede neue Gelegenheit ergreifen, um den Plan, auch den Kirchenstaat unter die Schutzgenossenschaft des Königs von Sardinien zu stellen, zur Reife zu bringen. Italien wird auf diese Weise vielleicht in nicht sehr ferner Zeit zur Ruhe gelangen. Ob aber die einzelnen Theile nicht Ursache haben werden, drein zu brennen, ist eine andere Frage. Ein Theil der leidtragenden Jugend trostet sich freilich damit, daß Karl Albert um das Werkzeug sei, das man später wieder beseitigen würde. Wir wollen sehen.

(K. Z.)

Frankreich.

* Wir erhielten diesen Morgen noch die Pariser Post vom 24. Juli. Hr. Armand Marrast war seit fast hergestellt, und führte am 24. in der Nationalversammlung den Vorsitz. General Cavaignac's Antrag auf Bewilligung einer Pension von 3000 Fr. an die Wittwe des an seiner in den Junitämpfen erhaltenen Wunde verstorbenen Repräsentanten Dornes (von Metz), so wie Uebertragung der Pension der Mutter desselben (als Generalswittwe) auf ihre Tochter wurde sogleich angenommen. Prinz Ludwig Napoleon, in Corsika neuerdings zum Repräsentanten gewählt, zeigt durch ein Schreiben aus London an, daß er auch als solcher seine Entlassung gebe. Dann wurde dem Finanzminister fast mit Einstimmigkeit das verlangte Anlehen von 250 Millionen Fr. bewilligt. Er darf es zu dem Curse von 75 Fr. 25 Cts. abschließen. Er erklärte, daß er diesen Curs nur erlangen werde, wenn die Salz- und Getränkesteuern in ihrer bisherigen Höhe beibehalten würden. Die Summe der Spezenzigen Renten, welche er demnach ins große Buch einschreiben lassen darf, beträgt 13,31,500 Fr. Das früher (noch unter Ludwig Philipp) abgeschlossene Anlehen von 250 Millionen, ist in so weit es noch nicht an den Schatz eingezahlt ist, als nichtig erklärt. Das Haus Bethschild übernimmt das neue Anlehen, die Bank betheiligt sich dabei mit 25 Millionen. — Ein Orkan hatte in der Nacht auf den 24. große Verheerungen an Häusern und Kaminen in Paris angerichtet.

Nachschrift.

* Frankfurt, 26. Juli. Die Reichsversammlung setzte heute die Verhandlung der Posener Frage fort. Bis zum Polizeiluhr sprachen Mann, Löw, Wiesner, Sänger, Thinnes, Giskra. Auf der Rednerbühne ist im Augenblicke noch Venedey, der Polenenthusiast.

= Innsbruck, 25. Juli Abends. Ein hartnäckiger Kampf soll bei Rivoli mit empfindlichem Verlust auf beiden Seiten an Mannschaft und Offizieren geliefert worden, den Unsrigen aber der Sieg geblieben sein. Rivoli soll in den Händen der Unsrigen sein. Näheres vermag ich nicht anzugeben, aber die Thatsache scheint zuverlässig. Es herrscht allgemeine Freude darüber. Am Novereto vom 23. hatten wir schon Briefe, wonach man bald einen Angriff erwartete. Alle Truppen waren aus Verona mit den Generalen Thurn und Lichnowsky am 22. gegen Rivoli ausgebrochen, wo am 23. ausgetroffen werden sollte. — Am 23. hörte man in Roveredo in der That die Kanonade. Wie die Stadt und mehrere Ortschaften des Kreises Roveredo, haben nun auch im Trienter Kreise eine große Zahl von Gemeinden des Landgerichts Mezzo-lombardo, namentlich Mezzo-tedesco, Rovere della Luna, Spormaggiore, Molveno, Cavedago, Sper minore, Lover, Campodron, Terreno, Molar, Dardina, Denno, Vigo, Nas, Zambona, Grumo und Nave S. Rocco durch die am 4. Juli in Deutschmeß versammelten Vertreter ihre unbedingte Erklärung gegen den Verbleib von Deutschen Bunde abgegeben. Das Benehmen der Südtyroler Abgeordneten zu Frankfurt erscheint dadurch in seinem wahren Lichte.— Die Kaiserin Mutter ist eben hier angekommen und in der Hofburg abgestiegen.

* Nach dem „Journal de Liege“ (Lütticher Zeitung) ist in Folge des Beschlusses der deutschen Reichsversammlung in Betreff des deutschen Herzogthums Limburg, die Stadt Maestricht von holländischer Seite in Belagerungszustand erklärt worden und die Wälle dieser Festung werden mit Kanonen bespickt. Das würde also auf Annahme einer feindseligen Haltung Hollands gegen Deutschland deuten. Man wird, wenn die Sache sich bestätigt, in Frankfurt nicht verfehlen, gebührend zu antworten und nöthigen Falls zu handeln.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurter a M., 26. Juli. Oesterr. 5proz Metall. 65¼, 4proz. 55½, 3proz. — 2½proz. 34 ½. Bankaktien 1170. G. 500 fl.-Loose 109⅞, 250 fl.-Loose 73⅞. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 88¼ B. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 75½. — Bayer. 3½proz. 74. Ludwigsb.-Verbach. 69½. — Württemberg. 3½proz. 79. 4½proz. 94. Bad. 3½proz. 76½. Lotto-Anlehen à 50 fl 45¾. — 35 fl.-Loose 27½. — Darmstädt. 3½proz. 79. 4proz. 87½. Lotto-Anlehen von 50 fl. 61½. 25 fl.-Loose 22. Kurhessl. Prämien-Anleihe-Loose 40½. 40 Thlr.-Loose 26½. — Nassau 3½proz. 82½. 25 fl.-Loose 22. — Frankf. 3proz. 82. 3½proz. 94½. 89. — Sardinien 3proz. 27. — Holland. Integr. 45½. — Span. 3proz. innere Schuld 18½. — Pol. 300 fl.-Loose 88. 500 fl.-Loose 63½. — Sard. 36 Fr.-Loose 26½. Dito. 2.

Amsterdam, 24. Juli. 5proz. 48,75. 4proz. —. 3proz. 77.— Span. 16. Bankaktien 1660. Comptl. von Aktier 970. Belg. 5proz. 76½. 4½proz. 70. Belg. Anl. —. Neap. 5proz. 75.—. Röm. 64½. Piem. —. Verf. E.-P. rechte 125.—. Inkl. 105.—. Paris-Dresden 682,50. Rouen 470.—. Lyon 333 75. Straßburg 357.50. Nordbahn 373.—. Mars.-Avignon 235.—. Straßb.-Basel 97.50. Orleans-Bordeaux 405.—. Tours-Nantes 336.25.

Madrid, 19. Juli. 3proz. 19¼. 5. Obl. 5proz. 10¼. 3proz. 10. Obligat. 4. Proß. 4 P. 3½. 6. Coup. —. Ausmärt. Paff. Schuld 3½. 3. Provis. Tit. 3½. 6. St. Fernandoband —. Dikonto —. Wechselkurse: Paris 4—60 P. Londen 43—71 P.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 27.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährlich 1 fl. 30 kr.

Sonnabend den 29. Juli 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 18.
Annoncirungsgebühr: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, den 28. Juli.

(Pfarrei-Erledigung.) Kathol. Pfarrei Haselbach, Diöcese Regensburg, Lgg. Mitterfels; Reinertrag 925 fl. 36 kr.

(Pfarrei-Besetzungen.) Kathol. Pfarrei Wattendorf, Lgg. Scheßlitz, dem Priester Balthasar Eschbach, zur Zeit Verweser der Pfarrei Steinfeld; kathol. Pfarrei Möhring, Lgg. Tirschenreuth, unter Dispensation des hierauf früher ernannten Pfarrers Georg Volk zu Stadtschwarzach vom Antritte, dem Priester Franz Valentin Witt, Pfarrer in Reuperschen, Lgg. Werden; kathol. Pfarrei Tögin, Lgg. Weilheim, dem Kooperator der Oberstadtpfarrei Ingolstadt, Priester Simon Schreiner, vom Hrn. Bischof von Eichstädt verliehen und allerhöchst bestätigt.

Deutsche Reichsversammlung.

3. Frankfurt, 25. Juli. (47. öffentliche Sitzung.) Die Tagesordnung führt zur Fortsetzung der Debatte über die Posener-Frage. Radowitz bittet vor Allem den konfessionellen Hader nicht in diese Frage zu mischen; sie sei wesentlich national, nicht konfessionell. Nach kurzer Erwähnung des geschichtlichen Organs führt der Redner fort: Ich weiß nicht, wie man es vor Deutschland verantworten könne, etwas Anderes zu beschließen, als was der Ausschuß beantragt. Wer Posen etwa ganz außerhalb Deutschland sehen wolle, der verräth eine halbe Million Deutsche an das in Aussicht stehende polnische Reich. Wer die Wiederherstellung Polens in dieser Weise will, der bedenke, daß darin eine Theilung Deutschlands liege. Frankreich habe kein Recht in unsere Frage von Deutschland etwas zu fordern. Wie haben Schleswig in den deutschen Bund aufgenommen am seiner Nationalität willen, und wir sollten in dieser Frage etwas Anderes thun? (Stürmischer Beifall.) — Schaffelka weist die liebloseu Urtheile Jordan's zurück; er fordert Schonung für das Unglück. Die Behauptung, daß der polnische Bauer und der polnische Adel zwei verschiedene Racen seien, sei eine Uebertreibung; die polnischen Adelsgüter seien nicht todtes, aber der Redner sei nicht so demokratisch, um sie deßhalb anbrotten zu wollen. Die Anerkennung der polnischen Nationalität beruhe in ihrem letzten Reste auf den Verträgen von 1815. Wenn man sich darüber wundere, daß er uns seine Freunde nun plötzlich so besonderen Werth auf die Verträge legen, während sie (von der Linken) selbe sonst so geringschätzig behandelten, so möge man bedenken, daß man zwischen dem, was die Verträge Gerechtes enthielten, und zwischen dem Ungerechten darin unterscheiden müsse. Er stelle den Antrag, den früheren Zustand des Großherzogthums Posen wiederherzustellen, und die Einverleibung der deutschen Theile in den deutschen Bund der Zukunft vorzubehalten. (Beifall von der Linken.) — Graf v. Warten leben sagt auf seine militärischen Tage gegen die Polen im Jahre 1830 an, sonnt auf Verschiedenes, was nicht zur Sache gehört, und schließt mit einem dichterischen Citate. — Janiszewski (aus Posen) fordert, daß das Urtheil über die Frage, wer die Schuld des letzten blutigen Zusammenstoßes trage, noch suspendirt werde, bis die Akten vorgelegt seien. Es sei nicht richtig, wenn man sage, die Provinz Posen sei durch deutschen Fleiß kultivirt worden; denn auch Polen verstehen dort ausgezeichnete Wirthschaft. Posen gehöre bis jetzt nicht zu Deutschland. Solle es zu Deutschland gezogen werden, so könne dieß nur mit Willen der Bevölkerung geschehen. Diese Wille habe sich aber gegen den Anschluß ausgesprochen, sowohl in Petitionen, als in dem Posener Landtage. Daher sei das Verfahren der preußischen Regierung und des Vorparlaments ungehörig und ungerecht. Die Petitionen, welche den Anschluß forderten, seien durch Beamte hingebettelt worden. Der beste Beweis dafür sei seine eigene Anwesenheit; denn seine Wähler wünschten keine Einverleibung, aus sie hätten ihn zu dem Behufe, und blos dazu gewählt, um diese ihre Ansicht hier zu vertreten. Dem völkerrechtlichen Standpunkte aus sei die Festsetzung einer Grenzlinie zur Zeit unmöglich; denn sie sei nur unter gleichsicheren Völkern denkbar, alle es sei denn ein polnisches Reich existire. Die Integrität der Provinz Posen beruhe auf völkerrechtlichen Verträgen; eine Aenderung darin könne einseitig von Preußen nicht vorgenommen werden. Die Fürsten hätten zwar den polnischen Staat, nicht aber die polnische Nationalität zerstört; es gab noch ein preußisches, ein russisches Polen. Wenn man sage, wir wußten unsere deutschen Brüder in Posen schützen, so frage es sich, ob es eines solchen Schutzes überhaupt bedürfe, ob eine Gefahr für die Deutschen vorliege. Der Redner leugnet dieß; die Deutschen seien durch einen deutschen König, ein deutsches Ministerium genügend geschützt, wenn ja eine Gefährdung bestehe. Wenn aber auch noch ein weiterer Schutz von Seite Deutschlands nöthig sei, so könne dieser auch ohne eine Theilung Posens gewährt werden. Zur Zeit der Wahlen und konstituirenden Wahlversammlung sei das Wahlaufgebot in Posen proklamirt gewesen; sie seien unsere Vorgenommen, daher angeklagt. Er wolle nicht Spitzfindigkeiten machen, sondern er fordere nur sein gutes Recht. „Ich appellire nur an Ihre Gerechtigkeit.“ (Beifall links.) — Kerst (aus Birnbaum) vertheidigt die Anträge des Ausschusses; es handle sich nicht um einen Anschluß an Deutschland, sondern darum, ob das schon Angeschlossene wieder getrennt werden solle. — Clemens (von Bonn) will zwar patriotisch sein, aber darum nicht ungerecht, und gerecht, ohne beram vorzuwerfen sein. Das Preußenthum sei es, gegen welches die Polen eben so wie die Rheinlande angekämpft hätten; daher der Zwiespalt im Großh. Posen. Man habe allenthalben die katholische Konfession unterdrückt, dort wie hier. Er stellt den Antrag die vorher bestimmten Verhältnisse wiederherzustellen, und bis zur Verwirklichung der deutschen Diktate für den Fall vorzubehalten, daß ein national-polnisches Reich errichtet werde. — Ostendorf kommt darauf zurück, daß die Posener eines Krieges nicht in der Frage liege. Gegen die Behauptung Janiszewski's, die Polen wollen Freundschaft mit den Deutschen, erinnert der Redner an die Beschlüsse des Prager Slawenkongresses, die einen anderen Geist athmen. — Schmidt (aus Löwenberg) glaubt, daß nicht 20 Mitglieder in der Versammlung seien, welche die Thatsachen, auf die es hier ankomme, klar überschen. Preußen habe durch die Theilung einerseits gegen die Beschlüsse des Vorparlaments, des die Entscheidung darüber der Nationalversammlung vorbehielt, und anderseits gegen die Beschlüsse des Posener Landtags gehandelt; daher sei, was Preußen gethan, rechtswidrig. Wenn man als Grund der Theilung die Nationalität angebe, so müsse man konsequent sein und auch jene Theile Polens, wo preußische Provinzen zu Polen schlagen, welche überwiegend von Polen bevölkert seien. Die deutsche Bevölkerung Posens sei aber durch Despotie, durch systematische Germanisirung eingeknickt; es sei kein Grund vorhanden, diese Werke der Kabinetspolitik zu erhalten und zu schützen. — Tschackert erklärt in seiner Sache im Widerspruch mit seinen früher polnischen Freunde zu stehen. Die Sympathie für die Polen sei in ihm erloschen, weil er sehe, daß die Polen den allen Revolutionen, gleichviel, in welchem Sinne sie vor sich gingen, an erster Reihe stünden. Wenn sich die Herren von der Linken in dieser Sache so oft auf das historische Recht berufen, so wisse der Redner nicht, wo die Grenze dieses historischen Rechtes sei; man könne sich auf Keinen berufen. Er habe es begreiflich, daß jene Partei die Wiederherstellung des polnischen Reichs wünschen und erstreben; aber es sei zu viel verlangt, wenn er dazu zum Schaden seiner Vaterlandes mitwirken sollte. Durch die Nothwendigkeit, die Festung Posen mit herbeizuziehen, werden allerdings viele Polen unter deutsche Regierung kommen; allein es sei kein so großes Unglück wenn den neueren Systemen Angehörige Deutschlands zu sein. Wohl war es hundertundeinmal Deutschen zum Verbrechen mit Deutschland auszuschließen, dann streiche man auch das Lied des greisen Dichters in unserer Mitte (Arndt) aus der Reihe der deutschen Dichtungen. (Großer Beifall.) Gegen 3 Uhr ward die heutige Sitzung geschlossen und die Verhandlung auf morgen vertagt.

Deutschland.

Bayern. — München, 28. Juli. Den nachgenannten Truppentheilen sind die folgenden Stadtquartiere angewiesen worden: Das 1. Bataillon des 5. Infanterie-Regiments Großherzog von Hessen marschirt nach Nürnberg zurück; das 2. Bataillon des 13. Infanterie-Regiments Hertling erwartet in Nürnberg die Ankunft des 1. Bataillon des 5. Infanterie-Regiments und marschirt sodann nach Baireuth zurück; das 2. Bataillon des 11. Infanterie-Regiments Hensburg marschirt nach Lindau. Nach dem Einrücken in die genannten Garnisonen haben die genannten Bataillone ihren Friedensstand auf 50 Mann per Kompagnie zu reduziren. Die Mannschaft in Lindau stationirten Kompagnien des 1. Artillerie-Regiments sind unter Zurücklassung von 4 Geschützen und 40 Mann zum Nachmarsch nach München beordert.

Gr. Hessen. — Darmstadt, 23. Juli. Die große Volksversammlung, welche heute bei dem Jagdschlosse Kranichstein, eine Stunde von hier, gehalten worden, hat einen recht eigentlichen Pariser gemacht. Nach 10 Uhr Vormittags sammelte sich in der Nähe des Bahnhofes vor dem Rheinthor eine Masse von etwa 2000 meist aus Rheinhessen gekommenen großtheutlich jungen Leuten, viele mit rother Hahnenfeder und andern Hecker'schen Abzeichen, voran Musik, Trommeln und Fahnen. Der Zug bewegte

sich immitten der stillen Sonntagszuschauer durch die Stadt vom Rheinbis zum Jägerthore über den Kaiserhof nach Kranichstein, wo Tanzwuth aus Stadt und Umgegend seiner warteten. Hier entspann sich denn sogleich zwischen beiden politischen Parteien ein lebhafter Zwiespalt über die Präsidentenwahl. Herr Zip und seine Gegleiter, worunter wir wie hören, die Herren Westermeier, Bamberg und Strecker sich befanden, besiegt die Tribüne. Man will hier ein großes, freies, einiges Deutschland, gestützt auf die konstitutionelle Monarchie, und nicht, wie diese Herren, die Republik. Darum erlitt die Präsidentschaft des Hrn. Zip den heftigsten Widerspruch, und man schlug dagegen den Advokaten Stahl von hier, früheren Präsidenten des constituirenden Parlaments vor, somit immer zu einem Republikaner, liberalen gerechnet, zeigt freilich der Ueberstürzungsgeister viel zu konstitutionell! So überzahl sich eben Alles. Hätte man diesen eben so besonnenen als freisinnigen Mann den Präsidentenstuhl einnehmen lassen, es würde wohl augenblicklich Wuthe und Ruhe in die Versammlung gekommen sein. Der Terrorismus der Gegenpartei ließ dies aber nicht zu. Man begehrte die freisinnigen Männer, welche das wahre Vaterlandsinteresse auseinandersetzen wollten, als „von der Hofkamarilla erkaufte Söldlinge!“ Nichts kann unwürdiger und unwohrer sein, wie man denn überhaupt vielfach die heftigsten, grundlosen und lediglichschädlichen Aeußerungen der ubereheimischen Gäste über die hiesigen Verhältnisse hören mußte. So viel ist gewiß, daß die Stimmung gegen Herrn Zip eine länzst hier unter den Bürgern herrschende ist, wie leider bezeugen muß, der uns entfernt nur mehr öffentliche Meinung kennt. Man sag Herr eine Beleidigung kein, daß man Herrn Zip für hier wolle präsidiren lassen. Der Tumult wurde immer größer, Niemand konnte zu Worte kommen, Niemand konnte oder wollte Vermittlungsvorschläge hören. Die Zip'schen Anhänger machten, in Massen die Tribüne umringend, einen letzten Versuch, ihren Kandidaten durchzusetzen; auch das mißlang, worauf die Partei zornentbrannt die Bühne nämmt auch obzog. Die Tribüne ward in tausend Stücke zerstümmert und die einz Prügeln schloß den traurigen Akt. Noch auf diesen Punkte etwas hervorgestellter Redner erklärte Advokat Metz von Darmstadt auf den Trümmern der Tribüne, welcher Terrorismus hier von der Zip'schen Partei ausgeubt worden sei und versprach sofortige öffentliche Erklärung darüber, damit man nicht den Darmstädtern den beklagenswerthen Ausgang schadgebe. In diesem Augenblick trat Hr. v. Gagern auf den Platz ein, der leider so sehr Anerkennliches erfahren mußte. Die Zip'sche Partei sammelte sich indessen an einem anderen Ende des geräumigen Platzes und es hielten hier nun Zip und verschiedene seiner gleichgesinnten Kollegen aus dem Parlamente, wie Wiesner, Hartmann u. a. Reden. Auch wurde, wie man hört, hier noch von dieser Partei eine Adresse erlost, worin man auf Abschaffung des ersten Kammer, Aufhebung der jetzigen und Berufung einer Konstituirenden Kammer antrag. Das Volk verlief sich indessen, abgewartet der bei Verschenden afrikanischen Hitze und allseitig sehr unbefriedigt, während sich der gekommene Zug in einzelne Schaaren auflöste. (Fr. D.-P.-A.-Z.)

Schleswig-Holstein. Rendsburg, 22. Juli. Die Auflösung der beiden Freikorps (des v. d. Tann'schen und des v. Jensen'schen) ist nun definitiv erfolgt, doch sind 600 Mitglieder derselben zum größeren Theil Schleswig-Holsteiner, in das regulare Militär eingetreten; es sind diesen Morgen bereits dem Neumünster, wo sie übernachtet werden, nach Itzehoe abgegangen, wo sie dem trefflichen Stamme eines neuen (des neunten) schleswig-holsteinischen Bataillons bilden werden.

(Schl.-H.-Z.tg.)

Hannover. Hannover, 20. Juli. In einem Artikel der „Han. Ztg.“ wird es in Abrede gestellt, daß in dem weiheversprochenen Schreiben des Gesammtministeriums eine Weigerung, die Zentralgewalt anzuerkennen, enthalten sei, und sei nur erwähnt in zuzicht gestellt, sich denken zu tragen über Form und Inhalt des Besitzes, welches noch so allgemein gehalten, daß ihm die Auslegung erst mit der Reichsverfassung selbst die ganze Gestalt geben werde. Auch in Frankfurt würde voraussichtlich der Sinn und die Absicht des Schreibens ruhiger und richtiger aufgefaßt und erkannt werden, daß die gesuchten Sondergelüste in der Widerstand gegen den Gesammtwillen Deutschlands nicht entstehen seien, dann aber die Einsicht entstehen, daß die fürstliche Würde ein mächtiges, nicht zu übergehendes Wort zu verlangen habe. Es sei nicht anders möglich, als daß auch die übrigen Regierungen ihre Betheiligung bei der Frage fühlen und mehr oder weniger äußern würden.

Preußen. △ Berlin, 25. Juli. Man darf es als bezeichnende erachten, daß der schon seit längerer Zeit hier verweilende Geschäftsträger der französischen Republik, Hr. Emanuel Arago, endlich vorgestern von Sr. Majestät dem König empfangen worden ist. Wenn dies nicht schon früher geschah, so war daran offenbar die Ungewißheit der Gestaltung der Verhältnisse Preußens Schuld. Nach den neuesten Umwälzungen aber hat Preußen seine Zukunft bestimmt und Niemand kann, und hat sich kaum noch die Beziehung zu Frankreich geregelt. Wahrscheinlich wird nun Preußen nicht abwarten, bis Deutschland seine gesandtschaftlichen Beziehungen zu Frankreich geregelt hat, sondern seinerseits dahmöglichst einen eigenen Gesandten nach Paris senden. Der Lon, in welchem die „Berliner Nachrichten“ heute dies gleichfalls ankündigen, läßt darüber kaum einen Zweifel. Sie sagen: „Die Beziehungen Preußens zu Frankreich sind zu wichtiger Natur, als daß es, so lange es existirt, dieselben ganz aus der Hand geben dürfte. Uebrehaupt dürften diejenigen irren, die da meinen, Preußen mit einem Schlag zertrügen zu können; es wird nie unbesitzt verfahren. es darf es sich aber nie nehmen lassen, in seinen Angelegenheiten auf ein Wort mitzureden, und zwar ein sehr gewichtiges. Denn allerdings will Preußen in Deutschland aufgehen, aber keineswegs in Baden oder sonst in ein kleinliches und engherziges südteutsches Interesse. Dieß hat besonders es so wichtig, daß wir mit Frankreich in einer bestimmten und direkten Verbindung stehen. Die unsichre Abstimmung über Jakob's Antrag in der Nationalversammlung hat sattsam gezeigt, daß die große Mehrheit der Nationalversammlung hat sattsam gezeigt, daß die große Mehrheit der Nationalversammlung und die Stellung Preußens der Reichsverfassung zu Frankfurt gegenuber mit der Regierung einverstanden ist, und dieß ist um so wichtiger, als im Grunde diese Stellung Preußens keine andere ist als jene, welche auch die hannoversche Regierung einnehmen will. Es treten bei und noch gar manche andere deutsche Verhältnisse Zeichen zu Tage, die in einem nahen Zusammenhange mit dem großen Theile des preußischen Volkes und namentlich auch des ganzen Heeres das Verfahren der Reichsversammlung zu Frankfurt, die in ihrem Zentralisations- und Negier-Eifer mehr und mehr in eine verhängnißvolle Bahn sich vorwiesen laßt, die bestehenden Re.rungen als gewissermaßen fast gar nicht bestehend in allen Dingen übergehen zu können glaubt, und die Gegensätzlichkeit der Gesinnung der Eigenthümlichkeit der einzelnen deutschstämme geradewegs loosbeurt, große Mißstimmung, nun nicht mehr zu sagen, erregt hat. Preußen hat seine Größe, seine Geschichte, seine ihm in Europa angewiesene Rolle, und will sich diese nicht nehmen lassen, wie sehr es auch bereit ist, im Interesse der deutschen Einheit jedes mit seiner Ehre, mit seinem eigenen Fortbestande als selbstständiger Staat vereinbarliche Opfer zu bringen. Und wir glauben, daß dieselbe Gesinnung bei allen bedeutenderen deutschen Volksstämmen und Regierungen vorwaltet. In Brandenburg unterzeichnet man zahlreich bereits mehrere Adressen, worin Staatsministerium und Nationalversammlung aufgefordert werden zu entschiedenem kraftigen Auftreten fue nachdrucklithe Wahrung von Preußens Ehre und Selbstständigkeit gegen die maßlosen Uebergriffe, welche man sich in Frankfurt erlaubt und ferner zu erlauben Miene macht. Aehnliche Adressen bereiten sich in allen Theilen des Landes vor, und sie werden hier zu Stande kommen. Eine vorzugsweise die Interessen des Heeres vertretende Zeitschrift hat bereits in ähnlichem Sinne sich ausgesprochen. Es wäre zu wünschen, daß überall in ganz Deutschland Volksstämme und Regierungen offen ihre in diesem Punkt so ziemlich übereinstimmende Meinung darlegten: denn so liese sich hoffen, daß man zu Frankfurt auf der verderblichen Bahn einhielte, auf welche man sich so fortreißen ließ.

Im ähnlichen Sinne wie der vorstehende Brief spricht sich auch ein Artikel der Spenerschen Zeitung aus, welcher die Anwesenheit des Hrn. Camphausen zum Gegenstande hat, und in welchem es heißt: „Die Anwesenheit des Hrn. Camphausen hierselbst hat zu den verschiedensten Gerüchten Anlaß gegeben, besonders da er, wie man sagt, durch den Eisenbahnzug hierher reist, ohne sich irgendwo aufzuhalten, für welche man den Rath des geehrten Mannes wünschte, und von der allerbeunruhigtsten Art, und nur Wenige sind im Stande, jetzt darüber eine unbefangene Ansicht auszusprechen. Zu diesen gehört Herr Camphausen, dessen Ansichten in Frankfurt gewiß nicht maßgebend sind, an die Spitze der Sein jüngster Aufenthalt in Frankfurt hat ihn natürlich den vollen Einblick in Reichs-Ministerium treten lassen sollte, hat ihm natürlich den vollen Einblick in die jetzige Lage der Dinge in Deutschland verstattet, und, wenn wir nicht irren, ist es vorzüglich auf seinen Rath geschehen, daß Preußen sich nicht blindlings der Souveränetät der Frankfurter Versammlung unterwirft, aber welche diese selbst keine recht klaren Vorstellungen zu haben scheint; sie mochte nämlich gern ihre Souveränetät an die Stelle der nur ein-für Deutschland geltenden Fürstengewalt setzen, und dieser sich zu unterwerfen Und die einzelnen deutschen Staaten keineswege geneigt. Um nun die Vermittlung zwischen Frankfurt und Preußen zu regeln, wird Herr Camphausen dorthin abgehen, und als preußischer Gesandter daselbst auftreten, in der Weise, daß er förmlich bei dem neuen Reichsverweser von Seiten Preußens accreditirt wird. Wie müssen erwarten, was für ein Erebnet volle Maßregel hervorbringen wird, und ob sie geeignet ist, das Verhältniß der einzelnen Staaten zur deutschen Zentralgewalt in ein richtiges Verhältniß zu bringen. Da Deutschland keine Republik will, so kann es auch die Souveränetät der Frankfurter Versammlung nicht in absoluter Weise verstehen, und so lange die Fürstengeschlechter an Ruder bleiben, ist es unmöglich, sie unter den rechtsbestehen Besitz des deutschen Reichsguts zu stellen. Preußen muß sich in Frankfurt auch noch auf andere Weise als durch seine Abgeordneten vernehmen lassen; wer das nicht will, der protlamire unmittelbar die einige und ungetheilte deutsche Republik.“

In demselben Blatte liest man: Wenn gleich es nicht möglich gewesen ist, die Ansichten des Ministeriums und des Professors Rosenkranz in der Weise zu vereinigen, daß derselbe das Ministerium verlassen hätte, so ist dennoch Letzterer in Angelegenheiten übernommen hätte, so schien es doch angemessen, seine schonen Kraste unter den jetzigen, so äußerst schwierigen Umständen für die Berathung dieser Angelegenheiten zu erhalten, und er ist deshalb mit dem Range eines Ministerialrathes dem Staatsministerium beigegeben worden, in der Art, daß er auch zu seinen Berathungen kann hinzugezogen werden; seine Thätigkeit wird sich vorzugsweise auf die Revisionsarbeiten des Schulwesens und die Feststellung der kirchlichen Angelegenheiten beziehen. Hr. v. Ladenberg bleibt in dem ausgedehnten Kreise seiner jetzigen Geschäftsthätigkeit und wird auch in der Nationalversammlung gegenwärtig das Unterrichtsministerium vertreten, was besonders bei der Berathung des einschlägigen Punkte des Verfassungsentwurfs nöthig werden dürfte. Die Stelle des Ministers der geistlichen Angelegenheiten bleibt in so fern bis jetzt unbesetzt, und es wird dasur wahrscheinlich erst nach der Vereinbarung einer Verfassung eine Wahl getroffen werden. Hr. Prof. Rosenkranz hat sich das Recht vorbehalten, im Fall seines Rücktritts bei jeder preußischen Universität als Professor honorarius eintreten zu können.

⊙ Berlin, 24. Juli. Die Kommission, welche die Nationalversammlung in Folge des Antrags auf Abschaffung der Todesstrafe niedergesetzt, hat mit 5 gegen 3 Stimmen sich für den Antrag erklärt, läßt jedoch für Fälle des Kriegs- und Belagerungszustandes Ausnahmen zu. — Der Abgeordnete für Tilsit, Reimsseiter Rupp, ist bekanntlich angeschuldigt, bei der Erstürmung des Zeughauses am 14. Juni insofern sich betheiligt zu haben, als er durch die erbrochenen Thüren sich in die unteren Räume des Zeughauses begeben und ein Gewehr an sich genommen haben soll. Es war deshalb an die Zentralabtheilung der Nationalversammlung die Anfrage ergangen, ob die Anklage gegen das angeschuldigte Mitglied zugelassen werden solle. Die Abtheilung soll die Anfrage bejaht haben. — Wie lebendig noch vielerorten das Streben nach deutscher Einheit und Größe sich kund gebe, zeigt sich aus mehreren öffentlichen Kundgebungen. Der „Preußenverein" hat einen „Aufruf an das Volk" erlassen, worin er zur Wahrung der preußischen Nationalität neben der deutschen auffordert. Aehnliche Stimmen werden in der Bürgerwehr laut, wie die „Deutsche Wehrzeitung" spricht sich in derselben Silber aus. — Die Regierung beabsichtigt eine Erweiterung des Zeitungsportos bis auf 25 pCt. des gegenwärtigen Portobetrags eintreten zu lassen.

⊙ Berlin, 25. Juli. In der heutigen Sitzung der National-Versammlung erklärt der Minister Hansemann auf eine Interpellation des Abg. Pokrzewinsky, daß bei der Verhältnisse sich jetzt günstiger gestalteten hätten, das Vertrauen zurückgekehrt sei, die Steuern durch große öffentliche Bauten den arbeitenden Klassen zu Hilfe kommen werde. Das Ministerium werde einen Entwurf über den Bau der Ostbahn vorlegen, wo dann auch die Richtung der Bahn zur Sprache kommen werde.

Wien, 24. Juli. Einer heute unserm Vorstande des Central-Donau-Vereins zugegangenen Benachrichtigung zufolge, haben Seine Majestät der König in einer am 22. d. M. an Sie gerichteten Zuschrift den erhobenen Anbieng die in der überreichten Adresse ausgesprochenen Wünsche und Bitten des Vorstandes huldreichst entgegen genommen und gleichzeitig erklärt, daß Allerhöchstdieselben es sich zur größten Freude anrechnen würden, bei der Stadterfeier am 14. August d. J. zugegen sein zu können. Eine feste Zusicherung lasse sich gleichwohl unter den obwaltenden Zeitumständen nicht geben, wenn aber auch dringende Geschäfte Sie an der Reise haben nicht in den Weg träten, würden Ihre Majestäten den Tagen des Festes beiwohnen. Se. Majestät vernahmen zugleich mit Interesse den Auftrag derselben Deputation nach Wien an den Reichsverweser Erzherzog Johann, erwähnten dabei der langjährigen innigen Beziehungen zu dem Erzherzoge und entließen die Deputation mit den Worten: Gott gebe, daß wir uns bald wiedersehen! Die Deputation hat noch an demselben Abend ihre Reise nach Wien fortgesetzt. (Kölnz.)

Oesterreich. Wien, 26. Juli. Die vom Ministerium beantragte Pensionirung des Landesgouverneurs von Tyrol, Graf Brandis hat die kaiserliche Genehmigung erhalten. Dem bisherigen Gubernial-Vicepräsidenten Freiherrn v. Beny ist die Leitung der Civilsektion übertragen worden.

Oesterreichische Monarchie.

*Nachrichten vom Kriegsschauplatze in Oberitalien. — Bestätigung des Sieges der Oesterreicher über die Piemontesen!! Die in unserer gestrigen Beilage gegebenen Nachrichten aus Verona, Roveredo und Innsbruck von dem Siege Radetzky's über Karl Albert erhalten heute eine glänzende Bestätigung. Am 23. Juli wurde ein kombinirter Angriff auf das Zentrum der feindlichen Armee bei Sommacampagna und Villafranca unternommen. Die Piemontesen hatten daselbst 30 Kanonen, 40 Kanonen erobert, die Feinde in eiliger Flucht über den Mincio. Baron Welden soll mit dem linken Flügel die Cremona vorgedrungen sein. Dadurch ist die große Straße von Verona nach Tyrol frei geworden. Wie sind gewonnt darauf, die italienischen Berichte über diese Schlacht zu sehen, die ohne Zweifel wieder neue Lorbeeren um das „Schwert Italiens" flechten werden. Am 24. flammten die Feuer der Feinde noch einmal auf, und daher die Oesterreicher mit Gewalt schlagen wollen; diese haben mit aller der blanken Waffe geantwortet, und gezeigt, daß sie von den piemontesischen Verschanzungen nicht den geringsten Respekt hatten, wie Karl Albert vor den Wällen Mantuas. Ehre den deutschen Waffen!

Italien.

Rom, 19. Juli. Dinge von außerordentlicher Wichtigkeit bereiten sich hier mit reißender Schnelligkeit vor. Es handelt sich darum, ob der Papst das geistliche und weltliche Regiment wie bisher behalten, oder ob letzteres von ersterem getrennt und einer provisorischen Regierung übergeben werden solle. Dieß hat die am 17. durch Estaffette eingelaufene Nachricht von der Besiegung Ferrara's durch die Oesterreicher bewirkt. Diese Nachricht brachte einen wahren Sturm in den Gemüthern Aller hervor. Sr. Heiligkeit berief sogleich das Gesammtministerium nebst einigen andern Notabilitäten. Das Ministerium Mamiani, welches am 16. Abends abgedankt hatte, blieb bis zur Erledigung dieser Angelegenheit noch auf seinem Posten. Inzwischen kam der Deputirte Farini den Auftrag erhalten, ein neues Ministerium zusammen zu setzen. Gestern Morgens war geheime Kammersitzung bezüglich Ferrara's. Auf diese folgte eine sehr stürmische öffentliche Sitzung, in welcher man den Entschluß faßte, an Sr. Heiligkeit eine Deputation zu senden, um denselben zu einer entschiedenen Erklärung über Krieg oder Frieden zu veranlassen. Das Festhalten an dem bisherigen Systeme würde eine augenblickliche Trennung der weltlichen und geistlichen Gewalt zur Folge haben, erstere würde dem Papste genommen und durch eine provisorische Regierung vertreten werden. Die ganze Kammer stimmte für den Krieg. Gestern Abends hat der Papst einen Protest gegen die österreichische Invasion erlassen und den Gesandten der auswärtigen Höfe zugesendet. — Heute Morgens 9 Uhr langte die offizielle Nachricht von der Räumung Ferrara's von Seiten der Oesterreicher hier an. Die heutige Kammersitzung wurde plötzlich durch einen großen Volksrussen von St. Lorenzo in Lucina unterbrochen, welcher mit einer Unzahl Fahnen nach dem Platze der Cancellaria vorrückte, gekommen war. Ein Theil desselben drang in den Saal mit dem Geschrei, man möge die in der gestrigen Sitzung verfaßte Bittschrift dem Papste übergeben, da man sogleich dessen Antwort über die gewünschte Kriegserklärung wissen wolle. Der Präsident bemerkte jedoch, daß unter solchen Umständen eine Berathung ferner unmöglich sei und schloß die Sitzung. Die wüthende Menge wollte sogleich Maßregeln zur Aufrechthaltung der Ordnung und besetzte das Kastell St. Angelo und die Thore. — In Bologna hatte man sogleich nach dem Eintreffen der Nachrichten aus Verona ein Vertheidigungskomite errichtet. Diese Provinz hat unzweifelhaft zur Absicht, sich vom Kirchenstaate zu trennen, was schon voraus bevorgeht, daß Kardinal Amat schon vor mehreren Tagen wiederger Vorstellungen hierher sendete, nicht ferner auf dem seitherigen Wege fortzufahren, indem er sonst für die Ruhe seiner Provinz nicht bürgen könne. — Bei Terracina soll ein Beobachtungskorps von 4000 M. neapolitanischer Truppen aufgestellt sein. — Der oben erwähnte Protest des Papstes lautet im Wesentlichen: „Nachdem Se. Heiligkeit inmitten des Kriegsgeschreis und der kriegerischen Handlungen des ganzen von Nationalgeist entflammten Italiens, mit Hintansetzung seiner Nächsten und Interessen, bethenert, daß er den Krieg nicht wolle und einen Gesandten an den österreichischen und sardinischen Hof abgeschickt, habe er sein Herz der Hoffnung des nahen Friedens geöffnet. Aber heute habe er mit großem Bekremden und tiefem Schmerz von der durch die österreichischen Truppen verübten Verletzung des päpstlichen Gebietes vernommen. (Es werden nun verschiedene Akte der Feindseligkeit, welche sich die österreichischen Truppen begangen, aufgeführt: Hinwegnahme von Fischerkähnen, Mißhandlung und Gefangennehmung von Fischern, Verbrohung der Stadt Cagoseuro mit Einäscherung, wenn sie Widerstand leiste, dann die Besetzung von Pontelagoscuro, Francolino und Ferrara, wo unter Gewaltandrohung Proviantlieferungen befohlen werden sind.) Wegen dieser offenkundigen Rechtsverletzungen protestirt Se. Heiligkeit vor der ganzen Welt gegen diesen Protest ausgelegen und denselben allen übrigen Regierungen mitzutheilen befehlen, wobei er sich weitere Beschlüsse zum Schutze der Unabhängigkeit der päpstlichen Staaten vorbehalte. (K. v. u. f. D.)

Großbritannien.

*Boulogne, 24. Juli. Im Oberhause ist heute die Bill, wodurch die Regierung in den Stand gesetzt werden soll, die Rebellion in Irland im Beginne zu unterdrücken, einstimmig angenommen worden und mit dem einzigen Unterschiede, daß man mit den Maßregeln nicht so lange zögern soll. Man bemerkte auch, daß die Sprache der Insurgenten seit dem Bekanntwerden der Zwangsmaßregeln von Seiten der Regierung noch drohender geworden ist; die Unentschiedenheit der irischen Regierung hat sogar den Gefangenen erlaubt, mit ihren Gefangnissen ihre aufrührerischen Schriften in das Land zu schmuggeln, was bei allen Gefangenissen hier und in Dublin die größte Entrüstung hervorrief. — In Dublin ist dem Vernehmen nach ein Befehl des Staatssekretärs eingetroffen, welcher die Verhaftung der Herren Smith O'Brien, Meagher und Magen befiehlt. O'Brien hat sich derselben durch die Flucht entzogen, aber daß man bis jetzt weiß, wohin. In Liverpool hat der Magistrat Nachricht von 5000 Bewaffneten erhalten, welche von den Repealern sympathisirenden Irländern auf die Gelegenheit eines Aufstandes in Irland warten, zu brennen und zu plündern. Die Behörden haben sogleich eine Volksversammlung für denselben Abend ausgeschrieben, und in derselben alle Maßregeln gegen einen Handstreich angeordnet. — Der Cambrian ist von Halifax in Liverpool eingetroffen mit der Nachricht von der Friedensschlusses mit Mexiko. Die Bestimmungen gibt die Staatszeitung der Vereinigten Staaten auf 65 Millionen Dollars an. Die Ausdehnung der Sklaverei in Oregon und die bevorstehende Präsidentenwahl beschäftigt alle Gemüther. In Mexiko ergeben sich allenthalben Anzeichen einer neuen Revolution. Präsident Herrera hat eine Proklamation zur Aufrechthaltung des Friedens erlassen. Inzwischen ist fortwährend der Schauplatz des Bürgerkrieges. Die Indianer machen Fortschritte. Die Geschäfte mit New-York gehen gut.

Frankreich.

** Paris, 25. Juli. Die Nationalversammlung beschäftigte sich heute mit dem Dekrete über die Klubs, welches unverändert angenommen wird. Die Klubs werden dadurch der strengsten Aufsicht unterworfen. Bis zu Postabgang war man bis Art. 5 gekommen. Die öffentliche Aufmerksamkeit ist vorzüglich nach Italien gerichtet. General Oudinot hat heute von der Nationalversammlung Urlaub erhalten, und reist dem von General Cavaignac ihm ertheilten Befehle gemäß nach Civita Vecchia, um den Oberbefehl über die Alpenarmee wieder zu übernehmen. Die Frage, ob man in Italien einschreiten solle, ist, wie man versichert, im Ministerrathe zur Berhandlung gekommen, jedoch nichts entschieden worden. Aber auch Sallust der Berathung soll ein außerordentlicher Kurier nach Turin abgesendet worden sein. — General Bedeau's Zustand macht nach dem Gutachten der Aerzte eine Ueberfahrung desselben auf's Land nothwendig, so wie gänzliches Enthalten von aller Arbeit. Die Zinsentaß, welche dem Staate aus der Umwandlung der Sparkassenanlagen in Sprozentige Rente, aus dem neuen Anlehen, aus dem Rückkauf der Eisenbahn von Lyon an den Staat, und der Umwandlung

der Staatsschuld erwächst, beträgt nicht weniger als 42,267,590 Fr., und diese Summe erfolgt in einem einzigen Jahre!! Dahin sind die französischen Finanzen durch die Republik gekommen! — Die Siegel von der „Presse" des Hrn. Emil Girardin sind gestern Abend abgenommen worden; aber das Blatt wird schwerlich wieder erscheinen dürfen, bevor das neue Dekret in Betreff der Zeitungen angenommen sein wird. — Unter den von den Juniagen her Verhafteten, welche wegen der Schwere ihrer Schuld vor das Kriegsgericht gestellt worden, befindet sich auch eine beträchtliche Anzahl von Weibern.

Spanien.

*Madrid, 20. Juli. Eine telegraphische Depesche aus La Granja zerstört alle Hoffnungen des Landes. Die Königin scheint durch eine Unvorsichtigkeit eine Fehlgeburt gemacht zu haben. Nähere Angaben darüber fehlen noch.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 11. Juli. Die unzweifelhafte Kunde, daß russische und türkische Truppen die Fürstenthümer besetzen und daß letztere bereits an der wallachischen Grenze angelangt sind, hat die Flucht sämmtlicher Regierungsmitglieder und aller mit ihnen kompromittirten Funktionäre zur Folge gehabt. Sie haben eine Proklamation zurückgelassen, in welcher sie das Volk zur Ausdauer anfrufen, allein ihre eigene Flucht hat diese Proklamation bereits gerichtet, sie ist sonrisel vorüber gegangen. Heute ist wieder alles in Jubrede wie vor dem 23. Juni. An der Revolution hatte das Volk im eigentlichen Sinne nicht Theil genommen. Die im Auslande, meist in Frankreich ergogene Jugend allein, heimlich von den Gesandten Oesterreichs angestachelt, hatte die Revolution angesponnen. Letztere lockte hauptsächlich die Aussicht auf eine sofortige Intervention Rußlands, durch welche ihre alten Rechte, die bedroht waren, gesichert würden; und die Möglichkeit, den Plan des gehörigen Fürsten einzunehmen. — Von einer weitern Annäherung russischer Truppen ist heute nichts bekannt worden. (Wien. Z.)

Die „Breslauer Zeitung" vom 22. d. M. berichtet abermals die Besetzung von Jaffa in einem Berichte aus Jassi vom 12. Juli mit dem Bemerken, daß diese Nachricht ihr aus so authentischer Quelle zukomme, daß jeder Zweifel daran schwinden müsse.

Bucharest, 13. Juli. Seit Montag haben wir wieder die provisorische Regierung! Man erfuhr nämlich vorgestern daß die nach allen Seiten hin ausgesprengten Gerüchte sowie mehrere Depeschen falsch seyen. Aufgeregt durch die rohen Mißhandlungen der Polizeikommissäre mit der Reitpeitsche, bearbeitet von demjenigen Theil der jungen Leute die nicht geflohen waren, fand diesmal das Volk in Masse auf, und ermathigt durch die Russische die sich endlich nach langem Hin- und Herschwanken entschieden für die konstitutionelle Sache Rumäniens zeigte, bestand seine Forderung, Metropolitan, der unfonft den Sturm abzuwenden versuchte. Nach einer tüchtigen Philippica mußte er einlenken und auf das Evangelium schwören die Wahrheit zu antworten. So kam denn Bestätigung des Verdachts, daß er selbst die Depeschen habe fälschen lassen. Die Raimalame wurden abgelegt, eine Staffette an die provisorische Regierung gesandt daß sie zurückkehre, und sogleich Unterhandlungen mit Dimitrko und Salomon eröffnet; erstere zeigt sich der Volksfache geneigt, letztere aber voreingenommen. Tell und Magiero (die zwei energischen Mitglieder) aus der provisorischen Regierung scheiden. Lauret sein Verrath hinter diesem Vorschlage, so wird man jene zwei Heroen auf andere Weise nützlich verwenden können. Man hatte gestern Abend Vorsorge für sämmtliche Großhospitäler, im früheren Jniten in russischen Diensten, und den Secretairs des Metropolitan, des erwähnten Polizeihoamten; übrigens ist die Stadt vollkommen ruhig.

Galacz, 13. Juli. So eben (10 Uhr) strömt die hiesige Bevölkerung außer die Linie von Galacz, um das Landen der türkischen Truppen zu sehen. Man erblickt von hier aus am jenseitigen Ufer gegen 5000 Mann sowohl Infanterie als Kavallerie. Etliche und zwanzig Transportdarken stehen bei Matschin. Das türkische Dampfboot hat so eben zwei große Barken mit Kanonen herüber remorkirt, und ist wieder zurückgekehrt. Bis Abends dürften alle Truppen auf dem diesseitigen Ufer sein. Dieselben besetzen ein Lager vor der Linie von Galacz. Lebensmittel in großer Quantität werden so eben von den Localbehörden an den Landungs- und Lagerplatz geschafft. (L. Z.)

Vermischte Nachrichten.

In Frankfurt a./M. starb am 22. Juli der weltbekannte und verdienstvolle Kupferstecher Carl Guhr in Folge eines Schlaganfalles.

Ein bankerotter Destillateur in Frankfurt a./M., welcher, sobald er die Nachricht bekam, Arm, Hand und Zeigefinger so steif und weit als irgend möglich gegen die Gesetzmäßigkeit ausstreckt, hat dafür die Würde eines Reichsoberweinzeigerausstehers erhalten. (Pest. Nachr.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 27. Juli. Bayer. 3½ proz. Obligationen 76 G. 4proz. 85 G. Banknoten 11. Semester 556 G. Promessen 440 P. Oesterreich. 5proz. Metall. 70 G.

Wien, 25. Juli. 5proz. Metall. 75. 4proz. 61. 3proz. 45. 2½ proz. 30. 1834r 500 fl.-Loose 120. 1839r 250 fl.-Loose 81. Banknoten 1029. Nordbahn 104. Gloggnitz 91. Benedig-Mailand 63. Budweis —. Livorno 69½. Pesth 63. Siena 50. Brennnerbahn 95½.

Berlin, 25. Juli. Inländische Fonds. Pfandbriefe. Kommunal-Papiere und Geld-Sorten. St. Schuld-Sch. 74 B., 73½ G. Gerd. Präm. Sch. 88½ P. 87½ G. K. u. Neum. Schuldv. 70½ P. — G. Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. 77½ P. 76½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — P. 91 G., 3½ proz. 77½ P. 77½ G. Ostpr. Pfandbr. — P. 84½ G. Pomm. Pfandbr. 91½ P. — G. Kur- u. Neum. Pfandbr. 92 P. — G. Schlesische L. B. gar. Pfandbr. 81½ P. 81½ G. Preuß. Bk.-Anth. Sch. 86½ P. 85½ G. Friedrichsd'or 13½ P. 13½ G. And. Goldm. à 5 Tl. 12½ P. 12½ G. Disconto 3½ P. 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt 87½ bz. u. P. Berl.-Hamburg 63 a 64 bz. u. G. Berl.-Stettin-Stargarder 86½ bz. Berl.-Potsdam-Magd. 43½ P. Magd.-Halberstadt 92 bz. Magd.-Leipziger —. Halle-Thüringer 53 a 1/4 bz. Köln-Mindener 77 B. 76½ G. Köln-Aachen 57 P. Düsseld.-Elberfeld 68 G. Steele-Vohwinkel — G. Niederschles.-Märk. 69½ — 70 bz. Oberschles. A. 86 bz. u. B. B. 86 G. Breslau-Freiburg —. Kraf.-Oberschles. 38½ bz. u. P. Berg.-Märk. 60 P. Stargard-Posen 66 bz. u. P.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. B 85 P. Starg.-Posen —. Magd.-Wittenberg 45½ bz. u. P.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 81½ G. Berlin-Hamburg. 82 bz. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 75 bz. u. G. 5proz. 90½ G. Halle-Thüringer 80½ G. 80½ P. Köln-Mindener 5proz. 84 bz. Stamm-Prior. 69½ G. Düsseldorf-Elberfeld —. Niederschles.-Märk. 4proz. 81½ bz., 5proz. 94 G. III. Serie 88½ bz. Zweigbahn 5proz. 71 G. Kosel-Oderberg —. Steele-Vohwinkel —.

Zu Aktien die Stimmung bei ziemlich Geschäften matter, nur Thür.-Bahnbed. und Köln-Mindener etwas Baulustschatz sehr beschränkt. Staatsich.-Sch. 73½ bz. Bank-Anth.-Sch. 85½ bz.

London, 24. Juli. Konsols 87½. Cons. —. Span. Akt. —. Holl 4proz. 71½, 2½ proz. 44½.

Paris, 25. Juli. 3proz. 47,25. 4proz —. 5proz. 73,25. Schatzsch. 16. Bankaktien 1670. Compt. von Algier — Belg. 3proz. 77. 4½ proz. 70. Belg. Bank — Neap. 5proz. 75,50. Röm. 64. Piem. —. Berl. C.-S. rechte 125.—, linke 102,50. Paris-Orleans 675.—. Rouen 470.—. Lyon 346 25. Straßburg 357,50. Nordbahn 392,50. Mail.-Avignon 240.—. Straßb.-Bâle 97,50. Ost.-Nordeast 407,50. Tours-Nantes 337,50.

Madrid, 20. Juli. 3proz. 19¼. 5proz. 20 G. 5proz. 10¼ P. 10 G. Pass. 3½ P. Comp. —. Auswärt. Pari Schuld 3½ P. Proviz. Lit. 1½ P. 6 G. Fernandovbahn 70 P. Disconto 4½. 4½ P. Wechselkurse: Paris 4—60 P. London 43—75 P.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 30. Juli: „Die beiden Prinzen", Oper von Eller.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Rentz, Rentier von London. Zarnum, Rentier aus Amerika.

Gold. Hirsch. Ritter, Rentier aus England. Hanka, Künstler von Danzig.

Hotel Manik. Sir Hosbey, Rentier aus England. Graf v. Crvesly, von Mailand.

Gold. Kreuz. Kees, Königl. Ingenieur von Lindau Schwarz, Privatier von Wien.

Gold. Hahn. Bückinger, Privatier von St. Gallen. Gruenhofen, Juspektor von Würzburg.

Blaue Traube. v. Zageman, Rath aus Baden. Fr. v. Bodie, Rittmeisterzgattin von Wien. Sieber, Parikulier von Zürich. Leßelin, Advokat von Altenburg. Schmid, Direktor von Linz.

Stadtsgarten. Berner und v. Meierhofer, Studenten von Innsbruck. Graf, Lehrer von Kaufbeuern. Glas, Forstmeister von Memmingen. Blokville, Privatier von Stuttgart. Schmitzner, Privatier von St. Gallen. Thurer, Privatier von Kassel.

Gestorbene in München.

Johanna Ungermüller, Handelsmannswitwe, 74 J. a. Philippine Bollmer, Bauerstochter von Germeringen, 29 J. a. Margaretha Bauer, Taglöhnerstochter von Aign, Lgs. Kranburg z. W., 24 J. a. Gregor Knollmüller, bürgerl. Bandelsmann, 30 J. a.

40. Ein penfionirter Militärmann sucht einen Platz als Hausmeister, Ausgeber oder sonst auf irgend eine Stelle unterzukommen. D. Ueb.

39. Ein junger Pinscher, schwarzgrüßig mit braunen Augzeichnung, gekupten Ohren und Schweif, mit einem messingenen Halsband mit rother Leoperstellung und einem ganz kleinen Schlüssel verschen, ist vergangenen Mittwoch zu Rompthenburg abhanden gekommen. Der redliche Finder möge selben gegen ein angemessenes Douceur in die Dilestraße No. 12 überliefern.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Kriegsberichte aus Oberitalien.

Innsbruck, 27. Juli. Gestern Abend wurde folgendes Bülletin veröffentlicht: Der von Chur kommandirende Herr General der Armee von Italien, Feldmarschall Graf Radetzky, erstattet über seine Operationen nach durch günstige Gefechte errechten Vortheile aus seinem Hauptquartier Pallazzo Alzarea bei Castelnuovo am 24. Juli Nachmittags 2 Uhr an Se. Majestät den Kaiser folgende dienstliche Meldung: „Die unterm 21. d. M. von mir erstattete Anzeige wegen Besetzung Governallo von Mantua und das Konzentriren des größten Theils der feindlichen Streitkräfte daselbst und auf der Ebene von Roverbella hatte sich vollkommen bewährt. Als ich nun zuletzt am 22. Nachmittags noch durch einen Rapport des mit seiner Brigade in Sanguinetto befindlichen Generalmajors Baron Simbschen erfuhr, daß der Feind nicht nur allein bei Governello noch 9000 Mann, sondern überdieß in Castellaro 4000, und in Castel Belfonte ebenfalls 4000 Mann habe, während nebst diesen westlich von Mantua befindlichen 17000 Mann auf der Nord-, West- und Südseite dieser Festung doch wenigstens 30—35000 Mann zu ihrer Cernirung noch da sein mußten; so war es bei mir bestimmt, welchen Entschluß ich selbst zu fassen habe. Ich gab somit noch am 22. Nachmittags den Befehl, daß das 1., 2. und Reservekorps um 1 Uhr Nachts die Stellung des Feindes von Sona mit Sommacampagna anzugreifen, die Höhen drüselben mit Sturm zu nehmen, und, im Falle des Gelingens, das 2. Korps, welches den rechten Flügel bildete, über St. Giorgio in Salice nach Castelnuovo, das 1. Korps aber — als der linke Flügel — über Guastalla das Dioso, und mit der Avantgarde bis an den Mincio vordringen solle, während das Reservekorps in der Mitte zwischen beiden, zur Hilfe bei was eine oder der andere, disponirt wurde; endlich eine Infanterie- und eine Kavallerie-Brigade zwischen den Straßen von Sona und Buffolengo ihn durch kräftige Scheinbewegungen von St. Giustina bis an die Etsch über meinen wahren Angriffspunkt der Stellung zu täuschen hätte. Zu gleicher Zeit befahl ich der 5000 Mann starken Brigade des Generalmajors v. Simbschen, welche gegen die Uebermacht des Feindes jetzt nur allein auf der Straße von Nogara auf Legnago stand, bloß ein Detachement vorwärts dieser letzten Festung bei Cerea zu belassen, hierauf den Festungskommandanten, der ganz im Vertheidigungszustande in seinem Platze war, zu verständigen, und mit allem, was er hatte, über Bisolonana und Isolata — Villafranca umgehend — auf die Straßenhöhe von Custozza zu marschiren, um wenigstens noch am zweiten Tage die Armee um 5000 Mann verstärken zu können. Meine gesammten Anordnungen wurden in ihrer vollen Ausdehnung von allen Korps- und Truppenabtheilungen mit einer vollen Bereitwilligkeit und Tapferkeit vollzogen, wie sie von so braven Truppen zu erwarten war. Der Anfang des Marsches von Verona gegen die Höhen begann unter dem furchtbarsten Donnerwetter und Wolkenbruche, wie ich ihn in meinem Leben noch, doch der Himmel klärte sich dann, und mit ihm die Gesichte die der tapfere und braven Armee um die Frühstunde auf. Diese kam um 8 Uhr bei der feindlichen Stellung an, und um 9, 10 Uhr, mußte nach 17 stündigem Gefecht, waren sämmtliche Höhen von Sona und Sommacampagna mit Sturm genommen, zwei Kanonen, mehrere Munitionswagen und sehr viele Waffen erobert, und am Abend dieses schönen Tages war ich mit meinem Hauptquartier in St. Giorgio in Salice, mit dem 1. Korps am Mincio, mit dem 2. in Castelnuovo, die Vorposten gegen Peschiera. Schon mehrere Tage früher, nämlich am 21., hatte ich dem in Novereo in Südtirol befindlichen 3. Korps den Befehl ertheilt, in zwei Tagen Isolo daselbst — allen Nachrichten gemäß — als die Zahl bedeutend vermindert angegeben wurde, in die am Falle ihn anzugreifen und das Plateau von Rivoli zu erreichen. Feldmarschall-Lieutenant Graf Thurn griff auch sogleich am 22. die Position von der Corona auf dem Monte Baldo an, und drang bis auf die Höhen gegenüber von Rivoli vor. — Da aber die Kolonnen im Thale wohl bis auf die Höhen von Rivoli von der Etsch hinaufdrangen, jedoch sich auf selben, da der Feind 3 Bataillone und 6 Geschütze Verstärkung erhielt, nicht halten konnten — obwohl die 15pfündige Batterie vom Monte diesseits der Etsch ihnen sehr kräftigen Beistand leistete, — so geschah, was bei einem so schlechten Punkte wie Rivoli im Jahre 1796 und so auch stets der Fall sein wird, — daß diese 4 lombardische Manoeuvre sog. der Tyroler Kolonnen sich rückwärts zurückziehen mußte. Graf Thurn sich hinter Caperino zurückziehen mußte. Ich faßte jedoch ihm noch gegen Abend den Befehl zu, den andern Tag — den 23. — wo ich selbst angreifen würde, den Feind auch seinerseits nicht aus den Augen zu lassen, und jeder seiner rückgängigen Bewegung zu folgen. Das 3. Korps befolgte sehr genau diese meine Weisung, und mir nach seiner mir so eben eingelaufenen Meldung Montebaldo, Pastrenge und Sonnino einnehmen, im Laufe des morgigen Vormittags aber die Cernirung von Peschiera auf dem linken Mincioufer beginnen. Ich beherrsche somit an dem heutigen Tage die feindlichen Uebergänge längs des Mincio von Peschiera, Salionze und Monzambano, und bedrohe auch jenen von Valeggio, habe die südliche Lehne des Gebirges diesseits dieses Flusses vollständig besetzt, und diese somit in einer sehr starken Flanke-stellung gegen Villafranca und Roverbella, um den König, wenn er gegen Verona marschiren sollte, im Rücken angreifen zu können, während mir zugleich das ganze Hügelland über Castelnuovo und Pastrenge und Rivoli zu Gebote steht, und meine Kommunikation mit Tirol gänzlich wieder eröffnet, und dieses brave Land, wo unser allergnädigster Kaiser sich befindet, von jeder fernern Bedrohung befreit ist. Die fernern Ereignisse werden bestimmen, was ich in den nächstfolgenden Tagen zu thun für Stande bin. Ich habe somit weiters die ausgedehnte Stellung des Königs von Rivoli bis an den Po durchbrochen, mich bis Hügellandes bemächtigt, und dadurch eine taktische Stellung bekommen, welche mich wenigstens um 10000 Mann stärker macht, als ich wirklich bin, da mich der Feind von der Ebene aus gegen die Höhen angreifen muß Unser Verlust ist Gottlob verhältnißmäßig nicht sehr bedeutend. Die Herren Korps-Kommandanten Graf Wratislaw und Baron Wöpper, der Generalmajor Fürst Friedrich Lichtenstein des 1. Korps, welcher vorzugsweise die Höhen von Sona, sowie die Brigaden Supilliz und Wohlgemuth, der Division Roth des 1. Korps, welche die Höhen von Sommacampagna mit Sturm nahmen, haben sich hiebei vorzugsweise ausgezeichnet. Graf Radetzky m. p. F. M." — Der Unterzeichnete Interims-Militär-Kommandant von Tirol ist in die angenehme Lage versetzt, die heute angelangte Nachricht der siegreichen Schlacht, welche unsere Armee daselbst gegen die Italiener in Südtirol und Italien heute am Tage des glorreichen Namensfestes Ihrer Majestät unserer allergnädigsten Kaiserin und Gebieterin zur erfreulichen Kenntniß der patriotischen und treuen Bewohner Innsbruck und Tirols zu bringen.

Innsbruck im Kunstage.
Chiatschek, G. M.

Ferner wurde der folgende Bericht des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Thurn, Kommandanten des 3. Armeekorps veröffentlicht: „Am 22. wurde der Positionen von Madonna della Corona, eingenommen, angegriffen und mit vieler Tapferkeit durch 1 Division des 1. Feldjägerbataillons, 1 Division des 3. Wiener Freiwilligenbataillons, unterstützt von einem Bataillon Wellington, durch eine Flankenbewegung über die höchsten Gebirgshehen des Monte Baldo genommen. Der Feind zog sich mit großer Schnelligkeit nach Rivoli, wo er mit bedeutenden Kräften und einer zahlreichen Artillerie in einer sehr starken Stellung sich befand. Der Kampf endigte erst mit einbrechender Nacht, in welcher der Feind sowohl die Position gänzlich verließ und dieselbe am 23. von dem 3. Armeekorps besetzt wurde. F. M. L. Graf Thurn, Kommandant des 3. Armeekorps. (Tyroler Bote.)

So eben erhalten wir auch Privatberichte aus Verona vom 24. Juli über die Erstürmung der piemontesischen Verschanzungen auf Somma campagna. Alle diese gut verschanzten Positionen wurden mit Bajonettangriffen genommen. Ein Theil bes Feindes, der von der Thore von Verona entfloh, warf sich in die Festung. Alle unsere Truppen haben eine fast wunderbare Kühnheit und Todesverachtung gezeigt. Die Ulanen, die einzigen, welche von der Kavallerie mitwirkten, da diese Terrainhindernisse daher nicht vorkommender werden konnte, richteten unter den fliehenden Feinden große Niederlagen an. Die Verfolgten stehen nur eine Stunde vor Peschiera. Die 6000 Piemontesen, welche oder den Hügeln von Valeggio und zu äußerst von Rivoli fechten, und entweder der Entfernung halber oder aus andern Gründen an dem Kampfe nicht Theil nahmen, stehen zwischen den beiden Armeekorps von Tyrol und Radetzky, und wenn sie sich nicht in der vergangenen Nacht in Eilmärschen zurückgezogen*) und den Garbasee bei Bardolino oder Lasise erreicht haben, und da das nahe Peschiera auf Dampfschiffen übergeschifft worden sind, so sind sie unrettbar verloren, jedenfalls verloren ist ihr Kriegsmaterial, das sich nicht in solcher Eile forthringen und einschiffen läßt. Der Kampf war blutig. Von Tobten und vere Seite weiß man den Generalmajor Maus und den Hauptmann Pirquet von Kaiserjägern. Von den Piemontesen sind der Generalmajor Mautos mit vielen Gefangenen, dann mehrere Offiziere, 2 Kanonen, Wagen, Pferde u. dgl. nach Verona gebracht. Heute spricht man von einem Ausmarsche unserer Truppen aus Mantua gegen Goito und Valleggio, um einen vereinten Angriff zu versuchen. Verona ist fast ohne Truppen, und strenge Befehle zur Erhaltung der Ordnung, die übrigens nicht gestört wurde, und jetzt noch weniger gestört werden wird, sind ertheilt. (Tyroler Bote.)

Feldmarschall Graf Radetzky hat von den durch patriotische Gaben eingegangenen Geldbeträgen die Summe von 4200 Zwanzigern zur Unterstützung der im Fort Begalo in Genua untergebrachten 1200 Kriegsgefangenen bestimmt und an dieselben abgesendet. Diese haben nun ein Danksschreiben an ihren „Vater Radetzky" gerichtet, welches manchen nassen Zug enthält, so z. B. freuen sie sich darüber, daß sie durch die erhaltene Unterstützung in den Stand gesetzt worden seien, endlich einmal wieder eine Pfeife guten Tabaks rauchen zu können, und es „rauchen jetzt die Wolken achten Tabaks mit den heißesten Wünschen zur Erhaltung unseres bekannten Vaters zum Himmel empor." Eben so konnten die Gefangenen sich 3 Monaten zum ersten Male wieder ein Glas Wein trinken. — Wie Vergangen erfreut man aus dem Schlusse des Briefes, daß die Verpflegung der Gefangenen dort im Ganzen besser ist, als sie es in der Lombardei war. Sie bekommen wöchentlich dreimal Fleisch und gutes Brod, und saftsen frische Hemden und Schuhe. (W. Z.)

*) F. M. L. Thurn sank Rivoli bereits am 23. von den Piemontesen verlassen.

Bayerische Verhältnisse.

(Berichtigung.)

Der kürzlich durch das königl. Staatsministerium der Justiz zum Rathe bei dem königl. Kreis- und Stadtgerichte II. Klasse in Audorf ernannte Rechtspraktikant Hr. Gottfried Widmann aus Würzburg hat die praktische Konkursprüfung schon im Jahre 1827 bestanden. Wegen Herausgabe seines Volksblatts „der Bayerische Patriot" wegen politischer Grundsätze angefeindet und verdrängt wurden, die in gegenwärtiger Zeit allgemeine Anerkennung gefunden haben, kam er damals ebenso, wie die HH. Behr und Eisenmann von Würzburg in Untersuchung, und wurde zu langjähriger Haft verurtheilt. Hierin lag der Grund, warum er früher nicht angestellt wurde, während seine Altersgenossen längst schon zu Landrichtern, Kreis- und Stadtgerichts-Räthen II. und I. Klasse, zu Regierungs- und Appellations- und theils selbst zu Oberappellationsgerichts-Räthen angestellt und befördert wurden, obgleich Hr. Widmann auch etwas Tüchtiges gelernt hatte, und inzwischenhalb seiner freien mit der Wissenschaft und Praxis fortgeschritten ist. — Alle dergleichen politische Opfer wurden nach und nach wieder zu Ehren gebracht, die bayerischen Stände haben sogar eine Pflicht zu erfüllen gefunden, indem sie für die HH. Behr und Eisenmann eine Gehaltszulage bewilligten, welche jedoch nur zum Theil zugewendet worden sein soll. Das gegenwärtige Staatsministerium der Justiz mag gefunden haben, einen Akt der Gerechtigkeit auszuüben, und öffentlichen Beifall zu finden, wenn es Hrn. Gottfried Widmann 21 Jahre nach der Konkursprüfung anstatt zum Assessor, welche in der Regel die erste Anstellung der Staatsdienst-Aspiranten ist, um eine einzige Stufe höher, nämlich als Kreis- und Stadtgerichts-Rath II. Klasse Anstellung beantragt hat. Es bedauf wohl nur dieser berichtigenden Notizen, um der irrigen Ansicht, als sei durch diese Anstellung ein Unrecht begangen worden, zu begegnen. — Möge das bezeichnete Ministerium durch dergleichen vorelige Akten sich nicht abhalten lassen, auf der betretenen Bahn fortzuschreiten!

Verhandlungen des deutschen Gewerbekongresses.

Frankfurt, 25. Juli. In der heutigen zur Fortsetzung der Berathungen über die Grundzüge der deutschen Gewerbeordnung bestimmten Morgensitzung kam zuerst die Beschränkung der Gewerbe auf die Städte zur Verhandlung. Daß die Stadthandwerker unter dem concurrirenden Einfluß der mit Communal- und andern Steuern weniger belasteten Landhandwerker sehr benachtheiligt werden, erhielt seinen Widerspruch; daß gegen diese Concurrenz Schutz geboten werden müssen, auch darüber waren die Meinungen nicht getrennt; nur ward, und wohl mit Recht, auch dem schutzbedürftigen Handwerker auf dem Lande das Wort geredet, und erwähnt, daß er nicht Schutz an dem gesunkenen Zustande der Stadthandwerker, sondern selbst im gesunkenen Zustand sich befinde; die Herrschaft des Kapitals sei schuld. Der durch einzelne Zusätze verbesserte Antrag des Ausschusses: „Auf dem Lande, in Dörfern und auf Höfen dursen nur solche durch die Bedürfnenheit dieser Orte nothwendige Handwerke und technische Gewerbe in einer durch jene bedingten Anzahl und mit solcher Ausdehnung auf solche Gewerbe betrieben werden, deren Fabrikate in seinen Gegenden Absatz finden" wurde angenommen. Es hatten sich 56 Redner über diesen Gegenstand einschreiben lassen. — In der Nachmittagssitzung ward nach einer langen, an interessanten Mittheilungen reichen Berhandlung über den Hausierhandel zu ebendalls beschränkender Beschlußnahme in Bezug auf den erwähnten Gegenstand gelangt, nachdem sich alle Mühe dahin erklärt hatten, daß der Unfug mit dem Hausierhandel im Großen wie im Kleinen als einer jener vielen Gründe des gesunkenen Zustandes der handarbeitenden Klasse zu betrachten sei. Darnach wurde die Discussion über die Staatswerkstätten eröffnet. Nur Ein Redner sprach denselben das Wort, von dem Gesichtspunkt der Reform des Staats ausgehend. Er sah nur dann Heil in den Staatswerkstätten, wenn deren Erlös in die Taschen der Fürsten und einzelnen Privaten fließe, hält sie aber für sehr passend, wenn ihr Nutzen der Gesellschaft selbst zu Gute komme. Dagegen wurde besonders klar das Mißverhältniß hervorgehoben, in welchen sich der Staat durch Strafarbeitsanstalten, Militärwerkstätten und andere Staatsinstitute zum Handwerkerstand gebracht; der Conflikt der Arbeit des ehrlichen, freien Mannes mit der Arbeit des unehrlichen und unfreien trat in dieser Verhandlung in seiner ganzen verhängnißvollen Bedeutung hervor; die Unmöglichkeit wurde nachgewiesen, daß der Handwerker die Concurrenz der Staatswerkstätten bestehen könne. Auch der demoralisirende Einfluß den die Staatswerkstätten auf die Gesellschaft ausüben, wurde beleuchtet. Der Beschluß lautete demgemäß für Aufhebung aller Staatswerkstätten.

(Fr. Journ.)

Deutschland.

Würtemberg. — Der Ausschuß des vaterländischen Vereins in Stuttgart hat zwei Erklärungen, eine an die Mitglieder des Vereins und eine zweite an seine Mitbürger in Würtemberg ergehen lassen; welche wir in Kürze mittheilen. Ju ersterer weder der Weigerung der zu der Zusammenkunft vaterländischer Vereine in Offungen am 24. d. M. abgeordneten Deputirten, dem Beschlusse jener Versammlung „das demokratische Prinzip sosie sowohl in der Republik als in der konstitutionellen Monarchie vermöglichst werden können" beizustimmen, weil sie dies nach Pflicht, Gewissen und Ueberzeugung nicht konnte, der volle Beifall des Vereins ausgesprochen wird. Dann werden die darauf bezüglichen Einzelheiten den Mitgliedern des Vereins kundgegeben. Die zweite Leklärung fordert auf den Grund des oben erwähnten Beschlusses alle Mitbürger auf, sich treu zusammen zu schaaren im gemeinsamen Bunde für Freiheit, Recht und gesetzlicher Ordnung, zur Festhaltung an der konstitutionellen Monarchie. Jeder Bürger, welcher Partei immer, handele wie er wolle, kann nur auf diese Weise kann sich der Volkswille herausstellen, nur so könne dem jetzt herrschenden Zustand der Halbheit, der Spannung und der Unsicherheit ein Ende gemacht werden.

Baden. — Wir haben bereits gemeldet, daß in der Sitzung der II. Kammer vom 22. über die Petition der aus Heidelberg ausgezogenen Studenten zur Tagesordnung übergegangen wurde. Wir bringen heute nachträglich einige Stellen aus der Verhandlung des Staatsrath Welk: Laß wir im Allgemeinen noch nicht auf einem Ruhepunkt angelangt sind, Das, meine Herren, können Ihnen die vielen Bemühungen beweisen, die von den Freisbehörden, von den Rebellen an unserer Grenze unnterbrochen angehen, und von Einzelnen im Lande, sowie von öffentlichen Blättern unterstützt werden. Es wird kaum nöthig sein, Ihnen darüber spezielle Belege mitzutheilen; ich konnte Ihnen sonst mit großer Menge vorlegen. Doch will ich nur erlauben, Einiges vorzulesen aus einem mir erst gestern zugekommenen Originalschreiben von Corvin Wiersbitzky, „Chef des Generalstabs der deutschen republikanischen Legion in Straßburg." Es ist nämlich ein Emissär dieser Legion im Land ergriffen worden, wie er für jene Zwecke Propaganda zu machen suche, und dieser Emissär hat eine Anzahl Briefe bei sich gehabt, worun ich ein Originalexemplar vor mir habe. Hier ist im Eingang gesagt: „Liberall haben sich demokratische Vereine gebildet, und sowohl Hecker als ich, wie die andern zu ihm haltenden Republikaner, setzen in ihnen die Hoffnung und das Heil für die Zukunft." Wir ersehen hieraus den Zusammenhang dieser demokratischen Vereine, selbst wenn er nicht allen Mitgliedern bewußt ist, mit der aufrührischen Partei aufrechtzuhalten. „Seit wenigen Wochen," heißt es dann, „hat die Partei der Republikaner sich merklich verstärkt, so daß wir, wenn euch die rechte Stunde schlägt, mit einem großen Bürgerheer im's Feld rücken können." In einem weitern Satze heißt es: „Wir trachten vor Allem darnach, die Armeen zu sprengen, in der Ueberzeugung, daß die Fürsten nicht im Sande sind, eine zweite zu sammeln. Glauben Sie mir, daß wir hier unsere Zeit verstehen, wir werden nach allen Richtungen hin; allein um so sicherer müssen wir gehen, besonders müssen und die Freunde der Freiheit, die Republikaner, behilflich sein, um uns in unserm Streben zu unterstützen ꝛc." — „Wir brauchen Geld; wir brauchen es nicht allein, um die Tausende von Verbannten zu unterstützen, sondern mehr noch, um die Vorbereitungen zu dem großen Kampfe zu treffen, der Deutschland frei machen wird." — Bestehen der Anarchisten, von den Fürsten sowohl, als in Lande wohl gehaßt, so haben sie Unterstützer und Anhanger finden, das Bestreben der Anarchisten, durch ein allgemeines Orkanter und Drüber ihren Zweck einer demokratischen Republik zu erreichen, und damit zur sich selbst wieder hinaufzukommen, dieses Bestreben liegt wohl der ganzen Welt offen vor, und sie Sache ist in diesen Aktenstück einen weitern Beleg, dafür gefunden haben. Sie Anarchisten, die Umstürzer der öffentlichen Zustände dauert, so lange nämlich ununterbrochen Angriffe gegen die Grundlagen des ganzen Staatsgebäudes, gegen die konstitutionelle Monarchie selbst geschehen, solange, meine Herren, wird kein Vertrauen mehr da sein im Verkehr, solange wird die Quelle des Erwerbs versiegt sein und versiegt bleiben, und die Folgen dieser Nervenanschlafheit in den öffentlichen Zustand werden dann das ganze Volk, es fühlt sie in der Noth und in der Verarmung, sie thun uns heute Unsicherheit der öffentlichen Zustände quält. Pflicht, heilige Pflicht der Regierung ist es also, mit allen ihr gesetzlich zu Gebot stehenden Mitteln entgegenzutreten derlei Richtungen und Bestrebungen, um die Frage, ob die konstitutionelle Monarchie, die wir alle beschworen haben, stehen bleiben, und auf diesem eigenen Boden eine Entwicklung zur besseren Gründung der Volksfreiheit und der Wohlfahrt erhalten soll, um diese Frage einmal außer Diskussion zu setzen (Summen: Sehr gut!). Die Regierung ist daher fest entschlossen, seine Aemter zu halten, gegen jeden das Gesetz von 1833 anzuwenden, der es sich zur Aufgabe macht, Propaganda für die Republik zu machen. — Wir wird Dies am so weniger auffallen in einem Zeitpunkt, wo in Frankreich, das eine Republik hat, um sie herum sich benedet, noch ganz andere Gesetze erlassen, ja das Brevrecht selbst aufgehoben hat, indem man eine polizeiliche Erlaubniß zur Gründung eines Vereins verlangt — in einem Augenblick, sage ich, wo selbst das freie England, das doch sonst immer so fest auf seinen Füßen steht, sich veranlaßt sieht, gegen die republikanischen Umtriebe der Chartisten mit der größten Strenge zu Felde zu ziehen, die es zu andern Zeiten ihr Wesen angehindert treiben ließ.

Hessen. — Darmstadt, 24. Juli. In der heutigen 95. Sitzung der zweiten Kammer der Stände, in welcher bereits der neu gewählte Abgeordnete, Obergerichtsrath Glaubrecht aus Mainz, eintrat, kam das wichtige Gesetz über die Aufhebung der standesherrlichen Vorrechte ꝛc. nun auch so weit zur Berathung, daß noch nochmaliger Communication mit der ersten Kammer eine gemeinschaftliche Adresse darüber an die Regierung gehen wird, desgleichen das Gesetz über Ablösung der Landfeldlehen. Ueber den Gesetzentwurf: die Aufhebung der privilegirten Gerichtsstände oder sogenannten Schriftsaßsiglei in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen, den Antrag des Abgeordneten Delkeuer, die Abstimmungen der

Digitized by Google

Kammer in der Regel in öffentlicher Sitzung vorzunehmen, und ein nachträgliches Gesuch, dem ausgezeichneten Papiergelehrte wo möglich doch auch noch Scholerschwerte beizufügen, wegen des Ordenszeichens mit Preußen ꝛc. wurde dessen abgelehnt. Das Wichtigste der Sitzung aber war ein sehr umfassender Vortrag des neuen Kunstexperimentes Jaup, worin er sein politisches Glaubensbekenntniß vorlegte und die viel besprochene Frage von Aufhebung der Kammer ꝛc. speziell erörterte. Der Herr Minister sprach sich im streng konstitutionellen Sinne aus, und daß er nur auf dem gesetzlichen Wege die Aenderungen der Verfassung in Frage stellte, die in der jetzigen Norm das Beobachten dieser Verfassung auf die noch bestehe, als zweite, den 6. März mit allen seinen nothwendigen und natürlichen Consequenzen, als dritte Norm die Nationalversammlung in Frankfurt und ihre bayerischen und kuntzigen Beschlüsse. Unbezwingbare Notwendung unter sie, welche die Nationalsouveränetät vertrete, und die von der geschaffene Centralgewalt erkannte er ausdrücklich an. Eben darum sei es aber auch heute und bevor die Nationalversammlung über die Grundzüge der deutschen Verfassung, die Bestimmungen über Census, Art der Wahl, Zahl der Vertretung, Ein- oder Zweikammersystem ꝛc. entschieden habe, nicht an der Zeit, ein neues Wahlgesetz vorzulegen und noch weniger Berathung die Kammer aufzulösen. Der Klugheit widerrathe diese Auflösung bei den herrschenden politischen Verhältnissen, die keineswegs eine sehr Gewähr des Friedens mit dem Auslande gaben. Die nur zu sehr noch herrschende Aufregung würde auch dadurch noch vermehrt werden. Die Regierung könne nicht ohne Kammer sein in diesen wichtigen und kritischen Zeitverhältnissen. Auch sei noch viel Wichtiges abzumachen, auf Ersparnisse zu sinnen, der Kredit herzustellen, der Ordnung wieder zu geben ꝛc., was nur durch Herstellung des Vertrauens, Handhabung der Ordnung und Gesetzlichkeit erzielt könne. Hierauf sprach sich der Hr. Minister aufs Entschiedenste aus und forderte alle, namentlich auch alle Staatsbeamten, zur Mitwirkung auf. Darum sei es noch dem Allen gewiß am besten, erst noch die nothwendigsten Geschäfte rasch zu vollenden, dann die Kammern zu vertagen und sie sofort zur Berathung eines neuen Wahlgesetzes wieder zu berufen, sobald von der Nationalversammlung die Bestimmungen erlassen habe, die man zu diesem Absatzung durchaus zuvor kennen müsse. Auch der Mann, auf den ganz Deutschland mit Vertrauen blicke, Heinrich v. Gagern, sei entschieden dieser Ansicht. Die heute zahlreich besetzte Kammer und die übrigen Galerien hörten den sehr ausführlichen Vortrag des Hrn. Ministers in tiefster Stille an. Abg. Schaffrath machte den Vorschlag, die Sache wohl zunächst mit vertraulich prüfen, beyeist sich, daß der Wichtigkeit der Sache Berathung mit seinen Freunden vor. Auch einige andere Abgeordnete machten noch kurze Bemerkungen, worauf der Präsident, nach dem Vorschlage des Ministers, auf den Abend eine Sitzung anberaumte, um nu den Regierungskommissaren zu besprechen, welche Gegenstände zunächst noch zu erledigen sein mögen. Gestern Abend trat sodann die Kammer zusammen, soll aber darin nichts festes, namentlich nichts bezüglich der Auflösung der Kammer, beschlossen worden sein. Dagegen behauptet man vorwaltend, daß die Opposition, trotz der klaren Auseinandersetzungen der Regierung, wie nachdrücklig und unmotzig im Augenblicke die Auflösung der Kammer sei, dazu Privatzusammenkunfte eine Majorität für sich gewonnen habe. Die Sache muß in den nächsten Tagen entschieden sein.

Hamburg, 23. Juli. Mit dem heutigen 4 Uhr-Zug fuhr in Altona an 150 Freischarler unter Zuhrung des Hauptmanns Freudenthals, eines Bertmere vom aufgelösten von der Tann'schen Freikorps, angekommen, worunter sämmtliche Hamburger, die alle zur Maxime übergehen. Heute wird noch der Rest hinzukommen. Es ist jetzt nur noch wenig Mannschaft Freischärlern unterstützt, um in seine Heimath zu gehen, wohin ihm auch sämmtliche Bayern folgen werden. Diejenigen Freischarler, die in ihre Heimath gehen, werden in Altona einquartiert und empfangen 2 Rthlr. Reisegeld. Alle, die ich gesprochen habe, sind sehr ihren Führer von der Tann aufs Höchste angenommen und können deßen wenigsten gegen sie auch nur den kleinsten Vorwurf machen. Dieser hatte bisher bedingen in Folge über die zurückgehende Bezahlung und aber die Unbauchbaren, die ihnen von der provisorischen Regierung zu Theil geworden. Sie sagen zu Ehren, als ihnen der Befehl zukam zum Aufbrechen. Jubelnd packten sie ihre Tornister und schicken sich zur Reise an, da sie nicht anders glaubten, als daß sie dem Feinde entgegen gehen werden sollten; sie wurden statt deßen nach Rendsburg geführt, woselbst sie aufgelöst wurden. Von Rendsburg aus wird aus gesprochen: Die Auflösung der beden Freikorps ist nun definitiv erfolgt; doch sind 600 Mitglieder derselben, zum größten Theile Schleswig-Holsteiner, in's regulare Militär eingetreten, sie sind diesen Morgen bereits aber Neumünster, wo sie übernachten werden, nach Itzehoe abgegangen, wo sie den trefflichen Stamm eines neuen (des neunten) schleswig-holsteinischen Bataillons bilden werden. (Hr. Journ.)

Preußen. — Berlin, 24. Juli. Nachdem vorgestern, Sonntags, schon einige Paragraphen der beabsichtigten Organisation der konstitutionellen Vereine im Plenum des konstituirenden Kongresses berathen worden waren, wurde derselbe gestern, Nachmittags 4 Uhr, geschlossen. Die, hierbei vertretenen gewesenen und später noch sich anschließenden, Vereine werden nun einander in der engsten Verbindung bleiben und ihr Prinzip: „die Befestigung der konstitutionell-monarchischen Regierungsform auf den breitesten Grundlagen," auf jede erlaubte Weise kräftiger denn je verfolgen. — Der Kongreß hatte sich am deßhalb gestern so lange fur den laufenden Tag permanent erklart, bis seine Organisation beendet sein wurde. Das Werk ist ihm glücklich gelungen, und die meisten Deputirten reisten schon heute oder vorgestern gestern zu ihren fernen Heimathen zurück. In der heutigen Schluß-Sitzung wurden zwei Schreiben der gleichgesinnten Vereine in Prag und München verlesen, die das Bedauern aus drücken, daß sie, wenn gleich vollkommen mit den Meinungen des hiesigen konstitutionellen Clubs einverstanden, leider, wegen Kurze der Zeit, Deputirte nicht schicken konnten. Zwei Erklärungen sind noch aus der Mitte des Kongresses hervorgegangen, deren Annahme durch Einstimmigkeit erfolgte. 1) Eine Erklärung, hervorgerufen durch den Abg. Bracht aus Elberfeld: „Der konstitutionelle Kongreß in Berathung eines unterm 23. d. M. „An das Volk" erlassenen Aufrufes, unterzeichnet „Der Preußen-Verein für konstitutionelle Königthum" und darauf sich gründende Anfrage über diesen Verein, die so herrlich angebahnte Einheit des deutschen Volkes, diese einzige Grundlage unserer Zukunft, zu stören; er erblickt darin eine Auflehnung gegen den gesetzlich ausgesprochenen Willen der Nation, die eben so gesetzlich ist und eben so leicht zum Bürgerkriege führen wurde, wie die selbstsüchtigen Bestrebungen der Anarchisten. Berlin, den 24. Juli 1848. Der konstituirende Kongreß." Und 2) eine desgl., angetragt durch den Abg. Krüger, dahin zielend, daß die Anzeige im heutigen Staatsanzeiger, die Huldigung der deutschen Truppen fur den Erzherzog-Reichsverweser betreffend, welche auf den 6. l. M. anberaumt ist, dahin zu verstehen sei, daß dieselben sich unter den Befehl desselben ohne Nachtheil stellen, insofern sie, nöthigenfalls, für das deutsche Bundes-Contingent werden eingetreten werden.

Oesterreich. Wir haben bereits die Aufregungen gegen die Jesuiten erwähnt, welche in Wien mehr und mehr überhandnehmen. Am 21ten Juli hat nun der Vorstand die israelitischen Gemeinde in deren Namen eine Erklärung erlassen, worin er die Gesammtheit der Judenschaft gegenüber einzelnen Judenthum in Schutz nimmt, und das Streben der Jesuitenschaft einzig auf das Wohl der konstitutionellen Monarchie im jungsten Emporkommen mit ihren christlichen Brüdern hinwirkend bezeichnet.

Die Abgeordneten aus den italienischen Bezirken von Tyrol zur Reichsoberversammlung in Frankfurt hatten bekanntlich den Antrag auf Lostrennung der südtyrolischen Bezirke vom deutschen Staatsgebiete gestellt. Dieser Antrag fand bereits in einer Sitzung der Abg. Zeitung vom 21ten Juli der Ehre die gebührende Würdigung und Abfertigung. Die Antragsteller sahen sich dadurch zu einer öffentlichen Erklärung veranlaßt, in der sie auf ihrem Verlangen beharrend daßelbe als rechtlich und historisch begründet nachzuweisen sich die, freilich vergebliche, Mühe gaben. Inzwischen hat die Reichsversammlung die Frage bereits entschieden in dem Sinne, daß sie Tyrol in seinen deutschen Theilen nicht von Oesterreich los und „Judikaren" noch eine, D. P. R. unterzeichnete Erklärung, welche an den erwähnten Artikel „von der Etsch" die folgenden Bemerkungen knüpft: „Daß Südtyrol der bei Wahl seiner Deputirten für den Reichstag zu Frankfurt, für den drängenden Augenblick, vorzüglich auf die Freisinnigkeit, Loyalität und Tuchtigkeit seiner Repräsentanten Rücksicht gehabt, wird niemand bezweifeln, weshalb man Frankfurt gerade jene Männer geschickt worden, von denen man mit Grund gewärtigen konnte, daß sie den Wünschen der Mandatare im wahren Sinne des Mandates entsprechen würden. Diese Wünsche gingen dahin, daß fürder Südtyrol mit Deutschtyrol eine Union bilde, deiner Landestheil in seiner Integrität ein zum deutschen Staatenbunde gehöriges unzertrennbares Ganze bleibe, von dem es sich loszureißen nie beabsichtigt hat. Die südtyrolischen Deputirten haben die Pflicht, den Sinne ihres Mandates, als Dolmetscher des allgemeinen Willens, diese Wunsche der deutschen Reichsversammlung vortragen und im Sinne dieser handeln sollen. Einen einzigen billigen Wunsch hat Südtyrol ausgesprochen, und die einmüthigste Stimmung, worin es gehabt, diesie in glänzender Weise Bestätigung erhalten. Daß aber Südtyrol seine Repräsentanten fur Frankfurt jenen Ausfinn in den Mund gelegt, wodurch selbe auf Trennung antragen, dieses verdient Rüge, denn ganz Südtyrol ist es bekannt, daß seit Jahrhundertern dieser Landestheil dem Lande Tyrol, mithin dem deutschen Reiche angehöre, und daß das deutsche Reich seine Anfprache daran nie aufgeben wird. Südtyrol verkennt es nicht, und schätzt sich glücklich, mit dem deutschen Reiche einverleibt zu bleiben. Südtyrol hat längst die Vortheile seines Anschlusses an die deutsche Nation erwogen, weshalb selbes den zum Frankfurter Nechtstage-Abgeordneten (Prait und Marsilio) seine Vollmacht ertheilte, die Frage der Losreißung Südtyrols vom deutschen Bunde in Anregung zu bringen. Südtyrol — ja der größte Theil der Canaboier protestirt gegen jeden Vorwurf, den man ihm deßhalb angerichtet machen mag. Wenn der unbedingt angetragte Antrag durchgeht, so ist nur der Wunsch aller patriotischen Einwohner Südtyrols erfüllt worden, — aber deßhalb, meine lieben Brüder und Deutschtyroler, deßhalb — sollt Ihr aus Südtyroler nicht kränken, sondern Euren Groll über gewisse Herrn von Trient, Roveredo, Borgo, Meziolombardo, Riva und Caroldre ausgießen, die es am so mehr verdienen, weil gerade unbesonnene Leute und unter andern auch, und noch mehr wundrlich klingt, deutscher Abkunft! Ihnen, den größten Lärm machten." Die Erklärung schließt mit der feierlichen Versicherung, daß Südtyrol niemals daran gedacht hat, sich in den italienischen Staat zu verknechten, um darin seinen Tod zu finden.

Frankreich.

* St. Malo, 21. Juli. Am 18. Juli überzab der Pfarrer, derzeitwärtigen Missionen in die Hände des Pfarrers von St. Malo die scheußlichen Ueberreste Charrouvaude, das unglückbare Armerdachtigs desselben an seine Landsleute. Zuweilunter Trauer aus allen Theilen der Stadt, die Verwaltungsbehörden, die Nationalgarden von St. Malo und aller umliegenden Städte, die Truppen der Garnison, die Zollschutzmannschaft,

eine ungeheure Volksmenge, größtentheils Frauen, die herbeigeeilt, die Ankunft des Königs in Frankreich bei öffentlichen Festen sonst aber Mann Schaar ist gelagert, im tiefsten ernstesten Schweigen an der Seite der Leichenstatte, welche mit prachtvollem Pracht in der uralten Kathedrale von St. Malo hierzu aufgeschmückt war. Während der darauf folgenden Aufsegung der Leiche drängte sich unausgesetzt die Menge um den Katafalk um ehrigen Gebete. Am 19. Morgens strömten noch mehr Nationalgarden nach St. Malo. Um 11 Uhr begann der Trauergottesdienst und die von Karl dem Großen erbaute ehrwürdige Kathedrale ist in ihren hallen Massen von dreifachen Fahnen wehen, um welche sich die Nationalgarden schaarten. Feierliche Stille schwebte über der großen Versammlung und die Lage blieb trocken, als die Musik im Augenblick, wo der Zug sich in Bewegung setzte, die schwermüthige Melodie von „Comblen j'ai donné souvenance“ anstimmte. Der Zug bewegte sich durch die Hauptstraßen der Stadt, welche von einer unzähligen, aber lautlosen Menschenmenge angefüllt waren. Die Schnüre des Leichentuchs hielten rechts die Hh. Morvennais, Sauvage, der Maire von Rennes und der Präfekt; links die Hh. Guibert, Debelognen, der Rektor der Akademie von Rennes, und Amyere, Als man am Fuße des Grabfestens anlangte, wurde der Sarg bis zum Grabe auf den Schultern getragen und drei Reden wurden daselbst gehalten von Hrn. Canut, Adjunkten des Maire von St. Malo, Hrn. Amyere, Vertreter der französischen Akademie bei dem Leichenzuge, und Hrn. Thierry, Rektor der Akademie von Rennes. Die Rede des Hrn. Amyere war die bemerkenswerthe, indem darin mit den treffendsten Zügen Leben, Wirken und der edle Charakter des Verstorbenen als Mensch, Staatsmann und Schriftsteller gezeichnet war. Sie brachte den tiefsten Eindruck hervor.

Nachschrift.

* Frankfurt, 27. Juli. Die Abstimmung über die Posegr Frage ist erfolgt. Wir werden das Nähere darüber morgen nachtragen. Heute nur so viel, daß die Anträge im polnischen Sinne mit großer Mehrheit durchweg verworfen worden sind. Die Linke entheilt sich zum Theil der Abstimmung. Die vom General Pfuel am 4 Juni angeordnete vorläufige Demarkationslinie zwischen dem polnischen und deutschen Theile ist vorläufig aufrecht, jedoch nach Gickra's Antrag die letzte Entscheidung über die zu treffende Abgrenzung zwischen beiden Theilen nach dem Ergebniß weiterer, von der Centralgewalt zu veranstaltenden Untersuchung vorbehalten. Auf Lichnowsky's Antrag wurde auch die bestimmte Erwartung zur preußischen Regierung ausgesprochen, daß sie den im polnischen Theile von Posen vorhandenen Deutschen den Schutz ihrer Nationalität unter allen Umständen sichern werde. Schaffrath's Antrag, der Polens Wiederherstellung als eine heilige Pflicht des deutschen Volkes erklären wollte, fiel nach heftigen Reden und Gegenreden zu Gunsten des Uebergehens zur Tagesordnung mit 370 entheilten gegen 30 Abstimmung. — Der bekannte Dr. Joh. Georg Wirth auf Hof in Bayern, ehemaliger Redakteur der deutschen Tribüne ist hier gestern gestorben.

Frankfurt, 26. Juli. Die wichtige Wahl des Reichs-Handelsministers scheint entschieden. Bernstorf nach wie Strauß Duckwig aus Bremen dazu berufen. Eine glückliche Wahl. Zum Finanzminister soll Staatsrath Mathy bestimmt sein. Für das auswärtige Portefeuille werden drei Namen genannt: Beckerath, Bunsen und — Stockmar. In dem Unterstaatssekretair der Justiz soll Robert Mohl bestimmt sein, der die auf ihn einstimmig gefallene Wahl zum Vertreter der Universität Heidelberg in der ersten badischen Kammer, wie Sie wissen, abgelehnt hat. (B. H.)

Oesterreich. — Wien, 26. Juli. In der gestrigen Sitzung des konstituirenden Reichstags machte der Abgeordnete Pinkas darauf aufmerksam, daß Fürst Windischgrätz gegenwärtig noch Kommandirender von Prag sei, der eine Hofkommission, die vom früheren Ministerium zum Behufe der Erhebungen über die Pfingstereignisse nach Prag gesendet worden und welcher sich eine Deputation von Bürgern und Studenten angeschlossen hatte, die Antwort gegeben habe, er empfange Befehle nur von seinem Kaiser, der ihm dieses Posten anvertraut, nicht aber vom Ministerium. Abg. v. Pillersdorf erwidert hierauf, daß er nur den Irrthum des Redners vor ihm aufklären wolle, da ein solcher Ausspruch des Fürsten an das Ministerium nicht gelangt sei, da sonst entweder das Ministerium oder der Kommandierende hätte abtreten müssen. — Abg. Löhner: Ich fühle mich bemüssigt, zu erklären, so wie ich es schon im Protokolle gethan habe, daß die Angabe von einem Aufruhrzustande im Lande falsch sei, und ich sie so lang für falsch halte, bis sie nicht von den HH. Abgeordneten bewiesen wird. (B. Z.)

Vermischte Nachrichten.

Die „deutsche Reichstagszeitung“ enthält folgende Statistik der Nationalversammlung: Unter den in der Wahlurne gezeichneten 586 Abgeordneten befinden sich: Professoren 86, Ober- und Justiz-Räthe 14, Syndikus und Bürgermeister 18, Oberappellationsgerichts- und Oberlandesgerichts-Räthe 23, Oberverwaltungsgerichts-, Regierungs-Präsidenten und Direktoren 17, Regierungsräthe 17, Grafen 9, Minister und Bundestagsgesandte 13, Obersten 3, Geheime und geheime Staats-Räthe 4, Landräthe 14, Pfarrer 17, Polizei- & Kanzlei-, Domänen- und Regierungs-Sekretäre 5, Obersten-Lieutenant 1, Lieutenants 3, Hauptmann und Rittmeister 2, Staatsanwälte 3, Major 1, Generale 2, Polizeidirektoren 2, Staatsprokuratoren 2, Rechtsanwälte 4, ehemaliger Kommerzienrath 2, Bürgerschaftsvorsteher 14, Rentkammer-Rath 6, Domänenrath 2, Kriegskommissair 3, Münzdirektor 3, Justizkommissair 6, Archiv- und Justiz-Kanzlisten 3, Landrichter 3, Oberamtmann 1, Amtsassessoren 4, Bergrath 1, Jubilair 1, Kirchenvorsteher-Gerichtsrath 1, Forstmeister 1, Kriminalrichter 2, Oberpostdirektor 1, geheimer Oberrechnungs- und Revisionsrath 1, Gerichtsdirektoren 3, ehemaliger Archivrath 1, k. k. Rathsprotokollist 1, Erbmarschall 1, Fürsten 2, Kirchspielrath 1.

Aus Gumm schreibt die „Ulmer Kronik“: Ihrer Versicherungen Heckerlinge sind bereits in dem Hamburger und Frankfurter Parlamentarischer Kommunismus recht brav aus, so daß man einen Vorschmack von dem Zustand erhält, welchem die Gesellschaft zur Beute würde, sobald sie aus Brei kämen, nämlich sie — rupfen. Doch glauben Sie nicht mir, glauben Sie dem „Boten vom Neckthal“, welcher in seinen Nummern Folgendes erzählt: „Ein schöner Sonntag Nachmittag, wenn sich singlich Alt und Jung versammelt zur Erholung dazu, welche in einer gesegneten Gegend Deutschlands besonders selten sind, durch Tanzlust angeregt.“ Und: „Um die Tänzerinnen der armen Gesellen zu verschönern, sind die mit Lärm unentgeltlich sehr schöne Herren zu haben Gäste“ Ende St. Johannesthurm.“

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 27. Juli. Paper. 3½ pcent. Obligationen 76 G. 4pcent. 85 G. Bankaktien 41. Semeier 556 G. Preussen 40 P. Oesterreich. 5pcent. Metall. 70 G.

Wien, 25. Juli. 5pcent. Metall. 73, 4pcent. 61, 3pcent. 35, 2½pcent. 39, 184er 500 L-Loose 120. 1839er 250 L-Loose 81. Bankaktien 1020. Nordbahn 104. Gloggnitz 91. Donau-Dampfahrt 61. Burewitz —, Livorno 69½. Pesth 63. Siena 56. Joanninenbahn 95½.

Frankfurt a M., 27. Juli. Oesterr. 5pcent. Metall. 65½, 4pcent. 61, 3pcent. 34 P. — G. 2½pcent. 19 P. — G. 200 fl-Loose 108½, 100 fl. 250 fl-Loose 72 B. 71 G. Preuß. 50 Thlr.-Prämienloose 88½, 10 fl. 87½. Staatsschuldsch. 3½pcent. 73½, 73 G. Bayer. 3½pcent. — P. 75 G. Ludwigs-Berbach. 88 P. 87½ G. Württemberg. 3½pcent. 78½, 78 G. 4½pcent. 93½, 93 G. Bad. 3½pcent. 76½, 76 G. Lotto-Anleihen à 50 fl. 48½, 48 G. 35 fl-Loose 27 P. 26 G. Darmstadt 34½pcent. 78 B. 77 G. 4pcent. 87½, 87 G. Lotto-Anleihen von 50 fl. 64 B. 63½, G. 25 fl-Loose 21½, 21 G. Kurhess. Friedr.-Wilh.-Nordb. 40½, 40 G. 40 Thl.-Loose 26½, 26 G. Nassau. 3½pcent. 82 B. 81½, G. 25 fl-Loose 21½, 21 G. Frankf. Bayer. 82 B. — G. Holland. 2½pcent. 53½, 53 G. Dänische Staatsschuld 28½, 28 G. Holland. Integr. 46 B. 45½, G. Span. 5pcent. innere Schuld 18½, B. 17½, G. Polen 300 fl.-Loose — B. 88 G. 500 fl-Loose 63½, 63 G. Sardin. 36 fl.-Loose 25 B. 24½, G. Diese.

Kommerz. 26 Juli. Heute gingen bei Dieterich 1 Waffe der 114. Liefgen Staatsanleihe. Stücke 16539 à 5,000 fl. Nro. 300 3000 fl. Nro 17487 2000 fl. Nro. 24822 1000 fl. Nro 18848 und 17397 zere 400 fl.

Amsterdam, 24. Juli. 2½, Integr. 44½. — Span. Zinsrest. — Port. Zinsrest. — Amort. Schuld 5½, — — 4pcent. 74, — 3pcent. 37. Zinsrest. 3pcent. 19½. Span. 5pcent. 18½. Coupons —. Portug. Zinsrest. 17½. 4pcent. 18½. — Russische 4pcent. bei Pere 75½. — Dito bei Stieglitz 75½. — 3pcent. Metall. 64, 63½. — 2½pcent. dito 33½.

Berlin, 25. Juli. Inländische Fonds. Pfandbriefe. Kammerl.-Papiere. Eisenbahn-Aktien. Schuld-Sch. 74 B., 73½, G. Seeh. Präm. Sch. 88½, P. 87½, G. k. u. Neum. Schuldv. 70½, P. — G. Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. 77½, P. 76½, G. Großherzogl. Posen. Pfandbr. 4pcent. — P. 94 G. 3½pcent. 77½, P. 76½, G. Pommersche Pfandbr. — P. 81½, G. Pomm. Pfandbr. 81½, P. — G. kur- u. Neum. Pfandbr. 92 P. — G. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. 81½, P. 80½, G. Preuß Bk.-Anth Sch. 86½, P. 85½, G. Friedrichsdor 13½, P. 13½, G. Aud. Goldm. à 5 Thl. 12½, P. 12½, G. Disconto 3½, P. 3½, G.

Eisenbahn-Aktien: Berl.-Anhalt 83 87½; bz u. P. Berl.-Hamburger 83 u. 84 bz u. G. Berl.-Stettin-Stargarder 86½, bz. Berl.-Potsdam-Magd. 43½, P. Magd.-Halberstadt 92 bz. Magd.-Leipziger —. Halle-Thüringer 53 a 54 bz. Köln-Minden 77 P. 76½, G. Köln-Aachen 57 P. Düsseld.-Elberfeld 68 G. Steele-Vohwinkel — P. Niederschl.-Märk. 79½, P. 78½, G. Oberschles. A 86 bz. u. P. 86 G. Breslau-Freiburg —. Kraf.-Oberschles. 38½, bz. u. P. Berg.-Märk. 60 P. Stargard-Posen 66 bz. u. P.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. B 85 P. Starg.-Posen —. Magd.-Wittenberg 45½, bz. u. P.

Prioritäts-Aktien: Berlin-Anhalt. 81½, G. Berlin-Hamburg. 89 bz. Berl.-Potsdam-Magd. 87½, 75 bz. u. G. 4pcent. 80½, G. Halle-Thüringer 80½, G. 80½, P. Köln-Minden 87½, bz. M. Steine-Vohwinkel — G. Düsseldorf-Elberfeld —. Niederschl.-Märk. 87½, 84½, 4pcent. 94 G. 311. Stett. 88½, bz. Jarisdahn Serie. 79½, P. 78½, G. Stargard-Posen —. Westfale-Bodumarkt —.

Paris, 25. Juli. 3pcent. 47.25, 4pcent. —, 5pcent. 73.25. Schatzsch. 16. Bankaktien 1070. Comptr. von Algier —. Belg. 4pcent. 77. 4½pcent. 70. Belg. Lank —. Neap. 5pcent. 73.50. Rom. 64. Piem. —. Wechsel: Amsterdam 207 P. Hamburg 207. Wechsel 125.—, sicht 124.50. Paris-Orleans 675.—. Rouen 470.—. Lyon 346.25. Straßburg 357.50. Nordbahn 382.50. Mars-Avignon 240.—. Straßb.-Basel 97.50. Ost.-Bordeaux 407.50. Tours-Nantes 337.50.

Madrid, 20. Juli. 3pcent. 19½, P. 20 G. 5pcent. 10½, P. 10 G. Paff. 3½, P. Comp. —. Auswärt. Schuld. Span. Schuld 3½, P. Provis. Zinsen 3½, G. Fernandobrief 70 P. Diskonto 4½, P. Bedeutkurse: Paris 3pcent. 21½, 22. Paff. —. Portug. 3pcent. —. 4pcent. 18½, 4pcent. 4—60 P. London 43—75 P.

J. B. Bogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 28.

Neue Münchener Zeitung.

Pränumerate:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Einzelnnummern 6 kr.

Sonntag den 30. Juli 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, den 29. Juli.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 28. Juli l. Js. allergnädigst bewogen gefunden, die bei dem Wechsel- und Merkantilgerichte I. Instanz zu Straubing erledigten Rathsstellen den Räthen des Kreis- und Stadtgerichts daselbst Karl Gmelch neider und Karl Bacher zu übertragen, ferner unter demselben Tage zu der am Merkantil, Friedens- und Schiedsgerichte zu Nürnberg erledigten vierten Assessorstelle den technischen Landesoppositionsgerichts-Assessor, Werkseigenthümer und Kaufmann Paul Merkel in Nürnberg unter Vorbehaltung von seiner bisherigen Funktion jedoch mit Vorbehalt des Titels und Ranges als technischen Landesoppositionsgerichts-Assessors zu berufen.

Der kgl. Landgerichtsarzt Dr. Kranz und der quiescirte Gymnasialprofessor Dr. Sötl sind zu Honorar-Professoren der hiesigen Universität ernannt worden, jener an der medicinischen, dieser an der philosophischen Fakultät.

(Pfarreiverleihungen.) Maisach, katholische Pfarrei Landg. Bruck, dem Priester Alois Kremp, Pfarrer in Niedermuech, Lgr. Oberviechtach. Burggriesbach, katholische Pfarrei, dem Priester Erhard Reinl, Pfarrer in Zell, Landg. Hilpoltstein (vom Hochw. Bischofe von Eichstädt verliehen und allerhöchst bestätigt).

Deutsche Reichsversammlung.

λ. Frankfurt, 26. Juli. (47. öffentliche Sitzung der Reichsversammlung.) Die Tagesordnung führt zur Fortsetzung der Berathung über die Posener-Frage. Ruge will nochmals zum Frieden mahnen. Die Theilung war ein schmachvolles Unrecht; dieses aufzuheben und zu sühnen, das hat die Pflicht Deutschlands der Freiheit angestrebt und das wird sie anstreben. Die Demokratie steht für die Völker nicht mehr im Bunde mit der Despotie stehen, sondern für die Freiheit begeistert sind. Die Polen sind die Apostel der Freiheit durch ganz Europa; die russische Armee ist durch sie für die Freiheit gewonnen; sie haben den Slavenkongreß für humane Beschlüsse gestimmt. — Die Neuconstituirung des slavischen Volkes kann zur Zeit nur gesehen, indem Deutschland die Slaven emancipirt, und der Adel unterliegt. Wird Deutschland dieses nicht thun, so wird es dazu gezwungen werden. Er, der Redner, beantragt in Erwägung, daß die Einverleibung eines Theiles von Posen der Lösung der Polenfrage präjudizire, diese Einverleibung für nicht geschehen zu erklären, und zugleich die Zweckmäßigkeit zu ersuchen, einen Kongreß der europäischen Mächte zur Wiederherstellung Polens zu veranlassen. Die Wiener Verträge sind nun zu realisiren; denn sie wollen Selbstständigkeit der Nationen. Dieß gelte von Italien so gut als von Polen. Damit das Erstere geschehen könne, würde es ihn freuen zu hören, daß Radetzky geschlagen sei. (Ungeheurer Sturm des Unwillens in der Versammlung. Der Präsident erklärt, er könne den Redner nicht zur Ordnung rufen, denn es sei dieß eben die berühmte Weltansicht desselben, die man ja kenne.) — Löw (aus Posen): Es ist wohl vor Allem wichtig zu wissen, ob die Bevölkerung die Inkorporation wünsche. Man hat dagegen den Beschluß von 26 gegen 17 angeführt; allein derselbe beruht sich nur auf die Inkorporation des ganzen Posen. Unter den 12 Abgeordneten aus Posen sind 11 für den Anschluß; darum möchte wohl auch ein Argument liegen. Die Privatstimmen gegen den Anschluß beziehen sich nicht auf diesen, sondern sind blos auf die Sicherung der Konfession gerichtet; sie sind nicht blos von Männern, sondern auch von Frauen und Kindern unterzeichnet. — Allein nicht blos der Wunsch der Bevölkerung fordert die Einverleibung; derselbe ist für Deutschland eine Nothwendigkeit geworden, wenn nicht ein gräßlicher Bürgerkrieg entstehen solle. Die Zwinge der nationalen Reorganisation ist von den Deutschen als eine auch für sie gefundene angesehen worden, während die Polen dieselbe als ausschließlich polnische auffaßten und durchzusetzen suchten. Seitdem die Deutschen dieß erkannten, trennten sie sich von den Polen und schlossen sich an ihre Stammverwandten an. Der Redner weist eine Rede von Behauptungen der Polenvertheidiger als unwahr nach. Wiesner spricht vor leeren Bänken eine halbe Stunde lang in biderrechen Worten für die Anträge Blum's. Sänger (aus Grabow) ergeht sich abermals in allgemeinen Betrachtungen, welche die Einverleibung fordern. Thinnes erklärt nicht aus konfessionellen Rücksichten den Anträgen des Ausschusses gegenüber treten zu müssen; er will den angestammten Freiheitsmann Polens. Giefra weist den Ruge'schen Kosmopolitismus mit Entrüstung zurück. Die Einverleibung Posens, so weit es von Deutschen bewohnt ist, und der Festung Posen ist vom nationalen Standpunkte unerläßlich. Wenn man sage, man habe sich dadurch den Slavenhaß auf, so möge man bedenken, daß derselbe bereits so groß sei, daß er kaum größer werden könne, möge man beschließen, was man wolle. Die Rücksicht auf das Ausland ist des freien Deutschlands unwürdig. Oder glaubt wohl Jemand, daß die Franzosen Alsigen oder Straßburg herausgeben würden, weil sie nicht französisch sind, oder daß England Gibraltar oder Malta an die betreffenden Nationen restituiren werde? (Große Beifall.) Benedey sucht in seiner bekannten etwas sentimentalen Weise das Unrecht der Deutschen und das Recht der Polen darzuthun. Doch will er nur den nicht vorherrschend von Deutschen bewohnten Theil von der Inkorporation angenommen wissen. Wiedig (aus Posen) gibt sowohl statistische als fonstige faktische Belege zur Unterstützung der Anträge des Ausschusses und zur Widerlegung Janiszewski's. „Wenn dieser gesinnt hat: Deutschland könne zwar die Polen verschlucken, aber es werde sie nicht verdauen, so sage ich ihm: Polen wird die 500,000 Deutschen nicht verdauen, denn es wird sie nicht verschlucken können.“ Nach einigen persönlichen Berichtigungen Janiszewski's wird die Berhandlung (um 3', Uhr) von der Versammlung als geschlossen erklärt; das Schlußwort des Berichterstatters und die Abstimmung aber auf morgen vertagt.

Wir lassen dem vorstehenden Berichte einen zweiten von einem anderen Korrespondenten folgen, welcher die nemliche Sitzung kritisch bespricht:

X Frankfurter, 26. Juli. Neu in der Geschichte unsers Reichstags ist die Anwendung, welche heute Hrn. Arnold Ruge dekret, sich auf der Rednerbühne für permanent zu erklären. Sie permanent auf so lange nämlich als die sämmtliche Mitglieder der Versammlung, die Bestand begfassen, zu seiner philosophischen Anschauungsweise sich bekehren würden, als welche es mit sich bezeichnete, daß Ruge heute mitten in Deutschlands Reichsversammlung erklärte, Radetzky müsse aus Italien gejagt, und den Völkern, welche in Wien, Berlin und Frankfurt gegen die teutsche Tyrannei und für die Volkerrepugnanz gefochten, Genugthuung ertheilet werden. Leider fand diese Theorie so wenig Anklang, daß er der allgemeinen Entrüstung wegen seine Rede nicht zu Ende bringen konnte, und die Ruhe im Saale sich erst dann wieder herstellte, als der Präsident eine solch kühne Anschauungsweise für Verrath an Land und Freiheit erklärte. Wie weit Ruge seinen philosophischen Cynismus treibe, geht schon daraus hervor, daß er neulich in einer Rede, worin er sich für Frankreichs Großmuth nicht genugsam zu loben sei, daß es Savoien und Belgien, Länder, auf die es seit der Anfechtung der Verträge von 1815 gewisse Rechte habe, noch nicht zu Handen genommen. — Nie hat eine Rede der Sache, für welche sie gesprochen wurde, mehr geschadet als die Ruge's, und es hätte wahrlich der flammenspeienden Donnerworte Giskra's nicht bedurft, um die deutsche Waffenehre wieder ein zu waschen von dem Schimpf, den ihr der Abgeordnete von Breslau anzuthun sich bemüht hatte. — Giskra ist bekanntlich einer jener Männer, welche bei der Wiener Revolution eine hervorragende Rolle spielten. Derselbe hat aber im Gegensatz zu Wiesner, Schlesing, Berger und andern österreichischen Foerschrittsmännern sich nie durch Oppositionseifer verleiten lassen, gegen die Interessen seines Vaterlandes zu stimmen. — Benedey sprach heute über sein Lieblingsthema, die Polenfrage, dermaßen matt und gehaltlos, daß seine Freunde sein Auftreten bedauerten, er hätte besser gethan, zu schweigen.

X Frankfurter, 27. Juli. 149. Sitzung der Reichsversammlung. Tagesordnung: Abstimmung über die Posener-Frage.) Die bekannte Geschichtschreiber Johann Georg Wirth aus Hof im Vogtlande ist gestern in dieser Stadt an einer Lungenentzündung verschieden. Er war in den reinsten Banden zum Reichstagsabgeordneten gewählt und hatte sich vor allen andern Gründen, eine polnische Nothwendigkeit geworden sei; wie es aber mit dem letztern für die Zukunft gehalten werden solle, darüber ließ uns sowohl seine Rede, noch mehr aber der Ausschußbericht in Ungewißheit. §. 3 des Ausschußantrags dringt nämlich, „daß von der preußischen Regierung eine bestimmte Erklärung verlangt werde, dieselbe wolle nicht nur überhaupt, solange sie den Gesammtbestand

Posen regieren werde, den in denselben wohnenden Deutschen ihre Nationalität erhalten, sondern auch dafür sorgen, ihnen vielleicht bei den Fall zu sichern, daß dieser polnische Theil Posens aufhören sollte unter preußischer Herrschaft zu stehen." Es ist hienit also ausdrücklich belagt, daß Polnisch-Posen möglicherweise auch einmal an Rußland fallen könne; denn an ein selbstständig polnisches Reich glaubt Niemand mehr, weil dazu die erforderlichen Elemente nicht vorhanden sind; was wurde aber alsdann aus Ost- und Westpreußen werden? und — bei einer solch einstigen Anerkennung fremder Nationalitäten — aus Böhmen oder Ararat oder Venedig, dem Stapelplatze des südeuropäischen Handels, ohne welchen von dem Wiederaufblühen Nürnbergs, Augsburgs, Kaufbeurens, Lindaus und so vieler ehemals reicher und mächtiger Städte gar nicht die Rede sein kann? Allerdings darf mich wohl auch nur ein Mitglied des Reichstags an Ueberlassung Polnisch-Posens an Rußland, aber man hätte dies im Berichte offen aussprechen, und diesen Landestheil unter den Schutz des deutschen Reichs stellen sollen. — Ein Zusatzantrag Richnowsky's, daß die deutschen Bewohner Polnisch-Posens unter allen Umständen unter dem Schutze Preußens stehen sollen, fand deßhalb auch sogleich vielfache Unterstützung und wurde bei der Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen. Die Hauptsache selbst, ob die von Preußen beschlossene Abgrenzung vom Reichstage bestätigt und die 12 Deutschpolener Abgeordneten in die Versammlung zugelassen werden sollten, wurde mit 342 gegen 31 Stimmen bejahend entschieden; alle Abgeordneten der Linken, etwa 100 an der Zahl, enthielten sich der Abstimmung, nachdem sie bei einer Vorfrage unterlegen waren.

Als Minister Arnim wurde seiner noch erwähnt, daß die endgiltige Entscheidung über die Abgrenzung zwischen beiden Theilen nach dem Ergebnisse einer von der Zentralgewalt zu veranstaltenden Erhebung vorbehalten bleibe. Die Linke hat am Schlusse der Sitzung alle Kräfte auf, um durch Lärmen und Toben die Reichstag dahin zu bringen, daß er trog der vorangehenden gegentheiligen Beschlüsse es für seine heilige Pflicht erkläre, für Polens Herstellung, dessen Theilung ein schmachvolle gewesen, energisch mitzuwirken, — aber vom Mehrheit, wie Widerwillens gegen die Polen und deren Freunde, wegen der von denselben schamlos selbst mitten in dem Saale zur Schau getragenen Barrikadenpolnik, ging auf einen solchen Antrag, als zur Zeit zwecklos, nicht ein.

Deutschland.

H. Limburg. * Die Limburger Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung sind am 21. d. M. nach Hause zurückgekehrt und haben an ihre Wähler folgendes Wahlschreiben erlassen: „Meine Herren! Limburgs Schicksal ist so eben entschieden worden. Die deutsche Reichsversammlung hat einstimmig und unwiderruflich erklärt, daß Limburg ein deutscher Staat sei und fordern auch mehr als eine niederländische Provinz betrachtet werden dürfe. Die Frage der Liquidirung der Schuld ist der Entscheidung der deutschen Reichsversammlung anheimgegeben, in welcher wir eine sichere Garantie gegen jede gewaltsame Uebernahme einer fremden Schuld finden. Meine Herren! Ihre Abgeordneten wachten es als ihre Pflicht, Ihren Wünschen die Aufrechthaltung der Ruhe und die Beobachtung der bestehenden Gesetze zu empfehlen so lange, bis letztere durch andere ersetzt sind. Das ist Pflicht eines jeden Bürgers." Unterz. Baron v. Scherpenzeel, A. Cheremmaeckers." Zu vorstehendem Aktenstück erlaubt sich das „Journal de la Haye" folgende Bemerkungen: „Es ist wirklich so unumstößlich wahr, wie die HH. Abgeordneten angeben, daß die Reichsversammlung beschlossen habe das Land Limburgs entschieden hat? Es scheint, daß sich jeder wesentlicher Punkt den HH. Abgeordneten entschlüpft ist: daß nemlich noch etwas mehr dazu gehört, Limburgs Schicksal definitiv zu bestimmen, als die deutsche Reichsversammlung." — Der „Amsterdam'sche Courant" berichtet aus dem Haag vom 24. Juli von täglichen Ministerkonferenzen, welche in den letzten Tagen stattgefunden haben, die oft bis tief in die Nacht hinein sich verlängerten, und sich auf die Limburgischen Angelegenheiten bezogen.)

Preußen. Berlin, 25. Juli. Gestern um halb 11 Uhr Vormittags war die Bürgergarde von Charlottenburg zur Parade vor Sr. M. den König beschieden. Diese wurde in Schloßgarten, in der vor dem Schlosse befindlichen Orangerie-Allee abgehalten. Der König hielt die Infanterie zu Fuß ab, indem er dem ersten Gefolge an der Front des Bataillons entlang ging, wobei er von den Bürgerwehrmännern mit einem wiederholten Hurrah begrüßt wurde. Se. M. der König hat seine wohlgekommene Zufriedenheit mit der Haltung der Bürgerwehr ausgesprochen. (Berlinische Nachrichten.) — Fr. Bekerath ist auf Frankfurt hier eingetroffen und wird etwa acht Tage hier verweilen. Die Deputirten in Frankfurt finden es durchaus nöthig, nachdem sich die deutschen Zustände einigermaßen wieder in den Weg ordnungsmäßiger Entwicklung gerauht haben, die eigene Heimath und die Hauptstädte ihrer respektiven Länder wieder zu sehen, und sich von der deutsch hersehenden Stimmung mit eigenen Augen zu überzeugen, was sie sonst in so finstern Augen und ihre Kommittenten nicht mehr richtig vertreten würden. Es wäre daher wünschenswerth, wenn die Frankfurter Nationaloersammlung sich auf vierzehn Tage vertagte, weil sie ohnehin wohl noch wenigstens sechs Monate zusammen sein wird. Der Ober-Präsident v. Auerswald, der aus Frankfurt hier anwesend ist, wird in einigen Tagen dahin zurückkehren und wahrscheinlich mit dahin wirken, richtigeren Ansichten über Preußens Stellung in dem jetzigen Augenblicke Eingang zu verschaffen.

Die „Spen.-Ztg." theilt nachstehende Petition mit, die der preuß. National-Versammlung übergeben worden: Das sogenannte deutsche Reichsverweserministerium zu Frankfurt a. M. soll unter dem 16. d. M. allen Kriegsministerien der deutschen Staaten, mithin auch dem preußischen angezeigt haben: „daß der Herr Erzherzog Johann von Oesterreich die Uebertragung der gesammten deutschen bewaffneten Macht übernommen, und daß ihm von allen deutschen Bundesstruppen zu huldigen sei." Die Unterzeichneten erwarten von einer hohen Versammlung, daß Hochdieselbe derartigen Uebergriffen der in Frankfurt gebildeten sogenannten Zentralgewalt überhaupt, sowie dem angeblichen Erlasse des sogenannten Reichsverweserministeriums insbesondere, bei Zeiten sich ernstlich und entschieden entgegenstellen, und das verantwortliche Ministerium zur Ergreifung der hierzu geeigneter Maßnahmen sofort veranlassen werde. Wir Unterzeichnete vermögen in dem, den preußischen Abgeordneten zu Frankfurt ertheilten Mandat keine Vollmacht zu entdecken, welche denselben das Recht ertheilte, eine Zentralgewalt zu schaffen, die Preußen vernichtet! Eventuell wäre eine solche Vollmacht nun vorn herein nichtig! Wir erkennen aber in dem vorliegenden Hulbigungsakte einen Versuch: „Preußen zu mediatisiren!" und müssen jedes derartige Beginnen für einen Verrath am preußischen Volk erklären, es sei denn, daß dieses große, ruhmvolle, selbstständige und lebenskräftige Volk in Urorsammlungen seine eigene Vernichtung selbst aussprechen wollte. Wir tragen deßhalb ganz ergebenst darauf an: Eine hohe Versammlung wolle schleunigst beschließen: daß im ganzen preußischen Staat die Urwähler in geeigneten Versammlungen zusammenberufen und Beschluß gefaßt werde: „Ob Preußen ein selbstständiger Staat bleiben oder als mediatisirtes Land im neuen deutschen Reich unterzehen soll?" Nach dem Ergebnis dieser Abstimmung wurden dann eventuell die preußischen Abgeordneten zu Frankfurt zu instruiren sein. Berlin, den 22. Juli 1848. Die Urwähler. Folgen die Unterschriften.

⊙ Berlin, 26. Juli. Gegen die Konzentrirung der Gewalt zu Frankfurt spricht sich hier immer entschiedener die Meinung eines großen Theils der Bevölkerung, vor Allem aber das Militär aus. Die einzelnen Kompagnien der hiesigen Garnisonregimenter haben sämmtliche Unteroffiziere und Soldaten die bestimmte Weigerung ausgesprochen, dem Reichsverweser den Huldigungseid zu leisten. Auch die Presse bleibt dieser Gesinnung nicht fremd. Nicht nur die „Deutsche Wehrzeitung", auch die „Spener'sche Zeitung" und die durch einflußreiche Personen geleitete „Neue Preußische Zeitung" sprechen dieselbe unumwunden aus. Letztere nennt den „kühnen Griff" des Hrn. v. Gagern einen „wohl gelungenen Griff", und schreibt die Anwesung, welche der Reichskriegsminister an die „Landesvertheidigungsmittel" erläßt, „einer sonderbar benebelnden Kraft der Frankfurter Luft" zu.

Hr. v. Kirchmann trat gestern Behufs seiner Neuwahl zum ersten Male vor den versammelten Wahlmännern auf. Man schien durch seine Vorschriften, welche er in seinem Schreiben an die Kommission sehr befriedigt, die ein Wahlmann Hrn. v. Kirchmann über seine Ansichten in der deutschen Frage interpellirte und Hr. v. Kirchmann sich für die äußersten Konsequenzen in den einheitlichen Bestrebungen Deutschlands erklärte; diese „äußersten Konsequenzen" erschrecken einen nicht unbedeutenden Theil der Wahlmänner, so daß die Aussicht für Hrn. v. Kirchmann, wieder gewählt zu werden, mindestens eine sehr schwankende ist.

Auf die wohlige Beilegung des Kampfes mit Dänemark scheint man hier den Orts selbst nicht zu rechnen. Vor einigen Tagen wurden die Unverheiratheten in der Berliner Landwehr dem Appell aufgefordert, sich als Freiwillige in die gegen die Dänen stehenden Truppen einreihen zu lassen. Es haben sich Viele gemeldet, die wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen nach Schleswig abgehen werden.

Seitens unserer Regierung hat man zwei Kammer-Gerichts-Räthe (von denen der eine Hr. v. Bakow) und zwei Räthe aus dem Ministerium. v. Unnern nach dem Großherzogthum Posen mit unumschränkter Vollmacht gesandt. Die Delegirten sind beauftragt, die dortigen Gesinnungen zu beobachten, sie über die bei dem jetzigen polnischen Aufstande Kompromittirten geführten Untersuchungsakten zu prüfen und wo es irgendwie thunlich, die Untersuchungen niederzuschlagen und die Gefangenen frei zu lassen. Man hofft auf diesem Wege der von der National-Versammlung niedergesetzten Kommission zur Prüfung der Posener Angelegenheiten entgegenzukommen und so etwaigen Vorwürfen der volksfreundlichen Partei der National-Versammlung zu entgehen. — Der bekannte Philantrop v. Appert hat, in Folge der vom Minist. Kabl wetter erlassenen Aufforderung, sich bereits erklärt dem Ministerium Vorschläge über Verbesserung des Gefangnißwesens zu machen.

Von Schlesien aus wurden dem Ministerium Vorschläge zur Errichtung von Waisenhäusern, namentlich im Interesse der durch den Hungertyphus in Oberschlesien verwaisten Kinder gemacht. Die Regierung, besonders der Finanzminister Hansemann, hat sich indeß aufs Bestimmteste gegen das System der Erziehung in Waisenhäusern erklärt und sich dahin ausgesprochen, daß aus Staatsmitteln Unterstützungen nur zur Familienerziehung gewährt werden sollen.

Hr. v. Patow hat die ihm angebotene Stelle eines Präsidenten der Potsdamer Regierung angenommen. — Hr. v. Puttkamer dürfte, wie wir hören, seine frühere Stellung in Frankfurt a. O. binnen Kurzem wieder einnehmen.

Oesterreichische Monarchie.

Verona, 22. Juli. Unsere Zeitung enthält folgendes Rundschreiben an die Notenser: „Der Baron v. Pergler, k. k. Feldmarschall-Lieutenant

und Kommandant der österreichischen Truppen längst dem Po an die Bewohner des Herzogthums Modena! Eine sträfliche Revolution, an welcher ihr nicht Theil nahmet, indem ihr dem Vaterlande und einem Souverain die Treue bewahrtet, hat euer schönes Land zerrissen. Ein fremder König, dem nie das Wort heilig war und der unter der Standarte der Freiheit die eigenen ehrsüchtigen und raubkrierischen Zwecke verbirgt, droht Euch sein Joch aufzulegen und Euch, die ihr glücklich unter der weisen Regierung Eures Herzogs waret, in's Elend zu stürzen. — Eure Sache soll durch die Waffen entschieden werden. Desterreich hat sie ergriffen und siegreich bis an eure Grenze getragen. Meine Truppen haben an meinen Bruder den Po überschritten, um zu einer Unterhandlung, zu euer Befreiung beizutragen. Brave Modenefer! schauet Euch unter meine Reihen. In der Handhabung der Waffen gendt und erfahren werdet Ihr eine besondere Legion bilden und gleich meinen Truppen behandelt werden. Ihr werdet eure Offiziere wählen, und die Farben eures Landes entfalten, werdet eilen, den gemeinsamen Feind, den Feind der Ordnung und der Ruhe zu bekämpfen. Ich rufe auch die Schweizer auf, welche im Solde der Fremden gegen uns kämpfen, sich unter den kaiserlichen Fahnen zu schaaren, eingedenk ihrer alten Treue und ihres deutschen Ursprunge. Unter dem Schutze derselben und im Kampf für die gerechte Sache werden sie mit neuen Vorderen ihre ruhmvollen Waffen bedecken können. Ich werde sie wie Brüder empfangen und sichere ihnen die bisher erfahrene Behandlung zu.

(Journ. d. öst. Ll.)

Verona, 25. Juli. Während das Zentrum und der linke Flügel der österreichischen Armee gegen Peschiera und den Mincio vorrücke, wurde auf dem rechten Flügel am 24. die Brigade Liechtenstein bei Sta. Lucia und der Umgegend übersallen und mit heroischem Verlaste zersprengt. Die Piemontesen haben diesen Erfolg ihren jubelnden Brüdern zu verdanken, mit der sie, wie sich bereits der Volkswitz ausdrückt, selbst auf die Spatzen schießen. (A. Z.)

(Vom Banater Kriegsschauplatze.) B. Kikinda, 16. Juli. Nach eben angekommenen Briefen ist es auch der Pforte, gegenüber von Tutel, zu einem hitzigen Treffen gekommen, wobei die Insurgenten mit großem Verlust geschlagen sind. Das Ministerium hat gestern den Befehl zum Offensive erhalten, und so wird in diesen Tagen ein gewaltiges Armeekorps von wenigstens 60,000 Mann zwischen Theiß und dem Erzgebirge, resp. Meramandung, die Banater Grenze offkupiren. Der Landsturm ist aufgeboten und sammelt sich zahlreich. Bei Werschetz ist der Vorlauf an Todten bei den Serbianern über 1000 Mann stark. Gruschitsch Komowovich, Haupt der illyrischen Partei in Werschetz, ist, da er auf die ihn arretirenden Nationalgarden Feuer gab, von diesen getödtet und mit Kugeln und Bajonettstichen buchstädlich durchlochert worden. — Noch täglich findet man in den Ernchtfeldern in der Umgebung von Werschetz Todte; Verwundete waren wenigstens 1000 Mann; die Nationalgarde stornte Meranda, die Husaren suchten vergeblich sie zu verhindern mit vorlem Fuß heraus und schonten die Grenzer. Letztere sind auf ihre Pferde scheußt und fangen sie nebst den Grenzoffizieren ein, um sie nach Werschetz abzuliefern. — Vor ein paar Tagen wurden in Orawz eine Menge erbeuteter Waffen — Flaggons, Handpistolen, Pistolen ꝛc., zum Theil mit Steinen und Perlen besetzt — verkauft.

Großbritannien.

* London, 25. Juli. Der Lordsiegelbewahr von Irland hat kraft seiner erhaltenen Vollmachten die Einwaffnung Dublins befohlen. Jeder, der im Besitz von Gewehren, Pistolen, Dolchen, Degen, Pfen, Bajonneten, Kugeln und Schießpulver ist, muß dieselben unter Androhung einer Strafe von 2 Jahren Zwangsarbeit auslisern. Auf den 8. August soll die allgemeine Schießwerbung für Irland beginnen, wenn nicht die Wahlregen der Regierung einen früheren Ausbruch hervor rufen. Zu 2 — 3 Tagen werden wir wissen, welche Folge die Aufhebung der Habeas corpus Akte in Irland hervorgebracht hat. Dieses Schutzrecht der persönlichen Freiheit, den Engländern mit Recht so theuer, wurde in England selbst während der letzten 120 Jahre zehnmal suspendirt, in den Jahren 1715, 1722, 1744, 1745, 1794, 1798, 1799, 1801 und 1817. Die Maßregel wurde dem Parlament als eine dringende vorgeschlagen. Daher sagte Lord Lansdowne, einer der Minister, in der Sitzung vom 22. d. M.: „Wer sind auf einem Punkte angekommen, wo Zeitverlust so viel ist wie Krastverlust, wir wollen aber unsere Kraft nicht zu einem Angriff auf die Freiheit oder das Leben gebrauchen. Sondern um beide zu retten."

† Aachen, 25. Juli. Die Stadt in Dublin haben einmüthig beschlossen, der Aufforderung der Regierung und des Lordlieutenants zur Austieferung der Waffen nicht zu gehorchen. Sie senden deshalb heimlicher Weise große Waffenvorräthe in ihre Grafschaften, wo das Kriegsgesetz noch nicht verkündet worden ist. Die Präsident der vereinigten Staaten hat in Washington den Handelsschiff mit Waffen öffentlich verkaufen lassen. Die Nachrichten aus Martinique lauten beruhig nder. H. Perrier, der Generalkommissär der französischen Republik, war am 11. Mai daselbst angekommen, hatte unmittelbar die Regierung der Insel übernommen und mehrere Dekrete erlassen. In sehr vielen Pflanzungen ist die Arbeit wieder angenommen worden, obgleich jedoch die neue große Anzahl unbebaut liegt, deren Eigenthümer mit den Schwarzen sich nicht einigen können. Der Generalkommissär hat ein Raubschreiben an die Arbeiter erlassen, in welchem er sie als französische Bürger anerkennt, sie aber auch zur Ordnung, Verfolgung und Arbeit ausfordert.

Frankreich.

△ Paris, 26. Juli. Hr. Pascal Duprat, vor dem Sturze der Julisregierung Hauptredakteur der radikalen „Revue Independente", hat sich zwar gegen die Kautionsleistung der Zeitungen ausgesprochen, nun aber dem betreffenden Anschaze der Nationalversammlung anderer Repressivmittel gegen die Presse vorgeschlagen, die in der That selbst die so sehr verschrienen Septembergesetze an Strenge weit übertreffen. Auch die sieht man, was die Franzosen mit ihrer Freiheitsrevolution gewonnen haben. Sie haben zeht ihr Republik, aber auch Zwang und Gewalt in allen Dingen, und schützen sich noch glücklich daher, nur um Ruhe zu haben. So ergeht es denen, welche in der Freiheit nicht Maß zu halten wissen. — Man spricht noch immer von Einmischung Frankreichs in Italien zu Gunsten Karl Alberts. Ich glaube auch daran, so lange Louis Philipp in Händen hat; er ist für den Frieden, und will sich in keines andern Angelegenheiten mischen, überzeugt, daß Frankreich seiner ganzen Kraft vorläufig nach Innen bedarf. Der Bürgerstand ist gleichfalls gegen den Krieg, und die Leere der Schatze ist auch ein guter Hemmschuh. Inzwischen thät sich bei den Franzosen auf nichts regen. Sie fühlen bereits ihr Joch, und das wiederstrebenden Elemente in dem Wesen der neuen Gesellschaft und der Arbeit; befangenschaft möchte ich nicht daher stehen, ob sie nicht morgen schon, um der leidigen Ruhmsucht willen, doch auf irgend einem Punkt mit dem Auslande anbinden würden. Man lasse sich in Deutschland nicht einschläfern; das Rheingelüste schlummert nur, es ist nicht erstorben, was auch interessirte Stimmen für's Gegentheil sagen mögen. Mehrere Regimenter sollen Befehl zum Aufbruch nach der Grenze gegen Italien erhalten haben. — Eine große Anzahl der von Hrn. Lebru-Rollin seiner Zeit in die Departements geschickten Kommissäre sind durch gemäßigte Männer jetzt ersetzt. — An 300,000 Gewehre werden unter die verschiedenen Gemeinden Frankreichs zur Bewaffnung ihrer Nationalgarden geschickt. — Beim Schneiden des Getreides hat man in der Umgegend von Paris viele Leichname von Insurgenten gefunden, die sich in die Felder geflüchtet hatten, dort aber an ihren Wunden elend zu Grunde gingen. Die Namen der in den Junitämpfen gefallenen National- und Mobilgardisen, so wie der der Linienoffiziere und Soldaten sollen auf Marmortafeln im Pantheon eingeschrieben werden. Die Unterhandlung über die scheußervolle Ermordung des Generals Brea und seines Adjutanten Mangin in den Junitagen geht täglich fort. Man hofft, daß die Mörder dieser frechen Grausethaten auf die Spur zu kommen. Eine große Zahl der Sestatiaeen Frankreichs soll verstärkt werden. Das kostet natürlich auch Geld, und schon kündet man nahe Vorlegung eines Dekrets für Einführung einer Kurussteuer in der Nationalversammlung an. — Eines Gerüchtes muß ich noch erwähnen, wonach Unterhandlungen angeknüpft waren zwischen Louis Napoleon und Louis Philipp wegen Vermittlung in Italien. — Die jetzt zum Abbruch ausgebotenen Trümmer und Schutten der am 24. Februar im Palais Royal zusammengeschlagenen Spiegel, Krystalle und Gläser wiegen nicht weniger als 25,000 Kilogramme! Man mag daraus auf die damals angerichteten Verheerungen schließen.

** Paris, 26. Juli. Der Redakteur hat heute in der Nationalversammlung den Namen des Finanzausschusses über den Antrag des Sozialisten Proudhon auf Einführung einer Einkommensteuer, die ein Drittheil der Erträgnisse alles Besitzes und aller Kapitalien betragen sollte, erstattet. Unter allgemeinem lebhaftem Beifall verwirft er die Verabschiedung der Proudhons in gehäufender Weise ab, indem er ihre ganze Gesetzlichkeit und zugleich Verderblichkeit in so klarer Weise darlegte, daß jede Erörterung entgegnete, die Rede des Hrn. Thiers sei nicht sowohl ein Bericht als eine Anklage gegen ihn. (Lärm.) Sein Antrag sei im Berichte so entstellt, daß er selbst denselben kaum wieder erkenne. Nächsten Samstag findet die Verhandlung darüber statt. (Postabgang.)

Spanien.

*Madrid, 21. Juli. Der „Heraldo" widerspricht heute früh der Nachricht als habe die Königin eine Zeitgeburt gemacht, indessen wird uns eben versichert, eine telegraph. Depesche sei diesen Morgen aus La Granja eingetroffen, welche den Unfall bestätige. Die Gesundheit der Königin soll nicht gelitten haben. Die „Gaceta" sagt, die Unpäßlichkeit der Königin trage alle Anzeigen einer Zeitgeburt, jedoch sei ihr Zustand, nachdem man ihr zur Ader gelassen und sie den ganzen Tag das Bette gehalten, durchaus nicht gefährlich.

Rußland und Polen.

⊙ Aus Russisch-Polen gehen uns folgende Mittheilungen zu, deren Glaubwürdigkeit wir jedoch dahin gestellt sein lassen: „Zeht sind sämmtliche Kriegsbereitschaften einberufen und in die Regimenter eingereiht. Dies geschieht nach der russischen Armeeformation und nicht nach der Mobilmachung.) Aus den verschiedenen Kadettenkorps sind 1200 junge Leute als Offiziere eingeberufen. Den Kadettendirektionen ist der Befehl ertheilt, junge Leute, selbst solche, welche die Prüfung noch nicht bestanden haben, zu entlassen, wenn sie nur körperlich so stark seien, daß sie Märsche und einen Feldzug aushalten können. An alle Magistrate und Ortsgerichts-Vorsteher ist der Befehl ergangen, daß sie keine Pässen ins Ausland rücken, den Offiziere- und Soldatenstrauen die Quartiere ihrer Männer besorgen werden sollen. Alle Kreisärzte sind angewiesen, die in ihrem Bezirke befindlichen jungen Aerzte aufzusorbern, als Militärärzte sich zu melden; — sie sollen sofort angemessene Stellen einstweilig zugewiesen erhalten. Wie den Frachtfuhrleuten in den Städten und Dörfern sind schriftliche Kontrolle abgeschlossen, sie sollen sich zu Militärtransporten bereit halten. Man hat ihnen ein bestimmtes Drauflegeld gegeben und Manche haben sogar Vorschüsse erhalten, um ihre Frachtwagen und Gespanne in guten Stand zu setzen. — Das seit einigen Jahren in Kalisch ad dem peasyloonischen System gebaute großartige Gefängniß, das wiederum mehrere hundert Gefangene unterzubringen wurden, wird jetzt geräumt

und die Gefangenen in Klostergebäude untergebracht. In dem Gefängnißgebäude werden Waffen und sehr bedeutende Munitionsvorräthe aufgespeichert. — Nach sehr zuverlässigen Nachrichten sind gegenwärtig im Königreich Polen nachstehende Truppen: 80,000 M. Infanterie, d. h. ein ganzes Armeekorps von 60,000 und einer Division von einem andern Korps von 20,000 M.; eine Division Kavallerie von 5000 M., Artillerie gibt es mehr als für 3 ganze Armeekorps. Sapeurs allein stehen im Königreich Polen über 4000 M.“

Börsen- und Handels-Nachrichten.

München, 29. Juli. Die von allen Seiten her eingehenden Berichte einer ergiebigen und gedeihlichen Ernte wirken auf unsere Getreidpreise sehr bedeutend. Unsere Schranne wird im Verhältniß zur Zeit, wo der Landmann noch mit der Feldarbeit beschäftigt ist, ungemein stark besahren. Die alten Vorräthe kommen nun in bedeutender Quantität zum Vorschein, und so wurden auch heute wieder bei 4799 Schäffel zugeführen. Der Gesammtstand betrug mit Einschluß des vorigen Restes (1173) 5972 Schäffel, und hiervon wurden verkauft 4336 Schäffel, sonach verbleiben abermals 1636 Schäffel im Rest. Die hievei angegebne Verkaufssumme belief sich auf 50,440 fl. Der Mittelpreis stellte sich auf 11 fl. 19 kr. für Weizen, 8 fl. 52 kr. für Korn, 7 fl 25 kr. für Gerste und 5 fl. 28 kr. für Haber, somit im Vergleich zur vorigen Schranne der Weizen billiger um 1 fl. 24 kr., Korn um 37 kr., Gerste um 33 kr., dagegen der Haber gestiegen um 2 kr. Auch der heutige Verkauf stellte sich um 10 kr. billiger, dagegen der Vorsaame um 2 fl. 22 kr. Mehr.

Wien, 26. Juli. 5proz. Metall. 74⅜, 4proz. 61, 3proz. 44, 2½proz. 39½, 1834r 500 L-Loose 122. 1839r 250 fl.-Loose 81. Bankaktien 1020. Nordbahn 106. Gloggnitz 95. Venedig-Mailand 65¾. Budweis —. Livorno 69½. Pesth 84. Siebenbürgen 93½.

Berlin, 26. Juli. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 74 P., 73½ G. Seeh. Präm. Sch. 88¼ P. — G. K. u. Neum. Schuldv. 70½ P. 70½ G. Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. 77½ P. 76½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — P. 91 G., 3½proz. 77½ P. 77 G. Ostpr. Pfandbr. — P. 84½ G. Pomm. Pfandbr. 91½ P. — G. Kur- u. Neum. Pfandbr. 94½ P. 93 G. Schlesische lt. B. gar. Pfandbr. 84½ P. 84½ G. Preuß sch.-Kntb. Sch. 84½ P. — G. Friedrichsd'or 13⅓ P., 13⅓ G. Andere Goldsm. à 5 Thlr. 12⅓ P., 12⅓ G. Diskonto 3½ P., 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt A. 87 bz. u. P. Berl.-Hamburg 63½ à 63 bz. Berl.-Stettin-Stargarder 96½ bz. Berl.-Potsdam-Magd. 42 bz. u. G. Magd.-Halberstadt 91 bz. Magd.-Leipziger —. Halle-Thüringer 52 à 51 bz. u. P. Köln-Minden 76 bz. Aachen-Düsseldorf 55 P. 54½ bz. Düsseld.-Elberfeld 68 G. Steele-Vohwinkel —. Niederschles.-Märk 69 bz. u. P. Oberschles. A. 85½ à 85 bz. B. 85 G. Breslau-Freiburg —. Krak.-Oberschles. 38 bz. u. P. Berg.-Märk. 57½ bz. Stargard-Posen 65 bz.

Duittungsbogen: Berl.-Anh. lt. 84 P. Starg.-Posen —. Magd.-Wittenberg 45½ bz. u. P.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 82 bz. Berlin-Hamburg. 88½ P. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 75 G., 5proz. 80 à ½ bz. Halle-Thüringer 80 G. Köln-Minden 87½ P. Nh. Stamm-Prior. 69 P. Düssel-dorf-Elberfeld —. Niederschles.-Märk. 4proz. 84½ G., 5proz. 94 P. 111. Serie 88½ à ¾ bz. Zuwiderhandlungen 70 G. Kosel-Oderberg —. Steele-Vohwinkel —.

Berlin, 26. Juli. Unsere Börse war heute von vielen Verkäufern beschickt, die Kurse fast aller Papiere stehen um 1 bis 2 Prozent. Zum Theil sind dieses Sinken hervorgerufen durch die schlechten auswärtigen Notirungen, zum Theil durch die Scheue, in welcher sich die heutige Frage befindet.

Paris, 26. Juli. 5proz. 45.25, 4proz. —, 3proz. 72.50. Schapsch. 18. Bankaktien 1620. Comptr. von Aktien —. Eisenb. 3proz. von 1840 77.—, von 1842 77.—. 4½proz. —.—. 3proz. —.—. 2½proz. —.—. Belg. Bank —.—. Neap. 5proz. 75.—. Röm 64. Piem. —. St. Germain 400. Versailles (rechte) 125.—, (linke) 100.—. Orleans 670.—. Rouen 455.—. Havre 221.25. Marseille 235.—. Basel 97.50. Bergen 275.—. Bontoise —.—. Vorbeaux 407.50. Nordbahn 381.25. Monterrau —.—. Lyon 346.25. Straßburg 355.—. Nantes 335.—. Dieppe 182.50. Creaux —.—. Montpellier 230—.

Wien, 26. Juli. Das Sinken aller Fonds hat heute die ganze Börse hindurch angedauert. Die Inhaber der Certificate des frühern Anlehens verkaufen 5prozentige Rente, und man erwartet für die nächste Liquidation zahlreiche Medieserungen. Noch immer sprach man von Einschreiten in Italien, doch sind diese Gerüchte vorzugsweise der sogar Natur, und scheinen nur unbegegründeten Einfluß auf den Stand der Rente ausgeübt zu haben. Man bemerkte an, daß diesen Morgen ein Vertrag zwischen der Bank von Frankreich und der Stadt Paris unterzeichnet worden sei, kraft dessen diese einen Vorschuß von 10 Millionen erhält, so daß sie ihr Anlehen von 25 Millionen noch einige Zeit verschieben könnte.

Madrid, 21. Juli. 3proz. 19¾. 5proz. 19¾. 4proz. 10¾. Pass. 4. Coup. —. Ausw.-Akt. Pass. Schuld 3½. Provis. Akt. 3½. Spez. St. Hernandobank 70 P. Diskonto —. Wechselkurse: Paris 4—60 P. London —.

J. P. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 30. Juli: „Die beiden Prinzen“. Oper von Eßer.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Bankschikoff, Oberst aus Rußland. Bloch, Privatier von Worms. Faber, Maler von Gmund. Obermayr, Banker von Augsburg.

Gold. Hirsch. Gyll, Rentier aus Ungarn. Synz, Kaufmann aus Ungarn. Ballard, Künstler von Paris. Dallery, Privatier aus Belgien.

Hotel Manlik. Baronin de Castlaglano und v. Rydz, Rentiers von Paris. Presch, Gutsbesitzer von Wien. Bischzäder, Privatier von Zürich.

Gold. Hahn. Dr. Wassermann, von Kriegshafen. Oberwarter, Kaufmann von Kriegshafen. v. Studoff, Gardeoffizier von Berlin. Knobelsdorf, Hauptmann von Berlin.

Blaue Traube. Eyrbosoff, Privatier aus Polen. Unverdorp, Privatier von Hohenems. Graf Bellesforci, Besitzer von Graz. Hieringer, Bevollmächtigt von Erding. Fischer, Oberlieutenant von St. Gallen. Dallachini, Privatier von Como.

Stadtwagerau. Hartlaub, Assessor von Klingenberg. Sichele, Pfarrer von Westendorf. Barth, Rechtskonsulent von Kaufbeuren.

Gestorbene in München.

Johann Zeh, Korporal bei der königl. Garnisonskompagnie, 39 J. a. Ferdinand Schweiger, Bureaudiener, 52 J. a. Anton Leinfelder, Mitthmann, 57 J. a. Viktoria Pautus, königl. Partikiersfrau, 56 J. a.

Bekanntmachung.

41. Martin Pautus, Bauer zu Saas, bezirksgesessen mit seiner Ehefrau und 5 Kindern nach Nordamerika auszuwandern.

Wer Forderungen oder sonstige Ansprüche an diese Familie zu machen hat, hat solche

bis Samstag den 12. August d. Js. incl.

bei Vermeidung der Nichtberücksichtigung dahier anzumelden.

Den 21. Juli 1848

Königl. bayer. Landgericht Auerbach.

Dad4.

Kühn.

Bekanntmachung.

42. Bei dem zur Versteigerung des Brauereianwesens zur Schwane des Andreas Popp zu Dillingen auf den 26. Juni d. Js. anberaumten Termine ist abermals kein Kaufsliebaber erschienen, und es wird deßhalb auf Antrag der Gläubiger zur drittmaligen Versteigerung dieses Anwesens Termin auf

Donnerstag den 24. August, Vormittags zwischen

10 und 12 Uhr.

in dieselbiger Gerichtskanzlei mit dem Bemerken anberaumt, daß diesemal der Zuschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungspreis erfolgt.

Im Uebrigen wird sich auf die Ausschreibung vom 21. Febr. d. Js. (Kreisbl. Nro 19, Allgem. Anzeiger Nro 49. Augsb. Abendzeitung Nro. 67. Münch. Kurier Nro 83. Dillinger Wochenblatt Nro 9) berufen.

Dillingen, am 21. Juli 1848.

Königl. Landgericht.

Bauer.

43. Der Münchner

Punsch

beginnt mit dem 30. Juli sein zweites Halbjahr.

Dieses satirische Originalblatt gewinnt immer mehr an Beliebtheit, und wird sich durch fortwährende Frischhaltigkeit an witzigen Einfällen die Gunst des lachlustigen Publikums zu erhalten wissen.

Es ist keine Kunst, aus 30 größeren Blättern ein einunddreißigstes zu fabriziren, für diese Mühe kann auch nur ein geringer Lohn in Anspruch genommen werden. Der Münchner Punsch oder ist ein Originalblatt, deßhalb bleiben wir bei unserem alten Preise, Stück für Stück einen Groschen. Im Abonnement aber

vierteljährig	. —	fl. 30 kr.
halbjährig	. .	1 fl. — kr.
ganzjährig	. .	2 fl. — kr.

Alle königl. Postämter nehmen Bestellungen an. Der Preis richtet im ganzen Umkreise von Bayern keine Erhöhung.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

A Frankfurt, am 27. Juli 1848. (49ste öffentliche Sitzung der konstituirenden Nationalversammlung). Nach Verlesung des Protokolls will v. Flottwell zur Vertheidigung gegen persönliche Angriffe das Wort nehmen; die Versammlung beschließt aber diese nicht zu gestatten. Hierauf stellt Blum die Bitte, in der Posener Sache noch einem Redner gegen die Ausschußanträge Reh von Darmstadt das Wort zu geben, da weniger Redner gegen als für dieselben gesprochen hätten. Die Bitte wird nicht gewährt und es erhält sofort der Berichterstatter (Stenzel) das Wort. Das Prinzip der Nationalität ist in neuester Zeit zur verrenkten Deutung gekommen; aber es kann nicht für alle Einzelnheiten der Staatenbildung entscheidend sein. Dieß wird insbesondere darum unmöglich, weil im Interesse der Sicherheit unseres Vaterlandes die Provinzen ist auch anderen Rücksichten als den nationalen gezogen werden müssen. Es wäre unverantwortlich, die Fesjung Posen Fremden anvertrauen. Die Trennung Posens ist im Interesse der Polen selbst unerläßlich, wenn ihre nationale Reorganisation ungestört möglich sein soll. Das den Polen verbleibende Land (168 200 Quadratmeilen) ist groß genug und hinreichend ausgiebig, um eine allseitige staatliche Entwickelung möglich zu machen. Die Ausdehnung auf die auswärtigen Mächte bringt nichts Neues. Das Resum: des Referenten ist überhaupt nicht einfach und nichtern genug. — Hierauf wird zur Abstimmung über die einzelnen Theile des Ausschußantrages und der darauf bezüglichen Amendements geschritten.

Die Anträge des völkerrechtlichen Ausschusses gehen dahin:

1. In Betreff Posens möge die Nationalversammlung 1) die Aufnahme verneinen Theils, welche auf Antrag der preußischen Regierung durch einstimmige Beschlüsse des Bundestags vom 22. April und 2. Mai in den Bund aufgenommen worden sind, wiederholt anerkennen und demgemäß die 13 Posener Deputirten ermächtig zulassen — die am 4. Juni angeordnete vorläufige Demarcationslinie vorläufig anerkennen, sich jedoch die letzte Entscheidung darüber bis auf weitere Vorlage der preußischen Regierung vorbehalten. — 2) Ausschließlich der Deutschen im polnischen Theile von Posen sei von der preußischen Regierung eine bestimmte Erklärung zu verlangen, daß sie die Nationalität derselben erhalten und sie ihnen für den Fall auch sichern wolle, daß dieser Theil außerhalb sollte unter preußischer Herrschaft zu stehen. — 3. Zu Betreff Westpreußens verweist der Ausschuß hinsichtlich auf den Beschluß der Nationalversammlung vom 31. Mai, die Garantie der fremden Nationalitäten auf deutschem Bundesgebiete angeht, der sich natürlich auch auf die Polen erstrecke. — Die Amendements, welche dazu eingekommen sind, lassen sich in folgende Weise übersehen: 1) Mehrere gehen dahin, die Nationalversammlung möge zur einfachen oder motivirten Tagesordnung übergehen (Diezel, Hahn). Andere wollen die Sache als noch gültig entschieden wissen, fordern verlangen unverweilte sofortige Zurücksendung an den Ausschuß, damit derselbe unter Berufsichtigung der in dem polnischen Seite eingereichten Promemoria niedergelegten Materialien neuen Bericht erstatte, (Kolaczek und 47 Genossen) oder vorher kommissarische Untersuchung durch die Centralgewalt und dann erst neue Berathschlagung (Blum). Andere stellen zuerst Rede von Verdeutschung der Provinz, dann erst von der Sache selbst. Darunter sind vor Allem jene zu nennen, welche weiter gehen, als der Ausschuß, und eine Emvertleibung des ganzen Posen in den Bund wollen (Jahn), kann jene, welche Posen als eine ungetrennte Provinz unter deutschem Schutze bezeichnen (Döllinger, Dieringer, Clemens). Minder wichtig sind endlich, welche blos eine andere Fassung der Ausschußanträge (Schlöter, Schlutowsky u. A.) Endlich haben einzelne Anträge auch Zusätze zu den Anträgen vorgeschlagen. Dahin gehört insbesondere der von Schaffrath: „Die Nationalversammlung erklärt, daß die Theilung Polens ein schmachvolles Unrecht sei und daß das deutsche Volk es als seine heilige Pflicht ansehe, zur die Wiederherstellung Polens mitzuwirken."

Nachdem zuvor die einzelnen Amendements verlesen waren und die Frage, ob sie genügend (von zwanzig) unterstützt seien, gestellt und bejahrwortet war, theilte der Vorsitzende die Reihenfolge der Fragen mit und begann, nachdem diese nach einer kurzen Diskussion festgestand, die Abstimmung. — Zuerst ward der Antrag von Runge und Genossen, die Versammlung möge sich für incompetent erklären und die Entscheidung einem Volksvertretungsrecht lassen, mit großer Mehrheit verworfen. In gleicher Weise ward der aufrichtende Antrag Blum's, über welchen namentlich abgestimmt wurde, mit 333 Stimmen gegen 139 Stimmen *) abgelehnt. Als dieses Resultat vom Vorsitzer proklamirt war, erklärte Blum in seinem und seiner Freunde Namen, daß sie sich der Abstimmung über die Anträge des Ausschusses enthalten. In der gleichfalls mit Namensaufruf stattfindenden Abstimmung über Punkt 1, erster Satz dieser Anträge wird dieser Satz mit 373 gegen 31 Stimmen angenommen; etwa 99 enthielten sich der Stimme (darunter Döllinger, Phillips, Droante, Thinnes). Der zweite Satz, die Demarcationslinie betreffend, ward in einer andern, von Giskra vorgeschlagenen Fassung angenommen, welche sich von der des Ausschuß 3 vorzüglich dadurch unterscheidet, daß statt der preußischen Regierung die Centralgewalt als diejenige genannt wird, von welcher die Nationalversammlung einer weiteren Vorlage sich versieht. — Die Anträge des Ausschusses, welche sich auf die Deutschen im polnischen Theile Posens und auf die Polen in Westpreußen beziehen (1., 2. und 3. eben) wurden nicht angenommen, sondern in ersterer Hinsicht einem Amendement Lichnowsky's beigetreten, das die bestimmte Erwartung zur preußischen Regierung ausspricht, daß sie den Deutschen in Posen ihre Nationalität unter allen Umständen sichern werde; über den zweiten Theil wird am Dienstag auf den Beschluß vom 31. Mai zur motivirten Tagesordnung übergegangen. Ueber die Zulässigkeit einer Abstimmung über den Antrag Schaffrath's aus formellen und materiellen Gründen entspann sich eine kurze aber lebendschaftliche Debatte; die Zulässigkeit wird übrigens durchgesetzt und bei der Abstimmung durch Namensaufruf wurde die Frage, ob die Nationalversammlung eine Erklärung des vorgeschlagenen Inhalts abgeben solle, von 333 verneint, von 101 bejaht, etwa 26 haben sich der Abstimmung enthalten*). Von den meisten Mitgliedern ward am Schlusse der Abstimmung die Erklärung zu Protokoll niedergelegt, daß sie zwar subjektiv die Erklärung Polens vom 1772 für ein Unrecht halten, es aber nicht für geeignet halten, daß die Nationalversammlung darüber einen Beschluß fasse. — Die Zeit war bereits weit vorgerückt (2 Uhr), daher ward noch der Abstimmung die heutige Sitzung geschlossen. In der morgigen Sitzung wird die Berathung der Grundrechte (§. 6.) fortgesetzt.

A Frankfurt, 28. Juli (50 Sitzung der Reichsversammlung). Weitaus wichtiger, als die heute auf der Tagesordnung stehenden Fragen über das Recht, die Reichsminister mit oder ohne vorgängige Zustimmung des Reichstags interpelliren zu können (die Frage wurde bejahend entschieden), sind die Nachrichten, welche aus Norddeutschland über die Mißstimmung der Preußen in Bezug auf die der Reichsregierung zugetheilten Befugnisse einlaufen, und welche schlimmsten Falls zu traurigen Zerwürfnissen die Veranlassung geben könnten. Preußen will nicht aus dem Bunde der Geschichte ausgestrichen sein, darin hat es Recht; aber Recht wollen sie die Bayern auch und sie sind sogar so consequent als die Oesterreicher, Schwaben, Franken und Rheinländer, — Preußens Furcht ist also unbegründet, und die Opposition gegen den Reichstag, welche sich in Berlin kund gibt, ist der Kampf gegen ein selbstgeschaffenes Phantom, gegen einen Feind, der ungemein weniger als in der Assisurter Versammlung seinen Sitz hat. Was einzelne Mörder der aufgestellten Linien vor Fest zu Fest in der Lützerstraße thun, ist Verantwortlichkeit der Minister, große Mysterien des Reichstags noch nie eine andere Wirkung geäußert, als die das Zwiedrehl zu erzeugen. Allerdings ist der Rechtstag selbst ein Phänom, eine ganze Gewalt zu genießen, welche im Stande sein wird, die Ehre Deutschlands Interessen zu wahren, — dem Auslande gegenüber — aber die Grenzen der eingeräumten Befugnisse sind so bestimmt angegeben, daß in denen unsere Angelegenheiten zu suchen, daran denken, glauben sie es nie, denn ich kenne daneben die Stimmung der Abgeordneten ziemlich genau, sehr wenige. Bewerkenswerthester aber hat, was Sache des Reiches, was Sache der Einzelnstaaten sei, werden seelig wohl Anderen, die fanten just, so tun als bestehe gleich einem, aber ihre Schlichtung unendlich nun zu den leichten gehören unserer Geschichte immer dem Augenblicke eines Antagonismus entsprungen, und ein solches werden wir Zweifelsohne in dem von allen Seiten gewünschten Reichsgerichte auch erhalten. Bis zum Zusammentritt desselben konnte man also jeglich alle Controversen vor die Reichsgesetzgebungen des Reichstages bei Seite lassen, und gewinnen mit demselben nun mit aller Kraft dahin wirken, die von allen Seiten laut gewünschte Gewalt für Aufrechthaltung der Gesetze zu schaffen und darzuführen. Man denke nur daran, daß nun auch Holland, ein altes Reichsland, gegen uns auftritt, und in Maestricht Kanonen auf die Wälle führt.

Folgendes ist der wörtliche Inhalt des unter dem 16. Juli von dem Reichsministerium an die Kriegsministerien der einzelnen deutschen Staaten erlassenen Rundschreibens: „Der von der konstituirenden deutschen Nationalversammlung nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 erwählte Reichsverweser, Erzherzog Johann von Oesterreich, hat am 12. Juli d. J. die Leitung der provisorischen Centralgewalt für Deutschland übernommen, sofort am 15. Juli hat das Ministerium gebildet und hierbei den unterzeichneten k. preuß. Generalmajor, Eduard v. Peucker, zum Reichskriegsminister ernannt. Der Erzherzog-Reichsverweser hat bereits ein Notifikationsschreiben in Betreff der Constituirung der provisorischen Centralgewalt an alle deutschen Regierungen erlassen. In jenem die Anerkennung derselben durch die zeitige Bevollmächtigung des Reichsministeriums hier einige Bevollmächtigte, welche sich von der bestehenden Reichskriegsministerium, eine Verneinung vielmehr zur Kenntniß des Ministeriums des Krieges will dem Bemerken zu bringen, daß die provisorische Centralgewalt für Deutschland in Anbetracht der nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 zu ihrem Wirkungskreise gehörigen Funktionen auf die thätige und ordnungsvolle Mitwirkung aller deutschen Regierungen zählt. Der unterzeichnete Reichskriegsminister hat demnach die Ehre, das Kriegsministerium schon jetzt zu ersuchen, in allen zu den Wirkungskreis des Reichsministeriums des Kriegs ge-

*) Unter den verneinenden Stimmen waren u. A folgende bayerische Abgeordnete: Sepp, Lossaux, Döllinger, Phillips, Grotz, Reichenbacher, Meyer, Thinnes.

*) Darunter Döllinger, Wirth.

gehörenden Angelegenheiten mit demselben sorgfältigen Verkehr zu treiben, die Truppen seines Bereiche aber anzuweisen, sie auszuhalten, wie in besonders dringenden Fällen an solche, unmittelbar vom Reichskriegsministerium ergangenen Befehle sofort zu befolgen. Derselbe wird mit dem ausschließlichen Danke alle Mißverlangen entgegennehmen, welche sich in den Stand setzen, die eigenthümlichen Zustände und Bedürfnisse der verschiedenen deutschen Bundesvölker so genau als möglich kennen zu lernen, und bittet um Erwiederung des vollen und offenen Vertrauens, mit welchem derselbe hiemit seine amtlichen Verhandlungen anfängt. Da der Erzherzog-Reichsverweser mit der provisorischen Centralgewalt auch die Direktion der gesammten deutschen Seemacht übernommen hat, so findet sich das Reichskriegsministerium verpflichtet, zu veranlassen, daß von diesem Akte die gesammten deutschen Bundestruppen durch feierliche Verkündigung des beigeschlossenen, an das deutsche Volk erlassenen Aufrufs Kenntniß erlangen und gleichzeitig ihnen Gelegenheit gegeben werde, dem Reichsverweser ihre öffentliche Huldigung darzubringen. Zu diesem Zwecke haben Sonntag den 6. August 1848, als deutschem Bundesfeiertage, sämmtliche Truppen Parade abzuhalten, wonach der vorgedachte Aufruf ihnen vorzulesen, zum Ausdrucke der Huldigung dem Reichsverweser ein dreimaliges Lebehoch auszubringen und, wo hierzu die Möglichkeit vorhanden ist, eine dreimalige Geschützsalve abzufeuern sein wird. Von diesem Tage an sind überall, wo es bis dahin noch nicht geschehen sein sollte, die deutschen Farben und zwar in Kokarden an den Kopfbedeckungen und in Bändern an den Fahnenspitzen anzulegen. Frankfurt a. M., den 16 Juli 1848. Der Reichsminister des Kriegs, (gez.) v. Peucker."

Gegen revolutionäre Reaktion.

Der von Hrn. v. Bernhard in Ihrem Blatte besprochene Artikel der Allgemeinen Zeitung „Noch dem 29. Juni" war auch mir als ein manifestartiger aufgefallen, und ich suchte mich sogleich zu vergewissern, ob Jener dagegen Etwas zu erwidern gedenke. Indessen erschien mir bei näherer Betrachtung die Antwort zu seicht, zu fein, zu fromm, daß ich den Gedanken einer ernsten Erwiederung wieder aufgab. Auch worin einige Stellen offenbar gegen meine in der Allgemeinen Zeitung erschienenen Artikel über die deutschen Verfassungsreformen gerichtet, mich grundlich in die Sache eingehend, sondern in absprechendem Tone. Mein Schweigen über die Angriffe, welche gegen mich aus Anlaß meiner publizistischen Thätigkeit gerichtet werden, erfordert wenigstens der Maxime, daß man Angelegenheiten seiner Person so wenig als möglich in die Besprechung der großen Tagesfragen mischen solle. — Nun aber schreibt mir ein Mitglied der Reichsversammlung in Frankfurt: „Das Centrum benutzt sich vorzüglich darauf, daß die Fürsten keine legale, sondern nur eine usurpirte, dem Recht abgeschlossene und gewonnene Macht hätten, daß ihnen also die Legalität sich nicht fügen, und sie sie also kein Recht zu klagen hatten, wenn ihnen das Entwerfene wieder genommen würde; — wie dieses unter der Aufschrift: „Nach dem 29. Juni" in der Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 14. Juli ausgesprochen worden ist, ein Aufsatz, welcher ganz den Sinn des Centrums ausspricht, und sicher auch von ihr kommt." — Geht man von der Voraussetzung eines solchen Ursprungs und Zusammenhangs aus, so erscheint die schon Brutalrechtlichkeit nicht mehr als Erklärung jenes Aufsatzes. „Wer jetzt noch Flaschen macht, er sei Fürst oder Bürger, der ist ein Sonderbündler und verfällt sich selbst in die Acht,"

allerdings bedrohungsvoll. Man muß seiner Sache schon ganz sicher sein, um in solcher Weise über das Gesicht der deutschen Einzelstaaten, der Volksstämme und Dynastien abzusprechen. In der That tritt immer deutlicher der Plan hervor, das „Aufgeben in Deutschland" um vollen Preis zu vermöchten, nämlich so daß von der Selbstständigkeit der einzelnen Staaten, von der Regierungsmacht der deutschen Fürsten gar nichts übrig bleibt.*) Gute Gründe sprechen für die Annahme, die weit ausgesponnene Berathung über die Grundrechte sei von den Leitern von den eigentlichen Verfassungsfragen auf die Tagesordnung gesetzt worden, um unter dem Vorwande der Zusammenfassung mit den Grundrechten nach und nach alle wichtigen Regierungsbefugnisse in den Wirkungskreis der Reichsversammlung zu ziehen, unvermerkt z. B. von der Leitung der Kirchen- und Unterrichts-, Gewerbs- und Anstaltsangelegenheiten, Heer- und Steuerwesens-Angelegenheiten Besitz zu ergreifen, und am Ende die Frage zu stellen: man brauchen die Deutschen noch besondere Regierungen, da ja eine Sonderung in einzelne Staaten in so hoch alle wichtigen Staatsangelegenheiten in die Sphäre der Reichsgewalt gezogen, und von ihr, der nothigen Einheit und Gleichheit wegen, geregelt und geleitet werden? Den Leitern mag dieses Ziel in seiner ganzen Tragweite vor Augen stehen, und die Verwichtung aller Partikularstaaten mag denselben mit Einstimmenheit, ohne Streit über Mittel und Wege, angestrebt werden. Um aber noch die Mehrzahl der Abgeordneten mit Hülfe der „anstechenden Luft" für solche Bestrebungen zu gewinnen, wird die Geschichte zu sophistischen Kunststücken benützt und nebenbei das Emporkömmlings-Selbstgefühl, welches aus der Mitwirkung zur Wohl des Reichsverweserin in vielen Gemüthern emporrangen ist, genährt und gesteigert. „Auf ein einheitliches, volksdurchdrungenes Reich will die Handlung hinausgehen," und es soll dieses Gründung angeht wird werden an Deutschands Staatseinrichtungen vor dem Ende der Jahrestursen. Was sei der kaiserlose Zeit des 13. Jahrhunderts an Verfassungen, Umgestaltungen in Deutschland eingetreten, was der Reichsgewalt verloren gegangen und der Territorialgewalt zugewachsen ist, wird als Usurpation ohne rechtliche Bedeutung aufgefaßt, nur die Zustände vor jenem Interregnum will man jetzt noch mehr als 600 Jahren in der Mitte des 19 Jahrhunderts als Rechtsboden gelten lassen, auf welchen jetzt zurückgegangen und fortgebaut werden müsse. Alle Zwischenzeit, Wechselspiele politischer Rechts- und Friedenskräfte der Zwischenzeit werden von den revolutionären Publizisten unserer Tage für null und nichtig erklärt; dieselben liefern einen neuen Beleg zu dem Satze, daß die Extreme sich berühren, und zeigen, daß man zugleich revolutionär und reaktionär sein kann. Ein Beginnen, welches die vaterländische Geschichte um mehr als 6 Jahrhunderte zurückziehen will, ist doch wahrlich nichts Anderes als Reaktion. Aber warum, wenn man Anstoß mit dem Zurückschieben im Auge ist, sich 13. Jahrhundert aufhalten? Wirklich geht ein anderer Grundsatz der revolutionär-hyperschen Schule (Berl. zur A. Z. vom 18. Juli) bis zu den Zeiten Konrads I. zurück und findet es gar schön, daß die deutschen Volksstämme jetzt wieder, wie damals vor 937 Jahren, unmittelbar ohne Kurfürsten und Fürsten gelten haben. Aber vielleicht meint ein Dritter, man solle, nachdem man schon 9 Jahrhunderte überspringen, die Rückwärtsbewegung bis zu der Einigkeit eines Jahrhunderts weiter fortsetzen, bis zur Zeit Karls des Großen: da werde sich zeigen, daß die gepriesene, in unseren Tagen zu restaurirende Reichseinheit eben nur das Werk der Kriegsgewalt, Unterjochung, Usurpation, und daß die spätere Emanzipation von der Reichsgewalt und die Bildung einer Reihe von Einzelstaaten nur eine zur modificirter Rückkehr zu dem Rechtsboden vor Karls des Großen Gewaltherrschaft war. Wie selbst fällt es nicht ein, für diese Argumente zu gestehen; sie liegt nur die Folgerungen dar, welche sich aus den Prämissen anderer Leute ergeben. — Wenn es auch denn wirklich eine so ruhm- und segensreiche Zeit, an welche ihr anknüpfen wollt, deren Staatseinrichtungen ihr gleichsam als Musterbild für die Zukunft Deutschlands empfehlt? Blickt doch genauer hin auf die Jahrhunderte, in welchen die Ottonen, Heinriche und Friedriche gewalter haben! Auf die Jahrhunderte fortdauernder Kämpfe unter den deutschen Volksstämmen und Fürsten, der Kämpfe um die Kaiserkrone, der Zerrissenheit und Bischofskriege, der Kämpfe zwischen Kaiserlichen und Päpstlichen, zwischen Ghibellinen und Welfen, häufig zwischen Vater und Sohn oder sonstigen Brüder gegeneinander! Auf die Jahrhunderte, in welchen die Kaiser im Streben nach Erweiterung ihrer Hausmacht oder in Heereszug in zur Gewinnung und Erhaltung der Herrschaft über Italien die Pflichten der Reichsgewalt oder Zustandigkeiten, die Zügel der Reichsregierung entweder ließen, und eben dadurch das Auseinanderfallen Deutschlands in eine Reihe von Einzelstaaten und Souverainetäten zur gesetzmäßigen Nothwendigkeit machten!

Man will die Zersplitterung Deutschlands (der Rückgang [illegible]) jetzt allein darauf erklären, „daß zum Zweck von Dynastengeschlechtern herausforderte, trotzen, zum Bürgerkrieg aufrief der Reichsfrone gegenüberstand, alle ihre einheitlichen Maßregeln lähmte, ihr ein Recht nach dem andern entrang, und so oft es die damit nicht nach Wunsch gelingen mochte, bei den Reichsfeinden Trug und Hulfe gegen den Oberherrn suchte u.s.w." Aber es liegt mehr Wahrheit darin, wenn man sagt: der Rothstand, in welchem Deutschland durch Verwüstung der Reichsgewalt von Seite der Kaiser gekommen, war die Ursache seines Zerfalles, nicht blos in so viele von Dynastengeschlechtern beherrschte Einzelstaaten, sondern auch in eine große Zahl geistlicher Fürstenthümer, Reichsdörfern u. dgl. und freien Städte. Nicht blos im Mittelalter, auch in den letzten 3 Jahrhunderten waren es großentheils außerdeutsche Sonderinteressen, für deren Verfolgung die Zwietracht des Kaiserthrones Gelegenheit machten zur fortschreitenden Erschöpfung der Reichsgewalt und zur Befestigung der Territorialgewalten. Alle diese Erfahrungen vergangener Jahrhunderte mögen wohl benützt werden, um das Haus der Zukunft für die Dauer zu erbauen und so einzurichten, daß die Bewohner den Genuß wahrer Freiheit und friedlichen Glückes darin finden mögen. Aber es scheint mir der frivolste Mißbrauch der Geschichte, wenn man, um für revolutionären Umsturz den Rechtlichen Ergebnisse von 6 Jahrhunderten einen Rechtsboden zu erbauen, die sechshundertjährigen Entwickelungen für eine Kette von Usurpationen, und die Zustände der Reihenfolge von Volksgeschichten, welche sich diese Entwicklungen nicht nur gefallen ließen, sondern mit Gut und Blut dazu mitwirken, als fortwährende rechtswidrige Knechtung und Mißhandlung auch nur in das Maß erst neue radikale Heilsbotschaft über geschichtliche Rechtsbildung zur Anerkennung bringen, um mit als Rechtsboden gelten zu lassen, was sich im Laufe von 6 Jahrhunderten gestaltet und festgestellt hat, und mit bedeutenden Modifikationen, in Folge der gewaltigen Erschütterungen am Ende des vorigen und am Beginne des jetzigen Jahrhunderts, auch jetzt noch in faktischer Wirksamkeit besteht. Diejenige Schule, zu welcher Schreiber dieser Zeilen gehört, sucht jene Rechtsansicht auch da, wo sie in der Geschichte einer Reihe von Jahrhunderten ausgesprägte Wollten der Vorsehung, und spricht mit Homers Worten: Διος δὲτελειτο βουλη — Gottes Wille geschah! Indem ich die politische Gestaltung des deutschen Volkes in der Form der Staaten-Mehrheit als rechtlich begründet und rechtlich bestehend anerkenne, habe ich noch meines früheren Meinungsäußerungen über die Herstellung eines Reichsoberhauptes und einer Regierung eines neuen deutschen Kaiserthums nicht zu besorgen, von Unbefangenen mißverstanden zu werden; ich will den Rechtsboden nur als

*) Dieser Plan scheint auch der Grundgedanke der Vorschläge zu sein, welche Dahlmann, Beseler und Mittermaier in Betreff der Reichsgewalt an den Verfassungsausschuß gebracht haben (Beilage zu Nr. 26). Selbst dem Schatten von Selbstständigkeit, welcher nach diesen Vorschlägen noch übrig bliebe, wäre nur eine kurze Dauer vergönnt.

Grundlage der Fortbildung und Umgestaltung behaupten, indem ich vorausetze, daß diese Behauptung kein Hinderniß sei für die auch von mir als nöthig erkannten und dringend empfohlenen Reformen unserer staatsrechtlichen Einrichtungen. Nach den Lehren der Geschichte nähre ich aber die Ueberzeugung, daß die Reichsversammlung zu Frankfurt, wenn sie nicht zur Anerkennung des noch bestehenden Rechtsbodens zurückkehrt, sondern fortfährt in rücksichtsloser Geltendmachung des Revolutionsprinzips, zu keinem heilbringenden Abschlusse gelangen, und für Deutschland weder die Freiheit noch den Frieden begründen werde. Was ich in meinen Betrachtungen: „Die deutschen Verfassungsreformen" in Ansehung des schnellen Verlaufs der neuesten französischen Revolution zur militärischen Demokratie über sie verhängnißvollen Ergebnisse des allgemeinen Wahrrechts, über die Nachtheile der Preßfreiheit ohne Cautionsysstem, über die nothwendigen Folgen des Schweigens der deutschen Regierungen in Ansehung ihrer Stellung zur Frankfurter Versammlung — vor einigen Monaten vorhersagen wagte, wurde in der seitdem verflossenen kurzen Zeit zu vollständiger Erfüllung gebracht. Möge mir die Zukunft auch in der besseren Prognose, welche ich der fortwährenden Gesetzmäßigkeit des Revolutionsprinzips von Seite der Reichsversammlung gestellt habe, als eine irrige zu erkennen.

J. A. Seuffert.

Deutschland.

Nassau. — Wiesbaden, 23. Juli. Unsere Anarchisten scheinen bekanntlich am 16. Juli und in den folgenden Tagen vergeblich Boten aus, um auf den umliegenden Dörfern Hülfe zu holen; die Bauern sagten ihnen, sie hätten keine Zeit, sich die Köpfe abschneiden zu lassen, sie müßten jetzt ihr Korn schneiden. Im Gegentheil hieß es nun vom Westerwald eine Zuschrift hier eingelaufen, zu welcher kein Mensch aufgefordert hat und die sich im Namen vieler Westerwälder Bauern dahin ausspricht, daß sie kommen wollten, um Ruhe zu schaffen, wenn die hiesige Oesterreicher nicht anstreichen sollte. „In höchster Trauer," beginnt die Zuschrift, „und mit der größten Entrüstung vernehmen wir die abermaligen Störungen in Wiesbaden. Dieses Treiben ist uns ein Abscheu und wahrer Ekel. Zunächst sind es Diejenigen, welche — mit Uniformen bisher an den Rücken — noch so gerne am alten Seile ziehen möchten, und dann die Aufwiegler von Herzog und den Unterschriebenen sich wohl hüten mögen!" Ersterer wollen aus das von St. Hohrei Verliehene vorenthalten, was doch keinesweges der Wille unseres wirklichen Landesherrn ist, und was wir auch keineswegs gleichgiltig ansehen; die Anderen verlangen mehr, als wir von Gottes und Rechtswegen in Anspruch zu nehmen haben, worunter auch eine nicht geringe Anzahl, welche es sich als Ziel gesetzt zu haben scheinen, unseren geistlichen Herzog zu verjagen und als die Ursache aller mangelhaften und erbärmlichen Verhältnisse zu bezeichnen. Wenn aber unser Herzog allen Lumpen und Schurken bestens sollte, dann wußten wir keinen ärmeren Menschen auf Gottes weiter Erde." Nachdem die Einsender noch weiter ihre Treue für den Herzog ausgesprochen, sagen sie: Daß sie im Amte des Bürgers, und wir wurden zu Tausenden herunterkommen, wenn der Wiesbadener Pöbel Gesetz und Ordnung aufrecht hielten und Personen und Eigenthum anstasten.

Preußen. — ⊙ Berlin, 27. Juli. Von dem „Preußen-Vereine für das konstitutionelle Königthum" ist eine Entgegnung des Plakats des konstitutionellen Kongresses erschienen und an den Ecken angeheftet. Der Verein erklärt in dieser Entgegnung, daß „Einheit und Einigkeit" ihm schwerze, mit welcher der konstitutionelle Kongreß seinen „Aufruf an das preußische Volk" aufgenommen habe; er nehme mit einer noch „tiefern Entrüstung" Kenntniß von der Gesinnung, die „preußische Staatsburger" als Mitglieder des konstitutionellen Kongresses in jener Entgegnung ausgesprochen hätten. Man wolle Preußen mediatisiren, das könne und werde Preußen nicht ertragen. Von den Mitgliedern des Vereins, die am konstit. Kongreß Theil genommen, sei es eine Anmaßung, über das Schicksal Preußens, das die Spitze eines einigen Deutschlands sein müsse, bestimmen zu wollen.

— Gestern Abends ist Dr. Eichler von der Schutzmannschaft verhaftet und nach der Hausvogtei abgeführt worden. Grund dieser Verhaftung ist, daß er von den Schutzmannern die Herausgabe einiger Mitglieder des Linden-Klubs verlangte, welche bei Gelegenheit der Straßenauflaufsprengung dieses Klubs verhaftet worden waren. Auf die Aufforderung des Bürgermeisterhauptmanns Wolf wurde seine Verhaftung vorgenommen. Die Verwendung des radicalen Grafen Reichenbach und anderer Deputirter derselben Farbe, so wie des Bürgermeisterkommandanten Rimpler für den Verhafteten ist bis jetzt fruchtlos geblieben.

Oesterreich Wien 27. Juli. Erzherzog Johann bereitet sich zur Abreise vor und Erzherzog Rainer soll, wie man sagt, ihn ersetzen. Der Ban Jellachich ist hier angekommen und das ganze Offizierscorps hat ihm seine Anwartung gemacht, um ihm zu zeigen, wie populär er in der Armee ist. — (A. Z.)

Wien 27. Juli. In der 4. Sitzung des konstituierenden Reichstags vom 27. Jul. frug ein Mitglied von der Rechten den Minister des Innern, was das Ministerium zur Ausgleichung der ungarisch-croatischen Differenzen gethan habe. Minister Doblhoff entgegnete, daß Se. kaiserl. H. Erzherzog Johann mit der Schlichtung dieser Differenz beauftragt, und daß in diesem Augenblick Erzherzog Stephan, Couseilspräsident Bathyany und Baron Jellachich in dieser Angelegenheit hier anwesend seien.

† * Wien 27. Juli. Der Abgeordnete Mayer aus Brünn ist zum Staatssekretär im Ministerium des Innern ernannt worden. Gegen den Minister der Arbeiten, H. v. Schwarzer, ist ein Protest von der Einwohnerschaft Triests eingelaufen und man spricht von dessen Abdankung.

— Der Oberkommandant der Nationalgarde, Pannasch, hat seine Stelle niedergelegt. Eine Reibung zwischen dem Sicherheitsausschusse und dem Verwaltungsrathe der Nationalgarde war die Veranlassung dazu. Pannasch ließ einen Tagsbefehl, betreffend eine morgen abzuhaltende Todtenfeier für die im März Gefallenen auf das Begehren von 50 Cavalieren, widerrufen. Der Ausschuß befand auf einen Widerruf des Widerrufes, demzufolge der Commandant abdankte.

Wien 28. Juli. Der Sicherheitsausschuß hat am 27. d. M. an die „souveräne" Reichsoversammlung eine Adresse erlassen, in welcher er, nach dem er durch ein langes und breites seine legale unumstößliche und unbedingte Befugnis nachzuweisen sucht, eine Erklärung abgibt, daß er, statt, wie man bisher zu glauben berechtigt war, seine Auflösung zu erklären, seinen Entschluß vorzubehalten ausspricht so lange, bis die hohe Reichsversammlung anders verfügt, oder das Ministerium eine andere „vollethümliche Behörden" ins Leben ruft. Schließlich erlaubt sich derselbe „als ein Gebot der Nothwendigkeit der Residenz ihre Ansicht dahin geschrieben" um die Ehre zu bitten der hohen Reichsversammlung einfurchtsvollst zu bitten! ubg. Fischhof, ehemaliger Vorsteher des Ausschusses, legte die Adresse auf den Tisch des Präsidenten nieder. (A. Oest. Zeitung).

* Wir erhalten aus Innsbruck das folgende weitere Kriegs-Bulletin: Der Oberbefehlshaber der Armee von Italien Feldmarschall Graf Radetzky bringt aus seinem Hauptquartier Alzano unterm 26. d. M. an Se. Majestät den Kaiser und König folgenden Bericht über den bei Custozza erfochtenen Sieg. „Am 24. d. Nachmittags ließ ich unter dem feindlichen Feuer bei Salionze eine doppelte Brücke über den Mincio schlagen. Dieß unternehmen wurde durch den Korpskommandanten F. M. L. v. Wocher und den Obersten Pfanzetter des Generalstabs geleitet. Das brave Infanterieregiment Wocher erdeutete bei Pronti 3 Kanonen und 26 Pulverwägen. Zu ging mit zwei Brigaden des Reiterekorps und einer Brigade des 1. Korps über den Mincio, während die Brigade Wohlgemuth des letzteren Korps über Brentino sich Monzambano näherte und nach einem kurzen Gefechte daselbst die Brücke nahm, und Monzambano besetzte. Von der Division Fürst Schwarzenberg des 1. Korps ließ ich durch die Brigade Strassoldo auch Valleggio besetzen, und beordnete auf den nächsten Tag die Brigade Wohlgemuth zum Vormarsch nach Pozzolengo gegenüber Valleggio, wo sie die Brücke sogleich herstellen ließ. Ich hatte somit drei Uebergänge über den Mincio an einem Tage genommen und war nur für einen Angriff diesseits oder jenseits des Mincio, so wie für meine eigene Offensive jenseits unmehr gänzlich gesichert. Gegen Abend dieses Tages erhielt ich aber die Meldung, daß der Feind bei Custozza die Brigade des Generalmajors Baron von Stadlschen, welche neben zwei Regtra bei Sommacampagna und Custozza angestellt war, mit Uebermacht durchbrochen, gegen Monte Godio vorgedrungen, und die Höhen von Custozza genommen habe. — In der Nacht erhielt ich die Nachricht, daß der Feind mit 40,000 Mann seine andertessanten Truppen, worunter auch die Garde, bei sich, nur mit geringemme Flankenstellung von Salionze bis Valleggio am nächsten Morgen — mithin den 25. angegriffen Willens wäre. Ich traf hierauf sogleich in der Nacht meine Dispositionen dergestalt, daß ich das bei Castelnuovo befindliche 3. Armeekorps die Festung Peschiera am linken Mincioufer zerniren ließ, dann das 2. Armeekorps mit Tagesanbruch von demselben Orte mit seinen 4 Brigaden in die Stellung zwischen Custozza und Sommacampagna beordnete, und endlich die am rechten Mincioufer schon bestehenden Stellungen noch in der Nacht zum Rückmarsch über Salionze, Monzambano und Borghetto in das Zentrum und auf den rechten Flügel der Armee zur Verstärkung desselben auf das linke Ufer des Mincio zurückzog, mithin dadurch nur ein Bataillon in jedem der Orte Salionze und Monzambano zurückblieb, der wichtige strategische Punkt von Valleggio aber mit 2 Brigaden — und einer weiten Brigade rückwärts gedeckt — besetzt wurde. In dieser Aufstellung erwartete ich nunmehr den Angriff des Königs auf meine Armee, welcher auch um 10 Uhr Vormittags, bei einer Glühhitze von wenigstens 28 Grad, wodurch mehrere Leute in Folge des Sonnenstiches wahnsinnig wurden, und während des Marsches starben, begann, und ununterbrochen bis Abends 7 Uhr, mithin neun volle Stunden dauerte. Ich bin noch nachvermögend, alle näheren Details dieser Schlacht — die Schlacht von Custozza nenne, da dieser Ort in dem Zentrum der Armeen-Aufstellung war, und dem Feinde noch zuletzt genommen und er dafelbst von den Höhen ganz hinabgeworfen wurde, so wie alle tapfern Thaten in jeder mit gebührender Berücksichtigung des Verdienstes jedes Einzelnen anzugeben; so viel kann ich jedoch sagen, daß ich nie eine Armee mit so viel Bravourlichkeit und Tapferkeit sich schlagen sah, und daß nicht nur allein alle Versuche der königlichen Armee die von mir eingenommenen Höhen zu erstürmen, vergebens waren, sondern daß auch die von ihm besetzten Höhen mit einem Muthe und einer Bravour von meinen braven Truppen erstürmt wurden, daß trotz der beinahe gänzlichen Erschöpfung derselben, durch die Hitze und die Anstrengungen des Tages, der Feind nach Verlust der letzten Höhen von Custozza und Sommacampagna seinen Rückzug beginnen mußte, und denselben in der heutigen Nacht gegen Goito vollendete. Ein entschiedener Sieg ist somit das Resultat dieses heißen Tages und ich verfolge nun den König, während ich mich mit Mantua wieder in Verbindung setze und dadurch verstärke, soweit als es bei meinen bedeutenden Verlusten die gegenwärtige Stärke der Armee erlaubt. Ich habe bei der Beschreiblichkeit des Kampfes viele Offiziere verloren, da sie überall als Muster der Tapferkeit hervorleuchteten; ich kann nur vorläufig ihren Verlust auf 40 bis 50, und von der Mannschaft auf 500 — 600 Todte und Verwundete rechnen. Auch

sind diese Kanonen, Waffen und Trophäen erbeutet, so wie Offiziere und Mannschaft in bedeutender Zahl gefangen worden, welche sobald sie gesendet werden, in Ueberfluß zugeführt sind. Ich werde alle Details über die Schlacht von Custozza, so wie es nur möglich wird, eigens nachtragen, und besonders die Namen aller verdienstvollen und tapfern Führer und Offiziere der Armee, so wie der mit Ruhm und Ehre Gefallenen dem k. k. Kriegsministerium kundmachen, kann aber das wohlgefällige Benehmen der Herren Korpskommandanten und Generäle, sowie der Truppe, endlich des trefflichen Zusammenwirkens der Offiziere jeden Korps, und vorzüglich des ausgezeichnete und sich auszeichnende Benehmen des Generalquartiermeisters-Stabs, der Leitung Ihres eben so feltenen als tapfern Chefs des Generalquartiermeisters F. M. L. Ritter von Heß, dann des in seinem Fache so ausgiebigen und mit großem Erfolge wirkenden Generals Baron Stwrtnik der Artillerie, — so wie der thätigen Mitwirkung in Allem, meinen Generaladjutanten F. M. L. von Schönfals und Oberstlieutenant von Schlitter und der gesammten Adjutantur und jeder Abtheilungsstand nur mit der höchsten Belobung und ausgezeichnetesten Leistungen und persönlichen Aufopferungen für Kaiser und Vaterland erwähnen. Ich gebe noch heute mit der Armee in zwei Kolonnen, und zwar mit dem 1. Armeekorps über Monzambano, mit dem Reservekorps aber über Sallonze nach Pozzolengo, während das 2. Armeekorps über Valleggio und Volta nach Guidizzolo marschirt. Das weitere Resultat dieser Märsche werde ich die Ehre haben baldigst anzuzeigen. Marschall, Feldzeugmeister."

Der Offizier, welcher das vorstehende Bulletin überbracht hatte, fügt noch die Nachricht hinzu, daß F. M. L. Welden Cremona mit Sturm genommen haben soll und brabbicirte, das flüchtige „Schwert Italiens" an der Polonie aufgefahren. Prochiera soll vom Feind in aller Eile geräumt worden, und dieser über den Gardasee geflüchtet sein. Feldmarschall Radetzky hat von dem Kaiser das Großkreuz des Maria-Theresien-Ordens zugeschickt erhalten.

Innsbruck, 29. Juli. Um 10½ Uhr Vormittags. So eben wird durch ein Bulletin veröffentlicht, daß das 2. Armeekorps des F. M. L. Baron d'Aspre am 26. Abends und 27. Früh bei Pozzolengo zwei siegreiche Gefechte bestanden, und der Feind nun in vollem Rückzuge nach Cremona begriffen ist. (Zpr. B.)

Frankreich.

△ Paris, 26. Juli. Hr. Thiers hat heute in der Nationalversammlung auf eine eben so edle als energische Weise die unverjährbaren Rechte der Gesellschaft gegen die heillosen, Eigenthum und Familie zerstörenden Tendenzen der Sozialisten vertheidigt. Hr. Proudhon, eines der Häupter der sozialistischen Richtung, hatte als Verleger von Paris den Antrag gestellt, man solle im Namen und zum Vortheil des Staates sich des Drittheils aller Pacht- und Miethgelder, Zinsen und Kapitalien bemächtigen, und hatte damit Hr. Proudhon eine Lachmuskelerschütterung. Andere Leute, die es in der Kultivirung freilich noch nicht so weit gebracht haben, als unsere Herren Sozialisten, nennen es eine Plünderung, und Hrr. Thiers gehört auch zu den einfachen Menschenkindern, die noch nicht sich dazu bekannt haben, die Dinge durch die sozialistische Brille anzusehen. Zum großen Erstaunen des Hrn. Proudhon, der ohne Zweifel die Franzosen und besonders ihre Vertreter in der Nationalversammlung für à here köpfe, für weiter vorgeschritten in der Auffassung der gesellschaftlichen Verhältnisse ansah, wurde gerade Hr. Thiers mit Beifall nicht genug sie, Eigenthum und Familie noch für etwas mehr zu halten, denn sie ergötzten sich an dem, was man über Bord wirft, wurde gerade dieser Herr Thiers von dem Finanzausschusse der Nationalversammlung mit der Berichterstattung über seinen Antrag ernannt. Herr Proudhon, ohne Zweifel im Humbug und gestützt auf der weitreichenden Fruchte, welche die Experimente des Herrn Louis Blanc seit dem 24. Februar schon für Frankreichs Finanzen, Credit, Industrie, Handelsverkehr, Wohlstand gehabt haben, verspricht den Franzosen ein unbefahrenes Eldorado, wenn sie von den Theorien des Hrn. Louis Blanc um einen Strich weiter bis zu den feingen gehen, diese zur praktischen Durchführung bringen wollten. Und Hr. Thiers ist unvatriotisch genug, sie genug, sie von der Annahme des verlockenden Gedickes abzuhalten! Hr. Thiers will nächstens das Verbrechen der beleidigten Gesellschaft von den Sozialisten begichtigt werden, er, der es mit keiner Sandgewagt, ihrem Treiben, ihrem Streben, ihrem Ziele die trügende Maske abzureißen, und Raub zu nennen, was Raub ist. Sprechen wir im Ernste, wie Proudhon's Antrag auch bitterer Ernst ist. Ich gehöre weder zu den Bewunderern des Hrn. Thiers, noch habe ich je eine Vorliebe für ihn gehabt. Aber man spreche zu ihm, kann ich ihm den Ruhm nicht absprechen, daß er heute zu den mannigfachen Diensten, welche er seit dem 24. Februar der Sache der gesellschaftlichen Ordnung schon geleistet, einen neuen hinzugefügt hat, durch die Klarheit und Bestimmtheit, mit welcher er Hrn. Proudhon's Antrag in seinem wahren Lichte gezeigt hat. In diesem Augenblicke, wo die Finanzausschüsse ernstlich erwägen, ob Proudhon's Antrag für unglaublich, und nachdem er den Werthauf noch einmal vorgelesen hatte, äußerte er sich im Wesentlichen so. Herr Proudhon schätzt die Summe, welche sie Pächter und Miethleute aus der Konkurse der Maßregel sich ergeben würde, auf 1500 Millionen an. Diese 1500 Millionen in Umlauf gesetzt, würden nach dem Vorgehen des Notre-Seiliers den Handel und der Industrie neues Leben geben, größere Wohlfeilheit der Lebensmittel zur Folge haben, nicht zu gedenken, daß der dem Staate zufallende Antheil eine Erleichterung der Auflagen, namentlich jener auf das Salz und die Getränke, erlauben würde. Das wären Hrn. Proudhon's Behauptung zufolge die Vortheile seines Antrags. Hr. Thiers unterwirft denselben nun einer ernstlichen Prüfung unter drei verschiedenen Gesichtspunkte, dem moralischen, finanziellen und politischen, und sagt: „Der Vorschlag war zuerst in einem zeit unterdrückten Blatte aufgetaucht. Es war ein Angriff auf das Eigenthum, ein unsinniges Beelangen, und erst vor der in allgemeinen Murren ausbrechenden öffentlichen Entrüstung und der energischen Entschredung der vollziehenden Gewalt wich er zurück. Was that denn sein Urheber, der nun zum Volksvertreter geworden? Zuvenstyl? Er kleidete denselben in anderer Form, und machte von seinem Rechte als Mitglied dieser Versammlung Gebrauch, und wandelte seinen Zeitungsartikel in einen Antrag um, und suchte unter einer minder kecken Gestalt zu verstehen, wie derselbe nur gänzlichen Umsturz der Ordnung und der ganzen Gesellschaft bezielte. Das Eigenthumsrecht wird jetzt nicht mehr offen und unumwunden geläugnet, in Abrede gestellt. Weit entfernt daran sucht der Antragsteller im Gegentheil glauben zu machen, daß das Opfer, das er verlangt, dem Eigenthume zu Gute kommen werde. (Beifall.) Ihr Finanzausschuß hätte gewünscht, daß man den Muth ich will nicht sagen seiner Meinung, sondern den Muth seiner Hoffahrt gehabt hätte: daß man ohne Rückhalt und Bedenken Ihnen selbst diese Doktrinen vorgebracht hätte, die man zurückhält für den verblendeten und betrogenen großen Haufen. (Großer Beifall.) Wie hätten dieß gewünscht, nicht mit dem Hintergedanken, daß das allgemeine Murren an denselben verlegen sind, wenn es geschieht, sondern, die Ansichten zu rechtfertigen. (Beifall.) Wer entgegnet davon also ist es unser lebhaftester Wunsch, daß diese Doktrinen zu feierlicher Verhandlung kommen, auf daß dadurch allen diesen Hirngespinnsten der Garaus gemacht, sie in die Nacht zurückgewiesen werden, aus der sie nie hätten hervorsteigen sollen, als diese monströsen Systeme, welche trotz ihrer sogenannten Verbrüderungen, trotz der Gewaltthaten, mit welchen sie die Pfantasien wiegen, nichts kühn sich fassen, als Zerstörung und Tod! (Allgemeiner heftiger Einbruch.) Der Urheber des Vorschlags sagte une, es müsse nur die stillschweigende Zur der Gesellschaft wieder aufsteigen und in Gang bringen. Wir dagegen sagen ihnen: es will sie zerbrechen und zwar gewaltsam zerbrechen. (Beifall.) Sein Vorschlag ist nicht blos eine Verletzung des Eigenthums, es ist eine Aufforderung zur Anarchie. (Lebhafte Bewegung.) Es ist ein Angriff auf das Eigenthum, und zwar mit den gehässigsten Mitteln, durch Mittel, die von einer gewissen Fruchtbarkeit des Geistes, von einer Erfindungsgabe zeugen, auf die man nicht stolz zu sein braucht. (Gelächter.) Wenn Jemand, bewegene Köpfe sich in leere Abstraktionen verlieren, sich so weit verirren lassen, daß sie nicht mehr sehen was klarer ist als die Sonne, so weit, daß sie Gott läugnen, die Familie, Recht und Unrecht, mit einem Worte, die erhabenen und ewigen Ideen, die höchsten von der Gottheit verliehenen Güter der Menschheit; wenn Unglückliche, wiederholt ich, daß zu einem so hohen Grade der Unvernunft und der Verirrung kommen, so kann man sie noch bedauern. Wenn sie aber der Menge das Aeußerste eingeben wollen, das sie nicht wollen, wenn sie die Lebensfragen der Menschheit in so unzusammenhängenden Doktrinen anfregen, und so die Gährungsstoffe des Bürgerkriegs und des Aufruhrs in dieselben schleudern wollen: das darf der Gesetzgeber nicht dulden. (Beifall.) Der Polizeirath, der sich zum Aufwiegler umgestaltet, kann der Rüge, dem Tadel, und wenn es sein muß, auch der Strafe nicht entgehen. Ihr Finanzausschuß nimmt daher in der Ueberzeugung, daß der Vorschlag in seiner Wesenheit ein empörender Angriff auf das Eigenthum ist, seinen Anstand, nun ihnen dessen Verwerfung zu erlangen, als eine eklatante Mißhuldigung, daß dieselbe von Seite der Versammlung, der höchsten und souveränen Magistratur eine Art feierlichen Urtheils sey, wenn ihm die Ratification des ganzen Landes zu Theil werde. (Lang anhaltender Beifall. Zahlreiche Zeichen des Beifalls. Aufregung auf einige Minuten.) — Hr. Proudhon hat erwiderte darauf: Was man so eben vernommen, sei mehr als ein Bericht, es ist eine Anklage. (Lärm.) Der Finanzausschuß hat mich nicht verstanden. Man hat aber einen Antrag Bericht erstattet, die nicht der meinige ist. Dieser ist dermaßen entstellt, daß ich ihn durchaus nicht wieder erkenne. Die Bericht enthält Ziffern und Aufstellungen, die ich nicht begreife. Ich muß diese Ziffern lesen, und verlange daher den Druck des Berichtes und Festsetzung eines Tages zur die Berathung meines Antrags. (Rufe: Ja! Ja! Nein! Nein! Samstag der 29. wird dafür bestimmt Ueber den Ausgang der Berhandlung kann kein Zweifel obwalten

J. B. Wogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Hr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 29.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Dienstag den 1. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, den 31. Juli.

Se. Maj. der König haben unter'm 28. Juli 1848 die Landrichterstelle zu Lauingen im Regierungsbezirke von Schwaben und Neuburg dem bisherigen Assistenzrichter bei dem Landgerichte Markt-Bibart, Herrn. Bausewein, zu verleihen; auf die Landrichterstelle zu Landsberg in Oberbayern den bisherigen Landrichter zu Graisenau, Karl v. Nagel, zu versetzen, und den Stadtkommissariatsoffizianten Karl v. Gravenreuth zu Nürnberg auf den Grund des §. 22 lit. b der IX. Verfassungs-Beilage für die Dauer eines Jahres allergnädigst in den nachgesuchten Ruhestand treten zu lassen geruht.

Se. Maj. der König haben Sich unter'm 29. Juli 1848 bewogen gefunden, beim Wechselappellationsgerichte zu Eichstädt in Folge der durch den Tod des Kaufmanns Johann Laun daselbst eingetretenen Erledigung der Stelle eines ersten technischen Assessors die drei weitern technischen Assessoren, Anton Reichender, Ignaz Adam und Anton Mayer vorrücken zu lassen, die hiedurch frei werdende Stelle eines vierten technischen Assessors dem ersten Suppleanten Kaufmann Anton Lanz, endlich dessen bisherige Stelle dem Kaufmann Ignaz Bader zu übertragen, und die Stelle eines zweiten Suppleanten dem Kaufmann Ludwig Keck von dort zu verleihen.

(Pfarrei-Besetzungen.) Die Predigerstelle an der obern katholischen Stadtpfarrei St. Rupert in Regensburg dem bisherigen Stadtpfarr-Coorator zu St. Ulrich, Priester Anton Braun; das Stadtkaplanei-Benefizium zu Dörreschabach, Lbg. Heilsbronn, dem bisherigen Verweser desselben, Priester Sebastian Schweinbeck; die katholische Stadtpfarrei Wernfeld, Lbg. Gemünden, dem Priester Johann Paatkraz, Pfarrer zu Hofstetten, desselben Landgerichts (vom Hochw. Bischofe von Würzburg verliehen und allerhöchst bestätigt), die katholische Pfarrei Neukirchen a. W., Landg. Passau I., dem Priester Bartholomä Liebinger, Benefiziaten am Krankenhause zu Passau (vom Hochw. Bischofe von Passau verliehen und allerhöchst bestätigt).

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 28. Juli. In der heutigen Sitzung erstattete Zittel Bericht über eine Petition mehrerer Urwähler aus Kapp'o Wahlbezirk, welche ansuchen, daß neue Wahlmännerwahlen vorgenommen werden möchten, weil der Auftrag der bisherigen Wahlmänner durch die einmal vorgenommene Wahl eines Reichstagsdoten erloschen sei. Da nach dem hierin maßgebenden badischen Wahlgesetze Solches nicht zulässig ist, indem die Wahlmännerwahl jedenfalls für die ganze Dauer der Session Geltung hat, so trägt die Kommission auf Tagesordnung an, welche von dem Reichstage angenommen wird. Es wird nun hin und her verhandelt über die Frage, ob an die Reichsminister behufs jener einfachen Mitglieder der Versammlung Interpellationen gestellt werden können, wie die Linke will, oder ob die Reichsverfassung jedenfalls erst darüber abstimmen solle, ob solche Anfragen gestellt werden dürfen. Letztere Ansicht verkleidet Bassermann, und zwar aus dem Grunde, weil der Anfragemuth eine Schranke gesetzt werden müsse, um zu verhindern, daß die Minderheit die Mehrheit tyrannisire und alles Regieren unmöglich mache. Dasselbe Argument wird übrigens von der Linken auch gegen möglichen Despotismus der Mehrheit geltend gemacht, und deßhalb wird mit Beseitigung der Bassermann'schen Ansicht beschlossen, daß eine solche Anfrage jedenfalls am Tage vorher beim Präsidium eingereicht, und dann in der Sitzung verlesen werden solle; werde sie hier genügend unterstützt, so habe der betreffende Reichsminister entweder die gewünschte Erklärung abzugeben, oder den Tag zu bestimmen, wann Dies geschehen soll, über die Gründe anzugeben, warum überhaupt eine Erklärung nicht abgegeben werden könne. Eine Berathung über eine solche Erklärung solle nur dann stattfinden, wenn ein Antrag gestellt werde, den die Versammlung als dringlich anerkenne. Ein Abgeordneter aus Würtemberg, Schoder, empfiehlt heute den Reichstage, den Grundrechte, wie er sie jetzt gerade vorliegt, ohne Berathung in Bausch und Bogen anzunehmen, weil das Berathen allzuviel Zeit wegnehme, und das Volk so schnell als möglich in den Besitz seiner Rechte gesetzt werden müsse. Bedenkt man aber, daß in diesem Entwurf eine Menge Dinge enthalten sind, die nicht eben im Interesse des gesammten Volkes liegen, und daß nur ein allgemeines Stillschweigen gesetzlich für allgemeinen Billigung zu erkennen haben wird, so läuft der Schoder'sche Antrag auf nichts Anderes hinaus, als dem deutschen Volk ein schlechtes Grundgesetz an den Kopf zu werfen, und dadurch die Reichsversammlung bei demselben in Mißkredit zu bringen. Werden aber die einzelnen Abschnitte des Entwurfes ihrer innern Mängel wegen ohne Berathung verworfen, so wird eine neue Vorlage nöthig, und die Zeit ist doppelt vergeudet. Aus diesen Gründen wird der Schoder'sche Antrag von der Versammlung abgelehnt. (Korrer. J.)

Ein Wort an die „Deutsche Zeitung."

Wenn die Zusammung der redlichen und ehrenwerthen Männer Jedem stets erfreulich sein und ihn in seinem Streben ermuthigen muß, so muß auch nothwendig das Gegentheil die entgegengesetzte Wirkung hervorbringen. Allein wie ehrenwerth auch derjenige sein mag, von welchem Zustimmung oder Mißbilligung ausgeht, so kann doch nimmer seine blos individuelle Ansicht den Werth eines Urtheils bestimmen; dieser hängt vielmehr we entlich von den Gründen ab, auf welchen dasselbe beruht. Leider widerfährt es nicht selten den ehrenwerthesten und tüchtigsten Charakteren, daß sie in einem bestimmten Ideengange befangen sich von demselben nicht loszureißen vermögen und dann gegen Alles, was außerhalb desselben liegt, im höchsten Grade ungerecht werden. Ein solcher Fall liegt in den Urtheilen der „Deutschen Zeitung" über die bayerische Regierung vor. Von je hat sie Ihren verfolgt, deren Vermittelung Bayern im Wege zu stehen schien und so haben denn die vermeintlich-separatistischen Tendenzen der bayerischen Regierung der „Deutschen Zeitung" von jeher Anlaß zu Besurchtungen gegeben, für welche auch nicht der entfernteste Grund vorlag. Allerdings hat es eine Zeit gegeben, wo Bayern separatistische Ideen hegte und mit aller Kraft geltend machte. Es hat separatistische Tendenzen verfolgt, als es allein unter allen deutschen Regierungen die Karlsbader Beschlüsse theilß gar nicht theils nur mit Vorbehalt seiner verfassungsmäßigen Bestimmungen über Preßfreiheit u. s. w. publizirte und vollzog. Bayern hat separatistische Tendenzen geltend gemacht, als es auch später bei den Wiener Konferenzen Alles aufbot, um die drohlichtige Berathung des sog. unitarischen Prinzips in Deutschland zu verhindern und auch damals nicht ohne allen Erfolg. Bayern hat separatistische Tendenzen geltend gemacht, als es in der Luxemburgerischen Frage gegen die Wünsche der beiden deutschen Großmächte auf Entschädigung Deutschlands drang und nicht eher ruhte, bis dieselbe endlich gewährt wurde. Bayern hat ferner separatistische Tendenzen geltend gemacht, als es in der Schleswig-Holstein'schen Frage sich ganz allein zuerst im nationalen Sinne aussprach. Dieß sind die separatistischen Tendenzen Bayerns, dieß die Fälle, in welchen es sich mit mehr oder minderem Erfolge im Widerspruch mit der Mehrheit der damaligen deutschen Regierungen gesetzt hat. Andere separatistische Tendenzen kennen wir nicht und stellen sie entschieden in Abrede. Wenn die „Deutsche Zeitung" von der sten Zeit solcher Tendenzen erfüllt, von ihren Vorhandensein bei jeder Veranlassung und ohne die mindeste faktische Begründung spricht, so konnte dieß nur als ein Beweis mangelnder Sachkenntniß und unrichtiger Beurtheilung der Thatsachen gelten, und es konnte unter solchen Verhältnissen überhaupt erscheinen gegen diese Ansichten Widerspruch zu erheben oder Verwahrung einzulegen. Anders verhält es sich dagegen mit einem Artikel der „Deutschen Zeitung" in ihrer Nummer vom 27. l. M., in welchem sie geradezu von Unterhandlungen spricht, welche in München mit Oesterreich und in Verbindung mit diesem mit Rußland unter Theilnahme von Würtemberg zu dem Zwecke gepflogen werden sollen, um den Bestrebungen zur Konstituirung eines einigen kräftigen Deutschlands von Seite der Regierungen der deutschen Einzelnstaaten entgegenzuwirken. Hier handelt es sich nicht mehr um allgemeine Ansichten, um Vermuthungen, hier werden Thatsachen angeführt, deren stillschweigende Hinnahme als Zugeständniß gedeutet werden konnte. Wir erklären sonach diese ganze Erzählung für durchaus unwahr und können nicht umhin, unser Bedauern darüber auszusprechen, daß ein mit Recht in so vieler Beziehung hochgeachtetes Organ der Oeffentlichkeit sich von seiner blinden Parteilichkeit gegen die bayerische Regierung so weit hinreißen lassen konnte, um einer solch nichts beglaubigten Unwahrheit selbst in einem raisonairenden Artikel ihres Blattes Raum zu gönnen!

Deutschland.

Würtemberg. — Stuttgart, 26. Juli. Der „Schwäbische Merkur" meldet amtlich: Se. königl. Majestät haben sich durch Gesundheitsrücksichten veranlaßt gesehen, auf einige Wochen zum Gebrauch einer

Mollenkur nach Meran sich zu begeben, wohin höchstwahrscheinlich gestern Abend abgereist sind. Für die Dauer der Abwesenheit Sr. Majestät haben Se. kgl. Hoh. der Kronprinz die Leitung der Regierungsgeschäfte übernommen.

Preußen. Berlin, 23. Juli. Am 26. Vormittags empfingen Se. Maj. der König und Se. k. Hoh. der Prinz von Preußen in Potsdam die von den städtischen Behörden entsandten Abgeordneten. Letztere, nämlich der Bürgermeister, Geh. Reg.-Rath Naunyn, der Stadtrath Gärtner, der Stadtverordneten-Vorsteher Scheibler und der Protokollführer der Stadtverordneten-Versammlung, Buchhändler Springer, begaben sich am 9 Uhr nach Potsdam, nachdem ihnen vorher durch den Minister-Präsidenten eröffnet worden war, daß sie einer Weisung Sr. Maj. gemäß, dem Prinzen von Preußen zuerst ihre Aufwartung machen sollten. Auf dem Potsdamer Bahnhofe fanden die Abgeordneten der Stadt ein Schreiben eines k. Adjutanten vor, welches sie benachrichtigte, daß Se. Maj. sie um 11 Uhr auf dem Stadtschlosse empfangen würde, weil, wie sie später erfuhren, der König von Sanssouci sich nach dem Schützenplatze zu einem Feste der dortigen Gilde begebe, und auf dem Wege dorthin die Abgeordneten, um sie nicht lange warten zu lassen, sprechen wolle. Diese begaben sich, der empfangenen Weisung zufolge, um 10 Uhr nach dem Babelsberger, zu dem Prinzen von Preußen. Se. k. Hoh. war in großer Uniform und von seinem Stabe umgeben. Der Bürgermeister Naunyn bedauerte in einer Anrede die Ungunst der Verhältnisse, welche obgewaltet, und Ereignisse, welche in Berlin statt gehabt und auch von der überwiegenden Mehrzahl der Einwohnerschaft wie von den Stadtbehörden nicht gebilligt worden seien; bessenungeachtet müsse man bedenken, daß nach einer Revolution, welche wir durchlebt, der Strom sich allen Dämmen zum Trotz. Der Prinz habe ja schmerzlich erfahren müssen, daß gerade er welche in Berlin geboren sei, dort stets gemieden und seine Ansichten oftens ausgesprochen habe, der Verfolgung habe unterliegen müssen. Nächstdem habe er eine frühere Begrüßung Seitens der Stadtbehörden erwartet, da er bereits seit sieben Wochen wiederum in dem Vaterlande weile. Der Bürgermeister antwortete, daß die Abgeordneten schon seit vier Wochen auf die Audienz bei Sr. M. dem König gewartet, und sie auch, ohne dessen Befehl, jetzt nicht zuerst dem Prinzen ihre Aufwartung gemacht haben würden. Weiter wurde hinzugefügt, daß die städtischen Behörden für die Ruhe gesorgt, von den Staatsbehörden, namentlich aber dem Polizeipräsidium, nicht kräftig unterstützt worden wären, und daß, nachdem die Stadt die Polizei gerade habe, die Ruhe zurückgekehrt sei. Der Prinz möge daher mit ruigen Augen sehen und in Berlin die Wahrnehmung machen, ob ihm in Potsdam Alles richtig mitgetheilt worden. Der Prinz entgegnete, daß er Berlin besuchen werde, und theilte auch mit, daß das Militär jetzt angewiesen worden, nur auf Erfordern der Stadtbehörden einzuschreiten. Se. k. Hoh. entließ hierauf die Abgeordneten. Inzwischen war es 11 Uhr geworden und die Zeit herangerückt, wo die Audienz auf dem Schlosse angesetzt war. Se. Maj. trat mit einem Adjutanten ein, empfing die Abgeordneten gleich mit der Frage: ob sie hätten lange warten müssen, da Geschäfte und fremdartige Ereignisse Sr. Maj. dies unmöglich gemacht. Der Bürgermeister sprach es aus, wie das ganze Land der neuen Zeit freudig entgegensehe, gedachte aber auch der Vorfälle vom 14. Juni, also des Zeughaussturmes und der Wegführung der Schloßgitter, desgleichen aber auch der Bewährungen, welche die Stadtbehörde zur Herstellung normaler Zustände gethan. Se. Maj. sagte hier: „Das weiß ich, die Kommunalbehörden haben sich immer thätig benommen. Meine Bürger sind mir zugethan, und werden mir die Wahrheit sagen.“ Der König sprach seine Zuneigung zu Berlin und Königsberg aus, freute sich der gesegneten Ernte, vermied es überhaupt, in seiner Leutseligkeit, auf Controversen einzugehen und sprach keinen Tadel aus. Nur bemerkte Se. Maj., daß er gehört, wie die Wache des Stadtenterkorps im Schlosse zu gerechten Klagen Anlaß gäbe. Der König ging mit den Abgeordneten die Treppe hinab und bemerkte dabei, daß er jetzt zum Schießplatze sich begebe, aber einen Schützenrock nicht angelegt habe, da er schlecht schieße. Die Abgeordneten waren aber den ihnen gewordenen huldvollen Empfang sehr erfreut. Auf dem Bahnhofe angekommen, wurde ihnen die Mittheilung, daß S. k. H. die Prinzessin von Preußen sie zu sprechen wünschte. Sie begaben sich auf das Neue nach dem Schlosse zum Babelsberg. Bei der Prinzessin war der Prinz, jetzt in einfachem Uniformrock, und unterhielt sich hier lange Zeit auf das Herzlichste, entließ auch die Abgeordneten mit einem Händedruck. Die Prinzessin sagte, sie hoffe sich bereits nach Berlin zu kommen. Die Abgeordneten haben nun gestern beschlossen, daß die städtischen Behörden, durch Abgeordnete, nun auch von J. M. der Königin eine Audienz erbitten.

Die „Spener'sche Zeitung“ vom 27. Juli schreibt: „Die Stellung, welche die preußische Regierung dem Aufstreben und den Bestrebungen der Frankfurter Versammlung gegenüber einnimmt, muß so sehr bestimmend auf die ganze Gestaltung der deutschen Verhältnisse einwirken, daß es zur Pflicht wird, die leisesten Anhaltspunkte für eine Beurtheilung dieser Stellung scharf in das Auge zu fassen. Wie können es und in dieser Beziehung nicht verschweigen, daß ein nicht unbedeutender Theil des Volks einen lieben Groll trägt gegen das, als Anmaßung betrachtete, Verhalten der Frankfurter Versammlung, einen Groll, welcher besonders auch dadurch Nahrung erhält, daß man gerade diesselben Männer, welche die Stimmführer der s. g. demokratischen und republikanischen Bestrebungen sind, auch als die hauptsächlichsten Fürsprecher der unbedingten Unterordnung Preußens unter die deutsche Zentralgewalt auftreten sieht, gleich als redeten diese Männer nur Allem das Wort, was eine Schwächung der Regierung zur Folge hat! Wenn diese vielfach vorherrschende Stimmung im Lande sich dadurch zu bekunden anfängt, daß man Proteste und Adressen vorbereitet, welche die Regierung auffordern, sich keines ihrer Rechte von Frankfurt aus schmälern oder kranken zu lassen, so scheint allerdings auch die Regierung selbst immer klarer und bestimmter in dem Entschluß zu werden, eine selbstbewußte imponirende Haltung den Bestrebungen der Frankfurter Versammlung gegenüber einzunehmen. Wir erfahren die Anwesenheit der Untern v. Berlepsch und v. Bardeleben, die seit den Tagen hier verweilen, soll mit diesen Persönlichkeiten zusammenhängen, und wenn die Einen sagen: es seien die genannten zwei Männer aus Frankfurt hieher geschickt, um eine Verständigung anzubahnen, so heißt es doch andererseits, es wolle sich die Regierung durch diese selbstthätigen Leugen der Frankfurter Versammlung hinreichend unterrichten, um dann selbst uns entscheiden zu können. Wir wollen Letzteres auch nicht unerwähnt lassen, daß dem Vernehmen nach, in der nächsten Sitzung der hiesigen Nationalversammlung von einem Mitgliede der rechten Seite vor der Tagesordnung eine dringende Interpellation an das Staatsministerium wird gerichtet werden, dahin lautend, welche Maßregeln die Regierung zu ergreifen gedenke, um die Selbstständigkeit Preußens innerhalb des einigen Deutschlands zu sichern? Glauben wir auch nicht, daß die Minister in der Lage sein werden, auf diese Frage, welche sich in so ein ganzes System von Maßregeln bezieht, ausführlich zu antworten, so hoffen wir doch, einige beruhigende Zusicherungen bei dieser Gelegenheit zu erhalten.“

Berlin, 25. Juli. (Staatsanzeiger.) In der heutigen Nationalversammlung hat der Ministerpräsident v. Auerswald bei dem Beginn der Sitzung folgende Erklärung abgegeben: „Es ist bereits gestern zur öffentlichen Kenntniß gekommen, daß die Unterhandlungen über den Waffenstillstand zwischen Preußen und Dänemark, Oberbefehlshaber Preußens in Schleswig und dem dänischen Obergeneral ohne Erfolg geblieben sei. Ich finde nöthig, dieser Bekanntmachung hinzuzufügen, daß das zeitige Mißlingen unserer Bestrebungen in einer Sache, welche Gegenstand unserer äußersten Anstrengungen unablässig gewesen, nicht die Hoffnung zerstört habe, in nicht langer Frist das erwünschte Ziel zu erreichen. Also, was in dieser Beziehung zu thun möglich war, ist augenblicklich geschehen. Die Lage der Dinge gestaltet sich, Ihnen heute über die stattgefundenen Verhandlungen, über das Verhalten der Regierung nähere Mittheilung zu machen. Ich hoffe indeß, der Augenblick ist nahe, wo dieses wird geschehen können; ich hoffe, daß er Ihnen die Ueberzeugung gewähren wird, daß die Regierung Sr. Majestät des Königs keinen Augenblick die ernste, ja, die saß unerträgliche Lage des Dissenthaltens und aller ihrer ordentlichen Folgen für einen so großen Theil des Vaterlandes länger bestehen hat, als die Aufrechthaltung der Ehre Preußens und Deutschlands in ihrem ganzen Umfange. Ich will der dieser Gelegenheit einen andern Umstand berühren, der in den verflossenen Tagen eine bemerkbare Aufregung hervorgerufen hat; ich meine die durch die öffentlichen Blätter bekannt gewordene Aufforderung des Reichsministeriums des Innern an die Regierungen, sich für die Wahlen zu der Reichsversammlung nicht eine so große Schwierigkeit, als man ihr beimessen geneigt schien. Es ist vielleicht eine ungewöhnliche Bezeichnung, aber ich fühle mich nicht im Stande, meine Ansichauung anders auszudrücken, als indem ich aussprache, daß ich sicher hoffe, es werde diese häusliche Angelegenheit in unserem deutschen Vaterlande der Form, sowie dem Wesen nach, auf diejenige zu einer Verständigung zu führen sein. Wie sehr wir sonst werden, mit Aufrichtigkeit und Hingebung die Einheit Deutschlands zu fördern, so werden wir dennoch alle Maßregeln vermeiden, welche die zur Stärke Deutschlands nothwendige Würde und Selbstständigkeit Preußens gefährden könnten.“ Es folgten dieser Erklärung lebhafte Zeichen der Zustimmung.

Berlin, 28. Juli. Man erzählt, daß heute Morgen noch 11 Uhr eine Depesche des Reichsverwesers eingelaufen sei, worin die Verfügung des Reichsreichsministers v. Pencker, in Betreff der Huldigung am 6. August zurückgenommen wird. Faktisch ist, daß der Ministerpräsident und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Hr. v. Auerswald nach seiner Rückkehr in der National-Versammlung, nach welcher er die Lösung der „deutschen Frage“ in Betreff der Huldigung, nicht für nöthig schwierig hält, die Kammer plötzlich verließ und nicht wieder in dieselbe erschien.

Der Oberstlieutenant v. d. Tann, Führer des v. d. Tann'schen Freikorps in Schleswig, ist hier durch nach München gereist. Er wohnte der heutigen Sitzung der National-Versammlung bei, und wurde Nachmittags von einer großen Anzahl junger Männer, die unter ihm für die Befreiung Schleswigs gekämpft haben, unter herzlicher Heilrufen vieler Anderer nach dem Bahnhof geleitet. Ein junger Künstler, welcher der Freischaar gleichfalls angehört hatte, hat das Gefecht bei Altenhof ergreifend und soll das aufgefundene Gemälde dem gefeierten Führer verehrt werden.

Oesterreichische Monarchie.

* Wir entnehmen dem Privatbriefe und Verona vom 27. von einem österreichischen Offizier, der selbst die blutigen, aber auch ruhmreichen Kämpfe am Mincio mitgemacht hat, noch folgende Einzelnheiten: „Bei dem Angriffe am 23. Morgens bei Tagesanbruch auf die verschanzten Anhöhen von Sommacampagna, Pastrengo, Buffolengo u. s. w. drangen unsere Truppen überall, ohne viel zu schießen, mit dem Bajonette vor, und hatten in 3 Stunden den ganzen steilen Terrain für unsere angelegenen Verschanzungen eingerieben. Am 24. erneuerter Angriff und Zurückwerfen des Feindes nach Peschiera und an den Mincio. Unser Heer machte eine Schwenkung links, und noch an diesem Tage schloß der Marschall Prochaska ein, nahm die Stellung und den Uebergang bei Valleggio mit Sturm, und

überschritt mit einem Theil seiner Streitkräfte den Mincio. Gleichzeitig hatte das Korps unter dem Feldmarschall-Lieutenant Grafen Thurn, aus Tirol kommend, Rivoli angegriffen. Nach einem vierstündigen Gefechte war dem Feinde seine Artillerie demontirt und wir drängten ihn an den Gardasee zurück, wo eine ganze Flotille kleiner Schiffe ihn aufnahm und so der gänzlichen Vernichtung entzog. Am Ende dieses Tages stand unser Heer mit dem linken Flügel an Sommacampagna, das Zentrum an Custozza und der rechte Flügel zu Valleggio und Pozzi jenseits des Mincio. Dadurch war der Piemontesen linker Flügel und Zentrum aber den Hauptheeren geworfen, größtentheils zersprengt und über den Mincio gedrängt, die Verbindung mit Tirol über Rivoli wieder eröffnet. In dieser für Karl Albert höchst mißlichen Lage hatte derselbe den Entschluß, rasch von Goito über Villafranca mit dem Kern seiner Armee vorzubrechen, sich mit Macht auf unseren linken Flügel zu werfen, denselben zu werfen oder auf unser Zentrum zurück zu drängen und so den Marschall zum Rückzug zu zwingen. Gegen 3 Uhr Nachmittags rückten Karl Albert und der Prinz von Genua mit ungefähr 30,0.0 Mann ihrer besten Truppen und 40 Kanonen gegen Sommacampagna über Villafranca vor. Die Brigade Simbschen war da vor und, aber zersplittert aufgestellt. Zwei unserer Bataillone wurden daher, nachdem sie gegen jene furchtbare Uebermacht drei Stunden sich vertheidigt, gesprengt, und verloren fast alle ihre Offiziere und die Hälfte der Mannschaft. Beim Einbruch der Nacht hatten die Piemontesen sich wieder in den Besitz von Sommacampagna gesetzt. Am 25. wollte der Piemontese seinen Angriff fortsetzen, allein der Marschall, von dem Unfalle auf dieser Seite schnell unterrichtet, ließ sich nicht einschüchtern, und hatte noch in der Nacht seine Truppen gesammelt. Gegen Tagesanbruch, wie die Piemontesen gehofft haben mochten, umzingelnden, machte er einen konzentrischen Angriff von Valleggio und Castelnuovo und durch eine Brigade von Verona aus, so daß der König Karl Albert fast keinen Ausweg mehr hatte. Sommacampagna war der entscheidende Punkt, es wurde dreimal genommen und dreimal verloren, bis wir endlich in seinem Besitz blieben. Am Abende dieses Tages war König Karl Albert für seine Person entflohen und hatte den Befehl dem Prinzen von Genua übergeben. Er war beinahe ganz eingeschlossen und die Piemontesen stimmten nur noch für den Rückzug, aber mit ungezeichneter Tapferkeit, so daß es unsern ermüdeten Truppen nicht mehr gelang, sie zu durchbrechen. In der Nacht auf den 26. hatten jedoch die Feinde ihre Stellung verlassen. Die Position Thurn mußte zum Schutz von Verona zurück bleiben. Noch muß ich zu vermelden, daß das vorerwähnte feindliche Korps entweder gefangen oder jedenfalls gesprengt wird. Prochiera soll von den Unsrigen genommen sein. Die Beelaste auf beiden Seiten sind sehr groß, auf unserer Seite besonders an Offizieren. General Mattes blieb bei Rivoli. Die Resultate dieses viertägigen Kampfes sind: die piemontesische Armee auf allen Punkten geschlagen und in die Flucht getrieben. Karl Albert hat den Todesstoß erhalten; dreimal wird er seine Niederlage nicht leugnen können. Die Tapferkeit und Ausdauer unserer Truppen ist bewundernswerth, aber auch der Feind hat sich sehr gut geschlagen; allein den Bajonettangriffen hielt er seinen Stand und diese gaben die Entscheidung.

Großbritannien.

† London, 27. Juli. Die Nachrichten aus Irland von gestern lauten widersprechend. Während ein Kurier der Königin, welcher Dublin gestern Nachmittags 3 Uhr verließ, noch nichts von irgend einer Emeute meldet, sagen andere Nachrichten, Dublin und der größte Theil des Südens sei in vollem Aufstande. In Clonmel sei es zu einem furchtbaren Kampfe gekommen, die Truppen seien unterlegen, Waterford habe sich empört, eben so Cork. In Limerick sei der man noch der Richtigkeit dieser Angaben. Nach Briefen aus Dublin denken indessen viele Personen daran, sich nach England zu flüchten, andere sind schon abgereist. Man spricht von einem Anlehen, das die Regierung wegen der Kosten der Bekämpfung des irischen Aufstandes habe verlangen werde. — In Manchester sollen die dortigen Irländer, unterstützt von den Chartisten, für nächsten Freitag einen furchtbare Manifestation zu Gunsten der Bewegung der Irländer vorhaben.

Frankreich.

**Paris, 28. Juli. Der Dampfer „le Tonnerre", welcher den Gegenwind Trebpunkt nach Neapel (wo derselbe seine Stelle als zweiter Befehlshaber der französischen Flotte des Mittelmeeres antritt) übergeführt hatte, hat nach Toulon die Nachricht gebracht, daß er die französische Flotte auf dem Wege nach Palermo verlassen hatte, wo die englische unter Admiral Parker schon seit einigen Tagen sich befand. Es schien damals zweifel, daß der König von Neapel zu seinem gethane gegen Sizilien sich rüstete. — Ein außerordentlicher Kurier aus Rom hat Depeschen der französischen Botschafters d'Harcourt von dort überbracht, wonach in allen Städten des Kirchenstaates Petitionen um französische Einschreiten in Italien unterzeichnet wurden. — Die Nachrichten aus Haiti vom 25. Juni lauten etwas besser, obgleich der Bürgerkrieg im Innern der Insel noch fortdauerte. Port-au-Prince war ruhig. — Der heutige Bericht über den Stand der Bank lautet durchaus günstig. — Die Nationalversammlung setzte heute die Verhandlung des Dekrets über die Klubs fort.

Straßburg, 27. Juli. Dr. Rauschenplat, welcher, um seine Privatangelegenheiten zu ordnen, hieher gereist war (er hatte sich früher eine Reihe von Jahren hier aufgehalten und das Anerkennen seiner als bedeutenden Anstand der hiesigen deutschen Republikaner erregte, so daß die Behörde, um ihn zu schützen, nöthig fand, ihn zu verhaften, wurde heute in aller Frühe aus seiner Schutzhaft entlassen und ihm von der Behörde eine Schutzwache bis zur badischen Grenze mitgegeben. Auch dem hiesigen Zeughause sind der württembergischen Regierung höchst beträchtliche Waffenlieferungen auf Anordnung der französischen Regierung zugestanden worden.

Spanien.

*Madrid, 22. Juli. Die Hoffnung, daß die Königin dem Lande einen Thronerben geben werde, ist für jetzt verschwunden. Doch ist der Zustand der Königin selbst befriedigend. Monsignore Brunelli soll heute sein Beglaubigungsschreiben überreichen. Die Bank San Fernando veröffentlicht eine Uebersicht ihrer Lage. Demnach hat sie jetzt für 180 Millionen Realen Banknoten im Umlauf, Man glaubt aber, daß binnen Kurzem die Ziffer auf 60—80 Millionen herabgesunken sein werde.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 27. Juli. Banknoten 104½. Metall. Obligat. zu 5proz. 76. Ahroz. 62. 3proz. 45. 2½proz. 39. Bank-Obligat. 2½proz. 49. Anlehn vom Jahre 1834 124; vom Jahre 1839 83. Esterazy 6. 20. 22 fl. Rovigo-Anlehn 106½. Mailand 95. Lombard. 97. Prag 95. Gratzer 168. Darnschiff. 479.

Frankfurt a. M., 29. Juli. Oesterr. 3proz. Metall. 61½. 4proz. 91. 61 G., 4proz. 52 G. — G. 3proz. — G. 2½proz. 32½. 3proz. 32½. G. Bankaktien 1129. 4proz. — G. — 500 fl.-Loose 107½. — G. — 250 fl.-Loose 70½. — G. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienloose 88½. 87½. G. Staatsschuldsch. 3½proz. 73 ¾. 72½. G. Bayer. 3½proz. 75 G. Luxemb.-Metall. 65 ½. 64½. G. Württemberg. 3½proz. 77 ½. — G. 4½proz. 92 ½. 92 G. Baden 3½proz. 73½. G. 73½. G. Loose-Anlehen 50 fl. 46½. 47½. G. 35 fl.-Loose 26½. 25½. G. Darmstädt. 3½proz. 77 ½. — G. 4proz. 87½. 87½. G. Lotte-Anlehen von 1821. 63 ¾. 62½. G. 25 fl.-Loose 21½. 21 G. Kurhessl. Friedr.-Wilh.-Norde. 39 ¾. 38½. G. 40 Thl.-Loose 25½. 24½. G. Nassau. 3½proz. 82 ½. 81½. G. 25 fl.-Loose 21½. 21 G. Frankf. 3proz. 82 ½. — G. 3½proz. von 1839 70½. — G. von 1840 87½. 87½. G. Holländ. 2½proz. 57 G. Portland. Integr. 45 ½. 44½. G. Span. 3proz. innere Schuld 17½. 17½. G. Poln. 300 fl.-Loose — ½. 88 G. 500 fl.-Loose 63½. 63 G. Sardin. 36 fl.-Loose 25 ½. 24½. G. Liter. — ½. 2 G.

Hamburg, 27. Juli. Ostindische Bonds, Prioritäts-, Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 73½. p. — G. Serb. Präm. Sch. 88½. p. — G. k. u. Km. Schuldv. 70½. p. — G. Berl. Stadt-Obl. — G. — G. Westpreuß. Pfandbr. 77½. p. 76½. G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — p. 91 G. 3½proz. 77½. p. 77 G. Ostpr. Pfandbr. — p. 94½. G. Pomm. Pfandbr. 91½. p. — G. Kur- u. Nm. Pfandbr. 91½. p. — G. Schlesische Pf. p. gar. Pfandbr. 84½. p. 84½. G. Preuß. Bk.-Anth. Sch. 83½. p. — G. Friedrichsd'or 13½. p. 13½. G. Dän. Geldm. à 5 Tlr. 12½. p. 12½. G. Disconto 3½. p. 4. p.

Berlin, 27. Juli. Amtliche Berl.-Anhalt 141 ½ p. Berl.-Hamburg —. Berl.-Stettin-Stargarder 86 p. Berl.-Potsdam-Magd. 42 p. Magd.-Halberstadt 91½. G. Magd.-Leipziger —. Halle-Thüringer 51 ½ 50½. bz. Köln-Minden 74 bz. Aachen-Mastricht 34 bz. Düssel.-Elberfeld —. Steele-Vohwinkel 32 p. Rheinische-Mark. — ½ 88 bz. u. B. Nordbahn. 4 ½ 88 G. Breslau-Freiburg —. Kiel-Oldenkisl. 38 p. Berg.-Märk. 55 bz. Stargard-Posen 63½. bz.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. B 82½. bz. Starg.-Posen —. Magd.-Wittenberg 43½. p. u. B.

Privatcourse: Berlin-Anhalt. 82 bz. Berlin-Hamburg. 88½. bz. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 75 G. 3proz. 81 bz. Halle-Thüringer 80½. bz. Köln-Minden 77½. bz. Rhein. L. Prior. 73. G. Rhein. Stamm-Prior. 69 p. Düssel.-Elberfeld —. Rheinische-Märk. 4proz. 84½. bz. 3proz. 94 p. Ult. Brief 88 bz. Zwickauer 70. G. Kiel-Oldenburg. Steele-Vohwinkel.

Amsterdam, 26. Juli. 2½. Integr. 44½. 3proz. Schuld 32½. 31½. — 4proz. 70. 69½. — 5proz. Metall. 68½. — Bankactien 1341. — 5proz. Anleihe 104½. 4proz. 84½. Neue Anleihe 6000 fl. 17½. Coupons —. Portug. 3proz. — 4proz. 18½. — Russische 4proz. bei Hope 76. — dito bei Stieglitz —. 5proz. Metall. 62½. — 2½proz. dito 33½. 32½.

London, 26. Juli. Konsols 86½. Cons. — Span. Akt. 11½. 3proz. 17½. Passiv. Portug. 3proz. — 4proz. 18. 5proz. — Holl. 4proz. 70½. 2½proz. 44.

Paris, 27. Juli. 3proz. 45.75. 4proz. — 5proz. 73.— Schasch. 17. Bankactien 1660. Comptoir. von Aigle 1274.50. Belg. Anleihe 104. Span. 3proz. 17½. 4proz. — Portug. — 4proz. 18½. Holländ. 2½proz. — Kassenschein. 104. Neap. 5proz. 75.50. Röm. 63½. Piem. — St. Germain 400. Versailles (rechte) 145.—, (links) 102.50. Orleans 672.50. Nouen 470.—. Paris 222.50. Nantes 237.50. Paris 95.—. Bergen 275.—. Bordeaux —. Bordeaux 407.50. Nordbahn 382.50. Montereau 347.50. Straßburg 358.75. Nantes 337.50. Dieppe —. Seaeur —. Montpellier —.

*Paris, 27. Juli. Unsere Bankiers haben dem Finanzminister angerathen, die Gratifikationen des Budgets von 1847 Millionen in Bons zu 1000 Franken einzuziehen gegen eine Bezahlung von 4 Prozent Zinsen. Das Anerbieten wurde angenommen, und die Einzahlungen sollen dieser Tage geschehen. Inzwischen versicherte man heute an der Börse, der Finanzminister habe, da sich verschiedene Einsprache gegen diese Maßregel erhob, und die Kunde der Staatspapiere dadurch gestört wurden, dieselbe zurückgenommen.

Madrid, 22. Juli. 3proz. 19½. p. 19½. G., 3proz. 19½. p. 10 G. Pass. 4 p. Cour 7 G. Auswärt. Pass Schuld 3½. p. Proviz. Lit. 3. G. St. Fernandobank —. Diskonto —. Wechselkurse: Paris 4—5 p. Frankf. 43 p.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Dienstag, 8. August: „Uriel Acosta", Drama von Gutzkow.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Fürst Barclay de Tolly, aus Livland. Gicher, Kaufmann von Eugen. Rothborn, Rentier von London. Westhoffer, Kaufmann von Augsburg. Nichels, Kaufmann von Schweiler. Robson, Kaufmann von London. Hansen, Kaufmann von Mostia. Walter, Rentier von London. Colly, Generalinspektor der Eisenbahnen von Leipzig.

Gold. Hirsch. Elias, Rentier aus Belgien. Johnson, Rentier aus England.

Hotel Maurice. Baro, Bankier von Wien. Tornow, Partikulier von Berlin. Mad. Hoffmann, von Darmstadt. Graf v. Jugger, Gutsbesitzer von Blumthal. Baron v. Frieses, Privatier von Stuttgart.

Gold. Kreuz. v. Bahm, k. k. Marineoffizier von Wien. Bulla, Privatier von Innsbruck. Berchtold, Lehrer von Kehl.

Gold. Hahn. Frhr. v. Prittwitz, Major von Darmstadt. Salzburger, Gutsbesitzer von Burglengenfeld. Erhard, Kaufmann von Jugolstadt. Petitt, Privatier aus Schottland.

Blaue Traube. Schuster, Forstmeister von Teichenstein. Zuber, Privatier von Bamberg. Mayberger, Oberkontroleur von Streitenberg. v. Bayer, Hauptmann von Stuttgart. Baron v. Brenningshausen-Buddenberg, von Livlandgrünhof. Graf v. Ditrich, aus Russland. Römer, Privatier von Augsburg. Wohlbruck, Schauspieler von Wien. Geyer, Appellationsgerichts-Assessor von Freising. Müller, Privatier von Lichtenstein. Hellerlin, Regierungsrath von Landshut. Kasenski, Partikulier aus Polen.

Stachusgarten. Ehermaier, Apotheker von Rötelingen. Waymannsberger, Student von Oettling. Leinner, Polizeichefier von Nürnberg. Grenerich aus Zürich. Privatiers von Nürnberg. Moser, Lehrer von Kaufbeuren. Kühn, Pfarrer von Rohrau. Frau v. Reisgenberg, von Bamberg. Scherisl, Kurat von Unterburghelm.

Gestorbene in München.

Anna Maria Merz, Zimmermannsfrau, 47 J. a. Franz Xp. Sotral im 1sniat. 1. Jägerbataillon, 24 J. a. Theres Kolb, dürmerl. Hohnlaufersehefrau, 35 J. a. Franz Xaver, Schneidergesell v. d., 23 J. a. Johann Stober, Schlossergesell von Dachau, 23 J. a.

48. (a) Man sucht für zwei Knaben eines Hofmeister katholischer Religion, der ganz gebt französisch spricht, und auch nur solchen und italienischen, sonstern auch Unterricht im Klavier zu geben versteht.

D Uebr.

Bekanntmachung.

44. Johann Müller, Webermeister in Michlfeld, will mit Frau und Kind nach Nordamerika auswandern.

Allenfallsige Forderungen oder sonstige Anfrüche an diese Familie sind

bis Samstag den 12. August d. Js. incl.

bei Vermeidung der Nichtberücksichtigung dahier anzumelden.

Den 21. Juli 1848.

Königl. bayer. Landgericht Auerbach.
Dachs.

Kühn.

Für die hilflosen Bayern in Havre de Grace

sind eingegangen.

Den 31. Juli:

Von J. H.	3 fl.	— kr.
Von Dr. Bertelgowsky	5 fl.	— kr.
J. B.	— fl.	24 kr.
Summe	8 fl.	24 kr.

Tuchmesse.

Stuttgart. Wie schon im Kalender angezeigt ist, so beginnt die Stuttgarter Tuchmesse in gegenwärtigem Jahre Dienstag den 22. August, und währt drei Tage. Der Verkauf ist nach der seitherigen Ordnung nur im Großen, nicht im Detail zulässig, und ausschließlich beschränkt auf wollene Waaren aller Art, als: Tuch, Biber, Kasimir, Hosenzeuge, Merinos und Flanelle in Stücken, die mit Siegel und Bart versehen sind. Den Verkäufern wird empfohlen, wenigstens 14 Tage vor dem Anfang der Messe dem Obermarktmeisteramt ihre Wünsche wegen des Raumes, den sie im Messekotal haben möchten, mit der Angabe der Stücke, welche sie bringen wollen, anzuzeigen.

Den 27. Juli 1848.

Stadtrath.

46.

Bekanntmachung.

Nach den Gesetzen über die Einkommen- und Kapital-Steuer vom 4. Juni d. Js. hat jeder Steuerpflichtige oder dessen gesetzlicher Stellvertreter nach ergangener Aufforderung für sich und seine Angehörigen entweder schriftlich oder mündlich zu Protokoll eine Erklärung auf Bürgerpflicht abzugeben, welche enthalten muß:

A. bezüglich der Einkommensteuer

1. seine Einkommensquellen, ohne jedoch in Spezialitäten eingehen zu müssen;
2. die Klasse, in welche er gemäß Art. 6 des Gesetzes sein jährliches Gesammteinkommen einreiht, oder im Falle solches die 25. Klasse übersteigt, den beiläufigen Betrag desselben;
3. die Befreiungsgründe, welche er gemäß Art. 2 des Gesetzes in Anspruch nehmen zu können glaubt.

B. Bezüglich der Kapitalsteuer

ob er im Besitze steuerbarer Kapitalien ist, und wie hoch er den Jahresbetrag seiner Kapitalsrente zur Besteuerung anschlagt.

Wer seine Erklärung nicht rechtzeitig abgibt, wird durch Mahnboten auf seine Kosten erinnert, und nach wiederholter fruchtloser Mahnung wird des Säumigen Steuer durch den Prüfungsausschuß von Amtswegen festgesetzt.

Da nun die Erklärungen der Kapital-Steuern nach den Gesetzen vom 4. Juni d. Js. vorläufig für ein Jahr, nämlich für das Etatsjahr 1848/49 zu erheben sind, deßhalb bis zum 1. September d. Js. die Steuerlisten aufgestellt sein müssen, und der Magistrat der Haupt- und Residenzstadt München zu diesem Behufe noch im Laufe dieses Monates durch die Distriktsvorsteher von den Haushefitzern ein genaues Verzeichnis aller ihrer Miets- und Aftermiets-Leute und deren Angehörigen abverlangen, sowie die Tage und Orte bestimmen wird, an welchen die sämmtlichen Steuerpflichtigen ihre mündlichen oder schriftlichen Erklärungen abzugeben haben, so sieht sich die unterfertigte Stelle veranlaßt, die Bewohner der Haupt- und Residenzstadt München hiemit mit dem Beifügen aufmerksam zu machen, daß jeder bayerische Staatsangehörige, er mag dem Zivile, Militär- oder geistlichen Stande angehören, ebenso jede im Besitze eines selbstständigen Einkommens befindliche verheiratete oder unverheiratete Frauensperson, ferner die Verwaltungen aller hier befindlichen Stiftungen und Anstalten, endlich auch alle Ausländer wegen ihrer aus Bayern zu beziehenden Einnahmen für sich und ihre Angehörigen entweder selbst oder durch ihre gesetzlichen Vertreter an den durch den Magistrat der Haupt- und Residenzstadt München bestimmten Tagen ihr reines Einkommen und ihre Kapital-Rente mündlich oder schriftlich zu fatiren haben, und die gewissenhafte Beachtung der deßfalls vom Magistrate aufgehenden Anordnungen um so sicherer gewärtiget wird, als die Nichtbeachtung derselben die Verurtheilung des Säumigen in Kosten und Strafen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zur Folge hat.

Wer seine Erklärung schriftlich übergeben will, kann den betreffenden Erklärungsbogen bei dem einschlägigen Distriktsvorsteher unentgeldlich in Empfang nehmen, hat aber nicht zu übersehen, daß er der Aufschrift seiner Erklärung „Name und Wohnung" beizusetzen habe.

Schließlich wird bemerkt, daß, da die Einkommen- und Kapital-Steuern erst mit dem Etatsjahre 1848/49 zur Erhebung gelangen, für das Etatsjahr 1847/48 noch die Familiensteuer nach den deßfalls bestehenden gesetzlichen Normen zu entrichten ist, sowie daß, wer bezüglich der Einkommen- und Kapital-Steuer sich näherer Belehrung verschaffen will, auf die bei Buchhändler Franz dahier erschienene Druckschrift

„Ueber die Einführung einer Kapital- und einer Einkommen-Steuer in Bayern. München 1848."

verwiesen wird.

München, den 14. Juli 1848.

Königliche Regierung von Oberbayern, Kammer der Finanzen.
Frhr. v. Godin.

v. Barth.

Heydolph, Sekretär.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Nr. 30.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Mittwoch den 2. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16.
Einrückungsgebühr: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, den 1. August.

Se. Maj. der König haben unter'm 28. Juli den Landrichter Karl Haberlik zu Marktheidenfeld, im Regierungsbezirke Unterfranken und Aschaffenburg, auf den §. 22 lit. D der IX. Verfassungsbeilage wegen nachgewiesener Functionsunfähigkeit auf die Dauer eines Jahres in den nachgesuchten Ruhestand treten zu lassen geruht.

Se. Maj. der König haben unter dem 28. d. M. auf die erledigte Landrichterstelle zu Wildsberg in Niederbayern den Landrichter Eduard Schöninger unter Enthebung von der Landrichterstelle zu Lauingen seiner Bitte entsprechend zu versetzen geruht.

Se. Maj. der König haben unter dem 29. d. M. den Landrichter Christian Schill zu Donauwörth im Schwäbisch-Neuburger Kreise auf den Grund des §. 22. lit. B. der IX. Verfassungs-Beilage unter Bezeugung der Allerh. Zufriedenheit mit seinen vieljährig, treu und ersprießlich geleisteten Diensten in den nachgesuchten Ruhestand treten zu lassen; und den bisher in Kleinbuch exsirirten Baufondsactuar der Bauseklion Aschaffenburg, Jugenieur Friedrich Scheitle, zugleich fürstlich Löwenstein'schen Baurath, in der ersten Eigenschaft wieder in den Stand der Ruhe zu versetzen geruht.

Se. Maj. der König haben Sich unter'm 30. Juli l. J. allergnädigst bewogen gefunden, den Wirthssohn Andreas Gottfried Seibold von Aindach, seinem allerunterthänigsten Gesuche entsprechend, für großjährig zu erklären.

Bayerische Verhältnisse.

Der Vortrag des Abgeordneten Frhrn. v. Habermann für den ständigen Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Abgeordneten über den Gesetzentwurf „die Abänderung einiger Bestimmungen des 1. Theils des Strafgesetzbuches von 1813 betreffend" liegt vor uns, eine nichts weniger als 73 lithographirte Folioseiten einnehmende ernste Arbeit, die von der großen Gewissenhaftigkeit des Verfassers in Lösung seiner Aufgabe das ehrendste Zeugniß gibt. Wir können nämlich hier nicht auf Einzelnheiten der Prüfung des Gesetzentwurfs durch den Hrn. Berichterstatter eingehen. Wie beschränken uns daher darauf, die kurze Einleitung zu seinem Vortrage mitzutheilen, weil in derselben sogleich ein kurzes Urtheil über den Gesetzentwurf niedergelegt ist. In dieser Einleitung lesen wir:

„Die Anforderungen der Zeit erkennend und treu den Versprechungen vom 6. März, so wie der Thronrede vom 26. März l. J. enthält das Gesetz vom 12. Mai l. J. die Bestimmung: daß in den Landestheilen diesseits des Rheins noch vor dem Erscheinen der neuen das ganze Königreich umfassenden Strafgesetzgebung die Vortheile einer mündlich-öffentlichen Strafrechtspflege mit Schwurgerichten zu gewähren und zugleich einige, den gegenwärtigen Anforderungen an die Strafgesetzgebung nicht mehr entsprechende Strafsätze zu beseitigen, durch unverzüglich zu erwerfende Gesetze diejenigen Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 und der bestehenden Gerichts-Organisation getroffen werden sollen, welche nothwendig sind, um in den Landestheilen diesseits des Rheins ein mündlich-öffentliches Strafverfahren mit Ausschluß jeder geheimen Beweisführung, und Schwurgerichte einzuführen, daß diese Gesetze jedoch nur bis zur Einführung der neuen allgemeinen Strafgesetzgebung wirksam sein und der Revision der künftigen Landtagsversammlung unterstellt, zur Prüfung der Gesetz-Entwürfe selbst aber besondere Ausschüsse der beiden Kammern gewählt werden sollen, welche von der Ständeversammlung die Vollmacht erhalten, in ihrem Namen die nach Titl. VII. §. 2. der Verfassungs-Urkunde erforderliche Zustimmung zu den erlassenen Gesetzen zu ertheilen."

„Der gegenwärtige an die Ausschüsse der Ständerversammlung und zwar zunächst an jene der Reichsräthe gebrachte Gesetzentwurf enthält jene Abänderungen des I. Theiles des Strafgesetzbuches von 1813, welche durch die Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlungen und Schwurgerichte mit Ausschluß jeder gesetzlichen Beweistheorie nöthig werden."

„Der Unterzeichnete, welchem die Ehre zu Theil wurde mit dem Vortrage über diesen Gesetzentwurf beauftragt zu werden, begrüßt denselben mit um so lebhafterer Freude, als er in dem öffentlich-mündlichen Strafverfahren die größte Sicherheit des formellen und materiellen Rechtes und einen Damm gegen den die geistige Kraft der Richter erdrückenden Geschäftszwang, sowie in dem Schwurgerichte eine Schule der Volksbildung und das stärkste Gebiet, die Achtung der Gesetze zu stärken, und Uebertretungen der Strafgesetze zu vermindern."

Deutschland.

Frankfurt, 29. Juli. Man erwartet in wenigen Tagen und zwar unmittelbar nach dem Eintreffen des Reichsverwesers, die Ernennung des Hrn. Mathy zum Finanz- und des Hrn. Duckwitz zum Arbeitsminister. Es scheint, als würden vorläufig die Portefeuilles des Innern und des Aeußern in der Hand des Herrn von Schmerling verbleiben, während demselben Herr M. v. Gagern als Unterstaatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten beigegeben wird. Daß Herr v. Deetz nicht zum Unterstaatssekretär, sondern zum Chef des Militärkabinets unter dem Kriegsminister ernannt wird, steht fest. Das Marineministerium scheint Herrn v. Brück wahrscheinlich zu bleiben. Wer die Präsidentschaft des Gesammtministeriums übernehmen wird, ist gänzlich ungewiß, und die unter allerlei Umständen Gerüchte verdienen keinen Glauben. Für die Gesandtschaft nach Paris nennt man Herrn v. Andrian, für Petersburg den Fürsten Lichnowsky; Herr v. Rönne wird noch immer in der National-Versammlung ausschließlich für die Gesandtschaft in Washington bezeichnet. Vergeblich forscht man, wer Deutschland in England vertreten werde. Man hofft, es werde gelingen, Herrn Bunsen dafür zu gewinnen, wenn der indeß nicht zu übersehen ist, daß sich derselbe gegenwärtig als preußischer Gesandter dadurch besudet hat Preußen seine dortige particulare Vertretung wohl nicht aufgeben wird. (Fr.-O.-P.-Z.)

Bayern. Der „Nürnberger Korrespondent" meldet aus Bamberg die von Seiten des Magistrats erfolgte Ausweisung des Assessorgutes Dr. Brendel, Verfasser des offenen Briefes an Dr. Eisenmann. Grund der Ausweisung soll die Thätigkeit desselben zur Gründung radikal-demokratischer Vereine sein. Vor kurzem hat das gleiche Schicksal Hrn. G. Diezel betroffen, welcher früher schon aus Nürnberg ausgewiesen worden war. Am 27. d. Mts. ist Dr. Ernst v. Reiner, Landgerichtsassessor und dermalen Redakteur des „Zuschauers in Franken" wie man hört wegen Preßvergehens und auf Requisition des Appellationsgerichts in Bamberg verhaftet worden. Zwei Tage früher hat im Bureau der „Wahrheitsfreunde" ein stadtgerichtlicher Besuch stattgefunden, und der Herausgeber dieses Blattes, Dr. Wirth, soll gleichfalls verhaftet worden sein, was jedoch noch nicht verbürgt werden kann.

Baden. — Heidelberg, 30. Juli. Professor Gervinus hat seine Stelle als Mitglied der Nationalversammlung niedergelegt. Er hat unsere Stadt bereits verlassen, um eine Erholungsreise nach dem Süden anzutreten. (D. Z.)

Sächs. Herzogthümer. — Coburg, 28. Juli. Auf eine Adresse des hiesigen Bürgervereines an den Herzog gegen Einverleibung des Herzogthums in einen thüringen'schen Gesammtstaat ist die Antwort erfolgt, daß der Herzog mit männlicher Fassung bereit ist, jedes Opfer, und sei es das des Aeußersten, zu bringen, welches im Einigung Deutschlands, die Wohlfahrt des gemeinsamen Vaterlandes erheischt. Allein in dem Aufgeben der Selbstständigkeit der sächsischen Herzogthümer kehuse ihrer Zusammenlegung zu einem thüringen'schen Gesammtstaat unter einer gemeinschaftlichen oder Wechselregierung könne er ein geeignetes Mittel zur Erreichung und Förderung jener Zwecke nicht erblicken. Er sei daher auch seit entschieden, einem solchen Vereinigungsplane mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Reußische Fürstenthümer. Leipzig, 29. Juli. Ueber unruhige Vorgänge in Gera erhalten wir heute aus Weida vom 28. Juli folgenden Bericht eines Augenzeugen: Die Regierung war gestern zu dem Entschlusse gekommen, den als Vertreter der Landschaft längst mißliebigen Landtagsmarschall Fraustadt-Pauly zu entlassen. Mehrere Boten verkündeten dieß in Bügeschnelle in allen umliegenden Ortschaften, so daß bereits gegen Mittag die Stadt von einer ziemlichen Anzahl Leute vom Land angefüllt war. Um 2 Uhr wurde deshalb die Stadt von der Bürgerwehr geschlossen. Nach 4 Uhr wurde das Gedränge gegen die Thore so stark, daß Generalmarsch geschlagen wurde und die Bürgerwehr, Schützen und Turner traten unter die Waffen, alle Thore wurden besetzt. Um 5 Uhr trafen die ersten mit Knütteln bewaffneten Züge der Bauern an den Thoren ein. Alle Unterhandlungen, die wohl eine gute Stunde dauern mochten, wurden durch den Ungestüm und das verstärkte Herbeiströmen von Landleuten, Arbeitern ꝛc. unmöglich gemacht. An dem Schloßgitter hatte sich der größte Haufen versammelt. Von ihm wurden die Thore eingestoßen, und etwa 20 — 30 von ihnen drängten sich durch und zogen gegen das Landhaus, wo sich schon große Haufen Tumultuanten aus Stadt und Land versammelt hatten. Das herbeigerufene Militär (etwa in

Allem 60 Mann) schritt zwar ein, mußte aber bald zur Deckung der Regierung zurückgezogen werden und überließ bei einbrechender Nacht die Gegend mehreren offenen Gittern abermals der Bürgerwehr, während angesagt war, daß 30 Mann des bewaffneten Turnkorps die Bauern bis an das Schanzthor spielhaus zurückbringen. Jetzt wurde auf Befehl von der Bürgerwehr scharf geladen. Es machte 6 Uhr sein. Die Zahl der Tumultuanten wuchs, der Andrang einiger vom Militair Bissierter erregte ihre Wuth im höchsten Grade, während die theils seit 5 Uhr in Staub und Sonnenglut stehende, der Ohnmacht nahe Bürgerwehr, die schweren Gewehrs zum Theil ungewohnte Bürgerschaft erwartete, an jedem kraftigen Widerstand zu zweifeln und sich in Haufen zurückzuziehen begann. Nur der Turnwerein hielt trotz vielfältiger Drohungen und schimmer Anzeigen den ihm anvertrauten äußersten Posten besetzt. Da glaubte der Kanzler in Verschonung der Sturm nicht länger begegnen zu können, er versuchte (durch das Zurückziehen der Bürgerschaft begegnen zu können, er versuchte (durch das Zurückziehen der Bürgerschaft nothgetrungen) die Freilassung des Verhafteten. Dieser zog nun an der Spitze des vereinigten Haufens gegen das Thor und die Aufsehermasse fiel über die Turner her. Das Resultat konnte nicht zweifelhaft sein. Verlassen von Jedermann und einzig angewiesen auf Büchsen, die ohne Wasser waren, gegen das Niederwerfen und Entwaffnen eines Theils vor sich, während andere mit Hilfe des Knüttens Zuk bekommend, sich retteten, noch Andere in verzweifelter Gegenwehr zum Schutz ihre Zuflucht nahmen. Der erste Schuß fiel indessen beim Ringen um ein Gewehr. Hierauf mochten noch etwa 15 Schüsse von beiden Seiten fallen, wobei ein Schneidergeselle getödtet wurde. Verwundet wurden auf beiden Seiten gegen 25 bis 30. Die Turner wurden hierauf bis in die Stadt verfolgt. Ein großer Theil rettete sich durch die nahen wenigstens Steinwurf davon. Die Bürgerwehr hatte sich aufgelöst, die Uebermacht war zu groß. Die Nacht und den Sieg benutzte die Rotte zur Demolirung der Häuser der Führer des Turnkorps und einiger ihr Mißliebiger, denn auch die Republikaner fanden entschieden auf Seiten des Gesetzes. Um 6 Uhr Morgens, als der Sturm sich etwas gelegt hatte, begann man die meisten Wohnungen der Turnvereinsmitglieder aufsuchen zu machen und demolirte noch 10 Häuser. Den Turnern war vom Volke der Tod geschworen, und es hatten diese sämmtlich die Stadt noch in der Nacht verlassen. Die Landschaft hat der Stadt ihren Schutz angeboten. Bis jetzt, den 28. Juli, ist die Ruhe nicht weiter gestört worden. (D. A. Z.)

Preußen. — Berlin, 29. Juli. Hr. v. Beckerath wird noch einige Tage hier verweilen. Unzgegrandet sind die Gerüchte, welche sagen, daß Unterhandlungen wegen Abschluß des Zollvereins mit ihm angeknüpft seien; er ist nur über die deutsche Frage zu Rathe gezogen und wird auch ferner vermittelnd in ihr thätig sein. — Einer der jetzt nach seiner Heimath zurückgekommenen Frankfurter Abgeordneten Preußens, der Geh. Kommerzienrath Carl, wird am nächsten Mittwoch dortsyn zurückerwartet; auch für ihn hat der wenn auch nur kurze Aufenthalt unter uns erfreuliche Resultate gehabt, wie die Zeitungsberichte kaum die hiesige Lage genug mit einiger Genauigkeit schildern; man muß mit eigenen Augen sehen! — Die gegenwärtig noch erledigten preußischen Gesandtschaftsposten an fremden Höfen werden, wie es heißt, bald wieder besetzt werden. Der bisherige preußische Gesandtschaft in London als Legationssekretair attachirte Gr. v. Dagsfeld wird bis zu der Zeit, wo Hr. v. Bethmann London verläßt, als interimistischer Geschäftsträger Preußens daselbst antritt. Preußen in Paris manschen Posten bei der französischen Regierung antritt, Preußen in Paris vertreten. — Es heißt, daß, nachdem die Verhältnisse Preußens zu Deutschland geordnet sind, Hr. v. Ladenberg in das Ministerium treten, und die definitive Leitung des jetzt von ihm verwalteten Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten übernehmen werde. — Man spricht von einem großen Lager, welches im September zwischen Spandau und Potsdam aufgeschlagen werden wird. Um dieselbe Zeit sollen übrigens Lager nicht nur in den Provinzen Preußens, sondern auch in anderen deutschen Ländern, von einer ansehnlichen Truppenmacht begonnen werden. (Spen. Z.)

Berlin, 29. Juli. Se. Maj. der König haben gerubt, den Staatsminister Camphausen als Bevollmächtigten Preußens bei der provisorischen Zentralgewalt von Deutschland nach Frankfurt a. M. abzuordnen. Den gedachten Bevollmächtigten sind der Oberst-Lieutenant Fischer, der wirkliche Legationsrath v. Raumyr und der geheime Finanzrath Kampbausen beigeordnet worden, um demselben bei der Ausführung der ihm übertragenen Geschäfte zur Seite zu stehen. (Pr. St.-Anz.)

⊙ Berlin, 29. Juli. Mehrere geistige Mittheilung von einer Berathschlagung des Reichsverwesers auf die von Hrn. v. Preucker angeordnete Zusammenkunft scheint sich zu bestätigen. Auch in der Sitzung der Stadtverordneten wurde von der Verzichtleistung gesprochen und es unterblieb deshalb ein beantragter Protest gegen die die Selbstständigkeit Preußens gefährdenden Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung. Von dem patriotischen Vereine ist heute eine Adresse erschienen, das bestehen Ansichten und Gesinnungen in Bezug auf die deutsche Frage enthielt, wie dak kürzlich erwähnte des Preußenvereins, nur in gemäßigteren Ausdrücken. Auch in andern Kreisen treten Aeußerungen des Widerstehens gegen eine Verschmelzung Preußens mit dem gesammten deutschen Vaterlande immer zahlreicher und entschiedener hervor. Das die Infanterie-Regiment, ein Theil der Gardelandwehr, sowie die gestern von Potsdam eingerückten Husaren sollen die deutsche Kokarde abgelegt und dafür die preußische aufgesteckt haben.

Stettin, 27. Juli. Schon gestern ist unserer Kaufmannschaft von dem Ministerium des Auswärtigen angezeigt worden, daß der verlängerte Waffenstillstand mit Dänemark zu Ende ist, und die königl. dänische Regierung wahrscheinlich weitere Feindseligkeiten gegen diesseitige Handelsschiffe eintreten lassen werde. Die Konsuln in Hamburg, London und Amsterdam seien mit gleichmäßigen Eröffnungen versehen worden, um das Auslaufen der in den betreffenden Häfen noch befindlichen preußischen Schiffe möglichst abzuwenden.

Leipzig, 26. Juli. (Sachs. Z.)

Oesterreich. — † Wien, 28. Juli. Auf die günstigen Nachrichten von unserer tapferen Armee in Italien sind gestern die Börsenkurse gestiegen, doch nicht so sehr, als man erwarter hatte, weil gleichzeitig die Nachricht einer abermaligen Verspätung der Rückkehr des Kaisers sich verbreitete. Diese Rückkehr wird allerseits sehnlichst gewünscht, besonders von der arbeitenden und gewerbtreibenden Klasse, welche große Hoffnungen darauf setzt, auf Wiederbelebung ihrer Geschäfte und besseren Erwerb. Das Ministerium hat deshalb mehrere Kuriere nach Innsbruck gesendet, um auch der Erzherzog Reichsverweser legt besonderen Werth darauf, daß Se. Maj. der Kaiser zurückkehre noch vor seiner Abreise nach Frankfurt, die vorläufig auf den 6. August festgesetzt ist. Eine Verspätung könnte allerdings sehr mißliche Folgen haben. — Kaum haben wir ein neues Ministerium, so ist schon wieder von bessen baldigem Scheiden, ja theile sogar von Rücktritte. Ein Ministerium Stadion wird in Aussicht gestellt. Zwischen unsern Sicherheits- und dem Gemeinde-Ausschusse dauert die gespannte Verhältung fort. Zum Präsidenten des ersteren ist jetzt Dr. med. Warda vorgeschlagen, ein sehr freisinniger Mann, aber entschiedener Feind aller übertriebenen Tendenzen. — Die Werbungen für das Heer nehmen jetzt einen raschen Fortgang, und besonders treten viele Freiwillige ein. Die Wappengarde und akademischen Legion beschlossene Todtenfeier für die in den Märztagen Gefallenen, ja welcher auch die Mitglieder des Reichstags eingeladen waren, fand heute statt. Um 7 Uhr Morgens stellte sich die gesammte Nationalgarde Wiens und der Umgebung mit Trauerfahnen in Parade auf dem Josephsplatze. Glocke auf mit der Fronte gegen den Franzensthor, vor welchem ein schwarz behänge Katafalk stand. Rechts von diesem befand sich das Zelt für das Ministerium, links das Zelt für die Deputirten des Reichstages. Schon vor 8 Uhr hatten die Minister Doblhoff, Dr. Bach, Hornbostel und Kraus ihre Plätze eingenommen. Um 8 Uhr erschienen die Deputirten des Reichstages. Nach der Todtenmesse stellten die Nationalgarde vor den Ministern und den Deputirten des Reichstages.

Wien, 28. Juli. Nachdem das Hofjagd- und mehrere Generale der Garnison zugleich mit einer zahlreichen Deputation dem Banus Feldmarschall - Lieutenant Jellachich gestern ihre Aufwartung gemacht hatten, brachte man ihm Abends eine glänzende Serenade mit Fackelzug, an welchem ein großer Theil der Bevölkerung und besonders viel Militair theilnahmen. Unzählige Vivat auf Zioun ertönten aus den Reihen der Menge, welche ihrer Freude Ausdruck gab. Eine von einer exaltirten ungarischen Partei beabsichtigte Gegendemonstration scheiterte an dem gesunden Sinne der Wiener Bevölkerung, die, über ein solches das Gastrecht verletzendes Vorhaben empört, mit der Nationalgarde die Ordnung aufrecht hielt. Bis spät nach Mitternacht wogte die Menschenmasse vor den Gasthöfe, wo der Banus abgestiegen war, ihre Freude und Begeisterung zu bethätigen. Jellachich trat, wenn wir nicht irren, auf den Balkon und sprach, wie der Banus sich an die Deputation hielt, sagte er unter anderm: „Es ist für die gute Sache von Bedeutung, Ihrer Stütze gewiß zu sein. Ich bin überzeugt, kein Mann von Ehre, keiner von Ihnen wäre im Stande, auch nur eine Stunde auf das loszüchtigsten. Was Sie mir heute versichert, wie ein starker Cymbel in meiner Seele tönen. Meine Sache ist die Sache der Ehre, darum schene ich mich nicht, Ihnen meine Gesinnungen offen darzulegen. Ich bin kein Feind der edeln ungarischen Nation, aber ich bin ein Feind derer, die durch Eigennutz und separatistische Tendenzen getrieben, Ungarn von Oesterreich loereißen, Oesterreich schwächen wollen. Ich, meine Brüder, ich will nur das Legitimen, jenes Oesterreich! Ich werde fragen, wenn es für die gerechte Sache und für die Ehre ist, für die ich kämpfe — und weil es in Gesinnung auch die Ihrige ist." Alle Anwesenden waren zu Thränen gerührt, und selbst der Banus konnte seine Rührung nicht verbergen. (A. Z.)

Ein Manifest der Kroaten und Slavonier an alle Völker Oesterreichs, datirt aus Wien im Juli, vertheidigt ihre Sache gegen die Angriffe der Magyaren. Sie beginnen also: Ihre Hauptwaffe: eine freie Nation im freien österreichischen Kaiserstaate zu sein, und weisen mit Entrüstung die Anklage der ungarischen „gewissenlosen" Ministerialregierung zurück, und hat sich scheue ihren ritterlichen Ban und die Treue der Kroaten und Slavonier zu verdächtigen und den Namen ihres geliebten Monarchen zu mißbrauchen, welcher die Aufrechthaltung ihrer municipalen Rechte selbst bestätigt, als der ungarischen Nation bestworen habe, in der That Uebereinkunft, als der ungarischen Nation beschworen habe, in dem Augenblick, wo ihr Volk seine alte, unerschütterliche Anhänglichkeit an den österreichischen Kaiserthron durch Blut und Leben auf den Schlachtfeldern Italiens besiegle.

Durch Korrespondenz aus Wien vom 29. Juli erhalten wir einen Bericht über eine Reichstagssitzung, die sich ausschließlich mit der Rückkehr des Kaisers beschäftigt hat. Die Benachrichtigung durch den Minister v. Dobelhoff, daß Se. Maj. bereit sei, seinen Bruder, den Erzherzog Franz Karl, als Stellvertreter abzuordnen, sobald die Reichsversammlung derjenige Freiheit genieße, die zu Erfüllung ihrer gesetzgeberischen Pflichten so nothwendig sei, wurde nicht genügend gefunden, und einstimmig eine Adresse beschlossen, um den Kaiser zur unverweilten Rückkehr dringend einzuladen. (A. Z.)

Innsbruck, 29. Juli. Se. Majestät der Kaiser hat vom Feldmarschall Grafen Radetzky aus dem eingenommenen Mailand am 27. Abends über die Operationen der Armee folgenden Bericht erhalten: „Das ganze Korps unter dem Befehle des Feldmarschall-Lieutenants Baron d'Aspre hat am 26. Abends und am 27. Früh bei Volta zwei hartnäckige, aber glänzende und siegreiche Gefechte bestanden, während welcher ich das erste Korps nebst den Reservekorps hinter selbem konzentrieren ließ, um sie zur Unterstützung des zweiten Korps zu verwenden. Allein bald waren die letzten Gefechte, welche so blutig sie gewesen, von der Anwesenheit des Feindes blos unternommen worden, um sich der Höhen von Volta zu bemächtigen und dadurch den Rückzug bei Goo der Armee zu decken. Feldmarschall-Lieutenant Baron d'Aspre und die Generale des zweiten Armeekorps, sowie die Offiziere und Mannschaft desselben, gleich jenen des Reservekorps Fürst Taxis haben sich mit Ruhm bedeckt, und ich habe mich Mittags persönlich überzeugt, daß der Feind nun im vollen Rückzug nach Cremona begriffen ist. Radetzky, m. p. Feldmarschall."

In den hartnäckigen Kämpfen um den Besitz von Sommacampagna am 23. haben sich besonders die Regimenter Prinz Emil, Augent, hervorthun, aber die Wiener Freiwilligen verrotzerten. Letztere haben außerordentlichen Verlust erlitten, zwei Kompagnien von ihnen, die gefangen eingebrochen worden, sollen Offiziere äußerst klug: „Die Oesterreicher kämpfen nicht wie Soldaten, sondern wie Teufel!" In Verona besorgte man einen Ausfall der Besatzung von Venedig, der aber wohl deshalb unterbleiben dürfte, weil sie mit der Einwohnerschaft in Fehde ist, und es ihr gefährlich möchte, daß, ginge sie vorwärts, ihr der Rückzug abgeschnitten würde, und sie zwischen zwei Feuer käme. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Carlowitz. Die bei Földvar aufgestellten ungarischen Truppen und Freiwilligen haben sich am 17. d. M. mit den diesseitigen zum zweitenmal geschlagen, wobei Földvar von den diesseitigen genommen worden ist; eine in Földvar eroberte ungarische Fahne wurde nach Carlowitz gebracht. — Bei Carlowitz befinden sich 7 Kasten mit 25 Kanonen und 500 Mann die auf die Nachricht von dem Uebergehen der Ungarn Semlin verlassen und sich nach Carlowitz begeben haben, um ihren bedrängten Brüdern gegen die Ungarn Hilfe zu leisten. (Agram Z.)

Italien.

†† Rom, 20. Juli. Die Deputirtenkammer wurde heute später als gewöhnlich eröffnet, weil man die Antwort Sr. Heiligkeit auf die von den Deputirten an sie gerichtete Adresse abwartete. Um der großen Spannung sich man derselben an der Kammer-Thüre Platz. Sie war so bedeutend, daß sie in großer Zahl versammelten Volkes entgegen. Endlich hörte die Deputation zurück, und der Präsident nahm seinen Sitz ein. Er verkündete, die Abgeordneten seien von dem Papste mit dem größten Wohlwollen empfangen worden. Derselbe sei mit der Adresse zufrieden, habe aber seine Antwort allgemein gehalten, ihn (den Präsidenten) jedoch ermächtigt, von Deputirten seinen Segen zu bringen, um ihren bedrohten Brüdern gegen die Ungarn Hilfe zu leisten. (Agram Z.)

Italien.

†† Rom, 20. Juli. Die Deputirtenkammer wurde heute später als gewöhnlich eröffnet, weil man die Antwort Sr. Heiligkeit auf die von den Deputirten an sie gerichtete Adresse abwartete. Um der großen Spannung sah man derselben an der Kammer-Thüre Platz. Sie war so bedeutend, daß sie in großer Zahl versammelten Volkes entgegen. Endlich hörte die Deputation zurück, und der Präsident nahm seinen Sitz ein. Er verkündete, die Abgeordneten seien von dem Papste mit dem größten Wohlwollen empfangen worden. Derselbe sei mit der Adresse zufrieden, habe aber seine Antwort allgemein gehalten, ihn (den Präsidenten) jedoch ermächtigt, von Deputirten seinen Segen zu bringen, um ihren bedrohten Brüdern gegen die Ungarn Hilfe zu leisten. (Agram Z.)

Italien.

†† Rom, 20. Juli. Die Deputirtenkammer wurde heute später als gewöhnlich eröffnet, weil man die Antwort Sr. Heiligkeit auf die von den Deputirten an sie gerichtete Adresse abwartete. Um der großen Spannung sah man derselben an der Kammer-Thüre Platz. Sie war so bedeutend, daß sie in großer Zahl versammelten Volkes entgegen. Endlich hörte die Deputation zurück, und der Präsident nahm seinen Sitz ein. Er verkündete, die Abgeordneten seien von dem Papste mit dem größten Wohlwollen empfangen worden. Derselbe sei mit der Adresse zufrieden, habe aber seine Antwort allgemein gehalten, ihn (den Präsidenten) jedoch ermächtigt, von Deputirten seinen Segen zu bringen, um ihren bedrohten Brüdern gegen die Ungarn Hilfe zu leisten. (Agram Z.)

Großbritannien.

† London, 28. Juli. Nur haben nun sichere Nachrichten aus Dublin von gestern Abends. Alles war ruhig in Irland, keine Bewegung war angekündigt; die gestern ausgesprengten Gerüchte vom Gegentheil sind falsch. Die Minister gaben heute im Parlament amtliche Erklärungen darüber. Parnell Diggies, ein Chartistenagent, war gestern verhaftet worden wegen Hochverrath. Man hat Gewehre in seinem Hause gefunden. Auch andere Verhaftungen wurden vorgenommen. D'Brien steht zu Mullinahone in der Grafschaft Tipperary an der Spitze eines Haufens bewaffneter Bauern. Verhaftsbefehle gegen ihn, Meagher, Doheny, Gregory, Dillon und Andere sind erlassen. In Cork und Waterford herrscht Gährung. — Ritter Bunsen, der preußische Minister, hat uns vor zwei Tagen verlassen, und soll von seinem König berufen sein, einen wichtigen Posten im preußischen Kabinet einzunehmen. Der Gesandtschafts-Sekretär Fürst Löwenstein ersetzt ihn einstweilen. — Nach dem „Morning-Chronicle" will Lord Palmerston den Lord Cowley als Botschafter nach Frankfurt senden mit dem besondern Auftrage, unbrüchlich auf Beibehaltung des Friedens mit Dänemark hinzuwirken.

Frankreich.

** Paris, 29. Juli. Gegen Erwarten ist heute wie unter der vorigen Regierung der Trauergottesdienst für die Julikämpfer von 1830 feierlich abgehalten worden. Eine andere Feier war ebenfalls heute die Eröffnung der Eisenbahn von Rouen nach Dieppe. Die Mannschaft bringt heute zahlreiche Verstärkungen und Besoldungen in der Ehrenlegion an Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten. Der Zustand des in den Innsämpfen verwundeten Generals Damesme stößt ernstliche Besorgnisse ein. Ein Sohn Abdel Kaders ist gestorben, weil er das Klima nicht ertragen konnte. In wenigen Tagen soll der Bericht der Untersuchungskommission über die Ereignisse vom 15. Mai und den Zuständen der Nationalversammlung vorgelegt werden. Dieser hat gestern den Bericht über die Akten publik angenommen, das dem Versammlungsrechte weit größere Beschränkungen auferlegt, als sie je unter Ludwig Philippe Regierung bestanden. Heute kam es in der Nationalversammlung zu einer interessanten Debatte aus Anlaß eines von der Regierung verlangten Credits von 5½ Million für die 25 Bataillone der Mobilgarde. Bei Vorhabung war noch nichts entschieden. Die Linke sieht mit ihren Augen die bessere Organisation der Mobilgarden, und mehrere Mitglieder der Nationalversammlung erklärten dies heute derselben ganz offen. — In zwei Tagen sollen auf das neue Anleihen schon 20 Millionen im Voraus eingezahlt worden sein. Es herrscht jetzt Ueberfluß an Geld auf unserem Platze.

Donaufürstenthümer.

Bucharest, 15. Juli. Gestern noch langen zwischen stürmischen Verhandlungen, wobei sich auch dem Volke von der Handelsstand und die Geistlichkeit betheiligte, haben die Obersten Obdobesko und Salomon ihre Entlassung gegeben, wobei ihnen ihre aus thätiger Dienstleistung entspringenden Rechtsansprüche vorbehalten wurden. Darauf ist Salomon zur Sicherheit von 5 angesehenen ehemaligen Handelsleuten begleitet des Nachts aber Giurgewo nach Widdin abgereist. Abends langten unter Glockengeläute von den zurückgerufenen Pilgrimen Stadt und Constantin Philipescko hier an; die Liebtigen werden heute erwartet. Heute, da man mit der Miliz über mehre von ihr verlangte Zugeständnisse unterhandelte, empfanden plötzlich die Soldaten den Metzgerolsen in die Kaserne; es ward Sturm geläutet; das Volk bedrohte die Kaserne, doch verschlimmerte sich die Sache nicht weiter und gab den Metzgerolsen frei. Einige Stunden später erneuerte sich der Alarm, weil Milizer die 4 am Regierungsgebäude aufgestellten Kanonen in die Kaserne führen wollten. Ein Gegenstand, der schon oft zum Zankapfel geworden ist, trotz dem, daß man keine scharfen Kanonenpatronen hat. Bisher ist kein Protlam erschienen. Die Männer an der Spitze sind nichts weniger, als einig. Die umlaufenden Gerüchte über Pläne und Ränke sind eben nichts als Gerüchte. (W. Z.)

Serbien.

Belgrad, 19. Juli. Wegen der sich täglich mehrenden Gefechte zwischen Ungarn und Illyrien erlebet die Postverbindung manche Schwierigkeiten. So eging es auch der letzten wiener-türkischen Dampfpost, welche oder Peterwardein, Carlowitz und Semlin heute hier anlangte. Durch dieselbe wurde das Gerücht bestätigt, der Oberst Rastich von Peterwardiner Regimente sei mit mehren seiner Offiziere gefangen von Mitrowitz nach Szabacz geführt worden, und dies veranlaßte das hiesige k. k. Konsulat durch einen seiner Beamten bei der serbischen Regierung und dem k. russ. Generalkonsul, Oberst von Danilewsky, nachsichtig der vollen Sicherheit ihrer Personen und ihres Eigenthums einzuschreiten. Diese Verwendung hatte auch alsbald die Folge, daß der serbische Wojewode Wunschitsch die Versicherung gab, das Szabacz Mac absolut habe bereits den Auftrag erhalten, den gen. Obersten und die übrigen Offiziere mit aller Achtung zu behandeln. Ein Gleiches ward auch vom Minister v. Jovanovich mit dem Bemerken zugesichert, daß genannten Offizieren vollkommen frei stehe, über ihren Aufenthalt, oder ihre Rückkehr zu verfügen; in keinem Falle würden sie etwas in Serbien zu besorgen haben. (W. Z.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 31. Juli. Bayer. 3½ proz. Obligationen 76 G. 4proz. 85 G. Bankaktien II. Semester 556 G. Prämien 35 P. 30 G. Oesterreich. 5proz. Metall. 70 G.

Wien, 29. Juli. 5proz. Metall. 75½, 4proz. 64, 3proz. 45, 2½ proz. 39. 1834er 500 fl.-Loose 122. 1839er 250 fl.-Loose 83. Bankaktien 1060. Nordbahn 104¼. Gloggnitz 96. Benedig-Mailand 84. Budweis —. Linzerne 69¾. Pesth 64. Gisenz 57½. Kpenninendahn 95¼.

Berlin, 29. Juli. Inländischer Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. Gl. Schuld-Sch. 73½. Pr. 73 G. Berl. Präm. Sch. 88 B. — G. K. u. Nm. Schuldv. 70½. Pr. — G. Berl. Stadt-Obl. — Pr. — G. Westpreuß. Pfandbr. 77 Pr. — G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — Pr. 91 B., 3½ proz. 77½ Pr. — G. Ostpr. Pfandbr. — Pr. 84½. Pomm. Pfandbr. 91½. Pr. — G. Kur- u. Nm. Pfandbr. 91½ Pr. — G. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. 81½. Pr. 81½. G. Preuß Bt.-Anth Sch. 82 Pr. 81 G. Friedrichsd'or 13½. Pr. 13½. G. Und. Goldm. à 5 Thl. 13½. Pr. 12½. G. Disconto 3½. Pr. 4½. G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt. Au 86 B. Berl.-Hamburg 61 bz. u. G. Berl.-Stettin-Stargarder 85 G. Berl.-Potsdam-Magd. — Magd.-Halberstadt 91 G. Magd.-Leipziger —. Halle-Thüringer 50 bz. Köln-Minden 74½ bz. u. G. Aachen-Mastricht 53¼. a 53 bz. Düsseld.-Elberfeld —. Stercke-Bohwinkel 32 G. Niederschles.-Märk. 67½. bz. Oberschles. A 84½. bz. u. G. B. 84½ bz. u. G. Breslau-Freiburg —. Kral.-Oberschles. 38½. Pr. Berg.-Märk. 55½. Pr. Stargard-Posen 64 bz. u. G.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. B 83 Pr. 82½. G. Starg.-Posen —. Magd.-Wittenberg 45 a ½ bz.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 82 bz. Berlin-Hamburg. 88 Pr. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 74½. G. 5proz. 83 a 84 bz. Halle-Thüringer 80 Pr. 78½. G. Köln-Minden 87 bz. Rhein. I. Prior. 74 G. Rhein. Stamm-Prior. 68 Pr. Düsseldorf-Elberfelder —. Niederschles.-Märk. 4proz. 81½. Pr. 81 G., 5proz. 93 Pr. III. Serie 88 a 87½. bz. Zweigbahn 5proz. 71 G. Kosel-Oderberg —. Stercke-Bohwinkel —.

London, 28. Juli. Konsols 86⅛. Coup. —. Span. Akt. —. 3proz. 21¼. Paff. —. Portug. 3proz. —. 4proz. —. 5proz. 65. Holl 4proz. —. 2½ proz. 43⅜. —.

Paris, 29. Juli. 5proz. 45.—. 4proz. —. 3proz. 72.—. Schapsch 20. Bankaktien 1670. Compt. von Hinr 872.50. Belg. Zproz. von 1840 74.—. von 1842 75.—. 4½ proz. —.—. 3proz. —.—. 2½ proz. —.—. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 74.—. Röm. 62¾. Piem. —.—. St Germain 390. Versailles (rechte) 125 —, (link) 100.—. Orleans 700.—. Rouen 472.50. Havre 222.50. Marseille 237 50. Basel 90.— Bierzen 275.— Boulogne —.—. Bordeaux 405.—. Nordbahn 383 75. Monterau 130.—. Lyon 345.—. Straßburg 358 75. Rantes 335.—. Dieppe 180.—. Secaur —.—. Montpellier —.—.

Madrid, 24. Juli. 3proz. 19. 4proz. 9., 5proz. 10½. Paff. 4 P. 3. 0 Coup. 7 G. Auswärt. Paff. Schuld 3½. Proviz. Lit. 3½. St Fernandobank —. Disconto —. Wechselkurse: Paris 4—65 P. London 44—30 P.

J. B. Boal, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 3. August: „Die Capulets und Montagues", Oper von Bellini

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. Dilley, Seemann aus England. v. Closse und v. Sauge, Kaufleute aus der Schweiz. **Hotel Maulik.** Bassan, Kentier von Cremona. Schneier, Partikulier von Zürich.

Gold. Kreuz. Crämer, Bürgermeister von Augsburg. Barbop, Gutsbesitzer gaatin von Lausanne. Gürtler, Rektor von Memmingen. Tändeel, Professor von Leipzig.

Gold. Hahn. v. Blitt, Renkier von Aachen. Talgow, Justizkommissär von Königsberg.

Blaue Traube. Graf Dürfheim-Montmartin. Reichl, Kaufmann von Leipzig.

Stachusgarten. Hertig, Königl. Assessor von Aschaffenburg. Thoma, Lehrer von Ebersbach. Weingärtner, Pfarrer von Altötting. Mayr, Privatier von Frankfurt.

Gestorbene in München.

Barbara Ostermaier, Häuslerstochter von Gelting, Dgs. Ebersberg, 24 J. a. Alois Kerschner, quiesz. Königl. Rath, 88 J. a. Johann Baptist Pentenrieder, bürgerl. Bierwirth, 60 J. a. Sigmund Barretier, Privatier, 49 J. a. Katharina Affenbauer, Wegmachersmittwe von Walters, 63 J. a.

Bekanntmachung.

47. Auf freiwirthschaftlichen Antrag wird das Anwesen der Söldnerstochter Franz Xaver Eder und seiner Ehefrau Anna dahier, Hausnummer 79, dem öffentlichen Verkaufe unterstellt.

Dasselbe besteht aus dem freieigenen Wohnhause mit Stallung, Stadel und Brunnen, dann Hausgärtchen per 0 Tagw. 9 Dez., und aus weitern 6 Tagw. 39 Dez. Aecker und Wiesen, was alles zusammen unterm 12. d. Mts. gerichtlich auf 2027 fl. geschätzt wurde.

Die Gebäude sind mit 600 fl. assekurirt.

Zur erstmaligen Versteigerung dieses Anwesen an den Meistbietenden wird hiemit anberaumt auf

Freitag den 18 August l. Js.
Vormittags 10—12 Uhr

im hiesigen Amtslokale Termin anberaumt, und Kaufsliebhaber mit dem Bemerken dieße eingeladen, daß dem Gerichte unbekannte Steigerungsfähige sich über zureichendes Vermögen durch legale Zeugnisse auszuweisen haben, und daß am Versteigerungstermine die näheren Kaufsbedingungen bekannt gegeben werden.

Die Akten können hiervon oder am Steigerungstermine selbst eingesehen werden.

Sign. 15. Juli 1848.

Königl. Landgericht Heugersberg.
Obermaier.

Bekanntmachung.

45. In der Konkurssache der Wittwe des Anton Hofmann von Bischofsrod wird zur Versteigerung des zur Masse gehörigen, in Steinmathshausen, bestehenden Bezirks gelegenen Grundvermögens, sowie solches in dem diesseitigen Publikandum vom 18. Juni v. Js. — Intelligenzblatt für Oberfranken Nro. 91, Allgemeiner Anzeiger Nro 71 und Nürnberger Kurier, Beilage zu Nro. 185 — unter Ziffer 1 und 2 spezell beschrieben ist, unterweiter Termin auf

Freitag den 22. September l. Js.
Vormittags 10 Uhr

in loco Steinmathshausen anberaumt, wozu zahlungsfähige Kaufsliebhaber mit dem Bemerken hiemit eingeladen werden, daß der Zuschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth nach den Bestimmungen der Progesnopelle vom 17. Nov. 1837 erfolgen wird.

Tambach den 23. Juli 1848.

Gräfl. Orttenburg. Herrschaftsgericht.
Ell.
Herrschaftsrichter.

Bekanntmachung.

In Sachen der Maria Brosch von Aura und ihrer Kindesdirnkel gegen Benedikt Keppler, Braunbeck von Landshut, wegen Vaterschaft und Kindesnährung wird der Beklagte, dessen Aufenthalt unbekannt ist, öffentlich aufgefordert:

innerhalb dreißig Tagen

ausschließender Frist auf die klägerische Beweisantretung vom 26. dorigen und dem Nachtrag dieser vom 17. 22. dies Monats mit einem allenfallsigen Gegenbeweise einzukommen, und sich binnen derselben Frist über den gerichtlich bekannten Hauptteil der Vernehmung der Zeugen der Klägerin zu erklären.

Die Duplikate der oben benannten Schriften liegen dem Beklagten zur Empfangnahme in der Registratur bereit.

Am 26. Juli 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht Landshut.
Der königl. Direktor:
Leitendecker. Wiesend.

40. Ein renommirter Militärtremann sucht einen Platz als Hausmeister, Aufseher oder sonst auf irgend eine Stelle unterzukommen. D. Uebr.

Sechs- und ein halb-prozentige Prioritäts-Anleihe.

35. (3b) **Anmeldungen** zur **Betheiligung** an einer Sechs- und ein halb Prozent jährlichen Zins ertragende und vollkommene Sicherheit gewährende Prioritäts-Anleihe von **zweimal hundert tausend Thaler,** welche kraft des Beschlusses der am 7. Juni abgehaltenen Generalversammlung der Aktionäre auf unsere Neuhäuser Werke und Zubehör aufzunehmen ist, sind an die Unterzeichnete zu richten. Das Unterfand hat einen Kostwerth von circa **1 Million Gulden.** Der Zweck dieser Anleihe ist zunächst: dem **Betrieb** der sowohl für die Fabrikation von Schienen, als auch für alle Sorten von Stabeisen eingerichteten Werke eine vortheilhafte Ausdehnung zu geben.

Die Partialobligationen sollen, damit sie für grössere und kleinere Anmeldungen passen, zu **100 Thlr. — 400 Thlr. und 1000 Thlr. Ct.** ausgefertigt und mit Coupons auf 20 Jahre versehen werden. Innerhalb dieser Zeit wird auch die Rückzahlung erfolgen.

Die Partialobligationen werden, nach dem Willen der Darleiher, **auf den Inhaber,** oder **auf Namen** ausgestellt und eingetragen, und ist solches bei den Anmeldungen zu bemerken. — Die **Einzahlungen** der angemeldeten Summen selbst geschieht gegen Aushändigung der Partialobligationen direkt bei uns oder durch Vermittlung solider Bankhäuser.

Hildburghausen, Juli 1848.

Die Direktion der deutschen Eisenbahnschienen-Kompagnie.
J. Meyer.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

X Frankfurt, 31. Juli. Eine für unser südwestliches Militär wichtige Nachricht wurde heute bei Beginn der Sitzung von dem Reichskriegsminister v. Peucker mitgetheilt: der deutsche Krieg ist von nun an Reichskrieg und soll auf Gesammtkosten Deutschlands geführt werden, ingleichen werden die von Bonstetten zur kräftigen Weiterführung und Beendigung des Kampfes verlangten Verstärkungen aus sämmtlichen deutschen Truppentheilen zusammengezogen und in möglichster Schnelle auf Dampfschiffen nach Schleswig befördert werden. Oesterreicher, Bayern, Württemberger, Badener, Hessen und Sachsen werden nun neben den Hannoveranern und Preußen im Felde stehen und dem Kriege hoffentlich in kurzer Zeit eine entscheidende Wendung geben. — Eine Abordnung der Reichsversammlung wird dem großen Feste beiwohnen, welches am 14. August zur Erinnerung an die vor 6 Jahrhunderten stattgefundene Grundsteinlegung des Kölner Domes dort abgehalten werden wird; auch der Reichsverweser hat sein Erscheinen zugesagt. — Auf der Tagesordnung steht die Wahl der Präsidenten und Sekretäre der Versammlung. Zur jetzt sind v. Gagern als Präsident (mit 357 unter 391 St.) und v. Soiron als erster Vizepräsident (mit 322 unter 392 St.), und Hermann von München mit 252 Stimmen als zweiter Vizepräsident gewählt. Das Gesetz über die deutsche Kriegs- und Handelsflagge wurde berathen und angenommen. — Die Nachrichten aus Berlin über die dortige Stimmung in Bezug auf die neue Reichsverfassung zu dringende Huldigung lauten günstiger, der König und die Prinzen werden mit gutem Beispiele vorangehen. Man spricht ernstlich davon, dem Prinzen von Preußen die Stelle eines Reichsfeldzeugmeisters zu übertragen; in Frankfurt wurde dies allgemeinen Jubel hervorrufen und nicht wenig dazu beitragen, die Verbrüderung des Nordens mit dem Süden zu befestigen.

Verhandlungen des deutschen Handwerker- und Gewerbe-Kongresses.

In der Sitzung vom 29. Juli flatterte die für den Kleinhandel erwünschte Kommission Bericht ab. Die Beschränkung des Kleinhandels will laut ihrem Berichte allenthalben verlangt.

„Nur dem Handwerker ist der Handel mit seinen Erzeugnissen und mit in sein Fach einschlagenden Gegenständen erlaubt," wurde nach längerer Diskussion angenommen. Der zweite Kommissionsantrag stellte folgende, in der Annahme nur wenig veränderte Forderungen: „Schutz der deutschen Industrie durch eine entsprechende Abgabe fremdländischer Handelserzeugnisse, Begünstigungen der Einfuhr von Rohmaterial, welches in Deutschland gar nicht, oder nicht hinlänglich erzeugt wird." Hier wurde während der Diskussion noch hinzugefügt: „Die Ausfuhr deutscher Fabrikate ist vom Staate durch Ausfuhrprämien zu begünstigen. Der dritte Antrag, bezüglich der Hilfsmittel zur Hebung des deutschen Handwerkerstandes wurde in folgender Fassung angenommen: Unentgeltlicher Unterricht in allen Schulen und Verbesserung derselben, Gründung von Gewerbeschulen auf Kosten des Staates zur Fortbildung der für ein Gewerbe bestimmten Knaben, in denen der technische Unterricht durch praktisch-gebildete Lehrer erhellt wird." Ebenso wurde die vom Ausschuß beantragte Errichtung von Hilfskassen und Vorschußbanken und die Abfassung zweckmäßiger Creditgesetze angenommen.

Der Gesellenkongreß hielt am 26. Juli seine siebente Sitzung. Nachdem der Schriftführer Corded das Protokoll der frühern Sitzung verlesen und nichts dagegen bemerkt wurde, ging der Vorsitzende Linke zur Tagesordnung über und wu de zuerst die im Gewerbekongreß, auf Aufforderung an uns, von Philippson (Dessau) wegen einen in der Ober-Postamts-Zeitung erschienenen anonymen Protestes abgegebene Erklärung, einstimmig anerkannt. Die Debatte drehte sich um die mißliegenden Elemente des Handwerkerthums zum Gegenstand: Freizügigkeit, Sicherstellung der Arbeit und der Arbeitenden. Roos will freies Niederlassungsrecht, das Jordan mit dem Zusatze unterstützt, Bürgerrechtsgelder nicht mehr zu erheben und statt derselben von den Communen ein den Einwohner-Zugungen gemäßes Einzugsgeld zu erheben zu wissen, welches Einzugsgeld, nach Maßgabe Linke's Verhältnißzahl, progressiv so sein müsse. Wassermann hingegen will bei der Ansicht, daß die Communen, daß die betreffende Zunung des Einziehenden mit zu bestimmen habe. Die Stimmenmehrheit sprach sich aber später dahin aus: Ein freies Niederlassungsrecht in ganz Deutschland, durch welches die Bürgerrechtsgelder aufgehoben und statt dieser nur ein Einzugsgeld, den Einwohner-Zugungen entsprechend, aber verhältnißmäßig, erhoben werde! — Die Debatte ging dann zur Sicherstellung der arbeitenden Klassen über und zwar wurde der schreckliche Zustand derselben geschildert, wenn sie durch vorgerücktes Alter arbeitsunfähig geworden. Koch nimmt das Wort und beantragt eine Invaliden-Kasse; doch spricht sich die Stimmenmehrheit für den Namen Pensionskasse aus, da sie keine Gnadengelder, sondern den Interessenten ihre Kasse zur Verfügung stellt, wenn sie durch ihren Beitrag eingelegt. Der Antrag wird dahin motivirt: Von jedem Arbeitenden hat der Meister per Woche 3 kr. (ist gleich 4 Sgr.) vom Lohne abzuziehen und diesels Geld alle vier Wochen dem gewerblichen Distrikvorsteher gegen Quittung zuzuweisen. Diese verschiedenen Distrikvorsteher haben die eingelegten Gelder zu bestimmten Zeiten den Bezirksbehörden des Gewerbestandes gegen Quittung zu übergeben, und von hier aus weiter fließen sie in die Pensions-Centralkasse für Deutschland, deren Hauptsitz in einer Section des Arbeiter-Ministeriums. Dem Gesellen oder Arbeiter ist hiernach, wo er sich auch befindet, wenn er arbeitsunfähig wird, oder ein bestimmtes Alter, etwa 50 Jahre, erreicht hat, seine Pension, dem bisher verdienten Lohne entsprechend, von dem Ortsvorstande wöchentlich oder vierwöchentlich auszuzahlen. Es möchte fast scheinen, als ob dieser Beschluß nicht ausführbar wäre, weil die Anlage desselben nicht klar genug hervortritt; bedenkt man aber auch, daß Tausende zum Meisterstande übergehen, dann keine Aussprüche haben, unter Tausende wegfordern, ehe die Pension Rechtens anzugehen wie, so darfen sich, wie die spätere Rechnung ergibt, sogar noch Ueberschüsse bilden, die zu anderen wohlthätigen Zwecken für Gesellen und Arbeiter bestimmt werden können. Es ist von dem 20. bis zum 50. Jahre beizutragen, bevor die Pension bezahlt wird. Zu 5 Jahren werden von 100 Gesellen sich 70 endigt haben, wenn mit dem 25. Jahre die Mitgliedschaft beginnt. In jedem Jahre werden unter 100 Gesellen zwei Sterbefälle vorkommen, mithin werden von dem 20. bis zum 50. Jahre, also in 30 Jahren, von 100 Gesellen 30 Meister werden und dadurch austreten, und 60 gestorben sein. In 30 Jahren erhalten 10 Pension, also wird jedes Jahr der dritte Theil der Pension eines Gesellen auszuzahlen sein. Rechnet man durchschnittlich in einem Jahr für jeden Gesellen 20 Wochen Arbeitszeit, so erhält die Kasse in einem Jahr von einem Gesellen 1 Rthlr., also von 100 Gesellen weniger 3:97 Rthlr. Die Pension eines Gesellen zu per Woche 3 Rthlr. liefert für 52 Wochen 156 Rthlr., mithin das Quintel 52 Rthlr. — Die Kasse hatte somit, wenn alle Gesellen 20 Jahre alt beitreten, bei 100 einen jährlichen Ueberschuß von 45 Rthlr. Da man aber rechnen kann, daß im Anfang mehr als alle jungs Jahrder der Kasse werden, so dürfte in den ersten 15 Jahren auf keinen Ueberschuß zu rechnen sein, nur erst nach 30 Jahren müßte dieser sehr groß werden. Nachdem dieser Vorschlag von der Versammlung einstimmig anerkannt wurde, erklärte der Vorsitzende die Sitzung für geschlossen. (Z. Z.)

Deutschland.

Bayern. — * München, 31. Juli. In der Sitzung des Bürgervereins für Freiheit und Ordnung am 29. Juli wurde unter Anderem ein Antrag, an das Staatsministerium das dringende Ansuchen zu stellen, die Vorlage eines Polizeigesetzes für die nächste Ständeversammlung jedenfalls vorzubereiten, mit überwiegender Stimmenmehrheit angenommen. Ebenso ein Antrag, an den Stadmagistrat das Ersuchen zu stellen, behufs der bevorstehenden Gemeinderathsergänzungswahlen und Wahlbezirken geordnete Namensverzeichnisse, worans sämmtliche wahlfähige Gemeindeglieder, so wie die Anzahl der für jeden Bezirk zu wählenden zu ersehen sind, anfertigen und an alle Wähler gedruckte Exemplare binnen vierzehn Tagen zu lassen. Zwischen Heidrum und Tölz ist eine neue Zuckerfabrik entdeckt worden, deren Errichtung bereits im Werke ist. — Am 25. August wird in dem Saale unter erbauten sgl. Ausstellungsgebäude die Kunstausstellung hier eröffnet werden. Es sollen schon bedeutende Zusendungen von verschiedenen Orten Deutschlands versprochen sein.

Preußen. — Berlin, 29. Juli. Gestern ist zwischen Dänemark die offizielle Erklärung eingetroffen, daß es fortan den Krieg gegen Preußen sorgleich fortlegen werde.

Berlin, 30. Juli. Der König kam gestern früh von Sanssouci mit der Eisenbahn hieher und arbeitete zu Bellevue mit den Ministern. Auf heute sind sämmtliche Mitglieder der Nationalversammlung zum König nach Potsdam geladen, wohin sie sich mittelst Extrazuges 4', Nachmittags beg. den. — Hr v. Beckerath ist wieder nach Krefeld zurückgekehrt. Er nimmt sich der Anregung mit, daß die Handelskammer-Sitzungen, welche sich der Begründung der Einheit entgegenstellten, von hier aus beseitigt sind, nur hat Preußen seine frühere Organisation, zum Wohle von Deutschland selbst, sich bewahren müssen. — Es sind Verhaftnahmen getroffen, eine genaue Verbindung mit der Frankfurter Regierung und unseren Abgeordneten daselbst herzustellen und zu unterhalten. — Das Gerücht, daß der Reichsverweser den Anlaß seines Kriegsministers am 16. d. M. verlangen habe, hat sich bis jetzt nicht bestätigt. — Der bayerische Major von der Tann wurde vorgestern Abend von St. Mai, dem König in Sanssouci empfangen und zur sgl. Tafel gezogen. — Der Reise des Generals v. Below nach Wien soll hauptsächlich die Fortsetzung des Krieges mit Dänemark zu Grunde liegen. — Von Metternich wird es nach Paris zurückgehen. Er soll von der Entlassung und seiner letzten Haft in Paris sehr Ehrenvort gegeben haben, ohne Erlaubniß der preußischen Regierung nie wieder den preußischen Boden zu betreten. (Spen. Ztg.)

Oesterreich. — Innsbruck, 31. Juli. Der Hof hat gestern einen festlichen Tedeum für die Siege unseres Heeres in Italien beigewohnt. Bei der großen Tafel Mittags am Hofe, war aber der Kaiser wegen Unpäßlichkeit zu erscheinen verhindert. Der Erzherzog Stanislaus Pfalz ist gestern Abends hier eingetroffen. Feldmarschall-Lieutenant Baron Welden soll zum Civil- und General gouverneur der venetianischen Provinzen ernannt sein. Kaiser Benedig soll Chioggia sind heute von wieder ganz von

unsern Truppen besetzt. Seit dem 27. ist der regelmäßige Postenlauf auf dem geraden Wege zwischen Iser und Verona über Ala und Volargon wieder im Gange.

* Wir erhalten aus Innspruck vom 31. Juli folgendes amtliche Armeebulletin: „Dallegna, 27. Juli. Das 2. Armeekorps unter dem Befehle des Feldmarschall-Lieut. Baron d'Aspre hat gestern Abends und heute Früh bei Volta zwei hartnäckige, aber glänzende und entscheidende Gefechte bestanden. — Der Feind griff am 26. gegen Abend mit Uebermacht die Höhen und den Ort Volta an. — Der Kampf dauerte bis 11 Uhr Nacht; — es wurde wenig von der Feuer-, sondern von der blanken Waffe Gebrauch gemacht. — Die Truppen schlugen trotz der Uebermacht des Feindes mit Löwenmuth, und warfen ihn endlich vollends von den Höhen herab. Am 27. mit Tagesanbruch erneuerte selber den Angriff abermals, wurde aber mit derselben Tapferkeit zurückgeschlagen. Um 11 Uhr Mittags sah man die feindliche Armee in vollen Rückzuge gegen Goito gegen Cremona. In derselben Zeit trafen hohe Offiziere des Feindes als Parlamentairs in Volta ein, um einen Waffenstillstand anzusuchen. Die gerechte Sache hat gesiegt. Der Verrath hat seinen Lohn erhalten."

* Verona, 28. Juli. Noch sind die Ziffern über die Opfer, welche uns die blutigen Kämpfe der letzten Tage gekostet haben, nicht genau bekannt. Unter der gemachten Beute befanden sich zwei Kriegskassen, so wie eine große Kiste mit Silber- und Tischzeug. In letzten Kampfe bei Goito gestern sollen besonders ein von Mantua ausgerücktes Korps dem Feinde großen Schaden zugefügt haben. Wir zeigt an wird er es, da er nun in der Ebene der Lombardei sich schlagen muß, mit weniger trefflichen Reiterei zu thun bekommen, die schon längst vor Ungedruld brennt, sich mit ihm messen zu können. Das Hauptquartier des Marschalls ist in Volta. Einen unserer fliegenden Korps soll auf der Straße von Brescia Lonato und seine Höhen, ein anderes Cafiglione delle Stiviere genommen haben. Prächtiges ist jetzt von allen Seiten von unsern Truppen eingeschlossen.

Ungarn. — Die Allerhöchste des Reichstagsantwortes auf die Thronrede lautet: „Ew. Majestät! — Ew. Majestät sind den innigsten Wünsche der getreuen ungarischen Nation entgegen gekommen, indem Allerhöchstdieselben den gegenwärtigen Reichstag einzuberufen geruhten. Die ganze Nation hat mit einhelliger Begeisterung die Kunde von dem allergnädigsten Vorhaben Ew. Majestät vernommen, in Allerhöchst eigener Person den Reichstag eröffnen und selben zu wollen. Die Nation hat es gefühlt, daß sie um den Thron Ew. Majestät sich schaaren, den persönlicher Leitung ihres geliebten Königs, mit der sicheren Hoffnung, den Erfolges jenen Verfügungen entgegensehen kann, die die Unversehrtheit des königl. Thrones Ew. Majestät und die Sicherheit des Vaterlandes erheischen. Aber die Nation fühlt auch in sich den Drang, unmittelbare Beweise ihrer Anhänglichkeit und Liebe jenem Throne gegen zu können, der durch Sanktionirung der Gesetze des letzten Reichstages die gesetzliche Selbstständigkeit unseres Landes wieder hergestellt, und die konstitutionelle Freiheit, so wie die unerschütterliche Grundlage des königl. Thrones ist, zum gemeinsamen Schutze des Volkes gemacht. Unter solchen Gefühlen der gnädigen Gegenwart Ew. Majestät entgegensehend, wurden wir zu unserem tiefen Schmerz benachrichtigt, daß Ew. Majestät durch eine schwere Krankheit an der Erfüllung Ihres gnädigen Vorhabens vor der Hand verhindert sind. Mit Dankgefühl haben wir diese Vorsorge Ew. Majestät entgegen genommen, daß Ew. Majestät bis dahin, als Allerhöchstdieselben durch Krankheit verhindert sind, in der Mitte Ihrer getreuen Ungarn zu erscheinen, zum Stellvertreter Ihrer Allerhöchsten königlichen Person in Ungarn und den damit verbundenen Theilen mit Indegriff der Militärgrenze, unsern geliebten Palatin Erzherzog Stephan königl. Statthalter zu ernennen geruhten. Mit regem indeß die angenehme Hoffnung, daß Ew. Majestät nach wieder erlangter Gesundheit — was wir heiß von Gott erflehen — zur persönlichen Ausübung Allerhöchst Ihrer königl. Rechte die getreue Nation mit Dero beglückenden Gegenwart beschenken werden. Die außerordentlichen Verhältnisse des Landes, der offene Angriff in Kroatien und in den unteren Gegenden unseres Vaterlandes, der durch bewaffnete Rebellhaufen gestörte Frieden im Innern des Landes haben es nothwendig erfordert, daß dieser Reichstag, ohne die Vorbereitung und Beschlußnahme aller jener Vorschläge und Verfügungen abzuwarten, die Ew. Majestät vereanwortlichen Ministerium der Verordnung des letzten Reichstage gemäß einzubringen gehabt hätte, zusammenberufen wurde. Wir hätten gewünscht, den Bürgerkrieg zu vermeiden, aber wo das zur Treue und Gehorsam erwahrende Wort des Königs auf tollkühne Verachtung stößt, wo verblendeter Leichtsinn unserer kk. Krone rebellisch angegriffen und der Frieden des Landes mit bewaffneter Hand gestört wird, dort sind die Repräsentanten des Landes entschlossen, die Heiligkeit des Gesetzes in unversehrter Integrität mit allen Mitteln wieder herzustellen. Indessen ist die Nation auch bereit, zur friedlichen Ausgleichung all' jener Wünsche der verbundenen Theile die Hand zu bieten, die von der Billigkeit und dem fahrzehntjährigen brüderlichen Verhältnisse gerechtfertigt werden. Mit voller Bereitwilligkeit entsprechen wir daher jenem Anfrage Ew. Majestät, daß Allerhöchstdieselben gewünscht haben, unsere Aufmerksamkeit und Sorge vor Allem auf die Verbindungen des Landes und dessen Finanzen hinzuleiten. Unter den jetzigen europäischen Bewegungen haben wir im Interesse der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes, der Einheit und Würde unserer Krone, ohne die detaillirten Vorschläge abzuwarten, die Ew. Majestät verantwortliche Minister hierin unterbreiten werden, der Landesregierung für diese Zeit die außerordentliche Vollmacht votirt, die Militärmacht der Nation dem sich entfaltenden Bedürfnisse gemäß auf 200,000 Mann zu erheben und die zu diesem Behufe erforderlichen 42 Mill Gulden mit zu jedem Opfer bereitwilliger Begeisterung, in den ersten Augenblicken unserer Constituirung, angeboten. Die große Anregung zu unserer Begeisterung und Opferfreudigkeit für die Landesvertheidigung schöpften wir aus jener wahrhaftigen Aeußerung Ew. Majestät, daß Allerhöchstdieselben fest und unabänderlich entschlossen sind, die Einheit und Unzertrennlichkeit der ungarischen königlichen Krone gegen jeden äußern Angriff und Zwiespalt im Innern mit Ihrer königl. Macht zu schützen, und die durch Ew. Majestät auf eigenen gnädigen Antrieb sanktionirten Gesetze jederzeit unverletzt aufrecht zu erhalten. Wenn auch in den verbundenen Landern und in den Gegenden bei unteren Donau dieselbige Aufregung sich geltend machen sollte, die die Landesbehörden von verschiedenen Seiten und auf mannigfaltigen Wegen einander gereizt und mit der Erbietung, als ob die erwähnten Gesetze nicht ein freier Ausfluß des Willens Ew. Majestät wären, dazu aufgefordert haben, daß sie gegen die Vorschrift des Gesetzes und der gesetzlichen Macht faktisch sich auflehnen sollen, so Einige in ihren Aufwiegelungen sich sogar erfrecht haben, die faktische Widersetzlichkeit als in Ew. Majestät und des königl. Hauses Interesse, ja mit Ew. Majestät und des königl. Hauses Wissen und Absicht geschehen zu verkünden, so mögen Ew. Majestät dennoch überzeugt sein, daß die ungarische Nation in ihrer unbezwingen, schon oper bewiesenen Anhänglichkeit an Ew. Majestät Allerhöchste Person und des königl. Hauses noch mehr bestärkt wurde, weil die gegen das väterliche Herz Ew. Majestät von den aufgewiegelten Emporern geschworenen Verleumdungen an die getreuen Gesinnte der Nation noch mehr empören haben, als selbst die thatsächlich aufgebrochene Rebellion. Nachdem Ew. Majestät aus wohlwollendster väterlicher Eingebung die Einberufung Siebenbürgens mit Ungarn sanktionirt haben, so werden die Ermahnen in Ems verschwolzenen beiden Länder durch die vereinte Entwicklung ihrer Blüthe und Kraft ohne Zweifel eine desto stärkere Stütze des Thrones, der Wolfsfreiheit und Volksworhlfahrt werden. Mit so großer Freude der Nation erfahren hat, daß zwischen Ew. Majestät und den wegen anderwärtigen Machten ein friedliches Einvernehmen unverletzt besteht, welches die gnädigen väterlichen Sorgen Ew. Majestät kunftighin nur werden erhalten können; mit eben so großem Bedauern haben wir vernommen, daß es noch nicht gelungen ist, den Krieg im lombardisch-venezianischen Königreiche, wo die Truppen des sardinischen Königs und einiger anderen italienischen Staaten Ew. Majestät angegriffen haben, zu beendigen. Und so aufrichtig die Nation Ew. Majestät Dank zu dem getreue Ungarn zur Ew. Majestät hegt, eben so wünscht es, daß diese Frage der Würde des Thrones und den wechselseitigen rechtlichen Ansprüchen gemäß, entetzigt werde. Nach geschehener Wiederherstellung der Ordnung und des Friedens in unserem Vaterlande, und sobald die moralische und materielle Unverletzlichkeit unseres Landes genugzuverstellen sein wird, werden wir Ew. Majestät freudig huldreiche Hand zur Vermittlung des Abschlusses einer friedlichen Vereinigung bieten, die der Würde des Thrones und Rechtes und der konstitutionellen Freiheit und den billigen Wünschen der italienischen Nation ansonst so wie den Interessen Ew. Majestät angezeigten Landen, so wie die Sicherheit und Ruhe jenem Throne gegen zu können, unmittelbare Beweise ihrer Anhänglichkeit und Liebe jenem Throne gegen zu können, der durch Sanktionirung der Gesetze des letzten Reichstages die gesetzliche Selbstständigkeit unseres Landes wieder hergestellt, und die konstitutionelle Freiheit, so wie die unerschütterliche Grundlage des königl. Thrones ist, zum gemeinsamen Schutze des Volkes gemacht. Unter solchen Gefühlen der gnädigen Gegenwart Ew. Majestät entgegensehend, wurden wir zu unserem tiefen Schmerz benachrichtigt, daß Ew. Majestät durch eine schwere Krankheit an der Erfüllung Ihres gnädigen Vorhabens vor der Hand verhindert sind. Mit Dankgefühl haben wir diese Vorsorge Ew. Majestät entgegen genommen, daß Ew. Majestät bis dahin, als Allerhöchstdieselben durch Krankheit verhindert sind, in der Mitte Ihrer getreuen Ungarn zu erscheinen, zum Stellvertreter Ihrer Allerhöchsten königlichen Person in Ungarn und den damit verbundenen Theilen mit Indegriff der Militärgrenze, unsern geliebten Palatin Erzherzog Stephan königl. Statthalter zu ernennen geruhten. Mit regem indeß die angenehme Hoffnung, daß Ew. Majestät nach wieder erlangter Gesundheit — was wir heiß von Gott erflehen — zur persönlichen Ausübung Allerhöchst Ihrer königl. Rechte die getreue Nation mit Dero beglückenden Gegenwart beschenken werden. Die außerordentlichen Verhältnisse des Landes, der offene Angriff in Kroatien und in den unteren Gegenden unseres Vaterlandes, der durch bewaffnete Rebellhaufen gestörte Frieden im Innern des Landes haben es nothwendig erfordert, daß dieser Reichstag, ohne die Vorbereitung und Beschlußnahme aller jener Vorschläge und Verfügungen abzuwarten, die Ew. Majestät verantwortliches Ministerium der Verordnung des letzten Reichstage gemäß einzubringen gehabt hätte, zusammenberufen wurde. Wir hätten gewünscht, den Bürgerkrieg zu vermeiden, aber wo das zur Treue und Gehorsam erwahrende Wort des Königs auf tollkühne Verachtung stößt, wo verblendeter Leichtsinn unserer kk. Krone rebellisch angegriffen und der Frieden des Landes mit bewaffneter Hand gestört wird, dort sind die Repräsentanten des Landes entschlossen, die Heiligkeit des Gesetzes in unversehrter Integrität mit allen Mitteln wieder herzustellen. Indessen ist die Nation auch bereit, zur friedlichen Ausgleichung all' jener Wünsche der verbundenen Theile die Hand zu bieten, die von der Billigkeit und dem fahrzehntjährigen brüderlichen Verhältnisse gerechtfertigt werden. Mit voller Bereitwilligkeit entsprechen wir daher jenem Anfrage Ew. Majestät, daß Allerhöchstdieselben gewünscht haben, unsere Aufmerksamkeit und Sorge vor Allem auf die Verbindungen des Landes und dessen Finanzen hinzuleiten. Unter den jetzigen europäischen Bewegungen haben wir im Interesse der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes, der Einheit und Würde unserer Krone, ohne die detaillirten Vorschläge abzuwarten, die Ew. Majestät verantwortliche Minister hierin unterbreiten werden, der Landesregierung für diese Zeit die außerordentliche Vollmacht votirt, die Militärmacht der Nation dem sich entfaltenden Bedürfnisse gemäß auf 200,000 Mann zu erheben und die zu diesem Behufe erforderlichen 42 Mill Gulden mit zu jedem Opfer bereitwilliger Begeisterung, in den ersten Augenblicken unserer Constituirung, angeboten. Die große Anregung zu unserer Begeisterung und Opferfreudigkeit für die Landesvertheidigung schöpften wir aus jener wahrhaftigen Aeußerung Ew. Majestät, daß Allerhöchstdieselben fest und unabänderlich entschlossen sind, die Einheit und Unzertrennlichkeit der ungarischen königlichen Krone gegen jeden äußern Angriff und Zwiespalt im Innern mit Ihrer königl. Macht zu schützen, und die durch Ew. Majestät auf eigenen gnädigen Antrieb sanktionirten Gesetze jederzeit unverletzt aufrecht zu erhalten. Wenn auch in den verbundenen Landern und in den Gegenden bei unteren Donau dieselbige Aufregung sich geltend machen, die die Landesbehörden von verschiedenen Seiten und auf mannigfaltigen Wegen einander gereizt und mit der Erbietung, als ob die erwähnten Gesetze nicht ein freier Ausfluß des Willens Ew. Majestät wären, dazu aufgefordert haben, daß sie gegen die Vorschrift des Gesetzes und der gesetzlichen Macht faktisch sich auflehnen sollen, so Einige in ihren Aufwiegelungen sich sogar erfrecht haben, die faktische Widersetzlichkeit als in Ew. Majestät und des königl. Hauses Interesse, ja mit Ew. Majestät und des königl. Hauses Wissen und Absicht geschehen zu verkünden, so mögen Ew. Majestät dennoch überzeugt sein, daß die ungarische Nation in ihrer unbezwingen, schon oper bewiesenen Anhänglichkeit an Ew. Majestät Allerhöchste Person und des königl. Hauses noch mehr bestärkt wurde, weil die gegen das väterliche Herz Ew. Majestät von den aufgewiegelten Emporern geschworenen Verleumdungen an die getreuen Gesinnte der Nation noch mehr empören haben, als selbst die thatsächlich aufgebrochene Rebellion. Nachdem Ew. Majestät aus wohlwollendster väterlicher Eingebung die Einberufung Siebenbürgens mit Ungarn sanktionirt haben, so werden die Ermahnen in Ems verschwolzenen beiden Länder durch die vereinte Entwicklung ihrer Blüthe und Kraft ohne Zweifel eine desto stärkere Stütze des Thrones, der Wolfsfreiheit und Volksworhlfahrt werden. Mit so großer Freude der Nation erfahren hat, daß zwischen Ew. Majestät und den wegen anderwärtigen Machten ein friedliches Einvernehmen unverletzt besteht, welches die gnädigen väterlichen Sorgen Ew. Majestät kunftighin nur werden erhalten können; mit eben so großem Bedauern haben wir vernommen, daß es noch nicht gelungen ist, den Krieg im lombardisch-venezianischen Königreiche, wo die Truppen des sardinischen Königs und einiger anderen italienischen Staaten Ew. Majestät angegriffen haben, zu beendigen. Und so aufrichtig die Nation Ew. Majestät Dank zu dem getreue Ungarn zur Ew. Majestät hegt, eben so wünscht es, daß diese Frage der Würde des Thrones und den wechselseitigen rechtlichen Ansprüchen gemäß, entetzigt werde. Nach geschehener Wiederherstellung der Ordnung und des Friedens in unserem Vaterlande, und sobald die moralische und materielle Unverletzlichkeit unseres Landes genugzuverstellen sein wird, werden wir Ew. Majestät freudig huldreiche Hand zur Vermittlung des Abschlusses einer friedlichen Vereinigung bieten, die der Würde des Thrones und Rechtes und der konstitutionellen Freiheit und den billigen Wünschen der italienischen Nation ansonst so wie den Interessen Ew. Majestät angezeigten Landen, so wie die Sicherheit und Ruhe jenem Throne gegen zu können, der durch Sanktionirung der Gesetze des letzten Reichstages die gesetzliche Selbstständigkeit unseres Landes wieder hergestellt, und die konstitutionelle Freiheit, so wie die unerschütterliche Grundlage des königl. Thrones ist, zum gemeinsamen Schutze des Volkes gemacht. Unter solchen Gefühlen der gnädigen Gegenwart Ew. Majestät entgegensehend, wurden wir zu unserem tiefen Schmerz benachrichtigt, daß Ew. Majestät durch eine schwere Krankheit an der Erfüllung Ihres gnädigen Vorhabens vor der Hand verhindert sind. Mit Dankgefühl haben wir diese Vorsorge Ew. Majestät entgegen genommen, daß Ew. Majestät bis dahin, als Allerhöchstdieselben durch Krankheit verhindert sind, in der Mitte Ihrer getreuen Ungarn zu erscheinen, zum Stellvertreter Ihrer Allerhöchsten königlichen Person in Ungarn und den damit verbundenen Theilen mit Indegriff der Militärgrenze, unsern geliebten Palatin Erzherzog Stephan königl. Statthalter zu ernennen geruhten. Mit regem indeß die angenehme Hoffnung, daß Ew. Majestät nach wieder erlangter Gesundheit — was wir heiß von Gott erflehen — zur persönlichen Ausübung Allerhöchst Ihrer königl. Rechte die getreue Nation mit Dero beglückenden Gegenwart beschenken werden. Die außerordentlichen Verhältnisse des Landes, der offene Angriff in Kroatien und in den unteren Gegenden unseres Vaterlandes, der durch bewaffnete Rebellhaufen gestörte Frieden im Innern des Landes haben es nothwendig erfordert, daß dieser Reichstag, ohne die Vorbereitung und Beschlußnahme aller jener Vorschläge und Verfügungen abzuwarten, die Ew. Majestät verantwortliches Ministerium der Verordnung des letzten Reichstage gemäß einzubringen gehabt hätte, zusammenberufen wurde. Wir hätten gewünscht, den Bürgerkrieg zu vermeiden, aber wo das zur Treue und Gehorsam erwahrende Wort des Königs auf tollkühne Verachtung stößt, wo verblendeter Leichtsinn unserer kk. Krone rebellisch angegriffen und der Frieden des Landes mit bewaffneter Hand gestört wird, dort sind die Repräsentanten des Landes entschlossen, die Heiligkeit des Gesetzes in unversehrter Integrität mit allen Mitteln wieder herzustellen. Indessen ist die Nation auch bereit, zur friedlichen Ausgleichung all' jener Wünsche der verbundenen Theile die Hand zu bieten, die von der Billigkeit und dem fahrzehntjährigen brüderlichen Verhältnisse gerechtfertigt werden. Mit voller Bereitwilligkeit entsprechen wir daher jenem Anfrage Ew. Majestät, daß Allerhöchstdieselben gewünscht haben, unsere Aufmerksamkeit und Sorge vor Allem auf die Verbindungen des Landes und dessen Finanzen hinzuleiten. Unter den jetzigen europäischen Bewegungen haben wir im Interesse der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes, der Einheit und Würde unserer Krone, ohne die detaillirten Vorschläge abzuwarten, die Ew. Majestät verantwortliche Minister hierin unterbreiten werden, der Landesregierung für diese Zeit die außerordentliche Vollmacht votirt, die Militärmacht der Nation dem sich entfaltenden Bedürfnisse gemäß auf 200,000 Mann zu erheben und die zu diesem Behufe erforderlichen 42 Mill Gulden mit zu jedem Opfer bereitwilliger Begeisterung, in den ersten Augenblicken unserer Constituirung, angeboten. Die große Anregung zu unserer Begeisterung und Opferfreudigkeit für die Landesvertheidigung schöpften wir aus jener wahrhaftigen Aeußerung Ew. Majestät, daß Allerhöchstdieselben fest und unabänderlich entschlossen sind, die Einheit und Unzertrennlichkeit der ungarischen königlichen Krone gegen jeden äußern Angriff und Zwiespalt im Innern mit Ihrer königl. Macht zu schützen, und die durch Ew. Majestät auf eigenen gnädigen Antrieb sanktionirten Gesetze jederzeit unverletzt aufrecht zu erhalten. Wenn auch in den verbundenen Landern und in den Gegenden bei unteren Donau dieselbige Aufregung sich geltend machen, die die Landesbehörden von verschiedenen Seiten und auf mannigfaltigen Wegen einander gereizt und mit der Erbietung, als ob die erwähnten Gesetze nicht ein freier Ausfluß des Willens Ew. Majestät wären, dazu aufgefordert haben, daß sie gegen die Vorschrift des Gesetzes und der gesetzlichen Macht faktisch sich auflehnen sollen, so Einige in ihren Aufwiegelungen sich sogar erfrecht haben, die faktische Widersetzlichkeit als in Ew. Majestät und des königl. Hauses Interesse, ja mit Ew. Majestät und des königl. Hauses Wissen und Absicht geschehen zu verkünden, so mögen Ew. Majestät dennoch überzeugt sein, daß die ungarische Nation in ihrer unbezwingen, schon oper bewiesenen Anhänglichkeit an Ew. Majestät Allerhöchste Person und des königl. Hauses noch mehr bestärkt wurde, weil die gegen das väterliche Herz Ew. Majestät von den aufgewiegelten Emporern geschworenen Verleumdungen an die getreuen Gesinnte der Nation noch mehr empören haben, als selbst die thatsächlich aufgebrochene Rebellion. Nachdem Ew. Majestät aus wohlwollendster väterlicher Eingebung die Einberufung Siebenbürgens mit Ungarn sanktionirt haben, so werden die Ermahnen in Ems verschwolzenen beiden Länder durch die vereinte Entwicklung ihrer Blüthe und Kraft ohne Zweifel eine desto stärkere Stütze des Thrones, der Wolfsfreiheit und Volksworhlfahrt werden. Mit so großer Freude der Nation erfahren hat, daß zwischen Ew. Majestät und den wegen anderwärtigen Machten ein friedliches Einvernehmen unverletzt besteht, welches die gnädigen väterlichen Sorgen Ew. Majestät kunftighin nur werden erhalten können; mit eben so großem Bedauern haben wir vernommen, daß es noch nicht gelungen ist, den Krieg im lombardisch-venezianischen Königreiche, wo die Truppen des sardinischen Königs und einiger anderen italienischen Staaten Ew. Majestät angegriffen haben, zu beendigen. Und so aufrichtig die Nation Ew. Majestät Dank zu dem getreue Ungarn zur Ew. Majestät hegt, eben so wünscht es, daß diese Frage der Würde des Thrones und den wechselseitigen rechtlichen Ansprüchen gemäß, entetzigt werde. Nach geschehener Wiederherstellung der Ordnung und des Friedens in unserem Vaterlande, und sobald die moralische und materielle Unverletzlichkeit unseres Landes genugzuverstellen sein wird, werden wir Ew. Majestät freudig huldreiche Hand zur Vermittlung des Abschlusses einer friedlichen Vereinigung bieten, die der Würde des Thrones und Rechtes und der konstitutionellen Freiheit und den billigen Wünschen der italienischen Nation ansonst so wie den Interessen Ew. Majestät angezeigten Landen, so wie die Sicherheit und Ruhe jenem Throne gegen zu können, der durch Sanktionirung der Gesetze des letzten Reichstages die gesetzliche Selbstständigkeit unseres Landes wieder hergestellt, und die konstitutionelle Freiheit, so wie die unerschütterliche Grundlage des königl. Thrones ist, zum gemeinsamen Schutze des Volkes gemacht. Unter solchen Gefühlen der gnädigen Gegenwart Ew. Majestät entgegensehend, wurden wir zu unserem tiefen Schmerz benachrichtigt, daß Ew. Majestät durch eine schwere Krankheit an der Erfüllung Ihres gnädigen Vorhabens vor der Hand verhindert sind. Mit Dankgefühl haben wir diese Vorsorge Ew. Majestät entgegen genommen, daß Ew. Majestät bis dahin, als Allerhöchstdieselben durch Krankheit verhindert sind, in der Mitte Ihrer getreuen Ungarn zu erscheinen, zum Stellvertreter Ihrer Allerhöchsten königlichen Person in Ungarn und den damit verbundenen Theilen mit Indegriff der Militärgrenze, unsern geliebten Palatin Erzherzog Stephan königl. Statthalter zu ernennen geruhten. Mit regem indeß die angenehme Hoffnung, daß Ew. Majestät nach wieder erlangter Gesundheit — was wir heiß von Gott erflehen — zur persönlichen Ausübung Allerhöchst Ihrer königl. Rechte die getreue Nation mit Dero beglückenden Gegenwart beschenken werden. Die außerordentlichen Verhältnisse des Landes, der offene Angriff in Kroatien und in den unteren Gegenden unseres Vaterlandes, der durch bewaffnete Rebellhaufen gestörte Frieden im Innern des Landes haben es nothwendig erfordert, daß dieser Reichstag, ohne die Vorbereitung und Beschlußnahme aller jener Vorschläge und Verfügungen abzuwarten, die Ew. Majestät verantwortliches Ministerium der Verordnung des letzten Reichstage gemäß einzubringen gehabt hätte, zusammenberufen wurde. Wir hätten gewünscht, den Bürgerkrieg zu vermeiden, aber wo das zur Treue und Gehorsam erwahrende Wort des Königs auf tollkühne Verachtung stößt, wo verblendeter Leichtsinn unserer kk. Krone rebellisch angegriffen und der Frieden des Landes mit bewaffneter Hand gestört wird, dort sind die Repräsentanten des Landes entschlossen, die Heiligkeit des Gesetzes in unversehrter Integrität mit allen Mitteln wieder herzustellen. Indessen ist die Nation auch bereit, zur friedlichen Ausgleichung all' jener Wünsche der verbundenen Theile die Hand zu bieten, die von der Billigkeit und dem fahrzehntjährigen brüderlichen Verhältnisse gerechtfertigt werden. Mit voller Bereitwilligkeit entsprechen wir daher jenem Anfrage Ew. Majestät, daß Allerhöchstdieselben gewünscht haben, unsere Aufmerksamkeit und Sorge vor Allem auf die Verbindungen des Landes und dessen Finanzen hinzuleiten. Unter den jetzigen europäischen Bewegungen haben wir im Interesse der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes, der Einheit und Würde unserer Krone, ohne die detaillirten Vorschläge abzuwarten, die Ew. Majestät verantwortliche Minister hierin unterbreiten werden, der Landesregierung für diese Zeit die außerordentliche Vollmacht votirt, die Militärmacht der Nation dem sich entfaltenden Bedürfnisse gemäß auf 200,000 Mann zu erheben und die zu diesem Behufe erforderlichen 42 Mill Gulden mit zu jedem Opfer bereitwilliger Begeisterung, in den ersten Augenblicken unserer Constituirung, angeboten. Die große Anregung zu unserer Begeisterung und Opferfreudigkeit für die Landesvertheidigung schöpften wir aus jener wahrhaftigen Aeußerung Ew. Majestät, daß Allerhöchstdieselben fest und unabänderlich entschlossen sind, die Einheit und Unzertrennlichkeit der ungarischen königlichen Krone gegen jeden äußern Angriff und Zwiespalt im Innern mit Ihrer königl. Macht zu schützen, und die durch Ew. Majestät auf eigenen gnädigen Antrieb sanktionirten Gesetze jederzeit unverletzt aufrecht zu erhalten. Wenn auch in den verbundenen Landern und in den Gegenden bei unteren Donau dieselbige Aufregung sich geltend machen sollte, die die Landesbehörden von verschiedenen Seiten und auf mannigfaltigen Wegen einander gereizt und mit der Erbietung, als ob die erwähnten Gesetze nicht ein freier Ausfluß des Willens Ew. Majestät wären, dazu aufgefordert haben, daß sie gegen die Vorschrift des Gesetzes und der gesetzlichen Macht faktisch sich auflehnen sollen, so Einige in ihren Aufwiegelungen sich sogar erfrecht haben, die faktische Widersetzlichkeit als in Ew. Majestät und des königl. Hauses Interesse, ja mit Ew. Majestät und des königl. Hauses Wissen und Absicht geschehen zu verkünden, so mögen Ew. Majestät dennoch überzeugt sein, daß die ungarische Nation in ihrer unbezwingen, schon oper bewiesenen Anhänglichkeit an Ew. Majestät Allerhöchste Person und des königl. Hauses noch mehr bestärkt wurde, weil die gegen das väterliche Herz Ew. Majestät von den aufgewiegelten Emporern geschworenen Verleumdungen an die getreuen Gesinnte der Nation noch mehr empören haben, als selbst die thatsächlich aufgebrochene Rebellion. Nachdem Ew. Majestät aus wohlwollendster väterlicher Eingebung die Einberufung Siebenbürgens mit Ungarn sanktionirt haben, so werden die Ermahnen in Ems verschwolzenen beiden Länder durch die vereinte Entwicklung ihrer Blüthe und Kraft ohne Zweifel eine desto stärkere Stütze des Thrones, der Wolfsfreiheit und Volksworhlfahrt werden. Mit so großer Freude der Nation erfahren hat, daß zwischen Ew. Majestät und den wegen anderwärtigen Machten ein friedliches Einvernehmen unverletzt besteht, welches die gnädigen väterlichen Sorgen Ew. Majestät kunftighin nur werden erhalten können; mit eben so großem Bedauern haben wir vernommen, daß es noch nicht gelungen ist, den Krieg im lombardisch-venezianischen Königreiche, wo die Truppen des sardinischen Königs und einiger anderen italienischen Staaten Ew. Majestät angegriffen haben, zu beendigen. Und so aufrichtig die Nation Ew. Majestät Dank zu dem getreue Ungarn zur Ew. Majestät hegt, eben so wünscht es, daß diese Frage der Würde des Thrones und den wechselseitigen rechtlichen Ansprüchen gemäß, entetzigt werde. Nach geschehener Wiederherstellung der Ordnung und des Friedens in unserem Vaterlande, und sobald die moralische und materielle Unverletzlichkeit unseres Landes genugzuverstellen sein wird, werden wir Ew. Majestät freudig huldreiche Hand zur Vermittlung des Abschlusses einer friedlichen Vereinigung bieten, die der Würde des Thrones und Rechtes und der konstitutionellen Freiheit und den billigen Wünschen der italienischen Nation ansonst so wie den Interessen Ew. Majestät angezeigten Landen, so wie die Sicherheit und Ruhe jenem Throne gegen zu können, der durch Sanktionirung der Gesetze des letzten Reichstages die gesetzliche Selbstständigkeit unseres Landes wieder hergestellt, und die konstitutionelle Freiheit, so wie die unerschütterliche Grundlage des königl. Thrones ist, zum gemeinsamen Schutze des Volkes gemacht. Unter solchen Gefühlen der gnädigen Gegenwart Ew. Majestät entgegensehend, wurden wir zu unserem tiefen Schmerz benachrichtigt, daß Ew. Majestät durch eine schwere Krankheit an der Erfüllung Ihres gnädigen Vorhabens vor der Hand verhindert sind. Mit Dankgefühl haben wir diese Vorsorge Ew. Majestät entgegen genommen, daß Ew. Majestät bis dahin, als Allerhöchstdieselben durch Krankheit verhindert sind, in der Mitte Ihrer getreuen Ungarn zu erscheinen, zum Stellvertreter Ihrer Allerhöchsten königlichen Person in Ungarn und den damit verbundenen Theilen mit Indegriff der Militärgrenze, unsern geliebten Palatin Erzherzog Stephan königl. Statthalter zu ernennen geruhten. Mit regem indeß die angenehme Hoffnung, daß Ew. Majestät nach wieder erlangter Gesundheit — was wir heiß von Gott erflehen — zur persönlichen Ausübung Allerhöchst Ihrer königl. Rechte die getreue Nation mit Dero beglückenden Gegenwart beschenken werden. Die außerordentlichen Verhältnisse des Landes, der offene Angriff in Kroatien und in den unteren Gegenden unseres Vaterlandes, der durch bewaffnete Rebellhaufen gestörte Frieden im Innern des Landes haben es nothwendig erfordert, daß dieser Reichstag, ohne die Vorbereitung und Beschlußnahme aller jener Vorschläge und Verfügungen abzuwarten, die Ew. Majestät verantwortliches Ministerium der Verordnung des letzten Reichstage gemäß einzubringen gehabt hätte, zusammenberufen wurde. Wir hätten gewünscht, den Bürgerkrieg zu vermeiden, aber wo das zur Treue und Gehorsam erwahrende Wort des Königs auf tollkühne Verachtung stößt, wo verblendeter Leichtsinn unserer kk. Krone rebellisch angegriffen und der Frieden des Landes mit bewaffneter Hand gestört wird, dort sind die Repräsentanten des Landes entschlossen, die Heiligkeit des Gesetzes in unversehrter Integrität mit allen Mitteln wieder herzustellen. Indessen ist die Nation auch bereit, zur friedlichen Ausgleichung all' jener Wünsche der verbundenen Theile die Hand zu bieten, die von der Billigkeit und dem fahrzehntjährigen brüderlichen Verhältnisse gerechtfertigt werden. Mit voller Bereitwilligkeit entsprechen wir daher jenem Anfrage Ew. Majestät, daß Allerhöchstdieselben gewünscht haben, unsere Aufmerksamkeit und Sorge vor Allem auf die Verbindungen des Landes und dessen Finanzen hinzuleiten. Unter den jetzigen europäischen Bewegungen haben wir im Interesse der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes, der Einheit und Würde unserer Krone, ohne die detaillirten Vorschläge abzuwarten, die Ew. Majestät verantwortliche Minister hierin unterbreiten werden, der Landesregierung für diese Zeit die außerordentliche Vollmacht votirt, die Militärmacht der Nation dem sich entfaltenden Bedürfnisse gemäß auf 200,000 Mann zu erheben und die zu diesem Behufe erforderlichen 42 Mill Gulden mit zu jedem Opfer bereitwilliger Begeisterung, in den ersten Augenblicken unserer Constituirung, angeboten. Die große Anregung zu unserer Begeisterung und Opferfreudigkeit für die Landesvertheidigung schöpften wir aus jener wahrhaftigen Aeußerung Ew. Majestät, daß Allerhöchstdieselben fest und unabänderlich entschlossen sind, die Einheit und Unzertrennlichkeit der ungarischen königlichen Krone gegen jeden äußern Angriff und Zwiespalt im Innern mit Ihrer königl. Macht zu schützen, und die durch Ew. Majestät auf eigenen gnädigen Antrieb sanktionirten Gesetze jederzeit unverletzt aufrecht zu erhalten. Wenn auch in den verbundenen Landern und in den Gegenden bei unteren Donau dieselbige Aufregung sich geltend machen sollte, die die Landesbehörden von verschiedenen Seiten und auf mannigfaltigen Wegen einander gereizt und mit der Erbietung, als ob die erwähnten Gesetze nicht ein freier Ausfluß des Willens Ew. Majestät wären, dazu aufgefordert haben, daß sie gegen die Vorschrift des Gesetzes und der gesetzlichen Macht faktisch sich auflehnen sollen, so Einige in ihren Aufwiegelungen sich sogar erfrecht haben, die faktische Widersetzlichkeit als in Ew. Majestät und des königl. Hauses Interesse, ja mit Ew. Majestät und des königl. Hauses Wissen und Absicht geschehen zu verkünden, so mögen Ew. Majestät dennoch überzeugt sein, daß die ungarische Nation in ihrer unbezwingen, schon oper bewiesenen Anhänglichkeit an Ew. Majestät Allerhöchste Person und des königl. Hauses noch mehr bestärkt wurde, weil die gegen das väterliche Herz Ew. Majestät von den aufgewiegelten Emporern geschworenen Verleumdungen an die getreuen Gesinnte der Nation noch mehr empören haben, als selbst die thatsächlich aufgebrochene Rebellion. Nachdem Ew. Majestät aus wohlwollendster väterlicher Eingebung die Einberufung Siebenbürgens mit Ungarn sanktionirt haben, so werden die Ermahnen in Ems verschwolzenen beiden Länder durch die vereinte Entwicklung ihrer Blüthe und Kraft ohne Zweifel eine desto stärkere Stütze des Thrones, der Wolfsfreiheit und Volksworhlfahrt werden. Mit so großer Freude der Nation erfahren hat, daß zwischen Ew. Majestät und den wegen anderwärtigen Machten ein friedliches Einvernehmen unverletzt besteht, welches die gnädigen väterlichen Sorgen Ew. Majestät kunftighin nur werden erhalten können; mit eben so großem Bedauern haben

Nr. 31.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Donnerstag den 3. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: Die achtzeilige Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, den 2. August.

Se. Maj der König haben Sich unterm 31. Juli l. J. allergnädigst bewogen gefunden, den Kreis- und Stadtgerichtsdirektor Franz Xav. Hörl zu Regensburg auf sein allerunterthänigstes Ansuchen nach tit. O und §. 22 der Verf.-Urk. mit Beibehaltung des Titels, Funktionszeichens und Gesammtgehaltes und unter Bezugung der allerhöchsten Zufriedenheit mit seinen vieljährigen treuerfrigen und ausgezeichneten Dienstleistung in den definitiven Ruhestand zu versetzen, sofort zum Kreis- und Stadtgerichtsdirektor in Regensburg den Appellationsgerichtsrath Joh. Simon August Ebner in Amberg zu ernennen.

Durch allerhöchste Dekrete vom 31. Juli l. Js. wurden der Regierungs- und Kreisforstrath Veit Karl Frhr. v. Redwitz in Baireuth unter allerhöchster Zufriedenheitsbezeugung mit seinen vieljährigen treuen und ersprießlichen Diensten in den Ruhestand versetzt; an dessen Stelle zum Regierungs- und Kreisforstrath in Baireuth der bisherige Forstmeister zu Bomberg Nikolaus Leopold Frhr. v. Stengel's die Stelle zum Forstmeister in Bamberg der Forstkommissär erster Klasse zu Baireuth Eugen Dietsch befördert.

Durch allerhöchstes Dekret vom 31. Juli l. Js. wurden der Kontrolleur bei der Staatsschuldentilgungsspezialkasse München Thaddäus Resch unter allerhöchster Zufriedenheitsbezeugung mit seinen vieljährigen treuen und eifrigen Diensten in den erbetenen Ruhestand versetzt; auf dessen Stelle zum Kontrolleur der bisherige Buchhalter Anton Kaufmann, auf Kaufmann's Stelle zum Buchhalter der erste Buchhaltungsgehilfe Klem. Frietinger, auf Frietinger's Stelle zum ersten Buchhaltungsgehilfen der bisherige zweite Buchhaltungsgehilfe Camillo Widder, auf Widder's Stelle zum zweiten Buchhaltungsgehilfen der bisherige Offiziant Adolph v. Bäumen, auf Bäumen's Stelle zum Offizianten in provisorischer Eigenschaft der Funktionär bei gedachter Spezialkasse Wilhelm Keerl befördert.

Deutschland.

** Das Ausschreiben des Reichsfeldzeugmeisters v. Peucker in Betreff der feierlichen Anerkennung des Reichsoberverwesers durch die verschiedenen deutschen Truppenspeite am 6. Aug. ist bekanntlich einer der Hauptanstoßpunkte in Preußen, namentlich bei der Armee, geworden, die sich überall weigert, die vorgeschriebenen „Hochs" auf den Reichsoberverweser auszubringen. Wir vermuthen eben, daß das zu Köln liegende ganz aus Gesetzpflanzen bestehende 16. Infanterieregiment sich gleichfalls entschieden dahin aussprechen hat, das Hoch nicht anzubringen, was von diesem Regimente um so bemerkenswerther ist, als eben der Erzherzog Johann der Chef desselben ist. Nun bemerkt ein Schreiben aus Frankfurt (im „Nürnberger Korrespondenten"): „Man schreint sich in Berlin von dem Ausdruck „Huldigung", welchen der Reichsfeldzeugmeister gebraucht, eine ganz falsche Vorstellung zu machen. Diese hätte freilich vermieden werden können, wenn das Reichsfeldzeugmeisterium in dem betreffenden Erlasse einen passenderen Ausdruck gewählt hätte. Der Ausdruck „Huldigung" ist nicht passend; denn es handelt sich nicht um eine Huldigung im staatsrechtlichen Sinne des Wortes, um eine Eidesleistung dem provisorischen Reichsoberhaupte gegenüber, sondern lediglich um eine jeremonielle Huldigung, die der von der Nationalversammlung gebildeten Zentralgewalt von den Truppen dargebracht werden soll." Ein norddeutsches Blatt die „Weserzeitung" spricht sich in ähnlichem Sinne aus. Die Verordnung des Kriegsministers, daß den deutschen Bundesheeren am 6. August „Gelegenheit gegeben werde, um dem Erzherzog Reichsoberweser ihre Huldigung darzubringen" (nicht zu leisten), enthält nach der Ansicht der Weserzeitung gar nichts, was von weiteren rechtlichen Folgen wäre. In diesem Liche ist auch uns die sprachliche Anordnung des Reichskriegsministers gleich vom Anfange an erschienen. Hoffentlich wird man auch in Preußen, nachdem man sich über den wahren Belang des Aktes vom 6. August vergewissert haben wird, von dem bisherigen Bedenken gegen Vornahme des Aktes zurückkommen. Unser Frankfurter Korrespondent (siehe „einige Beilage) stellt bereits Beilegung aller Schwierigkeiten, die sich zwischen Frankfurt und Berlin erhoben hatten, in nahe Aussicht, und damit stimmen auch unsere neuesten direkten Nachrichten aus Berlin überein. Wir begrüßen freudig diese Beseitigung der drohenden Gewitterwolken, die im Norden des deutschen Gesammtvaterlandes aufzuziehen schienen. Alles deutet auch darauf hin, daß man zu Frankfurt selbst die Wichtigkeit der Sache und des Momentes erkannt hat, zur Mäßigung einlenkt und zur Verständigung mit Preußen sowohl als den andern deutschen Regierungen die Hand bieten will, während man zu gleicher Zeit das kräftige Zusammenwirken aller für die Wahrung der Rechte Deutschlands gegen das Ausland in Anspruch nimmt. Möge der gute Genius unseres Vaterlandes auch diesmal dasselbe glücklich zur Zufriedenheit aller Interessen durch die Krise hindurch führen, von welcher es bedroht schien. Die Verunglimpfungen Preußens, wie sie von den Herren Ruge, Vogt und Konsorten in der Nationalversammlung, und außerhalb derselben allerdings auch von einigen süddeutschen Blättern vorkamen, sind verstummt. Mögen nun aber auch die norddeutschen Blätter, namentlich die Berliner, von ihrem nicht minder bedauerlichen Geschrei und Aufhetzen des Nordens gegen den Süden abstehen. Wozu soll es führen, wenn man den alten heillosen Hader und Zank wieder von Neuem heraufbeschwört? Die Berliner Blätter sind in ihren Ausfällen gegen den Süden bisweilen ungerecht, weil sie der Gesammtheit desselben zur Last legen, was nur Thatsache einiger vereinzelten Stimmen war. Sie haben diesen die Schuld nun mit Zinsen zurückgegeben, und damit möge die Sache abgethan sein. Beweisen wir doch mehr den Ausland die Fremde, sich an unserer inneren Zwietracht weiden, dieselbe vielleicht bei der ersten Gelegenheit ausbeuten zu können!

Ein zweyt in der „Speyer'schen Zeitung" zu Berlin veröffentlichtes Aktenstück, der angeblich wenigstens von Dahlmann, Mittermaier und Beseler herrührende „Entwurf über die Kompetenz der definitiven Zentralgewalt" (siehe Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung" vom 28. Juli) hatte in ganz Deutschland, besonders auch zu Berlin und in Preußen überhaupt eben so viel Befremden als Staunen erregt. Gestützt die „Kölner Zeitung", der gewiß niemand vorwerfen wird, daß es ihr um das Zustandekommen der deutschen Einheit nicht ernstlich zu thun sei, gesteht zu, daß sie diese Gefühle getheilt habe, und sagt bei: „Wenn wir nicht aus vielen Anzeichen und Umständen an die Authentizität jenes Aktenstücks glauben müßten, so würden wir seinem Inhalte nach viel geneigter gewesen sein, dasselbe entweder für einen Entwurf der äußersten Linken, für ein Werk von Blum oder Zitz, oder gar für ein Fabrikat der ackermärkischen und pommer'schen Reaktionäre, für eine perfide Verläumdung des Frankfurter Parlaments zu halten. Freilich der Entwurf ist noch von Niemand angenommen als von seinen Verfassern; er ist noch gar nicht im Ausschusse und noch weniger in der Plenarversammlung gebilligt worden. Freilich er wird auch sicherlich weder vom Ausschusse noch von der Plenarversammlung angenommen werden. Aber daß derselbe nach einem drei Monate langen täglichen Verkehre mit praktischen Gegnern doch von so bedeutenden Männern noch jetzt hat so abgefaßt werden können, — das ist etwas, was wir nicht begreifen und was uns deßhalb sehr bedenklich scheint." Wenn selbst von solcher Seite, von einem angesehenen rheinpreußischen Blatte, dem man sonderliche Hinneigung zu den sogenannten „spezifischen Preußenthum" gewiß nicht zur Last legen kann, so bestimmt sormulirte Bedenken über den fraglichen Entwurf geäußert werden, so kann es nicht Wunder nehmen, wenn derselbe anderwärts noch tieferen Eindruck machte, und besonders zu Berlin einen Umschlag der öffentlichen Stimmung hervorrief, der nahe daran war, den kaum begonnenen Bau deutscher Eintracht und Einheit gleich von vornherein in seinen Grundfesten zu erschüttern. Um so erfreulicher müssen daher die beruhigenden Erklärungen erscheinen, welche ein Eggesdaar aus bester Quelle fließender Artikel der neuesten „Frankf. Ober-Post-Amts-Zeitung" bringt, den wir daher seinem ganzen Inhalte nach hier folgen lassen:

Frankfurt, 30. Juli. Aus zwei sichern Mittheilungen erhalten wir nähere Kunde von dem sehr interessanten Gang der Berathungen im Verfassungsausschuß. Bekanntlich waren drei Mitglieder desselben beauftragt, über den „Umfang der Reichsgewalt" einen Entwurf auszuarbeiten. Es wäre vielleicht angemessener gewesen, denselben nicht zu veröffentlichen, da er ohne vorgängige Berathung im Ausschuß entworfen, nur als Vorschlag Einzelner betrachtet werden konnte. Nach den uns gewordenen Mittheilungen glauben wir annehmen zu dürfen, daß der Ausschuß der Zustimmung dieses Entwurfes ganz besonders auf Preußen insoweit Rücksicht nimmt, welche dieser mächtigste Staat Deutschlands zu erwarten berechtigt ist, und namentlich den Kreis von Mindermeinen der Sondergewalt einzuhalten sucht, zu welchen sich sowohl die Krone wie die Stände Preußens in öffentlichen Erklärungen bereits erklärt, welche sie selbst „gefordert" haben. Denn in dieser Form der Erklärungen sprechen sich die Stände, die vor dem unseligen Kampf des 18. Marz erschien, von den Königen und dem Prinzen von Preußen, den gesammten Staatsministern unterzeichnet:

„Wir verlangen, daß Deutschland aus einem Staatenbund ein Bundesstaat werde, wir verlangen eine allgemeine deutsche Wehrverfassung u. s. w.“ In demselben Geiste der Vaterlandsliebe und der Selbstverleugnung waren die Punktationen, in denen sich Preußen mit Nassau, Baden, Württemberg, Bayern, Hessen-Darmstadt, Sachsen vereinigte: „ein Bundeshaupt, eine Vertretung Deutschlands nach Außen, ein Heerwesen u. s. w.“ Und in Antwort auf den eingekommenen Verfassungsentwurf der XVII. hat der, wie man auch sonst über ihn urtheilen mag, die „Bedeutung des Reichs“ sehr entschieden und umfassend ausdrückte, namentlich der Reichsgewalt ausschließlich beilegte: die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten, das Recht über Krieg und Frieden, das Heerwesen, das Festungswesen u. s. w., ja sogar die Ernennung aller Offiziere des siebenten Heeres und der Stabsoffiziere bei der Landwehr, die Disziplinarabtheilungen auf das strengste Herr Abt. III. §. 2) — Antwort auf diesen Entwurf erklärte das Staatsministerium in einer seiner nicht veröffentlichten Zuschrift an den Bundestag: „daß Preußen in diesem Entwurf diejenigen Bestimmungen wieder erkenne, die es zum Heile Deutschlands gefordert und zu denen es sich in jenen Punktationen ausdrücklich verpflichtet habe; es werde bei denselben unwegerlich beharren.“ Völlig in demselben Geiste ist die Erklärung des Königlichen Gesandten vom 2. April, mit dem Bemerken, daß in dieser Erklärung des Ständen nicht blos die verfassungsmäßiger Beruf, sondern auch, daß sein sie gewiß, der Wille des Volkes zur Seite stehe: „Mit dem Vertrauen, daß in diesen und den übrigen Erklärungen Preußens, sowohl der Regierung wie der Stände und der jetzigen konstituirenden Versammlung, alles enthalten ist, was das Zukunft Deutschlands fordert und daß dieses Grundlagen, die das mächtige Preußen, den kleinen Staaten mit preiswürdigem Sinn-theil voranfgehend, gewährt und gefordert hat, eine dauernde, starke, ruhmreiche Einheit des Vaterlandes aufrebant werden könne, ist der Verfassungsausschuß daran gegangen, den Theil der Verfassungsurkunde, der die Befugniß der bundesstaatlichen oder Reichsorganen den Einzelstaaten gegenüber umfassen wird, zu bearbeiten. Der vorgelegte Entwurf, eben seiner ungeistig veröffentlichte, erscheint theilweise so wichtig, namentlich schon deswegen in Betreff des Reichsgewesen Bestimmungen zu enthalten, welche zur Herstellung einer wahrhaften Einheit nicht nothwendig, ja nicht einmal heilsam seien; wobei jedoch nicht übergangen werden mag, daß, sicherm Vernehmen nach, eben dieser Theil des Entwurfes auf Grundlage eines Gutachtens gemacht worden ist, welches einen ausgezeichneten preußischen General, denselben, der viele Jahre hindurch preußischen in der Bundesmilitärkommission war und bekanntlich das besondere Vertrauen seines Königs besitzt, zum Verfasser hat. In dem Verfassungsausschuß selbst empfand man diesseiten Bedenklichkeiten, die von vielen Seiten in der preußischen Armee geäußert werden; der Ausschuß hat deshalb den Reichsminister des Krieges ein, seinen Sitzungen beizuwohnen und einen Entwurf in Betreff des Kriegswesens vorzulegen, welcher nach seiner Ansicht des deutschen und namentlich des preußischen Heerwesen, das Interesse des Einzelnen mit dem des Bestehenden angemessen vereinigte. Man hat uns von diesem Entwurf mit großer Bestiedigung gesprochen; namentlich preußische Militärs versichern uns, daß mit demselben alles das getoben sei, was der armee Aufsoß geben könne. Und in der That am wenigsten das endlich gerinte Deutschland hat ein Interesse daran, das gerechte Zufriedensein der preußischen Heeres, das eben jetzt so glorreich gekämpft gesiegt hat und wieder kampfen wird, zu verletzen, sich den Geist dieses Heeres zu entfremden, welches wie kein anderes in Leutschland ein Volksheer ist; es wird zu stolz sein, um sich durch unwürdige Aeußerungen, welche gewisse Individuen in der Paulskirche zur eigenen Schande zu machen die Stirn haben, irgendwie beirren zu lassen; es wird wissen, daß wir mit ihm und durch es mit uns dieselbe Sache vertritt, dieselben Gegner bekampft, dasselbe Ziel erstrebt, das der Freiheit, Einheit und Hoheit des deutschen Vaterlandes, dasselbe Ziel, für das 1813 die Jugend Preußens die Waffen ergriff. Vor allem sei Preußen eingedenk, wie eben jetzt in Wien das deutsche Oesterreich dem stavischen zu erliegen in Gefahr ist, und daß Deutschland in den Gefahren, die ihm drohen von Osten und Westen, nur Einen Halt hat, die Kraft Preußens stutzen muß; es ist gewiß, daß das dankbare Vaterland wissen wird, welche Stelle dem Staate der 16 Millionen, der unsere Marken im Osten und Westen zu schützen hat, in dem künftigen Reiche gebührt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Die „Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung“ vom 1. August bezeichnet nun selbst die von ihr am 29. Juli ganz wunderlichen Angaben über die wahrscheinliche Besetzung der Reichsministerien (siehe Meine Münchener Zeitung vom 2. August) „aus guter Quelle“ als theils unbegründet, theils vorreilig, mit dem Beifügen, daß über die Besandtschaften dagegen sicher Weise jede Vermuthung noch weit mehr eine gewagte sei.

Frankfurt, 29. Juli. In den erkennlichen Erscheinungen der letzten Tage gedeiht die völlige Mißstimmung, welche die bisherigen Führer des äußersten Linken in Folge ihrer unsinnigen Sympathien für Italien in ihrer eigenen Partei gefallen sind. Diese Partei hält ihre regelmäßigen Zusammenkünfte im „Deutschen Hause“. Vorgestern Abend kam das Verhalten der Abgeordneten in Bezug auf die Posener Frage zur Sprache, und Robert Blum, ergrimmt über die Rede, welche Dr. Jordan von Berlin (es besteben sich nicht weniger als vier Abgeordnete dieses Namens auf dem Reichstag) zu Gunsten der Deutschgesinnten gehalten, trug auf dessen Ausschluß aus dem Vereine an, mußte aber das Leid erleben, daß die Versammlung nicht nur nicht darauf einging, sondern ungelehrt sich gegen Blum's Oberhaupt entschied und ihn, den Antragsteller, selber ausschloß. Je zu sich nun mit Noge zusammen gethan, der schon seit langerer Zeit ein Klübchen von einem halben Dutzend Kosmopoliten um sich versammelt hat und, wie man versichert, mit den hier befindlichen polnischen und französischen Agenten auf dem freundschaftlichsten Fuße lebt.

Frankfurt, 30. Juli. Zur Feier der Siege, welche die deutschen Waffen in Italien errungen haben, wird für Sonntag dieser Woche in der Mainstadt ein Fest vorbereitet, an welchem Nichtdasmitglieder von allen politischen Farben Antheil nehmen werden, und wozu außerdem Offiziere aus den ringsum befindlichen Garnisonen, Preußen und Oesterreicher aus Mainz, Nassauer aus Wiesbaden, Kurhessen aus Hanau, rheinische Hessen aus Darmstadt und Offenbach, Badener aus Mannheim und Bayern aus Aschaffenburg geladen werden sollen. Theilnehmer aus entfernter gelegenen Garnisonen werden nicht minder willkommen sein, falls sie die nöthige Zeit zu erubrigen wissen, um bei diesem Siegs- und Verbrüderungsfest erscheinen zu können, welchem zugleich auch die Absicht zu Grunde liegt, dem Waffenfund eine Genugthuung für die zahllosen Verunglimpfungen zu bieten, welche ihm fast täglich von Seite der Anarchisten zu Theil werden. (Karlr. Z.)

Bayern. Regensburg, 31. Juli, Nachmittags 4 Uhr. Ein eben nach Frankfurt durchreisender Kurier bringt die Nachricht, daß der Erzherzog-Reichsverweser mit Gemahlin morgen Abends auf seiner Reise nach Frankfurt hier eintreffen werde. (Regenob. Z.)

Aus der Pfalz, 30. Juli. Das bisher zu Germersheim in Garnison gewesene zweite Jägerbataillon wird mit 2 Stud Geschütz nach Speyer verlegt, wogegen das in Speyer liegende Bataillon des 12. Regiments in seine frühere Garnison Würzburg zurückkehrt. (A. v. d. P.)

Schleswig-Holstein. — Das „Kieler Corr.-Bl.“ schreibt: „Wie präzise die Stellung der Waffenstillstands-Bedingungen die Dänen zu Werke gehen, wird leicht klar aus folgender Mittheilung, welche uns aus geachteter Quelle zugekommen ist. Bekanntlich war eine der dunkeln Waffenstillstands-Bedingungen, daß während desselben die holsteinischen Soldaten in Holstein, die schleswigschen in schleswig verbleiben sollten. Der Graf Brandis hat bereits einen Befehl an unsere Armee nach den geborenen Schleswigern. Einem höhern preußischen Offizier scheint indeß die Sache bedenklich und als auf seine Veranlassung auf eine präzise Interpretation dieser Bedingung gedrungen wird, kommt es denn zu Tage: daß die Dänen der Meinung waren, sie wollten ihre, in der dänischen Armee befindlichen und zu dieser gehörigen sogenannten schleswigschen Bataillone nach Rendsburg schicken, welche ihnen allerdings von Schleswig aus rekrutirt wurden, jetzt aber natürlich größtentheils aus Dänen bestehen und von dänischen Offizieren kommandirt werden, in Schleswig stationiren! Die Folge dieser Bedingung wäre also die vollständige Wiederbesetzung Schleswigs durch die Dänen geworden und letztere hatten, obwohl besiegt, durch diesen Waffenstillstand das Resultat bekommen, als durch die Erfolge von 9. April, wo sie Sieger waren.

Altona, 29 Juli. Unsere Stände-Mitglieder haben zu einem Ehrendegen für den Major von der Tann, Führer des 2. Freikorps, 400 Thlr. beigetragen. Das Freikorps mußte hauptsächlich wegen der eingetretenen Spannung zwischen dem Korps und den preußischen Truppen aufgelöst werden. Von dem Kriegsschauplatz selbst war weiter nichts, als daß die dänischen Kriegsschiffe in unsern Küsten erschienen und die Südte beschossen. Bei Eckernförde hat das dänische Kriegsdampfboot Aegir mit Kartätschen einen am Ufer stehenden Privatmann erschossen. — Aus Weile dem dänischen Hauptquartiere) wird gemeldet, daß der General Hedemann am 24. eine Heerschau über seine Truppen gehalten hatte, der auch der schwedische Oberst Fahr. Kronprinz beiwohnte. Am Kammerherr Bille war an demselben Tage im Hauptquartier angekommen und der Kriegsminister wurde im Laufe des Tages erwartet. Gleich nach dem Eingang der Nachricht vom Abbruch der Waffenstillstands-Unterhandlungen in Kopenhagen, ging Hr. v. Hardon, Adjutant des dänischen Kriegsministers, mit dem Dampfboote „Rob Roy“ über London nach Paris. — Auch in Reval und Petersburg ist man sehr ausgebracht über das russische Geschwader im Sund, welches 2 Linienschiffe und 2 Fregatten, kreuzt in den schwedischen Gewässern. — Aus Schweden meldet man, daß trotz der Quarantäne die Cholera dort eingedrungen ist, und bereits in Stockholm, in dem Innern des Landes, in Finnland und Aaland, und zwar mit bösartigem Charakter, sich verbreitet. Die Quarantäne-Maßregeln hatten Handel und Verkehr noch mehr gehemmt. (Spen. Z.)

Italienische Fürstenthümer. Dresden, 29. Juli. Die Regierung hat in den letzten Tagen zwei Requisitionen aus Gera empfangen, welche um Unterstützung gegen die mit Aufruhr drohenden Bauern baten. In Folge Dessen sind Staatsminister Oberländer und General Buttlar nach Gera geeilt, um sich persönlich von dem Stande der Dinge zu überzeugen. (D. Z.)

Stuttgart, 29. Juli. Heute haben wir hier Stuttgarden. Eine Deputation wurde mit mehreren Forderungen des Volks, wie solche in fast sämmtlichen deutschen Staaten gestellt und gewährt wurden, an den Fürsten abgeschickt, der sie jedoch ziemlich unfreundlich empfing und sich mehrerer Ausdrücke bedient haben soll, welche die Deputationsmitglieder verletzen. In dem versammelten Volk zurückgekehrt, gerieth dieses darüber in nicht geringe Erbitterung, die jedoch die Stuttgarden des Aufstandes nicht überfiel. Es ward vielmehr in ganz parlamentarischer Ordnung hierüber verhandelt. Ein darauf gestellter Antrag, daß man sofort durch eine verstärkte Deputation den Fürsten seine Wünsche vortragen solle, ward förmlich zur Unterstützung gebracht und angenommen. Eben so ein zweiter, daß man von

dem Fürsten eine Ehrenerklärung verlangen sollte. Diese Beschlüsse wurden alsbald zur Ausführung gebracht und hatten diesmal, wie wir hören, einen bessern Erfolg. Die Gewährung der Wünsche soll zugesichert worden sein. Bezweifelnd ist es gewiß, daß der Fürst eine schriftliche Ehrenerklärung wegen der ersten beleidigenden Entlassung der Deputation gegeben hat. (Dr. Z.)

Z. Limburg. * Aus dem Limburgischen, 29. Juli. Jeder Zweifel über den Zweck der Sendung des Kultusministers Lichtenvelt nach Mästricht ist verschwunden. Er ist als außerordentlicher Kommissär dem Gouverneur für die Angelegenheiten des Herzogthums beigegeben, und arbeitet bereits eifrig mit den Behörden. Folgendes ist eine Proklamation des Gouverneurs, erlassen in Folge der von Hrn. Lichtenvelt überbrachten Instruktionen: „Der Gouverneur des Herzogthums Limburg theilt den einwohnern dieser Provinz, den Beschluß die er von der Zentralregierung erhalten hat gemäß, mit: „daß ein von der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am 19. Juli 1848 gefaßter Beschluß diese Personen glauben zu machen scheint, als sei die Trennung des Herzogthums von den Niederlanden eine angenommene und anerkannte Thatsache; daß eine derartige Idee eine Störung der Ruhe, so wie eine Mißdeutung der gesetzlichen Autorität zur Folge haben kann, daß S. Maj. der König der Niederlande verbunden ist durch das Grundgesetz sowohl als durch seinen Eid und durch die Verträge, Limburg den Gesetzen des Landes gemäß zu regieren und die Unverletzlichkeit des Gebiets des Königreichs aufrecht zu erhalten; daß die gesetzliche Stellung Limburgs, welche bereits seit Saufenmanbefe gestanden Jahren besteht, und welche allenthalben anerkannt ist, nur mit der Zustimmung des Königs und der Generalstaaten der gesetzgebenden Gewalt aufgehoben werden darf und kann." — Limburger! Aus dieser Sachlage geht hervor, daß die gesetzliche Autorität des Königs respektirt werden und bleiben muß. Verhaltet euch deßhalb ruhig, unterwerft euch der Ordnung und dem Gesetze. Euer wohlverstandenes Interesse und Limburgs Wohl erheischen dies. Unruhen und Gewalt haben noch nie das Glück eines Landes oder einer Stadt begründet, sondern immer zum Verderben und zu unglücklicher Uebersiedlung geführt. Ordnet daher in ruhiger Fassung und Haltung, den Blick auf die bestehenden Verträge gerichtet, die Zukunft geregelt werde durch die hohen Parteien, und seid alle bereit, euch jedem gewaltsamen Angriff entgegenzustellen, welchem Personen, Eigenthum, oder die gesetzlichen Autoritäten ausgesetzt sein sollten. Unser Beobachtung der strengsten Kriegszucht wird die Mißbrauch der Staaten jeden Brach der Ordnung und der Ruhe sonst zu Grunde richtet die gesetzliche Autorität energisch zu unterdrücken wissen. Ihre Aufgabe besteht nicht darin, den Krieg in diese Gegend zu bringen, sondern einzig die Achtung vor dem Gesetze aufrecht zu erhalten und die Sicherheit für alle zu schützen. Und damit Niemand in Unkenntniß sei, von dem was er wissen muß, verordnen wir, daß Gegenwärtiges, gedruckt in Form eines Plakates in allen Städten und Gemeinden des Königreichs durch die lokal-Verwaltungen angeschlagen und daß es alsbald nach dem Empfang, sowie den darauffolgenden Sonntag öffentlich verlesen werde. Mästricht, 28. Juli 1848.

E. van Meerwen.

Preußen. Berlin, 30. Juli. Die Frage über das Verhältniß Preußens zu Deutschland, die in den letzten Tagen in Folge des bekannten Erlasses des Reichsverwesers in alle Gemüther aufgeregt hat auch im konstitutionellen Klub ihr Echo gefunden. Die letzte Sitzung war ganz dieser Frage gewidmet. Es handelte sich um eine von Herrn Raub beantragte Proklamation, in welcher der Klub gegen die, der Frankfurter Versammlung immer feindlicher werdende, Stimmung Opposition machen sollte. Die misten Redner (v. Saldati, Prus, Cauer, Jrersey, v. Berg, Reichen, Koch und Stein) traten sich in entschieden deutschem Sinne aus. Verkannte man auch nicht die geringe Klugheit, mit der die verlangte Huldigung des Mißtrags eingeleitet sei, so machte man doch andererseits auch darauf aufmerksam, daß eine bloße Anerkennung des Reichsverwesers die Selbstständigkeit des preußischen Heeres durchaus nicht gesichere. Man hob dagegen die Gefahren hervor, welche eine Opposition von Seiten Preußens für Deutschland und den Fürsten selbst haben würde, wie die deutsche Einheit mit der innern Freiheit Preußens aufs Engste zusammenhänge, wie die Gegner der preußischen Einheit meistens zugleich Gegner der Demokratie seien. Eine Mittheilung aus der jüngst erschienenen Broschüre, deren Verf. Hr. v. Griesheim sein soll, verstärkte noch den Eindruck dieser Reden; der Klub beschloß, eine Proklamation in dem eben angegebenen Sinne zu erlassen, und lud zu deren Berathung zu einer am Sonntag Nachmittag 3 Uhr vor dem Schönhauser Thore abzuhaltenden Volksversammlung einzuladen. Die Proklamation war gestern Nachmittag an den Straßenecken zu lesen. (Sp Ztg.)

Berlin, 30. Juli. Des Königs Majestät haben wegen Errichtung der provinziellen Zentralgewalt in Deutschland, zu welcher Se. kais. Hoh. der Erzherzog Johann von Oesterreich durch Ernennung zum Reichsverweser berufen worden, den nachfolgenden Armeebefehl erlassen: „Armeebefehl. Zur Kräftigung der Einheit des gemeinsamen Vaterlandes ist die Führung der deutschen Zentralangelegenheiten einem Reichsverweser anvertraut worden. Ich habe Mich für die Wahl Sr. Kaiserl. Königl. Hoheit des Erzherzogs Johann ausgesprochen, nicht nur, weil dieser Fürst Mein persönlicher Freund ist, sondern auch weil er in Krieg und Frieden einen glorreichen Namen erworben hat. In ihm wird, daß die Kraft Deutschlands zugleich seine eigene ist. Preußen weiß, wie sehr Deutschland der erprobten Tapferkeit der preußischen Truppen vertraut. Es weiß, daß die Geschicke Deutschlands wesentlich auch auf seinem treuen Schwert beruhen. Für alle gemeinsamen Zwecke Deutschlands wird es daher aufrichtig seine Ehre darein setzen, den Frieden, die Freiheit und die Unabhängigkeit der deutschen Nation durch seine Armee mit allen deutschen Brüdern nachdrücklich zu schützen. Soldaten! Ueberall, wo preußische Truppen für die deutsche Sache einzutreten und nach Meinem Befehl Sr. Kaiserl. königl. Hoheit dem Reichsverweser sich unterzuordnen haben, werdet Ihr den Ruhm preußischer Tapferkeit und Disziplin treu bewahren, Ehrgeiz bewähren. Berkenne, den 29. Juli 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (gegengez.) Frdr. v. Schreckenstein." Die kommandirenden Generale sind beauftragt worden, diesen Befehl den Truppen bekannt zu machen. (St.-A.)

— Das bewaffnete Studenten-Korps will die Schloßwache foltan nicht mehr beziehen, während der nun einrretenden Herbstferien die Waffen niederlegen und sie bis zum Beginn des Wintersemesters (1. November) in der Universität aufbewahren lassen. Auch soll, wie bereits entschieden haben wird, ob die sitzenden Korps übersyanz aufgelöst werden, der noch fortbestehen sollen. — Seit Kurzem befindet sich außerhalb des Gitters, am Eingange zur Universität, ein schwarzes Brett der Berliner Studenten mit Anzeigen, welche zear allein betreffen. Der Rektor hat nämlich jetzt das Hausrecht gebraucht und will Anschläge der Studenten, ohne seine Unterschrift, im Universitäts-Gebäude nicht länger dulden. (Sp. Ztg.)

Oesterreich. Wien, 31. Juli. S. k. Hoh. der Erzherzog Johann ist bereits wieder nach Frankfurt abgereist, um seinen bisherigen Aufenthalt dort als Reichsverweser zu nehmen. Zugleich hat er sein Amt als Stellvertreter Sr. Maj. für vollbracht erklärt Um nunmehr die fortwährende Verbindung mit dem konstitutionellen Monarchen zur Ausübung der Regierungsgeschäfte zu unterhalten, hat der Ministerrath beschlossen, den Minister des Aeußern, den Hrn. Baron von Wessenberg, mit dem Antrage hierher zu schicken — Se. kais. Hoh. der Erzherzog Reichsverweser hat vor seiner Abreise noch die folgenden Abschiedsworte „an die Bewohner Wiens" gerichtet: „In der Stunde des Scheidens aus Eurer Mitte, in dem Augenblicke, wo eine naahweichende Pflicht mich an den Antritt meines Amtes als deutscher Reichsverweser mahnet, ist es meines Herzens dringendes Bedürfniß, einige Worte der Liebe an Euch zu richten. Mehrmal von Allen meinen liefgefühlten Dank für die herzliche Anerkennung und das schöne Vertrauen, welches Ihr mir schon so oft bewiesen; übertrugt diesen Vertrauen nun an den verfassungs- und gesetzgebenden Reichstag, vertraut auf den redlichen Willen und die feste Gesinnung des Ministeriums, welches die Aufgabe der Vermittlung zwischen Thron und Volk mit den Vertretern desselben theilt; fahret fort, mit ruhmlichem Eifer Ordnung, Sicherheit und Gesetzlichkeit zu wahren; bewahret der Stadt, bei der Oesterreicher das neue, kräftige Bewußtsein der Freiheit mit der alten Liebe und Treue zu seinem Kaiser zu vereinen weiß. Wenn gleich mein Herz für das große deutsche Vaterland erglüht, so werde ich doch stets an der geliebten Heimath hangen, und auch in meinem neuen Berufe nie aufhören, für das mir theuere Oesterreich und für Euer Wohl zu wirken, so viel in meiner Macht liegt.

Erzherzog Johann, mpr.

Oesterreichische Monarchie.

Verona, 28. Juli. Am 24. erschien bei Sommacampagna ein feindliches abgeschwärmtes Korps, welches auf 9000 M. nebst vielen Geschützen angegeben wurde. Demselben stellte sich die Brigade Simbschen entgegen, was so entschlossen und mit solcher Energie der Kampf geführt wurde, glücklicher war das Ende. Das Reg. Prinz Emil wurde dem Beginne des Kampfes durch die Ueberzahl überwältigt und kam in einzelnen Abtheilungen hier an. Dies geschah Morgens. Durch nachrückende Verstärkung unterstützt, erneuerten aber andere Truppen den Feind aus seiner günstigen, theilweis verschanzten Stellung. Am 25. passirte eine Abtheilung österreichischer Ulanen mit einer Kanone um 10 Uhr Nachts zu verfolgen. Von ihnen, so wie den Operationen des Fld.-Marsch.-Lieut. v. Welden ist noch nichts bekannt. Auf diese Art beschränkt sich der Krieg nur auf lombardischen Boden, die venetianischen Provinzen mit Ausnahme Venedigs und Chioggias sind sämmtlich von kais. Truppen besetzt. Kanna hatte sich in Verona am 24. die Nachricht von dem anscheinend ungünstigen Gefechte hinterbracht, der kais. Truppen. Sogleich waren an den Straßenecken geschriebene Aufforderungen lesen: „den Augenblick zu benützen um die Barbaren, Räuber und Plünderer zu vertreiben." Eskiveas auf Karl Albert und Pio IX. fehlten natürlicherweise nicht. Dieses Faktum schreibt in Verbindung mit einem anderen vor wenig Tagen entdeckten zu sehen. Es wurden nämlich durch die Militärbehörde ein paimont. Major als Spion festgenommen, bei dessen Verhaftung geheimere Aufforderungen, Brandbriefe u. dgl. entdeckt, die über ihre Stadung, die bereits übergenommene Revolution zu leiten, nicht zweifeln ließ. — Am 25. Abends erschienen an der Porta S. Giorgio die kais. Truppen mit Geschütze und Bagage (eine welche das linke Etschufer besetzt hatten) ein Zeichen, daß die Stellung von Rivoli vom Feinde, gezwungen durch die Operationen des Erbprinz Jobst von Hessen hier, geräumt worden. Ein spricht von rühmlicher Waffenthat am Kampfe jenes Tages von Seite der Kaiserjäger und Tyroler Schützen. Heute Abend um 7 Uhr marschirte über Bilafranca ein starkes Gränzerbataillon aus und ein anderes vom Reg. Prinz Emil, demselben, welches am letzten Montag ein so unglückliches Schicksal hatte. Es eben erfährt man, daß der General Simbschen mit dem Rest seiner Brigade von 3 Bataillonen, welche man am letzten Montag für verloren glaubte, sich durch den Feind eine Straße geöffnet, sich mit dem Corps des Marschalls verbunden und am darauffolgenden den Valeggio siegreich gegen den Feind gekämpft habe. Der verlorene geglaubte Obrist des Reg. Prinz Emil ist nur verwundet und befindet sich gegenwärtig hier. (Tyr. Bote.)

Spanien.

* Madrid, 23. Juli. Die Königin befindet sich viel besser und hat aus den Händen des päpstlichen Nuntius dessen Beglaubigungsschreiben entgegen genommen. Man glaubt, sie werde noch der ganzen Monat in La Granja bleiben. — Die Karlistenbanden in Navarra sind verschwunden, die in ihrer Verfolgung ausgerückten Truppen rücken bereits wieder in ihre Garnisonen ein. Zu Katalonien haben die Banden in der Nähe von Cervera wieder einmal die Mullepost von Madrid überfallen und die ganze nach Barcelona bestimmte Korrespondenz geraubt und verbrannt.

Rußland und Polen.

Ueber die in Petersburg vor einigen Wochen stattgefundenen, aber bald an der Wachsamkeit der von Spionen unterstützten russischen Behörde gescheiterten Versuche einer Revolution, erhalten wir nachträglich von einem, mit jener Hauptlast in enge Verbindung Bestandenen Major Kaufmann folgende Mittheilung: Der einzige Sohn des ehemaligen Gubernial-Raths v. Stanislawski zu Wlodzimirz im Königreich Polen, hatte sich bei der polnischen Schilderhebung von 1846 sehr thätel betheiligt, war aber nach Unterdrückung derselben den besonders nach ihm, als Sohn eines russischen Beamten, spähenden Augen der russischen Regierung glücklich entschwunden. — Vor Beginn des Polnischen Aufstandes soll sich nun der junge Mann mehrmals in der Nähe seiner Heimath gezeigt und seine Angeber es verrathen haben, daß er sowohl von seinem greisen Vater, als seiner Schwester in einem nahe gelegenen Walde öfters besucht und von ihnen mit den nöthigen Lebensbedurfnissen versehen worden sei. Der junge Stanislawski entkam zwar glücklich, allein der greise Vater mußte mit seiner Tochter, nach Ueberstehung einer Körperstrafe von etlichen hundert Hieben nach Sibirien wandern und sein Vermögen der Regierung preisgeben. Erstern soll es bei seiner Kenntniß der russischen Sprache gelungen sein, heimlich bis Petersburg zu kommen und bei dort anfänglichen Landsleuten einen sichern Zufluchtsort zu finden. — Aus der geführten Untersuchung ergibt sich, daß nicht weniger als 1400 entschlossene junge Männer sich allmalig mit Stanislawski verbunden hatten, den Kaiser fortwährend zu beobachten, um ihn bei günstiger Gelegenheit lebend zu fangen und die von ihm so anzählige Mal versuchte Kautenstreff an ihm selbst in Ausführung zu bringen. Da sich Mitglieder der höchsten russischen Familien bei diesem Komplotte betheiligt hatten, so war die Ausführung die es Attentats gegen den Kaiser, sowie eine, bei der in Petersburg schon längst herrschenden Gährung und Unzufriedenheit — gänzliche Umwälzung der Regierungsform nicht unwahrscheinlich. Bei Gelegenheit eines zu veranstaltenden Feuers zur Nachtzeit, wobei der Kaiser, wenn er sich in Petersburg befindet, sich stets mit weniger Begleitung auf den Schauplatz des Unglücks zu begeben pflegt, sollte das Vorhaben ausgeführt werden; zu seinem Glücke wurde dasselbe noch zeitig genug verrathen, aber schon zu spät, um des Rädelsführers Stanislawski und seiner Hauptmitverschworenen habhaft zu werden, die sich bei Annaherung des Verrathes augenblicklich flüchteten. Es sollen über 7000 Personen aus den höchsten Familien dabei kompromittirt, aber nicht dieselben überführende Beweise vorhanden sein, um sie strafbarlich zu finden. Auf die Verhaftung Stanislawski's, der noch einen Brief mit Drohungen an den Kaiser gesandt haben soll, steht eine Belohnung von 10,000 Silberrubel ausgesetzt bisher aber ganz vergeblich. (Brest. Z)

* Die neueste Pariser und Londoner Post war noch beim Schlusse dieses Blattes noch nicht zugekommen. Wir hoffen, dieselbe noch diesen Morgen zeitig genug zu erhalten, um in unserer heutigen Beilage diesen Nachmittag das Wichtigste daraus unsern Lesern mittheilen zu können.

J. W. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 3. August: „Die Capulets und Montagues", Oper von Bellini.

Freitag, 4. August: „Die Schlesmig-Holsteiner", Schauspiel von P. D. v. Wildenbruch.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Fürstin Borclay und Frau v. Steinthim, aus Livland. Tenera, Bankondukteur von Landshut. Stodvart aus Hamburg, Kaufers von London.

Gold. Hirsch, Graf v. Pahlen, aus Rußland. Weinberg, Kaufmann von Berlin.

Hotel Munich. Marquis Unisy, Rentier von Paris. Hyde, Bankalier von Dublin. Krankenpaker, Gutsbesitzer von Rottenburg.

Gold. Hahn. Baron v. Wessenach, Major von Augsburg. Wacker, Apotheker von Pappenheim. v. Dörff, Arzt von Coburg.

Blaue Traube. Kloß, Diakonus von Dessau. Baron v. Schäpler, von Augsburg. v. Tannstein, Hauptmann von Straßburg. Rennstad, Accessist von Würzburg. Dr. Strehler, Gerichtsarzt von Mallersdorf.

Stachusgarten. Tafel, Professor von Tübingen. Beste, Regimentstambour von Lindau. Schmidt, Privatier von Nürnberg. Roth, Pfarrer von Wallershausen. Lampart, Bachhalter von Augsburg.

Getraute in München.

Die Herren: Johann Leonhard Bingel, bürgerl. Schuhmachermeister dahier, mit Maria Anna Kreuß, Schullehrerstochter von Thierhaupten. Joseph Lang, Maurer dahier, mit Josepha Franziska Kurz, Stadtgerichtsdienerstochter v. d. Joseph Xaver Rupper, Bürgerl. Lebzelter dahier, mit Veronika Wismann, Wirthstochter von Oberroth, Lbgr. Dachau. Joseph Xaver Ludwig Kaspar Karl Georg Schickel, Landschaftsmaler dahier, mit Emerentia Magdalena Zeitler, Musikl. lehrerstochter v. d. Georg Wechmann, Königl. Postlehrerstochter v. d. Georg Wechmann, Königl. Postexpeditions- und Eisenbahn-Kanzlist dahier, mit Anna Ursula Krämer, Getreidmesserstochter von Nürnberg. Adalbert Rinterer, bürgerl. Hofbadtkämmer dahier, mit Barbara Amann, Brauereibesitzerstochter von Rerm-dorf. Johann Georg Langjut, Kaufmann und Bürgermeister zu Herrsdorf, Mitglied der dasig. Kammer der Abgeordneten, mit Maria Margaretha Hensel, Oekonomie- und Schuhmacherwitwe-Tochter von Peterzell heim

Auswärts Getraute.

Zu Augsburg: Hr. Georg Ludwig Karl Grebich, General-Zollamtsassistanz-Assessor dahier, mit Katharina Dorothea Sophia Seeberger, Kaufmannstochter von Hof.

Gestorbene in München.

Ursula Popp, Dienstmagd v. d., 26 J. a. Anna Sieberer, Rottmeisterstochter v. d., 30 J. a. Sebastian Zeller, Tischlergesell von Fraunhofen, Verehlichtenrichts Amtsbezirk, 24 J. a. Waldburga Eisenschmid, Weinmeisterstochter von Oberroth, 59 J. a. Joseph Wertl, Kaminkehrergesell v. d., 46 J. a.

Bekanntmachung.

51. Die öffentliche Jahresprüfung der Beteiligten lernen wird am 9. die Zinalprüfung der abgelernten Lehrlinge am 10. d. Mts — beide jedesmal von 9 bis 1 Uhr — abgehalten, und das Unterrichtsjahr mit der Preisvertheilung am 11. d. Mts um 11 Uhr geschlossen werden.

Zu diesen Verhandlungen laden vorschriftsmäßig ein

München, den 1. August 1848.

die

Königl. bayer. Zentral-Veterinärschule.

53. Wir glauben das Publikum aufmerksam machen zu dürfen, daß Porträte Ihrer Majestäten des Königs Maximilian und der Königin Maria von Bayern in Galvanographie von L. Schöninger in Rehrei sind, und daß die Originale dazu (ganze Figur mit dem Königl. Orden) von dem nämlichen Künstler Allerhöchst selbst eigens angefertigt wurden. Es ist dieses Unternehmen um so erfreulicher und um so mehr zu empfehlen, als die bisher erschienenen Lithographien von Bildern, welche den Gegenstand bezeichnet, weniger gelungen sind, als wohl andere Arbeiten dieses Künstlers.

52. Zur Feier des 6. August, nächsten Sonntag Mittags 1 Uhr, gibt der Unterzeichnete in seinem neu dekorirten Saale ein Diner auf Subskription, das Couvert à fl. 1 12 kr., und ladet zur zahlreichen Theilnahme ergebenst ein

Friedr. Gnaehle,
zur „blauen Traube".

37. (3 b) Une administration de Paris demande pour une opération fort importante, qui doit produire de très bons résultats, et assurer un beau traitement, une ou deux personnes bien connues dans le pays.

S'adresser:
à M. M. **L. G. Magnant & Comp.**
8. Rue de Choiseul à Paris.
(Par lettres affranchies.)

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

X Frankfurt, 31. Juli. (Weiterer Bericht über die 51. Sitzung der Reichsversammlung.) Die Besprechung über die deutsche Kriegs- und Handelsflagge lautete wie folgt: 1) hinsichtlich der Kriegsflagge: a) dieselbe besteht aus drei gleich breiten, horizontallaufenden Streifen, oben schwarz, in der Mitte roth, unten gelb. Im Fluge der linken obern Ecke trägt sie das Reichswappen in einem viereckigen Felde, welches zwei Fünftel der Breite der Flagge zur Seite hat. b) Das Reichswappen zeigt in goldnem (gelbem) Felde den doppelten schwarzen Adler mit abgewendeten Köpfen, ausgeschlagenen rothen Zungen, und goldnen (gelben) Schnäbeln und dergleichen offenen Fängen. b) Jedes deutsche Kriegsschiff, welches nicht Admiralsflagge oder Commodors Stander führt, führt vom Top des großen Mastes einen Wimpel fliegen, derselbe ist roth, und zeigt am obern Ende den Reichsadler, wie oben beschrieben, in goldnem (gelbem) Felde. — 2) Hinsichtlich der Handelsflagge. a) Die deutsche Handelsflagge soll aus drei gleich breiten, horizontalen, schwarz, roth, gelben Streifen bestehen, wie die Kriegsflagge, jedoch mit dem Unterschied, daß sie nicht das Reichswappen trägt. b) Diese Flagge wird von allen deutschen Handelsschiffen als Nationalflagge ohne Unterschied geführt. Besondere Zeichen und sonstige Abzeichen der Einzelstaaten dürfen in dieselben nicht aufgenommen werden. Dabei soll es jedoch den Handelsschiffen frei stehen, neben der allgemeinen deutschen Reichsflagge auch die besondere Landes- oder eine örtliche Flagge zu zeigen. Weitere Bestimmungen über die Größe der Flaggen, über die Unterschiede in den von verschiedenen Oberbehörden zu führenden Flaggen, so wie über die Anordnung sonstiger Flaggen z. B. beim Besuche fremder Häfen, bleiben vorbehalten. — Gegenwärtiges Gesetz wird der provisorischen Centralgewalt zur Ausführung überwiesen." Blos zwei Punkte dieses Gesetzes fanden Widerspruch und zwar hauptsächlich von der linken Seite des Hauses, die zahm Anstoß am Doppeladler, weil er an das alte Reich erinnere, und an der Bestimmung, daß die Handelsschiffe neben der Reichsflagge noch eine andere zeigen dürften. Bei der Abstimmung blieb sie aber stark in der Minderheit.

V Frankfurt, 1. August. (52. Sitzung der Reichsversammlung.) Es werden mehrere Petitionen ohne Diskussion durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, darunter eine verschiedener Einwohner aus Fürth, die Answeisung des Literaten Diezel betreffend. — Zur Verhandlung kommt §. 6 der Grundrechte, der lautet wie folgt: Alle Deutschen sind gleich vor dem Gesetze. Standesvorrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. Die Wehrpflicht ist für alle gleich. — Hiezu wurden eine Menge Aenderungsanträge eingebracht, von denen eine, welche gänzliche Beseitigung des Adels und der Ordensritter, so wie allgemeines Waffenrecht verlangen, zu lebhaften Erörterungen Anlaß geben, jedoch wenig neues licht auf den Gegenstand werfen. Sämmtliche Redner, welche für und wider auftraten, weniger Mitglieder der äußersten Linken und einige aus fernen Kreisen der Bourgeoisie, welche sich allen Ernstes einbildet, das Scepter politischer Allgemeinheit sei nun an sie gekommen, ergingen sich nach Herzenslust in abgedroschenen Floskeln gegen den Adel, wenn sie alles Unglück der Welt in die Schuhe zu schütten trachteten, während den Berichterstatter des Ausschußantrages einfach bemerkten, es handle sich hier nicht um Erfindung von Prinzipien, nicht um Befreiung von allgemeinen Bürgerpflichten, denn alle Vorrechte sollen abgeschafft werden, es handle sich blos um ideale, seinen Besitzern verliehene Ehrentitel, welche man als geschichtliche Familienerinnerungen dem Adel nicht rauben könne, weil sie ihm so theilig seien, als dem Bürger oder Bauer seine Grundstücke. — Namentlich war es der alte Arndt, der vor dem Unwesen der französischen Gleichmacherei warnte und ausführte, daß Mannichfaltigkeit das Lebenselement der deutschen Nation sei und ewig bleiben werde. Auch Fürst Lichnowsky sprach sehr gut vom Verschiedensein der Genossenheit und ähnlicher ihre Minderzahl bedrückender Vorrechte sei keine Rede, aber um Namen, um Titel und damit um seine Geschichte werte sich keiner seiner Standes bringen lassen; dieser adel werde alle Dekrete des Reichstags überdauern, so gut wie der französische die des Convents. (Fortsetzung der Berathung morgen.)

Volksversammlung in Heidelberg.

Heidelberg, 30. Juli. Wieder einmal eine Volksversammlung im Hof des Heidelberger Schlosses, deren Charakter ich vor vorne herein zur Genüge bezeichne, wenn ich sage, daß sie von „Bater" Winter veranstaltet war und geleitet wurde. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einer Rede in dem bekannten erlogenen trauerigen Tone, durch den überhaupt, und die mit der heutigen schlecht, daß die Versammelten das Bedürfniß empfanden, „in man könnte beinahe sagen, eine Ehre" haben wurden, mehrere Redner der Linken der Reichsversammlung auftreten zu sehen und hören. Als der erste der angekündigten Parlamentsredner erschien Hr. Jürgens, worüber er von Winter mit der Versicherung vorgestellt, daß er — in alter Freund und Gesinnungsgenosse von Mathy sei, — eine Bezeichnung, in deren Richtigkeit Diejenigen noch einige Zweifel setzen dürften, welche jenen gewissen Entwurfe einer Reichsverfassung erinnern, welcher vor vier Monaten mit der Namensunterschrift des Hrn. Jagen erschien, und der bei seiner gänzlichen Rücksichtslosenheit auf die Stubenhocker es nicht gerade ganz und gar demokratisch tunkt. Hr. Jagen sprach in prächtigen Worten; Freiheit und Einheit, Einheit und Freiheit, freie Einheit, einige Freiheit war das Ziel und das Ende des Strebens. Er, wie die übrigens einen sehr geringen Anklang unter den Zuhörern fand, und von der es manchem der Anwesenden heimen mochte, als habe er sie schon zu hundert Malen gehört. Der Vortrag von Hrn. Hagen hatte äußerst glückliche Wendungen, wie zum Beispiel diese hier: „Ja, meine Freunde, ich gehöre zu der Minderheit der Reichsversammlung, und wenn die Mehrheit ihren Willen nicht durchsetzt, so ist das die Schuld der Verhältnisse, — ein rednerisches Effektstück, welches die erheiternste Wirkung auf die Zuhörerschaft hervorbrachte. Robert Blum wird von Winter mit den bibliſchen Worten vorgestellt: „Dies ist mein lieber Sohn, an dem ich Wohlgefallen habe." Im Verlauf seiner Rede, die sich in Prahlingereien in den bekannten Schlagwörtern bewegt, und worin er auf Mathy anspielt, der die Volkssache verlassen und verrathen habe, ruft Jemand: „Perrat Mathy," und darauf Winter's wirklicher Sohn, der Buchhandler, mit starker Stimme: „Mathy hoch." In Folge dessen wird er aus der Versammlung hinausgepaukt. Nach dieser „Unterbrechung," wobei Blum Anstands halber, aber vergeblich, an die Freiheit, Jedem seine Meinung zu lassen, erinnert, führt der Redner weiter fort. Immer derselbe Paukenton, dieselbe Hohlheit. Den Bombast und die dröhnende Stimme, welche dem intellektuellen Pöbel für Beredtsamkeit gelten, würde ich dem Hrn. Blum eben so gern hingehen lassen, als ich ihm von Herzen die Popularität gönne, welche ihn als eine rednerischen Leistungen belohnt. Wenn Hr. Blum sich aber herunterläßt, mit der sich Jeder herausnimmt, über die in der Paulskirche versammelte Nation wegen des in Bezug auf Posen gefaßten Beschlusses ein Pfui! auszusprechen, so ist das eine Schamlosigkeit, deren nur eine niedrige Gesinnung fähig ist. Dann nahm Herr v. Trützschler das Wort, um, wie er sagt, für den Freiden zu sprechen, und der Versammlung zu versichern zu geben, daß es im Fall des Krieges mit Frankreich die Pflicht eines jeden guten Deutschen sei, auf die Seite der Franzosen zu schlagen. Vergeben wir Hrn. Trützschler, dem er weiß nicht, was er sagt und thut; er ist ein Fanatiker, dessen Fanatismus ein so Grad erreicht hat, wo die Verantwortlichkeit, ich will sagen die Zurechnungsfähigkeit, aufhört. Was von Hrn. Schlosser sagen, der Hrn. Trützschler folgte? Nur ein Wort: er warf sich zum Posterredner der Versammlung auf, und spielte die Rolle des mit dem natürlichen Anstande, als ob sie ihm angeboren wäre, und mit dem besten Erfolge. Schlosser ist eine posterliche Figur, ähnlich dem englischen „Punch." Der Redner rühmt unter Anderm den Meinungsdespotismus, welcher geherrscht haben soll. Daß wir Ordnung im Staate des verehrten Vater-Winters halten wollen, haben wir oft genug bewiesen (bei Winter Sohn nämlich). Wärren die 34 Fürsten da gewesen, denn wir sind ja Fürsten haben, wie wohlweit wir die Polizei hinausgeben." — Abwechselnd aus Dilsseldorf wendet sich zu den demokratischen Vereinen. „Das Gesetz von 1833 ist eine Verletzung der Bundestags-Gesetze vom Jahre zuvor. Dieses Gesetz brauche ich auszuarbeiten, heißt der Revolution ins Gesicht schlagen, sie mit Füßen treten. Lasset euch Vater Winter in der Paulskirche eine Provisorien gegen die Aufhebung der demokratischen Vereine überreichen." Erhebt die Hand, daß Ihr sie unterschreiben und unterstützen! Konstituirt sofort neue demokratische Vereine durch ganz Baden. Oder erklärt wir lesen uns nicht auf. Ihr Herren, besonders von dem demokratischen Studentenverein. Es bedarf keiner Statuten. Eine Stunde genügt. Man wird es nicht wagen, diese Vereine zum zweiten Male aufzulösen." Schließlich empfiehlt er immerwährende Agitation, wie sie in England so mächtig gewirkt. Beschließt die Anwesende selbst! Weiter Sie zurück, die Euch von Ordnung vorpredigen. Seid Wühler! Seid Wühler! dies ist die größte Tugend." Nach ihm besteig Hr. Dietsch das Rednerpult, die Rednerbühne, dessen wörtliches Gemälde — Hr. Dietsch spricht den reinsten Leipziger Dialekt — einen einfach unmittigen Falsett — mich von dem Schloßhofe vertrieb; es war hohe Zeit zum Aufbruch, wenn ich mich von dem Ekel an diesem Treiben nicht übermannen lassen wollte. (Karlsr. Z)

Bayerische Verhältnisse.

(Ueber Anstellungen.) (Eingesandt.)

Das Gesammtministerium hat am 31. März l. J. eine Bekanntmachung erlassen, wonach künftighin bei Anstellungen und Beförderungen zur Dienstleistung und Besitz nur entschieden sollen, daß solche jeden bewährte oder Staatsdienst-Aspirant befördert, resp. angestellt werden wird, selbst wenn er nicht darum nachgesucht hätte, sobald ihn die Reihe trifft. Diese Appellationsrats- und Stadtgerichts-Accessisten, welche ihrer höheren Praxis entsprechend, sich lediglich dem Justizdienste widmeten und hierin Anstellungen zu erhalten wünschten, mußten sich, weil zwar Siebzig, gleich einem gar zu Protegés gefürsten Heiligthume, einen strengen Zeitgang in Anspruch bei den besten Dienstaussichten an Anstellungen im Landgerichtsdienste bewahren will dem Gedanken, später doch in den reinen Justiz befördert zu werden. Dieß geschah wenigstens früher. Jetzt aber — seit dem

Erscheinen seiner glückverheißenden Bekanntmachung — scheint dieß anders geworden zu sein. Unser den vielen seit jünsfzer Zeit im reinen Justizdienste stattgehabten Beförderungen wurde keines einzigen Landgerichtsbeamten Name erblickt, obwohl von ihnen dieselben Leistungen im Justizfache gefordert werden, wie von den Beamten der Kreis- und Stadtgerichte, und sie daher gerade so befähigt dazu sein müssen, wie diese, — gerichte, und sie daher gerade so befähigt dazu sein müssen, wie diese, — ohwohl sie nebstdem noch einen Kreis von verschiedenartigen andern Arbeiten auf ihren Schultern zu tragen haben. Nichtsdestoweniger warteten Arbeiten auf ihren Schultern zu tragen haben. Nichtsdestoweniger warteten sie nach wie vor geduldig, in der Hoffnung, daß nun sie nach wie vor geduldig, in der Hoffnung, daß nun doch diese vielen Landgerichtsbeamten endlich, in der Hoffnung, daß nun doch diese vielen Landgerichtsbeamten endlich, in der Hoffnung, daß nun doch auch die Reihe an sie, die Paria's aller Staatsdiener, kommen werde; auch die Reihe an sie, die Paria's aller Staatsdiener, kommen werde; allein es scheint, sie täuschten sich, und werden sich noch länger gedulsdet allein es scheint, sie täuschten sich, und werden sich noch länger gedulsdet sehen. — Ein Artikel in der Neuen Münchener Zeitung vom 22. Juli sehen. — Ein Artikel in der Neuen Münchener Zeitung vom 22. Juli — abgedruckt in der Augsburger Abendzeitung vom 25. Juli — sucht's wahrabgedruckt in der Augsburger Abendzeitung vom 25. Juli — sucht's wahrlich zu ersetzen mit geringen Ersatzmitteln die Landgerichtsbeamten mögl

solle die Deputation durch zwei Mitglieder aus Tyrol verstärkt werden. Dieser Antrag wird mit Majorität angenommen.

Innsbruck, 1. August. Heute wird eine Deputation von 12 Mitgliedern des Reichstages von Wien hier eintreffen, um Se. Majestät den Kaiser um die Rückkehr nach Wien zu bitten.

Der Herr Feldmarschall Graf Radetzky hat folgende Proklamation erlassen: **Bewohner der Lombardei!** Ja der Spitze meiner tapferen und siegreichen Armee habe ich den lombardischen Boden betreten als Eure Befreier von einer treulosen und tyrannischen Herrschaft. Durch verrätherische Einschwärzungen haben diese Feinde von mir die heiligen Pflichten gegen ihren rechtmäßigen Souverän vergessen. Kehret zurück zur Unterthanenpflicht unter den milden Zepter des Kaisers und Königs. Ich beite Euch die Hand zur aufrichtigen Versöhnung. Lombarden! hört meinen wohlmeinenden Rath. Empfangt vertrauensvoll meine tapfern Truppen. Den friedlichen Bürgern werden sie die größte Sicherheit der Person und des Eigenthums garantiren — aber gegen jene, die im blinden Fanatismus der Rebellion sich meinen Ermahnungen widersetzen, mich unnachsichtlich mit der ganzen Strenge der Kriegsgesetze verfahren werden. Ihr Euch steht die Wahl — bei mir aber die Pflicht der genauen Erfüllung meines Wortes. Hauptquartier Valleggio, den 27. Juli 1848. **Radetzky**, Feldmarschall.

Der Tyroler-Bote bringt ferner folgenden Bericht des F.-M.-L. Grafen Thurn: „Die mit so großer Schnelligkeit über den Monte Baldo ausgeführten Operationen, welche uns den Besitz des Gebirgs an einem Tag erringen, und an demselben zwei durch ihre Festigkeit berühmte Stellungen angegriffen wurden, haben einen solchen Eindruck auf die Piemontesen gemacht, daß ihr noch in der Nacht des 22. auf den 23. begonnener Rückzug mit solcher Eile fortgesetzt wurde, daß wir dieselben des Peschiera nicht mehr erreichen konnten, obschon die Truppen des dritten Corps bereits am 24. Abends über Lazise und Bardolino vorrückten, am Abend des 25. Peschiera an der östlichen Seite des Mincio einschlossen. In Lazise fanden sich bedeutende piemontesische Viktualien-Magazine, welche unsern Truppen zu Guten kamen. Die gestern und heute erfochtenen bedeutenden Vortheile der Hauptarmee veranlassten den Entschluß, Peschiera auch auf der westlichen Seite des Mincio einzuschließen, wohin ein Theil der Truppen dieses Corps aufbrechen und in Begriffe steht. Es werden Maßregeln getroffen, die Beschießung des Platzes und in die dadurch bedingte Übergabe Belagerung des Strasser zu beschleunigen. Wenige Tage haben also zu ansehnlichen Ergebnissen gesührt, welche für die glänzenden Tage schnelle der Hauptarmee unerläßlich und für die Sicherheit Tirols und beider Reichen Berücksichtigung verdienen. Cavalesischer, den 26. Juli 1848. Graf Thurn, F. M. L. Kommandant des II. Armeekorps."

Aus dem Schreiben eines Korrespondenten in Verona dd. 29. Juli entnehmen wir Folgendes: Wie ich von glaubwürdigen Personen vernehme, kam der von den piemontesischen Parlamentären im Lager des Feldmarschalls in Volta angesuchte Waffenstillstand nicht zu Stande, denn der Feldmarschall forderte die unmittelbare Räumung der Lombardei von Seite der piemontesischen Truppen, die Entwaffnung der lombardisch-venetianischen Freiscbaaren, die Räumung der Festungen Venedig und Palmanova, die friedlich besetzten Plätze, die Zurückstellung des sämmtlichen Kriegsmaterials, und des beim Ausbruche der Revolution von den provisorischen Regierungen in Besitz genommenen öffentlichen Eigenthums, die Auswechslung der Gefangenen, die Zahlung sämmtlicher Kriegskosten, und zur Garantie alles dessen die einstweilige Besetzung Piemonts von Seite der Oesterreicher — Bedingungen, zu welcher annahme die Parlamentärs sich nicht ermächtigt hielten. Ebenso erfuhr ich auf gleicher Quelle das Eeschrinen von Deputirten aus Cremona und Brescia, um über die Uebergabe dieser Städte in Unterhandlungen einzugehen, sie wurden jedoch vom Marschall nicht empfangen. Heute erhalten ich auch dem Munde eines der Bataillone von Gorizia gegenwärtigen Offiziers, daß der Kampf deutsch-slavischer Besonders in den Schanzen mit der größten Heftiger und hitziger war, als man meint, daß der Feind über selbe mit großem Verluste zurückgetrieben, eine neue Brücke von unsern Truppen geschlagen, und über selbe die zur Verfolgung bestimmte Kavallerie gesetzt wurde. Der Feind ließ am Platz nebst vielem Geschütze, Waffen und Munitionswagen, auch einen großen Vorrath von Gepäck, Wein, Brannewein und Cigarren, welche letztere in großer Anzahl unter unsere Truppen vertheilt wurden. Man ist seh überzeugt, daß am heutigen Tage der Einmarsch unserer Truppen in Cremona statt finde. Ebenso höre ich aus guter Quelle, daß unsere Truppen an den Thoren von Brescia stehen, und die Division von Tirol am linken Ufer des Gardasees mit der Besetzung von Salo beschäftigt sei. — Der vorige Abend passirte durch Verona der Herzog von Modena auf der Reise in seine Staaten. — Einem und eben zugegangenen Schreiben von Verona dd. 30. Juli hat sich kurz vor Abgang der Post dort das Gerücht verbreitet, daß Cremona und Brescia von den Unsern ohne Blutvergießen besetzt worden seien. (?) — Vom Feldmarschall-Lieut. d'Aspre erzählt man, daß er, da er in Volta das zu seiner Division gehörige Regiment Kinsky (Scirer), das sich beim letzten Kampfe so tapfer gehalten, ausstellen ließ und zu Pferd die Reihen hinunter ritt, beständig den Hut in der Hand hielt, und dem Obersten des Regiments dabei bemerkte: Vor solchen Helden werde er immer entblößten Haupres erscheinen. (Tir. B.)

Italien.

▽Turin, 29. Juli. Wir haben ein neues Ministerium. Dasselbe ist in folgender Weise zusammengesetzt: Präsidentschaft ohne Portefeuille: Graf Casati; Krieg und Marine: Cavaliere Collegno; Minister im Lager dem Krieg ohne Portefeuille: Graf Mossa de Lisio. Inneres: Advokat Pizzia; Aeußeres: Marchese Pareto; Finanzen: Marchese Rieci; öffentliche Arbeiten: Ingenieur Paleocapa; Unterricht: Advokat Mamiani; Gnaden und Justiz: Advokat Sioja; Ackerbau und Handel: Graf Duriel. — Vier dieser Minister sind Piemontesen: Collegno, Sioja, Pizza und Rataxji; zwei Lombarden: Casati und Durini; zwei Siguirier: Pareto und Rizzi; Paleocapa ist ein Venetianer, Sioja ein Piazentiner.

Großbritannien.

* Dublin, 28. Juli. Die Stadt ist ruhig. Einem Gerüchte nach soll O'Brien verhaftet sein. Auch spricht man von einem Zusammenstoße mit den Truppen in Navan. In Drogheda wurden 3 Personen wegen unerlaubten Waffenbesitzes verhaftet. Auch hier hat man heute einen Bazar angehalten, in welchen Waffen und Munition hereingebracht; fünf Personen, welche in dem Wagen saßen, wurden verhaftet. Man hat sie um 4 Uhr Morgens unter Bedeckung von 12 Polizeisoldaten und 60 Mann zu Fuß in die Stadt gebracht.

Frankreich.

*Paris, 30. Juli. In der Nationalversammlung sprach man gestern davon, daß General Cubinot, welcher plötzlich zur Armeenmee abgegangen ist, den Auftrag habe, ein Heimes Korps dieser Armee aus den Divisionen von Montaud, Lyon und Grenoble zu sammeln und nach Toulon zu führen, wohin bereits an eine Division der dortigen Kriegsmarine Befehle zur Anfuahme dieser Truppen abgegangen sind. Man versichert, daß dieses Armeekorps bestimmt sei ins adriatische Meer auszulaufen und eine Stadt in der Nähe des Po zu besetzen. Diese Verfügung scheint von der französischen Regierung in Uebereinstimmung mit den Pabste getroffen worden zu sein, welcher diese Truppen sowohl zum Schutz gegen die Oesterreicher, als auch gegen seine eigenen Unterthanen nöthig zu haben glaubt. — Die Nationalversammlung hat gestern den für die Mobilgarde zu Pferd verlangten Credit verworfen, und damit hat dieses Korps zu bestehen aufgehört. Während der Sitzung traf die Nachricht ein, daß auch der in den Innitagen verwundete General Damesac seiner Wunde erlegen sei. Er war in jenen verhängnißvollen Tagen an der Spitze der Mobilgarde gestanden. Der Minister des Innern Hr. Senard widmete dem General einen kurzen Nachruf ehrender Anerkennung seiner Verdienste, der einen lebenden Eindruck hervorbrachte. — Gestern abend hieß es auch außerordentlicher Nachricht aus Rom vom 22., dem Papste sei es nicht gelungen, ein Ministerium im Sinne der Neuralität zu bilden, und das Volk und die Deputirtenkammer hätten daher ein provisorisches Regierung eingesetzt. — Hr. Lucian Murat ist seit Nacht mit einer diplomatischen Sendung nach Italien abgegangen.

Portugal.

*Lissabon, 19. Juli. Der Marineminister Lapa hat sein Portefeuille niedergelegt, und ist zum Abjutanten des Königs ernannt worden. Einstweilen hat der Minister des Aeußern Hr. Gomez de Castro das Marineministerium übernommen. — Die Staatseinkunfte für das mit 30. Juni 1849 endigende Jahr werden auf 10,480 Contos, die Ausgaben aber auf 11,780 Contos angeschlagen. Der Finanzausschuß der Cortes schlägt nun zur Deckung dieses Defizits die folgenden Mittel vor: 1) Während des genannten Jahres werden alle Besoldungen, Gehalte und Pensionen folgenden Verminderungen unterworfen: Die aber 300 und wenig. Kens 600 Milreis per Jahr betragenden um 20 Prozent; die von 600 Milreis und darüber um 25 Prozent; 2) die Dividenden von der innern und auswärtigen Nationalschuld werden für die nämliche Periode gleichfalls einem Abzuge von 25 Prozent als zeitweiliges nad außerordentliches Opfer unterworfen. — Marschall Saldanha läßt die Forts, welche die Einfahrt in den Tajo vertheidigen, bewaffnen. Die Ankunftung der neben Ankunft eines französischen Geschwaders von Cherbourg soll Grund zu dieser Vorsichtsmaßregel sein. — Eine Guerillabande von etwa 400 berittenen Spaniern und Portugiesen mit dem Feldgeschrei „Carlos VI. und die Constitution von 1812" soll in der Gegend von Campo-Major in der Nähe der spanischen Grenze sich gezeigt haben.

Frankfurt a M., 1. August. Oesterr. 5proz. Metall. 63½, 4proz. 52⅛, 3proz. — 2½proz. 33½. — Bankaktien 1075. G. 500 fl.-Loose 108. 250 fl.-Loose 71. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87½ P. — G. Staat schuldscheine 3½proz. 74. — Bayer. 3½proz. 74. — Ludwigsh.-Bexb. 64½. — Württemberg. 3½proz. 75¼. 4½proz. 98½. — Baden 3½proz. 75. Lotto-Anlehen à 50 fl. 47½. — 35 fl.-Loose 20. Darmstadt. 3½proz. 76½. 4proz. 86½. — Nassauer Anlehen von 50 fl. 63. 25 fl.-Loose 21½. — Kurhessen. Friedr.-Wilh.-Nordb. 38½. 40 Thlr.-Loose 25. — Russ. 3½proz. 81½. 25 fl.-Loose 21½.

Wien, 30. Juli. Die Finanzministerium hat eine Maßregel getroffen, um wenigstens provisorisch den Staat aus der sprazuntigen Krise Einhalt zu thun. Da starke Partien diverses Papiers für die nächste Liquidation verlangt worden, sind mit der Ansicht Platz den neuen Anlehens abzuhelfen, so hat der Minister entschieden, daß die Unterzeichner, welche im Voraus eingezahlen, ihre Titel erst nach dem 12. August expedirt sollen, so daß sie dieselbe nicht am 4. August sondern 8 Tagen bedeu, um sie abzuliefern.

London, 29. Juli. Konsols 86⅜, ½. — Span. 3proz. 21¼. — Passi. Sch. 2⅛.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur

Bekanntmachungen.

Edictalladung.

21. (3b) Der Handelsmann Joseph Ullmann von Kriegshaber wird hiemit wiederholt aufgefordert, sich bei dem unterfertigten Gerichte wegen der gegen ihn vorliegenden Anschuldigung eines Verbrechens der Unterschlagung zu verantworten, widrigenfalls nach Ablauf des neuerlichen Termins von 3 Monaten von heute an wider ihn, als gegen einen Ungehorsamen, den Gesetzen gemäß wurde verfahren werden.

München, den 14. Juli 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:
Barth.
v. Velasco, Registr.

Bekanntmachung.

36. (2b) Auf Anbringen eines Hypothekgläubigers wird das Haus Nro. 2 im Pfaggäßchen, nachdem bei der ersten Versteigerung ein Angebot nicht gelegt wurde, nach §. 64 des Hypothekengesetzes und den Bestimmungen der Progeßnovelle vom 17. November 1837 §§. 95 bis 101 zum Zweitenmale den gerichtlichen Zwangsversteigerungsfahrer auf

Mittwoch den 23. August l. Js., Vormittags 10—12 Uhr, Zimmer Nro. 7, 1

anberaumt.

Dieses Haus ist mit ebener Erde 3 Stockwerk hoch erbaut, mit einem mit Holz überlegten Keller und einem Gumpbrunnen ohne Hofraum, versehen, gerichtlich auf 3200 fl. gewerthet, mit 2650 fl. Hypothekschulden belastet, und mit 1000 fl. der Brandassekuranz einverleibt.

Dem Gerichte unbekannte Steigerungslustige haben sich durch legale Zeugnisse über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen und wird bemerkt, daß der Hinschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgen wird.

Am 18. Juli 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:
Barth.

Hild.

Pfandauslösung und Versteigerung.

33. (3b) Donnerstag den 24. August 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Juli 1847 und zwar von:

Nro. 81,341 bis 90,562.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Vormittagsstunden Vor- und Nachmittags verlegt, angesprochen und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandausfertigung mehr statt.

Dienstag den 29. August öffentliche Versteigerung.

München, den 29. Juli 1848.

Königl. privileg. Pfand- und Leih-Anstalt I.
der Stadt München.

F. Negrioli, Magistratsrath.
Pannes, Kassier. v. Zech, Kontoleur.

Bekanntmachung.

50. (2a) In Folge höher und allerhöchster Ermächtigung sollen die zu dem vormals v. Berlo- und Auerwock'schen, jetzt aber Centralschen Braunwesen Nro. 1031 Lit. A in der innern Vorstadt dahier gehörigen Gebäulichkeiten und entbehrlichen Utensilien, wie solche nachstehend verzeichnet sind, der Benützung im Wege des öffentlichen Aufstrichs unterstellt werden. Dieses Anwesen ist belastet zum Lokal-Surrogate mit jährlich 13 fl. 20 kr. Eigengeld, zur Zinkel- und Waisenhaus-Stiftung Nürnbergs von der Dominikale mit 1 fl. Plakatgeld, befreiet mit 10 fl. 23 kr. Land-, und 1 kr. Hospital-Steuer in Simpio. Außerdem haftet noch auf demselben das auswärtige Forstrecht im Gesammt Reichswalde, zur Zeit bestehend in 4 Maß Scheitund Prügel-Holz, 3 Maß Stockholz, und 100 Stück Wellen, welche die perschmälzliche Forstrechtsablösung nebst dem üblichen Hauerlohne und Pfandgelde an das königl. Rentamt Erlangen entrichtet werden muß.

Zur Bemerkung allenfallsiger Mißverständnisse wird anderweitig erläutert, daß die Braugerechtigkeit nicht mehr mit dem zu verkaufenden Hause verbunden, sondern vielmehr von solchem abgetrennt und anderweitig transferirt ist, es dürfte daher der verdiente ohne Braurecht bestehende Gesammtkomplex besonders seiner kaufslustigen Brauern zu Nürnberg zu empfehlen sein, welche durch derzeitige Lokalitäten in ihrem bisherigen Fabrikationsbetriebe beschränkt waren, und dadurch ihrem Geschäfte eine größere Ausdehnung zu geben vermochten.

Im Falle jedoch von Steigerungslustigen darauf Werth gelegt werden wollte, die Brauhaus, ebenlichkeiten getrennt von den innern Einrichtungen und Gerätschaften, sonach ohne diese zu erwerben, so wird solches zur vorläufigen Kenntnißnahme bemerkt, daß bei annehmbaren Boten das Verlaufsrecht von Seite des Aerars nach Umständen reflektirt werden wird.

Zum Verkaufe ist nun Termin auf

Montag den 21. August d. Js. Vormittags 9 Uhr

in den Geschäftslokalitäten des unterfertigten Königl. Rentamts anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Beifügen eingeladen werden, daß sich auswärtige oder sonst der Lokalsverhältnisse unkundige Steigerer über ihre Zahlungsfähigkeit glaubhaft auszuweisen haben. Aufwurfpreis und Kaufbedingnisse werden bei der Steigerungstagfahrt bekannt gegeben, letztere liegen jedoch sowohl in der Registratur der Königl. Regierungs-Finanzkammer zu Ansbach als in der diesseitigen Amtskanzlei auf, und können daselbst von den Interessenten täglich eingesehen werden. Die Besichtigung der sämmtlichen Verkaufsgegenstände kann auf Anmelden bei dem unterfertigten königl. Rentamte stattfinden.

I. Beschreibung

des königl. Brauanwesens zu Nürnberg in der untern Thalgasse mit Haus-Nro. 1031 Sebalder Seite, dann des großen Stadels am Eck der obern und untern Thalgasse ohne Hausnummer.

A. Die Wohn- und Brauerei-Gebäude enthalten folgende Lokalitäten:

1. Das Wohngebäude links des Hauptzeganges ist 3 Stockwerk hoch, massiv erbaut und doppelt mit Ziegeln eingedeckt.

Dasselbe enthält:

Im Souterrain: 1 gewölbtes Keller.

In ebener Erde: 1 Vorplatz, ein heizbares Zimmer mit 1 Kabinet, 1 Küche mit Kochherd und 1 kleine Kammer.

Ueber 1 Stiege: 1 Vorplatz, 1 heizbares Zimmer, 1 Kabin, 1 kleine und 1 große Kammer (letztere jedoch in den Mittelbau eingetheilt), dann über 2 Stiegen ebenso viel unter der Dachung gelegte Boden.

2. Das Nebengebäude rechts des Hauptzeganges, dessen Umfangsmauern massiv, und die Mittelwände von Fachwerk erbaut sind, enthält:

Im Souterrain: 1 gewölbtes Keller zum Malzwachsen.

Zu ebener Erde: Außer einem außen im Hof angebauten Pulthaus, unter welchem sich der Brunnschacht und Maischbottig befindet, eine große Faßkammer und ein Pferdestall mit Wasserpumpen.

Ueber 1 Stiege vor Halbgeschoß einen Gerstenboden unter dem ganzen Gebäude fortlaufend.

Ueber 2 Stiegen: 1 Vorplatz, 2 heizbare Zimmer, 1 Küche, 1 Speis- und 1 Magdkammer. 1 Lokal, als Bierverkaufslokal benützbar und 1 Abtritt.

Unter der Dachung, welche mit Ausnahme einer kleinen Fläche doppelt mit Ziegeln eingedeckt ist, 4 übereinander liegende Böden.

3. Das Mittelhaus, welches 4 Stockwerk hoch ist, von welchem die 3 untern massiv und der oberste von Fachwerk erbaut sind, enthält:

In ebener Erde: das Kühl- und Gährlokale.

Ueber 1 Stiege: 1 großen Malzkennen mit über 2 und 4 Stiegen 2 Böden, dann unter der doppelt mit Ziegeln gedeckten Dachung noch 3 Böden übereinander.

4. Der Hinterbau, einch dem Mittelhaus 4 Stockwerk hoch gut erbaut, wovon 3 massiv und der 4. von Fachwerk erbaut ist, enthält:

Im Souterrain das Holzgewölbe zur Malzdörre.

Zu ebener Erde: 1 Vorplatz mit eingebauter Malzdörre, dann rückwärts eine Stallung auf 4 Pferde.

Ueber 1 Stiege: 1 Vorplatz mit der Dörre und rückwärts die Kammer für die Brauknechte.

Ueber 2 und 3 Stiegen: 1 Rühr- und 1 Malzboden.

Unter der doppelt gedeckten Ziegeldachung einen Boden für Holz.

Diese vorbeizeichneten Gebäude schließen 3 Hofräume ein, zu welchen man vermittels zweier Einfahrtsthore gelangen kann. Im vordern befindet sich der Pumpbrunnen, dessen Wasser von vorzüglich guter Eigenschaft ist, dann im Hinterhof noch ein kleines Stallgebäude und eine zweite Küble unter einem Pultdach angebracht. Das Stallgebäude enthält einen Stall für 1 Pferd und 1 bezüglich Kuechtstube, dann darüber 1 Kammer und Heuboden.

Endlich eine Düngerstätte in der obern Thalgasse auf städtischen Grunde.

B. Der Stadel, welcher von 3 Seiten freisteht, ist 4 Stockwerk hoch, im untern ganz massiv, in den obern Stockwerken aber, mit Ausnahme der Ecke gegen die Thalgasse, von Fachwerk erbaut, und enthält:

Zu ebener Erde: 1 großen Raum zur Unterbringung von Fässern und Wägen, dann darüber 3 Boden.

Unter der doppelt mit Ziegeln eingedeckten Dachung noch 4 übereinander liegende Böden.

II. Am Utensilien kommen zum Verkauf:

1. Ein Braukessel, 124 Eimer enthaltend.
2. Ein Maischbottig von Eichenholz.
3. Die nöthigen Bierkühlen mit messingen Hähnen, mit Kühlkänken und Kiechtern in die Gährbottige laufenden Röhren.
4. Zwei Weichen, eine von Holz, eine von Stein, sowie
5. überhaupt die meisten zu einer vollständigen Brauerei gehörigen Einrichtungen und Gerätschaften mit Ausnahme der Handpumpe und der Gährbottige, dann
6. sonstiges verschiedenes Mobiliare, unter welchen ein großer Polzwagen mit Ketten und den nöthigen Brettern besonders hervorhebt ist.

Ein Verzeichniß der sämmtlichen zum Verkaufe gelangenden Objekte liegt gleichfalls bei dem unterzeichneten Königl. Rentamte zur Einsicht auf.

Nürnberg, am 25. Juli 1848.

Königl. bayer. Rentamt.
v. Polzschuher.
Schmidt, Oberschreiber.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 32.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Freitag den 4. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Ankündigungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, den 3. August.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 31. Juli l. J. allergnädigst bewogen gefunden, zu der am Appellationsgerichte von Unterfranken und Aschaffenburg erledigten zweiten Directorstelle den Appellationsgerichtsrath Elias Hirsch zu befördern, die zu Burglauern erledigte Friedensrichterstelle dem Ergänzungsrichter Karl Eugen Prinz in Landau zu verleihen, und unterm 1. August l. J. den von den Kreis- und Stadtgerichtsräthen Gustav Krohne zu Fürth und Georg Heinzelmaier zu Ansbach beabsichtigten Tausch ihrer Dienststellen zu genehmigen, sonach den Rath Gustav Krohne zu dem Kreis- und Stadtgerichte in Ansbach und den Rath Georg Heinzelmaier zu dem Kreis- und Stadtgerichte in Fürth zu versetzen, endlich den Wirthssohn Karl Schinabel von Regenburg, dann die Gastwirthstochter Katharina Margaretha Landy von dort, ihren allerunterthänigsten Gesuchen entsprechend, für großjährig zu erklären.

Deutsche Reichsversammlung.

Aus der 51. Sitzung vom 31. Juli tragen wir heute noch den Wortlaut der von den Reichsministern gegebenen Erklärungen wegen des Krieges in Schleswig nach. — Reichsminister v. Schmerling: Gerade vor acht Tagen habe ich der Versammlung Mittheilung wegen Schleswig gemacht. Bereits damals habe ich darauf hingedeutet, daß die Unterhandlungen keinen Erfolg haben könnten. Nach einem Berichte des Befehlshabers des kombinirten Heeres hat er die Unterhandlungen wirklich abgebrochen und die Feindseligkeiten haben am 21. Juli wieder begonnen. Wer die Bewegungen, den Frieden zu retungen, aufmerksam verfolgt, wird sagen müssen, daß von Seite der Reichsgewalt Alles geschehen, um so weit es mit Deutschlands Ehre verträglich ist, die Angelegenheit friedlich abzumachen. Doch die Gebuld hat ihr Ende, und Deutschland kann mit Ruhe den Kampf wieder beginnen. Die Dänen haben unter den vom General Wrangel gestellten Bedingungen vorzüglich zurückgewiesen, daß die Ratifikation des Vertrags dem Reichsverweser vorbehalten bleibe. Der deutsche General Wrangel hat sich in seinem Berichte mit großer Entrüstung über jene Weigerung ausgesprochen. Das Ministerium erkennt in vollem Maße an, was einzelne Theile Deutschlands durch jenen Krieg leiden. Der Reichskriegsminister wird nach wie vor der Versammlung über die militärischen Maßregeln Mittheilung machen. Das Heer des Generals Wrangels soll auf den Stand gebracht werden, daß, wenn es zur Entscheidung durch die Waffen kommt, der Krieg in sehr kurzer Zeit wird. Ich gebe die Hoffnung nicht ganz auf, daß sich Dänemark durch solche Maßregel zu Annahme angemessener Bedingungen noch bestimmen lassen werde. Erlauben Sie mir, Sie wieder aufmerksam zu machen auf das, was ein Theil Deutschlands, was das preußische Heer in diesem Kampfe bereits geleistet hat, welche Opfer die Gesinnung, und mit welcher Ergebung sie dieselben gebracht haben. Der Krieg soll mit Reichsmitteln und aus dem Reichsschatze geführt werden. Das Reichsministerium wird in kürzester Zeit Ihnen wegen Bestreitung der Kosten aus dem Reichsschatze die entsprechenden Vorschläge machen. Auch diejenigen sollen beachtet werden, welche bei dem Kriege vorzüglich betheiligt waren. Wirken auch Sie mit, daß die Begeisterung auserecht erhalten werde, daß Alle übereinstimmen, die nöthigen Opfer zu bringen. (Beifall.) Reichsminister von Peucker: Die Fortsetzung des Kampfes ist unvermeidlich. Das Ministerium glaubt zunächst zwei Gesichtspunkte festhalten zu müssen, einmal daß eine namhafte Truppenverstärkung erfolge, damit der Krieg so schnell als möglich zu Ende geführt werde, zweitens, daß allen deutschen Heeren als möglich zu Ende geführt werde, zweitens, daß allen deutschen Heeren als möglich zu Ende geführt werde, zweitens, daß allen deutschen Heeren Gelegenheit gegeben werde, an dem ersten Bundesfeinde Theil zu nehmen, und dem Feinde das Deutschland umschlingende Bruderband vor Augen zu führen. In jeder Verzögerung würde Gefahr sein. Darum darf bei der Abwesenheit des Reichsverwesers und obschon noch die formelle Genehmigung der mit den Regierungen der einzelnen Staaten nicht geregelt ist, das Reichskriegsministerium sich mit den einzelnen Landeskriegsministerien in Verbindung gesetzt, somit die von dem General Wrangel verlangte Verstärkung mobil gemacht und durch Dampfschiffe und Eisenbahnen der Armee zugeführt werden kann. Es werden in kurzer Zeit österreichische, sowie Truppen des 7., 8. und 9. Armeecorps, in Verbindung mit den übrigen Waffenbrüdern, die seit Monaten im Kampfe stehen, den Feinden die Lehre geben, daß das einige Deutschland ungestraft sich nicht verhöhnen lasse. (Allgemeiner Beifall.) Es spricht Namens Würtembergs die Anerkennung der Leistungen der preuß. Truppen aus. Ueber die Mittheilungen der Minister wird zur Tagesordnung übergegangen.

Frankfurt. 30. Juli. Den deutschen Adel betreffend. — Da in diesen Tagen die Entscheidung über die Aufhebung des Adels in der Reichsversammlung gefaßt wird, so erlauben wir uns auf eine Schrift von Dr. Ernst von Bursian aufmerksam zu machen, welche in dieser Sache hier erschienen ist. Sie führt den Titel „Des deutschen Adels Verdienste und Beruf“) und widerlegt den Antrag des Dr. Moriz Mohl um Aufhebung des Adels in allen Theilen. Sie ist würdig und ohne Parteilichkeit gehalten, bewegt sich in einer edlen Sprache und führt in ihren Argumenten einen reichen Vorrath von historischen, statistischen und nationalökonomischen Gründen zur Widerlegung ihres Gegners, für die Beibehaltung des Adels. — Am Schlusse geht die Schrift auch auf das Verhältniß der mediatisirten Fürsten und Herren über, mit Hinweisung auf ihrem Rechte durch die Bundesakte und die Andeutung derjenigen gesetzlichen Bestimmungen, welche ihnen wohl unverbrüchlich bleiben müssen; für den niederen Adel will auch der Verfasser keine ersten Vorzüge weiter, sondern nur seine Aufrechterhaltung an sich. —

Die „Frankfurter-Oberpostamts-Zeitung“ erklärt den Anschwärzungen Berliner Blätter gegenüber, welche dem General v. Peucker geringen Patriotismus und Rücksichtslosigkeit auf die Interessen seines näheren Vaterlandes bei der Annahme der Stelle als Reichskriegsminister vorwerfen, als Thatsache, daß Preußen die Besetzung der Stelle des Reichskriegsministers in seinem eigenen Vortheil bewirkt und daß die preußische Regierung den General von Peucker dem Erzherzog-Reichsverweser für jene Stelle förmlich vorgeschlagen habe.

Frankfurt, 1. August. Von den früher hier zusammengetretenen Deputirten des Segelschifffestlands ist eine permanente Commission, bestehend aus dem Hafencommissär Tusch von Weser und den Schiffern Ludecke von Speier, Schön von Würzburg, Hegwein von Nürnigen und Mutzenbauer von Offenbach hier geblieben, welche die Interessen ihres Gewerbes bei dem betreffenden Ausschuß der Nationalversammlung vertritt. Wie verlautet, ist der demselben bereits der Antrag, die Aufhebung des Octroi und der Binnenzölle betreffend, durchgegangen und wird demnächst zur endlichen Beschlußnahme in der Nationalversammlung auf die Tagesordnung gebracht werden. (Fr.-O.-P.-A.-Z.)

Deutschland.

Bayern. †München, 3. August. Die Angabe in öffentlichen Blättern über die dem Gewerbsstande Münchens bewilligte Unterstützung aus Staatsfonds bedarf einer Berichtigung. Wie sind in der Lage das wahre Sachverhältniß berichten zu können. Von Seite der Staatsregierung wurde nemlich für den Münchner Gewerbsstand eine Unterstützung von 25000 fl. aus dem freiwilligen Staatsanlehen in Aussicht gestellt, jedoch mit der Bestimmung, daß diese 25000 fl. als Stammkapital eines in München zu gründenden Gewerbsunterstützungsfonds verwendet werden sollen. Die Verhandlungen über die Bildung eines deutschen Vereines Gewerbtreibender Gewerbsstand Münchens, welcher die Gründung eines solchen Unterstützungsfonds unter seine Zwecke aufzunehmen hat, sind demnach im Gange.

Berichtregsgaben, 1. August. Die Königliche Familie genießt hier in der herrlichen Gebirgsgegend das schönste Familienleben. Den König sieht man täglich zu Fuß rüstig einhergehen und die schönsten Punkte der Gegend besehen, wo es sich nicht selten ereignet, daß er von den treuherzigen Gebirgsbewohnern eingeladen, deren Hütten besucht, welche dann Besuchen dann auch gewöhnlich eine erfreuliche Unterstützung, die die Meisten hier sehr bedürftig haben, nachfolgt. Die Kaiserin-Mutter kommt öfters zum Besuche von Salzburg herüber. Vor ein paar Tagen überraschte Morgens Se. Maj. König Maximilian die Königlichen Eltern, der Jakrl war groß, und als die Kgl. Familie von einem ländlichen Ausfluge an den Königs-See zurückgekehrt war, wurden den beiden Königen Abends ein Fackelzug gebracht. — Auch hier hat sich ein Landwehr-Freikorps gebildet, das unter der Leitung des k. Ober-Kontrolleurs Daffenmeyrer, eines früheren Officiers, recht gut eingeübt ist, sehr viel Eifer zeigt, und für den Fall der Noth gewiß gute Dienste leisten könnte. Es besteht aus einer vollständigen Kompagnie, hat ein paar Schützen-Züge, und die am vorigen Sonntage gegebene Scheibenprobe zeigte, daß die Meisten ihren

*) Ihr vollständiger Titel lautet: „Des deutschen Adels, Verdienste und Beruf. Votum eines Nichtadgeborenen, vervorgerufen durch einen Antrag um Aufhebung des Adels bei der hohen deutschen Nationalversammlung. Frankfurt a. M. bei Brönner. 6 Sgr.“

Moan treffen würden. — Was sei vielen Jahren nicht mehr hier der Fall gewesen ist, eine sehr gefrorene Erde ist vom Himmel geschenkt worden, und die Getreideernte sind auch hier sehr gesunken. — Die Nachricht von den Siegen der Oesterreicher hat hier überall große Freude verursacht. (Bayer. Vdte.)

Preußen. — Potsdam, 31. Juli. Von St. Maj. dem Könige eingeladen, trafen gestern Abend gegen 5 Uhr die Mitglieder der preußischen Abgeordnetenversammlung mit einem königlichen Extrazuge hier ein, bestiegen an Bildpark die in Bereitschaft gehaltenen Equipagen und besuchten nun, geführt von dem königl. Gartendirektor Lenne, die schönsten Punkte der hiesigen Gärten, wonach sie um 11 Uhr in dem Grottensaal des Neuen Palais von Ihrer Majestäten von König und der Königin im Beisein der hier anwesenden königlichen Prinzen begrüßt wurden. Nachdem die Majestäten Sich bis gegen 8', Uhr mit Ihren Gästen auf das freundlichste unterhalten hatten, begaben sich diese wiederum zu Wagen durch den Garten von Sanssouci auf die Terrasse, von wo aus sie die Beleuchtung der Fontainen in Augenschein nahmen und gegen 10 Uhr mit einem Extrazuge nach Berlin zurückkehrten. (Constitutionelle Z.)

Querin, 30. Juli. Dr. Eichler ist wieder auf freien Fuß gesetzt. Seine letzte Verhaftung war ohne politischen Charakter und nur von seinen zegt durch seine Freunde beseitigten Gläubigern veranlaßt. — Dagegen sind andere Verhaftungen theils vollzogen, theils in der Ausführung durch die Flucht der Betheiligten vereitelt worden. Die Blätter bringen heute nach einem Steckbrief gegen einen Literaten Friedrich, der sich der Untersuchung wegen Hochverrahts durch die Flucht entzogen hat.

Wien, 29. Juli. Das Festprogramm zu der Säkularfeier der Grundsteinlegung des Domes ist jetzt erschienen, wird indeß ohne Zweifel, sobald von den eingeladenen Monarchen und der Reichsversammlung bestimmte Antworten eingegangen sind, noch mehrfache Zusätze erhalten. Der 7 Festtage sind der 14., 15. und 16. August, — der erste der eigentliche Jubelfeier, der zweite der Konfektation der Mittel- und Seitenschiffe, der dritte der Hauptversammlung der Vereinsgenossen gewidmet. Am Nachmittage des ersten Tages holen die Bereine in feierlichem Festzuge den Erzbischof zum Dom ab; hier werden demselben vom Domdamnifter die neu gebauten Theile des Tempels übergeben, und dann erfolgt der Einzug in den Dom und die Taufhandlung der vom König Ludwig von Bayern gespendeten Glasfenster; eine vom Domkapellmeister Leibl komponirte Festkantate und die Ertheilung des erzbischöflichen Segens bilden den Schluß des Tages. Am folgenden Morgen erfolgt die Konfekration, der Mittelpunkt der ganzen Feier. Der Dom bleibt mittlerweile geschlossen, und die ringe um ihn aufgestellten Schulen und religiösen Korporationen weghsein ab mit Gesang und Gebet, bis, nach vollendeter Zeremonie, die Eingänge sich öffnen und ein feierliches Hochamt celebrirt wird, der schließlich das Te Deum angestimmt wird. Am Nachmittage findet dann ein großes Festmahl auf dem Burgeneid statt, und Abends wird die ganze Stadt glanzend erleuchtet. Am letzten Tag endlich begeben sich die sämmtlichen Vereinsgenossen, nachdem im Dom ein Hochamt abgehalten ist, im Zuge auf den unterhalb des Dom gelegenen, festlich geschmückten Frankenplatz, um den Gerichtsverhandlungen beizuwohnen über die drei letzten Verbrechen, entzogen zu nehmen, und zur Wahl eines neuen Vorstandes zu schreiten. Ein Festball, abermals in dem großen Saale des Garzenck, macht den Schluß der ganzen Feier. (N. Z.)

Oesterreich. Ueber den Adreßentwurf, welcher in der Abendsitzung vom 29. Juli vorgelegt wurde konnte wegen Mangel einer hinlänglichen Anzahl von Mitgliedern nicht abgestimmt werden. Am 30. Juli wurde ein Adreß-Amendement des Abgeordneten Umlauft nach Annahme desselben Debatten und vielen Modifikationen angenommen, und der Beschluß gefaßt, daß die Adresse von allen Mitgliedern des Hauses unterzeichnet werden solle. Die Abgeordneten, welche zur Ueberreichung der Adresse erwählt wurden, sind: Freiherr v. Doblhoff, Fischer, Borrosch, Wenzl, Jedrzeli, Engerlod, Mikneli, Langer, Straffer und Riedelsberg.

Wien, 31. Juli. Folgendes ist der Wortlaut der vom Reichstage gestern angenommenen Adresse, welche nun durch die 12 aus abgeordneten Mitglieder nach Innsbruck überbracht werden: „Euer Majestät! Die ete Mitglieder nach Innsbruck überbracht werden: „Euer Majestät! Die Vertreter des Volkes, welches Ihr Vaterlandes berufen Reichstag Ew. Majestät zur Konstituirung des Kaiserthums begriffen, durch das Ministerium die höchst betrübende Mittheilung empfangen, daß Ew. Majestät Ihre oder die Gegenwart eines Stellvertreters in Wien nicht für nothwendig erachten, in so lange nicht der Reichstag seine Gesetze festgestellt habe, und daß Sie von dieser Ueberzeugung von der Gefährdung der freien Berathung der gesetzgebenden Versammlung zu gewinnen wünschten, weil Ew. Majestät diesen Beweis väterlicher Vorsorge und Liebe Ihren Völkern schuldig zu sein glauben. Eine solche Darlegung aus dem Munde des konstitutionellen Monarchen in dem Augenblicke, da alle Augen der österreichischen Völker in erster Erwartung darauf gerichtet sind, muß die Vertreter Oesterreichs mit den banzen Besorgnissen für das Wohl, für den Bestand des Kaiserthauses erfüllen, und sie fühlen sich in der Aufgabe ihrer unverbrüchlichen Pflicht, wenn sie Ew. Majestät die Ueberzeugung aussprechen, daß die geheiligte Person des Staatsoberhauptes nicht länger mit Schwerpunkte der konstitutionellen Monarchie, am Sitze der Reichsversammlung, an der Spitze der Staatsgeschäfte entbehrt werden kann. Aus welchem Beweggrunde auch sich Ew. Maj. zur Entfernung aus Ihrer Residenz bestimmt haben mögen; jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo alle Interessen des Reiches und der Krone in der Einen Nothwendigkeit Ihrer Rückkehr zusammenstehen, Ihrer Rechten an den Ort, wo die von Ew. Maj. selbst berufenen Vertreter des einigen Volkes in dem Asylan des neuen konstitutionellen österreichischen Kaiserthrones begriffen sind, — an den Ort, wo die einzig gesetzlichen Rathgeber Ew. Majestät, die verantwortlichen Minister, diesen Ausbau mitwirken sollen. Diese Eintracht des Zusammenwirkens möge Ew. Majestät auch Burgschaft für dessen Freiheit sein. Im Angesichte Oesterreichs, im Angesichte Deutschlands, ja im Angesichte Europa spricht es die Reichsversammlung ausdrücklich aus, daß sie im vollen Bewußtsein der Freiheit die Konstituirung des Vaterlandes berathe. Die Männer Oesterreichs, die das Vertrauen des freien Volkes hierher gesendet hat, sie würden es als einen Verrath an den Rechten desselben ansehen, wenn sie an einem Orte verbliehen, wo sie nicht der vollsten Freiheit der Berathung und des Handelns gewiß waren. Daß aber die Reichsversammlung tagt und das freie Wirken Abgeordneter aller Kronländer Oesterreichs zu dem Ende sendet, daß der konstitutionelle Kaiser dem ruhmvoll begonnenen Verfassungswerke eine Weihe gebe, die des Volkes treue Pietät aus seiner unmittelbaren Gegenwart abzuleiten bereit ist, dieß Ew. Majestät ist der sicherste Beweis. die unbestreitbare Garantie, daß das freie Handeln der gesetzgebenden Versammlung in jeder Hinsicht gesichert ist. Den Dank hierfür spricht die Reichsversammlung von der Ueberzeugung zuversichtlich entgegen sehen, denn nur dadurch, daß sich Ew. Majestät persönlich an den Sitz des Reichstages nah in die Mitte Ihres verantwortlichen Ministeriums begeben, kann jenen Gefahren des Mißtrauens, der Verführung und Anarchie vorgebeugt werden, welche die Ruhe und die Dynastie Ew. Majestät zu bedrohen vermochten — nur dadurch können die Segnungen, welche das Vaterland Ew. Majestät Ihren Völkern zugedacht hat, in Strahle des Friedens und der Freiheit zur Reife kommen. Wie beschworen Ew. Majestät hören Sie nicht den Rath falscher Ratgeber, hören Sie die Stimme, die Forderungen Ihrer treuen Völker!

Im Namen des konstituirenden Reichstages.

(Hier folgen die Unterschriften sämmtlicher Deputirten von Wien.)

(Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung am 31. Juli.) Unter dem Vorsitze des Vizepräsidenten, wird von der Kommission „zur Untersuchung des Zustandes der Provinzen" geschehen sei? Der Abg. Trojan, ein Mitglied dieser Kommission, erwähnt, daß der eingetretenen Hindernisse wegen die Kommission noch nicht thätig sein konnte. Abg. Schuselka will der Versammlung den Antrag, dieselbe möge beschließen: a) eine Proklamation zu verfassen, welche die Provinzen von den Absregeln, die der Reichstag wegen der Rückkehr des Kaisers nach Wien getroffen, unterrichte; b) eine Kommission aus 9 Mitgliedern mit der Redaktion dieses Entwurfes beauftragen; c) die Minister des Innern und Krieges mit der Beeilung der Proklamation an die ihnen untergeordneten Organe zu betrauen. (A. österr. Z.)

Wien, 25. Juli. Ein aus der „Deutschen konstitutionellen Zeitung" in die „Hannover Zeitung" vom 19. Juni d. J. übergegangener angeblicher Korrespondenzartikel aus Wien versichert unter einem böhmischen Ausdrucke, daß zur Beilhicht der hiesigen Fonds, „daß jeder Besitzer, welcher die mystischen Geldsendungen aus Regensburg angezeigt, verhaftet, nunmehr gelistet sei, und diese Sendungen die Bergung des ungeheueren Vermögens der österreichischen Prinzen in der englischen Bank durch Vermittlung des Hauses Rothschild zum Zwecke haben." Daselbe behauptet auch ein Artikel von der Donau, in der zweiten Beilage zum deutschen „Frankfurter Journal" vom 27. Juni, indem er versichert, daß man zwar in den Zeitungen Avdertangen gelesen habe, dieses Geld sei zur Zahlung fälliger Coupons bei reinlichen Bankierhäusern, zum Selde des im Reiche liegenden Militärs u. s. w. bestimmt. Das seien aber nur Ausflüchte, welche die Wahrheit nicht bemänteln können." Der Aufsatz „von der Donau" erzählt ferner, das so geheimnißvoll über Paris spedirte Geld gehöre den fürsten Metternich, und sei von diesen in Sicherheit gebracht haben. Bereits die „Wiener Zeitung" vom 4. Mai d. J. enthält nicht wie der Korrespondent von der Donau einfiehen läßt, bloß eine Andeutung, sondern eine ausdrückliche bestimmte und vollständige Aufklärung über jene Geldsendung. Dieselbe ward amtlich von der k. k. Staatsgentralkasse dahin gegeben, daß die österreichische Regierung durch Rothschild'sche Bankhaus Rothschild seit Jahres Zahlungen an die deutsche Bundeskasse, an die Kriegskasse in Mainz und an verschiedene unwärtigen Staatsgläubiger leistet, und diese Zahlungen bei dem dermaligen gänzlichen Stocken des Wechselverkehrs jetzt nur durch Baarsendungen bewerkstelligt werden könnea. Diese Zahlungen haben natürlich ihren Fortgang so lange es gesetzlichen Oesterreich im Stande ist, so lange es spezielle Kassen besitzt in Mainz, und eine österreichische Gesandtschaftskasse in Frankfurt sind, aus welcher letzteren nun auch die Diäten der österreichischen Deputirten zur konstituirenden Nationalversammlung bestritten werden müssen. Seit dem 4. Mai, wo jene offizielle Erklärung in der „Wiener Zeitung" erschien, sind bis zum 20. Juli d. J. von der k. k. Staatszentralkasse an die österreichische Gesandtschaft in Frankfurt gesendet worden: für die deutsche Bundeskasse, die Mainzer Kriegskasse, und die Tagelder der Deputirten in Silber 147,677 fl. 19 kr. Zur Zahlung der Zinsen des bei Gall und Otto aufgenommenen Anlehens in Silber 402,000 fl., in k. k. Cmaten 120,025 fl., an Kreditzahlungen des Hauses Beismann in

Silber 45,000 fl. Zusammen 714,702 fl. 19 kr. Konventionsmünze. In allem dem ist barchaus nichts Geheimnißvolles, es kapt kein Schleier darauf, der zu lüften wäre; und Alles, was aus diesen Baarsendungen abgeleitet wird, um die Glieder des österreichischen Kaiserhauses in ein ungünstiges Licht zu setzen, oder einen unwürdigen Verdacht auf den ehemaligen Staatskanzler zu lenken, ist eine dämliche Lüge erklärt worden.

Verona, 30. Juli Abends. Die Ereignisse am Kriegsschauplatz theilt das „Foglio di Verona“ mit, theils habe ich auch einiges zu berichten. Das „Memoriale Italiano“ gibt die neuesten Nachrichten. Man sagt, die Oesterreicher seien bereits in Cremona eingezogen. Die Zahl der in Verona verpflegten Verwundeten, darunter auch Piemontesen, beträgt mehr als Eintausend. Gestern, als die Bande am Bra spielte, zog gleichzeitig ein schwerer Belagerungspark über diesen Platz, welche Kontraste! Die Bestimmung desselben durfte Peschiera sein. Der Zoll- und Militärkommandant von Verona, Feldmarschalllieutenant Hayman, hat der Stadt seit 28. d. M. die Begünstigung zu Theil werden lassen, daß von diesem Tage an von Morgens 4 Uhr bis Abends 8 Uhr die bei der Stadtthore am Innern Eilschaffen dem freien Verkehr geöffnet sind. Das gestrige „Foglio di Verona“ enthält eine Proklamation, von Radetzky und Montecuculi unterzeichnet, ersterer hat auch eine an die Lombarden gerichtet. In Betreff Nivoli's sind alle Nachrichten verstummt. Wir haben hier troz Blokadezustand sogar Theater, Opernarien, Ballet. (A. Z.)

Italien.

△ Turin, 30. Juli. Wie sehr man auch sich bemüht, die erlittenen Niederlagen zu bemänteln und so weit es geht zu verstecken, so dringt die Wahrheit doch durch, und selbst die hiesigen Blätter sind gezwungen, dieselbe einzugestehen. Die Hiobsposten vom Heere haben bei den Einen Furcht erregt, bei den Andern die Erbitterung nur gesteigert. Während jene einen Hoffnungsschimmer für Herstellung des Friedens und Abwendung des Elends einer Einverleibung der Provinzen in das unruhvolle Wandern der Truppe erblicken, sehen die letzteren alle Triebfedern in Bewegung, um die Volksleidenschaften zur eifrigsten Fortsetzung des Krieges anzufeuchen. Die Aufgabe ist schwer, denn die Mehrzahl der Bürger, namentlich der Handels- und Gewerbsstand ist niedergeschlagen und des Krieges und der ewigen Unruhen herzlich satt: allein noch wagen sie es nicht, sich zu ermannen, um die Schreier zum Schweigen zu bringen. Hier mögte man vorzüglich den russischen Gesandten Fürsten in Berest Gortschakow Niederlagen in die Schuhe schieben, man beschuldigt einen Theil der Feigheit, den andern geradezu der Verrätherei. Bei Somma-Campagna sollen ganze Haufen von Crocciati zu den Oesterreichern übergegangen sein. Auch die lombardischen Freiwilligen spielen in den letzten Kämpfen eine erbärmliche Rolle, darüber sind alle Nachrichten übereinstimmend: nirgends hielten sie Stand, sondern liefen in wilder Flucht davon wie die Hasen, sobald die Oesterreicher sich zeigten. Die Piemontesen selbst schienen sich gut geschlagen zu haben, sind aber eben so erbittert auf ihre saubern verzagten Verbündeten. Die Sprache der Blätter ist in Betreff der Lobreden auf das „Schwert Italiens“ etwas weniger überschwenglich, in Betreff der „Deutschen“ etwas beschreidener geworden. Auf die lombardischen Nationalgarden, die nun gegen den geflüchteten Feind rücken sollen, und denen man den General Zucchi zum Oberbefehlshaber gegeben hat, legt man hier sehr wenig Vertrauen, was begreiflich nicht ohne Grund, daß sie das unwürdige Beispiel der lombardischen Freiwilligen befolgen und bei dem ersten Schusse Reißaus nehmen werden, um so mehr, als der größte Theil nur mit Widerwillen und gezwungen ins Feld zieht. Es zeigt sich immer klarer, daß Oesterreich in der Lombardei und selbst in Mailand noch immer eine starke Partei sur sich hat. Die Kriegsberichte spricht nun zu den äußersten Anstrengungen in den Reihungen an. Sie verlangen, 1) daß unverzüglich die ganze Reserve unter die Waffen gerufen werde; 2) sofortige Mobilisirung von 56 Bataillonen Nationalgarde, Vorbereitungen dazu sür weitere 56 Bataillone und Absendung von geschickten Kommissären in die Provinzen, um die allerdings sehr niedergeschlagene üble Stimmung wieder zu beleben und zu ermuthigen, und die vollständige Bewaffnung und Ausrüstung der Nationalgarde zu betreiben; 3) Mobilisirung aller noch in den Festungen befindlichen Truppen; 4) Absendung eines Offiziers mit ausführlicher Berichte über die Kriegsereignisse durch die Regierung und Verbreitung dieser Berichte in den Provinzen; endlich 5) Verkündung des Prinzips, daß der Staat allen dürftigen Familien von Kriegern, die im Felde stehen, Unterhalt schuldig sei, so wie schleunige Eegreifung wirksamer Maßregeln sür deren Unterstützung. Ich möchte aber wissen, wo der Staat die Mittel hernehmen sollte, um die Familien aller jener, die sich freiwillig gestellen zu erhalten, wenn 50 Bataillone derselben in's Feld rücken würden. Vorläufig ist dieß freilich auch noch nicht der Fall, und ich glaube auch nicht, daß die Ausführung eines solchen Planes möglich ist. Der Name Radetzki flößt zeze gewaltigen Respekt ein und schon setzen viele in ihm gleichsam den Kannibal aus portas. Die Friedensparteri wird bald ernstlicher auftreten. Die Bildung eines neuen Ministeriums habe ich Ihnen schon gemeldet. Graf Mosbi di Riva, der ehrliche Vorsteher dem Feldzuges Karl Alberts folgen wird, war schon bei dem Aufstande von 1821 betheiligt und hat in jüngster Zeit als Deputirter besonders lebhaft immer auf schleunige Rüstungen in großem Maßstabe gedrungen. Der Kriegs- und Marine-Minister Cavaliere Collegno, früher Artillerie-Hauptmann und einer der eifrigsten Theilnehmer an dem Aufstande von 1821, soll ein tüchtiger Soldat seyn. Er hatte nach jenen Ereignissen sein Vaterland verlassen müssen, und nachgenommen Griechenland und Spanien gekämpft. Von dem Eintritte dieser beiden Männer ins Cabinet hofft die Kriegspartei Alles für die Durchführung ihrer Absichten, fürchtet jedoch, daß dieselben bei den andern Ministern auf Hinderniße stoßen konnten. Die Masse der untern Volksklassen wird wohl immer als Werkzeug für das Treiben und die Pläne der Exaltirten beabeitet und benützt. Diese bieten jetzt Alles auf, das kaum gebildete neue Ministerium wieder zu sprengen, d. i. die ihnen anstößigen Elemente daraus zu entfernen, welche sie der Hinneigung zum Frieden in Verdacht haben. Als gestern die Sitzung der Deputirtenkammer eröffnet wurde, waren nicht blos die Galerien, sondern auch der Vorplatz des Palastes Carignan mit Leuten besetzt, die durch Toben und Schreien ihre Aufregung kund gaben. Die Galerie spielt auch hier in den Verhandlungen eine thätig eingreifende Rolle. Gestern machte sie einen solchen Tumult, daß der Präsident viermal drohen mußte, dieselbe räumen zu lassen, wenn man nicht Ruhe gebe. Die Ungewißheit über den Stand der Dinge auf dem Kriegsschauplatz, da noch kein amtliches Bulletin erschienen war, sowie die Bildung des neuen Ministeriums hatten die Gemüther erhitzt. Unter den verlesenen Eingaben befand sich eine Petition von einer Anzahl Einwohner von Turin, welche energische Maßregeln für den Krieg verlangen. Als diese verlesen wurde, war noch keiner der neuen Minister anwesend. Dies gab sogleich dem Abg. Fradchini Anlaß zu einem heftigen Ausfall auf die Minister; Lagnavanti schlug sich ihm an. Die zurückgetretenen Minister stammelten einige Entschuldigungen, und endlich, nachdem der Advokat Brofferio eine förmliche Anklorderung an die neuen Minister zum Erscheinen beantragt hatte, erschienen diese (sämmtlich). Die Kabinetsprasidium Casati verlas nun das Programm derselben, worin sie die größte Energie für den Krieg vor Allem, und auch die nöthigen Maßregeln im Innern versprachen. Der Finanz-Minister Ricci verlangte Ermächtigung zur Aufnahme eines Anlehens von 100 Millionen als Beweis des Vertrauens der Kammer. Würde es verweigert, so würden die Minister sogleich zurücktreten. Nach einiger Debatte, in welcher Pinelli, Ricoiti, Brofferio, Ravina und andere vor allzugroßer Hast in Ertheilung solchen Vertrauensvotums warnten, ferner Boncompagni gezeigt habe, daß es auch Vertrauen verdiene, wurde beschlossen, daß die Kammer sogleich in ihre Abtheilungen zur Prüfung des Vorschlages schreiten solle. — Auch zu Genua haben die neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatze großen Eindruck gemacht.

Rom, 24. Juli. Einige patriotische Deutsche haben unter den gegenwärtig in Rom lebenden Landsleuten eine Sammlung für die deutsche Legion veranlaßt. Der preußische Konsul, Hr. Wyttenbach, nimmt die Gaben an, und in Kurzem wird der Ertrag nach Frankfurt abgesandt werden können. (N. K.)

Frankreich.

△ Paris, 31. Juli. Vor Beginn der heutigen Sitzung der Nationalversammlung schon bemerkte man im Saale eine große Aufregung, die sich jedoch wieder als Erdünen überstellt, wie Neugierige hatten seine Prise darin gefunden. Man bemerkte besonders viele Damen in elegantesten Putze. An der Tagesordnung waren die Interpellationen des Herrn Mauguin über die auswärtigen Angelegenheiten. Herr Bastide Minister des auswärtigen erklärt im Voraus, nicht antworten zu können. Beim jetzigen Zustande Europas wurde es gefährlich sein, für die öffentlichen Angelegenheiten in ein Rädoyer einzugehen, und er würde die Würde der Versammlung zu verletzen glauben, wenn er ihr blos teere, nichtssagende Dinge vorsagte. Nur das kann ich sagen — sährt der Minister fort, daß unsere Lage Europa gegenüber nie eine bessere gewesen ist; wir sind im Frieden, wo nicht in innigen Beziehungen mit allen Regierungen. Aber ich wiederhole es, es wäre mit Gefahr verbunden, eine tiefer eingezogene Erörterung über das Kapitel anzuknüpfen, ein gewagtes Wort zu sagen, oder eine Verlegenheit zu überrathen, welche die Zukunft kommentiren könnte. (Beifall.) Hr. Mauguin: er würde sich gerne eine Vertagung gefallen lassen, wenn die gegenwärtig mit Europa befolgte Politik uns nicht geradewegs zu einem allgemeinem Kriege führte. (Einsprach.) Er klage die Absichten des Ministers nicht an, derselbe denke nicht an den Krieg, er (der Redner) erkenne gerne dessen Loyalität an. Selbst in der Politik, welche der Minister auf dieser Tribune entwickelt habe, liege kein Gedanke des Krieges; aber es habe eine andere Politik gegeben. (Unterbrung.) Mehrere Stimmen: welche? welche? He. Mauguin: ich bewege mich auf einem glühenden Boden, ich berühre zarte Fragen; ich will sie zu besprechen suchen, ohne Frankreichs Interessen zu gefährden. Seit der Revolution von 1848 versetzen wir wohlunterschiedene Bewegungen Europa in Unruhe und erschüttern es in seinen Fundamenten: 1) eine Bewegung der Nationalitäten; 2) eine Bewegung der Racen 3) eine Territorial-Bewegung; und 4) eine Bewegung der Prinzipien oder eine revolutionäre. Diese vier Bewegungen regen die Völker auf und peinigen sie gleich den Winden, welche von den vier Himmelsgegenden über den Ozean daher stürmen und die Meereswogen aufregen. Augenscheinlich geht ein ungeheurer Prozeß vor sich, bestimmt, die Gestalt von Europa zu verändern. Die alte Welt, die Welt des Wiener-Kongresses verschwindet vor unseren Augen, der moderne Gleichgewichts-Plan zu machen? Hat nun Frankreich in diesem Prozesse der Wiedergeburt keine andere Rolle zu spielen als die des Abwartens? Ich glaube es nicht. Inzwischen handelt unsere Politik nicht, sie spricht nicht, oder manchmal handelt und spricht sie zu viel. Sie erinnern sich der Akte der provisorischen Regierung, dieser großartigen Manifesten, das den Wunsch nach Frieden verkündete. Diesen Akt vergaß sich augenblicken Wünsche folgten bald nachher die revolutionären Züge gegen Belgien, gegen Deutschland, welche unsere Interessen verletzten, unsere Absichten verdächtig haben erscheinen lassen. Europa ist auf

die Meinung gekommen, daß wir eine provisorische Politik hätten, und diese Meinung, diese Besorgniß besteht noch! Sie besteht, soll ich es sagen, durch unser eigene Schuld, weil die Nationalversammlung nicht laut und nicht nunmwunden genug jenen Antheil an den Tollkühnheiten der provisorischen Regierung und an jener zweideutigen Politik von sich gewiesen hat, die ich Ihnen soeben bezeichnete. (Bewegung.) Das ist das Uebel unserer Lage, die unermüdliche Gefahr, auf welcher sich die Aufmerksamkeit der Versammlung halte fixiren wollen. Die Frage betrifft dieser in Europa verbreiteten Meinung war eine sehr merkliche Reaktions-Bewegung gegen die Republik, gegen die Revolution besonders in Deutschland. Man sagt uns, was fürchtet ihr von Deutschland? Deutschland zerspaltet sich, Oesterreich ist ein Reich, das seiner Auflösung nahe ist. Irrthum, meine Herren! Vorurtheil! Oesterreich ist nicht in der Lage, wie man vorgibt, da es gerade in diesem Augenblicke sich vergrößert. Ein Erobrerzug von Oesterreich ist es, der an der Spitze des einigen Deutschlands als Reichsoberweser steht. (Bewegung.) Die Frage Italiens ist für uns nicht minder kompromittirt, als die von Deutschland. Einer der ersten Akte der Frankfurter Versammlung ist die Erklärung gewesen, daß Illyrien und der Hafen Triest zum deutschen Bunde gehören. (Neue Bewegung. H. Maagnin, so wenig, als die Versammlung, scheinen sowohl diese wahre, jedem deutschen Schriftsteller bekannte Thatsache, gekannt zu haben!!) Der Reichsoberweser soll hierüber zur Benedig vorschlagen, und es ist zu besorgen, daß sein Antrag angenommen werde, und während dessen wird unser Einschreiten in Italien mehr gehemmt als gewünscht! Warum? Weil es unserer Politik gegenüber den italienischen Cabinetten an Freimuth und Entschiedenheit besonders gegenüber dem König von Sardinien gefehlt hat, bei welchem unser Botschafter nur eine rein passive Rolle spielt. Ja, unsere Betheiligung bei den Ereignissen in Neapel hat den schimmsten Widerhall in Europa gehabt. Wir müssen aus dieser unsicheren und trügerischen Politik herausreiten. Europa muß wissen, was wir wollen. Was Frankreich will? Das ist, daß unsere Politik nicht eine Politik einer unter dem Bohen sclaichenden Propaganda, sondern daß sie eine Politik des hellen Tages und des vollen Sonnenlichtes sei! Ehre und Loyalität, das muß der Wahlspruch bei unserer diplomatischen Frankreichs sein, das offen für alle seine Agenten muß ein stehen können. Ich fasse meinen Gedanken zusammen: die Regierung muß ihre Politik nunmunden bekennen, sie muß herantreten aus ihrer scheinbaren Unthätigkeit, aus dieser zweideutigen Haltung, welche im Auslande Besorgnissen Raum gibt, und auf Frankreich, ich weiß nicht welchen unbestimmten Verdacht, wo nicht der Verbesserung, doch wenigstens der Duldung lasten läßt. (Murren.) (Schluß in unserer heutigen Beilage.)

Spanien.

*Madrid, 26. Juli. Die Erbärzte der Königin rathen ihr zur Rückkehr nach Madrid; allein Ihre Majestät, welche sich in La Granja sehr wohl befindet, ist wenig geneigt, von da wegzugehen. Bei dem Namensfeste der Königin Mutter sind die Brigadiers: Herzog von Rianzares und Ballano zu Generalmajoren ernannt worden. Der Conseilspräsident theilte dieß Erhöhung dem Herzog von Rianzares in äußerst schmeichelhaften Ausdrücken schriftlich mit. — Der Generalkapitän von Navarra berichtet unter dem 20. Juli von Lambier, daß in dem Distrikte unter seinem Befehl der Friede wieder hergestellt ist. Die Carlisten hatten, als ihre Kräfte vereinigt, 900 Mann; sechs Gefechte hatten statt gefunden, und die Carlisten hatten 22 Todte, 14 Gefangene und 35 Verwundete, unter welchen sich Arguiller befindet; 300 Mann wurden in das Innere Frankreichs abgeführt, 200 Amnestiecertifikate wurden ausgefertigt. Die Truppen der Königin haben nur 2 Todte und 9 Verwundete.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 31. Juli. 5proz. Metall. 75 1/2, 4proz. 63, 3proz. 45, 2 1/2proz. 30 1/2, 1834r 500 fl.-Loose 123. 1839r 250 fl.-Loose —. Bankaktien 1056. Nordbahn 105. Gloggnitz 96. Zentral-Mailand 65. Budweis —. Lloyds 69 1/2. Pfdb 65. Siena 57. Arenninenbahn 93 1/2.

Berlin, 31. Juli. Intländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 73 1/2. P. 73 G. Seeh. Präm. Sch. 88 P. — G. 4. a. Rm. Schein 70 1/2. P. — G. Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. 77 P. — G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — P. 92 G., 3 1/2proz. 77 1/2. P. 76 1/2. G. Ostpr. Pfandbr. P. 85 G. Pomm. Pfandbr. 91 1/2. P. — G. Kur- u. Rm. Pfandbr. 91 1/2. P. — G. Schlesische R. B. gar. Pfandbr. 81 1/2. P. 81 1/2. G. Preuß Bk-Anth Sch. — P. — G. Friedrichsd'or 13 1/2. P. 13 1/2. G. Disconto 3 1/2. P. 4 1/2. G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt A. 86 1/2. bz. Berl.-Hamburg 61 1/2. G. Berl.-Stettin-Stargarder 85 1/2. P. 85 bz. u. G. Berl.-Potsdam-Magd. —. Magd.-Halberstadt 91 1/2. G. Magd.-Leipziger —. Halle-Thüringer 50 1/2. bz. Köln-Minden 74 1/2. a 75 bz. u. G. Köln-Aachen 53 1/2. G. Düsseld.-Elberfeld —. Steele-Vohwinkel 32 G. Niederschles.-Märk 67 1/2. G. Oberschles. A 85 bz. u. G. B. 85 G. Breslau-Freiburg —. Kraf.-Oberschles. 38 1/2. P. Berg.-Märk. 55 1/2. P. Stargard-Posen 65 a 63 1/2. bz. u. G.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. B 82 1/2. a 83 bz. Starg.-Posen —. Magd.-Wittenberg 45 1/2. a 3/4 bz. u. G.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 82 bz. Berlin-Hamburg. 88 P. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 74 1/2. G. 3proz. 84 bz. u. G. Halle-Thüringer 80 G. Köln-Minden 4 1/2. P. — G. Rhein. 1. Prior. 74 G. Rhein. Stamm-Prior. 68 1/2. P. 68 G. Düsseldorf-Elberfeld —. Niederschles.-Märk. 4proz. 81 1/2. P. 81 G. 3proz. 93 P. III. Serie 88 a 87 1/2. bz. Zweigbahn 3proz. 71 G. Kolsel-Oderbrg. —. Steele-Vohwinkel —.

Amsterdam, 29. Juli. 2 1/2proz. Integr. 43 3/4. — 3proz. Schuld 50 1/4, 51/4. — 4proz. 67 1/4, 68 1/4. — 3 1/2proz. ditto —. — Pandelsmaatschappy —. — 5proz. Arrolins à 510 Pf. St. 8 1/4. — Span. inländ. à 6000 fl. 16 1/4. — Courons —. Wertag. Zproz. 17. 4proz. —. Russische 4proz bei Hope 74. — Rhein. 1. Hypothek 73 1/4. — 5proz. Metall. 57 1/4, 58. — 2 1/2proz. ditto 30 1/4.

Paris, 31. Juli 3proz. 44.40. 4proz. —. 5proz. 71.—. Schatzsch. 21. Bankaktien 1610. Comtl. von Algier —.—. Belg. 5proz. von 1840 75.—. von 1842 75.—. 4 1/2proz. —. — 5proz. —. — 2 1/2proz. —. —. Belg. Loose —. —. Neap. 5proz. 73 50. Röm 62.—. Piem. —.—. St. Germain —. Versailles (rechte) —. —. (linke) 102.50. Orleans 697.50. Rouen 460.—. Havre 222.50 Marseille 233.75. Basel 91.25 Strasbourg 272.50. Bordeaux —.—. Vertrag 402.50 Nordbahn 382.50. Montereau —.—. Lyon 344.75. Centralbahn 356.25. Nantes 335.—. Dieppe —.—. Sedan —.—. Montpellier —.—.

Madrid, 26. Juli. 5proz. 18 1/2. P. 4proz. 18 1/2. G. 3proz. —. Pass. 3 1/2. G. Coup. 7 G. Ausmärk. Pass Schuld 3 1/2. P. 4proz. Inl. 3 1/2. G. St. Fernandobank —. Disconto —. Wechselkurse: Paris 4—4 1/2 P. London 44—55 P.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Freitag, 4. August: „Die Schlesinger-Postkutscher", Schauspiel von H. O. v. Wöltendorff.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Graf Ainscourt, von Paris. Seymour, Rentier von Louton. Meyer, Student von Heidelberg. Hahn. Gastgeber und Wiesenberg, Privatiers von Wien. v. Clyden, Gutsbesitzer von Gern.

Hotel Manlik. Macedo, Gesandter aus Brasilien. Frau Gräfin Brunzo, von Antona. Krieger, Kaufmann von Stuttgart.

Gold. Kreuz. Gebrüder Lev. Rentiers von Augsburg.

Gold. Hahn. Gräfin v. Rennhan, von Merzbuch. Fischer, Appellationsgerichtsrath von Freising.

Blaue Traube. Lorenz, Privatier von Tegau. Kramwitter, Professor von Innsbruck. Allkofenstrom, Privatier von Straßlach. Gerlach, Kreisschüler von Posen. Kaiser, Landrichter von Aschaffenburg. v. Molo, prakt. Arzt von Posen.

Gestorbene in München.
Anna Margaretha Hahne, Modewarenhändlerstochter von Sonderhausen, 34 J. a. Andreas Killian, derrschaftl. Kutscher von Ansbach, 40 J. a. Franz Renner, pens. königl. Hofdiener, 80 J. a. Kaspar Schmid, Maurer v. d., 55 J. a. Paul Neumaier, Metzgerknecht von der Au, 62 J. a.

38. (26) Nach **New-York** und **New-Orleans** fertigen wir regelmäßig am 1. und 15 Tage eines jeden Monats bestens eingerichtete und ausgerüstete, große, dreimastige, amerikanische Schiffe erster Klasse ab, welche bekanntlich einer Kriegsbefestigung nicht unterworfen sind, und nehmen unsere Agenten sowohl, als wir, bei baldiger Anmeldung, Passagiere zu billig gestellten Preisen dafür an. — Auch nach **Philadelphia** und **Baltimore** werden wir Schiffe abfertigen, und nach **Galveston** in **Texas** und **Port Adelaide** in Süd-Australien, sofern nach diesen Häfen hinreichende Anmeldungen erfolgen.

Bremen im Juli 1848.

Lüdering & Comp.
Schiffsrheder und Schiffsbefrachter.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Nationalversammlung.

3 Frankfurt, 1. August. Sie wissen wohl bereits, daß der Abgeordnete Grötzner den Antrag an die Nationalversammlung gebracht hat, daß die Reichsgewalt zu veranlassen sei, mit der römischen Curie wegen Aufhebung des Colibats in Unterhandlung zu treten. Es hatten diesem Antrage anfänglich ungefähr 110 Mitglieder sich angeschlossen, und nach mehreren Ab- und Zugängen zur Zahl der Unterschrift ist diese im gegenwärtigen Momente noch die nämliche. Darunter sind von den bayer. Abgeordneten: Reichard, Schmitt, Kolb, Tafel, Titus, Blumröder, Haggenmüller, Eisenmann, Ruhwandt. Gegen diesen Antrag werden von zwei Seiten Verwahrungsanträge vorbereitet, von Angehörigen der protestantischen und von solchen der katholisch n Confession, welche bereits mit zahlreichen Unterschriften bedeckt sind. Wir wollen mit dem Antragsteller und seinen Genossen zur Zeit nicht rechten; wir lassen das Recht und die Zweckmäßigkeit eines solchen Antrags an die Nationalversammlung auf sich beruhen. Jedenfalls haben aber auch die Remonstranten einen falschen Weg eingeschlagen, indem sie der Spaltung in zwei confessionelle Lager Raum geben. Wir wollen übrigens hoffen, daß die Sache auf sich beruhe. — In der Nationalversammlung wurde heute die Berathung über die Grundrechte, und zwar über § 6. derselben, der von der Gleichheit vor dem Gesetze und vom Adel handelt, fortgesetzt. Alle Schlagworte, welche die Tagesliteratur gegen den Adel zu Mitt gesordert hat, wurden aus aufgerieben. Der Generatcommando von Auerbach dachte sicher nicht daran, als er das Licht der Welt erblickte, daß man seine Witze von der Rednerbühne in der Paulskirche den Vertretern des deutschen Volkes vorsagen wurde. Besonders gruselte in solchen Phrasen bewährten sich die Herren Marcel, Reinwald und Schneider (von Braun). Für den Adel sprachen Gombart, Lichnowsky, Michelsen.

Verhandlungen des deutschen Handwerker- und Gewerbe-Kongresses.

Frankfurt, 31. Juli. In der heutigen Sitzung des Handwerker- und Gewerbekongresses verlas Dr. Philippsn aus Magdeburg eine im Namen des Kongresses verfaßte, an die Nationalversammlung in Berlin bestimmte Adresse, in welcher der Verfasser die Theilnahme des Kongresses an dem jüngst auf Antrag des Abgeordneten Par gefaßten Beschluß: eine Gewerbevertretung einzuführen und zu dem Zwecke Handwerker mit zu Rathe zu ziehen, auspricht und zugleich den Wunsch ausdrückte, es möchten in dieser Beziehung keine von den Grundideen des Gewerbekongresses abweichende Beschlüsse gefaßt werden. Die Adresse war warm und edel gehalten, sagte aber einer Majorität der Mitglieder nicht zu und ward, wie müssen es leider sagen, vielleicht hauptsächlich mit aus dem Grunde abgelehnt, weil der Verfasser ein Rheinländer ist. Das alte, im Mittelalter genannt, dem Entwurf einer neuen Adresse überwiesen ward. — Vom Gewerbefreiheit getreunt tagten in der verflossenen Woche die Vertreter des deutschen Schneidergewerkes. Auf diesem deutschen Schneider-Kongreß ist der Beschluß gefaßt worden, die folgenden 7 Punkte von der Nationalversammlung als Gesetz zu verlangen: 1) Die Gewerbefreiheit darf in Deutschland unter keiner Bedingung eingeführt, vielmehr muß sie da, wo sie besteht, aufgehoben werden. 2) Alle öffentlichen Kindermagazine sollen aufgehoben werden. 3) Keinem Nichtschneider soll es gestattet sein, Herren- oder Damenkleider anfertigen oder zum Verkauf anfertigen zu lassen. 4) Arreststrafen, Militairverrichtungen und persönliche Staatsdienstleistungen dürfen ferner keine Kleider mehr anfertigen. 5) Dem Auslande soll es nicht mehr gestattet sein, in Deutschland Bestellungen auf Kleider anzunehmen oder fertige Kleidungsstücke einzuführen. 6) Die Verpfändung der Gehilfenordnungen der Handwerker soll wegfallen und in Wechselprozessen Gleichheit der Handwerker mit den Kaufleuten eintreten. 7) Hilfskassen sollen aus Staatsmitteln errichtet und auch denselben jeden Geschäftstreibenden gegen gewisse Garantie und billige Zinsen baare Vorschüsse bis zu einer gewissen Höhe gemacht werden. (N. R.)

Historischer Verein von und für Oberbayern.

In der am 1. August, dem einhundertjährig n Geburtstag des bayerischen Geschichtsforschers Lorenz v. Westenrieder, stattgefundenen Plenarversammlung des historischen Vereins von und für Oberbayern wurde das Gedächtniß des genannten großen Mannes dadurch gefeiert, daß Herr Custos Föringer eine Nachschau auf das literarische Wirken des Gefeierten vortrug, womit Bericht, wie weit der Verein in Besitze der von Westenrieder'schen Schriften ist, und die Vorlage einiger Manuscripte, die der Verein aus dem Nachlasse v. Westenrieders erworben hat, verbunden wurde. Hieran reihte sich ein Vortrag des Hrn. Domprobstes Dr. von Deutinger über handschriftliche Nachlasse und über nicht schriftstellerische Verdienste v. Westenrieders, wie insbesondere dessen großartige Stiftung für das Priesterhaus St. Johann Nepomuk zu München. Nachdem sodann Hr. Regierungsrath von Caspar, als ehemaliger Schüler v. Westenrieders, einige aus unmittelbarer Wahrnehmung geschöpfte Notizen über Charakterzüge desselben gegeben hatte, wurde diese Gedächtnißfeier durch den allgemeinen Wunsch geschlossen, daß, sowie heute die Errichtung einer den Geburtstag an dem Geburtshause Lorenz v. Westenrieders (Nr. 16 in der Thalerstraße dahier) geschehen ist, so auch die deshalbige Setzung eines größern Monuments für denselben auf dem Promenadeplatze gegenüber dem Krettmayr-Denkmale in Bälde zu Stande kommen möge. — Hierauf wurden die an den Verein eingesendeten Vorschläge des Vereinsmitgliedes Hrn. Lehrers Zöpf in Dberdorfen über Anlegung von Dreschmühlen vorgelesen. — Die nächste Plenarversammlung wird Freitags den 1. September Nachmittags 4 Uhr stattfinden.

Deutschland.

Hessen. — Darmstadt, 29. Juli. Die heutige Sitzung der zweiten Kammer (ihre 99.) beschäftigte die auf den Gallerien versammelten zahlreichen Zuhörer nicht, insofern sie schon eine Entscheidung in der obschwebenden Streitfrage über Auflösung der Kammer und der damit zusammenhängenden neuen Ministerialkrisis erwarteten. Nachdem der anwesende Ministerpräsident, Hr. Jaup, ein Schreiben des Reichsverwesers Erzherzogs Johann aus Frankfurt vom 15. Juli vorgelesen und in begleitender Absprache gesagt hatte, daß ständiger Ausschuß hatte, wurde zur Berathung des Antrags der Einundzwanzig auf alsbaldige Vorlegung eines Wahlgesetzes und sofortige Auflösung der Kammer geschritten. Der Präsident bemerkte, daß, da keine Diskussion über den Gegenstand stattfinden könne, bevor Bericht darüber erstattet sei, auch heute nur die Antragsteller dafür jener Motivirung das Wort erhalten könnten, wiewohl Abgeordneter Glaubrecht auf allgemeine Diskussion und sofortige Erledigung der ganzen Sache drang. Hr. Lehne, zum wichtigen Antrag zunächst aufgefordert, nahm zuerst das Wort und hielt einen sehr ausführlichen Vortrag, worin er die Nothwendigkeit einer alsbaldigen Berathung eines neuen Wahlgesetzes, Auflösung des Landtags und Berufung einer nach dem neuen volksthümlichen Wahlgesetze gewählten Kammer darzuthun und die Gründe des Hrn. Ministers, der bloß jetzt eine Vertagung der Kammer und die Berathung des neuen Wahlgesetzes erst, nachdem die Bestimmungen der Nationalversammlung über diesen Gegenstand bekannt seien, wollte, zu widerlegen suchte. Seine Hauptgründe waren, daß die auch auf Petitionen berufende Ständeversammlung nun einmal nicht mehr das Vertrauen des Volkes habe und den Verpflichtungen des 6. März nicht genüge, daß deßhalb Anregung im Lande herrsche und diese nur durch Berufung einer neuen konstituirenden Kammer zu beseitigen wäre. Die Nationalversammlung in Frankfurt stehe dem nicht entgegen, zumal wenn sie, was ganz zu erwarten gestehen werde, der Souveränität des Großherzogs die Standebeeinträchtigen aufgeboben habe. Sie hätte nur im Allgemeinen sich verwahren wollen, daß die Verfassungen der Einzelstaaten nicht gegen die Bestimmungen der Reichsverfassung anstießen und im Gegensatze hiernach geändert werden mußten; sie habe nur dem Volke ein Minimum seiner Rechte wahren wollen, habe aber nicht baggern, wenn man mehr gebe rc. Redner glaubt, daß man auch nichts von anarchischen Bestrebungen zu fürchten habe, wenn man die Kammer auflöse und eine neue wählen lasse, daß vielmehr jetzt ein sehr geeigneter Zeitpunkt dazu sei. Man sehne sich nach Ruhe und Ordnung. Besonders verwahrt er sich auch dagegen, als ob er eine andere Absicht habe, was sich wohl daraus beziehen möchte, daß man allerdings schon vielfach behaupten hore, Lehne arbeite aus persönlichen Absichten für den Sturz des neuen Ministeriums. Nach Hrn. Lehne sprachen noch um 11 von den 21 Unterzeichnern des Antrags; zuma ist Glaubrecht, der sich der vermittelnden zu weisen bemühte, auseinander einen abermaligen Ministerwechsel, deren wir schon drei binnen weniger Monate gehabt, für nachtheilig hielt. Er war zwar auch sehr bestimmt für Vorlage eines neuen Wahlgesetzes, wollte aber eine Frist von etwa einem Monate dafür gesetzt haben. K. Zöppritz, Heldmann, v. Steinheer, Görz (der das Eisen geschmiedet haben wollte, so lange es roth), Creschmar, Hillebrand, Bolhard, Mathy, Jaup und Reil (vom Hinterland) erhielten noch nach verschiedenen vor- und hinterem Erörterungen das Wort. Steinheer, so bestimmt er auch für neues Wahlgesetz und Auflösung war, zeigte sich doch auch Glaubrecht's Versöhnungsvorschläge, und Rampfeck und Franz unter Umständen selbst der Vertagung nicht abgeneigt. Es läßt sich sonach eine Ausgleichung der Sache hoffen, die der Präsident sofort zur alsbaldigsten Berichterstattung an den Ausschuß gab. — Der Ministerpräsident Jaup erwiederte nur mit ein paar Worten, daß auch er bei der Motivirung vorgebrachten Gründe mit Interesse gehört habe, sie erwägen und bei der weitern Berhandlung über die Sache darauf antworten werde. (Fr. J.)

Frankreich.

△ Paris, 31. Juli. (Schluß des in unserem heutigen Hauptblatte abgebrochenen Berichts über die Sitzung der Nationalversammlung an diesem Tage.) Der Kabinetspräsident hat das Wort. (Bewegung der Neugierde.) Der General Cavaignac macht zuerst auf den Unterschied

aufmerksam, der seiner Ansicht nach zwischen dem Interpellationsrechte unter der früheren Regierung und unter der jetzigen besteht. Er hält Zurückhaltung und Stillschweigen für viel wichtiger und nothwendiger unter der gegenwärtigen Regierung. „Wenn ich vor einer Deputirtenkammer stünde — sagte er — würde ich keinen Anstand nehmen, zu antworten; vor der Nationalversammlung verlange ich, nicht antworten zu dürfen. (Zeichen des Beifalls.) Der General drückt nun sein Erstaunen darüber aus, wie Hr. Mauguin der Regierung habe vorwerfen können, im Auslande Agenten zu haben, wo nichts thun, nichts sagen, und wie er ihr auf der andern Seite eine unredliche Politik Schuld gebe. Herr Mauguin: Wie es scheint, habe ich mich nicht deutlich genug ausgedrückt. Ich habe den ehrenwerthen Gen. Cavaignac, der jetzt an der Spitze unserer Verwaltung steht, durchaus nicht verantwortlich machen wollen für die Thatsachen, auf die ich hingewiesen habe. Die Agenten sind die Alte, auf welche ich anspielte, und sie datiren aus früherm Datum, als seine Verwaltung. Gewisse Agenten haben Mißtrauen erregt. (Stimmen links: Nennen Sie dieselben!) Hr. Mauguin bleibt dabei, daß es im Auslande französische Agenten gegeben habe, deren Instruktionen im Widerspruche standen mit den Instruktionen, die andern Agenten gegeben waren. (Aufregung auf der Ministerbank.) Gen. Cavaignac: Die Antwort des Hr. Mauguin wird mich nicht bewegen, das Stillschweigen zu brechen, das wir uns auferlegt haben. Aber ich wiederhole, wenn eine Anklage von Doppelzüngigkeit, wie sie Hr. Mauguin andeutete, besteht, so bitte ich ihn, sie genauer anzugeben. Hr. Mauguin besteigt die Tribüne: Ich sage, daß in Piemont ein Agent sich befand, der geheime Instruktionen hatte. In Neapel waren zwei Agenten; der Eine war beauftragt, Schadloshaltungen zu verlangen. Ich frage nun, was der andere Agent gethan hat? .... Gen. Cavaignac: Ich habe vorgeschlagen, daß Stillschweigen zu brechen, das wir uns auferlegt haben. Aber ich wiederhole, wenn eine Anklage von Doppelzüngigkeit, wie sie Hr. Mauguin andeutete, besteht, so bitte ich ihn, sie genauer anzugeben. (Bewegung.) Gen. Cavaignac: Ich hatte diese Antwort vermuthet, und wenn ich so sehr auf einer Antwort bestand, so geschah es sicher nicht deshalb, um mich einer Verantwortlichkeit zu entschlagen auf Kosten eines Kabinets, welchem anzugehören ich lange die Ehre gehabt habe. Beifall links.) Ich wäre nicht Mitglied eines Kabinets gewesen, dessen Politik und Politik der Doppelzüngigkeit gewesen. Ich fordere daher Hrn. Mauguin auf, sich kategorischer auszusprechen. Hr. Mauguin: Ich wollte jede Persönlichkeit vermeiden. Aber da man mich dazu nöthigt, so sage ich: es ist unmöglich, daß Europa nicht Mißtrauen hege, wenn es in der Regierung den Minister sieht, der den französischen Agenten ernannt hat, auf welchen ich anspielte. Hr. Bastide, Minister des Ausw. Gen. Cavaignac sich besprechend, eilt der Tribüne zu. Der saglische französische Agent zu Neapel ist ein Bürger Legrèd, ein vollkommen ehrenwerther Mann, einer meiner Freunde. Er ging nach Neapel, wurde vom König empfangen, verlangte eine Entschädigung für die, bei den Unruhen zu Gunsten gekommenen) französischen Waaren, welche ohne Zweifel zugestanden worden ist. Er kehrte dann zurück und gab aus eigenem Antriebe seine Entlassung. Hr. Mauguin will die Rednerbühne wieder besteigen. Der Präsident (Hr. Marrast): nach der Geschäftsordnung haben Sie das Wort nicht. (Eine große Zahl von Stimmen: Sprechen Sie, sprechen Sie!) Hr. Marrast: Ich kann Sie nur sprechen lassen, wenn die Versammlung zustimmt. Ich werde dieselbe dann befragen. Die Versammlung entscheidet, daß Hr. Mauguin sprechen soll. Hr. Mauguin: Der französische Agent, der nach Neapel gegangen ist, um dort eine Schadloshaltung in Anspruch zu nehmen, ist derselbe, den man öffentlich zu Neapel beschuldigt, den Aufstand bewaffnet, die Errichtung der Barrikaden geleitet zu haben. Diese Thatsache ist an allen Höfen Europas bekannt geworden. Ich frage Sie, ob sie geeignet ist, das Zutrauen zu dem französischen Kabinet zu stärken? (Aufregung.) Die Versammlung schritt darauf zur Tagesordnung, Verhandlung des Antrags des Hrn. Proudhon über die Reorganisirung des Auflagen- und Kreditsystems. Hr. Leon Foucher versichert auf das Wort. Hr. Proudhon besteigt die Tribüne und beginnt noter allgemeiner Aufmerksamkeit eben zu sprechen. „Sie sind voll Ungeduld, nicht mich zu hören, sondern mit mir fertig zu werden. Der Sozialismus hat die Februar-Revolution gemacht, die parlamentarische Reform hätte nicht hingereicht, die gestürzte Regierung zu erschüttern. Die Sozialisten haben in allen Akten der Revolution ihre Rolle gespielt, am 17. März, am 15. April, am 15. Mai. Der letzte Aufstand hat sich mit der Fahne des Sozialismus bedeckt. Man muß also mit ihm fertig werden." Hr Proudhon erklärt, niemals einen Anschlag auf den persönlichen Angriffen und so feinen Gründen, als den des Hrn. Thiers gebilligt zu haben. Der Finanzausschuß ist streng gegen mich gewesen, um nicht mehr zu sagen. (Lärm.) Ich könnte vielleicht Verpflichten üben, ich will es nicht thun, ich will nachsichtig sein. Ich will Erbarmen haben. (Gelächter.) Ich will mich damit begnügen, den Sozialismus zu vertheidigen, der und die Protestation des Proletariats gegen die Reaktion ist. (Fortsetzung.)

Donaufürstenthümer.

Galacz, 9. Juli. (Stand der Cholera.) Seit unserem letzten Berichte vom 15. v. M. hat die Cholera in Holnig und Ibraila auf erschreckliche Weise abgenommen und kann nunmehr in beiden Städten als im Siahwm des Erlöschens betrachtet werden. In Galacz kommen noch einzelne Fälle vor, doch ist der epidemische Charakter, der hier nie deutlich ausgeprägt war, verschwunden. In Ibraila war am 5. Juli kein einziger Erkrankungsfall mehr vorgekommen. Nach den dortigen offiziellen Krankenlisten waren vom 15. Juni bis 5. Juli 364 Personen neu erkrankt; 133 starben, 335 genasen in derselben Zeit. Im Ganzen sind in Ibraila vom 24. April bis 5. Juli bei einer Bevölkerung von 18,000 Menschen 1492 Personen erkrankt, 545 gestorben, 847 genesen, so daß der Stand der Erkrankung ungefähr 9 Prozent, jener der Todesfälle 3 Prozent vom gesammten Bevölkerungsstande ausmacht. In Galacz sind 50 Fälle vorgekommen; bereits sind mehrere Tausend gestorben; jeden Tag starben 200 - 300, und da die Leichen oft 5 Tage unbeerdigt liegen bleiben, wird dadurch ein neues Miasma erzeugt, welches auch den stärksten Naturen todlich ist. Wer nur immer entfliehen kann, flieht. In der übrigen Moldau ist das Uebel nicht so stark verbreitet. Von Bukarest und der Wallachei fehlen neuere Nachrichten. Am rechten Donauufer ist Tultscha, eine Stadt von 6000 E, von der Seuche ergriffen, welcher Jahr 50 Personen erliegen. — Von Matschin stromaufwärts bis Rustschuk ist die Krankheit noch nicht aufgetreten, herrscht dagegen in Silistow, Lom-Palanka, und sehr heftig in Widdin und der Umgegend. Dort ist das Volk noch weit zurück. Curopfuche Kerzte mangeln und die Behandlungsweise der Krankheit ist so verschieden, daß der größere Theil der Erkrankten an der allgemein beliebten Arznei — einem Gemische von Essig, Schießpulver und Knoblauch — stirbt. Die einzelnstehende griechische Familie, bei welcher nur in Del gekochte Vegetabilien, Krebse, Schwämme u. dgl. genossen werden, befördert die Verbreitung der Krankheit und macht sie so bösartig, daß unter 11 Bulgaren, die von der Cholera ergriffen wurden, 8 starben. Unter den sehr mäßig lebenden Juden und Turken macht das Uebel geringere Fortschritte. — In den beiden Donaubasen Galacz und Ibraila herrscht noch immer fast gänzliche Geschäftsstille, welche durch die neuesten politischen Ereignisse in der Walachei noch drückender wird.

Nachschrift.

Seine kaiserl Hoheit der Erzherzog Reichsverweser ist am 2. August Nachmittags 3 Uhr auf der Eisenbahn nach Frankfurt mit seiner Gattin und seinem Sohne durch Nürnberg gekommen und mit dem herzlichen Jubel empfangen worden. (Morgen Nähreres.) — Nach der Frankfurter Ob.-P.-A.-Z. hat der Reichsverweser sich alle Empfangsfeierlichkeiten zu Frankfurt wie anderwegs verbeten.

A Frankfurt, 2. Aug. 1847. (53. Sitzung der Reichsversammlung.) Nachdem in der heutigen Sitzung die Debatte über den § 6 der Grundrechte und ferner 2 Stunden fortgesetzt war, wurde zur Abstimmung geschritten; es wurden folgende Sätze angenommen: „Alle Deutschen sind gleich vor dem Gesetze. Standesprivilegien finden nicht statt. Alle Titel, in soweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind aufgehoben und dürfen nicht wieder eingeführt werden. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. Das Wassenrecht und die Wehrpflicht sind für Alle gleich; Stellvertretung bei letzterer findet nicht statt." — Der von einer Minorität des Verfassungsausschusses zu dem 2. Satze des § 6 beantragte Zusatz: „der Adel selbst ist aufgehoben," wurde bei namentlicher Abstimmung mit einer Majorität von mehr als 10) Stimmen (mit 282 gegen 167 verworfen. Unter Denjenigen, welche für die Aufhebung des Adels stimmen, waren folgende bayerische Abgeordnete: Hermann, Behr, Christmann, Haggenmüller, Spatz, Umbscheiden, Fleischgner, Glaß, Schmitt, Tafel, Stockinger, Geistl, Gulden. Der letzte Satz des § 6 wurde nur mit einer geringen Stimmenmehrheit angenommen. Sehr Viele scheinen das Gewicht mehr auf die Ausschließung der Stellvertretung bei der Militärpflicht als das Wassenrecht gelegt und darum zugestimmt zu haben; sie überseh'n, daß gerade dieses die Hauptsache war und daß über die Stellvertretung für sich noch abgestimmt werden wäre. — Man versichert heute am Schlusse der Sitzung als bestimmt, daß der Reichsverweser morgen hier eintreffen werde. Von den Jungfrauen Frankfurts wird seiner Gemahlin ein besonders friedlicher Empfang vorbereitet. An der in allen deutschen Staaten auf nächsten Sonntag von der Centralgewalt veranlaßten militärischen Feier wollen die Bürger Frankfurts dadurch Theil nehmen, daß ein politischer Verein — das Pfennigschwein — auf denselben Tag ein Volksfest im nahen Frankfurter Wald, Mädchen genannt, zu veranstalten die Einleitung getroffen hat.

*Wir erhalten eben noch Briefe aus Turin vom 31. Karl Albert hatte zwei Proklamationen erlassen, eine an die „Soldaten," die andere an die „Völker von Oberitalien." Er zieht heim an, daß sein Gesuch um Waffenstillstand von Feldmarschall Radetzky verworfen worden sei, und fordert die Italiener zu allgemeiner Bewaffnung und Fortsetzung des Kampfes auf. Die Akten stücke morgen. Zu Turin war es am 29. abermals zu Auftritten gegen die Kammer gekommen.

Frankfurt a M., 2. August. Oesterr. 5proz Metall. 62⅞, 4proz. 52, 3proz. 42, 2½proz. 33⅜. Bankaktien 1070. 69. 500 fl.-Loose 108. 250 fl.-Loose 71. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87½. 9. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 74. — Bayer. 3½proz. 74. Ludwigs-Berbach. 65. — Württemberg. 3½proz. 75, 4½proz. 91⅛. — Bad. 3½proz. 75¼. Lotto-Anleihen à 50 fl. 47½. 35 fl.-Loose 27.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 33.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Sonnabend den 5. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, den 4. August.

Se. Königl. Majestät haben durch allerhöchste Entschließung vom 29. Juli nachstehende Beförderungen im Kanzleidienste des Heeres allerhöchst zu genehmigen geruht: zu Secretären mit dem Range der Divisionskommandosecretäre: die Kanzleiaktuare 1. Klasse im Kriegsministerium Sebast. Bernhard und Xaver Kaßner, dann den Kanzleiaktuar 1. Klasse Jos. Kreß beim Generalquartiermeisterstabe; zu Kanzleiaktuaren 1. Klasse: die Kanzleiaktuare 2. Klasse Kaspar Schuster von der Kommandantschaft München beim Artillerieforstkommando, Johann Lochmüller bei der Militärfondskommission; zu Kanzleiaktuaren 2. Klasse: die Regimentskanzleiaktuare Ferdinand Frhr. v. Verchenfeld-Ahm im Kriegsministerium, Julius Döberlein beim 2. Armeedivisionskommando; mit Uebertragung der Funktion als Sekretär, den Rubrikenaktuar Michael Sauer vom 3. Infanterieregimente Prinz Karl beim 2. Armeedivisionskommando; zum Regimentskanzleiaktuar: den Auditoriatsaktuar Friedrich Friedrich vom Infanterie-Leib-Regimente bei der Kommandantschaft München.

Se. Maj. der König haben Sich nachstehende Ernennungen gefunden, zu der am Appellationsgerichte von Unterfranken und Aschaffenburg stehigen zweiten Direktorialstelle den Oberappellationsgerichtsrath Elias Kirch (nicht Appellationsgerichtsrath Elias Hirsch, wie es irriger Weise in unserm gestrigen Blatte hieß) zu befördern.

Se. Maj. der König haben vermöge allerhöchster Entschließung vom 29. Juli l. Js. als ordentliches Mitglied der protestantischen Kirchenverwaltung zu Fürth den als Erstamann gewählten Kaufmann Adolph Winter von Fürth an die Stelle des durch Krankheit unfähig gewordenen bisherigen Mitgliedes dieser Verwaltung allergnädigst zu bestätigen geruht.

(Pfarrerledigung.) Die katholische Pfarrei Mauchsmünster, Diözese Regensburg, Ldgs. Jugolstadt. Reinertrag 505 fl. 1½ kr.

(Pfarreibesetzungen. Die katholische Pfarrei Bürnau, Ldgs. Tirschenreuth, kunier Entbindung des hierauf früher ernannten Pr. Joseph Niedermayer, Pfarrprovisors zu Neuhausen, Ldgs. Bogen, vom Amtrit derselben.) Dem Pfarrprovisor zu Bürnau, Pr. Anton Neomul Gröschl. Die katholische Pfarrei Verabrunn, Ldgs. Füssen, dem Pr. Franz Xaverius Nieberle, Pfarrer zu Biedergeltingen, Ldgs. Tuchheim, (vom hochw. Hrn. Bischof von Augsburg verliehen und allerhöchst bestätigt).

Deutsche Reichsversammlung.

X Frankfurt, 2. August. (53. Sitzung der Reichsversammlung.) Tagesordnung: Berathung und Abstimmung über den §. 6 der Grundrechte. Nachdem die Frage, ob der alte Adel selbst dem Namen nach ausgerottet werden solle, ein Antrag, welcher vorzugsweise von Mor. Mohl und sodann von einigen Gliedern der äußersten Linken verfochten wurde, durch 282 gegen 167 Stimmen beseitigt worden war, wurden die (in unserer gestrigen Beilage bereits mitgetheilten) Sätze angenommen. Sie sehen Hr. Doktor, daß Sie mit dem heutigen aufgeboti haben, einem bevorrechteten Stande anzugehören; denn sicher gibt es weder Doktoren, noch Professoren, Hofräthe, die Reiches Wohl hat dies unbedingt verlangt, weil mit Doktoren und Hofräthen es unmöglich gewesen wäre, Deutschlands Glück und Einheit zu begründen. Durch diese in das innerste Wesen des Völkerlebens einschneidende Bestimmung wird nun auch hoffentlich der Geist des Dozirens, der sich eines guten Theiles unserer Reichsklassgeordner bemächtigt hat, verscheucht werden, und die Versammlung vielleicht dem Drange widerstehen lernen, in Kompendienform dem deutschen Volke eine Reihe von Grundgesetzen zurecht zu machen, die es entweder nicht brauche, weil es das betreffenden Rechte schon besitzt, oder die es nicht will, weil sie nicht zu den im Lande geltenden Ansichten und Gebräuchen passen, und welche jedenfalls mit wenigen Ausnahmen ohne allen Nachtheil der Gesetzgebung der Einzelstaaten hatte überlassen werden können. — Von Berathung war die heutige Verhandlung nicht, blos Beseler und Mittermaier zeichneten sich aus, der erstere dadurch, daß er sehr verständig gegen die Adelsfresserei, eine Art Scherifacht, die besonders einen Theil der neugebackenen Bourgeoisie befallen hat, zu Felde zog, der letztere, indem er die allgemeine Wehrpflicht anempfahl, und den Menschenhandel mit der Stellvertretung, der übrigens bei uns nirgends so schmachvoll betrieben wurde als in Frankreich, wo das Elsaß für das halbe Land Kriegsdrangsale lhut, gebührend brandmarkte. Die Linke wollte neben dem Adel auch alle Orden und Titel abgeschafft wissen, und hatte zu diesem Behufe eine ganze Lezion Anträge eingebracht, fiel aber der Reihe nach damit durch; dasselbe Schicksal widerfuhr auch dem berühmten Jakob Grimm, der überhaupt bisher in der Versammlung wenig Glück gemacht hat. Eine neue Literatur hat hier seit Kurzem einen hohen Aufschwung genommen, der Karrikaturentrieg; kein Abgeordneter, der sich etwas zu Schulden kommen läßt, ist sicher, sich nicht des andern Tages an den Straßenecken im wohlgetroffenen Konterfei in die Hechel genommen zu sehen, am meisten hat Robert Blum und Auge davon zu leiden.

Wenn man beobachtet, welcher Parteifarbe die Abgeordneten aus der bayerischen Rheinpfalz angehören, wenn man sieht, daß mehrere mit der radikaldemokratischen, andere mit der Blum'schen Fraktion stimmen und nur Glaß aus Landau und Stockinger mehr dem linken Zentrum sich annähern, so möchte man auf die Meinung kommen, die Pfalz sei durch und durch revolutionär gesinnt und für Durchsetzung der republikanischen Staatsform eingenommen. Einsender Dieses hatte nun in der letzten Zeit Gelegenheit, theils durch eigene Anschauung, theils durch briefliches Befragen sich davon zu überzeugen, daß diese aller gesetzlichen Entwicklung, allem Rathsamen an das bisher Bestandene feindliche Richtung in der Pfalz durchschnittlich nicht die herrschende ist, daß vielmehr nur die Vertreter extremer Ansichten, wie überall, so auch in der Pfalz am Meisten schreien und daß vielleicht von diesen Vorschreiern manche der pfälzischen Deputirten sich bestimmen lassen, indem sie dieses Geschrei für die wahre Stimme des Volkes halten. Die Bevölkerung der Pfalz ist gut deutsch gesinnt und will zwar die volle Sicherung aller Volksrechte und Freiheiten, nicht aber auf dem Weg des Umsturzes; eine spätere Zukunft wird lehren, ob die Pfälzer Deputirten in der Nationalversammlung die Ansichten ihrer Provinz wahrhaft repräsentirt haben oder nicht! (K. v. u. f. D.)

Deutschland.

Bayern. Nürnberg, 3. August. Nachmittags gegen 3 Uhr langte gestern der Erzherzog-Reichsverweser auf der Reise nach Frankfurt, diesmal mit seiner Gattin und seinem Sohne, hier an. Großer, wahrlich wenigstens Jubel empfing auch diesmal den kaiserlichen Gast bei mit deutschen Farben geschmückten und vom Volke dicht besetzten Straßen. Im Gasthof zum „rothen Roß" angelangt, erschien der Reichsverweser am Fenster und begrüßte die auch dort zahlreich versammelten Schaaren. Das Volk wollte aber auch die Gemahlin seines Reichsverwesers sehen, und gab diesen Wunsch dadurch zu erkennen, daß es bald „die Erzherzogin" rufend die „deutsche Frau" hochleben ließ. Endlich erschien sie an der Seite ihres Gatten, welcher dabei ungefähr folgende Worte zum Volke sprach: „meine lieben Nürnberger! meinen Dank für Euren herzlichen Empfang, nicht blos für mich, sondern auch für meine Frau. Möge Gott mir Kraft verleihen, was das Volk von mir erwartet, zu erfüllen. Daß soll meine heiligste Pflicht, mein eifrigstes Bestreben sein!" Enthusiastischer Jubel folgte diesen mit klarer und andrauckvoller Stimme gesprochenen Worten. Um 4', Uhr setzte darauf nach eingenommenem Mittagsmahle der Reichsverweser die Reise nach Frankfurt fort; noch jetzt wie bei der Ankunft, geleitete ihn fortwährender lebhafter Hochruf des Volkes bis an die äußerste Grenze des Stadtbanns. (K. v. u. f. D.)

Württemberg. — Der „Schwäbische Merkur" vom 4. d. M. veröffentlicht einen Befehl des Kriegsministeriums in Bezug auf die am 6. d. M. zu allen Garnisonen des Landes stattfindende feierliche Anerkennung des Reichsverwesers durch die württembergische Truppen. Dieselben haben sich am gedachten Tage Morgens um 7 Uhr in vollständiger Paradeaufstellung zu versammeln, bilden sodann ein Viereck mit Kolonnen, in dessen Mitte die Befehlshaber mit ihren Stäben sich aufstellen. Der Kommandant erscheint sodann die königl. Anfprache und den Aufruf des Erzherzog-Reichsverwesers an das deutsche Volk, worauf die vorgeschriebenen Hoch's unter Geschwglokon erfolgen.

Baden. Donaueschingen, 1. August. Seit zehn Tagen sind badische Truppen in unserer Gegend eingerückt, und da und dortbin vertheilt worden. Heute Nacht traf eine Staffete ein, welche ein Bataillon des 4. Regimentes mit zwei Geschützen plötzlich in den Hegau berief, — man sagt, wegen Bewegungen an der Grenze des Kantons Schaffhausen. Der Stab mit den Obersten von Roggenbach und Eichrodt befindet sich noch hier. (Karlsr. Z.)

Gr. Hessen. Darmstadt, 31. Juli. Unsere Ministerkrisis ist in ein neues Stadium getreten. Von beiden Seiten werden die äußerst deutlichen Anfrerungen gemacht. Die Opposition wird sich dadurch zu verstärken suchen, daß die angetretenen Mitglieder (Frh. Moriz Brück, Gerbe, vielleicht auch Brauf) ihren Austritt zurücknehmen. Mehrere Deputirte sind dagegen von der Opposition abgefallen, so daß die zwei und zwanzig Anwesenden sich um drei bis vier vermindert haben. Ferner sind Verhandlungsversuche im Werke, die hauptsächlich von den Deputirten Simon und Emert ausgehen dürften. Einstweilen wird die Sache historisch behandelt und vielleicht kommt eine rasche Verlagung der Kammer zu Stande. Ministerialrath Emmerling hat inzwischen seine Entlassung eingereicht. (Ar O.-P.-A.-Z.)

Nassau. Wiesbaden, 31. Juli. (Nass. allg. Z.) So eben trifft die Nachricht hier ein, daß sich das 9. Bundes-Armeekorps, darunter 2500 Mann Nassauer, marschfertig halten soll, um nöthigenfalls sofort nach Schleswig-Holstein abgeschickt werden zu können.

Oldenburg. Oldenburg, 29. Juli. Das heutige Gesetzblatt enthält folgende Verordnung: „Wir Paul Friedrich August, von Gottes Gnaden Großherzog von Oldenburg ꝛc., thun kund: Nachdem Se. kaiserl. Hoh. der Erbprinz Johann von Oesterreich die proviforische Journalgewalt über Deutschland als Reichsverweser angetreten hat, bringen wir dieses glückliche Ereigniß hiemit zur öffentlichen Kenntniß, mit der zuversichtlichen Hoffnung, daß die baldigen gesetzlichen Wünsche in Erfüllung gehen mögen, und wachen nachstehend zugleich den von des Erbprinzen-Reichsverweser kaiserlicher Hoheit unter dem 15. d. M. erlassenen Aufruf an das deutsche Volk hierdurch allgemein bekannt. Urkundlich Unserer eigenhändigen Namensunterschrift und beigedrucktem großherzoglichen Insiegels. Gegeben auf dem Schlosse zu Rastede, den 21. Juli 1848. August. v. Braunschweig-Marcenau, p. Eisendecher.

Freie Städte. — Hamburg, 29. Juli. So eben (Nachmittag 4 Uhr) lief das erste hamburgische Kanonenboot „St. Pauli“ unter ausnahmsweise Theilnahme des zahlreichen, theils im Hafen, theils am hohen Ufer versammelten Publikums vom Stapel. Das Boot ist von Beiträgen der Bewohner der Vorstadt St. Pauli von dem Schiffsbauer und Schiffbauer Maahs auf dem am Pinnaberge gelegenen Werfte jener Vorstadt erbaut worden. In Kurzem werden noch mehrere Kriegsfahrzeuge, die auf dem Stadtroof gebaut werden, fertig sein. Auch hat die hanseatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft ihre drei Dampfboote „Lodwig“, „Hamburg“ und „Lübeck“ für 500,000 Mark an die deutsche Marine verkauft. (Br. Z.)

Schleswig-Holstein. Aus Schleswig-Holstein sind noch keine neuen Kriegsthatsachen zu melden. Bei Sprende war am 25. wieder ein dänischer Schooner in Sicht gewesen und vor dem Hafen liegen bekanntlich zwei Kriegsschiffe. Die dortige Besatzung besteht großentheils aus Hannoveranern. Die deutschen Bundestruppen ziehen ihre Verstärkungen an sich, sowohl wenn preußische als hannoversche Reiterei, so wie neu eingeladene Schleswig-Holsteiner an. Das sattsewig-holsteinische Corps, wird der Brief-H. gelesen, soll auf 10,000 Mann gebracht werden, doch soll es bis auf 25,000 Mann vermehrt werden. Diese Vermehrung wird jedoch nur sehr allmählich geschehen. Rendsburg, Schleswig und Flensburg haben eine starke Besatzung; die deutsche Hauptmacht steht in der Nähe der jütschen Grenze und im Sundewittschen. Von einer Uebersetzung der Königsau ist bis heute nichts bekannt geworden.

Die Wahlen zur schles. Just. Konstituirenden Versammlung sind in vollem Gange. Der „Alt. M.“ meldet eine Reihe von Wahlen.

Im 15. holst. Wahldistrikt wurden gewählt: Advokat Warnstedt und Männhardt, im 18. (Wahlort Rhrensboek) Adv. Warnstedt und Dr. Carl Lorentzen, im 12. (Wahlort Pinneberg) Konferenzrath Andersen und Lübbe, und im 3. (Wahlort Neustadt) Ober-Rabinets-Kanzleirath und J. G. Petersen, im 23. (Wahlort Bramstedt) Adv. v. Molfke und Pastor W. Hansen, im 26. (Wahlort Oldesloe) Hirschfeld von Groß. Nordsee und Bach von Bredenmoor, im 27. Prof. Rathjen aus Kiel und Pastor Friedrichsen zu Jevenstedt. — In der Stadt Schleswig sind gewählt Dr. med. Steindorff und Kirchenpropst Boysen, in Eckernförde der Herzog v. Augustenburg und Dr. Ahlmann, in Flensburg Dr. Müller und Friedemann.

Preußen. Berlin, 1. August. Se. K. H. der Prinz von Preußen, welcher am vergangenen Sonnabend mit seiner Familie hierher kommen und die zum Sonntag Mittag in seinem Palais verweilen wollte, um dann auf einige Tage nach Stettin zu reisen, ist in Folge einer Erkältung plötzlich erkrankt, und seine Ankunft hat sich jetzt dadurch verzögert worden. Die Aerzte hoffen indeß, daß der Prinz in einigen Tagen die beabsichtigte Reise werde antreten können. (Berl. N.)

Berlin, 1. August. Die Deputation, welche der Vorstand des Zentral-Donbau-Vereins an den Erzherzog-Reichsverweser gesandt hatte, um denselben im Namen des Vereins zu der bevorstehenden Säkular- und Weiheseier unseres Domes einzuladen, traf am 24. Juli in Wien ein und erhielt schon am 27. Vormittags die begehrte Audienz in der kaiserlichen Hofburg. Der Erzherzog-Reichsverweser empfing die Herren Graf von Fürstenberg-Stammheim, Geheimrath Bergbaus und Appellationsgerichtsrath Gräff mit der ihm charakteristischen herzgewinnenden Leutseligkeit und der freudigsten Theilnahme. Nachdem der Deputation ihm die Adresse des Vorstandes überreicht und Bericht erstattet über den glücklichen Fortgang des Baus, sprach sich der Erzherzog begeistert für das große Unternehmen aus, unter rühmlichster Erwähnung der fortdauernden Leitung des herrlichen Werkes durch den Dombaumeister Zwirner, und bemerkte unter anderm, daß er selbst in dem Dome zu Köln nicht allein einen großartig flammenwerfenden Bau, sondern noch etwas ganz Anderes, das Symbol der künftigen Größe und Einheit Deutschlands“ erblicke. Als ihm die Deputation hierauf das Nähere über die Feier selbst mitgetheilt und das Festprogramm überreicht hatte, äußerte sich der Erzherzog dahin, daß er seine Rückreise nach Frankfurt sehr bald antreten und zeitig genug eintreffen würde, um den festlichkeiten die Glückwünsche und der Erhebung der ihn bekleidenden Stelle beizuwohnen, sowie habe er herzlichen Worten seinen Dank für die Einladung aus, mit dem Bemerken, daß er sich einer so glücklichen Veranlassung, welche auf der Heimreise sich darbiete, Stuttgart, Baden-Baden, Carlsruhe und Heidelberg besuchen, Rhein- und Moselfahrt genießen, so wie des Wohlstandes des gesammten deutschen Vaterlandes von dem günstigsten Eindrucke sein werde, nicht entziehen könnte. Die Deputirten haben dann um die Erlaubniß, seiner erlauchten Gemahlin ihre Verehrung bezeugen zu dürfen, worauf der Erzherzog bemerkte, daß dieselbe in Südtirol zu verweilen, und wenn sich die Deputation am Nachmittage dahin bemühen wolle, werde es sie freilich sehr erfreuen. Als die Deputirten Gelegenheit geboten, die erlauchte Frau auch persönlich zu dem Feste einzuladen, dessen hohe Bedeutung der Erzherzog-Reichsverweser so richtig und wahr erkannt hat, und in dem, hoffen wir es mit Zuversicht, eine große und glückliche Zeit des deutschen Vaterlandes in der Einheit und Eintracht seiner Stämme und Fürsten ihren Anfang nehmen wird. (Köln. Z.)

Oesterreich. Wien, 1. Aug. Nachdem die Hauptbewegungen zu einer friedlichen Ausgleichung der magyarisch-serbischen Differenzen zwischen dem Palatin Erzherzog Stephan und dem Banus Jellachich festgestellt worden, ist der Erzherzog Palatin gestern nach Pest und der Banus nach Agram abgereist um dem Landtag darüber Bericht zu erstatten, und auf Grundlage derselben dann die weitere Unterhandlung zu pflegen. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Carlowitz, 20. Juli. Nach den vorn eingelaufenen Berichten aus der serbischen Wojewodina haben die ihrerseits Feindseligkeiten bei Erscka, unweit Becskerek, und dann bei St. Thomas nach mehrstündigem Gefecht einen entschiedenen Sieg über die magyarischen Truppen und Freiwilligen errungen. Leider hat das bedeutende Dorf Erscka, durch den Rückzug der Magyaren in daselbst Brand, veranlaßt durch die Verfolgung von den illyrischen Insurgenten, nicht allein außerordentlich gelitten, sondern durch Angriff unter Mitwirkung der Kanonen ist Erscka in Flammen aufgegangen. Der Aldunar taggen sind die Insurgenten durch die Unvorsichtigkeit

bombastischen Anpreisungen der verübten Heldenthaten. Doch hören wir nun, was Karl Albert dem Volke sagt im zweiten Aufrufe. Dieser lautet: „Völker von Oberitalien! Nach verschiedenen Kämpfen, in welchen unser Heer trotz der geringeren Zahl der Streitkräfte, mit bewundernswerthem Muthe nicht wenige Erfolge zu erringen wußte, von der Uebermacht erdrückt, erlegend der Ermattung von den beständigen Kämpfen bei einer überwältigen Hitze und dem Mangel an vortrefflichen Lebensmitteln, verlor es, nahm wieder, konnte aber am Ende doch nicht behaupten die längs des Mincio errungenen Stellungen, und als es darauf in den Umgebungen von Goito sich aufgestellt hatte, fand es sich in eine jener fruchtbaren Krisen versetzt, in welcher eine höhere Anstrengung entspricht Widerlagen zur Folge hat. In diesen ernsten Umständen, die unser Herz bedrängen um als König und als Chef jenes tapferen und vielgeliebten Heeres, suchten wir nach Abführung eines Kriegsrathes so großem Bluvergießen ein Ziel zu legen, indem wir dem Feinde einen Waffenstillstand vorschlugen. Aber die von ihm gestellten Bedingungen waren solcher Art, daß wir uns nicht zu entschließen vermochten dieselben auch nur in Ueberlegung zu ziehen; wir glauben uns mit euch lieber jedem Aeußersten aussetzen zu müssen als die Ehre, und das Interesse des Vaterlandes bloszustellen. Italiener! Bewaffnet euch und begegnet der Gefahr mit der Energie, welche die Gefahr des theuersten Lebens so großen Ruhmes erhöht. Zieht das letzte Opfer der Entwidrigung und dem Verluste einer Unabhängigkeit vor. Das Heer, entwerft erhalten von der Liebe zum Vaterlande in Mitte der Schmerzen und des Mißgeschicks, ist wohl bereit sie das Vaterland so viel Blut hingeboten als ihm frommt; und ich hoffe, daß die Vorsehung uns nicht verlassen wird in der Vertheidigung der heiligen Sache, welcher mein Leben und das meiner Söhne geweiht ist. Aus unserm Hauptquartier Volgoto, den 9. Juli 1848. Karl Albert." — In diesem Aufrufe sieht man klar, wie verzweifelt die Lage ist, in welcher das „Schwert von Italien" ist, das nun selbst eingesteht, daß es nicht mehr hinreicht, um sein Schild zu sein. Der Verrath hat seinen Lohn erhalten. Mit der Bereitwilligkeit zur Erhebung in Masse, um an dem Kampfe gegen die Oesterreicher Theil zu nehmen, sieht es nicht sehr günstig aus. Die Scharen, welche zum Heere sind die letzten, welche Lust haben, die Spitze der österreichischen Bajonnette zu versuchen, und das Landvolk ist bei weitem nicht so fanatisch für den Krieg gestimmt als man glauben machen möchte. Ich zweifle daher noch sehr, ob das Beispiel der allgemeinen Erhebung Deutschlands im Jahre 1813, welches die Lärmtrompeter für den Krieg hier dem Volke vorhalten, in hinreichendem Maaße Nachahmung finden wird. Es ist viel leichter, hier, wo man keinen Widerstand zu suchten zu haben glaubte, Summte mehr Aufstände vor der Kammer zu veranstalten, und auch mit weniger Gefahr wiederholen, als dort haben abermals dergleichen Auftritte erlebt. Ein Volkshaufe hatte sich am den Palast Caeignan gesammelt und drohte sogar unter heftigem wilden Geschrei in die Kammer zu dringen. Dieses Vorhaben wurde nur durch das ernstliche Einschreiten der Nationalgarde vereitelt, welche, nachdem sie Verstärkungen erhalten hatte, die Thore des Palastes verrichtete. Bezeichnend hatte der Vicepräsident Mezzacapo an einen Kammermitglieder die Aufforderung zu Gunsten zu bestimmigen gesucht, nur der Zauberformel Vincenzo Gioberti's gelang dies endlich einigermaßen. Es dürfte an, daß von diesem Tage an auch er ins Ministerium eintrete. Auch auf den Galerien der Kammer selbst hatte der Lärm schon wieder angefangen wie Tags vorher, doch legte er sich wieder bei wirklichem Beginne der Sitzung. Von welchem Abgeordneten wurde nun der Antrag gestellt, daß auf die Dauer des gegenwärtigen Unabhängigkeitskrieges alle gesetzgebenden und vollziehenden Gewalten in den Händen der Regierung des Königs vereinigt sein sollen; daß dieselbe sonach durch diese königliche Dekrete und unter Verantwortlichkeit der Minister und unter Wahrung der konstitutionellen Institutionen alle Maßregeln solle treffen können, welche sie zur Vertheidigung des Vaterlandes für nothwendig erachtet. Die Mittheilung der Kammer aus 43 Abgeordneten bestehend, erstatte diesen Gesetzentwurf für verfassungswidrig und verweigerte die Abstimmung darüber. Hierüber Theil zu nehmen, obgleich sie selbst es für nothwendig anerkannte, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Gewalten concentrirt und gekräftigt werden müssen, um mit aller Beschleunigung für die Vertheidigungsmaßregeln zu sorgen. Das Ergebnis der Abstimmung war: für den Antrag 95, gegen 3. Der Abstimmung enthielten sich 43; der Antrag ist also zum Gesetze erhoben. Die Kammer dieses somit für geschlossen gelten, es sollte nur noch die Bekanntmachung der Thronrede oder Lossprechung, je nachdem das Ministerium die eine oder die andere beliebt wird. Gestern versammelte sie sich indessen noch einmal, um noch dem Vorschlage des Abgeordneten Pinelli eine Adresse an den König zu votiren. Im Lager des Königs befindet sich auch der bekannte Abenteurer General Ramorino, wohl bekannt von seiner Theilnahme am polnischen Aufstande und dem Einfalle der Polen in Savoyen her. Zweifelt hat es ihm bis jetzt nicht gelingen wollen, sich einer einflußreiche Stellung im Lager des Königs zu verschaffen, was wohl selbst auch wenig Vertrauen in ihn setzt. Ramorino gilt nicht mit Unrecht als ein Werkzeug der Ultrarepublikaner, welche auch jetzt alles aufbieten, um ihre Saat zu bringen. Sie erheben zu diesem Ende seine militärischen Fähigkeiten bis in den Himmel. — Es scheint, daß die Oesterreicher Brescia bereits besetzt haben. — Der von Montevideo her durch seine dortigen Raubzüge berüchtigte Abenteurer Garibaldi ist seiner von Mailand gegen Brescia, vorgegangenen Kolonne wird sie auch schwerlich aufgehalten haben. Nach den letzten Nachrichten aus Mailand von gestern dauerten die Rüstungen zur Vertheidigung dort fort. 3000 Nationalgarden sind bereits mobilisirt, zwei Bataillone Rekruten waren am 28. zum Heere abgegangen, ebenso mehrere Abtheilungen Linientruppen und Geschütze. Zwischen Brescia und Mailand hatte man durch aufgestellte Dragoner unter einem Rittmeister eine Korrespondenz-Linie errichtet, um in 5 1/2 bis 6 Stunden die Nachrichten aus dem Lager in Mailand zu haben.

Schweiz.

Luzern. Der „Eidgenosse von Luzern" vom 31. Juni meldet: Letzten Samstag Abends passirten zwei Abgeordnete von Mailand hier durch, ein Hr. Casati und ein Hr. Carcano, um, wie sie auf hiesigem Postamt erklärten, die französische Regierung um bewaffnete Intervention (nach Mailänder Handelsbriefen, die in Zürich eingegangen, bloß um Vermittlung) anzugehen.

Großbritannien.

London, 31. Juli. Lord Grey hat heute auf eine Interpellation Lord Castlereagh's im Unterhause erklärt, daß ein thätlicher Zusammenstoß in der Grafschaft Tipperary zu einem Zusammentreffen zwischen den Insurgenten und den Konstablern geführt habe. Einige Rebellen wurden getödtet die übrigen ergriffen die Flucht. Dublin war gestern materiell ruhig; allein es herrschte Aufregung; neue Verhaftungen waren vorgenommen worden, besonders die des Dr. Reynolds. General Macdonald folgt mit einer zahlreichen Truppenabtheilung den Smith O'Brien auf dem Fuße nach.

Wenn die Deutschen in London Feuer und Flamme sind zum Dienstag zu Ehren der Erwählung des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser ein großes Festmahl in Greenwich. Ritter von Bruck und andere Notabilitäten sind da, und links von ihm saßen Graf Dietrichstein, der österreichische Gesandte, sonst der bayrische Minister Graf Celso, und der hannöversche Graf Kielmannsegge. Bunsen hielt eine schöne Rede; er ermahnte unter andern auf das Dringlichste zur Freundschaft zwischen Deutschland und England. Graf Dietrichstein dankte im Namen seines Freundes des Reichsverwesers, und bat um Gruß für den Ausschuß Oesterreichs on Deutschland. Graf Kielmannsegge sprach für Deutschlands Einheit und unter allgemeinem Beifall die Flotte begeiste. Unter den Anwesenden waren, nebst andern, Syndikus Banks, Hebeler, Dr. Mayer, der Fürst von Löwenstein, Servetus, Bar. Koller, Prof. Forchhammer von Kiel. Auch Heinrich von Gagern wurde ein Hoch gebracht.

Frankreich.

Paris, 1. August. Die Nationalversammlung hat gestern Herrn Proudhon einige Stunden lang reden lassen, seinen Plan über die Februar-Revolution angehört, und auf seine Frage endlich auf eine gehörende Weise geantwortet. Die Rede der Herrn Proudhon war eine Beleidigung gegen den gesunden Menschenverstand, der leichte Angriff auf die Grundlagen der Gesellschaft, wie mir einer noch gewagt worden ist in den Hallen der französischen Nationalvertretung. Wenn Dr. Proudhon sich nicht für so gescheit hielte, könnte man glauben, er sey verrückt oder wahnsinnig. Wenigstens müssen wir seiner Offenheit Gerechtigkeit wiederfahren lassen, er hat uns doch klar gesagt, was die Sozialisten wollen, und ganz Frankreich wird ihm antworten wie es die Nationalversammlung gethan hat, indem sie folgenden Beschluß faßte: „Die Nationalversammlung in Betracht, daß der Antrag des Bürgers Proudhon ein gehässiger Angriff ist auf die Grundlage der öffentlichen Moral; daß er eine schreiende Verletzung des Eigenthumsrechts, dieser Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung ist; daß er die Angehörigen beleidigt und an die schlimmsten Leidenschaften sich wendet; in Betracht ferner daß der Februar-Revolution verlästert hat, indem er sie zur Missthuligen an den Theorien machen wollte, die er auf der Tribune entwickelt hat, geht zur Tagesordnung über." Bei der Abstimmung durch Aufstehen erklärten sich unter 693 Abstimmenden nur zwei gegen das also einmuthige Urtheil der Versammlung. Das Gericht, daß Proudhon seine Entlassung als Volksvertreter geben wolle, erfüllt sich nicht vollständig. — In der heutigen Sitzung reihob sich eine lebhafte Debatte über die gehässige Einsperrung des Hrn. Emil Girardin und die Unterdrückung des Blattes „la Presse." Die Mehrzahl der Redner sollte der Weise, wie die Regierung den Belagerungszustand benutzt habe, Zustimmung. General Cavaignac wird den Vorwurf einiger, als habe er eine Diktatur sich angemaßt, unter lebhaftem Beifall von sich zu weisen wissen. Die Thatsachen sind. Die Versammlung schritt endlich mit ungeheurer Mehrheit zur Tagesordnung. — General Tamesme ist heute feierlich begraben worden. Von der Jndustrie der Möbelfabrikanten kann man fast dasselbe sagen. Alle Leben in der Vorstadt St. Anton sind geschlossen. Die Arbeiter gehen meist nach England, wo sie Schutz und Ruhe für ihren Erwerb finden.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 1. (13.) Juli. (Aus dem Privatschreiben eines Kommunen.) In unserer Stadt ist jetzt eine traurige, ja jammervolle Zeit. Die Cholera, an der seit Anfang Juni bereits 30—40,000 Menschen starben, und an der täglich gegen 5000 krank werden, hat mich zwar bisher durch Gottes Gnade verschont, aber ich fühle mich, seit sie hier gewaltet, keineswegs so wohl wie früher; aber es geht auch Andern so. Bei uns im Hause starben zwei Personen innerhalb ein paar Stunden; die Leute auf der Straße fallen um und sind todt; jetzt jedoch ist sie bedeutend im Abnehmen; sie kann vor Ende des Sommers noch einen viel Teaner erreichen, den sie bisher nehmen; in Deutschland herrscht nur die europäische, hier aber die viel schrecklicher wüthende asiatische Brechruhr. Ich selbst bin jetzt oft auf den Lande, denn die Stadt, sonst so außerordentlich lebhaft, gleicht der Oede eines Todtenackers. Alles floh aus

Petersburg. Ich habe jetzt auch keine bestimmte Wohnung, da ich bald da bald dort auf dem Lande herumfahre, indem ich die Stadt vermeide so viel wie möglich. Möge der gnädige Gott mich noch ferner erhalten und beschützen! (Augsb. Ztg.)

Vermischte Nachrichten.

(Einfluß der Presse.) Hierüber bemerkte schon Benjamin Franklin vor mehr als 80 Jahren: „Die alten römischen und griechischen Redner konnten nur zu der Anzahl Bürger sprechen, welche der Raum im Bereiche ihrer Stimme faßte; ihre Schriften hatten wenig Wirkung, weil die Masse des Volkes nicht lesen konnte. Jetzt aber die Presse können wir zu ganzen Völkern sprechen, und gute Bücher und gutgeschriebene Flugschriften haben großen und allgemeinen Einfluß. Die Reichsgleise, mit der dieselben Wahrheiten wiederholt eingeprägt werden können, indem man sie in verschiedenen Zeitschriften verschiedentlich sich stellt, befördert ihr Durchdringen sehr. Und wir finden nun, daß man nicht bloß das Eisen schmieden soll, so lange es warm ist, sondern daß es auch thunlich ist, das Eisen warm zu machen durch fortwährendes Schmieden.“ Was unsere Zeitschrift sagen, wenn er jetzt auftäubte und die Rolle übe, welche die Presse bei uns spielt? — Daß nur nicht sein Blick auf manche Nachdrucken unserer jungen Preßfreiheit fiele! Der bei der Druckerpreße aufgewachsene Advokat der neuzeitlichen Freiheit möchte sich schaudernd und bekümmert wieder in sein Grab steigen.

(Ein Pariser Journal.) Einer von den Eigenthümern der „Presse“ gegen die Suspension dieser Zeitung veröffentlichten Protestation entnehmen wir folgende interessante Notizen: Pränumeriren 15,000 unter den 70.000 Abonnenten der „Presse“ haben sich, da ihr Abonnement am 30. Juni abläuft, nothgedrungen auf andere Blätter abonniren müssen; weitere 15,000, deren Abonnement am 15. Juli oder später abläuft, haben schon auf Erneurung desselben verzichtet oder werden dies wohl thun. Die Suspension entzieht somit der „Presse“ etwa 30,000 Abonnenten, welche sonst mindestens 300,000 Fr. bezahlt hätten, und deren Verlust jährlich auf weit über eine Million zu veranschlagen ist. 20 Redakteure, 25 Bureauangestellte, 70 Korrektoren und Setzer, 20 Maschinisten und Expedienten, 60 Zeitungsverkäufern und 560 Austrägern sind gegenwärtig ohne Salair. Der Schatz verliert durch die Suspension täglich 2000 Fr., und die Fabrikanten des Papiers und der Schwärze, so wie die Schriftgießer, büßen im Durchschnitte täglich 4000 Fr. ein.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 1. August. Sproz. Metall. 74½, 4proz. 65, 3proz. 44¼, 2½proz. 38. 1834r 500 fl.-Loose 122. 1839r 250 fl.-Loose 83. Bankaktien 1650. Nordbahn 103¾. Gloggnitz 94. Benedig-Mailand 64. Budweis —. Livorno 68½. Pesth 64. Siena 58. Apenninenbahn 95½.

Berlin, 4. August. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 73⅔ B., 73 G. Seeh. Pram.-Sch. 88 B. — G. Kur- u. Neum. Schuldv. 103⅓ B. — G. Berl. Stadt-Obl. — B. — G. Westpreuß. Pfandbr. 77 B. — G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — B. 94½ G., 3½proz. 77½ B. 76½ G. Ostpr. Pfandbr. — B. 85 G. Pomm. Pfandbr. 91½ B. — G. Kur- u. Neum. Pfandbr. 91½ B. 90 G. Schlesische fl. & gar. Pfandbr. — B. 84½ G. Ausl. Pfdbr. — B. 80 G. Friedrichsd'or 13⅓ B., 13½ G. And. Goldm. à 5 Th. 13½ B., 12½ G. Disconto 3½, 4 %.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 86 G. Berl.-Hamburg 61⅔ G. Berl.-Stettin-Stargarder 85 G. Berl.-Potsdam-Magd. — Magd.-Halberstadt 92 G. Magd.-Leipziger —. Halle-Thüringer 84½ G. Köln-Minden 75½ B. 74½ G. Aach.-Düsseldorf 53½ B. Düsseld.-Elberfeld 69½ B. 69½ G. Steele-Vohwinkel 32 G. Niederschles.-Märk 67½ G. 68 B. Oberschles. A 85½ G. 86⅔ B. 85½ B. 84½ G. Oberschles. B. Cosel-Oderberg —. Krak.-Oberschles. 38½ B. Berg.-Märk 55½ B. Stargard-Posen 64½ G.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. B 83½ B. Stargard-Posen —. Magd.-Wittenberg 45½ B.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 82 bz. Berlin-Hamburg. 88 B. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 74½ G. 3proz. 84½ G. Halle-Thüringer 80 bz. Köln-Minden 87½ G. 88 B. Rhein. 1. Prior. 74½ G. Rhein. Stamm-Prior. 88 G. Düsseldorf-Elberfeld —. Niederschles.-Märk 4proz. 84½ G. 84 B. 3proz. 93 B. III. Serie 88 bz. Zweibahn 3proz. 71 G. Steele-Vohwinkel —. Steele-Bohwinkel —.

Amsterdam, 31. Juli. 2½proz. Integr. 43⅜. — 3proz. Schuld 50⅛. — 4proz. 67⅞. — 2½proz. ditto —. Bankelmantschapp —. 3proz. Rentenbr. 310 Pf. St. 7⅝. — Span. inländ. 60000 fl. — Coupons —. Portug. 3proz. —. 4proz. —. Russische 4proz. bei Hope — ditto bei Stieglitz —. — 5proz. Metall. 59. — 2½proz. ditto —.

London, 31. Juli. Konsols 86⅞, 87. Coup. —. Span. Akt. —. 3proz. —. Pass. —. Portug. 3proz. —. 4proz. —. 5proz. —. Holl. 4proz. 70 — 69. 2½proz. 43⅛.

Paris, 1. August. 3proz. 44.—, 4proz. —, 5proz. 70.75. Schasch. —. Bankaktien 1620. Compt. von Algier —.—. Belg. 5proz. von 1840 75.—, von 1845 75.—. 4½proz. 67½ 3proz. 52 —. 2½proz. 37½. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 73.—. Röm. 6%. — Piem. —.—. St. Germain —.—. Versailles (rechte) —.—. (linke) 100.—. Orleans 695.—. Rouen 452.50. Havre —.—. Marseille 230.—. Basel 90.— Bierzon 272.70. Boutoque —.—. Verbeaur 400.—. Nordbahn 375.—. Montereau —.—. Lyon 337.50. Strasburg 355.—. Rantes 335.—. Dieppe —.—. Creour —.—. Montpellier —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 6 August: „Die Capulets und Montagues“, Oper von Bellini.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. Graf v. Taufkirch, General von Kleeberg, Rostl und Rothkappel, Proprietärs aus Kärntland.

Hotel Maulik. Herrmann, Privatier von Wien. v. Starobach, Gutsbesitzer von Wien. v. Pertsch, Gutsbesitzer von Eisnach. Baron v. Eckoffchen, von Eilnach. Berl. dr. jur. von Kremer. Kubin, Professor von Innsbruck. v. Ferrari, Privatier von Innsbruck.

Gold. Kreuz. Behrmeck, Student von Wien.

Pfaner, Maler von Leipzig.

Gold. Hahn. Bolisi, Künstler von Schoffhausen. Brüdner, Rentier von Stuttgart.

Blaue Traube. Ibler, Privatier von Innsbruck. v. Rosop, Beamter von Berlin. v. Homeyer, Gutsbesitzer von Wollgarten. Seyler, Postsekretär von Ulm. Borzynski und Tarpeiner, Priester von Innsbruck. Brand, Direktor von Wien.

Stachusgarten. Pfisterl, Maler von Kaufbeuren. Schmidt, Zahnarztschneidassistor von Herolzhosen. Dücke, Alle, Zahnarztschneidassistor von Herolzhosen. Dücke, Lehrer von Hochstätt. Grobe, Hofsollaborator von Weimar. Rauch, Privatier von Baireuth. Sötel, Architekt von Luzern.

Gestorbene in München.

Anna Maria Bauer, Schwertfegerstochter von Reitenhaus, Witwe, Gichtpurg, 38 J. a. Gottfried Hochstaller, Schmiedgesell von Weiherhamer, Bez. Neustadt a. W., 37 J. a. Georg Roth, königl. Leibgarde-Hartschier, 58 J. a.

Königliche Hof- und Staats-Bibliothek.

54. (3a) Die königl. Hof- und Staats-Bibliothek ist vom 1. September bis 15. Oktober für das Publikum geschlossen, wird jedoch für die literarischen Forderungen königl. Behörden und für Fremde, welche die Bibliothek zu sehen wünschen, täglich von 10 bis 1 Uhr zugänglich seyn.

Da diese Zeit zur Revision und Reinigung der Bücher bestimmt ist, so werden alle diejenigen, welche Bücher aus der königl. Hof- und Staats-Bibliothek entlehnen haben, hiemit amtlich aufgefordert, dieselben vor Ende dieses Monats August zurückzuliefern.

Wer diese Mahnung nicht beachten würde, hätte in Folge allerhöchster Bestimmungen den Verlust der fernern Ausleihverabfolgung sich selbst zuzuschreiben, und die pflichtmäßige Anzeige dieser Unterlassung bei der allerhöchsten Stelle zu gewärtigen

München am 3 August 1848.

Die Direktion der königl. Hof- und Staats-Bibliothek.
v. Lichtenthaler.

Bekanntmachung.

Da den Parteien obliegt, die Bezahlung der Sportein sogleich bei ihrem Erscheinen vor Amt zu bewirken (Dourtyzusammenstellung der Normen über Gebrichtstaxen und Stempelgebühren von Gerst S. 8 §. 11 Zift. 1) bringt das unterfertigte Expeditions- und Tax-Amt zur allgemeinen Kenntnis, daß Jener, welchem die Gerichtsdiener für ein bei dem königl. Kreis- und Stadtgerichte aufgenommenes Protokoll, das eine Ausfertigung nicht veranlaßt, zu berichtigen obliegt, dann wenn er zur Zahlung der Gerichtsdiener weder am Tage der Aufnahme des Protokolls, noch der nunmehrhar darauf folgenden Werktag im Expeditions- und Taxamte sich meldet, die Zulendung einer Ausfertigung auf dem gerichtlichen Zahlungswege zu gewärtigen hat, für deren Insinuation, wenn solche in der sogenannten Amtsart geschieht, 4 kr., wenn sie aber vor den früher bestandenen vier Thoren erfolgt, 8 kr., dem Gerichtsboten nach den Tarordnungen vom Jahre 1735 und 1810, dann der höchsten Ministerialentschließungen vom 7. und 12. Juli 1845 zu zahlen sind.

Zugleich wird darauf aufmerksam gemacht, daß auch bei jenen Parteien, welche wenn ihnen eine Gerichtsvorladung zugestellt wird, die bloße anberaumte Tare nicht sofort dem Gerichtsboten bezahlen, der Zahlungsaumsal die Entscheidung der bezeichneten Zustrafgehen für die Insinuation des gerichtlichen Zahlungsauftrages, welches das unterfertigte Expeditions- und Tax-Amte gegen sie veranlasset muß, zur Folge hat.

München den 31. Juli 1848.

Expeditions- und Tax-Amt
des
königl. Kreis- und Stadtgerichts München.
Bauer.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Amtliche Akte der Reichsgewalt.

Die Darmstädter Zeitung theilt den Wortlaut der Anzeige mit, welche nach Einsetzung der provisorischen Centralgewalt an die Gesandtengerungen erfolgte. Derselbe war in nachstehender Weise gefaßt: „Der von der konstituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 erwählte Reichsverweser, Erzherzog Johann von Oesterreich, hat vom 12. Juli 1848 die Leitung der provisorischen Centralgewalt übernommen, sofort am 15. Juli 1848 das Reichsministerium gebildet, und zwar bemächtigt 1) für die auswärtigen Angelegenheiten, 2) für das Innere, 3) für das Kriegsdepartement, und 4) für die Justiz. Die provisorische Centralgewalt beginnt daher mit der Ausübung der in dem Gesetze vom 28. Juni 1848 vorgezeichneten Befugnisse und Verpflichtungen. — Die provisorische Centralgewalt kennt genau die Grenzen der ihr ertheilten Rechte und Gewalten, sie wird sich nie einer derselben bedienen, sie wird insbesondere die vollziehende Gewalt nur in Angelegenheiten ausüben, welche den allgemeinen Sicherheit und Wohlfahrt der deutschen Bundesstaaten betreffen. — Die provisorische Centralgewalt erkennt es als ihre Aufgabe, dahin zu wirken, daß die Einheit Deutschlands auf friedlichem Wege erreicht, daß Deutschland nach außen hin stark und unabhängig werde. Wie rechnet, indem sie dieses Ziel anstrebt, auf die thätige, vertrauensvolle Mitwirkung aller deutschen Regierungen, die mit ihr in dem lebendigen Wunsche sich vereinigen, dem deutschen Volke die Segnungen der Freiheit, der Unabhängigkeit und des Friedens zu verschaffen. — Die provisorische Centralgewalt wird sich in Beziehung auf die Befugnißzumessungen so weit thunlich mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen mündlich und Einvernehmen setzen; sie wünscht, daß diese Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt so bald als thunlich ernannt werden, um mit ihnen in Verkehr treten zu können. — Die provisorische Centralgewalt wünscht mit den Bedürfnissen der deutschen Regierungen und der deutschen Volksstämme, soweit sie den nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 bestimmten Wirkungskreis berühren, auf das umfassendste bekannt zu werden, und sie zählt hierbei auf freundliche, unumwundene Mittheilung, die sie auch bei ihren Handlungen zu befolgen wissen werde. — Frankfurt a. M. den 15. Juli 1848. Der Reichsverweser: Erzherzog Johann. Der Reichsminister des Innern: Schmerling.

Der einköpfige Adler und die Farben des deutschen Reiches.*)

Mitgetheilt von Dr. J. v. Hefner.

Als Kaiser Karl der Große am 25. Dezember 800 zu Rom gekrönt war, nahm er als Zeichen für das gesammte fränkische Reich den Adler an, dessen sich schon die Römer und als Folgezeiten bedienten, wozu ihnen der Adler des Jupiters die Idee gab. Nach jener Rückkehr ließ er ihn auf seinem Palaste zu Aachen aufstellen; man will ihn in jenem erkennen, welcher jetzt im Chor des Domes zu Aachen als Putz zum Auflegen des Meßbuches dient; er ist von Bronze, hat nur einen Kopf und ist mit großem Geschick der Natur nachgebildet. Der Besitzer dieses hat sich an Ort und Stelle Mühe gegeben, ihn als späterer Zeit die Flügel verlustig und anderes eingesetzt wurden, wahrscheinlich, weil er sich zu sehr auseinanderspreizte; dieses soll bei der Besitznahme der Franzosen geschehen sein. Als nach dem Vertrage von Verdun 843 ein selbstständiges deutsches Reich entstand, wurde der einköpfige Adler zur Fahne beibehalten, sowie auch die Reichsinsignien Lanze des Gerichts, auf welchen der einköpfige Adler vielfach angebracht ist, und die Krone Attribut des deutschen Reiches bis auf die neueste Zeit beibehalten wurden. Bei diesen Reichsinsignien, jetzt in der Schatzkammer zu Wien, befindet sich der einköpfige Adler sowohl auf den Gottesfischen der Kleidung, welche von Kaiser Karl selbst herstammt, wie auf den zwei dabei befindlichen Schwertern, welche der Verfasser nach genauer Untersuchung als Werk des dreizehnten Jahrhunderts erkannte. Auch finden wir den einköpfigen deutschen Adler vielfach auf den Kaisersiegeln, Schildern, Fahnen und Denkmalen jeder Art. Erst gegen das fünfzehnte Jahrhundert erscheint neben diesem einköpfigen Adler auch der zweiköpfige, über dessen Ursprung die Meinungen sehr verschieden sind; so viel ist gewiß, daß dieser doppelköpfige mit im fünfzehnten Jahrhundert vom Kaiser Siegmund besonders als Abzeichen der römischen Kaiserwürde gebraucht wurde, wobei jedoch der einköpfige deutsche Adler nebenbei als besonderes Symbol Verwendung an mehrere deutsche Fürsten- und Reichsbadge, wie an den König von Preußen, an Frankfurt a. M. u. s. w. überging und sich dasselbst erhielt. Sonach können wir mit Bestimmtheit behaupten, daß der eigentliche deutsche Adler von dem ersten Entstehen des deutschen Reiches an bis auf die neueste Zeit der einköpfige gewesen ist. Aber weil die spätern Kaiser größeren Werth auf die römische Kaiserwürde legten und deßwegen dem zweiköpfigen Adler mit Krone, Scepter, Schwert und Reichsapfel immer den Vorzug gaben, geschah es, daß dieser allmälig für den deutschen angesehen und auch in unserer Zeit von dem Bundestage in Frankfurt a. M. und dem deutschen Volk als solcher angewendet wurde. Nach diesen historischen Gründen wäre es gewiß sehr unrecht, wenn man in unsern Tagen als deutschen Adler den zweiköpfigen aufnehmen wolle. Leutschland hätte dann in diesem sein selbstständiges Zeichen, da der Kaiser von Rußland und der Kaiser von Oesterreich den beyerdstehenden Adler führen; — und wie könnte man auch ein zweiköpfiges Thier als Zeichen der deutschen Einheit brauchen? — Dazu kommt noch, daß der Kumpler in ein zweiköpfiges Unwesen nie so viel leichte Bewegung und freien Kuftschwung als in dem einköpfigen majestätischen Adler legen kann. Der deutsche Adler hat weder Krone, Scepter noch Reichsapfel, sieht mit den heraldischen Regel gegen seine Rechte und hat in jedem Fluge stets den linken Fang vorwärts, wodurch er sich gewöhnlich eben so wie jemand befindet, der sich gegen die Alten selbst als Regel nicht immer strenge gehalten haben. Ueber die drei deutschen Farben Folgendes: ursprünglich sind die deutschen Farben nur schwarz und gelb, hergenommen vom schwarzen Adler auf goldnem Grund. Mehr als zwei Farben zur Bezeichnung eines Landes oder einer Person gestattet auch die strenge und alte Regel der Heraldik nicht. Nun jedoch ein Abschnitt und wie die Tendenzen der neueren Zeit zu begreifen, sezte man die rothe Farbe, — feuriges Zinnoberroth — hinzu, und zwar nicht ohne historische Gründe: auf der Fahne des deutschen Reiches, aber dem Adler in goldenem oder gelbem Felde befand sich häufig ein wagrechter rother Streifen, welcher sich über die Fahne hinaus verlängerte und in Art eines Bandes flatterte. Dieses nannte man den Schwenkel und war das Zeichen der Hoheit; die Grafen hatten Fahnen, welche silbern Grund hatten, waren gewöhnlich roth; ferner hatte der Adler, wenn auch gegen die Regel, öfter rothen Schnabel, rothe Zunge und Krallen. Der Grund, daß die Deutschen im Mittelalter gewöhnlich rothe Kleider trugen, ist wohl zu weit hergeholt. — in unserer Zeit werden aber diese drei Farben sehr oft unrichtig zusammengestellt. Bei Zusammensetzung derselben darf nichts anderes als die Bedeutung und die Heraldik entscheiden. Demnach muß bei den heraldischen Fahnen, Bändern und Schärpen Gold in die Mitte, roth oben und schwarz unten sein; 1) weil nach der Heraldik eine zu die Farbe entweder an Gold oder Silber anstoßen muß; 2) weil roth, die Farbe der Hoheit, nicht unten sein darf, wie auch an den alten Reichsfahnen der Schwenkel oben ist; 3) weil nach der Regel der Heraldik und Aesthetik das dunkelste unten sein muß, wenn sein belsonderer Grund dagegen spricht. Die Farbe soll also sein die eine Kokarde schwarz im Centrum, roth am Rande und Gold dazwischen.

*) Da derselbe Gegenstand so eben in der deutschen Reichsversammlung zur Besprechung gekommen ist, so dürfte die Mittheilung des vorstehenden Artikels gerade in diesem Augenblicke von Interesse sein. (D. R.)

Nachrichten vom Kriegsschauplatze Oberitaliens.

= Augsburg, 3. August. Cremona und Crema sind im Besitz unserer tapfern Armee, und es ist sehr wahrscheinlich schon in Mailand. Ich eile, Ihnen die durch Estaffette hier angelangten Berichte des ehrwürdigen Feldmarschalls Radetzky, den man wohl das „Schwert Oesterreichs" nennen kann, sogleich zu senden. Ganz Deutschland wird mit Freude und Jubel die großen Resultate des raschen und kühnen Vordringens des greisen Helden und seines rahmbedeckten Heeres begrüßen. Folgendes sind die zwei Bulletins des Feldmarschalls: „Hauptquartier Cicognolo bei Cremona am 30. Juli 1848. Nach der Schlacht von Custoza, nämlich am 26. Juli, hatte ich mit der Armee in 2 Kolonnen den Mincio überschritten. Das 2te Armeekorps besetzte die Höhen von Volta, das 1ste Armeekorps und das Reservekorps stand in der Nähe meines Corps bei Monzambano und Pozzolengo. Am 26. Juli Abends und am 27. Früh, wie ich bereits früher berichtete, befand das 2te Armeekorps zwei blutige aber glänzende Gefechte bei Volta, in welchen der Feind, der wahrscheinlich durch diesen Angriff seinen Rückzug decken wollte, überall geschlagen wurde. Am 28. Juli trat ich die Armee zur Verfolgung des Feindes aufbrechen, und gelangte am 29. glücklich an den Oglio, während der Feind sich hastig zurückzog und nirgends Widerstand leistete. Heute 30. Juli habe ich mit der Armee in 2 Kolonnen angegriffen den Oglio passirt, und zwar — mit dem 1sten Armeekorps bei Isola Dovarese und mit dem 2ten und Reservekorps bei Canetto. Das 1te Armeekorps habe ich sogleich von Marcaria über Bozzolo bis Sotarolo vorgenommen. Die ersten 2 Korps haben in Mezzo die tapfern Cremona bei Cicognolo und Stradella Stellung eingenommen. Cremona wird morgen angegriffen. Radetzky, Feldmarschall." — Hauptquartier Sesto 5 Miglien vorwärts Cremona, am 31. Juli. Heute früh beim Abmarsche meiner Truppen hat die Stadt Cremona — welche der Feind in der Nacht verlassen und sich bei Pizighitone über die Adda zurückgezogen hatte, sich mir durch gefertigten Deputation ohne allen Widerstand unterworfen. Ich ließ daselbst eine Brigade des Reservekorps als Garnison, während alle meine vier Armeekorps in vollem Zuge gegen die Adda sind — welche ich, wenn der Feind nicht bedeutenden Widerstand leistet, vielleicht schon Morgen überschreiten kann. Das Landvolk kam und auf dem Wege mit Erdnüssen Zurufen „i nostri liberatori" entgegen. In den Städten aber herrscht ein schlechter Geist, der gezüchtigt werden muß. In Cremona fanden wir 5 Kanonen und erbeuteten viele Vorräthe an Viktualien und mehreren Wägen mit Munitionstücken und Schuhen. Die Armee ist bei ihren großen Anstrengungen fortwährend vom besten Geiste beseelt, und vollbringt noch der bedeutenden Hitze mit Freuden die ihr zur Verfolgung des Feindes auferlegten Gewaltmärsche. Radetzky, Feldmarschall."

Der heftige Militairkommandant, Generalmajor Ekai[illegible], begleitet die Veröffentlichung dieser zwei Bülletins mit folgenden bezeichneten Worten: „Mit Freuden und Zufriedenheit gebe ich die eingetroffenen Nachrichten von unserer tapfern Armee an Italien schnell möglichst bekannt. Ihr Vorrücken gleicht einem Triumphzuge. Am 23. Juli stand der Feldmarschall noch in Verona, durch die feindliche Cernirung von Mantua ziemlich belästigt. Kaum 8 Tage vorüber, sind die kaiserliche Armee an der Adda. Unsere braven Truppen haben Wunder der Tapferkeit vollbracht, — die festen sturmfreien Positionen des Feindes gegenüber Verona genommen, mehrere glänzende Gefechte und eine Schlacht gewonnen, und stehen nun im Centrum der Lombardie. Glück auf tapferer Feldmarschall und tapfere Armee! Vorwärts nach West über den Ticino. In die Residenz des perfiden Savoyerhauses eilte von, ruhmgekrönter Feldherr, pflanze dort Oesterreichs Panier auf, und bittere Züchtigung, wie es die Ehre der Armee, unsere gerechte Sache und der an Oesterreich verübte schändliche Verrath erfordert."

Außerdem meldet der wohlunterrichtete Korrespondent des Tyroler Boten aus Verona vom 1. August noch folgendes Nähere: „Nach den Treffen von Goito und Volta zog sich der König Karl Albert mit seiner Armee mit solcher Eile gegen Cremona zurück, daß unsere Truppen, die ihn auf dem Fuß verfolgten, sich kaum seiner Nachhut, der italienischen Armee überall auf den Straßen und Seitenwegen auf fliegenwerfene Waffen und Gepäcke, zurückgelassene Wägen und Munitionen stießen. Sie ließen dieß alles unbedrohet, um seinen Augenblick in der Verfolgung der feindlichen Armee zu verlieren. So ging es vorwärts ohne Halt bis Cremona, durch welche Stadt in wilder Unordnung und nur noch 2 Brigaden stark der Feind jog, sogleich den Po überstieg, und sich mit Parmesanische die Piacenza zurückzog. Gleich darauf hielten die österreichischen Truppen in Cremona ohne Schwertstreich und Blutvergießen unter vollem Jubel der Mitleb- und untern Volksklasse ihren Ein ug. Drei Brigaden setzen die feindliche Verfolgung gegen das parmesanische Gebiet fort. Gestern früh zog auch der Marschall mit der Hauptmacht in Cremona ein, und heute früh weiß man hier schon durch die Anslage eines Offiziers (Nagenzeug), daß auch Crema ohne Blutvergießen in kaiserlichen Händen ist. Diese alles sind Wahrheiten im Anzuge. Details zu liefern ist noch die Zeit zu kurz. Die Uebergabe von Brescia, wohin auch ein kaiserl. Korps sich gewendet hat, bestätigt sich noch nicht, jedoch wohl unsere Besitznahme von Dessenano und Lonato. Indessen gehen gegen Pechiera Betagerungszeschütze in Menge ab, sowie auch allen Theilen der Lombardei neuangekommener Truppen und Gütervorräthe. Tagtäglich kommen hier piemontesische Gefangene bald in größer, bald in kleiner Anzahl an. Von Brescia hat man hier keine bestimmten Nachrichten. Peschiera soll 1800 Mann als Besatzung haben. Das philharmonische Theater mit Kasino von hier ist zum Getreidemagazine verwendet."

(Eidgen. Z.) Reisende, von Mailand kommend, erzählen, die Oesterreicher sollen noch immer vor Cremona erfochtenen Siege bereits die neunte Stunden vor Mailand vorgerückt sein. Viele Familien, namentlich Fremde, flüchten sich in die Schweiz. Die Stimmung in Mailand soll eine furchtbar aufgeregte sein. Man befürchtet Aufstände, theils in republikanischem, theils, von Seite der Landleute namentlich, in österreichischem Sinne.

Verhandlungen des deutschen Handwerker- und Gewerbe-Kongresses.

Frankfurt, 1. August. Heute kamen einige wichtige Anträge im Gewerbekongreß zur Diskussion; darunter zunächst ein Antrag auf Gründung von Gewerbshallen in ganz Deutschland. Diese seien, sagte der Antragsteller, besonders zur Beschäftigung der zahllosen armen Handwerker nothwendig und wären einer der besten Mittel gegen das Proletariat; eine konsequent angefaßte, durch den Staat kräftig unterstützte Organisation der Gewerbshallen würde die große Frage, wie der Verarmung vorzubeugen, ihrer Lösung um einen bedeutenden Schritt näher führen. Der bedeutende Handwerker werde selbst gegen reiche Handwerker einen Schutz finden, dessen er sehr bedürfe, weil der Erstere nur zu oft ein bloßer Taglöhner der Letztern sei. Die Handwerker würden durch die Gewerbehallen in den Stand gesetzt werden, mit den Fabrikanten zu konkurriren; eine Verzweigung der Gewerbshallen über ganz Deutschland werde alle Handwerker zu einer großen Familie einen. Gegen den Entwurf, als könnten die Gewerbshallen zu einer Verstaatlichung der Produktion führen, wendete der Antragsteller ein, daß Ebbe und Fluth in Produktion und Konsum erfahrungsmäßig stets gewesen, und die Produktionssteigerung dann eine Wohlthat, wenn der Konsum verallgemeinert werde, was durch die Tendenzen der jetzigen Zeit, die auf Ausgleichung der grellen Mißverhältnisse zwischen Arm und Reich hinwirke, geschehe. Die deutsche Flotte aber werde den Gewerbshallen reiche und mannichfache Absatzwege eröffnen. Viele Redner sprachen über diesen Gegenstand und alle zur Grundung der Gewerbshallen. Ein anderer, den etwas seltenen Humor der Kongreßmitglieder anregender Antrag bezog sich auf Abschaffung des hocharistokratischen Wörtchens „Hof" vor dem Meistertitel vieler Handwerker. Ferner wurde ein Antrag auf Schutz gegen den Betrug mit verfälschten Gold- und Silberwaaren und andern verfälschten und gemischten Artikeln; ein anderer auf Schutz der Bauhandwerker bei Häuserzubhastationen, ein Antrag auf Festsetzung der Arbeitszeit und einer auf Sicherstellung vor dem unfreiwilligen Hungertode gestellt. Alle Anträge wurden unterstützt und an den betreffenden Ausschuß verwiesen. (N. R.)

Deutschland.

Neuestes Fürstenthümer.

— Aus dem Rentsischen. 30. Juli. Unserer Bauern-Revolution, von der Sie wohl schon erfahren, hat der sächsische Minister Oberländer vor der Hand wenigstens durch sein persönliches Auftreten, seine Gewandtheit und seine nelkothümliche Rednergabe ein Ende gemacht. Was verlangte von hier aus sächsische Truppen so viel als möglich; unter 1000 Mann gar nicht, am liebsten 4000. Unser höherer Burgerstand wollte sich Sachsen ganz in die Arme werfen, da die hiesige Regierung, gegen die er sonst nichts hatte, ihn nicht schützen konne. Oberländer hatte sich die Sache aber erst besehen wollen und brachte sie dann allein in Ordnung. Er sprach mit den Führern der Bauern und erfuhr von ihnen, daß sie keineswegs die Regierung stürzen wollten, daß sie namentlich dem Kanzler Bretschneider das größte Zutrauen schenken und Lob und Segen den ersten Tagen lassen wollen; er besuchte sie selbst zum Kanzler, einem verdienstvollen, aber dem Volke zu fern stehenden Manne, den diese Gesinnung der Bauern höchlich überraschte; er trat dann zu den Massen des Volkes, die sich in dichtem Gedränge durch immer neu hinzuströmende Schaaren vom Lande gemehrt hatten und ihn Anfangs mit finstern Gesichtern empfingen. Die Gesichter erheiterten sich mehr und mehr, als er ihnen versicherte, daß von Regierung ihren Zugeständnisse werde pünktlich erfüllt und der Landtag demnächst einberufen werden. Er bereitete endlich Alle zu einem halt nicht enden wollenden Hoch auf den Kanzler Bretschneider, die Regierung und die Hoffnungen des Landes, und nahm ihnen das Versprechen ab, sofort wieder in Ruhe an ihre Arbeit zu gehen und alles Weitere den geordneten Schritten ihrer gesetzlichen Vertreter zu überlassen. Alle betheiligten sich hierauf mit Handschlagen. Hierauf wurden einige Bürger eingeladen, zur feinen Vorstellungen und endlich selbst sich, eine Bürgerwehr im erforderlichen Maßstabe zu bilden, wozu der Geheime Regierungsrath Lurius zurückblieb, während Oberländer ans heute wieder verlassen hat. Die großen Fabrikanten, die bereits entschlossen waren, das Land ganz zu verlassen, werden nun wohl bleiben. Gewiß ist das die wohlthätigste Art, solche Krisen zu beendigen. Aber es gelingt nur, wenn man es wirklich mit dem Volke nur nicht mit aufgewiegelten und von den Aufwieglern blind geleiteten Gesindel zu thun hat, und es gelingt nur dem, der es wahrhaft treu und ehrlich mit dem Volke meint und sich das Zutrauen solcher Gesinnung zu erwerben weiß. (Köln. Z.)

Nachschrift.

3 Frankfurt, 3. Aug. 1848. Am Beginne der heutigen Sitzung erstattete der Abg. Wiedemann Namens des Ausschusses, der zur Prüfung der Wahl zu Thingen (Hecker) niedergesetzt war, ausführlichen Bericht. Derselbe weist nach, daß die Wahl Heckers materiell ungiltig und unwirksam sei, denn Hecker sei zur Zeit der Wahl nicht mehr wahlbar gewesen. Er sei durch Urtheilsspruch nicht blos gegenwärtiger bairischen Verfassung, sondern er habe auch einen Verrath an der Souveränität der deutschen Nation begangen. Zur Zeit der Schilderhebung sei durch das Vorparlament, welchem Hecker selbst beiwohnte, schon bestimmt gewesen, wie in friedlicher Form die Freiheit und Einheit Deutschlands zu begründen sei. Der Antrag geht daher schließlich dahin, daß sofort eine neue Wahl für Thingen zu veranlassen sei.

Zu Gent (Belgien) haben am 31. Juli Nachmittags einige Zusammenrottungen stattgefunden, die aber durch die Gendarmerie schnell auseinander getrieben wurden. Es wurden 5 Verhaftungen vorgenommen.

Athen, 23. Juli. Der englische Gesandte, Sir Edmund Lyons, hat sich durch einen Sturz vom Pferde das Schlüsselbein gebrochen. Im Lande herrscht Ruhe und das neue Ministerium genießt Vertrauen.

(Journ. d. öster. Lloyd.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 3. August. Oesterr. 5proz Metall. 63¾, 4proz. 52½, 3proz. 32½, 2½proz. 33¾. — Bankaktien 1070. G. — 500 fl.-Loose 105. 250 fl.-Loose 71¼. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87½ B. — Staatsschuldscheine 3½proz. 74. — Bayer. 3½proz. 74. — Ludwigsh. Berbach. 66. — Württemberg. 3½proz. 74. — 3½proz. 91¼. — Bad. 3½proz. 75. — Lotto-Anlehen à 50 fl. 47½. — 35 fl.-Loose 27. — Darmstädt. 3½proz. 76. — 4proz. 85½. — Lotto-Anlehen von 50 fl. 63. 25 fl.-Loose 21. — Kurhessische Prämien-Anleihe 38½. — 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½proz. 81. 25 fl.-Loose 21. — Frankf. 3proz 81½. — 3½proz 92½. — 87½. — Taunusbahn 275. — Holland. Integr 44. — Span. 3proz. innere Schuld 17½. — Port. 300 fl.-Loose 86. 500 fl.-Loose 63½. — Sard. 36 Fr.-Loose 25. — Dtor. 2.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 34.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Sonntag den 6. August 1848.

Expedition: Sonnenstadtstr. Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Noch ein Wort zur Polenfrage.

(Aus einem Frankfurter Briefe.) Die Frage über die Einverleibung eines Theiles des Großherzogthums Posen zum deutschen Bunde nach den Bundestagsbeschlüssen vom 22. April und 2. Mai l. J. läßt sich aus verschiedenen Standpunkten beurtheilen: aus dem nationalen, dem strategisch-politischen und dem staatsrechtlichen. Vom nationalen Standpunkte aus ist es zunächst klar, daß Man, selbst abgesehen von den jahrhundertn Pertinenzen der Deutschen in Posen, eine deutsche Bevölkerung von einer halben Million nicht den Polen und ihren Vernichtungsgelüsten preisgeben dürfe, vielmehr der Aufrechthaltung deutscher Ehre, Würde und Sitte schuldig sei; die vorläufig beschlossene Einverleibung definitiv anzuerkennen. Noch klarer wo möglich, ja für sich allein entscheidend, ist der strategisch-politische Standpunkt. Ein Blick auf die Karte, verbunden mit einer ganz oberflächlichen Kenntniß der Politik Rußlands und seiner Stellung zu Deutschland überhaupt, zu Preußen insbesondere, gewährt schon die Ueberzeugung, von welcher unermeßlichen Bedeutung deutsche Bevölkerung und deutsches Bundesland an der östlichen Grenze Preußens und vor Allem die aus deutschem Gelde erbaute Festung Posen für Deutschland sei. Wie Mainz der Schlüssel zum Westen Deutschlands, so ist Posen der Schlüssel zum Osten; sie darf nicht in russische Hände fallen. Daß aber Polen, selbst wenn die Sympathien der Polenfreunde es als selbstständiges Königreich wieder herzustellen vermöchten, doch nie eine verlässige Vormauer für Deutschland sein würde, das ist wohl niemals unumstrittener geworden als in den Tagen der von Rußland, wenn nicht hervorgerufenen, doch genährten slavischen Bewegung. Zweifelhafter möchte der staats- und volkerrechtliche Gesichtspunkt sein, und es ist in dieser Beziehung bemerkenswerth, wie die sonst jeden Rechtsboden verschmähende, staats- und volkerrechtliche Dokumente als „vergilbte Pergamente" verachtende äußerste Linke sich in der Polenfrage gerade auf diesen Rechtsboden, auf diese Pergamente, auf die Wiener Kongreßakte und die angeeigneten Verträge berufen und daraus, wie aus der Verfassung der Provinzialstände, ihre Argumente gegen die Einverleibung ableiten möchte. Allein der Wiener Kongreßakte enthält freie Garantie dafür, daß das zum großen Theile deutsche Großherzogthum Posen (früher Herzogthum Warschau) polnisch sei oder polnisch bleiben müsse. Der Art. I. der Wiener Kongreßakte, welcher einen Theil des Herzogthums Warschau an Rußland überweiset, stellt das Preußisch-Posen einer Repräsentation und nationale Einrichtungen nach Maßgabe der politischen Existenz Preußens in Aussicht, während der Art. IV. nur die Grenze Posens gegen Rußland bestimmt. Die im Jahr 1845 erfolgte Einverleibung einiger Distrikte verletzt daher die Wiener Kongreßakte nicht, und die Art und Weise, wie solche Einverleibung vor sich gegangen, ist durch die Art. IV., VI., XII. der Wiener Schlußakte vollkommen gerechtfertigt. Die auf der Verfassung der Provinzialstände Posens aber und insbesondere aus dem Umstande entlehnte Einwendung, daß nur die Minorität der Provinzialstände ihre Zustimmung zur Einverleibung gegeben (17 gegen 26), verliert ihr Gewicht in der Betrachtung, daß das Votum der Minorität dahin gegangen, die ganze Provinz einverleiben, und daß die Provinzialstände nur eine berathende, aber keine entscheidende Stimme haben, vielmehr die Entscheidung der preußischen Regierung anheimfällt. Endlich legt auch der Umstand, daß von 12 Deputirten, welche die Provinz Posen zur Nationalversammlung gesendet, 11 — sage elf — die Einverleibung mit aller Kraft in Anspruch nehmen, ein großes Gewicht in die Wagschale.

Ein Blick auf die Vereinigten Staaten.

Die Vorbereitungen zur Präsidentenwahl beginnen bereits die Gemüther zu beschäftigen. Am 6. Nov. d. J. legt Here Polk seine Stelle nieder, und wird wohl um sich nicht der Möglichkeit einer Niederlage auszusetzen, nicht als neuer Kandidat auftreten, denn er ist zu einseitsvoll, um nichtdie außerordentlichen Schwierigkeiten zu ersehen, welche er zu überwinden haben würde um durchzudringen. Es wird vielleicht auch gar nicht ungerne die Verantwortlichkeit Anderen überlassen. In der That ist dies ein günstiger Augenblick zum Rücktritte. Der Krieg mit Mexiko ist beendet, die spanische Race ist unterlegen und ihr Reich zerfällt stuckweise; alle Theile lösen sich allmählich ab und werden von einer unwiderstehlichen Anziehungskraft getrieben sich den vereinigten Staaten anzuschließen. — Der Tag ist nicht mehr so fern, an welchem Mexiko das Schicksal aller jener Völker ereilen wird, welche weder Ordnung noch Freiheit zu ertragen verwehren, und nichts wird es vor seinem eigenen Verderben retten können, als eine Besitznahme durch eine anerwärtige Macht. Die vereinigten Staaten, werden weder durch Grundsätze der Mäßigung, noch durch Gewissensskrupel sich in ihren Ausdehnungsplanen aufhalten lassen; sie betrachten bereits ganz Nordamerika als ihr Eigenthum, und erwarten nur eine günstige Gelegenheit, um ihr Recht geltend zu machen. Polk selbst hat nicht wenig dazu beigetragen, den Ihren diese Richtung zu geben. Alle hervorragende Geister Nordamerikas haben bereits auf diese Gefahr aufmerksam gemacht. Wird das Gleichgewicht zwischen Nord und Süd, das obwohl so schwer sich aufrecht halten läßt, nicht bewahrt in noch größere Gefahr kommen, und werden die neu hinzukommenden Staaten die Sklavenfrage nicht noch verwickelter machen, sei es, daß sie die Sklaverei annehmen, oder sie aufheben?

Das amerikanische Volk vertraut seinem guten Glück, von dem es bis heute noch nicht verlassen wurde, und die Feinde, welche es bisher auf seinen Wegen angetroffen, haben ihm bis jetzt noch wenig Furcht eingeflößt. Allein wird sich das in Zukunft auch gleich bleiben? Wird England, bedroht in seinem Handel und seinen Besitzungen gleichgiltig zusehen, wenn es darauf ankommen wird, letztere zu verlieren? Wenn Canada das Joch des Mutterlandes abgeschüttelt haben wird, werden dann die Diplomaten von Washington dem britischen Kabinete entgegnen, daß Europa kein Recht habe, seinen Fuß auf den Boden der neuen Welt zu setzen? Diese Gefahren, obgleich noch problematisch, sind nichts destoweniger beunruhigend, aber es gibt noch andere Gefahren, welche aus dem Kriege erwachsen. Zum ersten Male haben die vereinigten Staaten eine große disziplinirte Armee, die leicht zu einem stehenden Heere werden kann, im Falle sich ein anderweitiger Krieg ergibt. Die Leute vergessen über der Führung der Waffen und dem Leben im Felde den friedlichen Kamef der Freiheit, und haben sie erst einen Führer, dem sie Vertrauen schenken, so werden sie diesem folgen, wohin immer er sie führt. Das ist eine durch Erfahrung bewährte Wahrheit, und die Amerikaner sind in dieser Beziehung wie alle andern Völker. Die menschliche Natur macht keine Ausnahme in den Vereinigten Staaten, als die vielleicht, daß das Volk eine bessere Erziehung erhalten hat, als andere; es hat auch nicht stets Eroberungen zu gemachte Eroberungen und Strahlenglanz des Kriegsruhmes vor Augen gehabt. Nehmen wir aber an, daß dieß einmal der Fall ist, so wird ein rascher Wechsel eintreten; denn dann tritt Alles in den Hintergrund vor einer gewonnenen Schlacht.

Der geringste militärische Erfolg gibt in den Vereinigten Staaten einen Anspruch auf die Präsidentschaft. Wie groß wird nicht die Popularität des Generals Cuchen dadurch, daß er einen Tages einige Hundert Mexikaner geschlagen hatte! Mit einer wirklichen Armee um einer wirklichen Macht ist der nächste Schritt von der Popularität zur zum Herrscher. Alle Despoten sind popular gewesen. So warf sich Rom in die Arme Cäsars, Frankreich in die Napoleons. In einem sehr kleinen Kreise Ausgewählter war gilt der Ruhm d.r Wissenschaft und der Literatur etwas, höchstens eine vorübergehende Lieblosberei macht sich dafür bemerkbar. Bücher nur auf Frankreich; wie Wenige erinnern sich in diesem Augenblicke, daß sie je für Lamartine gestimmt haben! Vergleiche man die Theilnahme und das Vertrauen, welches jetzt die Generale der afrikanischen Armee besitzen mit der Vergessenheit, in welche die Repräsentanten und ihre Dekrete gesunken sind! Es gibt nichts, was so allgemein popular ist, als der Krieg, ja man darf nur zwei Stunden ruhig darüber nachgedacht haben, nur zwei Bücher Geschichte gelesen haben, um diese Ueberzeugung zu gewinnen. — In den Vereinigten Staaten richten sich jetzt alle Blicke auf die Generale des mexikanischen Krieges. Vergeblich hatte die Regierung in Washington dem General Taylor nach seinem ersten Siege Einhalt zu thun, und dem General Scott Hindernisse in den Weg zu legen versucht; die Whigpartei hatte, sehr bald eingesehen, daß sie ihre Kandidaten aus den Reihen der Armee nehmen müsse. Nach einigem Schwanken zwischen Scott und Taylor entschied sie sich für den Letzteren. Anderswoimeinende suchten die Kandidatur Henry Clay's durchzusetzen, des größten Redners des Staates, sowie des unbeschlossensten Anhängers des Whiggsthums. Die Konvention von Philadelphia machte sie aus ihrer Täuschung.

Die Whigs sind, um zu siegen, gezwungen einen Kandidaten zu nehmen, der gar nicht zu ihrer Partei gehört, und den sie einen „unabhängigen Whig" nennen, d. h. ohne Zweifel, einen, der weder etwas verspricht, noch sich auf irgend eine Verbindlichkeit einläßt. Die Demokraten stimmen für den General Kaß, früher Gesandter in Frankreich und Staatssekretär unter General Jackson. Kaß ist voll von Eroberungs-Ideen, und war einer von denen, welche Polk in seinen Vergrößerungsplanen unter-

stützten. Allen Anzeigen nach werden die Whigs den Sieg davontragen und so ihre Niederlage bei den letzten Wahlen antilgen. Allein ihr Kandidat wird nicht durchdringen, ohne seine Polizei medisiren und einen Theil des Pergamentes der Gegenpartei angenommen zu haben. Ganz Nordamerika ist durch diese Frage bewegt; es ist eine Zeitfrage, der Niemand denkt daran der Aufmuthe der jungen Republik Schranken zu setzen.

Deutschland.

Von der würtembergischen Armee werden 4000 M. Infanterie, 500 M. Reitzeug und 1 Batterie von 8 Kanonen nach Schleswig-Holstein abgehen. Nebst diesen Truppen gehen auch noch badische und hessische, im Ganzen 12,000 M. gegen die Dänen. Hessen stellt ein Infanterie-Regiment und eine leichte Batterie zu dem Aufgebote. In Baden ist der Zudrang von Freiwilligen aus dem Militär und dem Zivilstande so stark, daß keine mehr angenommen werden können. Man fasst morgen in Infanteriegimen. 2500 M. stark, nach dem norddeutschen Kriegsschauplatze ab.

Gr. Hessen. Darmstadt, 1. August. Heute wurden von den großherzoglichen Ministerialräthe Zreherrn v. Schenck zum Geheimen-Einwirkliche in die 2. Kammer der Stände gebracht, welche großes Interesse erregen. Der eine unterwirft die bisher von Ernennung der Personalsteuer besessen ahnen Mitglieder (die Offiziere ꝛc.), vom 1. September d. J. gleich allen anderen Staatsbürgern dieser Steuer; nur wünschen sie im Felde stehen, sollen sie auch ferner davon befreit sein. Der andere äußert, in Berücksichtigung vorstoß ihm auf vorderen Landtagen geäußerten Desiderien und stattgefundener Erörterungen, namentlich aber auch auf diesem Landtage wiederholter dringenden Wunsche, die Besteuerung des Wirthes.

Von der Tafra, 1. Aug. (D-P-A-A-Z.) Fortwährend wird in den Terrorismus unsäglichen Schreckens an den Großherzog mit vielen Unterschriften versehen. Sie soll demnächst abgesandt werden. Gestern war Gesellschaftsabend. Wen jeher hat das hessische Volk an Freud und Leid, welches sein fürstenhaus betroffen, den innigsten Antheil genommen; so trauern wir auch jetzt mit Ew. königl. Hoheit über den Verlust eines liebevollen Vaters, der das beste Herz besaß und stets das Gute gewollt hat. Aber wir erhoben uns zugleich in dieser so bewegten Zeit an den Stufen, daß Ew. kgl. Hoheit die Regierung in deutschen liebevollen Gesinnungen fortführen werden, mit welchen Sie dieselbe schon vor 4 Monaten übernommen haben. Ja, daß Sie auch fernerhin die uns verliehenen Freiheiten und Rechte schützen und immer vollkommener ausbilden, die ertheilten Verheißungen erfüllen und alle Ihre Kräfte der Wohlfahrt des Landes widmen werden. Empfangen Sie, Durchlauchtigster Großherzog, dafür die Versicherung unserer Liebe und unserer in allen Stürmen der Zeit unerschütterlichen Treue. Mögen auch inmerhin die Gegner der Verfassung gesucht werden, die Bürger ihren Fürsten abspenstig zu machen, an der alten Hessentreue mögen sie alle scheitern. An unserm Ludwig III. der uns mit Vertrauen und Liebe gleich anfänglich entgegengekommen ist, der uns ein Muster eines rechten deutschen volksfreundlichen Fürsten zu werden versprich, wollen wir hatten bis zum letzten Blutstropfen!» Eine andere Adresse wird in Gießen selbst, angeregt von dem vaterländischen Verein, später ausgehen von der Bürgerschaft, ebenfalls nach Darmstadt geschickt werden. Die Bürgerschaft entfernt zwischen sich, worauf sich ein großer Theil des Fleckens Bovenden und benachbarter Dörfer, welchen jene Protestirenden angehörten, zusammenrotteten und die Versammelten das Gewicht der numerischen Stärke auf eine sehr materielle und, wie man vernimmt, wahrhaft schmunzliche Art fühlen ließen. Daß es auch nur der Gegenseite nicht an Sympathien fehlte, sah man daraus, daß sogar einige Stimmen der Versammlung sich hören ließen, daß sie bereit wären, sich mit den Protestirenden zu vereinigen. Dem Vernehmen nach sind auf das Ersuchen der Bürgermeister und Gemeinderathen zum Schutze der Ruhe verwendet worden. Die Truppen sind bereits in Bovenden und Umgegend einquartiert. Gestern Abend war Alles ruhig. Heute früh aber hatte sich eine große Menge Volks in Bovenden eingefunden, welche sich theilweise bewaffnet hatte. Gegen 10 Uhr Vormittags rückte eine Abtheilung Kavallerie in Bovenden ein, worauf sich ein großer Theil des Volkes zerstreute. Gegen Mittag kam eine Abtheilung Infanterie dazu, welche den Rest zerstreute. Gegen Abend war Alles ruhig. Heute früh aber hatte sich eine große Menge Volks in Bovenden eingefunden, welche sich theilweise bewaffnet hatte. Gegen 10 Uhr Vormittags rückte eine Abtheilung Kavallerie in Bovenden ein, worauf sich ein großer Theil des Volkes zerstreute. Gegen Mittag kam eine Abtheilung Infanterie dazu, welche den Rest zerstreute. Gegen Abend war Alles ruhig.

Hannover. — Göttingen, 31. Juli. Vorige Nacht ist unsere Stadt auf eine unvermuthete Art allarmirt worden. Hr. Dr. Berger aus Lüneburg, Privatdozent an der Universität, und wie er sich selbst in seinen gedruckten Aufrufe genannt hat, Begunner der Volksversammlung der Bürgerschaft, hatte auf den gestrigen Abend eine Versammlung mehrerer Adressen, namentlich auf Verbesserung des Wahlreglements und Berufung sämtlicher Stände berufen, eine Volksversammlung nach der Presse berufen, an welcher sich besonders Turner und sonstige Mitglieder demokratischer Vereine betheiligten. Als aber gleichwohl einige Stimmen der Versammlung der Adresse des Protestes darunter laut machten, daß es mit solchen Demonstrationen zur Ruhe verwiesen und gewaltsam aus der Versammlung entfernt werden sein, worauf sich ein großer Theil des Fleckens Bovenden und benachbarter Dörfer, welchen jene Protestirenden angehörten, zusammenrotteten und die Versammelten das Gewicht der numerischen Stärke auf eine sehr materielle und, wie man vernimmt, wahrhaft schmunzliche Art fühlen ließen. Daß es auch nur der Gegenseite nicht an Sympathien fehlte, sah man daraus, daß sogar einige Stimmen der Versammlung sich hören ließen, daß sie bereit wären, sich mit den Protestirenden zu vereinigen. Dem Vernehmen nach sind auf das Ersuchen der Bürgermeister und Gemeinderathen zum Schutze der Ruhe verwendet worden. Die Truppen sind bereits in Bovenden und Umgegend einquartiert. Gestern Abend war Alles ruhig. Heute früh aber hatte sich eine große Menge Volks in Bovenden eingefunden, welche sich theilweise bewaffnet hatte. Gegen 10 Uhr Vormittags rückte eine Abtheilung Kavallerie in Bovenden ein, worauf sich ein großer Theil des Volkes zerstreute. Gegen Mittag kam eine Abtheilung Infanterie dazu, welche den Rest zerstreute. Gegen Abend war Alles ruhig.

Herzogthum Limburg. — * Aus dem Limburgischen, 1. August. Die holländischen Truppen haben gestern in Heerlen und an anderen Orten die Abnahme der deutschen Fahnen, wo solche auf den Kirchthurmen oder sonst wo aufgesteckt waren, erzwungen, theils auch sie selbst abgerissen, an manchen Orten nicht ohne Widerstand. Aus gehi das Gerücht, daß es in Limburg bereits zu Feindseligkeiten gekommen sei. Die Ruhe ist aber noch erscheint dies sehr ungeeig. Die Holländer haben nun von Mästricht aus von der schon neulich erwähnten Polizeimühle zu Houthem gestern auch alle Robstoffe sowie eine Partie noch nicht ganz fertigen Pulvers weggeführt. Die Handelskammer zu Maestricht soll ein Gesuch an den König gegen die Einverleibung Limburgs in den deutschen Bundesstaat gerichtet haben. Das kann in französischer Sprache erscheinende „Journal du deutsche Limbourg" spricht sich noch von einer Petition, welche der französische Minister Ligbrenstein mit unsern Abgeordneten bei der Reichsversammlung, zu Frankfurt dem Baron v. Scheppenzeel-Heaich und Hrn. Schoenmaeckers zu Barchhorstelt vorgeführt gehabt hatte, und sagt die jedenfalls unglaublich erscheinende Angabe bei, daß Hr. Schoenmaeckers in Folge dieser Konferenz seine Entlassung als Abgeordneter zur deutschen Reichsversammlung gehen zu wollen erklärt habe. Wie dem sei, wir hoffen und sind zuversichtlich, daß unsere Abgeordneten, welche sich in einer traurigen, höchst unsicheren Lage, ohne noch einen Ausgang vor sich zu sehen.

Schleswig-Holstein. Aus zuverlässiger Quelle wird dem Frankf. Journal von Hamburg 30. Juli mitgetheilt, daß Gen. Wrangel am 5., 6. oder 7. August in Jütland eintreffen werde. Bis dahin hofft man, werde das 9. Armeekorps in Schleswig-Holstein eingerückt sein um die übrigen Länder gegen dänische Retervaltschwaben zu schützen.

Herzogthum Lauenburg. — Schönberg, 25. Juli. (Hamb. Korr.) Gestern hatte eine Deputation der mecklenburgischen Reformvereine, bestehend aus dem Drechslermeister Beutler aus Teterow, dem Gymnasiallehrer Ernst aus Güstrow, und dem Advokaten Gabke aus Fürstenberg, Audienz bei Sr. k. H. dem Großherzoge. Die Deputation war beauftragt, dem Großherzog eine Adresse der Reformvereine Mecklenburgs zu überreichen. Nachdem sie den Großherzog davon in Kenntniß gesetzt hatte, erwiederte derselbe angefähr Folgendes: Nach der bisherigen Staatsverfassung hatten die Minister in seinem Auftrage gehandelt; wenn also Beschwerden gegen die Minister vorgebracht würden, so träfen dieselben, genau genommen, ihn. Er sei jedoch gerne bereit, den Wünschen seines Volkes nachzukommen, wenn ihn dieselben in geeigneter Weise vorgebracht würden. Die Reformvereine Mecklenburgs seien ihm, des ganzen Volkes betrachten, von dem sie nur einen sehr geringen Theil ausmachten. Die Herren möchten daher ihre Wünsche recht ausführlich zu Papier bringen und die Adresse dann von eben so viel Zehntausenden unterschreiben lassen, als die jetzige von Hunderten unterschrieben sei. Dann werde er sich so gestellt zu dem Willen seines Volkes nachkommen, als er fortan gegen alle Aufwiegler und gegen jeden Versuch, die Ruhe zu stören, auftreten werde. Da die Deputation hierauf nichts Entschaltiges zu erwidern wußte, so entfernte sie sich wieder, ohne ihre Adresse überreicht zu haben.

Preußen. — Berlin, 2. August. Hr. v. Below, welcher erst vorgestern von seiner Sendung nach Wien hier eingetroffen war, reiste gestern Morgen wieder nach Frankfurt, um dort die Ermächtigung für Preußen zu erwirken, unmittelbar mit Dänemark zu unterhandeln. Diese Macht nun scheint auf das Bestimmteste für den Fall, daß provisorische Zentralgewalt anzuerkennen. — In der Montagssitzung des konstitutionellen Klubs hat derselbe nach erneuerter, lebhafter Debatte endlich einen Beschluß über das Ein- und Zweikammersystem gefaßt. Er ging auf unbedingte Zustimmung zu dem von der Verfassungskommission aufgestellten Zweikammersystem. — Vorgestern ist in der hiesigen Charité ein Mann, nachdem er 14 Tage daselbst an der Cholera behandelt worden war, mit allen Augenden der Cholera verstorben. Einzelne Cholerafälle sind bisher noch alle Jahre um diese Zeit in Berlin vorgekommen; wir wollen nun sehr hoffen, daß auch dieser Fall einzeln bleiben wird, als nicht bekannt ist, daß an irgend einem andern Orte, zwischen Rußland und hier, die Krankheit ausgebrochen ist, und diese als, um zu uns zu gelangen, einen gewaltigen Sprung gemacht haben müsse.

Berlin, 3. August. Heute früh langte Se. kgl. Hoh. der Prinz von Preußen aus Potsdam hier an und stieg in seinem Palais ab. Aus der vor dem letzteren versammelten Volksmenge ertönte ein lebhaftes Hurrah, für welches der Prinz durch freundliche Verneigungen nach verschiedenen Seiten hin seinen Dank ausdrückte. Die schwarz weißen Kokarden, welche sei den Volksdemonstrationen vom Sonnabend aufällig verschwunden waren, erblickte man bei dieser Gelegenheit wieder an den Kopfbedeckungen

Bieler. Der Prinz ist nach einem mehrstündigen Aufenthalt, während dessen er verschiedenen Personen, u. A. dem interimistischen Bürgermeisteramtsrath Major Wagner Audienz gewährte, wieder abgereist, denn Bernemont nach auf der Eisenbahn-Eilwagen nach Stettin.

Aus Posen, 28. Juli. Viele Wahlmänner aus unserer Provinz haben an ihre Abgeordneten bei der Berliner Nationalversammlung gefandten und angefragt, was es denn eigentlich mit der Verfassung Preußens werden solle; sie wären nicht nach Berlin geschickt um das theure Geld zu verzehren und mit allerhand Adressen und Fragen die edle Zeit hinzubringen. Man gefraucht Zeit, heißt es darauf, um gegen allenthalben; „wir alle Dinge die Verfassung und die Gemeindeordnung!“ — Mit großer Freude ist hier die Nachricht aufgenommen worden, daß Prinz Karl in Breslau, der Prinz von Preußen in Stettin und Prinz Albrecht in Königsberg residiren werde, ein Plan der übrigens bereits dem verstorbenen König vorgelegen hat. — Die Erbitterung gegen den Offizierstand ist an vielen Orten selbst im Militär groß. So geht uns Nachricht die Nachricht ein, daß Offiziere des dortigen Infanterie-Regiments bei einem Manöver durch Schüsse von Soldaten aus den Reihen der einen Hälfte des Bataillons, das den Feind markirte, verwundet worden sind. Die Schüsse waren wohlgezielt: denn es wurden nur Offiziere und gerade diejenigen getroffen, die nicht beliebt gewesen. Die Ladung hat in Kugeln und Steinen bestanden. Die Thäter werden nicht ermittelt. — Kein Wunder dieß, wenn Thatsachen wie folgende noch in unserem Heere stattfinden. Ein Obrist v. W. kam zur Revision einer Kavallerie-Compagnie, die im westpreußischen Städtchen Gollub in Garnison steht. Bei der Musterung erschien er vor der Fronte dem Rittmeister einen scharfen Verweis beyhalb, daß die Leute, die eben von einem Marsche gekommen waren in so desfaßbarer Montur erschienen und keine reinen Hemden anhatten; er befahl dem Rittmeister abzusitzen und gab ihm 3 Tage Stubenarrest. Einige Bürger der Stadt hatten diesen selbstsamen Akte zugesehen; sofort versammelten sich die Schützen und die Bürgerwehr; ein Kommandant der Letzteren ließ antreten und bot, da ja jetzt Freiheit sein sollte, beide vereint brachten dem Rittmeister ein donnerndes Hoch, dem Obrist von W. eine abscheuliche Katzenmusik und zertrümmerten dessen Fenster. Als der Bürgermeister erschien und Ruhe gebot ging Alles ruhig nach Hause. — In den letzten acht Tagen haben neue Tumulte in den an der polnischen Grenze gelegenen Städtchen Lobau, Kulmsee und Strasburg zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung stattgefunden. Sowohl sich der Charakter dieser Bewegungen Polen gegen deutschen nicht weniger als politisch-nationale Abstoßung, ging hier Ursache, als vielmehr ein gegenseitiges Mißtrauen, welches die Folge der Ereignisse im Großherzogthum Polen ist. Das Uebelste dabei bleibt, daß die religiöse Verschiedenheit der beiden Bevölkerungselemente diese Kluft nur vergrößert. — Der Grenzverkehr nach Polen, der seit einigen Wochen durch Legitimationskarten

Bähner in Wien. Im Namen von 147 Nationalgardisten richte ich hiefür Dank an Sie. Ich werde mich gang kurz fassen und in wenigen Worten meinen Auftrag bekannt machen. Wir sind der Sprache, die Sie in der Allgemeinen Oesterreichischen Zeitung führen, noch überdrüssig, und da die Gesetze die letzt der Presse keine Schranken setzen, so sodern wir dieselben, es zu versuchen. Wir haben beschlossen, uns sehr beschlossen, wenn Sie mit Ihren aufrührerischen Reden und Gebässlichkeiten gegen die jetzige Regierung in Ihrem Blatte fortfahren. Sie dafür durchprügeln zu lassen. Ich wünre dann, da ich ein Wiener bin, zu diesem Zwecke mit vier saustüchtige Kachins's nach Wien kommen, um Ihnen Gemeinde unserer bekannten Wohlthätigkeit zu geben. Mit voller Nichtachtung zeichnen sich die 17 Nationalgardisten. Triest, 27. Juli 1848.

In Pava (Westpritzer Komitat,) wurde die Rekrutirung durch das Loos betrieben. Auch die Namen des tortigen Geistlichen und des Rabineet lagen in der Urne. Das Schicksal wollte, daß der Kaplaner durchs Loos gezogen wurde. Derselbe stand sich freudig, und ist bereits auf dem Wege, um gegen die Kroaten, die Feinde Ungarns, zu Felde zu ziehen. (D. N.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

München, 5. August. (Schranrenbericht.) Voriger Reit: 1626 Sch. Neue Zufuhr: 4167 Sch. Gesammtbetrag: 5793 Sch. Heutiger Verkauf: 4591 Sch. Im Reit geblieben: 1202 Sch. Mittelpreis: für Weizen 13 fl. 56 kr., für Korn 8 fl. 13 kr., für Gerste 7 fl. 5 kr., für Haber 5 fl. 12 kr. Die Verkaufssumme betrug: 49,535 fl. Im Vergleich zur vorigen Schranne stellen sich die Preise niedriger für Weizen um 1 fl. 23 kr., für Korn um 39 kr., für Gerste um 20 kr., für Haber um 16 kr.

Wien, 2. August. Sproz. Metall. 73½, 4proz. 64, 3proz. 45, 2½proz. 39. 1834r 500 fl.-Loose 121. 1839r 250 fl.-Loose 81. Bankaktien 1040. Nordbahn 102. Glogguitz 95. Beurdig-Aailand 65. Budweis —. Linzer 67½. Pesth 63. Siebg 58. Kommerzbahn 93¾.

Berlin, 1. August. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunal-Papiere und Geld-Sorte. St. Schuld-Sch. 73½. Pr. 73 G. Berl. Hdam. Sch. 88 B. — G. K. u. Nm. Schuldv. 70½. Pr. — G. Berl. Stadtobl. — B. — G. Westpreuß. Pfandbr. 77 B. — G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — B. Pommersche Pfandbr. 3½proz. 77½. Pr. 76½. G. Ostpr. Pfandbr. — B. 85 G. Pomm. Pfandbr. 3½proz. 77½. Pr. 76½. G. Ostpr. Pfandbr. — B. 85 G. Pomm. Pfandbr. 91 B. — G. Kur- u. Neumärk. Pfandbr. 90½. B. 90¼. G. Schlesische Pfandbr. — B. 91⅓ G. Schlesische lt. B. gar. Pfandbr. — B. 84½. G. Preuß Ct.-Anth. Sch. — B. 84 G. Friedrichsd'or 13½. B. 13⅓. G. And. Goldm. à 5 Th. 13½. B. 12½. G. Disconto 3½. Pr. 4½. G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 86½. G. Berl.-Hamburg 62 G. Berl.-Stettin-Stargarder 85½. G. Berl.-Potsdam-Magdeb. 42 B. 41½. bz. Magd.-Halberstädt. 2 G. Magd.-Leipziger —. Halle-Thüringer 50½. bz. Köln-Minden 75½. — 76 bz. u. G. Köln-Aachen 53½. bz. u. G. Düsseld.-Elberfeld 69½. G. 70 B. Steele-Vohwinkel 72½. G. Rheinisch-Märk. 68½. — G. Oberschles. A 96 u. 87 bz. u. G. B. 86 u. 87 bz. u. G. Breslau-Freiburg —. Kosl.-Oderufer. 38½. u 39½. bz. Berg.-Märk. 56 B. Stargard-Posen 65½. u 66 bz.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. B 83½. G. 84 B. Stargard-Posen —. Magd.-Wittenberg 45½. u ½ bz.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 82 bz. Berlin-Hamburg. 88 B. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 75½. G. 3proz. 84½. G 85 bz. Halle-Thüringer 80½. G. 80½. bz. Köln-Minden 87½. G. Rhein. I. Prior. 74½. G. Rheinische Stamm-Prior. 68½. bz. Düsseldorf-Elberfeld —. Rheinisch-Märk. 80¾. B. 3proz. 93 B. III. Serie 88 B. Zweigbahn 3proz. 71 G. Zoitel-Oderberg —. Steele-Vohwinkel —.

Breslau, 31. Juli (Wollmarkt) Seit unserm jüngsten Bericht hat sich der Geschäftsumfang in Wolle auf unserm Platze nicht verringert. Verkäufe sind fein in 400 fl. bestehenden Vermögen gegen Kaution auf festen nächste Verwandte auszehändigt werden würde.

Sign. 23. Juli 1848.

Königl. Landgericht Hengersberg.
Obermaier.
Landrichter.

Bekanntmachung.

55. Die auf Montag den 7. d. Mts. anberaumt gewesene Tagsahrt zur Versteigerung des Anwesens des Bauers Jakob Koch und seiner Ehefrau Cheonilla zu Guggenmoos, der Gemeinde Rüchzeg, ist aufgehoben worden.

Schloß St. Mang zu Füssen den 2. August 1848.

Frhr. v. Pomikau'sches Patrimonialgericht
I. Klasse St. Mang.
Konedera,
Patrimonialrichter.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute um 11 Uhr Vormittags.

J. E. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 6. August: „Die Capulets und Montagues", Oper von Bellini.

Fremdenanzeige.

Hotel Maximilian. Baronne de Monsion, Rentier von Paris. Kuhe, Kooklat von Dresden. Kräzer, Privatier von Dresden. Holzinger, Privatier von Murnau. Dr. Oliver und Dr. Engl, von Salzburg.

Goldner Adler. Rentier von Lindau.

Gold. Hahn. Freifrau v. Guttenberg, von Bamberg. Mai, Rentier von Koblenz. v. Platonoff, k. k. Offizier von Moskau.

Blaue Traube. Meißner, Dr. jur. von Leipzig. Gyp., Postikalier aus Vorarlberg. Schwarz, Direktor von Miesbach. Till, Oberschreiber von Miesbach.

Stachusgarten. Fischer, Privatier von Meiningen Daser, prakt. Arzt von Landsberg. Bolz, Pakser von Treuchtlingen Zugger, Lehrer von Großkarolinefeld. Robus, Pfarrer von Buhl Bollyard, Privatier von Gerolzhofen.

Gestorbene in München.

Johann Schönberger, Soldat im 2. Infanterieregiment (Kronprinz), 23 J. a. Barbara Kimmer, Stuerbeisitzerstochter, 68 J. a. Theres Lindhard, Taglöhnerswittwe v. 63 J. a. A. M. Pantaleon, Hofbuchdruckerswittwe, 73 J. a. Michael Triebenbacher, Weggeraslohn von Schwabing, 60 J. a. Valentin Wiesenmaier, herrschaftl. Kutscher, 46 J. a.

Bekanntmachung.

56. Michael Klampfl, Bauerssohn von Ranzing, Pfarrei Gerlchs, geboren den 4. Dezember 1791, machte im Jahre 1812 in einem Regimente der bayerischen Armee den Feldzug nach Rußland mit, und wurde seither Zeit vermißt. Auf Anfrag der Gutheilitzten ergeht an denselben oder seine rechtmäßigen Nachkommen der Auftrag, sich hierorts

innerhalb 3 Monaten a dato

zu melden, und ihre Ansprüche geltend zu machen, als ansonstenthen Michael Klampfl für verschollen erklärt,

Fahrende Habe

wird Montag den 7. d. Mts. Vormittags 9 Uhr in der Behausung des Bauers Jakob Koch und seiner Ehefrau Cheonilla zu Guggenmoos, der Gemeinde Rüchzeg, gegen gleich baare Bezahlung an den Meistbietenden öffentlich versteigert werden.

Schloß St. Mang zu Füssen den 2. August 1848.

Frhr. v. Pomikau'sches Patrimonialgericht
I. Klasse St. Mang.
Konedera,
Patrimonialrichter.

Deutsche Reichsversammlung.

X Frankfurt, 3. August. (54. Sitzung der Reichsversammlung.) v. Lassaux tritt auf und wünscht, jedoch vorgreiflich, daß über den gestern in der Uebereilung angenommen neuen Satz, der das allgemeine Waffenrecht sistirt, nochmals berathen und abgestimmt werde, indem der größere Theil der Abstimmenden, namentlich wir aus der Mitte, nicht zugegen gewesen seien. — Es befanden sich über 200 Abgeordnete auf Urlaub abwesend, deshalb wurde heute ein Antrag vorgelegt, einen eigenen Ausschuß niederzusetzen, um in Zukunft alle Urlaubsgesuche erst gehörig zu prüfen. Heckers Wahl in Thiengen kommt nun zur Berhandlung. Wiedemann aus Düsseldorf ist Berichterstatter, er verliest erst die von der badischen Regierung der Reichsversammlung abgegebene Schrift, worin derselben die Frage vorgelegt wird, ob man eine neue Wahl vornehmen oder bei auf Hecker gefallenen Stimmen als nicht vorhanden betrachten, oder dem Beschluß des Wahlrechts ganz entziehen solle. Hecker hat gleichfalls eine Zuschrift eingesandt, worin er dem souveränen Volke zu Thiengen das Recht zuerkennt, zu wählen, wen es wolle. Die frühern Ansichten über Hochverrath hätten jetzt keine Bedeutung mehr; er habe nie etwas anderes gewollt, als die wollste Souveränität des Volkes, und daß er diese mit den Waffen herzustellen versucht habe, könne nicht als Verbrechen betrachtet werden, so wenig als die Barrikadenkämpfe in Berlin und Wien. Der Berichterstatter verliest sodann verschiedene Protestationen und Eingaben von demokratischen, Turn- und Arbeitervereinen zur Einberufung des von der badischen Regierung proskribirten, vom Volk aber freigesprochenen Burgers Hecker in die Reichsversammlung. — Der republikanische und gesetzwidrige Charakter des Heckerschen Aufstandes wird nun aus den von ihm erlassenen Proklamationen und Tagesbefehlen, sowie den jetzigen Trieben aus ihm von ihm herausgegebenen „Volksfreund" nachgewiesen; die Beschlüsse der badischen Kammer und des Ober Ausschusses gegen denselben verlesen, desgleichen die Beschlüsse des badischen Justizministeriums zu Heckers gerichtlicher Verfolgung. — Die badische Kammer habe seine badische Abgeordnetenstelle als thatsächlich erledigt erklärt und auf Vornahme einer neuen Wahl gedrungen; Pflicht der Reichsversammlung sei es, ihrer Mitglieder ebenso gegen ungerechte Angriffe zu schützen, als es in jeder Beziehung liege, unwürdige, ihrer Ehre oder überhaupt Besthaltbreite von sich auszuschließen. Heckers Wahl sei materiell ungültig, nicht die Mehrheit des badischen Volkes habe die Republik gewollt, am wenigsten durch das Mittel der Waffengewalt, sondern Hecker habe als Einzelner mit Einzelnen seinen Sonderwillen der Mehrheit aufdrangen wollen, er sei sohin Hochverräther gegen Baden, und da das Unternehmen noch weiter gerichtet gewesen, auch gegen ganz Deutschland, als Bürger, als es in ihrer Absicht gelegen und Hecker eigener Zuschrift an den Reichstag hervor, wo sich Recht als gleichberechtigte Macht dem Rechtstag gegenüberstelle und die Waffengewalt als gesetzliches Mittel zur Durchsetzung seines Sonderwillens erkläre. Dies sei Verrath an dem Willen der Gesammtheit, an der wahren Souveränität des deutschen Volkes, dadurch habe er sich unfähig gemacht, Mitglied einer Versammlung zu sein, welche das Vertrauen des ganzen deutschen Volkes sei. Er habe sohin in dieser Versammlung aufgenommen zu werden, sonst sogar wie Verhöhnung derselben. In Anbetracht alles dessen stellt der Ausschuß den Antrag, diese Wahl sur ungültig und unwirksam zu erklären, um die badische Rederung zu veranlassen, in Thiengen unverzüglich eine andere vornehmen zu lassen. Der Bericht wird dem Druck übergeben und nächste Woche zur Berhandlung kommen. Benedey und Konsorten reichen einen Antrag ein, wornach der auch weiter gerichtet, rechtlich aufforderte, mit Waffen einen Freien daran zu hindern, der die deutschen Interessen, sowie die Rechte der Italiener auf ihre Nationalität wahre. — Eine neue Klippe, an welcher die Hinneigung der österreichischen Stamme zur Reichsversammlung ebenso scheitern kann, als da der Aitzerstan lau wurde durch das schwankende Benehmen eines guten Theiles der Abgeordneten rücksichtlich Posens. Benedey's Antrag zu Gunsten aller nichtdeutschen Völker ist eine Folge seiner krankhaften Sympathetik und der Erinnerung an gewisse kosmopolitische Zonen von allgemeiner Völkerverbrüderung, die ihm in Paris von den dortigen Propagandisten aus leicht sophistischen Gründen eingeimpft worden waren, und sur welche er seinerzeit ebenso lebhaft Partei ergriff als Arnold Ruge, welcher heutzutage in dieser Druschland so verderblichen Richtung in vorderster Linie steht. Ganz anders lautet Gisbrers Antrag in diesem Betreff, es hat derselbe der Freund und Feind die größte Achtung, Schonung zu erhalten, und in B. eine bestimmte Note weiten in der Nacht zur Ruhe zu bringen. Gegen ungerechte Verhaftshaltung sei die beste Garantie ein Civilausspruch auf Schadloshaltung gegen den, welcher den Verhaftsbefehl erlassen habe, im Betrag von 5 Thalern für jeden Tag, wie dieß in England grundgesetzlich sest langen Jahren festsetzte. — Reichensperger, gleichfalls ein tuchtiger praktischer Jurist, Präsident eines niederrheinischen Gerichtshofs und einer hohen Stellung im Justizministerium würdig, warnte vor dem Streben, hier allzuviele in Einzelnheiten einzugehen, sonst lähme man die Kraft der bestehenden Gesetze und veranlasse Rechtsverwirrung. Er wünscht, daß jeder Verhafter innerhalb der ersten 24 Stunden von einem richterlichen Beamten vernommen werden müsse, uno wäre es auch nur, um Personenverwechslungen, die in Prazi oft genug vorsamen, schnell zu erkennen. Mittermaier nimmt hierauf einen von ihm eingebrachten ausführlichen Entwurf über den vorliegenden Gegenstand auf zu sehr in die partikulare Gesetzgebung eingreifen, zurück und spricht sich sodann gegen die langen Untersuchungen aus. — Berschie ene Mitglieder aus dem Stande der Juristen und Philosophen ergreifen nun nach einander das Wort, um in flagsch sentimentaler Weise die Aufhebung der Todesstrafe zu befürworten, um die Vorzüge des Besserungssystems anzupreisen. — Sie werden mir verzeihen, wenn ich Ihnen hierüber nicht aus ührlich berichte, die Debatten sind über die absolute Ungeeignetheit der Tagesstunde zu ordnisch, daß ich vor dem Schluß der Sitzung den Platz räume, und doch war ich derjenige unter allen Berichterstattern, der am längsten Stand gehalten hatte; aber ultra posse nemini tenetur.

— In der Sitzung vom 4. sprachen über den Gegenstand noch ein Redner und zuletzt der Berichterstatter Beseler; dann wurde auf Antrag Schellens dach Namensaufruf über die Aufschaffung der Todesstrafe abgestimmt und dieselbe mit 288 gegen 164 St. angenommen, nachdem ein Verbesserungsantrag: die Anträge zu Protokoll einfach zu nehmen den Grundrechten entsernt zu halten und an den Gesetzgebungsausschuß zu verweisen, mit 265 gegen 175 St. odworfen war. Auch Abschaffung des Prangers, der Brandmarkung und körperlichen Züchtigung wurde beschlossen. Die Berathung über die Wahl Heckers, die Amnestie, die Verhältnisse zu Dänemark, Italien und die Ulmer Dampfschiffahrt wurde auf Montag den 7. festgesetzt. Folgende neue Ministerien ist im Umlaufe: Fürst L. Leiningen Aeußeres und Präsidentschaft, v. Beckerath Finanzen, Duckwitz Handel. Hecker der beste elle die Justiz, v. Schmerling das Innere, v. Peucker den Krieg. Unterstaatssekretäre würden: des Aeußern M. v. Gagern und Meviffen, der Finanzen Mathy, des Krieges v. Brandt, des Innern v. Würth und Bassermann, der Justiz Briegleb, des Handels v. Rumpf.

Bayerische Verhältnisse.

= Von der Donau. 3. Aug. Wenn jedermann mit hohem Interesse jenen Aenderungen unseres Strafgesetzes entgegensieht, welche die alsbaldige Einführung der Schwurgerichte, mit Ausschluß auf die übrigen Bestimmungen des Gesetzes vom 12 Mai l. J. nothwendig machen, so wird es gewiß auch gleichberechtigte Macht dem Rechtstag gegenüberstelle und die Waffengewalt als gesetzliches Mittel zur Durchsetzung seines Sonderwillens erkläre. Dies sei Verrath an dem Willen der Gesammtheit, an der wahren Souveränität des deutschen Volkes, dadurch habe er sich unfähig gemacht. Mitglied einer Versammlung zu sein, welche das Vertrauen des ganzen deutschen Volkes sei. Er habe sohin in dieser Versammlung aufgenommen zu werden, sonst sogar wie Verhöhnung derselben. In Anbetracht alles dessen stellt der Ausschuß den Antrag, diese Wahl sur ungültig und unwirksam zu erklären, um die badische Rederung zu veranlassen, in Thiengen unverzüglich eine andere vornehmen zu lassen. Der Bericht wird dem Druck übergeben und nächste Woche zur Berhandlung kommen. Benedey und Konsorten reichen einen Antrag ein, wornach der auch weiter gerichtet, rechtlich aufforderte, mit Waffen einen Freien daran zu hindern, der die deutschen Interessen, sowie die Rechte der Italiener auf ihre Nationalität wahre. — Eine neue Klippe, an welcher die Hinneigung der österreichischen Stamme zur Reichsversammlung ebenso scheitern kann, als da der Aitzerstan lau wurde durch das schwankende Benehmen eines guten Theiles der Abgeordneten rücksichtlich Posens. Benedey's Antrag zu Gunsten aller nichtdeutschen Völker ist eine Folge seiner krankhaften Sympathetik und der Erinnerung an gewisse kosmopolitische Zonen von allgemeiner Völkerverbrüderung, die ihm in Paris von den dortigen Propagandisten aus leicht sophistischen Gründen eingeimpft worden waren,

nicht um Raubeswillen, sondern im Zorne, oder aus Rache oder aufrem dergleichen Ursachen die Mißhandlung begangen, und erst aus einer späteren in ihm entstandenen boshaftigen Absicht den bisherigen Zustand des Vergewaltigten als Gelegenheit zur Entwendung benutzt habe." Wenn schon nicht zu läugnen ist, daß diese Ansicht sehr oft aus der Luft gegriffen sein werde, so ist doch eben so gewiß, daß die Mißhandlung vielfach ohne alle räuberische Absicht statt gefunden hat, und daß später der Raub der Gelegenheit zu klinglommender Lumpenbeute veranlaßt haben könne. — Es ist daher in dem Falle des Gesetzes nicht ein unumgänglicher Schluß auf das Dasein des Raubes enthalten, denn das eine hat ganz proprio motu sich ein bekannter Redensart; sondern es ist in dem unbedingten Verwerfen dieser Ansicht nicht mehr und nicht weniger gegeben als die Rechtsfiktion, daß jeder, der eine Person mißhandelte und dann beraubt, solche in der Absicht auf Diebstahl mißhandelt habe, weggegen dem Angeklagten auch hier einmal der Gegenbeweis gestattet wäre. Stehet aber der Grundsatz fest, daß das Vorhandensein des bösen Willens nicht vermuthet werden soll, sondern die Beurtheilung seines Daseins als ganz Thatfrage gehörig den Geschworenen anheimgegeben werde, welche nie, weil das Gesetz es will, solchen annehmen, sondern ihr gewissenhaftes Ueberzeugung benutzen sollen; so möchte die Uebereinstimmung dieser Bestimmungen des Gesetzes vom 1813 mit dem Prinzip des Schwurgerichtes kaum zuverlässig erscheinen. Es dürfte daher auch dieser Artikel annoch anzugreifen sein; um so mehr, als auch in Rücksicht auf die Größe der Strafe des Raubes derselbe eine Härte enthält, wahrend es genugen mochte, einen solchen Uebeltäter mit Rücksicht auf Art. II., Ziff. 5, der Novelle vom 25. März 1846, der Mißhandlung wegen in Zusammenrechnung mit dem Diebstahle unter erschwerenden Umständen in Strafe zu nehmen. Was dem Absatze dieses Artikels wurde dem Angeklagten erlaubt sein, der Beschuldigung des Raubes gegenüber den Mangel der zum Begriffe dieses Verbrechens wesentlichen räuberischen Absicht bei dem Akte der Mißhandlung und unter den gegebenen Umständen darzuthun, und der Gegenbeweis durch die angeordnete Rechtsfiktion nicht in seinem Ertrebte aber das Vorhandensein der räuberischen Absicht bei dem persönlichen Angriffe verneint werden. Wir sind weit entfernt, diesen Zitlen einen besondern Werth beizulegen, trachten aber dieser Punkt für erheblich genug, um die Aufmerksamkeit der Gesetzgebung durch eine Anregung in ihrem geschätzten Blatte auf denselben zu lenken.

Etwas über die Jenaer Korpsburschen-Versammlung.

In mehreren Blättern sind Artikeln üb r die Beschlüsse der Jenaer Korpsversammlung erschienen; wie aber aus der Unzulänglichkeit und Nahrheit der Berichte klug hervorgeht, waren diese Artikel entweder von keinem Sachverständigen, oder doch von Solchen abgefaßt, die den Verhandlungen nicht anwohnten, und so auf Hörensagen hin sich berufen mußten, um einen Theil der deutschen Studentenschaft zu verdächtigen und ihren reellen Absichten vorsätzlicher Bestrebungen zu unterlegen. Uebergangen davon, wie gute Früchte eine Versammlung, die, abgesehen von allem Parteigeist, nur das Beste einer Sache im Auge hatte, bringen können, beschossen die Korps, um ihre Verhältnisse zu regeln, einen Kongreß anzuberaumen, und alle Korpsburschen zu demselben einzuladen, damit sie durch die Berathungen ihre Zustimmung legen konnten. Diese Versammlung, die von all' Denjenigen, die von dem Geiste der Korps durchdrungen sind, mit Sehnsucht erwartet wurde, begann am 15. Juli eröffnet. — Gleich zu Anfang der Verhandlungen erklärten sammtliche Anwesende, daß diese Berathung nur die Verbesserung der Korpsverhältnisse zum Zwecke habe, und keineswegs in irgend einer Weise als Opposition gegen den Studentenbund zu Eisenach zu betrachten sei. Hieraus kann ersehen, wie ungegründet und böswillig der Bayernurf ist: „der Korpsdonner zu Jena ist den allgemeinen Studentenzwecken zu Wartburg als Reaktionsmahregel entgegengesetzt." — Die Punkte, die von der Versammlung beschlossen und gefaßt, sind folgende: 1) Gründung einer allgemeinen Studentenschaft zu allgemeinen Studentenzwecken. 2) Reorganisazion der Korps, Abschaffung des Beraltens und Erfetzung desselben durch zeitgemäße Institute. 3) Vereinigung aller Korps unter ein Gericht, um ihnen Kraft und Stabilität zu verleihen. — Wenn nun die Versammlung gleich zu Anfang den Beschluß faßte, sämmtliche Korps sollten auf ihren Universitäten der Allgemeinheit beitreten, und wenn dies durch irgend welche Umstände ihnen temporär unmöglich wäre, dennoch nach Beseitigung der Hindernisse eine Vereinigung möglichst anzubahnen suchen, so faßt jener zweite Vorwurf: „jedem Korpsburschen sei verboten worden, sich an der allgemeinen Studentenschaft zu betheiligen," wie jede Lüge in ihr Nichts zerfällt. Auf den meisten Universitäten ist von Seite der Korps eine Vereinigung mit der Allgemeinheit bereits geschehen, und, wo das noch nicht der Fall ist, wird sobald als möglich eine Vereinigung wieder versucht werden, die jedenfalls nicht an Hartnäckigkeit und Borurtheilen scheitern wird. Eine zweckgemäßere Reorganisation der Korps war das zweite Hauptagenmerk der Versammlung. Kein Korpsbursch wird es verhehlen, mancher Mißbrauch, manches Unzeitgemäße hatte sich in der langen Reihe von Jahren, durch welche die Korps zeit bestehen, eingeschlichen und dem sollte und mußte abgeholfen werden. Besseres war an die Stelle des Beralteten und Unbrauchbaren gesetzt, und so die Korps lebendigkeit erhalten. Um aber diesen Bestrebungen Kraft und Bürgschaft zu geben, um den Nachfall des einen oder des andern Korps unmöglich zu machen, um Parteiungen, Ungerechtigkeiten zu verhindern, wurd forlianfende Korrespondenz, wurd eine allgemeine Versammlung der Korps und ein allgemeines Korpsgericht als letzte Berufung beschlossen und theilweise schon ins Leben gerufen. — Herstellung einer allgemeinen Studentenschaft, Brüderlichkeit, freundliche Unterstützung zu gemeinsamen Zwecken, gerechte und parteiliche Schlichtung aller Zwistigkeiten unter den Korps, Abschaffung der Mißbräuche im Komment, Herstellung des Korps als zeitgemäßes Institut, — das waren also die „verderblichen und reaktionären Bestrebungen des Kongresses zu Jena!" Was nun, wie sich ein Blatt ausdrückt, die Krone dieser „herrlichen Beschlüsse," nämlich folgende Definition der Korps betrifft: „ein Korps ist eine Studentenverbindung, die sich weder mit Politik noch mit Wissenschaft beschäftigt. Gewiß ein unschuldig Ding;" so ist eine solche Unwissenheit wirklich bedauernd. Der Verfasser jener uns in den Mund gelegten Definition denke sich nur einen Augenblick, aber ganz ernstlich, was geworden, daß in den rohesten Menzuren die Korps aller Universitäten vereint mit allen Studenten wie Ein Mann aufstanden, daß jene Münchner Adresse, die Jenenaens Beifall errung, ebenso gut von Korps-, wie von Nicht-Korpsstudenten ausging, daß die Korps dort wie immer sich thätig bewiesen haben, wo es gilt zu kämpfen für Ehre, Freiheit und Vaterland. — Mögen doch endlich einmal Vorurtheile schwinden, die durch das Gebahren der Korps lange zu Schanden gemacht worden sind, möge man aufhören, uns Unwissenheit oder Bosheit eine Körperschaft zu verdächtigen, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, sich wackere Freunde zu sammeln und mit ihre Hilfe einst im staatlichen Wirken die Grundsätze fortzupflanzen und die Ansichten zu realisiren, die ein ehrenhaftes Leben und das rege Streben nach Wissenschaftlichkeit bei jedem Jüngling hervorrufen müssen. — München, den 3. August 1848.

Rothenfelder.

Deutschland.

Bayern. — ** Münchyen, 6. August. Das Fest der feierlichen Verkündung der Uebernahme des Reichsoberwesenramtes durch Se. kaiserl. Hoh. den Erzherzog Johann von Oesterreich wurde heute feierlichst hier begangen. Schon vom frühen Morgen an sah man die öffentlichen Gebäude, das Stadtthaus, das Thurmer, unseren altehrwürdigen Kathedrale und anderer Kirchen, dann vieler Privathäuser mit mächtigen Flaggen in den deutschen und bayerischen Farben geschmückt. Um 9 Uhr Morgens waren die Truppen der Besatzung von allen Waffengattungen, die Landwehr, das Landwehrfreikorps, so wie die Freikorps der Studenten, Künstler, Bürgerschützen u. s. w., auf dem Max'sefde versammelt, und hatten sich bei den aufgeführten Bivouak bilden aufgestellt. Tausende von Zuschauern aller Klassen zu Fuß, zu Roß und zu Wagen hatten sich auf dem Platze eingefunden, um Zeugen des erhebenden Akts zu sein. Kurz nach 9 Uhr trafen auch JJ. KK. HH. die Prinzen Luitpold und Adalbert, gefolgt von einem zahlreichen und glänzenden Stabe, ein, ritten, von jedem Korps mit klingendem Spiel empfangen, an den vier inneren Fronten des Viereck vorüber, und nahmen dann in der Mitte desselben Platz. Nachdem der Tagesbefehl an die Soldaten mit der darin enthaltenen Proklamation Sr. Maj. des Königs und der Ansprache des Reichsoberwesen „an das deutsche Volk" verlesen, welche Aktenstücke wir bereits gestern in einer außerordentlichen Beilage unsern Lesern mitgetheilt haben. Die vorgeschriebenen „Hochs" wurden mit wahrer Begeisterung dargebracht, und von den Geschützsalven einer in der Nähe aufgefahrenen Batterie begleitet. Bei dem darauf folgenden Vorbeimarsche zeichnete Prinz Adalbert selbst als Oberst an der Spitze des Kavallerieregiments sich besand, hatte man aufs Neue Gelegenheit die herrliche Haltung unserer Truppen wie der Landwehr und der verschiedenen Freikorps zu bewundern. Unsere Wehrmänner aller Klassen leisteten alle Bewegungen mit einer Sicherheit und Genauigkeit an, wie wir sie sonst nur von alten Truppen zu sehen gewohnt sind.

Freie Städte. Frankfurt, 3. August. Seit 4 Uhr Nachmittags war Alles in Bewegung, um den zurückkehrenden Reichsoberwesser mit „Weib und Kind" festlich zu bewillkommen. Die Häuser sind mit Fahnen geschmückt, die Straßen wogen von dicht gedrängten Massen, und auf der Zeil, vor dem Russischen Hofe, ist in langen Reihen ein blühendes Menschenheer aufgezogen, weiß gekleidet, Eichenkränze im Haar, und mit schwarz-roth-goldenen Schleifen geschmückt. Es war gegen halb 10 Uhr, als das Hochrufen die ersehnte Ankunft verkündigte. Musik an der Spitze, von den Sachsenhäuser Bürgerschützen geleitet, zeigte sich der unabsehbare Zug in Bewegung. Ich habe Euch versprochen, mein Thurerstes mitzubringen, Weib und Kind: — da habt Ihr sie." Dies waren die Worte, womit der Erzherzog die rauschende Begrüßung erwiderte. Nachher erschien er noch einmal auf dem Balkon des Russischen Hofes, und sprach: „Ich danke Euch, liebe Frankfurter, sowohl meinerseits als im Namen meiner Frau; mehr vermag ich nicht zu sagen; ich bin zu sehr gerührt." Ein endloses Hoch war die Antwort auf diesen herzlichen Zuspruch. Alles schwimmt in Begeisterung. (Kasler. Ztg.)

Sachsen. — Dresden, 5. Aug. Dem Bernehmen nach ist dem Generalmajor v. Burlas das Kriegsministerium übertragen worden und zur Mobilmachung von 5500 Mann der Befehl ertheilt. (D. A. Z.)

Preußen. — Berlin, 4. August. Der Kriegsminister hat den Allerhöchsten Armebefehl vom 29. Juli d. J. den Truppen zur Bekanntmachung mit dem Bemerken übergeben: daß eine Truppen-Parade am 6. Aug. e. nicht stattfinde. (Spen. Ztg.)

Oesterreich. — Wien, 4. Aug. Zur Feier der von der kaiserl. Armee in Italien erfochtenen Siege wird morgen früh 5 Uhr ein Te Deum auf dem Glacis zwischen dem Burg- und Schottenthore abgehalten, wozu die hier garnisonirenden Truppen ausrücken werden.

— In der Sitzung des konstituirenden Reichstages vom 3. August interpellirt der Abgeordnete Scherzer den Minister des Kriegs, ob er schon etwas wesentliches habe, damit die österreichischen Regimenter die deutsche Kokarde neben der österreichischen tragen sollen. Minister Latour antwortet, daß diese Frage noch nicht im Ministerium vorgekommen sey; was seine persönliche Ueberzeugung anbelangt, so sey er überzeugt, daß die österreichische Armee Sympathien zur Deutschland hege und auch die große Hingebung für Deutschland zeigen werde, wie sie es bereits oft bezeugt gezeigt habe, wie erst bei Leipzig. Damals habe man ohne Abzeichen gekämpft und sie seien daher auch jetzt überflüssig, die Annahme könnte nur auf die Einheit der Armee stören. (Allg. Oesterr. Ztg.

— Innsbruck, 5. August. Die Deputation des hiesigen Gemeinderathes hielt sich seit gestern Abends in unserer Mitte. In ganz Tyrol von der Grenze bis hieher fand sie einen würdigen Empfang. Eine Anordnung von Magistraten und Mitgliedern des Bürgerausschusses, der Schützen und Nationalgarden von Jonsbruck und Hall, dann der Behörden letzterer Städte bewillkommnete sie schon zu Vorbern, und gerieth sie durch Hall, wo die Nationalgarde mit klingendem Spiel sie begrüßte, bis hieher. Eine hier bestehende Ehrenwache der Tyroler Jäger wurde heute der jetzige Regierwechsel vereinigte. Heute soll die Deputation vom Kaiser empfangen werden. — Der Jubel aber das siegbafte Vordringen unseres tapfern Heeres in Italien ist unbeschreiblich. Eben trift ein neuer Bericht des Feldmarschalls Radetzky aus dem Hauptquartier Terano vom 2. August ein. Nach demselben ist ein Theil der piemontesischen Truppen bei Piacenza über den Po gegangen, ein anderer, 20,000 Mann stark, hat sich gegen Lodi gezogen. Der Feldmarschall ist in Verfolgung des letztern begriffen. Unsere tapfern Truppen haben in Parma Einzug genommen in der Richtung gegen Boffalora, welche Mailand von der Rückseite fassen sollen, während er selbst mit dem Grod der Armee von vorne gegen die Stadt anzurücken gedenkt. Am 4. hoffte der Marschall Lodi angegriffen. Karl Albert soll die Armee für seine Person am 3. verlassen und sich über den Mincio in seine Staaten zurückgegeben haben.

* Wir erhielten schon gestern folgendes weitere **Kriegsbulletin** aus Innsbruck vom 4. August: Aus dem Hauptquartier von Formigara an der Adda erfuhr Feldmarschall Graf Radetzky am 1. August folgende Neue ou, welche eben bei uns Kurier an der Armee zurückgesandte Oberstlieutenant Graf Crenneville überbracht. „Meine tapfere und unerwüstliche Armee hat heute Mittags mit dem 4. Korps bei Cremona d'Adda und mit dem 1. 2. und dem Reservekorps der Formigaren die Adda passiert, die Truppen des Feindes am rechten Ufer vertrieben und Pizzighetone auf beiden Seiten umgangen, worauf der Feind die Brücke daselbst sprengte und den Platz verließ, der nun sogleich besetzt wurde. Nach allen Nachrichten scheint der Feind sich gegen Pavenza, theils gegen Parma in vollem Rückzuge zu sein. Ich werde daher morgen mit dem 4. Korps bis an den Po gegenuber Pavenza, mit dem 1. und 2. Korps dagegen auf der Straße von Pavia bis an den Lambro rucken, und das Reservekorps zur Unterstützung des 4. Korps bei Casale Pusterengo aufziehen. Ich habe den Sitz Sforps auf der Straße von Pavia entsendet, dessen Nachrichten ich bis 11 U. früh erwarte. Der Feind ist auf Lodi, Pavia und den Linien von Bard an der Werganza Corpi über den Po gehen, und somit seine Armee den Boden der Lombardie verlassen, so werde ich dann mit der Armee meinen Marsch nordlich über Melegnano gegen Mailand beginnen. Feldmarschall Radetzky.

(Allgem. Oester. Ztg.) Am Montag den 27. war die piemontesische Armee in vollem Rückzuge auf Cremona. Nur wenige Stunden zuvor erschienen zu Volta ein piemontesischen Generale in Post und Wagen mit dem bekannten Obersten Thomas an der Spitze zu einem Waffenstillstand. Selbe boten, wie man sagt, den Ostio als Demarkationslinie. Der F. M. Radetzky ging aber darauf nicht ein, sondern befahl auf folgenden Punkte: 1) Uebergabe von Venedig mit der gesammten Marine, dann von Peschiera, Pizzighetone, Osoppo und Rocca d'Anso. 2) Absolute Entfernung der jardinischen Corpse aus dem adriatischen Meere. 3) Rückführung unserer sämmtlichen Gefangenen. 4) Die Adda als Demarkationslinie. 5) Räumung der Lombardie und Parmesanischen.

— Eine furchtbare Aufregung ging Karl Albert und die Rebili gut sich überall auf dem Lande kund. Aus Brescia hat sich der Herzog von Genua schnell flüchten müssen. Alles ruft: Lod dem Verräther Karl Albert! In Cremona war der Empfang der Flüchtigen nicht besser.

Verona, 3. Aug. Den 2. Aug. frah befandh ihn Marschall Radetzky mit dem Stabe in Sesso in der Richtung nach Mailand. Die Kaiserlichen rucken in drei Kolonnen und schnellen Marschen vor: eine über Lodi, bereits Borposten Allegmeine Meldungen haben besagten Tage in Melegnano eine Militär-Station von der Mailand standen: eine zweite über Pavia, jene namlich, die den König Karl Albert nach Piacenza verfolgt, und eine dritte über Monza, am gleichzeitig Mailand anzugreifen, wenn es sich nicht alsogleich unterwerfen soll. Lodi, es versteht sich von selbst, ist von den Kaiserlichen besetzt und wurde ebenfalls ohne Schwertstreich, ja unter Jubel des gutmeinen Volks genommen. Man besetzt die mobile österreichische Armee in 75,000 Mann, ja der sogleich, wie ich schon gesprochen habe, neue Bataillons stossen. Heute Abends geht von hier das 7. Jägerbataillon und ein andres Inft.-Regiment ab. Der ans Haupt geschlagene Sardenkönig, der wie es scheint sich bereits mit seinem Armee-Oberbefehlshaber in seinem eigenen Staate befindet, hat wohl den Waffenstillstand zugestehen ihre stadt zu bieten, aber wird auch dreimal das Wort brechen, und brechen mussen, da jene Truppen nach der schon erhaltenen Niederlage und dem Verlufte so vieles Kriegsmaterials auf der Flucht nach Cremona nicht mehr hatt genug sind, erstarken Widerstand zu leisten, nach sollen ihm Gold und Lebensmittel fehlen. Heute geht das Gerede herum, daß in Mailand eine Gegenrevolution mit bewaffneter Hand des dortigen Pöbels zu Gunsten Oesterreichs ausgebrochen sei, dieser Pöbel die Thore inne habe, und selbe geschlossen habe, damit kein Herr hinauskomme. Diese Herren will er den Kaiserlichen übergeben. Feldmarschall-Lieutenant Welden ist mit 2 Brigaden (10,000 Mann) nach Bologna vorgerückt, wo eine Regierung provisoria aufgerichten ist, um von Rom sich loszumachen. Fürst Lichtenstein steht mit einer Brigade von 6000 Mann in Modena. Benedig bleibt gerunt von 7 Brigaden unter dem Befehle des Feldmarschall-Lieutenant Culoz. — Auch in dieser Stadt war eine große Aufregung wegen Ausschluß an Karl Albert, die wahr sein kann, denn in der hiesigen Oesterreser Zeitung las ich einen Entwurf des provisorischen Benehiger Komitets datirte 21. Juli worinn welcher die Bewohner aufgefordert werden alle Waffen von was immer einer Gattung und Patronentaschen der Guardia civica unterhalb 3 Tagen abzugeben. Zu selben sind auch die Kommissionsglieder bezeichnet, welche den Auftrag haben, auch obiger vorsichtender Aufforderung Nachsuchungen zu pflegen, der gesundenen Waffen sich zu bemächtigen, die Uebertretern zur Strafe des vorsichten Werkzeug zu entziehen und im Falle der Zahlungsunfähigkeit mit Arrest zu bestrafen. Bei Peschiera sind die nöthigen Schanzarbeiten zum größten Theil von unsern Gemeinden schon vollendet, um das schwere Belagerungsgeschütz zu postiren, welches morgen am 4. die Beschießung beginnen werd. Demohngeachtet erwarten sich die Wühler in Udine bestandige Exzesse und revolutionare Umtriebe, dasse F. M. L. Culoz aus Triest mit seinen Truppen sich dahin begeben sollte, um sie zu bändigen, zu erhalten, was um auch vollends gelang. Vor einigen Tagen las ich in der hiesigen Zeitung zwei Aufrufe des Königs Karl Albert, einen an die Lombarden, den andern an seine Soldaten, worin er seine völlige Niederlage mit vordrehten Ausdrücken bekennt.

Der Tyroler Bote bringt auch eine Proklamation des Feldmarschalls Radetzky und des Staatsministers Montecuculi aus Verona vom 26., an die Lombardischen und Venetianer der bei zeit von der Civilregierung seiner wiederbergten lombardisch-venetianischen Provinzen. Laut derselben ist die Organisation und Leitung der politischen Verwaltung in den zuckerbetten und nach zurückgebrochenen italienischen Provinzen und Gebietheyrellen dem genannten Staatsminister übertragen, der vom 1. Aug. an seinen festen Wohnsitz in Verona hat. Die Verwaltungsorgane und gesetzlichen Bestimmungen wie vor der Lobreissung treten wieder in Kraft. Die in der Zwischenzeit eingetretenen Aenderungen und Erleichterungen in Betreff rechtskräftiger Akten sollen provisorisch fortbestehen. In Folgedessen und Demzufolge wird der Belagerungszustand aufgehoben, liegt die Militärgewalt Händen der Militärgewalt vereinigt. Die Provinzialobrigkeiten treten wieder in ihre Befugnisse ein. Die dem jetzigen Verwaltungsprinzip der ganzen Monarchie entsprechenden Reformen und Neuerungen sollen, so wie die Umstände es erlauben, sogleich in Wirksamkeit gesetzt werden. Die Verantwortungsbehörden sollen wie die k. k. Truppen zur Wiederherstellung von Ordnung und Ruhe zusammenwirken. Alle Waffen der Bewohner ausgebracht, daß nun auch die Einwohner mit Vertrauen der Regierung entgegenkommen, damit das Land an den Segnungen des Friedens und einer gut geregelten mit den Anforderungen der Zeit und des Volksgrestes im vollsten Einklange stehenden Verwaltung theilnehmen kann.

Venedig, 26. Juli. Die päbstlichen Truppen haben bei einem Exzwall mit hiesigen Einwohnern Feuer, was bedeutende Verwundungen zur Folge hatte. Die Stimmung ist hier ungemein niedergedrückt, an einigen Plätzen kann man eine kaum, zu deutsch: wir leben Hunger, Leben. Die 4 apstlichen Truppen sind noch stets in Ancona angezogen der Ordre zum Rückmarsch. (Boss. Ztg.)

— Feldmarschallieutenant Welden hat aus Bodeno 3. Aug. einen Aufruf an die Bewohner der Legationen erlassen. „Zum zweitenmale überschreite ich den Po mit mit meinen Truppen, um die Banden zu zerstreuen, welche den Frieden und die öffentliche Ruhe stören. Vor 30 Jahren hat Oesterreich die Legationen erobert und sie bereitwillig ihrem Herrn wiedergegeben; dieses Oesterreich Eroberungsabsichten gehabt, so hätte es vor 30 Jahren mit allem Recht die Legationen behalten: aber Eroberungsabsichten sind ihm wie damals so auch jetzt fern. Es will nur die friedlichen Einwohner schützen und ihrer Regierung die Herrschaft bewahren, die ihr von einer Facion bestritten wird. Es ist Zeit den Unordnungen drei einen Damm zu ziehen, welche aus abscheulichen Fanatismus, aus Herrschsuft, aus Bereicherungssucht eine stets unruhige Partei bilden, die nur durch Raub und Mord leben kann. Der Zeit. Dann hat mehrmal erklärt seinen Krieg zu wollen. Nichtsdestoweniger haben päpstliche Truppen und die von ihm besoldeten Schweizer gegen Oesterreich gekämpft. Bei Treviso und Vicenza besiegt, haben sie sich verpflichtet drei Monate lang nicht die Waffen gegen das Reich zu ergreifen. Wehe ihnen, wenn sie ihre Verträge brechen. Ich habe ihre Namen aufgezeichnet und sie haben, wenn sie in meine Hände fallen, die verdiente Strafe zu erwarten. Meine Bewegungen sind gegen die Banden gerichtet, welche sich Civocali nennen, gegen die Fanatiker, die zur Schande ihrer eigener Regierung sich abmühen, das gute Volk zu belügen und ihm einen dummen und ungerech-

ten Haß gegen eine stets freundliche Macht einzuflößen. Wehe denen, die meiner Stimme taub bleiben und Widerstand zu wagen. Werft den Blick auf die rauchenden Reste von Semide. Der Ort ward zerstört, weil die Einwohner auf meine Soldaten Feuer gaben.“

Vom Dierwaldstättersee, 1. Aug. Das Blatt hat sich furchbar gewendet. Die vielbesungene Freiheit, die tagtäglich auf tausend Blättern in Prosa und Versen die deutsche Freiheit, wie piemontesischen Geschlaten mit ekelhaftem Pathos besangen, sie sind fischstumm geworden. Mailands hochmüthige Aristokratie, die den Schächterruf: wurte si Tedesch! dem Pöbel lehrte, ist zum Tode erschrocken und packt ihre Koffer. Der schöne Tag von Bikafranca hat den zweifelhaften Triumph der Italiener bei Gotto und den Fall Peschiera's glänzend gerecht. Selbst unsere nächsten Nachbarn und Stammverwandten, die gut-Schweizer — sie bielten's schon deßhalb mit den Wälschen, weil sie der Spreagung der Zolllinie ihre Waaren in der Lombardei guten Absatz fanden — machen heute Mailands Sache. Lange Gesichter. Gestern Abend schifften wir auf dem Dampfboot Rigi mit einem Zürcher, der über den Gotthard kommend Mailand am 29. Juli Vormittags verlassen hatte, von Flüelen nach Luzern. Seine Schilderung der letzten Tage in Mailand hörte mit Interesse ergötzlich genug. Am 26. ungeheurer rasender Jubel, welchen die ersten Siegesbotschaften eines großen Siegs und der Gefangennahme von 13,000 Oesterreichern hervorgebracht hatten. Man ließ Raketen steigen, man schoß auf der Straße, man sang, tanzte, jauchzte, brüllte, die Häuser schmückten sich, Illumination, Feuerwerk. Der Taumel erreichte den Gipfel am Abend, als Baden und Höchreinen die gedruckten Reden dem Sarden-Heros Karl Albert war Cäsar ein Lump; ein tapferer, hat's in der Welt noch nicht gegeben, und den Bistjund Napoleon ließen die mitanesischen Gassenbubeltins bereits zum 25stenmal gesungen haben. Daß der Friede nur in der Wiener Hofburg den deutschen Barbaren bitter werden dürfte, war ausgemachte Sache, und wer dagegen sprach, riskirte Prügel. Aber der plötzliche Bote der Wahrheit kam Tags darauf fürchterlich durchs Thor gewackelt, und nun auf einmal namenlosen Entsetzen! Wie zuvor Enthusiasmus und italienische Prahlsucht gelogen, so log jetzt der Schrecken, und es hieß, die Oesterreicher seien Meister in Bredscia eingerückt, und nur noch zwei Tagmärsche fern von Mailand. Man sah auf der Straße nur angstbleiches Volk, das die hundert und den ganzen Unheils, der Rache, die auf's Volk, die Rache des Volkes oder der Oesterreicher fürchtend, zur Flucht sich, die Rache des Volkes oder der war verstummt. Wir sieben die Oesterreicher als ein deutsches Volk zu sehr, als daß wir uns eines Siegers, der die viel geschmähte Ehre seiner Waffen glänzend herstellt, nicht freuen sollten. Mit Ausnahme von Judividuen vom Schlag der HH. Vogt aus Nuge mußte jeden Deutschen Gegner Oesterreichs gegen sein tückisches Herz schleudern; selbst Engländer, durch Zeitungen und Reisende, die zwar oft unglücklich, doch selbst in ihren Niederlagen auf allen Schlachtfeldern blieben Jahrhunderts nur mit Ehre erlagen.

(Allg. Ztg.)

Großbritannien.

† London, 2. Aug. In der City verbreitet sich das Gerücht von der Entdeckung einer Verschwörung unter den Mitgliedern der vereinigten Clubs in Liverpool, zu den Zwecke, um in der Stadt und am Hafen an 37 Orten zu gleicher Zeit Feuer anzulegen. Die „Morning Post“ sagt: „Es lautet beruhigend, daß man von keiner Gewaltthat aus Irland Nachricht bekommt. Nach ihrer Niederlage bei Ballingary haben sich die Aufständischen nicht mehr gesammelt, und die Aufgaben aller Reisenden stimmen überein, daß im Süden von Irland alles ruhig ist. Smith O'Brien und seine Begleiter sind noch nicht gefangen, aber von allen Seiten von den Truppen umzingelt. In Dublin sind 10 Personen verhaftet worden, welche als Führer beim Aufstande dienen sollten. Der ganze Aufstand ist in sich selbst zusammengefallen.

Frankreich.

△ Paris, 3. Aug. Die weitere Debatte über die Auflage auf die Hypothekenkapitalien artete in Persönlichkeiten von Seite des Finanzministers Gouchaux gegen Hrn. Thiers aus. Dieser hatte zwar das vorliegende Dekret angegriffen, aber der Person, dem Charakter des Finanzministers volle Gerechtigkeit widerfahren lassen. Um so mehr mußte es befremden, Hrn. Thiers aus seinem Munde verdächtigen zu hören als einen Republikaner „vom andern Tage“, womit wahrlich der gedrückte Finanzzustand um keinen Zoll breit vorwärts gebracht wird. Hr. Gouchaux möchte die Monarchie für diese schlimme Lage verantwortlich machen: aber die Wahrheit ist, daß die Republik Frankreich an den Raub des Staatsbankrotts gesührt hat. Dieser persönliche Charakter, den die Debatte angenommen, veranlaßte Hrn. Berryer als Vermittler aufzutreten. Er mahnte zur Eintracht unter allen Parteien, zum Vergessen des alten Hasses und Zwistes, um endlich dem unglücklichen Lande Ruhe und Frieden zu geben. Seine mit patriotischer Wärme gesprochenen Worte brachten den tiefsten Eindruck hervor. Die weitere Verhandlung bot wenig allgemeines Interesse. — In der heutigen Sitzung legte Graf Montalembert eine Petition des Patriarchen von Jerusalem vor, auf daß Frankreich das heilige Grab unter seinen Schutz nehme. (Lärm.) Dann kam der Bericht des Hrn. Bauchart über die Resultate der parlamentarischen Untersuchungs-Commission über die Mai- und Juni-Ereignisse an die Reihe. Es zeigte sich große Aufregung in der Kammer. Derselbe gibt die interessantesten Aufschlüsse über den Charakter und die Triebfedern beider Bewegungen. Die Charaktere der Juni-Aufstandes wird als rein sozialistisch und kommunistisch bezeichnet. Die Nationalwerkstätten, die Arbeiterversammlung im Luxembourg und die Clubs waren die Hauptrebel. Schwere Anklagen werden gegen die frühere provisorische Regierung erhoben, besonders gegen Ledru Rollin, der mit Gelbern aus den geheimen Fonds die Abgeordneten der Clubs in die Departements gesendet. Auch George Sand, die berühmte Romanschriftstellerin, ist compromittirt. Es ist erwiesen, daß die Einfälle in Belgien und Deutschland mit dem Gelde und Waffen aus französischen Zeughäusern geschahen. Louis Blanc ist der Verfälschung seiner im Luxembourg gehaltenen Reden bezüchtigt, mit denen er die Arbeiter fanatisirte. Seine wirklich gesprochenen aufwiegelnden Worte sind hergestellt. Caussidiere und Louis Blanc werden als Urheber der Ereignisse des 17. März dargestellt, und schlagende Thatsachen als Beweise dafür angeführt. Caussidiere erscheint sogar als Brandstifter, während er Polizeipräfekt war. In der Sitze der Regierung sollte Blanqui treten, der von Ledru Rollin nichts wissen wollte, so wenig als dieser von ihm. Ledru Rollin wurde von Sobrier auf seine Weigerung, sich ihnen anzuschließen, bedroht, mit den andern (Lamartine, Arago u. s. w.) niedergemacht zu werden. Sobrier behauptete, 20,000 bewaffnete Arbeiter und die Mobilgarde für den Aufstand bereit zu haben, um gegen das Stadthaus zu rücken. Der Generalmarsch sollte durch Lagrange bei dem Maire Hrn. Armand Marrast, dem er den Besehl, die Nationalgarde durch den Generalmarsch zusammenbrufen zu lassen, gleichfalls dictirte. So ward Paris gerettet. (Die Sitzung ward hier auf einige Zeit ausgesetzt.) Gerüchte von wahrscheinlichen Verhaftungen verbreiteten sich. Der Präsident selbst ermahnte, die Fortsetzung des Berichts mit der größten Ruhe anzuhören. Der Bericht enthalte, wenn die Anklagen richtig, entsetzliche Thatsachen zu treffen haben. Nach Wiederaufnahme der Sitzung sührt Hr. Bauchart fort. Der Club der Clubs unter Leitung Sobriers und der Club Blanqui korrespondirten mit der Regierung und bedienten sich dabei des Staatssiegels. Der erstere, militärisch organisirt, segte sich in der Rue Rivoli in den Gebäuden der Civilliste fest, die ja eine wahre Zeughausmagazine waren; 400 Gewehre aus den Pariser Arsenalen und 30,000 Patronen waren auf Verlangen des Polizeipräfekten Sobrier durch einen Befehl des Kriegsministers zur Bewaffnung der Zunftcharen des von Sobrier geleiteten Blattes „La Commune de Paris“ abgeliefert worden. Andere revolutionäre Clubs bieteten sich besonders im Faubourg national. Dieß mit den Nationalwerkstätten waren nichts als eine ausgedehnte Verschwörung gegen die Nationalversammlung. Das Haus Sobriers war der Herd des Complots. Schwerer Verdacht erhob sich am 15. Mai gegen Caussidiere, und doch ließ ihn die Executiv-Commission auf seinem Posten. Sein Verhalten am 15. Mai wird einer scharfen Prüfung unterzogen. Bei Polizeihaft war der Berichterstatter noch auf der Tribune. (Morgen Mehreres.)

** Paris, 3. August. Die Mailänder provisorische Regierung verlangt direktes Einreichen eines französischen Hulfskorps, Karl Albert dagegen durch seinen Abgesandten Ricci, daß dasselbe nicht in Savoyen und Piemont einrucke, weil dieß Anlaß zu revolutionären Bewegungen dort werden könnte. Er wünscht, daß über Hulfe geschickt werde. Entscheidung soll hier im Cabinet noch nicht. Man will noch die weiteren Ereignisse abwarten. In General Oudinot sollen übrigens neue Weisungen schon abgegangen sein.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 5. August. Oester. 5proz. Metall. 64, 4proz. 52⅝. 3proz. — 2½proz. 33½. Bankaktien 1670. G. 500 fl.-Loose 108. 250 fl.-Loose 71. Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87½. B. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 74. — Bayer. 3½proz. 74. — Ludwigs-Bahn. 68¾. — Württemberg. 3½proz. 74. — 4½proz. 91. — Baden 3½proz. 75. Loto-Actien à 50 fl. 46½. — 35 fl.-Loose 27½. — Darmstadt 3½proz. 76. 4proz. 85½. Loto-Actien von 50 fl. 49½. 25 fl.-Loose 21. — Kurhess. Liquid.-Bill. 40½. — 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau 3½proz. 81. 25 fl.-Loose 21. — Frankf. 3½proz. 81½. 3½proz. 93. 87. Taunusbahn 275. — Holländ. Integr. 44½. — Span. 5proz. innere Schuld 17½. — 5proz. 300 fl.-Loose 56. 500 fl.-Loose 64. — Sard. 36 fl.-Loose 25. Dito 2.

Wien, 3. August. 5proz. Metall. 71. 4proz. 62. 3proz. 45. 2½proz. 38½. 1834r 500 fl.-Loose 122. 1839r 250 fl.-Loose 82. Bankaktien 1055. Nordbahn 105. Glogauer 95. Venedig-Anlehen 65. Budweis 68½. Livorno 64. Pesth — Siena 35. Ypernmendahn 95½.

London, 2. August. Konsols 87½. G. Coup. — Span. Akt. — 3proz. — Pass. — Portug. 3proz. — 4proz. — 5proz. — Holl. 4proz. — 2½proz. 43½. 44.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der D. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Sonntag den 6. August 1848.

München, 6. August.

Die Feier des heutigen Tages betreffend ist folgender Erlaß ergangen an dem

Kriegsministerium.

Am 6. d. M. hat in allen Garnisonen die feierliche Verkündung des Antrittes der Reichsoberwerfschaft durch Se. kaiserl. Hoh. den Erzherzog Johann von Oesterreich stattzufinden, wobei der beifolgende Tagesbefehl mit der darin enthaltenen Proklamation zu verlesen ist.

Die Truppen haben zu diesem Behufe am benannten Tage Vormittags 9 Uhr in groß-r Parade aufzurücken, und werden sich im offenen Quarre oder in geschlossener Kolonne aufstellen.

Die Verlesung der Proklamation hat in den gemischten und größern Garnisonen, von dem Platz-Stabsoffizier, in den kleinern hingegen von einem Stabsoffizier des Regiments oder Bataillons zu geschehen.

Nach Vollzug dieser Akten soll von sämmtlichen ausgerückten Truppen ein dreimaliges „Hoch" Sr. Maj. dem Könige, dem Reichsoberwerfer und dem gesammten Deutschland gebracht werden, und sodann der Vorbeimarsch stattfinden.

In jenen Garnisonen, in welchen sich Artillerie mit Geschützen befinden, werden bei dem „Hoch" drei Salven gelöst.

An den Fahnen sind nebst den bereits eingeführten Fahnenbändern auch jene mit deutschen Farben anzubringen, und an der Kopfbedeckung aller Waffengattungen ist die deutsche Kokarde zu tragen, so weit beide schon im Besitze der betreffenden Abtheilungen sind oder selbe noch damit versehen werden können.

Die Fahnenbänder werden den Divisions- und Truppenkommandos zur Abgabe an die Abtheilungen zugesendet werden, die Truppenabtheilungen in der Pfalz und in Schwaben werden sie aber direkt zugestellt erhalten.

München den 2. August 1848.

Auf
Seiner Königlichen Majestät allerhöchsten Befehl
an
sämmtliche Armee-Divisions- und Korps-Kommandos ergangen.

Tagesbefehl.

Soldaten!

Seine Majestät der König haben nachfolgende Proklamation zu erlassen geruht:

Bayern!

Der Reichsverweser unsers deutschen Gesammtvaterlandes ist ernannt.

Erzherzog Johann von Oesterreich

hat mit Zustimmung aller deutschen Regierungen dem Rufe der National-Versammlung entsprochen, und die Leitung der provisorischen Zentral-Gewalt übernommen.

Seine Person, Seine hochwichtige Sendung begrüßen Wir, begrüßt ganz Deutschland mit offenem Vertrauen.

Eine neue Zeitrechnung hat begonnen. Das theure Gesammtvaterland wird nach Innen und Außen kräftig erstarken und durch Einigkeit überall in Achtung gebieten.

So wie Bayern schon vor dreißig Jahren mit Begründung verfassungsmäßiger Freiheit vorangeschritten ist; so wie es Unsere erste Regierungs-Handlung war, diese Freiheit gesetzlich zu entwickeln und fortzubilden; — so und auf solchem Rechts-Boden schließen Wir Uns auch den Reichsverweser und in ihm dem gesammten deutschen Vaterlande freudig an.

Bayern wird, wo es Noth thut, der großen deutschen Sache bereitwillig alle seine Kräfte, — und da wo es gilt, — Gut und Blut zum Opfer bringen.

Reichenhall den 1. August 1848.

Max.

v. Thon-Dittmer. Heinz. Lerchenfeld. Weishaupt. Gf. v. Bray. Frh. v. Strauß.

Von solchen Gesinnungen durchdrungen, vernehme die Anspruche des Rechts-Verweserd selbst: (Hier wird das schon bekannte Aktenstücke „An das deutsche Volk" vorgelesen.)

Und nun ein dreimaliges feierliches Lebehoch!:

Unserm geliebten Könige Maximilian! (Hoch!)

Dem erlauchten Reichs-Verweser Erzherzog Johann! (Hoch!)

Dem theuern deutschen Vaterlande, Gott segne und erhalte es! (Hoch!)

Italien.

Mailand, 30. Juli. Die Hauptstadt der Lombardei rüstet sich zum Kampfe. Das Vertheidigungskomitee hat nun alle Gewalt in sich vereinigt. General Fanti, der die spanischen Insurrektionskriege mitgemacht hat, steht an der Spitze des Komite's; ihm zur Seite stehen Maestri und Mosselli, entschlossene Männer, aber alle drei Republikaner. Diese machen den mailändischen Volke bekannt, daß in einem am 30. Juli abgehaltenen Kriegsrath einstimmig beschlossen wurde, daß Mailand unter allen Umständen dem Feinde Widerstand leisten müsse. Die Barrikaden sollen wieder errichtet, Brücken zerstört, Dämme durchbrochen und die Straßen unbrauchbar gemacht werden. Die Pfarrherren sind eingeladen, neuerdings den heiligen Krieg mit der Glut zu predigen, wie sie es in den fünf Wochen getban.

Neuestes Mailänder Bulletin vom 31. Juli: „Am 29. war das Hauptquartier Karl Alberts in Cadeʼ Daniani, bei Cremona; am andern Tag war der König in Cremona; um 9 h. fand eine kleine Kanonade zwischen dem österreichischen Heer statt; ersteres, indem es mit Vortheil den Angriff des Feindes auf seine Nachhut, marschirt auf Pizighettone, um bis eins der Adda starke Stellungen zu nehmen. Die französische Hülfe ist ausdrücklich angerufen vom piemontesischen Ministerium und vor der provisorischen Regierung der Lombardei." (Unsere Turiner Briefe und Zeitungen schweigen hievon.)

Chiasso, 1. August. Ich beeile mich, Ihnen anzuzeigen, daß nach so eben eingegangenen Nachrichten die Oesterreicher schon über Cremona hinaus bis nach Codogno vorgerückt sind und daß man nun in Mailand wieder anfängt, Barrikaden aufzurichten. Um Mailand herum ist man eifrigst beschäftigt, alle Bäume niederzuhauen, Dämme zu machen, Erdhaufen aufzuwerfen, um so den Oesterreichern alles weitere Vordringen unmöglich zu machen. — Von Karl Albert samnt seiner Armee weiß man nichts und es heißt allgemein, derselbe habe sich über den Po zurückgezogen, um sich nach Alessandria zu begeben.

Genua, 25. Juli. Die piemontesischen, savoyischen und sardinischen Truppen haben sich überall sehr tapfer gezeigt. Von den genuesischen läßt sich nicht dasselbe behaupten. Die Brigade Genova hat besonders wenig Ruhm eingelegt und ihre Leichtfüßigkeit seit dem Tage von Goito ist sprüchwörtlich geworden, und ihr wiederholtes Anstreifen in Masse hat den König genöthigt, sie der Epaulette zur verlustig zu erklären. Von Savoyen gehen beunruhigende Nachrichten ein. Das Regiment Genua, welches in Chambery liegt, ist mit den Bürgern schon mehrmals handgemein geworden. Die Stadt Chambery hat sich dem Austritten der mobilisirten Bürgergarden kategorisch widersetzt und erklärt, daß 18,000 Savoyer, welche in der Lombardei ihre Haut zu Markte tragen, ein größeres Opfer für die Freiheit Italiens seien, als diese jemals für Savoyen zu bringen geneigt sein dürfte. Gewiß ist, daß der Geist des Republikanismus hier von Tag zu Tag reißend überhand nimmt. An eine Vereinigung mit der französischen Republik denkt hier Niemand, wohl aber an ein Anschließen an die Schweiz. — Die französische Regierung hat sich der Einverleibung des Fürstenthums Monaco in das Königreich von Oberitalien zuwider erklärt, auf den Grund, daß des Einwohnern jenes Fürstenthums (6000 Seelen) keine Gelegenheit gewährt worden sei, ihren Wunsch in dieser Hinsicht frei und allgemein auszusprechen. (Köln. Z.)

In Florenz hat das Ministerium abgedankt, nachdem am 29. eine Volksdemonstration gegen dasselbe unter dem Ruf: „gezwungene Ausdehnung" erfolgt war. Florenz ist ruhig, genaures fehlt. In Rom hat Rossi (26. Jul.) Auftrag erhalten ein Ministerium zu bilden und selbst in dasselbe einzutreten. Das Protestanz der Jesuiten daselbst ist in eine Kaserne verwandelt.

Schweiz.

Eidgenössische Tagsatzung. (17te Sitzung. 31. Juli.) An der Tagesordnung ist der Kommissionalbericht über die deutschen Flüchtlingsnoten, deren Antrage, gestützt auf die eingeholten Berichte der betreffenden Kantonsregierungen, also lauten: Die Tagsatzung beauftragt den eidgenössischen Vorort: „(1) den noch in Bern verweilenden Abgeordneten der aufgelösten deutschen Bundesversammlung, Namens der eidgenössischen Tagsatzung in einer kurzen Verbalnote den Inhalt und das Ergebniß ihrer die Anstinnen der genannten 9. deutschen Bundesversammlung als unstatt-

fast abtretenden, Verhandlung mitzutheilen und zugleich die Gründe anzugeben, weßhalb die schweizerische Tagsatzung nach eingetretenen veränderten Verhältnissen sich der Erlassung einer Gegennote schicklicher Weise habe enthalten müssen; 2) die Note des bei der schweizerischen Eidgenossenschaft beglaubigten großherzoglich badischen Ministerresidenten, d. d. 5. Juli 1848, mit Benahung und im Sinne der heute der Tagsatzung vorgelegten Berichterstattung in obbenanntem Sinne zu verantworten; 3) den Kantonsregierungen mittelst vorerwähnten Kreisschreibens Namens der Tagsatzung, unter Bezeugung des Beifalls über die bisher von ihnen zur Handhabung einer guten Fremdenpolizei getroffenen Maßnahmen, die vertrauensvolle Erwartung auszusprechen, daß sämmtliche Kantone auch fortan, wie bis anhin, nichts verabsäumen werden, was, namentlich in Betreff des Verhaltens der politischen Flüchtlinge, die Handhabung guter unserer Ordnung, sowie die Achtung und Beachtung völkerrechtlicher Rücksichten und nachbarlicher internationaler Verhältnisse gerechterweise erfordert.“ Landammann Hungerbühler, der Gesandte von St. Gallen, verlangt mit Hinweis des Kanzlers diesen Bericht, sowie er dann noch einen nachträglichen Bericht der Kommission vorträgt, worin sie, gestützt auf die noch nachträglich eingegangenen Berichte von Luzern, Schwyz, Bern und der Regierung von Aargau, auf eine Modifikation ihrer Schlußanträgen anträgt, nämlich auf die Weglassung der unter Nr 3 erwähnten, vom Vororte zu erlassenden Kreisschreiben an die Kantonsregierungen. Nach längerer Verhandlung wurden mehrere von Basselland (das wie gewöhnlich wieder in Schmähungen gegen die deutschen Regierungen, diesmal besonders gegen Baden sich erging) und Appenzell A. Rh. gestellten Unteranträge verworfen und dagegen der modifizirte Antrag der Kommission also mit Weglassung von Nr. 3) mit 19 St. nebst Basselstand und Appenzell A. Rh. genehmigt.

Großbritannien.

*London. 1. August. Die Nachrichten aus Irland lauten günstig. Die Entwaffnung geht ohne besondere Schwierigkeiten vor sich; einzelne Fälle von Widerstand sind allerdings vorgekommen. Meagher soll, wie man sagt, bei einem Zusammenstoße des Volkes mit der Polizeimannschaft geblieben sein. O'Brien ist man auf der Spur und seine Verhaftung kann nicht lange mehr anstehen. Lord Hardinge, früher Gouverneur in Indien, ist nach Irland abgegangen, um den Oberbefehl über die Truppen in den bedrohten Grafschaften zu übernehmen. Die Gesammtstärke derselben beträgt 49,000 Mann. — Die Gemahlin des Lordlieutenants, Gräfin Clarendon, hatte ihre Kinder nach England gebracht und war dann zu ihrem Gemahl zurückgekehrt. — Mehr als 20,000 Spezialkonstabler haben zu Dublin sich vereidigen lassen und die Nachsuchungen nach Waffen wurden eifrigst betrieben. Die katholische Geistlichkeit hat mächtig zur Aufrechthaltung der Ruhe beigetragen, und bei mehreren Anlässen das Volk abgehalten, den Aufwieglern Gehör zu geben.

Frankreich.

△ Paris, 2. August. Die Nationalversammlung beschäftigt sich fortwährend mit Berhandlung des Hypothekensteuergesetzes. Gestern schon hatte Hr. Goudchaux, der Finanzminister, auch die Einführung einer Einkommensteuer angekündigt. Die Hypothekensteuer wird vom Finanzausschusse verworfen. Der Finanz-Minister beschuldigte darum denselben gestern systematischer Feindseligkeit. Dagegen erhob nun heute Hr. Gouin Einspruch, und auch Hr. Thiers schloß sich ihm an. Dieser zeigte mit seiner gewohnten Klarheit das Städtische einer Hypothekensteuer, die vorzugsweise die armen Kapitalisten treffe, also ungerecht und unweise sei, im direkten Gegensatze zur Einkommensteuer stehe, die alle Einkünfte treffe. Hr. Goudchaux verwahrte sich vor Allem höchlich gegen jede Sympathie mit den Sozialisten, und suchte dann seinen Entwurf für die Hypothekensteuer zu vertheidigen. Bei Posschluß war er noch auf der Rednerbühne. Hr. Guerrieri, Mitglied der provisorischen Regierung von Mailand, ist hier angekommen, wie man wissen will, um das Einschreiten Frankreichs in Italien nachzusuchen. Die öffentliche Stimmung ist nicht dafür, die Regierung wie es scheint etwa so wenig.

Spanien.

*Madrid, 27. Juli. Die Königin erfreut sich fortwährend einer guten Gesundheit; sie wird den ganzen August über in La Granja verbleiben. Alle fremden Gesandten mit Ausschluß des Nuncius sind nach Madrid zurückgekehrt. Der Direktor der S. Fernando-Bank ist vollkommen beseitigt von seinen Unterhandlungen mit dem Finanzminister. Cabrera macht keine Fortschritte; er wagt sich nicht aus den Bergen heraus.

Rußland und Polen.

*Aus Petersburg erhalten wir die Privatnachricht, daß die Cholera dort so im Abnehmen, daß am 8. August die Choleraspitäler geschlossen werden können.

Griechenland.

Athen, 23. Juli. Die Leidenschaften haben sich abgenützt, und eine Verwaltung, die einen nüchtern Namen gegen denselben bildet, ist daraus hervorgegangen. Das in der ersten Woche des Juli gebildete Ministerium enthält Namen von großem Gewichte im Lande, wie Konduriotis, Benizelos, Rufos, Mauromichalis und Kolokotronis, es enthält nach Spezialitäten, wie: Tai-Wurghiano, Rhallis und Rhodios. Sie haben die Fahne der Anarchisten, die ungebliche Ungesetzlichkeit der Kammer fallen lassen, und die Kammer, der wahre Ausdruck des Landes, stützt sie. Der größere Theil der Opposition ist zufrieden gestellt. Nur ein kleiner, unverschämter, bleibt übrig, der alle Ordnung anfeindet, aber von außen verbleibet eine Personenfrage über die Interessen des Vaterlandes siegt. — Das ursprüngliche Interesse für die Einheit und Unabhängigkeit Italiens ist gänzlich abgestorben, jenem man erkennt, daß es sich gar nicht um diese Zwecke handelt, sondern nur um die Absonderung der Ehrenfest Karl Albert'o, um die Vergrößerung Piemonts durch ein paar Provinzen. Auch hat der Blokus von Triest die griechischen Schiffahrts-Interessen zu sehr verletzt, um nicht die laute Verdammung dieser militärisch unnützen Anmaßung zur Folge zu haben. Zwar suchen piemontesische Intriguanten durch ein Journal hier die Sache ihres Königs zu vertheidigen, aber das Volk ist zu verständig, um sich durch solches Geschwätz täuschen zu lassen. (Journ. d. Deb. Lloyd.)

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Carl Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 35.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Monatspreis 1 fl. 36 kr.

Dienstag den 8. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 18.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

Zur gefälligen Beachtung.

Von mehreren Seiten kommen uns Nachforderungen fehlender Nummern der „Neuen Münchener Zeitung" vom Monate Juli zu. Wir erlauben uns daraus zu erwidern, daß, weil sich im Laufe vorigen Monats die Zahl unserer verehrlichen Abonnenten außerordentlich schnell gemehret hat, unser anfänglicher Auflage bald vergriffen war, und wir deßhalb zu unserm Bedauern nicht im Stande waren allenthalben hin vollständige Exemplare zu versenden. Aus diesem Grunde bitten wir die Bestellungen auf das Blatt recht bald zu machen, um rechtzeitig unsere Auflage bestimmen und unsern verehrlichen Abonnenten künftig vollständige Exemplare liefern zu können.

Wir bemerken zugleich, daß Bestellungen nur bei dem einem oben Tit. Abonnenten zunächst gelegenen Postamte, niemals direkt bei der Redaktion oder Expedition zu machen sind. Eben so sind alle Reklamationen wegen nicht regelmäßigem Eintreffend der „Neuen Münchener Zeitung" an die betreffenden königl. Postämter zu richten, bei denen die Bestellungen gemacht wurden. Nur auf diesem Wege ist Abhilfe möglich und geschieht.

Die Expedition der „Neuen Münchener Zeitung.

München, den 7. August.

Se. Maj. der König haben unterm 29. Juli den Postsyndicus und Gastwirth Joseph Anton Billmann zu Ottobeuren zum Landwehrmajor und Kommandanten des Landwehrbataillons Ottobeuren zu ernennen geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

X Frankfurt, 4. Aug. (55. Sitzung der Reichsversammlung.) Heute wurde in der Paulskirche die Frage aber das Ein- oder Zweikammersystem praktisch entschieden. Die Versammlung hat nämlich bei Berathung der Grundrechte solche Beschlüsse gefaßt, daß sie selbst sagen mußte, sie von einer anderen Kammer wieder umgestoßen oder wenigstens verbessert zu sehen; in Ermanglung dessen wird sie die Wiederumschmelzung ihrer eigenen Dekrete später selbst übernehmen; denn ernstlich können die Vertreter des deutschen Volkes es doch nicht gemeint haben, als sie vorgestern das allgemeine Waffenrecht verkündeten, und damit allen unbescholtenen Subjekten das Besitzen und Tragen von geladenen Pistolen offen durch Wald und Berg zu streifen, und heute die Todesstrafe abschafften, als Leben und Eigenthum des friedlichen Bürgers der Gnade eines jeden Banditen preisgaben; aber hoffen die Herren Professoren, Exhofräthe und Exdoktoren, welche durch ihre überschwenglichen Reden sich heute unsterbliche Lorbeern um die Schläfe wanden, daß die Besserungsthesen, welche sie als untrügliche Geheimmittel gegen die Verderbniß der Welt in ihren parlamentarischen Arzneiwagen bei sich führen, würdenWunder thun, und die schwarzen Seelen verdorbener Subjekte weiß beißen? Mittermaier feierte heute einen Tag der Glorie, denn es war ihm vergönnt mit anzuhören, wie Schaffrath, der erschreckliche unter den sächsischen Republikanern, ihn als „Autorität" zitierte, um die Todesstrafe in Grund und Boden zu schmettern. Item, es wurde beschlossen, die Todesstrafe abzuschaffen, vorbehaltlich der durch das Kriegsrecht gebotenen Ausnahmen, und zwar mit 288 gegen 146 Stimmen. — Als ein weiteres Kuriosum der heutigen Verhandlungen muß ich Ihnen anzeigen, daß verschiedene Stimmen und zwar vor Allen wieder die eines Sachsen, Wigard's aus Dresden, der Versammlung die Heimlichkeit der Hinrichtungen anpries, sintemalen solches in Nordamerika, wo bekanntlich auch die Einzelhaft und lebenslängliche Einmauerung statt der Todesstrafe aus lauter Humanität erfunden und eingeführt worden ist, mit großem Erfolg in Anwendung gebracht sei. Die Ausweichse einer hypersentimentalen, sich dabei aber höchst radikal gebärdenden Empfindelei abgerechnet, welche, wenn sie bei der zweiten Abstimmung in gleicher Weise angrowmen werden sollten, das Volk zur Selbstjustiz und zur Lynchjustiz gegen alle verschlagenen Subjekte zwingen würden, fielen die heutigen Beschlüsse der Paulskirche gut aus, ich theile sie Ihnen in Folgendem wörtlich mit: „Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden; Ausnahmsgerichte sollen nie stattfinden. Der Verhaftung einer Person soll, außer im Falle der Ergreifung auf frischer That, nur geschehen in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls. Dieser Befehl muß im Augenblick der Verhaftung oder spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Verhafteten zugestellt werden. Die Polizeibehörde muß Jeden, der sie in Verwahrung genommen hat, im Laufe des folgenden Tages entweder freilassen oder der richterlichen Behörde übergeben. Jeder Angeschuldigte hat das Recht gegen Stellung einer vom Gericht zu bestimmenden Bürgschaft der Haft entlassen werden (Sündenprivilegium für die Reichen!), sofern nicht dringende Anzeichen eines schweren peinlichen Verbrechens gegen denselben vorliegen. Wegen unbefugter Verfügung oder widerrechtlicher Verlängerung der Gefangenschaft haften für Entschädigung die Schuldtragenden, nöthigenfalls der Staat." Abgeschafft wurden sammt der Todesstrafe auch die des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung, beibehalten aber die Schuldhaft, trotz der Bemühungen des Hrn. Naumerk aus Berlin.

Aufschlüsse über die Pariser Junierereignisse.

Die am 3. August in der Sitzung der französischen Nationalversammlung gegebenen Aufschlüsse über den Pariser Juni-Aufstand sind von solcher Bedeutung, daß wir das Nähere darüber unsern Lesern nicht vorenthalten zu dürfen glauben.

Unter der tiefsten Stille besteigt Hr. Bauchard die Rednerbühne, um den Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission (unter deren Mitgliedern auch He Odilon Barrot sich befindet) über die Ereignisse vom 15. Mai und 22—26 Juni zu erstatten. (Aufmerksamkeit.) Der Präsident fordert die Versammlung, wegen der Wichtigkeit der Angelegenheit sür das ganze Land, zur größten Aufmerksamkeit und vorzüglich zur Ruhe und Stille auf. Hr. Bauchard beginnt mit der Einsetzung der Kommission durch ein Dekret der Nationalversammlung, welches er verliest. Er bemerkt, daß die Kommission keine gerichtliche, sondern eine parlamentarische sei, und daß sie daher unangehalten habe, wo der Bereich der Justiz anfange. Die Kommission habe auf allen Seiten Beistand und die wohlwollendste Mitwirkung gefunden; jedoch habe eine große Anzahl von Zeugen nicht Alles gesagt, was sie wußten, aus Furcht vor den Folgen und unter dem noch frischen Eindruck der blutigen Ereignisse. Der Schrecken und die Furcht schwinde indeß jetzt immer mehr, und es sei nun die Aufgabe der Justiz, diese Aussagen zu vervollständigen. Der Berichterstatter charakterisiert nun in kurzen Zügen die beiden Aufstände als zwei gänzlich unmotivirte, nur auf Anarchie abzielende Ausbrüche wilden Hasses gegen die Gesellschaft, das Eigenthum, die Familie, die Ordnung, und selbst die Freiheit. Beide Bewegungen, mit bewunderschenswürdigen Zwecke, die Nationalversammlung zu sprengen, sind von der sozialistischen Partei aufgegangen, die ihrerseits die Hauptmacht im Luxembourg, in den Klubbs und in den Nationalwerkstätten ihre Armee hatte. Die Kommission erklärt, daß keine thatsächliche Einmischung von dynastischen Agenten irgend einer Prätendenten nachzuweisen sei, und daß wohl vereinzelte Fälle von Geldvertheilung durch Unbekannte, aber ohne Plan, ohne Zusammenhang vorgekommen seien. Die Kommission ist in ihren Nachforschungen nicht über den 24. Mai (Zusammenstoß der Nationalversammlung) zurückgegangen, weil das Defret der Versammlung: die provisorische Regierung habe sich um das Vaterland wohlverdient gemacht, ihr diese Zurückhaltung auferlegte; aber im Laufe der Untersuchung ist sie unwillkührlich immer auf frühere Thatsachen zurückgeführt worden. Der Bericht kommt nun auf Ledru-Rollin's „Bulletins de la République", die zur Aufregung gegen die Nationalversammlung aufforderten, ehe diese noch zusammengetreten war. Die von ihm in die Departements geschickten Kommissäre haben ebenfalls einen verderblichen Einfluß geübt. Endlich sind Agenten der überspannteren Klubbs in die Provinzen geschickt worden, und zwar beträgt sich der Gesammtbetrag der Gelder, die Ministers des Innern (Ledru-Rollin). Hr. Bauchard ließ als Probe das äußerst heftige sechste „Bulletin de la République" vor, das offen zu einer neuen Revolution aufforderte. Der Minister habe das Bulletin verleugnet; ungeachtet Nachforschungen haben erwiesen, daß es das Werk einer ersten gesetzten, aber überspannten Schriftstellerin (Georg

Saud) gewesen sey, und daß man es im Ministerium des Innern bei der damals dort herrschenden Unordnung und Anarchie habe drucken lassen, ohne es gelesen zu haben. Noch mehr, während Lamartine's Manifest an Europa gegen jede Propaganda protestirte, ward aus dem Ministerium des Innern, mit dem Gelde der geheimen Fonds und von beiden Beamten geleitet, eine bewaffnete Expedition gegen Belgien geschickt. Die Konferenzen der Arbeiter im Luxemburg endlich, das Vorschlagszimmer Ministerium der Arbeit, die Bildung der Nationalwerkstätten, die unter der arbeitenden Klasse verbreiteten Lehrsätze tragen mit den obigen Keimen zuletzt ihre Früchte: — diese waren der 15. Mai, der 23. Juni. (Ludwig Blanc: Ich verlange das Wort.) Bauchard stützt nun nach dem Protokoll und Stenographen eine sehr heftige (bisher unbekannte) Stelle aus Ludwig Blanc's Rede im Luxemburg, worin er die Bedeutung und Absicht der Arbeiterversammlung über die der Nationalversammlung stellte, und schwor, wenn ihm je das Mosaik Frei werde, die gesellschaftliche Ordnung, die jetzt „infam" sei, ganz umstürzen und mit der Kraft der Arbeiter und mit dem Geiste der Denker eine neue Zeit zu begründen. Der Bericht gibt nun die historische Darstellung der Bildung und des Fortgangs der Nationalwerkstätten, die, zu einer politischen Armee, zu einer Prätorianergarde für die Regierung bestimmt, bald gegen ihre Händen entschlüpften und sich gegen sie wendeten. Hierauf kommt die Darstellung auf die Manifestationen vom 15. und 17. März, bei denen Caussidière und Ludwig Blanc die Leiter waren, (Caussidière: Das ist nicht wahr!) auf die den Offizieren der Nationalgarde von den Klubbs auferlegte Verpflichtung, gegen die Nationalversammlung zu marschiren, falls diese nicht republikanisch handle; — auf eine von Caussidière am 3. April an die 48 Polizeikommissäre gehaltene Anrede, worin er sie zu Cäsarn gegen die „aristokratische" Nationalversammlung und Nationalgarde aufforderte, und erklärte, bei den geringsten Anzeichen von Reaktion würden 100,000 Arbeiter über sie losbrechen und in Paris kein Stein auf dem andern bleiben: (Caussidière: Das ist infam, das ist unerhört! — Von allen Seiten: Stille! Stille!) — auf einen Brief Grandmesnils an Caussidière, worin er diesen auffordert, so viel als möglich von seinen „Bomben" in größter Stille anfertigen zu lassen. Am 7. April fand die Caussidière'sche Versammlung statt, um über Mittel zu berathen, wie man der Regierung zu erwarten; Raspail, Blanqui, Sobrier wurden nebst Ledru-Rollin und Flocon zur Regierung bestimmt. Blanqui wollte nicht mit Ledru-Rollin regieren und dieser nicht mit Blanqui, und Caussidière drohte Ledru-Rollin, ihn zum Fenster hinaus zu werfen, falls er Hindernisse mache. Die neue Demonstration am 17. April ward von Blanqui, Barbès, Caussidière, und Ledru-Rollin geleitet und sollte den obigen Wohlfahrtsausschuß mit Gewalt an die Stelle der provisorischen Regierung setzen. Er theilt aber letzteren merkwürdigen Tag Lamartine's Anklage mit, der, fruchtzeitig genug erst, Ledru-Rollin auffoderte, den Generalmarsch schlagen zu lassen, was dieser jedoch nicht that. General Changarnier hat ebenfalls belastende Aussagen gemacht und erklärt, daß Lamartine sich damals über Ludwig Blanc und Ledru-Rollin als Theilnehmer an der gefahrdrohenden Bewegung beklagte. Changarnier sagt aus, daß Marrast es war, der ihn Generalbefehlte. Changarnier sagt aus, daß Marrast es war, der ihn Generalbefehle

wollte, Dr. Eller, für inkompetent erklärt, und es wird nunmehr diese Sache nach dem neuesten Gesetze vor das Forum des in Freiburg zusammentretenden Schwurgerichts gebracht werden. Wegen dieses Prozesses herrscht hier, besonders unter den Arbeitern, einige Aufregung; es ist aber mit ziemlicher Gewißheit anzunehmen, daß dieselbe sich lediglich auf Reden, Gesange und dergleichen beschränken wird, denn der Geist der Ueberlegung und der Achtung vor den Gesetzen ist jetzt hier zur Herrschaft gelangt. Für die Bundesfestung Ulm kam heute (4. August) wieder ein Schiff nach Manheim mit 240 Geschützen, Bomben, Kugeln, Granaten und 213 Kisten Kartätschen hier vorüber. — Es haben sich, wie man hört, viele Freiwillige, selbst aus den ersten Ständen, gemeldet, um in der Linie in Schleswig-Holstein gegen Dänemark zu dienen. — Schon öfter wurde in öffentlichen Blättern gesagt, daß Hecker im Monat September Europa verlassen und nach Amerika auswandern werde. Aus guter Quelle kann nunmehr die Angabe bestätigt werden. Hecker steht sich von mancher Seite getäuscht und schrieb das Mißlingen auf einen großen Theil seiner Anhänger nun so auch auf einen glücklichen Erfolg seines Unternehmens verloren zu haben. Sein körperlicher Zustand ist leidend und seine Stimmung mehr eine gedrückte als heitere. (S. M.)

Sächs. Herzogthümer. — Weimar, 1. August. Heute ist von dem Reichskriegsministerium in Frankfurt ganz unerwartet die Ordre eingegangen, daß ein Bataillon unserer Regimentes schleunigst mobil gemacht werden solle, um in nächsten Tagen nach Schleswig-Holstein aufbrechen zu können. Das Bataillon wird mit einem Regiment Nassauer und einem Bataillon Frankfurter eine Brigade bilden, welche unter dem Kommando eines nassauischen Generals bestimmt ist, die in Schleswig-Holstein gegen Dänemark stehende deutsche Armee zu verstärken. Die Brigade wird vorläufig in Altona ihr Standquartier haben.

Preußen. Berlin, den 4. August. Gestern Stadt des durch Beförderung in Staatsdienste ausgezeichneten Abgeordneten von Kirchmann hatte der erste diesige Wahlkreis gestern eine Neuwahl in der St. Nikolaikirche vorzunehmen. Die Zahl der anwesenden Wahlmänner betrug 110, die absolute Mehrheit 56. Es erhielten gleich bei der ersten Abstimmung: der Staatsminister Dr. Bornemann 63, der Vicepräsident v. Kirchmann 31, der Schriftsteller Bruno Bauer 15, der Dr. Schweitzer 1 Stimme. Der Staatsminister Bornemann ist also gewählt, und die rechte Seite am ein Mitglied verstärkt worden. Hr. v. Kirchmann hatte dem linken Centrum angehört. (Berl. N.)

⊙ Berlin, 4. Aug. In der heutigen Sitzung wurde der Satz: „ob die Todesstrafe ohne Ausnahme abgeschafft werden sollte" mit 193 gegen 164 Stimmen verworfen, dagegen der Grundsatz der Abschaffung der Todesstrafe mit 294 gegen 37 Stimmen angenommen. Die Diskussion über die Ausnahmsfälle ist auf die nächste Sitzung verlegt. — Zum Oberkommandanten der Bürgerwehr ist Herr Rimpler mit 5543 Stimmen unter 11524 Abstimmenden wieder gewählt worden. — Von Seiten der Regierung sind im heutigen Staats-Anzeiger Verhaltungsmaßregeln für den Fall des Ausbrechens der Cholera bekannt gemacht worden. — Der Prinz und die Prinzessin von Preußen sind gestern zu Stettin eingetroffen und mit außerordentlichem Jubel empfangen worden.

Breslau, 2. August. Abaussenswürdige Ereignisse in Schweidnitz am 31. Juli und 1. August geht uns aus offizieller Quelle folgender Artikel zu: Die Verweigerung des Kommandanten, den Zusammenruf der Bürgerwehr durch Signale zu gestatten, hatte gegen denselben eine Mißstimmung hervorgerufen, die sich am Abend des 31. Juli durch eine Demonstration in Form einer Nachtmusik Luft machte. Die Aufforderungen der Kommandantur an die Polizeibehörde und an den Bürgerwehrchef blieben ohne Erfolg; mittwoch erging von dem Bürgermeister die Erwiederung, daß der Kommandant Truppen zur Herstellung der Ruhe ausrücken lassen möchte. Hierauf wurde eine Compagnie vor die Kommandantur beordert, das Gebäude gegen fernere Steinwürfe zu schützen. Der Zusammenruf der Bürgerwehr erfolgte durch Läuten der Glocken. Diese Art des Zusammenrufens der Bürgerwehr war den Truppen nicht bekannt, sie erkannten hierin nichts als Sturmläuten und glaubten die ganze Ordnung der Dinge umgestoßen; um auf jeden möglichen Fall vorbereitet zu sein, wurde von Seiten der anwesend zurückkehrenden Kompagnien geladen, die Leute derselben aber ermahnt, nicht ohne Befehl zu feuern. Auf dem Ringe eingetroffen, erhielt diese Kompagnie Befehl, auf die Masse anzurücken; die Truppen aneinander unter Insulten und Steinwürfen in Sturmschritt, mit dem Gewehr rechts zur Attaque, um den Platz zu säubern. Ein dem Vorgehen der Kompagnie entgegenkommender Bürgerwehrmann verwundete einen Offizier derselben durch einen Bajonettstich im Daumen. Als die Kompagnie am Portau des Rathhauses, gegenüber der Kommandantur, angekommen war, fielen auf dieselbe zwei Schüsse, von denen der eine, aus einem Hause gethan, einen Soldaten in der Richtung von der Thür zum Gaumen schwer verwundete. Durch diesen Vorfall ließ sich eine der im Glöse zunächststehenden Soldaten zum feuern verleiten, und diesem Schuß folgten noch im Ganzen 102 Schüsse, welche 8, nach neueren Angaben 11 Mann auf dem Platze, oder in Folge der Wunden tödteten, an Verwundeten sind außerdem 14 zur Kenntniß gekommen. Nach diesem Vorfalle wurde der gräumte Ring militärisch besetzt. Die Ruhe dauerte bis jetzt ohne weitere Störung. Am andern Morgen fanden neue Zusammenrottungen statt. Die Truppen wurden beschimpft und mit Steinen geworfen, bis von Neuem Generalmarsch geschlagen wurde, worauf vorwärtsgehende Rufe ertönten. Um der Ordnung möglichst ohne weitere blutige Auftritte herzustellen, sollte eine Konvention abgeschlossen werden, wornach das Militär das [illegible] und die Wachen besetzt hätte, [illegible] Bürgerwehr den Sicherheitsdienst innerhalb der Stadt übernehmen sollte. Während der Verhandlung darüber wurde die mit der Vollziehung beauftragten Stadtoffiziere von dem in das Rathhaus eingedrungenen Volke gedrängt und zum Weichen aus einem ins andere Zimmer genöthigt, bis sie endlich durch Militärmannschaft wiederum befreit wurden. — Eine noch nähere Feststellung der Thatsachen wird die eingeleitete Untersuchung ergeben. — Es scheint, als ob eine Störung der Ruhe in Schweidnitz gegenwärtig nicht zu befürchten wäre. —

Oesterreich. Innsbruck, 5. Aug. Folgendes ist die wörtliche Antwort, welche der Kaiser unserer Deputation gab: „Ich kenne mich die HH. Abgeordneten des constituirenden Reichstages bei mir zu empfangen. Stets war das Beste meiner Staaten wollend, werde ich unter den dargestellten Verhältnissen dem Wunsche Ihrer Kommittenten gerne entsprechen und mich in Ihre Mitte begeben. Trotz meiner noch nicht befestigten Gesundheit gedenke ich meine Rückreise nach Wien — zu meinen getreuen Osterreichern — in durch mein gegenwärtiges Befinden bedingten kleineren Tagreisen am 8. d. M. anzutreten. Den Ausdruck der loyalen Gesinnungen nehme ich mit Wohlgefallen auf." (L. Z.)

Frankreich.

** Paris, den 4. August. Der Bericht des Herrn Bouchard muß unfehlbar eine Anklage gegen einige der dadurch blosgestellten Individuen, wie Louis Blanc, Lanfsbiere und Ledru-Rollin zur Folge haben. Auch Herr von Lamartine steht nicht ganz rein nach demselben da. Dieser sucht nun besonders die Zeugen-Aussagen des Generals Changarnier zu entkräften. Hr. Canstwieder kündet an, er werde sich weiß waschen wie Schnee. Die Zeitungen enthalten sich aller Betrachtungen über die erhobenen Anschuldigungen. Heute hebt es, Hr. Mieg verlange im Namen Karl Alberts nicht ein Einscheiten Frankreichs, sondern blos die Mitwirkung einiger Generalstabsoffiziere, und Ausbitte an Material, besonders Belagerungsgeräthe zum Ersatze des am Mincio verlornen. Man spricht von einer diplomatischen Note des Königs von Neapel, worin er seinen zweiten Sohn zum König von Sizilien vorschlage. Im Falle der Zurückweisung sein Vorschlages würde er Karl Albert den Krieg erklären und eine Flotte gegen Palermo schicken.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Berlin, 4. August. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunal-Papiere und Geld-Sorte. St. Schuld-Sch. 73½ Pr. 73 G. Seeh. Präm. Sch. 88 Pr. — G. K. u. Nm. Schuldv. 70½ Pr. — G. Berl. Stadt-Obl. — Pr. — G. Westpreuß. Pfandbr. 77 Pr. — G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 3proz. — Pr. 91 G. 3½proz 77½ Pr. 76 G. Ostpr. Pfandbr. 3½proz. 83 G. Pomm. Pfandbr. — Pr. 90½ G. Kur- u. Nm. Pfandbr. 90½ Pr. 90½ G. Schlesische Pfandbr. — Pr. 91½ G. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. — Pr. 81½ G. Preuß. Bk.-Anth. Sch. 84½ Pr. — G. Friedrichsd'or 13½ Pr. 13½ G. Ausländische Goldm. à 5 Th. 13½ Pr. 12½ G. Disconto 3½ Pr. 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 84½ G. Berl.-Hamburg 62 G. Berl.-Stettin-Stargarder 85½ G. 86 Br. Berl.-Potsdam-Magdeb. 42½ Br. Magd.-Halberstadt 98 Br. Magd.-Leipziger — Halle-Thüringer 91½ Br. Köln-Minden 71½ Br. u. G. Köln-Bonner 53½ G. Düsseld.-Elberfelder 69 G. Steele-Vohwinkel 32½ G. Niederschles.-Märk. 65 Br. u. G. Oberschles. A. 86½ Br. 86½ Br. u. G. 87 Br. B. 86½ Br. u. G. 87 Br. Breslau-Freiburg — Krak.-Oberschles. 38½ G. Berg.-Märk 56 a 59 Br. u. G. Stargard-Posen 66 Pr. 65½ G.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. B 83½ G. — Pr. Starg.-Posen — Magd.-Wittenberg 43½ Br. u. Pr.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 82½ Br. Berlin-Hamburg. 88 G. Berl.-Potsdam-Magdeb. 4proz. 75½ G. 76 Br. 3proz. 84½ G. Halle-Thüringer 81 Br. Köln-Minden 87½ G. Rhein. 1. Prior. 74½ G. Rhein. Stamm-Prior. 68 Pr. Düsseldorf-Elberfeld — Niederschles.-Märk. 4proz. 80½ Br. 5proz. 93½ Pr. III. Serie 88 Br. Zweigbahn 5proz. 71 G. Kosel-Oderberg — Steele-Vohwinkel —

London, 3. August. Konsols 88¾, ¼ G. Comp. — Span. Aft. 11. 3proz. — Port. 4proz. 27½. Russ. 5proz. — 4proz. — 3proz. — Poln. 4proz. — 2½proz. 42½. Ausl. —

Paris, 4. August. 5proz. 43,75. 4proz. — 3proz. 70.50. Schapsch. 24. Bankaktien 1640 Compt. von Algier — Rente. 3proz. von 1840 73.—

von 1842 75.— 4½ proz. 68.— Sprz. —.— 2½ proz. —.— Belg. Bank St. Germain —.— Neap. Sprz. 71.75. Wien 56.— Pirm. —.—. Leipzig 102.— Augsburg 101.— Hamburg 150.— Frankfurt 150.— Berlin 149.— Amsterdam 142.— Bremen 79.— Barlesiller (cedez) 120.— (finis) 120.— Lond. 6.24½. Paris 2.— Wien 56.— Triest 56.— Mailand 56.— Venedig 56.— Genua 56.— Livorno 56.— Florenz 56.— Rom 56.— Neapel 56.— Palermo 56.— Messina 56.— Malta 56.— Augsburg 56.— Hamburg 56.— Frankfurt 56.— Berlin 56.— Amsterdam 56.— Bremen 56

Zur Beurtheilung Deutschlands.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Eidgenössische Zeitung" den nachstehenden Artikel. Wir glauben denselben aus zwei Gründen unsern Lesern mittheilen zu müssen. Einmal ist dieses Urtheil schon darum von Interesse, weil es von einem Ausländer und zumal von einem Schweizer kommt, der unsere Zustände mit unbefangenem Ange beschaut und sie mit den französischen in einen Vergleich stellt, der eben nicht zu unserm Nachtheil ausfällt; dann wegen der vielen unbestreitbaren Wahrheiten, die in diesem Urtheile enthalten sind. Die Besprechung sehen wir auch, wie der Pfuffer von Neuenstadt vorgessen hat, als brüderliches Blut in den Adern der Schweizer fließt, im Gegentheile zu so vielen feiner Landsleute, die nur wälschen Bestrebungen ihre Sympathien widmen. Doch hören wir die Eidgenössische Zeitung selbst.

„Das unglückliche Volk in Europa ist gegenwärtig und auch schon früher unitreitig das deutsche. Es ist recht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß dasselbe, es mag handeln oder nicht handeln, es mag dieses oder jenes thun, es doch nie irgend Jemandem Recht machen kann. Franzosen, Italiener, Russen, Holländer, Dänen, Schweden und auch die Schweizer fallen um die Wette über die Worte und Thaten der deutschen Nation her, so daß es bei diesem gänzlichen Mangel an wohlwollender Beurtheilung begreiflich ist, wenn auch dem sanglamen Deutschen oft zuletzt die Geduld ausgeht und er sich von einer weniger liebenswürdigen Seite zeigt. Wer sind nun weit entfernt, für alles ernstlichen zu wollen, was Deutschland in Europa in neuerer Zeit gethan hat, sowie seinen einzelnen Theilen gethan oder nicht gethan hat, wie schwärmen durchaus nicht in unbedingter Begeisterung für die deutschen Zustände, aber unser Gerechtigkeitsgefühl und unser deutsches Blut sträubt sich dagegen, in das allgemeine, verurtheilsvolle und ungerechte Halloh mit einzustimmen, welches jede deutsche Regung schon in ihrer Geburt verfolgt. Wir haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß die Zukunft Deutschlands sehr wahrscheinlich eine große und bedeutende sein wird, daß sie kommen muß, wie auch immer vorbereitet, daß die Entwicklung und zukünftige Stellung Deutschlands auch für unser schweizerisches Vaterland von bedeutendem, ja entscheidendem Folgen sein kann; wir sind der Ueberzeugung, daß Deutschland bereits nicht unbedeutende Schritte zu seiner Einigung und Größe gethan hat; wir haben endlich die Geduld, seine weitere Entwicklung ung ferner hin abzuwarten und mit Interesse zu verfolgen. Diese Geduld und diese Unparteilichkeit — Wir können nicht umhin, zu bemerken, wie auch unsern schweizerischen Landsleuten wünschen, die bis jetzt leider größtentheils alle ihre Sympathien wälschen Bestrebungen verschenken. Wie ungerecht und widersprechend gewöhnlich die Urtheile über Deutschland sind, mögen einige Vergleichungen, wie sie sich uns täglich aufdrängen, beweisen. — Der Hauptvorwurf gegen Deutschland ist natürlich immer der, es kommt zu nichts, es bringt nichts zu Stande. Die Deutschen sind und bleiben halt Schlafmützen, die vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen, mit Kleinigkeiten die Zeit vergeuden und unterdessen die Errungenschaften der Märzage wieder verlieren. Es ist vieles Wahre an diesem Vorwurfe, wir läugnen es nicht, der Deutsche behandelt Alles, Wichtiges und Unwichtiges, mit einer gewissen Pedantterie, er forscht oft zu viel, wo er handeln sollte ꝛc., aber unbedingt ist der Vorwurf nicht wahr, und ein Blick auf die eigenen Verhältnisse und diejenigen anderer Länder möchte denselben am Vieles. Was hat das vielgepriesene Frankreich, welches umgekehrt für alle seine Handlungen auf die unbedingteste Sympathie zählen kann, seit seiner Februarrevolution gethan? Es hat an einem einzigen Tage seine Republik geschaffen, das ist wahr, und es ist dieses eine große politische That! Seit dieser That aber ist es in seiner ganzen Entwicklung stille gestanden und hat sogar bereits entschiedene Rückschritte gemacht. Man darf nicht vergessen, daß Frankreich schon ein Mal die Idee der Republik verwirklicht hat, daß also die Herstellung derselben in den Februartagen nicht die Hauptsache gewesen ist, welche die Gegenwart Europa's von Frankreich verlangt; vielmehr muß als die tiefere Aufgabe des gegenwärtigen Frankreichs die Lösung der sozialen Fragen betrachtet werden. Dafür ist nicht das Mindeste geschehen; eine Menge gehässlicher und unnützer Versuche sind gemacht worden, der Französische Handel und die französische Industrie wurden beinahe vernichtet, Hunderte von Millionen vergeudet, Tausende von Menschen getödtet; die Frage selbst aber ist ungelöst. Noch mehr als das. Frankreich schritt bereits dem Ende des Kreislaufes, den es schon in früheren Jahren durchgemacht hat, wieder nahe zu sein, es ist auf dem Punkte, seiner Zerrissenheit, dem Ursprung seiner Leiden, wieder zu verfallen, an seiner Spitze nur es einen energischen Mitstär, dem oder einem andern es leicht sein wird, der kurzen Republik den Todesstoß zu versetzen. Der erste Lawinenline ist verschollen und es steht zu erwarten, daß Frankreich in einer Explosion nach Außen, wie wir sie auch schon erlebt haben, seine ganze innere Entwicklung abschließen werde. So kann man urtheilen und so würde man sicher urtheilen, wenn Frankreich Deutschland wäre. Wie anders jetzt! — Frankreichs Nationalversammlung ist zwei Monate länger versammelt als die deutsche, und dennoch hat sie so wenig als diese eine Verfassung zu Tage gefördert. Ueber diese Unthätigkeit der französischen Versammlung hat die Publizistik kein Wort des Tadels oder des Vorwurfs; dagegen wird der sanglam denkenden deutschen Behörde höhnisch vorgerechnet, daß, wenn ihre Berathungen in bisheriger Weise fortgehen, z. B. die Grundrechte bis 1859 möglicherweise fertig werden können!! — Frankreich hat im Verlaufe der Ereignisse, welche eine feilige und einheitliche Regierung verlangten, einen Diktator mit unumschränkter Gewalt an seine Spitze gestellt: Jedermann bewundrte diesen politischen Instinkt der Franzosen, welche die Einheit und der Größe ihres Landes sogar ihre Freiheit zu opfern im Stande seien. Man hätte erwarten dürfen, daß man nun auch die deutsche Wahl eines Reichsoberhauptes billigend begrüßen oder wenigstens derselben bei der ungeheuren Schwierigkeit der Verhältnisse einige Gerechtigkeit widerfahren lassen würde. Dieselbe klüge Erwägung wurde gethätigt: die Wahl des Erzherzogs Johann beinahe von der gesammten schweizerischen Presse mit Hohn und Spott aufgenommen; man sprach davon nur in dem Sinne, daß die Reaktion einen neuen Sieg erfochten, vom Wiederzusammenkommen der Fürsten, welche durch diese Wahl nur noch um einen „Blutsunger" vermehrt werden seien u. s. w.!! Cavaignac hat mit einer unerbittlichen Energie eine dem Staate gefährliche Minderheit unterdrückt, mit Kanonen und Musketen hat er sie niedergeworfen, und Paris ist seit einem Monat in Belagerungszustand. Die ganze Welt preist dafür diesen Mann und nennt ihn mit Recht, daß in die Anarchie besiegt und die Republik gerettet habe! Nun versuchte und erreichte ein Mann im Osten, ein Deutscher, dasselbe: mit derselben Energie und auf dieselbe blutige Weise ward der Aufstand in Prag von Windischgrätz besiegt. Für dieselbe That wird er als ein Blutbund, als ein zweiter Alba verflucht und verhöhnt, und von ihm behauptet, daß er das grausamste Werkzeug in den Händen der im Finstern schleichenden Reaktion sei. Warum doch alles? weil Windischgrätz das Unglück hat, ein Deutscher zu sein. — Cavaignac hat es, ohne durch das Geschrei, er sei ein Reaktionär, behindigt zu werden, wagen dürfen, die sämmtlichen politischen Klubs thatsächlich aufzuheben und die Presse auf eine Weise zu beeinträchtigen, wie selbst Louis Philipp nie sich nolenzangen hätte: die Publizistik aller Länder hat so zu sagen kein Wort der Mißbilligung oder der Besorgniß vor diesen Maßregeln geäußert. Würde es aber einer deutschen Regierung einfallen, irgend einen dieser Schritte zu wollen, es würde ein Schrei der Entrüstung über einen solchen Frevel an der Idee der Freiheit allenthalben erfallen. Müssen sich doch die deutschen Regierungen soll allenthalben das Bestehen von sogenannten demokratischen Vereinen gefallen lassen, welche unter ihren Augen die Mittel und Wege berathen, wie der Monarchie „gründlich" abgeholfen werden könne und müsse! Noch hat nicht die Auflösung solcher Vereine in Baden und Württemberg eine Aufregung erzeugt, welche ganz Europa Billigung und Ermunterung findet! Wenn Frankreich das ganze Vereinsrecht aufhebt und die Presse unterdrückt, weil beides von dem Wohl des Staates verlangt wird, so findet man es begreiflich und sagt: Frankreich bändigt die Anarchie; wenn aber Deutschland einen Klub, der die offenbare Tendenz hat, die bestehenden Verhältnisse umzustürzen, aufhebt, so heißt es: die Reaktion ist Meister! — Weil Deutschland durch seinen jüngsten Beschluß in der Posenerfrage der Wiederherstellung Polens nicht sehr geneigt sich zeigte, und eine deutsche Bevölkerung von 500,000 Menschen nicht preisgeben, ein Bollwerk von ganz Deutschland und Europa nicht dem Erbfeind seher Gesittung und politischer Freiheit in die Hände spielen wollte, wird auf das unbarmherzigste über die „Grausamkeit" und „Ländergier" der Deutschen losgezogen und den Gründen der Mäßigkeit durchaus keine Rechnung getragen. Gegen das Benehmen Frankreichs aber, das seit Polens Untergang alle Jahre erklärt hat, der Polen sich annehmen zu wollen, das auf jede Weise dieselben hingehalten, ihre Hoffnungen genährt und mehr als ein Mal, wenn die Gelegenheit günstig gewesen wäre, dieselben schnöde betrogen und getäuscht hat, gegen dieses Benehmen Frankreichs, das auch jetzt wieder die Polen ihrem Schicksal preisgegeben im Begriffe ist, hat die Presse kein Wort der Entrüstung und der Mißbilligung. — So wird Deutschland im Vergleich mit Frankreich beurtheilt!"

(Schluß folgt.)

Lorenz Westenrieder.

(Eingesandt.)

In der Beilage Nr. 29 zur Neuen Münchener Zeitung vom 1. d. Mts. wird behauptet: Lor. Westenrieder sei wegen seines Buches: „Begriff der Religion" von der geistlichen Behörde zur Verantwortung nach Freising gezogen und dort festgehalten worden, bis der ernste Befehl des Kurfürsten Maximilian III. seine Befreiung bewirkt habe. — Diese Angabe ist unrichtig. — Westenrieder erhielt am 31. Jänner 1775 den Auftrag, sich am 6. Febr. in Freising zu stellen. Seine Vernehmung ging an dem dazu festgesetzten Tage, also den 6. Febr. Vormittags wirklich vor sich, und er hat sich vielleicht noch am nämlichen oder gewiß am darauffolgenden Tage nach München zurückgegeben. Denn die schon am 8. Febr. erfolgte oberherrliche Entscheidung, welche kloß einen Verweis und, eine Ermahnung, aber nicht die geringste Strafbestimmung enthielt, wurde ihm nach München gesendet, wo er den richtigen Empfang derselben am 13ten des nämlichen Monats eigenhändig bestätigte. Der Kurfürst Maximilian hat auf die von dem Fürstbischof zu Freising gegen jenes ohne Wormissen und Approbation der kirchlichen Behörde nicht nur in der Druck gelegte, sondern ohne weiteres auch in den Schulen eingeführte Religions-Lehrbuch

erhobene Einrede den ferneren Gebrauch desselben in den Schulen allsogleich verboten. Der damalige kurfürstliche geistliche Rath erließ in dieser Angelegenheit nun am 3. März 1775 das Schreiben an das Ordinariat in Freising, des Inhalts: „Hochwürdige rc. Dieselben haben für nothwendig befunden, den Priester Westenrieder unlängst nach Freising zu berufen, vermuthlich um denselben über einige in das spirituale einschlagende Gebrechen zu vernehmen. Da nun aber die Handlungen des Priesters mit jenen des Professors eines solch ungetrennlichen Zusammenhang haben, daß man eine Separirung nicht einmal denken, Ew. rc. hingegen von selbsten wohl begreifen können, daß die Erziehung der nun anvertrauten Jugend ein viel zu wichtiger Gegenstand sey, als daß wir solche einem, wie immer scholastischen, oder bei dem bischöflichen Ordinariate allenfalls für einen solchen probhaltig erkannten Manne anvertrauen oder wenigstens die erforderlichen Coercitions-Mittel nicht vorbehalten sollten; so ersuchen wir Ew. rc., Dieselben wollen über den Vorgang eine gefällige Auskunft uns zu ertheilen belieben.“ — Wie dieses Schreiben war der ganze über den seichten niederischen Katechismus bei dem Ordinariate zu Freising gepflogene Verhandlung geschaffen, ohne daß Westenrieder dort etwas anderes als ein Verhör zu bestehen hatte.

Deutschland.

Bayern. *München, 8. Aug. J. t. h. die Frau Herzogin von Leuchtenberg ist heute Morgen nach Brocheredsaden abgereist.

Braunschweig. Herzog Wilhelm von Braunschweig hat folgenden Kriedesbefehl erlassen: „Sr. k. k. Hoh. dem Erzherzoge Johann von Oesterreich ist zur kräftigen Förderung der Einheit und der gemeinsamen Interessen Deutschlands die Ausübung der Zentralgewalt provisorisch übertragen. Indem ich dieser Wahl meine volle Zustimmung erheile, habe ich die Verwendung der demaffneten Macht des Herzogthums in derselben Weise und Ausdehnung, wie solche bisher dem hohen deutschen Bunde unterstellt gewesen, Sr. k. k. Hoheit dem Erzherzog-Reichsoberweser untergeordnet und trage das feste Vertrauen, daß meine Truppen für die deutsche Sache den stets bewährten Ruhm der Bayerlandliebe und echt kriegerischer Eigenschaften auch fernerhin bewähren und aufrecht erhalten werden. Braunschweig, den 1. August 1848. (gez.) Wilhelm.“

Freie Städte. — Frankfurt, 5. August. Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser hat an den ältern Bürgermeister der freien Stadt Frankfurt, Hrn. Schöffen v. Heyden, das folgende Schreiben gerichtet: „Herr Bürgermeister! Sie versichern, daß meine Ernennung für die deutsche Sache den stets bewährten Ruhm der Bayerlandliebe und echt kriegerischer Eigenschaften auch fernerhin bewähren und aufrecht erhalten werden. Braunschweig, den 1. August 1848. (gez.) Wilhelm.“

Freie Städte. — Frankfurt, 5. August. Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser hat an den ältern Bürgermeister der freien Stadt Frankfurt, Hrn. Schöffen v. Heyden, das folgende Schreiben gerichtet: „Herr Bürgermeister! Sie versichern, daß meine Ernennung für die deutsche Sache den stets bewährten Ruhm der Bayerlandliebe und echt kriegerischer Eigenschaften auch fernerhin bewähren und aufrecht erhalten werden. Braunschweig, den 1. August 1848. (gez.) Wilhelm.“

Preußen. Berlin, 3. August. Nach einem Beschluß des Staatsministeriums dürfen auf allen öffentlichen Gebäuden keine preußischen Fahnen mehr angebracht werden. In Folge dessen sind auch die deutschen und preußischen Fahnen, sowie das Reichspanier, welche vorgestern auf dem Balkon des Universitätsgebäudes wehteten, gestern wieder entfernt worden. (Berl. N.)

Oesterreich. — Innsbruck, 6. Aug. Se. Maj. der Kaiser mit den sämmtlichen Gliedern des k. k. Hauses und dem gesammten Hofstaate wird bestimmt am 8. die Reise nach Wien antreten. Am 12. soll die Ankunft in Wien erfolgen. Nur Z. M. die Kaiserin-Mutter bleibt in Salzburg zurück.

— Wie erhalten so eben auch folgendes Kriegsbulletin. Feldmarschall Graf Radetzky macht aus seinem Hauptquartier Lodi am 3. August Abends 6 Uhr hierher folgende Mittheilung über das Verrücken und die Operationen der Armee. „Noch gestern um Mitternacht erhielt ich die Nachricht vom 1. und 2. Korps, daß sie sich nach den stattgehabten Avantgarde-Gefechten der Stadt Lodi bis auf eine halbe Stunde genähert hatten; nur die dunkle Nacht hinderte sie, die an die Walle zu kommen. Der Feind verließ schleunig der Nacht die Stadt, welche mir heraus durch eine Deputation ihre Unterwerfung sandte, worauf ich heute gegen 10 Uhr Morgens von Lodi Besitz nahm. Das 1. und 2. Korps sandte ich auf halbem Wege von hier nach Malegnano vorwärts an den Lambro, wo sie heute bei Tavazzano und Lodi vecchio lagern. Das Reservekorps und mein Hauptquartier befinden sich dagegen in Lodi. Das 4. Korps beobachte ich mit Zurücklassung der Brigade Benedek gegenüber von Piacenza, wohin Pavia zu marschiren, wo es Morgen 4. August eintreffe, weil die noch übrige größere Macht des Königs Karl Alberts — die Richtung von Lodi verlassend — sich plötzlich nach Pavia gewendet hat. Das Korps wird nach Möglichkeit den König verfolgen, Pavia besetzen und die Grenze des Gravelone schützen. Wenn Umstände, welche ich nicht voraussehen kann, mich nicht zu einer andern Bewegung zwingen, so gedenke ich Morgen 4. d. vor Mailand zu rücken, in S. Donato mein Hauptquartier zu nehmen und meine Vorposten bis auf ein paar tausend Schritte vor Mailand zu postiren.“ Radetzky, Feldmarschall. — Das Vorrücken unserer braven Armee und die Verfolgung des Feindes ist so rapid und von so günstigem Erfolge, daß ich hoffen kann, mit nächstem Bulletin Unterwerfung von Mailand, den siegreichen Einzug unserer tapfern Truppen und die Besitznahme dieser Hauptstadt melden zu können. Innsbruck am 6. Aug. 1848. Der int. Militär-Commandant: Clusival, Generalmajor.

Italien.

△ Turin, 2. August. Das neue Ministerium, von der Kriegspartei gedrängt, hat bereits wirklich Kommissäre in die Provinzen geschickt, um die vollständige Aufrüstung der Nationalgarde überall zu betreiben. Auch die Mobilisirung von 56 Bataillonen Nationalgarde ist bereits im Werke und die Ehrfurcht des Volkes in Masse detretirt auf dem Papier. Wir werden sehen, wie das Volk darauf antworten. Die innere Zerrissenheit Italiens tritt jetzt wieder recht augenscheinlich hervor. Besonders ergrimmt ist man hier auf den Papst und den Großherzog von Toscana, vom König von Neapel nicht zu reden. Zeitungen und Flugblätter rufen den Römern und Toskanern zu, sie sollen ihre Fürsten im Stiche lassen, wenn sie nicht ernstlich zur Italien in den Kampf gehen wollen. Der Großherzog von Toskana soll übrigens die Mobilisirung von 10,000 Mann Nationalgarden angeordnet haben. Die Erwartung französischer Hülfe geht hier soweit als von Mailand ist Thatsache, aber ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß man im Volke die Ankunft der Franzosen, wenn sie wirklich sich zum Einrücken entschließen sollten, mehr fürchtet als wünscht. Die deutsche Note vom Reichsministerium wegen der Blockade von Triest hat die Beklemmung des Ministeriums hier nur noch erhöht: es weiß nicht, wie darauf antworten. Durch eine so milde Weigerung sich auf einen Krieg mit ganz Deutschland auf den Hals zu laden, scheint man sich doch, und mit der hochfahrenden Sprache, die man bisher geführt, will man doch auch nicht den Schein der Furcht durch allzu rasches Nachgeben auf sich laden. Einstweilen vergrößert die Furcht die Gefahr, und schon spreugt man das Gerücht aus, die Oesterreicher werden demnächst auch noch bedeutende Verstärkungen von Bayern und Würtemberg erhalten. In frühere Blätter haben sogar schon bezahlter, Bayern und Wartemberger befänden sich bereits in großen Massen im österreichischen Lager, aber als österreichische Soldaten zu fechten! Auch die neue Haltung Ungarns, die Zusage des bedeutenden Landzugs 50,000 Mann zur Armee in Italien dem Kaiser stellen zu wollen, hat tiefen Eindruck gemacht. — Wir haben heute Nachricht aus Florenz von einem Ministerwechsel daselbst. Zu Mailand schirmt gewaltige Verwirrung zu herrschen.

Schweiz.

Der Herzog von Lilla war als Abgesandter der provisorischen Regierung aus Mailand zu Luzern angekommen und nach Bern abgereist. Am 3. ist er wieder nach Luzern zurück gekommen und über den St. Gotthard nach Mailand heimgekehrt. Die Angaben über den Zweck seiner Sendung lauten verschieden. Nach italienischen Blättern sollte er blos die Anwerbung von 5000 Mann Schweizern für die Mailänder Regierung betreiben. Nach der Allg. Zeitung soll er im Namen der provisorischen Regierung zwei Gesuche an die eidgenössische Regierung gestellt haben: 1) Gestattung des Durchmarsches einer französischen Hülfsarmee; 2) Aufstellung eines eidgenössischen Truppenkorps an der italienischen Grenze um jede Gebietsüberschreitung von Seite der Oesterreicher zu verhindern. Aus gewissen Aeußerungen seines Begleiters Reichmann, Sohn des bekannten bonischen Polizeiwirths in Mailand, welcher an der lombardischen Revolution mit Eifer Theil genommen und Stabsoffizier in der dortigen Nationalgarde ist, zu schließen, hat er in der Zweck seiner Sendung nicht erreicht. Zu Bern soll jedoch der Beschluß gefaßt worden seyn, ein Truppenkorps von 16000 Mann an die Grenze des Kantons Tessin zu schicken.

Frankreich.

△ Paris, 4. August. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung bei Fortsetzung der Debatte über die neue Steuer auf Hypothekenobligationen wurde ein Amendement nach dem Vorschlag des Artikel 2, wonach die Steuer das Achtel statt des Fünftels der Zinsen des Kapitals betragen soll, angenommen. Ferner wurde ein Amendement bekämpfte, doch bei der Abstimmung durch Theilung mit 329 gegen 314 Stimmen angenommen. Der Finanzminister erklärte nun, unter diesen Umständen könne das Defret kein definitives Ergebniß mehr liefern; er ziehe daher den Entwurf zurück (Beifall), werde aber nun in wenigen Tagen Gesetzentwürfe vorlegen für Besteuerung der Mobiliarreichthümer (Beifall). Für den Ausfall von 20 Millionen, den er durch das zurückgezogene Gesetz zu decken gedachte, hoffe er anderweitig die nöthigen Hilfsquellen zu finden. (Beifall.) Die weitere Berhandlung war nicht von allgemeinem Interesse.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei

Extra-Beilage zur Neuen Münchener Zeitung Nr. 35.

Achter Rechenschafts-Bericht

der Renten-Anstalt der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank für das Jahr 1847.

Schon in den beiden vorausgegangenen Jahren hatten Zeit- und Geld-Verhältnisse auf die Entwicklung unserer Renten-Anstalt einen ungünstigen Einfluß geübt; bedauerlicher Weise ist im Laufe von 1847 hierin keine Besserung, sondern eher eine Verschlimmerung eingetreten. Es kann daher nicht befremden, daß die im Februar dieses Jahres eröffnete siebente Gesellschaft bis Ende Dezember bei 324 Cassenscheinen nur ein Einlags-Capital von fl. 29,225 erreichte. Dem §. 21 der Grundbestimmungen gemäß werden die Einzahlungen für diese Gesellschaft demnach im Jahr 1848 fortgesetzt und die im Jahr 1847 beigetretenen Mitglieder erhalten im Januar 1849 eine Zinsvergütung von 3 Procent.

Die Zahl der bei den bestehenden sechs Jahresgesellschaften vorgekommenen Todesfälle belief sich im Ganzen auf 57, nämlich: 13 bei der ersten, 7 bei der zweiten, 10 bei der dritten, 9 bei der vierten, 8 bei der fünften und 10 bei der sechsten Gesellschaft und es wurde dafür einschließlich der Renten des Sterbjahres an die Erben eine Rückvergütung von fl. 6937 33 kr. geleistet.

An Nachzahlungen zur Ergänzung theilweiser Einlagen ist im Laufe des Jahres die Summe von fl. 9,463 33 kr. zur Einnahme gekommen und die gut geschriebenen Renten beliefen sich auf fl. 8,406 7 kr.

Außer den im letzten Rechenschafts-Berichte erwähnten Einlagen der VI. Klasse haben sich bis zum Schlusse des Jahres 1847 weiter auch noch die Einlagen zu fl. 75 der V. Klasse der I. Jahresgesellschaft durch Renten-Gutschrift und Erbschaft zu vollen ergänzt, es können daher gegen Einsendung der Interimsscheine und Vorlage der Lebens-Bescheinigung die vom 31. Dezember 1847 datirten Rentenscheine sofort dafür in Empfang genommen werden.

Derselbe Fall wird am Schlusse des Jahres 1848 bei den Einlagen zu fl. 75 in der IV. Klasse der I. Jahresgesellschaft eintreten, und es erhalten alsdann im Jahre 1849 die betreffenden Mitglieder dafür Rentenscheine und eine Vergütung von 56 kr. Ueberschuß auf jeden derselben.

Nach der unter Nr. VIII gegebenen Uebersicht belief sich das Vermögen sämmtlicher sechs Jahresgesellschaften am Ende des Jahres 1847 auf fl. 844,297 41 kr. worüber sich die Verwaltung dem königl. Herrn Bank-Commissär gegenüber ausgewiesen hat. Das Einlags-Capital der siebenten Jahresgesellschaft ist hierunter nicht begriffen, da dieselbe noch zur Zeit nicht constituirt ist.

Die Rechnungen und Bücher sind, wie es der §. 45 der Grundbestimmungen anordnet, 14 Tage lang und zwar vom 9. bis 23. August zur Einsicht der Betheiligten im Banklokale aufgelegt.

München den 3. August 1848.

Die Administration der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank.
Fr. Xav. Metzler,
Direktor.

I.

Uebersicht

des Standes der I. Jahresgesellschaft (1840) nach den im Jahre 1847 vorgekommenen Ab- und Zugängen.

Klasse.	Zahl der im Jahr 1847 verstorbenen Mitglieder.	Rückzahlungen aus dem Renten-Capital. fl.	kr.	Rückzahlungen aus dem Reservefonds. fl.	kr.	Stand am Anfange des Jahres 1848. Einlagen zu fl. 100.	Einlagen zu fl. 75.	Einlagen zu fl. 50.	Einlagen zu fl. 25.	Zahl der Mitglieder.	Betrag des Renten-Capitals. fl.	kr.
I.	2	97	3	30	26	308	23	188	467	660	64 435	16
II.	5	612	4	133	6	324	8	175	170	418	59,982	34
III.	3	307	47	41	9	292	2	63	70	205	32,628	54
IV.	2	117	3	6	16	212	2	54	—	135	24,007	1
V.	1	140	42	—	—	97	—	6	—	50	10,998	53
VI.	—	—	—	—	—	40	—	—	—	25	4,995	49
VII.	—	—	—	—	—	7	—	—	—	5	1,012	1
	13	1,304	39	210	57	1,680	35	486	707	1,498	198,060	28

II.

Uebersicht

des Standes der II. Jahresgesellschaft (1841) nach den im Jahre 1847 vorgekommenen Ab- und Zugängen.

Klasse.	Zahl der im Jahr 1847 verstorbenen Mitglieder.	Rückzahlungen aus dem Renten-Capital. fl.	kr.	Rückzahlungen aus dem Reservefonds. fl.	kr.	Stand am Anfange des Jahres 1848. Einlagen zu fl. 100.	Einlagen zu fl. 75.	Einlagen zu fl. 50.	Einlagen zu fl. 25.	Zahl der Mitglieder.	Betrag des Renten-Capitals. fl.	kr.
I.	1	67	45	19	5	412	20	203	403	539	54 579	25
II.	3	186	32	38	28	308	11	83	125	329	35,068	39
III.	1	139	50	16	46	222	9	51	39	186	25,143	36
IV.	—	72	58	4	10	190	2	39	—	127	20,748	43
V.	—	—	—	—	—	63	6	12	—	48	8,168	57
VI.	1	578	8	—	—	37	—	—	—	14	4,672	35
VII.	—	—	—	—	—	4	—	—	—	3	1,639	21
	7	1,045	13	78	29	1,236	48	388	567	1,246	150,021	16

III.

Uebersicht

des Standes der III. Jahresgesellschaft (1842) nach den im Jahre 1847 vorgekommenen Ab- und Zugängen.

Klasse.	Zahl der im Jahr 1847 verstorbenen Mitglieder.	Rückzahlungen aus dem Renten-Capital. fl.	kr.	Rückzahlungen aus dem Reservefonds. fl.	kr.	Stand am Anfange des Jahres 1848. Einlagen zu fl. 100.	Einlagen zu fl. 75.	Einlagen zu fl. 50.	Einlagen zu fl. 25.	Zahl der Mitglieder.	Betrag des Renten-Capitals. fl.	kr.
I.	1	19	23	5	37	393	27	175	230	537	47,437	45
II.	3	385	12	79	38	283	8	38	74	264	28,780	51
III.	4	206	10	25	48	210	1	23	32	141	21,312	46
IV.	—	—	—	—	—	153	3	28	—	112	16,538	56
V.	1	78	54	—	—	112	—	16	—	49	13,033	41
VI.	1	152	20	—	—	16	—	—	—	11	2,053	56
VII.	—	—	—	—	—	5	—	—	—	5	655	23
	10	841	59	111	3	1,172	39	280	336	1,119	129,813	23

IV.

Ueberficht

des Standes der IV. Jahresgesellschaft (1843) nach den im Jahre 1847 vorgekommenen Ab- und Zugängen.

Klasse.	Zahl der im Jahr 1847 verstorbenen Mitglieder.	Rückzahlungen aus dem Renten-Capital. fl.	kr.	Rückzahlungen aus dem Reservefonds. fl.	kr.	Stand am Anfange des Jahres 1848. Einlagen zu fl. 100.	Einlagen zu fl. 75.	Einlagen zu fl. 50.	Einlagen zu fl. 25.	Zahl der Mitglieder.	Betrag des Renten-Capitals. fl.	kr.
I.	5	362	29	99	39	254	13	160	407	474	36,274	2
II.	3	258	43	50	17	233	12	47	101	219	25,743	35
III.	—	—	—	—	—	107	6	30	15	111	12,179	25
IV.	—	—	—	—	—	149	9	16	—	92	15,953	16
V.	—	—	—	—	—	99	—	11	—	47	11,201	2
VI.	1	81	24	—	—	21	4	—	—	15	2,930	25
VII.	—	—	—	—	—	27	—	—	—	6	3,543	53
	9	702	33	149	56	890	44	264	523	964	109,825	38

V.

Ueberficht

des Standes der V. Jahresgesellschaft (1844) nach den im Jahre 1847 vorgekommenen Ab- und Zugängen.

Klasse.	Zahl der im Jahr 1847 verstorbenen Mitglieder.	Rückzahlungen aus dem Renten-Capital. fl.	kr.	Rückzahlungen aus dem Reservefonds. fl.	kr.	Stand am Anfange des Jahres 1848. Einlagen zu fl. 100.	Einlagen zu fl. 75.	Einlagen zu fl. 50.	Einlagen zu fl. 25.	Zahl der Mitglieder.	Betrag des Renten-Capitals. fl.	kr.
I.	3	162	18	43	22	240	17	174	437	485	38,048	12
II.	2	118	38	21	6	166	21	97	112	227	23,035	14
III.	1	833	36	89	50	120	11	25	39	115	14,088	12
IV.	—	—	—	—	—	102	3	34	—	83	11,861	47
V.	—	—	—	—	—	65	—	11	—	46	7 574	40
VI.	2	258	—	—	—	24	—	—	—	15	2,923	45
VII.	—	—	—	—	—	16	—	—	—	7	2,103	13
	8	1,372	32	154	18	733	52	341	588	978	99.635	3

VI.

Ueberficht

des Standes der VI. Jahresgesellschaft (1846) nach den im Jahre 1847 vorgekommenen Ab- und Zugängen.

Klasse.	Zahl der im Jahr 1847 verstorbenen Mitglieder.	Rückzahlungen aus dem Renten-Capital. fl.	kr.	Rückzahlungen aus dem Reservefonds. fl.	kr.	Stand am Anfange des Jahres 1848. Einlagen zu fl. 100.	Einlagen zu fl. 75.	Einlagen zu fl. 50.	Einlagen zu fl. 25.	Zahl der Mitglieder.	Betrag des Renten-Capitals. fl.	kr.
I.	7	473	35	123	13	334	21	204	529	646	47,379	14
II.	2	42	14	7	46	189	12	130	163	283	26.152	7
III.	—	—	—	—	—	84	1	41	62	109	10.986	35
IV.	—	—	—	—	—	104	10	27	—	87	11,950	50
V.	—	—	—	—	—	92	6	19	—	57	11,191	45
VI.	1	95	24	—	—	32	2	—	—	20	3 880	3
VII.	—	—	—	—	—	12	—	—	—	8	1,560	—
	10	611	13	130	59	847	52	421	754	1,210	113,100	34

VII.

Rechnung

über den allgemeinen Reserve-Fonds.

Soll.	fl.	kr.	Haben.	fl.	kr.
1) Belastung bei der Bildung des Renten-Capitals aus den Nachzahlungen und Renten-Gutschriften der V. Klasse der I. Jahresgesellschaft	3	20	1) Vortrag der letzten Rechnung	44,235	16
2) Desgleichen der V. Klasse der II. Jahresgesellschaft	4	44	2) Zinsenertrag	1,648	24
3) Belastung bei der Bildung des Renten-Capitals aus den Renten-Gutschriften der V. Klasse der III. Jahresgesellschaft	2	—	3) Ueberschüsse bei der Bildung des Renten-Capitals aus den Nachzahlungen und Renten-Gutschriften der I. II. III. IV Klasse der I. Jahresgesellschaft	398	42
4) Belastung bei der Bildung des Renten-Capitals aus den Nachzahlungen und Renten-Gutschriften der V. Klasse und Renten-Gutschriften der VI. Klasse der IV. Jahresgesellschaft	8	10	4) desgleichen der II. Jahresgesellschaft	445	50
5) Belastung bei der Bildung des Renten-Capitals aus den Renten-Gutschriften der V. Klasse der V. Jahresgesellschaft	1	16	5) desgleichen der III Jahresgesellschaft	381	4
6) Belastung bei der Bildung des Renten-Capitals aus den Nachzahlungen und Renten-Gutschriften der V. Klasse und Renten-Gutschriften der VI. Klasse der VI. Jahresgesellschaft	29	—	6) desgleichen der IV Jahresgesellschaft	327	47
7) Zuschüsse bei den Nachzahlungen an die Erben verstorbener Mitglieder der I. Jahresgesellschaft	210	57	7) desgleichen der V. Jahresgesellschaft	467	41
8) desgleichen der II. Jahresgesellschaft	78	29	8) desgleichen der VI. Jahresgesellschaft	739	7
9) desgleichen der III. Jahresgesellschaft	111	3			
10) desgleichen der IV. Jahresgesellschaft	149	56			
11) desgleichen der V. Jahresgesellschaft	154	18			
12) desgleichen der VI. Jahresgesellschaft	130	59			
13) Provision der Agenten	593	8			
14) Verwaltung der Kassa:					
a. Regie und Druck . . fl. 250. 49 kr.					
b. Geld- und Brief Porti . „ 293. 16 „					
c. Insertionskosten . . . „ 387. 39 „					
d. Gehalte . . . . . „ 1500. — „	2,431	44			
15) Provision der Bank	893	28			
16) Vortrag auf neue Rechnung	43,841	19			
	48,643	51		48,643	51
			Rekapitulirter Vortrag	43,841	19

VIII.

Uebersicht

des Vermögensstandes der Renten-Anstalt am Schlusse des Jahres 1847.

Uebertragenes Renten-Capital der I. Jahresgesellschaft vom Jahre 1846.	fl. 197.150.	38 kr.	
Bruchkreuzer der letzten Rechnung	24.	58 „	
Nachzahlungen im Jahre 1847 als Renten-Capital	563.	53 „	
Renten-Gutschriften vom Jahre 1847 als Renten-Capital	1,625.	38 „	
	fl. 199,365	7 kr.	
Davon zurückbezahlt an die Erben der Verstorbenen	1,304.	39 „	
			fl. 198,060. 28 kr.
Uebertragenes Renten-Capital der II. Jahresgesellschaft vom Jahre 1846.	fl. 148,739.	41 kr.	
Bruchkreuzer der letzten Rechnung	20.	28 „	
Nachzahlungen im Jahre 1847 als Renten-Capital	1,021.	19 „	
Renten-Gutschriften vom Jahre 1847 als Renten-Capital	1,285.	1 „	
	fl. 151,066.	29 kr.	
Davon zurückbezahlt an die Erben der Verstorbenen	1,045.	13 „	
			fl. 150,021. 16 kr.
Uebertragenes Renten-Capital der III. Jahresgesellschaft vom Jahre 1846.	fl. 128,827.	22 kr.	
Bruchkreuzer der letzten Rechnung	11.	36 „	
Nachzahlungen im Jahre 1847 als Renten-Capital	977.	4 „	
Renten-Gutschriften vom Jahre 1847 als Renten-Capital	839.	20 „	
	fl. 130,655.	22 kr.	
Davon zurückbezahlt an die Erben der Verstorbenen	841.	59 „	
			fl. 129,813. 23 kr.
Uebertragenes Renten-Capital der IV. Jahresgesellschaft vom Jahre 1846.	fl. 108,645.	33 kr.	
Bruchkreuzer der letzten Rechnung	16.	14 „	
Nachzahlungen im Jahre 1847 als Renten-Capital	925.	41 „	
Renten-Gutschriften vom Jahre 1847 als Renten-Capital	940.	43 „	
	fl. 110,528.	11 kr.	
Davon zurückbezahlt an die Erben der Verstorbenen	702.	33 „	
			fl. 109,825. 38 kr.
Uebertragenes Renten-Capital der V. Jahresgesellschaft vom Jahre 1846.	fl. 98.441.	35 kr.	
Bruchkreuzer der letzten Rechnung	12.	12 „	
Nachzahlungen im Jahre 1847 als Renten-Capital	1,458.	28 „	
Renten-Gutschriften vom Jahre 1847 als Renten-Capital	1,095.	20 „	
	fl. 101,007.	35 kr.	
Davon zurückbezahlt an die Erben der Verstorbenen	1,372.	32 „	
			fl. 99,635. 3 kr.
Uebertragenes Renten-Capital der VI. Jahresgesellschaft vom Jahre 1846.	fl. 109,286.	15 kr.	
Nachzahlungen im Jahre 1847 als Renten-Capital	3,134.	5 „	
Renten-Gutschriften vom Jahre 1847 als Renten-Capital	1,291.	27 „	
	fl. 113,711.	47 kr.	
Davon zurückbezahlt an die Erben der Verstorbenen	611.	13 „	
			fl. 113,100. 34 kr.
Der Reserve-Fonds nach Beilage VII.			„ 43,841. 19 „
Vermögen der Anstalt am Schlusse des Jahres 1847			fl. 844,297. 41 kr.

IX.

Ergänzungs-Tabelle für das Jahr 1848.

Klasse.	Jahresgehalt.	Einlagen zu fl. 25. Stand des Renten-Capitals am 1. Januar 1848. fl.	kr.	Betrag der zu verzinsenden und in Renten-Capital zu verwandelnden Rente. fl.	kr.	Zur Ergänzung auf die nächst höhere Stufe erforderlich. fl.	kr.	Einlagen zu fl. 50. Stand des Renten-Capitals am 1. Januar 1848. fl.	kr.	Betrag der zu verzinsenden und in Renten-Capital zu verwandelnden Rente. fl.	kr.	Zur Ergänzung auf die nächst höhere Stufe erforderlich. fl.	kr.	Einlagen zu fl. 75. Stand des Renten-Capitals am 1. Januar 1848. fl.	kr.	Betrag der zu verzinsenden und in Renten-Capital zu verwandelnden Rente. fl.	kr.	Zur Ergänzung auf die nächst höhere Stufe erforderlich. fl.	kr.	Renten-Capital der vollen Einlagen am 1. Januar 1849. fl.	kr.	Rente der vollen Einlagen für das Jahr 1848, zahlbar im Januar 1849. fl.	kr.
I.	I.	23,376	1	—	32	41	50,425	2	11	32	41	75,470	3	2	3	43	81,888	3	15
	II.	24,438	—	58	31	30	48,450	1	57	31	30	73,490	2	55	6	41	80,033	3	14
	III.	23,661	—	56	30	32	47,899	1	53	30	32	70,990	2	50	9	34	80,003	3	14
	IV.	23,038	—	55	29	42	46,048	1	50	29	42	69,090	2	45	12	29	81,333	3	15
	V.	22,544	—	53	28	43	44,008	1	46	28	43	66,744	2	40	15	9	81,813	3	14
	VI.	20,434	—	49	26	38	41,504	1	39	26	38	61,445	2	28	20	9	80,003	3	12
II.	I.	27,504	1	31	33	6	54,807	2	10	33	6	81,454	3	15	2	11	88,823	3	20
	II.	26,301	1	3	32	—	52,901	2	6	32	—	78,903	3	9	5	26	86,191	3	26
	III.	25,451	1	1	30	56	50,952	2	2	30	56	76,344	3	3	8	30	86,006	3	26
	IV.	24,590	—	59	29	55	49,100	1	58	29	55	73,790	2	57	11	34	86,100	3	26
	V.	23,898	—	57	28	54	47,500	1	54	28	54	71,190	2	51	14	27	85,906	3	26
	VI.	21,818	—	52	28	45	43,951	1	45	26	45	65,991	2	38	19	50	85,006	3	24
III.	I.	29,504	1	10	33	41	58,964	2	20	33	41	87,990	3	30	—	37	91,008	3	39
	II.	28,208	1	8	32	38	56,906	2	16	32	39	85,094	3	24	4	6	91,008	3	40
	III.	27,376	1	5	31	14	54,853	2	10	31	14	81,934	3	15	7	29	91,054	3	38
	IV.	26,501	1	2	30	11	52,953	2	5	30	11	78,910	3	8	10	41	91,054	3	38
	V.	25,619	1	1	29	17	50,979	2	2	29	17	76,819	3	3	13	32	91,054	3	39
	VI.	23,410	—	55	26	50	46,850	1	51	26	50	69,950	2	47	19	32	90,000	3	36
IV.	I.	—	—	—	—	—	62,189	2	50	33	41	93,404	3	45	—	—	96,478	3	51
	II.	—	—	—	—	—	59,908	2	23	32	46	89,954	3	35	2	45	95,918	3	50
	III.	—	—	—	—	—	57,705	2	18	31	32	86,563	3	27	6	19	95,429	3	50
	IV.	—	—	—	—	—	55,579	2	13	30	27	83,509	3	20	9	46	96,072	3	50
	V.	—	—	—	—	—	53,490	2	8	29	21	80,253	3	13	13	6	96,038	3	50
	VI.	—	—	—	—	—	49,305	1	58	26	56	73,959	2	57	19	12	95,000	3	48
V.	I.	—	—	—	—	—	72,185	2	54	31	42	—	—	—	—	—	108,901	4	21
	II.	—	—	—	—	—	68,204	2	44	33	56	102,181	4	6	—	2	106,922	4	16
	III.	—	—	—	—	—	65,474	2	37	32	36	98,111	3	56	4	0	106,900	4	16
	IV.	—	—	—	—	—	62,840	2	30	31	4	93,410	3	45	7	59	106,139	4	14
	V.	—	—	—	—	—	60,150	2	24	29	51	90,225	3	36	11	46	106,788	4	15
	VI.	—	—	—	—	—	54,705	2	11	27	8	82,031	3	16	18	35	105,000	4	12
VI.	I.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	124,495	4	59
	II.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	126,900	5	3
	III.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	128,100	5	6
	IV.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	105,000	4	16	6	20	119,165	4	45
	V.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	121,855	4	52
	VI.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	90,000	3	37	18	3	115,000	4	37
VII.	I.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	144,000	5	46
	II.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	409,827	16	23
	III.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	131,904	5	14
	IV.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	131,784	5	13
	V.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	131,640	5	13
	VI.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	130,000	5	12

a) Zur Ergänzung auf fl. 100. b) Zur Ergänzung auf fl. 100 weil die Einlagen von fl. 75 durch Renten-Zuschüsse bereits ergänzt sind.

Anmerkung. Will ein Mitglied eine oder mehrere Stufen überspringen, so muß der für dieselben ausgesetzte Ergänzungsbeitrag mitbezahlt werden.

Nr. 36.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Vierteljährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Mittwoch den 9. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Redaktionsbüreau: Die gefertigte Redaktion ist von heute an Nro. 4 fr. Briefe und Gelder frei.

München, den 8. August.

Se. Maj. der König haben unterm 6. August beschlossen, an die Stelle der als Abgeordnete zur Ständeversammlung einberufenen Landrathsmitglieder der Pfalz, Ferdinand Hoffmann aus Rutzheim und Karl Dümler aus Waldmohr, die Landrathscandidaten aus der Klasse der Landeigenthümer, Ferd. Böcking, Advokat in Landau, und Karl Rud. Ii., Bürgermeister in Reichenbach, allergnädigst zu ernennen; unterm 5. Aug. den zweiten Landgerichts-Assessor Michael Mayer zu Parsberg auf den Grund des §. 22 lit. D der IX. Verfassungs-Beilage vom 16. August d. Js. an für immer in den Ruhestand treten zu lassen, und auf die hierdurch eröffnete zweite Assessorstelle bei dem Landgerichte Parsberg den Rechtspraktikanten Christian Gottfried Müller aus Nürnberg, vermöge als Functionär bei dem Landgerichte Beilngries, unter demselben Tage allergnädigst zu ernennen; den zweiten Landgerichtsassessor Johann Heinr. Oertel zu Herchbrach, in Anwendung des §. 19 der IX. Verfassungsbeilage, auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand zu versetzen und auf die hiedurch erledigte zweite Landgerichtsassessorstelle zu Herchbrach den Appell.-Ger.-Neceffisten Valentin Lang aus Eltmann allergnädigst zu ernennen; den Landrichter Franz von Paula Sieger zu Ingolstadt auf den Grund seiner nachgewiesenen Functionsunfähigkeit unter Anwendung des §. 22 lit. D der IX. Verfassungs-Beilage auf die Dauer von 2 Jahren in den nachgesuchten Ruhestand treten zu lassen geruht.

(Besetzungen.) Katholische Pfarrei Murchfing, Dgs. Starnberg dem Priester Steph. Diemaier, Benefiziat zu Au am Inn, Dg. Haag. Kathol. Pfarrei Atmig, Dg. Traunstein, dem Priester Michael Lerpscher, Kaplaneidenstyftsmäßiger zu Niedersinthosen, desselben Dgs. Kathol. Pfarrei Schweinersdorf, Dg. Moosburg, dem Priester Jakob Vogel, Stadtcooperator und Schulbenefiziaten bei St. Moritz in Ingolstadt. Kathol. Pfarrei Weinberg, Dg. Feuchtwangen, dem Kooperator in Ilschwang, Dg. Sulzbach, Priester Simon Köbel (vom hochw. Hrn. Bischof von Eichstätt verliehen und allerh. bestätigt). Kathol. Pfarrei Abolming, Dg. Dachsperg, dem Pfarrexkur zu Wittibrent, Dg. Simbach, Priester Fr. Xav. Strobl (vom hochw. Hrn. Bischof von Passau verliehen und allerh. bestätigt.)

Warnungen an das deutsche Volk.

(Aus dem Regensburger Tagblatt.)

Wie die Geschichte jeden Zeitabschnitt eines Volkes lehrt, liegt die Hauptbürgschaft für das Gedeihen eines Staates überhaupt und einer Gemeinde insbesondere in der patriotischen Haltung aller stimmfähigen Mitglieder. Es kann daher diesen nicht oft und ernstlich genug auseinandergesetzt werden, wenn der morgige Tag oder auch die nächste Woche schon alles wieder auf dem Wege des alten Schlendrians führt? Soll also Staat und Gemeinde dem Ziele wahrer Ehrenhaftigkeit und Wohlfahrt zugeführt werden, dann muß das Volk nicht nur vom reinsten Patriotismus beseelt, sondern auch unermüdlich wachsam sein; zu freudlos ist und bleibt der schönste Sieg des begeisterten Volkes, wenn es, weil einmal im Besitz des Errungenen, jeglicher Eifer dafür erstickt und nicht einmal mehr die gehörige Sorgfalt eines guten Hausvaters für dessen Erhaltung hegt, so daß es nach kurzer Zeit schon nur noch getheerstickt auf die kostbare Errungenschaft zu reden kommt. Im Gegentheil muß es das Errungene mit Liebe wie Umsicht pflegen und mit unbeugsamem Muthe na dessen Bervollkommnung arbeiten, wenn nicht selbst die kräftigste und gediegenste Verfassung nutzlos bleiben soll. Allerdings kann und darf der Enthusiasmus nicht immer in seiner ursprünglichen Glut bleiben, aber auch nie ganz verlöschen. Ueberhaupt sind Aufraten und Mäßigung die beiden Elemente, welche das Gedeihen alles Schönen, Guten und Gemeinnützlichen bedingen. Nicht weniger nothwendig ist dem Volke die Einhaltung der Besonnenheit, schon darum, weil ohne sie das Gemeinwesen bald vom Rebolschaden Parteiung ergriffen und untergeben würde! Von jedem Winde, wie ein Grashalm hin und her bewegt werden, von jeden hingeworfenen Ider sogleich, d. h. ohne sie erst zu prüfen, sich begeistern lassen, in jedem schön klingenden Worte schwelgen, an jede Neuerung sich wie an einem Rettungsanker anklammern und endlich jedem Lichte, wäre es auch ein Irrwisch, nachgehen, — das ist die verderblichste politische Seuche, die ein Volk ergreifen kann, der gewisseste Ruin des Gemeinwesens! Oder was würdest du von einem Bauherrn denken, der, so oft irgend einer an seinem Neubau vorübergeht, nach dessen Ansicht heute weiter wiederreißt, was er gestern als vortrefflich erkannt und gefördert hat? Und was würde endlich aus einem solchen Bau werden? Wehe dem Volke wie Individuum, das alles Blendwerk für baare Münze nimmt, und, bei dem gänzlichen Mangel an Besonnenheit, auch noch so wenig Vertrauen auf sich selbst hat, daß es keinen Beschluß zu fassen wagt, ohne vieten oder jenen Schreier erst befragt und gehört zu haben! Das sich also blindlings den Vorschlägen und Parteimännern in die Arme wirft! Ein solches Verfahren hat das Todesurtheil für alles Gedeihen des Gemeinwesens in sich! Gleich thöricht und unbesonnen wäre es dagegen, nur sich selber vertrauen und keinem Rathe Gehör schenken zu wollen. So gewiß nämlich die Volksstimme der Ausdruck vernünftiger Ueberlegung sein und jeder Gliedern über das Mehrgeln nachdenken soll, die es zu billigen oder zu verwerfen braucht, so gewiß findet Beides nur selten statt, theils, weil Jeder sich zutraut, das Wahre von dem Falschen, das Gute vom Böses, das Kernige vom Wurmstichigen unterscheiden zu können, theils weil sich die Mehrzahl leicht vom Scheine täuschen läßt, so daß sie entweder ihre verneinliche Einsicht und Erfahrung absichtlich, oder fremden Eingebungen heimsteht. Darum bleibt es Grundregel bei politischen Klugheit, alle Rathschläge, die ein Einzelner zum Wohle des Gemeinwesens vorbringt, streng und gewissenhaft zu prüfen, weil Niemand in des Andern Herz zu schauen vermag, auch solcher Prüfung aber entschiedenen Willens zu sein! Nie aber vergesse das Volk, daß es nicht immer edle Grundsätze seien, aus denen die Rathschläge der Vorsichtigen hervorgehen und im Widerspruche nicht immer eine Ueberzeugung abschreckt; denn gar oft sind der Parteigeist, Neid und Unwille darüber, daß Andere uns zu besehen haben; das geheime Vergnügen, Andere zu demüthigen, oder die Hoffnung, sie verdrängen zu können; der Hang, Alles zu bestreiten, was von Andern angeordnet oder auch nur vorgeschlagen wird; endlich die in jeder Menschenbrust wohnende Begierde nach Macht und Gelegenheit, diese Macht zeigen zu können, eine Begierde, welche besonders in Volksversammlungen durch Mittheilung auf gegenseitige Aufmunterung angefacht wird, die Triebfeder der Vorsichter, ihrer Rathschläge und Widersprüche. Selbst das Ihren im eigenen Urtheile aus Entschlosse ist für den Staat oder das Gemeinwesen nicht so gefährlich und verderblich, als die Anschließung an Parteien und das Verbrauch ohne Ueberlegung oder gar aus unedlen Rücksichten. Nichts ist endlich für den, welchem das Wohl seines Vaterlandes am Herzen liegt, beirübender, als das ewige Harren, Bioat und Beistallklatschen in den Versammlungen und das stets ebenso ungesäumte als unbedingte, lärmende Zustimmung des Volks zu den kaum ausgesprochenen Vorschlägen der Redner! Denn was liegt hierin anderes, als der beklagenswerthe Beweis von Oberflächlichkeit und Unbesonnenheit, als ein trauriges Zeichen, daß mehr der hingende Vorschwall als das Gemeinwohl die Herzen der Zuhörer in Aufruhr genommen habe? Jeder solcher Akte und Beschlüsse ist eine neue Gefahr gegen die Freiheit des Volkes und das allgemeine Wohl; ja jedes Volk, welches sich seiner Würde, Rechte und Freiheit wahrhaft bewußt ist, wird seine Versammlungen heilig zu halten wissen, d. h. sie nie zu den verderblichen Zwecken der Anarchie oder Reaktion mißbrauchen und vor allen theatralischen Demonstrationen einer Geschwätzigkeit bewahren.

Ein Volksfreund.

Aufschlüsse über die Pariser Junierereignisse.

(Fortsetzung.)

Nachdem die Sitzung eine Viertelstunde unterbrochen war, setzte Herr Bouchard seinen Bericht fort. Er untersucht die Ursachen und Mittel zu dem Aufstand vom 23. Juni und die Beziehungen desselben zu den Vorgängen vom 15. Mai. Diese hätten zur Warnung dienen können. Im Stube der Nationalgarde, in den mit Sicherung der Ordnung und Ruhe beauftragten Verwaltungen waren in der That Sichtungen vorgenommen worden; nun hatte die Armee nach Paris zurückberufen; das Gesetz über die Zusammenrottungen wurde votirt; von allen Seiten erhielt die Regierung Beweise des Vertrauens. Es war zu erwarten, daß die Regierung mehr Wachsamkeit und Energie entwickeln werde. Vergeblich! Die Häupter der Anarchie setzten ihr System, Frankreich durch stets Beunruhigung zu seinem Ruin zu führen, fort, und hinderten so das Wiederaufleben des Vertrauens und des Credits. Das waren besonders die Pläne Blanquis. Einige der Häupter saßen in Haft zu Vincennes; aber sie blieben in steter Verbindung mit ihren Gleichgesinnten in Paris, die un-

Deutschland.

Bayern. * München, 8. August. Heute Mittag 12 Uhr ist das 2. Bataillon des 2. Regiments „Kronprinz“ wieder hieher zurückgekehrt. Das Aufsehen der Truppen ist vortrefflich, und zeugt von einer vollkommenen guten Verpflegung. Morgen werden auch die 2 Bataillone des 1. Regiments „König“ hier einziehen.

Preußen. — Berlin, 3 August. (Köln. Zeitung.) Der nachstehende hier eingegangene Brief des Reichsfinanzministers General-Major v. Peucker ist unter gegenwärtigen Umständen von besonderem Interesse, weßhalb er hier, in seinen wesentlichen Theilen, eine Stelle finden möge: Er lautet:

„Frankfurt, 1. August 1848. Vierundzwanzig Stunden nach der Ernennung des Ministers entließ der Erzherzog Frankfurt, und ließ den Minister v. Peucker mit dem Minister v. Schmerling mit aller Verantwortung der Nationalversammlung gegenüber, ohne Instruktion, ohne gesetzlich gesetzte Basis, ohne Geschäftspersonal, ganz isolirt zurück. Das Wühlen der demokratischen Partei hielt diesen Zustand für günstig. Man trete mit Gewalt auf, man bestrafe, namentlich im badenschen Oberlande, im darmstädtischen und nassauischen, endlich auch im altenburgischen. Die Nationalversammlung hatte sich gegen den angebrochen Waffenstillstand in Holstein erklärt, und man konnte jenen Augenblick Ereignissen entgegensehen, welche außerordentliche Maßregeln auch für die dortigen Zustände unvermeidlich machten, einschließlich möglicher Conflicte. Die Regierungen hatten die Lenkung verloren

daß in Oesterreich sowohl wie in Preußen die vielbesprochene Huldigungs-Parade allerdings nicht Statt haben, daß aber demungeachtet zwischen der Centralgewalt und den Einzel-Regierungen das gute Einvernehmen keine Störung erleiden wird. Zunächst ist nicht zu übersehen, daß die National-Versammlung der ganzen Frage wohl fremd ist, daß der Erzherzog Reichsverweser den Erlaß seines Kriegsministers sogar mißbilligt hat, daß es sich also lediglich darum handelt, in wie fern der Kriegsminister Graf Latour-Dassipp-Fahrnau, resp. Hrdt-Aufschreiben seines Befehls verständigt werden kann. Eine vollkommene Verständigung mit demselben ist aber nun bereits, wie wir zu unserer großen Befriedigung mittheilen im Stande sind, erfolgt, und zwar worde von preußischer Seite ungefähr folgende Auffassung des Sachverhalts dargelegt: Die preußische Armee besteht nicht blos aus den dem Bundesgebiete entsprechenden Bestandtheilen, sondern als integrirender Theil der Stadt unerhält Preußen Truppen, welche zum deutschen Bunde und also auch zum Reichsverweser in keinem Verhältnisse stehen, ohne daß jedoch diese zwei verschiedenartigen Bestandtheile in der preußischen Armee irgendwie gesondert wären. Ferner bildet das preußische Heer nicht blos das Bundes-Contingent, sondern daßselbe ist in einer weit daräber hinausgehenden Stärke, mit allseitigen Opfern des preußischen Volkes, aber zur gemeinschaftlichen Sicherheit Deutschlands, seit dem Ursprunge des deutschen Bundes unterhalten worden, und zwar wiederum, ohne daß die einen oder anderen Bestandtheile zu sondern wären, da nach der bisherigen Verfassung eine Sonderung nur in dem Augenblicke einzutreten hatte, wo das Bundes-Contingent zu einem Bundeszwecke disponibel gestellt worde. Diese beiden Schwierigkeiten, welche in der österreichischen wie in der preußischen Armee der Ausführung des Befehls der Reichs-Kriegsminister entgegenstehen, sind von letzterem übersehen worden; es kann daher nicht überraschen, wenn in den Armeen aller anderen deutschen Bundesstaaten, die bekanntlich rein deutsch sind und leider die Stärke des Bundes-Contingents nicht einmal erreichen, die ungeordnete Huldigungs-Parade sofort bejlügen wird, hingegen in Oesterreich und Preußen eine der Verfassung angemessene Vermittlung eintreten musse. Was Preußen betrifft, so hat die Armee, und zwar die gesammte Armee, ihren früher die deutschen Farben angelegt, und war mithin in diesem Punkte der Zweck des vielbesprochenen Erlasses schon erreicht; es ist ferner der Armee-Befehl vom 29. Juli d. J., wodurch dem Heere der daßelbe betreffende Inhalt des Gesetzes vom 28. Juni d. J. eröffnet wird, an die gesammten Truppen-Corps Preußens gerichtet; die Parade vom 31. August wird endlich abgehalten werden bei den deutsche Heeres-Abtheilungen, die wirklich zu einem Bundeszwecke dienen und mithin als Bundes-Contingent gleichsam ausgesondert sind, also bei der Armee in Schleswig-Holstein und bei den Besatzungs-Truppen von Mainz und Luxemburg. Dabei glaubte man aber auch die preußische Regierung, in Berücksichtigung des allerwärts sich kund gebenden Volksgeistes, setzen bleiben zu müssen; eine Theilnahme der gesammten Armee an dem Reichs-Kriegsminister befohlenen Kundgebung erschien auch noch um deßwillen bedenklich, weil dadurch der Schein entstehen konnte, als erkenne Preußen zu den Mehreinsetzungen, die es in militairischer Beziehung, den übrigen Bundes-Mitgliedern gegenaber daher freiwillig auf sich genommen, eine formliche Verpflichtung an. So sehr die preußische Regierung die Sache vermeidet, und mit dem Reichs-Kriegsministerium ist darüber bereits eine Verständigung erfolgt; daß auch das Publikum, wenn alle Schwierigkeiten der im Heere wie im Volke herrschenden Stimmungen erwogen werden, das von Preußen befolgte Verfahren billigen werde, darf man zuversichtlich erwarten."

⊙ Berlin, 5. August. Der Kammergerichts-Assessor Dorn aus Potsdam ist wegen einer in einer Rede von ihm in Betreff des Prinzen von Preußen gebrauchten höchst ungebührlichen Ausdrucks zu einer Gefängnißstrafe von 15 Monaten und Kossuten verurtheilt worden. Die Soldaten, welche ihre deutsche Kokarde abgerissen und nur die preußische getragen haben, mußten auf höheren Befehl erst aus eigenen Mitteln wieder anschaffen.

Breslau, 3. August. (Zug nach Schweidnitz) Gestern führte ein Extrazug der Freiburger Bahn die 2. Kompagnie der 6. Jagerabtheilung nach Schweidnitz hinaber, damit die Stadt nicht ohne militairische Besatzung sei, wenn die bisherige Garnison nach Silberberg abgezogen. — Dem heutigen Morgenzuge, früh 6 Uhr, schloß ein Extrazug sich an, wemit sich, nach Anderen 500 Arbeiter, denen Viele im Maffenschmucke waren, zur feierlichen Beerdigung der Gefallenen gestellt worden, fuhren. Um 1 Uhr Nachmittags eilten noch 50, gegen 9 Uhr früh hier angelangte Breiger Burger nach Schweidnitz zur traurigen Feier. Letztere findet um 4 Uhr Statt. — Abends 10 Uhr. So eben erfahren wir, daß die Leichen der am 31. Juli zu Schweidnitz gefallenen sechs Burger heute Nachmittag um 4 Uhr daselbst feierlichst zur Erde bestattet worden sind. Die größte Ruhe und Ordnung herrschte bei diesem ernst feierlichen und tief ergreifenden Akte. (Bresl. Z.)

Freie Städte. — ⊙ Frankfurt. 6. August. Der angeordnete Huldigungszug wurde mit gebührender feierlichkeit diesen Vormittag 11 Uhr auf dem hiesigen Roßmarkte vorgenommen, das städtische Linienbataillon, durchweg aus ungeworbenen Leuten bestehend, brachte vorschriftsmäßig ein dreimaliges Hoch auf Se. Majestät den Reichsverweser Erzherzog Johann. Im Laufe der Woche zieht das Bataillon nach Schleswig, und wird durch Reichs-Volk aus einer der benachbarten Garnisonen ersetzt werden, mittlerweiles versieht die Bürgerwehr den Dienst. Für diese Zwischenzeit soll eine republikanische Demonstration beschlossen sein, indem die Furcht vor den Stadtsoldaten bei dem Proletariat, wie behauptet wird, nicht sehr groß ist. Es wäre dies gleichsam ein Kramall nach dem Zasvfenstreich; es ist aber schwer zu glauben, daß er in Wirklichkeit zu Stande kommen werde.

Oesterreich. * Wien, 5. August. Der Finanzminister Hr. Krauß machte in der heutigen Sitzung des Reichstags sehr beruhigende Mittheilungen über die Finanzlage. Man kann ohne Besorgniß der Zukunft entgegen sehen. Wenn seit 2 Jahren die Ausgaben die Einnahmen überstiegen, so war daran der Krieg in Italien und die veränderte Stellung der Krone Ungarn Statt. Die Einnahmen blieben aus diesen Ländern aus, während die Ausgaben zunahmen. Die Staatsschuld erklärte er, ist unantastbar, doch werde das Ministerium die Ansprüche geltend machen, die die Völker der Monarchie gegenüber einem Theiles derselben den Schaden berechtigt sind, die davon keinen oder einen unverhältnißmäßig kleinen Theil nehmen.

Der Finanzminister ging in eine nähere Andeinanderfetzung der Hülfsquellen des Schatzes ein, und wurde wie schon mehrmals während seiner Rede, so am Schlusse mit dem lebhaftesten Beifall begrüßt. Herzog sprach zuletzt über ein dem Staate zu machendes freiwilliges unverzinsliches Anlehen; der Präsident erklärte ihn bei Vorkommen der Finanzfrage den betreffenden Antrag zu stellen.

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 3. August. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde das Verhältniß Ungarns zu Deutschland verhandelt. Wir werden auf diese wichtige Verhandlung zurückkommen.

Niederlande.

Aus dem Haag, 2. August. Die erste Kammer der Generalstaaten hat die Gesetzvorschläge auf abschaffung der bisherigen Strafen, so wie auf Abänderung der Einrichtung der offenen Gefängnisse gerichtspflichtig, verworfen. In Folge dessen hat der interimistische Justizminister, Hr. Doucker Curtius, dem König seine Entlassung eingereicht, welcher aber bis jetzt noch keinen Beschluß hierüber gefaßt hat.

Großbritannien.

* London. 4. Aug. Man hat Nachrichten aus Clonmel in Irland vom 2., daß die Gefangenen in dem dortigen Gefangnisse revoltirten. Die Wache gab Feuer und 8 Mustren verwundet, darunter 3 tödtlich. Am Abend des 1. August O'Donnel, Aufseher der Gefangenen, getödtet worden. Hr. O'Brien der jungere von Limerick ist ebenfalls verhaftet worden auf dem Wege nach Ballibon. O'Brien soll sich nach der Gegend von Wexford geflüchtet haben. An vielen Orten hat man Vorräthe von Feuerwaffen und Pulen gefunden. Die Korrefpei- und Geretrderente ist außerordentlich reichlich ausgefallen.

Frankreich.

△ Paris, 5. August. Im weitern Verlaufe der gestrigen Sitzung legte der Finanzminister einen Gesetzentwurf in Betreff Heimkaufs der Lyoner Eisenbahn und des Staat vor. Die Verhandlung über das Dekret die Zusammensetzung der Geschworenengerichte wurde begonnen. (Wir werden darauf zurückkommen.) In der heutigen Sitzung wurden die Hrn. Biret und C. Lafayette als erwählte Vizepräsidenten angenrfen. Hr. Lamennais verlangt an diesem mals, daß man gerichtliches Einschreiten gegen ihn selbst als Verfasser eines Artikels im „Peuple constituant" erlauben möge. Nicht der jetzt in Haft sitzende Geschaftsführer des Blattes, sondern er der Besitzer müsse bestraft werden, wenn Schuld vorhanden sei. Der Justizminister bittet die Kammer, ihrem früheren Beschlusse treu zur Tagesordnung überzugehen, und dies wird auch trotz der Unipraqe der Hh. Germain Sarrut und Aylies beschlossen. Hr. Ledru-Rollin verlangt Festsetzung eines Tages zur Verhandlung des Berichtes der Untersuchungskommission über die Innerregierung. Im Interesse des Landes und besonders des Handels sei es, daß die neu aufgetretzten Lebensfragen schnell beständigt werden. Er wünsche nächsten Dienstag. Hr. Odarrot: Bis dahin können die Aktenstucke noch nicht einmal gedruckt sein. Die Kommission selbst wünsche eben so sehr baldige Verhandlung als die durch den Bericht beunruhigten Personen. (Beifall rechts, Lachen links.) Dem der Bericht sei nur ein schwacher Auodruck der vor der Kommission abgelegten Zeugnisse. (Bewegung. Hr. Ledru Rollin: Diese Zeugnisse entbehren jeder Controle durch Untersuchrig. (Murren und Unruhe des Unwillens.) Wenn die Aktenstucke, von denen man so viel Lärm mache, nicht aufgezeigt sein, solle man die Zahl der Segen vermehren. Er bedeute auf Festsetzung eines nahen Tages. Hr. Bouchard: Der Trucker habe erklärt, unmöglich vor Mittwoch die Arbeit liefern zu können. (Heftiger Lärm und Murren links.) Hr. Ledru-Rollin: Sie haben ein Interesse an dem Aufschub. (Heftiger Lärm und des Unwillens recht.) Rufe: zur Ordnung! zur Ordnung! Der Präsident mahnt den Redner zur Ordnung. Fortsetzung folgt in nächster Nummer.

Paris, 5. August. Heute wurde die Versammlung schuldigen Achtung. (Beifall.) Hr. Cruissidiere: Man solle sich nach dem Tracke der Aktenstucke des Tage zur Prüfung derselben lassen. Unmögliches wolle er nicht verlangen, wie sehr es ihn auch dränge, seine Unschuld zu beweisen. Hr. D. Barrot verspricht möglichste Beschleunigung der Sache. Die Sitzung wird der Polizei auf einige Minuten unterbrochen.

Paris, 5. August. Hier scheint es noch hier, noch hört man nichts von einem Beschluß zum Einschreiten in Italien. Wenn irgend möglich, sucht man es zu vermeiden. — Die spanische Regierung soll ihre Verbindlichkeit zu Bezahlung der Kriegskosten für 1823 an Frankreich im Grundsatz anerkannt haben und daher demnächst eine gemischte Kommission zu Festsetzung des Betrages ernannt werden. — Die Munizipalwahlen sind

gröſtentheils vollendet und ſoll durchgängig im gemäßigten Sinne ausgefallen. — Die Untersuchungskommiſſion über die Juni-Ereigniſſe ſoll geſtern durch ein Mitglied der äußerſten Linken auf die Spur einer Verſchwörung von nicht weniger als 900 Kilogrammen (1800 Pfund) auf dem Ratlande dieſer in den erſten Tagen des Juni gebracht worden ſein. — Die Unterſuchungskommiſſion hat ihre Arbeiten geſtern vollendet. Unter den Artikeln des Entwurfs, die von der Mehrheit der Abtheilungen der Nationalverſammlung verworfen worden, iſt der Artikel 109, welcher die Todesſtrafe abſchaffen wollte. — Nachſchrift. Das Lager von St. Maur wird aufgehoben und die Truppen deſſelben ziehen nach der Grenze von Italien zurück. Das 17. Regiment iſt ſchon dahin abmarſchirt, die andern ſollen ihm, ſagt man, bald folgen. Anordnungen für Errichtung eines neuen Lagers in Paris ſelbſt, auf der ehemaligen Inſel Louviers ſind getroffen.

Spanien.

* Madrid, 29. Juli. Man ſpricht von der bevorſtehenden Ernennung des Herzogs von Solomayor, Miniſters des Auswärtigen, durch Hrn. Pidal. Erſterer ſoll als ſpaniſcher Miniſter nach Paris gehen. Der Vorſteher der Sicherheitspolizei hat in eigener Perſon die Verhaftung des Don Luis Gonzalez Bravo vorgenommen. Der Grund hiefür iſt nicht bekannt. —

* Madrid, 31. Juli. Die Gaceta bringt die Ernennung des Hrn. Pidal zum Miniſter des Auswärtigen an die Stelle des Herzogs von Solomayor, und die Ernennung dieſes zum Botſchafter bei der franzöſiſchen Republik.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die Nachrichten aus New-York, welche die Caledonia nach Liverpool überbracht hat, reichen bis zum 19. Juli. In Mexiko dauert die innere Zerrüttung fort. Parteiwuth iſt im Zunehmen begriffen. In den Geſchäften in den vereinigten Staaten herrſchte wenig Leben. Die Getreideernte fällt gut aus.

Börſen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 7. Auguſt. Bayer. 3½proz. Obligationen 77 ℔. 4proz. 83 ℔. Bankaktien 11. Bamberger 506 ℔. Prämienſcheine 35 ℔. 30 ℔. Oeſterreich. 5proz. Metall. 68 ℔.

Wien, 5. Auguſt. 5proz. Metall. 73½, 4proz. 63, 3proz. 45, 2½proz. 38½, 1834er 500 fl.-Loſe 121. 1839er 250 fl.-Loſe 82. Bankaktien 1035. Nordbahn 103½. Gloggnitz 98. Donau-Dampfſchiff 65. Lombardo —. Livorno 68½. Pfdb. —. Siebenbürgen 93¼.

Berlin, 5. Auguſt. Inländiſche Fonds, Pfandbriefe, Kommunal-Papiere und Geld-Kurſe. St. Schuld-Sch. 73½, ℔., 73 G. Berl. Präm. Sch. 88 ℔. — G. K. u. Nm. Schuldv. 70½, ℔. — G. Berl. Stadt-Obl. — ℔. — G. Weſtpreuß. Pfandbr. 77 ℔ — G. Großherzogl. Poſen Pfandbr. 4proz. 96 ℔. 95½, G., 3½proz. 77½, ℔ 76½, G. Pomm. Pfandbr. — ℔. 85 G. Pomm. Pfandbr. — ℔ 90½, G. Kur- u. Neu. Pfandbr. 90½, ℔. 90½, G. Schleſiſche Pfandbr. 91½, ℔. — G. Schleſiſche Lt. B gar. Pfandbr. — ℔. 81½, G. Preuß Bk-Anth. Sch. — ℔. 84 G. Friedrichsd'or 13⅞, ℔., 13½ G. Ausländiſche Fonds. 5 Öſterr. 13½, ℔., 12½ G. Disconto 3½, ℔.

Eiſenbahnaktien: Berl.-Anhalt A. 86½, G. Berl.-Hamburg 62 G. Berl.-Stettin-Stargarder 86½, bz u. G. Berl.-Potsdam-Magdeb. 44 a 45 bz u. G. Magd.-Halberſtadt 98 G. Magd.-Leipziger —. Halle-Thüringer 31 G. Köln-Minden 74½, G. Köln-Aachen 34 a 35 bz. Düſſeld.-Elberfeld 69 G. Steele-Vohwinkel 31½, a 32 bz. Niederſchleſ.-Märk 68½, bz u. G. Oberſchleſ. A. 95½, a 97 bz. B. 86½, a 87 bz u. G. Breslau-Freiburg —. Brsl.-Oberſchleſ. 39½, G. Berg.-Märk 59 etw. bz. u. G. Stargard-Poſen 65½, G.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. 83½, G. — ℔. Starg.-Poſen —. Magd.-Wittenberg 44 a 44½, bz. u. G.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 82½, ℔. Berlin-Hamburg. 88½, ℔. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 76 G., 5proz. 85½, bz u. G. Halle-Thüringer 80½, ℔. Köln-Minden 87½, G. 88 ℔. Rhein. I. Prior. 74½, G. Rhein. Stamm-Prior. 68½, ℔. Düſſeldorf-Elberfeld —. Niederſchleſ.-Märk. 4proz. 80½, ℔. 5proz. 93½, ℔. 93 bz. III. Serie 88 ℔. Zweigbahn 3proz. 71 G. Koſel-Oderberg —. Stettin-Bahnhof —.

London, 4. Auguſt. Konſols 87¼, ⅞, G. Coup. 5½. Span. Akt. 11½. 3proz. 2½, Paſſ. 2½. Portug. 3proz. 18½, 4proz. —, 5proz. —. Bahl. 4proz. 70, 2½proz. —.

Paris, 5. Auguſt. 3proz. 43,35, 4proz. —, 5proz. 70 50. Sächſiſche 24½, Bankaktien 1620. Compt. von Algier —.—. Belg. 5proz. von 1840 74½, von 1842 74½, 4½proz. 67.—. 3proz. —.—. 2½proz. 37.—. Belg. Bank —.—. Neap. 5proz. 72,25. Röm. 57.—. Piem. —.—. St. Germain —. Verſailles (rechte) 120.—. (linke) 102,50. Orleans 675.—. Rouen 443,75. Havre —.—. Marſeille 217,50. Baſel 88,75. Bierzon 263,75. Boulogne 180.—. Bordeaux 400.—. Nordbahn 377,50. Montereau —.—. Lyon 345 —. Straßburg 358,75. Nantes 333,75. Dieppe —.—. Montpellier —.—.

Madrid, 31. Juli. 3proz. 18½, G. 4proz. —. 5proz. 10½, G. Paſſ. 4 ℔. 4 G. Coup. —. Ausmärt. Paſſ. Schuld 3½, ℔. Provis. Zil. —. St. Fernandobank —. Disconto 5 Wechſelkurſe: Paris 4—90 G. London 45—60 G.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 10. Auguſt: „Der Guitarrenſpieler", Oper von Balfe.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Baron v. Gumppenberg, von Augsburg. Graf Yourtales, von Berlin. Graf Eltz, von Frankfurt Conrad, Privatier von Bien.

Gold. Hirſch. Bonſtedt, Partikulier aus Frankreich. v. Groſſenius, Partikulier aus Rieverland.

Gold. Hahn. Frhr. v. Rüdert, Präſident, und Frhr. v. Rüdert, Lieutenant, von Dresden. Steinlieder, Rentier von Glogau.

Blaue Traube. Zwerk und Zazraf, Privatiers von Wien. Baron v. Spiegel, von Ansbach. Butterlof, Privatier von Augsburg. Baron v. Handel, von Bayshausen.

Stachusgarten. Kurz, Müller, und v. Braunmühl, von Landeberg. Pfarer, Glashändler von Altenriet. Lengmüller, Privatier von Kaisheim.

Geſtorbene in München.

Johann Lückerer, königl. Kreis- und Stadtgerichts-Aſſeſſor, 39 J. a. Karolina Burchl, Kravattenfabrikantens-Witwe, 48 J. a Waldvaar Merk, Hofjuweliers-Witwe, 76 J. a. Joſeph Mühlbikl, Maurer, 63 J. a. Joſeph Dürr, quieſc. königl. Hofmuſikus-Aſſiſtent von Augsburg, 64 J. a. Friedrich Karl Frhr. v. Heydenſtein, quieſc. königl. Miniſterialrath im königl. Kriegsminiſterium, 66 J. a.

Sechs- und ein halb-prozentige Prioritäts-Anleihe.

35. (3c) **Anmeldungen** zur **Betheiligung** an einer Sechs- und ein halb Prozent jährlichen Zins ertragende und vollkommene Sicherheit gewährende Prioritäts-Anleihe von **zwelmal hundert tausend Thaler,** welche kraft des Beſchluſſes der am 7. Juni abgehaltenen Generalverſammlung der Aktionäre auf unſere Neuhäuſer Werke und Zubehör aufzunehmen iſt, ſind an die Unterzeichnete zu richten. Das Unterpfand hat einen Kostwerth von circa **1 Million Gulden.** Der Zweck dieſer Anleihe iſt zunächſt: dem **Betrieb** der ſowohl für die Fabrikation von Schienen, als auch für alle Sorten von Stabeiſen eingerichteten Werke eine vortheilhafte Ausdehnung zu geben.

Die Partialobligationen ſollen, damit ſie für grössere und kleinere Anmeldungen passen, zu **100 Thlr. — 400 Thlr.** und **1000 Thlr. Ct.** ausgefertigt und mit Coupons auf 20 Jahre verſehen werden. Innerhalb dieſer Zeit wird auch die Rückzahlung erfolgen.

Die Partialobligationen werden, nach dem Willen der Darleiher, **auf den Inhaber,** oder **auf Namen** ausgeſtellt und eingetragen, und iſt ſolches bei den Anmeldungen zu bemerken. — Die **Einzahlungen** der angemeldeten Summen ſelbſt geſchieht gegen Aushändigung der Partialobligationen direkt bei uns oder durch Vermittlung ſolider Bankhäuſer.

Hildburghausen, Juli 1848.

Die Direktion der deutſchen Eisenbahnſchienen-Kompagnie.

J. Meyer.

Druck der Dr. C. Wolf'ſchen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Zur Beurtheilung Deutschlands.

(Schluß.)

„Nicht besser ist Deutschland daran, wenn es mit Italien in Betrachtung gezogen wird. Jedermann zollt gewiß aus voller Seele dem Befreiungseifer der Italiener die vollste Sympathie, und wir hätten es Italien — was jetzt leider nicht der Fall zu sein scheint — von Herzen gegönnt, wenn es aus eigener Kraft und Begeisterung seiner bisherigen Beherrscher sich erwehrt hätte.*) Lagegen scheint uns wieder dieselbe Unbill in der Beurtheilung zu sein, wenn man auf der einen Seite die nationale Vereinigung der Italiener sehr begreiflich findet, dagegen den Deutschen auch die geringste Sympathie für die in neuer Gestalt immerhin näherstehenden Oesterreicher als „Verräter" und Spießburgers auslegt. Anfangs, als der Aufstand begonnen hat, als in Wien die Herrschaft Metternichs noch nicht vollkommen gebrochen war, ist ein solches wegwerfendes Urtheil noch eher begreiflich gewesen; als aber auf der einen Seite in Oesterreich selbst liberale Umgestaltungen begannen, auf der andern Seite sich immer mehr zeigte, daß die Italiener aus sich selbst nicht im Stande seien, ihre Freiheit zu erringen, sondern daß ihnen dieses nur dann vielleicht gelingen konnte, wenn sie zuerst einem neuen „Herrn" sich unterwarfen, der dann zum Dante für die neue Erwerbung alles Möglige thun, um sie sich selbst und damit auch Italien zu erhalten, da hat sich doch wie Sache etwas anders gestaltet. Die Verbrechen der italienischen Sache, namentlich auch die N. Z. Z., haben auch sofort gefühlt, welch neugenehmen Eindruck der Anschluß der Lombarden, sur die man eigentlich bloß als für eine neue Schwesterrepublik schwarmte, an den absolutistischen Fürsten, namentlich auf republikanische Zuschauer machen mußte. Man war daher sofort bei der Hand, das Interesse Italiens als das Interesse von ganz Italien absolut nothwendig sei, weil sonst alle Theile desselben uns einander fallen und dann der österreichische Erbfeind leichtes Spiel haben würde. Wir hatten also das interessante Schauspiel, wie die N. Z. Z., welche sonst doch den diesen Anblick eines Königs, und früher sogar Karl Alberts selbst, von Verdrießen befallen werd, für den ritterlichen König Karl Albert, auf einmal den Patriotismus, mehr als eine Lanze brach. Wir verhehlen dem Italiener diese Anschauung in keiner Weise, vielmehr ist sie gang richtig, und politisch sehr verständig und weise Auch wie sind der Ueberzeugung, daß es im wohlverstandenen Interesse der Italiener lag, sich nicht in untergeordneteren Fragen zu spalten, auch als Republikaner und Republikaner sich zu betragen, sondern wo unter einem Namen, und wäre es selbst ein Königsname, Alles und Alles unter sich zu schaaren, um mit vereinter Kraft dem gemeinsamen Feind begegnen zu können.**) — Wie hat man aber Oesterreich, das in einer ähnlichen Lage sich befand, beurtheilt? In Deutschland gibt es ebenfalls eine Partei, die große Majorität, welche zur Devise hat: „Einheit und dann Freiheit," welche den politischen Zustand in Deutschland sogar als Vorwand nimmt, daß es Deutschlands nächste und höchste Aufgabe sei, zuerst als Ein Deutschland gegen Außen sowohl als gegen seine eigenen Bestandtheile sich darzustellen, und erst dann, wenn diese Einheit gegenwärtig und festgestellt sei, den Bau der Freiheit im Innern zu beginnen. Diese Männer aber, welche man in Italien als die reinsten „Volksvertreter" ansehen werden in Deutschland als „Whigs," „Weltverbesserer," „Reaktionäre," titulirt. In Italien sieht man die Unterdrückung der Republikaner, welche es nanerkäglich finden, nur den Herrn gewechselt zu haben, wenigstens mit Gleichgultigkeit an; in Deutschland sind nur die Republikaner, welche ganz Deutschland zerspliltern und mit Bürgerkrieg bedrohen, die achten und wahren Vertreter desselben. In Mailand gilt das Prinzip „Einheit und dann Freiheit" unaufhörlich; in Deutschland wird es als Tyrannei gebrandmarkt. Vor den Italienern läßt man sich alle patriotischen Ergüsse gefallen; in Deutschland werden sie bekämpft und verhöhnt. Man findet es ganz natürlich, wenn Italien seine Grenze, so weit seine Sprache reicht, ausdehnen will; wenn aber Deutschland im Norden darüber thun will, so wird es dieser unerträglichen Ländersucht ein entsetzliches Geschrei erhoben. — Wo bestehen nun Deutschland im Vergleich zu Italien? — Kein besseres Loos hat Deutschland in der Schweiz gefunden, nad doch wäre kein Land befähigter und geeigneter, Deutschland, mit dem es in dem Verhältniß der Sprache, der Geschichte und der politischen Einrichtungen so viele Vergleichungspunkte bietet, richtig oder doch wenigstens ohne Vorurtheil zu beurtheilen. Wir wollen nur gerne zugestehen, daß die innere und aeußere Vergangenheit Vieles dazu beitragen mußte, deutsche Sympathien im Keime zu ersticken, aber es zeugt doch von keiner großen Einsicht, wenn man sich durch solche Einzelnheiten verleiten läßt, das Land gerade zu mit dem Bade auszuschütten, und Urtheile zu fällen, welche sich nur bei der oberflächlichen Betrachtung als höchst einseitig und unrichtige herausstellen. Solche Urtheilen kann im Maaße zu Gebote; wir beschränken uns darauf, nur einige anzuführen, die am meisten gang und gäbe sind und deren Unbilligkeit, ja Vorurtheil auf der Hand liegt. Es gehört so zu sagen zum guten Ton auch in der Schweiz, über die deutsche Ernbdlichkeit und Langsamkeit zu spotten, welche ewig nichts zu Stande bringen werde, Dabei übersieht man gänzlich, daß wir gaten Schweizer in dieser Hinsicht nicht viel besser (oder schlimmer) daran sind. Der Artikel über Revision des Bundesvertrages ist seit 1812 ein stehender Artikel gewesen; ein centnanner Liberaler hat im letzten zürcherischen Großen Rathe mit Wahrheit gesagt, es habe Jahrzehnte gedauert, um nur den Boden im Volke für eine neue Bundesverfassung urbar zu machen; 4 Jahre hat es gebraucht, bis die Jesuiten den schweizerischen Boden verlassen haben und zwei Jahre, bis der Sonderbund aufgelöst war, von andern bedeutenderen und andeutenderen Punkten nicht zu reden. Augeblich solgte Thatsachen sollte man in Beurtheilung einer andern Nation, wenn sie erst in Folge der jüngsten Ereignisse zum Bewußtsein ihrer Kraft gekommen und liberaler Institutionen theilhaftig geworden ist, etwas billiger und vorsichtiger sein. Die badische Regierung ist ferner diejenige, an welcher auch kein guter Faden gelassen wird; man tadelt an ihr den Spitzer, aber den eigenen Bolles gewahr zu werden. Man weist ihr alles Mögliche vor, weil sie eine Minderheit, die der großen Mehrheit zum Trog ihren eigenen Willen durchsetzen wollte und zum Schwerte griff, mit diesem Schwerte unterdrückte, und muß doch an sich sommen lassen, daß man gegen den Sonderbund so ziemlich auf dieselbe Weise verfahren ist; die badische Regierung handelt dadurch, weil sie einer erst unterdrückten Revolution, welche überdieß jedes Uebereinkommen verschmäht, keine Amnestie gewähren will, hingegen hat es nichts Auffallendes, wenn morgen — wir wollen nicht weiter an den Geschichten erinnern, aber sagen müssen wir, daß es unbillig ist, von Andern zu verlangen, was man selbst nicht thut, und Andern zum Verbrechen anzurechnen, dessen man auch schuldig ist. Die Ausschießung Heckers aus der Nationalversammlung war natürlich ein himmelschreiender Eingriff in die Volksfreiheit; was aber geschieht, wenn z. B. ein ingerischer Dorf im Trog Siegwart Müller in die Nationalversammlung wählt, daran mögen wir gar nicht denken. — Von den Italienern läßt man sich alle Ausbrüche ihres Patriotismus, selbst wenn sie in formliche Beleidigungen und Ungehörren ausarten, gefallen; die eigenen Landsleute haut man in die Pfanne, um den liebenswürdigen Italienern recht zu nahe zu treten! Fällt es aber einer ungeschicken deutschen Behörde ein, einen Schweizer ungimlich zu behandeln, so erhebt sich jener energische Protzgeist gegen eine solche Nationalbeschimpfung ergriffen; ein Gesandter in Mailand kann ruhig, ohne das Geringste zu riskiren, gesschehen lassen, daß Schweizer gehöhnt und beschimpft werden, ein Gesandter aber, der einer deutschen Regierung aus übel angewandter Gefälligkeit einen unregelmäßigen Paß ausstellt, verliert seinen Posten. — Wie wollen schließen. Wir haben mit unserm Artikel in keiner Weise Bezweckt, Frankreich, Italien oder einige eigenes Vaterland zu tadeln, unser Augenmerk ging bloß dahin, Deutschland gegen so viele ungerechte Angriffe etwas in Schutz zu nehmen, und ermelden wo möglich eine etwas billigere und wohlwollendere Beurtheilung zu verschaffen."

*) Wir bitten, nicht zu vergessen, daß ein Schweizer hier spricht, der natürlich die Dinge von einem andern Gesichtspunkt sieht als wir. D. Red.

**) Wir empfehlen dieses Urtheil einer Schweizer Republikaners unsern deutschen Republikanern zur Beherzigung. D. Red.

Aufschlüsse über die Pariser Juni-Ereignisse.

(Forts. des in unserem heutigen Hauptblatte abgebrochenen Artikels.)

So ging aus dem Schooße der Nationalwerkstätten der Juniaufstand hervor. In den Rechnungen dieser Anstalten herrschte die größte Unordnung. Man findet darin zahlreiche nachgemachte Unterschriften für ein und denselben Namen. Es ist notorisch, daß man am 25 Cent. Unterschriften erkaufte. Ein Junge von ein Sechzehn in den Listen als Familienvater figurirte. Diese Betrügereien scheinen nur Subalternagenten beigemessen zu sein. Der Chef eines Arrondissement erklärt: gerade, daß seit der Zahlung vom 7. Juni die Brigadiers unaufhörlich die Arbeiter aufreizten. Die Delegirten der Nationalwerkstätten hatten einen Klub organisirt, und hielten eine furchtbare Masse unter dem Einflusse Ludwig Blancs. Sie zwangen jede Bezahlung und vor Zweiuachmen um Club berzig 50 Centimes für jede Sitzung, die er bewohnte. So war sonach der bewaffnete Sozialismus, eine ständige Gefahr nicht allein für die Finanzen des Landes, sondern auch für die Gesellschaft. Und doch geschah nichts dagegen. Alle Dokumente beweisen, daß der Aufstand in den Nationalwerkstätten nicht allein seine Arme, sondern auch seine Gedmittel gefunden hatte. Eine andere Quelle war auf den Pariser Barrikaden gemachten Vertheilungen hieß sich nicht auffinden. — (Hr. Trelat: Ich verlange das Wort.) Die Brigadiers und Zahlmeister der Nationalwerkstätten mußten dem Aufstande als Kassenmeister dienen. Alles war also bereit und am 23. Juni bricht der Aufstand plötzlich über ein Drittheil von Paris aus. Der Oberst Rey, vom General Perrot mit Führung einer Kolonne beauftragt, besprengte die Aufsätzen dazu als sie gerade in den Bewegungsstrecke von Saragossa. Alles war mit wahrer Kunst und offenbar schon lange vorher zur Vertheidigung der Vorstädte vorbereitet. Zahl und Banart der Barrikaden bewesen dies unumstößlich. In einem Brustschutzwehr aufgeführten Maurerschlage aus den letzten Stunden des Aufstandes hieß es: „Wir wollen die bewaffnete und soziale Republik. Auf Bürger! Keiner von euch darf beim Appell fehlen; wenn ihr in verbesserter Hartnäckigkeit bei so viel vergossenem Blute gleichgültig bleibet, so werden wir alle unter dem rauchenden Schutte der Verfaud St. Anton

sterben! Denk an eure Frauen, eure Kinder, ihr werdet euch nun aufschließen!“ Also war Mord, Plünderung, Brand, Vergiftung der Patronen ergnifft. Also trug den Charakter eines Kriegs von Wilden, würdig der Zeiten der scheußlichsten Barbarei.

Was that nun die Regierung gegen diesen furchtbaren Angriff? Die öffentliche Meinung sprach laut ihre Entrüstung darüber aus, daß die Zuhörungen an die Nationalwerkstätten selbst während des Aufstandes fortgesetzt wurden. Diese Maßregel war insofern von dem Präsidenten der Nationalversammlung und dem Chef der vollziehenden Gewalt im Einverständniß getroffen worden. Die fürchtete, den Barrikaden noch Zuwachs von denen mehr zuzuführen, wenn man zahlreichen Arbeitern ihre gewohnten Tagslöhne entzöge. Der Berichterstatter sucht hier einen Irrthum zu berichtigen, der in der Bevölkerung und in der Nationalgarde herrschte. Ueberall beklagte man sich darüber, die Armee nicht zu sehen, während von allen Seiten ihre Widerstand Barrikaden sich erhoben. Man glaubte sich verrathen. Inzwischen erklärt sich diese Lage durch die Berechnungen und Plane des Generals Cavaignac. Dieser hatte vor Truppen zum Sieg der Nationalversammlung ihr konzentrirt und suchte sie von da aus successiv nach den Hauptpunkten des Kampfes. Er wollte sie nicht zersteren in schwache Abtheilungen, um sie nicht vereinzelten Niederlagen und Kapitulationen und dadurch der Demoralisation auszusetzen. Die Vertheidiger der Ordnung sollten dem Aufstande überall mit überlegener Kraft entgegentreten, und durch heftige Schläge dessen Hebelage unerschüttert zu machen. Der Erfolg rechtfertigte nun diesen Plan. Das geschichten Greuels. Aus den amtlichen Listen erhellt übrigens, daß in und um Paris mehr als 25,000 Mann Truppen standen, die alle in Muth und Umgebung wetteiferten.

Der Berichterstatter geht nun auf die Betheiligung politischer Männer über, in sofern sie eine solche aus den Anklageschriften der Nationalversammlung und kommt zuerst auf Ludwig Blanc, dessen Einfluß auf die Insurrection zwar nicht direkt nachgewiesen, aber darum aber nicht minder unbestreitbar scheint. Hr. Trelat, ehemaliger Minister der öffentlichen Arbeiten, machte folgende Zeugenaussage: Ich weiß nichts Besonderes von einem Besuche des Hrn. Ludwig Blanc in den Werkstätten von Clichy einige Tage vor der Schilderhebung vom 23. Juni. Aber in meinen Zusammenkünften mit den Arbeitern habe ich überall seine Sprache, seine Ausdrucksweise, seine Betonung, sogar seine Geberden, kurz alle seine Eingenheiten wieder erkannt. Ich habe mich selbst oft genug darüber vor den Augen in einer Versammlung von Arbeitern der Neredyn. Ich hörte da seine eigenen Ausdrücke; ich glaubte, er sei nur wenige Augenblicke vor mir da gewesen, so lebhaft war der Eindruck seiner Persönlichkeit. Ludwig Blanc war mir ein alter Freund, allein nach allen diesen Dingen habe ich nicht mehr den Muth, mit ihm zu sprechen. Ich betrachte ihn als den Urheber alles Unheils, das mich betroffen hat. (Bewegung.) In Betreff der Abreise des Hrn. Emil Thomas sagt der Zeuge Trelat: ich sagte ihm, wohin er zu gehen habe. „Ach, das wäre nicht so gefommen, wie er sagte, wenn ich die Vorschläge Ludwig Blancs angenommen hätte; ich hatte eine Armee von 100,000 M.; die Dinge hätten vielleicht am 15. Mai eine andere Wendung genommen.“ (Neue Bewegung.) Wenn ich die Worte des Emil Thomas mit der wahrgenommenen Verabredung in der Stimmung der Arbeiter zusammenhalte, so wußte ich gar der Ueberzeugung gelangen, daß Ludwig Blanc es war, dessen Einfluß in den Werkstätten vorherrschte, und daß alles Uebel ihm beigemessen werden mußte.“ Der Bericht eines Polizeikommissärs vervollständigt diese Erklärung des Hrn. Trelat. Die Werkstätte der Schneidergesellen von Clichy wird darin ausdrücklich als eine Anwendung der Theorien des Luxemburg bezeichnet. Ludwig Blanc hatte sie am 28. März gegründet und daß 1500 Arbeiter darin verbunden. Drei Assecation verdiente gewissermaßen den Namen der brüderlichen, den sie sich gab, denn sie geschickteste Zuschneider erhielt nur 2 Fr. des Tags, wie der ungeschickteste und nachlässigste Flicker. Der schlimmste Geist herrschte unter diesen Arbeitern und sie nahmen ihre ultrademagogischen Grundsätze durch das Lesen der heftigsten Blät.er. Am 15. Mai rackten sast alle gegen die Nationalversammlung, um sie zu sprengen, und während der Zusage erschien eine große Anzahl nicht in der Werkstätte. Der Berichterstatter bemerkt, daß Ludwig Blanc selbst erklärt habe, am Abend vor dem 23. Juni die Werkstätte von Clichy besucht zu haben. (Ludwig Blanc unterbrechend: ich habe nicht gesagt, am Abend zuvor!) Derselbe versicherte, die beste Gesinnung herrschte in dieser Werkstätte. Man sieht den Widerspruch zwischen dieser Erklärung und dem angeführten amtlichen Berichte.

Der Berichterstatter kommt nun an Cauffidiere. Er erinnert daran, wie der Manerauschlog, welcher Cauffidiere zum Präsidenten der Republik erlangte, nur wenige Tage vor dem 23. Juni erschien. Die Kommission verfolgt nun die Scheitte des Hrn. Cauffidiere in den verschiedenen Phasen des Kampfes, wie sie auch den Zeugenaussagen hervorgehen. Der Maire von Paris und Hr. Edmond Adam sagten aus, daß die Aufständischen in der Vorstadt St. Anton und in der Cite überall den Namen Cauffidiere aneriefen. Einer der Stadtwächter von Paris erklärt, auf den Barrikaden die Aeußerung gehört zu haben: „Cauffidiere kommt nicht, wir sind verloren, und er schickt uns auch keinen Agenten; aber wir werden aushalten bis aus Ende.“ Die Aussage der Frau dieses Zeugen scheint sogar anzudeuten, daß Cauffidiere wirklich auf den Barrikaden gewesen war, sie aber in dem Augenblicke der Gefahr wieder verlassen hatte. (Hr. Cauffidiere: Wenn ich hingegangen wäre, wäre ich nicht mehr zurückgekommen.) Ein anderer Zeuge, Namens Gregoire, bestätigt diese Aussage. Dieser hatte auf dem Platz Maubert mitten unter den Insurgenten die Worte gehört: wenn Cauffidiere gekommen wäre und hätte uns die Waffen strecken heißen, so hätten wir ihm gefolgt. Auch Lebedyde für Ludwig Blanc hat derselbe gehört. Der Zeuge Hr. Lacrosse gibt an: ein in der Vorstadt Poissonniere gefangener Aufrührer erwiderte auf die Frage, warum er sich schlage, wer sein Chef sei: Mare Cauffidiere. Der Zeuge Coffin, in dessen Haus am 25. Juni eine Ambulanz errichtet war, hörte eine große Zahl von Rebellen sich darüber beklagen, daß Cauffidiere es ihnen an Schießbedarf fehlen lasse. Als endlich Patronen ankamen, sagten sie: ah, Cauffidiere hat sein Wort gehalten. Der Zeugenaussage Bertrands hat der Kommissar die übrigens notorische Thatsache bestreitet, daß der Name Cauffidieres in den von dem Aufständischen besetzten Quartieren als Losungswort diente. Die Formel lautete bald: „Cauffidiere und Republik,“ bald „Caen und Cauffidiere.“ Nun folgen zwei wichtige Zeugenaussagen in Betreff Cauffidieres; sie kommen von zwei Männern im Dienste der Polizeipräfektur, aber deren Mitwirkung der Kommission die besten Zeugnisse vorgelegt wurden. Herr Rollet gibt an, am 23. Morgens 11 Uhr zusammen mit Hrn. Bozon die Errichtung von Barrikaden an mehrern Punkten gesehen zu haben. Officiere der Nationalgarde leiteten den Bau; man wollte ihn zwingen, mit zu arbeiten, er entschuldigte sich aber mit einer Verwundung an der Hand. Vor der Kirche St. Paul in der Straße St. Anton sah er Cauffidiere, der eben eine Barrikade überschreiten hatte, welche, wie es ihm schien, die Montagnarden zu errichten im Begriffe standen. Er glaubt wenigstens an den sinken Gesichtern und den Bärten, die sie trugen, die Montagnarden erkannt zu haben. (Gelächter.) Einige dieser Leute verließen die Barrikade und drückten Hrn. Cauffidiere die Hand. Sie schienen sich zu beglückwünschen, aber ihre Worte hat er nicht gehört. Auch Herr Bozon gibt an, mit Rollet zusammen Cauffidiere gesehen zu haben und deßhalb alle übrigen Umstände der Aussage desselben. Cauffidiere läugnet dagegen förmlich, am 23. Juni in der Straße St. Anton gewesen zu sein; er wäre den ganzen Morgen zu Hause gewesen, da sein Weib niedergekommen sei; er erinnere sich nur 12 , ein Cabriolet genommen zu haben, um nach neun Uhr direkt nach der Nationalversammlung gegangen. Er will mit mehrern seiner Kollegen im Saale des Pas-perdus gesprochen, und namentlich Hrn. Buchez die Worte gesagt haben: „Thäte man nicht gut, nach den Barrikaden zu gehen? Wir müßten unserer aber wenigstens ein Dutzend sein, um die Aufrührer zum Niederlegen der Waffen zu bewegen.“ Hr. Buchez erklärt aber, Cauffidiere habe ihn am 23. Juli gar nicht gesprochen, ja er erinnere sich nicht einmal, ihn nur an diesem Tage gesehen zu haben. Im Widerspruch hiemit bringt Hr. Cauffidiere schriftliche Zeugnisse einer Anzahl von Repräsentanten bei (darunter von F. Lasteyrie, Xavier Durrieu, Flocon, Lammenais, Confiderant, Felix Pyat, Raspail, Jules Bastide), welche ihn in den Tagen vom 23. bis 26. Juni ununterbrochen in ihrer Mitte in der Nationalversammlung gesehen haben wollen.

(Schluß im Hauptblatte morgen.)

Deutschland.

Bayern. — ^ Amberg, 6. August. Auch hier wurde der 6. August mit inniger Freude als ein deutsches Fest begrüßt. Von vielen Häusern wehten deutsche und bayerische Flaggen, und um 9 Uhr rückte das dritte Bataillon des zehnten Regiments (das erste und zweite sind gegenwärtig in Bamberg) in Parade auf dem Marktplatze aus. Nach Verlesung der zu dieser Feier erlassenen Proklamationen brachten die Truppen unter dem Donner der Geschütze stürmische Hoche aus Se. Maj. dem Könige Maximilian II., Se. kaiserl. Hoh. dem Erzherzoge Johann von Oesterreich und dem gesammten Deutschlande. Königlicher Beamte, Officiere der Landwehr und der Magistrat wohnten dieser schönen Feier bei, und das zahlreich anwesende Publikum zeigte durch seine rege Theilnahme, daß es die Bedeutung des heutigen Tages zu würdigen wisse. Viele Bürgerabendfeste versammeln sich heute im Gasthofe zur wilden Manne zu einem Festmale, wo es an patriotischen Toasten nicht fehlen wird. — Auch zu Augsburg, Nürnberg, Regensburg, Würzburg wurde die Feier in ähnlich patriotischem Geiste begangen.

^ Bamberg, 7. August. Von hier gibt es wieder mancherlei Interessantes zu berichten. Für heute nur so viel, daß unser konstitutionellmonarchischer Verein sich immer mehr erweitert und befestigt, und seine Thätigkeit auf ersreuliche Weise sich kund gibt. Er hat sich bereits mit dem gleichgesinnten Verein zu Nürnberg und mit andern in Verbindung gesetzt, und wird demnächst Beschlüsse fassen über die angemessene Benutzung der Presse für die Verbreitung und Handhabung der in seinem Programm aufgestellten Grundsätze. In seiner jüngsten Versammlung besprach er mit Eben die viel Umsicht als Würde und deutschem Sinne das in Preußen leider um sich greifende sprossende Unkraut des Ultra-Prinzipismus, und beschloß, eine Adresse dröhalb an die Nationalversammlung in Berlin zu erlassen. Zu ihrer Absassung wurde sogleich ein Ausschuß erwählt; sie ist heute dahin abgegangen und lautet wie folgt: „Als sich das deutsche Volk zur Errringung seiner Freiheit erhob, da schlossen alle Stämme unseres gemeinsamen Vaterlandes einen geistigen Bund der Verbrüderung, und wie mit einem Zauberschlage ertönte aus allen deutschen Gauen der Ruf nach Einigung und Einheit. Es war dies der begeisterte Ruf längst niedergehaltener Gefühle, die Kundgebung des wieder erwachten Nationalsinnes und der unzweideutigste Ausdruck der Ueberzeugung, daß es für Deutschland ohne Einheit keine Freiheit, und ohne Beide keine ehrenvolle und großartige Zu-

unft gebe. Aufgerfangt wurde das schwarz-roth-goldne Banner in Berlin wie in Wien, am Rheine wie an der Ifar, und als der erbauete König des hochherzigen Volkes der Preußen die wichtigen Worte sprach: „Preußen gehe auf in der Einheit Deutschlands," wiederhallte der Jubel durch das ganze deutsche Reich. Der Nationalversammlung zu Frankfurt wurde die Aufgabe, die Idee der Einheit zu verwirklichen — eine Riesenaufgabe unter den gegebenen Umständen. Mit jedem Tage steigerten sich die Hoffnungen bei den Verbündeten über den Ausgang des prosperirenden Zentralgewalt, und als es in dem Momente der gesteigerten Befürchtung dem kühnen Griffe des edlen Gagern gelang, Deutschland vor Zerfall und Anarchie zu wahren, da umarmten sich nur Thränen in den Augen die Abgeordneten aller deutschen Lande in der Paulskirche über diese glückliche Wendung der Dinge, und frendentrunken rechten sich die deutschen Stämme die Bruderhand. So schien Deutschland gerettet und der Triumph aller Gutgesinnten über die Anarchisten schon gesichert. Doch schon nach wenigen Tagen wurde dieser Triumph getrübt. Das Aufwachen von Bruderzwistbrungen in einem Lande, wo man solche nimmermehr erwarten konnte, erregte neues Bangen, neue Besorgnisse. Wir bewohner der Stadt Bamberg theilen diese Besorgnungen nicht. Wir hoffen fur unwahrscheinlich, daß unser edles Brudervolk der Preußen Deutschland in einem Momente verlasse, wo es von den Grausamen zu seinen Freuden und Größe ist. Wir hoffen daß in den preußischen Gebirgen so gross, zu erwarten, als daß es einer Ehrwürde seines Ruhm und seine Größe opfern könnte. Zu, es ist nicht weiter als ein unglückseliger Wahn, daß Preußen seine Geschichte und seine Größe durch die Einheit Deutschlands verlieren werde. Es ist dies ein Wahn, der, wenn er nicht niedergekämpft wird, zur Anarchie und Reaktion notwendig führen müßte. Darum wenden wir uns, der wir es uns zur Aufgabe gesetzt haben, für die Errungenschaften des preußischen Volkes und für die Rechte der Krone kräftig einzustehen, an alle constitutionellen Staatsforen bei jeder Gelegenheit einzutreten, an die erhabene preußische Nationalversammlung, um gleich anderen deutschen Städten diese unsere Sympathien für die Einheit Deutschlands, sowie für die Ehre und den Ruhm des preußischen Volkes auszudrücken. Wir vertrauen in Ihnen die Repräsentanten eines Brudervolkes, das mit Recht stolz auf seine Geschichte blickt und das auch fortan nach innigster Vereinigung der deutschen Stämme seine ruhmvolle Laufbahn zu wandeln wissen wird. Wir zwar nur ein kleines, aber ein fur das Gedeihen unseres gemeinsamen Vaterlandes begeisterten Häuflein, reichen Ihnen die Bruderhand, und geben und der sichern Erwartung hin, daß es Ihnen gelingen werde, die Sonderbestrebungen, von welcher Seite sie nur immer kommen mögen, niederzuhalten, und so Deutschland vor Schmach und Zerrnttung zu bewahren. Hoch das neue, freie Deutschland! — Bamberg, 6. Aug. 1848." (Folgen die Unterschriften.) — Möge diese Adresse nicht ohne Echo bleiben, sie zugleich gerate am 6. Aug.-st erlassen. — Die Feier der Verkündigung des Amtsantrittes des Erzherzogs-Reichsverwesers ist gestern in unserer Stadt mit voller Anerkennung ihrer hohen Bedeutsamkeit erfolgt. Die Truppen in Bamberg haben sie mit wattiger Begeisterung fur König und deutsches Vaterland vorgenommen, und, gleich reger Theilnahme der Erwachsenen-seits, die alle Straßen, welche die Truppen durchzogen, mit deutschen und bayerischen Fahnen reich geschmückt hatte.

Württemberg. Stuttgart, 3. August. Unser Kronprinz weiß sich immer mehr beliebt zu machen und das Volk, mit dem er bisher wenig verkehrte, zu sich zu gewinnen. Den Uebungen der Burgerwehr wohnt er mit großer Vorliebe bei und freut sich an deren Haltung und gutem Geist. Den Stand der Handwerker anerkennt er mit wirklichen Begeisterung, wie auch seine Gemahlin aller Wohlthätigkeitsanstalten aufs lebhafte sich annimmt. Die zahlreiche Klasse derer, welche bei den Revolutionen des Hofstaates, durch d. Schließung des Hoftheaters entbehrlich werden, erwartet von ihm Wiederanstellung. Die Wirkung der Regierung ist. zum erstenmal seit seines königlichen Vaters Abdankung, seinen Pomben answesend, ein Umfang, ganz unerwirkt an und für sich, und wenigem aber die Gegenwart Sr. Majestät des Königs wird folgen will. — Der Ruf nach Schleswig trifft unsere Truppen kampfbereit und nach aller Schwabenart kriegslustig.

Kurhessen. — Kassel, 3. August. Dem Vernehmen nach sollen auf Verlangen der provisorischen Reichs-Zentralgewalt vier Bataillone kurhessischer Truppen in voller Stärke mobilisiert werden, um zu Frankfurt und im Großherzogthum Baden zum Ersatz der großherzoglich badischen Truppen und des Stadt Frankfurtischen Bundescontingents, welche zur Verstärkung des deutschen Armeekorps in Schleswig-Holstein nachgesandten haben, Garnison zu nehmen. (Kass. Z.) (C. D.-P.-A.-Z.)

Herzogthum Limburg. Aus dem Limburgischen, 3. August. Man sieht es jetzt klar, daß die Regierung entschlossen ist, in der Limburg Frage nicht nachzugeben und daß der Minister Lightenvelt in diesem Sinne arbeitet. Der Stadtrath von Maestricht hatte am 25. Juli eine zweite Adresse an den König vorteil, die Angelegenheiten von Limburg betreffend und die Erhaltung seiner Unabhängigkeit. Die Antwort hierauf vom 28. gegengezeichnet vom Minister de Kempenaer lautet im Wesentlichen, daß die von Sr. Majestät früher gethanen und geäußerten Gesinnungen sich nicht geändert hätten, und der Stadtrath aus den bereits gegebenen Maßregeln wohl werde ersehen können, wie sehr seiner Majestät an der Erhaltung der Provinz mit sammt ihren Hauptstadt gelegen sey. Bereits sind Befehle zu Verstärkung der Truppen in unserm Herzogthume ertheilt. In wenig Tagen werden 600 Mann in Venloo und Roermonde eintreffen. Binnen 8 Tagen versammeln sich die Milizen in der Provinz und 1 Bataillon geht nach Maestricht. „Gott weiß was uns noch bevorsteht" sagt das im holländischen Sinne schreibende Journal du duché de Limbourg „allein es komme, was da wolle, die Regierung kann die Vereinigung Limburgs mit Deutschland nur der Entscheidung durch die Mächte anheimgeben, andere vertragt es sich nicht mit der Ehre des Königs; Irrthumlich wurde die Anwesenheit des Herrn Schoenmoekers bei der Conferenz des Ministers Lightenvelt mit Herrn v. Sperpenzeel-Hoofd erwähnt. Herr Schoenmoekers ist nur hierher bei dem Minister Lightenvelt gekommen zu derselben dulte zurück nach Maestricht einladen lassen. Dieser weigerte sich in eine Festung zu gehen, und schlug als Ort der Zusammenkunft Bierk vor. Dieser Ort war dem Minister nicht genehm und er bestimmte endlich das Schloß Baerbaricl als Ort der Zusammenkunft. Der Minister soll Herrn von Sperpenzeel, welchen er mit als ein Parteihaupt ansehe kannte, mit diesen Worten erklärt haben, daß die Regierung entschlossen sey, das Recht auf Limburg bis zum letzten Augenblicke festhalten, daß eine mobile Kolonne errichtet sey, um die Ruhe aufrecht zu erhalten und die Steuern einzutreiben; daß diese Kolonne wollen Gebrauch ihrer Gewalt brauchen würde wo es nöthig sey; daß es im Interesse des Volkes sey, Unterwerfung unter das Gesetz zu predigen, daß er Hrn. v. Sperpenzeel hiemit auffordere, dieses zu thun, und daß, wenn Blut fließen würde, dieses von Gott und den Menschen auf ihn kommen würde! Darauf hätten sich die Mitteilungen des Ministers beschränkt. Herr v. Sperpenzeel hätte seine friedlichen Absichten bethauert und Alles aufzubieten versprochen, um eine friedliche Lösung der schwebenden Frage herbeizuführen.

Preußen. — Berlin, den 2. Aug. Ein Polit. schreiber vorgestern Abend meinem Volkshaufen in gebrochenem Deutsch aufwiegelnde Reden hielt, wurde von einem Burger durch einen Faustschlag unter den Augen zu Boden gestreckt: „So ein Bengel, der noch nicht einmal deutsch kann, will Politik treiben!" Allgemeines Hurrah folgte. — Die große Mehrzahl unserer Bürgerwehrcompagnien hat sich dafür entschieden, daß fortan dem Militär sowohl der ganze Wachdienst und namentlich auch die Besetzung der Hauptwache überwiesen werde. (D. A. Z.)

Herr Held, der Revisions-Volksführer" aus den Märztagen, hat wegen der Redlichkeit seiner Agitationsmittel eine schlimme Erfahrung über sich ergehen lassen müssen. Die Berliner Blätter enthalten eine Bekanntmachung des Staatsanwalts beim kön. Kammergericht des Inhalts, daß Held kürzlich in einem Placate „Ganz Berlin und halb Preußen in Anklagezustand" wörtlich Folgendes gesagt habe: „So eben erhalte ich aus glaubwürdiger Quelle die Nachricht, daß von Seiten der Reaction mehrere geheime Vereine gebildet worden sind, deren Zweck haben, durch falsche Anklagen und falsche Zeugen Aufregung (Meuterei) hervorzubringen, um der liberalen Partei die Schlingen zu bringen. Dies dem Volke zur Kenntnißnahme." Der Staatsanwalt habe, weil gedachte Vereine, deren Zweck auf eine Reaction gerichtet sei, wider die Gesetze seien, Hr. Held aber keine ganz Wissenschaft gerichtlich vernehmen lassen. Hierbei hat derselbe erklärt: „daß er über das Bestehen von dergleichen geheimen Vereinen Nichts wisse", und „daß er mit der Behauptung: „jene Nachricht aus glaubwürdiger Quelle erfahren zu haben", nur beabsichtigt habe, seine Angabe in den Augen des Publikums wahrscheinlicher zu machen, zumal diese Physe bei Zeitungs-Nachrichten eine sehr gewohnliche sei." Zur ridlichen Beherzigung seiner gerichtlichen Aussagen hatte er sich nicht verstehen wollen, weil er — wie er angegeben — seinen Gott anerkenne und sein Gewissen so beschaffen sey, daß jede Eidesleistung verbiete. — Die Sache der Freiheit und des Volks, meinen wir, ist zu gut, als daß sie mit so schlechten Mitteln gethan sein soll.

Oesterreich. Innsbruck, 7 Aug. Also morgen verlassen uns der ganze kaiserliche Hof, und auch die Reichstagsdeputation kehrt nach Wien zurück. Entsetzlich muß in den jetzigen Tyroler-Seelen ein „Abschiedswort an Tyrol" einwirken lassen, worin sie fur den herzlichen Empfang dankt, der ihr während ihres Tyrol zu Theil geworden. „Lebt wohl" — rufen sie unter anderm den guten Tyrolern zu — ihr herrlige Söhne des Gebirgslandes, dem die Hofer und Speckbacher niemals setzen werden, wenn ein übermüthiger Feind das Gesammtvaterland zu bedrohen sich erfrecht, da wo ihr die unbesiegbaren Grenzwächter seyd." Vorgestern Abends hatten die Nationalgarde und die hiesigen Studtschützen ihr noch einen großen Fackelzug zum Serenade gebracht. Dabei erwarten begeisterte Lebehochs dem Erzherzog Johann, dem festen Oesterreich, allen tapferen Deutschen, der tapferen Armee und ihrem greisen Führer. Der Präsident des Reichstags Dr. Schmitt richtete von den Fenstern seiner Wohnung patriotische Worte an das versammelte Volk und schloß mit einem Lebehoch auf den Kaiser, das einen donnernden Wiederhall von Seiten des Volkes fand. Auch die Abgeordneten Dr. Fischer von Wien und Borrosch von Prag nahmen noch das Wort, dankten den Tyrolern für die herzliche Aufnahme, die sie selbst, die Kaiser bei ihnen gefunden, und schlossen Beifallsruf der Tyroler in Vertheidigung der Grenzen des Vaterlandes. Sie stimmten mit einem Hoch auf Tyrol und seine Bewohner. Als darauf das Arabische „Was ist des Deutschen Vaterland" gesungen wurde, wurden unter stürmischem Jubel auch „dem einigen freien Deutschland und dem Erzherzog Johann" begeisterte Lebehochs ausgebracht. — Gestern Abend ist auch eine Deputation des ausgerischen Reichstages hier eingetroffen. Mittes in dem allgemeinen Jubel und denselben nach erschallt, wurde auch noch von unserm Militärkommandanten Generalmajor Clinschied eine neue Siegespost des herrlichen Feldmarschalls Radetzky

nerösfeldlicht. Dasselbe folgt hier. Kriegsbülletin. Die neuesten Operationen der braven Armee von Italien bringt Feldmarschall Graf Radetzky aus seinem Hauptquartier St. Donato unterm 4. Aug. 6 Uhr Abends mit folgender Eröffnung hieher zur Kenntnis: „Ich bin am 4. Aug. früh aufgebrochen und mit 3 Armeekorps, nämlich mit dem 1ten, 2ten und dem Reservekorps bis San Donato gegen Mailand vorgerückt. Bei San Donato entspann sich sogleich ein Gefecht mit den piemontesischen Truppen, welche eine Stellung vor Mailand genommen hatten. Das 1te Korps stieß jedoch den Feind so lange in der Front, bis seine rechte Flügelbrigade unter Kommando des Generalen Grafen Clam dem Feinde links — so wie das parallel mit dem 1ten marschirende 2te Armeekorps — demselben rechts in die Flanke manövrirte, worauf der Feind gewichen und bis nahe an die Mauern der Stadt verfolgt wurde. Das 2te Korps 10. Jägerbataillon von der Brigade des Grafen Strassoldo drs 1ten Korps, welche den Feind in der Front aufhielt, hat bei dieser Gelegenheit einen ernsteren Zug auszuführen Tapferkeit bewiesen, indem sie die 1te, 4te, und 5te Kompagnie selben unter den Hauptleuten Brandt, Zahlonsky, Bot und Brandenstein links und rechts der mit Kanonen eingeschlossenen Straßen so weit vorwärts stürmten, bis sie eine ganze feindliche 16pfündige Batterie in ihrem Rücken angreifen, — die Mannschaft, die sich wehren wollte, und einige Pferde niederschossen und hierauf sich triumphirend dieser Batterie bemeisterten. Eine Abtheilung der Jäger brachte die Batterie in vollen Jubel in Hauptmarsch. Heute wurden bei vorderen 4 Offiziere und 120 Mann durch die Brigade Strassoldo gefangen genommen. Ich bin nun in der Erwartung, ob die Stadt Mailand, in welcher, so viel ich in Erfahrung brachte, sich zwei Parteien um die Herrschaft streiten, mir morgen die Thore öffnen oder eine Deputation senden werd. Sollte keines von Beiden im Laufe des Vormittags erfolgen, so werde ich die Stadt auffordern, sich auf Gnade oder Ungnade zu ergeben, und wenn sie nicht Folge leistet, meine weiteren kriegerischen Maßregeln nehmen. Eben erhalte ich auch vom Aten Armeekorps die Meldung, daß sich Pavia mittelst einer Deputation diesem Korps ergeben habe. Der Feind hat die Brücke über den Po bei Pizzighitone abgebrochen. Ich gehe somit sogleich dem 4ten Korps den Befehl, mit Zurücklassung einer angemessenen Garnison zu Pavia über Abalegrasso auf der Straße von Magenta dem Feinde in den Rücken zu marschiren und ihn anzugreifen, sollte er aber den Ticino schon überschritten haben, denselben auf der westlichen Seite einzuschließen. Radetzky, Feldmarschall.

Bern, 4. Aug. Aus Mailand langte heute von dem eidgenössischen Konsul ein Schreiben, datirt 2. August, an, welches die interessante Nachricht enthält, daß die provisorische Regierung die offizielle Mittheilung erhalten habe, Lord Abercromby, der großbritannische Gesandte in Turin, habe sich nach dem Kriegsschauplatz begeben, um zwischen den kriegführenden Parteien einen Waffenstillstand zu Unterhandlungen herbeizuführen. Sollte der österreichische Feldherr nicht eintreten, so hat der englische Gesandte die Zusicherung zu erklären, daß England vereint mit Frankreich für die Unabhängigkeit Italiens intervenieren werde. (Bern. Bersf.)

Die Veroneser Zeitung vom 4. d. berichtet unter anderm, daß am 2. d. der englische Gesandte am Turiner Hofe. Hr. Abercromby, in unserem Hauptquartiere (Carano) erschienen sey und eine Unterredung mit dem Marschall Radetzky verlangt habe, mit dem er sich über eine Stunde lang unterhielt. Weiter heißt es: Unser Marsch durch die Lombardie gleicht einem wahren Triumphzuge. Aus allen Richtungen ziehen die Landleute mit Weibern und Kindern unter den unzweideutigsten Freudenbezeugungen unserem Heere entgegen und empfangen den Marschall mit dem lebhaftesten Zurufe und unter lauten Evvivas. Das nämliche Veroneser Blatt enthält eine weitläufige Kundmachung, wodurch die Wiedereinführung des Lotto (!) in den rückeroberten Gebietstheilen des lombardisch-venezianischen Königreichs bekannt gegeben wird.

Das Veroneser Blatt enthält ferner eine amtliche Bekanntmachung der Lombardisch-Venetianischen Sektion des obersten Gerichtshofes dto. 27. Juli, worin angezeigt wird, daß mit dem 16. Aug. 1. Js. drei Appellationsgerichte für das Venezianische in Wirksamkeit treten werden, nämlich zu Verona für die Provinzen Padua und Vicenza, zu Padua für die Provinzen Verona, Treviso und Rovigo und zu Treviso für die Provinzen Udine und Belluno so wie für die Preturen Portogruaro, St. Dona, Oola, Mestre, Cavazere, Korvo und Corsana in der Provinz Venedig. In einer weitern Kundmachung wird angezeigt, daß alle Civil- und sonstigen Akte der Justizbehörden, die eine öffentliche Kundmachung erfordern, von nun an bis auf Weiteres in das Veroneser Blatt werden eingeschaltet werden.

Großbritannien.

* Dondon, 3. August. Vorgestern ging zu Dublin das Gerücht, daß Smith O'Brien und Meagher auf einem Dampfschiffe nach Frankreich entflohen seien. Dillon soll das Gleiche gethan haben. Die Armee, welche in den Bezirken konzentrirt ist, wo die Rebellen sich festgesetzt haben, hat sich am 1. August in Bewegung gesetzt, um das Land zu säubern und die aufständige Bewegung zu ersticken.

Nachschrift.

X Frankfurt, 7. August. (Reichsversammlung.) Heute erlebten wir wieder einmal merkwürdige Auftritte, die Amnestiefrage war an der Berathung, zum verschiedene Redner der äußersten Linken, v. Jostein, Detailung, Simon von Trier und Wiesner aus Wien kamen in stundenlangen Reden, unter großem Beifall der Galerie, ihre republikanischen Theorien aus. Die Versammlung war geduldig genug, sie ruhig aussprechen zu lassen, da trat aber Brentano auf, ein Advokat aus Bruchsal, selbst in Baden verhaßt, seiner Gesinnungen erst von vorgestern war sein Haus zu Bruchsal vom Volke angegriffen worden. Kurzem

Nr. 37.

Neue Münchener Zeitung.

Donnerstag den 10. August 1848.

Abonnementspreis: Ganzjährig 8 fl. Halbjährig 4 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einsendungsgebühr: die erstzeilige Petitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

Zur gefälligen Beachtung.

Von mehreren Seiten kommen uns Nachforderungen fehlender Nummern der „Neuen Münchener Zeitung" vom Monate Juli zu. Wir erlauben uns darauf zu erwidern, daß, weil sich im Laufe vorigen Monats die Zahl unserer verbrüchten Abonnenten auf vorderhand nicht genau bestimmbare Weise um mehr als das Doppelte vermehrte, und wir deßhalb zu unserem Bedauern nicht im Stande waren allenthalben ja vollständige Exemplare zu versenden. Aus diesem Grunde bitten wir die Bestellungen auf das Blatt recht bald zu machen, um rechtzeitig unsere Auflage bestimmen und unseren verehrlichen Abonnenten künftig vollständige Exemplare liefern zu können.

Wir bemerken zugleich, daß Bestellungen außerhalb Münchens nur bei dem einem jeden Tit. Abonnenten zunächst gelegenen Postamte, niemals direkt bei der Redaktion oder Expedition zu machen sind. Eben so sind alle Reklamationen wegen nicht regelmäßigen Eintreffens der „Neuen Münchener Zeitung" an die betreffenden königl. Postämter zu richten, bei denen die Bestellungen gemacht worden. Nur auf diesem Wege ist Abhilfe möglich und geschehen.

Die Expedition der „Neuen Münchener Zeitung.

Die Scholastokratie.

(Aus einem Frankfurter Briefe vom 6. August.)

X Die Hoffnungen der Republikaner liegen viel niederer, obgleich nicht gelängnet werden kann, daß sie während der vergangenen Woche in der Paulskirche etwas an Boden gewonnen haben. Die Schuld daran trägt der Mangel an allem praktischen Sinne bei einem großen Theile der anwesenden Professoren und die Eitelkeit, von der Gallerie beklatscht zu werden, über welche selbst Männer mit eisgrauen Haaren nicht immer Meister zu werden vermögen. Das Betrauen in die Unfehlbarkeit der Versammlung hat übrigens in den letzten Tagen bedeutend Noth gelitten und selbst die pfiffige Bürgerschaft fängt an bedenklich zu werden, seit sie die Bonlieue sieht, worauf in der Paulskirche alle jene Anträge behandelt werden, welche darauf hinausgehen, den selbstständigen Gewerbsbau und die corporative Unabhängigkeit der Innungen zu beseitigen, und dafür einen in der Stadtkuhe zur Welt gekommenen Mechselbalg unterzuschieben, eine Gewerbeverordnung, die den Bürgerstand Gnadengeld werden zu heißen, nach seinem Unterpfalz ihm zu gewährenden im Stande ist, und welche schlechterdings kein anderes Resultat haben wird, als den Geldbaronen, welche hier ohnehin schon eine große Rolle spielen, vollends zur Alleinherrschaft zu verhelfen. Diese unselige Verkennung der wahren Interessen des Volkes herrscht übrigens auch noch in andern Beziehungen der einen Hälfte der Abgeordneten; man erinnere sich nur an den Eumarsch, die Befugnisse der Reichsgewalt betreffend, welchen Dahlmann, Beseler und Mittermaier zu Wege befördert haben. Kann man sich etwas einseitigeres, unklugeres, ja, man verzeihe den Ausdruck, gestlosereres denken, als diese jedes eigenthümlichen Gedankens entbehrende Kopie der französischen Zentralherrschaft, dieses Exerzirt aus allen Verfassungen Europas, das vielleicht in Paris und Moskau, aber wahrhaftig nicht in einem Deutschland mit Jubel aufgenommen zu werden geeignet ist. Wo bleibt denn noch jeder Entwurf auch nur eine Spur von freier Bewegung für die Einzelstaaten übrig? Wo auch nur die geringste Macht sich gegen die Omnipotenz dieser neubackenen Ritter von der fahreden-Hahn, dieser Herren von Simmenzeitesgnaden zu schützen und zu wahren? Haben wir Deutsche deßhalb die Burgen des Faustrechtes gebrochen, die Scheerschiffe der Barenstaufen gestürmt, um jetzt dem absoluten Professorthum oder der Schulstokratie in die Hände zu fallen? Da sitzen die Herren bei einander und machen Gesetze und Verfassungen und Grundrechte, Gemeinde- und Gewerbe-Ordnungen und Gelangungsinstruktionen, Kriminalprozeduren und Zollcartele, Wechselgesetze und Kriegsartikel, Alles im neuesten dritten Geschmack, unter lautem Beifalle der Schreiberzgesellen und Handwerksburschen, welche zur Zeit die Souveränetätsrechte des deutschen Volks auf der Gallerie ausüben! Frägt man aber, was nach dieser Allgefetzgebrei dem Volke selbst, was den Vertretern der einzelnen Stämme noch zu thun übrig bleiben werde, so fällt die Antwort sehr mager aus. Es werde auch in der That, hört man seit kurzem sagen, zu großen Weltausstellen fahren, wenn jede Stadt und jedes Land hinfüro sich sein Recht und seine Gesetzgebung selber schaffen würde, es gäbe dies Anlaß zu Reisungen mit der Zentralgewalt, und da noch in keinem fremden Lande der Versuch gemacht worden ist, zur Schlichtung der Kompetenzkonflikte zwischen Reichs- und Landes-Regierung ein Schiedsgericht niederzusetzen, so muß dies auch in Deutschland als unzulässig erscheinen; man müßte sich sonst von dem bequemen Wege der Nachdichtung ausländischer Institutionen entfernen, man müßte selber etwas produziren, die Bedürfnisse der Einzelstaaten studiren, und ihren Wünschen geeignete Rechnung tragen, lauter Dinge, welche sich mit dem einfachen Mechanismus eines uniformen Staatswesens nicht vertragen; mag die freie Entwickelung der verschiedenen Theile des Volkes darunter Noth leiden, mag sogar durch das Widerstreben der Einzelstaaten gegen völlige Vernichtung ein Bürgerkrieg herbeigeführt werden, der durch die Einmischung Rußlands und Frankreichs so verderblich werden kann, als der dreißigjährige oder der französische Revolutionskrieg, gleichviel, bei Justitia, perat Germania! Haben doch die Theologen vor dreihundert Jahren Deutschland zu Grunde gerichtet einer hohen Idee zu lieb, warum soll in unsern Tagen den Professoren nicht gleiches Recht zugestanden werden?!

Aufschlüsse über die Pariser Insurrectionsgefechte.

(Schluß des durch Herrn Bouchard erstatteten Kommissionsberichtes.)

Hr. Ferd. Bramben, der in der Versammlung in Cauffidieres Abhefftigt, bejaht, ihn am 23. mehrmals gesehen zu haben. Ein ähnliches Zeugniß gibt Hr. A. Thomrel. Der Berichterstatter bemerkt aber, daß daraus noch nicht erhelle, daß Cauffidiere sich zwischen 1 und 2 Uhr nicht in der Straße St. Anton habe befinden können, als der Stande, in welcher ihn die beiden Polizeibeamten vor gesehen haben wollen. Eine der Unterzeichner dieser Zeugnisse gibt folgende Erklärung über die Art, wie er seine Unterschrift gegeben habe. „Hr. Cauffidiere, sagt er, wendete sich an einen meiner Kollegen und an mich mit den Worten: „„erinnern Sie sich, wie wahrend der Junitage in der Avenuakorpsversammlung gesehen zu haben? Man behauptet, ich sei in eine benachbarte Stadt gegangen."" Wir antworteten, daß wir ihn allerdings in der Versammlung bemerkt hätten, aber unmöglich während der ganzen Dauer, an welchem Tage und zu welcher Stunde. Hierauf bat uns Hr. Cauffidiere, das Zeugniß zu unterzeichnen, das er Ihnen (der Kommission) zugestellt hat." (Hr. Cauffidiere, einfallend: „ich protestire gegen eine gehäßige Lüge, ich habe vor 1 Uhr meine Wohnung nicht verlassen. Der Präsident entzieht ihm das Wort und der Berichterstatter fährt fort.) Im Moniteur findet sich in dem Berichte über die Sitzung vom 23. Juni allerdings eine Lücke, die Cauffidiere muthmaßlich Unterbrechung. Wir haben aber durch genaue Erforschung herausgestellt, daß diese Unterbrechung erst nach 2 Uhr stattgefunden haben kann. Ein gerichtliches Aktenstück stellt fest, daß am 23. Juni morgens fünf heimlaffende berühmte Individuen, Longepied, Dause, Thil, Chabaut und Delaire, Hrn. Cauffidiere in seiner Wohnung besucht haben. Hr. Cauffidiere hat der Kommission erklärt, er habe an diesem Tage 12 — 15 Personen empfangen, da ihn über Akkerbau- und Kolonisirungsprojekte in Algerien sprechen wollten (Gelächter); von Politik sei zwischen ihm und diesen Personen keine Rede gewesen. Man habe also die Mittel für Organisirung eines Komites besprochen, das sich mit den Handelsverhältnissen von Paris befassen sollte. Er sei äußerst unpäßlig in seinen Beziehungen zu dem (von ihm sogenannten) „bösen Schwei" seiner Partei. Auf die Bemerkung der Kommission, daß Longepied den Zweck dieser Konferenz als einen ganz andern angabe, antwortete er mit einer förmlichen Ableugnung: Es sei möglich, daß er Longepied gesehen und mit ihm über Politik im Allgemeinen gesprochen habe; aber er habe sich nicht in all diese Versuche gemischt, welche die Republik schwächen und kompromittiren. Endlich gab eine Weinwirthin der Straße du Marche aux Poirees an, daß gegen den 10. Juli

Cassidiere, der vor dem 24. Februar oft bei ihm gespeist habe, am 3 Uhr Morgens mit 2 Männern zu ihm gekommen war, von denen der Eine ein holzernes Bein hatte. Dieser Letztere soll ein ehemaliger Kommandant der Montagnards und einer der bei dem Juniaufstanden am meisten Kompromittirten sein. Er wurde mit dem Wunsche empfohlen: "Diese erkannte ihn zwar nicht ganz bestimmt wieder, sagte aber aus, daß der Begleiter Cassidieres bei der Präsentation angestellt gewesen sei, während dieser Polizeipräfect war.

Als dritter beinahtigter Repräsentant erscheint durch mehrere Zeugenaussagen Hr. Proudhon. Am 26. früh 9½ kam Proudhon auf den Bastillenplatz, ohne mit seinen bisherigen Spießgesellen zu kokettiren, sondern mit den dort befindlichen Generalen und Offizieren sich in Berührung zu setzen; er selbst erklärt, seinen von ihnen angeregten zu können. Um 11 Uhr traten ihn Hr. Lacrosse, Vizepräsident der Versammlung, und Hr. Ducraux, welche mit den ersten Truppen die Barrikaden überschritten hatten, in der Straße der Vorstadt St. Antoin. Als sie ihn an seinen Insignien als einen Repräsentanten erkannten, fragten sie ihn um seinen Namen und brachten ihn die Nationalen darüber aus, ihn auf dem Schauplatze des Aufstandes selbst zu finden. Hr. Proudhon, von der Kommission über die Verwendung seiner Zeit von 9½ bis 11 Uhr befragt, erklärt, er sei in ein Haus gegenüber vom Kanal St. Martin und der ersten Barrikade der Vorstadt eingetreten; auf der Treppe dieses Hauses sei er stehen geblieben voll Bewunderung auf dem erhobenen Schreibtone der Kanonade. Zwischen den allgemeinen Rufen: "Es lebe Proudhon, wo sind Barrikade gerammen wurde, wäre er dann wie eine große Anzahl anderer Personen hinter der Nationalgarde her in die Vorstadt eingetreten. Anfangs hatte Hr. Proudhon gelaunet, seine Anstrichnung als Repräsentant getragen zu haben; auf die Bemerkung aber, daß er zu selbst angebe, er habe einem seiner Kollegen, der in der Vorstadt trat, zugeredet, die seinige abgenommen, erklärt Hr. Proudhon, daß er die seinige abgelegt habe getragen und abgenommen habe. Ueber die Bewegungen seines Erscheinens in der Vorstadt St. Anton in einem solchen Augenblicke befragt, erwiedert er, der Aufstand sei sozialistisch (ah! ah!); er tadle ihn als nicht an der Zeit (neues Murren) und sei gekommen, die irrirten Leute davon abzubringen, einen Freund zu bekämpfen, der Sozialist sei, wie er, und um seine Neugierde zu befriedigen. In einer Unterredung mit dem Repräsentanten H. Mauguin über die Zumeisterung seiner Freyheiten den Rebellen Lob; er habe sie mit einem abermenschlichen Muthe kämpfen sehen; wenn sie sich ergaben, so hätten sie es blos aus Menschlichkeit gethan; ihre Sache scheine ihm gerecht. Als ihn Hr. Mauguin von der Nationalgarde und seinem eigenen Verhalten während des Kampfes sprach, sagte ihm Hr. Proudhon: Sie haben wohl gethan, einen Bataillons-Chef zu retten, welcher Jedermann hat den militairischen Muth. Die Kommission erklärt gerade zu, daß sich das Benehmen eines Repräsentanten, der sich auf den Schauplatz des Bürgerkrieges, wie zu einem Schauspiel begiebt, und es nicht als seine Pflicht erachtet, den Betheiligten der Ordnung Hilfe und Beistand zu leisten, nicht auf eine ehrenhafte Weise erklären lasse. Hr. Proudhon mit Heftigkeit: der Bericht ist falsch! Mehrere Stimmen: zur Ordnung, zur Ordnung! Der Präsident: Bürger Proudhon, wenn Sie nochmals Ihre Unterbrechung wiederholen, so sehe ich mich bemüssigt, Sie zur Ordnung zu rufen. Hr. Proudhon: Hr. Mauguin hat nicht die Wahrheit gesagt (bei diesen Worten schlägt Hr. Proudhon gewaltsam und wiederholt mit der Faust auf sein Schreibpult). Der Präsident gebietet ihm wiederholt Stillschweigen. Der Berichterstatter bedauert hier seinen Bericht über die Zumeisterung und Unterdrückung einen zweiten über die Rückkehr des 6. Armeekorps in den Departements an. Ledru Rollin und Ludwig Blanc suchten sich darauf mit großer Heftigkeit gegen die ihnen gemachten Anschuldigungen zu verheidigen. Proudhon ergriff das Wort nicht. Um 6½ Uhr ging die Versammlung in großer Aufregung auseinander.

Deutschland.

Bayern. — * München, 9. August. Nach den letzten Nachrichten aus Reichenhall hatte Se. Majestät der König einen Ausflug nach dem nahen Salzburg zum Besuche Ihrer Majestät der Kaiserin-Mutter von Oesterreich gemacht und war gestern am 6. Abends einem von der Stadt veranstalteten Volksfeste zur Feier der Siege des tapferen Heeres in Italien beigewohnt. Die reichliche Einnahme dieses Festes wird an das Heer für die Verwundeten abgeschickt. — Dieses Mittag ist abermals ein Bataillon unserer aus dem badischen Seekreise ausrückgekehrten bayerischen Truppen und zwar von 1. Regiment (König Ludwig) in sein Standquartier hier wieder eingerückt. Mit wahrer Freude sahen wir gestern und heute das gesunde, kräftige Aussehen unserer vaterländischen Offiziere und Soldaten mit ihren sonnengebrannten Gesichtern und ihre kreffliche, feste, doch militärische Haltung, die durch die Strapatzen des bestandenen Zuges nur noch gewonnen hat. Wir dürfen mit Recht behaupten, daß Armeen gesehen und bauen mit patriotischem Stolze zu sagen: unsere bayerischen Truppen können, abgesehen von dem vortrefflichen Geiste, der sie beseelt und der überall, wohin sie der Dienst des engeren oder weiteren Vaterlandes berief, auch die gebührende Anerkennung gefunden hat, in jeder Beziehung den besten an die Seite sich stellen. — Unsern braven bayerischen Offizieren, die so eben im Kampfe für deutschlands Recht und Größe in Schleswig sich ehrenvolle Lorbeeren erpflückt, den vor wenigen Tagen von dort heimgekehrten Hauptmann Graf Bothmer, Oberleutenant Adolfer und Lieutenant Baron Boutteville wurde gestern Abend von der Gesellschaft der Künstler auf dem Keller des Stubenvolkhau ein patriotisches Fest gegeben, bei welchem auch ihren gefallenen Waffenbrüdern Forenell und Waldmann in passender Weise ein ehrender Nachruf gewidmet wurde. — Aus Turin ist der königl. bayer. Gesandte daselbst, Hr. v. Abel, hier eingetroffen.

Zu Ritzingen wurde am 2. August der Redakteur des „Nachbarn und Volksfreundes aus Franken", Buchhandler Köpplinger, wegen eines Artikels in seinem Blatte, den er aus dem „deutschen Zuschauer" abgedruckt hatte, in Untersuchung gezogen und die treffende Nummer des Blattes selbst konfiszirt.

Herzogthum Limburg. — * Von der limburgischen Grenze, 5. August. Trotz einer Petition eines Theils der „Grundeigenthümer, Industriellen und Landwirte" gegen die Trennung Limburgs von Holland, welche Petition als das beste Mittel, alle Sympathien für einen Anschluß an Deutschland verschwinden zu machen, eine gründliche Reform der Steuern und öffentlichen Ausgaben verschlage, was doch die „Limburger Zeitung" zugeben, daß in Roermonde eine große Aufregung herrsche, „Separatistenbanden" sagt sie, durchziehen die Straßen und singen in den Wirthshäusern deutsche patriotische Lieder, welchen die holländischen Soldaten mit holländischen Gegenliedern antworten." Auch Soldatenzeichen von Seiten der Holländer gibt das genannte Blatt zu, gegen welche die bewaffnete Macht einschreiten muß. — Das Herumerzerren der deutschen Fahnen durch die holländischen Soldaten ist bekanntlich nicht die Verschuldung, daß die Truppen selbst dies nicht gethan hätten, sondern die „lokalbehörden in Gegenwart der holländischen Truppen" — d. h. auf Befehl dieser Truppen. Ebenso gesteht es nun zu, daß die Bevölkerung die Lokalbehörden zur Aufpflanzung der deutschen Fahnen gezwungen habe, und zieht daraus die sonderbare Folgerung, daß „keine Sympathien für Deutschland in Limburg vorhanden seien". Auch erhellt es den wahren Truppen möglich sei, das sie sprich dazu, daß die Leute um ihr längeres Verbleiben herbeten gebeten hätten. Alles das trogdem, daß dieselben früher die Behörden zur Aufstellung der deutschen Fahnen gezwungen hatten.

Nebenher erhalten die deutschen Blätter den guten Rath, keine Artikel aus Limburg mehr aufzunehmen, welche von der Begünstigung deutscher Bestrebungen sprechen, denn trop aller Demonstrationen der Limburger für Deutschland sei dieß doch nur durch gar zu holländisch gesinnt. Da jedoch wie es scheint, immerhin einige Besorgniß im holländischen Cabinet wegen der „gut holländischen Sympathien" Limburgs vorherrscht, so rechnet man im äußersten Falle auf die Vermittlung Englands, Rußlands und Frankreichs. Im Falle diese verweigert werden sollte, wird man in Gottesnamen, aber mit konservativer Provestation, der Uebermacht weichen.

Braunschweig. Die am 4. vorbereitete Runde, daß der Herzog die Parade am 6. d. M. nicht stattfinden lasse, hatte in Braunschweig eine große Gahrung in den Gemüthern erregt. Im vaterländischen Vereine, im Stadtmagistrate und der Ständeversammlung kam diese Angelegenheit zur Sprache. Den Deputationen, welche deßhalb zum Herzog geschickt wurden, gelang es endlich, die Erlaubniß zur Abhaltung der Parade zu erwirken. Dadurch war die Ruhe in der Gemüther wieder hergestellt.

Hannover. Hannover, 6 August. Heute ist folgende Generalordre an die Armee erschienen: Hannover, 6. August 1848. Soldaten! Ich mache Euch bekannt, daß Se. kaiserl. königl. Hoheit, der Erzherzog Johann von Oesterreich zum deutschen Reichsverweser erwählt worden ist, wozu ich meine Zustimmung gegeben habe. Es gehört zu den Segnungen des Reichsverweser-amts die Oberleitung über die Armee der Art, daß wie bisher jeder dem Bundestage zugethanen hat. Sobald es zum Schutze Deutschlands erforderlich ist, werde ich Euch befehlen, Euch den Heeresabtheilungen der übrigen deutschen Staaten unter der Oberleitung des Reichsverwesers anzuschließen. Die Hannoveraner haben zu allen Zeiten mit Hingebung, Tapferkeit und Treue für das gesammte deutsche Vaterland gefochten, sie stehen es in den Jahren 1793 bis 1815; sie thaten es noch in diesem Jahre. Ich hoffe, Ihr werdet bessen stets eingedenk sein, und ich vertraue zu Euch, Ihr werdet auch unter der Oberleitung des Reichsverwesers den alten Ruhm der Hannoveraner unversehrt bewahren. Graf Kingsalt. B. L. Prott.

Oldenburg. Oldenburg, 30. Juli. Heute Vormittag gegen unsere vier letzten Kanonen mit einer Abtheilung und einer 12 Munitions- und Bagagewagen mit dem Kommandeur unserer Artillerie, dem Major von der Lippe, nach Schleswig-Holstein ab. Von der ältern Mannschaft der Artillerie und dem Train werden jetzt noch etwa 80 Mann zurück sein, welche theils hier bleiben, theils unter der Bedingung beurlaubt werden daß sie auf die erste Aufforderung binnen zweimal 24 Stunden bei der Hand sind. Mit der Artillerie sind zugleich noch 50 Mann Infanterie des 2ten Regiments als Ergänzungsmannschaft mit ausgerückt. (Wes. Ztg.)

Preußen. ⊙ Berlin, 6. August. Heut Morgen machten etwa 5000 Mann Bürgerwehr, Studenten, Handwerker ꝛc. am Kreuzberge Parade zu Ehren des ersten Deutschlands. Major Moldenhawer als Führer der aswesenden Bürgerwehroffiziere hatte dieselbe als. Es wurde die Verfügung des Reichsverwesers mit den Truppen verlesen, nach welcher die Huldigung verlangt worden ist. Nach Verlesung dieses Reskripts brachten die anwesenden Bürgerwehrkorps dem Reichsverweser ein dreimaliges „Hurrah", defilirten vor dem Major Moldenhawer vorbei und marschirten der Stadt zu. Vor dem Halleschen Thore machte man Front und taufend Stimmen riefen: „Hoch lebe Deutschland! Hoch lebe das Vaterland!" Dieselbe wird eine allgemeine Bürgerwehr-Parade stattfinden und hierbei

ein Hoch, nicht dem Reichsverweser, sondern dem einigen Deutschland gebracht werden. Die Truppen dürfen heute, um jeden Anstoß zu vermeiden, nicht aus den Kasernen; sogar die Freiwilligen dürfen nicht in Civilkleidung ausgehen.

Trier, 5. August. Zur Verherrlichung der bevorstehenden Säcular-Feier der Grundsteinlegung des Domes sind Seitens unseres Hochwürdigsten Herrn Erzbischofes, außer seinen Suffragan-Bischöfen von Trier, Münster und Paderborn, die Bischöfe von Ermeland, Kulm, Mainz und Speyer, von Luttich, Roermond und Limburg, der Erzbischof von Gnesen und Posen und der Fürstbischof von Breslau zum Feste eingeladen worden. Gleiche Einladung ist an den in diesem Erzbisthume den freundschaftlichsten Beziehungen stehenden apostolischen Nuncius Mons. Viale Preis ergangen, und dürfen wir uns nebstdem der Hoffnung hingeben, daß durch die Anwesenheit des Sr. kaiserlichen Hoheit dem Reichsverweser innig befreundeten Fürsten Schwarzenberg, Cardinal-Erzbischofs von Salzburg, des Festes Glanz besonders erhöht werden wird. (Köln. Z.)

Oesterreich. △ Wien, 6. Aug. Die Notenwechselung zur neuen Finanzsystems durch den Minister Kraus in der gestrigen Sitzung wird viel zur Beruhigung der im In- und Auslande höher in diesem Betreff gehegten Besorgnisse beitragen. Er kündigte baldige Vorlagen über die Finanzverhältnisse an, dieselben sein schon in der Arbeit. Wenn dies nicht jetzt schon geschehe, so liege dies in der Schwierigkeit der Sache. Aber eine Uebersicht wolle jetzt schon gegeben werden, da die betreffende Stelle der Thronrede Mißverständnisse hervorgerufen habe. Die Thronrede sei 1) kein Tadel der früheren Finanzoperationen, und 2) sei es abzusehen, daß die Kräfte des Staates groß genug seien, auf daß alten Verbindlichkeiten entsprochen werde. Die erwähnten Mißverständnisse seien wohl dadurch hervorgerufen worden, daß früher der Finanzzustand nicht offen dargelegt wurde. Es gehe aber schon aus den uns über die Jahre 1836 bis 1847 veröffentlichten Uebersichten hervor, daß in diesen 11 Jahren die Einnahmen größer waren als die Ausgaben. Wenn dem so sei, daß der Staat einen Theil auf Tilgung der Schulden, auf den Bau von Eisenbahnen, und auf Betheiligung bei Privateisenbahnen verwenden konnte. 1846 aber traten Störungen im Staate ein, die Galizischen Ereignisse erforderten außerordentliche Ausgaben, und 1847 kamen noch die Rüstungen in Italien hinzu mit neuen Verwicklungen, die 1848 noch erster wurden. Der Krieg in Italien kam zum Ausbruch, Ungarn nahm eine neue Stellung Oesterreich gegenüber ein. Eine Armee in Italien war nothwendig, eine andere im deutschen Bunde, und dabei war durch die Ereignisse im Westen wie im Osten in ganz Europa der Credit erschüttert. Kein Wunder wenn sonach seit zwei Jahren die Ausgaben die Einnahmen überstiegen. Der Minister ging hier mit Nähren ein über die Einnahmen und Ausgaben, wie sich dieselben in den Jahren 1847 gestalteten. Im November betrugen die direkten Steuern 3,700,000 im Juli nur 1,400,000. In den in dem Reichstage vertretenen Ländern betrugen sie im November 2,300,000, im Juni 1,300,000; die indirekten Steuern im November 5, im Juli nur 4 Millionen. Die Einnahmen stehen gegen die früheren meist um die Hälfte zurück, während die Ausgaben in gleichem Maße zunahmen. Die Nationalbank kam dem Staate ein, was jedoch nicht nachtheilig sei. Es seien daher außerordentliche Maßregeln nöthig, und das Ministerium werde daher Ermächtigung verlangen, noch vor Erledigung der großen Finanzfrage den Kredit benützen zu dürfen. Er müsse um dieses Vertrauensvotum bitten, ohne welches das Ministerium nicht fortbestehen könne. Der Minister weist auf das hin, was er bereits gethan, für Erleichterung von Handel und Gewerbe, für Herabsetzung der Zölle, für Freiheit, die Salzpreise in Galizien herabgesetzt, die Waarenbordesahr durch Tyrol erleichtert, das Zeitungsporto ermäßigt. Er zieht nun die einzelnen Zweige der Finanzen durch, um das Ziel anzugeben auf das er losstevern will. Unantastbarkeit der Staatsschuld ist erster Grundsatz; Verminderung der großen Ausgaben für das Militär soll erstrebt werden, sobald der Krieg in Italien beendigt und der Aufrechthaltung des Friedens mit andern Mächten es möglich machen wird. Die Grundsteuer-Lyst im Oesterreichs sei trefflich, kein Staat besitze einen solchen Kataster. Ob die Judensteuer, diese Schattenseite deffelben mit der neuen Verfassung vereinbarlich sei, werde die Versammlung entscheiden. Die Einkommensteuer sei in jeder Hinsicht zweckmäßig, die Verzehrungssteuer müsse so berechnet sein, daß sie die gemeinsten Nothdürfte so wenig als möglich treffe; dasselbe gelte besonders von Salz, Tabak und Getränken. Es dürfen unbeschadet des ihnen nöthigen Schutzes keiner Einfuhrverbote; der Freihandel dieser wurde den innigsten Anschluß an Deutschland unmöglich machen. Stempel und Taxen müssen so geregelt werden, daß sie den wunder Bemittelten am wenigsten drücken. Ob die allerdings wünschenswerthe Aufhebung des Lotosspiels schon möglich sei, werde der Reichstag entscheiden. Die Lotteriegefälle seien ein wichtiges Cassa-Institut für den inneren Verkehr, das nur nebenbei einen Ertrag abwerfen dürfe. Erleichterung werde eintreten. Beseitigung der Wegmauth sei für jetzt nicht möglich, da keine Deckung des dadurch erwachsenden Ausfalls auf anderem Wege gegeben sei. In den nächsten Tagen schon werde er Vorschläge einbringen rücksichtlich der Bestimmungen über Annahme der Banknoten, über Beschränkung der Ausgabefähigkeit derselben, und über Notenumlaufvorrecht. Diese Wege werde er einschlagen und er bitte daher, einen Theil des Vertrauens, mit welchem man dem Gesammtministerium entgegenkommne, auf ihn übertragen. (Lebhafter und wiederholter Beifall.)

Der Abg. Herzig von der Ansicht ausgehend, daß durch Anlehen der gegenwärtigen Verlegenheit nicht und dem dadurch auf der Zukunft aufgelasteten Drucke nicht abgeholfen werden könne, wird demnächst einen Antrag einreichen, wonach für 26 Millionen 5prozentige Metalliques ausgegeben, und die Regierung durch diese freiwillige Besteuerung unterstützt werden soll.

Wien, 7. Aug. Seit dem Erscheinen eines Plakats des Litoralen Erdlich, welches bereits in zweiter, verstärkter Auflage erschienen ist, herrscht hier eine ungeheure Aufregung gegen den Sicherheitscommissär, welche den Versuch einer gewaltsamen Auflösung desselben befürchten läßt, indem der Bürgerstand dieselbe verlangt, die akademische Legion und die Arbeiter aber den Fortbestand desselben fordern. Dazu kommt eine immer mehr steigende Erbitterung gegen die Juden, und der laute Vorwurf, den man dem Adg. Füster, einem radikalen Priester, macht, daß er sich Arbeiter gegen die Stadt anwerbe, und Barrikadenpläne mit ihm verabredet habe! Wenn letzteres auch unglaublich ist, so trägt es doch außerordentlich zur Aufregung und Beunruhigung der Gemüther bei. — Die Truppensendungen nach Italien dauern ununterbrochen fort; die jungen Krieger gehen mit dem freudigsten Muthe ihrer eben so beschwerlichen als gefahrvollen Bestimmung entgegen. Die Begeisterung derselben wirkt auch auf unsere weibliche Bevölkerung. Viele Mädchen haben sich als freiwillige Krankenwärterinnen für die Armee in Italien anwerben lassen. — Nun soll den nächsten Tagen wirklich sowohl die Fortsetzung der Telegraphenlinie von Cilli über Laibach und Görz nach Triest, als auch die projektirte neue Eisenbahnstrecke über den Semmering in Angriff genommen werden. Diese großen Unternehmungen werden höchst wahrscheinlich eine bedeutende Anzahl der uns so lästigen wie geschäftigen Arbeiter von hier entfernen. — Die Jubiläumsfeier der Prager Universität soll definitiv auf den 27. September verlegt worden sein.

Schweiz.

Zürich, 3. August. Die Berichte aus Italien haben hier nicht so sehr beunruhigt, als die Masse von italienischen Flüchtlingen, welche über die Berge kommen. Die Dampfer auf dem Züricher und Walhstätter See vermögen sie jetzt nicht zu spediren. Nein, diese jungen, kräftigen Leute, mit langen Bärten und Schnauzen bis an die Ohren, eigentliche Menschenfresser, hinsen einige Schmach auf sich und ihr schönes Vaterland. Hier in Zürich begegnet man ihnen überall mit einer Verachtung, welche in jede fremde Sprache recht deutlich zu übersetzen ist. — In Tessin soll die Anhäufung furchtbar sepn, und weil militärische Maßregeln nothwendig machen. (Schw. Mkr.)

Dänemark.

Kopenhagen, 2. August. Die Elbe, Weser und Jahde werden, laut Beschluß des Marine-Ministers vom 1. August, mit dem 15. August blockirt. Der beschlußige Befehl lautet: „Das Marineministerium trage hiermit zur öffentlichen Kunde, daß außer den drei blockirten Häfen Swinemünde, Wolgast und Camin, sammt Kiel nebst Sylleswigs Kanalmündung bei Holtenau, ferner vom 15. August an blockirt werden sollen: Greifswalde und der östliche Einlauf nach Stralsund, die Elb-, Weser- und Jahde-Mündung. Ehe neue spezielle Bekanntmachungen erfolgt werden, sind keine andern Häfen als blockirt zu betrachten."

Großbritannien.

* London, 5. August. Die Nachricht aus Limerik, daß Smith O'Brien auf dem Schiffe „Jane Stark" am Samstag Abend ostwärts sey, ist deßhalb nicht wahrscheinlich, weil er nicht an dem Abend drüselben Tages, an dem er von Ballyngarry entfloh, in Limerik eintreffen konnte. Viel eher ist er noch in den Bergwerken verborgen. — Auswärts hat sich das Gerücht von einer allgemeinen Erhebung der Irländer am 8. August verbreitet, aus Anlaß des Jahrestages der Aufstände der Arbeiter in den Jahren 1829 und 1832, allein es verdient durchaus keinen Glauben und die Civil- wie Militärbehörden haben jeder Maßregeln getroffen.

Frankreich.

△ Paris, 6. August. Die Gemüther sind fortwährend in Spannung über die Frage des Einschreitens in Italien. Indessen glauben die bestunterrichteten Männer nicht daran, daß die französischen Truppen die Grenze überschreiten werden, obgleich man auf Vorbereitungen des Beobachtungsheeres der Alpen getroffen hat. Das englische Kabinet, welches einige Zeit ganz theilnahmlos in dem Kampfe in Oberitalien gebliben war, soll endlich sich einschlossen haben, den Vorschlägen des französischen Kabinets Gehör zu schenken, als es erkannte, daß die Umstände es Frankreich nicht länger gestatten, unthätig zu bleiben. Man spricht von einem Ultimatum, das im Namen Frankreichs und Englands abgefaßt worden wäre, um an Oesterreich, an Karl Albert und an die provisorische Regierung der Lombardei geschickt zu werden. Darin würde die bleibende Vereinigung der Lombardei mit Piemont ausgesprochen, dagegen soll Oesterreich Venedig und das ganze Venetianische Gebiet behalten. (Der Degen des Feldmarschalls Radetzky hat gleichsam Weite dafür gesorgt, daß diese Vorschläge zu spät kommen.) In dem Falle der Weigerung Oesterreichs diesem Ultimatum sich zu fügen, wurde ein französisches Armeecorps von 60,000 Mann sich der piemontesischen Armee anschließen, und die Engländer einschweilen den Hafen von Genua Vecchia besetzen. Ich theile Ihnen diese Angaben mit, wie sie mir gemacht worden, muß aber bemerken, daß es mir sehr unwahrscheinlich klingt, daß John Bull seine Zustimmung zum Einrücken der Franzosen in Italien geben würde. Wären sie einmal dort, so würde es schwer halten, sie wieder hinauszubringen, und daß es nicht dahin komme, hat Niemand ein größeres Interesse als gerade England. (Dem sorgbesten Oesterreich gegenüber wird Frankreich wohl auch an sich schon gelindere Saiten aufziehen.)

† Paris, 6. Aug. Heute Abend sind bedeutende Truppenabtheilungen, bestehend aus 2 Infanterie und Reiterei in der Richtung nach den Forts ausmarschirt, wo die Rebellen in Haft gehalten werden. Sie sind zur

Eröffnete der ersten Abtheilung derselben bestimmt, welche diese Nacht nach Havre gebracht wird, wo sie seit zwei Tagen alle Anordnungen zu ihrer unverzüglichen Einschiffung getroffen sind. Diese erste Abtheilung besteht aus 600 Mann, welche von der Militärkommission als unmittelbar am Ausbruche betheiligt bezeichnet wurden. Die Fregatte Alma, welche sie auf der Rhede erwartet, ist schon Augenblick bereit, unter Segel zu gehen. Binnen wenig Tagen wird ein zweiter Transport abgehen, und von Seiten des Kriegsministers wie des Marineministers sind alle Anstalten getroffen, die Verurtheilten sogleich nach dem Spruche der Kommissionen fortschaffen zu lassen.

Donaufürstenthümer.

Nach der „Allg. Oesterr. Ztg." wäre am 26. Juli zu konstatirt die verbürgte Nachricht eingetroffen, daß die Russen ihr Lager bei Bersad und bei Jassy geräumt haben und über den Pruth zurückgegangen sind.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

(Kornblüthen-Akte aus Bayern.) Aus den beiden getreidereichsten Provinzen Bayerns liegen Berichte über das Ergebniß der Aernte in denselben vor uns. Dieselben lauten sehr erfreulich, und wir eilen, sie unsern Lesern mitzutheilen. Beide sind vom 4. August datirt. „Die Aernte des Jahres 1848 ist für Niederbayern als eine in jeglicher in Qualität und Quantität zu bezeichnen, daß sie jenen Getreidumsatz für wie jede übermäßige Steigerung der Getreidepreise ausschließt. War ja schon das Vorjahr ein sehr gesegnetes, während für Niederbayern eine minder gesegnete Aernte nicht zum Mangel führt, um so mehr aber muß der diesjährige Segen seine Wirkungen auf Herabdrückung der Preise äußern, weil alle Länder des Kontinents, mit wenig Ausnahmen, des gleichen Segens sich erfreuen, daher die Erzeugnisse Bayerns durch die jetzt wünschenswerthe Ausfuhr wesentliche Preissteigerungen nicht zu befürchten haben." — „Die heurige Getreideernte in Unterfranken, zur Zeit zum größten Theil schon eingeheimst, verdient nach allen Erfahrungen das Prädikat einer ganz ergiebigen. Insbesondere ist dieses der Fall bei den Winterrealien, über deren Fülle und Vortrefflichkeit nur eine Stimme herrscht. Von den Sommerrealien blieb nur Gerste und Haber im Gewöhnlichen zurück, an den Körnern ist nichts zu vermissen. Die Kartoffeln, für einzelne Bezirke von Unterfranken ein Hauptvaborgsmittel, haben unter den allmählichen Witterungsverhältnissen ihre Blüthezeit zurücklegt, voraussichtlich mit großer Vollkommenheit ein günstiges Schluß auf die Reichlichkeit der Einsammlung und Ausbildung des Knollen ziehen läßt. Von der Kartoffelseuche war bisher nichts wahrzunehmen. Die Hülsenfrüchte: Erbsen, Linsen, Bohnen u. s. w. haben ihre Vegetation geschlossen und versprechen gleichfalls eine vorzügliche Lernte."

Amsterdam, 5. August. 2½ proz. Integr. 43⅛. — Span. Schuld 50⅛. — 4proz. 62⅛. — 3½ proz. wirkl. — Passivenantheil —. — 5proz. Arbitrios — 5⅛ pf. St. 8⅛. — Span. inländ. 6000 fl. — Coupons —. Portug. 5proz. —. 4proz. —. Russische 4proz. bei Hope —. — ditto bei Stieglitz —. — 5proz. Metall. 60⅛. — 2½ proz. ditto —.

London, 5. August. Konsols 86¼, 87 ⅜. Coup. —. Span. Akt. —. 3proz. 21½. Passiv —. Portug. 5proz. —. 4proz. —. 3proz. —. Holl. 4proz. —. 2½ proz. 42⅞.

Madrid, 1. August. 5proz. 18⅞, 6. — 4proz. —. 3proz. 10⅝. Pf. 10⅛. Pass. 4 p. 6 Coup. —. Ausw. Amort. Schuld —. Prooif. Lit. 3⅛. Bank. St. Fernandobank —. Discounto —. Wechselkurse: Paris 4—70 G. London 45—50 G.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Haus- und National-Theater.

Donnerstag, 10. August: „Der Gutsherrspieler", Oper von Halevy.

Freitag, 11. August: „Hebon", Schauspiel von Ph. Heil.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. v. Abel, bayer. Gesandter in Turin. Bodoli, Kaufmann von Wien.

Hotel Maulik. Simonetta, Kenner aus Italien. Feller, Privatier von Augsburg. Dr. Popp, von Königsberg. Haun, Kenner von London.

Gold. Hahn. Huber, Postrat von Augsburg. Baurenein, Kenner von Hannover. Martin, Proprietär von Lyon.

Blaue Traube. Dr. Scherer, Professor von Würzburg. Engel, Buchhändler von Ulm. Palatner, Schreiber von Breslau. Meyr, Privatier von Augsburg.

Gasthofgarten. Imwinkler, Bezirksassessor von Eichstätt. v. Lemmerfels, Offizial von Graz. Frau v. Pesse, Generalin von Graf Lackinger, Kanb. Pfal. von Bamberg. Dr. Buchner, prakt. Arzt von Baireuth. Sachs, Privatier von Konstanz. Strohmaier, Privatier von Landsberg. Huber, Stadtverdreiger von Aichach.

Getraute in München.

Die Herren: Franz Xaver Kögl, Cisenbahn-Bauunternehmer, mit Fräul. Theresia Johanna Ditt, königl. Zentral-Rechnungskommissärs-Tochter v. h. Joseph Jakob Heiglsinger, Doktor der Medizin und prakt. Arzt in Pfaffenhofen, bayr. Medizinal-Rath, mit Fräul. Josepha Vogl, von Ingolstadt. Alois Gmur, Maschinenbau und Realitätenbesitzer dahier, mit Anna Müller, Spanglerstochter von Kolbing. Friedrich Dubois, königl. Regierungsassessor, mit Anna Maria Fetscher, Kastenbeamtenstochter v. h. Martin Xaver, Bürger und Zimmergeselle dahier, mit Apollonia Bogner, Sitzimmergesellentochter v. h. Joseph Schäffler, bürgerl. Reitzigbindermeister v. h., mit Antonia Stempfle, Schullehrerswittwe von Rumpfenhamp. Sigmund Käß, königl. Baukonduk der 2. Dampfschiffmannschaft dahier, mit Fräul. Resina Wachter, herzogl. Hofkellermeisters-Tochter v. h.

Gestorbene in München.

Franziska Winkler, Zwölftertochter v. h., 60 J. a. Kreszentia Schropp, Fluchtbertochter von Pöchstätt, 32 J. a. Martin Schwaiger, Bauer von Ellgstorf, Ags. Bochtor, 65 J. a. Sophia Zwengauer, Sergeantenfrau, 40 J. a. Susanne Eid, königl. Kreis- und Stadtgerichts-Schreibersmittwe von Nürnberg, 42 J. a.

48. (c) Man sucht für zwei Knaben einen Hofmeister katholischer Religion, der ganz endlich französisch spricht, und nicht nur deutschen und lateinischen, sondern auch Unterricht im Klavier zu geben versteht. D. Ueber.

Bekanntmachung.

62. In der Gantsache des Hirsch Schnattinger aus Altenstadt wurde das Prioritätserkenntniß am 5. August publ. laco an der Gerichtstafel angeschlagen.

Den 1. August 1848.

Königl. Landgericht Illertissen.
Ditt.

Bekanntmachung.

57. Auf kreditorschaftlichen Antrag wird im Schulhauswesen des Häuslers Mathias Pilsel von Hergolgeret dessen gerichtlich auf 3894 fl. 8 kr. gerichtes Anwesen zu Herzogeret dem öffentlichen Verkaufe unterge stellt, und steht dieses Versteigerungsterminin an

Dienstag den 12. September l. Js.,
Vormittags von 9—12 Uhr.

Dieses Anwesen, nämlich der ¼ Schwarzgrößelhof zu Herzogeret, enthält nachstehende Bestandtheile:

1) Wohnhaus mit Innbaus, Stallung und Stadl unter einem Dache, dann die Wagenschopfe. Die Gebäude sind seit dem Jahre 1844 stattgehabten Brande ganz neu und mandatmäßig aufgebaut.
2) Plan-Nro. 79 ein Grasgarten zu 0 Tagw. 06 Dez.
3) Plan-Nro. 83 a Baugarten 1 Tagw. 80 Dez.
4) Obere und untere Aker im Obernfelde Plan-Nro. 180 a und 180 b 2 Tagw. 20 Dez.
5) Vordere und äußere Aker Plan-Nro. 232 0 Tagw. 64 Dez.
6) Plan-Nro. 247 im Rosbergfelde 0 Tagw. 35 Dez.
7) Plan-Nro. 316 Oerlacherfeld 0 Tagw. 55 Dez.
8) Wiesmahd im Fürkamm Plan-Nro. 288 2 Tagw. 18 Dez.
9) Plan-Nro. 80 Neuwiesen 14 Tagw. 80 Dez.
10) Plan-Nro. 314 Viehschwiese mit Wässerungsrecht — — 0 Tagw. 37 Dez.
11) Plan-Nro. 260 Kollmiwäsern 0 Tagw. 44 Dez.
12) Plan-Nro. 83b Baugartenwiesfleck 0 Tagw. 22 Dez.
13) Plan-Nro. 180b 186b Wiesflecken am obern und untern Aker im Obernfelde 0 Tagw. 45 Dez.
14) Gemeinderecht zu einem ganzen Rukantheil an den noch unvertheilten Gemeindebesitzungen.
15) Gemeindeackerl Plan-Nro. 293 0 Tagw. 13 Dez.
16) Plan-Nro. 382 Gemeindeholz 2 Tagw. 08 Dez.
17) Plan-Nro. 258 a und 257 b Höhreutaker 5 Tagw. 97 Dez.
18) Plan-Nro. 258 b Fürkamm am Höhreutacker — — 0 Tagw. 19 Dez.
19) Plan-Nro. 257 a Höhreutwiese 0 Tagw. 58 Dez.
20) Pflichtraumrecht am Lichberg mit Mähergungerecht Plan-Nro. 509 11 Tagw. 65 Dez.

Der hinlchtlag geschieht nach §. 64 des Hypothekengesetzes und bezeichnungsweise der Prozessordnung vom Jahre 1837 §§. 98—104, und haben sich ausmärtige Kaufsliebhaber über ihre Zahlungsfähigkeit durch legale Zeugnisse sogleich auszuweisen, außerdem sie zur Versteigerung gar nicht zugelassen würden.

Die weitern Kaufsbedingungen werden am Steigerungstermine bekannt gegeben, und an diesem Tage auch die Steuerkatasters-Auszüge und das Schätzungsprotokoll den Kaufslustigen zur Einsicht vorgelegt werden.

Uebrigens wird nach Beendigung der Immobiliarversteigerung um 1 Uhr auch eine Mobiliarversteigerung vor sich gehen, worüber noch nähere Bekanntmachung angekündigt werden wird.

Sign. am 31. Juli 1848.

Königl. Landgericht Wolfstein.
Süß.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Nr. 38.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Gamsärein 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Freitag den 11. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 18. Einrückungsgebühr: die achtspaltige Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, den 10. August.

Das heutige Regierungsblatt enthält eine Königliche Allerhöchste Verordnung die Einführung der Schwurgerichte betreffend. Nach Artikel 1 derselben tritt die erste Abtheilung des ernannten Gesetzes (Art. 1 bis 16) mit dem Tage der Bekanntmachung desselben im Gesetzblatte in Wirksamkeit und es sind demgemäß die dadurch angeordneten Hauptsitzungen der Geschwornen alsbald zu bilden. Nach Artikel 2 soll der Eintritt der Wirksamkeit der zweiten Abtheilung dieses Gesetzes durch weitere Verordnung festgesetzt werden.

Se. Maj. der König haben unterm 31. Juli den Reichsrath und Präsidenten des protestantischen Oberkonsistoriums, Friedrich Christian Arnold zum Staatsrath im außerordentlichen Dienste zu ernennen geruht.

(Pfarreien-Besetzungen.) Kathol. Pfarrei Aurkirchen, Dpgs. Mühldorf, dem Priester Andreas Hahn, Schulverweser zu Wald, Dpg. Altötting; kathol. Stadtpfarrei St. Gangolph zu Bamberg, dem Priester Kaspar Anton Schweiger, Kaplan zu der Wunderburg daselbst; Jndustrieschule zu Niederleierndorf, Dpg. Rottenburg, unter Erhebung des seitherigen Pfarrers zu Arrach Priester Georg Kafes von dem Amtritte desselben, dem Priester Franz Seraph Riederer, Pfarrer in Regen, Dpg. gleichen Namens; protestant. Pfarrei Geslau, Dekanats Leutershausen, dem Pfarrer zu Kaubenheim, Dekanats Windsheim, Johann Michael Wagleiter; protestant. Pfarrei Sembach, Dekanats Wimmelberg, dem Pfarramtskandidaten Nikolaus Friedrich Kemmer aus Ansbach; protestant. Pfarrei Landsberg, Dekanats Frankenhofen, dem Pfarrer zu Hochbockenheim in demselben Dekanat, Johann Philipp Lattermann. Die landesherrl. Bestätigung der in gegenwärtigen Erledigungsfälle dem Hrn. Fürsten Karl v. Löwenstein-Wertheim-Rosenberg zustehenden und von demselben für den bisherigen Pfarrer Georg Peter Heller zu Kleinbardach, Dekanats Kronppenheim, ausgestellten Präsentation auf die protest. Pfarrei Remlingen, Dekanats Würzburg.

(Erledigungen.) Reich'sches Benefizium zu Jachenhofen, Diözese Augsburg, Kg. Richach, beiläufiger Ertrag 390 fl.

Deutsche Reichsversammlung.

λ Frankfurt, 8. August.*) Es kamen gestern Abend diejenigen Mitglieder der Nationalversammlung, welche die gefallene Aeußerung des Abgeordneten Brentano mißbilligen, in der Sokratesloge zusammen. Wohl zwei Drittheile der Versammlung waren erschienen; Männer aller Parteien (Jordan von Berlin, Benedey, neben Radowitz u. s. w.) sprachen ihre Mißbilligung über das Vorgefallene aus. Ueber die Wege, welche zum Zwecke der zu treffenden Maßregeln gegenüber Brentano einzuschlagen wären, konnte man sich nicht einigen. Ein Theil will eine Mißbilligung durch die Reichsversammlung ausgesprochen wissen, und zwar aus dem Grunde, weil der Abgeordnete Brentano durch die gebrauchte Vergleichung einen deutschen Volksstamm gröblich verletzt habe (der Beirag „Verletzung eines deutschen Thronsolgers", der ursprünglich in diesem Antrage ebenfalls als Motiv enthalten war, wurde von der Majorität nicht gutgeheißen). Ein anderer Theil zieht es vor, den Präsidenten zu einem motivirten Ordnungsruf aufzufordern, in der Erwägung, daß die Aeußerung des Abgeordneten Brentano geeignet ist, einen deutschen Volksstamm zu verletzen und Zwietracht zu säen in einem Augenblicke, wo Einigkeit dem Vaterlande vor Allem Noth thut, und daher, als eine unpatriotische, Mißbilligung verdiene. Die letztere führte zu Recitirungen ihres Verfahrens vorzugsweise an, einerseits daß die Mißbilligung durch die Reichsversammlung im Reglement nicht vorgesehen sei und daher nach dem Grundsatze: nullia poena sine lege auch nicht zur Anwendung gebracht werden könne, anderseits daß es nur auf diese Weise möglich sei, noch größeren Skandal zu verhüten. Denn verfahre man in der ersteren Weise, so müsse man eine Debatsion über den Antrag auf Mißbilligung zulassen, und diese würde zu weiteren Auslassen drängt werden. Da eine Einigung dieser beiden Ansichten nicht erzielt wurde, so trennte man sich mit der Losage, daß sich die einzelnen Klubbs am Spätabend versammeln und darüber beschlossen würden, und daß dann Abgeordnete derselben zusammentreten und eine Vereinbarung versuchen sollen. Dies geschah denn auch; etwa um 11 Uhr Abends kamen die Vertreter der verschiedenen Klubbs im englischen Hofe zusammen. — Es kam aber zu keiner Vereinigung und so gingen denn heute bei Eröffnung der Sitzung drei Anträge an den Präsidenten. Nachdem das Protokoll verlesen war, rief der Vorsitzende (v. Soiron) den Abgeordneten Brentano unter Bezugnahme auf den erwähnten Motive des zweiten Antrages zur Ordnung. Hierauf ein neuer Sturm von Seite der Linken, die nach Diskussion schrie und sonstige Rufe mit wüthenden Geberden ertönen ließ. Sie hatte einen Antrag des Inhalts überreicht, daß der Präsident die Redner vor Jnjurien und ehrlichen Verletzungen, wie sie gestern gegen Brentano vorgekommen, schützen möge. — Der Tumult ward immer größer, so daß sich der Vorsitzende genöthigt sieht um 10 Uhr die Sitzung auf eine Stunde auszusetzen.

λ Frankfurt, 8. August, 6 Uhr Abends. Um 11 Uhr ward die vertagte Sitzung wieder aufgenommen. v. Soiron wiederholt den Ordnungsruf gegen den Abgeordneten Brentano und erklärt die sämmtlichen Anträge bezüglich dieses Gegenstandes für erledigt, und gibt Brentano zur Fortsetzung seiner Rede das Wort. In dem Momente, wo dieser die Tribüne betritt, erhebt sich ein Beifallssturm von der Gallerie. Ohne eine Mahnung des Vorsitzenden vorgebend vorausgegangen war, so machte der Präsident nun seinem Rechte Gebrauch, die Gallerien räumen zu lassen. Es gelang, das Publikum in Güte zum Weggehen zu bestimmen.

— Nach Räumung der Gallerien wurde die Frage aufgeworfen, ob die Sitzung nun fortgesetzt werden könne; sie ward durch große Mehrheit bejaht.*) Hierauf wird durch weitere Verlesung des Berichterstatters der Zeitungen der Zutritt wieder gestattet, und über die Frage, ob das Publikum wieder zuzulassen sei, auf Schaffrath's Antrag namentlich abgestimmt und das Resultat war, daß dieselbe mit 380 gegen 91 Stimmen verneint worde. Hierauf erhielt der Abgeordnete Brentano das Wort und suchte sich gegen den Ordnungsruf zu vertheidigen. Er habe seinen Ausdruck gegen Volksgenossen beledigen wollen. Er müsse widersprechen, die thatsächliche Verletzung, die gestern einem deutschen Volksvertreter widerfahren sei. Das Ereigniß sei, daß ein Volksvertreter wegen seiner Aeußerungen auf Augeln gefordert worden sei (von Graf Wartensleben und Hrn. Plattner). Hierauf Welcker: Ja regreife augenes das Wort in dieser Sache nur weil man meine Person damit in Verbindung gebracht hat. Rücksings hat Struve und Fichter mir einen Antrag übergeben, worauf über die Form der Regierung in Baden virilim (Mann für Mann) abgestimmt werden sollte. Allein ich habe denselben nicht besworwortet, weder dem Bundestage noch bei meiner Regierung. Wohl aber erlob ich und dem als Folge der Genehmigung ihres Antrages gegebenen Versprechen (daß alsdann die Jnvasion von Frankreich her rückgängig gemacht werden würde), daß die beiden Herren in genauer Verbindung mit der französischen Armeen fänden. — Auf Antrag Michelsens ward die Debatte geschlossen und angezeichet der Nennohrationen Benedey's und Andener, die Abstimmung zu vertagen, ward sofortige Anordnung des Berichterstatters und Abstimmung darüber beschlossen. Man fuhrte für die Vertagung vorzüglich an, daß Truppen von der Französische stünden (Bewegen hört man Hochrufe von Außen**). Der Präsident erklärt auf Befragen, daß er die Militärmacht nicht requirirt habe; was etwa die Stadtpolizei zugefügt, das könne die Versammlung nicht angehen. — Der Berichterstatter (Widenmann) resumirt die Verhandlungen und bemerkt insbesondere, daß Jsstein und Brentano in der badischen Kammer das Hecker'sche Unternehmen als ein verbrecherisches erklärt haben. Noch bevor der Referent seinen Vortrag beguen, verließ ein Theil der Linken den Sitzungssaal, ohne daß dafür ein besonderer Grund angeführt worden wäre. (Darunter: Blum, Jsstein, Vogt, Brentano.) — Bei der hierauf erfolgenden namentlichen Abstimmung über den Auschlußantrag (auf motivirte Tages-Ordnung) erklärten sich für denselben 317 Stimmen, gegen sich 90 Stimmen. Einige enthielten sich der Abstimmung (z. B. Wigard, Schüler von Jena, Affenti), ein Theil war nicht in geheimer Sitzung, der andere weil er nicht unter dem Schutze der Bayonette stimmen wolle u. s. w. Von denjenigen, welche dem Antrage nicht beigetreten waren, gaben, wenn ich nicht irre, 14 eine Protokollerklärung dahin

*) Wie bereits in unserer gestrigen Beilage schon das Wesentliche aus der Sitzung der Reichsversammlung vom 8. August und über die Versammlung, welche schon am Abend zuvor in der Sokratesloge stattgefunden hatte, mitgetheilt. Wir lassen nun heute die vorstehenden genaueren Berichte unserer gestrigen 1 Korrespondenten folgen. D. R. d. N. N. Z.

*) Schaffrath und Konsorten überstrafen dieses Mal sich selbst. Sie behaupteten, nachdem das Publikum entfernt sei, sei die Sitzung eine geheime (!) geworden; sollte in derselben verhandelt werden, so müsse ein Antrag auf geheime Sitzung gestellt und von zwei Drittheilen der Versammlung genehmigt werden (wenn's nur so schon wäre!). Anm. d. Korr.

**) Wie ich nach der Sitzung (um 3 Uhr) erfuhr, galten die Rufe Preche und der Republik; Metternich kommandirte sie. Anm. d. Korresp.

ab, daß sie nur darum gegen den Ausschußantrag votirt hätten, weil sie für das Schorer'sche Amendement (das gleichfalls auf motivirte Tages-Ordnung antrag und sich vom Ausschußvorschlage nur in den Motiven unterscheide) sich zu erklären gesonnen gewesen seyen, so daß die Zahl der mit Nein Stimmenden sich auf 76 reduzirt (darunter Geigel, Glaß, Hagen, Müller, Gurden, Spaß u. A.). — Der Platz vor der Paulskirche war durch Bürgerschaftswachen (nicht durch Militär), wie wir aus dem Herausströmen überzeugten, abgeschlossen. Auf den Straßen herrscht Ruhe. — Die nächste Sitzung findet nächsten Donnerstag statt; der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl des Präsidenten.

Das Reichsministerium ist nun weiter dahin vervollständigt, daß als Auswärtsminister eintraten: für das Aeußere Robert Mohl aus Heidelberg, für den Handel Fallati aus Tübingen, für die Justiz Widemann, Advokat aus Düsseldorf. Die offizielle Bekanntmachung des Ministeriums wird nun nicht mehr lange auf sich warten lassen. (Köln. z. A.)

Deutschland.

Bayern. * München, 10. Aug. Heute ist auch das 1. Bataillon und der Stab des 1. Inf.-Reg. „König Ludwig“ wieder hier eingetroffen, und eben so freudig empfangen worden, wie seine früher eingetroffenen Waffenbrüder.

Herr Titus der Abgeordnete des Bamberger Wahlbezirks zur deutschen Reichsversammlung wird trotz des an ihn von seinen Wählern erlassenen offenen Briefes sein Mandat nicht niederlegen. Er kann, wie er jetzt erklärt, diesem offenen Briefe keine Beachtung gonnen aus dem Grunde, weil er in Erfahrung gebracht hat „daß sich der Unterzeichnung desselben zeitweise mit bureaukratischer Einflüsse im Geheimen geltend gemacht hätten.“ — Das heißt man eine sehr leicht abthun!

In der „Fr.-D.-A.-Ztg.“ finden wir folgende einen andern näherer Abgeordneten zu seiner Nationalversammlung zu Frankfurt liefern den Depeschen des Abschaffenburger Wahlbezirkes, Herrn Forstmeister Dr. Müller von Damm, auf dem linken Zentrum erscheinen und demgemäß in der Abstimmung über die provisorische Zentralgewalt votiren. Da man aber nur auf der Rechten die entschiedene Vertretung des konstitutionell-monarchischen Prinzips für Deutschland zu erkennen vermag, und Dr. Müller mit unter Voraussetzung des treuen und reinen Festhaltens dieses Prinzips, dem er durch öffentliche Erklärungen gehuldigt hatte, zum Deputirten gewählt wurde, so findet man sich den Urwählern und der eigenen Ueberzeugung gegenüber verpflichtet, denselben in einer baldigen neue Wähler berufenden Deklaration zu veranlassen, worin gesagt wird, daß demselben gegenwärtige Stellung als zwangsgemäß zu betrachten wäre. Der unterzeichnete Wahlmann im Namen des benachbarten Theiles der Wahlmannschaft aus dem Polizeibezirke Alzenau. Schöllkopf, den 4. August 1848.

Dr. Ulrich.

Würtemberg. Nach einem Schreiben aus Stuttgart vom 6. August (in der Deutsch. Ztg.) war am 5. Abends der nach Wien geschickte Kurier vom König zurückgekommen. Nach Schleswig-Holstein sollen bis 6. und 8. Infanterieregiment, beide 2. Reiterregiment, 1 Batterie Artillerie, und 90 Pioniere (soll wohl reitende Pontoniere?) jetzodo ohne Bruckentrain, den — nach dem genannten Schreiben — Bayern zu stellen hatte, aufbrechen. Falls kein Gegenbefehl von Frankfurt kommt soll diese Mannschaft schon in wenigen Tagen ihren Marsch nach Brandsal antreten, von dort mit Eisenbahn und Dampfschiff weiter befördert werden und voraussichtlich in 9 Tagen am Bestimmungsorte seyn.

Sachsen. Dresden, 3. August. Der interimistisch mit dem Departement des Kriegs beauftragt gewesene Oberst Aster hat die nachgesuchte Entlassung erhalten und der Generalmajor und Brigadekommandant Treusch von Buttlar ist zum Kriegsminister ernannt worden. Staatsminister von Oppell ist auf sein Ansuchen in Ruhestand versetzt worden. Es ein Theil der königl. sächs. Armee auf den Kriegsfuß treten und zum Marsch ins Feld bereit gehalten werden soll, so hat das Kriegsministerium unter dem heutigen Datum eine Reihe dahin zielender Verfügungen, Einberufungen, Pferdeankauf ꝛc. betreffend, öffentlich bekannt gemacht.

Dem 4. August. Nachdem in Gera Unruhen ausgebrochen waren, hatte sich, wie bekannt, die dortige Regierung an die unfrige gewendet. Staatsminister Oberländer und General von Buttlar gingen in dieser Sache nach Gera. Die sächsische Regierung machte über die getroffenen Maßregeln Mittheilung nach Frankfurt, und es ist darauf Staatsminister Oberländer von der Reichsgewalt zum Kommissär ernannt worden mit dem Auftrage, sowohl in Gera wie in den angrenzenden Staaten für Aufrechthaltung der Ordnung, für Anerkennung der Gesetze und für Schutz der Bürger gegen rechtswidrige Angriffe zu sorgen. (Sächs. Bl.)

Dresden, 5. August. Heute Vormittag ist vom Kriegs-Ministerium der Befehl zu Mobilmachung der hier garnisonirenden zwei Bataillone Schützen eingetroffen, um sich den Truppen anzuschließen, welche demnächst zur Verstärkung des Heeres in Schleswig-Holstein verwendet werden sollen. Von Sachsen haben dahin Marschordres erhalten eine Infanteriebrigade von 4 Linien- und 2 leichten Bataillonen, zusammen 5000 Mann, 4 Schwadronen Reiterei (500 Pferde), und eine 12pfündige Batterie. Die Infanterie-Brigade besteht aus dem 1. u. 2. Bataillon vom Leib-Regiment, aus dem 1. u. 2. Bataillon des ersten Linien-Regiments und aus dem 1. u. 2. Schützen-Bataillon. Die Kavallerie bildet die 1., 2., 3. u. 4. Schwadron des Garde-Reiterregiments. Das Kommando der kombinirten Brigade hat der Generalmajor Graf von Holzendorf. — Sichern Nachrichten zufolge sind gestern 2000 Mann Preußen, Infanterie, Husaren und eine Batterie, von Sachsen eine Abtheilung der in und um Zwickau lagernden Truppen nach Gera aufgebrochen, wo angeachtet der gemachten Sühnversuche, welche der Minister Oberländer leitete, die Zustände sich für die Ruhe der Stadt immer bedrohlicher gestaltet haben. (Köln. Z.)

Preußen. Berlin, 6. August. Wie heute in den Berlinischen Nachrichten“ der Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung entnehmen, hat am 30. Juli einen Artikel über den Reichs-Verfassungsentwurf und die Stellung Preußens. Charakteristisch für die gegenwärtigen Verhältnisse ist der Schluß: „Vor Allem sei Preußen eingedenk, wie eben jetzt in Wien das deutsche Oesterreich dem slavischen zu erliegen in Gefahr ist und daß Deutschland in den Gefahren, die ihm von Osten und von Westen drohen, sich auf sein Kraft Preußen stützen muß, so sei gewiß, daß das dankbare Vaterland wissen wird, welche Stelle dem Staate der 16 Millionen der unsere Marken im Osten und Westen zu hüten hat, in dem künftigen Reiche gebührt!“ Hoffen wir, daß diese Sprache, und nicht zu spät, den gebührenden Wiederhall im ganzen Vaterlande findet, kann wollen wir gern alles Vergangene vergessen lassen; möge Deutschland denn kommen, frei von allen phantastischen Erbwangen. Einigung finden und in dem Parlamente, dessen für ganz Deutschland verfassungsmäßig gültigen Akten die Regierung und das Volk der 16 Millionen. das des Vaterlandes Marken im „Osten und Westen zu hüten hat“, auch ohne Raisers thum vollstrecken wird, wie es eben durch diese Stellung auch berufen ist, das gesammte Vaterland nach Außen zu vertreten. Aber ohne die erste Bedingung wird auch dieses Ziel niemals anerkannt und unterjocht werden, auf daß der brennende Gedächtnißtag vereinst in Wahrheit ein allgemeines Freudenfest bleibe!“

Ueber dasselbe Thema bringt die Kölner-Zeitung vom 8. Aug. den folgenden bemerkenswerthen Artikel aus Berlin, 5. Aug. „Der ihr erwachte preußische Geist ist keineswegs den einseitigen Bestrebungen unserer Regierung gefolgt, sondern selbstständig gehandelt. Zunächst ist es nur ein rechtswidriger Akt-Schlag, der eingetreten, da man über die Freiheitsbestrebungen seit dem März soll ganz die nationalen Interessen vergessen, und nun natürlich das erste Auftreten derselben einen specifisch preußischen Geist zeigen mußte, da sie nicht dadurch, daß das ganze Deutschland, sondern nur Preußen gesahrdet erschien, hervorgerufen. Aber selbst die erste Krisis war vorüber, und die Partei des Rechten äußerte Rechte in dieser Beziehung seit dem März soll ganz die nationalen Interessen vergessen, und nun natürlich das erste Auftreten derselben einen specifisch preußischen Geist zeigen mußte, da sie nicht dadurch, daß das ganze Deutschland, sondern nur Preußen gef

u. s. w. Cathwys deutete, der zu gleicher Zeit bekannt wurde, so hätte ein derartiger Befehl wirklich verwirrend wie so demoralisirend auf unser Heer gewirkt, und das durfte unser Regierung in Preußens und Deutschlands Interesse nicht zugeben. Ganz anders wäre es gewesen, wenn es sich persönlich dem preußischen Reichsverweser mit noch unbestimmter Machtvollkommenheit, sondern dem „einigen Deutschland" gegolten. Sie hat darin nur im Einverständnisse mit dem Volks-Bewußtsein hier gehandelt; möge man das in Frankfurt einsehen und beiden um so mehr glauben, je strenger sie im Uebrigen ihren Standpunkt festhalten, wenn sie verschern, mit Deutschland stehen und fallen zu wollen."

⊙ Berlin, 7. August. Von dem gestern schon erwähnten Festzuge nach dem Kreuzberge wollen wir noch zu bemerken, daß sich die Gesammtzahl der an ihm Theilnehmenden auf mehr als 15000 belaufen mochte. Es hatten sich demselben viele Deputirte angeschlossen. Die zuerst beabsichtigten Reden unterblieben und nur als man an dem Ziele des Zuges, an dem auf dem Kreuzberge stehenden Monumente (zur Erinnerung an die Freiheitskämpfe der Jahre 1813, 14. 15.) angelangt und auf der Spitze befestigen ein deutscher Banner aufgestanzt hatte, wurde dem einigen Deutschland ein Hoch ausgebracht, das von den Theilnehmern an der Festlichkeit donnernd wiederholt wurde.

Ueber die Verhältnisse zu Dänemark bringt die „Königliche Zeitung" folgende interessante Mittheilungen: „Berlin, 5. August. Ich bereite mich, Ihnen mitzutheilen, daß, wie es scheint, günstige Nachrichten über die schleswiger Affaire eingelaufen sind. Man hofft einen baldigen Frieden. Es bestätigt sich, wie sie wissen, nur darum, daß die Genehmigung des Reichs-Verwesers Dänemark notificirt werde. Unterdessen entspann die Intignation des Ministers v. Schmerling nicht sowohl der Sachlage selbst, als der scheinbar beleidigenden Regierung Dänemarks, die Centralgewalt anzuerkennen. Wenn sich nun all diese Mißverständnisse ausgleichen, kann noch Alles gut werden. Bekannt war in Frankfurt auf der Tagung des Kriegs, legt man neben Malmö in Reserve" ist nicht, rechnet man auf eine in diesem Augenblicke schwer zu erreichende Allianz mit Frankreich — man denke an Posen und Italien —: dann stehen dem Vaterlande die äußersten Gefahren bevor. Wir vertrauen auf die Weisheit des Parlaments."

Oesterreich. Die „Prager Zeitung" vom 4. August bringt eine längere Erklärung des Fürsten Windischgrätz, worin derselbe die Ergebnisse der durch die Militärgerichte bis zum 2. d. Mts. angestellten Untersuchungen über die Prager Ereignisse in zwei Punkten ohne Rückhalt für das fortzusetzende Untersuchungsgeschäft dem Publikum mittheilt. Der wohlüberlegte, lange Zeit vorbereitete Plan des Staatsumsturzes geht aus diesem Aktenstücke klar und deutlich hervor, auf welches wir später noch im besonderen zurückkommen werden. Schließlich erfahren wir daraus, daß bereits 22 Verhaftete wieder auf freien Fuße, 4 dagegen dem Civilkriminalgerichte zur weiteren Verfolgung übergeben sind, 4 erwiesenermaßen unschuldig befunden, 11 aber dem Kriegsgerichte zur Aburtheilung übergeben worden sind. Der Ausspruch dieses Gerichtes über das Verbrechen, oder die Verbrechen, die dadurch herbeigeführten militärischen Maßregeln das Gepräge einer nerfischen Reaktion an sich tragen, und ob die Ereignisse blos aus einem „zufälligen Zusammentreffen" der Civilisten mit dem Militär hervorgegangen seien.

Die nun auch bereits in unserer gestrigen Beilage mitgetheilte Nachricht von der Kapitulation Mailands scheint sich zu bestätigen. Auch die „Allgemeine Zeitung" enthält dieselbe in folgenden Mittheilungen aus Innsbruck und Verona:

Innsbruck, 9. August. Privatbriefen aus Verona zufolge verbreitete sich hier die Nachricht, daß durch General Clam, welcher am Sonntag den 6. auf Courier aus Wien durch Verona eilte, der Antrag gestellt wurde, Mailand sei nun gefallen, nachdem es am Sonntag von Radetzky angegriffen werden, und die Piemontesen „zweimal vergeblich versucht hatten sich durchzuschlagen. Es sollen etwa 20,000 gewesen sein, die, nachdem eine Deputation der Stadt Mailand dem Feldmarschall die Schlüssel der Stadthore abgegeben hatte, insgesammt das Gewehr streckten. Deutsche, österreichische, weiße Fahnen, auch an mehreren Orten die italienische, die Farben sollen wurden gleichzeitig aufgehißt. Der Feldmarschall d'Aspre soll sie so in die Furcht gebracht haben durch einige gewonnen, welche er in die Stadt schicken ließ. Mailänder Post ist heute keine eingetroffen.

Verona, 7. August, 12 Uhr Mittags. In diesem Augenblick ist General Graf Clam von hier abgefahren. Der einer halben Stunde angekommen bringt er die Nachricht von 10 Uhr gestern früh erfolgten Einzug der k. k. österreichischen Truppen in Mailand, an der Spitze den greisen Feldherrn und Vater.*)

Frankreich.

* Paris, 6. August. Das „Journal des Debats" sagt heute: „Die HH. Mocci, von dem Turiner Kabinet mit einer besondern Sendung an die französische Regierung beauftragt, Guerrieri, Kommissär der provisorischen Regierung der Lombardei, und Amaisi, Abgeordneter von Venedig, sind gestern Vormittags von Hrn. Bastide, Minister der auswärtigen Angelegenheiten empfangen worden. Die verschiedenartigsten Gerüchte waren in Umlauf über das Ergebniß dieser Konferenz. Wir wissen nur, daß die von General Ragnon befehligte Infanterie-Division, diese aus ehemaligen Regimentern der Armee von Afrika zusammengesetzte Division, welche neuerlich 120 Meilen zu Fuße in sieben Tagen zurückgelegt hat, und im Lager von St. Maur stand, den Befehl erhalten hat, ihre frühern Stellungen an den Grenzen des Departement der Var wieder einzunehmen, und in der That sich voegestern und gestern in Marsch gesetzt hat. Im Uebrigen schwächt der Abmarsch dieser Division die Besatzung von Paris durchaus nicht. Sie wurde unmittelbar ersetzt durch Truppen, welche von den Forts Saussent angekommen sind. Die Regierung macht fortwährend sorgfältig über den Vollzug des Dekrets der Nationalversammlung, welches befiehlt, daß eine Armee von 50,000 Mann wenigstens bis auf Weiteres unter den Mauern von Paris versammelt bleiben solle. Die Zahl die gegenwärtig in der Hauptstadt anwesenden Soldaten ist eher ober als unter der durch das Dekret festgesetzten Ziffer. Ein Gerücht, das viel Glauben gefunden hat, und ohne Zweifel die Festigkeit stützen, welche die Börse bei so vielen Anlaß zur Aufrechthaltung des Friedens nicht sehr beruhigenden Nachrichten zeigte, gibt als gewiß, daß Unterhandlungen zwischen den Regierungen von England und Frankreich angeknupft seien, deren Resultat wäre, die Vermittlung der beiden Mächte zu Wien und Turin annehmen zu machen, und die Frage der italienischen Unabhängigkeit ohne neues Blutvergießen zu lösen." In einem leitenden Artikel spricht dasselbe Blatt die Ueberzeugung aus, daß, da der Weg der Vermittlung besser, als durch Einschreiten abmachen laße, und macht die folgende bezeichnende Aeußerung: „wir können und dürfen nicht mehr Italiener sein, als die Italiener selbst; wir können nicht unternehmen, ihnen ein Einheitsprincip aufzupfropfen, von welchem sie selbst nicht die Elemente haben." Dann stellt es in Aussicht, daß die vom parlamentarischen Comité zurückgewiesenen Bedingungen Oesterreich wieder aufgenommen werden können, und sagt bei, in diesem Sinne seien die letzten Ereignisse im Norden Italiens geeignet die friedliche Lösung der Frage zu beschleunigen. Frankreich wolle die Aufrechthaltung des allgemeinen Friedens; die Hauptmächte Europas müssen sie auch wollen. Auch die Sprache des „National" zeigt deutlich, daß Frankreich keine Lust zum Einschreiten in Italien hat. Schon vor einigen Tagen brachte es einen Artikel, worin er den Italienern die für sie gewiß sehr beruhigende Versicherung gab, daß sie sich selbst aus der Schlinge ziehen müssen. Er schilderte ihnen mit lebhaften Farben die Vortheile, welche es ihnen bringen müsse, wenn sie sur sich allein und blos mit eigener Kraft ihre Unabhängigkeit erringen. Heute spricht er ganz in demselben Tone, indem er die sehr Hoffnung aussprict, trotz der schlimmen Nachrichten die Unabhängigkeit Italiens durchzusetzen aus dem Kampfe hervorgehen werde, ohne daß Frankreich mit bewaffneter Hand einzumischen brauche.

** Paris, 6. August. Man hatte heute im Moniteur einen Erlaß erwartet, wodurch 11 der unterdrückten Blätter die Erlaubniß zum Wiedererscheinen erhalten wurden. Derselbe ist aber nicht erschienen, bedungsaber glaubt ich zu wissen, daß das Verschwinden der Namen dieser Zeitungen von der General Canvignac zur Unterschrift vorlieg, in keiner Augenblicklich wahrscheinlich schon unterzeichnet ist. Im Ganzen waren 13 Blätter unterdrückt worden; nur 2 wurden auch ferner nicht erscheinen dürfen, nämlich „der Volksdoctrinen" von Proudhon und „die wahre Republik" von Thore.

— Hr. Delaymann, der bekannte Töne nach Deutschenfresser, ist mit einer besondern Sendung der dänischen Regierung hier angekommen. — Man spricht von Ernennung einer Untersuchungs-Kommission, die in ganz Frankreich, um dem General Cavaignac einen Beweis des Danks der französischen Nation für die von ihm während der Junireignisse entwickelte Energie zu geben. — Mit General Bedeau scheint es jetzt ganz gut zu gehen. Er soll sich nun zur Annahme des Kriegsministeriums bereit erklärt haben für den Fall, daß der General Lamoriciere den Oberbefehl der Pyrenäenarmee wirklich übernehmen werde.

** Paris, 7. August. Der Moniteur bringt heute wirklich die Ordonnanz, welche 11 von den 13 unterdrückt gewesenen Zeitungen, wie der zu erscheinen erlaubt. Drei davon darunter „la Presse" sind heute bereits wieder erschienen. Die Regierung hat gestern auch der Nationalversammlung den Entwurf eines Dekrets für Schaffung einer Regierungszeitung vorgelegt, das „Journal de la République" voelegen lassen. Die Nationalversammlung setzte heute die Berathung über das Zusammenlegung der Geschworenengerichte fort. (Wir haben bereits erklärt, daß wir darauf zurückkommen werden — um so mehr, als gerade diese Frage zegt in unsern bayerischen und sast im gesammten deutschen Vaterlande an der Tages-Ordnung ist.) — Der Glaube an bewaffnetes Einschreiten Frankreichs in Italien scheint trotz der täglich sich mehrenden lautenden Nachrichten für die Sache Karl Alberts immer mehr Jedermann zu verlieren auf glücklichen Ausgang der Vermittlung Englands und Frankreichs.

△ Paris, 7. August. Der Marquis Brignole-Sale, sardinischer Botschafter, und Hr. A. Recé haben gestern abermals eine Konferenz mit dem Minister des Auswärtigen Hrn. Bastide gehabt. Man spricht von telegraphischen Depeschen über den Stand der Dinge in Italien, die der Regierung zugekommen seien. Gewiß ist aber, daß sie nicht bekannt. — Sehr bemerkenswerth ist ein umfassender Artikel „über die Parteien in Italien" im Journal des Debats. Derselbe ist unterzeichnet von dem bekannten Diplomaten Alexander Walewsky. Die Ita ienen im Allgemeinen, der König Karl Albert, die Mailänder, kurz alle erhalten gelegentlich ihren

*) Italienische Blätter sehlen hier „Allgemeine Zeitung", wie auch uns, seit zwei Tagen. Schweizer Blätter, welche meinen, daß in Mailand eine Kapitulation, nad zwar von Seiten Karl Alberts, nicht der Mailänder selbst stattgefunden habe. Die „Neue Zürcher Zeitung" schreibt: „Der Staatsrath des Kantons Tessin hat unterm 5. 11 Uhr Abends dem Vorort berichtet, daß die Oesterreicher in der Nacht vom 4. auf 5. Mailand einzogen seien. Auch in Como sein österreichische Truppen eingezogen. Am 4. habe man sich vor Mailand geschlagen, am 5 habe ein Kampf mehr stattgefunden, obwohl die Stadt zum Widerstande bereit, und über die Art der Kapitulation sehr verwundert gewesen sei."

Triumph. Ich hebe nur eine Stelle, welche hinreichend den ganzen Artikel charakterisirt, heraus. Er sagt: man habe dem Wiener Kongreß vorgeworfen, das Schicksal der Welt geregelt zu haben, indem er mit Lineal und Zirkel Linien auf der Landkarte zog, ohne sich um die Wünsche, Sympathien oder Interessen der Völker zu kümmern, deren Geschicke festgesetzt wurden sollten; wenn man nun diese „große Utopien“ eines ganz Italien umfassenden Königreichs realisiren wollte, so müßte man es gerade so machen, wie der Wiener Kongreß; denn man frage die Römer, Neapolitaner und Toskaner, ob sie Mailand oder Turin zur Hauptstadt haben wollten, aber ob sie geneigt sind einer Regierung zu gehorchen, die zu Venedig oder Genua ihren Sitz hätte? Ebensowenig würde die Malländer, Piemontesen, Venetianer von Neapel, Florenz oder Rom als Hauptstädten regiert sein. Selbst die kleinsten Staaten, wie Modena und Parma wollen ihre Individualität nicht verlieren. Ich in diesem Briefe ist der ganze Artikel gehalten. Er will Karl Albert nichts zugeben, als ein Königreich Oberitalien, bestehend aus Piemont und der Lombardei, und das sei genug. Eine größere Ausdehnung würde es unmöglich machen. Man kann hieraus sehen, wie weit hier Geneigtheit zur Intervention in Italien vorherrscht.

Spanien.

*Madrid, 1. August. Gestern verscherte man, daß der Generalleutnant vom Minister Befehl erhalten habe, Anstalt zu treffen, daß der General O'Donnel im gegenwärtigen Augenblicke sich nicht nach Madrid begebe. — Nachrichten aus Bayonne zufolge sollen die Montemolinisten eine neue Erhebung in Navarra und den baskischen Provinzen vorbereiten und vorbereiten. — Man sagt, Hr. Mon sei zum Gesandten in Wien ernannt. Das Finanzministerium hat er ausgeschlagen. Der Gesandtschaftsposten in Preußen ist dem General Manuel de la Concha angetragen, aber von diesem aufgeschlagen worden.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Berlin, 7. August. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 73½, B., 73 G. Seeh. Präm. Sch. 88 B. — G. K. u. Nm. Schuldv. 70½ B. — G. Berl. Stadt-Obl. — B. — G. Westpreuß. Pfandbr. 76½ B. 76 G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. 96 B. — G. 3½ proz. 77½ B. 76½ G. Ostpr. Pfandbr. B. 85 G. Pomm. Pfandbr. 91½ B. 91 G. Kur- u. Nm. Pfandbr. — B. 99½ G. Schlesische Pfandbr. 91½ B. — G. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. — B. 81½ G. Preuß Bk.-Anth. Sch. 85½ B. 84½ G. Friedrichsd'or 13½ B. 13½ G. Ausl. Gold. — 5 Th. 13 B. 12½ G. Diskonto 3 B. 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt A. 86½ G. 87 B. Berl.-Hamburg 62 G. 63 B. Berl.-Stettin-Stargarder 86½ bz. u. G. Berl.-Potsdam-Magdeb 47 B. 46 bz. Magd.-Halberstadt 98½ G. Magd.-Leipziger — Halle-Thüringer 51½ G. Köln-Minden 75½ G. Köln-Aachen 56½ G. Düsseld.-Elberfeld 69 G. Steele-Vohwinkel 32½ G. Niederschles.-Märk. 69 B. 70 bz. Oberschles. Lit. A. 88½ B. 87½ bz. u. 88½ bz. Lit. B. 86½ B. 87½ bz. u. 88½ bz. Breslau-Freiburg — Rheinische 41 G. 42 bz. Berg.-Märk. 59 B. Stargard-Posen 66 B. 65½ bz.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B. 85 B. u. bz. Starg.-Posen — Magd.-Wittenberg 45½ B. 45½ bz.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 82½ B. Berlin-Hamburg. 88½ B. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 76 G. 5proz. 86 bz. Halle-Thüringer 89½ B. Köln-Minden 87½ G. 88 B. Rhein. 4 Prior. 74½ G. Rhein. Stamm-Prior. 68 G. Düsseldorf-Elberfeld —. Niederschles.-Märk. 4proz. 80½ B. 5proz. 93 B. 92½ bz. III. Serie 88 B. Zweigbahn 4proz. 71 G. Kosel-Oderberg — Sterle-Vohwinkel —.

Paris, 7. August. 5proz. 42.25. 4proz. —. 3proz. 69.50. Schagsch. 25. Bankaktien 1600 Compt. von Ango —. Bkg. 5proz. von 1840 74½. von 1842 74½. 4½ proz. 88. — 3proz. —. 2½ proz. 38½. Bkg. Bank 630. Neap. 4proz. 74.25. Röm 57. — Piem. — St. Germain —. Versailles (rechte) 120. — (linke) 102.50. Orleans 670 —. Rouen 442.50. Havre 210. — Marseille 221.25. Basel 87.50 Bierzon 260.— Boulogne —. Orleans —. Nordbahn 373.75. Montereau —. Lyon 341.25. Strasburg 350. — Rantes 332.50. Dieppe —. Seaux —. Montpellier —.

Madrid, 2. August. 5proz. 19½ B. 19½ G. 4proz. —. 3proz. 10½ G. Pass. 4 B. 3½ G. Comp. —. Ausw. Akt. Pass. Schuld 3½ B. Provis. Lit. 3 G St. Fernandobank 50. Diskonto —. Wechselkurse: Paris auf 8 Tage 4—70 G. London 45 G.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

München. Bericht auf den königl. bayer. Eisenbahnen im Monat Juli 1848:

Bahnstrecken.	Personen. Zahl.	Einnahme. fl. kr.	Frachtgüter. Gewicht. Ctnr. Pf	Einnahme. fl. kr.	Bagage, Equipage, Vieh rc. Einnahme. fl. kr.	Gesammt-Summe der Einnahmen. fl. kr.
München-Donauwörth-Augsburg	52196	35712 11	55464 64	9418 27	4585 5	50015 43
Nürnberg-Neuenmarkt	40731	23538 —	35511 49	6300 21	1541 50	31380 11
Summa:	92927	59250 11	90976 13	15718 48	6126 55	81395 54

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag, 11. August: „Nelson“, Schauspiel von Th. Hell. Hierauf: „Der Schatten“, Divertissement.

Fremdenanzeige.

Hotel Maulik. v. Lazary, Proprietär von Triest. Hart, Kaufmann von Leipzig. Gebrüder Kopp, Rentiers von London. Stöhlin, Privatier von Zürich. Scherer, Professor von Würzburg.

Gold. Kreuz. Dr. Lotz, von Schwanningen. v. Ott, Appellationsgerichts-Rath von Freising. Kandler, Privatier von Innsbruck. Steinmetz, Kunstdrucker von Wien. Göpfert, Dr. jur. von Karlsruhe.

Gold. Hahn. Baudt, Privatier von Bonn. Hr. Bauer, geh. Rath von Bingen.

Blaue Traube. Frhr. v. Leuk, Gutsbesitzer von Charlottenthal. Dr. Riedhangen, von Stockholm. Frhr. v. Verchenfeld, Artilleriemajor von München. Frhr. v. Plauen, Hauptmann von Innsbruck. v. Pfistel, Kunstdirektor von Innsbruck. Frhr. v. Cotzhausen, Kontrolleur von Lustau. Frau v. Publ, Generalin von Graz. v. Langenfeld, Privatier von Graz. Baron v. Braaca, Stadtgerichtsrath von Passau. Jerns, Gerichtshalter von Stain.

Stadthausgarten. Dr. Jayland, prakt. Arzt von Aschaffenburg. Ploner, Regierungsrathes-Gattin von Augsburg.

Gestorbene in München.

Kreszenz Huber, dürftiger Lohnlutscherstau, 30 J. a. Joseph Schweier, bürgerl. Küchelbäcker, 54 J. a. Anna Maria Dexler, Bauerstochter von Rühnhausen, Bzgs. Main, 73 J. a.

Bekanntmachung.

Da den Parteien obliegt, die Bezahlung der Sportteln sorgfältig bei ihrem Erscheinen vor Amt zu bewirken (Hauptzusammenstellung der Normen über Gerichtstaxen und Stempelgebühren von Gretl S. 8 §. 11 Ziff. 1) hiezu sind das unterfertigte Expeditions- und Tax-Amt nur allgemeinen Kenntnis, daß Jeder, welchen die Gerichtsboten für ein bei dem königl. Kreis- und Stadtgerichte aufgenommenes Protokoll, das eine Ausfertigung nicht veranlaßt, zu berichtigen obliegt, dann wenn er zur Zahlung der Gerichtssteu weder am Tage der Aufnahme des Protokolls, noch den nämlichen darauf folgenden Werktag im Expeditions- und Taxamte sich meldet, die Zuziehung einer Aufforderung oder einer gerichtlichen Zahlungsanweisung zu gewärtigen hat, für deren Insinuation, wenn solche in der sogenannten Assisari geschieht, 4 kr., wenn sie aber von den früher bestandenen vier Thoren erfolgt, 8 kr., dem Gerichtsboten nach den Taxordnungen vom Jahre 1735 und 1810, dann den höchsten Ministerialreskripten vom 7. und 12. Juli 1815 zu zahlen sind.

Zugleich wird daraus aufmerksam gemacht, daß auch bei jenen Parteien, welche, wenn ihnen eine Gerichtsverfügung zugestellt wird, die hiebei angesetzerte Taxe nicht sofort dem Gerichtsboten bezahlen, der Zahlungsklausel die Entscheidung der bezeichnete Zuschlagsbetrag für die Insinuation des gerichtlichen Zahlungsauftrages, welchen das unterfertigte Expeditions- und Tax-Amt gegen sie veranlassen muß, zur Folge hat.

München den 31. Juli 1848.

Expeditions- und Tax-Amt
des
königl. Kreis- und Stadtgerichts München.
Maurer. Bauer.

Mailand ist genommen! Mittags das Bülletin in der Beilage.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Einnahme von Mailand.

** Am 6. August, dem nämlichen Tage, an welchem Teutschlands Heeren das für das große Gesammtvaterland so hochwichtige Ereigniß des Amtsantrittes Sr. kaiserlichen Hoheit des Reichsverwesers Erzherzogs Johann verkündet wird, zog Oesterreichs ruhmbekränztes Heer, das „Schwert Oesterreichs", der greise aber noch jugendlich kraftige Held Feldmarschall Radetzky an der Spitze, in die Mauern der wiedereroberten Hauptstadt der Lombardei ein. Wir lassen hier das diesen Morgen ans Innsbruck uns zugekommene Kriegsbulletin vollständig folgen: — Kriegsbulletin. Hoch lebe der Kaiser! Ruhm und Ehre dem tapfern siegreichen Heere in Italien! Land- und Volk-Sieg auf Sieg! Die tapfern Heere siegen unter Radetzky! Generalmajor Fürst Friedrich Liechtenstein ist eben aus Italien mit folgender Siegesnachricht hier eingetroffen: „Hauptquartier Mailand 6. Aug. 1848. Die Stadt Mailand ist unser! Sie hat sich der Gnade Sr. Majestät des Kaisers ergeben, und ich bin heute Mittags 12 Uhr mit meiner tapfern Armee in selbe eingezogen. Die viermonatliche Armee hat diese Stadt heute verlassen, und muß, nach einer mir über und über Stadt Mailand geschlossenen Konvention die 7. Abends über den Ticino, mithin außerhalb den Grenzen des kaiserlichen Gebietes sein. Die Armee hat vor zwei Wochen ihre Offensive von Verona aus ergriffen, — sie hat während dieser Zeit bei Sommacampagna, Custozza, Volta, Cremona, Pizzighetone und zwei Tage vor Mailand siegreiche Schlachten und Gefechte geliefert, und ist nun den tapferen Heeren Sr. Majestät des kaiserlichen Hauptstadt. Die Armee und ihre Führer glauben somit ihre Schuldigkeit zur ihren geliebten Kaiser und das geliebte Vaterland treulich erfüllt zu haben, — denn kein Feind steht mehr auf lombardischem Boden. Ich sende diese Siegesnachricht durch einen der tapferen Generale der Armee, den General Grafen Clam, an das Kriegsministerium und werde sich zugleich auch an Se. Majestät den Kaiser wenden, um seinen tapferen Generalen, den Generalmajor Fürst Friedrich Liechtenstein, mit dieser so erfreulichen Kunde nach Innsbruck beordere. Radetzky, m. p. Feldmarschall." — Das edele Governo provisorio ist gestürzt. Der kaiserliche Doppeladler prangt wieder in Mailand und in der Lombardie an seinen früheren Stellen in seinem alten Glanze. Gegen die österreichische Regierung, gegen die Deutsche von den Lombarden begangene schändliche Verrath ist durch Oesterreichs Waffenmuth vollkommen besiegt. Die gerechte Sache hat triumphirt. Hoch lebe der Kaiser! Vom k. k. int. Militärkommandanten in Innsbruck am 9. August 1748. Eliasched, Generalmajor.

* Ueber die Ereignisse, welche der Uebergabe von Mailand unmittelbar vorangiengen, kommen und noch folgende Mittheilungen zu. In den letzten Tagen war die Stadt von Terrorismus beherrscht. An die Stelle des zu Turin abwesenden Präsidenten Casati (der ins sardinische Ministerium getreten ist) war dessen Sekretär Strigelli an die Spitze der Regierung getreten, welcher den Auftrag an sich riß, das Land so sie das Beste zu besserer Vertheidigung, Beseitigung der Hafen, Errichtung von Barrikaden, Abschneidung aller Verbindungswege u. s. w. auffordern sollten. Der Vertheidigungsausschuß mit Zanni an der Spitze wurde gebildet, ein permanentes Strafgericht unter dem pensionirten Feldmarschall-Lieutenant Rangier ernannt, das alle, die nicht ihre Schuldigkeit thaten, sodann zu Verrathern würden, nach den Kriegsgesetzen abgeurtheilt sollte. Am 4. 8. um 10 Uhr Morgens aber donnerten die österreichischen Kanonen schon nur eine Stunde von der Stadt entfernt. Da begann Schrecken einzuwirken unter einem Theil der Bevölkerung; an unserer Lonate seine feurige Hoffnung sonn verlegen, das kaiserliche Heer hatte im Westige der Stadt zu stehen, um unsere offene Stadt wieder zu Ruhe und Ordnung zu bringen. Der Adel, der die Folgen seiner Begünstigung des Aufstandes gegen Oesterreich so hart hat büßen müssen, trat laut mit dem Verlangen hervor, daß man keinen unnützen Widerstand leisten, dem anrückenden kaiserlichen Heere die Thore offen sollte. Aber noch hatten die Fanatiker die Oberhand. In der Nacht auf den 5. wurde noch eifrig unterhandelt, da den nächsten Umgangen der Stadt die Bäume überhingungs-Ausschuß wollte sogar vermittelst der Kanäle das ganze Mailand ein zweites Moskau, ja die Waisenhäuser sprachen davon, aus Innern schon fürchtbar um sich gegriffen, um von Zusammenwerken war konnte man laut auf den Straßen ihn verfluchen hören, und Ehrenrufe wie „Judas" ertönten laut unmittelbar vor seinem Thron. Am 5. Morgenanzug) in die Stadt, und mit diesen unterhandelte das nun gewaltig schaftig erwarte „Schwere Italiens." Hoch! Also es bemerken Tage unterLeben und Eigenthum sichert. Das weitere meldet das obige Kriegsbulletin.

Zukunft.

(Aus dem Journal des Oesterreichischen Lloyd.)

Die Krise, in welcher die Gesellschaft liegt, ist eine Folge der falschen Ideen, die in ihren Körper gefahren wurden und die wie Gifte wirken. Die Regierungen, durch Mangel an Einsicht und Schwindsinn, durch Schwäche hervorgerufen, durch Mangel an Selbstvertrauen und Gegenwirken der geistigen Potenzen, die als Schutzmittel von Gegenwirken wirken konnten, und durch die Ausdehnung, die sie selbst erfahren, arbeiteten der Zerstörung in die Hände. Heut zu Tage haben in den meisten Ländern Europa's die Irrthümer die Oberhand, Irrthümer über Freiheit und Gleichheit, über die Lebensbedingungen jeder Gesellschaft, über Regierung und Unterordnung, über die Mittel zu innerer Freiheit und Wohlstand, über Interesse, Eigenthum und Recht. Diese Irrthümer sind diese Irrthümer, die Köpfe der Gesellschaft getrübt. Die Krise ist da, aber die Natur, der gesunde Menschenverstand werden obsiegen und dieselbe Presse wird ihre Kraft auch im Sinne der Heilung geltend machen. Schon beginnt man einzusehen, daß keine Ordnung ohne Unterordnung, keine Wohlfahrt ohne Sicherheit, keine Sicherheit ohne Regierung und keine Regierung ohne Gehorsam und ohne Kraft ihn zu erzwingen, möglich ist. Die Besinnung der einheimden Prinzipien von den schwarzen Schlacken der Zeit, die Ausscheidung des Unbrauchbaren und Verderblichen aus den neuen Lehren, der endliche Sieg der wahren Intelligenz über die falsche und über die rohe Gewalt werden erfolgen und die Gesellschaft wird verjüngt und zu gesunden Leben beschäftigt aus dieser Krise hervorgehen. Das ist unser Glauben und unsere Hoffnung.

Ein Vorschlag an die Wähler.

Die „Ringblätter auf der Nationalversammlung" schlagen den Wählern folgende „Grundrechte der Deutschen" vor, welche „zur Zeit leider noch zu viel Widersprruch bei der Mehrheit finden:" 1) Alle Gesetze sind aufgehoben, die dürfen seine neue hervorgegeben werden. 2) Die Berannst soll nicht länger die Menschen knechten, und wird für unsittlich erklärt. 3) Der Mäßigung ist gewährleistet, gemäß dem acht demokratischen Grundsatze, daß der Zweck des menschlichen Lebens im Genießen, und nicht im Arbeiten besteht Verbesserungsantrag. Statt dessen möge gesagt werden: Der Mäßigung ist ein ausschließliches Vorrecht der Arbeiter. 4) Die jungen Souveräne dürfen in Zukunft nicht mehr mit Unterricht gequält werden. 5) Die Ararie wird so lange gerauscht, bis die Verhandlungen eingestellt ist. 6) Das Vorurtheil „Gott" bleibt dem subjektiven Urtheile jedes Einzelnen überlassen. 7) Das Zoch der Ehe ist für immer vernichtet. Die Emanzipation der Frauen wird nöthigenfalls durch gewaltsame Loslösungen herbeigeführt. 8) Die Todesstrafe ist abgeschafft, hoch wird die Guillotine, als Mußregel, für permanent erklärt. 9) Das Recht des Besitzes wird dennoch aufgehoben; wer sich dawider auflehnt, wird als Hochverräther an der Souveränität des Volks behandelt. Verbesserungsantrag: Im Betracht, daß sich hin und wieder noch immer mehr Angehörende befinden, als Bettler, und daß den glorreichen Berliner Zeughausschänderen noch Mittel vorenthalten geblieben sind, welche sonst doch nur zu rechtmäßigen Zwecken mißbraucht werden würden, wolle §. 9 lauten: Das Recht des Besitzes wird bewaffnet nachgeübt, und Preußen liefert dazu unentgeltlich die benöthigten Waffen. Minoritätsberathen eines lumpensammelnden Souveräns: Kein Deutscher darf auf den Schub gebracht oder aus einem Wirths- oder sonstigen öffentlichen Hause geworfen werden, selbst wenn er sich noch so eclatt aufführt 10) Alle sogenannten ehlen Ehe bilde — insbesondere das bei Vaterlandsliebe — sind für immer abgeschafft; jeder Deutsche hat das Recht, sich überall in seinem eigenen Hause und der Thür hinaus werfen zu lassen, und zwar insbesondere von den Polen, den Dänen, den Wälschen und Franzosen. 11) Kein Mann des Volkes braucht Etwas zu bewesen, so wie kein Minister Etwas erweisen kann. 12) Die deutsche Reichsversammlung wird dem Schutze der Gallerie überlassen; alle Standversammlungen stehen unter der Obhut der bewaffnetischen Gerewe. 13) Die deutsche Ehre wird als ein unpraktischer Begriff für immer abgeschafft. 14) Jeder Deutsche, welches nachweisen kann, daß er auf Deutschlands überhaupt Schimpf geworfen, ist berechtigt, selbst in der Reichsversammlung auch die deutsche Waffenehre zu beschimpfen. 15) Die Flüßpolizei sind für immer abgeschafft. Dagegen soll der Redestuß sortan besteuert und der auf demselben vorzunehmende Ueberfahrt der freien Völkerkongresse. 17) Jeder Deutsche hat das Recht, sich damit zu trösten, daß Nage brechen zu schlagen ist, als Radebrechy. 18) Jeder Deutsche hat das Recht, im ganzen deutschen Reiche Nachtwächter zu werden und sich um alle höheren oder niederen Staatsämter nach Belieben zu bewerben. Letzteres darf mit Grobheit und ohne Lehrer geschehen; nur Bewerber sind unerläßlich auf eine Reichsprovision, wenn er nachweisen kann, daß er es zu zudringlicher Bewerbung hat fehlen lassen.

Ergebnisse des Gewerbe-Kongresses.

Die bisherigen Ergebnisse des zu Frankfurt versammelten Gewerbekongresses, welche übrigens einer nochmaligen Berathung unterzogen werden, stellen sich wie folgt: 1) Eine allgemeine Ordnung für die Handwerker und technischen Gewerbe ganz Deutschlands, gestützt auf folgende Grundsätze: a) Der Betrieb eines Handwerks oder technischen Gewerbes ist bedingt durch Gewinnung des Meister- und Ortsbürgerrechts. b) Das Meisterrecht ist bedingt durch innungsmäßiges Erlernen des Gewerbes, durch den Befähigungsnachweis und durch das zurücklegte 25. Lebensjahr. c) Alle Voodoo'er müssen zu Innungen zusammentreten. d) Die einen Gewerbszweig betreibenden Personen nur eines Handwerks oder technischen Gewerbes erhielt werden. — 2) Schutz des Handwerkerstandes. I. Nach innen. a) Mit Einführung der neuen deutschen allgemeinen Gewerbeordnung sind alle an dem Betriebe von Handwerken oder technischen Gewerben bestehenden Realrechte aufzuheben. Vorher sollen jedoch sämmtliche betreffende Staatsbehörden, nach Grundsätzen der Billigkeit, den Werth der einzelnen Realrechtsbriefe mit Rücksicht auf die in diesem Augenblicke auf Hinzufügen der Verderbenerzeugenden Passionen ermittelt und hienach eine billige Entschädigung festsetzen, welche wo möglich binnen Jahresfrist zu erfolgen ist. b) Auf dem Lande, in Dörfern und auf Höfen sollen nur solche Handwerke und technische Gewerbe, und diese nur in solcher Anzahl betrieben werden, wie sie das Bedürfniß eines Bezirks erfordert, mit billiger Rücksicht auf solche Gewerbe, deren Fabrikate in fernen Gegenden Absatz finden. c) Die rechtmäßigen Lehrlings-Freisprechungen sollen gegen Mißbrauch geschützt, und das Fälschen falscher Zeichen und Firmen für Industrieerzeugnisse soll unbedingt zu verbieten. e) Staats- und Kommunalwerkstätten sind unzulässig. f) Staats- und Kommunalarbeiten, so wie Lieferungen, sollen nicht mehr an den Mindestfordernden, eben so wenig in Submission vergeben, sondern in Uebereinkunft mit den betreffenden Behörden von Innungen abgeschätzt und an die Innungsmeister, der Reihenfolge nach, vertheilt werden. Bei Uebernahme solcher Arbeiten und Lieferungen sollen jedesmal praktische Meister den betreffenden Beamten an die Seite gesetzt werden. g) Die Fabriken sollen besteuert werden. Die Fabriken sollen beschränkt werden. Große Gewerbe sollen zu Gunsten der kleinen besteuert werden. h) Nur dem Handwerksstande ist der Handel mit seinen Erzeugnissen und den in sein Fach einschlagenden Gegenständen gestattet. — II. Nach außen. a) Zu Ausstellungszwecke, welche vom Auslande veranstaltet werden, müssen zum Schutze der deutschen Industrie mit hohen Eingangszöllen belegt werden. Rohstoffe, welche in Deutschland selbst zur Fabrikation nöthig sind, sollen beim Ausführen angemessen besteuert werden. Die Ausfuhr deutscher Fabrikate ist von Seiten des Staates durch Ausfuhrprämien zu begünstigen. b) Begünstigung der Einfuhr des in Deutschland gar nicht oder nicht hinlänglich erzeugten Rohmaterials. c) Handelsverträge mit Staaten, welche den Einschluß von Artikeln, die gewerbsmäßigen entsprechende Vortheile gewähren. — III. Verhältnisse zum Staate. a) Vertretung der Innungen durch Spezialkammern und eine allgemeine deutsche Handwerkskammer. b) Ausschließliches Recht der innern Selbstverwaltung durch die Innungen. — IV. Hilfsmittel. a) Unentgeltlicher Unterricht in allen Schulen und Verbesserung derselben; Gründung von Gewerbeschulen auf Kosten des Staates, zur Fortbildung der für die Gewerbe bestimmten Lehrlinge, zu denen der technische Unterricht durch praktisch gebildete Lehrer ertheilt wird. b) Durch Hilfskassen und Vorschußbanken. c) Durch zweckmäßige Kreditgesetze.

Deutschland.

Bayern. — ± München, 10. August. Wenn wir in diesen Blätterrn Vorgänge, welche hier gegenwärtig so vielfältig den Gegenstand des Gespräches bilden, noch nicht besprochen haben, so geschah es deßhalb, weil wir von einer Sache, an welcher wir selber gar Manches zu tadeln hatten, lieber schweigen wollten: allein nach dem Benehmen mancher Lokalblätter nicht nur, sondern selbst der Korrespondenten einiger größerer Zeitungen glauben wir einer patriotischen Pflicht nachzukommen, indem wir auch unserer Seits die Thatsachen in der Entwicklung und der Freiheit an der militärischen Feierlichkeit des 6. August besprechen, die dabei thätig gewesenen Bewegründe u. s. w. näher beleuchten. Wahrheit nach allen Seiten hin haben wir in unserm Programm als unsern Wahlspruch aufgestellt: wir werden demselben wie immer, so auch im vorliegenden Falle, treu bleiben. Daß diejenigen, welche der Staatsregierung am jetzigen Platz und bei jeder Veranlassung, sei es aus übertriebenem Eifer für das vermeintliche allgemeine Wohl, sei es aus selbstsüchtigen Absichten, heimlich oder offen, Schwierigkeiten zu bereiten suchen, auch diese Veranlassung aufs eifrigste benützt haben, können wir nur natürlich finden, nah wir würden kein Wort darüber verlieren, machte uns nicht die Wahl der angewendeten Mittel, die Ungefetzlichkeit derselben unverhohlenen Aasdruck unserer Ueberzeugung zur Pflicht. Daß die Feier des 6. August keine allgemeine sein sollte, daß sie vielmehr nur das Befreude Heer, welches zunächst als „Bundestruppen" unter der Oberleitung der Centralgewalt zu handeln berufen ist, betraf, wird Niemand in Abrede stellen, welcher das Schreiben des Reichskriegsministers liest. Keineswegs von der Centralgewalt, sondern nur von dem Reichskriegsminister ausgegangen, nur an den Kriegsminister gerichtet, spricht dasselbe nur von den ihm untergebenen „Bundestruppen," von deren Ansrücken in ihren Garnisonen u. s. w., während die Landwehr (in der Art, wie solche in Bayern besteht) überall unter den Kurgerichten Behörden, dem Ministerium des Innern, stehe, keine Bundestruppe ist, nur als solche dastehen. Der Erfolg hat auch gelehrt, daß beinahe überall das Ausschreiben in diesem Sinne verstanden und aufgelegt und die Feier auf das stehende Heer beschränkt ward. Für Bayern, und für München insbesondere, wo die Uebernahme der Centralgewalt durch den Reichsoberweser bereits anderweitig gefeiert worden war, lag ein besonderer Grund für die Landwehr zur Theilnahme durchaus nicht vor. Wir sind soboch weit entfernt, gegen die Anordnung ihrer Kaiserlichen Hoheit, die Theilnahme der Landwehr an derselben zur Sprache zu bringen, deren „Ausschließung" als eine Beleidigung, eine Zurücksetzung darzustellen, und im Namen derselben Centralgewalt, welche vor Allen zur Gesetzlichkeit aufzufordert, das Ansrücken der Landwehr u. s. w. äußersten Falles selbst gegen das Gebot der gesetzlichen Behörden, d. h. eine offenbare Gesetzwidrigkeit zu begehren. Durch aanyme Mauerlaschlage forderten anderseitens Vorsthäter die Betrmänner zu Beathung auf, Schadloshaltung für die durch das gewaltsame Betreten verursachten Beschädigungen, welche keineswegs als Organ des Gesammtwillens gelten konnten, ja zum Theil selbst auf dem Uebergangspoge unter dem Eindrucke absichtlich verbreiteter falscher Mittheilungen von den Beschlüssen anderer Korps, wurde über die Frage, ob ausgerückt werden solle oder nicht, abgestimmt, — ein Verfahren, das selbst in den freisten der bestehenden Staaten, selbst in der französischen Republik, wo jede Berathung der bewaffneten Macht aus strengste verpönt ist, als eine im höchsten Grade gesetzwidrige und strafwürdige gelten wird. Die Führer der verschiedenen Abtheilungen legten theils, entrüstet über solches Benehmen, ihre Stellen nieder, theils bestürmten sie, dem Ungestüm zeuer Demonstrationen nachgebend, die Behörden mit ihren Bitten, bis endlich das Ausrücken zugestanden ward, ein Zugeständniß, das lediglich der Würde der Feier des Tages und der Ehre der Stadt München gemacht, nun in gewissen Kreisen als ein Sieg der patriotischen Gesinnung über die bureaukratische aufgefaßt wurde. Wir sind weit entfernt, dem ganzen Vorfall eine größere Bedeutung beizulegen, als er verdient: wir sehen darin weit weniger eine Verläugnung jenes von den Bürgern Münchens so vielfach und mit so großer Hingebung bewährten Sinnes für Gesetzlichkeit und Ordnung, der ihnen die wohlverdiente Hochachtung von ganz Deutschland gewonnen hat, als eine leider gerade jetzt überall gewöhnliche Erscheinung, daß Mißtrauen der höchsten und heiligsten Gefühle der Menschlichkeit zu verderblichen Zwecke zu fördern, und Wege anzubahnen, welche, weiter verfolgt, zu den erstlichen Consequenzen führen werden. Wir hoffen aber, daß einem solchen Beginne mit allem Nachdruck entgegengetreten werden wird, sonst müsse Gesetzlichkeit und Ordnung in München aufs schwerste bedrohende Umtriben, der ganz Geist, der rege Sinn der Münchener von selbst entgegenwirken, und dem Unwesen ein Ende bereiten, was wir uns mit und das ganze Vaterland nur aufrichtig beklagen könnten.

Würtemberg. — ** Mümtyen, 11. August. Gestern in der Frühe sind von dem so eben erst aus dem badischen Seekreise zurückgekehrten 2. Bataillone des 1. Infanterie-Regiments (König Ludwig) 400 Mann unter dem Befehle des Majors Grafen von Degler-Stetzau nach Tölz abmarschirt, wo sie am 12. eintreffen werden. Als Veranlassung zu dieser Truppensendung dahin glaubte man aus zuverlässiger Quelle annehmen zu können Gegend seit einiger Zeit überhandnehmenden Wildstreel bezeichnen zu dürfen. Besonders werden aus die Gemeinden Lenggries, Wackersberg und Gaissach als diejenigen bezeichnet, welche von den Truppen besetzt werden sollen, da der gegründeste Verdacht vorliegt, daß in denselbe die leichten der Exzesse gegen Beschersheit des Eigenthums und gesetzliche Ordnung sich befinden. Alle Mittel sollen sind getroffen, um dem Unfug ein Ende und dem gesetzlichen Achtung zu verschaffen. Die Gemeinden werden ermahnt, ihre Waffen ihnen abgenommen werden. Nöthigenfalls stehen je nach Bedarf weitere Verstärkungen der Truppen von den nahen Benediktbeuren aus zu Gebote, wo das 3. Bataillon des 2 Jsanterie-Regiments (Kronprinz) sich befindet. Doch ist zu hoffen, daß solche nicht nöthig werden. Vorlaufig werden die Truppen nur als Sicherheitskommando auftreten, im Falle es aber erforderlich, Exzessen, die Eigenschaften eines Tumultes annehmen, wenn die benannten Gemeinden nicht die erwartete kräftige Mitwirkung zu Ermittlung der Frevler und Entwaffnung derselben leisten sollten. In diesem Falle würden die Gemeinden auch die Kosten tast für die aufgebotenen Truppen zu tragen haben. Die Frevler waren zuletzt mit außerordentlicher Keckheit aufgetreten, in ganzen Rotten von 10 – 12 Mann, zum Theil vermummt und mit geschwärzten Gesichtern, um unkenntlich zu bleiben. Ein Vorfall am 7. trug ganz besonders von ihrer Keckheit und hat zu bedlagenswerthen Folgen geführt. Eine Gesellschaft aus Tölz war an dem genannten Tage zu einer Nachtfeier des 6. August mit Musik auf einen benachbarten Hügel gezogen, wurde aber bei einbrechender Nacht von Bewohnern aus Wackersberg und Gaissach überfallen und den Hügel hinabge-

worfen. Dabei wurden an 5 Personen bedeutsei Geschlechts verwundet. Wir erwarten mit Sicherheit, daß diesem gefetzlosen Treiben durch das energische Einschreiten der Regierung schnell Damm gesetzt werden. Der königl. Regierungsrath Graf von Reigersberg, der sich bereits an Ort und Stelle befindet, leitet die Anordnung und Aufrathung aller zu treffenden Maßregeln, denen wir den besten Erfolg wünschen.

** München, 11. August. JJ. MM. der Kaiser und die Kaiserin von Oesterreich sind auf der Reise nach Salzburg und Wien am 9. Augmittags 2 Uhr durch Reichenhall gekommen. Zuvor Lichtenstein hat gestern die Siegesbotschaft von der Einnahme Mailands nach Reichenhall überbracht.

* München, 11. August. Dem in München gebildeten Komite zu einer Sammlung für die zu Hause in Frankreich befindlichen arbeitslosen und verarmten Bayern hat Se. Maj. König Ludwig den Betrag von 1000 fl., und Ihre Maj. die Königin Therese 200 fl. zuzustellen zu lassen geruht.

Gr. Hessen. Darmstadt, 7. August. Die heute erschienene Nummer 39 des großh. Regierungsblattes enthält: 1) Gesetz, die Aufhebung der ausschließlichen Handels- und Gewerbsprivilegien betreffend. 2) Gesetz, die Bewilligung von Diäten für die in dem Großherzogthum Hessen gewählten Abgeordneten zur konst. Nationalversammlung betr. 3) Folgendes Gesetz, die religiöse Freiheit betr.: „Ludwig III. x. x. x. Im den Grundzug der Gewissensfreiheit vollständig durchzuführen, haben Wir, mit Zustimmung unserer getreuen Stände verordnet und verordnen hiermit, wie folgt: Art. 1. Jedem Einwohner des Großherzogthums steht die freie und öffentliche Ausübung seines religiösen Kultus zu. Unter dem Vorwande der Religion dursen jedoch weder die Gesetze des Staates oder der Sittlichkeit übertreten, noch Andere in ihren politischen, bürgerlichen oder religiösen Rechten beeinträchtigt werden. Art. 2. Die Verschiedenheit des Religionsbekenntnisses hat keine Verschiedenheit in den politischen oder bürgerlichen Rechten zur Folge. Jede Unfähigkeit oder Beschränkung hinsichtlich der Ausübung von politischen oder bürgerlichen Rechten und Verrichtungen, welche bisher als Folge der Verschiedenheit des Religionsbekenntnisses bestanden hat, ist aufgehoben. Art. 3. Die Bestimmungen des Gesetzes genießen den Schutz der Verfassung. Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und des beigedruckten Staatssiegels.“

Kurhessen. Kassel, 8. Aug. Heute Morgen hat die hiesige Garnison auf dem Forst dem deutschen Reichsverweser in der vorgeschriebenen Form gehuldigt. Der Kurfürst stand selbst an der Spitze der Truppen, und brachte zuerst dem Reichsverweser mit gezogenem Degen ein lautes Hoch in welches die Mannschaft einstimmte. Diese brachte sodann dem Kurfürsten ein Hoch, defilirte und kehrte nach der Stadt zurück. 101 Kanonenschüsse verkündeten weithin der hiesigen Augenblick. (Kourier. J.)

Herzogthum Nassau. * Von der Limburgischen Grenze, 7. August. Bei dem Durchmarsche der mobilen Kolonne durch die Gemeinde Ruth haben einige Ruhestörungen stattgefunden. Die Lokalbehörde hatte im submissesten Eifer die militairische Macht rekamirt, um eine ohne alle Veranlaßung aufgetretene deutsche Fahne abzunehmen. Dieselbe stieß auf Widerstand. Die Fahne wurde zerrissen, mehrere Personen arretirt, und während man die Verhafteten fortschleppte, herrschte Keilerei, sauber Greifen, das Recht. Nachsuchungen anzustellen. Heftige Aeußerungen fielen. Herr Kerkhoff wurde hitzig gegen die Behörde, welche ihn endlich verhaften ließ. Er ward nach Heerlen abgeführt und wird in einem vorigen Wirthshause gefangen gehalten. Am 5. August verließ eine Abtheilung Infanterie und Reuterei Maastricht, um Sittard zu besetzen; der soll dazu bestimmt sein, die „Achtung vor dem Gesetze“ aufrecht zu erhalten, mit andern Worten, jede deutsche Regung zu unterdrücken. In den niederländischen Blättern werden d-e, welche auf Deutschlands Seite stehen, und das sind nicht wenige, fortwährend mit dem Namen „Separatistenbanden“, „Aufwiegler“, „Anstanische“ genannt, einzig das bezweckend, daß die ruhigen Einwohner nur die fast militairische Besatzung zu tragen hatten. — Am 1. August ging von der Garnison Bois le Duc ein Theil zur Verstärkung Limburgs ab. Auf Befehl des Kriegsministers muß jetzt in den Kriegsmagazinen die Anzahl der gewöhnlich vorhandenen Patronen verdoppelt werden.

Schleswig-Holstein. Altona, 4. August. Aus dem Hauptquartier Apenrade meldet man, daß am 2. Mittags die Stadt in Alarm gerieth. Es hieß, die preußischen Garden sollen sich marschfertig halten, weil die Dänen wieder über die Königsau vorgehen und sich in der Nähe von Christiansfeld festsetzen. Die in Apenrade stehende, schleswig-holsteinische, Batterie von zwei 12pfdrn. und vier 12pfdrn. bespannt der preußische Hauptmann Bertig. Bei Abgang der Nachrichten waren Patrouillen ausgesandt worden, um über das Gerücht von einem Vorpostengefecht Erkundigung einzuziehen. Das dänische Dampfboot Odin liegt noch immer auf dem Grunde und die feindlichen Parteien decken es mit ihren Kanonen, so daß niemand an sich kommen kann.

Preußen. — Breslau, 5. Aug. Am Abend des 3. Aug., dem Begräbnißtage der in den Tagen des 31. Juli und 1. Aug. in Schweidnig Gefallenen, kam es dort zu neuen Unruhen. Es hatte sich an dem gebachten Abende eine große Mißstimmung verbreitet, als die Nachricht verlautete, daß das 22. Regiment am 4. Aug. die Wachtposten beziehen sollte. Der Major der Bürgerwehr, Oberst v. d. Hardt, nahm deshalb mit dem jetzigen Kommandanten Oberstlieutenant v. Borosky Rücksprache und brachte den Haufen, welche sich hie und da zusammengeschaart hatten, die Nachricht, daß dies nicht geschehen werde. Bald darauf stellen auf dem Markte zwei Schüsse, kurz nachher in einer andern Richtung auf der Büttnerstraße. Die Schüsse wurden von dem 22. Regiment erwidert, eine Frau dabei erschossen und ihr Mann gebunden nach der Hauptwache geschleppt.

Oesterreich. — Wien, 7. Aug. Gestern wurde der 6. Aug. auch hier feierlich begangen. Die hier befindlichen deutschen Truppen empfingen feierlich die mit den deutschen Farben kirchlich geweihten Fahnen, defilirten, alsdann in Gemeinschaft mit den Nationalgarden vor den Ministern und den anwesenden Generalen und brachten dem Reichsverweser und dem Kaiser ihr Hoch. Die Zahl der gegenwärtig in Wien anwesenden deutschen Truppen beschränkt sich freilich nur auf 2. Regiment Infanterie und ein Regiment Kürassiere; aber begleitet von 40,000 Nationalgarden war der Anblick ein erhebender, und nirgends in Deutschland kann die Feier mit größerer Begeisterung begangen worden sein. Heute feierte die gesammte Nation das Siegesfest für die in Italien erfochtenen glorreichen Siege unserer hochherzigen Armee. Von der hiesigen Bürgerschaft und dem F.M. Radetzky ein Hyperfluß von Ehrenbezeugungen, man spricht von 10000 fl. C. M. als Zeichen der freudigen Anerkennung seines siegekrönten Kommandos verehrt worden. (Oesterr. Bl.)

Wien, 5. August. Von einem Postboten hören wir, daß seit drei Wochen schon kein Silbergeld mehr an die Armee in Italien abgeht; der Krieg kränkte bereits den Krieg. All' das Silber, was in den Kirchen von Venezianischen in Beschlag genommen ward, wandert vorerst in die Münze von Verona, um dann in die Taschen der Armee zu wandern. (F.-D.-P.-A.-Z.)

⊿ Wien 7. Aug. In der heutigen Sitzung des konstituirenden Reichstags interpellirt der Abgeordnete Preßl mit Hinweisung auf die entsprechende Stelle der Thronrede den Minister des Innern über die Absendung des Generals Liechtenstein mit 2000 nach Modena zur Wiedervereinigung des dortigen Herzogs; welches Interesse kann es wohl mit der Thronrede unvereinbar sei, die Herzog von Modena einer der strengst absolutesten Fürsten war, und verlangte dann eine Erklärung des Ministers des Innern, ob diese Einsetzung in seinem Sinne sei, oder nicht. Dobblhoff erklärte, daß er erst jetzt von dem Ganzen unterrichtet werde, und wie er schon oft erklärt, fest an der Thronrede zu halten entschlossen sei. Der Fall sei ganz ohne Wissen des Ministeriums und die bestehe nöthigen Schritte wurden unverzüglich geschehen. (Allg. Oesterr. Z.)

= Innsbruck, 9. Aug. Se. Maj. der Kaiser hat gestern früh 8', Uhr mit der Kaiserin, der ganzen kaiserlichen Familie und dem gesammten Hofstaate die Rückreise nach Wien angetreten. Ein glänzender, jubelvoller Empfang steht dort dem geliebten Monarchen bevor. Vor der Abreise ließ er noch folgende herzlichen Abschiedsworte verkünden: „An Meine lieben getreuen Tyroler und Vorarlberger! Ihr habt Mir während der ganzen in Unserer Mitte verlebten Zeit vielfach neue Beweise Eurer treuen alten Derbdhkeit in rührend bewährten Treue und Anhänglichkeit gegeben. Ich fühle Mich in dem Augenblick, wo Mich das Wohl der Monarchie zur Ausübung Meiner Regentenpflicht in die Residenz abruft, gedrungen, Euch innigst zu danken, Euch ein herzliches Lebewohl zu sagen. Ich knüpfe daran die Versicherung, daß Ich auch in der Ferne Euer treu sicherroll gedenke und daß mir besonders Innsbruckerlicher Muth gewogen bleibe. Innsbruck, am 8 Aug 1848. Ferdinand. (Gegengez.) Dornbozel. — Auch die Stadt Steyer in Oberösterreich hat dem ruhmgekrönten F.M. Radetzky einen prächtigen Ehrensäbel mit dem Wappen des Feldherrn, mit militairischen Verzierungen und Devisen geschmückt, gewidmet, und derselbe ist bereits durch unsern Militärkommandanten Clusilscheck an den Helden abgesendet worden.

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 1. August. Nach der gestern erfolgten Rückkehr des Statthalters Erzherzog Stephan und des Ministerpräsidenten Grafen Ludwig Batthyani aus Wien legte Letzterer in der heutigen Sitzung des Repräsentantenhauses in seinem eigenen Namen den ganzen Sachverhalt der ungarisch-illyrischen Frage dar. Im Ministerium selbst trete der längst vorhandene innere Spalt nunmehr, wo man am Ende bewog angelangt ist, ganz deutlich hervor. Die Minister Esterhazy, Batthyany und Szechenyi, als der hohen Aristokratie angehörig, haben eine natürliche Scheu vor einer solchen Entscheidung, welche im glücklichen Falle die ungarische Aristokratie um Vieles über bisher bekannten Grenzen ganz bemeistern würde, der großen Masse nicht zu gedenken, welche zunächst die großen Grundbesitzer dringen müssen. Nur so lange der ganze Handel auf diplomatischem Wege abgemacht wird, können die HH. Grafen und Barone auf die ersten Stellen rechnen; soll aber einmal der Krieg entschieden, so werden auch ganz andere Männer auf die Bahne treten. Die Minister Deak, Szemere und Kossuth sind ihrer Gemüthsstimmung nach so lange als möglich gegen den Krieg, während der Kriegsminister Meszaros die in 30jährigem österreichischen Dienste empfangenen Eindrücke in der kurzen Zeit seines Ministeriums nicht aufgegeben hat. So ist es denn wieder Kossuth allein, von welchem das Geschick Ungarns abzuhängen scheint. Denn dieser mag im gegenwärtigen Ministerium bleiben und daffelbe mit bisher seinem Willen unterwerfen, oder im Zwiespalt aus demselben treten, immer wird er die Majorität des Repräsentantenhauses und der Nation auf seiner Seite haben und über die Zukunft des Landes entscheiden. In der öffentlichen Sitzung wurde der Kriegsminister darüber interpellirt, daß das österreichische Kriegsministerium sich noch immer Einmischungen in die ungarischen Militärangelegenheiten anmaße und unter Anderm den Stellertrupps Sold-

erhöhungen und die Verwunderung der Dienstzeit von 20 auf 10 Jahre bewilligt habe. Ein anderer Deputirter sprach davon, daß bei der italienischen Armee ein Offizierstand gebildet worden, welcher es unverholen aussprechе, nach beendigtem Krieg in Italien, in Oesterreich und Ungarn das alte System wieder herstellen zu wollen. Die Siegesnachrichten aus Italien, welche man übrigens hier für sehr übertrieben hält, tragen zur allgemeinen Aufregung nicht wenig bei. Dazu kommt noch der faſt allgemeine Verrath*) der österreichischen Offiziere im Banat. Im Hafenkanal hat man ein mit Waffen und Munition beladenes Schiff aufgegriffen, welches der Kommandant von Temeswar für das Lager zu Perlaß abgesendet. Dieses Lager iſt aber eben eins der Aufstandsherde. — Manschetik, der Erzbischof von Karlowitz, Jellachich, soll ſich zum Fürsten von Serbien begeben haben. Die Kultusbüchſen haben die Dreifaltigkeit Idyll genommen und den Flammen übergeben. Heute ſind von hier 600 freiwillige nach Szegedin abgegangen. (D. A. Z.)

Temberg, 1. August. Der gefürchtete 31. Juli iſt nun auch vorüber und ruhig vorübergegangen. Ein Maueranſchlag vom kommandierenden General Hammerſtein unterzeichnet, worin die Einwohner vor allen öffentlichen Demonſtrationen, und gab die Verſicherung, daß das in den Kasernen konſignirte Militär eſt dann einſchreiten werde, wenn es dem Bemühen der Akademiker und Garden nicht gelänge, die Ordnung zu handhaben. Mit Tagesanbruch beſetzten nun die Nationalgarden ſo wie das Bürgercorps den Richtplatz, wo ſich nun wohl den ganzen Tag über eine große Menſchenmenge, beſonders Frauen. einfanden, das Grab mit Blumen ſchmückten und beteten; begleichen war in den meiſten Kirchen Trauergottesdienſt, wobei zu einem Monumente für Wiſniowski und Goſtkowski geſammelt wurde; im Uebrigen jedoch herrſchte vollkommene Ruhe und Ordnung.

— Die Cholera, die bereits auf dem Lande arg haust, hat ſich auch bereits hier gezeigt. Die geſtern aus Italien angelangte Siegesnachricht wurde, beſonders von der deutſchen Bevölkerung, mit großem Jubel aufgenommen.

Agram, 29. Juli. Die Agramer Zeitung bringt folgende Proklamation: „An die k. k. öſterreichiſche Armee! Waffenbrüder! Zehnhundert Jahre hindurch kämpften wir zuſammen unter Einer Fahne; Jahrhunderte hindurch theilten wir mit einander muthig und ergeben dieſelben Geſahren, denſelben Ruhm. auch daſſelbe Unglück, kurz Alles, was dort oben dem Allmächtigen geſiel, und zu ſpenden. Der ſchwarze Doppeladler in ſeinem goldenen Sonnenglanze, breitete über uns Alle ſeine mächtigen Schwingen aus, und ſtets treu folgten wir ſeinem hohen edlen Flug. Immer ſchritten wir die jetzt auch unter denſelben auf der Bahn der Ehre. Heute nun ſollen wir, bei allen in unſerer Bruſt tiefunzerſtörten Eiden uneingedenk auf eine bunte zuſammoſe Standarte, auf einen mit maggariſch freveinder Hand roth, weiß und grün angeſtrichenen Theater-Regenbogen einen neuen Schwur ablegen, wir ſollen ungariſche Panduren werden und k. k. Soldaten zu ſein aufhören. Man ſagt uns wohl, Se. Majeſtät haben es Allerhöchſtſelbſt ſo befohlen. Wir können, wir wollen aber einem ſolchen Gerede nicht glauben; denn es wäre für unſern guten Kaiſer, König und Herrn, wie für uns ſelbſt eine Schmach, und das Wort trennen wir Gott ſei Dank nicht. — Vor einigen Monaten wurde uns ebenfalls erzählt, daß wir dem kaiſerlichen Adler nach Italien nicht zu folgen brauchten. Unſere Söhne riſſen ſich dennoch von ihren Müttern, von ihren Kindern los, ſie zogen männlich hin, wo die Trompete klang, und bis zu dieſer Stunde erfüllen ſie mit Muth, wackere Kameraden, ihre ernſte Pflicht, wie es Soldaten einer und derſelben unbeſiegten Armee geziemt. Man behauptet jetzt, Ihr werdet ſelbſt daß die Waffen gegen uns kehren, wenn wir noch länger anſtehen ſollten, meinendig zu werden — man droht uns, im Falle wir bei unſerer alten Treue weiter beharren wollen, daß die Grenzer von dem Landesvater und den Unſrigen zugleich werden verdammt und verfloſſen werden. Dieſes Gerücht, ob wahr oder erlogen, greift jedenfalls noch weit mehr Eure als unſere Ehre an; wir weiden Euch die Kunde.... Antwortet. Die Grenz-Regimenter."

Donaufürſtenthümer.

Bukarest, 20. Juli. Das heutige Blatt „Romania" enthält Folgendes: Sämmtliche Mitglieder der prov. Regierung ſind wieder wohlbehalten in unſerer Mitte eingetroffen. Das Volk harrte ihrer ungeduldig an den Barrieren der Stadt, feſtlich geſchmückte Bauern-Deputationen mit den Feſtlingsgeerzeugniſſen der Felder waren eingetroffen aus den benachbarten Diſtrikten. Kaum wurden die erſten Wagen ſichtbar, als das Volk in jubelndem Zuf bei Pferde von den Equipagen der heimkehrenden Volksfreunde auefpannte und ſeine Befreier im Triumph durch die Straßen der Hauptſtadt nach dem Regierungspalaſte zog.

Frankreich.

△ Paris, 7. Auguſt. Das geſtern verbreitete Gerücht, daß ein Schuß auf das Haus des Hrn. Thiers auf dem Platze St Georges gefallen ſei, beſtätigt ſich. Hr. Thiers ſcheint ſeit mehreren Tagen anonyme Briefe erhalten zu haben, welche Todesdrohungen gegen ihn enthielten. Die Polizei ſelbſt hat ihn warnen zu müſſen geglaubt, auf ſeiner Hut zu ſein, und ihn namentlich zu bewegen geſucht, den grauen Hut, den er gewöhnlich trägt und an welchem er ſeuntlich war, mit einem andern zu vertauſchen. Vorgeſtern Abend 6 Uhr, zu welcher Stunde er faſt täglich heimkehrt, ging Hr. Mignet, der gleichfalls einen grauen Hut trägt, durch den Hof des Hauſes, um ſich in den Garten zu begeben, als das Geſchrei eines kleinen Mädchens, das ſich am Thorgitter befand, ihn zur Umkehr bewog. Hr. Mignet fand da ein Mädchen von 8—10 Jahren, das Vögel verkaufte. Das arme Kind laß am Gitter auf der Straße, verwundet durch eine Kugel, die es durch Nachſicht am Rücken getroffen hatte, nachdem ſie an der ſteinernen Treppe des Hauſes abgeprallt war. Das Mädchen wurde ſogleich von einigen Nationalgardiſten, die ſich zufällig auf dem Platze St. George befanden, aufgehoben; glücklicherweiſe iſt die Verwundung ohne Bedeutung. Der Polizeikommiſſär des Quartiers begab ſich ſogleich an Ort und Stelle und nahm ein Protokoll über dieſes ſchändliche Attentat auf. Der Büchſenmacher Devisme ſtellte heraus, daß der Schuß von oben nach unten gerichtet ſein mußte, ſei es von dem Ende des Gitters, daß an dieſer Stelle ganz von dichten Bäumen beſchattet iſt, ſei es von den oberen Stockwerken eines der umliegenden Häuſers des Platzes. Weder Hr. Mignet noch ſonſt irgend Jemand im Hauſe hat den Knall gehört. Man vermuthet, der Mörder habe ſich einer Windbüchſe bedient. Aufrechen war die Waffe entweder ein Doppelgewehr, oder mit mehreren Kugeln geladen, denn in mehreren Augenblicke, wo das kleine Mädchen verwundet wurde, wurde auch das Fenſter im Nachbarhauſe des Hrn. Thiers durch eine Kugel zerſchmettert. Mehrere Mitglieder der Nationalverſammlung beſprachen geſtern im Conferenzſaale lebhaft dieſes Attentat gegen Hrn. Thiers und die Drohungen, die unter verſchiedenen Formen auch an mehreren unter ihnen gerichtet worden ſein ſollen. Es wurde ſogar ein Brief herumgegeben, den der Berichterſtatter der Unterſuchungskommiſſion, Hr. Bauchart, am Abend zuvor empfangen hatte. Er enthielt die Worte: „Dein Bericht iſt nichts als ein Gewebe von Niederträchtigkeiten; das Einzige, was mich tröſtet, iſt die Hoffnung, daß er den Urheil von ..... 1794 ſein wird. Bald werden wir uns treffen." Dieſer mit Orografiſch und ohne orthographiſche Fehler geſchriebene Brief verrieth einen Mann, der eine gewiſſe Erziehung erhalten haben muß; unterzeichnet iſt er mit dem Namen: B. J. L. Lecointre.

Börſen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 9. August Oeſterr 5proz Metall. 66, 4proz. 56, 3proz. — 2½proz. 34½. — Bankaktien 1090. G. 500 fl.-Loose 109½. 250 fl.-Loose 71½. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienſcheine 88 ℔ — G. Staatsſchuldſcheine 3½proz. 74¾. — Bayer. 3½proz. 74. — Badiſches Anlehen 50 fl. Württemberg. 3½proz. 75. 4½proz. 92 — Bad. 3½proz. 74½. — Loose-Anlehen à 50 fl 47. 35 fl.-Loose 27½. — Darmſtädt. 3½proz. 76. 4proz. 85½. Loose-Anlehen von 50 fl. 62½. 25 fl.-Loose 21. — Kurheſſ. Frieder.-Wilh.-Nordb. 44½. 40 Thlr.-Loose 25½. — Naſſau 3½proz. 81½. 25 fl.-Loose 21. — Frankf. 3½proz 78½. 3½proz 93. 67. Taunusbahn 286 — Holländ. Integr 44½. — Span. 3proz. innere Schuld 18⅝. — 5proz. 300 fl.-Loose 86. 500 fl.-Loose 64½. — Surd. 36 Fr.-Loose 24½. Dieſe 2.

*) „Verrath" nach ungariſcher Lesart, der im Feldlager an dem dem Kaiſer getreuſten Ende beſteht. D. R. d. N. M. Z.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'ſchen Buchdruckerei.

Nr. 39.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 5 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Sonnabend den 12. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nr. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Deutsche Reichsversammlung.

Ueber das Treiben der Linken und ihrer Verbündeten mit der souverainen Volks der Gallerien spricht sich ein Frankfurter Berichterstatter der Karlsruher Zeitung in folgender kräftigen Weise aus, der wir unsern vollsten Beifall zollen:

Frankfurt, 8. Aug. Endlich! nun ich aus vollem, freudigem Herzen. Endlich hat sich die Reichsversammlung mit Würde und Kraft gegen den schmählichen Despotismus aufgelehnt, der von einer braunen Minderheit mit der Beihilfe einer zügellosen Gallerie gegen sie ausgeübt wurde, und mit einem Schlage ist dieser Despotismus, hoffentlich auf immer, gebrochen.

Die Gallerie trieb es heute so weit, daß ihre Räumung befohlen wurde. Raum fühlte die Linke, daß ihr der Rückhalt fehle, der sie bisher so trotzig und so keck gemacht hatte, als sie auch bereits alle Haltung, alles Selbstvertrauen verlor, und in der äußersten Rathlosigkeit die klägslichsten Mißgriffe beging. Unter unglaublichen Vorwänden verlangte sie, daß ihr vor allen Dingen die geliebte Gallerie zurückgegeben werde, auf deren Gegenwart ihre ganze Rolle berechnet ist, ohne deren Beifall sie nun einmal nicht leben kann, und deren wüthendes Geschrei ihr als der gewichtigste Gegengrund gegen die Meinung und den Willen dieses Parlaments galt. Nachdem sich vermittelst die Versammlung dieses Zugeständniß durch das sie sich in einen entehrenden Widerspruch mit sich selbst gesetzt haben würde, und nun lieferte die Linke den thatsächlichen Beweis, daß all' ihr Muth, all' ihre Kraft in den 1500 oder 2000 Kehlen stak, auf deren Geschrei sie heute nicht mehr rechnen konnte, und wie zur Zeit des Vorparlaments verließ sie das Haus, diesmal unter der ostensiblen Führung des Hrn. v. Isstein.

Nur einige wenige Mitglieder der Linken blieben zurück, vermuthlich, um eine Art von Kontrole auszuüben über die weitere Verhandlung, und diese Wenigen machten sich bei der endlichen Abstimmung über die Annahme sprüge zu treuen Organen ihrer Partei dadurch, daß sie mit ruhender Raivetät erklärten: sie stimmen nicht „in geheimer Sitzung", d. h. in Abwesenheit der Zeugen, ohne deren Beifall ihr Ja oder Nein keinen Werth in ihren Augen hat; denn die Sitzung war feierlichst eine geheime in dem Sinne, daß nicht der ganze Hergang derselben durch die Berichterstatter der Zeitungen und die Stenographen veröffentlicht wurde.

Ein Mann der Linken, der berühmte Hr. Wigard, erklärte sogar mit schallender Stimme und mit dem Ausdrucke der Selbstbewunderung: „er stimme nicht naher dem Schutze der Bajonette"; — die südliche Ecke hatte nämlich für gut befunden, den Platz vor der Paulskirche, wo der von der Gallerie ausgewiesene Haufe schon seit vorhin, durch Schutzwachen räumen zu lassen. Welch ein tapferes Gemüth, dieser Hr. Wigard! Die Geschichte wird sein Wort aufbewahren, wie das Wort Mirabeau's!

Die Säkularfeier der Grundsteinlegung des Domes zu Köln.

△ München, 11. August. Aus Veranlassung der sechsten Säkularfeier der Grundsteinlegung des Domes zu Köln hat der Central-Dombau-Verein dortselbst unter dem 28. Juli d. J. an den allgemeinen Verwaltungsausschuß des bayerischen Rünerdombau-Vereines in München nachstehendes Schreiben erlassen: „Seit der Gründung des Dombau-Vereins ist die auf den 14. August d. J. folgende 6. Säkularfeier der Grundsteinlegung des Domes als der Zielpunkt angesehen, auf den die vereinigten Bestrebungen gerichtet wurden, und an dem besonders die Wirksamkeit der Vereine für das große Werk zu Tage treten soll. Es muß dem hochverehrlichen bayerischen Vereine zu München zu größter Freude gereichen, von dem General-Dombau-Vereine die Mittheilung zu erhalten, daß die Hoffnungen, die wir auf diese Säkularfeier gesetzt haben, vollständig erfüllt sind, und das Hauptschiff, so wie die Seitenschiffe des Domes so weit vollendet sind, daß sie, ohne den ferneren Fortbau zu behindern, in ihrem ganzen Umfange dem Gottesdienste übergeben und eingeweiht werden können. Zest schon gewährt der Dom den Eintretenden den herrlichsten Anblick. Die um das große Gebäude herumlaufenden Gallerien sind vollendet und in den Fensteröffnungen prangen bereits die kostbaren Glasgemälde, die Se. Maj. der König von Bayern für die Säkularfeier zugesagt hatten. In Anerkennung der großen Verdienste, welche sich der bayerische Kölner-Dombau-Verein um die Erreichung dieses erfreulichen Resultates erworben, gegen wie den Wunsch, von den dortigen Vereinsgenossen recht viele an dem Ehrentage des Dombau-Vereines mit uns vereint zu sehen, und beehren uns demnach, Dieselben zur Theilnahme an den aus Veranlassung der Säkularfeier am 14., 15. und 16. August statt findenden Festlichkeiten einzuladen, auf daß Sie sich mit uns freuen und unsere Freude durch ihre Theilnahme desto größer werde. Aber auch in amtlicher Weise wünschen wir den bayerischen Kölner-Dombau-Verein an diesen Tagen repräsentirt zu sehen und ersuchen demnach den hochverehrlichen Vorstand, recht baldigst eine Wahl von Deputirten zu veranlassen, die wir als unsere Gäste aufnehmen und als Repräsentanten des bayerischen Kölner-Dombau-Vereins beehren möchten. — —"

Dieses, die bisherigen Leistungen des bayerischen Vereins für den Ausbau des Domes zu Köln handlaut anerkennende Schreiben kam, wegen temporairer Abwesenheit des Vorstanders des hiesigen Centralausschusses soviel uns bekannt, am 10. in den Einlauf des besagten Ausschusses, wodurch die Wahl von Abgeordneten zur persönlichen Theilnahme an der schon nach einigen Tagen beginnenden Feier um so mehr nunmöglich gemacht wurde, als mehrere Mitglieder des Ausschusses eben jetzt von ihrer abwesend sind und anderen über dienstlichen Verhältnisse die augenblickliche Vornahme einer Reise nach Köln nicht gestatten. Es konnte daher dem Central-Dombau-Vereine in Köln für seine Einladung nur gedankt und die Verschsicherung beigefügt werden, daß der hiesige Centralausschuß mit allen Fibern an den großartigen deutschen Nationalwerke die Freude über den bisherigen bedeutenden Fortschritt desselben auf das Lebhafteste theile und daß er seiner Seits ferner sich bestreben werde, seinen Beitrag zu den nothwendigen Geldmitteln für die weitere Fortsetzung des Baues, der eingetretenen höchst ungünstigen Zeitverhältnisse ungeachtet, so viel als möglich flüssig zu erhalten.

Der Friedensvertrag zwischen den vereinigten Staaten und Mexiko.

Man kennt jetzt die Bedingungen des Friedensvertrags zwischen den vereinigten Staaten und Mexiko. Die vereinigten Staaten wollen aus ihrem Siege, der mit so großen Opfern an Menschen und Geld erkauft wurde, keinen anderen Vortheil ziehen, als eine Schadloshaltung. Und in der That, bei der Lage ihres Gegners wor dies auch der einzige Gewinn, den sie vernunftiger Weise als Ergebniß des Krieges hoffen konnten. Der Art. 5. des Vertrags setzt die Grenze beider Staaten für die Zukunft in folgender Weise fest: Von Dien aufgehend den Lauf des Rio Grande bis zum See von der Mündung des Rio grande aufwärts, der auf amerikanischen Karten noch unter dem Namen Rio Bravo vom Norden bezeichnet wird, soll die Abgrenzungslinie dem Laufe dieses Flusses folgen bis zur Südgrenze von Neumexiko, dann nordwestlich sich richtend das suder-oder westliche Ufer des Gila erreichen, diesem Flusse bis zum Rio Colorado folgen und von da endlich mit Annahme der Grenzen von Alt- und Neu-Kalifornien bis an das stille Meer sich ziehen. Alles, was nördlich von dieser Linie liegt, wird von nun an von diesen Seite den vereinigten Staaten gehören. Den Schiffen beider Nationen soll die Schiffahrt auf dem Rio grande und dem Gila ohne irgend einen Wasserzoll freistehen; außerdem erhalten die vereinigten Staaten für ihre Schiffe das Recht, den Meerbusen von Kalifornien zu befahren und behalten sich ferndich das Recht vor, einen Kanal zu graben, oder auf dem einen oder dem anderen Ufer des Gila eine Eisenbahn zu bauen. Durch diese Stipulation erhält der ohnedies schon so ausgedehnte Umfang der vereinigten Staaten einen unermeßlichen Gebietszuwachs. Indeß muß man den Werth dieser neuen Provinzen nicht überschätzen. Neu-Mexiko, welches ganz abgerechnet ist, ist ein armes Land, kaum bevölkert (man sagt es zähle nicht einmal 50,000 Einwohner), bedeckt von großen wenigen Wüstenein, in denen kaum Gras fortkommt, und wo die Nomadenstämme, welche Often kommend bevölkert haben, über dieselben herzog nach Belieben einfallen, um sich dort niederzulassen, auf eine klägliche Weise von Hunger und Krankheiten mitgenommen wurden. Gelegen auf den beiden Abhängen der großen Cordillerenkette, welche den ganzen Kontinent von Amerika durchzieht, ist Neumexiko beträchtlich erhoben über die Meeresfläche, und trotz seiner Lage dem Aequator nach, sein Klima sehr kalt. Auf einem ansehnlichen Theile seiner Oberfläche bleiben Schnee und Eis bis zum Mai liegen; endlich hat man, obgleich es der Gebirgskette angehört, welche als die an edlen Metallen reichste in der Welt gilt, noch keine unteren Mineralreichthümer dort aufgefunden, als unermeßliche Steinsalzlager.

Gleichwohl, je weiter man den westlichen Abhang Neu-Mexikos hinabsteigt, je weiter man in den ausgedehnten Einoden voranschreitet die es

von Kolfsrnen trennen, und kaum von einigen zum Theil noch den Gößendienst huldigenden Indianerstämmen bewohnt werden, wird das Land besser und verspricht dem Menschen einen fruchtbareren Boden, ein mildereres Klima. In Kalifornien, welches auf einer Oberfläche von 5000 □ M. vielleicht keine 40,000 Einwohner zählt, ändert sich die Szene vollständig. Die wenigen Residenden die es besucht haben, schienen nicht Lobpreiche genug zu finden für den Reichthum seines Bodens und die Schönheit seines Himmels. Ein Gebirgsland, ist es mit Wäldern bedeckt, die man als die schönsten der Welt und die reichsten an nützlichen Stoffen und an Bäumen von riesenhaftem Umfange schildert. Auch rühmt man die unendliche Mannigfaltigkeit an Pflanzen jener Art, welche sein Boden hervorgebracht, überall, wo er unbebaut gelassen worden ist. Fast alle Produkte, die einen großen Handelsartikel haben, sind dort in vortrefflich fortgekommen, unter andern in der Delbaum der bisher nur im Becken des Mittelmeeres heimisch war, und der Weinstock, der unter den Händen der Nordamerikaner unfehlbar bald bedeutenden Ertrag gibt, denn wohl, gleichwie derselbe in nicht ferner Zeit auch durch die Anpflanzung der Engländer in Neu-Süd-Wallis ein solches leisten wird. Jedoch ist anzunehmen, daß die Amerikaner nicht so große Opfer für diesen Reiz gebracht hätten, hätten sie nicht darin noch andere Vortheile gefunden; hätte nicht der Besitz von Kalifornien ihnen den westlichen Theil des Stillen Ozean geöffnet, ihnen den Hafen von Monterey gegeben und besonders den der Bay von San Francisko, welcher der beste und weiteste der ganzen Westküste von Amerika ist.

Darin liegt für die vereinigten Staaten der eigentliche Gewinn des Krieges, und sie schlagen ihn hoch genug an, um ihn theuer zu bezahlen. Sie lassen sich nicht allein von den Besiegten die Kriegskosten mit ersetzen, sondern trakt Art. 11. des Vertrags machen sie sich sogar noch ansheischig, an Mexiko eine Summe von 15 Millionen Dollars zu zahlen: (79⅓ M. Franks) und für seine Rechnung an amerikanische Bürger eine weitere Summe von 3,250,000 Dollars (17,220,000 Frks.) zuruckzuzahlen, welche diese als Entschädigung für ihr Mexiko erlittene Plünderungen, Verwundungen ꝛc. zu fordern haben. Unter dem finanziellen Gesichtspunkte betrachtet, haben sich die vereinigten Staaten mit einem Ehrenmanne benommen, der um so mehr Anerkennung verdient, als auch den amtlichen Erklärungen des Finanzministers die Kriegskosten den Nationalschuld die Summe von 48 Millionen Dollars (254 M. Fr.) entzogen haben.

Die Nachforschung der Vereinigten Staaten hat Mexiko bereits den Verlust eines Drittheils seines Gebiets eingetragen; und gleichwohl ist der äußere Feind fur es noch nicht der gefährlichste. Tief dem innerschöpflichen Reichthum seines Gebiets, seiner vortrefflichen geographischen und kommerziellen Lage, konnte was ihm noch bleibt, noch immer der Sitz eines mächtigen und großartigen Reiches werden, wenn die Menschen sur dasselbe auch alle Gunstbezeugungen der Natur nutzlos machten. Durch den anwärtigen Krieg einen langwierigen entstanden die Knochen in seinem Schooße traurigere denn je wieder erstanden. Und die Eifersuchteleien, der Ehrgeiz, die Paredes gegen Herrera, Jarana gegen Bustamente, und St. Anna gegen alle Andern die Waffen in die Hand geben, sind noch nicht einmal das furchterlichste Uebel in seiner beklagenswerthen Lage. Zu dem politischen Kriege ist auch noch ein Racenkrieg hinzugekommen. Die Indianer welche die Weißen weder aufsuchen noch zu suchen, sie dagegen so fast aufzubreiten wußten, ihnen sie dieselben auf die letzten Stufen der gesellschaftlichen Leiter zurückweisen, stehen auf einer Menge von Punkten unter den Waffen, rauben, plündern, und hausen überall mit Feuer und Schwert. Besonders in Yukatan, wo man auf eine Bevölkerung von etwas über 250,000 Seelen mag sehr 150,000 zählt, die der indianischen Race angehören, wird der Krieg gegen die weiße Race, gegen die Schwarzen, gegen die Mulatten und die Mexis mit einer Barbarei und Verstümmelungswuth betrieben, welche an alle Gräuel von San Domingo erinnert. Jetzt haben die Indianer, im Besitze beinahe der ganzen Provinz überall die Städte, Dörfer und Pachtöfe niedergebrannt, und was von der weißen Bevölkerung nicht aufgerieben oder nicht unter Martern und Peinigungen umkam, hat sich von Hunger und Elend und aufs Aeußerste getrieben nach Campeche und einigen andern Punkten der Westküste geflüchtet. Das ist gegenwärtig das Loos dieser Provinz, die vor nicht langer Zeit noch als die reichste und glücklichste von Mexiko galt; sie hat das Signal zu einem Kriege gegeben, der das ganze Land mit der Wiederkehr der Barbarei, der Zerstörung sur immer bedroht.

Die am 3. mit dem Paketboote Washington angekommenen Nachrichten bringen durchaus keine Verbesserung dieser kläglichen Lage; wir erfahren durch sie nur, daß seit dem Rückzuge der amerikanischen Armee, die Anarchie neue Fortschritte im Lande gemacht zu haben und die zu Mexiko eingetretze Zentralgewalt in der absoluten Unmöglichkeit sich zu befinden schien, dem General Paredes Widerstand zu leisten, der nach Plünderung der Bergwerke des Nordens gegen die Hauptstadt anrückt.

Deutschland.

Frankfurt, 8. August. Die Zentralgewalt hat der preußischen Regierung Vollmacht zum Abschlusse des Waffenstillstandes mit Dänemark ertheilt, und es ist damit die Ermächtigung verbunden zugleich auf Verhandlungen über einen definitiven Friedensschluß einzugehen; man darf annehmen, daß der Abschluß des Waffenstillstandes schon in wenigen Tagen erfolgen wird. (A. Z.)

Die vorstehende Meldung der „Allgemeinen Zeitung" glauben wir als vollkommen begründet bestätigen zu können. Wenn aber der Berichterstatter der „Allgemeinen Zeitung" die vom Reichsministerium angeordneten Truppenbewegungen, von denen es überhaupt jetzt sehr zweifelhaft wird, ob sie noch stattfinden werden, den General Wrangel selbst erklärt hat, seiner Truppenverstärkungen, sondern Schiffe zu bemerken, als Ursache der friedlichen Gesinnung Dänemarks bezeichnet, so glauben wir diese nicht weniger gemiß. Dagegen scheint uns als vollkommen gegründet, daß die besondere, schwierige Lage Preußens seinen Osterprovinzen gegenüber, welche unter dem Kriege mit Dänemark vorzugsweise litten, auf die Fassung des vorgemeldeten Beschlusses der Zentralgewalt eingewirkt hat.

Vom Rhein, 3. August. Die Bevollmächtigten der Zentral-Rheinschiffahrts-Kommission sind laut Protokolls vom 22. v. M. in folgenden Punkten mit einander übereingekommen: 1) Es wird weitere Verhandlung zum Ende Januar, (wenn nicht früher) in Mainz stattfinden. 2) Es sollen dahin nur Leute, welche bereits am 1. August d. J. in Dienstpflichtzeit waren, zur Beschiffung des Rheinstroms zugelassen werden. Fahrzeuge, welche jetzt vor dem 1. August durch Lieferungsverträge in den Werften bestellt waren, sind von dieser neuen Bestimmung ausgeschlossen, insofern der den Zentralbehörden binnen 14 Tagen vom Tage der Bekanntmachung der neuen Verfügung Anzeige gemacht wird. 3) Es werden bei der neue Ermächtigungen noch neue Patente für die Rheinschifffahrt bis auf weitere Verfügung ausgestellt werden. (K. Z.)

Bayern. — **München, 11. August. Se. Maj. der König haben dem bisherigen bayerischen Gesandten an dem nun aufgelösten Bundestage, Frhrn. v. Closen, in Anerkennung der ausgezeichneten Dienste desselben das Komthurkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone zu verleihen geruht. Diese Auszeichnung erhält noch erhöhten Werth dadurch, daß sie dem damit bedachten Manne aus der Hand des Monarchen selbst zu Theil wurde. — Bei der gestern stattgefundenen Rektor- und Senatorenwahl wurde durch Stimmenmehrheit der Professor der Theologie Dr. Stadelbauer zum Rektor, zu Senatoren 1) für die theologische Fakultät die Professoren Haneberg und Permaneder, 2) für die juristische Professor Dollmann, 3) für die staatswirthschaftliche Professor Oberndorfer, 4) für die medizinische Geheimerath Professor v. Walther und 5) für die philosophische Professor Sieber gewählt.

Baden. Karlsruhe, 11. August. Gestern des Nachmittags erschien ganz unerwartet der Kurfürst — ohne erschienen in einfacher Civiltracht, die deutsche Kokarde am Hute — bei dem Volksfeste, welches zur Feier des 6. August und der stattgehabten Fahnenweihe in der Karlsau begangen wurde. Dieß erregte einen ungeheuren Jubel, die Menge setzte ihm unter unaufhörlichen Hoch's. Alles, ohne jeden Unterschied des Standes bedrängte sich dicht um ihn, so daß ihm kaum ein Weg gelassen wurde. Man sah ihn Brüderschaft mit dem Volke, mit Gendarmen und mit der Linie machen, die auch nicht durch ihn kleinsten Vorgang gestrubte Ordnung des Festes erwies, welch' richtiges Gefühl im Volke lebt, wenn es sich frei weiß. Der Kurfürst war munterer noch je und sprächig mit der stets wechselnden und wogenden Umgebung. Den Schluß des Festes machte ein Konzert im Freien, wobei von den hiesigen Sängern patriotische Lieder und zuletzt eines von gegen tausend Menschenstimmen, die selbst die Dacher der Orangerie betönte, das Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland?" gesungen werden. Der gestrige Tag, ein wahrer Versöhnungstag, hat in allen Gemüthern einen tiefen Eindruck zurückgelassen, mit Recht man sah, daß der Kurfürst sich eng an sein Volk anschließen will, wozu seine einzige Stütze sind. Gestern wohl zum ersten Male fand sich der Kurfürst unter seinem Volke, und ich möchte an das Herz des Vielgeschäften die Frage richten: ob wohl der Tage viele sind, an welchen er sich glücklich wie gestern fühlen konnte? (Frankf. Z.)

Freie Städte. Frankfurt, 9. August. Heute früh ist unser Linieninfanterieregiment, etwa 550 Mann stark, aufgebrochen, um mit den übrigen Bundestruppen Nordschleswigs nach Schleswig-Holstein ins Feld zu ziehen. Trotz der Frühe des Tages hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden, die das schöne Bataillon zum Taunusbahnhof geleitete und dort einen herzlichen Abschied von demselben nahm. Auch die beiden Herren regierenden Bürgermeister unserer freien Stadt waren anwesend. Bevor das Bataillon abfuhr, brachte es die Stadt Frankfurt und seiner Bürgerschaft ein Hoch aus, welches die zahlreichen Massen um und in dem Bahnhof und längs des Schienenweges bis zum Taunus Hofrauf auf die brave Linieninfanterie erwiderten. Mit dem Glockenschlag 5 Uhr brannte der lange Wagenzug, von zwei Lokomotiven gezogen, fort. Dem Bataillon wird sich in Bibrich eine nassauische Truppenabtheilung anschließen. Das heutige Meßfest ist Köln, morgen preußische Minden und übermorgen werden die Truppen in Hamburg Rasttag halten. — Noch in den heutigen Vormittagsstunden ist eine farbenfrische Militärabtheilung angerückt, die einzelweisen unsere abgezogene Garnison ersetzen soll. (Frankf. Oberp. Z.)

Schleswig-Holstein. Schleswig, 6. August. Die konstituirende Versammlung für Schleswig-Holstein ist heute durch ein Patent der provisorischen Regierung nach Kiel berufen worden, welches somit über die Niederwerfung der Städte Apenrade und Schleswig den Sieg davon getragen hat. — Heute ist der Durchzug nassauischer Truppen in Altona angekündigt. Wrangel wird ohne Zweifel seinen Feldzug in Jütland eröffnen, sobald die von der Centralgewalt angeschriebenen Verstärkungen eingetroffen sind, um die Küsten zu decken. (Weser Z.)

Preußen. Berlin, 8. August. Gestern fand das allgöthische Königsschießen der Bürger-Schützengilde statt, das auch durch die Gegenwart des Königs und der Prinzen Karl und Adalbert verherrlicht wurde. Das Schützenhaus war festlich geschmückt, die deutschen und preußischen

Banner wehten vom Balkon, Blumenkränze und Laubgewinde zierten Fenster und Säulen, und am Altan prangte ein dreieckiger Schild, auf welchem zwei verschlungene Hände und die Umschrift: „Mit Preußen vereint ist Deutschland groß" zu erblicken waren. Der Stadtsyndikus Moewes hielt die Festrede, er wies auf den Werth der Feier hin, erinnerte daran, wie die Güte jederzeit dem Gesetze dienstbar sich erweisen, und namentlich in der Jetztzeit ihre Probe trefflich bestanden. Sie möge immerdar eingedenk bleiben, daß das Freiheit in sich schließe, Recht und Gesetzlichkeit begründet sei, und nur in diesen Grundbedingungen die Mittel und Wege zum Ziele lägen. Eintracht, Sitte und Ordnung müsse zu allen Zeiten ihre Losung sein. Das Festhalten daran werde den Geist für König und Vaterland kräftigen, und sie fernerhin zu dem Amte, Mitschirmerin ihrer Mitbürger gegen ihre inneren und äußeren Feinde zu sein, befähigen. Von solchen Gesinnungen beseelt werde sie sich Vertrauen erwerben und erhalten, um jenseitige bei königlichen Gnaden „Zeugniß geben Kraft", werde sie sich die Einigkeit, ohne welche das Gute nicht vollbracht werden könne, zu schaffen wissen. Das Königsschießen begann nun. Um 10½ Uhr erscholl die Kunde, daß Se. Maj. der König nahe. Inzhaltender Freudenruf empfing ihn auf dem Wege. Nur mit Mühe konnte der königliche Wagen durch die wogenden Massen durchkommen. Neuer Freudenruf gesellte sich zu den Klängen der Musik und dem Donner der Geschütze beim Eintritt des Königs in den Schießplatz. Das Volkslied ertönte, sechs Mädchen legten Sr. Majestät Blumenkränze zu Füßen. Der König nahm selbst an dem Schießen Theil und that einen Schuß in's Schwarze. Als ihm darauf die Scheibe dargereicht wurde, fragte er lächelnd: „ob dies denn auch die rechte sei?" Später trank der König auf das Wohl der Gilde, deren treuen und festen Sinn er anerkannte. Er schloß mit den an die umstehenden Schützen gerichteten Worten: „Auf ihr Wohl, meine Herren, aus voller Seele!" Auch und dem Chrenpokal der Gilde that Se. Majestät einen Trunk und verließ dann unter erneuertem Jubelruf mit den Prinzen um 11½ Uhr das Schützenhaus. Bei dem großen Festmahle Nachmittags 4 Uhr wurde neben anderen Trinksprüchen auch einer auf Deutschlands Einheit ausgebracht.

An der Parade und dem Festzuge nächstfolgenden Bürgerwehr am 6. d. Mts. hat der konstitutionelle Klub ungeachtet zweimaliger Einladung der Veranstalter, welche vorzüglich dem radikal-demokratischen Elemente angehörten, nicht Theil genommen. Er hielt im Kemperhofe eine besondere Feier, welche durch eine Rede des Dr. Reb. Prup als Sprecher des Berein eingeleitet wurde. Dabei wurde auch dem preußischen Heere ein Hoch gebracht. Der Festzug, welchen die radikalen Demokraten hielten, hatte trotz der Einladung keine preußischen Fahnen bei sich. Dagegen bedeutung der Feier wenig entsprechende humoristische Beigaben, welche beinahe glauben machen, daß man die Sache zur Karrikatur machen wollte; denn abgesehen von einigen grotesken schildbenartigen deutschen Kokarden, waren auch Fahnen mit der Inschrift „Kind der politischen Ecke", aber souveraine Lindenblatt (!!!)" und endlich gar eine von einer Knabenschaar getragene Fahne mit der Inschrift: „Schlafmützenfänger" erschien. An Diete trugen auch eine Fahne mit einer Karrikatur und der Vignette des „Kladderadatsch". Der Handwerkerverein der Johannisstraße nahm am Zuge nicht Theil, ebensowenig eröffnete denselben Musik. Die Zahl der Theilnehmer wird auf 7000 angegeben. Vorher schon waren die Mitglieder des Teltower Bauernvereins in der Stadt. Sie zogen, wie man meint, nicht ohne Absicht, hatten keine Fahnen, keine Könige, den Vaterlande und auch dem einigen Deutschland Hoch gebracht, waren aber bei Annaherung des Berliner Zuges abgezogen. Viele Privathäuser in allen Stadttheilen, auch der anhaltische Bahnhof, hatten deutsche Fahnen aufgezogen.

Köln, 7. Aug. Morgen Abend werden die ersten süddeutschen Truppen, das nassauische Kontingent, hier eintreffen und abermorgen früh mit der Eisenbahn weiter ziehen. Die Hessischen Truppen befordert werden. Der Durchmarsch sämmtlicher süddeutschen Truppentheile, welche das nach Holstein bestimmte Kontingent bilden, wird 13 Tage in Anspruch nehmen; auf so lange Zeit sind Quartiere bestellt. Bis jetzt war man nur beschäftigt, den linksrheinischen Theil der Festung, also Koln selbst, zu armiren; seit heute beginnt auch die Armirung des auf dem rechten Ufer gelegenen Deutz. (Kartier. Z.)

Köln, 8. Aug. Sichern Vernehmen nach wird Se. Maj. der König dem großen Dombaufeste bestimmt beiwohnen, am 14. Nachmittags hier eintreffen, nur kurze Zeit hier verweilen und die Nacht im Bruhler Schlosse zubringen. Am 15. Vormittags wird Se. Majestät bei den Festlichkeiten gegenwärtig sein und dann die Behörden empfangen. Schon am 16. hört Se. Majestät nach Berlin zurück, weil unter den obwaltenden Umständen eine längere Abwesenheit von Berlin unthunlich ist. Wie verlautet, gestalten Gesandtenrücktritten Ihrer Maj. der Königin nicht, Ihren erlauchten Gemahl zu begleiten. (Köln. Z.)

Düsseldorf, 7. Aug. Das gestern hier gefeierte Einheitsfest ist aber alle Maßen herrlich angefeiellen. Wir wollen hier nicht davon reden, daß es „Glockengeläute und Kanonendonner" gab. Auch die Parade der Bürgerwehr, so vortrefflich ihre Haltung gewesen mußte, mag an anderen Orten eben so vortrefflich anfallen. Aber wodurch sich Düsseldorf wieder vorzugsweise auszeichnete, das waren die höchst geschmackvollen kunstlerischen Anstalten, welche dem Tage dort seine reiche Weihe gaben. Wie durch einen Zauber entstanden, wuchs in Zeit von zwei Tagen eine riesenhafte Figur der Germania in strahlendem Glanz auf der, wo der Friedrichsplatz, wo die Alleen und der Hofgarten zusammenstoßen, auf dem Boden. Hier war der eigentliche Mittelpunkt der Feierlichkeiten. Unter dem Postamente der Statue war ein weitläufiges Orchester angebracht, auf dem am Morgen nach der Parade von den Musikvereinen der Stadt herrliche Tonstücke aufgeführt wurden, während die Bürgerwehr und die Einwohnerschaft in zahlloser Menge umherstanden. Zugleich hielten der Chef der Bürgerwehr, Hr. Camaber, und der stellvertretende Oberbürgermeister, Hr. Diege, Reden mit Beziehung auf den Reichsverweser and das deutsche Vaterland, an deren Schlusse der Jubel nicht enden wollte. Die Regierungsbramten, die städtischen Behörden waren bei diesem Akte zahlreich vertreten; jeder Stelle war außer den Fahnen der Gemeinde, dem Stiefbruder unseres Prinzen Friedrich, eines Militär. Am Nachmittage spielte das Fest in der großen Allee vor dem Jägerhofe weiter. Zelte, Tische und Bänke luden zum Sitzen ein, und Rednerbühnen inmitten derselben gaben Gelegenheit, auch im Worte dem Volke die Bedeutung des Tages zu erklären. Zahllose Massen wogten hin und her, Musikchöre spielten, und das Fest hatte so viel Lockendes, daß hier die vollkommenste Verbrüderung zwischen Militär und Bürgern zu Stande kam, natürliche und natürliche Weise zu Stande kam. Bald sah man ganze Züge von Soldaten und Bürgern Arm in Arm brüderlich durch die Straßen ziehen. Bis zum Abende hin blieb die Stadt und ihre Umgebung der Schauplatz eines festes, das auch durch keinen Mißton getrübt wurde. Bei beginnender Dunkelheit gab es noch eine allgemeine Illumination, und die Bürgerschaft versammelte sich zu einem Fackelzuge auf dem Markte vor dem Rathhause. Der letztere bildete den Glanzpunkt des Tages. Unsere dießigen Maler, denen wir hiermit den besten Dank zollen, hatten nämlich einen wahrhaft phantastischen Zug veranstaltet. Achtundvierzig Herolde, gekleidet in die mittelalterlichen Trachten der Bundesstaaten, trugen in demselben die Fahnen mit den Wappen der betreffenden Fürsten. Hier war ein wahrhaft mahrchenhafte Pracht entwickelt, und wenn man es auch ein Glied Mittelalter nennen mußte, das auf die neue Zeit gepfropft wurde, so trib doch der schöne Eindruck des Ganzen zur Bewunderung hin. Unter dem Jauchzen der Menge ging der Zug durch die belebtesten Straßen und endete an dem Standbilde der Germania, der sie alle die einzelnen Embleme zum Opfer brachten, indem sie Fahnen und Wappenschilde vor der erhabenen, von bengalischen Feuer in verschiedenen Farben erleuchteten Statue neigten, während durch die stille Nachtluft die Klänge rauschten: „Das ganze Deutschland soll es sein!" (Köln. Z.)

Italien.

Wir finden wichtige Nachrichten aus Florenz und Livorno in der „Opinione" und dem „Risorgimento". Am 30. Juli versammelte sich zu Florenz das Volk, als es, nachdem man es zwei Tage lang mit Siegesnachrichten beraucht, plötzlich die Falschheit dieser Angaben und den erbarmlichen Zustand der italienischen Armee erfahren hatte, mit drohendem Geschrei auf den öffentlichen Plätzen. Die Ernennung drohte in offenen Aufstand überzugehen, hatte nicht ein furchtbarer Wetterstrum zur Zeit zu Zeit die Menge zerstreut. Am dem Aufruhren des Regens begannen auch die Unordnungen wieder, allein die Gutgesinnten brachten die allzu lauten Schreier zum schweigen. Einmüthig wurden sich die lobenden Rufe des Vorwurfs gegen die Schwäche der Kammern und die Unthätigkeit der Regierung. Man verlangte energische Maßregeln, kräftige Entschlüsse für die Unterstützung des italienischen Unabhängigkeitskrieges. Am folgenden Tag, den 31., mußte man in der Kammer der Abgeordneten Gesetze vorlegen, durch welche die unmittelbare Mobilisirung von 10,000 Nationalgarden, Requisition von Privatpferden zum Dienst der Armee, eine Zwangsanleihe und der augenblickliche Abmarsch aller vorhandenen Truppen und Nationalgarden angeordnet wurden. — In Livorno brach am 30. Juli der Aufstand losgelassen und zwar mit großer Heftigkeit los. Das vor dem Regierungsgebäude versammelte Volk schrie: „Fort mit dem Ministerium! Aufstand in Masse! Tod dem Rudolfi! Es lebe Guerazzi!" Tags darauf wurde der Aufstand gestillt durch das Eintreffen einer telegraphischen Depesche, welche die Entlassung des Ministeriums und die Beschlußnahme für kriegerische Maßregeln von Seiten der Kammern mittheilte.

Zu Rom wurde man am 27. von der Niederlage der italienischen Armee noch nichts; allein eine dumpfe Gährung herrschte in den Gemüthern. Das Ministerium Mamiani wird höchst wahrscheinlich weder möglich werden.

Niederlande.

* Aus dem Haag, 6. Aug. Der König hat durch ein äußerst gnädiges Handschreiben an Hrn. Donker Curtius, in welchem dessen große geleistete Dienste in den schmeichelhaftesten Worten anerkannt werden, diesen vermocht, sein Entlassungsgesuch zurückzunehmen, und er wird also das Zustimmisterium auch ferner beibehalten.

Großbritannien.

London, 7. August. Auf eine Interpellation des Lord Howard im Unterhause erklärte Lord Palmerston, die Regierung Ihrer Majestät sehe vollkommen die Wichtigkeit ein, dem Krieg in Italien wo möglich ein Ende zu machen. Die französische Regierung theile diese Ansicht, und man habe die Hoffnung, eine Vermittlung zwischen der österreichischen und sardinischen Regierung bewirken zu können.

Frankreich.

** Paris, 8. August. Graf Molkte, Baron Fagel und Graf Lodoff haben gestern dem General Cavaignac ihr Beglaubigungsschreiben als

außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister von Dänemark, Holland und den beiden Sizilien überreicht, der Nuntius Pertrazi nach Herr de Meran die ihrigen als Geschäftsträger von Toskana und Spanien. General Zügel, der holländische Gesandte war insofern Anrede schlicht, da Holland recht hervorzuheben, daß Monsieur seines Königs gemäß arbeiten zu mer festerer Anspannung, daß sich Holland der Gunst Frankreichs wollen. Man hofft hier daraus, wie sich Holland der Gunst Frankreichs zu versichern sucht, um an ihm einen Nachhalt wegen Limburg zu haben. — Man sagt hier, Oesterreich verlange 50 Millionen Lire Kriegsentschädigung von Karl Albert, unter dieser Bedingung wolle es sich des Eindringens in Piemont enthalten. Jede auswärtige Vermittlung soll Oesterreich von vornherein zurückweisen, und auf Behauptung seiner lombardisch-venetianischen Provinzen bestehen. Das Detret über die Zusammensetzung der Geschworenengerichte ist gestern angenommen worden. Jetzt ist das Gesetz über die Kantonseintheilung der Zeitungen in Berhandlung.

Spanien.

* Madrid, 8. Aug. Gestern hatte die amtliche „Gaceta" die Ernennung des Hrn. Mon zum spanischen Botschafter in Wien gebracht, heute sagt man, Hr. Mon habe diese Stelle nicht angenommen. Hr. Martinez de la Rosa ist heute Morgen nach Frankreich abgereist und wird sich in Marseille nach Italien einschiffen. Der Marquis von Rezmar ist auch Frankreich abgegangen. Man spricht von einer Wiederaufnahme des Verkehrs zwischen der St. Fernando-Baal und der Regierung.

Börsen- und handels-Nachrichten.

Augsburg, 10. August. Bayer. 3½ proz. Obligationen 76½, G. 4proz. 85 G. Bankaktien II. Semester 566 G. Promessen 33 P. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 70 P.

Wien, 8. August. 5proz. Metall. 79½, 4proz. 64. 3proz. 47, 2½ proz. 40½, 1834er 500 fl.-Loose 126. 1839er 250 fl.-Loose 90. Bankaktien 1030. Nordbahn 106. Gilbagrofy 93. Lombardo-Venetianische 68½. Barmeis —. Livorno 71½. Pesth 65. Siena 54. Apenninenbahn 95½.

Wien, 8. August. An der Börse herrschte heute in Folge der offiziell bekannt gewordenen Nachricht von der bevorstehenden Rückkehr des Kaisers nach Wien eine bedeutende Lustlust, und die Kurse stellten sich sämmtlich höher. Die 5proz. Metalliques gingen auf 80, Nordbahnaktien auf 109, Bankaktien auf 1100 u. s. w. Zu Ende der Börse liefen die Kurse etwas nach, und schlossen 5proz. Metall. 79—79½, Nordbahnaktien 107½—107¾, Bankaktien 1090—1100.

Berlin, 8. August. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 73½, P. — G. Seeh. Präm. Sch. 88 P. — G. K. u. Nm. Schuldv. 70½, P. — G Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. 76½, P. 76½, G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. 96 P. 95½, G. 3½ proz. 77½, P. 76½, G. Oldenb. Pfandbr. — P. 85 G. Pomm. Pfandbr. 91½, P. — G. Kur- u. Nm. Pfandbr. 91 P. 90½, G. Schlesische Pfandbr. 91½, P. — G. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. — P. 81½, G. Preuß. Cl.-Lott.-Sch. 86 P. — G. Friedrichsd'or 13⅞ P. 13½, G. Aud. Goldm. à 5 Tlr. 12½ P. 12½ G. Diskonto 3½ P. 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Potsdam AB. 87½, G. Berl.-Hamburg 62¼, G. Berl.-Stettin-Stargarder 87½, ½, bz. Berl.-Hotsdam-Magdeburg 48½, bz. Magd.-Halberstadt 96½, G. Magd.-Leipziger — Halle-Thüringer 52½, G. Köln-Mindener 75½, G. Aach.-Aachen 36½, P. Düsseld.-Elberfeld 69 G. Steele-Vohwinkel 32½, P. Niederschles.-Märk. 70 69½, bz. Oberschles. Lit. A 98½, ½ bz. Lit. B. 88½, G. Breslau-Freiburg —. Kosel-Oderthal. 42½, bz. Berg.-Märk. 59 v. Stargard-Posen 66½, ¾ 66 bz.

Zahlungssperre: Berl.-Anh. Lit. B 85 P. 84½, bz u. G. Stargard-Posen —. Magd.-Wittenberg 45½, bz.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 82 P. Berlin-Hamburg 88 P. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 76 G., 5proz. 87½ P. Halle-Thüringer 80½, bz. Köln-Mindener 87½, P. Rhein. I. Prior. 74½ G. Rhein. Stamm-Prior. 60 G. Düsseldorf-Elberfeld. — Niederschles.-Märk. 4proz. 80½, bz, 5proz. 93 P. 92½, bz. III Serie 88 P. Zweigbahn 5proz. 71 G. Kosel-Oderberg —. Steele-Vohwinkel —

Amsterdam, 7. August. 2½ proz. Integr. 43½, — 5proz. Schuld 50½, — 4proz. 67½, — 3½ proz. dito — Handelsmaatschappy —. 5proz. Arbeind à 510 Fl. 81 8/16, — Span. inländ. à 6000 fl. — Certificats —. Portug. 5proz. 17¾. 4proz. — Russische 4proz. bei Hope —. dito bei Stieglitz —. 5proz. Metall. 62. 2½ proz. dito —.

London, 7. August. Konsols 86¼, ⅛, G. Coup. —. Span. Akt. —. 5proz. —. Pass. —. Portug. 5proz. —. 4proz. —. 5proz. —. Port. 4proz. 69, 2½ proz. 44.

Paris, 8. August. 5proz. 43.—, 4proz. —. 5proz. 70.50 Schatzsch. 27. Bankaktien 1590. Compt. von Algier —.—. Belg. 5proz. von 1840 74.—, von 1842 74.—. 4½ proz. 67½. 5proz. —. 2½ proz. —.—. Belg. Bank —.—. Neap. 5proz. 72.—. Röm 57.—. Piem. —.—. St. Germain —.—. Versailles (rechte) —.—, (linke) 100.—. Orleans 670.—. Rouen 440.—. Havre —.—. Marseille 221/25. Basel 85.—. Bierzon 255.—. Bologne —.—. Bordeaux 397.50. Rothdan 373.75. Montereau —.—. Dyon 345 —.—. Strasburg 347.50. Nantes 831/25. Thyrse —.—. Steaux —.—. Montpellier —.—.

**Paris, 8. August. Die Nachricht, daß Frankreich in Italien nicht einschreiten, sondern vereint mit England auf eine Vermittlung sich beschränken werde, reichte nicht hin, die Kurse zu heben. Man glaubte, daß diese Vermittlung zu nichts kommen und das Tagwerk Oesterreich die Vermittlungsvorschläge Frankreichs und Englands nicht mehr werde annehmen wollen. Man verbreitete das Gerücht, General Cavaignac werde eine Aufhebung von 80,000 Mann verlangen, deren Oberbefehl dem General Lamoricière übertragen würde.

Madrid, 3. August. 3proz. 19¾, ⅛, G. 4proz. —. 5proz. 11¼, P. 11 G. Pass. 4 P. 3½. G. Coup. 6½. G. Auswärt. Pass. Schuld —. Provis. Lit. B. 9. St. Fernandobank —. Diskonto —. Wechselkurse: Paris 4—65 G. London 45 G.

Berichtigung.

In unserm gestrigen Blatte, Seite 151 Sp. 1 Z. 29 ist statt des Wortes „Regierung" zu lesen: „Belgerung"

J. E. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 13. August: „Die Stumme von Portici", Oper von Auber.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Dierzer, Fabrikant von Ving. v. Neumann, geh. Rath von Wien. Tywert, Kaufmann von Paris. Perwoll, Offizier aus Rußland. Sigrare, Rentier aus Irland. Lefebvre, Bay. Graf Degenfeld. Graf Holler, Reitzig. Stadtrd, Almosy, Gabriel, Daraas, Depulette von Pesth. Schmidt, Jabrikant von Barmen. Lanal, Rentier von London. v. Stetten, Bankier von Augsburg.

Gold. Hirsch. Schroter, Kaufmann von Darmstadt. Lobell, Kaufmann von Paris. Wagner, Kaufmann. Lobell, Kaufmann von Paris. Wagner, Kaufmann. Lobell, Kaufmann von Paris. Wagner, Kaufmann. Lobell, Kaufmann von Paris. Wagner, Kaufmann. ter aus Sachsen. Lumley, Rentier aus England.

Blaue Traube. Hornig und d'Ubigane, von Donauwörth. Corradine, Kaufmann von Triest. Dem. Weltvatter und Frau v. Langenmantel, von Rosenheim. Müller, Polizeichirr von Augsburg.

Gestorbene in München.

Joseph Diehl, Schuhfergesell v. d. 20 J. a. Margaretha Sandner, Verwaltersmittwe von Hayd in Böhmen, 80 J. a. Joseph Gabrod, Maurer von Thüngersheim, 56 J. a. Franziska Fichtl, Hausschneiderstochter, 68 J. a. Johann Baptist Müller, Sohn des im Königl. Infanterie-Leibregiment, 22 J. a. Johann Evangelist Krenz, Soldat im Königl. Infanterie-Leibregiment, 22 J. a.

Edikttalladung.

Anton Leiblinger
Gast dort.

63. Nachdem gegen den Stricker Anton Leiblinger dahier die Eröffnung des Konkurses seiner Gläubiger rechtskräftig beschlossen ist, so werden seine sämmtlichen Gläubiger hiemit

1) zur Anmeldung und zum Nachweise ihrer Forderungen auf
Mittwoch den 13. Sept. l. Js.,
2) zur Vorbringung allenfallsiger Einreden auf
Mittwoch den 11. Okt. d. Js.,
3) zur Abgabe der Schlußerkläre, und zwar der Reklamen auf
Mittwoch den 25 ejusd.,
dann der Duplikate auf
Mittwoch den 8 Nov. d. Js.,

unter dem Rechtsnachtheile vorgeladen, daß der Nichterscheinende mit der bezüglichen Handlung ausgeschlossen wird.

Diejenigen werden alle diejenigen, welche dem Gemeinschuldner etwas schulden, bei Vermeidung doppelter Leistung aufgefordert, die Schuld bei Gericht zu erklären.

Straubing den 1. August 1848

Königl. Kreis- und Stadtgericht Straubing.
Der Königl. Direktor:
Gebrath.

Stadtreiter.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Die Verhältnisse der protestantischen Kirche in der Pfalz.

* Ueber die Frage der Einberufung einer außerordentlichen Generalsynode sind die Protestanten der Pfalz in zwei Parteien gespalten. Dieselbe, welche die Einberufung einer Generalsynode verlangt, hat so eben zwei Versammlungen, eine zu Neustadt an der Hardt am 23. Juli, und eine zweite zu Kaiserslautern am 3. August gehalten. Wir lassen hier eine uns gütigst zugekommene Abhandlung, aus den Ansichten zu gewinnen, als ob eine außerordentliche Generalsynode der allgemeine Wunsch der Pfalz sei, während ohnedieß im nächsten Jahre eine ordentliche Synode der Art gesetzlich abgehalten werden muß. Von der Diözese Neustadt a. d. Haardt (von welcher hauptsächlich die kirchliche Bewegung im Sinne jener Partei ausgeht) wurde zu gleichem Zwecke in diesen Tagen zu einer Versammlung von Geistlichen und Laien eingeladen und unter die Einladung wurden selbst die Namen derjenigen Mitglieder der Diözesan-Synode gesetzt, welche entschieden gegen eine solche Art gestimmt hatten, auf welchem Wege sie Entscheidungen herbeizuführen. Es mögen gegen 200 Personen, darunter 18 - 20 Geistliche, auf jene Einladung hin erschienen sein. Man beschloß, drei gesetzliche Anträge vereinigend: 1) eine energische Adresse gegen bisherigen Nicht-Einberufung einer Generalsynode an den König ergehen zu lassen; 2) eine Deputation, bestehend aus Männern, wie ein Anwesender sich ausdrückte, „die da wüßten, daß, wenn sie vom Wolf an den Koenig gingen, sie nicht hinaus, sondern herunterspringen“) im Einverne. men mit einer im Wesentlich abzuhaltenden gleichen Versammlung (welche unterdessen abgehalten, auf etwa 18 - 20 Personen sich belaufen haben soll) nach München zur Ueberreichung obiger Adresse abzusenden; und 3) dieser Deputation den Auftrag zu geben, falls sie in München nicht volle Befriedigung erlange, sogleich auch unmittelbar nach Frankfurt zu gehen, um dort durch das Parlament und den deutschen Reichsminister Abhülfe zu erlangen. — Worden diese Mittel nicht fruchten, so müsse, sagte man, „die Pfalz selbst aus eigenen Mitteln eine Generalsynode zusammenrufen und sich eigenmächtig vom Oberkonsistorium losreißen.“ — Hieraus sieht man deutlich, wohin diese Partei die protestantische Kirche der Pfalz treiben will. Sie scheut selbst die Trennung und Spaltung nicht, wenn sie sonderen Zwecke. Aber es ist auch nur eine Partei, deren Summe noch lange nicht die der pfälzischen Kirche ist. Denn was sind einige Hunderte gegen die 300,000 Protestanten der Pfalz? Die Gemeinden, mit Ausnahme jener Pariamänner, haben durchaus noch keine Generalsynode verlangt und verlangen auch keine. Die Hunderte und Tausende, welche bereits den allerhöchsten königlichen Schutz für den bisherigen Rechts- und Glaubensbestand der unirten Pfälzer Kirche in Adressen und Petitionen angerufen, wollen sicherlich keine Generalsynode; so auch alle Ueberlegteren und Besonnneren, deren Zahl nicht gering ist. Haben sie auch die und die Lasten von verschiedener Richtung gewollt, so sind diese im Ganzen doch nur Einzelne, deren Zahl von keinem Belang ist, und zur Verstärkung sind auch ihre Stimmen nicht gesucht worden, weder von jenen schon seit lange, noch jetzt schon ein- wie Unrecht sie mit einem solchen Verlangen hatten, zu dem sie durch den Drang augenblicklicher Ereignisse sich hinreißen ließen. Der Himmel bewahre uns auch vor einer solchen Generalsynode unter den jetzigen Umständen! Sie könnte, ja müßte nothgedrungen die Wunde nur heftig aufreißen, den Riß stets größer machen. Wir können uns gar keine Gründe denken und sind solche, die irgend vorgebracht werden, noch von keiner Art, sie beizubrechen worden, welche so überaus Einschlüsse nothwendig machten. Es geht Gottlob Alles in der pfälzischen Kirche noch seinen ordnungsmäßigen, gesetzlichen und guten Gang. Mögen auch Einzelne die Revolution zu Gunsten eigensüchtiger Zwecke andeuten wollen, so wird doch jeder Vernünftige, das in ebenlichen und revolutionaren Maßregeln am Allerwenigsten für die Kirche Heil zu erwarten ist.

Die Speyerer Ztg. vom 9. Aug. nun meldet in Betreff der am 3. Aug. zu Kaiserslautern für Einberufung einer Generalsynode gehaltenen Versammlung, daß eine Anzahl geistlicher und weltlicher Mitglieder der protestantischen Kirche, die für die vordere Pfalz in der am 23. Juli zu Neustadt gehaltenen öffentlichen Versammlung, für die hintere Pfalz aber in mehreren Diözesansynoden gewählt worden waren, beschlossen haben, die gewählte Deputation, welche die Eingabe an den König nach München überbringen soll, besteht aus folgenden Männern, nämlich den Herren: Landstand Wilhelm von Frankenthal, Landstand Eppelsheim von Durkheim, Notar Hoseus von Cusel, Bierdirauer Gelbert von Kaiserslautern, sodann die Pfarrer German von Eppelsheim, Hofer von Weisenheim, Eckard von Gönnheim und Vogt von Glanmünchweiler. Zugleich wurden zur Beiwohnung dieser Deputation noch vier Ersatzmänner bezeichnet, nämlich die HH. Notar Werner von Neustadt, Rentner Usslaub von Speyer, Anwalt Grawiez von Kaiserslautern und Posthalter Ritter von Sembach. Die Eingabe wurde allen protestantischen Gemeinden in der Pfalz zur Unterzeichnung vorgelegt und bis 1. September soll die Deputation nach München abgehen. Um die Unterzeichnung der Eingabe, so wie alle fernern Schritte zu betreiben, wurde ein „Kreisausschuß“ von 24 geistlichen und weltlichen Mitgliedern gebildet. Zu Ueberein immung mit dem obigen Schreiben sagt auch die Speyerer Zeitung: wenn die Deputation von München zurückkime, ohne daß eine Generalsynode bewilligt worden wäre, so solle dieser Kreisausschuß sogleich zusammentreten und den deutschen Reichsverweser und den Reichsverfammlung Beschwerde zu führen. (Hier entsteht aber vor Allem die Frage, in wie ferne diese beiden befugt wären, sich in diese offenbar rein inländische bayerische Landesangelegenheit einzumischen?) Bleibt auch dies ohne Erfolg, so soll der Kreisausschuß eine an den freien Wahl aller protestantischen Gemeinden der Pfalz hervorgehende Generalsynode veranstalten. Dadurch wäre also allerdings die Absicht zu dem unseligen Schritte zugestanden, gegen welchen das vorliegende Schreiben sich erhebt. Die Speyerer Zeitung sagt noch bei, daß außer dem Kreisausschusse sogleich noch 4 Bezirksausschüsse (nach den Gerichtsbezirken Landau, Frankenthal, Kaiserslautern und Zweibrücken) gebildet werden, „um sowohl für Unterzeichnung der Adresse, als auch für alle weiteren Schritte in den einzelnen Gemeinden zu sorgen. Als zweckmäßig wurde auch erachtet, wenn in jedem Dekanate sich ein eigener Ausschuß bilden wolle; auch wurde beschlossen, mit den einzelnen Gruppen der Diözesen überhaupt in stete Briefe Anschlüsse sich — weil aus einer unvollständigen Wahl hervorgegangen — natürlich nur provisorisch gebildet. Sie sollen aber später wo möglich durch ordentliche Wahl der Gemeinden in definitive verwandelt werden, und dürften vielleicht für die ganze Folgezeit Bestand behalten, damit durch sie die vereinigte Kirche eine lebendige Verbindung erhalte, und dadurch in den Stand gesetzt sei, sowohl ihren Gesammtinteressen frei zu leben und mit Freiheit zur Ausführung zu bringen. Dies wird noch beste Mittel sein, der Willkür und Herrschsucht der Kirchenbehörden in Zukunft einen Damm entgegenzulegen und die vereinigte Kirche aus ihrer allzu lange getragenen Knechtschaft gründlich zu erlösen.“ Wir haben auch letztern Meinungsäußerung unverkürzt hier wiedergegeben, und bemerken nur, daß die Speyer Ztg. selbst zugesteht, daß die erwähnten Ausschüsse aus einer unvollständigen Wahl hervorgegangen sind. Es wird sich nun zeigen, ob die Mehrheit der Gemeinden überhaupt eine definitive Wahl vorzunehmen sich herbeilassen und dadurch mit den von der Speyerer Zeitung verfochtenen Grundsätzen sich einverstanden erklären wird. Was die am Schlusse des Artikels der Spr. Ztg. beliebten Kraftausdrücke „Willkür und Herrschsucht der Kirchenbehörden“ anbelangt, so sind wir an solchen Ton von dem genannten Blatte bisher schon zu lange gewöhnt, als daß er uns sonderlich komme. Doch wird uns gestattet sein, nicht auch die Meinung der Speyerer Zeitung für und hervor die wirkliche Meinung der Mehrheit in der Pfalz sich unumbestätigt herausgestellt hat, dergleichen Beschuldigungen als begründet anzunehmen.

Oesterreichische Monarchie.

* Die näheren Umstände, welche der Einnahme Mailands vorangingen und sie begleiteten, sind von hohem Interesse, und wir eilen, unsren Lesern mitzutheilen, was uns heute darüber amtlich berichtet wird. Eine heimliche Verwirrung herrschte am 5. in der Stadt. Die einen behaupteten die andern des Verraths, der glühendste Haß entbrannte zwischen Piemontesen und Lombarden. Karl Albert schonte anfangs vor, er habe nicht genug Kriegsbedarf zur Vertheidigung der Stadt. Der exaltirteste Theil der Nationalgarde aber drang auch auf energischen Widerstand, und stieß der Ton laute Verwünschungen gegen „das Schwert Italiens“ aus. Gegen Mittag wurde die Lage der Stadt immer bedenklicher. Die Gewehre. Das Mißtrauen in die Piemontesen hatte den höchsten Grad erreicht. Karl Albert mit seinen zwei Söhnen war inzwischen in der Casa Greppi angekommen. Kaum erfuhr dieß das gegen ihn aufs höchste erbitterte Volk, als es in Masse den Palast umringte, alle Baggagewägen auf die Straße führte und sie umstürzte, um so die Ausgänge zu versperren und den König des Entweichen unmöglich zu machen. Die Thore und dem Volke traten als Redner vor der Masse auf, und entflammten durch ihre Haß und Verzweiflung athmenden Worte die Leidenschaften immer mehr. Von allen Seiten erdröhnten laute Verwünschungen gegen den „Judas,“ und einige Sprecher wendeten sich direkt an den König mit den Worten, die ein glaubwürdiger Augen- und Ohrenzeuge selbst gehört hat: „Sieh nun, Vaterlandsverräther, was du für Unheil gestiftet hast, unsere Kinder sind Waisen, zahlreiche Dörfen liegen in Asche, und das Land ist ins Unglück gestürzt!“ Ein Priester sprach dem König in's Gesicht: „Im Namen des ganzen Volkes, im Namen der vaterlosen Kinder verfluche ich dich in die unterste Hölle!“ Der König selbst sah sehr leidend aus, und war ausser Stand, etwas zu entgegnen. Für ihn sprach sein ältester Sohn, der Herzog von Savoyen: „Im Namen des Königs verspreche ich euch, daß wir Mailand bis auf den letzten Blutstropfen vertheidigen werden, daß wir's nöthig ist, wollen wir uns unter den Mauern Mailands begraben.“ Dieser Trost scheint aber den Mailändern wenig behagt zu haben, denn

*) Eine weitere aufs schärfere Besprechung der selben Verhältnisse von denselben Hand werden wir in einer unserer nächsten Nummern folgen lassen. D. R.

als der Herzog spät am Abend noch ausging, fielen sogleich zwei Schüsse auf ihn, und in das Zimmer des Königs flogen drei Kugeln. Auf diesen Auftritt der Volksstimmung hin verließ der König zu Fuß seine Wohnung, begab sich zu seinen Truppen und — machte sich nach Mitternacht eiligst aus dem Staube. — Bereits in der Frühe des 5. waren bei dem Feldmarschall Radetzky zwei piemontesische Generale als Parlamentäre für einen Waffenstillstand erschienen, der auch für einige Stunden zugestanden wurde unter der Bedingung, daß die ganze feindliche Armee sogleich die Lombardie verlasse, und Mailand sich auf Gnade und Ungnade ergebe. Um 1 Uhr Nachmittag erschien ein Offizier vom Generalstabe des Königs mit der Antwort, sein König könne der Kapitulirung Mailands keine Folge geben, sie bleiben und der Stadt das ganze Aeußerste zu vertheidigen. Es schien nicht, daß dieser Entschluß einstimmig gewesen sei, weil man Kleingewehrfeuer und Geschrei von Handgemengen hörte und von mehreren Seiten Feuer und Rauchwolken aufsteigen sah. Der Kampf wurde daher sogleich auch von außen wieder mit den Piemontesen begonnen, welche an den Mauern und Vorwerken der Stadt Stellung genommen hatten. Er dauerte barnäckig und blutig bis in die Nacht fort. Der Zeitpunkt war gekommen, Thoren in die Stadt sprengen, welche offenbar große Wirkung thaten, denn augenblicklich sah man von Gebäu der höchsten Privatgebäude einen großen Theil der dreifarbigen Fahnen verschwinden, dagegen auf vielen weiße, österreichische, aber auch eine ganz rothe Fahne erscheinen. Um 4 Uhr Nachmittag erschien eine Civildeputation der Stadt, an ihrer Spitze der Erzbischof mit welchem Gewissen mag dieser nach seinem bisher beobachteten Verhalten vor den Feldmarschall getreten sein?), um zu unterhandeln über die Bedingungen der Kapitulation. „Diese, Herr!“ antwortete der Marschall; „unbedingte Ergebung ist das einzige Mittel, die Stadt von großerem Unheil zu retten.“ Die Deputation zitzt sich und erhielt eine kleine Frist, um einen Entschluß zu fassen. Während dessen hörte man im Innern der Stadt fortwährend Schüsse fallen, das sicherste Zeichen offen ausgebrochenen Partekampfes. Auch außen dauerte das Feuer fort, bis endlich die Piemontesen mit großem Verlust an Todten, Verwundeten und Gefangenen, Kanonen und anderem Kriegsgeräthe ins Innere der Stadt zurückgetrieben wurden. Aber auch der Sieger hatte einen theuren Triumph mit theurem Opfern erkaufen müssen. 90 Offiziere sind todt oder verwundet. Das 10. Jägerbataillon, welches am 4. nicht blos, wie das Bulletin sagt, 6, sondern 11 Kanonen genommen hatte, erlitt am 5. so bedeutenden Verlust, daß es bis auf 500 Mann zusammengeschmolzen ist. Die Nacht über fielen zwar noch immer Schüsse in der Stadt, aber die Hitzlosse waren doch etwas ruhiger geworden. Am Morgen des 6. herrschte allgemeine Ruhe, aber große Niedergeschlagenheit. Der Sieger hatte einen Triumph mit theurem Opfern erkaufen müssen. 90 Offiziere sind todt oder verwundet. Das 10. Jägerbataillon, welches am 4. nicht blos, wie das Bulletin sagt, 6, sondern 11 Kanonen genommen hatte, erlitt am 5. so bedeutenden Verlust, daß es bis auf 500 Mann zusammengeschmolzen ist. Die Nacht über fielen zwar noch immer Schüsse in der Stadt, aber die Hitzlosse waren doch etwas ruhiger geworden. Am Morgen des 6. herrschte allgemeine Ruhe, aber große Niedergeschlagenheit. Der ernste Ernst, mit ihrem König abgezogen. Alle öffentlichen Gebäude, Paläste, Zustizgebäude ꝛc. waren verlassen, die Fahnen von den Dächern, die Kokarden von den Hüten verschwunden. Ueberall arbeitete man an Wegräumung der Barrikaden und Fortmachung der Thore zum Empfang der erwarteten Gäste. Auch die Regierung hatte sich aus dem Staube gemacht. — Der greise Held Radetzky ging am 6. Mittags an der Spitze von 50,000 M. und vieler Artillerie durch die weit offenen Thore in Mailand ein. Er erließ sogleich eine Proklamation, worin er vor der Hand Mailand in Belagerungszustand erklärt und alle Civil- und Militärgewalt in seine Hände nimmt. Fürst Schwarzenberg ist Militärgouverneur der Stadt. — Von den Einwohnern sieht man nur äußerst wenige auf den Straßen, der bessere Theil der Bevölkerung dankt im Herzen Gott für die glückliche Beendigung des bisherigen gesetz- und ordnungslosen Zustandes.

— So eben bringt eine Staffete die Nachricht thalirt Bologna, den 7. Aug.), daß dem F.M.L. Baron Welden am Morgen dieses Tages eine Deputation die Unterwerfung der Stadt Bologna versichert habe. Der Festungsstallieutenant war nämlich am 5. d. bei Ponte di Lagoscuro über den Po gerückt, besetzte Ferrara, marschirte dann der Feind gegen Bologna zurückzog, und nahm der Malakberge die feindliche Kriegscasse gefangen. Ferrara wurde unbedingt übergeben, blieb jedoch von den Päpstlichen besetzt. Am 5. standen unsere Vorposten vor Bologna, welches am 7. die Thore öffnete. Die kriegsgefangene Kolonne nahm ihren Weg über Modena Busseto. Die ganze Gegend um Bologna unterwarf sich und zeigte sich so friedlich, daß die Guardia civica an mehreren Orten als bewaffnete Macht belassen wurde

(Tyr. B.)

Frankreich.

△ Paris, 8. Aug. Der Marquis Brignole-Sale, sardinischer Botschafter, und der Marquis A. Ricci, wurden gestern durch den Minister des Auswärtigen, Hrn. Bastide, beim General Cavaignac eingeführt. Sie sollen nun offiziell das unverzügliche Einschreiten der französischen Armee in Italien verlangt haben. Wenn wir recht berichtet sind, hat General Cavaignac ihnen geantwortet, es seien bereits Unterhandlungen mit England zu dem Behufe eines gemeinschaftlichen Vermittlungsverfahrens an die kriegführenden Mächte in Italien. Es hieß auch gestern Abend, die Grundlagen zu dieser Vermittlung zwischen den beiden Gebieten seien bereits festgestellt, und sie seien einschlossen, mit Beseitigung aller Rechte alle Mittel zu verbieten, um Europa die Uebel eines allgemeinen Krieges zu ersparen. Man hatte schon gestern in der Nationalversammlung erwartet. Hr. Bastide werde eine amtliche Mittheilung in Betreff eines gemeinsamen Vermittlungs-Anerbietens von England und Frankreich machen. Dieselbe unterblieb, und dieß gab gestern Abends zu mancherlei Muthmaßungen Anlaß. Man fürchtete neue Verwicklungen. Es heißt, Oesterreich weise förmlich die Vermittlung Frankreichs zurück, weil es die französische Republik noch nicht anerkannt und zweitens, weil von einer Vermittlung keine Rede sein könne, in dem Augenblicke, wo die österreichischen Heere auf allen Punkten siegreich seien. Oesterreich soll bereits die Bedingungen kund gegeben haben, unter denen es sich zum Frieden verstehen würde. Es wurde wieder in den Besitz seiner lombardisch-venetianischen Provinzen eintreten, die aber derselben konstitutionellen Einrichtungen theilhaftig wären, wie sie die übrigen Provinzen des Kaiserthums bereits besitzen. Auch wurde es von einem Einfalle in Piemont abstehen, unter der Bedingung, daß Karl Albert ihm 50 Mill. Lire für Kriegskosten zahlen. Andererseits kündigte man an, die italienische Sache sei nach heute Morgen eingetroffenen Nachrichten völlig verloren. Karl Alberts Heer, von allen seinen italienischen Verbündeten aufgegeben, hätte nach einzigem Aufenthalt zu Mailand den definitiven Rückzug nach Piemont angetreten. So ist der König, der bis zum letzten Augenblicke jede Idee eines französischen Einschreitens, aus Furcht vor der Ausbreitung der revolutionären Ideen in Savoyen und Piemont, zurückgewiesen hatte, dahin gekommen, daß er nun offiziell endlich das direkte Einrücken französischer Truppen in Italien verlangt hat. Ganz ohne Befremden ist man nicht, daß im Falle der Bestätigung der Angabe, daß Oesterreich jede Vermittelung Frankreichs zurückweise, und als Sieger Italien seine Bedingungen vorschreiben wolle, General Cavaignac selbst zu direkten Einschreiten sich fortreißen lassen konnte.

Großbritannien.

London, 7. Aug. Am verflossenen Sonnabend wurde Hr. Smith O'Brien in dem Augenblicke, wo er 7 Uhr Abends eine Karre in Thurles, einer Eisenbahnstation, nach Limerik lösen wollte, verhaftet. Einer der Wächter hatte ihn erkannt; er legte ihm die Hand auf die Schulter mit den Worten: „Sie sind O'Brien; Sie sind Gefangener der Königin.“ Hr. O'Brien entgegnete nichts, und der Wächter schickte sogleich auf die Polizei, von wo in wenig Minuten 37 Polizisten ankamen. Der Gefangene wurde sogleich zu Wagen nach Dublin gebracht unter starker hinlänglicher Begleitung. Nach Berichten Lords Clarendon, des Lordlieutenants von Irland, beginnt überall die Ruhe wiederzukehren.

Nachschrift.

Frankfurt, 10. August. Zufolge einer heute an die Nationalversammlung gelangten Botschaft des Reichsverwesers sind für das Reichsministerium folgende Ernennungen erfolgt: Furst Leiningen Präsident des Reichsministerraths; Duckwitz Handelsminister, Mevissen und Fallati Unterstaatssekretäre; Beckerath Finanzminister, Mathy Unterstaatssekretär; Heckscher Minister des Auswärtigen, M. v. Wagern und Bruggen Unterstaatssekretäre; Robert Mohl Justizminister, Biedermann Unterstaatssekretär; v. Schmerling Minister des Innern; Bassermann und v. Würth Unterstaatssekretäre. (Die Fr. O. P. A. J. enthält die Ernennungsbriefe.)

A Frankfurt, 10. August. Die Wahl Heckers zu Thiengen ist heute von der Reichsversammlung durch namentliche Abstimmung mit 351 gegen 116 Stimmen für ungiltig erklärt worden (Mehrheit gegen Hecker 234 St.) Morgen kommen die italienischen Verhältnisse zur Berathung.

München, 11. August. Heute wurde die Wahl der Deputirten, welche laut Ministerialerlaß zur Versammlung deutscher Universitätsprofessoren nach Jena abzusenden sind, vorgenommen. Sie fiel auf die HH. Schierl, Kingelin, Staudlehner, Martiny, Doll und —. Als Ersatzmänner wurden die Professoren Kunstmann, Pettenkofer, Müller, Sprengel und Frass gewählt.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 10. August. Oesterr. 5proz. Metall. 68½. 4proz. 57. 3proz. — 2½proz. 34. — Bankaktien 1950. 99. — 500 fl.-Loose 109½. 250 fl.-Loose 74. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 88 P. — Sächs. Staatsschuldscheine 3½proz. 74½. — Bayer. 3½proz. 75. — Luxemb. Berdach. 69½. — Württemberg. 3½proz. 75½. 4½proz. 92. — Baden 3½proz. 74½. — Lotto-Anlehen à 50 fl. 47. — 35 fl.-Loose 27½. — Darmstädt. 3½proz. 77. — 4proz. 85½. — Lotto-Anlehen von 50 fl. 65. 25 fl.-Loose 21½. — Kurhessl. Prämien-Anleihe 42½. 40 Thlr.-Loose 26½. — Nassau 3½proz. 82. 25 fl.-Loose 21¾. — Frankf. 3proz. 78½. 3½proz. 93½. 4½proz. 87½. — Taunusbahn 296. — Holländ. Anlehen 41½. Span. 3proz. innere Schuld 18½. — Pol. 300 fl.-Loose 86. 500 fl.-Loose 64. — Sard. 36 Fr.-Loose 24½. Diste 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 40.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 2 fl. Halbjährig 3 fl. Ganzjährig 6 fl. 36 kr.

Erscheinen: Donnerstagsblatt Nro. 14. Dienstbotenabonnement: die ersparten Preise gratis oder ihrem Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Sonntag den 13. August 1848.

München, den 12. August.

(Pfarrei-Besetzungen.) Kathol. Pfarrei Aichen, Ldg. Krumbach, dem Priester Balthasar Seidenfuß, Pfarrer zu Walkertshofen, desselben Landgerichts; Kathol. Pfarrei Möning, Ldg. Neumarkt, dem Priester Eduard Junich, Frühmeßverweserstuaren zu Freistadt, desl. Bzgs.; Spitalbenefiziate zu Ellingen, Herrschaftsgerichts gleichen Namens, dem Dechant und Pfarrer zu Absberg, Ldg. Pleinfeld, Priester Wilibald Unger; Frühmeßbenefiziate zu Oberkonnlach, Ldg. Mitbelheim, dem dortigen Pfarrer Priester Ignaz Krenzer.

(Pfarrei-Erledigungen.) Kathol. Pfarrei Jarzt, Erzdiözese München-Freising, Ldg. Freising, Rentamts 1001 fl. 42 kr.; Kuratbenefizium zu Wässen, Erzdiözese München-Freising, Ldg. Traunstein, Rentamts 461 fl. 51 kr.

Amtliche Akte der Reichs-Zentralgewalt.

An der Herrn Präsidenten der deutschen Nationalversammlung. Ich eröffne Ihnen zur weiteren Mittheilung an die deutsche Nationalversammlung, daß ich 1) den Fürsten Karl Leiningen zum Präsidenten des Reichsministerrathes, den Senator Arnold Duckwitz zum Reichsminister des Handels, den Abgeordneten der Nationalversammlung Hermann v. Beckerath zum Reichsminister der Finanzen; 2) zu Unterstaatssekretären und zwar a) im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, den Abgeordneten Max v. Gagern und den Max Ludwig von Lingelsheim, b) im Ministerium des Innern, die Abgeordneten Friedrich Bassermann und Joseph v. Wanth, c) im Ministerium des Handels, die Abgeordneten Gustav Meviissen und Johannes Fallati, d) im Ministerium der Finanzen den Abgeordneten Karl Mathy, e) im Ministerium der Justiz, den Abgeordneten Christian Eddermann, ernannt habe. 3) Den Reichsminister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten Anton v. Schmerling habe ich nach seinem Wunsche von der ferneren Leitung der auswärtigen Angelegenheiten entboben, und den Reichsminister der Justiz Johann Gustav Heckscher, unter Enthebung von seinem bisherigen Posten, zum Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten; endlich 4) den Abgeordneten der Nationalversammlung Robert Wohl zum Reichsjustizminister ernannt. Frankfurt am 9. August 1848. Der Reichsverweser Erzherzog Johann. Jucher.

Die Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung enthält auch den Wortlaut der einzelnen Ernennungsdekrete. Jenes für den Fürsten v. Leiningen ist gegengezeichnet von Hrn. v. Schmerling, alle übrigen aber tragen die Gegenzeichnung des Fürsten C. A. F. zu Leiningen. Die Ernennungen der HH. Fürst zu Leiningen, Duckwitz, v. Beckerath, Bassermann, v. Wurth, Max v. Gagern, Mevissen und Mathy sind vom 7. August datirt, die der übrigen Minister und Unterstaatssekretäre vom 9. August.

Deutsche Reichsversammlung.

3. Frankfurt, 10. August, Vormittags 11 Uhr. Nach Verlesung des Protokolls wird eine Mittheilung des Reichsverwesers verlesen, welche die offizielle definitive Zusammensetzung des Reichsministeriums enthält (siehe oben). Fürst Leiningen betritt die Tribüne und begleitet sich auf die früheren Mittheilungen Schmerlings über das Programm des Ministeriums. Dasselbe rechne auf die Unterstützung der Reichsversammlung. An Talent und Kräften sei er zwar schwach, aber ein deutsches Herz bringe er mit. (Beifall.) — Die Art, wie sich die Reichsversammlung an dem Kölner Dombaufest betheiligen wolle, wird vom Präsidenten (Heinr. v. Gagern) zur Sprache gebracht, und wird beschlossen, die Vorschläge darüber vom Bureau machen zu lassen. P. Pfizer zeigt seinen Austritt aus der Versammlung an.

3. Frankfurt, 10. August. (Fortsetzung der 38. Sitzung.) Heinrich v. Gagern führt den Vorsitz. Die Mitglieder der linken bringen eine Reihe von Beschwerden gegen das Benehmen des Vorsitzenden (von Soiron) in der Sitzung vom 8. August zu einem schriftlichen Antrag vereinigt und fordern, daß die Versammlung eine Mißbilligung gegen den Präsidenten ausspreche, und den Ordnungsruf gegen Beruhaus für nichtig erkläre. Es entspinnt sich eine längere Behandlung darüber, wie der Antrag weiter zu behandeln sei. Es wird beschlossen, denselben an den Ausschuß für Geschäftsordnung zur Begutachtung zu überweisen. — Hierauf wird zur Tagesordnung, zur Berathung über Wesendonk und Becker in Elberfeld übergegangen. Von der zu führt der 11. Vizepräsident v. Hermann den Vorsitz. Zuerst stelle der Abgeordnete Jordan den Antrag, daß ohne weitere Verhandlung sofort die Wahlfrage durch die Entscheidung über die Amnestie als erledigt erklärt werde. Derselbe wird als geschäftsordnungswidrig zurückgewiesen. Der Berichterstatter (Widenmann) zeigt an, daß mehrere neue Petitionen um Zulassung Heckers eingekommen seien. An der Sache selbst werde dadurch nichts geändert. Justin beantragt, die Reichsversammlung wolle beschließen, die Wahl in Thüringen sei aufrecht zu halten. Er bemerkt, daß Hecker die Waffen sie die Republik ergriffen habe. Es kommt blos darauf an zu entscheiden, ob die Wahl formell gültig sei oder nicht; über weiteres hat die Reichsversammlung nicht zu entscheiden. Nach sein Gericht hat ausgesprochen, daß Hecker Hochverräther sei, wie ihn der Bericht nennt. Hecker hat aber kein Verbrechen begangen (?), denn seine Absicht war eine gute, er wollte das Beste des Volkes; in seinem Feuereifer für die Freiheit und die Rechte des Volkes ging er vielleicht etwas zu weit.*) Platner: Die Versammlung ist ein Richter; sie ist souverän. Das Vorparlament sprach aus: Einzig und allein die einzuberufende konstituirende Versammlung soll die künftige Verfassung Deutschlands bestimmen. Wer sich dagegen mit Gewalt auflehnt, der kann unmöglich an der friedlichen Konstituirung Theil nehmen. Wiesner spricht weder vor seeren Bänken; er meint, Hecker sei, wenn er auch schuldig gewesen wäre, durch die Wahlen von Thüringen und durch das ganze badische Volk freigesprochen worden (?!). — Simson (von Königsberg): Die einzige Frage kann nur die sein: in welchem Verhältnisse steht Heckers That zu seinem Eintritte in die Reichsversammlung. Sie verschließt sich denselben. Wir wollen die Revolution benützen; er will sie fortsetzen. Die Anklage Heckers in die Versammlung wäre gleich einem Eröffnungsakte einer Versammlung. Der bei weitem größte Theil des deutschen Volkes würde uns verurtheilen. — Vogt (von Gießen): Die materielle Gültigkeit der Wahl gehört nicht vor das Forum der Reichsversammlung. Erkennt diese selbe einmal das Prinzip an, daß sie fue solche Fragen zuständig sei, so führe sie zu furchterlichen Konsequenzen. Man kann dann Jeden, der nicht der Ansicht der Majorität huldigt, ausschließen. Daß Hecker mit jetzt feindliche Absichen gegen Deutschland hege, ist unrichtig; dieß erhellt insbesondere aus der Note der schweizerischen Tagsatzung auf die Aufforderung des Bundestages, die Flüchtlinge aus der Schweiz auszuweisen. Er beantragt, daß über die Anträge der badischen Regierung und die Petitionen auf Baden zur Tagesordnung übergegangen werde. — Eine Interpellation geht an Hecker über die Wahl: Ob sie sich zur Niederwerfung zwischen ihm und Hrn. v. Gagern; Gagern widersprach der Behauptung, daß Buhl eine Legitimation von der badischen Regierung in der Tasche habe.

— Der Berichterstatter (Widenmann): Was die Behauptung Vogt's betrifft, Hecker sei von der Absicht Gewalt für die Republik zu gebrauchen abgestanden, so kann ich nur auf den von Hecker widersprochenen verweisen, der in seiner Kammer die unrichtigkeit dieser Behauptung nachweist. Wenn es eines Gesetzes bedarf, um Hecker ausschließen zu können, so kann man ihn auch dann nicht ausschließen, wenn er verurtheilt würde. Die Reichsversammlung entscheidet unabhängig über die vorliegende Frage. Wenn man sagt, es sei dieß eine gefährliche Waffe in der Hand der Majorität, so vergißt man, daß die Majorität diese Waffe schon hat. Sie wird nur dann gefährlich, wenn man der Majorität zutraut, daß sie gewissenlos handle. — Hierauf wird zur Abstimmung geschritten. Es lagen im Ganzen drei verschiedene Anträge vor: 1) Der Antrag des Ausschusses, die Wahl Hecker's für ungiltig und unwirksam zu erklären und demgemäß die badische Regierung zu veranlassen, daß anvorzüglich eine anderweite Wahl im Bezirke Thringen angeordnet werde. 2) Anträge von Simon (von Trier), Jürgen und Mohr, die Wahl Hecker's für gültig zu erklären und Ladung Heckers zu veranlassen. 3) Ein Antrag von Vogt und Genossen, über die betreffenden Petitionen und die Vorlagen der badischen Regierung zur Tagesordnung überzugehen und nach gepflogener Untersuchung weiteren Anträgen der badischen Regierung entgegenzugehen. — Nach einer kurzen Verhandlung wird beschlossen, daß über den Ausschußantrag zuerst und zwar (Aufregung schnoweyr) namentlich abgestimmt werde. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Die Wahl Hecker's wurde von 350 gegen 118 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 234 für ungiltig erklärt. — Die Galerien verharrten sich während der heutigen Verhandlung mit nur unbedeutenden Ausnahmen ernst und ruhig. Um die Ruhe sicherer handhaben zu können, wurde gestern der Raum für die Zuhörer ohne Karten etwa um die Hälfte

*) Also nur etwas zu weit. Der auf neuchtliche Weise erfolgte Tod des Generals Lichnowsky scheint ging wohl nach der Meinung Jüstins auch nur etwas zu weit!

Anm. d. Red.

verringert. Doch ist noch immer für ungefähr 7—800 Personen genügender Raum. — Die nächste Sitzung findet morgen statt. Auf der Tagesordnung steht: die Berathung über die italienischen Verhältnisse (Südtirol, Istrien, den italienischen Krieg) und über die Separatunterhandlungen mit Dänemark. Am Schlusse der Sitzung interpellirte der Abgeordnete Simon von Trier den Ausschuß für die Begründung einer provisorischen Zentralgewalt über den Stand der Verhandlungen rücksichtlich seines Antrages, daß deutschland Preußen zur Zentralgewalt ernenne. Der Vorsitzende des Ausschusses (Gedenkung) verwerfet, daß der Bericht fertig sei und nächstens erstattet werden würde. Die Einzelnheiten derjenigen, welche am Dombaufeste zu Köln theilnehmen wollen, waren am Schlusse der Sitzung bereits so bedeutend, daß sie etwa die Hälfte der Mitglieder betrugen. Daher wird in den ersten Tagen der nächsten Woche keine Sitzung stattfinden können.

Man wird sich draußen sie und da wundern, daß die bekannte Aeußerung des Hrn. Berntano über den Prinzen von Preußen einen so heftigen Sturm herbeiführen und den Präsidenten zu einem nochmaligen Ordnungsruf veranlassen konnte. Wer dagegen dem Gange der Verhandlungen der Reichsversammlung an Ort und Stelle mit einiger Theilnahme gefolgt ist, findet jene Vorgänge sehr natürlich, so sogar nothwendig. Seit Wochen sind Mißmuth und Unwillen über die Saumseligkeit, welche Hr. Berntano angedeutet, Nichts unversucht gelassen, um gegen Preußen aufzureizen und zu erbittern, und die unheilbare Wirkung dieser heimtückischen Taktik war, daß nicht allein die Abgeordneten aus Preußen, sondern überhaupt alle Diejenigen, welche es ernstlich meinen mit der Einigkeit der deutschen Nation, im höchsten Grade gegen die Letzte gereizt und erbittert waren. Ist der gerechte Zorn, all' der mißkannt verhaltene Unwille, der sich in den Herzen angehäuft hatte, heute mit eine Flasche voll des Bittersten, was Hr. Berntano ausgesonnen, Wort des Hrn. Berntano den Damme der Langmuth endlich den letzten Stoß gegeben hatte. Hr. Berntano versichert, daß er das preußische Volk keineswegs habe beleidigen wollen, und ich glaube ihm; daß er aber nicht das preußische, sondern jedes wahrhaft deutsche Gefühl durch seinen Ausfall beleidigen werde, das hätte er ohne großen Aufwand von Scharfsinn voraussehen können. Und wenn sich nichts zu Gunsten des Prinzen von Preußen sagen ließe, was doch der Fall ist, daß er das preußische Heer sei, so wäre das mehr als Grund genug, um ihn in der Paulskirche, zumal unter den verwickelten Umständen des Augenblicks, gegen Geringschätzung, gegen Herabwürdigung zu schützen. Wer Das nicht begreifen will, in Dem muß entweder kein Funken von Verstand leuchten, oder er muß seinen patriotischen Blutdruck in seinen Adern haben. An Verstand fehlt es Hrn. Berntano durchaus nicht, aber der Beweis seiner Behauptung bleibt ihm das Letzte. Wenn er hatte sagen sollen, daß diese Verwunderung darüber ausspricht, daß man seinen Ausfall gegen den Prinzen von Preußen als ein Zeichen von anderweiter Gesinnung aufgenommen und behandelt habe, so ist das nur eine Bestätigung mehr dafür, daß er ein stumpferes Nationalgefühl hat, als die Mehrheit der Versammlung. Daß einzelne Mitglieder der Reichsversammlung in den Aeußerungen ihres Unwillens gegen Hrn. Berntano zu weit gegangen sind, und daß die Niederlage ihn jedenfalls der Herausforderungen hätte schonen sollen, kann jeder Unbefangene einräumen. Wenn nun aber die Unterbrechungen der Rede des Hrn. Berntano, und insbesondere den tumultuarischen Schluß der Sitzung lediglich auf Rechnung der Rechten setzt, so ist man ganz entschieden im Irrthum; denn es ist mehr als wahrscheinlich, daß ohne die freche Einmischung der Galerie durch Beifalls- und Hohngeschrei die Wiederherstellung der Ruhe erfolgt und die Fortsetzung der Verhandlungen möglich gewesen sein würde. Der Vorsitz der Reichsversammlung hat sich jetzt endlich dazu entschlossen, das Uebel an der Wurzel auszurotten. Den Raum für die Zuhörer zu beschränken, und zumal den Theil der Galerie, zu welchem der Zutritt ohne Karten freistieht, um zwei Drittel zu verkleinern. Ungeachtet dieser Beschränkungen wird die Zuhörerschaft in der Paulskirche noch immer drei- oder viermal zahlreicher bleiben, als die in dem englischen Parlament oder in der französischen Nationalversammlung. (Kreuz. Z.)

Deutschland.

Bayern. Kirchenhaut, 10. August. Sie brachten in Ihrem Blatte die Nachricht, daß Oesterreich neue Truppenverstärkung nach Italien sende. Hier haben wir keinen eigentlichen Beweis: seit einer Woche gehen Truppenabtheilungen hier durch auf der Straße über Innsbruck nach Oberitalien, die letzten Tage ein Bataillon vom Regiment Deutschmeister — schöne, kräftige Soldatengestalten mit muthigem Aussehen. — König Ludwig kam gestern von Berchtesgaden nach Salzburg zur Begrüßung des Kaisers Ferdinand. Morgen Mittag werden sie 8 Tage gastiren. Abends von da hierher zurück. In einem dem Kaiser zumittelnder folgenden Wagen soll sich gestern auch ein junger Mann mit verschreckendem Aeußern in helldblauer Husarenuniform. Später erst erfuhr man, daß es der vor einigen Tagen großjährig gewordene künftige Thronfolger sei. (K. Z.)

Gr. Hessen. Darmstadt, 8. August. Heute Mittag ist die lange abschwebende Frage von der Vorlage eines neuen Wahlgesetzes, der Auflösung oder Berufung unseres Landtages ganz unerwartet, vorläufig erledigt, durchschnitten worden. Hr. Langen hatte eben Namens des zweiten Ausschusses Bericht erstattet über den bekannten deßfallsigen Antrag des Hrn. Lehne und der Einundzwanzig, der nach der Mehrheit des Ausschusses im Sinne der Ansichten des Ministerpräsidenten Jaup lautete, als dieser ganz unerwartet selbst in die Kammer trat. Fast Niemand war auf den Galerien anwesend. Der Hr. Ministerpräsident ergriff sogleich das Wort und erörterte, wie er nunmehr, nach gewissenhafter nochmaliger Prüfung aller Gründe und hinlänglich unterrichtet in der Sache, die früher versprochene Antwort ertheilen wolle. Er sei immer noch der Ansicht, daß eine vorherige Vertagung des Landtags und sodannige Wiederberufung desselben zur Berathung eines neuen Wahlgesetzes das Beste im allgemeinen Interesse wäre. Viele schienen sich noch einer fünfmonatlichen dessenden Session zu scheuen und fürchten. Der Regierung sei es weniger wichtigen Arbeiten, worunter namentlich auch das neue Wahlgesetz, das baldmöglichst vorgelegt werden solle, Muße nöthig. Noch fehlten aber manche Grundlagen dazu, noch habe die Nationalversammlung nicht vollständig entschieden. Jedenfalls werde es aber im liberalsten Sinne entworfen werden, dafür bürge den Ständen der ganze jetzige politische Zustand Deutschlands, die Kammer selbst, die sicher kein anderes annehmen würde, und das Wohl des ganzen politischen Lebens, das Ruhe über Alles erheischt immer oberster Grundsatz gewesen. Daß dieses Gesetz aber der neuen bestehenden Kammer baldmöglichst vorgelegt werde, sei auch der Regierung eifrigster Wunsch, die sich nun einem geordneten definitiven Zustande sehne. Der Hr. Ministerpräsident verlas hierauf das vom 7. datirte und von ihm selbst kontrasignirte Edikt des Großherzogs, welches die Stände auf unbestimmte Zeit vertagt. — Der Präsident Hesse hob sofort, dem Mitgliedern freundlichen Lebewohl und baldige gesellige Wiederkehr wünschend, die Sitzung auf und Jene entfernten sich schweigend — nachdem man den Hauptantagsteller, Hrn. Lehne, in einer Gruppe noch sehr lebhaft hatte gestikuliren sehen. — Unterrichtete und besonnene Männer halten das Verfahren des Ministers zur baldigen Beendigung eines unklaren Zustandes für ganz Recht des Landes den besten Erfolg. (Fr. J.)

Preußen. Berlin, 9. August. Gestern Vormittag fand die zur öffentlichen Anerkennung der deutschen Einheit veranstaltete große Bürgerwehr-Parade statt, wozu der Oberbefehlshaber der Bürgerwehr, Minister des Minister, die Nationalversammlung, die städtischen Militär- und Civilbehörden eingeladen hatte. In dem Einladungsschreiben hieß es: „Die Bürgerwehr Berlins hat in ihrer Majorität den Antrag bei dem Kommando gestellt, in einem öffentlichen Akte die deutschthätige Einigkeit Deutschlands, und deshalb dem Ruhme, der Ehre und dem Glanze Preußens und seines Herrscherhauses, ihre Anerkennung zu zollen und zu diesem Zwecke eine Parade zu veranstalten." Die Aufstellung ging um halb 9 Uhr, die beiden Seiten der Linden entlang, von der Schadowstraße bis zu der Oberwallstraße hin. Von 10 Uhr sanden sich die Eingeladenen in dem Bürean des Kommando's der Bürgerwehr ein, und zogen, unter Vorantragung der preußischen und deutschen Fahne, paarweise nach dem Opernplatze, wo von der Königswache bis zu der Universität, die Fahnen sämmtlicher anwesenden Munizipalitäten, so wie der Polizei-Präsident, sämmtliche Minister, voran der Minister-Präsident und der Kriegs-Minister, Letzterer in großer Generals-Uniform, eröffneten den Zug, welchem sich die ganze National-Versammlung unter Führung ihrer Präsidenten Grabow, der Vize-Präsidenten Dr. Kosch und Jonas, der Kommandant, der Polizei-Präsident und die Abgeordneten der städtischen Behörden, unter dem Geleite des Veteranen-Korps und einer kleinen wählenden Bürgerwehr-Abtheilung anschlossen. Der Oberbefehlshaber Rimpler hielt, umgeben von seinen Adjutanten, zu Pferde, vor der Universität, und hieß, als die Eingeladenen, längs des Opernhauses Platz genommen hatten, das Gewehr präsentiren. Dann sog Hr. Rimpler, der ohne alle Abzeichen, einfach im schwarzen Rocke die Parade bestieg, vom Pferde sol. ende Ansprache: „Kameraden! Unser gestriges deutsches Bankett beginnt seine Kunstbedeutung. Jahrhunderte abgestammelten, zuletzt vollständig getheilt, wird es durch die heissen Wünsche von Millionen wieder vereinigt. Auf deutscher Aar! beginne Deinen kühnen Flug zu neuem Ruhm, zu neuem Glanze. Preußen, groß bestimmt seine Könige, stolz darauf, daß es in Zeiten der Erniedrigung Deutschland die Ehre des großen Vaterlandes zu wahren gesucht hat, stolz darauf, vorangegangen zu sein, als es galt, die Fesseln fremder Tyrannei zu brechen, Preußen will es zu seinem großen Theile vergessen, unter dem Vortritt seines deutschgesinnten Königs den besten, größten Theil in diese unser großes Vaterland auf Jahrhunderte sichernde Vereinigung zu bringen. Darum dieser Vereinigung Deutschlands unser donnerndes Hurrah!" Das Hurrah- und Hoch-Ruf, der von allen Mannschaften und dem dichtgeschaarten Volke zuschlos sogar die Dächer des Opernhauses und der Akademie wiederholt wurde, hatte etwas Ergreifendes: die Trommeln wirbelten, die Trompeten schmetterten und Stille wurde gebeten. Nachdem diese kurze Feier um 11 Uhr beendet war, begaben sich die Eingeladenen, von Hrn. Rimpler begrüßt, nach dem Lustgarten, wo das Schloß, wo dann der Vorbeimarsch zuerst der dreittenen Bürgerwehr und dann der einzelnen Bataillone und aller fliegenden Korps erfolgte. Das schöne, faß zu heiße, Wetter hatte die Festlichkeit begünstigt, welche um 12', Uhr mit allgemeiner Befriedigung endete. Der Ministerpräsident, welcher die Parade abgenommen hatte, sprach nach deren Beendigung seine volle Anerkennung aus. (Berl. Nachr.)

⊙ Berlin, 9. August. In der heutigen Sitzung des konstituirenden Reichstags wurde nach langer Debatte über die Vorfälle in Schwedritz beschlossen mit 150 gegen 170 1) die Niedersetzung einer Kommission aus der Mitte der Nationalversammlung zur Untersuchung der Schwedritzer Vorfälle, 2) die sofortige Versetzung des Fusilierbataillons, 3) 4) 5) der Antrag Steins und Sancken's, den Kriegsminister zu einem Erlaß auszufordern, worin derselbe die Militärbeamten auffordert, von allen reaktionären Bestrebungen sich fern zu halten, und alle Konflikte mit den Bürgern zu meiden. — Der Antrag des Hrn. Robertus, Schulze und

v. Berg, das Staatsministerium um sofortige Vorlage eines Gesetzes über die Schuldentilgungscasse zu ersuchen wird mit 203 gegen 152 Stimmen verworfen. — Zu dem in Köln stattfindenden Dombaufeste sind Seitens der preußischen Nationalversammlung die HH. v. Auerswald, Philipps und Dr. Elsner abgesandt worden.

Posen, 5. Aug. Gestern ist hier der **erste Cholerafall** durch den Medicinalrath Dr. Ordelin den Behörden offiziell angezeigt worden; die Kranke, eine Frau aus dem Bade, war in so eingeschränktes besonderes Lazareth gebracht worden, befand sich jedoch gestern Abends wieder in der Besserung. Uebrigens sind hier allsährlich um diese Zeit ein und mehrere Cholerafälle vorgekommen (Bresl. Ztg.)

Oesterreich. Wien, 8. August. Der Beschluß des ungarischen Unterhauses hat hier viel böses Blut gemacht, und die Ungarn sind hier gerade in Verruf! Man beginnt sich wieder zu fühlen; der Kaiser kommt, in Insbruck war die Krone Ungarns sichtbar, Morgen sind noch einige Ernennungen bevorzustehen und der Radikalismus erlegt seiner kompleten Ohnmächtigkeit . . . alles kommt der Regierung zu Hülfe — wird sie sich endlich ermannen? Diese Regierung wahrscheinlich nicht, aber sie wird wenigstens einer neuen die Stelle bezeichnet haben auf der sie mit Sicherheit stehen kann. Bis jetzt bestehen alle Decklationen nur auf der alleräußerste Oberfläche; von interessirten Parteien ist kaum die Rede, kaum daß Entstehen zu bemerken. Alles war nur verrückt, nicht gestürzt, jetzt fängt alles wieder an sich zu ordnen, nur daß vieles wird weichen müssen, damit das Meiste bequem nebeneinander Platz findet. So sehe ich die Sachen an. Was namentlich Ungarn angeht, so unterliegt es keinem Zweifel, daß Radetzky den Magyaren jedenfalls einen Hieb mitgab so oft er auf die Insolenz blickt. Das Echo dieser Schläge war in Wien deutlich vernehmbar, denn hier ist ja trotz allem noch der Sitz des ungarischen auswärtigen Ministeriums! Ob wohl Fürst Esterhazy Hand in Hand mit Kossuth geht? Schwerlich. Kossuths Worte wirken in Pesth unwiderstehlich — bis sie die Donau heraus nach Wien kommen, verlieren sie diese elektrische Kraft — das bekennt er nicht. (L. Z.)

In der Sitzung des Reichstags am 6. August wurde der Kriegsminister Latour (dort es ihr Deutschen!) den Feldmarschall Radetzky für sein Vorrücken gegen Mailand vertheidigen gegen — den **Polen Tuelo**, der den Marschall deshalb angriff. Also auch der österreichische Reichstag hat seinen Nase, allerdings hat der Ange zu Wien wenigstens das voraus, daß er ein Pole ist!

Oesterreichische Monarchie.

Das Kriegs-Ministerium bringt aus einem ihm zugekommenen Bericht des F. M. L. Baron Welden aus Padua vom 1. Aug. über die Ereignisse bei dem ihm unterstehenden Korps Folgendes hiemit zur allgemeinen Kenntniß. „Am 28. Juli sandte meine Streifcorps Governolo und Borgoforte, so wie auch Roncoferraro. Letzteres Corps wurde Gemahr durch eine starke Kolonne die von Stellata über Solarolo kahin vorrucke, mit Verlust einiger Gefangne am linken Po-Ufer mit Sturm genommen und sogleich angezündet, um den Verrath, welchen die Einwohner früher ausgeübt, zu bestrafen. Das Haus, aus dem auf uns geschossen worden war, wurde der Erde gleichgemacht, nur 22 Männer und 2 Frauen, welche in der Kirche eingeschlossen waren, wurden von Flammen gerettet. Bei Benedig wichen selbst die Angriffe nach allen Richtungen, die bisher gemachten Gefangenen sagen aus, daß Brendolo nur mehr mit einem zahlreichen Regimente und einem neapolitanischen Bataillon, welches unter mit zwangsweise Dienste genommen, in der vordersten Linie bleibt sei, welche sich alle Abende in das Fort wieder einschlossen, daß Krankheiten sehr überhand nehmen, die Gemüther wohlgesinnt, daß in der Stadt noch Lebensmittel werde, immer mehr auseinander gehe. Die rasch auf einander folgenden Siege beim Hauptheere konnten nicht ohne Rückwirkung auf die Operationen des Reservekorps bleiben. Nach dem verzweifelten Kampfe auf den Höhen von Volta, in welchen beide Armeen glänzende Beweise von Tapferkeit geliefert hatten, konnte der König, durch das Bedürfniß der Besetzung von Mantua gegen die Rückzugslinie Legnano, von Collegirone beide Seiten der Entfernung des ersten Reservekorps selbst in seinem Rücken bedroht den allgemeinen Rückzug seines Heeres nicht mehr länger verzögern; trat ihn daher am 28. in der Richtung von Cremona an, vom Heere des Feldmarschalls auf dem Fuße verfolgt, der den 29. sein Hauptquartier nach Aqua negra verlegt hatte. Noch immer waren, sichere Nachrichten zufolge, gänzlich Abtheilungen verschwornen mit päbstlichen und toskanischen Linientruppen gemischt im modenesischen Gebiete versammelt, andere von Bologna aus gegen Ferrara, Cento und Finale im Anmarsche. Die Ersteren gänzlich zu vernichten und den rechtmäßigen Herzog von Modena wieder anerkennen zu lassen, hatte Se. Excellenz der Hr. Feldmarschall aus seinem Hauptquartiere Volargo verfügt, der am 30. in der Besitzung des genannten Herzogs gegen Cremona angelangt war, dem Hrn. Generalmajor Fürsten Liechtenstein den Auftrag ertheilt, mit 2500 Mann auf dem rechten Po-Ufer von letzterem Orte nach Firenzuola und von da über Parma, Reggio nach Modena vorzurücken; überdieß mit einer 2. Kolonne von ebenfalls 2500 Mann, der Besatzung von Mantua, diese Bewegung über Pozzi zu unterstützen; mich dagegen angewiesen, durch entsprechende Offensiv-Operationen gegen Mirandola einerseits die Verbindung mit der Abtheilung des Hrn. Generalmajors Fürsten Liechtenstein herzustellen, andererseits die sich sammelnden Freischaaren während und nach ihrem Uebergange über den Reno auseinander zu jagen, zu welchem Unternehmen mir durch die bereits gesicherten Po-Uebergänge bei Ostiglia, Stellata und Ponte di sago sowie um so günstigere Gelegenheit gestaltet ward, und die gestern stärker erfolgte Besetzung, von Bondeno beauftragt, mit Vertheilung mehrerer seiner Bewegung darbot. Zufolge dieser Anordnungen wurden daher 3 Abtheilungen in Marsch gesetzt, da die rasche Ausführung des ganzen Unternehmens durch den Umstand um so dringender geboten war, als sich in Bologna eine bedeutende Zahl von Anhängern der revolutionären Partei aller italienischen Staaten in der Absicht sammelten, nach erfolgtem Sturze des Ministeriums gegen den ausgebrochenen Willen des für den Frieden gestimmten Volkes neue Feindseligkeiten vorzubereiten und sich nöthigfalls von der Oberherrlichkeit des Papstes ganz loszusagen."

Von der italienischen Grenze, 3. August. Zwei lombardische Landleute von mehreren Gemeinden wurden als Abgeordnete zum F. M. Radetzky mit Unterwerfungsanträgen gesendet, welche darin bestehen, daß sollte ihre Dörfer nicht niedergebrannt und ihre Weiber und Kinder nicht geschändet werden (wie ihnen ihre Signori weißgemacht) sie sich nicht allein unterwerfen, sondern auch selbst Hand anlegen wollten zur Vertreibung der spada d'Italia und der Croviati — da sie die fürchterlichen Verwüstungen von Freund und Feind nachgerade satt hätten. Der Feldmarschall, heißt es weiter, habe diese zwei Bauerndeputirten so wohl empfangen, daß, als dieselben Landleute seine Wohnung verließen, sie in freudiger Erregung ihre Hüte schwenkten und riefen: Evviva Ferdinando! Evviva austriacchi! (Grenz. Z.)

Die „Eidgenössische Zeitung" will durch Briefe aus Mailand vom 7. wissen, daß der Stadt eine Kriegssteuer von 30 Millionen Lire vom Feldmarschall Radetzky auferlegt worden sei. Auch wäre der größte Theil der Armee noch nicht in die Stadt gezogen. Die schönsten Paläste, so auch der des Erzherzogs Rainer, seien in Kasernen umgewandelt.

Großbritannien.

† London, 8. August. Eine aufrührerische Bewegung hatte am 7. d. Mtd. bei Abbrepfrale, wie man glaubt unter der Anführung O'Gorman's, statt. Lord Hardinge ist nach Kilkenny abgegangen. In Waterford und an andern Orten haben zahlreiche Verhaftungen stattgefunden. Die Division des Generals Macdonald hat Befehl erhalten, sich auf der Schlachtlinie nach Limerick und von da sich in die Grafschaft Clare zu begeben, wo man eine Schilderhebung befürchtet. — Karl Albert soll bei dem Beileidsbesuche der italienischen Angelegenheiten die Krone Sizilieni für seinen Sohn ausschlagen haben, und diese hierauf von den Sizilianern dem Prinzen von Cambridge durch Vermittlung Lord Palmerstons angeboten worden sein, der Prinz George deßhalb zwischen ausgeschlagen haben; so sagt wenigstens die Morning Post.

Nachrichten aus Gibraltar sprechen von einer Verschwörung die auf Malta entdeckt worden sei und zu zahlreichen Verhaftungen Anlaß gegeben habe und weßhalb ein Theil der englischen Besatzung eintwaffnet worden wäre. Dieselbe erscheint eine bloße Erfindung zu sein.

Frankreich.

Paris, 8. Aug. Mehrere Notabelnzeitungen über das Attentat auf Hrn. Thiers haben herausgestellt, daß das Gewehr, welches bei dem Attentat diente, mit 9 Kugeln geladen war, indem außer einer Kugel, welche sich in den Kleidern des verwundeten Mädchens fand, noch acht andere von gleicher Größe in dem Schlafzimmer des Hrn. Calmir Chevreux, beffen Fenster zurückgeschlagen waren, aufgefunden wurden. Hr. Devienne hat sein Gewehren dahin gegeben, daß der Schuß vermittelst Schießbaumwolle abgefeuert werde, indem die Kugeln von größerm Kaliber seien, als die für Waddmäßen gebräuchlich sind, und letztere auch nicht mit solcher Gewalt abschießen, daß sie durch Abprall auf eine so weite Strecke Lemand verwunden könnten. Die strenge Untersuchung ist bereits eingeleitet.

Paris, 9. Aug. Man gibt auch jetzt hier die Hoffnung Joinvilles für verloren. Die Pest hat bekanntlich gewaltige Einnahme Mailands durch die Oesterreicher hat wie ein niederschlagendes Pulver gewirkt. Anderseits meldet das heute angekommene Journal de l'Ain, die Alpenarmee werde eine Bewegung vorwärts machen, um der Grenze näher zu rücken. Herr Gustav v. Beaumont ist mit einer außerordentlichen Sendung in Betreff der Lombardei nach London abgegangen. Zeit den Depeschen des englischen Kabinets deffelben Betreffs hier angekommen durch einen außerordentlichen Kurier an Lord Normanby. Diese Depeschen sollen heute früh dem Minister des Aeußern Hrn. Bastide mitgetheilt werden und der gemeinschaftlichen Vermittlung günstig sein. General Lamoriciere soll sich im Ministerrath für Einschreiten in Italien ausgesprochen haben. (Es würde uns so wie der Lafitte'schen Partei die politischen Besprechungen gar nicht wundern.) England soll geneigt sein, Oesterreich das ganze Venetische nicht nur, sondern auch einen Theil der Lombardei zu lassen, jedoch mit Ausnahme von Mailand selbst, das Piemont bleiben sollte. Niemand glaubt an die Geneigtheit Oesterreichs, jetzt wo es völlig triumphirt, sich Bedingungen von Dritten vorschreiben zu lassen.

In der Nationalversammlung wurde heute der Wittwe des Generals Domesme eine lebenslängliche und nach ihrem Tode auf ihre Kinder übergehende Pension von 2000 Fr. jährlich. Sie setzte dann die Berhandlung des Dekrets über die Kautionsleistung der Zeitungen fort. Ein Amendement des Hrn. Pascal Duprat, wonach künftig die persönliche Verantwortlichkeit des Verfassers eines jeden Artikels an die Stelle der des Gerants eines Blattes treten sollte, wurde mit 407 gegen 342 Stimmen verworfen. Hr Louis Blanc verlangte abermals dringende Berhandlung über den Bericht der Untersuchungskommission in Betreff der Junieregräuel und zogleich den Druck aller darauf bezüglichen Aktenstücke. Hr. Bouchart gab der Hoffschuß die Erklärung, daß der Bericht Niemand anstage fondern nur die Klerikalen treffe und wiedergebe. (Sensation.)

Rußland und Polen.

Das offizielle Journal von St. Petersburg enthält eine amtliche Erklärung des russischen Kabinets über das Einrücken russischer Truppen in den Donaufürstenthümern. Dasselbe sucht darin der Ansicht, als sei diese Besetzung der erste Schritt ferneter Operationen gegen die Türkei, oder als habe es feindliche Pläne gegen das westliche Europa hiedurch entgegenzutreten und verschiedentlich, daß die Besetzung, wie schon früher öfter der Fall war, nur so lange dauern würde als es die Umstände erheischt. — Wir werden auf das Aktenstück zurückkommen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

* Das Dampfschiff Niagara ist nach einer Fahrt von 10 Tagen und 17 Stunden aus Halifax am 6. in Liverpool angelangt. Es verließ Boston am 26. Juli. Der Kongreß setzte die Verhandlung der Bill über das Oregon-Gebiet und den abgetretenen Theil von Mexiko fort. Nach dieser Bill soll der in Oregon zu wählenden Legislatur die Entscheidung über die Ertheilung der Sklaven-Rechte werden. Für die südlichen Territorien jedoch schlägt die Bill vor, daß der Gouverneur und die Gerichtsbeamten von der Exekutivgewalt zu Washington und mit Vorbehalt der Sanktion des Senates ernannt werden sollen; als Beamte der Zentralregierung hätten sie sich in keiner Weise einzumischen. — Die Nachrichten aus Mexiko in Bezug auf Paredes und den Fortschritt des Aufstandes gegen die bestehende Regierung lauten widersprechend, doch scheint die allgemeine Meinung dahin zu gehen, daß er scheitern werde, da weder das Heer noch viele Soldaten zum Aufstand zu bestehen sich geneigt zeigten. — Die Geschäfte in Newyork gehen flau; Geld war ziemlich rar und es herrschte Besorgniß wegen der fortgesetzten ausgedehnten Einfuhren aus Europa, während die Nachfrage nach Getreide aus den Vereinigten Staaten zur Ausfuhr sehr gering war. Auch die niedrigen Baumwollenpreise üben eine schlimme Wirkung. Man fürchtete daher ein Sinken des Wechselkurses auf das Ausland.

Vermischte Nachrichten.

(Das Regiment Kinsky.) Ein Privatschreiben aus Verona meldet Folgendes: In den schon gemeldeten Gräueln der Volks that sich besonders Kinsky's Infanterie hervor. Dieses Regiment ist noch gründlich erbittert über die Art seines Abzuges aus Brescia. Es rächt die schuldlos erlittene Schmach, wo es nur eine Gelegenheit dazu findet. Als bei Volta das Gefecht in die Nacht hinein dauerte und die Soldaten daher vom Gewehre keinen Gebrauch machen konnten, warfen sie sich wüthend über die Piemontesen her und erwürgten sie im Ringkampfe.

Aus Amsterdam schreibt man: Auch wir werden uns binnen kurzem einer Vermögens- und Einkommen-Steuer erfreuen. Der einzige noch nicht besteuerte Gegenstand in Holland ist jetzt die Luft; wir sind aber auf gutem Wege, um in einigen Jahren auch eine Nord- und West-Windsteuer zu bekommen; eine Aussicht, die jedenfalls recht befriedigend ist.

(Frauen-Klubb.) Neulich wurde im „Klubb der Frauen" in Paris über die Frage: Gibt es einen Gott? debattirt. Die Diskussion wogte gegen zwei Stunden und war äußerst stürmisch. Endlich wurde das Dasein Gottes durch zwölf Stimmen Majorität festgestellt. (Dieses Faktum erinnert uns an eine Anekdote: Glauben Sie an einen Gott? fragte man einen jungen Freigeist. Gott bewahre! antwortete der großartige Schwachkopf).

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 9. August. Sproz. Metall. 79. 4proz. 64. Iproz. 34. 2½proz. 41. 1834r 500 Lose 127. 1839r 250 Lose 87. Bankaktien 1098. Nordbahn 108. Glogganitz 87½. Bentsch-Mailand 69. Budweis —. Livorno 71. Pesth 65. Siena 55. Apenninenbahn 95.

Wien, 9. August. Die gegen das Ende der heutigen Börse bekannt gewordene offizielle Nachricht daß Mailand sich am 6. August ohne Widerstand ergeben hat, bewirkte ein rasches Steigen der Kurse. Namentlich war die Nachfrage in Sproz. Metall. sehr lebhaft und sie stiegen auch der Börse auf 81¼. Die übrige Fonds und Eisenbahnaktien folgten ebenfalls dieser Bewegung. Bankaktien 1100 a 1110, Nordbahnaktien 108 ¼, Livornese 71¼ a 71¾, und Mailänder 70¼ a 71. Die mittels telegraphischer Depesche aus Wien eingetroffene Nachricht von der Einnahme von Mailand wurde unserer Börse vom Kriegsminister der Depeschenkommer um halb 2 Uhr mitgetheilt. (L. Z.)

Berlin, 9. August. Inländische Fonds. Pfandbriefe. Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 73¼ P., 73 G. Berl. Präm.-Sch. 88 P. — G. K. u. Neu Schein. 70¼ P. — G. Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. 3proz. 79 P. — G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — P. 95¼ G. 3½proz. 77¼ P. 76¼ G. Ostpr. Pfandbr. — P. 85 G. Pomm. Pfandbr. 91¼ P. — G. Kur- u. Neum. Pfandbr. 91 P. — G. Schlesische Pfandbr. — P. — G. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. — P. 81¼ G. Preuß. Bk.-Anth.-Sch. 86¼ P. 85¾ G. Zelowitzer Bergw. 13¼ P. 13¼ G. Anh. Gerst. a 5 Tlr. 12¼ P. 12¼ G. Disconto 3½ P. 4½ G.

Quittungsbogen: Berl.-Anhalt Aktien 87¼ G. Berl.-Hamburg —. Berl.-Stettin-Stargarder 87¼ G. Berl.-Potsdam-Magdeburg 49½ — 50 bz. u. G. Magd.-Halberstadt 109 ¼ G. Magd.-Leipziger —. Düsseldorf-Elberfeld 51¼ B. 52 bz. Köln-Minden 76 G. Köln-Aachen 56½ P. Düsseld.-Elberfeld 98 G. Steele-Bohwinkel 32¼ P. Niederschles.-Märk 70 ¾ — 70¼ bz. Oberschles. Lit. A 89 ¾ 90 bz. Lit. B. 89 ¾ 90 bz. Breslau-Freiburg —. Kraf.-Oberschles. 42½ bz. Berg.-Märk 59 P. Stargard-Posen 66¼ bz.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 84¼ G. Starg.-Posen —. Magd.-Wittenberg 45 bz u. P.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 82 P. Berlin-Hamburg, 88 bz. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz 76 G. 5proz. 88¼ bz. Düsseld.-Elberfeld 80¼ bz. Köln-Minden 87¼ P. 87¼ G. Rhein. 4 Prior. 74¼ G. Rhein. Stamm-Prior. 87½ G. Düsseldorf-Elberfeld —. Märk. 4proz. 90¼ bz. 5proz. 93 P. 92½ bz. Lit. III Serie 88 P. Zweigbahn 4proz 71½ G. Kosel-Oderberg —. Steele-Bohwinkel —.

London, 8. August. Konsols 86¼ G. Coup. —. Span. Akt. 11¼. Iproz. —. Passi. —. Portug. 3proz. —. 4proz. —. 5proz. —. Poln. 4proz. 90¼. 3proz. 43¼.

Paris, 9. August. 5proz. 43.75. 4proz. —. 3proz. 70.75. Staats 27 Bankaktien 1610. Comptr. von Algier —.—. Belg. 5proz. von 1840 74½ von 1842 74½. 4½proz. —. 3proz. —. 2½proz. —. Belg. Bank —. Knap. Sproz. 72.50. Röm 57.—. Piem. —.—. St. Germain —. Versailles (rechte) 120.—. (linke) 100.—. Orleans 675.—. Rouen 443.75. Paar —. Marseille 222.50. Basel 87.50. Bergen 268.75. Boulogne 175.—. Vorbeaux 398.75 Nordbahn 378 75. Montereau —.—. Lyon 343 75. Strasburg 353 75. Nantes 332.50. Dieppe —.—. Straur —.—. Montreller —.—.

Madrid, 4. August. 3proz. 19, 18⅝. 19¼. 4proz. —. 5proz. 11 P. 10⅛. G. Pass. 4 P. 3⅛ G. Coup 9 P. Ausw. Pass Schuld 3¼. P. Provis. Lit. 3¼. G. St. Fernandobank — Disconto —. Wechselkurse. Paris 4—50 P. London 45 P.

Münchener Schrannenanzeige vom 12. August 1848.

Getreide-Gattung.	Bester Preis	Zufuhr.	Ganzer Stand	Verkauft.	Rest.	Minderpreis.	Im Vergleich gegen die letzte Schranne mehr		weniger	
	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	fl. kr.	fl. kr.		fl. kr.	
Weizen	662	186	2625	2573	52	14	22	—	40	—
Korn	319	555	874	871	3	8	5	—	48	—
Gerste	32	117	149	125	24	6	31	—	1	34
Haber	189	964	1157	1018	134	3	56	—	1	16
Leinsamen	—	67	67	64	3	13	18	—	3	16
Roggsamen	1	197	198	158	40	21	33	—	39	—

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 13. August: „Die Stumme von Portici", Oper von Auber.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. Edzard, von Pesth. Kritsch, Kaufmann von Wien. Hatz, Rentier aus England.

Hotel Maulik. v. Report, von Brüssel. Bulling, Rentier von Oldenburg. Landesjäger, Obergerichtsrath aus Preußen.

Gold. Hahn. v. Pöhl, Staatsrath von Petersburg. Kraut, Rentier von Bröun. Janers, Literatur von London. Freitzan v. Feilitsch, von Jagolstadt. Frau v. Engelbert, Stiftsdame von Hochland.

Blaue Traube. Graf Poninski, aus Schlesien. Dr. Drechsler, Professor von Erlangen. Köster aus Engelhardt, Partikulierer von Nürnberg. Graf v. Reisitz-Rentzs, aus Schlesien. Metcalf, Rentier aus England. Huber, Landgerichtsassessor von Altötting. v. Weinrich, Pfarrer von Aldelsburg. Kuhle, geh. Oberregierungsrath von Berlin. Dr. Depp, Professor von Tübingen.

Stachusgarten. Bacher, Pfarrer von Grafenried, v. Braunmühl, von Landeburn. Engelmaier, Veterinärarzt von Dachau. Gering, Verwalter von Randersoien. Burbach, Buchhändler von Dresden.

Gestorbene in München.

Anna Wittmann, ehemal. Schneiderswitwe 75 J. a. Georg Berled, Schuhmachersgesell von Allach, 21 J. a. Theres Höher, Hofsalzsiesr. 38 J. a. Magdalena Lipp Dienstmagd von Wolfratsh. Jos. Landeder. 20 J. a. Philipp Brunner, penf. königl. Postexpeditor, 64 J. a.

65. Bei Jos. A. Finsterlin in München ist so eben erschienen:

Das Verhältniß des Staats zur Kirche und die jüngste Münchener Adresse zu Gunsten der Religions- und Kirchenfreiheit von R. v O.

Preis 6 kr.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

München, den 14. August.

Das Regierungsblatt Nro. 46. vom 12. August enthält: I. Königlich Allerhöchste Verordnung, die Einführung einer Gewerbsklammer betreffend. Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben ꝛc. ꝛc. Erwägung, daß die Thätigkeit der durch die I. Verordnung vom 19. Sept. 1842 in das Leben gerufenen Handelskammern zunächst den Interessen des Handels- und Fabrikstandes zugewendet ist, die Erfahrung aber gezeigt hat, daß in ähnlicher Weise die Vertretung des eigentlichen Gewerbstandes nothwendig ist, haben Wir beschlossen und verfügen, was folgt: Art. 1. Es soll eine eigene Gewerbskammer mit dem Sitze in München gebildet werden. Art. 2. Diese Gewerbskammer besteht aus acht Mitgliedern, welche von den Gewerbsmännern des Königreichs aus den daselbst ausübigen, ein Gewerbe wirklich ausübenden Gewerbsmeistern in freier Wahl vorgeschlagen und durch die Zustimmung des Gewerbsstandes sämmtlicher, den Kreisregierungen unmittelbar untergeordneter Städte des Königreichs bestätiget werden. Die Anzahl der diesen Städten hiebei zustehenden Stimmen richtet sich nach der Größe ihrer Bevölkerung, in der Art, daß bei einer Bevölkerung bis zu 10,000 Seelen eine, bis zu 20,000 Seelen zwei, bis zu 30,000 Seelen drei Stimmen, u. s. f. zu Zählung gebracht werden sollen. Die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen entscheidet für die Genehmigung oder Verwerfung des Vorschlags, in welch' letzterem Falle ein neuer Vorschlag stattzufinden hat. Die Aufforderung zur Stimmenabgabe geschieht unter Festsetzung eines Termins von 14 Tagen, nach deren fruchtlosem Ablaufe angenommen wird, daß der Gewerbsstand der betreffenden Stadt auf sein Stimmenrecht für den vorliegenden Fall Verzicht leiste. Art. 3. Ein Zwang zum Eintritte in die Gewerbsklammer oder zum Verbleiben in derselben findet nicht Statt. Die Mitglieder der Kammer versehen ihre Funktionen unentgeltlich. Art. 4. Alljährlich hat die Hälfte der Mitglieder auszutreten. Nach Ablauf des ersten Jahres wird der Austritt durch das Loos bestimmt; in den folgenden Jahren haben diejenigen Mitglieder auszutreten, welche zwei Jahre in der Kammer vollendet haben. Die Austretenden sind wieder wählbar. Eine außerordentliche Zwischenwahl wird nur alsdann vorgenommen, wenn die Zahl der Kammermitglieder auf vier herabgesunken ist und die ordentliche Wahl nicht in Kürze bevorsteht. Bei den in Folge einer solchen Zwischenwahl austretenden Mitgliedern wird die Zeit der Zugehörigkeit zu der Kammer besjenigen Mitgliedern eingerechnet, an deren Stelle sie eingetreten sind. Art. 5. Die Gewerbskammer hat die Bestimmung, die Regierung in der Förderung der wahren Interessen des Gewerbsstandes durch ihren Rath und ihre Mitwirkung zu unterstützen. Die Regung des Geschäftsganges der Gewerbskammer, so weit sie nur sich handelt, bleibt ihrer eigenen Zuständigkeit überlassen. Die Berufung zu den Berathungen derselben von Unserem Staatsministerium des Innern in Anspruch genommen wird, soll in der Regel ein mündliches Benehmen stattfinden, entweder in förmlichen, von Unserem Staatsministerium des Innern zu leitenden Sitzungen, oder in besonderen Zusammenkünften mit von ersteinigen Ministerial Referenten. Das Ergebniß der Sitzungen ist niederzuschreiben in Form jeweiliger Protokolle mittelst Vorlage. Art. 6. Unserem Staatsministerium des Innern bleibt vorbehalten, bei gewerblichen Fragen von besonderer Bedeutung, oder in jenen Fällen, wo sich eine Vertretung örtlicher Gewerbs-Interessen als nothwendig oder wünschenswerth darstellt, zu den vorerwähnten Sitzungen und Besprechungen auch Gewerbsmeister aus andern Städten des Königreiches beizuziehen, für welchen Fall die Auswahl der Personen dem Ermessen desselben, der betreffenden Stadt überlassen bleibt. Art. 7. In gleicher Weise, wie die Gewerbskammer Unserem Staats-Ministerium des Innern, sollen sie Anssprüche der in den Kreis-Hauptstädten bestehenden Vereine der Gewerbtreibenden Unseren Regierungen, Kammern des Innern, zur Seite stehen, und in Fällen, wo eine besondere Vertretung der gewerblichen Interessen zweckmäßig ist, zur Berathung und Mitwirkung beigezogen werden. Auch hier bleibt die mündliche Verhandlung die Regel, sowie Unseren Regierungs-Präsidenten gleichfalls die Befugniß zustehen soll, in einzelnen Fällen die Berathung durch die Berufung von Abgeordneten des Gewerbsstandes anderer Städte des Regierungsbezirkes zu verstärken. Art. 8. Unser Staatsministerium des Innern ist mit der Vollziehung gegenwärtiger Verordnung beauftragt. Reichenhall, den 3. August 1848. Max v. Thon Dittmer. Auf Kgl. Allerhöchsten Befehl: der General-Sekretär, Fr. v. Kobell.

II. Königlich Allerhöchste Verordnung, die Einführung der Handelskammern betreffend. Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben ꝛc. ꝛc. Wir finden Uns mit Rücksichtnahme auf Unsere Verordnung vom heutigen, die Einführung einer Gewerbskammer betreffend, bewogen, nachstehende Abänderung und beziehungsweise Ergänzung der Kgl. Verordnung vom 19. Sept. 1842, die Einführung von Handelskammern betreffend, eintreten zu lassen: Art. 1. Die Handelskammern sollen künftig nur aus selbstständigen Mitgliedern des Handels- und Fabrikstandes bestehen, nachdem der eigentliche Gewerbsstand nunmehr seine gesonderte Vertretung in der Gewerbskammer findet. Art. 2. Wird es für angemessen erachtet, die Gutachten der Handelskammern einer nochmaligen technischen Prüfung zu unterstellen, oder über Gegenstände des kommerziellen und industriellen Bereich es eine konventerie Berathung anzuordnen, so steht es Unserem Staatsministerium des Innern zu, einen allgemeinen Handelsrath des Reiches zu versammeln. Derselbe bildet sich durch die Verordnung zweier Mitglieder von Seite einer jeden Handelskammer und tritt unter dem Vorsitze Unseres Staats-Ministeriums des Innern in Wirksamkeit. Art. 3. Unser Staats-Ministerium des Innern ist mit der Bekanntmachung und mit dem Vollzuge der gegenwärtigen Verordnung beauftragt. Reichenhall, den 3. August 1848. Max. v. Thon Dittmer. Auf Kgl. Allerhöchsten Befehl: der General-Sekretär, Fr. v. Kobell.

Deutsche Reichsversammlung.

3 Frankfurter, 11. August. 159. öffentl. Sitzung der Nationalversammlung) — Eröffnung der Sitzung um 9', Uhr unter dem Vorsitze v. Gagern's. Nach Verlesung des Protokolls erstattet Murschel Namens des Ausschusses für Geschäftsordnung Bericht über einige reglementäre Anträge. Nach einer kurzen Berathung schreitet man zur Abstimmung, und es ergibt sich, daß weder die Anträge des Ausschusses noch die Amendements angenommen werden. Hierauf folgt eine Flut von Interpellationen an verschiedene Ausschüsse (v. Reh, Metz u. A.) und an das Präsidium wegen Beschränkung der Zuhörer-Räume. Der Präsident erwidert, daß die Beschränkung eine dauernde sein werde und daß die dadurch gewonnenen Räume zu Arbeitszimmern für die Abgeordneten verwendet werden sollen. Weiter kommt ein Antrag von Oesterath auf mehrern Gemeinen: den Präsidenten der Nationalversammlung eine Zulage (Erhöhung von monatlich 2000 fl. anzuweisen, und zwar ohne daß der Präsident befugt sein soll, dieselbe abzulehnen, zur Berathung. Mehrere Redner der Linken tragen darauf an, daß dieser Betrag auf 1000 fl. gemindert werde (Vogt, Brunk, Reinstein). Der 1. Antrag wird mit großer Majorität zum Beschlusse erhoben; die namentliche Abstimmung darüber, welche Rheinstein verlangt hatte, fand nicht die nöthige Unterstützung, unterblieb daher. So wenig ich materiell gegen diesen Beschluß zu erinnern habe, so hätte ich es doch vorgezogen, wenn der Antrag einem Ausschusse zugewiesen und Bericht darüber verlangt worden wäre. Eine improvisirte Debatte über einen solchen, den Präsidenten auch persönlich berührenden Gegenstand führt nur zu Mißständen, wie es denn auch die Erfahrung gezeigt. Sowohl die Rednrr sie als gegen den Vorschlag machten sich solcher Fehler schuldig. — Nach der Erledigung dieser Angelegenheit kam der Ausschußbericht zur Debatte, welcher sich über die Anträge und Petitionen in Betreff der angebichten Separatunterhandlungen deutscher Staaten mit Dänemark und die Regulirung der Verhältnisse, so wie die Wahrung der deutschen Interessen beim künftigen Friedensschlusse verbreitete. Der Ausschuß trug auf Uebergang zur Tagesordnung zur Zeit an, und dieses that auch die Versammlung nach einer langern Debatte, an der auch der Minister des Aeußeren (Heckscher) Theil nahm. — Lieber als von dieser Debatte berichte ich Ihnen von dem guten Einbruck, den hier die lebhafte Theilnahme des bayerischen Volks an der Feier des 6. August gemacht hat. Mit Freuden sah man, daß in Bayern die Sache des gemeinsamen deutschen Vaterlandes mit gleicher Wärme erfaßt wird, und dieser Regierung wie Volk beseelende Geist kann nur zum Heile Bayerns wie ganz Deutschlands führen. — Die Nationalversammlung wird vom nächsten Montag die Mittwoch aus Veranlassung des Dombaufestes zu Köln Ferien halten.

Sechste Säkularfeier der Grundsteinlegung des Kölner-Doms.

(Das Festprogramm.)

** Die Feste, welche in der alten Rheinstadt Köln heute beginnen und drei Tage hindurch fortdauern werden, sind nicht blos örtlicher Natur; sie tragen einen die ganze deutsche Nation berührenden, nationalen Charakter. Das ganze große Gesammtvaterland, wie es vereint zu dem großartigen Baue bestimmt, der ein Denkmal deutscher Einigung, Größe und Herrlichkeit werden soll, so richtet es jetzt seine Blicke nach der Feier, die eigentlich ein freudiger Beweis ist für den unserer Zerfahrenheit lang andauernden Zersplitterung, aber anderseits der freudigen Hoffnung Raum gibt, daß die Zweitracht, die uns so lange in Ohnmacht erhalten, endlich schwinden, und der sein fünfzehnter Jahren vergeblich der Vollendung harrende Bau endlich und bald dieselbe erhalten werde. Der 14., 15. und 16. August werden für Köln glänzende Tage sein, wie es sie seit lange nicht gesehen. Der Zweck, auf den die Hoffnungen der ganzen Nation von 40 Millionen beruhen, der greifende Reichsverweser Erzherzog Johann und Se. Maj. der König von Preußen werden durch ihre Gegenwart die Feste verherrlichen, weit über die Hälfte der Mitglieder der Reichsversammlung dabei erscheinen, Deputationen von nah und fern die Theilnahme bezeugen, welche für die Nationalsache des Kölner Domdans alle deutschen Herzen beseelt.

In Bayern zumal hat sich diese Theilnahme stets eben so lebhaft als werthhaltig bezeigt; es ist darin keinem deutschen Lande nach-, vielen vorangestanden. Das Schreiben der Kölner Centralbombauvereins ab den Kölner Dombauverein in München, welches wir vorgestern mitgetheilt, gibt

davon nennt, ehrenvolles Zeugniß. Diese lebhafte Theilnahme, welche bei uns vom Palaste des Königs bis zur Hutte des Armen fur den Oesban zu Köln herrscht, äußert sich auch jetzt wieder bei dem erfreulichen Festanlasse unter allen Klassen unseres Volkes, und wir glauben daher unsern Lesern angenehm zu sein durch Mittheilung des vollständigen Festprogramms, wie es das Festkomite veröffentlicht hat:

Erster Tag (14. August). 1) Morgens 9 Uhr: Parade der gesammten Burgerwehr Kölns auf dem Neumarkte. 2) Morgens 11 Uhr: Musikalische Unterhaltung des Manner-Gesangvereins im großen Kasinosaale. 3) Nachmittags 3 Uhr: Versammlung des Festzugs auf dem Neumarkte. An diesem Zuge werden in folgender Reihenfolge Theil nehmen: a) Ein Musik-Korps zu Pferde. b) Eine Abtheilung der berittenen Burgerwehr. c) Ein Musik-Korps der Burgerwehr. d) Die Sangerchore der beiden Gymnasien mit der hiesigen Burgerschule mit dem Mannergesangvereine. e) Die sonstigen Gesangvereine. f) Die Waisenknaben. g) Ein zweites Musik-Korps der Burgerwehr. h) Die Dombauhutte mit ihrer Fahne und ihren Zeichen. i) Das Vereinsbanner. k) Der Vorstand des Central-Dombauvereins. l) Die auswartigen Deputationen. m) Ein Musik-Korps des 25. Regiments. n) Die Mitglieder des Central-Dombauvereins. o) Die kleineren Dombauvereine. p) Ein Musik-Korps des 16. Regiments. q) Den Schluß des Zuges bildet eine Abtheilung der Burgerwehr. Die Aufrechthaltung der Ordnung im Zuge ist einem zugführenden Comite übertragen. Der Zug bewegt sich unter Kanonendonner und Glockengeläute um den Domhof herum durch die Hochstraße, am Rathhause, am Romerturm vorbei durch die Mohrenstraße, Gereonstraße zum erzbischöflichen Palais. Nachdem hier der Erzbischof mit der bei ihm versammelten höheren Geistlichkeit durch eine Deputation des Vorstandes abgeholt und in Empfang genommen worden, begibt sich der Zug weiter durch die Sachsenhausenstraße, Marcellenstraße, das Pfaffenthor, über den neuen, freigelegten Platz vor das Westportal des Domes. Alle Straßen, durch welche der Zug kommt, sind festlich geschmückt. Die Spitze des Zuganges des Publikums fand gestern Abend um 7 Uhr noch nicht vom Wallrafplatze her bleiben abgesperrt. Dagegen werden das Nord- und Südportal dem Publikum bei Ankunft des Festzuges geöffnet. Im Dome selbst bleiben das Mittelschiff bis zum Chore, das Chor und ein Theil des nördlichen Seitenschiffes ausschließlich zur Aufnahme der hohen Gaste und der Theilnehmer am Zuge bestimmt. Die Burgerwehr bildet um diese abgetheilten Theile Spalier. Die übrigen Raume des Domes werden bei dem Zugange des Publikums frei gegeben. Während des Festzuges haben sich die hohen Gäste rc. in der Lompropstei eingefunden, von wo dieselben die Ankunft des von der Marcellenpforte her eintretenden Zuges mit ansehen, und alsdann durch eine Fest-Deputation zu einer auf dem nördlichen Thurm-Zuunamore errichteten Estrade abgenommen werden. Vor dem Westportale wird, nach Aufstellung des Zuges, durch die zu einem Chore vereinten beiden Gymnasien, die hohere Burgerschule und den Manner-Gesangverein der Psalm 121, Lactatus sum in his etc., gesungen. Hierauf folgt eine Ansprache Seitens des Vorstandes. Sodann: Einzug in den Dom. Rede des Dombaumeisters und Uebergabe der neu gedruckten Thesis des Domes an den Herrn Erzbischof. Enthullung der von Sr. Maj. dem Könige Ludwig gestifteten Glasfenster. Erwiderung des Herrn Erzbischofes. Absingung des Te Deum laudamus. Inthronisation. Einzug in das Chor. Fest-Cantate von Lvdl. Ertheilung des Segens durch den Herrn Erzbischof. 4) Abends gegen 6 Uhr Ankunft Sr. Maj. des Königs und feierliche Einholung. 5) Abends 9 Uhr. Großer Fackelzug der Burgerschaft Kölns, unter Mitwirkung dreier Musikchore und aller Gesangvereine, von Rathhausplatze ausgehend. Die Ordnung dieses Zuges und die Straßen, welche er durchzieht, werden durch das betreffende Comite naher bekannt gemacht werden. —

Zweiter Tag (15. August). — 1) Morgens um 7 Uhr beginnt gemäß den von dem hochwürdigen Metropolitan-Dom-Capitel getroffenen Anordnungen die Consecration der festigen Theile des Domes. Der Dom bleibt wahrend der Ceremonien nach kanonischer Vorschrift geschlossen, und hie Zuga an denselben aufgestellten Schuler, Bruderschaften und die übrigen religiosen Vereine werden sich mit Beginn um 7 Uhr Morgens halb 8 Uhr Versammlung des Festzuges auf dem Neumarkte. Derselbe bildet sich wie am vorigen Tage; auferdem aber werden zu demselben eingeladen und nehmen an demselben Theil: Ober-Burgermeister, Beigeordnete und Stadtrath von Köln. Die Armenverwaltung. Die Schulvorstellung. Die Handelskammer. Der Rath der Gewerbeverstandigen. Die übrigen städtischen Behörden. Burgermeister, Beigeordnete und Gemeindevorsteher von Deutz. Die kgl. Regierung. Die Provincial-Steuer-Direktion. Die Polizei-Direktion. Das Ober-Postamt. Der Appellations Gerichtshof und das Parket. Das Landgericht und das Parket. Das Handelsgericht. Die Friedensgerichte. Das Barreau. Die katholische Pfarrgeistlichkeit, insofern sie nicht bei der Conferenzmesse beschäftigt ist. Die Kirchenvorstände, die evangelische Pfarrgeistlichkeit. Die Lehrer-Collegien der beiden Gymnasien, der höheren Burgerschule und der städtischen Schule, so wie die Gymnasien und Schulen. Die höheren Militairbehörden und das Offizierkorps. Die Commandantur und die Offiziere der Burgerwehr. Die Direktion der Dampfschiffahrts-Gesellschaft und der Eisenbahn, welche in Köln ihren Sitz haben. Der Vorstand des Gewerbe-Vereins. Der Vorstand des Kunstvereins. Das Pompierkorps. Gleichwie am vorigen Tage ist die Sorge für die Aufrechthaltung der Ordnung im Zuge dem zugführenden Comite überlassen. Der Zug bewegt sich zur Abholung der hohen Gäste unter Glockengeläute durch die Apostelnstraße, Aperntraße, Zeughausstraße, Rondbuvenstraße, zum neuen frei gelegenen Platze, und durch das Westportal in den Dom, dessen Mittelschiff bis zum Chore durch ein Spalier der Burgerwehr abgesperrt bleibt. 3) Morgens, gegen halb 10 Uhr, Eröffnung der Eingange zum Dom — Einzug des Festzuges in's Mittelschiff nach Rede des Herrn Erzbischofes — Einzug in das Chor — feierliches Hochamt — zum Schlusse Te Deum rc., welches von dem versammelten Volke abwechselnd mit dem Orchester gesungen wird; wahrend desselben Glockengeläute und Kanonendonner. Die Zugange zu den Galerien im Dome sollen an den beiden Festtagen den weiblichen Vereinsmitgliedern gegen Vorzeigung einer im Sekretariate abzuverlangenden Eintrittskarte geoffnet werden. 4) Nachmittags 4 Uhr großes Festmahl auf dem reich geschmuckten Burgerwach-Saale, zu welchem nur Karten Zutritt nehmen können und wobei die Stadt ihre hohen Gaste bewirthet, sofern die Bestimmung Sr. Majestat keine Aenderung nothig macht. Speisung der Armen. Oeffentliche Belustigung auf mehreren Platzen der Stadt Köln, worüber die nahern Bekanntmachungen durch das betreffende Comite ergehen sollen. 5) Abends 9 Uhr allgemeine Beleuchtung der Stadt, der Kirchen und offentlichen Gebaude, der Brücke mit freier Passage über dieselbe.

Dritter Tag (16. August). — 1) Morgens 8 Uhr feierliches Hochamt im Dome. 2) Morgens 9 Uhr Hauptversammlung der Vereinsgenossen auf dem Frauenplatze; derselbe ist zu diesem Zwecke mit Fahnen und Laubwerk festlich geschmuckt. Auf den erhohten Stellen am Fuße des Dom-Thores auf dem Margaretenbergbe ist eine Tribune für den Vorstand und die Deputirten der auswartigen Vereine errichtet. Unter der Tribune — vor dem „Greben" — befindet sich auf ihm — und hinter liegenden Seite und vor dem Eingange zum Frauenplatze sind Musik-Chore aufgestellt, welche, wahrend die Hauptversammlung sich aus dem Dome zu traum Zuge ordnet und die Luft hinunter durch die Traufgasse vom Frankenthurme her auf den Platz einzieht, abwechselnd spielen. Die übrigen Zuganga zum Frankenplatze bleiben bis nach Ankunft des Zuges verschlossen. Die Tribune wird nur von den sich legitimirenden Dombauvereinsgenossen und Mitgliedern der hiesigen Dombauvereine betreten. Nach Ankunft des Zuges auf dem Frauenplatze stellt sich derselbe zu beiden Seiten auf, der Vorstand begibt sich auf die Tribune und empfangt hier die Deputirten der auswartigen Vereine. Die hohen Gäste, welche dem Gesellschaftsfeste beiwohnen wollen, finden sich inzwischen in dem festlich geschmuckten Gebaude der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft eingefunden. Nach Aufstellung des Zuges: Eröffnung durch Ansprache, nachst der Tribune aufgestellten Manner-Chore, unter Mitwirkung des Orchesters, die Hymne an Pius IX. von Mazzini gesungen. Hierauf folgt eine Ansprache des Präsidenten des Dombauvereins. Sodann die Erörterung des Rechenschaftsberichtes durch den Setretar. Nach diesem wird ein zweites Lied: „In den König-Protektor," durch die Manner-Chore unter Begleitung der Musik gesungen. Sodann: Ansprache des Dombaumeisters an die festlich geschmuckte Gebaude der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft eingefunden. Vorsammlung, Aufstellung und Vorbereitung zu der ferneren Ansprache, nachst der Tribune aufgestellten Manner-Chore, unter Mitwirkung des Orchesters, die Hymne an Pius IX. von Mazzini gesungen. Hierauf folgt eine Ansprache des Präsidenten des Dombauvereins. Sodann die Erörterung des Rechenschaftsberichtes durch den Setretar. Nach diesem wird ein zweites Lied: „In den König-Protektor," durch die Manner-Chore unter Begleitung der Musik gesungen. Sodann: Ansprache des Dombaumeisters an die versammelte Menge. Hauptlied und Preisvertheilung an die besten Wettgesellen. Vorsammlung der Preisvertheilung wird ein, besonders zu diesem Zwecke gedichtetes Lied: „Gruß an den Reichsverweser," Musik von Weber, gesungen. Darauf Ertheilung des Preises durch den Präsidenten und Wahlgeschäft. Die Handung schließt mit der Absingung der Wettgesellen-Liedes von Busso von Hagen. 3) Nachmittags 4 Uhr. Großes Concert auf dem Domhofe. 4) Abends 10 Uhr. Ball der Vereinsgenossen auf dem Gürzenich. — Am Sonntag, Montag und Dienstag werden ausgesuchte Vorstellungen im festlich betornten Theater Statt finden.

Die Kölner Zeitung knupft daran unterm 9. die folgenden Bemerkungen: Dieses Festprogramm ustert den besten Beweis, wie sehr der Verein die ihm gestellte Aufgabe begriffen hat, wie tief derselbe von der Bedeutsamkeit des Festes durchdrungen ist. Neben der religiosen Bezeihung steht die politische in erster Linie, indem nicht nur in der Kirche, sondern auch im Staatenbunde allem Volke Einheit und Einigkeit noth thut. Und wie durfte bei der unserer Gegenanonen vorbehaltenen Säkularfeier des Dombauvereines unbedacht bleiben, daß fest der Grundsteinlegung im J. 1248 zum ersten Male der Schirmherr des 16. Jahrhunderts Deutschland durch offene Fehde zerrissen gewesen, und eben hierdurch und die Möglichkeit geschaffen ist, der Feier den Charakter vollständiger Allgemeinheit zu geben? In dieser Absicht durfte denn auch in der Reihe der Festlichkeiten das Chrenmahl auf dem Gurzreich nicht fehlen, in jenem Saale, wo im Jahr 1474 der hohe Ahn dem Kaiser Friedrich III. zu Ehren einen Tanz anstellte, den der Erzbischof Hermann von Hessen, des Kaisers Sohn, mit einer sittsamen Jungfrau aus dem Geschlechte derer von Mintzingen eröffnete; wo im Jahr 1475 der Kaiser zu Gericht saß über den Herzog von Julich, wo 11 Jahre spater (1486) von der Stadt die Wahl Maximilians zum römischen Könige festlich begangen, von diesem am 15. Juli 1505 der Stadt ein glanzendes Bankett gegeben wurde. Wie oft Köln durch den Besuch des Königs beglückt worden, noch nie hat derselbe durch diesen historischen Reichsboden ein Fest bereitet werden sehen, wozu sich bei der bevorstehenden Säkularfeier willkommene Gelegenheit bietet. Und kaum traf gestern von Berlin die Nachricht ein, daß der König auf dem Schlosse zu Brühl am 15. das Dinner einzurichten angeordnet, da beschloß das sofort versammelte Festkomite, durch eine nach Potsdam zu entsendende Deputation Sr. Majestat das Festprogramm zu überreichen mit der Bitte, an jenem großen Tage der Stadt Köln die Verherrlichung auf dem Gurzeich zu gestatten, deren Gewährung wir mit Zuversicht erwarten dürfen.

Deutschland.

Bayern. — In Erlangen wurden als Abgeordnete zu dem Professoren-Kongreß in Jena gewählt die Herren Hofmann, Schmidt (Privatdozent), Nägelsbach, v. Raumer (außerord. Professor) und Hofrath Kastner.

Oesterreich. — Wien, 8. Aug. Die Angelegenheiten in dem Nachbarsreich Ungarn gehen einen Schritt, der nothwendig binnen kurzem zu großen Katastrophen führen, und wenn dem Bürgerkriege nicht ein schneller Friede folgt, bald mit den gänzlichen Ruin von Ungarn enden muß. Das magarische Ministerium geht mit einer Rücksichtslosigkeit über Verhältnisse vor, die weit einfacher, von ruhigem Blicke sich fassen läßt. In diesem so dringend irgend eine staatsmännische Idee, irgend einen Umweg zu finden, aus dem ein lebendiges, befruchtendes, daseynbes Staatsleben hervorgehen könnte, ist unmöglich. Die bisherigen Resultate der neuen ungarischen Ministerial- und Palatinalregierung sind Niemanden verborgen: das Eigenthum ist durchaus vernichtet, der ungarische Adel, wenn er seine Schulden bezahlen soll (die er aber nicht bezahlt) ist bankerott, die Bauern verbrennen bald den Feldern und keine Hände sind vorhanden, sie zu bebauen, und kein Geld in den Händen der Besitzer, die arbeitenden Hände zu bezahlen. Der Bürgerkrieg ist zum Ausbruch gekommen und wurde mit der Rohheit barbarischer Horden. Am 30. Juli ließen die Ungarn den Major Rotte und Stromwirtschaft, die sie bei Wiesiorz von den Insurgenten gefangen hatten, hangen, und haben dadurch die Weise bezeichnet, in der im entgegengesetzten Falle verfahren werden würde. Das Verhältniß zu der Armee ist das unglücklichste, das sich denken läßt. Es wäre Pflicht des österreichischen Ministeriums, die nichtungarischen Regimenter sobald als nur immer möglich aus Ungarn herauszuziehen und diese Truppen nicht in ein solches Dilemma zu setzen, in dem jedenfalls eine Pflicht verletzt werden muß. Hier in Wien fängt man allmählich an, die ungarische Geschichte aus dem rechten Liche zu betrachten, und die Wiener Zeitung hält sich nicht umsonst, wenn die „Jgnoranz-Kossuth" den Kossuth'schen Abreßerei ihren Unsinn auszusprechen. Der Zuschauer enthielt neulich geschickt eine höchst energische und unabweisliche Kritik der Thatsachen und der Höhe Kossuth'scher Moral! Heute zweifelt kein halbunterrichteter Mann mehr an dem vollständigen und lange voraus organisirten Einverständnisse der Kossuth-Bathianyi'schen Partei mit Cafati und Genossen, und die von der gegenwärtigen Mailänder Regierung in einer Art nach Prisp gelangte Verbrüderungsadresse, in der bei gleichem Zwecke fast ausgetauschen werden, liefert den Beweis, wenn noch ein solcher nach Kossuths eigenen Reden nöthig wäre. Daß es hier noch ungarische Parteigänger gibt, darf nicht wundernehmen, wenn man die waggarische Kunstfertigkeit kennt, mit der man diese Aufgabe zu lösen weiß; die italienische ist ihr darin kaum überlegen, und an Bühnenfertigkeit sind sich beide gleich. — Die öffentliche Reichsvertretung, welche sich vorbereitend in einer Masse der unmittelbaren Landesbenossen Interpellationen; es wäre sehr zu wünschen, daß einmal die ungarischen Verhältnisse zum Anlasse einer solchen genommen wurden, und den Ministern ein Programm abgefordert würde, was sie zu thun gedenken, um, auf der Trennung Ungarns die nöthigen Schranken zu setzen. Auch in Frankfurt wäre diese Frage nicht minder an der Stelle. — Trieste Briefe melden ein paar charakteristische Züge, welche den Geist der Armee in Italien bezeichnen. Als das Regiment Erzherzog Franz Karl eben einen erfolgreichen Sturm auf die besetzigten Höhen unternommen hatte, schickte der Feldmarschall seinen Adjutanten den Obersten entgegen Schlutter hin, um es zu einem neuen Versuch vorzuschicken. Der Adjutant sand es in großer Erhitzung, und sagte dem Obristen: „Ja! Herr, es wäre so nöthig, daß den Regiment Ruhe zu gonnen und vorerst andere Truppen vorrücken sollen!" Das sprang ein Gemeiner, der es hörte, auf und erwiderte: „Wir lassen den Feldmarschall grußen, und wir werden nicht nur stürmen, wir werden auch nehmen!" — und in einer Viertelstunde waren die Höhen von dem Reg. meute genommen.

(A. Z.)

* Wien, 10. Aug. Die Partei des Grafen Stadion aus Lemberg benarrigen Andenken beibehend, schließt hauptsächlich eine Anzahl galizischer Bauern in sich, und steht in offener Opposition zum Ministerium. Ihr Programm lautet in der Hauptsache: 1) Nothwendigkeit eines volksthümlichen Zweikammersystems, 2) Anschluß an Deutschland unter vortheilhaften Bedingungen. Ein Mitglied dieser Partei, Abg. Neumann, interpellirte heute den Minister des Jnnern bezüglich der in mehreren wallachischen Angelegenheiten. Diese Interpellation war offenbar berechnet, dem Minister Bedauerlichkeiten zu bereiten. Minister Doblhoff entgegnete, daß man in dieser Sache mit ganz besonderer Vorsicht und Behutsamkeit zu Werke gehen müsse. Es stellte auch die Fortdauer des freundschaftlichen Verhältnisses zu Rußland nicht in Abrede.

*** (Weitere Nachrichten aus Mailand.) Täglich erfahren wir noch neue Einzelnheiten, welche zeigen, wie tief die innere Zerrissenheit und die Demoralisation in und außerhalb Mailands um sich gegriffen hatte, bis der sieghafte Doppelaar Oesterreichs wieder auf den Thürmen und Palästen der stolzen lombardischen Hauptstadt den ihm von Rechtswegen gebührenden Platz einnahm, von welchem aus jene schmähsüchtige Verrath einen Augenblick sich zu verdrängen vermochte. Wir begegnen dabei auch vielfach Beweisen von schmachvoller Feigheit und Charakterlosigkeit, welche die Bevölkerung Mailands in eben nicht sehr erfreulichem Lichte erscheinen lassen. Wir begreifen, daß nach der Wendung, welche die Dinge genommen hatten, ein langes Zaudernden borgen, ob man sich gegen den Vertrag Herr Radetzky's verabredungen wolle oder vielmehr konnte, nicht mehr möglich war, und es kann daher auch nicht Wunder nehmen, daß man, wie die Eidgenössische Zeitung sagt, „um unnöthiges Blutvergießen zu ersparen, überall die Waffen gestreckt hat." Aber selbst dies konnte geschehen, ohne daß man sich selbst dabei wegzuwerfen brauchte. Allein es geschah in der schmachvollsten Weise. „Jm Davonlaufen" sagt der Berichterstatter der Eidgenoss. Ztg. als wesentlichen Zug bezeichnet eine große Fertigkeit an den Tag gelegt, sonst in nichts Andrem." Und so benahmen sich diejenigen Leute, welche so eben erst von der österreichischen Armee in einem Tone gesprochen hatten, als wurden sie dieselbe als Gabelfrühstück aufspeisen. Diese Mauländer, die nur stets die „Barbarendorden" im Munde führten, und mit dem Rufe: „Tod den Deutschen!" sich die Reihen heißer schrien, brachten jetzt dem weder einzuschenken allen Widerwärtigkeit weiblich wiederstandene Lebehoche. Wir können uns dabei keine andere Alternative denken als diese: entweder diese Lebehochs waren von der Mehrheit des Mailänder Volkes aufrichtig dargebracht, dann sind sie das schlagendste Verdammungsurtheil gegen den ganzen lombardischen Aufstand, und zeigen, daß nur eine kecke, organisirende Minorität der Mehrzahl des Volkes seit dem März ein zwangsvolles Joch auferlegt hatte, welche diese, wie gesagt, sich gefallen ließ; oder aber diese Lebehochs waren erheuchelt, dann sind sie ein trauriges Zeichen der moralischen Herabgesunkenheit eines Volkes, von welchem wir gerne eine bessere Jdee haben möchten. Man kann wohl eine ganze Bevölkerung durch Uebermacht zwingen, einen Sieger sich zu unterwerfen, den sie im Herzen haßt; aber unmöglich ist es, einen Jubel von derselben zu erzwingen, von dem ihr Herz nichts weiß und nichts wissen will. Am 5. Morgens in früher Stunde war das erste Gerücht von dem Abschlusse einer Capitulation zwischen Radetzky und Carl Albert in die Stadt gelangt, aber der Unglückliche, der es zuerst aussprach, wurde von einem Nationalgardisten als Spion und Verräther niedergeschossen. Die Auferregung des Volkes nahm fürchtbar zu. Nicht nur die Spuren gestriger Reuerungen gegen Carl Albert ertönten nun noch andere, wie: „Er hat uns verrathen. Sollen wir ersehen sein, so soll auch er mit umkommen, lebendig entkommt er uns nicht." Etwa um 9 Uhr sie berichtet der Schweizerische Konsul aus Mailand an den Vorort Bern) erschreckt der König auf dem Balkon des mayingsten Palastes mit zwei Adjutanten und erklärte: „Ich habe im Jnteresse des Volkes zu handeln gehabt, und ich eine Kapitulation abschloß, die jedem Leben und Eigenthum und, wenn er will, freien Abzug sichert; jede Verthedigung wäre unnütz gewesen, da das Heer ohne Munition ist." (Dieser letztere Umstand, so wie der seit länger als eine Woche schon fortdauernde Mangel an Lebensmitteln im piemontesischen Heere wird auch auch durch Privatbriefe bestätigt.) Jch hab Gott und mein Volk zu fürchten." „Ja, ja, du Verräther!" soll er selbst die Aeußerung gemacht haben: „Gut, wenn ihr es so wollt, so bin ich bereit und entschlossen, mich mit meinem Heere und dem Volke unter den Trummern Mailands begraben zu lassen." Bald erlangte man aber allgemein die Ueberzeugung von der Wahrheit des Mangels an Munition, und man fing ein allgemeiner Reißaus an. Jn diesem Augenblicke erschien der todtgeglaubte General Zucchi wor auch da wieder einer der ersten, und allerdings hatte er Ursache dazu, sich erst für geschert zu halten, nachdem er auf Schweizer Boden in Lugano angekommen war, wohin auch viele piemontesische Truppen mit Waffen und Gepäck flüchteten, und wo sie entwaffnet wurden, um dann über den See auf sardinischen Boden geschafft zu werden. Die Oesterreicher standen schon am 9. dicht an der Schweizer Grenze, ohne daß man diesseits etwas von ihnen besorgte. Was Karl Albert selbst anbelangt, so war (der Basler Ztg. zufolge) nach den gestern gewechselten Schüssen in seine Wohnung die Straße durch Kavallerie gesäubert, und eine bedeutende Truppenmasse in der Gegend versammelt worden. Der König ließ sich nun seinen Schwanen obstimmen, und entfloh mit seinen Söhnen zu Fuß bis auf den Platz Belgiojoso, wo er in der Mitte seiner Dragoner zu Pferde stieg, und sich dann mit der ganzen Armee, die nach und nach zusammen gezogen wurde, nach Mitternacht davon machte. So schmachliches Ende nahm das Eindringen des treulosen Sardenkönigs in die Lombardei. Am 6. um 4 Uhr Morgens schon sah man bei am meisten bloßgestellten Personen an Mailand Anstalten, den Nothdürftigste für die Reise am Arme tragend, die Stadt verlassen, um weiß der nahen Schweiz zuzueilen. Um 8 Uhr schon rückten die ersten österreichischen Vorposten ein. Vor ihrer Ankunft hatte der Pöbel noch manche zum Theil arge Exzesse begangen: namentlich soll der Palast des Herzogs von Litta fast vollständig zerstört worden sein. Die Haltung und Mannszucht der österreichischen Truppen wird von Allen gerühmt. Die Verluste, die gewiß unbedeutend sind, als angeblich geschildert. Jhre Stärke wird — offenbar übertrieben — auf 60—80,000 Mann angegeben. Nach der Eidgenoss. Ztg. rechtfertigt Karl Albert sein Benehmen damit, daß ihn die Lombarden ohne alle erklecklche Unterstützung gelassen hatten, seine eigenen Truppen aber zu schwach gewesen seien, um ferner gegen den österreichische Heer offensiv oder defensiv operiren zu können. Unter den Einstigepollen in Mailand dagegen herrscht die Ansicht, daß der englische Gesandte (Hr. Abercromby), der zuerst im piemontesischen Lager mit Karl Albert und im österreichischen mit Radetzky lange Unterredungen gepflogen, diese Katastrophe so eingefädelt habe. Auf Frankreich hoffte in Mailand niemand, ja es wurden sogar vor dem Einzug der Oesterreicher Aeußerungen gehört: „Lieber die Oesterreicher, als die Franzosen!"

Großbritannien.

* Manbon 9. Aug. Die so viel besprochene Frage über geheime Abstimmung ging trotz der Opposition Lord Russels nach einer heftigen Debatte mit 88 gegen 84 Stimmen mit außerordentlichem Jubel der Op-

positionspartei durch. Hr. Urquhart interpellirte den Minister, ob die Regierung gesonnen sei, im Falle einer Collision im Mittelmeer zwischen dem König von Neapel und seinen Unterthanen mit der Flotte auf eine oder die andere Seite zu treten. Lord Palmerston gab darauf keine Antwort. — Die Nachrichten aus den Manufaktur-Distrikten lauten günstiger, als man erwarten konnte. Die Nachfrage nach den Hauptartikeln von Lankashire für den innern Verbrauch hat bedeutend zugenommen. Der Chartistenagitation geht es gerade wie dem Aufstande in Irland, sie verliert, wie dieser.

Frankreich.

△ Paris, 10. August. Man sagt zwar, diesen Morgen habe ein Kurier der österreichischen Botschaft wichtige Depeschen überbracht, wonach das österreichische Cabinet noch immer geneigt wäre, auf Grundlage der vor zwei Monaten von ihm selbst vorgeschlagenen Bedingungen in Friedensunterhandlungen einzugehen. Demnach wurde es alles noch östlich der Esch behalten, dagegen die Lombardei abreten. Diese müßte einen Theil der Schuld des Kaiserreichs übernehmen. Jetzt aber soll das Wiener Cabinet weiter verlangen, daß Piemont und die Lombardei die Kriegskosten bezahlen. Die Zifer derselben soll aber vom französischen Cabinette zu hoch gefunden werden. Nun erheben sich aber gerechte Zweifel, ob Oesterreich nun, nach dem siegreichen Einzuge Radetzky's in Mailand (man kennt die Thatsache als sicher, obgleich der Minister des Aeußern Hr. Bastide heute in der Nationalversammlung sie noch in Zweifel zu ziehen suchte), seine Forderungen nicht steigern wird. Dies ist fast mit Gewißheit zu erwarten. Die heutigen aus Wien eingetroffenen Depeschen waren von dort abgegangen, als man den vollständigen Sieg Radetzky's daret selbst noch nicht kannte. Jetzt wird Oesterreich, wenn England und Frankreich förmlich mit ihrem Vermittlungsvorschlagen auf der Grundlage jener von Karl Albert damals zurückgewiesenen Bedingungen hervortreten, mit Grund entgegnen können, warum denke, daß sie sitzig des besiegten Piemonts sich annehmen, nicht vor 2 Monaten dasselbe Verhalten gegen Karl Albert beobachten und ihn zwingen, jene Bedingungen anzunehmen, zu denen Oesterreich sich damals verstehen wollte? Die jetzt fuhren die Blätter, welche als Ausdruck der Meinung der Regierung gelten, besonders der „National", eine Sprache, die auf den Wunsch des Generals Cavaignac für Verwendung eines bewaffneten Einschreitens schließen ließ. Heute aber spricht der National in einer Weise, die anderer, daß die Regierung selbst nicht mehr an das Gelingen ihrer Vermittlungsidee, dagegen an die Nothwendigkeit eines Einschreitens glaubt. Man vergißt hier und in London bei der ganzen Frage nur Eines, und zwar den Hauptpunkt: daß Deutschland auch ein Wort mitzureden hat, daß in Italien nichts geschehen kann, ohne daß seine Stimme gehört wird, und hoffentlich wird die neue Centralgewalt zu Frankfurt ihre Aufgabe und Pflicht in deutschen Interesse erkennen und erfüllen. Die Stimme des in Wahrung seiner Interessen und des bedeutenden daran hängenden Rechte eines seiner bedeutendsten Glieder soll entschlossenen Deutschlands wird hier wie in London sich Achtung und Gehör zu schaffen wissen. Will es Frankreich darauf ankommen lassen, beide zu mißachten und Deutschland Trotz zu bieten, ihm den Handschuh hinzuwerfen, so wird Deutschland sich aufzuraffen wissen. Es braucht sich nun seine Ehre, um sein Recht, um seine Interessen; wie könnte es da auch nur einen Augenblick zaudern, zu thun, was seine Pflicht ist! Französische Bravaden werden es wahrhaftig nicht einschüchtern. Man versichert diesen Morgen, General Lamoricière werde noch heute zur Armeemme abgehen und mit ihr in Alpen übersiedeln, sobald ein österreichischer Gesandter den Fuß auf piemontesischen Boden setzen würde. Die fernere Haltung dieser Logik: also Oesterreich soll es gedulbig hinnehmen, wenn der Sardenkönig in seinen italienischen Provinzen einfällt; wenn es aber denselben mit Schmach und Schande bedeckt hinausdrängt und etwa das Wiedervergeltungsrecht üben würde, so will man daraus einen Vorwand zum Einschreiten abnehmen. Wird Deutschland endlich erkennen, daß man hier mit demselben noch immer gerade so umspringen zu können glaubt, wie früher, wo man zu sagen gewohnt war: wir kennen kein Deutschland, wir kennen nur ein Preußen, Bayern, ein Hessen u. s. w.? Im Ministerrathe hier soll gestern die Absassung eines Manifests an Europa das Anlaß geben französischen Einschreitens in Italien zur Sprache gekommen sein. Man sagt, das Cabinet wolle darin aussprechen, daß Frankreich jeder Gedanke an Eroberung, oder Angriff fremd sei, und daß es unmittelbar nach erlangter Burgschaft für die italienische Nationalität Italien wieder räumen und die Degen Frankreichs wieder in die Scheide stecken werde. Wenn man ihn also doch ziehen will, so wird Deutschland nicht vergessen, daß es dem Bugeaud, dem Lamoricière und dem Cavaignac Frankreichs seines Ruhmes seinen Wrangel und andere unbesiegbare Führer, und dem französischen Heere ein nicht minder kampfslustiges und noch zahlreicheres Heer entgegenstellen kann, dem ein ganzes Volk von 40 Millionen Seelen nöthigenfalls zum kräftigen Nachhalt dienen würde.

Nachschrift.

* Frankfurt 12. Aug. Die Reichsversammlung hat heute den Antrag der Südtyroler Abgeordneten auf Todtrennung der Kreise Trient und Roveredo vom deutschen Bundesgebiete verworfen. Zu Betreff des italienischen Krieges gab der Reichsminister des Aeußern Hr. Heckscher die beruhigende Zusicherung, daß diese Frage ganz der Würde und dem Interesse Deutschlands entsprechend gelöst werden solle. Die Sache wird durch Beschluß der Reichsversammlung der Centralgewalt anheimgegeben. Auch die Frage der Vereinigung Istriens mit dem deutschen Bunde wird der Centralgewalt überwiesen, um deren Mitheilungen und Anträge zu erwarten. — Die Deputation von 25 Mitgliedern der Reichsversammlung zum Kölner Dombaufeste nebst der großen Zahl jener, die sich anschließen, sollte am 13. früh 6', Uhr nach Köln abgehen. Die Deputation wird auch Se. Maj. den König von Preußen begrüßen.

Der Präsident des Reichsministeriums, Fürst Leiningen, hat in der Reichsversammlung am 10. eine Antrittsrede gehalten, welche mit großem Anklang aufgenommen wurde. Nachstehend den Wortlaut derselben: „Meine Herren! Vom Reichsverweser zum Präsidenten des nunmehr vervollständigten Ministeriums ernannt, liegt es mir ob, mit wenigen Worten diese hohe Versammlung zu begrüßen. Ich beziehe mich zunächst auf dasjenige, was der Reichsminister des Innern früher in dieser Beziehung bereits hierher hohen Versammlung vorgetragen hat. Die Wichtigkeit für unsere Handlungsweise und unser Wirken wird das Gesetz vom 28. Juni sein; alle unsere Bestrebungen werden dahin gehen, diesem Gesetze Geltung zu verschaffen. War schon früher diese Aufgabe als eine schwierige bezeichnet, so kann ich der hohen Versammlung versichern, daß diese Schwierigkeiten sich nicht vermindert haben; allein wenn man weiß, daß die deutsche Nation und die Vertreter derselben, welche in diesem Saale versammelt sind, diese Schwierigkeiten kennen, daß sie mit Ernst und Würde fühlen, und mehr zu leisten, als wir sonst unsern Kräften zuzutrauen vermöchten. Es ist unser fester Wille, meine Herren, die Freiheit und Einheit, den Ruhm und die Ehre Deutschlands fest im Auge zu behalten; gelingt und dieses, dann können wir wohl im Einzelnen irren, aber im Ganzen und Großen können wir nicht fehlen. Sollen jedoch diese Bestrebungen, die auf nichts verhehlen, für uns können werden, so bedürfen wir unerläßlichst des Vertrauens und der Unterstützung dieser hohen Versammlung dazu. Meine Herren, ich bitte im Namen des Ministeriums darum, und erlaube mir zu gleicher Zeit es Ihrem Wohlwollen zu empfehlen. — Meine Herren, wenn wir erlaubt ist, noch etwas über meine eigene Stellung hinzuzufügen, so sei es dies: Ich habe nicht die Ehre, als Mitglied in dieser hohen Versammlung hier zu sitzen, ich trete dahor als ein Fremder in diese Reihen, ich sitze wohl, und es ist mir großer, ein sehr großes Wagestück ist, und es kann mir nur gelingen, wenn diese hohe Versammlung Nachsicht mir angedeihen läßt. Ich bringe wenig Kräfte und Talente mit, in Vergleich mit Denjenigen, welche so vielfach in dieser hohen Versammlung glänzen, aber eine Sache bringe ich mit, meine Herren, eine Sache, und das ist ein deutsches Herz! (Lauter Beifall.) (K. Z.)

Der Raum gebricht uns, um heute schon alle Nachrichten, welche uns noch unserer aus Italien zugekommen sind, mitzutheilen; wir beschränken uns daher nur auf das Interessantere. Peschiera wurde seit dem 8. ununterbrochen beschossen: Brescia ist von den österreichischen Truppen eingeschlossen. — Die Pöbelexzesse in Mailand vor dem Einmarsche der österreichischen Armee werden durch zwei amtliche Schreiben des Podesta von Mailand P. Bossi an den Feldmarschall Grafen Radetzky, dd. 6. Aug. 9—10 Uhr Vormittags, bestätigt. — Die Offiziere der Armee wollten heim Einzuge in Mailand den greisen Marschall auf einem Ehrensessel auf ihren Schultern nach Mailand hineintragen. Nur mit Mühe konnte der bescheidene Held sie von ihrem Vorhaben abbringen, statt dessen erbat er sich einfach von ihnen, wie von Allen überschwenglich, daß sie ihm gestatten, daß sie ihm zu Ehren dargebrachten alles Geschehenen feiern möchten. Dies ward auch einstimmig zugesagt. — Seit dem 8. soll Turin im vollen Aufruhr und der Palast des Königs niedergebrannt sein. — Eine Nachricht der Eidgenössischen Zeitung, daß auch Venedig schon in Händen der Oesterreicher wäre, schreibt uns noch voreilig. Mezzini Nährere und auch das Bülletin des F. M. L. von Welden aus Bologna vom 7. —

Die Lombarden sind auf ihrem Rückzug nach der Stadt Rob schon am 6. von den österreichischen Ulanen eingeholt worden. General Fanti wurde in einem Syezerieselden umzingelt und gefangen genommen. Auch in Genua beförchtet man den Ausbruch einer Revolution.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 12. August. Oesterr. 5proz. Metall. 70⅞ G. 4proz. 57½, P. 56½, G. 3proz. — P. — G. 2½proz. 37½, P. 36, G. Bankaktien 1220 P. 1210 G. 500 fl.-Loose 112½, P. 111½ G. 250 fl.-Loose 77 P. 76 G. Preuß. 50 Thlr.-Prämienloose 88 P. 87 G. Staatsschuldsch. 3½proz. 74½, P. 73½ G. Bayer. 3½proz. — P. 70½, G. Ludwigs-Berbach. 5proz. 95½, G. Württemberg. 3½proz. 76 P. 76 G. 4½proz. 93 P. 92½ G. Bad. 3½proz. 76 P. 75½ G. Lotto-Anleihen à 50 fl. 47½, P. 46½, G. 35 fl.-Loose 27½, P. 27½, G. Darmstadt. 3½proz. 77 P. 76 G. 4proz. 86½, P. 85½, G. Lotto-Anleihen von 50 fl. 53½, P. 52½, G. 25 fl.-Loose 21½, P. 21 G. Kurhessl. Prior.-Bills-Nordb. 43 P. 42½, G. 40 Thl.-Loose 26½, P. 26 G. Nassau. 3½proz. 82½, P. 81½, G. 25 fl.-Loose 21½, P. 20½, G.

J. B. Vogel, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolff'schen Buchhandlerei.

Nr. 41.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Pränumerationspreis 1 fl. 36 kr.

Dienstag den 15. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14.
Bestellungsbedingnisse: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 6 kr.
Preise und Gebühren frei.

München, den 14. August.

Se. Maj. der König haben unterm 11. August auf die erledigte 1. Assessorstelle bei dem Landgerichte Simbach den dermaligen 2. Landgerichtsassessor daselbst, Johann Georg Schönmetzler, vorrücken zu lassen, und die hiedurch eröffnete 2. Landgerichtsassessorstelle zu Simbach dem Appellationsgerichtsaccessisten Joseph Seebus aus Neuburg a. d. D. zu verleihen; ferner den 2. Landgerichtsassessor Ludwig Fuchs zu Ingolstadt seiner allerunterthänigsten Versetzungsbitte willfahrend auf die erledigte 2. Assessorstelle bei dem Landgerichte Friedberg zu versetzen, auf die hiedurch erledigte Landgerichtsaktuarstelle zu Ingolstadt den dermaligen Landgerichtsaktuar daselbst, Ed. Kenschhofer, vorrücken zu lassen, die hiedurch erledigte Landgerichtsaktuarstelle zu Ingolstadt dem Rechtspraktikanten Ignaz Schwarz aus Buchloe zu verleihen; endlich auch die durch den Tod des Bezirksingenieurs Schüz erledigte Stelle eines Bezirksingenieurs bei der hiesigen Bauinspektion des bisherigen Zoll-Bauinspektor bei der Regierung von Mittelfranken Andreas Schulz zu versetzen geruht.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 10. August allergnädigst bewogen gefunden, den Bezirksingenieur Joh. Bapt. v. Langenmantel in Rosenheim wegen nachgesuchter körperlicher Gebrechlichkeit und daraus hervorgegangener Dienstunfähigkeit, unter wohlgefälliger Anerkennung seiner vierzehnjährigen, treugeleisteten Dienste für immer in den wohlverdienten Ruhestand treten zu lassen.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 13. d. M. allergnädigst bewogen gefunden, den Handlungskommis Judas Siebel von Breitsbach im auf allerunterthänigstes Ansuchen zur großjährig zu erklären.

(Pfarrei-Besetzungen.) Kaufel, Pfarrer Thannhof, Ldg. Mannerstadt dem Priester Klemens Krick, Pfarrer zu Trappstadt, Ldg. Königshofen; kathol. Pfarrei Großbardorf, Ldg. Königshofen, dem Priester Kol. Gagmann, Pfarrer zu Hirschfeld. Ldg. Schweinfurt; kathol. Pfarrei Bächind, Ldg. Arnstein, dem Priester Philipp Anton Kapp, Pfarrer zu Essenhausen, Ldg. Weltenschaft; kathol. Pfarrei Fischach, Landkommiss. Pirmasens, dem Priester Johann Nikolaus Ackermann, Pfarrer zu Dedenheim, Landkomm. Neustadt; kathol. Pfarrkuratie Tuping, Ldg. Weissenhorn, dem Priester Philipp Siegert, Benefiziat zu Allerdorf, Ldg. Hilpoltstein; 6 Uhr Fruhmeß-Benefizium zu Donauwörth, Ldg. gleichen Namens, dem Priester Firmin Mayr, Schloßbenefiziat zu Markt Bibrbach, Ldg. Mitterteich; Frühmeßbenefizium zu Abbach, Ldg. Kelheim, unter allerhöchster Genehmigung der Resignation des Priesters Joseph Mailner auf dasselbe) dem dortigen Verweser, Priester Michael Konrad; protest. Pfarrei Lachen, Dekanats Neustadt a. d. H., dem Pfarrer zu Fußgönheim, Dekanats Speyer, Karl Friedrich Christian Bullwar; protestant. Pfarrei Finkenbach, Dekan. Obermoschel, dem Pfarrer zu Alzey, desk. Dekan., Valentin Weiß; 1. Pfarrstelle zu Anweiler, Dekan. Bergzabern, dem Pfarrer zu Rohrbach, im großherzogl. oldenburg'schen Fürstenthum Birkenfeld, Karl Lynker.

Deutsche Reichsversammlung.

λ. Frankfurt, 12. August. In der heutigen 69sten Sitzung der Reichsversammlung kam der Antrag der Abgeordneten von Wallsthrol, die Bezirke Trient und Roveredo aus dem politischen Verbande Deutschlands zu entlassen, sowohl die diese Bezirke eine besondere Provinzialverfassung und Verwaltung zu besitzen, zur Verhandlung. Man beschloß nach gepflogener Debatte, an der sich insbesondere die Tiroler Abgeordneten Flir. Schuler, Kerer, a Prato betheiligten, das erste Verlangen abzuweisen, hinsichtlich des zweiten aber die Italiener in Südtirol auf den Beschluß der Nationalversammlung rücksichtlich der Garantie fremder Nationalitäten auf deutschem Gebiete zu verweisen. — Weiter ward die italienische Kriegsfrage Gegenstand einer Debatte. Man beschloß die sämmtlichen darauf bezüglichen Anträge der Zentralgewalt zu überweisen in der Erwartung, daß dieselbe die Ehre und das Interesse Deutschlands wahren werde. — Diejenigen Mitglieder der Linken, welche sich aus der Sitzung vom 8. entfernen und an der Abstimmung über die Amnestiefrage nicht theilnahmen, haben in der heutigen Nummer der Reichstags-Zeitung ihr Verfahren durch folgende Gründe zu rechtfertigen gesucht: 1) Wollten wir über einen Gegenstand, der die Theilnahme des Volkes in so hohem Grade in Anspruch nahm, nur in Gegenwart des Publikums abstimmen. (Den Herren ist also Publikum in der Paulskirche und Volk gleichbedeutend; sie vergessen ferner, daß die Stenographen und die Berichterstatter der Zeitungen anwesend waren!) 2) Kannten wir die Abstimmung, welche nach Räumung der Galerien vorgenommen wurde, nicht als eine völlig freie ansehen, da der Sitzungssaal mit Militär umstellt war. (Letzteres ist unwahr, da blos die Bürgerschutzwache die Zugänge zu dem Platze an der Paulskirche besetzt hatte, um die Störung der Ruhe außerhalb derselben zu verhindern. Wo würden wohl die Herren von der Linken sagen, wenn jene von der Rechten sagten, die Abstimmung sei keine völlig freie, solange das Publikum, wie es sich leider so häufig zutrug, anwesend ist! Ich bin überzeugt, sie würden darüber lachen!) 3) War die Sitzung eine so leidenschaftlich aufgeregte, daß wir mehr als einfache Bedenken tragen mußten, eine Abstimmung über das Wohl so vieler Mitbürger in diesem gereizten Zustande die Gemüther in der Versammlung eintreten zu lassen. (Die leidenschaftliche Aufregung scheint nur diejenigen, die sie vorschützen, ergriffen zu haben; denn sonst war eine solche in der Versammlung nicht zu bemerken. War aber eine solche Aufregung wirklich vorhanden, so mußten die Besonnenen am so mehr bleiben, um den Sieg der Mäßigung so weit möglich zu befördern!) Es ist diese Erklärung von 37 Abgeordneten, worunter aus Bayern blos Titus von Bamberg sich befindet, unterzeichnet.

Deutschland.

Bayern. Hr. Dr. Müller, bekannter Abgeordneter zur bayer. Ständeversammlung und jetzt Mitglied der Reichsversammlung für Aschaffenburg, war wegen seiner Abstimmung bei der Reichsverweserwahl (er hatte seine Stimme Herrn von Gagern gegeben) von einem einzelnen Wahlmanne zur Rede gestellt und „mit Entsetzung des Mandats" bedroht worden. Darauf gibt nun Herr Dr. Müller in der Aschaffenburger Zeitung eine rechtfertigende Erklärung ab, der wir folgende sehr beachtenswerthe Stelle entnehmen: „In wer des Deutschland, wie es bei dem Staatenbunde der Vorconstitutionen zuführen und damit versuchen zu sollen, ob nicht die Einheit Deutschlands, ohne in den Bundesstaat abzurutschen, zu begründen und zu sichern sei. Doch die Strömungen der Zeit überstürzten alle Bestrebungen der gleichgesinnten Männer, und die Idee des ersehnten Bundesstaates verwirklichte sich, noch ehe Zeit zum ruhigen Forschen und Nachdenken vergönnt war. Ein Reich wurde geschaffen, ein Reichsverweser gewählt. Ein Reichsverweser von nicht fürstlichem Gebüte hätte in einem definitiven Präsidenten eine von den Fürsten Deutschlands gemeinsam gewählte verdiente Zentral-Regierung führen können. Ein Reichsverweser aus dem ältesten Kaiserhause, ausgestattet mit solennen persönlichen Vorzügen, führt in nothwendiger, unausbleiblicher Folge zum Kaiser. Neben dem souveränen Kaiserthume kann es keine souveräne Könige und Fürstenthümer geben. Die Staatsmaschine würde zu komplizirt und zu kostspielig. Statt das Volk zu erleichtern, würde dasselbe mit erhöhten Steuern belastigt. Es wird werden, wie der Fürst von Leiningen jüngst mit tiefer politischer Einsicht ausgesprochen hat. Es bleibt dann nur die Wahl zwischen Entweder und Oder. Meiner Wahl lag die Ueberzeugung zu Grunde: Entweder Gagern und der Fortbestand der konstitutionellen Staaten Deutschlands, selbst auch des Königreichs Bayern, neben einer gemeinsam geübt werdenden Zentral-Regierung, oder Erzherzog Johann und das unheilvollste deutsche Kaiserreich. Die Majorität der deutschen Nation hat die letztere Wahl sanktionirt, und ich unterwerfe mich ihr mit innigstem Widerstreben. Ich habe bayerisch gefühlt, deutsch gesinnt und deutsch gestimmt. Ich blicke mit Zuversichtlichkeit und Beruhigung auf mein Votum zurück, und nicht lange Zeit wird vergehen, und meinem Urtheile wird Gerechtigkeit widerfahren." — Man darf wohl bezweifeln, ob die Wahl Heinrich von Gagern's die von Herrn Dr. Müller beabsichtigten, und nicht vielmehr ganz andere Folgen gehabt hätte. Jedenfalls ist aber sein Votum durch diese Erklärung vollkommen gerechtfertigt; um jedem Fi'sse, die von großem politischen Scharfblick zeugt, wohl geeignet, Diejenigen, welche gleich Herrn Müller gegen den Zentralisationsstaats sind, zum Nachdenken und zur Wachsamkeit aufzufordern, damit nun nicht unsere selbstständigen konstitutionellen deutschen Staaten von der Tafel der Geschichte unversehens weggewischt werden. (K. v. u. f. D.)

* München, 14. August. Beim Bierwirth Schwägerle in der Löwenstraße ist vorgestern und gestern zu Exzessen gekommen. Schon vorgestern hatten einige Soldaten des königl. Infanterie-Regiments König an dem genannten Bierwirth für angeblich ihnen zugefügte Beschimpfungen und aufreizende Reden Rache genommen, indem sie in die Gastzimmer eindrangen und unter Krügen, Geschirren u. s. w. große Verwüstung anrichteten, die Fenster einschlugen u. dgl. Gestern Abends nun kurz vor dem

Zapfenstreich fand eine Wiederholung dieses Exzesses in größerem Maßstabe statt, indem bei 40 Soldaten desselben Regiments abermals von Schmälgerle's Wirthshaus zogen, Thüren und Fenster, Oefen, Tische und Stühle zertrümmerten und die Gäste durch Mißhandlungen zum Davonlaufen nöthigten. Als die von der königl. Polizeidirektion zum Einschreiten requirirten Militärabtheilungen an Ort und Stelle eintrafen, war das Zerstörungswerk bereits vollendet und die Tumultuanten hatten sich der Mehrzahl nach in die Kasernen begeben. Die Untersuchung in beim Zusammenlaufe Regimente Königs bereits eingeleitet, und die Schuldigen werden der gebührenden Strafe nicht entgehen.

Karlsruhe, 4. August. Unsere Zeitung meldet heute: Sicheren Vernehmen nach erfolgt morgen früh der Abmarsch der nach Frankfurt und dem Badischen bestimmten karlsruher Truppenabtheilung, bestehend aus den ersten Bataillonen des 3 Infanterieregimenter in Kriegsstärke, von hier also das 1. Bataillon Leibgarde und das 1. Bataillon des 1. Linieninfanterieregiments Kurfürst. Das Kommando führt der Generalmajor v. Specht.

Fulda, 9. August. Nach heute früh gegen 10 Uhr eingetroffener Ordre, wird morgen Vormittags 7 Uhr das 1. Bataillon des 2. Infanterieregiments den Marsch in die badischen Lande antreten. (P. Z.)

Anbaltische Fürstenthümer. Dessau, 4. August. Heute hat unsere Ständeversammlung folgendes Beschluß gefaßt: 1) Der Adel wird hiermit abgeschafft (einstimmig angenommen.) 2) Alle zur Bezeichnung des Adels bisweilen Anwendung findenden Benennungen (einstimmig angenommen.) 3) Und dürfen nicht mehr gebraucht werden (mit 18 gegen 13 Stimmen angenommen). Das Herzogthum z. ersten ist also das erste deutsche Land, welches den Adel abschafft. (Berl. N.)

Preußen. Berlin, 10. Aug. Gleich dem Könige Ludwig, dem hochsinnigen Geber der wahrwollen Denkschrift, und auch Se. Maj. der regierende König von Bayern jüngst Mittheilung der Depeschen des Frankfurter Bundestagsgesandten Grafen Thun an Se. Maj. den König, der Salzsalz-Lobesden nicht beiwohnen. Auf die Nachricht, daß sich der König im Bade Reichenhall befinde, begaben sich jene Herren dahin, wo sie von Sr. Majestät alsbald in einer Audienz huldreichst empfangen wurden und die Einladung Abreise überrichtete. Der König gab sein innigstes Bedauern zu erkennen, daß er der Einladung zu der bedeutsam erhabenen Feier nicht folgen könne, weil der Arzt eine Unterbrechung der eben erst begonnenen Badekur nicht für zulässig halte, und fügte die Versicherung hinzu, daß er dem Frohsinn des Domes immerhin seine besondere Aufmerksamkeit zugewendet habe und die Hoffnung hege, recht bald in der Lage zu sein, um von den sein dem letzten Besuche im vorigen Jahre gewonnenen Resultaten Neuntnis zu nehmen, dabei der Stadt und dem Vorstande des Zentralbombauvereines persönlich seinen Dank für die ihm erwiesene Aufmerksamkeit zu bezeigen. Die Deputirten waren zur Tafel geladen, wo Se. Majestät in gewohnter Weise über die Rheinprovinz äußerste und ein Hoch ausbrachte auf die Stadt Köln, in welcher die sämmtlichen Anwesenden auf das freudigmenschlie einstimmten. (Köln. Ztg.)

Schleswig-Holstein. — Hadersleben, 9. August. Die Arbeiten des Genie's Wrangel ist im Vorrücken begriffen, und die Vorposten desselben stehen jetzt schon bei Bau, wo vorwärts von Quedersleben und noch zwei Stunden von der jütischen Grenze entfernt. Die wechselnde Brigade bildet den linken, die preußische Garde-brigade den rechten Flügel der äußersten Spitze. Die Daten stehen zahlreich bei Beile in Jütland, und eine starke Patrouille derselben obersten diese Nacht eine 25 Mann starke Fehlwache des 24ten preußischen Linien-Regiments, tödtete und verwundete 8 Mann derselben und nahm einen weiter gefangen. Der Grund unserer Truppen ist verschieden, obgleich der seit 8 Tagen ununterbrich strömende Regen bei dem ständigen Vorpostendienst viel Schwierigkeiten macht, und das aufreundlicher Benehmen der Bevölkerung in Nordschleswig gerade nicht vortheilhaft auf die Stimmung des Soldaten wirken kann; allein ein solcher Zuhörer wie Wrangel macht alles vergessen, und der ganze Heer folgt ihm mit Freuden, wohin er es führt. (Hamb. Korr.)

Mecklenburg. Schwerin, 7. August. Leider haben sich in Krause und Gr. Daxow drei Mann neue, sehr betrübende Tumultszenen ereignet. Ein bewaffneter Haufe von 60 bis 70 Taglöhnern rückte gegen Krause und griff das ihm entgegengeschickte Militär mit großer Heftigkeit an. Scharfes Einhauen der Cavallerie hatte nur einen neuen, verstärkten Angriff zur Folge, so daß endlich vom Feuergewehr Gebrauch gemacht werden mußte, wobei einer der Taglöhners getödtet, drei andere stark und drei leicht verwundet worden (andere Berichte in der „Rostocker Zeitung" sprechen von 17 leicht Verwundeten). 39 Leute wurden, mit den Waffen in der Hand, zur Haft gebracht, die übrigen auseinandergetrieben. (N. Schwr. Z.)

Oesterreich. — Wien, 12. August Morgens. Heute wird die Ankunft des Kaisers erwartet. Der Empfang wird eben so glänzend als freudig und herzlich sein; die alte Liebe und Anhänglichkeit der Oesterreicher an ihr Kaiserhaus wird sich dabei wieder ohne Rückhalt kundgeben. Der Kaiser kommt mittelst Dampfschiff von Linz. Der Gemeinde-Ausschuß in Masse, 20 Mitglieder des Verwaltungsrathes, 20 des Sicherheits-Ausschusses und 20 hohe Offiziere der Wiener Besatzung sind heute früh 5 Uhr auf einem eigens dazu gemeieten Dampfschiffe dem Kaiser die Stria entgegengefahren. Alsbald nachdem sie den Kaiser dort ehrfurchtsvoll begrüßt, fährt sie hieher zurück, und zwar so, daß sie noch eine Stunde vor dem Kaiser hier eintrifft. Am Landeplatz zu Augdorf empfängt sie dann den Kaiser zum zweiten Male. Von dort geht nun der festliche Einzug in Wien in folgender Ordnung vor sich: Eine Abtheilung Nationalgarde zu Pferde eröffnet den Zug, zwei Wagen mit acht Gemeinderathsmitgliedern schließen sich an, und unmittelbar darauf kommt der Wagen des Kaisers selbst, dem abermals eine Abtheilung reitender Nationalgarde folgt, Zuletzt kommen alle andern Privatwagen. Auch die sämmtlichen Reichsvertreter begeben sich zur Begrüßung Sr. Majestät schon am Landungsplatz zu Nussdorf. Der Zug nimmt seinen Weg durch die Währingergasse, Freiung, Hof, Kohlmarkt, Burg, Michaelisplatz Hauptstraße bis nach Schönbrunn, wo selbst der Kaiser festlich ersten Wohnsitz aufschlägt. Die ganze Nationalgarde, das Bundeskontingent und die Besatzung bilden von Nussdorf bis Schönbrunn Spalier. Alle Glocken werden geläutet, bei jeder Kirche, an welcher der Kaiser vorüberkommt, wird von der gesammten zum Kirchsprengel gehörigen Geistlichkeit im Ornate der Kaiser empfangen. Zu Schönbrunn selbst wird die Thronrede folgen von einer Kompagnie Militär und einer Kompagnie Nationalgarde bezogen werden. Diesen Abend wird Wien mit allen seinen Vorstädten in allgemeiner prachtvoller Beleuchtung erscheinen, und Morgen Sonntags in der St. Stephanskirche ein feierliches Te Deum zur Feier der glücklichen Rückkehr des Kaisers abgehalten werden. Den 12. August wird zur Wien ein wahrer Tag der Freude und des Volksjubels werden.

Wien, 11. August. In der heutigen Reichsversammlung fiel eine sehr bemerkenswerthe Interpellation von dem Abgeordneter Zimmer, deren Beantwortung ein sehr charakteristisches Schlaglicht auf unsere politischen Stimmungen wirft. Zimmer wünscht nämlich zu erfahren, warum die von den Truppen am 6. d. M. auf ihre Fahnen gesteckten deutschen Abzeichen wieder entfernt worden seien. Der Kriegsminister antwortete hierauf: „Ich habe bei Gelegenheit einer Interpellation des Abgeordneten Scheyer die Ehre gehabt, zu bemerken, daß alle öffentlichen, nicht bloß die Bundesbestimmungen strupen mit Freuden bereit seien, für die Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands ihr Blut zu vergießen, daß jedoch möglicher Weise die Aufstekung der deutschen Farben den guten Geist der Eintracht, der gegenwärtig in den Reihen der Armee waltet, beeinträchtigen könnte. Seine Armee ist gewohnt, Befehlen zu gehorchen, und wenn sie solche erhält, werden sich solche mittheilen will. Die Gleichberechtigung sämmtlicher Nationalitäten ist von der Regierung als fundamentalgrundsatz für die österreichische Monarchie erklärt worden. Diesem Grundsatze gemäß soll das Tragen der deutschen Farben nicht als eine nationale Demonstration angesehen werden, und sollen daher in Zukunft die deutschen Abzeichen nur von den Bundestruppen getragen werden." Der Abgeordnete Zimmer, im Falle wünschte ich zu wissen, weßhalb am 6. August eine Komödie gespielt wurde." (Murren und Protestationen in Centrum und auf der Rechten.) Der Kriegsminister erhob sich von Neuem: „Komödie? Das war es nicht, meine Herren! Es war der Ausdruck herzlichster Verehrung für den deutschen Reichsverweser"! Es muß übrigens bemerkt werden, daß die Partei Desjenigen, welche anderungen Anschauung, so sagen das Aufgeben in Deutschland wollen, tagtäglich mehr zusammenschmilzt. Die Partei der sogen. Schwarzgelben, welche auf altösterreichischem Standpunkte stehen, zählen den Anhängern des Föderativsystems und den Stimmführern der mit deutschen Nationalitäten in dieser Beziehung die Hand, und es scheint sich im Schooße unserer Reichsversammlung eine mächtige Coalition gegen Frankreich zu formiren. — Seit gestern ist die Nachricht von Kossuths Rückkehr auf dem ungarischen Ministerium verbreitet, was auf der Börse guten Eindruck macht.

Triest, 7. August. Die bedeutungsvolle Feier des gestrigen Tages wurde in unserer Stadt auf eine Weise begangen, welche wir als eine durchaus würdige bezeichnen müssen. Keine lärmenden Demonstrationen, keine prahlende Deutschthurerei, keine überflüssige Militärgegenwart — Nur nichts, was einen störenden Mißklang hätte werfen können in den ruhigen, wurdevollen Ausdruck der Anerkennung jener vom Volke geschaffenen obersten Reichsgewalt, unter deren Schutze hinfort alle Stämme des großen Gesammtvaterlandes — welcher Ablaufe sie auch sein und welche Sprache sie reden mögen — gleichberechtigt und vertrauet in einem neuen freien Leben wandeln sollen. Diesen Charakter der Verbrüderung ist der heutigen Feier in vollem Maße zu Theil geworden. Jeder haben sich in gemeinsamer Größe unterzeichnet, sondern enger Anschluß, starke Festigkeit der Stämme miteinander, zu gleichem Streben und Handeln. Die Vorgestigung dieser Stammesbruderschaft ist der Begriff der neuen deutschen Einheit, und die Verbrüderung der Völker ist es, was vom Volke geschaffene oberste Reichsgewalt, das Symbol der Verbrüderung, die schwarz-roth-goldene Fahne in ihren Händen trägt.*) Darum wehrte gestern diese Fahne von unsern Zinnen, darum knieten gestern im Schatten dieser Fahne unsere Krieger zu feierlichem Gebete nieder, und die, welche das Ganze so innig geordnet, zeigten, daß sie die Bedeutung des Tages vollkommen begriffen hatten. Die treffliche Militärmusik trug nicht wenig zur Hebung der feierlichen Stimmung bei. Das deutsche Lied äußerte allen Volksfängers, welches wahrscheinlich gestern in allen übrigen Gauen unseres Vaterlandes erklungen, wurde hier nicht gespielt, weil es hier, unter der Mehrzahl fremder Zungen, nicht am Platze gewesen wäre. Durch die ganze Feier beherrschte sich das vollkommene Verständniß des Tages und des großen Gedankens der Neuzeit. Es war eine Anerkennung der Volksmacht selbst, welche an und für sich nur etwas Abstractes, nur eine schwebende Größe, ihren konkreten Ausdruck gefunden im Reichsverweser. Der durch Diesen vertretenen deutschen Macht und Einheit galt die Feier des gestrigen Tages. (Oesterr. Lloyd.)

*) Wer die Sache anders begreift, der begreift sie gar nicht.
A. d. R. d. österreich. Lloyd.

Oesterreichische Monarchie.

* (2 weitere Nachrichten aus Mailand.) Wir haben bereits in unserer gestrigen Beilage in gedrängtester Kürze die interessantesten Nachrichten aus Oberitalien mitgetheilt und lassen jetzt eine ausführlichere Darstellung derselben nachfolgen. Feldmarschall Radetzky wurde mit seiner siegreichen Armee bei seinem Einzuge in Mailand von allgemeinem Volksjubel als Erlöser begrüßt. Wir sagen Volksjubel, denn die Bornehmen, die Aristokraten und Bevorrechteten sind sämmtlich in ihren Schlupfwinkeln verblieben. Die Herren gehören überhaupt nicht zu den Helden und so erbärmlichen Scheißer hat von den Marschalls großmüthiger Erlaubniß, daß drei Stunden lang einer der Mailänder Thore für Jedermann offen stehen solle, der mit Hab und Gut auswandern wolle, den bereitwilligsten Gebrauch gemacht und das Weite gesucht. Sie flogen in größter Eile und Verwirrung meistens in die Schweiz, wo man sie, wie schon früher erwähnt, mit der größten Verachtung behandelt. Aus den Aeußerungen, welche die Mailänder über die vortreffliche Mannszucht unserer deutschen Truppen machen, geht hervor, daß man in Mailand nichts weniger als Brand, Raub, Plünderung, kurz Greuel einer entzweiten Soldateska erwartete. Mehr als Waffengewalt wird der Edelmuth des hochherzigen Feldherrn, die unbedingte Kriegszucht und Mäßigung der so schwer beleidigten Truppen, unter denen noch sehr Viele, sich festnehmen, welche den sinnfälligen Kontrast im März mitgemacht und die daraus entspringenden Folgen mit erregen hatten, die Ruhe in der Stadt, sowie das Wiederaufflammen freundschaftlicher Beziehungen sichern. Andererseits macht das feige Auftreten des tief verhaßten Sardenlönigs, und der Häupter dieser saubern Sippschaft, und gerechten Aufregung einen Widerverschlag an Gutmüthigen, oder gar einen vollmaligen allgemeinen Aufstand zu Gunsten Karl Alberts kann mehr denken. Das sehr Bemerkenswerthe ist ohne Grund, daß das Vertrauen auf die Rückkehr des Friedens und der Ordnung begründet ist, beweist das augenblicklich nach der Einnahme Mailands eingetretene Wiederaufleben des Verkehrs. Die bereits aus der Bombardei gekommenen Last- und Güterwagen sind zwischen der Lombardei und Verona bereits wieder im Gange. In Mailand ist die Preßfreiheit vor der Hand suspendirt und das Gerücht, (ob wahr) der eine oder der andere Abgeordnete beim Wiener Reichstag mit dieser Maßregel zufrieden sein wird? Wird man dort nicht wieder „mit oder Entzäßung" die Maßregeln des ehrwürdigen Feldherrn anzugreifen sich herausnehmen?) Das Heer lagert vor der Hand auf dem Rastellplatze und den Bastionen. Das Generalkommando befindet sich in der Bella. Die Besetzung der ligenen Provinz Valtelina soll durch 3 Seiten des I. K. Truppen noch gegen sein. Ans Verona vom 9. erfahren wir, daß schon seit einigen Tagen die zwölf Apostel — zwölf sehr schön gearbeitete Kanonen von großem Kaliber — dort angekommen waren und im alten Kastell aufbewahrt werden. Sie sollen zur Karl Albert des Oesterreichern Friedensgrundsätze predigen, allein der flüchtige König, die spanische reine Ulalia Lodz zerbrochene Scheere, Guillaume Gebrauch machen und ihrer Ueberredungsgabe gewachsen haben, dieselben in Pfingsthorne zurück, wo sie von den Oesterreichern mit lautem Jubel vorgefunden wurden. Die Absicht des Königs sich in Mailand zu halten war offenbar nicht ernstlich. Er hatte allerdings noch 45000 M.; fragen wir aber, in welchem Zustande sich diese Armee befand? Es ergeben Briefen völlig demoralisirt war durch eine Reihe von Niederlagen, welche so schnell auf einander folgten, daß von der ersten Niederlage an der Rückzug der tapferen Armee schon den Namen einer ununterbrochenen Flucht verdiente. Ferner war diese Armee in Rückzicht auf Verpflegung und Lebensmittel, Bewaffnung und Munition, im klaglichsten Zustande. Kaum die Hälfte besaß mehr Gewehre und von diesen waren die meisten, weil sie ohne Munition nicht benutzt werden konnten. Die Bevölkerung in der Stadt selbst war schon zum größten Theil auf Karl Albert erbittert und es gelang nur eine kurze Zeit den despotisch strengen Maßregeln der provisorischen Regierung, die Aeußerungen dieser Erbitterung noch zu unterdrücken. Dieselbe machte sich aber allenthalb mit desto größerer Kraft Luft, je mehr das Mißtrauen durch eigene Anschauung sich überzeugte, daß die angeblich schändliche Lügen es bis auf den letzten Augenblick hingehalten und betrogen worden war. Nur einige exaltirte Frauen „Heidinnen" aus eine Schaar junger aufgeregter Leute aus den höheren Ständen waren es, welche eine Vertheidigung der Stadt versuchten. Die Zlachlinge aus Mailand wurden vom Landvolke angehalten und hatten Mißhandlungen, Vorwürfe und Verwünschungen zu erleiden; „ihr Unverschämten" rief man ihnen zu „jetzt flüchtet ihr euch, da es gilt zu zahlen, und doch seid ihr es gewesen, die den Krieg herbeigezogen haben!" — Auf eine solche Weise hat also ein Kampf geendet, welcher hervorgegangen aus treulosen Machinationen, aus offenem, frechen Verrathe und dem Bruche bestehender Verträge, seinem eigentlichen Urheber die Krone zerstampfen, den Ruin als Feldherr, den Namen des Siegreichen in der italienischen Feder in Unehren hängigkeit erwerben sollte, statt dessen aber die italienische Sache mit Schmach, den König mit Schande, und das Land mit Unheil und Ruinen bedeckt hat.

Karl Albert hat die Lombarden arg getäuscht; Alles flucht über seine Feigheit und Doppelzüngigkeit. Am 5. d. hatte er folgende Proklamation erlassen: „An die Einwohner von Mailand. Der Rechtsrath, womit sich die Bevollmächtigung gegen jedweden Gedanken einer Verständigung mit dem Feinde erklärt hat, bestimmte mich, vorzugsweise im Kampfe, wie ungünstig sich auch die Umstände gestalten mögen. Alles muß überwunden werden von dem Einen Gedanken: die Befreiung Italiens. Bürger! der Augenblick ist so ernst, daß Alle ans Werk schreiten müssen. Wer sind stark durch die Gerechtigkeit unserer Sach, tröstet mich der Himmel die Bemühungen eines heldenmüthigen Volkes, das mit einem Heere verbrüdert ist, welches schon so viel Blut für die italienische Sache vergossen hat. Ihr Herbe mit meinen Söhnen unter Euch. Für die gemeine Sache erringe ich mit dem Kerne meines Volkes frei vier Monaten das Ungemach des Krieges. Ich vertraue auf Euch: zeigt es Fremden, daß mein Vertrauen gerecht ist, und alle vereint werden wir den ersten Tag der gemeinschaftlichen Befreiung begrüßen. Mailand, den 5. August 1848. Karl Albert.

Ferner ergehen ist der Bericht des Baron Welden an Se. Excellenz den Feldmarschall Grafen Radetzky aus Bajogna, 7. August. „Ich habe die Ehre die gehorsamste Anzeige zu erstatten, daß ich im Verlauf der von Eurer Exc. erhaltenen Weisung, wie eine Kolonne von 5000 Mann unter dem Hrn. Generalmajor Fürsten Franz Lichtenstein zwischen dem 2. und 3. August gegen Modena vorzurücken habe und ich unverzeiht diese Bewegung in ihrer linken Flanke decke und mich dieses Herzogthums, bis ich bereits am 2. eine Streifpartei von Ostiglia nach Mirandola, von Bodeao gegen Cento, und in der Richtung von Sant Agostino, endlich von dort gegen Malalbergo vorschob. Am 3. endlich ging ich mit allem was ich an Truppen verfammeln konnte, und zwar nur mit Rücksassung zweier Kompagnien Infanterie und zwei Zügen Kavallerie in Padua, bei Poale di Lago sowie selbst über den Po, begleitet in der Nacht der Kolonne und von sich die dort befindlichen feindlichen Truppen theils gegen Rovigno theils gegen Bologna zurückzogen. Auf dieser Straße war ihnen aber die Kolonne unter dem Obersten Gerstner zuvorgekommen, und die feindliche Arriergarde aus 2 Zügen, 148 Mann bestehend, wurde bei Malalbergo gefangen, eine Fahne, Trommeln und viele Waffen und Munition, welche der feindlichen Arriergarde folgten, fielen in unsere Hände. Nachdem ich die unbedingte Uebergabe der Stadt Ferrara gefordert und dort von päpstlicher Gravedischompagnien unter dem Obersten Moretcotti, welche bereits in Treviso kapitulirt, gestattet hatte zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe in Ferrara ferner zurückzubleiben, begab ich mich am 4. mit meinem Hauptquartier nach Bondeno, die 5. nach Cento. In diesem Tag begann die Kolonne unter dem Hrn. Fürsten Franz Liechtenstein ihren Po-Uebergang bei Ostiglia, worauf ich sie dann gegen Cento zurückdirigirte, Ferrara zurückzieht und selbe gegen San Giovanni und Bologna dirigiren konnte. In Cento waren einige Stunden vor dem Eintreffen meiner Avantgarde das feindliche Bataillon del Basso Reno unter dem Oberstlieutenant Rossi, die Legion della Libertà Italiana unter dem Obersten Morandi, endlich die Legion Anconitana, das erste nach Bologna, die beiden anderen gegen Modena in großer Eile abgezogen. Meine Streifpartei stand den 5. Abends, Bologna nordöstlich und westlich umgrend, noch eine Stunde davon entfernt, die Thore waren schon seit gestern gesperrt, alles in einer wilden Aufregung und alle Pferde requirirt, damit die Helden des Tags sich nothgezwungen schnell entfernen könnten. Ich mußte indeß die Besetzung Modenas durch die Kolonne des Fürsten von Liechtenstein, welche nur 1200 Mann stark war, abwarten, um gegen Bologna mit Nachdruck bestimmen konnte. Meine sämmtlichen Truppen befanden nämlich nur aus 4192 Mann und Bologna zählt 72,000 Einwohner, bekannt von jeher wegen ihrer exzipten Köpfe und ihrer Angehorsams gegen ihre eigene Regierung, gegen in dem größten Aufruhr. Bor dem 6. d. Abends konnte der Generalmajor Graf Clerfayten nicht in Modena eintreffen, und ich hielt den Angriff auf Bologna sonach bis auf den 7. Morgens, indem ich einerseits die anliegende Proklamation allerseits verbreiten ließ. Im Verlauf des 6. erhielt ich von allen meinen vormorschirenden Kolonnen die übereinstimmende Nachricht, daß die Thore von Bologna geschlossen und an der Porta Gattera 4 Geschütze aufgefahren seien, daß in der Stadt viele beschäftigende Proklamationen angeschlagen, allein daß sich noch nicht vermocht die wilde Unordnung zu mildern, die durch die Anwesenheit der revolutionären Chefs noch immer auf einen hohen Grad gesteigert wurde; indeß rückten meine Kolonnen gegen Abend der Stadt bis auf Kanonenschußweite nah, und nur die Seite gegen Forli und die Straße nach Florenz hatte ich gestissentlich offen gelassen. Das Land das von meinen Truppen besetzt war, hatte muthvermehrte allgemein Unterstützung eingenommen und wirkliche Proben des besten Willens zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung gegeben, so daß ich mich bewogen fand in mehreren Städten einen Theil der Guardia Civica bewaffnet zu lassen und selbe zum innern Dienst zu verwenden, um dadurch meine ohnehin so geringen Truppen nicht noch mehr zu ermatten. Modena war bereits von den feindlichen Horden geräumt, wo mir eine von dort provisorisch proklamirten provisorischen Regierung landsah. In der Nacht vom 6. auf den 7. ward auf den Höhen bei San Michele eine Handgranatbatterie errichtet, eine andere vor der Porta San Felice, und die dritte vor der Porta Galiera, um mit Tagesanbruch das Feuer gegen die Stadt von drei Seiten zu beginnen. Nachdem diese Maßregeln getroffen, kam mir eine Deputation aus der Stadt entgegen, welche mich bereit Bologna, und bis gegen Mitternacht Abgeordnete Freistoaren verschierte, und ich sonach eine militärische Aufstellung bezog."

Italien.

* Turin, 6. August. Der Ministerrath machte dem Volke bekannt, daß der Prinz Generallieutenant des Königreichs das Generalkommando der Truppen übernommen hat, die sich in allen den Provinzen diesseits des Ticino und dem rechten Po-Ufer befinden. Der Abbe Gioberti wird das Portefeuille des öffentlichen Unterrichts, und der Advokat Ratazzi das des Aderbaus und des Handels übernehmen. Der König Karl Albert befand sich am 6. in Magenta.

Großbritannien.

†London, 10. August. Man bemerkt, daß der neapolitanische Gesandte, Fürst von Castelcicala häufige Konferenzen mit Lord Palmerston hat. Derselbe soll nach der „Times" von seiner Regierung die Weisung erhalten haben, Lord Palmerston zu erklären, daß jede bewaffnete Einmischung gegenüber der neapolitanischen Flotte von dem neapolitanischen Hofe als Kriegserklärung von Seite Englands betrachtet werden würde.

Der „Globe" will wissen, man habe der Regierung eine geheime Gesellschaft angezeigt, welche politische Morde zum Zweck habe; auch kenne man bereits die Häupter derselben. — Die Nachrichten aus Süd-Irland lauten dahin, daß die Ruhe nirgends gestört worden sei.

Frankreich.

Paris, 11. August. Lebermann kennt jetzt das klägliche Ende von Alfred Eisenfesserein. Der „National" selbst muß die Thatsache der Kopulation von Mailand als nur „allzugewiß" bezeichnen, und ist darüber so betroffen, daß ihm die Sprache verloren gegangen zu sein scheint. Gestern noch so kriegslustig, ist er heute gänzlich stumm geworden. Er beklagt nur, daß die Nationalversammlung das Defret über die Nation der Zeitungen angenommen hat. Das Journal des Debats das gleichfalls vor zwei Tagen in einer Anwandlung von Laune, deren es bekanntlich öfters hat, von nartsüchtigen Einschreiten Frankreichs in Italien sprach, ist heute sehr friedlich gestimmt. Es beschwört die Nationalversammlung, in dieser Frage der Regierung freie Hand zu lassen. „Mit Oesterreich — sagt es — ist Italien schon nahezu an das Rand des Verderbens gekommen; mit Chimären werden wir seinen Ruin vollenden." Dann sagt es in einem andern Artikel, die offizielle Nachricht von der Vermittlung Frankreichs und England habe das Vertrauen in Erhaltung des europäischen Friedens wieder vermehrt. Das sehr bedeutsame Einschreiten Frankreichs sei Friede und Erhaltung, Krieg dieser nur die in den Straßen besiegte Partei wollen. Dann folgt eine geradezu lächerliche, sehr fern der Zweck aber den sie in Frankreich erreichen soll, wohlberechnete Bemerkung, als ob die Oesterreicher erst dann die Offensive zu ergreifen gewagt hätten, als die französische Alpenarmee von der Grenze nach Paris zurückgezogen worden. Nun kommt aber das Pariser Kern erst. Den Italienern wird gezeigt, daß sie selbst am meisten Schuld seien, wenn nicht ganz Italien Frankreichs Sympathie erwerben. Ihre Zwietracht und die Ableugnung jeder augenscheinlichen Beispiele von vorne herein sei viel mit Ursache an dem jetzigen Unglück. Jetzt sei ungewiß, ob Oesterreich die Bedingungen annehmen werde, die es vor zwei Monaten selbst andot. Viel werde davon abhängen, welche Unterstützung Oesterreich beim gesammten Deutschland finde. „Das Einheitsgefühl scheine sich im Süden Deutschlands seit einiger Zeit sehr entwickelt zu wollen im Norden, und es haben sich übertriebene Anhänger der deutschen Nationalität gefunden, die für die Eroberung der Lombardei eben so viel Sympathie kundgeben, als für jene von Schleswig". Das „Journal des Debats" erblickt darin einen argen Widerspruch. Wir wollen ihm seine Meinung lassen: aber wir wünschen ihm Glück dazu, daß es endlich zugesteht hier den deutschen Gesichtspunkt der Frage erfaßt, wenn auch falsch aufgefaßt hat. Deutschland aber muß sich einmal zu dem Satze in Bewußtsein seines guten Rechtes und zur Wahrung seiner höchsten Interessen das entschiedene Wort: ein fremder Soldat darf den Fuß auf österreichisch-lombardischen Boden setzen, oder Deutschland betrachtet dies als eine Kriegserklärung. Ein solches Wort wird Gehör finden und Wirkung thun! Jetzt kann die Frankfurter Zentralgewalt zeigen, daß sie wirklich der Ausdruck des deutschen Volkswillens ist.

Der „Expreß" spricht von einem großen Verbrüderungsbankett, an welchem alle Parteien theilnehmen werden. Die HH. Lamartine, Cavaignac, Ledru-Rollin, Marrast, Louis Blanc und Caussidière werden demselben beiwohnen.

Spanien.

* Madrid, 5. August. Man spricht von der Ernennung des Hrn. Roca de Togores, Ministers der Marine, zum Gesandten in Berlin. An seine Stelle scheint Dr. Orlando, Sekretär des Finanzministeriums, bestimmt. Hr. Mon wird, wenn diese Kombination sich bewahrheitet, das Finanzministerium erhalten.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 11. August. Sproz. Metall. 84, 4proz. 68, 3proz. 47. 2½proz. 42. 1834r 200 Lose 134. 1839r 250 Lose 134. Bankaktien 1120. Nordbahn 108½. Gloggnitz 100. Venedig-Mailand 80. Bahnweis —. Livorno 71½. Pesth 70 Sienna 55. Pfennigwahn 95.

Wien, 10. August. Das Silbergeld wird hier von Tag zu Tag weniger, auch an kupfergeld tritt bereits Mangel ein. Es ist schon soweit gekommen, daß man Guldenbanknoten in zwei oder vier Theile zerschneidet, welche zu 15 und 30 kr. ausgegeben und angenommen werden. (A. Z.)

Berlin, 11. August. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. Sk Schuld-Sch. 73½ B., 73¼ G. Berl. Präm. Sch. 88 B. — G. K. u. Neu. Schuldv. 70½ B. — G. Berl. Stadt-Obl. — B. — G. Westpreuß. Pfandbr. 76 B. 75½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — P. 95½ G. 3½proz. 77½ B. — G. Ostpr. Pfandbr. P. 85 G. Pomm. Pfandbr. 91½ B. — G. Kur- u. Neu. Pfandbr. 91 B. 90½ G. Schlesische Pfandbr. — P. — G. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. — P. 81½ G. Preuß. Bk-Anth. Sch. — P 85½ G. Friedrichsd'or 13½ B. 13½ G. Disconto 3½ B. 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 88 G. Berl.-Hamburg 65 G. Berl.-Stettin-Stargarder 89 bz. Berl.-Potsdam-Magdeburg. 50 bz. Magdeburg.-Halberstadt 103½ G. Magd.-Leipziger — Halle-Thüringer 52 bz. Köln-Minden 76½ B. 76 G. Kölnaachen 56½ B. Bonn-Koln — Düsseld.-Elberfeld 69 G. Steele-Vohwinkel 32 G. Niederschles.-Märk. 73 B. 72½ bz. Niederschles.-Märk Zweigbahn —. Oberschles. Lit A 91 B. 90½ bz. Lit. B 91 B. 90½ G. Kosel-Oderberg —. Breslau-Freiburg 85 G. Kraf.-Oberschles. 45 bz. Berg.-Märk 99 B. Stargard-Posen 60½ bz.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 85½. Magd.-Leipz. — Stargard-Posen —. Magd.-Wittenberg 44 P. Aachen-Mastricht —. Thür. Verbind.-Bahn —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 82 P. Berlin-Hamburg. 89 P. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 76½ G. 5proz. 84½ bz. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 80½ B. Köln-Minden 87½ P. Rhein. v. Staat gar. —. Rhein. 4½ Prior. 74½ G. Rhein. Stamm-Prior. 68½ G. Düsseldorf-Elberfeld. —. Niederschles.-Märk. 4proz. 85 bz u. P. 5proz. 94½ bz. Lit. Serie 88 P. Aachen-Mastricht 4½proz. — 5proz. 71½ G. Oberschles. —. Kosel-Oderberg. —. Steele-Vohwinkel —. Breslau-Freiburg —.

London, 10 August. Konsols 86⅞ ⅛. Coup. —. Span. Akt. — 3proz. 21¾. Pass. —. Portug. 3proz. —. 4proz. —. 5proz. —. Poln. 4proz. 69½. 69. 2½proz. 43.

Paris, 11. August. 5proz. 94.25. 4proz. —. 3proz. 71.—. Staatsb. 24. Bankaktien 1020. Comptoir von Aktier —. Belg. 5proz. von 1840 73¼. von 1842 75⅞. 4½proz. —. 3proz. —. 2½proz. —. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 71.—. Röm —. Piem. —. St. Germain —. Versailles (rechte) 120 —. (linke) 100.—. Orleans 670 —. Rouen 445.—. Havre 205.—. Marseille 222 50. Basel 86.25. Bierpon 266.25. Boulogne 175 —. Bordeaux 400.—. Nordbahn 386 25. Montauban —.—. Lyon 347 50. Straßburg 350.—. Nantes 333.75. Dieppe 165.—. Secaur —.—. Montreilier —.—.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Dienstag, 15 August: „Die Familie", Schauspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Ringsland, Rentier aus Amerika. Graf Dorstetten, von Kassel.

Gold. Hirsch. v. Dorstpaulen, aus Preußen. Le Roger, Kaufmann aus Frankreich. Machorne, Rentier aus Amerika.

Hotel Marklit. Graf v. Britto, Partikulier von Wien. Sykes und Jomkinson, Rentiers aus England. Durchlacher, Kaufmann von Frankfurt. Götz, Kaufmann von Bromdach. Dielman, Privatier von Hannover. Spiesberg, Rentier von Braunschweig.

Königliche Hof- und Staats-Bibliothek.

54. (35) Die Königl. Hof- und Staats-Bibliothek ist vom 1. September bis 15. Oktober für das Publikum geschlossen, wird jedoch für die literarischen Forderungen hiesiger Behörden und für Fremde, welche die Bibliothek zu sehen wünschen, täglich von 10 bis 1 Uhr zugänglich sein.

Da diese Zeit zur Revision und Reinigung der Bücher bestimmt ist, so werden alle diejenigen, welche Bücher aus der Königl. Hof- und Staats-Bibliothek entliehen haben, hiemit amtlich aufgefordert, dieselben vor Ende dieses Monats August zurückzuliefern.

Wer diese Rückgabe unterlassen würde, hätte in Folge allerhöchster Bestimmungen den Verlust der fernern Ausstehungsanzeigung sich selbst zuzuschreiben, und die pflichtmäßige Anzeige dieser Unterlassung bei der allerhöchsten Stelle zu gewärtigen.

München am 3. August 1848.

Die Direktion der königl. Hof- und Staats-Bibliothek.
v. Lichtenthaler.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Die Cautionsleistung der Zeitungen.

** Die französische Nationalversammlung votirte eben ein Dekret (denn in Frankreich hat jetzt, unter der einen und unheilbaren Republik Alles wieder die Form der Dekrete, wie einst unter dem Despotismus des Kaiserreichs unerbrechlichen Andenkens) zu Gunsten der Cautionsleistung der Zeitungen. Das Prinzip der Cautionsleistung hat die Oberhand behalten. Dieselbe Frage wird früher oder später auch bei uns in Bayern eine definitive Lösung durch die Kammern erhalten müssen. Daraus dürfte es an der Zeit sein, schon jetzt diese Frage in der Presse selbst zur Anregung zu bringen, als welche hier zunächst behördlich ist.

Die Presse hat bis jetzt so überall das Unglück gehabt, daß diejenigen, welche über sie Schicksal entschieden, entweder von vorneherein von Haß gegen sie beseelt waren, ohne daß wir die verschiedenartigen Triebfedern dieses Hasses hier näher auseinander wollen; oder daß sie dieselbe nicht kannten. In dem einen Lande sind Advokaten, die nie einen Zeitungsartikel geschrieben, im andern Journalisten, die selbst eben nicht als Muster der Unsicht, des Anstandes und der Würde sich erweisen, die aber der Sturm der Revolutionen hoch aus Ruder gebracht hatte, und bei denen nicht selten mehr oder minder eigennützige Bewggründe leitende Hebr. ihres Urtheils wurden, mus- und tonangebend gewesen. Ueberall aber haben wir den Kampf für und gegen das Prinzip der Cautionsleistung von Seite der Zeitungen sich erneuern sehen, und unser kunftiger Landtag wird davon keine Ausnahme machen.

Wir unsererseits sprechen, wie wir dies schon zu einem frühern Artikel gethan, aufs Neue unsere Ueberzeugung entschieden dahin a.s, daß wir die Cautionsleistung nicht blos als nicht schadlich, sondern vielmehr als eine unentbehrliche Bürgschaft für die Preßfreiheit, wie für die Abwendung der Preßfreiheit als der größten Feindin und Gefahr der Preßfreiheit, betrachten. Eine Cautionsleistung, vorausgesetzt, daß sie sich in den rechten Schranken hält, wird niemals einen ernstlichen und ehrlichen Presse hemmend in den Weg treten, einer Presse, die in der That das Organ einer bestimmten und wirklich vorhandenen Meinung, aber nicht das Werkzeug für die auf bloßen Umsturz gerichteten Bestrebungen sein will. Wen trifft denn die Cautionsleistung nungenehm, und wer sind meistentheils die Organe, die sich am lebhaftesten gegen den Grundsatz der Caution erheben? Es sind vorzugsweise jene Einzeschriften, jene nur auf den Augenblick berechnete Blätter, die oben so schnell wie verschwinden, als sie ins Leben getreten sind; jene Blätter, die einige Tage, Wochen, manchmal sogar einige Monate leben und sich ein kummerliches Dasein fristen, die aber gerade lange genug dauern, um, einer Hollenmaschine gleich, den Brand- und Zerstörungsstoff unter die Massen, auf die Straßen zu verstreuen. Ist der böse Zweck erreicht, oder die Gewißheit der Unmöglichkeit von besserer Erreichung vorhanden, so ist auch das verabscheuungswürdige Blatt wieder auf. Um einen Vorwand, um eine plausible Ausrede dafür, wenn überhaupt ein Rest von Schicklichkeitsgefuhl die Nothwendigkeit einer solchen noch fühlen macht, ist man dann nie verlegen. Wir gestehen es ohne den mindesten Nachhalt zu: die Cautionsleistung macht das ersterwenen von derzleichen Blättern unmöglich. Aber gerade darin liegt für uns ein Grund mehr, um für die Cautionsleistung zu sprechen. Wir erblicken darin eine der wirksamsten Burgschaften für die Gesellschaft, die ihre Rechte hat zu gut als die Presse. Wir begreifen, daß diejenigen, deren Hauptzweck und Streben dahin geht, die Grundpfeiler der gesellschaftlichen Ordnung zu unterwühlen, dadurch ihren Einfluß vorzubereiten, mit so großer Heftigkeit gegen die Verbindlichkeit zur Cautionsleistung, in den Schranken treten. Dieselbe kann einen nur zu unbequemen Hemmschuh an den Rad um sie zum Fallen Preis abzuwenden zuhalten. Die Gegner der Cautionsleistung zerfallen in zwei Klassen: in die eine gehören die eben Genannten, die sich der Presse nur bedienen mochten als einer Kriegswaffe, welche man wegwirft oder zerbricht, wenn man sie hinlänglich benutzt hat haben glaubt; in die zweite gehören die Freude der Presse überhaupt. Diese verachten und haffen in der Presse so sehr, daß sie selbst in ihrem Systeme das Zulassungsmittel durch die Uebergangsstufen zur Freiheit, zu denen sie dieselbe verleiten, sie durch sich selbst ertödten zu können. Die wahren Freunde der Freiheit der Presse wie jeder wahren Freiheit können natürlich nur in der Mitte zwischen diesen beiden äußersten Parteien stehen, und wissen, wie sie den freien ungehinderten Meinungsaustausch über alle Tagesfragen und Volksbedürfnisse wollen, auch für die Presse, ohne denen, welche den Mißbrauch dieser Freiheit barnieder zuhalten gesignet sind. Sie können mit und nicht anderen wollen, als Preßfreiheit, aber auch Bürgschaften gegen den Mißbrauch derselben, gegen die Zugellosigkeit der Presse.

Wenn wir so sprechen, so wissen wir recht wohl, daß solche Sprache den Beifall jener nicht hat, welche jetzt so häufig das große Wort zu führen sich anmaßen. Im den Beifall dieser Partei ist uns auch in der That sehr wenig gelegen: wir sprechen nur im Interesse des Landes, dessen Wohl ist unsere einzige Richtschnur, unser einziges, desummendes Ziel, und wir können uns mit der Zustimmung aller wahren Vaterlandsfreunde wohl trösten dafür, wenn wir das Mißfallen einiger rohikalen Stimmführer durch unsere Haltung, durch unsere Sprache auf uns laden.

Werfe man einen Blick auf Frankreich. Dort hatte die Cautionsleistung seit dem 24. Februar 1848 aufgehört. Eine Unzahl von Blättern waren aufgewuchert gleich Pilzen, die über Nacht aufschießen; die Sprache, die Tendenz eines großen Theils dieser Blätter lieh weit hinter sich alles, was selbst die erste französische Revolution Schauderliches zu Tage gefördert hatte. Die Gesellschaft, welcher jedes Schutzmittel dagegen entzogen war, mußte machtlos zusehen, wie man die Grundlagen ihres Bestehens untergrub: und die blutigen Juni-Ereignisse waren die verhängnißvolle Folge dieses traurigen Zustandes. Werden wir uns eine Lehre daraus nehmen? Wir hoffen es, wir hoffen bei von dem gesunden Sinne der künftigen Vertreter unseres braven bayerischen Volkes, daß mit Recht Freiheit will, aber gewiß keine Lust hat, das Opfer, die Beute der Zügellosigkeit der Presse und ihrer Beförderer und Fürsprecher zu werden.

Wir haben im Vorstehenden unsere Ansicht von der Frage nur in einigen wenigen Grundzügen angedeutet: weitere Ausführung behalten wir uns vor.

Deutschland.

Bayern. — ** München, 15. August. Unsere von hier nach Tölz zur Herstellung der gesetzlichen Ordnung und Sicherheit gegen die Exzesse der Bauernfreier in jener Gegend abgesendeten Truppen sind zu Tölz noch verbürgten Mittheilungen von Augenzeugen mit wahrem Jubel aufgenommen worden. Dadurch widerlegen sich die Gerüchte vom Gegentheil, die man hier in Umlauf zu legen versucht hatte, von selbst.

** Von der Donau, 12. Aug. Se. Maj. der König haben bereits allerh. Verordnung vom 1. April d. Js. allergnädigst zu bestimmen geruht, daß Ausstellungen und Beförderungen durch Vorschläge von den Unterstellen-Behörden stets noch ohne Bitte der Abpirantenvorschläge geschehen sollen, seine Majestät haben ferner vor Kurzem befohlen, daß über die Rechtsprakticantenlisten mit Angabe ihres Alters, ihrer Dienste ꝛc. ꝛc. angefertiget und eingesendet werden mögen, um der Einzelnen Verhältnisse und Besähigung würdigen zu können. Dieser offen dargelegte Beweis, Gerechtigkeit gegen Angestellte und Anzustellende eben zu wollen, hat eine freudige Sensation hervorgerufen und zu neuen Hoffnungen, zu neuem Dienstesfleiß begeistert. Unter diesen frohen Aussichten erlaubt sich Referent bescheiden den Wunsch auszusprechen, daß Gleiches auch für das Lehrpersonal im Allgemeinen und insbesondere für das an den Studien-Anstalten geschehen möchte. Wir leben in einer Zeit, in der von allen Klassen der Gesellschaft nach Intelligenz, nach möglichster Ausbildung des Geistes gestrebt wird. Diejenigen, welche diese Bildung, die Befähigung zum Eintritte in bürgerliche Aemter leben, sowie zu ihrer Benutzung den Schulen, den Landeskindern in den verschiedenen Schulen geben, sind die Lehrer nach ihren Klassen und Graden. Werden aber diese durch unverdiente Hintansetzung gekränkt, oder irgendwie vernachlässiget und verkümmert, so kann ihr Berufseifer nur geschwächt, der Unterricht selbst nur theilweise gedeihlich werden. Es wird vielleicht darüber gestagt, daß Erledigungen von Lehrstellen an Studien-Anstalten oft erst nach vielen Monaten Eintritt bekannt werden. Seitdem die einzelnen Kreis-Regierungen erfahren oft erst spät, daß unser ihrem Kreise Lehrstellen erledigt sind oder waren, und kommen mit ihren Vorschlägen zu spät. Referent glaubt daher im Hinblicke auf obige dankenswerthe allerh. Verordnung v. 1. April, Anstellungen und Beförderungen betr., daß es nur im Sinne unseres erhabenen Monarchen und der hohen Staats-Regierung sein könne, daß auf amtliche Anzeige einer Erledigung wie irgend eines Amtes so auch einer Lehrstelle an Universitäten, Lyceen, Gymnasien und lateinischen Schulen die Erledigung öffentlich bekannt gemacht werde, damit die Bewerber rechtzeitig sich bei der vorgesetzten Kreis-Regierung melden und die von den Regierungen eingelaufenen Gutachten und Vorschläge bei den betreffenden Staatsministerium gepraft, und der Zahl der Vorschlagenden dem ersten Bewerber gewählt und Seiner Majestät empfohlen werden können.

Preußen. — Berlin, 12. August. In diesen Tagen sind hier wieder einige Erkrankungs- und Sterbefälle an der Cholera aufgetreten. Die Krankheit war oft schon nach kurzer Frist tödtlich. Schiffer und am Wasser Wohnende werden aufschrend doch vornemlich heimgesucht. Auch in Charlottenburg ist am 9. der erste Choleratall vorgekommen. Das 15Jährigen Knaben sich dasselb eine etwa 50 Jahr alte Frau, welche in einem Hause neben der Spree wohnte. (Berl. N.)

Oesterreich. — Wien, 10. Aug. (Auswort auf den Aufruf der Grenzgrenadier an die Armee.) — „Waffenbrüder! — Mit innigster Sympathie begrüßen wir den von Euch an die Armee ergangenen Aufruf. Die ernste Zeit gebietet, daß Männer, denen das Wohl eines Staates anvertraut ist, sich gegenseitig aufrichtig verständigen. Seit Jahrhunderten stammen im österreichischen Heere Deutsche, Slaven und Ungarn als Oesterreicher in brüderlicher Eintracht verbunden, und so bildeten die Völker von der Elbe bis zur Adria, von den Karpathen bis an die Alpen in der Armee nur eine Nation, nur ein kräftiges einiges Heer. Mit seinem Blute hat dieses Heer den Grundstein in hundert Schlachten befestigt, und die Geschichte gibt Zeugenschaft, wie es ein Glück und Unglück fest zusammengehalten. Und dieser Bund sollte zerrissen werden in einem Augenblicke, wo Ihr im Vereine mit dem übrigen Heere unser geliebtes Vaterland gegen die Einfälle des treubrüchigen Sardenkönigs mit Eurem Herzblute vertheidigt! Nie und nimmermehr! Der Gerechtigkeit und Weisheit unserer Regierung vertrauen wir mit Zuversicht, daß sie Euch gegen unsere, eine Lage aufgedrungenen unverschuldeten Gefühlen für Euch im grellsten Widerspruch wären, für Euch, von denen unerschütterlichen Treue gegen Kaiser und Vaterland wir auf Jahre über-

zwingt sich. Sig. Die Offiziere der k. k. erblänbischen Infanterie-Regimenter bei der Wiener Garnison. (W. Z.)

Wien, 10. August. Man sagt, das Ministerium wolle noch immer auf der Grundlage der Mancio-Linie unterhandeln. Wir können dieß nicht glauben! Die natürliche Politik sagt: entweder das lombardisch-venezianische Königreich ganz freigeben, oder es (mit einer unabhängigen Verfassung) ganz behalten. Heute ist an Weiden der Beschl (nach dem vom Ministerium in der Kammer gebrauchten Ausdruck eigentlich: „der Befehl") abgegangen, unverzüglich Moderno zu räumen. (L. Z.)

Aus Deutsch-Böhmen, 6. August. Der Kongreß der Deutsch-Böhmen wird am 28. August in Teplitz gehalten werden. Die Zusagen von den meisten deutschen Städten und von vielen Dörfern sind angelangt oder gewiß zu erwarten. Die Stimmung ebbt sich, wie überhaupt unter der Deutschen; langsam! sagt das Volk und auch geschieht, ist ein Zeugniß, daß wir unermüdlich bereits Anstand sind. Ein Troppau czechischer Gesinnungsblüthe hätte uns schon längst an die Spitze Deutschlands geschnellt, denn das czechische Blut ist heiß und gleich im Gebirn. — Wie erwarteten heute die Huldigungsfeier der Truppen. Vor einigen Tagen gestand uns ein Offizier von dem czechischen Regiment Latour in Theresienstadt, daß die Truppen die deutschen Kolarden nicht aufstecken wollen. Heute, auf dem Wege zu der eine halbe Stunde entfernten Festung Theresienstadt, fragten wir viele Leute und dem deutschen Regimente Wellington, sie hätten weder von einem Besehle es zu thun, noch von einem Widerstehen etwas gehört. Die zunächstgelegenen Landwehrleute der beiden genannten Regimenter besetzen die Festung; heute hat der Mann 5 Kr. zum Besten unserer in Italien gefangenen Truppen abgegeben. Auf dem Marsche durch Bayern haben diesethen zwei Regimenter mit Jubel die deutschen Farben getragen und die Bauern der Umgebung haben mich oft, da von ihren Söhnen eingelaufenen Briefe zu lesen. Die Ehre, welche ihren Söhnen in Deutschland widerfuhr, hat diese Leute tief gerührt. Wenn wir alle czechischen Bauern auf solche Zuge hinaus nach Deutschland schicken könnten, in Kurzem wären sie alle in Deutschland aufgezogen, als Exempel für die Mäcker. (D. A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Die Convention, welche Marschall Radetzky mit der Stadt Mailand schloß, lautet: 1) Die Stadt wird geschont. 2) Der Feldmarschall wird, so viel dieß von ihm abhängt, für das Vergangene alle von der Billigkeit gebotenen Rücksichten haben. 3) Die sardinische Armee geht, wie solche mit den sardinischen Generalen verabredet worden ist, in ihre Depotmäßen zurück. 4) Wer freiwillig die Stadt verlassen will, kann dieß über Magenta bis morgen Abends um 8 Uhr ungehindert thun. 5) Der Feldmarschall wird jedoch am 8 Uhr Morgens Portaromana besetzen, und um Mittag in die Stadt einziehen, und stelle in Besitz nehmen. 6) Der Transport aller Kranken und Bleffirten erfolgt gleichfalls während der beiden Waffenstillstands-Tage. 7) Alle während Belagerung sind von Sr. Maj. dem König von Sardinien angeordneten Civil- und Militär-Behörden werden besetzt auf der augenblicklichen Befreiung aller in Mailand gefangen gehaltenen österreichischen Generale, Offiziere und Beamten. San Donato, 5. August 1848. Paul Bossi, Podesta von Mailand. Der Generaltruppenmeister Graf Salazo, Chef des Generalstabes.

Der Baster Z. schreibt man über den Zustand von Mailand am 8. dies: „Unser Stadt ist nun nur eine Einöde geworden; von Gesichtern und Zalassi ist keine Rede, weil der größte Theil der Hauptmagazine und ihre Kassen geschlossen sind wegen Entfernung der Principale. Proteste können keine erhoben werden, und wir erwarten stündlich eine diesfallsige Verordnung. Das Militär kampirt auf dem Kastellplatz und auf den Bastionen, das Generalcommando stationirt in der Villa. Die Thore sind offen. Verschiedene Proklamationen sind gestern erschienen, welche Folgen der bekannt machen: Die Nationalgarde ist aufgelöst. Alle Waffen müssen bei strenger Ahndung binnen 24 Stunden abgeliefert werden. Der Salzpreis ist vermindert. Das Eigenthum der Bewohner ist geschirmt. Versammlungen auf den Straßen und unschickliche politische Aeußerungen an öffentlichen Orten sind untersagt. Der Sempel soll bedeutend vermindert werden."

Aus dem Hauptquartier in Mailand überbrachte ein Kurier nach Innsbruck die „zwischen der k. k. österreichischen und sardinischen Armee als Vorerinnerung der Negotiationen zu einem Friedensschluß getroffene Waffenstillstands-Konvention". Ihre wesentlichen Bestimmungen lauten: Dauer des Waffenstillstandes 6 Wochen; der Ticino bildet die Demarkationslinie; die Festungen Osoppo, Peschiera und Pescheira werden übergeben; die Staaten von Modena und Parma, so wie Stadt und Festungsgebiet von Piacenza von den Oesterreichern besetzt, und die sämmtliche sardinische Land- und Seemacht hat die Stadt Venedig, so wie deren Forts und Häfen zu räumen.

Verona, 14. August. Gestern Nachts gegen 12 Uhr ist der Parlamentär zurückgekommen. Die Festung wird Sonntag den 13. d. gräumt. Ein Waffenstillstand ist auf sechs Wochen abgeschlossen, während dessen der Friede mit Karl Albert unterhandelt werden soll. Binnen drei Tagen müssen die Plätze, wo sich noch piemontesische Truppen befinden, vom Bekanntwerden des Waffenstillstandes an, geräumt werden und die Gefangenen zurückgegeben sein. Das klinige Pfefferspiel italienischer Leichtgläubigkeit nähert sich seinem Ende. (A. Z.)

Cavalcatello, 10. Aug. 9½ Uhr. So eben ist ein Courier aus Mailand hier im Hauptquartier des Prechiera belagernden Armeekorps angekommen; er ist Ueberbringer eines Befehls des Marschalls zur Einstellung aller Feindseligkeiten gegen diese Festung. Schon vorher ein Jägeroffizier mit einer weißen Fahne, hinter ihm ein Trompeter mit einem durch obigen Courier eingelangten Befehl Karl Alberts an den Commandanten in Peschiera. — wahrscheinlich wegen Uebergabe der Festung. (A. Z.)

Das Journal des Debats vom 11. gibt bereits ebenfalls Nachrichten über die Vorgänge in Mailand, die um nach der Hauptstadt. Den Ausfause des Volkes gegen Karl Albert sollen sogar dessen Wagen verbrannt und dessen Dienstleute niedergemacht worden sein. Die piemontesischen Soldaten waren gezwungen auf das Volk Feuer zu geben, um ihren König zu vertheidigen.

Der Held Garibaldi, der in Monteviodeo so trefflich die Banditenrolle gespielt hat, zeigt auch die eines „Barbarenbefreiers" angenommen hatte, hat auch bereits auf dem Schweizer-Boden Sicherheit gesucht, wo seine Leute sogleich entwaffnet wurden. Bergamo war am 8. noch nicht von den Oesterreichern besetzt. Ueberall betrachtet man diese als Befreier von der Herrschaft des Pöbels, der zuletzt überall plünderte.

In der Nacht vom 5. auf den 6. August um 3 Uhr erhielt der k. k. General-Feldmarschall-Lieutenant v. Heß nachstehendes Schreiben des sardinischen Generalstabs-Chefs Generallieutenants Grafen Salasco: „Ich benütze mich, Ihnen zu eine höchst wichtigen Conferenz zuzusetzen, welche zwischen Ihnen und der sardischen Deputation heute Nachmittag in San Donato abgehalten worden ist. Sämmtliche Artikel stimmen mit den Verabredungen überein, welche heute Morgen durch die Generale Rossi und Lazary und am Nachmittag durch die Deputation der Stadt zugekommen sind. Am Schlusse meines Schreibens muß ich nenerdings auf Befehl Sr. Maj. die Aufmerksamkeit Sr. Exzell. des Feldmarschalls Grafen Radetzky auf den Zustand der Stadt und die legten Vorfälle in selber lenken, um die Ordnung allenthalben herzustellen, und daß mit derselben auch ein Vergessen des Geschehenen eintrete, damit die Einwohner und das Eigenthum unangetastet bleiben. Empfangen Sie u. s. w."

Am 6. um 9 Uhr Vormittags ging dem Feldmarschall in S. Donato folgendes Schreiben des Podesta von Mailand zu: „Herr Marschall! Ich bitte Sie inständig, den Einmarsch der k. k. Truppen möglichst zu beschleunigen, denn der Pöbel hat die Zeit, worin die Stadt ohne Truppen steht, benutzt, und begeht aller Arten Exzesse, die man leicht auf die schlimmste Weise zu deuten im Stande wäre. Ich habe die Ehre zu versichern, daß mit Ausnahme dieser wenigen Uebelthäter die Stadt ruhig ist, und sich anschickt, die kaiserlichen Truppen geziemend zu empfangen. Ich ersuche E. Exz. diese meine dringendste Bitte zu beherzigen und die Beschleunigung meiner tiefen Hochachtung. Mailand, 6. Aug. 1848. P. Bossi, Podesta der Stadt Mailand."

Nur eine Stunde später kam ein zweites Schreiben folgenden Inhalts: „Zu Folge desjenigen, das ich die Ehre hatte, Euer Exzell. diesen Morgen zu berichten, erneuere ich hiemit meine dringendste Bitte, meine ein Cavallerie-Corps sie eiligst nach Mailand verfügen möchte, um dasselbe die Ordnung aufrecht zu halten, denn ich besorge sehr, daß der Pöbel die öffentlichen Kassen plündern dürfte. Euer Exzell. verzeihen, daß ich Sie abermals belästige, allein die mir anvertraute Stadt, welche in dieser Zwischenzeit gänzlich machtlos ist, wurde den Uebelthätern zum großen Nachtheile der gutgesinnten Bevölkerung überliefert bleiben. Ich bitte Euer Exzell. die Versicherung zu re. Mailand, 6. Aug. 1848. Um 8½ Uhr Abds. P. Bossi, Podesta."

Prag, 8. August. Ein vom kgl. Staats-ker Erzherzog Stephan unterzeichnetes Dekret bestätiget den griechisch-nicht-unirten Erzbischof und Metropoliten von Karlowitz, Joseph Rajacsics, von seiner Würde und ernennt an seiner Stelle interimistisch den bisher Bischof Platon Atbanasjewics. (D. A. Z.)

Schweiz.

Schweizer Blätter schreiben: Die Vorort hat in einer Verbalnote dem Ueberreicher der Note des hiesigen Bundestages, Hrn. v. Luel, Kenntniß von dem hierauf bezüglichen Beschlusse der Tagsatzung gegeben. Der Vorort verbindet damit eine Ablehnung der gegen die Schweiz erhobenen Klagen. „Wenn in dem fraglichen Aktenstücke, heißt es u. A. in der Verbalnote des Vororts, in einer im diplomatischen Verkehre etwas ungewöhnlichen Sprache geradezu behauptet wird, es könne dem Vorort durchaus nicht unbekannt sein, daß die auf dem schweizerischen Gebiete bestehenden Verhältnisse eine zweite Schilderhebung gegen die benachbarten Staaten vorbereiten und durch dieselbe Umwege nachhaltig auf die Ruhe derselben einzuwirken suchen, so ist es der eidgenössische Vorort seiner eigenen Würde und der Ehre sämmtlicher Kantone, als deren Organ er aufzutreten berufen ist, schuldig, eine derartige Behauptung, welche nur auf einer Verkennung der faktischen Verhältnisse beruhen kann, mit aller Entschiedenheit von der Hand zu weisen. Zum mindesten hätte der eidgenössische Vorort erwarten dürfen, daß den gegen ihn und verschiedene Kantonsregierungen erhobenen Reklamationen Thatsachen zu Grunde liegen würden, die als völlig konstant und über allen Zweifel erhaben anzusehen wären. Eine genaue sachbezügliche Untersuchung, welche zur Aufstellung der Verhältnisse angeordnet worden ist, hat jedoch zur Evidenz dargethan, daß die Suppositionen, von welchen die Note ausgegangen zu sein scheint, eines realen Nachhaltes durchaus ermangeln. Auch den bestimmtesten offiziellen Aufschlüssen ist vielmehr gemäß daß von einer Organisation von

militärischen Uebungen der Flüchtlinge, von Vereinigung derselben zum Zwecke der Aggression überall nicht die Rede sein kann, sondern daß die Flüchtlinge im Gegentheil sich ruhig verhalten und überdieß einer genauen Kontrole von Seite der Kantonalbehörden unterliegen, welche den treffen Willen haben, unsern Bürgern das Asylrecht, welches nicht bey keinen Interessen, wie mit der bis dahin von der Schweiz beobachteten Politik im Widerspruche stünde, nicht zu kürzen." Ferner heißt es: „Was sodann die gegen die Presse erhobenen Beschwerden betrifft, so steht der eidgenössischen Bundesgewalt kein Recht zu, sich dießfalls einzumischen, indem die Preßgesetzgebung ein Attribut der Kantonalsouveränität ausmacht und gegen Preßvergehen aller Art die kantonalen Gerichte angerufen werden müssen, welche allen gerechten Klagen vollkommen genügende Abhülfe treffen werden. Gegen die Verbreitung verwerflicher Preßprodukte wird jeder anständige Staat sich ebenso als dagegen sich zu schützen wissen, daß gefährlich gehaltene politische Flüchtlinge einen verbrecherischen Verkehr mit den Grenzbewohnern ihres Heimathlandes unterhalten." — Der Vorort hat auch dem badischen Ministerresidenten in der Schweiz, Frhrn. v. Marschall, eine Antwortsnote zukommen lassen, die in mehrern Punkte mit obiger Verbalnote übereinstimmt. Zwei Punkte werden aber in dieser Note hervorgehoben, die in der ersten unberührt bleiben konnten, nämlich die Befehdung des Asylrechts und die Doktrin, wornach ein Staat sich weigern kann, seine Staatsgenossen wieder bei sich aufzunehmen. Der eidgenössische Vorort kann die in der badischen Note aufgestellte Theorie über das Asylrecht nicht theilen, und will „dieses anmaßende Prärogativ fremder und selbstständiger Nationen in seinem ganzen Umfange gar nicht wissen; ebenso verwirft er den von Baden verfochtenen Grundsatz über Entziehung des Bürgerrechts, indem nach den in der Eidgenossenschaft geltenden Grundsätzen das Bürgerrecht ein unveräußerliches Attribut der Person sei.

— Die Basler Zeitung, welche namentlich ihre Mißbilligung über die Antwort der Tagsatzung auf die Note des deutschen Bundes, bezüglich der flüchtigen deutschen Freischärler, ausgesprochen hatte, wurde deßhalb von der Neuen Zürcher Zeitung gewohnternaßen mitgenommen. Die Entgegnung hierauf in Nr. 190 der Basler Zeitung ist kurz, bündig und würdig; sie lautet: „Die N. Z. Z. hat wieder ihr altes Steckenpferd, „Aufsandsparrie," bestiegen, und wirft es uns wieder einmal an den Kopf, weil wir uns erlaubt haben, die Antwort unserer Tagsatzung gegen Deutschland zu mißbilligen. Sie wird uns damit nicht abbringen, unsere Meinung über das, was die Schweiz sich selbst und Andern schuldig ist, auszusprechen. Das fortwährende Verweisen deutscher Flüchtlinge dicht an der Grenze ist gegen die Anforderungen guter Nachbarschaft, die unausgesetzten Wirken durch Presse und andere Mittel ist notorisch, die Verunruhigung des badischen Landes durch dieselben unbestreitbar. Das Verweisen derselben in das Innere des Landes war daher ein wohlbegründetes und billiges Begehren, und die erhaltene abschlägige Antwort ist nicht zu rechtfertigen. Dieses ist und bleibt unsere Ueberzeugung, und so wird sie es noch nicht, daß wir uns durch das radikale Verdachtsungesinnem abhalten lassen sollen, sie zu äußern. — „Thue recht, ihrne niemand!" wir werfen uns in Positen feuren, wo es das Wohlsinnen unserer Mitmenschen gilt, wir haben aber schon manchen Anlaß gehabt, radikalen Staatsmännern in die Karten zu sehen; wir lassen uns daher mit fauler tourgenisher Rednerei nicht abspeisen, und wissen was wir davon zu halten haben."

Der Vorort war am 10. d., wahrscheinlich durch eine persönliche Mittheilung des Hrn. Obrst von Erlach veranlaßt, versammelt, um die fernere und die fakultative Grenzbewachung der Schweiz zu berathen. Von seinem Beschlusse wissen wir nur, daß einstweilen den betreffenden Kantonen überlassen wird, die ihnen nöthig scheinenden Maßregeln zu treffen.

Wie es schint, ist man in Tessin und Graubunden etwas besorgt, die Oesterreicher möchten die von diesen Kantonen aus erfolgte Unterstützung der italienischen Bewegung nur als Vorwand ergreifen, um spezielle solcher Unterstützung halber bei „ihrer Schweiz" an, daß italienischen Truppen, welche aus den österreichischen Reihen aus Vorarlberg nach Bunden desertirt sind, die Waffen zwar abgenommen, aber nicht nach Vorarlberg zurück, sondern nach Italien nachgeschickt worden seien. Damals dachte man freilich nicht an die Möglichkeit von Radetzky's Sieg!

Die Regierung von Tessin schickt täglich Depeschen an den Vorort, um über die Lage der Dinge zu berichten. Es geht sich aus denselben, daß neben vielen bürgerlichen Flüchtlingen auch Soldaten in die Schweiz kommen, die wissen aber einzeln und unbewaffnet, doch auch etliche Kompagnien mit Waffen, Sack und Pack, ja sogar mit 3 Haubitzen. Diese Waffen sind ins Innere des Kantons gebracht worden. Auch General Zurchi ist in Lugano. Die Soldaten wünschen nach Frankreich zu gelangen, und es scheint fast, als wolle dieser Zug nicht durch Piemont, sondern durch die Schweiz geschehen. Die Regierung meldet ferner, daß General Garibaldi sich mit einigen tausend Mann in den Bergen um Como herlade und das Spiel nicht verloren gebe; es sind bißwegen einige Kompagnien Kantonsgut aufgestellt worden, und es wird sofort angetragen, dieselben doch ja in Eidg. Sold zu nehmen. (Bas. Z.)

Italien.

△ Palermo, 4 August. Die Regierung hat dem neuen König eine Zivilliste von 243,630 Dukati verwilligt, außerdem noch die Nutznießung der beiden königlichen Paläste in Palermo, des Palastes in Messina und nach der zwei Villas Favorita und Ziazza in Palermo. Eine Summe von 200,000 Dukati wurde zur Einrichtung der beiden Paläste bestimmt. — Ruggiero Settimo ist mit Ehren überschüttet worden. Er ist zum Senator auf Lebenzeit, Präsidenten des Senats und Generallieutenant der Nationalarmee ernannt.

Rußland und Polen.

Warschau, 4. August. Ungefähr zwei Meilen von der preußischen Grenze sind die ersten Abtheilungen der russischen Armee zu sehen, welche in Städten und Dörfern nach gehöriger Schlachtordnung vertheilt ist. Die leichte Kavallerie mit Kosaken bildet die Avantgarde, sodann die Infanterie, hinter ihr die Artillerie, zum Schluß die schwere Kavallerie. Am Warschau ist ein Lager von 40,000 Mann. Im ganzen Königreiche stehen zwei Armeekorps zu 50,000 Mann; das dritte solle einmarschiren, es kam aber nur ein Theil, und der Rest zog sich ins Lager bei Luck zurück, weil sich in diesem Heere die Cholera zeigte. Nach Galizien zu ist ebenfalls ein Lager unter Radzywill aufgestellt. Der Kaiser solle hieher kommen, was aber verschoben wurde, wahrscheinlich wegen des Ausbruches der Cholera in Petersburg. (Brekl. Z.)

Nachschrift.

λ Frankfurt, 13. August. Es wird mir als zuverlässig versichert, daß Baron v. Andrian von Wien zum deutschen Gesandten in London, Hr. v. Raumer von Berlin für denselben Posten in Paris bezeichnet sei. Auch nach Petersburg soll bereits ein deutscher Gesandter ernannt sein, doch verlauten noch nichts Bestimmtes über den Betreffenden. — Die Herren der Linken, welche in der Sitzung vom 11. gegen den Antrag, den jetzigen Präsidenten der Reichsverfammlung eine monatliche Entschädigung von 2000 fl. anzusetzen, gestimmt hatten, veröffentlichen heute in der Reichstagszeitung ihre Namen; es sind im Ganzen 52, und darunter folgende bayerische Abgeordnete: Brunk, Christmann, Schmitt (von Kaiserslautern), Guthen, Reis, Fetzer (von Zweibrücken), Reichert (von Speyer), Suß (von Frankenthal). Zu meiner Verwunderung finde ich Titus von Bamberg nicht unter den Unterzeichnern.

Schleswig-Holstein. — Altona, 10. Aug. Nach glaubwürdigen Mittheilungen wird der Reichsminister Dr. Heckscher, wie man wissen will, von einem andern diplomatischen Bevollmächtigten begleitet, in diesen Tagen hier durch nach dem Hauptquartier reisen, um von dort aus in Gemeinschaft mit dem Zustand und Wassenstillstandes zu versuchen. Die beiden Herren stehen einander kampfgerüstet, saß nur durch die Königsau getrennt, gegenüber. (D. A. Z.)

Von der kroatisch-croatischen Grenze. — Die Wachrufe von einem Angriffe der Croaten auf Tschakanum war nun so mehr vorteilig, da die Croaten die Offensive zu ergreifen nicht im Stande haben. Die Nachricht von einem Angriffe hat wahrscheinlich ihren Grund in der Demonstration eines Streifkorps an der Warasdiner Drandraute, wobei die Ungarn die Flucht nach Tschakanum ergriffen. Uebrigens rüstet sich Croatien außerordentlich; in Warasdin und der Umgegend stehen folgende; die croatisch-slavonische Avantgarde bildende Grenzbataillone: 2 Bataillons Banatisten, 1 Bataillon Broder, 1 Bataillon Likaner, 1 Bataillon Ogulaner, 1 Bataillon Otwchaner, 1 Bataillon Slainer, ein jedes Bataillon pr. 2000 Mann, mit zulänglicher Artillerie und Congreveschen Raketen. Dazu eine Serefsaner Truppe, die Zahl derselben ist mir unbekannt, jedoch ist auch dieselbe bedeutend. Die Warasdiner Municipal- und Nationalgarde dürfte auch 1000 Mann mit einer Batterie aus zwei 12pfündner und einer 6pfündner zählen, wo bei Ihrem bestehende Macht ist noch zahlreicher aus Grenzer, Artillerie und Raketenbatterien. Die croatisch-slavonische Reiterei wird auf 16 bis 20 Eskadrons gerechnet. — Nach den antheatischen Nachrichten der offiziellen Zupanienbeschlußnahmen liefert die Warasdiner Zupania (Comitat) ein Contingent von 30,000, die Kreuzer von 20,000 und die Agramer von 50,000 Mann, welche Mannschaft seit Juni freiwig in den Waffen gestanden, und wenn auch nicht durchaus mit Musketen, so doch mit Jagdgewehren und für einen Kavallerieangriff mit Sensen gut versehen ist. Wir erwarten täglich eine Entscheidung. Von den Croaten haben wir nichts zu befürchten, wohl aber von den Tschakanumer Räubern. Wie man hört, so sind die Serefsaner nicht mehr zu bändigen von ihren Kommandanten, dieselben wollen, wie sie sagen, die croatisch-slavonische Militärkasse plündern und von Osen nach Agram bringen. (Grätz. Ztg.)

Bukarest. Nachrichten aus Jassy zufolge ist der dortige Metropolit an der Cholera gestorben. In unserer Hauptstadt haben ihre Verheerungen gänzlich aufgehört. Die provisorische Regierung ist fortwährend mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Wahlgesetzes für die Deputirtenwahl zu dem bevorstehenden Landtage beschäftigt. Zum Empfange der türkischen Commissäre Soliman Pascha und Talaat Effendi werden in der Hauptstadt große Feierlichkeiten vorbereitet.

Vermischte Nachrichten.

(Wer twärziger deutscher Styl.) Die Ulmer Schnellpost berichtet, daß am 31. Juli ein Leichnam aus der Donau gezogen worden sey, und bemerkt dabei: „Der Leichnam scheint einem jungen Zeitungsschreiber anzugehören." Dieser interessanten Eigenthümlichkeitsbezeichnung selbst zur Nichte werde, als die Zusammenzug: der Eigenthümer dieses Leichnams solle sich melden. (Allm. Chr.)

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Verschollenheit des Jakob Königbauer von Walleshausen betreffend.

64. Nachdem der Müllersohn Jakob Königbauer von Walleshausen innerhalb der ihm unterm 14. Juni v. Js. vorgesetzten Frist keine Nachricht von sich gegeben, so wird derselbe hiemit als verschollen erklärt, und sein Vermögen ohne Kaution an dessen dermalen Präsumtionserben hinausgegeben.

Landsberg am 8 August 1848.

Königl. Landgericht Landsberg.
D. l. s.
Dreyer.

Bekanntmachung.

68. Anton Abt, Wagner in Tiefenbach, hat sich der Verwaltung seines Vermögens begeben, und freiwillig der Curatel seines Bruders, des Krämers Joseph Abt von dort, unterstellt. Dieses wird mit dem Anhange zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß ohne Vorwissen und Zuthimmung des Joseph Abt, Anton Abt kein rechtsgiltiges Geschäft eingehen kann.

Illertissen den 8. August 1848.

Königl. Landgericht Illertissen.
Ott.

Bekanntmachung.

Schuldenwesen der Frau
Helena v. Fabris betr.

66. Unterm 7. Juli laufenden Jahres wurde das im Landgerichtsbezirke Kelheim gelegene Anwesen der Frau Majorswittwe Helena v. Fabris zu Bieshausen behufs der Versteigerung öffentlich ausgeboten, und zu diesem Zwecke auf Donnerstag den 7. September h. Js. Vormittags 9 Uhr im Schlosse zu Bieshausen Tagfahrt anberaumt.

Die Frau Schuldnerin hat nun mittlerweile eine Nichtigkeitsbeschwerde und ein eventuelles Restitutionsgesuch angebracht, weßhalb die Versteigerung am 7. Sept. unterbleibt, und der Versteigerungstermin bis auf weiters vor der Hand suspendirt wird.

Kelheim den 9. August 1848.

Königl. Landgericht Kelheim.
Miesch,
Landrichter.

Bekanntmachung.

Ursula Hyperl'sches Deditwesen betr.

67. (2 c) Nachdem bei der in rubrizirtem Betreffe angesetzten ersten Versteigerungstagfahrt das gelegte Meistgebot den Schätzungspreis nicht erreicht hat, so wird auf Antrag der Liebhaber zum Behufe der Ursula Hyperl'schen Salzermeisters-Namens neuerdings Termin auf

Montag den 11. Sept. l. Js.
früh 10 – 12 Uhr

anberaumt, wozu Steigerungslustige unter Hinweisung auf die bekannt gemachten vom 19. April l. Js. (siehe Nainer und Neuburger Wochenblatt, dann das Kreis- und Intelligenz-Blatt von Schwaben und Neuburg) mit dem Bemerken geladen werden, daß der Hinschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolge.

Neuburg am 4. August 1848.

Königl. Landgericht Neuburg.
D. l. s.
v. Reindl.

Bekanntmachung.

50. (2b) In Folge hoher und allerhöchster Ermächtigung sollen die zu dem vormals v. Berks- und Auerwed'schen, jetzt aber Kratzlichen Brauanwesen Nro. 1031 Al. s in der untern Thalgasse dahier gehörigen Gebäulichkeiten und entbehrlichen Utensilien, wie solche nachstehend verzeichnet sind, der Veräußerung im Wege des öffentlichen Aufstrichs unterstellt werden. Dieses Anwesen ist detaxirt zum Lokal-Stadienkond mit jährlich 13 fl. 20 kr. Ziegelgeld, zur Hindel- und Waisenkasse-Stiftung Nürnbergs von der Dungstätte mit 1 fl. Platzzeld, besteuert mit 10 fl 25 kr. Haus-, und 1 kr. Kunstkaufsteuer in Simpto. Kaufslustige haben noch auf demselben das ausschließliche Hofrecht im Gebäude Reichswahre, zur Zeit bestehend in 4 Maß Scheid- und Prügel-Holz, 3 Maß Stockholz und 100 Stück Wellen, wofür die herkömmliche Hofbrodschließer nebst dem östlichen Hauerlohne und Plantgelter an das königl. Rentamt Erlangen entrichtet werden muß.

Zur Vermeidung allenfallsiger Mißverständnisse wird ausdrücklich erläutert, daß die Brangerechtigkeit nicht mehr mit dem zu verkaufenden Anwesen verbunden, sondern vielmehr von solchem abgetrennt und anderwärtshin transferirt ist, es dürfte daher der verkäufer ohne Braurecht bestehende Gesammtkompler besonders jenen laufenlustigen Brauern von Nürnberg zu empfehlen sein, welche durch derzeitige Lokalitäten in ihrem disherigen Fabrikationsbetrieb beschränkt worden, und deßhalb ihrem Geschäfte eine größere Ausdehnung zu geben wünschen.

Im Falle jedoch von Steigerungslustigen darauf Werth gelegt werden wollte, die Brauhaus-gebäulichkeiten getrennt von den innern Einrichtungen und Geräthschaften, sonach ohne diese zu erwerben, so wird solchen zur vorläufigen Kenntnisnahme bemerkt, daß bei annehmbarem Gebund auch auf diese Verkaufsart von Seite des Aerars nach Umständen reflektirt werden wird.

Zum Verkaufe ist nun Termin auf

Montag den 21. August d. Js.
Vormittags 9 Uhr

in den Geschäftslokalitäten des unterfertigten königl. Rentamts anberaumt, wozu Kaufsliebhaber mit dem Beifügen einzuladen werden, daß sich ausmärtige oder sonst der Lizitationskommission unbekannte Steigerer über ihre Zahlungsfähigkeit glaubhaft auszuweisen haben. Ausweitpreis und Kaufbedingnisse werden bei der Steigerungstagfahrt bekannt gegeben, letztere liegen jedoch sowohl in der Registratur der königl. Rentamts-Finanzkammer zu Ansbach als in der diesseitigen Kanzlei zur Einsicht dahin bereits von den Interessenten täglich eingesehen werden. Die Besichtigung der sämmtlichen Verkaufsgegenstände kann auf Anmelden bei dem unterfertigten königl. Rentamte stattfinden.

I. Beschreibung
des königl. Brauanwesens zu Nürnberg in der untern Thalgasse mit Haus-Nro. 1031 Sebalder Seite, dann des großen Stadels am Eck der obern und unt. rn Thalgasse ohne Hausnummer.

A. Die Wohn- und Brauerei-Gebäude enthalten folgende Lokalitäten:

1. Das Wohngebäude links des Haupteinganges ist 3 Stockwerk hoch, massiv erbaut und doppelt mit Ziegeln eingedeckt.

Dasselbe enthält:

Im Souterrain: 1 gerämigen Keller.
Zu ebener Erde: 1 Vorplatz, ein besonderes Zimmer mit 1 Kabinet, 1 Küche mit Kochofen und 1 kleine Kammer.
Ueber 1 Stiege: 1 Vorplatz, 1 heizbares Zimmer, 1 Küche, 1 kleine und 1 große Kammer (letztere jedoch in der Mittelwand eingetheilt), dann über 2 Stiegen ebenso und unter der Dachung einen Boden.

2. Das Nebengebäude rechts des Haupteinganges, dessen Umfangsmauere massiv, und die Mittelwände von Fachwerk erbaut sind, enthält:

Im Souterrain: 1 gerämigen Keller zum Malzmaschen.
Zu ebener Erde: Unter einem außen im Hof angebauten Futdach, unter welchem sich der Brunnstiefel und Malschbottig befindet, eine große Flaschammer und ein Pferdestopel zum Wasserpumpen.
Ueber 1 Stiege: der Malzschoß einen Gerstenboden unter dem ganzen Gebäude fortlaufend.
Ueber 2 Stiegen: 1 Vorplatz, 2 heizbare Zimmer, 1 Küche, 1 Speis- und 1 Magdkammer, 1 Lokal, als Haberboden benützbar und 1 Abtritt.
Unter der Dachung, welche mit Ausnahme einer kleinen Fläche doppelt mit Ziegeln eingedeckt ist, 4 übereinander liegende Böden.

3. Der Mittelbau, welcher 4 Stockwerk hoch ist, von welchem die 3 untern massiv und der oberste von Fachwerk erbaut sind, enthält:

In ebener Erde: das Kühl- und Gährlokale.
Ueber 1 Stiege: 1 großen Malzennen und über 2 und 3 Stiegen 2 Böden, dann unter der doppelt mit Ziegeln gerecketen Dachung noch 3 Böden übereinander.

4. Der Hinterbau, gleich den Mittelbau 4 Stockwerk hoch erbaut, wovon 3 massiv und der 4. von Fachwerk erbaut ist, enthält:

Im Souterrain das Holzgewölbte zur Malzdörre.
Zu ebener Erde: 1 Vorplatz mit eingebauter Malzdörre, dann rückwärts eine Stallung auf 4 Pferde.
Ueber 1 Stiege: 1 Vorplatz mit der Dörre und rückwärts die Kammer für die Brauknechte.
Ueber 2 und 3 Stiegen: 1 Rühr- und 1 Malzboden.
Unter der doppelt gedeckten Ziegeldachung einen Boden für Heu.
Diese vorbezeichneten Gebäude schließen 3 Hofräume ein, zu welchen man vermittels zweier Einfahrtsthore gelangen kann. Im vordern Hof befindet sich der Pumpbrunnen, dessen Wasser von vorzüglich guter Eigenschaft ist, dann im Hinterhof noch ein kleines Stallgebäude und eine zweite Kühle unter einem Futdach angebracht. Das Stallgebäude enthält einen Stall für 1 Pferd und 1 hedrare knechtstube, dann darüber 1 Kammer und Heuboden.
Die Dungstätte in der oberen Thalgasse auf städtischen Grunde.

B. Der Stadel, welcher von 3 Seiten freisteht, ist 4 Stockwerk hoch, im untern ganz massiv, in den obern Stockwerken aber, mit Ausnahme der Seite gegen die Thalgasse, von Fachwerk erbaut, und enthält:

In ebener Erde: 1 großen Raum zur Niederstrigung von Fässern und Wägen, dann darüber 3 Böden.
Unter der doppelt mit Ziegeln eingedeckten Dachung noch 4 übereinander liegende Böden.

II. An Utensilien kommen zum Verkauf:

1. Ein Braukessel, 124 Eimer enthaltend.
2. Ein Maischbottig von Eichenholz.
3. Die nöthigen Bierröhren mit messingen Hähnen, mit kühlkasten und blechernen in die Bährbottige laufenden Röhren.
4. Zwei Wechen, eine von Holz, eine von Stein, sowie
5. Überhaupt die meisten zu einer vollständigen Brauerei gehörigen Einrichtungen und Geräthschaften mit Ausnahme der Handpumpe und der Gährbottinge, dann
6. sonstiges verschiedenes Mobiliare, unter welchem die große Bolzwage mit Ketten und den nöthigen Brettern befindlich ist.

Ein Verzeichniß der sämmtlichen zum Verkaufe gelangenden Objekte liegt gleichfalls bei dem unterfertigten königl. Rentamte zur Einsicht auf.

Nürnberg, am 25. Juli 1848.

Königl. bayer. Rentamt.
v. Polschhuber.
Schmidt, Oberschreiber.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 42.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Zweimonatlich 1 fl. 36 kr.

Mittwoch den 16. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14.
Insertionsgebühr: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

Die italienische Kriegsfrage.

** Die deutsche Reichsversammlung hat die neuen Zentralgewalt es anheim gegeben, Deutschlands Haltung in der italienischen Kriegsfrage zu bestimmen, in der Erwartung, daß dieselbe die Ehre und die Interessen Deutschlands wahren werde. Der Reichsministers des Aeußern, Hr. Heckscher, hat darauf erklärt, daß das Reichsministerium, von der hohen Wichtigkeit der Frage durchdrungen, zu dem Entschlusse gekommen sei, entschieden dahin zu wirken, daß diese Frage friedlich und zugleich in einer der Würde und dem Interesse Deutschlands entsprechenden Weise gelöst werde.

Der Augenblick ist jetzt gekommen, wo Deutschland in einer großen Frage zum ersten Mal berufen ist zu zeigen, daß seine Einheit kein Ausdruck sondern etwas mehr ist als ein leeres Wort ohne Inhalt, daß es entschlossen ist, Alle für Einen und Einer für Alle einzusetzen, wo es die Wahrung unbestreitbarer Rechte, hochwichtiger Interessen der gesammten Nation wie eines einzelnen Gliedes derselben gilt.

Jetzt ist es an der Zeit, daß die Presse sich zeige als der wahre Ausdruck der Gesinnung und der Wünsche des Volkes, daß sie ihre volle Aufgabe begreift, und die Interessen des Vaterlands richtig würdigt. Gestützt und getragen von dem überall hervortretenden freien Ausdruck der öffentlichen Meinung, von der Zustimmung derselben, werden die Worte und Akte der Reichszentralgewalt eine doppelte Kraft und Wirkung haben. Als im J. 1840 fast die gesammte deutsche Presse, mit den Regierungen Hand in Hand, in patriotischem Sinne gegen die aus Neue hervortretenden französischen Eroberungsgelüste sich erhob, da sagte man zu Paris: die Stimme gesitteter Zeitungen könne nicht als Ausdruck der Volksmeinung gelten. Wir müssen diese schnöde Abfertigung hinnehmen, denn ein Widerspruch wäre in gesitteten Blättern wäre natürlich wirkungslos gewesen. So hatten die Regierungen Schaden und das Volk die Schmach der Gesittung zu tragen.

Jetzt ist die Lage gefallen, um nie wieder aufzurichten; die deutsche Presse ist frei; jetzt kann man, was die Franzosen ein libre tonnerroir nennen, ihr nicht mehr entgegensetzen; ihre Stimme muß und wird Beachtung finden und Wirkung thun.

Mit Freuden begrüßen wir die bereits von einer großen Zahl der angesehensten und charaktervollsten deutschen und darunter auch bayerischen — Blätter kundgewordenen Meinungsäußerungen über die italienische Kriegsfrage. Wer sie kußen dieselben mit Freuden, weil sie den Beweis geben, daß die unselige Sentimentalitätsdoktrin, jener matte, armselige und uns arm machende Kosmopolitismus, den wir mehr als einmal schon als das Unheil unserer Nation bezeichnet haben, endlich einer praktischeren Auffassung politischer Fragen vom Geschichtspunkte der Interessen aus Platz macht. Tönen uns auch noch von der Spree und vom Main — aus dem Sitze der Reichsversammlung selbst — unreinzelne Stimmen entgegen, die uns noch einmal mit Vorliebe des alten Liedes in den Schlaf einzulernen versuchen, und die Fortsetzung jenes Versöhnungs- und Verbrüderungsfestes predigen, nach welchem wir nichts Besseres zu thun hatten, als den Fremden, der uns den Mantel abnehmen wollte, auch noch um die Herbeischaffung, denselben und eigenem Aurrüste zum Geschenke zu machen, und vielleicht auch noch Rock und Hemd hinzuzusetzen, so sind dies allerdings bedauerliche Mißklänge, die aber zu schwach sind, den mit Macht hervortretenden Einklang der Mehrheit stören zu können.

Ueber unsere eigene Ansicht kann wohl niemand in Zweifel sein, der der ganzen Richtung unseres Blattes seit seinem Entstehen aufmerksam gefolgt ist. Unter dem dreifachen Gesichtspunkte des Rechts, der Ehre und der Interessen Deutschlands müssen wir uns denen anschließen, welche verlangen, daß Oesterreich in dem rechtmäßigen Besitze seiner lombardisch-venezianischen Provinzen, die es soeben durch sein tapferes Heer den Planen eines treulosen Feindes wieder entrissen hat, nöthigenfalls mit der ganzen vereinigten Macht Deutschlands geschützt und erhalten werde.

Wir sagen ferner: es darf nie und nimmer zugegeben werden, daß der Franzose den Fuß auf lombardischen Boden setze, daß er sich, sei es allein, sei es mit England im Bunde, in eine Frage einmische, die ihn nichts angeht, zu welcher Einmischung diesen Fremden auch nicht ein Schatten von Recht zur Seite steht. Wir gehen noch weiter: selbst wenn Oesterreich — und manche der neuesten vom Wiener Kabinet gethanen Schritte lassen die Möglichkeit davon annehmen — die Lombardei trotz des errungenen Sieges noch an irgend wen und unter irgend welchen Bedingungen abtreten wollte, so darf Deutschland dieß nicht dulden, und müßte den letzten Mann und den letzten Thaler daran setzen, ein solches für Oesterreich nicht blos, sondern für ganz Deutschland im höchsten Grade verhängniß- und schmachvolles Ereignis abzuwenden, zu verhindern.

Wir wünschen und hoffen, daß es der Reichszentralgewalt gelingen möge, die Frage auf friedlichem Wege zu lösen. Wir wünschen dieß, weil wir aufrichtige Freunde des Friedens sind, weil wir diesen Segnungen zu hoch anschlagen, als daß es uns einfallen könnte, leichtsinn dieselben aber Bord zu werfen. Wir sind auch überzeugt, daß der Friede Deutschlands und Europas keine Gefahr laufen wird, sobald nur der Reichszentralgewalt mit der Ruhe und Festigkeit, welche das Bewußtsein der Kraft gibt, das rechte Wort zur rechten Zeit und am rechten Orte spricht, wie wir zu ihr vertrauen, daß sie dies thun werde. Wenn Deutschland im Glauben seines Bundesgliedes Oesterreich und im eigenen höchsten Interesse seinen unerschütterlichen Entschluß kundgibt, kein Jota von seinem guten Rechte zu opfern, so möchten wir sehen, wer es wagte, sich daran zu vergreifen, und wäre es selbst das so gewaltige Frankreich, dessen Macht wir durchaus nicht zu gering anschlagen. Wir wollen den Frieden, aber einen Frieden, der auch mit der Ehre Deutschlands vereinbar ist: blieb und nur die Wahl zwischen beiden, so könnte diese keinen Augenblick zweifelhaft sein.

Wir glauben mit Bestimmtheit sagen zu können, daß diese Gesinnungen von der weitaus überwiegenden Mehrheit des bayerischen Volkes getheilt werden. Was Bayerns Regierung anbelangt, so hat sie zu einer Zeit, wo andere noch gar nicht daran dachten, für Deutschlands Recht und Interessen zu in die Schranken zu treten, bereits ihre echt deutsche Gesinnung durch Thaten kundgegeben. Ihre Haltung kann jetzt in der Lurembarger Frage, wo sie selbst gegen die Wünsche der beiden Großmächte auf Entschädigung drang und deren Gewährung endlich auch durchsetzte; ihr entschieden thätiges Auftreten in der schleswig-holsteinischen Frage, wo sie sich ganz allein zuerst im nationalen Sinne aussprach; die Entschiedenheit mit welcher sie vor Kurzem erst, selbst auf die Gefahr des Zwistes deutsche Bund irgend einen Schritt gethan, zu Thun und Laisdorf Blondes des Hofrats von Triest aufrief, alle diese Thatsachen geben uns das feste Vertrauen, und uns zuversichtige Burgschaft, daß sie auch jetzt in der italienischen Kriegsfrage jenen echt deutschen Sinn bethätigen wird, der sie bisher beseelte. Es liegt darum eine neue und zwar die beste Antwort auf die Verdächtigungen, die von französischer Tendenz, oft leider auch Zeitweilig von gewissen Seiten gegen sie so freigebig als unbegründet um sich wirft. Doch kommen wir auf die uns vorliegende Hauptfrage zurück.

Werfen wir einen Blick auf den Rechtspunkt in der Frage. Um was handelt es sich? Wo sind die Rechtstitel für Frankreich und England, sich in die Verhältnisse der Lombardei einzumischen? Wie sorgfältig wir uns auch noch solchen umsehen, wie können unzgends welche entdecken. Wohl hat Oesterreich in der Lombardei gethan? Es hat einen durch ausswärtige Mächte angezettelten Aufstand auf seinem eigenen Gebiete mit Waffengewalt niedergeschlagen und den treulosen Sardenkönig, der durch Geld und Vorspiegelungen aller Art zu Bestreibung seiner Vergrößerungsgelüste diesen Aufstand hervorgerufen, dann durch förmlichen drauffuren Einfall unterstützt hatte, mit Schmach und Schande bedeckt wieder über die Grenzen gejagt. Oesterreich ist nicht angriffs- sondern rein vertheidigungsweise zu Werke gegangen. Es hat nicht anders gehandelt, als ein Hausbesitzer, der einem frechen Eindringling die Thüre weist. Oder will man etwa Oesterreich das Recht absprechen, einen König zu bekämpfen, der ihm ohne den mindesten Rechtsgrund den Krieg erklärte? Oder will Oesterreich sich die Gelaubniß von England dazu nachholen? Es weiß ist es mit Oesterreich, trog der zahlreichen Schwierigkeiten die es umlagern, gottlob und zum Heile Deutschlands noch nicht gekommen, daß sein Fortbestand in dieser oder jener Form, in diesem oder jenem Umfang von der Gnade der Fremden abhienge. Noch — sagen wir mit den energischen Worten des Feldmarschalls Radetzky — noch sind die Schwingen von Doppelaars nicht gelähmt, und das Schwert Oesterreichs hat gezeigt, daß es von guter Hand geführt, noch zu fürchten weiß. Noch — denken wir — wird es Oesterreich gestattet sein, im eigenen Hause auch das Hausrecht zu üben.

Wenn wir tagtäglich von London und Paris her so viel von dem Eifer sprechen hören, mit welchem man dort jetzt seine Vermittlung eintreten lassen will, so darf man doch, wie unser Pariser △ Korrespondent es schon gethan, billig die Frage stellen, wie es kommt, daß dieser Eifer jetzt auf einmal so glühend wird, wo der Sardenkönig in eine allerdings schimme Klemme gekommen ist, und es nur noch von der Gnade des österreichischen Doppelaars abhing, ob er ihn seinen Fängen entkommen lassen

wollte, oder nicht? Vor zwei Monaten, als Oesterreich Sache noch gefährdet erschien, als Oesterreich selbst zu freiwilliger Anerkennung auf dem Wege der Unterhandlung, selbst mit Verlust an Land und Leuten, Hand bot, dem Sardenkönig Vorschläge deßalls machen ließ, wurden diese Vorschläge schnöde zurückgewiesen. Haben denn Frankreich und England damals auch so großen Eifer gezeigt, den Sardenkönig zur Annahme der ihm gemachten Vorschläge zu vermögen? Haben sie ihm auch wie Einschreiten angedroht, wenn er in seiner Weigerung beharre? Wir haben nicht dergleichen vernommen. Schon damals schien für jenen Eifer gradezu zu fehlen; und wenn sie nicht dagegen zu erinnern hatten, daß Karl Albert in österreichischen Gebiet widerrechtlich einfiel, wer gibt ihnen jetzt ein Recht, Oesterreich an Züchtigung des verrätherischen Uebersalls durch Uebung des Wiedervergeltungsrechtes zu hindern? Wir möchten doch die sittlichen Rechtsgründe hören, die Frankreich für das Einrücken einer Truppen in die Lombardei anführen will; wir sagen die sittlichen Rechtsgründe, denn an Machtgründen, an Vermögen dazu muß uns die Mangel gebahl; zur Erreichung des Zweckes, den man einmal sich vorgesteckt, ist eben jedes Mittel gut. Was aber, sagen wir, würde Frankreich sagen, was würde es thun, wenn es einer andern Macht einfiele, einen ewnigen Aufstand der Andrer mit Geld und Waffen oder gar durch förmliche Einmischung mit einem Heere zu unterstützen? Es haben die Ardrer nicht auch eine eigene Nationalität, welche jetzt von den Franzosen buchstäblich unterdrückt wird? Wenn es ihnen je sehr um Freigebung aller Nationalitäten zu thun ist, warum fangen sie nicht bei sich selbst damit an, warum nehmen sie den Andern das denselben anferigte Joch nicht ab, und gehen dadurch den a dirn Völkern mit dem guten Beispiele voran? Oder denken sie etwa daran, Elsaß und Lothringen herauszugeben, deren deutsche Nationalität sie selbst nicht in Abrede zu stellen vermögen? denn Elsässer und Lothringer werden sich ihrer selbst immer noch als sogenannen „Deutsche" bezeichnet. Oder weil die italienische Nationalität zur besonderer Gegenstand ihrer Vorliebe ist, hören wir etwa von einer beabsichtigten Freilassung Korsikas von der französischen Herrschaft? Will England Helgoland oder Gibraltar, Rußland die deutschen Ostseeprovinzen räumen? Nein! nur Deutschland allein erkennt man sich, derzlestchen schamlose Zumuthungen zu machen. Frankreich hat gerade so viel Recht zum Einschreiten in Oberitalien, als wir in Algier. Wenn wir mit einem Heere dort erschienen wurden, würde Frankreich uns sein Heer entgegenstellen, um uns abzuhalten; es wird es wohl natürlich finden, wenn wir es nun eintretenden Falls auch so machen. Deutschland unterbricht keine Nationalität, und eben erst hat auch die Reichsversammlung die Achtung aller die auf deutschem Gebiete sich befinden, feierlich ausgesprochen. Kann Frankreich von sich dasselbe sagen?

Wenn Frankreich noch unter vorstehend angeführten Umständen doch eine schritte, so wäre das nur ein Beweis, daß es die unter Louis J. schon begonnene Politik fortsetzen will, wenn auch das Königthum der Republik Platz gemacht hat. Die Eroberungsgelüste sind noch keineswegs so erstorben in Frankreich, als man uns glauben machen will. Stets wir daher auf unserer Hut und trauen wir nicht dem trugerischen Scheine von schönen Versicherungen. Vor Allem wir man in Deutschland nicht abermals in den heillosen Fehler verfallen, der Welt vorzureden, daß man nemlich zuerst, wie es früher geschah, Oesterreich schwächen und fallen ließe. Nach Oesterreich käme Preußen an die Reihe und wir übrigen alle. Die ganze Politik Frankreichs war stets nur auf das „Theile und Herrsche" Deutschland gegenüber gegründet. Wenn wir gespalten sind, wird es dem Fremden leicht, uns einen nach den andern zu überlisten und alle zu schwächen und endlich zu knechten. Die Nationalbewegung liegt auf pluter Hand. Wer, der es mit dem Vaterlande ehrlich meint, oder der nicht in unheilbarer Verblendung befangen ist, könnte hiernach noch rathen, Oesterreich fallen zu lassen? Oder kann es Deutschland etwa gleichgültig sein, wer an seinen Südmarken feilstige: Oesterreich mit uns, oder Frankreich gegen uns? Sind die Letzten der Geschichte denn so ganz vergessen, daß man sie auch Neue außer Augen setzen wollte? Was Oesterreich schwächt, ist uns zu Boden von Kraft zur Feindschaft. Kann Deutschland seinen Bundesgenossen Oesterreich, sein eigen Fleisch und Blut, schwächen lassen, um den ohnedies schon so mächtigen gallischen Nachbar noch stärker zu machen? Und haben wir außer dem politischen und strategischen Interesse nicht auch noch andere hochwichtige Interessen, besonders des Handels, in Italien zu wahren? Eine Aufopferung auch dieses Punktes würde die Anerkennung sehr ohnedies schon so langen Artikels unmäßig erschweren. Auch springt dieser Punkt so klar in die Augen, daß es so vortsch schon besprochen worden, daß ein weiteres Eingehen auf denselben unnöthig ist. Wenn es Deutschland gleichgültig ist, ob ihm der Absatz seiner Fabrikate nach Italien, und der Weg durch Italien nach Venedig und dem Oriente, gesperrt und offen bleibe, dann mag es ruhig zusehen, daß die Lombardei in der Hände von Piemont oder gar von Frankreich komme. Wer will, daß Deutschland sich selbst verstümmle, der mag ihm solches anrathen. So weit — das gestehen wir — geht unsere Sorgfalt für die fremden Nationalitäten nicht, daß wir aus lauter Rücksicht vor denselben unserer eigenen den Todesstoß zu versetzen und herbeizuführen würden. Darum rufen wir noch einmal: Deutschland verlasse Oesterreich nicht, Oesterreichs Schwächung ist auch die deinige! Die Reichs-Centralgewalt wird thun, was ihres Amtes, ihre Pflicht ist.

Wir aber glauben klar und bestimmt genug gesprochen zu haben, um überall verstanden zu werden. Wir wiederholen zum Schlusse: wir wünschen friedliche Lösung der Frage; aber wenn Deutschland nur die Wahl bliebe zwischen dem Opfer des Friedens, und dem Opfer seiner Ehre, seiner höchsten Interessen, so würden wir in unserer Wahl keinen Augenblick zweifelhaft sein. Ein kräftiges Wort Deutschland wird am besten die friedliche Lösung der Frage gewährleisten. Dr. H.

Deutschland.

Bayern. ** München, 15. Aug. Die kgl. Regierung von Oberbayern hatte schon unterm 23. Juli bekannt gemacht, daß alle Gesuche um das Dentzschen für die Universum von den Abiturienten die im einkommenden Gesuchen ihre Erlebigung finden werden. Die Universität Würzburg hat als ihre Abgeordneten nach Jena gewählt: aus der Klasse der ordentlichen Professoren die HH. Djann, Lang, Hoffmann, dann den außerordentlichen Professor Hildebrand und den Privatdozenten Sigmund. Dieselben werden ihre Reisekosten nicht vom Staate, sondern aus dem Stiftungsvermögen der Universität vergütet erhalten. Zum Rektor der Universität wurde für 1848/49 gewählt Professor Dr. Djann, und zu Senatoren für die Jahre 1848 bis 1850 die Professoren Helm, Albrecht, Marx und Rumpf. — In Nürnberg wurde am 13. von Seite der königl. Landwehr eine patriotische Nachfeier des 6. August abgehalten.

* Bamberg, 12. August. Zu dem Interessanten von hier, das der Brief vom 7. d. andeutete, gehört wohl vorzugsweise die völlige Auflösung der demokratisch-republikanischen Partei und ihrer radikalen Presse in Bamberg. Letztere, die Zeitungen Dümpfer und Krüger sind fortgeschickt oder verpachtet oder entstehen, jene Blätter eingegangen, die ganze Partei verschwand; sie versteckt wie Spren und „Hecksering." Hr. Diegel, der von Nürnberg ausgewiesen hier gute Kameradschaft zu finden hoffte, erhielt auch hier Anweisung, und wanderte alsbald Main abwärts. Dr. Brendel, Assistent in der chirurgischen Abtheilung des hiesigen Krankenhauses, Hauptkämpe gegen Eisenmann, Stifter und durch sich selbst gewählter Vorsteher des sogenannten Vereines der Humanen, der, in seinem Eifer für das bestimmt politische Staubrudsbekenntniß, vom Mitgliede zum Gegner, um unter diesem breiten Mantel des Indifferentismus die republikanischen Wühler bequemer zu bergen, erhielt gleichfalls den guten Rath der Behörde, sich zu entfernen; er wollte zwar dagegen Beschwerde erheben, fand aber zur rathsamer deß zu unterlassen und abzureisen. Der „Volksverein" hat sich nach zwei im einem Vierteljahr gehaltenen ironischen Versammlungen, zehn Mitgliedern herabgewürdigt. Im Würzburg, wo sogenannte Vereine ein Wahrheitsfreund, wurde von Stadtgerichte in Untersuchungshaft genommen, nachdem die wider ihn eingeleitete Generaluntersuchung durch Erkenntniß des Appellationsgerichtes von Oberfranken in Spezialinquisition umgewandelt worden. Er ist mancherlei Preßverbrechen und anderer Dinge angeklagt. Das Blatt erschien noch einige Tage von einem „Setzer" redigirt, dann verweigerte die Besitzerin der Druckerei, in der es gedruckt, auch auf polizeiwarten Ursachen den Fortdruck. Der „Freund" ist verschieden. Der seit vielen Jahren aus „administrativen Erwägungen" quieszirte Landgerichtsassessor von Reider, bekannt durch die Anträge auf Besitzverbot, mit welchen er jede Ständeversammlung zu Aergernis ober Heiterkeit überschwemmte, wurde wegen Majestäts- und Amtsehrenbeleidigung von anderer Bergehen, die er durch sein hier gegründetes Blatt „Zuschauer in Franken" beging, vom Appellationsgerichte ebenfalls in Spezialuntersuchung gestellt und sofort in Haft gebracht. Das Blatt, ein merkwürdiges Konglomerat von Unsinn, Rohheit, Frechheit jeder Art, hörte auf. Der Redakteur des „fränkischen Merkur" Karl Heger fand sich wie man sagt aus dringenden Gründen veranlaßt, Bamberg plötzlich in aller Heimlichkeit zu verlassen; er soll den Sitz seiner Zeitung nach Frankfurt — wahrscheinlich um sich der mit seinem Freunde Hrn. Tuez zu besprechen — dann nach Bamberg eingeschlagen haben. Das Blatt, früher eine der geschrftetsten politischen Zeitungen, war unter ihm und seiner Eigenthümerin, Frau v. Ecker Eschofen, eines der entschiedensten Organe des grassesten Kommunismus und der radikalsten Republik geworden, so zwar, daß saß alle seine Leser anderen politischen Glaubens es abbestellten und zurückwiesen. Frau v. Ecker Eschofen sieht es nach kurzer Zeit auch Heger's Entfernung fort, dann wurde dem Blatte zum eröffnet, wassen wegen „längeren und unverantwortlicher" Abwesenheit des Redakteurs genehmigt, es „temporär" einzustellen. Die Eigenthümerin war inzwischen auch schnell abgereist, und Druckerei und Pressen wurden auf Antrag von Gläubigern zu deren einstweiliger Sicherheit vom Stadtgerichte unter Siegel gelegt. — Gerichtliche Haussuchung fand in der Wohnung Heger's statt, von welcher er eben davon gegangen war; — soll manchertei weil hervumliegende Korrespondenzen gefunden haben. — Gleichzeitig mit diesen unerwarteten Reisen ergab sich endlich noch die eben so unerwartete stille Abreise des praktischen Arztes Dr. Heinkelmann. Am hiesigen Irrenhause angestellt delirirte er mit am heftigsten für die demokratische Sache, war auch der sogenannte Abgeordnete des hiesigen demokratischen Vereins — zu welchem er mit seinen Freunden Claus, Perl, Schlumbach, Ulrich, den somit so harmlosen hiesigen Bürgerverein umschaffen wollte, — bei dem Frankfurter Demokratenverein, und intim mit dem Redaktionspersonal des fränkischen Merkur. Er soll so auch mainabwärts gepilgert sein, und wenig Neigung zur Rückkehr haben; seine Stelle am Irrenhause hat der Magistrat bereits wieder besetzt. — Gewiß ist jedenfalls in aller Beziehung und für alle unmittelbaren Rollenträger dabei und

deren Familien höchst klglicher Ausgang der Bamberger Demokratie ein recht schlagender Beitrag zur Geschichte der Wühlerei und Umsturzumgriffe, ihrer Personen, Mittel und Wege in Deutschland. Besonders bewundernswerth aber ist der Muth, welchen die diese Häupter, Wortführer und Vorkämpfer bethätigen, wenn die Macht des Gesetzes ihnen gegenüber tritt. Dann ergreifen sie schleunigst die Flucht, um ihm zu entgehen, verkrichen sich in verborgene Schlupfwinkel, oder ziehen heuchlerisch das Bußergewand an, und suchen, doppelte Verräther an ihrem Vaterlande, auf heimlichen Schleichwegen ihr heilloses Ziel zu erreichen, aus dem dunklen Hinterhalt ihre Geschosse gegen Andersdenkende mit Meuchlermanier führen. Es ist daß nur saubere Nachahmung der Handwurgwerse ihrer Koryphäen: Herwegh, Hecker, Struve, Heinzen machten es gerade so. Und deßhalb mögen denn auch die wahrhaft freigesinnten Männer immerhin fest zusammen halten, treu auf der Wacht stehen, den wenn gleich besiegten Feind nicht für gänzlich vernichtet ansehen, und nur gemüthlicher Ruhe sich hingeben, sondern stets wohlgerüstet und kampfbereit bleiben für heroische Ehre und Rechtsacht, Recht und Gesetz. Wahrscheinlich und hoffentlich kommen die erwähnten Untersuchungen zur Aburtheilung vor die neuen Assisen, und bilden dann sogleich einen recht anziehenden gewichtigen Anfang dieses Verfahrens. — Zum Schlusse noch ein hübsches Geschichtchen. Neulich kam mit der Adresse von Wiesbaden ein Paket hier auf unter der Adresse an den demokratischen Verein zu Bamberg. Der Postbote trug es zu verschiedenen Personen, die ihm nach den früheren Plakaten und sonstigem Verhalten als Demokraten bezeichnet waren; allein überall wurde die Annahme des Packes, mitunter in ziemlicher Entrüstung über solche Zumuthung verweigert; endlich kam der Postdiener zu Hrn. L., und auch hier sehr derb abgewiesen, da dem Vorsteher des Bürgervereins; dieser schickte ihn noch barscher damit fort, und so kam es zu Anzug, bei dem Postamte feierlich zu protestiren, daß man dem Bürgerverein die Annahme von Zusendungen unter solchen Adressen zutrauen wolle. . . .

Schleswig-Holstein. Apenrade, 8. August. Am heutigen Tage ist der Oberstlieutenant v. Treuschke, Flügeladjutant Sr. Maj. des Königs von Sachsen, im Hauptquartier angelangt. Kurz vorher war der russische Hauptmann Simon angekommen. Die Sendung beider Offiziere bezieht sich dem Vernehmen nach auf den Zutritt der Herzogthümer aus den entsprechenden Bundesländern. Die Nassauer und Frankfurter werden, 4 bis 5000 Mann stark, bereits den 11. d. in Altona erwartet. Der Ankunft sächsischer Truppen kann man gleichfalls binnen Kurzem entgegensehen, und somit beginnen die Zusicherungen, welche der Reichskriegsminister, General Peucker, erstheit, sie zu verwirklichen. Diejenigen, welche an dem Zustandekommen einer gemeinsamen Maßregel dieser Art gezweifelt, werden binnen Kurzem eines Bessern belehrt sein, und mit Freuden begrüßen wir darin die Verwirklichung der Idee eines einigen und in seiner Einigkeit starken Deutschlands. (S.-H. Z.)

Altona, 10. August. Die beiden Heere stehen einander kampfesgerüstet, soll man doch den Kriegsruf vernehmen. Heute Morgen sind Frankfurter hat eine Verzögerung erfahren, ist aber nicht, wie sie gestern gerüchtweise behauptet worden, kontremandirt worden. Vielmehr werden morgen um 2 Uhr Nachmittag 1039 Mann Frankfurter in Harburg ankommen. — Mit dem heutigen Eisenzuge wurde hannöverscher Geschütz nebst dazu gehöriger Mannschaft, Gespannung und Munitionswagen nach Hamburg befördert. Die Herren Artillerie-Offiziere Faber und Semper sind nun auch aus Frankfurt a. M. zurückgekehrt. (B.-H.)

Neumünster, 8. August. Die mit dem gestrigen Nachmittagszuge hier angekommenen oldenburgischen Reservetruppen aus 4 Stück Geschütz, 12 Munitions- und Bagagewagen und einem Krankenwagen sind heute Morgen nach dem Norden abgezogen. Der in diesen Tagen hier durchgereiste nassauische Major ist zum Hauptquartier angekommen und dort als Adjutant des Oberbefehlshabers gebieten, wogegen ein nassauischer Laudwehrmann mit Besehlen wegen Leitung der Truppen zurückgekehrt ist. (H. E.)

Hannover. Hildesheim, 8. August. Heute Morgen hat der Professor Michelsen aus Kiel auf dem Bahnhofe in Lehrte auf eine traurige Weise seinem Leben ein Ende gemacht. Er warf sich vor eine heranfahrende Lokomotive, wodurch ihm der Kopf mit furchtbarer Geschwindigkeit vom Körper getrennt wurde. (Hdl. Z.)

Preußen. Der König von Preußen ist in Koblenz am 12. d. M. eingetroffen, um den Reichsverweser zu empfangen und ihn nach Köln zu begleiten.

* Berlin, 10. August. Die von der Zentralgewalt an Preußen ertheilte Vollmacht zur Abschließung des Waffenstillstandes mit Dänemark stellt neue Bedingungen auf, deren eine darin besteht, daß die beiden Herzogthümer von den deutschen Truppen unter dem Commando Wrangels besetzt bleiben. Hr. v. Usedom wird, wie man sagt, mit der Führung der diesfälligen Unterhandlungen betraut werden.

Der interimistisch kommandirende General des 5. Armeekorps in Posen hat eine Bekanntmachung erlassen, nach welcher die Landwehrbataillone in ihre Heimath entlassen werden, da sich im Großherzogthume in der letzten Zeit nichts zugetragen hat, was eine neue Störung der öffentlichen Ruhe besorgen läßt; übrigens sei aber für jeden die öffentliche Ruhe störenden Vorgehalt eine nach hinlängliche Truppenmacht vorhanden, um derartigen Vorgriffen kräftig entgegentreten zu können.

Oesterreich. — Der Sieg des Kaisers in Wien hat am 12. vom herrlichsten Wetter begünstigt unter unbeschreiblichem Jubel der ganzen Bevölkerung, der Nationalgarde und der Truppen stattgefunden. Näheres in unserer morgigen Nummer. — Der Minister des öffentlichen Unterrichts hat angeordnet, daß auch die österreichischen Universitäten den Jenaischen Professoren-Kongreß besuchen sollen.

Wie Provinzialschriften aus Galizien melden, soll das dortige Landvolk, welches in Folgedich den Bauernkrieg für das Russenthum gegen die ungarische Absonderung erblickt, bereit sein, im Falle der Krieg zwischen Ungarn und Kroatien zum vollkommenen Ausbruche kommen sollte, einen Einfall in Ungarn zu machen, wo dann auch die slovakischen Bewohner Nordungarns sich erheben werden.

Italien.

Ein Bericht des schweizerischen Generalkonsuls von Mailand vom 8. d. bestätigt die von uns mitgetheilten Nachrichten. Alle Waffen müssen abgeliefert werden; da aber viele schweizerische Kanoniere mit Waffen Handel treiben, so hat der Konsul gegen diese, daß Eigenthum der Kanoniere schwer bedrohende Maßregel reklamirt. — Es werden keine Zeitungen nach Mailand gelassen und man weiß daher in der Stadt nicht, was außerhalb vorgeht. Das reguläre Militär der Lombardei, gegen 20,000 Nationalgarden und sehr viele Familien, sind mit der sardinischen Armee nach Piemont gezogen. (Eidg. Z.)

Frankreich.

** Paris, 12. Aug. Der „Moniteur" enthält einen Artikel über die auswärtige Politik Frankreichs, der aufs Neue die sichere Erwartung aussprecht, daß die Vermittlung Frankreichs und Englands die Herstellung des Friedens in Italien erreichen werde. Aber außerdem wird auch noch die Schleswig-Holsteiner Frage berührt und ihr Mißverhältniß dem dortigen Kampfe um „verhältnißmäßig untergeordnete" Interessen zieht Zu setzen erklärt. „Wir werden das bezeichnete Attentat vollständig nachtragen.) — Man kennt bereits hier den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Radetzky und Karl Albert auf die Dauer von 45 Tagen, und glaubt die Vermittlung werde dadurch erleichtert. Hr. v. Schätzer, der österreichische außerordentliche Abgesandte ist von London zurück hier eingetroffen. Ein Gerücht läßt Karl Albert zu Gunsten seines Sohnes des Herzogs von Savoyen die Krone niedergelegt haben. So viel scheint schon fest zu stehen, daß auf dem Kürzesten der Franzosen in Italien nichts wird, und daß es nur einiger Festigkeit von Seite Deutschlands bedarf, um den Vorkehrungen, die auch Oesterreich die Lage zeigt in Händen hat, auch zu bewähren. Die englisch französische Vermittlung wird darauf hinauslaufen, lediglich die Integrität von Piemont zu wahren. Auch die Sprache der englischen Blätter deutet dies klar an. Das sieht jedermann ein, daß man Oesterreich jetzt keine Gebietsabtretung zumuthen, noch viel weniger eine von ihm erlangen kann.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

(Weitere Ernteberichte aus Bayern.) Im Regierungsbezirke Schwaben und Neuburg ist die Getreideernte des heurigen Jahres für alle Gattungen der Vorstriche, um allenthalben eine überreiche — man darf sich kaum eines Ausdrucks zu bedienen — Fruchtbarkeit. Dies wird durch amtlich gemachten Erhebungen. Dazu kommt, daß der Kernbetreide überall so glücklich als man nur wünschen konnte in Bälgen, Korn, Roggen und zum Theil auch in Gerste bereits eingethan worden ist. Der Gemeinden, welche durch Hagel beschädiget wurden, sind verhältnißmäßig nur wenige, und auch diesen litt die Gerste und der Haber nicht beachtenswerth. Ihre Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg darf und kann man daher behaupten, daß jenem Getreidemangel und jener übermäßigen Steigerung der Getreidepreise, sollte im Mangel an Getreid gefolgert werden wollte, vorgebeugt ist, und aufstehen sollen auch noch berücksichtige Vorräthe älteren Getreides bei Privaten sich vorfinden. Die öffentliche Stimmung beträchtet nichtmehr — und das Tzeboid der Schranne bewährt sich Tzeitlich ferneie als nicht unbegründet — das die Getreidepreise zu tief, nämlich unter jenen Werth herabsinken möchten, der der Produzent gestiftet wissen muß, um die nöthige Grundrente gewährleistet zu sehen.

Aus Oberbayern liegen von allen Seiten Berichte vor. In denselben wird der Erzdruck der heurigen Aernte allenthalben als ein sehr günstiges, selbst in jenen Gegenden erschildert, wo sich die Besorgnisse wegen klimatischer Verhältnisse weniger mit dem Getreidebaue beschäftigt; jenoch durch die bisherigen guten Fruchte angeregt, angefangen hat, mehr Grund und Boden in Ackerland umzuwandeln. Bei der heurigen für den Getreidbau durchgehends günstigen Witterung, als Aernte überall früher angefangen, um ist dort gegenwärtig im bayerischen Oberlande im vollen Gange. Der Körnerertrag wird nicht minder, wie die Menge des Halmes als vorzüglich eingelig geschildert. Dazu kommt noch, daß sich noch mitgrade die Kartoffelstaudheit gezeigt hat, obwohl verbreitet man sich von dieser für die menschliche Nahrung so wichtigen Knollenfrucht gleichfalls an allen Orten eine reichliche Aernte. Nur im Bezirke des Landgerichts Reichenhall soll sich die Krankheit, jedoch nur in geringem Grade, gezeigt haben. Der allerdings in einigen Gegenden des Regierungsbezirkes vorgekommene Schauer haben kam auf den Aernteertrag im Ganzen keinen Einfluß übte. Es stimmen daher alle Berichte darin überein, daß im heurigen Jahre auf eine ergiebige, jeden Getreidemangel und jede übermäßige Steigerung der Getreidepreise beseitigende Aernte gerechnet werden kann. Auch in Oberbayern wird vielmehr die Getreideart, daß sich letztern zum Nachtheil von Produzenten eher zu niedrig stellen werden. Auf den letzten Schrannen von Oberbayern sind die Getreidepreise in der That dreieinhalb gestanden und es kann als der wahre Mittelpreis auf sämmtlichen Schrannen für Weizen 13 — 14 fl. und für Korn 7 — 8 fl. per Schäffel angegeben werden.

Auch in Oberfranken steht im Allgemeinen eine reichliche Aernte in Aussicht, oder ist schon eingebracht, und der Umstand kann nicht von Erheblichkeit sein, daß in einzelnen Gegenden, sei es in Folge von klimatischen Verhältnisse oder Elementarereignissen (wie z. B. in Oberfranken ein ziemlich ausgedehnter Bezirk in den Landgerichten Gräfenberg und Hollfeld vom Hagelschlag betroffen worden ist) das Aernteergebniß nicht so reichlich ausfällt, als erwartet werden konnte. Eben so wenig lassen auch zwei anderen, in diesem Jahre durch die an-

haltende trockene Witterung eingetretene ungünstige Moment, nämlich 1) die bis auf den heutigen Tag noch wieder, aber die jetzt ohne bedeutende Erhöhung anhaltende Kartoffelfäule, und 2) das Mißrathen der Grummeternte, so können selbst auch auf den Viehstand des Landmanns und die nächstdürftigen Fleischpreise einigermaßen drückend, ein abermaliges und unverhältnißmäßiges Anziehen der Getreidepreise in Aussicht stellen, von welchem vielmehr bis in die neueste Zeit angenommen werden mußte, daß sie zu tief herabsinken würden.

Augsburg, 14. August. Bayer. 3½ proz. Obligationen 77 G. 4proz. 83 G. Bankaktien 11. Semester 560 G. Prämien — P. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 70 G.

Wien, 12. August. 5proz. Metall. 84. Bank. 68. 4proz. 48. 2½proz. 43. 1834r 500 fl.-Loose 134. 1839r 250 fl.-Loose 93. Bankaktien 1128. Nordbahn 109. Glogganitz 100. Venedig-Mailand 81. Budweis —. Livorno 72. Esth 71. Banco 56. Kpenninadorfer 95.

Triest, 12. August. In den heutigen Börse, die wegen der Empfangsfeierlichkeiten Sr. Maj. des Kaisers früher als gewöhnlich abgehalten wurde, erhöhten die Kurse einen Aufschwung in Folge der schlechteren Notirung der französischen Rente. 5proz. Metall., die bereits auf 85 gezogen waren, schlossen 84½, und auch Eisenbahnaktien gingen um 1—2 Prozent zurück. Nordbahnaktien von 101 auf 108½, Livornerer von 73 auf 71½. (L. Z.)

Berlin, 12. August. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunalobligationen und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 73⅓ B., 73½ G. Pr. Engl. Anl. 88 B. 87½ G. Kur- u. Neum. Schuldv. 76½ B. — G. Berl. Stadt-Obl. — B. — G. Westpreuß. Pfandbr. 76⅓ B. 76 G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. 96 B. 95½ G. 3½proz. 77 B. 76½ G. Ostpr. Pfandbr. — B. 85 G. Pomm. Pfandbr. 91 B. — G. Kur- u. Neum. Pfandbr. 91 B. — G. Schlesische Pfandbr. 4proz. — B. — G. Schlesische 3½proz. gar. Pfandbr. — B. — G. Preuß. St.-Anth. Sch. — B 87 G. Ritterschaftl. 137⅛, 13½, 13⅛ G. Ank. Scheine à 5 Rt. 12½ B. 12½ G. Dietrovio 3½ B. 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 89½ G. 89 B. Berl.-Hamburg 65 G. Berl.-Stettin-Stargarder 89 bz. u. B. Berl.-Potsdam-Magdeburg 52½ G. 53½ bz. u. B. Magdeb.-Halberstadt 103½ G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 53 bz. u. G. Köln-Mindener 77 B. Köln-Aachen 56⅔ B. Bonn-Köln —. Düsseld.-Elberfelder 69 G. Steele-Vohwinkel 34 bz. Niederschles.-Märk. 71½ bz. Niederschles.-Märk. Zweigbahn —. Oberschles. Lit. A 92 bz. u. B. Lit. B 92 bz. u. B. Rhein.-Nahebahn 82 B. Rhein.-Aachen 85 G. Rhein.-Düsseldorf —. Breslau-Freiburg 85 G. 86 B. Kratz.-Oderschles. 45 bz. Berg.-Märk 58 bz. Stargard-Posen 67 bz.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 86 bz. Stargard-Posen —. Brieg-Neiße —. Magd.-Wittenberg 44½ B. Aachen-Mastricht —. Thür. Verbindungsbahn —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 82 B. Berlin-Hamburg. 89 bz. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 76½ G. 3proz. 84½ G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 80½ B. Köln-Minden 86 bz. Rhein. v. Staat gar. —. Rhein. 4proz. Prior. 74½ G. Rhein. Stamm-Prior. 68⅝ G. Düsseldorf-Elberfeld. —. Niederschles.-Märk. 4proz. 84½ B. 3proz. 92½ G. III. Serie 88½ B. Zweibahn 4½ proz. —. 5proz. 71½ G. Oberschles. —. Köln-Crefeld —. Steele-Vohwinkel —. Breslau-Freiburg —.

Amsterdam, 11. August. 2½ proz. Integr. 44. — 4proz. Schuld 50⅛. 4proz. 68⅛. 3½ proz. 31½ proz. ditto —. Bankeinmalschoopy —. 5proz. Preuß. à 510 pf. St. 8⅛. — Span. inländ. à 6000 fl. — Coupons —. Porting. 5proz. 17¼. 4proz. —. — Russische 4proz. bei Hope —. — ditto bei Stieglitz —. 5proz. Metall. 86½. 2½ proz. ditto —.

London, 11. August. Konsols 86 G. Coup. — Span. Akt. 12, 11⅞. 3proz. 22. Passive. — Portug. 3proz. 40. 4proz. 17½. 5proz. —. Holl. 4proz. 69½. 2½ proz. 43.

Paris, 12. August. 3proz. 44.25. 4proz. —. 5proz. 71.25. Schatzsch. 24. Bankaktien 1620. Comptoir. von Aktier —. Belg. 5proz. von 1840 76½. von 1842 75½. 4½ proz. —. 3proz. —. 2½ proz. —. — Belg. Bank 630. Neap. 5proz. 71. — Röm. 5proz. Piem. —. St. Germain —. Versailles (rechte) 120 —. (linke) —. Orleans 570 —. Rouen 445 —. Havre 267.50. Marseille 220 —. Basel 87.50. Bierzon 267.50. Boulogne —. Bordeaux 400 —. Nordbahn 376.25. Montereau —. Lyon 347.50. Strasburg 347.50. Nantes 333.75. Dieppe —. Creaux —. Montpellier —.

Madrid, 7. August. 5proz. 19⅛. 3proz. 19¼. 4proz. —. 5proz. 11 P. 10⅞. Span. Bank 4 P. — Coup. 4 G. Auswär. Paß Schuld —. Prorit. Lit. 3½. Obligat. St. Fernandobank 46 G. 6—6½. Prorit. Diskonto —.

Wechselkurse: Paris 4—50 P. London 45 P.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

An die verehrliche Redaktion der Neuen Münchener Zeitung.

In Nro. 35 Ihrer Zeitschrift berichtet ein Berichterstatter von hier, daß ich der Nationalversammlung die Heimlichkeit der Einrichtungen angerieben hätte. Dieß ist nicht der Fall, wie Nro. 56 Seite 1381 des stenographischen Berichts nachweist und konnte auch um so weniger der Fall sein, als ich es war, der im Verfassungsausschusse den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe und der körperlichen Züchtigung stellte, und zu dieser Antrag den Beifall der Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses nicht fand, ja einem Minoritätsantrage mit anderen Ausschußmitgliedern mich verband. Dieses Minoritätsverhalten ist auch der Nationalversammlung angenommen worden.

Professor **Fr. Wigard** aus Dresden.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 17. August: „Die Maskirte der Königin", Oper von Paisiello.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Baron Hallberg, von Kameref. Kaufmann und Neuman, Konsulent von Mannheim.

Hotel Maulick. St. Durchlaucht Fürst v. Auersperg, von Wien. Keller, Negotiant von Baireuth. Burg. Kindt, Dr. jur. von Straßlund. Pfister, Privatier von Oettingen.

Gold. Kreuz. Unger, Professor von Wien. Schwarz, Privatier von Bregenz. Schiller, Advokat von Merzenstein. Dandauer, Brauer von Kulmbach. Mintel, Architekt von Stuttgart. Körber, Partikulier von Augsburg. Singer, Kaufmann von Weißenburg.

Gold. Hahn. Krieger, Meunier von Baireuth. Zialer, Kaufmann von Eisendorf. Meitinger, Kaufmann von Ingolstadt. Barea v. Nopping, Gutsbesitzer von Lemberg. v. Straub, Majorsgattin von Potsdam. Unterschütz, Meunier von Innsbruck.

Blaue Traube. Fiebler, Bergwerksdirektor aus Mähren. Zapreit, Fabrikinhaber von Wien. Flößer, Musikdirektor aus Schlesien. Porter, Fabrikant von Ludwigsthal. Hasler, Oberzahlz-Registrator von Wien. Meßner, Amtmeister von Tegernsee. Kunst, Schauspieler von Wien. Plessen, Kaufmann von Stuttgart. Planta, Meunier von Chur. Eberle, Dr. med. von Carlsbad. Zenzl, Balletmeister von Stuttgart. Schmid, Kaufmann von Augsburg. Fischer, Oberstleutnant an St. Gallen. Kratter, Dr. med. von Bozen. v. Rüntz, Privatier von Augsburg. Häser, L. L. Beamter von Triest. Baron v. Holzschuher, Regierungsrath von Ulm. Achert, Spiegelfabrikant von Neuburg.

Stachusgarten. Graeber, Posterwalter von Günzburg. Fuchs, Gastgeber von Rain. Dr. Görz, prakt. Arzt von Erding. Mielich, Wachsenbesitzer von Regensburg. Hornemann, Architekt von Hannover. Wegerle, Notar von Ulm. Leuer, Verkauf von Oppenheim. Siesel, Privatier von Pappenheim. v. Kaz, Gutsbesitzer von Skopau. Schyrer, Advokat aus Bogarn. Freiwirth, Hutfabrikant von Augsburg.

Gestorbene in München.

Kreszens Grieshammer, bürgerl. Wagnerstochter, 16 J. a. Joseph Lang, Kistlicher Brunnenarbeiter, 44 J. a. Felicia Schmidt, Bedienne, 60 J. a. Salomé Herrman, königl. Hofgärtnerswitwe, 76 J. a. Anna v. Enzhuber, königl. Rechnungskommissärs-Witwe, 71 J. a. Anna Kompolz, Schneidergesellenstrau, 41 J. a. Julius Gutzeit, Stuckaturarbeiter von Rom zu Sarchinen, 17 J. a. Anton Betscher, Taglöhner, 61 J. a. Laura Gönner, königl. geh. Sekretärstochter, 16 J. a. Margaretha Söder, ehemal Liqueurfabrikantin-Frau von Regensburg, 32 J. a.

Im Verlag der Unterzeichneten erscheint demnächst etc

Commentar
zu
dem Gesetze vom 4. Juni 1848
über
die Aufhebung der Hauden- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, die Aufhebung, Fixirung und Ablösung der Grundlasten in Bayern. — Aus den Quellen, den Verhandlungen der Ständeversammlung, sowie der Zust. Ministerien des Innern, der Finanzen und der Justiz bearbeitet
von
Dr. J. B. v. Hornthal,
Advokaten zu Bamberg.

Der Herr Verfasser, als Rechtsanwalt seit 24 Jahren mit der praktischen Behandlung und Lösung der Aufgabe dieses wichtigen neuen Gesetzes vertraut, auch als Schriftsteller im Gebiete der Staats- und Rechtswissenschaft längst rühmlich bekannt, wird in diesem Commentar eine vollständige Darstellung des Abschaffungsgesetzes für deren Anwendung geben. Er ist durch die ihm den Staatsministerien der Finanzen und der Justiz ihm bewilligte Benützung aller amtlichen Quellen und zugeflossene fortlaufende Mittheilung der einschlägigen Vollzugsinstruktionen und einzelnen Entscheidungen in den Stand gesetzt, unter Mitwirkung dieser Staatsbehörden ein alsseitiges Handbuch zu liefern, welches ähnlich v. Gönner's, von Kehner's, v. Spies' und Seuffert's Commentaren zu den Hypothekengesetze, der Gerichtsordnung ꝛc. allen Beamten und Betheiligten unentbehrlich, jedenfalls höchst erwünscht und brauchbar sein wird.

Erlangen im August 1848.

J. J. Palm & Ernst Enke.

Druck der Dr. C. Wolff'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Bayerische Verhältnisse.

Kirchliche Zustände der bayerischen Pfalz.

* Die kirchlichen Angelegenheiten der protestantischen Pfalz haben schon vielfach die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen, und es möchte nicht ungeeignet erscheinen, auch in diesen Blättern darauf Rücksicht genommen werden, um so mehr, da wichtige Wendungen bevorstehen dürften. Jedem sind sie auch eine gemeinsame Tagesfrage der Gegenwart, den kirchlichen Interessen hierher, wenn auch zur beschränkteren und individuellen Kreis, doch für die Haupt- und Lebensfragen der protestantischen Kirche in Anspruch genommen wird.

Bekanntlich handelt es sich gegenwärtig in der protestantisch-unirten Kirche der b. Pfalz um eine Maßregel, um die wichtige Frage, ob derselbe noch ein bestimmtes kirchliches Bekenntniß haben, nach welchem ihre Lehrer und Prediger ihre Vorträge einrichten sollen, oder ob dieselben unbedingt berechtigt sein sollen, jede Meinung und Ansicht vorzutragen, welche sie nach ihrer individuellen Ueberzeugung in der heil. Schrift zu finden glauben, oder, praktischer gefaßt, ob die kirchlichen Glaubenslehren, welche von der Vereinigung den Reformirten und Lutheranern gemeinsam waren, und somit die „allgemeine protestantische Kirchenlehre" als Summa und richtiger Ausdruck des Glaubensinhaltes der heiligen Schrift noch in Geltung seien. Der Streit datirt sich aber nicht erst von heute, sondern schon seit dem 25jährigen Bestand der Vereinigung. Die Vereinigungs-Urkunde selbst äußert sich hierüber in §. 3.: „Die protestantisch-evangelisch-christliche Kirche hält die allgemeinen Symbola und die bei den getrennten protestantischen Confessionen gebräuchlichen symbolischen Bücher in gebührender Achtung, erkennt jedoch keinen andern Glaubensgrund und Lehrnorm, als allein die heil. Schrift." In den §§. 4 — 8. schlichtet sie die bisher zwischen den Confessionen streitigen Lehrpunkte vom heil. Abendmahl, von der Beichte, von der Gnadenwahl und von der Nothtaufe. Von der einen Seite wurde nun und wird fortwährend behauptet, daß mit der Vereinigung der gemeinsame Glaubensgrund, auf welchem die protestantische Kirche aufhören würde, eine protestantisch-evangelisch-christliche Kirche zu sein, und daß die Vereinigungs-Urkunde nimmermehr hätte die streitigen Lehrpunkte fixiren können, wenn sie nicht den Rechtsbestand der nicht streitigen Punkte vorausgesetzt hätte. Auch wurde ihrerseits besonders geltend gemacht, daß ein Aufgeben der gemeinsamen Lehren nirgends und nie ausgesprochen worden ist, wenn auch die irrige Verschiedung auf die Symbole aufgeboten habe. Die kirchliche Opposition aber stellte diese Gründe und die darauf beruhende Argumentation nicht gelten lassen, sondern suchte die Ungebundenheit der Lehre zu vertheidigen, und schritt selbst bis zur Bestreitung der letzten und höchsten specifisch-christlichen Lehren vor, worauf hin die längere Amts-Suspension der Pfarrer Frank von Jugenheim erfolgte.

Es möge uns hier vergönnt sein, über die Geschichte dieser Streitigkeiten hinwegzugehen, und nur das Eine hervorzuheben, daß die kirchlichen Stellen, besonders das k. Oberkonsistorium, den positiven Standpunkt als den allein richtigen und für die Kirche heilsamen festzuhalten bemüht waren, für welchen sich auch mehrere Kirchväpte (21. Erlaß im Land- und Stadtbote vom 1. Juli) kundgaben. Nicht minder hält an ihm der positiven Lehrbestimmungen der Kirche eine größere Anzahl von Geistlichen fest, welche, anfangs klein, in den letzten Jahren zumlich gewachsen ist, aber auf den meisten Synoden gegen eine in den Gründen nicht zugängliche Majorität nicht mit ihrer Stimmenzahl aufkommen konnte. Sie ist indeß übergangen, daß sie in den Gemeinden einen guten Halt hat, als welche, wenigstens theilweise, an ihrem von den Vätern überkommenen Glauben durchschnittlich festzuhalten gedenken. Die rationalistische Opposition suchte indeß — und hierin nicht sonderlich ehrlich — den Streit so darzustellen, als handle es sich um neue Gelehrmahnung der symbolischen Bücher und neue Verpflichtung auf dieselben, und als ob es auf die Untergrabung der Autorität der heiligen Schrift abgesehen sei, und wußte hiedurch sich vielfältige Sympathien zu erwerben.

In diesem Stadium fanden die neuesten politischen Erschütterungen die pfälzische protestantische Kirche. Es war vorauszusehen, daß dieselben, wie an andern Orten, so besonders in der Pfalz, auch auf kirchlichem Boden Anklang finden würden. Die Pfälzer seien überhaupt gerne Alles mit politischen Augen an und messen gerne mit politischen Ellen, auch Glaubens- und Kirchensachen, und schon früher hatte die politische Opposition sich der kirchlichen Fragen bemächtigt, um sie für ihre Zwecke auszubeuten. In vielen Köpfen spukt auch noch das alte Lokal-Confessionalthum, wenn auch nicht dem Namen so doch dem Wesen nach, da unter der früheren französischen Herrschaft die Pfarrer einer Confession, unter einem Lokalvorgesetzten, vereinigt einer Kirchenbehörde mehr aber sich hatten, sondern dem Ministerium des Innern unmittelbar untergeordnet waren. Ein kirchliches Nivellirungs- und Gleichheitssystem liegt beshalb seit längerer Zeit im Wesen noch vieler pfälzischer Pfarrer. Kirchliche Gliederung und Unterordnung widersteht ihnen ganz und gar, während bei dem unter der früheren Ungebundenheit herrschend gewordenen Rationalismus jedes positive Glaubensband, jedes Bekenntniß ihnen als ein zwingende, lästige Fessel erschien. Da ertönen auf einmal die reaktionären Freiheitsstimmen durch Europa. Die protestantische Pfalz, heißt es sogleich, darf nicht zurückbleiben. Nachdem man erst sich auf gewisse Persönlichkeiten geworfen und deren Entfernung aus den kirchlichen Stellen zum Theil mit zum Theil ohne Erfolg kraftvagt hatte, erkennt man plötzlich, daß damit nichts Dauerhaftes gewonnen sei: Lesereifung vom Oberkonsistorium, eine konstituirende General-Synode muß einen neuen, der Volkssouveränetät nach in der Kirche huldigenden Wahlmodus gewählt, und eine neue, auf demokratischen Grundlagen beruhende Kirchenverfassung wird das Festgespräch und ist es heute noch bei allen denen, welche ein gemeinsames Bekenntniß der Kirche, eine gemeinsame Glaubenslehre, und zu erreichen suchen wollen. Denn sie können sie hoffen, mit Hilfe einer ihnen zu Gebote stehenden Majorität die Bemühungen zu Gunsten der Orthodoxie mit einem Schlage und nachhaltig zu unterdrücken oder unschädlich zu machen.

Wir enthalten uns des Urtheils über die Schärflichkeit oder den Nutzen solcher demokratischen Tendenzen in der Kirche, und sehen nur, wie die Gemeinden sich dazu verhalten. Nicht von heute haben allerdings noch feine Ahnung von dem wahren Stand der Sache und können den eigentlichen Standpunkt noch nicht begreifen. Viele, welche früher und jetzt die kirchliche Oppositionspartei unterstützten, glaubten, es handle sich nur um gewisse Freiheiten und Ansprüche der Kirche dem Staate gegenüber und lieben dazu gerne ihre Unterschrift zu allerlei Adressen und Bittgesuchen ihr. Viele aber meinten auch recht wohl, was sie wollen, und sind stets bereit, der Opposition durch ihre Zahl und ihre Namen ein Ansehen zu geben (so z. B. früher in den Versammlungen zu Edenkoben, Winzingen, jüngst in Kaiserslautern u. a. a. O. fast in mehr dieselben), Andere verhalten sich neutral oder sind gleichgültig. Wieder Andere, welche sonst auf das Entschiedenste gegen die Untergrabung des evangelisch-kirchlichen Glaubens sich aussprechen würden, verhalten sich stille und ruhig, weil ihnen die Mittel äußerlicher Demonstrationen nicht zusagen, oder weil sie das ganze Treiben haben, daß die kirchlichen und staatlichen Obrigkeiten schon das Rechte thun und alle der Kirche schädlichen Tendenzen wohl selbst niederhalten werden. Andere dagegen sprechen sich offen aus gegen die Bestrebungen einer rationalistischen und kirchlich-demokratischen Opposition. Eine nicht geringe Zahl von protestantischen Bürgern und Familienhäuptern, in manchen Gemeinden fast ohne Ausnahme, haben sich bereits auch in Eingaben an das Oberkonsistorium und an die betreffenden Kirchenvorsteher als allerletzte Stelle für Schutz des Glaubens, für die Bewahrungen der kirchlichen Stellen zu Gunsten desselben, für die kirchlichen Vertreter desselben und für Beibehaltung des Verbandes mit dem k. Oberkonsistorium ausgesprochen. So kamen Petitionen an Se. Maj. den König aus der Gemeinde Speyer (mit 350 Unterschriften, deren Werth die Speyrer Zeitung vergeblich dadurch herabsetzen suchte, daß der Name eines Juden und Katholiken und Protestanten beistehe, also gar nicht konfessionell ist — und auch Protestanten nicht unterzeichnet sei; allein die Unterzeichneten haben eben damit bezeugt, daß ihre Adresse keine gemachte, von andersmoher veranlaßte Demonstration, sondern einzig eine Frucht freier Entschließung sei, wozu sie weder Stadtrath noch Polizeibürgermeister, deren Namen hier wohlerst von keinem Belang sind;) ferner von Hahnbach, Kaiserslautern, Edenkoben, Zeiskam, Dürkheim, Niederlustadt, Trippstadt, Mußbach, Gimmeldingen, Altleiningen, Hirschberg, Meckenheim, Haardt, Weißenheim a. S., Iggelheim, Battenberg, Kirchheim a. d. Eck, Schönau, Nidderkirchen und noch viele andere aus der vorderen Pfalz und aus dem Westrich, im Ganzen jurisdictlich mit nahe an 3000 Unterschriften. Andere Gemeinden hatten nur eines kleinen Anlasses, um sich in der Sache auszusprechen, nachdem gegenwärtig ein äußerlicher Stillstand eingetreten zu sein scheint. Durchschnittlich, wie wir schon angedeutet, sind die protestantischen Gemeinden der Pfalz dem Glauben ihrer Väter zugethan und wünschen bei demselben erhalten zu werden, wenn auch, namentlich in manchen Gelden, eine zahlreiche Partie mit diesem Glauben zerfallen ist. Einzelne Versammlungen oder Synoden können hiernin keineswegs zum Maßstab dienen, da bei denselben meist nur diejenigen beizeitigt sind, welche Geld-, Zeit- und sonstigen Kostenaufwand nicht zu scheuen haben, und da der väterliche Glaube hauptsächlich im sogenannten Mittelstande wurzelt, der gerade kein übriges Vermögen besitzt.

Sollen die Verhältnisse der unirten pfälzischen Kirche sich weiter gegenseitig entwickeln, so ist nichts schärfer zu wünschen, als daß man sich nicht überstürze, sondern besonnen und nüchtern zu Werke gehe und Alles reiflich überlege. Denn jedem Unparteiischen springt es von selbst in die Augen, daß unter den jetzigen politischen Stürmen und ihrer Erregung, so wie dem Staate gegenüber, welcher mit sich selbst noch lange nicht im Reinen ist, kirchliche Neuerungen oder gar die Aufstellung einer neuen kirchlichen Verfassung wenigstens sehr bedenklicher Natur sind. Fortschritt ist zwar immer gut; doch werde er nicht zum gewaltsamen Umsturz.

Ergebnisse des Gewerbe-Kongresses.

Der Gewerbekongreß zu Frankfurt hat über den Entwurf zur allgemeinen deutschen Handwerker-Ordnung die folgenden Beschlüsse gefaßt: I. Innungen. 1) Innungen werden errichtet, um alle gewerblichen Interessen im weitesten Sinne des Wortes zu wahren, die Handwerker in dem Gewerbebetriebe zu gründen und zu erhalten, das geistige und materielle Wohl der Einzelnen zu fördern und dadurch in sich selbst die Mittel zu schaffen, der Massen-Verarmung entgegen zu arbeiten. 2) Diejenigen, welche an einem Orte dasselbe Handwerk oder technische Gewerbe selbstständig betreiben, müssen zu Innungen zusammentreten. 3) Zur Bildung

einer Innung sind mindestens 12 Meister des Orts oder Bezirks erforderlich, in Ermangelung dieser Zahl werden die zunächst verwandten Gewerbe vereinigt, vorbehaltlich der inneren Abgrenzung der Gewerbsberechtigten. 4) Wo zur Zeit gesetzlich eine Corporation von Gewerbetreibenden besteht, geht diese in die neu zu bildenden Innungen über. 5) Innungen werden in den Städten errichtet, die Gewerbtreibenden auf dem Lande müssen sich ihnen anschließen; auf dem Lande sind Innungen nur zugelassen, wenn es örtliche Verhältnisse gebieten. 6) Verfassung, Verwaltung und Rechtspflege. b) Die Innungsvorgesetzten werden von der gesammt und der sämmtlichen Staatsbehörden vereinten: durch die Innungen selbst, durch ihren Vorstand, durch Gewerbe Räthe und durch Gewerbekammern. 7) Die Innungen ordnen ihre unseren Gesammt-Interessen selbstständig durch gesetzmäßige Beschlüsse. 8) Jede Innung wählt aus sich einen Vorstand, dieser vollzieht ihre Beschlüsse nach Maßgabe des Gesetz-Statuts, und ist durch den Willen der Mehrheit vollmächtigt, die Innung vor Gericht und überall nach Außen zu vertreten; die gewerblichen Streitigkeiten zwischen Meistern, Gesellen und Lehrlingen müssen zunächst vor das Vermittelungsamt des Vorstandes gebracht werden. 9) Der Gewerbe-Rath ist die freigewählte Behörde aller Innungen einer Stadt oder eines Bezirkes. 10) Die sämmtlichen Gewerbe werden in so viel Kategorien getheilt, als Mitglieder der Gewerbe-Räthen gewählt werden sollen, und jede Kategorie stellt durch Loswahlen sammtlicher dazu gehörigen Meister ein Mitglied und einen Ersatzmann zum Gewerbe-Rath. Alljährlich scheidet ein Drittheil der Mitglieder aus dem Gewerbe-Rath, nachdem derselbe durch eine neue Wahl ergänzt worden ist, die ersten zwei Ausscheidungen geschehen durch Loos, die folgenden erfolgen nach dem Dienstalter. Die Mitglieder des Gewerbe-Rathes werden vereidet. 11) Der Gewerbe-Rath theilt sich in ein Gewerbe-Gericht und einen Verwaltungs-Ausschuß; jede Abtheilung zieht einen besoldeten Schriftführer zu. Plenar-Sitzungen finden nach Ermessen des Vorsitzenden des Verwaltungs-Ausschusses, oder wenn von einem Drittheile der Mitglieder des Gewerberaths eine solche verlangt wird, Statt. 12) Das Gewerbe-Gericht besteht mindestens aus 4 Mitgliedern und aus einem Manne beigeordneten und von diesem zu besoldenden richterlichen Person mit Sitz und Stimme. 13) Das Gewerbe Gericht entscheidet a) über die nicht gutlich beigelegenden Streitigkeitsgründe, b) über die aus dem Gewerbebetriebe entspringenden Streitigkeiten und Anstände unter den Gewerbetreibenden und c) über die Grenzen und Befugnisse der einzelnen Gewerbe gegen einander. Bis spezialbestin Gegenständen entscheidet das kompetente Obergericht in zweiter und letzter Instanz.

Frankreich.

Paris, 12. Aug. Folgendes ist der in unseren heutigen Hauptblatte schon erwähnte Artikel im Monsieur: „In keiner Epoche unserer Geschichte sah die Regierung eine so große Verantwortlichkeit auf sich lasten, als jene, die jetzt der Verwaltung anvertraut ist, an deren Spitze der General Cavaignac steht. Die Geschicke Frankreichs und nach dem Eingeständnisse von ganz Europa jene der sozialistischen Welt sind so zu sagen in seine Hände gelegt. Das ist besonders jetzt wahr, wo der Kampf der Angelegenheiten Italiens uns so eben eine ganz neue Lage geschaffen hat, welche die Regierung zuerst voraussehen hatte, und die sie vielleicht hätte hindern können, wenn Italien selbst einen weniger Vertrauen in seine eigene Kraft gehabt hätte. In Folgenschwere so ernster Ereignisse, in Gegenwart der allgemeinen Theilnahme, welche die Sache Italiens in Frankreich ernstößt, mußte die Regierung, bevor sie sich in eine Bahn einließ, die zum Frieden oder zum Kriege, vielleicht zu einem europäischen Kriege führen mußte, Rechnung tragen dem, was zu gleicher Zeit die traditionellen Anforderungen unserer Politik und die gegenwärtige Lage der Republik erheischt. Sie begriff, daß in einer Zeit, wo die Erwachtung und Sicherheit der Handelsbeziehungen die Bedingung des Wohlstandes und des Einflusses der Völker geworden sind, es vor allem darauf ankam, die industriellen Interessen nicht aus dem Gesichte zu verlieren. Durchdrungen von der Nothwendigkeit, den öffentlichen Kredit herzustellen, der wieder sich zu befestigen beginnt; überzeugt zu gleicher Zeit, daß Frankreich um keiner Rücksicht willen je mit den Gesetzen der Ehre brechen kann, bemühte sich die Regierung in Einklang zu bringen, was die Ehre und Würde des französischen Namens schwören, mit den rechtmäßigen Anforderungen der Privatinteressen. Wie einem Worte, den Krieg annehmen, wenn unsere Ehre es erforderte, ihn annehmen nicht im Namen eines Souveräns, der allzusehr von Rücksichten sich leiten läßt, die den Wünschen und Bedürfnissen des Landes fremd sind, sondern im Namen des Landes selbst, im Namen der Nation anerkannt, der einzigen Souveränität, die Krieg und Frieden; im Gegentheile ihn vermeiden, aber ohne zu erröthen unserer Pflichten zu verabsäumen, und ohne von dem Range herabzusinken, den Frankreich im europäischen Einklange einnehmen muß, wenn dessen Vermeidung möglich wäre: das war die Linie des Verhaltens, welche sich schon gleich anfangs die Regierung vorzeichnet. Das war die einzige Politik, welche ihr der Republik würdig schien. Die Regierung hat diese Politik redlich und ohne Hintergedanken befolgt. Sie muß sich schon hinreichend belohnt finden für ihre Bemühungen, da sie heute ganz Frankreich Theil nehmen lassen kann an den Hoffnungen, welche sie mit Grund fassen kann für die schnelle Wiederherstellung des Friedens in Italien durch die Vermittlung Frankreichs und Englands. Das gemeinschaftliche Handeln der zwei Mächte hat bereits auf mehreren Punkten der Halbinsel begonnen, und wenn man an den Resultaten zweifeln könnte, die der Einklang der zwei einflußreichsten Nationen Europas, vereinigt in einem und demselben Gedanken und in einem Interesse, welches das der ganzen Welt ist, hervorbringen muß, so würden wir dringen, daß man in den Erzählungen, die zwischen Frankreich und den andern auswärtigen Mächten sich knüpfen, neue Bewegungen des Vertrauens und der Sicherheit sich finden. Diese Beziehungen sind von der wohlwollendsten Natur und wir nehmen selbst die Regierungen nicht aus, welche der Name Republik allein schon gegen Frankreich einnehmen zu müssen schien. — Wir haben daher allen Grund zu hoffen, daß dieser Vermittlung Frankreichs und Englands in Italien ein rascher und wohlthätiger Resultat folgen, und daß sie das Vorspiel zu einer allgemeinen Wiederherstellung des Friedens sein werde. Dem Kampfe, welcher in den Herzogthümern (Schleswig-Holstein) um verhältnißmäßig untergeordnete (secondaires) Interessen noch fortdauert, muß Einhalt gethan werden. Das deutsche Parlament wird, wir zweifeln nicht daran, wollen, daß sein erster Akt ein Akt der Versöhnung sei, und wird sich unseren Bemühungen anschließen, um den Abschluß einer allen Anspruch verjährenden Vereinbarung (convention) zu Stande zu bringen. Es wird nicht vergessen, daß die Wiederaufnehmen seines Handelns von seiner Weisheit abhängt. So wird die kaum konstituirte Republik in Deutschland, in Italien und überall in Europa den Platz wieder eingenommen haben, den sie durch die zaghafte, unentschlossene, wahlsüchtige Politik des Königthums verloren hatte, und Frankreich wird der dankbaren Welt das Schauspiel vor einem Umsturze bewahrt haben, welcher nachgerade so durch diese Grundsätze die Wiederzebrt Europas bewerkstelligt, alle Elemente der Kraft, die sie in sich schließt, zusammenzuhalten weiß und nach keinem andern Ruhme geizt, als den, der Welt den Frieden zu geben."

Nachschrift.

* Sr. kais. Hoh. der Erzherzog Reichsverweser ist am 12. um 9 Uhr Morgens von Frankfurt nach Mainz und Köln abgereist.

** Wir haben bereits in unserer gestrigen Beilage die Hauptpunkte der „Waffenstillstands-Konvention zwischen der k. k. österreichischen und königl. sardinischen Armee als Vorerinnerung der Kapitulation zu einem Friedensschluß mitgetheilt. Auch der Wortlaut derselben liegt vor uns und wir werden denselben in unserem Hauptblatte morgen nachtragen. Aus Innsbruck erhalten wir den folgenden Armeebefehl des Feldmarschalls Radetzky vom 7. d. aus dem Hauptquartier Mailand an sein treues und tapferes Heer: „Soldaten! Als ich die Uebergangung aussprach, daß an Euerer Treue und Tapferkeit die Versuche einer aufrührischen Faktion wie Glas am harten Felsen brechen werden, fand mein Vertrauen in Euch unerschüttert fest. Ihr habt es glänzend gerechtfertigt; Ihr seid von Sieg zu Sieg geeilt, — in dem kurzen Zeitraume von 14 Tagen seid Ihr siegend von der Etsch bis an den Tesino gedrungen; von den Mauern Mailands weht wieder das kaiserliche Banner; kein Feind steht mehr auf lombardischem Boden. Ihr habt einen Volker- und Fürstenbund gesprengt, der sich anmaßte, und unsere Grenzen jenseits der Alpen anzuweisen zu wollen, uneingedenk geheiligter Verträge, weiser Rechte. Soldaten! Im Namen des Kaisers und des Vaterlandes danke ich Euch! Ihr habt Euch um Thron und Vaterland wohl verdient gemacht. Eines Sieges werden den Frieden wieder herbeiführen. Stolze aber der Ehre in seiner Bewährung nochmals uns anzugreifen wagen, dann werden neue Siege ihn lehren, was Oesterreichs sieggewohntes Heer vermag, das treu seinem Kaiser, anhänglich seinem Vaterlande, seine Majestätsrechten schont und dem Tode freudig ins Auge blickt, wenn man sein Höchstes und Heiligstes bedroht. Radetzky, F. M."

*** Wir erhalten auch noch Berichte aus Verona vom 11. Gestern nun England und Frankreich zur Theilnahme an den Friedensunterhandlungen wurden zu Mailand erwartet. Diese sollen auch dejelben, die südlichen Theile von Italien der Anarchie zu entreißen. Noch dieser der Korpskommandant Baron Hynnau von Verona den Befehl des Feldmarschalls Radetzky zu Einstellung der Feindseligkeiten gegen Peschiera erhielt, wo diese Festung sehr bedrängt worden, durch wenige Bomben ein Pulvermagazin und Laboratorium gesprengt, die Kaserne in Brand gesteckt worden. Die Besatzung besand sich dadurch schon in einem verzweifelten Zustande. Eine Deputation von Brescia an den Marschall wollte die Unterwerfung dieser Stadt an Bedingungen knüpfen, worauf aber gar nicht eingegangen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 14. August. Oesterr. 5proz. Metall. 72 1/4, proz. 58 1/4 Sproz. — 2 1/2proz. 38 1/4. — Bankaktien 1220. 9. — 500 fl.-Loose 116. 250 fl.-Loose 79 — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 88 P. — — Staats-Schuldscheine 3 1/2proz. 74 1/2. — Bayer. 3 1/2proz. 75. — Ludwigs-Berbach 76 1/2. — Württemberg. 3 1/2proz. 77 1/2. 4 proz. 93 1/4. — Baden 3 1/2proz. 76 1/2. — Kurhessen 50 fl. 47 1/2. — 35 fl.-Loose 27 1/2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei

Nr. 43.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 8 fl. Halbjährig 4 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Donnerstag den 17. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, den 14. August.

Se. Maj. der König haben unterm 11. August l. J. den Landwehr-Obersttieutenant Stephan Faber zu Aschaffenburg, seinem Ansuchen entsprechend, des Kommando über das Landwehrbataillon Aschaffenburg zu entheben, und an dessen Stelle den bisherigen Landwehr-Oberlieutenant Johann Baptist Schenzer, unter Beförderung desselben zum Landwehr-Major, zum Kommandanten des genannten Landwehr-Bataillons zu ernennen; die bei dem Wechselgerichte 1. Instanz zu Bamberg erledigte Rathsstelle dem Rathe des Kreis- und Stadtgerichts daselbst Joh. Bapt. Stadler zu übertragen, ferner zur Wiederbesetzung der am Handelsoppelationsgerichte zu Nürnberg erledigten zweiten Stelle eines technischen Assessors die drei jüngern technischen Assessoren dieses Gerichts Joh Gottlieb Georg Herold, Johann Benedikt Zahn und Johann Jakob Herzogenrath in die zweite, dritte und vierte Stelle vorrücken zu lassen, und die hiedurch frei werdende fünfte Stelle eines technischen Assessors dem bisherigen technischen Assessor des Handelsgerichts 1. Instanz zu Nürnberg Kaufmann und Marktadjunkten Friedr. Alex. Heerdegen zu verleihen geruht.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 15. August d. J. bewogen gefunden, den Kreis- und Stadtgerichtsrath Wilhelm Pöhlmann in Baireuth auf sein allerunterthänigstes Ansuchen nach §. 22 lit. C und D der IX. Beilage zur Verfassungs-Urkunde mit Belassung seines Gesammtgehaltes, seines Titels und Funktionszeichens und unter allerhöchster Zufriedenheitsbezeugung mit seinen mehr als fünfzigjährigen treu und fleißig geleisteten Diensten in den definitiven Ruhestand zu versetzen, und auf die hiedurch in Erledigung kommende Kreis- und Stadtgerichtsraths-Stelle in Baireuth den Kreis- und Stadtgerichtsrath Friedrich Ritter in Fürth seinem allerunterthänigsten Ansuchen entsprechend zu versetzen, sofort zu der hiedurch erledigten Stelle des Kreis- und Stadtgerichts-Assessor Hermann v. Paschwitz in Baireuth als Kreis- und Stadtgerichtsrath in Fürth zu befördern, endlich die bei dem Stadtgerichte Bamberg erledigte Rathsstelle dem Protokollisten und Raidscaccessisten am Handelsgerichte zu Nürnberg Max Joseph Müller zu verleihen, ferner auf die erledigte Advokatenstelle zu Forchheim den Advokaten Joseph Eschborn zu Rothenfels, seinem Gesuche entsprechend, zu versetzen.

Die italienische Kriegsfrage.

⌐ Paris, 12. August.*) Gestern wurden im Ausschusse der Nationalversammlung für die auswärtigen Angelegenheiten an General Cavaignac und den Minister des Aeußern Hrn. Bastide mehrere Fragen in Betreff Italiens gestellt, vorerst über Ziel und Zweck der Vermittlung Frankreichs und Englands zwischen Oesterreich und Karl Albert. General Cavaignac antwortete: im Interesse Frankreichs und Italiens müsse diese Unterhandlung geheim bleiben, und verwigerte daher jeden weiteren Aufschluß darüber. Doch fügte er bei, der Wille der Nationalversammlung werde stets die Richtschnur des Verhaltens der Regierung bilden, und es werde nur im Interesse Frankreichs, seiner Ehre und Würde gehandelt werden. Bei der weiteren Frage, ob er im Falle der Erfolglosigkeit der Vermittlung Krieg zu beginnen beabsichtige, erklärte er, die feste Hoffnung zu haben, im Einklange mit England den Frieden aufrecht zu halten; zum Kriege werde er nur im alleräußersten Falle schreiten. Diese Erklärung wurde vom Ausschusse sehr gnädig aufgenommen. Die Vorlegung der in der vorgelegenheiten Italiens betreffenden Akten am 11. Mai 24. Juli (also vor der letzten Niederlage Karl Alberts) war zwar von einigen Mitgliedern verlangt, aber vom General verweigert worden. Heute berath der Ausschuß über die vom General gegebenen Erklärungen, und beschließt darüber, ob in der Nationalversammlung selbst die italienische Frage zur Anregung gebracht werden soll. Der Beschluß wird voraussichtlich verneinend ausfallen. Der französische und besonders der Pariser Mittelstand, die Handel und Industrie treibenden Bourgeois, wollen vor Allem Wiederaufleben ihrer Geschäfte, des Kredits, der Gewerbthätigkeit, des Verkehrs überhaupt, und dazu wäre ein Krieg, bei, einmal begonnen nur zu leicht, zu wahrscheinlich ein allgemeiner werden könnte, allerdings ein schlecht gewählter Mittel. Sie wollen daher davon nichts wissen, und man darf aus den amtlichen Artikel des heutigen Moniteur lesen, um sich zu überzeugen, welch' großes Gewicht die Wünsche der Bourgeoisie auf die Entschlüsse der Regierung üben. Aus dem Einrücken eines französischen Heeres in Italien wird nichts, der General Cavaignac läßt keinen Mann marschiren, wofern nur nicht die Oesterreicher in Piemont selbst eindringen. Dieser Artikel des Moniteur, eine Art Manifest, ist mit auserlesender Gewandtheit abgefaßt, und beobachtet über die kitzlichsten Punkte eine sehr kluge Zurückhaltung, während er anderseits in sehr hochtönenden Worten der französischen Eitelkeit den nothwendigen Weihrauch streut. In diesem Betreff ist besonders die Schlußstelle bemerkenswerth. Man kann diesen Nothbehelf dem General Cavaignac in Anerkennung seiner sonst sehr guten und gewißigten Absichten wohl zu gut halten. Ich glaube als besonders bezeichnend hervorheben zu müssen, daß das Manifest sorgfältig vermeidet, sich über die Frage des italienischen Unabhängigkeitskrieges auszusprechen. Der Artikel scheint vorzüglich darauf berechnet, die Wirkung der vor zwei Tagen von Hrn. Bastide (Minister des Aeußern) auf eine an ihn gerichtete Interpellation gemachten unverschämten Ankündigung zu schwächen, durch welche derselbe sich förmlich anheischig gemacht hatte, mit der Wiederherstellung des Friedens in Italien auch dessen Befreiung zu erlangen. Die radikale Partei der Italiener, welche auf Frankreichs Hilfe gerechnet, wird jetzt von der Republik keine festeren Garantien machen, als früher schon sie selbst und die Polen, Metternich Alt u. s. w. vom Julikönigthum. General Cavaignac ist allerdings aufzufordern dabei, wenn die frühere provisorische Regierung die Italiener aufsetzte, die italienischen Ultrademokraten hier, und ihre gleichgesinnten polnischen Verbündeten, mit Geld und Waffen nach Italien schickte, um dort die Bewegung immer mehr anzufachen und zu unterhalten, um ihnen den Beistand Frankreichs in Aussicht stellte; General Cavaignac hätte nie sie gethan. Er ist zwar Republikaner seinen Grundsätzen nach, aber zu sehr Militär, und also Freund der Ordnung, um nicht allem demagogischen Treiben und den Anarchisten, welcher Nation sie angehören, wo und wie sie immer sich zeigen mögen, entgegenzutreten. Auf die frühere provisorische Regierung und darunter auch auf Hrn. v. Lamartine fallen die größten Vorwürfe zurück, welche jetzt von Italien aus gegen Frankreich über thörichte Täuschung und nicht erfüllte Versprechungen ertönen. General Cavaignac kann sich dadurch natürlich nicht abhalten lassen, den geraden Weg fortzugehen, den er für Frankreich am zuträglichsten hält. Und dieser geht auf Frieden. Bei einer Zumutung an Oesterreich, etwas von seinem Besitze in der Lombardei abzutreten, kann jetzt keine Rede mehr sein; weder Frankreich noch England werden das Lächerliche einer solchen auf sich nehmen wollen. Es handelt sich lediglich darum, daß Oesterreich nicht etwa in Piemont eindringe, wiewohl es dazu offenbar volles Zug und Recht hätte. Wenn Oesterreich es nicht thut, so gibt es dadurch nur einen neuen Beweis seiner Mäßigung, den man hier — ich weiß es aus guter Quelle — auch dankbar anerkennen wird. Denn man wird dadurch aus einer großen Verlegenheit gerettet, indem man immerhin die Schreier nach Krieg glauben machen kann, die Fürsprache Frankreichs habe Karl Albert vor dem Verluste eines Theils seiner eigenen Besitzungen gerettet. Man retten so den Schein, und dem Hoffnungen der französischen Eitelkeit wird immerhin einige, wenn auch ziemlich magere Befriedigung. Wirklich wertwürdig ist das Verhalten der Blätter unter der neuen Wendung der Dinge. Der National, eben noch sehr kriegerisch gestimmt, ist sammtroum geworden, er spricht so wenig mehr von Krieg als von der Nothwendigkeit der Festigkeit gegen Oesterreich und durch Oesterreich. Ja er verneint sich sogar mit dem Journal des Debats, das auch jetzt wieder wie immer den Wind nach dem Winde hängt, um den Italienern das vue vietis zuzurufen. Gleichsam um die Wette suchen jetzt diese Blätter den Nachweis zu liefern, daß die Italiener das hood verdienen, das ihnen vorbehalten ist. Es sei eine Schmach — wersen sie denselben vor — daß Karl Albert, der so große Opfer an Geld und Leuten für sie gebracht (von seinen selbstsüchtigen Zwecken sei Beginn des Kampfes schweigen diese Blätter natürlich), nicht geheiz unterstützt, vielmehr im Stiche gelassen zu haben. Das Journal des Debats besonders entwirft ein sehr weaig schmeichelhaftes Bild von dem Verhalten der Lombarden. „Den lombardischen Nationalgardisten und Rekruten — sagt es — fehlte es an aller Lust und Begeisterung zum Kampfe. Die Bauern, welche man zum Aufstande in Masse zu vermögen suchte, riefen mit allen ihren Wünschen die Oesterreicher zurück (wir danken für dieses offene Eingeständniß der Wahrheit) zum Ruhe zu bekommen. Der Patriotismus verlor sich in Schreiereien, Demonstrationen, bewaffneten Straßenumzügen und Zusammenkünfen auf den öffentlichen Plätzen, statt daß man entschlossen an den Kampf ging. Alle Welt schrie, kein Chef wollte allein befehlen oder auf eigene Faust handeln. Um dieser Anarchie abzuhelfen,

*) Wir halten uns vorgenommen, das neueste Manifest der französischen Regierung im „Moniteur" zu beleuchten. Die vorstehende Pariser Korrespondenz überhebt uns vorläufig und bringt zugleich über den Stand der Frage dort interessante Aufschlüsse. D. R.

und einige Ordnung in die möglicher Weise vorhandenen Streitkräfte zu bringen, hatte der König am 3. eine Regierung unter dem Vorsitze des piemontesischen Generals Ollivieri eingesetzt statt des Anfangs bestandenen Ministeriums Rattazzi. Dieses letzte hat republikanische Anschläge sein Amt nieder, um nur nicht die Mitwirkung seiner Partei dem König und seinen Generälen zu gewähren; und diese Partei regte unaufhörlich im Volke eine unglaubliche und tolle Leidenschaftlichkeit gegen das Bestehen auf, die sich für ihre Stadt offenbaren. Und in diesem Zone ist ein ganzer langer Artikel des Journal des Débats gehalten. Nach der Schlacht von Custozza meinte nach dem vorigen Jahr von Lord Palmerston in der Schweizer Frage aufgestellten Grundsätzen und nachdem der Sieg die Frage zu Gunsten Oesterreichs entschieden, dürfte es schwer sein, „ein stichhaltiges Argument zu finden, um Oesterreich zur Abtretung eines Theils seines italienischen Gebiets zu nöthigen.“ Der Artikel im Moniteur heute abend ganz in diesem Geist, und wenn Deutschland vollends jetzt sein Wort in die Wagschale legt, so wird Karl Albert noch froh sein dürfen, wenn er mit Bezahlung der Kriegskosten wegkommt, ohne selbst einen Theil seines Landes zu verlieren.

Bayerische Verhältnisse.

(Eingesandt.)

M. München, 15. Aug. Wie sehr Se. Maj. dem Könige Max II. nicht allein die Förderung der Künste und Wissenschaften, sondern auch das Emporblühen der Landwirthschaft und Gewerbe am Herzen liegt, beweist die aus *unverfälschter* Quelle mir gewordene Kunde, daß vermöge eines Allerhöchsten Entschließung die Lehrer an den Landwirthschafts- und Gewerbsschulen die seither auf Ruf und Widerruf angestellt waren, sich nunmehr der Wohlthat der Dienstespragmatik zu erfreuen haben werden. Wer zuerst sich, daß dieser Akt königlicher Gnade und Gerechtigkeit überall, ganz besonders aber bei den Betheiligten, die freudigste Sensation erregen wird.

Möge die Kammern der Abgeordneten und der Reichsräthe, in dieser besonders Hr. v. Niethammer, unter der früheren Verwaltung vergebens ihre Stimmen erheben, was sant als unabweisbare Nothwendigkeit, wenn die Gewerbsschulen anders gedeihen sollten, oft nothung, aber nur zugebilligt wurde, daß sonst nur auf Antrag eines wackeren Referenten in den landesväterlichen Herzen eines sein ganzes Wol mit aller Liebe umfassenden Monarchen gerechte Würdigung und rasche Gewährung.

Wir glauben, daß diese bessere Stellung der Lehrer an den Landwirthschafts- und Gewerbsschulen, vermöge welcher sie nun in die Kategorie der Staatsdiener gehören, auf die Gewerbe selbst den günstigsten Einfluß üben werde. Ist man berechtigt, von einem Taglöhner, einem Miethlinge — und das ist ein auf Ruf und Widerruf Angestellter — Aufopferung für seinen Beruf, Interesse für das Gedeihen des Unterrichts und der Anstalt zu erwarten? Nimmermehr. Könnte man es ihm verübeln, wenn er, angefeindet mit sich, seinem Berufe, unzufrieden mit Gott und der Welt, seinem Schicksale in finsteren Dudurien grollte, das ihm eine so erbärmliche Stellung anwies, während vielleicht seinen Schulkameraden auf dem Gymnasium und Universität, die sonst ihm weit nachstanden, denn nicht die schlechtesten Köpfe widmen sich dem Lehramte, nun in Eyrn und Würden mit bureaukratischem Stolze auf ihn den „Schulmeister“ herabsehen. Nimmt aber der Lehrer eine würdigere Stellung ein, so widmet er sich mit Herzlust und Liebe seinem Amte, er denkt nicht mit Grauen an den Tag, da selbst seiner ewigen Dienstunzugehörigkeit, aber gar seines Todes, wo dann eine verzweiflungsvolle Familie an seinem Sarge laien würde, betraubt ihrer einzigen Stütze und kunstig angewiesen auf ihrer eigenen Hände angewohnte und rauhe Arbeit oder auf erniedrigende Beutel- und Unterstützung.

Es kann nicht fehlen, daß diese Freudigkeit im Berufe auch seinen Schülern sich mittheilt. Wer möchte nicht lieber von Unterricht eines dergigenen Lehrers, als eines grämlichen Pedanten besuchen. Mit Sehnsucht werden sie seinem Eintritte entgegensparren, und bedauern, so oft die Glocke das Ende der sur sie so interessanten Lehrstunde verkündigt. Mit all' den tüchtigen Kenntnissen, wozu die Stufe Gelegenheit bietet, ausgerüstet, werden die jungen Leute abgehen in das Leben hinaustreten und überall ihre erlernten Kenntnisse praktisch verthätigen können. Unglaublich ist der Einfluß, den so ein junger Mann auf seine Umgebung übt. Es werden allmählig die nützlichen Kenntnisse von den Eigen der genannten Schulen über das ganze Land verbreitet, und zwar in immer weiteren Kreisen, von denen die Rede, daß auf die Gewerbe selbst zuletzt das meiste Licht. Auf diese Weise wird der Gewerbsmann über die man jetzt von allen Seiten Klagen vernimmt, kräftig entgegengearbeitet. Wer etwas Tüchtiges gelernt hat, wird überall Gelegenheit finden, seine Kenntnisse an den Mann zu bringen und sich redlich zu ernähren. Das Proletariat, der schrecklichste Popanz unserer Tage, aus welchen Elementen besteht es? Man unterscheide nur um wenig weiter denen, daß unter hundert s. g. Proletariern wenigstens neunzig weder lesen noch schreiben können. Durch tüchtigen Schulunterricht, schon von unten herauf, ist diesem Unglücke allein vorzubeugen, und über den Volksschulen sollen sur den künftigen Gewerbsmann, der nicht dem alten Schlendrian huldigen will, sondern der begreift, daß die neue Zeit Forschritt auch in den Gewerben gebieterisch verlangt, die Gewerbsschulen stehen, und gerade darum begrüßen wir die nun von dem König Max II. so huldvoll gewährte bessere Stellung der Lehrer an den Landwirthschafts- und Gewerbsschulen durch Gewährung pragmatischer Rechte als ein günstiges Ereignis, das nicht verfehlen kann, wie wir eben gezeigt, den vortheilhaftesten Einfluß auf die Hebung der Landwirthschaft und der Gewerbe, ja selbst in weiteren Konsequenzen auf Verminderung des Pauperismus und des Proletariats zu üben.

Wir zweifeln nicht, daß alle ordentlichen Lehrer an allen, nicht blos an den Kreis-Gewerbsschulen, sich dieser Wohlthat zu erfreuen haben, und daß man nicht hinterwalds Auslegungen gelten läßt, wie es, traurigen Andenkens, mit den „Hofkirten“ Lateinschulen geschah. „Ein Königswort soll man nicht drehn noch deuteln,“ das schon der frühere Minister v. Abel nicht wissen zu wollen.

Deutschland.

Bayern. — München. 16. Aug. Als zu Anfang des Monats Juni h. Js. in Folge ungenauer und sachentstellender Journal-Berichte sich im Publikum eine virtstrige Mißstimmung über jene Maaßregeln bemerklich machte, welche von der kgl. Polizei-Direktion gegen die verabredete Arbeitseinstellung der Schuhmachergesellen getroffen worden waren, hatte der kgl. Polizei-Direktor Frhr. v. Pechmann selbst die Anordnung einer öffentlichen Verhandlung der Gesetzmäßigkeit und Zweckmäßigkeit des polizeilichen Verfahrens bei dem kgl. Staatsministerium des Innern in Anregung gebracht. Zufolge eines sofort ergangenen höchsten Auftrages hat die kgl. Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern, einen Spezial-Kommissär zur kgl. Polizei-Direktion abgeordnet und als Ergebniß der Untersuchung unterm 24. Juni h. Js. die Entschließung erlassen: „daß das Verfahren der kgl. Polizei-Direktion in vollkommen gerechtfertigt sei.“ Während der k. Polizei-Direktor die nach ihrer eigenen amtlichen Anleitung gepflogenen Verhandlungen der Prüfung der hiezu kompetenten Oberbehörden unterstellte, hat derselbe nicht unterlassen, in eigener Zuständigkeit jenen Beschwerden auf den Grund zu sehen, welche in einer gedruckten „Rechtfertigung der Schuhmachergesellen“ gegen das Benehmen des Polizei-Personen und beziehungsweise gegen angeblich Uebergriffe einzelner Gendarme erhoben worden waren. Nachdem jahrelange Verabredungen selbstbetheiligter Schuhmachergesellen und ihrer Ausstandsgenossen diese Aufschuldigungen in seiner Weise bewährt und eine öffentliche Aufforderung an den anonymen Verfasser jener „Rechtfertigung“ keinen andern Erfolg hatte, als daß fast des Aufgerufenen mehrere Schuhmachergesellen mit theilweiser Wiederholung der nämlichen Beschuldigungen hervortraten, welche jedoch nicht nur aller Bescheinigung entbehren, sondern bei ihrem auffallenden Widerspruche mit allen zuvor und hernach in großer Anzahl erhobenen Zeugenaussagen als übertrieben und entstellt, ja größtentheils als völlig erdichtet sich erweisen haben, so mußte durch Direktorial-Beschluß vom 10. Juli h. Js. die Untersuchung gegen den Prosekten Rößl wegen seiner Behauptung der Mißhandlung eingestellt werden. Gleiches Resultat hatte die Untersuchung gegen die Gendarme, welche bei der am 29. Mai stattgehabten Arretirung mehrerer Schuhmachergesellen thätig waren. Durch Disziplinarbeschluß des kgl. Gendarmerie-Kompagnie-Kommando vom 15. Juli h. Js. wurde erkannt, daß jede Einschreitung gegen diesbezüglich obwaltenden Benehmens gegen jene Gendarme kein Anlaß vorliege.

Zu Ertangen hatte dem „Nürnberger Korrespondenten“ zufolge eine Zusammenkunft der konstitutionellen Vereine von Bamberg, Erlangen, Nürnberg und Schwabach am 13. d. M. stattgefunden, worin über die Art und Weise, wie eine engere Verbindung unter ihnen hergestellt werden könne, zu verhandlen. Der Beschluß soll dahin ausgefallen sein, 10er im Rednitzkreise von dem Vorsitzenden Dr. Kreismair, Advokaten aus Bamberg und dessen Stellvertreter Praktikant Hofmann aus Nürnberg eröffnet. Man beschloß einen fränkischen Kreisverein zu bilden, in der sichern Erwartung, daß auch ein bayer. Preisverein sich recht bald konstituiren möge. Es soll ein Kreisvorsteher gewählt werden, welcher die Leitung der Vereine übernimmt; halbjährlich sollen Hauptversammlungen stattfinden. Die Wahl des Vororts wurde vor der Hand noch aufgeschoben. Der Nürnberger Verein sagte schlüßlich den Entwurf einer Eingabe an das Ministerium vor gegen die Beschränkung von öffentlichen Sammlungen und des Versammlungsrechtes, was man sie in einem Erlasse des königl. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg vom 4. d. M. Erläuterung zu einem Ministerialerlasse über die Sammlungen für die deutsche Flotte gefunden haben will.

Baden. — Der geheime Rath Dr. Welcker ist von Sr. königl. Hoh. dem Großherzog zu seinem Bevollmächtigten in Frankfurt für der provisorischen Zentralgewalt für Deutschland ernannt worden. Am 14. Mittags hielt Se. königl. Hoh. der Großherzog zu Karlsruhe auf dem Schloßplatze Musterung über die nach Schleswig-Holstein bestimmten Truppen, deren treffliche Haltung allgemeine Anerkennung fand. Auch der Prinz Friedrich soll (der „Karlsruher Zeitung“ zufolge) den bevorstehenden Kriegszug mitmachen. Zwischen hier und wie aufs Neue, daß der General Neubronner um Unterstützung alles weiteren Truppenzuges nach Schleswig nachgesucht hat. Ein Theil derselben übrigens, nemlich die Kontingente aus Frankfurt, Nassau und Weimar müssen jedoch bereits in Holstein eingetroffen sein.) — Im Wahlbezirke Wertheim-Tauberdischofsheim ist am 10. an die Stelle des bekanntlich aus der deutschen Reichsversammlung ausgetretenen Hrn. Kopp (von Heidelberg) der Gymnasialdirektor Damm zum Abgeordneten nach Frankfurt gewählt worden. — Nach der Abreise des Hrn. Gervinus nach dem Süden ist die Heidelberger „Deutsche Zeitung“ von dem Verleger Bassermann an Reimer verkauft worden und dieselbe wird vom 1. September an unter Professor Droysens Leitung in Frankfurt erscheinen. Gervinus und Prof. Heusser treten von der Redaktion zurück.

Kurhessen. In der Sitzung der kurhessischen Stände vom 11. d. M. wurde der Gesetzentwurf wegen Emission kurhessischer Kassenscheine bis zu dem Betrage von einer Million Thaler berathen und mit einigen Modifikationen angenommen.

K. Sachsen. — Die II. Kammer hat am 12. die Berathung des Gesetzentwurfs über die Umgestaltung des Gerichtsverfahrens beendigt, und am Schlusse die ehedem einstimmig angenommenen

Hannover. Nicht Professor Michelsen, Abgeordneter zur deutschen Nationalversammlung, sondern Professor G. A. Michaelis, Professor in Kiel, Bard am 8. d. M. in Lehte auf der Rückkehr von einer Badereise.

Mecklenburg. In Schwerin ist die ganze Ministerialum und das Repräsentationskollegium seine Entlassung genommen. — Strelitz-Buskow wird, so wie man allgemein glaubt, sich sein Ministerium bilden.

Preußen. — ⊙ Berlin, 12. August. An den Kriegsminister v. Strotz-Kassel ist folgende Kabinets-Ordre ergangen: „Um Ihnen für die Besprechungen mit der Versammlung der Abgeordneten zur Vereinbarung der Staatsverfassung und für die Berathungen im Staatsministerio die nöthige Unterstützung durch einen Unterstaatssekretär zu gewähren, will ich diese Funktion dem Generalmajor v. Brandt, Kommandeur der 10. Infanterie-Brigade, übertragen. Friedrich Wilhelm." — Zu dem großen Volksbankett, welches nächstens im Krollschen Garten stattfinden soll, werden bereits subventionirte Zuschüssen gemacht. Da jeder Theilnehmer 10 Silbergroschen zahlen soll, so ist man mit einer Summung beschäftigt, um die die Theilnahme der Armen und Wenigbemittelten umsonst oder für einen geringen Preis zu ermöglichen. Abermals ein armseliges Pogiat des vermaledeiten Pariser 25 Centimes-Bankets!!

Durch königl. Erlasse vom 29. und 31. Juli sind die bisher üblich gewesenen geheimen Kondulenzlisten im Zivilstaatsdienste und in der Armee abgeschafft worden. — Mit dem Könige sind auch der Ministerpräsident v. Auerswald und der Minister des Innern Hr. Kuhlwetter nach Köln zum Dombaufeste abgegangen. Von den Mitgliedern der Nationalversammlung sind außer den drei von ihr erwählten Abgeordneten noch fünfzehn Mitglieder freiwillig ebenfalls dahin gereist. — Die Königin verweilt bis zur Rückkehr des Königs auf der Pfaueninsel. Prinz Karl ist von der Jagd bei Ihren durchlauchtigsten Schwestern J. Maj. der Königin zu Sachsen und Ihrer königl. Hoh. der Prinzessin Johann von Sachsen. Sie ist am 12. dahin abgereist.

Zu Magdeburg wurden am 11. bereits Vorbereitungen für die auf den 12 gegen Abend angesagte Ankunft des „konstitutionellen" Königs getroffen. Dieselben gehen durch Zeitschrift von den Behörden, sondern hauptsächlich vom Volke aus. — Am 10. Nachmittags 2 Uhr kam ein Detachement weimarischer Truppen auf der Magdeburg-Leipziger Bahn nach dem Norden gesandt durch die Stadt. Es wurde von dem Stadtkommandanten, dem Offizierkorps und den Musikchören der Garnison begrüßt. Dieses Bataillon soll in Lehrte mit den von Köln und Hannover kommenden Frankfurter Reichstruppen zusammentreffen und am 11. Abends schon in Altona sein.

Zu Münster zeigt sich gegen den vorigen Oberpräsidenten Flottwell wegen seiner Unterzeichnung des in der Reichsversammlung zu Frankfurt gestellten Grigner'schen Antrags auf Aufhebung des Colibats eine tiefe Aufregung. Am 6. Abends versammelte man auf offener Straße sich Bivouac. Am 9. Abends gegen 9 Uhr zog eine bedeutende Menge unter Schreien, Pfeifen und Zischen auf den Schloßplatz, um dem Oberpräsidenten eine Katzenmusik zu bringen. Wer Individuen wurden von der Polizei verhaftet, allein auf das Verlangen des johlenden Haufens, der vor das Haftlokal zogen war, gab der Magistrat noch einer halben Stunde die Verhafteten wieder frei, worauf sich die Menge ruhig zerstreut. Am 10. Abends fand eine Wiederholung der Demonstration statt, die aber nicht mehr dem abwesenden Oberpräsidenten, sondern Preußen galt. Das Preußenlied wurde unter Begleitung von Pfeifen und Zischen abgesungen, und zwei Gassenlieder, in welchen der König von Preußen und Preußen auf eine gemeine Art geschmäht werden, wurden unter den Fenstern des Schlosses mit Beifall gesungen. Es kamen lange, die Bürgerwehr zu rufen, aber es ward ruhig und den Schloßplatz energisch säubernte. — Die Stadtverordneten haben in öffentlicher Sitzung über den Empfang des Königs berathen, und die Empfangsdeputation benachrichtigt, bei dem Ministerpräsidenten um Entbindung des Hrn. Flottwell von dem Amte als Oberpräsidenten zu Münster zu bitten.

Oesterreich. Wien, 12. Aug. (Einzug des Kaisers in Wien.) Um 5 Uhr Morgens war bereits der Gemeindeausschuß der Stadt Wien in Begleitung der Deputationen des Magistrats, des Verwaltungsrathes der Nationalgarde, des vereinigten Ausschusses der Bürger, Nationalgarden und der akademischen Legion, der Universitätsbehörde und Professorenchor, dann des hier garnisonirenden Militärs mittelst Dampfschiff von Nußdorf dem Kaiser entgegen gefahren. Um 1½ Uhr Nachmittags langte der Kaiser in Stein an, wo derselbe von den erwähnten Koporationen, den Minister v. Doblhoff an der Spitze, empfangen wurde. Dr. Seiler hielt im Namen des Gemeindeausschusses eine Anrede an den Kaiser, in welcher er die ungeschmackte Anhänglichkeit Wiens an das Kaiserhaus, die Treue, den geliebten Monarchen wieder in ihrer Mitte zu begrüßen, und die Versicherung der Vereinsmäßigkeit der ganzen Bevölkerung zur Verherrlichung des konstitutionellen Thrones, wie der geheiligten Person des Kaisers aussprach. Der Kaiser dankte in den freundlichsten Ausdrücken und äußerte wiederholt seine Freude über die Rückkehr nach Wien. — Nachmittags 5 Uhr landete derselbe in Nußdorf unter unbeschreiblichen Zubel der Bevölkerung und fuhr langsam der Stadt zu. An sehr vielen Orten waren Triumphbogen errichtet, die Häuser geschmackvoll dekorirt, und die Nationalgarde hatte Blumensträuße und Kränze an ihren Zahnen und Blumen in die Gewehrläufe gesteckt. Nicht allein auf Wiens Umgebung, sondern sogar von Brünn, Ollmütz und Gratz waren Abtheilungen von Nationalgarden herbeigekommen zur Theilnahme an den Festlichkeiten des Einzuges des Monarchen. Am Stephansdome angelangt wurden 33 MN. am Reisenthore von den Ministern, der gesammten Generalität und Abtheilungen der deutschen, ungarischen und lombardisch-venezianischen Garde empfangen. Sr. Hochwürden der Weihbischof hielt das Te Deum, nach dessen Beendigung der Zug nach Schönbrunn fortgesetzt wurde, wo er einige Minuten nach 8 Uhr anlangte. Dort wurde der Kaiser von den Mitgliedern des Reichstages erwartet. Minister v. Doblhoff stellte dem Kaiser den Präsidenten des Reichstags, Dr. Franz Schmitt vor, welcher dem Kaiser mit einer längern Rede begrüßte. Er bezeichnete in derselben die Rückkehr des Kaisers als die Grundlage der Rückkehr der vollen Ruhe und Ordnung, und des Wiedererwachens des Muthes und Vertrauens, sowie als eine Gewähr daß sie neue Konstitution ihre volle Kraft und Weihe in dem konstitutionellen Throne finden werde. Mit drei Hoch auf den Kaiser, die Kaiserin und das konstitutionelle Haus Oesterreich schloß die Rede. — Der herrlichste Sommertag begünstigte das unbeschreiblich schöne Fest, das bei dem ungeheuren Wogen der Bandentausende auch nicht durch den kleinsten Unfall getrübt wurde. Mit einbrechender Dunkelheit wurden nicht nur Stadt und Vorstädte sondern auch die gegen Schönbrunn zu gelegenen Ortschaften beleuchtet. (W. Z.)

Windischgrätz ließ den 6. August in Prag und in ganz Böhmen feiern. Ueberall wurden dem Reichsverweser die gebührenden Ehrensalven gegeben; die Truppen streckten die deutschen Kokarden auf und ließen die deutschen Bänder an den Fahnen flattern.

Italien. Turin, 12. August. Karl Albert ist in der größten Verlegenheit befinden. Die Manuschaft verweigert zum Theil den Gehorsam, die Nachzugmittel gehen ans, an Geld fehlt es auch. Dazu kommt noch die Furcht, von der neapolitanischen Flottille, die sich bereits im adriatischen Meere befindet, angegriffen zu werden, und es ist nun eine Reise für ihn eingetreten, aus der ihn vielleicht nur die Ueberfahrt von Genie Karl Albert's retten kann. Noch bei meiner Anwesenheit ist nun auch zu erwarten, daß Venedig sich auch mehr lange halte, und die venezianischen Schiffe wieder zu unserer Flotte zurückkehren werden, sur welche sich ein neues Feld der Thätigkeit darbieten könnte, wenn sie unsern bedrängten Brudern im Norden zu Hülfe gesendet würden Heute sagt mir Albini die Gewißheit von Mailand zu erhalten, und es mit freiem Muth in westlicher Richtung, d. i. gegen Venedig abgehen. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Die schon gestern in ihren wesentlichsten Punkten mitgetheilte „Waffenstillstands-Konvention zwischen der k. k. österreichischen und kgl. sardinischen Armee als Vorerinnerung der Verhandlungen zu einem Friedensschluß" lautet vollständig wie folgt: 1. Artikel. Die Demarkationslinie zwischen beiden Armeen wird die bisherige der respektiven Stationen sein. 2. Artikel. Die Festungen von Peschiera, Rocca d'Anfo und Osoppo werden von den sardinischen Truppen geräumt, welche sich hinter den Oglio ziehen Se. Majestät der Kaiser Ferdinand. Die Uebergabe jedes dieser Plätze hat drei Tage nach Bekanntmachung gegenwärtiger Konvention statt zu finden. Alles in diesen Plätzen befindliche k.k. Kriegsmaterial, wird an Oesterreich zurückgestellt. Die abziehenden Truppen können alles mitgebrachte Kriegsmaterial als Waffen, Munition und Munitionsartikel mit sich führen, und werden in regulären Marschstationen auf dem kürzesten Wege in die verbündeten Staaten geführt werden. 3. Artikel. Die Staaten von Modena und Parma, so wie die Stadt Piacenza mit dem zugehörigen Festungsgebiete werden von den Truppen Sr. Majestät des Königs von Sardinien drei Tage nach erfolgter Notifikation gegenwärtiger Konvention geräumt. 4. Artikel. Diese Konvention erstreckt sich gleichfalls auf die Stadt und Festung Brescia und die vorgenannten Orte derselben. Sämmtliche sardinische Besatzungstruppen zu Land und zur See haben die Stadt, die Forts und die Häfen dieses Platzes zu räumen und in die sardinischen Staaten zurückzukehren. Die Landtruppen können ihren Rückmarsch zu Land auf einer noch zu bestimmenden Linie antreten. 5. Artikel. In den vorgenannten Orten werden die Bewohner und das Eigenthum der Stadt den Schutz der österreichischen Gouvernements gestellt. 6. Artikel. Dieser Waffenstillstand hat 6 Wochen zu dauern, um alle weitern Friedensnegotiationen zu bestimmen. Nach Verlauf dieses Termines hat nach gegenseitigen Uebereinkommen entweder eine Verlängerung des Waffenstillstandes statt zu finden, oder es haben nach achttägiger früherer Aufkündigung die Erneuerungen der Feindseligkeiten zu beginnen. 7. Artikel. Die bestehenden Handels- und alle leichtestes und freundlichste Art anzuknüpfen, werden eigene Kommissäre ernannt. Hauptquartier Mailand am 9. August 1848. Heß m. p. K.K. Generalquartiermeister der k. k. österreichischen Armee. Graf Salasco, Generalstieutenant und Chef des Generalstabs der k. sardinischen Armee.

Der Generalmajor Rosbach berichtet aus Crema vom 10. noch, daß am Tage zuvor die über den Caffarobach aufgestellten österreichischen Vorposten von Roveredo d'Anfo aus mit Uebermacht angegriffen worden und den Rückzug nach Lodrone antreten mußten. 3—400 Rebellen, meistens Ueberläufer des 8. Jägerbataillons und des Infanterie-Regiments Haugwitz unterstellten von den Höhen ob Lodrone ein kräftiges Kleingewehrfeuer, welches aber von österreichischer Seite wegen zu großer Entfernung nicht erwi-

dert wurde. Eine Abtheilung Kaiserjäger der 2. Kompagnie und eine halbe Gebirgshandigen-Batterie vertrieb jedoch schnell den Feind aus seiner Stellung und warf ihn in das Nocz Nasso zurück. — Am Golfserjoch schossen die Feinde bei einem kleinen Patrouillengefechte einmal mit Kanonen auf einzelne Soldaten, trafen aber Niemand, während die Tiroler Landesschützen ihnen zwei Mann verwundeten.

Wir erhalten soeben eine neue Mailänder Zeitung vom 8. und 9. Aug. mit dem österreichischen Adler und dem Titel: „Mailänder Zeitung.“ Sie bestätigt was wir aus der Basler Zeitung mittheilten. Am 6. Aug. ward Mailand in Belagerungszustand erklärt; am 7. trat Schwarzenberg an den militärischen Oberbefehl über die Stadt an; Radetzky hat verordnet: die Personalsteuer ist abgeschafft; der Salzpreis vom 12. Aug. an auf 27 L. für den Zentner festes, 20 L. für den Zentner gewöhnliches Salz herabgesetzt; der Stempel ist in vielen Fällen, besonders für die Aermeren abgeschafft. Die Nationalgarde in Mailand ist aufgelöst; die Waffen müssen in einer auf 48 Stunden verlängerten Frist abgeliefert werden; das alte Mannschaft von 18 bis 40 Jahren zum Kriegsdienst genommen werden solle wird für ein lügenhaftes Gerücht erklärt; der Erzbischof von Mailand hat einen Aufruf an die Geistlichkeit und das Volk erlassen, in dem er sie ermahnt ihrem gesetzmäßigen Herrscher Treue und Gehorsam zu leisten. Von seinem Hauptquartier Sesto aus hat Radetzky 1. Aug. bekannt gemacht, daß die gefangenen Insurgenten die binnen 14 Tagen in ihre Heimath zurückkehren solle Amnestie zugesichert erhielten. Karl Albert hat am 7. von Vigevano aus zwei Proklamationen erlassen: an das Heer und die Völker. Jenem empfiehlt er Disziplin, diesen meldet er, er habe Mailand aus Mangel an Munition und Lebensmitteln nicht vertheidigen können. Er erklärt zugleich er werde den Tessin wieder überschreiten.

Jelachich, der Ban von Croatien, hat nach seiner Rückkunft von Wien am 6. August eine Proklamation erlassen, worin er die bisherigen Versuche einer gütlichen Ausgleichung mit Ungarn als gescheitert bezeichnet und zum Schlusse sagt: „Uns bleibt hiernach nur noch übrig, die Beschlüsse des jetzt in Pest versammelten Landtages über unser letztes Friedenswort, welches die ungarischen Minister den Ständen ohne Zweifel mittheilen werden, abzuwarten, um dann unserer Kraft und Einigkeit die Durchführung unserer gerechten Sache anzuvertrauen, welcher weder die entschiedenen Sympathien der freien Völker Osteureichs und Europa's, noch die Billigung Sr. Majestät unseres Kaisers und Königs, noch endlich der Beistand des Allmächtigen fehlen wird, und auf welchen wir fest und unerschütterlich vertrauen.“

Großbritannien.

* London, 12. August. Nach allgemeinem Dafürhalten wird die Königin in Person die Prorogation des Parlaments am 24. d. Mts. vornehmen. Gestern wurde im Unterhause über das Marinebudget abgestimmt. Dem „Globe“ wird aus Paris geschrieben, daß die Kapitulation von Mailand von den englischen und französischen Kommissären als das einzige Mittel, die Hauptstadt und das piemontesische Heer zu retten, empfohlen worden sei. Radetzky soll von denselben Kommissären beredet worden sein von einem Einmarsche in Piemont abzustehen. Ferner erzählt man sich, der Pabst habe an den Erzherzog Reichsverweser geschrieben und ihn gebeten, seinen Einfluß beim Wiener Kabinette dazu aufzuwenden, daß in Italien der Friede auf den vom englischen und französischen Kabinette vorgeschlagenen Grundzügen hergestellt werde. — Hr. Smith O'Brien wird von einer Spezialkommission abgeurtheilt werden. In Tipperary sind große Unruhen. Dieser Unterschungen vorbereitet werden. Man spricht jetzt sogar von der Todesstrafe. Die aus Amerika kommenden Irländer werden von der Polizei sehr ängstlich überwacht; ihr Gepäcke unterliegt der sorgfältigsten Untersuchung.

Frankreich.

** Paris, 12. August. Man hatte eine sehr stürmische Sitzung der Nationalversammlung heute erwartet, es ging gleich der Beginn der Sitzung würde ein Regierungsantrag vorkommen auf Verhaftung der Herren Ledru-ny Blanc und Caussidiere. Aber die besonders auch mit Damen überfüllten Galerien sahen sich in ihrer Erwartung getäuscht. Nichts der Art erfolgte.

△ Paris, 13. August. Ich habe in meinem gestrigen Schreiben den vorletzten Paragraphen des Manifests im gestrigen Moniteur, welcher von dem Kampfe Schleswig-Holsteins handelt, nicht deutet. Die Lehren der Weisheit und Mäßigung, die man in etwas schulmeisterndem Tone der deutschen Reichsversammlung geben will, sind von hier angesehen — mindestens gefagt — eine Anmaßung, auf welche in gebührender Weise geantwortet werden sollte. Das deutsche Parlament hat vom französischen Moniteur durchaus keine Lehren über sein Verhalten anzunehmen. Rücksichtlich des schleswig-holsteinischen Zwistes hat Ueberwiesen Frankreichs eben so wohl als das Englands gegen Deutschland bei jeder Gelegenheit so unzweideutig und offen hervorgetreten, daß man von vorneherein schon der Parteilichkeit für Dänemark sicher wäre, wenn je eine Einmischung auch Frankreichs in die Friedensunterhandlungen daselbst Platz greife. — Wie ich vorangezeigt, hat der Ausschuß der Nationalversammlung für die auswärtigen Angelegenheiten in Erwägung der Mißstände, welche die Mittheilung der auf Italien bezüglichen Aktenstücke vor dem Eintritt der Vermittlung Englands und Frankreichs für die obschwebenden Unterhandlungen haben konnte, doch nur mit 15 gegen 13 Stimmen beschlossen, jeden Beschluß über diesen Punkt bis 17. dieß zu verschieben. — Es ist jetzt ausgemacht, daß alle Aktenstücke in Betreff der Zurückweisung zur Oeffentlichkeit gelangen. Als vorgestern und gestern Gerüchte von hiesigen Regierung aber sehr verbreiteten, sprach sich die öffentliche Stimme allgemein mit Energie dahin aus, daß volles Licht über die Sache verbreitet werden müsse. Bei der nun auf den 21. festgesetzten Verhandlung werden unerhörte Skandale zu Tage kommen. Noch eine Unzahl bisher nicht genannter Personen werden blosgestellt erscheinen und laufen Gefahr, festgenommen zu werden, darunter mehrere Mitglieder der Nationalversammlung außer den schon genannten. Leuten, welche hohe Stellen unter der provisorischen Regierung oder unter der Exekutivkommission bekleideten, sind beschuldigt mit der „rothen Republik“ gegen die Regierung selbst sich verschworen zu haben. Eine Zeugenaussage des Hrn. Arago besonders erscheint sehr belastend gegen die drei Repräsentanten Portalis, Landrin und Jules Favre. Portalis hat einen Urlaub verlangt, ob vielleicht aus Vorsicht? Ohne vollständige Aufdeckung der Wahrheit wird das Vertrauen nicht wiederkehren.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

London, 12. August. Konsols 86¼, B. Conv. —, Span. Akt. —, Iprog. —, Port. —, Portug. Iprog. —, Iprog. 17¼, —18. Iprog. —, Hol. Iprog. 69¼, 2½ prog. 43¼, ¼.

**Londen. 12. August. In der City zeigte sich heute eine ziemliche Unruhe. Man sagte, die Bank von England werde bei der nächsten Versammlung ihrer Direktoren wahrscheinlich eine Erhöhung des Diskonto einführen.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 17. August: „Die Musketiere der Königin“, Oper von Halevy.

Freitag, 18. August: (Zum Erstenmale.) „Die Bauknechte“, Schauspiel von Gustav Freitag.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Montmollin, Kaufmann von Greifeld. Fürstin v. Auersperg, von Wien. Trabe, Kaufmann von Frankfurt. Dr. Graspengießer, aus Mecklenburg.

Gold. Hahn. Paronio, Großhandelsgattin von Nürnberg. Baron v. Wetteran, Major von Wien. Cotton und Treores, Excellenz aus Liverpool. Graf Baumeilher, von Rezensburg. v. Pitterau, k. k. Beamter von Wien. Gallarino, Rentier von Verona.

Blaue Traube. Zimmermann, Dr. phil. von Wien. Liella, Parikulier aus Italien. Kraus, Partikulier von Norschach. n. Bayrberg, Gutsbesitzer aus Schlesien. König, Stadtpfarrer von Wasserburg. v. Holzer, Gutsbesitzer von Holzkirchen.

Stechinsgarten. Hirsch, Kaufmeriastochter von Hildesheim. Gentner, Oberschreiber von Rosenheim. Bartl. Siedent von Miesbach.

Verstorbene in München.

Die Herren: Franz Xaver Schaitler, bürgerl. Gutsarbeiter dahier, mit Maria Anna Bläsl, bürgerl. Metzgerstochter von hier. Franz Xaver Rohner, königl. Justizministerial-Referent dahier, mit Fräulein Pauline Anna Maria Schreiber, königl. Appellationsgerichtsrats-Tochter von Freising. Heinrich Stiglmaier, Gutsbesitzer zu Wörth, Pfarrei Seehausen, mit Fräulein Anna Rauchenberger, Revierförsters-Tochter von Schleißheim. Heinrich Himmelsbach, bürgerl. Handelsmann von Landshut, mit Fräulein Karolina Ehrissen, königl. Rüchenmeisters-Tochter von hier. Anton Justin Fontaine, bürgerl. Handelsgeiger dahier, mit Sophia Maria Fuchs, Privatiers-Tochter von hier.

Auswärts Getraute.

In Augsburg: Dr. Karl Ferdinand Deininger, Feldwebel im Infanterie-Leibregiment dahier, mit Friederike Johanna Katharina Thoma, Weggermeisters-Tochter von Augsburg.

Gestorbene in München.

Anna Maria Schenkofer, bürgerl. Gerbers-Witwe, 47 J. a. Franziska Kremler, Küfners-Tochter von Kraisling, Lgs. Kelheim, 25 J. a.

70. (3a) Gesuch. Ein junger Mann, der mehrere Jahre auf einem großen Oekonomiegute als Verwalter fungirte, auch sehr durch gute Zeugnisse legitimirt kann, sucht eine ähnliche Stelle. Gefällige Anfragen, mit A. B. bezeichnet, besorgt die Expedition dieses Blattes.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Programm des Reichs-Handelsministers Duckwitz.

Das so eben erschienene „Memorandum über die Zoll- und Handels-Verhältnisse von Deutschland (Bremen, bei Schünemann)“ von dem jetzigen Reichs-Handelsminister, Herrn Duckwitz aus Bremen, wird dort allgemein als das Programm desselben betrachtet. Diese Schrift sucht vor Allem zunächst das hier in unmittelbarste Anwendung kommende Verhältniß der Staaten Deutschlands zur Reichs-Centralgewalt festzustellen. Sie dringt auf Feststellung desselben in Bezug auf die speziellen Verhältnisse der kommerziellen und volkswirthschaftlichen Frage, durch eine besondere, dem Reichs-Grundgesetze anzuhängende Akte, welche die bisherigen Anschlußverträge an den Zollverein ersetzen soll. Diese Akte hat die Abfassung der Vertragspflichten der einzelnen Staaten durch die Reichsgewalt und mit der dabei zu beobachtenden Verfahrens regeln. Sie soll die Erhebung und Verwaltung der Steuern, so wie die Unterhaltung der Anstalten für Handel und Schifffahrt den Einzelstaaten selbst mit Benutzung der dazu vorhandenen Behörden übertragen. Die Vertretung der Staaten bei der Reichsgewalt in Sachen des Handels, der Schifffahrt, Industrie, Zollwesen u. s. f. soll durch eine jährlich auf kurze Zeit mehrmals an den Sitz der Reichsgewalt zu berufende Versammlung sachkundiger Abgeordneten der Einzelstaaten geschehen, damit die Wünsche und Interessen aller Theile so viel wie möglich berücksichtigt werden können. Ferner soll in jenem „Akte“ die völlig gleiche Berechtigung aller Staaten des Reichs bei der Steuerentrichtung und Benutzung der Transportmittel einen bestimmten Ausdruck erhalten. Hinsichtlich der „Handelspolitik“ fordert das Memorandum für die weitere Entwickelung der deutschen Schifffahrt nichts, als „gleiche Berechtigung mit den Schiffen anderer Nationen und völlige Steuerfreiheit für das zum Schiffbau und zur Schiffsausrüstung erforderliche Material.“ Dann ist nothwendig eine Reichsorganisation, die es möglich macht, Deutschland und seine Bewohner vermittelst der Wehrpflichtigkeit dem Auslande gegenüber zu geben, was nach Duckwitz nur dadurch geschehen kann, daß das Reich sich auch nach der Landgrenze gegen Holland, Belgien, Frankreich und Italien so organisire, „daß nur diejenigen aber nachbenutzliche Häfen nach Deutschland gelangenden Waaren zu den gewöhnlichen Tarifssätzen zugelassen werden, durch deren konsularisch-beglaubigte Versendungs- und Schiffspapiere nachgewiesen ist, daß sie vom Absendungsorte schon nach einem Platze in Deutschland vermittelst einer regelmäßig demselben fremden Hafens direkt bestimmt waren.“ So nur bekommt es Deutschland in seine Gewalt, die Einzugsgüter und Schiffe eines fremden Landes bei der Einfuhr aber fremde Häfen mit der gleichen Steuererhöhung zu treffen, welche auf indirekte Einfuhren aus den holländischen, belgischen und französischen Häfen, nur eben in einigen Fächern kennt.“ Hinsichtlich der Formen der Zollerhebung und der Controle dringt Duckwitz zum Besten der Seestädte auf ein beschränktes Freihafensystem, das er ausführlich entwickelt, verbunden mit einem Entrepot-System innerhalb der Freihäfen, für Landeserzeugnisse der Industrie und des Bodens, die bei der Einfuhr vom Auslande einer Steuer unterworfen sind, und zwar mit einem Entrepot-System, das öffentliche und Privat-Entrepots zuläßt, an welche sich noch eine besondere Art „fiktiver“ Entrepot-Lagerung anschließt. Was ob die ausschließliche Einführung des einen oder des anderen Systemes betrifft, so spricht sich das Memorandum darüber dahin aus, daß beide Systeme für die Zwecke des Reichs aufzuheben seien, beide sein großes Handelsinteresse gefährden würden, beide, wenn nach den angegebenen Beschränkungen angewendet, den gewerblichen Interessen Rechnung getragen würde, die Reichsgewalt also die Wahl habe, für welches von beiden Systemen sie sich entscheiden wolle. Nur daß nach Einem Systeme verfahren werde, sei Nothwendigkeit, um der Zersemmung widerstreitender Interessen zu vermeiden. „Denn die Grundlage einer Zoll- und Handelsverfassung des Vaterlandes muß die vollständigste Einheit sein.“ Ein Glaubensbruch, in den alle wahrhaften Patrioten und alle wahrhaften Kenner der Interessen des Vaterlandes ihr Ja und Amen sagen.

(Köl. Z.)

Bayerische Verhältnisse.

* München, 16. August. Als im Frühjahre dieses Jahres der Ruf nach allgemeiner Bewaffnung, zum Schutz des bedrohten Vaterlandes nach Außen, wie zum Schirme der gefährdeten öffentlichen Ruhe und zur Wahrung der bedrohten Gesetzlichkeit die Gauen des deutschen Vaterlandes durchtönte, da gestalteten in Bayern die Wünsche zur Bildung bewaffneter Korps sich in verschiedenen Formen. Einzelne Klassen der zum Landwehrdienste nicht verpflichteten Staatsbürger traten freiwillig in die Landwehr ein. — An vielen Orten ward die Bildung freiwilliger Landwehr-Korps oder Landwehr-Freikorps beantragt, welche bald in abgeschlossenen Korps auftreten, bald auch unter die Befehle des Kommandanten der in diesen Orten bestehenden Landwehr-Abtheilungen stellten wollten, um im engen Verbande mit der Landwehr zum Schutze der Ordnung wirksam zu sein. In mehreren Orten wurde aber der Anschluß an die Landwehr und die Unterordnung unter ihre Kommandanten nicht gewünscht. Hier wollten die Wehrkorps mit den selbstgewählten Führern unabhängig von der Landwehr und frei von jedem militärischen Zwange nur dem Ruf der Civilbehörde folgen, wenn diese als Orts- und namentlich als städtische Polizei-Behörde ihre Hilfe gegen Ruhestörungen bedürfte. — Die Errichtung aller dieser Wehrkorps erheischt die nachgesuchte höhere Genehmigung in der Art und Weise wie sie erbeten war, und so bildeten sich neben den freiwilligen Landwehrkorps und Freikorps überhaupt hin und wieder solche polizeiliche Sicherheitskorps, deren Stellung und Verwendungsweise lediglich an die ehrenwerthen englischen Special-Constables erinnert, welche der besonderen Aufsicht von der Civilbehörde aus den achtbarsten Einwohnern berufen und für den Sicherheitsdienst in Sid und Pflicht genommen werden. — Kein Bürger des freien Albions schämt sich dieses Amtes, das ein Ehrenrecht der Notabeln geworden ist, und die in dem englischen Volke lebende hohe Achtung vor dem Gesetze, ohne welche wahre Freiheit nicht bestehen kann, sichert dem Einschreiten der Spezial-Constables einen Erfolg, welcher so schnell und so unblutig der bewaffneten Macht in der That selten gelingt im Laufe des Tages. Eine Anfrage des Landwehr-Kreis-Kommandos der Oberpfalz und von Regensburg über die Stellung und Unterordnung der freiwilligen Landwehrkorps und der polizeilichen Sicherheitskorps bei dem Staatsministerium des Innern führte eine ausführliche Belehrung herbei, wobei jedoch weder die Stadtwehr von Regensburg, noch ein anderes bestimmtes Korps in Sprache kam, der Unterschied der in Frage gebrachten beiden Wehrgattungen vielmehr ganz allgemein erörtert wurde. Wenn dann im Laufe der Erörterung gesagt wurde, daß die freiwilligen Landwehr-Korps Theile der Landwehr, die Sicherheitskorps aber der bezeichneten Kategorie als freiwillige Polizei-Garden zu betrachten seien, so mag der Ausdruck nicht glücklich gewählt sein. Aber Anlaß zu so überschwenglicher Tadel, wie er von einer Seite laut wurde, konnte nur darin finden, wer das wahre Sachverhältniß nicht kennt, oder aus dem Zusammenhange derselben verwechselt und hiebei vor Allem vergißt, daß die Stellung seder Sicherheitskorps nirgends eine ausgedehntere, sondern nur eine frei aus dem eigenen Antriebe der die Nothwendigkeit der Aufrechthaltung gerichtet denkenden ehrenwerthen Staatsbürger selbst hervorgegangene, von ihnen selbst gewählte war.

Wir geben diese Aufschlüsse der Wahrheit getreu und ohne Rückhalt zur Berichtigung irriger Auffassung der Sache, wie sie in einigen bayerischen Blättern hervorgetreten ist. Hieher verkennen wir durchaus nicht, daß es in jeder Beziehung, wie im Interesse aller Betheiligten, so von Regierung selbst wünschenswerth ist, durch eine gründliche Verbesserung und Vervollständigung der Wehrordnung alle diese Verhältnisse bald geregelt zu sehen. So viel wir vernehmen, ist man in der That damit eifrigst beschäftigt. Wir wünschen aufrichtig, daß man damit schnell zum gedeihlichen Ziele komme.

Die öffentliche Ordnung, die Sicherung der Gesetzlichkeit fand übrigens schon bisher in der hingebenden Wirksamkeit der Landwehr und der übrigen Waffenkorps, in welcher Form sie auch bezeichnete Bataillondstriche hervorgerufen, überall eine feste Stütze. Eben deßhalb wird nun von den Feinden der Ordnung kein Mittel unversucht gelassen, um Mißtrauen, Unzufriedenheit und Zwietracht in diese Korps zu säen. Verleumdungen auf die Führer wechseln mit Mißverdächtigungen der unverfänglichsten Erlasse der Regierung; selbst Fragen der kunftigen Uniformirung der Landwehr werden benützt, um Spaltungen hervorzurufen und durch Zwietracht und Zerfall jene bis jetzt so fest bewährte Säule der Ordnung und des Gesetzes zu brechen. Wir können diese Bemerkungen nicht schließen, ohne den Wunsch hinzuzufügen, daß die Widersacher solchen Treibens nicht Gehör noch Folge schenken, daß sie wohl erwägen mögen, wie das allgemeine Verlangen nach und mit ihr die allgemeine Wohlfahrt nur auf Eintracht und Festhaltung am Gesetze sich gründen könne. Und dieses Ziel wird ja von allen Gutgesinnten erstrebt, in welche Reihen ihr ernster Beruf sie auch gestellt haben mag.

Deutschland.

Schleswig-Holstein. — Kendsburg, 10. August. Während die Friedensgerüchte in den Zeitungen spuken, gewinnt hier Alles wieder

*) Wie sehr haben in England bei ähnlichen Anlässen die beschreiblich sie Männer, Herzoge, Marquis, Grafen, Lords u. s. w. neben civilen Richtern und Handlungskommis als Special-Constables politische Funktionen für Aufrechthaltung oder Wiederherstellung der Ordnung und Ruhe eben selben, und alle fühlten sich dadurch geehrt und gehoben. Anm. d. Red.

ein recht kriegerisches Aussehen. Heute Morgen 12 Uhr marschirte das mecklenburg-strelitzsche Bataillon nach Schleswig, und um 11 Uhr rückte wiederum das erste Bataillon Schleswig-Holsteiner hier ein. Morgen werden sie mit die Hannoveraner und nächsten 2 Bataillonen Schleswig-Holsteiner Platz. Der Prinz Friedrich von Augustenburg hat sein Hauptquartier noch Schleswig verlegt. Von den schleswig-holsteinischen Truppen wird ferner ein Bataillon nach Eckernförde und ein Bataillon nach Kiel verlegt. Ob diese Distokationen so ganz unschuldig sind, „damit die Leute sich erholen, sich bequemer um monitren, exorganisiren können," wie Fama sagt, ich glaube es nicht, ich bezweifle darum. (Weser Z.)

— Oesterreich. — Wien, 10. Aug. Es scheint, daß sich hier jetzt eine Propaganda für den österreichischen Demokratismus bildet, denn wir vernehmen so eben, daß eine bedeutende Anzahl von Söhnen der hiesigen Aula im Begriff ist, nach Munchen und Nordwestschland abzugehen, um ihrem Prinzip den Sieg auch im übrigen Deutschland zu verschaffen. Der hiesige demokratische Klub, welcher sich aus den jüngsten unserer Minister-präsidenten Dobhoff vorzüglich erfreut, ist die Seele aller dieser Thaten. Alle jungen Fanatiker der Aula werden nach und nach in sein Interesse gezogen. (N. R.)

Schweiz.

Aus der deutschen Schweiz, 11. Aug. Ueber den „Entwurf der Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft," wie derselbe aus den Berathungen der Tagsatzung vom 15. Mai bis und mit 27. Brachmonat 1848 hervorgegangen ist" (so lautet der Titel der von Staats wegen ausgetheilten Brochüre), wird nun in den Kantonen abgestimmt, und von mehreren, namentlich Zürich und Bern, ist das Ergebniß bereits bekannt. Der Entwurf wird angenommen, denn man hat keine andere Wahl; radikarts kann man nicht mehr, und wenn man noch weiter vorgehen wollte, so bestände die propagandistische Partei das Ruder in die Hände, welche die Schweiz unfehlbar dem französischen Dampfer in's Schlepptau gäbe. Offenungeachtet ist der Bundesentwurf nichts weniger als populär; dies beweist der Umstand hinlänglich, daß im Durchschnitt kaum die Hälfte der stimmberechtigten Bürger abstimmt. Da die Bundesverfassung zu jeder Zeit revidirt werden kann, so ist den Wählern ihr Gewissen durch die neue Verfassung nicht im mindesten verstummert, und sie würden auch jetzt leicht aufgereizten sein, wenn die dermalige Weltlage der einen oder andern Richtung entschieden günstig wäre. Die konservative Partei z. B. freut sich über die Siege der Oesterreicher in Italien ungemein, wagt jedoch keine laute Aeußerung, weil die Franzosen noch keine bestimmte Rolle übernommen haben. Umgekehrt sind die Radikalen kaum verwundet, ihren Grimm über die österreichischen Triumphe auch nur etwas zu dämpfen, denn an Hohn und Lügen lassen sie es nicht ganz fehlen, aber sie finden es doch gefährlich, Oesterreich ins Gesicht zu beleidigen, und sind auch gegen ihre politischen Gegner etwas zahmer geworden; sie begnügen sich vorläufig mit dem Bundesentwurfe. — Neue bekommen wir zu den deutschen Flüchtlingen noch eine Legion italienischer; sie sind den Hauptschreiern zu sehr willkommen, so lange sie Geld haben, wenn aber das ausgeht, so werden sie sich über ihre veränderte Situation bald verwundern. Der deutschen Flüchtlinge wird man bereits überdrüssig, denn bei Vielen sieht es mit dem Gelde fast aus, und Andere ärgern die Leute durch ihre Faulenzerei und Großsprecherei, und noch mehr durch die Hahnbüschi, die sie täglich an einander anklassen. Die deutschen Zeitungen melden, Heeker wandere nach Amerika aus; davon wissen seine Freunde hier Nichts, sie wollen ihn vielmehr bei Gelegenheit nach Verdienst ihrerseits fortsehren, einzelnen Regierungen der Gewaltsamen Verleugnerten zu bereiten. (Karlsr. Z.)

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 5. Aug. Unterm 30. Juli ist folgendes Allerhöchste Manifest erlassen worden. Wir von Gottes Gnaden Wir, Nikolaus I., Kaiser und Selbstherrscher aller Reussen u. s. w. Machdem Wir durch Unser Manifest vom 26. März allen Unsern getreuen Unterthanen von der Lage, in welcher sich die Staaten im Westen Europas befinden, Kunde gegeben, haben Wir die Gemeinen anbefohlen, die zur Ablauf der gesetzlichen Dienstzeit auf unbestimmten und längern Urlaub entlassen waren. Dergestalt hat ein bedeutender Theil der Gemeinen rasch in den aktive Armee ein, zur Vervollständigung der Reihen, die zur Expansiv in den Stau ausgedauen während der Friedenszeit vermindert worden waren. Ein anderer Theil bildete eine sichere Grundlage zur Formirung der Reserven. Diese Einrichtung, deren volle Zweckmäßigkeit sich jetzt dargethan, hat es möglich gemacht, bei dem Eintreten so außerordentlicher Ereignisse Unsere Streitkräfte in den Zustand zu bringen, der den gegenwärtigen Verhältnissen und der Würde des Reiches entspricht und zugleich nach dem Maßstabe einer gewöhnlichen Aushebung dem Bedarf der jährlichen Kompletirung Unserer Armee und Flotte genügt. In Folge dessen befehlen Wir: bei der bevorstehenden Aushebung nach dem System der Reihenfolge in den Gouvernements der östlichen Hälfte 7 Rekruten von 1000 Seelen auszuheben, auf Grundlage des besonderen, hiermit gleichzeitig an den dirigirenden Senat erlassenen, die näheren Bestimmungen enthaltenden Ukases. Diese Rekrutirung ist in den Gouvernements Orel, Tambow und Woronesch den 13. September zu beginnen und am 13. Oktober 1848 zu beendigen, in allen übrigen Gouvernements der östlichen Hälfte ist sie vom 13. November 1848 und bis zum 13. Januar 1849 zu bewerkstelligen." — Zum 2. August waren 1785 Choleraerkrankte in Behandlung gebliebn; im Verlaufe dieses Tages kamen hinzu 92, genasen 119 und starben 51 (darunter 29 in den Wohnungen). Zum 3. August verblieben 1707 Kranke in Behandlung.

— Am 2. d. traf hier der Kapitain vom Generalstabe, Baron Nikolai, ein, mit dem Berichte des Oberbefehlshabers des abgesendeten kaukasischen Korps über die Einnahme des befestigten Aul's Gergebil durch die Truppen des dagestanischen Centschements, unter Anführung des Generalmajors Fürsten Argutinski. Dieses wichtige Ereigniß, berichtet die St. Petersburgische Zeitung, war von folgenden näheren Umständen begleitet. Zum 9. Juli war der Aul, mit Ausnahme des Engpasses von Aimaki, von allen Seiten umstellt, und man schritt zur Aufführung einer Brschchatterie. Die Ingenieurarbeiten rückten sodann rasch und erfolgreich vor. Oberst Dschalor-Kuli-Aga besetzte mit 3 Kompagnien Jusvolk das Dorf Aimaki, so daß am 17. Juli die Verbindung der Besatzung mit den aufgebrachten Truppen vollständig aufgehoben war. Die Brschbatterien waren fertig und armirt. Am 18. bei Tagesanbruch begann die Beschießung des Aul's. Nach einem 18 Stunden hindurch ununterbrochen währenden Bombardement hatten unsere Batterien den nach dem Engpasse von Aimak zu liegenden Theil des Aul's, den Wasserthurm und die Wasserleitung zerstört. Die Garnison vermochte dem Feuer nicht zu widerstehen; sie war von Wassermangel betrübt und suchte ihr Heil in der Flucht. Um 10 Uhr Abends verließen die Bergbewohner den Aul, nach allen Richtungen hin sich zerstreuend; sie wurden aber überall mit dem Bajonett von unseren Posten und mit Kartätschen empfangen. Unsere Truppen zogen am Morgen des 19. Juli in den Aul. Des ungeheuren Verlustes des Feindes wöhrend des Bombardements und des verderblichen Rückzuges nicht zu gedenken, sind die gefammte am Aul befindliche Artillerie und Munition, zwei Feldkanonen und einige Mörser, einen Pack nebst Zubehör und einen Pulvervorrath und eine große Menge Gewehre und Besitzthümer aller Art. Wir unsererseits verloren nichts. Schamil war, wie im vorigen Jahre bei Salty, Zeuge der Eroberung der von ihm für unnehmbar erklärten Festung und der Vernichtung oder Flucht der Garnison, die eidlich gelobt hatte, Gerbeli den Russen nicht zu übergeben. Se. Majestät der Kaiser haben beim Empfange dieses Berichts den Generallieutenant Fürsten Argutinski-Dolgoruki zu Ihrem Generaladjutanten und den Kapitain Baron Nikolai zu Ihrem Flügeladjutanten allergnädigst zu ernennen geruht."

Nachschrift.

Der Erzherzog Reichsverweser ist um 13. Abends 7¼, Uhr in Köln eingetroffen und mit außerordentlichem Jubel empfangen worden. Morgen Rasttag.

— Nach einem Schreiben aus Frankfurt im „Rürnb Kor." wird der Reichsverweser am 16. früh wieder in Frankfurt eintreffen. Hr. von Andrian hat am 13. Abends Frankfurt verlassen, um sich als Gesandter Deutschlands nach Paris zu begeben, um, wie man sagt, dem neuen englischen Kabinette zu eröffnen, daß die Centralgewalt den entschiedenen Entschluß gefaßt habe, ihre Vermittelung zu einer friedlichen Regelung der österreichisch-italienischen Frage eintreten zu lassen, und daß sie bereit sei, dieses Mediationswerk mit Frankreich und England zu übernehmen und auszuführen. Hr. v. Andrian soll zugleich den Auftrag haben, die offizielle Anerkennung der französischen Republik von Seiten der Centralgewalt von Deutschland zu überbringen. — Hr. v. Auerswald wäre zum Gesandten Deutschlands am russischen Hofe ernannt

(Nachrichten aus Oberitalien.) Zu Verona wollte man am 13. (nach einem Briefe aus Mailand) wissen, zu Turin und Genua sei die Republik ausgerufen, der König als Bateriandsverräter erklärt, der königl. Palast in jener und der herzogliche in dieser abgebrannt. Zu Mailand ging die Ablieferung der Waffen ohne Schwierigkeit vor sich, 50,000 Gewehre waren schon abgegeben. Die Nationalgarde ist aufgehoben, das Tragen ihrer Uniform verboten. Keine Contribution ist der Stadt auferlegt worden. Der Orbel hat sechzehn Orkuet ernannt vor dem Einzuge der Oesterreicher. Der Schaden wird auf 50 Mill. Lire (20 Mill. fl. R. W.) angeschlagen. Die Oesterreicher halten trefflich Mannszucht und verfahren durchaus mit Klugheit und Milde. Zusammenrettungen und das Hallen politischer Reden auf öffentlichen Plätzen und Wegen ist untersagt. Man stellt aber schon nahe Aufhebung des Belagerungszustandes in Aussicht. Am 10. ein besetzten die Oesterreicher Como in großer Ruhe. Auch Gravellona sollo der Posdorgang) auf feindlichen Boden ist von ihnen besetzt. Peschera sollte am 14. übergeben werden. Die Besatzung ist bestässig 4000 Mann stark. Vorzügliches Aufsehen machten die Feldgeschen derselben wegen ihrer soldsalen Schnurr- und Kinnbärte.

Frankfurt a M., 15 August. Oesterr. 5proz Metall. 76, 4proz. 60¼, 3proz — 2½ proz. 39½. Bankaktien 1238. 5proz 500 fl.-Loose 122. 250 fl.-Loose 83. — Preuß. 50 Thle-Prämienscheine 88½. 4proz. — Staatsschuldscheine 3½ proz. 74½. — Bayer 3½ proz. 75. — Ludwigsb. Verbach 71½. — Württemberg. 3½ proz. 78. 4½ proz. 94½.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 44.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Freitag den 18. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, den 17. August.

(Pfarrein-Besetzung en.) Die kathol. Pfarrei Klenau, Dgs. Schrobenhausen, dem Priester Nikolaus Steger, Exeut- und Spitalbenefiziat zu Otting, Dgs. Main; die kathol. Pfarrei Schwedenkirchen, Dgs. Pfaffenhofen, dem Priester Johann Bapt. Nobel, Benefiziat und Kooperator zu Rosenheim (vom Hochw. Hrn. Erzbischof von München-Freising verliehen und Allerhöchst bestätigt); die kathol. Pfarrei Kammern, Dgs. Landau, dem Priester Anton Keller, Pfarrvikar zu Preying, Dgs. Grafenau (vom Hochw. Hrn. Bischof von Passau verliehen und Allerhöchst bestätigt); das Fraisenei-Benefizium zu Pfetting, Dgs. Landsberg, dem Priester Franz Seraph Stöckel, Pfarrer zu Forst, Dgs. Weilheim; das Goller-Schuitter'sche Benefizium an der Allerheiligen Kirche auf dem Kreuze zu München, dem Seelsorger- und Kremer'schen Benefiziaten an der St. Peters-Pfarrkirche zu München, Priester Anton Greineder (vom Hochw. Hrn. Erzbischof von München-Freising verliehen und Allerhöchst bestätigt).

Das Dombaufest zu Köln.

(Die Ankunft und der Empfang des Reichsverwesers.)

Wir haben schon neulich bei Mittheilung des Festprogrammes auf die hohe Bedeutung hingewiesen, welche das Kölner Dombaufest für ganz Deutschland hat. Der Kölner Dom ist berufen, gleichsam das Denkmal zu werden einer neuen Aera für unser großes Gesammtvaterland, einer Aera der Versöhnung und Einigung aller deutschen Stämme und dadurch des Wiedererstehens deutscher Größe, Macht und Herrlichkeit, mit einem Worte der Wiedergeburt unseres theuren Vaterlandes. Preußens König sprach eines Tages an derselben geweihten Stätte die erhebenden Worte: „Das große Werk verbinde den spärsten Geschlechtern von einem durch die Einigkeit seiner Fürsten und Völker großen, mächtigen, ja den Frieden der Welt unblutig erzwingenden Deutschland!“ Mögen diese Worte nun den Anfang ihrer Erfüllung finden.

Wir glauben nun den Wünschen unserer Leser entgegenzukommen, wenn wir ihnen die ausführlichen Berichte der „Kölnischen Zeitung“ über die Festlichkeiten vollständig mittheilen, und wir beginnen heute schon mit dem folgenden:

Köln, 14. August. Schon gestern früh hatte die ganze Stadt einen außergewöhnlichen Festschmuck angelegt. Man sah aus Allem, daß die Bürgerschaft die hohe Wichtigkeit des bevorstehenden Festes verstanden, daß Jeder, ohne Unterschied sich bemühte, das Seinige zu der großen Feier beizutragen. Die Hauptstraßen hatten sich freudig mit Flaggen reich geschmückt, im bunten Wappen-Farbenspiele herrschte Schwarz-Roth-Gold vor, doch sah man auch die preußische Wappenfahne an vielen Häusern neben der deutschen. Aeußerst festlich und im Gesammtbilde überraschend schön war Deutz ausgeschmückt, so daß es, von der Brücke aus gesehen, einen außerordentlich heiteren und festlich flimmernden Anblick gewährte, dieses lebendige, reiche Faebengewirre des Flaggen, Fahnen und Wimpel, mit denen alle Häuser verziert waren. Die ganze Stadt war gegen Mittag schon froh bewegt, in den Hauptstraßen das buntieste Leben, durch Sonnenschein gehoben; allenthalben hat man zufriedene, festlich gestimmte Gesichter; ein frischer Geist der Freude schien in den Straßen zu wehen, in denen man außergewöhnlich vielen Fremden begegnete, denn gestern war der Andrang von Gästen schon so groß, daß die meisten Gasthöfe besetzt waren. Die Nationalversammlung in Berlin schickte eine Deputation in den Herren Vize-Präsident Phillips, v. Auerswald und Eichner, denen sich noch manche Andere angeschlossen hatten. Die Berliner Akademie der schönen Künste hatte sich durch den Maler Prof. Karl Begasse, unseren verehrten Landsmann, den Maler Peter v. Cornelius, den Bildhauer Prof. Rauch und den Bildhauer Prof. Wichmann vertreten lassen. Die Zahl der Deputirten der Filial- und Hilfsvereine des Zentral-Dombau-Vereins war aber Erwarten groß — ein Zeichen, daß der Sinn für das heilige Werk noch nicht erstarrt, daß er wieder frisch und rege schafft und wirkt, wenn auch klein Große, was in jüngster Zeit in Deutschland geschehen, scheinbar den Geist von dem erhabenen Werke, dessen Vollendung unser Ziel, abgelenkt. Von den sechszehn Würdenträgern der Kirche, welche unser Herr Erzbischof zu der Konfirmationsfeier geladen hatte, waren gestern schon eingetroffen: der Bischof von Ermeland, Dr. Geritz; der Bischof von Hildesheim, Wandt; der Bischof von Mainz, Kaiser; der Bischof von Trier, Dr. Marx; der Bischof von Osnabrück, Dr. Lüpke; der Bischof von Roermond, Paredis; der Bischof von Speyer, Dr. Weiß; der Bischof von Trier, Dr. Arnoldi, und der Weihbischof von Osnabrück, Lüpke. Der Bischof von Paderborn war durch seinen Generalvikar vertreten, weil er selbst krank, wie auch der Fürstbischof von Breslau wegen Krankheit der Einladung nicht entsprechen konnte. Bestimmt erwartet wurde der päpstliche Nuntius Viale Prela aus Wien. Sämmtliche Prälaten waren gestern bei unserem Herrn Erzbischofe zu Tische gebeten.

Im Laufe des Mittags war die Stadt immer festlicher geschmückt und an allen Enden lebendiger geworden. Einem Bivouakorde gleich das Dombau-Sekretariat, wo die auswärtigen Deputirten empfangen, die Gebrüderten aufgereiht und die nächsten Vorbereitungen zum Feste selbst getroffen wurden. Das gestern zum erstenmale ausgestellte Dom-Modell von Karl Schropp wurde sehr fleißig besucht und erregte allgemeine Bewunderung, wie vorauszusehen war; denn man kann sich nichts Vollendeteres in solcher Kunstbeziehung denken. Außerdem war das Atelier unseres wackeren Bildhauers P. J. Imhof und des Bildhauers Hoffmann, wo ein Kapitol von Cornelius aufgestellt war, dem Publikum offen, wie auch das Museum.

Schon nach 2 Uhr begab sich der Oberbürgermeister sammt dem Gemeinderathe, der Vorstand des Zentral-Dombau-Vereins, der Oberpräsident und die anwesenden Deputirten auswärtiger Vereine nach dem Trankgassenthore zum Empfange des Erzherzogs-Reichsverwesers. Er sollte mit dem Dampfschiffe „Schiller“ der kölnischen Gesellschaft von Mainz kommen. Die ganze Rheinstrecke war festlich geschmückt; da war kein Städtchen noch Dörfchen, welches nicht durch irgendeinen Festschmuck, Fahnen, Laubgewinde und Maien dem hochverehrten Gaste seine Huldigung darbringen wollte und denselben im Vorbeifliegen nicht mit Jubel und Glockenklang begrüßte. Unablässig war die Menschenmenge, welche sich längs dem Werfte am Trankgassenthore, wo eine Interessalandungsbrücke gebaut worden war, zusammengedrängt hatte. Das neue Thor und der Rebenmauern waren mit Damen besetzt; die ganze Trankgasse stand Mann an Mann, Kopf an Kopf in freudigster Erwartung. Nun auch endlich die Nachricht, der hohe Gast werde erst um 7 Uhr einreffen, so wich doch Niemand. Selbst ein ungeheuer starker Gewitterregen konnte die Menge nicht auseinanderstreuben, und sie ward belohnt durch den Dampfer, der sich endlich gegen sieß Alles vergessen, mag auch Mancher bis auf die Haut durchnäßt worden sein. Selbst die Frauen behaupteten standhaft ihre Plätze. Die Kunstzeichen des Dampfschiffes mit naffauischer Artillerie, die in Deug landeten und von dieser Seite fröhlich begrüßt wurden, gab Unterhaltung, wie auch der Riesenballon, der sich trotz des regnerischen Wetters gegen 1 Uhr aber die Thürme der Stadt erhob und bald im Nebelmeer verlor.

Plötzlich erscholl der Ruf: „Er kommt!“ Es mochte 5 Uhr Abends sein. Vom Boyen-Thurme erklang die Signalschüsse. Welche Bewegung! — selbst der Himmel mochte heiterer. Von beiden Ufern krachten Kanonen und Böller. Die Brücke wurde weit geöffnet, und leicht schon das erste gestaltete Dampfboot dahin, dem von Leuz aus Nakeen-Garden entgegen Regen und welchen als es bestiegen, ein weithallender Jubelruf begrüßte.

Nachdem es gelandet, begab sich der Oberbürgermeister mit dem Gemeinderathe, der Kommandant unserer Bürgerwehr mit den Bannerführern und der Vorstand des Zentral-Dombau-Vereins an Bord, um ihm ihren hohen, allverehrten Gaste den Willkommgruß darzubringen. Das Hinterdeck des Schiffes war mit Laubgewinden festlich geschmückt. Hier unter diesem Laubgewinde trat der Erzherzog-Reichsverweser den ihn Grüßenden entgegen. Ein überraschender Anblick — wie groß stand er da in seiner schlichten Einfachheit, in dem braungrauen, ganz zugeknöpften Paletot, den breitkrämpigen schwarzen Hut in der Hand! Auf dem ernst milden Antlitze voll männlichen Ausdruckes in den bestimmt, aber nicht zu scharf ausgeprägten Zügen thront Ruhe und Festigkeit; das klare große Auge, in seinem Blick Ernst und Freundlichkeit sich paarend, kündet klaren Verstand und Herzensgüte. Sechsundsechzig Jahre haben des Erzherzogs-Reichsverwesers Willenskraft und Entschiedenheit in der That, wo es darauf ankommt, nicht geschwächt, das sagt seine ganze Erscheinung, zu welcher sich Jeder hingezogen fühlen muß. — Begleitet war der Reichsverweser von dem Generalo v. Raaß, welcher von unserm Könige zu diesem Zwecke in Berlin gelandet worden war, und mehreren Reichsministern und Ministerialsekretären. Außerdem befanden sich auf dem Schiffe, den Präsidenten H. v. Gagern und den Vize-Präsidenten v. Soiron an der Spitze, viele Abgeordnete der deutschen Nationalversammlung, deren gegen dreihundert mit der Festfahrt des Abends hier einfanden und bei den Bürgern der Stadt gastlich aufgenommen wurden.

Unser Oberbürgermeister, Geheimerath Steinberger, hielt die Ansprache des Willkommß. Seine Worte waren etwa folgende:

„Die alte Rheinstadt bringt Ihm kaiserl. Hoheit, dem erhabenen Reichsverweser, in der Weise, wie es immerdar Sitte und Gebrauch am deutschen Rheine war, einfach, bieder und treu, ihren ehrerbietigsten, herzinnigsten Willkommgruß. Wir sprechen ihn aus, diesen Gruß der Ehrerbietung und Liebe, im Angesichte des hohen Domes, des Symbols der ritterlichen Größe und Kunst Deutschlands. Gleich diesem, dem vorragenden Deutschland, stehen wir auch hin, in verjüngter Kraft, Herrlichkeit und Würde, im Lichtscheine der Hoffnung seiner fürderhin nicht mehr begweifelten Vollendung, festlich vorbereitet und geschmückt zu der großartigen Geschichtsfeier, welche in seinen ehrwürdigen, geheiligten Hallen versammelte und vereinigte mein tapferer und abertausendfach treuer Mainzer, von Adel und Herrn, an ihre Spitze Euch Hand in Hand den erhabenen Verweser des Reiches, den erhabenen kaiserlichen Protektor, mit ihnen die Männer der Wahl des deutschen Volkes, welchen anvertraut ist die Begründung und der Ausbau des erhabensten und großartigsten Bauwerks unserer Jahrhunderte, des Domes deutscher Einheit mit voller Kraft! Mögen, so wie nach der Ihre des Meisters, unter kundgerechter Leitung und freudigem Zusammenwirken der wackern Baugenossen, Stein an Stein gefügig und harmonisch zur Vollendung des erhabenen gottesreichen Tempels sich verbinden, so auch alle deutschen Volksstämme kräftig und harmonisch zusammenwirken an dem erhabenen Bauwerke der deutschen Nationalität und Einheit; mögen, unter dem Schutze des Allmächtigen, diese Bauwerke, in fester Verbindung, in Schönheit, Stärke und Dauer in die fernsten Zeiten und Geschlechter der Menschen hineinragen, und nach abermal sechs Jahrhunderten ein vorreiter Schutzgeist deutschen Frommsinns, deutscher Gesinnung, deutscher Kraft und Einigkeit hier getreten werden! Deutsches Hoch!"

Mit unsäglichem Jubel wurde dieses Hoch ausgebracht; laut schallend klang es von Aller zu Aller wieder und pflanzte sich bis weit in die Stadt fort.

Mit — wir möchten sagen: — andächtigem Ernste horchte der Reichsverweser der Willkommrede. Wie er da stand, voll edler Manneswurde in seiner einfachen Erscheinung, glaubte man einen der thatgewaltigen Herrscher des deutschen Reichs vor sich zu haben aus den Zeiten, wo der Name Deutschland, wie das Reich, groß und mächtig als ein Reich, allen Nationen ein achtungsgebietender war. Er nahm das Wort — rings eine athemlose Stille. Schon die ersten Worte, die ihm von den Lippen tönten, klangen in Aller Herzen wieder, so herzgewinnend ist diese männliche kräftige und mit dem charakteristischen Anfluge des National-Dialektes so tief gemüthliche Stimme. Schade, daß wir die wenigen, aber bedeutungsvollen Worte des Reichsverwesers nicht ganz wortgetreu wiederzugeben vermögen. Er sagte etwa:

„Meinen wärmsten Dank für den herzlichen Empfang! Sie haben den Kölner Dom das Symbol der deutschen Einheit genannt — er ist es, er soll es sein! Das Werk, das wir zu Deutschlands, des Vaterlandes Heil zu bauen haben, ist ein großes, ein vielverhaftes, wie Ihr Dom selbst. Es bedarf da eines festen Willens und kräftiger Beharrlichkeit, eines einigen Sinnes beantworten, daß er genau passe, daß er sich füge zu dem großen einigen Ganzen. Wir wollen Gott die Ehre bitten, daß er uns die Kraft dazu verleihe, daß nur Alle mit gleichem Eifer und thatkräftiger Ausdauer daran arbeiten, daß teilweise, wie Ihr Dom, endlich ein einiges, ein großes, ein glückliches Deutschland, das wir verhoffe nochmals meinen herzlichen Dank und bringe der Stadt zöln ein Hoch!"

Und es jubelte das Hoch begeistert und begeisternd in die Lüfte. Unmöglich ist es uns aber, den Eindruck zu schildern, welchen die Worte, in der Weise, wie sie gesprochen wurden, auf alle machten, die bei dem hohen Gaste näher standen; manches Auge füllte sich mit Thränen. Möchten diese Worte des edlen deutschen Mannes, gesprochen von ihm auf dem deutschen Strome, unschwer von den Bergen einer Stadt, die sich rühmt stolz eine freie Stadt des deutschen Reichs zu sein, die mit ihrer 2000jährigen theure großen Vergangenheit zurückblickt, auf das, was ihre Bürger einst zur Begründung eines mächtigen Bürgerthumes und wahrer Bürgerfreiheit gethan haben — möchten die Worte des Reichsverwesers eine Weissagung sein, deren Erfüllung schon die nächste Zukunft des deutschen Vaterlandes bezeuge! Es sei nur unser heiligstes, festes Wollen — und wahr in der That müssen seine Worte der Zukunft sein!

Im Namen der Bürgerwehr brachte dann deren Kommandant, der Chef-Präsident von Wittgenstein, dem hohen Ehrengaste den Willkomm in wenigen, aber bündigen Worten, und schloß mit einem Hoch auf den Reichsverweser, das, wie er sagte gewiß in den Herzen aller deutschen Bürgerwehrmänner den freudigsten, lebendigsten Widerhall finden würde.

Als sich Herr v. Wittgenstein aus der Ferne ausbat, den Reichsverweser demüthigen zu dürfen, erklärte dieser mit einem herzlichen Händedrucke, wie er „sehr gern" die Einladung annehme. Auf die Frage, ob Se. Kaiserliche Hoheit einen Wagen befehlen, antwortete er: „Ich meine, ich gehe gern zu Fuß!" Während sich nun Alle anschickten, das Dampfboot zu verlassen, wandte sich der Erzherzog zum Ober-Bürgermeister mit den Worten: „Köln ist sür mich eine gar schöne Stadt; ich habe Köln gern!"

Unbeschreiblich war der Jubel der Menge, als der Erzherzog, Reichsverweser im schlichten Bürgerrocke, begleitet von dem Ober-Bürgermeister und dem Kommandanten der Bürgerwehr, gefolgt von dem Gemeinderath und dem Vorstande des Zentral-Dombau-Vereins, durch das von der Bürgerwehr gebildete Spalier schritt, den Hut in der Hand, freundlich nach allen Seiten grüßend und dankend. Einen solchen Volksjubel, solch einen begeisterten Willkommruf haben wir selten vernommen. Dichtgedrängt war die Straße voller Menschen, alle Fenster der Häuser, deren Dächer selbst belegt waren, mit Frauen besetzt, die den Ehrengast mit weißen Tüchern begrüßten — sein Ende wollte der Jubelruf nehmen, die Bürgermeister-Männer, mit einer Hand das Gewehr präsentirend, schwenkten mit der andern Hüte und Mützen und jubelten ihm ihr begeistertes Hoch entgegen, darein schmetterten die Fanfaren und das Geläute sämmtlicher Glocken der Stadt in majestätisch-feierlichem Ernste. Eine Abtheilung berittener Bürgerwehr ritt vor dem hohen Ehrengaste.

Als der Dom nun in seiner erhabenen Größe vor dem erlauchten Fürsten aufstieg, hemmte er überrascht den Schritt, stannend zu dem Prachtmonumente der sich von dieser Seite in ihrer ganzen Bauwracht den Augen darbietenden Chorrundung emporblickend. Hier hörten wir eine Bürgerstimme voll staunender Verwunderung ausrufen: „Nun, seht doch, ein schlichter Bürgersmann!" Ein bedeutsames Wort, denn nur dann erst wird Deutschland groß und glücklich sein, wenn seine Fürsten ihren höchsten Ehrenschmuck im schlichten Bürgerkleide finden.

Unaussprechliche, unaufhörlicher Jubel begleitete den Reichsverweser bis zu der Wohnung des Hrn. v. Wittgenstein, wo eine Ehrenwache der Bürgerwehr und eine Kompagnie des 16. Inf.-Regts., dessen Chef der Erzherzog Johann ist, als Ehrenwache aufgestellt war, welche ihn militairisch begrüßte. In der Hausflur empfing ihn Prinz Friedrich von Dasseldorf in der Kuirassier-Uniform, umgeben von einer Menge Ober-Offiziere aller Waffengattungen im höchsten Pomp — charakteristisch groß der Gegensatz des Reichsverwesers im einfachsten bürgerlichen Reisekleide. Auf der Treppenstufe begrüßte ihn unser Herr Erzbischof v. Geissel, mit den Prälaten, die bereits seiner Einladung zum Fest-Imbiß gefolgt waren.

Er betrat sich dann, begleitet von dem Prinzen Friedrich und dem Herrn Erzbischofe, in die oberen Gemächer des Hauses, wo die gewöhnlichen Vorstellungen Statt fanden und auch sämmtliche Bannerführer und Hauptleute unserer Bürgerwehr sich ihm vorstellen ließen. Der Reichsverweser war gegen Alle eben freundlich und herzgewinnend durch seine schlichte, ruhige, bieder Weise. — Mag auch Niemand vor 30 Jahren des 16. Inf.-Regts. feierlichst mit großer Militär-Musik in sein Absteige-Quartier abgeholt wurde, und noch spät, trotz des regnerischen Wetters, drachten ihm zahlreiche Bürger einen glänzenden Fackelzug und eine Serenade. Von der Wohnung des Reichsverwesers begab sich der Zug zum Hause des Hrn. Advokat-Anwaltes Forst, auf dem Berlich, wo der Präsident der deutschen Reichs-Versammlung, v. Gagern, abgestiegen war, um auch diesem deutschen Ehrenmanne eine Huldigung darzubringen.

So schloß die Einleitung zu dem hohen Feste. Heiterer ist diesen Morgen der Himmel, und noch festlicher und reicher denn gestern sind die ausserordentlich belebten Straßen geschmückt; einzelne Häuser mit vielem Geschmacke und sinniger Pracht. — Der Kaiser von Oesterreich, der König von Hannover und der König der Niederlande sind den an sie ergangenen Einladungen nicht nachgekommen.

Diesen Morgen gegen neun Uhr besuchte der Reichsverweser schon den Dom und nahm unter Begleitung des Dom-Baumeisters Zwirner den ganzen Bau, so weit er seiner Vollendung entgegen gedehen, in Augenschein. Nach der Präsident v. Gagern in Begleitung von mehreren Deputirten desichtigte diesen Morgen in aller Frühe schon den Dom.

Deutschland.

Bayern. — Münchhen, 17. Aug. Die von Soldaten der hiesigen Garnison bei dem Biereinth Schwäg rt verübten Gewaltthätigkeiten haben in den hiesigen Tagblättern mehrere Aeußerungen hervorgerufen, in deren Richtung und Tenorn sich auch die Verschiedenheit des Standpunktes und der politischen Tendenz dieser Blätter ausspricht. Der freisinnen Thatsachen zu leugnen vermochte, sind jedoch dennoch nicht sowohl um eine Kritik oder Berichtigung der bei solchen Veranlassungen leider nur zu oft gewählten Auffassungsweise, als um die Beruhigung des wohlgesinnten Publikums durch die Versicherung, daß von der hohen Militärbehörde sogleich und vollständig dasjenige angeordnet worden ist, was die pflichtmäßige Sorge zur Gesetzlichkeit und Ordnung verlangt. Auf die Berichte von dem Kollegienverwesen Versalle erließ das königl. Kriegsministerium die demessenste Weisung an die betreffende Kommandobehörde, nach den Bestimmungen der hierher bezüglichen Verordnungen und Gesetze, in so weit es nicht bereits geschehen sein sollte, nicht nur die genauste Untersuchung und strenge Bestrafung der Thäter zu veranlassen, sondern auch alle geeigneten Maßregeln zur Verhinderung jeder neuen Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu ergreifen. Was aus der rechtsgemäßen Untersuchung hervorgehen wird, die Feststellung und das Maß der Schuld sowie die Bestrafung, wird der Kenntniß des Publikums nicht entzogen werden.

Die „Augsburger Abendzeitung" bemerkt, es sei selsam, daß die Münchener Blätter über den Anlaß zu Absendung von 400 Mann Truppen nach Zell auch nicht immer seinen Aufschluß geben. Wir verweisen hierüber auf unsere Beilage vom 14. d., wonach sie allerdings genaue Aufschlüsse aus verbürgter Quelle geschöpft haben wird.

Die Landräthe der Regierungsbezirke diesseits des Rheins sind auf den 2. Oktober zur ordentlichen Versammlung einberufen. „Zugleich (sagt das betreffende Ausschreiben) wollen Se. Majestät, durchdrungen von dem Wunsche, daß auch den Verhandlungen der Landräthe eine lebendigere Theilnahme zugewendet werde, und überzeugt, daß diese gewiß nur gefördert werden wird, wenn auch ihre Berathungen an das Licht der Oeffentlichkeit treten, diese schon jetzt in soweit eintreten lassen, als die dermal noch geltenden Gesetzesbestimmungen es zulassen."

Baden. Die erste Kolonne der nach Schleswig-Holstein bestimmten Truppen ist am 15. Morgens 4 nach Mannheim abmarschirt, von wo aus am 18. die Absicht obwaltenden Transportes stattfinden wird. An jedem der 4 folgenden Tage wird ein weiteres Bataillon eingeschifft werden — Seit 14 Tagen hat der Doppeldienst der Dampfschiffahrt auf dem Neckar un-

ter Theilnahme eines großen Publikums begonnen. — Durch Freiburg soll am 13. eine Abordnung von Mitgliedern der Reichsversammlung gekommen sein, welche sich nach Mailand begibt, um über den Stand der dortigen Verhältnisse an die Zentralgewalt zu berichten, welche, wie man hört, ihre Abberufung zum Grunde einer Vermittlungsversuches machen wird.

Kurhessen. — Der Kurstaat hat den Professor Dr. Jordan, der schon Gesandter beim aufgelösten Bundestage war, zu seinem Bevollmächtigten bei der Reichsregierung ernannt.

Preußen. Der „Staatsanzeiger" bringt nun die Ernennung des Generalmajors v. Brandt zum Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, und die auf Nachsuchen ertheilte Entlassung des Oberburgmeisters Krausnick von Berlin. — Der bekannte Statistiker Dr. Theodor Mundt ist zum außerordentlichen Professor der philosophischen Fakultät der Universität Breslau ernannt worden.

Oesterreich. — Wien, 14. August. Der Empfang des Kaisers muß dem Herzen desselben sehr wohlthätig gewesen sein; er war ebenso herzlich als freudig. Sehr guten Eindruck machte das Erscheinen der Nationalgarden aus den durch die Eisenbahnverbindung zu Nachbarstädten Wiens gewordenen Städten Brünn, Groß, Olmütz, Wiener-Neustadt. Besonders gefielen die Nationalgarden aus Brühl und den umliegenden Orten, die ganz in der ächten österreichischen Bauerntracht erschienen, mit Fahnen auf den Hüten, wovon sie ihre Farbigkeit unverändert sich nur durch die Feldbinde. Der Kaiser, den ich ganz in der Nähe vor mir vorüberkommen sah, da ich in die vordersten Reihe der Spalier bildenden Nationalgarde stand, sah sehr erwudet aus, was auch nicht zu verwundern war. Eine seltsam angeschlagene Proklamation des Kaisers ist eben so herzlich als wiederholt gehalten, und hat allgemein den besten Eindruck gemacht. Es scheint, daß man dem Kaiser zu Innsbruck die sonderbaren Ideen beigebracht hatte von Verwüstungen, die die Wiener Burschen hier und der Stadt in Schönbrunn angerichtet worden wären. Es soll ganz erstaunt gewesen sein, die Fenster in der Burg nicht alle eingeschlagen zu finden. Einer Deputation in Innsbruck schon soll der Kaiser gesagt haben: Alles stehe er den Wienern verzeihen, nur nicht, daß sie ihm sein schönes Schönbrunn so ruinirt haben. Die Entschuldigung war daher um so angenehmer. In der That fehlt in Schönbrunn keine Blume und kein Thier, die Elephanten und Bären werden nach wie vor von den Besuchern reichlich gefuttert, auch die Affenkruppe ist vollzählig wie sonst, und ihre Gratisvorstellungen sind so eifrig besucht wie immer. — Die Uebergabe von Venedig wird nach der Räumung des Platzes auch seiner Forts wie des Hafens durch die sardinischen Streitkräfte nicht lange auf sich warten lassen. Die sehr starke österreichische Partei war dort nur durch die Furcht vor Plünderung niedergehalten. Aus Mailand lauten alle Berichte gut. Der Erzherzog ermuthigt zu Gehorsam und Unterwerfung unter die rechtmäßige Regierung, und der Probst von San Ambrogio, der anfangs stets einen geistigen Sabel an seiner Seite nachschleifte und sich breit redete, hartherzigen Benehmen gegen die österreichischen Gefangenen nachgesagt, wird jetzt wohl auch wieder christliche Demuth gelernt haben und sich friedfertiger Gesinnungen befleißigen.

Folgendes ist die obenerwähnte Proklamation des Kaisers: „An meine getreuen Wiener! Der geringe Tag an welchem ich in eure Mitte zurückkehrend die schönsten Beweise euer alten unverbrüchlichen Liebe erntete, wird mir und allen Gliedern des kaiserlichen Hauses unvergeßlich bleiben. Möge er als feierlicher Gedächtniß-Tag des neuen Bundes zwischen einem freien Volke und seinem konstitutionellen Kaiser in der Geschichte des Vaterlandes ewig glänzen, mögen auch fernerhin Friede, Eintracht, Ordnung und Gesetzmäßigkeit herrschen, damit unter ihrem Schutze der Aufbau unseres neuen verfassungsmäßigen Staates zum Heil und Segen aller Völker Oesterreichs gedeihe und sich kräftige. Im Interesse mit den selbstgewählten Vertretern bestehen zu können, müssen vorerst gewichtigen Rathen, hoffe ich die schwere von der Vorsehung mir beschiedene Aufgabe, die neue Konstituirung des Vaterlandes, ruhmlich zu Ende zu führen. Wien, am 13. August 1848. Ferdinand."

Wien, 14. August. Heute war an der Börse das Gerücht verbreitet, England und Frankreich stehen die Garantie der an Oesterreich zu leistenden Kriegsentschädigung übernommen, was auf die Kurse günstig wirkte. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

* (Weitere Nachrichten aus Mailand). In den unter dieser Rubrik bereits gegebenen Details der Vorgänge in der Stadt vor und nach ihrer Ergebung kommen täglich neue, welche das Schreckenshaft des dortigen Zustandes vor der Besetzung durch die österreichische Armee vervollständigen. Ein Augenzeuge schreibt dem Tyroler Boten aus Mailand vom 7. unter anderm folgendes: „Der Sieg ist nun immer kann, sind sich entzückten und von hier wegzukommen, denn man hält einen Angriff der Oesterreicher für unmöglich. Alle Häuser sind geschlossen, Niemand sieht sich mehr auf der Straße, Alles ist in Trauer, der Eine hat Verwandte verloren, der and-re Freunde, der dritte seinen Erwerbszweig. — Erst gestern noch wurde von der „Barabba" (so heißt des Gefängniß, welches das Werkzeug der Poreien war) der Palast Litta und alle Magazine der Stadt geplündert, kurz vor dem gesegneten Einmarsche der Oesterreicher! Am 5. hatten dieselbe Rotte das Gewölbsgebäude in Brand gesteckt, und unter seinen Trümmern fand man fünfhundert Leichen, größtentheils Weiber und Knaben! Die Piemontesen ahmten die Barabba nach und steckten die Vorstadt St. Gotardo an der Porta tenese nebst 21 Bauernhäuser der Umgegend in Brand, plünderten die Münze in der sich eine Menge Silber befand und das Stadtmagazin. Der Schaden beträgt 50 Millionen österreichische Lire (20 Mill. fl. R. W.) Den neubrüchigen von dem wüthenden Volke im Palazzo Greppi eingeschlossenen König konnte nur ein starkes Korps Piemontesen mit 4 Kanonen vom Fenertode befreien, indem das Volk bereits Fener an den Palast gelegt hatte und mit ihm auf gleiche Weise verfahren wollte, wie einst mit Prina." Nach der Flucht des Königs und seiner halbnackten Piemontesen war die Straße wie besäet mit Militärkleidern aller Art, darunter auch die eiserne Krone, mit welcher sich Karl Albert von Polste krönen zu lassen gesonnen war. Ebenso lagen auf der Höhe der Porta Romana Gewehre zwischen Italien und Deutschland feilgeseßt hätte. Am 5. wollte das Volk auch die noch in Mailand befindlichen Weiber ermorden, und nur mit Mühe gelang es, einige Weiber und Kinder zu retten. — Bei der großen Anzahl der durch die Flucht von sich zwei Dritttheilen der Bevölkerung leerstehender Quartiere haben nun die österreichischen Offiziere die schönsten und bequemsten Quartiere in den Palästen und Häusern im möglichsten Geld, während sich vor einem halben Jahre froh sein durften um Gnade und Barmherzigkeit gegen enormen Preis ein elendes Zimmer zu erhalten! — Nachträglich erfährt man noch über die Zusammenkunft des Erzhschofs mit dem Feldmarschall Radetzky, daß Ersterer zitternd vor den so schon beleidigten Helden trat, der ihm mit ernsten Worten sein früheres Betragen verwies und ihn ermahnte das Werk des Friedens in Zukunft besser zu erfüllen. — Die Municipalität mußte sämmtliches Eigenthum der österreichischen Offiziere und Soldaten, welches von diesen bei ihrem plötzlichen Abzuge zurückgelassen, und von ersteren treulos konfiszirt worden war, regelrecht wieder herausgeben was auch allsogleich geschah.

Von Livorno ist vernimmt man, daß schon am 12. die Thore für neugierige Besucher offen standen. In Venedig soll es minder gut stehen. Die Regierung und die Kreuzfahrer wollen selbstständig handeln, dagegen steht aber in Pola eine österreichische Flotille, welche sehr wohl vor dem Hafen erscheinen wird, der zu seiner Vertheidigung zwar Kanonen, aber keine Kanoniere hat. Der Zugang zu Lande über Casoline, Treporti, St. Erasmo bis Vignola ist nicht schwer und die Besatzung von dort leicht. Die Ladung selbst an Bord zwischen dem Hafen von Lido und Malamocco kann ohne besonderen Verlust unternommen werden. Dazu kommt die Abnahme und Verbrennung der Lebensmittel, die gänzliche Verdienstlosigkeit, und die bereits schon erfolgte Entwaffnung des Volkes — Umstände, die bei dem bekannten friedlichen Charakter der Venezianer eine sehr baldige Ergebung hoffen lassen.

Radetzky soll in dem bereits eroberten Gebiete verordnet haben, daß alle Zahlungen in Banknoten zu entrichten sind, was zur Folge hatte, daß bereits in Triest und Bozen große Summen Goldes und Silbers anlangten, um gegen Banknoten verwechselt zu werden, wodurch endlich der Münzverlehte wieder lebhafter zu werden beginnt.

Krakau, 8. August. Die galizischen Bauern haben beschlossen in Anbetracht der Finanznoth auf ein Jahr die Steuern in vorzuhinein an die k. k. Kreiskassen abzuführen. Dieser so freiwillige Antrieb gewachten Anerbieten ist hier und da bereits die That gefolgt. (Pr. Z.)

Italien.

Das Ministerium in Turin soll die HH. Casati und Gioberti nach Karl Alberts Hauptquartier Bigevano geschickt haben, um die Alternative zu stellen: entweder französischen Einschreitens oder Einführung des Munizipalregimes. Karl Albert hätte die letztere vorgezogen, so meldet wenigstens der „Republikaner" ein im Schweizer Kanton Tessin erscheinendes Blatt, dessen Angabe wir nicht verbürgen wollen.

Genua, 6. August. Der Schreckensruf: „Mailand ist in den Händen des Oesterreicher! Radetzky kommt!" hat hier eine ungeheure Bestürzung und Aufregung hervorgerufen. Volkshaufen unter denen jämmerliche Freiheitslieder und eine Menge Leute von bloß verdächtigem, verwildertem Aussehen, ziehen durch die Straßen und schreien nach Waffen. Donnernden ertönt der Ruf: „Nieder mit Karl Albert, nieder mit dem Verräther! Es lebe die Republik!" Die Einwohner sind in der größten Bestürzung, sie fürchten diese wilden Horden, die auch zum Drohungen, die sie ausstoßen, auf Plünderung der Reichen abgesehen haben, mehr als selbst die Oesterreicher. Der Pöbel soll bereits die Auslieferung der österreichischen Gefangenen verlangt haben, und nur mit Mühe von dieser Forderung abgebracht worden sein. Es werden Anstalten zur Vertheidigung getroffen — da aber Alles den Kopf verloren zu haben scheint, so geht nichts zusammen. Ich habe nie viel auf den italienischen Nationalmuth gehalten; denn ich aber gegenwärtig sehe, wie die Leute, die sonst am tapfersten geschrien, jetzt vor Angst und Furcht zittern, wie eine ganzliche Muthlosigkeit sich Aller bemächtigt hat, so kann ich wohl begreifen, wie die Armee Karl Albert's, nachdem sie einmal von den Oesterreichern geschlagen war, sich nur auf ihre Füße verließ und jedes fernere Widerstandes unfähig wurde. Ich habe nur einen Wunsch, sobald sich einschiffen und von hier wegkommen, denn man hält einen Angriff der Oesterreicher für unmöglich machte Sache, zumal da die Franzosen gegen alles Erwarten mit ihrer Hilfe zögern. (Korlsr. Z.)

Mailand 3. August. Die Radetzkischen und Nom vom 4. Aug. Die Erailleien hatten dort dreitägige Unruhen erregt. Zuerst hatte sich, wie in ganz Italien, das Gerücht eines großen Sieges der Piemontesen mit einer enormen Anzahl Gefangener und eroberter Kanonen verbreitet; noch mehr, man verkündete den Lod Radetzkys, dessen Haupt, wie man hinzufügte, in Rom als Siegeszeichen und gleichsam als Bestätigung des des Sieges einteffen würde. Die ausschweifendsten Gerüchte hatten unter dem Volke Glauben gefunden, welches sich noch am Abend in mehrere Kirchen stürzte um die Glocken zu läuten zum Zeichen seiner Freude.

Allein der 1. und 2. Aug. entkräftete es auf eine furchtbare Weise, und es erfolgte ein Racheflug, welcher der öffentlichen Rube gefährlich wurde. Das Volk stieß Todesdrohungen und die heftigsten Schmähungen gegen die Kardinäle und Priester aus. Der Advokat Sereni, Präsident der Deputirtenkammer, und mehre Kardinäle haben sich aus der Stadt geflüchtet.

Großbritannien.

In der Oberhausesitzung vom 9. erklärte Lord Lansdowne auf eine Anfrage Lord Stanley's über die Art und Annahme der englischen Einmischung in die sizilischen Angelegenheiten im wesentlichen: „Ohne sich in Einzelnes einzulassen, könne er dem Hause die Versicherung geben, daß die brittische Regierung ihr Möglichstes gethan habe, um den König von Neapel und seine sizilischen Unterthanen zu einem gütlichen Abkommen über Zerwürfnisse zu bringen. Erst als die Sizilier aller Stände durch ihr tapferes Auftreten gezeigt hätten, daß sie ihre Unabhängigkeit zu behaupten entschlossen seien, habe die dortige Regierung ihre Rolle hinsichtlich der in Sizilien einzuführenden Regierungsform dargeboten. Sie habe ihre Ansicht zu Gunsten einer monarchischen, als einer republikanischen, — eher eines italienischen, als eines fremden Prinzen ausgesprochen. Die dortige Regierung habe dabei weiter Nichts gesagt, als — im Falle Sizilien sich zu einer selbstständigen Macht konstituiren wolle, so würde England lieber sehen, wenn sie zu erneuerade Prinz nicht einem fremden Staate angehörig wäre." Nachdem bemerkte Lord Lansdowne. Admiral Parker sei mit seiner Flotte auf eigenem Antrieb, und nicht in Folge seiner Instruktionen, in die Bay von Neapel gekommen, verwigerte aber auf mit der dieser Antwort nicht recht befriedigten Lord Stanley's weitere Frage, „ob die Flotte des Admirals Parker bei irgend einer Expedition, welche St. neapolitanische Majestät gegen Dero getreue Unterthanen in Sizilien senden möchte, dagwischen treten würde?" entschieden eine Antwort.

Frankreich.

Paris, 14. Aug. Ich möchte jetzt tausend Stimmen haben, um Deutschland und vor Allem der Zentralgewalt zu Frankfurt recht vernehmbar zurufen zu können: zeigt euch fest und unerschütterlich, haltet treu zusammen mit Oesterreich gegen diesen Bundesglieder; seine Sache ist eure Sache, eure Festigkeit wird Deutschlands und Oesterreichs Interessen zugleich wahren! Schon die ersten Nachrichten über die zu Frankfurt vorherrschende Stimmung haben tiefen Eindruck hier gemacht, und den Kriegsdefizit vollends abgekühlt. Eben vernehme ich, daß auch Lord Palmerston auf die Nachricht von der Einnahme Mailands bereits eine neue Note an das französische Kabinet geschickt hat mit der Erklärung, daß man sich in dem sehr wahrscheinlichen Falle, wo das Wiener Kabinet die auf den früheren Grundlagen basirten Vermittlungsvorschläge zurückweisen würde, von Seiten an daran selbst erhalten müsse, die Neutralität des piemontesischen Gebiets und eine liberale Verfassung für die lombardisch-venetianischen Provinzen zu verlangen. General Cavaignac und die Regierung hier überdauert, sind sehr froh, daß England seine veränderte Haltung auf der Berlegenheit gezogen zu werden. Sie werden mit Freuden den Vorwand benützen, um vollends jede bewaffnete Einschreiten zurückzuweisen. Nicht, der Turiner Agefand-e, jetzt zu Lyon, mag sich auf eine ablehnende Antwort auf sein Verlangen gefaßt machen. Heute wurde in der Nationalversammlung ein Antrag auf Bewilligung eines Kredits, um der Privatindustrie zu Hülfe zu kommen, vom Finanzminister Goudchaux energisch bekämpft, mit großer Mehrheit verworfen. Nicht theilweise, aber immer angereichende Gelthülfe, sondern Rückkehr der Vertrauens allein, können der Industrie wieder aufhelfen, erklärte mit Recht der Minister.

Vermischte Nachrichten.

(Spitzbuben-Jary.) Ein Mitschüler, der vor einiger Zeit in Paris auf Kerkerhaft verarbeitet wurde, rief, als er sein Urtheil hörte, plötzlich aus: „Das ist wahr, ich habe gestohlen, aber die Gerechtigkeit ist ungerecht. Wer sind diejenigen, die mich verurtheilen? Schneider und Handschuhmacher, Fabrikanten und Bankiers, Aerzte und Gutsbesitzer — das sind die Leute, aus denen die Geschworenen zusammengesetzt sind. Leute aus allen Ständen, nur nicht aus dem meinigen. Leute, die sich vorzüglich auf Hosen und Hofenträger, auf Maschinen und Wechselbriefe, auf Aderbau und Wasserkraft verstehen. Aber was verstehen diese Leute vom Diebstahl? Die Civiere sagt entschieden: „Was jener Fregatte von seinen Gleichen gerichtet werden soll—", und die Charte wird nur dann erst eine Wahrheit werden, wenn die Geschworenen für uns aus einem Stäffliuge- oder Zucht-Hause gewählt werden."

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 14. August. 5proz. Metall. 85¼, 4proz. 68, 3proz. 50, 2½proz. 43⅛, 1834r 500 fl.-Loose 135. 1839r 250 fl.-Loose 93. Bankaktien 1110. Nordbahn 110. Glogguy 99. Benedikt-Mailand 81. Buwes —. Livorno 72½. Pesth 71. Siena 57. Anlehensbahn 95.

Am 13. ist eine Silberlendung von 200 Zentner auf der Nordbahn in Wien angelangt.

Berlin, 14 August. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. Berl. Stadt-Obl. 75½, Pr. 4% Sch. —. Berl. Stadt-Obl. —. P. —. Westpreuß. Pfandbr. 77½. P. 76⅔. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — P. 95⅓. G., 3⅓proz. 77½. P. 76⅔. G. Schles. Pfandbr. — P. 85. G. Pomm Pfandbr. 90⅓. P. — G. Kur- u. Neu. Pfandbr. 90⅓. P. — G. Schlesische Pfandbr. — P. — G. Sächsische Pr. 4% gar. Pfandbr. — P. — G. Preuß Bk.-Anth. 90⅝. — P. 88 G. Friedrichsd'or 13⅓. P. 13⅓ G. Andr. Goldm. à 5 Thr. 13 P., 12⅓ G. Disconto 3½. 4%. — 5%.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt 48 89 ⅝ —, bl. Berl.-Bamburg 66 G. Berl.-Stettin-Stargarder 89⅛. G. 90 P. Berl.-Potsdam-Magdeb. 55 ⅛ 56 bl. u. G. Magdeb.-Halberstadt 161 G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 54⅛, bl. u. G. Köln-Minden 77⅛. bl. Köln-Aachen 56⅛, ⅜ 57 bl. Bonn-Köln —. Düsseld.-Elberfeld 69⅛. G. Steele-Vohwinkel 40 bl. Niederschles.-Märk. 74 bl. Niederschles.-Märk. Zweigbahn —. Oberschles. Lit. A. 92⅛, ⅜ 93⅛ bl. Lit. B 92⅛, ⅜ 93⅛ bl. Kosel-Oderberg —. Breslau-Freiburg 86 bl. Krak-Oberschles. 47 bl. Berg.-Märk 58⅛. G. Stargard-Posen 67⅛. G.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 87 ⅜ bl. Starg.-Posen —. Brieg-Neisse —. Magd.-Wittenberg 45 P. Aachen-Mastricht —. Thür. Berl.-Gladb. —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 82 P. Berlin-Hamburg. 89½. G. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 77½. G. 3proz. 85 G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 81⅛. bl. Köln-Minden 88⅛. G. Rhein. u. Staat gar. Rhein. — Prior. 75 G. Rhein. Stamm-Prior. 69 G. Düsseldorf-Elberfeld. — Niederschl.-Märk. 84½. G. 4proz 93 G. III. Serie 89 G. Zweigbahn 4½proz. — 3proz. 74 G. Oberschles. — Kosel-Oderberg — Steele-Vohwinkel —. Breslau-Freiburg —.

Amsterdam, 12. August. 2½proz. Integr. 44⅛. — 3proz. Stuld 51⅛. — 4proz. 88. — 5proz. Rente — 3½proz. Hope — Bankobligationsbapp —. — 5proz. Arendss à 510 Pf. St. 8⅜. — Span. inländ à 6000 fl. — Coupons — Portug. 5proz — 4proz — Russische 4proz bei Hope — ditto bei Stieglitz — 5proz. Metall. 69¼. — 2½proz. dito —.

Paris, 14. August. 5proz. 45. —, 4proz. —, 3proz. 72.25. Schatzsch. 23. Bankaktien 1640. Comptl. von Atzier —. Belg. 5proz. von 1840 77⅛. von 1842 77. — 4½proz. — 4proz. — 2½proz. — Belg. Anl. —. Neap. 5proz. 75. —. Röm 59. Piem. —. —. St. Germain —. Versailles (rechte) —. (linke) 102.50. Orleans 671.25. Rouen 445. —. Havre 207.50. Marseille 210. 75. Basel 87.50 Bierzon 267.50. Beutouse —. Vorbeaux 398.75 Nordbahn 377.50. Montereau —. —. Lyon 352.50. Strasburg 348.75. Nantes 332.50. Dieppe —. —. Seeanl. —. —. Montpellier —. —.

Spanien, 14. August. Während das baare Geld allmälig der Bank von Frankreich wieder zufließt, nehmen die Baarvorräthe der Bank von England ab. Der letzte Wochenbericht dieser zeigt eine Abnahme von 17.836,250 Fr. in Folge der Auszahlungen von baarem Gelde nach Frankreich. Vom 8. Juli bis 5. August haben die Baarvorräthe der englischen Bank um 1 Mill. 9½ St. abgenommen.

Madrid, 9. August. 5proz. 19⅛. P. 19⅛. G. 4proz. —. 3proz. 11 P. 10⅛. G. Pass. Schuld 4 P. 3⅛. G Coup. 7 P. Auswärt. Pass. Schuld 3⅛. P. Neapolitanische Schuld 5proz. 5⅛. G. Provis. Lit. A. 5⅜. G. B. St. Fernandobank —. Disconto — Wechselkurse: Paris 4—70 P. London 45 P.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Freitag, 18. August: (Zum Erstenmale.) „Die Bastelsänger", Schauspiel von Gustav Freitag.

Fremdenanzeige.

Hotel Maulik. Sanner und Cukaf, Rentiers aus England. Frhr. v. May, von Thurgau. Aloys, Rentier von Messina. Magenau, Kaufmann von Paris. Merle, Proprietär von Trieb. Gunton, Rentier von London. v. Bremona, Gutsbesitzer von Liefland. Gold. Kreuz. Krafzmann, Baumeister von Stuttgart. Rau, Partikulier von Wien. Pfaff, Weinhändler von Würzburg. Strauß, Fabrikbesitzer von Wien

Gold. Hahn. Gütl, Appellationsgerichts-Assessor von Freising. Aufweg, Kaufmann von Frankfurt. Köhler, Rentier von Bamberg. Dr. Brand, von Würzburg.

Blaue Traube. Wellhöfer, Fabrikant von Nürnberg. Nieman, Commiss von Amsterdam. Luft, Regierungsdirektor von Augsburg. Metcalfe, Rentier aus England.

Stachusgarten. Lehman, Privatier von Regensburg. Beraguti, Privatier von Pisa.

Gestorbene in München.

Lorenz Willkomm, königl. Hartschier, 47 J. a. Wilhelm Borack, Musiklehrer von Nürnberg, 31 J. a. Klara Voth, Pfarrerswittwe von Trometheim, 70 J. a. Anna Maria Forster, Sergeantenswittwe von Passau, 80 J. a. Theres Adap, Kutscherswittwe, 48 J. a.

72. (a) Man sucht für zwei Knaben einen Professor katholischer Religion, der ganz gebrochen französisch spricht, und nicht nur deutschen und lateinischen sondern auch Unterricht im Klavier zu geben versteht. D. Wolf.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Ueber die Parteien in Italien.*)

Italien kämpft mit aller Macht, um seine Unabhängigkeit zu erringen; allein leider hat die Vereinigung aller Kräfte der ganzen Halbinsel gegen den gemeinschaftlichen Feind, welche sich Anfangs mit so großem Geräusche kund gab, bereits ein Ende genommen. Es war ein edles und erhebendes Schauspiel, als Sizilianer, Calabresen und neapolitanische Soldaten ihre unseren Kämpfe einstellten, um sich unter einer Fahne gegen die Fremden zu schlagen! Um so unbegreiflicher und beklagenswerther ist der gestige Beitritt des Papstes in die Wagschale geworfen, indem er dem Nationalkampfe das Siegel einer heiligen Krieges aufdrückte. Dieses ist jetzt verwischt, die Soldaten des Königs von Neapel haben die lombardische Ebene verlassen um nach Calabrien zurückzukehren, wo sie ein brudermörderischer Krieg erwartet, der nur sie furze Zeit ausgesetzt war, und die materielle Mitwirkung der römischen Staaten, weniger wirksam als vorerst, mußte andersetzen an die Stelle des ungeheuren moralischen Einflusses treten, welchen dieser mächtige Beitritt des römischen Oberhirten versprochen hatte. — Welches sind nun die Ursachen dieses für die italienische Sache so traurigen Wechsels? Wir wollen es versuchen, sie zu untersuchen mit der Parteilichkeit eines Zuschauers, welcher sich lebhaft interessirt für die Parteien eines Dramas, das vor seinen Augen sich abrollt, aber frei von allen Leidenschaften, welche sehr oft die Mitspielenden bewegen und blenden.

Als Pius IX. den Weg des Fortschrittes betrat, bereitete er in Italien die große Bewegung vor, deren Entwicklung durch die Revolution in Frankreich beschleunigt wurde. Man darf wohl jetzt annehmen, daß der Vater, als er dem Nationalgeiste diesen Anstoß gab, alle Folgen, welche daraus hervorgehen konnten, nicht berechnet; er wollte vielleicht in den Reformen nur so weit gehen, als die Zeit es gestattete, oder er suchte vielleicht seinen Ruhm darin, daß mit seiner Thronbesteigung eine neue Aera der Freiheit und Glückseligkeit für die italienischen Völker anbrechen sollte; oder nie sah er im Geiste voraus einen nationalen Kreuzzug gegen Oesterreich, an dessen Spitze die öffentliche Meinung, fanatisirt wie sie war, nothwendig ihn stellen mußte. Eine erhabene Idee war es, eine an großen Ereignissen fruchtbare Idee, sowohl für den Monarchen als für die Religion, der Regeneration Italiens den mächtigen Beistand des Kreuzes zu leihen. Ein solcher Entschluß wäre der gewandten Politik der schönsten Zeit des römischen Hofes würdig gewesen; allein so dachte Pius IX. nicht. Man hätte den Krieg unter Christen befehlen müssen, und vor einer solchen Verantwortlichkeit mußte der Oberhaupt der Kirche zurück; seine Verbindlichkeiten als weltlicher Fürst, sein Nationalgefühl mußten vor den heiligen Pflichten, welche ihm nach seiner Ansicht die Interessen der Katholizismus auferlegten, in den Hintergrund treten. Daher seine fortwährenden Zögerungen, daher das Unzusammenhängende in seinen Handlungen. So lange es sich nur um das Bündniß der Freiheit mit der Religion handelte, war sein Gewissen mit ihm im Reinen, sein Gang, geleitet auf eine sichere Ueberzeugung, war fest und entschieden; aber von dem Augenblicke an, wo es sich darum handelte, zum Vortheile christlichen Blutes die Hand zu bieten, erhob sich der Zweifel in seiner Seele. Rome, Ruhm, Popularität machten ihm von nun an nur Gewissensfälle; er fürchtete, diesen irdischen Lockungen die Pflichten seiner heiligen Sendung hienieden geopfert zu haben; seine Tage waren vergiftet, seine Ruhe verloren, seine Seelenruhe dahin. Italien konnte nicht mehr auf ihn zählen, und war wohl, ob nicht unter der Regierung dieses Papstes, der den Anschein nach bestimmt schien, das Patrimonium des hl. Petrus zu befestigen, die zeitliche Gewalt der Papste ihr Ende gefunden haben wird.

Der König von Neapel hatte, um die Impopularität, von der er sich bedroht fühlte, zu beschwören, nicht gezaudert, an dem Unabhängigkeitskriege Theil zu nehmen, um seine Krone zu retten, gleichwie er auch zuerst unter den italienischen Souveränen eine Verfassung gegeben hatte, um Sizilien sich zu erhalten. Er hat Sizilien verloren trotz des Geschenks einer Verfassung, und seine sehr thätige Mitwirkung zum Nationalkriege hat nicht gehindert, daß er am 15. Mai seine Krone und sein Leben ernstlich gefährdet sah. Ohne zweifelen dem König von Neapel und der liberalen Partei daselbst entscheiden zu wollen, kann man doch nicht läugnen, daß diejenigen, welche den 15. Mai 1848 eine Sache der italienischen Unabhängigkeit einen sehr schlechten Dienst geleistet haben; denn nicht der König hat diesen Tag hervorgerufen, er fürchtete im Gegentheil den Zusammenstoß; seit 3 Monaten bejeelten alle seine Bemühungen, denselben um jeden Preis zu vermeiden; mehrere Tage vorher, als er sah, daß die Krise unvermeidlich sei, hatte er ernstlich daran gedacht, abzudanken und Neapel zu verlassen. Als aber einmal der Zusammenstoß eingetreten, der Kampf begonnen war, und die Bewegung, welche seine Mitwirkung zum Kriege veranlaßt hatten, nicht länger mehr bestanden, da beeilte er sich, nicht allein den Befehl zum Aufbruch des Armeekorps, welches das neapolitanische Kontingent mit 40,000 M. bringen sollte, zurückzunehmen, sondern selbst die Truppen zurückzurufen, die bereits in der Lombardei standen, indem er ihnen Weisung gab in eiliger Rückkehr für die Vertheidigung des Reiches Sorge zu tragen. Diese zaudernde Hand, dieser ganzen Mangel an Rücksichten mehr zu beobachten brauchte. Wäre die liberale oder republikanische Partei von Neapel nur von dem Gefühle der Nationalunabhängigkeit geleitet gewesen, so hätte sie warten, die Ausführung ihrer Plane vertagen und vor allem einen Zusammenstoß vermeiden müssen, dessen Ausgang, gut oder schlimm, nur zum Nachtheile der italienischen Sache ausschlagen konnte; denn selbst wenn diese Partei am 15. Mai triumphirt hätte, würde dieser Sieg Unordnungen und Verwirrung unvermeidlich zur Folge gehabt haben. Würde es ihr alsdann möglich gewesen sein, zu dem Kriege so eifrig mitzuwirken, als es der König bereits that, mit einem vielleicht gebrochenen Eifer, der aber alle Wirkungen des anfrichtigsten Eifers hatte? Was man den Liberalen aber vielmehr den Republikanern von Neapel vorwerfen kann, kann man es nicht eben so gut den Republikanern der Lombardei und Venedigs zum Vorwurfe machen? Wenn am Tage nach dem Siege von Mailand Jedermann seine Souder-Interessen, seinen Ehrgeiz und seine Meinungen hätte zurücktreten lassen vor der gebieterischen Nothwendigkeit der Vertreibung der Fremden, so würde auch Jedermann die Augen auf die einzige Kraft geworfen haben, welche fähig war, dieses patriotische Werk zu vollbringen: diese einzige Kraft war die piemontesische Armee, war Piemont; man würde sich dann rasch jenen unheilvollen Zwistigkeiten, dergleichen sich um diese Regierung schaaren, die allein den gemeinschaftlichen Anstrengungen eine heilbringende Leitung zu geben vermochte.

Der König Karl Albert hatte seit einigen Jahren allzuvorsichtig jede Gelegenheit aufgesucht, das Vorgefühl seines todeswürdigen Ehrgeizes zu erregen, als daß, trotz einiger Schwankungen, die übrigens bei einem mehr energischen Unternehmen natürlich genug waren, sein einheitlicher Zweifel zulässig gewesen wäre an der Aufrichtigkeit seines Strebens für Sicherung des Triumphes einer Sache, welche ihm eine so sichtende Aussicht auf Ruhm und Macht bot. Im Uebrigen stand hinter dem König die ganze Nation, die einen langen Freudenruf hatte ertönen lassen bei der Kunde von der Besetzung Mailands und die in ihren patriotischen Ergüssen von dem König Albert mit fortgerissen hatte, wenn er in jenen entscheidenden Augenblick noch einigen Zaudern gezeigt haben würde. Am ersten Tage einer Revolution ist für die liegende Partei alles schön, alles erscheint ihr in den rosigsten Farben; Selbsttäuschungen jeder Art verhudern sie, die Gefahr wahrzunehmen; man verliert die Wirklichkeit aus dem Gesichte, und überläßt sich ohne Sorge um den andern Tag den glühenden Träumen der siegestrunkenen Einbildungskraft. So zu Mailand. Man dachte gar nicht mehr an Oesterreich. Die einen sahen schon im Geiste ein großes Reich, das die ganze Halbinsel umfasse, und dessen Hauptstadt Mailand wäre; andere träumten von einer idealpinischen Republik oder einem Königreich Lombardien. Zu Venedig mußten natürlich alle so glorreichen Erinnerungen der Vergangenheit bei Jedermann eine Hinneigung zur Republik durch Alliamation leiten, ohne ihnen auch nur Zeit zu lassen, die gebieterischen Aufforderungen der Lage zu ermägen, in der sie sich befanden.

(Fortsetzung folgt.)

*) Der größere Artikel unter dieser Ueberschrift, den wir vorstehend unsern Lesern mittheilen, ist dem Journal des Débats entnommen. Geschrieben noch vor dem Einzuge von Mailand durch das Heer des Feldmarschalls, hat derselbe die bekannten feurigen Sympathien Diplomaten Gruien A. Walewski (natürlichen Sohn Napoleons und einer vornehmen polnischen Dame) zum Verfasser, der ihn auch unterzeichnet hat. Wir brauchen kaum zu bemerken, daß unsere Anschauung und Auffassung der italienischen Frage von einem ganz anderen Gesichtspunkte ausgeht, als die des Verfassers, daß wir also auch in Ansichten und Wünschen in vielfachen Beziehungen von demselben abweichen. Nichtsdestoweniger theilen wir den Artikel vollständig mit, einerseits weil derselbe in der That sehr viel Wahres enthält, andererseits weil wir glauben, daß es unsern Lesern angenehm sein wird, auch die Ansicht eines von seinem Standpunkte aus tüchtig und unbefangen urtheilenden, praktischen französischen Staatsmannes über Italien und dessen jetzige Lage kennen zu lernen.

D. R. d. N. M. Ztg.

Ergebnisse des Gewerbe-Kongresses.

Frankfurt, 14. August. Mit der heutigen Sitzung sind die öffentlichen Verhandlungen des Gewerbekongresses geschlossen worden. Den Ausschüssen ist anheimgegeben, die letzte Hand an das zu Stande gebrachte Werk, den Entwurf der Gewerbe-, oder genauer gesagt, Handwerksordnung zu legen und die übrigen noch anwesend bleibenden Mitglieder des Kongresses dabei mit zu Rathe zu ziehen. Die meisten Deputirten sind in der That bereits abgereist oder im Begriffe abzureisen. Der Ausschuß hat den Entwurf mit den erforderlichen Motiven drucken zu lassen und dem volkswirthschaftlichen Ausschusse zu überreichen. Die letzten heute gefaßten Beschlüsse lauten wie folgt: Das Recht, Lehrlinge zu halten, soll demjenigen Meister entzogen werden, welcher durch rücksichtloses Erkennlusß wegen entschiedener Handlungen betraft worden ist, seine Pflichten gegen seine Lehrlinge wiederholt gröblich vernachlässigt hat. Sowohl über die Entziehung, als über die Wiedererlheilung jenes Rechts wie auch über die Auflösung eines Lehrverhrages überhaupt entscheidet der Gewerberath. Meisterwittwen sind berechtigt, das Gewerbe des Mannes fortzusetzen, nicht aber Lehrlinge anzunehmen, sondern sollen selbe ihnen nach Verlauf von dem Innungsvorstande zugewiesen werden. Patente (ausschließliche Berechtigung, Privilegien) auf neue gewerbliche Erfindungen dürfen nur auf vorgängiges Gutachten der Gewerbsamer ertheilt werden. Hält dieselbe für nothwendig, dergleichen Erfindungen dem Gemeingebrauche zu übergeben, so ist der Staat verpflichtet, sie für die betreffenden Inhaber auf deren Kosten zu erwerben. Der Erfinder hat seine Berechtigung gegen eine von der Gewerbsammer mit ihm festzusetzende Entschädigung abzu-

treten. Niemand ist berechtigt, Zeichen und Firmen eines Gewerbsberechtigten nachzuahmen oder zu verfälschen. Jedem Innungsmeister ist gestattet, mit den in sein Fach einschlagenden Erzeugnissen Handel zu treiben, so weit ihn die Grenzen seines Gewerbes dazu berechtigen. — (Allgemeine Bestimmungen.) Bei allen Wahlen und Abstimmungen entscheidet absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden. Alle Verbindungen und Prüfungen sind in der Regel öffentlich. Prüfungs- und andere Gebühren sollen für alle gleichen Innungen gleich hoch und in den Spezialstatuten festgesetzt werden; die Höhe der Beiträge zu Innungskassen dagegen regelt sich nach den örtlichen Verhältnissen. Spezialstatuten dürfen keine Bestimmungen enthalten, welche den in dieser allgemeinen Ordnung aufgestellten Grundsätzen zuwiderlaufen. — Hiemit schließen die Hauptartikel des vom Kongreß während einer mehr als neunwöchentlichen Beratung angefertigten, und vorgestern der deutschen Gewerbe-Ordnung. Die öffentliche Meinung wird bald zu Gericht sitzen über diese Arbeit. (Korr. v. u. f. D.)

Deutschland.

Bayern. — Das Regierungsblatt Nr. 47. vom 18. Aug. enthält eine kgl. Allerhöchste Verordnung, kraft welcher die sämmtlichen Kreisregierungen beauftragt werden, der Bildung von sogenannten „demokratischen Vereinen“ von staatsverräterischem Charakter entgegenzutreten. Wir werden die Verordnung morgen vollständig nachtragen.

— Die „Speyerer Zeitung“ sieht sich genöthigt, nun selbst ihren uenlich auch in diesem Blatte erwähnten Bericht über die Verhandlungen, welche am 3. August zu Kaiserslautern von mehreren weltlichen und geistlichen Mitgliedern der unteren Kirche der Pfalz gepflogen worden, als erschwindlich zu berichtigen. Dieser Bericht, sagte sie in ihrer Nr. v. 16. Aug., kann zu einem wesentlichen Irrthum verleiten. Die Ansicht neulich, daß man, nach erfolgloser Rückkehr unserer Deputation aus München, bei dem Reichsoberhaupt und der Nationalversammlung in Frankfurt Beschwerde führen, und wenn auch dieses nicht fruchte, auf eigene Faust eine Generalsynode berufen müsse, ist in der Versammlung gar nicht zur Diskussion gekommen, noch viel weniger zum Beschluß erhoben worden, und wird begreiflicher Weise auch nie zum Beschluß erhoben werden können.“ Dadurch würde sich die Sache allerdings wesentlich ändern. Nur sind wir noch keineswegs vollständig erhaut durch diese Berichtigung; noch wissen wir nicht, welche der beiden Angaben der Speyerer Zeitung wir nun eigentlich für die richtige halten sollen. Denn auch unsere Korrespondenz aus der bayerischen Pfalz (Kreisage zur N. M. Ztg. vom 12. August) von einem ehrenwerthen glaubwürdigen Manne herrührte, der persönlich der Konferenz der Aeltesten der Spez. Ztg. über die bevorstehende kirchlichen Verhältnisse theilt, hatte uns im Wesentlichen der Thatsachen, übereinstimmend mit der Angabe der Spr. Ztg. über die Berathungen und Beschlüsse der Versammlung zu Kaiserslautern berichtet. Oder will die in der Spr. Ztg. vertretene Partei etwa einen verdeckten Rückzug antreten?

Neuestliche Fürstenthümer. — Vom 14. August. Wir haben die Freude und den Trost, den wackern sächsischen Minister Oberländer wieder in unserer Mitte zu sehen, und zwar als Commissar des Reichsverwesers mit ausgedehnter Vollmacht zur Herstellung von Gesetzlichkeit, Ordnung und Ruhe. Zwar ist die Stadt Gera nicht mehr in Aufruhr, aber eine Masse Arbeiter ist auf Staatsunkosten angestellt dem Straßenbau, welche nicht nur ihr Lohn nimmt ohne zu arbeiten, sondern dabei allerlei Unfug treibt und jeden Augenblick bereit zu sein scheint, zu jenem Uebermuthe weiter zu gehen, der den Fremden gegenüber selbst vor den Behörden an Mauth und Kraft zur Aufrechthaltung des Gesetzes, die Bürger haben dagegen das Vertrauen zu ihren eingeschüchterten Behörden verloren, die Besitzenden sehen sich sprachlos und bereiten sich zum Weggehen vor, kurz, es ist ein drückender, unerträglicher Zustand, der nur gehoben werden kann, wenn den Behörden Mittel gegeben werden, sich das unerträgliche Treiben wieder verschaffen zu können. Darum ist man dem sächsischen Minister von allen Seiten mit den dringendsten Anliegen entgegengekommen, eine kleine Garnison sächsischen Militairs hierher zu verlegen, um, auf sie gestützt, mit größerem Ernste die Ordnung zurückführen zu können. In Folge dessen und einer Rücksprache mit der Reichsbehörde hat der Reichsministerium auf Befehl gegeben, daß ein Bataillon Infanterie nebst einer Schwadron Reitern preußischen Truppen, von denen die provisorische Reichsgewalt faktisch unerkannt worden ist, sich zurückziehen werden. Um jedoch durch den Eintritt sächsischen Militairs nicht etwa reizbare Gemüther aufzuregen, hat die Reichskommissär zugleich eine Proklamation erlassen, worin er die Versicherung ertheilt, daß durch die bewaffnete Macht die Errungenschaften der jüngsten Zeit nicht im mindesten etwa eine Schmälerung erleiden sollen, sondern daß eben im Interesse der Volksfreiheit und des Volkswohles das Aufsehen der Gesetze gehindert werden müsse. Hoffentlich wird nun bald die Ordnung in das sonst so friedliche Gera zurückkehren, und die unsichtige und aufopfernde Thätigkeit des volksfreundlichen Ministers aus Sachsen die für uns dankenswerthesten Früchte tragen. (D. A. Z.)

Herzogthum Limburg. — Im limburgischen Flecken Daelz ist am 6. August die deutsche Fahne aufgesteckt worden, und zwar mit Erlaubniß des helländischen Gouvernements, das haben nur die Belgierung stellte, daß die Einwohner möglichst alle Demonstrationen dabei vermeiden möchten.

(Aach. Z.)

Preußen. Berlin, 12. August. In der konstituirenden Versammlung in Berlin ist in einer der letzten Sitzungen ein Amendement des Abgeordneten Schultze aus Delitzsch, dahin lautend: daß es Ehrenpflicht für alle Offiziere der preußischen Armee sein soll, ihre Dienstentlassung sofort zu nehmen, wenn die neue Ordnung der Dinge nicht mit ihrer Ueberzeugung übereinstimmen sollte, mit 180 Stimmen gegen 179 (also mit nur einer Stimme in der Mehrheit) angenommen worden. Es fragt sich nun, welches Verhalten die preußischen Offiziere diesem Beschluß gegenüber einhalten werden. (Wir sind der Meinung, daß, von allen andern Einwendungen abgesehen, dieser Beschluß schon insoferne gewissermaßen als unstatthaft bezeichnet werden kann, da sie die Offiziere sammt der ganzen Armee auf die Verfassung, sobald dieselbe vollendet ist, beeidigt werden sollen. Sobald aber die Offiziere den Eid geleistet haben, so ist ihre fernere Weigerung sie somit auch die „neue Ordnung der Dinge“ an.! Am Schluß der konstituirenden Sitzung vom 10. August ging es in Folge obigen Beschlusses ziemlich tumultuarisch zu, indem die dissentirende Minorität ein von 128 Mitgliedern der rechten Seite unterzeichnetes Votum verlesen ließ, worin gesteud gemacht wird, daß jener Beschluß die Ausübung einer politischen Inquisition und eines Gewissenszwanges involvire. Die Versammlung geräth hierüber in unbeschreibliche Aufregung. Der Abgeordnete Schultz aus Wanzleben trägt darauf an, daß sämmtliche Unterzeichner des Separatvotums zur Ordnung verwiesen werden. Der Abgeordnete Peters en will hierin die Fortsetzung des in dem Separatvotum gerügten Inquisitionsverfahrens sehen. Der Tumult steigt auf's Aeußerste; man schreit Hervorrufen und Thürschließen fürchten zu müssen. Weiches Heul das Votum eine „Beleidigung der Majestät und verlangt Ordnungsruf zur Minorität, aber der Präsident gemäß dem Geschäftsreglement nach seiner eigenen Erklärung sich nicht gestatten darf. Die Sitzung wird darauf tumultuarisch geschlossen.

Nachschrift.

Mailand. Das Appellationstribunal hat am 10. beschlossen: Alle Wechsel, Billets, Anweisungen und Obligi, welche vom 4. bis 10. August verfallen, genießen eine Zahlungsfrist von 10 Tagen, worunter die Respekt-Tage begriffen sind, die Proteste und Akten, die in der Zwischenzeit ergangen sein mögen, sind als nullig zu betrachten. — Diejenigen, so vom 10. bis 20. August verfallen, genießen eine ähnliche Verlängerung unter gleichen Bedingungen. Diejenigen, welchen schon früher Verlängerung gestattet wurde, die innert dem 4. bis 20. verfallen, genießen die gleiche Verlängerung. Für alle spätere als den 20. Aug. verfallenden Effekten bleiben die bisherigen Gesetze in Kraft. (Basl. Z.)

Ale-Orleans, 23. Juli. In aller Eile muß unter dem furchtbarsten Angst- und Jammergeschrei unserer Landbewohner theile ich Ihnen mit, daß tausend und tausend Millionen Heuschrecken unsere Gegend verwüsten und uns Alles aufzufressen drohen. Diese Thiere nehmen ihren Zug von Serbien herüber und messen 3 Zoll in der Länge und einen halben Zoll in der Dicke. Schon ist unser ganzer Zukurug auf den Feldern, der noch grün ist, bis auf den grünen Siengel aufgefreßen. Fortwährend Flaten, Schießen, Lärmen, Jammer, Jammer, daß man auf seinen Straßen vermuthlich um die gefräßigen Thiere zu verscheuchen. Ein großer Theil, in der Form einer kleinen Landschaft zieht sich in die Almacht und eine andere lange Schaar rollt sich wie eine hergabhürzende Lawine in die fetten Thäler von Mehadia Mein Gott, was soll aus uns werden, Raube droben unser Hab und Gut zu vernichten, die Henschrecken unsere Felder und die Obsbäume selbst! (N. Deste. Z.)

Zu den spanischen Schreckensnachrichten wird unter Anderm Folgendes erklärt haben, sie wurden sich fernerhin nicht an die Befehle des Ministeriums halten, sondern nur dem Papste Gehorsam leisten. Sie klagen darüber, daß sie auf Monte Berico bei Vicenza sogar rücksichtslos durch die Befehle des Generalstabes von Durando gespeist worden seien. Zwei Kompagnien ging dort die Munition aus.

Eine Depesche des schweizerischen Geschäftsträgers in Paris meldet dem Vorort Bern den Entschluß der französischen Regierung zur Nichtintervention in Italien und der bisher Verheißungsvollen Anerkennung in Gemeinschaft mit England. Die vorhergehenden Motive dazu seien die Lage der Finanzen und wo möglich die Vermeidung eines allgemeinen europäischen Krieges. Inzwischen solle die Alpenarmee verstärkt und bis an die äußersten Grenzen vorgeschoben werden.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 16. August Oesterr. 5proz Metall. 77, 4proz. 62¼, 3proz. 47½, 2½proz. 40¼. Bankaktien 1275. P. 500 fl.-Loose 123. 250 fl.-Loose 86¾. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienloose 88¾. P. — Staat-Schuldscheine 3½proz. 75. — Bayer. 3½proz. 75. — Luxemburg. Berbach. 73½. — Württemberg. 3½proz. 77. 4½proz. 94¼. — Bad. 3½proz. 76½. Lotto-Aktien à 50 fl. 47½. 35 fl.-Loose 27½. — Darmstadt. 3½proz. 77½. 4proz. 87. Lotto-Aktien von 50 fl. 64. 25 fl.-Loose 21½. — Kurhess. Prämien-Anleihe-Loose. 47½. 40 Thlr.-Loose 26½. — Nassau 3½proz. 83. 2½ fl.-Loose 21½. — Frankf. 3proz. 80. 3½proz. 93½. 87. Domänenbahn 283. — Holländ. Integr. 46¼. — Span. 3proz. innere Schuld 18½. — Poln. 300 fl.-Loose 86. 500 fl.-Loose 67 — Sard. 36 Fr.-Loose 24½. Diver. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 45.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14.
Einrückungsgebühr: die agespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

Sonnabend den 19. August 1848.

München, den 18. August.

Das Regierungs-Blatt No. 47. vom 18. August enthält folgende Königlich Allerhöchste Verordnung. (die Bildung von Vereinen zu gesetzwidrigen Zwecken betreffend.) Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben ꝛc. ꝛc. Zu mehreren Orten Deutschlands haben sich unter dem Namen „demokratische Vereine" Verbindungen gebildet, welche die Einführung einer demokratischen Republik, also die Aufhebung der Selbstständigkeit der einzelnen deutschen Staaten bezielen, und deren Zentralausschuß zu diesem Zwecke in einer Bekanntmachung vom 28. Juni l. Js. nicht nur der deutschen Nationalversammlung die fernere Anerkennung verfagt, sondern auch zur Auflehnung gegen die Beschlüsse dieser Versammlung, und zur eigenmächtigen Bildung einer neuen Vertretung aufgefordert hat. Der staatsverrätherische Charakter dieser Vereine ist hiedurch noch mehr in dem Königreiche geltenden Strafgesetzen zur Genüge bezeichnet. So wenig Wir gemeint sind, Vereinigungen zu erlauben Zwecken entgegen zu treten, so dringend fühlen Wir Uns durch Unsere beschworenen Regentenpflichten aufgefordert, der Herrschaft der Gesetze gegen solche verbrecherische, die verfassungsmäßige Staatsordnung offen bedrohende Verbindungen die volle Geltung zu verschaffen. Unseren Kreisregierungen, Kammern des Innern, erheilen Wir demgemäß den Auftrag, der Bildung und Ausbreitung jener demokratischen Vereine, so wie allen auf gleiche gesetzwidrige Zwecke gerichteten Verbindungen in Bayern vorbeugend zu begegnen, damit die Staatsangehörigen vor den schweren Folgen unbedachter Theilnahme an solchen Verbindungen bewahrt werden. Sollte dennoch wider Erwarten die Bildung solcher Vereine bewirkt werden, so sind dieselben ungesäumt aufzulösen, und es ist gegen die Theilnehmer die Einschreitung der Gerichte hervorzurufen. Bei allen diesen Anordnungen und Einschreitungen haben Unsere Stellen und Behörden ihr Verfahren strenge nach den Bestimmungen der Verfassung und der einschlagenden Gesetze zu bemessen, und jede Ueberschreitung ihrer Gränzen Amtsverfassung sorgfältigst zu vermeiden. Reichenhall, den 12. August 1848. Max. v. Thon Dittmer Heinz. Lerchenfeld. Weishaupt. Graf von Brav. v. Strauß, Staatsrath. Auf Königlich Allerhöchsten Befehl: der General-Sekretär. An dessen Statt der Ministerialrath Zenetti.

Se. Maj. der König haben unterm 15. August den Regierungsrath Christian v. Landgraf bei der Regierung von Oberfranken, Kammer des Innern, unter Anerkennung seiner vieljährigen, treuen Dienstleistung nach §. 22 tit. II. der IX. Verfassungs-Beilage in den Ruhestand treten zu lassen, und an dessen Stelle den Landrichter, Maximilian Gutschneider, zu Wegscheid, zum Regierungsrathe bei der Regierung von Oberfranken, Kammer des Innern, zu befördern geruht.

Durch Allerhöchstes Detret vom 17. Juli d. Js. wurde der Revierförster zu Kreußen, Forstamts Bayreuth, Johann Christian Reich, unter Allerhöchster Zufriedenheitsbezeugung mit seinen vieljährigen treuen Diensten in den Ruhestand, an dessen Stelle zum Revierförster zu Thurgarten in Kreußen, der Revierförster zu Sandsassenhammer, Karl Müller, versetzt und an dessen Stelle zum provisorischen Revierförster in Schnappenhammer, der Forstamts-Aktuar zu Bamberg, Baptist Geiger, ernannt.

Se. Maj. der König haben auf die durch den Tod des Bierbrauers und Gemeindebevollmächtigten, Johann Berchtold, erledigte Stelle eines Mitgliedes der kathol. Kirchen-Verwaltung zu Augsburg, den bei der letzten ordentlichen Kirchenvorstandswahl als dritten Ersatzmann gewählten Dr. Patricius Wittmann allergnädigst zu bestätigen geruht.

(Pfarrein-Besetzungen.) Die kathol. Pfarrei Altenstadt, bzgs. Neustadt a. d. Waldnab, dem Priester Isidor Rubenbauer; die kathol. Pfarrei Hohenschambach, bzgs. Heman (unter Unterbindung des hierauf früher ernannten Pfarrers zu Waldmünchen, Priester Joseph Wolfram, von dem Antritte derselben) dem Priester Johann Baptist Rolf, Pfarrer zu Wiesenfelden, bzgs. Mitterfels.

Das Dombaufest zu Köln.*)

Köln, 15. August. Die Festtage sind wahrhaft, was wir uns in denselben gedacht haben, was uns das ganze Fest sein sollte: Tage der Sühne und des Vertrauens nach den bunten, toll wirrenden Stürmen der letzten Vergangenheit. Ehe wir jedoch fortfahren, die immer reicher werdenden Entfaltungen desselben zu verfolgen und zu schildern, haben wir noch ein paar Lücken unseres Berichtes über den vorgestrigen Tag auszufüllen. Als das Volk dem Erzbezog-Reichsverweser von dessen Wohnung seine Huldigungen darbrachte, trat er auf den Balkon und sprach folgende Worte:

Liebe Kölner! Ich freue mich über den schönen, freundlichen Empfang, den Ihr mir zumachtet habt! Ich freue mich darüber sehr gerührt — Ich bin gekommen zu Euren schönen Domfeste. Meine lieben Fremde! Euer Dom ist das Symbol des großen Vaterlandes, das wir bauen sollen. Da muß Friede, Ordnung, Ruhe unsere erste Sorge sein. Die Eintracht aber sei unsere Führerin. Dazu gebe Gott seinen Segen! — Ich danke Euch nochmals für den freundlichen, herzlichen Empfang.

Unbeschreiblichen Jubel riefen dieselben hervor, wie wenn sich leicht denken kann. Nachdem der Fackelzug sich vor dem Absteigquartier des Präsidenten v. Gagern aufgestellt und den deutschen Ehrenmann mit zubelndem Hoch begrüßt hatte, trat er auf den Balkon und sprach einige Worte, die in allen Herzen den lebendigsten Widerklang fanden. Alle begeisterten, dem sie kamen aus einem deutschen Herzen zu deutschen Herzen.

Eine schöne, denkenswerthe Ovation in der Feier war die musikalische Morgen-Unterhaltung, welche unser kunstbewährter Männer-Gesang-Verein gestern um 11 Uhr im großen Saale des Kasino unsern verehrten Gästen zu Ehren gab. Passend, den deutschen Männer-Gesang und das deutsche Lied seiner würdig zu ehren, war die Auswahl der von dem Vereine vorgetragenen Gesangstücke, welche alle mit dem freudigsten Beifalle aufgenommen wurden.

Der Erzherzog-Reichsverweser, der Präsident der deutschen Nationalversammlung und viele Frankfurter Abgeordnete wohnten dem Konzerte bei zum Ende bei. Mit lautem Jubelrufe wurde der Reichsverweser bei seinem Eintritte in den Saal empfangen. Den lebhaftesten Antheil nahm er an allen Stücken, die vorgetragen wurden; man sah, daß er für Vieles in den Männer-Gesangs-Verein empfand, daß er auch ein Deutscher, wo es dem Liede, der Tonkunst galt. Nach dem Konzerte wurde ihm der Leiter des Männer-Gesang-Vereines, Musikdirektor Weber, vorgestellt, wie auch einige Mitglieder aus der Direktion. In seiner liebenswürdigen Weise sprach sich der Erzherzog den Leitern des Vereins über Verschiedenes aus, und bezeugte, daß er sich mit ganzem Konzerte nicht habe darüber wundern können.

Der Erzherzog-Reichsverweser verließ den Saal unter dem freudigsten Jubel, der ihn bis in den Wagen und auf seinem ganzen Wege begleitete. Als der Präsident v. Gagern das Kasino verlassen wollte, brachte ihm die zahlreiche Menge ein dreimaliges Hoch aus. Das Jauchzen und Jubeln wollte gar kein Ende nehmen.

Um 1 Uhr hielt der Vorstand des Zentral-Dombau-Vereines im großen Saale des Rathhauses seine Sitzung, an der Spitzen der auswärtigen, wie aller Filial-Vereine zu begrüßen. Von hier aus begab sich der Zug, das Dombauer an der Spitze, um 2 Uhr auch dem Neumarkte, wo sich nach und nach die verschiedenen Abtheilungen des Festzuges versammelten und zum Ganzen ordneten. Der Himmel drohte zwischenhaft mit einzelnen Tropfen, aber nachdem sich der Zug geordnet, heiterte es sich auf, und noch war man nicht um den Neumarkt gezogen, als munterer Sonnenschein, wenigstens für Augenblicke, über dem Festzuge glänzte. Der Ordnung des Zuges bildete sich auf dem geräumigen Neumarkte selbst. Zuerst bewegte er sich um den Platz, dessen Häuser alle recht festlich ausgeschmückt waren; ein berittenes Musikkorps und eine Abtheilung der berittenen Bürgerwehr an der Spitze, dann folgten die Sängerchöre der beiden Gymnasien und der hohen Bürgerschule mit ihren Führern, der Männer-Gesang-Verein und die Liedertafel, woran sich gleich die Waisenkinder, 500 an der Zahl, schlossen. Durch die edle Freigebigkeit des Herrn Grafen von Fürstenberg-Stammheim sind sie Mitglieder des Dombau-Vereins, und wären sie das auch nicht, sie gehörten in ihn Festzug, dem gerade ihre Theilnahme den wahren Charakter gab — wir dauen alle,

*) Der außerordentliche Umfang des vorliegenden höchst interessanten Berichtes nöthigt uns, den größten Theil der übrigen Artikel für unsere heutige Beilage zurückzustellen.

D. R. d. N. M. Z.

auch die Wittwen und Waisen, an dem Dome des Herrn, auf den Werth der Spende kommt es da nicht an. Die Weisen hatten hier auch die passende Stelle, sie waren nicht, wie man das wohl bei anderen Gelegenheiten zu sehen gewohnt ist, auf eine das bessere Maaschen-Gefühl emporende Weise hintangesetzt. Ein zweites Musikkorps der Bürgerwehr ging vor der Domdurchfahrt, geführt von ihrem Bauner, den wackern Werkmeistern, und gaben in rüstigen Positionen, denen theuerischen Emser Jonmen's Leitung der Bau gerade zusah, Jeden überraschende Förderung vorbracht. Zuerst kamen die Steinmetzen, im weißen Schurz, das mit rothe und weißem Bande geschmackte Winkelmaaß tragend; an die Gesellen schlossen sich die zahlreichen Lehrlinge; die Polirer der Hütte trugen, nach altem Recht das Musikal, die Letzendorn Zeichen. An die Steinmetzen rührten sich die Maurer, Zimmerleute nach Schlossen, alle in weißem Schurzfelle mit den Zeichen ihres Gewerkes. Nach ihnen folgte das große Vereinsbanner, von blauer Frauen reich und kunstvoll gestickt, den vollendeten Dom, das große Ziel unseres Strebens, in der Mitte, umgeben von den Wappenschilden der deutschen Stämme, die sich an dem Baue schon betheiligt haben. Zeig, da der heilige Rock, der Nothbau Bau am Rhein durch das Reichsoberhaupt Anstoß seine Weihe als „das Symbol deutscher Einheit" empfangen hat, werden wir diese Wappenschilde sich bald zu Aller Freude und zu rascherer Förderung des Baues mehren sehen. Des Banner Domes Vollendung muß sein ganz Deutschland eine Errungschaft werden! Hinter dem Banner ging der Vorstand des Zentral-Dombau-Vereins und die auswärtigen Deputationen. Wir bemerkten unter den Vielen: Salpiz Boisserée, unseren ehrenwerthen Landsmann, dessen Name mit der Geschichte unseres Domes so eng verwebt ist; dann er, ein kunstsinniger, schlichter Künner, war es, welcher den unter uns selbst vergessenen Dom, damals das dastand seiner Erhebung und seiner Glorie werden soll, zuerst wieder Zeit und seinen Zeitgenossen in seiner großen Bedeutung hat kennt machte und durch sein Bemühen um das höchste Werk deutscher Kunst den deutschen Sinn mit hoch und kräftige, als Deutschland schmachvoll niederzerissen, weil es kein einziges Werk. Bezeugte Deutschland das nie! Ferner sahen wir den Herold der deutschen Kunst, Vitter Peter v. Cornelius, seinen geborenen Düsseldorfer, der aber, wie lange er schon von Berlin, so auch durch Abwesenheit von Deutschland, dessen Interessen fern Kölnisch noch recht gemüthlich „kalen" kann. Sein großer Schüler, der wackerste Vorkämpfer der deutschen Kunst, W. Kaulbach ist auch mit Liebe gekommen. Ferner sahen wir noch die trefflichste Künstler, Prof. C. Begasse, Prof. Lüchmann und eine Deputation eines Dombauvereines, dessen Abwesenheit wir so sehr bedauern, des Herzogs zu Nürnberg, der zuerst in der Reihe der edlen Fürsten sich dem Werke stellt, leider aber bei dem großen Feste durch Krankheit von der Theilnahme verhindert war. Gott erhalte den Edlen noch lange der Menschheit und unserm Werke! Alsdann die Inspektor Rummler, der sich um den neuen Kongl. Schmuck naheren Domes, die neuen Fenster, so verdienst gemacht hat, als technischen Besitzer der königl. Münchener Glasmalerei. — Ein Musik-Korps und die Chöre, welche die Mitglieder des Zentral-Dombau-Vereins und die kleineren Dombau-Vereine mit ihren Fahnen und Symbolen; ein drittes Musik-Korps mit einer Abtheilung Bürgerwehr schloß den Zug, welcher, nachdem er um den Neumarkt gezogen, durch die Apostelstraße, Hyperstraße, am Römerthurme vorbei, durch die Mohrengasse, über die Severinsstraße nach dem erzbischöflichen Palaste zog, um den Herrn Erzbischof und seine Gäste, zu welchen gezählt wurden Principe Rannini, Monsignore Viale Prela, gekommen, zum Dome zu begleiten. Feierlich schwebte, Frieden verkündend, sämmtlicher Glocken Getöne über der festlichen Stadt; äußerst reich und geschmackvoll mit Flaggen, Laubgewinden, Blumen und Teppichen waren alle Straßen verziert, durch welche sich der Zug bewegte; unter den sinnigen Ausschmückungen haben wir vor Allem auf der Hochpforte, auf dem Portale, am Giebel das Bild des kölnischen Bauers, unseres Wappenhalters, mit der bekannten Inschrift trug; dann die Werkstätte der Buchermacher auf der Apernstraße, bereits mit Waffen-Trophäen verziert war u. s. w. Die Straßen, durch welche der Zug sich bewegte, waren äußerst belebt, wodurch das Feierliche Ergreifende nur noch mehr gehoben wurde. Bis vor erzbischöflichen Palaste war die Ordnung des Zuges vorzüglich, hier war aber das Volksgedränge, um die Würdenträger der Kirche zu sehen, die sich hier mit dem Herrn Erzbischofe dem Zuge hinter dem Vereinsbanner anschlossen, so groß, daß beim Zuge durch das Wörtelthor einige Unordnung entstand, die sich in der hohen geschmückten Hochpforte wieder herstellte, so daß der Zug in seiner weiteren Richtung von dem Westportale des Domes anlangte. Ein schönes Bild. Im Hintergrunde die noch unvollendeten Theile der Kirche, zum Baue und Schlusse in seinem jetzigen Zustande mehr als bereit aufforderend. Hoch im Giebel mahnten in riesiger Schrift die Worte: „Eintracht und Ausdauer!" Die Sänger eine Strophe des Liedes an, an welche sich die Worte stellen des Dombauer anschlossen; rechts stieg der Thurm ernst mahnend in die Luft, hoch über den Gruppen, die sich unter ihm bildeten, schwebte das deutsche Banner und die große Fahne mit dem Große Protectori. In der Mitte hatte sich unter der Herr Erzbischof mit den hohen Prälaten aufgestellt, an welche sich der Vorstand des Zentral-Dombau-Vereins, die Deputirten und Dombau-Mitglieder reihten, dahei die unabsehbare Volksmenge, die aus reichste, festlich geschmückte Umgebung. Ein großartiges Bild! Tief ergreifend war der von etwa tausend Sängern gesungene Psalm: Lautatus sum in his; es läßt sich nicht Feierlicheres, zu dem heiligen Ernste unseres erhebenden Gottesdienstes Passenderes denken, als jene schöne Composition. Derselbe Choral erklang auch vor sechzehnhundert Jahren vielleicht an der gewissen Stelle, als Erzbischof Konrad von Hochstaden, umgeben von Bischöfen, im Beisein des von ihm gewählten und gekrönten deutschen Königs Wilhelm von Holland den Grundstein zu dem Riesenbaue legte. Auch damals stand Deutschland an einem wichtigen Scheidepunkte, auch damals war Alles in widerster Gährung, der Parteiung, Deutschland in sich zerrissen; aber aus dem wilden Kampfe erhob sich das Kreuz wieder und trug mit sich nach Aufang groß und mächtig unter Rudolph dem Ersten von Habsburger. Auch jetzt steht Deutschland auf der Schwelle einer neuen Zeit — sind wir entschlossen und einig, wird sie eine große, eine glückliche, wird wieder erstehen glorreich deutscher Nation. Wolle es Gott, den wir an der heiligen Stätte darum anflehen, auf daß der Dom auch in der That werde: das hohe Symbol der Einheit Deutschlands!

Dr. Ey. von Groote hielt dann im Namen des Vorstandes folgende Ansprache:

Seien Sie uns gegrüßt, ehrwürdige Prälaten, willkommen Sie, Vertreter Deutschlands in seiner Nationalversammlung, Vertreter Preußens in dem ernsten Verfassungswerke; willkommen Sie, Genossen aller deutschen Stämme, Bewohner aller Gaue der Vaterlandes, seien Sie insgesammt 14. willkommen, Dom-Fest! Dank für die freudige Bereitwilligkeit, mit welcher Sie der Ladung zu dem heiligen Zuerstehe, zu der großen Nationalfeier gefolgt sind, die wir an dieser Stätte zu begehen im Begriffe stehen. Wir haben Sie in unsere Mauern zu entbieten und zum Feste, damit Sie Einsicht nehmen von dem Fortschritte des heiligen Monumente deutscher Kunst, kraft und Einmüthigkeit, sowie die Ihre Gaben uns anvertrauten, damit an dem Tage, wo solch Jahrhunderte seit der Gründung der Werkes ablaufen, die Stein für Stein übergiegen müssen, was solch Jahre, seit wir brüderlich in diesen Hallen vereint standen, in Eintracht und Ausdauer zu wirken vermochten. Wir hoffen sicher, daß Sie mit uns die heilige Ueberzeugung theilen werden, daß dem deutschen Volke nicht Ehre, sondern zu bejammern sei, wenn leitere, ein Dankfest anstimmen zu können. Darum sind wir allerdings der erste Zeit unserer Arbeit nicht gewesen, seinerzeit aber der Zweck und das Ziel unserer Bestrebungen vollständig erreicht sein. — Mit Recht glauben wir dieser den Dom zu Köln als das Symbol und das sprechende Monument deutscher Kunst und frommer Gottergebenheit betrachtet und so innern Sitte und Gesinnungen an Deutschlands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft angeknüpfen zu haben. Der heilige Rock Domben ist eine Nationalsache geworden und wird es, so Gott will, bleiben! Fürchten wir nicht, meine Herren, die Stimmen, die zu jagbast und abwandend aus entgegenreden und uns beschrauken wollen, die Zeiten eignen sich zu solchen Werken der Kunst nicht, sei feierlicher Sachverstand; auf Anderen sind solche Tagen die Thatkraft des Volkes gerichtet sein, und die Mittel wärren mit Unrecht aus diese salten Steinmassen verwandt werden, während erst der wahre große deutsche Dom, die Verfassung, die Sicherheit, die innere Eiterung des Vaterlandes seiner Vollendung entgegen harre. Ferne sei es von uns, den täglichen Bedürfnissen unser Ort, unser Herz zu öffnen! Die Geschichte des deutschen Vaterlandes, die Geschichte des kölnischen Domes, die kulturgeschichte der Welt würde auf allen Blättern solche Behauptungen widerlegen. Wohlan, wann wurden denn der erste Plan zur Gründung unserer Metropolitankirche gelegt? Es geschah dies im Jahre 1241, als der Hohenstaufe Friedrich I. Europa durch seine Thaten erschütterte und der Erzbischof von Köln, der Kanzler Reinold von Dassel an seiner Seite, die lombardischen Städte züchtigte und dem treulosen Mailand den Schutz entriß, der zwischen diesen Dom sich weihte. Als am 14. August 1248 der erste Stein zu diesem Baue in Gegenwart des Kaisers, vieler Fürsten und Schaaren deutschen Volkes gelegt wurde, so war die Zeit, als Friedrich der Andere kaum von dem Schauplatze, den in seinen Ahnherren bewegten Europa abgetreten war und Rudolf die schweren Gewölte noch blitzend über dem Haupte schwebten. In dem Jahre der Bau raschen Schrittes voran die zur Vollendung des Chores und eines großen Theiles des Schiffes und der Thürme, obschon die Stadt während des ganzen Zeitraumes des Interregnums um ihre Freiheit kämpfen mußte und noch lange mit Sühne, welche Albert der Große mit seinem Ansehen dabei behauptete. — Mehr noch, meine Herren! War es nicht eben um die Zeit der gewaltigsten Zehden des 15. Jahrhunderts, als die lombardischen Städte ihre bewaffnungswerthesten Bauwerke aufführten; als ein Bannaroll die Mailänder Thürme, als sie Pisa's Macht in Asien zerstörte, als Florenz seinen Dom und die künstlichsten Arbeiten der Bildnerei mit derselben Pracht ausführte, mit der er die Schätze gegen die Feinde Roms richtete! Weitpiele genug, daß die Kraft in allen Großen sich nur an der Kraft entzündet und stählet, und daß der Kampf um Freiheit und Selbstständigkeit zugleich Kampf um Kunst werden müsse. Nicht anders ist der Kunst Großes zu leisten vermögen, wie sie es im Leben zu gestalten wissen. Und stehen wir nicht eben heute in den Zeiten ähnlicher großer Entwickelung? Es tagen deutsche Männer in Frankfurt, es tagen Männer in Berlin und anderen Städten des Vaterlandes, alle zum gleichen Zwecke der Neubegründung. Des Reiches Dort, Oesterreichs verwirrtiger Erstertzog, Preußens König, der Schirmherr dieses Baues, zwei erhabene Gestalten, auf die das Auge Deutschlands mit Recht gerichtet ist, Sie werden diese Woche vereint nach Berlin und Gottesfriedlichkeit zu wie erleben, — Sie werden sich auch hier zum Dom hat das Glück und die Ehre, Schauplatz dieses großen Momentes zu sein. Von diesem Momente kann es abhangen, ob die bereits erhabenen Thürme der deutschen Einheit ewig seit, ewig unerschüttertlich an den Pforten des Vaterlandes stehen, ob der heilige Schein, den sie über die Gauen des Erdreich sein soll, wie das, welches wie über unseres Domes Hallen einstweilen zu legen gemüthigt waren; oder ob seine Pfeiler, ob die deutschen Stämme muthig fortsprossen sollen, die sie, und dabi, sich in der herrlichen Blütenkrone über der vollendeten Wölbung ewig vereinbarlich umschlingen. Diese großen Augenblick

nun sollen wir festhalten und ihm ein Andenken stiften für ewige Zeiten. Wir sollen den Schwur erneuern, dieses heilige Symbols deutscher Tüchtigkeit und Standhaftigkeit gleichzeitig mit dem Baue des deutschen Vertheidigungswerkes zu vollenden. Einmal seit mehr Zeit, daß sei unser Wahlspruch, und seyen wir uns nach abermals sechs Jahren an vieler Stätte wieder, so sei es auf, um den Altersschichten in seinem Hause ein Denkmal aufzurichtenen für die Arbeit, die Er und vertheilen hat, Deutschlands Ruhm zu festigen für immerdar. Treten wir nun näher in diese Räume, meine Herren, die Sie zu empfangen bereit sind.

Hierauf öffneten sich die Thüren des Domes, und hinein strömte die Menge. Leider, daß hier nicht für die nöthige Ordnung gesorgt war, um das furchtbare Gedränge zu verhindern, das stattfand. Staunen und Ueberraschung, und endlicher Schauer ergriff Alle, als sie in das Langhaus traten, das jetzt in der ganzen Erhabenheit seiner riesigen Verhältnisse zu übersehen war und Zeugniß von dem gab, was in sechs Jahren an dem Baue Außerordentliches schon geschehen, mehr als man gedacht. Unter der Kreuzwölbung begrüßte unser wackrer Dombaumeister Zwirner den Herren Erzbischof mit folgender Rede:

Noch den Schalle lautestatiger Messeklänge durchwegt jum ersten Male heut eine feierliche Stille die weiten Hallen des Domes, und als Dombaumeister wird mir die hohe Ehre zu Theil, Euer Erzbischöflichen Gnaden, so wie dem hochwürdigen Metropolitankapitel diese Kirchenräume zur heiligen Weihe und Einsegnung ehrerbietigst zu übergeben. Freilich erscheinen sie noch nicht vollendet, und Vieles bleibt noch zu thun, um den vielen Jahren Genüge zu leisten

schlossen! Die Bürgerwehr hatte bis zur Wohnung des Reichsoberwesers Spalier gebildet, durch welches der König zu Fuß ging, dem Reichsoberwesser die Rechte bietend, indem er rasch gewechselt hatte, als der Erzherzog ihm zur Linken getreten war. Schwer, lebendiger und freudiger konnte der Empfang nicht sein, als er auf der kurzen Strecke bis zur Wohnung unseres Chef-Präsidenten von allen Seiten den verehrten Fürsten dargebracht wurde.

Indessen hatten sich die Straßen zum Regierungsgebäude mit Menschen gefüllt, wie auch der Platz vor demselben. Auf der ganzen Strecke, wie auch im Regierungsgebäude hatte die Bürgerwehr alle Wachen besetzt, wobei sich das Schützenkorps besonders auszeichnete. Die zur Vorstellung beschiedenen Personen kamen in der Vorhalle. Endlich ward der Jubelruf weiter laut; der König kam angefahren und wurde mit dreifachem Hoch am Regierungsgebäude empfangen, wohin ihm später der Erzherzog Reichsoberwesser folgte. In dem weißen Saale standen sich die einzelnen Korporationen, die vorgestellt werden sollten, in großer Masse ein, während auf der Straße ein Hoch dem andern folgte, namentlich als der König auf dem Balkon erschien.

Den Präsidenten v. Gagern an der Spitze, füllten nach und nach gegen hundert Abgeordnete der Frankfurter Reichs-Versammlung den rothen Saal, der an die Gemächer des Königs stößt. Als dieser erschien, richtete Herr von Gagern folgende Worte an Seine Majestät: „Königliche Majestät! Der Lombard-Verein von Köln hat die deutsche National-Versammlung eingeladen, einem Festmahle beizuwohnen. Diese hat solcher Einladung zustrprochen, und die hier anwesenden Mitglieder konnten sich übergangen, daß es für den Adel dieses herrlichen Werkes der nationalen Einheit bedarf. Das Streben nach Einheit auch in diesem Werke ist auch Eure Majestät nun erweckt worden. Die Reichs-Versammlung vertraut fest auf die Unterstützung Eurer Majestät bei dem Bauer der Einheit, der unternommen ist und den die Nation aufführen wird."

Der König bemerkte: „Die Einheit Deutschlands liegt mir am Herzen; sie ist ein Erbtheil meiner Mutter!"

Präsident von Gagern: „Wir wissen, daß Eure Majestät der Pflieger dieses Gedankens sind!"

Der König entfernte sich, kam zurück, ließ sich durch den Präsidenten die anwesenden Mitglieder der National-Versammlung vorstellen und sprach dann etwa folgende Worte: „Meine Herren! Um recht gute Freunde zu sein, ist es nothwendig, daß man sich von Angesicht zu Angesicht kenne; deßhalb freut es mich wahrhaft, Sie hier gesehen zu haben. Mit vollem Herzen wünsche ich Ihrer wichtigen Aufgabe ein segenreiches Gedeihen. Seien Sie überzeugt, daß sie nur vergessen werde, wenn ein großes Werk zu gründen Sie berufen sind, wie ich überzeugt bin, daß Sie nicht vergessen werden, daß es in Deutschland Fürsten gibt und ich zu diesen gehöre. Ich wünsche Ihnen zu Ihrem schwierigen und großen Berufe allen Segen und alles Gedeihen von ganzem Herzen."

Ein lebhaftes, kräftiges Lebehoch war die Antwort auf diese Worte.

Dann ließ sich Se. Maj. in dem weißen Saale den Gemeinderath, den Vorstand des Zentral-Lombard-Vereins, den Festordner, die Führer der Bürgerwehr, die Geistlichen beider Konfessionen und die übrigen zur Präsentation geladenen Korporationen vorstellen, und wußte Jedem, in seiner leutseligen Weise, etwas Verbindliches zu sagen, worauf er sich in seine Gemächer, wo der Erzherzog-Reichsoberwesser seiner harrte, zurückzog. Der Empfang, der dem Könige so warm und treu gewoden, hatte auch in der nächsten Umgebung des Königs einen günstigen Eindruck gemacht, man fühlte in dem glänzenden Kreise eine gewisse gemüthliche Behaglichkeit, welche ähnlichen Ceremonien früher leider fremd war.

Als sich das Abend-Dunkel über die Stadt gelagert, hatten sich viele Hundert Bürger auf dem Rathhausplatze versammelt; zu einem Fackelzuge, welcher unserem Könige, seinem hohen Ehrengaste, dem Erzherzog Reichsoberweser, den in unserer Mauern anwesenden Würdenträgern der Kirche und dem Präsidenten der deutschen Reichs-Versammlung als deren Vertreter gebracht werden sollten. Ein Musikkorps an der Spitze, von einer Menge Fahnen und Banner aller Arten belebt, setzte sich der glänzende Zug in Bewegung. Die dunkler igen Lampen zeigten die Zuschrift: Protectori, dem Domkloß, das alte Wappenschild der Stadt, den Reichs-Adler und das kölnische Wappen; doch zeigte sich im bunten Lampenspiele auch ein großes Transparent in Schildform, mit dem bedeutungsvollen, weissagenden Trinkspruche des Erzherzogs Johann aus dem Jahre 1842 „Rein Preußen, kein Oesterreich, ein einiges Deutschland!"

Vor dem Regierungs-Gebäude angekommen, hielte sich der Zug im weiten Kreise auf und brachte unter dem Klange der Musik dem Könige ein Hoch. Mit dem Reichsoberweser trat er auf den Balkon — und ein endloser Jubel begrüßte Beide. Es war gerade dieser Augenblick einer der Glanzpunkte des Tages. Mit der größten Herzlichkeit dankten Beide den ihnen aus aufrichtigem Herzen dargebrachten Huldigungen. Als gegen halb 11 Uhr der Fackelzug sich weiter bewegte unter begeisterten Hoch, begab sich der König mit dem Erzherzog Reichsoberweser, den Prinzen, den Ministern ꝛc. ꝛc. nach dem Bonn-Kölner Bahnhofe, wo sie, von der Direktion der Gesellschaft begrüßt, alsbald die Wagen eines Extrazuges bestiegen und nach Schloß Brühl abfuhren.

Der Fackelzug zog jetzt zum erzbischöflichen Palais. In den Straßen, durch welche eigentlich der Zug ging, hatten schon viele Häuser beleuchtet. Unbeschreiblich war der Jubel, als der päpstliche Nuncius auf den Balkon trat und einige Worte zum Volke sprach, die mit dem freudigsten Beifalle aufgenommen wurden, welche wir jedoch nicht genau verstehen konnten. Da Morgen eintrat, und zwar ein heftiger, zerstreute sich ein Theil des Zuges, doch die Masse blieb, um dem Präsidenten der deutschen Reichsversammlung den Festgruß zu bringen. Im Namen der Bürgerschaft begrüßte Hr. F. Kohlhaas die Vertreter des deutschen Volkes in einer kurzen Anrede, die mit einem weithin schallenden Hoch schloß. Herr v. Gagern, umgeben von zahlreichen Abgeordneten, sprach von Köln seiner Wohnung über die hohe Bedeutung der Dombau-Feste und als Möbild des Ausbaues der deutschen Gesammt-Verfassung. In dieser letzteren Beziehung erinnerte er auch an das Recht und die Stellung der Fürsten, und gedachte insbesondere des mit dem Reichsoberweser Deutschlands so eben persönlich vereinigten Königs. Für den Dombau selbst stifte er ein Dukaten auf Kaiserlich Majestät Unterstützung dieses großen Werkes durch die hohe National-Versammlung in Anspruch. Nach dem Vice-Präsidenten der preußischen National-Versammlung wurde noch ein Bürgerzug gebracht — und so endigte der erste bedeutungsvolle und wahrhaft erhebende Tag des Festes!

Heute Morgens um halb 8 Uhr traf der König, der Erzherzog und die übrigen hohen Herrschaften wieder hier ein und wohnten auf dem Neumarkte einer Parade der hiesigen Bürgerwehr, so wie einem der größten Theile der hier garnisonirenden Truppen bei. Sowohl bei der Ankunft als bei der Abfahrt wurde Se. Maj. von den zahlreichen Massen mit dem lebhaftesten Freudenrufe begrüßt. (Köln. Z.)

Großbritannien.

* London, 14. August. Der Contre-Admiral Mackay, Oberkommandant der irländischen Station hat an alle Fahrzeuge derselben Befehl gegeben, die amerikanischen Schiffe zu durchsuchen und die Waffen und den Schießbedarf, welchen diese nach irgend einem Punkte Irlands abzuschicken konnten, mit Beschlag zu belegen. Der Erzbischof und die katholischen Priester Irlands haben Lord Clarendon eine Petition, von zahlreichen Unterschriften bedeckt, eingereicht, um dessen Verwendung bei der Königin wegen einer Amnestie für die bei dem letzten Aufstand begangenen politischen Vergehen nachzusuchen. — Seit einiger Zeit treffen aus Frankreich Sendungen von Effekten ein, welche der vertriebenen Königsfamilie angehören. Ein Dampfboot Dampfschiff brachte kürzlich eine große Sendung Silberzeug; für die Königin und die Prinzessinnen sind Kisten angekommen, welche nach Claremont abgingen.

Frankreich.

△ Paris, 15. August. Hr. Bulwer, der zu Madrid als englischer Botschafter der Politik Ludwig Philipps in den spanischen Heirathen so hartnäckig-lästig eifrig entgegengearbeitet hatte, war dieser Tage hier und seine Sendung hatte zum Zweck, der neuen Auffassung Lord Palmerstons von der italienischen Frage hier Eingang zu verschaffen. Wie ich Ihnen gestern schon berichtet, hat das englische Kabinet eine Vermittlung auf der Grundlage der politischen Unabhängigkeit der Lombardei nun für möglich. Diese Provinz, erklärte Hr. Bulwer seinem Auftrage gemäß, gehörte Oesterreich vor dem Aufstande; es hat sich derselben wieder bemächtigt, sonach liege keine vollbrachte Thatsache vor, welche eine Vermittlung wie bei anfangs beabsichtigte, zuließe. Jedoch ist Lord Palmerston auch immer bereit mit Frankreich gemeinschaftlich zu vermitteln, um die Unverletzlichkeit des piemontesischen Gebietes sicher zu stellen. Auch will er seinen Agenten Instruktionen geben, beim Wiener Kabinet um Verleihung liberaler Institutionen für die lombardisch-venezianischen Provinzen sich zu verwenden. Einige Blätter suchen heute über den wahren hier angegebenen Zweck der Sendung Hrn. Bulwers der bereits nach London zurückgekehrt ist, zu täuschen. Allein man darfte nur die zahlreichen Zusammenkunfte des Hrn. Bulwer mit General Cavaignac und Hrn. Bastide Minister des Aeußern sehen, um leicht zu erkennen, daß er wichtige Aufträge hatte. Die Antwort des französischen Kabinets auf die englischen Anträge wird fast unzweifelhaft auf Annahme der neuen von Lord Palmerston aufgestellten Grundlagen lauten. General Cavaignac, dessen persönliche Stellung auch nicht mehr so fest ist, als vor wenigen Wochen, sieht recht gut die Gefahr einer drohenden Gegenrevolution, wenn ein auswärtiger Krieg jetzt ausbrache, und den damit unvermeidlich-in Staatsbankrott. Und darum wird er keinen französischen Soldaten die Alpen überschreiten lassen, trop eines eigenhändigen Schreibens Karl Albert's an ihn, der sein Sache dem Code-matike Frankreichs anheimstellt. Man sagt, Hr. Marrast werde nach Mailand der Unterhandlungen des Friedens-vertrag, wegen abgehen. — Hr. Thiers hat seit einigen Tagen wieder eine Menge anonymer Drohbriefe erhalten, die er dem Polizeipräsekten Duroux übergab.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutschland.*)

Bayern. — + München, 18. August. In der Pfalz hat sich das Gerücht verbreitet und findet unbegreiflicher Weise Glauben, die Staats-Regierung beabsichtige demnächst die Kammern wieder einzuberufen ohne vorgängige neue Wahl. Wir begreifen nicht, wie die Pfälzer noch immer so leichtgläubig sein können, auf dergleichen Gerüchte nur den geringsten Werth zu legen, deren innere Haltlosigkeit noch auf platter Hand liegt. Die Gesetzgebungs-Ausschüsse sind bekanntlich noch versammelt und werden noch etwa Einen Monat beschäftigt sein. Ehe sie ihre Arbeit vollendet haben, kann von Auflösung der alten Kammer nicht die Rede sein, weil sonst die Auflösung ihre Kompetenz auch verlieren würden; aber nach Beendigung der vermaligen Berathungen werden die neuen Wahlen alsbald eingeleitet werden.

□ München, 17. August. Heute hat der hiesige Herr Erzbischof und sein geistliches Rathskollegium mit 36 durch die eigene Wahl der Geistlichen bestimmten Abgeordneten sämmtlicher Dekanate eine Konferenz über den Vollzug des Absolungsgesetzes vom 4. Juni d. J. gehalten. — In Folge derselben wird der Diözesan-Klerus demnächst durch eine umfassende Instruktion auf Alles hingewiesen werden, was bei der Fixirung, Umwandlung und Ablösung der grund- und gebenbarlichen Rechte seiner Seits im Auge zu behalten ist, um das Kirchenguth, in so weit es den unveräußerlichen Dotationsfond der zur Errechung der Pastoral- und Kultus-Zwecke nothwendigen kirchlichen Anstalten bildet, in seiner nach dem Gesetze noch möglichen Integrität zu erhalten und auf eine dauerhafte Weise zu sichern, ohne den Verpflichteten dir ihnen zugedachten Begunstigungen zu verkümmern und ohne das schöne Gebäude zweckmäßig zu zerstören, in welchem der Seelsorger zu seiner Gemeinde stehen muß, wenn es ihm soll gelingen können, die Aufgabe seines wichtigen Berufes zu lösen.

Regensburg, 16. Aug. Heute Morgens 9 Uhr fand die feierliche Weihe der Fahne für das 3r neugebildete Bataillon des 4ten Regiments auf dem Exerzierplatze des Bürger statt. (Regb. Z.)

Vom 1. Sept. an wird in Bamberg an der Stelle des „Fränkischen Merkurs" unter dem Titel „Bamberger Zeitung" ein neues politisches Blatt erscheinen. Redakteur desselben ist Dr. A. Rauch, der früher eine Zeit lang den „Fränkischen Merkur" geleitet.

Zweibrücken. Die Assisen für das dritte Quartal 1848 werden am 16. Aug. beginnen, und am 29. beendet sein. Die Jury hat in acht Prozessen über 10 Individuen zu urtheilen, wovon 1 der Brandstiftung, 1 des Mordes nach vorgegangener Nothzucht, 1 der Nothzucht, 1 des betrügerischen Bankerotts und 6 des qualifizirten Diebstahls angeklagt sind.

Würtemberg. — Stuttgart, 17. August. Gestern fielen in Cannstadt unruhige Auftritte wegen eines verdächtigen Subjektes, Schriftsetzers Benz von Ulm, vor. Derselbe trieb sich schon längere Zeit arbeitslos herum, spielte den Freiheitsmann, Freiheitsmann und Aufänger Herkerd, soll aber dabei die Kreite Kasse verwaltet haben. Derselbe wurde wegen schon seit einiger Zeit Mißstimmung gegen die Behörde heroische, die sein Treiben gewähren ließ. Dieselbe wurde nun verhaftet und gestern nach Stuttgart abgeführt, wobei ein kleiner Auflauf vorfiel. Nachts gingen Patrouillen bei der hier liegenden vierten Reiter-Regimente in der Richtung nach Cannstadt; weiter ist nichts Außerordentliche Einschreitung statt. Ein Bürger soll verhaftet, jedoch bald wieder freigegeben worden sein. Die Ordnung ist nicht weiter gestört worden.

Scherm Vernehmen nach ist die Untersuchung gegen die bis jetzt von der großherzoglich badischen Regierung angeliefierten, bei dem bewaffneten Einfall in Baden betheiligten Würtemberger — 31 an der Zahl — durch höchste Entschließung niedergeschlagen worden (Schw. M.)

Baden. Das Regierungsblatt vom 16. d. M. enthält eine landesherrliche Verordnung, welche in der Ueberzeugung, daß eine große Anzahl von Theilnehmern an den jüngsten hochverrätherischen Unternehmungen theils durch Aufwiegler verführt, theils durch Einschüchterungen oder Zwangsmittel jeder Art mit dem Strome fortgerissen wurde, verfügt: § 1. Das strafgerichtliche Verfahren gegen die Theilnehmer an den stattgefundenen hochverrätherischen Unternehmungen, welche durch das Gesetz vom 16. Mai d. J. vor das Gericht in Freiburg gewiesen sind, wird, wenn dieselben vor Gericht oder in einer Eingabe an das Justizministerium ein gesetzliches Verhalten versprechen und um Begnadigung bitten, eingestellt, vorbehaltlich jedoch der im § 2 bestimmten Maßnahmen. — Unter diesen sind begriffen alle Anführer, Aufwiegler oder Führer bewaffneter Scharen; Beamte des Staates, Gerichts oder Schul- und Bürgermeister, überhaupt öffentliche Diener, welche ihre Pflicht verletzten und ihre Stellung zur Beförderung des hochverrätherischen Unternehmens mißbrauchten; Solche, welche durch offene Aufforderungen in Volksversammlungen, in Druckschriften und Aufrufen, durch Verbindungen mittelst Herumreisens, Täuschungen, Einschüchterungen und Drohungen zur Theilnahme verleiteten oder zu verleiten suchten; ferner Individuen, die an einer Tödtung, Verwundung, Plünderung, an Raub und Erpressung u. dgl. Theil genommen, oder sahnenflüchtig geworden sind; Individuen, welche durch Herbeischaffung von Waffen, Schießbedarf, Sturmläuten, Signalgeben, Errichtung von Barrikaden, Zerstörung der Eisenbahn, oder der Kommunikation auf derselben sich thätig erwiesen, mit Schußwaffen an einem solchen Theil genommen und mit einer der genannten Rotten oder Faktion Verbindungen anknüpfen oder anzuknüpfen suchten. — Alle Verhaftete, welche nicht unter den angeführten § 2 gehören, können von dem Untersuchungsrichter, wenn keine besonderen Gründe entgegenstehen, nach abgegebener Erklärung einstweilen in Freiheit gesetzt werden. Der Staatsanwalt legt die bei ihm eingekommenen Erklärungen dem Justizministerium mit gutachtlichem Antrage vor, welches dann auf Einstellung des strafgerichtlichen Verfahrens, oder beziehungsweise Aufhebung der Anklage verfügt. Dieselben Bestimmungen haben auch Anwendung auf flüchtige Angeschuldigte, welche ihre Gesuche und Erklärungen unmittelbar beim Justizministerium einzureichen haben.

Mannheim, 13. August. Von Karlsruhe aus ist ein Aufruf erschienen, welcher hier und in Heidelberg am wohl überall in unserem Großherzogthum den lebhaftesten Anklang gefunden hat. Da derselbe auch in weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient, theilen wir ihn hierdurch mit: „Badener! Unsere Ehre steht auf dem Spiel. Was das heißt, wenn man so lange als die Vorgesetzten in der Reihe deutscher Volksstämme kämpfte, weiß Jeder. Angesichts der letzten Montag in der Nationalversammlung von Brentano gemachten Aeußerungen und Angriffe auf unsere deutschen Brüder und unsere eigene Regierung ist es, wenn wir nicht zuletzt verachtet und als Deutsche unwerth sein wollen, hohe Zeit, daß wir uns, wo möglich im Bunde mit allen Gleichgesinnten im Lande, in einer Riesenadresse an die Nationalversammlung feierlichst vor solchen Gesinnungen verwahren und davon lossagen. Erhebt Euch daher alle einmüthig, handelt rasch und beweist, daß Ihr immer noch Badener seid, wie früher, und als Deutsche Männer dem übrigen Bruderstamme an Ehrfurcht deutscher Gesinnung nachstehe; fordert sofortige Ehrenerklärung! Laßt Euch nicht abhalten, weil Brentano nicht von Euch allen gewählt ist; denn ist eine Brandwunde am Körper, so ist der ganze Körper in Gefahr, wenn diese Stelle nicht augebrannt wird. Badener, rettet Eure Ehre!

(Fr. Z.)

Hannover. — Hannover, 13. August. Die Antworten [illegible] Gesammtministerii auf die Adresse vieler Einwohner der Städte Hannover, Hildesheim und Celle vom 9. d. M. wurde den Unterzeichnern heute in Folgendem zur Kenntniß gebracht: „Die unter dem 9. d. Mts. Sr. Maj. überreichte Eingabe einer größeren Anzahl von Einwohnern der Städte Hannover, Celle und Hildesheim ist von Allerhöchstdemselben und zur Bescheidung abergeben und sind wir im Stande, darauf den Bittstellern Folgendes zu eröffnen: Seine Majestät haben mit der gehobensten Freude gern ersehen, daß die Bittsteller diejenigen Aufopferungen, mit welchen Se. Majestät zur Förderung der Freiheit und Einheit Deutschlands mitzuwirken seit dem Merz dieses Jahres Sich stets haben bereit finden lassen, dankbar erkennen, und die Gesinnungen Sr. Majestät rücksichtlich der glücklich vollzogenen Wahl des Reichsverwesers theilen. Se. Majestät hegen in der unverbrüchlichen Ueberzeugung, daß die Erhaltung des Friedens, der Wohlfahrt, der Freiheit, der Ehre und des Rechts in Deutschland nur zu erreichen sind durch die innigste Verbindung aller Theile des gesammten Vaterlandes, daß aber diese nur allein zu erstreben sei auf dem Wege der wahren innern Einigung und des gegenseitigen Vertrauens, und nicht erreicht werden könne durch bloße äußere Formen, welche bei der großen Verschiedenheit der deutschen Staaten, ihrer nothwendigen äußern Verbindungen und ihrer innern Zusammensetzung nur durch den wahren Geist der Eintracht den Verhältnissen angepaßt werden können. Wenn Seine Majestät es für Ihre Pflicht gehalten haben, Sich über die Schwierigkeiten stets mit möglicher Offenheit zu äußern, weil zu hoffen war, dem vermieden werden konnen, wenn man sich ihrer und allen Seiten hin vollkommen bewußt ist: so ist die angestrengteste Thätigkeit deßhalb nur um so mehr stets darauf gerichtet gewesen, und wird ferner darauf gerichtet sein, dieselben in der Art zu beseitigen, daß kein Theil Deutschlands seine selbständigen Theilnahme an der zu gründenden Verfassung entzogen und keiner an seiner freien Freiheit und seinen Rechte unbillig beeinträchtigt werde. Se. Majestät haben zu bedauern, daß diese ihre Grundsätze irrige zur Zeit nicht überall in ihrer richtigen Bedeutung erkannt ist. Allerhöchstdieselben dürfen aber vertrauen, daß solche, wenn sie einmal im Zusammenhange zu übersehen sein wird, sich der Anerkennung nicht bloß Ihrer getreuen Hannoveraner, sondern aller Deutschen zu erfreuen haben werde, die es mit Deutschlands Einheit und Recht aufrichtig gut meinen. Wenn nun die Bittsteller die Besorgniß hegen, daß Konflikte der Regierung Sr. Majestät mit der provisorischen Zentralgewalt entstanden seien, welche allerdings beklagenswerthe Folgen mit sich führen könnten: so gereicht es uns zur Genugthuung, denselben ferner eröffnen zu können, daß zu dieser Besorgniß durchaus kein Grund vorliege, daß vielmehr die gesetzlichen Verbindungen auf völlig befriedigende Weise ihren Fortgang haben, und daß namentlich wegen des Verhältnisses der Truppen zur provisorischen Zentralgewalt denselben durch Allerhöchste Generalordre vom 6. d. Mts. das Nöthige bereits mitgetheilt. Ueberdieß ist die Anlegung der deutschen Farben an den Fahnen und Kokarden von Sr. Majestät bereits beschlossen und wird auch darüber der Armee das Nöthige förderlichst erlassen werden. Hannover, den 11. Aug. 1848. Kgl. hannover'sches Gesammtministerium. Bennigsen."

*) Durch die Masse des sich häufenden Stoffe an Tagesnachrichten, und den Raum, welchen dieselben in Anspruch nehmen, sehen wir uns genöthigt, die Fortsetzung des Artikels „über die Parteien in Italien" auf eine folgende Nummer zurückzustellen.

D. R. d. N. M. Z.

Diese Antwort wurde aber zu Hannover nicht genügend befunden, und in einer heute abgehaltenen Volksversammlung wurde von etwa 1300 unter den Anwesenden eine von Dr. Hayns vorgeschlagene Adresse an die Nationalversammlung angenommen, zu welcher auch die Volksvereine in Celle, Lüneburg und Hildesheim ihre Zustimmung durch Schreiben im Voraus schon gegeben hatten. In derselben wird erklärt, daß die Unterzeichneten über das Verhältniß ihres Landes zum großen deutschen Vaterlande anders denken als der hannoversche Gesandte, daß sie daher mit Zuversicht erwarten, es werde die hohe Reichsgewalt in ihrer Weisheit Mittel finden, jeden Widerstand gegen ihre zur Ehre, Macht und Größe Deutschlands gefaßten Beschlüsse, er komme von welcher Seite er wolle, mit Allgewalt zu beugen."

Am 12. war schon eine General-Ordre an die Armee erlassen worden, die Anlegung der deutschen Farben betreffend, folgenden Wortlauts: „Da die Truppen in Mehrzahl der deutschen Staaten die deutschen Farben als gemeinschaftliches Erkennungszeichen angelegt haben, so haben Se. Maj. der König zu befehlen geruht, daß dies von Allerhöchstdero Truppen gleichfalls geschehen solle. Das Erkennungszeichen wird theils in Bändern an die Fahnen gesetzt, theils von den einzelnen Leuten in einer noch näher zu bestimmenden Art und Weise getragen. Se. Maj. befehlen, daß dies vorläufig der Armee bekannt gemacht werde, und es sollen die einzelnen Truppenabtheilungen weitere Befehle darüber erhalten, wie auf einer abzuhaltenden Parade die Bänder an die Fahnen befestigt werden sollen. Für den Generaladjutanten: F. Jacobi, Oberst."

Schleswig-Holstein. 13. Aug. Vorgestern gegen Abend traf das Frankfurter Linienbataillon und das erste weimarische Infanteriebataillon über Harburg in Altona ein. Die Frankfurter erinnern an die fruhern französischen Soldaten; es sind meist starke, große, kleine Leute; durch ihre Czakos mit rothem Federbusch, so wie durch ihre Gamaschen und ihre weißen Bandeliere kann man sie schon von Weitem von allen übrigen Truppen, die bis jetzt den Schl.-Holst. Boden betreten haben, unterscheiden. Die weimarischen Soldaten sind klein, tragen Pickelhauben und überhaupt eine den hamburgischen Schützen (Artilleristen) und zum Theil auch Neuschnellern ähnliche Uniform. Sie sind heute Morgens 8 Uhr nach Rendsburg abgegangen und die Frankfurter sollen schon heute Nachmittag 4 Uhr nachfolgen; dagegen erwartet man heute die ersten Mannschaften in Altona. — Gestern kam hier ein in Norburg ansäßiger Leutsger an, der am April d. J. von den Dänen weggeschleppt und zuletzt in Faaburg in Haft gehalten worden war. Er nebst acht andern Leidensgefährten sind am 5. d. M. entlassen worden, dürfen aber nicht nach dem Schleswigschen (mit Einschluß der Insel Alsen) zurückkehren, sondern müssen in Hoyer oder in einem andern deutschen Bundesstaate ihren Aufenthalt nehmen. (Weser.)

Hanseståde. — Zu Hamburg gab am 11 d. M. ein Artikel eines dortigen radikalen Blattes Anlaß zu Ruhestörungen. Dieser Artikel, ein ohne Zweifel erdichteter Brief, ungefähr eines Mannes im Irrenhause, einen Arzt- und Diakonus um Befreiung aus dem Tollhause enthaltend, weil der Schreiber nur deßhalb eingesperrt sei, um ihn seines Vermögens berauben zu können, verunglimpfte in Zusammensetzungen des Volks in der Nähe des Krankenhauses, wo aber starke Abtheilungen Bürgermilitär aufgestellt waren. Der Krawall beschränkte sich zuerst auf zusammen Schreien, dann flogen Steine, und man will Säufe gehört haben. Auch ein Verein, sagt, Barri'den anzulegen, wurde gemacht, indem einige Wagen umgestürzt und mit Steinen gefüllt wurden. Die ohnehin erbitterte Burgergarde bewarte indeß ruhig den Platz, und nachdem Generalmarsch geschlagen und einige Verhaftungen vorgenommen worden waren, war gegen Mitternacht alles wieder ruhig. Die auf den Grund des Krawalls gepflogene Untersuchung im Irrenhause ergab, wie zu erwarten war, das beruhigendste Resultat. — Am 12. hat der Senat gegen das von den demokratischen Vereinen gebildete provisorische Komite zu Herbeiführung einer konstituirenden Versammlung einen Verhaftsbefehl erlassen und die HH. Dr. Wurm, W. Marr und Dr. R. Tritton in Folge dessen verhaften lassen; das vierte Mitglied des provisorischen Komite's, Löwe, wurde nirgends aufgefunden. Eine Anzahl entschiedener Freunde der Verfassungsreform, Mitglieder des deutschen Klubs, des Bürgervereins ꝛc. traten zusammen und beschlossen, den Senate eine angemessene Kaution anzubieten dafür, daß die Verhafteten freigelassen würden, inwerdin gegen die Verhaftung, während der Untersuchung die Stadt nicht zu verlassen. Nach einiger Forschung mit dem Senator Geffers, in welcher dieser die Stellung einer Kaution nicht für unumgänglich nöthig erachtete, sondern das von den Gefangenen angebotene Ehrenversprechen, Hamburg während der Untersuchung nicht zu verlassen und sich zum Aufruhr aufzuforbern, für genügend erklärte für die vorläufige Freilassung, wurden dieselben nach 6 Uhr Abends auch wirklich ihrer Haft entlassen. Der Senat hatte jedoch gar sehr Ursache, sich mit einer Kaution von fünf Mille allerdings nöthige Kaution verlangt. Am Abend war nach die Ruhe, auch ohne daß eine besondere militairische Bewachung sichtbar gewesen, nicht gestört. — Der oben erwähnten Verhaftung ging eine Bekanntmachung des Senats voraus, in welcher derselbe die Befürchtungen der vereinigten sieben Bezirke „als offenkundig" auf den Umstand des ganzen Gemeinwesens gerichtet" bezeichnet, und alle guten Bürger aufforderte, ihn, den Senat in seinen Maßregeln gegen ein solches Treiben zu unterstützen, und insbesondere wendet er sich an die Bürgerwehr, als einzige bewaffnete Macht und Stütze der Ordnung. Er ermahnt, den Weg des Gesetzes und der Ordnung nicht zu verlassen und verspricht eine Verfassungsreform, wenn das „allgemeine Verfassungswerk" beendigt sei. Er schließt mit dem wiederholten Ausrufe: „Achtung vor dem Gesetze!" Die verrinigten Klubs haben nun eine Antwort auf diese Bekanntmachung erscheinen lassen, worin sie den Staat der Reaktion beschuldigen und über Verleumdung klagen. — Der Senat soll jetzt übrigens selbst ernsthaft daran denken, eine konstituirende Versammlung aus eigenem Entschlusse vorzubereiten.

Preußen. — Der Empfang des Königs in Düsseldorf soll nach Allg. Ztg. sehr auffallend gewesen sein. Der Stadtrath war so rucksichtslos gewesen, mit Stimmenmehrheit zu beschließen, den König gar nicht zu bewillkommnen. Das Volk empfing ihn mit Pfeifen. In Folge dessen ist es daselbst zu Reibungen zwischen Volk und Militär gekommen; es wurde Generalmarsch geschlagen und kam zum Blutvergießen. Drei Soldaten sind getödtet. Grund dieses Verhaltens der Düsseldorfer Bevölkerung soll hauptsächlich Freiligrath sein, welcher durch seine anreizenden Lieder und Reden unermüdlich die Stimmung der Stadt und Umgebung gegen die Regierung zu reizen bemüht ist.

Nach einer Mittheilung in der „National-Zeitung" hat die preußische Regierung den Zollvereinsstaaten einen Entwurf zur Annahme vorgelegt, nach welchem der Eingangszoll auf solche französische Waaren, für welche die französische Nationalversammlung zur Kurzem Ausfuhrprämien bewilligt hat, erhöhet werden soll; man beabsichtigt dadurch die Maßregel der französischen Nationalversammlung zu paralysiren.

Oesterreich. — Wien, 14. Aug. Die der Ankunft des Kaisers vorangegangenen Aufsammlungen in den Vorstädten, die machtvollsten Demonstrationen des Sicherheits-Ausschusses in Betreff der jüdischen Bühler, die Manöver des geistlichen Professer Füster im Reichstag und unter den Arbeitern, und die Aufdrohung einer Stormpetition des Proletariats sind nun enträthselt. Die hiesigen Republikaner hatten den berüchtigten Dr. Schütte, welcher im April zuerst eine Stormpetition im Odeon einleitete, die aber erst nach seiner Ausweisung am 15. April stattfand, in die Nähe von Wien beschieden, um, im Fall es gelinge, den Kaiser auf seiner Herreise durch neue Unruhen aufzuhalten, seine frühere Rolle wieder zu übernehmen. Dr. Schütte traf Samstag, also mit dem Kaiser gleichzeitig allhier ein und fand den vulkanischen Boden an diesem Tag natürlich nicht brennend. Auf seiner Herreise mag er sich den angenehmsten Träumen überlassen haben, denn in Berlin und Breslau hieß es am Donnerstag allgemein, Wien sei ein Blutbad und voller Revolution. Allein Schütte schreut durch die Ankunft des Kaisers feinerwegs eingeschüchtert, denn er scheint sich nicht in seinen libralen Klub zu erklären, er setzt durch seine Reisen die Ueberzeugung erlangt habe, Wien sei allen Städten in demokratischen Prinzipien voraus. Er bemerkt, obwohl sa kurz in Wien zurück, die ungeheuren Fortschritte, welche hier gemacht worden seien. Berlin sei zurückgegangen, dort erhebe sich ein elendes Spießbürgerthum, von welchem durch den Einfluß der Demokratie Wien schwerlich werden wußte zu retten. Der Anhang Schüttes wurmelt die Stadt wieder von ungarischen Zunaten und Hüten mit rothgrünen Federn. Es ist klar, daß Kossuth im innigsten Einklange mit Dr. Schütte handelt. Unser Ministerium aber wird zeigt die Probe bestehen, ob es den furchtbaren Wühlereien der Republikaner schnell und mit Kraft ein Ende machen will. Läßt es Schutte, der einen ungeheuren Anhang unter Juden und der Aula, wo Professor Füster regiert, hat, walten, so ist es klar, daß einer der Minister, Krauß nämlich, sich im Geheimniß war, und sich mit den wahnsinnigen Hoffnungen einer Diktatur schmeichelte. Allein so wie heute die Sachen stehen, mag es den Ministern jedenfalls sehr ungelegen kommen. — (Augsb. Abdz.)

Oesterreichische Monarchie.

* Nachrichten aus Verona vom 15. Aug melden den am 14. in der Früh erfolgten Abzug der Piemontesen von Peschiera. Die Kranken, welche zurückgelassen werden mußten, wurden nach Verona, wo sie besser behandelt werden können, gebracht. Ein bedeutender Vorrath von Reis, Brod und Schlachtvieh wurde in dem geräumten Platze vorgefunden. Sechzig und einige schwere Belagerungsgeschütze, welche die Piemontesen aus Mangel an Bespannung nicht mit sich führen konnten, bleiben vor der Hand in Peschiera. — Das 2. Armeekorps unter dem F. M. L. d'Aspre wurde nach Brescia beordert, um die Stadt ohne alle weitere Unterhandlungen zu besetzen, und im Falle einer, jedoch nicht wahrscheinlichen, Widerstandes, so wie auch wegen des sonst vorgenommen sehr schändlichen Verrathes mit aller Strenge zu züchtigen. — Ein Gerücht sagt, Karl Albert habe sich verbindlich gemacht, die Hälfte der Kriegskosten zu bezahlen, die andere Hälfte fall von seinen Verbündeten bezahlt werden. — In Bologna fall auf einige österreichische Offiziere, welche ruhig durch die Straßen gingen, und auf einige Soldaten, welche Lebensmittel einkauften, aus den Häusern mit Gewehrschüssen worden sein, in Folge dessen die Truppen sogleich die Stadt verließen und eine Stellung außerhalb der Stadt einnahmen, wo sie die weiteren Befehle des F. M. L. Bar. Welden, welcher, wie es scheint, in Modena ist, erwarten. Italienische Berichte sprechen von einer Beschießung der Stadt, welche Angabe jedoch höchst unwahrscheinlich ist.

* Unsere Nachrichten aus Triest vom 16. stimmen keineswegs überein mit denen der Allg. Ztg. vom 13. Die Allg. Ztg. sagt, die sämtliche Flotte habe deßnilib die Gewässer von Triest verlassen, und Küstenfahrer hätten sie schon vor Venedig gesehen, wo sie wahrscheinlich der Marseillaise-Convention gemäß, die sardinischen Unterthanen aufnehmen werde,

um sie in die Heimath zurückzuführen. Gerade am 13. aber hat der sardinische Gegenadmiral Albini an den Militärkommandanten des österreichischen Küstenlandes das folgende Schreiben erlassen: „Excellenz! Ich habe die Ehre, Ew. Excellenz den Empfang Ihres Schreibens vom 12. d. M., so wie der gütigst begleiteten Convention zu acceptiren, abgeschlossen zwischen Sr. Sardinischen Majestät und Sr. Excell. dem Feldmarschall Graf Radetzky, anzuzeigen. Der Major Baron von Bourgignon, Chef des Stabes der Marine Sr. k. k. Majestät, Ueberbringer des oberwähnten Depesche, kam heute 9 Uhr Vormittags bei der von mir befehligten, in den Gewässern von Venedig aufrenden Flotte an; da ich aber des jetzt von meiner Regierung noch keine den Gegenstand berührenden Mittheilungen und Befehle erhalten habe, so konnte ich mich auch mit dem Hrn. Major in keine Unterhandlungen einlassen. Indem ich daher Ew. Excellenz erkläre, daß für mich noch durchaus keine Aenderung in dem Kriegszustande der beiden Seemächte eingetreten ist, ergreife ich diese Gelegenheit ꝛc. ꝛc. Albini m. p."

Piraeo, 11. Aug. Gestern wurde ein hiesiges Tragetto (Personendampfschiff) auf der Fahrt von Triest von der feindlichen Flotte, in der Meinung, daß es Militär an Bord führe, beschossen und am Bug wie am Taklewerk hart beschädigt.

(Oester. Lloyd.)

Der „Wiener Zeitung" wird von der ungarischen Grenze vom 8. d. M. berichtet, daß die Offiziere eines Bataillons eines unter dem Kommando des F.M.L. Bechtold stehenden Regiments nach dem bei St. Thomas stattgehabten Gefechte dem Kommandanten erroffnet haben, daß sie gegen die Grenzer nicht dienen wollten. Hierauf entsetzte F.M.L. Bechtold, daß er das sinnstörende Gesuch den Offizierkorps an das hohe Ministerium in Wien gelangen lassen wolle. Indessen kam schon kurze Zeit mittelst Estaffette vom ungarischen Ministerium die Weisung, daß diejenigen Herren, deren dieser Krieg wider ihre Ueberzeugung und Gewissen scheine, ihre Entlassung einreichen möchten, welche sie ihre Anstand erhalten würden. Nun erklärte der Herr Feldmarschall-Lieutenant, daß diese Bitte am Entscheidung des Gesuche an das hohe Ministerium in Wien den Offizieren nicht gestattet werde. Dieselben hätten noch an demselben Tage einen entschiedenen Entschluß über diese Angelegenheit zu fassen. (S.M.E. Bechtold ist unsres Wissens ein Deutscher!) An diese Thatsache knüpft der Korrespondent einige Betrachtungen über das Verhältniß der k. k. Armee zu diesem Kriege gegen „Räuber und Mordbrenner", wie sich das ungarische Ministerium ausdrückt, gegen welche zu ziehen die Armee keinen Augenblick anstehen würde. Für einen andern Kampf, der nur zu leicht österreichische Fahnen gegen österreichische Fahnen spitzen könnte, erwarte die k. k. Armee Befehle vom Kaiser und dem Ministerium in Wien, welche ihr näher und höher stunden, als der ungarische Kriegsminister. Die Möglichkeit eines Krieges zwischen Ungarn und Kroatien, deren Armeen gegenwärtig vereint und verbrüdert in Italien unter ein und derselben Fahne gegen den gemeinschaftlichen Feind kämpften, wo ein Gedanke, eine Zwerfucht, ein Herz und eine Seele im ganzen Heere lebe, wird von dem Korrespondenten bezweifelt. Die deutschen Regimenter werden nicht gegen sie fechten, welche mit Gut und Blut für den Kaiser und Oesterreich stehen. — „Wer für unsern Herrn und Kaiser, wer für unser konstitutionelles Vaterland lebt und stirbt, mit dem lebt und stirbt jeder brave kaiserliche Soldat. Nach der Soldat hat freudig die neue konstitutionelle Freiheit begrüßt, die ihn durch Schwur und Pflicht den langsten Interessen seiner Mitbürger näher verbindet; aber nicht zum willenlosen, überall hin verwendbaren Söldling der monarchischen Idee, zu hochmüthigen Laune eines eingelnen Volkes ist er geworden! Was unter kaiserlicher Fahne steht, das steht fest, Mann an Mann, ein aareschütterlicher Phalanx!"

In Pesth besteht ein Verein, dessen Tendenz ist die Wahrung und Verbreitung der in Ungarn seit jahrhunderte und sait zu allen Stadten uberwiegenden deutschen Nationalität. Der Verein Rossuth hat unlängst durch Jova gegen diesen Klub auf ungarische Weise ausgefallen und dessen Unterdrückung verlangt. (Ein neuer Beleg, daß man die pompösen Reden Rossuths für den „innigen Anschluß an Deutschland" nicht ohne weiters als baare Münze nehmen darf.)

Italien.

Karl Albert hat von Bigevano aus eine neue Proklamation erlassen, in der er von dem abgeschlossenen Waffenstillstand Kenntniß gibt. Nachdem er der jetzt gegen ihn erhobenen Beschuldigungen gedacht und dieselben mit kurzen Worten abgelehnt, sagt er: „Ein schonvoestentlicher Waffenstillstand ist mit dem Feind abgeschlossen, und wir werden in dieser Zeit ehrenvolle Friedensbedingungen erlangen oder wir werden dann ein zweites Mal zum Kampfe schreiten. Mein Herz schlug immer für die italienische Unabhängigkeit, aber Italien hat der Welt noch nicht zu erkennen gegeben, daß es allein dazu zu gelangen vermag." Zuletzt wendet er sich an seine Völker, die er an die ihm einst gebrachten Lobeshoch erinnert und denen er das Versprechen, ihre freisinnigen Institutionen aufrecht zu erhalten, gibt, er schließt mit den Worten: „Die Sache der italienischen Unabhängigkeit ist noch nicht verloren."

Der Schw. Merk. schreibt aus Neapel vom 8. Aug.: Die englische Flotte unter Admiral Parker segelte nach zweitägigem Aufenthalte nach Castellamare. Ihre Absicht scheint keineswegs feindlich zu sein. — Die längst vorbereitete Unternehmung gegen Sicilien ist fertig, bei dem ersten Wink unter Segel zu gehen. Die Flotille hat bereits außer den in und am Reggio versammelten 20,000 M. seit einigen Tagen mehre Bataillone an Bord, und ein Dutzend Kanonenboote sind schon abgesegelt. Zunächst scheint es auf Messina abgesehen zu sein. Von Sizilien verninmt man, daß man dort einzelnen gelaunen sei; in Palermo rüstete man sich jedoch zur Vertheidigung. Räuberei, Unordnung, Schmuggel im Großen scheint daselbst an der Tagesordnung. Mehr als in Palermo scheint man aber in Messina einen Angriff zu befürchten. — In den Besitzungen des Königlandes befestigt sich immer mehr Ordnung und Ruhe. In der Hauptstadt hat die Kammer unter dem Eindrucke von Radetzky's Siegen die ziemlich gemäßigt gehaltene Adresse ohne weitere Erörterung angenommen. Die Armee ist mehr als je für den König. Dieser lebt noch immer im Schlosse, bewacht von Hunderten von Soldaten, ohne es zu verlassen.

Belgien.

⊙ Brüssel, 15. August. Vorgestern Abends ist ein Adjutant St. Maj. des Königs von Preußen mit Depeschen für den König hier eingetroffen. Sobald nach Eintreffen dieser Depeschen sind die Hrn. Lasteelnant Graf b'Oultre de Sereabergne, Oberstallmeister des Königs, und Conway, Sekretär der Civilliste, nach Köln abgegangen, um Sr. Kaiserl. Hoh. den deutschen Reichsverweser und Sr. Maj. den König von Preußen im Namen des Königs der Belgier zu begrüßen. Die Depeschen halten, wie ich höre, eine Einladung an König Leopold, dem Dombaufeste zu Köln beizuwohnen, gebracht. Der König konnte aber bekanntlich nicht annehmen, da er sich das Versprechen gegeben hatte, jeden der feierlichen Entjudung der Stadt Gottfrieds von Bouillon hier mit der Königin und der königl. Familie beiwohnen zu wollen. — Während der Prozeß gegen die gefangenen Theilnehmer an dem bewaffneten Einfalle in Belgien und dem Gefechte von Risquons-Tout vor den Assisen zu Antwerpen verhandelt wird, ist so eben wieder abermals einer derselben, der sich damals verwundet worden war, auf belgischem Boden entdeckt und festgenommen worden. Die Untersuchung und der Prozeß in dieser Sache zeigen, daß der Plan zu einer Umwälzung auch in Belgien sehr ernstlich gemeint war, und nur an dem Patriotismus des belgischen Volkes aller Klassen und der Truppen scheiterte.

Frankreich.

— Der Litetat Karl Blind, welcher bekanntlich unter der Leitung Struves und Heinzens als Präsident der „Gesellschaft deutscher Republikaner" und des Komites aller Flüchtlinge in Straßburg thätig war, ist kraft eines aus Paris gekommenen, von Minister Senard unterzeichneten Befehls „als verdächtig, die Ordnung und öffentliche Ruhe Frankreichs zu stören" ausgewiesen worden, binnen 24 Stunden sich zu entfernen, widrigenfalls er durch die öffentliche Gewalt an die Schweizergrenze gebracht werden würde. (M. A. Z.)

Nachschrift.

Frankfurt, 17. August. Der Erzherzog-Reichsverweser ist gestern Abend von dem Kölner Dombaufest zurückgekehrt wieder in Frankfurt a. M. eingetroffen. — Ein kurhessisches Gardebataillon, 600 Mann stark, ist gestern Abend zwischen 5 und 6 Uhr hier angekommen, um das gestern früh abmarschirte kurhessische Bataillon zu ersetzen. — Mündlichen Mittheilungen zufolge hat der König von Preußen während des Dombaufestes in Köln den dem Festzuge mit Grünreichsfaal folgenden Trinkspruch ausgebracht: „Es ist schon zweimal auf die Erfüllung meiner Jugendwünsche getrunken worden: auf Deutschlands Einheit; lassen Sie uns diesen Bau mit allem, was an uns ist, fördern. Drum vor allem ein Hoch denen, die daran bauen. Es leben die anwesenden und abwesenden Deputirten der Nationalversammlung!"

(F. D. P. A. Z.)

Se. Maj. der König von Preußen hat am 15. zu Köln eine Anzahl Ordensverleihungen vorgenommen. Unter den damit Begnadigten befinden sich erblicken wir auch unsere hiesigen Preußischen Gesandten, Hrn. v. Bethmann, und Inspekteur und Professor Kinmüller, welche beide den rothen Adlerorden III. Klasse (mit der Schleife) erhielten. Der Erzbischof von Geissel zu Köln erhielt den rothen Adlerorden I. Klasse (ohne Eichenlaub), der Regierungspräsident von Wittgenstein zu Köln den rothen Adlerorden II. Klasse mit Eichenlaub, der Regierungsbaurath und Dombaumeister Zwirner zu Köln den rothen Adlerorden III. Klasse (mit der Schleife).

Die erste Celebrität Schwedens, der große Chemiker J. J. Berzelius, ist am 7. August 2 Uhr Morgens gestorben; er war 1779 am 29. August in Linköping geboren.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 17. August. Oesterr. 5proz Metall. 76, 4proz. 63, 3proz. 40⅛. 2½proz. 19⅝. Bankaktien 1270. 5proz. 500 fl.-Loose 123⅛. 250 fl.-Loose 87. Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 89 p. — Bayer. 3½proz. 75. — Ludwigsb. Bexbach. 74⅞. — Württemberg. 3½proz. 76⅛. 4proz. 94⅛. — Baden. 3½proz. 76. Loto-Anleihen à 50 fl. 47⅝. 35 fl.-Loose 28. — Darmstädt. 3½proz. 77. 4proz. 86⅞. Loto-Anleihen von 50 fl. 64. 25 fl.-Loose 21⅛. — Kurhessl. Friedr.-Wilh.-Nordb. 47½. 40 fl.-Loose 26⅞. — Nassau 3½proz. 83. 25 fl.-Loose 21⅜. — Frankf. 3proz 79⅛. 3½proz 93⅛. 57. Bankaktien 287. — Holländ. Integr 45⅝. — Span. 3proz. innere Schuld 19⅞. — Poln. 300 fl.-Loose 91⅞. 500 fl.-Loose 67. — Sard. 36 fl.-Loose 24½. Dice 2.

J. B. Bogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 20. August: „Martha, oder der Markt zu Richmond“, Oper von Flotow.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Baronin v. Mugard, von Wien. Bisk, Rentier aus Amerika. Bbood, Major aus England. Munro, Kapitän aus England. Evans, Rentier aus England.

Gold. Hirsch. Sargent, Proprietär aus Amerika. Baron Wartberg, von Stuttgart. Didier, Particulier aus Frankreich. Bbvete, Particulier aus England. Feldberg aus Kämpfl, Particulliers von Magdeburg.

Gold. Kreuz. Lyjoff, Staatsrath von Petersburg. v. Bötbecker, Regierungsrath von Altetting. Bäumler, Schulinspektor von Karlsruhe.

Gold. Hahn. Baron v. Bernhard, Rentier von Augsburg. Frau v. Schrag, von Augsburg. Gaveny, Dudley, Barbert, Offiziers von London.

Blaue Traube. Comini und Trentinaglia, Landräthe von Innsbruck. Dadrowsky, Privatier von Wien. v. Junkan und Hofrather, Privatiers von Innsbruck. Bücher, Doktorgattin von Stuttgart. Dapf, Particulier von Polen. Reichthahner, Dechant von Teisenhorf.

Deutschgarten. Bert, Handelsmann in Ottingen. Graf v. Trapp, Forst, von Graf v. Trapp, Herrschaftsbesitzer, von Innsbruck. Rohnert und Lenfert, Theologen von Halle.

Gestorbene in München.

Ignaz Steinberger, königl. Kriegskommissärs-Gattin, 55 J. a. — Johann Bestenreider, Zimmermeister, 48 J. a. — Johann Stadelmayer, Bäckermeister im königl. 3. Artillerieregiment, 23 J. a.

Pfandauslösung und Versteigerung.

33. (3c) Donnerstag den 24. August 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Juli 1847 und zwar von:

Nro. 81,341 bis 90,562.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Vormittagsstunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 29. August öffentliche Versteigerung.

München, den 29. Juli 1848.

Königl. privileg. Pfand- und Leih-Anstalt I. der Stadt München.

F. Negrioli, Magistratsrath.

Hannes, Kassier. v. Zeech, Kontrolleur.

Im Verlag der Unterzeichneten erscheint demnächst ein

Commentar

zu

dem Gesetze vom 4. Juni 1848

über

die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, die Ausscheidung, Fixirung und Ablösung der Grundlasten in Bayern. — Aus den Quellen, den Verhandlungen der Ständeversammlung, sowie der Staatsministerien des Innern, der Finanzen und der Justiz bearbeitet

von

Dr. J. P. v. Hornthal,
Advokaten zu Bamberg.

Der Herr Verfasser, als Rechtsanwalt seit 24 Jahren mit der praktischen Behandlung und Übung der Aufgaben dieses wichtigen neuen Gesetzes vertraut, auch als Schriftsteller im Gebiete der Staats- und Rechtswissenschaft längst rühmlich bekannt, wird in diesem Commentar eine vollständige Darstellung des Ablösungsgesetzes für deren Anwendung geben. Er ist durch die von den Staatsministerien, der Finanzen und der Justiz ihm bewilligte Benützung aller amtlichen Quellen und zugeflossene fortlaufende Mittheilungen auf die einschlägigen Vollzugs-Instruktionen und andern Anordnungen in den Stand gesetzt, unter Mittheilung dieser Staatsbehörden ein umfassendes Handbuch zu liefern, welches ähnlich, wie Gönner's, von Leoner's, v. Spies' und Seuffert's Commentaren zu dem Hypothekengesetze, der Gerichtsordnung ꝛc. allen Beamten und Betheiligten unentbehrlich, erfahrungsgemäß höchst erwünscht und brauchbar sein wird.

Erlangen im August 1848.

J. J. Palm & Ernst Enke.

73. In der Kräll'schen Universitäts-Buchhandlung in Landshut ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Betrachtungen über das königl. bayer. Fixirungs- und Ablösungs-Gesetz vom 4. Juni 1848, von einem unbetheiligten Juristen angestellt, und vorzüglich den Landleuten gewidmet, mit 4 Ablösungstabellen und einem Anhange über den Einführungstermin neuer Gesetze. Preis broch. 30 kr.

Niemand wird sagen können, das vielbesprochene einseitig oder parteiisch aufgefaßt sein, vielmehr haltzist der Verfasser — ein praktisch gebildeter Geschäftsmann — weder dem Tagesrufe nach Aufhebung aller sogenannten feudalitäten, noch den so beliebten „Vordernungen der Zeit“, noch auch verlennt derselbe den Druck veralteter Abgaben, überreichener Landestast-Prozente und der Gutsherrnlästigkeit, worunter bisher die Grundherren zu leiden hatten. Obwohl das Verlangen vorzugsweise für Rechtskundige und im Interesse des Landvolkes geschrieben ist, sind wir doch überzeugt, das sowohl Richter und Anwälte als auch die berechtigten Grundherren viele ermünschte Aufschlüsse und entsprechende Ansichten darin finden werden.

Oeffentliche Bekanntmachung.

71. Auf Anregung eines Hypothekgläubigers wird das den Joseph und Elisabetha Schreiberschen Wirthseheleuten zu Hohenburg, Königl. Landgerichts Freising, gehörige Hofbruchgut zu Beuerberg, dieß Gerichts, im Wege der Hilfsvollstreckung in loco Beuerberg am

Montag den 16. October Vormittags zwischen 11 und 12 Uhr

öffentlich versteigert, und zwar nach Vorschrift des §. 64 des Hypothekengesetzes, vorbehaltlich der §§. 89 und 101 der Grundbuchs-Ordnung vom Jahre 1837.

Das fragliche Anwesen ist im Ganzen auf 11,569 fl. 12 kr.

geschätzt, und besteht

1) aus dem halb gemauerten halb gezimmerten zweistöckigen Wohnhaus sechs Stuben und Stallung, einer Wagenremise und Holzhütte,
2) aus dem Hausgarten zu etlichen 40 Dez.
3) aus 41 Tagw. 78 Dez. Aecker und Wiesen,
4) aus 8 Tagw. 95 Dez. theils Bielen, theils Waldgrund,
5) aus 21 Tagw. 70 Dez. Holzgrund, und
6) aus 4 Tagw. 84 Dez. Weidenschalltagrund.

Die darauf ruhenden Steuern, Lasten und Gilten, sowie die Kaufsbedingnisse können inzwischen und am Steigerungstage eingesehen werden.

Kaufslustige werden mit dem Bemerken hiemit verständigt, daß sich gerichtsunbekannte Käufer über Leumund und Vermögen auszuweisen haben.

Am 14. August 1848.

Königl. Landgericht Wolfratshausen.
Martin,
Landrichter.

Bekanntmachung.

69. (2a) Nachdem bei der auf den 16. d. M. z. Fr. zur Versteigerung des Wachschen Gesammtanwesens angesetzten Tagfahrt sich kein Käufer meldete, so wird dessen der neuerlichen Versteigerung des Ganzen oder neuerdings Tagfahrt auf

Samstag den 9. Septem ber d. Js. von Vormittags 10 Uhr bis 2 Uhr

anberaumt, und hiebei nach §. 64 des Hypothekengesetzes, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 bis 103 der ländlichen Prozeßordnung verfahren. Der Zuschlag geschieht an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung, jedoch vorbehaltlich eines allenfallsigen Abkommens mit den Hypothekgläubigern. Die vorhandenen Vorräthe, sowie die Mobiliarentrichtung werden im Ganzen besonders versteigert.

Das Anwesen besteht

a. an Gebäuden;

1) aus dem Wohngebäude mit Keller, zwei Stockwerk hoch, gemauert, mit Legschindeldach;
2) dem Nebengebäude mit Keller, zwei Stockwerk hoch, gemauert, mit einem Holzziegeldach;
3) dem Brauhaus mit Brauerei, gemauert, mit Ziegeldach;
4) dem Getreidekast sammt drei gewölbten Gasthallungen, zwei Stockwerk hoch, gemauert, mit Ziegeldach;
5) dem Pferd- und Kuh-Stall, gewölbt, mit Ziegeldach;
6) dem Sommerkeller, im Distrikt Oberding, mit einer Wohnung und Hausremise, zwei Stockwerk hoch, mit Ziegeldach;
7) dem Zubauhaus in Kleitham, Distrikts Altetting, sammt Stall unter einem Ziegeldach;
8) dem gemauerten Getreidekast daselbst;
9) dem Sommergärtl sammt Keller in Erding.

Diese sämmtlichen Gebäude, sind der Hofraume und Gärten, haben einen gegenwärtigen Bauwerth von 44,800 fl., und sind die besicherten Baufälle — summarisch auf 7,750 fl. angeschlagen — unter obiger Summe nicht inbegriffen, sondern bereits abgerechnet. Von den Baufällen wurden jedoch die seither erlebten während der Verwaltung in diesem Gutsbahr durch die gewählte Maßaurateri gewendet, auch die laufenden Verbesserungen in der innern Einrichtung vorgelegt.

b. An liegenden Gründen,

nämlich aus

57,01	bayer.	Tagw.	Aeckern,
74,07	"	"	Wiesen,
17,38	"	"	Baltungen,
im Ganzen 148,49	"	"	Grundstücken, in einem Gesammtschätzungswerthe von 20,903 fl. 15 kr.

c. An Rechten

aus dem realen Brau- und Tafern-Recht im Schätzungswerthe von 4,000 fl.

Das vorhandene Mobiliar hat einen Schätzungspreis von 5,455 fl 17 kr.

Bezüglich der auf dem Anwesen ruhenden Lasten und Angaben, Grundbarkeitsverhältnissen, des speziellen Schätzungswerthes, der einzelnen Grundstücke, Bonitat ꝛc. ꝛc., können sich Kaufslieb haber die erforderlichen Aufschlüsse entweder bei dem unterzeichneten Gerichte, oder bei dem provisorisch aufgestellten Massaturator, Kaufmann und Magistratsrath Jg. M. Krano von hier, erholen.

Das Anwesen liegt übrigens in unmittelbarer Nähe des hiesigen Schrannenplatzes, und läßt bei zweckmäßiger Benützschaftung eine ausgezeichnete Rente erwarten, und hat auch wirklich die gesetzmäßige Maßaurateri bisher bezüglich des Betriebes diese Voraussetzung gerechtfertigt.

Uebrigens werden Kaufslustige darauf aufmerksam gemacht, daß, falls sie dem Gantgerichte unbekannt sind, sich bezüglich ihres Vermögens genügend auszuweisen, und den gesetzlichen Bedingungen zur Anfertigung u. s. w. nachzukommen haben.

Am 5. August 1848.

Königl. Landgericht Erding.
Wurzenthaler.

Druck der Dr. Carl Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 46.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Sonntag den 20. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16
Einrückungsgebühr: Die spaltenreiche Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, den 19. August.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 17. d. allergnädigst bewogen gefunden, auf die erledigte Rotar-Stelle in Dreibeheim den Rotar Franz Joseph Marhoffer von Obermoschel zu versetzen.

Durch allerhöchstes Reskript vom 26. Juni d. J. wurde der Revierförster zu Mantel, Forstamts Weiden, Ludwig Pfraum, zum Forstmeister auf das Forstamt Pfeffaht ernannt.

Deutsche Reichsversammlung.

A. Frankfurter, am 17. August 1848. Die heutige Sitzung war eine wenig belebte. Ein großer Theil der Abgeordneten war erst diesen Morgen von der Kölner Fahrt zurückgekehrt, ein anderer noch abwesend. Daher ward denn auch die Sitzung schon nach 1 Uhr, nachdem die Berathung über §. 8 der Grundrechte beendigt und darüber abgestimmt war, geschlossen und derselbe lautet nun: „Die Wohnung ist unverletzlich. Eine Haussuchung darf außer im Falle der Verfolgung eines Verbrechens auf frischer That, nur auf Geund eines richterlichen Befehls vorgenommen werden und muß, wenn thunlich, unter Zuziehung von Hausgenossen erfolgen. Dieser Befehl muß sofort oder spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Betheiligten vorgewiesen werden." Die Fortsetzung der Berathung ist auf Morgen angesetzt. Soll ich Ihnen etwas von dem Eindrucke sagen, welchen die Fahrt nach Köln bei sehr vielen bayerischen Abgeordneten, welche sich daran betheiligten, hinterlassen hat, so kann ich denselben im Ganzen keinen günstigen nennen. Einige waren mit der Aufnahme, die sie in Köln fanden, andere mit den getroffenen Festanstalten u. s. w. unzufrieden. Es schien mir auch aus dem Berichte, den der Präsident Heinr. v. Gagern am Anfange der Sitzung — über die Reise und die Aufnahme erstattete, eine gewisse Verlegenheit und die Absicht nur nichts geradezu Unzufriedenes zu sagen, sich zu ergeben. — Während der Sitzung wurde ein Zurus herausgegeben „an die deutschen Brüder in Posen", ausgegangen von dem Vereine zur Wahrung der deutschen Sache an den östlichen Grenzen und in diesen Aufrage unterschrieben von Dr. Wuttke (dem Schleiermacher unseres Volkes), Duncker, Haym, Jürgl und Kossak, und vom deutschen Vereine zu Leipzig, unterzeichnet von Göschen und Eichorius, folgenden Inhalts: „Mit freudigem Stolze sahen wir Euch zur Erhaltung Eueres deutschen Volksthumes aufstehen, sahen wie Eueren der Ehre des deutschen Namens würdigen, ruhmvollen Kampf, den der Sieg gekrönt hat: wie Ihr schwerer Drangsal überwandet, und unverzagten bleiben in den Jahrhundertern unserer Geschichte. Darum hat Schmerz und Empörung, daß Männer in der krankfurter Nationalversammlung vergessen konnten, daß sie als Abgeordnete des deutschen Volkes zu Rathe saßen und mit Betrübniß beklagen wir, daß sächsische Abgeordnete wider Euere gutes Recht sprachen und stimmten. Glaubet nicht, daß mit ihrem Verhalten der dieser Frage, für die es nur Eine Antwort gab, alle Sachsen einverstanden seien. Aber mißmuthigen es mit Entrüstung. Halter ihrer Unmissenheit zu ganz was ihr Mund sundigte. Bleibt zugethan Eueren Stammgenossen in Sachsen, deren Vertreter Euch wohe gethan." — Ruge und Blum sind übrigens gegenwärtig auf einer Urlaubsreise in Sachsen; sie hoffen wohl durch ihre persönliche Gegenwart den ihrer Partei drohenden Sturm abzuwenden. — Als nach Petersburg bestimmter deutscher Gesandter wird der Abgeordnete v. Auerswald genannt.

Das Dombaufest zu Köln.

Köln, 16. August. Groß, ewig denkwurdig in allen seinen Erscheinungen war der gestrige Tag — nicht allein für Köln, neia, für ganz Deutschland — ein wahres Weihe-Fest, eine großartige National-Feier. Es wird die hohe Kunde des schönen, bedeutungsvollen Festes den Sämen des Vertrauens durch alle Gaue des deutschen Landes tragen, und rasch wird er gegenreich für Alle lebenskräftige Blüthen treiben, und bald die Frucht der That reifen. Wir haben aus dem Munde zweier deutschen Fürsten, der machtigsten, inhaltschwere Worte gehört, welche uns beseligten in unserm Glauben, daß sie es treu und mehr um die deutsche Sache meinen, daß sie sich vertrauen den Männern, die jetzt in Frankfurt tagen, wie wir auch ihnen vertrauen. Das Band, welches Volk und Fürst umschlingen muß, wenn das große Werk, die politische Wiedergeburt zur großen, allbeglückenden Wahrheit werden soll, das gegenseitige Vertrauen wurde gestern auf neue Bamente wieder fester geknüpft. Wir waren treu für ganz Deutschland wichtige Stunden, deren Folgen — wir hoffen es mit voller Zuversicht — heilbringend dem Vaterlande sein müssen und sein werden, wenn wir es selbst nur fest wollen.

Wahrend gestern früh vor 7 Uhr alle Glocken der Stadt zu dem heiligen Werke der Konsekration riefen, welchem außer den neun Prälaten und unserem Herrn Erzbischofe das Domkapitel und die gesammte Pfarrgeistlichkeit beiwohnten, versammelte sich unsere Bürgerwehr und unsere ganze Garnison auf dem Neumarkte und den anstoßenden Straßen und Plätzen zu einer Parade, welche unser König und der Erzherzog-Reichsverweser abnahmen. Zuerst, nachdem diese Fürsten und ihr Gefolge mit dem lautesten und freudigsten Jubelrufe empfangen und begrüßt worden, marschirten 4000 Mann Bürgerwehr vor ihnen vorbei, und bot in einer Haltung, die nicht schöner sein konnte. Man sah es unserem Könige an, daß unsere Bürgerwehr einen günstigen Eindruck auf ihn machte, worüber er sich auch bei ihrem Chef, Hrn. v. Wittgenstein, mit der lobendsten Zufriedenheit ausgesprochen hat. Hierauf defilirten alle Truppen der Garnison, Infanterie, Kavallerie, Pioniere und Artillerie mit den Geschützen, vorbei, ungefähr 6000 Mann. So wie die Parade abgenommen war, fuhr der König mit seinem Gaste und den königlichen Prinzen nach dem Regierungsgebäude zum Frühstück.

Die Konsekrations-Feier wurde nach dem Rituale bei verschlossenen Thüren des Domes vorgenommen, während die um die Kirche versammelten Scharen die Gebäudigen betenen und sangen. Ein erhabener Anblick war es, als der Erzbischof an der Spitze der neun Bischöfe, alle in goldenem Ornate, um den Bau zogen, um die heilige Stätte einzuweihen. In der kirchlichen Feier einer der ergreifendsten Momente, dessen Eindruck eben so erhebend als zur Andacht stimmend war. — Schon nach 8 Uhr versammelten sich die Theilnehmer an dem Festzuge auf dem Neumarkte. Sobald derselbe sich geordnet — als die Glocken des Domes zum hochamte riefen, begann er sich, vom schönsten Wetter begünstigt, in Bewegung, und zwar wieder um den Neumarkt durch die Schildergasse und die Hochstraße entlang, unter Fetenbomen, nach der Westseite des Domes in die nach der Konsekration den Gläubigen geöffnete Kirche. Die Ordnung des Zuges war im Ganzen dieselbe, wie sie bei dem vorgestrigen, nur hatten sich denselben weiter die Professorenreihe angeschlossen, die Bürgermeister, Beigeordnete und Stadtrath von Köln; die Armenverwaltung; die Schulverwaltung; die Handelskammer; der Rath der Gewerbeverständigen und alle übrigen städtischen Behörden; Bürgermeister, Beigeordnete und Gemeinde-Verordnete von Deutz; die königliche Regierung; die Provinzial-Steuerdirektion; die Polizeidirektion; das Oberpostamt; die Bauhirektion; der Appellationsgerichtshof und das Parlet; das Landgericht und das Parlet; das Handelsgericht; die Friedensgerichte; das Bureau; das Notariat; die katholische Pfarrgeistlichkeit, in so fern sie nicht bei der Konsekration beschäftigt war; die Kirchenvorstände; die evangelische Pfarrgeistlichkeit; der Vorstand der israelitischen Gemeinde; die Lehrer-Kollegien der beiden Gymnasien, der höheren Bürgerschule und der städtischen Schulen, so wie die Gymnasien und Schulen; die höheren Militärbehörden und das Offizierkorps; die Kommandantur und die Offiziere der Bürgerwehr; die Direktionen der Dampfschifffahrtsgesellschaft und der Eisenbahnen, welche in Köln ihren Sitz haben; der Vorstand des Gewerbevereins; der Vorstand des Kunstvereins; das Pompierkorps. Musikchor war die Ordnung des Zuges, feierlich festlich sein Anblick. Eine endlos Wiehe verlief sich um den Dom. Die Schülern der Gymnasien und der Musik abwechselnd vorgetragene Choralgesang, der von einer ganz wunderbaren, Andacht weckenden Wirkung war. Die ganze Strecke der Stadt, durch welche der Zug sich bewegte, war aufs festlichste geschmückt; man sah, daß die Bürger miteinander gewetteifert, wie denn auch selbst die entlegensten Stadtviertel ein Festgewand angelegt hatten. Die ganze Stadt zahlt den lebendigsten Antheil an dem Feste, dessen kirchlicher und politische Bedeutung Jeder verstanden hatte. Außergewöhnlich belebt waren die Straßen bis zum Dome, dichtgedrängt voller Menschen, aber auch nicht einen Augenblick wurde der Festzug aufgehalten. Noch ehe der Zug zum Dome kam, waren der König mit dem Erzherzoge und die königlichen Prinzen schon dort eingetroffen und vom Erzbischofe empfangen worden. Der Erzherzog-Reichsverweser sahr mit dem Könige, beide in Generals-Uniform, in offenem Wagen, und ein fortwährender Freudenruf begleitete sie vom Regierungsgebäude bis zum Dome, dessen westlicher Eingang und Vorplatz durch die Bürgerwehr ganz frei gehalten war, wie auch das Mittelschiff des Langhauses, durch welches der Festzug seinen Einzug hielt. Mächtig hallten die weiten Räume von dem Choralgesange wieder, und noch als die Knaben in den Tempel des Herrn einzogen, sah ihn jener Lebensfülle mit der Dombaulitte auffüll-

end. Als der Zug im Dome ankam, waren die Arbeitsschiffe, der Umgang um die Chorumbau und der Laufgang des Chors schon dicht besetzt mit Menschen. Der Vorstand des Zentral-Dombau-Vereins, die fremden Deputirten und die zur Theilnahme am Zuge Gelobenen traten nun in das Chor, das in seinen unteren Räumen und in den Priester-Sitzen bald dicht gefüllt war. Vor dem Chorabschlusse des Allerheiligsten waren links und rechts Sitze angebracht. Zur Linken des Altares saßen der König und der Reichsverweser, zur Rechten die königlichen Prinzen.

Alsbald erschienen die neun Würdenträger der Kirche in Pontificalibus, die Inful auf dem Haupte, den Bischofsstab in der Linken, begleitet von ihren Diakonen — ein ergreifender Anblick. Langsam schritten die ehrwürdigen Männer vor unserem Erzbischofe, der pontificirte, und stiegen sich rechts den erhöhtesten Thronsitz gegenüber, in zwei Reihen unter auf zu diesem Zwecke eigens hergerichtete Sitze, hinter denen die Diakonen sich aufstellten. Bei diesem Anblicke mußte sich Jeder von der heilig ernsten Würde des katholischen Gottesdienstes tief ergriffen fühlen, unzählig gestimmt durch die Feier selbst und die schöne Messe von Haydn, die unsere Domkapelle mit bekannter Präzision ausführte. In den stillen Momenten drang aus dem Dome selbst ein Brausen, wie Wasserfluten, so strömte das Volk von nah und fern zu. Ein viele Meilen im Umkreis um 19. Jahrhunderte noch nicht in seinen weiten Hallen versammelt gesehen. Es mochten wenigstens zehntausend anwesend sein. Nach Beendigung des feierlichen Hochamtes verkündigte der Domkapitular Troost den bei Konfirmations-Feiern üblichen Abloß, und dann stimmte unser Erzbischof das Te Deum an. Kaum drangen die ersten Töne zum Himmel, als der Glocken feierliche Stimmen und der Kanonen Donnern der Gelöbnisse der weiten Stadt und ihrer Umgebung verkündeten, daß die Gläubigen lobsangen dem Herrn, ihm danken für das, was Großes durch ihn für den Prachtbau selbst und das deutsche Vaterland geschehen. Einen besonders erhebenden feierlichen Eindruck machte das Te Deum noch dadurch, daß immer eine Strophe nach Leibl's Komposition von der Domkapelle, die andere, begleitet von der Orgel, vom ganzen Volke gesungen wurde. Als die letzten Töne des Te Deum verhallt, segnete der Bischofs ihre Infuln weiter auf, man reichte jedem sein Stab, und mit vorgetragenem Kreuze und Fahnen schritten die würdigen Männer, gefolgt von ihren Diakonen durch das Chor; ihnen schloß sich der Erzbischof an und dann der König und der Erzherzog Johann und die übrigen anwesenden Prinzen, welche in dieser Weise feierlich von den Prälaten bis zum westlichen Ausgange begleitet wurden, wo sie von dem hier wachtgehaltenen Volke wieder freudig begrüßt wurden, als sie eintraten. Mehr als eine Viertelstunde währte es, ehe die Menge im Dome sich so gelichtet, daß man wenigstens unbehindert in den Hallen umhergehen konnte. Die gebannt standen Tausende in stiller, frommer Bewunderung vor den neuen Fenstern, welche sich jetzt in der Mittagssonne in ihrer herrlichen vollsten Farbenpracht dem entzückten Blicke darboten.

Bis fast ein Uhr hatte die Kirchenfeier gewährt. In der ganzen Stadt waltete Freude, denn es sollten sich Alle der großen Ereignisse freuen. Unter die Armen der Stadt wurden 36 Ohm Wein, und auf jede Flasche ein pfündiges Wurstbrod vertheilt; auch das Bürger-Hospital erhielt zwei Ohm, und eine Ohm das Waisenhaus. Außerdem wurden in der städtischen Speise-Anstalt 5000 Portionen Fleischbrühe und Fleisch vertheilt; selbst die Gefangenen wurden besser, denn gewöhnlich gespeist.

Punkt ein Uhr wurde der Saal des Gürzenich geöffnet, und bald waren die sechs Reihen der Tische, welche von dem hohen Gaste bewehrten Tribune im westlichen Ende des Saales in sechs Reihen durch den ganzen Saal liefen, besetzt. An den Tafeln der fürstlichen Gäste desselben sich 240 Personen, der Vereins-Genossen und anderen Theilnehmer waren gegen 900. Der Saal selbst war ganz einfach, aber in großartiger Weise ausgestattet und überreich mit Gasflammen erleuchtet. Von den Säulenwänden wollte ein reicher Teppich mit den Wappen bedeutender oder Geschichter bei eigentlichen Wandbehang und mit sinnigen Motiven verziert, von unseren tüchtigen M. Welter so täuschend gemalt, daß Viele den Teppich für einen echten Gobelin hielten. Die Deckenfelder waren wie schwarzen Reichs-Adlern auf goldenem Grunde geschmückt, und die Säulen mit einfachen gothischen Motiven auf Goldgrund; über den Säulen waren die Wappenschilde der verschiedenen deutschen Staaten aufgehangt. Im Hintergrunde der Tribune prangte die von Lessing in Folgen gemachte Inschrift: „Ein einiges Deutschland!“ Rechts „Eintracht“ und links „Ausdauer“. Mit einem reichen Blumenstor waren die Sitze der Ehrengäste der Stadt von den übrigen Theilnehmern des Festes getrennt. In der Mitte der Tribune hatte sich ein schöner Springbrunnen, der lustig seinen Strahl bis an die Decke warf. Noch ein belebender Zauber, schmetternden Fanfaren, welche aus der alten mächtige Stadtbanner, welches, zwischen den beiden schönen Kanonen aufgestellt, noch an die Reichsherrlichkeit der Stadt mahnte. Der Tafel-Eindruck des Prachtsaales war überraschend in der festlichen Beleuchtung — das Ganze stand in wahrhaft künstlerischer Harmonie und gab dem Geschmacke der Anordner und Ausführer das beste Zeugniß. Als der König und sein hoher Schutzherr in den Saal traten, wurden sie mit einem dreifachen Hoch begrüßt; lustig wirbelten die Pauken, schmetterten die Trompeten, und jauchzend wurde mit den Tellerschaben geschwenkt. Auf der linken Seite der Tribune war der Ehrensitz der hohen Gäste, so daß sie den ganzen Saal überschauen konnten. In der Mitte des Tisches saß unser König zur Linken des Erzherzogs; auf der selben Seite saß unser ehemaliger hochverehrter Gouverneur, der Prinz Wilhelm, des Königs Oheim, dessen Andenken hier stets ein gesegnetes sein wird; dann Prinz Karl und Prinz Friedrich, und an der andern Seite der päpstliche Nuncius, unser Herr Erzbischof und der Präsident der Reichs-Versammlung, Hr. v. Gagern, so wie der Präsident des Reichs-Minister-Rathes, Fürst Leiningen. Vor den hohen Gästen stand ein fast drei Fuß hoher silberner Pokal, ein wahres Kunstwerk der Silberschmiede-Kunst, denn um den Becher tänzt schön und fret getrieben die Alexander-Schlacht am Granikus nach le Brun; auf eben solche Weise ist der Deckel und der Fuß reich geziert. Historisch merkwürdig ist der Becher, welcher jetzt Eigenthum des hiesigen Goldschmieds Schwann, dadurch, daß Franz I. (Stephan) bei seiner Krönung als deutscher Kaiser im Jahre 1745 aus demselben getrunken. Und jetzt wurde er dem Erzherzoge geboten, seinem Enkel, unter welchem das deutschen Reichen Herrlichkeit wieder in ihrem alten Glanze neu gekräftigt erstehen soll. Unser seinem Ehrenbanner gestaltet, saß der Männer-Gesang-Verein und die Liedertafel mit seinen Leitern, den königlichen Musik-Direktoren Dorn und Weber. Sie sangen zwei Lieder vor, und wurde das von Otto Sternau (Unkermann) gedichtete Festlied gesungen, das dreimal mit einem stürmischen Freudenruf und Jubeln unterbrochen wurde, als der Dichter unseren König, den Erzherzog-Reichsverweser und die deutschen Männer von Frankfurt in folgenden drei Strophen begrüßte:

Willkomm! Willkommen rufen wir
Euch all' in dieser Stunde!
Es tönt es, Friedrich Wilhelm, Dir
Aus Deiner Bürger Mund.
Von stärke Dich in Deiner That
Zeigt und zu aller Zeit;
Auf daß die sieghaftreiche Saat
Zur reifen Frucht gedeiht!
Hurrah! Hurrah!
Zur reifen Frucht gedeiht!

Willkomm! Willkommen! tönt es Dir,
Johann von Oesterreich, auch,
Den Ehrenbecher reichte wir
Dir heut mit vollem Brauch.
Du wirst als auserkorener Held
An unserer Freiheit bau'n;
Auf Dich, auf Dich blickt eine Welt
Voll Hoffnung und Vertrau'n!
Hurrah! Hurrah!
Voll Hoffnung und Vertrau'n!

Willkomm! Ihr treuen Männer all'
Von Frankfurt an dem Main!
Willkommen bei Trompetenschall
Im alten schön am Rhein!
Thut fleißig auch Euch an Euer Thun;
Seid fest und wahr und treu,
Und laßt ertönen die Gesetze ruh'n,
Wenn Deutschland darf und frei!
Hurrah! Hurrah!
Wenn Deutschland darf und frei!

Als sich der Jubel endlich gelegt, trat unser König, ein Glas Rheinwein in der Hand, an das Blumen-Gelander und brachte ungefähr mit folgenden Worten dem Erzherzog-Reichsverweser einen Toast: „Mein Toast gilt einem deutschen Manne, einem Meiner bewährten treuen Freunde, dem Manne Ihres Vertrauens, der auch Meine Liebe, Mein vollstes Vertrauen besitzt. Er gebe uns einige und freie Völker, er gebe uns einige und freie Fürsten — dem Erzherzog Johann, dem Reichsverweser!“

Und bis zur Neige leerte der König unter einem unbeschreiblichen Jubel sein Glas und wachte dann die Nagelprobe nach deutscher Sitte. Und munter klangen die Gläser in dem jubelndem Sturm der begeisterten Tafelgenossen. Bald darauf erhob sich der Erzherzog auch mit seinem Glase und sprach mit fester Stimme: „Dem Fürsten, der eben meine Gesinnungen ausgesprochen, dem Könige von Preußen! Gott erhalte ihn noch lange, und nähere Eintracht und Andauer stehe so fest, wie Köln Dom!“ Mit ebon solcher Herzlichkeit, mit eben solchem Jubelsturme wurde auch dieser Toast, nach welchem sich die beiden Fürsten umarmten und küßten, von den Anwesenden erwidert. Gleich darauf erklang das Lied: „Was ist das Deutschen Vaterland?“ in welches die Mehrzahl voller Enthusiasmus einstimmte, und eben so begeistert den Trinkspruch aufnahm, welchen Dr. v. Groote auf Deutschland ausbrachte. Dann trat v. Gagern auf, mit dem lautesten Hoch begrüßt. Seine kräftige sonore Stimme beherrschte den ganzen Saal. Sein Trinkspruch galt auch dem einigen Deutschland, und passend nannte er das Fest selbst ein Fest der That. „Keine Erinnerung freien wir, sondern ein Fest der That!“ sagte er im Eingange seines Trinkspruches, der mit einer unbeschreiblichen Begeisterung aufgenommen wurde. Nach ihm nahm unser König wieder das Wort. Sein Trinkspruch lautete: „Den wackeren Werkleuten am Baue eines einigen Deutschlands, den an- und abwesenden Mitgliedern der National-Versammlung in Frankfurt!“ Daß derselbe enthusiastisch aufgenommen wurde bedarf wohl nicht angedeutet zu werden, wie auch der folgende Trinkspruch des Reichsverwesers: „Der Stadt, die uns das Fest bereitet hat; sie wachse und gedeihe, sei gleich ihrem Dome, fest und kräftig!“

Unser König leerte bei diesem Trinkspruche sein Glas. Dann trat unser Erzbischof vor, jubelnd begrüßt, so daß wir den Eingang seines Trinkspruches nicht hören konnten. Zum Schlusse sagte er: „Den Fürsten und deutschen Völkern, die berufen, den deutschen Dom, den Dom des Vaterlandes aufzubauen —“ Ein lautes Hoch ertönte auch hier. Erschlossen und den Satz mit den Worten: „Wir sprechen den Segen über die Einigkeit der Völker und Fürsten, wie wir diesen Morgen den Segen über den Bau

ausgesprochen haben." Mit herzlichster Theilnahme wurden diese Worte von allen Seiten aufgenommen.

Nach dem Herrn Erzbischofe nahm v. Soiron das Wort und sagte etwa Folgendes: „Görres Sie einem einfachen Manne ein einfaches Wort. Geben wir uns als Brüder die Hand durch alle Gaue des Vaterlandes bis an seine äußersten Grenzen. Hoch lebe die deutsche Bruderschaft!" Noch hatte sich der Jubel, der diesem Toaste folgte, nicht gelegt, als v. Gagern wieder redete und alle hyrte: „Meinen Vorgänger schieß' ich mich an, es gelte der allgemeinen Bruderschaft aller deutschen Volksstämme, auf das Zusammenwirken aller, die berufen sind, mitzuhauen an dem großen Werke der deutschen Einheit, auf das Zusammenwirken aller deutschen Stämme in ihren Vertretern, auf das vor Allem ein Hoch der Nationalversammlung in Berlin!" Ihm brachte der Repräsentant der Berliner Nationalversammlung, Phillips, den Vertretern der gesammten Vaterlande und ihren würdigen Vorsitzer ein Hoch hringend. Jetzt erhob sich der König sammt dem Erzherzoge Johann und vertieft mit seinem Gefolge unter den lebhaftesten Freudenrufen den Saal, um sich sofort nach Brühl zu begeben. Die allgemeine Freude und Heiterkeit wuchs nun mit jeder Stunde, wurde immer lauter und stürmischer, wußpals wir auch nicht berichten können, was unser Abgeordneter, Herr Rovenar, der päpstliche Nuncius, Monsign. Viale Prela, und unser Domhauptter Zwirner, der gestern auch seinen Ehrentag, gewiß einen der schönsten seines Lebens, feierte, unter dem lautesten Beifalle sprachen. Präsident v. Gagern erschien unten im Saale, durchwandelte, von einigen Abgeordneten begleitet, die Reihen der Versammelten und bot jedem in herzlichster Weise die Hand. — Seit dem letzten Reichstage Maximilian's I., der auf dem Gürzenich gehalten, seit der Anwesenheit Karl's V. hat das Gürzenichs-Halle keinen fur das gesammte Vaterland so wichtigen Tag feiern sehen, als das Bankett am 15. August des Jahres des Heils 1848. Gebe Gott, daß zum Heile eines einigen und glücklichen Deutschlands die Hoffnungen zur vollen Wahrheit werden, die sich an sie knüpfte, in der Versammlung Deutschlands Vertretern wichtigen Stunden tauften. Köln kann dieses Tag als einen goldenen in seine Annalen verzeichnen; denn nur wenige solcher Tage hat seine große Geschichte aufzuweisen. In der Stadt selbst herrschte an allen Enden die größte Lust. Der Nachmittag war, nachdem wir am zwölf Uhr einen starken Gewitterregen gehabt hatten, äußerst heiter, wodurch natürlich das Leben und Treiben in den Straßen nur noch mehr gehoben wurde. Auf dem Neumarkte belustigten Seiltänzer und ein stark besetztes Drehsel das Volk; auf dem Appellhof-Platze war Bauwllkermn, und auf dem Perlengraben setzte unser koluisches Nationaltheater, unter benühmtes Puppenspiel des Hänneschen, das Zwerafell des Volkes in Bewegung. Wie bezeichnend! es auch auf jedem dieser Plätze war, wie laut sich auch die Freude äußerte, nicht der Geburt ein Störung fiel vor. Gegen 12 Uhr Mittag nahm die Beleuchtung ihren Anfang, welche so allgemein und glänzend war, als wir noch keine, außer derjenigen bei der Inthronisation des Erzbischofs Ferdinand August, als die Metropolitane wieder zum Sitze eines Erzbisthums erhoben wurde, in Köln gesehen haben. Bis in die abgelegensten Stadttheile waren alle Häuser erleuchtet, und mit außerordentlichem Prunke und Geschmackvoll. In den blauen, zeinern Mondschein-Himmel strahlten die beleuchteten Helme der Kirchthurme, und vor allen glänzend der Thurm des Stadthauses, das unter den öffentlichen Gebäuden am schönsten und reichsten erleuchtet war. In den Straßen wogte die fröhliche Menge die spät nach Mitternacht, und eben so lange war auch das regste Leben auf der Rheinbrücke. Von beiden Seiten ertönten sich Raketen über dem ruhigen Strome, knatterten Feuerstöße lustig in die Lüfte oder strahlten Feuer-Sonnen an den glänzend erleuchteten Gasthöfen der Rheinseite. Gegen 11 Uhr stieg der Riesendau des Domes plötzlich und der Nacht in rother Feuergluth prangend über der weiten Stadt, so daß man auch die feinsten Gliederungen, die kleinsten Laubverzierungen am ganzen Baue unterscheiden konnte. Es kann seinen überzeichnenden Anblick geben, als den des also erleuchteten Domes. Ein würdiger Schluß des so wichtigen Festtage, wie Köln wohl noch keinen in seinen Mauern gefeiert hat! —

Im Schlosse Brühl fand Abends ein großes Festmahl statt, zu welchem über dreihundert Personen geladen waren, die bis spät in heiterster Stimmung vereinigt blieben.

St. Lassel. Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser hat sich heute früh von Brühl nach Bonn begeben und dort das Dampfschiff zur Nachfahrt nach Frankfurt bestiegen. Se. Maj. der König passirte gegen 9 Uhr unsere Stadt und fuhr mit einem Extrazuge zunächst nach Ubersfeld. Die Mitglieder der Reichsversammlung sind heute Morgens um 8 Uhr fast sämmtlich mit einem besonderen Dampfboote nach Frankfurt abgereist, da schon morgen ihre Thätigkeit wieder beginnt. Auch unser Vertreter beim Reichsverweser, Hr. Staatsminister Camphausen, der die Festtage hier zubrachte, kehrte nach Frankfurt zurück und zwar in Begleitung seiner gesammten Familie.

Deutschland.

Bayern. — ☐ München, 19. August. (Die Einweihung der Basilika zum hl. Bonifazius.) Die verzögerte Einweihung der St. Bonifazius-Kirche dahier hat zu allerlei Deutungen Anlaß gegeben, und ist namentlich wiederholt davon benützt worden, das Benehmen des Hrn. Erzbischofs in einem schiefen Lichte darzustellen. Es kommen uns nun darüber folgende sachliche Aufklärungen zu. Bekanntlich soll die Bonifazius-Kirche eine Stadt-Pfarr-Kirche sein. Nach kirchlicher Vorschrift muß sie, ehe sie konsekrirt werden kann, eine dieser Bestimmung entsprechende, — gelungene und nachhaltige — Dotation besitzen. Nun will man zwar wissen, daß dieser Dotations-Fond bis auf die kleine Summe von 4000 fl. bereits vorhanden sei. — Allein man könnte wissen, daß man sich in dieser Beziehung in einem großen Irrthume befinde. Man könnte nämlich wissen, daß die St. Bonifazius-Kirche auch die daran geknüpfte Pfarrei einer solchen Dotation benöthe, welche eine Einnahme von 6000 fl. gewähre, daß aber die jährliche Rente des bisher angemeldeten Fonds um 4000 fl. unter diesem Bedarfe stehe, sohin der nothwendige Dotations-fond dreimal so groß sein müsse, als der wirkliche schon vorhandene ist. Man könnte also — wenn man wollte es ganz begreiflich finden, daß der Hr. Erzbischof, für welchen die kirchliche Vorschriften kundig sind, bisher die Konsekration einer Kirche und die Konstituirung einer Pfarrei beanstandet hat, deren Dotationsfond nicht um die Zinsen eines Kapitals von 4000 fl., sondern um ein Kapital, welches 4000 fl. Zinsen abwirft, noch zu gering ist.

Mecklenburg. Schwerin, 13. August. Der Großherzog hat ein Militär-Bedrohlsreglement zur Ausführung im Kriege gestiftet. Es besteht aus Kommandowort und hat auf der Vorderseite die Inschrift: „Für Anziehung im Kriege", auf der Rückseite den Namenzug des Großherzogs mit der Jahreszahl 1848. Es soll an einem hellblauen seidenen Bande, mit schmaler rother und gelber Einfassung, auf der linken Brust getragen werden. — Dem Reichsverweser ist auch in unserm Mecklenburg Hochfreiheit bereitlich worden. (Brel. Nachr.)

Hannover. Hannover. Der König hat dem österreichischen Feldmarschall Graf Radetzky den St. Georgenorden verliehen.

Preußen. Berlin, 16. August. Die Berathungen der von der National Versammlung zur Untersuchung der Schwedinger Unruhen ernannten Kommission haben nunmehr den Anfang genommen, daß ein Zusatzmitglied von Mitgliedern gestern nach Schwedingen abgegangen ist, um die Ursachen und den Zusammenhang der dort vorgefallenen blutigen Ereignisse an Ort und Stelle zu ermitteln. Die Militär-, Verwaltungs- und Gerichtsbehörden sind, dem Vernehmen nach, von den betreffenden Ministerien zugleich angewiesen worden, der Kommission und dem Zusatzschusse bei Ausübung ihres Auftrags jede mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen, und die betreffenden Behörden haben bereits Zeugen-Vernehmungen und sonstigen Recherchen bereitwilligst zu bewirken. Die bereits eingeleitete gerichtliche Untersuchung wird dabei natürlich ihren ungestörten Fortgang behalten, da die Kommission so wenig als die National-Versammlung in den Lauf derselben eingreifen berechtigt ist. — Der in Hannover beglaubigte außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister der französischen Republik, Hr. Bastide, ist gestern hier eingetroffen, um mit dem hiesigen französischen Gesandten, Hrn. Arago, Berathungen zu halten. — Die Nachricht, daß eine Feldwache des 2. preußischen Kurassier-Regiments in Schlesswig von den Dänen überrumpelt und gefangengenommen worden sei, erweist sich, nach näheren Ermittelungen, als völlig aus der Luft gegriffen. Die Feldwache hat sich vielmehr ordnungsmäßig zurückgezogen, ist ohne Verlust auf den Hauptkorps zurück, und erreichte dies glücklich. — Die jetzt in Charlottenburg garnisonirenden 6 Kompagnien des 2. Garde-Regiments sollen, bei der herannahenden kühleren Jahreszeit, in bequemere Quartiere auf die umliegenden Dörfschaften verlegt werden. Im Fall die Cholera noch weiter um sich greifen sollte, werde man die Zerstreuung in Charlottenburg, Schönhausen und Potsdam so große Lager nicht zur Anordnung kommen. — Obwohl die Nicht-Ausdehnung ansteckend der Cholera vielfach besprochen worden, sind hier doch in einem Hause bereits drei verschiedene Erkrankungs- und Sterbefälle vorgekommen. (B. N.)

○ Berlin, 16. Aug. Sämmtliche Mitglieder der Reichsverfassung sind seit zwei Tagen hier zur Abschaffung der Zentralgewalt gekommen.

In Folge der Verhandlungen der National-Versammlung über die Schutzmannschaft hat der Minister Rühlwetter die Entlassung von 400 Constablern angeordnet. Der Oberst derselben, Hr. Kaiser, hat jedoch Anstand genommen, diesen Befehl auszuführen und sein Bedenken, daß eine Entlassung in Masse Reibungen herbeiführen müsse, dem Ministerio vorgetragen.

Wegen der Einheitsfeier v. 6. d. M. will das Polizeipräsidium eine Untersuchung veranlassen. Hr. v. Bardeleben erblickt in der Demonstration eine ohne polizeiliche Erlaubniß abgehaltene „Volksversammlung unter freiem Himmel." — Ueber die gegen die Herren Edgar Bauer, Alf. Scheamm rc. wegen der Volksversammlung unter den Zelten erhobenen Anklagen ist noch nichts Näheres bekannt. Ihr Verhör verspricht eine Auseinandersetzung, die Besitzungsgegenstand der Redner nicht zu kennen und verweigerten den Eid und die übrigen Angeklagten waren im Termin nicht erschienen. — Folgendes ist der neueste Stand des Auftretens der Cholera. Am 15. Aug. Mittag waren 30 Personen erkrankt. Von diesen sind 22 gestorben, 2 genesen, 4 blieben in Behandlung. Vom 12. bis 13. Aug. Mittags betrug der Zuwachs 19, vom Mittags gleichfalls 6, vom 14—15. Mittags Zuwachs 3. Die Summe der Erkrankten belief sich sonach bis gestern Mittag auf 45, die der Gestorbenen auf 33.

Greifswald, 11. August. Die Dünen werden immer kleiner. In einer der vergangenen Nächte machten sie einen Besuch auf der, Greifswalt ziemlich nahe gelegenen, Insel Rott, und es möchte leicht der Fall sein, daß sie binnen Kurzem auch hier als ungebetene Gäste erscheinen. Gestern lief die Nachricht ein, daß sie ein mit Kartoffeln beladenes Fahrzeug, so wie einige Flunderdrüe im Bodden gekapert hätten. — Gestern ist das in Stralsund erbaute Kanonenboot vom Stapel gelaufen. Der

Prinz **Adalbert**, vielleicht der künftige Großadmiral der Deutschen Flotte, war zur Feier eingeladen, reiste am Mittwoch hier durch, ward mit einem Hurrah empfangen, hielt sich kurze Zeit hier auf, und soll auf diejenigen, welche zu einer Unterhaltung mit ihm gelangten, durch sein bescheid, offenes Wesen einen sehr günstigen Eindruck gemacht haben.

Nach der „Niederrheinischen Zeitung" ging die Veranlassung zu den von uns schon erwähnten Unruhen in Düsseldorf nicht vom Militär aus, wie die Düsseldorfer Zeitung erzählt, sondern das Militär wurde von organisirten Rotten früheren und niederen Pöbels, welche schon während des Tages die Einwohnerschaft der Stadt förmlich terrorisirt hatt n, gereizt und verhöhnt. So war auch der Empfang des Königs von der Mehrzahl der Düsseldorfer ein äußerst herzlicher, sowohl bei der Ankunft am Bahnhofe, wie am Jägerhofe und bei der Abfahrt des Monarchen; weit überwiegend aber die Bestrebungen der Gegenpartei.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt, 16. August. Bei der heutigen Ziehung 4. Klasse der hiesigen Stadtlotterie gewann Nro. 9056 20,000 fl., Nro. 122 5,000 fl., Nro. 10170 2,000 fl., Nro. 15288 1,000 fl., Nro. 22320 und 24550 je 400 fl.

Wien, 16. August. Prov. Metall. 83½, 4proz. 67, 3proz. 49, 2½proz. 43. 1834r 500 fl.-Loose 134. 1839r 250 fl.-Loose 92. Bankaktien 1112. Nordbahn 108½. Gloggnitz 97. Venetia-Mailand 79. Bolweis —. Livorno 72. Pesth 70. Siena 56½. Rovuuinendorph 95.

Berlin, 16. August. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunalobligationen und Geld-Sorte. St. Schuld-Sch. 74 P., 73½ G. Seeh. Präm. Sch. 88½ P. — G. K. u. Nm. Schuldv. — P. — G. Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. — P. 76½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. — P. 96 G., 3½proz. — P. 77 G. Pomm. Pfandbr. — P. 85 G. Pomm. Pfandbr. 4proz. — P. 90 G. Kur- u. Nm. Pfandbr. 90½ P. — G. Schlesische Pfandbr. — P. — G. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. — P. — G. Preuß. Bk.-Anth.-Sch. 89½ u 89 Gem. Friedrichsd'or 13½ P., 13½ G. And. Goldm. à 5 Tlr. 13 P., 12½ G. Diskonto 3½ P., 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 89½ bz. Berl.-Hamburg 68 bz. Berl.-Stettin-Stargarder 90 P. Berl.-Potsdam-Magdeb. 55 u 52 bz. u. P. Magdeb.-Halberstadt 103 P. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 56 bz. u. P. Köln-Mindener 77½. Köln-Aachen 57 P. Rhein-Köln —. Düsseldorf-Elberfeld 69 G. Steele-Vohwinkel 38½ bz. Niederschles.-Märk. 71½ u 71 bz. Niederschles.-Märk. Zweigbahn —. Oberschles. Lit. A 93½ bz. Lit. B 93½ bz. Kosel-Oderberg —. Breslau-Freiburg 90 P. 89½ G. Krak.-Oberschles. 47 u 46½ bz. Berg.-Märk 80 P. Stargard-Posen 69½ bz. u. P.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 87½ G. 88 P. Starg.-Posen —. Brieg-Neiße —. Magd.-Wittenberg 46½ u ½ bz. Aachen-Mastricht —. Thür.-Verbind-Bahn —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 82½ bz. Berlin-Hamburg. 89½ bz. Berl.-Potsdam-Magdb. 4proz. 78½ G., 5proz. 85½ G. Magdeb.-Leipziger Halle-Thüringer 82 bz. Köln-Mindener 88½ G. Rhein. v. Staat gar. — Rhein. 1. Proiz. 75½ G. Rhein. Stamm-Prior. 70 G. Düsseldorf-Elberfeld —. Niederschles.-Märk. 4proz. 81½ G., 5proz. 92½ G. III. Serie 89 bz. u. G. Zweibahnen 4½proz. —, 5proz. 74½ G. Oberschles. — Kosel-Oderberg —. Steele-Vohwinkel — Breslau-Freiburg —.

Amsterdam, 15. August. 2½proz. Integr. 41⅞. — 4proz. Schuld 51⅛, 4proz. 68⅛. — 2½proz. dito —. Handelsmaatschappy —. — 5proz. Russen à 510 pf. St. 84. — Span. Anlehen à 6000 fl. — Coupons. Portug. 3proz —, 4proz. — — Russische 4proz bei Boye —. dito bei Stieglitz —. — 5proz. Metall. 71½. — 2½proz. dito —.

London, 15. August. Konsols 86¼, ⅜. Cour. — Span. Anl. 12. 3proz. 22. Bank. 3. 2½. Portug. 45, 64 3proz. 16, 4proz. 18½, Sproz. — Holl. 4proz. —. 2½proz. 44⅛. —.

Paris, 16. August. 5proz. 44.75, 4proz. —, 3proz 72.—. Schatzsch. 23 Bankaktien 1635. Compt. von Anlehen —. Belg. Sproz. von 1840 78½, von 1842 78½, 4½proz. 71.—. 3½proz. —. 2½proz. —. Belg. Bank 635. Neap. 5proz. 75.—. Röm. 61. Piem. —. St. Germain 400. Versailles (rechte) 118.75. (linke) 100.—. Orleans 670 —. Rouen 445.—. Dauer 265.—. Marseille 215.—. Lyon 88.75 Bierzon 267.50 Boulogne —. Serbeaux 398.75. Nordbahn 377.50. Montereau —.—. Lyon 355.—. Straßburg 347.50 Amiens 332.50. Dieppe 162.50 Creaux —.—. Montrellier —.—.

Madrid, 11. August. 3proz. 19½, ⅜, 6, 4proz —. 5proz. 11 P. 10, G. Bank. Schuld 3½, G. Coup. 7 G. Ausw. Bank. Schuld —. Einheimische Schuld 3proz. 7 G. Proviz. Lit. 3½, G. St. Fernando-Bank —. Diskonto —. Wechselkurse: Paris 4—80 P. London 45 - 50 G.

Münchener Schrannenanzeige vom 12. August 1848.

Getreide-Gattung.	Verkauft.	Zugeführt.	Unverkauft.	Bleibt.	Bezahlt.	Durchschnitt.	Im Vergleich gegen die letzte Schranne	
							mehr	minder
	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
Weizen	52	2808	2650	2871	7 14	7 8	— 4	—
Korn	—	1348	1348	1295	5 1	9 24	— 33	—
Gerste	24	200	224	224	3 6	3 48	— 12	—
Haber	134	1017	1151	1094	2 7	4 31	—	25
Leinsaamen	—	43	43	43	14 11	— 25	—	—
Repssaamen	40	224	264	240	24 22	— 25	—	—

J. B. Voal, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 20. August: „Martha, oder der Markt zu Richmond", Oper von Flotow.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. v. Horrath, Oekonom aus England. Frhr. v Warsberg, von Graz. Wagner, Kaufmann von Hanau.

Hotel Bayerischer. Sir Wood, Rentier von London. Meisner, Partikulier von Nürnberg. Huttman, Fabrikant von Bamberg. Merkel, Privatier von Karlsruhe. Bernard, Proprietär von Paris. Bale, Rentier von London.

Gold. Hahn. Wolff, Weinhändler von Schaffhausen. Pistmeyer, Silberstickerin von Regensburg.

Blaue Traube. Schatz, Kaufmann von Stuttgart. v. Lynarius, Assessor von Dresden. Frau Baronin v. Thüler, von Salzburg. Malcolm, Rentier aus England. Graf Hegnenberg-Dux, von Pegnenberg.

Stadtmühlgarten. Dösse, Privatier von Ravensburg. Dobmaier, Appellationsgerichts-Assessor von Freising. Beiter, Bildhauer von Augsburg.

Gestorbene in München.

Alois Lindner, Schuhmachergesell v. d., 47 J. a. Thomas Saul, Kammerdiener von Cumyten in England, 39 J. a. Elise Kerschner, Königl. Rathswirthe, 85 J. a.

Bekanntmachung.

77. (2a) Am 22. und 23. August wird im königl. Erziehungsinstitute für Mädchen zu Nymphenburg die öffentliche Prüfung und Preisvertheilung gehalten werden, wozu man Eltern, Verwandte und Jugendfreunde höflichst einladet.

70. (4b) Gesuch. Ein junger Mann, der mehrere Jahre auf einem großen Oekonomiegute als Verwalter thätigkeit, und sich durch gute Zeugnisse legitimiren kann, sucht eine ähnliche Stelle. Gefällige Anfragen, mit A. B. bezeichnet, beliebe man die Expedition dieses Blattes.

Bekanntmachung.

Theresi Ermann, ledige Zimmermannstochter von Zizhaft (Passau), mit ihrem Kindsvormund Xaver Wagner, Maurer zu Zizhaft, hat am 31. v. mens. 5. d. Mts. gegen den abwesenden Michael Weinert, Häuslersohn von Schönach, wegen Vaterschaft und Alimentation ihres am 28. August 1838 außerehelich gebornen Kindes Rosa Klage gestellt.

Zum Sühnversuch und in bester Zerfolgnung per protokollarisch schriftlichen Verhandlung der Sache ist auf

Freitag den 6. Oktober l. Js. früh 9 Uhr

Kommission anberaumt, wobei der Beklagte, dem der Zweckmäßigkeit die Klage gestattet ist, bei der Zweckmäßigkeit der Klage gestattet ist, daß er erscheinen, und einen Instinations-Mandatar zu benennen hat, als anderenfalls die Defekte für zugestellt erachtet werden.

Sign. 7 August 1848.

Königl. Landgericht Hengersberg.

Der ungef.
Hundsruker, Assessor.

74. (2a)

Verkauf von Pferden

aus dem

königlichen Privat-Gestüt.

Stuttgart, Am Montag den 18. September d. Js. Vormittags 10 Uhr werden circa 60 Stücke ältere und jüngere Pferde aus dem königl. Privat-Gestüt, sowohl von rein orientalischer Race als auch vom englischen Halbblut-Wagenschlag — zur Zucht oder zum Gebrauch als Reit- und Wagen-Pferde geeignet — im Hofe des königl. Marstalles dahier öffentlich verkauft werden.

Stuttgart den 13. August 1848.

Verwaltung der königl. Privat-Gestüte.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Ueber die Parteien in Italien. *)

(Aus dem Journal des Débats.)

(Fortsetzung.) Indeß mußte nach den ersten Stunden der Verwirrung die vorhandene Gefahr auf praktischere Ihren zurück führen; bald begriff man, daß selbst die vereinigten Anstrengungen aller, wohlgeleitet und einer regelmäßigen Organisation unterworfen, nicht zu viel wären, um die allen österreichischen Phalangen zu besiegen; man begriff, daß kein einheitliches Wirken möglich war mit einer Reihe von kleinen provisorischen Regierungen, von denen jede nach eigenem Antriebe und ohne gemeinsame Leitung handelte; man begriff endlich, daß nemm der König Karl Albert ohne Hintergedanken seine Krone, sein Heer, sein Leben und das seiner Söhne dem Dienste dieser Sache weihen sollte, es wiederhend vernünftig war, ihm keinen Grund zu Besorgnissen zu geben für den Bestand seiner eigenen Regierung, für die Sicherheit seines Thrones, welcher derselbe werden konnte durch die Verbreitung der antimonarchischen Doktrinen, denen die Republikaner in ganz Italien den Triumph zu sichern suchten.

Man entschloß sich daher zu Venedig, wie zu Mailand zum Anschlusse an Piemont. Hätte dieser Anschluß drei Monate früher stattgefunden, welchen Einfluß hätte er nicht üben müssen auf die Gesammtheit der Feldzugsoperationen! Wie sehr würde die militärische Organisation der Lombardei dadurch befördert worden sein! Schon jetzt wäre eine neue Armee bereit ins Feld zu rücken, welche anstatt die Retraten der Lombardei, den Cadres der piemontesischen Armee eingereiht, hätten deren Stärke beinahe verdoppelt. Wenn trotz des Eifers und der Hingebung die österreichischen Waffen siegreich wären, so hätten die ausrichtigen Republikaner, jene, die bei aller Festigkeit in ihren politischen Ueberzeugung doch vor Allem das Gedeihen und die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes wollen, sich schwere Vorwürfe zu machen. Wir sprechen nicht von jenen Feinden der gesetzlichen Ordnung, welche sich den Namen Republikaner anmaßen; diese machen sich das Unglück ihres Landes nie zum Vorwurf, denn was sie suchen, ist nur Plünderung und Zerstörung; es sind wahre Barbaren, die plötzlich in Mitte der Civilisation aufgetaucht sind, und es wäre eine Abgeschmacktheit, diese anzugreifen, oder auf bessere Ihren zurückführen zu wollen, denn sie haben weder Ueberzeugung noch Gewissen. Die gewissenhaften Beförderer republikanischer Grundsätze fangen überdieß an, die Schwierigkeit wo nicht die Unmöglichkeit, der praktischen Durchführung ihrer Doktrinen im gegenwärtigen Augenblicke zu begreifen. Möchte man vielleicht eine große Republik hergestellt sehen, mit einer Zentralregierung nach dem Muster der französischen Republik? Allein die Einführung der Zentralisation in Italien ist ein fast unmögliches Werk; die Gebräuche, die Ueberlieferungen, die Sitten stehen ihm im Wege. Zur Lösung einer solchen Hindernisse bedürfte es des Genies, des Willens und der Macht eines Napoleon. Nur eine lange Bekanntschaft und eine diktatorische Gewalt könnten allein Hoffnung des Gelingens geben. Thorheit aber wäre es, diese große Umgestaltung durchführen zu wollen mit Hülfe einer republikanischen Regierung, in der jeder Akt selbst für einen Augenblick in Opposition befindlen würde mit den verschiedenen Elementen der Zentralisation.

Oder gedächte man vielleicht alle kleine Staaten in gesonderte Republiken umzuwandeln, um dann einen Gesammbund gleich dem der Schweiz zu begründen? Selbst angenommen, diese Umwandlung wäre leicht ausführbar, was mehr als zweifelhaft ist, so wäre das Band, welches diesem Aggregate so wenig gleichartiger Theile Zusammenhalt gäbe? Stimmen den den Nachbarmächten, die aus ehrgeizigen Absichten ein Interesse davon haben könnten, unter diesen kleinen Regierungen Zwietracht zu säen, nicht tausend Mittel zu Gebote zu Erreichung ihres Zweckes? Mit einem Worte: ließe sich hoffen, daß ein so konstituirter Staat hinreichende Widerstandskraft böte, um Italien vor der Rückkehr der Fremdherrschaft sicher zu stellen? Andererseits ist zu untersuchen, ob die italienischen Völker für die republikanische Form reif sind. Man spricht von allen Ueberlieferungen; allein die alten Republiken Italiens sind jene, welche heutzutage in Frage kommen könnten, haben durchaus nichts gemein mit einander als den Namen. Das Wolf war in den alten italienischen Republiken durchaus nicht vertreten, und die unentschränkte Gewalt war dort in den Händen einer Anzahl Privilegirter konzentrirt. Selbst die am meisten demokratisch organisirte konstitutionelle Monarchie besiegen, dem Volke an den politischen Rechten einen viel größern Antheil, als irgend einer dieser alten Republiken.

Das große Prinzip der Gleichheit auf welchem das neue soziale Recht beruht, hat die oligarchischen Republiken ganz ausgeschlossen; eine auf so Volksfouveränität und Universalität des Wahlrechts gegründete Stimmrecht, doch wenigstens ein Repräsentativsystem zur Grundlage hat, das keine Klasse der Bevölkerung ausschließt, ist die einzig mögliche in unserer Zeit. Soll aber das Volk zur Ausübung seiner politischen Rechte nicht allein zum Vortheil für das allgemeine Wohl, sondern selbst ohne daß schwere Mißbräuche daraus erwachsen, zugelassen werden können, so muß es darauf vorbereitet sein, es muß seine Rechte begreifen und deren Ausübung zu würdigen wissen; sonst wird es nur ein Werkzeug zur Verfügung derer, welche sich seiner zu bemächtigen wissen, und das sehr gefährlich werden kann, wenn es in die Hände von Aufwieglern fällt, die mehr auf ihren persönlichen Vortheil als auf das Wohl des Staats bedacht sind. Nun ist es aber eine ausgemachte Sache, daß das Volk in Italien keineswegs von der Beherrschung seiner politischen Rechte durchdrungen ist. Bei den Wahlen die vor kurzem in Toskana stattgefunden haben, wo das Volk ohne Widerspruch weiter voran geschritten ist, als in der übrigen Halbinsel, hat man alle Mühe gehabt, eine hinreichende Anzahl von Abstimmenden zusammen zu bringen, um die Wahlhandlungen gültig zu machen, und das war sogar in den Städten der Fall. Viele Wähler auf dem Lande begriffen so wenig, was sie zu thun berufen waren, daß sie erklärten, Niemand anderer als Leopold II. erkennen zu wollen, indem sie, wie sie sagten, Niemanden kennen, der ihnen mehr Vertrauen einflößen vermöchte.

(Fortsetzung folgt.)

*) Siehe die vorgestrige Beilage.

Bayerische Verhältnisse.

(Die bevorstehenden Gemeinde-Ersatzwahlen.)

Schon häufig ist in neuester Zeit der Wunsch laut geworden, daß den gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Gemeindewahlen vom 5. Aug. 1818 eine mehr zeitgemäße, das Wahlrecht der Gemeindeglieder weniger beschränkende und den übrigen freieren Institutionen, insbesondere den Prinzipien des neuen Landtags-Wahlgesetzes vom 4. Juni 1848 entsprechende Revision zugewendet werden solle. So billig dieser Wunsch ist, so gewiß ist es, daß die Erfüllung desselben in nicht ferner Einsicht stehe, indem in dem Landtagsabschiede vom 4. Juni d. J. § 9 Ziff. 2 zugeschert wurde, die Frage einer zeitgemäßen, den Prinzipien des neuen Landtagswahlgesetzes entsprechenden Revision der Gesetze über die Wahlen zu Kreis-, Bezirks- und Gemeinde-Verwaltung in Berathung nehmen zu lassen, um hiernach das Weitere einzuleiten. Kann und wird sich bei dieser Zusicherung voraussichtlich allenthalben beruhigt werden, so hat doch der Umstand, daß im laufenden Jahre, und zwar schon im kommenden Monate September die alle 3 Jahre treffenden und zuletzt im Jahre 1845 gepflogenen ordentlichen Gemeinde-Ersatzwahlen vorzunehmen sind, den weiteren Wunsch hervorgerufen, daß die diesjährige ordentliche Gemeinde-Ersatzwahl bis zum Vollzuge der in Aussicht stehenden Revision der Gemeinde-Wahlordnung vertagt werde. — Da dieser Wunsch mehrfach in öffentlichen Blättern Ausdruck gefunden hat, so dürfte es angemessen sein, die Unzulässigkeit der Erfüllung desselben auf demselben Wege darzulegen. — So gewiß sich Jedermann von der Unmöglichkeit überzeugen wird, noch vor dem Vollzuge der diesjährigen Gemeinde-Ersatzwahlen ein neues Wahlgesetz zu erlangen, so gewiß wird Jedermann zugestehen müssen, daß und so lange gesetzliche Bestimmungen nicht durch ein neueres Gesetz aufgehoben oder abgeändert sind, die ersteren in Kraft und Wirksamkeit bleiben, und in vorkommenden Fällen lediglich hiernach verfahren werden muß, und daß sohin die Gemeinde-Wahlordnung vom 5. August 1818 noch gegenwärtig allein maßgebend ist. — Man möchte vielleicht versucht sein, zu glauben, daß dieburch die Zulässigkeit einer bloßen Vertagung der Gemeindewahlen nicht ausgeschlossen wäre, allein es ist klar, daß dem nicht so ist. Nach dem Wortlaut des § 50 des revidirten Gemeindeedikts vom 1. Juli 1834 und des Artikel 65 der Gemeinde-Wahlordnung ergibt, wornach am Schlusse jeden 3ten Jahres eine ordentliche Ersatzwahl einzutreten hat. — Eine Abweichung von dieser gesetzlichen Bestimmung, nämlich eine Vertagung der Ersatzwahl wäre auch mit den Grundsätzen des Mandats bezüglich auf die Wahler sowohl als auf die Gewählten nicht vereinbarlich, und würde zu großen Unordnungen, ja zu einer völligen Auflösung der Gemeindebehörden führen, da ein Theil der Gemeindebeamten nicht berechtiget bezeihungsweise nicht verpflichtet ist, ihre Funktion über die Zeit von 3 Jahren hinauszuerstrecken, somit die Beendigung ihrer Funktion kraft des Gesetzes eingetreten hat, und ihre Stellen durch andere Gemeindeglieder besetzt werden müssen. Hiernach kann jener Zweifel darüber beseitigt sein, daß (Artikel 38. Abs. 2 der Gemeinde-Wahlordnung) im kommenden Monate September die diesjährigen ordentlichen Gemeinde-Ersatzwahlen vorgenommen und zwar lediglich den Vorschriften der Gemeinde-Wahlordnung vom 5. Aug. 1818 entsprechend durchgeführt werden müssen.

Deutschland.

Hessen-Homburg. — Homburg, 10. August. Nachdem vergangenen Winter der junge Erbprinz in Bonn gestorben ist, hat die direkte Erbfolge dem damit ihr Ende erreicht. Der regierende Landgraf ist bereits ein hoher Herr und leidet an einer unheilbaren Brustkrankheit, so daß der Tod jeden Augenblick erfolgen kann. Sein Bruder, Prinz Ferdinand, ist ein vollkommener Misanthrop, lebt in der größten Abgeschiedenheit und hat bereits auf jedes Regierungsrecht verzichtet. Nach dem Rechte der Agnaten fällt die Landgrafschaft an Hessen-Darmstadt, mit dessen Gebiet sie in ihrer größten Ausdehnung zusammenhängt. Der Zeitpunkt dieser Vereinigung scheint früher eintreten zu sollen, als nach dem natürlichen Verlauf, denn wir hören so eben, daß der Landgraf die in nächster Woche zum ersten Male sich versammelnden Stände, sunfzehn der Zahl nach, mit der Anzeige seiner Abdankung eröffnen wolle. Die Berathungen wegen der sofortigen Besitznahme von Seiten des Großherzogthums sollen in Darmstadt bereits getroffen worden sein. (Köl. Z.)

Hansestädte. — Hamburg, 12. Aug. Die von dem hiesigen Komite für eine deutsche Kriegsmarine angeerfteten Schiffe wurden heute von demselben in Augenschein genommen. Das kleine Geschwader — drei Dampfschiffe und zwei Segelschiffe — mit einem in der Vorstadt St. Pauli neu erbauten Lazarethboote nimmt sich recht stattlich aus. Völlig ausgerüstet und bemannt liegen die Schiffe im Hafen; das Ergebniß der schwankenden Verhandlungen wird darüber entscheiden, ob sie schon in der nächsten Zukunft, ob sie noch in dem Kampfe, durch welchen ihre Anschaffung veranlaßt wurde, Gelegenheit haben werden, ihre Tüchtigkeit zu bewähren. (B.-H.)

Oesterreich. — ** Wir haben neulich berichtet, wie im österreichischen Reichstage ein Rechtsrat den Hrn. Ruge sich nicht scheute, Oesterreichs Retter in Italien, dem ruhmbekrönten Heldon Radetzky, so kost zum Verbrechen zu machen, daß er in Wahrheit wieder bei Bauern Gnade suchen müßte. Jener Rechtsrat Ruge war weiter freilich ein Pole: von seiner Seite kommt uns ein solches Benehmen nicht unerwartet. Aber in der Sitzung vom 14 kam ein Zwischenfall vor, bei welchem die ganze Linke eine wahrhaft schmachvolle Rolle spielte. Ein deutscher Abgeordneter, Hr. Selinger, hatte Worte der Anerkennung und des Dankes für die heldenmüthige Armee in Italien gesprochen, und als wohlverdiente Anerkennung für dieselbe beantragt, die Bestimmung: daß ohne Contrasse und Lieferanten die österreichische Armee in Italien und Tyrol hat sich wie Vaterland wohl verdient gemacht. War ze ein Verlangen am rechten Orte und an der Zeit, so war es gewiß dieses, und ganz Deutschland hätte sicher in solch feierliche Anerkennung der Verdienste des trefflichen Heeres freudig eingestimmt. Die linke des österreichischen Reichstags war aber anderer Meinung. Sie, die in ihrer Mitte vorzugsweise deutsche und besonders viele Abgeordnete aus Wien selbst zählt, hat kein Wort, kein Zeichen des Dankes für die unbeugsamste Hingebung der braven Soldaten, die fürs Vaterland gelitten, gekämpft und geblutet. Als Selinger die Worte seines Antrags sprach: die Armee habe sich um's Vaterland wohl verdient gemacht! da ertönte von den souverainen Herren der Linken der Ruf: Nein! Nein! Als das Centrum in gerechter Entrüstung und empört über solch unpatriotisches Verhalten in Masse sich erhob und zur österreichischen Armee in Italien ein Hoch in begeistertem Jubelruf brauste, da blieb die Linke, offenbar Hrn. Ruge und seinem polnischen Nachsteurer Hrn. Smolka die errungenen Lorbeern neidig, kalt und thränahmlos sitzen, zu einige zischen, und — ein Theil der Rechten folgt dem schönen Beispiele! Hier wurde jeder Comentar nur den Eindruck schwächen, den so schmachvolles, charakterloses Benehmen in jedem Vaterlandsfreunde, zu in jeder fühlenden Menschenbrust machen muß. Ganz Deutschland stimmt in den Jubel von ganz Oesterreich über die Siege seiner österreichischen Waffen ein: und ein großer Theil des österreichischen Reichstags — sieht — es kennen uns nicht mehr, wenn in Oesterreich selbst bereits Stimmen laut werden mit der Erklärung, der Reichstag könne nicht als Ausdruck der Gesinnung und Stimmung des Landes gelten.

In demselben Betreff meldet die Augsb. Abendztg. aus Wien, 26. August. „Eine beantragte Dankadresse an die italienische Armee und den tapfern Feldmarschall Radetzky ist im Reichsrath verworfen. Wenn schon dies ein Ereignisse eine ungeheure Erbitterung bei der hiesigen Garnison gegen den Reichsrath erregen muß, wenn selbst der Name des Prinzen, das wird der alte Marschall hinzu sagen? Ein großer Theil der hiesigen Bevölkerung ist hierüber im höchsten Grad aufgebracht. Allein dieses Votum ist nur der Vorläufer von einem weitern Plan der Radicalen, welcher auf nichts Geringeres abzielt, als daß der Reichstag darauf dringen soll, daß lombardisch-venetianische Königreich ganz aufzugeben. Unser jetziges Ministerium dürfte indessen hierüber, trotzdem, daß es mit den demokratischen Reichstag liebäugelt, in einige Verlegenheit kommen. Ein Schrei des Wiedersehens wird aus den Fabrik-Provinzen herüber schallen, auf den sie nicht gefaßt sein werden."

Aus Cremona vom 14. Aug. erfahren wir, daß am 10. Aug. Abends 8 Uhr in Venedig, auf die Kunde vom Falle Mailands und dem Rückzug des piemontesischen Heeres über den Ticino, wieder die Republik proklamirt worden. Manini trat wieder an die Spitze der Regierung, jedoch mit dem Gesäumniß: bei dem jetzigen Stande der Dinge könne die Republik keine 48 Stunden dauern, dann Venedig werde den Deutschen überliefert. Die sardinischen und napolitanischen Truppen wurden unter den Verwünschungen des Volkes noch Ankona eingeschifft. Die größere Unordnung herrschte in der Lagunenstadt. (A. Z.)

Italien.

Aus Rom erhalten wir eine Reihe von Briefen die bis zum 8. Aug. gehen. Das Ministerium Fabri ist in den Hauptpersonen gebildet. Ein Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten ist nicht da; Kardinal Soglia vereinigt weltliches und geistliches in sich, Corboli sitzt fein Sudstirn; Galeni scheint ausgetreten, denn er ist durch Pesetti interimistisch ersetzt. Am 7. brachen fünf Staffetten nach Rom die Nachricht von der Besetzung der drei Legationen Ferrara, Bologna und Ravenna durch die Oesterreicher. Der Kriegsminister wollte sogleich alle disponiblen Streitkräfte nach Ancona und der Cantonirten lassen. Das Programm des neuen Ministeriums fand in der Kammer vom 8. eine laue Aufnahme. In der Sitzung vom 8. rand die vom Papst eröffnete Protestation gegen die Besetzung der Legationen verlesen, und für die Berufung der Franzosen zur „Vertheidigung der italienischen Unabhängigkeit" gestimmt. (A. Z.)

Dänemark.

Nach der Anklage eines glaubwürdigen Reisenden, der vor Kurzem aus Fühnen zurückgekehrt ist und in die dortigen Verhältnisse, so wie in die Zustände der Insel Alsen nähe Blicke zu machen Gelegenheit hatte, ist man auf den dänischen und auf den von den Dänen okkupirten schleswigschen Inseln keineswegs so kampfeslustig und des Sieges gewiß, wie man es nach den (fruheren) Kopenhagener Zeitungsberichten glauben sollte. Das Landvolk auf Alsen und auf Fühnen ist der Lasten des Krieges überdrüssig, es ahnt einen unglücklichen Ausgang der dänischen Kämpfe in kürzerer oder längerer Zeit; die Schweden sind des längeren thatlosen Verweilens in Dänemark müde. Die ganze dänische Armee zählt nur 10 bis 12,000 wirklich tuchtige Krieger; auf den übrigen Theil der Armee ist wenig zu bauen. Die Schiffe haben zum Theil nur mit der Hälfte der gewöhnlichen Kriegsmannschaft versehen. Sollte die Kriegssteuer bald eingetrieben werden, so möchte leicht das jetzige dänische Ministerium den Todesstoß erleiden. An allen Orten, die sonst mit Hamburg in sommerzieller Verbindung stehen, z. B. in Svendborg, wo jetzt 1100 Schweden liegen, ist man nur die Unterbrechung des Verkehrs in sehr hohe Stimmung versetzt. Auf Fühnen trifft man nur Schweden an; auch wo einzelne gen dänischen Inseln sind sah ganze dänischen Truppen entblößt; diese haben dagegen ihre ganze Macht auf Alsen und in Jutland konzentrirt. Den Dänen konnte Nichts angelegener sommen, als wenn die Waffenstillstandunterhandlungen sich abermals zerschlugen, denn sie sehen mit Recht in dem nahen Herbst und Winter ihre gefährlichsten, weil ihre Uebrigen best zur See bedeutend paralysirenden Feinde. (Börsenz.)

Frankreich.

Paris, 16. August. Wegen des gestrigen Festtages sind die meisten Blätter heute nicht erschienen. Die „Presse," der „National" und die „Republique" machen eine Ausnahme. Die „Presse" redet heute aus, daß Frankreich in den Jahren von 1831 bis 1849 nicht weniger als 6,850,479,000 Fr. zur fein stehendes Heer ausgegeben hat. Hr. Girardin war stets der geschworne Feind der stehenden Heere; wenn er aber jetzt die Verminderung des Heeres beantrage, so erregt das bei allen Unbefangenen nur ein mitleidiges Lächeln. Noch nun im Cabinet seinen Einfluß, der Rücktritt des Hrn. Emil Girardin hat, bewirkt, daß jetzt, wo die Thatsache, daß so eben im Ministerrath der Vorschlag gemacht worden ist, von der Nationalversammlung Ermächtigung zu einer Aushebung von 250,000 Mann zu verlangen, die aber vorläufig noch zu Hause bleiben, und nur wenn die Umstände es nöthig machen sollten, unter die Fahne berufen würden. Auch mit der unumgänglich nothwendig gewordenen Reorganisirung der Nationalgarde beschäftigt man sich. Daß sie in ihrer bisherigen Zusammensetzung, wo man als Welt darin aufgenommen und jedem, dem es gefällig war, Waffen in die Hände gegeben hatte, nicht fortbestehen kann, ist längst jedermann augenscheinlich geworden. Das Blutbad der Junitage ist großentheils eine Folge dieses in den ersten Tagen nach der Februar-Revolution hier begangenen argen Mißgriffes. Hier hat man durch bittere Erfahrung einsehen gelernt, daß das unbeschränkte Recht der allgemeinen Volksbewaffnung ein Unding, die zuverlässige Ansicht für Ruhe und Eigenthum aller ruhigen Bürger ist. In Deutschland scheint man Lust zu haben, auch dergleichen Erfahrungen zu machen, wie wir hören, da die Frankfurter Reichsversammlung dieses unbeschränkte Recht Waffen zu tragen, wie ich auch den deutschen Zeitungen ersehe, als eines der Grundrechte der Deutschen aufgestellt hat. Ich kann als leuer Freund meines Vaterlandes nur wünschen daß es dazu kommen möge, daß es vor ähnlichen Erfahrungen bewahrt bleiben möge, wie sie Frankreich gemacht hat. In der Nationalgarde hier sollen künftig nur die wirklich ein Geschäft oder Handel treibenden Bürger, oder solche, die wenigstens 300 Fr. Miethzins zahlen, zum Dienst verpflichtet sein; aus den jüngeren Leuten, die Unterrichtsstunden von 18 – 35 Jahren begreifen eine eigene Klasse von Mobilgarde gebildet werden, die mit jener gestalten wurde, als die ordentliche Nationalgarde. Die Nationalversammlung beschäftigte sich sie heute die Postschuß mit dem Gesetzentwurf in Betreff des Heimfalls der Apanage-Liegenschaften.

Türkei.

(Die deutsche Flagge im Orient.) Am 26. Juli lief das österreichische Dampfboot „Imperatrice", die deutsche Flagge am Hintermaste aufgehißt, in dem Hafen von Smyrna ein, begrüßt von dem Lande den Zuruf der dort lebenden Deutschen! Nachmittags fuhren diese auf festlich geschmückten Barken an Bord des Dampfers, wo sie vom Kapitän Maroccino und dessen Offizieren in großer Uniform unter Pauken und Trompeten und österreichischen Flagge aufs freundlichste empfangen wurden. Buchhändler Beck aus Darmstadt hielt eine der Feierlichkeit angemessene Rede an den Kapitän, und manch guter potentischer Toast wurde bei dem darauf folgenden Mahle ausgebracht. — Am 3. August lief dasselbe Dampfboot mit der deutschen Flagge geschmückt in Konstantinopel ein, wo sich sogleich eine Deputation von Deutschen mit Musik an Bord begab, um dem Kapitän einen prachtvollen Becher als Geschenk zu bringen und ihn mit Rheinwein gestärkt in der Runde leeren zu lassen. Abends hochgefeiertes Lieb ertönte über die Wogen des Bosporus hin, und wie in Smyrna schloß auch hier ein heiteres Mahl den frohen Tag. (Journ. d. Constr. Lloyd.)

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 47.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 9 fl. Halbjährig 4 fl. Vierteljährig 2 fl. 30 kr.

Dienstag den 22. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die achtzeilige Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, den 21. August.

Se. Maj. der König haben unterm 17. Aug. den ersten Landgerichts-Assessor Hermann Christoph von der Pfordten zu Lauf unter Anwendung des § 19 der IX. Verfassungsbeilage für immer in den Ruhestand treten, in die hiedurch eröffnete erste Landgerichtsassessorstelle zu Lauf den dermaligen zweiten Assessor bei diesem Landgerichte Johann Joseph Schöniger vorrücken zu lassen, auf die hiedurch erledigte zweite Landgerichtsassessorstelle zu Lauf den zweiten Assessor bei dem Landgerichte Pegnitz Friedrich Alexander Schütz, seiner allerunterthänigsten Versetzungsbitte willfahrend, zu versetzen, endlich die durch Versetzung des Landgerichtsassessors Schütz erledigte zweite Assessorstelle bei dem Landgerichte Pegnitz dem Rechtspraktikanten Christian Tretsche'r aus Pegnitz zu verleihen geruht.

Durch allerhöchstes Dekret vom 18. August wurde der Rentbeamte Peter Gloner in Kufstein auf sein erledigtes Rentamt Donauwörth, seiner Bitte entsprechend, versetzt; dem Rechnungskommissariats-Funktionär Peter Sauer in Würzburg bei der bei der dortigen Finanzkammer erledigte Rechnungskommissariatsstelle in Eigenschaft verliehen.

(Pfarreien-Besetzungen.) Kathol. Pfarrei Pfaffenberg, Bez. Mallersdorf, dem Priester Johann Georg Schuster, Benefiziat zu Haiting, Bzgs. Straubing; kathol. Pfarrei Wiesbach, Landkomm. Homburg, dem bisherigen Pfarrverweser Priester Martin Mertes; St. Katharine-Benefizium zu Amberg dem Priester Georg Zeitler, Pfarrer zu Falkenberg, Bez. Tirschenreuth (vom hochw. Hrn. Bischof von Regensburg verliehen und allerhöchst bestätigt); protestant. Pfarrei Kaulsdorf, Dek. Ludwigsstadt, dem Pfarramtskandidaten Wilhelm Climer aus Friedberg.

Entweder — oder.

Fürst Lichnowsky hat vor Kurzem seine Ansicht über die Einigung Deutschlands namentlich über die Stellung der Reichsregierung und Nationalversammlung zu den Einzelstaaten ausgesprochen. In der Hauptsache unterschieden zum Präsidenten des Reichsministeriums ernannt worden ist, so hat seine Darstellung ein besonderes Interesse, weshalb wir solche unsern Lesern mittheilen.

„Sowie es nur eine wahre Freiheit gibt, welche auf Gesetz und Ordnung beruht, so gibt es auch nur eine Einheit, eine thatsächliche: Vereinigung aller Theile eines Ganzen und zwar auf eine solche Weise, daß ein Streit oder ein Kampf zwischen dem Ganzen und den Theilen nicht mehr stattfinden kann. Verfahre man anders, so wird nicht Einheit und Einigkeit sondern Trennung und Zwietracht begründet werden. Will also die deutsche Nation Einheit, dann muß sie nicht nur auch die Mittel hierzu wollen, sondern auch die Konsequenz davon adoptiren. Von bayerischen, preußischen, sächsischen und andern Interessen im Gegensatze zu deutschen kann keine Rede mehr sein; denn erstere müßten in letzteren ihre Erledigung finden. Eifersucht zwischen einzelnen Staaten, oder gar Schmähungen des Südens gegen den Norden, oder umgekehrt sind alsdann gewaltsame Absurditäten, Widersprüche und Ungehorsam gegen die Reichsgewalt oder die Nationalversammlung aber ein Verbrechen gegen die Würde der Nation selbst, Verrath am Vaterlande, welchem die Strafe auf dem Fuße folgen müßte. Die dynastischen Interessen, soweit solche sich auf die Regierungsgewalt beziehen, können, so die Nation Einigkeit will, nicht in Betracht kommen; denn die Fürsten haben diesem Willen sich ebenfogut zu fügen, wie jeder andere Deutsche. Will also die Nation das Wort zur That werden lassen, so muß sie die Reichsgewalt, d. h. Nationalversammlung und Zentralregierung anhalten, ohne Nebenrücksichten, rasch und entschieden alle jene Maßregeln zu ergreifen, welche dem Zwecke ein freies und einiges Deutschland herzustellen entsprechen, und sie aber auch in dieser Arbeit kräftig unterstützen.

„Fühlt jedoch die Nation, jetzt, wo sie sich entschieden muß, daß ihre bayerischen, oder hannoverschen, oder andere Reminiszenzen und Sympathien, sowie manche damit zusammenhängende Interessen, zu vorwiegend sind um dieselben deutscher Einheit zum Opfer zu bringen; regt sich der alte Geist der Zwietracht und der Absonderung noch zu lebhaft; fühlt sich die Eifersucht zwischen den Stämmen, zwischen Norden und Süden noch zu kräftig — wohlan, dann übergeße die Nation sich selbst davon, kehre zurück zum Staatenbunde, überlasse es den einzelnen Staaten, sich zu konstituiren, rufe die allgemeine konstituirende Versammlung zurück, und verabschiede ebenso Reichsverweser als Reichsregierung. Ein solcher Staatenbund an und für sich schließe die Möglichkeit nicht aus, wenn auch nicht ein freies und einiges Deutschland, doch freie in ihrem Bunde noch außen Ansehen gebietende deutsche Länder herzustellen.

„Allein das wäre denn doch ein zu unerhörtes Resultat einer Revolution, welche mit großen Opfern und Gefahren unternommen ist, um ein freies und einiges Deutschland herzustellen! Die Nation muß um so ernstlicher diese Frage erwägen, weil sie sonst leicht in den Fall kommen könnte, sich für immer lächerlich zu machen, indem sie deutsche Einheit und Macht in die Welt posaunt, und in der That bald das Gegentheil darstellen würde. Es ist eine Pflicht der Nation sich bestimmt darüber klar zu werden, was sie will. Sie allein hat zu entscheiden! Die deutsche Nation muß unumehr auf dem betretenen Wege vorangeschritten, um ein einiges, freies Deutschland im vollsten Gegensatze zu einem uneinigen, schwachen Bundesstaate herzustellen. Es ist Pflicht und Ehrensache; Unterreste und Klugheit erheischen es. Der Rückschritt zum Staatenbunde oder die Gründung eines schwachen Bundesstaats durch zwei, aufgezwängte Selbstständigkeit der Einzelnstaaten würde nur eine traurige Uebergangsperiode zu neuen Katastrophen und neuen Revolutionen bilden. Große Ideen, wie jetzt sich der Deutschen bemächtigt haben, kommen wohl für einige Zeit wieder schlummern, kommen aber bestenungeachtet wieder von neuem und mit erneuter Kraft zum Durchbruch. Die Grunde revolutionäre Zustände aber vielleicht den Bürgerkrieg in Deutschland für eine Reihe von Jahren ein-heimisch zu machen, ist für dieses, für ganz Europa, ja selbst für die Zivilisation zu groß, als daß nicht alles aufgeboten werden müßte, um sie abzuwenden. Für die Reichsgewalt, d. h. Reichsregierung und Nationalversammlung, wird es, getragen von dem Willen der Nation, zur ersten Pflicht mit Muth und Entschiedenheit die große Aufgabe zu lösen. Die Reichsgewalt muß, soweit es hierzu nöthig ist, die Garantien der einzelnen Staaten an sich ziehen; sie muß die hierzu nöthige Organisation Deutschlands angefangen vornehmen; sie muß, indem sie den Reichsregierungs-Organismus einrichtet, jenen der einzelnen Staaten reorgiren. Ein vollständig eingerichteter Zentralstaat, in welchem wiederum ebenso vollständig eingerichtete größere und kleinere Staaten eingeschachtet werden, wäre wirklich ein Unding, dabei so kostspielig, daß die Nation es nicht ertragen würde. Auch dürfte die Erfahrung dahin lehren, daß die Souveränität sich nicht theilen läßt. Die Reichsgewalt muß namentlich den diplomatischen Verkehr der Einzelstaaten nach Außen und im Innern alsbald nahe-den gänzlich in ihre Händen konzentriren. Es ist dieß eine Lebensfrage! Sie wird und muß die Interessen einer jeden Provinz von Deutschland gleich würdigen und vertreten. Sie muß sich die unbedingte Disposition der streitkräfte aneignen und nach Gutdünken darüber verfügen. Sie muß die Zollinie an Deutschlands Grenze ziehen. Sie darf nicht dulden, daß neben ihr Regierungen oder konstituirende Stände-Versammlungen in einzelnen Staaten sich mit dem beschäftigen, was der Nationalversammlung allein obliegt. Weh aber der Reichsgewalt der Ueberfluß vorlag, dann müßte sie die Strafe auf dem Fuße folgen lassen. Sie müßte ungehorsame Minister, Generale oder sonstige Beamte vor ihre Schranken fordern und zur Rechenschaft ziehen. Sie müßte Standerversammlungen und Truppenkorps auflösen, so sich dieselben ihrem Befehlen widersetzen. Nur so würde sich die Reichsgewalt als Herr der Nation ein freies und einiges Deutschland herzustellen vollziehen, vorausgesetzt, daß dieses wirklich der Wille der letzteren auch ist. Nur so wird sie die Kraft erlangen, um im Innern Ordnung und Ruhe, und damit den Wohlstand wieder einzuführen; nur so und hiedurch wird sie die Möglichkeit finden, jene sozialen Fragen befriedigend zu lösen, welche weder Worte noch der Donner der Kanonen wird zu beseitigen mehr im Stande sind. So einfach wurde Deutschland dem Ausland gegenüber eine achtunggebietende Haltung einnehmen können, ohne wie bis jetzt nur mit leeren Drohungen zu reizen. Jeder andere Weg, welchen die neue Reichsgewalt einschlagen würde, müßte entweder zu einem uneinigen schwachen Deutschland führen (weil man den Samen der Zwietracht von vornherein wieder in den Boden legte), oder sie wird allmälig Deutschland zu dem alten Staatenbunde zurückringen. Es wäre wirklich einer großen Nation und ihrer Vertreter nicht würdig, wollte sie sich selbst täuschen, das eine aufsprechen, das andere wollen. Also: Entweder — Oder! Frankfurt a. M. im Juliis 1848. F. Karl Fürst Leiningen.

Die gestrigen Vorgänge in München.

** Wir kommen heute noch einmal auf den gestern an den Straßenecken Münchens angeheftenen anonymen Aufruf und die dadurch angeregte

Frage zurück. Wir glauben dies thun zu müssen, weil es uns ebenswenig, als jedem mit des Vaterlandes Wohl es wahrhaft wohlmeinenden Bürger gleichgültig sein kann, wenn wir die Bevölkerung sehen, durch boshafte Aufstreuungen und Verdächtigungen gegen die an der Spitze der Verwaltung stehenden Männer Mißtrauen, und Zwiespalt unter den ebenerwähnten Bürgern der Hauptstadt des Landes zu erregen, durch Entstellung der einfachsten Thatsachen die öffentliche Stimmung ohne den geringsten Grund in Gährung zu versetzen, und durch Maueranschläge, deren Urheber sich unter dem Deckmantel der Anonymität verbergen, Gerüchte zu verbreiten, die durch nichts gerechtfertigt sind, niemals zum Guten führen können.

Es ist einer der Charakterzüge unserer Zeit, daß das Bestreben der Oeffentlichkeit in allen Verhältnissen der Staatsverwaltung sich geltend macht, daß von allen Seiten der Ruf nach Oeffentlichkeit mit unwiderstehlicher Macht sich vernehmen läßt, und zu den schönsten und wichtigsten Errungenschaften der Neuzeit gehört unstreitig die durch schon gesehene Gesetze eingeführte Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Stände-Versammlungen des Volksvertreter. Während nun alle Freunde wahrer gesetzlicher Freiheit sich dazu Glück wünschen, wie kommt es nun, daß gerade von der Seite, welche gewissermaßen das Monopol der Vertheidigung der Volksfreiheiten sich zuzuschreiben möchte, ein Monopol, das wie ihr keinesweges zugestehen, diese Oeffentlichkeit gescheut wird? Der Mann, der sich der Grundzeit seiner Absichten bewußt ist, scheut sich auch nicht, für die Sache, die er vertreten will, mit seinem Namen einzutreten. Warum also, fragen wir, verhehlen sich die Verfasser und Verbreitender des gestern erschienenen Aufrufs unter dem Schleier der Anonymität? Welche Zwecke verfolgen sie? Oder handelt es sich etwa um Nebensache solcher Art, daß man sie nicht offen eingestehen kann? Jedem Unbefangenen müssen sich diese Fragen aufdrangen.

Wer gibt ferner, wenn sich gestern dennoch bewerte, einigen Namenlosen das Recht „im Namen des gesammten Volkes" Aufrufe zu erlassen zu Versammlung einer ganzen Einwohnerschaft Behufs Berathung und Beschlußfassung über Fragen, über welche die Staatsregierung nur den gesetzlichen Organen des Landes, den Ständen, Rechenschaft zu geben, gesetzlich verpflichtet ist? Wir hegen die bestimmteste Ueberzeugung, daß die Ehrenmänner, welche das Vertrauen des Landes wie des Thrones an die Spitze der Verwaltung Bayerns trugen hat, unsichig sind, auch nur ein Jota der auf ihnen ruhenden Gesetze und Verfassung zu verletzen, am wenigsten öffentlich. Alle ihre Akte geben davon Zeugniß, ihre ganze Vergangenheit, wie sie dem Lande offen vorliegt, ist uns hierin die beste Bürgschaft auch für die Zukunft. Selbst ihre Gegner haben es nie gewagt, die Reinheit ihrer Gesinnungen, die Reinheit ihres Charakters anzutasten. Sie haben das Licht der Oeffentlichkeit nicht zu scheuen und werden es in seiner Beziehung scheuen. Aber — wir sagen es ohne Rückhalt — sie werden die ihnen durch Gesetz und Verfassung auferlegten neuen Pflichten gegen Thron und Land verlegen, wenn sie nicht ungebührliche Zumuthungen, ungesetzliche Anforderungen zurückweisen, zumal wenn sie, wie im vorliegenden Falle, von solchen ausgehen, die nicht einmal offen mit Namensunterschrift für dieselben einzustehen den Muth haben. Selbst nur auf dem festen Boden des Gesetzes und der Verfassung stehend, werden sie — in Ueberzeugung mit den Wünschen und dem Verlangen aller guten Bürger — diesen Boden gegen Seiten zu behaupten, in wahren wissen vor unbefugten Eingriffen. — Alle guten Bürger — und die wackern Bürger von München sind dies im vollsten Maße und bedürfen dafür nicht erst unseres Zeugnisses — werden ihnen gern mit der ganzen Energie zur Seite stehen, welche das Bewußtsein gibt, eine gute Sache, die Sache des Rechts und des Gesetzes, ohne dessen Heiligsprechung auch seine Freiheit denkbar ist, zu vertheidigen gegen jene, die auf alle Weise nur bestrebt sind, diese zu untergraben.

Wir haben gestern schon den Saqvorbalt in Betreff des Hausschauses in seiner ganzen Einfachheit dargelegt. Wesen wir noch einen Blick in die Verfassungsurkunde, die allein in der Frage maßgebend sein kann.

In Titel III. der Verfassungsurkunde, der „vom Staatsgute" handelt finden wir in §. 2, Ziffer 5 unter den verschiedenen Bestandtheilen des unveräußerlichen Staatsgutes auch den Hausschatz aufgeführt. Hiedurch ist also der Grundsatz festgestellt.

In dem Gesetze vom 1. Juli 1834, die Feststellung einer permanenten Civilliste betr., lautet der Art. VI. wie folgt: „Alle Einrichtungen der Residenzen und Hofgebäude, Hofapotheken und Hofgärten mit allen Mobilien, welche der Aufsicht der Hofstabe und Hofintendanz zum unterstand und zum Behufe oder zum Genusse des Hofes bestimmt sind, so wie alles, was zur Einrichtung der zur Zierde der Residenzen und Lustschlösser dient, werden von dem Könige aus der Civilliste erhalten, und alle erforderlichen neuen Anschaffungen aus derselben besorgt. Die Inventarien hierüber sollen mit Zugrundlegung des Inventares, wie solches bei Unserer Thronbesteigung bestanden, mit genauer Bemerkung der Gegenstände des Inventarstücke, nach den Bestimmungen, welche der König zu Folge des Familienstatus vom 5. August 1819 Tit. VIII. §. 1. getroffen hat, und mit Angabe der Ab- und Zugänge an Mobiliar- und sungiblen Gegenständen stets in Evidenz gehalten, und den Ständen des Reiches, wenn sie es verlangen, deren Einsicht gestattet werden. Der Hausschatz, so wie dasjenige was allenfalls rondem Monarchen nach für denselben bestimmt wird, soll stets ohne Verminderung seines Werthes sort-gehen." Dies sind die Normen, nach welchen allein die Frage beurtheilt werden kann, und dieselben sind so klar und bestimmt, daß sie nicht erst eines Kommentares bedürfen. Den Ständen allein steht die Einsichtnahme von den Inventarien zu, welche hier in Frage kommen, der in den Ständen repräsentirten Nation sind die konstitutionellen Minister verantwortlich, nimmermehr aber einer Masse, die sich etwa auf die zufällige Aufforderung einiger Namenlosen zusammenfindet. Fänden die Stände je, daß die Minister ihre verfassungsmäßigen Pflichten in dieser Beziehung verletzt hätten, so würden sie ihrerseits nur zu thun haben, was die Pflicht gegen Thron und Land ihnen vorschreibt. Aber jeder Theil muß innerhalb der durch die Verfassung ihm vorgezeichneten Schranken seiner Befugnisse bleiben, und am allerwenigsten dursen Uebergriffe von Dritten in die Rechte der Einen oder der Andern zugelassen werden. Darin allein liegt den Bürgschaft für alle Angabe der moralischen und materiellen Ordnung, des Gesetzes und der Freiheit Aller, jeder andere Weg würde und müßte zu heilloser Verwirrung führen.

Bei dem ganzen Anlasse drängt sich uns aber wieder recht lebhaft das unabweisliche Bedürfniß bestimmter gesetzlicher Normen über die Preßverhältnisse auf Hoffentlich wird der nächste Landtag uns solche bringen, damit wir nicht ferner in der Macht einiger Namenlosen liege, Druckereien oder Waarenschlüsse ohne alle Angabe der Besitzer oder Druckers einer Brandfackel gleich inmitten einer ruhigen Stadt zu schleudern und durch so ergezoge Aufregung die Ruhe derselben zu gefährden. Wer wollen die Freiheit, die nur auf der Grundlage des Gesetzes und der Ordnung möglich ist; aber wie verabscheuen Willkür und Zügellosigkeit, welche nur zur Anarchie führen können.

Deutschland.

Bayern. — "München, 21. August (9½ Uhr Abends). Diesen Nachmittag wurden die Posten auf der Hauptwache wie vor der Residenz verstärkt, auch der Residenzplatz so wie der Schrannenplatz durch Abtheilungen Kavallerie besetzt, und Abtheilungen der Linie durchzogen die anstossenden Straßen. Ein Theil der Landwehr war gleichfalls Nachmittags auf dem Platze, um den Befehlen zur Herstellung der Ordnung gegen bösmilige Versuche zu Störung derselben Folge zu leisten. Außer bisherigen Gerüchten haben sich die Krawallirer jedoch nichts Ernstliches; Nachmittags war ein Haufe in den großen Rathhaussaal gedrungen, und dort hatte ein Individuum die „Anarchie" als nothwendig erklärt (hört es ihr Bürger von München!) auch Hecker hoch leben lassen, wie sich von selbst versteht, unter dem Beifall seiner Zuhörer. Diese improvisirte Versammlung soll sich gegen 2 Uhr aufgelöst haben. Hrn. Minister des Innern gestern haben, um den Hausschatz zu sehen, Hr. Bürgermeister Dr. Bauer soll genöthigt worden sein, sie zu begleiten. Sie soll aber die gehörende Abfertigung erhalten haben. Für den Abend und die Nacht sind alle Maßnahmen getroffen zur Erhaltung der Ordnung. Der Schrannenplatz ist stark von Truppen besetzt. Eine große Menge Volkes, meist Neugierige, bedeckt denselben. Die Landwehr hält das Rathhaus besetzt. Wir glauben schon jetzt sagen zu können, daß die Bürgerschaft von München auch diesmal wieder den schon so oft kundgegebenen vortrefflichen Geist für Ordnung und Gesetz bewährt. Das Benehmen der Truppen ist musterhaft in Ruhe und Mäßigung.

Baden. — Karlsruhe, 19. Aug. Heute früh um 6 Uhr ist das 3. Bataillon des hier garnisonirenden Leibgrenadierregiments nach Schleswig-Holstein ausmarschirt. Prinz Wilhelm, der Stab kommandirt, der Oberbefehlshaber Der Bürgerwehr und eine große Anzahl Bürgerwehrmänner und sonstige Einwohner Karlsruhs gaben den ausziehenden Truppen das Geleite. Die Straßen, durch welche der Marsch ging, waren festlich geschmückt. Im großherzogl. Park hielt General Schwarz eine kurze Abschiedsrede und nach einem schallenden Hoch auf den Großherzog zog die Kolonne an den gestellten Wagen vorüber. (Karlsr. Z.)

Mannheim, 17. August. Unter Heutigen verurtheilte das hiesige Hofgericht unseren Mitbürger Schimpff zu dreimonatlichem Kreisgefängniß wegen eines Preßvergehens, durch Verbreitung eines in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" zuerst abgedruckten Republikaner-Liedes begangen. Die Zeitungsausträgerin, welche das Lied verbreiten half und gegen welche der Untersuchungsrichter, so wie gegen Schimpff, auf schleunigste Arbeitsbestrafe angetragen hatte, wurde freigesprochen, hat jedoch die Hälfte der Kosten zu tragen. (M. A. Z.)

Sächs. Herzogthümer. — Altenburg, 16. August. Gestern war hier die schon vor längerer Zeit angesagte Zusammenkunft von Abgeordneten der demokratischen Vereine Mitteldeutschlands. Es waren 44 Deputirte von 18 Abgeordneten vertreten. Die Verhandlungen waren sehr stürmisch. Das Endergebniß war, wenn unter diesem besonder Beschlüsse (die wenigstens den Vorzug der Offenheit haben, so daß Deutschland weiß, woran es ist): „Die Nationalversammlung in Frankfurt ist eine verrätherische; sie muß gesprengt und eine neue konstituirende Versammlung zusammenberufen werden, deren Beschlüssen Fürsten und Regierungen ohne Weiteres Folge leisten müssen; Erzherzog Johann als deutscher Reichsverweser wird als solcher nicht anerkannt; in Thüringen wird die Republik proklamirt." — An der Grenze liegen preußische Truppen. (Schw. M.)

Preußen. Crier, 14. Aug. Unsere Stadt ist neuerdings der Schauplatz beklagenswerther Exzesse gewesen. Umrieche, aber welche die eingeleitete Untersuchung das Thäterergeben wird, hatten neuerdings eine Mißstimmung der unteren Volksklassen gegen die Truppen der Garnison hervorgerufen, die sich wieder mehrfach durch Beschimpfung einzelner Soldaten und den Straßen und in den Wirthshäusern kund gegeben hat. Man kann sich nicht wundern, wenn die Schimpfwörter: „Lumpen-Preußen, hungerige Preußen, Stink-Preußen!" die von den Soldaten bei jeder Gelegenheit in den Bart wirft, und die Spottlieder auf das Preußenthum, die man ihnen absichtlich vorsingt, endlich bei diesen einige Erbitterung in den lebhaften Wunsch

hervorreißen, ihre Gegner gleichfalls zu ärgern. Ganz besonders hatte man es dabei auf die bei den Bürgern in der Stadt und in der Vorstadt St. Matheis einquartirten Füsilier des 26. Regiments abgesehen, deren Anwesenheit fortwährend in beschämender Weise an das verunglückte Barrikadenthum der hiesigen Gesinnungslosigkeit erinnert. Man scheint absichtlich auffallende Konflikte haben herbeiführen zu wollen, um dann die Entfernung des mißliebigen Bataillons durchsetzen zu können. Schon am 12. gegen Abend wurde dazu in dem Hause des Bäckermeisters Bergesi Gelegenheit geboten. Die aber noch sehr einen gewohnlichen Wirthshausstandal getan konnte. Die Kommandantur verbot der Garnison den Besuch dieses Hauses. Als nun aber am 13. Nachmittags einige Füsiliere und Ulanen an jenem Hause vorübergingen, sprang plötzlich ein Mann aus demselben hervor, schlug einem der Füsiliere die Mütze vom Kopfe und rannte damit ins Haus zurück. Diese Manöver, die gewissermaßen eine Herausforderung enthielten, hatten den gewünschten Erfolg. Mehrere entrüsteten Soldaten stürzten dem Angreifer nach in das Wirthaus, welches sich Leute, mit langen Messern bewaffnet, des Verfolgten annahmen. Es kam zu einem Handgemenge, das erst durch die herbeigerufene Wachtmannschaft beendigt wurde, indem sie die Soldaten zum Verlassen des Hauses nöthigte und die Widerstrebenden arretirte. Die Gegenpartei indeß, in keiner Weise zur Fortsetzung der Feindseligkeiten verbunden, versolgte die der Wache und der Gewalt der Stimme ihrer Offiziere gehorsamen Soldaten mit empörenden Schimpfreden und Steinwürfen dergestalt, daß sich diese endlich mit gezogenen Säbeln ihren Verfolgern entgegenwarfen, sie in die Flucht schlugen und darauf ein Haus, aus welchem Steine und Unrath auf sie geschleudert wurden, angriffen. Es gelang indeß den Bemühungen der herbeigeeilten und persönlich thätigen Offizieren auch diesen Exzessen zu steuern

die Anhänger des Königthums, welche früher oder später, gewiß aber in nicht sehr ferner Zeit entschieden auftreten werden, haben die Augen auf den General Changarnier geworfen, der jetzt die Nationalgarde von Paris befehligt. Changarnier war nie Republikaner, Cavaignac war es stets; an militärischem Talent steht jener bisher eher voran als nach. Das Selbstvertrauen scheint bei den jetzigen Machthabern offenbar zu schwinden. Sie scheinen eine neue Schilderhebung zu besorgen: in diesem Sinne werden auch die außergewöhnlichen Truppenbewegungen gedeutet, die man gestern zwischen dem Lager von St. Maur und hier wie in der ganzen Umgebung von Paris bemerkte. Man will darin Vorsichtsmaßregeln erblicken, welche die Regierung ergreife, um zu zeigen, daß sie auf die Truppen zählen könne und bereit sei, mit Hülfe derselben jede Schilderhebung sogleich zu erdrücken, von welcher Seite sie auch komme. Aufs Neue spricht man davon, daß Hr. Seaard das Ministerium des Innern an Hrn. Armand Marrast werde abgeben müssen. Dieser hat wenig Aussicht, wieder zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt zu werden. Diese hat endlich gestern das Dekret über den Heimkauf der Lyoner Eisenbahn zu den Staat angenommen.

Portugal.

*Lissabon, 9. August. Während durch ganz Europa der Dämon der Revolution noch immer seine Fackungen fühlbar macht, genießen wir — eine allerdings seltene Erscheinung bei uns — vergleichsweise der Ruhe. Aber es ist nur die Ruhe der augenblicklichen Abspannung; die Leidenschaften stimmen daran nicht minder laut und zu Scharen des Feuers hat es hier zu Lande nie gefehlt. Das Gerücht, daß zu Cintra, wo die Königin mit ihrem Gemahl und ihren Kindern sich während der gegenwärtigen heißen Jahreszeit befindet, ein Schuß auf sie gefallen sei, war dieser Tage verbreitet, doch findet es nicht allgemein Glauben. Das einzig Thatsächliche, was gerade vielleicht Anlaß zu dem ganzen Gerüchte wurde, ist, daß nun die Königin, ganz gegen ihre Gewohnheit, jetzt immer nur unter Reiterbedeckung ausfahren läßt. Die war überhaupt bei den fortwährenden Manövern nur bei außerordentlichen Gelegenheiten, Staatsaufzügen z. B. zur Eröffnung der Cortes u. dgl. Sitte. Um die Königin jedenfalls gegen jeden Handstreich böswilliger sicher zu stellen und zu schützen, sind noch einige Truppenverstärkungen nach Cintra von hier abgegangen. In den Geschäften herrscht wenig Leben.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Berlin, 18. August. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 74½ P., 73½ G. Seeh. Präm. Sch. 88½ P. — G. K. u. Neum. Schuldv. — P. — G. Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. 78½ P. 77½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — P. 96½ G., 3½ proz. — P. 77½ G. Pomm. Pfandbr. — P. 85½ G. Pomm Pfandbr. 90½ P. — P. G. Kur- u. Nm. Pfandbr. 90½ P. — G. Schlesische Pfandbr. — P. — G. Schlesische Lt. B gar. Pfandbr. — P. — G. Preuß. Bk.-Anth. Sch. 88½ P. 87½ G. Friedrichsd'or 13½ P. 13½ G. Disconto 3½, P. 4½ G. Nad. Gulden. 9 Th. 13 P. 12½ G. Disconto 3½, P. 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 89½ G. Berl.-Damburg 68 bz. Berl.-Stettin-Stargarder 89½ bz u G. Berl.-Potsdam-Magdeb. 52 ½ bz. Magdeb.-Halberstadt 109 G. Magdeb.-Leipziger — bz. Halle-Thüringer 51½ G. Köln-Minden 77½ bz. Köln-Aachen 57½ G. Düsseld.-Elberfelder 69 G. Steele-Vohwinkel 38 P. Niederschles.-Märk. 70½ bz. Niederschles.-Märk. Zweigbahn — Oberschles. Lt. A 94 bz. u. P. Lt. B 87½ bz. u. P. Kosel-Oderberg —. Breslau-Freiburg 89½ G. Krak.-Oberschles. 46½ bz. Berg.-Märk 57 bz. Stargard-Posen 68½ G. 68½ P.

Quittungsbogen: Berl.-Anh Lit. a 87½ G. 88 P. Stargard-Posen — Prieg-Reiße —. Magd.-Wittenberg 45½ G. 45½ P. Aachen-Mastricht —. Thür. Verbind.-Bahn —.

Prioritätsobligationen Berlin-Anhalt. 82½ G. Berlin-Hamburg. 89½ G. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 77½ G., 5proz. 85½ G. Magdeb.-Leipziger —, Halle-Thüringer 82½ G. Köln-Minden 88½ G. Rein. v. Staat gar. — Rhein. I. Prior. 75½ G. Rhein. Stamm-Prior. 70 G. Düsseldorf-Elberfeld. —. Niederschles.-Märk. 4proz. 82 bz, 5proz 93 G III. Serie 90 P. 89½ G. Aachen-Mastricht 41 proz. —, 5proz 75 G. Oberschles. — Kosel-Oderberg —. Steele-Vohwinkel —. Breslau-Freiburg —.

Paris, 18. August. 5proz. 43,25, 4proz —, 3proz. 70.75. Schatzsch. —. Bankaktien 1620. Comptr. von Algier —.—. Belg. 5proz. von 1840 78¼, von 1842 79. 4½proz. 71½, 3proz. —. 2½proz. —. Span. —.—. St. Germain —. Versailles (rechte) 117.50, (link) 100.—. Orleans 660.—. Rouen 442.50. Havre 206.25. Marseille 212.50. Basel 86.25. Bierzon 260.—. Boulogne —.—. Bordeaux 398.75. Nordbahn 377.50. Montereau —.—. Lyon 360.—. Straßburg 351.25. Rantes 330.—. Dieppe 175.—. Seeaur —.—.

J. D. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Dienstag. 22. August: „Hamlet, Prinz von Dänemark", Trauerspiel von Schlegel. (Hr. Kruse: Hamlet, als letzte Gastrolle.)

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Graf Zedwitz-Liebenstein, aus Böhmen. Marquis Reichlin, von Konstanz. Baron v. Bomhard, von Karlsruh. Wierski, Lieutenant aus Wien. v. Stephanig, von Dresden. Chanler, Rentier aus Amerika. Grahn Marchall, von Wien.

Gold. Hirsch. Rice, Dowley und Thuzer, Rentier aus Amerika. Damand, Proprietär von Lingg. Müller, Kontrol von Stettin. Kremer, Barrätzlyn von Gawin.

Hotel Mailand. Bergh, Rentier von New-York. Monnatin, Rentier von Halle. Bits, Gastgeber von Landshut. Andreä, Privatier von Braunschweig. Perl, Rentier von London. Sener, Rentier aus Pennsylvanien. Dager und Hepnisch, aus Pennsylvanien. Dr. Reyten, von Hannover. Graf v. Thunetelo, von Augsburg. Sandorf, Rentier aus England. Zavorger, Privatier von Neuchatel.

Gold. Kreuz. Wagner, Verwalter von Jena. Meyl, Privatier von Zürich. Bös, Kaufmann von Frankfurt.

Gold. Hahn. Rickart, Rentier von Stuttgart. v. Klein, Rentier von Leipzig.

Blaue Traube. Dr. Weisich, von Salzburg. Cyda, Rentier von Prag. Hertl, Partikulier von Wien. Zanno, Kaufmann von Wien. v. Morell, Gutsbesitzer von Zahrndorf. Schud, Professor von Wien. Hertzenich, Partikulier von Dresden. Postel, von Prag. Dorasell, Kammerlieutenant von Debrezin.

Erlachsgarten. Lamel, Staatsgutsinspektor von Baldorf. Pfaff, Oberrechnungsrath von Ellingen. Röckl, Lehrer von Dachau. Englmaier, Mitglied der Nationalversammlung von Oesterreich. Kaspar, Maler von Oberalmburg. Pfeiler, Priester von Murnau. Reichert, Fabrikant von Murnau.

Gestorbene in München.

Anna Maria Stoffler, Taglöhnerswitwe, 66 J. a. Ludwig Zolland, Tischlergeselle von Dresden, 23 J. a. Anton Reichenbinger, ehemal. Bäckert. Mehner, 84 J. a. Maria Schad, Taglöhnerstochter von Wartenberg, 36 J. a.

Bekanntmachung.

77. (2b). Am 22. und 23. August wird im königl. Erziehungsinstitute für Mädchen zu Rowpbenburg die öffentliche Prüfung und Preisvertheilung gehalten werden, wozu man Eltern, Verwandte und Jugendfreunde höflichst einladet.

70. (3c) Gesuch. Ein junger Mann, der mehrere Jahre auf einem großen Oekonomiegute als Verwalter thätigwirkte, und sich durch gute Zeugnisse legitimiren kann, sucht eine ähnliche Stelle. Gefällige Anfragen, mit A. B. bezeichnet, beliebe die Expedition dieses Blattes.

72. (b) Man sucht für zwei Knaben einen Besuch bei katholischer Religion, der ganz gerade französisch spricht, und nicht nur deutschen und katechismen, sondern auch Unterricht im Klavier zu geben versteht. D. Ueb.

75. (2a) Bei Wwh. Schrey in Leipzig erschien soeben in Kommission:

Der persönliche Schutz.

Aerztlicher Ratgeber bei allen Krankheiten der Geschlechtstheile, die in Folge geheimer Jugendsünden übermäßigen Genusses in der geschlechtlichen Liebe und durch Ansteckung entstehen, nebst praktischen Bemerkungen über das männliche Unvermögen, die weibliche Unfruchtbarkeit und deren Heilung. Mit 25 erläuternden anatomischen Abbildungen. Von **Dr. Samuel Lee Mace**, praktischem Arzte in London, Ehrenmitglied der Universität Edinburg und der medizinischen Gesellschaften zu London, Edinburg ꝛc 8 128 S. In Umschlag geheftet. Preis: 12 Silbergroschen.

Allen Personen, die in ihrer Jugend die Stunden der Sinnlichkeit waren, oder es noch sind; Allen, die das beliebte Band der Ehe knüpfen wollen und sich nicht ganz rein von früherem Fehl wissen; Allen, die die Nachwehen von jugendlichen Verirrungen fest in ihrem reifern Alter durch Leiden aller Art empfinden; Allen endlich, denen Ehe in Folge von Kinderlosigkeit trübe und freudlos ist, — wird dieses Buch als ein sicherer, wohlunterrichteter Ratgeber zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit und zur Erlangung des Besitzes ihres Organismus anempfohlen. Die Gesundheit ist das höchste Glück auf Erden, denn mit wahr Gott und Gut mit Krankheit, Geschwächtheit und Erschlaffung! — Auch Eltern, Lehrer und Erzieher mögen wir auf dieses Werk aufmerksam; sie werden darin Aufschlüsse finden, wie sie ihnen noch nie gewordet sein.

Dieses Werk ist auf Bestellung durch jede Buchhandlung, sowie direkt durch die Post (bei Angabe von bloßen Chiffren auch gegen portofreie Einsendung des obigen Betrages, von Herrn Laurentius, Dorotheenstraße Nro. 1 in Leipzig, der auf Verlangen auch weitere Auskunft ertheilt, zu beziehen.

Druck der Dr. G. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 18. August. (62. Sitzung der deutschen Nationalversammlung. In der heutigen Sitzung wurde aber §. 9 und 10 des Entwurfes der Grundrechte diskutirt, und beide Paragraphen in nachstehender Fassung angenommen:

§. 9. Das Briefgeheimniß ist gewährleistet. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf nur auf Grund eines richterlichen Befehl's vorgenommen werden.

§. 10. Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise, namentlich weder durch Censur, noch durch Concessionen und Sicherheitsstellungen, oder durch Staatsauflagen, noch durch Beschränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, noch durch Postverbote oder andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden. Ueber Preßvergehen wird durch Schwurgerichte nach einem zu erlassenden Reichsgesetze gerichtet."

Die auf einer „ferdrurger Zeitung" von uns mitgetheilte Nachricht, daß Abgeordnete der Reichsversammlung nach Mailand abgegangen seien, scheint sich nicht zu bestätigen; wenigstens zieht die „Frankfurter Oberpostamtszeitung" die Richtigkeit der Nachricht in Zweifel.

Das Dombaufest zu Köln.

Köln, 17. August. Der Würde des ganzen Festes entsprechend war die gestrige Schlußfeier, welche die Mitglieder des Dombau-Vereines und die auswärtigen Deputirten der Filial- und Hilfsvereine versammelte, um den Rechenschaftsbericht entgegen zu nehmen und den Wahlakt zu vollziehen. Um 8 Uhr rief feierliches Glockengeläute die Dombaufreunde in den Dom. Hier schauten von den Mitgliedern des Zentralvereines um das Dombauner, um die kleinen Nebenvereine um ihre Fahnen und Zeichen. Nach dem Hochamte begaben sich die Anwesenden in festlichem Zuge nach dem Frankenplatze, der recht heiter und freundlich mit Fahnen, Wimpeln und Laubgewinden geschmückt war. Der Zug ging, nachdem er sich im Langhause des Domes geordnet, die Ritter und die ganze Teutschaft hinunter und hielt am östlichen Eingange des Platzes seinen Einzug. Nachdem sich die Mitglieder des Dombau-Vereines zu beiden Seiten des Platzes aufgestellt, die Musikchore die für sie eingerichteten Tribunen eingenommen, begab sich der Vorstand auf die für ihn an der Westseite auf der Dom-Terrasse erbaute Bühne. Unter dem Klange der Domglocken und dem Donner des Geschützes, welcher unserem verehrten Könige der Scheidegruß nachrollte, zog nun der Vorstand, begleitet von der Volksmenge, da wahrlich alle Eingänge zum Platze besetzt hielt, sondern auch die Dächer der angrenzenden Häuser und die Galerieen der Chor-Rundung belebte, hatte sich bald das Ganze geordnet. Hinter den Sitzen des Vorstandes waren das Dombauner und die Fahnen und Zeichen aller Vereine aufgestellt, so daß das reichbelebte Schlußbild, der riesige Dom-Chor im Hintergrunde, von unten gesehen sich recht malerisch gestaltete, während der Anblick von oben eben so überraschend als schön war, durch den freundlichsten Sonnenschein gehoben. Der Sekretär des Vereins, Justizrath Esser II., trat in Abwesenheit des Präsidenten den Vorsitz übernommen. Nachdem die Hymne an Pabst Pius IX. von Mozart als Einleitung der Feier gesungen von der zur Seite der Tribunen aufgestellten Männer-Chören, hielt der Vorsitzer mit einer so kräftigen Stimme, daß sie weiten Platz beherrschte, eine recht passende, tiefgefühlte Ansprache an die Versammlung, welche mit den Verhandlungen, die der Verein während der Festtage gepflogen hat, die nächste Nummer des Dombauteles mittheilen wird, und die einen so günstigen Eindruck auf die Anwesenden machte, wie seine Anrede an die Deputationen der auswärtigen Vereine, die sich außerordentlich zahlreich eingefunden, was der Zukunft des Baues eine günstige Vorbedeutung, denn des Domes Vollendung ist mit diesen Tagen uns allen zur heiligen Pflicht geworden, deren Erfüllung einen der schönsten Werke unseres Lebens sein muß, denn wir vollenden andächtig das Haus des Allerheiligsten und mit ihm das Symbol der Einheit Deutschlands.

Als hierauf der Rechenschafts-Bericht über die Wirksamkeit des Vereins in den letzten drei Jahren, von welcher der Bau selbst die lebendige Kunde gibt, erstattet worden, ertönte folgendes von G. Pfarrius gedichtetes und mit einer wahren Begeisterung gesungenes Lied; es galt zu dem König Protektor, welchem die Herzen aller Dombau-Freunde huldend schlugen:

Wag einst am Weltentag
Dein Mund begeistert sprach,
Herr sieh's erkannt,
Nimm es, du Wunderbrod,
Wachsend da's Aethersbau,
Kind' es von Gau zu Gau
Durch's Vaterland.

„Gottes begeist sich hier;
Deutsche, o rüstet mit mir
Im Brüderbund!
Heiliger Glaubenstrieb,
Wildtrug, doch sicherstreibt,
Rage des Domes Schuld
Do Deutschland hin!"

Drum Heil, o König, Dir!
Dein Ruhm erdröhnt hier
Im Ziel und Wort;
Was auch die Zeit vollbracht,
Durch Dich ward's angefacht;
Im Schwone Deiner Macht
Bauen wir fort!

Schon und erhebend war der jetzt folgende Akt. Die gesammte Dombau-Hutte hatte sich auf der Tribune mit ihren Meistern aufgestellt. Der Dombaumeister Zwirner trat auf und begrüßte die wackeren Werkmeister und Poliere, die Steinmetzen und sonstigen Werkleute, die am Dome gearbeitet, ihre Verdienste um das hohe Werk in schlichten Worten hervorhebend, lobend und anerkennend die umsichtige Thätigkeit der Werkmeister und Poliere, und den bezeichnenden Fest der Werkgesellen. Dann schritt er zur Preisvertheilung an die Tüchtigsten und Fleißigsten. Sechzehn Werkmeister, Poliere und Aufseher erhielten die weiterhin von J. Wienen gezeichnete Denkmünze auf die Secular-Feier (Köln, den Eisen) in Silber, zu obigen Preise der Werkzeuge bestanden in ähnlichen Medaillen in Bronze. Mit stürmischem Jubel wurden diese kleine Momente des Festes aufgenommen, denn es fühlte Jeder, der sich an dem großen Werke, zu weit es unter den kräftigen Händen jener Braven herangewachsen, erfreut hatte, daß diese Anerkennung eine wohl verdiente war, daß nur zu wünschen, die Anerkennung hätte noch größer sein können. Auf den in mich meisterer der heutigen Bischöfe, welche die Feier mit ihrer Gegenwart beehrten, wurde die Hymne auf Pabst Pius IX. nochmal wiederholt und mit Begeisterung aufgenommen. Plötzlich erklang ein schallender Hoch, das sich bis hoch in die Galerien des Domes jubelnd fortpflanzte. Es war dies eine Huldigung, der Wissenschaft dargebracht Alexander von Humboldt hatte die Tribüne des Vorstandes betreten. Kaum ward man jener ansichtig, als sich die Erfurcht vor dem Heros deutscher Wissenschaft mit freudigem Jubelrufe auf sprach. Nach der Einladung des Wahlaktes wurde das Werkgesellen-Lied von Bosso von Hagen gesungen, womit die Feier selbst schloß. Gegen 5 Uhr versammelte ein unser Leitung der k. Musik-Direktoren Dorn und Weber von den hiesigen vereinen musikalischen Kräften aufgeführtes Fest-Concert etwa 1300 Personen in der festlich erleuchteten Halle des Gürzenich. Außerordentlichen Beifall fand hier von Kapellmeister Dorn komponirte Jubelouverture, die denn überhaupt das ganze Concert, trotz der drückenden Hitze, welche im Saale herrschte, einen nicht gewöhnlichen Kunstgenuß gewährte. Den Schluß der Feier machte ein Festball der Berein-Genossen, welcher um 10 Uhr im Gürzenich-Saale seinen Anfang nahm und bis lange nach Mitternacht Tanzerinnen und Tänzer in fröhlicher Stimmung vereinigt hielt. So endigte die unvergessliche Feier. Außerordentlich wohlgelungen und jedem sein, der ihre Anordnungen in den Verhältnissen der Gegenwart erkennt, der eingesehen hat, daß mit diesen Tagen die Sonne des Glückes Deutschlands manche ihr entgegenstrebenden Wolken verscheucht und niedergelampft hat, ja, Jedem muß es wohlthuend sein, zu vernehmen, wie Alle, Gäste und Gastgeber, zufrieden, wie Aller Urtheil das Fest schon und großartig in seinen Hauptverhältnissen zu nennen, gelungen war. Kein Fest hat sich mit dieser Feier in jüngster Vergangenheit vereinigt und seine Gestaltungen von dem gesammten Deutschland erhalten.

(Köln. Ztg.)

Ueber die Parteien in Italien.

(Schluß.)

In den Legationen, in der Romagna und im Königreich Neapel ist das Volk noch viel weiter zurück, als in Toskana.

In der Lombardei und im Venetianischen stimmen sich die Bauern noch viel weniger um ihre politischen Rechte. Zu sie zu allen Zeiten viel vom Kriege zu leiden hatten, besonders Schauplatz des oft gewesen ist, so geht ihr einziges Verlangen nach dem Genusse des Friedens um jeden Preis; selbst ihr Patriotismus verschwindet vor der Furcht vor dem Uebeln, der der Krieg noch sich zieht. Die Regierungsform, unter der sie leben sollen, ist ihnen ganz gleichgültig. Es bedarfte einer lange Zeit, um sie über den italienischen Bevölkerungen den terroristischen Thron Eingang zu verschaffen, welche einige Köpfe von gliedender Einbildungskraft dort zu verbreiten suchen, und alle Versuche, schon jetzt die republikanischen Formen in Italien einzuführen, würden, obgleich ohne irgend eine Aussicht auf Erfolg, darum nicht minder verhängnißvoll sein, denn sie würden nur Zwietracht unter den Verschiedenen der Nationalunabhängigkeit hervorrufen.

Es gibt in Italien Utopisten, die vielleicht nicht minder gefährlich sind, als die Republikaner; es sind jene, welche von einem einzigen Königreiche träumen, das die ganze italienische Halbinsel, Sizilien, Sardinien und vielleicht sogar Korsika begreifen würde, das man sich im Wege des Austausches gegen Savoyen zu erhalten schmeichelt. Karl Albert würde der Knoig dieses ausgedehnten Reiches sein. Man kennt die Verbreiter dieses glänzenden Utopiens Unionisten.

Ein Königreich Italien mit Venedig und Ankona am adriatischen Meere, Neapel, Livorno und Genua am mittelländischen; Sizilien und Sardinien als vorgeschobene Schildwachen, ist allerdings ein schöner Plan, dessen Gedanke all in schon mehr als ein italienisches Herz pochen machen, und den man mit aller Leidenschaftlichkeit betrachten muß, denn man sähe ist, um sich nicht durch ein solches Zaubergebilde berücken zu lassen.

Man hat dem Wiener Kongreß vorgeworfen, das Schicksal der Welt gerettet zu haben, indem er mit Zirkel und Lineal auf der Landkarte Linien zog, ohne sich zu kummern um die Wünsche, Sympathien, Bedürfnisse oder Interessen der Völker, denen Geschick es festzustellen hatte, indem er die Menschen absolut wie Heerden behandelte.

Um dieses große Utopien eines ganz Italien umfassenden Königreichs zu verwirklichen, gäbe es nur ein Mittel, nämlich es gerade so zu machen, wie der Wiener Kongreß! Dem trug einmal die Romer, Neapolitaner und Toskaner, sagt sie, ob sie Mailand oder Turin zur Hauptstadt haben wollen, und ob es ihnen anstehe, unter einer Regierung zu stehen, die ihren Sitz zu Venedig oder Genua hatte; sprecht einmal den Mailändern, den Piemontesen oder den Venetianern von Florenz, Rom oder Neapel als Hauptstadt des Reiches, und ihr werdet sehen, was es euch antworten.... Selbst die kleinsten Staaten, z. B. Modena und Parma, würden nur mit Widerwillen sich dazu verstehen, ihre Individualität zu verlieren. Lucca, dessen volle Souveränität erst für Toskana waren, bedauert bereits, nicht mehr Sitz einer Regierung zu sein, nicht mehr seinen kleinen Souverain, seinen kleinen Hof, sein kleines Heer zu haben: wurde man zu Lucca über die Frage abstimmen lassen, ob man wieder ein Sonderstaat werden solle, so bestehe kein Zweifel, daß trotz der allgemeinen Sympathie, welche der Großherzog von Toskana einflößt, und der Unpopularität des Ersteren in Lucca, die Majorität des Herzogthums sich für die alte Ordnung der Dinge aussprechen würde.

Es gibt in Wahrheit ein sehr einfaches Wort, mit dem man heutzutage est Mißbrauch treibt, und mit dem man alles ausgleichen zu können hofft, es ist das Wort Nationalität. Wenn ein Volk einen und denselben Ursprung, eine einzige Geschichte hat, wenn es lange Zeit hindurch nur einen einzigen Körper als Nation gebildet hat, so ist die Nationalität fein teerer Wort; es ist ein Glaube, eine Religion, die einen heiligen Zauber auf die Einbildungskraft ausübt und zu den größten Opfern antreibt. Allein ein gemeinschaftlicher Name und der Gebrauch derselben Sprache reichen nicht immer hin, einen Nationalsinn zu begründen, der mächtig genug wäre, die Oberhand zu behalten über andere bedeutsame Rücksichten, wie der Wohlstand, das materielle Interesse oder die Gewohnheit; es kann sogar der Fall eintreten, daß der Patriotismus einer theilweise unterjochten, theilweise verschiedenen Nationalität, welche aber die Weise glorreicher Erinnerungen erhalten hat, den Vorzug gibt vor einer gemeinschaftlichen Absaat, die sich in die Nacht der Zeiten verliert. Tausend Beispiele bewiesen diese Behauptung: die Belgier denken nicht daran, Franzosen zu werden; die Elsässer haben keine Lust, Deutsche zu sein; die französischen, italienischen oder deutschen Schweizer mochten weder zu Frankreich, noch zu Italien, noch zu Deutschland gehören. Die Nordamerikaner sind weit entfernt davon, zu denken, Engländer zu werden. Die Grundbedingung des Bestandes des deutschen Bundes war, daß er jedem Staate seine Individualität ließ; und noch ist es nicht sicher, ob das Streben der Reichsversammlung zu Frankfurt, Deutschland mehr Einheit zu geben, ohne gleichwohl daraus eine einzige Macht bilden zu wollen, von Erfolg gekrönt sein wird.

Es läßt sich nur schwer behaupten, daß die Abstammung aller Völker der italienischen Halbinsel dieselbe sei; was die gemeinsamen Ueberlieferungen anbelangt, so haben sie seit zwei Jahrhunderlei mehr als den Krieg, die die Folge davon gewesen sind! Die Interessen der Einen stehen oft im Gegensatze zu denen der Andern; kein Band vereinigt sie; und wenn ganz Italien aus freiem Antriebe sich gegen die österreichische Herrschaft erhob, so geschah dieß nur, weil der Druck dieser Herrschaft gleichmäßig auf allen Völkern und allen Regierungen lastete; das Wirken der österreichischen Polizei war zu Rom, zu Neapel, zu Florenz, Turin fast eben so fühlbar, als zu Mailand oder Venedig. Aber wenn schon das gleiche Interesse für Abschüttelung des österreichischen Joches; in demselben Grade sind sie auch befreiligt dabei, daß Oesterreich nicht seine Besitzungen in der italienischen Halbinsel bewahre; denn sie wissen, daß die Weltumfrage Politik dieser Macht nothwendig dahin gerichtet sein muß, sich auszudehnen, der Unabhängigkeit der italienischen Regierungen Hemmnisse in den Weg zu legen, und daß dieß für sie nothwendig das einzige Mittel ist, sich den friedlichen Genuß der Besitzungen zu sichern, die sie gediehen waren. Dieser Zweck einmal erreicht, können die verschiedenen Staaten sehr geneigt sein, ein Offensiv- und Defensivbündniß zu schließen; aber es ist sehr unwahrscheinlich, daß der Zauber der Nationalität mächtig genug sei, um sie zu bewegen zum Verzichtleisten auf ihre Individualität und alle daraus abfließenden Vortheile, bloß in der Aussicht, die Provinz eines großen Reiches zu werden. Die Unionisten haben ihre Bestrebungen mit Toskana begonnen; die Anfnahme, die sie dort fanden, mußte sie tief entmuthigen. Die Toskaner sind weit entfernt davon, ihren Souveran aufgeben zu wollen; sie haben nicht vergessen, daß sie trotz des Druckes, welchen das Wiener Cabinet auf seine Regierung übte, stets einer vernünftigen Freiheit genossen; mit Stolz und Dank erinnern sie daran, daß Toskana zu allen Zeiten eine Zufluchtsstatte für politische Flüchtlinge war, die von der österreichischen Polizei aus dem übrigen Italien vertrieben wurden; sie erinnern sich endlich daran, daß der Großherzog Leopold keinen Augenblick schwankte zwischen seinen Verpflichtungen als Erzherzog von Oesterreich und seinen Pflichten als italienischer Fürst, indem er sich offen an die Spitze der Nationalbewegung stellte.

Die ziemlich ungeschickten Versuche der Unionisten haben sogar zur Wirkung gehabt, den Eifer des toskanischen Volkes für den Unabhängigkeitskrieg zum Erkalten zu bringen, in ihm die Besorgniß zu erregen, daß die Erfolge Karl Alberts nicht eben so viele Argumente zu Gunsten eines Planes werden könnten, von dem Toskana nie und nimmer etwas wissen will.

Wenn der Triumph der Waffen des Königs von Piemont in Italien eine jener fortreißenden Bewegungen hervorbrachte, mit Hülfe deren eine kecke Minderheit manchmal ihren Willen der übernmmelten Mehrheit aufreligen kann, und wenn die Anhänger der Union dieselbe benutzen für Durchsetzung ihrer Plane, so würden die Folgen davon sehr verhängnißvoll sein: Unordnung, Bürgerkrieg, Anarchie, das wäre das Loos dieses schönen Italiens, das so mühvoll gesämpft, so wunderbar triumphirt hätte, nur um sich eine Zukunft zu bereiten, welche nur allzusehr jene Weissagung seiner Feinde rechtfertigen würde: Italien wird sich nie selbst regieren können. Um mich zusammenzufassen, wenn die italienische Sache die moralische Stütze des Kirchenoberhauptes und die Mitwirkung der neapolitanischen Armee verloren hat, so bleiben ihr noch Vertheidiger von hinreichender Tapferkeit, um der Hoffnung Raum zu geben, daß sie durch die Anstrengungen der Italiener allein triumphiren werde; wäre aber dem nicht so, so würde ganz Italien seine Blicke Frankreich zuwenden, ohne Zaudern und ohne Besorgniß, denn es hieße allzuviele, die Zeit und die Dinge mißkennen, wenn man nicht sähe, daß heutzutage Frankreich weder Eroberungen machen kann noch will, und daß endlich, wenn je eine Umgestaltung der europäischen Verhältnisse die französische Politik dahin brächte, einen Gedanken der Vergrößerung zu fassen, dieser Gedanke unsrerseits neuen natürlichen Grenzen, den Alpen, stehen bleiben würde. Der König Karl Albert kann nicht mehr Ehrgeiz haben, als Frankreich. Das Königreich Oberitalien, Piemont und die Lombardei umfassend, ist ein hinreichend ausgedehntes Reich, um nichts zu wunschen übrig zu lassen. Dessen Grenze noch weiter ausdehnen wollen, hieße es schwächen und unmöglich machen. Auf sehen und daselbsten Grundlagen wie Frankreich beruhen, darf der Unabhängigkeit Italiens als Bollwerk dienen soll, ist ein hinreichend patriotisches Wort, um Demjenigen, der es vollbracht haben wird, einen schönen Platz in der Geschichte zu sichern.

Alexander Walewsky.

Deutschland.

Schleswig-Holstein. Apenrade, 14. August Die noch bei der dänischen Armee in Jutland befindlichen zwei schleswigschen Bataillone sind, nach Anfage eines von unsern Patrouillen gefangen genommenen dänischen Jägeruniersoffiziers, in offene Rebellion angebrochen, sobald man sie hat auffiehen und entwaffnet nach Fühnen senden müssen. (B-H.)

Berlin, 17. August. Eine große Anzahl katholischer Mitglieder der Reichsversammlung hat eine energische Vorstellung beim Staatsministerium wegen des Verhaltens des Herrn von Flottwell zu Frankfurt bei der Cölnisch-Trier eingegeben. Dem Vernehmen nach soll Herrn von Flottwell das Oberpräsidium in Preußen provisorisch übertragen werden. Ansehen erregt, daß der Präsident des demokratischen Kubbes, Regierungsassessor Schramm im Wahlbezirke Steinau als als Abgeordneter-Competitor des preußische National-Versammlung gewählt wurde. Derselbe wird seinen Sitz in der Versammlung sogleich einnehmen da der Hauptrepsäntre, Pastor Wander, abgereist ist, und durch seine Amtsgeschäfte verhindert sein wird, hieher zurückzukehren. — Bei den Untersuchungen in der Zeughausangelegenheit soll ein dänischer Agent sehr kompromittirt sein. — Bis gestern Mittags waren an der Cholera 61 Personen erkrankt; davon starben 38, genasen 6 und blieben in Behandlung 17.

Elberfeld, 15 August. Die Stadtverordnetenversammlung zu Düsseldorf faßte den in vollzähliger Versammlung nachher zurückgenommenen Beschluß, Se. Majestät unseren König bei seiner gestrigen Ankunft in Düsseldorf nicht zu begrüßen. Dieser Beschluß ward bekannt gemacht und erregte in Elberfeld, Barmen und Umgegend einen solchen Widerstand, daß zahlreiche Bürgerversammlungen einstimmig beschlossen, nach Düsseldorf zu gehen, um ihren Könige die wahren Gesinnungen des Berger-Landes zu zeigen. Der Stadtrath von Elberfeld machte einstimmig den Antrag des Herrn Kommerzienrathes August von der Heydt zu dem seinigen, an der Spitze der Bürger von Elberfeld den König zu bewillkommen. Gestern Morgen sah es nun wie eine Wanderung aus Barmen und Elberfeld aus. Schauerwetter zog es nach dem Bahnhofe, und Wagenzüge, wie nie die Elberfelder Eisenbahn sie sah, gingen nach Düsseldorf ab. Die Bahnverwaltung schleppte aus allen Ecken ihre neuen, alten und ältesten Wagen herbei, die letzteren wahre Rumpelstasten aus der ersten Zeit der Bahn herrührend, und dennoch vermochte sie keine hinreichenden Plätze zu beschaffen. Viele mußten in Elberfeld zurückbleiben. In Neviewinkel, wo die Langenberger und Solinger zu dem Zuge stießen, mußten noch mehrere Wagen angehängt werden. Auf dem Bahnhofe angekommen, empfing eine große Anzahl Elberfelder das 15. Regiment, die Elberfelder mit Hurrahs. Auf dem Hofe vereinten sich die Bürger von Elberfeld und Barmen mit den Anderen und mit Deputationen aus Schwelm und der Mark. Die Düsseldorfer Bürgerschaft schien wenig vertreten zu sein; dagegen hatte aber die Düsseldorfer Straßenjugend zahlreiche Abgeordnete hingesandt, Ungezogenheiten zu treiben. Als der König um etwa 2 Uhr mit seinem Gefolge, von ein freudiges Hoch von den Tausenden Bürgern des Bergerlandes und der Mark. Dieser Ausdruck der Ergebenheit zu dem Monarchen drang mißtönend der Straßenjugend durch die Seele und sie pfiff; doch muß man, um der Wahrheit der Geschichte nicht zu nahe zu treten, berichten, daß die Gamins von Düsseldorf nicht allein pfiffen. Scherzer Dieses sah auch einige Düsseldorfer Dandys in den Gefühlen ihres Herzens auf dieselbe Weise Lust machen. (Elberf. Ztg.

Stralsund, den 13. August. Diesen Mittag traf der General-

masser v. Below von Berlin hierhin ein und reiste per Dampfschiff nach Schwerin weiter. Derselbe besitzt die Vollmacht des Königs von Preußen behufs Abschlusses der Verhandlungen mit Dänemark und machte dem Herzog darauf, daß die gestrige Hoffnung auf den Erfolg seiner Mission vorhanden und eine unverzügliche Besetzung der Streitfrage zu erwarten sei.

(H. B.-H.)

Oesterreich. — Wien, 17. August. In der heutig. Sitzung des konstituirenden Reichstags hinterließ der Präsident an, daß der Reichstag zu einer Ansprache und Feldmesse für den bald zu gehenden Freiheitskrieg in Italien, von Seite der Bürger und Garde veranlaßt, eingeladen sei. Die Messe findet den 19. d. M. 9 Uhr Morgens statt. Gestern wurde heute Abends der Mannergesangsverein einen Fackelzug von Penzing nach Schönbrunn veranstalten, wozu ebenfalls der Versammlung eingeladen sei. Darauf erstattete der Kriegsminister auf eine Anfrage des Abgeordneten Zimmer, daß vom Reichskriegsministerium allerdings an Oesterreich die Aufforderung ergangen für den Krieg in Schleswig-Holstein ein Contingent von 8000 Mann zu stellen, daß aber, seinem nach Ankunft des Reichsvorwesers die begonnene Rücksicht auf eine baldige Beendigung des Kampfes verbunden sei, ein Gegenbefehl in Bezug auf die Absendung jener Truppenabtheilung ergangen sei. Bei dieser Gelegenheit berichtigte Graf Latour auch einige seyhere Angaben über einen von einem Abgeordneten nächtlich erwähnten Vorfall in Sermidba. Feldmarschalllieutenant Welden habe zum Behuf seines Uebergangs über den Po jenen Ort aufgefordert, sich zu ergeben; die Einwohner ließen angeblich eine kleine Abtheilung einrücken; als dieß aber nicht gelingt war, habe er die Häuser als offen bezeichnet; deßhalb ward dieser Ort in Brand gesteckt. Nach Bologna sei General Welden nur dann gezogen, als eine Abtheilung von 14,000 Croaten ihm bei weitem kleinern österreichischen Heerhaufen angegriffen und von diesem geworfen sich nach Bologna geworfen. General Welden habe mit dieser Stadt ein Uebereinkommen getroffen, nach welchem in ihren Mauern Croaten einquartirt werden dürfe u. s. w. Nachdem diese Kapitulation geschlossen gewesen, habe Welden den Befehl erhalten die Legationen zu verlassen. Im Vertrauen auf jene Kapitulation hätten aber einige österreichische Offiziere und Soldaten die Stadt besucht; sie seien daselbst meuchlings ermordet worden, worauf General Pergias die Stadt Bologna vor seinem Abzug habe beschießen lassen. In Folge auf den Tod des Mörders gab Graf Latour auf eine wiederholte Anfrage die Aufklärung, daß der Marsch nach Modena aus militärischen Rücksichten nothwendig gewesen, und daß der Herzog überall von dem Landvolk mit Jubel empfangen worden sei. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Löhner in Bezug auf den Stand der Kriegsuntersuchung gegen den Grafen Zichy, und ob gegen den ehemaligen Civil-Gouverneur von Venedig, Grafen Palffy, den Verfahren eingeleitet werden soll, antwortete Graf Latour, daß die wichtigste Zeugenaussage in dem Prozeß Zichy's, nämlich die des Vicedirektals Maestri, erst vor einigen Tagen habe eroden werden können. Hr. Br. Wolf bemerkte: obwohl die Uebergabe von Venedig unter dem vorigen Ministerium und der jetzige Regierung dem noch nothwendig gefunden, auch gegen den Grafen Palffy ein Verfahren einzuleiten. — Morgen erwartet man die Rückkehr des Ministers des Aeußern, Frhrn. v. Wessenberg, welcher diesmal in der Staatslanzlei, der ehemaligen Wohnung des Fürsten Metternich, absteigen wird. — Heute Nachmittags um 3 Uhr wird der Reichstag eröffnet und eine Adresse an die Linke des Frankfurter Parlamente zu beantragen, welche von allen Demokraten Wiens, nach Spatte's Ansicht der einzigen Stadt, welche noch berufen sei, das Schicksal der europäischen Demokratie zu retten (!), unterzeichnet werden solle. Bei diesem Anlasse ließ man auch Becker hoch leben. — Gestern erfolgte die Verhaftung der Redakteure des Studentenblattes Wiener Zeitung, Adolf Fisch, so wie des Studenten Blumberg, Redakteur des eingegangenen Blattes „der Ohnepolz". Das Preßgericht hatte selbe vorfüge, da die Herren die geforderte Caution nicht leisten konnten oder wollten. Plötzlich sammelte sich eine sehr bedeutende Volksmenge vor dem Gefängniß, die lebhaft deren Befreiung forderte. Die Nationalgarde wurde aufgeboten, allein diese Vorsicht war nicht vonnöthen, da inzwischen Freunde die erforderlichen Kautionssumme geschafft hatten, um die inzwischen jungen Leute zu befreien. (W. B.)

△ **Botzen**, 17. August. Der Tonal ist frei und unsere Truppen haben bereits auch Ponte di legno besetzt. Auf den Tonal prangt nun der deutsche Grenzpfahl mit den schwarzgelbgoldnen Farben. Tonal wurde von unsern trefflichen Tyroler-Schützen und Artheilung der Kaiserjäger und des Regiments Großherzog von Baden unter Hauptmann Bonn mit dem Bayonett am 12. bei Tagesanbruch genommen. Waffen, Gepäcke und Kriegsgeräthe aller Art in großer Menge mußte der hastig fliehende Feind im Stiche lassen. Ponte di Legno, das unmittelbar darnach besetzt wurde, hatte durch eine Deputation, an deren Spitze der vorigen Pfarrer stand, um Gnade gebeten. Die Deputation bestenerte, die Einwohner von Ponte di Legno hätten nicht gegen die deutsche Regierung gehen, außer gezwungen, und sie betrachten die einrückenden kaiserlichen Truppen als ihre Befreier. Sie hatten eben noch dem Feinde ein Zwangsanlehen von 5000 Zwanzigern binnen einer Stunde bezahlen sollen, von dem sie nun auch befreit sind. Der Feind floh nach Vezza und dem Vallatin zu mit Zurücklassung einer Kompagnie Depot, einer Anzahl Waffen und von 14 Kisten mit Munition in Ponte di Legno. Außerdem verlor er 4 Todten und einige Gefangene. In der ganzen Gegend gibt sich unter der Bevölkerung der lebhafteste Jubel über die Befreiung von den fremden Drängern aus.

die große Anhänglichkeit an Oesterreich fand. Die deutsche Grenze ist somit wieder völlig frei. Nur dürfte vielleicht bei uns den Wunsch äußern, daß beim Friedensschlusse Rocco d'Aso in Judikarien, Nicoli im Eschthale, Primolano und die Festung Caorle im Bassagana, und Cadore im Kimpezzanerthale zu Tyrol geschlagen, auch dasselbe auch für die Kriegskosten, die es getragen, entschädigt werde. Die detachirten Besitzungen des lombardischen Grafen Castelbarco sind auf Verlangen des Feldzeugmeister Graf Nugent sofort zurückgegeben worden. Ein am 11. mit großer Tapferkeit von unsern Schützen unter Hauptmann v. Halloy gemachter Versuch, sich auch der Serbianovs-Höhe am Stilfser Joch zu bemächtigen, und dem Feinde die Absperrung seines Geschütz-Nachschub zu machen, scheiterte an der Ueberzahl und günstigen Stellung desselben. Bei dieser Gelegenheit hatte die Besatzung-Kompagnie eine geringe Haubitze bis auf eine kurze Strecke von dem höchsten Punkt des 10,000 Fuß hohen Berges gebracht, ein nur Tyrolern mögliches Unternehmen. Wir hatten bei dem 6 stündigen Gef. che 6 Verwundete, der Feind dagegen an 30 Todte, die unter den wohlgezielten Kugeln unserer Schützen fielen.

Oesterreichische Monarchie.

⊙ **Verona**, 16. August. Unsere Truppen sind vorgestern, ohne einen Schuß zu thun, in Brescia eingerückt, wo sie mit großen Freuden und Wohlhabenden zuvor die Flucht ergriffen hatten. Die zurückgebliebenen Einwohner empfingen die Einrückenden mit Jubel. F. M. L. d'Aspre befahl sogleich Entwaffnung aller Einwohner, Auflösung der Civica (Bürgergarde) und forderte die Flüchtlinge zur Rückkehr binnen 14 Tagen auf unterer Androhung der gesetzlichen Strafen, wie dies auch zu Mailand schon geschehen ist. Brescia ist nun auch offenbar auch schon wieder besetzt, da die Posten von dort weiter regelmäßig ankommen. Heute erwarten wir 2000 Steyerer Scharfschützen; 15 andere Bataillone und 4 Geschützbatterien sind schon auf dem Marsche nach Italien, und weitere Verstärkungen unseres Heeres sind vom Kriegsministerium zugesagt, so daß dasselbe auf einen imposanten Stand gebracht wird, was auf die Friedens-Unterhandlungen nicht ohne Einfluß bleiben kann. Der pensionirte F. M. L. Baron Rougier und der F. M. L. Rivaira, so wie andere Offiziere aus italienischen Regimentern, sind wegen des Verrathe, dessen sie sich durch Theilnahme an der Rebellion schuldig gemacht, vor ein Kriegsgericht gestellt worden.

Pesth, 14. Aug. Die Nachricht von einer Niederlage der Raizen bei Perlasz scheint sich nicht zu bestätigen, im Gegentheil mußelt man dagegen, der ungarische Säbel habe eine gewaltige Scharte erhalten. Bestätigt ist es jedenfalls, daß die heutige Nummer des ungarischen Regierungsblattes seine Spalte über die im Repelem mit so großem Buchstabenaufwand verkündete Perlasper-Schlacht mittheilt. (W. Z.)

Italien.

Turin, 10. August. General Romarino ist zum Generallieutenant ernannt worden und wird unverzüglich den Oberbefehl über alle Streitkräfte der Reserve und der Freiwilligen übernehmen. (Bas. Z.)

Modena. Der Herzog Franz V. ist am 10. d. wieder in seine herzogliche Residenz eingezogen, nachdem er unterm 8. d. von Mantua aus eine Proklamation erlassen hatte, in welcher er anzeigte, daß er nach der Stimme seines Herzens und der Pflicht sich wieder seinen geliebten Unterthanen nähere; obschon angern mußte er erfahren wie eine turbulente Minderheit den ehrgeizigen Absichten einer benachbarten Regierung gedient und an der Zerstörung eines naahängigen Staates Theil nahm; er hoffe, daß die große getreu gebliebene Mehrheit nach Kräften zur Herstellung ihres Souverains und der öffentlichen Ordnung beitragen werde, besonders erwarte er daß von den Truppen, welche wider Willen durch die Verhältnisse gezwungen worden, eine Fahne sich zerreiße, der nicht in Ehren würde war. Er ermahnt zu guter Anzahme der kaiserlichen Truppen, die als Freunde und Befreier kommen. — Unverzüglich wolle er sich übrigens mit den Zugeständnissen beschäftigen, die er zu machen genirgt wäre, damit das Land der Institutionen sich erfreuen möge, welche die Zeit erfordert, und welche mit denen der Nachbarstaaten übereinstimmen. (Basl. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, den 10. August. Der „Malmö" ist dem diesmal wieder nach Malmö wegen Havarie an der Maschine gegangen, und dieselbst noch gar nicht hier, wenn gleich bestimmt war, daß er, statt gestern, heute um 12 Uhr abgehen sollte. — Man denkt hier an die Möglichkeit, daß der deutsche Kriegsminister jetzt wohl auch unser Inseland überschwemmen wolle, und sucht dem möglichst durch fernere Sperrungen vorzubeugen, nachdem 3 Fregatten und 1 Dampfschiff zur Elbe-Weser-Jahde-Blockade am 15. August vorläufig bestimmt sind. (H. B.-H.)

Großbritannien.

London, 12. August. Im hiesigen deutschen Krankenhause wurden im vorigen Jahre 461 Kranke verpflegt, 1918 erhielten Pflege außerhalb des Hauses. Statt Hrn. Dr. Freund ist Hr. Dr. Swaine als Oberarzt angestellt. In der unter Vorsitz des Herzogs v. Cambridge am 10. gehaltenen Jahresversammlung des Vereins-Ausschusses wurden die Ausgaben des verflossenen Jahres zu 2372 Pf. St. angegeben. Dagegen betrugen die Einnahmen, Dank dem zahlreich besuchten Bazar, 4100 Pf. St. (Schw. M.)

† London, 15. August. Daß die Lügenschmiede und Neuigkeitsfabrikanten hier nicht minder thätig sind, als anderwärts, beweist die heutige Meldung des „Globe“, die re doch den elektrischen Telegraphen erhalten haben will, daß nemlich Mailand niedergebrannt worden, nicht weniger als 50,000 Personen obdachlos seien. Der Pöbel soll das Feuer an acht Punkten der Stadt zugleich angelegt haben! Der Stimmung hier ist durchweg Oesterreich günstig, und Lord Palmerston wird sich wohl hüten Schritte Frankreichs gegen dasselbe zu unterstützen. Der alte Feldmarschall Radetzky ist der Gegenstand der allgemeinen Bewunderung. (Liberall läßt man den Tapfern Oesterreichs und ihrem heldenmüthigen Führer Gerechtigkeit widerfahren, selbst in Frankreich: nur Verräter des eigenen Vaterlandes, das sie geretet, verfluchen sie. Man weiß es ja, soll man sich's auch noch specielle Bestätigung, solchen namenslosen Lobaus mehr anstaunen oder mehr verachten! Oesterreichs braves Volk wird hoffentlich zeigen, daß es nicht gemeint ist, sich durch eine Handvoll ehr- und vaterlandvergessener Leute noch länger am Gängelbande führen zu lassen.) — Aus Irland nichts Neues von politischer Bedeutung. Die drohende Kartoffelkrankheit beschäftigt dort die Gemüther jetzt mehr als die verunglückte Rebellion.

* London, 16. August. Herr von Beaumont, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der französischen Republik, hatte Audienz bei Ihrer Majestät, um derselben seine Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Seine Vorstellung geschah durch Lord Palmerston. Seit mehreren Tagen ging in Athen das Gerucht, die Charistien hätten eine Art Revolution vor. Als am 14. ein Courbote durch Benutzung seiner Ginge, erhielt er nach einem Hagel von 50 Schüssen Einlaß und fiel todt nieder. Mehrere bewaffneten Individuen einen Schuß mitten in die Brust. Die Truppen, welche in der Eile herbeikamen, machten 22 Gefangene und nahmen eine Menge Waffen. Pieken und Dolche weg. Die Charistien, welche nach ihrer Zerstreuung nach Nyde gezangen waren, machten in Dukinfield-Lodge Halt. Hier waren auf der Esplanade einige kleine Kanonen aufgefahrt. Die Charistien nahmen eine davon mit sich, da sie darüber aber nicht Verbringen konnte, so ließen sie sie in einiger Entfernung wieder zurück — Man glaubt, daß diese Ruhestörung Folge der Verhaftung des Hrn. M'Donnie gewesen sei. — „Daily News“ berichtet, daß General Taylor als Candidat für die Präsidentschaft der V. Staaten auftreten wird.

Nachschrift.

Bayern. — * München, 21. August. Diesen Morgen erschien hier ein anonymer Maueranschlag, durch welchen „mehrere Bürger München“, wie die Bersasser sagen, „im Namen des ganzen bayerischen Volkes“ sämmtliche hier anwesende Staatsbürger, d. h. also die ganze männliche Bevölkerung auffordern, sich heute im Rathhaussaale zu versammeln, um sich zu berathen und dann zu überzeugen, ob sich der ganze Hausschwindel noch hier in der Residenz (Schaglommen) befinde, und falls Jemand nicht abgeht, da derselbe ausgerauft oder schon weggebracht sein solle.“ Wir möchten doch vorerst fragen, ob einem oder einigen Namenlosen die Befugniß zusteht, „im Namen des ganzen bayerischen Volkes zu sprechen, das ihnen jedenfalls kein Mandat dazu ertheilt hat. Das bayerische Volk hat für alle Wünsche, die es hegt, für alle Anschläge, die es von der Regierung zu erlangen wünscht, gesetzliche Organe, und durch diese alle gesetzlichen Mittel und Wege, sie zu erlangen, ohne erst zu anonymen Aufforderungen seine Zuflucht nehmen zu müssen. Darüber kann am allerwenigsten unter den ehrenwerthen Bürgern von München ein Zweifel obwalten. Was nun den speziellen Punkt anlangt, welcher Anlaß zu jenem anonymen Maueranschlag gegeben hat, so wird die einfache Darlegung des Sachverhaltes am besten zeigen, wie man auf der Seite der Wühlas selbst die einfachsten Dinge zu entstellen benutzt ist, um unter den Bürgern Mißtrauen und Zwietracht zu erregen, und dann, wenn dieß gelungen, weiter für seine Pläne zu wirken. Als in diesem Frühjahr die Kriegsgefahr von Außen das Vaterland zu bedrohen schien, wurden, wie in früheren ähnlichen Fällen immer geschehen war, polizeiliche Vorsichtsmaßregeln getroffen, um den Hausschwindel unschädlich zu machen. Der unterbringen zu können, der bei einem etwaigen feindlichen Einfalle mehr Sicherheit böte als München die offene Stadt. Schon früher war derselbe bei gleichen Anlässen, einmal in die Schweiz, ein andermal nach der Festung Königstein in Sachsen in Sicherheit gebracht worden. Der Hausschwindel wurde daher auch diesmal vorzüglich in Listen verzeichnet, in welchen er heute noch, da der Kriegsfall nicht eintrat, in der königlichen Residenz sich befindet. Die Widerrausspackung, welche wenigstens 14 Tage in Anspruch nimmt, konnte bisher noch nicht vorgenommen werden, da an dem bisherigen Lokale seiner Aufbewahrung verschiedene Veränderungen als nothwendig erkannt, Bauten zu diesem Ende vorgenommen waren, nach deren Beendigung erst jetzt die Wiederaufpackung vorgenommen waren, nach deren Beendigung erst jetzt die Wiederaufpackung geschehen kann, so daß in etwa 14 Tagen derselbe wieder zur Besichtigung dem Publikum offen stehen dürfte. Wir fragen nun, ob in All dem auch nur der entfernteste Grund zu Anregung solch böswilligen Verdachts, wie er sich in dem namenlosen Rufzeile ausspricht, und zu der dadurch offenbar bezweckten, zum Theil erreichten Aufregung der Gemüther gefunden werden kann? Aber was kümmern sich freilich die Wühler um Gründe? Jeder Vorwand ist ihnen recht, wenn sie nur ihre Zwecke dadurch zu befördern glauben. Auf offenem Wege sind ihre Bestrebungen bisher an dem gesunden Sinn der Bürger Münchens gescheitert; daher versuchen sie es jetzt mit Schleichwegen. Die Bürger Münchens haben zu klare Einsicht, um nicht die Falle zu sehen, die man ihnen legt, und zu erkennen, daß man sie durch Täuschungen zu hintergehen, zu unbewußten Werkzeugen für Untergrabung der gesetzlichen Ordnung zu machen sucht. Ihr so oft bewiesenes Festhalten daran, das ihnen die Achtung von ganz Deutschland gewonnen hat, wird auch diesmal sich bewähren.

In demselben Betreffe ist so eben auch folgende Bekanntmachung erschienen und überall angeschlagen worden: „Bekanntmachung. Durch höhere Entschließung vom Heutigen sind wir zu der Erklärung ermächtiget, daß das wegen Entfernung des Hausschwindels verbreitete und durch öffentliche Anschläge an unterstigte Gerücht vollkommen grundlos sei, und die Versicherung gegeben werden könne, daß der Schatz unberührt und in seinem ganzen früheren Bestande vorhanden sei. Der Magistrat vertraut zu den guten Gesinnungen der Bürger- und Einwohnerschaft der Stadt München, solchen Anstrengungen kein Gehör zu geben. München, den 21. August 1848. Magistrat der k. Haupt- und Residenzstadt München. Burgermeister: Ritter v. Wagner. Lachmann, Sekretär.“

Kiel, 15. August. Heute ist die konstituirende Versammlung für Schleswig-Holstein hier feierlich eröffnet worden. Die Mitglieder der provisorischen Regierung waren anwesend, und der Präsident Beseler erließ zuerst eine Anrede, welche im allgemeinen die große Aufgabe der Versammlung und die einschlagenden Punkte berührte. Es ward dann unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten zur Wahl des Präsidenten geschritten, und im zweiten Wahlgange zur Wahl des Präsidenten geschritten, und der Advokat Burgun, der frühere Präsident der Versammlung, erhielt die überwiegende Majorität; der Professor F. Olshausen, Bruder des Regierungsmitglieds, ward zum Vizepräsidenten ernannt. (A. Z.)

△ Mexiko, 2. August. Wir haben Nachrichten aus Mexiko bis 14. Juli. Die Regierung Herrera's hielt sich. Alle amerikanischen Truppen haben das mexikanische Gebiet verlassen, und der mexikanische Zollkrieg ist wieder in Kraft getreten. In der Nähe von Guaymas sind in zwischen den Regierungstruppen unter Buschmeute und den Rebellen unter dem Pater Jarauta zu einem Zusammenstoß gekommen, ohne daß es zu einer Entscheidung kam. Das Wetter ist bei uns selbst sortwährend der Bodenerzeugnissen ausserordentlich günstig, Baumwolle mit ingegriffen.

Vermischte Nachrichten.

Die Linke. In der „Breslauer Zeitung“ bekennen sich nachstehende, an die Linke gerichtete Zeilen:

Freund, Du bist links. Du gehest tere.
Das galt als Warnung sonst und Schmach.
Doch im politischen Getriebe
Liegt man gerade in der Linken nach. —
Man drängt das Zentrum nach der Linken,
Man jubelt, wenn die Linke siegt,
Und möchte alle Rechte stehen.
Es bleibt die Linke doch verdammt! —
Nie soll hinfort die Rechte wissen
Das Böse, was die Linke thut.
Man lehrt als Pflicht es dem Gewissen
Die Rechte dassen die — sie thut. —
Wie wird es dort sein, wenn die Hausen
Der Herr zur Rechten — Linken stellt?
Die Linke wird sich nicht verlausen,
Da sie schon hier den Platz gewählt!

Bayerische Eisenbahnen.

(Eisenbahnen.) Der Beirath der pfälzischen Ludwigseisenbahn hat im Monat Juni folgende Hauptergebnisse geliefert:

		Stationen.	Personenzahl.	Taxen.
1) Personenfrequenz:	1. Neudorf	8,190	3,106 fl. 53 kr.	
	2. Hofstch	2,502	439 " 57 "	
	3. Böhl	2,338	311 " 39 "	
	4. Schifferstadt	3,912	524 " 30 "	
	5. Speyer	8,795	2,332 " 6 "	
	6. Weinterheim	1,803	294 " 12 "	
	7. Ludwigshafen	10,638	3,752 " 20 "	
	8. Homburg	2,488	1,255 " 4 "	
	9. Birchwühlhof	912	237 " 48 "	
	10. Landhof	2,237	613 " 39 "	
	11. Kaiserslautern	3,315	1,428 " 18 "	
		47,130	14,296 " 23 "	

2) Unterwegs erhobene Fahrtaxen 269 fl. 39 kr.; 3) Gepäcktaxen 367 fl. 29 kr.; 4) Lagergebühren 5 fl. 3 kr.; 5) Equipagentransportlaxen 24 fl. 48 kr.; 6) Viehtransportlaxen 100 fl. 27 kr.; 7) Güterfrequenzlaxen (für 4,603 Ztr.) 1,231 fl. 23 kr. Auf den Zug trifft durchschnittlich für die östliche Strecke eine Frequenz von 1,232 Personen, und eine Einnahme von 367 fl. 23½ kr. Für die westliche Strecke durchschnittlich eine Frequenz von 298 Personen, und eine Einnahme von 125 fl. 30½ kr. — Auf beide Bahnstrecken treffen täglich eine Frequenz von 1,530 Personen und eine Einnahme von 503 fl. 53½ kr. Die Gesammtsumme der Einnahmen beider Strecken beträgt 15,495 fl. 11 kr.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Ihr. Wolf'schen Buchdruckerei.

So eben kommt uns die folgende **Erklärung** zur Veröffentlichung zu:

Mit Bezugnahme auf die seit einiger Zeit verbreiteten Gerüchte, zur Wahrung ihrer eigenen dienstlichen Ehre, und zur Beruhigung aller Wohlgesinnten erklären die Unterzeichneten hiemit, daß sich der Hausschatz ganz und unversehrt in allen seinen Theilen hier in der k. Residenz aufbewahrt befindet, und sie mit ihrer Dienstpflicht hiefür einstehen und haften.

München, den 22. August 1848.

Königlicher Oberhofmeisterstab:

Graf v. Sandizell, Obersthofmeister.

Frhr. v. Gumppenberg, k. Schatzmeister. **C. Weichselbaumer**, Stabsrath.

An die Bürger Münchens.

* München, 21. August. Die Ruhe der Hauptstadt ist abermals gestört worden, abermals die Rathswürdigkeit eingetreten, durch bewaffnete Macht der gestörten Ordnung wieder Geltung zu verschaffen.

In einem von Niemand unterzeichneten Maueranschlag wurde im Namen des bayerischen Volks eine Versammlung auf das Rathhaus berufen, um über das Bestehen des Hausschatzes sich Gewißheit zu verschaffen.

Trotz der amtlichen Versicherung, daß diese Gewißheit bestehe, trotz des Schlusses des Rathhaus-Saales, welchen die städtische Behörde einer formlos berufenen Versammlung nicht zu öffnen hatte, wurde der Versicherung kein Glauben geschenkt, der Schluß des Saales nicht geachtet, und nach erbrochener Thüre die Versammlung gehalten. — Ein solcher alle Gesetzlichkeit höhnender Zu- und Auf kann und darf nicht länger geduldet, es muß ihm mit allem Nachdruck begegnet, es muß Militärmacht aufgeboten werden, um eines Theils die bedrohte Ordnung zu handhaben, andern-theils die Schatzkammer vor böswilligem Ueberfall zu schützen. Die Ruhe wird hiedurch wiederhergestellt und mit all-r Kraft gehandhabt werden. Aber mit Recht fragt jeder Unbefangene den besseren Theil der Bevölkerung, insbesondere den gesinnungsten Kern der Münchener Bürgerschaft, wie lange dieses Treiben noch geduldet, wie lange es noch zugesehen werden will, daß einige unberufene Wortführer fort und fort die öffentliche Stimmung zu trüben, fort und fort die Ruhe zu stören die Mittel und thätigen Besitzand finden sollen.

Mit Recht fragt man, ob die Bürger Münchens, statt sich entweder selbst bei solchem Treib n zu beteiligen, oder unthätig dasselbe gewähren zu lassen, nicht endlich zu der Ueberzeugung kommen sollen, daß jene Spötter und Schreiber, und noch mehr die hinter ihnen stehen, nicht etwa dem Volke zum Vollgenuß seiner Rechte zu verhelfen bestrebt sind, vielmehr ihre Beseitigung nur darin finden und gefunden haben, neue Unruhe zu erzeugen, den Boden immer mehr zu unterwühlen, die Unruhe zu nähren und nur Parteiwesen zu ziehen.

Mit Recht fragt endlich jeder Unbefangene, welche Folgen solches Treiben haben wird und muß, und die Antwort kann für ihn nur dahin ausfallen, daß unter solchen Bewegungen der gelähmte Verkehr sich nicht beleben kann, und daß unsere bisher mit Recht wegen ihrer Haltung geachtete Hauptstadt am Ende auch zum Herde jener anarchischen Bestrebungen herabsinken müßte, denen — noch liegen wir die Zuversicht — der bessere und weitaus größere Theil der Einwohner fremd ist, und die schon so viel Unheil im deutschen Vaterland zu Tag gebracht haben.

Jeder Bürger hat in seiner Gemeindebehörde, jede Gesellschaft in ihren Vertretern ihre gesetzlichen Stimmführer; in der unter den Augen und mit Billigung der Staatsgewalt ins Leben gerufenen Vereinen hat Jeder der Freiheit und Ordnung ist jedem Mitglieder Gelegenheit gegeben, seine Beschwerden auszusprechen, — in den Kammern findet das ganze Land sein Organ für jedwede Beschwerde.

Das Associations- und Petitionsrecht, wenn es auch gesetzlich noch nicht geregelt ist, findet nirgends bei der Behörde Widerstand, wenn es die gesetzliche Bahn nicht verläßt, wo es der Anarchie und Zügellosigkeit nicht das Wort redet.

Die Staatsregierung wird sicherlich vor diesen Organen nicht zurücktreten, sie wird und kann ihnen Rede stehen für Alles, was geschehen, sie kann dieß in dem ruhigen Bewußtsein, das Beste des Landes zu wollen und zu erstreben, und ihrer wahrlich nicht leichten Pflicht mit Treue und Hingebung zu leben.

Aber mit voller Entschiedenheit, mit allem Nachdruck wird und muß dem Zufluß ein ernstes Ziel gesetzt werden, wie er sich gestalten zu wollen scheint. Die Gemeindebehörde, die gesetzlichen Vertreter der Stadt, die Wehrmänner aller Corps und alle Gutdenkenden werden sich dringend aufgefordert fühlen, dahin mitzuwirken, daß Vertrauen und Ordnung wiederkehren, und Diejenigen, die dem Staate und seinen gesetzlichen Vertretern für Ruhe und Ordnung bisher sind, nicht gezwungen werden mögen, dieser ihrer heiligen Pflicht nöthigenfalls mit der Gewalt der Waffen Nachdruck zu geben, wo der gesunde Sinn und selbst das eigene wohlverstandene Interesse jeden Einzelnen überzeugen sollte, daß Gesetzlichkeit und Ordnung hergestellt werden müsse, wo Bürgerglück und wahre Freiheit heimisch sein und bleiben sollen.

Deutsche Reichsversammlung.

Wir tragen heute noch über die Sitzung vom 18. August (nach dem Bericht der Karlsr. Ztg.) einiges Ausführlichere nach. Verschiedene Abgeordnete zeigen ihren Austritt aus der Versammlung an; darunter Schwella, welcher Mitglied der österreichischen Versammlung ist, Jaup aus Darmstadt, und Kirchgeß aus Hanau. Hierauf Verlesung von Beiträgen für die deutsche Flotte. Mute weist sein Bereich über einen Gesetzentwurf in Betreff der Verantwortlichkeit der Reichsminister vor; ein Gleiches geschieht von Rödinger in Bezug auf die alten westphälischen Staatsschulden. Tagesordnung: Berathung des §. 9 der Grundrechte; es lautet derselbe nach dem Antrage: „Das Briefgeheimniß ist gewährleistet. Die bei Strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf nur auf Grund eines richterlichen Befehls vorgenommen werden." Verschiedene Abänderungsanträge gehen dahin, diese Unverletzlichkeit aufrechtzuhalten, aber die nöthigen Ausnahmen von einem Reichsgesetze abhängig zu machen, aber statt Briefgeheimniß den Ausdruck Postgeheimniß zu gebrauchen. Cuprim aus Kurhessen verbreitet sich zuerst in etwas ausführlicher Weise über den Gegenstand, und sucht gelegentlich die Tabellosigkeit der Thurn- und Taxisschen Postverwaltung in dieser Beziehung hervorzuheben. Rieser aus Homburg weist darauf hin, daß es sich hier vor Allem um Sicherstellung des Publikums gegen Uebergriffe der Postverwaltung als einer Staatsanstalt handle, alle übrigen Fälle der Erbrechung eines Briefes durch Privatpersonen richterliche Beamte ꝛc. aber ganz ganz anderer Natur, und der Sondergesetzgebung der Einzelstaaten zu überlassen seien. Es sei darum die Fassung: „das Postgeheimniß ist unverletzlich" vorzuziehen. Eisenstuck spricht gegen alle und jede Ausnahme, selbst bei Briefen notorischer Verbrecher. Nerreter aus Frankfurt in Deutschpolen will gleichfalls von Ausnahmen Nichts wissen; er verlangt ein Gesetz, welches das Briefgeheimniß hergestellt „festnagle, daß es durch keine spätere Versammlung je mehr beeinträchtigt werden könne." Wiesner aus Wien spricht in ähnlicher Weise, wirft aber durch den allgemeinen Ruf nach „Schutz," dem gewöhnlichen Mittel, wodurch die Versammlung zweifelos aber absolvanne Verhandlungen zu einem Ende bringt, zum Rückzuge von der Rednerbühne veranlaßt. Bei der Abstimmung wird blos der erste und dritte Satz des Ausschußantrags angenommen, der mittlere dagegen verworfen. Bei dieser Abstimmung treten die drei großen Parteien, in welche die Versammlung zerfällt, in ziemlich deutlicher Weise hervor. Die linke stimmt gegen jede Ausnahme, welche das Briefgeheimniß erleiden soll; die Mitte und die Rechte wollen diese Ausnahmen gesetzlich festgestellt wissen (die Mitte durch ein Reichsgesetz, die Rechte aber durch die Gesetzgebung der Einzelstaaten); beide fallen aber mit ihren Anschten durch, weil die Linke sich ernstlich mit der Mitte gegen die Rechte, und dann mit der Rechten gegen die Mitte erhebt, und somit die Ausschußgesetzt weder für die eine noch den andern Theil eine Mehrheit möglich wird. Bei Absatz 3 lassen dagegen die Rechte und die Mitte ihre zwiespältige Anschauungsweise bei Seite, und setzen denselben mit $^2/_3$ der Stimmen durch. Die Versammlung geht nun zur Berathung des §. 10 der Grundrechte über. Dieser Paragraph lautet: „Jeder Deutsche hat das Recht, durch Worte und Schrift seine Meinung frei zu äußern. Die Preßfreiheit darf weder durch Zensur, noch durch Konzessionen oder Sicherheitsstellungen beschränkt werden. Ueber Preßvergehen wird durch Schwurgerichte geurtheilt." Mittermaier ergreift das Wort, verlangt zur Berathung aller Preßvergehen eine „Reichs-Preß-Prozeß-Gesetzgebung," und verwahrt sich sodann noch insbesondere dagegen, daß in

der Preßjury in die Staatsdiener sitzen, auch in ein solcher an der Erwählung der Preßgeschwornen Antheil nehmen dürfe. Rheinwald fordert hierüber nicht nur für Rede und Schrift, sondern auch für die in neuester Zeit so schwunghaft betriebene Fabrikation von Spott- und Zerrbildern. Berichterstatter über diesen in der öffentlichen Meinung wohl längst zur vollständigen Reife gediehenen Gegenstand ist Beseler. Als Zwischenakt während der Berhandlung fragt Wesendonck bei dem Präsidenten an, was aus seiner Eingabe an den Minister des Auswärtigen bezüglich der Heraushebung der Zustandsregierung deutscher Akten durch die französische Regierung geworden sei. Schmerling befindet sich nicht gegenwärtig. England habe, bemerkt Wesendonck, die Auslieferung der bei dem letzten Aufstande in Paris festgenommenen Aufrührer gleichfalls verlangt. (Das Ergebniß der Abstimmung haben wir bereits mitgetheilt.) Vogt verlangt, daß das neu zu fertigende Reichs-Preßgesetz unverzüglich dem betreffenden Ausschuß in Arbeit gegeben werde. Angenommen.

Ergebnisse des Gewerbe-Kongresses.

Frankfurt, 17. August. In der heutigen Sitzung des Gewerbekongresses wurde ein Anhang zur Gewerbeordnung berathen und angenommen, in welchem die Hilfsmittel zur Hebung des Gewerbestandes aufgezählt werden; dieser Anhang lautet: (Mittel zur Hebung des deutschen Handwerkes und Gewerbefleißes.) 1) Schutzzölle für deutsche Industrie auf alle ausländischen Gewerbeerzeugnisse, die auch im deutschen Vaterlande angefertigt werden; alle Zollsätze sollen beweglich und so eingerichtet sein, daß die ausländischen Fabrikate bis auf einen kleinen dem Inlande zum Muster dienenden Theil ausgeschlossen werden. Die Einführung neuer und die Abschaffung vorhandener Zölle soll allmählig erfolgen und voraus bekannt gemacht werden. 2) Ausfuhrzölle für Rohstoffe, welche unentbehrliche Bedingung der Existenz sind, so für Getreide aller Art, für Schlachtvieh und Holz, jedoch mit der besonderen Bestimmung, daß für Getreide und Schlachtvieh die freie Ausfuhr erlaubt wird, sobald der Preis unter den Normaldurchschnittspreis sinkt. 3) Rückzölle und Prämien bei Ausfuhr deutscher Industrieerzeugnisse. 4) Freie Einfuhr solcher Rohstoffe, welche für deutsche Industrie im Lande nicht hinlänglich oder gar nicht erzeugt werden. 5) Handelsverträge mit dem Auslande und Aufnahme übereinstimmender Grundsätze für deutsche Gewerbeerzeugnisse. 6) Einführung einer progressiven Einkommen- und Vermögenssteuer, Aufhebung einer gerechten Ungleichung zwischen Kapital und Arbeit 7) Errichtung von Staatsbanken, Hülfskassen für Handwerke und Gewerbe, sowie gleiche Kredit- und Konkursgesetze für alle Stände in ganz Deutschland. 8) Gründliche Verbesserung aller Schulen und namentlich deutscher Unterricht in denselben, so wie Erhebung der Volksschulen zu allgemeinen Bildungsanstalten für alle Glieder der bürgerlichen Gesellschaft, damit Kunst und Wissenschaft ein Gemeingut für das Volk werden und nicht ferner ein Vorrecht des Reichthums bleiben. 9) Gründung zweckmäßig eingerichteter Handwerks- und Gewerbeschulen, sowie höherer polytechnischer Lehranstalten, in denen der Unterricht nicht bloß durch theoretische, sondern auch durch praktisch gebildete Lehrer ertheilt wird. 10) Gleiches Reichs-Maß-, Münz- und Gewichts-System mit Einziehung der verschiedenen kursirenden Münzen und Herabsetzung derselben auf ihren inneren Werth. 11) Verwendung der Strafkräfte der Zucht- und Arbeitshäuser zu Urbarmachung unbebauter Landstrecken, damit jene durch ihre Arbeit die Gewerbetreibenden nicht beeinträchtigen. 12) Deportation der zu Kapitalstrafen verurtheilten Verbrecher nach überseeischen Kolonien. 13) Verpflichtung aller Staatsbürger, vor der Begründung einer Familie sich über den Besitz eines je nach Bedürfniß festzustellenden Ehelopitals auszuweisen. (N. K.)

Deutschland.

Preußen. — ⊙ Berlin, 18. August. Die Zahl der bis gestern Mittag an der Cholera Erkrankten bräuset sich auf 69; die der Gestorbenen auf 45. 7 sind genesen, 17 noch in Behandlung. Unter den Gestorbenen befinden sich 4 Soldaten des 9. Regts., deren Erkrankung dem Sterben derselben binnen 4 Stunden folgte. Eine Zeughause zugeschrieben wird, in welchem sich die Pestbeulen auf der Wache befinden. — Man nennt die Stadt Gnesen als den Punkt, wo die Fäden einer neuentdeckten polnischen Verschwörung zusammenlaufen.

Oesterreich. — Wien, 18. Aug. Gestern wurde in einer Abendsitzung der konstituirenden Reichsvorsammlung der bisherige Vizepräsident Strobbach von Prag mit großer Stimmenmehrheit zum Präsidenten erwählt. Strobbach zeichnete sich bisher durch richtige Auffassung, durch große Geschäftskenntniß, durch eine strenge Unparteilichkeit, wie durch rücksichtslose Konsequenz aus. Zu Vizepräsidenten wurden die Herren Hagenauer und Straffer erwählt. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Verona, 17. August. Bergamo ist durch unsere Truppen unter F. M. L. Fürst Schwarzenberg besetzt worden. Der Bischof an der Spitze einer Deputation kam ihnen entgegen, nachdem die Uebergabe zu Gnade und Ungnade erfolgt war. Die Einwohner empfingen sie mit Jubel, nachdem sie schon zuvor etwa 4000 Mann, die darin gestanden waren, meist Studenten von Mailand und Pavia, von jenen Widerstandsgedanken abgebracht hatten. Diese sind nach der Besetzung entwaffnet worden. Nachdem die Piemontesen dem Vertrage gemäß abgezogen waren, warfen die Truppen die Waffen weg. Die Citadelle von Pizzeghitone wurde von dem Kommandanten der Piemontesen mit Allem, was darin war, in die Luft gesprengt. Gegen 400 Menschen, worunter viele gesangene Deutsche, Greise, Kinder, Kinder sind ein Opfer dieser Schandthat geworden, sind Mailand vermehren mit nach Piacenza in Sicherheit gebracht. Alle Kassen und das Kirchensilberzeug und Goldes durch Karl Albert vor seinem Abzug. Er soll die Vorstädte nur haben anzünden lassen, um das Volk zu beschäftigen. Während dessen ließ er die Gesitlichkeit zusammenfangen, und zwang sie zur Auslieferung alles Kirchensilbers. So zog er mit acht schwer beladenen Wagen, Gold und Silber, nebst allen Kassen ab. — Aus Venedig wird gemeldet, daß die Freischaaren mit der Guardia civica 17) die Stadt bis auf den letzten Mann vertheidigen wollen! Wir bezweifeln, ob dieser heroische Entschluß Stand halten wird auf die Länge. Doppo weigert sich, dem Befehle Karl Alberts zu gehorchen. Der Kommandant Oberst Zrntte will von nun an nur den Befehlen des Manini in Venedig gehorchen. Zu ganzen kombardisch-venetianischen Königreiche herrscht vollsommene Ruhe, und die Landleute erklären überall, sest an Oesterreich halten zu wollen.

Italien.

Die Protestation des diplomatischen Corps von Florenz, welche dem General Welden gleich nach der Nachricht von dem Bombardement von Bologna übergeben wurde, lautet wie folgt: „Die Unterzeichneten, beglaubigte Gesandte beim Großherzog von Toskana, dem Wunsche nachgebend, den die bewaffneten Bluterzesse in aufhören zu sehen, bedauern vor Gu. Exzll. die schmerzlichen Gefühle, die sie bei der Nachricht von den Ereignissen empfunden haben, welche seit gestern Bologna mit Blut erfüllen, und bitten Sie, einen Angriff zu beendigen, der eine ganze Bevölkerung in die schrecklichste Angst versetzt und von den Greuen der Humanität und den Grundsätzen der Civilisation grimdbösig wird. Die Unterzeichneten, überzeugt, daß die Gesühle, von denen sie beseelt sind, die Ex. Ex. ergebenst aussprechen, ergreifen diese Gelegenheit, Ihnen die Versicherung ihrer hohen Achtung zu geben." Florenz, 9. Aug. 1848. (Folgen die Unterschriften.) (Basl. Z.)

Schweiz.

— Ueber die Sendung des Hrn. Munzinger nach Tessin, schreibt das Sol. Bl., das wohl unterrichtet sein kann, Folgendes: Auf einen Bericht der Tessiner Regierung vom 10. August hat der Vorort als eidgenössische Kommissarien die Hrn. Landammann Munzinger aus Solothurn und Thalschreiber Kaiser aus Ursern nach Tessin gesandt, mit dem Auftrage, die bortige Regierung in ihren Bestrebungen zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung im Innern, zur Wahrung der Unverletzlichkeit des schweizerischen Gebiets und zu treuer Erfüllung der völkerrechtlichen Pflichten, welche der Eidgenossenschaft gegenüber ihren Nachbarstaaten obliegen, zu unterstützen und zu diesem Ende nach Maßgabe der Umstände die geeigneten Mittel anzuordnen. Hr. Munzinger ist bereits den 13. Aug. halb 2 Uhr Nachts von Solothurn nach Tessin abgegangen. Auf dem betreffenden Bericht der Tessiner Regierung ist nämlich ersichtlich, daß dieselbe Besorgniß hegt, es könnte durch gewagte Unternehmungen von Seite der lombardischen Emigranten, welche sich dort fortwährend mehr anhäufen und im Vertrauen auf Frankreich einer bedenklichen Exaltation hingeben, die neutrale Stellung der Schweiz verletzt werden, was zu verhindern militärische Maßnahmen getroffen werden. Den 10. ist nebst den bereits nachbahrten Rekrutirten das Bataillon Nr. 3 in Dienst gerufen und das Bataillon Nr. 25 aufs Pikt gestellt worden. Eine Nachschrift im gleichen Schreiben meldet, daß die Oesterreicher den 10. Aug., gegen halb 2 Uhr den Grenzposten bei Ponte Chiasso wieder besetzt haben, aber gute Mannszucht halten wollen. Als charakteristisches Merkmal dieses Attentäuds ergeigt sich auch die widerholte Klage der Tessiner Regierung, daß die italienische Emigration so viele Kosten verursachte.

Großbritannien.

* London, 17. August. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses betragte Hr. d'Israeli Lord Palmerston, wie es sich mit der Vermittlung Englands und Frankreichs in Italien verhalte, ob man Oesterreich zwingen werde, einen Theil des durch die Verträge ihm gewährleisteten Gebiets abzutreten? Lord Palmerston erwiderte, England habe sich nur eingemischt auf das Bestangen Oesterreichs selbst, das zu Frankfurt vor acht Tagen und eben erst vorgestern ihre selbst wiederholt worden sei. Ueber das Recht Frankreichs zum Einschreiten in Italien verweigerte er in eine Erklärung sich einzulassen. Auch die englische Politik gegenüber den andern Ländern Europas kam gestern und heute wiederholt zur Sprache und erbaulen Debatte.

London, 17. August. Konsols 85¼. 85. Coup. —. Span. Akt. —. Ispvz. —. Pass. 2 ⅛. Portug. —. Ispvz. —. Ispvz. —. Ispvz. —. Holl. Ispvz. 70¼. 2½. Ispvz. 44 ⅛.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 48.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 9 fl. Halbjährig 4 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Mittwoch den 23. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

Deutsche Reichsversammlung.

A. Frankfurt. 20. Aug. Der Abgeordnete Schoder hat, wie Sie aus öffentlichen Blättern bereits wissen, den Antrag gestellt, die Grundrechte, wenn sie mit Berücksichtigung der eingelaufenen Amendements vom Verfassungsausschusse revidirt werden, ohne Diskussion zur Abstimmung zu bringen. Der Antrag wurde dem Verfassungsausschusse zur Begutachtung zugewiesen, und derselbe hat durch den Abgeordneten v. Soiron als Berichterstatter auf Uebergang zur Tagesordnung angetragen. Die Gründe, die er gegen die Annahme des Schoder'schen Antrags beibringt, sind schlagend; ich führe sie in der Hauptsache an. Einmal würde die Versammlung, welche früher eine doppelte Berathung des Gegenstandes beschlossen hat, durch die Zustimmung zu dem Antrage mit sich selbst in einen Widerspruch kommen, der durch nichts gerechtfertigt ist. Ferner ist die Voraussetzung Schoders unrichtig, als ob es sich bei der Feststellung der Grundrechte blos um die Redaktion allgemein anerkannter Prinzipien handle. Die Anerkennung selbst muß bei vielen erst erstritten werden. Endlich ist es klar durch das Mittel der Detailberathung möglich, dem deutschen Volke die nöthige Belehrung über die Motive und die Tragweite der Bestimmungen in den Grundrechten zu verschaffen, manchem Irrthum und Vorurtheile zu begegnen, und dadurch Irrwarrissen vorzubeugen. Diese Gründe sind so bedeutend, daß die Gegenstände, welche der Briefschreiber in der Beilage Nro. 231 der „Allgemeinen Zeitung" vorbringt, nicht gestatten. — Eben so trägt der Verfassungsausschuß in dem eben Bericht darauf an, daß über den Vorschlag Bischer's, daß die Berathung der Art. III. u. IV. der Grundrechte bis an den Schluß verschoben werde, zur Tagesordnung übergegangen werde. „Wenn die Gefahren, welche den Antragsteller zu seinem Vorschlage bestimmten, in der That zu befürchten wären, so würden sie dadurch vermehrt und erhöht, wenn die Vertreter des Volkes vor denselben scheu zurücktreten wollten. Unterstützt wäre der Zweck die konstitutionellen Streitigkeiten zu vermeiden — daß nicht zu erreichen, weil alle Artikel der Grundrechte einer doppelten Berathung und Abstimmung unterworfen werden sollen." — Es ist kaum zweifelhaft, daß der dritte Vorschlag des Ausschusses in der morgigen Sitzung der Zusammung der National-Versammlung erhalten; es wird daher mit der Berathung der Grundrechte und zwar in der Ordnung des Entwurfs, den der Verfassungs-Ausschuß vorgelegt hat, sofort fortgefahren werden. Die Zahl der Amendements zu Art. III (§. 11 - 16) der Grundrechte, der die Religionsverhältnisse betrifft, ist die jetzt im Verhältniß zu den früheren Paragraphen noch nicht sehr bedeutend; sie beträgt 47, so daß auf jeden Paragraph nur gefähr 7 treffen (zu §. 3 z. B. waren 24 Amendements eingebracht worden). Auch dieser Umstand läßt hoffen, daß die Debatte nicht allzulang verein[illegible] und abkürzen werde, und spricht dafür, den Schoder'schen Ungeduldsantrag zu verwerfen.

Die Vorgänge der letzten Tage in München.

) München, 22. Aug. Es ist gestern Abend noch zu einigen bedauerlichen Konflikten zwischen der gesetzlichen Ordnung der gesetzlichen Ordnung berufenen bewaffneten Macht (der Linie, Landwehr und der Freikorps) auf der einen Seite und einer Anzahl Ruhestörer auf der andern Seite gekommen. Wir haben schon diesen Morgen gemeldet, daß der Rathhaussaal Nachmittags, nach gewaltsamer Sprengung der Thüren durch einen Haufen, der Schauplatz einer tumultuösen Versammlung war, in welcher die Nothwendigkeit der Republik und selbst der „Anarchie" durch ein Individuum gepredigt wurde, das sicherlich kein Bürger von München ist. Ein Polizeikommissär, der zur Ruhe und Ordnung mahnte, wurde zur Entfernung genöthigt und entging mit Noth thätlicher Mißhandlung. Des Abends wurden die Treppen auf alle Weise verhöhnt, mit Steinwürfen begrüßt, mehrere Versuche sie zu verstürzen gescheitert waren an deren Ehrenhaftigkeit und Treue. Ein Hund in der Dienerschaft wurde nur durch rasches Einschreiten vor bereits begonnener Gewaltthat gestützt, endlich soll selbst ein Schuß auf die Soldaten gefallen sein, die man ohnedies schon auf alle Weise gereizt hatte. Da war die Geduld am Ende, und einige der Angreifer hatten ihre Aechtheit mit erhaltenen Verwundungen durch Bajonnetstiche und Kolbenhiebe zu haben. Einer soll durch einen Landwehrmann einen Schuß durch den Leib erhalten haben. Nur mit aller Mühe, aber doch in den meisten Fällen gelang es den Offizieren und den auf dem Platze anwesenden Behörden die Erbitterung der Soldaten im Zaume zu halten, nachdem dieselben stundenlang alle Schmähungen und Verhöhnungen mit einer wahrhaft bewundernswürdigen Mäßigung und Ruhe sich hatten gefallen lassen. Es sind mehrere Verhaftungen, besonders durch die Gemeinde der Landwehr vorgenommen worden. Unter den Bürgern am Schrannenplatze wurde ein Individuum festgenommen, das geschrieen hatte: „Fort mit dem König! wir brauchen keinen König und keinen Kronprinzen mehr!" Auch andere, durchaus anarchische, demagogische Rufe sind verschiedene Male vernommen worden. Kurz der ganze Verlauf der Vorfälle zeigt daß der durchweg anarchischen Charakter der ganzen Bewegung. Die „Anarchie" will man, sie wurde gestern von einem Redner als einziges Heil zum Heil erklärt; darin haben wir nun den Schlüssel zu dem Mißlaut des ruhmvollen Aufrufs von gestern. Wir sind aber überzeugt, daß die Mäßler auch diesmal an dem gesunden Sinne der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Münchener Bürger und Einwohner scheitern werden, trotz aller Hetzereien, die auch jetzt noch unablässig fortdauern. Wie glauben noch eine Thatsache besonders hervorheben zu müssen, welche wir selbst gesehen haben. Fremde Einwirkungen sind neben den einheimischen bei den Aufreizungen thätig. Wir haben gestern Nachmittags schon einen jungen Menschen, den sein Dialekt schon als einen Nichtbayern verrieth, eine Gruppe Rotten haranguiren hören, mit Aeußerungen, wie: „Hecker's Hut ist mehr werth als alle deutsche Fürstenkronen! Wozu brauchen wir Fürsten" u. dgl. m. Zur Anarchie braucht man allerdings keine Fürsten, darin stimmen wir diesem bedrängten Volksaufreizer vollkommen bei. Aber wir müssen verlangen, daß den Bürgern Münchens es dulden, daß man auf solche Weise durch systematischer Aufwiegelei die öffentliche Ruhe, die gesetzliche Ordnung stört, das öffentliche Vertrauen erschüttert, dadurch den ohnedies schon auf Handel, Industrie, Gewerben, Kredit, in Folge der allgemeinen schwankenden politischen Lage Europa's laftenden Druck noch verschwert, allen Verkehr lähme, die ohnedies in diesem Jahre nur seltenen Fremden vollends aus unserer Stadt verscheuche? Werden die Münchener Bürger dulden, daß man unter nichtigen Vorwänden die Gemüther bearbeite, die Grundlagen der sozialen Ordnung erschüttere und die wahre Freiheit, die nur auf der Grundlage des Gesetzes und der Ordnung bestehen kann, unterjoche? Sollen wir uns Zustände erdulden, wie wir sie in Wien und Berlin gesehen haben? Sind die neuesten Ereignisse in Paris nicht ein Mahn- und Warnruf dafür, wohin es führt, wenn schrankenloser Geiz- und Zügellosigkeit freier Lauf gelassen wird? Die Bürger von Paris haben nun mit ihrem Blute ihre unsinnige Saumseligkeit in Wahrung der gesetzlichen Ordnung zu büßen, und sind dahin gekommen, daß sie den Belagerungszustand haben, der ihnen Ruhe gibt! Solches Schicksal hatte statt der Freiheit, weil man nicht den rechten Gebrauch davon zu machen, nicht Maß zu halten, der Zügellosigkeit nicht rechtzeitig Damm zu setzen wußte! Und die Anhoben für den Staat und für Private, namentlich auch durch Unterbrechung und Stockung der Geschäfte, werden auf nicht weniger als 60 Millionen Franks berechnet! Wachen und handeln wir doch weiser, auf daß unserem Vaterlande solche traurige Erfahrungen erspart bleiben. Halten wir fest am Gesetze und durch das Gesetz an der Freiheit: denn nur der Anarchie Vorschub leistet, der arbeitet nur der Reaktion in die Hände und die ehrenwerthen Bürger von München wollen mit uns gewiß die Freiheit, und verwerfen mit uns die Zügellosigkeit jeden so sehr als die Reaktion. —

*) Zum Ausrücken der Landwehr-Freikorps und anderen Freikorps in Masse kam es nicht, da sie erst, wenn Generalmarsch geschlagen worden wäre, wozu die Nothwendigkeit nicht eintrat, zum Ausrücken berufen waren. Nur ein Theil hatte sich freiwillig eingefunden, und nahm an den Verrichtungen für Herstellung der Ordnung den thätigsten und ehrenwerthesten Antheil.

D. R.

München, 22. August. Die erhitterten und dadurch aufreizenden Reden, welche im Rathhaussaale gestern Nachmittags gehalten wurden, mußten jeden, der es mit Freiheit, Gesetz und Ordnung, also mit dem Vaterlande gut meint, wahrhaft empören. Nachdem die zum Schutze des Rathhauses requirirte Landwehrmannschaft zu spät und zu wenig zahlreich erschien, gelang von dem L. Präsidenten anmittelbar an eine Abberufung Linien-Militär die Requisition, den Rathhaussaal räumen zu lassen. Der Polizeikommissär, welcher der Mannschaft beigegeben war, versuchte vorerst allein und in Güte die versammelte Menge zur Räumung des Saales zu vermögen, aber ohne anderen Erfolg, als daß er von der Leidenschaftlichkeit aufgeregten Masse insultirt, persönlich bedroht und gewaltsam durch, unparteiischer Dinge entfernt wurde. Um die Aufregung nicht zu steigern, und die bei einem Zusammentreffen möglichen Unfälle zu ver-

werden, wurde von der militärischen Räumung des Saales Umgang genommen, übrigens, um zu verhüten, daß die Sache nicht noch weiter ausarte, eine ansehnlichere Truppen-Aufstellung vor dem Rathhause und auf dem Schrannenplatze überhaupt, veranstaltet. Inzwischen dauerten in dem Rathhaus-Saale die aufrührerischen Reden fort und andere Massen, die sich unten auf der Straße gesammelt, unterließen nicht die Mannschaft durch Verhöhnung, Steinwürfe u. s. w. zu reizen. Am späten Abend erst konnte sich der Saal und wurde von Abtheilungen der Landwehr und der Freikorps eingenommen, welche neben der Linie Patrouillendienste versahen. Zu einem ernsten Zusammenstoße mit den Tumultuanten ist es nicht gekommen, weil diese überall, wohlgeübte Patrouillen sich zeigten, auseinanderstoben; aber die versammelte Menge geriet sich in ausgelassenen Neckereien, Steinwürfen, Hohngeschrei (auch unsere Schüsse sind von den Fenstern auf die Truppen gerichtet) und rief dadurch mehrere Verhaftungen und ziemlich zahlreiche Verwundungen Einzelner hervor. Ein Mitglied des Landwehrfreikorps, welches kommandirt war, die gefängliche Einbringung eines Menschen zu unternehmen, der aufreizende Reden gegen Se. Maj. den König auf offener Straße gehalten, konnte sich bei der Rückkehr aus dem Polizei-Gebäude nur durch die Flucht in ein Haus der Anzgasse der Bersolgung eines Haufens Uebelgesinnter entziehen, welche sofort einen Angriff auf das Haus unternahmen und als sie am Eindringen durch die Mitinhaber verhindert worden, einen gefahrlosen Moment benutzten, um die Fenster einzuwerfen. Arge Skandale, unzweideutig zusammenhängend mit der kunstlich erzeugten Bewegung, wurden dem Franziskanerbräuer am Max-Josephs-Platze getrieben, wo durch eine militärische Aufstellung der Ruhe wenigstens im Innern des Hauses hergestellt wurde. Bis Mitternacht entleerten sich die Straßen von Tumultuanten und Neugierigen, und gegen 2 Uhr wurden allmälig die militärischen Maßregeln eingestellt. Wie kommen diesem Bericht nicht schließen, ohne die dringende Mahnung beizufügen an alle Wohlgesinnten, an alle Freunde des Gesetzes und der Ordnung, daß sie und die Ihrigen doch der derartigen Vorfällen dem Schauplatz der Unordnungen fern bleiben mögen. Wir verlangen dies von ihrem Patriotismus und im allgemeinen Interesse, weil durch das Zusammenströmen einer übergewöhnlich großen Menschenmenge die Maßregeln der Behörden und der bewaffneten Macht ihr Herstellung der Ordnung, die doch allen guten Burgern am Herzen liegen muß, in ihrem Wollzuge außerordentlich erschwert werden. Wir verlangen dies ferner im eigenen Interesse Aller und jedes Einzelnen, damit sie nicht bei etwaigen Zusammenstößen, mit den wirklich Strafbaren in eine Masse zusammengeworfen, der Möglichkeit ausgesetzt seien, unschuldig Schaden zu nehmen, und eine unzeitige Wegwerfung treffen zu müssen.

„Wir hatten und nicht geirrt in unserem Vertrauen in die klare Einsicht und die Gesinnungstüchtigkeit der braven Burger von München. Sie gaben nicht in die Falle, welche die Wühler ihnen gelegt hatten, sie haben das Neg der Zahlreichen und des Trugs, womit man sie umgarnen zu können meinte, um sie dann zu fangen, durchschaut, und sie werden es zerreißen. Sie wissen, daß sie Ruhe wollen, daß sie Ruhe wollen, daß sie Ruhe haben sollen, wenn einmal ihre Grundpfeiler, die Achtung vor dem Gesetze und die öffentliche Ordnung, zerstort sind. Denselben Muth, dieselbe Entschlossenheit, die sie in Errungung unserer konstitutionellen Freiheiten bewiesen, sie geben ihn nun auch kund in Vertheidigung derselben, denn in der That, was schützen sie anderes als die Freiheit, indem sie sur die öffentliche Ordnung in die Schranken treten? Wie war in diesen schönen unserer Heimath es gestatten, so sprechen es sich auch öffentlich auszusprechen und bethätigt auch, daß „anverkennbar anlautere, von Recht und Freiheit gleich weit entfernte, wahrlich eine Einstimmung" bei den Vorgängen der letzten Tage thatig sind, und daß es positive Bürgerpflicht ist, solchen Bestrebungen allseitig kraftvollst entgegenzuwirken. Wir machen besonders auch auf den Schluß des nachstehenden Aktenstückes aufmerksam, das von den ehrenwerthen „Vorstand des Bürgervereins für Freiheit und Ordnung" ausgegangen, der heute überall verbreitet worden ist. Wir haben zu oft schon in diesen Blatte dem trefflichen, kenngefunden Geiste der Burger und Bewohner Munchens die gebührende Anerkennung und Gerechtigkeit widerfahren lassen, als daß wir uns nicht über diese neue Kundgebung desselben aufrichtig freuen sollten. Wo solch' Geist die Burger beseelt, da ist es unmöglich, daß die Mehrheit sich von einer turbulenten, von Böswilligen und geleiteten Minderheit das Gesetz vorschreiten lasse. Auch wir theilen die in dieser Ansprache niedergelegten Gesinnungen, auch wir rufen mit dem ehrenwerthen Ausschusse unseren Mitburgern zu: „Einer sur Alle, Alle sur Einen, wie sur die Freiheit, so sur ihre mächtigste Stütze — die öffentliche Ordnung!" Folgendes ist die erwähnte Ansprache:

„An die Burger und Bewohner Munchens. Da durch die von dem Minister des Innern der Deputation einer Volksversammlung gestern Abend gegebene mundliche und schriftliche Erklärung, so wie durch den Erlaß des königlichen Oberstpostmeister-Stabes von heute, in Betreff der Schadlammer jede Besorgniß über deren Gefährdung gehoben, somit die Ursache der bisher entstandenen Aufregung weggenommen ist, so erkennt es als die dringende Pflicht Aller, zur Beruhigung der Gemuther nach Kräften beizutragen. Insbesondere wenden wir uns an die Mitglieder unseres Vereins, welcher „Freiheit und Ordnung" zur Richtschnur seiner Handlungen genommen, mit der Kraft des guten Gewissens, die aus der anerzogenen und innerwahrten Verbindung der Volksfreiheit fließt, für die strenge Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung thätig zu sein und den unverkennbar anlauteren, von Recht und Freiheit gleich weit entfernten, wahrlich eines Aufsehens überall nachdrücklich entgegen zu arbeiten. Es ist der Ruhm von Bayern, der Ruhm vornehmlich von München, aus dem Kampfe um die höchsten politischen Güter, zu welchem Deutschland an allen Orten aufgestanden, siegreich, aber Reckenlos hervorgegangen zu sein. Es ist Denen, die Unruhe wollen um jeden Preis, bisher noch nicht gelungen, den Bürgersinn, die Mäßigung, die Festigkeit der Munchner zu übermuthigen. Widmigen! Halten Alle zusammen, auf daß unser Ruhm und mit ihm unsere Wohlfahrt unangetastet bleibe! Lost aus treuverein stehen und schaffen, Einer sur Alle, Alle sur Einen, wie sur die Freiheit, so sur ihre mächtigste Stutze — die öffentliche Ordnung! München, den 22. August 1848. Der Ausschuß des Burger-Vereins sur Freiheit und Ordnung.

Deutschland.

Würtemberg. — Durch königliche Verordnung vom 16. August unterzeichnet „Karl Kronprinz von Würtemberg", und gegengezeichnet von Hrn. Duvernoy, Chef des Departments des Innern, sind die Stände auf den 20. September d. J. zum ordentlichen Landtage zusammenberufen. — Der Staatsrath und Departements-Chef des Kirchen- und Schulwesens v. Pfizer ist auf seine Bitte wegen geschwächter Gesundheit seiner Stelle entboben worden. — Zum Schutz der Burgermehr von Stuttgart brachte am 19. Abends dem Kronprinzen auf seinem Landhause in Berg ein Ständchen. Am Morgen desselben Tages hatte der Kronprinz den nach Schleswig bestimmten Theil der Besatzung von Ludwigsburg gemustert.

Landgrafschaft Hessen. Homburg, 15. August. Dem Gerüchte von einer bevorstehenden Abdankung des Landgrafen in Gunsten des Erbprinzen aus dem Hause Braunfels haben sich Prinz Ferdinand auf die Regierungsnachfolge, welches die „Kölnische Zeitung" mittheilte, wird vom „Frankfurter Journal" als gänzlich ungegründet mit Bestimmtheit widersprochen.

Freie Städte. — Nachrichten aus Hamburg zufolge fand am 17. d. M. von Seite der sieben verbundenen demokratischen Vereine eine gemeinsame Berathung statt, in welcher beschlossen wurde, eine Deputation an den Senat abzuordnen, um an denselben das Begehren um Berantassung von Urwahlen zu einer konstituirenden Versammlung zu stellen. Am folgenden Tage, an dem die Deputation wieder vor den Senat beschieden war, erhielt sie die Antwort, daß der Senat in die begehrten Urwahlen einwilllige, bei denen sowohl seine Mitwirkung als die der erbgesessenen Burgerschaft ferne gehalten werden solle. Die Mittheilung dieser Nachricht wurde von der vor der Tonhalle versammelten Menge mit lautem Jubel aufgenommen. Da sich unter der Deputation auch zwei Israeliten befinden, so stellt man nicht an der Gleichstellung der Bekenner des Mosaismus.

Schleswig-Holstein. Altona, 15. August. Mar v. Gagern soll sich heute ins Hauptquartier begeben haben, welches seit gestern wieder in die Nähe der jutländischen Gränze verlegt worden ist. — Hier liegen jetzt nahe an 2 00 Mann aber mit einer Batterie und sieben Train; morgen wird ein Theil derselben nach Apenbrung abgehen, aber wiederum in voriger Nacht bedeutende Erpresse stattgefunden; unter Anderm soll der Pastillen auf dem Sullberge gänzlich sysolirt sein. Es ist deshalb Minister von Arnsbourg und die Untersuchungsbehörde von Puneberg requirirt worden.

Die Frankfurter Reichstruppen sind am 16. d. unter dem Schall von Arndts deutschem Vaterlandsliede in Flensburg einmarschirt, mit Oldenburgern und Weimaranern vereint. Man spricht davon, daß die ersten gleich allen übrigen in Schleswig-Holstein definitiven deutschen Truppen, Waffenrocke und Helme erhalten sollen.

Kopenhagen, 15. August. Das zu bildende Marinebataillon wird aus 13 Offizieren, 22 Unteroffizieren und 400 Gemeinen bestehen, und noch im Laufe des Sommers oder Herbstes zusammentreten, um acht Wochen lang auf den noch im Bau begriffenen Kanonenboten auf dem Dammschen See Uebungen anzustellen. Der größere Theil des Bataillons soll dann entlassen werden, jedoch ein Stamm von 3 Offizieren, 22 Unteroffizieren und 100 Gemeinen während des Winters in Damm in Garnison verweilt bleiben. Die Stadt Jutland hat bereits erklärt, daß sie für die Unterbringung der Mannschaft nebst Zubehör sorgen werde. Der Kommandeur des Bataillons, Obristlieutenant Schmidt, vom 9. Regiment, ist inzwischen an der Cholera gestorben. Das erste Opfer der Cholera in Damm war ein sonst ganz gesunder junger Mann, welcher nach achtstündigen Leiden todt war. — Die Hauptsollette für den Bau von Kriegsschraggen der dentschen Flotte hat hier 1739 Thlr. 4 Sgr. 9 Pf. ungefährlich. — Sind zum 15. Abends waren bei der hiesigen Sanitätskommission 21 Cholerakranke angemeldet worden, von denen 19 gestorben sind. (Berl. N.)

Posen, 17. August. Einem Gerüchte zufolge, das aber ziemlich unverbürgt bleibt, war vor kurzer Zeit in Kalisch eine Anzahl Polen, die sich einer Verabredung wegen, dort in einem geschlossenen Lokale versammelt hatten, plötzlich von Kosaken überfallen, verhaftet und ohne Weiteres auf den nächstgünstigsten Bibisten in das Zobeltand transportirt worden. Es heißt, daß unter den Verbannten auch 12 Angehörige des Großherzogthums gewesen sein. (Berl. N.)

Oesterreich. Wien, 17. August. Gestern wurde das diplomatische Corps in Schönbrunn von JJ. MM. dem Kaiser und der Kaiserin empfangen. Die Ceremonie war ganz die alte Zeit, mit der sonstigen Ausnahme, daß Hr. de la Cour, so wie Hr. v. Gabriac, sein Sekretär,

nicht in Uniform, sondern im einfachen schwarzen Frack erschienen. Die französische Regierung hat bekanntlich die zu Stande keinen beim Kaiser akkreditirten Agenten, da die französische Republik von der österreichischen Regierung noch nicht förmlich anerkannt ist. Trotzdem wurde Hr. de la Cour zum Empfang eingeladen, und mit großer Bereitwilligkeit haben die kaiserl. Minister die Bedenken, welche der französische Diplomat seines Auftretens am Hofe wegen hegen mußte. Von ganzem Herzen sich den Gesinnungen des diplomatischen Korps über die glückliche Rückkunft des Kaisers anschließend, konnte er nicht ohne weiteres offiziell bei Hofe erscheinen; es hätte sonst leicht das Ansehen haben können, als wolle er die Anerkennung erschleichen, auch sich mit einer noch förmlosen Art stillschweigender Anerkennung begnügen. Es war jedoch unterdessen bekannt geworden, daß die förmliche Anerkennung der französischen Republik im Ministerconseil bereits einstimmig beschlossen sei, und daß man an der Aussertigung der betreffenden Depeschen nur durch die bedauerliche fortwährende Abwesenheit des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten gehindert sei. Alle Bedenken des französischen Geschäftsträgers waren dadurch gehoben — Die besondere Aufmerksamkeit des Kaisers und der Kaiserin für die Repräsentanten Frankreichs schienen einige der anwesenden Diplomaten in einiges Erstaunen zu setzen. Nachdem beide Majestäten mit den beiden französischen Burgen gesprochen, sagte der Kaiser mit Betonung: Vous savez que vous êtes tout à fait reconnu ici maintenant. Der Vorfall ist noch deßwegen interessant, weil er sehen ließ, wie sehr die ausschließenden diplomatischen Negotiationen zweier Großmächte, deren Princip leider so verschieden war. Die Unterdrückung der Juniaufstände in Paris, so wie die ganze Haltung des französischen Kabinets in auswärtigen Angelegenheiten, haben Europa bewiesen, daß die französische Republik durchaus nicht die Rolle des Störefrieds, oder gar der Anarchisten zu übernehmen gedenkt. Frankreich hat weiter nicht gethan, als daß es mit einer zuverlässigen, ja seine wahrhafte Stellung gerechter ist — und nach allem was hier geschieht, scheint es, daß die österreichische Regierung dieß begreift und anerkennt. Es steht daher wohl zu erwarten, daß die begonnenen Unterhandlungen wegen Italiens zu einem erwünschten Ziele führen werden. (A. Z.)

In der Reichstagssitzung vom 16. August erstattete Pillersdorf im Namen des Finanzausschusses den Bericht über den Gesetzentwurf des Finanzministeriums. Der Ausschuß beantragte a. a: 1) das Ministerium ist zu Aufnahme eines Anlehens von 20 Millionen zu ermächtigen, 2) das Verbot der Ausfuhr von Gold- und Silbermünze sei aufzuheben.

Wien, 19. August. Heute Vormittag fand vor Se. Maj. dem Kaiser eine große militärische Revue statt. Um 9 Uhr mochten angeblich 50,000 Mann, bestehend aus den Truppen der hiesigen Garnison, der Nationalgarde von Wien und der Umgebung, der akademischen Legion und den sämmtlichen Bürgerkorps, mit 36 Kanonen auf dem Josephstädter Glacis aufgereiht gewesen sein. Der Kaiser erschien in Generalsuniform, zu Pferd, begleitet von seinem Bruder dem Erzherzog Franz Karl und sämmtlichen hier anwesenden Prinzen des Kaiserhauses. In kaiserlichen Hofwagen folgten J. M. die Kaiserin und die Erzherzoginnen mit ihren Hofdamen und wurden unter Kanonendonner und ungeheurem Jubel von den Ministern und Reichstagsdeputirten, der gesammten Generalität von den Sicherheits- und Gemeinde-Ausschuß empfangen, worauf der prestige Weihbischof unter einem Kapellenzelt die Feldmesse las. (A. Z.)

Triest, 18. August. Gestern Abend sind die verpönnlichen Nachrichten vom Kriegsschauplatz, die Kapitulation Karl Alberts u. s. w., von oben bread den Venezianern bis zum 12. August vorenthalten werden konnten, findet seine Erklärung in folgendem. Ein piemontesischer Stabsoffizier wurde gleich nach Abschluß des Waffenstillstandes mit der Ratifikation von Karl Albert nach Venedig entsendet, um die sofortige Ausführung der Vertragsbedingungen zu bewirken und auch dem Admiral Albini der nöthigen Weisungen zukommen zu lassen. In Malghera jedoch wurde der Offizier, welcher aus seiner Mission kein Geheimniß machte, angehalten und von dort mit verbundenen Augen in die Lagunen Zadt geführt, wo er sich bei der Regierung seines Auftrages entledigte und die betreffenden Papiere übergab. Die Regierung hielt es jedoch für ihren Zweck entsprechend dem Volk, sowie den von loebenlichen Gefechten der das Vorgefallene zu verheimlichen. Ohne Mittel gefunden zu haben mit Albini irgendwie zu verkehren, wurde der Offizier, wiederum mit verbundenen Augen, desselbigen Weges zurückgeführt den er gekommen war. Er begab sich zum Feldmarschallieutenant Welden und setzte diesen von seiner erfolglosen Sendung in Kenntniß. Welden beriet darauf, daß der Parlamentair, falls es noch nicht zu spät, seinen Auftrag auch bei der Flotte sich entledige. So geschah es, daß der piemontesische Offizier sich gezwungen sah auf Weldens Anordnung seinen Weg über Triest zu nehmen, wo er vorgestern eintraf. Das gestern, wie erwahnt, in der Frühe entsendete Dampfschiff Vulkan war bestimmt den Parlamentair zum sardinischen Geschwader zu führen. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 16. August. Man scheint in Deutschland dem Votum des ungarischen Reichstags, sich an Deutschland anzuschließen (?), zu viel Bedeutung beizulegen. Das Ganze ist nur eine der vielen Vorsichtsmaßregeln, Beschlüsse und Notenwechsel, die in Ungarn an der Tagesordnung sind, aber stets auf dem Papiere bleiben und schon ihrer Natur nach nicht in Ausführung kommen können. Ungarn kann ohne seinen König solche Bündnisse nicht schließen, und der König von Ungarn kann als Kaiser von Oesterreich einen Traktate seine Sanktion nicht verleihen, der sich dahin ausspricht, daß, im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Oesterreich, Ungarn die Partei Deutschlands ergreifen würde! Ueberdieß sollte diese Sympathie-Erklärung für Deutschland nur eine Demonstration gegen das immer noch im Wege stehende Oesterreich sein, von dem man sich um jeden Preis gänzlich lossagen möchte und sich dafür, um diesen Zweck mit mehr Sicherheit erreichen zu können, den anderen europäischen Mächten zu nähren und zu befreunden sucht. Wenn aber Oesterreich zu Deutschland halt, so wurde das letztere eine Sünde gegen sein eigen Fleisch und Blut begehen, wenn es dem Treiben der herrschsüchtigen Magyaren in Ungarn, die die pragmatische Sanktion und jede Abhängigkeit von Oesterreich gern aufsinden möchten, die Hand böte. Die Magyaren kennen sich bereits eine europäische Stellung, der sogar die österreichischen Provinzen unterworfen sind, und werden es nie ehrlich mit Deutschland meinen, so lange sie selbst pfyhsichen und moralischen Einfluß zu fürchten haben. In ihrer jetzigen bedrängten Lage, wo es nur von dem Willen Oesterreichs abhängt, ihnen einen harten Schlag zu versetzen (durch Aufrufung seiner Neutralität), wo die Kroaten und Serben, ihre Rechte sich gewahrend, mit gezogenem Schwerte sorgsam wachend gegenüber stehen, da wäre ihnen freilich ein Bundniß, nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit Rußland oder mit der Hölle — um mit Roffuth zu sprechen, höchst willkommen. (N. K.)

Agram, 12. August. Wir gehen großen Ereignissen entgegen. Alle kroatischen regulären Regimenter, gegen 18,000 Mann, eilen der Gränze zu. Der Banus hat am Samstag die aus Wien zurückgekommenen Deputirten Granzer den St. Jovanovitz gewaffnet, und ansprache folgende Worte gesprochen: „Tapfere Otochaner, Euer Heldenmuth wird in Europa bewundert. Wir kämpfen jetzt für die Zentral-Regierung, eine konstitutionelle Monarchie, die dem Sitz des Kaisers anheim fallen muß. Der große Theil Ungarns erwartet uns als seine Befreier. Nur 4 Wochen, und Ihr seid Euren Familien wieder gegeben. Im Falle konstitutionelle Kaiserreich als Bollwerk gegen alle Feinde von Ost und West, wird der Lohn der tapfern Kroaten und aller getreuen Oesterreicher sein. Wir kämpfen für Freiheit der Krone und des Volkes, für Brüderlichkeit und Gleichheit!" Im Laufe dieser Woche wird der Angriff beginnen. Man schätzt die Gesammtmacht des Banus auf 80 bis 90,000 Mann. Das ruthsche Ungarn, das sich in dieser Krise dem Oesterreich anschließt, wird seinen Fleiß schwer büßen. Der Urheber all dieses Jammers, Kossuth, aber dursie seinem Schicksal nicht entgehen. (Berl. K.)

Italien.

Rom, 8. August. Unter diesem Datum läßt sich die „Soz. Piemont." Folgendes von hier schreiben: „Der Justizminister hat der Depurirtenkammer im Namen des Papstes eine Erklärung übergeben. S. Heil. berrachtet den Einmarsch der Oesterreicher in die päpstlichen Staaten als eine, seinem Charakter als souverainer oberster Priester angethane Beleidigung. S. Heil. sieht sich daher gezwungen, die Bischöfe des Landes, Bischofe eine Devotion, beschedend aus Kardinal Marini und den Prinzen Corsini und Simonetti, abzusenden, welche auf ihrem Rückzug destehen und den General der kaiserlichen Truppen drohen sollen, alle Mittel anzuwenden, um die Raumung zu bewerkstelligen. S. Heil. wird dringlich, ist sich einschen, auch nachgiebig und schont auch die Anfopferung nicht tegthia von dem Kriegsminister für die Vertheidigung des Staates angeordneten Maßregeln nicht hindern zu wollen. Die Deputirtenkammer hat einstimmig beschlossen, einen Aufruf an Frankreich ergehen zu lassen. Dieser Beschluß ist dem hiesigen französischen Gesandten offiziell mitgetheilt worden. Man hofft, daß der Antrag gemacht, in Folge einer Petition, die von mehr als 6000 romischen Bürgern unterschrieben war." Ein anderer Brief in dem gleichen Blatte sagt Folgendes: „Bei der Nachricht von dem Einrucken der Oesterreicher in die Romagna wurde die Anfregung des Volkes augenscheinlich. Am 7. Abends publizirte der Kriegsminister eine Proklamation, in welcher er die Nationalgarde und alle in der Hauptstadt liegenden Linientruppen unter die Waffen rief, mit der Absicht, sie alsdann nach Savoiica zu senden, derzeitigen militairischen Position, theils wo aus die erste Vertheidigung möglich ist. Das Volk sagt, wenn der Pabst gewußt habe, durch seine Encyclica den Enthusiasmus des Volks zu dämpfen, so solle er zeigen das Pferd-bestiegen und mit dem Kreuz in der Hand das Lieb.' wieder gut machen, das er veranlaßt habe."

Schweiz.

Der eidgenössische Geschäftsträger in Paris meldet mit Schreiben vom 11. August: „Ueber die europäische Verwicklung in Oberitalien herrschen unter den Diplomaten die verschiedensten Ansichten. Die Einen sagen: Ratetzky werde nichts darnach fragen (ne s'en inquietera guere). Die Andern behaupten im Gegentheil, er sei fest, so bald möglich in der Lombardei sestig zu werden, um seinen Einfluß in Oesterreich zu verwerfen. Wieder Andere zweifeln an der Ehrlichkeit Englands, das jetzt Frankreich nicht mehr wie bei den Schwierigkeiten derselben benutzen könnte; wenigstens zöglen die sardinischen und toskanischen Gesandtschaften wenig auf eine gluckliche Beilegung (arrangement avantageux). Man fürchtet ein Aufschlagen der öffentlichen Meinung von Seite des italienischen Landvolkes, bei dem die Ihren der Freiheit und Unabhängigkeit seine letzten Vorrathe gefagt. Man sieht bereits etwas von jener magischen Plötzlichen Potenz, wie sie sich in Galizien gezeigt, und ein Bolkskathmung, die jetzt unter dem Einfluß der fremden Bayonnette stattfinde, konnte ein ganz anderes Resultat zur Folge haben, als die erste. In Paris selbst ist man mit der Stellung, welche die Regierung gegen Zaien einnimmt, keineswegs allgemein zufrieden, und wenn die Presse nicht lauter sprickt, so kommt das wohl von dem Belagerungszustand her, in welchem sich Paris

noch fortwährend befindet. Man zweifelt ferner an einer Beruhigung in Deutschland, und kein Diplomat findet die Ansprüche der Deutschen auf Schleswig gegründet. Die Nationalversammlung trage sich mit dem Gedanken, den edeln Einfluß, den die Veröffentlichung der Zustandsstandalien gemacht, zu verwischen." (Sehr schmeichelhaft! D. Red.)

Großbritannien.

*Londons, 18. August. Graf Ladolf ist aber Paris hier angekommen, wie man sagt, mit einer diplomatischen Sendung des Königs von Neapel. — Zu Birmingham war gestern die Polizei den ganzen Tag bruhrt auf den Beinen. Eine Anzahl der konstablerisch Chartisten ist verhaftet worden, und man fündet noch weitere Verhaftungen an.

Frankreich.

**Paris, 19. August. Die Nationalversammlung hat heute Herrn Armand Marrast abermals mit der an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit von 614 Stimmen unter 705 zu ihrem Präsidenten gewählt. — Herr Marrast hat heute Vormittags dem Grafen Carnignac sein Beglaubigungsschreiben als außerordentlicher Botschafter und Bevollmächtigter in einer Spezialaudienz überreicht. — Das Gerücht von dem Rücktritte des Generals Cavaignac ist gänzlich grundlos. Der Moniteur enthält heute eine Verfügung desselben, wodurch auf den Bericht des Ministers der öffentlichen Arbeiten, der auf die Orleans- und die Zentraleisenbahn gelegte Sequester aufgehoben wird. Demzufolge werden die Gesellschaften beider in der Verwaltung der besagten Bahnen wieder übernehmen. — Die Regierung soll beschlossen haben, den Verkauf der Zeitungen auf öffentlicher Straße nicht mehr zu dulden. Anfang der nächsten Woche soll das betreffende Verbot des Polizeipräfekten erscheinen. — Die Polizei hat verflossene Nacht eine heimliche Pulverfabrik entdeckt. — Hr. v. Santo Monico, Privatsekretär des Herzogs von Genua, zweiten Sohnes Karl Alberts, ist eben hier angekommen. Der französische Gesellschafter des Zaren ist nach Aufsandens abgereist. Um dem seine Vermittlung anzubieten. Er ist begleitet von Lord Abercromby, mit dem er in vollkommenem Einverständniß sein soll. — Man spricht von der Abtretung der balearischen Inseln von Spanien an Frankreich zur Tilgung der Schuld von der Invasion von 1823 her. — Das Blatt Proudhon's, „der Volksvertreter", ist gestern wegen eines Artikels unter dem Titel: „Brief eines Gefangenen" mit Beschlag belegt worden. — Der erste Band der Gesellschaftslehre, welche als Belege dienen zu der parlamentarischen Untersuchung über die Junitereignisse, ist seit gestern vertheilt. Er enthält eine Menge schwerer Anklagen gegen mehrere frühere Regierungsmitglieder, doch sind es mehr Andeutungen ohne zureichende Beweise.

Westindien.

Mit den letzten Nachrichten aus New-York erfährt man auch einiges Neuere über die Zustände auf der französischen Insel Martinique. Das französische Schiff Isabelle war dort eingelaufen und hatte eine große Zahl von ansteckenden Krankheiten an Bord, welche Martinique verlassen hatten, um nur dem Tode zu entgehen, und die sich nun der großen Noth Preis gegeben sehen. Mord und Gewaltthat waren fortwährend von Seite der Schwarzen auf jener Insel an der Tagesordnung. Man glaubte, daß sie in wenigen Tagen Herren der ganzen Insel sein würden. Die Regierung hat nichts gethan, um der heillosen Anarchie ein Ziel zu setzen. Dem Verlangen der Pflanzer um Schutz wurde kein Gehör gegeben, und so sehen sie sich nun gezwungen, ihre Pflanzungen zu verlassen, ohne zu wissen, ob die Regierung sie entschädigen wird oder nicht.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 21. August. Bayer. 3½ prz. Obligationen 77 G. 4 prz. 85 G. Bankaktien 11. Gemeiner 560 G. Promessen — P. 30 G. Oesterreich. 5 prz. Metall. 72 G.

Berlin, 19. August. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommuna Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch 34 Pf., M., 74 G. Berl. Präm. Sch. 88½ P. — G. K. u. Nm Schuldv. P. 71½ G. Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. — P. 77½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4 prz. — P. 96½ G. 3½ prz. — P. 77 G. Schles. Pfandbr. — P. 85½ G. Pomm Pfandbr. 90½ P. — G. Kur- u. Nm. Pfandbr. 90½ P. — G. Schlesische Pfandbr. — P. — G. Schlesische Lt B. gar. Pfandbr. — P. — G. Preuß Bk-Anth. Sch. 87½ P. 86½ G. Friedrichsd'or 13½ P. 13½ G. And Goldm. a 5 Tlr. 12½ P. 12½ G. Disconto 3½ P. 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt A 89½ bz. u G. Berl.-Hamburg 68 G. Berl.-Stettin-Stargarder 89½ G. 3½ P. Berl.-Potsdam-Magdeb 52½ bz. u G. Magdeb.-Halberstadt 102 G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 53½ bz. Köln-Minden 77 — 76½ bz. Köln-Aachen 57 P. 56½ bz. Bonn-Köln —. Düssels.-Elberfeld 69 G. Steele-Vohwinkel 38 P. Nieders.-Märk. 70½ G. Niederschles.-Märk Zweigbahn — Oberschles. Lit A 94 P. 93½ bz. Lit B 93½ bz. Rhein-Nederb — Breslau-Freiburg 80½ G. Kral.-Oderschles. 36½ P. Berg.-Märk 57½ P. Stargart-Posen 68½ P. 68½ G.

Quittungsbogen: Berl.-Anh Lit. B 88¼ bz. u G. Starg.-Posen —. Ostpr.-Reiße —. Mgdb.-Wittenberg 45½ bz. Aachen-Mastricht —. Thüringer Verbind.-Bahn —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 83 G. Berlin-Hamburg. 89½ G. Berl.-Potsdam-Magd. 4 prz. 77½ G. 5 prz. 85½ G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 92½ bz. Köln-Minden 90 bz. Rhein. u. Staat gar. —. Rhein. 4. Prior. 75½ G. Rhein. Stamm-Prior. 71 bz. Düsseldorf-Elberfeld. —. Nieders.-Märk. 4 prz. 82 bz. 5 prz. 93 bz. Lit. Serie 90½ B. 89½ G. Zweigbahn 4½ prz. — 5 prz. 75 G. Oberschles. — Kosel-Oderberg. — Steele-Vohwinkel —. Breslau-Freiburg —.

Amsterdam, 18. August. 2½ prz. Integr. 44½ prz. Schuld 52½ — 4 prz. 68½ — 3½ prz. ditto — Bank-Obligationen 4 prz. Schuld —. Spanische Rente à 5 pCt. 5½ — Span. inländ. à 6000 fl. — Coupons Portug. 3 prz. — 4 prz. — Russische 4 prz. bei Pope — ditto bei Stieglitz — 5 prz. Metall. 74½ — 2½ prz. ditto — London, 12 Mk. August. Kourse 86. Cour. — Span. Akt. —. Portug. 22½. Hall. 3. Portug. — 3 prz. — 4 prz. 18½ — 5 prz. — Poln. 4 prz. — 2½ prz. —.

Paris, 19. August. 3 prz. 44.— 4 prz. — 5 prz. 71.50 Schatzsch 23½. Bankaktien 1617.50. Comm. von Algier — Leip. 5 prz. von 1840 78½ von 1842 78½ 4½ prz. 71 5 prz. — 2½ prz. — Belg. Anl. — Neap. 5 prz. — Röm 65. Piem. — St. Germain — Versailles (rechte) 117.50. (linke) 102.50. Orleans 660 — Rouen 436.25. Dourc — Marseille 215 — Bisel 86.25 Bierzon 262.50 Bordeaux —. Bordeaux 396.75. Nordbahn 380.80. Montereau 115.— Lyon 360 — Straßburg 350.— Nantes 331.25. Dieppe 175.— Seeaur —. Northern —.

Madrid, 14. August. 3 prz. 20 G. 3½ prz. 9. 4 prz. — 5 prz. 11 P. 10 G. Passif. Sconl 4 P. Cour 7 P. Ausw. Pass. Sculd —. Umlegbare Schuld 5 prz. 7 G. Provis. Akt. 3½ G. St Fernando-bank — Disconto — Wechselkurse: Paris 4—70 P. London 45—50 G.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Donnerstag, 24. August: „Die Sirene", Oper von Auber.

Stadtgraben. Bolkmar, Pfarrer von Fulda. Scheiber, Pfarrer von Oettingen. David, von Schreibaupten. Detreiler, Gerichtsrath von Grünbach. Rupmann, Bauratsmeister von Zehr.

Gestorbene in München.
Magdalena Pohbauer, Taglöhnerstochter von Freising, 36 J. a. Katharina Mäurl, Zimmermannstochter, 65 J. a.

Freudenanzeige.

Gold. Hirsch. Bolde. Rentier von Mexico. Daus, Rentier aus Amerika. Pros, Rentier von Paris.

Gold. Hahn. Baron v. Pöllnitz, Gutsbesitzer von Kaffel. v Dalsonp, Offizierlieutenant von Prag. Brandt, Privatier von Augsburg. Auer, ibr. medic. von Braun. Grauert, Professor von Koblenz. Pabling, Chymiker von Straßburg. Warnberg, Lieutenant von Kempten.

Blaue Traube. Graf Haaren, Mechanikus von Aachen. Des-Noyes, Landrath von Hessen-Homburg. Ziegenbein, Hofgerichts-Advokat von Darmstadt. Myer, Privatier aus England. Dietrichsdorf, Mechaniker von Stuttgart. Ir. Oberlin, Advokat von Leipzig. Schwarz, Studtreader von Berlin.

Königliche Hof- und Staats-Bibliothek.

34. (3e) Die königl. Hof- und Staats-Bibliothek ist vom 1. September bis 15. Oktober für das Publikum geschlossen, wird jedoch für die literarischen Forderungen königl. Behörden und für Fremde, welche die Bibliothek zu sehen wünschen, täglich von 10 bis 1 Uhr zugänglich sein.

Da diese Zeit zur Revision und Reinigung der Bücher bestimmt ist, so werden alle diejenigen, welche Bücher aus der königl. Hof- und Staats-Bibliothek entliehen haben, hiemit amtlich aufgefordert, dieselben vor Ende dieses Monats August zurückzuliefern.

Wer diese Rückgabe unterlassen würde, hätte in Folge allerhöchster Bestimmungen den Verlust der ferneren Benützungseinräumung sich selbst zuzuschreiben, und die pflichtmäßige Anzeige dieser Unterlassung bei der allerhöchsten Stelle zu gewärtigen.

München am 3. August 1848.

Die Direktion der Königl. Hof- und Staats-Bibliothek.
v. Lichtenthaler.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Auch ein Wort über den Central-Schulbücher-Verlag.

(Eingesandt.)

Es ist gewiß eines der kostbarsten Rechte, in der Presse alle öffentlichen Zustände und Einrichtungen frei und offen besprechen zu können. Aber es wäre doch auch zu wünschen, daß die Presse nicht, wie es nur gar zu häufig geschieht, unter vielen vollrönenden Worten den Mangel von Gründen verberge und so die allgemeine Aufmerksamkeit blos auf das Einzelne, Maß- obige lenke. Neuerlich wurde auch der Central-Schulbücher-Verlag in mehreren Blättern als eine unnütze, verderbliche und regelwidrige Anstalt dargestellen gesucht, wobei sich gewiß die Schriftführer wohl hüten, auf die Gründe selbst näher einzugehen.

Um nun dem besonnenen Publikum, welches gewohnt ist, nur nach Abwägung aller Gründe für und gegen über längst Bestehendes a:zuurtheilen, Gelegenheit zu geben, ein begründetes und richtiges Urtheil zu fällen, mag es erlaubt sein, auf die Wesenheit der Sache und die solche stützende Gründe näher einzugehen.

Seit der ersten Ständeversammlung im Jahre 1819 war der Central-Schulbücher-Verlag Gegenstand der verschiedensten Angriffe in der Kammer der Abgeordneten, und das jedesmalige Resultat dieser Angriffe war, daß die Kammer nach angehörter Erklärung der kgl. Regierungs-Kommissarien und der von denselben eingelegten Gründe zur Tagesordnung übergieng.

Als im Jahre 1837 die Angriffe gegen den Central-Schulbücher-Verlag sich erneuerten und insbesondere von Buchhandlungen rechtliche Gründe gegen denselben geltend gemacht werden wollten, erklärte das kgl. Ministerium des Inneren den beschwerdeführenden Buchhandlungen: daß, wenn sie aus rechtlichen Gründen den Bestand des Central-Schulbücher-Verlags angreifen zu können glauben, ihnen der Rechtsweg offen stehe.

Die sämmtlichen dahiesigen Buchhandlungen ergriffen dieses ihnen zeigt zum erstenmale gemachte Zugeständniß sogleich und traten gegen den Central-Schulbücher-Verlag mit einer Klage auf. Nachdem die Sache durch alle Instanzen vorschriftsmäßig verhandelt war, wurden die klagenden Buchhändler durch Erkenntniß vom 25. Juli 1840 mit ihrer ganz unbegründeten Beschwerde abgewiesen und so alle weiteren bis dahin versuchten Versuche vereitelt.

Die Verhältnisse des Central-Schulbücher-Verlags sind durchaus nicht verschieden von denen, welche gewöhnlich bei den Beschwerden über denselben unterstellt werden, und es mag zweckdienlich erscheinen, einige derselben kürzlich zu beurtheilen:

Erstens: Der Central-Schulbücher-Verlag besitzt ein reales Buchdruckerei-Recht, von welchem er wie jeder andere Buchdrucker seine Steuern und andere bürgerliche Abgaben zu zahlen hat; jeder Buchhändler als Buchdrucker, welcher im Laufe der Zeit eine Concession nachsuchte, konnte das Verhältniß des Bestehens des Central-Schulbücher-Verlags und versicherte bei seinem Gesuche um eine Concession dennoch, daß sein Nahrungsstand dahier gegründet sei, verbessert oder bewerkstelliget nicht, sobald er seine Concession erlangt hatte, den Central Schulbücher-Verlag als diejenigen zu verscheuen, der seinen Nahrungsstand untergrabe und neben welchem zu bestehen keinem Buchhändler und Buchdrucker möglich werde.

Zweitens: Trotzdem, daß der Central-Schulbücher-Verlag ein reales Buchdrucker-Recht besitzt und versteuert, ist derselbe dahin beschränkt, nur planmäßige Schulbücher und sonstige zur Erziehung und zum Unterrichte dienliche Schriften zu drucken, mit dem ausgesprochenen Zwecke, den Lernenden und ihren Eltern die nöthigen Schulbücher um den möglichst wohlfeilen Preis in die Hände zu liefern.

Der Zweck des Central-Schulbücher-Verlags ist somit ein für Studirende sowohl als für deren Eltern äußerst wohlthätiger, indem es ferner Buchhandlung möglich ist, um den wohlfeilen Preis, um welchen der Central-Schulbücher-Verlag die Schulbücher liefert, dieselben zu geben. Dieses ist auch allgemein anerkannt, so wie es allgemein anerkannt ist, daß nirgends schönere und korrektere Ausgaben der römischen und griechischen Classiker im Buchhandel existiren, als die im Central-Schulbücher-Verlage erschienenen. Der Preis eines Bogens der lateinischen Classiker auf schönes, weißes Schreibpapier, mit neuen, großen Lettern gedruckt, ist in der Regel 1½ kr. für den Bogen und der Preis der griechischen 1½ kr. pr. Bogen; und diese Ausgaben sind so gefällig, daß in der badischen Kammer die großherzogliche Regierung aufgefordert wurde, die im hiesigen Central-Schulbücher-Verlage gedruckten Classiker in den dortigen Schulen einzuführen. Dieser wohlfeile Preis sticht nun natürlich sehr ab gegen die gewöhnlichen Buchhändlerpreise, welche die Preise des Central-Schulbücher-Verlags häufig um das sechs- bis zehnfache übersteigen; ja selbst die bekannten Taschenausgaben Stereotyp-Ausgaben, welche so gefährlich für die Augen der Studierenden sind, können mit dem im Central-Schulbücher-Verlage gedruckten lateinischen und griechischen Classikern nicht gleich wohlfeilen Preis halten.

Die Aufhebung des Central-Schulbücher-Verlags würde diesemnach die Auflegung einer neuen indirekten Steuer für die Studierenden und ihre Eltern sein.

Drittens: Schon aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß der Central-Schulbücher-Verlag durchaus keine Anstalt fiskalischer Natur sei. Der Staat hat durch denselben durchaus nichts, sein ausgesprochener Zweck ist, den Studierenden um den wohlfeilsten Preis die nöthigen Schulbücher zu liefern und eventuell auch den kleinen Erspartnissen einen Fonds zu sammeln, aus welchem eine Pensions-Anstalt für Schullehrer und deren Wittwen und Waisen begründet werden kann, was nicht mehr in allzuweiter Ferne steht.

Also auch dieser centrale Zweck ist ein äußerst wohlthätiger, längst schon von der großen Klasse der Schullehrer gewünschter.

Viertens: Der Central-Schulbücher-Verlag treibt übrigens mit den Schulbüchern nicht selbst Handel, sondern übertägt den Detailhandel den im Lande bestehenden Filialverlegern, welche für den Detailvertrieb der Schulbücher eine Provision von 20 Prozent genießen.

Auch dieser Umstand wurde ganz neuerlich in einem Blatte rügend bemerkt und gesagt, daß man den Filial-Verlag Schullehrern und Krämern übertasse.

Es ist ganz richtig, daß Schullehrer und Krämer Filial-Verleger sind; allein nur da, wo Buchhändler den Filial-Verlag nicht übernommen haben. Im Königreich Bayern haben sich 32 Buchhändler an dem Filial-Verlage betheiligt, und wo sich solche betheiligen wollen, haben sie jedesmal den Vorzug vor andern als Filial-Verleger.

Diese Betheiligung der Buchhändler ist um so bedeutender, als die Filial-Verleger beinahe ohne alle Vorausslage die Verlagsgegenstände nach aufrecht gemachter Caution erhalten und erst nach einem Vierteljahre von ihnen die Bezahlung geforderet wird, worauf sich ergibt, daß auch in Bezug auf die Buchhändler und ihren Vortheil der Central-Schulbücher-Verlag eine sehr billige Rücksicht eintreten läßt.

Fünftens: Ganz neuerlich wurde behauptet, eine solche Anstalt bestehe nirgends. Diese Behauptung zeugt von gänzlicher Unkenntniß der anderwärts bestehenden Verhältnisse; beinahe in keinem großen Staate fehlt eine solche Anstalt und in dem so oft als Muster aufgestellten freien England geht dieses Recht des Staates im Selbstvertage von Büchern gewisser Art noch unendlich viel weiter.

In England nämlich hat die Krone als Wächterin der Religion und der Gesetze das ausschließende Recht (prerogative copyright)

alle Bibeln, Gebet- und liturgische Statuten, Gesetz- und Rechtsbücher, Parlaments-Akte, Proclamationen und Rathsbeschlüsse

auf ihrer eigenen Presse drucken zu lassen; und es fällt niemanden ein, sich dagegen zu beschweren; jedermann kennt dieses Verhältniß und kann hiernach bei Uebernahme von dortel Geschäften seinen Vortheil den bestehenden Verhältnissen gemäß berechnen.

Diese kleine Darstellung dürfte genügen, das besonnene Publikum in den Stand zu setzen, über die vielen Anfeindungen des Central-Schulbücher-Verlags ein richtiges, den Sachverhältnissen angemessenes Urtheil zu fällen.

Deutschland.

München, 23. August. Ruhe und Ordnung sind gestern nicht weiter gestört worden, und dürfen wir hoffen, wenn wieder vergesellschaftlich berichtet werden. Morgen beginnen hier die Gemeinde-Erfaqwahlen. — Auf dem Rathhause liegen gegenwärtig die neuangefertigten Listen derjenigen Staatsbürger der Hauptstadt auf, welche nach dem neuen Gesetze über die Geschwornengerichte befähigt und berechtigt sind, das Amt von Geschwornen zu übernehmen.

Nürnberg, 20. August. Täglich nicht aller Anschein, so geht auch bei uns der demokratische Bund seinem Ende entgegen. Bereits sehen wir von seinem zuversichtlichen Auftreten wie zu jener Zeit, als er seine Debensahrt nach Ulm unternahm, bis zum ersten Halt seiner Vorfechter, den Zeitungsredakteur quese. Rechtsrath Waibl, an der Spitze — nichts mehr. Republikaner gibt es nun gar keine mehr, d. h. vor der Hand wollen die Herren nicht so genannt sein, so sehr sie es auch waren, und wohl viele noch sind. Auch prangt ihrer ihrem Hauptsitze nicht mehr Hecker Bild, welches die Fahrt mitgemacht hatte. Ganz entschieden lehnt auch Waibel die Benennung Republikaner ab, fährt jedoch fort, in gewohnter Weise von der Preßfreiheit Gebrauch zu machen. Der hier gegründete konstitutionelle Verein, zu dem auch Waibl mit seinem Anhange den Beitritt erklärt hatte, wird, nach seiner jetzigen Zusammensetzung, wohl um so besser aufblühen, wegen seine Gründer und Leiter von Waibl und seinen Gesinnungsgenossen auch noch so sehr angefeindet und geschmäht werden. Auch der erklärte Austritt des Josesh Schlesinger nebst 42 andern Gesinnungsvorwandten aus dem Vereine kann gewiß nur zum Besten des Vereins gereichen, und die zurückgebliebenen mehr als 200 Mitglieder werden sich wohl darüber zu trösten wissen.

Baden. — Mannheim, 19. Aug. Unsere badische Besatzung, welche nach Karlsruhe abmarschieren wird, verläßt uns heute und dafür ist diesen Nachmittag 3 Uhr ein Bataillon des ersten kurhessischen Infanterie-Regiments unter lebhafter Freudenbezeugung der hiesigen Bevölkerung, bei der das kurhessische Militär von der Zeit der Kriegslandesvertheidigung in bester Erinnerung steht, eingezogen. Heute traf auch ein Bataillon des 4. badischen Infanterieregiments, welches früher hier in Besatzung gelegen, hier ein. Die Soldaten begrüßten die Stadt mit lebhaftem Jurus, halten morgen hier Rasttag und gehen übermorgen nach Schlesswig-Holstein ab. Den 20. August. Heute gingen die ersten wettenvergütungen an unsere Truppen am Rhein hinunter nach Hessen ab. Als gestern Abend die kurhessischen Soldaten die Kaserne bezichen sollten, weigerten sie sich auf

das Entschiedenste. Es waren ihnen schon früher von ihren in Mannheim gewesenen Kameraden nicht die vortheilhaftesten Schilderungen von der Bewaffnungsart u. dergl. der Kaiserslauterer mit Schießgewehren gemacht worden; sie waren deßhalb auch durchaus nicht zu vermögen, in die Zimmer einzutreten, sondern blieben artig allen Offizieren vom Hauptmann abwärts in dem Kasernenhof auf dem bloßen Pflaster über Nacht. Diese Soldaten verlangen, entweder einquartiert zu werden oder in jedes Bettgestelle eine Strod- und eine Haarmatratze zu erhalten. Dieser Vorfall wurde, wie man hört, nach Karlsruhe an das Kriegsministerium berichtet, von wo die strikte Verpflichtungsbestelle ermahnt. Vorläufig werden seit diesem Morgen die Räume im Zeughause gereinigt und mit den erforderlichen Requisiten versehen. — Nachschrift. Die kurhessischen Truppen haben es diesen Mittag auf das Aeußerste getrieben; sie verließen die Stadt und alle ihre Posten, wie es heißt, ohne Erlaubniß, zogen auf das freie Feld hinaus, auf den Exerzierplatz, und wollen da unter freiem Himmel lagern. Dieses Benehmen der kurhessischen hat hier seine gute Wirkung verfehlt und namentlich unsere badischen Soldaten, besonders das 4. Regiment, finden sich beleidigt, daß die kurhessischen Soldaten das unter ihrer Würde finden, was ihnen seit Jahren gut genug war. Unerwähnt darf hier nicht bleiben, daß die nassauischen, bayerischen und badischen Truppen, selbst von dem Garderegiment, zufrieden waren und sich in die unabänderlichen Verhältnisse aus Liebe zur Sache fügten. (S. M.)

Schleswig-Holstein. — Der Reichsminister Heckscher hat durch die provisorische Regierung der Landesversammlung den Wunsch zu erkennen gegeben, daß sie sich bis zum 15. September vertage, da die Berathungen des Landtags die diplomatischen Verhandlungen stören. Die Abgeordneten beriethen sich bis tief in die Nacht über die zu ergreifenden Maßregeln, und gelangten zu dem Beschlusse, sich dem Willen der Centralgewalt gemäß zu vertagen, aber einen permanenten Ausschuß zu hinterlassen, der erwachtig ist, sie in dringenden Fällen wieder zu berufen.

Frankreich.

△ Paris, 19. August. Gestern ist in der Nationalversammlung der erste Band der Actenstücke in Betreff der Junieregniß vertheilt worden. Er enthält den Bericht des Hrn. Bauchart und den ersten Theil der Beilage dazu. Der zweite Band wird erst übermorgen und einige Tage später erst der dritte vertheilt werden, der nur die in den Departements erhobenen Zeugenaussagen in sich schließt. Die Zahl der im ersten Bande enthaltenen Zeugenaussagen ist 117. Mehrere Mitglieder der provisorischen Regierung und der Exekutivkommission erschienen dadurch sehr bloßgestellt. In mehreren Punkten stimmen die Aussagen der Mitglieder der Exekutivkommission bei den Verhören überein. Schon seit einiger Zeit war man auf den Ausstand vom 23. Juni gefaßt, und die Mitglieder der Kommission waren einmüthig dafür, daß imposante Streitkräfte zu Paris konzentrirt werden müßten. Hr. v. Lamartine sagt in einem seiner Verhöre, daß man dahin übereingekommen war, 25,000 Mann Linientruppen in der Hauptstadt zu haben. Zu diesen rechnete er noch dazu 16,000 M. Mobilgarden, 2500 republikanische Garden und 2000 Schutzwächter von Paris. Letzteres verlangte er nach seiner Angabe 15,000 Mann in der unmittelbaren Umgebung von Paris. — Dieß war Alles — sagte er — eine Macht von 60,000 Mann, nicht gerechnet die Nationalgarde, und ich theile dieselbe für mehr als zureichend, um jede Aufstandsbewegung zu unterdrücken. Ich habe dem General Cavaignac wiederholt meine Bemerkungen dieses Betreffs gemacht." Die Herren Ledru-Rollin, Marie und Garnier-Pages erklären ebenfalls übereinzig gewesen zu sein, daß am Dienstag den 23. Juni 30,000 Mann in Paris konzentrirt waren, welche fehlte es im Augenblicke des Kampfes an der hinreichenden Truppenzahl. Daher war man genöthigt, dem Plane Cavaignacs den Vorzug zu geben vor jenem der Kommission. Zuerst befand darin, die Truppen um die Nationalversammlung herum in Masse zu versammeln, und sie von dort gegen die Hauptpunkte des Aufstandes rücken zu lassen. Nach dem andern sollten die Truppen in Paris vertheilt werden, um auf seinem Punkte die Errichtung einer Barrikade hindern. Die Mitglieder der Exekutivkommission mußten natürlich in dieser rein militärischen Frage der Ansicht des Generals Cavaignac weichen. General Cavaignac erklärt in seiner Zeugenaussage die Beweggründe, die ihn zu seinem Plane bestimmten. Er hielt die Zerspitterung der Truppen für gefährlich nach den Erfahrungen vom Juli 1830 und Februar 1848. Die Truppen würden nach seiner Ansicht nicht anders als in starken Corps auftreten, damit der Aufstand überall gewaltsam sei vor ihnen zu weichen. Aber der noch nicht aufgeklärte Hauptpunkt ist die Abwesenheit der Truppen von Paris im entscheidenden Augenblicke. Befehle waren gegeben worden, um solche kommen zu lassen. Diese Befehle wurden aber nicht nur nicht vollzogen, sondern am Vorabende des Aufstandes gegen sogar noch 2 Regimenter der Garnison von Paris ab, gerade als ob eine unsichtbare Hand bemüht gewesen wäre, alle Mittel zum Widerstande gegen die Aufständischen zu raubenen. Es wurde auch zu weit führen, hier in die Aufschuldigungen einzugehen, die gegen Caussidiere, Ludwig Blanc, Ledru Rollin und Albert vorliegen durch eine Anzahl von Zeugenaussagen, darunter jene der HH. Renaud Marrast, Marie und eines Schusters Chrun. Sie sind der Art, daß sie ihr Aufmerksamkeit der Nationalversammlung und des ganzen Publikums auf sich ziehen müssen.

** Paris, 19. Aug. Der sardinische Botschafter hat dem Minister des Auswärtigen auf Befehl seiner Regierung die Protestation des piemontesischen Ministeriums gegen den Waffenstillstand vom 10. Aug. mitgetheilt, der die Unterschrift Salasco trägt. Dieser Schritt zeigt hinreichend, in welcher schwierigen Lage sich der König Karl Albert befindet. Darauf erklärt sich das verbreitete Gerücht von seiner Absicht zur Abdankung. Sein Muth hat ihm wenig genützt, und seine Absichten sollen durch die ihn umgebenden Generale überall gelähmt worden sein. Es heißt auch, daß italienische Rechtsgelehrte ein Gutachten dahin abgegeben haben: der General Salasco habe seine Vollmachten überschritten, in Anbetracht, daß er auf eigene Verantwortlichkeit hin Feindseligkeiten einstellte, und der König, wenn die Hände gebunden habe. Die Weiterbildung des sardinischen Ministeriums ist bis jetzt unmöglich geblieben, da Niemand die Verantwortlichkeit für den Waffenstillstand auf sich nehmen will.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 5. August. Wir erhalten einen Brief aus Jassy vom 28. Juli, dessen Wahrheit wir leider nicht in Zweifel ziehen können, sondern sogar verbürgen. Die Russen haben die Moldau nicht verlassen und werden es auch nicht thun. Vor zwei Tagen, also am 26. Juli, war in Jassy aus Petersburg ein Feldjäger angekommen, der den Befehl überbrachte, daß die Russen in der Moldau bleiben sollen, und daß in der kürzesten Zeit noch 4 Divisionen zu ihnen einrücken werden. Ueberall im Lande werden Lebensmittel und Fourage von den Russen gewaltsam hingenommen, aber ein Gute haben gegeben, daß nun auch die Bestellung von Wagen aufgestellt. Dieses willkürliche Verfahren trifft nicht nur die moldauischen Unterthanen, sondern auch österreichische, deren Kaiser und König mit dem Czar in Frieden lebt. Der k. k. Agent, Hr. August von Eisenkack, hat energisch gegen die Anmaßung der Russen gegen österreichische Unterthanen protestirt und heftig, in den nächsten Tagen eine bestimmte Antwort zu erhalten. — 5000 Mann Turken mit 6 Kanonen haben bei Cyglina die Quarantaine eingenommen und sind nun an der Donau, wo man sie wegen ihrer Exzesse auch nicht gern sieht. — Der kaiserliche General Duhamel und General Vogt, Beide Russen, sind in Jassy. Fürst Stourdza hält sich noch immer. (Sieb. B.)

Nachschrift.

△ Frankfurt, am 21. August 1848. Ehe in der heutigen (63ten) öffentl. Sitzung der Nationalversammlung zur Tagesordnung übergegangen wurde, theilt der Minister des Aeußeren mit, daß die Gesandten für nachfolgende auswärtige Staaten ernannt seien: nach London v. Andrian, nach Paris Raumer v. Berlin (Bede sind bereits abgereist), nach dem Haag Frhr. v. Closmes, nach Turin Frhr. v. Neuenhain, nach Petersburg Welcker, nach der Schweiz Radowitz. Wegen Besetzung des Gesandtschaftspostens in St. Petersburg sind Einleitungen getroffen. Alle Gesandtschaftsposten sind gleichmäßig instruirt, den Regierungsakt in der Reichsverweserfrage zu notifiziren, über die deutschen Angelegenheiten Aufklärungen zu geben, Vorurtheile und irrige Auffassungen zu beseitigen und zu verhindern, daß Deutschland eine Politik der Eroberungslust, gleichviel aber eine solche, auf dem Rechte Deutschlands sich stützende Politik verfolgen werde. Zur Gutemdwaltung der Thronrolle Deutschlands an den Friedensverhandlungen in Malmo seien die nöthigen Einleitungen getroffen. Zur Ueberwachung und Leitung der Unterhandlungen im Norden sei Max v. Gagern über Berlin nach Kopenhagen gesendet worden. — Hr. Minister des Innern ertheilt der Versammlung, daß der bauwerker'sche Bevollmächtigte bei der Centralgewalt (v. Beckmar) die nach dem Beschlusse vom 16. Juli d. J. geforderte unumwundene Anerkennung der Centralgewalt von Seite Hannovers auf Grund der ihm ertheilten Vollmacht aufgesprochen habe, und daß der Anfang zu einer deutschen Kriegsflotte gemacht sei. In Hamburg stehen 2 Segelschiffe (Gefion und Deutschland), 3 Dampfer und 4 Kanonenboote aufständig ausgerüstet und bemannt zur Verfügung. — Nun einer langen Eröffnung des Kriegsministers über die Maßregeln, welche das Ministerium zur Vollziehung des Beschlusses der Nationalversammlung über die Vermehrung der deutschen Streitkräfte getroffen hat, soll insbesondere eine Versammlung deutscher Offiziere der verschiedenen Armeekorps hier zusammentreten, um den gegenwärtigen Zustand der deutschen Militärmacht kennen zu lernen und die Maßregeln zur Abhilfe derjenigen Mängel mit ihnen zu berathen. — Hierauf wird zur Berathung des Ausschußberichtes über die Anträge von Schoder und Wilcher geschritten, und der Antrag des Ausschusses in Betreff des letzteren auf Tagesordnung angenommen; die Debatte über Art. III. der Grundrechte begonnen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 21 August Oesterr 5proz Metall. 72, 4proz. 62, 2proz — 2½proz. 40. Preuß. Anleihen 1210. P. 500 fl.-Loose 118. 250 fl.-Loose 81. Preuß. 50-Thlr-Prämienscheine 87. P. Obligationen 93. Staatsschuldscheine 3½proz. 77. Bayer 3½proz. 79. Badische Anleihen Darlehen 70. — Württemberg. 3½proz. 75. 4proz. 92. — Baden. 3½proz. 75. Lotte-Anleihen à 50 fl. 47. 35 fl.-Loose 27. — Darmstädt. 3½proz. 76. 4proz. 86. Nassauische Lotte-Anleihen von 50 fl. 63. 25 fl.-Loose 21.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 49.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Vierteljährig 4 fl. Halbjährig 8 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Donnerstag den 24. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: Die achtzeilige Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, den 23. August.

Se. Maj. der König haben unterm 20. August die durch die Hochwasserbeschädigung des fürstl. Löwenstein'schen Bauraths Friedrich Streiter in seiner staatsdienerlichen Eigenschaft als erpronirter Baukondukteur in Kleinheubach erlebigte Baukondukteursstelle bei der königl. Bauinspektion Aschaffenburg dem Bauconducteur Jakob Hartmann aus Aschaffenburg in provisorischer Eigenschaft zu verleihen geruht.

(Pfarreien-Besetzungen.) Katholi. Pfarrei Altenbuch, Dekg. Klingenberg, dem Priester Anton Faust, Pfarrvikar zu Bachold, Dekg. Neustein; katholi. Pfarrei Kößlarn, Dekg. Rothalmünster, dem Priester Joh. Thom. Habl, Stadtspfarrer in der Zisdadt zu Passau; katholi. Pfarrei Niederaumenbach, Dekg. Oberviechtach, dem Priester Joseph Strasser, Beneficiat zu Altura, Dekg. Straubing; katholi. Pfarrei Pittersberg, Dekg. Amberg, dem Priester Sebastian Stock, Techant und Pfarrer zu Aschach, dekf. Dekg.; katholi. Pfarrei Zell, Dekg. Hilpoldstein, dem Priester Martin Weber, Kooperator zu Dreßen, Dekg. Herrieden; katholi. Pfarrei St. Marienkirchen, Dekg. Pfarrkirchen, dem Priester Joseph Huber, Pfarrvikar zu Simbach, Dekg. Landau (letzteren vom bayhw. Hrn. Bischof von Passau verliehen und allerhöchst bestätigt).

(Pfarreien-Erledigungen.) Katholi. Pfarrei Harkirchen, Diözese Passau, Dekg. Rothalmünster, Reinertrag 904 fl. 23 kr.; katholi. Pfarrei Wallerstorfen, Diözese Augsburg, Dekg. Neumarkt, Reinertrag 664 fl. 55 kr.; katholi. Pfarrei Wiedergeltingen, Diözese Augsburg, Dekg. Türkheim, Reinertrag 814 fl. 12 kr.; Kaplanei-Benefizium Niedersonthofen, Diözese Augsburg, Dekg. Immenstadt, Reinertrag 239 fl. 53 kr.

Wer ist als reaktionär zu betrachten?

Unter dem Zeichen ⁻⁻ bringt die Frankfurter Ober-Postamts-Zeitung seit einiger Zeit Artikel, die man, wenn nicht auch der Feder des Fürsten von Leiningen selbst geflossen, doch als Ausdruck seiner Ansichten betrachten zu sollen glaubt. In ihrer Nummer vom 21. August nun bringt sie unter der obigen Ueberschrift den folgenden Artikel, den wir als besonders bemerkenswerth vollständig mittheilen:

„Wir sehen voraus, daß die Centralgewalt häufig wird abgehalten werden wollen, diese oder jene Individualität, ungeachtet ihrer anerkannten und unbestreitbaren Befähigung im Dienste des Reichs zu verwenden, weil sie mit dem Makel der Reaktion behaftet sei. — Da die Reichsgewalt dadurch ihrer besten Kräfte beraubt werden könnte, sobald es sich der Mühe, zu untersuchen, was darunter noch als reaktionär betrachtet werden könne? Im alten deutschen Bunde wurden diejenigen als reaktionär bezeichnet, welche der frühern Bundesgesetzgebung anhingen, diese aufrecht zu erhalten trachteten und somit gegen den Geist des Fortschrittes ankämpften. Schon zu jener Zeit hieß es schwer, viele eifrige solche Reaktionäre nachzuweisen, indem seit dem Jahre 1840 der alte Bund aufgehalb des Kabinettes des Fürsten von Metternich so gut wie keine Anhänger mehr zählte, und das ganze Gebäude mehr deßhalb noch zusammenhielt, weil der Augenblick noch nicht gekommen war, wo es unter einem politischen Zusammenstoße in sich zusammenstürzen mußte. Wie behaupten, daß der alte deutsche Bund in ganz Deutschland weder unter den Regierungen noch unter den Völkern Vertheidiger gefunden hätte, die sich für ihn opponirt und die eigene Existenz aufs Spiel gesetzt hätten. Daher die allgemeine Lauheit, mit der die Bundesgesetze in jener Epoche vollzogen wurden, und die Leichtigkeit, mit der alle Einseitungen zum Umsturz des alten Bundes unter den Augen der Regierungen getroffen werden konnten. Unter den Reaktionären jener Zeit befinden sich somit unendlich viele, welche kein anderer Vorwurf trifft, als daß sie ihre oft mahsam errungenen Stellen bedeckten und nicht in die gesetzwidrigen Verbindungen gegen den Bund eingetreten sind. Uns dünkt, daß man rücksichtlich dieser Reaktionäre Gnade zur Recht ergehen lassen, und sie aus dem Register der Unmöglichkeiten ohne weiteres ausstreichen sollte. Auf seinen Fall haben sie sich des Vergehens der Reaktion gegen die neue Ordnung der Dinge schuldig gemacht, und die Zentralgewalt kann konsequenter Weise nur diese Ordnung vertheidigen und schützen, nicht aber die alte Ordnung, an deren Stelle sie getreten ist. Wir kennen sogar manche solcher bekannten Reaktionäre, welche alle ihre Kräfte daran setzen, aufboten, um eine unter gesetzmäßiger Ordnung der Dinge hervorgerufenen, nur aber hiezu andere Mittel wählten, als die erklärten Anhänger der neuen Ideen. Wollte man vollends auch diese Männer in das allgemeine Verdammungsurtheil einschließen, so würde man eine schreiende Ungerechtigkeit begehen, der eine nur erstheinde Macht sich niemals ungestraft schuldig machen kann. Was sollen z. B. Männer, die sich wegen ihrer deutschen Vorstellungen, das frühere System zu verlassen, die Ungnade ihrer Souveräne und der leitenden Wirthshäuser zugezogen, von jenen denken, die nunmehr über sie zu Gericht sitzen wollen, weil letztere sich, statt an die Souveräne, an die Massen gewendet und diese zum gewaltsamen Umsturz des Bestehenden vermocht haben? Will man etwa diese Männer dahin drängen, daß sie das Gleiche gegen das kaum geborne Reich versuchen, statt von ihnen voraussetzen, daß sie der neuen Ordnung der Dinge, so wie sie einmal von ihnen anerkannt ist, mit derselben Treue dienen werden, als sie es der frühern gethan haben? Geht man davon aus, daß die neue gesetzliche Ordnung in Deutschland von dem 28. Juni datirt, so wird man nur diejenigen als Reaktionäre betrachten können, welche diese Ordnung umzustürzen trachten. In diese Klasse gehören die Republikaner und die Anhänger des dynastischen Partikularismus. Die Zentralregierung ist vollkommen in ihrem Recht, wo sie sich gegen dergleichen Reaktionärs waffnet, und sie von der Theilnahme an der neuen Reichsregierung ausschließt. Es kann ihr nicht zugemuthet werden, Männer zu verwenden, die darnach streben, Deutschland neuerdings in den Bürgerkrieg, aus dem uns die Errennung des Reichsoberhauptes gerettet hat, zu stürzen, und eben so wenig Männer, die den alten dynastischen Partikularismus auf den Ruinen der neuen deutschen Volksmacht wieder aufzubauen streben. Nur wenn die Zentralgewalt von solchen Gesinnungen ausgeht, kann sie Freund von Feind scheiden und in sich erstarken. Gelingt sie aber zu den Widerstehern der Reaktion auch noch die Regierungsorgane der kleinern Particularstaaten, so wird sie in ihrem schwierigen Werke in allen ihren Bewegungen gehemmt und unsicher werden, die ihr gestellte große Aufgabe zu lösen — Letzteres vermag sie nur alsdann, wenn sie die Zahl ihrer Freunde und Anhänger zu vermehren, nicht aber zu vermindern trachtet. Es gibt in Deutschland eine Menge von Staaten, deren Particularbestand gar nicht mehr herzustellen ist, und die deren Gründer daher auch nicht reagirt werden kann. Wollte die Zentralgewalt gegen Angehörige dieser Staaten ohne nähere Prüfung, ob sie der Reaktion beschuldigt oder feindlich sind, Mißtrauen hegen, so würde sie eine Kurzsichtigkeit verrathen, die wir ihr nicht zurauen. Die Zentralgewalt muß alle Freunde durch sie zu begründenden Ordnung der Dinge an sich ziehen, unbekümmert, ob sie der einen oder der anderen der mit dem alten Bunde untergegangenen Parteien angehörten. Ein Geist wahrer Versöhnlichkeit und wahren Wohlwollens muß sie beseelen, wenn sie sich auf friedlichem Wege Gehorsam und Anerkennung verschaffen will. Wir haben gelegentlich auch etwas länger bei diesem Gegenstand aufhalten zu müssen, weil wir in ihm eine der Grundbedingungen der Herstellung der neuen Bundesmacht erblicken."

Deutschland.

Die Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" bringt in ihrem amtlichen Theil Folgendes: Se. kaiserl. Hoh. der Erzherzog-Reichsverweser hat an den königl. preußischen Generalfeldmarschall-Lieutenant Grafen von Brandenburg-Kamerkorps, v. Hirschfeld in Koblenz, folgendes Schreiben erlassen: Bei der Parade der preußischen Garnison in Köln habe ich mich von der ausgezeichneten kriegerischen Haltung der Truppen überzeugt, die mir prevorlegt, daß sie in den Tagen der Gefahr auf siegreiche Kämpfe zu bestehen haben werden. Ich ersuche Sie daher, diesen meinen anerkennenden Ausspruch den Truppen, die am 15. August 1848 vor mir aufgereicht waren, bekannt zu geben. Frankfurt a. M., am 18. August 1848. Der Reichsverweser Erzherzog Johann. Der Reichsminister des Kriegs Peucker.

Se. kaiserl. Hoh. der Erzherzog-Reichsverweser hat in Folge seiner Reise nach Köln an den Oberpräsidenten der preußischen Rheinprovinz, an den großherzogl. hess. Präsidenten des Rheinkreises und an den herzogl. nassauischen Regierungspräsidenten zu Wiesbaden nachstehendes Schreiben erlassen: Auf meiner Reise zur Dombaufeier und während meines Aufenthaltes in Köln habe ich von der gesammten Bevölkerung des Rheinlandes so sichtbare Beweise ihrer Treue und Anhänglichkeit an ihren Kaiser, daß ich mich freudig aufgefordert fühle, dafür meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Ich habe aber in der Weise, in der man mich empfing, mich

allein Anhänglichkeit sein mich, ich habe darin bestimmten Ausdruck sie erkannt, wie das Gefühl für Entschlossenheit Einheit und Freiheit des deutschen Volk tief und mächtig durchdringt. Diese Gesinnungen, sie verbürgen, daß das Ziel, welches wir erstreben, zu unserem Heile erreicht werden wird. Ich erwähne Sie daher, den biedern Bewohnern am bayerländischen Strome bekannt zu geben, wie freudig und hoffnungsreich die Eindrücke sind, die ich von meiner Reise besitze. Insbesondere hat aber die Haltung und der Geist der Bürgerstämme, von Aalen an bis zu Koblenz, von Köln bis nahe zu denjenigen Orten, wo ich vorüberkam, mich überzeugt, daß sie entschiedene Vorkämpfen für die Wahrung der Freiheit, der Gesetzlichkeit und Ordnung gewähren. Frankfurt a. M., am 18. August 1848. Der Reichsverweser Erzherzog Johann. Der Reichsminister des Innern Schmerling.

Bayern. — Eine Stimme im „Nürnberger Korrespondent" in Betreff des diesjährigen Zusammentritts der Landräthe scheint uns volle Beherzigung und Berücksichtigung zu verdienen. Mit Recht macht dieselbe darauf aufmerksam, daß die Verlängerung der Landrathssitzungen über die als Regel festgesetzte 14tägige Zeit nothwendig eintreten. Es ist offenbar eine Möglichkeit, daß der Landrath, außer der Erledigung der demselben gewöhnlich obliegenden Geschäfte, deren Zahl bei unserer politischen Lage bedeutend sich vermehren dürfte, auch noch das ihm zum erstenmal übergebene höchst wichtige, den ganzen Erfolg des demnächst ins Leben tretenden Instituts der Schwurgerichte wesentlich bedingende Geschäft der Herstellung einer wenigstens 600 Personen umfassenden Geschwornenliste innerhalb 14 Tagen vollende, wenn nicht Uebereilung, Verkürzung der Berathungen und Nichterforschigung der an den Landrath gebrachten Gegenstände unvermeidlich sich ergeben soll.

** Der Münchener 12 11 Korrespondent der „Allg. Zeitung" sagt, die Münchener „Bürgerschaft" sei es gewesen, welche an den Minister des Innern vorgestern eine Mission gerichtet, und nachdem die Abgeordneten „derselben" auf das Rathhaus zurückgekehrt aber das Schreiben ihrer Sendung Bericht erstattet hatten, zum zweitenmale dieselben an den Minister geschickt hätten. Wir wissen diese Bezeichnung, als sei der Münchener „Bürgerschaft" es gewesen, welche die von Nannisen berufene und gewaltsam durchgesetzte Versammlung auf dem Rathhaussaale gehalten und die erwähnte Deputation abgesendet hätte, als unwahr entschieden zurückweisen. Die Münchener Bürgerschaft als solche hatte durchaus keinen Theil an einer Versammlung, in welcher man die „Anarchie" und die Republik als einzigen Weg zum Heil anpries, und hat eben bei diesem Anlasse ihre Treue und Anhänglichkeit an Gesetzmäßigkeit gezeigt. Die ehrenwerthe Bürgerschaft Münchens kann und will — dessen sind wir gewiß — durchaus keine Solidarität für unbesonnene und ungesetzliche Schritte Einzelner übernehmen.

△ München, 23. August. Bei den vorgestern stattgehabten Ruhestörungen wurden fünf Soldaten verwundet, darunter einer gefährlich durch einen Steinwurf an der Lunge. — Heute verrichte ein Individuum die von dem „Vereine für Freiheit und Ordnung" ausgehende (von uns gestern mitgetheilte) Anfrage „an die Bürger und Bewohner Münchens" an einer Straßenecke abzureißen, was ihm aber theuer zu stehen kam. Eine Anzahl von Bürgern gaben ihm empfindliche Beweise ihrer Entrüstung über ein solches Beginnen und überlieferten ihn der von ihnen selbst herbeigerufenen Gendarmerie. Die Entrüstung der Münchener Bürger über die erwähnten Vorfälle am letzten Tage gibt sich von allen Seiten durch energische Aeußerungen kund und nur ein Wunsch, ein Verlangen spricht sich überall aus, daß die Regierung pflichtgemäß und im allgemeinen höchsten Interesse dem Gesetze Achtung und der Ordnung kräftigen Schutz verschaffe gegen die heillosen Bestrebungen unverbesserlicher Wühler, denn die Freiheit nicht zu Grabe getragen werde durch die Frevel ihrer angeblichen Verkämpfer. Wir hegen die Ueberzeugung, daß die Regierung zur Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten alle kräftigsten Beistand aller Gutgesinnten zählen kann, und diese bilden weitaus die Mehrzahl unserer Einwohnerschaft.

** München, 23. Aug. Ein kokublatt erwähnt in seiner gestrigen Nummer abermals des Gerüchts von bevorstehender Entwaffnung der Freikorps. Dieses Gerücht, das nur ungefähr Grund haben kann, sei schon, um die öffentliche Stimmung zu reizen und die Gemüther zu erbittern, ist, wie wir und der vertrauenswürdigsten Quelle wissen, gänzlich ungegründet. Dem Wunsche des hiesigen Studentenkorps entsprechend, werden in den nächsten Tagen die Gewehre der in den Ferien abwesenden Mitglieder dieses Korps in das Landwehrzeughaus zur einstweiligen Aufbewahrung niedergelegt werden. Wir glauben dieses Anstandes erwähnen zu sollen, damit nicht auch er zu böswilligen Mißdeutungen ausgebeutet werde.

*Aus Oberfranken, im August. Es ist eine bekannte Thatsache, daß am 25. April v. J. gegen die Mitglieder des bei allen Einwohnern Hassen der Stadt Bamberg mit einem Mal die Besorgniß wegen eines angeblichen Ueberfalls von 3000 bewaffneten Kronacher Flößern erregt, und neben dem Ausrücken der Garnison, Land- und Bürgerwehr eine Art von allgemeiner Bewaffnung mit allen in der Eile zu ergreifenden Instrumenten und Wehrstücken veranlaßt worden ist. Die Ermittlung, auf welche Weise diese Besorgniß entstanden, mußte für die Behörde um so wichtiger sein, als das Gerücht wegen des angeblichen Ueberfalls allen und jeden Grundes entbehrte, und die Vermuthung nicht ferne lag, daß der Verfall auf einer böswilligen Mystifikation beruhte, und von der republikanischen Partei zu Bamberg — welche Tags zuvor bei der zu Stuttgart eröffneten von ihr unbekannten Volksversammlung eine empfindliche Niederlage erlitten hatte — zu dem Zwecke verursacht worden ist, um Aufregung in der Stadt Bamberg hervorzubringen. Diese Vermuthung ist durch die gepflogene Untersuchung zur zweifellos Gewißheit geworden, indem durch unverwerfliche Zeugen bekundet worden ist, daß Advokat Thus zu Bamberg — welchen sich bewogen als Vertreter des Wahlbezirks Bamberg in der Nationalversammlung zu Frankfurt — in der politischen Vormittage nicht mit allgemeinem öffentlichen Pfingen der Stadt äußerte, daß ein anonymer Brief die Nachricht von dem beabsichtigten Ueberfalle der Flößer gebracht habe, sondern auch auf der Hauptwache den Wachtkommandanten zum schleunigsten Aufgebot der Landwehr aufforderte, da in kaum einer Stunde 3000 Flößer ankommen würden. An wen dieser anonyme Brief gekommen sei, wurde von dem Advokaten Thus verschieden angegeben, indem er einmal sich selbst als den Empfänger, das andere Mal aber den Redakteur des fränkischen Merkurs, Karl Heyder, als solchen bezeichnet hat. Letzterer hat den Empfang eines Briefes in Abrede gestellt. Die Vernehmung des Advokaten Thus, verwalten in Frankfurt a/M., wurde zwar von der untersuchenden Behörde bei dem dortigen Parlamente beantragt, allein ohne Erfolg, indem letztere Behörde auf mehrmaliges Ansuchen erklärte, das Advokat Thus der häufig an ihn ergangenen Vorladungen ungeachtet nicht zur Vernehmung sich einfinde, das Advokat Thus, welcher bekanntermaßen bei der Nationalversammlung in Frankfurt der äußersten Linken angehört, und die Unverantwortlichkeit des deutschen Reichsverweserts nicht anerkennt, stelle sich in einem Falle, wo ihm Bürgerpflicht Achtung vor dem Gesetze gebietet, selbst über das Gesetz — ein Benehmen, welches bei den angeführten thatsächlichen Verhältnissen keines weiteren Kommentares bedarf!

Schweinfurt, 21. August. Domdechant Dr. Brenner, viele Jahre hindurch als Professor der Theologie am hiesigen Lyceum thätig und durch seine freisinnigen theologischen Schriften auch im Auslande berühmt, ist gestern früh im 64. Lebensjahre verschieden. (Bamb. Tagbl.)

Kurhessen. — Kassel, 18. Aug. Uebermorgen ist der Geburtstag des Kurfürsten. Es war bisher Brauch, diesen Tag festlich zu begehen; doch geschah es nur in offiziellen Kreisen oder doch immer in einer Weise, daß man das Gegenwärtige einer allgemeinen Theilnahme kaum erkennen konnte. Dieses Mal wird das Fest allem Anscheine nach in ganz anderer Weise gefeiert werden. Das Benehmen unseres Fürsten am 6. August namentlich seine lebhafte Theilnahme an den Volksbelustigungen, denen er — zum erstenmal in schlichter bürgerlicher Kleidung — bis zum späten Abend beiwohnte, haben im ganzen Lande, namentlich aber unter der besseren Bürgerschaft, eine so freudige Sensation erregt, daß der nächste 29. August als ein wahrhaftes Fest und aus wahster Freude gefeiert werden wird. Seit mehreren Tagen werden schon vielseitig Vorbereitungen dazu getroffen. Als betreuungsvoll kann der mehrfach laufgewordene und hoffentlich in Erfüllung gehende Wunsch bezeichnet werden, daß alle Range-, Standes-, Ordens- und Kleidungs-Auszeichnen und Abzeichen bei den Festlichkeiten abgelegen wären. (N. K.)

Großherzogthum Braunschweig. Braunschweig, 18. August. Gestern traf beim Kriegsdirektorium hier der Befehl des Reichskriegsministers ein, die Mannschaft des braunschweigischen Kontingents bis zu einer Zahl von 5000 einzuüben. Noch gestern Abend wurde wegen dieser Angelegenheit Sitzung gehalten und Beschluß gefaßt. Ohne Zweifel kommen einzelne Offiziere der Besatzungstruppen nach Land und leiten dort die Uebungen; denn bekanntlich soll die junge Mannschaft ihren Berufsgeschäften so wenig wie möglich entzogen werden.

Schleswig-Holstein. Schlesswig, 17. August. Trotzdem, daß die Gerüchte eines baldigen Waffenstillstandes immer glaubhafter und nachha tiger werden, läßt General Wrangel fortwährend gegen Norden zu marschiren, und die Truppenmarsch, welche jetzt in Nordschleswig in der Nähe der Grenze steht ist, daß sie binnen wenigen Stunden den jütländischen Strom überschreiten kann, wird nahe an 30,000 Mann betragen, denen weitere 25,000 Mann, die jahrelange in ihrer Organisation begriffene schleswig-holsteinische Armee mit eingerechnet, als Reserve dienen. Die Armee drennt vor Angeblich, in Jütland einzurücken, und die Kunde von dem wahrscheinlich nahen Waffenstillstand macht viele verdrießliche Gesichter. Trotz der großen Verschiedenheit der Truppen, die in der Reichsarmee vereinigt sind, herrscht bunte Zusammensetzung zum Trotz in den Schleswig-Holsteinischen Reihen kann, wird nahe an 30,000 Mann betragen, denen weitere 25,000 Mann, die jahrelange in ihrer Organisation begriffene schleswig-holsteinische Armee mit eingerechnet, als Reserve dienen. Die Armee drennt vor Angeblich, in Jütland einzurücken, und die Kunde von dem wahrscheinlich nahen Waffenstillstand macht viele verdrießliche Gesichter. Trotz der großen Verschiedenheit der Truppen, die in der Reichsarmee vereinigt sind, herrscht bunte Zusammensetzung zum Trotz in den Schleswig-Holsteinischen Reihen ein gewissen Nassauer vermehrt ist, herrscht fortwährend das beste Einvernehmen unter allen Soldaten der verschiedenen Contingente. Alle tragen die deutsche Kokarde, ausgenommen die Hannoveraner, denen sie aber jetzt auch auf ihr dringendes Bitten gestattet ist. Ueberhaupt herrscht gerade bei allen hannoverschen Truppen ohne Ausnahme, Kavallerie wie Infanterie, Offiziere wie Gemeine, ein besonders reger eifrenischer Geist für die deutsche Einheit und sie weitetiren darin mit den Oldenburgern und Braunschweigern, die denselben auch auf so vielfache Weise bethätigen. Die Preußen und besonders die Offiziere der Gardregimenter suchen sich theilweise mehr abzusperren, wollen nicht viel von Frankfurt wissen und schwärmen für das vorvaterländische, getrennte Preußenthum. Doch wird sich dieser Geist bei den sonst so trefflichen Truppen unangenehm auffällig, allmälig immer mehr und mehr legen, wozu besonders das Beispiel des wackren Generals Wrangel viel beiträgt. Jetzt weilt der Großherzog von Mecklnburg, ein Fürst, der das lebendigste Streben für deutsche Einheit auf alle Weise bethätigt, bei den die äußersten Vorposten bildenden mecklenburgischen Reichstruppen um hier den praktischen Felddienst durch eigene Anschauung genau kennen zu lernen. Von dem eigentlichen Kriegsschauplatz läßt sich nicht viel Wich-

tiges berichten. Die Dänen wünschen schwerlich in der Nacht heimliche Landungen mit einzelnen Kriegsschiffen, um Beute aller Art zu machen, wurden aber weit von unsern wachsamen Flotten zurückgewiesen. Auch von Jütland her kommen bisweilen kleine oder größere dänische Streifpartouillen, bestehend berittene Jäger, die sich mit den äußersten Vorposten necken und dann wieder abziehen. Eine ernstliche Verfolgung vorwehren ihnen nicht sumpfichten, weit sie sich dann immer wieder über die die jetzt unbewachsene zusammenziehende Grenze zurückziehen. In 3—4 Tagen werden die ersten bedeutenden Truppen zum Schleswig ziehen.

Flensburg, 17. August. Soeben, 12 Uhr, komme ich von der Wachtparade. Frankfurts Linie steht auf den Vorposten, d. h. das Bataillon Frankfurt hat heute den Dienst gegeben. Diese Nacht von 2 bis 5 Uhr Morgen wird hier eine heftige Kanonade, so hat es sich glaubt, wir würden jedenfalls den Augenblick durch Generalmarsch zusammengerufen. Die Dänen lauern auf jene Kriegsschiffen der Gladsdorn zu und beschossen die daselbst befindlichen dänischen Schiffbatterien, wurden aber nach wenigen langer Kanonade fortgejagt. Mehrere kamen mit Granaten noch nicht mithinein. Der hier befindliche Kommandant, welcher gleich hinelte, kommt um 2 Uhr zurück und es ist möglich, daß wir früher aufbrechen, als die Nassauer kommen. Diesen Morgen sind 1 Bataillon Oldenburger und die Kavallerie von hier fortmarschiert. Alle Truppendislokationen lassen der Vermuthung Raum, daß nächstens etwas vorgehen wird. (Fr. D.-P.-A.-Z.)

Berichten aus Heiningor, vom 15. d. M. zufolge, waren am Tage zuvor der König Oskar und Schweden und der preußische Gesandtmajor v. Below in Malmö angekommen und die Unterhandlungen wegen eines Waffenstillstands zwischen Deutschland und Dänemark wieder aufgenommen worden. Man hatte Grund zu glauben, daß innerhalb vierzehn Tagen oder drei Wochen der Abschluß erfolgen werde. Nach Kopenhagen eines Reisenden, der Kopenhagen am 16. Morgens und Malmö am 16. Nachmittags verlassen hat, wollte man daselbst 40000 Mann Truppen; die gegenwärtige schleswig-holsteinische Armee, nebst den Neuerdingsberufenen bleibt gerüstet (zusammen circa 16,000 Mann); die Dänen behalten Alsen besetzt mit 3000 Mann. Außerdem soll (wie schon berichtet) gewünscht werden, daß die Landesversammlung sich bis zum 15. September vertage.

Preußen. Berlin, 20. August. Die Minister, welche Se. Maj. den König auf der Reise nach Köln begleitet haben, sind bereits vorgestern hier wieder eingetroffen. Sie unternehmen auch ist es jetzt im Werke, die Civil Ehe und die Civilstands-Register, die seit einigen Jahren einen Gegenstand frommer Wünsche ausmachen, und durch die neuere Gesetzgebung aber die Bildung freier Religions-Gesellschaften ermöglicht eine unabweisbare Nothwendigkeit geworden sind, endlich auch bei uns einzuführen. Wie wir hören, sind die Gesetzentwürfe bereits fertig, und werden wahrscheinlich schon in der nächsten Session der Landesversammlung zugehen. Es würde dadurch vielen Uebelständen abgeholfen, und einem dringenden, längst gefühlten Bedürfnisse unserer Zeit endlich ein Genüge geleistet werden. — Wie man bestimmt versichern will, hat es der Kriegsminister entschieden abgelehnt, die jetzt vom der Bürgerwehr besetzten Wachen wieder Militär besetzen zu lassen. Dasselbe hat nämlich die gemeinderäthliche Beschlüsse, bei öffentlichen Aufläufen u. s. w. nicht unmittelbar einzuschreiten, sondern immer erst die Aufforderung der Civilobrigkeit und der Bürgerwehr abzuwarten. — Nach einer Mittheilung in Nr. 69 des Publizisten, die auch in unsere Zeitung übergegangen ist, soll dem Oberst Kaiser von dem Herrn Minister des Innern die Weisung zugegangen sein, die Zahl der Schutzmannschaften um 400 Mann zu vermehren, und selbige sofort gegen die Aufrührung in Anspruch zu nehmen haben. Diese Nachricht entbehrt, wie wir vernehmen, aller Begründung, sie ist aber auch mit den bestehenden Aktsverhältnissen nicht in Einklang zu bringen, da das Institut der Schutzmannschaft unter dem Polizeipräsidium steht, und daher nur von dieser Behörde eine Remonstration angeregungen sein könnte. Der Polizeivrasident, Hr. v. Bardeleben, ist aber nicht gegen eine Vermehrung der Schutzmannschaft, sondern hat sich nur gegen die 1600 Mann bestimmt, so lange sich es in seiner Absicht liegen, solche nach und nach auf 1200 Mann zu vermindern, und er deshalb auch bereits dem Herrn Minister Vortrag gehalten haben. — Das unter den hiesigen Geschäftslenten verbreitete Gerücht, daß das St. Petersburger Kabinet unserer Regierung einen für die Einfuhr preußischer Zuckerwaare günstigen Handelsvertrag angetragen habe, scheint keine Bestätigung zu bedürfen. Einen solchen Antrag hat das Ministerium gegenwärtig überhaupt nur mit großer Vorsicht aufnehmen. — Von gestern bis heute sind 6 Personen an der Cholera erkrankt, so daß die Zahl der von dieser Krankheit Befallenen bis heute 80 beträgt. Davon sind 59 gestorben, 7 genesen und 14 befinden sich noch in ärztlicher Behandlung. (Berl. Nachr.)

Berlin, 20. Aug. Ein Gerücht, dessen Wahrheit ich aber nicht zu verbürgen weiß, sagt, die deutsche Angelegenheit des bekannten Staatsministers Hrn. Habicht habe den Zweck gehabt, Unterhandlungen wegen eines Anschlusses der anhaltischen Herzogthümer an Preußen anzuknüpfen.

— Das am 16. d. stattgehabte Pommern-Konzert zum Besten der deutschen Flotte hat mit Einschluß eines Geschenkes Sr. kgl. Hoh. des Prinzen von Preußen an Betrage von 50 Thalern eine Brutto-Einnahme von 1900 Thalern ergeben. Die Kosten betrugen etwa 500 Thaler, so daß ungefähr 1100 Thaler Reinertrag verbleiben. — Einem neuen Bruder, wie wenig all das Lermen und Blasen der kleinen Blätter unter der Bevölkerung Anklang und Widerhall findet, gibt das Gleichthun fast aller so zahlreichen kleinen und großen in demokratischen Sinne geschaffenen Tagesblätter, nur wenige vermögen sich zu halten. Selbst die meisten Mitglieder dieser Gesellschaften verschwenden eben so schnell wieder, als sie enthusiastisch.

Koblenz, 19. August. Ganz unerwartet früh hatte gestern um 10 Uhr Morgens der Prinz Friedrich von Baden, welcher in Schleswig die Brigade Reichsthruppen kommandiren wird, mit einem Bataillon des 30sten badischen Linienregiments seinen Stabe und der Musik auf dem besondern Dampfboote der Düsseldorf-Elberfelder Eisenbahn-Gesellschaft nach Köln hier vorbei und somit sonder auf den östlichen Gebirgsbahnen sein weiteres militärisches Ziel zu nehmen hat. Um 8 Uhr Abends kam dasselbe zurück und passirte vor der Mannheimer Gesellschaft mit fünf großen Kriegsschiffen im Tau die schöne badische Artillerie, 8 Sechspfünder mit dem Park, welche sich (in Ehrenbreitstein) übernachteten. Der herzliche Empfang wurde diesen Truppen nicht nur vom Offizierkorps aus dem Stabe und der Musik auf dem Bahnhofe, Im Mittlerweilen sand zu Ehren der fremden Offiziere ein großes Festmahl statt, welches bis früh zum Morgen dauerte, wo die badischen Gäste mit zwei Militärmusikchören über die Rheinbrücke nach den Schiffen gebracht wurden, die mit 8 Uhr ihre Weiterreise antraten. Auch die Artillerieoffiziere der Artillerie bewirtheten in einem besonderen Lokale ihre badischen Kameraden, und ebenso die Kanoniere. Das herzlichste Verhältniß herrschte zwischen den fremden und den hiesigen Truppen. Bon Koblenz und die Artillerie mit der Eisenbahn weiter befördert, schon gehe solches wegen Mangels der erforderlichen Einrichtungen noch sehr langsam; denn gestern erst fuhren die letzten Wagen und Pferde der nassauischen Artillerie aus Deutz ab, obschon sie schon am vorvorigen Samstag hier vorbeigekommen waren. — Bis zum 22. d. kommen nun täglich noch badische Truppen hier vorbei; in diesen Tagen treffen die Hessen-Darmstädter ein, welche auf dem Marsche nach Schleswig sind, sie sind unter Kommando des Generals v. Hombold, welcher den König nach Köln begleitete, ist vorgestern hier angekommen und hat sich zum Besuche seines Freundes, des Bankiers Mendelssohn von Berlin, auf dessen Villa nach Hochheim begeben. — Laut Privatbriefen wurde der Prinz Friedrich, welcher seither in Düsseldorf wohnte, den Befehl des achten Armeekorps erhalten und hier im Schlosse residiren. (Fr. D.-P.-A.-Z.)

Oesterreich. — * Nach allen Nachrichten, die aus von verschiedenen Seiten aus Wien bis 21. zugehen, steigt dort die Gährung der Gemüther täglich. Die wühlerische anarchische Partei hat nun in Hr. Schütte einen neuen Apostel erhalten, welcher laut und offen namentlich die Jugend aufregt durch seine Reden in der Klubs, und Wien als die einzige Residenzstadte und den freiheitlichsten Boden seiner Tendenz erklärt, „sichere Ueberfluß" sei unterdrückt, er werde sich an das Ministerium Doblhoff-Schwarzer wenden, um für seinen geächteten Freund die Erlaubniß auch Wien zu kommen zu erwirken. Dr. Foster, der bekannte exaltirte Preister und Reichstagsabgeordnete, agitirt in demselben Sinne, die Aula hat eine Adresse an die Jugend in ganz Europa erlassen, um sich Schutz und der Sicherheitsausschuß soll dieselbe unterzeichnet haben. Dr. Schütte ist der Verantwortung verfallen; er hatte erklärt, daß man der Frankfurter Versammlung durch solche Zustimmungsadressen zu Hilfe kommen müsse. Jedermann fragt sich, zu welchem Zwecke dieser Dr. Schütte (bekanntlich ein Hannoveraner) und auf wessen Kosten er diese kostspieligen Reisen nach der Schweiz und Deutschland unternimmt? Seit seiner Anwesenheit in Wien sind auch noch andere Wühler von allen Seiten herbeigekommen, und ein Brief vom 18. in der „Allgemeinen Zeitung" kündet einen neuen Hauptschlag als von denselben bevorstehtig an. Die Krawalle und Putzemmissen nehmen täglich zu. Indessen darüben die Wühler zu Wien (wie zu München) diesmal die Rechnung doch ohne den Wirth gemacht haben. Die öffentliche Meinung ist zu Gunsten des Ministeriums entschieden rege in der Nationalgarde die klarere Erkenntniß durch, daß die Dinge nicht so fortgehen können wie bisher. Zwischen der Nationalgarde und der Aula ist seit der großen Musterung durch den Kaiser offener Zwiespalt ausgebrochen. Während die Nationalgarde dem Kaiser feurige Lebehoch brachte, zog die Studentenlegion, gegen 3000 Mann, stumm vorüber, und ihre Musik spielte keinen gleichen zum Gruß bei. Man erwartet daß jetzt die Nationalgarde äußerst erbittert. Diese Erbitterung richtet sich aber auch gegen das Ministerium, das sich ganz unter dem Einflusse der Demokraten befindet. Dessen Lebensfähigkeit wird dadurch immer zweifelhafter. Daß an die Wiederkehr einer festen Ordnung und die Begründung eines wohrhaft freien, gesetzlichen Zustandes auch zu denken ist, so lange diese Sicherheitsausschüsse und das Regiment der Studenten fortdauert, kann man: aber jeder nur nur noch an dem Ernnanen der Bürger, um das ihnen täglich unerträglicher werdende Joch abzuschütteln. Neun Zehntheile von ihnen sind des jetzigen Zustandes übersatt, und wenn ein Mann sich fände, der sich an ihre Spitze zu stellen, die Leitung zu übernehmen den Muth, die Kraft und die Fähigkeit hätte, so wäre der ganze Wirthshaft schnell ein Ende gemacht. Ein Königreich um einen Mann! so möchten die Wiener jetzt ausrufen. Ihre Lage ist ein warnendes Beispiel für die Bürger aller andern Städte, wo man gleiche Zustände herbeiführen möchte. Man sagte am 21. zu Wien, v. Wessenberg werde die Leitung und den Vorsitz im Kabinette übernehmen, das Portefeuille des Auswärtigen aber einem andern übertragen. Graf Colloredo wird als der ältein dazu

beschützte erachtet. Das Ministerium Dobhoff-Schwarzer ist der deutschen Sache offenbar abtrünnig geworden.

Schweiz.

Basel. Nachdem seit dem Anfange der Woche etwa 150 italienische Flüchtlinge durch unsere Stadt nach Frankreich gezogen, und in St. Louis ohne Anstand weiter instradirt worden waren, ist heute neuerdings ein Trupp von funfzehn solcher Flüchtlinge durchpassirt, in St. Louis aber zurückgeschickt worden, mit dem Bemerken, daß nur solche in Frankreich eingelassen würden, welche hinlängliche Ausweisschriften und Geldmittel haben. Dieß ist natürlich bei den allerwenigsten der Fall und die teffinischen Lumpäße, die sie besitzen, gelten nicht als gehörige Ausweispapiere. Der Kl. Rath hat sofort Mittheilung davon an das eidgen. Kommissariat in Tessin, an den Vorort und an die sämmtlichen schweizerischen Polizeien auf den italienischen Routen gemacht, um jeden weitern Zufluß zu verhindern. Ferner anlangende bedürftige Flüchtlinge sollen ordentlich verpflegt, mit einem Zehrpfennung versehen und auf demselben Wege zurück instradirt werden, auf dem sie gekommen. (Basl. Z.)

Genf. Berner Blätter melden aus Genf vom 16. August: „Heute langten einige höhere Offiziere, worunter ein Schweizer, aus der Lombardei hier an. Wie sie erzählen, gehorten sie zu dem Korps, das sich noch vor den Thoren Mailands schlug, als General Fauti gefangen wurde; nur mit vieler Mühe konnten sie über den Simplon entkommen; die Straße war durchhäufig mit Flüchtigen bedeckt, mit Weibern in seidenen Kleidern und ohne Schuhe, mit Kindern ꝛc., daß es ein wahres Erbarmen war. In Oberwallis und besonders in Brieg wurden die Offiziere insultirt, da sie noch ihre Uniform trugen. In Brieg wurden zur Feier des siegen Sardo-Oesterreicher Friedensschlusses abgefeuert, dadselbe geschah in Entremont. Ueberall erheben die Savoherbündler ihr Haupt und hoffen sich zu rächen; sie sagen laut, daß sie sich auf alles gefaßt machen." Das letztere dürfte nach den jüngsten Erfahrungen sehr ungefährlich sein, sofern die Schweiz ihre Neutralität nicht blos energisch, sondern auch loyal und gewissenhaft — was leider von einzelnen Kantonen im Süden und Norden in den letzten Monaten nicht ganz der Fall gewesen ist — wahrt und dem Ausland, wie sich auch die Dinge gestalten mögen, nicht nur kein Recht, sondern auch keinen Vorwand gibt, sich in unsere Angelegenheiten einzumischen.

Großbritannien.

†London, 19. August. Eine gleichzeitige Schilderhebung war in Manchester, Hyde, Ashton ꝛc. vorbereitet, welche auf ein gegebenes Signal vor sich gehen sollte, allein das Komplot wurde noch zeitig genug entdeckt, um es unterdrücken zu können. In Irland werden fortwährend Verhaftungen vorgenommen. — Im Amte des Auswärtigen war gestern ein 1' stündiger Ministerrath. — Nachrichten aus New-York vom 5. melden ein äußerst blutiges Gefecht zwischen den Ausständischen und den Regierungstruppen auf Cuba. Auf beiden Seiten sollen mehrere hundert Mann getödtet sein. Die Ausständischen zogen sich in die Berge zurück. Auf Santa Cruz sollen die Ausständischen sich unterworfen haben und zu ihrer Arbeit zurückgekehrt sein.

Frankreich.

**Paris, 20. August. Gestern am Schlusse der Nationalversammlung mußten außerordentliche Maßregeln genommen werden, um eine Masse von Weibern abzuhalten, welche eine Petition um Amnestie für die Juniitransportirten übergeben, und fast mit Gewalt in die Versammlung eindringen wollten. Man will darin ein neues Komplott wittern. — Das Aufsehen, das die veröffentlichten Aktenstücke über die Junieraufstände erregen, ist ungeheuer. — Man sagt, Admiral Trehouart habe Befehl erhalten, in den Gewässern von Beaudig vor Anker zu gehen (?). — Hr. Senard hat gestern der Nationalversammlung mitgetheilt, daß ein Blandsister, der an das Gut des Hrn. v. Lamartine bei Macon Feuer legen wollte, von Landleuten der Umgegend, die ihn auf der That ertappten, festgenommen und unglücklicher erschlagen worden sein.

Vermischte Nachrichten.

(Numismatisches Gesuch.) Ein Mandarin erster Klasse und verdienst Gelehrter des größten alter im chinesischen Reiche entsendeten Höfe und zugleich Liebhaber von seltenen Münzen, sucht, um sein Münzkabinet damit zu zieren, den ersten Schiller, den unsere Bühnenkünstler per expreß eigens einem Arbeiter zu verdienen gegeben haben. Numismatiker!

(Mord in Frankfurt.) Hier ist ein gräßlicher Mord vorgefallen. Einige Dienstleute hatten sich zusammengetrunken, um mit allem Weltbergwasch die schlaue Zeit todzuschlagen.

(Schlafstelle zu vermiethen.) In der Paulskirche sind noch einige offene Schlafstellen zu vermiethen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

London, 19. August. Konsols 86 G. Coup. —. Span. Akt. —, 3proz. 22½, Paff. 3½, Portug. —. 3proz. —, 4proz. —. 5proz. —. Holl. 4proz. 71, 2½proz. 44.

Madrid, 14. August. 3proz. 20 G, 20½ B. 4proz —, 5proz. 11 B. 10 G. Paff. Schuld 4 B. Coup. 7 B. Ausw. Paff. Schuld —. Umgehbare Schuld 5proz. 7 G. Proviz. 24. 3½ G. St. Fernando-Bank —. Diskonto —. Wechselkurse: Paris 4—70 B. London 45—30 G.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 24. August: „Die Sirene", Oper von Auber.

Freitag, 25. August: „Die Valentine", Schauspiel von Gustav Freytag.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Baron v. Schiller, von Augsburg. Ziel Ostermeyer, Bankier von Augsburg. Berg, Kaufmann von Frankfurt. Daum, Kaufmann von Elberfeld.

Gold. Hirsch. Graf v. Lerchenfeld, Gesandter von Paris. Seidel, Landrichter von Neuburg.

Blaue Traube. Schiele, Geistlicher von Eichstätt. Baron v. Hartner, von Augsburg. Czapski, Verwalter von Neuzell. Schubert, Studirender von Berlin. Gegan, Appellationsgerichts-Rath von Innsbruck. Krang, Jahrdirektor von Laibach. Berzik, Metallier von New-York. Dr. Urban, von Dorten. Dr. Miller v. Polzer und Dr. Kl., von Salzburg.

Stachwägerren. Hörtel, Domänenverwalter von Wessenhorn. Herr, Privatier von Kempten. Heidel, Privatier von Würzburg. Dr. Deppisch, Professor von Würzburg. Dr. Kapferer, Advokat und Engel, Privatier, von Innsbruck.

Getraute in München.

Die Herren: Heinrich Hutmacher, Buchbindergeselle, mit Ursula Barbara Wallenhauser, Schrannenknechtswitwer v. d. Johann Baptist Huber, Hausknecht, mit Maria Ursula Schropp. Taglöhnerstochter zum Mohrer am Berg. Planet Sperling. Franz Malla, Bürgert. Gastwirth dahier, mit Theresia Mitt, Bauerstochter von Schellenberg. Pfarrer Schieg der Landshut. Johann Baptist Spalding, Feuerwerker im königl. Artillerielegimente Prinz Luitpold dahier, mit Franziska Burkhard, Bauernwirtstochter von Oberhausen. Lgs. Glaggingen. Joseph Anton Endres, Bediener, mit Elisabeth Mayer, Früchtenhändlerstochter von Schwaz in Tyrol.

Gestorbene in München.

Joseph Lehr, Soldat im königl. Infanterie-Leibregiment, 23 J. a. Johann Baptist Graf, quiesc. königl. Berg- und Hütten-Verweser von Achthal, 86 J. a. Klara Dosch, Küchelbäckerstrau, 48 J. a.

Prüfungs-Anzeige.

81. Montag den 4. September wird in dem Justizgebäude in der Ludwigsstraße Nro. 15 von 8 bis 1 Uhr die öffentliche Jahresprüfung der Zöglinge des königl. Blindeninstitutes abgehalten werden. Die Musikprüfung beginnt um 12 Uhr. Alle Freunde und Gönner dieser Anstalt werden dazu gegiemendst eingeladen. Aussertem kann sich Jedermann, wie bisher, durch eigene Anschauung von der Einrichtung und dem Wirken der Anstalt täglich selbst überzeugen.

München, den 22. August 1848.

Die königl. Inspektion des Blinden-Institutes.

89. Eine vierstimmige Kateche mit Paratachen und allen nöthigen Meßrequisiten ist zu verkaufen. Das Nähere bei der Expedition dieses Blattes.

für die

hilfsleen Bayern in Havre de Grace

sind eingegangen.

Uebertrag 11 fl. 24 kr.

Den 23. August:

C. F. . . . . 10 fl. — kr.

Summe . . 21 fl. 24 kr.

Expedition der „Neuen Münchener Zeitung".

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Die Reichsminister.

Die Männer, in denen Hande jetzt großentheils die Leitung der Geschicke Deutschlands gelegt ist, ziehen in zu hohem Grade die Augen des ganzen Gesammtvaterlandes auf sich, als daß es unsern Lesern nicht willkommen sein sollte, einige nähere Notizen über dieselben zu erhalten. Wir entnehmen dieselben der „Neuen Freiburger Zeitung," welche sie als auf sichern Grundlagen beruhend und als zuverlässig bezeichnet.

Ueber den Fürsten K. v. Leiningen, der die Stelle eines Ministerpräsidenten ohne Portefeuille übernommen hat, nicht nöthig, in Näheres einzugehen. Er gehört unserm Vaterlande Bayern an; sein vieljähriges parlamentarisches Wirken in unserer Kammer der Reichsräthe, deren Präsident er mehrmals gewesen, seine Denkschriften, welche die allgemeine Aufmerksamkeit auf ihn hingelenkt, seine Ideen über eine totale Reform des Adels, denen er auch praktische Durchführung zu geben suchte; sein Verhalten in den Märztagen zu München, Alles das ist eben so bekannt, als seine nahe Verwandtschaft zur Königin Viktoria von Großbritannien, deren Stiefbruder er ist (die Herzogin von Kent ist die Mutter von beiden). Seinen Ausspruch: „Entweder — Oder!" in welchem er seine Ansichten über die Begründung der deutschen Einheit niedergelegt hat, haben wir bereits mitgetheilt. Wir gehen daher sogleich auf die anderen Reichsminister über.

Anton Ritter v. Schmerling ist ein geborner Wiener und steht im Anfang der Vierzig. Er hat sich früh schon als Mitglied der niederösterreichischen Stände durch seine Opposition gegen das Metternich'sche System hervorgethan und seiner Gesinnung schwere Opfer bringen müssen. Er war einer derjenigen, die den 13. März persönlich in Metternich drangen, seine Stelle niederzulegen. Sodann, als Vertrauensmann nach Frankfurt gesendet, trat er nach Colloredos Ansscheiden auf der Bundesversammlung als österreichischer Präsidialgesandter in dieselbe ein, und dachte es schon, daß das hinsterbende Institut vor seinem Tode noch eine gewisse Lebenskraft äußerte, und im Sinne der Freiheit, wie der deutsch-nationalen Ehre sich wirksam zeigte. Außer den angeerbten Eigenschaften des Geistes und Herzens rühmt man an ihm noch besonders Geschäftsgewandtheit, was ihm namentlich als Minister des Innern sehr zu statten kommen muß.

Der Minister des Aeußern, Hecksher, war bisher Advokat zu Hamburg und dort wegen seiner Rechtskenntniß und gerichtlichen Beredsamkeit, wie wegen vielfacher glücklich geführter Vertheidigungen (Kommerz-Handelssachen) ungemein geachtet und gesucht. Sein Name ward in weiteren Kreisen zuerst durch Schriften bekannt, die er zur Vertheidigung der vom König von Hanover im Jahre 1837 gewaltsam aufgehobenen Verfassung schrieb, und durch die entschiedene Betheiligung, die er an den von oben herab unterdrückten Versammlungen deutscher Reichsmänner nahm. Sein Auftreten im Vorparlamente und in der Nationalversammlung ist zu bekannt, als daß hierüber noch etwas gesagt zu werden brauchte. Er gilt als einer der scharfsinnigsten und beredtsten Mitglieder der Reichsversammlung, dem zugleich die Gabe drastenden Witzes in reichem Maße zu Gebot steht. Die allgemeine Stimme sah in ihm alsbald den Führer des linken Centrums, und nicht es schien, nicht mit Unrecht. Sein Talent für auswärtige Politik hat er bisher am glänzendsten in seinem Bericht und Vortrag über die schleswig-holsteinische Frage bewährt.

Der Kriegsminister v. Peucker ist in Schlesien 1792 geboren und hat sich, von Gneisenau angezogen, dem Militärstande gewidmet. Er machte als Artillerielieutenant den Feldzug nach Rußland in dem Korps des Generals Yorf mit, kam in der Folge in das Kriegsministerium und wurde an der Seite Boyens einer der Hauptleiter der Organisation des preußischen Heere- und Festungswesens. Als Generalmajor nach Frankfurt versetzt, war er längere Zeit das Haupt der Bundesmilitärcommission. Er wird in der mi itärischen Welt vermöge seiner militarischen Schriften wie in geschäftlicher Beziehung gleich hoch geschätzt, und daß er ein Mann deutscher Gesinnung ist, darüber kann kein Zweifel obwalten.

Zu den ausgezeichnetsten Mitgliedern des Reichsministeriums gehört, was Wissen und Charakter anbelangt, der Justizminister Robert Mohl. Früher Professor der Staatswissenschaften zu Tübingen, hat er sich als Schriftsteller wie als Lehrer seines Fachs zu einer der ersten Größen Deutschlands emporgeschwungen. Durch die hier eingeschlagene Richtung wie durch seine entschiedene Opposition gegen das Ministerium Schlayer, bei Gelegenheit einer Wahlhandlung zur Kammer, in Ungnade bei den hohen Gewalten gekommen, wurde er plötzlich als Regierungsrath nach Ulm versetzt. Dem fügte sich der kräftige Mann nicht und nahm seine Entlassung; die Tübinger Burgerschaft ehrte seine Gesinnung dadurch, daß sie ihn in den Stadtrath wählte. Er trat sodann in die würtembergische Kammer ein, wo die Unabhängigkeit seiner Ansicht und die reiche Fülle seines Wissens immer ein bedeutendes Gewicht in der Wagschale des Rechten und Wahren gewogen ist. Die despotische Regierung übernahm die Sühne für die Kränkungen, die der wackere Mann hatte erdulden müssen, indem sie ihn im vorigen Jahre auf den Lehrstuhl der Staatswissenschaften nach Heidelberg berief. Eine Reihe von publicistischen Arbeiten und der jüngsten Zeit zeigten, daß er tief wie irgend Einer den Umschwung begriffen, der über Deutschland gekommen; auch das Vorparlament gab das von Kunde. Unter seinen Leistungen in der Reichsversammlung nennen wir nur die Geschäftsordnung, die hauptsächlich sein Werk ist und bekanntlich ohne Diskussion angenommen wurde.

Der Finanzminister Beckerath, Bankier aus Crefeld, ist auf dem englischen Verwigten Landtag allgemeiner bekannt geworden, nachdem er sich am Niederrhein schon durch seine Wirksamkeit auf dem Provinziallandtagen einen Namen gemacht hatte. Er war einer der hervorragendsten Oppositionsmänner des westlichen Saales, obgleich die Milde in der Auffassung, die er mit entschiedener Gesinnung zu vereinigen sucht, ihn vom äußersten Widerspruch zurückhielt. Gestreng und scharf weiß er immer das Schlagende zu sagen, und hat sich bedyalb auch in der Reichsversammlung alsbald die allgemeinste Achtung erworben. Ueber seine Fachbefähigung herrscht nur eine Stimme.

Der Handelsminister Duckwitz war bisher Senator und Kaufmann zu Bremen und hatte schon vermöge des großen Handels- und Seegeschäftes, dem er vorstand, Gelegenheit, die ausgedehntesten Erfahrungen über Handel, Verkehr, Zollwesen u. dgl. zu machen, wovon ein jüngst zu Gunsten eines allgemeinen deutschen Zollsystems von ihm gefertigtes „Memorandum, die Zoll- und Handelsverfassung Deutschlands betreffend" ein weitgenanntes Zeugniß abgelegt hat. Die Schrift wird als das Beste gerühmt, was man in der Sache lesen könne.

Dies sind einige Umrisse zur Charakteristik der Männer, auf die natürlich jetzt die Blicke nicht blos von Deutschland, sondern von ganz Europa gerichtet sind. Wie unvollständig auch unsere Zeichnung sein mag, immerhin mag sie wenigstens zur Vergleichung der verschiedenen dienen, die in ihrem weiteren Wirken obwohl der allgemeinen Beurtheilung bald Stoff genug bieten werden. Wir schließen unsere Schilderung mit den Worten eines Berichterstatters der Allg. Ztg. über das Reichsministerium, die wir zu der geringen machen: „Talent und Kenntniße, Eifer und Hingebung für die Sache des gemeinsamen Vaterlandes, eine offene und ehrliche Gesinnung, das sind die Eigenschaften unsern Ministern eines Reichsministeriums ohne Widerrede zuerkannt werden; was die Höhe der politischen Ansichten, den staatsmännischen Takt, alle die Erfordernisse angeht, die bei der Lenkung des Staatsruders in so schwierigen Zeiten, bei der Lösung verwickelter, völkerrechtlicher Fragen unumgänglich nothwendig sind, darüber kann hier noch kein Urtheil abgegeben werden; aber es wäre jedenfalls von unparteiischer Gesinnung zeugen, wir Vorsichtigkeit hierbei zu Werk zu gehen und ein mißliches Urtheil zu fällen. Bei den raschen Fluthen der Zeit wird sich die Gelegenheit nicht lange erwarten lassen, und indem wir die günstigste Voranssetzung von Herzen anzunehmen gezwungen sind, wollen wir den Wunsch und die Hoffnung nicht auszusprechen zögern, daß sie sich erfüllen möge."

Deutschland.

Oesterreich. — 2. Wien, 20. August. Mit so hoher Spannung und so großen Hoffnungen die konstituirende Reichsversammlung der ihrem Zusammentritte begrüßt wurde, so viel man sich von ihren Akten und Eingreifen in unsere so zerrütteten politischen und moralischen Verhältnisse versprach, um so tiefer und schmerzlicher durchschneidet das bittere Gefühl der Täuschung die Brust eines Jeden, der es mit seinem armen, dem Despotismus einiger Hundert Hof- und Strukturlose anheimgefallenen Vaterlande redlich meint! Mit gerechter Entrüstung sieht man die kostbare Zeit durch böswillige, nutzlose Interpellationen vergeudet, statt daß ein muthig und rasch das große, so unendlich wichtige Werk gefördert wird, zu dessen Bau die Versammlung berufen ist! Abgesehen davon, daß die Abgeordneten sich mit den ihre Vollmachten weit überschreitenden nutzlosen Interpellationen beschäftigen, abgesehen selbst davon, daß entfernt das Volk versteht sein Recht zu suchen, wie das solcher Uebergriffen seine Vollmachten hervorgegangenen Gesetze nicht anzuerkennen, so hat die Reichsversammlung jetzt ein unbetrübtes Gefpenst heraufbeschworen, welches seinen Beschwörer selbst mit Vernichtung bedroht! Ich meine das Kubitschek'sche Antrag über die Aufhebung der Unterthänigkeitsverhältnisse, in dessen Lösung die Reichsversammlung weder berufen noch ermächtigt ist. Mit schwerlichem Schaudern erfaßt man, was die Versammlung daran gegeben, ob den Obereigenthümern, Zehentherren und Ehhinderern eine Entschädigung zu leisten sei! Materielle und egoistische Interessen sind durch diesen unglückseligen Antrag auf das Höchste angeregt, und der Sturm, welcher nothwendig erfolgen muß, so wie er zum Theil schon losgebrochen ist, droht jeden Einzelnen in seine Wirbel hineinzureißen. Könnte die Versammlung wirklich auf die leichtsinnige Weise das festen Boden des positiven Rechtes verlassen und sich auf den unsicheren, schwankenden des sogenannten Vernunftrechtes stellen wollen? Wird die die Last der Verantwortung auf ihre Schultern nehmen, indem sie mit wenigen Worten alle sozialen Verhältnisse der Letzteren über den Haufen wirft und dadurch unheilbare Gegensatzpunkten gegen die Neuzeit schafft, welche auch den wohlgesinntesten, nothwendigsten Reformen der Zukunft entgegentreten würde? Sieht die Versammlung nicht ein, daß sie die materiellen Interessen jedes einzelnen Standes angreift, verletzt, ja theilweise vernichtet, daß sie Millionen von Bettlern schafft, indem sie dem Gutsbesitzer, wie dessen Gläubigern das ganze Vermögen raubt, daß sie den Staatsschatz einen unheilbaren Stoß versetzt und das liegende Gut wie Waaren, dem zu Gunsten ja doch diese Maßregel gelten soll, bei dem allgemeinen Geldmangel geradezu werthlos

wacht? — Noch ist es Zeit, noch kann die Versammlung von einer Frage zurückkehren, deren Erledigung weder in ihrem Mandate inbegriffen ist, noch mit der beschlagnahmten Leidenschaftlichkeit berührt werden darf, durch welche sich bisher die Verhandlungen der Reichsversammlung auszeichneten. Noch ist es Zeit, daß zu thun, was einzig noth ist, eine starke Grundlage des künftigen Staatsgebäudes zu bauen, den Frieden in Italien auf eine für Oesterreich, für Deutschland ehrenvolle Weise abzuschließen, die unheilvolle Finanzkrisis zu regeln — drei Momente, welche eine hinlängliche Aufgabe bilden für die Vertreter des österreichischen Volkes und nach deren Durchführung die nach dem in dem künftigen Staatsgrundgesetze bestimmten Census und Modus erwählten Vertreter mit der Lösung der übrigen Frage sich beschäftigen werden.

— Während die Wiener Reichsversammlung dem tapfern Feldmarschall Radetzky die ihm gebührende Anerkennung zuhacke versagt hat, und hiedurch ihren Mangel nicht nur an deutschem, sondern sogar an österreichischem Patriotismus auffallend zur Schau trug, wurde dem greisen, siegreichen Heerführer von anderer Seite, wo man sie nicht zu erwarten brauchte, die schönste Anerkennung zu Theil. Der Prager Gemeinde-Ausschuß erließ am 14. d. M. eine die wärmste Vaterlandsliebe und die freudigste, dankbarste Bewunderung athmende Adresse an den Feldmarschall und die von ihm kommandirte Armee. Es wird darin die Hoffnung ausgesprochen, daß, nachdem die Lombardei ruhmvoll wiedergewonnen, die Bedrängnisse der Hauptstadt und die Menschlichkeit der Armee und ihres Führers auch die Herzen der Verblendeten gewinnen und zum schweren Zwiste begnügt" Der dankbegeisterte Zuruf schließt mit dem Wunsche, daß Ruhe und Friede wieder in Oesterreich Gaben einkehre und die von Kaiser Ferdinand verliehene Konstitution gegensteig werde. Auch den tapfern österreichischen Truppen in Italien werde dann das Lob gebühren, die Konstitution wiederstrigen gesollen zu haben. Welcher Deutsche sollte nicht in den Wunsch der wackern Prager — „daß Ruhe und Friede einkehre in Oesterreichs Gauen" — aus vollem Herzen einstimmen, und sich der Kundgebung ihrer Patriotismus freuen, der in so großem Gegensatze zu dem Benehmen des Reichstages steht.

Auch der provisorische Landtag des Herzogthums Steiermark hat am 16. Aug. d. J. eine gleich anerkennende, den Feldmarschall Radetzky hochehrende Adresse an diesen erlassen.

Cremona, 19. August. Gestern Abends um 7 Uhr kam der „Vulkan" mit dem sardinischen Dreyß hierher. Da ein mit bestrandeter österreichischer Offizier den Parlamentair begleitet hatte und bei der stundenlangen Unterredung mit Albini zugegengewesen war, so kann ich Ihnen das Resultat der Verhandlungen aus der glaubwürdigsten Quelle mittheilen. Der Admiral, in seinem Aeußern und seiner Sprechweise ein „Clown," erklärte unumwunden den ihm zugegangenen Weisungen nicht Folge leisten zu wollen, bis er direkte Befehle von Turin empfange. Wo dahin werde er auf dem Kriegsschiffe bleiben und die englisch-französische Flotte abwarten und wann er sie treffe. ... Hier ist niemand in Zweifel darüber, daß ein geheimer Einverständniß vorherrsche, entweder zwischen Albini und der venezianischen Regierung, oder zwischen Albini und Karl Albert. Die guten Leute glauben immer noch Venedig retten zu können; man will Flotte und Truppen in Venedig zurückhalten bis zur Wiederkehr Commodore's, der man jugleich mit einer französischen Flotte erwartet. Als ob John Bull das zugeben will! Reisende, welche am 14. Venedig verliessen, erzählen, es herrsche dort eine unglaubliche Verwirrung. Generalmarsch, Reden von Manin, Volksversammlungen, immer charakteristischer durch ein Motto ai Tedeschi; sind die stehenden Punkte der Tagesordnung. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Nachrichten aus Pesth vom 17. Aug. in der Allg. Z. zufolge scheinen die Magyaren nun doch einige Vortheile über die Serben davon getragen zu haben. Die Kroaten werden durch den Zuzug serbischen und bosnischen Gesindels, wozu sich selbst Montenegriner gesellen, nicht wenig belästigt. Von dem Einmarsche von 30,000 Kroaten in Ungarn ist noch keine Rede. Andererseits wollen die Regimenter, welche in den unteren Gegenden Ungarns stehen und bisher gegen Raizen und Serben fochten, sich nicht gegen die eigentlichen Grenzer gebrauchen lassen, und noch weniger gegen die Kroaten; gegen die Serben fechten sie mit Entschlossenheit. — Ueber die Reise des ungarischen Kriegsministers Mesaros verlautet vor der Hand noch nichts. Er findet es wahrscheinlich unmöglich, das Heer zu magyarisiren, und es bleibt deßhalb zunächst dem alten deutschen Kommando und bei der frühern Einrichtung. — Von der galizischen Grenze meldet die Allg. Ztg., daß im Wadowiser Kreise die Cholera sehr heftig ausgebrochen ist.

Frankreich.

△ Paris, 20. August. Allerlei Gerüchte waren gestern Abend verbreitet in Folge der außerordentlichen Maßregeln, die am Schlusse der Sitzung der Nationalversammlung getroffen wurden, um eine ganze Masse von Frauen am Eindringen in die Nationalversammlung zu hindern, da sie ein Gesuch um Amnestie für die Juniinsurgenten überbringen wollten. Man will wissen, es habe sich um Ausführung des angeblichen legitimistischen Komplotts gehandelt, von dem seit 14 Tagen so viel die Rede ist. Inzwischen scheint der Name Heinrich's V. nur vorangeschoben zu sein, gerade wie man den Namen Ludwig Napoleons vorangeschoben hatte einige Tage vor den Junitreignissen. Die Anzettler von Unruhen mochten eben die erste beste Gelegenheit benützen zu einem neuen, verzweifelten Versuche. Allein sie kam nicht zu Stande. Wäre es auch, wie einige der Sprecher von der Untersuchungskommission aussagten, den Junisaufrührern gelungen, noch immer Gewehre versteckt zu haben, so konnten sie sich doch nicht so bewaffnen, um einen ernstlichen Aufstand zu organisiren in Mitte einer Bevölkerung, die auf ihrer Hut ist und einer Truppenmasse gegenüber, die in diesem Augenblicke in und um Paris sich auf noch weniger als 75,000 Mann beläuft. — Das Aufsehen, welches die Verhaftnehmung der Mitschuldigen der Untersuchungskommission erregt, nimmt zu. Man spricht von nichts anderem, und die unerhörten Thatsachen, die in einer großen Zahl von Zeugenaussagen berichtet sind, erheischen unumgänglich das energische Einschreiten der Justiz. Der Schuster Chenu hat gegen Caussidiere, der Oberst Paulin gegen Ledru-Rollin Dinge angegeben, die vollständig ausgeheilt werden müssen. Es handelt sich nicht bloß um politische Thatsachen. Caussidiere ist es sich selbst schuldig, zu handeln, daß er seine Züchtung begangen hat, wie ihn Chenu bezichtigt; Ledru-Rollin muß bei den Nachweis liefern, daß er nicht 14,000 Pf. Sterl. zu London anlegen konnte nach Bezahlung aller seiner Schulden. — Heute wird der 2. Band der Aktenstücke, welche die Beleze zu dem Berichte der Untersuchungskommission bilden, an die Mitglieder der Nationalversammlung vertheilt. Derselbe enthält die Dokumente in Betreff des Einfalls in Belgien, die Akte der provisorischen Regierung, die Sitzungsprotokolle der Exekutivkommission, Berichte des Polizeiberichts, Berichte der Zeugenverhöre über Barbès und Blanki und Sobriers, welche im Laufe des vorgestrigen Tags von dem Instruktionsrichter Bertrand der Untersuchungskommission zugeschickt worden sind. Trotz aller Thätigkeit der besonderen Drackerei der Nationalversammlung wird daher der 3. Band erst am Dienstag zur Vertheilung kommen. Dieser enthält übrigens nur Berichte der Magistrate und Behörden der Departemente über die Mai- und Junireignisse. Die Berathung wird also nicht vor Donnerstag beginnen können. Der Nationalrath hat sich gänzlich der Veröffentlichung irgend eines der Aktenstücke der Untersuchung. Dasselbe thun: die „Reforme", der „Volksverreter", die „wahre Republik" und alle Blätter der äußersten Linken. Der „Volksverreter" fundet heute an, daß seine Nummern vom 16. und 18. Aug. mit Beschlag belegt worden sind, die erste wegen eines Briefes mit der Unterschrift Eter, und die zweite wegen eines Schreibens von einem der Gefangenen in der Conciergerie. — Gestern sollten Interpellationen an die Regierung gerichtet werden in Betreff der auswärtigen Angelegenheiten. Dieselben wurden aber vertagt bis nach den Verhandlungen über den Untersuchungsbericht. Alsdann wird auch Hr. Troyon de Lhuys als Berichterstatter über die Petition der Mailänder Nationalgarde (um französisches Einschreiten) seine Arbeit im Namen des Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten vortragen und daß der navarische Aufstand werden einer Verhandlung über die italienischen Verhältnisse. Das Gerücht verbreitet sich, Hr. Pirio, der nun von seinen in den Junitagen erhaltenen Wunden vollständig hergestellt ist, werde den Auftrag erhalten, im Einvernehmen mit Hrn. Bulwer die Unterhandlungen wegen des Friedensabschlusses in Italien zu führen. Herr Reiset, französischer Geschäftsträger zu Turin, dagegen nach Frankreich zurückkommen. — An die Stelle des zurückberufenen Hrn. Gros ist Hr. Desteile, französischer Consul zu Monteodeo, zum Generalagenten der französ. Republik im La Plata ernannt, und wird allein alle diplomatischen Beziehungen mit Rosas führen.

Nachschrift.

△ Frankfurt, 22. Aug. Bei Fortsetzung der allgemeinen Debatte über Art. III. der Grundrechte sprachen heute die Abgeordneten: v. Beisler, Zittel, Vogt, Jürgens, Dollinger, v. Wydenbrugk, Gerstäcker, Christ, Bauer und Bamberg. Um 2', Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Am 24. soll die Verhandlung fortgesetzt werden. — Bevor man zur Tagesordnung schritt, stellte Eisenmann eine Interpellation an das Reichsministerium in Betreff der Erklärung des Wiener Kabinets, wonach dasselbe das Zeugen der deutschen Farben bei dem österreichischen Militair nicht gestatten. Sie Antwort hierauf wird auf nächsten Freitag zugesagt. — Die Abgeordneten: v. Rotenhahn und Compes haben die ihnen zugedachten Gesandtschaftsposten nicht angenommen.

*) Münchten, 24 August. Heute Vormittags 9 Uhr wurde eine Sitzung des Staatsrathes abgehalten.

— Nachrichten aus Wien aus dem Munde heute Morgen hier eingetroffener Reisenden melden einen blutigen Zusammenstoß der Nationalgarde mit der Aula ang Anlaß des beleidigenden Gebehrens der Letzteren bei der großen Parade vor dem Kaiser. Die Bestätigungen ist abzuwarten.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 50.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Freitag den 25. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 18. Inseratengebühr: Die 4spaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Zum

fünfundzwanzigsten August

zu den

erhabenen Stifter der königl. Blinden-Anstalt zu München.

Wenn auch verstummen könnten jene Saiten,
Die einst zum Lobe Die erklangen,
Und jene Stimmen, welche sangen
Zum Ruhme, Herrscher, Dir in bessern Zeiten;

Wenn nimmer Dir zum Preis die Glocke läuten,
Die mächtig einst zum Dom uns drangen;
Wenn Jahren und ein festlich Singen
Auch nimmer über Stadt und Land sich breiten:

So werden sie doch stets schweigen,
Die Deiner Huld verwanten
Ein Haus, das reichlich Hülfe beut;

Stets sollens Lobgesänge zeigen,
Daß Dank auf Lieb' nicht wanken,
Wie Ländern mag sich auch die Zeit.

Karl Ludwig Feuerbacher,
Zögling des königl. Blinden-Instituts.

München, 24. August.

Durch Allerhöchstes Dekret vom 21. August 1848 wurde die Zahl der stabilen Kanzlei-Sekretäre im Staats-Ministerium der Finanzen von zwei auf drei erhöht und zum dritten Kanzlei-Sekretäre im Staats-Ministerium der Finanzen der bisherige Journal-Akzessist daselbst, Michael Döring, provisorisch ernannt; der Kontroleur am Nebenzollamte I. zu Niederstrauen, Alex. Stubenrauch, zum Zollverwalter des Nebenzollamtes I. zu Eslarn befördert; der Grenzoberkontroleur Anton Meßler zu Ilrzyang als solcher nach Burghausen; der Grenzoberkontroleur Ludw. Schmid zu Neubeuern als solcher nach Ilrzyang; der Grenzoberkontroleur Hermann Schön zu Lamm resp. Neukirchen als solcher nach Neubeuern versetzt; der dreizehnte Oberaufseher zu Mittenwald Ferdinand Pauer an Schön's Stelle zum Grenzoberkontroleur in Neukirchen provisorisch ernannt; der Rentbeamte Pauer zu Brack unter Bezeugung Allerhöchster Zufriedenheit mit seinen langjährigen treuen Diensten in den ruhestand versetzt; an dessen Stelle der Rentbeamte Georg Geiger zu Burgwindheim seiner Bitte entsprechend versetzt; der Rentbeamte Alois Legner in Garmisch auf das erledigte Rentamt Oettingen versetzt; der Revierförster Klemens Heindl vom Antritte des Reviers Maxlel entbunden und auf das Revier Bibrg versetzt; der Rechnungs-Kommissair Karl Ammon in Ansbach auf das erledigte Rentamt Rattelsdorf befördert; der Finanz-Rechnungs-Kommissarius-Funktionär Jakob Beyler daselbst an dessen Stelle zum Finanz-Rechnungs-Commissair prov. ernannt; der Kommunal-Revierförster Friedrich Ludwig Wolf zu St. Martin auf das ärarialische Revier Jägerthal versetzt; der Forstwart zu Mittenwald Joh. Bapt. Sartori zum prov. Revierförster in Garmisch ernannt; der Postoffizial Klement Beyer zu Nürnberg in den Ruhestand versetzt; der Rentbeamte Joh. Schleicher unter Allerhöchster Zufriedenheits-Bezeugung in den erbetenen Ruhestand versetzt; der zum Kassier des Berg- und Hüttenamtes Bodenwöhr ernannte Rechnungs-Kommissär der General-Bergwerk- und Salinen-Administration Joh. Coang. Donnubauer auf seiner bisherigen Stelle belassen und der Bergamts-Offizianl Heinr. Taubald zum Kassier in Bodenwöhr ernannt; der Revierförster Karl August Meyer zu Weiltingen mit Allerhöchster Zufriedenheitbezeugung in den erbetenen Ruhestand versetzt; der Revierförster Joh. Christian Kropff zu Abdorf nach Weiltingen, der Revierförster Sigm. Karl Theodor Eisen zu Kadolzburg nach Abdorf, der Revierförster Friedr. Wilh. Boeshier zu Rotterbuch nach Kadolzburg versetzt und der Forst-mit-Aktuar Franz Weigleun zu Dinkelsbühl zum provisorischen Revierförster in Rötenbach ernannt.

Se. Maj. der König haben unterm 21. ds. Mts. 1848 die erledigte Landrichterstelle zu Wernegk dem l. Landgerichts-Assessor Innocenz Angermann zu Neustadt a. W. zu verleihen, den Landrichter Joh. Baptist Büttner zu Orb seiner Bersetzung-Bitte entsprechend auf das erledigte Landgericht Karlstadt zu versetzen, und dem l. Landgerichts-Assessor Karl Kreß zu Königshofen die erledigte Landrichterstelle zu Orb zu verleihen geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

λ. Frankfurt, 22. Aug. (LXIV. Sitzung der Nationalversammlung.) Die Anträge von Schoder und Bischer wurden in der gestrigen Sitzung, wie ich Ihnen voraussagte, mit großer Mehrheit verworfen, und man ging sofort zur Berathung des Art. III. der Grundrechte über. Nachdem noch in der gestrigen Sitzung auf Rede (Weißenborn, Phillips, Biedermann, Paur aus Neisse, Jordan aus Marburg, Platzner, Wedekind, Welcker, Vogel, Tafel und Dieringer) sich über die allgemeinen Prinzipien des Art. III. zum Theil fur die Unabhängigkeit der Kirche und zwar in verschiedener Auffassung (Weißenborn, Phillips, Biedermann, Vogel, Dieringer) zum Theil gegen dieselbe sich ausgesprochen hatten, schritt man heute zur Fortsetzung der allgemeinen Debatte über den Art. III. v. Beisler erstoß dieselbe, um einen Antrag zu begründen dahin gehend, daß eine Reichsgewalt einberufen werde, welche die Verhältnisse zwischen Staat und Kirche regeln soll. Er sucht nachzuweisen, daß die Kirche von jeher nach Herrschaft gestrebt habe. Wenn jetzt eine gewisse Partei, sich für die Kirche ausgebend, — denn die Kirche hat keinen Wunsch nach Trennung vom Staat zu erkennen gegeben, — Unabhängigkeit der Kirche fordert, so geschieht dies einerseits, um die absolute Monarchie in der Kirche aufrecht zu erhalten und die demokratischen Prinzipien von ihr abzuwehren, und andererseits um wo möglich die demokratischen Elemente im Staate zu bekämpfen und zu unterdrücken. Man hat in den weltlichen Fürsten im Interesse des Katholizismus viel von ihren Souveränetätsrechten genommen; wage man nun von den hierhichen Oberen ein gleiches und gleichem Grunde fordern. — Zittel will volle Freiheit der Kirche. „Auch ich verstehe unter der Kirche nicht die Hierarchie, sie ist schon überwunden, sondern das Volk, das in seiner religiösen Gesinnung selbst eben so souverän ist, wie in seiner politischen.“ Wenn nun die Trennung kann der Friede zwischen Staat und Kirche wirklich gegründet werden, und der Staat selbst kann sich ruhiger entwickeln; nur dadurch ist der Friede unter den Konfessionen möglich. Dann stehen sich zum ersten Male die beiden Konfessionen in Deutschland auf gleichem Fuße gegenüber; dann mag sich entscheiden, ob der Protestantismus im freien Kampfe mit dem Katholizismus werde bestehen können. (Beifall.) — Wolff: Ich treffe dies Mal mit einer Partei zusammen, die sonst mein Gegner ist. Allein mein Standpunkt und mein Endziel ist, ich versichere Sie, ein anderer. (Heiterkeit.) Ich will keine Trennung der Kirche vom Staate, sondern überhaupt keine Kirche. Sie ist ein Hinderniß der Evolution. Jedem Einzelnen bleibe das Gebiet seiner religiösen Ueberzeugung frei, und von dem Einflusse der Religionsgesellschaften muß Alles seine getrennt werden, was nicht unmittelbar zur Religion gehört, insbesondere die Schule. Die heranwachsende Generation muß in unserem Sinne erzogen werden; dann erst ist unsere Zeit gekommen. (Heiterkeit.) Wir sind die Herren der Zukunft. (Ich sah den Reichs-Kanarienvogel bei diesen letzten Worten mit triumphirender Miene, wie die eines Münchner Kindes, Beifall klatschen.)

— Jürgens bringt ein Amendement ein folgenden Inhalts: „Die Religionsgesellschaften sind in Anordnung und Verwaltung ihrer Gesellschaftsangelegenheiten einer Beschränkung nicht unterworfen; blos im Falle der Bewerbung um sich bildender Religionsgesellschaften um öffentliche Religionsübung hat der Staat die Vorlage eines Bekenntnisses zu fordern.“ Der Redner glaubt, daß sein Antrag sonnenklar sei als der bei Verfassungsausschusses, der nur einzelne Folgen der Unabhängigkeit der Kirche, nicht aber diese selbst anerkenne, und daß auch dadurch den Bedenken, die den Ausschuß abhielten, das Prinzip auszusprechen, begegnet sei. — Döllinger: Ich erkenne es als richtig an, wenn Vogt sagt, daß man den Volksgeist, den wir verbannen wollen, selbst man ihn der Kirche gegenüber beibehalte, in einer andern Sphäre seine einflußnahme werde; eben so daß das Prinzip der Freiheit auch die Freiheit des Unglaubens inpotoire. Nur so weit kann ich in den Konsequenzen nicht gehen. Nach diesen Bemerkungen muß ich mich zu einem Redner wenden, der mein Landsmann und Kultus-Minister ist. Vor Allem muß ich ein Urtheil bedauern über das Benehmen der katholischen Kirche zurückweisen.*) Man hat gesagt, bisweilen,

*) Beider habe nämlich, wenn ich nicht irre, das Benehmen des Papstes im italienischen Kriege einen Skandal genannt.

welche Unabhängigkeit der Kirche wollen, beabsichtigen Souveränetät der Kirche; allein ich muß gestehen, daß ich nicht einsehe, wie man dies für gleichbedeutend halten könne. Die Behauptung, der Papst sei ein absoluter Monarch, ist eine grundlose, wie Jeder zugeben wird, der einige Kenntniß vom Kirchenrechte hat. Wenn derselbe Redner sagte: es sei unwendig, die Kirche einer Innung oder einer Kasino-Gesellschaft gleich zu stellen, so stellt sich der Redner nicht auf den Standpunkt der Antragsteller und der Natur der Sache. Darum, weil die Religionsgesellschaften einander gleich geachtet werden, folge Sie noch nicht einer Kasino-Gesellschaft gleich. Die Behauptung, die Kirche habe die Trennung nicht verlangt, ist unbegründet (dann zwei Bischöfe haben die Anträge auf Trennung unterzeichnet), und die ferner, daß man eigentlich Herrschaft über den Staat wolle, sei eine unrichtige. Sie ist so oft vorgebracht worden, daß man umsonst dagegen protestirt. Der Vorwurf, daß die katholische Kirche keine Synoden gehalten habe, fällt auf den Staat zurück, der den Bischöfe nicht gestattet. Bei einer freieren Bewegung werden die deutschen Bischöfe nicht säumen, eine Nationalsynode zu berufen. Wenn man sich vor den Folgen der Unabhängigkeit der Kirche fürchte, so sehe man doch auf die Erfahrungen anderer Länder, insbesondere auf Belgien und Nordamerika. Sie sind in konfessioneller Hinsicht die ruhigsten. Die Ursache der Spaltungen zwischen dem Staate und den Religionsgesellschaften liegt gewöhnlich in dem zwischen ihnen bestehenden Verhältnisse und in den Gesetzen darüber (z. B. im bayerischen Religions-Edikte). Ich hoffe, daß die Zeit kommen werde, wo ganz Deutschland in Einer Kirche, der katholischen (O! O!) vereinigt werden würde. Das, wird der Verfassungsausschuß in §. 14 vorschlägt, ist unhaltbar. — v. Beckerath: Ich will meinem Vorredner (Vogt) auf das Harte, in der Luft schwebende Feld, auf dem er steht, nicht folgen. Die letzte Verfassungsbestimmung kann kein ernstes Gemüth befriedigen. Er verdammt in etwas schwülstiger Rede die Anträge des Ausschusses — Bereits (Bischof von Ermeland) ist wegen seines Organes fast nicht zu verstehen. Er spricht für die Unabhängigkeit der Kirche, und beruft sich zur Begründung seiner Forderung auf den allgemein und laut ausgesprochenen Wunsch des deutschen Volke. Nicht als Bischof, sondern als bescheidener Mann fordere er Unabhängigkeit; daher nicht blos für seine Konfession, sondern eben so wohl auch für die übrigen. — Christ sucht in übergroßer Rede nachzuweisen, daß die nachtheiligen Folgen, welche man von einer Trennung der Kirche vom Staate fürchte, nicht eintreten werden, und spricht sich für den Antrag Vogt's aus. — Bauer (von Bamberg) dankt dem Abg. Beckerath für seine warmen Worte zu Gunsten der protestantischen Kirche. Ich stehe dem Abgeordneten Döllinger auch hier weder gegenüber wie früher, noch derselbe Abgeordnete das System Adelt's gegen die protestantischen Beschwerden mit aller Schärfe seiner Dialektik wie neulich thäte. Ich bin gegen volle Unabhängigkeit, denn als bayerischer Protestant kenne ich die Sache aus Erfahrung. Zwei Konfessionen stehen sich gegenüber; sie werden sich, wenn völlig unabhängig, immer und ewig befeinden. Nicht unter den Schutz des Polizeistaates suche ich mich, sondern unter den Schutz des Rechtsstaates. Der Staat hat die Pflicht, die Freiheit eines Jeden, Andersdenkenden Gesellschaft zu schützen. Dieselbe Partei, welche noch vor Kurzem die Glaubens- und Gewissensfreiheit mit allen ihr zu Gebote stehenden Waffen bekämpfte, schreibt nun dieselben Worte auf ihr Panier, nicht um dieser Worte willen, sondern um eines politischen Zweckes willen, um unter diesem Panier die verlorene Herrschaft wieder zu erkämpfen. — Hierauf wurde die Sitzung — um 2½ Uhr — geschlossen und die weitere Berhandlung auf die nächste Sitzung, Donnerstag den 24. d., vertagt.

Bayern und die Wühler.

** Die beklagenswerthen Vorfälle der letzten Tage haben wenigstens in so ferne auch ihre erfreuliche Seite gehabt, als sie aufs Neue und in der schlagendsten Weise den vortrefflichen Geist der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Bürger und Einwohner Münchens, ihren aufgeklärten Patriotismus, ihre feste Ergebenheit für die Sache der wahren Freiheit, deß Gesetzes und der Ordnung im glänzendsten Lichte erscheinen ließen. Vor ihrer klaren Erkenntniß dessen, was das erste sittliche Bedürfniß jeder geordneten Staates, für das Bestehen einer gesetzmäßigen Gesellschaft überhaupt ist, konnte das Gewebe der Trugs, der Lüge und der Falschheit, mit welcher man sie verblenden und ihre leiten zu können glaubte, nicht halten. Man glaubte sie durch allerlei Vorspiegelungen fangen zu können, nachdem man auf gerabem Wege mit ihnen nichts ausrichten im Stande gewesen. Aber die Bürger Münchens haben darauf geantwortet, wie es wahrhaft freien Männern und Bürgern geziemt. Sie haben aufs Neue gezeigt, daß alle Versuche sie zu bethören, und zu willenlosen und unbewußten Werkzeugen anarchischer Pläne zu machen, an ihrer Einsicht und Festigkeit abprallen. Sie haben aufs Neue ihre Entschlossenheit bewährt, jenen selbstsüchtigen Wühlern wenigstens entgegenzutreten, welche, weil sie das Ziel ihres Ehrgeizes oder ihres Eigennutzes noch nicht erreichen konnten, der Anarchie Thor und Angel öffnen möchten; jenen Wühlern, die beständig die Freiheit im Munde führen, aber die Herrschsucht im Herzen haben; jenen Wühlern, die jede Gewalt, die über ihnen steht, verhöhnen und in den Staub ziehen, weil sie ihrer Zukunft im Wege steht; die, wenn sie ihre Macht gebrochen sehen, sich aus der Ferne erkennen, was in der bayerischen Hauptstadt geschah, ihr Fühlen und Wollen mißbrauchen; die den Arbeiter mit einer Verfpechungen bethören, ihn um seinen Erwerb, um seine Zukunft, um seine Zufriedenheit betrügen; die zum Theil selbst ohne Herd, ohne Familie, ohne Besitz, ohne ein Vaterland, keinen Patriotismus, kein Herz für des Volkes wirkliche Leiden haben.

Wir hoffen und glauben, daß selbst den Wenigen, die sich einen Augenblick täuschen ließen, und so in die künstlich angelegte Falle gingen, die Augen nun aufzugehen sein, daß sie die Dinge in ihrem wahren Lichte sehen werden, nach den bezeichnenden Vorgängen des 21. August. Wer von den Verführten seinen Irrthum in der letzten Zeit nicht schon selbst einsah, der wird ihn nach allen Rücksicht, so weit sie nur immer zu unserer Kenntniß gelangt sind, mitgetheilt. Wir haben die Wahrheit nicht zu scheuen, wir wollen, daß sie vollständig aus Tageslicht komme. Das Land, das bisherige Volk der Bayern hat ein Recht zu wissen, wohin man es führen möchte, und wir betrachten es als eine heilige Pflicht, die Fäden des Truggewebes, so weit wir sie aufzufinden vermögen, vor Aller Blicken offen darzulegen. Das Land hat ein Recht zu wissen, worauf sich ein auf Thatsachen und genauer Kenntniß der Thatsachen beruhendes, unbefangenes Urtheil zu bilden vermöge. Uns ist es Ernst mit dem Wunsche, daß unser Vaterland der Freiheit und des Glücks genieße, die sein braves Volk verdient: gerade darum treten wir mit so entschiedener Festigkeit, die sich weder durch Verdächtigungen, noch durch offene Anfeindungen erschüttern lassen wird, denen entgegen, die das Volk bethören, ihm ein falsches Schattenbild der Freiheit ohne Inhalt vorhalten, damit es bewußtlos nachjage, und sie unterdessen Zeit und Möglichkeit gewinnen, ihre selbstsüchtigen und verderblichen Zwecke durchzusetzen. Durch Anfeindungen lassen wir uns im Bewußtsein der Reinheit unserer Absichten und unseres Strebens, welches nur auf des Landes Heil und Wohlfahrt gerichtet ist, nicht irre machen; auf Verdächtigungen der Unabhängigkeit unseres Urtheils, wie wir sie auch schon erfahren haben, zu antworten, erachten wir unter unserer Würde; uns Schmähungen rühren und an allen Anfeindungen — sie werden nie der Berachtung gleich kommen, die wir für sie empfinden.

Die Wühler werden uns überall und immer in ihrem Wege und zur Abwehr bereit finden, wo sie je eine Bresche zu machen versuchen sollten in den festen Wall unserer konstitutionell-monarchischen Institutionen. Unser Blut soll und wird ihrer Keckheit, unsere rückhaltlose Offenheit ihrer List und ihren Winkelzügen die Wage halten. Wo und wie die Gesetze für Land und Thron sich zeigt, werden wir ihr unerschrocken in's Auge schauen. Man hat mehr als einmal die Presse mit einer Wachtparade verglichen, die von der Warte aus die nahende Gefahr im Voraus verkünden soll, damit man sich dagegen rechtzeitig schützen und vorsehen könne: mit Recht, und wir werden die Erfüllung dieser Aufgabe uns stets angelegen sein lassen. Unser Warnruf wird nie fehlen, wenn es nöthig, nie zu spät kommen. Eine Gefahr, von der man zuvor kennt, ist eben dadurch schon um die Hälfte verringert: jedenfalls kann man sich rüsten, um ihr die Spitze zu bieten.

Als die badischen Wühler und Demagogen, die Hecker, Struve, Heinzen und Consorten mit ihren Zuzüglern und Anhängern aus allen möglichen Ländern ihren boch- und landesverrätherischen Einfall auf deutschen Boden machten, um Schilderhebung zu den leidigen Objekten von Bürgerkrieg mit ihrer schmählichen Niederlage und Flucht in die Schweiz oder nach Frankreich hatten enden sehen, da faßten sie, mit ihren Gesinnungsfreunden im Innern von Deutschland selbst, den Entschluß, ihren Kriegsplan zu ändern. Hatten sie schon in Baden und Württemberg, die sie doch schon seit lange grundlich kur ihre Plane bearbeitet und gewonnen glaubten, nicht den gehofften Anklang und thätigen Beistand gefunden, was war an einem Landstriche ihr ganzes Unternehmen gescheitert, so sahen sie wohl, daß noch viel weniger anderwärts für sie etwas zu erreichen war, so lange nicht überall gleichmäßig die Fundamente der Ordnung und der gesellschaftlichen Zustände unterwühlt, die Achtung vor dem Gesetze erschüttert, der Same des Mißtrauens und der Entzweiung in die Gemüther gestreut, und dadurch der Boden für die Aufpflanzung ihrer Plane, wenn auch nur vorläufig dazu ersehenen wurde, gehörig vorbereitet wäre. Also wurde der Beschluß gefaßt und sogleich Hand ans Werk zur Ausführung gelegt, vom Norden, Süden, Westen und Osten zugleich die Operationen zu beginnen. Die Rollen wurden vertheilt, und alsbald sahen wir zu Wien, Berlin, zu Frankfurt, Mainz und Trier, wie von der Schweiz aus die Koryphäen der Demagogen zu gleicher Zeit ihre Rollen aufführen. Proklamationen und Pamphlete, zum Theil wieder Brandreden, wurden nach allen Richtungen zu Hunderttausenden versendet, Mißtrauen und Zwietpalt zwischen Bürger und Soldaten gestreut, die einen gegen die andern aufgehetzt, zur Gelegenheit zu Zusammenstößen zwischen beiden herbeigezogen, befördert und angebeutet; Klubbs als Stup- und Vereinigungspunkte für diese Verbindungen da gebildet, wo sie es nicht schon bestanden; der demagogischen Ideen Eingang zu verschaffen gesucht, und dabei natürlich vorzugsweise das Augenmerk auf diejenigen Klassen gerichtet, bei denen man am leichtesten mit den trügerischen Vorspiegelungen Eingang zu finden hoffen konnte. Die Gleichgesinnten in jedem Lande thaten nach Wunsch redlich das Ihrige, diese Umtriebe zu unterstützen, diesen Planen in die Hände zu arbeiten. Ihre Thätigkeit übernahmen die Rolle von subsidiären Hülfen der demagogischen Propaganda, und dieselben will mehr oder weniger Glück in den einzelnen Theilen Deutschlands. Zu Berlin und Wien glaubte man so ziemlich schon Meister zu sein: von Frankfurt aus dehnte sich das Netz über die beiden Hessen und die beiden Rheinufer auf der einen, sandwirmärts nach den kleinen sächsischen Herzogthümern auf der andern Seite aus, wo man sich bekanntlich einer ziemlich regen Thätigkeit befleißigte. Wie in diesen Gegenden, namentlich im Attenburgischen die Wühlereien getrieben worden, haben wir in diesem Blatte mehrmals schon zu berichten Anlaß

gehabt. Ebenso von den an mehreren Orten wirklich herbeigeführten blutigen Zusammenstößen zwischen Volk und Militär. So wichtig man davon allen Seiten concentrisch zusammen, und fand nur auf einem Punkte den entschiedensten Widerstand; an diesem einen Punkte prallten alle Versuche wirkungslos ab; um so mehr galt es diesem einen Punkte von allen Seiten zu Leibe zu gehen, um auch dieses Bollwerk der festen Ordnung zu brechen, seiner Meister zu werden: dieser eine Punkt war Bayern.

In Bayern hatte das Volk, seine Gesinnung, welche bereits alle andern Theile Deutschlands mehr oder weniger gewaltig durchzuckten und erschütterten, eine ruhige, gesetzliche Haltung bewahrt. Es hatte zwar energisch die Gewährung der so lange ihm vorenthaltenen Rechte und Freiheiten durchgesetzt, aber es war zu seiner eigentlichen Gesinnung, zu seinem blutigen Zusammenstoße gekommen. Burger und Militär in Einvernehmen brachten sich fast um den konstitutionellen Thron, als sie ihn sicherten ehrte und Gewähr der errungenen Freiheiten. Minister, welche das Vertrauen des Landes und des Thrones in gleichem Maaße besaßen, waren ans Ruder gekommen, die Errungenschaften des 6. März zu praktischen Durchführung zu bringen. Ueberall herrschte in Bayern Ruhe und Vertrauen; die auf einigen wenigen Punkten in Franken vorgekommenen Ausnahmen waren zu unbedeutend, um einen Schatten in das Lichtgemälde werfen zu können, das Bayern darbietet. Selbst nach dem dahin-ten Abmarsch und nach Mannheim entsandten Truppen erwiesen sich unzugänglich den Verlockungen, die man von Seite der Heckerlinge auch gegen sie in Bewegung setzte. Alles das mußte der wühlerischen Partei ein wahrer Dorn im Auge sein; den Stein des Anstoßes, den Bayern für ihre Plane bildete, hinwegzuräumen, wurde nun dringend aller ihrer Anstrengungen. Sie selbst verkündete hier ganz offen ihr Losungswort. Den allen Seiten zugleich sollte auf dasselbe gewendet werden. Von der Schweiz, von Wurtemberg, von Wien her zugleich wurden nun alle Hebel in Bewegung gesetzt, die guten Freunde in Bayern selbst zur gewaltigen Mitwirkung aufgefordert. Vor wenigen Tagen erst haben wir nach der Breslauer Zeitung gemeldet, daß zu Wien sich eine Propaganda für den österreichischen Demokratismus gebildet hat, und eine bedeutende Anzahl von Sohnen der Wiener Aula theils nach München, theils nach Norddeutschland abgegangen ist (sie sind seitdem hier wirklich eingetroffen) um dem ausdrücklichen Befehle der Gesetze ihrer Heimat, nemlich ihrem Prinzip auch bei uns sich im übrigen Deutschland den Sieg zu verschaffen. Welches aber dieses Prinzip ist, was die Aula mit ihrem Hasse an der Spitze will, das hat sich bei der großen Musterung, welche der Kaiser Ferdinand vor wenigen Tagen zu Wien hielt, unzweideutig und Aller Aeat gezeigt. Die akademische Legion von Wien hat den konstitutionellen Kaiser nicht blos schweigend, sondern mit offenem Hohn empfangen. Welche Erbitterung dadurch unter der konstitutionell gesinnten Nationalgarde Wiens erregt wurde, und wie diese bereits zu einem ernsten Zusammenstoß gesinnt haben soll, wurde bereits gemeldet. Inwendig Wien hat vorgezogen, mit Burger und Armohrer München und von ganz Bayern in ihrer eminenten Mehrheit wenig Lust haben, ähnliche Zustände zu bekommen, wie sie jetzt und so lange schon auf Wien lasten. Sie wollen die Freiheit, aber keine maß- und gesetzlose Zügellosigkeit, wie sie trotz des gliesenden Schimmers, mit welchem man sie zu übertünchen, und dadurch dem Auge zu verpuanern zu verzaubern, wirklich in Wien besteht. In gleiche Lage zu versallen, waren wir aber am 21. August auf dem besten Wege. Darüber Weiteres in einem folgenden Artikel.

Bayerische Verhältnisse.

(Zur Jagdfrage.)

Von der Partnach, 22. August 1848. Die Bestimmung, daß einige Jagden dem Monarchen vorbehalten sind (Gesetz vom 4. Juni 1. Jg., Art. 3) hat in öffentlichen Blättern und zuletzt in Nr. 229 der Allg. Ztg. einen Tadel erfahren, welcher Veranlassung gibt, die hierbei zu Grunde liegenden Irrthümer zu berichtigen. Man glaubt, dem Könige sei auf Kosten der Gleichberechtigung der Unterthanen ein Vorbehalt gemacht worden. Allein das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden ist im ganzen Königreiche — auch in den im sechsten Artikel 8 benannten Landestheilen — ohne Besitz der Grundeigenthum aufgehoben. Der Beweis ist, daß von diesen, bisher dem Staate gehörigen, Leidgehegen vom 1. Februar 1849 an den treffenden Grundbesitzern oder Gemeinden gerade so wie von allen übrigen Jagden des Königreichs das Pachtgeld bezahlt werden muß, daß also das Eigenthums- und Nutzungsrecht des Staates an diesen Jagden auf die Gemeinden übergegangen ist. Das einzige Vorrecht des Monarchen ist, daß ihm eine Pachtvertrag mit den Grundbesitzern oder Gemeinden Pächter jener Jagden ist; hierdurch aber geht den Grundbesitzern oder Gemeinden nicht der geringste Nachtheil, nicht die geringste Verkürzung im Vergleich mit andern Grundbesitzern oder Gemeinden zu. Denn nach Art. 2 des erwähnten Gesetzes müssen die Jagden in der Regel verpachtet werden; die Ausnahmen, welche Art. 3. 4. 5. machen, treten in jenen Leidgehegen nicht ein und der Fonste taucht nur noch von der Größe des Pachtgeldes, welches von einer derzalls möglichen Verpachtung die Rede sein. Aber auch hier hat der Art. 8 des besagten Gesetzes Vorsorge getroffen. Wo allem muß versucht werden, ein freiwilliges Uebereinkommen zu erzielen und kommt dieses zu Stande, so kann von einer Störung der Gleichberechtigung die Rede nicht sein. Kommt es nicht zu Stande, so tritt Schätzung durch drei Mannsbade Leute, Festschillinge der anliegenden Jagden ein; es versteht sich von selbst, daß die Größe der Entschädigung durch unparteiische Schätzung ermittelt wird und von der königl. Hofjagd-Intendanz ist zu erwarten, daß sie hierbei Alles vermeide, was dem im Art. 8 des Gesetzes liegenden obenangeführten klaren nicht gemäß erscheinenden Vorbehalt erst einen gehässigen Anstrich verleihen könnte. Verwiesung der Begriffe ist es, wenn man Klagen wegen übermäßigen Wildstandes auf den erwähnten Vorbehalt beziehet. Jeder Jagdpächter kann auch künftig das Wild übermäßig hegen und deshalb zur Entschädigung verpflichtet werden: jener Vorbehalt hat übermäßigen Wildstand weder zur Folge noch um allermindesten könnte er jetzt verschiedene übermäßiger Wildstand dem neuen Gesetze zur Last gelegt werden, welches erst mit 1. Febr. nächsten Jahres in Wirkung tritt. Weder in den Gegenden an der Partnach, noch in der Umgebung von Tegernsee herrscht Ueberfluß an Wild; im Gegentheil, das heurige Jahr hat den Wildstand mehr als billig gelichtet, und wo den Schreien einiger Bösewichter glaubt, dem ist zu rathen, zahlige Einwohner zu fragen oder man noch besser — sich auf die Berge zu begeben und sich anzusehen und den sogenannten Schaden sich zeigen zu lassen und er wird sich überzeugen, daß er in seiner Gutmüthigkeit sich täuschen ließ. — Einsender dieses erwartet von der Allg. Zeitung, daß sie diese Berichtigung in ihre Spalten aufnehmen und dadurch den Beweis liefern wird, daß sie gerne bereit ist, zur Widerlegung jener Artikel beizutragen, welche mit grundlosen Besorgnissen Mißstimmung und Aufregung bezwecken.

Deutschland.

Bayern. — *München, 24. August. Der mildthätige Sinn der bayerischen Bevölkerung bewährt sich auch in Bezug auf die hilfsolsen Landesangehörigen in Havre de Grace. In verschiedenen Sendungen ist die bayerische Staatsregierung bereits im Stande gewesen, die Summe von beiläufig zweitausend Gulden an den dasigen Konsul Hrn. Heinrich Schaezler behufs zur Unterstützung der Nothleidenden abgehen zu lassen. Dadeffen ist dadurch noch keineswegs dem ganzen Elende der Bedürftigen gesteuert, und weitere Spenden kommen höchst erwünscht.*

**München, 23. August. Se. Exz. der Herr Staatsminister der Finanzen Frhr. v. Lerchenfeld hat sich auf die Dauer von acht Tagen in Urlaub begeben, und wahrend dessen diesen Abschenbet der königl. Staatsrath v. Weigand als Vorstandsalle der Finanzen benommen.*

Nürnberg, 22. August. Wie wir vernehmen, ist dem hiesigen Gewerbeverein von der königl. Staatsregierung zur Unterstützung namentlich der kleinen Gewerbe die Summe von 40,000 fl. bewilligt worden. (N. K.)

Am 20. Abends wurde dem Abgeordneten des Aschaffenburger Wahlbezirks zur deutschen Reichsversammlung, Hrn. Forstmeister Dr. Müller von Domm, zu Aschaffenburg ein großartiger Fackelzug mit Musik gebracht, um ihm ein Zeugniß der Zufriedenheit mit seinem Wirken zu geben, und dadurch auf die Angriffe zu antworten, welche gegen ihn waren gerichtet worden.

Preußen. †† *Berlin, 21. August. Ich eile Ihnen die zuverlässige Nachricht zu geben, daß gestern Berichte des Generals Below eingelangt sind, denen zu Folge Herr v. Bille sich in Kopenhagen von den durch den General Below gemachten Eröffnungen genauworket hat: seine Instruktionen erlauben ihm gar nicht in Unterhandlungen sich einzulassen auf die von Preußen vorgeschlagene Grundlage hin, und er könne daher nur förmlich ablehnend antworten. Das Einzige, was General Below zu erlangen vermochte nach dieser Erklärung, war, daß Hr. v. Bille die Mittheilung der Vorschläge annahm, um darüber nach Kopenhagen zu berichten und Instruktionen des Betreffs zu verlangen. Endlich verstand sich Hr. v. Bille noch dazu, selbst nach Kopenhagen zu gehen, um die Besprechungen zu beschleunigen, und in der That machte er sich sogleich auf den Weg dahin. Gr. v. Bille wurde in der Lage sein, die Meinung unverkennbar, aber man war dort auch allgemein überzeugt, daß er eine ablehnende Antwort zurückbringen werde. Dänemark zeigt sich entschieden hartnäckig. Dazu kommt, daß Hr. Krieg gestern eine Note des französischen Kabinets dem preußischen überreicht hat, worin im Interesse des Friedens Billigkeit für Dänemark in Anspruch genommen, aber auch erklärt wird, daß Frankreich seinen durch die Verträge von 1720 und 1815 übernommenen Verpflichtungen gemäß, Dänemark die Integrität seines Gebietes, in welchem Schleswig gehöre, gewährleisten werde. Eine ähnliche Erklärung wurde vom französischen Gesandten zu Frankfurt übergeben. Ich hoffe Ihnen noch heute Genaueres mittheilen zu können.*

Oesterreich. *Nach der „Allgemeinen österreichischen Zeitung" sprechen sich Ruhe der Hauptstadt durch den vom Ministerium (Schwarzer) herabgesetzten Arbeiterlohne von Seiten der Betroffenen ziemlich gefügt worden zu sein. Sie spricht von einem bedauerlichen Zusammenstoß.*

Schweiz.

Der „Verfassungs-Freund" berichtet: Es langten zwei Schreiben von der Regierung von Graubünden an den Bocear an, das erste ist datirt vom 16. August Vormittags und enthält, nach einem Berichte des Herrn Oberst Pfister, die Nachricht, daß der Sieboo noch mit 2000 Mann Truppen besetzt sei und daß eine Colonne von 10,000 Mann aus dem Val Camonica ins Veltlin rücke, in der Absicht, sich da zu halten. Das zweite Schreiben, vom 16. August Nachmittags, berichtet, daß die Besatzung am Stelvio sich ausgeliefert habe und ins Münsterthal gezogen sei. Ebenso ziehe sich die Colonne vom Val Camonica aus dem Veltlin in welches die Oesterreicher schon zu weit vorgerückt seien, das Oberengadin nach Pusclav zurück. Die Eidgenossen stellen alle ihre Maaßen ablegen, welche von der Grenze weg ins Innere des Kantons abgeführt werden. Die

piemontesischen Flüchtlinge sollen auf kürzestem Wege nach ihrer Heimath befördert werden, die Lombarden dagegen, welche sich nach Frankreich begeben wollen, werden über Zürich rc. instradirt. Bündten hat ein zweites Bataillon aufgeboten, unter a Marca, um seinen Marschgeist das nöthige Gewicht zu geben.

Frankreich.

**Paris, 21. Aug. Die Unruhe in allen Gemüthern nimmt von Stunde zu Stunde zu. Man sieht Truppenaufstellung in den Straßen. Die Umgebungen der Nationalversammlung werden verschanzt. Den Bewohnern der Häuser ist angesagt, daß sie im nöthigen Falle Truppen aufnehmen müssen. In der Nationalversammlung herrscht gleichfalls große Unruhe. Die Frage wegen der Mailänder Petition wegen Einschreiten in Italien war der Tagesordnung. Alle Tribünen sind überfüllt. General Cavaignac erklärte gleich anfangs unter allgemeinem Beifalle, so lange Hoffnung zur Erhaltung des Friedens sei, werde er sich nicht fortreißen lassen durch den Ungestümm der Meinung. Vergeblich erinnerte Hr. Jules Favre'das Manifest Lamartines, welches Italien das Einschreiten Frankreichs versprach für den Fall, daß die Oesterreicher die Offensive wieder ergreifen würden; es gelang ihm nicht, die Versammlung freigerechter zu stimmen, und General Cavaignac nahm sein Wort von dem was er gesagt, zurück. Hr. Creton ging darauf Hrn. Ledru-Rollin zu Leibe. Er fragte ihn mit wessen Geld jene Raubvögel bezahlt worden seien, die man in die Departements geschickt habe? Bei Abgang der Post antwortete Hr. Ledru-Rollin.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 21. August. 5proz. Metall. 79¹/₂, 4proz. 62, 3proz. 48, 2¹/₂proz. 40¹/₂, 1834er 500 fl.-Loose 150. 1839er 250 fl.-Loose 84. Bankaktien 1090. Nordbahn 105¹/₂. Gloggnitz 94. Venedig-Mailand 69¹/₄. Budweis —. Livorno 69¹/₄. Pesth —. Siene 57. Apprioritenbahn —.

Berlin, 11. August. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunal-Papiere und Geld-Course. St. Schuld-Sch. 74¹/₂ B., 74 G. Seeh. Präm. Sch. 88¹/₂ B. — G. K. u. Neum. Schuldv. — B. 71¹/₂ G. Berl. Stadt-Obl. — B. — G. Westpreuß. Pfandbr. — B. 77¹/₂ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. 96¹/₂ B. 96¹/₂ G. 3¹/₂proz. 78¹/₂ B. 78¹/₂ G. Ostpr. Pfandbr. — B. 85¹/₂ G. Pomm. Pfandbr. 90¹/₂ B. — G. Kur- u. Neum. Pfandbr. 90¹/₂ B. — G. Schlesische Pfandbr. — B. — G. Gold al marco und Neue Ducaten 95¹/₂ B. 95 G. Friedrichsd'or 13¹/₁₀ B., 13¹/₁₂ G. Andr. Goldm. à 5 Th. 12¹/₂ B., 12¹/₁₂ G. Disconto 3¹/₂ B., 4¹/₂ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt. A. 90 B. 89¹/₂ G. Berl.-Hamburg 68¹/₂ G. Berl.-Stettin-Stargarder 89¹/₂ G. 90 B. Berlin-Potsdam-Magdeb. 52¹/₂ B. 53 B. Magdeb.-Halberstadt 103 G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 54 B. u. G. Köln-Minden 76¹/₂ B. u. G. Köln-Aachen 57 B. Bonn-Köln —. Düsseld.-Elberfeld 69 G. Steele-Vohwinkel 37 B. Niederschles.-Märk. 70¹/₄ B. ¹/₄ B. Niederschles.-Märk. Zweigbahn —. Oberschles. Lit. A 93¹/₄ B. u. G. Lit. B 93¹/₄ B. u. G. Kosel-Oderberg —. Breslau-Freiburg 89 G. Krak.-Oberschles. 46 B. 45¹/₂ B. Berg-Märk 58¹/₂ B. Stargard-Posen 68 B. u. G.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 88 B. 87 B. bez. Starg.-Posen —. Brieg-Neisse —. Magd.-Wittenberg 45¹/₂ B. Aachen-Mastricht —. Thür.-Verbind.-Bahn —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 83 G. Berlin-Hamburg. 89¹/₂ G. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 77¹/₂ G. 5proz. 85¹/₂ B. 86 G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 82¹/₂ B. u. G. Köln-Minden 90¹/₂ B. 90 G. Berlin. v. Staat gar. —. Rhein. 1. Prior. 75¹/₂ G. Rhein. Stamm-Prior. 71¹/₂ B. 71 G. Düsseldorf-Elberfeld —. Niederschles.-Märk. 5proz. 84 B. 5proz. 93 B. Oberschles. 90 B. 89¹/₂ G. Zweigbahn 4¹/₂proz. 5proz. 73 B. Oberschles. —. Kosel-Oderberg —. Steele-Vohwinkel —. Breslau-Freiburg —.

Paris, 21. August. 5proz. 43.75, 4proz. —, 5proz. 71.25. Südsch. 23¹/₂, Baslaktien 1625.—. Compt. von Alzier —. —. Belg. 5proz. von 1840 78¹/₄, von 1842 78¹/₄. 4¹/₂proz. 71¹/₄. 3proz. —. 2¹/₂proz. —. Belg. Bank 955. Neap. 4proz. 79. 74.—. Röm. 84. Piem. —. Sard. —. St. Germain 390. Versailles (rechte) 115 20. (linke) 100.—. Orleans 660 —. Rouen 436 25. Havre 205.—. Marseille 220 —. Basel 85.—. Bergen 262.50 Boulogne —.—. Vorbeaux 396.25 Nordbahn 380 —. Montereau —.—. Lyon 362 50. Straßburg 348 75. Kanies 332.50. Dieppe —.—. Serraur —.—. Montpellier —.—. Le Lote 45.—.

Paris, 21. August. Die Rente war sehr gedrückt am Anfang der Börse, weil man anfürchte, daß ein Bataillon Mobilgarde auf dem Boulevard zwischen den Thoren St Denis und St Martin aufgestellt worden war, und beträchtliche Streitkräfte die Zugänge zur Nationalversammlung bewachten. Man schloß daraus, daß die Regierung nach Belagerzustand für die öffentliche Ruhe habe. Es wurden fast gar keine Geschäfte gemacht, in Renten so wenig als in Eisenbahn-Aktien. Es hieß von Neuem, die Regierung werde noch vor Ablauf eines Jahres die meisten Eisenbahnen an den Staat heimlaufen.

Madrid, 16. Augult. 5proz. 19¹/₂, G. 20 B. 4proz. —. 3proz. 10¹/₂ G. Passiv. Schuld 2¹/₂. 3¹/₂ G. Cour. 6¹/₂ G. Auswärt. Pass. Schuld —. Unverzinste Schuld 3proz. 7 G. Provis. Lit. A¹/₂ G. St. Fernandobank —. Disconto —. Wechselkurse: Paris 4—75 P. London 46 P.

J. P. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Freitag, 25. August: „Die Valentine", Schauspiel von Gustav Freytag.

Fremdenanzeige.

Hotel Maulik. Beigbl, Rentier aus England. Benaville, Privatier von Neuenkirchen. Saalmüller, Oberstlieutenant von München. Friesheim, Handelsmann von Berlin.

Gold. Kreuz. Schäfer, Offizier von Erfurt. Reichardt, Pantikulier von Augsburg. Ebner, Partikulier von Stuttgart. Hering, Fabrikbesitzer von Oettingen.

Gold. Hahn. Dr. Wichart, Professor von Freising. Schünermann, Kaufmann von Bremen. Winterodt, Dr. med. von Ludwigsburg. Frey, Geistlicher von Pfeff. Krug, Apotheker von St. Goar.

Blaue Traube. Braun, Privatier von Lindau. Baron v. Rotstil, von Landshut. Fräl. Mallen, von Würzburg. Niederreiter, Kaufmann von Ulm

Stachusgarten. Neggendorfer, Fabrikbesitzer von Petersaich bei Erbarts. Privatier von Augsburg. Heller, Apotheker von Ravensburg.

Gestorbene in München.

Johanna Bäumer, Magistratsschreibers-Wittwe, 47 J. a. Michael Dorner, Zimmergesell von Pfaffmünster, Dzs. Pfarrkirchen, 43 J. a. Karl Maier, ehemal. Schreiber von Tara, Dzs. Dachau. 33 J. a.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

84. (3a) Mittwoch den 20. September 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat August 1847, und zwar von Nro. 86,433 bis 95,418.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verrieft, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr Statt.

Hiernit Dienstag den 26. September 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 21. August 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

£ Negrioli, Maj.-Rath.

Schnez, Kassier. Offenbrunner, Kontrolleur.

Bekanntmachung.

84. In der Kontursache des Adam Hofmann, von Lechsrandt, wird, nachdem der obige Besitzer der zur Gantmasse gehörigen Realität den zur Masse schuldigen Kaufschillingsrest nicht erlegen konnte, zum wiederholten Berkrich derselben auf Mag und Gefahr des säumigen Ersteihers Nikolaus Hofmann, resp. des Andreas Schmidt und der Sabina Hofmann, als nunmehrigen Eigenthümer, Termin auf **Donnerstag den 14. September d. Js., Vormittags 10 Uhr**

in loco Lechsrandt anberaumt, wozu Steigliebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die fragliche Realität in der Hälfte eines Gütchens zu Lechsrandt, Lebendsp Zol. 38,3 dis 55,4 beschrieben, bebaut, um im vorigen Jahre auf 1000 fl. geschätzt worden war.

Tambach den 20. Juli 1848.

Gräfl. Ortlenburg. Herrschaftsgericht.
Ett,
Herrschaftsrichter.

Im Verlag der Unterzeichneten erscheint demnächst ein

Commentar
zu dem Gesetze vom 4. Juni 1848
über
die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, die Aufhebung, Fixirung und Ablösung der Grundlasten in Bayern. — Aus den Duellen, den Verhandlungen der Ständeversammlung, sowie der Stasi gutsherrlichen des Innern, der Finanzen und der Justiz bearbeitet
von
Dr. F. P. v. Hornthal,
Advokaten zu Bamberg.

Der Herr Verfasser, als Rechtsanwalt seit 24 Jahren mit der praktischen Behandlung und Lösung der Aufgaben dieses wichtigen neuen Gesetzes vertraut, auch als Schriftsteller im Gebiete der Staats- und Rechtswissenschaft längst rühmlich bekannt, wird in diesem Commentar eine vollständige Darstellung des Ablösungsgesetzes für deren Anwendung geben. Er ist durch die von den Staatsministerien, der Finanzen und der Justiz ihm bewilligte Benützung aller amtlichen Quellen und insbesondere fortlaufender Mittheilung der einschlägigen Vollzugsinstruktionen und anderen Anordnungen in den Stand gesetzt, unter Mitwirkung dieser Staatsbehörden ein umfassendes Handbuch zu liefern, welches ähnlich v. Gönner's, von Lehner's, v. Spies' und Seuffert's Commentaren zu dem Hypothekengesetze, der Gerichtsordnung rc. allen Beamten und Betheiligten unentbehrlich, jedenfalls höchst erwünscht und brauchbar sein wird.

Erlangen im August 1848.

J. J. Palm & Ernst Enke.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Amerikanische Verhältnisse.

Zwei Fragen beschäftigen in diesem Augenblicke alle Gemüther in den Vereinigten Staaten. Man fühlt die Befriedigung, welche der Friede gibt nach einem Kriege, der nur eine Reihe von Siegen war, und dazu gesellt sich die Agitation, welche stets der Wahl eines Präsidenten vorausgeht.

Darüber waren die hervorragendsten und durch ihre Einsicht mehr durch ihren politischen Ruf bedeutendsten Männer der Ansicht, es sey Thorheit so ziemlich einig. Was soll auch eine Nation, die zu den Gefahrlosigkeiten der Lumpen von Frankreich z. B. betragendes Gebiet besitzt, darauf aber kaum 20—21 Millionen Bewohner hat, mit der Eroberung neuer Länderein anfangen? Der Geist der Eroberung ist der Feind der politischen Freiheit. Hätte man auch Mexiko einige Provinzen gewandt, so wäre dies eher ein Grund zu Verlegenheiten, als ein Zuwachs an Macht. Endlich auch zugegeben, daß man Beschwerden gegen Mexiko geltend zu machen hatte, so waren diese doch nicht von der Art, daß sie einen solchen Angriff rechtfertigten. Dahin sprachen sich auch die an Talent, wie Patriotismus bedeutendsten Redner aus. Allein die Machthaber haben ihnen kein Gehör. Sie wollten ihrer Partei mit der Glorie umgeben, die der Kriegsruhm gibt, und für den die Demokratie, selbst wenn sie so intelligent ist, wie die der Vereinigten Staaten, einen fast tollen Hang zeigt. Der Einfall in Mexiko fand also statt. Die mexikanischen Heere wurden beständig geschlagen, doch nicht ohne einen Widerstand, der das Verdienst der Siegen nur erhöhte. Mexiko, die Hauptstadt selbst, wurde genommen. Die neuen Eroberer haben durch ihre Waffenthaten den großen Cortez selbst nicht nur erreicht, sondern fast in Schatten gestellt. Der Friede wurde geschlossen vermittelst der Abtretung an die V. Staaten nicht allein des streitigen Gebietes am linken Ufer des Rio Grande, sondern auch eines Theils von Texas bemuiset, sondern auch der beiden angegrenzten, fast unbewohnten Provinzen Neu-Mexiko und Neukalifornien. Die V. Staaten erwarben so am stillen Meere einen Küstenstrich von mehreren hundert Stunden Länge, und den Hafen von San Francisko, den man als den schönsten der Welt schildert. Und doch mißbrauchen sie ihren Sieg nicht, wie glänzend er auch war; denn sie vermächtigen sich Neu-Mexikos und Neukaliforniens nicht, ohne Bezahlung dafür zu fordern. Sie bezahlen dafür 15 Millionen Dollars, gerade so viel, als sie selbst für das herrliche Louisiana an den ersten Konsul Bonaparte gegeben, der nicht als Besiegter ihnen gegenüber stand. Das heißt sicherlich einen zu Boden geschlagenen Feind noch glimpflich behandeln. Schon sängt auf diese prophetische Wort der Bürger, die sich dem Kriege widersetzen, an in Verfassung zu gehen. Die Nordamerikaner sehen, daß sie in Mexiko, wo Hr. Polk sie hinführte, nur Lorbeeren zu pflücken meinten, sich nur Verlegenheiten geholt haben. Wir sprechen hier nicht von finanziellen Verlegenheiten; dieser Krieg wird den B. St etwa 500 Millionen Franken gekostet haben; aber wenn man den Reichthum des Landes und den raschen Fortschritt seines Wohlstandes in Betracht zieht, so wird ein solches Opfer ihm kaum zu schwer fallen. Das hoch reiche Frankreich für seine Militärausgaben im Jahr 1848 über 600 Millionen gebraucht, und in den vorangegangenen Jahren, mitten im Frieden über 500 Millionen. Andere, ernstlichere Schwierigkeiten scheinen auf dem Kriege mit Mexiko hervorgehen zu sollen, zeg, wo er an seinem Ziele angelangt ist.

Erstens bedroht dieser Krieg die V. Staaten mit der Rothwendigkeit, andere zu unterjochen. Wie gehen sie mit der Neuheit des Landes, daß die Mexikaner sobald wieder Luft hätten, einen Kampf wieder zu beginnen, in dem ihre Gegner eine so große Ueberlegenheit gezeigt haben, sondern die anne erwiesene Schwäche der in Mexiko herrschenden Klasse scheint die V. Staaten zu zwingen, allmählig dieses ganze ungeheuere Land in Besitz zu nehmen. Die Weißen waren bisher in Mexiko noch von einer Rasse zu Lande umgeben, der ihnen an Vorzug bewohnt; sie wanken die Meinung haben, als seien sie ein auserwähltes und mächtiges Volk. Ihre Tapferkeit, diese Geneigtheit muß man ihnen widerfahren lassen, hat sich während des Krieges gezeigt, aber nicht minder hat sich ihre gänzliche Unmacht, ihre tiefe Unmuthenheit, ihre Unfähigkeit zur Verwaltung eines großen Staates erwiesen. Der Zudersechsen, die die Indianer und die Neger von gemischtem Blute in Mexiko bevölkern erwiest, ist verschwunden. Von diesem Augenblick an war die Insurrektion an der Tagesordnung. Der Ruf: Tod den Weißen! ertönte sogar auf den Plätzen von Mexiko, auf derselben Stelle, wo vor 40 Jahren noch die Indianer auf die Knie fielen, wenn der Vizekönig in seiner Karosse vorüberfuhr. Um ihre eigenen Sicherheit willen werden die V. Staaten vielleicht gezwungen sein, ihre Herrschaft allmählig über die Gesammtheit dieses Landes auszudehnen, drei mit großen Kosten Heere zu unterhalten, etwa wie England sich genöthigt sah, sein Reich über ganz Indien auszudehnen, nachdem es einmal einen Theil davon genommen hatte. — Die weiße Bevölkerung wird wahrscheinlich zuerst den Einfall der Nordamerikaner verlangen als eine Snadenbezeugung, weil dies ihre einzige Aussicht auf Rettung sein wird. Man kann dies leicht auf den jetzigen Borgängen in Yukatan ersehen.

Die Folgen dieser Art, welche der merkantische Krieg nach sich ziehen kann, müssen nicht gerade unmittelbar für die B. Staaten eintreten. Sie können noch manche Jahre auf sich warten lassen. Es läßt sich sogar die Frage aufstellen, ob sie je eintreten werden. — Aber es gibt deren von anderer Natur, die schon jetzt in die Augen springen und erschreckender Art sind: diese stehen in Beziehung zur Sklaverei.

Die B. Staaten theilen sich bekanntlich scharf ab in Sklavenstaaten und in Staaten, wo die Sklaverei gesetzlich verboten ist. Die Staaten des Nordens sind von diesem Aussatze frei; auch sie waren ehemals damit behaftet unter dem Kolonial-Regime, aber es war ihnen gegeben, sich davon zu heilen. Die Sklaven waren dort zur Zeit der Unabhängigkeitserklärung wenig zahlreich; es war daher nicht schwer, sie allmählig zur Freiheit übergehen zu lassen. In den Staaten des Südens war die Zahl der Sklaven größer; alle Handarbeit geschah durch sie; und das Vorurtheil war allda stark, als daß der Gesetzgeber es angerathen gewagt hätte. Die Sklaverei hat daher dort fortbestanden, und in mancher Beziehung nicht sehr hart ist, so hat sie sich dagegen in intellektueller und moralischer Beziehung verschlimmert. In einigen andern Staaten ist es ein vom Gesetze verpöntes Verbrechen, einen Sklaven lesen zu lernen; in anderen ist das Recht des Herrn über den Sklaven nicht einmal so weit, daß es ihn die Freiheit geben kann.

Das Bestehen der Sklaverei ist der verwundbare Punkt in der Organisation der B. Staaten. Sie hat am meisten dazu beigetragen, daraus einen Bundesstaat zu machen, in dessen Schooß jedes der Mitglieder einen großen Theil der Attribute der Souveränetät bewahrt. Die Staaten des Südens haben sich zu allen Zeiten sehr eifersüchtig darauf gezeigt, in diesem Betreff absolut allein bei sich Herren zu sein. Der Bundesvertrag beruht auf dem Kompromiß, daß der Kongreß sich niemals, weder die Sklaverei betreffe, in die innere Gesetzgebung der damals bestehenden Staaten einmischen werde. Er hat sich darauf beschränkt, den Sklavenhandel mit Afrika streng zu untersagen. Aber der Sklavenhandel im Innern konnte unbestritten betrieben werden, und so verkauften Virginien und Maryland Schwarze an Louisiana und an Texas, gerade wie das Elsaß und die Normandie in Frankreich Baumwollenzeuge an die Provence und das Languedoc verkaufen.

Indessen macht man sich daselbst keine Selbstäuschung über die Gefahr und die Unsittlichkeit der Sklaverei. Man kann in der Urgeschichte der V. Staaten von Bancroft das Rähere der Gesetzgebung der Puritaner sehen, um die Sklaverei von ihrem Boden zu vertreiben. Die illustren Gründer Pennsylvaniens, welche der Sklaverei keinen gesetzlichen Bestand gestatten, verabscheuten diese schmähliche Abhängigkeit des Menschen gegenüber seinesgleichen. Washington verhehlte dies nicht und auf seinem Todtenbette gibt er all seinen Schwarzen die Freiheit. Das Haupt der demokratischen Schule, Jefferson, welcher gleich Washington Virginien angehörte, ist der Urheber der berühmten Ordonnanz von 1787, kraft welcher der Kongreß die Sklaverei untersagt in dem damals sogenannten Territorium des Nordwestens, welches jetzt drei blühende Staaten ergänzt sind, Ohio, Indiana, Illinois, alle drei ohne Sklaven, alle drei bewerkenswerth durch ihre raschen und großen Fortschritte.

Allein die bestehenden Interessen, die seit langer Zeit ungenommenen Gewohnheiten waren mächtiger, als der Patriotismus, die Menschenliebe und der Gerechtigkeitssinn, welche sich in diesen Vorsorgen, die die Sklaverei hat sich aufrecht erhalten nicht allein in solchen Staaten wie Südcarolina, Louisiana oder Florida, in den Niederungen, wo es zweifelhaft ist, ob jemals der Weiße denen Boden wird bebauen können, sondern auch in anderen, wie Delaware, Maryland, Virginien, Kentucky, wo mit Grund angenommen wird, daß der Ackerbau durch freie Arbeit gedeihen könnte. Aus verschiedenen Weiß bei den Einen, aus Eigennutz bei den Andern hat man Sorge getragen, daß die Zahl der Sklavenstaaten beständig jener der Staaten ohne Sklaverei das Gleichgewicht hielt, die der Freiheit der Schwarzen günstige Meinung und das Interesse der Sklaveneigenthümer sich vollkommen aufwägen in jenem der beiden Häuser des Kongresses, in welchem alle Staaten gleichmäßig vertreten sind. Bei der Entstehung der gegenwärtigen Verfassung hatten 7 unter 13 Staaten die Sklaverei zur gesetzlichsittlichen Grundlage. Jetzt beträgt die Zahl der Staaten 30 und theilt sich zur Hälfte zwischen den einen und den andern.

Die gleichheitliche Vervielfältigung der Staaten mit und ohne Sklaven ist seit der Unabhängigkeit vor sich gegangen bald durch Theilung alter Staaten, die einen übermäßig großen Flächenraum einnehmen, und wo die Besitzer großen Ihren Zug nach dem bahin unbewohnten Gegenden nahm; bald durch Besitznahme von Landstrichen, die außerhalb der Staaten lagen und die dahin den Wilden und den Thieren der Wälder preis gegeben waren. Die Gegner der Sklaverei haben keinen Einspruch erhoben, als Sklavenstaaten sich in Regionen gründen wollten, welche früher thatsächlich wenigstens unter dem Regime der Sklaverei standen. So wurde der frühere französische Besitzung Louisiana ohne Einspruch in mehre Staaten zertheilen, welche Sklaven haben, ebenso das von den Spaniern erworbene Florida.

Als indessen die Sklavenbesitzer ihr System allzusehr gegen den Norden ausbreiten wollten, da empörte sich die sittlichere Gesinnung der Männer des Nordens. Als im Jahre 1820 der Staat Missouri, gebildet aus einem Theilschnitt von Louisiana, in den Union einzutreten verlangte, erhob sich ein Sturm. In der That ist es ausgemacht, daß dies ein Land ist, wo die freie Arbeit der Weißen überall mit Erfolg betrieben werden könnte, und daß unter dem Gesetze der Freiheit dieser Staat rascher aufgeblüht wäre. Inzwischen wurde nach äußerst lebhaften Verhandlungen Missouri in die Union zugelassen, selbst mit der Sklaverei. Der Grund war, daß diese Sklaverie Institution dort eingewurzelt war, und man muß fortfügen, die seit einem Jahrhunderte in der den französischen Namen tragenden

Stadt Saint-Louis niedergelassene französische Bevölkerung hatte sie dahin gebracht. Aber es wurde auch bestimmt, daß von nun an in keinem Territorium jenseits der Parallele von 36°, Breitegraden die Institution der Sklaverei anerkannt werden solle, wogegen derselbe nach zum ehemaligen Louisiana gehört haben oder nicht.

Seit jenem Falle mit Missouri hatte die Sklavenfrage nicht mehr zu lebhaften Debatten geführt. Die Nachkommen der Puritaner verwahrten sich sortwährend dagegen in den Staaten von Neu-England und im Staate Ohio, welcher durch den Fluß gleichen Namens vom Staate Kentucky getrennt ist, wo es Sklaven gibt. Die Partei der unbedingten Abolitionisten trat bei den Wahlen für Präsidenten und Vizepräsident nur, und das sogleich mit 60,000 Abstimmenden, eine verhältnißmäßig unbedeutende Zahl. Irgend aber bringen die von Mexiko gemachten Erwerbungen der V. Staaten die Verhandlung der Frage aufs Neue aufs Tapet, und alles läßt annehmen, daß der Streit diesmal lebhafter sein wird, als jemals.

Der Krieg mit Mexiko war, wie bereits gesagt, von Seite der Häupter der demokratischen Partei eine politische Spekulation. Es war ihnen viel weniger darum zu thun, einige Provinzen mehr zu erwerben, als um die Volksgunst. Von Seite der Gouvernementsherren der südlichen Interessen aber war sie ein steter Handstreich. Sie haben gar kein Geheimniß daraus gemacht. Einer von ihnen, der aufgezeichnete durch sein Talent und nicht minder achtungswerth durch seinen Privatcharakter, der aber durch eine bei einem so überlegenen Kopfe seltsamliche Verirrung, den Fanatismus der Sklaverei hat, Herr Calhoun von Südcarolina, der mehrmals Minister, selbst Vizepräsident der Union war, hat auf der Rednerbühne des Senats gar offen den Plan dargelegt, dessen Hauptzweck der ist, und dessen Anführung er in seiner Eigenschaft als erster Minister des Präsidenten Tyler begonnen hat. Dieser Plan geht dahin, einen Theil von Mexiko zu erobern, auf dessen ganzer Ausdehnung inzwischen die Sklaverei abgeschafft ist, um daraus Sklavenstaaten zu machen, zu dem Zwecke, wie er sagt, dem sortwachsenden Einfluß des Nordens ein Gegengewicht zu geben. Dieser Norden hat, nach den Worten seines Feindes, der bereits Zahl gegen sich, ist frei strenge Vorwürfe von Seite der bedeutendsten Staatsmänner des Südens hervor, und namentlich des Hrn. Benton von Missouri. Es erregte den Widerwillen der Männer, deren Glaubensbekenntniß die Verächtlichung der Sklaverei ist, und schon vor zwei Jahren, etwa um die Zeit, als Hr. Calhoun seinen Plan ausreinander setzte, trat ein Repräsentantenhaufe improvisirter Antrag schnurstracks dem Plan des Führers der Partei der Sklavocrat entgegen. Man verwandte die ganze Bill, kraft welcher Geldbewilligungen gemacht werden für die Friedensunterhandlungen mit Mexiko und die Erwerbung gewisser Territorien. Da brachte Hr. Wilmot von Pennsylvanien einen Verbesserungsantrag ein, dahin gehend, daß die Einführung der Sklaverei unterfagt sein solle in allen Ländern, welche die V. Staaten erwerben würden. Alle Vertreter der Sklavenstaaten stimmten für den Zusatzartikel, der so mit einer großen Mehrheit durchging. Allein dieses Votum blieb wirkungslos, weil der Senat nicht mehr die Zeit hatte, sich um der Bill zu befassen. In der folgenden Session wurde der Verbesserungsantrag von Neuem eingebracht, abermals vom Repräsentantenhause angenommen, aber durch den Senat beseitigt. Kurz darauf richteten die Legislaturen von 10 Staaten, unter welchen der von Newyork, der bedeutendsten von allen, an ihre zu Washington thronden Senatoren das imperative Mandat, und an die Mitglieder des Repräsentantenhauses die Instruktion, diesen Grundsatz die Sitte zu verschaffen. Die Anhänger der Sklaverei überfielen gegen auf mehreren Punkten mißbräuchliche Prätensionen kund. So haben sie im vorigen Jahre das Durchgehen eines Gesetzes für Organisation des Oregonterritoriums verhindert, weil der Zusatz die Sklaverei ausschloß. In diesem Augenblicke kaapfen sie an ihr Votum zu Gunsten eines Kandidaten für die Präsidentschaft die Bedingung, daß es systematisch jedem Einschreiten des Kongresses in Betreff des Bestehens der Sklaverei in den neuen Besitzungen der Union sich entgegensetze.

So scheint der mexikanische Krieg, wie glorreich er auch für die Waffen der amerikanischen Union gewesen sein mag, doch keine Folgen die ernstlichen Schwierigkeiten für die Zukunft nach sich ziehen zu sollen. Es wäre nun zu untersuchen, in wie ferne die nächste, in wenigen Monaten stattfindende Präsidentenwahl davon berührt werden wird. Wir werden vielleicht ein andermal darauf zurückkommen.

Deutschland.

K. Sachsen. In Dresden gewinnen die Besorgnisse vor dem nicht unnahe bevorstehenden Rücktritt des Ministers Oberländer geößeren Bestand. Man ist allgemein der Meinung, daß ihm nächstdem bei den Kammern vorzulegenden Wahlgesetzentwurfes im Ministerrath fast unüberbrückbare Hindernisse erwachsen werden. Einer Deputation des Dresdner Vaterlandsvereins, die sich bei dem Minister Oberländer begab, sich eine bestimmte Antwort über das Gerücht seines Rücktritts zu erholen, gab der Bescheid, daß eine ausweichende Antwort. Die politischen Vereine Sachsens setzen mittlerweile alle Kräfte in Bewegung, den Rücktritt des Ministers zu verhindern. — Am 18. ist der König von Preußen von Leipzig in Dresden eingetroffen und hat sich sofort mit dem Prinzen Johann nach Pillnitz begeben, wo sein einigen Tagen die Königin von Preußen verweilt.

Preußen. ++ Berlin, 21. Aug. Abends. Ich ergänze meine Mittheilungen von heute Morgen. Es ist keinem Zweifel mehr unterworfen, daß die Verhältnisse zu Dänemark sich ganz anders gestalten, als bei den letzten Unterhandlungen. Damals hatte seine Armee Schlappen erlitten, war entmuthigt; wohl war ihm von Schweden und Rußland Beistand gesichert, allein England hatte zum Frieden gerathen, und wirklich hatte seine Kathsschläge in diesem Sinne mächtig auf die Dänemark günstig gestimmten Mächte ein. Hätte man damals Schwedens Anträge angenommen, so wäre ein provisorischer Zustand für die Herzogthümer und namentlich für Schleswig erlangt worden, mit einer getrennten Verwaltung zur Beide, während die stattige Rechtsfrage vorbehalten geblieben wäre. Allein General Wrangel erklärte krankheitlich, daß er nie zu so schmachvollen Bedingungen die Hand bieten werde. Diese Erklärung wirkte auf Frankreich und die Mittelstaatsmänner scheinen sich bekannt zu haben mit dem Mißfallen Lord Palmerstons; Dänemark feuerleicht that alles, um Freunde zu gewinnen. Frankreich erklärte sich noch bestimmter für dasselbe, als alle anderen Mächte Dänemark kam dadurch in eine viel günstigere Stellung; zudem kannte es alle Vortheile seiner Stellung zur See, und Hr. v. Auerswald hatte ja in der Nationalversammlung offen die Nothwendigkeit des Friedens erklärt, da der König Preußen und Nordeuschland bedrohen, eine unerträgliche Lage versetzt. Preußen sah daher nicht anders, daß Dänemark jetzt einen höheren Ton anstimmt. Ich habe Ihnen diesen Morgen bereits von der durch Hrn. Arago hier überreichten Erklärung berichtet. Frankreich nimmt darin die guten Dienste Preußens für den Frieden, und für eine billige Würdigung der Rechte Dänemarks in Anspruch. Frankreich erinnert dabei an die sorwährende Gultigkeit der Verträge und erklärt sormlich, daß es an den Verbindlichkeiten festhalte, welche es dadurch übernommen habe. Diese Verträge von 1851 zu Gunsten der Integrität des Gebiets von gesammt Schleswig einen Theil anmache, übernommen habe. Ich habe Ihnen schon gemeldet, daß eine ganz ähnliche Erklärung vom Agenten der französischen Republik in Frankfurt überreicht wurde. Auch Lord Cowley hat zu Frankfurt eine Depesche Lord Palmerstons überreicht, worin kund gegeben wird, daß die deutsche Regierung sich noch durch das früher gemachte Vermittlungsanerbieten Englands geehrt glaube, daß sie daher sich enthalte, sich über den Rechts- und Garantien-Punkt auszusprechen, welche in der Integrität Schleswigs zu Gunsten Dänemarks bestehen; daß sie aber im Interesse der baldigen Wiederherstellung des Friedens und in Erwägung der ernsten Folgen, welche eine Fortsetzung des Kriegs, oder eine Nichtbeachtung der Rechte Dänemarks nach sich ziehen müßte, schon von vorneherein der Zeitlage-wall zu erkennen geben müsse, daß England nicht im Stringenten in Zweifel sei darüber, auf welche Seite das ganz Recht sich neige; seine Pflicht sei es, an den Verbindlichkeiten, die es sich zu gemacht Vermittlung anerbieten auferlege, einbanden sein würde, wenn es darauf eine förmliche Erklärung abgeben. Lord Westmoreland hat von dieser Depesche dem preußischen Kabinette gestern Mittheilung gemacht. Aus allen diesen Thatsachen mögen Sie ermessen, ob noch nur einige Hoffnung vorhanden ist auf Annahme von Seite Dänemarks der ihm gemachten Vorschläge und auf die Möglichkeit des Friedens unter anderen Bedingungen als der Anerkennung der Souveränetätsrechte Dänemarks auf Schleswig. Alles scheint sonach anzudeuten, daß Preußen entweder unbeschränkte Vollmachten zu ausgedehnten Zugeständnissen erhielt werden müsse, oder daß Deutschland alle Folgen eines gänzlichen Alleinstehens und die schweren Verwicklungen, die daraus erwachsen können, auf sich nehmen muß. Frankreich und England scheinen ganz andere Zwecke zu verfolgen, als den Frieden, den Preußen und Deutschland wünschen; welchen diese Zwecke sind, dürfte nicht schwer zu errathen sein.

Frankreich.

△ Paris, 21. Aug. Die Militärbehörde hat heute außerordentliche Maßregeln getroffen für Sicherung der Ruhe der Hauptstadt. Starke Abtheilungen Linie truppen und Mobilgarden standen den ganzen Tag hindurch im Palais national, in den elysäischen Feldern und an den Thoren St. Denis und St. Martin. In den Umgebungen der Nationalversammlung wurden die Einwohner, deren Fenster nach der Straße zu gehen, in Kenntniß gesetzt, daß sie sich einstreienden Falles gefaßt machen sollen, die Truppen in ihre Häuser aufnehmen zu lassen. Auf dem Quai vor dem Palaste der Nationalversammlung und zu beiden Seiten ist alles bereit, alle Werkzeuge liegen da, um Barrikadungen aufzuwerfen, und Barrikaden zu errichten mit Aufreißung des Straßenpflasters auf den ersten Befehl der Duästoren. Oestlich vom Garten vor dem Präsidenten-Hotel ist eine mächtige Erdschanze aufgeworfen, von wo aus man die ganze Einmündungsstrecke beherrscht. Rund das Gebäude, wo die Kriegsgerichte ihre Sitzungen halten, wird von starken Abtheilungen Linientruppen vom 21., 39. und 61. Regiment bewacht. Als ich nach der Nationalversammlung ging, begegnete ich überall starken Truppenabtheilungen; und einer Menge von Neugierigen, die von der bewaffneten Macht so viel möglich zurückgehalten werden. Inzwischen ist die Hauptstadt ruhig, und alles läßt hoffen, daß es sich nun eine Vorsichtsmaßregel handelt, in Folge der Erregung der Gemüther, welche die Veröffentlichung der Untersuchung über die Juni-Ereignisse hervorgebracht hat. Mit Mühe endlich fand mein Platz im Sitzungssaale angelangt, fand ich die Nationalversammlung in einer seltenen Volksthätigkeit versammelt, die Tribune überfüllt von Neugierigen. Allgemein erwartete man eine heiße Debatte über die Verhältnisse Italiens, da die Petition der Mailänder Nationalgarde un der Tagesordnung ist. In der That kündete Hr. Drouin de Lhuys an, daß der Bericht über diese Petition nun bereit sei. Hr. Jules Favre meint, es wäre besser, erst morgen zur Berhandlung darüber zu schreiten, und Hr. Bachez, man solle diese Frage nicht verreinzelt behandeln, sondern sogleich auf der

gesammte auswärtige Politik der Regierung eingehen. Der Regierung selbst werde eine Gelegenheit, Aufschlüsse zu geben, nicht unwillkommen sein. (Bewegung.) General Cavaignac über gewisse Punkte sei ihm die Antwort leicht. Über andere wäre es ihm schwerer, eine bestimmte Antwort zu geben. Im Uebrigen verlasse er sich ganz auf die Umsicht der Versammlung. (Beifall.) Die Versammlung beschließt sofortige Anhörung des Berichtes. Dieser erstattet. Der sehr kurze Bericht läßt der Politik der Regierung und ihrer Umsicht Gerechtigkeit widerfahren, und beantragt bei dem jetzigen Stande der Unterhandlungen, und um nichts zu gefährden, Verwerfung der Petition an den Kabinetspräsidenten und Minister des Auswärtigen. General Cavaignac wünscht, daß nun sogleich in die Berhandlung eingegangen werde. Er sei bereit, auf alle Interpellationen zu antworten, jedoch immerhin mit der pflichtmäßigen Vorsicht. Er spreche Sie, sprechen Sie! Er erkläre sich bereit, Alles was seine Meinung sagen zu wollen. Hätte er sein Gutachten vor den letzten Ereignissen abgeben können, so würde er sich für eine friedliche Lösung der italienischen Frage ausgesprochen haben. Niemand werde sein tiefes Mitgefühl für die tapferen Bevölkerungen Italiens bezweifeln. Aber er sei überzeugt, daß in deren eigenem Interesse Frankreich ihnen jetzt nicht durch die Waffen am besten dienen könne; darum habe das Kabinet an eine friedliche Vermittlung im Einklange mit England gedacht, um einen ehrenvollen Frieden für Italien zu erlangen. Er hoffe, der Erfolg werde die Voraussicht des Kabinets rechtfertigen. Aber mehr könne er begreiflich nicht sagen, ohne den Unterhandlungen zu schaden. Er verhehle sich durchaus nicht die Art von Mißgunst, die sich an die nicht sehr glänzende Rolle knüpfe, welche seine Pflicht in diesem Augenblick ihm auferlegt. Frankreich sei gewohnt, sich zu wiegen in den ritterlichsten Worten: Ruhm, Schlacht. Aber er glaube, die Republik, die republikanischen Sitten, können in Frankreich ernste Wurzel nur mit dem Frieden fassen. (Lange Bravos.) Er werde daher unerschüttert sein für dessen Aufrechthaltung, in so lange er ehrenvoll sei. (Beifall.) „Wenn jedoch," setze er hinzu, „was Gott verhüte, die Ehre, die Interessen der Menschheit, der Freiheit auf's Spiel gesetzt sollten, unser Schwert in der Scheide zu lassen, dann würde mir die Nationalversammlung mit derselben Ruhe, mit der Ruhe des Gewissens und einer auf reiflicher Erwägung beruhenden Überzeugung vor ihr erklären sehen, um einen letzten, entscheidenden Beschluß herbeizurufen. Dazu brauchte ich nur zu den Gewohnheiten meines ganzen Lebens zurückzukehren." (Stark einmüthiger Beifall.) Hr. Jules Favre findet diese Antwort des Kabinetspräsidenten nicht völlig befriedigend. Er suchte, derselbe setze die Dinge im falschen Lichte, Er fragt, ob die Regierung geneigt sei, alle diplomatische Altenstücke bis zum Eintritte der Vermittlung vorzulegen? Man spreche von Frieden, — auch er und seine Partei wolle den Frieden, aber vielleicht unter andern Bedingungen, „Wir wollen, daß man den Versprechungen der provisorischen Regierung den feierlich von der ganzen Versammlung eingegangenen Verpflichtungen treu bleibe. — Man wendet ein, die Italiener selbst hätten das Einschreiten zurückgewiesen. Aber dies auch zugegeben, wer sagt uns, ob nicht die von unserer Diplomatie befolgte Politik dieses Einschreiten bis zu einer gewissen Zeit unmöglich gemacht hat? Die diplomatischen Aktenstücke allein können darüber Aufschluß geben. Dieser sollte man sie daher anheimeln. Wir möchten bestimmt wissen, ob die Bewegründe zu dieser Vermittlung, welche Frankreich in zweite Linie hinter England setzt (Murren.) Ich nehme den Ausdruck zurück, da es den Hrn. Kabinetspräsidenten zu verletzen scheint. Sagen wir: Frankreich hat sich mit England vereinigt, aber wenn erster Ausdruck war vielleicht nur die treue Uebersetzung des Volksgefühls. Wie dem auch sei, ich halte es für zuverlässig für Alle, daß die Frage aus dem Rebel hervorgegangen, in welchem der Hr. Minister sie fortwährend einhüllt. (Murren.) Eine ernstliche und offene Verhandlung würde im Ju-, wie im Auslande beruhigend wirken und die besten Folgen haben. (Lärm.) Gen. Cavaignac: die Versammlung sei souverän, sie habe nur zu befehlen, und es werde ihr Folge geleistet werden. Er habe nur gesagt, daß sie ihn wo möglich nicht zur Verstoßung der Aktenstücke auffordern möchten; nicht aber, daß er Minorität des Ausschusses der auswärtigen Angelegenheiten habe er die Mittheilung verweigert. Man sagt, wir hätten uns nur von England uns Schlepptau nehmen lassen, um so urtheile das Volksgefühl. Dem sei nicht so, und wäre es der Fall, so würde er es als seine Pflicht betrachten, demselben zu widerstehen und es aufzuklären, wenn es sich täuscht. — Nach einer Debatte wird die Verhandlung geschlossen. Die folgenden Interpellationen des Hrn. Creton über die Rechnungen der provisorischen Regierung. (Er stellt hier die in unserem heutigen Morgenblatte erwähnte Frage an Hrn. Ledru-Rollin.

Wir entnehmen der „Gazette de Tribunaux" vom 20. die näheren Details über die in unserer gestrigen Beilage bereits erwähnte Frauen-Deputation an die Nationalversammlung: „Bereits seit einigen Tagen," sagt das genannte Blatt, „sind die Gerüchte, daß eine durch ihre Zahl der Theilnehmer imposante Manifestation stattfinden solle, welche ausschließlich von Frauen ausgehen würde. Wenn man den einlaufenden Angaben Glauben schenken darf, so sollen an allen Vorfahren und dem Bereichthe von Paris eine Masse von Weibern, deren Zahl man auf 100 bis 150,000 schätzt, gleichzeitig nach der Nationalversammlung ziehen, unter dem Vorwande, eine Bittschrift um Amnestie für die Juniverbellen einzureichen. Ohne Zweifel war etwas Wahres an diesen Gerüchten, und die entschiedenen Maßregeln, welche deshalb vorgestern, gestern und heute morgen getroffen worden waren, schienen es zu bestätigen, daß sie nicht ohne allen Grund waren. Es mag sich das immer verhalten, wie es will, die Nationalversammlung bot vom Beginne ihrer Sitzung das Bild der tiefsten Ruhe, bis plötzlich um 5 Uhr Abends der Präsident die offizielle Meldung erhielt, daß eine bedeutende Anzahl von Frauen sich nach der Nationalversammlung bewege, und daß aller Wahrscheinlichkeit nach ihnen auch Männer in bewaffneter Absicht in einiger Entfernung folgten, bereit, den geringsten Zusammistoß, der sich ergeben würde, zu benützen. Auf der Stelle wurden nun Anordnungen getroffen, um jede Manifestation, welch den Charakter einer Angriffs trage, zu verhindern. Das Thor des Kasrene am Quai d'Orsay insgleiche Detachirungswache wurde in Schlachtordnung mit vorgeschobenen Posten am Quai der Tuilerien und am Eingang der Einwandsbrücke aufgestellt. Zu gleicher Zeit stellte sich das 12. Linienmanteurregiment auf derselben Brücke und dem Quai d'Orsay auf, und das 26. L.-J.-Regiment besetzte den Platz vor dem alten Palais Bourbon und alle auf diesen ausmündenden Straßen; während die 10. Legion der Nationalgarde und das 24. L.-J.-Regiment im Innern des Palais unter Waffen standen. Um halb 6 Uhr wurde von zwei Repräsentanten dem Präsidenten Marrast eine Petition übergeben; unterzeichnet von den Mutiern, Frauen, Töchtern, Schwestern und Verwandtinnen der Insurgenten, die Bitte um Amnestie enthaltend. Die Demonstration kam nicht über die Rue Rivoli hinaus, da ihnen dort die Vorposten den Weg abschnitten und von dort aus wurde die Petition in die Nationalversammlung übersendet. Schon vor 6 Uhr erhielten die Truppen Befehl zum Rückmarsch in ihre Quartiere und es schien kein Grund vorhanden, anzunehmen, daß die Ruhe weiter gestört werden dürfte.

Italien.

Nach dem „Republikaner" hat Garibaldi einen Aufruf an die Italiener erlassen, worin er erklärt, daß er den schmachvollen Waffenstillstand, den Karl Albert abgeschlossen, nicht anerkenne, und daß er und seine Gefährten die Feindseligkeiten fortsetzen werden. „Wenn der König von Sardinien jetzt es ha — eine Krone hat, die er durch Verbrechen und Feigheit erhalten will, so wollen ich und meine Gefährten unser Leben nicht durch Schmach erhalten; das Schicksal unseres geheiligten Landes soll nicht der Willkür seiner Unterdrücker anheimgestellt werden, ehe unser Opfer vollbracht. — Nach dem Treffen bei Luino hatte Garibaldi seine weitern Kämpfe mit den Oesterreichern zu bestehen. Es verlautet, daß er am 18. d. in Varese, wo nur wenige Oesterreicher waren, eingezogen sei. — Mit der neulich erwähnten Contribution von drei Millionen Lire hat es folgende Bewandtniß: die österreichische Armee wird in Mailand nicht bei den Burgern einquartiert, sondern in den Kasernen verpflegt, die Kosten dafür fallen der Stadt zur Last, und zur Bestreitung derselben hat die Municipalität ein Zwangsanlehen von 2,800,000 Lire zu 5% erhoben.

Nachschrift.

Wien, 21. August, 2½ Uhr. So eben wird Allarm geschlagen, die Kaufladen sind geschlossen, die Arbeiter dringen in die Stadt, weil der Reduvelohn auf 20 und 15 kr. ermäßigt wurde. Die Nationalgarde und das Militär wirden vereint, haben sie zurückgedrängt und die Thore besetzt. In der Wipplingerstraße sei es zu blutigen Conflicten gekommen. Wir sehen einer stürmischen Nacht entgegen.

— Unsere verehrlichen Leser werden sich bisher fruchtlos nach Berichten über das Blutbad zu St. Petersburg und Moskau, über die eilige Flucht des Kaisers nach Kronstadt und das sunftündige Bombardement von Warschau in diesen Blättern umgesucht haben. Wir können ihnen sagen, daß die Nachrichten von dieser neuen russischen Revolution eben so unbegreiflich sind, als der Lust gegeben sind, sie zu glauben. Die russischen Berichte von der „russischen Ordnung" oder „durch sehr glaubwürdige Privatmittheilungen" oder „aus dem Munde hoch achtungswerther Reisenden" gewesen sind. Einige mit der Eisenbahn aus Polen zu Breslau angekommene Reisende stimmen die Lieberer dieser Mystifikation gewesen zu sein. Die Breslauer Zeitung gesteht nun selbst, daß von keiner Seite eine Bestätigung dieser Nachrichten eingetroffen und daß Warschau ganz ruhig sei.

Briefe von der marcellanischen Grenze, die man über Dran erhalten hat, berichten, daß der Kaiser sich in ernstlicher Schwierigkeit mit England und in erklärter Feindseligkeit mit Spanien befindet. Es handelt sich von Seite Englands um einen zwischen dem Pascha von Marokko und dem Generalkonsul, Herrn Rednen, bestehenden Streite; was Spanien betrifft, so verlangt der Sultan die Zusammensetzung zurück, und zwar mit bewaffneter Hand.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 23. August. Oesterr. Spros Metall. 72½, 4proz. 59½, 5proz. 2½, proz. 37¼. Bankaktien 1180. P. 500 fl.-Loose 116½. 100 fl.-Loose 78½. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87½. P. Staat-schuldscheine 3½ proz. 75½. — Bad. 35 fl. 3proz. 78½. — Ludwigsh.-Berbach. 69¾. — Württemberg. 3½ proz. 75½. 4½ proz. 92½. — Bad. 3½ proz. 75. Lotto-Anlehen 50 fl. 47. 35 fl.-Loose 27½. — Darmstadt 3½ proz. 76½. 4proz. 86½. Lotto-Anlehen von 50 fl. 63¾. 25 fl.-Loose 21½. — Kurhess. Prior.-Obligs.-Oerd. 43½. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau 3½ proz. 62. 25 fl.-Loose 21½. — Frankf. Sproz. 79. 3½ proz. 91½. 86. Taunusbahn 283. — Polländ. Integr. 44½. — Span. 3proz. innere Schuld 19. — Poln. 300 fl.-Loose 67½. 500 fl.-Loose — — Sard. 36 fr.-Loose 24½. Dlc. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

80. Das unterzeichnete Komite fühlt sich berufen, das Gesammtergebniß seiner nebst der allgemeinen Kollekte der Distriktsvorsteher dahier ausmachte 49 Stände gebrachten Sammlung in nachstehender Zusammenstellung der Sammlungsresultate der einzelnen Komitemitglieder mit dem Anhange bekannt zu machen, daß die Summe von 2844 fl. 59 kr. bereits dem königl. Staatsministerium des Innern eingesendet worden ist.

Ergebniß der Sammlung.

1) des Grafen August v. Seinsheim (einschlägig der Gaben Z3. MM. des Königs Ludwig und der Königin Therese, dann der übrigen Mitglieder des königl. Hauses im Gesammtbetrage von 1646 fl) . . 1723 fl. 30 kr.
2) des Generals und Stadtkommandanten v. Wurster . . 71 " 14 "
3) des Bankiers Xaver Meyer . . 475 " 16 "
4) des Domprobstes Dr. Martin v. Deutinger . . . . . 146 " 2 "
5) des Advokaten und Rabbinatskollers . . . . . 142 " 6 "
6) des Apothekers und Landwehrmajors Oberwegner . . . 43 " 54 "
7) des Regierungsassessors Frhrn. v. Seckendorff . . . . 242 " 57 "

Zusammen . 2844 fl 59 kr.

Die einzelnen Sammlungslisten liegen in dem Bureau der Regierungs-Präsidialsekretariats zu Jedermanns Einsicht offen.

München am 18. August 1848.

Komite zur Sammlung für die erbeutsosen und höchst hilfsbedürftigen Bayern zu Saare in Frankreich.

Augustt Graf von Seinsheim,
Reichsrath,
Freiherr von Godin, Regierungspräsident,
von Winthier, General und Stadt-Kommandant,
Dr. M. von Deutinger, Domprobst,
Nrokei Acker, herzogl. Leuchtenberg. Cabinetsrath,
Franz Lav. Meyer, Kaufmann,
J. Oberwegner, Apotheker und Landwehrmajor.
Freiherr von Seckendorff, Regierungsassessor.

Bekanntmachung.

Verlassenschaft des Matthias Schnell von Jndersdorf, hier Extradition der Gehilfele der Magdalena und Theresia Schnell in Slavonien.

78. (2a) Für Magdalena Schnell Gattin eines königl. Forsters, Philipp Bidulka zu Osseka in Slavonien, und deren Schwester Theresia, verehelichten Dahlmann, Schneidermeisterin in Slavonien, früher zu Schiapporowsi im Königreiche Böhmen, ist bei der im Jahre 1831 dahier gepflogenen rubrizirten Betlaffenlchaft ein Erbtheil von 86 fl 49 kr. 2 pf. anzefallen, welcher seither zu 2" zinslich bei der k. k. Staats-Schulden-Tilgungs-Spezial-Kassa in München anliegt. Da dieselben mit ihrer Descendenz bereits mit Tod abgegangen sein sollen, hierüber jedoch eine volle Gewißheit zur Zeit nicht besteht, so werden sie oder wer immer auf dieses Vermögen rechtliche Ansprüche zu haben glaubt, hiemit aufgefordert, sich binnen

6 Monaten

a dato um so gewisser bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden und gehörig zu legitimiren, als sonst dessen daselbe ihren hier bekannten nächsten Erben ausgeantwortet werde.

Sign. den 29. Juli 1848.

Königl. Landgericht Dachau.
v. Gäßler.

Ediktalladung.

82. Für Bernhard Kappel, Kastenzbrauer von Deggendorf, und seine Ehefrau Monika, sind auf ihrem ehemaligen Anwesen in der Pfleggasse zu Deggendorf, welches dermal der Brauer Joseph Mann besitzt, ein mannbarer Rukaufantrag, und ein zur Zeit auch in 600 fl. bestehender Zehrpfennig protokollarisch versichert; dieser Rukaufantrag und Zehrpfennig ist aber zugleich unterm 4. Juli 1832 den damaligen Gläubigern der Kappel'schen Eheleute in substitutum, auf für den Fall verpfändet worden, wenn der Kaufschilling, den sie für ihr Anwesen erhielten, zur Befriedigung derselben nicht hinreichen sollte.

Da diese Befriedigung erfolgt sei oder nicht, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Da nun die Monika Kappel gestorben ist, und ihr Ehemann mit seinem Antrage und Zehrpfennige eine anderweitige Verfügung treffen möchte, so werden hiemit alle dieienigen Personen, welche an den Kappel'schen Eheleute im Jahr ihres Anwesensverkaufs im Jahre 1832 etwas ja fordern hatten, und inzwischen nicht befriedigt worden sind, hiemit aufgefordert, am

Dienstag den 12. September d. Js.

dahier zu erscheinen, ihre Forderungen anzumelden, widrigenfalls darauf keine weitere Rücksicht mehr genommen, sondern jene Verfügung des Austrages und Zehrpfennieges der Kappel'schen Eheleute im Hypothekenbuche gelöscht, und dem Bernhard Kappel die freie Verfügung über dieses Vermögen eingeräumt werden würde.

Sign. am 5. August 1848.

Königl. Landgericht Deggendorf.
Prantner

Versteigerungsproklama.

79. Auf Anbringen einer Hypothekgläubigerin wird das Anwesen der Josepha Rasl, Thürmerstaus zu Leuchtenberg, dem gerichtlichen Zwangsverkaufe unterworfen.

Dieses Anwesen, Hausnummer 17, im Markte Leuchtenberg gelegen, besteht aus einem gemauerten Wohnhause sammt Stadl, aus dem Hopfengarten rets Alter Pfarrer 226 ju 0 Tagw. 22 Dez., aus einem Wurz- und Gras-Garten zu 0 Tagw. 21 Dez., einem Fesselkeller zu 0 Tagw. 08 Dez., aus der Lohwiese Plan-Nro. 773 1 Tagw. 83 Dez., aus dem Gemeindewaldantheile, dann aus Forstrechte, um ill Summa 2 L. 95 Dez. 121 0 fl. geschätzt worden, worüber das Schätzungsprotokoll bei den Akten aufgelegen werden kann.

Dieses Anwesen, wovon die grundherrlichen Abgaben in dem bei den Akten liegenden Hypothekenbuchs-Auszuge ersehen werden können, ist mit 1101 fl. 41 kr. Hypothekschulden belastet.

Die Versteigerung geschieht nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen des §. 98—101 der Prozeßnovelle vom 17. November 1837.

Erstmalige Tagsatzart zur Versteigerung ist auf

Mittwoch den 25. Oktober d. J.

Vormittags um **10** bis **12** Uhr

in dem Leuchtenberg im Gasthause des A. Bauernfeind anberaumt, und werden dieju Kaufslustige mit dem Bemerken vorgeladen, daß der Zuschlag nur bei erreichem Schätzungswerth statt finden, daß dem Meistbietenden Steigerer sich sogleich im Termine über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben.

Am 14. August 1848

Königl. Landgericht Wohenstrauß.
Fr. Kohler.

Bekanntmachung.

69. (2a) Nachdem bei der auf den 16. Oft. d. Js. zur Versteigerung des Wag'schen Gesammtanwesens angesetzten Tagsatzart sich kein Käufer meldete, so wird behufs der neuerlichen Versteigerung des Gantweises neuerdings Tagsatzart auf

Samstag den 9. September d. Js.

von Vormittags **10**'; Uhr bis **12** Uhr anberaumt, und hiebei nach §. 64 der Hypothekengesetzes, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 bis 103 der jüngsten Prozeßnovelle verfahren. Der Zuschlag geschieht an den Meistbietenden gegen dare Bezahlung, jedoch vorbehaltlich eines allenfallsigen Abkommens mit den Hypothekalgläubigern. Die vorhandene Vorräthe, sowie die Mobiliarseinrichtung werden im Ganzen besonders versteigert.

Das Anwesen besteht

a. an Gebäuden:

1) aus dem Wohngebäude mit Keller, zwei Stockwerk hoch, gemauert, mit Legschindeldach;
2) dem Nebengebäude mit Keller, zwei Stockwerk hoch, gemauert, mit einem Pohlziegeldach;
3) dem Brauhause mit Brennerei, gemauert, mit Ziegeldach;
4) dem Getreidstadl sammt drei gewölbten Gaffatlluaen, zwei Stockwerk hoch, gemauert, mit Ziegeldach;
5) dem Pferd- und Kuh-Stall, gewölbt, mit Ziegeldach;
6) dem Sommerkeller, im Distrikt Oberding, mit einer Wohnung und Hauseremite, zwei Stockwerk hoch, mit Ziegeldach;
7) dem Zabaudaus in Kletzham, Distrikts Altering, sammt Stall unter einem Ziegeldach;
8) dem gemanerten Getreidstadel daselbst;
9) dem Sommergärtl sammt Keller in Erding.

Diese sämmtlichen Gebäude, inel. der Hofräume und Gärten, haben einen gegenwärtigen Bauwerth von 44,800 fl, und sind die bestehenden Baulaste — summarisch auf 7,750 fl. angeschlagen — unter obiger Summe nicht inbegriffen, sondern bereits abgerechnet. Bei den Baulasten wurden jedoch die bringenden während der Verwaltung in diesem Gebäude durch die gewöhnte Maskaratat gewendet, auch bedeutende Verbesserungen in der innern Einrichtung vorgeführt.

b. An liegenden Gründen,

nämlich aad

57,04	bayer. Tagw.	Aeckern,
74,07	"	" Wiesen,
17,38	"	" Waldungen,

Grundstücken, in einem Gesammtschätzungswerthe von 20,303 fl. 15 kr.

c. An Rechten,

aus dem reaten Bran- und Tafern-Recht im Schätzungswerthe von 4,000 fl.

Das vorhandene Mobiliar hat einen Schätzungspreis von 3,455 fl 17 kr.

Bezüglich der auf dem Anwesen ruhenden Lasten und Abgaben, Grundbarkeitsverhältnissen, des speziellen Schätzungswerthes, der einzelnen Grundstücke, Beinkleider ꝛc. ꝛc. können die Kaufsliebhaber die erforderlichen Aufschlüsse entweder bei dem unterfertigten Gantgerichte, oder bei dem provisorisch aufgestellten Maskaratar, Kaufmann und Magistratsrath Jg. M. Kraus von hier, erholen.

Das Anwesen liegt übrigens in unmittelbarer Nähe des hiesigen Schrannenplatzes, und läßt bei zweckmäßiger Gewerbsschaftung eine ausgezeichnete Rente erwarten, und hat auch wirklich die gegenwärtige Maskaratel bisher bezüglich des Betriebes dieß Voraussetzung gerechtfertigt.

Uebrigens werden Kaufslustige darauf aufmerksam gemacht, daß, falls sie dem Gantgerichte unbekannt sind, sich bezüglich ihres Vermögens genügend auszuweisen, und den gesetzlichen Verbindungen zur Ansässigmachung u. s. w. nachzukommen haben.

Am 5. August 1848.

Königl. Landgericht Erding.
Muggenthaler.

74. (2b)

Verkauf von Pferden

aus dem

königlichen Privat-Gestüt.

Stuttgart. Am Montag den 18. September d. Js. Vormittags 10 Uhr werden circa 60 Stück ältere und jüngere Pferde aus dem königl. Privatgestüt, sowohl von rein orientalischer Race als auch vom engtischen Halbblut-Wagenschlag zur Zucht oder zum Gebrauch als Reit- und Wagen-Pferde geeignet — im Hofe des königl. Marstalles dahier öffentlich verkauft werden.

Stuttgart den 18. August 1848.

Verwaltung der königl. Privat-Gestüte.

Druck der Dr. Carl Wolf'schen Buchdruckerei

Nr. 51.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Ganzjährig 5 fl. Halbjährig 2 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Sonnabend den 26. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 26. August.

Die Rektor- und Senatoren-Wahlen der Universität Würzburg für das Jahre 1848/49 und 1849/50, nemlich des ordentl. Professors der Medizin Hofrath Dr. Ofann zum Rektor, dann der ordentl. Professor Dr. Helm (der Theologie), Dr. Albrecht (der Rechtswissenschaft), Dr. Narr (der Medizin) und Dr. Rumpf (der Philosophie) zu Senatoren; desgleichen die Zahl des Professors der Theologie Dr. Ehrlt. Konrad Hofmann zu Erlangen zum Prorektor dieser Universität für 1848/49 haben die allerhöchste Bestätigung erhalten.

(Pfarreien-Besetzungen.) Kathol. Pfarrei Niedermenach, Lbg. Oberviechtach, dem Priester Joseph Straßer, Benefiziat zu Altburg, Lbg. Straubing; kathol. Pfarrei Pittersberg, Lbg. Ambreg, dem Priester Sebastian Stock, Dechant und Pfarrer zu Aschach, desf. Lbg.; kath. Pfarrei Zell, Lbg. Hilpoltstein, dem Priester Martin Weber, Kooperator zu Denkau, Lbg. Herrieden; kathol. Pfarrei St. Martinskirchen, Lbg. Pfarrkirchen, dem Priester Joseph Huber, Pfarrvikar zu Simbach, Lbg. Landau (letztere vom hochw. Hrn. Bischof von Passau verliehen und allerhöchst bestätigt).

(Pfarreien-Erledigungen.) St. Salvatorbenefizium in Scheobenhausen, Reinertrag 399 fl. 33 kr.; im Regierungsbezirk Unterfranken die kathol. Pfarrei Neustadt a. d. S., Reinertrag 749 fl. 18 kr.; kathol. Pfarrei Seubeighausen, Reinertrag 600 fl. 12 kr.; kath. Pfarrei Helmstadt, Lbg. Marktheidenfeld, Reinertrag 1115 fl. 49 kr.; kath. Pfarrei Graubüttelbrunn, Lbg. Aub, Reinertrag 544 fl. 37 kr.; kathol. Pfarrei Holzhausen, Reinertrag 581 fl. 29 kr.

Deutsche Reichsversammlung.

A. Frankfurt, 23. August. Es ist sowohl für die Wähler als für das Publikum von Interesse, wenn ich Ihnen von Zeit zu Zeit über den Personalbestand der Reichsversammlung Mittheilungen mache. Die Zahl der Mitglieder der Versammlung betief sich am Anfange dieses Monats auf 570, so daß an der nach dem Mandatsausfall treffenden Zahl noch circa 70 Abgeordnete fehlen.*) Wenn den ursprünglichen Vertretern der einzelnen Stimmen haben seit dem Beginne der Sitzungen bereits mehrere (35), insbesondere aus den österreichischen Provinzen, ihren Austritt erklärt.**) Ihre Plätze sind übrigens entweder sofort durch ihre eventuell gewählten Stellvertreter eingenommen, oder wo es an solchen fehlte, ist für die Anordnung von Ergänzungswahlen gesorgt worden. Die Nationalversammlung geht nächstdem bei den Austritten aus der Versammlung davon aus, daß derselbe jedem Abgeordneten vollkommen frei stehe. Sie setzt daher Jeden als ausgetreten an, der seine Absicht, auszutreten zu wollen, ihr erklärt hat, ohne sich in eine Prüfung der Gründe des Austritts einzulassen. Wichtiger für die Beschlußfähigkeit der Versammlung und für die geheige Vertretung der sämmtlichen Wähler sind die Beurlaubungen, welche in der bewegten Zeit eine Ausdehnung erlangt haben, die der Versammlung so bedenklich schien, daß sie besondere Anordnungen diesse zu treffen für nöthig erachtete. Nach der gestenden Geschäfts-Ordnung hat der Präsident das Recht, Urlaubsgesuchen auf acht und weniger Tage zu entsprechen. Die Gesuche um längeren Urlaub mußten durch den Präsidenten der Versammlung zur Genehmigung vorgelegt werden. Die ersten Urlaubsgesuche der Art kamen, soviel mir aus den Protokollen ersichtlich ist, Ende Juni — also nach der Verabschiedung des Gesetzes über die provisorische Zentralgewalt vor. Sie vermehrten sich aber bis zu Anfang des laufenden Monats so sehr***), daß es der Versammlung der Versammlung anheim gab, zur Verhütung der daraus entstehenden Nachtheile besondere Maßregeln zu ergreifen. Man beschloß, dem Bureau die Begutachtung der Urlaubsgesuche zu überweisen, und auf seinen Vorschlag wurde als Regel angenommen, daß jedes Urlaub suchende Abgeordnete sich persönlich und unter Angabe der Motive um denselben zu bewerben habe. In so ferne man hierbei die Absicht hatte, die Urlaubsgesuche zu vermindern, scheint sich die Anordnung nicht zu bewähren. Denn es sind seit dem 2. August bis heute schon mehr als 50 neue Urlaubsgesuche eingebracht und auf Empfehlung des Bureau's genehmigt worden (darunter sind von bayerischen Abgeordneten: Schlör, Stahl, Oktermünchner, v. Nagel, Keim, Gendtner, und v. Hegnenberg. Der letztere begehrte Verlängerung auf 4 Wochen, sie wurde aber nur auf 14 Tage zugestanden). Wer sind überhaupt der Ausstoß, daß in dieser Sache Alles der Diskretion und dem Vaterlandsgefühle der Abgeordneten einerseits und der Kontrole der öffentlichen Meinung und der Wähler anderseits überlassen werden müsse. Alle anderen tiefer greifenden Maßregeln sind gehäfftig und fuhren doch nicht zum Ziele. Man vergesse zudem nicht, daß die persönliche Anwesenheit eines Abgeordneten auch dem Ganzen Vortheil bringen kann. Es ist ihm dadurch Gelegenheit geboten, gar viele Irrthümer und Mißverständnisse, die nur zu häufig obwalten, zu berichtigen und aufzuklären; so daß die Wähler dabei nur gewinnen, nicht verlieren. Ein anderer, nicht so leicht entschuldbarer Uebelstand ist der der eigenmächtigen Beurlaubung*), dem übrigens so sehr wie ihn bedauern, nicht durch Einführung einer förmlichen Kontrole von Seite der Versammlung, sondern lediglich durch das Pflichtgefühl der Abgeordneten und durch die Kontrole der freien Presse abgeholfen werden kann. Zur Erleichterung derselben wäre es wünschenswerth, wenn bei den namentlichen Abstimmungen die mit Urlaub Abwesenden stets besonders in den stenographischen Berichten aufgeführt würden. — Wenn ein Artikel der Postzeitung vom 16. August, der auch im Ausjuge in die Allgemeine Zeitung übergieng, über das Verlassen des Saales während der Debatten rügt, so scheint und dies übertrieben und sogar ungerecht. Denn es kommt allerdings bisweilen vor, daß, wenn gewisse Redner, von denen ich meinerseits nennen könnte, die Tribüne besteigen, viele Mitglieder den Saal verlassen; allein wer wird so grausam sein zu fordern, daß der Abgeordnete jede, auch die nichtssagendste und langweiligste Rede anhören müsse! Es liegt in diesem Aufstehen zugleich ein Strafmittel für solche, welche bei jeder Gelegenheit der Versammlung ihr ganzes Wissen entfalten wollen, aber welche durch die anderseitigen Grundsätze, die sie vertreten, empfindlig geworden sind.

Deutschland.

Bayern. — †München, 25. August. In mehreren Münchener Lokalblättern wird wiegerholt, den Münchener Freikorps frei eröffnet werden, entweder für das Gewehr 14 fl. und für einen Stutzen 17 fl. zu bezahlen, oder dieselben abzuliefern. Wir können aus verlässiger Quelle die bestimmte Versicherung geben daß diese Nachricht gänzlich unbegründet ist. Auch sie gehört zu jenen in jüngster Zeit so häufig aufzutauchenden, Mißtrauen Erregenden, durch deren Auftauchen unsere Tagespresse sich schändet, und noch endlig muß es dahin kommen muß daß die Achtung des Publikums und damit alles Ansehen, jeden Einfluß verliert.**) So haben neulich einige in- und ausländische Blätter auch von einem angeblichen Verbote der Sammlung von Beiträgen für die deutsche Flotte gefabelt, und ein bayerischer Abgeordneter zu Frankfurt, Hr. Spaß aus der Pfalz, hat die Sache in vorschnellem Eifer sogar zu der Reichsversammlung angezeigt, um darauf einen patriotischen Angriff gegen die Regierung seines Landes zu begründen. Von einem ernsten Manne, von einem Abgeordneten zum deutschen Parlament sollte man doch erwarten dürfen, daß er erst prüft, ehe er urtheilt! Haben wir erst nöthig, das angebliche Verbot als eine Erfindung zu erklären?

* Der Redaktion der „Neuen Münchener Zeitung" ist ferner um Aufnahme folgender Zuschrift ersucht worden, welche gleichfalls ein von Böswilligen angefeuertes Gerücht als unwahr erklärt: „Den verschiedenen, in mehreren Zeitungen enthaltenen, falschen Gerüchten, bezüglich der Untersuchung wegen der am 12. und 13. d. bei dem Bierwirte Schwägerl in der Löwenstraße stattgehabten Vorgänge, wird mit der Eröffnung entgegnet, daß die fragliche Untersuchung, welche, nachdem der Thatbestand der vor-

*) Bei der weitem größte Theil der Zesteladen kommt auf die Provinzen Böhmen und Mähren.

**) Von den bayerischen Abgeordneten ist bis jetzt keiner ausgetreten. Von den Ausgetretenen nenne ich z. B. Graf Arnim, Jaupp, Albrecht, Pfizer, Gevekinne, Schuselka, Hasselmanter, Staudenheim, Ranzoni, Peretz, Aichenegg.

***) Bis zum 2. August waren 117 Urlaubsgesuche auf länger als 8 Tage gewährt worden, darunter folgende Bayern: v. Rotenhan, Neumaier, Fallmerayer, v. Hegnenbegg; am 2. August waren davon noch 67 in Urland. Fallmeeayer wohnte der gestrigen Sitzung wieder bei.

*) Um 20. Aug. l. J. waren außer den 67 Urlaubten noch weitere 40 Abgeordnete abwesend. Bei der letzten namentlichen Abstimmung (am 10. August) gaben 466 ihre Stimme ab; es fehlten also 113, von denen etwa 80 mit Urlaub abwesend waren.

**) Anlaß zu jener Erfindung mag vielleicht die Thatsache gegeben haben, daß einigen Freikorps in der Pfalz, welche sie an sie abgetretenen Gewehre eigenthümlich zu erwerben wünschten, von der betreffenden Militärbehörde der verlangte Preisbetrag mitgetheilt worden ist.

gefallenen Eigenthumsbeschädigung vom zuständigen königl. Kreis- und Stadtgerichte publicirt erhoben werden, mittelsgerichtlich geführt wird, in rascherm Gange sich befindet, und wir sich von selbst verstehe, in specifischer Weise erledigt werden wird. München, den 25. August 1848. Das Kommando des königl. 1. Jasanterie Regiments Koniz. v. Peller, Oberst."

△ München, 25. August. Da im gegenwärtigen Augenblicke allgemein die Rede ist von der Berufung eines der Mitglieder der angeblichen Deputation der Aula in Wien an die hiesige Bürger- und Studentenschaft zur Uebereinkunft unserer Lehre, so dürfte es Manchen interessiren, das das verfaßte Individuum ein gewisser Joseph Exlmayer, Sohn eines hiesigen Bierwirthes ist, welcher als Gauner seit Jahren flüchtig mit saft allen Vorweisen unter dem angenommenen Namen eines Dr. Lorne hieher zurückkehrte. Ein fernerer Beweis, daß die Deputation nicht von der Aula in Wien abgesandt sein dürfte, liegt in dem Charakter eines ihrer Mitglieder Namens Dr. Hyde, welcher sonst Howard heißt ein schwedischer Israelite ist. Die Deputation ist übrigens auf freien Fußen patrouillen verstehen, daß sie als solche hier, geschieht worden sei, sowie die Mitglieder derselben selbst sein Hehl daraus machen, daß sie nicht im Auftrage der Aula hieher gekommen sind, indem sie erklärten, daß eine solche zu erlangen nicht nöthig sei, da in Wien ohne Anstand mehrere Personen zusammentreten können, um eigenmächtig an fremden Orten Bunde der Bruderliebe und Treuschaft zu knüpfen. Wer der Hand ist übrigens die feierliche Uebereinkung der Fahne auf sich ihren worden.

* Reutlingenzell, 24. August. (Ein Schießen im Oberlande.) Am Fuße des Staufen waren die Bergschützen des Gaues Reichenhall bei einem Schießen versammelt. Wer sie sah, diese kräftigen und derben Gestalten, der mußte sich ihrer freuen und die Ueberzeugung gewinnen, daß ein solcher Menschenschlag, von festem als biederem Charakter, niemals unterjochen kann, daß bei wie alle Eigenthümlichkeit solcher Naturen sich nicht verwischen läßt, und siegreich widerstehe jedem Drange äußerer Einwirkung. Als die Schützen so versammelt waren, erschien plötzlich der König und mischte sich freundlich unter sie. Gesunden Aussehens und sichtbar gekräftigt von der wohlthätigen Alpenluft Reichenhalle, verweilte der gütige Monarch über eine Stunde in diesem ländlichen Kreise, dem seine Gegenwart zu einem wahren Feste wurde, dessen noch die Nachkommen der anwesenden Schützen mit Freude und Stolz gedenken werden. Ein manhaftes Geschoß, das er sogleich für den besten Schuß bestimmte, konnte den allgemeinen Jubel nur erhöhen. Wer den erlauchten Fürsten aus dem Hause der Wittelsbacher so manchen sah in der Mitte seiner treuen Bayern, wie er freundlich und herablassend bald an diesen, bald an jenen mit traulicher Rede sich wendete, manch heiteres Wort mit den Frauen und Töchtern der Bedingten wechselte, dessen Herz mit erfreute, um manches Auge, dem im Stolze ein Versprechen gegeben haben, das er zu lösen gewiß nie säumen werd. Des Jubels war kein Ende, eines Jubels, der aus treuen bayerischen Herzen klang, ein Echo der Gesinnungen des ganzen bayerischen Oberlandes. So seelenfest als die riesigen Bergmassive, welche Jungen dieses Abends waren, sind die Liebe und Treue der Bayern für ihren König Max. Die Lehre aus dem Gauzen mag sich Jeder selbst machen.

Schleswig-Holstein. Kiel, 19. August. Der politische Horizont ist seit dem gestrigen Abend sehr umdüstert. Den meisten Einwohnern unerwartet kam das intelligenteste Mitglied der provisorischen Regierung, Hr. Th. Olshausen, hier mit sämmtlichen Effekten an, weil er sich in der Versammlung mit seinen Kollegen nicht hatte einigen können. Die provisorische Regierung besteht also Abschiedsnahme, und die Letztern sind verpflichtet, vorläufig, und er sacht dadurch jetzt seine Entlassung bei der Landesversammlung nach. In der Versammlung selbst, wie im Publikum, gab dieser Fall zu den lebhaftesten Konjekturen Anlaß. Man gelangte zu der Ueberzeugung, daß die Waffenstillstands- und Friedensgrundlagen doch wohl nicht so sehr beseidigend sein möchten, und breache theilweise den allg. schon Beschluß der Verlagung. Die Sitzung der Landesversammlung ließ die Worte Freiheit und Vaterlandsliebe fallen, wogegen man sich andererseits auf's Kräftigste verwahrte, und nur von billiger Berücksichtigung des ausgesprochenen Wunsches wissen wollte. Hierauf hob spät in die Nacht oft vom Wege abschweifende Berathungen über eine an den Reichsverweser, vielleicht auch an die Nationalversammlung, einzureichende Adresse, daß man nun, nach bemerkenswerthen Vorfällen in Frankfurt zu verantworten eigentlich den Frieden rechne. — Heute, in der um 9 Uhr anberaumten Sitzung, wurden alle diese Gegenstände neben der Kompetenzfrage neuerdings verhandelt, und eben jetzt, Nachmittags halb 5 Uhr, ist man theilweise bis zur Abstimmung gelangt. Olshausen's Abschiedsgesuch kommt wohl erst heute Abend oder morgen früh zur Verhandlung. Die Landesversammlung sprach eines langjamen Tadel (Nachsicht). Die Sache geht heute zu Ende. Nachdem die Rechte der Landesversammlung bei der Kompetenzfrage möglichst gewahrt, der Antrag einer Adresse an den Reichsverweser im Sinne der Opposition der Linken abgelehnt worden, und jetzt, 6½ Uhr, nur noch über Olshausens Abschiedsgesuch verhandelt, das auffreilig bewilligt werden wird. Olshausen, der übrigens der Rechtschreit und dem reinen Willen der übrigen Mitglieder der provisorischen Regierung volle Gerechtigkeit widerfahren läßt, wird übermorgen auf einige Wochen nach Frankfurt reisen.

(K. v. u. f. D.)

Preußen. — Berlin, 22. August. Die Rheinreise Sr. Majestät des Königs geht, wie Augenzeugen versichern, einem Triumphzuge. Bis auf Düsseldorf, wurde der König überall am Rhein mit der größten Herzlichkeit aufgenommen. Die Rheinländer betrachten das unverdrige Uebernehmen eines Theils der Düsseldorfer Bevölkerung gegen Se. Majestät, der als ihr Gast zum Tombourfeste kam, und eine kleine Verletzung des Schutzrechts sind, und demnach als eine tiefe Kränkung der Rheinländer selbst. In Westphalen war die Aufnahme des Königs nicht minder glänzend, wie herzlich. Die Stadt Münster hat dabei den Wunsch ausgesprochen, daß Se Majestät längere Zeit in ihrer Mitte verweilen möge. — Hr. Rodbertus hat für heut einen schleunigen Antrag auf Priorität in der Tagesordnung dahin gemacht: die Nationalversammlung wolle beschließen, daß der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aufhebung der einzigen Besteuerung des Staatsfonds gelesen werde, weil in Folge der Blockade, das Gewerbe niederliegt und die Kommune, welche kein Vermögen besitze, dem Bankerott nahe sei. — Gestern Vormittag zog eine Menge hiesiger abgelohnter unverheiratheter Arbeiter zu dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten nach der Wilhelmsstraße, welchem sie am Abend vorher eine Serenade gebracht hatten. Eine Abgeordnetschaft jener Arbeiter wurde zunächst in's Haus des Ministers eingelassen, um ihm Minister ihr Anliegen, Beschäftigung und Unterhalt zu erlangen, vorzutragen. Derselbe sprach ihnen auseinander, daß wenn gleich er augenblicklich nicht im Stande sei, ihre Wünsche zu erfüllen, zumal die hiesige Kommune sur ihre Angehörigen zu sorgen habe, er sie dennoch des Baldigsten zur Thätigkeit rufen werde, und sie versehen zu beschäftigen. Nachdem die Deputation zu ihren Kommittenten zurückgekehrt, verharrten dieselben nicht bei diesem Bescheide, verlangten denselben vielmehr theils schriftlich, theils weitläufigere Zugeständnisse. Der Minister, von seinem Hausrechte Gebrauch machend, ließ zeit die Hausthüren verschließen, die man mit Gewalt zu sprengen suchte. Etwa zehn Stubzmänner, welche in der Nähe waren, erschienen; als sie indeß einschreiten wollten, wurde ein thätlicher Angriff auf sie gemacht, und sie wurden sich zerstreuen. Da nach jetzt noch keine thätliche Hülfe durch die Schutzmänner verlangt, so drangen diese mit blanken Waffen vor und verscheuchten dabei sieben Personen, welche sie angehalten zur Wache brachten, während andere Schutzmänner alle Diejenigen, welche etwa nachzudringen beabsichtigten, durch Abhaltung des Straßendurchganges, ohne weitere Anwendung von Gewaltmittel, zurückhielten. Auf dem Transport zur Stadtvogtei entstand ein, durch Aufstellung von Bürgerwehr jedoch beseitigter, Aufenthalt. Mittags 12 Uhr marschirte eine Kompagnie des 8. Inf.-Reg. ziemlich aus der Kaserne (Charlottenstraße) nach der breiten Straße zu, wie man hörte, nach dem Kottbusser Thor, wo man, weiterem Vernehmen nach, Anschreitungen der bei den Nommen beschäftigten Arbeiter besorgte. — Am verflossenen Sonntag (20.) wurde ein in Charlottenburg bestehender, von Bruno Bauer geleiteter, demokratischer Verein, der die zeit etwa 60 Mitglieder zählt, in welchem sich gestern ebenfalls, wo ein anderer Gegenstand nicht auf den ihnen Zugekommen, etwa 1000 Menschen, mit Gewalt auseinandergesprengt, ein Umstand, der bei dem freien Vereinigungsrecht in jeder Beziehung die größte Mißbildigung verdient. Man hatte, nachdem man den Besitzer des zum Versammlungsorte ersehenen Lokals dahin gebracht, die Versammlung bei sich nicht zu gestatten, sich große Mißhandlungen erlaubt und ist sogar so weit gegangen, die Mitglieder in den einzelnen Häusern aufzusuchen, sie sich nach Hause zu treiben, in ihren Wohnungen zu holen, um sie durchzuprügeln. So wurden die Bruder Bruno und Egbert Bauer und ein Kaufmann Jacobi mißhandelt. Das dort stehende Militär hat sich dabei mich im Mindesten betheiligt. Die alarmirte, aber nur spärlich erschienene Bürgerwehr stellte in Kurzem die Ruhe wieder her, und brachte die Mitglieder des Vereins, um sie vor größeren Roheiten gegen die aufgeregte Menge zu schützen, in Sicherheit. Es ist wegen des Vorfalls eine Untersuchung eingeleitet, die nähere Aufklärung geben wird. Bemerkt muß übrigens werden, daß schon am Freitage Leute aufgehetzt worden waren, die Zusammenkunft der Demokraten zu hindern. Noch am Sonntag wurden von hier Deputationen und zwar eine an den Minister des Innern und eine an den Oberpolizeihabder der hiesigen Militärwache gesandt. Der Minister erwiederte, daß die Erhaltung der Ordnung in Charlottenburg lediglich der dortigen Bürgerwehr obliege, er jedoch den Thatbestand amtlich feststellen lassen werde. — Wir erhalten über die obigen Ereignisse folgende amtliche Mittheilung: „In diesen Tagen hatte hierselbst eine Gesellschaft unter der Firma eines demokratischen Vereins ihre Zusammenkunft durch das hiesige Wochenblatt angekündigt, die als Probe-Session in diesem Vereine für heute zum zweiten Male von Mitgliedern gehaltenen Zusammenkünfte, welche man höchst mißliebige Aeußerungen über den König, den Prinzen von Preußen und die Behörden vernommen haben wollte, hatten bereits die Aufmerksamkeit und Aufregung der hiesigen Einwohnerschaft, insbesondere der Arbeiter, erregt, welche bei ihrem gestanden Sinn und der Liebe zu ihrem Könige in jenem Treiben nur revolutionäre Tendenzen zu finden glaubten. Bei der am gestrigen Tage in einem öffentlichen Lokale stattgefundenen ersten Sitzung jenes Vereins war es daher zwischen diesen Mitgliedern und mehreren anwesenden Arbeitern zu Expectorationen, ja sogar Thätlichkeiten gekommen, wodurch die Gesellschaft zerstreut wurde. Wie aber in solchen Fällen der einmal angeregte Enthusiasmus so leicht alle Grenzen überschreitet, kam es leider dahin, daß einzelne Mitglieder jenes Vereins auf ihrem Rückwege jedoch und gemißhandelt wurden, die es endlich nach vergeblichen gütlichen Versuchen durch das Einschreiten der Bürgerwehr gelang, dadurch die Ruhe herzustellen, daß die in Angriff genommenen Personen einstweilen in Sicherheit gebracht wurden. Es ist nur zu beklagen, daß die in ihrer Ihre für eine gute Absicht enthusiasmirte Menge sich zu Vergehen hat hinreißen lassen. Ueberall hat die Polizeibehörde die Untersuchung durch eingeleitet. Charlottenburg den 21. August 1848. Der Magistrat." — Die zum Schutz

Berlins während der aufgeregten Zeit am 15. Juni zusammengezogenen drei Landwehrbataillone sind am 15. d. M. entlassen worden. Am 18. trafen über Stettin 25 Schiffe aus Bremen und dem Hannoverschen hier ein, welche von den Dänen auf deutschen Handelsschiffen gefangen genommen und nachdem sie eine Zeit lang in Kopenhagen festgehalten, der Swinemünde hinlos an das Land gesetzt worden sind. Mit Reisemitteln von ihren akkreditirten Gesandten versehen, setzten sie noch an demselben Tage ihre Reise in die Heimat fort. Sie befinden sich nicht nur über harte Behandlung, die ihnen während ihrer Gefangenschaft widerfahren, sondern auch über die Rücksichtslosigkeit, mit der sie von den Dänen an das Land gesetzt worden seien, sehr. Am 19. sind 7 und am 20. 3 Personen an der Cholera erkrankt. (Berl. N.)

Nach einem Briefe aus Berlin, vom 22. in der Allgemeinen Zeitung begab sich eine Deputation der demokratischen Pariei, anzufragen mit dem Bescheide, den der Minister Kuhlwetter in Betreff der Vorfälle in Charlottenburg gegeben hatte, am 21. Abends noch einmal zu bemselben, traf ihn aber nicht, worauf sie, gestützt von einer Menge Menschen, zu dem Hotel des Ministerpräsidenten Auerswald zog. Dort waren Konstabler aufgestellt. Diese suchten einen Versuch zum gewaltsamen Eindringen bei demselben zurückzutreiben, und hieben endlich, als das Volk nicht weichen wollte, ein, worauf ihnen mit Steinwürfen geantwortet wurde. Plötzlich fielen auch zwei Schüsse auf sie, und ein Konstabler sank schwer verwundet nieder. Nun nahmen auch die Konstabler zu Steinwürfen ihre Zuflucht, woran aber zu schwach, um einen ernstlichen Widerstand zu leisten, sie genöthigt waren zum beim Ministerpräsidenten und beim Justizminister die Fenster ein, und rissen später einige der eisernen Stangen an dem Geländer unter den Linden aus. Unterdessen hatte das Horn in allen Stadttheilen die Bürger unter die Waffen gerufen. Allein es stellten sich nur gegen 3000 ein, welche die Linden besetzten, wo es zu neuem Angriff auf die Konstabler kam von dem Gasthofe zum Prinzen Friedrichsstraße aus. Erst der Bedrohung sie wurde eine Barrikade gebaut. Zwischen 10 und 11 Uhr trommelte endlich die Bürgerwehr zum Angriff, und als sie vorrückte, liefen die Volkshaufen davon. Später sammelten sie sich wieder, und nur dem tüchtigen Regen scheint es gelungen zu sein, die Straßen zu säubern. Man erwartete für die nächsten Abende neue Zusammenstöße zwischen dem Bürgerwehr und der eisernen Ehre, und den Konstablern und der Bürgerwehr auf der andern. Unsern Lesern zu wenig als uns wird die Bemerkung entgehen, daß diese Vorfälle gleichzeitig am 21. mit denen zu München und zu Wien stattfanden. Ob diese Thatsache nicht geeignet, die ernstliche Beachtung zu verdienen?

Dresden, 21. August. Seine Majestät der König ist am Sonnabend Abends gegen 11 Uhr von Ihrer Majestät der Königin, von Dresden über Magdeburg kommend, mit einem Extrazuge auf dem Böhmischen Bahnhof im erwünschten Wohlsein eingetroffen und von hier sogleich nach Sanssouci gefahren. (Berl. N.)

Oesterreich. — Zu der politischen Aufregung Wiens kommt nun eine neue, kirchliche. Die Errichtung einer deutsch-katholischen Gemeinde beschäftigt die guten Wiener bereits so viel, als ihre Politik. Im Odeonsaale wurden bereits mehrere Versammlungen und religiöse Vorträge gehalten, welche zweimal durch angeblich absichtlichen Feuerruf auseinander gesprengt wurden. Vor der Hand sind die H.H. Huelscherger und Pauli, Pfarrer ein abtrünniger katholischer Priester, die kultusorientirenden geistlichen Personen, auf welche aber alle Augen „gerichtet" Rouge. Im Gegensatze zu der unpatriotischen Haltung des Reichstages gegen die österreichische Armee in Italien hat der Gemeinde-Ausschuß der Stadt Wien in seiner Sitzung vom 7. August den Antrag des Hrn. Winter: „Der Name Radetzky's solle zum Beweise der Anerkennung und Bewunderung seiner hohen Verdienste von Seiten der Wiener Burgerschaft das erste Blatt im goldenen Buche der freien Bürgerstadt Wien eröffnen und zieren, auch ihm das bezügliche Diplom in wurdevoller Ausstattung ehestens überschickt werden" — einstimmig mit Akklamanon angenommen.

In der Reichstagssitzung vom 21. interpellirte der Abg. Petranovich den Minister des Innern, ob es wahr sei, daß in dem traurigen Bürgerkriege im Banat und Sudungarn auch nichtungarische Truppen gegen die Serbier und Kroaten, und somit gegen das Interesse des österreichischen Gesammtstaates zu kämpfen gezwungen werden? Ob, wenn dies der Fall ist, das Ministerium gesonnen sei, Schritte zu thun, um diese Truppen aus ihrer falschen und peinlichen Stellung zu ziehen, und ob es im Falle des vollen Ausbruches eines Krieges zwischen Magyaren und Südslaven das Ministerium sich durch Verträge gebunden glaube, die Neutralität zu brechen, oder es sich gestatten wolle, Jemand zu ergreifen? Der Minister des Innern, Dobl hoff, entgegnete hierauf: Diese bedauerlichen Kämpfe in Syrmien, woran allerdings auch Deutsche, insbesondere Offiziere Theil nehmen, sind im innigsten Zusammenhange mit den Zerwürfnissen, die zwischen Kroatien und Ungarn bestehen. Ich muß mich hierauf eine Antwort vorbehalten, auf eine frühere Interpellation derselben. Es ist bereits von Seiten des Kriegsministeriums die Anordnung getroffen, daß die betreffenden deutschen Offiziere jene ungarischen Regimenter verlassen können. Von einem deutschen Regimente, das an dem Kampfe Theil nimmt, weiß ich nichts, glaube auch nicht, das deutsche Regimenter gegen die Syrmier zu Feld liegen. In derselben Sitzung wurde der Finanzminister ermächtigt, die Anleihe von 20 Millionen auf 30 zu erhöhen, und dabei, wenn es nöthig, den Kredit der Nationalbank bis zu 6 Millionen zu benützen. Auch wurde der Finanzminister aufgefordert, das Gesetzbaufuhrverbot in kürzester Zeit anzubieten, ferner der Gesetzbau aufgefordert, daß die zum Friedensschlusse die Einleitung der Armee vorzüglich von den italienischen Provinzen zu bestreiten sei. Der Finanzminister Kraus bemerkte auch, er sei eben mit einer Münzeinigung mit Deutschland beschäftigt. In der Sitzung vom 22. fragte der Abg. Jonat, ob England und Frankreich ihre Vermittlung in den italienischen Angelegenheiten angeboten, aber als erfolgtes bewaffnetes Einschreiten angekündigt, welche Stellung die deutsche Zentralgewalt in der Sache einnehmen, und auf welchen Grundlagen in Mailand unterhandelt werde. Herr v. Doblhoff erklärte nicht zu wissen, Herr v. Wessenberg (der in Wien angekommen) werde am folgenden Tage Aufschluß geben. Es wisse nur, daß der Botschafter Englands und der Geschäftsträger Frankreichs Vorschlägen dieses Betreffs hätten, die Grundlagen der Unterhandlungen in Mailand aber keine er nicht (!!). Das deutsche Reichsministerium habe ihm nicht unmittelbar von seinen drohlichigten Maßnahmen Kenntniß gegeben; durch Privatbriefe nur wisse er die Absendung eines deutschen Bevollmächtigten nach Italien. Die Anerkennung der französischen Republik sagte er noch bei, sei erfolgt, der französische Geschäftsträger vom Kaiser am 20. empfangen worden.

Nach den neuesten Nachrichten aus Wien vom 22. ist es zu keinen weiteren Ruhestörungen durch die Arbeiter daselbst gekommen. Ein am Morgen dieses Tages vom demokratischen Vereine angeschlagenes Plakat, worin er den Arbeitern zur Wiederverlangung des Verlorenen auf legalem Wege behilflich zu sein versprecht, erregte bei allen Freunden der gesetzlichen Ordnung die größte Entrüstung und wurde von den Bürgern an allen Straßenecken abgerissen. In der Sitzung des Reichstages desselben Tages erklärte der Justizminister Bach, aus Anlaß dieses Vorfalls, das Ministerium sei fest entschlossen, anarchisch-republikanischen Versuchen entschieden entgegenzutreten, und so noch es auch das Assoziationsrecht schätze, so werde es keinesweges Uebergriffe desselben dulden. Man diese sonach einer baldigen Auflösung der demokratischen Vereine entgegen sehen.

Frankreich.

△Paris, 22. Aug. Ich muß noch einen kleinen Nachtrag liefern zu meinem Berichte über die gestrige Sitzung. Nachdem der General Cavaignac gesprochen hatte, sprach noch Hr. v. Larochr-Jacquelein im Namen der Ausschüsse für die außerhalben Angelegenheiten. Er bekannte, daß er mit dem Kriegsminister nicht seiner Meinung sei, daß alle Aktenstücke über Italien vorgelegt würden, wurde aber durch mehrfachen Ruf: „genug, genug!" unterbrochen. Nachdem ihm der Präsident das Wort gewahrt, fuhr er fort, indem er Zweifel anregt über die Authentizität der Mailänder Petition. „Man hat Ihnen auf dieser Tribüne gesagt, Italien habe das Einschreiten zurückgewiesen. Man hat uns (dem Ausschuß) gesagt, Piemont wünsche sich, die französische Intervention." General Cavaignac: Ja?! Hr. v. Larochr-Jacquelein: Nicht Sie; Sie haben uns nichts gesagt. Mir haben geglaubt, daß man der Regierung die Verantwortlichkeit für ihre Handlungen überlassen müsse. Aber wir haben das Recht, unser Erstaunen darüber auszudrücken, daß England sich uns anschließt in Italien. Ich sehe eine große Analogie zwischen den Lombarden und Irländern. Es ist wohl natürlich, daß die Lombardei unter dem Joche Oesterreichs bleibe, die Politik Frankreichs aber wies ihm eine andere Bahn an (Murren). Hr. Sarrans: Sie haben mehrere Redner der Minderheit des Ausschusses gehört; die Mehrheit wünscht auch Aufschlüsse zu geben. Hr. Jules Favre bittet, den Herrn Minister des Auswärtigen, das Spiel zu beginnen. Hr. Bastide: Ich bedauere allein jede Mittheilung der Aktenstücke gewünscht. Darüber allein herrschte Meinungsverschiedenheit; die Sympathien für die italienische Sache seien auf beiden Seiten gleich. Hieraus wurde der Schluß der Verhandlungen ausgesprochen. Nun stellte Hr. Creton seine Interpellationen über die Rechnungen der provisorischen Regierung. Er fragt den Finanzminister, dessen Redlichkeit er anerkenne, ob man zu gründlich Rechnung gelegt wolle, Artikel für Artikel mit Belegen, oder ob man sich auf eine einfache Bilanz ohne Belege beschränken wolle, die nur auf unbestimmten Angaben beruhen würde? In diesem Falle wäre es eben so gut, wenn sein Vorschlag bejeinigt würde. Bei seinem Eintritte in diesen Saal sei er der Ansicht gewesen, daß die Staatsgelder weder nützlich, noch redlich verwendet worden seien. Daher sein Verlangen. Er klage seinen Finanzminister an; in der Lage, welche sie durchzumachen hatten, mußten sie mehr als einmal Gelder herausgeben, deren wahre Bestimmung sie nicht kannten. Man müsse also den Empfangsschreinen Blatt für Blatt folgen können. Seiner Meinung nach sei der Bürgerkrieg mit dem Gelde aus den Staatskassen bezahlt worden. Die Versammlung müsse die Wahrheit erfahren, sie müsse wissen, mit welchen Geldern man die Art von Nationalgarden bezahlte, die man mit so großem Heißhunger sich auf die Departements stürzen sah! (Schallendes Gelächter) Hr. Clement Thomas will das Wort nehmen (heftige Ausbrüche des Murrens und Rufe zur Ordnung). Der Präsident: Die Nationalversammlung schützt eine große Zahl von Mitgliedern in sich, die als Kommissäre in die Departements gesandt worden. Der Minister des Innern hat das Recht, sich zu erklären, ich ersuche ihn sich darüber zu erklären. Hr. Creton: augenscheinlich hatte mein Ausdruck keinen Bezug auf die eingesandten Agenten der Regierung, die ein nützliches Amt vollzogen; er bedauert die Abgeordneten der Klubs, hören Sie wohl? Ich spreche nur von wesentlich unregelmäßigen, ungesetzlichen Gebahrungen. Ich frage Sie, ob mit diesen Geldern diese heftige Propaganda bezahlt wurde, welche man theils in die Departements, theils an Grenzen schickte? Denn all das ist mir unsonst gesagt worden. Ich bin um so mehr erstaunt über die Verzögerung dieser Aufklärungen, als der besondere betheiligte Minister des In-

wenn, Hr. Lebru-Rollin sich bereit erklärt hatte, mir solche zu geben. Geht aus der Prüfung dieser Belege für mich die Ueberzeugung von der Schuldlosigkeit jener hervor, welche durch meine Beschuldigung mit betroffen wurden, so würde ich mich mit Freuden bereiten, es auf der Tribüne hier zu erklären. (Beifall. Hr. Lebru-Rollin: Er habe gegwodt, all das werde erst bei der Berhandlung über den Untersuchungsbericht zur Sprache kommen. Man möge also wahrscheinlich einen Vorgeschmack davon geben, als ob nicht bereits in jenem Berichte Keime des Hasses genug niedergelegt wären. Diese Verläumdungen gegen ihn hätten auch außerhalb Widerhall gefunden; die Justiz, an die er sich gewendet, werde hoffentlich denselben die Recht widerfahren lassen, und man möge ihm erlauben, wie sehr ihn dies auch anekle, sich selbst Gerechtigkeit zu verschaffen. (Unterbrechung) Man beschuldige ihn und seine Kollegen, die Staatsgelder und die Gelder der geheimen Fonds nicht allein unnützer, sondern unredlicher Weise verschwendet zu haben: aber ob man denn auch wohl die Bedeutung des Wortes Redlichkeit wohl erwogen habe? (Unterbrechung) Die Untersuchungskommission habe die Rechnungen geprüft, die Verwendung der geheimen Gelder als nothwendig und nutzlich anerkannt. (Beifall links.) Nützlich, weil damit die hungernden Arbeiter genährt, die Mobilgarde gekleidet, der zu Barrikaden geneigte Theil der Bevölkerung nach den Departements abgeleitet worden sei. (Murren.) Ihr weist also das Wort Unredlichkeit zurück, das man unbesonnener Weise in die Debatte geschleudert hat und das auf Euch zurückfallen wird. (Bravo links.) Es ist eine Revolution vor sich gegangen, und Ihr verschließt die Augen davor. (Lisse Sensation.) Hr. Creton: Warum diese Leidenschaftlichkeit? Hr. Creton bleibt dabei, daß die provisorische Regierung „unredlich" gehandelt, daß sie sich der unredlichen Mittlern des Friedens, Feindschaft aussprechen, und doch bewaffnete Horden auf Kosten des Schatzes gegen sie geschleudert, wie gegen Belgien und Savoyen. Furchtbare Anfregung herrschte in der Versammlung; der Redner wird von den Ultras der äußersten Linken fortwährend am Sprechen gehindert, es ertönt sogar ein Ruf: „herunter mit dem Redner", wodurch die Erbitterung nur gesteigert wird. Der Präsident erklärt endlich, daß sei keine Berhandlung, sondern eine Schlacht, das sei der Versammlung unwürdig. (Ja! Ja!) Endlich ald der Finanzminister Goudchaux das Wort nimmt, stellt die Ruhe sich her und die Frage wird endlich vertagt. Heute bis zu Postschluß kam nichts von Bedeutung vor in der Versammlung. Die Bureaux berieten über ein Verlangen um Ermächtigung zu Verfolgung eines Abgeordneten. Dessen Namen kennt man aber noch nicht.

Paris, 22. August. Der „Moniteur" bringt heute ein Dekret des Generals Cavaignac, mit der Obliegenheit versehen des Hrn. Senard, Ministers des Innern, wodurch vier Blätter, nemlich: „le Representant du Peuple", „le Pere Duchene", „le Lampion" und „la Vraie Republique" unterdrückt werden, weil ihr Fortbestand unvereinglich sei mit der Ordnung und zum Bürgerkrieg führen würde. Sie seyen, daß die Regierung energisch durchgreift, und sie findet darin allgemeinen Beifall. — Der zweite Band der Belege zu dem Berichte der Untersuchungskommission ist gestern in der Nationalversammlung vertheilt worden.

Wien, 22. August. 5proz. Metall. 79½, 4proz. 64, 3proz. 48, 2½proz. 40⅛, 1834er 500 fl.-Loose 130. 1839er 250 fl.-Loose 85. Bankaktien 1085. Nordbahn 106. Gloggnitz 96. Benedig-Mailand 73⅞. Budweis —. Livorno 79⅛. Prag 65. Siena 57. Apenninenbahn 95⅛.

Berlin, 22. August. Inländische Fonds. Pfandbriefe. Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 74⅓. B., 74 G. Berl. Präm. Sch. 88⅓. B. 87. G. B. u. Am. Schulden — B. 71⅛ G. Berl. Stadt-Obl. — B. — G. Westpreuß. Pfandbr. — P. 77⅓. G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. 96⅓. P. 96⅔. G., 3½proz. 78⅓. P. 78⅓. G. Ostpr. Pfandbr. 85⅓. G. Pomm Pfandbr. 90⅔. P. 90⅓. G. Kur- u. Nm. Pfandbr. 90⅓. P. 90 G. Schlesische Pfandbr. — B. — G. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. — P. — G. Preuß. Bk.-Anth. Sch. — P. 85⅓. G. Friedrichsdor 13⅓. P. 13⅓. G. Ausl. Goldm. à 5 Tlr. 12⅓. P., 12⅓. G. Diskonto 3½. P., 4½. G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AR 89½. P. 89 G. Berl.-Hamburg 68 G. Berl.-Stettin-Stargarder 89½. P. 89½. G. Berl.-Potsdam-Magdeb 52½. u 53 bz. Magdeb.-Halberstadt 103 G. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 54½. P. Köln-Minden 76½. bz u. P. Köln-Aachen 56 P. Bonn-Köln —, Düsseld.-Elberfeld 70 G. Steele-Bohwinkel 37 P. Niederschles.-Märk. 70½. bz. Niederschles.-Märk. Zweigbahn — Oberschles. Lit. A 93½. P. Lit. B 93⅓. bz. Kosel-Oderberg —. Breslau-Freiburg 89 G. Kosel-Oderschles. 46 P. Berg.-Märk. 70½. G. Stargard-Posen 88 bz. u. G.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 87⅓. P. 87 G. Starg.-Posen — Brieg-Neiße — Magd.-Wittenberg 45½. P. Aachen-Mastricht — Thür.-Verbind.-Bahn —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 83 G. Berlin-Hamburg. 89½. G. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 77½. G., 5proz. 86½. bz. u. G. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 82½. G. Köln-Minden 90⅓. P. 90 G. Aachen. Köln. Saint gar. Rhein. I. Prior. 75½. G. Rhein. Stamm-Prior. 77 G. Düsseldorf-Elberfeld. — Niederschles.-Märk. 4proz. 82 bz., 5proz. 93 bz. Lit. Serie 90 B. 89½. G. Zweigbahn 4 Proz. —, 5proz. 75 G. Oberschles. —. Kosel-Oderberg —. Steele-Bohwinkel —. Breslau-Freiburg —.

Amsterdam, 21. August. 2½proz. Integr. 44⅜. — 3proz. Schuld 51⅞. — 4proz. 69. — 3½proz. dito —. — Handelsmaatschappy —. — 5proz. Arrovis a 510 Pf. St. 81⅝. — Span. inländ. a 6000 fl. — Couvent. — Portug. 3proz. —. 4proz. —. — Russische 4proz. bei Pope —. — dito bei Stieglitz —. — 5proz. Metall. 69. — 2½proz. dito —.

Paris, 22. August. 5proz. 44,25, 4proz. —, 5proz. 72.—. Span. Sch. 23⅛. Bankaktien 1615.—. Comptr. von Aktier —. — Belg. 5proz. von 1840 78⅛. von 1842 79. 4½proz. 71⅛. 3proz. —. 2½proz. —.—. Belg. Anl. 635. Neap. 5proz. 73.—. Röm. 63½. Piem. 855.—. St. Germain —. Versailles (rechte) 117.50. (link) 101.25. Orleans 662.50. Rouen 436.25. Havre —. Marseille 220.—. Basel 86.25. Bierzon —. Bordeaux 396.25. Nordbahn 380.—. Montereau —. Lyon 362.50. Strasburg 350.—. Nantes 332.50. Dieppe —. Creaux —. Montpellier —.—. La Teste —.—.

Madrid, 17. August. 5proz. 19¾. P. 19⅝. G. 4proz. —. 5proz. 10⅛. G. Pass. Schuld 4 P 3⅛. G. Cour. 7 G. Ausw. Pass. Schuld — Unbefugte Schuld 5proz. 7 G. Proviz. Lit. 3⅛. G. St Fernandobank — Diconto —. Wechselkurse: Paris 4—75 P. London 46 P.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 24. August. Bayer. 3½proz. Obligationen 77 G. 4proz. 85 G. Bankaktien 61, Cremeier 560 G. Fromentien — P. 33 G. Oesterreich. 5proz. Metall. — G.

J. P. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Sonntag, 27. August: „Alessandro Stradella", Oper von Flotow.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Frhr. v. Wignet, von Wien. v. Byler, Privatier aus Frankreich. Gräfin Rosenbad, von Würzburg. Dorrell, Kreuzer und England. Tarlee, Kreuzer von London.

Hotel Maulik. Waddaton, Kreuzer aus England. Graf v. Wrisenwolf, Kreuzer von Wien. Bäbler, Kreuzer aus Irland. Rosbon, Privatier von Erisburg. Null, Partikulier von Braunschweig.

Gold. Hahn. Rudolem, Erelmann aus England. Repper, Kreuzer von Stuttgart. Wärtinger, Pfarrer von Günlerthausen. Friesberg, Advokat von Barmen. Schmidt, Kreuzer von Cleve. Schiffer, Offizjant von Erfurt.

Blaue Traube. Heinzelmann, Bankier von Augsburg. v. Woerell, königl. bayer. Regierungsrath von Bern. Graf v. Zgeilston, russ. General von Jalwe.

Stachusgarten. Rodetbacher, Brauer von Geiselsöring. Schillinger, Handelsmann Von Augsburg. Saumüller, Korrerator von Lanshut. Freiln v. Pernhein, von Kürzg. Degele, Justizsiegler von Kempten.

Gestorbene in München.

Philipp Wilmer, Bäckergesell von Unterweishenbrunn, Bez. Bischofsheim, 20 J. a. Katharina Pfermanner, Hausbältertn von Traustein, 56 J. a. Karl Anton Meyl, königl. Oberstfallmeister-Stabsoffizjant, 48 J. a.

Maximilians-Jubiläumsverein.

Donnerstag den 31. d. Abends 7 Uhr 1. ordentliche Generalversammlung im Lokale zur goldenen Ente nach §. 61 der Statuten, dann Vortrag und Beschlußfassung wegen Abänderung des §. 8 derselben.

München den 24. August 1848.

Adv. Dr. v. Aibler, Vorstand.

72. (c) Man sucht für zwei Knaben einen Polymeister katholischer Religion, der ganz geübt französisch spricht, und nicht nur deutschen und lateinischen, sondern auch Unterricht im Klavier zu geben befleißt. D. Ueber.

Zur die
hilflosen Bayern in Havre de Grace
sind eingegangen.
Ueberirag 21 fl. 24 kr.

Den 24. August:
Von A. v. J. - - - - - - - - 2 fl. 42 kr.
Summe - 24 fl. 6 kr.
Expedition der „Neuen Münchener Zeitung".

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Bayerische Verhältnisse.

Das Waldwerk in Oberbayern. (Eingesendet.)

Wenn ein gesetzlicher Zustand in einen anderen umgewandelt wird, sollte das Surrogat geschaffen sein, ehe die Aufhebung der bisherigen Norm promulgirt wird. Also geschah es nicht, da der Grundsatz dem Volke bekannt gegeben ward, daß alle Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden (freilich erst mit Februar des kommenden Jahres) aufhöre. Damit ward der Jünstkreis in die Bevölkerung auf dem Lande geworfen, und die Leidtragenden, haben hinlänglich Zeugniß von sich selbst gegeben, daß sie in diesen Beziehungen weder das Volk noch die Verhältnisse kennen. Die Wildbiederei, nicht sowohl aus Gewinnsucht, als von einem unbewußten Drange getrieben, mit der Büchse in den Wäldern umherzuschweifen, ist ein namentlich dem Oberdonaner angeborner Hang, der bisher schon durch manche äußere Umstände gepflegt wurde, jetzt aber durch die Freigebung der Jagd ohne regulirendes Gesetz den vollsten Wirkungskreis gewinnen hat. Als die Bauern vernahmen, daß Niemand auf fremdem Boden zu jagen befugt sein werde (der Zeitpunkt, von wann an dieser Satz giltig sein sollte, kam natürlicherweise von ihrem Standpunkte aus keine Berücksichtigung), machten sie den Kolgeschluß: „also ist die Jagd in unseren Wäldern und auf unseren Gründen unser Eigenthum." — Was ihnen vorher noch verboten kuft war, fand jetzt in der allerdings nur eventuell und bedingt gewährten Jagdfreiheit die billigste Anwendung. Nicht einzelne Burschen, ja halbe Gemeinden, ihren Vorsteher an der Spitze, zogen hinaus in die Wälder, um Jagd zu machen auf Wild und — Jäger. Wer hätte unter solchen Verhältnissen noch zügeln können, um so weniger, da die Büreaukratie der Landdrosten, um die bisherigen kleinen Triumphen ihrer Willkührherrschaft einigermaßen vergessen zu machen, gerne selbst sogar den Wildschützen sich rosa ein Recht einräumte und sie zum Gebrauch ihrer Gewehre einlud. So geschieht es, daß mehr oder minder der Waldbestand bis zum Zeitpunkte, wo ein förmliches Jagdgesetz in Kraft treten wird, gänzlich zerstört ist. In die leeren Wälder hinein wird das Jagdgesetz gewiesen werden — eine wahre Ironie auf die Gesetzgebung! Mutterweise hat sich dann die Mutter nur ganz ausnahmsweise getroffen. Mißlust der Bauern zum Beförnisse erboten und von einer Verpachtung wird an vielen Orten gar nicht die Rede sein können, da einerseits die Bauern ihre Jagd nicht aufgeben wollen, andererseits die Grundherren oder anderen Privaten keine absonderliche Lust haben werden, zu pachten, wo nichts mehr zu schießen ist und wohl gar auch unter dem Umstande, daß die Wildbiederei ärger als jemals getrieben wird, weil die Handhabung des neuen Jagdgesetzes an dessen Durchführung scheitern mag. Der Kampf zwischen den bestellten Jägern und den sich peivilegirt wähnenden Bauernschützen und Jagdcitellanten wird ärger als jemals statt finden, und ein einzelnes Häolein, das sich aus alter Zeit noch in die Neuzeit verlaufen hat, kann zu blutigem Streite nicht selten Veranlassung geben. Täuschen wir uns nicht: so und nicht anders sind die Verhältnisse, und statt daß man die Jagdbarkeit zu Nutz und Frommen des Landbaues beiendern im Betreff des Hochwildstandes) beschränke hatte, gelangte man dahin, daß in ein paar Jahren ein Rehbock aus dem Baierlande in den Menagerien als Seltenheit gezeigt werden wird. Das alte, abgenützte Sprüchwort: „das Kind wird mit dem Bade ausgeschüttet," wäre ein treffliches Motto für die Publikation to mancher „Errungenschaft," deren man allerdings zwar nicht bedarf, in im Convexe der Sinn klar und deutlich entbalten ist. Den Jägern und Jagdbesitzern wäre zu rathen, jetzt noch ihre Büchsen zu verwerthen, damit sie von den sehr werthen Landgemeindigliedern angekauft würden: später wird wohl Niemand mehr kuft haben, ein Gewehr zu kaufen! Den Tafelfreunden unter derzlichen Beileid! Ein Rehbraten wird seiner Zeit nicht mit Geld aufzuwiegen sein. Ihr Künstler und Köche, die ihr eure Kreide habt, wenn das Wild als beliebte Tafelzage in den stillen Gründen Ehre, sagt diesem Genusse in der Waldeinsamkeit Lebewohl! Das ist aber nicht das Einzige: denn auch wird die Nivellirungssucht und die Gleichmacherei noch gar Manches ranken!

Schluß des deutschen Gewerbe-Kongresses.

Frankfurt, 19. Aug. (ztr. Z.) Gestern Morgen waren die Mitglieder des deutschen Handwerker- und Gewerbekongresses zum letzten Male im Römer versammelt, um sich, nach Vollendung ihres Werkes, als Kongreß auszulösen und noch einige wichtige Beschlüsse zu fassen. Der Druck der Protokolle wurde dem Buchdrucker Pabst in Darmstadt übertragen, in dessen Verlage die ausführlichen, für das echte Verständniß der einzelnen Paragraphen der Gewerbeordnung oft schr wichtigen, in die innersten Verhältnisse des Gewerbestandes tiefe Blicke eröffnenden Protokolle nächstens erscheinen werden. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, in Frankfurt a. M., dem Sitz der künftigen allgemeinen deutschen Gewerbekammer, ein Organ zu gründen, welches den einmal angeknüpften Verkehr zwischen den Abgeordneten des großen deutschen Mittelstandes auf allen Gauen Deutschlands rege erhalten, und dazu dienen soll, über ihre Interessen zu wachen und über ihre Beschlüsse die öffentliche Meinung zu unterrichten; mit der Redaktion dieses wichtigen Unternehmens wurde der Protokollführer G. Schirges beauftragt. Derselbe wird demgemäß seinen Wohnsitz in Frankfurt aufschlagen und das „allgemeine deutsche Gewerbeblatt" in Auftrage des Kongresses gründen und leiten.

Der Abgeordnete Prof. Winkelblech zeigte den Versammelten die auf ihn gefallene Wahl der Arbeiter zum Arbeiterkongreß an, und erklärte, daß er es sich zur Aufgabe machen werde, die Arbeiter zu überzeugen, daß ihr Interesse und das des Mittelstandes ein und dasselbe sei. Der Präsident des Kongresses redete die Versammlung mit folgenen Worten an: „Meine Herren! Unsere Arbeit ist nun vollendet, eine allgemeine deutsche Gewerbeordnung ist geschaffen: mit Ueberreichung derselben an den volkswirthschaftlichen Ausschuß ist die Aufgabe des Kongresses erfüllt. Mit unverschlossenem Vertrauen richtet sich nun der Blick des deutschen Handwerkerstandes auf die hohe Versammlung, welche über die gesetzliche Ordnung dieser Ordnung zu entscheiden hat. Wohl werden uns Spekulation und Schacher mit allen Kräften entgegen arbeiten: denn es gilt ja die Zernichtung ihrer Herrschaft über den Fleiß. Allein der deutsche Handwerksstand ist mündig geworden: er wird das Slavenjoch der Gold macht nie wieder auf sich nehmen: er will sich einheitlich frei und selbstständig gestalten, das ist sein fester Wille: er vertraut dabei der Weisheit einer hohen Reichsversammlung und seinem guten Recht. Seinem guten Recht vertraut er, denn er will ja nur den Fleiß geschützt und das Recht der Arbeit gesichert wissen. Er verlangt daher den gesetzlichen Schirm, ohne welchen für die arbeitende Klasse keine Freiheit und keine Wohlfahrt möglich ist. Die hohe Versammlung, welche, durch das Vertrauen des deutschen Volkes berufen, jetzt mit der Gründung seiner Rechte und seiner Freiheit beschäftigt ist, kann die einstimmige Forderung des deutschen Handwerkstandes, die wir ihr vorzulegen im Begriffe stehen, nicht verweigern. In dieser festen, innigen Ueberzeugung schließe ich den Kongreß." Alle Versammelten geloben sich noch einmal mit deutschem Handschlag, das bedeutene große Werk in jeder Weise beisödern zu wollen: dem Präsidenten wurde aus Anerkennung seiner Verdienste nicht blos um den Kongreß, sondern um die arbeitende Klasse überhaupt, eine Danksresse überreicht, welche derselbe mit von Thränen der Rührung fast erstickter Stimme als das schönste Geschenk, welches ihm je zu Theil geworden, entgegen nahm.

Deutschland.

Bayern. — °/₇ **München, 26. August.** Se. Maj. gedenken am kommenden Montag den 28. d. von Reichenhall hier wieder einzutreffen.

Preußen. — ⊙ **Berlin, 23. Aug.** In der Sitzung der Nationalversammlung vom 21. Aug. wurde der § 4 des Kommissionsentwurfs mit einem Amendement des Abg. Parisius in folgender Fassung angenommen: „Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Eine Verhaftung darf außer dem Falle der Ergreifung auf frischer That nur kraft eines schriftlichen, die Beschuldigung und den Beschuldigten bezeichnenden richterlichen Befehls erwirkt werden. Dieser Befehl muß entweder bei der Verhaftung, oder spätestens innerhalb 24 Stunden dem Beschuldigten zugestellt werden. Bei jeder Verhaftung ist in gleicher Frist das Erforderliche zu veranlassen, um den Verhafteten dem zuständigen Richter vorzuführen." § 2 wird gleichfalls angenommen nach der Fassung des Kommissionsausschusses: „Ergreifung auf frischer That liegt vor, wenn der Thäter bei der Ausübung der strafbaren Handlung oder gleich nach derselben betroffen wird. Der Ergreifung auf frischer That werden diejenigen Fälle gleichgestellt, in welchen Jemand durch die öffentliche Stimme als Thäter bezeichnet, oder auf der Flucht ergriffen, oder kurz nach der That im Besitz von Waffen, Geräthschaften, Schriften oder anderen Gegenständen betroffen wird, welche ihn als Urheber oder Theilnehmer verdächtig machen."

Zu Breslau hat der Unfug der Kugelmützen endlich ein ernstliches Einschreiten der Bürgerwehren zur Folge gehabt. Die Patrouillanten waren bekanntlich verhöhnungen, welche aber von den katholischen und katholischen Bürgerwehren den Takt zu ihrer Musik auf eine äußerst empfindliche Weise auf den Rücken geschlagen erhielten. Die Presl. Ztg. theilt nun ein von den Behörden in Folge der stattgehabten Ruhestörungen veröffentlichtes Plakat mit, in welchem besonders bemerkt wird, daß Truppe von Verbrungen sich als die thätigsten Ruhestörer bezeigten, und es werden deßhalb die Meister und Abtheilungs-Vorsteher ernstlich aufgefordert, Ferner heißt es in dem Plakate, daß die Bürgerwehren bei Widerstand durch Thätlichkeit oder gefährlichen Drohungen bringt seien, Gebrauch von ihren Waffen zu machen. Desgleichen, wenn bei einem Auflaufe nach zweimaliger Aufforderung die Menge sich nicht zerstreue. Unterstehenen ist die k. Regierung, das k. Polizeirufsdirium und der Magistrat.

Oesterreich. — Wien, 26. Aug. In der gestrigen Sitzung des Reichstages reichte der Kriegsminister Latour eine in der Sitzung vom vorigen Tage schon gegebene Erklärung in Betreff Ungarns und der im Süden dieses Landes verwendeten österreichischen Truppen. Oesterreichische Truppen befinden sich in Stärken 1 galizischen Regiment, 1 italienisches und etwas deutsche Cavallerie. Er nennt den Krieg einen unnatürlichen und sagt, daß es nie vorgekommen, daß Truppen, welche einem Monarchen gehörten, sich gegenüber gestanden wären. Er habe Sr. Maj. Vorstellungen gemacht und Se. Maj. habe befohlen, die deutschen Regimenter zu entfernen, was aber das ungarische Ministerium nur bei Anwreschlung mit ungarischen Truppen zugeben will. Er bedauert, kein Mittel zu haben,

die Maßregel durchzuführen, und sagt, daß selbst ungarische Offiziere Abneigung gegen den Kampf fühlen.

△ Wien, 23. Aug. Der Kaiser hat nun auf den Vorschlag des Feldmarschall Radetzky, der selbst mit dem Marienteresien-Orden bekanntlich geschmückt worden ist, auch den hochverdienten Feldmarschall-Lieutenants Ritter v. Heß und v. Schönhals, sowie dem tapfern Obersten Swetnik das Ritterkreuz des Marienteresien-Ordens verliehen. Ferner ist zu Auszeichnung besonderer Tapferkeit vor Soldaten vom Feldrebel und Wachtmeister abwärts statt der bisher üblich gewesenen Geldbelohnungen eine silberne Tapferkeitsmedaille II. Klasse gestiftet worden, die, etwas kleiner als die I. Klasse, an denselben Bande wie diese getragen wird, aber mit keiner Löhnungszulage verbunden ist. Sie kann auch in Friedenszeiten in Fällen besonders Muthes und außerordentlicher Entschlossenheit verliehen werden. Jene, die im italienischen Kriege schon Geldbelohnungen für tapfere Thaten erhielten, können doch auch nachträglich noch die Tapferkeitsmedaille II. Klasse erhalten.

Oesterreichische Monarchie.

* Die Aufregung, welche die Nachricht von der Eroberung Mailands in Venedig hervorbrachte, war die am 11. Aug. bekannt wurde, schildert ein Brief aus Verona vom 21. Aug. im Fremden Boten also ungebeuer. Der Pöbel nahm eine so drohende Haltung an, daß alle Läden eiligst geschlossen wurden; der König Karl Albert und seine Armee wurden als Verräther erklärt, und dann, wie bekannt, abermals die Republik ausgerufen. Die inneren Verhältnisse sind von der traurigsten Art; Handel und Industrie liegen gänzlich darnieder, die freiwilligen und gewaltthätigen Darlehen sind gänzlich vergriffen, das auf uns Kirchen genommene Gelder sind verschwunden. Je sehr bedeutenden Einkünfte der Bischöfssitze von ihren Gütern auf dem Festlande sind nicht zugänglich und die neue Steuer auf Mobilien und Hausgeräthe vermehrt die allgemeine Noth und Verwirrung. Seit dem 11. August hat sich der wohlhabende Adel, der Kaufmanns- und Bürgerstand von der Oesterreichischen Gränze zurückgezogen, und erwartet zu Hause voll Furcht das gewisse Schicksal, welches 60,000 Proletarier ihm bereiten und über kurz oder lang wirklich bringen werden! — Wie man vernimmt, hat General Maranzo die Aufforderung seines Königs, mit den piemontesischen Truppen aus Venedig abzuziehen, unter allerlei Vorwänden nicht angenommen. — Baron Hayau, Festungskommandant von Verona, hielt am 20. Heerschau über 9 Bataillons Fußvolk, eine Division Dragoner (Deutsche, Grenzer, Italiener und Ungarn) und 2 Batterien Feldgeschütz in Gegenwart einer ungeheuren Volksmenge; er wird in den nächsten Tagen als Kommandant des III. Armeekorps nach Brescia abgehen; Z.-M. Graf Clam-Gallas tritt zu Verona an seine Stelle. — In den Gebirgen, Hügeln und Ebenen der Provinzen Brescia und Como streifen noch immer bei 4000 Freischärler umher und darunter 400 Polen unter Anführung eines Polen, mit einigen Kanonen versehen. Dieselben sollen aus Frankreich gekommen sein. Sechs Bataillone kaiserl. Truppen sind bereits auf dem Wege, sie aufzusuchen. Diese Polen haben sich, wie man erfährt, in der Nähe der Schweizer-Grenze, um sich im schlimmsten Falle einer Rückerlage auf sie werfen zu können. — In Mailand herrscht vollkommene Ruhe. Die französischen und englischen Minister am sardinischen Hofe sind seit einigen Tagen in Mailand, und vom Marschall schon höflich empfangen worden. Sie haben die Flaggen ihrer Nationen vor ihren Hotels aufgezogen. — Die Insurgenten haben bei ihrer Flucht vom Sinisterpasche unter anderen 50 Kisten mit Munition zurückgelassen. Sie waren nie unter 2000, manchmal aber sogar gegen 5000 Mann stark, und hatten den obwohl starken Paß noch so gut beseßtigt, daß es unternehmbar gewesen wäre, wenn sie den Muth gehabt hätten, ihn zu vertheidigen.

Feldmarschall Radetzky hat in Mailand eine Kommission zur Ermittlung des Schadens eingesetzt, welcher durch die am 5. und 6. durch die Piemontesen angestifteten Feuersbrünste der Stadt verursacht worden ist. — Da die bei dem Ausmarsch der Oesterreicher aus Mailand im März zurückgebliebenen Effekten der österreichischen Civilier und Soldaten von der provisorischen Regierung im Verheißungsmonate verkauft wurden, so geht die vom Feldmarschall anbefohlene Rückerstattung nur sehr langsam vor sich. Eine neue Bekanntmachung desselben erklärt daher alle jene, welche der Aufforderung zur Herausgabe nicht Folge leisten würden, als Mitschuldige des Raubes und demgemäß strafbar. — Alle Medikorten, ausser Weinenmehl, sind nebst getrockneten Hülsenfrüchten von der Verzehrungssteuer und dem Gemeindezuschlage in den geschlossenen Orten der lombardisch-venetianischen Königreiche befreit worden. — Der König Karl Albert ist am 12. August in der Frühe in Alessandria eingetroffen, wo wahrscheinlich das Hauptquartier bleiben wird.

Der F.-M.-L. Baron Welden hatte sich, nach einer Depesche desselben aus Novigo vom 15. dort an diesem Tage mit den päpstlichen Komissärren Marini, Corsini und Guarini über alle obwaltenden Differenzen verständigt, dieselben vollkommen geschlichtet, und die ganze Zusammenkunft hatte unter den freundschaftlichsten Formen stattgefunden.

Italien.

Nachrichten aus Bologna vom 11. melden, daß die Oesterreicher sich zurückziehen. Bologna ist im Vertheidigungszustand mit 20,000 Mann unter den Waffen(?). Von Batalion Zamboreri, das der Studentenlegion von Rom und das von Ferrara haben die drei Berge St. Michele in Bosco, Paterno und Osservanza besetzt und mit Artillerie befestigt. Die österreichischen Gefangenen besteßen aus 50 Gemeinen, 1 Hauptmann, 1 Lieutenant und 2 Ulhanen.

Der Corriere livornese gibt folgende Szene aus Rom zum besten: „Gestern (8. d.) verabschiedete der Papst den Grafen Campello mit folgenden Worten: „„Sie haben mir in wenigen Tagen mehr Protlamationen gemacht, als ein ganzes Ministerium in einem Jahre! Sie proklamiren in wüthenden Gothen den Krieg mit Oesterreich, den ich nicht haben will noch darf! Sie haben mir die tüchtigsten Beamten aus dem Ministerium vertrieben! Ihre ganze Politik ist meinen Prinzipien zuwider, und so fordere ich Sie auf, sich zurückzuziehen.““ — Worauf Campello, die Klüthe aller Ehre, antwortete: Er habe das Ministerium aus Aufopferung um des allgemeinen Besten willen übernommen und nach seinen eigenen wohlbekannten Prinzipien gehandelt: übrigens habe er nie das Recht der Zhatsal nach der Regierung gestrebt, werde deshalb immer Graf Campello bleiben und mit unverletzter Ehre und heilen Prinzipien aus der Regierung treten können. — Der Papst war wüthend. Heute hat das ganze Kabinet abgedankt. Graf Pasolini sagte schon gestern öffentlich: Kein Ehrenmann kann fürder Minister Pio nono's sein.“ — In diesem Ton ergehen sich jetzt die weltan Verzörterer. (Bas. Z.

Sardinien. — **Turin**, 16. August. Der fran. Gesandtschafter Reiset und der engl. Gesandte Abercrombie haben sich gestern nach Kiesiantra in das Hauptquartier zu Karl Albert begeben, um ihn im Namen ihrer resbektiven Regierungen von der beabsichtigten Vermittlung Frankreichs und Englands in den italienischen Angeleegenheiten in Kenntniß zu setzen. Man weiß nicht, ob der König eingewilligt hat. (Basl. Z.)

Schweiz.

Bern, 21. August. Der „Nätier“ schreibt vom 17. August: „Im Oberengadin befanden sich schon vorgestern General Camogi und Oberst Bonorandi mit etwa 1000 Mann und 8000 Mann mit 7 kleinen Kanonen in Puschlav. Ferner wurden daselbst erwartet und werden nunmehr eingezogen sein 10,000 Mann mit 20 Kanonen unter den Generalen Durando und Griffoni. — In Chur langen fortwährt flüchtige Militärs an.

Nachschrift.

Frankfurt, 24 Aug. Die allgemeine Berathung über Art. III. der Grundrechte ist heute geschlossen worden. Es sprachen die Abgg. Serr. Rauwerk, v. Radowitz, Hagen, Müller von Aachen, Hoffmann von Luxwigsburg, Zimmermann von Stuttgart, Förster, Schwartz und Kuentzer.

— Seit einigen Tagen befindet sich hier der Erbzeesberog von Oldenburg. Derselbe hat am Sonntage dem Erzbetzog-Reichsverweser und sodann der Frau Baronin Brandis auf dem Prästerium von Wagen einen Besuch gemacht. Vorgestern und gestern wurde der junge Fürst auf den für das diplomatische Corps reservirten Sitzen in der Paulskirche gesehen.

Am 21. d. M. ist Hr. Moritz, Oberst im oldenburgischen Dienste und bisher Bevollmächtigter Oldenburgs bei der Centralgewalt, mit einer auf den Friedenseschluß in Italien bezüglichen Botschaft nach Wien abgegangen.

München, 26. Aug. Der längst erwartete Armeebefehl ist heute erschienen.

** **Tondon**, 21. Aug. Das „Morning Chronikle“ bringt interessante Aufschlüsse über die Plane und Absichten der Charlistenbewegung am letzten Mittwoch. Die Polizeimen, welche sich dem Marsche der Klubs widersetzten, wären niedergemacht worden. Die Gasflammen sollten zerschlagen und die Hauptstadt in Finsternis versenkt, die Stationshöfe der verschiedenen Eisenbahnen angezündet werden, und eine allgemeine Plünderung sollte folgen. Ob freilich dieses Werk krönen. Auf gewissen Punkten hätten sich die Führer aufgestellt, um jeden vorgenommenen Einbruch ihrer Leute sollte das Zerstörungswerk begonnen werden.

Der deutsche Reichsgesandte bei der französischen Republik, Herr Fr. v. Rauwer, ist in Paris angekommen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 24. August. Oesterr. 5proz Metall. 72¼, 4proz. 59. 3proz — 21, proz. 37¼. — Bankaktien 1855. 9. — 500 fl.-Loose 115¾, 250 fl.-Loose 78. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87½. P. — ⊙. Staatsschuldscheine 3½ proz. 75. — Bayer. 3½ proz. 78⅞. — Ludwigsbergbach. 69½. — Württemberg. 3½ proz. 75½, 4 proz. 92½. — Baden 3½ proz. 74½. — Lotte-Aktien à 50 fl. 47. 35 fl.-Loose 27½. — Darmstädt. 3½ proz. 76, 4proz. 86½. — Lotto-Aktien von 50 fl. 63½. 25 fl.-Loose 21. — Kurhessk. Lehn.-Bilig.-Nordb. 43½, 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau 3½ proz. 82. 25 fl.-Loose 21½. — Frankf. 3proz 79. 3½ proz. 91½, 85½. — Luxemburg 280. — Holländ. Integr. 45. — Span. 3proz. innere Schuld 18½. — Port. 300 fl.-Loose 67½. 500 fl.-Loose —. — Sard. 36 Fr.-Loose 24½. Diet. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 52.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 8 fl.
Halbjährig 4 fl.
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Sonntag den 27. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, 27. August.

Der (schon gestern in unserer Beilage erwähnte) Armeebefehl ist datirt aus Reichenhall den 21. August. Wir entnehmen demselben das Folgende. Befördert wurden: zum Generalmajor und Brigadier der Infanterie der Oberst Jonas Pfretzschner von 7. Inf. Reg. Karl Paypprenheim bei der 4. Armeedivisions-Brigade in der Pfalz; zum Generalmajor und Brigadier der Kavallerie: der Oberst Friedrich von Flotow von der 2. Kürassier-Reg. Prinz Adalbert bei der 2. Armeedivision; — zu Obersten: die Oberstlieutenants Theod. von Michels vom 5. Inf.-Reg. Großherzog von Hessen im 4. Inf.-Reg. Grunppenberg, Franz Saalmüller vom 2. Inf.-Reg. Kronprinz im 7. Inf.-Reg. Karl Paypprenheim; Thaddä Ritter v. Binder vom 1. Kürassier-Reg. Prinz Karl im 3. Chevauxlegers-Reg. Herzog Maximilian, und Alphons Freiherr v. Stockum im 2. Kürassier-Reg. Prinz Adalbert; — zu Oberstlieutenants: die Majore Oskar Frhr. v. Zoller, Flügeladjutant, Karl von Liel im Generalquartiermeisterstab, Michael Schuh im Kadettenkorps, Eduard Ritter v. Jeng vom 15. Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen im 1. Inf.-Reg. König, Wilhelm Carles im 2. Inf.-Reg. Kronprinz, Karl Schubert vom 6. Inf.-Reg. vakant Herzog Wilhelm im 11. Inf.-Reg. Isenburg, Wilh. Mayr vom 13. Inf.-Reg. Hertling im 5. Inf.-Reg. Großherzog v. Hessen, Adolph Sudow vom 2. Jägerbat. im 5. Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, Georg Leinsteiner im 1. Kürassier-Reg. Prinz Karl, Gottl. v. Langrat im 5. Chevauxlegers-Reg. Leiningen, und -beinrich Lodmayer im 2. Kürassier-Reg. Prinz Adalbert; — zu Majoren: die Hauptleute Franz Limmer im Generalquartiermeisterstab, Gustav. Seberg vom 10. Inf.-Reg. Albert Paypprenheim im 6. Inf.-Reg. vakant Herzog Wilhelm, mit seinem früheren Range vor dem Major Gustav. Boes, Klemens Lauer vom 3. Inf.-Reg. Prinz Karl im 2. Inf.-Reg. Kronprinz, Peter v. Moor vom 5. Inf.-Reg. Großherzog von Hessen im 13. Inf.-Reg. Hertling, Lav. v. Predl im 12. Inf.-Reg. König Otto v. Griechenland, Franz Bruck im 6. Inf.-Reg. vakant Herzog Wilhelm, Maximilian Rooner von der Gensdarmerie-Kompagnie von Unterfranken und Aschaffenburg im 2. Jäg.-Bat., Friedr. Binder im 7. Inf.-Reg. Karl Paypprenheim im 14. Inf.-Reg. Zandt; die Rittmeister: Gerard Frhr. v. Rotberg vom 2. Chevauxleger-Reg. Taxis im 5. Chevauxleger-Reg. Leiningen, Karl Frhr. v. Stockum vom 3. Chevauxlegers-Reg. Herzog von Leuchtenberg im 1. Kürassier-Reg. Prinz Karl, und der Hauptmann Klemens Schebel vom 1. Artillerie-Reg. Prinz Luitpold im 2. Artillerie-Reg. Zoller; — zu Hauptleuten 1. Klasse 68 Hauptleute 2 Klasse, zu Rittmeistern 12 Oberlieutenants, zu Hauptlieuten 2. Klasse 93 Oberlieutenants, zu Oberlieutenants 227 Unterlieutenants, zu Unterlieutenants 322 Junker, (26) beispanter Fahnschiere, (2) Regiments-Adjutre, (3) Unteroffizier und Kadetten (291), zu Junkern 69 Unteroffiziere und Kadetten: zum Unterfeuerwerksmeister der Oberfeuerwerker Joseph Zaistl von der Zeugbauverwaltung Ingolstadt bei der Zeugbau - Hauptdirektion (Kabotatorium); zum Ober-Kriegs-Kommissär 1. Klasse der Ober-Kriegs-Kommissär 2. Kl. Karl Grünler bei der 6. Kriegs-Ministerial-Sektion; zum Oberkriegskommissär 2. Kl., der Kriegskommissär Karl Gschwender von der Revisions-Abtheilung der 6. Kriegs-Ministerial-Sektion bei der Militär-Fonds-Kommission; zum Kriegskommissär der Kriegsrechnungs-Kommissär Anton Krauß. (Weitere Ansetzige aus den Beförderungen werden folgen.) — Ernannt wurden zu funktionirenden Rechnungs-Majoren am 16 Hauptleute 1. Kl. (Ernst Schmidlein, Lebenhart, G. Wiedt, Th. Schadewald, Walter, Klein, Gerstner, Ritter v. Lauffenstein, Hinkelhahn, Jörgens, Hirsch, v. Walther, v. Herbstenburg, Bauendach, Merkel, Günther, K. Schadelwodt; 24 neue Unterlieutenants, 99 Unterlieutenants in wirklicher Eigenschaft, 11 Junker: zum Kriegs-Rechnungs-Kommissär der Regiments-Quartiermeister 2. Kl. um Revisor des Nagelschmidt, vom 1. Armeedivisions-Kommando bei der Revisions-Abtheilung der 6. Kriegsministerial-Sektion, zum Gensdarmerie-Kassa-Auditor der Maj.-Rath Ditor 1. Klasse, Joh. Kobler, vom 2. Artillerie-Reg. Zoller: zu Unterzeugmeistern 1. Kl. in provisor. Eigenschaft die DD. Daigmann, Appiano, Binswanger, Erdm. Hoffmann, Hamisch, Ed. Fuchs, K. Maurer und Kimmerle: zu Unterzeugmeistern 2. Kl. in provisor Eigenschaft die DD. B. Preisle, Erman, Heinrich, Jos. Fuchs, Jos. Hagenmüller, Sandhüter, Bauer, Müller, Rio, Pfeiffer, Bürckl, Hartmann, Ritter, zu Unter-Auditoren des Auditoriats-Praktikanten Hölzl, Görz und Papi. Weinzierl, und zum Fohlenhofs-Akwar 2. Klasse in provis. Eigensch. der funktionirende Akwar Karl Ebert beim Fohlenhof Achselschwang. Pensionirt werden der Oberstlieutenant Bernh. Freyberg vom 5. Chev.-Reg. Leiningen temporär, und der Rittmeister Frieder. Wucherer vom 2. Artill.-Reg. Zoller.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 21. l. Mts. allergnädigst bewogen gefunden, den Friedensgerichtsschreiber Daniel Lebachelle zu Zabern auf die Friedensgerichtsschreiberstelle zu Lauterecken, auf die hierdurch in Zabern erledigt werdende Stelle den Friedensgerichtsschreiber Karl Back in Rockenhausen, und auf die sich hierdurch erledigende Stelle in Rockenhausen den Friedensgerichtsschreiber Joseph Kreidgauer in Lauterecken, beide Letztere auf ihr Ansuchen zu versetzen.

Durch allerhöchstes Dekret vom 23. August wurde die erledigte Postmeisterstelle zu Bayreuth dem bisherigen Postverwalter Frieder. v. Braun in Erlangen, die erledigte Postverwalterstelle zu Memmingen dem Oberpostamtsoffizialen zu Nürnberg Balth. Tauber verliehen.

Durch allerhöchstes Dekret vom 24. August wurde die erledigte Postverwaltung Kaufbeuren dem Spezialkassier fahrender Posten zu München Gottfried v. Saint-George verliehen, der Rentbeamte Karl Ludwig Glaser bei dem Rentenamte Würzburg zum Stadt- und Hof-Oekonomie-Rentbeamten in Würzburg ernannt; das Landrichteramt Bärenstein r. d. Mains dem Rentbeamten Friedrich Brechtelsin in Ansbach und das Rentamt Ebersdorf dem Rentbeamten Emanuel Wich in Ort verliehen; der Finanzkammerrevisor Ludwig v. Weinbach in Ansbach unter allerhöchster Zufriedenheitsbezeugung in den Ruhestand versetzt; der Finanzkammerdirektor Dr. Herzog. Schwimmel in Bayreuth als solcher nach Landshut versetzt; der Oberrechnungsrath Mathias Kiefer zum Finanzkammerdirektor in Bayreuth und der Regierungsdomänenrath in Regensburg Joseph Geiger zum Oberrechnungsrath ernannt.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 25. l. Mts. allergnädigst bewogen gefunden, dem ersten technischen Assessor bei dem Wechsel- und Merkantilgerichte zweiter und letzter Instanz von Ober- und Niederbayern, Oberpostrath und von Reichenberg, Leopold Widmann, die wegen ehrenvoller Funktionsunfähigkeit nachgesuchte Entbehung von der bisher bekleideten Stelle zu bewilligen und zu gestatten, das die folgenten technischen Assessoren Leopold Moro, Philipp Stauber und Evangelist Oberlindober auf die erste, zweite und dritte Stelle, dann der erste Supplent David Schmid auf die vierte Stelle eines technischen Assessors, endlich der zweite Supplent Joseph Mertmaier auf die erste Supplentenstelle vorrücken, und die sich hierdurch erledigende zweite Supplentenstelle dem Handelsmanne Kaspar Brüller in Freising zu verleihen.

Deutsche Reichsversammlung.

λ. **Frankfurt**, 24. August. (65ste öffentliche Sitzung.) Eröffnung 9½ Uhr. Burger, Kuranda und Winiwarter leisten ihren Autritt an. Nachdem einige Berichte von Ausschüssen angezeigt sind, geht man zur Tagesordnung, Fortsetzung der Diskussion des Art. III. der Grundrechte, über. Sepp: Man will die Kirche verwirren, und will dann den Staat beruhigen. Aber ich zweifle, ob das heute dem Staate gelingt, was dem Staate stets mißlang. Die Kirche ist eine Macht: sie ist älter als der Staat, sie ist umfangreicher als er. Denn keine Religion ist an eine Grenze gebunden. Man sagt, die Kirche gebrache einen autokratischen Souverän: gut, es ist so. Aber ich habe von diesem Souverän noch nichts gehört; ich bin ein moderner Christ, nicht blos dem Namen nach, und gehorche Gesetzen und freien Willen. Das Oberhaupt der Kirche ist auch allen Staatsformen: es hält die bestehende Staatsform aufrecht, auf ihm beruht sie. Die Anschauungsweise Pogt's und Jordan's ist daher nicht zu halten. Im Interesse des Staates, im Interesse Deutschlands müssen Sie die Kirche freilassen; um dadurch ist eine Vereinbarung möglich. (Eine Beziehung auf Oesterreich, wobei der Redner äußert: „Die Knechtung der Kirche ist ein Unding: darum gerade, weil sie in Oesterreich gefreiheitet war, ist die Religion dort verachtet," zieht ihm eine Zurechtweisung des Präsidenten zu.) Der Präsident erinnert den Redner sich kurz zu fassen. Allgemeiner Ruf nach Schluß. Der Redner fortfahrend: Der Staat hat gar keinen bestimmten Charakter: er ist der erste und größte Verein (größte Heiterkeit). Nach mehrfachen Unterbrechungen schließt der Redner mit einem Hinweis auf den ironischen Beifall, den sein Auftreten hervorgerufen hat, und mit der Bemerkung, daß er nicht unter gröberer Unruhe nach ihm auf die Bühne. Es ist jedenfalls sonderbar, daß die Partei, welcher der Redner vor mir angehört, gerade

jetzt Freiheit verlangt, während sie, so lange sie im Besitze der Herrschaft war, jene Freiheit unterdrückte. Es scheint, sie richtet sich nach den Umständen. Allein dieser Umstand hält mich nicht ab, der Konsequenz des demokratischen Prinzips treu zu bleiben und die Minoritätsanträge zu §. 14 zu vertheidigen. Die Kirche muß Privatanstalt werden, sie muß dem freien Willen der Einzelnen und der Gesellschaft überlassen werden. Bis jetzt ist der Ausdruck Unabhängigkeit der Kirche, wie es scheint, häufig mißverstanden worden; man hat darunter Exemtion vom Gesetze verstanden. Allein so ist sie nicht gemeint: sie bedeutet weiter nichts als Selbstständigkeit und Freiheit und Unabhängigkeit der Verwaltung innerhalb des Staates. Jede Verletzung, die von kirchlichen Obern etwa gegen die Gesetze begangen wird, ist zu strafen. Wenn man von einer Seite auch die Schule mit der Kirche als unabhängig fordert, so ist viele inconsequenz. Man könnte mit demselben Rechte den ganzen Staat mit verlangen. Denn auf der Schule beruht der Staat. — v. Radowitz: Wir haben von dieser Stelle Verdächtigungen vernommen: wir wollen damit nicht fortfahren. Der Art. III. enthält Konsequenzen des Prinzips der Unabhängigkeit der Kirche vom Staate. Das ist Unrecht; denn nur dadurch, daß es ausgesprochen wird, ist es möglich, das Verfassungswerk in Einigkeit zu vollenden. Die Kirche will nicht Unabhängigkeit vom Staate, sondern nur Unabhängigkeit von der Polizei, von Präventiv-Maßregeln; sie will blos Repressiv-Gesetzen unterworfen sein. Die Unabhängigkeit will ferner keine Trennung vom Staate; sie läßt ja den Gemeinden das Recht dem Staate gewisse Rechte einzuräumen. Der Staat kennte diese Rechte durch Vertrag erwerben. Ein Nachtheil für die protestantische Kirche von Seite der katholischen wird von der Unabhängigkeit nicht zu fürchten; sie bringt höchstens der letzteren größere Vortheile als jener. Daß die katholische Kirche nach Anbreitung strebt, das ist ein Recht von ihr, wenn sie dazu nur erlaubte Mittel gebraucht. Zudem beweist das Beispiel Belgiens, daß die Unabhängigkeit der Kirche ohne Nachtheil für die protestantische Kirche ist; denn noch nie habe ich von daher eine Klage derselben über Beeinträchtigung vernommen. Man erblickt in der Unabhängigkeit keine Lösung des Bandes der Zeitumstände einzelne. Der Jesuitenorden war eine Institution für augenblickliche Zwecke, für ein vorübergehendes Bedürfniß, welches zur Zeit nicht mehr besteht. Es ist wieder unser Wunsch noch unser Streben, den Jesuitenorden in Deutschland einzuführen. Das Aufsprechen der Unabhängigkeit der Kirche ist eine Nothwendigkeit geworden. Im Mittelalter bedurfte es derselben nicht: denn einerseits schütze die korporative Selbstständigkeit und anderseits die christliche Gesinnung der Regierungen die Kirche. Jetzt Beides zusammen sind sehr verschwunden. Das Verhältniß zwischen Kirche und Staat muß neu geregelt werden. Es kann nicht dieser bestimmt werden als dadurch, daß die die Kirche unabhängig erklären vom Staate. — Hagen: Die Demokratie fordert die Unabhängigkeit der Kirche, die Selbstregierung des Volkes auch in dieser Beziehung. Man besürchtet Gefahren davon für die Freiheit des Volkes; man glaubt dem Volke mit einer Gunst zu nehmen, was die andere gegeben. Allein durch die volle Anerkennung der Selbstständigkeit der Kirche sind ist viele Gefahr ausgeschlossen: die Autonomie der Gemeinden wird ihr begegnen. — Müller (von Würzburg): Sprechen Sie die Unabhängigkeit der Kirche aus, und der Friede in Deutschland wird wiederkehren. Jordan kündigt und die Emanzipation des Menschen an. Die Beweise, die er gegen die Unabhängigkeit der Kirche vorbringt, bereisten, daß er noch nicht emancipirt sei. Er kann sich von dem Standpunkte des Polizeistaates nicht trennen. Welcher Hilf ist möglich, wo Jordan helfen soll. Besser hat eine Reihe von unrichtigen Thatsachen und Urtheilen angeführt; er hat den besten Beweis geliefert, daß die Herrschaft des Staates über die Kirche unerträglich ist. Derselbe Redner nennt die Kirche eine absolute Monarchie. Allerdings ist das monarchische Prinzip in der katholischen Kirche stark; aber es ist nicht ausschließend. Die Art, wie Sie (zur Linken gewendet) dem Volke die Unabhängigkeit der Kirche geben, ist nicht die rechte. Das Volk will keine Zukunft ohne Religion und Kirche. — Hofmann (von Ludwigsburg): Der eine Grund für die Unabhängigkeit der Kirche liege in dem Umstand, daß der Staat aufhört, ein christlicher zu sein. Nur auf dem Felde der Freiheit, daß ist der weitere Grund, wird ein wahrer und gedeihlicher Kampf zwischen den Parteien, die nun einmal bestehen, geführt werden können. — Zimmermann (von Stuttgart): Ich kenne die Gefahren, welche mit der Erneuerung der Kirche verbunden sind; ich achte die Sache nicht für so leicht, wie viele meiner Meinungsgenossen. Aber ich kenne keine andere Politik als die der Konsequenz. Ich bin nicht der Meinung, das der Feind der Neuzeit, die Reaktion, so gering zu achten sei: allein besiegesabbet will ich auch für meinen Feind kämpfen. Auch die Kirche wird eine neue werden, als sie bisher war. Sie wird wieder, wie sie es früher schon gethan, die Freiheit der Völker fördern und schützen. In der Hilfe, die der Papst den Lombarden leistete, sehe ich nicht wie Beisler eine zu mißbilligende Handlung, sondern einen Beweis, daß der Strahl der Freiheit auch den Stuhl Petri berührt hat. In die Kirche scheint schon in der Umwandlung begriffen, wenn sich darüber die Bessere nehme, bei mir von dieser Tribüne aus geliefert wurden. Die Herren Döllinger und Görres die vor wenigen Jahren die Knechtsung in Bayern verthedigten, traten vor mir auf diese Tribüne und verwarfen den Grundsatz der Freiheit. (Beifall.) Soll diese Umwandlung ruhig und mit Erfolg vor sich gehen, so muß das Volk im Genusse voller Freiheit sein. Auch aus dem Grunde der Bewegung und des Kampfes müssen sich für die Freiheit der Kirche; denn Bewegung und Kampf sind die Bedingungen und die Beweise eines gesunden Lebens. — Förster (von Breslau) fordert Unabhängigkeit der Kirche (nicht Lostrennung) aus dem Standpunkte der Gerechtigkeit und der Klugheit. Das Vertrauen des Volkes kann nur dadurch für die neue Ordnung der Dinge gewonnen werden, wenn man seine Wünsche berücksichtigt: eine seinen Wunsch hat das Volk oft und wiederholt deutlich auch vor der Nationalversammlung ausgesprochen. Sieht das Volk sich in seiner Erwartung getäuscht, so wird ein Sturm von Petitionen und Überzeugen, daß wir sein Interesse nicht kannten. — Schwarz (von Halle) spricht sich in einer längeren Rede ebenfalls für die Unabhängigkeit der Kirche aus. — Kuenzer: Ich finde es nicht nöthig die Gründe, welche gegen die Religion vorgebracht worden sind, zu widerlegen. Sie beurtheilen seiner Widerlegung. Ich anerkenne das Prinzip des §. 11 (Glaubensfreiheit) mit allen seinen Konsequenzen, ohne Rücksicht auf die etwaigen Nachtheile, welche für die eine oder andere Religionsgesellschaft daraus entstehen. Es handelt sich nur darum, entweder dieses Prinzip anzuerkennen oder die Heuchelei zu sanktionirten. Die Verdrehungen, welche man in Folge der Erklärung der vollen Unabhängigkeit beigt, sind unbegründet. Es werden vielmehr, so hoffe ich, diejenigen Grundsätze und Einrichtungen wieder hervorgehen werden, welche früher von der katholischen Geistlichkeit aufgestanden. Es ist Beispiel anwendet, daß der Staat die Gehalten gehindert habe; ich habe Belege dafür. Die katholischen Oberen haben sie, ungeachtet ihrer positiven Pflicht, vernachlässigt. Die Erklärung der Unabhängigkeit wird nur ersten Folge die Einberufung einer Synode haben. Sie wird die Verfassung der Kirche bestimmen und die gestatten Beschlüsse den kirchlichen Oberen zur pflichtgemäßen Ausführung, überweisen. Die Gemeinde wird das Kirchenvermögen verwalten und bestimmen Verwendung bestimmen. Der Fall, daß eine gewisse Richtung Gelder zum Zwecke der Atmenunterstützung entwandelt, weil selbe kann dem Sonderbunde zuwenden, kann sonnen nicht mehr vorkommen. (Großer Beifall. Ein Uebergreifen der Kirche in die Sphäre des Staates ist nicht zu fürchten, wenn der Staat seine Rechte ausübt und thut, was seines Amtes ist. (Anhaltender Beifall.) Nach 2 Uhr ward die allgemeine Diskussion über Art. III. und die Sitzung selbst geschlossen und die nächste auf morgen den 25. anberaumt. Auf der Tagesordnung steht: Beanwortung der Interpellationen von Seite der Minister und Diskussion der einzelnen Paragraphe des Art. III.

Deutschland.

Bayern. — ¸München, 26. August. Wir haben unsern Lesern eine wichtige Nachricht mitzutheilen. Der Anklagakt gegen das Ministerium und insbesondere gegen den Kriegs- Minister des Innern, ist in besser Form bereits fertig. Ein diesiges Blatt hat denselben schon entworfen: die Grundlage bilden die Vorgänge vom 21. August. Wir bedauern wirklich, daß der Raum uns nicht gestatter, denselben seiner ganzen Ausdehnung nach mitzutheilen. Unsere Leser werden uns diese Unterlassungssünde wohl zu Gute halten. Nur einige Bemerkungen auf die gehaarnischten Angriffe, welche gegen das Ministerium aus dem Anlaß gemacht hat. Es verweist unter andern auf die 14. Sitzung der Kammer der Abgeordneten, wo vom Ministerium selbst selbst die Freiheit des Versammlungs- und Petitions-Rechtes angegeben worden sei. Hierauf sei dem Minister „in eben so entschiedener als schlagender Weise" von der Tribunine die Unbaltbarkeit seiner Grundsätze dargelegt worden. Nach kaum 5 Monaten werde dieses Recht schon wieder verkümmert und in Anspruch bestritten. — Wir glauben, daß die Ansichten des Ministeriums sich in solgenden einfachen Fragen zusammenfassen lassen möchten: 1) Liegt in dem Versammlungs- und Petitions-Recht zugleich das Recht für jede durch namentosen Maueranschlag zusammenberufenen Gesellschaft, sich im Namen des „ganzen bayerischen Volkes" und der Bürgerschaft von München zu gebarren, während das Volk in den Ständen, die Bürgerschaft in ihren Organen bereits seine gesetzliche Vertretung hat? 2) Ist eine solche Versammlung im Rechte, wenn sie verschlossene Thüren erbricht, und sich gewaltsam in ein Haus eindrängt, über welches zu verfügen nur der Gemeindebehörde zusteht? 3) Ist sie im Rechte und auf gesetzlichem Boden, wenn sie Anarchie predigt*)? 4) Kann jede solche Versammlung, gleichviel, wie sie zusammenberufen, und wie sie geleitet wird, blos kraft des Versammlungsrechtes eingreifen in die Rechte der Verwaltung und sie gar erlauben, und als „im Namen des Volkes handelnd" auch da thätig auftreten, wo die Gesetze, und zwar die Verfassung des Landes selbst den gesetzlichen Gang vorzeichnen? Wo sind die Grenzen in Zahl und Form solcher Versammlungen? 5) Ist ein verantwortliches Ministerium im Rechte oder im Unrecht, wenn es den Abgeordneten einer solchen Versammlung, auch wenn sie den Besonderen Statsgemeinde gewaltsam an ihre Spitze zu bringen wußten, entschieden

*) Wir benützen diesen Anlaß, um abermals und aufs bestimmteste zu erklären, daß ein Redner jener Versammlung wörtlich „die Anarchie als den einzigen Weg zum Heile" gepriesen, seine Zuhörerschaft ihm unter tobendem Beifalsruf ihre Zustimmung gab. Mit haben dies selbst gesehen und gehört, und hiernach allein schon mag jeder Unbefangene urtheilen, aus welchen Elementen die große Mehrheit jener Versammlung zusammengesetzt war, die man als von der Münchener Bürgerschaft ausgegangen darzustellen sich nicht scheute. Es mag übrigens zugleich einen Beweis geben von dem Grade von Unparteilichkeit, mit welchem die Berichterstatter anderer Blätter jene Vorgänge darzustellen haben. Nicht ein einziges Blatt erwähnte dieses charakteristischen Zwischenfalles, und dasjenige Blatt, mit dem wir es hier speziell zu thun haben, hat jede Worte gerügt, um diese Versammlung als eine gesetzliche anzupreisen. A. d. R.

die Einschränkung von Hausschaße verwaltet und auf welcher Weise beharrt? 6) Liegt in dem unzugehenen Petitionsrecht zugleich das Recht, angeschlossen zu verlangen? 7) Wenn „im Namen des Volkes“ eine Versammlung, von der man nicht weiß, wober sie kömmt und aus welchen Elementen sie besteht, öffentlich aufgefordert wird, daß sie in die Schatzkammer dringen und sich von Bestand des Schatzes überzeugen solle, sind da die Behörden in ihrem Rechte, wenn sie gegen solchen Hebefall die Schatzkammer durch Militärkräfte sichern, da diese namentlos Gewaltthätigkeit gegen feierlichst Verschworene bieten kann, daß es sich nun um Besichtigung des Schatzes handle? 8) Ist eine Versammlung auf gesetzlichem Boden, wenn sie, obwohl zum Theil einer militärisch gegliederten Körperschaft angehörig, ohne Rücksicht auf Dienstordnung und Unterordnung, Beschlüsse faßt, und sich als Organ solcher Körperschaft aufwirft? — Die Antworten auf diese Fragen sind einfach, und jeder Unbefangene wird sich solcher selbst geben; aber wir möchten noch eine weitere beifügen: 9) Ist es Zufall, daß am 21. August in Wien wie in Berlin, und ebenso in Paris, wo hier abermals solche Aufforderungen angestellt wurden? Auch hierauf unterliegt die Antwort keiner Schwierigkeit.

***München, 26. August.** Die sogenannte Deputation der Wiener Studenten, deren Haupt und Führer als Betrüger jetzt hier in Haft sitzt, hat wie wir hören für nöthig gefunden, unter Anderm auch zu verlassen. Diese Verunreinigung mit der Person, die in Regensburger Zeitung sich ausdrückt“ haben zu Regensburg, wie hier, die Gefühle der Liebe und Brüderlichkeit, für deren Ausbreitung sie gesendet worden zu sein vorgaben, für sich selbst zuerst in Anspruch genommen, d. h. sie haben gebettelt. An die Post stellten sie die Bitte um Nachgabe des auf den Einwagen bezahlten Fahrgeldes, weil sie sonst mittellos hier dastehen würden. Obgleich diese Anklagen einer militärischen Begleitung (Regensburger Zeitung) wußte man in Wien von einer derartigen Deputation nichts. Was denken nun wohl Diejenigen dazu, die sich so sehr beeilten, mit diesen Ehrenwerthen den Bund der Brüderlichkeit zu schließen?

Preußen. Eine Korrespondenz der „Kölner Zeitung“ aus Berlin vom 21. bestätigt vollständig, was unser „Korrespondent unter demselben Datum vor einigen Tagen schon über den Stand der Unterhandlungen mitgetheilt hatte.

Die berlinischen Nachrichten berichten unterm 23. August über die unruhigen Vorfälle in Berlin auf folgende Weise: Es liegt uns einmal wiederum die sehr schmerzliche Pflicht ob, über beklagenswerthe Vorfälle, welche die Ruhe unserer Stadt vorgestern gestört haben, zu berichten. Die Ehrlorbenburger Arbeiter vom Tempelhofer Berge versammelten sich gestern Abend in großen Haufen auf dem Steinplatze und erzählten davon, und die Erbitterung stieg, als ein in aufregender Sprache verfaßter Manueranschlag des demokratischen Klubs die Greuelthat in Charlottenburg mit den übertriebensten Farben schilderte. Schon Vormittags wurde, nachdem die Arbeiterbewegung vor dem Hause des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten stattgehabt, die Wohnung des Justizministers. Da auch dieser nicht zu Hause, vielmehr in der Monnags-Soirée des Ministerpräsidenten war, so wälzten sich die Massen nach dem gegenüberliegenden Hotel des letztern. Die ganze Straße bis zu den Linden war, wie in den Mittagen, mit Menschen dicht angefüllt. Eine Deputation, wie man hörte, des demokratischen Klubs, erhielt Einlaß in das Hotel erschien da auch, um den Ministern ihr Anliegen für die politische Verbrecher, Flüchtlingen. Inzwischen war namentlich die Rampe dieses, wie des gegenüber liegenden Justizministers-Hotels mit Menschen besetzt. Plötzlich erschien — man weiß noch nicht woher — ein Akt Schutzmänner, um die Rampe des ersteßedachten Hotels zu säubern, und man erblickte die gezogenen Säbel der Schutzmänner. Nun erhob sich ein furchtbarer Sturm. Die Massen drängten vorwärts, das Steinpflaster wurde aufgerissen und Steinwürfe flogen gegen die Schutzmänner, welche der furchtbar überwiegenden Mehrzahl weichen mußten, wobei lebensgefährliche Verletzungen der Schutzmänner und mannigfache Verwundungen in den Volkshaufen zu beklagen sind. Die entfesselte Wuth wandte sich nun gegen die Scheiben des Hotels des Ministerpräsidenten, und es wurden nun die Scheiben selbst Zerstörungen angerichtet, die äußerste Laternen-Kandelaber vor den Hause ausgerissen und sie hing der schmähliche Unfug hier und im Hause des Justizministers, welcher letztere durch einen Wurf am Fuße verletzt ward. Unter den Linden wurden die eisernen Quergitter, welche die Bäume einschließen, ausgebrochen, das Straßenpflaster von muthwilligen jungen Burschen, unter Leitung, aufgerissen und an der Ecke der Behren- und Friedrichsstraße, wie sich auch Steinen, Laternen, Bänken u. s. w. eine Barrikade, welche indeß alsbald beseitigt wurde. So hatten die Linden und die Wilhelmsstraße ein trauriges Bild voller Zerstörungswuth dar. Noch muß bemerkt werden, daß während des Tumults vor dem Hotel des Ministerpräsidenten aus den Volkshaufen zwei Pistolenschüsse fielen, deren Absetzer man nicht ergreifen konnte; es soll gegen die Schutzmänner gezielt worden sein. Als der Tumult überhand nahm, rückte vom Wilhelmsplatze und von der Neustadt der Bürgermehr an, welche, unter Trommelschlag öfters im Sturmschritt vorgehen mußte, um Platz zu schaffen. Das Allarmiren nahm freilich Zeit hinweg und in der französischen Straße wurde sogar dem allarmirenden Hornisten das Horn entrissen. Noch um Mitternacht waren die Linden und die benachbarten Straßen mit wogenden Massen angefüllt, während die Bürgerwehr fortwährend auf den Wachen hielt. Erst in später Nacht verlief sich die Menge allmählig. Einige fünfzig Ergedenten wurden verhaftet, darunter einer mit einer geladenen Schußwaffe. Von der Schutzmannschaft sind etwa dreißig Personen mehr oder minder verletzt, geblieben ist keiner. Als ein Beispiel, welche Mittel zur Aufregung und Erbitterung auf der Menge angewandt werden, möge folgende Thatsache dienen: Auf einer Karre lag unter den Linden eine, wie es hieß, verwundete junge Frau, welche von einem Schutzmanne so gefährlich verwundet sein sollte, daß sie nicht mehr gehen zu können vorgab. Ein sofort herantretender Arzt untersuchte die sich windende und krümmende, schreiende, angeblich Verwundete. Der Puls ging durchaus regelmäßig, die Augen waren, wie man bei dem Scheine der Gaslamme sah, ganz klar, und an dem Kopfe, dem vorgeblichen Sitz der Wunde, war auch nicht die geringste Verletzung zu entdecken, so der im Kopfe stehende Personen nicht einmal verstehen.“ Als der Arzt den Umstehenden nun den augenfälligen Beweis von dem Zustande der Frau lieferte, schrieen Einige demnach: daß sie gelehen, wie ein Schutzmann die Frau verwundet habe! — Der Kommandeur der Bürgerwehr erließ gestern Nachmittag folgende Bekanntmachung: Am gestrigen Abend haben arge und bedauerliche Exzesse die Ruhe und Sicherheit der Stadt gestört. Verbrecherische und Mißgesinnungthum sind angegriffen und stark beschädigt. Personen sind verletzt. Man hat der herbeigerufenen Bürgerwehr Widerstand geleistet, auf sie mit Steinen geworfen, einzelne Schüsse abgefeuert, Versuche gemacht, Barrikaden zu bauen. Dennoch wurde bald nach dem Eintreffen der Bürgerwehr die Ruhe und Ordnung der Stadt wieder hergestellt. Einwohner Berlins! Ein solches Treiben ist Anarchie, gefährdet unsere junge Freiheit! Wehe den Ruhestörer, die dazu antreiben, wehe denen, die aus leichtsinn oder jugendlichem Uebermuthe sich zu solchen Frevels hinreißen lassen, oder ihnen durch ihr müßiges Zuschauen Vorschub leisten. Diesen groben Ungesetzlichkeiten muß und wird energisch begegnet, Personen und Eigenthum werden kräftig geschützt werden. Der ehrenhafte Geist, der die Bürgerwehr beseelt, bürgt für eine schleunige und entschiedene Handhabung der nöthigen Maßregeln. Die unbewaffneten Einwohner Berlins werden dringend aufgefordert, ihren bewaffneten Mitbürgern durch eine sofortige und unbedingte Befolgung ihrer Anweisungen, die Erfüllung ihrer schwoven Pflichten zu erleichtern. Sollte dies nicht geschehen, sollte sogar der Versuch gemacht werden, die Exzesse des gestrigen Tages zu wiederholen, so wird die Bürgerwehr genöthigt sein, von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Unschuldige können in solchen Augenblicken nicht von den Schuldigen geionnert werden, deshalb ergeht an Jeden die ernste Warnung. Berlin, den 22. August 1848. Der Kommandeur der Bürgerwehr. Rimpler.“ Von vorgestern bis gestern sind 14 Personen an der Cholera gestorben.

Breslau, 21. August. Trotz der am 19. Seitens der Behörden veröffentlichten Warnung, hatten sich am Abende desselben Tages zahlreiche Gruppen angesammelt, und war die Bürgerwehr wiederum zum Einschreiten genöthigt. Es wurden zwei Personen verhaftet, was bei der heftigen Widersetzlichkeit des Einen einen starken Auflauf verursachte. Weitere Störungen sind indeß nicht vorgekommen. — Heute Vormittag kammelte sich eine Anzahl entlassener Arbeiter vor dem Rathhause. Ein und unbekannter Herr, der bei dieser Gelegenheit vor dem großen Haufen eine unvorsichtige Aeußerung über die Arbeiterfrage that, wurde sogleich zur Haft gebracht. (Bresl. Z.)

Köln, 21. August. In Folge der Antritte in Düsseldorf soll der Prinz Friedrich von Preußen beschlossen haben, nicht mehr in Düsseldorf, sondern in dem Schlosse Brühl zu wohnen, wo man auch d. Mai, de Königin erwartet. — Man beabsichtigt, Köln zu einem Waffenplatz zu machen.

Oesterreich. — **Wien, 23. August.** Hr. v. Wessenberg hat nach der „Allgemeinen Zeitung“ in der am 22. abgehaltenen ersten Konferenz mit den Repräsentanten Englands und Frankreichs im Namen der österreichischen Regierung einstweilen die Erklärung abgegeben, daß man mit Karl Albert in direkten Unterhandlungen stehe, und nicht wisse, ob selber die Vermittlung angenommen, und da ferner die Bedingungen des Waffenstillstandes (Räumung von Venedig) noch nicht alle erfüllt seien. — Einem Gerüchte zufolge soll Herr v. Wessenberg in den nächsten Tagen aus dem Ministerium ausscheiden und Generallieutenant Thurn sein Nachfolger werden. — Die Studenten und Arbeiter haben gestern Stand gebracht Fraternisirung der akademischen Legion mit den Arbeitern hat wie der eine Armee von 26.000 Mann hervorgebracht. Am 21. Abend zog eine Schaar betrunkener Arbeiter gegen das k. Lustschloß Schönbrunn, wurde aber durch die bewaffnete Macht von ihren Vorhaben abgehalten. Die Haltung der Nationalgarde hört wenig Zutrauen für den Fall einer ernstlichen Zusammenstoßes mit der Arbeiterschaft ein.

Das Ministerium Doblhoff scheint sich jetzt eine feste Partei in und außer der Reichsversammlung heranzubilden ohne Rücksicht auf die Ultras. — Die Studentenschaft hat auf die direkte Anfrage des Ministers Doblhoff, ob die Aula in ihrer Gesammtheit die Gesinnungen theile, wel-

che in einer ihrer Versammlungen laut wurde, wo Dr. Schütte Hecker ein Hoch ausbrachte, entschieden verneinene geantwortet. Die Studentenlegion wird sonach nicht aufgelöst werden. — Unmittelbar vor Pfingstgang sind wieder neue Unruhen ausgebrochen; die Bürgerwehr versammelt sich bereits. — (Nachschrift.) Der Gemeinde-Ausschuß der Stadt Wien hat beschlossen für die Dauer der eingetretenen außerordentlichen Verhältnisse in Permanenz zu bleiben. — Der F.-M.L. Baron Roth, der Vecchiera so heldenmüthig gegen die Piemontesen vertheidigt hatte, ist vom Kriegsministerium als Beweis des Tadels und des Vertrauens abermals zum Festungskommandanten dieses Platzes ernannt worden.

Frankreich.

Das Journal: „l'Assemblée nationale“ verspigt seit mehreren Tagen ganz offen, daß es kein anderes Mittel des Heils gebe, als Frankreich wieder zur Monarchie zu machen. Der Prinz von Joinville würde den Herzog von Bordeaux wieder nach Frankreich führen und auf den Thron seiner Väter setzen. Dieser dagegen verspflichtet sich, die Throusolge dem Grafen von Paris zu sichern. Uns wurde die eben angegebene Lösung des republikanischen Knotens schon vor ungefähr sechs Wochen als ein in den höheren Kreisen Frankreichs gehegter Plan von Frankfurt aus mitgetheilt. Wenn sich die Juniade nicht erzeugt haben, so ist dem deshalb kaum gebildeten Keime aus seinen Blutströmen viel Nahrungsstoff zugeflossen. Wie gegenwärtig die Verhältnisse jenseits des Rheines liegen, so gehört seine Verwirklichung durchaus nicht unter die Unmöglichkeiten. Die wenigen Monden haben das Volk so ziemlich beiehrt, daß das: „Erde auf, damit ich mich dahin setzen kann“ in der Republik sowohl wie in der Monarchie das punctum saliens alles politischen Treibens bildet, wenn es nicht neuerdings noch wahrer heißt: „Zeit laß mich einmal an den Geldthronen.“ Bergleicht man aber die geringe Kluhe eines Ministerwechsels in der Kammer mit dem blutigen, das ganze Land bis ins Innerste durchwuhlenden Zweikampfe der republikanischen Parteien in den Straßen, so wird der bandzreißliche Unterschied ohne Zweifel bald die Brosa der bürgerlichen Wirklichkeit über den poetischen Reiz eines Wortes zu setzen lassen. Denn daß die „Freiheit“ unter den jetzigen Zuständen im Vergleich selbst mit den Beschränkungen des Julithrones Einsall an Umfang oder Inhalt gewonnen habe, wird doch wohl Niemand ernstlich behaupten wollen. Das übrige Europa aber würde aus dem Jahre 1848 dann die gute Lehre nehmen, daß, sobald es den Franzosen über kurz oder lang einmal wieder einfiele, eine Republik zu veranstalten, sie darin ja nicht von Außen gestört werden dürfen, wenn Alles gut gehen sollte.

(T. J.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 23. August. 5proz. Metall. 79¼, 4proz. 65, 3proz. 47, 2½proz. 31⅛. 1834r 500 fl.-Loose 130. 1839r 250 fl.-Loose 85. Bankaktien 1095. Nordbahn 105⅛. Gloggnitz 95. Benedig-Mailand 75. Bodenkr. — Livorno 70. Lemberg 65. Sienna 58. Anconaeisenbahn 95¼.

Berlin, 23. August. Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 74½. P. 74. G. Berl. Präm. Sch. 88½. P. 87⅔. G. K. u. Nm. Schuldv. — P. 71⅓. G. Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. — P. 77⅓. G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. 96⅓. P. 96⅓. G., 3½proz. 78⅓. P. 78⅓. G. Ostpr. Pfandbr. — P. 85⅓. G. Pomm. Pfandbr. 90⅓. P. 90⅓. G. Kur- u. Nm. Pfandbr. 90⅓. P. 90⅓. G. Schlesische Pfandbr. — P. — G. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. — P. — G. Preuß Bk.-Anth. Sch. 86 P. 85 G. Friedrichsd'or 13⅓. P. 13⅓. G. Ind. Goldm. a 5 Tlr. 12⅓. P. 12⅓. G. Disconto 3½. P. 4½. G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt Alt 89½. P. Berl.-Hamburg 68 G. Berl.-Stettin-Stargarder 89½. P. 89 bz. Berl.-Potsdam-Magdeb 52½. bz. u. G. Magdeb.-Halberstadt 103 G. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 54 P. Köln-Minden 76½. P. 76 G. Köln-Aachen 56 bz. Benss-Köln —. Düsseld.-Elberfeld 70 G. Steele-Vohwinkel 37 P. Niederschles.-Märk. 70½. bz. u. G. Niederschles.-Märk. Zweigbahn — Oberschles. Lit. A 92 P. Lit. B 92 P. Rheinische Actien 4½. proz. — 3proz. 75 G. Oberschles. — Rheinische Stamm-Prior. 71 G. Düsseldorf-Elberfeld — Niederschles.-Märk. 4proz. 82 bz. 3proz 91 bz u. G. III. Serie 90 bz. Friedrich-Wilhelm

Französische Zustände.

△ **Paris**, 22. Aug. Das Dekret, wodurch vier Zeitungen unterdrückt werden, zeigt aufs Neue, wie energisch man hier durchzugreifen entschlossen ist, wo es gilt, die Gesellschaft zu wahren gegen neue Versuche zur Störung der Ordnung. (Die Namen der vier Zeitungen haben wir gestern bereits mitgetheilt.) Das Dekret ist sehr bemerkenswerth wegen der Beweggründe, die es für die Maßregel anführt. Als solche werden angegeben die in diesen Blättern verbundenen Lehren gegen den Staat, die Familie und das Eigenthum, die fortwährenden Aufreizungsversuche gegen die Gesellschaft, die öffentlichen Gewalten und Behörden, die Armee, die Nationalgarde und ihre Führer, die Vertheidigung der Urheber des Dekret, sind der Art, daß wenn sie länger geduldet würden, im Schooße der Stadt Unruhe, Unordnung und Krieg von neuem beginnen würden; in Betracht nun, daß diese in großer Zahl und oft unentgeltlich in den Straßen, auf den Plätzen, in den Werkstätten und in der Armee in Umlauf gesetzten Blätter Werkzeuge zum Bürgerkrieg, und nicht Werkzeuge der Zwietracht sind, wird den Gesellschaftsfeinden, Trotzern oder Herausforderern der Gesetzesübertreter solle verhaftet werden, wurde aber nicht gefunden.— Wie wenig die Republikaner selbst Vertrauen setzen in den Bestand der Republik, davon mögen Ihnen die folgenden Thatsachen den Beweis geben. Vor mehreren Tagen schon wurde bei dem Gen. Cavaignac eine außerordentliche Berathung gehalten, welcher nicht allein die Minister und die Präsidenten der Seine und der Polizei, sondern auch der Präsident der Nationalversammlung und etwa 20 Repräsentanten verschiedener Farbe beiwohnten. Gegenstand der Berathung war der jetzige Zustand der Republik, und die Versammlung war vom General Cavaignac selbst veranlaßt. Schon seit einiger Zeit schreien extrem republikanische Journale fortwährend über Reaktion und betrogen die Anhänger der Monarchie, indem sie die Republik als in Gefahr befindlich erklären. Die Veröffentlichung der Aktenstücke der parlamentarischen Untersuchungskommission kam in der Versammlung zuerst zur Sprache. Es erhebt nicht an Stimmen, welche darin Gefahr für einige der Haupturheber der Republik, oder für diese selbst große Mißstände erblickten. Indessen kam man zur Ueberzeugung, daß man nicht mehr zurückgehen könne. Die Nationalversammlung war durch ein bestimmtes Votum gebunden, und General Cavaignac selbst erklärte in Anbetracht dieser Thatsache, daß er weder die Kraft noch den Willen habe, der offenen Verhandlung entgegen zu treten, wie beklagenswerth das Resultat vielleicht auch ausfallen möge. Dann wurde aufs Aeußerste die seindselige Stimmung besprochen, die sich überall in den Provinzen gegen Paris und selbst gegen die Provinzen kund gibt. Einige Redner bemerkten, diese Stimmung greife so sehr um sich, daß, wenn die Regierung ihr kein Gegengewicht entgegensetze, es bald nicht mehr möglich sein werde, sie zu bekämpfen. Fast die ganze Departementalpresse, einige wenige republikanische Blätter ohne Einfluß abgerechnet, ist von dieser Bewegung fortgerissen, man scheint sie mit aller Kraft unterstützen zu wollen. Aber eine noch viel ernstere Thatsache soll zur Sprache gekommen sein, nämlich, daß das Bestreben der Urheber der Unruhen vom 15. Mai Genugthuung zu erlangen beginnen, daß die Arbeit und die Geschäfte nicht wieder aufleben werden, so lange die Republik besteht; daß vielleicht ein König das Vertrauen schnell zurückführen, den Reichen Sicherheit geben, der Regierung mehr Bürgschaften der Dauer bieten, und folglich der Gesellschaft jenes Selbstvertrauen wiedergeben könnte, ohne welches sie unmöglich wieder ihre volle geregelte Thätigkeit annehmen kann. Wir müssen Alle bauen, sagen sie, und von heute auf morgen rechnen können, um Geschäfte zu machen, um Aufträge zu geben, um zu kaufen und zu verkaufen. Wenn nun aber die Republik ihre Versprechungen nicht erfüllen, wenn sie uns keine Arbeit geben kann, so würden wir ihr eine Monarchie vorziehen, unter der wir wenigstens unser Brod zu verdienen im Stande wären. Die weiße Bevölkerung ist aber in der Versammlung, als ihr sie die wahre Lage des Handels und der Industrie dargestellt wurde. Diese verschlimmert sich in der That immer mehr, statt sich zu verbessern, und das in der Jahreszeit, wo die großen Arbeiten zu Ende gehen und der Winter beranaht. Was wird Paris werden in 3 oder 4 Monaten, wenn die Geschäfte so wenig, als die Regierung auch dem gegenwärtigen Zustande Abhülfe herzuführen, wenn es nicht gelingt, die Geister des Elends zu bekämpfen! Um das Schreckensbild zu vervollständigen, erwähnten einige Anwesende noch der hereinbrechenden Cholera, von welcher bereits vereinzelte Fälle vorgekommen sind. Als ein Republikaner von gestern die Aeußerung wagte, daß man vor der Rückkehr zur Monarchie erst durch die rothe Republik vorgehen müsse, wurde er von dem allgemeinen Schrei der Versammlung zehntausend Fuß zurückgetrieben. Gen. Cavaignac soll sich erboben haben mit den Worten: Nie, nie! — In dem vorgestern verbeißten 2. Bande der Belege zum Berichte der Untersuchungskommission befinden sich auch der Bericht über die Nationalwerkstätten, die in der Wohnung Gobrier weggenommenen Papiere, endlich jene, die im Versammlungslokale der Repräsentanten Rue Castiglione weggenommen wurden. Die Kommission hat nicht alle bei Gobrier weggenommenen Dokumente zu veröffentlichen geglaubt; sie hat sie jedoch in den Archiven der Versammlung niedergelegt lassen, wo sie jedem Repräsentanten zur Einsicht offen stehen. — Paris man nach dem Sturme schließen, den gestern Hr. Creton in der Nationalversammlung hervorrief, so kann man sich auf die besiegten Debatten gefaßt machen für den Augenblick, wo die Verhandlung beginnen und die Rechtfertigung der in den verschiedenen Zeugenaussagen mehr oder weniger bloßgestellten Volksvertreter gehört werden wird. Die bösartigsten Beamten beschuldigen sich gegenseitig der Unsähigkeit der Unredlichkeit, des Verrathes und der Treulosigkeit. Herr F. Arago hat diese Anklagen getragen, gegen die Hrn. Pouillé und Lamoricière Beschuldigungen vorzubringen. Alle Mitglieder der Exekutivkommission stimmten überein in der Erklärung, daß sie Befehl gegeben hatten für die Vereinigung zahlreicher Truppen zu Paris vor dem 23. Juni, daß dieselben aber zu dieser Zeit sich nicht in hinreichender Anzahl vorfanden. General Cavaignac antwortet keinerlei, daß mehr als 20,000 Mann da waren, und der Militärintendant der 1. Division weist nach, daß sogar 23,419 Mann zu Paris, und in dessen Umgebung standen ohne die Mobilgarde, die republikanische Garde und die Nationalgarde. Hr. Trouve-Chauvel erklärt, daß er in den ersten Junitagen von der Exekutivkommission und vom Minister des Innern die Auflösung der Gesellschaft der Menschenrechte und die Verhaftung ihrer Mitglieder verlangt, die höhere Behörde aber das Einschreiten verweigert habe, da daß sie Gesellschaft ihr Unsichgreifen fortgesetzt und sich den Junikreignissen einen großen Antheil nehmen konnte. Eine Menge von Dokumenten weisen nach, daß Gauffidere in förmlichem Hantel mit der Emeute stand, welcher er Waffen und Munition lieferte, und daß Ludwig Blanc gleichfalls einen der Häupter des Aufstandes war. Eine Zeugenaussage beschuldigt La Grange, den Versuch gemacht zu haben, die Nationalgarde für den Aufstand zu gewinnen, und gibt zu verstehen, daß er es nur seinen Talenten zugnien als Redner verdanke, wenn er nicht verhaftet wurde. Herr Beaune wehrt sich mühsam gegen die Angabe des Hrn. Turet. Inmitten aller dieser sich durchkreuzenden Angaben, aller dieser Thatsachen, welche eine so große Anzahl von Repräsentanten bloßstellen, stellt sich Jedermann die Frage, wie diese Untersuchung endigen soll, die sich damit drohnt, Zweifel zu erregen und Exmittelungen anzuweisen, ohne irgend einen Beweis aufzufinden, da die Kommission durchaus keinen richterlichen Charakter hatte. Das einzige Mittel wäre vielleicht, aus dieser schwierigen Lage herauszutreten, wenn der Justizminister von der Versammlung die Ermächtigung verlangte zur Verfolgung der bloßgestellten Repräsentanten, so daß alle diese glühenden Fragen nicht zur Erörterung auf die Tribune kämen. Vor 8 Tagen war es unmöglich, eine mit ruhe Tagesordnung anzuweisen vor Veröffentlichung der Aktenstücke der Untersuchung, denn die Sache hatte zu viel Lärm gemacht, als daß man sie gehörig halten konnte. Jetzt aber, wo Jedermann die Aktenstücke kennt, muß die Justiz über das Mehr oder Minder der Schuld der bloßgestellten Individuin sich aussprechen.

Deutschland.

Der „Karlsruher Zeitung" entnehmen wir folgende Bemerkungen: „Aus der „alten" Zeit, d. h. aus den Tagen vor den großen und kleinen Umwälzungen, die wir erlebt, ist uns noch Vieles geblieben, das immer noch seinen gewissen Einfluß geltend macht; — die Macht der „vollendeten Thatsachen". Dieser Einfluß ist recht augenscheinlich hervorgetreten bei den jüngsten Bewegungen der hohen Politik in Bezug auf die italienischen Ereignisse. Wie ganz verschieden lautet die Sprache vor und nach der Unterwerfung Mailands! Wie sind die Forderungen der Engländer und Franzosen herabgestimmt worden, seit der gewaltige Sieg bei jenen Feldherrn mit all seinen Folgen als „vollendete Thatsache" da steht! Und dann dann die Einigkeit Deutschlands, wenn es gilt, seine Rechte und seine Ehre zu wahren, die allmählig den Augen des Auslandes sich ebenfalls als „vollendete Thatsache" darzustellen anfängt! Ganz eben so wird es und ergehen in Schleswig-Holstein. Möge der tapfere preußisch-deutsche Feldherr in Schleswig das vollmolle Beispiel seiner hierarchisch-deutschen Feldherrn in Italien nachahmen, darauf nachahmen, und über „vollendete Thatsachen" wird auch hier die hohe Politik nicht weggehen. Schade, daß unsere Kanonen nicht vor den Mauern Kopenhagens sprechen können: — wie bald wäre die ganze Geschichte beendigt, und es würde an Dänemark, zahlsamt seinen sonderbaren „Recht auf Schleswig", Niemand mehr denken! Dreiben unsere deutschen Brüder in Schleswig die Dänen gehörnt vor sich her, so wird auch dort sich mit Vielem zufrieden geben, das man jetzt zu hindern Meine macht. England und Frankreich mögen drohen; bis zur Verwirklichung der Drohung hat es noch gute Weile. Im eigenen Innern beider Staaten nagt der Wurm der Empörung, die in Deutschland bald ausgenagt hat; sollen die Geschicke Europa's mit der Schärfe des Schwertes entschieden werden, so wird man bald sehen, daß ein solcher Krieg Deutschland nur um so enger vereinigen wird, während in Frankreich vielleicht die Fahne der innern Empörung flattert. Und das länderverschlingende Albion, steht es im eigenen Hause so sicher, um fremdes Hausrecht verletzen zu dürfen? Wir werden sehen! Je rascher die Entscheidung er-

folgt, desto besser; die „Vermisster", die sich eine Art Obervormundschaft anzigen wollen, müssen es „wollen ets Thatsachen" dann ihr Amen sagen.

Baden. — Das auffallende Benehmen der kurhessischen Soldaten (siehe Beilage Nr. 48) in Mannheim erklärt nun ein Schreiben von da in Frankf. Journ. dahin, daß sie — von „Wangen, Flehen und anderen kurhessischen Reinen der menschlichen Haut" aus den Betten und Zimmern der Kaserne vertrieben worden waren. Auch in der zweiten Nacht verfolgte das Ungeziefer die Soldaten, welche ihre Lagerstätten im Kasernenhof aufgeschlagen hatten, auch bis dahin, und so erklärt sich auch der plötzliche Aufzug aus der Stadt selbst. General Hofmann ist von Karlsruhe zur Untersuchung der Sache in Mannheim angelangt, wird aber schwerlich gegen diese Art Feinde etwas ausrichten können. Die Kurhessen sind am 21. in die Stadt zurückgekehrt und bezogen die Kaserne, welche seitdem gehörig gereinigt worden war.)

K. Sachsen. — Bei einer am 20. bei Leipzig gehaltenen Volksversammlung wurde beschlossen, an den Minister Oberländer das Gesuch zu richten, daß er seinen Posten beibehalten möge.

Leipzig, 18. August. Die „Leipziger Zeitung" enthält folgende Mittheilung: Sicheren Vernehmen nach ist die letzte Lieferung von Unterschriften zu der Petition mit dem Schlußworte „keine Republik" auch in Frankfurt in diesem Monat abgegangen. Das statistische Ergebniß ist sehr interessant, indem sich 27,972 Einzelne, 35 Gemeinden und Vereine zum Theil mit Angabe ihrer Personenzahl unterzeichnet, die Waldenburger unmittelbar über 900 Unterschriften einge endet haben, im Ganzen also ungefähr 30,000 Sachsen. — Rehnlichen Inhalts sind theils nach Frankfurt, theils nach Dresden Petitionen von Plauen, von Döbeln, von Dresden ergangen. Das ganze Land hat Augustusburg bei sich zu ganz gleichem Sinne aufgesprochen. Von Zittau aus ist eine Erhebung gegangen, welche die kompakte Masse der Landbewohner zum Schutz der Konstitution schaart. Ebenso ist der Kern der Städtebewohner, die Bürgerschaft, durchweg gesinnt. Auf dem platten Lande ist eine geringe Abweichung Mancher nur an wenigen Orten, wo der Einfluß einiger Wühler sich bemerklich gemacht hat, bis jetzt zu finden gewesen. Diese Thatsachen sind aber so unbedeutend in thatsächer Hinsicht, daß sie in der Petitionsangelegenheit kaum in Betracht kommen können.

Schleswig-Holstein. — Nach den letzten Nachrichten stehen an der südländischen Grenze 10,000 Mann deutscher Reichstruppen bereit und schlagfertig, um dieselbe auf den ersten Befehl zu überschreiten.

Kiel, 20. August. Die einstweilige Vertagung der konstituirenden Versammlung ist seit gestern eine vollendete Thatsache geworden. Nachdem die Debatten über die Modalität des (mit 73 gegen 26 Stimmen in der gestrigen Sitzung von 73 gefaßten) Vertagungsbeschlusses vorgestern begonnen hatten, wurden solche in der gestrigen Sitzung bis auf sehr kleinen Unterbrechungen 12 Stunden dauernte, fortgesetzt und beendigt. Die Anträge der Majorität des Ausschusses sind mit kleinen Modifikationen angenommen, d. h. die Versammlung vertagt sich bis zum 16. f. M., vorbehaltlich einer früheren Berufung durch das Bureau (Präsident, 2 Vizepräsidenten und 4 Sekretäre), welches also zur Stelle bleibt. Der Verfassungsausschuß beendigt seine Arbeit; eine Adresse an den Reichsverweser wird nicht erlassen. Den Schluß der gestrigen Verhandlungen machte das Entlassungsgesuch des Ministers Dr. Olshausen, welchem die provisorische Regierung zu entsprechen, sich nicht ermächtigt gefunden hatte. Die Komtesse der Landesversammlung für Ertheilung jener Demission ward Gegenstand einer lebhaften Diskussion, wurde aber mit bedeutender Majorität anerkannt. Das Resultat war der Beschluß einer Antwort an Hrn. Dr. Olshausen, daß die Versammlung bedauernd seine Angabe („Meinungsverschiedenheit mit den übrigen Mitgliedern der provisorischen Regierung war der angegebene Grund des Schrittes) erhalten habe und ihrer Seits kein Hinderniß seinem Austreten stattsinde. Hauptsächliche Sensation erregte schließlich die Abstimmung über den Antrag des Zimmermeisters Riegen, daß der Dank des Landes Hrn. Olshausen votirt werde, welcher mit 59 Stimmen gegen 44 durchfiel — eine entschiedene Niederlage der linken Seite. So endete nach 5 Tagedurchsitzen eine entschiedene Niederlage der linken Seite. So endete nach 5 Tagedurchsitzen — eine entschieden

Bayern und die Wühler.

(Zweiter Artikel.)

** Seit unser letzter Artikel unter dieser Ueberschrift erschien, sind noch so manche Thatsachen zu unserer Kenntniß gekommen, welche noch weiteres Licht verbreiten über das System, das die Wühler und Anarchisten jetzt befolgen, um zu ihren Zwecken zu gelangen. Und sie arbeiten daran in der That mit einer Consequenz und Beharrlichkeit, die einer besseren Sache würdig wären; diese Gerechtigkeit müssen wir ihnen widerfahren lassen.

Dieses ganze System — und ein solches ist es — läßt sich in wenigen Worten zusammenfassen.

Nachdem man die Ordnung nicht mit einem Schlage umstürzen und vernichten konnte, will man sie nun mit Nadelstichen tödten. Was wir von der Ordnung hier sagen, gilt auch von der konstitutionellen Monarchie als ihres festesten Stützpfeilers. Wir werden uns sogleich näher erklären.

Mit erkünstlichem Aerger und Unwillen hatten die Feinde jeder gesetzlichen Ordnung, denen es nur um Unruhe um jeden Preis zu thun ist, gesehen, wie nach den Märztagen das Volk überall an seinen konstitutionellen Fürsten festhielt, wie es diese nicht wie sie gehofft und berechnet hatten stürzte, sondern vielmehr sich um sie schaarte, um gemeinsam mit ihnen das Werk des aufzubauenden Neubaues der Freiheit und Einheit Deutschlands anzufangen und weiter zu führen. Auch die Treue der Heere hatte man nicht auf die Dauer und hinreichend zu erschüttern vermocht, selbst in Baden und Würtemberg nicht, wo die anarchische Partei in dieser Hinsicht am thätigsten gewesen war. Auch dort hatten sie nur vorübergehende, ephemere Erfolge erzielt, und bald kehrte auch unter jene Truppen bei einem Waffenstillstand wankend gemachter gute Gesinnung wieder, die bereits endlich die Oberhand. In den größeren Staaten Deutschlands war es nie gelungen ihn zu erschüttern. In Oesterreich, Preußen und Bayern scheiterten alle, auch bei den Heeren dieser Staaten gemachten, Versuche solcher Art.

Endlich waren nach den Märztagen überall Minister aus Ruder gekommen, welche die Volksstimme selbst als Männer bezeichnet hatte, die das vollkommenste Vertrauen einflößten, Männer, die durch Reinheit und Unabhängigkeit des Charakters, Redlichkeit der Gesinnung, wahre Vaterlandsliebe, Willenskraft und tüchtige Befähigung alle Bürgschaften in sich vereinigten, so wie sie durch ihr früheres öffentliches Leben und Wirken, als Mitglieder und Führer meist der konstitutionellen Opposition in den Kammern der einzelnen Staaten, den Beweis geliefert hatten, daß sie voll Hingebung für die öffentliche Sache, den Völken, zu denen sie berufen wurden, auch gewachsen waren.

So waren also die Hauptzwecke der Wühler vereitelt. Die Fürsten waren auf ihren Thronen geblieben, die Bürger hatten sich in ihrer großen Mehrheit nicht durch das Trugbild der angestrebten Republik verleiten lassen, vielmehr Klarheit des Urtheils und unbefangenen Blick genug bewahrt, um zu sehen, daß die konstitutionelle Monarchie eher und sicherer zu dem angestrebten Ziele wahrer Freiheit führe. Volksthümliche Verwaltungen gaben die Aussicht auf Befestigung der konstitutionellen Institutionen, und die Heere zeigten sich treu ihrem Eide und voll Hingebung wie immer.

Das Alles machte aber natürlich die Rechnung der Wühler nicht. Ein gewaltsamer Versuch zum Umsturze wurde gemacht; aber das Unternehmen Hecker's und seiner und Frankreich hochgelehrnen Helfershelfer für Einführung der Republik endete mit einer schmählichen Niederlage. Von diesem Augenblicke an trat die neue Taktik in Wirksamkeit. Was die Gewalt nicht durchsetzen vermochte, sollte nun die List erreichen. Gegen die Fürsten direkt war nichts auszurichten, das sahen die Wühler wohl, daher betriebe man sich nun, gegen ihre Räthe, gegen die Minister Mißtrauen im Volke zu erregen. Mochten es auch die auserkannt redlichsten, mit dem Volke wohlmeinendsten Männer sein, gleichviel: sie wurden als Reaktionäre, als Männer der Willkür verschrien. „Reaktionär" war und ist überhaupt das Schlagwort, das gegen jeden misliebigen, der nicht in das Horn der Wühler zu blasen sich herbeiläßt. Lüge, Verläumdung, Verdächtigung, Schmähung, das waren und sind die Waffen, mit denen diese Kämpen neuer Sorte die ihnen anstößigen Männer zu verfolgen unermüdlich fortfahren. Die der Freiheit, der Gringung eines wahrhaft konstitutionellen Systems geleisteten Dienste der angefeindeten Männer wurden vergessen: sie nahmen ja jetzt eine hohe Stellung ein, und über sind sie hinreichender Grund, sie zu verdammen, sie in den Staub zu ziehen. So erging und ergeht es in Preußen Camphausen, Hansemann, Auerswald, Milde und Kühlwetter; in Baden dem trefflichen Staatsrath Welk und Mathy (den man kurzweg als Hochverräther am Volk erklärte, weil er mit seltenem Bürgermuthe des berüchtigten Fickler Verhaftung bewirkte); so ergeht es in diesem Augenblicke Männer Gagern, dem hochverdienten, dem jetzigen Minister Jaup in in Hessen, dahelbe Schicksal hat in Baiern der Minister des Innern, Frhr. v. Thon-Dittmer. Leute, über deren Persönlichkeit wir uns jedes Urtheils enthalten, weil es unser Grundsatz ist, nicht auf Persönlichkeiten einzugehen, verfolgen ihn mit ihren Schmähungen, mit ihrem Geifer: vergeblich, denn die guten, die wahrhaft patriotischen Bürger haben sich dadurch nicht irre machen lassen. Wühler und Anarchisten wußten dabei jeden, auch den geringsten Anlaß mit einer allerdings nicht zu verkennenden Geschicklichkeit auszubeuten. Gegen das System der Verwaltung im Allgemeinen konnten sie nicht Stichhaltiges vorbringen, daher setzen sie sich an Detailfragen. Ueber den geringen Umfang — und welche Verwaltung macht deren nicht? — wurde sogleich ein Lärm erhoben, als sei das ganze Vaterland in Gefahr, wieder unter das alte gestürzte System zurückzufallen. Da begann dieses System der alltäglichen Lügen, mit denen man in die Gemüther den Keim des Mißtrauens und der Erbitterung zu legen suchte, jener Lügen, von denen die eine nach der andern in ihrer ganzen Nacktheit aufgedeckt wurde. Es gibt aber Verdächtigungen, welche von solcher Art sind, daß ein Ehrenmann, der sich der muckelosen Reinheit seines Wollens und Handelns bewußt ist, es unter seiner Würde finden muß, darauf zu achten oder gar zu antworten. So betrachteten offenbar der Minister des Innern und seine Amtsgenossen das abgeschmackte Gerücht wegen des Hausschatzes, das nun durch einige Lokalblätter in's Publikum zu bringen gewußt hatte. Man durfte erwarten, daß der gesunde Menschenverstand, wenn nicht das Vertrauen in die Redlichkeit der am Ruder stehenden Männer, hinreichen werde, daran Gerechtigkeit zu üben. Denn das wird wohl kein Unbefangener in Abrede stellen, daß, wer im Stande war, auf ein solches Gerücht irgend einen Werth zu legen, den betheiligten verantwortlichen Männern eine über die Massen niederträchtige Handlung unterstellte. Ergleichen Unterstellungen heben vor Ehrenmann aber nicht auf, er verachtet sie. Angenommen also, es sei ein politischer Fehler gewesen, daß das Ministerium nicht gleich anfangs diesem Gerüchte widersprach, so war diese Unterlassung jedenfalls durch die ehrenwerthesten Beweggründe hervorgerufen. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir sagen: nicht Gehäimnißtramerei, als Ueberbleibsel des früheren Systems war es, die das nun vorgefallene Stillschweigen der Regierung auf die in den aufgeschrienen Verdachte liegende Anschuldigung veranlaßte: die Männer, welche jetzt das Ruder führen, besitzen gewiß jede Gelegenheit willkommen, wo ihnen vergönnt ist, offen all ihr Thun und Handeln darzulegen; es war nur das Selbstgefühl, das jeden Mann von Ehre und Charakter abhält, sich gegen einen Verdacht zu vertheidigen, der seiner unwürdig ist.

Man hat die Frage aufgeworfen, ob nicht durch rechtzeitigen Widerspruch den beklagenswerthen Vorfällen des 21. August dürfte vorgebeugt werden können? Wir gestehen, daß wir dies sehr bezweifeln. Hätte man diesen Vorwand nicht mehr gehabt, so hätte man eben einen andern vom Zaune gebrochen, und wäre am Ende doch zu demselben Entresultate gelangt. Es scheint eben ein Krawall um jeden Preis, wo nicht mehr, für den 21. August beyredt gewesen zu sein. Daß man in München nicht spielte an einem solchen arbeitete, das ist die höchst wahrscheinliche Thatsache, daß an dem gleichen Tage — wie daselbe Zusammentreffen auch am 15. Mai hervortrat, — zu Paris, Wien, Berlin ähnliche Bewegungen ausbrachen. Die famose Wiener Deputation, die ein so schlechtes Ende in Bayern genommen hat, war augetommen seit am Vorabend des verhängnißvollen Tages. Schnellreitende Gerichtsdiener hatten zwar versichert, wenn der Minister des Innern das erste Mal gleich der Deputation diejenige Antwort gegeben hätte, er in Abends gewährte, so wäre Alles verhütet worden. Man hat dabei nur einen sehr wesentlichen Unterschied zu machen vergessen: die erste Deputation, welche den I. Bürgermeister Hrn. Dr. Bauer genöthigt hatte sich an ihre Spitze zu stellen, forderte Einstellung der Arbeiten vom Hausschatze, diese neue unzufriedene, ungezogene Zordrung wurde mit Entschiedenheit zurückgewiesen, wie es gesehen mußte; die spätere zweite Deputation aber verlangte nur eine Erklärung vom Minister, und diese konnte allerdings gegeben werden.

Aber, wir wiederholen es, die ganze Geschichte mit dem Hausschatz war nur Vorwand: der wahre Zweck und Charakter der Bewegung sprach sich in ihr auf dem Abhange gefrorenen Worten aus: „die Anarchie müssen wir haben, sie ist der einzige Weg zu unserer Rettung," und in dem zusammenden Rufe der Versammlung. Während dies vorging, war unter den Massen ein Flugblatt als Extrabeilage des hiesigen Blattes „Vorwärts" verbreitet worden. Darin war kurzweg der ganze Staatsstreich als Gegenwurf der auf dem Rathhaussaale versammelten sogenannten Münchener Bürger erklärt, und eine Sprache geführt, über welche wir unsern Lesern das Urtheil einer der angesehensten bayerischen Blätter, des Nürnberger Korrespondenten vorführen wollen. Der Nürnb. Korresp. hebt zuerst hervor, wie dringende Anzeigen vorliegen, „daß von gewisser Seite verdammungswürdige Mittel einer künstlichen Agitation in Bewegung gesetzt worden sind," wie der „Verdacht eines verborgen wirkenden Systemes" angentheilhaft verbreitet worden sei, wie erwähnten Blattes, und sagt dann: „Wenn in diesem fast gemein geschriebenen Flugblatt der gegenwärtigen bayerischen Regierung, die aus den redlichsten Männern der ehemaligen Opposition zusammengesetzt ist, der Vorwurf der schamlosesten Reaktion gemacht, wenn in ihm mit eben so niedriger als boshafter Ironie von einigen Miesterissen, von Windischgrätz, Kanaille, Knechtschaft und Ketten gefabelt, wenn nicht gefabelt, sondern mit Bezug auf sein Uebertriebenes in die Oeffentlichkeit gesehlendert wird, kann wird wohl nichts Milderes gesagt werden können, als daß sich der über die Verpachung des Schatzes eingetretenen Erregung Elemente zu benächtigen suchten, welche viel weitausgehendere Zwecke als den nominell vorangestellten verfolgten. Sollte übrigens mehr sein, was die neue Münchener Zeitung meldet: daß nämlich der Rathhaussaal-Deputation die Erklärung für nothwendig erklärt habe, dann würden wir kaum zögern, den Satz auszusprechen, eine bekannte Partei habe sich des Mißgriffes des Mini-

steriumd des Innern zu bedienen gesucht, um durch Mißbrauch der Massen eine neue Umwälzung zu Wege zu bringen."

Wie wiederholen noch einmal ausdrücklich, daß allerdings die „Anarchie" gepredigt wurde, und somit die Losung, welche der Nürnb. Korresp. daraus zieht, ihre volle Gültigkeit und Kraft erhält.

Wir können nicht umhin, auch die folgenden ernsten und beherzigenswerthen Betrachtungen hier beizufügen, welche der Nürnb. Korresp. an diese Vorgänge knüpft, indem er sagt: „Faßt man nun den Zusammenhang aller dieser Ereignisse in der hier bezeichneten Weise auf, so tritt noch ein weiteres sehr ernstes Moment hinzu. Denn stehen die in diesen Tagen in München hervorgetretenen Thatsachen nicht allein in der Linie der Entwicklung in der Geschichte unserer Zeit vereinzelt da? oder finden wir nicht vielmehr alle jene an ihrer bereits stereotyp gewordenen Physiognomie so leicht erkennbaren Thatsachen wieder, welche bald da, bald dort sich dieses oder jenes zufälligen Umstandes bemächtigten, um die süße Gewohnheit eines außergesetzlichen Zustandes zu nicht abzudenken kommen zu lassen, um die Kraft der Autorität mit jedem Tage mehr zu schwächen, um sie durch unaufhörliche Neigung kleine Schäden mit der ganzen gesellschaftlichen Ordnung dem letzten großen Schlage gegenüber in einen völlig widerstandslosen Zustand zu versetzen? Nicht Das ist das Gefährdrohende an unseren gegenwärtigen Zuständen, ob diese oder jene Form der Gewalt zuletzt als Siegerin aus dem Kampfe hervorgehe, sondern darin liegt die Gefahr, daß alle Formen flüssig werden, alle bürgerliche, gesellschaftliche Existenz sich schließlich in ein zerrissen Chaos auflöse, in welchem jene Welt des Despotismus und des Cäsarismus wieder durch die Nächte und so fort ohne Aufhören weitergeschritt wird. Wir müssten und sehr irren, wenn die letzten Münchener Ereignisse dieser entlosen Bewegungsfette nicht ein neues Glied anzufügen versucht hätten."

Unsere Leser mögen darauf urtheilen, ob wir Recht hatten zu sagen, wie wir Eingangs dieses Artikels gethan, daß man die Ordnung jetzt langsam und mit Nadelstichen tödten wolle.

Auch nach dem 21. Aug. werden die inneren Anschuldigungen und Verdächtigungen gegen den Minister des Innern ununterbrochen fortgetzt. Anonyme Briefe selbst mit Drohungen, gedruckte offene Briefe gleichfalls von Namenlosen aufgehend, werden ihm gesendet, letztere auch offen im Publikum verbreitet, kurz man setzt alle Hebel in Bewegung, um diesen Ehrenmann sein Amt zu verleiden, mit dem Vorbehalte natürlich, gegen jeden andern, der ihm nachfolgen würde, es gerade so zu machen. Das Ziel dieser Strebens, die zu Grunde liegende Berechnung, kann nicht zweifelhaft sein: man will so allmälig es dahin bringen, daß kein Mann von Charakter und Selbstgefühl mehr sich bekomme, sich auf die mit tausend Dornen besäete Ministerbank zu setzen, und wenn dann der Keone es satt zur Unmöglichkeit geworden, verantwortliche Räthe zu bekommen, die gewiß wären, allen in solcher Stellung Se erwartenden Unbilden zu trotzen und nur der Stimme ihrer hingebenden Vaterlandsliebe zu folgen, dann käme man auf indirektem Wege dahin, den ganzen Gang des Räderwerks der konstitutionellen Staatsmaschine gehemmt, thatsächlich unmöglich gemacht zu haben. So können die anarchischen Parteien dann hoffen, durch ihre Ränke doch zu erreichen, was ihrer Gewaltthätigkeit nicht gelang. So stehen die Dinge, da liegt die Gefahr. Aber auch da, hoffen wir, werden die Wühler und Anarchisten sich getäuscht finden. Wir vertrauen einerseits auf den auskauernden Muth der Männer am Ruder, die sich im Bewußtsein ihres reichen Strebens nicht durch solche Umtriebe beirren, nicht durch solche unwürdige Angriffe lassen werden; wir vertrauen andererseits der Einsicht, der richtigen Urtheile und des Unterscheidungsvermögens aller guten Bürger, die ihnen für kräftige Aufrechthaltung der Ordnung, des Gesetzes und damit der ersten Bedingungen zur Erhaltung und weiteren Entwicklung unserer konstitutionellen Freiheiten, mit energischem Beistande zur Seite stehen werden. Unser Vertrauen ist hierin schon bisher gerechtfertigt worden, es wird auch künftig nicht getäuscht werden."

Wir kämpfen einen ernsten, schweren, aber auch einen hohen Kampf, es ist ein Kampf der Freiheit gegen den Vandalismus und die Barbarei, auf die wir unvermeidlich zurückgeschleudert werden müßten, wenn es unseren offenen und den im Dunkeln schleichenden Gegnern und ihren verbündeten oder irregeleiteten Verbündeten gelänge, ihre heillosen Pläne durchzusetzen. Es gilt Rettung der höchsten Güter der Menschheit: der Freiheit, des Eigenthums, der Familie, des Gesetzes, der Ordnung, kurz Alles dessen, was die Grundlagen des menschlichen Daseins ausmacht und bedingt. Wo ein solcher Preis auf dem Spiele steht, welcher Mann, der diesen Namen verdient, würde da nicht zu der höchsten Entschlossenheit, zum Aufbieten der äußersten Kraft, zur Entwicklung des ausdauernsten Muthes sich gehoben, angespornt fühlen! Es gilt, Alles für Alles einzusetzen, damit die Gesellschaft nicht in Trümmer gehe, damit das erschütterte Schiff von den rings es umtobenden Sturmwogen nicht vollends in den Abgrund gerissen oder auf verrätherische Klippen geschleudert werde, um daran zu zerschellen.

Die Gefahr ist nicht verdeckt, wie so viele sich und uns überreden möchten, weil dies ihren und unseren Wünschen entspreche, und wie so viele Andere glauben machen wollen, weil es so besser für ihre Zwecke paßt. Man will und einschläfern, damit wir ruhig und unthätig die Hände in den Schooß legen, während man uns den Boden unter den Füßen unterwühlt. Man will und eine Binde über die Augen ziehen, während wir mit dem römischen Dichter ausrufen müssen: jam proximus ardet Ucalegon! Aber eure Sirenengesänge werden uns so wenig verlocken, als eure Wuth, eure Drohungen und einschüchtern. Mannhaft gilt es jetzt zu stehen auf seinem Posten, und könnte unser Ruf ungehört verhallen, sollte es — was wir nicht für möglich halten — dem Geiste des Bösen und der Zerstörung gelingen, je die Oberhand zu behalten, so wollen wir lieber nach ehrenvollem Kampfe unterliegen, und unter den Trümmern der Freiheit begraben werden, als des siegenden Anarchie und Barbarei noch kriechend die Füße küssen. Wahrheit sind wir dem Lande schuldig, wie wollen sie ihm geben. In der Wahrheit liegt die Freiheit. Das Verbrechlichen der Gefahr wäre eine schlechte Politik, die Gefahr würde dadurch nicht beseitigt, uns vielmehr am Ende nur über den Kopf wachsen. Wer die Gefahr nicht sieht, dem wollen wir sie zeigen; wer sie sieht, der hat auch die Pflicht, davor zu warnen, wenn er nicht Verräther an der guten Sache werden will.

Wir werden uns von Erfüllung dieser Pflicht am allerwenigsten durch den banalen Vorwurf abhalten lassen, als arbeiten wir im Sinne der Reaktion. Wie haben schon oben diesen Punkt berührt. Derselbe Vorwurf wird auch andern ehrenwerthen Blättern (dem Nürnb. Korresp. z. B.) wie überhaupt Allen gemacht, die nicht Chorus machen mit den Schreiern und Wühlern, die in solcher Gesinnung uns nur ein mitleidiges Achselzucken abgewinnen; jene, von denen er kommt, glauben selbst nicht daran. Die fühlen uns durch dergleichen Verdächtungen und Schmähungen nur geehrt im Achtrracht der Quelle, aus welcher sie kommen; andererseits können wir uns darüber, weil wir darin den Beweis erkennen, daß unsere Stimme nicht wirkungslos bleibt. Jede illae irae! Wir achten jede Meinung, die aufrichtig ist; der Gewissenheit aber haben wir nichts entgegenzusetzen, als unsere tiefste Verachtung.

Allen guten Bürgern aber rufen wir aufs Neue zu: nur Einigung gibt Stärke.

Die Aula und die akademische Legion in Wien.

(Aufschlüsse.)

Die jüngsten Ereignisse in Wien haben wiederholt die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Aula und die akademische Legion gerichtet, welche insbesondere durch ihr im höchsten Grade ungebührliches Benehmen bei der letzten großen Parade einen Sturm des öffentlichen Unwillens gegen sich verursachten. Allgemein wird die Frage vernommen, wie es denn möglich sei, daß die akademische Legion, welche ihrem Namen nach aus Studenten bestehen müsse, 4—500 Mitglieder zählen und einen so mächtigen Einfluß auf die öffentlichen Verhältnisse Wiens und selbst auf den Gang der Regierung ausüben könne?

Die Antwort auf diese Frage ergibt sich von selbst, wenn man mit den Verhältnissen der Wiener Akademie vertraut ist und nicht den Mißstand deutscher Universitäten an diesen Institut und seine Schüler legt. Die Akademie in Wien ist weit entfernt, auf einer gleichen Stufe mit den deutschen Universitäten zu stehen, so in wissenschaftlicher, wie in moralischer Beziehung. Beim Beginn der Märzrevolution stürmte begleich alles, was nur einigermaßen auf gelehrte Bildung Anspruch machte, die Doktoriten, Literaten, Beamten des unteren Ranges, Schreiber, Magister der Chirurgie, denen sich die Badergesellen anschlossen, zur akademischen Legion. Diese, anfangs ziemlich schwach, nahm diese fremden Elemente willig in sich auf und suchte sich wo möglich noch weiter auszudehnen. Indem sie auch die polytechnische Schule in ihren Kreis zog, und da die Anzahl der polytechnischen Schüler an sich eine sehr geringe ist, so wurden alle Gewerbe, welche nur immer den Namen Technikee ansprechen, gleichfalls in die akademische Legion aufgenommen, z. B. Mechanikergehilfen, Goldarbeiter, Schlossergesellen. Diese bilden die Fünfte der Legion und bei Aufzügen den Uebergang zu der großen Zahl der gewöhnlichen Arbeiter und Proletarier; daher der höchst betrübende Anblick, wie wir jüngsthin sahen, diese scheinliche Macht zur Verfügung der Aula gerufen und bereit zu sehen. Daß dieselben auch durch theils zu einem Umfang leicht zu gewinnen sind, hat leider die Erfahrung gezeigt. — In die Zeit der Bildung dieser Legion fällt auch die Sitte, daß in Wien Demonstrationen fast aus allen Seiten der Monarchie mit und ohne Fahnen einrasen, die auf der Andrucht von Parteien und Körperschaften oft sehr feierlich empfangen und bewirthet wurden. Bald aber erstuhr man, daß solche Demonstrationen häufig nichts weiter, als zusammengelaufene Leute waren, ohne alles Mandat, vielleicht nur in der Absicht, um kostenfrei eine Reise zu machen, fetirt und bewirthet zu werden. Seitdem wies man derlei Demonstrationen einfach zurück, um so mehr, als sich nicht selten sehr verdächtige Menschen darunter befunden hatten. Das zuvellen wühlerische Gesinnung und Absichten diese Demonstrationen gefärbrich machten, ist leicht zu erraten. — Das diesen Gründen nun wies es nicht mehr so auffallend sein, daß sich Individuen wie Grimaler, der Pseudodoktor Lorne in angeblichen Deputationen, welche von der Wiener Aula ausgehen, einschleichen, so sich selbst an die Spitze derselben stellen konnten.

Deutsche Reichsversammlung.

λ **Frankfurt**, 25. August. In der heutigen 65. öffentl. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung antworteten die Minister auf die seither an sie gerichteten Interpellationen, und zuerst der Reichskriegsminister auf die Interpellation in Betreff der Ausführung der Anordnung wegen der Feier des 6. Aug. Er bemerkte, daß dieser Anordnung in allen deutschen Staaten genügt worden sei. In Hannover sei zwar am

6. August das Heer nicht ausgerückt, es sei blos ein einfacher Tagesbefehl ergangen, der dem Heere den Regierungswechsel ankündige. Allein später sei der Befehl erlassen worden, die deutschen Farben anzulegen und daß die Nachbildung der förmlichen Parade und der Hoch- von der hannoverischen Regierung in nahe Aussicht gestellt sei. In Preußen sei zwar nicht der Form, wohl aber der Sache nach (durch den Armeebefehl) der Befehl vollzogen. Von Seite jener preußischen Anhänger, die in Bundesversammlungen stehen, sei durchaus nichts erfolgt, weder eine zweite Interpellation wegen einer friedlichen Aeußerung, welche durch die Zeitungen zur Oeffentlichkeit gelangt war, lehnte der Minister die Antwort ab. Abgedrochene Sätze aus einer vertraulichen Korrespondenz ohne Wissen des Urhebers etwa veröffentlicht, sollen nicht in den Bereich seiner Verantwortlichkeit. Die Linke war bei seinen Antworten nicht befriedigt, sondern stellte Anträge, um ihren Besorgnissen Abhilfe zu verschaffen. — Der Minister des Aeußern erwiderte auf eine Interpellation, daß der bei den Zusammenkünften bethätigten Einheit, daß er zwar keine offizielle Anzeige darüber habe, ob Deutsche dabei betheiligt seien oder nicht, aber der nach Wahrscheinlichkeit deutsche Legionäre sei beunruhigt, darüber genaue Erkundigung einzuziehen und nöthigenfalls deren Auslieferung zu verlangen. Der französische Gesandtschaftsrath, mit dem er darüber konferirt habe, habe ihm alle Anregung auf baldige Lösung der Frage eröffnet. — Der Minister des Innern ertheilte auf die Anfrage wegen der böhmischen Wahlen, daß das Ministerium bereits weiterhin den betreffenden Vorschlag der Reichsversammlung dem Wiener Ministerium mitgetheilt, aber bis zur Stunde keine Antwort erhalten habe; — auf die Anfrage wegen des österreichischen Gesandtschaftsverbotes, daß der österreichische Gesandtschaftsrath erklärt habe, der Regierung habe blos in Absicht auf die Volksversammlung das Ganze Beschränkte angeordnet und das Verbot sei schon wieder aufgehoben worden, sobald sie entsehen sei, genauer der Minister selbst sich nicht, falsche auf eigene Verantwortung zurückzunehmen; er werde darüber dem Reichstage Vorlage machen." Wenn sei diese Vorlage erfolgt und der Ausspruch des Reichstags habe auf Aufhebung des Verbots angetragen, so sei dahin die allerdings förmliche Aufhebung zu erwarten. Auf die Anfrage von Jahn und mehr Ministerium gegenüber den Kommunisten und radikal-demokratischen Vereinen zur Sicherheit Deutschlands zu thun gedenke, antworteten dagegen, daß das Ministerium das Associationsrecht als eines der heiligsten Rechte der deutschen Staatsbürger betrachte, ohne darum zu verkennen, daß Missbrauch von diesem Rechte möglich, oder eine Beschränkung desselben nöthig sein könne. Die Centralgewalt müsse aber die Sorge hierfür zunächst den Einzelregierungen überlassen und könne daher zur Zeit irgend gleiche Maßregeln in dieser Richtung nicht ergreifen. — Der Minister der Justiz bemerkte auf eine derselbe gestellte Anfrage, daß die Entwurf einer Preßgesetzes einer Vollberatung nahe sei und wahrscheinlich schon nächsten Montag der Versammlung vorgelegt werden könne. — Vor den genannten Ministern hatte der Finanzminister einen Bericht über den vermuthlichen Ausfällen vorgetragen, und Vorlagen über die Tilgung der Verbindlichkeiten für die nächste Zukunft versprochen. — Zur Berathung des Berichtes beschloß die Versammlung einen besonderen (Finanz-) Ausschuß niederzusetzen und denselben nächsten Montag durch die Abtheilungen wählen zu lassen. — Freudige Sensation erregte es, als der Präsident anzeigte, daß auch aus den russischen Ostseeprovinzen ein Beitrag zur deutschen Flotte (worin ich nicht irre 75 Lstr.) eingegangen sei. — Hierauf ging man zur Berathung der einzelnen §§ des Art. III. über. Es sprachen über die §§ 11 und 12 mehrere Redner (z. B. Ehinnes, Behr, Arneth, Linde, Gagern, Kotschy), ohne daß sie etwas wesentlich Neues vorgebracht hätten. Gegen halb 3 Uhr ward die Debatte über diese §§ als geschlossen erklärt und die Fortsetzung der speziellen Diskussion für die nächste Sitzung — Montag den 28. d. anberaumt.

Deutschland.

Bayern. — +München, 27. Aug. — In der gestrigen Staatsrathssitzung wurden nachstehende Gesetzentwürfe berathen und heute den ständischen Ausschüssen übergeben, nämlich: 1) über die Rechtsmittel gegen die von dem Assisienhofe erlassenen Urtheile; 2) das Ungehorsams-Verfahren bei den mit Todes-, Ketten- oder Zuchthausstrafe bedrohten Verbrechen betreffend; 3) die Untersuchung und Aburtheilung der Ausschlags-Defraudationen betreffend; 4) die Abänderung der Verordnung vom 9ten August 1806 über den Wilddiebstahl betreffend; 5) die Zuständigkeit der Gerichte in Rechtsstreitigkeiten über den Grad des Milderschadens betreffend. Wie wir hören, soll jetzt nur noch eine Vorlage und zwar im Laufe dieser Woche gemacht werden, so daß das neue Gerichtsverfahren, wenn sich die Ausschüsse beeilen, vielleicht im Laufe des Monats Oktober eingeführt werden kann. Der noch rückständige Gesetzentwurf betrifft das Verfahren bei Verzehen und falschen Verbrechen, bei welchen keine Geschworene zugezogen werden.

Baden. — Freiburg, 23. August. Heute wurde in öffentlicher Sitzung des hiesigen Hofgerichts in Preßprozeß verhandelt gegen den Herausgeber von Peters Volksfreund, Buchdrucker Hoffinger in Rheinfelden (Kanton Aargau). Der angeschuldigte Artikel befindet sich in Nro. 2 des Volksfreundes und ist betitelt: „Rede der Fürsten mit den Russen zur Wiederaufrichtung Deutschlands." Hoffinger wurde (in contumaciam) zu einem Jahr Arbeitshausstrafe und in die Prozeßkosten verurtheilt, wegen Aufforderung zu hochverrätherischen Unternehmungen und Anfrur[illegible] allgemeiner bewaffneter Erhebung des Volks zum Zwed des Umsturzes aller monarchischen Verfassungen in Deutschland.

(Nr. 3.)

Preußen. — ⊙ Berlin, 25. August. In der gestrigen Sitzung des konstituirenden Reichstages wurde der § 3 des Gesetzentwurfes zum Schutz der persönlichen Freiheit, welcher lautet: „Diese Bestimmungen (§§ 1 und 2) bleiben außer Anwendung auf Personen, welche zu ihrem eigenen Schutze, oder während sie die Ruhe, die Sittlichkeit oder die Sicherheit auf den Straßen und an öffentlichen Plätzen gefährden, polizeilich in Verwahrung genommen werden. Diese Personen müssen jedoch wenigstens binnen 24 Stunden entweder in Freiheit gesetzt, oder dem gewöhnlichen Verfahren überwiesen werden," mit einigen geringen Abänderungen angenommen. Der § 4: „Niemand darf vor einen andern, als den im Gesetz bezeichneten Richter gestellt werden. Ausnahmsgerichte und außerordentliche Kommissionen sind unstatthaft. Keine Strafe kann angedroht oder verhängt werden, als in Gemäßheit des Gesetzes," wird gleichfalls angenommen. — Am 23. wurde die Jahresfeier des Sieges von Großbeeren mit militärischen Festlichkeiten begangen. Die 2 hier stehenden Bataillone des 9. Infanterieregiments, welches sich an jenem Tage besonders ausgezeichnet hatte, rückten zur Parade und zu einem kleinen Feldmanöver aus. Mittags bewirthete der Frauen- und Jungfrauenverein 116 Personen, welche an dieser Schlacht Theil genommen hatten.

Den „Lidyg. Nachr." aus Berlin zufolge ist die preußische Regierung, welche bisher die Kosten der Frankfurter Reichsregierung verschossweise getragen hatte, nicht mehr gesonnen, weitere Zahlungen zu leisten; ja eine von Frankfurt auf die hiesige Seehandlung gezogene Tratte soll von dieser am 23. zurückgewiesen worden sein.

Oesterreich. — + Wien, 24. Aug. Endlich scheint die Regierung sich ermannen zu wollen. Der Sicherheitsausschuß ist aufgelöst. Das Ministerium hat laut einer Bekanntmachung vom heutigen, welche von allen Ministern unterzeichnet ist, die unmittelbare Leitung aller Maßregeln zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit in der Residenz übernommen. Die Nationalgarde wird unmittelbar und allein dem Ministerium untergeordnet, und auf allen Arbeitsplätzen, wo die geringen Unruhen statt fanden, ist die Arbeit eingestellt und sämmtliche Arbeiter, welche wieder zu öffentlichen Arbeiten zugelassen werden wollen, müssen sich über ihr bisheriges Verhalten und ihre Zustandigkeit ausweisen, wonach ihnen ein Arbeitsschein von dem betreffenden Bezirkskommissär ausgestellt wird. Eine zweite Kundmachung des Ministeriums, gleichfalls von allen Ministern unterzeichnet, macht bekannt, daß Widersetzlichkeiten gegen die Nationalgarde, Aufgereizte und tätlichere Angriffe nach §§ 71 und 74 des Strafgesetzbuches Cap. L., sonach mit schwerer Kerkerstrafe von 5 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft werden. Auch das aufreizende Tragen der Abzeichen der Nationalgarde und akademischen Legion wird als schwere Polizeiübertretung mit Arrest von 3 Tagen bis zu einem Monat bestraft. — Das Journal der Akademischen Oesterreichischen Zeitung (Organ des Hrn. Schwarzer) hatte jetzt eine weitere gehässige Sprache gegen Ungarn sowohl als die Arbeiter. In seiner heutigen Nummer enthält es einen Artikel aus Pressburg über die ungarische Denk- und Redefreiheit, in welchem das Verhältniß Ungarns zu Oesterreich und die Haltung des ungarischen Ministeriums gegenüber dem Banus sowohl als Oesterreich mit scharfen Worten hinter getadelt wird. Hauptsächlich ist es das Auftreten des ungarischen Ministeriums gegen den Banus, welches Oesterreicher und Soldaten, welche nicht gesonnen sind, die rebellischen Ungarn gegen die dem Kaiserhause treuen Kroaten zu unterstützen, welches einer scharfen Besprechung unterzogen wird. General Bechtold (ein Deutscher, wie wir leider schon einmal zu bemerken gezwungen waren) war bereits in seiner Magyaromanie so weit gegangen, einen ganzen Oesterreichers vom Oberst-Lieutenant mit Hängen zu strafen, weil es seine Bedenken und Kameraden vom Banat nicht morden wollte! Ferner wird den ungarischen Ministerium direkt vorgeworfen, daß es sich nicht schäme, in Kroatien und Slavonien „Spitzel" zu halten. — Diese Sprache dieses Journals beweist deutlich, daß das österreichische Ministerium nicht gesonnen ist, in dem Kampfe Ungarns mit Kroatien und Serbien theilnahmlos zu bleiben, vielmehr scheint es entschieden auf die Seite der dem Kaiserhaus und der constitutionellen Gesammtmonarchie treuen und aufrichtig ergebenen Kroaten und Serben treten wird.

Oesterreichische Monarchie.

Der ungarische Ministerpräsident Batthyany bestehlossen in einer Verordnung vom 15. August den Ban Jellachich des Bruches seines in Gegenwart des Erzherzogs Johann gegebenen Versprechens, die kroatischen Truppen von der Gränze zurückführen zu wollen, wenn die ungarische Regierung das Gleiche thun werde. Dies soll von dieser letzteren bereits befolgt sein. Die Verordnung über den Ban bei Warasdin herrschlichen Truppenmassen. Da nun dadurch die Besürchtung eines Angriffes so habe liegt, so verordnet der Minister die Aufstellung und Konzentration der größtmöglichsten Zahl von freiwilligen mobilen Nationalgardenkorps, und alle Vorbereitungen sollen getroffen werden, daß für den Fall eines Einfalles der Kroaten auf den von Pesth zu erwartenden ersten Anfruf der Feind durch eine allgemeine Volkserhebung zurückgeschlagen werden könne.

Die „Grazer Zeitung" vom 23. August veröffentlicht einen Erlaß des Central- und Generalkomitees der serbischen Nation zu Karlowitz in Syrmien, welcher die Abhaltung eines großen Marktes in Semlin bis zum 9. Oktober Martico vom 14. — 23. September verlündet, und den Handelsleuten aus den unteren Gegenden geradezu verbietet, den Markt

sogenannten „Entkauvungsmarkt“ zu beziehen. Semlin, heißt es in diesem Aktenstücke, ist durch seine Entfernung vom Kriegsschauplatze und seine Lage an der Militärgrenze hinlänglich geschützt vor magyarischen Gelüsten, da die Magyaren, welche vor der Macht der Militärgrenze zittern, nie den Muth haben werden, etwas gegen sie zu unternehmen. Semlin steht mit Wien durch die Savedampfschiffahrt bis Essek, dem bekannten Fruchtplatze und von da durch gebaute fast befahrene Straßen bis zu der Glogazniger Eisenbahn in Verbindung. Es hat demnach nebst allen übrigen Vortheilen noch diesen, daß man den ganzen magyarischen Revolutionsplatz ohne alle Schwierigkeit umgehen und mit der übrigen banalenden Welt zusammentreffen kann. — Der ungarische Handel und besonders Pesth erleiden durch diese Maßregel einen ungeheuren Nachtheil und es wäre nichts Unmögliches, wenn der Handels- und Gewerbsstand dieser Stadt eine Demonstration gegen das bestehende ungarische Ministerium ausführte.

Italien.

* Turin, 17. August. Der berüchtigte Garibaldi, der bekanntlich aus Montevideo zurückgekommen war, und in der piemontesischen Armee ein Kommando erhalten hatte, stieß nun bei und bestehe Standtrouille, durch welche er schon jenseits des Ticano in allgemeine Verwunderung auf sich gezogen hatte. Er hatte sich mit 1300 Mann an den Ticino zurückgezogen; am 14. brach er plötzlich von dort auf, indem er zwei Landergentthümer mit sorstübrte, die er als Anhänger Oesterreichs erklärte. So kam er nach Arona. Dort nahm er alle Barken weg, die vor Anker lagen, sene die vom lombardischen Ufer kamen, sowie die beiden Dampfschiffe, und ließ der Stadt eine Kriegsthener von 10.000 Lire auf, die er jedoch nachher auf 7000 vermäßerte. Diese besteht nach 20 Säcke Reis, 3 Säcke Haber und 1256 Rationen Brod. Bei seinem Abzuge nahm er die beiden Geiseln mit sich, landete zu Puino am lombardischen Ufer und ließ sie dort unmenschlich erschießen. Es scheint, daß er eben daselbst ein Gefecht mit einer kleinen Abtheilung österreichischer Truppen hatte. Die piemontesischen Behörden von Arona wendeten sich an die Regierung hier um Schutz gegen solche Gewaltthaten, welche selbst die Gazeta piemontese nicht in Abrede stellen kann. Diese Blatt kündigt auch an, daß die Regierung zur Beruhigung der Bevölkerung, zur Aufrechthaltung der so schwer verletzten Disziplin, und um hiedei als Mitschuldige an dieser Verletzung des Waffenstillstandes zu erscheinen, Befehle gegeben hat, um der Kolonne Garibaldis die Rückkehr auf piemontesisches Gebiet zu verwehren. Es sind Truppen nach Arona geschickt worden.

Die „Allgemeine Zeitung“ hat Nachrichten aus Palermo bis zum 4. August. Die Kunde von den Rüstungen in Neapel gegen Sicilien hat das Parlament veranlaßt, die Organisation des Landsturms und die Mobilmachung eines Theils der Nationalgarden zu verordnen. Diese Truppen werden vom Tage des Ausrückens an vom Staate besoldet und verpflegt. — Am 31. Juli wurde der Jesuiten- und der mit ihm verbundene Ignorianerorden aufgehoben und die fremden Mitglieder dieses Ordens sind aus Sicilien ausgewiesen worden. Der Kriegsminister hat eine Rundreise nach Milazzo, Messina, Catania, Augusta und Syrakus gemacht, um die nöthigen Vertheidigungsmaßregeln zu treffen. Er wollte auch die Südseite der Insel „Trapani, Marsala, Girgenti“ besuchen.

Schweiz.

Der Vorort meldet mit Kreisschreiben, daß er in Folge der Zurückweisung der italienischen Flüchtlinge an der französischen Grenze, der französischen Regierung dringende Vorstellungen über diesen auffallenden Schritt gemacht habe, der vorläufig bloß vom Präsidium des Oberwallis angezeigt worden. Zugleich hat sich der Vorort an den österreichischen Gesandten, Herrn v. Kaiserfeld, gewendet, um von ihm eine möglichst bestimmte Auskunft zu erhalten, ob die Italiener ohne Gefahr für sie heimkehren können. Kaiserfeld hat sich hierüber an Radetzky und nach Wien gewendet. Der Vorort bringt indessen darauf, daß die Flüchtlinge gut behandelt werden sollen, und stellt Vergütung aller Unkosten durch die Eidgenossenschaft in Aussicht.

(Eidg. Z.)

Großbritannien.

* London, 23. August. Herr von Andrian, Bizepräsident der deutschen Reichsversammlung, ist gestern hier eingetroffen. Er ist mit einer außerordentlichen Sendung bei der englischen und französischen Regierung beauftragt. Gestern wurde ein Vorsuhrungsbefehl gegen 46 Chartisten in Manchester erlassen. Davon haben 23 den Befehl erhalten, Kaution zu stellen, daß sie bei den nächsten Assisen erscheinen werden. — In den offiziellen Salons spricht man sehr bestimmt davon, daß die Königin in Person am 2. September das Parlament prorogiren werde. — Ein furchtbarer Orkan hat in Peterhead und auf mehreren anderen Punkten der östlichen Küste Schottlands ungeheure Verwüstungen angerichtet.

Frankreich.

** Paris, 23. Aug. Heute Morgen sind Depeschen vom Ministerium des Auswärtigen nach Turin abgegangen. — Hr. Mpari, Haupt der rasikalen Partei der ungarischen Deputirtenkammer, ist in Paris angekommen. Er ist dem Vernehmen nach von der ungarischen Regierung mit einer vertrauten Sendung an den General Cavaignac beauftragt. — Vom Justizminister ist an die Behörden der Departements der Auftrag zur strengsten Ueberwachung der Journale ergangen. — Hr. Brondhon soll indem der „Repräsentant du Peuple“ unterdrückt ist, seine Dienste dem „Univers“ angetragen haben. Dieser Antrag soll in einem aus den HH. Montalembert, Falloux ꝛc. zusammengesetzten Komite sehr lebhaft besprochen worden sein. Das Journal „le Bien public“, welches diese Nachricht gibt, setzt hinzu: wir wissen nicht, ob die antädtige Synode des Univers dem Mephistopheles des Kommunismus die Pforten ihrer Kirche öffnen wird. — Im englischen „Globe“ liest man: Die Emissäre der rothen Republik bemühen sich, eine Schilderhebung zu Gunsten der Legitimisten zu bewirken; sobald die Legitimisten den Anfang gegeben hätten, so würde die rothe Republik sich der Sache annehmen. Lebhaft bejreuen wir, daß diese Maßregeln zu gut getroffen, um jeden Aufstand unterdrücken zu können.

** Paris, 24. August. Drei wichtige Dekrete sind der Nationalversammlung vorgelegt worden, 1) eines für Wiederherstellung der Ostroibahge auf das Fleisch zu Paris, 2) eines für Einführung einer Anlage von 60 Millionen auf die Einkünfte von beweglichem Vermögen, und 3) eines für Einwilligung von 90 Millionen Schadloshaltung an die durch die Sklaven-Emanzipation in den französischen Colonien in Betrieb stehenden Pflanzer. — Die Nationalversammlung ist über eine Interpellation in Betreff der Unterdrückung der vier Journale zur Tagesordnung geschritten, und hat dadurch das Recht der vollziehenden Gewalt zu diesem Schritte anerkannt. Morgen beginnt die Berhandlung über den Bericht der Untersuchungs-Kommission in Betreff der Juni-Ereignisse. Der dritte Band der Belege ist gestern vertheilt worden, enthält aber, wie schon gesagt, nichts von Belang. Der „National“ redigirender heute — was sehr bemerkenswerth ist, das Verfahren des Feldmarschalls Radetzky zu Mailand namentlich gegen die dortigen Franzosen, in jeder Beziehung. — Der Moniteur bringt heute ein Dekret, wodurch die Ersatzwahlen für die jetzt nicht in der Nationalversammlung vertretenen 15 Wahlbezirke (die bisherigen Vertreter derselben waren entweder gestorben, wie z. B. die Generale Charbonnel, Duvivier, Regnier, Hr. Bonaud, oder die Gewählten hatten sich angenommen, wie Hr. Bonaparte, oder die Gewählten hatten die Wahl schon für andere Wahlbezirke angenommen wie Thiers) angeordnet werden. Der Marquis von Boignoles-Sale hat dem General Cavaignac sein Beglaubigungsschreiben als sardinischer Botschafter überreicht.

△ Paris, 24. August. Hr. Tomaseo aus Venedig soll blos beauftragt sein, an die französische Republik die Bitte zu stellen, daß sie die Blokade von Venedig verhindern möge, da die Stadt außer dem Bereiche der Kanonen liege, und also wenn ihr die Seite frei bleibe, sich mit Vortheil gegen die Oesterreicher vertheidigen könne. Man versichert ich, daß allerdings einige französische Kriegsschiffe nach Venedig geschickt werden sollen, nicht aber um der Stadt gegen die Oesterreicher beizustehen, sondern um diejenigen, welche bei dem auch hier als nahe und unaufhebrlich betrachteten Einrücken der Oesterreicher die Stadt verlassen wollen, aufzunehmen. Die Regierung und namentlich General Cavaignac, sehen wohl, daß sie es mit ganz Deutschland zu thun bekommen, wenn sie in Italien bewaffnet einschreiten, und diese Erwägung trägt sichtlich ihre Früchte. Wenn Deutschland nur will, und nicht gänzlich blind ist über seine wahren und höchsten Interessen, so wird die Forderung, Oesterreich solle die Lombardei abtreten, bald zu den Antiquitäten gehören. Die Regierung soll von Hrn. Gustav v. Beaumont die positive Nachricht erhalten haben, daß der Herzog und die Herzogin von Bordeaux zu London erwarten werden, und bereits eine große Zahl von legitimistischen Familien aus Frankreich daselbst sich befinden. — Ein vermuthlicher Berleihung-Gratz für Paris, der regelmäßig seine Sitzungen halten wird, ist von der Regierung errichtet worden. — Das unterdrückte Blatt „Lampion“ war unter dem Namen „la Broche de Fer“ (das Eisenmaul) heute wieder erschienen voll Schmähungen gegen General Cavaignac und die Regierung überhaupt; es wurde aber sogleich überall von der Polizei weggenommen.

Nachschrift.

Straßburg, 26. August, 11 Uhr Vormittag. Telegraphische Depesche. Paris, 26. August, 6 Uhr Morgens. Der Minister des Innern an den Präfekten des Niederrheins. Es hat ununterbrochen die vollkommenste Ruhe in Paris geherrscht. Die Diskussion des Berichtes der Untersuchungskommission endigte um 5 Uhr Morgens mit der Ermächtigung, die Bürger Ludwig Blanc und Caussidiere wegen des Attentats vom 15. Mai vor Gericht zu ziehen. Die Debatten waren weitaus weniger stürmisch, als man voraussetzen hatte. (Karlsr. Z.)

In einer am 17. d. M. gehaltenen Plenarversammlung der ordentlichen und außerordentlichen Professoren und der Privatdozenten an der Universität Leipzig, sind zu der Versammlung in Jena die ordentlichen Professoren Dr. Otto, Hase, Erdmann und M. W. Drobisch, der außerordentliche Professor Dr. Herm. Theod. Schletzer und der Privatdozent Dr. Jul. Ludwig Kleye gewählt worden.

J. P. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 53.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Dienstag den 29. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Insertionsgebühr: die zerspaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Baare und Briefe frei.

München, 28. August.

Se. Maj. der König haben unterm 24. August l. J. in die erledigte Assessorstelle bei dem Landgerichte Krumbach den dermaligen 2. Landgerichtsassessor Karl Waag zu Neuburg a. d. Donau, vorrücken zu lassen; die bieburch eröffnete 2. Landgerichtsassessorsstelle zu Neuburg a. d. Donau dem Landgerichtsaktuar Ludwig Lautenschlager daselbst zu verleihen; auf die bieburch erledigte Landgerichtsaktuarsstelle zu Neuburg a. d. Donau den dermaligen Landgerichtsaktuar Ferdinand Berchtold zu Burglengenfeld, seiner Versetzungsbitte willfahrend, zu versetzen; die dadurch erledigte Stelle bei dem Landgerichte Burglengenfeld dem Rechtspraktikanten Engelbert Schieder aus Bamberg, dermalen bei der Polizeidirektion München, zu verleihen; den Landrichter Dr. Anton Kienapfel in Rhfenberg, auf den Grund seiner nachgewiesenen Funktionsunfähigkeit nach §. 22 lit. D. der IX. Verfassungs-Beilage auf die Dauer von 2 Jahren in den Ruhestand treten zu lassen; ferner den Landrichter Christian Friedrich Wocke zu Markt-Erlbach auf den Grund seiner hiezu gleichfalls nachgewiesenen Funktionsunfähigkeit nach §. 22 lit. D. der IX. Verfassungs-Beilage und unter Bezeugung der allerhöchsten Zufriedenheit mit seinen langjährigen und treu geleisteten Diensten für immer in den Ruhestand treten zu lassen; den 1. Landgerichtsassessor Sebast. Wattenberger zu Regen, seiner Versetzungsbitte willfahrend, auf die erledigte 1. Landgerichtsassessorsstelle zu Straubing zu versetzen, und auf die bieburch erledigte 2. Assessorsstelle bei dem Landgerichte Regen den dermaligen 2. Assessor daselbst Anton Gärtl vorrücken zu lassen; die bieburch erledigte 2. Assessorsstelle bei dem Landgerichte Regen dem Rechtspraktikanten Jakob Höflinger aus Vohburg zu verleihen geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

X **Frankfurt, 26. August.** Die Nachricht, daß die österreichische Nationalversammlung sich geweigert habe, ihren tapferen italienischen Armee eine Dankesreise zu voriren, hat hier unter den Mitgliedern des Reichstages böses Blut gemacht. Obgleich die Siege Radetzki's nicht zunächst für Deutschland errochten wurden, so haben sie doch bei den Deutschen aller Stämme einen ungebeuchelten Enthusiasmus rege gemacht, der lebhaft dadurch in offene Freudenbezeugungen ausbrechen verbindert wurde, daß des Benehmen des österreichischen Kriegsministeriums in der Frage über das Anlegen der deutschen Farben nicht allen Wünschen entsprach. Wie ich höre, beabsichtigt die deutsche Reichsversammlung nun wieder gut zu machen, was die österreichische verkehrt: es ist eine Tautologie zu sagen, die italienische Armee entwerfen worden, welche nicht nur von sämmtlichen österreichischen Abgeordneten, sondern wahrscheinlich auch von dem größten Theile aller übrigen unterschrieben werden wird. — Die Frage, die Trennung der Kirche vom Staate betreffend, ist wohl so gut als entschieden, die wirkliche Abstimmung wird indeß erst im Laufe der nächsten Woche erfolgen. Hr. v. Beisler, welcher vorzugsweise das bisherige System der Vereinigung und nicht ohne Talent vertheidigte, wird den gemeinsamen Anstrengungen der strengkirchlichen und der unkirchlichen Parteien unterliegen; so wenigstens glauben die Aufsichten am Schlusse der gestrigen Sitzung: die Katholiken sind indeß mit dem Gange der Verhandlungen nicht durchaus zufrieden, und wollen eine Verwahrung gegen verschiedene ihnen gemachte Vorwürfe in der nächsten Sitzung vortragen, namentlich sind es die Zweier, welche wünschen, daß das Prinzip des Katholizismus durch Neuerungen in ihrer Tragweite nicht geschwächt werden möge. — Was die Stimmung der Reichsversammlung im Ganzen betrifft, so kann ich Ihnen nur mit Freuden die Meldung machen, daß sich dieselbe seit 8 Tagen bedeutend gebessert hat, und daß das Zentralisationsprinzip, welches unlängst über unsere Professoren gekommen, in Folge der tahen Ueberschläge aus Berlin nachzulassen beginne; auch die Oberpostamtszeitung, welche in ihren ungeblich bald offiziellen Artikeln sich seit einiger Zeit gehäßiger hatte, als wäre sie von der Tarantel gestochen, fängt wieder an vernünftig zu werden, wenigstens brachte sie gestern einen Artikel, der die früheren dreigestrichenen förmlich verläugnet, und dafür ein System der Zusammenwirkung des Reichsregierung mit denen der einzelnen Staaten aufstellt, welchem jeder ehrliche denkende Deutsche beistimmen kann. Es wäre zu wünschen, daß dieses Blatt endlich einmal und zwar in diesem Sinne einen tüchtigen Redakteur erhielte.

Die Vorgänge des 21. August zu München.

Obgleich wir diese Vorgänge schon selbst besprochen haben, so glauben wir mit noch auch dem nachfolgenden Aufsatze von geehrter Hand, der sie vorzugsweise von rechtlichem Standpunkte aus beleuchtet, unsere Spalten öffnen zu müssen. Man schreibt uns nemlich: — — **Von der Donau.** 26. August. Erfannte Wühler vom Fach und mit durchdrungen Haß gegen Gesetz, Recht und Besitz auf der Bahn der Zerstörung alles Rechtsbodens zu sehen, ist heute ein Schauspiel, welches in seiner alltäglichen Erscheinung nur den allgemeinen Abscheu hiegegen steigert, und den allseitigen Willen belebt, diesmir zum Ende zu kommen. Wenn wir aber Blätter, die zu den besser gesinnten zählen wollen, thatsächlich auf den Wegen der Wühler erblicken, das Wenige, was in dem wohldenkenden Theile des Volkes an klaren Rechtsbegriffen haftet, verwirrend, dann müssen wir fast fürchten, daß das gesellschaftliche Uebel ein tieferes, ein allgemeineres und ein fast unheilbares sei. Dies waren unsere Empfindungen, als uns kürzlich die Aeußerungen der „Deutschen konstitutionellen Zeitung" über Schadt'sammer und Ministerium zu Gesicht kamen.*) In dem Verbote einer Volksversammlung für zum ausgesprochenen Zwecke zu fordernder Aufstöhlige und bezüglich Maßweisungen über den Staatsschatz auf der Basis fertiger Anschuldigung der Verunreinigung — will ein unvereinbarlicher Widerspruch mit dem Assoziations- und Petitionsrechte erblick, und behauptet werden, daß, weil Assoziation und Petition nicht verboten, sie zu allen und jeden Zwecken erlaubt sind. Wir können entgegen diese Verkehrung von dem, was Recht ist, einfach sagen, daß auch das Tragen der Waffen nicht verboten, darum aber der Gebrauch in anderen, als den in den Gesetzen vorgesehenen Fällen, nicht gestattet sei. Wir wollen aber noch etwas tiefer in die Sache eingehen, um das ganz bodenlose von Theorien darzuthun, welche gerade durch den Schein der Wahren, der sie umgibt, den Wühlern in die Hände arbeiten.

Assoziation, Volksversammlung und Petition bewegen sich, so scheint es uns, nur rann auf gesetzlichem Boden, wenn sie jene politischen Rechte geltend machen, welche verfassungsmäßig dem Gebrauche der einzelnen Staatsbürger — sowie es physische oder in einem Korreal-Verhältnisse stehende moralische Personen — übertragen sind. Darum ist eine einzelne Staatsangehörige sich mit andern assoziirt, indem die Assoziation zur Volksversammlung anschwillt und in Masse petitionirt, wird nur die physische Kraft-Gewalt des Einzelnen erweitert, nicht aber seine Rechts-Sphäre. Die also vermehrte Gewalt als Rechts-Quelle wird gesetzlich, geltend machen, heißt offenbar nichts Anderes, als Wüterei — Umsturz verkünden. In Berücksichtigung des Verbotes der angeregten Volksversammlung besteht daher rechtlich die principielle Frage dahin, ob der verkündigte Zweck derselben ein berechtigter und also solcher ein erlaubter war. Mit dieser Frage steht und fällt von sich selbst das Recht zur Abhaltung der fraglichen Volksversammlung, ein Recht, das, wie alle Rechte, ohne Ausnahme, nur zu erlaubten Zwecken gebraucht, zu offenbar nicht gestatteten Verbindungen aber verzichtet werden darf. So lange nun die „Deutsche konstitutionelle Zeitung" nicht nachweisen kann (und es möchte ihr schwer werden), daß verfassungsmäßig der Staatsschatz unter die Kontrole jedes einzelnen Staatsbürgers mit allen Konsequenzen selbst bewaffneter Wehr hiefür gestellt ist, so lange können wir nicht erkennen, daß das fraglich Ministerial-Verbot vom Recht war***). Das, was der Staat als solcher besitzt, ist so scheint es uns, darum nicht das Eigenthum der nächsten besten Rotte, die sich selbstredend das Volk, den Staat nennt. Mit gleichem Rechte könnte dieses Ratum des bayerischen Volkes die brüderliche Theilung des Schatzes, oder zu deren Vorbereitung dessen selbstige Bewachung, oder auch die selbstige Bewachung und Kontrole aller Staatskassen und zu diesem Zwecke die Wegjagung aller

*) Im „Regensburger Tagblatt" Nro. 234, da wir die „Deutsche konstitutionelle Zeitung" nicht halten. Anmerk. d. Einsenderk.

**) Uns scheint in solcher Allgemeinheit erfolgte unsers Wissens gar nicht, nur die Abhaltung der Versammlung im Rathhaussaale sollte verbietet werden Anmerk. d. Redaktion.

***) Auch bewaffnete Versammlungen sind dirgend gestattet, und waren für Bürger- und Land-Wehr von 6 August ab nur unter der besonderen Weise provozirt. Wenn die Versammlung gleichwohl an einzelnen Orten erzwungen wurde, so kann diebei nur von Anarchie, nicht aber vom Rechte die Rede sein. Anmerk. d. Einsenderk.

Kassiere, Finanzbehörden, sammt dem Obersten-Rechnungshofe ꝛc. fordern, Alles die einfachen Konsequenzen des anerkrochenen Rechtes der Kontrole des Staatshofes für jeden einzelnen Staatsdiener. Die „Deutsche Konstitutionnelle Zeitung“ macht nicht geringe Anspruche! (wie schon der Titel zeigt) vorzugsweise konstitutionell zu sein. Wäge sie aber erst von England oder Nordamerika lernen, was im Appropiations- und Petitions-Rechte Rechtens ist. Ein Engländer, ein Amerikaner wäre sich, wie wir glauben, in gleichem Falle, vielleicht auch mit seinen Mitbürgern assoziirt und petitionirt haben, aber keinenfalls ohne vorherige Prüfung der Quelle der Ansschuldigung und nicht zum Zwecke der Zuziehung nicht zuständiger Rechte, sondern lediglich zum Gebrauche verfassungsmäßig ihm zustehender Rechte, der Anzeige an das kompetente Gericht, oder Petition an die Stände zur Uebung strengster Prüfung, eventuell Petition zur Einrufung der Kammern zu diesem Zwecke, die sich für die Millionen die selben sollten (mit Kleinen Lügen geben sich die Bübler nicht ab) wohl gelohnt hätte. Was den Ständen überragen, geboren und zugewiesen*) vorliegt, ist dann, weil es daneben den einzelnen Staats-Angehörigen nicht ausdrücklich untersagt ist, in keiner Weise besten Besitzen überlassen. Zu sagen, daß dem Einzelnen Alles erlaubt sei, was ihm nicht ausdrücklich verboten, heißt den Geist der Verfassung verkennen, deren Bau verlehren und ihr Wesen verlugnen. Noch sind wir nicht auf den dermaligen Standpunkt der Frankfurter Versammlung gelangt, welche keine Pflichten für die Achtung der Rechte Anderer kennt, und für die Rechte der deutschen Bürger einen Kodex entwirft, der, wenn er, wie angekündigt, zu Stande kame, jeden Rechts-Staat in Deutschland unmöglich machen würde. (Wir werden es nöthigenfalls nachweisen).

Die vorliegende Hauptfrage kömmt aber nicht allein vom verfassungsmäßigen Standpunkte aus zu würdigen, sondern auch vom Allgemeinen des Rechtes. Die Volksversammlung wurde, so viel uns bekannt, auf die bestimmte Anschuldigung hin aufgeboten, daß der Staatsschatz in Folge verschiedener Verfügungen von Dekreten defekt sei. Es dauerte sich also um Anschuldigung von Handlungen, die nach den peinlichen Gesetzen Verbrechen sind, oder wenigstens Vergehen. Diesen Kriterio gegenüber müssen wir billig fragen, schalten unsere Gerichte, daß sie nicht nach dem Thatbestand und eventuell nicht nach dem Urheber und absichtlichen Verbreiter dieser Angaben forschen, oder sind wir in dieser Hinsicht bereits auf die Basis gelangt, auf welche die Frankfurter Versammlung einen Augenblick kommen zu wollen schien, indem sie nur nach Unten Rechte zu kennen scheint, nach Oben aber nur Duldung, Demuth, Gehorsam und Unrecht? Während jeder Bettler entgegen eigner falschen Anschuldigung, daß er sich Unzuständiges angeeignet habe, die Gesetze über Kalumnie zu seinem Schutze bei dem Richter anrufen darf, soll dieses Recht den in ihrer Stellung wie in unserer Zeneigung Geachten (noch denke Niemand hier an Verlag sein) Gute nicht mehr Oben ungestraft durch Maueranschläge, Volksversammlungen und Petitionen verläumden dürfen, während man jenes schiefe Wort als Verbrechen Juesne dinunstellen sich für berechtigt hält**). Wir unsererseits sind der Ansicht, daß es Pflicht des Ministeriums war, die ganze Angelegenheit ohne weiters den Gerichten und hiemit der Beurtheilung der Geschworenengerichte unterbreiten und mit diesem Bescheid ihr Organisation zu entfalten, wie wir vermeinen, schwere Beschuldigungen gefallen, schwer in der Angabe der Thatsachen, schwer in der Richtung der angeschuldigten Personen, denn daß sie nicht gegen die unmittelbaren Schadbeamten gerichtet waren, erweist sich durch das dem Zeugniß derselben gewährte Anerkennntniß. Das Recht aber Verbrechen zu verhüten, wenn sie es kann, wird doch kein Vernünftiger der Staatsgewalt abstreiten wollen.

Schließlich bekennen auch wir uns als Wühler, aber nur mit dem Pfluge, gleichwohl jedenfalls bereit, wenn und wie wir können, aus Liebe zu Fürst und Recht, den Saamen in guten Erdreich zu streuen. Danken wir Gott, daß in München der Boden noch dankbar ist, und hoch lebe Münchens wackere Bürgerschaft!

G.

*) Art. VI. des Gesetzes von 1834 über die Zivilliste.
Anmerk. d. Einsenders.

**) Das „Regensburger Tagblatt“ vom 23. August bringt dem Minister des Innern einen wahrhaft ergötzlichen Beweis seiner Unparteilichkeit. Nachdem der Vorsteher der Abgeordneten-Kammer, an, um zu beweisen, daß viele Beschwerden nur der Ausdruck seiner geheimsten Gedanken sei, als wenn man geheime Gedanken nicht zu wahren bestrebe, und sohin die gebrauchte Ausdrucksweise etwas anderes bewesen könne, als daß der Minister, der sie gebrauchte, vielleicht bei seinem ersten Wissen der Wahr überhaben zu sein glaubte, seine Worte auf die Wage zu legen. Auch in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“, deren Blätter ja v. Abel's Zeiten bei unbedeutender Veranlassung von dem erbrechsten Minister des Innern sprachen (Augsb. Allg. Zeit. 12. Sept. 46 Beil.) bereits bereits ein Münchener Korrespondent den Minister mit Anklageklamm wegen verfümmerter Publizität des 6. August. Selbst Abonnent der Augsb. Allg. Zeit. hätten wir vermalen weniger radikale Referate über Bayern, wie früher weniger quasi offizielle gewünscht. (Vergl. Augsb. Allg. Zeit 1848. S. 677. Deutschland. Beilag 1.)
Anmerk. d. Einsenders.

Deutschland.

Bayern. —*— **Von der Donau**, 27. August. Die „Neue Münchner Zeitung“ hat kürzlich (Nr. 46) die mangelnde Toleration als Hinderniß der Einweihung der Basilika zum heil. Bonifazius erwähnt. Erlauben Sie uns einen Zusatz zur Geschichte dieses Hindernisses vorzuschlagen in Uebertragung der Dotation des Klosters Weltenburg auf die Basilika. Dieses Kloster wurde erst vor 6 Jahren für den Benediktiner Orden drastuirt und mit ungefähr 100,000 fl. dotirt. Es war unseres Wissens seither mit nicht mehr als 3 Geistlichen bevölkert und hat seinen Prior bereits drei- oder viermal gewechselt, was eben seinen Beweis für einen exzentrischen Charakter der Individuen liefert. Gesetzlichem Wege durch Erhebung der Einwilligung aller Betheiligten die Auflösung dieser Stiftung und der Uebertrag dieser Dotation auf die hl. Bonifazius-Kirche in München erwirkt, so wäre hiedurch nicht nur der Zweck des hohen Stifters so sich erfüllt, sondern in weit fruchtbringenderer Weise gestiftet wie bisher. Bemerkt wird noch, daß die Dotation der Pfarrei Weltenburg, die bermal vom Kloster versehen wird, getrennt bestehe, so daß hieran Nichts zu ändern kömmt. *G.*

* Von Hrn. Dr. Brendel erhalten wir auch Streitberg vom 24. August eine Zuschrift, worin derselbe gegen die Angabe in unserer Korrespondenz aus Bamberg 12. August (in Nr. 42), welche ihn als „durch sich selbst gewählten Vorsitzenden des sogenannten Volksvereines“ bezeichnete, Einspruch erhebt; er gibt an, er sei bei Gründung des Vereins von sämmtlichen angesehr 50 Anwesenden zum provisorischen Vorsitzenden ernannt worden, habe jedoch, indem man ihn sogleich zum definitiven Vorsitzenden auch einer öffentlichen Aufforderung zum Beitritt vornehmen wollte. Der definitive Wahlakt sei in der ersten öffentlichen Versammlung für die nächstfolgende angekündigt gewesen. Noch vor dieser sei er (Dr. Brendel) aber ausgewiesen worden und habe die Stadt verlassen, „weil ihm das Eintreten des gesetzlichen Suspensivesseffekts während der Zeit des Rekurses, den er durch den Ausweis Hrn. Kreitmair ergreifen ließ, verweigert wurde.“ Er habe sich nicht für aufgelöst betrachtet, zu unterstehen, irgendwo überdieß auch eine Beschwerdeschrift bei der Nationalversammlung in Frankfurt eingereicht. Auch habe er nie eine verborgene schlaue Absicht gehabt, sondern sei immer offen aufgetreten, und es wäre ehrenvoller für seine Gegner gewesen, wenn sie auch so ehrlich gewesen wären.

K. Sachsen. — **Leipzig**, 21. August. Seit einigen Zeit war hier die längst ersehnte Ruhe und Ordnung eingekehrt, seitdem der Abgeordnete Robert Blum von Frankfurt hier angelangt, ist jene Ruhe sofort wieder der größten Aufregung gewichen, und die Parteien stehen sich feindlicher gegenüber, als je. Um nicht blos auf unsere Stadt das sich jener Abgeorenete mit seiner Agitation beschränkt, sondern er ist auch auf den Dörfern umhergereist, hat dort auf freiem Felde gespricht, und so auch dort Haß und Zwietracht gesäet. Allerdings ist Blum überall enthusiastisch empfangen worden; aber einmalige Kluge sich auszeichnet nicht: die Verehrer Blum's und die Theilnehmer an ihm zu Ehren veranstalteten festlichkeiten sind nur Handwerksgesellen, Fabrikarbeiter, Lehrjungen und die Mitglieder der auf Umsturz hinarbeitenden Vereine. Der Kern der Bürgerschaft hat sich völlig von Blum losgesagt; der sehliche Handwerksmeister erklärt offen, „seh von Blum nicht den Kopf verrücken zu lassen“, und faßt die Hälfte der Wähler, der Kern der Einwohnerschaft feiertäglich, hat den Abgeordneten Blum als Verräther an Deutschland abgesagt, daraufer auch der Stellvertreter Blum's in Frankfurt. (Schwäb. M.)

Preußen. ⊙ **Berlin**, 25. Aug. Die Unruhen sind, vor der Hand, vorüber und die Ruhe derselben stellen sich ein. Die noch hier anwesenden wohlhabenden Familien haben zum Theil die Stadt in den jüngsten Tagen verlassen, theils bereiten sie sich zur Abreise vor, und statt einer erhellt die Residenz von brennenden Zufuß verheißlichter krawallsüchtiger Arbeiter, indem die meisten dieser Leute, welche man bei der Ostbahn zu verwenden und dadurch von der Stadt ferne zu halten suchte, wieder lieber zurückgekehrt sind, weil sie bei der Ostbahn keine Beschäftigung mehr finden, wie sie vorgeben! Um diesen Herren Unterhaltung zu verschaffen, und zugleich eine Richtung ihrer Thätigkeit anzugeben, hielten vorgestern um 1 Uhr Abends (Feierabendstunde) die demokratischen Klubs jedes Namens eine große Volksversammlung vor den Zelten ab, bei welcher der die Volksversammlungen und Zusammenrottungen betreffende Gesetzentwurf der Nationalversammlung natürlicherweise scharf angegriffen, und eine Bittschrift an die Nationalversammlung um dessen Verwerfung beschlossen wurde. Die Versammlung endete natürlich mit einem sechsfachen Hoch für Heckern. An demselben Abend trat ein Haufe von der Arbeit kommender Arbeiter gegen einige ihrer Kameraden, welche noch der Uebereinkunft, nach dem Feierabende nicht mehr zu arbeiten, bei einem Baue beschäftigt waren, gewaltsam auf, und letztere mußten wirklich die Arbeit einstellen! — Von Potsdam wird gemeldet, daß, nachdem der König die große Parade der Bürgerwehr am 23. Nachmittags abbestellt, diese ihrem Oberst v. Rabenstein erklärte, daß die Parade dennoch stattfinden solle und daß letzterer das Kommando niederlegen hat. — Die Gerüchte verstummt man, daß das Hotel des Generals Wrangel in Stand zu setzen befohlen worden sei, worauf man auf eine baldige Rückkehr des Generals und auf den Abschluß des Friedens hoffen kann. Vom Lager dieses wackeren deutschen Anführers vernimmt man hier sehr häufige Klagen über fortgesetzte Verräthereien, welche von Seiten der nordschleswigschen Landesbewohner gegen unsere Truppen verübt werden. Jede auch die unbedeutendste Bewegung wird den Dänen verrathen. — Bis vorgestern Mittag waren an der Cholera erkrankt gemeldet 129; Zugang von vorgestern 19

Gefforben 97, genesen 16, in Behandlung verblieben 26. Auch in Potsdam sind leider schon einige Cholerafälle vorgekommen.

⊙ Berlin, 25 Aug. In Folge der Vorgänge am 21. haben eine Menge Verhaftungen stattgefunden. 58 Personen sind überdauert in Arrest gebracht, wovon 46 bereits in Kriminalarrest übergegangen sind. Die Untersuchung ist in vollem Gange, und gestern sind die Herren Minister v. Auerswald, Märker und Kühlwetter vernommen worden. Sämmtliche Verhaftete sind Gastwirthe und Arbeiter. 17 Schuhmänner sind an jenem Abend mehr oder minder verletzt, einer nämlich verwundet worden. — Am nächsten Montag muß es sich entscheiden, ob das Ministerium sich halten oder fallen wird. Wie indessen die Sachen in den Abtheilungen stehen, so ist für die ministeriellen Vorlagen immerhin eine leidliche Majorität vorauszusehen.

Ein in kurzen, aber treffenden Zügen gehaltenes Bild von dem jetzigen Berlin herrschenden Zustande und den Verwirrungen in den Köpfen gibt das folgende Schreiben von dort vom 23., welches die „Kölnische Zeitung" mittheilt: „Die vorgestrigen Unruhen haben bereits den Erfolg gehabt, daß viele wohlhabende, kaum zurückgekehrte Familien wieder die Stadt verlassen. Wir sind in einer eigentlümlichen Lage. — Die Berliner Bürgerwehr erschien vorgestern Abend wenig zahlreich, und ein großer Theil der Erschienenen gab ganz offen den leitenmüthigen Entschluß zu erkennen, mit der Linken, Hand an Hand mit 3uni bewährten Bravour, weiße Lücher, auf den Bayonnetten, nach Hause zu kehren, sobald aus der Sache Ernst werde: Bürgerblut wolle man durchaus nicht vergießen. Konsabier will man am keinen Preis. Abgeordnete gehen selbst dem souveränen Volke mit dem besten Beispiele in der Mißachtung dieses Theiles der exekutiven Gewalt voran, und das Linienmilitär darf und soll nicht einschreiten; wir müssen uns also mit dem Gedanken zu Ruhe geben, daß einige Umwälzer es für passend erachten, die bei Ministern versammelten ataktischen Abgeordneten, Gesandten, Gelehrten und Künstler mit Pfaffersteinen zu begrüßen. Wir wollen es nicht anders. — Schreckenstein hat vergangene Woche den Antrag der wohllöblichen Bürgerwehr, bei dem jetzt eintretenden kälteren Wetter die Wachen durch seine Soldaten versehen zu lassen, abgelehnt; ich glaube, mit Recht, da bei der geringsten Reibung der für den Geist der preußischen Truppen demüthigende Fall eintreten könnte, daß eine belagerte Hauptwache den (sehr ungerwünschten) Schutz der Bürgerwehr in Anspruch nehmen müßte."

Oesterreichische Monarchie.

Der „Mailänder Zeitung" vom 21. d. zufolge machte der piemontesische General Garibaldi nach der Uebergabe Mailands und dem Abschlusse des Waffenstillstands, den er nicht anerkannte, mit ungefähr 2000 Mann einen militärischen Streifzug in Lombardischen. Indem er sich hiebei immer den Weg zu einem klugen Rückzug offen hielt, machte er Requisitionen an Lebensmitteln und Pferden, trieb Kontributionen in Geld ein, wobei er die Vermöglichen seinem Belieben ließ, und im Falle der Weigerung sie mit sich wegzuführen drohte, und brauchte, um die italienische Sache zu ehren, die Gemeinde-Kassen, wo sich solche fanden, in den noch nicht wieder besetzten Gebietstheilen. Wir hören, daß allein in Varese die gewaltsam beigetriebene Summe sich auf 50,000 Lire belief. Als er endlich gestern durch seine Gegner ernstlich bedroht wurde, ungefähr 1500 Esterreichern mit 6 Kanonen ihm auf den Leib rückte, um ihn anzugreifen, bließ er es fürs Klügste, um das Land nicht weiter zu beunruhigen, den Weg einzuschlagen, der ihn in Sicherheit brachte, indem er sich, die freiwilligen Beiträge der Einwohner mit sich nehmend, nach Magadino zurückzog. (Nach der „Gidgen. Ztg." sollen die Oesterreicher nun auch in Varese eingezogen sein und General Garibaldi mit seinen Schaaren auf tessinischen Gebiet sich gestüchtet haben.)

Das Offizierkorps des lombardisch-venetianischen leichten Bataillons, welches bisher in Innsbruck lag und nun nach der Lombardei zurückbeordert wurde, läßt im Tyrolerboten ein Abschiedswort in seinem und im Namen der gesammten Mannschaft ergehen, in welchem das Bedauern ausgesprochen ist, auf einem Lande, wo man so schöne und ruhige Zeiten verlebte, wo jeder Bewohner mit Liebe und Freundschaft den jetzt Scheidenden entgegen gekommen sei, fortziehen zu müssen, und sei es auch in die „wiedererkämpfte" Heimath. Dort aber werde man den „irregeleiteten" Brüdern mit „kräftigen Worten" wiederverzählen, daß es auch außer Italiens Grenzen gute, hochherzige Menschen gibt.

Großbritannien.

* **London**, 24 Aug. Herr y. Lomonossoff, früher kais. russischer Gesandter in Brasilien, ist statt des Grafen Aleris Stroganoff zum russ. Gesandten in Lissabon ernannt worden und wird sogleich dahin abgehen —

Baron Neumann, der frühere österreichische Minister in Toskana, ist von Wien hier angekommen und soll einer besondern Sendung von der österreichischen Regierung an das englische Kabinet betraut sein. — Am 15. Aug. hat in Lissabon Königin in Person die Cortes geschlossen. In ganz Portugal herrscht die Ruhe.

Frankreich.

△ **Paris**, 24. August. Die Nationalversammlung hat heute das Dekret, wodurch die Stadt Paris zur Aufnahme eines Anlehens von 25 Millionen ermächtigt wird, angenommen. Der Präsident zeigte an, daß ein neues Verlangen um Ermächtigung zu gerichtlicher Verfolgung eines ihrer Mitglieder eingelaufen sei. (Bewegung.) Dann wurde über das Dekret die Briefstaxe betreffend verhandelt. Hr. Delongrais beantragte dasselbe und die gleichförmige Briefstaxe von 20 Ctd. Die Erfahrung Englands, welche man für diese anführe, gebe gerade die besten Argumente dagegen an die Hand. Im ersten Jahre habe dieselbe in England ein Defizit von 1,100,000 Pfd. St. (27,500,000 Fr.) bewirkt, seitdem haben die Einnahmen sich zwar etwas gehoben, aber noch haben sie keine sonderlichen Ergebnisse geliefert, trotzdem das England so ausgedehnte Handelsbeziehungen nach allen Weltheilen hin habe, ein Postnetz, wie es Frankreich nicht zu Stande kommen. Daß vorzüglich jetzt vorgeschlagenen Taxe werde für den Schatz ein Verlust von wenigstens 10 Millionen sein, nicht gerechnet die Zunahme der Ausgaben, die erwachse aus nothwendig werdender Vermehrung des Personals, wenn die Zahl der Briefe zunimmt um 62 Millionen, wie der Finanzminister rechnet. Der Finanzminister Goudchaux vertheidigte die Gleichförmigkeit der Briefstaxe als im Interesse des Handels, besonders auch des Kleinhandels gelegen, und ging in Einzelnheiten darüber ein. So weit war die Berhandlung gekommen bis zu Poschlichluß.

** **Paris**, 25. Aug. Die National-Versammlung hat heute die Verhandlungen über den Bericht der Untersuchungskommission fortgesetzt. Es herrschte große Aufregung in derselben; augerhalb nicht minder. Umfassende militärische Vorsichtsmaßregeln für Sicherung der öffentlichen Ordnung und Ruhe sind getroffen. Mit zum Vorsichtsmaßregeln gehören eine Menge Verhaftungen, die gestern vorgenommen, um persönliche Anschuldigungen im Berichte gegen sie zu entkräften. Am wenigsten gelang dies den H.H. Beaune und Pedru-Rollin. Letzterer sprach im Augenblicke des Postschlusses. Hr. François Arago wiederholte ausdrücklich alle vor der Untersuchungskommission gegen Ledru-Rollin vorgebrachten Beschuldigungen. (Wir kommen auf die Verhandlung zurück.) — Das Dekret, die gleichförmige Briefpostrepublik zu knoben und Port Palmerston sollen die Grundlagen eines Vertrags für Regung der Angelegenheiten des La Plata festgestellt sein. — Auf Befehl des Generals Cavaignac darf auch die „Gazette de France" nicht mehr erscheinen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Berlin, 25 August. **Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Kurse.** Pr. Staats-Schuld. 74⅓. p. 73½ G. Seeh. Präm. Sch. 88½ P. — G. K. u. Neum. Schuld. — P. — G. Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. — P. 77½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — P. 96½ G. 3½proz. — P. 78½ G. Oppr. Pfandbr. — P. 85½ G. Pomm. Pfandbr. 90½ P. 90½ G. Kur- u. Neum. Pfandbr. 90½ P. 90½ G. Schlesische Pfandbr. P. — G. Schlesische Pr. G. gar. Pfandbr. P. — G. Preuß. Bk.-Anth. Sch. 85½ e. Rückzahlung der 13⅓, P. 13⅓ G. Ausl. Eisenbahn-Aktien: Berl.-Anhalt AB 88½ P. 88 G. Berl.-Hamburg 69½ P. 67½ G. Berl.-Stettin-Stargarder 88½ P. Berl.-Potsdam-Magdeb. 52½ a 53 bz. u. G. Magdeb.-Halberstadt 103½ bz. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 52½ P. Köln-Minden 75½ bz. Köln-Aachen 55½ P. 55 G. Nordbahn-Aktien. Düsseld.-Elberfeld 37 P. Niederschles.-Märk. 70 bz. Niederschles.-Märk. Zweigbahn — Oberschles. Lit. A 90½ G. Lit. B 90½ G. Kosel-Oderberg — Breslau-Freiburg —. Krak.-Oberschles. 43 bz. Berg.-Märk 58 P. Stargard-Posen 67½ P. 67½ bz.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 88½ P. Starg-Posen — Brieg-Neiße — Magd.-Wittenberg 45½ a 46 bz. Aachen-Mastricht — Ostb. Verbind.-Bahn —

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 83 a ½ bz. Berlin-Hamburg. 90½ bz. u. G. Berl.-Potsdam-Magd. 93½ bz. Berl.-Stettin. 93½ bz. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 83 bz. Köln-Minden 90½ bz. Rhein. v. Staat gar. — Rhein. Prior. 75½ G. — Rhein. Stamm-Prior. 69 bz. Düsseldorf-Elberfeld. — Niederschles.-Märk. 4proz. 82 bz. 3proz. 93 bz. u. G. III. Serie 90½ bz. Zweigbahn 4½proz. — 3proz. 76 G. Oberschles. — Kosel-Oderberg — Stette-Bahnhof — Breslau-Freiburg —.

Quittungen. 24. August. Kanstein 86½ P. Loup. — Span. Akt. 12, 12¼ P. 3proz. 22½ P. Paff. — Portug. — 3proz. —, 4proz. 19, 18½ P. 5proz. — Holl. 4proz. 70—71 P. 2½proz. 44½ P.

Paris, 25. August. 3proz. 44,50. 4proz. —. 5proz. 73.75. Schluß —. **Bankaktien** 1655.—. Comp. von Nigier —. —. Brieg. 3proz. von 1840 78½. von 1842 4½proz. 71. 3proz. —. 2½proz. —. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 73,50. Röm. 64. Piem. —. —. St. Germain 350. Versailles (rechte) 120.—. (linke) 102.50. Orleans 670.—. Rouen 437.50. Havre 208.75. Marseille 220.—. Basel 68.75. Lyon 265.—. Boulogne —.—. Bordeaux 395.—. Nordbahn 382.50. Montereau —.—. Lyon 365.—. Straßburg 351.25. Rauen 332.50. Dieppe 167.50. Creaux —.—. Montpellier —.—. La Teste —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Haf- und National-Theater.
Dienstag, 29. August: „Er muß aufs Land", Lustspiel von Friedrich.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Graf Gyldenstolpe, von Stockholm. Wollsberger, Kaufmann von Augsburg. Kohler, Bankier von Augsburg.

Gold. Hirsch. Fürst Oettingen-Spielberg.

Hotel Manlet. Frau v. Tessari, von Graf Leibles, Privatier von Augsburg. v. Taubmaier, von Hamburg. Petersé, Kaufmann von Düsseldorf. Reed, Rentier aus England. Bell, Kapitän aus England.

Gold. Hahn. Bärtschmidt, Kaufmann von Würzburg. Boekler, Privatier von Pforzheim.

Blaue Traube. Graf Crosetti, von Mailand. Lichnitschenbaier, Dr. med. von Innsbruck. Katzenberger, Partikulier von Stuttgart Lauber, Inspektor von Kreuth. v. Bessern, Gutsbesitzer von Ulm. Kiel, General aus Rußland.

Stachusgarten. Danger, Privatier von Altenstetten. Schweinsteiger, Maler von Tyrol. Reisinger, Brosseher von Neuburg. Riß, Rentbeamtenswittwe von Landau. Klugel, Advokat von Dresden. Friedrich, Dr. med. von Dresden.

Warnung.

88. Wer irgend Jemanden, sei es auf meinen Namen oder in der Voraussetzung, daß ich Zahler sein werde, Geld leiht oder Kredit gibt, wird hiemit gewarnt, indem ich hiemit Zahlung leiste, wer immer der Schuldner sein möge.

München den 25. August 1848.

J. N. Himbsel,
königl. Baurath.

(2b) In der Kasernstraße Nro. 8 sind Reine-Claude zu kaufen, das Hundert zu 18 Kreuzer.

Bekanntmachung.

Ursula Appelsches Debitwesen betr.

67. (2 b) Nachdem bei der in vorbezitirten Betreffe angesetzten ersten Versteigerungstagfahrt das gelegte Meistgebot den Schätzungspreis nicht erreicht hat, so wird auf Antrag der Interessenten zum Verkaufe des Ursula Appelschen Salzerwirths-Anwesens neuerdings Termin auf

Montag den 11. Sept. l. Js.
früh 10 – 12 Uhr

anberaumt, wozu Steigerungslustige unter Hinweisung auf die Bekanntmachung vom 19. April l. Js. (rothe Nainer und Neuburger Wochenblatt, dann das Kreis- und Intelligenz-Blatt von Schwaben und Neuburg) mit dem Bemerken geladen werden, daß der Zuschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolge.

Neuburg am 4. August 1848.

Königl. Landgericht Neuburg.
D. l. a.
v. Reindl.

Bekanntmachung.

69. (2b) Nachdem bei der auf den 16. Okt. v. Js. zur Versteigerung des Wach'schen Gesammtanwesens angesetzten Tagfahrt sich kein Käufer meldete, so wird behufs der neuerlichen Versteigerung des Gantwesens neuerdings Tagfahrt auf

Samstag den 9. September d. Js.
von Vormittags 10^h, bis als 2 Uhr

anberaumt, und hiebei nach §. 64 der Hypothekengesetze, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 bis 103 der sünften Prozeßnovelle verfahren. Der Zuschlag geschieht an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung, jedoch vorbehaltlich eines allenfallsigen Abkommens mit den Hypothekargläubigern. Die vorhandenen Vorräthe, sowie die Mobiliarverlassenschaft werden im Ganzen besonders verkaufen.

Das Anwesen besteht in

a. an Gebäuden:

1) aus dem Wohngebäude mit Keller, zwei Stockwerk hoch, gemauert, mit Legschindeldach;

2) dem Nebengebäude mit Keller, zwei Stockwerk hoch, gemauert, mit einem Holzlegedach;

3) dem Brauhaus mit Brennerei, gemauert, mit Ziegeldach;

4) dem Getreidstadl sammt drei gewölbten Gastallungen, zwei Stockwerk hoch, gemauert, mit Ziegeldach;

5) dem Pferd- und Kuh-Stall, gewölbt, mit Ziegeldach;

6) dem Sommerkeller, im Distrikt Oberding, mit einer Wohnung und Dachremise, zwei Stockwerk hoch, mit Ziegeldach;

7) dem Zubauhaus in Aletthom, Distrikts Attering, sammt Stall unter einem Ziegeldach;

8) dem gemauerten Getreidstadel daselbst;

9) dem Sommergäßl sammt Keller in Erding.

Diese sämmtlichen Gebäude, incl. der Hofräume und Gärten, haben einen gegenwärtigen Baurwerth von 44,800 fl., und sind die bestehenden Baustände summarisch auf 7,750 fl. angeschlagen — unter obiger Summe nicht inbegriffen, sonnten bereits abgerechnet. Von den Bauständen wurden jedoch die dringendsten während der Verwaltung in diesem Substehe durch die gerichtliche Massakuratel genehmigt, auch bedeutende Verbesserungen in der innern Einrichtung vorgefehrt.

b. An liegenden Gründen, nämlich aus

57,04	bayer. Tagw.	Aeckern,
74,07	"	Wiesen,
17,38	"	Waldungen,
		Grundbüden, in ei-

im Ganzen 148,49 " nem Gesammtschätzungswerthe von 20,303 fl. 15 kr.

c. An Rechten.

aus dem realen Brau- und Tafern-Recht im Schätzungswerthe von 4,000 fl.

Das vorhandene Mobiliar hat einen Schätzungspreis von 7,155 fl. 17 kr.

Bezüglich der auf dem Anwesen ruhenden Lasten und Abgaben, Grundbarkeitsverhältnissen, des speziellen Schätzungswerthes, der einzelnen Grundstücke, Bonitäten ꝛc. ꝛc., können sich Kaufsliebhaber die erforderlichen Aufschlüsse entweder bei dem unterzeichneten Gantkommissäre, oder bei dem provisorisch aufgestellten Massakurator, Kaufmann und Magistratsrath Jg. M. Kraus von hier, erholen.

Das Anwesen liegt übrigens in unmittelbarer Nähe des hiesigen Schrannenplatzes, und stößt bei zweckmäßiger Benützschaftung eine ausgezeichnete Rente erwarten, und daß auch wirklich die gegenwärtige Massakuratel bisher bezüglich des Betriebes diese Voraussetzung gerechtfertigt.

Uebrigens werden Kaufslustige darauf aufmerksam gemacht, daß, falls sie dem Gantgerichte unbekannt sind, sich bezüglich ihres Vermögens genügsich auszuweisen, und des gesetzlichen Bedingungen zur Ausschlagung u. s. w. nachzukommen haben.

Am 5. August 1848.

Königl. Landgericht Erding.
Muggenthaler.

89.

Einladung

an das

gesammte ärztliche Personale in Bayern.

Unstreitig wird das Bedürfniß eines umfassenden statistischen Werkes über unser gesammtes Medizinalpersonal täglich fühlbarer; so z. B. bei den dermalen allenthalben Statt findenden ärztlichen Versammlungen, um etwa die Zahl der sich Betheiligenden kennen zu lernen, oder bei Anstellungsgesuchen, um die noch der Aneiennität nach vorgehenden Kollegen zu ermitteln, oder bei Beziehung einer Station, um sogleich einen Ueberblick über die in diesem Bezirke fungirenden Aerzte, Wundärzte, Bader u. a. zu bekommen, und in vielen Fällen mehr. Eine diesem Uebelstande vollständig ähnliche Schrift zu verfassen, und im Drucke herauszugeben, hat sich ein Arzt entschlossen, jedoch nur unter Voraussetzung der zur Erlangung der Vollständigkeit und Authenticität unumgänglich nöthigen Beihilfe *sämmtlicher* Medizinalpersonen Bayerns. Man stellt daher, statt persönlicher Bitte, hiemit an alle im Medizinalfache in Bayern irgendwie functionirenden Personen höheren oder niederen Ranges aus dem Civil- wie Militär-Stande (daher auch Thierärzte, Apotheker, Wundärzte, Bader u. A.) das geziemende Ersuchen, in Bezug auf Vor- und Zu-Namen, Religion, Stand der Eltern, Geburtsort und Zeit, Familienstand, Ort und Zeit des medicinischen Studiums, Ort und Zeit der betreffenden Prüfungen (Rigorosum und Promotion, Provincialen, Staatsexamen u. A.), Anstellungs-, Versetzungs- u. a. Dekrete nebst Datum, Titel der Inaugralabhandlung u. a. Schriften, in möglichst kürzester Frist, spätestens aber in 14 Tagen, die betreffenden Notizen verschlossen, mit der Aufschrift „ärztlichen Schematismus betreffend", der Expedition dieser Zeitung franco zu übermachen. Nach Einlauf *aller* Notizen soll sogleich mit dem Drucke begonnen, und seiner Zeit dann das Nähere bekannt gegeben werden.

76. (2a) Bei Wilh. Scherz in Leipzig erschien soeben in Kommission:

Der persönliche Schutz.

(Mit 25 anatomischen Abbildungen. — In Umschlag zierlichgeheft. Preis: 1 Dukaten.)

Medizinische Abhandlung über die Ehe und ihre geheimen Störungen, über die Gebrechen der Jugend und des reiferen Alters, die größtentheils die Nachwehen von Verzehen der Kindheit sind, nach und nach alle Körper- und Seelenkräfte zerstören, alles Feuer und ewaltig selbst die Attribute der Männlichkeit vernichten; erläutert mit 25 Abbildungen. Für Anatomie, Physiologie und Heilkunde Beflissene, für Jungvermählte mit für Jedermann sonstiger Beschreibung des Baues, des Gebrauchs und der Funktionen derselben, sowie der durch Unanie und Ausschweifungen auf sie hervorgebrachten Störungen ꝛc. Nebst praktischen Bemerkungen über die heimlichen Gewohnheiten auf Schulen ꝛc., über Nervenschwäche, Impotenz, Unfruchtbarkeit, syphilitische Krankheiten, über Jugendsünden, Abnormitäten, Bleichsucht, Mückenmarksaffektionen, Lungenleiden, Ausgehrung ꝛc. Von **Dr. Samuel Lo'Mert**, prakt. Arzte in London, Ehrenmitgliede der Universität Edinburg, der mehrern Gesellschaften zu London, Edinburg ꝛc. 8. 128 S.

Dieses merkwürdige Buch sollte sich in aller Händen befinden: es kann mit Wahrheit behauptet werden, daß über die verhandelten Gegenstände nie ein auch nur entfernt ähnliches jemals gedruckt worden ist. — Es ist auf Bestellung durch jede Buchhandlung, sowie direkt durch die Post (bei Angabe von diesen Eidern auch poste restante), gegen portofreie Einsendung des obigen Preises, von Herrn Laurentius, Dorotheenstraße Nro. 1 in Leipzig, der auf Verlangen auch weitere Auskunft ertheilt, zu beziehen.

Druck der Dr. C. Wolff'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Vom serbischen Kriegsschauplatze.

Wir theilen unsern Lesern die nachstehenden Berichte vom serbischen Kriegsschauplatze nach der Allg. Oester. Ztg. unverändert und vollständig mit. Die Verfasser derselben stehen offenbar auf verschiedenem Standpunkte, aber über die Grausamkeit, mit welcher dieser Krieg geführt wird, so wie über die große Gefahr, welche das Magyarentum läuft, geben beide die bezeichnendsten Andeutungen. Ihren wir nicht, so dürfte der Vergeltungstag für den Verrath, den die Magyaren, Kossuth an der Spitze, an der Sache Oesterreichs zu begehen schon begonnen hatten, nicht mehr lange auf sich warten lassen. Folgendes sind die Berichte selbst.

Pesth, 21. August. Fürchterlich ist die Mißhandlung der serbischen Ortschaften, die die Magyaren besetzen, die serbischen Geistlichen werden auf der Kirche geschleppt, zum Galgen geführt, und auf eine niederträchtige Art aufgehängt, die Häuser geplündert, die Männer gewendet, die Weiber und unschuldigen Kinder gepfählt, in Földvar das Heiligthum der serbischen Kirche profanirt, die Kirchenbilder mit den Bajonetten durchstochen, in der Kirche Feuer gemacht, gekocht, der Kelch, das Heiligste!! besudelt, und Alles zertrümmert und entweiht. Nur solche Freiheit klingt den Magyaren würdig, nur die Serben sind ihren Räuberhorden, Raubgesindel, Aufwieglern, sie vergessen die erspriesslichen Kriegsdienste der serbischen Heldenvölker; als vor Jahrhunderten der osmanische Colos Ungarn mit Truppen überschwemmte, kämpfte das heldenmüthige serbische Volk für die Existenz der Magyaren mit tapferem Muthe und Ausdauer. Ein schauderhafter Ausbruch ist daher von Seite der Serben unausweichlich, nach zuverlässigen Nachrichten ziehen neue Massen aus Serbien. Knitzanin ist bekläubt mit 1000 Mann Cavallerie und 5000 wohlbewaffneten Serbianern verstärkt worden, bei Orschova sind 6000, und haben mit Stolle und Wallachen Lugos eingenommen, der Kommandant der Hunjader Nationalgarde, St. Kiraly, hat sich von St. Thomas geflüchtet, da die Magyaren eine bedeutende Niederlage dort erlitten haben. Zufolge der durch den ungarischen Kommissär St. Kiraly und Oberst Bakony am 20. nach Pesth überbrachten offiziellen Nachricht, hat bei der Römerschanze eine große Schlacht vorgefallen, wobei die Russischserben die Römerschanze behaupteten, und die Magyaren aufs Haupt schlugen.

Szabha im Banat, 17. Aug. Die Verhältnisse trüben sich jetzt ernstlich. Während in Perlas und Werschetz das Militär und die in Massen versammelten Nationalgarden unthätig sind, wächst der Muth und die Energie der Insurgenten täglich. Während unsere Truppen hinabe wie zum Scherz um blankes, bald auf bald zu Pferde in die Ebene, und in von einem Orte zum andern auf Wägen spazieren geführt werden, concentriren sich Serben und Grenzer an allen wichtigen Punkten. In der illyrisch-banater Grenze ist die Militärkommunität Weisskirchen, welche bis an die Zähne gerüstet und versehaunt daseht, auch fast 2000 Mann ungarische Garden zur Unterstützung an sich gezogen hat, der einzige nicht insurgirte Punkt. Nächst Kragujewa an der illyrisch-banater Grenze zwischen Weisskirchen und Werschetz, wagten am 15. eine Masse ungarischer Landsturm unter Anführung des Barons Prudentbal einen Angriff auf die dort gelagerten Serben. Da die Temescher und Arader Nationalgarden den Angriff zu machen verweigerten, so ward der Landsturm allein in's Feuer geführt; aber alsogleich in wilder Flucht ohne allen vorherigen Widerstand vorgerissen, in welcher auch die Nationalgarden hinweggerissen wurden, während die anwesende Division Uhlanen sammt 2-Kanonen müssige Zuschauer der Niederlage ihrer Kampfgenossen waren. Der Verlust des Landsturms ist namhaft, und bezeichnend für die Muthlosigkeit dieser Leute die Thatsache, daß fast 1500 derselben vor 40 Serben Reißaus nahmen."

Bis jetzt war das walachisch-banater Grenzregiment frei von jeder serbischen Bewegung. Aber auch dier drangen am 15. früh von der Donau aus über Kuplova bei 150 Serben durch die Gebirge in die walach-banater Grenze nach Talbositzeg, worauf die bereits zum Angriff gegen die Serben versammelte Compagnie sofort die Waffen streckte, Munition und Waffen ablieferte und sich den Serben ergab. Als kurze Zeit nachher der Gemeinde von Bogarisch die Aufrührer gemeldet wurde, verweigerte diese den Gehorsam, nahm ihren Hauptmann gefangen und verbrüderte sich mit den Serben. Bei dem sehr bedenklichen Geiste des vielfach von innen und außen bearbeiteten walachischen Grenzregiments dürfte daselbe daher in Kurzem sich der serbischen Insurrection in Masse anschließen, und somit die große Kette vollenden, welche um Südungarn vom Marasiser bis zur Theiß unter Ungarn gesprengt ist. Unter solchen Verhältnissen wird wirklich die Stellung der Ungarn stets bedenklicher, und der Sieg der Aufrührer soll gewiß. Ich bedaure nur die armen Opfer, welche mit Lust und Liebe für die Freiheit und das Vaterland in den Kampf treten, um unter schlechten Aufführern nutzlos zu Grunde zu gehen, oder ihren Feinden in die Hände zu fallen, welche mit kannibalischer Lust ihre Schlachtopfe martern, sinnvolle zerschneiden, am Feuer braten und den Hunden zum Fressen vorwerfen. Leider kann ich dabei einen Vorwurf wieder das Ministerium in Ofen nicht unterdrücken. Wenn kaiserliche nicht kräftigere Hilfe als bloße Redensarten und Tiraden in schaffen weiß, und sich zu schwach fühlt mit Kraft und Klugheit den von ihm heraufbeschworenen Dämon zu fesseln, so hätte es lieber, dem Alles zu Grunde zu richten und nutzlos zu opfern, einen schlechten Frieden einer schimpflichen Niederlage vorziehen.

Hieran knüpft sich natürlich die folgende Mittheilung aus Wien von 23. August: Zufolge heute eingelaufenen sichern Nachrichten von Lugoh unterm 17. Aug. ist am vorhergehenden Tage durch diese Stadt von Orschova an das Generalkommando in Temesvar eine offene Estafette mit der Meldung abgegangen, daß bei Orschova 6000 Serben über die Donau übergegangen sind, denen sich mehrere Orschaften jener Gegend angeschlossen haben und sie gegen Temesvar vorrücken.

Deutschland.

Sächs. Herzogthümer — Aus Cöthingen, 24. Aug. Vor ein paar Tagen war in Meiningen ein Kreistag oder eine „Volksversammlung" der Temokraten. Ein Literat Namens Jäde und ein Turnlehrer Namens Grube waren wegen aufreizlerischer Reden gefänglich eingezogen worden, ein Verhafren, das die Temokraten als brutal und ungesetzlich bezeichneten. Auf dem Markte trafen etwa 50.) Personen zusammen, unter welchen 100 Bewaffnete. Lakaurie wurde zum Präsidenten vorgeschlagen und einging sich (nachdem man das Heckerlied gesungen und Heder unter Flintenschüssen hatte hoch leben lassen) in langer Rede über die unerhörten Gewaltthätigkeiten, welche man kurz vorher durch die oben Genannten gegen zwei Männer des Volkes verübt. Obwohl daste sich inzwischen konstatirt, denn es ging das Gerücht, daß 10,000 bis 12,000 Temokraten dieser Stadt einen Besuch abstatten wollten. Linienruppen besetzten das Kriminalgericht und sperrten die Straße. Das Ministerium entheilte der an daselbe erlassenen Temokratendemutation die Antwort: „Es müsse den Sachverhand erst aus den Akten entnommen, bevor es eine Entscheidung aussprechen könne." Die Akten sind Nachts 4 Uhr die Bürgermeister von Meiningr unter den Waffen. Die Sache endete, wie sich voraussehen ließ, mit endlicher Verlaufung der 500 Volksversammler, von denen die meisten mit schweren Köpfen ihre respektiven Wohnorte erreichten. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Oesterreich. Wien, 25. Aug. Das etwas unerwartet energische Auftreten des Ministeriums bei Gelegenheit der Unruhen hat seinen Grund in dem Auftrage, den Weissenberg nach seiner Rückkehr von Frankfurt vom Hofe erhielt, ein neues Ministerium zu bilden, da das gegenwärtige wenig Sicherheit für die Erhaltung der Ordnung biete. Todtlosf, um nicht Stadion, dessen Conservatismus auf entschiedenen Anhang zählen dürfte, und Ruber gelangen zu lassen, hat wohlberechnet die zweyte Lunte fallen lassen und sich dem Centrum genähert. Er erklärt heute mit großer Bestimmtheit und gereiztem Tone auf eine Interpellation: „die Nationalgarde hat gewiessen, weil auf sie geschossen worden ist. Daß Blut, welches gefossen ist, fällt nicht auf die Nationalgarde, sondern auf das Haupt derer, welche die Arbeiter aufwiegelten." Diese Erklärung war von außerordentlichem Beifall begleitet, und die Kammer gestattete dem Abg. Kunkasch nicht, zu replitiren. — Die Arbeiter sind überhaupt zu ihren Beschäftigungen zurückgekehrt, allein der Zudrang auf der Aula vermindert sich nicht, und die Radikalen geben sich im Verein mit der Aula, alle Mühe, sie aufzuhetzen. — Gestern ist eine allgemeine kaiserliche Amnestie für die in Südtirol im Monat März stattgehabten revolutionären Ereignisse erschienen. — Am 31. Juli ist von der provisorischen Regierung der Wallachei in Folge des Einrückens türkischer Truppen eine Proklamation erschienen, in welcher dieselbe gegen den Einmarsch derselben protestirt. Auf dem Freiheitsfelde bei Bukarest haben 25000 Romanen eine gleichlautende Protestation beschlossen, in welcher sie, falls die Pforte ihre Truppen nicht zurückziehen werde, das Oberherrlichkeitsrecht der Pforte für vernichtet und jeden Romanen, der fremde Truppen ins Land ruft, oder die bereits einmarschirten begünstigt, für vogelfrei erklären.

Oesterreichische Monarchie.

Aus Ungarn vernimmt man, daß der Ban Jellachich in Karlstadt wieder eingetroffen ist. Er hat aufs neue die Mobilisirung von 20.000 M. Grenzern angeordnet. Die tapfern Vertheidiger von Pechhera, die ovochaner Grenzer, stehen bei St. Jvan. Sie haben sich vom Ban erboten, die Avantgarde dahin zu dirsen. Die Hafenstadt Fiume ist bereits auf Jellachichs Befehl von kroatischen Truppen besetzt worden. Dadurch ist Ungarn von aller Verbindung mit der See abgeschnitten. (Augsb. Abdz.)

Italien.

Sardinien. Das neue Ministerium ist in folgender Weise zusammengesetzt: Alfieri Cabinetspräsident, Peronne Auswärtiges, Merio Inneres, Boyel, Finanzen. Franzini Krieg, Binelli öffentlichen Unterricht, de Ferraris Justiz. Sella Öffentliche Arbeiten (letzterer war Kommissär zu Parma.) Talleise ist aber ohne alles Ansehen, auch im Lager des Königs besteht eine Art Regierung, eine dritte zu Genua, das Resignirt zeigt sich unabhängig zu erklären. Wer die Oberhand behalten wird weiß Niemand. Das vorige Ministerium Casati-Gioberti hat abgedankt, weil es gegen die friedliche Verwirklung, und Nichtanerkennung der Kapitulation von Mailand und französischen Einschreiten war. Eine Volksdemonstration vor den Häusern der abgetretenen Minister in Turin, französischen Gesandten war gleichfalls für französisches Einschreiten. Zu Alessandria, im Hauptquartier des Königs selbst, brach eine Emeute

aus, die von Karl Albert Entlassung derjenigen Generale verlangte, denen man das Kriegsgelingen zuschreibt. Ein Bataillone nationalgarde, das die Zusammenrottung auseinanderspringen sollte, ging zum Volke über. Dase selbe sollen dann zwei Bataillone vom Regimente Pignerol gethan haben, als es die Ordnung herstellen sollte. Weitere Nachrichten fehlen, doch glaubt man sicher — sagt die Gitgen. Ztg. — daß eine allgemeine Bewegung ausbrechen werde, wenn der König dem immer lauter werdenden Verlangen des Volkes und Heeres nicht nachgebe. Die Aufbehungen nehmen nach der Nat, Piemonteses den besten Fortgang. — Der Generalintendant von Savoyen widerspricht durch ein Kundschreiben dem Gerüchte, als sei es Absicht des Königs, Savoyen an Frankreich abzutreten um den Preis seines bewaffneten Einschreitens. — In Genua zog am 14 eine große Volksmenge, der Stab der Nationalgarde, die zwei königl. Kommissäre und der Präsident des Nationalrathes an der Spitze, nach der Wohnung des franzöf. Consuls, wo sie der franzöf. Gesandte Quiß in Turin bereits befand. General Balbi sprach demselben die Hoffnung aus, daß die franzöf. Republik das genuesische Volk in diesem Nationalkampfe nicht verlassen werde. Der französische Gesandte versicherte die Deputation der lebhaften Sympathien Frankreichs, setzte aber bei: „Aber Sie werden begreifen, daß es bei diesem Umstande nothwendig ist, daß das genuesische Volk und die übrigen italienischen Völker sich einigen, um den Kampf zu bestehen, welcher das Resultat ihrer Einigkeit ist: denn wenn Frankreich in Italien einschreitet, so ist dies nicht mehr ein Krieg von Nation zu Nation, es ist eine allgemeine Revolution, die in der Weltgeschichte bedeutsam sein wird." Balbi, Doria und Vigio hinterbrachten diese Rede dem Volke, das sie mit wahrem Enthusiasmus aufgenommen haben soll. Aus allen Nachrichten aus Piemont geht jedenfalls hervor, daß dort Alles im Ungewissen ist.

Frankreich.

△ **Paris**, 25. Aug. Heute hat endlich die mit so großer Spannung erwartete Verhandlung über den Bericht des Hrn. Bauchart, bezüglich der Junierereignisse, begonnen. Schon frühzeitig waren die Tribunen von Neugierigen überfüllt; darunter eine Menge von Damen im elegantesten Schmuck. Auch die Diplomaten sind in ihrer Tribune vollzählig anwesend. Im Saale selbst herrscht auf allen Gesichtern, in der ganzen Haltung der Abgeordneten die in den Gemüthern herrschende Aufregung. Alle Minister sind auf ihren Bänken. Der Präsident erinnert zuerst die Versammlung an die Nothwendigkeit von Ruhe und Mäßigung in der Debatte. Alle persönlichen Interessen, sagt er, müssen zurücktreten vor dem großen Interesse des Vaterlandes, das vor allem der Versöhnung bedarf. Er bittet daher die Versammlung, ihre Erregung in Schranken zu halten, und die Redner, stets der Würde und parlamentarischen Ordnung eingedenk zu bleiben. (Beifall.) Auf Antrag des Hrn. Gbarras wird beschlossen, daß die persönlichen Aufschlüsse zuerst an die Reihe kommen sollten. Diese nehmen geraume Zeit in Anspruch. Admiral Casy erklärt, Hr. Jacrosse habe in seiner Zeugenaussage das Benehmen ausgesprochen, am 15. Mai die Minister im schwarzen Frack, die dem Militärstande angehörenden Minister theilnahmlos auf ihren Bänken gesehen zu haben, während sie dafür hätten sorgen sollen, daß die Abstimmung besser wurde. Hr. Jacrosse wolle ihm dies seinem Saale damals gesagt haben, verstehe dabei sich offenbar gedäuscht. In einem andern Saale, und erst um 4 Uhr seien diese Worte zwischen ihnen gewechselt worden; und übrigens habe der Marineminister weder Schiffe noch Matrosen zu seiner Verfügung gehabt. Hr. Lacrosse: Er bedaure, seine eitliche Zeugenaussage wiederholen zu müssen. Welches Interesse könne er haben, etwas anderes zu sagen, als er gesehen? Er wiederhole, daß er an jenem Donnerstag Tage sich der Ministerbänke genähert, um denselben sein Bedauern darüber über ihre theilnahmlose Haltung auszudrücken. Zweimal habe er mit dem Admiral Casy gesprochen. Einmal in dem Augenblicke, wo die Masse in den Saal eindrang, das zweitemal, als der Marineminister und er aus dem Saale hinausgedrängt wurden. Er wolle Niemandens Absichten verdächtigen, aber es stehe fest, daß die Minister am Abend zuvor von dem beabsichtigten Eindringen in die Versammlung Kenntniß haben mußten. Sie hätten daher auf ihrer Hut, und nicht so wehrlos der Emeute gegenüber erscheinen sollen. Hr. Charras, die Aussagen des Hrn. Lacrosse bestätigend: dieser habe ihm gesagt, sie sollen Befehle ertheilen; er habe geantwortet, er verschlage die Militärmacht nicht, könne also nichts thun. Deshalb sei er eine halbe Stunde nachher nach dem Luxembourg gegangen, um sich Befehle von der Exekutivkommission zu erholen. Hr. Goyrad: In doppelter Beziehung trete ihm der Untersuchungsbericht zu nahe, als Volksvertreter und als Kommissär. Man habe gesagt, er sei mit Barbès nach dem Stadthause gegangen, während er gegen Barbès gegangen sei. Man habe einen Anarchisten aus ihm gemacht, etwas, was er nicht sei. (Gelächter.) Er sei mit Arn. Ballouz und einigen andern seiner Kollegen zusammen gewesen, als nach einem Zeitraum zwei von ihnen verhaftet wurden. Hätte man ihn gehört vor der Untersuchungskommission, so hätte man sicherlich nicht die ihn verletzende Stelle in dem Berichte aufgenommen. Hr. Odilon Barrot und Hr. Bazet: Von Ihnen ist keine Rede. Hr. Goyrad: Dann hätte man sich klar aussprechen sollen, denn mehrere meiner Kollegen hatten diese Stelle auf mich bezogen. Der Berichterstatter, oder vielmehr der Libor (lebhaftes Murren) hat die Kommissäre in den Departements dargestellt als verfolgt von der Entrüstung der Bevölkerung. Mißtrauen Sie dieser entrüsteten Bevölkerung; im Namen solcher hat man den Marschall Brune ermordet; im Namen solcher hat man den Marschall Hr. v. Preissac Esbaye gefangen, in den ist in einer nicht so ferner Zeit Hr. v. Preissac Esbaye gefangen, in den Taten gewiesen zu werden. Der Redner will auch von einem Kommissär zu Bordeaux sprechen, wird aber unterbrochen durch den Ruf: wollen Sie denn unaufschrlich sprechen? und er verläßt die Tribüne. Hr. Portalis bestätigt sich über die Zeugenaussage des Hrn. Arago, der ihn, den Generalrath Portalis, als einen der Frankfurter seinen Trabanten vorzustellen suche. Allerdings sei er der Freund Lamoricières gewesen, nie aber in jüngster Zeit

Nr. 54.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Mittwoch den 30. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 44. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 28. August.

(Fortsetzung des Auszuges aus dem Armeebefehl.) Zu Hauptleuten 1. Klasse wurden befördert: die Hauptleute 2. Klasse G. Keim im 6. Inf.-Reg., W. Grünwald im 2. Inf.-Reg., F. Bauer im 8. Inf.-Reg., K. Engel im 6. Inf.-Mtg., M. Zeller im 10. Inf.-Reg., L. Eberlein im 5. Inf.-Reg., F. v. Arnim im 13. Inf.-Reg., J. Westermayer im 4. Jäger-Bat., A. Orff im 1. Inf.-Reg., M. v. Weiß de Lino im Inf.-Leib-Reg., J. v. Weyhern im 2. Inf.-Reg., J. Merk im 14. Inf.-Reg., Chr. Hoffmann im 13. Inf.-Reg., F. Mitter, Adjutant beim Landwehr-Kreis-Kommando von Oberbayern, im 15. Inf.-Reg., J. Beller im 3. Jäger-Bat., K. v. Gimmi im 11. Inf.-Reg., F. Brunn im 6. Inf.-Reg., C. Frhr. v. Lüpelburg im Inf.-Leib-Reg., J. Dick im 10. Inf.-Reg., A. v. Stackelmann im 15. Inf.-Reg., M. Graf Topor Morawitzky im Inf.-Leib-Reg., Ph. Wilder im 10. Inf.-Reg., M. Zaufhofer im 12. Inf.-Reg., J. v. Walter im 2. Inf.-Reg., J. Frhr. v. Großschedel und Th. Frhr. v. Gorsenne im 4. Jäger-Bat., Ph. Busch im 9. Inf.-Reg., M. Böhm im 15. Inf.-Reg., Fr. v. Weickmann im 5. Inf.-Reg., N. Fuchs im 3. Inf.-Reg., Chr. Korte im 5. Inf.-Reg., J. Hagenauer aller im Inf.-Leib-Reg., G. Rauß im 6. Inf.-Reg., A. Hupp im 9. Inf.-Reg., M. Gella im 4. Inf.-Reg., W. Frhr. v. Reisach im 6. Inf.-Reg., F. Graf v. Spreti im 4. Jäger-Bat., Chr. v. Ortdahsen im 5. Inf.-Reg., Fr. v. Heinrichen im 7. Inf.-Reg., Fr. Faust im 2. Jäger-Bat., K. Graf v. Spreti im Inf.-Leib-Reg., K. Walther im 2. Inf.-Reg., K. v. Speruner im 12. Inf.-Reg., Th. Walther im 2. Inf.-Reg., F. Frhr. v. Imhoff im 11. Inf.-R., M. Frhr. v. Großschedel im Inf.-Leib-Reg., Chr. Ziegelhauser im 15. Inf.-Reg., Fr. Reindl im 6. Inf.-Reg., J. Rupp im 9. Inf.-Reg., W. Brößler im 14. Inf.-Reg., Fr. Henkel im 10. Inf.-Reg., W. Streub im 2. Inf.-Reg., G. Frhr. v. Pfnau und J. Heuß im 14. Inf.-Reg., A. Hauser im 15. Inf.-Reg., A. Baunach im 3. Inf.-Reg., J. v. Neubauer im 4. Inf.-Reg., B. Ebert im 2. Jäger-Bat., A. Eckart im 3. Jäger-Bat., J. Schumacher im 1. Art.-Reg., M. Schaffner im 1. Inf.-Reg.; dann die Oberlieutenants M. Gerstner im Generalquartiermeisterstab, Fr. Baunach im 2. Art.-Reg. mit seinem früheren Range vor dem Hauptmann M. Graf v. Tauenbach, K. Jacobi im 2. Art.-Reg., v. Vogl und J. Pittlement im 1. Art.-Reg., G. Nebenbacher, Reg.-Adjutant vom 1. Art.-Reg., im 2. Art.-R. und Fr. v. Lattegan im 2. Art.-Reg.; zu Rittmeistern: die Oberlieutenants M. Frhr. v. Waltenfels, Reg.-Adjutant, im 1. Chev.-Reg., G. Korb im 2. Chev.-Reg., G. Frhr. v. Maillot de la Treille im 1. Kuirassier-Reg., A. Frhr. v. Trachsdorff und F. Fürst im 5. Chev.-Reg., W. Frhr. v. Mulzer vom 6. Chevaux.-Reg. im 2. Kuir.-Reg., M. Frhr. v. Gloffstein im 6. Chevaux.-Reg., F. v. Schaumberg vom 1. Chev.-Reg. im 6. Chev.-Reg., F. v. Stahler im 3. Chev.-Reg., J. Pflaum vom 3. Chev.-Reg. im 6. Chev.-Reg., G. Frhr. v. Gloffstein, Reg.-Adjutant, im 2. Chev.-Reg., und K. Frhr. v. Gravenreuth vom 4. Chev.-Reg. im 2. Kuir.-Reg.; — zu Hauptleuten 2. Klasse: die Oberlieutenants N. Strinke, F. Harrach, J. Oertel, P. Fiorino, M. v. Brückner, A. Frhr. v. Niederer, F. Graf Micciarelli, G. Schönfeld, K. Graf v. Lingen, W. v. Schleich, K. Höflinger, L. Bäckl, Gl. Pelzmeier, Ch. Mitter v. Zenner, Ph. Frhr. v. Oberkamp, M. Braun, J. v. Sparavani v. Jeckkenfeld, J. Rormann, F. v. Tein, A. Frhr. v. Aringersberg, Th. Adelein, Ph. Staub, J. Pellrier, F. Meyaer, K. Ritter v. Schmädel, Kl. Graf v. Joner, K. Diell, A. Schiber, J. Oswald, H. Graf v. Bothmer, M. Dürrbacher, Chr. Ritter v. Mann, K. v. Brückner, G. Rost, G. Jörgens, J. v. Eckart, L. Seutter, L. Kaiser, G. Nottbaft Frhr. v. Weissenstein, A. Graf v. Bothmer, F. v. Scheerer, K. Bilgard, L. Fink, K. Lindner, L. Mändl, F. v. Stockhammern, L. Held, H. Leers, K. Graf v. Strahlenheim-Waisbourg, F. Fackenhofen, F. Höflinger, A. Haller, K. v. Pilsy, Fr. Van Townee, K. Graf v. Bothmer, H. v. Klenze, A. Hohenberger, H. Ritter v. Thierer, M. Spraul, M. Bihl, M. Schaller, J. Schrautenbach, A. Graf v. Pfeuring-Hohenstein, A. Frhr. Anstaller, J. Winterstein, M. Hoppel, M. Heinemann, M. Frh. v. Pfetten, L. v. Cicentano-Moretto, J. Reuß, A. v. Tieh, F. Perlik, G. Pflaum, Ph. v. Hartung, J. Frhr. v. Reichlin-Melegg, M. Pöllath, S. Giel, F. Frhr. v. Andrian-Werburg, Fh. Eichheim, F. Hamds, Fr. Graf v. Reigersberg, H. Deßloch, A. Frhr. v. Pechmann, F. Saint-Simon, W. v. Wilpert, M. Seelkircher, G. Lieber, Frhr. v. Schönfeld, A. Roth, W. Rittmann, Chr. Kohl, W. Hunterhalt; — zu Oberlieutenants: die Unterlieutenants J. Leichtenstern, L. Frhr. v. Gloffstein, H. Frhr. v. Leodegching, G. Cramer, H. Frhr. v. Ruprecht, A. v. Röder, L. Ritter v. Hämmerler, F. v. Cropper, F. v. Lachenait, J. v. Baur-Breitenfeld, L. Frhr. v. Großschedel, M. Frhr. v. Gumppenberg, L. Frhr. v. Gravemeuth, A. Dietrich, M. v. Kramer, Fr. Frhr. v. Pechmann, M. Frhr. v. Gumppenberg, H. Graf v. Tattenbach, K. Schulze, Chr. v. Weinbach, L. Frey, L. Lunze, G. Frhr. v. Hafferlhott-Stockheim, J. Ritter v. Grundner, F. Koblermann, Chr. Faber, Fr. Dichtel, C. v. Hellingrath, K. Frhr. v. Paffimon, A. Frhr. v. Aretin-Werburg, H. Frhr. v. Reiffelrode-Engenpest, K. Sebel, M. Frhr. v. Berchem, Fr. Ellinger, A. Meyer, O. Brullist, K. Strauß, G. Bernreuther, Fr. Schmidenbecher, H. Glombe, B. Ritter v. Miller, A. Rotthapff Frhr. v. Weissenstein, Th. v. Michels, K. Frhr. v. Reitzenstein, M. Frhr. v. Frönau, M. v. Peroy, O. Frhr. v. Guttenberg, M. Graf v. Leublfing, M. Cissstrunner, M. Frhr. v. Münster, H. Fridel, L. Graf v. Joner, Fr. Wrig, Th. Ritter v. Reichert, Chr. Meyer, J. Steger, C. Klein, F. Meier, J. Mahlinger, H. Frhr. v. Freilitsch, M. Reichlich, F. Kaup, Ph. Fleischhauer, A. Danner, E. Kölnberger, K. Zacherl, M. Horn, J. Unger, A. Ritter v. Oswald, J. Hiller, L. Frhr. v. Pölnitz, Fr. Steudel, K. Frhr. Stromer v. Reichenbach, C. v. Moor, S. v. Pruman, M. Graf v. Esch, Th. Graf v. Leudfing, K. Tirtel, M. Goedinger, B. Aubenbauer, O. Schmidt, H. Wiedemann, A. Mayer, C. Böhr, M. Stöckl, P. Schmid, J. Bombart, D. Frisch, J. Raezli, A. Bittner, O. Brenner, J. Bell, A. Kinkelin, G. Laubod, W. Ritter v. Vincenti, F. v. Heußler, J. Oblinger, L. v. Neger, N. Krauß, Chr. Klein, K. Kind, M. Reichsteiner, M. Wernhard, A. Schmid, A. v. Röder, K. Frhr. v. Gumbheim, K. Frh. v. Schatte, H. Glockner, K. Frhr. v. Schönbrued, Chr. König v. Königsbad, M. Graf v. Ottenburg, K. Kurl, M. Leichtenstern, K. Oberst, K. Kölnberger, M. Graf v. Reel, F. v. Fabrig, O. Hartmannsperg, M. Frh. v. Gerit, H. Stern, Th. Raith, Wil. Wiegel, K. v. Buchwald, H. Körbig, K. Leerthäuser, H. v. Hedenauer, C. Burger, Fr. Reuß, K. Goed, M. Frh. v. Pechmann, O. Frh. v. Perren, Ph. Sturm, O. v. Remich, A. v. Diez, W. Frh. v. Verdenfeld-Adam, G. Frh. v. Zöner, Joseph Wilhelm, v. Koblermann, F. Graf v. Tauffirchen, K. Frh. v. Haller, Leerstein, J. Frh. v. Gobel, M. v. Hecht, Karl Treich, L. Ritter v. Wrede genannt Rhodius, G. Rud, M. v. Schlichtegroll, M. v. Parseval, G. Eberth, M. Kitzmair, K. Rümmelein, M. Schent, M. Schönfeld, A. Luygenberger, W. Ritter v. Welsch, G. v. Baur-Breitenfeld, C. Oesterreicher, A. Weselmayer, K. Reppelt, K. v. Frh. v. Guttenberg, L. Peck, Th. Thumiller, A. Tenig, A. Mayr, Fr. Leerstam, J. Frh. v. Hommel, K. Loe, G. Staudacher, A. Frh. v. Schönbrued, H. Frhr. v. Bentwig, J. Graf v. Hirschberg, A. Schwald, J. Gebhard, L. Bechtold, Fr. v. Lüneschloß, O. Ritter v. Anlander, A. v. Heinlein, C. Weiß, M. Graf von Werri della Bosia, K. v. Lallade, B. Diem, J. Fleischmann, S. Frh. Ebner v. Eschenbach, G. Steurer, K. Kuhnimayer, B. Ritter v. Horn, Frh. Fr. Haller v. Hallerstein, Fr. Frh. v. Kraut, K. Frh. v. Thumenrn, K. v. Grundherr, H. Bosch, M. v. Wieber, A. Mayr, Fr. Frh. v. Berchem, X. Graf v. Rumerskirch, K. Molitor, K. Graf v. Froberg, M. Frh. v. Besserer-Thalfingen, J. Fritsch, A. Baumüller, C. v. Lisser, O. Frh. v. Wagerl, A. Graf v. Drenn, Fr. Frh. v. Siebeck, J. Frh. v. Rußin, Fh. Frh. v. Thüneseld, M. v. Waldvogel, M. Frh. v. Welnhalin, M. v. Schirnding, Fr. Münich, C. Fuchs, A. Reisberg, J. Michael, G. Reinsch, C. Syrengler, M. Frh. v. Gravisbein, F. Engelhard, K. Brandt, F. Frh. v. Trachsdorff, L. Frh. v. Pöpelhofy, G. Rupp, J. Ritter v. Bollmar, K. Frh. v. Hardorff, B. Stieglitz, K. v. Imhof und G. Frh. v. Falkenhausen; zu Unterlieutenants: die Junker J. Schüdel, H. Frh. v. Hirschberg, M. Frh. v. Gloffstein, D. Frh. v. Gravisbein, M. Frh. v. Sayenhofen, M. Frh. v. Washington, M. Frhr. v. Weinbach, Fr. Frh. Stromer von Reichenbach, O. Kieffer, B. v. Rad, W. v. Landgraf, B. Ritter v. Granoch, L. Frh. v. Reimann, A. Schebel von Greiffenstein, S. Frh. v. Seckendorff, Fr. Frh. v. Hutten, K. Frh. v. Schäfer, sämmtliche mit dem Range vor den Unterlieutenants Limbeck, Hunt und Wieber. — Z. Ornen, O. Kramer, K. Hohenester, O. Prbn, K. Ritter v. Wor, J. Kreuzer, M. Wenk, P. Herdt und K. Ritter v. Hoffmann, dann die Leibgardebatschierer L. Zillig und M. Ritter v. Riedl, die Reg.-Aktuare K. Sagstätter, J. Bayerer und C. Schübel, die Unteroffiziere und Kadetten K. Reun, A. Schaumermeier, K. Kohler, G. Rennhuber, A. Frhr. J. Meyer, W. Walther, J. Seiz, Ph. Mayer, G. Schmittbauer, J. Anselmann, Fr. Bienichner, J. Baumüller, Th. Oefer, A. Stuffner, J. Mayerhofer, K. Eschenbrenner, K. Frhr. v. Dalberg, Dennerle, G. Milchmeier, M. v. Haun, X. Geiger, J. Neuburger, M. Schmitt, v. Auerschheimer, J. Kalb, C. Fiebl, C. Seidel, F. Ziegler, J. Wolf, K. Voith, Fr. Gmeß, St. Pir, J. Arendes, H. Kinkelin, A. Bado, J. Stengl-

maier, Th. Frh. v. Hornes, M. Enkofer, K. v. Seodlska, J. Schele, B. Brenneisen, N. Merkel, J. Deibl, J. Westermaier, J. Jungermann, J. Samiller, J. Schmelzing, M. Raßaß, J. Pfistermeister, G. Satiner, M. Bischel, G. Pauschmann, F. Pland, r. Mindel, G. Kurz, A. Wolf, F. Bimmer, M. Steuer, R. Brandl, L. Egge, Bv. Kindelmayer, K. Hellmann, J. Marr, M. Gutmann, A. Korthaus, K. Meisinger, J. Schmidt, J. Kircher, G. Braun, M. Buttner, J. Endres, S. Aichinger, Bv. Windsperger, P. Prantl, S. Sopenmüller, M. Böhm, J. Hobl, G. Boruschlegl, W. Schleg, J. Lindner, K. Fürst, K. Sibin, M. Schmitt, K. Uebler, G. Uebracker, J. Rickerl, J. Hornberger, M. Pfellschifter, H. v. Reichmann, J. Schmidler, B. Franz, F. Maier, J. Leichtenstern, F. Albrechtsschiringer, M. Sonntag, M. Frh. Pappus von Trazberg, J. Traumer, J. Schreiber, v. v. Braß, G. v. Fabeck, G. Frh. v. Tartor, J. Löbe, A. Ritter v. Mann, K. Harrach, F. Wagner, A. Möris, J. Gärtner, G. Kastner, M. Ziegiwalner, A. Hien, Th. Sommer, M. v. Esfner, J. Günthner, V. Hock, K. Ziengiebel, J. v. Ruoesch, R. Rubenbauer, H. Häusle, Th. Altmann, W. Steigle, A. Pfau, J. Lippel, G. Münzing, G. Trechsel, P. Aschenbrenner, G. Preßl, J. Spitzner, V. Lindhammer, A. Stöbr, F. Schairer, A. Fie, K. Horlemus, G. Wildbolzer, K. Meraminger, F. Staudwasser, M. Mägelen, G. Süßmaier, N. Ott, M. v. Winckler, F. Simonis, G. Rößle, G. Weiß, G. v. Schmid, M. Frh. v. Proff, F. Frh. v. Pölnitz, K. Reimus, F. Bögler, F. Raiser, K. Deisler, H. Ritter o. Reichert, K. Stepp, K. Burger, D. Tarter, A. Köbreiein, F. Braun, G. Wankel, W. Jörres, M. Kern, H. Kleiner, F. Te Battid, J. Baravisp, J. Jenett, F. Frh. v. Eichthal, B. Kapp, G. Münich, H. Zitt, M. v. Leisure, A. Graf v. Yerfenfeld, J. Wappis, P. Mann, J. Mayer, A. Horn, R. Cramnich, C. Windler, G. Beyel, R. Hofmeister, J. Olivier, M. Frhr. v. Branca, P. Volz; zu Junkern: die Unteroffiziere und Kadetten F. Grabinger, M. v. Oeff, M. v. Fleckinge, A. Fischer, K. Ritter v. Mann, M. Frh. v. Jundre-Bigatto, M. Adel, F. Dunge, Th. Kuß, B. Nömut, K. v. Schlägel, A. Zindmeister, Schopf, G. Hoffmann, B. v. Daumiller, F. Graf v. Hirschberg, K. Arneth, A. Nagelsmidt, G. Ritter v. Cammerlohr, J. v. Wedell, M. Reichenberger, L. Schwarz, Frh. v. Seckendorff, A. Graf Spreti, F. Ries, M. Lauer, G. Rücker, W. Frh. v. Wiedmann, C. Delonge, K. Kopp, M. Gaiser, M. Frh. v. Gumppenberg-Bayerbach, W. Heerwagen, F. Jörres, O. Graf v. Fugger-Glött auf Blumenthal, N. Frh. v. Luvin, R. Binder, C. Keim, F. v. Auffin, H. Frh. v. Pechmann, G. Rtonberg, K. v. Bieber, G. Frh. v. Thon-Dittmer, Vs. Graf v. Lodron, A. Burger, A. v. Rüdt, Z. Vorn-Heim, K. Frh. v. Aretin, G. Wolf, M. Obermüller, Os. Regelsberger, W. Reis, K. Hamel, L. Neuß, L. Steinau und Ge. Schropp. (Schluß folgt.)

Deutschland.

Kurhessen. — Kassel, 25. August. Heute ist folgende polizeiliche Verordnung erschienen: „Aus Veranlassung der in diesiger Stadt während der drei letzten Nächte stattgehabten Ruhestörungen werden in Gemäßheit des §. 7 der Verordnung vom 22. Oktober 1850 bis auf weitere Verfügung alle Zusammenrottungen in den Straßen nach 9 Uhr Abends von mehr als sechs Menschen, hierdurch untersagt, und wird, wenn dieselben wider Erwarten vorkommen sollten, mit Verhaftung augenblicklich vorgeschritten, auch somit nach der Strenge des Gesetzes verfahren werden. Kassel, am 24. August 1848. Kurfürstliche Residenz-Polizei-Direktion. König, v. c." (Kass. Z.)

Hannover. — Hannover, 23. August. Heute Morgen sind die hier liegenden Truppen ausgerückt, um ihre Fahnen mit den daran befestigten schwarz-roth-goldenen Bändern in Empfang zu nehmen. So ist denn der Befehl des Reichsverwesers theilweise erfüllt; später werden nun auch die Kokarden, als „Erkennungszeichen", wie es in der Generalordre heißt, angelegt und schließlich noch der besoldete Alt des Eheredienstes nachgeholt werden. (Wes.-Ztg.)

Der König hat für sämmtliche Hannoveraner, welche wegen Theilnahme an den durch Hecker und Konsorten begangenen hochverrätherischen Handlungen im Badischen in Untersuchung geratben und zur Fortsetzung der letztern hieher gesendet sind, die Niederschlagung der Untersuchung angeordnet. (Hann. Z.)

Schleswig-Holstein. — Altona, 24. August. Wir sind heute noch ohne Nachrichten von Norden. Nach einer Mittheilung im „H. C." wäre Hr. Max v. Gagern am Montag den 23. zum zweiten Mal vom Hauptquartier dorthin zurückgekehrt, worauf sich die Regierungsmitglieder zu einer Konferenz vereinigt hätten. (Alt. M.)

Preußen. ⊙ Berlin, 26. August. Herr Kaiser, Oberst der Schutzmannschaft, hat seine Entlassung erhalten. In den nächsten Tagen soll eine Vermehrung unserer Garnison eintreten; 2 Regimenter werden dieselbe bilden. Die Zentralabtheilung der Nationalversammlung hat sich für die Trennung der Schule von der Kirche ausgesprochen. — Bis gestern Mittag sind als an der Cholera erkrankt 167 Personen angemeldet; davon sind 108 gestorben, 29 genesen, und 49 sind noch in Behandlung. — Die Luft hier ist sehr schwül und das Thermometer verspricht, die Plakate, deuet wieder auf Sturm. Ich bin überzeugt, daß dieser nicht ausbleiben wird, da man sich nicht scheut in Volksversammlungen und Plakaten unverhohlen zu einer neuen Revolution aufzufordern. Der Pöbel ist natürlich dafür, er freut sich auf „ein bischen Plündern!" Wer kann, entfernt sich und der Stadt, und sucht sich sein Vermögen in Sicherheit zu bringen. Die guten Berliner werden sehr bald schwer bereuen, daß sie die Wühler und Heyer so ungehemmt und ungebindert wirken lassen!

Oesterreich. — Wie gehen nachträglich noch einige Details der Wiener Vorgänge vom 23. und 24. August. Um 5 Uhr Abends des erstgenannten Tages wurde Allarm geschlagen. Gegen 6 Uhr waren bereits 20000 Nationalgarden aufgeboten, die Stadtthore geschlossen und besetzt und die Truppen konsignirt. Um Mitternacht wurde es ruhig, bis gegen 4 Uhr Morgens abermals Allarm geschlagen wurde. Während dieser Zeit war es bereits zu sehr ernstlichen und blutigen Zusammenstößen gekommen. Als Grund des Ausbruches der Unruhen wird die den Minister Schwarzer bezeichnen sollende Figur, welche mit einem 5 Kreuzerstück den Wunde von den Arbeitern umhergetragen worden war, bezeichnet. Neun Wagen voll Verwundeter (nach andern Angaben 17) sind in die Stadt gebracht worden, sowie auch die Arbeiter haufenweise arretirt wurden. Der Hauptumstoß war in der Nähe der Nordbahn. Dort wogen Kämpfende, Nationalgarden, Truppen und Arbeiter nebst Zuschauern wohl eine Menge von über 50000 Menschen ausgemacht haben. Der vereinigte Ausschuß, welcher einen Antrag auf Entwaffnung der Munizipalgarde gestellt hatte, haben diesen um 6½ Abends auf Gutschmidt's Verlangen zurück, verlangte jedoch von dem Minister eine eigene Vollmacht für diese Nacht. — So viel bis jetzt bekannt ist, zählt man 80 Verbundete und 15 Todte.

Der Kaiser hat an den Minister des Innern unter dem 25. August ein Handschreiben erlassen, in welchem er sich über die Haltung der Nationalgarde bei der letzten Parade sowohl, als bei den letzten Unruhen anerkennend ausspricht. Der versammelte Mährische Landtag, sowie der Mährische Adel haben Adressen an den Feldmarschall Radetzky erlassen, welche die Vertheidte des tapferen Heldenheeres anerkennend das Hochgefühl über die tapferen Thaten der Armee in Italien aussprechen.

Das Ministerium hat in der Sitzung vom 26., sich endlich über die Entschädigungsfrage (Ablösung des Unterthänigkeitsverhältnisses) entschieden ausgesprochen. Abg. Kudlich hatte als letzter Redner nochmals gegen die Entschädigung gesprochen, und ihm erwiederte Minister Bach: es handle sich hier vorerst um die Anerkennung dieser Prinzipien: 1) vollständige Aufhebung des Unterthanenverbandes in allen Folgen, 2) Entlastung des Bodens. Ein drittes aber sei die Entschädigung. Das Ministerium spreche sich dafür aus. Es stehe und falle mit dieser Frage. Finanzminister Krauß unterstützte die Ansicht des Kabinets auch vom finanziellen Gesichtspunkte aus, und sprach die Ueberzeugung aus, daß die Annahme des Prinzips der Entschädigung für den ganzen Staat nur die besten Folgen haben könne. Ein neues Beweis, wie das österreichische Ministerium allmählig in gesunderen Ansichten zurückkommt.

Oesterreichische Monarchie.

Die „Oesterreichische Allgemeine Zeitung" enthält einen Bericht aus Oravicza im Banat, welchem zufolge Weißkirchen, die einzige Stadt der illyrisch-banater Militärgränze, welche sich der feindlichen Bewegung nicht angeschlossen hat, von den Serben unter dem Kommando des k. k. Hauptmanns Lobolicé am 19. gestürmt, zum Theil genommen, aber nicht behauptet worden ist. Die illirische Bevölkerung der Stadt hatte im Einverständniß mit den Serben sich zu Innern erhoben. Die Kortesfenster wurden durch von unbekannten Gesandtmännern, denen die Serben wegen Kenntnis des Einwohner der Stadt schuldig gemacht hätten. (?) Elf Stunden währte der Kampf und mehr als 100 Häuser sollen in Flammen gestanden sein. Die Serben sollen aber indeß Vorsichtung erhalten und Weißkirchen eingeschlossen haben.

Großbritannien.

† **London**, 25. Aug. Ein furchtbarer Unglück zur See hat sich ereignet. Das Schiff „Ocean Monarchique" war in Brand gerathen. Der brasilianische Dampfer „Ocean" war im Augenblicke des Ausbruches des Feuers in der Nähe und hatte den Herzog und die Herzogin von Joinville nebst dem Herzog und der Herzogin von Aumale und den brasilianischen Gesandten Ghevalier de Lisboa an Bord. Der Herzog von Joinville hat das Meiste zur Rettung der Passagiere beigetragen. Auch die Jacht „die Königin des Ocean" hat eifrige Hilfe geleistet und 19 Passagiere aufgenommen. Nichtsdestoweniger sind mehr als 100 der Mitreisenden ertrunken. — Die portugiesische Regierung hat die französische Regierung anerkannt.

Frankreich.

△ **Paris**, 25. Aug. (Fortsetzung des gestern abgebrochenen Berichts über die Sitzung der Nationalversammlung.) Verhandlung über den Bericht der Untersuchungskommission. Hr. Edgard Quinet erhebt sich, obgleich er verschiert, mit Ruhe sprechen zu wollen, etwas Gelassenheit regt mit aufbrausende Entrüstung gegen die in der Zeugenaussage des Hrn. Turet gegen ihn enthaltenen Anschuldigungen. Es handle sich nicht blos um ihn, sondern um eine ganze Legion der Nationalgarde, deren Oberst zu sein er die Ehre habe. Hr. Turet beschuldige ihn, er habe sich geweigert, den Rappell schlagen zu lassen, und doch sei er einer der Ersten damit gewesen, wie dies aus einem Berichte von ihm an die Exekutivkommission hervorgehe, den der Redner verlieh. Es sei nicht gewohnt, seine geleisteten Dienste gestend zu machen, aber da man ihn dazu nöthige, so müsse er doch sagen, daß man es ihm zu danken habe, wenn die Masse nicht in den Luxembourg eingedrungen sei. Er erzählt, daß während der Sitzung vom 15. Mai Hr. Dequoif ihn durch ein kleines Handschreiben zu vermögen suchte, die 11. Legion herbeizurufen; aber er habe sich wohl gehütet, es zu thun, denn die Aufseher erwarteten nur den Augenblick, wo

die Legion abgezogen wäre, um sich des Luxemboung zu bemächtigen. Hr. Turet bleibt dabei stehen, daß Edgard Quinet 2 Stunden in der Versammlung geblieben sei, ohne den Antrag erhalten zu lassen. Wenn Hr. Quinet es läugne, so beruhe er sich auf alle seine Nachbarn: sie mögen erklären, ob er nicht die Wahrheit gesagt habe. Mehrere Stimmen: genug! genug! Hr. Edgard Quinet stürzt wieder der Tribüne zu, aber Hr. Beaune kommt ihm zuvor. Dieser sucht die von einem andern Repräsentanten gegen ihn gemachten Anschuldigungen zu entkräften, ihre Unwahrscheinlichkeit zu zeigen und seinen Rückblick auf sein politisches Leben. Dreiundreizig Jahre habe er für die Republik gekämpft, ohne je in der Hitze der Polemik der Mäßigung seines Charakters ungetreu geworden zu sein. Von den Trikunalen Ludwig Philipps sei er verurtheilt worden, aber seine Richter mögen Zeugniß geben von seiner Haltung, und ihn beschuldige man in der Anregung gethan zu haben, man werde nicht zu Gute kommen, wenn man nicht 4-500 Republikaner ermorden machte und man müsse somit schließen, womit Robespierre angefangen habe. Er versichert in durchaus feiner Beziehung zu Hr. Turet gestanden zu sein. Mehrere seiner Kollegen können bezeugen, daß er während jener traurigen Tage mehrmals ganz andere Gesinnungen ausgesprochen habe, als die man ihm unterstelle. Hr. Turet müsse offenbar die Personen verwechseln. Er beschwört denselben sich seine Gesinnungen genau zurückzurufen, und ihn nicht zu nöthigen, ihn für einen Verläumder zu erklären. (Murren.) Hr. Turet: Ich bestreite diese Tribune als Zeuge, ich muß daher die volle Wahrheit sagen. Am 24 Juni habe ich aus dem Munde des Hrn. Beaune die verdammten Worte vernommen, welche im Untersuchungsberichte verzeichnet sind. (Bewegung.) Wir peinlich es auch für mich sein mag, es zu sagen, ich bleibe bei dem vollen Inhalte meiner Erklärung stehen, und halte ihre nur allzuherbe Richtigkeit aufrecht. (Lange Sensation.) Hr. Beaune: Ich läugne. (Unterbrechungen: genug! genug!) der Präsident erklärt den Zwischenfall hiemit abgethan. Hr. Nepellin gibt einige Aufklärungen über die Ereignisse zu Marseille. Der Bericht meine ihm einen Einfluß auf die unregelmäßigen Arbeiterkompagnien bei, den er niemals gehabt habe. Niemals habe er derselben Befehle ertheilt. Wo er sich einzumischen, sei es nur im Interesse der Ordnung und Gesetzlichkeit geschehen. Die Waffenvertheilungen an diese Kompagnien belangend, brauche er nur zu sagen, daß er abwesend gewesen sei, als sie statt fanden. Hr. Larabit: Der Bericht sage, er habe mehrere Urlaubspässe an Unteroffiziere ausgestellt, welche einige Korps für die Wahlen bearbeiten sollten. Allerdings seien auf das förmlichste Verlangen des Ministers des Innern bezügliche Urlaube ertheilt worden, als aber erkannt worden, daß das Erscheinen dieser Unteroffiziere bei einigen Regimentern zu Unordnungen führe, erbeilten sie augenblicklich Befehl zur Rückkehr. Hr. Alexandre Martin, Maire von Orleans, vertheidigt sich dagegen, als hätte er sich dem Abmarsche der Nationalgarden von Orleans widersetzt. Die Nationalgarde von Orleans sei nicht unter den ersten gewesen, die Paris zu Hilfe gekommen. Anlaß zu dieser falschen Denunciation sei gewesen, daß er sich dem Abmarsche zu wenig zahlreicher Nationalgarden widersetzte. Das sei aber keineswegs nur aus Vorsicht geschehen, weil das Material ihnen mangelte. Hr. Bac: Der 2 Band der Beilage enthalte eine Reihe von Aktenstücken, die einer Gesetzlichkeit von Repräsentanten gehören, von welcher er Mitglied war. Im Anfange der Session sei in den Schooß der Kommission gekommen. Bedauerlich aber sei es, ohne erklärenden Kommentar diese an sich ganz bedeutungslosen Dokumente, denen aber einige Bemerkungen einen Charakter geben können, den sie nicht haben, der Oeffentlichkeit überliefert zu sehen. Ob es angemessen, ob es ehrlmäßig sei, böswilligen Auslegungen diese Aktenstücke zu überliefern, die mit den Anschuldigungen zusammen hingen, sie erklärt dies für eine Beeinträchtigung der Unverletzlichkeit der Repräsentanten, und überfährt es der Versammlung, ein solches Verfahren zu qualifiziren. Hr. Bauchart: wir haben nichts der Böswilligkeit preisgeben wollen (Lärm), Aktenstücke sind in der Wohnung eines Aufrührers vorgenommen worden (Unterbrechung und Einspruch links.) Hr. Bugnier: Das ist erlogen (heftiges Murren.) Hr. Lefranc: Bürger! es ist nicht gestattet, daß man sich solche Worte zurufen. Hr. Bauchart: Durch wen ist die Wegnahme erfolgt? Auf Befehl der Kommission? Keineswegs! Sondern durch einen Oberstlieutenant der Nationalgarde, der sie der Kommission zugeschickt hat. Ich bin es der Wahrheit schuldig, zu sagen, daß wir diese Aktenstücke unter jene gerollt hatten, welche nicht zur Oeffentlichkeit gelangen sollten, und daß nur die Briefe der Abgeordneten und einige Zeitungsartikeln dieses Theils der Versammlung (auf die Linke zeigend) und nicht gestattet haben, sie ungetrucht zu lassen. Wir haben sie ganz einfach veröffentlicht, um der Nationalversammlung Folge zu leisten, ohne etwas hinzuzufügen, ohne etwas hinwegzulassen. (Beifall.) Hr Lefranc: Die Aktenstücke sind nicht im Besitze eines Aufrührers beschlagnahmt worden, sondern gerichtliche Verfolgung wurde gegen Hrn. Lavrosse eingeleitet. Der Redner geht in einige Einzelheiten ein und schließt mit folgendem heftigen Ausfall: Die Rolle, die man uns hier spielen läßt, ist verderbend; wir sind Angeklagte, während wir Ankläger sein sollten! Wir, die ihr um Gnade bate zu einer gewissen Zeit (Unterbrechung, heftiger Ausbruch von Murren und Zuschrucht.) Hr. Raynal beschuldigt den Bericht des Polizeikommissärs Samson förmlich der Unwahrheit. Derselbe habe keine Wohnung verletzt, obgleich er wußte daß er Repräsentant war. Hr. Bauchart. Wir haben ihn auch darum streng getadelt, der Bericht gibt davon Zeugniß. Die HH. Altaux und Confiderant erklären niemals an der Gesellschaft der Rue Cassiglione Theil genommen zu haben. Der Präsident kündet an, daß viele Mitglieder das Wort verlangen, um die gleiche Erklärung zu geben. Es habe dieselben ersucht, um Verzögerung zu vermeiden, ihre Namen schriftlich einzuschicken, und dieselben würden dann in den Bericht eine umgerückt werden. Hr. J. Favre: er wolle nur eine Thatsache in Abrede stellen. Hr. Arago habe gesagt, bei den geheimen Zusammenkünften im Ministerium des Innern habe er (Favre) in Abwesenheit des Hrn. Ledru-Rollin den Vorsitz geführt. Es haben aber niemals solche geheime Zusammenkünfte stattgefunden. In Betreff der Versammlung vom 3. Mai könne er nur so viel sagen, daß er das Ministerium des Innern verlassen, und den ganzen Tag auf seinem Landgute zugebracht habe. Hiemit erklärte der Präsident die Rede der persönlichen Thatsachen für geschlossen und die Sitzung wurde einige Minuten unterbrochen. Um 3½ Uhr wurde sie wieder aufgenommen, und Hr. Ledru-Rollin nahm das Wort. Die Debatte — sagte er — die sich eröffnet ist eine von jenen, die ihre Spur in der Geschichte zurücklassen. Hier und Europa rege sie das Interesse auf, man erkennt auch den verschiedenen Charakter derselben. Er wolle jetzt nicht noch verharren, in seine Worte die ganze Mäßigung legen, welche seine Stellung ihm zur Pflicht mache. (Beifall.) Die Lage in die man sie versetzt habe, sei nicht ohne Beispiel. Nach den Tagen des 5. und 6. Oktober wurde auch eine Untersuchung angeordnet. Sie hatte in großem Maßstabe statt. Als aber der Tag der Verbandlung gekommen, wirft das Genie der Revolution, Mirabeau, dieser ganze verderbliche Gedanke in den Staub, und die Assemblee geht einfach zur Tagesordnung über. (Bewegung.) Er beschwöre den Akt der Wiederverjährung, und die Assemblee müsse sich darüber freuen, daß sie 18 Monate hindurch in Ruhe großen und berühmt gewordenen Arbeiten sich hingeben konnte. (Beifall.) Andere Untersuchungen datten später statt; aber diese schonen die Personen nicht mehr. Daher jene Aechtungen, die am Ende des 3 Jahres der Republik beschlossen, und auf 20 Jahre für zu Grabe tragen. Welchen von den beiden Wegen wird die Nationalversammlung einschlagen wollen? (Bewegung.) Ich komme nun an den Bericht, in so fern er mich betrifft. Die Kommission betheuert ihre Unparteilichkeit, aber ohne ihr Wissen hat sich der Groll mit ihr auf die Bänke der Jury gezogen (Bewegung). Warum in der That, wenn man nicht von einem politischen Groll sich leiten ließ, habe der 15. Mai zurückgehen, und eine Untersuchung der Akte provisorischen Regierung vornehmen? Die provisorische Regierung hatte den die Februarrevolution gemacht (Murren recht). Aber sehen wir doch diese großen Vorwürfe, die man uns macht. Da kommen zuerst unsere Kommissäre. Vor allem ist es nicht wahr, wie man gesagt hat, daß sie unbestrafte Vollmachten hatten. Das ist falsch, das bild seine Strafung in unsere Reglements, die man nicht vergessen. Man hat gesagt, einer dieser Kommissäre habe einen Theil seines Lebens auf den Galeeren zugebracht. Dieser angebliche Kommissär nun war ganz einfach ein Polizeikommissär, gewählt auf die Empfehlung eines unserer ehrenwerthesten Kollegen, des Hrn. Bucher. Gehen wir auf die ausmärtigen Angelegenheiten über, auf die Geschichte von Mühlhausen-sont. Rein, die Regierung hat ihre Neutralität nicht verletzt, und der Bericht sagt darin, daß die belgische Regierung keine Reklamation erhoben hat, als ob Waffen den Insurgenten geliefert worden wären. Von uns ist nichts bergleichen geschehen. Eine telegraphische Depesche bezeug, daß wir den Bericht gelesen haben, keine bervaffneten heute auf das belgische Gebiet kommen zu lassen. Ohne einer Meldung, ist eine Untersuchung ein Akt der grollenden Politik gegen die junge Republik. (B.f.)

** Paris, 26. August. In der gestrigen Nachmittag-Sitzung der Nationalversammlung sprach nach Hrn. Ledru-Rollin noch Hr. Ludwig Blanc zu seiner Vertheidigung. Um 5½ Uhr wurde die Sitzung suspendirt, und erst 8 Uhr Abend wieder eröffnet. Ludwig Blanc sprach seine am Schlusse der Nachmittags-Sitzung abgebrochene Rede fort, und sprach noch mehrere Stunden, nach ihm Cauffidiere nicht minder lang. Seine Rede wurde häufig unterbrochen. Er schloß mit den Worten: „Noch einmal fordere ich Jedermann auf den Beweis zu liefern, daß ich der Urheber und Anstifter der beiden Bewegungen (vom 15. Mai und der Barrikade) gewesen sei. Ich würde mein Leben dafür geben, wenn sie nicht stattgefunden hätten. Ich habe nur gethan was ich mußte. Lebe die Republik!“ Um 2 Uhr Morgens macht die Linke eine verzweifelte Anstrengung, die Vertagung der Verhandlung bis zum folgenden Tag durchzusetzen. Aber eine unermeßliche Mehrheit erklärt sich gegen dieses Ansinnen, und die Sitzung wird bis zur Verrüchtheit gedehnten repugnanten Debatten und kommunistischen Fanatismus bekannte Tagesanz, den selbst Hr. Cauffidiere ohne Grund als einen Triumph seiner Beredsamkeit der Juniereignisse gilt, griff die Kommission aufs Heftigste an. General Cavaignac wies energisch den Vorwurf zurück, als sei sie ganz Untersuchung nur ein seit lange vorbereiteter Theaterstreich, und erklärte, daß die gerichtliche Untersuchung mit der politischen gleichzeitig ihren Fortgang haben. Das Verlangen der Regierung (gestellt durch den Generalprokurator Hrn. Corne) um Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung der angeschuldigten Repräsentanten sei nicht das Resultat der politischen, sondern der gerichtlichen Untersuchung. (Sensation.) Erst um 6½ Uhr Morgens endete die Sitzung, nachdem sie mit bloß Stündiger Unterbrechung 18 Stunden gedauert hatte. Folgendes sind die Ergebnisse der Abstimmungen. Ueber den politischen Theil der Untersuchung wurde auf Antrag Flocon's zur Tagesordnung geschritten, darauf mit 493 gegen 292 Stimmen die sofortige Entscheidung der Frage in Betreff der zu gewährenden Ermächtigung zum gerichtlichen Einschreiten (auf Antrag des Hrn Marie) als dringend ausgesprochen. Die Ermächtigung zu gerichtlicher Verfolgung Ludwig Blanc's wurde ertheilt mit 504 Stimmen gegen 252. Nun kam die Reihe an die Entscheidung über Cauffidiere. Auf Antrag Flocon's

wurde getrennt abgestimmt über die zwei Hauptanklagepunkte, nämlich das Attentat vom 15. Mai, welches durch die ordentlichen Gerichte, und jenes vom 23. Juni, welches durch das Kriegsgericht abzuurtheilen ist. In Betreff der Mitverklagte wurde die Ermächtigung ertheilt mit 477 gegen 108 Stimmen: in Betreff der Junierzeugisse aber verweigert mit 488 gegen 281 Stimmen. Hr. Caussidiere wird also vor eine Assisen gestellt werden. Ludwig Blanc und Caussidiere verbannt sich zu Ende der Abstimmungen zurgen. Die meisten Zuhörer und selbst die Damen blieben die ganze Nacht hindurch auf der Tribune. Beim hellen Tage erst ging die Versammlung auseinander. Heute ist keine Sitzung.

* Paris, 26. August, Abends 5 Uhr. Das Gerücht verbreitet sich eben, Ludwig Blanc und Caussidiere sei es geglückt, nach Belgien zu entkommen. Inzwischen sieht es im Laufe des Tages, sie seien schon dieses Morgen verhaftet und nach Vincennes gebracht worden. Wie sie von dort entkommen konnten, ist mir kaum begreiflich. Ein Juniaufrührer, der Mechanikr Racary, schon 1839 Mitangeklagter mit Barbès, vor dem Juni Lieutenant in der Nationalgarde, ist heute als Führer und Theilnehmer bei dem Kampfe der Junirebellen zu lebenslänglicher Galeerenstrafe verurtheilt worden. Auch die Instruktion des Prozesses gegen Louis und seine Mitschuldigen soll vollendet sein, und die Sache unverzüglich zur Aburtheilung kommen. — 3 Millionen Franks in Gold (29 Fr.-Stücke) sind aus Barren, welche die Bank geliefert, so eben in der Münze hier gewägt worden.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 28. August. Bayer. 3½ proz. Obligationen 77 B. 4proz. 85 B. Bankaktien 11. Gemeiner 566 B. Preussischen 38 B. 33 G. Oesterreich. 5proz. Metall. 74 B.

Wien, 26. August. 5proz. Metall. 80¼, 4proz. 64, 3proz. 49, 2½ proz. 41. 1834er 500 fl.-Loose 132. 1839er 250 fl.-Loose 89. Bankaktien 1100. Nordbahn 106½. Gloggnitz 95. Bozner-Mailand 75. Budweis —. Lloyds 70½. Felix 65. Stena 38. Donaudampfsch 95½.

Berlin, 26. August. Inländischt Fonds, Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 74½ B., 73½ G. Berl. **Präm. Sch. 88½ B. — G. K. u. Nm. Schuldv. — B. — G. Berl. Stadt-Obl. — B. — G. Westpreuss. Pfandbr. — B. 78 G. Grossherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — B. 96 G. — 3½ proz. 78½ B. 78½ G. — Schles. Pfandbr. — B. 85½ G. Pomm. Pfandbr. 90½ B. 90 G. Kur- u. Nm. Pfandbr. 90½ B. — G. Sächsische Pfandbr. — B. — G. Schlesische Pr. B. gar. Pfandbr. — B. — G. Preuss. St.-Anl. Sch. 86 B. 85 G. Friedrichsd'or 13⅓ B. 13⅓ G. Lud. Goldm. à 5 Tlr. 12½ B. 12½ G. Disconto 3½ B. 4½ G.**

**Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt A. 88 B. Berl.-Hamburg 68 B. 67½ G. dto. à U. Berl.-Stettin-Stargarder 88 B. Berl.-Potsdam-Magdeb 53½ G. 54 B. Magdeb.-Halberstadt 103 B. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 52 B. Köln-Minden 75½ B. Köln-Aachen 35 B. Rhein.-Eisenbahn — Düsseld.-Elberfeld 70 B. Steele-Vohwinkel 35 B. Rheinisch-Märk. 70 B. Niederschles.-Märk. 70

München, den 30. August.

(Armeebefehl. Schluß.) Befördert wurden ferner: zum Regimentsquartiermeister 2. Klasse: der Bataillonsquartiermeister M. Meier; zu Regimentsadjutoren 1. Klasse: die Regimentsadjutore 2. Klasse H. Wolf u. C. Mayer zu Ingenieur; zu Regimentsadjutoren 2. Klasse: die Bataillonsadjutore E. Albert, J. Wastl und B. Ritter v. Reichert; zum Oberapotheker 2. Klasse: der Unterapotheker 1. Klasse Ph. Gerstner; zu Bataillonsärzten: die Unterärzte 1. Klasse Dr. L. Lenk, Dr. C. Pflaczer, Dr. Ph. Kuping, Dr. L. Ritter v. Dr. A. Pecl; zum Bataillonsquartiermeister: der Unterquartiermeister C. Weymann; zu Bataillonsadjutoren: die Unteradjutore A. Bedell, L. Bolzano, F. Dorsch u. C. Greb; zu Unterapothekern 1. Klasse: die Unterapotheker 2. Klasse J. Forster, W. v. Spruner und der Apothekergehilfe 1. Klasse F. Walter; zu Unterärzten 1. Klasse: die Unterärzte 2. Klasse Dr. J. F. Hranioz, Dr. J. Fellerer, Dr. L. Tasticek, Dr. M. Pohl, Dr. O. Schuyenbusch, Dr. A. Mallbaum, Dr. A. Handschuch, Dr. G. Stollberg, Dr. F. Babinger, Dr. C. Bardaum, Dr. A. Höger, Dr. F. Ludwig. Dr. F. Konig; zum Unterquartiermeister 1. Klasse: der Aktuar 2. Klasse J. Lendner; zu Unterquartiermeistern 2. Klasse: die Aktuare 1. Klasse J. Lauer, F. Gerlinger u. F. Hörinz; die Aktuare 2. Klasse J. Dimann, J. Dunge, F. Fraukel, J. Eckard, E. Schubert, J. Konig, J. Dyer, A. Schaller, M. Großer, J. Bibler, B. Kieß, G. Kaab, B. Winkler, B. Hilter, Pp. Schwarz, P. Bauer, A. Töpfer, J. Baselberger, M. Haffner, J. Nobel, L. Wolschad, J. Körber, K. Reiß, H. Oertel, J. Pröll, H. Oppen, J. Gogelmann, J. Koch, A. Berll, Ch. Alfcuph, G. Ziegler, Th. Heubeck, Ed. Karl, J. Kachelmaier, L. Porzer, Fr. Lobkein, H. Dißler, J. Kraus, Fr. Lehner, Fr. Hayd, J. Schmid, M. Wiedenbauer, G. Mey, H. Brückner, M. Heermann, C. Seiler, M. Strigk, F. Meier, A. Bay, A. Lechner, P. Intermies, N. Ott, B. Mallaner, M. Grafenberger, F. Peppel, W. Fuchs, S. Schmalzl, A. Neckagel, K. Kaiser, G. Grünthaler; zum Unterapotheker 2. Klasse: der Apothekergehilfe 1. Klasse L. Waas. — Ernannt wurden ferner: zu Unterlieutenants E. Frhr. v. Malgan, L. Frhr. v. Hirschbingen, C. Frhr. v. Zyra, R. Graf zu Sig. F. Fürst v. d. Leyen, L. Frhr. v. Wandl, Fr. Graf zu Castell, F. Graf v. Hompesch, A. Negrioli, Moriz Prinz von Sachsen-Altenburg, K. Fürst v. Wrede, A. Palm, Ph. Graf v. Brockdorf, M. v. Ellenrieder, A. Frhr. v. Wagerl, O. v. Sichten, Phil. Graf v. Ingelheim, genannt Echter von Mespelbrunn, G. Graf zu Castell, M. Frhr. v. Tuchfeld-Wegbanfen, E. Frhr. v. Leyel, Graf zu Castell, E. Frhr. v. Rehlen und B. Bauer; zu Unterlieutenants in widerruflicher Eigenschaft: P. v. Braunmühl, J. Frhr. v. Kunsberg, H. Rottmann, E. Mayr, C. Fuchs, A. Saint-Simon, F. Kleinschrodt, L. Winkler, J. v. Kirchlau. G. Allwerger, J. Binder, R. Berger, K. Lindpamer, M. Brunthauser, G. Mayrhofer, T. Angelbrecht, J. Horn, K. Schmieg, C. Holl, J. v. Rebay, Ch. Knollinger, M. Rey, G. Dit horn, G. Bonn, P. Hirschmann, E. Kummer, G. Mosner, E. Schneider, F. Gros, L. Betterlein, K. Heimberger, A. Heß, J. Kögelmaier, J. Michell, K. Zaber, G. Zwengauer, L. Graf v. Wolkstein, J. Wagner, K. Stroder, M. Reiß, D. v. Stubenrauch, A. v. Savoye, J. Pug, J. Wallinger, H. v. Siegel, J. Wolf, Ch. Steinmann, M. Lasso, K. Schelhorn, A. Wolfel, C. Winkler, L. Reinhold, K. Martin, Wh. Körber, F. Breyer, L. Angenbas, K. Grieß, F. Schilling, F. v. Schelling, L. Neumayer, J. Schmidtner, O. Kimmerle, C. Kutzmann, J. Ungemach, M. Groß, F. Grantal, G. Hanbschuh, J. Ritter v. Reichert, H. Ritter v. Vollmar, K. Gegner, A. Hahnschneck, F. Brenl, O. Welp, L. Trauner, J. Ritter v. Meyer, H. Cramer, E. Lyeberg, J. v. Ciermann, H. Janichen, A. Zeiser, M. Mühlmichl, M. Nadler, L. Frhr. v. Schönbuch, M. Stohr, W. v. Moro, F. Keenter, A. Grundwald, F. Frhr. v. Lobkowitz, B. Martini; zu Junkern: F. Frhr. v. Hutten, K. Sauer, Th. Frhr. v. Crailsheim, G. Ihrl, Th. Frhr. v. Maisen, A. Faltner v. Sonnenburg, L. v. Dessele, J. Fach, A. Bell de Puno, R. Frhr. Ebner v. Eschenbach, F. v. Hellingrath, K. v. Gönner.

Bayerische Verhältnisse.

(Die Verhältnisse der protestantischen Kirche in der Pfalz.)

* Aus der Pfalz, den 24. Aug. Gieben auch zum großen Aergernis Aller, welchen noch einige Scheu vor Religion und Christenthum einwohnt, die Wühlereien auf dem protestantisch-kirchlichen Boden der Pfalz, als anderweitigen Tendenzen vielfach verdunten, immer noch fort, so gingen die Gemeinden doch sorrwährend eine ruhige und besonnene Haltung, und vielen vertrauensvoll hin auf die gesetzlichen Anordnungen der kirchlichen Behörden. Es ist nur zu verwundern, daß sie, so vielfältigen Umtrieben und Aufreizungen, besonders auch von Seiten vieler Pfarrer ausgesetzt, bisher in so löblicher Weise den Geist der Ordnung in ihren kirchlichen Angelegenheiten zu bewahren wußten. Es kann nicht ausbleiben, als ob sie nicht auch an einem kirchlichen Erscheinungen den lebendigsten Antheil nähmen. Der Pfälzer ist kein phlegmatischer, gleichgültiger Zuschauer, wenn die Zeit neue Erscheinungen zur Reife bringt, oder neue Zustände in Staat und Kirche sich entwickeln. Er will vor Allem sein gu Theil für sich haben und gebraucht darum den erregenden Augenblick. An einer Partei, welche den letztern aus diesem Grunde für selbstsüchtige Zwecke zu benutzen sucht, selbst es natürlich in der Weise zu wenig als anderswo. Allein es ist nur bleibt dies eine Partei. Ihr gegenüber neten in der Pfalz ganz entgegengesetzte Stimmen auf das Entschiedenste hervor. So fand kürzlich, den 22. d. M., unter dem Vorsitze des früheren Landrapsabgeordneten, Telanz Scholler von Landau, eine Konferenz zu Frankenstein im der Nähe von Kaiserslautern) statt, welche sich in allen ihren Beschlüssen entschieden gegen die Bestrebungen verwahrte, welche, den gesetzlichen Boden verlassend, immer mehr die Principien der Revolution in die Kirche einführen wollten. Es war keine öffentliche Einladung dazu ergangen und doch hatten sich über 30 Geistliche (Dekane, Pfarrer, Vikare) und eine gleiche Anzahl Laien eingefunden. Sie hat indeß wenigar durch ihre Zahl ihre Bedeutung, als durch die Uebereinstimmung, mit welcher sie an den Haupt- und Fundamentalsätzen des christlich-evangelischen Glaubens und Bekenntnisses, so wie an den verfassungsmäßigen Bestimmungen der Vereinigungsurkunde festhalten zu wollen erklärte. Sie will das nun in einer besonderen Erklärung an die übrige Geistlichkeit und an die Gemeinden der Pfalz weiter veröffentlichen. In solchem kirchlich-konservativem Bestreben ist sie ohne Zweifel eine Stimme der weit überwiegenden Mehrheit der protestantischen Pfälzer, die sich durch keine umstürzenden Neuerungsversuche verlangen, da sie bereits das Ziel kirchlicher Bestrebungen unserer Tage, eine wohlgeordnete und zweckmäßige Presbyterial- und Synodalverfassung besitzen. — Die kirchliche Bereinigungspartei und die Umsturzmänner arbeiten aber noch fort, um Stimmen für eine außerordentliche Generalsynode zu gewinnen. Allerdings werden sie auch für ein beschlüssiges Gesuch manche Unterschriften erlangen. Denn warum — meinen Viele auch der Andersgesinnten — soll man ein solches unschuldiges Gesuch nicht unterschreiben? Denn sie wissen nicht, was man eigentlich auf einer solchen Synode vorhat. Vielleicht wäre es zweckmäßig, da in nächsten Jahre doch eine ordentliche Generalsynode statt finden muß, dieselbe auf eine etwas frühere Zeit zu verlegen. Das wüste Wunden beseitigen, die große Zahl der positiven Kirchlichen abwehlen. Die Streiter aber — lasse man streiten, oder auch ein eigenes Kirchenregiment für sich aufstehen. Sie werden — wir kennen die Pfalz — in beiden Fällen wenig Unheil anrichten, in keinem Falle aber sie zufrieden werden.

Die neuesten Unruhen in Wien

geben dem Journal des Oesterreichischen Lloyd, dessen Berichterstatter zu Wien eben so treffend als wahr die dortigen Zustände schildern, Anlaß zu den folgenten Bemerkungen, die in mannigfacher Beziehung auch ein über Oesterreich hinausreichendes Interesse haben. „Wenn es nicht gar so traurig wäre, so könnte man auswufen: Nichts komischeres als unsere heutigen Weltstürmer. Sie stinken nach allen Seiten an und ziehen vor Gothanen Alt! wenn der Feind losschlägt. Sie haben den Waffenstand und Benetianern die Waffen in die Hand gegeben, und mit ihnen und vollem Hafse: l'infame Radetzky und morte ai Tedeschi! gescheieen und wundeten sich, daß man die Tedeschi tödtschlug und im Sumpfe der Verachtung zu ersticken bemüht war. Sie haben um Kossuth gebuhlt und getanzt, um Czjesn genuten und wunderten sich, daß die Ungaen ihre Truppen nicht verlangten, so wie sie sich weiter wunden wurden, wenn mit eben diesen Truppen die Ungarn noch eine weit flarere Sprache zu Oesterreich reteten. Sie haben die Auflösung aller Staaten in Nationalitäten gepredigt und ein solches Lobgeheul auf sich selbst, als die einzigen und wahren Repräsentanten Deutschlands, durch die Welt erschallen lassen und sie fanden es unbegreiflich, daß die Slaven sich zählten, zusammenstanden, den Gedanken eines eigenen Reiches ersannen und Sehnsucht Eigenthum und Nationalität lieber bei sich selbst als bei einer Welte suchten, daß die Franzosen mit Huldigungsadressen beschickte, beim Pöbel in Paris seine Muster und Vorschriften holte, auch nicht einen eigenen Gedanken bis jetzt ertennt hat, und ein erbärmliches Beispiel von Zerfallenheit der ganzen Welt gab. Sie schrien sich die Gurgel und für die Gerstlichkeit Deutschlands, bliesen sich dabei zu Gnaden auf, standen dann voll Verwunderung da, als sie plötzlich ein Millionen Deutsche, von deren Existenz sie in ihrer Unwissenheit keine Ahnung hatten, unter den polnischen Ernten laut aufsammen hörten, merkten auch gar nicht, mit welcher tiefen Verachtung Rußland auf die in Selbstverwunderung Ertrunkenen niederblickte und seine Massen hinter den Thoren sammelte, welche die edlen Deutschen ihnen öffneten.

Sie haben mit die Bande der Ordnung gelöset, die Polizei als eine verderbliche Anstalt angeschrieben, den Soldaten und Beamten, der für Ordnung einsteht, für einen Verräther erklärt, die Regierung aller Mittel beraubt, die Pöbelherrschaft gepredigt und sie wunderten sich, daß man die Juden todtschlug, die Kirchen plünderte, die Schlösser anzündete? Sie wunten sich, daß man wunden, wenn die Bauern ihre Herren todtschlugen; es mag aber sein, daß sie auch noch als Fortschritt preisen; noch wenn das Todtschlagen an sie selbst kommen sollte, dann würden sie den Staat in

Gefahr erklären, die Regierung anklagen, nach Polizei, Soldaten und Behörden schreien und ihres Hilferufens wurde kein Ende sein."

Deutschland.

Die „deutsche Zeitung" bringt folgende Erklärung des Reichs-Handelsministers: „Da das von mir am 14. Juli in Bremen verfaßte, am folgenden Tage verbreitete und denjenigen, für welche es bestimmt war, mitgetheilte Memorandum über die Zoll- und Handelsverhältnisse Deutschlands in verschiedenen öffentlichen Blättern als ein Programm des Reichsministeriums des Handels angesehen wird, halt ich es für nöthig zu bemerken daß gedachtes Memorandum lediglich den Zweck hatte, darzuthun, wie ich, als derzeitiger Commissär der freien Hansestadt Bremen sie die in Frankfurt durch den Abschluß der Nationalversammlung für Volkswirthschaft anberaumten Besprechungen die Frage der deutschen Zoll- und Handels-Einigung behandeln zu müssen glaube. Das Memorandum bezieht sich daher nur auf diese Frage, und zwar vom Standpunkte des Bremischen Commissärs. Ich konnte damals nicht voraussehen, was 20 Tage später eintrat, und deshalb ist es ein Irrthum, wenn man das Memorandum für ein Ministerial-Programm hält. Der Standpunkt eines Handelsminist.rs ist in mancher Hinsicht ein wesentlich anderer, und wenn auch in der Hauptsache der Standpunkt nichts ändert, so wurde doch ein Programm desselben eine Menge der wichtigsten Dinge umfassen müssen, zu deren Berathung in jenem Memorandum, welches nur ein Versuch ist eine Besprechung sein sollte, keine Veranlassung vorl.g. Frankfurt a. M. 26. August 1848.

„Dr. Duckwitz."

Bayern. — München, 30. August. Gestern Abend wurde das bereits eingemale verschobene gemeinschaftliche Fest der Lmie, Landwehr und Freiwrps im Prater vom herrlichsten Wetter begünstigt, gestiert. Das bestehende Band der Eintracht und des Gemeinsinnes zwischen den Bewaffneten und dem Bürger- und Militärstande wurde dadurch noch fester geknüpft. Freudig überrascht wurde die äußerst zahlreich versammelte Gesellschaft durch das Erscheinen Sr. Maj. des Königs in Begleitung Sr. Königl. Hoh. des Prinzen Luitpold, welche bei ihrer Ankunft mit stürmischem Hochrufe empfangen, während ihrer einhalbstündigen Anwesenheit die unverkennbarsten und sprechendsten Beweise der Liebe und Verehrung von Seiten der Anwesenden erhielten. Tief in die Nacht hinein wahrte das fröhliche Fest.

In Nordtirnen hat am 27. August die von dem dortigen Volksverein in Gemeinschaft mit dem in Lywangen ausgeschriebene **Volksversammlung** stattgefunden. 21 Vereine nahmen daran Theil und auch Seine Durchlaucht der Fürst Ludwig von Oettingen-Wallerstein war dahei erschienen. Eine von ihm verfaßte Adresse an die Reichsversammlung in Frankfurt wurde von der Versteht angenommen. (Wer kommen darauf zurück.)

Würtemberg. — Stuttgart, 26. Aug. Wie wir hören, ist die Frage, welche eine Ministerkrise herbeizuführen drohte, beseitigt, indem Hr. v. Sternenfels provisorisch zum Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt ernannt ist. — Die württembergischen Truppen, die im Badischen sind, und zuletzt noch als „Beobachtungscorps" an der badisch-schweizerischen Grenze standen, sind nun sämmtlich in ihre Besitzungsgrenze zurückgekehrt. — Die Art, wie der Kronprinz und die Kronprinzessin ihr Interesse an dem jungen Institute der Bürgerwehr bekunden, hat ihnen viele Herzen gewonnen.

(Karlsr. Z.)

Großherzogthum Hessen. — Gießen, 24. Aug. Welche Elemente hier gewesen und zum Theil noch hier sind, beweist folgende Thatsache. Vor einigen Tagen geht ein Dachdecker, früher Soldat, der sich gleich von Anfang ganz entschieden für die konstitutionelle Sache erklärt hat, und dieser ganz entschiedene Gesinnung treu geblieben ist, spendet soll von einem Gasthause dicht vor der Stadt nach Hause Dicht am Thore wird er angefallen; er erhält einen Hieb über den Kopf, daß er zusammensinkt, und in rascher Folge noch einen Stich in den Kopf und in die Seite. Zum Glück sind die Wunden nicht gefährlich; aber ist es nicht traurig, wenn politische Parteiung so weit führt? Die Sache soll vor dem Stadtgerichte anhängig sein. (Frankf. J.)

Sächsische Herzogthümer. — Zeitz, 22. Aug. Am 13. d. M. ist die von dem Minister Oberländer für Gera angeordnete Reichsgarnison, bestehend aus 4 sächsischen Truppen, und zwar einem Bataillon Infanterie und einer Schwadron Kavallerie, hier eingetroffen. Das humane und bürgerfreundliche Benehmen des Kommandirenden und der Offiziere, die Gemüthlichkeit, Bescheidenheit und Besonnenheit der Mannschaft haben den besten Eindruck gemacht. Auf dem platten Lande, dessen Bewohner durch den Terrorismus der Redner, Arbeitsscheuen und der s. g. „Bummler" entsetzen, sind die ausgesandten Streifcolonnen überall mit Freuden empfangen worden. Der Versuch, eine Petition um Einsetzung der Reichsgarnison zu Stande zu bringen, scheiterte an dem gänzlichen Mangel an Betheiligung. (Leipz. Z.)

Anhaltische Fürstenthümer. — Auch den Regierungen der anhaltischen Fürstenthümer ist auch dem Reichskriegsministerium der Befehl zugegangen, das Kontingent für den sächsischen Krieg mobil zu machen. Die Nachricht von dieser Anordnung hat eine der Zentralgewalt ungünstige Stimmung in der Bevölkerung von Anhalt erzeugt. Es sollen 2 pCt. der gesammten Bevölkerung, von Dessau allein also 1350 Mann, mobil gemacht werden. Das Land würde dadurch von waffenfähigen Leuten fast ganz entblößt werden. Bis jetzt haben die Regierungen die Publikation des Reichsbeschlusses noch unterlassen. Wahrscheinlich werden sie durch Gegenvorstellungen eine Reduktion des angegebenen Kontingents zu erzielen suchen.

Oesterreich. — Folgendes ist das (bereits von uns erwähnte) Hauptstreben des Kaisers: Lieber Freiherr von Doblhoff! Mit Vergnügen habe ich bei Gelegenheit der am 19 ds. Mts. statt gehabten Auseinandersetzung der gesammten Nationalgarde von Wien die mir dargebrachte Gesinnungsbezeigung empfangen und zugleich wahrgenommen, welche bedeutende Stufe von Ausbildung als Waffenmacht dieses nützliche Institut bereits erreicht hat. — Ich beauftrage sie, Meine volle Zufriedenheit und Anerkennung hierüber allen Theilen der Nationalgarde bekannt zu geben. Auch lege ich die zuversichtliche Erwartung, daß die Garde, ihre hohe Bestimmung erkennend, stets beitragen wird, die Gesetze der konstitutionellen Monarchie mit jener Kraft und Ausdauer zu schirmen, welche das wahre Wohl unseres geliebten Vaterlandes erheischt, und wovon ihre Muthmaßlichkeit in den Gefechtsscenen bereits entsprechende Beweise gegeben hat. Schönbrunn 25. August 1848. Ferdinand m. p. Wessenberg m. p.

Feldmarschall Graf Radetzky hat dem Kriegsministerium jetzo dem Feinde abgenommene Fahnen übersendet, wovon eine den Croc.aten die übrigen den piemontesischen Truppen angehörten. Diese Trophäen werden den nebst den Schlüsseln der Stadt Mailand im k. k. Armaiur-Zeughause aufbewahrt wer.en.

(W. Z.)

Trient, den 23. Aug. Nach einer Anzeige des Hauptmanns Baly, Truppenkommandanten zu Riva, an den Militärbefehlshaberdanten G. M. Reisbach ist Arbori am 21. d. M. nach tapferstem Kampfe von unter Kommando des Hauptmanns Molinari vom Generalquartiermeisterstabe und mit Czaikisten bemannt zum Cristenmal wieder eingenommen. Besagter Hauptmann hat auch den Auftrag, auf dem Gardasee eine größere Kriegsflotille zu errichten; auch hat derselbe alle Häfen des südlichen Gardasees dem Verkehre öffnen lassen.

(Tiroler Bote.)

Oesterreichische Monarchie.

Mailand, 20. Aug. Eine gute Strecke der Straße von der Porta-Romana trägt an Bäumen und Saumsteinen vielfältige Spuren der am 4. und 5. d. M. zwischen den Oesterreichern und Piemontesen vor Mailand gewechselten Kanonenkugeln. An diesem Stadtthore, so wie bei der Porta-Tosa und Porta-Ticinese selbst aber zeigen die angrenzenden Häuserreihen der heftigsten Gefechter und wuthigen Widerstandes. Auf der jenseitigen Seite des Thores nach dem Innern Rückzuge über den Thore noch zum Zwecke der Vertheidigung Mailands aerbaut haben. Zur Hebung der Gesammtsumme dieser Schäden, welche auch Millionen hire betragen soll, hat der Kriegsrath bereits eine eigene Kommission ernannt, was beim Volke besonders Anerkennung findet. Das Innere der Stadt hat nicht im Mindesten gelitten. Das Gebäude der Burg ist verschlossen und hat nur einen Wächter zur Bewachung. Der vor einigen Tagen angekommene Kühel wurde das sogenannte Arbeitszimmer der Bürkömpin abgetragen, was somit auch die zum Justizpalaste führende Gasse um Vieles erweitert hat. Das Aeußere des Palastes Brerpi, von dessen Balkon Karl Albert bekanntlich das aufgeregte Volk bei beschwichtigen wollen, trägt noch immer die Spuren von beiläufig 40 abgeschossenen Kugeln. Aus verschiedenen Gründen dürfen nun viele Einwohner abreisen, die nach Mailand kamen, um sich da sicher zu wähnen. Auch sind hier gewerbschaftliche Empfangen rollen nicht durch die Straßen, weil die Piemontesen so viele Pferde als möglich requirirt haben. Aus Mangel an der hinlänglichen Zahl ließen sie 60.000(?) Zentner Pulver in Stich, was mit der Vertheidigung des abziehenden, des Verrathes beschuldigten Königs, „seine Truppen hätten keine Munition," noch etwas im Widerspruch zu stehen scheint. Zu ausgezeichneter Zwangsanleihen sind 2.500.000 Lire fixirt worden. Der Widerstand, das heroische Volk Mailand vor dem ersten Verfallstermine eingezahlt wurden. Da die Piemontesen und Lombarden sich gegenseitig des Verrathes beschuldigen, dazu die ersten auf ihren eigenen König grollen, so fraternisiren die aus Brescia und Peschiera abgelehnten Truppen mit dem österreichischen Militär der Art, daß die Einwerbung des Krieges selbst wohl beinahe als unmöglich zu betrachten ist."

(Z. f. d. Oster.)

Venedig. Von Tag zu Tag hatte die Regierung dem Volke die Trauerbotschaften aus Mailand zu verheimlichen gesucht, am 10. d. wußte Radetzky Einzug in Mailand bekannt und verbreitete große Besturzung. Aber schon Tags darauf strahlte wieder Freude von allen Gesichtern, es hieß, Radetzky sei in voller Flucht nach Verona, Garibaldi, Zucchi seien ihm im Rücken, die Franzosen und 20.000 Schweizer seien im Anmarsch. Am folgenden Tag entschwand dieser Traum wieder, der sardinische Kommissär Colli gab eine verworrene Erklärung, worauf die piemontesische Flotte könne thun, was sie wolle. Das Volk verstand das wohl, rief: Krieg! Krieg! in die Schanzen! Manin aber wieder an die Spitze, am 13 d. sollte die assemblea das Zusammentreten zurückrufen. Der Kriegsrath sah aber nicht so groß als das sogar offiziell, die Nationalgarde versammelte sich sehr unvollständig, von einer Kompagnie erschienen nur 15 Mann. — Die provisorische Regierung besteht aus drei Personen: Manin Cavedalis und Graziani. Die sardinische Flotte will auch Neue Triest blokiren. Die Deputirtenkammer ist auf den 13. einberufen, um eine neue Regierung zu ernennen und sich über in Lage zu berathen.

(Bayl. Z.)

Pesth, 21. August. Die Nachrichten von dem Eindringen bewaffneter Haufen aus Serbien haben die Fremden aus der unteren Gegend, welche zu der heute hier beginnenden Messe eingetroffen, so allarmirt, daß sie Alles im Stiche ließen und sofort nach Hause eilten, um wenigstens ihre Familien und Habseligkeiten in Sicherheit zu bringen. (Brcsl. Z.)

Pesth, den 16. Aug. Die Kassenfreie Repressalie gegen Oesterreich in Betreff der Nichtannahme der österreichischen 1 fl. und 2 fl. Banknoten ist bereits wieder zu Grabe getragen. — Es war nämlich die Verwirrung auf die Belanntmachung des Verbotes die so groß, daß der Hr. Finanzminister gestern, am Feiertage, eine Circulirung bei der Bank zusammenrief, um sie zur Einwechslung der kleinen österreichischen Noten zu veranlassen. Es erschien dann heute folgender Maueranschlag: „Die ungarische Kommerzialbank findet sich veranlaßt die öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß sie an ihren Kassen die 1 und 2 fl. österreichischen Banknoten einwechsler gegen ungarische oder gegen österreichische Banknoten umzutauschen bereit ist."

Italien.

Florenz, 18. August. Das neue toskanische Ministerium ist auf folgende Weise zusammengetreten: Präsident der Marquis Gino Capponi: auswärtige Angelegenheiten, Giorgini: Inneres, Sanminiatelli; Justiz, Maggei: Finanzen, Piovaccari; öffentlicher Unterricht, Marzucchi; Kultus, Goveri: Krieg, Bellaniteri.

Sardinien. — Die „Gazetta piemontese" vom 19. August gibt die Zusammensetzung des neuen Ministeriums in folgender (von unserer gestrigen Mittheilung etwas abweichender) Weise: Präsidentschaft des Marquis Cesar Alfieri di Sostegno, Senator; Auswärtiges Graf Hector Perrone de San Martin, Generallieutenant, Deputirter; Inneres der Ritter Pinelli, Deputirter; öffentlichen Unterricht der Professor Merlo, Vicepräsident der Deputirtenkammer; Finanzen der Graf Oldoy de Revel, Deputirter; öffentliche Arbeiten der Ritter de Santa Rosa, Deputirter; Krieg und Marine Franzini, Generallieutenant und Deputirter; Ackerbau und Handel einstweilen durch den Kabinetsvorstehenden versehen; Siegelbewahrer, Justiz und kirchliche Angelegenheiten einstweilen durch den Minister des öffentlichen Unterrichts versehen.

Rom. Nach einem Brief aus Rom vom 14. im Journal des Débats ist das Wolf zum zweiten Mal zum französischen Botschafter gegangen, um das französische Einschreiten zu verlangen. Die Abgeordneten verkündeten dann dem vor dem Palaste Colonna harrenden Volke, der Botschafter habe geantwortet, Frankreich werde nie dulden, daß Italien unter die Gewalt der „Barbaren" zurückfalle. Die Schüsse aus die Manner Frankreich fänden zur Verfügung Italiens, sobald der Ruf an sie ergehe. Diese Antwort, deren Richtigkeit der Berichterstatter des Debats selbst nicht verbürgen will, wurde mit Beifall aufgenommen, indem man sie als die offizielle Erklärung des französischen Einschreitens auffaß. Auf die Nachricht von den Vorgängen von Bologna ging das Gerücht „Tod den Barbaren!" von Neuem an. Das neue Ministerium erließ Manifeste an Frankreich. Freiwillige ließen sich einschreiben, überall ertönt der Ruf: Eilen wir unsern Brudern von Bologna zu Hülfe! In der That aber rückte Niemand aus, und wird auch Niemand ausrücken, wie große Listen von Freiwilligen man auch nachher veröffentlichen wird. Sogar der französische Berichterstatter, und warum Frankreich vor dem Einschreiten, ein lokales Einschreiten Frankreichs im Kirchenstaate selbst für zulässig und wahrscheinlich, obgleich nicht ohne Gefahr wegen der Folgen. Wenn die Oesterreicher, sagt er, das päpstliche Gebiet wieder geraumt haben vor Ankunft der Franzosen, so werden diese nur von den verschiedenen Faktionen zu begrüßen stehen, welche die Macht im Lande streiten, und da werden sie zu fürchten, daß sie sich der einen oder der andern am Ende anschließen, und die Lage der Dinge aus noch mehr verwickelten. Die neuen Minister wissen bis jetzt gut zusammen, und es soll Einklang herrschen zwischen ihnen und dem Papste. General Latour, Befehlshaber der Schweizer-Regimenter in päpstlichen Diensten, ist an den Grafen Campello Stelle, der Rücktritt noch immer nicht angenommen hier von Gehemmiß schwebt, zum Kriegsminister ernannt worden. Der Posten eines Ministers des Auswärtigen ist wieder mit dem des Staatssekretärs vereinigt worden.

Neapel, 14 Aug. Die niederschlagenden Berichte aus Oberitalien verfehlen ihre Wirkung nicht; nicht blos, daß die Schreier, das Aristokratisiren, die Straßen mit dem Geschrei: Nieder mit der Konstitution, es lebe der absolute König! und was dergleichen Demonstrationen mehr sind, Einzelne Abgeordnete verlassen die Hauptstadt, die Kammer ist so still als möglich, einzelne Momente ausgenommen, wo sich ein Redner gegen „die Regierung seit dem 15. Mai" Luft macht. Im Schloß ist Alles beim gleichen Zustand, es ist ein militärisches Hauptquartier, der König von seiner militärischen Camarilla umgeben. Niemand versteht sich etwas Gutes von dort. — Noch immer nichts Entschiedenes über Sicilien: die Dampfstatte ist noch fast ganz hier und macht nur Uebungsfahrten im Golf; die Truppen stehen wie bisher in und um Reggio. Man spricht wieder von diplomatischen Unterhandlungen, von abermaligen Erscheinen weiter von diplomatischen Unterhandlungen, von abermaligen Erscheinen weiter von diplomatischen Unterhandlungen, von abermaligen Erscheinen weiter von diplomatischen Unterhandlungen. In Messina werden kräftige Vorbereitungen zu einer Kriegsexpedition getroffen. Ein abermaliger Pairsschub, ohne Bedeutung, bringt die Zahl dieser Kammer bereits über 100, statt der ursprünglichen 50. — Vorgestern Abend sollen Fahnen ausgetheilt, unter ihr Entlassung eingereicht haben, bestimmt ist noch nichts bekannt, ob sie angenommen wurde.

(S. M.)

Dänemark.

Kopenhagen, 19. August Unsere Regierung scheint sich, aus Furcht vor dem Kopenhagener Pöbel, sehr ihrer gegen alle Friedensunterhandlungen, obgleich der Wunsch nach Frieden im Volk und im Heere (das sich wohl selbst der praktischen Belohnungen schämt, die es für sein fortwährendes Zurückweichen ohne Schwertstreich erhält) allgemein ist. Die konkommirten Schiffe werden wahrscheinlich verkauft werden, wenn der Abschluß der Unterhandlungen nicht bald erfolgt. Es mögen wohl 100 Schiffe sein, die zum Theil sehr billig wegzugeben werden. Der Oesterreichische

links.) Der Präsident: Herr Ludwig Blanc verlangt das Wort. (Anregung.) Man bringt einen kleinen Schemmel herbei, auf welchem der bekanntlich sehr kleine Mann auf der Tribune Platz nimmt. Ludwig Blanc beginnt mit dem Geständniß, daß es ihm unter den „Falschen“ und im höchsten Grade verlegenen Beispielungen, die seit einiger Zeit gegen ihn vorgebracht worden, schwer sei die Ruhe beizubehalten, welche die Selbstachtung ihm auferlege. Ein Umstand falle ihm in dieser Debatte vorzüglich auf: „die Männer, welche uns anklagen, sind erklärte Anhänger der Monarchie, und haben stets die Republik bekämpft, während wir, die Angeklagten, im diametralen Republikaner, dieselben Männer sind, die für die Republik ihr Blut vergossen (doch wohl nicht Hr. Ludwig Blanc!), für dieselbe litten und hundertmal ihr Leben für sie aufs Spiel setzet. Die Republikaner wurden von den letzten Regierungen den Öffentlichen Verwünschungen preis gegeben: man hat sie als Männer des Blutvergießens und des Schafotts gebrandmarkt. Als sie aber zur Gewalt gelangten, verkündeten sie die Aufhebung der Todesstrafe für politische Verbrechen; kein Wort des Hasses, der Rache oder des Wiederhalls kam aus ihrem Munde, kein Journal wurde von ihnen unterdrückt, und in der Regierung verkündeten sie laut die Achtung vor den gesetzlichen Grundrechten, die sie früher vertheidigten. Der Redner sucht glauben zu machen, er sei nur wegen der von ihm gehaltenen Rede angeklagt. Das sei aber ein wahrer Trugschluß gegen ihn. Ludwig Blanc geht nun auf die ihm gemachten Anschuldigungen ein und insbesondere auf die Zeit der Errichtung eines Ministeriums der Arbeit und des Fortschritts. In Betreff des letzteren Punktes gibt er an, nur mit Widerwillen habe er auf die Vorstellungen des Hrn. Arago sich dazu verstanden, den Vorsitz der Arbeiterversammlung in Luxemburg zu übernehmen, und jetzt auseinander, unter welchen Umständen das Dekret für Vermiederung der Zahl der Arbeitsstunden erlassen wurde. Seine Rite möge man angreifen, aber die Thatsachen, auf denen sie beruhen, werde er stets vertheidigen. Er erhebt sich mit Eifer gegen das Prinzip der freien Konkurrenz und hält dem Sozialismus eine warme Lobrede, indem er dessen Zwecke und Tendenzen auseinander setzt. (Dieser Theil der Rede wurde oft vom Murren der Versammlung unterbrochen.) Bei Besprechung der in dem Untersuchungsberichte aufgezählten Thatsachen erklärte er, daß von ihm im Luxemburg gehaltenen Reden keine im Moniteur veröffentlicht worden. Sei dies mit einer von der Kommission verlangten Rede nicht wie mit den anderen der Fall gewesen, so liege der Grund nur darin, daß sie bei einem mit den Versammlungen des Luxemburg in keinem Zusammenhange stehenden Anlasse gehalten wurde. Die Arbeiter, sagte er, hatten ihn um seine Meinung in Betreff der Wahlen gefragt, und bei dieser Gelegenheit habe er die traurige Rede gehalten, in welche sich in der Wärme der Zuversikation einige Ausdrücke einschlichen, die vielleicht übertrieben waren; diese er die Absicht gehabt, die Rede im amtlichen Blatte der Republik zur Oeffentlichkeit zu bringen, so hätte er sicher jene Stellen getrichen, wie dies jeden Tag geschehe, in den vom Moniteur mitgetheilten Reden, die auf der Nationaltribüne gehalten werden. Er sucht nun die Fassung seiner Rede zu vertheidigen, oder vielmehr zu entschuldigen. Nachdem er noch einige Zeit gesprochen, erklärt er, äußerst ermattet zu sein, und bittet die Versammlung, ihm einige Augenblicke Ruhe zu gönnen. Demzufolge wurde die Sitzung eingestellt, und nach einigen Minuten hinderte der Präsident an, daß Hr. Ludwig Blanc in Folge seiner großen Ermattung darum nachgesucht habe, die Sitzung erst um halb 8 Uhr wieder aufzunehmen. Dies wurde zugestanden und die Versammlung unterbrach die Verhandlung bis dahin.

(Schluß folgt.)

Spanien.

*Madrid, 20. August. Der Verkauf des Schlosses Viña alegre, der Königin und ihrem Gemahl eigenthümlich angehörend, ist heute in der amtlichen „Gaceta“ ausgestrichen. Als Kaufslustige nennt man die HH. Tomas, Cortina und Munoz. — Der Generalkapitän von Catalonien verkündet, daß eine republikanische Partei in der Provinz Tarragona von der militärischen Macht gesteigen und zerstreut worden ist. — Monsignore Brunelli, der römische Nuntius, hat gestern auf eine sehr feierliche Weise Besitz von der Kirche und dem Hospital der Italiener genommen.

Rußland und Polen.

Kalisch, 18. August. (Schule. — Abzug der Truppen.) Die hiesigen Schulen sind immer noch geschlossen. Eine Deputation von Männern, denen die Erziehung der Jugend am Herzen liegt, begab sich daher nach Warschau, um bei der höheren Behörde die Eröffnung der hiesigen Schulen zu bewerkstelligen, in denen eine bedeutende Anzahl der polnischen Jugend ihren Unterricht erhält. Auch vielen Schwierigkeiten wurde die Deputation von dem Fürsten Paskewitsch mit der Hoffnung entlassen, daß vielleicht in Kurzem ein geeigneter Befehl erlassen werden wird, aber was für einer? das weiß Gott. — Die meisten Truppen haben bereits unsere Gegend verlassen, und nehmen auch die Gefälle mit, welche an der Grenze des Großherzogthums Posen aufgestellt waren. (Bres. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 16. Aug. Reschid Pascha ist als Großvezier wieder an die Spitze der Geschäfte getreten; die großherrliche Bestätigung, die ihm neuerdings an dieser hohen Würde ertheilt, ist am 11. d. M. bekannt gemacht worden, und hat bei den Botschaftern die höchste Freude erregt. Am bemerkten Tage ist Aali Pascha wieder zum Minister des Auswärtigen, Nifat Pascha zum Präsidenten des Justizrathes ernannt worden. Rita Pascha bleibt an der Spitze des Kriegsministeriums, so daß die Verwaltung in den gegenwärtigen höchst schwierigen Zeitverhältnissen den kräftigsten Händen anvertraut ist. Der vorige Großvezier Sarim Pascha ist vorderhand in den Ruhestand versetzt worden. — Die Cholera hat in der letzten Woche in der Hauptstadt wieder zugenommen, indem 197 Personen vom 3. bis 9. Aug. an dieser Seuche gestorben sind, die auch in Trapezunt und Smyrna noch immer zahlreiche Opfer fordert. Am Desarrigsten ist es in Cairo aufgetreten, wo von den von ihr Befallenen kein einziger gerettet werden konnte. (A. Z.)

Nachschrift.

A Frankfurt, 28. Aug. In der heutigen Sitzung des verfassunggebenden Reichstags wurde die Diskussion über § 13 der Grundrechte fortgesetzt; es sprachen die Abgeordneten Kaumer, Wartenß, Adams, Beckerath, Barth, M. Mohl, Riesser, Oberloch, v. Linde, Abeinwald und zum Schlusse der Berichterstatter Beseler. Nach geschlossener Debatte wurde zur Abstimmung über die drei ersten §§ des Art. III. geschritten und folgendes beschlossen: § 11. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren oder sich irgend einer religiösen Genossenschaft anzuschließen. (Der letztere Satz ist ein Zusatzantrag des Abg. Platzner.) § 12. Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion. — Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu strafen. § 13. Durch das religiöse Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun.“ — Am meisten Interesse erweckte heute eine Rede des Abgeordneten Riesser, der gegen einen Antrag v. M. Mohl auf Anonymitätsgesetze zum Nachtheil der Juden sich seiner Glaubensgenossen warm annahm und die Unzulässigkeit des Mohl'schen Antrages darthat. Der Antrag Mohls fand dann auch bei der Abstimmung gar keine Unterstützung; nur der Antragsteller erhob sich. Dr. Riesser feierte also einen vollständigen Triumph. Wir haben heute nicht sehr erbauliche Personal-Notizen über die bei Ihnen eingetroffene Wiener Deputation erhalten. Ich kann Ihnen nur sagen, daß auch der Deputation, welche „die Aeresse an die Linke“ bieher zu bringen hatte, nicht viel Besseres nachgesagt wird. Man erwartete eine zahlreiche Deputation; statt derselben kam ein einziges Individuum, das noch dazu zu frühe Lieber eintraf und daher nochmals bis Hanau zurückkehren und wieder bieher kommen mußte, um daselbst feierlich empfangen zu können. Und doch glaubt man die alte Diplomatie als eine unwahre anschuldigen zu dürfen!

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 28. Augnst. Oesterr. 5proz Metall. 71⅞, 4proz. 60. 2proz. — 21½proz. 37½. Bankaktien 1200. 250 fl.-Loose 115¼. 250 fl.-Loose 76⅛. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87⅛ B. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 75. — Bayer. 3½proz. 78¼. — Ludwigs-Berbach 70. — Württemberg. 3½proz. 74⅞. 4½proz. 92½. — Bad. 3½proz. 74½. Lotto-Anlehen à 50 fl. 46½. 35 fl.-Loose 27. — Darmstadt. 3½proz. 76. 4proz. 85¼. Lotto-Anlehen von 50 fl. 63. 25 fl.-Loose 20⅞. — Kurhessl. Friedr.-Wilh.-Nordb. 42¼. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½proz. 81. 25 fl.-Loose 21. — Frankf. 3proz 79. 3½proz. 91½. 86. Taunusbahn 282. — Holland. Integr. 45¾. — Span. 3proz. innere Schuld 18⅝. — Hyl. 300 fl.-Loose 66¼. 500 fl.-Loose —. — Sard. 36 Fr.-Loose 25. Diez. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 55.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Donnerstag den 31. August 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 48.
Einrückungsgebühr: Für gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

Deutsche Reichsversammlung.

X Frankfurt, 28 August. Von den Sitzen, welche die heute in der Reichsversammlung beschlossene unbeschränkte Freiheit aller Glaubensbekenntnisse, und die eben dadurch erklärte Judenemancipation für Deutschland in politischer Beziehung haben kann, sollten wir heute schon einen Vorgeschmack erhalten. Die Tyroler haben am Schlusse der Sitzung Verwahrung gegen den §. 12. eingelegt.

Ueber die konstituirenden Ständeversammlungen.

Unter dieser Ueberschrift gibt die Frankfurter Oberpostamts-Zeitung den folgenden Artikel ihres „Korrespondenten: „Während die National-Versammlung sich mit den Grundrechten der deutschen Nation beschäftigt, und noch nicht dazu gelangt ist, auch nur eine einzige der eigentlichen Verfassungsfragen Deutschlands in Berathung zu ziehen, werden in einem deutschen Staate nach dem andern konstituirende Ständeversammlungen zusammenberufen, deren Aufgabe es ist, die Landesverfassungen neu zu gestalten und mit den Forderungen der Neuzeit in Einklang zu bringen. Ebenso bereiten die Ständeversammlungen der einzelnen Staaten, da wo sie noch bestehen, den gleichen Weg. Die bedeutendste und wahrhaft entscheidende dieser konstituirenden Versammlungen ist der Reichstag in Berlin. Es wäre überflüssig, auszuführen, welche Verwirrungen und Kollisionen entstehen müssten, wenn in diesen Versammlungen über dieselben Gegenstände berathen und entschieden werden soll, über die sich die Nationalversammlung die Berathung und Entscheidung vorbehalten könnte. Dennoch aber wird dies unfehlbar geschehen, wie bereits gemachte Erfahrungen beweisen, wenn nicht ohne allen Zeitverlust entweder den konstituirenden Ständeversammlungen der einzelnen Staaten Einhalt gethan, oder doch eine zur allgemeinen Geltung gelangende Bestimmung über deren Kompetenz getroffen wird. Daran kann es nicht genügen, daß ausgesprochen wird, es müssten die Landesverfassungen nach Maßgabe der künftigen Reichsverfassung wieder abgeändert werden. Jedermann weiß, wie schwer es hält, solche Veränderungen zu bewirken, und hat man es vollends mit einem preußischen Reichstage zu thun, so könnte es zu den Unmöglichkeiten gehören, damit durchzudringen. Der alte deutsche Bund hat seiner Zeit gleichfalls die Nothwendigkeit gefühlt, diese Frage in Erwägung zu ziehen. Bekannt ist es, welche Vorschläge auf dem Wiener Kongresse gemacht wurden, um die Wirksamkeit der Ständeversammlungen zu regulieren. Es wurde viel darüber gestritten, ob ein Minimum oder ein Maximum der ständischen Rechte festzusetzen sei, und da man sich darüber nicht verständigen konnte, blieb man bei der Bestimmung des Art. 13 der Bundesakte stehen, der die Frage unentschieden ließ. Mich viel glücklicher war man bei den Wiener Ministerial-Konferenzen von 1820. Zwar wurden hier einige Grenzlinien gezogen, damit das ständische Prinzip der monarchischen Gesammtgewalt der Bundesfürsten, somit dem Bunde nicht gefährlich werden solle, allein für die Festsetzung der Rechte der Stände wurde dadurch nichts gewonnen, weil man überzeugt, daß das ständische Prinzip sich der Souveränität des einzelnen Staates selbst bemeistern und dadurch der Kontrole des Bundes entziehen konnte. Noch weniger leuchteten die Ministerial-Konferenzen von 1834, durch welche dargethan wurde, daß man wohl den Willen aber nicht die Kraft hatte, der weiteren Entwickelung der Ständeverfassungen entgegen zu treten. Durch die neuesten Umwälzungen in Deutschland ist nun die Festsetzung der Rechte der Stände wesentlich anders gelegt worden. Da das neue deutsche Reich einen wesentlichen Theil dieser Rechte an sich ziehen soll, so ist eine Abtheilung unvermeidlich: Diese kann entweder dadurch erfolgen, daß die Nationalversammlung diejenigen Rechte bezeichnet, welche die Reichsgewalt zum Behufe der Gesammtheit besitzen muß, oder dadurch, daß den einzelnen Staaten gewisse Rechte belassen werden, die sie kann nach Gutdünken durch ihre Stände ausüben können. Welcher Bestimmung wir den Vorzug geben würden, kann nicht zweifelhaft sein. Uns dünkt, daß die Reichsgewalt nur bestimmt aufgesprochene und festgesetzte Rechte ausüben haben, um was mich darunter begriffen, der Partikulargesetzgebung der einzelnen Staaten überlassen werden könne. Nur dadurch kann die gesichtliche Eigenthümlichkeit der Einzelstaaten erhalten und das unbedingte Zentralisiren aller Kräfte des Gesammtstaates vermieden werden. Wie dem aber auch sei, mit der Frage selbst wird die Nationalversammlung sich demnächst beschäftigen müssen, wenn nicht die Gesetzlosmen von ganz Deutschland in Verwirrung gerathen sollen. Wie wir die Sache hinlegen, immer werden wir aufs Neue dahin geleitet, daß die Nationalversammlung den seitherigen Gang ihrer Verhandlungen verlassen und sich zu den Hauptgegenständen ihrer Thätigkeit wenden müsse. Sie sollte nicht vergessen, daß am allerwenigsten in politischen Dingen ein Stillstand gedenkbar ist, und daß, wer nicht vorwärts geht, rückwärts schreitet."

Eine Effenzrede der radikalen Demokraten.

(Aus dem österr. Lloyd.)

Zu Anfang war die Volkssouveränetät. Jeder Mensch wird als Souverän geboren, die gesellschaftliche Ordnung ist auf der Volkssouveränetät begründet, d. h. auf der Oberherrlichkeit der Volksmänner; wer das nicht merkenn, der ist ein Reaktionär, steht auf den durchlöcherten Rechtsboden, hat zu Genossen nur die Schaaren der verbrieften Sklaverei und die Büreaukratie der alten Tyrannei. Die Majorität der Paulskirche wird daher wiederholt aufgefordert, ihr Mandat niederzulegen.

Wer aber die Volkssouveränetät, die Permanenz der Revolution anerkennt, wer gegen die Fürsten, gegen den Bundestag eifert, wer die Leiden des Volkes transfiguriren will, wer die Republik verherrlichen und das Volk hungern mit diesem erhabenen Gedanken stillt, der ist ein Volksmann, der kann als solcher behaupten, was er will, ohne Verpflichtung irgend etwas zu beweisen.

Majorität der Paulskirche, du besitzest nicht aus Volksmännern, also verschwinde!

Nochmals, — die Volksmänner brauchen nichts zu beweisen, denn für sie sprechen handgreifliche Gründe, als: Barrikaden, Flintenkugeln, Fackelzieget ꝛc. Mit solchen Gründen schmettern sie die vernunftlose Gasse! nieder, vernichten sie die lügnerische Diplomatenkunst, die völkermarkauslangende Fürstenpolitik mit ihrer Kamarilla und ihren Kriegsrath. Wehe dem, der mit Logik gegen das Geschrei der edlen Franzosen, gegen die republikanische une et indivisible aufzumucken wagt, wehe ihm, denn er ist ein Aristokratenfreund, er macht das Himmelszelt der Freiheit trocken.

Majorität der Paulskirche, wir klagen dich an mit der unerschütterlichen Waffe der Logik gestützt zu haben: die Stunde des Gerichtes naht; also werde unsichtbar!

Die Annahme der Majoritäten muß abgeschafft werden und als Grundsatz feststehen, daß nur die Minorität Beschlüsse fassen darf. Dagegen ist schwer gesündigt worden, denn die Majorität hat eine Zentralgewalt geschaffen, die Rückkehr zur Ordnung angebahnt, also eine Kontrerevolution gemacht. O unerhörtes Attentat von Männern, die nicht aus Stufe geboren, da sie keine Revolutionäre sind! Darum verabscheuenswerthe Majorität von Barbaren, die Lasterschützer tragen, hör' unser letztes Wort, höre die schrecklichste der Drohungen! Achte diese sogleich oder wir lassen von unserem I und N und Z eine und noch eine Rede halten.

Und meine nicht, die Unklugheit werde sich wiederholen, das wir, wenn wir etwas auszführen wollen, einen Redner auf die Tribüne schicken, der nur sich selbst und uns lächerlich macht. Es steht und nicht an klugen Leitern, nicht an der Klugheit, ihrem Rath und ihren guten Lehren zu folgen.

Deutschland.

Bayern. △Von der Donau, 27. Aug. Seit Jahren wird vergeblich geklagt von Eltern, Lehrern und Schülern, daß die Schüler der IV. Klasse der lateinischen Schulen die Examen behufs des Uebertrittes in das Gymnasium nicht wie andere Schulen am Schlusse des Studienjahres, sondern erst nach den darauffolgenden Ferienschlüssen zu bestehen haben, wie es machen haben. Was man auch für die Anordnung sagen möge, dagegen sind alle Eltern und alle Schüler. Die Schüler der IV. Klasse allein haben keine, wenigstens keine ruhigen Ferien, indem sie, ganz leichtsinnige aufgenommen, immer an die bevorstehende Prüfung denken, welche allein ohne Zuziehung uns Assistenz des eigenen Lehrers etwas zu bedeuten hat, da der Oberklasse des Gymnasiums der Fall ist), über ein ganzes Lebensjahr entscheidet. Wie lange will die unpädagogische Lehrern und Schülern feindliche Maßregel fortdauern? — Es ist gegenwärtig die Zeit, in welcher die Prüfungs-Kommissäre, beauftragt, Wünsche und Anträge

der Lehrer zu vernehmen und der Regierung mitzutheilen, ihre Berichte auszuheben und einzuziehen haben. Möchten doch recht viele Lehrer, Schulvorstände und Eltern sich zu der Bitte um Aufhebung dieser Maßregel vereinigen! Als nicht minder empfehlenswerthe erscheint es, daß die Prüfungs-Kommissäre in ihren Berichten auch auf anständige Pensionirung alter Lehrer, welche diesen heißen Wünschen nicht mehr leisten können, was als Aufgabe für ihre Klasse und das Gedeihen derselben verlangt wird, antragen möchten. Es wird wohl Niemand sein, welcher diesem im Interesse der Volksbildung ausgesprochenen Wunsche entgegen wäre.

Der Münchener **N N** Korrespondent der „Allgemeinen Zeitung" scheint es sich zur ganz besondern Aufgabe gestellt zu haben, die Münchner Bürgerschaft zu verunglimpfen. Er muß sie nachgerade für unverschämt machen für die Versammlung auf dem Rathhaussaale am 21. August, in welcher man die „Anarchie als einzigen Weg zur Rettung", einen König oder gar zwei für einen unleidlichen Uebelstand und die Republik als die vernünftigste, wohlberathene Regierungsform erklärte. Was den Charakter jener ganzen Bewegung am 21. August anlangt, so können wir, ohne Rücksicht auf das, was wir selbst und mit uns andere Blätter wie der Würzburger Korrespondent darüber gesagt, den Hrn. Korrespondenten der Allgemeinen Zeitung ganz einfach auf mehrere Berichte von hier in dieser selbst verweisen, namentlich auf einen, der sich unmittelbar vor seiner Reklamation in Nro. 242 der Allg. Ztg. befindet. Zu bemerken heißt es gleich am Eingange: „Es thut mir leid, daß noch keiner Ihrer hiesigen Korrespondenten den letzten Krawall hier trotz meinen Rathen genannt hat. Es war nemlich nichts mehr und nichts weniger als ein vorwohldurchdachter Putsch." Und dann schildert der Bericht die Art des treffenden Lärmens, den das ganze Treiben und die Kunstgriffchen der Partei, welche die bekannten Vorgänge hervorrief. Wir hatten gesagt, die Bürgerschaft als solche habe durchaus keinen Theil an der besagten Versammlung gehabt. Die Worte „als solche", welche hier gerade entscheidend sind, indem sie unserer Behauptung ihren wahren Charakter geben, hat der aufrichtige Hr. Korrespondent in seiner Reklamation wohlweislich wegzulassen sich gut gefunden. Wir sagten ferner, die Versammlung sei einer jener Versuche, da es sich von selbst qualifizirt. Da er aber so gar entschieden dabei behartet, „daß in der That die Bürgerschaft Münchens lebhaft an dem ganzen Vorgange Antheil nahm", auch „die „mehreren Bürger Münchens," welche, gleichwohl anonym, die Versammlung berufen und durchgetrieben," sehr genau zu kennen scheint, so diene darauf folgendes zur Antwort. Wir selbst haben, bevor noch seine Reklamation in der Allgemeinen Zeitung erschien, in unserer Nro. 235 der Bayerischen Zeitung den folgenden Artikel, klar angedeutet, daß sich einzelne Bürger von München zur Betheiligung an jenen ungesetzlichen Schritten verleiten ließen, aber wir haben die ehrenwerthe Münchener Bürgerschaft, als Gesammtheit gewissermaßen als Korporation genommen, verwahrt gegen jede Solidarität für die unbesonnenen und ungesetzlichen Schritte Einzelner. Wir wissen auch recht gut, daß bei der Deputation, welche auf dem Rathhaussaale gewählt wurde und dann zum König ging, Bürger waren, die sich beigab, nachdem sie den I. Hrn. Bürgermeister Dr. Bauer genöthigt hatte, sich an ihre Spitze zu setzen, sich eine Anzahl wirklicher Bürger von München fanden. Aber abgesehen davon, daß die gewählten Mitglieder dieser Deputation keineswegs sämmtlich der Versammlung auf dem Rathhause beigewohnt hatten, sondern erst von der auf sie gefallenen Wahl benachrichtigt und herbeigeholt werden mußten, mag der Hr. **N N** Korrespondent über den Eindruck, den die Betheiligung unter so großer Masse der Bürgerschaft machte, und über die Beurtheilung, welche sie gefunden, sich erdauen an dem folgenden Artikel des Nürnberger Korrespondenten aus München vom 27. August:

„In der Stadt umlaufende Gerüchte hatten einige Mitglieder des „Vereins für Freiheit und Ordnung" heschwitzigt, die Urheber und Veranlasser des berüchtigten anonymen Aufrufs vom 21. d. Mts. seyen sich bei Haardinger zu sehen, ein Umstand, der in der gestrigen Versammlung des Vereins zur Sprache gebracht wurde. Nach einer mehrstündigen, sehr lebhaften Debatte, wurde folgender Beschluß gefaßt. „1) Der Verein beschließt, daß er mit voller Entrüstung die Tendenz verdamme, welche in dem Proklama vom 21. August hervortritt. Entschiedenheit nach Einwerfen hat. 2) Der Verein weist mit Entschiedenheit und Einwerfen jeder Mitte deshalb nahme seiner Mitglieder, insbesondere einiger aus seiner Mitte deshalb Beschuldigter, die Verdächtigung zurück, daß einige seiner Mitglieder bei dem Entstehen des gedachten Proklama sich betheiligt habe. 3) An die kgl. Polizeidirektion die Bitte zu stellen, seiner Zeit von dem Resultate der deßfalls eingeleiteten Untersuchung dem Vereine Kenntniß zu geben." Wir fügen nichts bei, als daß der Münchener „Verein für Freiheit und Ordnung" aus weit über 600 der angesehensten, aufgeklärtesten, und entschieden konstitutionell-monarchisch gesinnten Bürger der Hauptstadt besteht, bestehe sonach in der That als der Repräsentant der in der Bürgerschaft vorherrschenden Gesinnungen gelten kann. Ist der Hr. **N N** Korrespondent der Allg. Ztg. vielleicht anderer Meinung? Wir freuen uns jeder Gelegenheit, wo auf dem Wege der öffentlichen Diskussion in der Presse sterilige oder zweifelhafte Fragen von allgemeinem Interesse besprochen, und so ihrer Lösung näher geführt werden: indem die Presse von dem ihr deßfalls zustehenden Rechte Gebrauch macht, erfüllt sie nur ihre Aufgabe und eine Pflicht gegen das Vaterland. Aus dem Kampfe der sich widerstreitenden Ansichten geht dann die Wahrheit hervor. Aber so einseitigen Freunde der Presse von beiden Seiten auftreten, wie wir leider auch Verherrlichung wir sind, so wenig sind wir es von einer Zeit zur Raum mehr los in Aufruhr nehmenden Polemik, zumal wenn dieselbe auf solche Weise geführt wird, wie der Hr. **N N** Korrespondent es zu thun für gut findet. Er spricht von einem gegen ihn versuchten „anlantern" Angriff der Neuen Münchner Zeitung. Wir haben aber nicht angegriffen; wir haben blos eine ungehörliche Verunglimpfung des die ehrenwerthe Bürgerschaft Münchens bezeichnenden Geistes zurückgewiesen: unserer Vertheidigung bedarf dieselbe nicht, und wir würden ihrem Selbstgefühle zu nahe zu treten fürchten, wenn wir eine solche auch nur versuchen wollten. Wir hatten keine weitere Absicht, als die volle Wahrheit der Thatsachen herauszustellen. Uns selbst verbiedigen wir gegen Angriffe nur wenn wir es der Mühe werth halten es zu thun: im vorliegenden Falle ist kein Anlaß dazu gegeben. Der unparteiische Leser wird aus dem Vorstehenden selbst urtheilen zwischen uns und dem Hrn. **N N** Korrespondenten der Allg. Ztg. und ermessen, auf welchen von beiden Theilen der von diesem gebrauchte Ausdruck „anlantern" seine wahre Anwendung findet.

Freie Städte. — **Frankfurt**, 27. Aug. Um die Mittagsstunde ist heute das zweite württembergische Reiterregiment auf seinem Marsche nach Solenweig hier eingerückt. Es wird übermorgen nach Gießen und Kassel weiter ziehen. Bis vor das Sachsenhäuser Thor war ihm die Bevölkerung Frankfurts entgegengegangen, und Musikchore begleiteten den Zug bis auf die Zeil, wo der Reichsverweser vor der Fronte des Regiments herabritt, und seine Zufriedenheit mit dem kriegerischen Aussehen desselben an den Tag legte. In der That gewährten auch die sonnenverbrannten Krieger mit ihren schwarzrothen Fahnlein auf den kurzgeschorenen Rossen einen imponirenden Anblick. — Gestern Abend zog eine Abordnung der Wiener Demokraten, (wie es scheint auch eine von solcher Natur, wie die Mehrzahl der Hiesigen gekommene, so daß sie sich selbst nicht kennen) welche unsere gestrige Beilage in der Nachschrift Art. A Frankfurt) hier ein: sie wurden am Allerheiligenthor von ihren dießigen Gesinnungsgenossen empfangen und mit gebührendem Spektakel in den Gasthof zum Landsberg geleitet. In der Nacht wurde noch ein kleiner Fackelzug veranstaltet. Die Absicht dieser Abordnung soll sein, die Aktien der Republik, welche in letzter Zeit unter pari gefunken waren, wieder in die Höhe zu treiben: insbesondere soll dieß durch die Anwesenheit eines Herrn Fröbel'schen Emissärs erwirkt und zur fernern Ausdauer angefeuert werden. Wirklich hat sie einen solchen Zuspruch auch sehr nöthig, denn seitdem ihr Anhang auf der Gallerie durch Einschränkung des Raumes um die Hälfte vermindert wurde, hat diese Partei in der Paulskirche schlechte Geschäfte gemacht. — Am ihrer Stelle haben sich die Zuckerwasser-Politiker aufgethan, um die deutschen Lande mit einer Sündflath von neuen Gesetzen zu überschwemmen. Aber auch diese Arche wird, hoffen wir, ohne Schaden für unser Land und Volk sich verlaufen. (Allg. Z.)

Preußen. — **Berlin**, 27. August. Die „Spenersche Zeitung" enthält heute die folgenden Artikel, die keines Kommentars bedürfen, da sie laut genug für sich selbst sprechen: „Die Personen, welche augenblicklich die Reichsgewalt vertreten, haben, nach genauen Nachrichten, ihre Stellung in dem Maaße verlaufen, daß sie Preußen wie eine deutsche Provinz zu behandeln und zu betrachten sich anmaßen. Wenn im Eingange jenes Wortes die Forderung hieher gelangt, der Zentralgewalt von Seiten Preußens sieben ganze Armeekorps, mit einem Effektiv von 310,000 M. zur Disposition zu stellen, wahrscheinlich um einen Theil davon unmittelbar nach Böhmen zu senden und den Rest etwa nach der italienischen Grenze zu schicken, um sie gegen einen französisch-italienischen Einfall zu schützen. Da es nun notorisch ist, daß keine andere deutsche Macht auch nur annähernd eine solche Armee auf sich zu stellen vermag, so scheint das, so mehr als widersinnig, wenn Preußen seine wohldisziplinirte Armee in der gesteigerten Weise der Zentralgewalt zur Disposition stellen wollte. Die Organe des Hrn. v. Schmerling werden nicht ermangeln, über die Regierung Preußens in Bezug auf diese Forderung das bekannte Lezergeschrei gegen die Sonderinteressen zu erheben, die von Berlin aus gepflegt werden, indessen kann uns das auf unserem Wege in keiner Weise irre machen. Es ist nach Frankfurt gemeldet worden, daß Preußen nicht allein 310,000, sondern 50,000 Mann in das Feld stellen könne, doch dürfe es wohl diese nicht so ohne Weiteres dem Reiche zur Disposition stellen. Indem nun sonwährend das Geschrei gegen Preußen unterhalten wird, ist es bekannt, daß wiederum diese Macht es ist, welche ganz neuerlich eine Million Thaler nach Frankfurt geschickt hat, um dem dortigen Gedränge Genüge leisten zu können. Preußen ist, kein anderer Staat konnte oder wollte eine derartige Zudung leisten. Möchten doch unsere Abgeordneten in Frankfurt dies Alles energisch in der Nationalversammlung hervorheben, um uns diejenige Stellung zu sichern, welche Preußen in Deutschland gebührt! — Die definitive Regelung der dänischen Angelegenheit ist durch die Intervention von England und Frankreich sehr leicht nur um einige Tage aufgehalten worden. Preußen wird auch in der dänischen Frage jetzt den Weg gehen, den ihm seine Lage vorzeichnet, und selbst Frankfurt kann nur bis auf einen gewissen Grad maßgebend für uns sein, denn wir haben hier unserer eigenen Provinzen Wohl zu wahren, und wahrlich im Sinne Deutschlands genug gethan!"

Ueber die gegenwärtigen Zustände in Berlin gibt dasselbe Blatt die folgenden Notizen: — „Es wird von mehreren Seiten die Besorgniß geäußert, es könnten sich, bei der bevorstehenden Berathung des Aufruhrgesetzes die Scenen des Juni erneuern und die Abgeordneten Mißhandlungen von Seiten des Volkes ausgesetzt sein. Wir glauben auf das Bestimmteste versichern zu dürfen, daß diese Besorgniß vollkommen ungegründet ist, und zweifeln nicht, daß Jedermann versichert, daß die Debatten des Gesetzes in der National-Versammlung vollständig zu schützen wissen wird. Wir erwarten dahet auch, im Interesse der Versammlung selbst, so

wie im Interesse der Stadt Berlin, daß unsere Deputirten (welcher Partei sie auch angehören mögen) vollzählig erschienen, und daß derjenigen, die durch Verhältnisse gezwungen sein möchten, der Sitzung nicht beizuwohnen, das Motiv ihrer Abwesenheit veröffentlichen werden, damit demselben keine unehrenvollen Beweggründe unterzuschieben werden können, und das Land die Ueberzeugung gewinnt, daß seine Abgeordneten in Berlin frei berathen können. — Der demokratische Klub hielt vorgestern Abend in Villa Colonna eine so ungemein zahlreich besuchte Versammlung, daß viele Dreinhemden auf der Straße stehen bleiben mußten, um nicht zu ersticken zu können. In der Versammlung gehörten Temme, Gr. Meyen und Karbe. Für den Fall eines Zusammenstoßes mit der gesetzlichen Macht sollen den Anwesenden förmlich mehrere Eide in Betreff ihres Verhaltens abgenommen sein. — Der ehemalige deutschkatholische Prediger Dowiat hatte sich seit einiger Zeit durch seine Reden in den hiesigen Klubs und Volksversammlungen in der Weise bemerkbar gemacht, daß ihm verbrecherische Reden zugeschrieben wurden, in Folge deren ein Verhaftsbefehl gegen ihn erlassen wurde, dem er sich durch die Flucht entzogen haben soll. — In der Untersuchungssache wider den demokratischen Klub wegen des bekannten Plakats über die Charlottenburger Posäule, hat der Teputirte Schramm, Präsident des Klubs, alle Betheiligung abgelängnet, indem er widersprochen habe. Die ganze Leitung der Angelegenheit trifft danach Hrn. Edgar Bauer, der im Fall eines Vergehens beobalb belangt werden würde. — Auch in der gestrigen, zum dritten Male angesetzten, öffentlichen Verhandlung des Criminalgerichts in Sachen wider Dr. Eichler rc. in Betreff der ohne vorherige Anzeige abgehaltenen Volksversammlungen vor den Zelten u. a. O., ist es zu einem Urtheilsspruche nicht gekommen, da das Material der Untersuchung zu umfangreich ist, als daß es schon gestern hat übersehen werden können. Die Sentenz wird demnach zu erwarten sein. — Heut den, am 4. d. M. von hier stattgehabten Umzuge zogen 125 bewaffnete Arbeiter zum Oranienburger Thore hinein, um sich also bewaffnet an dem Krawall zu betheiligen. Aus den Reihen derselben sollen auch zwei Schüsse auf Schutzmänner gefallen sein. Diese 125 Arbeiter sollen nun entwaffnet werden, und es sind die betreffenden Protokolle gestern Mittag dem Staatsanwalt zu weiterer Veranlassung überfandt worden. — Die Nachricht, daß Hr. Held zum Major in der Bürgerwehr gewählt wurden, hat sich nicht bestätigt. — Aus Veranlassung des Umstandes, daß in einem Hause der Blumenstraße zegt schon 15 Cholera-Erkrankungs- und zeip. Sterbefälle vorgekommen, ist Seitens der Sanitäts-Kommission eine Desinfektion der betreffenden Lokalitäten angeordnet und diese bereits auch unter Aufsicht eines Polizisten ausgeführt worden. — Es sind bis zum 26. Mittags 23 neue Erkrankungsfälle eingegangen.“

Die „Karlsruher Zeitung“ spricht sich in einem Schreiben aus Berlin vom 24. über die Lage in Berlin in folgender Weise aus: Wenn irgend Etwas die wankende Stellung des gegenwärtigen Ministeriums zu befestigen vermöchte, so müßte das eben so unsinnige als verbrecherische Attentat dazu beitragen, welches neuerdings die Ruhe der Hauptstadt gefährdet hat: denn wer will, wer kann jetzt, wo es sich um Leben und Eigenthum handelt, wo wohl irgendwo eine Fraktion der Nationalversammlung aus geleitete Partei besteht, der jedes Mittel zur Erreichung ihrer Zwecke gut genug ist, und daß die Pflicht gebietet, mit Herz und Hand jedes Ministerium zu unterstützen, das, was auch sonst seine Schwächen und Fehler sein mögen, wenigstens entschieden die Sache der Ordnung und der Gesetzlichkeit vertritt. Es ist nicht zu leugnen, daß einige Zweifel, daß das durch die neuesten Ereignisse provozirte Umstuzgefühl von der Ueberwiegenden Mehrheit der Kammer angenommen wird, zumal die Regierung selbst in dieser dringenden Gefahr die größte Mäßigung beobachtet, und namentlich durch ihr vertrauen Organ, die „Nationalzeitung“, bereits die bestimmte Erklärung abgegeben hat, daß sie weitere Provokationsakte und namentlich die Errichtung einer Barrikade nicht beabsichtigt. Gleichwohl dürfte, wenn den immer wiederkehrenden Hetzereien und der fortwährenden Aufregung gründlich ein Ende gemacht werden soll, schließlich kaum etwas Anderes übrig bleiben, als in diesen Klubs den Herd zu vernichten, auf welchem gewissenlose Hände beharrlich die Masse des brennbaren Stoffes aufhäufen, den die große Hauptstadt mit ihrem Proletariat und dem Andrang fremder Elemente in sich birgt. Es haben sich bisher alle unsere demokratischen Berühmtheiten schnell abgenutzt; aber wo eine Stelle leer ist, drängen sich neue Bewerber um die leichte Gunst der Masse hinzu, und was soll später, was soll nach einigen Monaten aus uns werden? Noch ist die milde Jahreszeit da, noch werden in Arbeiten aller Art viele tausend Hände beschäftigt; aber der Winter ist vor der Thür und die weissen jener Arbeiter müssen, selbst wenn sie weniger überflüssig wären, als sie es in der That sind, in kurzem eingestellt werden, weil es unmöglich ist, noch länger die ungeheuren Summen aufzubringen, welche sie verschlingen, — verschlingen auf Kosten des ganzen Landes, um den Pöbel einer einzigen Stadt in Ruhe zu erhalten! Ohne die größte Energie der Regierung gehen wir einer trüben, einer furchtbaren Zukunft entgegen. Die Truppen, auf welche sie mit Sicherheit rechnen könnte, wirft sie, wie jetzt die Sachen stehen, nicht verwenden wollen, um ihre Mitbrüderne nicht zum andern Mal den mißlosesten Schmähungen preisgegeben; die Landwehr hat dem hämischen Hetze nicht länger entgegen werden können und ist entlassen worden; die Schutzmannschaften, dieses unglückliche Zwitterinstitut, das nicht einmal sich selbst, viel weniger Andere zu schützen vermag, scheinen bereits der Auflösung begriffen; die Bürgerwehr endlich, noch immer dieselbe, die dem schmählichen Zeughaussraub unthätig zuzusehen vermochte, ist ruhige Zuschauerin der Ereignisse „Wann wird der Reiter kommen diesem Lande?“

Bekanntlich ist Herr Held von den Maschinenbauarbeitern, die kurz nach der berüchtigten Zeughausaffaire betroffnet wurden, zum Führer oder Kommandeur ernannt worden. In jener Eigenschaft hat, wie verlautet, Herr Held für angemessen gehalten, sich dem Kriegsminister v. Schreckenstein vorzustellen und ihm zu sagen: „er mache darauf aufmerksam, daß er diese der Stadt gehörte würde, wenn das beabsichtigte, der Nationalversammlung vorgelegte Martialgesetz zur Ausführung käme; er stehe einem Korps von 2000 bewaffneten Bürgern vor, die einen solchen Eingriff in die Rechte ihrer Freiheit nicht dulden würden.“ „Thun Sie,“ entgegnete ihm ruhig der General, „was Sie wollen! Ihre Pflicht und Stellung verantworten können: auch ich werde meine Pflicht thun und das Gesetz, wenn es gegeben wird, aufrecht zu erhalten wissen.“ (N. P. Z.)

Folgendes ist der Wortlaut des erwähnten Gesetzentwurfs über Volksversammlungen rc., welcher dem preußischen Verfassungsländtage vorliegt: Wir Friedrich Wilhelm rc. rc. verordnen zum Schutze der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, auf den Antrag unseres Staatsministeriums und mit Zustimmung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung, was folgt: §. 1. Volksversammlungen unter freiem Himmel dürfen nur nach einer bei der Ortspolizeibehörde 24 Stunden vorher zu machenden Anzeige, welche Namen und Wohnort der Anordner, so wie Zeit und Ort der Versammlung enthalten muß, stattfinden. §. 2. Zu Volksversammlungen in öffentlichen Anstalten auf öffentlichen Plätzen und Straßen derselben hierzu aufordert oder Aufforderungen verbreitet, wird mit Gefängniß von einem bis zu 6 Monaten bestraft. Wer der Aufforderung des zuständigen Beamten, eine nicht erlaubte Versammlung oder einen nicht erlaubten Aufzug zu verlassen, nicht sofort Folge leistet, hat Gefängnißstrafe von einem bis zu acht Tagen verwirkt. §. 5. Wer zu einer bewaffneten Volksversammlung auffordert oder die Aufforderung hierzu verbreitet, ist mit Gefängniß von sechs Monaten bis zu einem Jahre zu bestrafen. §. 6. Wer an einer Volksversammlung bewaffnet Theil nimmt, wird mit Gefängniß von drei bis sechs Monaten bestraft. §. 7. Wer an Zusammenrottungen auf Straßen und öffentlichen Plätzen Theil nimmt, wird, wenn er auf die an die Menge gerichtete Aufforderung des zuständigen Beamten sich nicht sofort entfernt, mit Gefängniß von einem bis zu acht Tagen, und war er bewaffnet, mit Gefängniß von drei bis sechs Monaten bestraft. §. 8. Wird von der versammelten oder zusammengerotteten Menge der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht sofort Folge geleistet, so ist mittelst Trommelschalls, Horn- oder Trompetenrufs ein Zeichen zu geben, und dieses in kurzen Zwischenräumen zweimal zu wiederholen. §. 9. Leistet die Menge auch dies keine Folge, so ist die öffentliche Macht befugt, von den Waffen Gebrauch zu machen. §. 10. Rücksichtlich der bei Volksversammlungen, Aufzügen und Zusammenrottungen verübten, durch vorstehende Bestimmungen nicht vorgesehenen strafbaren Handlungen verbleibt es bei den bestehenden Gesetzen.

Berlin, 27. August. Ich habe bereits in meinen Briefigen erwähnt, daß alle Anzeigen auf Sturm verboten sind, und muß heute dies mich allein wiederholen, sondern sogar bestätigen. Bei einer in der vergangenen Nacht im Lokal des Handwerkervereins vorgenommenen Haussuchung fand man eine Quantität Pulver und Patronen auf. Dieser Verein nun beabsichtigt eine energische Reklamation, da ihm, als einem der Bürgerwehr zugehörigen fliegenden Korps die Verwahrung von Munition zustehe. Ja, man erwartet auf Morgen sicher Unruhen, und zehn Bataillone Bürgerwehr sollen bereits auf morgen Nachmittags konsignirt sein. Hr. Dowiat ist in einer Bierschenke verhaftet worden. Ueberhaupt scheint jetzt die Behörde endlich mit Kraft aufzutreten, denn zahlreiche Verhaftungen werden täglich vorgenommen.

Oesterreich. Wien, 27. August. Der Zusammenstoß der Nationalgarde mit den Arbeitern ist im Wesentlichen von einem natürlichen Mißliebe durch eine Interpellation an den Minister Doblhoff aufs Neue angeregt worden. (Wir kommen darauf zurück.)

Triest, 26. August. Der „Vulcano“ ist heute von Venedig mit der Nachricht zurückgekehrt, daß Albini den Beschluß gefaßt habe, binnen fünf Tagen, als der zur Einschiffung der Truppen und zur Vorbereitung für die Abfahrt nöthigen Zeit, die hartnäckigen Gewässer zu verlassen und die Richtung nach Sardinien zu nehmen. Venedig wäre alsdann auf sich selbst beschränkt, und dürfte sich, zu Land und zu Wasser eingeschlossen — denn wir hören, daß unser Geschwader zu diesem Blokirung auslaufen soll — schwerlich lange mehr halten können. (A. Z.)

Schweiz.

Nach einer Mittheilung des Herrn General Thiard, Gesandten der französischen Republik, an den Präsidenten des Vororts, wird in Zukunft den lombardischen Flüchtlingen der Eintritt in Frankreich nicht weiter verweigert

Großbritannien.

* London, 26. August. Die Spezialkommission zur Aburtheilung der Verräthern in Irland wird am 11. September ihre Sitzungen in Menagh beginnen. — Aus guter Quelle vernimmt man, daß das Parlament erst am 8. September prorogirt werden wird. Im Unterhause hat der Präsident der Kommitee des Hauses verlangt, daß die Kommis-

säre des Schatzes ermächtigt werden möchten, eine Summe von 2 Millionen Pfund Sterling zu erheben durch Ausgabe von Schatzbons, oder durch die Schaffung von reduzirten 3 prozig. Annuitäten, und die Ihrer Majestät bewilligte Subsidie zu erlangen.

Frankreich.

Paris, 27. August. Meine gestern im letzten Augenblicke vor Postabgang noch gemachte Mittheilung von der Flucht Ludwig Blancs und Gauffiéres scheint sich zu bestätigen. Wenigstens hat man bisher bis jetzt nicht habhaft werden können, trotz aller Nachforschungen. Sie sollen bereits zu Brüssel angekommen sein. Der Staatsprokurator ließ die beiden nicht sogleich bei ihrem Austritte aus der Sitzung festnehmen, sondern schickte blos Agenten ab, um sie in ihrer Wohnung zu verhaften, so daß sie jedenfalls Zeit hatten zur schleunigen Abreise. Die Polizei setzt aber ihre Nachforschungen fort, als ob sie den Gerüchten Glauben schenkte, nach denen sie noch zu Paris sich verborgen hielten. Die Blätter verösfentlichen übrigens heute ein Schreiben Ludwig Blancs, das klar seine Absicht zur Flucht ausspricht, so daß kaum ein Zweifel darüber bestehen kann, daß er und Gauffiére diese bewerkstelligt hat.

Rußland und Polen.

Warschau, 22. August. Vier hiesige Schneidergesellen, Marschand, Kalinowski, Baisloki und Fijalkowski, wurden nach Ausspruch des Kriegsgerichts als schuldig befunden, im Monat März bei Gelegenheit über die politischen Ereignisse in Frankreich und Deutschland die Absicht kund gegeben zu haben, auch in Warschau einen Aufstand hervorbringen, und daß sie zu diesem Zwecke mit einigen Soldaten Bekanntschaft angeknüpft, um sie für ihre Absichten zu gewinnen; diese Soldaten aber haben der Behörde davon Kenntniß gegeben. Für dieses Vergehen hat der Kriegsgerichtshof Baslewitsch unter Bestätigung des kriegsgerichtlichen Urteils beschlossen, die vier Gesellen ihrer Staatsrechte verlustig zu erklären, den Marschand durch 500 Leute zwei Mal und die obigen drei ebenfalls durch 500 Leute ein Mal Spießruthen laufen zu lassen, und sodann alle vier auf zehn Jahre nach Sibirien zu schweren Festungsarbeiten abzuliefern. Dieses Urteil wurde heute früh 8 Uhr vollzogen. (Presse. J.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Amsterdam, 26. August. 2½ prz. Integr. 44⅛/₁₆. — 3prz. Schuld 52⅞. — 4prz. 69⅞/₁₆. — 3½ prz. ditto 70¼. — Handelsmaatschappy —. — 5prz. Arbons à 240 Fl. —. — Span. Anlehen à 6000 Fl. —. — Comptoir —. 5prz. Russische 4prz. Russische 4prz. bei Hope —. — ditto bei Stieglitz —. — 5prz. Metall. 70. — 2½ prz. ditto —.

London, 26. August. Konsols 88, 88¼. @. Cons. —. Span. Akt. —. 3prz. 22½. — ½. Pass. —. Portug. —. 3prz. 19½. @. 21 P. 4prz. —. 5prz. —. Holl. 4prz. —. 2½ prz. —.

Madrid, 22. August. 3prz. 19½. @. 19½. P. 4prz. —. 5prz. 11 P. 10½. @. Pass. Schuld 4 P. 3½. @. Coup. 7 @. Auswärt. Pass. Schuld. —. Amsterdam Schuld 5prz. —. Provis. Zu. 3½. @ St. Zertrandsdamm —. Diconto 4—4½. Wechselkurse: Paris 4—90 P. London 46—50 P.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 31. August: „Die Schweizerfamilie", Oper von Weigel.

Freitag, 1. Sept.: „Das Glas Wasser", Lustspiel nach Scribe von Cosmar.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Keller, Kaufmann von Leipzig. Mandell, Privatier von Nürnberg. Zagorski, Gutsbesitzer aus Rußland. Krafting und Bodert, Rentiers aus Irland.

Hotel Rauklif. Graham, Rentier von London. v. Forster, Regierungsforstrath von Augsburg. Arwol, k. k. Landrichter von Deß. v. Girodoz, Rentier von Brüssel. Riedweder, Gerichtsrath von Pappenheim.

Gold. Hahn. Breitenbach, Rentier von Berlin. Frau v. Schüz, Offiziersgattin von Friedberg.

Blaue Traube. Wittmann, Gutsbesitzer von Ingolstadt. Baronin von Schnarbein, von Augsburg. Zenetti, Lieutenant von Landshut.

Stachusgarten. Schuß, Privatier von Stuttgart. v. Mörz, Privatier von Augsburg. Maier, Privatier von Linnau. Koytaler, Bierwirt von Wasserburg. Roche, Privatier von Stuttgart.

Getraute in München.

Die Herren: Joseph Maier, bürgerl. Bildhauer und Realitätenbesitzer v. h., mit Anna Christina Wagner, geb. Reinwinkler, Restaurateurstochter v. h. Max Karl Prantl, Dr. philos. und königl. Universitätsprofessor dahier, mit Fräulein Maria Anna Aloisia Schneider, Hofrees- und Professors-Tochter v. h. Franz Birkmaier, königl. Steuerkataster-Funktionär dahier, mit Anna Bürger, bürgerl. Gliedmagnifermeisterstochter v. h. Alois Ziegler, logendiener dahier, mit Brigitta Lindmaier, Zimmermannstochter v. P. Nikolaus Denk, Sattlingkhandler, mit Katharina Dominschek, Unteroffiziersteochter v. h. Karl Schneider, Schauspieler von Straubing, mit Anna Unverdorben, Schauspielerin von Straubing.

Gestorbene in München.

Johann Nepomuk Kesseler, königl. Bataillons-Quartier vom Donauwörth, 46 J. a. Anna Maria Gruber, Sergantenswittwe von Kasberg, 70 J. a.

Prüfungs-Anzeige.

90. Zu der am künftigen Samstage den 2. September von 8 bis 12 Uhr Vormittags im Institutslokale am Oberanger Nro. 17. stattfindenden Prüfung der Zöglinge des hiesigen königl. Taubstummeninstituts werden alle Gönner desselben hochachtungsvollst eingeladen.

Königl. Taubstummeninstituts-Inspektion.

Weiß,
königl. Institutsvorstand.

94. Zu der Schroner'schen Buchhandlung in Straubing ist als Forsetzung erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Sinkel, M., Anleitung zur christlichen Vollkommenheit, oder ausführlicher Unterricht über alle christlichen Tugenden, ihre Hindernisse und Mittel. Aus den Schriften der heil. Väter und Gottesgelehrter der kathol. Kirche. 5. Bd. 1. Abtheilung. 8. 2 fl. 6 kr.

Zwickenpflug, N., vollständige, praktische katholische Christenlehren, zum Gebrauche bei den sonntäglichen pfarrlichen Gotteserkunde, sowohl in kleinern Städten als auf dem Lande. 2—10. Bd. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. Mit bischöfl. Approbation. 8. 10 fl. 36 kr.

Die übrigen 3 Bde. erscheinen noch im Laufe dieses Jahres.

Edikt alladung.

95. Die Krämers- und Schmers-Eheleute Joseph und Josepha Fallenstein von Pfronten-Weilern haben sich für gütergemeinschaftlich erklärt und dem Konkurseverfahren unterworfen.

Es werden daher die gesetzlichen Edikttage und zwar

1) zur Anmeldung der Forderungen und deren gehöriger Nachweisung auf
Donnerstag den 5. Oktober l. Js.
Vormittags ½ 9 Uhr,
2) zur Verhandlung der Einreden gegen die angemeldeten Forderungen auf
Montag den 6. November l. Js.,
3) zur Schlußverhandlung und zwar
a) zur Replik auf
Montag den 20. November l. Js.,
b) zur Duplik auf
Mittwoch den 6. Dezember l. Js.,
jeweilsmal Vormittags ½ 9 Uhr.

in hiesiger Gerichtskanzlei festgesetzt, wozu sämmtliche dem Gerichte bekannte und unbekannte Gläubiger unter dem Rechtsnachtheile vorgeladen werden, daß die an diesen Tagen nicht erscheinenden Ausbleibenden von der ganzen Konkursmasse, die an den übrigen Edikttagen nicht Erschienenen aber von den an diesen Tagen vorgenommenen Handlungen ausgeschlossen werden.

Jene, welche ein schuldurkundliches Epitelare etwas in Händen haben, werden hiemit aufgefordert, dieses vorbehaltlich ihrer allenfallsigen Rechte und Ansprüche bei Vermeidung nochmaligen Erlasses dem Gantgerichte zu übergeben.

Am ersten Edikttage wird zugleich ein gütliches Uebereinkommen der Gläubiger versucht werden, und es wird bemerkt, daß die zur Gantmasse gehörigen Immobilien auf 3366 fl., die Mobiliarschaft auf 433 fl. 2 kr. geschätzt, daß die Hypothekarschulden sich auf 4520 fl. 8 kr., die zur Zeit bekannten Kurrentschulden 2342 fl. betragen.

Füssen den 24. August 1848.

Königl. Landgericht Füssen.
Schäfer,
Landrichter.

Bekanntmachung.

93. Auf Andringen eines Gläubigers wird das Ansuchen des Antrags Schmerbeck von Rasenhofen, Haus-Nro. 2, wie es in der Ausschreibung vom 27. August 1847 näher bezeichnet ist, zum zweitenmale der gerichtlichen Versteigerung unterstellt, dagegen Tagfahrt auf

Donnerstag den 28. September d. Js.
Vormittags 10 Uhr,

im Brauhause zu Thann festgesetzt, und werden Kaufsliebhaber, gerichtsandächtige unter Vorlage legaler Zeugnisse über Vermögen und Leumund, mit dem Bemerken geladen, daß der Hinschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth, welcher 2430 fl. beträgt, erfolgt.

Kelheim am 19. August 1848.

Königl. Landgericht Kelheim.
Rieich,
Landrichter.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutschland.

Oesterreich. — **Wien**, 26. Aug. Der Sicherheitsausschuß hat gestern öffentlich seine erteilte Auflösung bekannt gegeben, soll aber die Absicht haben, von nun an als ein Klub von Bürgern, Nationalgarden und Studenten seine Wirksamkeit in anderer Weise fortzusetzen. Für heute ist bereits seine erste Versammlung im Gasthause beim goldenen Strauß in der Josephstadt angekündigt. Seine Tendenz soll in Kürze durch ein Programm veröffentlicht werden. (Mag. Z.)

Triest, 26 Aug. Alle erhielten heute mittels des Dampfers „Italia" Briefe aus Odessa, Egypten, der Türkei und Griechenland. Für heute blos die Nachricht, daß in der Nacht vom **17.** in Konstantinopel ein furchtbares Feuer ausbrach, welches außer vielen Kaufläden auch Häusern, **26** Kaufhausreisschiffe und einen sehr ansehnlichen Holzvorrath in Asche verwandelte. Der Schaden wird auf viele Millionen berechnet. In Konstantinopel und Smyrna wie in Alexandria macht die Cholera immer größere Fortschritte; in Cairo hingegen hat sie etwas abgenommen. Auch auf der Insel Strathos sind einige Todesfälle mit Symptomen der Cholera vorgekommen. — Einem Schreiben des Hrn. Salis-Soglio aus Charoum **dd. 20.** Juli zufolge ist der berühmte Missionär Pater Ryllo daselbst am **16.** jenes Monats mit Tode abgegangen. Die Mission hat dadurch einen unersetzlichen Verlust erlitten. (Oesterr. Lloyd.)

Oesterreichische Monarchie.

Venedig. Die Regierung hat auf Antrag der Assemblea eine neue Botschaft nach Paris abgesandt, um das Gesuch der Intervention zu wiederholen. Der Chevalier Angelo Menegatto, Stromkommandant der Nationalgarde, wurde mit dieser Sendung drauftragt. (Bad. Z.)

Italien.

Sardinien. — Die neulich aus der Berner Ztg. berichtete Widersprenglichkeit der sardinischen Truppen in Alessandria wird von andern Seiten widersprochen. — Die Citadelle dieser Stadt wird mit dem regsten Eifer befestigt und verproviantirt. — In Genua protestirt ein Nationalverein gegen den Waffenstillstand, und droht den Fürsten, den Papst eingeschlossen, mit Fortjagen. — General Dabormida ist an die Stelle des zurückgetretenen Generals Franzini zum Kriegsminister ernannt worden. (Bad. Z.)

Schweiz.

Nach der „Suisse" hat der österreichische Gesandte, Hr. v. Kaiserfeld, dem Vorort am 25. d. eine Note übereicht, in der verlangt wird, daß die lombardischen Flüchtlinge so bald als möglich von der Grenze entfernt und ins Innere der Eidgenossenschaft gewiesen werden sollen! (Bad. Z.)

Frankreich.

△ **Paris**, 26. Aug. (Schluß der Verhandlung über den Bericht der Untersuchungskommission.) Um 7½ gestern Abends wurde die Sitzung wieder aufgenommen, und Hr. Ludwig Blanc bestieg abermals die Tribüne. Er vertheidigt sich gegen die Anschuldigungen, welche ihm in den Berichte als Mitglied der vierzehn Aktenmänner gemacht werden. Am Betreff der Vorfälle des **17.** März führt er an, er sei zu seinen Kollegen gegangen, um sie von den Absichten und Schritten des Volks zu dem Zwecke, die Verschiebung der Wahlen zu erlangen, zu unterrichten. Er habe sogar seine Abneigung angedeutet (er war damals Mitglied der provisorischen Regierung), aber dieselbe sei nicht angenommen worden. Er sei darauf zu den Arbeitern gegangen und habe all seinen Einfluß aufgeboten, um sie zur Aufrechthaltung der Ordnung zu vermögen; die Folge sei gewesen, daß 200,000 Arbeiter durch die Straßen zogen, ohne einen Ruf des Hasses laut werden zu lassen. Am folgenden Tage erließ die provisorische Regierung eine Proklamation, worin denselben für ihre Hingebung gedankt wurde. Die Vorfälle vom **16.** April seien keineswegs, wie man angegeben, eine Demonstration der Arbeiter gegen die Regierung, sondern sie seien der gerade Gegensatz davon gewesen. Die Meinungen der Lamartine'schen Partei seien gewisse Parteien für die Republik gewinnen, so wie die seinigen (Ludwig Blancs) darauf berechnet waren, die arbeitenden Klassen in Ordnung zu erhalten. (Murren.) Er habe diese Meinung manchmal vor den Arbeitern mit den Worten angedrückt: „Ihr seid die Bürgschaft der Gesellschaft und ich bin für die Ordnung." (Laute Verneinungen.) Jede Abwirkung feinerseits zu Erstürmung des Nationalwerkstätten stelle er in Abrede. Zierlichen seien nicht durch, sondern gegen ihn errichtet worden. Nie habe er den Fuß in eine dieser Anstalten gesetzt. Er läugnet auch, Einfluß auf die Arbeiter in denselben gehabt zu haben, und führt zwei Aktenstücke an, die von den Nationalwerkstätten ausgingen, mit der Erklärung, daß weder er noch die Delegirten des Luxembourg in diesen Anstalten Gehör gefunden hätten. Auf die Vorfälle vom **15.** Mai übergehend, widerspricht er in Betreff seiner Verbreitung an den Vorgängen jenes Tages die schon früher vor der Versammlung gemachten Angaben. Abermals erklärte er, jene Kundgebung sei bedauert zu haben. Er gibt an, Barbès habe ihm am Tage zuvor versprochen, seinen Klub von jener Theilnahme an der Gesichte abzubalten; es sei ihm daher ganz unbegreiflich, was ihm zu seiner Sinnesänderung vermochte. Seine Anwesenheit auf dem Stadthause am **15.** Mai stellt er in Abrede, wiewohl er zugesteht, daß sein Herz dort war, weil er Besorgnisse hatte für seine zwei Freunde, von denen er wußte, daß sie sich dort befanden. Uebergehend auf die Zeugenaussagen des Hrn. Trélat, in welchen von Anerbietungen die Rede ist, die er Hrn. Emil Thomas gemacht haben solle, erklärt er, Hr. Gin. Thomas habe ihm gesagt: die Zeugenaussage des Hrn. Trélat sei eine Lüge. (Bewegung.) „Ich mißverstehe." erwiderte er, „Lüge, daß mein Besuch der Wirthschaft von Flicht polizeilicher Natur war, er habe blos auf ihre Association Bezug." Er fordert Jedermann auf, den Beweis zu liefern, daß er in irgend einem Zusammenhange mit dem Juniaufstande gestanden, da er die Nationalversammlung an jenem Tage nicht verließ. Er sei am **23.** Juni so entsetzt gewesen von jenen Gedanken an Etzauffirung eines Aufstandes, daß er Roten mit sich gebracht habe in einer Umgegnung auf die Aebe des Hrn. v. Montalembert. Ein Mensch, der fähig wäre, seine Mitburger zum Bürgerkrieg anzuwiegeln, wäre ein nierenträchtiger Bleuter, und einen solchen Charakter werde man ihm nicht beilegen können. Er schloß mit der Erklärung, daß seine Rede sich ganz und gar an Die richte, die ihn nicht persönlich kennen; für Diejenigen, welche ihn wohl kennen, sei sie nicht notwendig. (Beifall links.) Herr Trélat weist mit Entrüstung den Vorwurf zurück, als ob seine Zeugenaussage eine Unwahrheit enthalte. Zum erstenmale in seinem Leben werde er einer Unwahrheit beschuldigt, und er könne feierlich versichern, daß seine Aussagen nur die strenge Wahrheit enthielten. Ludwig Blanc entgegnet, Hr. Trélat oder Hr. Gin. Thomas habe gelogen, einer oder der andere. (Allgemeine des Mißfallens.) Nun bestieg Hr. Cauffidière die Tribüne mit einem ungeheuren Pack von Papieren, und las eine geschriebene Vertheidigung ab. Er könne, so sagte er, seine Angaben in 3 Zeilen schreiben worte; in allgemeine Thatsachen, die Vorfälle vom 15 Mai und den Juniaufstand. Unter dem ersten Punkt begreift er die Akte seiner Verwaltung, und er muß sein Erstaunen darüber ausdrücken, daß die großen Dienste, welche er dem Lande geleistet, bei der Versammlung keine Anerkennung fanden. Und doch sei seine Wahrheit durch Repräsentanten mit 100,000 Stimmen der Einwohner von Paris ein Beweis, in welchem Maße das Publikum dieselben gefühlt. (Verschiedene Unterbrechungen.) Er bedaure darauf, daß ihm die Erhaltung der Ordnung in Paris zu danken gewesen, eine in Revolutionszeiten so schwierige Sache. In Betracht der im Bericht erwähnten Rede, die er an die Polizeikommissäre gehalten, bedauere er, sein einziger Zweck sei gewesen, alles zu beseitigen, was Zwietracht unter den Klassen der Bevölkerung hervorrufen konnte. Daher die häufigen Besuche in jener Nacht. Als Beweis seiner sorgfältigen Strebens, alles zu vermeiden, was anstoßen oder verletzen konnte, führte er seine eigene höfliche Sprache in seiner Antwort an die Etakerschützen an. (Schallendes Gelächter.) Die ihm beigemessene Absicht, Paris in Brand zu stecken, stellt er durchaus in Abrede. Er habe unaufhörlich die Errichtung einer neuen Kompagnie Pompiers verlangt. Der Bericht des **15.** Mai-Ausschusses sei nur seine früher gemachten Angaben und häufig dem Thatsachen mehrere Aktenstücke als Beweis seiner Behauptungen ein. Mit dem Juniaufstande will er durchaus nichts zu thun gehabt haben. Er sucht die Unmöglichkeit nachzuweisen, daß er sich zu der von einigen Zeugen angegebenen Zeit an den Barrikaden befunden, und bemüht sich, ein Alibi darzuthun. (Allgemeine Heiterkeit.) Ein solcher Zeugniß könne als von einem Manne von schlechtem Leumund ausgebend, immer als glaubwürdig erschienen. Was die Verläumdungen gegen seinen Privatcharakter anbelange, so frage er, wer etwas Unehrenhaftes ihm nachsagen könne? Die Richtigkeit der Zeugenaussage des Hrn. Trouve-Chauvel müsse er in Abrede stellen. Persönlich sei offenbar hier im Interesse. Treffen Meinung, als sei er (Cauffidière) in die Mai- und Juniexzesse verwickelt gewesen, könne von keinem Belange sein und sei eben nur eine Meinung. Nachdem er noch sehr ausführlich andere Zeugenaussagen gegen ihn zu widerlegen gesucht, schließt er mit der Betheuerung seiner Ergebenheit für die Republik. (Beifall links.) Hr. Trouve-Chauvel: Nicht von dem im Laufe der Verhandlung Vorgebrachten sei geeignet, ihn zu einer Aenderung seiner Meinung zu bewegen. Er klagt den andern Hrn. Heeren als Lügner an. Nach einer Erklärung zu wiederholen, er habe sich zu dem Vorsatze gemacht habe. Hr. Heeren (ein großer, starker Mann, wie Cauffidière): ich habe nur gesagt, daß einige Nationalgaristen mich für Hrn. Cauffidière genommen haben. Der Präsident: Ich habe nun der Versammlung ein Requisitorium von dem Generalprokurator des Appellhofes von Paris, Hrn. Corne, mitzutheilen. Er verliest das Aktenstück, worin der Versammlung die Gelehrsamkeit verlangt wird gerichtlichen Vorschreiten gegen Ludwig Blanc und Marc Caussidière als Theilnehmer an den Vorgängen des **15.** Mai und **23.** Juni, in Folge von neuen Belastungen, die sich gegen sie in der gerichtlichen und der parlamentarischen Untersuchung ergeben haben. Hr. Laurent (von der Arrèche) schlägt vor, die Versammlung solle, bevor sie jenes Verlangen in Berachtziehe, vorerst die Verhandlungen über den Bericht schließen, welcher unbedingt politischer Natur sei. Hr. Bac: Das gegenwärtige Verlangen um Einwilligung zum gerichtlichen Vorschreiten wat zu erwarten, da die Blätter schon seit einiger Zeit gegen die Republikaner von gestern gesprochen haben. Er beklagt sich über die Weise, in der das Verlangen gestellt worden, in so später Nachtstunde, und in einer von Aufregung ganz ermatteten Versammlung. Er

ging dann in eine Prüfung der gegen L. Blanc und Caussidière vorgebrachten Anschuldigungen ein und kam zum Schlusse, daß kein hinreichender Grund zum Vorschreiten gegen sie vorliege. Das ganze gegenwärtige Verfahren bezeichnete er als einen Theaterstreich. (Hier erhob sich lauter Ruf von der Linken: auf morgen! auf morgen! aber bei der Abstimmung wurde die Vertagung mit großer Mehrheit verworfen.) Herr Lagrange greift die Weise an, in der die Kommission ihr Amt vollzogen: statt die wahren Schuldigen zu treffen, schlage sie auf die Republikaner los. Ruf: Oui, oui! gemig! zur Abstimmung! — Herr Leon Rollin: Wollen Sie vor dem Schlusse der Verhandlung über die politische Untersuchung zugleich über die gerichtliche entscheiden? Ich erkläre, daß Sie die politische Verhandlung nicht schließen können. Die Ehre mehrerer Mitglieder der Kommission steht auf dem Spiele (Lumult), außerdem sind mehrere wichtige Aktenstücke nicht gedruckt worden. Die Verhandlung kann unmöglich geschlossen werden, bevor man weiß, warum diese Aktenstücke nicht zum Drucke gelangen. Es befand sich darunter auch eine legitimistische Proklamation. Hr. v. Larcy versichert, ein solches Aktenstück sei der Kommission nicht vorgekommen. Ein Mitglied: Ein Gendarmerie-Oberst nahm einen Mann fest mit einer legitimistischen Proklamation und schickte ihn den zuständigen Behörden zu. Der Mann erklärte, an den Barrikaden für Henrich V. gefochten zu haben. Das Dokument blieb der Kommission vorgelegt werden sollen. Es wurde dem Polizeipräsidium übergeben, in den drei gedruckten Bänden der Enquête finde es sich aber nicht. General Cavaignac: Die Versammlung wird mir erlauben, auf eine vorgängig gemachte Aeußerung zurückzukommen. Einer der Herren Repräsentanten hat von einem Theaterstreich gesprochen, der seit langer Zeit vorbereitet wurde. Es ist daher wesentlich, daß der wahre Stand der Dinge genau angegeben werde. Während die politische Untersuchung vor sich ging, versäumte die Regierung ihre Pflichten nicht. Die gerichtliche Untersuchung ging zu gleicher Zeit vor sich. Auf eben von uns gestellte Verlangen ist mir Bericht erstattet worden über historischen Untersuchung, sondern das der gerichtlichen. (Sensation.) Die Regierung wünscht, daß die Verhandlung schleunig zum Schlusse gebracht werde. Wir haben nicht gewünscht, noch können wir wünschen, daß dieses Verlangen um Ermächtigung Anlaß gebe zu einer neuen Verhandlung. Die Regierung hat sich nicht eingemischt, bis nach der politischen Debatte. Hätten wir wenige Tage nachher eine neue Verhandlung veranlaßt, so hätten wir gegen unsere Pflichten gehandelt. Wir verwerfen daher das Verlangen der vorbereitet worte für die Entscheidung in einer einzigen Verhandlung. Eine Stimme links: Warum also solche Hartnäckigkeit gegen diese Männer? Hr. Ludwig Blanc verlangt, daß die politischen und gerichtlichen Thatsachen in derselben Verhandlung vereint bleiben mögen. Vorschreiten gegen ihn sei bereits verlangt worden. Die Versammlung habe es verworfen und könne ihren eigenen Beschluß nicht umstoßen. Eine Stimme: Warum aber neue Belastungen so spät? — Ludwig Blanc: Es gibt keinen Mann von Ehre im Lande, der mich nicht in seinem Gewissen für unschuldig erklärt. (Murmur: oh! oh! Gelächter.) Man will in mir nicht einen Schuldigen, sondern einen politischen Gegner treffen. Hr. Corne, der Generalprokurator: dreierlei sei zugleich vorgenommen worden, um die Pläne des Gesetzes aufzuklären — die gerichtliche Instruktion über die Vorfälle vom 15. Mai, die Militärinstruktion über den Insurgentenstand und die gerichtliche Untersuchung über dieselben. Die Thatsachen seien also weit bekannt. Hr. Ludwig Blanc solle nicht vergessen, daß seit dem letzten Verlangen um Ermächtigung zu gerichtlichem Vorschreiten gegen ihn, neue Thatsachen ans Tageslicht gekommen seien. Ludwig Blanc protestirt auf's neue gegen das eingeschlagene Verfahren. General Cavaignac: wir wünschen allerdings eine schleunige Lösung der Sache, aber wir bringen die Entscheidung, die wir verlangen, in seiner Weise der Versammlung auf. Wir erklären, daß wir diese Verlangen für nothwendig halten. Wir sagen nicht, warum wir diese Meinung und bitten; aber das können wir erklären, daß die Aktenstücke, auf welche sie begründet ist, mehre Tage lag in unsern Händen sich befunden haben. Wir wünschen nicht, irgend einen Einfluß auf die Entscheidung der Versammlung zu üben; wir wollen nur die Thatsache feststellen. Hr. Floeon: seiner Ansicht nach habe die Kommission ihre Aufgabe gänzlich verfehlt, indem sie nach Partikularverfolgten geforscht, die allgemeinen und wirklichen aber sorgfältig umgangen habe. Hr. Dupin wünscht die Frage klar zu stellen vor der Versammlung. Es sei durchaus nothwendig, die politische von der gerichtlichen Frage in der Sache zu trennen. Ueber die letztere stehe der Versammlung zuvörderst keine Entscheidung zu; sie habe allein darüber zu entscheiden, ob und über welche Mitglieder ihres parlamentarischen Vorrechtes entkleidet werden sollen, um den Gerichtsbeamten der Regierung überliefert zu werden. Weiter habe sie nichts zu thun. Was daher über Aburtheilung und Verdammung dieser Mitglieder gesagt worden, seien eitel Worte. Die Versammlung solle daher die politische Frage ganz beseitigen. Alsdann könne sie die Vorfälle vom 15. Mai nicht von denen vom Juni trennen, da sie im innigen Zusammenhange stehen. (Rufe: Nein, nein! Ja, ja!) Grimmen sie sich bei Diskussionen gereizt, ruft der Redner aus, und wie unpopulär es war. Er schlage daher zuerst vor, den politischen Theil der Frage zu beseitigen. Der Präsident: Ich bringe nun diesen Vorschlag zur Abstimmung. (Aufregung.) Hr. Floeon: Ich beantrage die Tagesordnung über den ganzen Bericht (große Verwirrung), ohne Unterschied zwischen einem einzelnen Thema. (Neue Verwirrung.) Der Justizminister (Hr. Marie) bemerkt, daß die in die Vorfälle vom 15. Mai verwickelten Personen wohl die ordentlichen Gerichtshöfe, die der Theilnahme am Juniaufstand Beschuldigten aber vor das Kriegsgericht gestellt werden. (Große Aufregung.) Der Präsident: Ich schlage nun die einfache Tagesordnung über den Bericht vor, womit die Verhandlung geschlossen sein wird, wohlverstanden, daß der Bericht das Gemächtigungsverlangen nicht berührt. (Großer Lärm.) Dieser Vorschlag wurde mit ungeheurer Majorität angenommen. (Die Resultate der weitern Abstimmungen haben wir schon gemeldet; siehe Nr. 54 unseres Hauptblattes.)

** **Paris**, 27. August. Gestern früh hatte auf die Requisition des Staatsprokurators Pinard der Instruktionsrichter Bertrand die Vorsuchungsbefehle gegen Ludwig Blanc und Caussidière erlassen. Polizeikommissäre mit ihren Agenten begaben sich sogleich nach den Wohnungen beider, aber weder der eine noch der andere war mehr zu finden. Sie hatten ihre Wohnung verlassen am Freitag Abends 7 Uhr, und waren seitdem nicht mehr dahin zurückgekommen. Der Instruktionsrichter in Gegenwart des Staatsprokurators durchsuchte alle Gemächer der Wohnungen beider. Die bei Caussidière vorgefundenen Papiere wurden nach der Gerichtskanzlei gebracht, das Schreibzimmer Ludwig Blanc's unter Siegel gelegt. Heute um 11 Uhr Vormittags hatten die Verhaftsbefehle noch nicht vollzogen werden können. Sie gingen viele, die der Meinung sind, man habe beide Angeschuldigte wissentlich entwischen lassen. Ein Schreiben Ludwig Blanc's, das heute viele Blätter veröffentlichen, läßt kaum einen Zweifel darüber, daß beide sich dem sie fast gewiß erwartenden Schicksale, wenn sie vor Gericht gestellt worden wären, durch die Flucht entzogen haben. Das besagte Schreiben lautet wie folgt: „Von Männern, in deren Gemüth die politische Leidenschaft jedes Gefühl der Billigkeit übermannt hat, nicht als Verbrecher bestraft, das ist unmöglich, sondern als Feind verfolgt, entsetzen sie mich, um so gegen die Folgen des Belagerungszustandes und die Furcht vor einer neuen Gewalt Reaktion und Ordnung zu sichern. Ich kann nicht glauben, daß Frankreich in der Stimmung sei, noch lange die Unterbrechung des regelmäßigen Gerichtsganges zu dulden. An dem Tage der Verhandlungen werd' ich erscheinen. 26. August 1848. Ludwig Blanc.

Straßburg, Schon früher haben wir gemeldet, daß der Literat K. Blind des Landes verwiesen sei. Blind begab sich nach Lauterburg, um daselbst vor seinem Wegzug noch einige Geschäfte zu besorgen. Nach Vollzeugung derselben beabsichtigte er über Straßburg in die Schweiz zu reisen, wurde aber bei seiner Ankunft in Straßburg am 21. August durch die Polizei verhaftet.

Rußland und Polen.

Wie man dem „Mannh. Journal" aus sicherer Quelle mittheilen will, hat das russische Kabinet eine sehr bestimmte und energisch abgefaßte Erklärung gegen eine bewaffnete Intervention Frankreichs in Italien an sämmtliche Großmächte abgegeben. Es soll darin u. A. auch darauf hingedeutet sein, daß Rußland in diesem Falle bereit sein würde, die Ansprüche Oesterreichs mit den Waffen in der Hand zu vertreten. Diese Erklärung soll sowohl in Paris als in London einen bedeutenden Eindruck hervorgebracht haben. Gegenwärtig ist die russische Diplomatie eifrigst bemüht, sich ihren Antheil an den Friedensunterhandlungen zu sichern. (Mürnb. Korr.)

Nachschrift.

Kurhessen. — Dem Vernehmen nach, berichtet die „Kass. Allg. Ztg.", ist der Vorstand des Finanzministeriums, Hr. Geh. Rath Schwedes als solcher resignirt und wird Hr. Regierungsrath Bürgermann provisorisch mit dessen Amtsverrichtungen beauftragt worden sein.

Schweiz. — Die Annahme der neuen Bundesverfassung ist gesichert: Graubünden hat in seiner Mehrheit angenommen und damit die 12te Stimme für den Entwurf abgegeben. Auch der Große Rath von Waadt hat sich am 24., mit Vorbehalt der Volksabstimmung, mit 140 gegen 12 Stimmen für denselben ausgesprochen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 29. August. Oesterr. 5proz. Metall. 73¼, 4proz. 61⅛, 2proz. —, 2½proz. 38⅜. Bankaktien 1210. P. 500 fl.-Loose 118⅜, 250 fl.-Loose 76⅛. Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87⅛. P. — Staatsschuldscheine 3½proz. 75⅛. — Bayer. 3½proz. 77. — Luxemburger Verbach. 69⅛. — Württemberg. 3½proz. 75⅞, 4½proz. 92¼. — Baden. 3½proz. 74⅛. Lotto-Anleihen à 50 fl. 46⅜, 35 fl.-Loose 27⅜. Darmstädt. 3½proz. 76, 4proz. 85⅛. Lotto-Anleihen von 50 fl. 63⅜, 25 fl.-Loose 21. Kurhessl. Prämien-Anleihe-Scheine 44⅞. 40 Thlr.-Loose 25¾. — Nassau 3½proz. 81. 25 fl.-Loose 21⅛. — Frankf. 3½proz. 79, 3½proz. 92, 86. Taunusbahn 283. — Holland. Integr 45⅞. Span. 3proz. innere Schuld 18⅛. — Pol. 300 fl.-Loose 67¼. 500 fl.-Loose —. Sard. 36 fr.-Loose 25⅛. Dän. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 56.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Freitag den 1. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, 1. September.

Durch allerhöchstes Restript vom 21. August l. J. wurde der Rechnungsrathskommissär bei der Regierungskammer von Mittelfranken Karl Ammon auf das Rentamt Ratteldorf befördert und dessen Stelle dem Rechnungskommissariatsfunktionär zu Ansbach Jakob Beyler provisorisch verliehen; unterm 28. August dem II. Landgerichtsassessor Franz Joseph Hartlaub zu Kitzingen unter Enthebung von dem Antritte der ihm übertragenen 1. Assessorstelle bei dem Landgerichte Hilders die 1. Landgerichtsassessorstelle zu Königshofen verliehen; auf die hiedurch erledigte II. Assessorstelle bei dem Landgerichte Hilders der II. Landgerichtsassessor Maximilian Grabner zu Brückenau ernannt, und die hiedurch erledigte II. Landgerichtsassessorstelle zu Brückenau dem Rechtspraktikanten Martin Vervier aus Würzburg verliehen.

Durch allerhöchstes Dekret vom 30. August wurde der Forstmeister zu Wolfstirchdach (Pfalz) Christian Heinrich Rauch auf Ansuchen auf das Forstamt Langenberg versetzt und zum Forstmeister für Wolfstirchdach der Revierförster zu Hartenburg Peter Leopold Schmitling ernannt; der Postverwalter Maximilian Hochholzer zu Amberg mit Zufriedenheitsbezeugung für den Zeitraum eines Jahres in den Ruhestand versetzt.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 30. l. Mts. allergnädigst bewogen gefunden, die bei dem Handelsgerichte in Nürnberg erledigte Stelle eines rechtskundigen Assessors dem Rathe des Kreis- und Stadtgerichts zu Nürnberg, Joseph Michael Fehrn. v. Welser, zu übertragen.

(Pfarreien-Besetzungen.) Kathol. Stadtpfarrei Ochsenfurt, Lkgs. gleichen Namens, dem Priester Peter Riegel, Stadtpfarrer zu Brückenau, Lkgs. gleichen Namens; kathol. Pfarrei Teuschnitz, Lkgs. Ludwigsstadt, dem Priester Ernst Herberich, Pfarrer zu Windheim, Lkg. Ludwigsstadt; kathol. Pfarrei Reichenbach, Lkg. Friedberg, dem Priester Johann Baptist Franz, Pfarrer zu Wenigumächen, Lkgs. Bruck; kathol. Pfarrei Hergolshausen, Lkg. Werneck, unter Dispensation des hiezauf früher ernannten seitherigen Pfarrers zu Bischofsheim Priesters Franz Adam Oppelt von dem Antritte derselben, dem Priester Johann Eichenmüller, Pfarrer zu Poppenlauk, Lkgs. Kissingen.

Deutsche Reichsversammlung.

In unserem Berichte über die 67ste Sitzung der Reichsversammlung tragen wir heute noch Einiges auf dem Berichte der „Karlsruher Zeitung“ nach: Der Präsident zeigt wieder den Austritt mehrerer Abgeordneten aus der Reichsversammlung an. Die Gesammtzahl der Austretenden beträgt jetzt gegen 70. Die Gesammtzahl der gestellten Anträge beläuft sich auf etwa 600, und die der bis vor acht Tagen eingekommenen Petitionen auf 2583. Auf den Petitionen für Trennung der Kirche vom Staate befinden sich, wie eine dieser Tage vorgenommene Nachzählung ausweist, ungefähr 272,000 Unterschriften. Die preußische Besatzung von Luxemburg hatte sich in einer Eingabe an die Reichsversammlung darüber beschwert, daß ihr nicht gestattet worden sei, an den Reichstags-Wahlen Antheil zu nehmen. Die Versammlung beschließt, diese Eingabe zur Berücksichtigung an den Ausschuß zu verweisen, welcher sich mit dem künftigen Reichs-Wahlgesetze zu beschäftigen haben wird. Eine Eingabe verschiedener Kaufleute und Rheder Frieslands und anderer Küstenlande um Uebernahme der Verluste, welche sie durch den dänischen Krieg erlitten, auf die Reichskasse, wird an das Ministerium überwiesen. An der Tagesordnung ist die weitere Berathung des Art. III. der Grundrechte. Marcrens aus Danzig wünscht, daß die 15,000 Mennoniten, welche sich zur Zeit in Deutschland befinden, vom Kriegsdienste, wie bisher, befreit bleiben, wogegen Becherath bemerkt, daß die ebenpreußischen Mennoniten selbst eine solche Ausnahme nicht mehr verlangen, und daß die übrigen sich wohl ebenfalls der allgemeinen Regel unterwerfen würden. Mevissen wohl verbreitet sich über die Frage der Judenemanzipation. Er führt aus, daß sie andern Stammes als die Deutschen seien, und sich nie mit denselben gänzlich verschmelzen würden, so wenig als in andern Ländern; die Juden seien Kosmopoliten und Handelsleute; nirgends trieben sie Ackerbau, nirgends Gewerbe, oder wo sie Solches zu betreiben vorgäben, sei Dies nichts Anderes, als ein verkappter Kleinhandel. Der Redner behauptet dann, wenn man allen Schacherjuden, Biehverkäufern, Bucherern und all Denen, welche unsere Bauern plagen und aussaugen, das volle Bürger- und Staatsrecht gäbe, so sei das deutsche Volk vollends verloren; denn wo der Jude in ein Bauernhaus komme, so sei der Bauer ruinirt, wo er in einer Gemeinde seinen Fuß fasse, die Gemeinde am Bettelstab. In Frankreich und England sei Dies anders. Vor der Revolution von 1789 habe es in Frankreich mit Ausnahme des Elsaßes und Lothringens keine Juden gegeben, weil man sie früher alle verjagt hatte. In England gebe es nur 30,000 Juden: dort habe man alle gut liberal sein, während in Bayern allein 50,000 seien, d. h. zu viel, als in ganz Frankreich. Was Amerika betreffe, so können sie dort nicht aus, weil sie wollt dort keine Noth herrsche, theilé weil die Amerikaner selbst die ägyptischen Juden seien. Nieser aus Hamburg tritt mit Wärme und Entschiedenheit gegen diese einseitige und gehässige Darstellung auf, und beansprucht die einfache Gerechtigkeit, daß den gleichen Pflichten auch gleiche Rechte entsprechen. Die Juden verlangen nichts Anderes, als in Deutschland aufzugehen, nichts Anderes, als Deutsche zu sein, wie eben das Verlangen nach Emanzipation am besten beweise. Daß sie dabei ihre Religion nicht aufzugeben brauchen, versteht sich von selbst. Gegen den Schacher und Wucher solle und müsse man auftreten, dem entgegenwirken, ihn verbieten, aber durch allgemeine Gesetze, gegen Einen wie den Andern. Nachdem noch Osterrath und Linde über die Frage gesprochen, betritt Rheinwald die Rednerbühne, und entwickelt seinen Antrag auf Vertretung oder Kernbaltung der Jesuiten aus Deutschland. Seine Rede gleicht Wort für Wort dem Aktastück eines jener zahlreichen Zeitungsartikel, welche zur Zeit der Jesuitenhetze in schweizerischen und andern Blättern erschienen. Auf Reichensperger's Antrag wird beschlossen, die Erledigung der Jesuitenangelegenheit erst bei Berathung des Art. VI., wo vom freien Vereinsrechte die Rede ist, vorzunehmen. Es wird nun zur Abstimmung über die einzelnen Paragraphen des Art. III. geschritten. Die Resultate des Tages haben wir bereits mitgetheilt.“

Frankfurt, 29. Aug. Eine große Anzahl der österreichischen Abgeordneten bei der deutschen Nationalversammlung haben an Feldmarschall Radetzky folgende Adresse erlassen: „Hochverehrter Herr Feldmarschall! Die unter Ihrem Oberbefehle so rasch und so glänzend vollführten Waffenthaten der österreichischen Armee haben selbst die Gegner Oesterreichs mit Staunen und Bewunderung erfüllt. Einstimmig ist die Anerkennung, die man in ganz Deutschland der hohen Kriegsbefähigung des österreichischen Heerführers, sowie dem Heldenmuthe, der Streitbarkeit und Ausdauer des österreichischen Heeres, zollt. Groß ist die Zuversicht, mit der Deutschland von nenem für den Fall des Krieges auf die österreichischen Waffen blickt, und mit Recht blicken kann. Wir österreichische Abgeordnete, als Mitglieder der deutschen konstituirenden Nationalversammlung berufen, an dem Werke der deutschen Einheit, Kraft und Größe, als einem Werke des Friedens, thätig mitzuwirken, haben hier im Kreise so vieler hochgeachteter Männer und allen Gauen Deutschlands, die Erfolge Ihrer Heldenthaten stets mit innem besondern Selbstgefühle vernommen, das jeden Patrioten kann durchdringt, wenn er die Waffen seines Vaterlandes siegreich aus dem Kampfe hervorgehen sieht, und zugleich die Ueberzeugung gewinnt, daß sie auch von seinen fernsten hochgeachteten Mitbürgen mit dem Gefühl der Freude und des Selbstvertrauens dränzt und, als Oesterreicher, als Angehörige des großen deutschen Vaterlandes, und als Volksvertreter der deutsch-österreichischen Landestheile, Ihnen, Herr Feldmarschall! und der unter Ihren Befehlen stehenden tapfern Armee unsere herzlichst Theilnahme, Anerkennung und Bewunderung auszusprechen, und zum Beweise dessen Ihnen diese Adresse darzubringen. Frankfurt a. M., den 21. Aug. 1848.“ General v. Radowitz legte eigenhändig folgende bedeutsame Worte bei: „Den in vorstehenden Worten ausgesprochenen Empfindungen unserer österreichischen Brüder in der deutschen Nationalversammlung, treten auch wir, Abgeordnete anderer deutschen Lande, in vollster Anerkennung der Heldenthaten des österreichischen Heeres und seines ruhmwürdigen Führers mit Freuden bei. An den k. k. Feldmarschall Grafen v. Radetzky und an die unter seinem Befehle stehende k. k. österreichische Armee.“ Eine sehr große Anzahl anderer deutscher Deputirten hat diese Adresse unaufgefordert mitunterschrieben. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Deutschland.

Bayern. — Die „Allgemeine Zeitung“ bringt folgende aus höherer amtlicher Quelle ihr zugekommene Berichtigung. „Nach der Fassung eines in der „Allgemeinen Zeitung“ vom 28. August enthaltenen (der „Deutschen konstitutionellen Zeitung“ entlehnten) Korrespondenzartikels aus München möchte es scheinen, als ob die Berufung der Linie zur Aufrechthalt-

ung der öffentlichen Ordnung in Zukunft einem Verlangen von Seite der Landwehr und der Freikorps vorbehalten sein sollte. Dem ist aber nicht so, sondern die Requirirung des Linienmilitärs zu solchem Dienste bleibt auch in Zukunft, wie bisher, dem Ermessen der zuständigen Zivilbehörden vorbehalten. Dagegen wird von dem Selbstbewußtsein allerdings ausgegangen, daß zur Aufrechthaltung der Disciplinirung der Ordnung in der Stadt zunächst die Landwehr und die Freikorps als diejenigen berufen angesehen (soll offenbar heißen „ausgesehen") werden sollen."

Baden. — **Donaueschingen**, 23. August. Gestern wurde im benachbarten Hüfingen die bei einer Besprechung des Abgeordneten Welte mit seinen Wählern selbstgefetzte Volksversammlung gehalten. Trotz der Gerüchte, welche hierüber in der Gebaut herrschten, hatte niemand daran, sie zu hindern. Die Art und Weise der Abhaltung rechtfertigte diesen richtigen Takt der Behörden. Sowohl in der Art des Besuches, als in der Form der Vorträge war sie von denjenigen, die wir in letzten Frühjahre so mannigfach erlebten, bedeutend verschieden. Fast will es scheinen, als ob für diejenigen unserer Volksbeglücker, die ihre Zwecke auf Umsoften des Rechtes und Gesetzes fördern wollen, die „schönen Tage von Kranjuer" so unwiederbringlich vorüber seien, daß für Jene, welche Tag, das sie jetzt erringen wollen ist, und von Tag zu Tag sich mehr befestigt, wie einen Traum der Nacht verschwinden lassen möchten. Staatsrath Bell, welcher gestern Nachmittag nach Stühlingen durchreiste, hatte gerade noch Gelegenheit, den Schluß der Versammlung zu sehen. Dieser Staatsmann, welcher auf einer Rundreise im Rheinthal, im Albgau, und in der Baar mit unermüdlicher Ausdauer die Klagen und Wünsche der Bürgermeister und Gemeindevorgeführten hörte und entgegnete — möge er sich die Thränen des Volk von den Gesichtern und vom Herzen unserer Gegend mitgenommen haben. Wir meinen nicht jene einig wiederkehrenden Stichworte: „wir wollen's eben nicht" — „wir haben kein Vertrauen" — „der Kammern haben das Vertrauen des Volkes nicht" — wenn sie aller Begründung entbehren, sondern jene Gründe zur Unzufriedenheit, welch scharf gezogen hervortreten, um von ihm selbst gehört zu werden. (Karlsr. Z.)

Schleswig-Holstein. Aus der Provinzialpresse ersehen wir viel über die zukünftige neue provisorische Regierung folgendes Nähere: Eine Nachricht, welche auf dem Reichsministerium stamme, bringt eine ganz unerwartete Kombination für die neue provisorische oder interimistische Regierung, welche an die Stelle der jetzigen treten soll, wenn der Waffenstillstand wirklich abgeschlossen wird. An der Spitze derselben würde kein Anderer stehen, als der Erbprinz von Dänemark und Schleswig-Holstein, der Prinz Ferdinand. Unter ihm würden Kämpfe Hahn und VIII. die übrigen Mitglieder würden sein: Graf Baudissin zu Borstel, Konferenzrath Rathgen (bis zum 22. März Kanzleivortragender Rath), Staatsrath Francke (bis zum 22. März Deputirter in der Generalvollkammer, während der Ministerstreiz in Kopenhagen einmal schon zum Minister für die Herzogthümer ernannt, jetzt Präsident der schleswig-holstein'schen Regierung auf Gottorf und Abgeordneter der Stadt Flensburg bei der deutschen Nationalversammlung) und als sechstes Mitglied entweder Appellationsgerichtsrath Prenßer oder Advokat Bargum oder Syndikus Prehn in Altona, indem diese drei sämmtlich designirt, aber noch keiner von ihnen fest bestimmt ist. Wie nun aber auch die Zusammensetzung ausfallen mag, die Stellung einer solchen, vom König von Dänemark unternannten Regierung wird immer sehr räthselhaft sein, wenn nur ein Waffenstillstand abgeschlossen wird und keine wirklichen Friedensunterhandlungen. Denn auf einem Waffenstillstande kann sich ein Krieg nicht erfolgen, um soll dann diese Regierung ihn mißbilligen gegen den König, der selbst sie mitbestellt hat? Und kann und wird Das der Erbprinz von Dänemark thun? Und wird unter dessen Regierung dinlänglich für den Kriegsfall gesorgt und gerüstet und nicht vielleicht heimlich oder öffentlich über allmalige Schwächung und Entwaffnung der Herzogthümer verhandelt werden? Auch von den Friedensbedingungen, die wir oben als die letzte Quelle, aus welcher wir Kunde des Friedens eine Theilung Schleswigs angegeben, und zwar nach dem Prinzip, daß die Bewohner Schleswigs selbst darüber abstimmen sollen, was bei Schleswig-Holstein bleiben und was zu Dänemark kommen soll.

Die Agitation im Lande beginnt wieder, und zwar gegen die Vertagung der Landesversammlung und was damit zusammenhängt. Die „Schleswig-Holstein. Zeitung" bringt derartige Artikel aus verschiedenen Gegenden des Landes, und das „Ihehoer Wochenbl." eine ziemlich drohend lautende Petition, der wahrscheinlich andere folgen werden.

Preußen. — Berlin, 28. Aug. In der heutigen Sitzung des konstituirenden Reichstages antwortete der Minister Milde auf eine Interpellation des Abg. Kerdorff, ob so fort eine Erhöhung des bestehenden Eingangszolles auf seidene, halbseidene und wollene Waaren mit den Regierungen der Zollvereinsstaaten ohne Vorbehaltung der Zustimmung der hohen Versammlung vereinbart worden sei? daß er (der Minister) nicht gemeint sei, in eine Debatte über das Schutzzollsystem wie überhaupt der verschiedenen Systeme der Handelspolitik einzugehen; die Frage selbst aber müsse er mit „Ja" beantworten, wo hinzufügen, daß sämmtliche Vereins-Regierungen einstimmig sich für die Maßregel ausgesprochen haben. Es handle sich um eine Gegenmaßregel gegen eine fremde Macht, welche durch Prämien die Ausfuhr begünstige, um einen Absatz auf dem Markte zu erzielen. Das Gesetz gegen die polizeiwidrigen Versammlungen ist heute nicht zum Vortrag gekommen. Die Stimmung der niederen Klassen ist sehr gereizt, man wollte nur durch das schon seit einigen Tagen verbreitete Gerücht, es gelte auf heute Abend einen Hauptschlag, gedrückt gesorgt hat. Die demokratischen Vereine haben diesen Nachmittag eine Hauptversammlung, um zur Vorsorge für allenfallsige Möglichkeiten ist die Bürgerwehr bereits vorbereitet. Edgar Bauer hat sich seiner Verhaftung nur durch eine schleunige Flucht entzogen. — Ein großer Haufe niederen Volkes zog gestern durch mehrere Straßen, Herrn Karbe in seiner Mitte, mit vor sich genug, die Polizei aufzuhetzen, ihn „herauszuholen," wenn sie ihn haben wolle. Diese Bedürfte gab die einfache Antwort, man werde ihn verlangen, wenn man ihn nöthig habe. — Der Bedürfte in Charlottenburg, welche auf Furchtsamkeit einige der jüngst Verhafteten wieder entlassen hatte, ist die Erklärung gegeben worden, daß, wenn die Bürgerwehr sich zu schwach fühle, die Ordnung aufrecht zu erhalten, so werde Linienmilitär einschreiten.

Oesterreich. ? Wien, 27. August. Ein Ereignis, von welchem man neue Aufregung befürchtete, ist ruhig vorübergegangen; die Besetzung sämtlicher Posten durch Militär. Nur einige Linien der akademischen Legion haben derselben beigewohnt. Diese Legion thut alles mögliche, um sich das Bischen Achtung, welches auf Pietät, wenn man so sagen darf, noch für sie vorhanden ist, täglich mehr zu zerstören, und nachdem alle Besserzgesinnten längst sich von ihr ausgeschieden haben, wirft sie sich dem Proletariat in die Arme und macht mit dem Aufrufe gemeinsame Sache. Viele der bei dem letzten Aufruhre verwundeten Arbeiter haben unverhohlen eingestanden, daß unter den Arbeitern Geld vertheilt worden ist! Daß die radikale Presse und die Herren Demokraten gegen die unerwartet feste Haltung des Ministeriums in dieser Sache, wie in der Ablösungsfrage alle Schleusen ihrer bekannten Beredsamkeit aufziehen, wird Niemand übervaschen, indem sie sich plötzlich aus ihren schönen Träumen zusammt gerecht und in „ihrem" Fortschreiten gehemmt sehen — das radikale Ministerium ist über Nacht konservativ geworden! Es hat seinen „guten Freunden", den Sicherheitsausschuß aufgelöst, läßt seine alten Verordnungen und Gesetze bestehen, die „edlen" Arbeiter mit Gewalt zu der so gefürchteten und mißliebigen Ordnung bringen, und wagt es vor dem versammelten Reichstage sogar, hierüber seine feste Entschlossenheit kund zu geben, ohne daß dieser sich wie ein Mann erhebe und das Ministerium in Anklagestand versetze! Da dasselbe hat sogar eine bedeutende Majorität im Reichstage, indem es zu neuem Vorgang trägt, daß sich der böhmische Adel, den Fürsten Windischgrätz an der Spitze, seit dem Ministerium anschließt. Nach den beiden Ministern Kraus und Bach hatte in der Urbarialentschädigungsfrage Kudlich, der Antragsteller, das ihm nach der Geschäftsordnung zustehende letzte Wort verlangt, welches ihm der Präsident verweigerte, weil er bereits gesprochen habe, und die Minister das Recht hätten zu jeder Zeit das Wort zu verlangen. Ueber diesen Vorfall entspann sich eine sehr stürmische Szene. Unter den Petitionen ist jene Einsendung eingetreten, indem die ortentlichen, ehrlichen derselben, welche arbeiten wollen, Affordarbeit genommen haben, und das Gesindel, welches bisher unter dem Namen von Arbeitern sich herumtrieb, sich zahlen ließ und auf Verlangen krawallirte und faxenmachte, von sich ausstießen. — Die Nationalbank und der Hof machen bedeutende Anstrengungen, um unseren in Geld gefallenen Kredit wieder zu heben. Letzthin hatte die Bank Anleihe zu greifen. Das Handelsministerium hat bereits ein eigenes Komite über die Umsetzungsgehalter niedergesetzt, welches die Kontrole über deren Vertheilung zu arme Gewerbsleute führt.

Wien, 27. August. Der gestrige sehr bedrohliche Tag, wo die Auszahlung des Wochenlohnes für die öffentlichen Arbeiter und auch das bereits abgehaltene Leihenbesitzungsfest der bei den jüngsten Aufruhrsszenen mit der Gemeindegarde gemeinschaftlich patrouirt hatten, ist, ohne weitere Aufsehörung abgelaufen. Die Stimmung des Proletariats zeigte sich aber dabei nichtsdestoweniger als eine ungemein gereizte, zumal sich eine große Zahl der akademischen Legion dem Trauerzuge angeschlossen und auf diese Weise zu Gunsten der Arbeiter gleichsam ein Zerwürfniß mit den Gesinnungen der Nationalgarde zur Schau getragen hate, welche letztere zu neuen Exzessen reizen könnte. Nur wenige, wie ein Studirender die Grabrede hielt, mit den gräulichsten Verwünschungen beschimpft wurde. Das kräftige Verhalten der Nationalgarde findet indessen in der nun zur Besinnung gekommenen Stimmung der ungeheuren Mehrzahl der Bevölkerung ungetheilte Billigung, wie sie solche auch von Seite des Ministeriums im Reichstage gefunden hat. Ein wiederholter Angriff von Seite des Pöbels oder der revolutionsschen Partei aber würde das bisherige Ende nehmen müssen, zumal die Linienstruppen im besten Einvernehmen mit der Nationalgarde sind. Die blutigen Folgen des jüngsten Konflikes zeigen sich indessen bedeutender, als man es im Anfange wähnte. Von den Arbeitern sind 18 todt geblieben, 132 schwer und 150 leicht verwundet worden. Von der Sicherheitswache blieb ein Mann todt, 4 sind schwer, 18 leicht verwundet worden, 3 werden vermißt. Die Nationalgarde zählt Einen todten, 4 schwer und 36 leicht Verwundete. Neben anderen Angriffswerkzeugen, als Krampen, Schaufeln, wovon eine große Zahl scharf geschliffen war, wurden auch an 400 Spieße und Eisenstangen erbeutet, die im bürgerlichen Zeughause zu sehen und deren Spitzen zum Theil mit Giftsubstanz getränkt sind. Diese gefährten meistens den Arbeitern im Bahnhofe der Nordbahn an. Bei vielen Verwundeten fand man Geldscheine im Betrage von 40 bis 80 fl. (K. u. L. Z.)

Der Gemeindeausschuß der Stadt Wien hat als Antwort auf eine an die Armee in Italien und ihren Feldherrn erlasene Adresse folgendes Schreiben des Feldmarschalls Radetzky erhalten:

An den Gemeindeausschuß der Stadt Wien. Mit inniger Rührung empfing ich den Ausdruck der Theilnahme, den der Gemeindeausschuß der Stadt Wien mir und der von mir befehligten Armee in seiner Adresse vom 29. Juli bei Ge-

logenheit der Sieger anbietet, wie mit Gottes Schutz über die Feinde Oesterreichs ermuthen haben. Es war mir eine angenehme Pflicht, ihnen Inhalt folgenden zur Kenntniß der Armee zu bringen. Empfangen Sie, meine Herren, meine und meiner tapfern Waffengefährten wärmsten Dank für die hocherfreuliche Anerkennung unserer Leistungen, auf die wir jedoch erst dann stolz sein können, wenn sie rasch belohnen werden, die Bande wieder zu befestigen, die sonst unsere Monarchie zu einem großen kräftigen Staatskörper umschlungen hielten, die aber, wie Fürsten es uns leicht verzeihen, durch die Ereignisse der jüngsten Zeit gelockert wurden. Zu, meine Herren, die Armee von Italien liebt den Kaiser und das Vaterland, sie liebt seine Freiheit, seine Gesetze, seine Institutionen, und wird mit Freudigkeit jede Verletzung dieser theuren Errungenschaften bekämpfen. Sie kennen sie, sie schätzen sie, sie hält aber das Glück der Monarchie ungetrennbar von ihrer Einheit, ihre Einheit nur möglich durch treues und aufrichtiges Anschließen an die konstitutionellen Thron eines geliebten Kaisers, eines Regentenhauses, das durch ein halbes Jahrtausend die Liebe und der Stolz eines jeden Oesterreichers war. Ich bezweifle, daß ich die Zweifler über Oesterreichs Größe nicht mehr die Schlachten lehren führen könnte, die ich soeben verlassen, um ihnen zu zeigen, wie sie der Slawe mit dem Ungar und Deutschen im Tode verbunden davongestreckt lag, wie in der kalten Todesmiene keine andere Aehnlichkeit zu sehen war als Trotz gegen den Feind und Treue bis in den Tod dem Kaiser und Vaterlande. Bei diesen feierlichen Anblicke, meine Herren, ergriff mich die Ueberzeugung, daß an die Stelle anderer gegenwärtigen Zerrissenheit wieder Einheit und Bruderliebe treten müsse, so weit der Szepter Oesterreichs reicht. Die Siege, die die Armee eben erfochten, werden hoffentlich einen dauernden Frieden nach außen zur Folge haben. Gott wird uns den innern Frieden wieder schenken. Rochmals, meine Herren, empfangen Sie meinen wärmsten Dank und entbieten Sie den wackern Bürgern Wiens meinen und meines Heeres herzlichen Gruß. Hauptquartier Mailand, am 14. August.

Wien, 23. August. Eben eingehenden Nachrichten aus Agram vom 26. d. zufolge hatte der Banus von Kroatien die Truppen der slavonischen Komitate Verócze und Sirmien, welche bisher unter dem Kommando des Feldmarschall-Lieutenants Hrabofsky standen, aufgefordert von nun an seinen Befehlen zu gehorchen. Alle diese Truppen erklären sich sogleich unter den Banus zu treten, und so ist der kommandirende Feldmarschall-Lieutenant Hrabofsky in Betreff seiner Truppen auf seine Person beschränkt. Der edle Banus erklärte in seinem Sendschreiben an Hrabofsky, daß ihm sein Eid gegen die Monarchie gebiete, der drohenden Anarchie unter den Truppen schnell zu begegnen, und sie für den Dienst des Kaisers unter seinem Kommando zu vereinigen. Keiner wollte dem Hrabofsky mehr Gehorsam leisten. (Augsb. Allgem. Abenz.)

(Korrespondenten aus Ungarn bringen wieder Siegesnachrichten über die Serben, welche nach dem vorstehenden ebenso erdichtet sein dürften, wie die Nachricht von der Erstürmung von St. Tomas es war.)

△ **Wien, 29. August.** In wenigen Tagen soll ein amtlicher Bericht über die Vorgänge des 21. und 22. August nach Erhebung aller Thatsachen erscheinen. Dadurch wird den abgeschmackten Gerüchten die in Umlauf gesetzt werden und den Verläumdungen der Nationalgarde durch einen Theil der Presse hoffentlich ein Ende gemacht werden. Die Zahl der Verwundeten beträgt im Ganzen 64, worunter 10 Weiber und 6 waren sogleich todt geblieben. Von den Verwundeten ist bis jetzt einer gestorben.

Innsbruck, 29. August. Neueste Privatnachrichten aus Wien melden, daß Ministerrath Dr. Fischer bereits nach Tirol abgereist sei, um hier das wichtige Amt eines k. k. Hofkommissärs zu versehen. Dr. Fischer soll auch das Ernennungsdekret für den Grafen v. Chorinsky als Gouverneur von Tirol und Vorarlberg bei sich führen, doch soll die Annahme dieser Würde von Seite des Grafen noch nicht gewiß sein, da sie an Bedingungen geknüpft sei. (Innsbr. Ztg.)

Italien.

Wir haben endlich wieder Briefe und Zeitungen aus Turin erhalten. Nachstehen ein Brief unserer Korrespondenten:

*** **Turin, 26. August.** Unsere Betrachtungen fahren fort sich mit Siegesmärchen über die historische Niederlage der großen Spada zu trösten, und da es den Italienern so schlecht gelingt die Tedeschi in Natura vortrefflichen zu rödten ihre phrasenreichen Organe deren desto mehr auf dem Papier. Unter Andern lassen sie den tapfern Garibaldi, den schönen Guerillero ganz entrüstliche Heldenthaten verrichten, und sich zwischen Como und Varese mit Auserordnerversammlung einer kleinen Tedeschiabtheilung im Vorbeigehen beschäftigt haben. Die Einzelheiten dieses ruhmreichen Werks sind zwar noch nicht bekannt, aber die Sache könne unmöglich bezweifelt werden. Sie werden in Deutschland, bei Empfang dieses Briefes, schon die dinlänglichen Notizen besitzen um auf diesen neuesten Erzeugniß der beispiellosen Siegesschwindel die sadistischen Elemente anzuschreiben. Der sardinische Kriegsrath hat vor einigen Jahren in der französischen Patriotkammer ganz im Ernste den Grundsatz aufgestellt, man könne den besten Burgunder und Bordeaux durch chemische Fabrikate ersetzen: sollten die italienischen Journalisten, in ähnlicher Weise, wirkliche Triumphe durch schmeichelhafte Phantasiegebilde ersetzen zu können meinen? Es scheint daß die piemontesische Regierung ernstlich damit umgehe eine Untersuchung über das Verhalten des Herzog und seiner Führer im letzten Feldzuge im veranstalten. Diese Maßregel wurde von der Armee allgemein gewünscht und namentlich hat sich der Generallieutenant Broglie in einem an die „Gazeta del Popolo" gerichteten Schreiben sehr energisch für dieselbe ausgesprochen; daß die Regierung nun auch darauf ausgeht schließen man vorzüglich aus einer Stelle in dem Tagsbefehl des neuen Kriegsministers. Sie lautet wie folgt: „Ich werde unbedingten und anonyme Anklagen nicht in Rechnung bringen, und die Ehre des Heeres gegen Verläumdungen beschützen; aber damit diese Ehre in den Augen des Landes unbefleckt bleibe, werd ich eine Prüfung der Thaten die mir in solcher Absicht werden zugebracht werden, veranlassen." Giobertl, bekanntlich gerade so der Greis und Mann, mit Einem Wort das Orakel Italiens wie Carlo Alberto dessen Schwert ist, hat in einem hiesigen Circkel über die jüngsten Zustände und Bedrängnisse eine Rede gehalten, der sich das Vereinsj einer außerordentlichen Länge unmöglich abbrechen kann. Wir Deutschen müssen gegen Jedermann gerecht sein, selbst auch besonders gegen unsere Feinde. Der Eindruck den übrigens die Rede hervorbrachte war in mehrfacher Beziehung, ein sehr starker. Gioberti hat sich in Piemont gemarsch geschlagen wurde. Kein Mensch wußte warum? Jedermann fragte sich was die plötzliche Trommelwuth zu bedeuten, habe endlichstellte sich heraus, daß es ein Zeichen war, welches die Furcht der Minister von sich gab. Es hatten diese muthigen Herren nämlich sich eingebildet, die Rede Giobertis könne durch die Aufregung, welche sie verursache hatte, zur Störung der Ruhe führen.

Nach den Berichten des „Journal des Debats" aus Cuttin vom 23. litt Karl Albert in Folge der ausgestandenen Strapazen zu Alessandria am dreitägigen Fieber, war jedoch voll Muth und soll sogar an Wiederaufnahme des Krieges denken, wenn der Sieger nicht ehrenvolle Bedingungen für Italien zugestehe.

Frankreich.

△ **Paris, 27. August.** Wir haben seit vorgestern einen neuen Abgesandten des Sardenkönigs in unsern Mauern. Der Graf von Marmora, Chef des Generalstabs des piemontesischen Heeres, der nämliche, dem Karl Albert seine Rettung vor dem Ausbruche der Volkswuth zu Mailand zu danken gehabt haben soll, ist mit einer Sendung der sardinischen Regierung hier angekommen. Die Ansicht, daß Karl Albert mit Oesterreich Frieden zu schließen sich bereiten werde, gewinnt immer mehr Beifand. An Mitterung der Lombardei von Seite Oesterreichs glaubt niemand mehr, und Frankreich wird darum sicherlich keinen Krieg anfangen. Was die Streitfrage zwischen Deutschland und Dänemark wegen Schleswig betrifft, so wird man in diesem Punkte von hier aus allerdings Alles aufbieten, um dem Könige von Dänemark wenigstens das Oberherrlichkeitsrecht über die Herzogthümer, besonders über Schleswig zu retten. Man tritt in dieser Frage etwas bestimmter auf, weil man sicher zu sein glaubt, England im Rücken zu haben. Die Nachricht von einer wenig Schwierigkeiten beschleunigt, ist der Stein des Anstoßes. Den wirklichen Anschluß Schleswigs (was man hier und in London als dänisches Land betrachtet) an Deutschland wird man, obwohl derselbe von der Reichsversammlung in Frankfurt schon einmal ausgesprochen wurde, so viel als möglich zu verhindern suchen. Aber auch Preußen wird man es weder hier noch in London ferner lassen. Krieg anzufangen wegen Dänemark hat weder die französische Bourgeoisie noch der englische Handelsstand Lust: der Ausgang der Unterhandlungen wird also zunächst von dem Grade von Festigkeit abhängen, den man von deutscher Seite entwickeln wird. Dorthin aber ist es — und das wird hier recht gut begriffen — wenn manche süddeutsche Stimmen (wie ich aus den deutschen Zeitungen ersehen) ganz zu vergessen scheinen, daß die Hauptpower und Nachtheile des Krieg mit Dänemark bis jetzt fast einzig und allein auf den nordeutschen Staaten, namentlich Preußens Seehäfen und den Hansestädten lasteten. Daß diese bei der schleunigen Beilegung des Streites besonders betheiligt sind, daß sie dabei Veranlassung und Wahrung ihrer zunächst leidenden Interessen in Anspruch nehmen, sollte ihnen kein billig Bedenken über Kehmen. Es versteht sich, daß diese meine Ueberzeugung gerade in ihrem Blatte aus, als einem süddeutschen, mit dem Wunsche, daß man gerecht sein möge. Durch einen Antagonismus des Südens gegen den zunächst bei der Fortdauer des Krieges benachtheiligten Norden arbeitet man nur den Wünschen und Absichten Frankreichs und Englands in die Hände, die sich in die Faust lachen, wenn sie immer Deutschland mit Deutschland sich zerfleischen sehen. Nachdem ich so zuerst das bereitet, was unser Vaterland zunächst berührt, berichte ich Ihnen noch einiges Nähere über die Abstimmungen der Nationalversammlung hier in Betreff Ludwig Blanc's und Gauffiseres. 81 Deputirte waren abwesend oder haben sich der Abstimmung enthalten beim Scrutin heutzutage der Ermächtigung zu gerichtlicher Verfolgung Ludwig Blanc's, 95 bei jenen in Betreff Gauffiseres für die Maiereignisse, und 98 für den Juniaufstand. Die HH. Fr. Arago, Bayo, Ducoux, Dupont (de l'Eure), Glais-Galazat, Garnier-Pages, v. Lamartine, Pagnerre u. a. stimmten nicht mit, weil sie in der Untersuchung als Zeugen verhört worden waren. Hr. D'Barrot, der Präsident der Untersuchungskommission hat in den drei Sitzungen für die Verfassung in Anklagestand gestimmt, eben so die HH. Jroure-Bhavrel, Turrel, Bunchet und mehrere andere, die einen hervorstechenden Antheil an der Untersuchung genommen haben. General Cavaignac stimmte durchaus in gleichem Sinne, selbst in Betreff der Juni-Ereignisse. Hr. Thiers stimmte gegen Ludwig Blanc, enthielt sich aber der Abstimmung in den beiden Gauffiseres betreffenden Fällen. Peter Bonaparte und Napoleon Bonaparte haben zu Gunsten Ludwig Blanc's, und Murat gegen ihn gestimmt. Im Betreff Gauffiere's enthielt sich Napoleon Bonaparte der Abstimmung, und Peter Bonaparte stimmte gegen die zu ertheilende Ermächtigung. Die Verhandelung hat auf's Neue den Beweis geliefert, was eigentlich diesen sogenannten Aeußerungen des Volkswillens zu Grunde liegt. Immer ist es das arme Volk, welches von den Demagogen durch dumme, daß durch heuchelnden aufgehetzt, in's Feuer getrieben, und wenn die Sache schlimm ausgeht, von ihnen schmählich verlassen ein Opfer der Strenge des Gesetze wird.

Das Gerücht geht, abhalt nach Verkündung der neuen Konstitution solle trakt eines von der Nationalversammlung ausgehenden Dekrets eine allgemeine Amnestie ausgesprochen werden. — Die traurigen Folgen der revolutionären Wirren treten mit jedem Tage immer mehr hervor. Schon seit einiger Zeit haben sich zahlreiche brave Arbeiter, namentlich in Luxus-Artikeln nach England übergesiedelt, wo nach Beschäftigung und Erwerb zu finden ist. Jetzt nimmt die Zahl der Auswanderer dieser Klasse noch zu, und sie nehmen nun auch nach Rußland ihren Zug, so daß sie so die Elemente der Pariser Industrie ins Ausland verpflanzen. Welches Elend hier herrscht, davon nur das folgende Beispiel. Eine mildthätige Dame welche mit großem Eifer und wahrhaft christlicher Aufopferung in der Vorstadt St. Antoine Trost und Hilfe spendet unter die erbarmungswürdigen und beinahe verhungernden Bewohner derselben, schildert das Elend und den Jammer derselben, so daß sie sich in die feine Herrenwelt hereinstehenden Gegensatz dat, als unbeschreiblich! Es sei eine Unmöglichkeit, sich von diesem Zustande eine Idee zu machen, in welchem sich besonders seit dem Juni die Frauen und Kinder der verbasteten Rebellen befinden! Ein Gleiches läßt sich von der Vorstadt St. Antoine sagen: und nun ist der Winter vor der Thüre, keine Aussicht auf Verdienst — kurz das Elend wird bald auf seinem höchsten Punkte angekommen sein! Was soll daraus noch werden? Nur die Wiederkehr einer festen, dauernden Ordnung kann Hülfe bringen, und unläßliches Uebel abwenden.

** **Paris**, 28. August. General Marmora's Sendung soll bezwecken, von der Regierung die Ermächtigung für den Marschall Bugeaud zu erwirken zur Uebernahme des Oberbefehls über die gesammte piemontesische Armee. Der General ist vom General Cavaignac in einer Privataudienz empfangen worden. — Der plötzliche Rücktritt des dem Ministerium des Auswärtigen wichtige Depeschen aus Rom mitgetheilt. — Ludwig Blanc hat sich zu Dienste nach England eingestellt. Der National und die Reforme sind ganz ihrem über die Flucht Ludwig Blanc's und Caussidière's. — Graf Montalivet als Bevollmächtigter des Königs Ludwig Philipp hat eine Konferenz mit dem Minister des Innern und der Finanzen gehabt in Betreff einer zu erlangenden Geldunterstützung für den König, die auf den Civilgütern seiner Gnter und deren seiner Familie zu ennehmen wäre.

Griechenland.

Athen, 21. Aug. Die Cholera, welche in den Jahren 1831—32 in verschiedenen Gegenden der Levante, namentlich in Konstantinopel und Smyrna wüthete, ohne jedoch bis Griechenland vorzudringen, scheint und diesmal nicht verschonen zu wollen. Dem so eben von der Insel Syaxbos hier eingelaufenen Berichte zufolge sind dort bereits 10 Fälle vorgekommen, die jedoch von Einigen für die sporadische Cholera gehalten werden. — Herr S. Klitz hat sich gestern in seiner Eigenschaft als Vorsteher bei der Pforte nach Konstantinopel eingeschifft. Mit ihm begab sich dahin auch der für die türkische Residenz bestimmte neue griechische Konsul Herr Asfetto. — Wir haben hier einen Fall schöner Unterthanentreue gehabt, der in ihrem Journale einen Platz verdient. Kaum war Karl Albert in die Lombardei eingebrochen, so forderte der hiesige sardinische Generalkonsul Belasio sämmtliche österreichische Unterthanen auf dem lombardisch-venetianischen Königreiche auf, den König Karl Albert als ihren rechtmäßigen Souverän anzuerkennen. Er sprach mit solcher Anmaßung und Zuversicht und drohte mit so üblen Folgen der Weigerung, daß Alle die ihnen vom Generalkonsul vorgelegte Erklärung unterzeichneten, bis auf einen einzigen, nämlich Johann Florian aus Mitrovitza bei Ulbine, der hier als Fischer lebt. Dieser erklärte, er sei als Oesterreicher geboren und wolle als Oesterreicher sterben, und verübe er wirklich durch die Macht der Umstände das österreichische Unterthanenrecht, was er trotz der Versicherungen des Herrn Belasio nicht glaube, so werde er sich eher zum griechischen Unterthan machen lassen, als sich einem Könige unterwerfen, der an dem Kaiser Peterrath gethan und das schöne Italien verwüste. Keine Vorstellung, Schmeicheleien oder Drohung machte den braven Mann in seinem Entschlusse irre. Der österreichische Gesandte Ritter v. Prokesch hat den braven Fischer zu einem Festmahle zu sich geladen, das er morgen zur Feier der Siege Radetzky's veranstaltet. (Oester. Lloyd.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 28. August. 5proz. Metall. 81⅛, 4proz. 66, 3proz. 50, 2½proz. 42. 1834r 500 L.-Loose 132. 1839r 250 L.-Loose 91. Bankaktien 1105. Nordbahn 108. Gloggnitz 96. Venezia-Mailand 76. Budweis —. Lloyd 71½. Prag-Duxer 67. Gloggnitz 95.

Berlin, 28. August. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 74⅓ P., 73⅓ G. Berl. Präm. Sch. 88, P. — G. K. u. Nm. Schuldv. 72⅓ P. 71⅔ G. Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. — P. 78 G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — P. 96⅓ G., 3½proz. 79 P. 78⅓ G. Ostpr. Pfandbr. — P. 85⅓ G. Pomm. Pfandbr. 90⅓ P. — G. Kur- u. Nm. Pfandbr. 90⅓ P. — G. Schlesische Pfandbr. — P. — G. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. — P. — G. Preuß. Bk.-Anth. Sch. 85⅓ P. — G. Friedrichsd'or 13⅓ P., 13⅓ G. And. Goldm. a 5 Th. 12⅓ P., 12⅓ G. Discount 3½ P., 4 G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 88 P. Berl.-Hamburg 67⅓ P. Berl.-Stettin-Stargarder 67⅓ P. Berl.-Potsdam-Magdeb. 54⅓, bz. u. P. Magdeb.-Halberstadt 103 G. 103⅓ P. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 51⅓ P. Köln-Minden 75⅓ bz. Köln-Aachen 55 P. Niem.-Köln —. Düsseld.-Elberfeld 70 G. Steele-Vohwinkel 32 G. Niederschles.-Märk. 69⅓, 4 ½ bz. u. G. Niederschles.-Märk. Zweigbahn —. Oberschles. Lit. A 90 G. Lit. B 90 G. Kosel-Oderberg —. Breslau-Freiburg —. Krak.-Oberschles. 43⅓ P. Berg.-Märk 57 P. Stargard-Posen 67 bz. u. G.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 85 a 84⅓ bz. Starg.-Posen —. Brieg-Neiße — Magd.-Wittenberg 41⅓ bz. u. P. Aachen-Mastricht —. Thür. Verbind.-Bahn —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt 83 bz. Berlin-Hamburg 90⅓ P. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 77⅓ G. 5proz. 86⅓ P. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 82 —, bz. u. P. Köln-Minden 100⅓ P. Rhein. u. Staat gar. — Rhein. L. Prior. 75⅓ G. Rhein. Stamm-Prior. 69 G. Düsseldorf-Elberfeld. — Niederschles.-Märk. 4proz. 82 bz. 5proz. 93⅓ bz. u. G. III. Serie 89⅓ bz. Zweigbahn 4½proz. 70 G. Görlitz 76 G. Oberschles. —. Kosel-Oderberg —. Steele-Vohwinkel 77 G. Breslau-Freiburg —.

Paris, 28. August. 5proz. 45.75, 4proz. —, 3proz. 34.50. **Span.** 22. Bankaktien 1075. — Compt. von Algier —. Belg. 5proz. von 1840 70. — von 1842 78¼, 4½proz. 71½, 3proz. —. 2½proz. 39. — Belg. Bank —. Neap. 5proz. 74. — Röm. 64½. Piem. 870 —. St. Germain 350. — Versailles (rechte) —. (linke) 100. — Diverses 650. —. Renten 438.75. Havre 207.50. Marseille 221.25. Basel 90. — Bierzon 263.75 Boulogne —. — Vordeaux 393.75 Nordbahn 385.—. Monterau 130.—. Lyon 365.—. Straßburg 351.25. Nantes 333.75. Dieppe —.—. Creaux —.—. Montpellier —.—. La Teste —.—.

Madrid, 23. August. 3proz. 19½, 5proz. 19½, 4proz. —. 3proz. 11 P. 10⅛, G. Pass. Schuld 4 P 3⅛, G. Coup. 7 G. Ausw. Pass Schuld. — Unbefugte Schuld 3proz. —. Provis. Zit. 3⅛, G St Fernandobank 50 P. 46 G. Discomte 4½, 4⅛. Wechselkurse: Paris 4—90. London 46—50 P.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag, 1. Sept.: „Das Glas Wasser", Lustspiel nach Scribe von Cosmar.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. Mad. Lüthers, Rentiere aus England. Mad. Fröhling, von Bremen. Graf Zamoyski, von Wien. Dr. Gerould, von Wien.

Hotel Maulick. v. Hadelberg, Rentier von Mecklenb. Graf v. Zugger, von Blumthal. Wolf, Partikulier von Hamburg. Fleischhauer, Privatier, von Stuttgart. Klett, Fabrikbesitzer von Nürnberg.

Gold. Kreuz. Beyerstein, Rentier von Salzburg. Köster, Eisenbahninspektor von Augsburg. Kramaier, Privatier von Dresden. Mehlhorn, Kaufmann von Weißenburg. Greis, Advokat von Stuttgart. Fleischhauer, Pfarrer von Geisshorn. Sieber, Fabrikant von Würzburg.

Gold. Hahn. v. Pilas, von Rovereto. Redte, Rentier von Paris. Berger, Geistlicher aus Tirol. Pöller, Gutsbesitzer von Heppenheim.

Blaue Traube. Graf v. Leiden-Schaneberg, Lieutenant. v. Kamyer, Lieutenant von Andech. Braun, Pfarrer von Perchtesl. Schiele, Pfarrer von Blumweis. Solger, Baurath von Nürnberg. Pramberger, Lieutenant von Kempten. Gillis, Bischof von Erinburg. Deseler, Partikulier von Basel.

Stachusgarten. Jeuer, Appellationsgerichts-Assessor von Bamberg. Wennagel, Privatier von Augsburg. Franz, Panoramabesitzer von Pirmasens.

Gestorbene in München.

Sabina Scheidle, Privatierstochter von Kempten, 24 J. a. Barbara Herbert, Oekonomiestochter von Massenbuch, Bzks. Gemünden, 35 J. a. Kaspar Sandbichler, Wirthsgastsohnbäcker, 37 J. a.

Edictalladung.

21. (3c) Der Handelsmann Joseph Ullmann von Kriegshaber wird hiemit wiederholt aufgefordert, sich bei dem unterfertigten Gerichte wegen der gegen ihn vorliegenden Anschuldigung einer Verbrechens der Unterschlagung zu verantworten, widrigenfalls nach Ablauf des neuerlichen Termins von 3 Monaten von heute an wider ihn, als gegen einen Ungehorsamen, den Gesetzen gemäß wurde verfahren werden.

München, den 14. Juli 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director:
Barth.

v. Belasco, Rechtspr.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

λ **Frankfurt**, 29. Aug. In der heutigen 68. öffentlichen Sitzung der Verfassungsgebenden Reichsversammlung wurde die Discussion über §. 14 der Grundrechte begonnen. Eine große Zahl von Amendements wurde zuerst verlesen, unter welchen vorzüglich folgende Autoren ab: Ahrens, Kassauix, Pfeiffer, Osfrörer, Wigard, Friedrich, Giskra, Böhmer, Rößler (v. Oels). Da dieser Paragraph der wichtigste im Art. III. ist und das Princip der ganzen Frage enthält, so bewegte sich die ganze Debatte auf dem Gebiete der allgemeinen Grundsätze. Die volle, unbedingte Unabhängigkeit der Kirche verbreitigten: Kassauix, Osfrörer, Friedrich, Böhmer; die übrigen nur eine gewisse Selbstständigkeit der Religionsgesellschaften, unbeschadet gewisser Bestimmungen Voraussetzungen, wie Trennung der Schule von der Kirche, Ernennung der Religionslehrer durch die Gemeinden u. s. w. — Vor dem Beginn der Debatte stellte Eisenmann eine Interpellation an's Reichsministerium des Inhalte, ob dasselbe Schritte gethan habe oder zu thun gedenke, um diplomatische Verbindungen mit Ungarn anzuknüpfen. Er findet den Grund, weßhalb ihm diese Angelegenheit sehr wichtig erscheine, in der von Oesterreich der brobenden Reaktion, die sich zunächst gegen Ungarn und dann gegen Deutschland wenden werde. *) — Der in Böhmen gewählte Oberlandschläger, vormals Mitglied der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein, ist gestern hier eingetroffen. Die Stimmung in den Herzogthümern scheint, nach seinen Aeußerungen zu schließen, eine sehr trübe; man blickt mit Besorgniß der Zukunft entgegen. — Da auch bei Ihnen die Meinung zu herrschen scheint, die hiesige Oberpostamtszeitung sei das Organ der Centralregierung und die dort gegebenen Nachrichten haben dalbofficiellen Charakter, so muß ich dieser Meinung widersprechen. Es besteht eine besondere Verbindung zwischen diesem Organ der Presse und der Regierung nicht. Deshalb werden Sie insbesondere der Nachricht über die Personen, aus denen die künftige Regierung von Schleswig-Holstein gebildet werden soll, seinen Glauben schenken dürfen. Zu allem Ueberfluße habe ich in diesem Falle noch besondere Erkundigungen eingezogen und kann Ihnen nun versichern, daß die Regierung von Allem, was in dieser Beziehung gemeldet ist, keine Kenntniß hat. — Die nächste Sitzung findet Donnerstag den 31. statt; auf der Tagesordnung steht die Wahl der Präsidenten.

Eine Sitzung des Münchener Bürgervereins für Freiheit und Ordnung.

** Wir haben schon mehr als einmal Gelegenheit gehabt, durch Anführung von Thatsachen zu zeigen, welch trefflicher Geist den hier bestehenden „Bürgerverein für Freiheit und Ordnung" beseele, und wie derselbe seine Stellung und die Wichtigkeit seiner Aufgabe in unserer jetzigen sturmbewegten Zeit vollkommen begreifend und richtig erfassend, in den beiden Richtungen, die er sich als Zielpunkte seines Strebens vorgesteckt hat, ein eben so thätiges, als besonnenes Wirken kund gibt. Wir haben auch bereits die Beschlüsse mitgetheilt, welche der ebenerwähnte Verein auf den Anlaß der Vorgänge des 21. August in seiner Sitzung vom 27. gefaßt hat. Diese Sitzung war eine der bedeutendsten, vielleicht die bedeutendste unter allen, die er bis jetzt gehalten hat, und wir glauben daher unsern Lesern angenehm zu sein, wenn wir ausführlicher darüber berichten. Man wird darin die beste Antwort auf die Verunglimpfungen und Verdächtigungen finden, welche von einigen Seiten gegen die wackere Bürgerschaft von München in den jüngsten Tagen versucht worden sind; man wird daraus ersehen, daß sie es ist, der der Hauptstadt Bayerns jetzt wie immer von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß die Freiheit, die wahre, wesenhafte, dauernde Freiheit, die wir alle wollen, unzertrennlich ist von der Achtung vor dem Gesetze und der Erhaltung der Ordnung; daß aller wahrhafte Fortschritt, wenn er gedeihlich und dauerbasi sein soll, auf dem Wege der Reform erstrebt werden kann, ohne daß man, wie die Wüstlinge thun, zur brutalen Gewalt, zu empörenden Mißhandlungen, zur frechen Anarchie — den sichersten Mitteln zur Verhinderung alles Fortschrittes — seine Zuflucht zu nehmen braucht. Nach diesen wenigen einleitenden Worten lassen wir den Bericht über die Sitzung selbst folgen.

„Es that sich gleich zu Anfang durch äußerst zahlreichen Besuch, so wie durch den Beitritt einer ganz ungewöhnlichen Anzahl neuer Mitglieder die Stimmung und Gesinnung der Versammlung kund. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildeten die ernsten Ereignisse, deren Schauplatz unsere Stadt in der verflossenen Woche gewesen. Der Vorsitzende, die Thatsachen als bekannt voraussetzend, erklärte sich zunächst unter dem Jauchzen, einstimmigen Beifallsruf der ganzen Versammlung gegen das verbäumdungsvolle Plakat vom 21. d. M. Morgens und seine lügenhaften Urheber, welche es gewagt hatten, im Namen mehrerer Bürger zu sprechen, was von der Bürgerschaft Münchens mit tiefster Entrüstung zurückgewiesen wurde. Er erstattete hierauf Bericht über das, was der Ausschuß bei der Kunde von den Unruhen und während derselben im Interesse und im Sinne des Vereines gethan, wie namentlich er (der Vorsitzende) zu dem Hrn. Bürgermeister Dr. Bauer und mit diesem wiederholt zu dem Hrn. Regierungspräsidenten gegangen, um eine beruhigende Erklärung über den Schutz zu erlangen; wie er, angekommen auf dem Rathhause, als bereits die besonnte Deputation ernannt war, erkannt, daß hier Widerstand unmöglich gewesen; wie sodann der Ausschuß beschlossen, auf den weitern Verlauf der Begebenheiten durch eine Adresserung an die Bürger und Bewohner Münchens zum Schutze der öffentlichen Ordnung einzuwirken, was, soviel bekannt, überall die gehoffte Wirkung hervorgebracht habe. Da dem Ausschusse von einer Seite vorgeworfen worden, er habe zu viel, und von einer andern, er habe zu wenig gethan, so unterwarf er sich dem Urtheil der Versammlung, die durch einmüthige Erhebung und mit warmen Beifallsbezeugungen ihm ihren Dank und ihre Anerkennung aussprach. — Ein politische Meinung hatte weder ein Mitglied des Vereins gethan, noch viele alein als Verbreiter, sondern sogar als Mitunterzeichner des Proklams, durch welches die Volksversammlung zusammenberufen worden. Die also Bezeichneten wiesen mit Entschiedenheit jede Betheiligung an der genannten Schrift zurück; nur Einer von ihnen erklärte, daß er allerdings den Fehler begangen, sie an seinem Namen anbeisen zu lassen. Wiederholt sich eine scharfe Mißbilligung dieser Handlungsweise bei der ganzen Versammlung unverhohlen kund gab, und der warme Eifer für Bürgerzwist, Gewaltthätigkeit und Verunordnung mehr als einmal in Leidenschaft aufzuwallen drohte, ließ man sich doch zu keiner Härte hinreißen und es erhielten zuletzt nach langen, großentheils sehr lehrreichen Kämpfen folgende zwei Anträge des Hrn. Dr. Keller die Stimmenmehrheit der Versammlung: 1) Der Verein beschließt, daß er mit voller Entrüstung die Tendenz verdamme, welche in dem Proklam vom 21. August bezüglich des Hauptsitzes sich kund gegeben. — 2) Der Verein weist mit ganzer Entschiedenheit nach Unterzeichnung jeder Mitglieder, insbesondere einiger aus seiner Mitte bezhalb beschuldigter, die Verdächtigung zurück, daß irgend einer seiner Mitglieder sich bei dem Entstehen des gedachten Proklams betheiligt habe. — Ein fernerer, durch Stimmenmehrheit erzielter Beschluß ermächtigt den Ausschuß, die königl. Polizeidirektion zu bitten, das Resultat der gepflogenen Untersuchung (über die Entstehung des Plakats) dem Vereine mitzutheilen. — Von dem Vorsitzenden wurde weiters die Mittheilung gemacht, daß die Versammlung konstitutioneller Vereine in Nördlingen schon am 27. d. stattfinden werde, und da die Anzeige hierüber erst gestern erfolgt wäre, es daher die Zeit nicht mehr erlaubt habe, eine autorotentliche Versammlung zum Zwecke der Wahl einer Deputation anzuhalten, so habe der Ausschuß in Anbetracht der Dringlichkeit und Wichtigkeit der Sache sich veranlaßt gefunden, sofort einen Deputirten aus seiner Mitte in der Person des stellvertretenden Vorstands, Hrn. Apotheker Obermeyer, dahin abzuordnen, welche Anordnung die volle Zustimmung der Versammlung erhielt. — Nach einem Vortrag des Hrn. Dr. Keller stellte es sich heraus, daß zur Vervollständigung des Gesetzes über die Geschworenengerichte unumgehende Abänderungen gerathen seien, namentlich, daß wohl eine offizielle Liste derjenigen Staatsangehörigen hergestellt werden, welche 20 fl. und mehr Steuer zahlen, dagegen keine von denen, welche in die andern Kategorien des Gesetzes gehören. Man hat es zufolge öffentlicher Aufforderung den Betheiligten selbst überlassen, sich zur Eintragung in die Liste zu melden, oder gegen Diejenigen Einsprache zu erheben, die etwa mit Unrecht in der Liste stehen, ob es sich bei dieser Angelegenheit um ein Recht, und nicht vielmehr um eine Pflicht des Staatsbürgers handle. Mit Stimmenmehrheit wurde eine Eingabe an das Justizministerium beschlossen und der Ausschuß zu der Absassung derselben ermächtigt, das Inhalts, daß der Verein für Freiheit und Ordnung das Justizministerium veranlassen wolle, von der Art der Herstellung der Listen für die Geschworenen Kenntniß zu nehmen und die geeigneten Anordnungen zu treffen, daß sie dem Gesetz gemäß geschähe, so wie daß alsdann ein neuer Termin von 14 Tagen zu Reklamationen gegeben werde. — Schließlich wurde noch ein Brief des Abgeordneten v. Heremann aus Frankfurt mit Nachrichten über das Dombausest, ungeachtet bereits Mitternacht vorüber war, mit gespannter Aufmerksamkeit angehört.

Die Wirren in Kroatien.

δ **Aus Oesterreich.** (Vom der Save, Mitte Aug.) — Die vielen sich widersprechenden Berichte, die ich in den Zeitungen über die „südslavischen Aufstände" lese, und von denen manche allerdings wahr und treffend sind, die Mehrzahl jedoch verkehrt und unrichtig — weil einseitig dieselben auffassend — bestimmen mich, Ihnen eine wahrheitgetreue Darstellung dieser Wirren zu geben. Ich glaube Sie versichern zu können, daß Sie darin die Meinungen und Ansichten der meisten (ein äußerst wenigen Ausnahmen) Bewohner Kroatiens, Slavoniens, der Militärgrenze und des Banates vertreten finden. Ueber Aktenstücke und dutzendfach Besprochenes muß ich der Kürze wegen blos andeutend wegzehen. Was soll der Fremde von diesen Wirren und deren Tendenzen halten, wenn er sich in allgemein verbreiteten, ja zum Theil selbst in halboffiziellen Zeitungen, wie die österreichischen, Artikel liest, in denen das Wesen und die Tendenz der kroatischen Bewegung als viel zu gering gerechnet gestellt, und gleich darunter wieder Berichte findet, worin die Kroaten mit den ihnen verbrüderten Slavenstämmen als Rebellen, als Revolutionäre verdammt

*) Und ein so klarer Kopf wie Eisenmann läßt sich durch augenscheinlichen Trug täuschen? **Anm. d. R.**

werden, ja der edle, hochherzige, treue Jellachich als Hochverräther gestempelt wird! Die Lösung des Räthsels ist jedem Gutdenkenden klar. Die letzterwähnten Darstellungen rühren alle von Ungarn oder deren Anhängern her; die ersteren von den richtiger-denkenden und unbefangenen antheilnehmenden Slaven oder Deutschen. Diese sehen ohne Brillen die Dinge in ihrem wahren Lichte, während jene, durch eigens erfundene Brillen und Vergrößerungsgläser blicken, Gespinst hervorbringen, an deren wirkliche, leibhaftige Existenz sie selbst die Welt glauben machen wollen. In die Reihe solcher Schwärzer gehört z. B. die Verkündigung der kroatischen Freiheitsbestrebungen und der Handlungen des Banus mit einer Camarilla, mit Zopf und Aristokratie, d. i. mit einem sein gesponnenen Hof- und Adelsgewebe zur Wiederherstellung der früheren absoluten despotischen Monarchie; dahin gehört mit einem Worte das angeblische Bündniß des Banus mit der reaktionären Partei und Unterdrückung und Knechtung des Volkes! Aber damit bezüglich man sich nicht weiter; damit allen Lügen, so wie deren Folgen — in noch grellerem Lichte erscheinen, muß auch noch der Panslavismus herhalten. So will man die Anfänge und Beweggründe zu diesen Aufständen, und besonders zu denen der unteren Gegenden, ganz irrig und einzig nur in aus der Ferne kommenden Bestrebungen und Umtrieben zu Anfeurung des Religions-Fanatismus suchen, während dieselben doch ganz in der Nähe liegen, auf ganz natürliche Weise ihre Erklärung finden: in den von Oesterreichern der geistigen Freiheit gegen das Joch der Magyaren. Man vergleiche nur die Worte und Handlungen eines Jellachich und der ihn verehrenden Völker mit den Worten und Handlungen der Magyaren; man unterziehe beide einer scharfen, parteilosen kritischen Prüfung, und man wird zweifelsohne zu dem Schlusse gelangen: daß der Ungar durch seine Anmaßung, durch sein gesondertes Ministerium, durch sein Lossreißen vom Kaiserhause u. s. w. (wozu das Aufsehnen nach emporkam?) viel Oel in's Feuer hervorrief: daß dieser das um so bartnäckig verfolgten Tendenzen willen so viele Nachbarn, die so gerne mit ihm freundschaftlich verbunden blieben, hingeschachtet wurden und noch werden. Was ist Kroatiens, Slavoniens, Dalmatiens und der Militärgrenze Banner und Wahlspruch? Oesterreichs Banner und Heil dem Kaiser und Könige Ferdinand! Inniger Anschluß an das Kaiserhaus und Deutschland! Keine Trennung von Oesterreich, Unterordnung unter das Wiener Ministerium, wie früher! Die Wahrung ihrer Nationalität, wie sie durch die Konstitution verbrieft! — Dieser mit Aufrichtigkeit, Treuerefter verfolgte Streben ist bewährt, die Tendenz ist todenwerth und nur ein Ungar kann in solche Treue und Anhänglichkeit Zweifel setzen oder daran etwas zu tadeln finden. Und was ist nun der Ungarn Tendenz, und wie haben sie gehandelt? Die Thatsachen liegen vor, sie sprechen laut, ich überlasse es jedem Nichtungarn, die Parallele zwischen beiden zu ziehen. Kann es da noch Wunder nehmen, wenn der Slave die unbefangenern Meute spricht: lieber unter Russland als Deutsch — als unter der Magyaren Joch"? Daß sind die Worte, die so schlecht aufgefaßt, so irrig gedeutet wurden. Während sie nichts anderes, als die Summe, den hohen Grad der Abneigung gegen die Magyaren zeigen sollen, wähnte man, mit falscher Auslegung dieser Worte, in allen diesen Aufständen Russlands Hebel zu erblicken, und läßt dieselben durch russisches Gold und russische Emissäre angestiftet und geleitet werden!" Und warum? Wegen der Religionsverwandtschaft! Ich bin kein Panslavist — im Gegentheile: kein Ungar — sonst würde ich vielleicht, mein Vaterland bemitleidend, seine Lage als minder kritisch betrachten; — aber ich bin auch kein Slave, in die entfernteste Generation hinauf; — und dennoch schließe ich mich der letzteren gerechten Sache an. Nun frage ich, wann ist Russlands Einfluß zu erkennen und wo nachzuweisen? Die (was immer für Namen habenden) Mittel, die da angewendet werden, um die verschiedenen Völker für Russlands Sache zu gewinnen, lassen sich überall und allenthalben nachweisen. Ich will nicht Folgendes in diese Kategorie hier setzen, da es schon aller Welt bekannt ist, daß nämlich Ungarn schon seit geraumer Zeit, vom gemeinen Mann bis zum höchsten Offizier hinauf (die selbst nicht wissen, wie sie so plötzlich zu einer so großmüthigen Zulage — 30 st. C. M. monatlich jedem Offizier und zwei Drittel der Gage vom Hauptmann aufwärts — kommen) jeder monatliche Zulagen und zwar bedeutenderen Zulagen gibt, selbst auch in den Festungen Slavoniens und der Grenze, um durch diesen nervus rerum, das schnöde Geld, sich Herzen zu gewinnen. Ob sie wohl auch durch dieses Zutrageld ihren Zweck erreichen? Wie heißt man den Mann, der — gegen seine bessere Einsicht — durch dieß sich täuschen läßt? Eine durch Geld erkaufte Anhänglichkeit mag wohl auch nicht weit der sein.

Wer sind nun die Kämpfenden, die Aufständischen, die verrätherischen Insurgenten, wie die Zeitungsblätter sie nennen? Es sind Katholiken und Serben (d. i. vom griechischen Ritus, nicht Serbianer allein; diese sind die Bewohner des am rechten Savenfer liegenden Serbiens), alle aber sind Slaven, die vereint für eine Sache kämpfen. Daß in den unteren Gegenden die Bewegung von den Raizen (den Serben) geleitet wird, ist ganz natürlich, da dort die gleichische Religion die vorherrschende ist; noch in den oberen Gegenden ist die katholische Religion vorherrschend, und dort an der Donau kämpft man für dieselbe Sache, wie unten an der Donau und der Save: gegen Ungarn für's Vaterland und für das Kaiserhaus! Glauben Sie nicht, wenn Sie da lesen: es nähmen an den untern Aufständen Bosnier, Türken, Montenegriner, und sogliches Gesindel Theil, welche unmenschlich gegen alle Deutschen wüthen. Mit der freien Presse ist auch die Lüge grosartig aufgetaucht, und nimmt zu im steigenden Verhältniß mit der Anzahl der Zeitungen. An den Kämpfen in unserm Lande haben sich allerdings eine große Anzahl der angrenzenden Serbianer betheiligt (mit welchem Rechte die Bewohner eines fremden Staates sich einzumischen haben, ist freilich eine Frage); doch geschah es, um ihren stamm- und religionsverwandten Freunden und Brüdern — gleichgesinnt — zu Hilfe zu eilen; denn die Bewegründe zum Zuge gegen die Magyaren sind für diese, wie für jene gleich. Eben wegen dieser Theilnahme der Raizen (Slavier oder Serben) will man das Ganze für einen Religionskrieg (?), geleitet durch russische Glaubensgenossen, erklären, und gibt vor, sie wurden die Katholiken bin. Doch ist bis jetzt noch kein ähnlicher Fall bekannt; und wenn je einzelne, zügellose Massen nicht zu rechtfertigende Handlungen begingen, so frage ich: kommen solche nicht häufig auch von Seite der geregelten tegulären Truppen im feindlich gesinnten Lande vor? So wurden auch Deutsche getödtet, nicht weil sie Katholiken, sondern weil sie als Magyaren, die im Lande der Slaven wohnen, theils dort geboren, theils eingewandert sind, durch allerlei unlautere Mittel, durch Geld und Bestechungen anderer Art für die Sache der Magyaren Proselyten zu machen suchten.

Dies das Wesen jener Aufstände, an denen die Ungarn und die verabtheilten Magyarenmanen mit ihren Knissen allein Schuld tragen. Noch einen Umstand muß ich hier erwähnen, der die Völker noch verwirrter macht, und eine allgemeine Anarchie herbeizuführen droht. In jedem Staate, in jedem Städtchen u. s. w. muß ein Herr und Lenker, mag er wie immer heißen, an der Spitze stehen, dessen Befehlen man Gehorsam leisten muß, soll nicht jede Ordnung aufgehoben werden. Es ist ein altes Sprich- und Wahrwort: Niemand kann zwei Herren dienen; bei uns aber befehlen deren zwei: auf der einen Seite der vom Kaiserthaute treue und allenthalben treue Banus Jellachich, auf der andern zu gleicher Zeit das verbannte ungarische Ministerium. Da beide verschiedene Tendenzen verfolgen, so müssen auch die von ihnen ausgehenden Befehle sich widersprechen. Das Militär, die Beamten, die verschiedenen Zweige der Verwaltung sind der vorgesetzten Landesstelle, dem Generalkommando, untergeordnet; doch dieses sendet mittelst Verordnungen die Befehle des ungarischen Kriegsministeriums, eines Ministeriums, das Niemand anerkennen will, noch wird Versumur Scytlam vitandi incidimus, zwischen beiden Uebeln wählen wir (vorgezogen (?) das ungarischen Gebiete. Oesterreich, das anfangs den schönen Sternenvorhang Ungarns glaubte (wie es mit ihrer Aufrichtigkeit stand, bewies die Folge), versagt nun gewiß nicht des edlen Banus Anerkennung! Hätte ich nicht die Worte: „da das Wiener Ministerium dem ungarischen nicht mehr befehlen kann, so unterstehen alle ..... und Aemter dem Befehle des ungarischen Ministeriums," mit eigenen Augen gelesen, nimmermehr hätte ich für möglich halten können.

So wie sie sind, können die Dinge unmöglich lange mehr fortgesetzt werden; Vermittlung oder Gewalt der Waffen muß dieser drückenden Lage ein Ende machen. Scheitert erstere an dem starren Sinne der Magyaren, dann wehe ihnen, die mit schwer zu sühnender Schuld ihr Gewissen beladen. Darum fort mit eurem Ministerium, wollt ihr nicht, daß der Brand von tausend und tausend ungetreckt hingemordeten Menschen auf euch zurückfalle. Lieber man Ungarn gewähren, daß selbe — so sie es fordern, daß ein eigener König in Ungarns Hauptstadt als im Mittelpunkte seinen Sitz habe! Bald würde es die Anmaßung so weit treiben, Oesterreich Verhaltungsregeln vorschreiben zu wollen; bald würde es in seinem schwindelnden Hochmuthe Oesterreich gegenüber sich neutral oder gar feindlich erklären. Bald würde es in seinem Eigendünkel mit fremden Mächten Verträge eingehen wollen und fremde Höfe mit ungarischen Gesandten beehren, mit einem Worte, einen Staat im Staate bilden!" Oder sind dies etwa Hirngespinnste? Ist es etwa nicht schon geschehen, oder wenigstens versucht?

So viel über das Wesen, den Anlaß und die Anfänge der südslavischen Feindseligkeiten, dies das Bild der (theilweisen) Anarchie an der südlichen Grenze, mit welchem Worte ich keineswegs zu viel bezeichne. Nur durch schnelle, energische, durchgreifende Mittel kann und muß dieser akuten Krankheit gesteuert werden, soll sie nicht des Gesammtkörpers Auflösung herbeiführen.

Nachschrift.

Berlin, 28. Aug. Der Waffenstillstand (mit Dänemark) ist abgeschlossen und unterzeichnet. General Below ist heute Abends 8 Uhr mit der deßfallsigen Urkunde in Berlin angekommen.

Brüssel, 29. August. Ludwig Blanc war gestern auf seiner Flucht aus Frankreich zu Gent angekommen, dort von mehreren Personen erkannt und auf ihre Anzeige durch einen Polizeikommissär verhaftet worden, da er gar keine Papiere bei sich hatte, die seine Identität nachwiesen. Die Regierung hat aber auf die Kunde davon, diesen Morgen sogleich Befehl nach Gent ertheilt, denselben wieder in Freiheit zu setzen, was denn auch geschehen ist. Er ist noch gestern Abends von Gent nach Ostende abgegangen, wo er sich in der Nacht nach England eingeschifft haben wird. Ich losse Ihnen noch diesen Abend Näheres berichten zu können.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 57.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnements: Vierteljährig 4 fl. Halbjährig 8 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Sonnabend den 2. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 2. September.

Das „Regierungsblatt" Nr. 49 vom 31. Aug. enthält Folgendes: „General-Patent, die Ausschreibung des Haus-Lehensfalles betr. Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern ꝛc. ꝛc. Entbieten allen und jeden Unsern Vasallen die von Uns und Unserem Königreiche Bayern einige Lehen besitzen, Unseren Gruß nne königliche Gnade zuvor, und geben denselben mittelst gegenwärtigen Generalpatents zu vernehmen: Nachdem in Folge des von Unseres vielgeliebten und theuersten Herrn Vaters Königlicher Majestät unterm 20. März d. J. Uns Unseren Gnaden allerhöchst erklärten Verzichtes auf die Krone Bayern alle und jede zum Königreiche Bayern gehörige Lehen fällig geworden, sohin sich gebühret, solche Lehen nunmehr von Uns, als jetzmalig allerhöchsten Landesherrn, von Neuem zu empfangen zu requiriren, zu empfangen und deßwegen die gewöhnliche Lehenspflicht, so andere Schuldigkeit zu leisten, wie es Unsere Lehenrechte und die wechselseitige Lehensempfängnung an den jedem anberaumt werdenden Terminen gewärtig seien. Gegenwärtige General-Ausschreibung soll durch das Regierungsblatt, dann durch die Kreis-Intelligenzblätter zur Kenntniß Unserer Vasallen und deren Lehenträger gebracht werden. Gegeben zu Reichenhall am drei und zwanzigsten Tage des Monats August im Jahre ein Tausend acht Hundert acht und vierzig. Max. — Lerchenfeld. — Baur. Auf Königlich Allerhöchsten Befehl: der General-Sekretär, Ministerialrath Gietl."

„Königlich Allerhöchste Verordnung, die Armei-Tarordnung für das Königreich Bayern betr. Maximilian II. ꝛc. ꝛc. Nach Vernehmung der Kreis-Regierungen und des Oberneticinal-Ausschusses haben Wir beschlossen, einige Bestimmungen der Armei-Tarordnung vom 27. Januar 1842 abzuändern, und verordnen demnach, wie folgt. §. 1. Der in der erwähnten Tarordnung wird hiemit aufgehoben und künftig werden die Preise der mit † bezeichneten Arzneimittel wie alle übrigen berechnet. 2) Pflanzweise verordnete Arzneien sind, wo in der Taxe nur der Preis der Unze angegeben ist, — künftig um ein Viertel niedriger zu taxiren. 3) Bei plötzlichen Erhöhungen oder Minderungen der Preise der Arzneikräuter werden die Kreisregierungen ermächtiget, vorläufig die Preise auf entsprechende Weise zu verändern. Gegenwärtige Verordnung lassen Wir durch das Regierungsblatt zur allgemeinen Kenntniß und Darnachanachtung bekannt machen. Reichenhall, den 21. August 1848. — Max. — v. Thon-Dittmer. — Auf königl. allerhöchsten Befehl: der Generalsekretär. An dessen Statt der Ministerialrath: Tillio.

Das Gesetzblatt für das Königreich Bayern Nro. 23 vom 1. Sept. enthält ein Gesetz, die Abänderung einiger Bestimmungen des ersten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend.

Se. Maj. der König haben unterm 29. August dem Landwehrmajor Bataillons-Kommandanten Ignaz Graf zu Obernburg die wegen hohen Alters nachgesuchte Entlassung vom Landwehrdienste zu gewähren geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

⊙ Frankfurt, 29. August. Ueber die Kirchenfrage ist immer noch nicht abgestimmt, doch scheint sich die Mehrheit immer mehr auf die Seite derer zu neigen, welche die Trennung vom Staate wünschen. Gestern war der einzige, dessen Rede Aufsehen machte: Es war, wie die ganze Gestaltung dieses Mannes in der neueren Epoche, kurz, entschieden und ohne alle Rücksicht gegen oben wie gegen unten. Die Herren Bureaukraten protestantischer und katholischer Konfession haben sie übel vermerkt, denn selbst nicht die äußerste Linke, die in der Regel nur abgetretenen Phrasen vorzudringen weiß, sprach so einschneidend als dieser Professor der Geschichte, als er das Umstürzerische der Territorialdoktrinen seit den Zeiten der Reformation und die für Deutschland daraus entspringenden traurigen Folgen schilderte. Einem Manne, dessen Name in Bayern sonst einen guten Klang hat, ist es in der Paulskirche gestern gelungen, sich grimmlich lächerlich zu machen. Es thut mir leid, dies sagen zu müssen, aber es ist nun einmal nicht anders, und in nationalen Fragen gilt keine Verwirrung, keine Halbheit. Hr. Giesenmann vertrete sich so weit, für Ungarn, für das Ministerium Kossuth Deutschlands Hilfe gegen — Oesterreich anzurufen! Deutsche sollen gegen Deutsche auftreten, den Magyaren zu lieb, um eben diesen Magyaren in ihrem Aufruhr und ihrem Verrath gegen ein deutsches Land behilflich zu sein!

⊙ Frankfurt, 30. Aug. Die heftigen Staatsmänner beraben sich in großer Verlegenheit über die Schwierigkeiten, in welche sie mit dem preußischen Kabinete verwickelt wurden; der eine Theil räth zur Nachgiebigkeit im Sinne der rechten Seite des Reichstages; Andere möchten mit Feuer und Schwert drein fahren, und sich, vorübergehend wenigstens, mit den Männern der rothen Republik verbinden, um dem Reiche den Einzelstaaten gegenüber eine selbstständige und ehrenvolle Stellung zu erringen. Die Ansichten Preußens über sein Verhalten zu jener Macht, welche an der Spitze Deutschlands stehen und dessen Geschicke nach außen vertreten soll, sind auch in der That absonderlich genug; Preußen soll eine Erklärung abgegeben haben, welche im Wesentlichen darauf hinaus läuft, als wolle es die Reichsregierung unter seinen Schutz nehmen. Eine solche Anschauungsweise stünde wirklich in etwas allzu grellem Widerspruche mit den Wünschen des gesammten deutschen Volkes, als daß man sie leichtlich hinnehmen könnte, und man braucht gar kein Anhänger der Baron Zentralisation zu sein, um Preußens Anbrüche hierin übereifrigen zu finden. Der Knoten, um dessen Lösung es sich vor Allem handelt, ist das Reichsheerwesen, die Frage, ob Deutschlands Gesammtregierung eine eigene, ihr unmittelbar untergebene Heeresmacht besitzen, oder ob sie, so oft es nöthig wird, um die teilweise Ueberfassung einzelner Regimenter und Bataillone bei den Landesregierungen bitteln gehen soll, wie dies in den Zeiten des weiland heiligen römischen Reiches in zwar hoch ergeblicher, aber unserem Vaterlande auch höchst verderblicher Weise der Fall war. Preußen, sagt man, habe seine ganze Armee dem Reichsoberwerfer zur Verfügung gestellt. In der That, ein hochherziger Schritt; aber es entsteht die weitere Frage, auf wie lange und unter welchen Bedingungen? Kann die Reichsregierung mit Nachdruck gegen Frankreich, gegen Rußland auftreten, wenn ihr mitten im Kriege ihre halbe, ja ihre ganze Streitmacht von einer einzelnen Landesregierung wieder abverlangt werden kann? Ein solches Verhältniß ist unmöglich, es wäre die Wiederverwechslung des alten, selig entschlafenen Reichs mit all seinen Ohnmächtigkeiten! Wenn ich recht gehört habe, so geht die Ansicht der Vertrauensmänner in und außer der Reichsversammlung dahin, daß in irgend einer passenden Weise ein Drittheil der gesammten deutschen Heeresmacht aus den Landesarmeen geschieden oder unmittelbar ausgehoben, und zu einer fest geschlossenen, in sich gleichartig gebildeten Reichsarmee vereint werde, welche zu jeder Zeit unter den Befehlen des Reichsoberwerers stünde, und deren Offiziere durchweg nur von ihm ernannt würden.*) Die einzelnen Landesarmeen stünden dann in Kriegszeiten unter der Oberleitung der Reichsregierung und das Detail ihrer Organisation bliebe jederzeit den Einzelregierungen überlassen. Man hält hier diese Kombination für den glücklichsten, ja fast einzigen Ausweg, um aus dem Wirrsale der verschiedenen Interessen und Anspräche heraus zu gelangen, und es wäre der bayerischen Regierung, deren hoher Patriotismus und deren ächte Volksvertretungsfähigkeit für Deutschlands Wohl im ganzen Vaterlande anerkannt wird, vor Allem würdig, auch hierin vorauzugehen, und diese Scheidung als Prinzip aufzustellen; die Mittel zur Ausführung würden sich dann bald und ohne besondere Schwierigkeiten finden lassen, und Deutschland entginge dadurch einer furchtbaren Krise, vielleicht einer Reihe von Umwälzungen und Kriegen, welche möglicher Weise der Freiheit, dem Vaterlande und den Dynastien die höchste Gefahr bringen könnten.

Die Volksversammlung zu Nördlingen.

AGS wird bekanntlich von den Organen des gesinnungstüchtigen vulgo radikalen Deutschlands fast tagtäglich mit der jenen Organen eignen Energie auf die Verstocktheit, Anglist und Gehseihtheit der alten Diplomatie

*) Dies klingt weiter als was selbst in Nordamerika besteht, wo das Recht der Ernennung der Offiziere jedem einzelnen Staate allein zusteht, und die Zentralgewalt nur die Oberbefehlshaber der gesammten aufgebotenen Streitmacht für den Krieg ernennt. Anmerk. d. Red.

hingewiesen und viel darauf gewodt, daß nun die Zeit demokratischer Offenheit und männlichen rücksichtslosen Muthes eingetreten sei. Nun sagte aber einer jener alten Diplomaten, ein gewisser Talleyrand wenn ich nicht irre, das Wort sei dem Menschen gegeben worden nicht um seine Gedanken in ihrer ursprünglichen Nacktheit zu veranschaulichen, sondern um sie zu verstecken. Diesem edlen und tiefsinnigen Grundsatz scheint troz der demokratischen Anwandlung, die wir in der gegen jedes Geheimniß und jeden diplomatischen Kunstfassaner zutrauen sollte, auch die Versammlung politischer Vereine aus Würtemberg und Bayern in Nördlingen gehuldigt zu haben. Es ist dies zwar nicht zu verwundern, da überhaupt in dieser Zeit der Wunder die Verwunderung eine durchaus nicht mehr stattbare Gemüthsbewegung ist, allein weil es doch am Ende gut ist, die Widersprüche und Vergeßlichkeiten, in denen die Führer der „Demokratievereine so große Bravour an den Tag legen, aufzuzeichnen und zu beleuchten, so wollen wir auch auf dieses Kapitel in der Geschichte der radikalen Logik etwas näher eingehen.

Die von dem Nördlinger Volksvereine in Verbindung mit jenem in Günzgen ausgeschriebene Versammlung war von 21 Vereinen beschickt worden. Es waren dies: 1) Der Verein für Freiheit und Ordnung in München (vertreten durch Oberregner und Wirsing); 2) Münchner demokratischer Verein (Ringler und Roller); 3) Verein für Volksrecht in München (Max Wagner); 4) Nördlinger Volksverein; 5) Landsbuter Volksverein; 6) Nürnberger konstitutioneller Verein; 7) Schwabacher konstitut. Verein; 8) Würzburger konst. Verein; 9) Aufschuß der sämmtlichen würtemb. Vereine; 10) Volksverein in Aalen; 11) Volksverein von Bopfingen; 12) Volksverein von Ellwangen; 13) Volksverein von Gslingen; 14) Volksverein von Lauchheim; 15) Volksverein von Heidenheim; 16) Volksverein von Oehringen; 17) Volksverein in Waiblingen; 18) Volksverein in Waiblingen; 19) Volksverein in Winnenden; 20) Bamberger konst. Verein. In der vorberathenden Versammlung, prästirt durch den Appellationsgerichtsrath Graumann aus Neuburg (Gegenmann zur konstituirenden Versammlung) wurde beschlossen, eine dauernde Verbindung zwischen den Vereinen der beiden Nachbarländer zu begründen, welche zugleich eine allgemeine deutsche Vereinsverbindung anbahnen soll. Als leitende Grundsätze wurden angenommen: „Die Gründung einer wahren und wirklichen Einheit des deutschen Volkes, die Einführung der Prinzipien der Humanität und der gleichen Berechtigung in allen gesellschaftlichen und bürgerlichen Verhältnissen, die entschiedene Durchführung des demokratischen Prinzipes im deutschen Vaterland. Die Entschlüsse der Nationalversammlung werden sowohl für das deutsche Volk als für seine Fürsten als bindend anerkannt.“

Die Liste der Vereine bietet das Bemerkenswerthe dar, daß unter den einunzwanzig sich nur vier befinden die den Namen konstitutionelle tragen, wogegen noch der Verein für Freiheit und Ordnung in München dessen monarchisch-konstitutionnelle Grundsätze kein Gegenstand des Zweifels sein können. Das macht also im Ganzen fünf. Diese Rechnung wird auch durch die Thatsache bestätigt, daß der erste Satz des in der Versammlung angenommenen Programms gerade mit sechzehn gegen fünf Stimmen durchging *). „Die Erstreben einer wahren und kräftigen Einheit des deutschen Volkes, die Einführung des Prinzipes der Humanität und der gleichen Berechtigung in allen gesellschaftlichen und bürgerlichen Verhältnissen, die entschiedene Durchführung des demokratischen Prinzips im deutschen Vaterland“ — das ist das Ideal der Nördlinger Volksversammlung, wie es mit einer Mehrheit von sechzehn Vereinen gegen fünf aufgestellt und ausgeprägt wurde.

Wer immer in der Paulskirche zu Frankfurt war und die Hrn. R. Blum, Jly, Martini und Genossen zu hören, soll ich sagen die Ehre oder das Unglück hatte, der wird sich überzeugt haben, daß die Matadoren des deutschen Radikalismus gerade wenn sie recht viel sagen wollen, ungeheuer nichtssagend sind. Wo sie dagegen absichtliches Schweigen beobachten da sind sie, wie andere Diplomaten oft wundersam beredt. So auch in dem vorliegenden Fall. Die Einführung des Prinzips der Humanität, die gleiche Berechtigung in allen gesellschaftlichen und bürgerlichen Verhältnissen, die entschiedene Durchführung des demokratischen Prinzips im deutschen Vaterland, das sind Dinge die sich gleichsehen. Dagegen betont das Programm mit künstlicher Absonderung die Wahrung von Rechten die deutsche Fürsten, ihre constitutionellen Ministerien und Volksvertretungen, ja sogar einzelne Menschen mehr bestreitet, und die wir „Reaktionäre“ eben so ernst und kräftig zu behaupten gesonnen sind, und bei einem Umschlag der Verhältnisse vielleicht fester vertheidigen würden, als manchen von den „Heldern“ des Nördlinger Tages. Auch für uns „Reaktionäre“ zählt das Vereinigungs- und Petitionsrecht zu den heiligsten und unveräußerlichen Bedingungen jeder gesetzlich freien Volkes, so lange die Ausübung derselben nicht dem Gesetze engegensteht, dessen unbedingte und höchstens in besonderen Fällen durch die nachsichtsvolle Liebe gemildert Herrschaft das wahre Wesen der Freiheit und mit dieser völlig gleichbedeutend ist. Ganz in diesem Sinn ist auch die in dem Nördlinger Programm angeschobene Verordnung vom 12. August gehalten, indem sie nicht das Einschreiten der Gerichte gegen Vereine überhaupt, sondern nur gegen Vereine mit staatsverrätherischen Charakter hervorgerufen hat und namentlich gegen solche die unter dem Namen „demokratische Vereine“ Verbindungen gebildet, welche die Einführung einer demokratischen Republik, also die Zerstörung der Selbstständigkeit der einzelnen deutschen Staatenbestien, sich zur Aufgabe haben. Daß das unter der Nördlinger Versammlung nicht förmlich überstehen und wenn man so sagen darf, daß es Dinge, die sich von selbst verstehen weitläufig hervorhebt und daß, worauf es in dem Streite zwischen den „Demokraten“ und „Reaktionären“ vorzüglich ankömmt, die Fahne der konstitutionellen Monarchie, bildlich versteht, so kann man nicht umhin bei der ganzen Verhandlung das diplomatische Walten eines fürstlichen Bundesmitgliedes zu bemerken.

Wir haben daher nicht ohne innigen Bedauern die maßlosen Angriffe gesehen, die von verschiedenen bayrischen Blättern gegen und kleinen Fürsten gerichtet wurden. Wir haben überhaupt geglaubt, daß es keine bessere Bürgschaft für die Dauer eines Besitzes geben kann, als den mäßigen Gebrauch desselben. Wir lieben die Freiheit und darum üben wir Schonung, wir rütteln die Gewalt, die heute der Presse gegeben ist den Gegner, wo größere Gründe nicht vorhanden sind, nicht zu Grunde richten. Der Kampf kann überzeugt sein daß wir den Standpunkt, den wir uns erkoren nie verlassen werden.

Deutschland.

Bayern. *Kriesenhall, 28. Aug. König Max hat und wieder verlassen, von den herzlichsten Wünschen und den Segnungen Tausender und Tausender begleitet. Sein diesiger Aufenthalt wird die schönste Erinnerung einer Gegend bleiben, wo Treue und Anhänglichkeit zu fest gewurzelt sind, als daß irgend ein Sturm der Zeit sie auch nur lockern könnte. Wer das gemüthliche Stillleben des wohlwollenden Fürsten hier in unserem lieblichen Alpenthale zu beobachten Gelegenheit hatte, wie er die Thränen des Kummers linderte, wie er Wohlthaten spendete, wo nur möglich, wie er freundlich und liebevoll gegen Jedermann, selbst den Kindern seinen Aufmerksamkeit zu schenken nicht verschmähte, der wird die schöne Erinnerung Einst Segen bleiben, wo Treue und Anhänglichkeit zu fest gewurzelt sind, als daß irgend eine erfreuliche Handlung kund gab. Wer immer das Glück hatte, ihm zu nahen, der mußte sich übertzeugen, wie Bayerns König nur einen Gedanken, nur ein Ziel hat: seines Volkes Wohl und Glück. Als die Kunde seiner Abreise laut wurde, da war es in jedem Hause, in die jeder Hütte, als ob ein Vater, ein Freund scheiden wurde, und als die eben verwerthen Bürger von Neichenhall am Tage der Abreise einen großartigen Fackelzug brachten, da konnten Thränen kaum nimmer enden wollen, da konnte man jeden, daß so manche auf Zerstörung des schönen Bandes des Vertrauens und der Eintracht zwischen Fürst und Volk berechnete Feber der Neuheit in diesen Thälern nie Eingang finden kann noch wird. Ein erhebender Moment war es, als eine kräftige Stimme aus den dem Gewölbte zahllosen Volkes mit einemmale tief: Unser lieber König Max soll leben! und mit brausendem Beifall donnernd Zurückgeworfen, und gar nicht enden wollte. Ehe der Monarch am folgenden Tage den Reisewagen bestieg, welchen eine freundliche Hand sinnig und geschmackvoll mit Alpenrosen und Edelweiß geschmückt hatte, trat er blühenden Aussehens, doch sichtlich gerührt von so vielen Beweisen von Anhänglichkeit und Liebe Ergehung unter die schweigende Menge und sprach traulich Worte der Anerkennung und der Liebe. Kein Auge blieb trocken und diese Worte werden so wenig verklingen in unsern Bergen als in den Herzen derer, die sie hörten. Und somit tasten wir dem geliebten König noch einmal ein herzliches Lebewohl nach, und hoffen, daß ihm nirgends das verstimmert werden wird, was er bei und jeder Zeit im vollsten Maße findet — Liebe und Treue. Der Unterberg, die Staufen und ihre riesigen Nachbarn sind ein treues Schloß unter Hut und Wach von treuen Verbündeten, ernstbesonnen Männern, die dem Gebote der Ehre und Pflicht immer folgen werden, heute wie ehedem mit dem Rufe: mit Gott für König und Vaterland!

Preußen. — ⊙ Berlin, 28. August. Die Nationalversammlung hat heute die Berathung des Bürgerwehrgesetzes begonnen. Dieselbe bot so manche charakteristische Züge und Seiten dar, daß ich Ihnen das Bezeichnendste daraus mittheilen zu müssen glaube. Schon im Vorauf die Bemerkung, daß die Regierung bei allen Abstimmungen die Majorität für sich hatte, und daß überhaupt auch der Umschwung in der Stimmung der Nationalversammlung nur ein höchst erfreulicher genannt werden kann. Graf Reichenbach, der würdige Führer unserer demokratischen Rechtlaken hat sich heute wieder einmal in seiner wahren Gestalt sehen lassen: er möchte den König ganz streichen, wie ein Fragezeichen, wo er irrend steht. Aber auch beiden ein preußisches Volk, das der Aufführung solch' frommer Wünsche einen gewaltigen Damm mächtig zusetzen entschlossen ist. Ich komme nun zur Berhandlung selbst: Minis-

*) Eine ausdrückliche Anerkennung der monarchischen Verfassungen wurde gleichfalls zur Abstimmung gebracht, aber mit verkehrten Resultate von 16 gegen 5 Stimmen verworfen. Vier bayerische und die zwölf württembergischen stimmten dagegen, fünf bayerische dafür. Nördlingen entzieht sich.

ser Rühlwetter nahm unmittelbar nach dem Berichtsstatt des Wort. Es giebt die Unterscheidung zwischen Bürgerwehr und Heer. Jene ist nur gegen den innern, dieses gegen den äußeren Feind bestimmt. Aber auch jene bedürfe einer militärischen Organisation gleich dem Heere, sie habe einen militärischen Charakter, müsse Disziplin haben, darin liege die einzige Bürgschaft, daß sie auch ihre hohe Bestimmung erfülle. Joh. Jacoby bekämpft nach Gewohnheit den Entwurf mit hohlklingenden Phrasen und Übertreibung des abgeschmackten Vorwurfs, als wolle man auch die Bürgerwehr eine Stellvertreterin der Polizei machen. Er möchte, was wir, von seinem Standpunkte aus die Sache betrachtet, und in Anbetracht der Zwecke, auf welche seine Partei hinarbeitet, sehr wohl begreifen, der Bürgerwehr das unbedingte Recht geben, wenn und wo immer es ihr im Ganzen oder auch nur einen Theil derselben gefiele, sich demaßner zu versammeln. Was der Redner damit erreichen möchte, bedarf für den Klarsehenden keiner Andeutungen. Bleibt es der Bürgerwehr selber überlassen zu entscheiden, wann sie in dienstlicher Eigenschaft zusammen mehr oder minder in gleichem Sinne, womit die allgemeine Berathung geschlossen, jetzt über §. 1 begonnen wird. Dieser lautet: „Die Bürgerwehr hat die Bestimmung, die verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung zu schützen und die Vertheidigung des Vaterlandes gegen äußere Feinde mitzuwirken. In obigen dienstlichen Versammlungen darf nicht über öffentliche Angelegenheiten nicht berathen." Temmler wünscht für „gesetzliche", „staatliche". Welchel will statt „in ihren dienstlichen Versammlungen", „im Dienste und bewaffnet". Baumstark, Rintelen, v. Auerswald, Zachariä sind gegen alle Amendements. Rühlwetter sprecht nach Schluß der Debatte gleichfalls gegen der Amendements. Ein Antrag des Abg. Parisius den Ministern das sogen Wort nach der Debatte zu entziehen und nur zum Antrag zu verbescheiden, das Wort nach der Debatte zu geben, wird der Kommission für die Geschäftsregelung überwiesen und die Abstimmung über §. 1 zeigt eine Verwerfung aller Amendements. §. 2. „Die Bürgerwehr soll in allen Gemeinden des Königreichs bestehen" wird ohne weitere Debatte angenommen. Lyskiecki's Amendement, statt „des Königreichs" „des Staates" zu setzen wurde verworfen. §. 3. „Durch königliche Verordnung kann aus wichtigen in der Ausführung obwaltenden Gründen die Bürgerwehr einzelner Gemeinden oder Kreise ihres Dienstes enthoben oder aufgelöst werden. Die Dienstentbehung darf nicht länger als 6 Monate dauern. Im Fall einer Auflösung muß die Verordnung wegen der neuen Organisation der Bürgerwehr binnen drei Monaten erfolgen." Schneider stellt das Amendement, den ersten Theil des §. zu formuliren wie folgt: „Durch königliche Verordnung kann die Bürgerwehr einzelner Gemeinden oder Kreise ihres Dienstes enthoben oder aufgelöst werden, wenn sie gegen die in diesem Gesetz verzeichneten Pflichten verstoßen hat." Die Majorität entscheidet sich jedoch für den §., wie ihn die Kommission vorgeschlagen hat. §. 4. „Wenn die Bürgerwehr einer Gemeinde, oder eines Kreises den Requisitionen der Behörden Folge zu leisten sich weigert, oder sich in die Verrichtungen der Civil- oder Verwaltungs- oder der gerichtlichen Behörden sich einmischt, so kann der Verwaltungsbef des Regierungsbezirks unter Angabe der vorhandenen Gründe die Auflösung der Bürgerwehr anordnen. Diese Verfügung ist sofort zu vollziehen. Sie ist zugleich dem Minister des Innern und sollte die Bürgerwehr aufgelöst werden, so müsse der Befehl hierzu vom Minister des Innern gegengezeichnet werden. Bei der Abstimmung wurde das Amendement Langerfeldt unterstützt, und der §. 4 angenommen. §. 5. „Die Mitglieder der Bürgerwehr dürfen ohne Befehl ihrer Vorsteher weder zu dienstlichen Zwecken versammelt, noch unter die Waffen treten. Die Vorsteher dürfen diesen Befehl nur ohne Requisition der zuständigen Civilbehörden ertheilen, ausgenommen, sowei es sich um die Vollziehung des Dienstreglements handelt (§. 65)." Jung stellt das Amendement: „Die Mitglieder der Bürgerwehr dürfen ohne Befehl ihrer Vorsteher nicht unter die Waffen treten." Derselbe erregt wie gewöhnlich stürmische Heiterkeit ohne etwas thatsächlich vorzubringen. Nach kurzer Besprechung des Jung'schen Amendements wird dasselbe bei der Abstimmung verworfen und §. 6 angenommen. §. 7. „Jedes Mitglied der Bürgerwehr leistet vor dem Gemeindevorsteher in Gegenwart des Bataillonschefs der Bürgerwehr folgende feierliche Verpflichtung: „Ich gelobe Treue dem Könige und Gehorsam der Verfassung und den Gesetzen des Königreichs". Graf Reichenbach stellt das Amendement, in der Verschwörungsformel das Wort „dem Könige" zu streichen, indem der König schon in der Verfassung enthalten und auch das Wort „Königreich" in der Verschwörungsformel den „König" voraussetze. Lisiecki meint, eine feierliche Verfassung welche Wirkung soll sie haben, wenn sie nutzlos sei, und deshalb überflüssig, und beantragt man soll statt „des Königreichs" setzen „des Staats". Oster will den §. ganz streichen. Rintelen will seine Meinung ganz einfach sagen. Es gäbe sehr viele in der Versammlung wie außerhalb derselben, welche den König lieber ganz fortgehen würden; allein das Volk habe entschieden es wolle keinen König behalten! (Großer Beifall.) Uebrigens will den § 7 gleichfalls streichen. v. Ketteler: Nicht allein der Eid sei bindend, sondern auch das Wort des deutschen Mannes habe allzeit für bindend gegolten. So lange die Verfassung nicht gegeben ist, ist die Person des Königs das einzige Band zwischen den Provinzen. Nach Vereinbarung der Verfassung mit auch der König dem Volke einen Eid leisten. Tüssen faßt verschiedene Anträge der vorherigen Redner zusammen. Jacoby stellt das Amendement, statt „dem Könige" zu sagen, dem konstitutionellen Könige" und ist gegen eine bloße „feierliche Versicherung". Schramm schlägt die Formel vor: „ich gelobe Treue dem Gesetze und der Verfassung des Vaterlandes". Gegen Rintelen bemerkte er, derselbe habe den Muth nicht, die Partei näher zu bezeichnen, welche den König lieber ganz streichen wolle; worauf Rintelen entgegnete, dazu gehöre denn nicht viel Muth; er nenne sie heute, welche den Namen einer Partei kaum verdienen, sie gern mit einer rothen Fahne einherziehen, worauf Schramm erwiderte, er sei nie einer rothen Fahne gefolgt, habe nie eine rothe Feder getragen. (Großes Gelächter.) Ministerpräsident v. Auerswald stimmt für den §. mit dem Hinzufügen, daß er kein Gewicht darauf legen wolle, ob es heiße: „ich schwöre", oder „ich gelobe". Bei der alsdann erfolgten Abstimmung wurden sämmtliche Amendements verworfen und §. 7 unverändert angenommen.

⊙ **Berlin**, 29. August. Es wird versichert, daß der Magistrat von Berlin an den Kriegsminister das Ersuchen gestellt habe, die Herstellung der Ruhe in der Hauptstadt zu bewirken. Hr. v. Schreckenstein soll sich hierzu zwar bereit und geneigt erklärt, den Magistrat jedoch auf die Psychen aufmerksam gemacht haben, daß er ein Mittel in die Hand bekäme, sich demnächst militärisches Einschreiten für diese Behörde haben müsse. Der Minister soll schon heute der Entschließung des Magistrats entgegensehen.

Oesterreich. Nachrichten der „Allgemeinen Zeitung" aus **Wien** vom 29. August zufolge sind über Stuhlweißenburg 4000 Russen in der Moldau eingerückt. Der Pforte Barthmann und Read sind aus Ungarn in Wien zurückgekommen, und haben eine Ministerkonferenz veranlaßt, von der sie Rath und Instruktion über die Theilnahme am serbischen Konvoie verlangen. Sie sollten denselben Abend nach Schönbrunn zum Kaiser zu einer Audienz gehen

Oesterreichische Monarchie.

Der „Triesterbote" hat Nachrichten aus **Verona**, vom 26. August, aus welchen wir folgendes entnehmen. „Von der bewaffneten Revolution ist die österreichische Lombardei befreit, allein demungeachtet ist die Stimmung der Revolution günstig und benutzend sich von Zeit zu Zeit durch wortliche Thatsachen. So wurde jüngst in Bergamo von einem daselbst noch auf einen k. k. Offizier geschossen und derselbe verwundet. In **Monza** wurden mehrere Offiziere gleichzeitig auf offener Straße von Leuten aus der besseren Klasse beschimpft, was aber die Verlegung von 2 Kompagnien Fußvolk aus Mailand dahin zur Folge hatte, welche auf Linkosten der Stadt und mit dem Etappengenusse so lange in Monza bleiben, bis der dieser Stadt auferlegte Zwang von 100,000 L. bezahlt sein wird. — In **Venedig** ist die überwiegende Mehrzahl, wenn nicht das ganze Volk, für die Ordnung, was unter andern auch in den Erpressungen der dortigen provisorischen Regierung seinen Grund haben mag, welche zuerst sämmtliches Silber der Reichen gegen werthlose Banknoten quittirte, und nun ihnen auch das Silber gegen ähnliche Bezahlung abverlangte. Sogegen ist Manin mit seinen Genossen die äußerste Verabscheuung, und wird darin von dem piemontesischen General und den meisterlosen Marinecoffizieren unterstützt. — Obgleich hält sich noch, und Oberst Zanetti will nur von Manin Befehle annehmen. Weil nun von Seite der Piemontesen die Bedingungen des Waffenstillstandes bisher nicht vollständig erfüllt worden sind, hat Feldmarschall Radetzky Befehl gegeben, den Hafen von Venedig wieder zu besetzen, somit die 500 Pferde, die jetzt die Lagune kamen, um nach Sardinien zurückzukehren, unter Sequester zu stellen. Fort und fort ziehen neue Truppen nach der Lombardei; so haben zwei 12pfünder Batterien mit vollständiger Bespannung und Munitionswagen auf dem Wege nach Mailand Verona passirt. Erstere Stadt ist äußerlich ruhig, muß aber strengstens beobachtet werden. Die piemontesischen Truppen in Mailand hat einerseits die Furcht vor den 500 Pferden, andererseits das Zwingherrlich 800,000 Zwanziger gegen nicht gehaltene Verpflegung gewaltsam erhoben, und man befürchtet eine gleiche Gewaltsamkeit in Venedig, wenn es nicht schon geschehen ist.

Frankreich.

⌐ **Paris**, 29. August. Hr. Ledru-Rollin hat Unglück mit seinen Bekanntmachungen. Gestern überwies ihn Hr. Buchez in der Nationalversammlung einer Verurtheilung einer Thatsache. Hr. Ledru-Rollin hatte nemlich gesagt, Hr. Buchez habe ihm einen Mann, einen Volksfreund mit Verlangen, daß sie sich nachher als einen Verbrecher herausstellte. Hr. Buchez erklärte nun, diesen Individuum, ohne es näher zu kennen, ohne sich in Untersuchung des Leumunds desselben einzulassen, wozu kein Grund für ihn vorlag, blos bezeugt zu haben, daß er ihn als einen Februar-Verwundeten auf dem Stadthause gefunden habe. Heute bringt nun der beliebte Moniteur ein neues Lemenni gegen Hrn. Ledru-Rollin. (Unser heutiger Brief aus Brüssel gibt das Nähere darüber.) In der Nationalversammlung sollte gestern das Gesetz für die Einsäckelung zu gerichtlichen Vorschriften gegen Hrn. Lamennais zur Verhandlung kommen, allein dieselbe unterblieb, da dieser selbst nicht anwesend war. Der Präsident der Versammlung, Hr. Marrast, ist krank, ebenso der Minister des öffentlichen Unterr. n. Hr. Recurt. Was aus Gaussidiere geworden, weiß man

noch immer nicht. Ludwig Blanc, der in diesem Augenblick den schützenden Boden Englands wohl schon erreicht hat, scheint entweicht zu sein, als Throd. Bac zuletzt noch einmal das Wort nahm. Zu es scheint sogar, daß dieser nur darum noch einmal das Wort ergriff, um die Aufmerksamkeit von Ludwig Blanc ab und auf sich zu ziehen, und diesem Zeit zu geben zu entkommen. Die Freunde Ludwig Blanc's sollen ihm in der Eile noch eine Summe von 3000 Fr. zugesteckt haben. Andere Gerüchte sprechen davon, die Regierung habe Caussidiere und Blanc auf ihr Ehrenwort, nicht zu entfliehen, einige Stunden Freiheit noch zugestanden, um ihnen die Ordnung einiger Angelegenheiten vor ihrer Inhaftnahme zu erlauben. Ich bezweifle bis jetzt, ebenso daß der Belagerungszustand nicht gehoben werden wird für die Verhandlungen der neuen Versassung. Das Wichtigste für ganz Europa ist, daß die Republik in Frankreich, ich kann Ihnen dies verbürgen, nur noch auf so schwachen Füßen steht, daß der geringste Anstoß sie vollends umstürzen kann. Die eigentlichen Republikaner machen sich auch darüber gar keine Selbsttäuschungen mehr, erkennen nun selbst an, daß sie Frankreich vollends zu Grunde richten würde, wenn die Dinge so fortgingen wie bisher. Die „Reforme", ein Blatt, dessen republikanische Gesinnung niemand in Zweifel ziehen wird, entwarf dieser Tage ein klägliches, aber treffendes Bild der Früchte, die sie getragen, und sagt in prophetischem Tone, sie sehe schon am Horizonte die Spitzen der Masten des Schiffes aufsaucken, das die vertriebene Königsfamilie nach Frankreich zurückführen werde. Unter diesen Umständen erhält auch eine immer mehr Bestand gewinnende Angabe großes Gewicht, nach welcher Prinzen des Hauses Orleans zu Gunsten desselben auf jeden Anspruch auf den Thron verzichtet hätten, so daß bei Wiederherstellung der Monarchie Heinrich V. doch noch König würde. Da aber dieser kinderlos ist und allem Anschein nach auch bleiben wird, so würde nach ihm der Graf von Paris, Sohn der Herzogin von Orleans, dann doch auf den an 24. Februar ihm entrissenen Thron kommen. Auf diese Weise würde das Einverständniß, das gegenwärtig zwischen den Legitimisten und Orleanisten hier herrscht, seine natürliche Erklärung finden.

Belgien.

⊙Brüssel, 29. August. Was ich Ihnen diesen Morgen über Ludwig Blanc's Verhaftung und Wiederfreilassung gekreiben, ergänze ich nun nach den heute eingetroffenen Berichten aus Gent. Gegen 5 Uhr Abends vorgestern sah ein Franzose, der sich in einem Modewaarenladen zu Gent befand, ein Individuum vorübergehen, das er sogleich dem ihn umgebenden Personen als Ludwig Blanc bezeichnete. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich diese Nachricht durch die Stadt, und Jedermann war neugierig den Mann zu sehen, der seit der Februarrevolution eine so bedeutende Rolle in Frankreich gespielt hat. Ein Polizeiagent, der in demselben Augenblicke durch die betreffende Straße gekommen war, folgte Jenerselben und hielt ihn in der Nähe der Hospitalbrücke an. Um seinen Namen und Charakter befragt, erklärte er in der That Ludwig Blanc zu sein, aber keine Papiere zu haben. Auf das Polizeiamt geführt, wurde er dort von einem Kommissär verhört. Er erklärte, am Samstag Morgens 6 Uhr, unmittelbar nach der Abstimmung, welche seine Verbannung in Anklagestand aussprach, die Nationalversammlung verlassen und sich zu einem Freunde begeben zu haben, bei welchem er eine Verwandung gegen den wider ihn gefaßten Beschluß absehen, uns in welcher er dem Ministerium ankündige, daß er Frankreich nur verlasse, um sich einer vorgängigen Haft von mehren Monaten zu entziehen. Paris habe er am Samstag Abend mit dem letzten Abendzug der Eisenbahn verlassen, sei am andern Morgen in Lille, um im Laufe des Tags in Gent anzukommen. Da er durchaus kein Paßer hatte, uns die Identität seiner Person nachzuweisen, so wurde er einstweilen bis zu weiterer Entscheidung der höheren Behörde, an welche sogleich hieher Bericht und Anfrage erging, ins Stadtgefängniß in Verwahr gebracht. Er protestirte gegen seine Verhaftnahme mit der Erklärung, daß er beabsichtige, mit dem letzten Waagenzuge nach Ostende abzureisen, um sich nach England zu begeben. Die Regierung schickte gestern früh sogleich Befehl nach Gent, Ludwig Blanc Freiheit zu lassen, und sie konnte nicht anders handeln. Sobald er die innere Ordnung in Belgien nicht störte und nichts gegen eine mit der unfrigen befreundete Regierung unternahm, konnte sie ihm das Gastrecht nicht versagen, das sie nie einem politischen Flüchtling verweigert hat. Die blos aus polizeilichen Rücksichten vorgenommene Verhaftung mußte daher wieder aufgehoben werden, wie denn auch geschah. Bei seiner Abreise benutzte er noch einen der anwesenden Herren, dem Bürgermeister und dem Gouverneur in seinem Namen zu danken für die während seiner kurzen Haft ihm bewiesene Rücksichtnahme. — Hr. Ledru-Rollin hatte bekanntlich in der Sitzung der französischen Nationalversammlung am 25. August aus Anlaß der Geschichte von Risquons-tout gesagt: „In Belgien befand sich die Mehrzahl der Minister der gestürzten Regierung, und dort konspirirten sie, ohne daß die belgische Regierung es hinderte. Ja ben Gewässern der Schelde befanden sich englische Schiffe, welche drohten, Antwerpen zu nehmen bei der ersten Bewegung, welche im Lande ausbrechc. Ich frage, ob diese Geschichte mit Belgien, die so unerklärlich schien, nicht hinreichend sich aufklärt, und ich frage besonders, ob die von den Thatsachen vollkommen unterrichtete belgische Regierung jemals an die französische Regierung eine Reklamation gerichtet hat? Niemals." Die belgische Regierung hat zum solchen Behauptungen gegenüber, die von einem frühern Mitgliede der provisorischen Reg.erung ausgingen, nicht schweigen zu dürfen geglaubt. Der belgische Moniteur sagt in einer offiziellen Erklärung die vollkommene Unwahrheit der Behauptungen des Hrn. Ledru-Rollin. Schon am 10. März hatte das belgische Kabinet auf Anlaß des damals sich vorbereitenden Einfalls in Belgien vom 29. bei der provisorischen Regierung in dieser Sache seinen Protest in Kraft des Umstandes, die in Paris statt fanden, und diese Reklamationen wurden noch lebhaft her wiederholt im Augenblick der Geschichte von Risquons-tout. Am 31. März hatte der Minister des Auswärtigen, Hr. v. Hoffschmidt, dem Senate darüber Bericht erstattet, mit der Versicherung, daß die provisorische Regierung der Republik die förmlichste Versicherung gegeben habe, sie sei diesen lächerlichen Manövern gänzlich fremd. In der letzten Konferenz, welche in dieser Sache zwischen den Ministern v. Kluge und Hrn. v. Lamartine statt fand, hatte dieser aufs Neue die Nichtbetheiligung der provisorischen Regierung an diesen Vorgängen betheuert, sie desavouirt und ausdrücklich das Recht der belgischen Regierung, derartigen Versuche mit Gewalt zurückzuweisen, anerkannt. In einer seiner Konferenzen mit dem belgischen Botschafter ersuchte dieser Hr. v. Lamartine, die belgischen Regierung die bestimmteste und förmlichste Versicherung zu geben von der seiten Absicht der provisorischen Regierung, unter Belgien aus irgend einem Vorwande republikanische Propaganda zu machen. Dieselbe Versicherung war auch dem Minister (Hrn. v. Hoffschmidt) von dem französischen Geschäftsträger Hrn. Serrurier wiederholt worden. Niemand konnte daher, wie der „Moniteur" sagt, nach so förmlicher Anerkennung der Begründung der belgischen Reklamation erwarten, daß man fünf Monate später noch einmal die Rückkehr von den englischen Schiffen in der Schelde oder von einer monarchischen Konspiration zu Risquons-tout, aufs Tapet bringen werde, um dadurch den verbrecherischen Handstreich zu rechtfertigen, welcher in diesem Augenblicke der Entscheidung des Antwerpen zu Antwerpen vorliegt.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 31. August. Bayer. 3½ proz. Obligationen 77½. P. 76½. G. 4proz. 86 G. Bankaktien 11. Semefter 575 G. Promessen 38 P. 33 G. Oesterreich. 5proz. Metall. 73 G.

Wien, 29. August. 5proz. Metall. 81¼, 4proz. 64, 2½proz. 48. 2½proz. 41¼. 1834er 500 fl.-Loose 134. 1839er 250 fl.-Loose 90. Bankaktien 1100. Nordbahn 107¼. Glogganitz 96. Benedig-Mailand 76. Budweis — Linzer 71. Pesth 66. Siena 58. Anleihenabtrag 85.

Berlin, 29. August. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunal-Papiere. Pr. Brem.-Sch. 4. Berl.-Anh. B. 96½. G. Berl.-Hamb. 2½ proz. 73¼. G. Berl. Präm. Sch. 88¾. P. — G. K. u. Nm. Schuldv. 72½. P. — G. Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. — P. 78 G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. 95½. G. 3½proz. 79½. P. 78½. G. Ostpr. Pfandbr. — P. 85¼. G. Pomm. Pfandbr. — P. 90 G. Pr. Bank-Anth. Sch. — P. — G. Schles. Pfandbr. — P. — G. Schlesische Pfandbr. — P. — G. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. — P. — G. 5proz. Pr. St.-Anl. Sch. 83½. 4proz. 88¾. Gem. Friedrichsd'or 13½. P. 13½. G. Ausl. Gold-m. à 5 Thlr. 12½. P. 12½. G. Diskonto 3½. P. 4½. G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 86½. 4 — 88 Bz. Berl.-Hamburg 67½. Bz. Berl.-Stettin-Stargarder 88½. 4 89 Bz. Berl.-Potsdam-Magdeb. 54 — 55 Bz. u. G. Magdeb.-Halberstadt 103 G. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 53 — ½ Bz. u. G. Köln-Minden 75½. 4 76½. Bz. u. G. Köln-Mindener 3½proz. 84 G. Wann-Eisb. — Düsseld.-Elberfeld 70 G. Stamm-Prioritäten 33 G. Niederschles.-Märk. 69½. 4 — ½. Bz. u. G. Niederschl.-Märk. Zweigbahn —. Oberschles. Lit A 91½. 4 — ½. Bz. Lit B 91½. 4 — ½. Bz. Koisl-Oderberg —. Breslau-Freiburg —. Krak.-Oberschles. 43½. 4 44 Bz. Berg.-Märk. 57½. G. Stargard-Posen 68 Bz. u. G.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 85 — 85½. Bz. u. G. Stargard-Posen — Brieg-Neisse — Magd.-Wittenberg 41 — ½ Bz. u. G. Aachen-Maastricht —. Thür.-Berdisb.-Bahn —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 83 Bz. Berlin-Hamburg. 89½. Bz. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 78 Bz. 5proz. 86½. Bz. Magdeb.-Leipziger. Halle-Thüringer 82½. bz u. G. Köln-Minden 4 P. 90½. G. Rhein. v. Staat gar. Rhein. 1. Prior. 75½. G. Rhein. Stamm-Prior. 70 G. Düsseldorf-Elberfeld —. Niederschles.-Märk. 4proz. 82 bz. 5proz. 93½. bz u. G. III. Serie 89½. bz. Zweigbahn 4 proz. 70½. G. 5proz. 76 G. Oberschles. —. Koisl-Oderberg —. Stargard-Posen 77 G. Breslau-Freiburg —.

Amsterdam, 28. August. 2½ proz. Integr. 45. — 3proz. Schuld 52½. — 4proz. 69¼. — 3½ proz. dito 70¾. — Handelsmaatschappy —. — 5proz. Arbolas 4 510 pCt. St. 84½. — Span. inländ. 4 6000 fl. — Centrifugen — Portug. 5proz. 19. 4proz. neue Russische 4proz. bei Hope — dito bei Stieglitz — 5proz. Mexikan. 69¼. — 2½ proz. dito —

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

Wir tragen zur 68. Sitzung der Reichsversammlung das Nähere aus dem Berichte der Karlsruher Zeitung nach.

Abrens (früher Professor der Philosophie in Belgien) will dert bewerth haben, daß die Trennung sittlicher Gesetze für den Staat gehabt, und trägt auf eine Vermittlung an, wonach die Dogma, Kultus, Disziplin und Verfassung die Religionsgesellschaften für unabhängig von der Staatsgewalt zu erklären sind, hinsichtlich des Kirchenvermögens aber, der kirchlichen Bildungsanstalten, und der Besetzung der Geistlichen ein Abkommen getroffen werden soll, in wie weit bestehende Rechte des Staates zu wahren seien.

Laffaulx spricht für die vollständige Trennung. Das Placetum regium sei eine von der weltlichen Regierung gegen die Kirche geübte Präventivzensur, welche so gut, wie jede andere Zensur, auf immer beseitigt werden müsse. In diesem Sinne habe sich der holländische Ministerpräsident ausgedrückt; die deutschen Minister würden nicht hinter ihm zurückstehen wollen. Laffaulx behauptet, daß in dem ganzen Entwurfe der Grundrechte weder der Name Gottes, noch der der christlichen Religion vorkomme. Die schiefe Stellung der Kirche zum Staat werde, wenn sie fortdauern sollte, zuletzt das Beste am deutschen Charakter, sein religiöses Gefühl, verderben; dann werde sich die Gottlosigkeit mit der Armuth verbinden und das Volksleben aus seinen tiefsten Wurzeln reißen. Wer die Freiheit im Staat wolle, nicht aber in der Kirche, der verrathe einen klaglichen Mangel der Logik, und der Verfasser einer einen Mangel an Mitleid. Allen neuen, sinnigen und unsinnigen Sekten wolle man Freiheit geben, nur der ältesten aller Religionsgenossenschaften, der christlichen Kirche nicht! Am Schlusse jener Rede verlangt Laffaulx namentliche Abstimmung über diese Frage. — Pfeiffer, ein brandenburgischer Abgeordneter (er ist Prediger in Adamsdorf), spricht über den Gegenstand, wie man eben von einem Theologen aus der in jener Gegend herrschenden Schule erwarten kann, nämlich für die Freiheit der Deutschkatholiken und für die Knechtung aller übrigen Religionsgesellschaften. — Nach ihm betrat Görrer, der bekannte Geschichtschreiber aus Freiburg, die Rednerbühne. Er spricht vom Standpunkte der immer mehr zu befestigenden Reichseinheit für die Trennung. Das Volk verlange in Petitionen, welche jetzt schon an 200,000 Unterschriften zählten, die Freiheit der Kirche, und zwar nicht blos das katholische Volk, sondern auch das protestantische, z. B. das streng-lutherische in Würtemberg. Welcher Widersinn, kleinen Sekten die Freiheit mit vollen Händen hinzuwerfen, und sie den großen, mächtigen Kirchen verweigern zu wollen! Der Redner thut auf der Geschichte dar, daß die Uebertragung der Kirchengewalt an die Landesherrlichkeit wesentliche in der Reformation Deutschlands beigetragen habe. Nachdem sich die weltliche Macht der Kirchengewalt bemächtigt hatte, kam eine zuchtlose Gauner- und Mätressenwirthschaft an den Höfen auf, bei dem Volke nistete sich eine nutzlose dogmatische Zanksucht ein, die Reichsgewalt schwand zu einem Schatten zusammen, der Nationalsinn erlosch, und das deutsche Volk, das einst bei den andern Völkern als das tapferste Europa's gegolten, sank zu einem Gegenstande des Spottes herab. Tatarch wurde es zuletzt durch und durch sensil, und die Gebildeten wissen nichts Besseres zu thun, als Versailles nachzuäffen, bis es so weit kam, daß die Deutschen wie Neger in das Ausland verkauft wurden. Was die Religiosität betrifft, so ist es ein Erfahrungssatz, daß sie in demselben Grade wächst, in welchem sie nicht der Vollzeigewalt als Werkzeug dient. Unter den Staaten sind den Vorzug, welche ihre Throne auf den Altar gestellt hatten, waren die Angriffe auf die Religion am heftigsten, während in Frankreich z. B. seit 1830 sichtlich die Macht der Religion stieg, weil der Staat sie frei ließ. In Deutschland kann man Aehnliches bemerken. In Berlin wurde das Volk durch Friedrich II. in die Staatsgeisterei und Vernunftreligion „hineinexerzirt“; dagegen verhielten seine Nachfolger in ein anderes Extrem, in die mystisch-pietistisch-gemischte Christlichkeit, und darnach hat es sich beinahe dahin gebracht, daß man sich dort kaum mehr öffentlich zum Christenthum bekennen darf, ohne für einen Dummkopf oder einen Heuchler gehalten zu werden. Ein solcher Zustand ist unerträglich; er muß geändert werden.

Die Rede schien großen Eindruck zu machen; wenigstens wurde sie von Anfang bis zu Ende mit großer Aufmerksamkeit angehört, — eine Rücksicht, die nicht jedem Redner zu Theil wird, namentlich nicht am vierten Tag einer Diskussion. — Nachdem noch Wigard aus Dresden und Friedrich aus Bamberg ebenfalls für die Trennung gesprochen, hielt Gförrer aus Böhmen einen lebendigen Vortrag gegen die Unabhängigkeit der Kirche und für die Freiheit der neuen Sekten. Die Kirche bilde somit einen Staat im Staate; ihr Vermögen sei ja „im Staate, muß also unter dessen Obmacht stehen. Alle wenn sich das Vermögen der Privatleute nicht auch im Staat befände!) Gförrer gehört in nationalen Dingen zu jenen Mitgliedern der Linken, welche sich über die Vorurtheile des Tages zu erheben wissen; in kirchlichen dagegen steht er noch auf dem engen Standpunkte des vorigen Jahrhunderts, das die „Aufklärung“ von Polizei wegen einrichten wollte. Reklamationen gegen Klöster, Wallfahrten, Jesuiten ꝛc., — es ist fast der alte Plumauer wieder. — Plömer aus Aachen verwahrt sich dagegen, daß das von Gförrer entworfene Zerrbild ein Bild der katholischen Kirche sein solle. Der Rust auf Trennung gehe auch dem Volksmillen hervor. Das Volk verlange die Freiheit der Kirche, und zwar nicht blos das Landvolk, sondern auch die Bevölkerung der Städte, wie aus den Erklärungen sämmtlicher niederrheinischen Städte an den König von Preußen vom 27. März d. J. hervorgehe. — Rödler aus Oels spricht dinwiederum gegen die Freiheit der Kirche vom Staat; er ist, wenn ich nicht irre, Deutschkatholik, wenigstens laut er gegen die Freiheit dieser Sekte Nichts einzuwenden. Seine mit sattsinnigen Zitaten gespickte Rede wird durch die Ungeduld der Versammlung, welche unaufhörlich nach Schluß ruft, zu Ende gebracht, worauf man zur Wahl eines Finanzausschusses schreitet.

Mittelbare oder unmittelbare Wahlen?

(Aus der „Neuen Freiburger Zeitung“.)

Es ist schon viel darüber gestritten worden, ob die unmittelbare (direkte) oder die mittelbare (indirekte) Wahlart die bessere sei. Bekanntlich wurde die erstere von der französischen Nationalversammlung beliebt, und auch das Vorparlament in Frankfurt hatte sich dafür ausgesprochen, überlies jedoch den einzelnen Regierungen die Entscheidung. Wir werden uns für diesmal darauf beschränken müssen, welche die beste Gewähr für die Freiheit der Wahl und für den wahren Ausdruck der Mehrheit des Volkes bietet, und diese Gewähr scheint uns die mittelbare Wahl in größerem Maaße zu bieten.

Auf den ersten Anblick scheint zwar allerdings die direkte Wahl eine größere Freiheit zu gestatten, weil sie unmittelbar aus dem Volke hervorgeht; aber diese größere Freiheit ist in der That nur Schein und führt gerade sowohl zur Volks- als zur Pöbelherrschaft. Die Kandidaturen verstehen freilich unter dem Volke nur das Proletariat, und alle Bestrebenden, das Bürgerthum, sind ihnen Aristokraten. Wenn wir aber eine demokratische Regierung wollen, so steht diese ebenso im Gegensatze zur aristokratischen, aber Aristokratie, als zur ochlokratischen oder Pöbelherrschaft. Die Aristokratie ist der Schaum, der obenauf sich setzt, der Pöbel ist die Hefe an Boden; das wahre Volk, das Bürgerthum, ist der reine und klare Wein zwischen beiden. Wo nicht die nöthige Bildung, Gesittung und Unabhängigkeit, sowohl innere als äußere, sich findet, da ist die Selbstregierung des Volkes ein leerer Schein und führt entweder zur Despotie einzelner Demagogen oder Pfaffen (Schweiz), welche die Massen am Gängelbande führen, oder zur Anarchie, zur Auflösung aller Ordnung.

Freie Wahlen sind nun möglich, wo wirklich Freie wählen; bei unfreien Wählern ist auch das freieste Wahlgesetz trügerisch. Wer aber von Vormundern, Leitenschaften, religiösem oder politischem Wahne beherrscht wird, der ist ebenso unfrei, als wer von seinem Brodherrn abhängt. Unmittelbare Wahlen liefern deshalb nicht das Ergebniß der Wahl der freien Männer, sondern der unfreien Massen, d. h. einzelner Demagogen, welche die Wähler beherrschen wissen. Wenn redmanisch Wähler einen Abgeordneten wählen sollen, so ist eine Besprechung über den zu Wählenden unmöglich. Von diesen rednerischen haben aber nur die wenigsten die nöthige Kenntniß der tauglichen Personen. Entweder müssen sich dann die Stimmen in's Unendliche zersplittern, oder sie müssen auf Männer fallen, die den Wählern persönlich ganz unbekannt sind, und gewählt werden, weil einige Führer sie vorgeschlagen haben. Die Wahl wird also mit einem Male in Hände Einzelner gelegt, als bei der indirekten Wahlart.

Wenn kleinere Bezirke ihre Wahlmänner wählen, so fällt die Wahl auf Leute, welche den Wählern bekannt sind, auf Männer ihres Vertrauens, und nicht selten gerade auf die intelligenteren Männer des Bezirkes, die einen weiteren Blick und gediegenere Bildung haben. Diese können sich persönlich leichter unterreinander besprechen und verständigen und sind, weil selbstständiger, weniger dem Machtgeben Einzelner unterworfen. Also muß die Gefahr der Bestechung betrifft, so läßt sich eine blind zusammengewürfelte Menge vieler Tausende viel leichter bestechen, wenn auch nicht durch Geld, aber z. B. durch eine einzige wohlberechnete Rede, als ein Wahlkörper aus einer Anzahl von Männern, welche durch Unterhaltung und Gestimmung über die Menge hervorragen.

Wenn man aber, wie auch schon geschehen, dies Alles zugibt, und die unmittelbaren Wahlen zuletzt nur darauf zu retten sucht, daß man sagt, sie folgen aus dem Grundsatz der Volkssouveränetät, und wer den Grundsatz wolle, müsse auch seine Folgerungen sich gefallen lassen, selbst wenn sichtbare Wahlen dadurch entstehen, so ist dies eben so unwahr als sächerlich. Souverän ist nicht der Einzelne, sondern das Volk in seiner Gesammtheit d. h. in seinen Vertretern. Dem Grundsatz nach muß also diejenige Wahlart am besten entsprechen, welche die tüchtigsten Vertreter liefert, die am sähigsten sind, die Selbstregierung des Volkes auszuüben. So wenig es aber dem Grundsatze widerspricht, Vertreter in die Kammer oder an den Reichstag zu schicken, eben so wenig widersprechen es ihm, durch erwählte Vertreter den Abgeordneten wählen zu lassen. Wer aber zugibt, daß direkte Wahlen schlechter ausfallen und sie dennoch vorzieht, weil er sie für konsequenter hält, der gibt zu erkennen, daß ihm das Wohl des Vaterlandes und die wahre Freiheit weniger am Herzen liege, als pedantisches Festhalten an Konsequenzen, und er erinnert an das verrufene Sprüchlein: fiat justitia et pereat mundus, d. h. auf neiem Fall angewendet:

Ob Freiheit auch zum Teufel geht,
Wenn nur die Konsequenz besteht!

Die drei Berliner Tage. *)

(Aus der deutschen Zeitung.)

Berlin, 23. Aug. Wir erleben wieder drei Tage, wo jetzt Stunde (Sonntags, Montags und Dienstags) ihre Aventure geschichtlich hat, ein Berichterstatter, der alle Vorfallenheiten getreu mittheilen wollte, hatte sich in Charlottenburg und Berlin, und hier wieder in den verschiedenen Theilen zu gleicher Zeit aufhalten müssen. Ich nehme an, daß Sie vom sächsischen Verlaufe dieser drei traurig-merkwürdigen Tage durch andere Korrespondenten oder durch das im ganzen unterrichtet sind, was auch schon die Berliner Zeitungen Ihnen hinreichend haben müssen. Lassen Sie mich nur die Bedeutung der einzelnen Momente in's Auge fassen, welche Berlin wieder zu einer heklagenswerthen Berühmtheit bringen, in das allgemeine Bürgerauge hineinstehlen. Schrecken, Bangigkeit und Entrüstung streiten sich hier um die Vorherrschaft in den Gemüthern; ich kann nur ein Resultat herausfinden, welches mit meinen früheren Ansichten, die ich in mehreren Briefen niederlege, stimmt. Der Kastikatismus, in seiner gegenwärtigen Gestalt sich Demokratie nennend, liegt in einem Todeskampfe; er fühlt, daß er im wahren Volke keinen Boden findet, seine Tage gezählt sind

anderer Gestalt, aber dieser Anlauf war ein vergeblicher, ihre Größen, ihre Tiraden sind vor dem gegenwärtigen Geschlecht verbraucht.

Deutschland.

Man schreibt der „Kaiserauer Zeitung“ vom 24. August. Immer noch spielt die gute alte Legitimität in gar manchen deutschen Köpfen. Da mag Mich nach gewissen Theorien Demokrat werden, und nur was diesen Theorien entspricht, ist gut und heilsam, alles Andere aber verderblich und darum zu verwerfen. So treiben es die gelehrten Herrn mit der Lumbardei nun schon geraume Zeit. Der Theorie der absoluten Berechtigung der Nationalitäten, die, wie schon mehrfach schlagend dagegen eingewendet worden, von keiner Großmacht anerkannt, viel weniger aufgeführt wird, ohne gleichzeitige Durchführung bei allen Mächten aber keineswegs ein Princip ist, das schlechthin, also etwa das der Schwaben und Deutschlands, — dieser Theorie zuliebe soll Oesterreich Oberitalien (wie ein Artikel der „Deutschen Zeitung“ und die Berliner „Spener'sche Zeitung“ meint, augenblicklich) hergeben, wohin nur eben in Gottes Namen dieses Oberitalien will. Und zu welchen Gunsten? Zu Gunsten der „italienischen Nationalität!“ Aber wo sind denn die staatlichen Beweise dafür, daß diese so viel gerühmten Nationalität als solcher eine nachhaltige Lebenskraft inwohne? Liegen sie etwa darin, daß die Italiener, die übrigens selbst in den letzten Kämpfen ein sonderbares Bild der „Einheit“ Italiens gaben, zeigt, nach dem ersten Unglücke, sogleich allen Muth verloren haben, nun nur fremder Hilfe das eigene Schicksal anvertrauen? Sie gestehen ja damit selber zu, daß ihre Entwicklung der Fremden bedarf, und so werden wir ihnen besser behilflich sein, als die Franzosen. „Ein selbstständiges oberitalisches Königreich wird unser bester Bundesgenosse sein.“ Nicht wahr, das „Tod den Deutschen“ war die Einleitung zur Freund- und Bundes-Genossenschaft? Als wenn uns die Polen über dergleichen Dinge nicht eines Bessern belehrt hätten! Wie vielmal hörte man nicht sprechen von dem Ruppen eines unabhängigen Polenreichs für Deutschland, und was haben wir leider erfahren, — erfahren, sage ich, nicht erfahrt? Genug so würde es und ergehen mit dem „unabhängigen oberitalischen Königreich“, das freilich gestorben ist, ehe denn es das nicht des Tages erblickte. „Was wir haben, behalten wir: das ist mein Völkerrecht“, sprach ein Tiroler Mitglied des Reichstages, und Das werden wir festhalten auch in Italien wohl machen. Mit der zuckersüßen, sentimentalen Politik, wie man sie gegenüber Italien in Deutschland betrieben, kämen wir am Ende um Alles, was wir haben, während die andern Mächte ihre „Errungenschaften“ behielten. Von einem Austausche nach Nationalitäten aber könnte dann auch später nicht mehr die Rede sein, weil wir unserseits über keine Abtretung mehr zu verfügen, weil wir unsere Gegenmittel schon zum voraus und unentgeltlich hergegeben hätten. Das gleiche sich Einigen gewährlichen Politiker auch in Bezug auf die ungarisch-kroatischen Verhältnisse. Wie sind können die Magyaren und Herz gewachsen, und wie entzündlich würden die „Barbarendorden“ Jellachich's! Und doch will Jellachich Oesterreich stark und kräftig erhalten, während die Magyaren es auflösen wollen! Freilich, stieß Oesterreich, das verlieren sich nach Norden, Westen und Süden, Vieles ein Dorn im Auge: aber seine Sache wird siegen, und ein starkes Oesterreich wird Deutschland im Süden unüberwindlich machen, wie ein kräftiges Preußen seine Nordmarken schirmen wird.

Würtemberg. — Stuttgart. Se. königl. Majestät haben für die nächste sechsjährige Periode der Ständeversammlung wiederum St. Durchlaucht den Fürsten von Hohenlohe-Langenburg zum Präsidenten der ersten Kammer ernannt. (A. Kr.)

Oesterreich. — Wien, 29. Aug. Unsere Zustände haben seit 4 Tagen eine ganz eigenthümliche Wendung genommen, und wenn den sich zeigenden Symptomen zu trauen wäre, so ist ein Wendepunkt zur Rettung der Monarchie und der konstitutionellen Freiheit in Aussicht gestellt. Die Nationalgarde, wegen ihres Angriffs auf die Arbeiter, durch die Aula und die radikalen Blätter aufs ärgste beschimpft, hat es satt, daß die angestrengtesten Regionen beim Ministerium liegen gegen die Reaktereus der „Konstitution“ eingeschritten sind, zeigt sich seit drei Tagen fest und besonnen. Die Radikalen sind hierüber so außer Fassung gebracht, daß sie bis heute planlos zu keinem weiteren Versuch geschritten sind, und dieß um so mehr, als die Arbeiter sich von den Straßen entfernt haben und ganz unmuthig scheinen. Auch als die freisinnigsten im raditalen Sinne unterrichteten Nationalgarden der Vorstadt Mariahilf und Neubau brachten vorgestern dem ihre Reihen zufällig passirenden Kaiser ein stürmisches Vivat aus; da dieß in einer Vorstadt geschah, auf welche die Republikaner ihr Hauptaugenmerk richteten, so sind diese nicht wenig davon betroffen. Wenn sich dieser Zustand der Dinge noch einige Tage hält, so glauben wir, daß die Reaktion von Unten wenig Zeit gelassen habe. Ein weiteres Zeichen der Zeit bekundet sich darin, daß viele Bürger, welche den bisher so geachteten Studenten Freitische gaben, diesen die Kost aufgesagt haben. Viele Fabrikanten waren empört, daß Studenten an dem Leichenzug der erschlagenen Arbeiter Antheil nahmen. — Das Ministerium hat für die auf heute bestimmte Schlußsitzung des Reichstags aus der Kabinetsfrage gemacht. Es ist somit sicher, daß es eine bereitende Majorität für sich hat, obgleich gestern die Linke die Bayern-Deputation Gastfreund auf alle Art brandreitete, um sie für sich zu gewinnen. (Ebd.)

Wien, 29. Aug. In der heutigen Sitzung des konstituirenden Reichstags war die Interpellation der Abgeordneten Schuselka von besonderem Interesse, welcher den Minister der auswärtigen Angelegenheiten wegen des zweideutigen Verhaltens der österreichischen Diplomatie in der schleswig-holsteinischen Sache zur Rede stellte. Wessenberg erwiederte, Oesterreich gehe in dieser Sache mit allen andern deutschen Staaten Hand in Hand, und sein Gesandter zu Kopenhagen sei blos bezüglich seiner nichtdeutschen Besitzthümer angewiesen, sich neutral zu benehmen. Dr. Schuselka schreint von hier abgereist zu sein. Er soll sich freiwillig von Wien entfernt haben. Dagegen sind Arnold Ruge, Julius Fröbel, Marr hier eingetroffen. (A. Z.)

In der Sitzung des konstituirenden Reichstags am 26. Aug. interpellirt Strasser den Minister des Aeußern: In der Walachei brach eine Volksbewegung aus, eine provisorische Regierung wurde eingesetzt, eine Konstitution entworfen. Bedenklich fand in der Moldau Bewegung, die Fürstl scheint Widerstruch zu erheben, und eine türkische und russische Armee rückten ein, wohl nur um die Bewegung zu unterdrücken. Die Fürstenthümer sind für Oesterreich und Deutschland äußerst wichtig. Auch unsere auswärtige Politik muß sich jetzt ändern; das freie Oesterreich kann nicht die Unterdrückung des rumunischen Volkes dulden, das österreichische Sympathien für sich hat, da ja walachische Truppen für uns kämpfen. Ich frage also, ob das Ministerium vom eigentlichen Charakter der kürzlich gegen Volksbewegung unterrichtet sei; welche Politik es der provisorischen Regierung und den Schutzmächten gegenüber einschlagen wolle; ob eine rumunische Devutation um Hilfe hergesandt, ob sie gehört ward, oder doch Hoffnung dazu bat; ob die Vorbedingungen gerroffen, um die dortigen Oesterreicher zu schützen: ob das Ministerium Erhebung angeordnet über das in der Presse gemeldete Benehmen des fremden österreichischen Agenten? (Bravo.) Minister von Wessenberg. Was den historischen Theil der Interpellation betrifft, so kann ich folgende Auskunft geben: Als in der Walachei die rumultuarische Bewegung der bestehenden Regierung ein Ende machte und in Folge derselben der Hospodar Fürst Bibesko auf seine Stelle resignirte, eradicten die beiden Schutzmächte die Pforte und Rußland, den bestehenden Verträgen gemäß nöthig zur Vermeidung größerer Unruhen einzuschreiten. In der Walachei constituirte sich eine provisorische Regierung, welche aber von der Pforte als illegal erklärt wurde; dieselbe ernannte in der Person des Suleiman Pascha einen Bevollmächtigten, welcher die Einsetzung einer interimistischen Regierung und Staatsbaterschaft veranlaßt, die auch bereits am 26. August ihr Amt antrat. Suleiman Pascha wurde hiervon mittelst Circular der Anzeige, und ersuchte, daß jetzage Staatshalterschaft von der Pforte einstweilen als die Regierungsbehörde anzusehen sei. Ich habe Ursache zu glauben, daß die gegenwärtige Regierung in der Türkei sehr geneigt ist, dem walachischen Volke wesentliche Erleichterungen zu verschaffen, wofür mir auch der Charakter der Premaisters an der Spitze stehenden Staatsmannes, Mehmed Pascha, Mi Pascha, Minister des Auswärtigen, und Risaat Pascha, der freisinnigsten Männer in der ganzen Türkei, bürgt. Was das Benehmen der österreichischen Regierung bei diesen Ereignissen betrifft, so hat dieselbe nichts verjäumt, die Rechte der österreichischen Unterthanen in den Fürstenthümern zu wahren, um sind ihr deßhalb bereits die bestimmtesten Zusicherungen von der Pforte zugegangen. Den von Unterpolizeiamt Fremdenen förmlichen Deputation von Seite der provisorischen Regierung ist mir nichts bekannt und würde eine solche, da jene bereits wieder aufgehört hat, nunmehr ganz zwecklos sei. Minister Doblhoff. Die auf diesen Gegenstand bezugnehmenden Aktenstücke sind, wie ich sehe, dem Hrn. Minister des Aeußern noch nicht vorgelegt worden, wogegen ich in der Lage bin darüber die nöthigen Auskünfte zu ertheilen. Bezüge Verfassung eines österreichischen Unterthans, und zwar eines Galizianers, welcher sich in Jassy als Schreibkraft anbietet, hat wirklich stattgefunden, ohne daß der österreichische Agent hiervon in Kenntniß gesetzt worden war. Unser Agent erhielt auf anderm Wege die Nachricht, reklamirte den Angehaltenen, welcher sich aber zwei russische Soldaten zur Desertion verleitet haben sollte, und nun erhielt ihn auch mit der Bemerkung, daß dem Oesterreicher Nichts zugefolgt, daß das Nationale unbekannt war. Die Reklamation war nämlich aus dem doppelten Grunde gefallt, weil die Verhaftung nicht von der ordentlichen Behörde erfolgte, und eine Mittheilung an den Agenten unterblieb. Dem letztern sind die für einen solchen Fall vorgezeichneten Weisungen ertheilt worden. (W. Z.)

Die „Innsbrucker Zeitung“ schreibt unterm 30. Aug.: „Wie wir vernehmen, findet so eben in Salzburg eine Art Provinzial-Synode zur Berathung über katholisch-kirchliche Interessen unter dem Vorsitze Sr. Em. des Kardinal Erzbischofes, Primas von Deutschland statt.

Oesterreichische Monarchie.

* Ueber die Zustände in Mailand erhalten wir weitere Aufschlüsse durch Berichte aus Verona vom 28. Die entsthönen Einwohner, jetzoch mit Abnahme vieler reichen Adelis, die nur durch ihre Flucht sich vor der Volkswuth gerettet hatten, kehren allmälig zurück. Den Adligen der Adelis, aus denen man in den Märztagen so verrätherisch auf die österreichischen Truppen geschossen hatte, sind diese jetzt bequem untergebracht. So hat man jetzt ein herrliches Spital mit ganz neuen Meubeln im Roccoro-Geschmack im Palast Borromeo mit 800 Betten und ein zweites mit 600 Betten im Palaste Medeelli. Der Saal der Mailänder gegen die Farben und ihren König Karl Albert wächst von Tag zu Tag, und gibt sich bei jeder Gelegenheit kund. Am 28. Aug. ist aus Wien auch das herrliche Grenadierbataillon Rienmüller zu Verona eingetroffen.

Italien.

* Die Dinge in Rom scheinen sich immer mehr zu verwickeln. Die Berichte der Allgemeinen Zeitung von dort reichen bis 22. Von einem durch Genueser Blätter vom 23., nach Berichten von Neisenden (die mit dem Dampfer „Arno" aus Civita Vecchia in Genua anlangten) erwähnten Aufstande, in welchem mehrere Kardinäle getödtet, andere zur Flucht genöthigt worden wären, melden jene Berichte nichts. Dagegen schildern Briefe und Zeitungen aus Verona vom 28. übereinstimmend die Lage des Papstes als immer bedenklicher werdend. Sein Entschluß halten in der That auf einmal die Stadt verlassen, nämlich Gigli, Ferretti, Offoni, Lambruschini und Della Genga. Ein Gerücht will dem Kardinal Ferretti sogar den (sehr unwahrscheinlich klingenden) Plan bei, ein Conclave in Malta zusammenzurufen in der Absicht, dort zu einer neuen Papstwahl zu schreiten, im Falle der Tod des h. Petrus erledigt würde. In Verona machten diese Gerüchte großen Eindruck, „aus nicht der unlautersten Quelle" — sagt der Tyroler Bote — sprechen jetzt ohne Rückhalt über die zweideutige Haltung des Papstes, und sagen, er könne nichts Besseres für Staat und Kirche thun, als von dem päpstlichen Stuhle zurücktreten."

Schweiz.

Während laut offiziellen Berichten vom Vorort an der französischen Grenze bei Genf die sämmtlichen italienischen Flüchtlinge in Kolonnen von 200 Mann eingelassen, ihnen Aufenthaltsorte angewiesen und Unterstützungen verabreicht werden, — verbleibt laut bestimmter Erklärung der Behörde in St. Louis an der französischen Grenze bei Palei die frühere Bestimmung in Kraft, daß nur solche Italiener eingelassen werden, die mit Geld und Pässen versehen sind. Es ist aus verschiedenen Aeußerungen anzunehmen, daß die italienischen Flüchtlinge eben nur in den an Savoyen und Piemont grenzenten Departementen und namentlich nur in möglichst größter Entfernung vom Paris wollen gezählt und unterstützt werden. Dagegen macht der Vorort die wichtige Mittheilung eines Schreibens des österreichischen Gesandten Kaiserstein, worin derselbe bestimmte Erklärung Rudezky's als italienischen Flüchtlinge, welche österreichische Unterthanen sind, frei, ungehindert und ohne alle Gefahr gerichtlicher Verfolgung heimkommen können, unter der einzigen Bedingung, sich in ihren Heimathsgemeinden zu stellen und dieselben einstweilen nicht zu verlassen.

(Bas. Ztg.)

Aus der deutschen Schweiz, 25. Aug. Unserer Revolutionspartei ist durch die Siege des alten Radetzki übel mitgespielt, und sie kann die aus Italien einlaufenden Berichte fast nicht verwinden, denn diesmal begreift auch Gog und Magog, daß das große Loos seinen Herrn nun allbereits gefunden hat. Bei dieser Gelegenheit geräth man nun einander selbst in die Haare: die Blätter der HH. Fazy und Druey, die Organe des Radikalismus in der welschen Schweiz (und dieser ist ein Uebel des Schweizer-Volks von dem großen Pariser Konvenen), fallen über die deutschen Schweizer recht erbost her. Sie müssen nun an dem Unsterne der Italiener Ursache sein; denn wäre ein Korps Schweizer nach Italien marschirt, wie man in Genf und Lausanne wollte, so stände jetzt kein Oesterreicher mehr jenseits der Alpen. Die Angeschuldigten bethenern nun ihre italienischen Sympathien aufs eifrigste, finden aber doch, daß es für die Schweiz eine höchstverderbliche Nothwendigkeit gewesen wäre, mit Oesterreich anzubinden und einen allgemeinen Krieg zu entzünden. Diese Vorwürfe machen um so unwirscher, als man in der Sache doch nicht ganz sauber ist; die Desertion der Italiener im Vorarlberg wurde wenigstens ziemlich laut begrüßt, die Meisläufer nach Venedig und Mailand werden nirgends angehalten, — und sollte es denn gänzlich aus der Luft gegriffen sein, daß noch in der letzten Zeit von dem für 70,000 Schweizerfranken Munition nach Italien ging, die nun den Oesterreichern zu gute kommt, die sie wohl schwerlich bezahlen werden? Die Schweizer in Italien vermehren diesen Aerger; die Meisläufer rühmen sich zwar wohl, daß sie sich mit den Oesterreichern tapfer geschlagen hätten, bestreuen aber auch auf's bestimmteste Weigerung, sich in Italiener eben so feige als unbändige Weise, wie sie die Italiener eben so feige als unbändige Wichte seien; Dasselbe berichten die Soldbruppen im Dienste des Papstes, die nur noch den unmittelbaren Befehlen desselben gehorchen wollen. Nun kommen so eben die zwei Abgeordneten von Neapel zurück, welche von Bern und dahin geschickt wurden, um die Barrikadenstürmer zurecht zu setzen. Die Herren benehmen sich ziemlich kleinlaut; sie bedauern, haben dort ihre Pflicht gethan, und

Nr. 58.

Neue Münchener Zeitung.

Sonntag den 3. September 1848.

Abonnement: Ganzjährig 8 fl. Halbjährig 4 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einschaltungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Deutsche Reichsversammlung.

λ Frankfurt, 31. Aug. Der vom Aleist Justizminister Rob. Mohl heute vorgelegte Ausführungsgesetzentwurf in Betreff der Errichtung eines Gesetzhofes zu Veröffentlichung der Reichsgesetze wurde sogleich dem Gesetzgebungsausschusse zur Prüfung und Begutachtung überwiesen. Denselben wird zugleich aufgegeben, über die Vorfrage sich gutachtlich zu äußern, ob dem Ministerium das Recht zustehe, Gesetzentwürfe einzubringen. Nachdem noch einige Ausschußberichte angezeigt waren, geht man zur Tagesordnung über. Bei der nun vorgenommenen Wahl des Präsidenten der Reichsversammlung für den Monat September ward im 1. Skrutinium Heinr. v. Gagern zum Vorsitzer mit 396 unter 436 Stimmen erwählt. Von den übrigen Stimmen fielen 31 auf v. Hermann von München, 2 auf Simon v. Trier, 2 auf Blum u. s. w. Der viel man erhielt, war Hermann der Kandidat der äußersten Linken. Zum ersten Stellvertreter wurde ebenfalls im 1. Skrutinium v. Soiron mit 284 Stimmen von 435 Votanten ernannt; 141 Stimmen fielen auf v. Hermann, 3 auf Gr. Simon von Breslau u. s. w. Ein Theil der Linken gab nach der Wahl eine Erklärung zu Protokoll, in welcher sie sich gegen die Nachtheile verwahrt, die aus der Präsidentschaft Soirons entstehen können, da er durch sein bisheriges Benehmen seine Unfähigkeit zu präsidiren bewiesen habe. (Gelächter auf der Rechten.) Hermann war der Kandidat der drei Fraktionen der Linken, die zur Zeit bestehen. Soiron wurde wohl vorzüglich in Rücksicht auf die gegen ihn erhobene, noch nicht entschiedene Anklage der Linken wegen seines Verfahrens in der Amnestiefrage von den Letztern wieder gewählt; wäre diese Anklage erledigt gewesen, so hätte die Majorität wahrscheinlich anders gewählt. Als zweiter Stellvertreter ging v. Hermann aus Wien mit 270 unter 417 Stimmen aus der Urne hervor; die übrigen Stimmen vertheilten sich auf Heinrich Simon von Breslau (108), auf Radowitz (15), Simson von Königsberg (13), Blum (2), Heinr. v. Gagern dankte für seine abermalige Wiedererwählung mit folgenden Worten: „Ich danke Ihnen für das Zutrauen, mit der Sie meine bisherige Geschäftsführung beurtheilt haben, und sie das Vertrauen, das Sie mir von Neuem ertheilen. Ich hoffe, daß ich auch in meiner neuen Geschäftsführung mich leiter nicht unwerth zeigen werde." v. Soiron, dessen Wahl die Linke mit Zischen begrüßte, sprach: „Ich danke Ihnen, daß Sie nur Ihr Vertrauen erhalten haben; ich werde meine Pflicht wie bisher üben." v. Hermann äußerte sich: „Ich danke für das erneuerte Vertrauen, mit welchem Sie mich wieder zum Gehilfen des edlen Mannes ernannt haben, den Deutschland mit Stolz an Ihrer Spitze sieht. Ich werde mich stets bestreben, nach der Geschäftsordnung Ihren Willen zu ergründen und zu vollziehen." — Für den Flottenbau sind wieder gegen 7500 fl. an Beiträgen, darunter von Deutschen aus Amerika, eingelaufen. — 66 wird heraus aus Tirol, Ihnen über den zweiten Bericht des Ausschusses für Geschäftserleichterung, über die Art der Ernennung der Ausschüsse geschrieben. Es sind zu dem Ausschußantrage verschiedene Verbesserungsanträge gestellt. An der Diskussion nehmen Theil Wurmfeld, Spaß, Degenkolb, Neubauer, Pfeiffer von Aramsdorf, Vogel aus Tübingen, v. Lindenau. Der Ausschußantrag wird angenommen. — In einer der letzten Sitzungen hatte v. Soiron Bericht erstattet über eine dem Finanzausschusse von Seite des Frankfurter Senats gemachte Vorlage von 2000 Gulden. Die Nationalversammlung beschließt, den Betrag mit Dank zurückzuerstatten. Ferner wird nach einem bereits früher von Jaskel aus Stuttgart gestellten Antrag, den Finanzgerichtshof für seine patriotische Aufopferung der Dank der deutschen Nation ausgesprochen. (Beifall.) Zugleich sollen den Mitgliedern des Finanzausschusses aus der Reichskasse Reisegelder, wie den Mitgliedern der Nationalversammlung und drei Thaler Tagegelder gezahlt werden. Schluß der Sitzung 2 Uhr. Tagesordnung der morgendlichen Sitzung: 1) Beantwortung von Interpellationen durch die Reichsminister, 2) Berathung über den Bericht des Geschäftserleichterungs-Ausschusses wegen Wiedereröffnung der Galerien, 3) Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte.

Bayerische Verhältnisse.

** Wir glauben die Aufmerksamkeit der königl. Staatsregierung auf die Angaben eines Artikels der „Augeburger Abendzeitung" aus Basseedoeuvre vom 30. August mit der Bezeichnung „Eingesandt" hinlenken zu müssen, der in seiner ziemlich verworrenen und selbst Widersprüche enthaltenen Fassung lautet, wie folgt: „Im hiesigen Landcasino bestehet wie durch Oberösterreichervereinen der Entwurf einer Adresse unter den Bayern allenthalben umhergetragen und verbreitet, so wie dieselben aufgefordert, solche zu unterzeichnen. Wer von den Bauern beim Vorsteher nicht erscheint, wird mit einer Geldbuße von 1 Reichsthaler belegt. Auf das Begehren der Bauern, daß man ihnen den Inhalt und die Form der Adresse selbst vorlesen wolle, erhalten sie von den Verbreitern die Antwort, das hierüber sie nicht zu hören, sondern in den Grn. Landrichter Gärten befinde. Man trägt nur leere Bogen Papier zur Unterschrift umher und zwar aus dem Grunde, weil man in München dem König seinen Schatz nehmen will. Ferner wird den Bauern gesagt: „Sie sollt durch euere Unterschrift nur kund geben, ob ihr einen König oder eine Republik wollet. Wer sich unterschreibt soll für einen Monarchischgesinnten, wer nicht, bezeichnet sich als einen Republikaner, dessen Unterschrift man nicht braucht." Natürlich unterschreiben sich auf diese Bewegungsgründe hin fast alle Bauern bis auf jene, von denen man sie gut befindet, sie zum Unterschreiben gar nicht aufzufordern."

Wer haben schon oben auf die Widersprüche hingewiesen, welche dieser Artikel enthält, und die seinem unterstützen Leser entgehen werden. Wir sind sonach deshalb weit entfernt, den Angaben des Artikels sofort Glauben zu schenken. Aber die Sache ist jedenfalls der Art, daß sie einer Aufhellung bedarf, und wir hegen die vertrauensvolle Ueberzeugung, daß die Staatsregierung dafür Sorge tragen wird, die Wahrheit zu Tage zu bringen. Sind die angeführten Thatsachen wahr, dann wäre unseres Erachtens vollgültigmenter Anlaß zum Einschreiten gegen die Anhetzer und Beförderer von derlei Umtrieben, wie sie der Artikel anbeutet, gegeben. Wenn es die Ruhe und Ordnung zu solcher Aufrechterhaltung und Unterstützung dafür hielten, wollen und können wir hier nicht untersuchen; wenn aber das Verfahren für Sammeln von Unterschriften wirklich so ist, wie der angezogene Artikel angibt, so erscheinen dieselben als sehr verwerflich, und geeignet den Verdacht eines beabsichtigten Druckes auf die Volksfreiheit in dessen Verbindung man sich noch dazu der allerlei verwerflichen Mittel des Betrugs und der Täuschung bedienen würde. Der königl. Landrichter zu Aufenburg wird direkt als bei der Sache betheiligt bezeichnet; schon im Interesse dieses Beamten, der nicht den Anschein auf sich haben will, als ob seinem Streichen der Verschämung [illegible] preisgegeben bleiben darf, ist es nöthig, daß die Wahrheit aufgehellt werde. Diese Verschämung oder Entstellung der Thatsachen von Seite des Einsenders des fraglichen Artikels vor, so müssen auf einen die nothwendigen Folgen davon zurückfallen, und die „Augsburger Abendzeitung," welche sich zum Organ der Verschämung hergegeben habe, würde der Verpflichtung nicht enig ten können, den Urheber einweser zu nennen oder selbst als verantwortlich für ihn einzustehen. So wenigstens begreifen wir die Sache.

Wir haben über die Vorfälle des 21. August und namentlich über die Bedrohung der Hofequipagen Gerüchte wegen des Hauptzweges, die als Vorwand zu Herbeiführung der traurigen Vorgänge jener Tage benutzt wurden, unser unabhängiges Urtheil ausgesprochen. Die Wahrheit darüber ist jetzt aus dem Nebel, in den die Volksfeinde sie zu hüllen suchte, vollkommen hervorgetreten. Das öffentliche Urtheil steht nun darüber fest. Wir sind den Pöblern mit Entschiedenheit entgegengetreten, die uns mit denselben moralischen und materiellen Anarchie begleiten wollten, welche man eben jetzt in Wien abzuschlichten beginnt; die aber in Berlin noch gewaltig ihr Unwesen treibt. Wir werden nicht minder entschieden denen entgegentreten, welche sich vertuschen möchten, jene beklagenswerthen Vorfälle vom 21. August in anderem Sinne darstellen zu wollen, als sie wirklich waren. Wir wollen wie die Ordnung so auch die auf das Gesetz begründete Freiheit; wir wollen Oeffentlichkeit und Wahrheit rechts wie links; wir erkennen nur einen Weg als den rechten, und dieser ist der gerade. Jeden Schleichweg aber halten wir für verwerflich. Wohldienend sind Stimmenschleicherei aber sind Schleichwege, die nun und nimmermehr gute Früchte werden können. Diese unsere Ansichten, unsere Gesinnungen — wir wissen dies — werden auch von der Staatsregierung gebeilt und darum sprechen wir noch einmal die vertrauensvolle Ueberzeugung aus, daß jedem Theil das ihm gebührende Recht widerfahren werde.

Deutschland.

Bayern. ± München, 3. Sept. Der biderbe Geschäftsträger der französischen Republik am hiesigen Hofe, Herr Klein, wurde gestern Nachmittag halb 4 Uhr von Sr. Maj. dem Könige im Audienzsaale Nymphenburg empfangen, um Allerhöchstdemselben sein neues Beglaubigungsschreiben als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der französischen Republik zu überreichen. Hierauf liegt die öffizielle Anerkennung der französischen Republik von Seite Bayerns.

**München, 2. September. In einem Artikel der „Neuen Münchener Zeitung" vom 26. v. Mts. Nro. 51, welcher die Umwahrheit des verbreiteten Gerüchts: es sei den Münchener Fleischern eröffnet worden, entweder für das Gewerb 14 fl. und für den Stuhen 17 fl. zu bezahlen, oder dieselben abzuliefern, mit allem Rechte ausspricht, wird in einer Note bemerkt, zu jener Erfindung möge vielleicht die Thatsache Anlaß gegeben haben, daß einigen Fleischern in der Pfalz, welche die zu sie abgegebenen Gewehre eigenthümlich zu erwerben wünschten, von der betreffenden Militärbehörde der verlangte Preisbetrag kouvant mitgetheilt worden sei. Dieser letzte Satz bedarf in so ferne einer Berichtigung, als eine solche Anregung wohl stattgefunden hat, die Mittheilung eines Preisbetrages von der betreffenden Behörde jedoch nicht erfolgt ist, und auch nur für den Zweck erfolgen kann, daß für den möglichen Fall zu Verkauf gelangender Gewehre der Betrag des schuldigen Ersatzpreises bekannt werde. —

**München, 2. Sept. Wir freuen uns zu vernehmen — wie wir übrigens nicht anders erwarten konnten — daß die beiden Mitglieder, welche der Münchener „Bürgerverein für Freiheit und Ordnung" zu der Volksversammlung nach Nördlingen als seine Abgeordneten gesendet hatte, dort als würdige Vertreter der wahrhaft konstitutionell-monarchischen Gesinnungen desselben sich bewährt haben. Die HH. Oberwegner und Derpff haben an der Debatte über die Grundsätze, welche bekanntlich aufgestellt wurden (man sehe unser gestriges Blatt) keinen Theil genommen, und sich bei der Abstimmung über Satz 1 unter der Minderheit befunden, welche aus den Abgeordneten der Hauptstadt des Kreises bestehend, vertreten konstitutionell-monarchischen Vereine befand. Wie sind im Voraus überzeugt, daß dem Verhalten der beiden ehrenwerthen Abgeordneten von Seite des Bürgervereins, dem sie in dessen Sitzung heute Abends Bericht über ihre Sendung erstatten werden, eine eben so eklatante Zustimmung zu Theil werden wird, als sie der Würzburger konstitutionelle Verein seinen im gleichen Falle befindlichen Abgeordneten schon gegeben hat (vergl. den folgenden Artikel aus Würzburg). Wir versehen bei diesem Anlasse noch einmal es auf, daß in unserer Zeit das Hände-Zugeln nach zwei Seiten hin, die Halbheit nimmermehr zulässig ist: wo Grundsätze ins Spiel kommen, die sich gegenseitig ausschließen, da ist keine Transaktion möglich. Der republikanische Radikalismus aber und die konstitutionelle Monarchie sind so wenig vermöglicht miteinander als Feuer und Wasser. Wer beide Elemente zugleich anfassen zu können meint, der ist entweder brillos verblendet, oder ein Verräther an der einen oder an der andern Sache. Das ist offenbar auch die Meinung des „Bürgervereins für Freiheit und Ordnung" und aller, die überdauert Grundsätze haben, denen es damit Ernst ist. Die politischen Scharlatane aber, die zwei Fahnen in der Tasche tragen, um je nach Umständen, und je nachdem dieß ihren selbstsüchtigen Berechnungen zusagt, die eine oder die andere zu entfalten, enden immer damit, daß sie von beiden Seiten um Hohn verworfen werden. Wer sich zwischen zwei Stühle setzt, der kann der Gefahr nicht entgehen, am Ende gar keinen zu haben, auf den er sich setzen könnte. Die Geschichte aller Zeiten beweist die Wahrheit dieses Erfahrungssatzes; aber es gibt freilich Leute, für welche die Geschichte, wenn auch nicht ein ungelesenes, doch unbegriffenes Buch bleiben zu sollen scheint.

Würzburg, 31. August. In der gestrigen Sitzung des konstitutionellen Vereins erstatteten die beiden Abgeordneten desselben nach Nördlingen, Bericht über das Resultat ihrer Sendung. Der hiesige konstitutionelle Verein gebort zu denen, welche in Bezug auf die Angabe des Zweckes der Versammlung: die heilsame Grundsätze sind für Gründung einer wahren und kräftigen Einheit des deutschen Volkes, die Einführung des Prinzips der Humanität und der gleichen Berechtigung in allen gesellschaftlichen und bürgerlichen Verhältnissen, die entschiedene Durchführung des demokratischen Prinzips in den Einrichtungen des deutschen Vaterlandes" bistimirten. Professor Hofmann gab nun in seinem Vortrag die Gründe an, weßhalb die Abgeordneten bistimirten, besonders deßhalb, weil die Fassung nur scheinbar eine unverfänglicht gewesen, und einer Auslegung fähig sei, die dem Zwecke des hiesigen Vereins entgegen sei." Am Schlusse wurde durch Akklamation das Verhalten der Abgeordneten in Nördlingen gebilligt. (N. W. Z.)

Preußen. ○ Berlin, 29. August. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung interpellirt Abg. Jonas das Justizministerium: ob dasselbe bereit sei, eine den veränderten öffentlichen Zuständen entsprechende Vorlage über die Bestrafung der politischen Verbrechen und Vergehen in möglichst kurzer Frist einzubringen. Der Justizminister erklärt: daß er die Nothwendigkeit einer Aenderung der materiellen Gesetze anerkenne, dieselbe aber eben so nöthig erachte in Betreff der formellen Gesetzgebung; diese Aenderung der formellen Gesetzgebung werde besonders in der Einführung von Geschwornen. (Brave!) Er würde schon eine Vorlage dieserhalb gemacht haben, wenn es ihm nicht bekannt gewesen wäre, daß Mitglieder der Versammlung mit der Ausarbeitung eines Preßgesetzes beschäftigt wären; übrigens sei auch das Ministerium mit einer bezüglichen Vorlage, wie sie der Hr. Interpellant wünsche, beschäftigt, und werde Mitgliedern der hohen Versammlung zu deren vorläufiger Besprechung und Berathung zugehen. Waldeck als Beisitzender der Verfassungskommission theilt mit, daß von dieser Kommission ein Preßgesetz entworfen sei. — Man geht zur Tagesordnung über. — Zu §. 8 des Bürgerwehrgesetzes stellen Moritz und Kehl das Amendement: „Jedem 21jährigen Preußen die Berechtigung und das Recht zum Dienste in der Bürgerwehr desjenigen Gemeinde, in welcher er seit wenigstens 6 Monaten seinen Wohnsitz habe, zu ertheilen." Der Justizminister erklärt sich gegen den Kommissions-Entwurf. Der Justizminister erklärt, daß man einen einjährigen Aufenthalt im Gesetze bestimmt habe, um das Bürgerwehr-Gesetz mit der Kommunal-Ordnung in einer gewissen Zusammenhang zu bringen. Es sei jedoch gegen etwaige Abänderungen Nichts einzuwenden. Die Majorität entscheidet sich für den Kommissionsvorschlag, welcher lautet: „Jeder Preuße muß volljährig 24 und vor zurückgelegten 50 Lebensjahre ist, unverhaftlich zur unentgeltlichen Leistung der Militärpflicht, zum Dienste in der Bürgerwehr derjenigen Gemeinde berechtigt und verpflichtet, in welcher er seit wenigstens 1 Jahre sich aufgehalten hat." Als Zusatz zu diesem §. wird angenommen: „Derjenige, welcher bereits an einem frühern Aufenthaltsorte Mitglied der Bürgerwehr war, ist in dem neuen Aufenthaltsorte ganz Gemeinde, einer im diesem Dienst befindlichen Militärperson, einer Privatperson und Gefangenwärters in einer Gefangenen-Anstalt". § 10 welcher lautet: „Zum Dienst sind nicht verpflichtet: 1) Minister, 2) Geistliche, 3) Grenz-, Zoll-, Steuer-, Forstschutz- und Postbeamte, 4) Eisenbahnbeamte, 5) Soldaten" wird angenommen. Mehrere dazu gestellte Amendements, die Beamte, Krankenwärter, Apotheker, Lehrer an Pensionsanstalten ꝛc. ꝛc. ausschließen, werden unrichtigerweise oder verworfen. Zu §. 11, welcher lautet: „Ausgeschlossen von der Bürgerwehr sind Diejenigen, welche sich in Folge rechtskräftiger richterlicher Erkenntnisse nicht im Besitzes der bürgerlichen Rechte befinden —" wünscht der Abg. Behnsch den Zusatz, daß die Verweigerung des im §. 7 festgesetzten Eeidmissel nicht von der Bürgerwehr ausschließe. Der Justizminister erklärt sich gegen diesen Zusatz, das Gelöbniß der Treue gegen den König sei beschränkt nur durch das Gelöbniß des Gehorsams gegen die Verfassung und die Gesetze des Königreichs. Ein solches Gelöbniß könne Jeder ablegen, der es mit der Verfassung aufrichtig meine. Plönnis und Forstmann sprechen sich ebenfalls gegen den Zusatz zu §. 11 aus, der von der Majorität verworfen wird. Der Absatz II. : Stammlisten der Bürgerwehrpflichtigen (§§. 12 und 13) wird wie ihn die Kommission entworfen angenommen, nur wird zu §. 13 anstatt „Gemeindevorsteher" „Gemeindevorstand" gesetzt. Absatz III. Dienstleistsen der Bürgerwehrpflichtigen (§§ 14—21) wird angenommen. Nur der §. 16 erfährt durch Unruhe Amendement eine Aenderung. Derselbe lautet nunmehr: „In allen Gemeinden, in welchen die Gesammtzahl der für den laufenden Dienst verwendbaren Männer den 20. Theil der Bevölkerung übersteigt, hat die Gemeindevertretung das Gesetz, die persönlich dienstpflichtige Mannschaft auf diesen Theil der Bevölkerung zu beschränken. Macht sie von dieser Befugniß Gebrauch, so muß sie durch das Loos einen Wechsel des Dienstes in der Art feststellen, daß alle für den laufenden Dienst verwendbaren Männer innerhalb des Jahres, sie welches die Dienstliste gilt, nach und nach an die Reihe kommen. Ein solcher Wechsel bei dem jedesmaligen Wechsel nicht mehr als ein Drittel ausscheiden; auch müssen alle Altersklassen möglichst nach Verhältniß der darin vorhandenen Zahl von Bürgerwehrmännern gleichzeitig herangezogen werden." Auch Absatzmit IV., welcher jedem Bürgerwehrmann die Pflicht auflegt, den Dienst in Person zu leisten und die Mitglieder der Nationalvertretung von Dienst während der Dauer der Versammlung entbindet, wird einstimmig angenommen. Ebenso Absatzmit V. Bildung der Bürgerwehr. Enthält die Eintheilung der Mannschaften in Bataillone, Kompagnien, Züge und Rotten. Eine Rotte hat 10—20 Mann unter einem Rottenführer; 2—4 Rotten bilden einen Zug unter einem Zugführer, 4—6 Züge eine Kompagnie unter einem Hauptmann, 3—6 Kompagnien (400—800 Mann) ein Bataillon unter einem Major. In jedem Kreise, sowie in jeder Stadt, die 2 oder mehrere Bataillone zählt, führt ein Oberst den Oberbefehl. Wenn sich in einer Gemeinde wenigstens 15 oder in einem Kreise wenigstens 60 Wehrmänner finden, die auf eigene Kosten ein berittenes Korps bilden wollen, so treten sie in Züge zusammen unter einen Zugführer, 2—4 Züge (61—12) Mann) bilden eine Eskadron unter einem Rittmeister. Auf den Antrag von Jacobi wird beschlossen, die Diskussion der §. 43, welcher den Bürgerwehr freistellt, auf ihre Kosten Artillerie bei sich einzuführen, bis nach der Beschlußfassung über den §. 59 (von den Kosten der Bewaffnung) auszusetzen. Eine längere Debatte knüpft sich an Absatzmit VI. (Wahl und Ernennung der Vorgesetzten.) Der Entwurf schlägt vor: §. 44: „Die Aufführer der Bürgerwehr bis zum Hauptmann einschließlich werden von allen Bürgerwehrmännern der Dienstliste (§. 15) erwählt." Behrends stellt das Amendement: die Worte „bis zum Hauptmann hinauf einschließlich" zu

streichen. Unterstützt. Ebenso ein Amendement von Kehl: „die Anführer der Bürgerwehr bis zum Major einschließlich werden von allen Bürgerwehrmännern der ersten Dienstliste gewählt". Es entspinnt sich eine längere Debatte an welcher viele Mitglieder und auch der Justizminister Mäurer Theil nehmen. Auf Siebert's Antrag wird namentliche Abstimmung beschlossen. Für Streichung der Worte: „bis zum Hauptmann hinauf einschließlich" stimmen 70, dagegen 59; gestellt haben 15. — Da nach Eröffnung dieses Resultates wegen Abwesenheit vieler Mitglieder die Vertagung nicht mehr beschlußfähig erscheint, so wird die Abstimmung über den §. nach der Fassung des Entwurfs auf die nächste Sitzung ausgesetzt.

††Berlin, 30. Aug. Hr. v. Auerswald ist gestern früh nach Kopenhagen abgereist, um König gegangen, um die Waffenstillstandsübereinkunft mit Dänemark (geschlossen am 26. zu Malmoe) zur Ratifikation vorzulegen. Diese Ratifikation ist bereits gestern Abend erfolgt. In einem heute Morgen stattgehabten Ministerrathe wurde beschlossen, daß General von Below morgen nach Lübeck mit denselben abgehen solle. Die Uebereinkunft ist von Seite Dänemarks unterzeichnet von Hrn. v. Bille und preußischer Seite von Hrn. v. Below. Die Stipulationen der erstvorgeschlagenen Uebereinkunft, die bekanntlich nicht zu Stande kam, haben mancherlei Modifikationen erlitten. Die Truppen von Schleswig-und-Holstein erhalten in ihren bisherigen Verhältnissen zu verbleiben, die ersteren werden zur Verfügung der neuen provisorischen Regierung gestellt, die holsteinischen dagegen auf die Stärke des gewöhnlichen Bundesbesatzungen zurückgeführt, und der Inspektion eines durch den König von Preußen Namens der Bundes zu ernennenden Generals unterstellt. Was Lauenburg betrifft, so wird dort eine Regierung aus drei Mitgliedern eingesetzt, deren einen vom Könige von Dänemark, einen vom König von Preußen und das dritte durch die ersten Mitglieder ernannt wird. Die Reichstruppen so wie die dänischen verlassen diese Herzogthümer, so daß nur die einheimischen zurückbleiben; jedoch können 20:0 Mann Reichstruppen in Altona oder einem andern, Orte zur Bewachung der militärischen Etablissements zurückgelassen werden, und eine gleiche Anzahl Dänen wird die Insel Alsen besetzen können. Die Blokade der deutschen Seehäfen wird aufgehoben, sobald zu Lübeck die Ratifikationen ausgewechselt sein werden.

Berlin, 30. August. Die „Grenzeische Zeitung" äußert sich in Betreff des mit Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstandes wie folgt: Wie wir schon vor einigen Tagen angedeutet haben, war es ein dringendes Bedürfniß für Preußen, zum Kriege mit Dänemark so bald als möglich ein Ende zu machen: unsere Schätze und Opferwilligkeit haben gewaltig gelitten, und Preußen konnte sich einen europäischen Krieg auf die Schultern laden, nachdem auch Frankreich und England, im Verein mit Rußland, für Dänemark eingetreten waren. Dieser Krieg würde zunächst nicht Deutschland betroffen haben, denn alle diese Mächte haben den neuen Zustand Deutschlands noch nicht anerkannt und ihre Invasion würde Preußen allein getroffen haben. Unser leitender Gesichtspunkt konnte also nur anders handeln, als daß es die Territorialfrage in Schleswig einzweilen ungelöst ließ und nur auf die für jetzt möglichen Bedingungen ein neues Waffenstillstand abschloß. Dies ist durch die Vermittelung eines besonderen Abgesandten, des Generals v. Below, geschehen. Derselbe ist gestern zurückgekommen und es ist nun zu erwarten, daß die Ratifikationen, die zunächst auf sieben Monate abgeschlossenen Waffenstillstandes bald ausgewechselt werden. Von Frankfurt aus war Preußen, auf seine bestimmten Erklärungen hin, freie Hand zum Abschluß gelassen. — Der Handelsminister hat der Kaufmannschaft gestern folgende Anzeige gemacht: „Die Herren Aeltesten der Kaufmannschaft benachrichtige ich ergebenst, daß es gelungen ist, einen siebenmonatlichen Waffenstillstand mit Dänemark abzuschließen, und die Ratifikation des bereits abgeschlossenen Vertrages Seitens Sr. Maj. des Königs zu hoffen steht. Demgemäß ist nicht nur binnen Kurzem die Freigabe der angehaltenen Schiffe, sondern auch die Wiedereröffnung eines völlig freien Verkehrs zu erwarten."

Das Garde-Jäger-Bataillon ist gestern Vormittag aus Potsdam hier eingerückt und in den Kasernen des Garde-Schützen-Bataillons und der Pionire am Schiffbauer Thore, untergebracht worden. Das 2te Bataillon ging mit dem ersten Wagenzuge um 7½ Uhr aus Potsdam ab, fuhr jedoch nur bis Zehlendorf und marschirte von dort aus hier ein. Am Bahnhofe wartete das Musikkorps und eine zur Einholung bestimmte Deputation der hiesigen Bürger-Schützengilde. Das Garde-Jäger-Bataillon zog mit klingendem Spiele durch die Stadt in die Kasernen. — Wie bekannt gemeldet, fand vorgestern Abend eine Zusammenkunft auf dem Opernplatze statt, es war jedoch die Theilnahme geringer als sonst. Von der Treppe des Opernhauses wurden aufgegende Reden gehalten, die im Angriffsschritt vorrückende Bürgerwehr reichte hin, die Haufen zu zerstreuen, die, nachdem wiederum ein räthselhafter Schuß gefallen war, unter dem Ruf: „Waffen, Waffen!" auseinanderstieben. Der Schuß soll von den Gruppen gefallen sein, nach Andern von Demanden an der Wache, leicht verwundet, nach Anderen aber gar keine Verletzung hervorgebracht haben. Abends waren wiederum viele Menschen unter den Linden, ohne daß indeß Exzesse vorgekommen wären. — Das Ergebniß der zur Untersuchung der Schweidnitzer Vorfälle von der Nationalversammlung niedergesetzten Kommission soll für das dabei betheiligte Militär nicht ungünstig sein. Es wenig will auch die Annahme dieser Kommission und darauf erfolgte Absendung einer Deputation nach Schweidnitz gebilligt haben, so würden wir dennoch die Sendung der letzten für nöthig und sie gerechtfertigt halten, wenn es ihr gelungen sein sollte, den Urheber der „geheimnißvollen Schüsse", die wiederholt, auch in Schweidnitz das Zeichen zum Blutbade gaben, zu ermitteln. Mit den verhängnißvollen Schüssen, welche am 23. Februar vor dem Hôtel des Capucins in Paris fielen gelangte eine zweite wichtige Revolution der Neuzeit schnell an das Tageslicht, und man muß gestehen, daß diese Entdeckung, „wie man auf die leichteste und den Meuchelmördern sicherste Weise Konflikte herbeiführen kann", seitdem genügend ausgebeutet wurde. Baden nicht überall, vom Februar bis heute, „geheimnißvolle Schüsse" von innen — niemand weiß woher? Es kamen und wohin sie gingen, das erste Zeichen zum Kampf?, Fielen nicht — um nur von den Ereignissen der letzten Woche zu reden — diese Schüsse in Schweidnitz, in Düsseldorf, Trier? Und war schon am 21. August vor dem Hotel des Hrn. v. Auerswald, vor schon vorgestern Abend am Opernhause? Sollte die Schweidnitzer Kommission den Schlüssel zu diesen, sich merkwürdiger Weise durch ganz Europa wiederholenden Katastrophen Erscheinungen gefunden haben, so werden wir gerne unser früheres Urtheil über ihre eventuelle Wirksamkeit zurücknehmen.

Oesterreich. *Wien. Am 30. Abends hatte der Reichstag noch nicht abgestimmt über den Antrag Kundlich's. Man rechnete auf etwa 60 Stimmen Mehrheit zu Gunsten des Ministeriums und zogen das Amendement Beiaks, der gegen alle Entschädigung ist. Es herrschte gestern und heute vollkommene Ruhe. Batthyany und Deak sind in der größten Bestürzung hier angekommen. In der Masse wächst den Angst dagegen, seine Truppen will den Slavonieren verweigert hat, und zwei Regimenter verließen bereits gegen St. Tomas aufgebrochen sind. Die beiden Abgeordneten wollen in ihrer Rathlosigkeit Hilfe, Vermittlung und Gott weiß, was Alles: denn bricht der Bannst in Persen von Agram auf, so dürft die ganze sinnliche Magyarenpartei zusammen.

Der wahre Zweck der Sendung der ungarischen Minister Batthyany und Deak nach Wien geht hervor aus einer Korrespondenz der Allg. Österreichischen Zeitung aus Pesth, nach welcher die öffentliche Meinung in Bezug auf die Wiedervereinigung des ungarischen Kriegsministeriums mit dem österreichischen kaiserlichen sich dergestalt gewendet hat, daß die Lösung dieser Frage nächstens von Wien zu erwarten ist.

Belgien.

⊙ Brüssel, 30. Aug. Gang ruhig beschäftigt sich noch mit unserm eben so ephemeren als geheimnißvollen Staate Ludwig Blanc. Derselbe ist im Augenblicke wo ich schreibe, ohne Zweifel schon in London angekommen. Er ließ sich von dem Gesängnisse zu Gent, und der Zudringlichkeit der Neugierigen zu entgehen, in einem Wagen vor die Station Tranchiennes führen, wo er mit dem nach Ostende gehenden Wagenzug abreiste. Während der ganzen Dauer seiner Haft hörten, die Wirthe nicht auf, Der Gouverneur, der Bürgermeister, mehrere Oberoffiziere und viele Advokaten unterbieten sich der Reihe nach mit ihm, und nichts war seine Furcht Gefangenschaft verfassen konnte, hat ihm genangelt. Im Laufe des Abends kam er zu Ostende an, wo er ebenfalls viele Neugierige anzog. Aber auch dort wimmert er denselben nur eine geringe Aufmerksamkeit. Er hatte nur wenig Geld bei sich, was sich aus dem Erlös seiner Uhrkette zusammen fand. Was man von der bedeutenden Summe gesabelt hat, die er mit sich führte, ist reine Erdichtung. Ich habe mich genau über diesen Punkt erkundigt bei Personen, von denen ich weiß, daß sie gut unterrichtet sind, und kann Ihnen daher Bestimmtes melden. Ludwig Blanc hatte zwei 10 Fr. Scheine und eine kleine Summe in Gold bei sich, was ganz mit der andern Nachricht übereinstimmt, daß er im Augenblicke, wo er Paris verließ, etwa 4300 Fr. bei sich hatte. Fünft 9 Uhr verließ „die Stadt Beiügge" (das Schiff) den Hafen und fuhrte den nun zu traurig berühmten Sozialisten den Küsten Albions zu.

Frankreich.

** Paris, 30. August. Die Nationalversammlung hat heute beschlossen, daß am Montag die Verhandlung über den Verfassungsentwurf beginnen und täglich zwei Sitzungen gehalten werden sollen. — Diese Nacht sind abermalst 400 Juni-Insurgirte nach Havre abgeführt worden. — Zu Tyon wird eine neue Truppendivision zusammengezogen, die angeblich die 5. der Alpenarmee bilden soll, eben so gut aber auch gegen den Oberrhein gerichtet sein kann. Heute noch soll der General ernannt werden, der diese Division befehligen soll. — Die Einzahlung der Schuld, welche am 21. September verfällt, ist bereits von Seite des Schatzes geleistet. Sie nimmt 95 Millionen in Anspruch.

Nachschrift.

**Münchn, 3. Sept. Gestern Nachts 10 Uhr wurde das Bordergebäude der königl. Ergießerei ein Raub der Flammen. Morgen Näheres.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 30. August. 5proz. Metall. 81½, 4proz. 64, 3proz. 48, 2½proz. 41½. 183/4r 500 fl.-Loose 132. 1839r 250 fl.-Loose 90. Bankaktien 1100. Nordbahn 107½. Gloggnitz 96. Venedig-Mailand 76. Budweis —. Linzer 71. Pesth 66. Sieben 58. Anvertrauenbahn 95.

Berlin, 30. August. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 74½ p. 74½ G. Gesp. Präm. Sch. 88¾ G. — G. & z. u. Am. Schuld-P. 74½ G. Berl. Stadt-Obl. 99½ G. — G. Westpreuß. Pfandbr. — 98 G. Großherzogl. Posen. Pfandbr. 4proz. — 99½ G. 3½proz. — 87½ G. Ostpr. Pfandbr. — 85½ G. Pomm. Pfandbr. 90½ G. 90½ G. kur- u. Neu. Pfandbr. 90½ G. 90½ G. Schlesische Pfandbr. — G. Schlesische lt. B. gar. Pfandbr. — G. — G. Pruß. bk. Anth. Sch. 88 B. 88½ a 89 Gem.

Friedrichsd'or 13⅞ B., 13½ G. Ind. Scheine à 5 Th. 12½ B., 12½ G. Disconto 3½ B., 4½ G.

Effectenliste: Berl.-Anhalt AB 88 G. Berl.-Hamburg 69½ bz. u. G. Berl.-Stettin-Stargarter 89½ G. 90 B. Berl.-Potsdam-Magdeb. 58 a 57 bz. u. G. Magdeb.-Halberstadt 103½ G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 54 G. Köln-Minden 77½ bz. u. G. Köln-Aachen 56 bz. Bonn-Köln —. Düssld.-Elberfeld 70 G. Steele-Vohwinkel 37 B. Niederschles.-Märk. 71½ a 71 bz. Niederschles.-Märk. Zweigbahn —. Oberschles. Lit. A 92½ bz. u. G. Lit. B 92½ bz. u. G. Kosel-Oderberg —. Breslau-Freiburg —. Kraf.-Oberschles. 45 bz. Berg.-Märk 58½ G. Stargard-Posen 69 bz.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 86½ a 87 bz. u. G. Stargard-Posen —. Magd.-Wittenberg 42 a 41½ bz. Aachen-Maastricht —. Thür.-Verbind.-Bahn —.

Privatstactien: Berlin-Anhalt. 83 bz. Berlin-Hamburg. 89½ bz. u. G. Berl.-Potsdam-Magd. Aprog. 78½ G., 5 Prog. 87½ a 88 bz. u. G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 83½ bz. u. B. Köln-Minden 90½ G. Rhein. u. Staat gar. —. Rhein. 75½ G. Rhein. Stamm-Prior. 71 G. Düsseldorf-Elberfeld —. Niederschles.-Märk. Aprog. 62 bz. Aprog. 93½ G. Lit. Serie 90 B. Zweigbahn 4½ prog. 70½ G. 5 prog. 76½ G. Oberschles. —. Kosel-Oderberg —. Steele-Vohwinkel 77 G. Breslau-Freiburg —.

London, 29. August. Konsols 85⅞, 86. Lomb. —. Span. Akt. 12½. Aprog. —. Port. —. Portug. Aprog. 20 B. 5 prog. 21½. 22 B. Sprog. —. Holl. Aprog. 71½. 5 prog. 21½. 44½.

Paris, 30. August. Aprog. —. 4prog. —. 5prog. 72.75. Schagsch. —. Bankaktien 1660.—. Compt. von Lyon —.—. Belg. Prorz. von 1840 78½. von 1842 —. 4½ prog. 72. Aprog. —. 2½ prog. —. Belg. Bank —. Neap. 5prog. 75.—. Röm. 64. Piem. —.—. St. Germain —.

Versailles (rechte) 125.—. (linke) 101.25. Orleans 672.50. Rouen 436.25. Havre 207.50. Morieille 220.—. Basel 68.75 Bierzon 263.75. Boulogne —.—. Verdeaux 392.50 Nordbahn 385.—. Montereau 147.50. Lyon 365.—. Strasburg 350.—. Rouen 331.25. Dieppe —.—. Seraux —.—. Montpellier —.—. La Teste —.—.

Madrid, 24. August. 3prog. 19⅞. G. 19¼ B. 4prog. —. 5prog. —. P. 10. G. Paff. Schuld 4 P. 3. G. 3prog. 7. G. Auswärt. Paff. Schuld —. Unsiegbare Schuld 5prog. —. Passif Ztl. 3. G. Don Fernandobank —. Disconto —. Wechselkurse: Paris 4—95 P. London 47 P.

Münchener Schrannenanzeige vom 2. Sept. 1848.

Getreide-Gattung.	Vorräthe	Zufuhr.	Gesammt-Summe.	Verkauft.	Rest.	Durchschnittspreis.	Im Vergleich gegen die letzte Schranne	
							mehr	minder
	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
Weizen	715	2301	3016	2666	350	14 4	— 5	—
Korn	257	1374	1631	1400	231	9 26	— 2	—
Gerste	3	1587	1590	1519	71	8 24	1 2	—
Haber	27	1045	1062	1030	32	4 36	5 —	—
Leinsamen	—	66	66	63	3	12 2	1 18	—
Erdsamen	3	78	81	54	27	10 41	—	2 23

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 3. Sept.: „Die beiden Prinzen", Oper von Eller.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Frhr. v. Krenz, von Wertingen. Gayle und Phillipps, Rentiers aus Amerika Frhr. v. Schleifus, aus Schlesien. Frau Sorbein, von Lodon. Gräfin v. Rotenhan, von Würzburg.

Hotel Maulik. Graf v. Taufkirchen, von Augsburg. Frhr. v. Palm, Gutsbesitzer von Dresden. Leicht, Privatier von Hall. Bleche, Rentier aus Rotermertia. Beumont, Rentier von London

Gold. Hahn. v. Kraft, Appellationsgerichts-Assessor von Freising. Frau v. Stetzenfels, Rentbeamtengattin von Regensburg. Von der Pfalz, Rentier von Brüssel. Schiffer, Oberlieutenant von Erfurt

Blaue Traube. Baron v. Pelsch, von Salzburg. Fischl, General von Augsburg. Baron v. Dörnberg, Rittmeister von Landshut.

Stachnsgarten. Fenzberg, Wegmeister von Landshut. Mägler von Michels, Lieutenants von Augsburg. Ir. Baart, von Buttenwiesen Cultrs, Landgerichtsassessor von Oberndorff. Erwicket, Bauinspektor von Wallerstein.

Gestorbene in München.

Franziska Herrmann, Glaserstochter v. 5 J. 18 J. a. Josepha Zagerer, Kanzlistentochter, 32 J. a. Tuberes fischer, königl. Garde-Pendelerwapren-Tochter, 23 J. a. Josefa Hüttner, Taglöhner von der Au, 38 J. a. Johanna Donauer, königl. Oberamtsrichters-Gattin, 53 J. a. Friedrich Pröbstle, Kand. philol. von Füssen, 24 J. a.

Aufnahme der Zöglinge

in das

Erziehungshaus der königl. Landwirthschafts- und Gewerbschule erster Klasse zu Freising.

92. (2b) Die Anmeldungen zur Aufnahme in das obige Institut finden für das künftige Schuljahr bis zum 20 September l. Js. statt. Eltern oder Verwandter, welche gesonnen sind, ihre Söhne oder Pflegelinge in diese Anstalt unterzubringen, belieben sich der nähern Besagnisse wegen in portofreien Briefen an den Unterzeichneten zu wenden.

Dieser wird bekannt gemacht, daß die Zöglinge außer den Lehrstunden Gelegenheit haben, an der königl. Landwirthschaft- und Gewerb-Schule hören, um zugleich selbst noch Unterricht in der französischen Sprache und Konversation erhalten, und denselben auch Gelegenheit geboten ist, Unterricht in den verschiedenen Zweigen der Musik zu nehmen.

Freising den 25. August 1848.

Dr. Riederer,
königl. Rektor und Professor als Vorstand.

Pfandauslösung und Versteigerung.

98. (3a) Donnerstag den 28. Sept. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat August 1847 und zwar von:

Nro. 90,563 bis 99,342.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verfetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des obigen bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 3. Oktober öffentliche Versteigerung.

München, den 31. August 1848.

Königl. privileg. Pfand- und Leih-Anstalt I. der Stadt München.

J. Regioli, Magistratsrath.
Hannes, Kassier. v. Zech, Kontroleur.

99. Bei Jos. B. Finsterlin in München ist so eben erschienen:

Krendls, Dr. C., Professor am königl. bayer. Kadettenkorps ꝛc. Grundsätze der Statistik des Königreichs Bayern. Zunächst für den Unterricht, dann auch für den Privatgebrauch. gr. 8. broch. 30 kr.

Die „Statistik" ist ein dringendes Bedürfniß der Zeit; eine Menge von Streitigkeiten aus dem Gebiete der Staatsverwaltung, der Gesetzgebung, Gewerbsmanagel, Pauper emus und Proletariat, Finanzen und wertlicher Nahrungsmangel, Konkurrenz, Spekulation u. s. w., können durch statistische Belehrung am sichersten schnell und sicher entschieden und Abhilfe erreichen. „Nur wer die Gegenwart mit ihren Ansprüchen, mit ihren Lebeln und mit ihren Vorzügen durch die Statistik kennen gelernt hat, wird seine Zeit benutzen und sie richtig behandeln können". Möge daher diese „Statistik" vorzugsweise, welche mit dem reichhaltigsten Inhalte eine gedrängte Kürze verbindet, ihren Zweck erreichen und zweckdienlich bei den Lehrerexamen als längst gewünschtes, zweckmäßiges Hilfsmittel beim Unterricht dienen.

72. (c) Man sucht für zwei Knaben einen Hofmeister katholischer Religion, der ganz gebildet französisch spricht, und nicht nur deutschen und lateinischen, sondern auch Unterricht im Klavier zu geben versteht.

D. Uebr.

Bekanntmachung.

Verlassenschaft des königl. Staatsrath Egid v. Kobell betr.

97. (2a) Am Montag den 11. Sept. l. Js. Vormittags 10 Uhr, und die nachfolgenden Tage, jedesmal von 10 Uhr Vormittags an, werden im Landhause des verlebten königl. Staatsrathes, Herrn Egid v. Kobell, in Thiersch bei Tutzing die daselbst befindlichen Mobilien, bestehend in Betten, Schränken aller Art, Wäsche, Tischen, Sesseln, Kanapees, Spiegeln, Bildern, Wägen und sonstigen Gerätschaften, in einem Schätzungswerthe von mehr als 6000 fl. an den Meistbietenden gegen Baarzahlung öffentlich versteigert, wozu Kaufslustige hiemit geladen werden.

Tegernsee den 30 August 1848.

Königl. Landgericht Tegernsee.
(L. S.) Frhr. v. Pohl.

Bekanntmachung.

Hohmeyr, Bataillonsquartiermeister, Verlassenschaft betr.

96. Am 19. Mai l. Js. verstarb dahier der königl. Bataillonsquartiermeister Johann Georg Hohmeyr von Bayreuth ohne letztwillige Disposition mit Hinterlassung eines Aktivvermögens von circa 400 fl. und einem Passivstand von 146 fl. 2 kr., und hat sich bis jetzt als alleiniger Intestaterbe desselben ein von dem Verlebten noch Lebzeiten dahier ansässiger natürlicher Sohn legitimirt gemeldet. Es werden daher alle diejenigen, welche noch Ansprüche an die bezeichnete Nachlaßmasse machen zu können glauben, aufgefordert, diese ihre Ansprüche in gesetzlicher Form binnen 30 Tagen hierorts geltend zu machen, als sonsten nach Ablauf dieses Termines mit der Verabfolgung der Nachlaßmasse an den bezeichneten Intestaterben fürzuschreiten werden wäre.

Ansbach am 29 August 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht.
Der königl. Direktor beerdigt.
Der königl. Rath:
v. Laagen.

Vorbrugg.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

München, 4. Sept.

Se. Maj. der König haben unterm 30. August sich bewogen gefunden, an die Stelle der durch allerhöchste Entschließung vom 2. Juli 1846 ernannten Mitglieder des Landrathes von Oberbayern: 1) Wilhelm von Gutsbesitzer Joseph Heiter von Steinbörning, 2) Joseph Liedl von Sauerlach, 3) Gastwirth Lorenz Weinzierl von Großmehring, 4) Johann Nepomuk Anson Darrenberger von Mühldorf, die mittlerweile in die Kammer der Abgeordneten eingetreten sind, zu Mitgliedern des Landrathes von Oberbayern zu ernennen 1) den Bierbrauer Ignaz Fallmaier von Mailach, 2) den Bierbrauer Max Waitzinger von Wiesbach, 3) den Kleinwirth Joseph Meier von Mühldorf, 4) den Verleger Max Wininger von Feldenhof; ferner unterm 30. August den Professor honorarius an der hiesigen Hochschule Dr. Jakob Braun, seiner Bitte entsprechend, der Stelle eines dritten Suppleanten bei dem Medizinalkomite an der genannten Hochschule zu enthoben und dafür den außerordentlichen Professor und Hofstabsbedarzt Med. Dr. Ernst Buchner zum dritten Suppleanten bei dem genannten Komite zu ernennen; unterm 27. August den bisherigen Landwirthschafts-Inspektor und Landwehr-Oberstlieutenant Joseph Leopold Grafen v. Seyboldsdorf zum zweiten Kreisinspektor der Landwehr von Niederbayern unter Beförderung desselben zum Landwehr-Obristen zu ernennen; unterm 30. August den Hrn. Fürsten Leopold Maria Fugger Babenhausen zum Major und Kommandanten des Landwehrbataillons Babenhausen zu ernennen.

Deutsche Reichsversammlung.

⊙ **Frankfurt**, 1. Sept. (70. Sitzung.) Der zu Malmö abgeschlossene Waffenstillstand in hier sehr unpünktlich aufgenommen worden. Man vergleichte ihn mit dem bekannten Basler Frieden. Ein Waffenstillstand mit Dänemark, sagt man, auf 7 Monate, das heißt für die Dauer des Krieges, der auf so lange, als es möglich möglich gewesen wäre, über die geformten Pläne zu rücken, und unter den Mauern von Kopenhagen den Frieden zu schließen. Vom 1. April an kann der Krieg wieder erneut werden, und es wird dann den Dänen frei stehen, wieder einen vollen Sommer über unsere Soldaten zu reden und unsere Städte zu bayern! Der Aerger über diesen Waffenstillstand, dessen Beiberufung nächster Tage ist, die Ratifikation erfolgt, machte sich heute schon bei Gelegenheit der Verhandlung über die Limburger Frage bemerklich. Die Angriffe gegen den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, dem man Mangel an „Bestimmtheit" vorwarf, steigerten sich in einer tollen Weise, seelisch nur von Seite der Linken, daß Heckscher augenblickliche Niederlegung seiner Stelle anbot, wenn sich aus dem Resultate der Abstimmung ergeben würde, daß die Versammlung das geringste Mißtrauen gegen das Ministerium hege. In der Limburger Angelegenheit habe, führten Heckscher und v. Schmerling aus, das Ministerium Alles gethan, was innerhalb 14 Tagen möglich gewesen. Es werde Deutschlands Ehre zu wahren wissen, aber sich unter keiner Bedingung in Abhängigkeiten hineinreden lassen. Es seien von auswärtigen Mächten Anfragen an Laybach gerichtet worden, welche man nicht beantworten ließen, wie wenig gewogen man der Reichsregierung sei. So lange die Schleswig'sche Frage nicht endgiltig gelöst sei, wäre Mäßigung in der Limburger Sache die erste Pflicht eines deutschen Staatsmannes. Unter den Gegnern des Ministeriums that sich Wogt hervor, er erlebte aber nicht die Ehre, die Versammlung ein Mißtrauen gegen dasselbe aussprechen zu sehen, denn die lange Verhandlung endigte damit, daß man sich mit großer Mehrheit durch die Erklärungen des Ministeriums für befriedigt erklärte. Der bayerische Abgeordnete v. Rotenhan hat den Gesandtschaftsposten in Brüssel nicht angenommen, an seine Stelle ist v. Trachenfels dahin ernannt und ihm der Lurenburgische Abg. München beigegeben worden. Nach dem Haag kommt an die Stelle von dem Gohr aus Cöln, der seinen Posten ebenfalls ausschlug, Freiherr aus Braunschweig, sein Beigeordneter ist Dr. Bernhardi aus Kassel. Raveaux wird dagegen den Gesandtschaftsposten in der Schweiz annehmen. Donelson, bisher Bevollmächtigter Nordamerika's bei Preußen, ist nun auch beim Reiche accreditirt worden. Die holländische Regierung hat auf die Beschwerde Heckscher's, daß die Waffenruhe Garnison in einzelnen Limburgischen Gemeinden die deutsche Fahne herabgerissen habe, erklärt, dies sei unrichtig; Holland habe blos eine deutsche Fahne, welche auf einem Freiheitsbaume aufgestellt war, und die Insignien seiner Abgaben mehr" weg, der öffentlichen Ordnung wegen abnehmen lassen; die eingerückte Militärmacht sei obnehin so gering gewesen, daß an feindliche Absichten gegen Deutschland nicht gedacht werden könne. Mit dieser Erklärung habe sich das Ministerium wie Heckscher sagt, die auf weitere Nachrichten beruhigt.

Die Münchener Kunstausstellung.

Ungeachtet des Drängens der Oberinspektor und der sämmtlichen Neugestaltung der Loge Cornelius's machen die Kunst unserer Tage schwer, und wir haben allen Grund, uns aufrichtig darüber zu freuen. Nicht als ob wir glaubten, daß die allgemeine politische Bewegung, namentlich die deutsche, sich aus der Gährung, in der sie begriffen ist, so weit geklärt habe, um auch der Kunst schon jetzt einen neuen belebenden Aufschwung zu geben; unsere Zustände sind noch zu verworren und schwankend, als daß die zarte Pflanze des Schönen in ihnen den Boden zu gesunden Wachsthume finden könnte; aber wichtig und unerläßlich bleibt es, daß trotz der Unguust der Augenblicke Kamer, der sich das heilige bewahrt habe, der hohen Mission verfasse, die den Künsten, wie der Wissenschaft, gerade in unsern Tagen zu verstehen vorbehalten Tagen geworden ist. Es genügt vollkommen, die Säulen nicht zerstören zu lassen, an denen sich das deutsche Kunstbestreben weiter zu leiten vermag, und, bevor man nur erst die nationale Verfassungsfrage gelöst sein wird, die ihm gebührende Stelle weiter anzunehmen. Wie wollen deshalb unsre, nur das Allgemeine und Bedeutende in's Auge fassende, Mittelmäßiges und Geringes mit Schweigen übergehende Ueberschau der jüngst eröffneten Kunstausstellung nicht durch Rücksicht auf die Vergangenheit trüben. Es wäre unbillig, den Maßstab ruhiger Friedenszeiten an das zu legen, was so jetzige, im Innersten erregte und erschütterte Epoche auf dem Gebiete der künstlerischen Wirksamkeit zu leisten vermag. Noch immer hat auch diese Ausstellung des Werthvollen so Manches aufzuweisen, was insbesondere als Bürgschaft dienen kann, es werde sich München auch hinfort den Ruhm nicht entziehen lassen, der Mittelpunkt des Kunstlebens in Deutschland zu sein.

Unter den ausgestellten Malerwerken sieht ein Hinsicht auf Lebendigkeit, Charakteristik und Individualisirung der Darstellung, Meisterschaft der Zeichnung und Farbenechtheit obenan ein Bild von Claudius Jacquand in Paris (geboren von England, mit ihren Kindern um die Grabstätte kniend, ihren Gemahl König Karl I. noch einmal zu sehen). Mit seinstem Gefühle weiß Jacquand in den von dem Gegenstande gebotenen Motiven durchaus die richtige Maß zu halten, und gerade deshalb wirkt sein Bild innerhalb der Schranken hält, jenseits denen die Uebertreibung mehr limitrieit er die angestrebte Wirkung. Von verwandter Schule und nicht weniger trefflich ist ein kleineres Gemälde von Gallait in Brüssel (seine armen, hungernde Familie wird von einem jungen Mönche gespeist), an welchem die edle Einfachheit der Auffassung, die Naturwahrheit und Feine Abstufung des Kolorits gleich bewundernswerth sind. Die historische Malerei im eigentlichen Sinne vertritt ein vortreffliches Gemälde von Conrad Zöllee in Kassel (der heil. Ludwig weiht das Hospital von Frondreyne ein). Die Anordnung zeugt von vielem Geschmacke, und wie im Ganzen offenbart sich auch im Einzelnen Selbstständigkeit und Einsicht der Behandlung. In das Gebiet der Landschaft und Romantik gehören Gemälde von Jacques Zimmermann und dem Professor der hiesigen Akademie, Moritz v. Schwind. Es stellt den Rhein dar, auf seinen Gefang die Nebenflüsse lauschen. Mit Vollern, des tarvern Spielmanns, Fidel begleitet er sein Lied. Wasserniren tauchen empor mit dem alten, im Fluße verenkten Bischof der Nibelungen. Am Ufer haben Alb die allergewöhnlichsten Verhältnisse vor der Wirklichkeit. Wenn wir Moritz gesagen, daß großer Reichthum sinnreich gewählter Embleme festhaltlich die verschiedenen Flüsse, und belebt die bunte Wasserscene, deren leichterlich ersatzer Stoff englisch auf vaterländischem Grunde ruht. Wenn wir noch die genialen Oelskizzen zu Gemälden aus dem griechischen Befreiungskampfe von Peter Heß erwähnen, deren Ausführung und Vollendungen reichlichen Anhaltes von Direktor Clemens Zimmermann, P. v. Heß, Prof. L. v. Hermann in Kassel, dem verstorbenen Robert v. Langer, entlehnt einen „Orbelis" mit glücklichem Lichtreflex von Friedrich Kaulbach, so glauben wir wohlgethan gethan zu haben, aus unter den Malereien der historischen Gattung und der in sie sich nahenden Genre manchen genannt zu werden verdient: Wilhelm Lahn Stieler, Sperl aus Hof, Henriette aus dem Winkel, Peter Heß, Adelheid Carpentier, Bernhardi, Moorenhout, Peter Heß, Schreiner, Kaltenmuser, Kirmer, Rausen u. a., Thierische Oberle, Albrecht und Benno Adam gefielen. Am zahlreichsten sind die Landschaftsgemälde, unter denen die Ansichten Heinlein's, der Morgenröthe's, Bettmann's, Jul. Lange's, Geiger's, Kaufmann's, Gabert's, Barmüller's, Zimmermann's, Bürkel's, Adam Bach's, Steinle's, Zwengauer's, Wagler's u. a. hervorragen. Im Fach der Marinebilder, worin man Tüchtiges von Rödel, Schotel und Garneray sieht, zeichnet sich Gudin's mit Meisterschaft behandelte Ansicht des Meeres bei Scheveningen aus. Unter den Architekturgemälden ist das Innere der St. Stephanskirche von Ainmiller von vorzüglichem Werthe, wie auch die Arbeiten Oberhaus's, W. Gail's, Gail's, Gemmel's und Kirchner's rühmlich zu nennen sind. Die hiesige Porzellanmalereianstalt hat sich mit einer Reihe sehr gelungener Gemälde, die Jägling der Akademie hauptsächlich mit architektonischen Entwürfen an der Ausstellung betheiligt. Auch Kupferstiche, Stahlstiche und Radirungen, so wie Medaillen und Münzen (von den trefflichen F. Wagmüller Beigt) fehlen nicht.

Die Bildsäl, deren Werke drei Säle füllen, brachte eine Anzahl interessanter Büsten von Stoller, Wildemann (Fr. Rth), Schönkard, Bossow, Wenzl in Mailand (Erzbischof Gaetano), eine Neapolitanerin (in Bronze) von Tantan in Rom, und verschiedenes mehr auch von minder Bedeutung. Die höhere, höchstphysische Richtung der Plastik hat vorzugsweise in den drei Werken Schwanthaler's bestimmten Ausdruck gefunden. Es sind diese Statuen für jene Halle bestimmt, welche

Hr. Veith auf Libeck, Gutsbesitzer in Böhmen, ein durch vielseitige ge-lehrte Bildung und warmen Patriotismus ausgezeichneter Mann, vor eini-gen Jahren zu errichten beschloß. Sie sollte, indem hiebei lediglich das Verdienst berücksichtigt wurde, dem Andenken der berühmtesten Herrscher, Kriegshelden, Gelehrten u. s. f., die der Geschichte Böhmens angehören, gewidmet sein, und bei ihrer Auswahl waltete der Grundsatz gleichmäßiger Berücksichtigung der böhmischen und der deutschen Bestandtheile. Es wurde für das Gebäude der mannigfaltigsten Arbeiten ein Platz angewiesen, der als der entsprechendste gewählt, um ein malerischer Punkt, auf dem es sich erheben sollte, in romantischer Vergegenwärtigung aufzufinden. Die Entwürfe des Baues wurden unter der Leitung des durch seine Architekturgemälde und seine Reisen in Spanien bekannten Malers W. Gail gefertigt, der auch der Ausführung vorstand und bisher den Thurm zur Vollendung brachte. Zur Fertigung sämmtlicher für die Halle bestimmten Statuen hatte schon früher Prof. Schwanthaler den umfangreichen, ehrenden Auftrag erhalten, und der Verstand der dießigen königl. Erzgießerei, Hr. Inspektor Miller be-thätigte sich mit dem wärmsten Antheile für das Unternehmen. Mit zwei Bronzestatuen von höchst gelungenem Gusse und vortrefflicher Ciselirarbeit (Libussa und König Georg I. von Podiebrad, der heldenmüthige Beschützer der Kalixtiner) sind noch die Gipsmodelle von vier weiteren, für neue Säle bestimmten Statuen aus dem Jahre 1836 erworben. Zu diesen kommt der Stammvater des Geschlechts der Grafen v. Sternberg, 1241 Sieger über die Mongolen bei Olmütz), Wobuslaw von Lobkowitz (berühmt durch Standhaftigkeit und Muth), endlich Kaiser Max II. (Ferdinand I. Sohn und Nachfolger, 1563 zum König von Böhmen gekrönt, der glückliche Vermittler des Zwiespaltes der Konfessionen). Von 21 Statuen, auf welche das Ganze berechnet ist, wurden bis jetzt 13 in Gipsmodellen und 5 im Bronzeguße ausgeführt. Im Doppelinteresse der Kunst und des durch sie verherrlichten nationalen Vereinsfestes wünschen wir dem jeder Anerkennung werthen Unternehmen des Hrn. Veith den ferneren glücklichen Fortgang. Unsere kurze Uebersicht aber schließen wir damit, daß wir die Hoffnung aussprechen, es werde die jetzige Trübung des Horizontes der Künste durch die düster Nebelwolke der sozialen Bewegung keine allzulang dauernde bleiben. Ob übrigens Deutschland einst wahrhaft seine Wieder-geburt erringen habe, davon wird auch das Wiedererstehen einer wahrhaft nationalen Kunst gewiß das sicherste Zeugniß abzulegen im Stande sein.

F. P.

Historischer Verein für Oberbayern.

In der Plenarversammlung des historischen Vereines für Oberbayern am 1. September gab Hr. Akademiker und Professor von Oefner, un-ter Vorlage von Abbildungen, Nachricht über einen in Köln gefundenen römischen gläsernen Becher mit Inschrift, der sich im Besitze Sr. Majestät König Ludwigs befindet und in den vereinigten Sammlungen im ehema-ligen Gemäldegalleriegebäude im Hofgarten aufgestellt ist. Hierauf wurden einige an den Verein als Geschenke einzelnestehe Münzen vorgezeigt, nämlich: zwei römische Münzen, welche in Thalkirchen ausgegraben worden waren — von Hrn. Assessor Lindner in Unsinn daselbst; eine griechische Münze — von Hrn. Rechtsrathspraktikanten Joseph Fröhlich, und ein Vereins-thaler von Herzog Wilhelm dem Reichen von Julich 3. 1560 — von Hrn. Lehrer Zöpf in Dorfen. Ferners ward die Versammlung von einer Schenkung in Kenntniß gesetzt, welche der Verein von Hrn. Hellbod-ler, Funktionär der königl. Hof- und Staatsbibliothek, in Druckexemplaren, Flugblättern, Lithographien und Kupferstichen bedehend, erhalten hatte. Auch hiefür ward ein Votum des Hrn. Mandatars, Hofkaplan Riedl in Fürstenfeld über ein in einem benachbarten nahen Waldstheile entdecktes un-terirdisches Gemach vorgelesen, so wie ein Brief Wesenrieders an Mannert, bezüglich der von der königl. Akademie der Wissenschaften gekrönten Schrift des Letztern: Ludwig der Bayer. — Die nächste Plenar-versammlung wird Montags den 2. Oktober stattfinden.

Deutschland.

Bayern. — † München, 4. September. Wir können aus ver-lässiger Quelle versichern, daß mit Genehmigung Sr. Maj. des Königs die Wiederherstellung des Haushofes bereits vorgenommen wird.

* München, 4. Sept. Der gestern bereits erwähnte Brand in der k. Erzgießerei beschränkt sich auf den Dachstuhl des kleinen Gießhauses, welches an das Wohngebäude des k. Inspektors anstößt. Letzteres war in großer Gefahr, gleichfalls von den Flammen ergriffen zu werden, allein den Anstrengungen der Löschenden gelang es, dem weiteren Umsichgreifen des Feuers Einhalt zu thun. Zu beklagen ist, daß die Thürmer zu spät das Feuerzeichen gaben, indem man lange vor dem endlich erfolgten Feuer-signale den Brand schon an vielen Plätzen der Stadt beobachtet hatte.

Baden. — Karlsruhe, 30. August. Sichrem Vernehmen nach werden die Truppen aus dem Seekreise in ihre Garnisonen zurückkehren. Es bestätigt sich, daß die Bewohner des Seekreises jetzt von allen Plänen, etwaige neue Aufruhrversuche zu unterstützen, weit entfernt sind. Sie ha-ben die Nachtheile, die aus solchen Verwirrungen hervorgehen, kennen gelernt. Sie wissen, daß außer den Kosten, welche die Strafsetze rauben, auch die Kreditlosigkeit, welche ein Stocken in alle Gewerbe und in allen Verkehr bringt, nur aus den politischen Unruhen, nur aus der Unsicher-heit der öffentlichen Zustände hervorgehen, indem Niemand in dieser unsicheren und zweifelhaften Lage Unternehmungen oder zu Verschönerungen oder auch nur zu einem größeren Betrieb eines bestehenden Gewerbes verwenden will, wenn er nicht sicher ist, daß etwa in kurzer Zeit neue Unruhen alles Erworbene oder Unternommene wieder zerstümmern möchten. Bei dieser gewonnenen Einsicht ist also eine längere Aufstellung von Truppen im Seekreise vor-erst nicht mehr nöthig, und wenn gegen Gerüchten neue Unzufriedenheiten ein Widerstreiten derselben veranlassen könnte, so ist die Verfügung die bestehenden Behörden und eingelegten Standwachen beständig und gesagt: „Treu dem gegebenen fürstlichen Worte und erkennend den Geist der Neuzeit, werde Ich mit Euch zusammenzuwirken suchen, daß Ich mit Eifer und Liebe den Verstand und die Entwicklung der dem Volke gewordenen Frei-heit pflegen, dagegen auch wie aus den Augen verlieren werde, daß Ich und Meine Regierung das Volk den vollgesetzlichen Ausbruch habe, daß es auch allseitige Bethätigung des Sinnes für Ordnung, Treue und Recht Mir die Pflege dieser Freiheit ermöglichte, wie es endlich Meine und Meines Volk-es Aufgabe sein und bleiben muß, durch Anerkennung des Willens und Handelns der durch ihre versammelten Vertreter redenden gesammten deut-schen Nation zur Größe, Einheit und zum Glanze Deutschlands, so weit dieß in unsern geringen Kräften steht, beizuwirken.“

Oesterreich. Wien, 30. Aug. Am 14. Juli d. J. rückte be-kanntlich in Folge der Kriegserklärung ein von dem k. k. F. M. L. Fürsten Liechtenstein befehligtes Truppencorps in Ferrara ein, verließ jedoch diese befestigte Stadt wieder nach einem ganz kurzen Aufenthalte. Sobald dieses Ereignis in Rom bekannt wurde, legte die päbstliche Regierung Protest dagegen ein, welcher sämmtlichen Mitgliedern des diplomatischen Korps mitgetheilt, und durch die offizielle römische Zeitung vom 18. Juli zur Kenntniß des Publikums gebracht wurde. Der k. k. Regierung kam die-ser Protest erst am 16. Aug. vermittelst einer Note des hiesigen päbstlichen Agenten zu. Die hierauf ertheilte Erwiederung des Ministers der aus-wärtigen Angelegenheiten lautet, wie folgt:

„Der unterzeichnete Präsident des Ministerrathes und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Sr. k. k. Apostol. Majestät bestätigt den Empfang der Note, womit ihn Graf Montenl, Auditor der Apostol. Nun-tiatur unter dem 16. d. Mts. beehrt hat, um worin derselbe im Auftrage Sr. Heiligkeit gegen die seitwelige Besetzung von Ferrara durch einen österreichischen Truppenkörper unter den Befehlen des Feldmarschall-Leutena-nants Fürsten von Liechtenstein Einsprache thut. — Die päbstliche Regie-rung will in dieser Thatsache eine offendare Verletzung der legitimen Rechte des hl. Vaters erblicken. Um jedoch zur Ueberzeugung zu gelangen, ob das angeschuldigte Faktum wirklich eine solche Verletzung vertiene, er-scheint vor Allem nothwendig, die Veranlassung jener Umstände in Erinne-rung zu bringen, durch deren Zusammenwirken es herbeigeführt wurde.— Der hl. Vater hat, wie Graf Montenl ganz richtig hervorgehoben, dem Kaiser niemals den Krieg erklärt. Se. Majestät Ihrerseits hätte dem hohen Friedensamte, womit das Oberhaupt der Kirche betraut ist, Unrecht zu thun geglaubt, wenn Sie auch nur die Möglichkeit, Sich mit dem Ge-danken eines Krieg zu befinden, angenommen hätten. — Gleichwohl darf nicht außer Acht gelassen werden, daß während der hl. Vater von dem Ange-sichte Europas seine friedlichen Gesinnungen für Oesterreich bethenrte, nicht nur zahlreiche, auf päbstlichen Unterthanen bestehende Freischaaren, sondern auch reguläre Truppen Sr. Heiligkeit die Grenzen der österreichi-schen Staaten überschritten und gegen sie zur Vertheidigung der Integrität der letzteren berufenen kaiserl. Heere feindlich auftraten.

Nachdem solchergestalt die päbstlichen Soldaten und Kreuzfahrer im direkten Widerspruche mit den feierlichen Versicherungen ihres legitimen Souveräns handelten, wäre die kaiserl. Regierung befugt gewesen, gegen dieselbe zu zu verfahren, wie es nach den Gesetzen und dem Gebrauche des Krieg gegen Zuwiderhandelnde verfahren erlaubt ist, welche auf eigene Verant-wortung und mit bewaffneter Hand sich dem Feinde entgegen stellen. Weit entfernt jedoch, gegen selbe die volle Strenge der Kriegsgesetze an-zuwenden, vielmehr nur der Stimme der Menschlichkeit Gehör gebend, und nur jene Rücksichten vor Augen habend, welche sie gegen den hl. Vater bei jeder Gelegenheit zu beobachten geneigt ist, behandelte die kaiserl. Regierung jene bewaffneten Schaaren gleich jeder andern, einem krieg-führenden Theil angehörigen regulären Truppe. — Allein nicht nur päbst-liche Streitkräfte hatten die kaiserl. Armee auf österreichischem Boden be-kämpft, sondern um die Mitte Juli mischten sich auch piemontesische Druk-pen unter die päbstliche Besatzung von Ferrara, indem zugleich weitere Verstärkungen piemontesischer Seits in nächste Aussicht gestellt wurden.

Dieser Umstand nun, vereint mit jenem, daß die österreichische Garnison der Citadelle von Ferrara bereits durch krankheiten bedeutend geschwächt, auch noch mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, um sich die nöthigsten Lebensmittel zu verschaffen, gestaltete die Lage derselben zu einer doppelt kritischen. In Folge dessen ersuchte der Oberbefehlshaber des I. I. Heeres es für unumgänglich, wirksame Maßregeln zu ergreifen, um den Besitzt jener Garnison zu sichern. In diesem Behufe ward dem Korps des Fürsten Lichtenstein der Befehl ertheilt, bis nach Ferrara vorzurücken, um die unterbrochene Kommunikation mit der österreichischen Besatzung dieses Platzes wieder herzustellen, letztere mit Lebensmitteln zu versehen und endlich, um den nordern Theil der Lunge vorn am Po einzunehmen. Die zur Ausführung der Brigade des Fürsten Lichtenstein in Ferrara, so wie die Art und Weise, wie dieser General sich seines Auftrags entledigte, haben den Beweis geliefert, daß diese Expedition keineswegs in feindlicher Absicht gegen die päbstliche Regierung unternommen worden, sondern blos aus militärischen Rücksichten von hoher Wichtigkeit gewesen sey.

Sobald die päbstliche Regierung in dem Geiste der Weisheit und Unparteilichkeit, welcher ihr eigen ist, sämmtliche Umstände der Thatsache, welche zu ihrer Beschwerde Anlaß gegeben haben, gehörig gewürdigt haben wird, wird selbe — der linterzeichnete schmeichelt sich dessen — nicht anstehen, anzuerkennen, daß es ein Erforderniß der Gerechtigkeit ist, die Verantwortlichkeit der in Rede stehenden Thatsache nicht auf dem das kaiserl. Heer beseligenden Feldherrn lasten zu lassen, welcher lediglich der gebieterischen Nothwendigkeit der Kriegesverhältnisse gehorcht, weil von der den Urhebern einer so abnormen schwer zu bereinnehmenden Stellung, wie es jene ist, in welcher sich seit mehreren Monaten die angrenzenden Staaten einander gegenüberbefinden, einer Stellung, welche die kaiserl. Regierung zu allererst beklagt und deren Aufhören sie sehnlich herbeiwünscht.

Indem der linterzeichnete die Ehrfurcht ausdrückt, es werde die vorstehende freimüthige Erklärung von Seite der päbstlichen Regierung mit denjenigen Gefühle des Friedens und der Versöhnung aufgenommen werden, aus welchem sie geflossen, ergreift er diesen Anlaß ꝛc. ꝛc. Wien, 24. Aug. 1848. (gez.) Wessenberg.

+ **Wien, 31. August. Die Sitzung des constituirenden Reichstags war äußerst stürmisch. Die Linke bot alles auf einen ihr günstigen Beschluß zu erzielen, oder die Abstimmung zu verzögern. Nichts bestoweniger siegte das Ministerium bei der Abstimmung über Radicki's Antrag mit einer Majorität von 20 Stimmen, 174 gegen 144. 36 Mitglieder hatten sich der Abstimmung enthalten. Hohe Beachtung verdient es, daß so das Princip der Entschädigung von einer Majorität des Reichstages angenommen wurde, welche sich durchgängig aus Männern besteht, die selbst Zehnten, Frohnden u. s. w. zu leisten, also jetzt abzulösen haben. Der Adel und die Geistlichkeit sind bekanntlich auf dem Reichstage fast gar nicht vertreten. Das Ministerium hat dadurch seinen Sieg gewonnen, und gewinnt täglich mehr an Würde und Ansehen, seitdem Wessenberg in dasselben getreten ist. Der Stern Oesterreichs, welcher zu erbleichen schien, geht wieder auf, zumal auch die ungarischen Angelegenheiten die erfreulichste Lösung versprechen.**

Der Prager Handelsstand hat durch eine Eingabe an das Wiener Ministerium sich dringend für den ungestörtmäßigen fernern Verkauf der lombardisch-venetianischen Cigarros in Oesterreich ausgesprochen. (A. Z.)

Turin, 31. Aug. Der sardinische Gegenadmiral Albini hat einen neuen Vorwand gefunden, seine alten Spitzfindigkeiten wieder aufzufrischen. Auf eine gestern Abend ihm eingelaufene für Albini bestimmte Depesche, des Inhalts, daß die piemontesischen Truppen sich unverzüglich einzuschiffen hätten, und zwar nicht nach Ancona, sondern nach dem Golf von Spezia, unterwarf Albini der Kommandant der Truppen, Pedo Marmora, einer Revision, ob, der Weisung Folge zu leisten, weil er nicht persönlich ihrethe Beseile von Turin erhalten habe. (Journ. d. Öst. Lloyd.)

Oesterreichische Monarchie.

Die „Großer Zeitung“ theilt in einem Berichte aus Temesvar vom 23. Aug. über den Sturm der Ujvrier auf Weißkirchen am 19. d. M. interessante Details mit. Die Stürmenden, theils Serben, theils Grenzer, unter dem Kommando ihres Obristen Bodalitsch rückten nach einer finsteren, sehr stürmischen Nacht 2000 M. stark und 3 Geschützen auf Weißkirchen los, umzingelten die Stadt, erstürmten die von derselben mit 2 Geschützen besetzte Anhöhe, eroberten eines derselben, tödteten 15 Nationalgarden, und suchten sodann auf der Wrasevgasser und Kußlicher Straße in die Stadt zu dringen, was ihnen aber, da die Stadt außerordentlich gut verbarrikadirt war, erst gegen 9 Uhr nach vergeblichem Sturme auf die Wrasevgasser Barrikade durch einen Angriff und Sturm der Kußlicher Barrikade gelang, worauf sie, etwa 400 M. stark unter serbischer Fahne gegen den Stadtplatz vordrangen, daselbst aber durch Artilleriefeuer geworfen und zerstreut wurden. Gegen 11 Uhr durchbrachen die Stürmer die Barrikade der Saskaer Straße, und zerstreuten sich von Artilleriefeuer empfangen, welches ein Buchbindermeister leitete, nach längerm Kampfe in die den Ujvriern gehörigen Häuser, von wo aus sie auf die Nationalgarden und Bürgerwehr feuerten, bis diese Häuser erstürmt, einst derselben demolirt, und so gegen 6 Uhr Abends nach 14stündigem außerordentlich heißem Kampfe die Serben zum Rückzuge gedrängt wurden. Der Verlust an Todten und Verwundeten ist auf beiden Seiten bedeutend, da man sich mit größter Erbitterung schlug. Die Nationalgarden der Stadt waren nicht betrüchtig genug, 15—20 gefangene und entwaffnete Serben auf dem Wege zum Stadthause niederzuschießen.

Der „Gilender“ berichtet vom 9., 10. und 11. Aug. sehr stürmisch gewesen seien, weil die bezüglich der projektirten und verbrochenen Klausenburger Gilendaen nach Wien gesandte Deputation, welche auf die Uebertragung der Landesbehörden in legnere Stadt zu betreiben hatte, keine günstige Antwort zurückbrachte. Aus den Verhandlungen zeigte sich, daß Klausenburg durchaus nicht gewillt war, Siebenbürgen mit Ungarn gänzlich zu verschmelzen, und für die Konzentration der ganzen Verwaltung in Pesth zu wirken. Die Kommunität wählte eine Deputation von zwölf Mitgliedern, welche nach Wien abgehen und dort die Zukunft Klausenburgs mit Nachdrucke festhalten und vor Errichtung ihrer Behörden nicht zurückkehren sollen. Die Mitglieder dieser Deputation müssen sich verpflichten, während ihres Zehen keine Anstellung vom Ministerium anzunehmen. — Der „Gilender“ macht hiezu die Bemerkung: Siebenbürgen (dieser verpönte Name kommt also doch wieder zum Vorschein) sei nicht Ungarns Irland, und verlangt, daß das Ministerium dies wohl bedenken möge. (Siebenb. Bote.)

Italien.

Sardinien. — △ **Turin, 29. Aug.** Das Kriegs- und Marineministerium hat eine Verordnung erlassen folgenden Inhalts: 1) An den ersten Tagen des September und nicht später als den Fünften müssen die Unteroffiziere und Soldaten schlechterdings bei ihren respektiven Korps präsen sein. 2) Was jene betrifft, die, obgleich mit Urlaub versehen, den Fall einer besondern Ministerialverfügung und der offenbaren Unmöglichkeit nachgewiesenen, jhgern unter den in den sämmtlichen Fahnen, der genauen Vorschrift gemäß, zurückzukehren, sollen Zwangsmittel exaritten werden, wovon Gemahnung noch Befehl nichts helfen würden. 3) Zu diesem Ende sollen die Korpskommandanten, die Provinzbehörden und die Gemeindevorsteher, jeder von ihnen in seinem Wirkungskreise, auf allen Kräften mitwirken und sich gegenseitig alle Mittheilungen machen, die zu Erreichung dieses Zweckes dienen können. — Der Graf Gazena Piemontese versichert, Charlbaldi habe Mamiani ersetzen lassen.

Toskana. — Die Civica von Livorno wurde, schreibt der Pensiero italiano, von dem Volk entwaffnet. Der Gouverneur wurde nach blos vier Stunden Haft in Freiheit gesetzt. Eine provisorische Regierung wurde eingesetzt mit dem Sicilianer La Ceciliani an der Spitze. Die telegraphischen Verbindungen sind unterbrochen. Das Thor ist aus Furcht vor einem Angriff von Seite der großherzoglichen Truppen mit Kanonen versehen worden; wer aus der Stadt heraus will, braucht einen besonderen Erlaubnißschein. Von Florenz weiß man Nichts. In diesem Augenblick muß ein französisches Kriegsschiff Angesichts Livorno genantert sein. Nach neueren Berichten aus Florenz schreint es jedoch, daß man zu einer Verständigung kommen werde.

Sicilien. — **Palermo, 18. Aug.** Alle Mitglieder des Ministeriums, mit Ausnahme des Kriegsministers, haben ihre Entlassung eingereicht, und der Präsident der Regierung hat ein neues, aus folgenden Männern bestehendes gebildet: Vincenzo Fandello, Marchese von Torrasa, Präsident des Hauses der Gemeinen, auswärtige Angelegenheiten und Handel: Emanuel Viola, Kultus und Justiz; Filippo Cordova, Finanzen; Giuseppe Lanza, öffentlichen Unterricht und öffentliche Arbeiten; Gaetano Catalano, Direktor des Innern und der öffentlichen Sicherheit, mit dem provisorischen Ministeritel. Mariano Stabile (?), Exminister des Auswärtigen, ist zum Präsidenten des Hauses der Gemeinen erhoben worden.

Schweiz.

Feldmarschall Radetzky hat eine Note an die Regierung von Tessin gerichtet, worin er sich über den Aufenthalt der lombardischen Flüchtlinge auf tessinischem Boden beklagt und ihre Entwaffnung und Entfernung von der Grenze verlangt, so wie die Bestrafung derjenigen, welche sich irgendwie Angriffe z. zu Schulden kommen lassen. Er droht Tessin im Falle eines Abschlags, alle im österreichischen Italien niedergelassenen Tessiner heimzuschicken und alle Handelsverbindungen zwischen beiden Ländern zu unterbrechen. Der Staatsrath von Tessin hat in seiner Antwort an Radetzky erwidert, daß seine Beschwerden ungegründet seien, indem die Flüchtlinge ihre Waffen niedergelegt hätten und ihnen der Aufenthalt an der Grenze untersagt worden sei. Der Vorort hat sowohl die Note, als die darauf erfolgte Antwort den eidgenössischen Kommissarien in Lugano mitgetheilt und ihnen zugleich die strenge Befolgung ihrer Instruktionen aufs Neue eingeschärft. (Eidg. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 23. Aug. Prinz Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg (dänischer Gardereitmeister) hat in Anerkennung seiner Treue gegen den (dänischen) König und das (dänische) Vaterland, und bes in der Stunde der Gefahr bei der Vertheidigung des „Dalerian“ bewiesenen Eifers die Erlaubniß bekommen, sich das Prädikat „Hoheit“ beizulegen! (Hamb. Borsenh.)

Frankreich.

†† **Paris, 30. August.** Oesterreich hat die Vermittlungsvorschläge Frankreichs und Englands in Betreff Italiens, entschieden abgelehnt. Ich kann Ihnen diese Nachricht verbürgen. Oesterreich, das todtgeglaubte Oesterreich, steht noch auf seinen Füßen und weiß sein gutes Recht zu wahren wie gegen treulosen Verrath und bewaffneten Anfall, so gegen die versuchten Uebergriffe unbefugt in seine inneren Angelegenheiten sich einmischender Fremden. Die Antwort des Wiener Kabinets ist gestern hier angelangt. Sie lautete, wie zu erwarten

war; daß Oesterreichs siegreiche Heere den Ausfand in den emporten italienischen Provinzen erdrückt, sein auf guten Rechte und den klaren Verträgen sich fußender, unbestreitbarer Besitzstand wiederhergestellt sei. Der Abschluß eines Waffenstillstandes mit dem Könige von Sardinien sei erfolgt, jener eines definitiven Friedens zu hoffen, der Genehmigung eines bevollmächtigten Sardiniens sehr wahrscheinlich gewiß. Dieser Frieden würde auf zwei Hauptgrundlagen beruhen: Oesterreich bleibt im Besitze seiner italienischen Provinzen, wie es ihn vor dem Kriege hatte und nun durch die Tapferkeit seiner Waffen wieder errungen hat, und Sardinien leistet Oesterreich vollen Ersatz für die Kriegskosten. Hier ist man durch die Festigkeit, welche Oesterreich zeigt, allerdings in nicht geringer Verlegenheit. Man hat sich eingeredet in eine Sachgasse, aus welcher sich kein anderer Ausweg gibt ist, als eine Indiscrete zu thun und solche ein Act der Schwäche oder eine Thorheit), mit einem Staat Minde gegen Ehre, Pflicht und Interesse verstoßig ist sogleich Anfrage an das Cabinet von St. James ergangen, was man zu thun? Allein will man nicht handeln, denn das sehen die Männer am Ruder wohl ein, daß es allzu tollkühn wäre, ohne England und allein zu der ultima ratio zum Kriege gegen Oesterreich schreiten zu wollen, zu einem Kriege, in welchem man außer dem höchst werthlosen Besitzande der Lazzarioner auf seinen Verbündeten, dafür aber desto sicherer darauf rechnen könnte, am Ende ganz Europa auf sich zu kommen. Es ist also wohl England vorherrschenden Stimmung aber und im Hinblicke auf Englands Interessen ist nun und nimmermehr zu glauben, daß Lord Palmerston zu einem Kriege gegen Oesterreich die Hand bieten wird. Sie sehen hieraus die schwierige Lage der französischen Regierung, die obnedieß schon mit der innern Lage zu thun genug hat. Auch hier geht sie so zu sagen zwischen zwei Feuern: auf der einen Seite hat sie das Anbringen der Kriegsbarei, welcher sie durch einen aufwärtigen Krieg allerdings sich entledigen würde, mit der Hoffnung auf solche Weise vielleicht die Republik selbst noch für einige Zeit von dem sie bedrohenden Schiffbruch zu retten; auf der andern aber kann sie nicht übersehen, daß der Krieg nach Außen, gegen die entschiedenen Wünsche und Verlangen der Bourgeoisie, die den Frieden um jeden Preis will, unternommen, das Signal zum Bürgerkrieg und zur Beseitigung des Sturzes der Republik werden könne. So ist man in eine Gehlagen eingekommen, aus der man kaum herauskommen wird, ohne auf die eine oder andere Weise Schaden zu nehmen, Indessen ist die Lage immerhin ernst genug, und erbeischt die vollste Aufmerksamkeit und Wachsamkeit Deutschlands. Sie müssen, wie wenig sich hier zu Lande von deute auf morgen rechnen läßt; man wird also in Deutschland gut und weise thun, auf alle Fälle sich stets gefaßt zu halten. Sie wissen wohl schon, daß dem Marschall Bugeaud die Erlaubniß zur Uebernahme des Oberbefehls des niemandlichen Heeres versagt worden ist. Höchstens einige Generalsadjutantenstiere will man Sardinien zugestehen. Uebermorgen verläßt Hr. v. Rico Paris, er ist nach Turin zurückberufen. Die venetianischen Abgesandten Tommaseo und Mengaldo müssen rein unverrichteter Dinge wieder abziehen, man hat ihnen durchaus kein Gehör gegeben, und wie sich schon gemeldet, die französischen Kriegsschiffe gehen ins adriatische Meer nur zum Schutze der Personen und des Eigenthums der dort befindlichen Franzosen. — Noch hat man keine Kenntniß von dem jetzigen Aufenthalte Louisfiereos. Nicht Wenige beschuldigen die Regierung geradezu, sie habe ihn und Ludwig Blanc entschlüpfen lassen, wie man früher unter Ludwig Philipp Ludwig Napoleon freiließ, während seine Mitschuldigen von Gericht sannen.

** **Paris, 31.** Aug. Die „Presse“ gibt uns heute eine sehr, sehr wichtige Mittheilung über die italienische Frage. Hr. Reiset und vore Posiosnte hatten zu Wien eine Conferenz; mit Hrn. v. Wessenberg. Derselbe hat den Ministern von England und Frankreich bereits der Vermittlung genannt. Die k. k. Regierung betrachtet die von England und Frankreich vorgeschlagene Vermittlung als eine wahrhaft Bürgschaft der Aufrechthaltung des Friedens. Sie erkennt das von den beiden Großmächten gemachte Anerbieten dankbar an, aber sie hält es für ihre Pflicht, ihnen zu erklären, daß das Cabinet von Wien die Hoffnung hat, zu einem schnellern Friedensschluß vermittelst direkter Unterhandlungen mit Karl Albert zu kommen. Es hat demnach Baron Wessenberg die Attachés der Cabinette eingeladen, ihn für den Moment einer Correspondenz der beiden Kabinette einzuladen, ihn über den Empfang, bevor er Kenntniß der Vermittlungsvorschlägen mit ihnen zu entheben, bevor er Kenntniß der Vermittlungsvorschlägen mit ihnen zu entheben, bevor er Kenntniß von dem Marschall Radetzki ferner Ansichtsäußerung über die mit dem König von Sardinien eröffneten Unterhandlungen erhalten habe. Im Falle, daß diese Unterhandlungen auf ein günstiges Resultat Aussicht geben sollten, würde jede andere Discussion unnütz sein. Die „Presse“ will hierin, wie die Gerüchte über die Bedeutung dieser Verklärung beruhigen, aber das Cabinet muß ihr eine sehr Wichtigkeit beigelegt haben, denn sie ist in der That nichts anderes als eine abschlägige Antwort Oesterreichs. Dem Baron Wessenberg ist die freundschaftliche Lage nicht unbekannt, in der sich Karl Albert befindet. Er zählt darauf, alle Zugeständnisse zu erhalten, die von ihm zur Sicherung des Besitzes der Lombardei verlangt werden dürften. Karl Albert wird gerne die Lombardei und die Unabhängigkeit des Königreichs Italiens aufopfern, um Piemont zu retten. Aber was wird Frankreich thun, das seinen Vermittlungsantrag zurückgewiesen und die Lombardei von Neuem den Oesterreichern überliefert sieht? Wird es jetzt der Erklärung verlangen, die es vor ganz Europa gegeben hat: von nun an die Unabhängigkeit Italiens aufrecht erhalten zu wollen? — Uebrigens hat sich seinem Dienstag, an welchem die ausweichende Antwort des Oesterreichischen Cabinets in Paris eintreffen sollte, das französische Kabinet, wie man behauptet, eine neue Note nach Wien geschickt, um auf die Rothwendigkeit einer Vermittlung zu bestehen, da die italienische Frage nicht blos eine Privatsache zwischen Oesterreich und Piemont sei, sondern alle übrigen Mächte Europas interessire. — Das „Journal des Debats“ blöst wieder etwas in die Kriegstrompete; nicht blos Piemont, auch Frankreich, sagt es, scheine sich bereit zu machen, die Frage mit den Waffen zu lösen. Der „Nationak“ erklärt, die Verträge, auf welche man sie in Wien berufe, haben keine Gültigkeit mehr, Oesterreich habe wohl die Lombarei militärisch besetzt, aber könne dieselbe nicht mehr besitzen. (Wir möchten doch sehen!) — Das Abendblatt hat außer den vier Divisionen Fußvolk zu Bourg, Lyon, Grenoble und Besançon auch noch eine besondere Division Reiterei (3 Regimenter Husaren, 3 Dragoner-, 1 Lanciers-, und 1 Jägerregiment), ferner eine gute Reserve von Artillerie. — Zwei höhere Offiziere sollen hier in Haft genommen worden sein.

* **Paris, 31.** August. Zwei telegraphische Depeschen (ohne Datum) melden den Ausbruch, aber auch die schnelle Unterdrückung legitimistischer Unruhen zu Montpellier. Der Präfekt war an der Spitze einer Kompagnie Nationalgarde auf dem Schauplatz der Unordnungen erschienen, dann dann Rufe des Friedens an die Aufrührer gerichtet, war aber mit Gewehrschüssen und Pistolenschüssen empfangen worden. Er selbst erhielt eine Quetschung an der Schulter, so daß er nicht schreiben kann und sehr leidet. Ein an seiner Seite stehender vermundeter Gendarm ist noch in der Nacht gestorben; auch ein Polizeikommissär und der Instructionsrichter erhielten schwere Wunden. Sechs legitimistische Verwundete liegen im Spital. Das Quartier der Stadt, wo die Unruhen vorgefallen, war von den Truppen und der Nationalgarde eingeschlossen worden. Die Stadt war bei Absendung der letzten Depesche ruhig. Indessen dauerte noch beobachtete Aufregung derselbe. Der Generalprokurator hatte den Belagerungszustand aufgehoben, die Sache vor sein Forum zu ziehen.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 8—20. August. Der erste diplomatische Schritt zur Anerkennung unserer neuen Ordnung der Dinge ist damit geschehen, daß Soliman Pascha und seinem Pager bei Giurgewo vorgestern offizielle Noten an alle hiesigen Konsulate gesandt hat, durch die er sie in Kenntniß setzt, daß die Pforte die gegenwärtige interimistische Regierung, welche den Namen Provisorische Regierung der Walachischen Republik führt, anerkannt. Besser wäre es schon, wenn er gesagt hätte „unsere Konsulate“, aber ich kann es mir doch nicht denken, daß auch jetzt noch Tadrelschlagsbrief zahlreiche ist und er auf der Wiederherstellung des alten Regime bestehen sollte, nachdem er uns zu viele Beweise seiner Sympathien gegeben hat. Auch R. Golescko's Empfang im türkischen Lager war so ehrenvoll, daß er alle Gerüchtungen übertraf, da er, als Minister der Regierung, den Rang derselben nur in der Abwesenheit Sr. Hoheit übernahm. Seine Gemahlin mit Artillerieescorte langte ihm der Pascha entgegen und als Golescko, geschmückt mit der Schärpe der Nationalgarden das Lager betrat, wurde er mit einer Salve von 21 Kanonenschüssen begrüßt. Ob man sich nicht verrathlt hat, weiß ich nicht, denn 21 ist die Zahl der kaiserlichen Salve, die bei den Ehrbezeugen nur 17 die der andern Kaiserlichen Personen. Es wäre entschieden, wenn auch jetzt noch eine Fahnenbeit dahinter wäre, aber es wäre — türkisch! Omprna des Fürst Alexander Ghika einen Ehrenzelt und einen von orientalischen Rederblumen duftenden Herman vierzehn Tage vorher, ehe er von der Pforte abgesetzt wurde. Ich bin gespannt, was Soliman, das Muslim, eine besorgene Schlagene durch das Nichteinschreiben bei uns erlitten hat, ist sehr erklärlich durch die Art von Suprematie und Bevormundung, die die russische Diplomatie sich seit Jahren in Konstantinopel erlaubt. Daß Rußland jener à tout prix den Krieg vermeidet sich also nicht so stark fühlt, als es auf dem Papier scheint) beweist der Ton seiner Manifeste, vorzüglich des letzten vom 21. Juli a. St. (3. August), welches ich bis jetzt nur in Petersburger Blättern gelesen habe. Nun wir Ruhen wiederholt es bis zum Ueberdruß, was auf einer zu Genüge hätte dargestellt werden können, daß das Ueberschreiten seiner Grenzen keineswegs einer Vergrößerungspolitik zuzuschreiben und ein Angriffszwist sei, sondern nur in der Absicht geschehe, hier die Ruhe wieder herzustellen, wenn es vonnöthen mit der Pforte, ein Recht habe, und was ihm alle Pflicht sei. — Uebrigens verlassen Ihn von Tag zu Tag unsere soziale Lage, in so fern als die Bauten, welche einige Großen nicht betrieben wurden, wieder fortgesetzt, auch übrigens die Gewerbe wieder einigermaßen betrieben werden. Nur der Handel stockt noch. Die Bojaren fangen auch schon an, von ihren Gütern und aus Siebenbürgen zurückzukehren, und wenn auch im Innern grollend, zum höhen Spiele gute Miene zu machen. — Zuletzt man Pascha wird, wie es heißt, noch in dieser Woche Bukarest besuchen, Ueberall werden Illuminationen und andere Festlichkeiten vorbereitet werden.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 59.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Monatsbiete 6 fl. Quartalbiete 18 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Dienstag den 5. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einschreibgebühr: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

Deutschland.

Die „Frankfurter-Oberpostamts-Zeitung“ schreibt in ihrem amtlichen Theil: In Gemäßheit des Art. 14 des Gesetzes vom 28. Juni d. J. haben bereits die Regierungen der meisten Staaten Deutschlands ihre Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt ernannt, und es ist zu hoffen, daß auch von Seite der übrigen Regierungen diese Ernennung binnen Kurzem erfolgen werde. Die bereits ernannten Bevollmächtigten sind: für Preußen: Hr. Staatsminister Camphausen; (für Bayern ist Frhr. v. Gagern bekanntlich ernannt, und nach Frankfurt abgegangen;) für das Königreich Sachsen: Hr. Geh. Regierungsrath Kohlschütter; für Hannover: Hr. Justizrath v. Bothmer; für Württemberg: Hr. Oberstlieutnant Frhr. v. Stenzenfels; für Baden: Hr. Geheimerath Bekker; für Kurhessen: Hr. Geh. Legationsrath Sylvester Jordan: für das Großherzogthum Hessen: Hr. Ministerialrath v. Gagern; für Holstein: Hr. Professor Dr. Mabal; für Lauenburg: Hr. Geheimerath Mellecker; für Luxemburg und Limburg: Hr. Staatsrath v. Scherff; für Sachsen-Weimar: Hr. Staatsrath v. Watzendorff; für Sachsen-Meiningen: Hr. Staatsrath Seebeck; für Sachsen-Coburg-Gotha: Hr. Geh. Regierungsrath Schleiffürter; für Braunschweig: Hr. Geh. Legationsrath Dr. Lieber; für Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz: Hr. Regierungsrath Dr. Kasten; für Oldenburg: Hr. Oberst Jod. Ludwig Mosle; für Hohenzollern, Reuß und Hessen-Homburg: Hr. Geh. Rath Frhr. Adolf v. Holzhausen; für Lippe-Detmold: Hr. Geh. Justizrath Petri; für Hamburg: Hr. Senator Kirchenpauer; für Frankfurt: Hr. Schöff Dr. Souchay; für Bremen: Hr. Bürgermeister Schmidt; für Lübeck: Hr. Senator Dr. Heinrich Brehmer.

Das Reichsministerium der Finanzen hat, wie bereits gemeldet, am 24. August der Reichsversammlung eine Vorlage über den Stand der Reichskassen bis zum 10. August d. J. gemacht. Es erhellt daraus, daß bei dem Bundestage zwei getrennte Kassen, 1) die Bundesmatrikularkasse, 2) die Bundesmarschallskasse bestanden: beide wurden durch in unbestimmten Zeiten wiederkehrende Matrikularumlagen beim, die erste immer mit Beiträgen von je 2000 fl. von jeder der siebzehn Stimmen, die letztere mit verschiedenen Stimmen je nach den Bundesbedürfnissen. Die Zwecke der Bundesmatrikularkasse waren vorzugsweise für die Bundesfestungen verwandt, mit dem auch das an Oldenburg einer vierten Bundesfestung zurückgezahlte Kapital von 200 Millionen Francs aus den französischen Kriegsentschädigungsgeldern verausgabt: dann für Approvisionirung der Bundesfestungen Mainz und Luxemburg die ein Betrag von zu hatte Bayern übernommen, gegen die Verpflichtung den Nichtbetheiligten in denselben Lasten für die übrigen Festungen) in den Jahren 1840 und 1841. Für den Bau der Bundesfestungen Ulm und Rastatt war von dem Bunde die unüberschreitbare Summe von 27,500,000 fl. festgesetzt. Davon waren bis 10. August d. J. verausgabt: für Ulm 10,563,698 fl., für Rastatt 8,128,739 fl., zusammen 18,692,428 fl., mit Einschluß der Kosten für Artillerieanschaffung und Armirung. In den Kassen jener der Reichsverweser baar vor: 1.) In der Matrikularkasse 68,825 fl., II. in der Kanzleikasse 16,872 fl., III.) bei Rothschild und Söhnen angelegte Reichsgelder 2,781,484 fl. Die Rückstände verschiedener deutschen Regierungen beliefen sich auf 746,890 fl. Außer diesen Kassen hatte der Bund noch die Verwaltung der Kasse der Gesellschaft für Deutschlands ältere Geschichtskunde seit 1844 übernommen, die sich bei der Uebergabe an die Reichsgewalt auf fast 15,000 fl. belief. Der Finanzminister Beckerath versprach, in kürzester Zeit der Reichsversammlung das Reichsbudget vorzulegen. (N. M.)

Bayern. — München, 5. Sept. Jene Ungeduld, welcher die bisherigen Staatseinrichtungen nicht rasch genug neuen weichen, hat in neuester Zeit auch die Verhältnisse des Staatsministeriums des Königl. Hauses und des Aeußern in ihren Kreis gezogen. Man erklärt eine solche Stelle überhaupt für ganz entbehrlich und sofort zu beseitigen: man findet es befremdlich, daß auch bayerische Ständehäuser bestehen, die solche Gebalte beziehen, und legt den Gesammtetat des genannten Ministeriums auf „nahe an eine Million.“ Zahlen sind bekanntlich unerbittliche Zeugen, und so wird sich auch hier an den genannten Summen die beste Probe entweder für den Grund der erhobenen Rüge oder für den Mangel an Veranlassung zu solcher ergeben. Es seinerseits, allerdings haben Gehalte der Gesandten sind schon unter der Regierung König Ludwigs auf das Maß strengen Bedürfnisses herabgesetzt worden. Der Gesammtetat des Ministeriums ferner beträgt nicht eine Million und auch nicht eine halbe Million, sondern in Allem 480,000 fl. Leserer wolle leicht aus den Jedem zugänglichen Budgetverhandlungen zu entnehmen geruhen: daß man sich diese Mühe nicht gegeben, beweist, daß Gründlichkeit nicht eben der Hauptzug der erhobenen Rügen ist. In gleicher Weise möchten die andern namhaft gemachten Beschwerdepunkte den Mangel einer vorbedächtigen Begründung erweisen. Die Vertretung Deutschlands nach Außen als einer Einheit, als einer Großmacht ersten Ranges, Oesterreichs deutsche Lande, Preußen und das ganze übrige Gesammtvaterland umfassend, geht aus der Einigung Deutschlands zu einem Bundesstaate, zu einem Reiche, naturgemäß hervor. Doch ehe eine solche Gesammtvertretung ins Leben tritt, förmliche Anerkennung und thatsächliche Geltung sich erwirbt, ihre Beziehungen zu den einzelnen Staaten sorgfältig geordnet und geregelt sind, werden auch die Gränzen dieser Staaten ihre Thätigkeit nicht einstellen dürfen, damit nicht eine den Interessen des Landes und der Landesangehörigen nachtheilige Unterbrechung sich ergebe. Wir sagen des Landes und der Landesangehörigen, denn nicht etwa blos der Interessen der Regierung wegen sind die Gesandtschaften bestellt, oder das Ministerium des Aeußern errichtet. Wer das glaubt, gibt zu erkennen, daß er von den mannigfaltigen, die verschiedenen und wichtigsten Interessen der Landesangehörigen umfassenden Geschäfte des genannten Ministeriums den richtigen Begriff nicht habe. Nur aus solcher Unkenntniß der Geschäfte kann auch die Ansicht entspringen, das Ministerium des Königl. Hauses und des Aeußern sei sofort ganz zu entbehren. In reiner irdischer Formation wird dasselbe wohl nicht vorhanden sein können. Was jedoch an seine Stelle tritt und unter welchem Namen, muß füglich der natürlichen Entwicklung und vor Allem der Berathung mit den in nicht ferner Zeit zusammentretenden Kammern überlassen werden. Den Ansichten dieser, der wahren Vertreter der Landesinteressen wird, wie wir hoffen, die Regierung auch in diesem Punkte volle Rechnung tragen. Einmerken wird sie gut thun, wohlbemessenen Rücksichten mehr Folge zu geben, als dem Treiben politischer Unarchie.

Wir lesen in der „Regensburger Zeitung“ vom 1. September: Die Bestrebungen an sämmtliche politische Vereine in Bayern zur Protestation gegen die Verordnung vom 12. August d. J. zu Bildung von Vereinen zu gesetzwidrigen Zwecken benennen, wir sind dadurch in große Verlegenheit gesetzt vom 1. d. M. Nr. 241 befindet, ist mit Vorsicht aufzunehmen. Die Verordnung vom 12. v. M. verbietet nicht alle politischen Vereine, und ebenso wenig die demokratischen Vereine schlechthin, sondern nur jene, welche die Einführung einer demokratischen Republik beziehen und deren Zweck nicht nur der bestehenden Nationalversammlung die fernere Anerkennung verlagt, sondern auch zur Aufgebung gegen die Rechtskräfte dieser Versammlung und zur eigenmächtigen Bildung einer neuen Vertretung aufzufordern hat. Dies sagt die Verordnung vom 12. August d. J. ausdrücklich, und wenn die Regierung Vereine verbietet, welche solche Tendenzen ausgesprochen haben, so besinnet sie sich allerdings auf gesetzlichen Boden, und es bedarf keines weiteren Raisonnirens verbotswürdiger Tendenzen mehr da, wo der Zweck, Umstürzung der Republik, und das Mittel, Nichtanerkennung der Majorität der Nationalversammlung, von den Vereinen selbst zugestanden ist. Ein Verein zu solchen Zwecke ist aber — nach Ansicht des Art. 309 Nr. III. Th. I. des b. Strafgesetzbuches ganz gewiß ungesetzlich, weil hiermach derjenige, welcher um die bestehende Staatsverfassung durch gewaltsame Revolution zu ändern, oder um den rechtmäßigen Souverain von der Regierung zu entfernen, oder um die regierende Familie zu vertreiben, sich in eine Verbindung eingelassen hat, des Verbrechens des Angriffs auf die Verfassung, des Hochverraths sich schuldig macht. Der Gehalt einer Unterstützung wegen dieses Verbrechens liegen sich denn Vereine schwerlich auch, und wer dürfte ihnen dafür, daß die Gesetze nicht das eben erwähnte Mittel gegen sie anwenden werden? Haben aber die Vereine nicht die Tendenz ausgesprochen, die Republik einzuführen, und wollen sie sich nicht den Beschlüssen der Majorität der Nationalversammlung entziehen oder sich ihnen ungehorsam zeigen, dann ist auch die Verordnung vom 12. August l. J. auf sie nicht zu beziehen und einer Protestation gegen dieselbe bedarf es dann nicht. — Was wir hier weiter, das haben wir schon mehrmals ausgesprochen, und wiederholen es: es ist die konstitutionelle Monarchie und die kräftige Unterstützung der Zentralgewalt. Dieß zu erreichen, dazu sind die Agitationen jetzt am unrechten Platz: die gesetzlichen Organe, die Nationalversammlung in Frankfurt und nach ihr die repräsentativen Versammlungen in den einzelnen Staaten, haben dieß zu ergielen. Der Nationalversammlung in

Frankfurt wollen wir vertrauen, daß sie und ein neues Reich erbaue und der obersten Gewalt dieses Reiches wollen wir Alle, Fürsten und Volksstämme, uns freudig unterordnen! Wachen wollen wir, daß uns die Freiheit nicht verkümmert werde: allein besonnen wollen wir auch bleiben ein, — nicht bei jeder Regung in die Kämpfosaune blasen, sondern dem vermeintlichen Feinde ins Auge schauen. Das haben wir bei der Verordnung vom 12. August gethan, und haben gesunden: sie ist der öffentlichen Freiheit nicht gefährlich."

Der konstitutionelle Volkerrein zu Bamberg hat am 30. v. M. beschlossen, daß in Anschluß auf die in Nördlingen beschlossenen Statuten mit den Vereinen Würtenbergs, wie sie dort vertreten waren, in nähere Verbindung nicht zu treten sei.

In Speyer wurde am 1. September der Landrath der Pfalz durch den königl. Regierungspräsidenten eröffnet. In seiner Eröffnungsrede wies derselbe auf den im öffentlichen Leben unseres deutschen Vaterlandes eingetretenen Umschwung und auf die segenreichen Erfolge hin, welche daraus für die Kräftigung und Einigung Deutschlands hervorgegangen sind. In Mitte dieser allgemeinen Bewegungen, die an vielen Orten Gewaltthat und Blutvergießen verbreitet haben, habe die Pfalz zwar regen Antheil an dem Aufschwung des gesammten Vaterlandes genommen, aber niemals sene Grenze der ruhigen Haltung verleugnet, welche jenen schönen Verein von Vertrauen auf die Macht der Gesetze und von jener politischen Reife ist, — welche die Völker ihren Institutionen verdanken. Nachdem der Hr. Präsident u. a. noch bemerkt hatte, daß aus den Kreisfonds für nothwendige Zwecke sich am Schlusse der ihrem Ende nahenden Finanzperiode ein nicht unbedeutender Überschuß ergeben werde, sagte er die erste Grundlage zur Sammlung eines Fonds für Gründung einer eben so hohe bringenden als heilsamen anerkannten Kreisirrenanstalt gehabt, — derselbe derselbe die von sämmtlichen Mitgliedern, Anwalt Bocking von Landau, Rüb von Reichenbach und Holzerbaum von Kronweis, und erklärte sodann die Sitzung des Landrathes pro 1848 für eröffnet. Hierauf wählte der Landrath den Bürgermeister Sauerbeck zum Präsidenten und den Anwalt Böcking zum Sekretär. Nachdem noch die Ausschüsse gewählt und die Akten an denselben vertheilt worden waren, schloß der Präsident die Sitzung. In den nächsten wird über die Kreisirrenanstalt und die Kreisstiftsache verhandelt. Der Zudrang des Publikums zu den Verhandlungen war in dieser ersten Sitzung nicht so bedeutend, als man erwarten konnte. (Sp. Z.)

Baden. Mannheim, 31. August. Diesen Vormittag ist der verantwortliche Redakteur der in Heidelberg erscheinenden „Republik", G. M. Renner, durch das Hofgericht wegen durch die Presse verübten Hochverraths und Aufreizung zum Haß gegen die badische Regierung zu vierjähriger Festungsstrafe und zu Tragung der Untersuchungs- sowie endlich als Strafersatzbuugskosten verurtheilt worden. (M. Z. Z.)

Mannheim, 1. September. In heutiger öffentlicher Sitzung des hiesigen Hofgerichtes, das seiner Freisinnigkeit wegen vielen Stoff zu spotten, wurde der Herausgeber der „Mannheimer Abendzeitung", J. B. Grobe, von der Anschuldigung eines schweren Preßvergehens freigesprochen. Der inkriminirte Artikel erschien vor den Gelegenheit der Konstanzer Stadthalterschaft, wo zu gleicher Zeit die Aufregung dahier auf dem Siedepunkt stand, genährt von den schamlosen Lügenberichten der hiesigen radikalen Blätter. Der Text lautete ungefähr so: „In Konstanz ist die Republik ausgerufen — was wird Mannheim thun?" — Zum Glücke für Herrn Grobe stellt es sich jetzt heraus, daß er durch die in betreffenden Aufsatze gestrichen, ein vermeinter, bei dem 26. April flüchtiger Setzer aber dieselbe dennoch absichtlich hatte. (Frankf. O. P.-A.)

Großh. Hessen. Gießen, 31. August. Wir haben eine unruhige Nacht gehabt. Um 11 Uhr hieß es: „Bursche raus"; bald darauf wurde Generalmarsch geschlagen. Die Bürgerwehr hatte einen Gedanken, der im trunkenen Zustande Fenster einwarf, arretiren wollen, wobei sich dieser zur Wehr setzte und mit einem Dolch einen Gardisten verwundete. Er wurde arretirt und schrie nun: „Bursche raus"; die ist denn auch zahlreich versammelten. Die Bürgerwehr besetzte den Marktplatz; da sich aber die Studenten Thätlichkeiten erlaubten, mehrere Wagen mit Steinwürfen schwer verwundeten, und die Laternen einschlugen, wurden sie mit gestrichen Bajonett zurückgetrieben. Sie hatten darauf auf wurfe

fehrt. „Der Vededa, geheimer Rath, Graf Torrer, Anfangs bei der Marine, dann beförderte, hat sich sogleich zurückgezogen; bis jetzt ist aber nicht bekannt, ob freiwillig, oder weil man ihn nicht mehr brauchte. — Auch heute sind fünf zwei Batterien Sechspfünder mit voller Bespannung und Munitionswagen hier angekommen; sie sind nach der Lombardei bestimmt. Nun stehen 48 Batterien in Italien im Felde. Gestern kam der Hofrath Petersani als Ministerial-Bevollmächtigter in Justizsachen hier an.

Der „Allgemeinen Zeitung wird aus Triest vom 29. August geschrieben: daß am 25. ein Dampfschiff der Gesellschaft Lloyd' Kourier aus Fiume erschienen sei, mit der Ankündigung, daß der dortige Gouverneur und alle ungarische Beamte sofort ihre Posten zu verlassen und dafür zu sorgen hätten, daß die in den Kassen befindlichen öffentlichen Gelder in Fiume verbleiben und nicht an das ungarische Ministerium abgeliefert würden. Fiume sei somit faktisch von Kroatien gestalten und die Einwohner hätten nichts die geringste Feindseligkeit dagegen gezeigt. Ein Offizier mit vieler Mäßigkeit aufstehen. — Das „Journal des österreichischen Lloyd" enthält über diesen Vorfall eine amtliche Antwort des Gouverneurs Grödy auf eine deshalbige Anfrage der in Fiume residirenden Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten, auf welcher hervorgeht, daß im Falle der Verweigerung eines östlichen Eingehens auf die Forderungen des Banalkommissärs Bunjevacz mit Anwendung von Gewalt gedroht wurde, zugleich aber auch, daß der Gouverneur nicht im Stande sei, mit der geringen in Fiume befindlichen Garnison und der Nationalgarde der Stadt einem etwaigen Angriffe mit Erfolg widerstehen zu können.

Italien.

Modena. — Der piemontesische Kommandant Santa Rosa hatte vor ehrenlichen Garnison des Forts von Brescello von Reggio aus den unbedeutlichen Befehl gesandt, sich gegen die Oesterreicher aufs nachdrücklichste zu vertheidigen, widrigenfalls er selbst auf der Flucht nach Piemont begriffen war. Fürst Liechtenstein sandte auf die Kunde hievon einen Oberlieutenant seines Generalstabes nach Brescello, um die dortigen Truppen mit dem bevorstehenden Eintreffen ihres Fürsten Franz V. bekannt zu machen. Auf die Mittheilung des Letzteren, daß ihr Kommandant geflohen sei, erklärten sämmtliche Offiziere und bereits sich auch die ehrenliche Kolonne wieder anzulegen, unter vorwährtenem Eviva Rufen für Se. königliche Hoheit. Durch die Uebergabe dieses Forts werden dem Staate 51 Kanonen und eine militärisch wichtige Brücke erhalten. Während dies geschah, rückte eine Abtheilung des Armeekorps des Fürsten Liechtenstein von Reggio, welcher eine Deputation aus der Stadt entgegen kam, um die unbedingte Unterwerfung der Stadt zu erklären, und um jene Rücksichten zu bitten, deren Gewährung die Stadt rücksichtlich ihres loyalen Benehmens mit Zuversicht entgegensehen dürfe; worauf die k. k. Truppen Reggio besetzten. — Die toskanische Regierung hat dem Feldmarschallieutenant Baron Welden unter Verleihung des englischen Ministerresidenten in Florenz die amtliche Erklärung mitgetheilt, daß die öffentliche Ruhe und allem Nachdruck aufrecht erhalten, Erhebungen in Massa unterdrückt, und bewaffnete Zusammenrottungen an der österreichischen Grenze werden gehindert werden; wogegen das Armeekorps des Baron Welden die toskanischen Grenzen zu respektiren versprach. (Z. A.)

Turin, 30. August. Der König hat an sein Heer folgende, unter den gegebenen Umständen höchst bezeichnende Ansprache gerichtet: „Indem die Zeit des Waffenstillstandes verstrieb, ist meine Regierung entschlossen auf die Mittel bedacht, den Krieg wieder aufzunehmen. Von allen Seiten eilen neue Brüder, neue Gefährten mit froher und muthiger Bereitwilligkeit unter jene Fahne, die ihr schon an der Etsch entfalten habt. Wenn das Ungemach, die Entbehrungen und die langen Mühseligkeiten des Feldzuges euch nun von Sieg bringen konnten, so werden die erhaltene Ruhe und eine strenge Mannszucht die Tage des Triumphes wieder zurückführen. Soldaten! an euch ist es zu beweisen, daß ihr durch das Mißgeschick nicht darniedergeschlagen seid; an euch ist es dem Vaterlande, das sich von Neuem Alles von euch versprizt, zu zeigen, daß es, was sich auch ereignen möge, auf die Treue, Hingebung und auf einen unbesiegbaren Muth zählen könne. Für die neuen Soldaten wird das Andenken an eueren vergangenen Ruhm ein Stachel der Nacheiferung sein. So werden bei Ablauf des Waffenstillstandes entweder Bedingungen erlangt werden, die sich mit den Rechten der Nation vertragen, oder wenn die Ehre es erheischt, wird euch der Feind mit wiedererwachter Begierde zu siegen herausfordern sehen, um Unabhängigkeit, die der Wunsch Aller und Ziel auf unseren Opfer ist, zu kämpfen. Es möge unterdessen das Vaterland, das auf euch alle seine Hoffnungen setzt, es wissen, wie unverbrüchlich fest ihr in Liebe und Treue an diesen freien Einrichtungen haltet, welche die Grundlage der neuen Geschicke Italiens sind. Ich verordne daher, daß so bald als möglich die Obers und Offiziere der Landwehr und Seemacht ohne Unterschied, so wie auch die Soldaten, auch denen sie besteht, den Eid auf die Verfassung schwören, mit welcher feierlichen Handlung die Einheit der Nation durch ein noch engeres Band getheiligt werden wird, indem dadurch die Eigenschaft des Bürgers von der des Soldaten unzertrennlich gemacht, und auf diese letztere alle die Rechte, welche das Gesetz allen unseren treuen und geliebten Völkern ohne Unterschied ertheilt, übertragen werden. Aufsfandria, 28. August 1848. Karl Albert. (Gegengez.) Mossa di Lisio."

Livorno, 25. Aug. Der Pater Gavazzi, welcher in Florenz durch seine kommunistischen Reden sich die Verbannung aus dem Lande zugezogen hatte, kam gestern der Regierung zum Trotz mit dem Dampfschiffe von Genua nach Livorno. Er hielt um 10 Uhr Morgens eine feurige Anrede an das um ihn versammelte bewaffnete Gesindel. Nicht allein die Oesterreicher, sondern alle Deutsche ohne Ausnahme wurden als Räuber, Schurken und Barbaren behandelt. Er forderte das Volk auf, die Regierung und den Fürsten als im Einverständniß mit Oesterreich zu stürzen. Gestern noch reiste er weiter nach Florenz. Heute Morgen erfuhr man in Livorno, er sei in Florenz mit seinen Begleitern verhaftet worden. Diese Nachricht gab das Zeichen und die Gelegenheit zum Aufruhr. Die Stummgesinnten wurden gelautet, die Kaserne, wo die Gewehre der Bürgergarde aufbewahrt sind, erbrochen, die Glimmen weggenommen und unter das Volk vertheilt: der Gouverneur wurde gefangen genommen und in das Fort in Verwahrung gebracht; der elektrische Telegraph wurde sogleich zerrümmert, um die Nachricht von den Vorgängen in Livorno nicht nach Florenz gelangen zu lassen. Viele wollen sich bewaffnet nach Florenz begeben, um die Regierung zu stürzen. In Bologna geht es noch schrecklicher zu. Sie werden erfahren haben, daß am 8. d. Mts. mehrere unbewaffnete österreichische Soldaten in den Straßen von Bologna ermordet wurden, ohne auch nur im Geringsten das Volk gereizt zu haben, und daß der General Welden auf dieses hin die Stadt einige Stunden bombardirte und sich dann zurückzog. Weil man sich in der Stadt auf einen neuen Angriff der Oesterreicher gefaßt machte, so wurden alle Waffen hervorgesucht und ausgetheilt. Was war die Folge hievon? Das Bolognesser Gesindel, welches nur auf Rauben und Plündern aufgeht, zieht bewaffnet zusammen und treibt Kontributionen ein. Besonders in der Nacht vom 24. auf den 22. sollen fürchterliche Diebstähle und Mordthaten vorgefallen sein. Das ist die italienische Freiheitsfahne! (N. Korr.)

Schweiz.

Auf den von Zürich und auch von andern Kantonen, wie St. Gallen und Basel, unterstützten Antrag, daß der Vorort in der Person eines Herrn Kilias einen Abgeordneten nach Frankfurt gesandt, um die Interessen der durch eine beträchtliche Erhöhung des Eingangszolls betroffen schweizerischen Industrie zu vertheidigen.

Belgien.

⊙ **Brüssel**, 1. Septemb. Oberst Baron v. Taschenaks, früher großherzoglich hessischer Ministerresident zu Paris, wird als außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister der deutschen Centralgewalt am nächsten Samstag hier erwartet, um dem König den Regierungsantritt des deutschen Reichsverwesers anzuzeigen. Die Angabe einiger hiesigen Blätter, als sei Hr. Gulyot hier angekommen, ist grundlos. Dagegen befindet sich General Graf Bruy früher Präsident der Republik Bolivia (Südamerika) in unserer Stadt. — Der Prozeß wegen der Geschichte von Risquons-Tout ist endlich nach langen Verhandlungen vor dem Assisenhofe zu Antwerpen vorgestern zur Entscheidung gekommen. Des Komplotes gegen die Sicherheit des Staates wurden von den Geschworenen als schuldig erklärt acht Angeklagte, darunter General Meillinet und der Wiener Novalst Spitzhorn. Alle Zweifelmehrer an den bewaffneten Einfall von Risquons-Tout wurden für schuldig erklärt neun Angeklagte. Gegen zwei (Spitzhorn und Mathieu) wurde das Schuldig wegen Mitwissenschaft ausgesprochen. Demjenige hat der Geschichtsof gegen sechzehn Angeklagte auf anschuldig Erklärte die Todesstrafe ausgesprochen, nemlich gegen Spitzhorn, Telestre, Perin, Mathieu, Derodder, Balkis, Tedesko, Garnel, Gualton, Jouannin, Calsonne, Baxten, Nonkel, Goosmans, Bouyeois und Declercq. Die sechzehn andern Angeklagten wurden freigesprochen und auch sogleich in Freiheit gesetzt. Im Augenblicke, wo das Urtheil gesprochen wurde, brachen einige von denen, welche Todesstrafe trifft, in den Ruf aus: es lebe die Republik! General Meillinet und der Novalst Spitzhorn haben bei diesem Rufe sich nicht betheiligt. Einige der Verurtheilten sind jetzt gänzlich muthlos. Dieselben, der nach der Verlesung des Urtheils zuerst gerufen hatte: es lebe die Republik! soll sogar geweint haben. Sie hatten nicht erwartet, daß mehr als 4 oder 5 Todesurtheile vorsten ausgesprochen werden. Zu Antwerpen hat das Urtheil in wenig als der ganze Prozeß besondere Theilnahme erregt. Der größte Theil der Bevölkerung beschäftigt sich kaum damit, nur unter den arbeitenden Klassen zeigt sich noch immer eine den Republikanern sehr feindselige Gesinnung. Im Allgemeinen findet man den ganzen Versuch der Republikaner zu lächerlich, als daß man ihm Wesen beilegte. Man glaubt, die Verurtheilten werden in einer Festung oder in einem eigenen Gefängnisse eingesperrt werden, bis die Umstände erlauben, sie zu begnadigen, ohne daß das Land durch die Uebung königlicher Milde der Gefahr eines neuen Versuchs von ihrer Seite ausgesetzt würde.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 1. Sept. 5proz. Metall. 82½, 4proz. 64, 3proz. 49, 2½proz. 42⅛, 183er 500 fl.-Loose 132. 1839er 250 fl.-Loose 91. Bankaktien 1105. Nordbahn 107½. Glogguitz 97. Devetz-Vaitzend 78. Budweis —. Lloyd 71. Pesth 69. Siena 58. Apenninenbahn 95¾.

Berlin, 1. Sept. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch 75 B., 74⅞ G. Berl. Präm. Sch. 88⅛ B. — G. K. u. Nm. Schuldv. — B. Berl. Stadt-Obl. — B. — G. Westpreuß. Pfandbr. 80⅞ B. 79⅞ G. Großherzogl.

Posen Pfandbr. 4proz. — P. 96½ B., 3½ proz. 79½ P. — B. Ostpr. Pfandbr. — P. 85½ B. Pomm. Pfandbr. 90½ P. — B. Kur- u. Nm. Pfandbr. 90½ P. 90½ B. Schlesische Pfandbr. 3½ P. — B. Gold-Pfandbr. Lit. B. gar. Preußische — P. — B. Pr. Bk.-Anth. Sch. 87½ B. Pr. Bk.-Anth. Sch. 87½ B. Friedrichsd'or 13½ P. 13½ B. Aud. Goldm. à 5 Th. 12½ P., 12½ B. Disconto 3½ P., 4½ B.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 85 B. u. B. Berl.-Hamburg 89 P. Berl.-Stettin-Stargarder 90 B. u. B. Berl.-Potsdam-Magdeb. 57½ B. Magdeb.-Halberstadt 104 B. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 54½ B. Köln-Minden 77½ B. Köln-Aachen 56 B. u. B. Bonn-Köln —. Düsseld.-Elberfeld 70 B. Steele-Vohwinkler 35 B. Nieder-Schles.-Märk. 71 B. u. P. Niederschles.-Märk. Zweigbahn — Oberschles. Lit. A 92½ P. Lit. B 92½ B. Rhein.-Nahe —. Rhein.-Aachen —. Aachen-Maastricht —. Thür.-Berlin. —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 83 B. Berlin-Hamburg. 89½ P. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 78½ bz., 5proz. 87½ B. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 83½ bz. Köln-Minden 90 B. Aachen. v. Staat gar. — Rhein. 1. Prior. 75½ B. Rhein. Stamm-Prior. 70 P. Düsseldorf-Elberfeld —. Niederschles.-Märk. 4proz. 82 bz. 5proz. 94 bz. III. Serie 90 P. Zweigbahn 4½ proz. 70½ B. 5proz. 76½ bz. Oberschles. —. Düsel-Oberberg —. Steele-Vohwinkel 77 B. Breslau-Freiburg —.

Amsterdam, 31. August. 2½ proz. Integr. 44½ —. 3proz. Schuld 52¾ —. 4proz. 69¾ —. 5proz. Anl. 3½ proz. Integr. — Dandelsmaatschappy —. 5proz. Arvoins à 510 Pfl. St 81½ —. Span. inländ. 6000 fl. — Couronn — Portug. 5proz. 22½ 4proz. —. Russische 4proz. bei Hope — ditto bei Stieglitz —. 5proz. Metall. 71. — 2½ proz. ditto —

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Dienstag, 5. Sept.: (Zum Erstenmale) „Der Pfarrherr", Schauspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Mittwoch, 6. Sept.: „Die Schwestern", Lustspiel von Angely. Hierauf: „Der Vetter", Lustspiel von Benedix.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Dr. Henle, von Erlangen. Lawrence, Hamilton, Pope, Combe, Rentiers aus England. Baron Schäffer, von Augsburg. Merz, Kaufmann von Berlin.

Gold. Hirsch. Groz, Rentier aus England. Frhr. v. Kleinantegg aus v. Ritter, Partikuliers von Wien. Gabriel, Architekt von Wien.

Hotel Maximil. Graf v. Fugger-Babenhausen und Jemainti, Rentiers von Petersburg. Mad. Zurp, Privatiere von Gotenburg. v. Magdeb, Rentier aus Livland. Bulow, Müller von Berlin. Graf v. Zichy, aus Ungarn. Marquis v. Pontois, von Paris. Plessis, Rentier von Nizza. Delessire, Proprietär von Nancy. Raubot, Banquier von Bar-le-Duc.

Gold. Kreuz. Elder von Lupenau, Advokat von Wien. Konrad, k. k. Oberstleutnant. Hoffinger-Konzipist von Wien. Hyrl, Oberstleutnant. Frhr. v. Fuchs. v. Fuller, Gemahl von Innsbruck. Hiller, Staatsbuchhalter von Innsbruck. Boyer, Kaufmann von Frankfurt. Meyler, Kaufmann von Hersfeld.

Gold. Hahn. v. Gerhamer, geb. Rath von Linz. Freese, Hauptmann von Wien. Müller, Privatier von Darmstadt. v. Geising, Assessor von Stuttgart. Klein, Kaufmann von Leopelstadt.

Blaue Traube. General Plantschner, von Jegolstadt. Mader Binder, von Memmersheim. von Derretoop, Advokat von Gräfstel. v. Gerlach, Reactionär von Berlin. Werther, Dr. philos. von Berlin. Baron v. Dörnberg, Rittmeister von Landshut. Gräfin v. Oberndorff, von Regensburg. Reis, Kaufmann von Nürnberg Spindtmesch, von Lemberg. Cyganowski und Lypodowicz, aus Galizien. Baron v. Mauz, von Amberg. Walther, Priester von Straubing. Lüsch, Privatier von Leipzig. Groß, Privatier von Frankfurt. Miguel, Dr. med. von Hannover. Merz, Buchhalter von Wien. Leitner, Ständesekretär aus Steiermark. Dr. Fischer, Advokat von Augsburg. Wanzy, Dr. med. von Stuttgart. Furtner, Oberst von Augsburg. Trapp, Gerichtsrat von Wasserburg.

Stachusgarten. Münzmeig, Lieutenant von Augsburg. Wolf, Privatier von Augsburg. Stamer, Privatier von Würzburg. Dietz, Privatiersgattin von Augsburg. v. Schlg, Privatier von Memmingen. Obermaier, Professor von Possau. Lisch, Brauer von Bayerdorg. Niedle, Privatier von Ochsenhausen. Albrecht, Privatier von Rantesbuch. Webenhauer, Studierender von Zsl.

Gestorbene in München.

Christine Maier, Bäckers Witwe, 63 J. a. Michael Schachinger, Schuhmachergesell v. d., 72 J. a. Katharina Stiger, bürgerl. Stadtfischerstrau, 43 J. a. Susanna Hauner, Polizeidienerstochter, 7 M. a. Johanna Beil, Felixwebelswittwe, 72 J. a. Franziska Moll, Königl. Majorswittwe, 76 J. a

Bekanntmachung.

101. Auf Anbringen eines Gläubigers wird das Anwesen des Müllers Joseph Zwick, von Pitzling, dem öffentlichen Verkaufe unterstellt.

Dieses Anwesen besteht aus dem Wohn- und Oekonomie-Gebäude, einer Schneid- und Mahl-Mühle und beträchtlichem Grundstücke, wie dann die genauere Gutsbeschreibung und das Schätzungsprotokoll bis zum Verkaufstage bei Gericht eingesehen werden. Wei der gerichtlichen Abschätzung zum 9. Mai l. Js. wurde ein Werth von 12,994 fl. erzielt.

Versteigerungsanlagstag hiezu wird auf

Donnerstag den 26. Oktober l. Js.

Vormittags von 9 bis 12 Uhr

im Wirthshause zu Pitzling anberaumt, wobei der Zuschlag nach §. 94 der Versteigerungsgesetze, vorbehältlich der Bestimmungen der Prozeßnovelle vom 17. Nov. 1837 §§ 98—101 erfolgt.

Kaufsliebhaber werden mit dem Bemerken eingeladen, daß sich der Gerichte annehmende Steigerer über Leumund und Vermögen durch legale Zeugnisse auszuweisen haben.

Landsberg am 30. August 1848.

Königl. Landgericht Landsberg.

D. a.
Perer.

Bekanntmachung.

102. Auf Antrag mehrerer Gläubiger wird das Anwesen des Schröderbrauers, Ehelente Matthäus und Sabina Bigldum, in Bayerdieten zum zweitenmale zum öffentlichen Verkaufe unterstellt, um ist auf

Dienstag den 3. October l. Js.

Vormittags von 9 bis 12 Uhr,

im Orte Bayerdieten zur Versteigerung an den Meistbietenten Kommission angeordnet.

Bezüglich der Beschaffenheit und des Schätzungsbetrages obigen Anwesens wird sich auf die Ausschreibung vom 22. April l. Js. vid. Landsberger Wochenblatt vom 6. Mai 1848 Stück 19, Bayer. Landsboten vom 30. Mai Nro. 65, Bayer. Landsboten vom 14. Mai Nro. 136, Münchener polit. Zeitung vom 5. Mai Nro. 117, Augsburger Abendzeitung vom 7. Mai Nro. 128 bezogen.

Der Zuschlag hiezu wird nach §. 89 der Prozeßnovelle vom 17. Nov. 1837 ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth.

Dem Gerichte unbekannte Käufer haben sich über Leumund und Vermögen durch legale Zeugnisse auszuweisen.

Landsberg am 30. August 1848.

Königl. Landgericht Landsberg.

D. a.
Perer.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Bekanntmachung.

100. (3a) Das Wechselhaus Heinzelmann & Comp. dahier hat am 21. Febr. l. Js. einen Urlaubswechsel von 900 fl. Corrent gezogen von Hrn. Mr. Frige in Bitenze am 1. Febr. l. Js. und am 1. 7. Juni zahlbar, auf sich selbst an die Ordre der Geroiame Sandri aus Bitenze und von diesem giltig erhalten.

Dieser Wechsel kannt jedoch von dem Wechselhaus Heinzelmann & Comp. dahier nur mit 480 fl. Corrent bezahlt werden, und es wurde daher wegen des Restes von 420 fl. Corrent durch den hiesigen Notar Arvokaten Schirmer Protest levirt, und dieser von gesammtem Danslungshause sammt Wechselbrief und Retourrechnung sofort am 8. Juni an Agoko Morozzi in Bitenze gesendet, um von dem Gironten oder Ausbeller die Retourrechnung mit 430 fl. Corrent begehrt zu verlangen, oder auf sonstige Weise sich den Wechselregreß zu sichern.

Nachdem nun aber diese Zusendung nicht an den Ort ihrer Bestimmung gelangt, sondern verloren gegangen ist, so wird auf Antrag des Wechselhauses Heinzelmann & Comp. der unbekannte Inhaber des oben bezeichneten Wechsels aufgefordert, innerhalb sechs Monaten diesen Wechsel dahier bei Gericht zu produzieren und seine Ansprüche an denselben geltend zu machen, andernfalls dieser Wechsel für kraftlos erklärt werden würde.

Augsburg am 29. August 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht.

D. l. a.

Der Königl. Rath:
v. Langen.

Vordrugg.

Bekanntmachung.

104. Johann Georg Röger, Halbbauerssohn von Kupferied, geboren den 6. April 1790, dessen Eltern auf dem Anwesen seines Bruders, Georg Stephan Röger, Halbbauers zu Kupferied, hypothekarisch verschertes Altenteil zu 2/3 ß.

Da Johann Georg Röger im Jahre 1812 als Soldat mit den bayerischen Truppen nach Rußland gezogen, und seit dieser Zeit vermißt wird, so wird derselbe oder seine allenfallige Deszendenz aufgefordert,

binnen 6 Monaten

von heute an ihre Ansprüche auf obiges Vermögen bei dem unterfertigten Gerichte geltend zu machen, widrigenfalls dasselbe an dessen nächste Verwandte gegen Kaution ausgeantwortet werden würde.

Königl. Landgericht Waldmünchen.

v. Teng,
Landrichter.

Kaut.

München, den 5. September.

Aus dem k. Kriegsministerium ist der folgende Tagsbefehl gegeben worden:

Nachdem nunmehr jene Truppenkorps wieder in ihre Friedens-Garnisonen eingerückt sind, welche zum Schutze der deutschen Grenzen gegen aus dem Auslande heranziehende Banden und zur Sicherheit im Innern gegen republikanische Wühlereien nach der Pfalz und Schwaben beordert waren, so wird auf allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Königs sämmtlichen Regimentern, Bataillonen und Abtheilungen jener Korps die allerhöchste Anerkennung für bewiesenen guten Geist, rühmliche Mannszucht und kriegerische Haltung kund gegeben, zugleich auch den kommandirenden Generalen, den Offizieren ihres Generalstabes, so wie sämmtlichen Regiments- und Bataillons-Kommandanten und den übrigen Offizieren für ihre Einsicht und Thätigkeit in Führung der ihnen anvertrauten braven Truppen die allerhöchste Zufriedenheit und das feste Vertrauen ausgesprochen, daß sowohl die benannten Truppenkorps, als das ganze übrige Heer, wenn König und Vaterland sie zum Kampfe aufrufen sollte, ihren althergebrachten Ruhm unerschütterlicher Treue, musterhafter Mannszucht, ausdauernden Muthes und tiegbitzter Tapferkeit durch die That bewähren werden. München, den 25. Aug. 1848.

Die vorgestrene allerhöchste Zurückbehaltsbeitbezeugung soll den sämmtlichen Truppenabtheilungen auf eine angemessene solenne Weise in der Art gebörig verlündet werden, daß auch die an den bezeichneten Tage im Dienste befindlichen Leute den darauf folgenden Tag Kenntniß davon erhalten.

Se. Maj. der König haben unter dem 3. Sept. l. J. dem Kriegsminister einen bestimmten, mit dem 4. Sept. beginnenden Urlaub zu bewilligen, und die Leitung der Geschäfte bei dem Kriegsministerium während der Dauer dieses Urlaubs dem Generalabjutanten, Generallieutenant, Frhrn. v. Hohenhausen zu übertragen geruht.

Die freie Presse und unsere Zeit.

** Jahrelang seheten wir uns aufrichtig nach dem Zeitpunkt, wo endlich die Fesseln gelöst werden möchten, die dem freien Wort in der Presse angelegt waren, jede freie Entwicklung der Gedanken hemmten, und laut nur noch die Hallen der Ständekammern als den Wadrplatz erkennen liesen, wo ein freies Wort noch laut werden konnte. Und auch dort, wer wollte sich dessen nicht erinnern, ertlangen solche Worte nur zu oft zu folglos; die Wenigen, welche den Muth hatten sie auszusprechen, waren fast schon im Voraus gewiß, in der Minderheit zu bleiben, und von denen überstimmt zu werden, welche dem schwanken Rohre gleich nur nach dem jeweiligen Sonnenblick der Gunst und Gnade ihre Stimmen richteten.

Tag in nun plötzlich anders geworden. — Das Wort ist frei und fesselos. — Viele Stimmen, die bisnahe verstummt waren, oder in den heisern Ruf der kirchlichen Nachtwächter einstimmten, machen jetzt gewaltigen Lärm, und predigen die Freiheit in der Kirche und im Staate, und überall nur Freiheit.

Uns aber, die wir den Wenigen angehören, die schon in der frühern Zeit die Hochwarte der Freiheit zu erklimmen bestrebt waren, die wir das Für gekämpft und gelitten haben, ohne die Hoffnung aufzugeben, sie werde, getragen von den kräftigen Schwingen des Geistes, bei uns heimlich werden, — uns kann der Gedanke auf die Entwicklung unserer Preszustände nur das aufrichtigste Bedauern erregen. Denn sie liefern den unerquicklichen Beweis, daß unsere Erwartungen von dem, was wir so lange erstrebt, und jetzt im Vollgenuß erreicht haben, bis jetzt wenigstens noch ferne sind ihrer Erfüllung.

Wir hatten auf den besonnenen deutschen Geist, wir hatten auf eine edle Haltung der Presse gerechnet, wir hatten uns der freudigen Hoffnung hingegeben, daß mit männlichem Ernst und festem Muthe jeder werde auftreten, das Gute vertheidigt, dem Bösen aber, wo und wie immer es auftaucht, kräftig werde entgegengetreten werden. Mit hatten energischen Widerstand erwartet, wo immer der rauhige Versuch erneuert werden wollte, uns das kostbarste Gut der Menschen, eine gesetzliche Freiheit zu verkümmern oder wohl gar wieder zu rauben.

Halten wir aber Umschau in der jetzigen Staat der Tag- und und Flugblätter, die uns jetzt umschwirren, so ist es nicht der wohlthuende Athem der Freiheit, der uns aus ihnen entgegenweht: es ist die grinsende Fratze der Leidenschaft und Selbstsucht, die uns nur allzusehr entgegenstarrt.

Es ist nicht die besonnene Besprechung, und wo es noth thut der ruhig gehaltene Tadel der Verkommnisse, der belehren, der bessern, der den Regierenden, wie den Regierten nach bestem Wissen den rechten Weg zeigen will, es ist der Alles verdächtigende und Alles in den Staub herabziehende Schrei der Lüge, der Verleumdung und Uebertürzung, der überallhin seine Fackel schwingt, und dessen Feuerbrand wohl die jungen Pflanze der Freiheit verlengen, sie zum Verwelken bringen, nimmermehr aber ihr Wärme und Gedeihen geben kann.

Es ist die maßlose Lust, alles Bestehende, nur weil es besteht, umzustürzen, an Allem, selbst dem Heiligsten zu rütteln und zu schütteln, die das große Wort führt, während die schönste Gelegenheit geboten war, die Massen zu belehren, auf die Verderbtheit wahrer Volksbildung störend einzuwirken, und so den Bau der Freiheit auf den festesten Grundlagen, auf den Bau des Gesetzes und einer guten, vernünftigen Volks-Erziehung aufzuführen.

Und bekümmert es um so aufrichtiger, und in unsern frühern Hoffnungen, in unserm Vertrauen auf unsere deutsche Presse und gestäuscht zu sehen, weil wir wahrnehmen müssen, wie nicht nur die Feinde des freien Wortes triumphirend auf diese Erscheinung uns hinweisen, und nur in einem Umsturzbestrebungssystem, wie es uns die so viel gepriesene Republik dort an der Seine zeigt, fernerer Heil erblicken, sondern wie selbst die Anhängerschaften ihre werden, und den frühern Zustand mit all seinen Drabsalen traurigen Andenkens, ja den polizeilichsten Pressmang wieder herbeiwünschen, damit solchem unsaubern Treiben ein Ende gemacht werde.

Lezteres wünschen auch wir aufrichtig, so wenig wir uns auf der andern Seite mit den Liebhabern der frühern Zustände betreunden können; daß dem gegenwärtigen, man könnte fast sagen anarchischen Zustande eines Theils der Presse Damm gesetzt werde, wünschen wir im wohlverstandenen Interesse der Freiheit selbst. — Wir hoffen auf das Gesetz und seine Wächter.

Noch immer hoffen wir aber auch, daß die Besonnenheit am Ende doch die Oberhand gewinnen und der gesunde deutsche Geist sich bewähren werde.

Wir sind in unser Zujand der Presse, so hoffen wir, kein frisch geletteten Most zu vergleichen, der in wilder Gährung alle unedlen Elemente, die Hefe, in die Höhe wirft, und mit Toben und Brausen ausstößt, dann aber sich klärt und zum köstlichen geistigen Getränke sich läutert.

Wollt Ihr den sprudelnden Most in enge Reife schmieden, nur rückschtslos den Stunden an dem gährenden Fasse zuschlagen, so wird er die Reife sprengen und den Stunden zutreffend gewaltsam sich Luft und Freiheit erringen, — oder — im Fasse abfterben und mit der Hefe selbst verloren gehen.

Laßt Ihr ihn angedren im faßenlichen Toben, so wird er endlich von sich stoßen, was unlauter ist, und der edle Geist wird siegen! — Möge unser Bild zur Wahrheit werden, unsere Hoffnung in Erfüllung gehen! —

Deutschland.

Preußen. — ⊙ Berlin, 31. August. (Nationalversammlung. Sitzung vom 31. Aug.) Der Präsident bringt den § 44 zur Abstimmung. Die Versammlung nimmt ihn einstimmig an, er lautet: Die Ansübrer der Bürgerwehr werden von allen Bürgerwehrmännern der Dienstliste (§ 15) gewählt. Die folgenden §§ 45—48 sind des Kommissions-Entwurf verworfen. Die Versammlung ohne weitere Debatte angenommen. Hierauf geht man mit zeitweiliger Aufhebung der §§ 49 und 50 zur Diskussion über § 51 über. Kunth hat folgenden Antrag gestellt: Der § 51 des Entwurfs muß mit Rücksicht auf den Beschluß der Versammlung über § 44, nunmehr dahin geändert werden: der Chef wird vom Könige auf einer Liste von drei Kandidaten, welche in Gemäßheit des § 44 von sog. gewählt werden, ernannt. Es entspinnt sich eine lebhafte Debatte. Abg. Matthäi will direkte Wahl, ebenso Bedeno. Gegen Bedenos spricht der Minister des Innern: „In allen konstitutionellen Staaten ist es Grundsatz, der König aus der Diskussion zu lassen. Bei Gelegenheit der Eidesleistung hat man schon den König in die Debatte verwickelt. Hier handelt es sich darum, der Krone eine Obrenbetrauung zuzuwenden.“ Die Wahl müsse schon ein Gegend sein, die Krone bei der Ernennung der Obersten der Bürgerwehr mitwirken zu lassen. Die Mitwirkung der Krone bei der Ernennung, die er Namens der Regierung in Antrucb nehme, habe auch einen tieferen Grund: die Bürgerwehr habe die Ordnung aufrecht zu erhalten, sie sei eine Hauptwache der Gesetzgewalt, es müsse die Regierung Alles daran legen, bei der Ernennung der Befehlshaber betheiligt zu sein. Waldeck spricht gegen das Prinzip der indirekten Wahl. Der Ministerpräsident v. Auerswald, Hansemann, Minister der Finanzen, und Kühlwetter, Minister des Innern, meinten sich zugleich um das Wort. Ministerpräsident: Ich habe gezaubt, die Bürgerwehr sei dazu da, Schaden zu verhüten, und ich bore jetzt von dieser Tribüne, daß von der Bürgerwehr Schaden zu befürchten sei. Konstitutionelle Regierungen können nicht bestehen, wenn sie mit der Stimmung der großen Mehrheit des Volkes im Widerspruch stehen. Diese Mehrheit kann nicht durch die Bürgerwehr, sondern nur durch die Vertreter des ganzen Landes ausgesprochen werden. Will die Bürgerwehr dem Willen der Regierung entgegentreten, so tritt eine Revolution ein. — Die Bürgerwehr hat die Verfassung zu schützen. Die Regierung muß eine Minorität haben, und es kann daher gewiß für ein billiges Verlangen gelten, wenn die Regierung aus 3 Kandidaten sich die Wahl vorbehält, denn der vorgeschlagene Kandidat ist entweder der Mann des allgemeinen Vertrauens, kann wird ihn auch die Regierung wählen, oder es ist für absolutische Zwecke gewählt und dann wird ihn auch die Regierung zurückweisen müssen. Min. Hansemann: Das konstitutionelle Ministerium ist die Regierung des Landes,

gestützt auf die Majorität des Landes, einer solchen Regierung kann man einen Einfluß auf die Wahl gestatten. In Frankreich und Belgien wurde der Kommandeur von der Regierung ernannt. Wenn ein gewisser Abg. erwähnt, daß sich der Kommandant der französischen Nationalgarde Jacqueminot einmal geirrthümt habe, daß er mit allen Ministerien gestimmt, so weiß ich nicht, ob dieß geschehen oder nicht; aber alle Minister haben einen Grundzug zu verfolgen, nämlich die öffentliche Ordnung zu erhalten. Es kann daher nur darauf ankommen, ob der Kommandant ein tüchtiger, zuverlässiger Mann war; wer ihn ernannt, ob Fabius, Thiers, Guizot oder Soult, das ist gleich. Der Hr. Abgeordnete möge doch nach Paris gehen und sich überzeugen, ob man sich jetzt noch sehr über die Hebewarteregimente freue, im Juni haben sich die Nationalgarden zum größten Theil sehr gut geschlagen. Es ist Gesetz, daß die Nationalgarde sich nicht gut schlage, wenn sie im Gegenzuge zur Regierung frei wählt. Der Minister des Innern sagt im Uebrigen, daß seine Kollegen, wie seine Person, die Bestimmung der Krone sei selbst unter dem Institut günstigst. Mag einer dem gegenzeugen Waldeck sprich Jung: Man solle nicht auf Frankreich hinsehen. Die Franzosen sind tyrannisch für die Centralgewalt, lassen sie uns nicht sie hierbei zum Muster nehmen. Betrachten Sie die Verhältnisse der alten germanischen Völker; schon in den Kaisermahlen spricht sich die Gelegenheit nach die Individualität abwiegen aus. Der Redner geht auf die englischen Verhältnisse über und weist darauf hin, wie ängstlich man dort Grundrechte wahre. Temme ist gegen das Amendement. Milde: Das Vertrauen, das jetzt von dem Ministerium verlangt werde, sei ein anderes als dasjenige, welches man früher in Anspruch genommen habe, und eine Regierung, hervorgerufen und gestützt auf die Majorität des Landes, könne ein gewisses Vertrauen beanspruchen. Ein solches Vertrauen sei es höchstens, das man für die konstitutionelle Regierung für erwerbin bewahren müsse. Abg. v. Auerswald für das Amendement: er behaupte, das Volk habe sich in seiner unermeßlichen Majorität für die konstitutionelle Monarchie ausgesprochen, es sei allerdings eine Gefahr möglich bei der Wahl eines Anführers, volksthümlich werde sie ja immer sein, da aus 3 volksthümlichen Kandidaten gewählt werde. Er freue sich über den gehrten Abgeordneten, der aus germanischen Grundlagen zu bauen bitte; er müsse aber bemerken, daß es inkonsequent sei, gegen ein Vertrauen zu sein, wenn man andererseits so häufig von Mißtrauen spreche. (Lebhafter Beifall der Rechten und des Centeums.) Ruf zum Schluß. Schulz (Wanzleben) spricht gegen, Weichsel für, es hätten zu vier Ministern gestrochen, dem Lande werde dieß genügen. Trotzem geht man zum Schluß, für den auch die Minister stimmen. Es wird auf namentliche Abstimmung angetragen und dieser Antrag unterstützt. Für Runkels Amendement stimmen 225, dagegen 136. 35 fehlen. Auf Matthäis Antrag wird bestimmt, daß die Wahlen des Majors in der Art vor sich gehen, daß die einzelnen Kompagnien zusammentreten und ihre Wahlzettel veredelt eingeben. — Der § 49 wird dahin amendirt, daß über Beschwerden über die Majors- und Oberstwahlen die Kreisvertretung, in welcher der Stabssitz liegt, vorbehaltlich der Berufung an die Bezirksvertretung, entscheidet. Die §§ 51—54 werden die auf geringfügige Verbesserung in § 52 angenommen.

⊙ **Berlin**, 1. Septembre. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung nahm nach Verlesung des Protokolls der Ministerpräsident das Wort, um die Waffenstillstandsfrage mit Dänemark zur Sprache zu bringen; er sagte unter anderem, es sei nothwendig gewesen, den Handelsstand zu beruhigthigen, so daß eine Eröffnung der Schiffahrt im Ausblick stehe; er bedaure sich auch heute noch äußre Stande, den Text des Abschlusses mitzutheilen, doch müssen wir noch heute die Ratifikationen ausgewechselt werden. — In Folge des mit Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstandes sind gestern von England Aufträge zum Ankauf bedeutender Posten Getreides hier eingetroffen. Ein einziges hiesiges Handlungshaus hat gestern zu diesem Behufe 200,000 Thlr. umgesetzt.

Großbritannien.

* **London**, 31. August. Man glaubt, der Schluß des Parlaments werde am nächsten Dienstag erfolgen. — Die Königin und der Prinz Albert verlassen Osbornhouse am Montag früh. Die Königin wird das Parlament in Person prorogiren und dann im Laufe des Tages zu Woolwich sich mit dem Prinzen Albert nach Schottland einschiffen. — Im Unterhause antworte der Schatzkanzler auf eine Frage des Hrn. Hawkins, ob er die Akte des Anlehens, das er zu negotiren vorhabe, emittiren werde: er beabsichtige kein Anlehen zu negotiren, sondern gedenke denselben Gang zu verfahren, wie im Jahre 1841, nämlich Akte für schwache Summen zu emittiren, und nur von Zeit zu Zeit je nach den Börsenkursen zu negotiren.

Frankreich.

** **Paris**, 1. Septembre. Gerüchte von unverzüglichen Einschreiten in Italien liefen gestern um. Im Gimerschländnisse mit England, hieß es, hätte ein französisches Geschwader mit 4000 Landungstruppen an Bord, Befehl erhalten, nach Venedig abzugehen, um den Widerstand dieser Stadt zu unterstützen. Anderseits will das Journal des Débats wissen, die Unterhandlungen zwischen den Kabinetten von Wien und Turin schienen doch leichter zu einer befriedigenden Lösung führen zu sollen, als man erwartete. Oesterreich wolle einen beträchtlichen Theil der Lombardei, Mailand inbegriffen, abtreten und die Frage der von Oesterreich geforderten Entschädigung sie die Kriegskosten allein hiete nach Schwierigkeiten, diese Bedingung könne jedoch ohne Zweifel durch spätere Unterhandlungen modifizirt werden. Der „Konstitutionel" bezeichnet mit Recht diese Gerüchte als vorellig und der Bestätigung bedürfend; doch fügt er bei, dem venetianischen Abgesandten Mengaldo habe der General Cavaignac gesagt, wenn das Vermittelungsanerbieten von Oesterreich zuerkannten werde, werde der Krieg sofort beendigt sein. Ich bezweifle auch die Richtigkeit dieser Angabe. Gewiß ist übrigens die Verstärkung der Alpenarmee mit einer fünften Division. — Hr. v. Raumer, der Gesandte der deutschen Centralgewalt, ist weder vom General Cavaignac noch vom Minister des Auswärtigen noch empfangen worden, da Frankreich die neue deutsche Centralgewalt noch nicht anerkannt hat. — Die italienische Legion soll zu Besançon gebildet werden, nur einige Abtheilungen davon nach Bourg kommen. — Die „Democratie pacifique" spricht von der Bildung zweier Divisionen bei Paris, welche nach Metz und Straßburg (also gegen Deutschland) marschiren sollen. — In Folge der oben erwähnten Gerüchte war die Sprotentige Rente gestern Abends im Vaisage de l'Opera bis auf 70 Fr. 75 Cts. gesunken. Heute ist man aber wieder beruhigt, und sie schloß mit 71 Fr. 75 Cts., die Prozentige aber mit 43. 50, nachdem sie anfangs auf 44 gestanden war.

Spanien.

* **Madrid**, 27. Aug. Das Gerücht einer neu entdeckten Verschwörung durchlief heute die Stadt. Die Liste der Verschworenen zeigt meistens unbekannte Namen. Man spricht von einer Verbafung des Hen. Narvaez, Schwiegersohns des Hrn. G. Bravo. Die Leuppen standen heute theilweise unter den Waffen und gestern Abend untersuchte der Generalkapitän selbst die verschiedenen Wachtposten. — Hr. Gonzalez Bravo hat gestern mit seiner ganzen Familie in Folge politischer Mißtregeln Madrid verlassen, ist zu sich gereigert habe, freiwillig abzureisen, und geht nach Frankreich. — General Nareiso Lopez soll der Urheber des Komplots sein, welches beabsichtigte, die Insel Cuba in die Hände der Vereinigten Staaten zu spielen.

Donaufürstenthümer.

Suleiman Pascha hat unter dem 16. Aug. ein Manifest an die Rumänische Nation erlassen, worin er erklärt macht, daß der Sultan sie in Folge des 23. Juni aus drei Mitgliedern zusammengesetzte Lieutenantze anerkenne, und die Einsetzung derselben von Seite der Wallachen als ein Zeichen ihrer Unterwürfigkeit gegen die hohe Pforte anerkenne, dagegen jeden, welcher dieser Obrigkeit nicht gehorcht und die herrschende Ruhe zu stören sucht, als Rebellen betrachte, welcher des Strenge des Gesetzes überliefern sei. — Sodann fordert er die Flüchtlinge auf, in ihre Heimath zurückzukehren, und sichert ihnen Straflosigkeit zu. Schließlich versprecht er, binnen Kurzem in eigener Person die Hauptstadt zu besuchen. (Wien. Z.)

Nachschrift.

Bayern. — *† München, 5. Sept. 33. MW. der König und die Königin werden Sich morgen Vormittags auf der Eisenbahn bis Kaufbeuren und von da über Füssen nach Hohenschwangau begeben. Der Aufenthalt daselbst ist bis zum 1. Oktober bestimmt, an welchem Tage das landwirthschaftliche Centralfest in München stattfindet.

Fiume, 30. August. Gestern Abend wurden mehrere ungarische Beamte nach Ausjahlung einer zweimonatlichen Gehaltes entlassen. Heute früh trafen 800 Grenzer, darunter viele Szeczauer, und die Bürgerwehr von Buccari ein, welche sich längs dem jenseitigen Ufer der Fiumara in Reihe und Glied aufstellten. Um 10 Uhr forderte der Graf Bugnevaz nebst den 3 andern Banalkommissären in Begleitung des Magistrats den Gouverneur auf, Fiume zu verlassen. Seiner Bemerkung, er könne sich hierzu ohne höhere Weisung nicht verstehen, setzte man entgegen: daß man zu Gewaltmaßregeln schreiten würde, welche die Stadt keinen Widerstand zu leisten vermöchte. Da die Post abgeht, so kann ich heute das Gefährliche noch hinzufügen, daß Unterhandlungen nicht mittheilen. Mittlerweile beschränkt und bietet der Gouverneur die Fiumaner in einem Aufrufe, jede Demonstration zu unterlassen und die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. (Oest. Lloyd.)

Das neue sardinische Ministerium hat unter Hinweisung auf sein Programm, wonach es den Waffenstillstand zwar als militärische Thatsache, nicht aber als einen Akt politischer Transaktion, welche eine vollendete Thatsache aufheben könne, betrachtet, die Mitglieder der lombardischen Konsulta eingeladen, sich „während der Dauer der österreichischen Okkupation der Lombardei" in Turin zu versammeln und ihren offiziellen Wohnsitz zu nehmen, damit das Ministerium sich in den von dem Gesetz über die Vereinigung der Lombardei mit Piemont vorgesehrtebenen Fällen mit ihnen vereinbaren könne.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 60.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 8 fl.
Halbjährig 4 fl.
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Mittwoch den 6. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, 6. September.

Unterm 3. September ist aus dem Kriegs-Ministerium der folgende Erlaß ergangen: „Se. Königl. Majestät haben zuvolge allerhöchster Entschließung vom 2. ds. Mts. allergnädigst zu bestimmen geruht, daß die früher stattgefundenen Kirchenparaden an den allerhöchsten Namens- und Geburtsfesten von jetzt an wieder abgehalten werden sollen, wie sie vor dem Erscheinen der Verordnung vom 27. April 1841 angeordnet waren. Es werden daher folgende Bestimmungen getroffen: Die zu den treffenden Garnisonen bestimmten Truppenabtheilungen, zum Lantwehr und sonstige Freikorps rücken vollständig armirt, die Infanterie und Artillerie ohne Tornister, letztere auch ohne Geschütze, die Kavallerie zu Fuß, zu den sakralen Akten Paraden und mit marschiren so wie Klingenden Spiele in die Kirche, um dem feierlichen Gottesdienste daselbst beizuwohnen. Die resp. Kommandanten schaffen werden demselben ihre Plätze daselbst in verhältnißmäßiger Anzahl zur Linie und Landwehr da anweisen, wo nicht die ganze Truppe Raum zur Aufnahme findet. Jene Truppen, welche nicht Platz finden können, bleiben nach Anordnung der Kommandantschaft vor der Kirche aufgestellt und erwarten die Beendigung des Gottesdienstes, um sich der aus demselben zurückgehrer werdenden Mannschaft anzuschließen, und auf den von der Kommandantschaft bestimmten Aufstellungsplatz zu begehen, von wo aus der Vorbeimarsch in Parade vollzogen werden soll. Da, wo die Anzahl der Linien-Soldaten und der Landwehr es, irgent einer Konfession die Mehrzahl bilden, ist es den übrigen anheimgestellt, sich in die Kirche ihrer Konfession zu begeben, sofort sich erst nach ihrem beendigten Gottesdienste auf dem bestimmten Aufstellungsplatze einzufinden, um Behufs des Vorbeimarsches in Reih und Glied einzutreten. Damit nicht von irgend einer Seite wegen ungleicher Beendigung der Gottesdienste ein Aufenthalt eintrete, haben sich die Kommandanten deßhalben des gleichzeitigen Beginnes des Gottesdienstes mit der betreffenden Geistlichkeit zu benehmen. Die nicht eingetheilten Offiziere und Militärbeamten nehmen in den Kirchen die für sie bestimmten Plätze ein. In der Haupt- und Residenzstadt kommandirt der Gouverneur, und in dessen allenfallsiger Abwesenheit der Stadtkommandant die ganze Parade, in den übrigen Garnisonen wird deren Kommandant von den Divisions- oder Brigadekommandanten bestimmt. Wer von der Vorbeimarsch stant zu finden hat, bestimmt wohl ebenso wenig einer Erwähnung, als daß die Abtheilungs-Kommandanten Sorge tragen werden, daß jene Mannschaft, welche in einer anderen, als der treffenden Hauptkirche dem Gottesdienste beiwohnen will, in militärischer Ordnung dahin und zurück auf den Aufstellungsplatz geführt wird."

Se. Maj. der König haben unterm 1. Sept. dem kgl. Regierungs- und Kreisbauraths Friedrich Depistlay in Betracht des bei dem Baue des Ludwig-Kanals geleisteten Dienste den Titel und Rang einer Kreisbauraths- rats- und stempelfrei zu verleihen; unterm 31. Aug. die durch Ernennung des Zivilbauinspektors Schulz zum Bezirksingenieur in Aschaffenburg erledigte Stelle eines Zivilbauinvektors bei der Regierung von Mittelfranken den bisherigen noch im Dienstesprovisorie stehenden Konduktenr bei der Bauinspektion in Aschaffenburg Gabriel Folz zu verleihen, und die durch besten Beförderung erledigte Bauconducteursstelle bei der Bauinspektion Aschaffenburg den bisherigen funktionirenden Sektionsingenieur bei dem Eisenbahnbau Praktikanten Johann Reiffinger zu Aschaffenburg in provisorischer Eigenschaft zu verleihen geruht; unterm 31. August auf die Stelle des als Kreisingenieur zu der Regierung von Oberfranken versetzten Ingenieurs Johann Baptist Reichling bei der obersten Baubehörde den bisherigen Konduktenr bei der Bauinspektion in Aschaffenburg Joseph Hein sämtlichen Sektionsingenieur bei dem Eisenbahnbau in Bamberg Robert Höchst, seiner allgemeinen Beförderungsbitte entsprechend, zu befördern, ferner auf die durch die in Ruhestand-Versetzung des bisherigen Bezirksingenieurs von Langenmantel erledigte Bezirksingenieursstelle bei der Bauinspektion in Regensburg den Kreisingenieur bei der Regierung von Oberbayern Karl Klenze, seiner gefälligen Bitte entsprechend, zu befördern; die durch Ernennung des Bauconducteurs und bisherigen funktionirenden Sektionsingenieurs bei dem Eisenbahnbau in Bamberg Robert Höchst als Ingenieur bei der obersten Baubehörde erledigte Konducteursstelle bei der Bauinspektion in Aschaffenburg dem Bauvorlagsführer und bisherigen Bauverweser derselben Albert Lukas zu verleihen, endlich dem Bauhommissar und Direktor der pfälzischen Ludwigs-Eisenbahn Maximilian de Lamotte, seiner Bitte willfahrend, die erledigte Baukommissärsstelle zu Germersheim zu verleihen geruht.

Se. Maj. der König haben Sich allergnädigst bewogen gefunden, am 3. l. Mts. dem Appellationsgerichtsrathe Ignaz Frhrn. v. Pfaffius zu Bamberg die nachgesuchte Versetzung in den Ruhestand mit Belassung des Titels, der Funktionszeichens und des Gesammtgehaltes und unter Zufriedenheitsbezeugung für seine langjährige treue und ausgezeichnete Dienstleistung nach Beilage IX. zur Verfassungs-Urkunde §. 12 lit. B. zu gewähren, und zu der hierdurch bei dem Appellationsgerichte von Oberfranken in Erledigung kommenden Rathsstelle den Appellationsgerichtsassessor Franz Xaver Hertig zu Aschaffenburg, sowie zu der bei dem k. Appellationsgerichte in Amberg offen gewordenen Rathsstelle den Kreis- und Stadtgerichtsrath Georg Dörfler zu Würzburg zu befördern: unter dem nämlichen die erledigte Appellatensstelle in Bezirkeid dem Kreis- und Stadtgerichtsassessor Ernst v. Köstl zu Schweinfurt auf sein Ansuchen zu verleihen; dann auf die bei dem k. Kreis- und Stadtgerichte in Baireuth in Erledigung gekommene Assessorstelle den Protokollisten dieses Gerichts Joh. Silbermann zu befördern, und zu der beim k. Kreis- und Stadtgerichte Aschaffenburg offen gewordenen Rathsstelle, unter Vorrückung des bisherigen Rathes ausser dem Status Dr. Philipp Höfling in den Status, den Appellationsgerichtsassessorath Anm Lindner in Aschaffenburg zu ernennen.

Se. Maj. der König haben den Domkapitular Heinr. Hättenberger zu Würzburg auf den Grund seines vorgerückten Alters und seiner angegriffenen Gesundheit der bisher von ihm bekleideten Funktion eines Mitgliedes des Kreisschulcollegiums von Unterfranken und Aschaffenburg unter allerhöchster Zufriedenheitsbezeugung mit seiner seit 10 Jahren in dieser Eigenschaft geleisteten Dienste zu entheben und an der erledigten Stelle eines Kreisschulrathes den seitherigen Exspanam Domkapitular Dr. Jos. Götz zu Würzburg, endlich als Exspanam den Domkapitular Dr. Gottlieb Flag daselbst zu ernennen geruht.

Die bei der Universität Würzburg erledigte Aktuarsstelle wurde dem bisherigen Verweser derselben, Polizeicommissär Karl Pfeiffer, die an der Lateinschule zu Bamberg erledigte Konrektorstelle der Unterklasse Abthlg. B. in provisorischer Eigenschaft dem dermaligen Lehrer an der Kreisländwirthschule, und Gewerbeschule zu Würzburg Valentin Manring verliehen.

Pfarreien-Besetzungen. Kathol. Pfarrei Neukirchen, Dek. Weiden, dem Priester Karl v. Gartner, Expectativpriester zu Neukirchen, Dek. Hemau: kathol. Pfarrei Goldbach, Dek. Aschaffenburg, dem Priester Anton Sichler, Pfarrer zu Gibelstadt, Dek. Ochsenfurt: kathol. Pfarrei Obergiesing, Dek. Au, dem Priester Joseph Aigner, Pfarrer und Distriktsschulinspektor zu Fürbolzen, Dek. Freising.

Die deutsche Zentralgewalt und Preußen.

** Wir können den Ausdruck des schmerzlichen Gefühle und der ernsten Besorgnisse nicht zurückhalten, die unwillkürlich sich uns aufdrängen, wenn wir sehen, wie der Hader zwischen Frankfurt und Berlin, der einen Augenblick zur Ruhe zu kommen schien, nicht nur aufs Neue begonnt, sondern nun von beiden Seiten eine Gehalt annimmt, die nur zu Unheil führen kann. Wer, dey es Ernst ist mit seinen Wünschen für das Zustandekommen des Neubaus der Freiheit und Einheit unseres großen Gesammtvaterlandes, wer, der es gut meint mit demselben, sollte nicht viel bas gethammt fast feindselig sich gestaltende Verhältniß beklagen, welches wir zwischen Frankfurt und Berlin Platz greifen sehen! Unser Ziel, unser Streben ist nicht Oei ins Oei Feuer zu gießen, um der bereits hervorschieden Leidenschaftlichkeit von beiden Seiten noch neue Nahrung zu geben: verschonen wollen wir im allgemeinen Interesse des großen Ganzen, das in seiner Grissenz bedroht und gefährdet wäre, wenn zu den Stürmen und Gewittern, die von Innen aufsteben, auch noch der Zwiespalt von Außen sich gesellte. Innern oder gar der offene Kampf der beiden Vormächte Deutschland gegen den andern sich gesellte. Dahin müsste es aber kommen, wenn man nicht von der verdammenswollen Bahn schnell ablieye, die man bort wie da nur zu sehr schon betreten hat. Die Leidenschaften sind angeregt und führen das Wort: mit der Waffe des böhmischen Zizka's sehen wir die „Berliner Spener'sche Zeitung" auftreten gegen den Verfasser der Artikel mit der Chiffre ☰ in der „Frankfurter Ober-Postamts-Zeitung". Wenn dieser Zustand drohte die Zentralgewalt weiter nöthigenfalls, wenn Preußen sich fürtrich zeigen sollte, mit der Linken, ja mit der äußersten Linken sich gegen dasselbe verbinden müssen, so anwortet die „Spener'sche Zeitung" mit offener Verhöhnung der Zentralgewalt. So sagt sie in ihrer Num-

mer vom 2. September z. B. „Mit der Zentralgewalt ist es überhaupt ein eigenthümliches Ding, und wie man einst vom heiligen römischen Reich sich mit dem Witzworte trug, es sei weder heilig, noch römisch, noch ein Reich, so dürfte man wohl von dieser Schöpfung sagen, sie sei weder Zentral, noch eine Gewalt . . . .“ Wir enthalten uns weiterer Citationen, so wie jeder Kommentars . . . . Wir wollen nur zeigen, bis zu welchem Grad von Leidenschaftlichkeit man von beiden Seiten sich hinreißen ließ, und unsern Wahn- und Warnerus zur Versöhnung, zur Verständigung, zur Eintracht ertönen lassen. Der Waffenstillstand mit Dänemark scheint nun ein neuer Zankapfel werden, die Dinge noch verschlimmern zu sollen. Wir gehen nachstehend ein Schreiben aus Frankfurt, welches die in der Reichsversammlung herrschende Stimmung schildert und sagt, mit nun auch dort die Gefahr droht, daß man sich zu äußersten Schritten hinreißen lasse. Das erwähnte Schreiben unseres Korrespondenten (der wie wir ausdrücklich beifügen zu müssen glauben, weder Bayer noch Preuße ist) lautet:

„**Frankfurt**, 1. September. Durch den Waffenstillstand, welchen Preußen mit Dänemark in Malmö abgeschlossen hat, ist der von der Reichsversammlung zu lösende Knoten in einer Weise gelöst worden, daß kaum mehr etwas anderes übrig bleibt, als ihn zu durchhauen. Der Waffenstillstand wird vom Reichstage verworfen werden, einmal, weil er unbefugter Weise (?)*) von Preußen abgeschlossen wurde, und weil die Bedingungen desselben, namentlich seine Zwanzigjährige Dauer unannehmbar sind. Der Krieg wird als Reichskrieg weitergeführt werden, und wehe Preußen, wenn es sich schnöde davon machen, und seine Truppenkontingent vom Kampfplatz zurückziehen wollte. Zwei Drittheile seiner Bevölkerungen würden sich von Berlin ab und der Reichsgewalt zuwenden. Preußens Großstellung in Deutschland wäre damit zu Ende. Dies ist nicht nur die Ansicht, sondern auch die Absicht eines guten Theiles der hier anwesenden preußischen Abgeordneten selbst, von der Entrüstung aller andern gar nicht zu reden. Wenn es auch wahr ist, daß der Reichstag vor vielmehr der doktrinäre Theil seiner Mitglieder den Einzelstaaten gegenüber zu weit gegangen ist, wenn er seine Aufgabe, Deutschland Gesammtverfassungen gegen das Ausland zu vertreten, nicht selten vergaß, um sich dem süßen Hange des Vielregierens, beziehungsweise Vielgesetzgebens zu überlassen, ja wenn selbst das Ministerium den Fehler beging, zu dulden, daß v. Blittersdorf in der baldmöglichen Oberpostamts-Zeitung Artikel erscheinen ließ, welche offenbar keine andere Tendenz haben, als Ort in das Feuer zu gießen, und die Reichsregierung mit allen Staaten Deutschlands, mit Preußen wie mit Oesterreich, mit den Fürsten wie mit den Ständekammern zu überwerfen, Alles dieses zugegeben, so bleibt doch Preußens Verfahren ein unverantwortliches. Von einer Uebertragung des Oberbefehls über die Reichsarmee an einen preußischen Prinzen kann jetzt kaum mehr die Rede sein, obgleich noch vor 14 Tagen Niemand daran zweifelte; die Blicke haben sich jetzt suchend wieder nach Süddeutschland gerichtet.“

Wir hoffen und wünschen, daß unser Hr. Korrespondent die Dinge in zu trübem Lichte sieht, und daß man zu Frankfurt der Stimme der Mäßigung Gehör geben werde. Wer würde die Verantwortlichkeit auf sich nehmen wollen, den offenen Bürgerkrieg in den Schoos eines deutschen Staates zu schieudern, der nicht selten der Schild Deutschlands und nicht mit Unrecht genannt worden ist! Mit Aufwerfen der Bruderzwiste wird nur den Feinden der Freiheit und den Anarchisten gelten: wird Preußen gegen Deutschland oder das übrige Deutschland gegen Preußen in die Schranken treten wollen? Oder will man einen solchen Zustand herbeiführen? Käme es dahin, dann müßten wir an Deutschlands Heil und künftiger Größe verzweifeln. Deutschland Genius wird es auch jetzt retten von den schweren Gefahren, die es drohend umlagern.

*) Preußen war ja ausdrücklich von der Zentralgewalt bevollmächtigt zu den Waffenhandlungen. A. d. R.

Deutschland.

K. Sachsen. In der Sitzung der II. Kammer am 29. August ist folgendes Dekret an die Stände, das deutsche Verfassungswerk betreffend, eingegangen: „Bei Eröffnung des gegenwärtigen außerordentlichen Landtags ist eine Vorlage an die Stände in Aussicht gestellt worden, über die Betheiligung der Regierung bei den Verhandlungen über das deutsche Verfassungswerk. Se. Maj. der König lassen demgemäß die in der Beilage enthaltene Darstellung an die getreuen Stände gelangen, seben bezüglich der Beilagen sub A, B und C der genehmigenen Erklärung derselben anzeigen und verbleiben denselben in Huld und Gnaden wohl beigethan. Dresden, den 28. August 1848. Freiherr Friedrich Aug. (L. S.) Dr. Oberländer. Dresden, den 28. August 1848. Ferdinand Graf Einsiedel. Alexander, Hermann Braun. Dr. Ludwig Karl Heinrich v. d. Pforten.“ Die in dem Dekrete erwähnte Darstellung lautet im Wesentlichen: „Die Bundesversammlung hatte am 8. März d. J. ausgesprochen, daß eine Revision der Bundesverfassung auf wahrhaft zeitgemäßer und nationaler Grundlage nothwendig sei und durch Beschluß vom 10. März d. J., der zwar am 13. März sistirt wurde, aber am 25. März wiederholt wurde, sämmtliche Regierungen eingeladen, Männer des allgemeinen Vertrauens mit dem Auftrage nach Frankfurt a. M. abzuordnen, der Bundesversammlung und deren Ausschüssen zum Behufe der Vorbereitung der Revision der Bundesverfassung mit gutachtlichem Beirath an die Hand zu geben. In Folge dieser Beschlüsse beauftragte die Regierung den Bürgermeister und Landtagsabgeordneten Karl Todt am 28. März d. Js., sich sofort nach Frankfurt a. M. zu begeben. Die Regierung hielt es aber auch für nothwendig, die Grundzüge, von welchen, ihrer Ansicht nach, bei jener Revision ausgegangen werden müsse, bestimmt auszusprechen, und sie that Dieß schon am 27. März d. J. in einem Entwurfe der Grundlagen für eine Neugestaltung des deutschen Bundes, welcher theils den Bevollmächtigten der Regierung zu Frankfurt a. M. als Instruktion zugefendet, theils den königlichen Gesandten an den deutschen Höfen zu dem Zwecke mitgetheilt wurde, um ein Einverständniß der deutschen Regierungen zu erzielen. Dieser Entwurf enthält folgende Hauptsätze: Deutschland wird ein Bundesstaat auf volksthümlicher Grundlage, dessen Organe ein Oberhaupt mit einem verantwortlichen Ministerium, ein Parlament von zwei Kammern und ein Reichsgericht sind. Die Aufgabe der Zentralgewalt umfaßte die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands, die Gesetzgebung in den wichtigsten Gegenständen, die Grundlage des Verkehrs, Heer und Flotte. Sie garantirt überdieß die Grundrechte des deutschen Volkes, und die innere Verfassung der Einzelstaaten muß beobalb die konstitutionelle Repräsentativverfassung mit ihren Konsequenzen sein. Soweit es diese völkerrechtlichen und den bundesstaatlichen Eingang Deutschlands fordert, wird die Selbstständigkeit der einzelnen Glieder des Bundesstaats beschränkt. Am 30. März d. J. beschloß die Bundesversammlung, die Regierungen aufzufordern, Wahlen von Nationalvertretern anzuordnen, welche am Sitze der Bundesversammlung zusammenzutreten hätten, um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen. Die Regierung hielt sich, diesen Beschlüssen sofort nachzukommen. In Gemäßheit derselben stellte der Bevollmächtigte zu Frankfurt a. M. folgendes deutschen Reichsgrundgesetzes auszuarbeiten. Die sächsische Regierung nahm den Entwurf sofort in sorgfältige Erwägung und eröffnete das Resultat derselben schon am 11. Mai theils dem inzwischen zum Bundestagsgesandten ernannten gebeimen Legationsrathe Todt, theils den königl. Gesandten an den deutschen Höfen als Instruktion zur Grundlage eines Uebereinkommens mit den deutschen Regierungen über die Neuerrichtung dieses Bundesrath. Die Regierung erklärte sich Bevollmächtigte mit den Vertrauensmännern gelieferten Arbeit nicht; erklärte sich aber doch bestimmt dahin, daß der Entwurf, so wie er lautet, unmöglich angenommen werden könne. Abgesehen nemlich von anderen Punkten, erschien eine Garantie der Verfassungen der Einzelstaaten so wie eine bestimmtere Abgrenzung der Reichsgewalt gegen die Territorialgewalten nothwendig. Zu einer Berathung des Entwurfs in Bundesversammlung ist es nicht gekommen. Am 18. Mai wurde die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. eröffnet. Ein dringendes und allgemein gefühltes Bedürfniß Deutschlands war die Gründung einer provisorischen Zentralgewalt. Schon im April war daselbst in Frankfurt a. M. in wiederholte Erwägung gezogen worden, und die baldige Regierung hatte am 18. April d. J. einen darauf abzielenden Antrag in der Bundesversammlung gestellt. Die hiesige Regierung hatte sich in derselben Zeit mit diesem Gegenstande beschäftigt, erklärte sich bereits am 22. April mit dem Vorschlag im Allgemeinen einverstanden und suchte nach Kräften auf eine Einigung sämmtlicher Regierungen darüber hinzuwirken. Eingetretene Mißverständnisse machten jenen Antrag erfolglos. In richtiger Würdigung der politischen Lage Deutschlands nahm aber die Nationalversammlung bald nach ihrer Eröffnung jene Angelegenheit in Eingang, und die Ergebnisse derselben sind bekannt. Die Beschlüsse der Nationalversammlung vom 28. Juni d. J. über Einführung einer provisorischen Zentralgewalt für Deutschland, und die am 29. desselben Monats vorgenommene Wahl Sr. k. k. Hoheit des Erzherzogs Johann von Oesterreich zum Reichsverweser, welcher die Bundesversammlung einstimmig beitrat, gelangten am 1. Juli in so ähnlichem Kennzeichen der hiesigen Regierung, welche sofort am 3. Juli das in den Landtagsakten enthaltene Dekret an die Stände erließ. Beide Kammern erklärten ihre freudige Zustimmung zu dem Verhalten der Regierung. Am 12. Juli hat der Reichsverweser in Mitte der Nationalversammlung den ihm übertragenen Beruf feierlich angetreten und hat dann in der Bundesversammlung von jener Dekret, Namens der deutschen Regierungen diejenigen Befugnisse und Verpflichtungen übertragen erhalten, welche bisher verfassungsmäßig der Bundesversammlung zugestanden, aber nach den Beschlüssen der Nationalversammlung vom 28. Juni d. J. auf die Zentralgewalt übergehen sollten. Die nothwendige Verbindung zwischen der Zentralgewalt und den einzelnen Regierungen soll nach Art. 14 der Beschlüsse vom 28. Juni d. J. durch Bevollmächtigte der letzteren erhalten werden. Die sächsische Regierung hat zu diesem Zwecke den gebeimen Regierungsrath Kohlschütter nach Frankfurt a. M. als Bevollmächtigten gesendet, und ihn angewiesen, auch allen seinen Reden und Handlungen erkennen zu lassen, daß die hiesige Regierung aufrichtig und ernstlich die provisorische Zentralgewalt in der Lösung ihrer schwierigen Aufgabe unterstützen will, jedoch nicht außer Acht zu lassen, und nöthigenfalls ruhig, würdig und fest darauf hinzuweisen, daß diese Lösung nur unter Berücksichtigung billiger Erwägung der inneren Zustände der einzelnen deutschen Staaten weiterhin bedingt sei. Aber auch zwischen den gesetzgebenden Organen des Bundesstaats und der Einzelstaaten wird eine Einigung für die Befestigung der neuen Verfassung Deutschlands erforderlich sein, wenn diese auf eine Grundlage gebaut werden soll, welche die Bürgschaft der Dauer gibt. Die Regierung geht dabei von der Ansicht aus, daß der § 2 der Verfassungsurkunde und die darin festgestellten Rechte der Stände für sie maßgebend sind, wird jedoch immer eingedenk sein, daß der ersehnten Gestaltung eines kräftigen Bundesstaates Opfer zu bringen sind und daß ohne

bringende Gründe den Beschlüssen der Nationalversammlung die Anerkennung nicht zu versagen, Regierung und Stände in gleicher Weise für ihre Aufgabe erachten müssen."

Oesterreich. Wien, 2. Sept. Der französische Geschäftsträger hat aus speziellem Auftrage seiner Regierung von dem österreichischen Ministerium eine definitive Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung der Vermittlung verlangt. Um für den Augenblick etwaigen Schwierigkeiten auszuweichen, wird nun das Ministerium, wie man hört, auf eine bedingte Vermittlung eingehen. Indessen ist es von nicht geringer Bedeutung, daß von Seiten des englischen Gesandten noch keine ähnliche Aufforderung an das Ministerium ergangen ist. Uebrigens soll (der allgemeinen Zeitung zufolge) die österreichische Regierung fest entschlossen sein in der Hauptfrage gar nicht, wohl aber in den Nebenpunkten nachgiebig zu sein.

Am 31. August sind wirklich tausend Grenzer und Rothmäntel in Fiume eingerückt, und hatten die Stadt besetzt im Namen des Kaisers oder vielmehr des Königs von Kroatien. (Allg. Z.)

Frankreich.

△ Paris, 31. Aug. Ich glaube die folgenden Worte des „Journal des Débats" hervorheben zu müssen, auf daß Deutschland denselben Beachtung schenke und sich für alle möglichen Fälle, die plötzlich aus Anlaß der neuen Verwickelung der italienischen Frage eintreten können, vorbereite und gefaßt halte: „Die Ablehnung der Vermittlung, wenn sie definitiv wäre, würde wahrscheinlich die unerklärlichste Fassung eines Entschlusses nach sich ziehen; denn für Italien ist ein Zuwerfen ein Verlust an Kraft, und es ist für Taffelbe von Wichtigkeit, daß die Punkte seines Gebietes, die sich noch halten (ohne Zweifel sind hier Venedig und Osoppo gemeint) schleunig Beistand und Schutz erhalten, bevor sie durch überlegene Streitkräfte überwältigt werden können." Aus dem folgenden Schlußsatze des betreffenden Artikels aber ersieht man recht wohl die Bestätigung, daß Frankreichs Haltung wesentlich mit seiner Englands abhängen wird, über welche man jetzt, wie ich Ihnen gestern schon berichtete, eben zu London angetragt hat. Daß J. d. Débats sagt nemlich: „Die Dauer, die Natur und die Folgen einer Intervention würden natürlich bestimmt werden durch die Haltung, welche die Regierung annehmen zu sollen glauben würde, deren Vermittlung zugleich mit jener Frankreichs angeboten worden ist. Das Zusammentreffen (accord) dieser beiden Mächte, Abänderungen vorzuschlagen, kann auch dazu dienen, ihre Annahme und ihre Verlängerung zu hindern, wenn sie unglücklicher Weise unvermeidlich werden sollten. Wir glauben, daß dies das Interesse Englands eben so gut ist, als das Frankreichs." Tasselbe Blatt spricht aber auch davon, daß Oesterreich die Lombardei in einer deutschen Provinz machen wolle, was offenbar falsch ist. Oesterreich hat in Italien Besitzungen, welcher Art Baiern gegeben, und wird dieß auch künftig so wenig thun, als es sich durch Tauschverträge Unbruttiger zu Abtretung seines rechtmäßigen Besitzes vermögen lassen wird.

△ Paris, 1. Sept. Hr. v. Raumer, der bekanntlich von der provisorischen Zentralgewalt Deutschlands mit einem von den Reichsminister des Auswärtigen Hrn. Heckscher unterzeichneten Beglaubigungsschreiben der hier gebildeten Regierung die Ernennung zum Gesandten zu überreichen und den Antrag auf das Reichsbeverieren anzuzeigen, hat bis jetzt den Zweck seiner Sendung nicht erfüllen können. Weder der General Cavaignac, noch der Minister des Auswärtigen, Hr. Bastide, haben ihn empfangen, noch ist irgend ein amtlicher Verkehr von ihrer Seite mit ihm angeknüpft. Es hat auch keinen Anschein, daß die Schweizerleiten, welche seinem Unterhange im Wege stehen, so schnell sich heben werden. Wenn ich recht unterrichtet bin, will die französische Regierung mit einer blos provisorischen Zentralgewalt Deutschlands, die sie noch keineswegs anerkennt, nicht in amtliche Beziehungen treten, und man glaubt, daß Hr. v. Andrian zu London auf dieselben Schwierigkeiten stoßen werde. In diesem Falle ist auch mit Grund anzunehmen, daß das St. Petersburger Kabinet, vorläufig wenigstens, dieselbe Haltung annehmen wird. Graf Karl Albert selbst bis jetzt der einzige Souverän zu sein, der die provisorische Zentralgewalt Deutschlands bereits förmlich anerkannt hat. Hr. v. Raumer ist wohl hier mit den anderen Mitgliedern des diplomatischen Korps in Berührung, allein der französischen Regierung gegenüber hat er bis jetzt durchaus keine offizielle Stellung. Unser solchen Umständen müssen die hier und in Frankreich überhaupt lebenden Deutschen den heftigen Bewegungen, welche ihre bisherigen Gesandten noch nicht abberufen haben, lebhaften Dank wissen: denn bei diesen allein können sie auch ferner in allen Fällen den Schutz und Beistand finden, dessen sie bedürfen. — Der als halboffiziell geltende Moniteur du Soir brachte gestern Abends folgenden bemerkenswerthen Artikel: „Man versichert uns, der Kaiser von Rußland schreibe dem General Cavaignac, der Kaiser Nikolaus Wort, ihm schreiben lassen, um die Sympathien auszudrücken, welche ihm die Festigkeit der Regierung der Republik in Mitte der sie umgebenden Schwierigkeiten einflößte. Der Kaiser verwahrt sich mit Wärme gegen jede Unterstellung eines Uebelwollens von seiner Seite gegen die Republik. Diese Kundgebungen, an welche der Czar die Regierung Ludwigs Philipps nicht gewöhnt hatte, gelten uns eine Zuversicht auf die Neutralität Rußlands in dem Falle eines Zusammenstoßes mit Oesterreich und selbst mit Deutschland." Ich lasse die Richtigkeit dieser Mittheilung dahingestellt, und führe dieselbe nur an als Beweis der Hoffnungen und Berechnungen, denen man sich hier hingibt. — Gestern Abends deutete der Barometer hier durchaus auf Krieg. Ueberall hörte man von lahmen Gastschlüssen der Regierung sprechen in Folge der Ablehnung des englisch-französischen Vermittlungs-Anerbietens von Seite Oesterreichs. Kriegsschiffe sollten französische Truppen nach Venedig führen, um diese Stadt zu besetzen: England hätte bereits seine Zustimmung dazu gegeben u. s. w. Die Börsenspekulanten begannen schon Angst, und die Kurse fielen. Heute sind diese Phantasiegebilde so ziemlich wieder zerronnen. Die ruhige Ueberlegung ist wieder in ihr Recht eingetreten. Ich beziehe mich in Betreff aller dieser Gerüchte und der Wirkung derselben auf meinen Brief vom 30. — Gestern kam in den Bureaux der Nationalversammlung die Sache wegen der in den Tuilerien vorgefundenen Urkunden, Briefe und Papiere zur Sprache. Hr. Goquerel und mehre andere Mitglieder bemerkten, daß die fernere Veröffentlichung dieser Gegenstände für den Staat von keinem Nutzen sein könne und folglich nichts zu thun sei, als die Urkunden rein geschichtlichen Inhalts Privatleuten bei Seite zu legen, und die Privatpapiere der Königlichen Familie zurückzustellen. Hr. Goquerel sprach die Ansicht aus, es würde Frankreichs völlig unwürdig sein, zwischen einer Mutter und ihren Kindern, zwischen Gatten, zwischen einem Familienglied und einem anderen gewechselte Briefe nicht zurückzugeben, daß Privatverhältnisse als heilig betrachtet werden müssen, selbst wenn sie ein Königshaus betrafen. Er meinte auch, es möge geraten sein, zu untersuchen, ob der Herausgabe der Akten irgend rettspolitische obgleich die Herausgabe seiner Zeitschrift ursprünglich von dem Minister des Innern der provisorischen Regierung gebilligt worden war, nicht den Rath erhalten sollte, sein Unternehmen aufzugeben. — Es scheint, daß die Regierung von den gerichtlichen Verhandlungen über den bekannten Bursch des 15. Mai Umruhen beiwohnen, bei dem Kassationshofe darauf anzutragen lassen will, daß der Prozeß nicht in Paris, sondern in einer Provinzialstadt verhandelt werde. Die Stadt Besançon steht als zu diesem Zweck außerhalben in gut unterrichteten Kreisen genannt. — Nach neuern Nachrichten scheint es, daß der Krawall in Montpellier keineswegs legitimistischer Natur war, wie der Telegraph irrthümlich behauptet. Die Sache verhält sich im Gegentheile so: die Municipalrathen waren in einem keineswegs republikanischen Sinne ausgefallen und dagegen protestirte die neue Republik in ihrer Weise. Aber seit einiger Zeit fehlen selbst Leute, die sich ihrem Stande nach nicht fürchten sollten, überall legitimistische Gespenster. Wenn es nun nicht mit der Legitimität geht, wie mit der Cholera — wer sie zu sehr fürchtet, bekömmt sie zuerst. — Die Nationalversammlung beschäftigte sich gestern zur Abwechslung wieder mit etwas Vernünftigem. Es hauptete sich nämlich den Verkaufsbruch, den die provisorische Regierung durch Verabschiedung der Arbeitskommission gemacht hatte wieder gut zu machen. Hr. Pierre Leroux sozialistische wie gewöhnlich in den Tag hinein und Hr. Charles Dupin gab sich, unserer Meinung, die sehr überflüssige Mühe die Hirngespinnste des großen Humanitariers zu widerlegen. Auch ihm erklärte der Minister des Innern, daß es sich geneigt fühlte den Verbesserungsantrag des Hrn. Atium anzunehmen, welcher dahin ging, daß Maximum der Arbeit per Tag auf 12 Stunden zu setzen. Daß rief eine lebhafte Gegenrede von dem Nationalökonomen Leon Faucher hervor, welcher das Recht der Regierung sich in irgend einer Weise mit Bestimmung der Arbeitsstunden zu beschäftigen, auf das Entschiedenste in Abrede stellte. Der Gesetz- und Verbesserungsvorschlag wurde dem Arbeitsausschuß zu fernerer Prüfung zurückgegeben. Gestern morgens empfing General Cavaignac einen sehr kürzlich von ihm ernannten Stab. Er sagte ihnen viel Schönes und versprach ihnen eine Revue auf dem Marsfelde für nächsten Sonntag. Jede Legion wurde mit einem Bataillon bei der Ehre betheiligt sein und Hr. von Cavaignac in Person dirigirt die Musterung vornehmen. Arme Nationalgarde kömmt sie denn gar nicht aus der Soldatenjacke heraus? Wir verdienen die Pariser Spießbürger wahrlich als sein dem vierundzwanzigsten Februar ersten Revue. Ja wohl! Alles haben sie verdient was sie seit sechs Monaten thun und leiden müssen.

**Paris, 2. Sept. Die Vorbereitungen zu etwaigen Einschreiten in Italien dauern fort, entschieden ist aber noch nichts und wird nichts, bevor man aus Wien auf die neue Note des fürstlich Metternich erhält, und bevor man weiß, wie man mit England daran ist. Einige Kriegsschiffe gehen in der That, jedoch ohne Landungstruppen, nach den Gewässern von Venedig ab, aber sie sollen blos beobachtend sich verhalten. Der „Rational" stimmt seinen Ton heute schon fast herab.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 2. Sept. 5proz. Metall. 82, 4proz. 67, 3proz. 49, 2½proz. 42. — 1834r 500 fl.-Loose 131. — 1839r 250 fl.-Loose 90. — Bankaktien 1106. — Nordbahn 107½. — Gloggnitz 96. — Benedig-Mailand 76. — Budweis —. — Linzer 70. — Pesth 67. — Siena 57. — Kremnitzerbahn 95½.

Amsterdam, 1. Sept. 2½proz. Holländische 44¹¹/₁₆. — 3proz. Schuld 52½. — 4proz. 69½. — 3½proz. dito —. — Handelsmaatschappy —. — 5proz. Andeins à 510 Pf. St. 8⅛. — Span. inländ. à 6000 fl. —. — Coupons —. — Portug. 3proz. 22⅞. 4proz. —. — Russische 4proz. de 1822 — dito de 1829 —. — 5proz. Metall. 71½. — 2½proz. dito —.

Berlin, 2. Sept. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. — P., 74½ G. Berl. Präm. Sch. 88 B. 87½ G. K. u. Nm. Schuldv. — P. 72½ G. Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. 80½. P. 79½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — P. 96½ G. 3½proz. — P. 78½ G. Ostpr. Pfandbr. — P. 86 G. Pomm. Pfandbr. 90½. P. — G. Kur- u. Nm. Pfandbr. — P. 90½ G. Schlesische Pfandbr. — P. — G. Gebrüder Z. Pfandbr. P. — G. Preuß. Bk.-Anth. Sch. 88 P. 87 G.

Friedrichsd'or 13⅓ B., 13¼ G. Andr. Goldm. à 5 Rt. 12⅓ B., 12⅓ G. Disconto 3½ B., 4½ G.

Eisenbahnactien: Berl.-Anhalt. AB 89 bz. Berl.-Hamburg 67½ G. Berl.-Stettin.-Stargarder 90 bz. Berl.-Potsdam-Magdeb. 37½ B. Magdeb.-Halberstadt 104½ bz. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 54½ B. Köln-Mindener 77 G. Köln-Aachen 56 G. Bonn-Köln —. Düsseld.-Elberfeld 70 G. Steele-Vohwinkel 35 B. Niederschles.-Märk. 70½ bz. Niederschles.-Märk. Zweigbahn —. Oberschles. Lit. A. 92 B. 91½ bz. Lit. B 92½ B. Kosel-Oderberg —. Breslau-Freiburg —. Rhein.-Oberschles. 44½ B. Berg.-Märk. 51½ B. Stargarde-Posen 68½ bz. u. G.

Quittungsbogen: Berlin-Anhalt. Lit. B 86½ bz. u. G. Berg.-Posen —. Brieg-Neisse —. Magd.-Wittenberg —. Aachen-Mastricht —. Thür.-Verbind.-Bahn —.

Prioritätsactien: Berlin-Anhalt. 83 G. Berlin-Hamburg. 89½ G. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 78½ bz. 5proz. 87½ G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 83½ bz. Köln-Mindener 90 G. Rhein. 4. Serie 79½ G. Rhein. Stamm-Prior. 70 B. Düsseldorf-Elberfeld —. Niederschles.-Märk. 4proz. 82 bz. 5proz. 94 bz. III. Serie 90 bz. u. B. Zweigbahn 4½proz. 70½ G. 5proz. 76½ bz. Oberschles. —. Kosel-Oderberg —. Steele-Vohwinkel 77 G. Breslau-Freiburg —.

London, 1. Sept. Konsols 85¼, ⅞. Cons. —. Span. Akt. 12⅞, P. 12⅞. 6. Sproz. 23⅞. 6. Port. —. Portug. 5proz. 22½, 4proz. —. Port. 4proz. 71½ B. 2½proz. 44½ B.

Paris, 2. Sept. 3proz. 41.—, 4proz. —, 5proz. 73.—. **Staatsc. 22½.** Bankaktien 1660.—. Stadtobligationen 1123.—. Vier Kanäle 870.—. Comptr. von Algier —.—. Belg. 5proz. von 1840 78.—, von 1842 78.—. 4½proz. 72. 4proz. —. 2½proz. —.—. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 75 50. Röm. 5proz. 61½. Span. 3proz. —. Altien — Passiven —. Piem. —. Hall —. St Germain —. Versailles (rechte) 125.—. (linke) 102.50. Orleans 667 50. Rouen 438 75. Havre 205.—. Marseille —. Lyon 85.—. Bergen 260.—. Boulogne —. Bordeaux 390.—. Nordbahn 380.—. Manteresan —. Lyon 363 75. Strasburg 348.75. Nantes 330.—. Dieppe —. Creaux —. Montreilier —.—. La Teste —.—.

Madrid, 28. August. 3proz. 19⅛, G 19⅛, B. 4proz. —. 5proz. — B. 10⅛, G. Pass. Schuld 4 B 3⅛, G. Conv. 7 G. Auswärt. Pass. Schuld. —. Unverzinste Schuld 5proz. —. Provis. Lit. 3⅛, G St. Fernandobant —. Disconto —. Wechselkurse: Paris 5 G. London 46—50 P.

J. V. **Vogt**, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Mittwoch, 6. Sept.: „Die Schwestern", Lustspiel von Angely. Hierauf: „Der Vetter", Lustspiel von Benedix.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Jäger, aus England. Meade, aus Amerika. Danlop, Rentier aus England.

Gold. Hirsch. Gräfin Bryowski, von Wien. v. Blittersdorf, von Wien. Bürer von Heimdorf, von Wien. Jauch, Hofbaumeister von Stuttgart. Salomon, Rentier aus England. Mik King, aus England.

Hotel Manlik. Sir John Col, Baronet und Bacon, Rentiers von London. Pitamp, Rentier von Rotterdam. Plemp, Kaufmann von Rotterdam. Krutgens, Müller und Rupp, Privatiers von Koosaang.

Gold. Kreuz. Dörer, Advokat von Regensburg. Braun, Privatier von Leipzig. Eiertein, Bürgermeister von Tschirtei.

Gold. Hahn. Pleitner, Messer von Würzburg. Straus, Kaufmann von Mannheim. v. Sander, k. k. Rath von Wien. Stiltedum und Brett, Offiziers aus England.

Blaue Traube. Ruben, Gutsbesitzer von Neuhof. Frau Gräfin Bethusy, Gräfin Kinsky und Dr. Zuzari, von Wien. Wegerle, Notar von Ulm.

Stadtwirtgarten. Dr. Wintrich, von Erlangen. Seibert, Privatsozietät von Karlsruhe. Sedlmaier, Regierungsrezipiarius von Augsburg. Berlichinger, Privatier von Leipzig.

Bekanntmachung.

103. Donnerstag den 14. September 1848 Vormittags 10 Uhr, werden auf dem Rathhause zu Donauwörth durch das unterzeichnete Polizeikommissariat, vorbehaltlich höherer Genehmigung nachbezeichnete Mitmalien als unpfandfähiger Vorrat für das erste halbe Jahr 1848/49, an den Bewigstnehmenden vergeben, als:

280	Zentner Weizenmehl,	
700	„ Roggenmehl,	
26	„ Reis,	
36	„ gerollte Gerste,	
45	„ Suppengrüze,	
40	„ Schmalz,	
60	Schäffel Erdäpfel,	
300	„ Kartoffel.	

Bedingungshefte und Muster liegen im Amtslokale des Magistrats der königl. Stadt Donauwörth, sowie in jenem des königl. Polizeikommissariats zur Einsicht offen vor.

Kaisheim den 31. August 1848.

Königl. Polizei-Kommissariat.

Stegmann.

Anzeige.

An v. Weiller's Schiller und Freunde.

107. (2z) In der Br. Wildschen Buchdruckerei in München ist die Schrift erschienen:

Grundlegung zur Ethik, als Dynamik, zu einer auf die Lehre der Tugendkräfte gegründeten Lehre der Tugendgesetze von Kajetan v. Weiller, königl. geh. Rathe ꝛc. ꝛc.

Diese Schrift, nach klarer und gemüthlicher Auffassung des Gegenstandes, wird für jede Zeit eine beachtenswerthe Erscheinung sein und bleiben; wem eben so edlen als scharfsinnigen Verfasser, dem es um wahre Charakterbildung der Menschen Ernst war, werden nicht nur seine vielen Schüler und Freunde, sondern auch seine Gegner, auch jetzt nach 20 Jahren seines Hinüberseins doch in jene bessere Welt, wo aller Hader schwindet und die Wahrheit ihr volles Recht erhält, volle Gerechtigkeit widerfahren lassen; denn was er in seinem hehren Lebenslaufe in dieser Schrift wissenschaftlich darstellte, ist ein Wort zu rechter Zeit in dem Zustande unserer Kultur: Liebe, christliche Liebe, das Hauptprinzip! — Exemplare dieser Schrift zu 1 fl. 30 kr. sind zu haben in München Brienner-Straße Haus-Nro. 6, bei dem königl. Oberapprobations-Rathe Dettenhofer.

Höchst wichtige Erfindung für Bäcker, Hefenhändler, Dirchbrauerei- und Branntweinbrennerei-Besitzer, Konditoren, Kaufleute u. s. w.

105. Die erprobte, sehr deutliche, praktische Anweisung zur Anfertigung einer in England ganz neu erfundenen, sehr weissen Kunsthefe oder Bärme, welche im trockenen und flüssigen Zustande, ohne Betrieb einer Branntweinbrennerei, in jeder Zeit und in jeder Temperatur der Luft, billig verfertigt werden kann, trätiger wie jede andere Gährungsmittel wirkt, und sich Jahre lang, ohne zu verderben und ohne an ihrer Triebkraft zu verlieren, hält, ist gegen vorherige Einsendung von 3 Thlr. preuß Cour oder 5 fl. 15 kr. Reichsmünze (vorbehaltlich der Gebrauchsanweisung zu haben und durch jede Buchhandlung nur von derselben zu beziehen. Bemerkt wird noch, daß dieser Erfindung gewährt ist, da jetzt überall Mangel an guter Hefe ist und dieselbe zu guten Preisen bezahlt wird.

Schultz in Berlin, Neue Friedrichsstraße Nro. 73, königl. preuß. approbirter Apotheker, Chemiker und praktisch-techn. Fabrikant.

75. (2b) Bei Wilh. Schrey in Leipzig erschien soeben in Kommission:

Der persönliche Schutz.

Aerztlicher Rathgeber bei allen Krankheiten der Geschlechtstheile, die in Folge geheimer Jugendsünde, übermäßigen Genusses in der geschlechtlichen Liebe und durch Ansteckung entstehen, nebst praktischen Bemerkungen über das männliche Unvermögen, die weibliche Unfruchtbarkeit und deren Heilung. Mit 25 erläuternden anatomischen Abbildungen. Von Dr. Samuel Lee Mort, praktischem Arzte in London, Ehrenmitgliede der Medizinischen Ehinburg und der medizinischen Gesellschaften zu London, Edinburg ꝛc. 8. 128 S. In Umschlag broschirt. Preis: 1 Dukaten.

Allen Personen, die in ihrer Jugend die Sklaven der Sinnlichkeit waren, oder es noch sind; Allen, die das heilige Band der Ehe knüpfen wollen und sich nicht ganz rein von früherem Irrthum wissen; Allen, die die Nachwehen von jugendlichen Verirrungen jetzt in ihrem reiferen Alter noch fühlen; Allen endlich, denen Ehe in Folge von Kinderlosigkeit trübe und freudlos ist, — wird dieses Buch als ein sicherer, wohlmeinender Rathgeber zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit und zur Kräftigung und Beseligung ihres Organismus anempfohlen. Die Gesundheit ist das höchste Glück auf Erden, denn was mag Geld und Gut mit Krankheit, Siechthum und Erschlaffung? — Auch Eltern, Lehrer und Erzieher werden wir auf dieses Werk aufmerksam; sie werden darin Aufschlüsse finden, wie sie ihren noch nie gewonnen sind.

Dieses Werk ist auf Bestellung durch jede Buchhandlung, sowie direkt durch die Post (bei Angabe von bloßen Chiffren auch gegen portofreie Einsendung des obigen Preises, von Herrn Lorentius, Dorotheenstraße Nro. 1 in Leipzig, der auf Verlangen auch weitere Auskunft ertheilt, zu beziehen.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Der gegenwärtige Zustand der Presse in Frankreich.

△ **Paris**, 31. August. Mit welchen Hindernissen gegenwärtig die freie Presse in der freien Republik Frankreich zu kämpfen habe, das mögen Sie aus der folgenden Erklärung der „Constitutionel" entnehmen, die allen denen, welche in Deutschland nach republikanischer Herrlichkeit dürsten, als eine heilsame Warnung dienen könnte, wenn es anders möglich ist, sie zu warnen und zu belehren. Der „Constitutionel" sagt: „Seit 4 Tagen haben wir über politische Dinge ein Stillschweigen beobachtet, das von unseren Lesern bemerkt worden ist. Der Grund unseres Stillschweigens war der: wir hatten in Erfahrung gebracht, und zwar auf einem Wege, der uns an der Richtigkeit der uns eingekommenen Nachricht zu zweifeln nicht gestattete, daß im Schooße der Regierung die Frage, ob es gut sei, den Constitutionel zu suspendiren, erörtert worden sei. Deshalb, wissen wir nicht, und werden uns auch nicht beeilen, es zu erforschen. Es war kein Grund dazu vorhanden. Den Constitutionel zu suspendiren, wäre eben so viel gewesen, als jede offene, anständige, gemäßigte Diskussion, mit der wir republikanischen Prinzips, daß wir ohne Rückhalt angenommen haben, sondern der Handlungen der Regierung, die wohl kritischer Prüfung unterworfen sind, zu suspendiren. Nach einer solchen Maßregel bätte wohl kein Journal mehr irgend eine Täuschung über seine eigene Freiheit bewahren können. Es wird uns erlaubt sein, beizufügen, daß drei Viertheile der Franzosen, deren Stellung und Gesinnungen identisch mit den unseren sind, dann hätten glauben dürfen, daß es ihnen nun an unserm Organ fehlen, irgendwo den Ausdruck ihrer Gedanken zu leihen.

Die Maßregel ward nicht genommen. Der Justizminister von seinen Kollegen befragt, war der Meinung, es sei kein Grund da, gegen und einzuschreiten. Wir haben sorgfältig über die Motiven nachgedacht, die eine solche Drohung und als politischen Schriftstellern und als Lesern einer Unternehmung von einigem Belange auffiegt. Die Regierung ist rasch und unbeugsam in ihren Entschließungen, wir müssen in den Grenzen einer gerechten Freiheit nicht weniger Entschlossenheit am Tage haben. Unser Entschluß ist gefaßt, und wir haben nicht das Gegenheil einer parlamentarischen Debatte abzuwarten, das wahrscheinlich mit dürftiger Klarheit den Punkt bestimmen wird, an welchem die Gefahr der Suspendirung für ein mäßiges, aber freimüthiges Journal beginnt. Wie immer das Votum der Nationalversammlung ausfallen, und was sich immer ereignen möge, wir exprefsen die Feder wieder, um uns verstehen zu lassen, wir wir es in den jüngsten Tagen getban mit voller Unabhängigkeit. Die Gefahr der Suspension wird in nichts den Ton unserer Polemik ändern, wir werden ihn nicht bis zum Zorn erheben, aber ihn auch nicht herabstimmen vor dem Gedanken der Furcht. Wir werden wie bisher unsere Pflicht, als ein Organ der öffentlichen Meinung thun, ohne der bewaffneten Willkür Trotz zu bieten, aber auch ohne vor ihr zurückzubeben. Trotz der Gbrlichkeit und des Anstands unserer Diskussion können wir vielleicht von dem Arm der vorwalt erreicht werden, da wir schon so nahe daran waren. Wenn Willkür einmal, mag es selbst für die öffentliche Wohlfahrt sein, eingeführt ist, wer kann sagen, daß sie sich selbst begrenzen wird? Wir kann sagen, daß die wirklich unentrückte Freiheit es auch nicht bald thätlich sein, und daß die Regierung, nachdem sie die Gesellschaft gegen Angriffe vertheidigte, nicht am Ende sich gegen Zudel beschützen wird? Wir müssen daher diesen äußersten Fall vorbereiten. Unter der Voraussetzung einer Suspension haben wir folgende Entschließung gefaßt: Wenn der Constitutionel suspendirt wird, so wird er für unbestimmt aufhören und nicht mehr unter erscheinen. Er wird nicht mehr wieder in eine Lage versetzen, welche die Erfahrung als eine unmöglichke ausgewiesen hat. Wir müssen folglich unsere Abonnenten benachrichtigen, daß von diesem Augenblicke an spezielle Abrechnungen in unseren Büreaux eröffnet worden sind, jedem derselben von dem Tage der Suspension an, wo von dem Abonnementspreise noch übrig sein könnte, zurückzuerbalten. Diese Rechnungen werden zur Einsicht bereit sein, und das Geld wird auf der Bank niedergelegt werden. Nach dieser Entschließung beginnen wir frei unsere Diskussion wieder. Wir werden sehen, ob nachdem wir seit die Wahrheit allen Regierungen gesagt haben, der Restauration, so wie der Julius-Dynastie, der Constitutionel, einer von den Gründern der Freiheit in unserem Vaterlande, nach 30 Jahren zu gleicher Zeit mit der Freiheit der Presse unmittelbar nach Einführung der Republik zu Grunde gehen soll. Et nunc erudimini populi!"

Wer mit der bisherigen der letzten 30 Jahre, und namentlich mit der Frankreichs einigermaßen vertraut ist, wird in dieser so rücksichtsvollen und maßvoll so rücksichtslosen Sprache nicht ein Echo jener energischen Stimmen finden, wie sie von der konstitutionnellen Presse Frankreichs gegen die Dekonnanzen Karl X. erhoben wurden? Die Republik sieht dier also auf einer Linie mit den Jesuiten, Cavaignac auf einer Linie mit Polignac! Dahin kömmt man, wenn man aus liebe zu der eigenen vorgefaßten Meinung dem Gesetze unrecht wird, unter der Freiheit etwas anderes sieht, als den Schutz vor aller Willkür. Heute vor einem Jahre, als noch Metternich in Wien bauer, gab es natürlich kein freieres Blatt in der Welt, als das konstitutionnelle Frankreich, und heutzutage ist gewiß in Wien, Berlin, in Frankfurt, in Rom, in Florenz mehr Freiheit, als in dem republikanischen Paris. Et nunc erudimini populi!

Deutschland.

Die Wanderlust Abenteurieng steht eine Erklärung der Versammlung deutscher Flüchtlinge in Straßburg mit, in der es heißt: Die paar dunkeln Leute, welche in der Paulskirche zu Frankfurt Reden halten und sich „Nationalversammlung" titulirten, haben dieser Tage über die Amnestirung der eingekerkerten und flüchtigen Republikaner berathen. Unter einem grausichen Tumult der preußischen Grafen, unter stählenden Mißhandlungen gegen einzelne demokratische Sprecher, unter Bewerfung mit Pistolen und Säbelklingen, unter dem Terrorismus der Bajonnete und bei geschlossenen Thüren in geheimer Sitzung wurde die Amnestie verhandelt und verworfen. Wir Flüchtigen zu Straßburg haben darauf gerade wie jene Leute in der Paulskirche ebenfalls eine Versammlung abgehalten, in welcher die Amnestiefrage auf der Tagesordnung stand. Einmüthig wurde in derselben folgendes Verdikt gefällt: Das sogenannte „Parlament" zu Frankfurt, auch Nationalversammlung genannt, ist nicht befugt über die Angelegenheiten Deutschlands zu entscheiden; insofern das allgemeine Stimmrecht, die unmittelbare und freie Wahl die Bedingungen einer vernünftigen Volksvertretung sind. Die Versammlung der Paulskirche ist hervorgegangen aus theilweise beschränkten, indirekten, verfälschten und verrotteten Wahlen, welche unter dem Einfluß der Büreaukratie und der monarchischen Kanonen zurege gebracht wurden. Die Deputirten sind daher gerade so kompetent, wie jede Gewalt überhaupt. Sie sind ihrer übergroßen Mehrheit nach nicht der Ausdruck des Volkes, sondern die Misverschworenen der Regierungen. Von ihnen konnten wir nicht erwarten, daß sie die als politische „Verbrecher" verfolgten Republikaner in die Ehren und Rechte einsetzen, welche den revolutionären Demokraten als Deutschlands besten Bürgern gerechterweise gebühren. Wir Flüchtlinge wollen Eine Amnestie, wenn darunter die vorgeschene Ertheilung und die wenige Entgegennahme einer Gnadenakte verstanden ist. Wir betrachten die Amnestie blos als eine Möglichkeit, in die Heimath zurückzukehren, um dort von neuem die großen Grundsätze der Freiheit, Gleichheit und Brüderliebe mit allen nöthigen Mitteln, mit Wort und Waffe, geltend zu machen. Viele von uns sind in den Wartsaal durch den Willen des Volkes und den Kerkern entlassen worden. Sie haben sich in Volkes durch neue Angriffe gegen die Fürstenzewalt würdig zu machen gesucht, und werden dies auch sortan thun. Neue entstehen diese über ihre Thaten nicht. Sie freuen sich vielmehr derselben und bedauern nur, nicht gelegt zu haben. Sie weisen mit Entrüstung die Zumuthung zurück, um Amnestie zu bitten, mag diese Zumuthung auch von einflußreichen Behörden unter der Hand gemacht werden. Sie betrachten Ein, wer von den absolutistischen Regierungen und dem mitverschworenen Parlamente sich durch Petitelein erniedrigt, als einen Abtrünnigen. Niemanden, auch keinem Fürster gestehen sie das Recht zu, im Namen der Flüchtlinge um einen Gnadenakt für dieselben nachzusuchen. Sie betrachten sich nicht als Verbrecher, wollen daher auch keine Amnestie. Mit der Versicherung, daß die Flüchtlinge gegen das Parlament keinerzeige die Gefühle der Dankbarkeit hegen wurden, wenn dasselbe auch Amnestie gäbe, und mit der unwandelbaren Zusage, daß die Tyrannei der Fürsten vor dem Gericht des Volkes niemals Verzeihung erhalten wird, schließen wir diese Erklärung als den Nationalkonvente und der Monarchie allerentschiedste Versammlung der deutschen Flüchtlinge zu Straßburg. Straßburg, 14 Aug. 1848. Verzeichnen derauf folgt keines Kommentars: es fehlen nur Zahl und Namen der Erklärer.

Bayern. — ** München, 6. Sept. Wir vernehmen mit Befriedigung, daß unter in Betreff der von der Augsb. Abendztg. berichteten Adreß- und Linterschriftensammlungsmaßregeln im Landgerichtsbezirke Wasserburg ausgesprochenes Bertrauen in die Staatsregierung bereits seine vollkommene Rechtfertigung erhalten hat. Die gezogenen Maßregeln sind bereits getroffen, um die Wahrheit in der Sache an's Licht zu bringen. — Die Allg. Ztg. brachte dieser Tage mehrfache, wie es scheint auf guter Quelle fließende Aufschlüsse über den Stand der bayerischen Eisenbahnbauten. Wir entnehmen daraus die wichtigsten Thatsachen. Die Kaufbeuren-Lindauer-Bahn ist nicht aufgegeben, es wird vielmehr fortwährend an ihr gearbeitet, namentlich an der Strecke Memmingen-Kempten, an der Illerbrücke bei Kempten, in dem 7/4 Stunden langen Loose bei Mirang zwischen Kaufbeuren und Kempten, so wie an dem Bahndamme längs der Iller bei Immenstadt. Vermessungen nach Ulm zu werden allerdings vorgenommen, aber nicht in Folge einer Uebereinkunft mit Würtemberg über gemeinsame Fortführung der Bahn an den Bodensee. Mit aller Energie werden gefördert, die Eröffnung der Strecke von Neumarkt bis zur sächsischen Grenze im Monat Oktober d. Js. und die der Strecke von Donauwörth bis Oettingen, dann von Schwabach bis Nürnberg gleichfalls im Laufe dieses Jahres möglich zu machen. Im kommenden Jahre soll dann, wie es von Anfang an berechnet gewesen, auch die Oettingen-Schwabacher-Linie dem Verkehr übergeben werden.

Rinkelt. Herzogthümer. — Es entsteht die Endabsicht Souveränetät an Preußen abtreten zu wollen, hat, wie die „Leipz. Zeitung" meldet, der dessau'sche Minister-Präsident vielmehr um den preußischen

Schutz für den Fall nachgesucht, daß man von Frankfurt aus die kleinern Fürsten mediatisiren wollte.

Fürstentb. Lippe-Bückeburg. — Dieses Fürstenthum hat sich entschlossen, selbstständig zu bleiben. Zu diesem Zwecke hat es eine Petition nach Frankfurt geschickt. Man schreibt dort, der Fürst möchte, wenn er mediatisirt würde, das Land verlassen.

Hannover. Von dem Ministerium des Innern ist ein Ausschreiben an die Behörden ergangen, des Inhalts, daß Niemand glauben solle, mit der Umgestaltung der Verfassung sei Alles gesichert und ein Wiedereinlenken in die alte Zeit sei überhaupt möglich. Die Frage sei, ob die reiter nothwendigen Umgestaltungsmaßregeln mit Ruhe und auf gesetzlichem Wege, oder durch tobe Gewalt und Umsturz alles Bestehenden durchzuführen seien. Die Stellung der Behörden sei dem Publikum gegenüber eine andere geworden, und diejenigen Staatsdiener, welche sich nicht im Stande fühlen, in diesem Sinne zu wirken, werden aufgefordert, sich einer Stellung zu entschlagen, für die sie nicht gemacht seien.

Die „Hannoversche Morgenzeitung" meldet, daß der französische außerordentliche Gesandte, A. Peretin, am 28. August dem König von Hannover in einer feierlichen Audienz sein Kreditive überreicht habe.

Schleswig-Holstein. Nach der Hamburger-Börsenhalle wären die Bedingungen des Waffenstillstandes folgende: In Schleswig-Holstein bleibt das ungetrennte schleswig-holsteinische Heer nebst 2000 Mann Preußen zurück. Die Zahlen dürften die Benennung der schleswigschen Soldaten von den holsteinischen gefordert, scheinen aber nur das Zugeständniß erlangt zu haben, daß, wenn die Schleswiger die Beurlaubung der geborenen Schleswiger (meist ältere Kavalleristen und Artilleristen) forderten, diese bewilligt werden sollte. — Die neuen Regierungsmitglieder sollen von der jetzigen provisorischen Regierung vorgeschlagen, von der Centralgewalt ohne Weiteres genehmigt und von Friedrich VII., als Herzog von Schleswig-Holstein, bestätigt werden. Beim Letztern wären keinen Antheil an der Regierung nehmen. — Die augustenb. Prinzen erhalten vollen Ersatz für beschädigtes und weggeführtes Privateigenthum. — Ein deutscher Bundescorreal übernimmt den Oberbefehl über die in Schleswig-Holstein verbleibenden Truppen. — Die Hannoveraner sollen nach Hamburg verlegt werden. — Alle der Souveränetät und Würde des Herzogs widerstreitenden Verordnungen und Maßregeln der provisorischen Regierung werden nicht Kraft gesetzt. —

Altona, 30. August. (Hamburger Börsenhalle.) Durch einen Erlaß der provisorischen Regierung vom 30. d. M. wird die Landesversammlung auf den 4. September einberufen. — Heute ist hier die Ordre an den Obristlieutenant Fabritius gelangt, sich morgen nach Stade zu begeben, um die dänischen Gefangenen, 750 an der Zahl, hierher abzuholen. Dieselben werden hier von dem schleswig-holsteinischen Kapitän Friedrichsen und einigen Andern in Empfang genommen und sammt den hiesigen südlichen Gefangenen am 2. September nach Kiel befördert werden, um dort gegen die an jenem Tage von Kopenhagen daselbst anlangenden deutschen Gefangenen ausgewechselt zu werden. Diese Auswechslung wird sogar in dem Falle, daß bis dahin der Waffenstillstand wider Vermuthen nicht rattificirt werden sollte, stattfinden. — Für die Gewißheit der Ratification spricht jedoch Folgendes: General v. Bonin ist ohne Zweifel zum Adjutanten des Generals Wrangel befördert, ist bereits hier durchgegangen. Vom 1. September an rücken täglich 4000 Mann deutscher Truppen aus dem Schleswigschen in's Holstein'sche zurück. Die Preußen (wahrscheinlich mit Ausnahme von 1500—2500 Mann), sowie sämmtliche zum 10. Armeecorps gehörige Bundeskontingente, kehren sofort in ihre früheren Garnisonsorte in Nordwestdeutschland zurück; dagegen bleiben die süddeutschen Truppen fürs Erste in und bei Hamburg liegen.

Preußen. — Berlin, 2. September. Die in dem englischen Hause sich versammelnde Partei der National-Versammlung (Centrum) hat nach dem Vorgange der gleichgesinnten Fraction in der Frankfurter National-Versammlung beschlossen, seinen Antrag und seine Interpellation von der Partei im Gangen eher von deren Mitglieder unterstützen zu lassen, wenn der Antrag oder die Interpellation nicht von der Partei zur Prüfung und Beschlußnahme vorgelegen. Von diesem Beschlusse wurde auch den andern Parteien zu allenfallsiger Nachfolge Kenntniß gegeben. Die in Mylius-Hotel versammelte Linke hat erklärt, sich diesem Verfahren nicht anschließen zu können, da ihre Mitglieder jeden Antrag und jede Interpellation, sie komme woher sie wolle, wenn sie nur den Beifall des Volkes erhalte, unterstützen werden. — Die zur freiwilligen Anleihe bis jetzt gezeichneten Einzahlungen betragen in baarem Gelde gegen Millionen Einmal Hundert und Fünfzig Tausend Thaler. Davon gingen ein: aus der Provinz Preußen: Reg.-Bez. Königsberg 100,000 Thlr., Gumbinnen 60,000 Thlr., Danzig 303,000 Thlr., Marienwerder 105,000 Thlr., zusammen 568,000 Thlr. Prov. Posen: Reg.-Bez. Posen 102,000 Thlr., Bromberg 40,000 Thlr., zusammen 142,000 Thlr. Prov. Brandenburg: aus Berlin 2 Mill. 726,000 Thlr., außerdem aus dem Reg.-Bez. Potsdam 320,000 Thlr., Frankfurt 390,000 Thlr., zus. 772,000 Thlr. Prov. Pommern: Reg.-Bez. Stettin 476,000 Thlr., Cöslin 84,000 Thlr., Stralsund 277,000 Thlr., zus. 839,000 Thlr. Prov. Schlesien: Reg.-Bez. Breslau 555,000 Thlr., Liegnitz 266,000 Thlr., Oppeln 62,000 Thlr., zus. 883,000 Thlr. Prov. Sachsen: Reg.-Bez. Magdeburg 751,000 Thlr., Merseburg 525,000 Thlr. Erfurt 163,000 Thlr., zus. 1 Mill. 439,000 Thlr. Prov. Westphalen: Reg.-Bez. Münster 133,000 Thlr., Minden 200,000 Thlr., Arnsberg 268,000 Thlr., zus. 621,000 Thlr. Rheinprovinz: Reg.-Bez. Köln 318,000 Thlr., Düsseldorf 562,000 Thlr., Coblenz 83,000 Thlr., Trier 50,000 Thlr., Aachen 87,000 Thlr., zus. 1,100,000 Thlr., giebt die obige Summe von 9 Mill. 140,000 Thlrn. Unter den am Berlin eingegangenen 9 Mill. 726,000 Thlrn. sind nicht unbeträchtliche Beiträge des königlichen Hauses begriffen, desgleichen die Beiträge außerhalb Wohnender, welche sich der Vermittlung hiesiger Personen bedienen. Die in Silber- und Goldsachen, alten Münzen rc. an der k. Munze eingeliefierten freiwilligen Darlehne sind ebenfalls nicht unberücksichtigt und dürften sich wohl auf eine Million belaufen: deren Gesammtwerth kann aber erst nach dem Einschmelzen genau festgestellt werden. Bei den jetzigen Umständen, wo jede einzelne Leistung (auch wenn auch nur ein halber Traurung) in einem besondern Tiegel eingeschmolzen werd, dürfte die Munze noch ziemlich lange mit dem Einschmelzen zu thun haben. In Gemäßheit der Verfügung des Justiz-Ministers sind von Seiten der Gerichte aus den Depositorien disponible Pupillen- rc. Gelder zu nunhafter Anlage angefuhrt werden. In letzterer Zeit haben die Zahlungen in einem solchen Grade zugenommen, daß zu besorgen ist, die teilende Summe noch anderes als durch Zwang aufbringen zu können, wenn sich nicht etwa inzwischen die Reichen und Wohlhabenden andere besinnen. Dem Vernehmen nach, wird der Gesandte der französischen Republik, Herr Arago, Berlin verlassen, und Herrn v. Raynevall, einen Freund des gegenwärtigen Ministers des Auswärtigen, Herrn Bastide, zum Nachfolger erhalten. (Berl. Z.)

In Posen hat am 27. August ein ernstes Bericht „Zu einer Allgemeinen Zeitung" ein großartiges Fest deutscher Nationalität hervorgerufen, welches den Polen, die so gerne Posen für den Zentralpunkt der polnischen Bevölkerung ausgeben möchten sehr unwillkommen war, und zwar in solchem Grade, daß auch nicht ein Pole sich auch nur als Zuschauer betheiligt hatte. Durch die Eröffnung der Eisenbahn von Posen nach Stettin, welche binnen 6 Stunden den Reisenden von einer dieser Städte zur andern bringt, war diesen die Möglichkeit geboten, den Wunsch reger geworden, ihre neuen deutschen Brüder in Posen in Masse zu besuchen und mit ihnen ein Bruderfest zu begehen. So langten an dem oben genannten Tage gegen 1500 Stettiner Wehrmänner um Mittag auf dem festlich geschmückten Bahnhofe an, wo sie von der gesammten Bürgerwehr, der Freischaar, dem Festzugskommandanten Oberst v. Willisen und dem Vicepräsidenten v. Mohl festlich empfangen, von der Volksmenge mit enthusiastischen Hochrufen und mit vielen Blumen überschüttet wurden. Die lieben Gäste blieben bis gegen Abend, wo sie, eben so feierlich zum Bahnhofe zurückgeleitet, unter donnerndem Hurrah! abfuhren. Zuvor war noch ein Gegenbesuch der Posener Bürgerwehr in Stettin auf den 3. September verabredet worden.

Oesterreich. — Wir haben bereits den Grund der Abweisenheit der ungarischen Minister Batthyany und Deak angegeben, so wie er aus den bestunterrichteten Quellen zu erfahren war. Eine Wiener Korrespondenz der Allg. Ztg. gibt nun daraus einen besondern Grund an. Der österreichische Konsul in Belgrad hatte sich so entschieden zu Gunsten der kroatisch-serbischen Bewegung ausgesprochen, daß viele Staabsoffiziere der ungarischen Regimenter sich weigerten, ihre Truppen gegen die Raizen zu führen, aus dem Grunde, daß der Kaiser mit diesen stampfe nicht einverstanden sei. Auf die Kunde dieser Animosität hin wären die beiden Minister nach Wien gereist worden, um von ihrer Person den Aufschluß zu erhalten, ob der österreichische Konsul in Belgrad im Auftrage der österreichischen Regierung gehandelt habe. Sei dies der Fall, so wolle das ungarische Ministerium seine Entlassung geben; im Gegentheile solle die österreichische Regierung sie ihrer Aemter, ihre Würde zu thun, und dem Einvernehmen ein Ende zu machen. Als Baron Jellachich im ungarischen Ministerium des Auswärtigen, verwahrt sich in der Allg. öffent. Zeitung gegen die Annahme, als hätte die Sendung der beiden oben genannten ungarischen Minister umfassenere Zugeständnisse von Seiten Ungarns an die österreichische Regierung zum Grunde. — Nach den Aussagen einiger am 23. Aug. verhafteter Arbeiter hat der famose Lehrer Professor und Tertiter Füster die Arbeiter förmlich zum Aufstand angereizt, und die Vernommenen haben dieß mit Zusicherung ihrer etlichen Verhaftigung zu Protokoll gegeben. Diese Aussage übergab das Ministerium dem Kommandanten der akademischen Legion, Hauptmann Koller, Behufs amtlichen Einschreitens. Allein bei diesem fand der ehrenwerthe Professor Füster sür gut, alles Geschehene abzuläugnen, die Akta gegen ihren Kommandanten aufzudecken und seine Legionäre zu vermindern.

Wir geben nachträglich die Verhandlungen der österreichischen konstituirenden Nationalversammlung vom 31. Aug. und 2. Sept. Sonderbarerweise hat die Versammlung nach der Abstimmung über den Kasser'schen Antrag über den Kudlich'schen gleichfalls abgestimmt. In mehreren Punkten stimmten beide überein, und Kudlich selbst wollte seinen Antrag theilweise zurückziehen, allein der Präsident ließ über jeden einzelnen Antrag an, und nun mußte Punkt für Punkt darüber abgestimmt werden. Der Punkt desselben, welcher die Entschädigungsfrage ausschließend war Staute zurückt, wurde dießmal mit einer Mehrheit von 48 Stimmen angenommen. Bei der Abstimmung über das Ganze aber fiel der Antrag mit einer Differenz von 4 Stimmen durch. Die Minister Bach, Hornbostel, Wessenberg und Schwarzer, welche selbst Abgeordnete sind, sprachen gegen das Prinzip der gänzlichen Entschädigung durch den Staat. In der Sitzung vom 2. Sept. wurde die Veröffentlichung der letzten Reichstagsbeschlüsse beantragt, worauf Min. Bach erklärte, daß das Ministerium dem Reichstage eine zweifache Gesetzvorlage zugestehen müsse, nämlich eine konsti-

tuirende und eine gesetzgebende, letztere jedoch nur in der Art, daß derselbe die hier gefaßten Beschlüsse den Monarchen zu unterbreiten habe, wodurch die Vereinbarung, die Zustimmung der Unterschrift erfolge. Inmittelbaren Verkehr mit den Reichsgrafen mit dem Publikum oder mit Einzelnen könne es nicht zugestehen. (Beifall rechts, Mißfallen links.) Violand protestirt dagegen. An der Tagesordnung waren dann die zahlreichen Amendements des Kurlischen Antrags. — Gegen den am Tage zuvor aufgehobenen Bier- und Branntweinsteuerzwang wurden mehrere Proteste eingelegt, weil dieser Zwang auch mehreren südtirolischen Gemeinden zu Gute kommt und somit nicht allgemein zum Unzufriedenheitsverhältniß gehört. Der Antrag der Opposition, das Zugeständniß ohne Entschädigung aufzuheben, wurde mit der Mehrheit von einer Stimme verworfen, indem derselbe in dem Kaiserlichen Antrag inbegriffen ist. Auf gleiche Weise wurde über das Filchverbot entschieden.

Durch Ungbruck passirte am 3. ein kais. russischer General als Kurier aus St. Petersburg auf dem Wege nach Mailand, wohin er Auszeichnungen für den Feldmarschall Radetzky (das Großkreuz des St. Georgen-Ordens) und die unter ihm befehligenden Generale überbringt. — Zu Roveredo hatten sich am 29. die literwähler zur Wahl dreier Wahlmänner für die Wahl eines neuen Abgeordneten zum Wiener Reichstage versammelt, da der zuerst gewählte die Wahl abgelehnt hatte. Dabei kam es nun zu einem lebhaften Streit zwischen der progressistischen Partei und ihren Gegnern. Jene erlangte die Oberhand und wollte nun einigen Hauptern ihrer Gegner Abends eine Katzenmusik bringen. Aber der lärmende Haufen wurde mitten im Werke von einer Patrouille auf dem Platze S. Marco auseinandergetrieben. Darüber erhebt nun der Messaggiere Tirolese großes Geschrei, indem er von Gesetzmäßigkeit u. s. w. Der Tiroler-Bote dagegen erklärt es nicht blos als ein Recht, sondern als eine Pflicht der Behörde, gegen solchen Unfug für Aufrechthaltung der Ordnung einzuschreiten. Dasselbe Blatt kündet an, daß bereits Einleitung getroffen ist, um den italienischen Kreisen Trient und Roveredo die von ihnen gewünschte unabhängige italienische Verwaltung zu geben. Der k. k. Ministerialrath Hofer ist bereits in Roveredo, zu Rom, zu Florenz und Siena nach Tirol gesendet, und der k. k. Appellationsrath Venturi beauftragt, die Reorganisirung des Justizwesens nach dem neuen Systeme, so wie die Trennung des politischen Geschäftszweiges vom justiziellen vorzubereiten.

Oesterreichische Monarchie.

Ungarn. — Das Regierungsblatt vom 27. August enthält einen Erlaß des Kaisers und Königs Ferdinand, aus Wien 20. Aug. und gegengezeichnet von dem ungarischen Minister Fürsten Paul Esterhazy, kraft dessen der ungarische Kriegsminister beauftragt wird, die in Ungarn garnisonirenden, nicht zur ungarischen Krone gehörigen Regimenter mit den in den übrigen Erbstaaten stationirten ungarischen Regimentern abzulösen, mit einziger Ausnahme derjenigen Regimenter, die noch gegenwärtig in Italien zu Felde gegenüber stehen. — Viel Sensation und Besturzung hat zu Pesth ein kgl. Reskript verursacht, das unter dem 14. August an den Landtag erlassen, und am Schlusse der Sitzung des Repräsentantenhauses am 22 verlesen wurde. Durch dasselbe macht der König bekannt, daß, nachdem seine Gesundheit sich gebessert, er nunmehr selbst die Regierung übernommen, und den Erzherzog-Palatin von der ihm übertragenen kgl. Statthalterlichen Vollmächtigkeit hiemit enthoben. — Der Tiroler-Bote begleitet die Mittheilung, wonach die Sendung der ungarischen Minister Batthyany und Deak nach Wien Aussicht auf baldige Wiedervereinigung des ungarischen Kriegsministeriums mit dem österreichischen gäbe, mit Bemerkungen des Zweifels. Die Wiedervannbringung Ungarns an die österreichischen Stammlande werde früher oder später allerdings erfolgen, aber die ultramagyarische Partei, die den Ton im Lande angebe, müsse noch viel bärtere Heimsuchungen, viel nachdrücklichere Schläge erfahren, als bisher, ehe es dazu komme. Daß diese nicht ausbleiben werden, ist der Tiroler-Bote eben so überzeugt, als daß die Belebung Ungarns vor dieser unausbleiblichen Katastrophe nicht erfolgen werde.

Schweiz.

Es bestätigt sich, daß die Urkantone die neue Verfassung alle mit überwiegendem Mehr, zu einstimmig verworfen haben. In Unterwalden und Uri wurden sogar die mäßigen Vorschläge der Regierungen, dem unausbezwinglichen Drange der Umstände sich fügend, der Einführung der neuen Bundesverfassung sich zu unterziehen, verworfen und in Obwalden die Freunde derselben „bei den Haaren durch Heden und Stauden den Landenberg hinabgeworfen." Den Verwerfenden gerieth sich ferner Wallis bei, das mit 3583 gegen 2741 Stimmen verworfen hat. Im Unterwallis ergaben sich für Annahme 2105 Stimmen, dagegen 332, im Mittelwallis 383 für und 724 dagegen, im Oberwallis endlich nur 213 für und 2453 dagegen. Von 19,084 stimmfähigen Bürgern haben also nicht einmal der dritte Theil wirklich gestimmt. Dagegen hat Neuenburg mit 5370 gegen nur 301 Stimmen angenommen.

Italien.

Aus Savoyen, 22. Aug. Man hat nicht scharf genug die Thätigkeit der demagogischen Partei beobachtet, in ihren tiefsten europäischen Zusammenhängen und dem ungemein praktischen, ich möchte sagen Ungenirtem Verstand, mit welchem sie dabei zu Werke geht. Alles, was man den Jesuiten nur Fernes vorgeworfen hat, die Kunst schlauer Uebergänge, die Perfidie der Insinuationen, der Verleumdungen — das alles wendet die demagogische Schule im größten Maßstab an. Was sie z. B. in Italien will, ist sonnenklar: die Niederdrückung Oesterreichs in Italien, die patriotische Sache ist für sie nicht die Hauptsache. Sie sieht ein, daß im jetzigen Zusammenhang Europa's über kurz oder lang Oesterreich auf Italien verzichten wird oder verzichten muß. (*) Aber was sie eifrigst betreibt, das ist der Ruin der italienischen Mächte, ganz besonders hat sie es auf Neapel und Piemont abgesehen, dann auf den Papst, endlich auf minder bedeutend auf Toskana. Diese Politik, deren Seele Mazzini ist, hat einen Hauptsitz in Genua, ist aber offiziell nicht ganz Italien und im genauesten Zusammenhang mit der Pariser republikanischen Propaganda. Sie hat sich der italienischen Fürsten zum Umsturz der früheren despotischen und in sich schlechten Verfassungen schlau bedient, und dann gegen Oesterreich den Zuzug des Patriotismus gegeben. Die Februar-Revolution zu Paris gab ihr Flügel, zwang den König von Neapel zu einer demokratischen Verfassungsakte, welcher der König von Sardinien gezwungen ward zu folgen. Der Papst blieb unerschüttert, aber man kümmerte sich nicht um ihn, und die von ihm eingesetzte Kammer ergriff die Zügel, als ob in politischer Hinsicht der Papst gar nicht vorhanden wäre. In Toskana ging es noch chaotischer zu, aber ohne Gebalt und Charakter. Allsobald wandten sich alle Ueberbestrebungen der Demagogen an Karl Albert, um ihn zum Kriege zu reizen. An ihn für sich friedie Karl Albert nach dem Ruhm eines Befreiers von Italien, und sein Haus nach der Herrschaft des obern Italiens. Während er aber zu Felde zog, hatelten die Demagogen zu Turin ganz so wie sie zu Rom verfahren, als ob er gar nicht vorhanden wäre. Nun trete sich die Wendelire ein, nach kurzen Siegen erfolgt die tiefe Niederlage; allsobald enthüllt sich der Plan der zu Paris und in Italien verbundenen Demagogen. Wenn die Lombardei erlegen ist, hört man diese Leute, so ist es nicht der Fehler des Mazzini, der Demagogen, jener Männer, welche den ächten Volksgeist ganz verkannt, welche durch terroristische und irreligiöse Proklamationen und Projekte die Bevölkerung des Landes zum Theil gelähmt, welche Piemont, Neapel, Florenz, zu Rom, zu Palermo, zu Venedig, zu Turin, zu Genua ungeheuer gehetzt haben, während fast keiner dieser Demagogen auf dem Schlachtfeld erschien, während der König von Piemont gezwungen wurde das Regiment von Savona, aus lauter Genuesen bestehend, zu kassiren, weil es dreimal zurückgewichen war, ohne sich jemals schlagen zu wollen. Diese Niederlage, wird der gezwungene Waffenstillstand, wird zum Gespött und Hohn des Königs an den italienischen Höfen werden. In ganz Italien, in der ganzen Schweiz, in ganz Frankreich verstehen sich die Demagogen; der National zu Paris erklärt: für Italien sei kein Heil, so lange die Fürsten bleiben; ein wildes Geschrei erhebt sich tumultuarisch zu Genua, die Rädelsführer nennen sich das Volk, stürmen auf den französischen Geschäftsträger Bois le Comte ein, daß er zweifelsmaßen das provisorische Ministerium zwinge, die Republik in Italien um den Einmarsch der französischen Heere zu erklären. Man betreibt ganz besonders diesen Einmarsch, um den König von Piemont zu vertagen, den König von Neapel zu erschüttern, den Papst abzusetzen, und ganz Europa soll in Brand aufsodern, nicht sowohl um Oesterreich zu zwingen, auf Italien zu verzichten, als um das französische Heer zum siegreichen Verbündeten italienischen Tyran- und Staatsrevolutionen zu machen. Wird das große und feste Gemüth des General Cavaignac dieser Propaganda widerstehen? Einige englische Blätter, im britischen Hochmuth, waren so dumm, die bis jetzt durch den General Cavaignac aufgeprochene politische Mäßigung als politischen Unmuth auszulegen. Das heißt dem Löwen glühende Kugeln in den Rachen schieben; sollten einige Blätter anderer Länder dieselbe Thorheit begehen, so könnten über kurz oder lang über solche kurzsichtige Tollbreistigkeit die Augen ihnen blutig aufgehen. Ein französischer Krieg würde nothgedrungen ein Propagandenkrieg. Sein Revers in Frankreich wäre der wahrscheinliche Triumph der Demagogen über den General Cavaignac und der Sturz der Partei des Nationals selbst. Aber wenn die Beleidigungen zu groß werden, wenn die Plumpheit der Aufreizung zu klar wird (und darüber zu deln die Demagogen), so bricht endlich die Geduld, und es erfolgt, was die Mäßigung verhüten wollte.

(Allg. Z.)

(*) Turin, 31. August. Das piemontesische Ministerium scheint sich viel auf ein friedliches Ende des Waffenstillstandes zu rechnen, wenn man nicht annehmen will, die Kundschreiben und Verordnungen die es erläßt, seien darauf berechnet, Oesterreich, das Gegenseite Oesterreich einzuschläfern. Gestehen muß man übrigens, daß der piemontesische Kanzleistil ungleich würdiger, bescheidener und männlicher als die Phrasenlosigkeit der lombardischvenetianischen Zuingenten. Ein neues Zirkular des Kriegs- und Marineministeriums erwahrt von Neuem zur strengsten Mannszucht und Gehorsam nochmals das Zurückziehen der Beurlaubungen, wenn nicht besondere Hinternisse in einzelnen Fällen der Ausführung dieses Befehls entgegenstehen. Das Zirkular ist im Ganzen nur eine Wiederholung des Zirkulars vom 26. Juni. Ein Ministerium sanden einige Veränderungen statt: Gario Boncompagni öffentlichen Unterricht, Merlo Justiz, Gaspare Domenico Regis Hausminister, Staatsminister ohne Portefeuille der Kommandeur Federico Colla.

Livorno, 27. Aug. Seit drei Tagen ist Livorno in einem völlig anarchischen Zustande. In meinem letzten Briefe theilte ich Ihnen mit, daß der Gouverneur vom Pöbel gefangen genommen worden war, weil dieser eine Depesche an die Regierung aufgefangen hatte, worin sie gebeten wurde, 2000 Mann nach Livorno zu schicken, um die Ruhe wie-

der Versammlung. Der Gouverneur wurde zwar einige Stunden zurückgehalten, verließ jedoch später, sagte aber sogleich seine Stelle wieder an und reiste ab. Am Abend desselben Tages (25.) wollte das auf dem großen Platze vor dem Gemeindehause versammelte Volk eine provisorische Regierung bilden, aber der Entwurf kam nicht zur Ausführung. In der Nacht vom 25. zum 26. gegen 2 Uhr Morgens wurde plötzlich mit allen Glocken Sturm geläutet, und man vernahm mehrere Schüsse aus der Ferne. Alles bewaffnete sich und lief auf die Straße. Einer fragte den Andern nach der Ursache dieses Lärms, nur Niemand wußte sie anzugeben. Endlich erfuhr ich, daß eine Kanische mit Reisenden sich der Porta Fiorentina genähert habe, und als auf das dreimal wiederholte Rufen der Schildwache keine Antwort erfolgt sei, so habe dieselbe Feuer gegeben, worauf der Kutscher mit seinem Wagen wieder umgekehrt sei. Gestern (26.) wurde die Sache ernsthafter. Der Pöbel, welcher durchaus kein Militär in der Stadt haben will, war gegen 1 Uhr Nachmittags in ziemlich bedeutender Anzahl in das Fort „Porta murata“ gedrungen, um sich der daselbst befindlichen Waffen zu bemächtigen. Etwa zwanzig Mann von der Bürgergarde hielten daselbst Wache. Sie suchten Anfangs durch gütliche Vorstellungen den anstürmenden Haufen zum Abstehen von seinem Vorhaben zu bewegen, als aber diese Mittel nicht mehr ausreichten, gaben sie Feuer. Vier Individuen stürzten sogleich todt zu Boden und 7 oder 8 wurden verwundet. Zur Schande der Bürgergarde muß ich aber sagen, daß nun diese 20 Mann die Flucht ergriffen! Die andrängende Masse erbrach die Thüren des Arsenals und bemächtigte sich aller darin befindlichen Waffen. Ich sah Knaben von 10 und 11 Jahren, Buckige und Lahme mit Säbeln und Flinten bewaffnet einhergehen. Gegen 3 Uhr Nachmittags verkaufte es ein Dominikaner, in einer benachbarten Kirche die Aufregung der Masse zu beschwichtigen und den Frieden zwischen der Bürgergarde und dem Volke herzustellen. Um 6 Uhr wurden vom versammelten Volke 12 Bürger gewählt, welche dem Municipalrathe an die Seite gestellt werden sollten, um die Ruhe und Ordnung in der Stadt wieder herzustellen. Der Advokat Guerrazzi steht an der Spitz dieser 12 Männer. Die meisten vornehmen Familien haben sich auf das Land zurückgezogen. Seit 3 Tagen sind die meisten Läden geschlossen, und der Handel, die einzige Stütze dieser Stadt, ist fast vernichtet. Es läßt sich noch nicht voraussagen, wohin alle diese Vorgänge führen werden: wenn man jedoch bedenkt, daß wenigstens 20,000 Stück Waffen aller Art sich in den Händen des gemeinsten Gesindels befinden, so läßt sich für die Zukunft nicht viel Gutes prophezeien, wenn die Regierung nicht mit mehr Energie auftritt. — Die politischen Zirkel, welche sich in vielen Städten Italiens gebildet haben, arbeiten mit Eifer daran, die Regierung des eisernen Gevaignac zu stürzen und die rothe Republik aus Ruder zu bringen, um dadurch eine bewaffnete Intervention in Italien zu erlangen. Ich weiß Dieses aus zuverlässiger Quelle. [Kor. v. u. f. D.]

Rom. Aus Privatberichten meldet das schweizerische Volksblatt, daß in Rimini unter dem 11. Schweizerregiment eine Empörung ausgebrochen sei. Auf dem Exerzierplatz durchbohrte ein Offizier einen Soldaten, der sich seinen Befehlen widersetzte. Da vereinten sich mehrere hundert Mann zusammen, luden ihre Flinten, zogen vor die Wohnung des Regimentes-Obersten, nahmen da die Regimentsfahne und Fahnen mit Gewalt und zogen fort aus der Stadt. Offiziere, die ihnen nacheilten, um sie zu ihrer Pflicht zurückzurufen, wurden mit Flintenkolben begrüßt, wobei Hauptmann Stockalper von vielen Kugeln durchbohrt fiel. Später sollen etwa 70 dieser Meuterer wieder eingefangen worden sein.

Großbritannien.

London, 28. August. Das heutige „Chronicle“ hat wieder einen juminanten Artikel gegen Deutschland wegen seiner „Aggressionen“ und „Usurpationen“ in der schleswig-holsteinischen Sache, es lobt die französische Regierung, daß sie durch ihren Gesandten in Berlin ihren festen Entschluß der Aufrechthaltung des des Herzogthum Schleswig der dänischen Krone gewährleistenden Staatsvertrags von 1720 erklärt habe (da wird Deutschland sich Frankreich der Garantien weit neueren Datums vertrage, z. B. von 1815 in der italienisch-österreichischen Angelegenheit, eben so treu eingehalten sein?), und erwartet, daß Lord Palmerston, der für England einen casus foederis zur thätlichen Einschreitung für Dänemarks „Recht“ in Folge jenes 1720r Vertrags noch nicht vollständig eingetreten erachte, Kraft seiner Ansicht und Handlungsweise sich ganz ausschließen werde. Sehr große Hoffnung, daß Deutschland der „Triumph des Rechts“ und der „Heiligkeit der Verträge“ bleiben werde, liegt übrigens das „Chronicle“ nicht: — Deutschland, dieser Land, „in welchem Staatsmänner ihre Staatsmaximen nicht verlernt zu haben scheinen“, wo „die Macht der Behörden durch Pöbelsanatismus gelähmt und die Verantwortlichkeit fast die in einem Nichts getheilt und unteradgetheilt“ ist!

Frankreich.

** Paris, 2. September. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Abschaffung der Haft für Schulden, welche von der provisorischen Regierung war ausgesprochen worden, wieder abgeschafft. Für die Abschaffung stimmten 458, dagegen 237. Mehrere Zusatzanträge wurden an den Ausschuß zu nochmaliger Prüfung verwiesen. — In der heutigen Sitzung gab Hr. Goudchaux einige Aufschlüsse über den Ertrag der 45 Centimes. 95 Millionen sind schon in die Kassen des Staates geflossen, 65 bleiben noch zu erheben übrig. Er behauptet, daß die Schwierigkeit, welche das Einreiben der neuen Auflage findet, in gewissen Departements nicht der Ammuth der Einwohner, sondern anderen leicht zu ermittelnden Ursachen beizumessen sei. Allerdings mag es in diesem Frankreich, wo die guten Pariser durchaus nicht stehlen, sonderbar gefunden werden, daß man alle Verfügungen der provisorischen Regierung widerruft und nur die neuen Steuern, die sie ausgeschrieben, beibehält. — Der Minister erklärt nun, daß die Unruhen im Montpellier keine Folge legitimistischer Aufbetzerei, sondern vielmehr der Ausbruch ultrarevolutionairer Wuth gegen die größtentheils legitimistisch ausgestalteten Municipalwahlen waren.

Am 14. d. M. wurde der deutsche Flüchtling Karl Blind wegen seiner sozialistisch-demokratischen Thätigkeit in Straßburg trotz eines Verbots des Ministers des Innern, Jérôme, aus dem Oberelsaß ausgewiesen. Am 21. wurde er von Polizeibeamten, als er eben im Begriffe stand abzureisen, verhaftet. Er soll nach Basel gebracht werden.

Nachschrift.

§§ Frankfurt, 4. Sept. Mittag 11 Uhr. Der Malmöer Waffenstillstand darf als verworfen betrachtet werden, abgesehmmt ist im Augenblick zwar noch nicht, aber das Resultat unterliegt keinem Zweifel, da das Ministerium, so wie die preußischen Abgeordneten selbst dagegen sind. Es wird heute noch der Beschl abgehen, daß die deutschen Truppen aus Schleswig nicht abziehen. (Der Reichsminister Heckscher hat den Text des Waffenstillstandes, so viele ihne erläuternde Zuschrift der Hrn. Campbausen der Reichsversammlung mitgetheilt.)

☞ Wir erhalten im letzten Augenblicke noch einen Bericht aus Frankfurt, nach welchem der Antrag Blums auf sofortige Einstellung der Zurückziehung der Truppen, so wie der von Siemens, bei der Centralgewalt die Stiftung des Nichtanerkennes zu beantragen, verworfen, dagegen jener von Wais angenommen: daß über die zur Ausführung des Waffenstillstandes zu ergreifenden militärischen oder sonstigen Maßregeln binnen 24 Stunden von dem internationalen Ausschuß für die Centralgewalt Bericht zu erstatten sei und sodann die Berathung stattzufinden habe. Die Ausschüsse traten sodann zusammen.

*) **München**, 6. Sept. Se. Maj. der König haben mit J. Maj. der Königin heute Morgens 6 Uhr das Schloß Nymphenburg verlassen und Sich nach Pasing begeben, von wo aus die Reise nach Oberschlesien zu auf der München-Augsburger Eisenbahn fortgesetzt wurde.

△ **Cricst**, 2 Sept. Vorgestern hat das Dampfboot „Triest“ einen abermaligen Befehl des sardinischen Kriegsministeriums an Admi und della Marmora überbracht, nach welchem das sardinische Geschwader sogleich nach Genua in See stechen soll. Dieser Befehl hat hinreichenden Grund zu glauben, daß dem Briefe Folge geleistet und die Absahrt binnen einigen Tagen stattfinden werde. Am Bord der gestern von Portsmut und Konstantinopel eingetroffenen Brigantine „Stefanino“ ist, laut einer Petersmmachung des hiesigen Centralquarantainestabs, während der Dauer die Cholera ausgebrochen. Von 4 Matrosen, welche von der Krankheit befallen wurden, starben 3. Auch der Kapitän war an ihr erkrankt, ist jedoch vollkommen wieder hergestellt. Der vierte Matrose befindet sich im Stadium der Genesung. Das Fahrzeug ist sofort der strengsten Bewachung unterworfen worden.

Das polnische Journal „Anzeuta“ meldet mit Bezugnahme auf die neueste in Petersburg vorgekommene rein politische Revolution, daß diesmal keine Verschwörung im Spiele sei. „Drei Polen, die bisherigen Ministerräthe, nach denen seit längerer Zeit in Polen auf kaiserlichen Befehl gefahndet worden, sollen in Petersburg einen Aufstand unter den Garden vorbereitet haben, der aber nicht gelungen ist. In Folge dessen seien viele Personen verhaftet worden, die erwähnten Brüder aber seien unwiderwindlich. — In Betreff der Quelle, aus welcher diese Nachricht kommt nämlich aus einem polnischen Journale, und des thatsächlichen Anfgetretenseins und Verschwindens der Brüder Wisjewski, dürfte diese Nachricht zu noch sehr erheblichen Zweifeln berechtigen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 2. Sept. Oesterr. 3proz. Metall. 73¼, 4proz. 61½, 2proz. — 21, proz. 38½, Bankaktien 1210. P. 500 fl.-Loose 120½, 250 fl.-Loose 81½, — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87, P. Staatsschuldscheine 3½ proz. 75½, — Bayer. 3½ proz. 77½, — Badische Herbach. 68½, — Württemberg. 3½ proz. 73½, 4½ proz. 92 Bad. 3½ proz. 74½, Lotto-Anlehen à 50 fl. 46½, — 35 fl.-Loose 26½, — Darmstadt. 3½ proz. 74½, 4proz. 85. Lotto-Anlehen von 50 fl. 62½, 25 fl.-Loose 21. — Kurhess. Friedr.-Wilh.-Nordb. 43½, — 40 Thlr.-Loose 25½, — Nassau 3½ proz. 80½, 25 fl.-Loose 21. — Frankf. Loose 79, 3½ proz. 82½, Taunusbahn 273. — Holländ. Intlegr. 43½, — Span. 3proz. innere Schuld 18½, — Pol. 300 fl.-Loose — 500 fl.-Loose 67 — Sard. 36 Fr.-Loose 25. Disc. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 61.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 1 fl. 36 kr. Monatspreis 45 kr. Einzelne Nummern 3 kr.

Donnerstag den 7. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nr. 16. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 7. September.

Durch allerhöchstes Dekret vom 3. September wurde der Rentbeamte Oberle in Kirchheimbolanden auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt; der Kassafunktionär Joh. Baptist Mösl zum Offizianten bei der Staatsschuldentilgungsspezialkasse München provisorisch ernannt; der bisherige Forstverwalter zu Deggendorf Friedrich Hochfärber zum Forstmeister für das neugebildete Forstamt Deggendorf befördert.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 4. Sept. (71. Sitzung der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung.) Nach Eröffnung der Sitzung, um 9½ Uhr Vormittags, bringt Reichsminister Heckscher ein von dem königl. preuß. Staatsminister v. Canphausen ihm mitgetheiltes Exemplar des am 26. August zu Malmö geschlossenen Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Dänemark zur Kenntniß der Versammlung. Der Reichsminister bemerkt zum Voraus, daß das Vorhandensein nicht unwesentlicher Abweichungen von der durch die Zentralgewalt der preußischen Regierung ertheilten Autorisation nicht zu leugnen sei, woraus mithin die Berechtigung der Zentralgewalt erwachsen könne, dem Waffenstillstande ihre Genehmigung zu ertheilen oder vorzuenthalten. Es scheine ganz angemessen, ja selbst wünschenswerth, nach der Vertheilung der zum Druck beförderten auf jenen bezüglichen Aktenstücke zur Erörterung des Waffenstillstandes und weiterer Reichsmaßregeln einen bestimmten Tag zu bestimmen. Der Reichsminister bittet die Versammlung, kein vorgreifliches Urtheil über das Verfahren des Reichsministeriums des Auswärtigen in dieser Sache zu fällen, auch bestimmen sich es sich bemerkt, seine Pflicht gethan zu haben. Auf den Grund der am 20. Juli zu Malmö am Bord zu Peiraue gepflogenen Berathungen habe die Zentralgewalt Preußen zur Abschließung des Waffenstillstandes ermächtigt. Derselbe wurde unter schwedischer Vermittlung zu Stande gebracht und lautet in seinen wesentlichsten Punkten wie folgt: „Vom Tage der Unterzeichnung des Waffenstillstandes an sind die Feindseligkeiten während sieben Monaten einzustellen. Vorbehaltlich einer dreimonatlichen Aufkündigung, in welchem letzteren Falle die Heere auf beiden Seiten dieselben Stellungen wie beim Abschlusse des Waffenstillstandes einzunehmen haben. Sämmtliche Kriegsgefangene werden zu Freiheit gesetzt. Die durch die dänische Seemacht bewerkstelligte Blokade ist aufgehoben; alle am Embargo belegten Schiffe werden binnen 12 Tagen freigelassen. Die beiden Herzogthümer Schleswig und Holstein werden binnen 12 Tagen provisorisch von den dänischen als von den deutschen Truppen geräumt; die holsteinischen Truppen bleiben zur Verfügung der Herzogthümer gestellt. Beide kontrahirende Theile sind zur gemeinsamen Einsetzung einer interimistischen Regierung übereingekommen; dieselbe soll aus fünf Mitgliedern bestehen, wovon drei durch die königl. preuß. Regierung Namens des Bundes, zwei von Dänemark und das fünfte, der Präsident dieser Regierung, durch gemeinschaftliche Einigung zu ernennen ist. Die von der letzteren provisorischen Regierung seit dem 17. März erlassenen Gesetze treten außer Kraft. Zur Ueberwachung dieser Stipulationen ernennt jeder der beiden Theile einen Kommissär. Dieselben sind während der Dauer des Waffenstillstandes durch eine auf drei, in gleicher Weise wie bei den vereinigten Herzogthümern zu ernennenden Regierung verwalter werden. Beide Theile ersuchen England um Beaufsichtigung und Garantie des Waffenstillstandes. Die beziglichen Konventions- und Ratifikations-Urkunden sind in französischer, deutscher und dänischer Sprache abgefaßt und werden in Lübeck ausgewechselt. An diese Punkte schließen sich folgende Separatartikel an: Die Fortifikationsarbeiten sollen während der Dauer des Waffenstillstandes in ihrem gegenwärtigen Zustande verbleiben. Zur Aufhebung des Blokadezustandes werden von dänischer Seite Seeschiffe an die betreffenden Orte abgeschickt. Die holsteinischen Streitkräfte bleiben unter dem Befehle eines von Preußen zu ernennenden Generals. Auch die gegenwärtig eingesetzten Regierungen können in ihrer Gesetze wieder in Kraft treten; die provisorische Regierung ist befugt, politische Prozesse niederzuschlagen. Der Waffenstand ist wieder herzustellen. Als Prämien der neuen provisorischen schleswig-holsteinischen Regierung haben die preußischen und dänischen Bevollmächtigten den Grafen Reventlow, und zur Lauenburg den Grafen Rantzau in Vorschlag gebracht. In Kopenhagen zu Zufriedenheit ist das Reichsministerium wird verlesen. Dieselbe verbreitet sich über die Handlungsweise Preußens in diesem Waffenstillstande; Preußen habe hier als deutscher Staat, nicht aber in einem Partikularinteresse gehandelt. Reichsminister Heckscher beantragt sofort, daß nach Verlesung der Aktenstücke eine Beschlußnahme festgesetzt werde. (Fr. C.-P.-A.-Z.)

Der Waffenstillstand ist im Namen des „deutschen Bundes“ abgeschlossen, und das Schreiben des Hrn. Canphausen erläutert diesen Ausdruck als den allein richtigen, weil die Einsetzung der Zentralgewalt noch nicht von Dänemark ratifizirt sei. Der Bundestag sei wohl aufgehoben, aber nicht der deutsche Bund, nur diesen kenne die jetzt das Ausland. Preußen habe sich bemüht, bei dem Abschluß dem von der Zentralgewalt in es gesetzten Vertrauen möglichst zu entsprechen. Werde ein neuer Krieg nach Ablauf des Waffenstillstandes nöthig, so gewähre die längere Dauer dieses Deutschland die Möglichkeit sich besser zu rüsten, selbst Kriegsschiffe immerhin sich zu verschaffen. Gegen den Vorwurf mangelnder Rücksicht gegen den Reichsverweser verwahrt sich die preußische Regierung ausdrücklich, ebenso gegen den Vorwurf in Partikularinteressen gehandelt zu haben, obgleich sie den schwer verletzten Interessen des Volks habe Rechnung tragen müssen. Links: die Volksmacht! Heckscher: Sie ist in der Druckerei, und wird aufs schnellste vertheilt werden. Der Antrag wiederholt, daß die Nationalversammlung einen Tag zur Berathung ansetze. Dahlmann stellt eine früherschon beabsichtigte Interpellation: ob es wahr sei, daß die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein aufgelöst und ihre Verordnungen zurückgenommen, und dadurch dieselbe als unzugängliche Gewalt erklärt worden sei? (Beifall links). Ferner, daß Graf Moltke, der die Schleswig-Holsteiner anklagen ihre Brüderwerfen gegen Dänemark auf die höchste Stufe getrieben zu haben, an die Spitze der Regierung gestellt und dadurch Ruhe und Ordnung gefährdet worden solle; 3) daß die schleswig-holsteinischen Truppen getrennt; 4) durch die lange Dauer des Waffenstillstandes die günstigste Jahreszeit zum Kriegführen für Deutschland verloren gehen solle? Er erinnert die Versammlung daran, daß sie am 9 Mai beschlossen, daß in der schleswig-holsteinischen Sache die Ehre Deutschlands gewahrt werden solle, die Ehre Deutschlands, meine Herren!“ (Stürmischer Beifall.) Rappard und andere Mitglieder beantragen: die Nationalversammlung möge in Erwägung des Art. 4 des Gesetzes über die Zentralgewalt, dann des Beschlusses vom 9. Juni und weil der Waffenstillstand der Ehre und den Rechten Deutschlands zuwiderlaufe, bewilligen die Genehmigung verlagen und die Zentralgewalt zur Fortsetzung des Krieges im Sinne des Beschlusses vom 9. Juni auffordern. An der weiteren Berathung nahmen die Minister Heckscher und v. Schmerling, dann die Abg. Kirchgnopf, Franke, Beseler, Engel, Schaber, Bassermann, Venedey und Waitz Theil. (Die gefallen Beschlüsse haben wir bereits gestern mitgetheilt.) Am Schlusse der Sitzung übergab Heckscher die Aktenstücke über die Limburger Frage.

Deutschland.

Die „Frankfurter Ober-Postamts-Zeitung“ erklärt die Angabe preußischer Zeitungen für falsch, als habe Preußen die bis zur Regelung der Reichsregierung getragen, wolle aber selbe nicht leisten, und als wäre bereits eine Tratte auf die Seehandlung zurückgewiesen worden. Ebenso wird auch die Angabe der Forderung von 310,000 Mann zur Verfügung der Zentralgewalt, für ungegründet erklärt.

Bayern. Der Münchener konstitutionell-monarchische Verein hat folgende Erklärung erlassen: „Was München will, Das hat es am 4 März frei und ernst ausgesprochen und am 6. darauf vom Throne als unwiderruflichen Eigenthum in Empfang genommen. Was München nicht will, hat es am 18. April vor der ganzen Welt im feierlichen Manifeste kund gegeben: es will keine Republik eingeführt, sondern die konstitutionelle Monarchie erhalten wissen. Ungesetzliche sind auch die Errungenschaften des 6. März zur Verwirklichung gekommen: die vollständigste Preßfreiheit besteht: ein Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister ist gegeben; die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege mit Schwurgerichten tritt nach bereits erschienenen Gesetzen ins Leben: eine Verbesserung der Ständeverhältnisse ist auf verfassungsmäßigem Wege zu Stande gebracht; eine Verantwortung der Minister zur Fürsorge für die Staatsdiener und ihre Rechten gegeben worden. Was an dem Begehrten und Gewährten zu verbessern, und weiter zu wünschen erübriget, das wird bei dem nahen Budget-Landtage von

den gesetzlichen Vertretern des Landes in den Kammern betrachten werden. Dieser Erwartung gibt sich der besonnene und redliche Bürger hin; er wacht zwar eifersüchtig für die Erhaltung des Errungenen, möchte es jedoch auch in Ruhe genießen, mit dieser wieder das Vertrauen befestigt, die Arbeitskräfte beschäftigt, Handel und Gewerbe neu gehoben sehen. Der Mittlerweile bemüht sich nun seit längerer Zeit eine Anzahl von Unzufriedenen und Ehrgeizigen, welche zum geretzten Aerger des Rennes der Münchener Bürger um Einwohner sich das Volk nennen, in anonymen Maueranschlägen, Flugschriften und Tagesblättern durch alle erdenklichen Lügen, Uebertreibungen und Hetzereien die Stadt in steter Aufregung zu erhalten und so mit Besorgniß zu erfüllen. Vormittags freuen sie sich, wie Gaste in ihren frischen Blüthen auf Schaukeln und Pferden, Reden auf offenem Markte, erklären die Staatsminister für unfähig und unmöglich, preisen Anarchie und Revublik als das einzige noch übrige Heil, mischen sich unter die gaffende, mißtrauisch gemachte Menge, brüllen und erregen Abends Aramall. Wer dabei an seiner Person oder seinem Eigenthum Schaden nimmt, das ist ihnen gleichgiltig, wenn nur wieder ein Opfer fällt, damit sie des andern Tags über die brutale Gedankenlosigkeit, die sich gutwillig nicht mit Steinen werfen lassen will, um über die Minister, welche ihnen nun einmal so unleidlich geworden sind, schimpfen können. Es kann es aber nicht bleiben, so darf es nicht fortgehen!" — Mag es auch sein, daß die Staatsminister die eine und die andere Verfügung erlassen haben, welche gerechtem Tadel nicht entgehen konnte und solchen in öffentlichen Blättern verworfen: so folgt daraus noch nicht, daß eine Anzahl Gleichgesinnter sie nichten und von dem Throne verjagen darf. Sind denn die Meinungen des Volkes und des Königs angewiesen hat. — Ob die Minister ihrer Aufgabe gewachsen seien, ob sie ihr Amt mit Umsicht und Gewissenhaftigkeit verwaltet haben, ob sie ferner mit den Angelegenheiten des Landes herauf bleiben können: das haben die Stände des Reiches verfassungsmäßig zu beurtheilen. Haben sie gefehlt, so werden sie nach dem unter ihren eigenen Auspicien zu Stande gekommenen Verantwortlichkeitsgesetze getrieben; aber niemals sollen und werden jene Lichtscheuen das Wittelsbach sprechen, welchen jüngst in dem „Bürgerverein für Freiheit und Ordnung" so eindringlich bedeutet wurde, daß sie weder Münchens Bürgerschaft noch Bayerns Volk seien!"

** Wie wir voraussehen, hat der „Bürgerverein für Freiheit und Ordnung" das Verbalten seines Abgeordneten zu der Versammlung in Nördlingen, welcher bekanntlich mit den Abgeordneten der übrigen konstitutionellen Vereine von ersten und zweiten Besuches Erscheinung verlangte, in seiner Versammlung vom 2. September seine volle Zustimmung ertheilt, und zugleich beschlossen, mit den württembergischen Vereinen, wie sie in Nördlingen vertreten waren, vorerst in keine nähere Verbindung zu treten, dagegen aber solche mit den konstitutionellen Vereinen in Bayern sofort anzuknüpfen. Dem weiteren in Nördlingen gefaßten Beschlusse, „daß die Beschlüsse der Nationalversammlung sowohl für das deutsche Volk als für seine Fürsten für bindend anerkannt werden", wurde, wie auch der Abgeordnete des Vereines gethan, einstimmig beigetreten.

Kurhessen — Kassel, 2. Septbr. Gestern Abend wurde unsere Stadt gegen 10 Uhr durch den Generalmarsch der Bürgergarde alarmirt. Vor verschiedenen Bäckereien hatten sich Haufen Volks versammelt und begannen, die Fenster einzuschlagen, in die Backstuben einzudringen und darin befindlichen Mobilien zu zertrümmern. Der Grund hiervon ist, daß die polizeiliche Brodtaxe gestern um 1/2 Heller das Pfund erhöht wurde. Diese Erpreße wurden fast unter den Augen der Bürgerwehr verübt, und es dauerte über eine Stunde und nachdem mehrere Läden faft gänzlich verwüstet waren, ehe energisch eingeschritten wurde. Es erscheint räthselhaft, wie man diesen Unfug so lange zusehen konnte. Die zusammengerufene Bürgergarde säuberte die Straßen endlich, im Verein mit dem Militär, und gegen 11 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt. Ob bei den jetzigen billigen Getreidepreisen eine Erhöhung der Taxe nothwendig war, das vermögen wir im Augenblicke nicht zu beurtheilen; nur das steht fest, daß viele Mißtrauen in gegenwärtiger Zeit der Aufregung eine höchst unheilvolle und unberechte war. Daher mag denn auch das gestrige Vorgehen der Behörde kommen, der sich bei der Bürgerschaft für die bewiesten Proben kundgab. Von den Tumultuanten sind gestern viele zur Haft gebracht und zur gerichtlichen Bestrafung abgegeben worden. (Fr. Z.)

Schleswig-Holstein. Der mit Dänemark abgeschlossene Waffenstillstand hat in den Herzogthümern keinen guten Anklang gefunden. Man ist auf Preußen erbittert und will es auf einen Widerstand ankommen lassen. Man spricht von Steuerverweigerung und selbst aktivem Widerstand, wenn die Zentralgewalt nicht zu Gunsten der Herzogthümer einschreitet. Wier Schleswig-holsteinische Regimenter sollen sich gegenseitig verbündet haben, einem unehrenhaften Waffenstillstand sich in keiner Weise zu fügen. Mit einem Worte, der ganze Lärm scheint in großer Bewegung zu sein, und eine gewaltsame Verwirrung zu bevorstehen, wenn nicht schleunige Abhilfe geschieht. Doch scheint die Angabe einiger Blätter, als wäre es bereits zu wirklichen Unruhen, ja sogar zu Ausrufung der Republik gekommen, bis jetzt noch nicht gegründet.

Freie Städte. — Hamburg. 1. Sept. Der k. preuß. General v. Peters hat heute aus Lübeck ein von heute datirtes Schreiben hieher gesandt, des Inhalts, daß die Ausbwechselung der Ratifikationen des Waffenstillstands-Vertrages, dd. Malmö 26. August, Nachmittags 3 Uhr, zwischen ihm und dem dänischen Kommissär, v. Reedtz, stattgefunden habe, die Sache also als abgemacht anzusehen sei, und die Schiffe, welche den Befehl zur Aufhebung der Blokade der Häfen der Nord- und Ostsee überbringen, am 2. früh resp. von Hamburg und Lübeck abgefertigt werden sollen. — Die hiesige Kommerz-Deputation macht bekannt, daß, in Folge amtlicher Mittheilung, auf Verfügung des preuß. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, von heut Abend 6 Uhr ab hier ein Dampfboot in Bereitschaft gehalten wird, um einen dänischen und einen preußischen Offizier, welche, nach Auswechselung der Ratifikationen des Waffenstillstandes hier eintreffen, an Bord zu nehmen, damit diese die Aufhebung der Blokade bewirken. (Berl. N.)

Preußen. — Berlin, 3. Sept. Gestern Abends traf ein Kabinetskourier mit der am 1. d. Mts. in Lübeck erfolgten Ratifizirung der Ratifikationen des mit Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstandes hier ein. — Das Militär-Wochenblatt enthält eine summarische Nachweisung der während der Insurrektion im Großherzogthume Posen von den Truppen des V., II. und VI. Armeekorps Gebliebenen, in Folge von Verwundung Gestorbenen, Vermißten und Verwundeten. Danach sind 3 Offiziere 81 Mann geblieben, 1 Offizier 24 Mann in Folge der Verwundung gestorben, 19 Mann vermißt und 17 Offiziere 328 Mann verwundet. In Summa 21 Offiziere 452 Mann. — Auch an der Cholera erkrankt 425 Personen angemeldet. Davon sind 261 gestorben, 43 genesen und 121 noch in Behandlung.

Oesterreich. — Die offizielle „Wiener Zeitung" vom 3. Sept. enthält eine Art von Manifest des Ministeriums unter dem Titel: „Radikale und antiministerielle Presse", welches eine Erklärung gibt über die bisherige sowohl als zukünftige Haltung des Ministeriums. — Im Eingange weist es auf die Gefahr hin, welche durch gegen den Thron gerichtete, als sei es auf ultrademokratischem und sozialistischem Standpunkte begründet gewesen, und habe diesen früheren, ihm eigenthümlichen Standpunkt jetzt in der Arbeiterfrage verlassen, wodurch es den „Bürgerkrieg" hervorgerufen habe. Indem das Ministerium die Afforderbett einführte und den Taglohn, diese „Trägheitsprämie" aufhob, folgte es den natürlichen Gesetzen der Konkurrenz, verbitete sie die Wiederbildung jener unsinnigen Koalitionen, welche für Krankheiten zu sorgen übernahmen, wo nur jedenfalls in seinem guten Rechte eine dem Arbeitslohne entsprechende Leistung zu verlangen. — Man wirft ferner von Seiten der radikalen Presse dem Ministerium vor, es habe sich in öffentlicher Sitzung gegen anarchische und republikanische Bestrebungen erklärt, und längst frech das Vorhandensein derselben, während die radikale Presse auf jeder ihrer Seiten den Konstitutionalismus angreift und schmäht! Ihm nun wieder das Ziel des Ministeriums, des Reichstags und der unendlichen Mehrheit des Volkes, Anarchie dingegen das Ziel der radikalen Presse, so ist klar, daß die Anarchisten gegen jede Handlung des Ministeriums das Zetergeschrei „Reaktion" erheben, indem, wie schon erwähnt, das Ministerium ihren Bestrebungen entschieden entgegentritt und treten wird. „Die Revolution ist zum Abschlusse gekommen, das Volk ist ermattet durch die fortwährenden unnatürlichen Anstrengungen und es hat alle Kraft, sondern auch den gesährlichen Willen verloren, sich neuerdings in den Strudel der Umwälzung zu stürzen. Die Völker Oesterreichs wollen jetzt die Freiheit in der Ruhe, Ordnung und Gesetzlichkeit." — Von besonderer Wichtigkeit ist die Stelle, in welcher das Ministerium sich über seine Politik in Italien ausspricht. „Wir lassen sie hier unverändert folgen: „Die radikalen Herren, groß und einzig in ihrer Politik der innern Angelegenheiten, zeigen sich nicht minder genial in ihrer Auffassung der auswärtigen Verhältnisse. Ihr erstes und letztes Wort ist die Freigebung Italiens, nicht in Folge einer erobenen europäischen Konjunktur, nicht weil wir es mit mit großen Heeren zu erringen haben, sondern zeit, nachdem wir es bereits siegreich besitzen. Um einer eingebildeten, durch entlehnte Theorie willen soll die Perle des Kaiserstaates, die Hoffnung aller industriellen Provinzen muthwillig verschleudert werden. Welch' Gesicht würde ein englischer Staatsmann ziehen, wenn man ihm sage Irland müsse frei gegeben werden, weil es das Gesetz humanistischer Völkerpolitik also wolle. Er würde mitleidig die Achsel zucken und sagen, das sei „humbug" nichts weiter. Wir fragen, ob es nicht im ausgesprochensten Interesse Oesterreichs und Deutschlands liege, daß ersteres den Besitz machte, das schöne Italien mit sich im Geiste der Freiheit und Verbrüderung zu einigen, daß Andenken des blutigen Zwistes zu tilgen und die Grundlagen eines dauernden Einverständnisses für beide Theile zu suchen? Weshalb sollte es unmöglich sein, den österreichischen Einfluß im edlen Sinne des Wortes bei so sestumrissen, wo noch vor einigen Jahren der österreichische Absolutismus lästig beliebte, ja selbst jetzt noch, wo der Geist der That, man kann nur staunen und abermals staunen über den Leichtsinn und die Verblendung, womit eine verschrobene Weltanschicht die italienische Frage nicht beantwortet, sondern — wegwirft! Wenn die Presse in Oesterreich wohlthätig wirken will, so muß sie sich nach unserer Ansicht auf den Boden des vorhandenen Staates stellen. Sie muß ihn anerkennen und lieben, nicht aber auf eine Zersetzung hinarbeiten, um ihr Bestandtheile als Baumaterial für fremde Größe nach allen vier Winden preisgugeben. Sie sollte, wenn sie klug ist, bedenken, daß es eine Macht österreichischer Patrioten gibt, die sich allerwärts auf die erfreulichste Weise verkündet, die jetzt überwiegende Majorität des Reichstages erfüllt, und die im gleichen

chen Verhältnisse mit der Entwickelung und Begründung unserer Freiheit steigen wird und muß." Nach diesen gewiß sehr bezeichnenden Aeußerungen wendet sich das Manifest wieder der Thätigkeit der radikalen Presse im Innern und zunächst der Hauptstadt selbst zu. Aus dem von Tag zu Tag überreizteren Aufrollen der radikalen Journale geht eine totale Verwirrung der Geberhaften mit möglichster Vorsicht zu behandelnden Wiener Zustände hervor, welche bald Excesse erregen muß, sowie es für diese Presse traurig und hoffnungslos erscheint, wenn sie erst der Staatsanwalt Sitte und Verständigkeit zu lehren gezwungen sei. Der Eindruck endlich, den die Verböhnung des Reichstags, auf welchen doch der ganze Staat mit Hoffnung blickt, hervorbringt, das fortwährende gemeine Herabziehen desselben in den Koth, sei so schmerzlich, zu beklagen, daß ein Gefühl der tiefsten Scham sich in den Gemüthern lasse. Allein diesen Zuständen vermöge man bei dieser radikalen Presse das Gefühl und Gesetz der sittlichen Würde, welches mehr noch, als ein Preßgesetz den Gebrauch der Preßfreiheit übernachen muß." — Die Entschädigungsfrage ist jetzt neben der italienischen Frage die Hauptfrage des Tages, und es ist nicht allein die radikale, sondern sonderbarerweise auch ein Theil der conservativen Presse, welche eben so heftig, als principlos das Ministerium angreift. Sowohl die Art und Weise seines Auftretens in der Entschädigungsfrage, über welche einen umfassenden Gesetzentwurf schon jetzt dem Reichsrate vorzulegen eine Unmöglichkeit wäre, wegen der Fülle von Urbarialfassen, welche nicht allein von Provinz zu Provinz, sondern von Kreis zu Kreis wechseln, sondern auch das Wie? der Entschädigung wird auf das heftigste angegriffen. Das Manifest nächstes gegen einen Angriff der „Presse" mit der folgenden bedeutenden Entgegnung: „Der Finanzminister hat gesagt, daß er die Ueberzahme eines Theiles der Entschädigungslast auf den Staat für ausführbar halte. Hätte er mehr versprechen sollen, als er halten zu können glaube? Die Ausmittlung des Fondes ist wahrlich keine Kleinigkeit, und die Kammer hätte wohl Unrecht gethan, wenn sie das im Freiheitsthum vom 31. August und Ende Hauptstimmung hätte verboten hätte. Die Entlastung zu befehlen, und die Entschädigungspflicht ausschließlich auf die Schultern der angeblich Entlasteten zu wälzen, wäre eine Ironie, deren wir die „Presse" bei so ernster Zeit nicht fähig halten. Sind ihr Vorschläge und Mittel bekannt um leicht und rasch zum Ziele der Entschädigung zu gelangen, so bolle sie im Interesse des Vaterlandes mit ihrer Weisheit nicht hinter dem Berge. Nur Kinder, Besinnungslose und Aufrichtigkeit vor Allem!"

Ein Bericht aus **Wien** vom 3. Sept. in der „Allgemeinen Zeitung" bringt die Kunde, daß die Minister v. Schwarzer und Bach wegen eines Konflikes über die Kompetenz des Reichstages ihre Entlassung gegeben haben. Minister Doblhoff hat erklärt, daß er gleichfalls austreten werde, wenn diese Entlassung angenommen würde. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Entlassung aber dennoch angenommen wird. Man spricht von Schmerling, verschiert aber wieder, daß er nicht annehmen werde. Hauptmann Mörinz, Mitglied der deutschen Reichsversammlung, soll zum Minister der öffentlichen Arbeiten bestimmt sein.

* **Wien**, 3. Sept. Heute versammelten Vereine ausgedehnten Trauerzuge für die gefallenen Arbeiter werden sich sämmtliche Arbeiter der Rothbauten und Fabriken, die übrige Arbeiterklasse, die Mitglieder des Frauenvereins in Trauergewändern und die akademische Legion anschließen. Man fürchtet zwar keine Unruhen aber hat dennoch die Garnison konsignirt. — Der leichenzug begann werden aufgerichtet durch vierzig Pfahlen als ein Freiwilligen-Korps mit verdrängten Vaterlande zu Hilfe zu eilen. Für Nichtungarn ist der Köder der Verbreitung des ungarischen Staatsbürgerrechts ausgestreckt, wenn sie on dem Freiheitskampfe — wie man das Ding nennt — theil nehmen. Der größte Theil der mobilen Colonne, unter Bannaich's Commando geblieben, und hauptsächlich aus Mitgliedern der akademischen Legion bestehend, will sich vor Ende September nicht bürgerthum verbinden, und dadurch wird die Hauptstadt wieder eine Anzahl unruhiger Hitzköpfe los.

Oesterreichische Monarchie.

* **Fiume**, 31. August. Die Ruhe ist seit dem Einrücken der 1000 Grenzer und Szeczener keinen Augenblick gestört worden. Sie haben bereits die Kasernen und Wachtposten bezogen. Der Gouverneur und mehrere Beamte rüsten sich zur Abreise. Mit Ausnahme der Regierung selbst haben sämmtliche Behörden ihre Funktionen beibehalten. Der Vizegespann Josseph Bunnerai hat eine Ansprache an das Volk und die Bewohner der freien Stadt und des Besirkes von Fiume erlassen, worin er unter Voraussetzung seiner brüderlichen Gesinnungen sich gleichfalls entschuldigt, daß ihn die Verhältnisse gezwungen, mit bewaffneter Hand, wenn gleich als wahrer Bruder und Freund die Stadt zu betreten. Er verbürgt volle Sicherheit der Person und des Eigenthums, sowie die Unverletzlichkeit der munizipalen Freiheiten und bürgerlichen Institutionen, der italienischen Sprache wie aller Nationalitäten. Er verlangt sonach, daß die Einwohner wie bisher ihren Geschäften nachgehen, und ihre Zuversichten nicht vernachlässigen, und fordert Gehorsam für sich wie für die von ihm urkundlich bestätigte Munizipalbehörde. Schließlich ermahnt er die Nation, ihren rechtmäßigen Behörden, dem gnädigsten König und dem erlauchten Hause eine unverbrüchliche Liebe und Treue zu beweisen.

◇ Von der kroatischen Grenze, 30. August. Die entschiedene Krisis rückt immer näher, und jeder Tag kann uns die Nachricht von denen ersten größern Zusammenstöße der beiden Armeen bringen. Die Kriegszust hier, im Banat, in Sirmien ist so hoch gespannt, daß ein längeres Zögern von Seite des Banus diesen um seine ganze Popularität bringen könnte, so es herrscht gegenwärtig schon Ungufriedenheit mit seinem Benehmen, indem man glaubt, daß er durch sein Zaudern den Ungarn nur Vorschub leiste. Intessen ist der 4. oder 5. September als der Tag des Einrückens in Ungarn festgesetzt, wenn bis dahin keine Antwort vom ungarischen Ministerium einrirt, woran aber bei der Halsstarrigkeit desselben kaum zu denken ist. — Durch Karlsstadt sind am 27. und 28. August 20,000 M. marschirt, und es werden ihnen beinahe täglich kleinere Abtheilungen von 500 bis 1000 M. folgen. Von den Grenzregimentern stellt jedes auf einen bereits organisirten 3. und 4. Batoillonen noch 4000 Mann. In jedem Komitate stehen 6000 Gorden, gut bewaffnet und eingeübt, zur Mobilisirung bereit, während in jedem Komitate noch 18,000 Mann aufgeboten werden. Von den Szekler-Hufaren sind bereits 2000 breittene Szereszaner, die Artillerie, die Szymischen Streitkräfte, die Czaslisen Bataillone im Banate, und die Haufen von Freiwilligen, welche von allen Seiten, selbst aus Mähren, Mähren und Böhmen herbeieilen. Auch an Geldbeiträgen fehlt es nicht. Mehrere Triestiner Kaufleute, slavischer Abkunft, haben 35,000 fl. zusammengeschossen und nach Agram geschickt. Für die Verpflegung der Armee sind bereits Aufkäufe von Getreide gemacht worden, und zwar sind Vorräthe auf 3 Monate vorhanden; an mehreren Hauptorten sind Magazine und Spitäler errichtet. — Am 24. August wurde ein zweiter Angriff auf Welsirchen unternommen, bei welchem die Weißkirchner durch Militär unterstützt waren. Es ist ihnen von den Maigen ein Friedensangrag gemacht worden unter den Bedingungen, daß sie Waffen und Munition abliefern, das Militär aber die Stadt entfernen und Geiseln stellen sollten. — Das Bergwerk Neu-Moldawa wurde schon am 21. von den Raigen geplündert, erobert und verbrannt. — Aus Semlin wird die Rückkehr des österreichischen Konsuls Mayerhoffer von Mitrowitz gemeldet, welcher dort nichts ausrichten konnte. Er ist dem Patriarchen Rajacsik angelegentlichst von Banus zur Wiederherstellung der Ordnung und Beruhigung der Gemüther anempfohlen worden. Am 25. ging der Konsul nach Weißkirchen, um dort einen Vermittlungsversuch zu machen, der ihm aber schwerlich gelingen dürfte.

Von der untern Donau. Die Serben haben bei St. Thomas und Turio am 19. v. M. einen Sieg erkämpft. Die Magyaren haben den Angriff um 5½ Uhr Morgens auf der ganzen Linie zu gleicher Zeit begonnen, und die Serben sollen ein Gleiches zu unternehmen. Die Serben, die sich durchaus die Ehren des haben Konfuls Chuan nicht einleuchten lassen wollen, das Grabgeläute angestimmt werden; doch das ungeheuge Schicksal wollte es anders. Das Kossuthsche Heer erlitt eine tüchtige Schlappe, die bis in die Reichstagssitzungen noch Pesth die Wirkung nicht verfehlte; (denn in der Sitzung des Repräsentantenhauses vom 21. wurde dieser ganze Angriff den Kriegsminister Mesaros als ein Verrath vorgehalten, und der Minister aufgefordert, er möchte zurücktreten, wozu er sich auch bereit erklärte.) Oberst Bokonya, der mit 800 Mann auf die Szkanze zweimal Sturm gelaufen ist, wurde jedesmal zurückgeschlagen; er verlor allein 40 Todte und 67 Verwundete. Von den Kaiser-Alexander-Husaren ist ein Rittmeister gefödtet, einem andern der Fuß weggeschossen worden; zwei Kanonen wurden demontirt und genommen. Die Ungarn verloren bei diesem Kampfe nach ihrer eigenen Angabe 11 Oberoffiziere, noch weiterem man den übrigen Verlust beiläufig ermessen kann. Der Kampf dauerte bis Mittag, wo sich die Ungarn in Unordnung zurückziehen mußten. Die Nemzeti nennt diesen Verlust einen strategischen Rückzug (strategisch gut.) Und damit sich Niemand über die Sonne des Ruhmes auch das ungarische Heer beschwine, hat die Reiterei desselben 157 Stück Hornvieh und einige Pferde weggetrieben. (Agram. Z.)

Belgien.

◇ **Brüssel**, 2. Sept. Hr. von Gaudy, der Justizminister, welcher im Sinne hatte, seinen Posten niederzulegen, hat auf Zureden seiner Freunde diesen Entschluß aufgegeben und wird sein Portefeuille beibehalten. — Der seit einiger Zeit verwaiste Lehrstuhl der französischen Literatur an der Universität Lüttich wird durch Hrn. von Saintes-Beuve, Mitglied der französischen Akademie, würdig besetzt werden. Hr. v. Sainte-Beuve ist in der literarischen Welt durch seine Leistungen so rühmlich bekannt, daß die Universität sich zur Acquisition dieses Gelehrten nur Glück wünschen darf. — Vorgestern früh wurde von Antwerpen auf ein gewisser Van Lobede durch die Gendarmerie vermöge eines Ausweisungsbefehls on die französische Grenze gebracht. Derselbe war in den Prozeß wegen der Geschichte bei Risquons-tout verwickelt gewesen und freigesprochen worden. Ein gleiches Schicksal erwartete zwei der andern Mitangeklagten, wenn sie nicht verurtheilt worden wären. Der Gendarmerieoffizier, welcher die Ausweisungsbefehle für sie, für den Fall ihrer Freisprechung bereitt in Händen. Ein gewisser Brauwer, welcher frei gesprochen worden ist, kann nicht ausgewiesen werden, er ist naturalisirt. Einige Freigesprochene haben sich an den Staatsprokurator gewendet um Hilfe für ihre unbemittelten Schicksalsgenossen, denen das Geld zur Heimreise fehlt, dieser hat sie an den Bürgermeister verwiesen, welcher diese Bitte ebenfalls zurückwies. Drei Minister der vertriebenen Dynastie Frankreichs, die HH. Hebert, Arctel und Cunin-Gridaine haben an Hrn. Baude, ehemaligen Deputirten und Staatsrath in Paris, einen Brief gerichtet, worin sie ihm ihren lebhaften und tiefgefühlten Dank aussprechen für sein Auftreten gegen die Angriffe und Beschuldigungen der H. Vieu-Rollin, der sie der Mitwissen gegen Frankreich beschuldigt hatte. Sie verurtheilen sehr feierlich gegen alle derartige böswillige und verläumderische Angriffe mit Berufung auf ihren längst bekannten ehrenhaften Privatcharakter. Sie ertrugen das Unver-

menschliche mit Geduld und Hingebung, schmerzlich mitfühlend die Leiden, welche ihr armes Vaterland betroffen haben, aber auch der festen Hoffnung, daß eine bessere Zeit für Frankreich zurückkehren werde. Zugleich versichern sie im Namen ihrer Angehörigen, daß sie, wie vor einigen Wochen in die Schweiz gegangen, um dort ein größeres Geschäft zu gründen, um näher seiner Familie und seiner Heimath zu sein.

In Ostende findet diesen Augenblick ein Rendezvous statt aller Napoleoniden Statt. Der alte Jerome Bonaparte ist mit seinem Sohne Napoleon Bonaparte dahin gereist, um mit dem berüchtigten Prätendenten Louis aus London daselbst zusammenzutreffen.

Frankreich.

△ **Paris**, 2. September. Die der Regierung ergebenen Blätter stellen das Gerücken der Alpenarmee in Italien noch immer in Aussicht, wenn am 21. September als dem Tage wo der Waffenstillstand abläuft, Oesterreich nicht auf die Vorschläge Frankreichs für den Frieden eingegangen wäre. General Cavaignac und die Minister hoffen noch immer Oesterreich zu einiger Nachgiebigkeit zu stimmen. Was hier noch mehr beunruhigt als Oesterreichs Haltung selbst, das sind die Zweifel, das Mißtrauen in die Aufrichtigkeit Englands. Man versagt wohl nicht ohne Grund, daß England nach Oesterreichs Weigerung zu keinem weiteren Schritte gegen dasselbe mit Frankreich zusammenwirken werde. Die Sympathien, welche mehrere hervorragende Redner im englischen Unterhause für Oesterreichs Sache kundgegeben, sind allerdings bezeichnend genug, und versprechen wenig Gutes für weitergehende Pläne Frankreichs, wenn dasselbe etwa für Lostreißung der Lombardei von Oesterreich selbst mit Waffengewalt auftreten wollte. In der jüngsten Zeit, welche die französische Regierung neuerdings nach Wien geschickt hat, soll wie ich höre aber kaum glauben kann, die sonderbare Behauptung aufgestellt werden, Karl Albert könne wohl für seine Gebietaten direkt mit Oesterreich unterhandeln, aber habe durchaus keine Machtvollkommenheit die Lombardei und das Venetianische an Oesterreich wieder zu überlassen. Nach einer andern Angabe, die wahrscheinlicher klingt, in als Grundlage der Vermittlung darin die Unabhängigkeitserklärung der Lombardei festgestellt, während Venedig und sein Gebiet Oesterreich belassen werde. Diesem Verlangen soll nun durch eine neue kriegerische Demonstration noch mehr Nachdruck gegeben werden. Man spricht nemlich von der Absicht der Regierung, in der Nähe von Paris zwei neue Armeekorps zu sammeln, jedes von 10000 Mann, von denen das eine nach Metz, das andere nach Straßburg rücken würde. (Will man etwa Oesterreich am Rhein angreifen? An Deutschland wäre es die Antwort zu geben auf diese Frage.) Außerdem würden 10000 Mann zu Toulon versammelt und, wenn bis zu Ablauf des Waffenstillstandes die Unterhandlungen erfolglos bleiben sollten, nach Venedig einschiffe. (Wir hoffen, daß bis dahin längst wieder der Hörer. Doppeladler von St. Marko weht, und die Franzosen, sollten sie doch an ein ernstliches hinternehmen denken, gebührend empfangen werden.) Man will sogar wissen, ein außerordentlicher Kurier überbringe Hrn. Delacour zu Wien den Auftrag, seine Päße zu verlangen, wenn Oesterreich nicht binnen 24 Stunden keine günstige Antwort ertheile. An Neuigkeitsfabrikanten haben wir überhaupt Ueberfluß hier. Der General Lamoricière soll seit einem Monat mit dem Studium aller topographischen und militärischen Karten Italiens sich beschäftigen, um vorbereitet zu sein für den Fall, daß er den Oberbefehl eines Heeres in Italien zu übernehmen hätte.

**Paris, 3. September. Die Nationalversammlung hat gestern nachdem Hr. Ledru Rollin die Nothwendigkeit der Aufhebung des Belagerungszustandes für die Dauer der Verhandlungen über die Konstitution dargethan gesucht, General Cavaignac aber diese Aufhebung für gefährlich erklärt, die Abstimmung desselben verlangt hatte, mit der enormen Mehrheit von 529 (darunter Flocon) gegen 140 (darunter Fr. Arago und Ledru Rollin) Stimmen im Sinne des Generals Cavaignac entschieden. Der Belagerungszustand bleibt also aufrecht erhalten. Alle Posten werden während der Dauer der Debatten über die Konstitution verdoppelt, auch sonst alle Sicherheitsmaßregeln getroffen. Man sucht glauben zu machen, England werde mit Frankreich zusammen Venedig besetzen. Es ist kein wahres Wort daran. Das Journal des Débats erwartet, daß Deutschland Oesterreich in Italien im Stiche lassen werde; es wird diese Freude bestimmlich nicht erleben. — Heute fand auf dem Marsfelde die große Musterung der Linie und eines Theils der Nationalgarde durch den General Cavaignac statt. — In mehreren Spitälern sollen Cholerafälle vorgekommen sein.

Spanien.

* **Madrid**, 29. Aug. Man sagt, daß Hrn. Mon von Seiten der Kapitalisten 60—70 Millionen Realen zugesichert seien, und daß er Hoffnung habe in den ersten Tagen des September über 100 Millionen verfügen zu können, und alsdann seine Operationen beginnen würde. Die Polizei verdoppelt ihre Wachsamkeit und hat in der vergangenen Nacht neue Verhaftungen vorgenommen. Ein Gerücht von der Auflösung der Cortes entbehrt aller Begründung. Im Gegentheil bringt die Majorität des Ministeriums auf die Beibehaltung der Cortes.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

London, 2. Sept. Konsols 85¼, ⅞. Coup. —. Span. Akt. 12 P. Sprz. —. Pass. —. Portug. Sprz. —. 4proz. —. Sprz. —. Holl. 4proz. —. 2½proz. 44¾, ¾.

Madrid, 29. Augst. 3proz. 19¹, P. 19³/₁₆. @ 4proz. —. 5proz. 10³/₄. P. 10¹. @. Pass. Schuld 4 P 3¹/₁₆. @. Coup 7 @. Auswärt. Pass. Schuld. —. Inländ. Schuld 5proz. —. Provis. Akt. 3³/₄. @ St. Fernandobank. —. Diskonto —. Wechselkurse: Paris 4—95 P. London 46—50 P.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag, 8. Sept.: „Martha, oder der Markt zu Richmond“, Oper von Flotow.

Fremdenanzeige.

Gold. Hahn. Baron v. Wittenach, Rentier von Meiningen. v. Schäffer, Kaufmann von Pillau. Könige, Dr. med. von Osterbach. Kiber, Revisionsrichter von Ansbach. v. Billing, Hauptmann von Glatz.

Blaue Traube. Schöpfer, Privatier von Neuburg. Manet, Maler von Prag. v. Kienle, Partikulier von Augsburg. Dr. Förster, Obergerichts-Referendar von Breslau. Frhr. v. Rühlstein, Gutsbesitzer von Posen in Schlesien. Dr. Medolz, von Augsburg. Nagel und Fräulein Gemagnola, von Mailand. Pinrios, Advokat von Rotenstein. Frhr. v. Heildronner, Oberst von Jurisdiktion Mannheim.

Stachus's garten. Thiele, Privatier von Starkenhof. Mayer, Priester von Zabling. Pfarrer, Rentier von Neu-Horf. Kist, Oberregent von Burgau.

Getraute in München.

Die Herren: Johann Rädl, bürgerl. Weinwirth, mit Barbara Wittmoser, Lehzbildhauerlehrbetreuchter v. d. Martin Scharl, Kellner dahier, mit Maria Kisel, Bäckerin. Johann Meyer, bürgerl. Bierbrau v. d., mit Kreszenz Schorr, Bauerstochter von Eitelingen. Dgl. Türkheim. Peter Gruber, Soldat im 2. Infanterie Regimente Prinz Carl, mit Anna Maria Grillmaier, Taglöhnerstochter von Schönlind, Dgl. Wallerstein. Johann Bickel, bürgerl. Schuhmachermeister dahier, mit Anna Kunigunda Deibl, Schuhmachermeisterstochter von Sulzbach.

Gestorbene in München.

Joseph Bauer, quiesz. königl. Postoffizial von Passau, 66 J. a. Zeitig Anna, Wirthschaftsgehilfestochter von 40 J. a. Joseph Daus, quiesz. Gerichtsaktuar von Irlbach, 67 J. a. Katharina v. Gönner, königl. Staatsrathswittwe, 48 J. a. Anton Mayr, pens. königl. Oberauditor, 67 J. a.

Bekanntmachung.

Verlassenschaft des königl. Staatsraths Egid v. Kobell betr.

97. (2B) **Am Montag den 11. Sept. l. Js. Vormittags 10 Uhr, und die nachfolgenden Tage, jedesmal von 10 Uhr Vormittags an,** werden im Landhause des verlebten königl. Staatsraths, Herrn Egid v. Kobell, in Egern bei Tegernsee die daselbst befindlichen Mobilien, bestehend in Betten, Schränken aller Art, Bilder, Tischen, Sesseln, Kanapees, Spiegeln, Bildern, Wägen und sonstigen Gerätschaften, in einem Schätzungswerthe von mehr als 6000 fl. an den Meistbietenden gegen baare Zahlung öffentlich versteigert, wozu Kaufsliebhaber hiemit eingeladen werden.

Tegernsee den 30 August 1848.

Königl. Landgericht Tegernsee.
(L. S.) Frhr. v. Poißl.

Bekanntmachung.

108. Im Wege der Exekution wird das Haus Nro. 16 im Markte Isendorf gerichtlich verkauft; dasselbe ist von Stein erbaut, mit Schaarschindeln gedeckt, zweistöckig und an der Hauptstraße gelegen, bei demselben befindet sich ein kleiner Garten und eine Holzhütte; der Schätzungspreis beträgt 1666 fl. 40 kr.

Der Verkauf erfolgt durch gerichtliche Versteigerung nach §. 64 des Hypothekengesetzes, worüberhaltet der Bestimmungen der §§ 98—101 der Prozeßgesetze vom 17. Nov. 1837, wozu Termin auf

Samstag den 30. September d. Js. Vormittags 9 Uhr,

am Amtssitze anberaumt.

Das Versteigerungsobjekt kann bis zu den angesetzten Termine besichtigt werden.

Laufen am 30 August 1848.

Königl. Landgericht Laufen.
Dall'Armi.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

λ **Frankfurt**, 5. Sept. Morgens. Die combinirten Ausschüsse werden heute in ihrer Majorität auf Sistirung der Vollzugsmaßregeln des Waffenstillstandes mit Dänemark antragen. Dahlmann wurde mit überwiegender Mehrheit zum Berichterstatter ernannt. Nach den Mittheilungen der Ausschußmitglieder, welche die Akten bereits eingesehen haben, hat Preußen sie ihm ertheilte Vollmacht besonders in folgenden Punkten überschritten: 1) Dieselbe besagte, daß der Vertrag „Namens der Centralgewalt für Deutschland" abzuschließen sei; 2) sie setze als ausdrückliche Bedingung, daß die von der provisorischen Regierung in Schleswig-Holstein erlassenen Gesetze und Verordnungen als gültig anzuerkennen seien. Einige andere Abweichungen, die noch vorkommen, sind verhältnißmäßig minder erheblich. *) Dagegen hinsichtlich des ersten Punktes habe ich aus authentischer Quelle Nachrichten erhalten, welche jeden, der es mit der deutschen Sache redlich meint, tief schmerzen. Preußen hat den von Seite des Reichsministeriums entsendeten Agenten (M. v. Gagern) in einer Weise zurückgesetzt, daß er unverrichteter Dinge wieder bieder zurückkehrte. Man hat ihm weder in Berlin noch in der Nähe der Negotiationen den Platz eingeräumt, der ihm gebührte. — Für die Beeidigstattung in der Hauptsache — für die Frage, ob der Waffenstillstand zu genehmigen sei — erwähnten die kombinirten Ausschüsse eine engere Kommission, bestehend aus den Abgeordneten Dahlmann, Gueumus und Wurm, die sämmtlich, so viel mir bekannt, der Ueberzeugung sind, daß der Vertrag nichts in sich habe, was Preußen berechtige, über die Frage Zweifel in die Majestät des Rechts aber, so viel ich höre, für die Ratifikation des Leipziger Centralgerichts ausgesprochen. Der Minister des Aeußeren hat diese Meinung gestern Abend ohne Erfolg in den Ausschüssen vertreten. — Ich berichte ihnen lediglich die Fakta, auf die es ankommt. Die Gefühle und Stimmungen der Abgeordneten, so verschieden sie auch sonst sein mögen, kommen wohl alle darin überein, daß Preußen die deutsche Sache sowohl formell als materiell schlecht vertreten habe, und auch sind sie darüber einig, daß nicht bloß das Schicksal Deutschlands, sondern Europa's von der Entscheidung in dieser Sache abhängt. — Wie heute die Entscheidung in der Sistirungsfrage ausfallen werde, läßt sich noch nicht übersehen. Die ganze Linke mit Einschluß des linken Centrums wird sich für den Antrag der Ausschüsse erklären; die Rechte wird vorläufig auf Tagesordnung, theils einfache, theils motivirte antragen. Sie geht von der Ansicht aus, daß eine Sistirung des Rückmarsches der Truppen schon einen Bruch des Vertrages, also die Nichtanerkennung desselben enthalte, daher der Entscheidung in der Hauptsache präjudizire, indem der Art. VI. des Vertrags ausdrücklich die sofortige Räumung der herzogthümer stipulire. — Die Linke dagegen ist der Meinung, daß der Frage über die Suspension des Vollzugs eine für sie günstige Lösung weder der Entscheidung über die Hauptfrage nicht präjudizirt. Sie argumentirt dabei folgendermaßen: Der Vertrag, den Preußen mit Dänemark abschloß, bedürfte zu seiner Giltigkeit sicher der Ratifikation der Centralgewalt, und diese kann dabei nur im Einverständnisse mit der Nationalversammlung handeln. Zwar behält der Vertrag diese Ratifikation nicht vor, — der Vertrag von Malmoe enthält aber unzweifelhaft diesen Vorbehalt und daher mußte Preußen auch im definitiven Kontrakte dies aussprechen. Die Unterlassung des Aussprechens kann aber den Sinn haben, daß man die Ratifikation als selbstverstanden betrachte, nicht aber den, daß sie als unnöthig anzusehen sei. Ist dem aber so, so kann der Vertrag, als noch nicht perfekt, auch noch nicht zum Vollzuge kommen; es muß also vorläufig in statu quo bleiben, ganz abgesehen davon, ob die Ratifikation später ertheilt wird oder nicht. Denn ein noch nicht vollkommener Vertrag ist nicht zur Vollziehung geeignet. Ist nun dringendenfalls bereits eine solche von einem Theile eingeleitet, so hat jeder Contrahent das Recht, dieselbe vorläufig zu verbieten. Das sind, wenn ich nicht irre, die beiden sich gegenüberstehenden Ansichten. Welche den Sieg davon tragen werde, läßt sich, wie gesagt, mit Sicherheit noch nicht bestimmen.

*) Eine der wichtigsten ist, daß das Projekt von Bellevue (vom 29. Juli), welches der Reichsverweser als Basis der Unterhandlung bezeichnet, blos einen Waffenstillstand von drei Monaten statuirt.

Die Gefahren der Zentralisation.

(Aus der Nassauischen Allgemeinen Zeitung.)

Frankfurt, 24. August. Sie erinnern sich wohl des Entwurfs zu einem Reichsgrundgesetze, welcher von Mittermaier, Dahlmann und Beseler ausgearbeitet wurde, und in welchem die Befugnisse der Zentralgewalt der Reihe nach aufgezählt sind. Dieser Entwurf hat sich bekanntlich einer sehr geringen Anklangszahl zu erfreuen gehabt, außerhalb Frankfurts nicht nur, sondern auch bei der Mehrheit der Abgeordneten in der Paulskirche selbst, so daß Karrikaturen auf ihn gemacht wurden: dieser Tage erschien eine solche, auf welcher die drei Professoren die Schlafmütze über das Gesicht gezogen, die Federn gesträubt um einen Tisch sitzen und eine Kriegsverfassung für Deutschland entwerfen. Es ließe sich in der That auch kaum etwas erfinnen, was die Lebensthätigkeit der einzelnen deutschen Landestheile so gründlich zu vernichten im Stande wäre, als dieser Entwurf, der die Zentralisation bis zu einem solchen Grade treibt, daß man glauben könnte, er wäre von einem Stockfranzosen aus Paris eingesteckt worden. Da ist z. B. nicht der geringste Unterschied gemacht zwischen Dingen, welche ohne Widerrede zu den Befugnissen der Reichsmacht gezogen, als da sind: die Vertretung Deutschlands nach außen, und der Oberhoheit über das Reichsheer und die Reichsflotte, und jenen Dingen, deren Raum es zweifelhaft läßt, ob ihre Leitung nothwendig der Zentralgewalt übertragen werden müsse, oder ob es nicht zweckmäßiger sei, dieselben als zur Domäne der Einzelstaaten gehörig zu betrachten, wie Münze, Maaß, Gewicht, Zölle, Posten, Eisenbahnen u. s. f. Werden diese und ähnliche Gegenstände vollständig dem Bereiche der einzelnen Staaten entzogen, so sind letztere so gut als metaistirt: noch mehr, es steht zu befürchten, daß sie von der Reichsmacht, welche sich mit wichtigeren Angelegenheiten zu befassen hat, nur oberflächlich behandelt werden dürften, wie dies unter ähnlichen Umständen in Frankreich die allgemeine Klage ist.

Andererseits ist nicht zu läugnen, daß eine mehr oder weniger gleichförmige Behandlung solcher Dinge durch ganz Deutschland im allgemeinen Interesse liegt: diese Uebereinstimmung ließe sich aber füglich auch in Zukunft auf dem Wege des Konkordats, oder der freiwilligen Vereinbarung der Einzelstaaten erzielen: die Selbstthätigkeit derselben bliebe dadurch einen angemessenen Spielraum, die allseitige Berücksichtigung aller und jeder Interessen bliebe gewährleistet, und der Hoheit des Reiches könnte durch die Errichtung des Oberausschiedsrechtes bei dem Abschluß solcher Vereinbarungen vollständig Genüge geschehen. Dagegen hat der Professoren bei der Ausarbeitung ihres Entwurfs von solchen Voraussetzungen ausgegangen, so hätten die Sonderbestrebungen in Berlin und Hannover seinen Boden gefunden, und man hätte die an und für sich unschuldige Huldigungsreise nicht als Vorwand zu Mißverständnissen gegen das Reichsministerium benutzen können.

Die Organisation des Reichsheeres zieht ebenfalls zu jenen Fragen, die sich einer allgemeingehaltenen Lösung bis jetzt hinneigen zu entziehen suchen. Sollen die Oberbefehlshaber von dem Reichsverweser, die niederen Offiziere von den Einzelregierungen ernannt werden, so erhält man weder ein Reichs- noch ein Landesheer, wobl aber einen nach beiden Seiten hin unzuverlässigen Heerhaufen, der den Keim der Zwietracht in seinem Zusammen Banner mit sich führt.*) Vor einem solchen Heerwesen möge der Himmel unser Vaterland bewahren. Die Kraft einer Armee besteht wesentlich in der unbedingten Unterordnung der niederen Offiziere unter ihre Obern, eine solche ist aber nicht denkbar, wenn die Ernennungen von verschiedenen Seiten der geschehen: es muß darum die Vermittlung der Ansprüche der Reichsarmee auf den der gebührenden Einfluß im Heerwesen in anderer Weise versucht werden: sind kann wohl nicht anders geschehen, als daß man das auf dem Wege der Konstitution zu eigen Reichsheer gebildet wird, wozu bei der in Deutschland nunmehr eingeführten allgemeinen Wehrpflicht die Bestimmung sehr nahe liegt, daß jeder Deutsche gehalten sei, ein Drittheil seiner Militärzeit in der Reichsarmee zu dienen. So würde hierbei als selbstverständlich gelten, daß in Kriegszeiten auch die einzelnen Landesheere unter dem Oberbefehl des Reichsverweiers stehen.

Ein dritter Punkt, welcher einer gründlichen Besprechung wertb wäre, ist die Aufstellung des Reichsgerichtes und die Frage, ob es zur Erhaltung der Einigkeit und zur Vermeidung aller inneren Kriege, wozu sich in Deutschland seit dem Beginn unserer Geschichte die Veranlassungen so oft ergaben, nicht dringend nöthig sei, demselben die Ausgleichung aller Kompetenzkonflikte zwischen der Reichsregierung und denen der Einzelstaaten zu übertragen, und zu diesem Behufe beigegen derselben sofort nach den Grundsätzen, welche bei der Bildung von Schiedsgerichten gelten, in's Leben zu rufen.

Schließlich vergesse man nicht, daß je strenger man das System der Zentralisation durchzuführen beabsichtigt, um so weniger man daran denken darf, einen Theil Deutschlands unmittelbaren kleinen Staaten in ein engeres Bundesgenossenverhältniß treten zu können; denn kein Staat, welchem an der Erhaltung seiner Nationalität und seiner eigenen Lebensthätigkeit etwas gelegen ist, wird sich verbreiten lassen, mit uns in ein solches Verhältniß zu treten, wenn wir den Pferdefuß der Herrschsucht, etwas Anderes ist ja die Zentralisation in ihrer Uebertreibung doch nicht, schon zum Vorzug so unverholen herausstrecken. Unsere schönen Pläne auf eine Weltstellung Deutschlands, auf einen blühenden orientalischen Handel, auf eine freiwillige und dennoch unauflösliche Verbindung mit den Ländern an der unteren Donau gingen damit unwiderruflich zu Grabe.

Deutschland.

Freie Städte. — **Frankfurt**, 3. Sept. Die österreichischen Abgeordneten in der deutschen Nationalversammlung haben für die in Italien gefallenen Krieger eine Trauerfeierlichkeit veranstaltet, die gestern

*) Die Erfahrungen in Nordamerika sprechen dem Gegenheil, so wie mir überhaupt den praktischen Werth der hier in Bezug auf das Heerwesen aufgestellten Ideen dahin gestellt sein lassen. (A. d. R. d. N. M. Z.)

Vormittags in dem Dome abgehalten wurde. In dem Schiffe der Kirche, die mit würdigem Ernste geschmückt war, prangte ein Katafalk von Waffen gebildet, mit Trophäen umgeben; die Namen der denkwürdigen Schlachtfelder, mit Kränzen umgeben, zierten seine Wände, der Hut eines Generals und der Tschako eines Gemeinen ruhten auf dem Sarge. Vier Säulen, aus Waffenstücken zusammengesetzt, umgaben das Trauergerüste, over welchem die deutschen und österreichischen Fahnen reich sich entfalteten. Der Erzherzog-Reichsverweser, eine große Zahl Abgeordneter aus allen deutschen Ländern mit dem Präsidenten der Nationalversammlung, das preußische und österreichische Civilgefolge mit Bundesfeldzug Mainz und Abgeordnete der Mannschaft aller Waffengattungen, der Senat von Frankfurt mit den Behörden, alle hier anwesenden deutschen Officiere und jene der Bürgerwehr waren in der Kirche erschienen, in der die Bürgerwehr die Ehrenwache versah, und deren Räume überfüllt waren. Der Abgeordnete der Nationalversammlung, Alois Flir aus Innbruck, sprach die Trauerrede in tief ergreifenden Worten. Der Abgeordnete Beda Weber aus Meran hielt das Hochamt, während eine Gruppe Sängergenossen ertönen, und als der Priester die Einsegnung vollzogen, erklang die Melodie der österreichischen Volkshymne in leisen Accorden. Tod deutsche Heer wird in der Weise, in welcher man hier gefallene Helden ehrt, erkennen, wer innig bestrebt ihm jenseits beruten wurden. (O.-P.-A.-Z.)

Schleswig-Holstein. — Apenrade, 29. Aug. Am 24. und 29. Aug. hat General v. Wrangel, in Begleitung des seit dem 22. Aug. dem Hauptquartier attachirten Prinzen Friedrich von Baden, Rekognoscirungen im Sundewitt bis Rübel-Mühle, resp. gegen die jütische Grenze, bis nahe an Kolding, unternommen, und dabei zugleich die Truppen bestätigt, deren Kantonnements auf den betreffenden Wegen berührt wurden. Heute hat nun der General, in Folge dieser Besichtigungen, den nachstehenden Armeebefehl erlassen: „Apenrade, den 29. Aug. 1848. Am 27. Aug. habe ich, bei Gelegenheit einer in Begleitung des Prinzen Friedrich von Baden Hoheit im Sundewitt bis Rübel-Mühle unternommenen Rekognoszirung, die bei der Armee neu eingetroffenen nassau-weimarschen Truppen, so wie die aus rückwärts gelegenen Quartieren in erste Linie gezogenen hanseatischen Truppen theils auf ihren Sammelplätzen, theils auf den Vorposten, in Gemeinschaft mit hannoverschen und oldenburgischen Truppen gesehen. Am 28. Aug. habe ich mit einer ebenfalls in Begleitung Sr. Hoheit unternommenen Rekognoszirung nordwärts, gegen Kolding, eine Besichtigung der gegen die jütische Grenze stehenden preußischen und mecklenburgischen Truppen, so wie einer den Letztern attachirten Abtheilung holsteinischer Kavallerie, verbunden. Wie ich war, habe ich nur Anlaß zur vollkommensten Zufriedenheit gehabt. Sie sind die Truppen überall in guter kriegerischer Haltung, tüchtiger Ausrüstung und Ausbildung gefunden. Wenn aus einer verschiedenartigen Uniformirung und Bewaffnung, so wie aus den verschiedenartigen Reglements, welche hier Geltung haben, Ungleichmäßigkeiten im Aeußern nothwendig hervorgehen und dem Auge sich mehr oder weniger stark bemerkbar darstellen müssen, so werden dieselben doch vollkommen ausgeglichen durch den Geist der Einigkeit und der Einmüthigkeit, so wie durch den Geist der Ordnung, des Gehorsams und der freudigen Hingebung, der sich überall auf das unverkennbarste aussprecht und der mich zu den schönsten Erwartungen berechtigt, wenn es mir beschieden sein sollte, hier noch oder auf einem andern Kriegsschauplatze jene Truppen gegen den Feind zu führen, welche von der Wehrkraft des gemeinschaftlichen Vaterlandes ein so leuchtendes Beispiel geben. Ich ersuche Sie, diesen Gegenstand Kommandeure und Dirigenten, welche es verstanden, solchen Geist zu wecken und zu nähren, als den Truppen, welche für die Einwirkungen ihrer Führer so empfänglich waren, die wohlverdiente Anerkennung aus, und solle solche auch gern der Sorgfalt, welche dem materiellen Wohle der Mannschaft überall gewidmet wird und sich in dem frischen und rüstigen Aussehen derselben so unverkennbar ausdrückt. Ich kann aber auch nicht umhin, allen militärischen Anordnungen, welche ich bei den Gefechtsübungen gesehen, und namentlich denen in Bezug auf den Sicherheitsdienst, so wie der Art, wie dieser aufgeführt wird, Lob zu sagen, und darf eben so wenig unbemerkt lassen, wie sich in der hannoverschersseits neu angelegten Strandbatterie am Gckensund dieselbe Geschicklichkeit in Einwurf und Ausführung dokumentirt hat, welche sich in den Anlagen der Alsenburg und Düppel-Schanzen kundgeben. Der Oberbefehlshaber der Armee. (Gez.) v. Wrangel.

Italien.

* † Turin, 1. September. Laut Nachrichten, die uns aus Livorno über Genua zukommen, siegen die Gutgesinnten über die anarchischen Bestrebungen. Eine vollthümliche Kundgebung verlangte das Aufboren der Zolirung und den Wiedereinschiff der Stadt an das übrige Toskana. Die Kundgebung brachte die beste Wirkung hervor. Die Truppen wurden zurückgerufen, die rechtmäßige Behörde wieder eingesetzt und die Ordnung hergestellt. — In Sicilien sieht es dagegen wieder stürmischer aus als je. Drei neapolitanische Dampfboote haben Messina bombardirt, die Citadelle hat die Salve erwidert und eines der Boote am Fuß der Lazzaretto in den Grund gebohrt. Die beiden andern waren nicht im Stand ihm beizustehen und genötigten sich zurückzuziehen. Auch in Rom wurde bombardirt, aber nicht mit Haubitzen und Granaten, sondern mit schönen Redensarten. Das Ministerium wurde neulich wegen des „heroischen" Bologna bombardirt und die Debatte durch die „durch und durch italienischen Erklärungen" (schlechterdings italianissime) des Ministeriums unter ungeheurem Applaus geschlossen.

a Tolvorno, 31. August. Der Friede ist in unserer Stadt zurückgekehrt, nachdem wir noch im letzten Augenblicke vor seiner Wiederherstellung saß eine neue Krise erlebt hätten. Gestern hatte man sich endlich dahin vereinigt, daß die Truppen wieder einrücken und alles Geschehene vergessen sein solle. Die ganze Bevölkerung bereitete sich zu einem festlichen Empfang; Freude strahlte auf allen Gesichtern; die Läden öffneten sich wieder; alle Fenster schmückten sich festlich und Freudengeläute ertönte von den Thürmen der Stadt. Die Nationalgarde war ausgerückt, um mit den Truppen bei ihrem Einrücken zu fraternisiren — aber siehe — die Truppen kamen nicht. Nach längerem vergeblichen Warten wußten Böswillige das Gerücht zu verbreiten, die Truppen hätten einen Hauptstreich gegen das Volk vor. Dies erregte auf der einen Seite Angst und Bestürzung, auf der andern Umwillen und Erbitterung. Eine Masse von Leuten zog nach dem Regierungspalaste, verlangte in die Festung eingelassen zu werden, besetzte mit Verhinderung des Einmarsches der Truppen. Es war der tumultuöse Wirrwarr: Geschrei, Drohungen; die Einen eilten nach den Thoren, um sie zu schließen, die Andern nach den Thürmen, um Sturm zu läuten. Ueberall suchte man sich schnell zu bewaffnen, so gut es eben ging, gerade als ob Livorno der Gefahr ausgesetzt wäre, von einem feindlichen Heere mit Sturm genommen zu werden. Die Artillerie lief nach den Plätzen vor den Fenstern verschwanden und die Stadt, die so eben noch einen so freundlichen Anblick geboten hatte, zeigte nur noch das Bild des Schreckens und der Unordnung. Um die Komödie vollständig zu machen, waren inzwischen wirklich die Truppen von Pisa her vor den Stadtthoren angelangt, und durch diesenigen eingerückt, welche von ordnungsliebenden Bürgern offen gelassen waren. Dann hörte erwartetes sehnsüchtig den Augenblick ihrer Ankunft, damit der auf's Neue beginnenden Anarchie ein Ende gemacht werde. Die Truppen ließen sich auch durch das Geschrei der Lärmer nicht einschüchtern, besetzten, ohne Widerstand zu finden, die Forts, die Militärposten und lagerten zum Theil in den Straßen. Ein Putsch gegen sie war nun nicht mehr durchzusetzen. Man machte daher gute Miene zum bösen Spiel und bald sah man Truppen, Civile und beide aller Stände in brüderlichen Umarmungen. Die Komödie war zu Ende und wir genießen, dem Himmel sei Dank, wieder Ruhe.

Nachschrift.

Frankfurt, 5. Sept. (Vormittags 10 Uhr.) Kurz nach dem Beginn der heutigen Sitzung der Nationalversammlung zeigte der Präsident an: das Reichsministerium wünsche der Berichterstattung und Berathung über die Waffenstillstandsfrage beizuwohnen, werde aber erst um 12 Uhr erscheinen können. Die Berathung wurde sofort bis darauf die 12½ Uhr. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erstattete Dahlmann den Bericht der vereinigten Ausschüsse. Die Majorität (11 Stimmen) beantragt, die Nationalversammlung möge die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes ergriffenen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen. Hierauf trug Schubert von Königsberg das Gutachten der Minorität (8 Stimmen) vor, dahin gehend, daß über die Sistirung des Waffenstillstandes nicht eher entschieden werden solle, als bis über den Waffenstillstand selbst Beschluß gefaßt sei. Der Kriegsminister v. Peucker erklärte, daß die Sistirung des Truppenmarsches als militärische Maßregel ohne erheblichen Nachtheil nicht mehr eintreten würde. Auf Grunden unabweisbarer Nothwendigkeit nicht auf Verwerfung des Waffenstillstands anzurathen. Dasselbe werde aber von Preußen und sämmtlichen deutschen Regierungen die ausdrückliche Anerkennung des Gesetzes über die Centralgewalt in seinem ganzen Umfange verlangen. Für den Mehrheitsantrag sprachen bis jetzt (13½ Uhr) Simon von Breslau und Zimmermann von Stuttgart, für den Minderheitsantrag Degenkolb. (Z. A.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 5. Sept. Oesterr. 5proz. Metall. 73½, 4proz. 60. 3proz. 21½ proz. 38. Bankaktien 1200. P. 500 fl.-Loose 119. 250 fl.-Loose 82½. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87½. P. Staatsschuldscheine 3½ proz. 73½. — Bayer. 3½ proz. 77. — Luxemb. Berbach. 68½. — Württemberg. 3½ proz. 74½. 4½ proz. 91½. — Bad. 3½ proz. 74. Lotto-Aktchen à 50 fl 46½. 35 fl.-Loose 25½. — Darmstadt. 3½ proz. 74. 4proz. 83½. Lotto-Aktchen von 50 fl. 62½. — 25 fl.-Loose 21. — Kurhessl. Prämien-Anleihe 42½. 40 Thlr.-Loose 25. — Nassau. 3½ proz. 80½ 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3proz 78. 3½ proz. 91, 85½. Taunusbahn 271. — Holländ. Integr. 45. — Span. 3proz. innere Schuld 19½. — Pol. 300 fl.-Loose — 500 fl.-Loose 66½. — Sard. 36 Lr.-Loose 25. Disc. 2.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 62.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 1 fl. 36 kr. Halbjährig 2 fl. Ganzjährig 5 fl.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Insertionsgebühr: Die gespaltene Zeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Freitag den 8. September 1848.

München, 8. September.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 3. l. M. allergnädigst bewogen gefunden, die am Wechsel- und Merkantilgerichte I. Instanz zu Regensburg erledigte Stelle des Vorstandes dem vorigen Custos des Kreis- und Stadtgerichts Simon Ebner zu übertragen.

Se. Maj. der König haben unterm 5. Septbr. auf die erledigte I. Landgerichtsassessorsstelle zu Aub den ternalisirten II. Landgerichtsassessor Johann Nepomuk Staß zu Obernburg, seiner Versetzungsbitte willfahrend, zu versetzen; die hiedurch eröffnete II. Assessorsstelle bei dem Landgerichte Obernburg dem Appellationsgerichtsexcessisten Paulus Lautenbacher aus Bamberg zu verleihen, und auf die erledigte Stelle eines Landgerichtsarztes zu Gräfenberg den dermaligen Landgerichtsarzt Dr. Alexand. Streicher zu Mauthaus, seiner Versetzungsbitte willfahrend, zu versetzen, und vorläufig für die Dauer der gegenwärtigen Feindseligkeitsverhältnisse, die Errichtung eines Bezirkskommando's der gesammten ordentlichen und freiwilligen Landwehr der Haupt- und Residenzstadt München und ihrer Vorstädte unter Uebertragung dieses Kommando's an den ersten Landwehr-Kreis-Inspekteur von Oberbayern, Landwehr-Obersten Grafen v. Bierregg, zu genehmigen geruht.

(Pfarreien-Besetzungen.) Preziger-Stelle an der Metropolitan- und Stadtpfarrkirche zu U. L. Frau in München dem Priester Dr. Karl Rinecker, Präfekturs-Benefiziat zu Jugolstadt: kathol. Pfarrei Attenhausen, kgs. Landgerichts, dem Priester Joseph Popp, Pfarrer zu Birkenbrunn, kgs. Neuburg a. d. D.: kathol. Pfarrei Krombach, kgs. Hofgenau, dem Priester Johann Baptist Kolb, Pfarrer in Hausen, kgs. Neustadt a. d. S.: protestant. II. Pfarrstelle an der St. Gumbertus-Kirche in Ansbach, Dekanats gleichen Namens, dem bisherigen III. Pfarrer an derselben Kirche Christoph Karl Hornung.

(Pfarrei-Erledigung.) Kurat- und Schulbenefizium in Gröing, Diözese Augsburg, kgs. Rain. Konkurrenz 148 fl. 23½ kr.

Aktenstücke zum Waffenstillstand mit Dänemark.

§§ Frankfurt, 5. Sept. Ich übersende Ihnen hiemit sämmtliche, den Waffenstillstand mit Dänemark betreffenden Aktenstücke. Folgendes ist der Wortlaut der Waffenstillstands-Konvention selbst:

Seine Majestät der König von Preußen in Seinem Namen, wie im Namen des deutschen Bundes, einerseits, und Seine Majestät der König von Dänemark, Herzog von Schleswig und Holstein, andererseits, von dem Wunsche beseelt, so schleunig als möglich die Feindseligkeiten zwischen Ihren beiderseitigen Kriegsheeren zu beenden, haben zum Zwecke des Abschlusses eines Waffenstillstandes unter der Bezwingung Seiner Majestät des Königs von Schweden und Norwegen zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich: Seine Majestät der König von Preußen, den Herrn Gustav von Below, Ihren General-Major à la suite ꝛc. ꝛc. und Seine Majestät der König von Dänemark, den Herrn Christian Hoper von Bille, Ihren Kammerherrn, außerordentlichen Gesandten ꝛc. ꝛc., und den Herrn Holger Christian von Meerz, Ihren Kammerherrn ꝛc. ꝛc., welche sich mit der Stadt Malmö vereinigt haben und nach Anerwechselung ihrer in guter und gehöriger Legalmäßigkeit befundenen Vollmachten, über folgende Artikel übereingekommen sind. Art. I. Vom Tage der Unterzeichnung der gegenwärtigen Konvention an gerechnet, sollen die Feindseligkeiten zu Lande und zur See während sieben Monaten vollständig eingestellt werden, mit einer Aufkündigung von einem Monate für jeden der beiden kontrahirenden Theile. Wenn von der einen oder der andern Seite eine Aufkündigung nicht stattfindet, so wird angenommen, daß in die Verlängerung des Waffenstillstandes von beiden Theilen gewilligt ist. Art. II. Binnen der Waffenstillstand durch einen der beiden Theile aufgekündigt ist, sollen die beiderseitigen Kriegsheere diejenigen Stellungen wieder einnehmen können, welche sie im Augenblicke des Abschlusses der gegenwärtigen Konvention inne hatten, und welche von zweien durch die kommandirenden Generale ad hoc delegirten Offiziere auf einer Karte verzeichnet werden sollen. Art. III. Die durch die Seemacht Seiner Majestät des Königs von Dänemark bewerkstelligten Blokaden sollen unverzüglich nach Anerwechselung der Ratifikations-Urkunden aufgehoben und die hiergin erforderlichen Befehle, wenn irgend möglich, an demselben Tage den Befehlshabern der Königlich Dänischen Kriegsschiffe zugefertigt werden. Art. IV. Alle Kriegs- und politischen Gefangenen sollen von beiden Theilen ohne Verzug und Rauchpfuhl in Freiheit gesetzt werden. Art. V. Alle Schiffe, welche seit dem Beginne des Krieges aufgebracht oder mit Beschlag belegt sind, sollen binnen 12 Tagen nach der Unterzeichnung dieser Konvention, oder früher, wenn dies möglich ist, mit ihren Ladungen freigelassen werden: Preußen, sowohl in seinem eigenen Namen, als im Namen des deutschen Bundes, willigt darin, daß Dänemark für die Reexaktionen in natura, die in Jütland für Rechnung der Preußischen und Bundestruppen erhoben sind, entschädigt werde; und Dänemark verpflichtet sich feierlichst, den Verein der Schiffe oder Ladungen zu leisten, welche etwa verkauft sind und nicht in natura zurückgegeben werden können. Art. VI. Die beiden Herzogthümer, so wie die dazu gehörigen Inseln sollen sowohl von den Dänischen Truppen, wie von denen des deutschen Bundes in dem Zeitraume von 12 Tagen, nachdem die betreffende Ordre den Oberbefehlshabern zugekommen sein wird, geräumt werden. Jedoch soll es dem deutschen Bunde, wie Seiner Majestät dem Könige von Dänemark, gestattet sein, die für den deutschen Bund in der Stadt Altona, sowie auf anderen Punkten der beiden Herzogthümer, und für Seine Majestät den König von Dänemark auf der Insel Alsen sich befindenden Hospitäler und Militär-Depots von Abtheilungen reib. Deutscher Bundes- und Dänischer Truppen bewachen zu lassen, welche sowohl für den einen, wie für den andern der beiden Theile die Anzahl von 3000 (zwei Tausend) Mann nicht übersteigen sollen. Die aus dem Herzogthume Schleswig gebürtigen Soldaten, welche sich gegenwärtig im Militärdienste in den Herzogthümern befinden, sollen, in besondere Abtheilungen formirt, im Herzogthume Schleswig stationirt werden. Diese Abtheilungen sollen, zum Zwecke der Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe, unter die Befehle der in Gemäßheit des folgenden Artikels einzusetzenden Regierungsbehörde gestellt werden, jedoch keinen Falles zu entfernen soll, zur Gleichstellung des Verlustes dieselben Offiziere und Soldaten in ihre Heimath zu entlassen, welche als für den Dienst nicht nöthig erachtet werden. Die im Herzogthume Holstein zu stationirende Militärmacht soll aus der gegenwärtigen Kopfzahl der regulären Truppen dieser Herzogthümer bestehen, welche einen Theil der Kontingente Bundes-Armee ausmachen. Diese Gol einzelnen Truppen werden zur Verfügung der Regierung der beiden Herzogthümer gestellt, diese aber nur in Folge einer Verständigung zwischen der Regierung der Herzogthümer und dem Oberbefehlshaber der Deutschen Bundes-Armee vermindert werden. Art. VII. Die beiden kontrahirenden Theile sind übereingekommen, für die Dauer des Waffenstillstandes eine gemeinsame Regierung für die beiden Herzogthümer einzusetzen, welche ihre Anordnungen im Namen Seiner Majestät des Königs von Dänemark in Ihrer Eigenschaft als Herzog von Schleswig und Holstein und mit Dero Machtvollkommenheit aussüben wird, mit Ausnahme der gesetzgebenden Gewalt, die während der Dauer des Waffenstillstandes ruht. Diese Regierung wird aus fünf aus den Notabeln der beiden Herzogthümer zu wählenden Mitgliedern zusammengesetzt werden, welche allgemeine Achtung und Zutrauen genießen. Zwei von diesen Mitgliedern werden von Seiner Majestät dem Könige von Preußen, Seitens des Deutschen Bundes, für das Herzogthum Holstein, und zwei von Seiner Majestät dem Könige von Dänemark, Herzoge von Schleswig und Holstein, für das Herzogthum Schleswig, ernannt werden. Das fünfte dieser Mitglieder, welches die Funktionen des Präsidenten der gemeinsamen Regierung der beiden Herzogthümer zu übernehmen hat, wird in Folge gemeinschaftlicher Einigung von Ihren erwähnten Majestäten ernannt werden. Man ist dahin übereingekommen, daß weder die vor dem 17. März e. angestellt gewesenen Regierungs-Mitglieder (Schleswig-Holsteinische Regierung) noch diejenigen, welche die Regierung seit dieser Epoche geleitet haben, in diese neue Verwaltungs-Behörde eintreten können, welche letztere sobald als möglich und spätestens 14 (vierzehn) Tage nach Unterzeichnung der gegenwärtigen Konvention in Funktion treten soll. Man hat sich ferner darüber vereinigt, daß alle und jede, seit dem 17. März e. für die Herzogthümer erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungs-Maßregeln, in Kraft treten zu lassen, deren Aufrechterhaltung ihr unerläßlich oder für den regelmäßigen Geschäftsgang ersprießlich erscheint, welche indessen keinenfalls etwas den Bestimmungen des Art. XI. (elfte) Widersprechendes enthalten dürfen. Art. VIII. Seine Majestät der König von Dänemark, Herzog von Schleswig, und Seine Majestät der König von Preußen, sollen das Recht haben, jeder Seinerseits einen Kommissär zu ernennen, um in den Herzogthümern während der Dauer des Waffenstillstandes zu residiren und vermittelnd über die Aufrechterhaltung der vorstehenden Stipulationen zu wachen, so wie über die unparteiische Anwendung der

Gesetze zu Gunsten der dänischen wie der deutschen Bevölkerung. Art. IX. Das Herzogthum Lauenburg soll während der Dauer des Waffenstillstandes von einer Kommission verwaltet werden, zu welcher Seine Majestät der König von Preußen, Namens des deutschen Bundes ein Mitglied, Seine Majestät der König von Dänemark in Seiner Eigenschaft als Herzog von Lauenburg das zweite Mitglied ernennen und beide Souveraine Sich über die Wahl des dritten Mitgliedes, des Vorsitzenden der Regierung des Herzogthums, vereinigen werden. Diese Behörde wird das Herzogthum Lauenburg im Namen Seiner Majestät des Königs von Dänemark, Herzog von Lauenburg, in eben der Weise verwalten, wie solches im Art. VII. (sieben) im Betreff der Herzogthümer Schleswig und Holstein festgesetzt worden ist. Es wird von einer Vorständigung zwischen dieser Verwaltungs-Behörde und den Oberbefehlshabern der deutschen Bundes-Truppen abhängen, ob es zweckdienlich ist, eine Abtheilung der deutschen Bundes-Truppen in das Herzogthum Lauenburg zur Verfügung der gedachten Behörde einrücken zu lassen. Art. X. Die beiden kontrahirenden Theile werden Großbritannien um die Garantie für die genaue Ausführung der Artikel der gegenwärtigen Waffenstillstand-Konvention ersuchen. Art. XI. Es ist ausdrücklich verstanden, daß die Bestimmungen dieser Konvention in keiner Weise den Verhältnissen in staatsrechtlicher, politischer, bürgerlicher und deutscher Strache nachgetheilt werden. Man ist übereingekommen, daß die über die Auslegung derselben etwa entstehenden Zweifel, nach der Fassung des französischen Textes entschieden werden sollen. Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten die gegenwärtige Konvention vollzogen und ihre Siegel derselben lassen. So geschehen zu Malmö den 26. August 1848. (L. S.) gez. Gustav v. Below. (L. S.) Bille. (L. S.) Reedtz.

Separat-Artikel. Bebufs Vervollständigung und Erläuterung der Artikel des unter dem heutigen Tage abgeschlossenen Vertrages, sind die unterzeichneten Bevollmächtigten über folgende Punkte übereingekommen: 1. mit Bezug auf Artikel 2. Die Festitätionsarbeiten, welche während der Feindseligkeiten auf beiden Seiten ausgeführt sind, sollen während der Dauer des Waffenstillstandes in dem Zustande verbleiben, in welchem sie sich heute befinden. 2 mit Bezug auf Artikel 3. Sobald nach dem Austausche der Ratifikations-Urkunde jeden Dampfschiffe mit Königlich Dänischen Offizieren abgesandt werden, um den Befehlshabern der Königlich Dänischen Kriegsflotte die Ordre zur Aufhebung der Blokade zu überbringen. Diese Sendungen werden bezüglich der Norderfahrt von Preußen und hinsichtlich der Ostseefahrt von Dänemark bemerkt werden. 3. mit Bezug auf Artikel 4. Alle Kriegs- und politischen Gefangenen sollen sofort nach Ausvrechsiung der Ratifikations-Urkunden Ekernförde gebracht und in die Hände derjenigen Offiziere überantwortet werden, die zu ihrem Empfange gehörig ermächtigt sein werden. 4. mit Bezug auf Artikel 6. Die militairischen Streitkräfte in dem Herzogthum Holstein, in Betreff der militairischen Disziplin, unter die Befehle desjenigen Generals der deutschen Bundesarmee gestellt werden, den Seine Majestät der König von Preußen zu diesem Zwecke ernennen wird. 5. mit Bezug auf Artikel 7. Indem festgesetzt worden ist, daß alle Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln jeder Art, die seit dem 17. März c. in Bezug auf die Herzogthümer erlassen sind, aufgehoben werden sollen, so begreift gegenwärtige Konvention sowohl die in Kopenhagen, als die in demselben Zeitraume in den Herzogthümern erlassenen. Die gemeinsame Regierung der Herzogthümer wird sobald als möglich eine Spezifikation derjenigen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln belannt machen, die wieder in Kraft treten sollen. 6. Zu den Beluguissen der gemeinschaftlichen Regierung soll auch diejenige gehören, die Prozesse wegen politischen Vergehen niederzuschlagen. 7. mit Bezug auf denselben Artikel. Die Posten und sonstigen inneren Kommunikationen sollen wieder ihren vorschlägigen Lauf nehmen, und das Postamt zu Hamburg soll wieder hergestellt werden. Die vorbehenden Bestimmungen sollen dieselbe Kraft und Giltigkeit haben, als wenn sie in der heute abgeschlossenen Uebereinkunft aufgeführt ständen, und werden gleichzeitig ratifizirt werden. Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten den gegenwärtigen Separat-Artikel unterzeichnet und demselben ihre Siegel beigedruckt. So geschehen zu Malmö, den Sechs und Zwanzigsten August Ein Tausend Acht Hundert und Acht und Vierzig (1848). (L.S.) gez. Gustav v. Below. (L.S.) Bille. (L.S.) Reedtz.

Zusatz-Artikel 1. Zur Ausführung des Art. 7 des unter dem heutigen Tage abgeschlossenen Vertrages und in Uebereinstimmung mit der Art und Weise, welche dieser Artikel festsetzt, haben die unterzeichneten Bevollmächtigten Seitens ihrer resp. Souveräne, Seiner Majestät des Königs von Preußen und Seiner Majestät des Königs von Dänemark folgende Personen für die gemeinschaftliche Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein ernannt, nämlich: für die Präsidentenstelle: Sr. Exc. den Grafen Carl Adolf Reichsgrafen von Moltke Rütschau; als Stellvertreter: den Baron Adolf Blome zu Fallenberg; als Regierungs-Mitglieder: den Kammerherrn Baron Josias Friedrich Cay von Hedemann zu Bordesholm, den Etatsrath Thomas Prehn zu Bloen, den Landvogt Johann Friedrich Boysen zu Hedde, den Ober-Appellations-Gerichts-Rath Alexander Friedrich Wilhelm Preuß'er zu Kiel; **als Stellvertreter:** den Kammerjunker Adolf von Warnstedt, den Grafen Theodor Reventlow-Gershach, den Kammerherrn Adolf Bernhard Wilhelm Erdmann von Moltke, den Justiz-Rath und Bürgermeister Christian Friedrich Gallisen in Flensburg. Diese Wahlen sollen der Ratifikation der resp. Souveraine unterbreitet werden, und die bezeichneten Personen sollen als irgend möglich nach der Auswechselung der Ratifikations-Urkunden in Funktion treten. Zur Urkunde dessen haben die Unterzeichneten diesen Zusatz-Artikel vollzogen und demselben ihre Siegel beidrucken lassen. So geschehen zu Malmö den sechs und zwanzigsten August des Jahres Ein Tausend Acht Hundert und Acht und Vierzig (1848). (L. S.) gez. Gustav von Below. (L. S.) Bille. (L. S.) Reedtz.

Zusatz-Artikel 2. Zur Ausführung des Art. 9 der unter dem heutigen Tage abgeschlossenen Uebereinkunft und in Gemäßheit der Art und Weise, welche dieser Artikel festsetzt, haben die unterzeichneten Bevollmächtigten, Seitens ihrer resp. Souveräne, Seiner Majestät des Königs von Preußen und Seiner Majestät des Königs von Dänemark folgende Personen für die Verwaltung (Regierung) des Herzogthums Lauenburg bezeichnet, nämlich: für die Präsidentenstelle: Sr. Exc. den Grafen Christian Andreas Friedrich von Rantzau-Rastorf; als Regierungs-Mitglieder: den Kammerherrn Grafen Gottfried von Reventlow, den Etatsrath Gustav Susemihl; als Stellvertreter: den Vice-Land-Marschall Bülow zu Mussen, den Assessor Hartwig von Linstow. Diese Wahlen sollen der Ratifikation der resp. Souveraine unterbreitet werden, und die bezeichneten Personen sollen als möglich, nach der Auswechselung der Ratifikations-Urkunden in Funktion treten. Zur Urkunde dessen haben die unterzeichneten diesen Zusatz-Artikel vollzogen und demselben ihre Siegel beigedruckt. So geschehen zu Malmö den sechs und zwanzigsten August Ein Tausend Acht Hundert und Acht und Vierzig (1848). (L. S.) gez. Gustav von Below. (L. S.) Bille. (L. S.) Reedtz.

Folgendes nun sind die zum Abschlusse der vorstehenden Convention ertheilten Vollmachten:

1. Nachdem unter den obwaltenden besonderen Verhältnissen die Königlich Preußische Regierung von mir ermächtigt worden ist, im Namen der Zentralgewalt über Deutschland die Unterhandlungen wegen eines Waffenstillstandes mit Dänemark auf den Grund des Entwurfs von Bellevue vom 29. Juli unter den folgenden zusätzlichen Bedingungen: 1) daß die zur Bildung einer neuen gemeinsamen Regierung für die Herzogthümer Schleswig und Holstein zu berufenden Personen noch vor dem Abschlusse des Waffenstillstandes ausdrücklich und namentlich unter den Kontrahirenden Theilen in solcher Art vereinbart werden, daß hiedurch der Bestand und die geteilhige Wirksamkeit der neuen Regierung verbürgt erschinen, 2) daß unter den in Artikel VII. erwähnten in den Herzogthümern „bestehenden Gesetzen und Verordnungen" ausdrücklich auch die bis zum Abschlusse des Waffenstillstandes daselbst erlassenen, mit Gesetzeskraft versehen, Verfügungen, welche zugleich die Präliminarien zu einem Friedensschlusse zu erleichtern geeignet sind. 2) Er wird sich sodann nach den Herzogthümern begeben und daselbst sich mit der gegenwärtigen provisorischen Regierung sowohl, als mit dem von der Königlich Preußischen Regierung zur Abschließung des Waffenstillstandes beauftragten Bevollmächtigten in'ß Einvernehmen setzen, insbesondere wegen der Wahl der Zulassung der Personen, welche nach Artikel VII. des mehrgedachten Entwurfs in neuen, beiden Herzogthümern gemeinsame provisorische Regierung bilden sollen. 3) Gemeinsam wird derselbe die Präliminarien zu einem Friedensschlusse mit Dänemark auf den Grund einer besonders ihm nachzusendenden Instruction einleiten. 4) Gsforderlichen Falls die an die Königlich Preußische Regierung gerichtete Anfrage von der in Zentralgewalt Deutschland gegenüber den Ausländer eingenommenen Stellung bevorwortlichen. Zu diesem Ende habe ich dem Unterstaatssekretär v. Gagern gegenwärtige Vollmacht ausstellen und urkundlich dessen mit meinem Insiegel bestätigen lassen. Frankfurt a. M. den 9. August 1848. (L. S.) Der deutsche Reichsverweser (gez.) Erzherzog Johann.

2. Nachdem der Königl. Preußische Bevollmächtigte, Staatsminister Camphausen, den Stand der Verhandlungen über einen Waffenstillstand zwischen den deutschen und dänischen Streitkräften, insbesondere über die Gründe auseinandergesetzt hat, welche es wünschenswerth machten, daß die von der Königlich Preußischen Regierung bisher im Namen Deutschlands geführten Unterhandlungen von derselben nunmehr auch zu einem Abschlusse gebracht werden, so habe ich auf den Vortrag meines Ministeriums beschlossen, die Königlich Preußische Regierung dadurch zur Abschließung eines Waffenstillstandes mit Dänemark im Namen der provisorischen Zentralgewalt in der Weise zu ermächtigen, daß dabei der Grund-

wurf, wie er in der Besprechung auf Bellevue am 19. Juli aufgestellt worden ist, unter den nachstehenden Modifikationen angenommen werde, welche als Erläuterungen innerhalb der Bestimmungen desselben Entwurfs fallen, jedoch ausdrücklich zur Anerkennung Dänischer Seits gebracht werden müßten: 1) Daß die zur Wiederherstellung unserer gemeinsamen Regierung für die Herzogthümer Holstein und Schleswig zu wählenden Personen noch vor dem Abschlusse des Waffenstillstandes ausdrücklich und namentlich unter den kontrahirenden Theilen in solcher Art vereinbart werden, daß jeder Theil der Person und die gesetzliche Wirksamkeit der neuen Regierung verbürgt erscheinen. 2) Daß unter den in Artikel VII. erwähnten, in den Herzogthümern „bestehenden Gesetzen und Verordnungen" ausdrücklich alle die zum Abschlusse des Waffenstillstandes daselbst erlassenen mit einbegriffen seyen. 3) Daß die nach Artikel VIII. in den Herzogthümern Holstein und Schleswig zurückbleibenden Truppen sämmtlich unter den Befehlen des deutschen Oberbefehlshabers bleiben. Unter verstehenden Bedingungen habe ich gegenwärtige Vollmacht für die Königlich Preußische Regierung ausstellen und urkundlich dessen mit meinem Insiegel bestätigen lassen. Frankfurt den 7. August 1848. Johann.

Folgendes endlich ist das „Schreiben des Hrn. Gamphausen an den Reichsminister für die auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. Heckscher Excellenz:

In der Unterredung, welche ich gestern mit Eurer Excellenz hatte, machten Sie auf den wiederholt in dem Waffenstillstands-Vertrage mit Dänemark vorkommenden Ausdruck „deutscher Bund" aufmerksam, und ich nehme daraus Veranlassung zu wiederholen, daß ich jenen Ausdruck nach Lage der Verhältnisse als ein gänzlich nichtiges ansehen muß. Er war in den Entwürfen Projekten gebraucht, auch in denjenigen, welche von den Reichsministerium als Grundlage der weiteren Verhandlung angenommen wurde, ohne daß mit hinsichtlich jenes Ausdrucks eine Bemerkung gemacht worden wäre. Ihn durch die Worte „provisorische Zentralgewalt" oder „Erzherzog Reichsverweser" zu ersetzen, würde unzulässig gewesen sein, weil die Notifikation der hinsichtlich der Zentralgewalt für Deutschland eingetretenen Aenderung und des Eintritts der provisorischen Königlich Preußischen Regierung ausstellen und urkundlich dessen mit meinem Insiegel bestätigen lassen. Frankfurt den 7. August 1848. Johann.

Folgendes endlich ist das „Schreiben des Hrn. Gamphausen an den Reichsminister für die auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. Heckscher Excellenz:

In der Unterredung, welche ich gestern mit Eurer Excellenz hatte, machten Sie auf den wiederholt in dem Waffenstillstands-Vertrage mit Dänemark vorkommenden Ausdruck „deutscher Bund" aufmerksam, und ich nehme daraus Veranlassung zu wiederholen, daß ich jenen Ausdruck nach Lage der Verhältnisse als ein gänzlich nichtiges ansehen muß. Er war in den Entwürfen Projekten gebraucht, auch in denjenigen, welche von den Reichsministerium als Grundlage der weiteren Verhandlung angenommen wurde, ohne daß mit hinsichtlich jenes Ausdrucks eine Bemerkung gemacht worden wäre. Ihn durch die Worte „provisorische Zentralgewalt" oder „Erzherzog Reichsverweser" zu ersetzen, würde unzulässig gewesen sein, weil die Notifikation der hinsichtlich der Zentralgewalt für Deutschland eingetretenen Aenderung und des Eintritts der provisorischen Königlich Preußischen Regierung ausstellen und urkundlich dessen mit meinem Insiegel bestätigen lassen. Frankfurt den 7. August 1848. Johann.

Folgendes endlich ist das „Schreiben des Hrn. Gamphausen an den Reichsminister für die auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. Heckscher Excellenz:

In der Unterredung, welche ich gestern mit Eurer Excellenz hatte, machten Sie auf den wiederholt in dem Waffenstillstands-Vertrage mit Dänemark vorkommenden Ausdruck „deutscher Bund" aufmerksam, und ich nehme daraus Veranlassung zu wiederholen, daß ich jenen Ausdruck nach Lage der Verhältnisse als ein gänzlich nichtiges ansehen muß. Er war in den Entwürfen Projekten gebraucht, auch in denjenigen, welche von den Reichsministerium als Grundlage der weiteren Verhandlung angenommen wurde, ohne daß mit hinsichtlich jenes Ausdrucks eine Bemerkung gemacht worden wäre. Ihn durch die Worte „provisorische Zentralgewalt" oder „Erzherzog Reichsverweser" zu ersetzen, würde unzulässig gewesen sein, weil die Notifikation der hinsichtlich der Zentralgewalt für Deutschland eingetretenen Aenderung und des Eintritts der provisorischen Königlich Preußischen Regierung ausstellen und urkundlich dessen mit meinem Insiegel bestätigen lassen. Frankfurt den 7. August 1848. Johann.

Folgendes endlich ist das „Schreiben des Hrn. Gamphausen an den Reichsminister für die auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. Heckscher Excellenz:

In der Unterredung, welche ich gestern mit Eurer Excellenz hatte, machten Sie auf den wiederholt in dem Waffenstillstands-Vertrage mit Dänemark vorkommenden Ausdruck „deutscher Bund" aufmerksam, und ich nehme daraus Veranlassung zu wiederholen, daß ich jenen Ausdruck nach Lage der Verhältnisse als ein gänzlich nichtiges ansehen muß. Er war in den Entwürfen Projekten gebraucht, auch in denjenigen, welche von den Reichsministerium als Grundlage der weiteren Verhandlung angenommen wurde, ohne daß mit hinsichtlich jenes Ausdrucks eine Bemerkung gemacht worden wäre. Ihn durch die Worte „provisorische Zentralgewalt" oder „Erzherzog Reichsverweser" zu ersetzen, würde unzulässig gewesen sein, weil die Notifikation der hinsichtlich der Zentralgewalt für Deutschland eingetretenen Aenderung und des Eintritts der provisorischen Königlich Preußischen Regierung ausstellen und urkundlich dessen mit meinem Insiegel bestätigen lassen. Frankfurt den 7. August 1848. Johann.

rung meiner vollkommensten Hochachtung. Frankfurt a. M., den 3. September 1848. Camphausen.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 5. Sept. Abends. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erstattete Dahlmann den Bericht der Majorität der dritten Ausschüsse. Dieselbe trägt auf augenblickliche Sistirung des Rückzugs der Truppen, dagegen die Minorität von acht Mitgliedern (Berthevertreter Schubert von Königsberg) auf Vertagung des Beschlusses bis zur Entscheidung über die Hauptfrage des Waffenstillstandes an. Im Laufe der langen und stürmischen Debatte erklärte v. Schmerling im Namen des Ministeriums, das dasselbe im Fall der Verwerfung des Minoritätsantrages abdanken würde. Das Minoritätsgutachten wurde bei Namensaufruf mit 244 gegen 230 Stimmen verworfen. Sodann bei Oeffentlichkeit (7 Uhr) wurde über den Majoritätsantrag namentlich abgestimmt. Er ist mit 238 gegen 221 Stimmen angenommen. (A. Z.)

Deutschland.

Preußen. — ⊙ Berlin, 4. Sept. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung verthedigte der Ministerpräsident von Auerswald den mit Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstand. Die Vereinigung der beiden Herzogthümer sei erlaubt, deutsche Bundestruppen stehen in denselben, die Verwaltung sei eine deutsche die im Namen des Königs von Dänemark handle. Die erlangten Resultate seien also günstig, kein Mackel falle auf Deutschland. Der Minister erbiete sich in dem Waffenstillstand eine glückliche Vorausschrift des Friedens. Alle Dokumente sollen der Versammlung vorgelegt werden. Zuletzt spricht er den braven Truppen und dem Feldherrn die gebührende Anerkennung. — Ueber einen Antrag vom Abg. Stein (von der Linken): „Die Nationalversammlung wolle beschließen, daß es zur Vermeidung eines Bruches in der Versammlung selbst die dringendste Pflicht des Staatsministeriums sei, die Gesichtigkeit der Nationalversammlung vom 9. August in Anwendung zu bringen", zu heftiger Debatte, in welcher vorzüglich der Kriegsminister von der Linken angegriffen wurde, die in ihm besonders einen Stein des Anstoßes zu finden scheint. Der Ministerpräsident erklärte aber die Solidarität des Ministeriums. Sie stürmte, tobte, tischte entsetzlich. Aber die Majorität ließ sich nicht einschüchtern. Ein Antrag des Abg. v. Unruh auf Vertagung die Donnerstag wurde mit 183 gegen 163 Stimmen angenommen. Die Linke ist wüthend. Sie hat bewiesen, es sich darum, ob überhaupt der früher auf Stein's Antrag gefaßte Beschluß vom 9. August aufrecht erhalten bleiben wird. Die Linke will daraus eine Lebensfrage machen: entweder er wird aufrecht erhalten und das Ministerium fällt, oder die Versammlung flößt ihn um: kann will sie in Masse aus der Versammlung treten.

(Wir fügen zum Verständniß jenen Beschluß vom 9. August hier bei; er lautete: „Der Reichstagsminister möge in einem Vortrag an die Armee sich dahin aussprechen, daß die Offiziere allen reaktionairen Bestrebungen fern bleiben, nicht mit Konsilien über Art und wenn Zeit verweilen, sondern durch Annäherung an die Bürger und Vereinigung mit denselben zeigen, daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines konstitutionellen Rechtszustandes mitarbeiten wollen." Dazu kam noch der nur mit Mehrheit von 1 Stimme (189 gegen 179) angenommene Zusatz von dem Abg. Schult (aus Wanzleben): „es möge in dem Erlasse denjenigen Offizieren, mit denen persönlichen Ueberzeugung dieß nicht vereinbar ist, zur Ehrenpflicht gemacht werden, aus der Armee auszutreten.")

Oesterreich. — * Wien. Die Leuteunruhen ist ruhig vorübergegangen. Die Ordnung welche im Zuge selbst herrschte, war musterhaft. Das österreichische Kabinet hat die englisch-französische Vermittlung angenommen, auf welcher Basis weiß man aber noch nicht. Die Annahme ohne eine feste Basis dürfte als weiter nichts, als eine freundschaftliche Dispositon betrachtet werden. Die Feuds sind indessen in Folge dieser Nachricht hinaufgegangen.

Die neuesten Wiener Zeitungen enthalten nichts von einem Rücktritt der Minister Schwarze und Bach, von welchem die gestrigen Korrespondenzen gesprochen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 4. Sept. Sproz. Metall. 81⅛, 4proz. 65, 3proz. 48, 2½proz. 45⅛, 1850er 300 fl. Loose 131, 1839er 250 fl. Loose 90. Nordbahn 107, Glogg.-Sg. 95. Venedig-Mailand 75. Bukwes —. Lloyd 69½, Pesth 67. Siene 57. Ipenninenbahn 95½.

Berlin, 4. Sept. Inländische Fonds. Pfandbriefe, Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. — B., 74⅛ G. Berl. Präm. Sch. 88⅜ B. — G. 2. u. Am Scheine — B. 72⅛ G. Berl. Stadt-Obl. — B. — G. Westpreuß. Pfandbr. 80⅛ B. 79⅝ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — B. 96⅛ G. 3½proz. — B. 78⅝ G. Ostpr. Pfandbr. — B. 86 G. Pomm. Pfandbr. 90⅛ B. — G. Kur- u. Nm. Pfandbr. 90⅛ B. 90⅛ G. Schlesische Pfandbr. — B. — G. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. — B. — G. Preuß. Bk.-Anth. Sch. 87⅜ B. 86⅝ G. Friedrichsd'or 13⅛ B., 13⅛ G. And. Goldm. à 5 Th. 12⅛ B., 12⅛ G. Diskonto 3½ B., 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 88½ B. 88 G. Berl.-Hamburg 67½ B. Berl.-Stettin-Stargarder 89½ B. Berl.-Potsdam-Magdeb. 55 B. u. G. Magdeb.-Halberstadt 104 B. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 54 B. 53½ G. Köln-Minden 76⅞ B. Köln-Aachen 56 B. 55½ G. Bonn-Köln —, Düsseld.-Elberfeld — Steele-Bodwinkel — Niederschles.-Märk. 71 B. Niederschles.-Märk. Zweigbahn — Oberschles. Lit. A 91⅛ B. Lit. B 91½ B. Rheinische Eisenbahn — Berlin-Frankfurt — Kraf.-Oberschles. 44½ B. Berg.-Märk. 57⅞ B. Stargard-Posen 68⅛ B.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 86 bz. u. B. Starg.-Posen — Krieg-Neisse — Magd.-Wittenberg 40⅛ G. Aachen-Mastricht — Thüringer Bahn —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt 83½ G. Berlin-Hamburg 89½ B. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 78½ B. 3proz. 57½ G. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 84½ B. Köln-Minden 90⅛ u. 92 bz u. G. Rhein. v. Staat gar. — Rhein. I. Prior. 75½ G. Rhein. Stamm-Prior. 70 B. Düsseldorf-Elberfeld — Niederschles.-Märk. 4proz. 82 B., 3proz. 94 G. Lit. Serie 89½ B. 3proz. Zweigbahn 81, proz. 79½ G. 4proz. 76½ B. Oberschles. — Berlin-Potsdam-Magdeb. Serie 87½ G. Breslau-Freiburg —.

Paris, 4. Sept. 4proz. 44,75. 4proz. —. 3proz. 72,50 Sächsische 22 Bankaktien 1065. — Staatsobligationen 1130 25. Bier Kanäle 875. — Comptl. von Algier —. Belg. 3proz. von 1840 —. von 1842 —. 4½proz. —. 4proz. —. 3proz. —. 2½proz. —. Belg. Bank —. Neap. 3proz. —. Röm 3proz. 62½. Span. 4proz. —. Anlen Passive —. Piem. 800 —. Hall —. St. Germain 345 —. Versailles (rechte) 125 —. (linke) — Orleans 670 —. Rouen 667 50. Havre 205 —. Nartelle 215 — Basel 35. Bierjon — Boulogne — Bordeaux 390. — Nordbahn 381,25. Montereau 140. — Lyon 365. Straßburg 318 75 Nantes 330. — Dieppe —. Creaux — Montpellier —. La Teste —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Freitag, 8.: Sept.: (Zur Namensfeier Ihrer Maj. der Königin des beleuchteten Hause.) „Don Joan", Oper von Mozart.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Geißer, Privatier von Zandbruck. Munroe, Atelier aus Amerika. Berg, Kaufmann von Frankfurt. Graf Cadel, von Cadel. Völter, Gutsbesitzer von Ebenhofen.

Hotel Maulik. Milton, Kaufm. von Northumberland. Koch, Notar von Frankenthal. Lyon, Privatier von Frankfurt. Durand, Propriétair von Paris. Brettreck, Gutsbesitzer aus Schlesien.

Blaue Traube. Nötter, Professor der Musik von Modena. v. Entschacher, Regierungsrath von Ulm. Baron v. Grainger, von Gring. Kern und Polzoll, Gutsbesitzer aus Schlesien. Krugel, Gutsverwalter von Stromsdorf.

Stadthuugarten. Kötterle, Gutsbesitzer von Eckenlaufen. Gmeinder, Veterinärarzt von Mallersdorf.

Gestorbene in München.

Elisabetha Detzinger, Schuhfabrikstochter, 62 J. a. Karl Schiller, Taglöhner von Nymphenburg, 41 J. a.

Bekanntmachung.

109. Der hiesige zweite Schafmarkt wird am 14. d. Mts. abgehalten.
Augsburg den 4. Sept. 1848.

Magistrat der Stadt Augsburg.
Der 1. Bürgermeister:
Forndran.
Sieringer.

Bekanntmachung.

72. (1) Man sucht für zwei Knaben einen Hofmeister katholischer Religion, der ganz gründ französisch spricht, und nicht nur deutsches und lateinischen, sondern auch Unterricht im Klavier zu geben versteht.
Ü. Uebr.

Warnung.

88. Wer irgend Jemanden, sei es auf meinen Namen oder in der Bonnesspanne, das ich Jedem sein werde, Geld leiht oder Kredit gibt, wird hiemit gewarnt, indem ich keinerlei Zahlung leiste, wer immer der Schuldner sein möge.
München den 25. August 1848.
J. U. Hinkel,
königl. Bazarab.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

* * Aus einem leider verspätet uns zugekommenen Schreiben unseres λ Korrespondenten aus Frankfurt über die 71 Sitzung der Reichsversammlung am 4. September theilen wir nachträglich noch folgende Stellen mit:

λ Frankfurt, 4. Septbr. . . . Die feierliche Stille, welche während der Vorlesung jener über den Waffenstillstand getroffenen Abmachte herrschte, wurde nur einige Mal durch laute des Unwillens oder der Verwunderung unterbrochen. Die um absolut unverständliche Stellen des Vertrags sich drehte über die Stellung der Centralgewalt bei der Abschließung des Waffenstillstandes, die ohne alle Motivirung plötzlich aufzutauchende **schwedische** Vermittlung, die Bestimmung, daß die Handlungen der provisorischen Regierung der Herzogthümer aufzuheben werden, — wornach auch die Wahlen zur Reichsversammlung annullirt werden — und die Zusammensetzung der neuen Regierung, an deren Spitze derselbe verhaßte Name (Graf Molke) zu stehen kömt, der vor dem Ausbruche der Feindseligkeiten dort stand. Der Minister bemerkte, daß die sämmtlichen zur Beurtheilung nöthigen Aktenstücke sich bereits in der Druckerei befänden und beantragte, daß sogleich nach Beend gung des Drucks ein Tag zur Verhandlung angesetzt werde. Er erkannte an, daß der Inhalt des Vertrages nicht mit der zu Preßen ertheilten Vollmacht übereinstimme und daß daher von der Centralgewalt die Ratifikation verweigert werden könne. Das Ministerium sei der Ansicht, daß es auf Grund des §. 4. des Gesetzes über die Centralgewalt nur im Einverständnisse mit der National-Versammlung handeln könne. ... Man verhehlt sich nicht, daß die deutsche Sache in den nächsten Tagen eine Krisis zu bestehen habe, von deren Verlauf die Zukunft nicht blos der National-Versammlung, sondern auch Deutschlands abhängt. Die provisorischen Abgeordneten sollen sich bis zu dieser Abstimmung des Separat-Besprechung um ihr Verhalten bei der Sache zu bestimmen. — Am Schlusse der Verhandlung entspann sich noch eine kurze Debatte über den Antrag von Compes, dahin gehend, daß der Minister des Auswärtigen, der zugleich Mitglied der beiden berichtenden Ausschüsse ist, im vorliegenden Falle sich seines Sitz- und Stimmrechtes zu enthalten habe. Da der Minister erklärte, daß er sich seiner Stimme enthalten werde, so ließ man die Sache beruhen, und die Sitzung ward nach 12 Uhr geschlossen. Die Ausschüsse versammelten sich sofort, um an ihr Werk zu gehen."

⊙ Frankfurt, 5. Sept. Mit der Verwerfung des Majoritätsgutachtens in der Frage, ob sofort durch Zurückziehen der Reichstruppen aus den Herzogthümern der Vollzug des Waffenstillstandes eintreten solle, und dagegen Annahme des Gutachtens der Majorität der combinirten Ausschüsse, wonach dieser Ausschub im Vollzug wirklich eintreten hat, ist das Schicksal der Waffenstillstands-Angelegenheit zur Entscheidung gekommen, wie können verhängnißvoll werden. Niemand läugnet dies. Daß das Ministerium seinen Einfluß auf die Reichsversammlung zu hoch anschlug, daß es glaubte, ein ihm günstiges Votum durch die Androhung seines Zurücktritts erlangen zu können, ist zu bedauern, denn man gegen Geschicke, den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, sprach sich das Mißtrauen offen aus; und eine große Zahl von Abgeordneten, welche den Waffenstillstand sonst unbedingt verworfen hätten, ließen sich, um das Ministerium zu halten, bewegen, gegen den Antrag, den Rückzug der Reichstruppen aus Schleswig augenblicklich einzustellen, ihre Stimme zu geben. — Wir werden nun wohl ein Ministerium erhalten, welches sich auf die mit Tahlmann an der Centrum gruppirten Abgeordneten, und auf das linke Centrum stützen wird; unmöglich wäre es indeß nicht, das mehrere der bisherigen Minister auch bei der neuen Combination sich beibehalten; man spricht von Robert Mohl, v. Beuder, Max v. Gagern, Mathy und Ludwig. — Unter den Neuernennenten wird sich wahrscheinlich v. Herrmann aus München befinden.

Der Waffenstillstandsabschluß.

Der „Allgemeine Merkur," das gemäßigtste Blatt der Herzogthümer, spricht sich über die Plackereien vom Abschluß des Waffenstillstandes folgendermaßen aus: Also der Waffenstillstand ist abgeschlossen und die Ratifikation desselben durch den König von Preußen soll seinen Zweifel unterliegen. Von Berlin erwartet Jubel uns man kennt den Hrn. v. Pelow: auch in Kopenhagen, wo übrigens die Kriegspartei noch das Uebergewicht zu haben scheint, im Gegensatz zu den Provinzen, wo man die Folgen des Krieges mehr verspürt, wird man sich die Bedingungen gefallen lassen, wenn sie wirklich so lauten, wie namentlich die „B.-H." sie angibt. Den Berlin kann die Ratification gleich durch den Telegraphen nach Köln gemeldet werden, wenn man nicht vorzieht, sie bis zur Ratifikation seinen Zweifel unterworfen ist, und die Zurückziehung wird man wohl aufsuchen. Inzwischen ist die zweite Abtheilung der würtembergischen Infanterie angelangt und, wie wir vernehmen, nach Skandsbeck verlegt, und Generalmajor Hill ist seit gestern Abend wieder hier. Ob trotz dem aber, was die Centralgewalt und die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt für die Sache aufwenden werden, es, wenn auch Preußen Bedenken zur Abschließung eines Waffenstillstandes gegeben ist, die Bedingungen doch, allen Anschein nach, bedeutend von den in Frankfurt besprochenen abweichen und in mancher Beziehung dem Frieden vorgreifen. Aber die Frage hatte schon früher durch das Auftreten Frankreichs, das hier mit England und Rußland Hand in Hand geht, ein anderes Ansehen gewonnen und was noch mehr eine europäische geworden. Diejenigen, welche dort am Ruder stehen, scheinen ihren Stolz darin zu setzen, die Politik des Friedens und des neuen Festhaltens an den Verträgen zwie sie dieselben verstehen auf die Spitze zu treiben, und die schleswigsche Frage, bei der Frankreich sich als Garant anstellt, mag ihnen eine erwünschte Gelegenheit gegeben haben, in diesem Sinne bedeutend gegen Deutschland aufzutreten und sich dadurch in den Augen der Nation zu heben. Deutschland, daß so viel mit seinen innern Constitutionirung zu thun hat, ist offenbar nach Aussen schlecht berathen gewesen, und es kommt nun darauf an, den Waffenstillstand zu benützen, um eine Lösung der Frage im deutschen Sinne vorzubereiten. Es zeigt sich hier, daß es in Fragen der äußeren Politik nicht genügt, seinen Willen auszusprechen, sondern daß man auf anderen Staaten gegenüber mit gleichberechtigten Souveränetäten zu thun hat, die auch ihren Willen geltend machen und das Recht der Verträge für sich in Anspruch nehmen. Was sind aber zunächst bestimmt, ist unser Land. Wie wird man dort die Waffenstillstandsbedingungen aufnehmen, und was soll aus demselben während des neuen siebenmonatlichen Provisoriums werden, das dem Anschein nach unaufhörliche Widersprüche, zu Unmöglichkeiten verbindet. Das sämmtliche Büreau hat, seine Pflicht eingedenk, die Landesregierung auf den 4. Sept wieder einberufen. Welche Kämpfe werden sich hier erheben, und wird das Land die ihm auferlegte schwere Probe der Geduld und des Patriotismus bestehen?"

Der königliche Centralschulbücherverlag zu München.

(Zur Entgegnung.)

** Auf den in unserer Beilage Nr. 48 mitgetheilten Artikel, das vorgestannte Institut betreffend, ist uns eine Entgegnung zugekommen, als deren Verfasser Hr. Nitr. Volkart, Buchtrucker zu Augsburg, unterzeichnet ist. Um Aufnahme derselben in unser Blatt ersucht, nehmen wir keinen Anstand, diesem Wunsche zu entsprechen, und einer andrerseitigen Stimme Raum zu geben, indem wir jedoch alles, was nicht auf die Sache selbst wesentlich Bezug hat, übergehen. Hr. Volkart ist unbedingter Gegner des Centralschulbücherverlags. Derselbe verdanke sein Entstehen im Jahre 1654 den Jesuiten, seine „Renovirung wenigstens den Grundlagen nach den Wätern eben dieser Gesellschaft unter dem Ministerium Abel im Jahre 1838," sei seit der ersten Ständeversammlung im Jahre 1819 die auf die neueste Zeit fortwährend Gegenstand anhaltender Angriffe in der Kammer der Abgeordneten gewesen, von der bedeutendsten Autoren, Publicisten, einem Manne größter Intelligenz und einsichtenem Fortschritte in der besagten Kammer im Jahre 1841 auf das Gehässigste bekämpft worden. In seiner gegenwärtigen Einrichtung sei das Institut für die neue Zeit eine unmöglichkeit geworden. Wenn der Verbleiber des Centralschulbücherverlags auf das freie England hinweist und sage, daß auch dort der Kreis und Recht zustehe, Parlamentsakten, Proklamationen, Rathsbeschlüsse auf ihren eigenen Pressen zu drucken, so sei dies nicht die ausschließliche Beschäftigung der Staatsdruckereien, welche niemals „Schulbücher" drucken, sondern in London, wie in Paris seien sie der großartige, auf das Kostbarste mit Stichen und allen Sprachen der Welt ausgestattete Kunstinstitute, wenn auf Rechnung des Staates Druckwerke geographischen und naturwissenschaftlichen Inhalts gedruckt werden, welche wegen der angebenen Kosten ein Privatmann nicht unternehmen kann, und deren Druck daher im Interesse der Kunst und Wissenschaft der Staat besorge. Der englische und französische Staat lasse auch Staatspapiere und andere wichtige Dokumente, die sie nicht für Privatdrucksereien eignen, auf seinen Pressen drucken, während der bayerische Staat solche theils in seinen sofür unter Lande anfertigen, seine zahlreichen Pressen aber mit den von ihm zwangsweise eingeführten Schulbüchern beschäftigen lasse. Darin liege der große Unterschied. Selbst die hiesigen Pressen „pfuschen" Schulbücher seien in Privatverzeichnissen gestraft worden, und Niemand dürfe sich mit diesen Verlaufe befassen ausser bezeichnete Buchhändler. In Bayern aber habe man durch die Aufdrohung des alten Privilegiums den Druck der seinen restituirten „goldenen Almosens" einerseits und durch das neu ertheilte „Privilegium an den katholischen Bücherverein" andererseits fast alles, was im Buchhandel als Verkäufig zu betrachten, aus diesen weg und zum größtentheile in die Hände des Clerus gespielt. Es bleibe also der diesen beiden Privilegien bereits mehrfach gemachte Vorwurf unentkräftet, daß sie dem bayerischen Staate der Welt durch Gewerbsverleihungen zum Seite des Staats gegen buchhestemte Gewerbe bestellen, und gestellt werden. Der Katalog des Centralschulbücherverlags sage klar und deutlich: „Jedermann, ohne Unterschied des Glaubens und Standes kann diese Artikel mit 20 Proz. Rabatt beziehen und wieder verkaufen." — — und allenmälige sei es, daß unter dem Ministerium Abel die königl. Studienrectorate und andere solche Anstalten ämtlich aufgefordert wurden, den Bezahl an Schulbüchern für ihre Anstalten anzugehen, welcher ihnen unter gänzlicher Ausschließung der konzessionirten Buchhandlungen von der Administration zugesichert, und solche Anstalten durch den bemerkten Rabatt auf die unwahrste Weise zum Bücherhandel verleitet worden sind. —

Ein solches Verfahren sei gegen alles Recht, um so weniger zulässig, als der Staat sein Recht habe zur Ausübung irgend eines Gewerbes. Man gebe dem König, was des Königs ist, — aber auch dem Bürger, was des Bürgers ist, d. h. den ausschließlichen angeschaffenen Betrieb seines Gewerbes, von dem er mit Weib und Kindern leben, von seinen Erträge er an Fürst und Staat Abgaben entrichten muß. Was die Preise der in dieser Anstalt gedruckten Bücher betreffe, so werde dieselben jeder Buchdrucker oder Buchhändler eben so billig herstellen, wenn er die Sicherheit einer so großen Absatzes für das ganze Land habe, wie diese Anstalt. Die Preise der in Preußen, Sachsen, Würtemberg u. s. w. wo nirgends eine solche Anstalt besteht, eingeführten Schulbücher geben Beleg dafür. Ja dem berühmten Christoph v. Schmid würde jeder andere Verleger für seine biblische Geschichte, Katechismus, kleine Erzählungen u. s. w. bei gleich billigen Preisen gern ein jedmaß höheres Honorar bezahlt, und dennoch ein schönes Geschäft damit gemacht haben, da diese vortrefflichen Schriften in der Land des Geschäftsmannes einen weit größeren Absatz nach den übrigen deutschen Staaten gefunden haben würden, als ihm der bayerische Centralschulbücherverlag zu erzielen vermochte. Man habe zwar einen wohlthätigen Zweck in Aussicht gestellt, nämlich eine aus den Ueberschüssen des Schulbücherverlags zu errichtende Pensionsanstalt für Schullehrer, allein damit könne man den den Gewerben zugefügten Nachtheil durchaus nicht verschweren, und der Bedauerung des Hrn. Bolthart sei somit gar nicht der am besten Institute erzielte Augen zu ganz anderen Zwecken verwendet, als zur Unterstützung der Armen.

Das sind im Wesentlichen die Argumente, welche Hr. Bolkhart gegen das Fortbestehen des Centralschulbücherverlags aufeinanderfegt. Wir haben und dabei, wie schon Eingangs bemerkt, lediglich an die Sache gehalten; die beliebten Kraftausdrücke, mit denen Hr. Bolthart seine Aufeinandersetzung würzen zu sollen geglaubt hat, haben wir als der Sache fremd, wie es sich handelt, nicht den mindesten Vorschub leistend, als unnütz und unnöthig, beseitigt, so wie wir auch die in dem Aufsatze enthaltenen persönlichen Anspielungen und Tendenzsuchereien auch gleichem Grunde übergehen. Uns ist es bloß um die Wahrheit zu thun. Was dem Staate in seiner Gesammtheit, wie allen seinen Angehörigen jeder Klasse wahrhaft frommt, heraußzustellen, zu fördern, das ist unser einziges Ziel, das wir unverrückbar im Auge behalten. Weder auf die Leidenschaften, sondern auf die Ueberzeugungen wollen wir wirken: wo jene das Wort führen, und das Urtheil bestimmen wollen, da kann keine ruhige, allseitige Erwägung der Verhältnisse Platz greifen; eine solche allein aber gewährt Bürgschaft für die beste, dem Lande wahrhaft ersprießliche Entscheidung. Wir können nur beklagen, daß diese unumhößliche Wahrheit so häufig nicht die gebührende Beachtung und Anerkennung findet.

Deutschland.

Würtemberg. — Es heißt, das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens sei Ludwig Uhland angeboten; man zweifelt aber, ob er es annimmt. Paul Pfizer wurde durch ein anhaltendes Nervenleiden, das ihn zu ernster Arbeit unfähig macht, zum Rücktritt genöthigt. Ferner glaubt man, daß Duvernoy, der Minister des Innern, durch den Kanzler v. Wächter werde ersetzt werden.

Baden. — Freiburg, 3. Sept. Wir besitzen hier noch zwei Vauban'sche Festungswerke und einen Rempart, Bastionen und Gräben (jetzt von Weingärten bedeckt), welche die Franzosen gebaut haben. Der tägliche Anblick dieser Ueberreste aus der Zeit hindert auf das deutsche Elsaß reinnert uns oft genug an die Geschichte der französischen Kriege und warnt uns vor dem Vertrauen auf die Uneigennützigkeit Frankreichs. — Die französische Revolut gibt sich nunmehr das Ansehen, die Freiheit Italiens verbreitigen zu wollen, um schlägt an den Schild des Krieges. Da aber nach den gegenwärtigen Verhältnissen von Italien die Zusammensetzung seiner Einzeltheile zu einem einheitlichen Staate nicht wohl denkbar ist, und jetzt, nach dem Siege der Freiheit in Oesterreich, die Lombardei, auch wenn sie vollständig in Besitzung mit dem Kaiserhause bleiben würde, sich wenigstens in demselben Maße der Segnungen der Freiheit erfreuen dürfte, als wenn sie an Sardinien oder den Kirchenstaat sich anschlösse, oder zum selbstständigen Herzogthum gebildet würde; so fällt der rein aus der Humanität genommene Grund der Kriegsführung hinweg, und es wird daher unser, durch die weibliche vielfach gerechtfertigtes Mißtrauen gegen Frankreich schon vor der Entstehung des neuen Krieges von Neuem rege gemacht. Nicht die unterdrückte Freiheit Italiens, sondern das Bedürfniß des Krieges für Frankreich ist es offenbar, was die neue Kriegsfackel entzündet! — Wenn wir nun auch ganz davon absehen, daß für Deutschlands Ruhm und Größe wären und dabei ruhig zuschauen wollten, wenn Oesterreich, in seiner gegenwärtigen Zerrüttung, unter Frankreichs Angriffen zusammensiele: so muß und der Gedanke zur Thätigkeit aufwornen, daß dabei auch und die Reihenfolge treffen dürfte. — Darum laßt uns nicht zuwarten, bis wir in Brunhilden besiegt werden, sondern lassen und einen Krieg mit Oesterreich sogleich für einen solchen mit ganz Deutschland erklären! — Ein entschiedenes Handeln und die schnelle Einberufung des Reichsbereez (von 900,000 Mann!) verbunden mit unverzögerter Herstellung einer kräftigen, definitiven Centralgewalt, dieses allein sind die Mittel, welche die linverletzbrit Deutschlands und die Aufrechthaltung des Friedens von Europa verbürgen! (N. Fr. Z.)

Kurhessen. — Kassel, 3. Sept (Fortdauer der Exzesse.) Die Unruhe am 1. Abends baben sich auch am 2. wiederholt, ungeachtet die Bürgerwehr scharfe Wache hielt; die Tumultuanten benutzten die Stunden, wo sich die Bürger wieder in ihre Wohnungen zurückgezogen, und bissen so wieder mehrere Bäckerläden angegriffen und verdeert. Bei den zahlreichen Patrouillen am 2. Abends wurde aus einem Hause in der Unternenstadt geschossen und in Folge davon Hausschuung gehalten; mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Mehrere Bäcker haben übrigens ihr Backwerk bereits verkauft oder vertheilt, damit des Weiterbrots, soll so gar mit Feuergewehr geschossen haben. Der Lärm wurde dadurch immer ärger: eine anrückende Abtheilung des Jägerbataillons schützte das Haus vor weitern Gewaltthaten. Heute, am 3., waren wieder den ganzen Tag Bürgerwache, Schutzwache und ein großer Theil der Besatzung, Infanterie, Kavallerie und Artillerie in Bewegung; ganze Quartiere waren abgesperrt, und mehrere bedeutenderen Gassen haben wir nicht gesehen, dass selben mehrere Verhaftungen vorgenommen sein. — Folgende polizeiliche Bekanntmachungen sind am 2. und 3. d. M. hierselbst ergangen: „I. Die am 24. v. M. erlassene Bekanntmachung, wonach Zusammenrottungen in den Straßen nach 9 Uhr Abends von mehr als 6 Menschen untersagt sind, wird hiermit mit den Bemerken in Erinnerung gebracht, daß gegen jede Uebertretung dieses Verbots und jede Ruhestörung mit aller Strenge des Gesetzes vorgeschritten werden wird, zu welchem Zwecke die erforderlichen Anstalten getroffen sind, namentlich auch die Unterzüpfung der Bürgergarde etwa nöthige militärische Macht bereit gehalten werden wird. II. Die von der unterzeichneten Behörde durch diese Bekanntmachungen vom 24. v. und 2. d. M. zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung getroffenen Anordnungen haben einen erwünschten Erfolg nicht gehabt, die Sicherheit des Eigenthums ist vielmehr wiederholt auf eine bedauerliche Weise gestört worden. Dieselbe soll sich daher, um weiteren Störungen der öffentlichen Ruhe vorzubeugen, veranlaßt, die nachstehenden ferneren Maßnahmen bis auf anderweitige Verfügung anzuordnen: 1) Sämmtliche Gast- und Wirthshäuser, Konditoreien und Schenken aller Art, so wie die Lokalitäten aller geschlossenen Gesellschaften, Kasino's, Klubs sind um 10 Uhr Abends zu schließen; 2) die Haushüren und Fensterläden sind von 10 Uhr Abends an verschlossen zu halten; Diejenigen sind dafür verantwortlich, wenn Wirthe gefunden ist, und zwar so lange, bis die bewaffnete Macht wieder abgezogen ist. Kassel, den 3. September 1848. Kurhessische Residenzpolizeidirektion. Königl. v. c." (Kass. Ztg.)

K. Sachsen. — Die Berathung des Gesetzentwurfs in der II. Kammer über das Vereins- und Versammlungsrecht bietet so viel Interessantes, daß eine kurze Darstellung derselben vielen unserer Leser willkommen sein wird. Die Vorlage des Gesetzes von Seiten der Regierung erfreut sehr wohl das Gesprächige eines gänzlich unbeschränkten Vereins- und Versammlungsrechts an, allein im Verlaufe der Debatten hat sich Selbstständigkeit des sächsischen Volkes will sie alle und jede Beschränkung von vorne herein umgehen, und nur gegen den Mißbrauch derselben Repressivmaßregeln eintreten lassen. Diese im höchsten Grade freisinnige Auffassung der Vorlage von Seiten der Regierung genügte indeß der Majorität des 1. Ausschusses nicht. „Lese will gänzliche Freiheit von den Fesseln, welche der entfernte Beschränkung anlegen." Die Minorität stimmte jedoch für die Ansicht der Regierung, und scheint auch nach dem Ergebnisse der Debatten die Mehrheit der Kammer zu vertreten. Der Abgeordnete Linke eröffnete die Debatte über den allgemeinen Theil des Berichts mit sehr schon klingenden und abgerundeten Redensarten, in welche die Worte: Ruhige, Damellesschwert und Besonnenheit die Hauptrolle spielten und schloß sich der Majorität des Ausschusses an, nachdem er auch eine absonderliche Einsicht im Militärwesen bewiesen. Abgeordneter v. Criegern sprach für den Gesetzentwurf, indem er die Meinung vertheidigt, das Vereinsrecht sei keine Consequenz des Naturrechtes, und von gegebener Staat müsse von den Vereinen nicht verlegt werden. Ueber den Mißbrauch des Vereinsrechtes zu urtheilen sei der Staat verpflichtet. Daß der Staat seine Befugnisse überschritten, könne man von dem vorgelegten Entwurfe gewiß nicht sagen. Die Abgeordneten Mautisch und Tschirner sind gegen den Entwurf. Letzterer bezieht sich auf Nordamerika und spricht sich dahin aus, daß der Staat nun darüber zu wachen habe, daß er von den Vereinen nicht umgestürzt werde. Er, der Redner, habe in dem Entwurfe auch Präventivmaßregeln und stimme deshalb gegen den Entwurf. Der Abgeordnete Seyfert warnt vor Ueberstürzungen, welche Mißstand und Freiheit untergraben. Auch die Abgeordneten Schenk, Dr. Geißler und Dr. Plagmann schließen sich der Vorlage an, wobei Letzterer bemerkt, es sei ihm unbegreiflich, wie eine Regierung möglich sei, wo so viele Vereine mitregieren wollen. Auch der Abgeordnete Hecker schließt sich der Vorlage an. Dagegen sprechen heftigen Widerspruch gegen die Majorität des Ausschusses. Ersterer meint, die Vereine dürften jede Frage diskutiren, es stehe zwar Jedem frei, selbst im Ständesaale einen Antrag auf Einführung der Republik zu stellen. In Nordamerika werde ein Verein, welcher die Einführung des Königthums bezwecke, gewiß nicht verboten werden. Der Abgeordnete Metzler spricht für die Vorlage und zweifelt, ob in Amerika ein Verein zu dem obengenannten Zwecke wohl bestehen dürfen. Abgeordneter Tschirner theilt die Meinung des Abgeordneten Wehner in Bezug auf die Freiheit, im Ständesaale einen Antrag auf die Einführung der Republik stellen zu können. Abgeordneter Brockhaus stellt das Vereinsrecht so hoch, wie irgend Jemand, kann aber dem ungeachtet in

der Vorlage seine Beschränkung derselben entdecken, und stimmt daher mit der Regierung. Bei diesem Gesetze könne ein volksfeindliches Ministerium sich nicht 14 Tage halten. Die Abgeordneten Dr. Haase und Sachse stimmen gleichfalls für die Vorlage. Abgeordneter Sperl, widersprecht Wehner und Tzschirner Aufsicht, als könne man im Staatsbesitz die Einführung der Republik beantragen, indem die Verfassungsurkunde wohl Anträge auf Abänderung, nicht aber auf Aufhebung der Verfassung zulasse. Abgeordneter Metzler wiederholt nochmals sein Votum für die Vorlage. Staatsminister Oberländer nimmt schließlich zur Vertheidigung der Vorlage das Wort und vertheidigt kräftig die Regierung vor dem gemachten Vorwurfe, als wolle sie eine Dinerthese offen lassen, und vor Lange von dem Volke dasselbe Vertrauen, welches das Volk von der Regierung verlangt. Hierauf folgte die spezielle Debatte über die einzelnen Paragraphen der Vorlage.

Preußen. — * Wir tragen bei von dem Ministerpräsidenten v. Auerswald in Betreff des Waffenstillstandes mit Dänemark in der Nationalversammlung gemachten Aeußerungen (siehe unter heutiges Hauptblatt) etwas ausführlicher nach. Er hob in längerer Rede vorzüglich hervor, wie im Monat April der staatsrechtlich bestehende Verband der Herzogthümer Schleswig-Holstein mit Dänemark aufzulösen versucht worden sei, wie man zu seiner Aufhebung geschritten sei durch dänische Truppen. Es setze voraus, daß es keiner Rechtfertigung bedürfe, daß Preußen dem deutschen Bundesstaate zu Hülfe eile. Während der König von Dänemark der Herzogthümer beraubt gewesen, habe Deutschland den feindseligen Dänemark auf einem anderen Elemente nicht entgegenzutreten vermocht. Er weist darauf hin, wie Preußen im Auftrage der deutschen Centralgewalt gehandelt und wie es auch jetzt mit Beistimmung der deutschen Centralgewalt den Vertrag abgeschlossen. Er macht aufmerksam auf die Vermittlungen der Kronen Großbritannien und Schweden, wie darauf, daß sich bei früheren Verhandlungen Schwierigkeiten in verschiedenen Art entgegengestellt; daß gefangene Gurken theile nicht die Ansicht Deutschlands und Preußens. Das erlangte Resultat sei als ein höchst günstiges anzusehen, die Vereinigung der beiden Herzogthümer sei erlangt und deutsche Bundestruppen in denselben. Die Verwaltung sei eine deutsche, die im Namen des Königs von Dänemark handele. „Die Opfer, die dem Lande wie ganz Norddeutschland aufgelegt waren, drücken schwer, aber das Land würde sie auch ferner ertragen haben, wenn im Markel auf der Ehre Deutschlands hafte. Ich habe in dem Waffenstillstande eine glückliche Voraussicht des Friedens." Der Minister erklärt, wie er bereit sei, alle Dokumente zur Einsicht der Versammlung zu stellen, und wie er nicht schließen könne, ohne der braven Truppen und der Feldherren zu gedenken. (Bravo rechts und Zischen links.) — Hr. Hansemann war bei der Kammersitzung nicht gegenwärtig; derselbe soll krank sein.

Bis 3. September Mittags sind zu Berlin als an der Cholera erkrankt angemeldet 480 Personen. Daran sind gestorben 301, genesen 55, in Behandlung verblieben 124.

Oesterreichische Monarchie.

Galizien. — Tarnopol, 24. Aug. (Cholerabericht.) Seit meinem letzten Berichte vom 15. d. hat die Cholera in unserer Stadt intensive und extensive zugenommen. Erkrankungs- und Sterbefälle steigern sich täglich, Trauer und Verwirrung bemerkbar in allen Gesichtern. Viele flüchten sich gänzlich abgeschaffen, in manchen sind sie hilflose Waisen zurückgeblieben, die vergebens um Unterstützung anprechen. Die Gewerbs- und Vermögenslosigkeit ist groß, größer noch die Armuth, die an den Resten des Wohlhabens verderbend nagt. Viele haben die Stadt verlassen, Handel und Verkehr liegt darnieder, und selbst an den nöthigsten Lebensmitteln beginnt es zu fehlen, da beinahe alle Zufuhr aufgehoben. Tief ist die Stufe des Elends, das unsere Stadt in diesen Augenblicke darstellt. Schauerlich, aber wahr! Hier haben wir seit dem 15. bis 23. d. einschließlich beinahe 260 Leichen zu Grabe getragen. Die Zahl der Erkrankungen läßt sich aber nicht numerisch ermitteln, da verlässliche Ausweichungen darüber fehlen, man kann aber annehmen, daß täglich 100 Erkrankungsfälle wenigstens vorkommen. Eine furchtbare Summe für eine Stadt wie Tarnopol! Und da nun kein Uebel allein zu kommen pflegt, so führt auch die Dame Cholera in ihrem Gefolge den Typhus, der die Nachlese hält.

(Bothe f. Tirol u. Vorarlb.)

Die englische, französische, italienische Presse stimmt täglich einen betäubenden Chorus über die Greuthat von Italien an, während die österreichischen Blätter, in Europa fast noch isolirt, unbetannt, nur einen verworrenen Widerhall geben der kaum bis zu Inn und Isar dörbar ist. Und die Mailänder Zeitung! Hat man denkbar das was deute geweinen ist morgen wieder verloren sein könne? Zwar würde das österreichische Heer seine Tapferkeit auch gegen jeden neuen Feind bewähren: auch wirde England, das jetzt mit Frankreich zu gehen scheint, im Fall eines bewaffneten Einschreitens der Abenaumer, die augenblicklich Einmeuterie in den Weg schieben. Aber das Geschehene selbst kann es nicht hindern, schwerlich aufhalten, und vielleicht indem wir schreiben, hat ein französisches Geschwader schon seine Hand auf Venedig gelegt. Die neueste Revue de deux Mondes sagt: „Sieger, die wieder in den Besitz ihrer Provinzen getreten sind, kann man in der That schwer übertreffen das sie durch Verträge aufgeben lassen was sie durch die Waffen wieder gewonnen haben. Indessen hat Frankreich sein Wort in die Wagschale geworfen, in der Italiens Loose gewogen werden; es hat die Stunde bezeichnet, wo es sein Schwert hineinwerfen wird. Ist Frankreich so weit, was wird England thun? Wir rathen der Regierung, nicht viel Zeit mit Rathschlagen jenseits des Kanals zu verlieren. Wenn wir einmal Ancona wieder nehmen müssen, wäre dieses Ancona auch diesmal Venedig, so wollen wir nicht vergessen daß je schneller solche Schläge geführt werden desto besser." Man sieht, die siebzigste Wiederkehr an Frankreich ist vorbereitet, und schon hat auch Admiral Albini einen neuen Vorkauf gethan die wiederholten Turiner Befehle zur Räumung nicht zu befolgen. Und gegenüber solchen schlechten Kunststücken, solchen gebahnten Treulosigkeiten macht man Oesterreich Vorwürfe! Wer hätte den Marschall Radetzky hindern können über den Ticino zu rücken, Alessandria — vor noch nicht fünfzig Jahren noch eine österreichische Festung! — wieder zu besetzen, und den Frieden in Turin zu diktiren, statt sich durch einen übelbeleumundeten vergänglichen Waffenstillstand betrügen zu lassen? Hatte in den Augen Englands und Frankreichs — die für Dänemarks angeblichen Recht so eifrig sind — Karl Albert mehr Recht in die Lombardei einzufallen, als der angegriffene österreichische Heerführer in Piemont, ja in allen den italienischen Staaten welche die Waffen gegen Oesterreich erhoben haben? Man bliebe auf Italien: Genua ist in Anarchie, Livorno hat sich erhoben und eine provisorische Regierung ernannt, Rom steht am Vorabend einer Contrerevolution, Neapel mitten drin, Sicilien arbeitet sich ab in äußerster Verwirrung. Und in diese Zustände soll ein französisches republikanisches Heer Frieden und Ordnung bringen, während Paris, kaum dem Krieg bis zum Messer entronnen, jeden Augenblick darein zurückfallen droht? Wenn Oesterreich Institutionen-Fäulniß für Lumpen und Fetzen hält, so sind diese selben sich verkleidende, im Angesicht der von allen Seiten freigegebenen europäischen Diskussion, wer vermöchte da den Italienern mehr zu bieten? (A. Z.)

Italien.

Berichte aus Alessandria vom 26. August (im Cartegaio del Corriere mercantile) schildern den Zustand des piemontesischen Heeres noch gerade so, wie er zehn Tage früher war, mit Ausnahme der Ermattung und des Hungers. Man benützt sich, es wieder zusammenzubringen und zu kleiden, aber der Geist ist beinahe noch derselbe, denn weder die Generale bewegen sich, noch erklärt die Regierung (nach so vielen unnützen Proklamen) dem Heere ihre eigenen Absichten (das hat der König in seiner neuesten von mir mitgetheilten Proklamation dem doch gethan). Daher Unzufriedenheit und Langeweile. Viele der besten Offiziere gaben ihre Entlassung. Im Gegensatze damit wußte die dortige Festung mit überstürzender Hast bewaffnet und verproviantirt werden; jetzt ist der Befehl dazu auf einmal eingestellt worden. Wer wird daraus klug?

Das Journal des Debats erzählt in einem Berichte aus Turin vom 27. Aug. folgendes über die letzten Ereignisse des lombardischen Aufstandes. Die Banden Garibaldi, geschlagen bei ihrem letzten Zusammentreffen mit den Oesterreichern, hatte nur noch die Zeit sich an Bord zweier Dampfboote zu flüchten, deren sie sich bei ihrem Auszug aus Arona mit Gewalt bemächtigt hatte. Sie landete zu Magadino im Canton Tessin. Die schweizerischen Behörden zwangen sie die Waffen abzulegen, welche unmittelbar nach Beilegung gesendet wurden. Der Polizeiadjutant der Bande General Garibaldi, der in dem Kampfe zwei leichte Verwundungen erhalten hatte, machte Anstalten sich nach Lugano zu begeben, wo unter Maximis Präsidentschaft das lombardische Comite seinen Sitz aufgeschlagen. Dieses Comite bietet, trotz der Unfälle die es betroffen, Alles auf um einigen Ersatz zu verschaffen. Freiwillige hatte die noch in Genua, Hülfe zu leisten die größte Energie einzuflößen. Dazu verwandte man erst einiges Geld was sich noch in der Kasse des Vertheidigungscomite von Mailand befand und das man wohlweislich bei der Räumung dieser Stadt mitgenommen hatte. Jetzt wendet man sich an die Nobili und die reichen Auswanderten der Lombardei, daß sie nach ihren Vermögensumständen bei Herbeischaffung der Mittel zur Fortsetzung des Krieges ihre Pflicht leisten. Dieser Aufruf wird, wie es scheint, nicht viel ausgeben. Denn wie diese Zumuthung von Seite des Comites bekannt wurde, beeilten sich Alle die noch etwas verfügbares Geld hatten den Canton Tessin zu verlassen. Sehr thätige Abgesandte des Mazzinischen Comited sind in Piemont angekommen, um auf jede mögliche Weise die Einreihung der lombardischen Freiwilligen in das sardinische Heer zu hintertreiben. Bis jetzt wenn sie nicht sehr glücklich, denn alle die unter dem Befehl von Giacopo Ducando dienten haben laut erklärt daß sie ihn nicht verlassen würden und stolz seien von nun an dem piemontesischen Heer anzugehören. — Genua, sagt dasselbe Blatt, hat die piemontesischen Truppen vortrefflich empfangen, und alle Gerüchte von Verräthert schwinden in dem Maß als man sich gegenseitig aufklärt. Der ruhige Theil und zumal der Handelsstand dieser großen Stadt sind für die Verfassung von Karl Albert, und nur unter den Utopisten die noch an die Möglichkeit auf ganz Italien einen Staat zu machen denken, gibt es Wühler und Republikaner.

Schweiz.

Basel. Hecker hat eine Schrift: „Die Erhebung des Volkes in Baden für die deutsche Republik im Frühjahr 1848" herausgegeben, die breeits in Baden mit Beschlag belegt ist. Als Ursachen des Mißlingens des Unternehmens werden hier angegeben: 1) die Feigheit der Republikaner, welche glaubten, man solle ihnen die Republik auf dem Teller präsentiren, oder sie lasse sich mit schönen Phrasen erkämpfen (Kuenzer, Würth, Kaysenmaier, Zogelmann, Kegt Bamtli und Hüetlin in Konstanz); 2) der Verrath mehrerer Anderer, z. B. Welti's und Grüninger's; sogar

mit den (falschen) Unterschriften Hecker's und Struve's wurde vom Zuzuge abgemahnt; 3) das Zaubern Weißhaar's und die Kapitulation Struve's in Donaueschingen; 4) Mangel an Energie unter dem Volke selbst, das mit dem Waffenhandwerk noch nicht vertraut war; 5) mangelhafte Ausführung militärischer Anordnungen; 6) Mangel an Munition (vor Freiburg); 7) die Täuschung, daß die badischen Soldaten das gegebene Wort, nicht auf die Republikaner zu schießen, halten werden; 8) die Uebermacht des Gegners, der aus drei andern Staaten Truppen herbeizog; 9) Mangel an Zusammenwirken von Seite der republikanischen Kolonnen. Wie wir hören, ist Hecker trotz seiner Erklärung doch gesinnt, nach Amerika zu gehen, zwar nicht, um dort zu bleiben, sondern um die republikanische Staatsform an Ort und Stelle zu studiren. (Ostd. Z.)

(Hecker reist nach Amerika ab.) Nächster Tage wird das benachbarte Muttenz um eine Celebrität ärmer werden. Der berühmte Einsiedler wird Europa müde seine Wanderung nach dem Lande der ausgedehnten Freiheit und Civilisation antreten. Die Reise über die See macht Hr. Dr. Hecker in Begleitung des amerikanischen Consuls in der Schweiz, Hrn. Goudie, welcher Basel bereits verlassen hat. Die Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung: Jaffeis, Zitz, Titus und Trützschler, sowie G. Metternich von Mainz, hatten sich letzten Sonntag noch zu einem Abschiedsbesuche bei ihrem Freunde in Muttenz eingefunden. (Bad. Z.)

Der Allg. Ztg. schreibt man über den obigen Besuch, daß Metternich unter andern folgenden Toast ausgebracht habe: „Auf die blutige Wiedertaufe Deutschlands, das nur in der Anarchie seine Zukunft finden kann!“

Belgien.

⊙Brüssel, 4. Sept. Baron v. Drachenfels, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der deutschen Zentralgewalt, ist vorgestern Abends schon, wie ich in einem meiner letzten Schreiben anführen, hier eingetroffen. Unter den andern hier angekommenen Fremden von Ausgezeichnung bemerkt man auch den spanischen Generalleutenant Don Juan von Halen, der bekanntlich schon früher zur Zeit Ferdinands VII. längere Zeit als spanischer Flüchtling in Belgien, seinem Stammvaterlande, gelebt, und auch an der Septemberrevolution von 1830 den lebhaftesten Antheil genommen hat. — Zu Ostende ist am 1. d. von Dover der Prinz Ludwig Napoleon Bonaparte angekommen, wo bereits die meisten Mitglieder der Familie Bonaparte vor ihm eingetroffen waren. Sie scheinen eine Art Kongreß zu halten, der unter den gegenwärtigen Umständen und besonders bei der jetzigen Lage Frankreichs, welches der Republik herzlich satt ist, nicht ermangelt, Beachtung zu verdienen.

Frankreich.

** Paris, 4. Sept. Die heute hier angelangten Neuigkeiten aus Piemont scheinen und aufzuklären über die Gründe, warum Karl Albert sich bewogen fühlte, den Waffenstillstand mit Radetzky zu unterzeichnen, und warum er sich bewogen fühlt die Friedensunterhandlungen direkt mit dem Wiener Kabinete zu betreiben, ohne die englisch-französische Vermittlung anzunehmen, welche ihm doch günstigere Bedingungen verspracht. Der Grund ist der: die republikanische Partei gewinnt von Tag zu Tag mehr Boden in ganz Italien und selbst in Turin. Wenn diese Partei siegreich entthront zu werden, und die Republik in seinen Erbstaaten aufgerichtet zu sehen. Deßhalb sog er es vor, sich in die Arme Oesterreichs zu werfen, und in ganz Piemont spricht man von einem geheimen Vertrage Karl Alberts mit Oesterreich, der kurz vor dem Abschlusse des Waffenstillstandes eingezogen worden sei. Wenn sich die Sache wirklich so verhält, so erklärt sich die Zurückweisung der englisch-französischen Vermittlung von Seiten des Wiener Kabinets (Siehe den Artikel Wien in unserem heutigen Hauptblatte), welches vorzog direkt mit Sardinien zu unterhandeln.

△ Paris, 4. September. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erfuhren die, welche sich auf einige philosophische Abhandlungen über das Grundgesetz gefaßt gemacht hatten, eine, wenn wir nach unserem Geschmack urtheilen dürfen, angenehme Täuschung. Es kamen nämlich statt des erwarteten Grundgesetzes wenigstens bis zu Abend der Post allerlei andere Dinge auf das Tapet, Zuerst erschien der gravitätische Finanzminister, Hr. Goudchaux, und erklärte, er wolle zwar die Erörterung über die Konstitution nicht aufhalten, aber vor allem brauche er Geld: Geld sei das erste Grundgesetz, in Republiken so gut wie in Monarchien; er trage also darauf an, daß man so schnell als möglich die direkten Steuern für das Jahr 1849 votire. Dieses Begehren wurde dem Finanzausschuß überwiesen. — Hierauf entspann sich ein Zwiegespräch zwischen dem legitimistischen Hrn. von Falloux und dem katholischen Hrn. v. Cavaignac wegen der Aeußerung, die letzterer in der Sitzung zuvor über angebliche dynastische Wühlereien gethan hatte. Falloux verlangte eine genaue Untersuchung. Cavaignac bestätigte sie gewissermaßen durch Ableugnung der Schrift: Eure Worte seien so, so, nein, nein, und dabei blieb's. Darauf begann eine staatswirthschaftliche Unterhaltung zwischen den Hrn. Bineau, Hrn. Faucher und dem Minister des Innern über die Arbeitszeit in den Fabriken, die zu keinem Resultat führte, und hernach wurde ein Vorschlag des Hrn. Flocon angenommen, nämlich die Sitzungen nicht zu spalten, so wie ein anderer des Hrn. Monterenil, die hier ersten Tage der Woche, vom Montag an, der Erörterung des Grundgesetzes zu nehmen, die zwei letzten aber der Beschäftigung mit Miscellaneen einzuräumen. Endlich kam eine lange, faserige, verworrene Debatte hervor über die organischen Gesetze an die Reihe, an der verschiedene Redner Theil nahmen, und der ich aber, aufrichtig gesagt, nicht recht klug werden konnte. Nur so viel trägt sich heraus, daß die Frage, ob die Erörterung darüber vertagt werden solle, mit 552 gegen 180 Stimmen verworfen wurde.

Rußland und Polen.

Der Kaiser hat folgendes Schreiben an den Grafen Nadasdy gerichtet: „Nachdem Wir mit tiefer Anmerksamkeit den Bewegungen der Truppen gefolgt waren, welche Ihrem Oberbefehl zur Aufrechthaltung der legitimen Rechte Ihres Monarchen anvertraut sind, und nun Kunde erhalten haben von den glänzenden Siegen, die Sie bei Commorn, Waitzen und Gujtoja erfochten, haben Wir es für gerecht erachtet, Sie zum Ritter der I. Klasse des Ordens des heiligen Großmärtyrers und Siegbringers Georg zu ernennen, dessen Insignien Wir Ihnen hierbei übersenden. Indem Wir durch diese höchste militärische Auszeichnung in Unserem Reiche einen neuen Beweis Unserer ausgezeichneten Anerkennung Ihres langjährigen und ruhmreichen, durch so glänzende Waffenthaten bezeichneten Dienstes zu befunden wünschen, verbleiben Wir Ihnen für immer wohlgewogen. (gez.) Nikolaus. Peterhof, den 19. August 1848.“

Griechenland.

Athen, 27. August. Der russische Geschäftsträger hat der königl. Regierung eine Circularnote des Petersburger Kabinets vom 19. Juli mitgetheilt, welche den Zweck hat, den Einmarsch in die Moldau zu rechtfertigen und als die Folge eines mit der Pforte gepflogenen Uebereinkommens darzustellen. Daß dieß letztere nicht der Fall war, der Einmarsch vorausging und die Verhandlung mit der Pforte erst folgte, haben die Aeußerungen der Pforte hinlänglich dargethan. In dieser Note schrieb Rußland die leidige Verhandlung vor, daß die Angelegenheiten der Fürstenthümer ausschließlich Rußland und die Türkei angehen, als wenn dort Deutschland und Oesterreich nicht mächtige Interessen zu wahren und deshalb nicht auch ihre Stimmen zu erheben hätten. Ferner weiß das Petersburger Kabinet gar keinen Zusammenhang seiner mit der Pforte geschlossenen Verträge, mit den übrigen europäischen Uebereinkünften anerkennen, während doch bei dem Abschlusse aller dieser Verträge die übrigen Großmächte thätig betheiligt waren, und sich sicherlich am wenigsten Rußland zu beklagen hatte. Die Note gibt übrigens die tröstliche Versicherung, daß die Räumung der Moldau, sobald sich die Pforte über den Stand in den Fürstenthümern beruhigt erklären wird, sogleich stattfinden werde. Diese Versicherung verdient Anerkennung und Beachtung. (Oest. Pl.)

Nachschrift.

Die Frankf. O.-P.-A.-Ztg. meldet in ihrem amtlichen Theil Zu Folge des von der deutschen Nationalversammlung in der Sitzung am 5. Sept. 1848 gefaßten Beschlusses: die zur Ausführung des am 26. Aug. 1848 zu Malmö abgeschlossenen Waffenstillstandes nöthigen militärischen und anderen Maßregeln zu treffen, haben der Präsident des Reichsministerrathes, sämmtliche Reichsminister und Unterstaatssekretäre ihre Posten in die Hände des Erzherzogs-Reichsverwesers zurückgelegt, der ihnen die dadurch angezeigte Entlassung ertheilt hat. Der Erzherzog-Reichsverweser hat den Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung Friedrich Daniel Bassermann aus Bonn mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt.

** München, 8. September. Begünstigt vom herrlichsten Wetter wird heute unter der lebhaftesten Theilnahme der ganzen Bevölkerung unserer Hauptstadt das Namensfest unserer allverehrten Königin Marie gefeiert. 25 Kanonenschüsse in früh'ster Morgenstunde, dann Tagesreveil von sämmtlichen Musikkorps der Linie und der Landwehr leiteten das Fest ein. Um 9 Uhr zogen die gesammte bewaffnete Macht nach der Michaelskirche zum solennen Gottesdienste. In den Frühmessen daselbst nun zu gleicher Zeit die Minister und Staatsbeamten aller Grade und Klassen in ihren bezüglichen Hochämte mit Tedeum bei. Nach dem Gottesdienste in der Michaelskirche und in den Kirchen aller andern Konfessionen fand in der Residenzstaffe, wo der kgl. Generallieutenant Frhr. v. Hohenhausen mit einem glänzenden Stabe von Generalen und Offizieren aller Grade Platz genommen hatte, der kgl. Generalgratulationscour Statt. Der festliche Tag wird ohne Zweifel in ganz Bayern mit eben so lebhafter Theilnahme begangen werden, wie hier.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 7. Sept. Oesterr. 5proz Metall. 70¼, 4proz. 59, 1proz. 21, proz. 30¼. — Bankaktien 1170. — 500 fl.-Loose 116. 250 fl.-Loose 74. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87½. — Sächs. Staatsschuldscheine 3½ proz. 75¼. — Bayer. 3½ proz. 77½. — Ludwigs-Bahn 65¼. — Württemberg. 3½ proz. 74. 4½ proz. 90¼. — Baden 3½ proz. 73½. — Loos-Aktien à 50 fl. 46. 35 fl.-Loose 23½. — Darmstädt. 3½ proz. 73½. 4proz. 84¼. — Loose-Aktien von 50 fl. 62½. 25 fl.-Loose 20¾.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 63.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnements: Monatspreis 45 kr. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Sonnabend den 9. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 18. Einschaltungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Deutsche Reichsversammlung.

A. **Frankfurt**, 5. Sept. (72te öffentliche Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung.) Die Sitzung ward um 9½ Uhr eröffnet. Nach Verlesung des Protokolls und einigen Berichterstattungen theilt der Präsident der Versammlung ein Schreiben des Reichsministeriums mit, durch welches dasselbe der Versammlung anzeigt, daß die Minister erst gegen 12 Uhr in der Sitzung erscheinen könnten, und daß daher bis dahin die Verhandlung über den Bericht der Ausschüsse in der Schleswig-Holstein'schen Sache verschoben werden möge. Auf Antrag von Golz ward beschlossen, die Sitzung überdauert bis ½12 anzusetzen. Um 11½ Uhr ward die Sitzung wieder eröffnet: der Berichterstatter Dahlmann betrat unter feierlicher Stille des vollbesetzten Hauses die Tribüne und entwickelte den Antrag der Majorität, dahingehend, daß die Vollzugsmaßregeln des Waffenstillstandes mit Dänemark zu fügen seien, Namens der Minorität des Ausschusses begründete Schubert (von Königsberg) den Antrag, daß die Beschlußfassung über die schwebende Frage bis zur Berathung und Beschlußfassung in der Hauptsache verschoben werden möge. Die Gründe dieser Parteien habe ich Ihnen in meinem Schreiben von heute Morgen bereits angeführt. Der Kriegsminister v. Peucker bemerkt, daß ein Aufschub der Beschlußfassung auf 24 oder 48 Stunden in militärischen Hinsichten ohne alle Relevanz sei, daß also darum keine Eile nothwendig sei, indem nach einem heute erst eingetroffenen Berichte des Generals Wrangel das Hauptquartier sich noch in Apenrade, etwa 6 Meilen von der südlichen Grenze, befinde. Der Minister des Innern v. Schmerling verliest hierauf eine Erklärung des Reichsministeriums, des Inhalts: Das Ministerium hat einstimmig beschlossen, den Waffenstillstand mit Dänemark nicht zu verwerfen, obwohl es anerkenne, daß das preußische Kabinet seine Vollmacht verletzt und sein Verhältniß zur Zentralgewalt nicht gehörig beachtet habe. Es sehe in der Entscheidung über die Sistirung des Waffenstillstandes ein Präjudiz für die Hauptsache und darum habe es geglaubt, seinen Antrag schon jetzt vorlegen zu müssen. Im übrigens derartige Konflikte für die Zukunft zu vermeiden, habe das Ministerium mit der Ansicht, von allen deutschen Regierungen die ausdrückliche Anerkennung des Vorgeschlagenen über die provisorische Zentralgewalt zu fordern. Hierauf sprach Hr. Simon (von Breslau) für die Anträge der Majorität. Tagesbefehl für seine der Minorität des Ausschusses. Zimmermann (von Stuttgart) vertheidigt gleichfalls die Ansicht der Minderheit. Die deutsche Ehre sei eingetreten; sie muß eingelöst werden. Wenn man sage, die Einheit Deutschlands sei in Gefahr, so muß ich sagen, daß ich die Einheit nicht will um den Preis der Ehre. Doch gehe ich nicht zu, daß diese Gefahr für die Einheit wirklich bestehe. Itzstein Simon hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Verwerfung des Vertrags höchstens einen Bruch mit dem preußischen Ministerium nach sich ziehe. Baiermann: Noch Niemand hat die Frage, auf die es heute allein ankommt, für Ehrenbruch und ruhmlos gehalten. Daß man mit dem Inhalt des Vertrages hier nicht zufrieden ist, nimmt mich nicht Wunder. Aber sonderbar weit es Ihnen klingen, daß auch in Kopenhagen allgemeine Unzufriedenheit über den Inhalt des Vertrages herrscht, insbesondere, daß unter den aufgeboten Gewesen auch jenes ist, wodurch Schleswig in das Königreich Dänemark einverleibt wurde. Wesendonk: Baiermann wollte in Genauigkeit der sachlicher Gründe Sie einführen, daß der Waffenstillstand ein bloßer Versuch misslingen wird. Wenn man sagt, der Waffenstillstand präjudizire nicht dem künftigen Frieden (Baiermann), so bezweifle ich das nicht. Wer einem schmachvollen Waffenstillstand zustimmen kann, wird um so eher einem unehrenhaften Frieden seine Genehmigung geben. Ich glaube nicht, daß das preußische Volk mit der Regierung geht; es wird auf unserer Seite stehen. Biedermann: Das Mittel, das die Minderheit des Ausschusses vorschlägt, ist weder klug, noch gerecht, noch beitringend. Hierauf folgte Engel von der einen, Radowitz von der anderen Seite. Blum: Der Waffenstillstand ist für Deutschland unehrenhaft und schädlich. Ich vermag es nicht, kalt wie ein Fisch die deutsche Nation mit einem Hunde zu vergleichen; aber sie verdiente es, wenn sie in diesem Falle die ihm widerfahrene Unbill stillschwiegen. Man spricht uns mit Krieg von allen Seiten, ja selbst mit Vernichtung; aber ich möchte nicht so begeisterungslos sein, um der deutschen Nation zu rathen, eine kleine Schande zu tragen, um einer möglichen größeren zu entgehen. Beckerath und Hecscher vertreten die Anträge auf Verschiebung der Debatte über diese Nebensache bis zur Entscheidung über die Hauptfrage; der letztere wünscht zugleich baldige Abstimmung über den Antrag Scheller. Simon (von Trier) weist auf die Beschlüsse der Nationalversammlung in Betreff Schleswig-Holsteins hin, welche uns Verpflichtungen auferlegen. Vom juristischen Standpunkte aus sei kein Zweifel, daß die Volljehung des Vertrages zur Zeit noch nicht möglich sei, da noch ein Erfordernis der Giltigkeit — die Ratifikation von Seite der Zentralgewalt — fehle. Früher hat man und ermahnt, Vertrauen zu Preußen zu haben: wir haben es gehabt, aber wir haben uns leider darin getäuscht. Fürst Lichnowsky sagte und damals, Preußen könne höchstens Punktationen mit Dänemark eingehen; die endliche Ratifikation müsse hier erfolgen. Was Preußen mehr thue, das sei vom Uebel. Die Majorität des preußischen Volkes ist deutsch: die gegen die Einheit reagirende Partei sei auch gegen die Freiheit in Preußen. Wenn die Preußen aufhören deutsch zu sein, so werden auch viele aufhören Preußen zu sein. Lichnowsky sucht nachzuweisen, daß in seinen früheren Aeußerungen kein Widerspruch mit seinem Antrage auf Tagesordnung liege. Ich bin nicht gesonnen, alle Handlungen unserer Ministerien zu vertheidigen; ich möchte insbesondere wissen, welcher die Stellung unseres Agenten des Hrn. M. Gagern zur Sache war, welches seine Instruktionen seien u. s. w. Minister v. Schmerling erklärt, daß das Ministerium die Frage zur Kabinetsfrage gemacht habe; es werde sofort abtreten, sobald der Antrag der Mehrheit des Ausschusses angenommen werde. Hierauf wird Schluß der Debatte verlangt und von der Versammlung angenommen. Wigard ergreift Namens des Berichterstatters das Wort. Wenn man dem Majoritätsantrage Leichtsinnigkeit vorwerfe, so müsse er dieses zurückweisen. Man habe mit Krieg und Schrecken aller Art gedroht: allein er frage, ob es besser sei, Krieg oder Verachtung vom Auslande erwarten zu müssen. Einen Bruch mit Preußen halte er für unmöglich, wenn man das preußische Volk als Preußen anliebe. Hierauf wurde von Seite der Rechten und der linken auf namentliche Abstimmung angetragen, und zwar war zuerst über den Antrag von Schubert und Genossen auf Verschiebung der Beschlußfassung abzustimmen. Für Verschiebung erklärten sich 230 Stimmen (darunter von bayerischen Abgeordneten Bauer, Bulfies, v. Schrenk, Schubert, Seyb, Thinnes, Vogel, Zenetti, Bölder, Döllinger, Wendt, Gombart, Schauberomüller, Gegenberg, Kraft, Künsberg, Loisault, Neumair, Obermüller, Quante, v. Rotenhan, Rudhardt), dagegen 244 Stimmen (darunter von bayerischen Abgeordneten Burkart, Cucumus, Edel, Eisenmann, Fallmeraher, Geigel, Hermann, Kirchgeßner, Pötzl, Reitdmair, Schneider, Schmitt (von Kaiserslautern), Stahl, Weber, Baur, Barth, Brauner). Es wurde daher zur Abstimmung über den Antrag der Mehrheit des Ausschusses geschritten, deren Resultat, Annahme mit 238 gegen 221 Stimmen, wir bereits mitgetheilt haben.

Wir fügen hier noch der Fritz. D.-P.-Z. Ztg den vollständigen Bericht des Hrn. Dahlmann über die Waffenstillstandsfrage bei: Meine Herren! Ich trete heute vor Ihnen als Berichterstatter der letzten Ausschüsse auf, des internationalen und des Ausschusses für die Zentralgewalt, welche Sie in der gestrigen Sitzung vereinigten, um Ihnen binnen 24 Stunden über die Frage Auskunft zu geben, ob eine Sistirung des dänischen Waffenstillstandes der hohen Versammlung zu empfehlen sei. Da mir ich nun allerdings vor allem erklären, daß ich nicht in dem Falle, keinesweges so ausgerüstet bin, Ihnen einen Bericht vorzulegen, wie er sonst in einer so hochwichtigen Sache wohl erwartet werden möchte: keinen schriftlichen Bericht, welchen Ihre vereinigten Ausschüsse vorher durchgehen, im Einzelnen geprüft und genehmigt hätten: ich kann Ihnen nur das geben, was, mir meiner innersten Ueberzeugung abgieben, erwachsen ist aus Notaten, die die heutigen Frühstunden zusammenstellen mir erlaubten. Ich kann Sie namentlich nicht durch den Irrgarten der verschiedenen Unterhandlungen führen, indem weder in dem jetzigen Ausschusse vorhanden waren, noch die Zeit irgend ausbrichte, um das Vorhandene in genügender Art zu bewältigen. Wie ist es nun damit gegangen? wenn ich darüber zunächst berichten soll. Als Ihre Ausschüsse gleich nach der Sitzung zusammentraten, lag diesen nichts Anderes vor, als was der Reichsminister des Auswärtigen bereits in der gestrigen Sitzung vor hohen Versammlung mitgetheilt hat. Uns war jedoch zugesagt, daß um 5 Uhr Nachmittags allen Rothwendige beschafft sein sollte. Jedoch als wir in benannter Stunde abermals zusammentraten, war noch nichts auf der Druckerei vorhanden, und erst später kamen einige Aktenstücke und in einer ungenügenden Anzahl, theils Abdrücke, theils Abschriften an. Anderes war schwerlich vorhanden und vermißt; namentlich ein erster Schreiben des Herrn Reichsministers vom 26. August, welches in dem Schreiben vom 29sten zurückgenommen und durch ein anderes ersetzt erklärte. Als Entschädigung für die Unzulänglichkeit der urkundlichen Mittheilungen trat inzwischen ein mündlicher

*) Außer ihm gehörten noch 7 dazu, besonders: M. v. Gagern, Würth Fiottwell, Zenetti, Gombart; die Majorität behauptet 11.

Bericht des als Ausschussmitglied sanctionirten Reichsministers Heckscher ein, welcher und zunächst in das Gedächtniß zurückrief, daß zuerst Anfangs Juli zu Malmö von der Krone Preußen ein Stillstandsantrag, noch nicht definitiv, gestellt worden sei: Preußen sei zu diesem Abschlusse von der Bundesversammlung beauftragt gewesen; doch sei das ein beschränkter Auftrag gewesen, indem die Genehmigung der Bundesversammlung vorbehalten worden. Nachgehends habe eine innige Verbindung zu der Beilenser Stipulation vom 19. Juli geführt. Auch in dieser sei die Ratifikation, bloßmal mit der Ergänzung: „Reichsgenehmigung" ausdrücklich vorbehalten gewesen. Diese Stipulation habe einen Stillstand von drei Monaten festgestellt, Anfangs der dänischen Blokade, Freigebung der Kriegs- und politischen Gefangenen, Herausgebung der genommenen Schiffe und Entschädigung von Seiten Preußens für das in Jütland Gehobene. Was aber die Herzogthümer angeht, so sei zwar eine gemeinsame Regierung für die dauernden Waffenstillstandsfragen dadurch eingesetzt worden, aber eine solche gemeinsame Regierung, die die Herzogthümer und den bestehenden Gesetzen und Verordnungen verwalten solle, die, sage ich, die Herzogthümer nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen verwalten solle. Diese Stipulation brachte der preußische Generalmajor v. Below nach Wien zum Reichsverweser, der sich zu dieser Zeit dort, begleitet vom Reichsstillsministerium Heckscher, befand, und begehrte volle Autorisation zum Abschlusse. Bekannt genug ist es, daß von Deutschland damals bittere Klagen geführt wurden über jene Stipulationen, als ganz unwürdig der Stellung Deutschlands dem Feinde, einem Feinde wie Dänemark gegenüber. Wie dagegen unsere Feinde, die Dänen, damals jubelten, das ist leicht ersichtlich aus den damals erschienenen öffentlichen Blättern Dänemarks, namentlich dem „Fädrelandet", wo es heißt: 1) Der Waffenstillstand sei auch materiell für Dänemark höchst vortheilhaft, da Deutschland die drei Herzogthümer aufgeben müsse, welche von einer unbesiegten Armee besetzt sind, die fast genug sei, einer um das Doppelte zahlreicheren Armee, als sie die dänische, die Spitze zu bieten; 2) die Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund, die von der Bundesversammlung feierlich erklärt und von der Nationalversammlung bestätigt worden wäre, nicht erfolge; 3) die provisorische Regierung, welche als legitim anerkannt sei; 4) die schleswig-holsteinische Partei; 5) die augustenburger Prätendenten, denen nicht einmal ein Asyl zugesichert sei; 6) der Sturz der Kriegsflotte. Das heißt Deutschland habe dabei weiter keine Ursache, mit dem Waffenstillstande umzurtieben zu sein, als das geringgeschätzte dänische Volk. Der Justizminister Hecscher verweigerte jene Autorisation auch aus dem Grunde, weil zu der Zeit das Ausmärzige nicht in seinen Händen lag, sondern in denen des Herrn v. Schmerling. Die hohe Versammlung erinnert sich auch, mit welchem Beifall die edle Zustimmung aufgenommen wurde, welche Herr v. Schmerling auf so menschlich ansprechende Vorstellungen von dieser Tribüne verlieh: das Ministerium werde Sorge tragen, daß ein allen Anforderungen entsprechender Waffenstillstand abgeschlossen werde, und die zur kräftigeren Fortführung des Krieges erforderlichen Truppen dem General Wrangel so schnell wie möglich zugeführt werden sollten. Dem entsprechend lautete die zugleich öffentlich mitgetheilte Zustimmung des preußischen Generals Wrangel: „es hätten allerding schriftliche Mittheilungen stattgefunden; allein er werde keinen Waffenstillstand abschließen, welcher der Ehre Deutschlands nicht entspreche, und von dem er nicht mit Sicherheit annehmen könne, daß er die Genehmigung des Erzherzogs Reichsverwesers erhalten würde." — Wir kommen nun zu den neuesten Vorgängen, wie sie der Herr Reichsminister dem vereinigten Ausschuß darlegte. Am 5. August verlangte der preußische Minister Gambhausen unbeschränkte Vollmacht für Preußen, den Waffenstillstand abschließen zu dürfen. Der Vorschlag wurde von Seiten des Reichsministeriums nicht eingegangen, vielmehr ward unterm 7. August das preußische Kabinet zum Abschluß zwar ermächtigt, aber mit dem Vorbehalt, daß er geschehe im Namen der provisorischen Zentralgewalt und auf der Grundlage der Beilenser Stipulation, jedoch mit folgenden Modifikationen, wie sie auf dem Schloß des Erzherzogs Reichsverweser am 7. August erfolgen: 1) Daß für zur Bildung einer gemeinsamen Regierung für die Herzogthümer Holstein und Schleswig zu wählenden Personen, noch vor dem Abschlusse des Waffenstillstandes ausdrücklich und namentlich unter den kontrahirenden Theilen in solcher Art vereinbart werden, daß hierdurch der Bestand und die gedeihliche Wirksamkeit der neuen Regierung verbürgt erscheinen. 2) Daß unter den in Artikel VII erwähnten, in den Herzogthümern „bestehenden Gesetzen und Verordnungen" ausdrücklich alle bis zum Abschlusse des Waffenstillstandes daselbst erlassenen mit einbegriffen seien. 3) Daß die nach Artikel VIII in den Herzogthümern Holstein und Schleswig zurückbleibenden Truppen sämmtlich unter den Befehlen des deutschen Oberbefehlshabers bleiben. Unter vorstehenden Bedingungen habe ich gegenwärtige Vollmacht für die königlich preußische Regierung ausstellen und urkundlich dessen mit meinem Insiegel bestätigen lassen. — Frankfurt, den 7 August 1848. Johann. — wobei ich freilich die reichsministerielle Gegenzeichnung, welche das Gesetz für die provisorische Zentralgewalt ausdrücklich fordert, vermisse. Von dieser Vollmacht verschiedene und der Herr Reichsminister des Auswärtigen, ist niemals etwas zurückgenommen, wobei derselbe aber beklagte, daß Preußen sehr menschenlich davon abgewichen sei. Der Herr Unterstaatssekretär von Würth, ebenfalls Mitglied des vereinigten Ausschusses, setze hinzu: „Die Zentralgewalt hat immer vorausgesetzt, daß es einer Ratifikation von Seiten der Nationalversammlung bedürfe. Als ich, Ihr Berichterstatter, hierauf zu bedeuten gab, ob nur auch das preußische Kabinet dieselbe Voraussetzung möge aufgestellt haben? ward dieses Bedenken von dem Ausschußmitgliede Herrn Uhrens unterstützt, obgegleich mit den Worten: „Nöthig sei ein solcher Vorbehalt allerdings gewesen, der freilich aber schon in dem Gesetze über die Zentralgewalt liege. Außerdem aber habe freilich, was die Hauptsache, das preußische Kabinet die Bedingungen nicht eingehalten." Worauf der Herr Reichsminister des Auswärtigen erwiderte: „Das ist der Fall, daher die andere Frage gar nicht weiszt." (Zischen auf der Rechten). Derselbe theilte hierauf ein Schreiben des Herrn Kriegsministers von Peucker, abgefaßt als Antwort auf ein Schreiben des Generals Wrangel vom 20. August mit, aus welchem hervorging, daß das Reichsministerium noch in den allerletzten Tagen des August geglaubt hat, es sei durchaus nur von einem dreimonatlichen Waffenstillstande die Rede. (Allgemeine Bewegung.) Nun lag aber Ihrem vereinigten Ausschusse klar vor, daß gerade das Gegentheil eingetreten sei durch den Abschluß des 26. August. Keine einzige der Bestrebungen, welche Ihr Berichterstatter am gestrigen Tage in seiner Interpellation gegen Sie aussprach, ist verfassigt geblieben. Die Zentralgewalt hat ein sofortiges Kündigungsrecht des Waffenstillstands! welcher also Deutschland die Möglichkeit entreißt, sich der Vortheile der winterlichen Jahrszeit im Kriege gegen Dänemark zu bedienen, welcher recht geradezu unser armes Deutschland in den 1. April hineinsticht! (Auf der Linken und in den Centren lebhaftes Bravo und Händeklatschen.) Nicht bloß Auflösung der provisorischen Regierung, der von der Bundesversammlung, von der Krone Preußen, von der deutschen Gesammtregierung anerkannten, mit anerkannten provisorischen Regierung! statt welcher Anerkennung auch die schleswig-holsteinischen Abgeordneten in der Nationalversammlung sitzen — ungefesselt! wie ich glaube, wenn der Stillstandsvertrag Genehmigung findet, und ungefesselt siehe auch ich hier, als Ihr Berichterstatter hier, wenn der Vertrag zu seiner Ratifikation gelangt. (Stimmen auf der Linken: Sehr gut!) Ferner die Stellung des Grafen Karl von Moltke an der Spitze der neuen interimistischen Regierung! Als die Berufung des Grafen Moltke bekannt gemacht wurde, der vielleicht von Allen in dem Bereiche jener Lande der in Schleswig-Holstein gebastete ist, die Aufstellung eines Mannes, der nicht einmal ohne persönliche Lebensgefahr sich in Schleswig-Holstein hineinwagen darf — außerdem die Trennung der Schleswig'schen Truppen von den Holstein'schen, wodurch offenbar, außer der gänzlichen Verwirrung der Kriegsorganisation, auch schon praktisch angebahnt wird eine Trennung der beiden Herzogthümer Schleswig und Holstein! Alle diese tiefe Erwägungen in dem weiteren Fortgange der sehr lebhaften Diskussion unseres Ausschusses zur Sprache kamen, erklärte der Herr Reichsminister des Auswärtigen: „jene Ueberschreitung von Seite Preußens sei zwar eingetreten, vieles Traurige sei zwar in den eigenmächtig hinzugefügten Bedingungen enthalten, doch wohl, wie ihm scheine, nichts eigentlich Unsterndes." (Auf der Linken: Oh! Oh!) Er rieth auch dringend an, sich nicht durch Verschiedenheiten in den Ansichten entzweien zu lassen, um sich den drohenden Europäischen Krieges zu stürzen. (Bewegung.) Zunächst aber rieth derselbe an, diese hohe Versammlung zu berichten: „Man könne die Frage wegen der Sistirung, diese durch die Annahme des Waisz'schen Antrags isolirte Frage, keineswegs trennen von der Hauptfrage, der Waffenstillstand bilde eine Einheit, durch die Aufhebung einer einzigen Bedingung derselben stehe man den ganzen Stillstand an, damit aber die Sache nicht eile." (Zischen auf der Linken und in den Centren.) Nichtsdestoweniger, meine Herren, ist der Ausschuß in seiner Majorität schließlich eines anderen Weges gegangen. (Bravo auf der Linken und in den Centren — Zischen auf der Rechten.) Er stellt hiermit den Antrag: „Die hohe Versammlung möge die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes erzwissenen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen." Dagegen erwähnte er, zur Begutachtung der Hauptfrage, die noch zurückstehe, einen Vorausschuß, bestehend aus den Abgeordneten Wurm, Cucumus und Ihrem Berichterstatter. Warum nun Ihr Ausschuß jene erste folgenschwere Entscheidung getroffen?! Gewiß nicht, weil er jene ersten Folgen überlah oder gering anschlug. Aber er wurde, wenn ich nicht irre, dennoch diesen Beschluß durchtreuste sich mannigfach in ihrer Lebhaftigkeit, und durch folgende Erwägungen geleitet. Zunächst das Schicksal der Lande Schleswig-Holstein, welche die Auflösung eines Waffenstillstandes, wie dieser, der die heiligsten Zusicherungen verletzt, nicht allein in die gefürchtete Knechtschaft der Dänen, sondern, was noch mehr ist, in eine sichere Anarchie führt. (Bewegung.) Eben deßhalb nun die unerläßliche Dringlichkeit, die provisorische Regierung zu befestigen, damit jedenfalls die provisorische Regierung, an deren Spitze zwei Männer stehen, die, wenn man die besten Männer in ganz Deutschland zusammennimmt, keinen von diesen an Mißfähigkeit patriotischer Aufopferung hinter sich lassen, (mehrere Stimmen: Bravo!) die aber jetzt — ich kann es nicht anders ausdrücken — als Missethäter behandelt werden. (Bewegung.) Es liegt hier ein Brief, geschrieben von einem Mitglieder der provisorischen Regierung, vor mir, datirt aus Rendsburg vom 1. September, und dieses Mitglied sagt gleich mit der Frage an: noch in diesem Augenblick vor dem Vernehmen nach in Lübeck die Ratifikationen ausgewechselt werden sollen, noch an diesem Tage sei ihnen keine offizielle Benachrichtigung über den Inhalt des Waffenstillstandes irgend von Berlin zugekommen. (Große Bewegung.) Wenn aber die Anarchie in Schleswig-Holstein droht, wenn sie, trügen die Zeitungsnachrichten nicht, schon begonnen hat, wird diese Anarchie nicht für ganz Deutschland folgenreich sein? Wenn Schleswig-Holstein den bedenmüthigen Entschluß faßt, den ich ihm zutraue, zu widerstehen, (von vielen Seiten: Bravo!) werden dann nicht die Freischaaren herbeiströmen aus allen Theilen Deutschlands, um diesen Helden des Vaterlandes Beistand zu leisten? (Viele Stimmen: Gewiß! Jawohl!) Ich nicht dem sagen, wig-holsteinische Sache eine deutsche? Und so lassen Sie mich denn sagen,

was noch ungleich mehr, noch ungleich schwerer in dem versammelten Ausschusse gewogen hat, als Schleswig-Holstein? Es war der Gedanke an unser gemeinsames deutsches Vaterland! Dürfen wir unsere Landsleute, unser eigenes deutsches Fleisch und Blut dem sichern Verderben überliefern, der Rachsucht ihrer haßerfüllten dänischen Feinde, vor welcher nicht einmal die Personen der provisorischen Regierung durch irgend eine Anordnung sicher gestellt worden sind?! Dürfen wir eigenen Landsleuten das Messer in's Herz stoßen, ehe ihr es, wozu ich den Muth nicht besitze, und darum eben bin ich so muthig? (Anhaltender Beifall.) Meine Herren! Was ist es, das den Engländer so groß gemacht hat? Nicht wahrlich seine weltbeherrschende Flotte, wahrlich nicht seine glänzenden und reichen Eroberungen in allen Welttheilen; Sinn, ein ganz einfaches hat ihn groß gemacht: Jeder einzelne Engländer wiegt England so schwer, wie das ganze England. (Bravo.) Jeder seine Engländer wiegt für England das ganze Vaterland — uns hier gilt es viele Hundertausende! Meine Herren! Voraussetzung habe ich schon am 9. Juni zu Ihnen gesprochen: Es sei das keineswegs diese isolirte schleswig'sche Frage, welche so viele Strebungen, so vieles Anstämpfen gegen und veranlaßt, sondern es sei die Einheit Deutschlands. (Von allen Seiten lebhaftes Bravo.) Diese neue deutsche Macht, welche, so lange Deutschland besteht, noch nie erblickt ward, die ihren Mittelpunkt hier in der Paulskirche hat und über welche das Vertrauen des gesammten deutschen Volkes wacht, sie soll von Anfang her in ihrem Auftreten beschnitten, sie soll, wenn es möglich wäre, nach allen Seiten hin zerfetzt und endlich zerbrochen werden! (Vielseitiges Bravo.) Unterwerfen wir uns bei der ersten Prüfung, welche wir naht, den Wünschen des Auslandes gegenüber, Heinmüthig bei dem Ersten, dem ersten Anblick der Gefahr, dann, meine Herren, werden Sie Ihr ehemals stolzes Haupt nie wieder erheben! (Auf der Linken lebhaftes Bravo.) Denken Sie an diese meine Worte: Nie! (Wiederholter Beifall.) Zwar gewiß nicht die Despotie, davor bin ich sicher, aber die Anarchie wird in diesen Räumen herrschen und darüber hinaus, und Sie werden fallen, welche jetzt in ihrem Wahne glauben, sie triumphiren über uns. (Lebhaftes Bravo auf der Linken. Bewegung.) Ich habe gesprochen. Möge die Hand dessen walten, der die Geschicke der Menschen zu gerechten Entscheidungen zu leiten weiß! (Von den Centren, der Linken und den Galerien lebhafter anhaltender Beifall.)

Frankfurt, 6. Sept. Man kann nicht sagen, daß die gestrigen Ereignisse der Paulskirche einen allgemein freudigen Eindruck hier erzeugt haben. Man aus Ministerium zum Rücktritt gezwungen worden, wird vielleicht um so rascher der Waffenstillstand vollzogen werden, denn es ist kein Reichsminister vorhanden, der einen entgegenstehenden Befehl des Reichsverweses kontrasigniren könnte, nur neue entsprechende Minister werden sich so leicht nicht finden lassen. Die Gemüther sind in großer Spannung auf die Dinge, die da kommen sollen; die Barrikadenen bezeugen alles, die Zuversichtlichen erhoffen einen „kühnen Griff." Der kombinirte Ausschuß ist heute Vormittag wieder versammelt, um — den Waffenstillstand zu drüfen. Nach dem gestrigen Beschluß, der ihn vernichtet hat oder vernichten will, eine wahre Ironie! (A. Z.)

Deutschland.

Bayern. — ** München, 5. Sept. Wir beeilen uns, eine Nachricht mitzutheilen, die gewiß im ganzen Lande den befriedigendsten Eindruck machen wird. Durch allerhöchste Verordnung in zwölf Artikeln aus Nymphenburg vom 5. September und gegengezeichnet von dem Minister des Innern, Frhr. v. Thon-Dittmer, so wie von dem k. Staatsrathe Frhr. v. Strauß, ist die Oeffentlichkeit der Verhandlungen in Gemeindesachen (der Magistrats, Gemeindeausschüsse, Armenpflegeolstoräthe, Stadtschul-Administrationen, Kirchenverwaltungen) nun nun an als Regel ausgesprochen. Ein längst gehegter Wunsch des Landes erhält dadurch seine Erfüllung. Die Bestimmungen der Verordnung (welche wir in unserer heutigen Beilage vollständig mittheilen werden) finden auch auf die Verhandlungen der Gemeinderäthe der Pfalz, so weit sie mit den von der Gemeindeordnung bestehenden gesetzlichen Vorschriften vereinbarlich sind, nach Maßgabe des den Gemeinderäthen gesetzlich zukommenden Wirkungskreises Anwendung.

Württemberg, Stuttgart, 6. September. In den letzten Tagen haben hier und in Ulm starke Beurlaubungen unter der Garnison stattgefunden; ohne Zweifel auch in den andern Garnisonen. (S. M.)

Schleswig-Holstein. Am 3. Sept. war der nähere Inhalt des Waffenstillstandes noch nicht kennt; indessen erwartete man nichts Gutes. Briefe von dorther schildern die erbitterte Stimmung, welche gegen Preußen vorherrscht und welche vielfach in republikanische Sympathien umzuschlagen scheint. So schreibt man aus aus Rendsburg, daß die am 31. August abgehaltene zornige Bürgerversammlung der Schauplatz einer gewaltigen Aufregung war. Allgemeine Bewaffnung wurde beschlossen und eine Deputation an die provisorische Regierung geschickt, um Aufklärung über den Waffenstillstand zu erbitten. Herr Beseler, welcher die Abgeordneten empfing, erklärte indeß von den Bedingungen nichts zu wissen; jedoch theile die provisorische Regierung die Besorgnisse der Bürger. Auf der am Montag wieder zusammentretenen Landesvertretung berufe jetzt das Heil Schleswig-Holsteins. Die Schleswig-holsteinische Zeitung prädigt Steuerverweigerung und offenen Widerstand gegen jede aufgedrungene Regierung, welche sie ihren Landsleuten als ein wahres Scheußlich anmalt. Nach vielen Blatte besitzen die Waffenstillstand und den schmählichen Bedingungen; alle Verordnungen der provisorischen Regierung träten außer Kraft; der Herzog und der Prinz von Augustenburg müßten nach einem geheimen Artikel das Land räumen und der frühere Kanzlerpräsident Karl Molsfe träte an die Spitze der Regierung. Aus Hamburg wird uns allerdings gesprochen, daß Karl Molfe von Kopenhagen in Kabel und Ketten nach Spandau gebracht werden solle. Karl Molfe fürchtet für den heutigen Montag Unruhen in Kiel und hat deswegen die dänischen Gefangenen in Stadt noch zurückgehalten, um durch ihren Anblick die Gährung nicht zu vermehren. In Altona ist es zu Kazenmusiken und Fenstereinwerfen gekommen; sogar hat sich auch bereits in Opposition gegen den Waffenstillstand ein demokratischer (republikanischer) Verein gebildet, an dessen Spitze Th. Bracklow, Mitglied der Freischärlerei, steht. Die Mitglieder des Klubs bewaffnen sich. Auch unter den Bundestruppen, namentlich den süddeutschen, die eben erst auf dem Kampfplatze angekommen sind, soll große Mißstimmung über die Einstellung der Feindseligkeiten vorherrschen. Fast unglaublich klingt es, daß auch in Lauenburg die alte Regierung wieder eingesetzt werden soll. Anfänglich soll nämlich Preußen nicht haben darein willigen wollen, bis man sich dahin verständigt, daß Dänemark ein Regierungsmitglied, Preußen ein zweites designiren und beide sich über ein drittes vereinbaren sollten. So kommen denn die früheren Regierungsmitglieder wieder durch eine Hinterthür in das Regierungskollegium hinein. (Wes. Z.)

Preußen. Posen, 31. Aug. Wir haben jetzt durch direkte Briefe aus Warschau bestimmtere Nachrichten über die Stärke der russischen Truppen im Königreiche Polen. Bisher standen bekanntlich vier Korps, jedes zu 40.000 Mann, und zwar das erste an der Grenze gegen Ost- und West-Preußen, das zweite gegen Posen, das dritte gegen Schlesien und Galizien, das vierte im Innern des Landes. Bis zum 1. Oktober soll jedoch die Stärke auf das Doppelte, also auf acht Korps oder auf 320,000 Mann, erhöht werden. Diese vier letzten Korps sollen einstweilen ihre Stellung hinter der Weichsel nehmen, wo sich auch der bis jetzt von ihnen bereits mehr gemachte Theil befindet. Der Grund davon liegt wohl hauptsächlich darin, daß ihre Unterhaltung dort wegen der billigeren Preise weniger kostspielig ist. Diese Nachrichten sind sicher. Außerdem wird und von der Grenze mitgetheilt, daß die russischen Regimenter, die, namentlich so lange der Aufstand im Großherzogthume Posen dauerte, dicht an der preußischen Grenze standen, so daß jetzt Dorf überschaut war, jetzt weiter zurückgegangen und in die Städte, bis 10—12 Meilen in das Land hinein, in Kantonirungen gelegt worden sind. — Die früher in andern Blättern gegebene Nachricht, daß von der Regierung der Befehl ertheilt gewesen sei, zu beiden Seiten der Hauptstraßen das Getreide grün abzuhauen und zu Futter zu machen, ist nicht gegründet und vielleicht durch Mißverständniß eines Befehles entstanden in Volhynien und Podolien erhielten vor kurz ist es nämlich Landesbrauch, zu beiden Seiten der Hauptstraßen, auf welchen die großen Viehtransporte gehen, einige Breiten zur Weide für diese zu bestimmen. — Die diesjährige Ernte erscheint zwar im Vergleich zur vorjährigen nur wenig, kann aber zu den guten Mittelländern gerechnet werden. (Köln. Z.)

Oesterreich. Wien, 4. Sept. Noch schweben wir in der Ministerkrise. Man nennt Strobach, aber auch Stebanek, früher Direktor der ungarischen Zentralcisenbahn, als Nachfolger Schwarzers. Aller Augen sind jetzt mehr auf Ungarn als auf Italien gerichtet. Es heißt, der Kaiser habe sich geweigert, den ungarischen Finanz- und Militärgesetz seine Sanction zu geben, und Deak und Batthyanyi stehen deßhalb im Begriff, ihre Demission einzureichen. (A. Z.)

Italien.

Rom. Die päpstliche Regierung soll Hrn. Freiburn, englischen Konsul und Verwalter der sardinischen Dampfboote, aufgefordert haben, eines seiner Dampfboote bereit zu halten, um am 2. September die päpstlichen Freiwilligen in Venedig wieder in ihre Heimat zurückzuführen.

Schweiz.

Bern, 5. Sept. Heute erhielte der Bundesrat mehrere Schreiben aus Italien mit, wonach ein Frieden zwischen Oesterreich und Sardinien in Verona unterhandelt wird, die Vermittlung von Frankreich und England aber abgelehnt werde. Der französische Gesandte habe sich in Turin über dieses Benehmen tadelnd ausgesprochen und den Krieg in Aussicht gestellt, da Frankreich die Lombardei nicht fahren lassen könne. Ohnehin sei die Besitznahme von Parma und Modena zum Casus belli geworden. (S. M.)

Großbritannien.

* **Londou**, 4. Sept. Die Königin wird morgen in Person und begleitet von ihrem Gemahl ins Haus der Lords sich begeben, um das Parlament zu prorogiren. Sir Georges Grey, der Minister des Innern, wird die Königin auf ihrer Reise nach Schottland begleiten. Die Herzogin von Kent bleibt hier, die drei jüngsten Kinder der Königin zu Osborneouse.

Frankreich.

** **Paris**, 5. September, kurz vor Postschluß. An der Börse war heute das Gerücht verbreitet, General Lamoricière sei diesen Morgen zur Alpenarmee abgegangen. Die Rente ist gegen gestern etwas gewichen. — Die Nationalversammlung setzte die allgemeine Berathung des Konstitutions-Entwurfes fort. Die HH. Biro, Cormenin, Lafayette, Lurrofse,

Malleville, Bagnerre wurden zu Vizepräsidenten, die HH. Landrin und Berard zu Sekretären der Versammlung ernannt. — General Lesse geht nicht als Gesandtschaftsträger, sondern nur mit einer außerordentlichen Sendung nach Petersburg, die von kurzer Dauer sein wird. — Der Prinz von Joinville soll die Absicht haben, sich nächstes Frühjahr in Brasilien niederzulassen. — Der Prinz Ludwig Napoleon ist bereits am 24ge nach seiner Ankunft zu Dieppe von dort wieder nach England zurückgekehrt. — Das Ende des Belagerungszustands hier ist noch gar nicht abzusehen.

Das Kapitel von Notre-Dame hat gegen die Ernennung des Bischofs Sibour zum Erzbischof von Paris „aus sehr wichtigen Gründen,“ wie versichert wird, protestirt, und in einer Druckschrift an den heiligen Stuhl den Antrag gestellt, der Wahl des genannten Prälaten die päpstliche Genehmigung zu verweigern. (A. Z.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 7. Sept. Bayer. 3½pros. Obligationen 77½, p. 76½, G. 4pros. 86 G. Bankaktien II. Semester 580 G. Promessen 38 p. 34 G. Oesterreich. 5pros. Metall. 76 G.

Wien, 5. Sept. 5pros. Metall. 81½, 4pros. 65, 3pros. 48, 2½pros. 41½. 1834r 500 fl.-Loose 131. 1839r 250 fl.-Loose 89. Bankaktien 1300. Nordbahn 106. Glogganitz 95. Venedig-Mailand 74. Bubweis —. Livorno 69. Pesth 67. Siena 57. Apenninenbahn 95½.

Berlin, 5. Sept. Inländische Fonds. Pfandbriefe. Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 75½ p., 74½ G. Gerd. Prim. Sch. 88 p. — G. K. u. Nm. Schuldv. 72½ p. 72 G. Berl. Stadt-Obl. — p. — G. Westpreuß. Pfandbr. — p. 79 G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4pros. — p. 96, G., 3½pros. — p. 78½, G. Ostpr. Pfandbr. — p. 86 G. Pomm. Pfandbr. 90, p. 90½, G. Kur- u. Nm. Pfandbr. — p. 90½ G. Schlesische Pfandbr. — p. — G. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. — p. 81 G. Preuß. Bk.-Anth. Sch. 86½ p. 85½ G. Friedrichsd'or 13⅓ p., 13⅓ G.And. Goldm. à 5 Tlr. 12½ p., 12½ G. Diskonto 3½ p., 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 88½ p. Berl.-Hamburg 67½ p. Berl.-Stettin-Stargarder 89½ p. Berl.-Potsdam-Magdeb. 55 bz. u. p. Magdeb.-Halberstadt 104 p. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 54 p. Köln-Minden 76½ bz. Köln-Aachen 55½ p. Bonn-Köln —. Düsseld.-Elberfeld —. Steele-Bohwinkel —. Niederschles.-Märk. 70½ p. 70 bz. Niederschles.-Märk. Zweigbahn — Oberschles. Lit. A 91½ a 90½ bz u. G. Lit. B 91½ a 90½ bz. u. G. Kosel-Oderberg — Breslau-Freiburg —. Kral.-Oderschles. 44 p. u. bz Berg.-Märk 57½ p. Stargard-Posen 68½ p.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 86 G. 85½ bz. Starg.-Posen — Brieg-Neiße —. Magd.-Wittenberg 40 G. Aachen-Mastricht — Thür. Verbind.-Bahn —.

Privatdiskonten: Berlin-Anhalt. 83½ G. Berlin-Hamburg. 91 bz. u. G. Berl.-Potsdam-Magd. 79½, 78½ bz. Sprez. 87½ bz. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 63½ bz. Köln-Minden 91 bz. Rhein. p. Aktien à 500 Pf. St. 81½ — Span. inländ. à 6000 fl. Coupons — Russische 4pros. Anleihe — Span. 1proz. 21, 4proz. — Russische 5proz. bei Herr — ditto bei Stieglitz — 5proz. Metall. 70 — 2½pros. ditto — **London**, 4. Sept. Konsols 86⅛ Coup. —, Span. Akt. — 3proz. —, Pass. —, Portug. 5proz. 20½ p., 4proz. 22 p. 5proz. — Holl. 4proz. 71 p. 2½proz. 44½ p.

Paris, 5. Sept. 3proz. 44,25, 4proz. —.—, 5proz. 72.50. Schasch. —. Bankaktien 1640.— Stadtobligationen 1130 — Vier Kanäle —.— Compt. von Algier —.— Belg. 5proz. von 1840 75½, von 1842 78½, 4½proz. 72. 3proz. —.—, 2½proz. —.— Belg. Bank —. Neap. 5proz. —.— Röm. 5proz. 62½, Span. 5proz. 24½, Aktien —. Passive —. —.— Pad. —.— Gr. Germain —. Versailles (rechte) 120.— (linke) 102.50. Orleans 562.50. Rouen 430.— Havre —. Marseille 235.— Basel 86.25. Bierzon 260.— Boulogne 170 —. Bordeaux 387.50. Nordbahn 377.50. Montereau 120.— Lyon 365.— Straßburg 347.50. Nantes —.— Dieppe 165.— Creuzot —.— Montpellier —.— Le Teste 45.—

Madrid, 31. August. 3proz. 19¼, G. 4proz. —. 5proz. 10¼, G. Pass. Schuld 3, P. 3¼, G. Coup. 7 G. Auswärt. Pass. Schuld —. Amtsfreie Schuld 5proz. —. Privatk. Lit. 3¼, G. St. Fernandobank. —. Diskonto —. **Wechselkurse**: Paris 4—97. London 47 P.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 10. Sept.: „Die Unglücklaner und die Puritaner“, Oper von Mayerbeer.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch, Neupillat, griech. Geistlicher von Athen. Marten, Kurier aus Frankreich.

Hotel Maulik. Baron v. Steinberg, Gutsbesitzer aus Pommern. Hornstein, Privatier von Stuttgart. Chun, Privatier von Frankfurt. Siegmairer, Kaufmann von Düsseldorf.

Gold. Kreuz, Greil, Rentier von Paris. Theil, Bergmeister von Eichstätt.

Gold. Hahn. v. Grafenstein, Posthalter von Kronach. Herz, Kaufmann von Frankfurt.

Blaue Traube. Bauer, Privatier von Linz. Frhr. v. Frauenberg, von Fraenberg, v. Cotta, Oberforstmeister von Zharant. Baron v. Leoprechting, von Landsberg. Frhr. v. Bissler, von Stuttgart. Dr. Wall, von Augsburg. Dutz, Baurath von Breslau.

Straßburger Garten. Flad, Oberstlieutenant von Ingolstadt. Wiedeman, Dr. philos. von Berlin. v. Rheinl, Privatier von Augsburg. Pertant, Professor von Groß. Mad. Scherling, Professorsgattin von Ansbach.

Gestorbene in München.

Monika Bojort, Gütlertochter von Dietenhausen, Bzgl. Dachau, 29 J. a. Franziska Scheidlinger, Posthilfstochter-Akzessoristine, 83 J. a. Alois Schwendtner, ehemal Antignar, 68 J. a.

Bekanntmachung.

Die Kunstausstellung betreffend.

110. (c) Die Ausstellung von Werken lebender Künstler, welche in dem der Glyptothek gegenüber liegenden Kunstausstellungsgebäude stattfindet, ist ohne Ausnahme täglich von 10 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags geöffnet.

Zugleich wird bemerkt, daß seit Beginn der Ausstellung mehrere vorzügliche Werke der Malerei und Bildnerei, die damals noch fehlten, nachträglich eingestossen sind.

Pfandverausserlösung und Versteigerung.

84. (3b) Mittwoch den 20. September 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat August 1847, und zwar von

Nro 86,433 bis 93,418.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verlegt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Dienstag den 26. September 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 21. August 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

Regierl, Magistrats-Rath.

Schech, Kassier. Offenbrunner, Kontrolleur.

Anzeige.

An v. Weiller's Schüler und Freunde.

107. (2b) In der Dr. Wild'schen Buchdruckerei in München ist die Schrift erschienen:

Grundlegung zur Erbik, als Dynamik, in einer auf die Lehre der Tugendkraft gegründeten Lehre der Tugendgesetze von Aristoteles v. Weiller, königl. geh. Rathe ꝛc. ꝛc.

Diese Schrift, nach klarer und gemüthlicher Auffassung des Gegenstandes, wird für jede Zeit eine bedeutungsvolle Erscheinung sein und bleiben; denn eben so sehr als scharfsinnigen Verfasser, dem es nur wahre Charakterbildung der Menschen Ernst war, werden nicht nur seine vielen Schüler und Freunde, sondern auch seine Gegner auch jetzt nach 20 Jahren seines Hinüberseins das in ihr bessere Weil, wo alle der Sache schwindet und die Wahrheit ihr volles Recht erhält, volle Gerechtigkeit wiederfahren lassen; denn was er in seinem letzten Lebensjahre in dieser Schrift wissenschaftlich darstellte, ist ein Abriß zu vollster Zeit in dem Innersten unserer Natur: Liebe, christliche Liebe, das Hauptprinzip! — Exemplare dieser Schrift zu 1 fl 30 kr. sind zu haben in München Briennerstraße Haus-Nro. 6, bei dem königl. Oberappellations-Rathe Dettenhofer.

Bekanntmachung.

Verlassenschafts des Staats-rath's Egid v. Kobell betr.

111. Gemäß Requisition des königl. Kreis- und Stadtgerichts München haben die Interessenten der zum rubrizirten Nachlasse gehörigen 1, Anlveil an der im Steuerdistrikte Reger d. Gs. enklavirten 6. 5. Gmindelse öffentlich versteigern zu lassen beschlossen.

Dieses wird zum mit dem Beifügen bekannt gemacht, daß

a) die Versteigerung am

Donnerstag den 21. September d. Js. Vormittags 10 Uhr, im Wirthshause zum Fleckler, v. Gd. Kut finde, und übrigens

b) der Zuschlag von der Genehmigung des Kreditorenausschusses abhänge.

Hiezu werden Kaufsliebhaber hiemit gezieme eingeladen.

Tölz am 4. September 1848.

Königl. Landgericht Tölz.
Der königl. Landrichter beauftragt.
Ernst, Assessor.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

München, 9. September.

(Königliche Allerhöchste Verordnung, die Oeffentlichkeit der Verhandlungen in Gemeinde-Angelegenheiten betreffend.)

Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben ꝛc. Wir haben zwar bereits im Landtagsabschiede vom 4. Juni 1848 die Absicht ausgesprochen, das Gemeindereglit vom 17. Mai 1818 einer gründlichen Durchsicht unterwerfen und den Ständen des Reichs hierüber gesetzliche Vorlage machen zu lassen. — Um jedoch schon jetzt den von den Gemeindevertretern mehrerer größerer Städte an Uns gelangten Anträgen und den somit kund gewordenen Wünschen über die Behandlung der den Gemeindebehörden zuständigen Angelegenheiten in öffentlichen Sitzungen entgegenzukommen, finden Wir Uns nach gutachtlicher Einvernehmung Unserer Kreisregierungen bewogen, vorläufig zu beschließen, was folgt: Art. I. Die Oeffentlichkeit der Beratung wird in den die Gemeinden betreffenden Angelegenheiten als die Regel von nun an ausgesprochen. Art. II. Diese öffentliche Beratung bezieht sich zunächst auf jene Gemeindegegenstände, welche nach den Bestimmungen des Gemeindeedikts §§. 53—66. dann 67 —72 und mit Rücksicht auf die §§. 1—4, 9, 21, 22 u. 25 des Geschäftsregulativs vom 21. Oktober. 1818 in Plenar- oder Senatssitzungen der Magistrate, zur Beratung zu kommen haben. — Hiebei gilt von den zum Wirkungskreise der Gemeindevorsteherschaften gehörigen Gegenständen §§. 81 und 82, dann 123 des Gemeindeedikts. Ebenso können die Sitzungen der Stadtschulkommissionen, der Kirchenverwaltungen, dann der Armenpflegschaftsräthe insbesondere, soweit sie allgemeine Verwaltungsdann Organisationsfragen betreffen, behandelt werden. Art. III. Die Oeffentlichkeit bleibt auf den Vortrag und die Beratung der Gegenstände beschränkt. Den ersteren erstaret der einschlägige Referent, worauf der Vorsitzende die letztere eröffnet, an der jene Mitglieder des verstimmten Kollegiums Theil nehmen kann. Zum Behufe der Fragestellung und Abstimmung dagegen zieht sich das betreffende Gremium nach Erschöpfung der Berathungsgegenstände in ein Nebenzimmer zurück, sofern ohne längere Debatte die Beschlüsse über die verschiedenen vorgekommenen Berathungsgegenstände und fällt solche nach der Rückkehr in das öffentliche Sitzungszimmer durch den Vorsitzenden sodann der Versammlung eröffnet. Art. IV. Von der öffentlichen Verhandlung sind gänzlich ausgenommen: 1) alle konfessionellen Fragen und solche Gegenstände, wodurch der kirchliche Friede in den Gemeinden gestört werden könnte; 2) die für die öffentliche Sicherheit, für die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung zu treffenden Anordnungen; 3) diejenigen Gegenstände, inbesondere Polizeiratiaden, bei welchen die Oeffentlichkeit der Berathung auch den Vermuthen der Verübung oder Verleitung zu Schandthaten erregen könnte; 4) solche Polizeithatsachen, welche nach ihrer Beschaffenheit sogleich Erledigung nach geschlossener Untersuchung unabweislich erfordern; 5) die Vorträge über die zu führenden Rechtsstreite der Gemeinden und Stiftungen, Vorlage von Vergleichen, wodurch der Kredit des Gegnern hergestellt werden würde; 7) die Gegenstände des Vermittlungsamtes; 8) Disziplinarsachen bei Gemeinde-Bediensteten. Art. V. Auch in andern Fällen, insbesondere bei Personalgegenständen, bleibt es den Vorsitzenden der einschlägigen Gremien, sowie den Mitgliedern gestatten vorbehalten, auf Verwandlung der Sitzung in eine geheime anzutragen, wenn besondere Gründe dafür angegeben werden können. Diese Anträge werden zur Abstimmung gebracht und in Vollzug gesetzt, wenn die Mehrheit des Kollegiums sich dafür ausgesprochen hat. Art. VI. Die öffentliche Verhandlung findet mit Rücksicht auf die unter Art. III bis V festgesetzten Modifikations- und Ausnahmsbestimmungen auch bei denen Gegenständen statt, welche gemäß des §. 81 des Gemeindeedikts in gemeinsamen Sitzungen zu behandeln, und gemäß §. 84 ebendaselbst auch das Gutachten der Ausschusserathes der Gemeinde-Bevollmächtigten Bezug haben. Art. VII. Die öffentlichen Sitzungen sind in den Rats- oder Gemeindehäusern, mit Ausschluß von Gasthäusern abzuhalten. Art. VIII. Die Lage, an welchen die öffentlichen Sitzungen stattfinden, sind, so weit thunlich, ein für allemal festzusetzen und bekannt zu machen. Art. IX. Der Zutritt zu den öffentlichen Sitzungen ist, Kinder ausgenommen, für Jedermann frei; die Zahl der zulässigen Personen richtet sich nach dem Umfange der vorhandenen Räumlichkeit. Art. X. Zeigen sich Anstalt wie der Möglichkeit und unmittelbar, daß Störungen kann der Vorsitzende die Räumung des Saales veranlassen oder die Sitzung aufheben. Art. XI. Die vorstehenden Bestimmungen sollen auch auf die Verhandlungen der Gemeinderäthe der Städte, soweit sie mit den dort über das Gemeindewesen bestehenden gesetzlichen Vorschriften vereinbarlich sind, nach Maßgabe des den Gemeinderäthen gesetzlich zukommenden Wirkungskreises Anwendung finden. Art. XII. Gegenwärtige Entschließung soll durch das Regierungsblatt dezirksgemeinde durch das Amtsblatt der Pfalz bekannt gemacht werden. Urkundlich unserer Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel. Gegeben zu Speyer, den 5. Septbr. 1848. (gez.) Max. (gez.) Frhr. von Thon-Dittmer. Frhr. v. Strauß, Staatsrath.

Der Waffenstillstand mit Dänemark.

Es war zu erwarten, daß der abgeschlossene Waffenstillstand und der darauf von der deutschen Reichsversammlung zu Frankfurt gefaßte Beschluß, verschiedene Beurtheilungen in der deutschen Presse erfahren werde. Wir lassen hier zwei folgen, welche den Waffenstillstand verdammen, gegen die Beschlüsse der Reichsversammlung sich aussprechen. Morgen werden wir ein anderes Urtheil im entgegengesetzten Sinne geben.

Der bekannte Mitarbeiter der Frkf. O.-P.-A.-Ztg mit dem Zeichen ☰ tritt als entschiedener Gegner des von der Reichsversammlung gefaßten Beschlusses auf und äußert sich in folgender Weise:

„Die Nationalversammlung hat also mit einer Mehrheit von 17 Stimmen beschlossen, daß der mit Dänemark abgeschlossene Waffenstillstand nicht vollzogen werden solle. Dieses Resultat kann uns betrüben, aber nicht in Erstaunen setzen, nachdem Männer wie Dahlmann, Waitz und andere ihre gewichtigen Stimmen, die alle Gemäßigten bisher mit Vertrauen vernahmen, in die Wagschale der Leidenschaft und fremdartiger Zwecke gelegt haben. In der That bedurfte es einer so widernatürlichen Allianz mit der Linken, um auch nur eine so schwache Majorität hervorzubringen. Wir preisen nicht, daß, ehe lange vergeht, diese aus edlen Motiven irregeleiteten Mitglieder der Nationalversammlung mit Scheu, wo nicht mit Reue auf ihr gestriges Votum zurückblicken werden. Nach einer solchen Abstimmung finden selbst das von der preußischen Regierung bei dem Abschluß des Waffenstillstandes beobachtete Verfahren seine Entschuldigung. Welches werden die Folgen des gestrigen Beschlusses sein? Zuvörderst eine Lähmung der Exekutivgewalt an das Tageslicht getreten! das gesammte Reichsministerium hat seinen Rücktritt genommen. Dies konnte und durfte nicht anders sein, weil kein besonnener, der Welt und der Verhältnisse kundiger Mann sich zum Vollzug eines Beschlusses hergeben kann, der einmal unvollziehbar und kann doch nachweislig für das neu erstehende Reich und für das Ansehen der Nationalversammlung ist. Das abgetretene Ministerium mußte bei seiner genauen Kenntniß der Sache hiervon Verkehrungen sein, und verläßt daher die Leitung der Geschäfte mit dem Gefühle, seiner Pflicht ein Genüge geleistet zu haben. Uebrigens gebührt meinem Ministerium jedenfalls das Verdienst, die Bahn zu weiterer Entwickelung der Reichsverfassung gebrochen zu haben. Es gehörte wahre Vaterlandsliebe dazu, sich mit der Uebernahme, daß man sich opfere, vorauszusetzen und diese Ueberzeugung mußte dem Ministerium von allen Augenblicken an beiwohnen. Welches werden aber die weiteren Folgen jenes Beschlusses sein? Diese müssen zunächst in der Bildung eines neuen Ministeriums bestehen. Diese Ehre gebührt dem Abgeordneten Dahlmann, der durch die Autorität seines Namens, seiner Gesinnung und seines Wissens das wenige Ministerium zum Sturze gebracht hat. Sollte er nun die Kriegsverweser den Antrag haben, so werden wir es für seine Ehrenpflicht, daß er denselben übernehme. Jetzt wird er sich dafür zu verbürgen haben, daß er der Centralgewalt die Majorität der Nationalversammlung mitbringe, damit wir nicht alle acht Tage den Sturz eines neuen Ministeriums zu erleben haben. Als fernere Folge dürfte die Einberufung der von hier abwesenden Abgeordneten erscheinen, um mit ihnen Rath zu pflegen, ob Deutschland die Erneuerung der früheren Bewegungen, oder eine fortschreitende Konsolidirung aller Verhältnisse will. Jedenfalls würden wir es für unverzeihlich halten, wenn auch nur ein zur Minorität gehöriger Abgeordneter daran dächte, wegen dieser Niederlage seinen bisherigen Posten zu verlassen. Es wäre mehr als Kleinmuth, wenn man das Feld der Parlotirer der Linken einräumen wollte, wenn es darauf ferner Anwirkung, was Deutschland von einer von der Linken geleiteten Reichsregierung zu gewärtigen hätte. Dagegen tritt gebieterischer als je die Nothwendigkeit eines festen und würdigen gemäßigten Systems der Nationalversammlung hervor. Dieses Ziel kann nur durch das Zusammenwirken aller Gleichgesinnten erreicht werden. Wir hoffen deßhalb auch, daß sich sofort eine compacte Partei gegen das Dahlmann-Blumsche Ministerium bilde, wie wir es einstweilen nennen wollen, bilden werden. In sofern betrachten wir das gestrige Ereignis keineswegs als ein Unglück, begrüßen dasselbe vielmehr als einen Fortschritt auf der Bahn, die Deutschland betreten hat, und zweifeln nicht, daß nach einigen Stürmen wir lernen werden, wie uns auf welche Weise große Staatsgeschäfte zu besorgen und imponirende Versammlungen zu leiten sind."

Ein anderer Mitarbeiter desselben Blattes mit dem Zeichen AB sagt: „Die dänische Waffenstillstandsfrage trotz alle politischen Leidenschaften Deutschlands Neue heftig zu entzünden, so mußte mir also bei dieser Gelegenheit einige Bemerkungen über unsere allgemeinen politischen Zustände und Aussichten vergönnt sein. Ich habe mich über den durch Preußen mit Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstand in einer frühern Nummer dahin ausgesprochen, daß mir derselbe im Allgemeinen den Ergebnissen zu entsprechen scheine, welche der Krieg bisher für beide kriegführende Theile gehabt; machen diese Ergebnisse dem gegenwärtigen Deutschland keine Schande, d. h. ist dieses nicht verantwortlich dafür, daß ihm die vergangene Zeit seine Flotte überliefert hat, so kann auch der Waffenstillstand in den Hauptbestimmungen seine Ehre nicht verlegen. Es ist ein Widerspruch oder ein irriges Urtheil, einen Waffenstillstand gewollt und ihn anders erwartet zu haben, als zwei ungebemüthigte Feinde unter

Verdächtigung der Zusätze vor dem Kriege sich ihn zugesetzen konnten. Wir wollen lieber den Krieg mit ganz Europa, rufen nun die Ungesinnten, als diesen Waffenstillstand, worauf die Gemäßigten antworten müssen: Seid ihr gewiß, daß der Patriotismus, der Nationalsinn und in Ermanglung der Einheit, die Einigkeit des deutschen Volkes groß genug sind, um die Andauer zu haben, die ihm nicht zu bringen, die ein Krieg mit Europa, welches ein großes einiges Deutschland nicht gutwillig in seiner Mitte austreten läßt, erfordern wird, so loben wir euern Entschluß, auch wenn wir eure Ueberzeugung nicht theilen. Seid ihr aber dessen nicht ganz gewiß, und wollt gleichwohl alles wagen, um alles zu gewinnen, so geben wir zu einem so leichtsinnigen Spiel unsere Einwilligung nicht. Ihr bedauptet zwar, wenn Deutschland nicht wolle, oder vielmehr wenn es nicht gloreich ausführe, was ihr ihm nicht mit Sicherheit zutraut, aber wohl mit Leichtsinn zumuthet, so verdiene es nichts Besseres, als daß man sein Heil und seine Zukunft auf einmal in die Schanze schlage. Wir sagen dagegen: Wenn Mäßigung und zum Ziele führen kann, wenn wir Deutschlands Größe darnach bezeichnen können, daß wir einen augenblicklichen Kitzel überwinden, so wollen wir die Zukunft lieber vorbereiten, als vorwerfen nehmen und mit der Gegenwart verwechseln. Ich höre zwar — und nicht blos von bisherigen sogenannten Republikanern — Stimmen, welche behaupten, man solle eher alles thun als nachgeben, eher das Volk durch alles, und wäre es durch eine vorübergehende Republik, in Aufregung versetzen. Man würde also etwa wollen, daß Deutschland, um nur auf einmal dem Auslande so furchtbar als fürchterlich zu erscheinen, eine Rolle, wie Frankreich bei der ersten Revolution, übernehme. Solche Nexen verdienen, weil sie ohne Würdigung ausgesprochen werden, in moralischer Beziehung seinen ernsten Tadel, in politischer müßte man ihnen schon ihre Unausführbarkeit vorwerfen. Frankreich war vor seiner ersten Revolution ein großes Volk, seine Einheit war also nicht der Zweck, nicht die Folge derselben, endlich ging die französische Revolution aus den Ereignissen hervor, machte sich, wurde nicht gemacht. Dagegen glaube ich und die Ereignisse haben dies bereits gezeigt, daß eine Revolution beim deutschen Volke sich nicht machen konnte, und daß es derjenigen, welche bei ihm gemacht werden wollte, mit Verwunderniß und Widerwillen, sie vereitelt wirken. Alle Versuche, Deutschland zu revolutionären, würden also gegen die dabei gehegte Erwartung nicht den Erfolg haben, daß Deutschland seine Kraft nach außen wendete, sondern daß es sich im Innern verzehrte. Ich wiederhole also, Deutschlands Heil liegt für jetzt nur in einer gemäßigten Politik, in einer Schonung und Unterstützung derjenigen deutschen Gesinnungsmächte, auf denen Deutschlands Einheit nach Außen zunächst so lange beruhet, bis eine reinere Vereinigkeit auf weiten Grundlagen erreichet sein wird. Mit einem Wort, ihr bin gegen jede Politik der Verzweiflung, und fürchte um ihrer Folgen willen Ueberterreibungen nach Art der Italiener."

Deutschland.

Bayern. ± München, 9. Sept. Sichern Vernehmen nach hat in Folge der neuesten Nachrichten aus Frankfurt a. M. gestern Morgen eine Berathung unseres Gesammtministeriums stattgefunden, welche die alsbaldige Abordnung des kgl. Staatsministers Grafen von Bray dahin zur Folge hatte. Derselbe ist über Hohenschwangau nach Frankfurt a. M. abgegangen, um daselbst im Namen der bayerischen Regierung nicht allein rückhaltlose Anerkennung der Centralgewalt auszusprechen, sondern auch die autrichtigste und kräftigste Mitwirkung zur Vermittlung und Ausgleichung der aus Anlaß des Waffenstillstandes mit Dänemark drohenden Zerwürfnisse zu versichern. — Wir sehen hierin einen neuen Beweis, wie Bayern auch in dieser Frage den Grundsätzen einer wahrhaft deutschen Politik treu bleibt, treuen es, trotz allen Verleumdungen, bisher bei all seinen Handlungen aufrichtig gehalgt ist.

Oesterreichische Monarchie.

a Unsere Nachrichten aus Fiume gehen bis zum 3. Sept. Jellachich war am 2. von Zagram nach Warasdin gegangen, um an der Spitze seiner Armee über die Drau zu gehen. In Fiume selbst ist die Ruhe keinen Augenblick gestört worden. Die Grenzer und Szeczaner halten die strengste Mannszucht. Eine Estafette, welche am 2. Abends dort eingetroffen, brachte vom Banus die Ernennung des Generals Pitter zum Militärkommandanten von Fiume. Ein äußerst interessantes Schreiben des Banus selbst an den Bürgermeister werden wir morgen nachtragen.

Nachschrift.

A Frankfurt, 6. Sept., Morgens. Die Berathungen des linken Centrums über das, was nun zu thun sei, haben noch zu keinem bestimmten Resultate geführt; insbesondere ist die Aufstellung einer Ministerliste noch nicht möglich gewesen. Man hielt es nicht für wahrscheinlich, daß das Ministerium schon diese Vorlage zur Kabinetsfrage machen würde, und war daher für diesen Fall nicht gerüstet. Und doch muß schnell daraber ein Einverständniß gefaßt werden, wenn nicht selbst an dieselbe Versammlung zum Mangel eines vollziehenden Organs wirksames werden soll. Ich werde Ihnen weiter berichten, sobald etwas Zuverlässiges erreicht ist.

A Frankfurt, 7. Sept. Morgens. Der gestrige Tag brachte nichts Entscheidendes. „Dahlmann, der zur Bildung eines neuen Kabinets berufen wurde, lehnte anfangs gänzlich ab und soll sich später nur dazu verstanden haben, ein Kabinet zu bilden, wenn aber selbst an dasselbe eingetreten. — Der engere Ausschuß für die Berathungsfrage in der Nationalconstituante wird heute noch seine Vorlage machen; er ist noch immer nicht in den Besitze der nöthigen Papiere und konnte daher seine Arbeit noch nicht einmal übersehen, geschweige denn sie beginnen und vollenden. Es wird daher heute endlich weiter in der Diskussion über die Grundrechte fortgefahren werden. Wir hoffen, daß es nun rascher vorwärts geht, nachdem die jüngsten Greignisse gezeigt, wie nothwendig es ist, so schleunig als möglich an die Verfassung zu gehen. — Man sieht mit Spannung den Nachrichten aus Berlin entgegen: insbesondere ist man begierig zu hören, was die Berliner Nationalversammlung in Bezug auf den Waffenstillstand beschlossen wird. Die diesseitigen Voraussetzungen darüber stehen mit einander nicht im Einklang, was jedenfalls so viel beweist, daß man auch in Berlin nicht allgemein mit dem Verfahren der Regierung einverstanden ist. — Hier rüsten sich die Parteien auf alle Weise zum Kampfe in dieser Frage: die Demokraten Abgeworfen, welche der rechten Seite der Paulskirche angehören, sind, so wird von unterrichteter Seite erzählt, gestern schon einberufen worden. Die linke Seite wird es sicher übereseito an Thätigkeit nicht fehlen lassen. — Bei der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Majorität der Ausschüsse am 5. d. fehlten 103 Abgeordnete: der größere Theil der Abwesenden ist beurlaubt; doch fehlen auch solche, welche hier anwesend sind, ja sie sogar bei der ersten Frage abstimmten und nachher verreisten, sie gehören Rechts."

Frankfurt, 7. Sept., 10½ Uhr. Die heutige 73. Sitzung der deutschen Nationalversammlung begann mit der Mittheilung eines Schreibens des Ministerpräsidenten, Fürsten von Leiningen, worin derselbe der Nationalversammlung den durch den Beschluß vom 5. Sept. veranlaßten Rücktritt sämmtlicher Reichsminister und Unterstaatssekretäre anzeigt, mit der weitern Erklärung, daß das Reichsministerium bis zur Ernennung eines neuen Cabinettes die Geschäfte fortführen, die Verfassung der Berathung durch den 5. Sept. jedoch nicht vollziehen würde. Schüler stellt in letzterer Beziehung einen Antrag auf Notifikation des gefaßten Beschlusses durch die Minister, und daß letztere dafür verantwortlich gemacht werden sollten. Eigenmann verlangt augenblickliche Einsetzung eines neuen Ministeriums zur Vollziehung; Biesenbend ist für eine Vollziehungskommission, wenn obige Anträge nicht angenommen würden. R. Mohl, Dahlmann und Mittermaier bekämpfen diese Anträge. Mittermaier spricht in diesen Augenblick.

(Schl. D. Z. Bl. Z.)

Italien.

Florenz. Der rühmlich bekannte Schriftsteller Massimo Azeglio spricht sich in einem hiesigen Blatte über das, was in Italien geschehen und nun weiters zu thun wäre, mit großer Freimüthigkeit aus. Der treffliche Mann verdeckt seinen Landsleuten die Wahrheit nicht. Er sagt: „Von allen Gelegenheiten, die sein 7 Jahrhunderten Italien sich darboten, seine Unabhängigkeit zu erringen, war die letzte die schönste. Italien hat sie nicht zu benützen gewußt. Viele Individuen haben sich wader benommen, als Nation dagegen hat Italien nichts gethan. Wenn aus einem Heere von 25—26 Millionen keine 50,000 Freiwillige sich erheben, um zu kämpfen, so kann man sagen, daß nichts oder sehr wenig gethan wurde. Und dieses Wenige wurde schlecht vollführt. Die Gelegenheit hat den Menschen nicht gefehlt, wohl aber fehlten Männer der Gelegenheit."

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 7. Sept. Oesterr. 5proz Metall. 72, 4proz. 60, 3proz. — 2½proz. 37½. Bankaktien 1190. P. 500 fl.-Loose 117. 250 fl.-Loose 78½. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87½ P. — Staatsschuldscheine 3½proz. 75½. — Bayer. 3½proz. 77½. — Ludwigs-Berbach. 65½. — Württemberg. 3½proz. 74½. 4½proz. 91. — Bad. 3½proz. 75. Lotto-Anlehen à 50 fl. 46. — 35 fl.-Loose 25. — Darmstädt. 3½proz. 75½. 4proz. 84½. Lotto-Anlehen von 50 fl. 62½. 25 fl.-Loose 20½. — Kurhessl. Friedr.-Wilh.-Nordb. 41½. 40 Thlr.-Loose 24. — Nassau. 3½proz. 80½. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3proz 78. 3½proz. 90. 85½. Taunusbahn 273. — Holländ. Integr. 44½. — Span. 3proz. innere Schuld 18. — Port. 300 fl.-Loose — 500 fl.-Loose 66. — Sard. 36 Fr.-Loose 25. Disc. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 64.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Sonntag den 10. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einsendungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 10. September.

(Pfarreien-Besetzungen.) Kathol. Pfarrei Kleinkitzighofen, Bzg. Schwabmünchen, dem Priester Georg Schreiner, Pfarrer zu Könighausen, Bzg. Türkheim; kathol. Pfarrei Windheim, Bzg. Hamelburg, dem Priester Georg Adam Dömling, Pfarrer zu Westheim, Bzg. Hassfurt. Protest. Pfarrei Ilbesheim, Cetanat Kirchheimbolanden (unter Einbindung des hierauf früher bekleideten Pfarrer Karl Wilhelm Glauer zu Morschheim in demselben Cetanate, vom Amtitze versehen) dem Pfarrer zu Battenberg, Cetanats Frankenthal, Philipp Daniel Kremer.

Der Waffenstillstand mit Dänemark.

Wir haben bereits zwei Artikel der Frkfr. O.-P.-A.-Ztg. für den Waffenstillstand, und gegen die bekannten Beschlüsse der deutschen Reichsversammlung mitgetheilt. Die Karlsruher Zeitung aber spricht sich im entgegengesetzen Sinne, also gegen den Waffenstillstand, wie ihn Preußen im Namen Deutschlands abgeschlossen, in folgender Weise aus:

„Nur mit Wehmuth vermochte der deutsche Vaterlandsfreund sein Auge auf den letzten Kriegsgang im Norden zu richten. Auf der einen Seite sah er den so kriegerisch tüchtigen Wrangel mit seiner Heerden, dem Feind auf den Nacken rückenden Blücher'schen Kriegsweise sich plötzlich aus einem behänligen Schlagerzug (ungeachtet der täglich eintreffenden fernher gesendeten Verstärkungen) in einen zweien Fabius einactor verwandeln. Säbe man nicht das Ende des Stricks, woran der thörige Feldherr zurückgehalten wird, so möchte man versucht sein, an Zauberspuk zu glauben. Statt den so schön eingeleiteten Krieg in gleich energischer Kraftführung zur schnellen Entscheidung zu bringen, sieht man preußischer Unterhändler mit der Glut Deutschlands im Sack den spröden Dänen auf ihre Gelande nachsteifen, um unter bereitwilligen Nachgeben Nachgeben den Waffenstillstand zu erbetteln. Auf der andern Seite steht ein winziger Staat, welcher unbekümmert um die Unterhandlungen (die ja doch entgegengetragen werden!) den kleinen Krieg auf eine musterhaft beständigene Weise — nach Wehrenart — fortführe, ohne je größere Massen im ungeheuren Kampf daran zu wagen. Temungeachtet schraubt er aber die Bedingungen immer höher und höher, bis ein günstiger Waffenstillstand für ihn abgeschlossen ist. Des kleinen Staates Interesse ist, einem mächtigern gegenüber den Krieg in unthätiger Länge gezogen zu sehen, bis die Zeit, welche dem schwächeren stets ein helfender Bundesgenosse zu sein pflegt, das Nachtheilige der Verhältnisse wieder günstiger stellt. Gunwerden werden Bundesgenossen angeflehet, oder dem Gegner kömmt unterdeß ein neuer Feind auf den Hals. Jedenfalls hat man Zeit zur Wiederaufrüstung und zur Ergänzung der Vertheidigungsmittel gewonnen. Der Waffenstillstand hat den Dänen alles bisnach keinen Nachtheil, sondern nur Vortheile gebracht. Der mächtige Gegner — in dem Augenblick, wo er gerade recht im Stande gewesen wäre, den Kampf mit größerem Nachdruck fortzuführen — muste die Waffen senken, und wird nun auf lange Zeit zur Unthätigkeit verbannt (bis die Zugänglichkeit der Inseln verschneit ist). Der Aufwand großer Anstrengungen wurde von Seite Deutschland somit gleichsam umsonst gemacht; denn selbst auf die Waffenstillstands-Bedingungen äußerte derselbe keinen Einfluß. Das von Dänemark beanspruchte Besitzthum wird von feindlichen Truppen geräumt, und wenn auch 2000 Preußen in Schleswig verbleiben, so haben dafür die Dänen die in Schleswig gebürtige Insel Alsen mit ebenfalls 2000 Mann belegt. Aber auch die dänischen Gefangenen werden gegen eine gleiche Anzahl deutscher Soldaten wieder an sich gezogen. Wie diese Bedingung zum Nachtheil Deutschlands ausschlägt, wird ein kleines Rechenexempel klar machen. Gesetzt den Fall: Dänemark habe im Ganzen 30,000. Deutschland aber 300,000 Mann kampffähiger Truppen, so fallen 10000 gefangegebene Dänen ganz anders in die Waagschale als 1000 Deutsche. Dänemark ist dann weiter um $^1/_{30}$, Deutschland aber nur um $^1/_{300}$ verstärkt. Es war also auch dies keine große Pfiffigkeit von Seite des schlich-ehrlichen Michels. Dieser ist abermals eher als geblänert, denn als obsiegender Theil aus dem Kampfe hervorgegangen. Dänische List hat ihn überlistet. Dabei ist auffallend, wie mit dem Aufgeben energischer Kriegsmaßregeln von Seite Deutschlands auch die Gesinnung der Dänen sich mehr zu Ton steigerte. Ob die zu frühzeitige Annahme des dänischen Hebebaumschuhs klug war, ist nun eine überflüssig gewordene Frage. Genug — das Schwert ist gezogen! Hoffen wir, daß man dort in Frankfurt nicht wieder vergesse, was noch nicht sehr lange laut und feierlich erklärt wurde, nämlich: die Ehre Deutschlands über Alles zu stellen! Fort mit der Gespensterfurcht, daß die angebliche Erhaltung des Gleichgewichts Europa gegen und in Waffen rufe. Diese Erhalter sind es, welche, wenn sie die Macht haben, als Störer auftreten. Der Zweck dieser Rubestörer ist nur Alleinherrschaft und Gebietsvergrößerung. Nur Schwäche lockt diese Geier an: Muth verscheucht sie! Deutschland ist fein in die Mitte Europa's versetzter Tartarenstaat, wie jener an der Weichsel war, welcher seit einem Jahrhundert keine politische Rolle mehr gespielt hatte, sondern nur den Zankapfel für die übrigen Mächte abzab, weßwegen er auch zwischen letzteren in aller Eintracht oftmals wurde — ein Beispiel ohne gleichen —, was nicht so leicht mehr in der Geschichte sich wiederholen wird. Wie werden also wohl Bundesgenossen bekommen, und außerdem: 900,000 Mann, von der Idee eines einigen Deutschlands ergriffen, werden im Fall eines Angriffs schwer zu besiegen sein. Ein Reich, das im Aufschwung begriffen ist, wird von fremder Gewalt nicht so leicht zu Boden gedrückt. Dies bekräftigt die Erbebung der Niederlande und diejenige der ersten französischen Revolution. Wird einmal das deutsche Volk ernstlich aus seinem langen Friedensschlafe geweckt, so wird schnell der Kunde der Begeisterung in alle Herzen schlagen. Geschieht Dies nicht, so wird wohl die Zerrissenheit andauern, ja wahrscheinlich Bruderkrieg unser Loos sein."

Im verlöthenden Sinne spricht sich ein Artikel des „Frankfurter Journals" aus. Unter der Ueberschrift: „Wird auch der Waffenstillstand mit Dänemark von der deutschen Reichsversammlung nicht genehmigt — doch kein Zerwürfniß mit Preußen, doch kein Krieg!" lautet dieser Artikel wie folgt:

„Während vor allen zwei große Nachbarvölker in der Regeneration ihrer Freiheit und politischen Verhältnisse begriffen sind, ergehen sich fortwährend Konflikte, die den Gesundheitsgang der Revolution zu verderben drohen. Während Frankreich auf Italien sieht, richtet sich im Augenblick Deutschland nach Norden, und in ängstlicher Spannung glauben die Gemüther, in dem Waffenstillstand mit Dänemark ein Zerwürfniß mit Preußen und — Krieg erblicken zu müssen. Dem ist aber nicht so. Insofern alle diese Ereignisse, welche namentlich der Regeneration jener beiden Nationen, die zum großen, wenn nicht zum größten Theil Träger der Zivilisation Europa's sind, bringen das Bedürfniß einer völkerrechtlichen Einigung der Staaten Europa's von Neuem zum Bewußtsein. Glaube das Ausland nicht, durch Zwiespalt im Innern Deutschland daßelbe schwächen oder unterjochen zu können! Dem ersten Feinde gegenüber werden die Worte: „kein Oesterreich, kein Preußen, ein einiges Deutschland!" zur vollen Wahrheit werden! Deutschland aber glaube nicht, daß es ohne freie und offene Einigung die ihm durch den Geist der Geschichte aufgetragene Mission erfüllen werde! Diese Mission ist: einen Rechtsstaat, d. h. einen Gesammtstaat zu bilden, in welchem das auf der gegenwärtigen Bildungsstufe zum Bewußtsein gekommene Recht (die bis dahin entwickelten Rechtsideen) möglichst vermirklicht und ein darauf gegründeter völkerrechtlicher Zustand der Staaten Europa's hergestellt werde. Von diesem Standpunkte (und ein Standpunkt kann nur der sein, den die Bewegung nicht erschüttert) wollen auch wir den zu Stande gekommenen Waffenstillstand betrachten. Vom Standpunkte des Siegers freilich läßt er Wünsche unerfüllt und die kriegerische Ehre könnte dadurch leiden; doch finden wir auch Punkte darin, die von jenem Gesichtspunkte aus wieder versöhnen können. Wir verweisen auf Art. 7, worin die Bestimmung ausgesprochen, daß während des Waffenstillstandes die gesetzgebende Gewalt ruhen soll. — Hoffen wir von dem Genius, der über Europa waltet, daß diese seiner höheren Entwicklung entgegen reife! Ein Krieg kann nimmermehr mehr der Weg dazu sein; der erste Schritt zu wirklichem Dasein ist der, seine Verbindlichkeit nicht durch Waffengewalt, sondern nach Vernunftgründen zu ordnen. Erstere könnte auch nur da gerechtfertigt werden, wo es gilt, einen Widerstand zu besiegen, der keinen andern Mitteln weicht. — Möchte darum auch der neue Konflikt das Bedürfniß einer freien und offenen Einigung in Deutschland lieber wecken und sie zur Wahrheit machen! Wir hegen zu Preußen das Vertrauen, daß es sich nicht absolvt von Deutschland. Nicht Oesterreich, nicht Preußen, nicht Bayern oder Schwaben ist Deutschland, sondern die Einheit aller Stämme. Wir hegen zu Deutschland das Vertrauen, daß es Preußens Zuneigung gewinne und so in höherer Weise zur brüderlichen Einigung aller deutschen Stämme beitrage."

Einige Worte an den Nürnberger Kurier.

** Es ist eine — gelinde gesagt — sonderbare Taktik, wenn man für jedes Wort, jede Meinungsäußerung, die sich in unserem Blatte über irgend eine Frage findet, jegliche unser Ministerium verantwortlich machen und dies sogar auf jene Ansicht, die etwa einer unserer Herren Korrespondenten ausspricht, ausdehnen will. So verfährt der Nürnberger Kurier in seiner Nummer vom 5. September in Betreff eines unserer Korrespondenz-Artikel „von der Donau", unterzeichnet mit dem Buchstaben G. in unserer Nro. 53. Jener Korrespondent hatte sich entschieden mißbilligenden in Betreff mancher Beschlüsse der deutschen Reichsversammlung ausgesprochen, wie dies, von den verschiedensten Stand- und Gesichtspunkten aus, auch andere Blätter und ihre Berichterstatter mit den verschiedensten Anlässen gethan haben. Der Nürnberger Kurier will uns wohl diese Freiheit, von der er selbst jeden Tag nach seinem guten Rechte Gebrauch macht, auch der Neuen Münchener Zeitung und ihren Mitarbeitern nicht bestreiten wollen. Wir nehmen diese Freiheit und Unabhängigkeit des Urtheils nach jeder Seite hin für uns und unsere Mitarbeiter eben so sehr in Anspruch, als der Nürnberger Kurier oder irgend ein anderes Blatt für sich und die seinigen.

Indessen will der Nürnberger Kurier doch aus dem bloßen Umstande, daß unser erwähnter Korrespondent in der angezogenen Weise über Beschlüsse der Reichsversammlung sich aussprach, sogleich schließen auf einen Mangel an gutem Willen auf Seite des bayerischen Ministeriums, sich den Beschlüssen des Reichsversammlung zu unterwerfen. Wir müssen gestehen, daß dies jedenfalls eine schwiesterige Schlußfolgerung ist. Wir antworten dächten, es wäre denn doch ein Unterschied zu machen zwischen einem, was ein Korrespondent der Neuen Münchener Zeitung oder was die Redaktion dieser in ihren eigenen leitenden Artikeln sagt, und dann wieder zwischen der Redaktion unseres Blattes und dem Ministerium. Wir können freilich eine solche Unterscheidung nicht verlangen, noch fällt es uns ein sie zu erwarten, von denen, die — man sollte fast glauben, nur um tadeln zu können — selbst ein Verbot offenbar bodenwidrigster, gegen die deutsche Reichsversammlung selbst so aufregend wirkender Angriffe und Beschlußgiftiger derselben verneinender Verbindungen in Bayern angeschlossen finden, ein Verbot, daß in gleicher Weise schon vorher in Würtemberg und Baden erlassen wurde, freilich aber auch dort dieselben Angriffe zu erfahren hatte, wie jetzt in Bayern. Das Bemerkenswerthe dabei ist nur, daß dieselben Stimmen, welche auf der einen Seite ihre eigene Regierung des Mangels an aufrichtiger Gesinnung gegen die deutsche Zentralgewalt verdächtigen, andererseits eben diese Regierung auch wieder anspornen, wenn dieselbe von den ihr gesetzlich zustehenden Mitteln Gebrauch macht, um das Ansehen der deutschen Zentralgewalt und der Beschlüsse der Reichsversammlung zu schützen gegen freche Verhöhnung und offene Aufforderung zum Widerstande gegen beide, ja sogar zu gewaltsamer Sprengung des Parlaments und der von demselben eingesetzten Zentralgewalt. Wir können diesen Umstand nicht genug hervorheben: er allein schon zeigt, wie es mit der Aufrichtigkeit dieser Partei bestellt ist. Wir können gern glauben, daß der Nürnberger Kurier nicht unter eine solche Fahne sich zu reihen geneigt ist, das vielmehr eine genauere Betrachtung und reifere Erwägung der unumstößlichen Thatsachen seinerseits das in seiner Nummer vom 5. Sept. niedergelegte Urtheil beträchtlich modifiziren wird.

Da der Nürnberger Kurier bei diesem Anlasse die Stellung unseres Blattes mit in die Debatte zieht, so nehmen wir seinen Anstand, auch darüber einige Worte zu sagen. Wir lieben eine offene unumwundene Stellung, eine gerade Sprache, mit einem Worte: die Wahrheit. Wir haben sie nicht zu scheuen, wir stehen nicht das Tageslicht, wir wünschen es vielmehr aus allen Kräften herbei. Nur dessen Gewissen nicht rein ist, der sucht den Schleier des Dunkels. Wir haben nichts zu verhüllen, nichts zu verdecken. Wir haben in unserm Programm zwei Hauptpunkte aufgestellt. Wir haben gelagt: treu und fest halten wir an Deutschland, treu und fest halten wir aber auch an unserem konstitutionellen Fürsten, und die konstitutionelle Monarchie ist das Banner, das wir hoch erheben und gegen die Reaktion wie gegen die anarchischen Wühler mit aller Kraft zu vertheidigen entschlossen sind. Wir halten fest an den Errungenschaften des 6. März, und wollen einen Fortbildung und Weiterbildung auf gesetzlichem Wege; wir wollen die Freiheit auf den allein sichernden Grundlagen der Herrschaft des Gesetzes und der Ordnung. Wir haben das Bewußtsein, diesen Grundsätzen unseres Programmes seinen Augenblick ungetreu geworden zu sein, und werden auch künftig unerschütterlich daran festhalten.

Wir unterstützen das System der gegenwärtigen Verwaltung Bayerns, weil dasselbe ermittelt heißt, die Errungenschaften des 6. März mit ihrer Reihe entgegenzustellen. Bayern die Segnungen zu verschaffen, die es von der Begründung wahrer gesetzlicher Freiheit hoffen darf, auf welche es ein unbestreitbares Recht hat. Wir unterstützen die jetzt das Ruder in Bayern führenden Männer in Lösung der schwierigen, ihnen vollen Namen gewordenen Aufgabe, weil sie das Vertrauen hegen, weil wir das gabe, welche sie sich gestellt haben, in deren reinen Patriotismus vollste Vertrauen in deren redlichen Willen, in deren reinen Patriotismus segen. Wir haben aber darum nicht im Mindesten der Unabhängigkeit unseres Urtheils und begeben, und werden dies auch ferner nicht thun. Die Männer, die an der Redaktion unseres Blattes mitwirken, sind nicht gewohnt, waren es nie, und werden sich nie dazu herbeilassen, die Rolle von bloßen Trabanten zu übernehmen, oder unbedingt die Worte irgend eines Machthabers zu schwören. Sie unterstützen die gegenwärtige Verwaltung, weil sie dies mit bestem Wissen und Gewissen thun zu können glauben, in der vollsten Ueberzeugung, dabei im wahren Interesse des Landes zu handeln. Wo die Maßregeln irren, oder sonst wirkliche Gebrechen und Fehlgriffe zu Tage treten, wissen wir ebenfalls zu thun, was unsere Pflicht, unsere Aufgabe gegen Land und Thron uns vorschreibt. Unser Mahn- und Warnruf wird, wie bisher, nie fehlen, wo wir solchen als nöthig erachten. Freilich suchen wir, wo wir einen wunden Fleck wahrnehmen, ihn nicht nach der Manier so vieler unserer modernen Heilkünstler mit Weihegläder dadurch zu heilen, daß wir gleich ihnen Gift in die Wunde gießen, oder sie noch weiter aufreißen. Ein solches Verfahren überlassen wir gern denen, die mit aller wünschenswerthen Selbstgefälligkeit das Monopol des Patriotismus für sich in Anspruch nehmen.

Weil aber der Nürnberger Kurier uns einmal einen Mangel an gutem Willen zugemuthet hat, um bei bayerischen Regierung einen Mangel an gutem Willen gegen die Beschlüsse der Frankfurter Reichsversammlung zu unterstellen, wenigstens Zweifel darüber zu äußern, so möchten wir doch die Stellen in unserem Blatte angedeutet sehen, in welchen wir auch nur entfernt einer solchen Widersetzlichkeit das Wort geredet hätten. Selbst die dem Nürnberger Kurier so anstößige Stelle in dem Briefe unseres Korrespondenten „von der Donau" gibt auch nicht den Schatten von Recht zu einer derartigen Verdächtigung gegen unser Blatt an die Hand. Was sagt in der That unser Korrespondent (nebenbei gesagt, ein vollkommen unabhängiger Mann, ganz wie ihn der Nürnberger Kurier nur immer sich wünschen könnte)? Er findet die Richtung, die man zu Frankfurt bei Berathung der Grundrechte in so manchem Punkte eingeschlagen, und die gefaßten Beschlüsse dem wahren Wohle und Interesse des deutschen Volkes nicht zuträglich, und erblickt Gefahr darin für die Möglichkeit der Zustandekommens irgend einer Gesetzesstaates für die Zukunft. Man fragen wir ganz einfach: will, oder kann vielmehr, der Nürnberger Kurier auch nur entfernt darin eine Aufforderung zur Nichtbefolgung der gefaßten Beschlüsse von Seite der bayerischen Regierung erblicken? Unseres Bedünkens kann man einen Beschluß recht wohl für nachtheilig ansehen, und doch dabei der Nothwendigkeit ihn zu befolgen sich fügen. Das kommt im Repräsentativsystem überall vor. Die Majorität kann irren, aber wenn nicht Anarchie die Folge sein soll, muß man sich doch ihren Beschlüssen fügen, ohne daß darum eine Verpflichtung vorliegt, sie als Orakelsprüche zu preisen. Im Gegentheil ist es dann Aufgabe und Pflicht der Männer, welche sich klare, unbefangene Anschauung der Dinge zu bewahren wußten, darauf hinzuwirken, daß der begangene Mißgriff erkannt und gut gemacht werde. In vorliegendem Falle, wo es sich um Feststellung der Grundrechte der Deutschen handelt, liegen definitive bleibende Beschlüsse noch gar nicht vor, so jener Artikel um Paragraph erst einer nochmaligen Berathung und Beschlußfassung unterstellt werden muß. Eine Aufforderung, ein Grund mehr für den, der den ertheilten Beschluß für nachtheilig hält, sein Möglichstes dazu beizutragen, auf daß der seiner Ueberzeugung nach begangene Mißgriff noch rechtzeitig wieder gut gemacht werde.

Was nun die Haltung der bayerischen Regierung selbst der deutschen Zentralgewalt gegenüber betrifft, diese so vielfach verdächtigte, verkannte Haltung, so waren wir seinen Augenblick über dieselbe in Zweifel. Thatsachen sprechen lauter als Worte: wir verweisen auf die Mittheilung in unserer gestrigen Beilage, auf die Sendung des Hrn. Grafen v. Bray. Wir nehmen der anerwähnten Angelegenheiten, nach Frankfurt, und auf die Erklärungen, welche derselbe dort im Namen Bayerns zu geben beauftragt ist. Wir hoffen, auch die Zweifel und Bedenken des Nürnberger Kurier werden dadurch gehoben sein.

Deutschland.

Bayern. *† München, 9. Sept. Nachrichten aus Berchtesgaden zufolge haben Sich Sr. Majestät der König, Ihre Majestät die Königin Mutter und Ihre Königliche Hoheit die Frau Herzogin von Modena, die Prinzessin Adelgunde von Bayern) nach Modena zurückbegeben. Ihre Majestät die Königin Therese in 4—6 Wochen nachfolgen werden, um bei der Entbindung Ihrer durchlauchtigsten Tochter zugegen zu seyn.

† München, 10. Sept. Se. Exell. der Herr Staatsminister der Finanzen Frhr. v. Lerchenfeld haben unterm heutigen nach allerhöchster Bestimmung Sr. Maj. des Königs das Portefeuille des Ministeriums des Innern übernommen und das Referat für Kirchen- und Schulsachen der gestern gemeldeten Abwesenheit des Hrn. Grafen Bray übernommen.

**München, 10. September. Nach dem schon vor einiger Zeit von uns gemeldeten Beispiele der Gemeinde Tachertinz im Landgerichte Trostberg, haben noch 22 andere Gemeinden dieses Amtsbezirkes auf eigenem freien Antriebe in Anbetracht der schwierigen Zeitumstände, theils 1, theils 2 Tagwerke Torfen auf den Altar des Vaterlandes niedergelegen sich entschlossen, mit der ausdrücklichen Erklärung, daß sie diesen Betrag ihrem allergnädigsten König und Herrn freiwillig darbringen, und sowohl auf Rückzahlung als Verzinsung verzichten.

Preußen. Der „Preußische Staats-Anzeiger" bringt zu den Waffenstillstandsbedingungen mit Dänemark die folgenden, dieselben rechtfertigenden Bemerkungen:

„Zwar ist, wie Jedem in unserm amtlichen Theile veröffentlichte Waffenstillstand wird mit Befriedigung von allen Denen aufgenommen werden, welche mit besonnener Beurtheilung die ganze politische Lage Europa's überschauen und die Wichtigkeit der besonders Interessen es ganzen Nordeuropa's zu würdigen wissen. Durch denselben wird einem Kriegszustande ein Ende gemacht, für welchen das ganze Land bisher große und schwere Opfer gebracht. Die Regierung hat sich nicht gescheut, diese Opfer von den Land zu verlangen und das Land ja

sie ohne Murren gebracht, obwohl keine selbstsüchtigen Zwecke, keine Aufsicht auf eignen Vortheil oder Machterweiterung irgend einer Art dabei vorwalten konnte. Niemals hat ein Land aus uneigennützigern Motiven Krieg geführt als Preußen in diesem Falle. Die Opfer wurden für Deutschland gebracht; es galt eine Sache, die Deutschland zu der leinigen gemacht, ein Recht, das Deutschland anerkannt hatte. Je williger das Land diese Opfer gebracht hatte, um so mehr war es Pflicht der Regierung, ihnen so bald als möglich ein Ziel zu setzen Wo dieselben nicht mehr mit dem erreichbaren Zweck im Verhältnisse standen, wo der weitere Fortgang nicht gerechtfertigt war, hatte sie Pflicht, nicht das Recht, weitere Opfer zu fordern. Sie hat darum den Waffenstillstand abgeschlossen, sobald sie ihn auf Bedingungen gründen konnte, welche den ursprünglichen Zweck des Kriegs erfüllten, die Rechte der Herzogthümer wahrten und in denselben einen Zustand einführten, der dem bewilligten Elemente wirksamen und sicheren Schutz gewährte. Dieß ist durch die Bedingungen des Waffenstillstandes erreicht. Der Krieg hat aufgehört nimmt alle seit dem 17. März v. Js. für die Herzogthümer erlossenen Regierungsakte zurück; damit ist der Versuch der Inkorporation Schleswigs in Dänemark und jede Trennung von Holstein beseitigt. Die beiden Herzogthümer sind und bleiben während des Waffenstillstandes aufs sichtlich unter einer Kollektivregierung, die der Landesherr der Herzogthümer und Preußen im Namen des Deutschen Bundes gemeinsam ernennen, als ein politisches Ganzes verbunden. Die Einrichtung dieser neuen Regierung hat nun so wenig, er einen Aufschub, als die dringende provisorische Regierung Ihre Thätigkeit mit rückhaltloser Klarheit erklärt hatte, wie sie zu den Bestimmungen Besorgnissen Opfer schone, auch dem Rückhalt aus ihrem Amte kein Hinderniß in den Weg legen zu wollen. In den Herzogthümern bleiben 2000 Mann Bundestruppen, welche der wirksame Schutz der deutschen Nationalfarbe in Schleswig sein werden, während im Herzogthume Holstein die die Landestruppen in keinem solchen Verhältnisse sich unter Preußischer Leitung zu einem kräftigen Bestandtheile des deutschen Heeres verwandelten können. Wenn gleich die Billigkeit es forderte, daß mit den Regierungsakten des anerkannten Landesherrn und die gegenwärtigen Erlasse der provisorischen Regierung angenblicklich formell außer Geltung treten, so wird doch das Regierungskollegium der Landes ohne Störung auf der gegenwärtigen Grundlage fortbestehen, indem die neue Regierung gleich bei ihrem Amtsantritte durch eine umfassende Publikation alle diejenigen Gesetze wieder in Kraft treten lassen wird, welche von irgend einer Bedeutung für das tägliche Leben sind. Dieß sind die wesentlichsten Grundzüge Dessen, was für die Herzogthümer in den Bedingungen des Waffenstillstands erreicht ist. Darauf halten die Herzogthümer Anspruch, und ihr wirkliches Bedürfniß ist darin vollständig befriedigt. Dem definitiven Frieden ist dadurch nicht vorgegriffen, indem noch außerdem alle Rechte feierlich gewahrt sind. Nachdem dies erreicht war, wäre eine weitere Fortsetzung des Kriegs ungerechtfertigt gewesen hätte nur selbstsüchtige Zwecke verfolgen können, von welchen Preußen und Deutschland sich von Anfang an haben rein erhalten wollen. Alles weitere konnte und mußte dem definitiven Frieden überlassen bleiben, für welchen in der Waffenruhe erst die Möglichkeit eines befriedigenden Ausgleichs gegeben wird. Auch hätte sie diese Waffenruhe lange hinausgeschoben. Noch können der Dauer und die Schifffahrt der nordeuralischen Länder sich in etwas von den Wunden erholen, welche die lange Unterbrechung ihnen geschlagen; mit dem Eintritte des Winters wäre dies nämlich gewesen. Eine Verantwortlichkeit wäre nicht um gegen das eigne Land, nicht nur gegen die nordeuralischen Länder, sie wäre gegen ganz Deutschland, ja gegen ganz Europa groß und schwer zu rechtfertigen gewesen. Niemand kann sich darüber täuschen, daß die Verwirklichung der Zeitverhältnissen das Signal zu einem europäischen Kriege hätte werden können. Deutschland hatte sich ja nicht in den Krieg hineingestürzt, um den Augenblick zu benutzen, mit seiner innern Entwicklung und Gestaltung beschäftigt ist; Deutschland hatte nicht seine Kräfte nach Norden zu theilen in einem Zeitpunkte, wo an seinen südlichen Grenze sich die ernstesten Verwicklungen zeigen, die es jeden Augenblick aufsterben können, sich gerüstet hatte, um den Frieden mit der ersten Unterstützen in die Wagschale zu legen. Es konnte nicht sich selbst der Gefahr aussetzen, durch einen Krieg an der nördlichen Grenze, der, an sich zwecklos, vielleicht nicht mehr gegen Dänemark allein zu führen gewesen wäre, vielleicht das Aufstreten Deutschlands nach jeder andern Seite hin zu verhindern. Dieß liegt zu klar vor Augen. Niemand der sie europäischen Verhältnisse kennt und mit besonnener Erwägung überblickt, wird das Gewicht dieser Motive verkennen können. Die europäische Politik ist in einer umfassenden Umgestaltung begriffen. Die alten Verhältnisse sind verschoben und verändert; damit ist auch ein Gleichgewicht und ihre natürliche Ordnung gestört. Es wird der Zeit, derauf es vor Allem ankommt Besonnenheit und einer weisen Mäßigung. Darin vorangegangen, ist vor Allem der Wrnt Deutschlands, welches Bestallen in gewissem Sinne die neue Epoche der europäischen Politik bestimmen muß. Die bedauernswürdige Dauer des Waffenstillstandes genügt und wie die Zeit, die Preußen und deutschland Fürsten und Völker Deutschlands gewähren. In ruhiger Zeit werden auch die skandinavischen Mächte, auch auch Dänemark das richtige und wahre Verhältniß zu Deutschland wiederfinden, welches, durch die Natur vorgezeichnet, wohl durch augenblickliche Aufregung verrückt werden kann, aber auf die Dauer nicht wieder beseitigen kann. Wir können hoffen diesen Gesichtspunkte aus betrachtet darf man den Waffenstillstand eine politische Nothwendigkeit, ein für ganz Europa bedeutendes Ereigniß nennen. Preußen und Deutschland haben den Waffenstillstand nicht nur mit Dänemark, sie haben ihn mit ganz Europa und zugleich für und im Interesse von ganz Europa geschlossen.

⊙ Berlin, 6. Sept. Der König ist gestern Mittag hier gewesen und hat mit einigen Mitgliedern des Kabinets Konferenzen gepflogen. Außer Hrn. v. Auerswald und Hrn. v. Schreckenstein soll auch Rühlwetter seine Dimission eingereicht haben. Gerüchte der manigfaltigsten Art über die Kombination des neuen Ministeriums zirkulirten hier und in Potsdam; gewisser weise man aber selbst in den fehlunterrichtesten Kreisen nichts. — Die auf Sonntag zurückberufene Generalversammlung Kaiser Franz und Alexander sollen Kommunenmeinung in der Nähe von Berlin betrieben.

Berlin, 6. Sept. Bis vorgestern Mittags waren an der Cholera erkrankt 519, hinzugekommen sind bis gestern Mittag 64, in Summa 583 Personen. Davon sind todt gesonden 354, genesen 67, und in ärztlicher Behandlung 162, in Summa 583 Personen. Als bestes Mittel gegen diese selbe hat sich bis jetzt Chlortodiensaft bewährt. Von 20 Kranken, welche damit behandelt wurden, sind nur 6 gestorben.

Oesterreich. Wien, 6. Sept. In der gestrigen Sitzung des konstituirenden Reichstags stellte Borrosch in Betreff der Vereinbarungstheorie, welche der Justizminister Bach ausgesprochen hatte, drei Fragen, deren definitive Beantwortung er jedoch erst auf den nächsten Donnerstag verlangt. Diese Fragen lauten: 1) Ob das Ministerium unter Sanktion und unter dem noch verfänglicheren Worte Vereinbarung etwas Anderes verstehe, als den bekanntgegebenen Erfüllungsakt durch die vollziehende Gewalt, um der von der gesetzgebenden Gewalt des Reichstags zu schaffenden Verfassung auch die äußere Form der Gesetzesgültigkeit zur anbezweifelbaren, dann bereits vorhandenen innern Gesetzeskraft zu verleihen. 2) Ob das Ministerium gelernen sei, bezüglich jener Gesetze, welche der Reichstag als vorentnommene Bestandtheile der Verfassung schon jetzt zur Wahrung des innern Friedens zu veröffentlichen für nöthig erachten wird, die ministerielle Mitwirkung zur vorbehaltlichen Sanktion und zu sofortiger Kundmachung zu verweigern. 3) Ob die Minister entschlossen seien, ihrer jetzigen, exceptionell unverantwortlichen Stellung zu entsagen, und sich, im Falle sindeti aus einer irrthümlichen Handlungsweise derselben zuziehenden Strafe, die Strenge des bevorstehenden Ministerverantwortlichkeitsgesetzes auch rückwirkend auf sich anwenden zu lassen" Justizminister Bach erbat sich die Interpellation schriftlich, um sich in Betreff der Erwiederung mit seinen Kollegen zu vereinbaren. Zuvor schon hatte Violand an der Spitze der Radikalen einen Versuch gemacht, das ganze Ministerium zu sprengen, indem er „im Namen der durch den Justizminister gekränkten Rechtsgleichheit" einen von 37 radikalen Abgeordneten unterzeichneten Protest einreichte, welcher theilweise auch auf Strobach Bezug hatte. — Die Erledigung der Frage der Mitgouverantetat des Kaisers und des ihm zustehenden Veto's kommt sonoch bestimmt am Donnerstag zur Entscheidung. — Schwarzer tritt jedenfalls aus dem Ministerium. Die neue Kombination steht übrigens noch fest, indem Strobach, welchem darin das Portefeuille der Justiz zugedacht ist, die Annahme bestimmt verweigert.

In Wien standen am 6. September die ungarischen Minister Batthiany und Deak im Begriff, unverrichteter Dinge wieder abzureisen, nachdem der Kaiser die Sanktion des neuen ungarischen Militärgesetzes verweigert hatte, und die Erklärungen des österreichischen Ministeriums in Betreff der serbisch-kroatischen Bewegung nicht zur Beruhigung Ungarns angefallen waren. Da trat die Nachricht ein, die Tyrnitzerkommune habe sich für Jellachich erklärt, und der Kaiser, der

bauen müssen, und wir zweifeln nicht, daß er ihn durchhauen und Oesterreich auch da siegreich aus dem Kampfe hervorgehen wird.

Schweiz.

Eidgenössische Tagsatzung. 20. Sitzung. 5. Sept. Der Präsident liest eine neue Depesche aus Italien (vom Konsul in Mailand) vor, welche in Bestätigung der gestern mitgetheilten (d. h. bloß den Gesandtschaften in abschriftlichem Uebertrunk) Nachricht, daß Oesterreich mit Sardinien auf das Verlangen des letztern übereingekommen sei, die italienische Frage unter sich ohne Vermittlung von Frankreich und England abzumachen, Oesterreich den Fürsten von Schwarzenberg, Militärgouverneur von Mailand zum Abgeordneten zur Schließung des Friedens in Verona bezeichnet habe, — mittelst, daß der sardinische Minister des Auswärtigen über diese ihm bis jetzt unbekannt gebliebene Arrangement dem französischen Gesandten in einer Unterredung mit denselben sein Erstaunen darüber geäußert habe, Frankreich habe an Oesterreich das Ultimatum gestellt sich bis längstens den 4. Sept. über den Annahme der Mediation von Frankreich und England zu erklären, es werde aber vorherige Räumung der Romagna, Parma und Piacenza von den Oesterreichern verlangt. — Auf die eingelangte Beschwerde Tessins, daß schweizerischen Kaufleuten ihre Waffen als Waare mit Beschlag belegt worden seien, zeigt der Präsident an, daß der Vorort bereits an den geeigneten Orten seine Verwendung hiefür habe eintreten lassen.

Frankreich.

** Paris, 6. Sept. Die Nationalversammlung setzte heute die Berathung über den Konstitutions-Entwurf fort. Es bantelt sich fortwährend noch um die Einleitung dazu, ob sie bleiben oder weggelassen werden solle. Unter den heutigen Rednern waren Cremieux und Larmartine, letzterer um sich und die Februarrevolution zu vertheidigen — gegen vielfach auf leide gemachte Angriffe. Bei Polizeiruhe war er noch auf der Rednerbühne. — Die Hoffnung auf Englands Mitwirkung zu einem bewaffneten Einschreiten in Italien ist verschwunden. England will sogar gegen eine solche von Seite Frankreichs protestiren, dürfte sonach selbst neutral bleiben.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 6. Sept. 5proz. Metall. 78⅞, 4proz. 65, 3proz. 48, 2½proz. 41½. — 1834r 500 L.-Loose 130. 1839r 250 L.-Loose 86. Bankaktien 1075. Nordbahn 104. Gloggnitz 93. Bewerisch-Rolland 73. Darmstadt —. Livorno 67¾. Hamb. 64. Siena 56. Arcenniennbrief 95½.

Berlin, 6. Sept. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 75½, ½. — G. Berl. Prämi. Sch. 88 ½. — G. 2. u. Ans. Schuld. 72½. ½. 72 G. Berl. Stadt-Obl. — ½. — G. Westpreuß. Pfandbr. — ½. 79½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — ½. 96½ G., 3½proz. — ½. 78½ G. Ostpr. Pfandbr. — ½. 86 G. Pomm. Pfandbr. 90½. ½. — G. Kur- u. Nm. Pfandbr. — ½. 90½ G. Schlesische Pfandbr. — ½. — G. Schlesische St. u. gar. Pfandbr. — ½. — G. Preuß. St.-Anl. Sch. 86½. ½. 85½ G. Friedrichsd'or 13⅞. ½. 13½. G. Ind. Golvm. à 5 Th. 12½. ½., 12½. G. Diskonto 3½. ½., 4½. G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 88 ½. Berl.-Hamburg 67 ½. Berl.-Stettin-Stargarder 89 G. **Berl.-Potsdam-Magdeb.** 55 ½. Magdeb.-Halberstadt 103 bz. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 54 ½. Köln-Minden 76½. 76 bz. Köln-Aachen 55 ½. Bonn-Köln —. Düsseld.-Elberfeld —. Steele-Vohwinkel —. Niederschles.-Märk. 70 ½. 69½ bz. Niederschles.-Märk Zweigbahn —. Oberschles. Lit. A 91 bz. Lit. B 91 bz. Nordb.-Oberberg —. Breslau-Freiburg —. Kraf.-Oberschles. 44 ½. Berg.-Märk. 57 ½. Stargard-Posen 88½ ½.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 85½. ½. bz. Stargard-Posen —. Brieg-Neiße —. Magd.-Wittenberg 40 G. Aachen-Mastricht —. Thüringer Verbind.-Bahn —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt 85. Berlin-Hamburg. 91½. bz. u G. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 78½. ½., 5proz. 87½. bz. u. G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 83½. bz. u. G. Köln-Minden 91 ½. Prin. a. Staat gar. —. Rhein. 1. Prior. 75½. G. Rhein. Stamm-Prior. 70 ½. Düsseldorf-Elberfeld —. Niederschles.-Märk. 4proz. 82½. 5proz. 94 ½. Nied.-Märk. Serie 89½. bz. Zweigbahn 4½proz. 70½. G., 5proz. 76½. bz. Oberschles. —. Kosel-Oderberg —. Steele-Vohwinkel 77 ½. Breslau-Freiburg —.

Amsterdam, 5. Sept. 2½proz. Integr. 44¾. —, 5proz. Schuld 52¼. —, 4proz. 68¾. —, 3½proz. ditto 68. —. Pandbriefmaatschappy —. 5proz. Neudek à 510 fl. Cert. —. Span. inländ. à 6000 fl. —. Coupons —. Portug. 3proz. —, 4proz. —. Russische 4proz. bei Hope —. ditto bei Stieglitz —. 5proz. Metall. 69¾. —. 2½proz. ditto —.

London, 5. Sept. **Konsols** 86½. G. Coup. —. Span. Akt. 12½. ½. 3proz. —. Port. —. Portug. 3proz. 20¼. ½., 4proz. 22½. ½. 5proz. —. Poln. 4proz. 70½. G. 70½. ½. 2½proz. 44½. G. 44¾. ½.

Paris, 6. Sept. 3proz. 44.25. 4proz. —.—, 5proz. 73.—. Staats-Sch. 222. Bankaktien 1640.—. Stadtobligationen 1140 —. Eisenbahnaktien —. Comp. von Algier —. Belg. 5proz. von 1840 78½. ex. 4½proz. 1842 78½. 4½proz. 3proz. —. 2½proz. —. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 76.—. Röm. 5proz. 62½. Span. 5proz. —. Aktien —. Passive —. Piem. 879.—. Holl. —. St. Germain —. Versailles (rechte) —. (linke) 100.—. Orleans 862.50. Rouen 430.—. Havre —. Marseille 200.—. Basel 86.25. Lirzen 258.75. Boulogne —. Vorbauer 387.50. Nordbahn 377.50. Montereau —. Lyon 365.—. Straßburg 347.50. Nantes 327.50. Dieppe 165.—. Creaux —. Montpellier —. La Seile —.

Madrid, 1. Sept. 3proz. 19½. ½. 19½. G. 4proz. —. 5proz. 10½. ½. 10½. G. Passive —. Cortes —. Bank —. Amsterdamer Paff. Schuld —. Amsterdamer Schuld 5proz. —. Provis. Lit. B —. St. Fernandobank. —. Diskonto —. **Wechselkurse:** Paris 4—97 P. London 48 G.

Münchener Schrannenanzeige vom 9. Sept. 1848.

Getreide-Gattung.	Mittelpreis.	Zufuhr.	Verkauf.	Vorrath.	Mittelpreis.	Im Vergleich gegen die letzte Schranne	
						mehr	weniger
	Sch.	Sch	Sch.	Sch	Sch. fl.	fr. fl.	fr. fl. fr.
Weizen	350	2237	2587	1607	290	13 53	— — —
Korn	231	1664	1895	1402	193	9 16	— — 10
Gerste	71	3978	4049	2713	136	7 48	— — 38
Haber	12	895	907	865	42	1 17	— 11 — 20
Leinsaamen	3	113	118	94	24	14 12	— — —
Reepsamen	27	173	200	74	126	22 13	1 32 — —

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Sonntag, 10. Sept.: „Die Angeklagter und die Puritaner", Oper von Mayerbeer.

Fremdenanzeige.

Gold. Hahn. Baron v. Brümvik, Major von Stettin. Sander, Rentier von Koblenz. v. Hollender, Offizier von Aachen. Dr. Reichardt, von Gotha. Erhart, Kaufmann von Dresden. Wentorf, Stuttenrender Dresden.

Gold. Kreuz. Lenvie und Solmon, Rentiers von London. Andreä und Danner, Künstler von Frankfurt. v. Zolling, Kaufmann von Braunau.

Hotel Maulik. Ritter v. Rodolitz, Gutsbesitzer von Lemberg. Leidesdorf, Privatier von Wien. Heinlein, Eisenbahninspektor von Nürnberg. Rulein, Particulier von Reims.

Blaue Traube. Leißing, Privatier von Salzburg. Sauerbeck, Kaufmann von Mannheim. Frau Baronin v. Sommerfeld, von Salzburg. Dr. Holl, Schmil-Gastel Zischingen, von Salzburg. Dr. Holl, Privatier von Augsburg. Frhr. v. Rödla, von Pittenhurghausen. Riegel, Stadtrath von Memmingen.

Stadtgasthaus. Prasser, Landrichter von Augsburg. Mohl und Gilgert, Privatiers von Mannheim. Schmidt, Schulinspektor von Freising. Kötterle, Gutsbesitzer von Eschenhofen.

Gestorbene in München.

Stanislaus Ruff, ehem. Kaserneinspektor, 56 J. a. Johann Stürmer, Scheidergeselle von Bamberg, 24 J. a. Franz Paul v. Pierron, königl. Finanzministerial-Hausminister, 51 J. a.

112. (2a) Innerhalb acht Tagen werden die Preise verlassen:

Resolvirungen

zum amtlichen und allgemeinen Gebrauche, angefertigt auf den Grund des Allerhöchsten Gesetzes vom 4. Juni 1848.

Die Brauchbarkeit wurde soweit von der, am 25. August in Würzburg stattgehabten, Versammlung mehrerer königl. Herren Rentsexamten Unterfranken, als auch von dem königl. Finanzministerium (Ministerialrechtspt vom 20. August Nro. 14.293. Regierungsstreibst d. d. Würzburg 27. August Nro. 21.168 bis 20.666) anerkannt.

Das Exemplar wird, schön lithographirt, im Anschlag gestellt 30 kr. kosten. Gefällige Bestellungen wollen bei Rentamtsgehilfen Winter in Schweinfurt franko gemacht werden.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 7. Sept. (73. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte. Die Sitzung wird um 9 Uhr Vormittags eröffnet, worauf der Präsident den Austritt des Abgeordneten Fr a n c k aus der Nationalversammlung anzeigt, und sodann ein ihm zugekommenes Schreiben des Ministerpräsidenten von Leiningen zur Kenntniß der Versammlung bringt, worin derselbe den durch Beschluß der Nationalversammlung vom 5. Sept. veranlaßten, vom Reichsverweser genehmigten Austritt des gesammten Reichsministeriums und der Unterstaatssekretäre mit dem Bemerken kund gibt, daß die Reichsminister bis zur Ernennung eines neuen Kabinettes der Führung der Geschäfte sich unterziehen wurden, ohne jedoch obigen Beschluß zu vollziehen, dessen Vollstreckung ihres gegenwärtigen Geschäftsbetrieb nicht berühre. In einem weiteren Schreiben habe v. Leiningen, der Dringlichkeit der Ausführung dieses Beschlusses wegen, angetragt, ob ein neues Ministerium bestehe, um demselben die bezeichneten Mittheilungen machen zu können. Die Antwort sei dahin erfolgt, daß Dahlmann mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt worden sei. Der Präsident verliest eine Interpellation Schiers's aus Frau und Genossen, worin dieselben, gestützt auf die nothwendige Vollziehung des Beschlusses der Sistirung des Waffenstillstandes, den Reichsstatthalter um Auskunft ersuchen über die Maßregeln, welche zur Ausführung obiger Sistirung ergriffen worden seien. Nachdem die Dringlichkeit dieser Interpellation mit 290 gegen 205 Stimmen erkannt worden, stellt S c h i e r den Antrag: die Nationalversammlung wolle die Minister hinsichtlich der an die betreffenden Regierungen zu erlassenden Notifikation des Beschlusses auf das strengste verantwortlich machen. Eisenmann stellt auf den Grund daß ein abgetretenes Ministerium zur Vollziehung eines Beschlusses nicht mehr gezwungen werden könne, und daß eine Verzögerung der Ausführung bedenklich erscheine, den Antrag auf Eilung eines durch den Reichsverweser, wenn auch nur auf wenige Stunden vorläufig zu ernennenden Ministeriums behufs der Ausführung des Sistirungs-Beschlusses. v. Schmerling: „Abgeordneter v. Heuerling" (Heiterkeit) — ist Ihnen bekannt, daß ich Ihnen am 5. Sept. im Namen meiner Collegen erklärt habe, daß die Annahme des Beschlusses der Majorität unsere Entlassung nach sich ziehen werde. Es ist so geschehen; der Reichsverweser hat uns die erbetene Entlassung ertheilt. (Bravo!) v. Soiuerling zur Linken gewendet: ich danke Ihnen! Für die Majorität muß die Ausführung ihres Beschlusses von Interesse sein. Wir haben den ernstige Ihnen zugetheilt und jenen Platz gemacht, die nunmehr zur Ausführung obigen Beschlusses verpflichtet sind. Wären die abgetretenen Minister gebieben, so läge die Verpflichtung auf ihrer Seite. Die Verantwortlichkeit liegt aber in der Wahl der Mittel, den in absolvirten gefaßten Beschluß auszuführen. Ich gebe zu, daß die Ausführung des Beschlusses erfordert werden kann, der Ehre des Parlamentes ist darin verpfändet; aber ein m Ministerium, das einen Beschluß nicht anerkannt, kann auch dessen Ausführung nicht zugemuthet werden." Wesendonck: „Das Ministerium hat sich bereit, dasjenige auszuführen, womit es uns überrascht hat; ob es die Absicht gehabt, unsern Willen zu vollführen, oder nicht auch den Beschluß der Versammlung zu hintertreiben, wird sich in Zeit sein. (Sehr richtig!) Ich stimme dem Herrn Heuerlingbond das Ehrgefühl zu, daß er auf diese Verdächtigung auch eine Anklage stützt.) Der Präsident hat nicht das Recht, mich auf solche Weise zu apostrophiren. Wir lassen und den Absolutismus von keiner Seite gefallen. So lange das Ministerium nicht abgetreten war, hatte es die Verpflichtung die zur Ausführung der Sistirung nothwendigen Maßregeln zu ergreifen. Es mußte diese Beschlüsse den betreffenden Armee in Kenntniß bringen und von dem preußischen Cabinette notificirt werden. Nimmt die hohe Versammlung den Schlierschen oder Eisenmann'schen Antrag nicht an, so geht mein Antrag dahin, die Nationalversammlung wolle den Abgeordneten Dahlmann, Kraft des demselben vom Reichsverweser ertheilten Mandats, zur Ausführung des Beschlusses vom 5. September und zur Ertheilung der betreffenden Notifikationen ermächtigen. Beschließen Sie dieses nicht, so fasse ich den Beschluß der Armee in Kenntniß zu ernennen. Präsident begründet seine Befugniß in Betreff seiner Heren Wesendonck gemachten Bemerkung, mit Aufsehung des Urtheils dieses Redners über das Reichsministerium. Wesendonck wiederholt seine Behauptung und widersetzt sich dem Verfahren des Präsidenten. Der Präsident überläßt es Herrn Wesendonck, hierüber einen Antrag zu stellen, und beruft sich zum Nachweise der Berufung dieses Redners auf die stenographischen Aufzeichnungen. (Fr. D-P-A.-Z.)

Die Lage der Dinge in Schleswig-Holstein.

* Aus **Schleswig-Holstein**, 5. Septbr. Die Absichtlosigkeit des Waffenstillstandes hat möglicherweise vor dem äußeren Feinde uns Ruhe verschafft, allein einen nun so gefährlichen Feind im Innern selbst heraufbeschworen. Die Opposition gegen den Waffenstillstand trifft auf alle und jede Weise zu sagen, leider auch in anarchischer! Daß diese ungeheure Mißstimmung und Gährung des ganzen Volkes von einer gewissen Partei nicht unbenutzt gelassen, sondern eifrigst ausgebeutet wird, zeigt sich nur zu deutlich in den rothen Bändern, welche sogar bereits einzelne Soldaten anstecken, und welche doch wahrhaftig kein nationales Element bedeuten! — Einige Thatsachen, welche sich aufzählend ereihen, werden meine schon ausgesprochene Meinung begründen. Die Landesversammlung ist am 4. d. M. in Kiel wieder zusammengetreten, und der Abg. Landvogt Jensen stellte den Antrag, dieselbe möge prinzipmäßig beschließen, 1) daß sie widerwillen weder aufgehoben noch vertagt werden könne; 2) daß jede Veränderung der bestehenden Landesregierung der Zustimmung der Landesversammlung bedürfe; 3) daß alle seit dem 24. März 1848 von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetze nur mit Zustimmung der Landesversammlung verändert oder aufgehoben werden können; 4) daß ohne diese Zustimmung kein neues Gesetz erlassen, keine neue Steuer aufgelegt werden dürfe; 5) daß endlich alle bestehenden Steuern und Abgaben, und Staatseinkünfte bis zum 31. Dezember von der durch die Landesversammlung anerkannten Landesregierung forterhoben werden sollen. Dieser Antrag ist von 101 Mitgliedern einstimmig angenommen worden und soll als Gesetz proklamirt, der Centralgewalt und der Reichsversammlung mitgetheilt werden. Die Stadt Kiel ist zufrieden damit, aber in großer Aufregung. Bei einer heute stattgefundenen Volksversammlung wurde das Bekanntwerden obigen Beschlusses mit Jubel aufgenommen. Gegen die im Waffenstillstandsabschlusse ausgesprochene Regierungsform wird thatsächlich protestirt. Die vier Männer, welche wir dem verhaßten Molke die Regierung bilden sollen, Baron Heintze, Landrath Boysen, Oberappellationsgerichtsrath Preusser und Landrath Thomsen, haben, indem die Aufforderung zur Annahme, mit ihm die Regierung zu bilden, entschieden abgelehnt, und dieser Fürste recht bald wieder seine Rückreise nach Dänemark antreten. In Schleswig wurde am 1. Sept. in einer außerordentlichen Versammlung aller Bürger und Einwohner eine energische Protestation an die (wie bereits oben erwähnt) neu zusammengetretene Landesversammlung gerichtet, nämlich: 1) sie die Landesversammlung solle sich für permanent erklären, 2) die neue Landesregierung scheinungs berathen und annehmen, 3) daß diejelbe die provisorische Regierung, welche das Vertrauen des Landes genießt, nicht ablehnen lassen wolle. — Die Soldaten sind besonders erbittert über den Waffenstillstand, und das Schleswig-Holsteinische Bataillon in Kiel hat am 4. offen erklärt, es wolle Kiel nicht verlassen. Die preußischen Offiziere haben das Vertrauen der Soldaten verloren, und es dürfte bei dem Beginn der Krieg wieder eingeführt — kaum ein Offizieren fehlen. In Altona ist es zu Unruhen gekommen, es wurden Fenster eingeworfen, wurden aber durch den Oberpräsidenten wieder beschwichtigt. Auch vor der Wohnung des ersten Bürgermeisters kam es zu Unordnungen; am 3. wiederholten sich dieselben wie am Morgen des 4. auf dem Bahnhofe, wo man seine Fahrt nach Kiel erwinnen wollte. Hier waren unter den Tumultuanten Leute mit rothen Kokarden. Zum ernsten Tumult aber kam es am Abend des 4. vor zwei Thoren, wo man freien Durchgang zu erzwingen versuchte. Die aufgebotene Bürgerwehr mußte von ihren Waffen Gebrauch machen. Gegen 1 Uhr in der Nacht kehrte die Ruhe wieder zurück.

Der Waffenstillstand zwischen Dänemark und Preußen ist von der Landesversammlung einstimmig verworfen worden.

Der Kampf zwischen Croaten und Magyaren.

§ Aus **Oesterreich.** — Von der Save 24. Aug. (Slavische Tendenzen und Erfolge.) In meinem früheren Aufsatze sprach ich mich dahin aus, daß die Magyaren allein nur — an allen diesen Unruhen, diesen wühlend mörderischen Kämpfen der Freiheit gegen Knechtschaft, die Schuld tragen; eben so, wie ich die Tendenz der südslavischen Aufstände, hervorgegangen aus dem Bewußtsein nationaler Einheit, für einen Kampf gegen das furchtbare Magyarenthum, und wie die Bewegung mit dem angekommenen Kais. Ruhe Oesterreich, erklärte, was, außer den exlassenen croatischen und serbischen Manifesten und veröffentlichten Gesinnungen, auch aus deren bisherigen Handlungen und Thaten hervorgeht.

Ueber die, obendem durch öffentliche Blätter faktsam besprochenen Ereignisse will ich mit Stillschweigen hinausgehen; nur diene folgendes dem Leser aus derlei Artikeln als Leitfaden: daß den ungarischen Blättern, und ab-fraupt all' den bezahlten magyarischen Berichterstattern, über die serbisch-croatisch-ungarische Frage, derselbe Glaube gezollt werde, wie — weiland — den italienischen Lügenberichten und den hochtrabenden Maländer Siegesbülletin's in der österreichisch-italienischen Angelegenheit, (nach denen bis jetzt in diesem Kampfe nicht weniger als 300,000 (!!) Oesterreicher gefallen — nur mit dem Unterschiede, daß die Magyaren — wenn möglich — etwas dicker und greller aufträg.n, als es seiner Zeit die Italiener thaten. Beim Lesen all' der grellen hyperbolischen, schwarz auf weiß gedruckten, ungarischen Lügen, ist man wahrlich in Versuchung, was man mehr anstaunen soll, ob: die keck Erfindungsgabe der geehrten Lügen, oder: die in Bälde Hoher Regierungsrath Ritter von Romanen, deren Stoff aus der grauen Urzeit der Barbaren entnommen!

Soviel sei im Allgemeinen gesagt, daß außer neben, minder wichtigen Scharmützeln (wie bei Klinka — Aldunar u. s. w.) zwischen den Ungarn und Serben, die bedeutenden Treffen bei Karlowitz d. 12. Juni;

bei St. Tomas d. 2. — bei Werschitz d. 11. — bei St. Tomas und Földvar d. 14. und bei Perlas d. 15 Juli; — bei Nazsina und gleichzeitig Weißkirchen d. 5. und 6. — bei Curuz und Cerevig d. 8. — bei St. Tomas und Fattkof d. 11. — bei Karlowitz d. 12. August vorfielen, und in allen diesen (bei Werschitz ausgenommen) trugen die Serben den Sieg davon. In Croatien und Slavonien obertem Theile kam es noch nicht zum offenen Kampfe; doch ist dem gesteigerten gegenseitigen Erbitterung, nach den jüngsten Ereignissen und Vorbereitungen wohl anzunehmen, daß die nächste Mondesphase auch dort den Boden mit Menschenblut geröthet schauen wird. 148,000 Mann (eingeschulte Croaten, Slavonier, Dalmatiner, Grenzer, Serben) stehen bewaffnet und erbittert den Magyaren entgegen, kämpfend für das heilige Vaterland und für ihren konstitutionellen Kaiser und König und für die Freiheit, und die gerechte Sache wird, sie muß siegen, trotz den parvenierten 300,000 Ungarn und den, aus Pluto's Reiche zu entlehnenden Kossuth'schen 42 Millionen.

Eine sinchwärdige, Menschen entehrende Handlung in der Mitte des 19. Jahrhunderts finde hier ihre Erwähnung, deren Authentizität Tausende verbürgen können.... Im Treffen bei Földvar (es war d. 5. Juli) verübten der Magyaren Heldenschaaren heelen gotteslästerliche Handlungen, daß sie — horrendum dictu — in ihren Reihen, sinnlosen Muth gegen die dortige griechische Kirche, außer Feuerbrunst, auch durch frechlichen Reliquien und Utensilien ꝛc., noch das Allerheiligste und den Altar auf eine Weise besudelten, welche der Anstand näher zu bezeichnen verbietet! Das thaten Rath lichen, denen der Erlöser das erhabene Gesetz der christlichen Nächstenliebe ins Herz geprägt: „Liebe Gott über Alles, und deinen Nächsten wie dich selbst.“ Wann dem Menschen die Religion und do daß ihm Alles gerauht. — Jede liebende menschliche Geschöpf, ob Wilder oder Heide, fühlt sich tief verletzt durch jede Verunehrung eines Wesens, dem er übermenschliche Eigenschaften beilegt; mag es nun ein Mammon oder Klotz sein, das er mit seinen Leben verbindet; — und der Christ, der von dem Christen sein Heiligthum geschändet, seine Religion verspottet sieht, soll solche Greuelth-ten mit Gleichmuth hinnehmen? Nur wem empörtes Gemüth ließ mich so lange bei diesen Umständen verweilen.

So wie die untere Grenze und das Peterwardeiner Regiment schon lange, so hat seit einigen Tagen nun auch die gesammte slavonische und obere Grenze (Agoder und Gradiskaner-Reg.) indgesammt und förmlich, dem ungarisch gesinnten slav. sysem. General-Kommando den Gehorsam aufgesagt, d. h. sich gänzlich von der ungarischen Regierung und dessen Ministerio losgesagt, — trotz eines, kurz vorher an alle slavonischen Behörden ergangenen anmaßenden Befehls des ungarischen Ministeriums, des Inhaltes: „daß alle, nicht durch die slavonischen Offiziere und Beamte gegenblicklich entlassen, und ihre Dienste anderwo nehmen können; widrigenfalls bei Lautwerden mißliebiger Aeußerungen gegen Ungarn, diejenden nach den strengsten Gesetzen (wahrscheinlich Martial-Gesetz) geahndet werden werden.

Ein freies Wort ist uns gegeben, verbürgt durch Kaiserwort; doch der Ungar droht, den anders, der rechtlich denkenden Unglücklichen, wegen einer ihm mißliebigen Aeußerung zu fassen. Meine Wahrheit schreib' ich nieder; zum Glücke, daß mein Name unbekannt, sonst würde bald meine unglückliche Familie ihren gehängten Gatten und Vater (gehängt — weil dem Vaterlande und seinem Kaiser, treu) betrauern müssen.

Aus dem ernirten Peterwardeiner, dem Sitze des slav. sysm. General-Kommando's, kommen schwerlich mehr Befehle an die Behörden, welche übrigens dieselben auch nicht annehmen, noch befolgen.

Der früher vorgelegten Landesstelle, weil im Interesse des ungarischen, nirgends anerkannten Ministeriums handelnd, ist bereits der Gehorsam allenthalben aufgesagt, und andere Befehle kommen wedrt von dem Ban, der gleichwohl in letzter Zeit sehr energische Maßregeln ergreift, noch von dem Wiener Ministerium, das seine treuen Grenzlande vergessen zu haben scheint, herab. — Und dennoch herrscht — Dank den ordnungsliebenden Gesinnungen der Bevölkerung — noch größtentheils Ordnung und Gesetz.

Alles (jung und alt) was im Stande ist, Waffen zu führen und zu tragen, rückt gegen Ungarn aus; wir stehen am Vorabende blutiger, folgenschwerer Ereignisse, wo mancher Freund und Bruder von Freundes- und Bruderhand den Todesstoß erhalten wird.

Die Offensive ist ergriffen, binnen wenigen Tagen zieht man gegen Ungarn, um das Schlachtfeld in Ungarns ausgedehnte Lande zu spiefen.— Vielleicht werden die ehemaligen unabhängigen ungarischen Ministerien gar bald nur mehr der Geschichte angehören!! —

Zu plötzlich, zu groß ist nur der Abstand zwischen der früheren 30-jährigen, sorgenlosen Ruhe, und dem gegenwärtigen Landsturme.

Deutschland.

Oesterreich. — Wien, 7. September. Noch haben die Unterhandlungen zur Herstellung des Friedens mit dem Könige von Sardinien wenig Fortgang gehabt. Indessen hat aber die kaiserliche Regierung den Entschluß gefaßt, mit der neuen Konjiuirung des Lombardo-venetianischen Königreichs nicht mehr länger zu zögern, und zu diesem Behufe in Wälde Deputirte aus den verschiedenen Provinzen desselben nach Verona zu berufen, welche die künftige Verfassung des Landes nach den Grundsätzen größter Freiheit und mit gehöriger Beachtung der Nationalität in Berathung nehmen werden. Diese Deputirten sollen, wie wir aus guter Quelle vernehmen, aus ganz freien Wahlen hervorgehen, und wird die Zahl der Deputirten nach dem Maßstabe der Bevölkerung bemessen werden. Die innere Administration und den Unterhandlungen gemäß verändert, und Oesterreich in Begriff sei, mit dem König von Sardinien einen Separatfriedensvertrag zu vorhandeln, so sei es trotzdem ferner geneigt, in allen Verhandlungen in Betreff der Pacifikation Italiens die Vermittlung der französischen Regierung in dieser Frage anzunehmen.“ Der französische Geschäftsträger hat diese befriedigende Antwort des österreichischen Kabinets mittelst Kuriers nach Paris geschickt. — Der Kaiser Alexander hat erklärt, daß, sobald die Franzosen die Rhein überschreiten er mit 200,000 Mann gegen den Rhein marschiren wurde. (Augsb. Abendz.)

— So eben ist eine Abstimmung im Reichsrathe gefallen, welche das Verhältniß der konservativen Majorität bekundet. Ta morgen die ministerielle Gattirung auf die 3 Borrosch'schen Fragepunkte erwartet wird, so wünschte die konservative Partei heute schon ihre Stärke zu erfahren. Schmitt machte den Antrag, die Redaktionsbestimmungen schnell zu redigiren und der Sanktion des Kaisers zu übersenden. Löhner stellte den Gegenantrag, welcher jedoch bei der Abstimmung fiel. Ministerielle Majorität: 64 Stimmen. Schmitts Antrag wurde mittelst Aufstehen angenommen. Damit wäre denn die Frage der Sanktion umgangen.

Großbritannien.

X London, 5 Septbr. Die Königin hat heute das Parlament vertagt und bei dieser Gelegenheit eine Ansprache an das Haus der Lords und der Gemeinen gehalten, aus der wir folgende Stellen, als nach unserer Ansicht von allgemein europäischer Wichtigkeit, heraushehen. Ueber die Beziehungen zu Frankreich heißt es: „Ich habe meinen diplomatischen Verkehr mit der französischen Regierung formlich wieder aufgenommen. Tas gute Einvernehmen zwischen den beiden Ländern ist ohne die leiseste Unterbrechung aufgedauert.“ Der italienischen Verhältnisse gedenkt mit anerkenntlicher Erwähnung, sie sind mit den Angelegenheiten Schleswig-Holsteins in ein und denselben Paragraphen zusammengereiht, der lautet wie folgt: „Ereignisse von hoher Wichtigkeit haben die innere Ruhe vieler Staaten von Europa im Norden und Süden gestört. Diese Ereignisse haben zu Feindseligkeiten zwischen benachbarten Ländern geführt. Ich habe mich im Einklang mit anderen befreundeten Mächten unausgesetzlich für eine friedliche Beilegung dieser Differenzen verwendet: ich hege das Vertrauen, daß unsere Anstrengungen erfolgreich sein werden und freue mich des Gedankens, daß ein wachsender Gefühl von dem Werth des Friedens die Hoffnung bekräft, die Völker Europas werden die Segnungen desselben zu genießen fortfahren.“ — In Bezug auf die inneren Verhältnisse möchte auch noch folgende Stelle für das wichtige Festland Europas von Bedeutung sein: „Die Stärke unserer Institutionen wird auf die Probe gestellt, und sie hat sie gut bestanden. Ich habe mich bemüht, dem Volk, das mir anvertraut ist, den Genuß dieser gemäßigten Freiheit zu bewahren, die es so ruhig zu schätzen weiß. Mein Volk fühlt seinerseits in lebendig die Vortheile der Ordnung und Sicherheit, um den Verbrechern von Plünderung und Mißvrauch irgend eine Ausflucht auf Gesetz in ihren verwerflichen Plänen zu lassen. Ich erkenne die vielen Zeichen von Ihren und Anhänglichkeit, die ich von allen Klassen meines Volks erfahren habe, mit dankbarem Herzen an. Es ist meine aufrichtigste Hoffnung, daß durch die Pflege der Achtung vor dem Gesetz und Gehorsam gegen die Vorschriften der Religion die Freiheiten dieses Volks mit Gottes Segen als dauernd sich bewähren werden.“

Frankreich.

△ Paris, 6. September. Es haben wieder ein Paar Kravalle einer in Savoe, einer in den Pyrenäen statt gefunden: vor einem Jahr hätte man über solche Vorkommnisse wenigstens drei Tage lang geschrieben und gesprochen; aber seit wir das Glück haben in einer Republik zu leben, sind dergleichen Leibesdrangsen das tägliche Brod der Journale und werden nicht mehr beachtet. Wichtiger ist die Nachricht des Nouvellistes von Marseille, daß das 20. und 33. Linienregiment Befehl erhalten habe, sich zur Einschiffung bereit zu halten, daß eine Batterie Artillerie ihnen beigegeben werden und die Brigade mit Spitalerleichterungen und dem übrigen zum Leben und Sterben Nöthigen versehen werden soll. Der Nouvelliste hält dafür, daß diese Truppen dem Pabst zur Obergarde dienen sollen; eine Annahme, die allerdings der provenzalischen Phantasie höchst würdig ist. Wie viel an dem Ganzen wahr oder fabelhaft sei, ist schwer zu ermitteln: Marseille handelt fast mit italienischen Waaren, es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß die Geschichte von Anfang bis zu Ende erlogen ist.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 65.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement! Gemäßlung 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Dienstag den 12. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Inseratengebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Deutsche Reichsversammlung.

A. Frankfurt, 8. Sept. Die gestrige Sitzung ward mit einer unfruchtbaren Diskussion über die Polizeywache des Beschlusses vom 5. angefüllt; am Schlusse wurden die Ergänzungswahlen für den Verfassungs-Ausschuß vorgenommen. Die Mehrheit der Stimmen erhielten: Gombert, Zell, Riesser, Rotenkan und Briegleb. Wir bedauern es, daß der Verfassungsausschuß keinen Abgeordneten der Linken mit auf die Vorwahl gebracht hat; denn gerade in diesen Ausschusse sollen nach unserer Ansicht alle Parteien vertreten sein. — Heute wurde die Verhandlung über §. 14 der Grundrechte fortgesetzt; es sprachen die Herren Löwe von Calve, Kuhnt von Bunslau, Saltwedell und Wallis. Die Versammlung war aber müde in der Stimmung, der Verhandlung noch rudig zu folgen; schon nachdem der zweite Redner geendet hatte, wurde vielseitig Schluß verlangt; dieses Verlangen wurde nach jedem Redner dringender, so daß der Vorsitzende, der nach Wally dem Abgeordneten Pöpl noch das Wort gegeben hatte, abstimmen lassen mußte, worauf denn die Mehrheit sich für den Schluß erklärte. Der Berichterstatter Beseler resumirte die Verhandlung und trug darauf an, lediglich das anzunehmen, was der Verfassungs-Ausschuß in seiner Majorität vorgeschlagen hatte. Der Präsident theilte hierauf die zahlreichen Amendements nochmals mit, und ein großer Theil wurde entweder zurückgenommen oder nicht unterstützt. Die Abstimmung wurde auf den Antrag Schneers auf einen anderen Tag verschoben, und zwar sinsolange bis die Reihe der Fragen vom Vorsitzenden festgestellt und den Mitgliedern gedruckt mitgetheilt sein würde. — Auf eine Interpellation der Linken an Dahlmann, wie es mit der Bildung eines neuen Kabinets stehe, antwortete dieser, daß Unterhandlungen im Gange seien und eifrig betrieben würden, daß er aber im Interesse des Gelingens derselben wünschen müsse, daß die Versammlung sich heute nicht weiter in die Sache einlasse. Eine andere Interpellation von Raypard und Genossen an die kombinirten Ausschüsse für die schleswig-holsteinische Angelegenheit wegen der Zeit des Berichts in der Sache hatte den Beschluß zur Folge, daß man das Bureau beauftragte, die Ursachen der Verzögerung im Drucke der nöthigen Aktenstücke zu untersuchen und darüber Bericht zu erstatten. Dieser ward denn am Schlusse dahin erstattet, daß niemanden eine Schuld hiebei treffe. Die Akten seien sehr umfangreich (es sind im Ganzen 20 Actenstücke Folgen) und dadurch, daß sie theilweise als verschiedene Druckereien vertheilt werden konnten. Noch heute würde aber Alles, was zum Drucke gegeben worden sei, den Mitgliedern gedruckt vertheilt werden. Hiernach wurde denn auch der Antrag Schneers, daß die kombinirten Ausschüsse beauftragt würden, wegen schon zu berichten, zurückgegangen. — Die Nachrichten aus Schleswig-Holstein lassen den Beweis, daß jetzt man auch dort mit dem Waffenstillstande unzufrieden sei, und wie natürlich es ist, wenn man den Beschluß der Nationalversammlung bloß provisionellen Gefühlen zuschreibt. Männer, denen die Zukunft und das Glück Deutschlands über Alles geht, haben mit der Mehrheit gestimmt. Es ist so weit ich die Akten bis jetzt kenne, noch kein hinreichender Grund vorhanden, der die Versammlung bestimmen könnte, sich mit dem Vertrage einverstanden zu erklären. Man hat von mehreren Seiten her einen Ausweg durch eine bedingte Ratifikation in Vorschlag gebracht. Ich sehe aber in einer solchen materiell nichts weiter als eine Verwerfung, und die Schwierigkeiten, welche diese nach sich zieht, sind auch durch eine solche bedingte Annahme nicht gehoben. — Die nächste Sitzung der Nationalversammlung findet Montag den 11. d. statt.

A. Frankfurt, 9. Sept. Den Mitgliedern der Reichsversammlung wurde diesen Morgen ein Band Aktenstücke zur schleswig-holsteinischen Frage, in specie den Waffenstillstand von Malmö vom 26. Aug. 1848 betreffend, zugestellt. Die Dokumente beginnen mit einer Mittheilung Preußens an den Bundestag über die zur Vertheidigung der Herzogthümer getroffenen Maßregeln vom 2. April 1. Js.; sie schließen mit einem Schreiben des preußischen Bevollmächtigten Camphausen an den Reichsminister des Auswärtigen, vom 7. Sept. l. J. Im Ganzen liegen 22 Nummern gedruckt vor, von denen mehreren wieder eine Reihe von Beilagen angefügt ist; sie füllen 23 Druckbogen oder 92 Seiten in Folio. — Ich beschränke mich für jetzt nur auf einige wenige Bemerkungen aus diesen Aktenstücken. Der Reichsminister Heckscher bestreitet sich in einem Schreiben vom 8. September darüber, daß er, obwohl ihm schon am 30. August die Nachricht vom Abschlusse des Waffenstillstandes durch Camphausen mitgetheilt worden sei, bis zum 1. September Abends noch keine nähere Kunde vom Inhalte des Waffenstillstandes habe, ferner darüber, daß dem Bevollmächtigten der Zentralgewalt (M. v. Gagern) gleichfalls dieser Inhalt vorenthalten worden sei, und fährt dann fort: „Ich hege die Zuversicht, daß die Nachrichten, welchen ich entgegensehe, die Befürchtungen nicht verwirklichen werden, welche durch Alles, was die Reichsgewalt bis jetzt weiß, und nicht weiß, hervorgerufen sind. Aber die ganze Lage ist von der Art, daß ich nicht säumen darf, die Zentralgewalt von aller Verantwortung für die unglücklichen Folgen frei zu erklären, welche nicht ausbleiben können, wenn die Regierung des Reichsverwesers, sei es formell durch unrichtige Würdigung der Stellung ihres Vertreters, sei es materiell durch Abschluß oder durch Ratifikation eines nicht mit der erhellten Wahrheit übereinstimmenden Waffenstillstandes beeinträchtiget worden wäre.“ — Der preußische Minister des Auswärtigen antwortet hierauf unter dem 3. September, daß am 30. eine Abschrift des Waffenstillstandes nach Frankfurt abgesendet worden sei (der Vertrag war am 26. in Berlin eingetroffen und am 29. vom Könige unterzeichnet worden). Dem Hrn. v. Gagern habe er unter dem 29. geschrieben und die Bedingungen des Waffenstillstandes mitgetheilt. Der Minister bemerkt in Bezug auf die Einhaltung der Vollmacht wörtlich: „Wenn es nicht in allen Stücken möglich gewesen ist, die der Vollmacht angefügten Bedingungen buchstäblich zur Ausführung zu bringen, so wußte die königl. Regierung sich darin diejenige Freiheit gestattet glauben, welche bei jeden Vollmacht selbst verbunden ist, um unter dem nicht vorauszusehenden Wechsel der Umstände das wesentliche Ziel zu erreichen. Das Wesentliche aber, was in jenen Bedingungen lag, ist erfüllt worden.“ Ueber die Motive führt der Briefsteller fort, welche das Verfahren Preußens dabei leiteten, werde der Bevollmächtigte Camphausen nähere Aufschlüsse ertheilen.

Frankfurt, 8. Sept. Der wenig Tagen erst dahier bei am preuß. Hofe beglaubigte Gesandte der Vereinigten Staaten, Donelson, ein, und richtete am 5. d. Mts. Vormittags das in deutscher Uebersetzung hier folgende Schreiben an den Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten: Mein Herr! Kürzlich hatte ich die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß ich vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ermächtigt worden sei, mich nach Frankfurt a/M. zu verfügen, und als diplomatischer Repräsentant der Vereinigten Staaten die von errichtete Regierung anzuerkennen. Ich bitte nun, mich in dieser Eigenschaft Ihnen vorstellen zu dürfen. Mit der tiefsten Ehrfurchte hat der Präsident die Anstrengungen gesehen, mit welchen das deutsche Volk und die deutschen Regierungen die Begründung einer wirksamen Bundesgewalt erstrebt haben: mit dem reinsten Vergnügen sieht derselbe die Bestrebungen dieser großen Werke entgegen, welche auf Grundsätzen beruht, die, ohne der Souveränetät der Einzelstaaten unnöthigen Abbruch zu thun, Freiheit und Wohlfahrt dem Volke sichern werden. Auf dem Wege der Einigung hat das amerikanische Volk seine jetzige Stellung in der Reihe der Nationen sich errungen; auf demselben Wege hat es mit Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und der Rechte eines Jeden den Grund zu seiner Größe und Macht gelegt. Tebhalb widmen die Vereinigten Staaten Allem, was zu dem Gedeihen einer Verfassung führen kann, die Deutschland die gleichen Segnungen zu bringen bestimmt ist, die lebhafteste Theilnahme. Von diesem Geiste beseelt, hat der Präsident der Vereinigten Staaten, sobald ihm Kunde von der Einigung der jetzigen Zentralregierung für Deutschland geworden war, beschlossen, dieselbe anzuerkennen und ihr den Ausdruck der aufrichtigen Wünsche zu übermitteln, welche das amerikanische Volk für das Gelingen ihrer edlen und vaterländischen Bestrebungen hegt. Ich habe dieser, den mir ertheilten Aufträgen entsprechenden Mittheilung nur noch beizufügen, daß es mir zum größten Vergnügen gereichen wird, nach Kräften zur Förderung des Verkehrs zwischen zwei Völkern beizutragen, deren Interessen, Wünsche und Hoffnungen in so vielen Beziehungen dieselben sind. Mit vorzüglichster Hochachtung verharrend ꝛc. (gez. A. Donelson, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der Vereinigten Staaten am königl. preuß. Hofe. Frankfurt a/M., den 5. Sept. 1848. An Se. Exz. den Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. Heckscher, dahier.

Das Reichs-Justizministerium hatte den Appellationsgerichtshof-Präsident von Köln, Berlacher eines Kommentars zum rheinischen Handelsgesetzbuch, hierher berufen, um in Gemeinschaft mit dem Unterstaatssekretär Widenmann den Entwurf eines allgemeinen Handelsgesetzbuchs für Deutschland auszuarbeiten. Auch noch andere Kräfte sollten zu dieser bedeutenden Schöpfung, welche einem lange und tief gefühlten Bedürfnisse für Deutschland Abhilfe verheißen bestimmt war, zugezogen werden. Dr. Brocker war bereits hier. Inzwischen ist nach Mittheilung des gestimmten Reichsministeriums wegen der schleswig-holsteinischen Waffenstillstandsangelegenheit die Sache auf sich beruhen gebieben.

Der Waffenstillstand mit Dänemark.

Wir fahren fort, unsern Lesern die verschiedenen Meinungsäußerungen der deutschen Presse über den mit Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstand mitzutheilen. Ein Bremer Blatt, die „Weser-Zeitung", hebt hervor, welch ein neues Chaos vor uns aufgerollt würde, wenn die Ratification des Waffenstillstandes vom Reichsministerium ernstlich verweigert würde. Schon jetzt herrsche zwischen Berlin und Frankfurt eine sehr fühlbare Spannung, sie würde zu einer tiefen Kluft und zu einer Spaltung von unermeßlichen Folgen erweitert. Preußen würde den für sich und für Deutschland geschlossenen und ratificirten Waffenstillstand nicht brechen können. Sollte dann Deutschland ohne Preußen den Krieg fortsetzen? Preußen als „bedrauende" oder neutrale Macht auf der Seite stehen, wo Rußland, Frankreich und Rußland stehen? Das wäre ein Bruch des Waffenstillstand zu erklären, wird der bei Seite gedrängten selbstständigen Landesversammlung zurufen. Diese Umgehung der Stände des Landes erscheint der Weser-Zeitung als die verheimlichte Reactionserklärung, welche durch den Waffenstillstand kundgemacht werden solle, und die Willkür, womit von den zwei unverbündeten Mächten, ohne irgend eine Berücksichtigung des Volkes und seiner Vertreter, die Regierung des Landes dem allervorübergehendsten Grade Karl Marx'scher Ansichten, die dem Gesammtvermögen übertragen ist, könne nicht anders als mit tiefster Verletzung gegen den Vertrag erfüllen. Indem nun solche Dinge mit einer gewissen „voreiligen Freudheit" der erregten öffentlichen Meinung entgegengehalten werden, Graf Karl Moltke noch vor dem Waffenstillstande ins Land kommt und bei dem gleichfalls verdächtigen Grafen Bismarck sein Absteigequartier nahm, ist es gar nicht zu verwundern gewesen, daß man die wesentliche Konzession, welche Dänemark in den Waffenstillstandsbedingungen feinerseits gemacht hat, übersieht, und die aus dem Zusatzartikel zu §. 7 der Akte hervorgehe. Diese Bestimmung dürfe aber um so weniger übersehen werden, als dadurch auch auf den sonst so anstößigen Rückhalt der provisorischen Regierung ein ganz anderes Licht falle. Diesen Punkt setzt nun die „Weser-Zeitung" in folgender Weise auseinander: „Vorgesehenerweise war es nun den Zusammenhang, in welchem die Einsetzung der provisorischen Regierung mit dem Ausbruche des Krieges stand, der König Friedrich VII. hatte kurz nach seinem Regierungsantritte den schon angekündigten Plan kund werden lassen, die dänischen Stände zusammt den Ständen der Herzogthümer in Kopenhagen zu einer einzigen Reichsversammlung zu vereinigen, und die Einrichtung war so gerosten, daß die Majorität der Stimmen unzweifelhaft auf dänischer Seite gewesen wäre. Die schleswig-holsteinischen Stände protestirten gegen diesen verfassungswidrigen Plan. Eine Kommission verstehen begab sich, wie man sich erinnern wird, nach Kopenhagen: diese nun erhielt am 24. März auf ihre Vorstellungen die Antwort des Königs in einer Proklamation, welche offen die Absicht des Königs aussprach, das Herzogthum Schleswig von Holstein zu trennen und erfuhren durch eine gemeinschaftliche, freisinnige Verfassung in das Königreich Dänemark zu inkorporiren. Durch diese Proklamation brach der König von Dänemark die unmittelbaren, ihm selbst und seinen Gesandten bei der Bundesversammlung anerkannten Rechte der Herzogthümer. Durch diesen Bruch der Verträge und beschworenen Eide gab Dänemark den Anlaß zum Kriege. Diese Sachlage darf nicht vergessen werden. Deutschland führte gar keinen Eroberungskrieg, überhaupt gar keinen Angriffskrieg, sondern die Herzogthümer erhoben sich und Deutschland eilte ihnen zu Hilfe, lediglich um den in der Proklamation vom 24. März vom Könige von Dänemark gebrochenen Angriff auf das gute Recht Schleswig-Holsteins abzuwehren. Darum hatte die provisorische Regierung, welche gleich nach der Rückkehr der Kopenhagener Deputation zusammentrat, ihre erste Proklamation an das Land ebenfalls vom 24. März Darin sagte sie wörtlich: „Wir haben vorläufig die Leitung der Regierung unternommen. Wir werden aber die übernommene Gewalt niederlegen, sobald der Landesherr wieder sie in sich wird und von der Ständevertammlung andere Personen mit der Leitung der Landesangelegenheiten betraut sein werden." Die sehr wesentliche Konzession, welche nun der König von Dänemark in den Waffenstillstandsvertrage macht, ist die, daß er jene Proklamation, nebst allen andern nach dem 17. März bis. Ja. in Betreff der Herzogthümer erschienenen königl. Erlassen wieder zurücknimmt, daß somit der nächste Anlaß zu dem Kriege von Dänemark selbst aus dem Wege geräumt wird. Durch Zugeständniß, bei der Ständevertretungsfrage recht benutzt, muß von entscheidender Wirkung auf die Lösung der ganzen Frage sein. Auch der Rücktritt der provisorischen Regierung erscheint unter diesem Gesichtspunkte in einem ganz andern Lichte. Die provisorische Regierung hatte ihr Besitzen nur an jene Proklamation des Königs gebunden, darauf bezog sich die Fiktion von der Unrechtheit des Königs, welche doch nicht festgehalten werden kann, sobald mit demselben Könige ein Vertrag abgeschlossen wird. Nur das bei Seite schieben der Stände und die Umfahrt, unter welchen die Einsetzung der neuen Interimsregierung stattfinden soll, bleibt immer ein schreiendes Unrecht und ein unverzeihlicher Mißgriff des preußischen Unterhändlers. Die Ehre ist der moralische Nerv im leben des Mannes, wie im leben eines Volkes: er kann nicht ohne Schaden, er darf nicht unaufrauh verletzt werden. Wenn dieser Waffenstillstand in der That ehrenkränkend für Deutschland wäre, so würden wir und nur zum Organ der allgemeinen Stimme auch an der unter der Last des Krieges so schwer seufzenden nördlichen Seeküste machen, wenn auch wir die Nationalverfammlung zur Verwerfung der Bedingungen auffordern. Aber wir sind der Meinung, daß eine auf politischen Verhältnissen beruhende Frage nicht in der Wallung einer wenn auch noch so edlen Leidenschaft beurtheilt werden darf, sondern mit besonnener Berücksichtigung der Dinge wie sie sind und vor Allem auch der Mittel, welche uns zu Gebote stehen, um Günstigeres zu erreichen. Der Waffenstillstand ist nur zu Hälfte ein günstiger zu nennen, aber man vergesse nicht, daß ja auch der Krieg nur zur Hälfte für Deutschland günstig ausgefallen ist."

Die „Kölner Zeitung" findet den Abschluß der Reichsversammlung in Frankfurt „rasch" und kann den Waffenstillstand noch keineswegs als von der Zentralgewalt bereits verworfen betrachten. Sie spricht, indem sie die Mittel zur Rettung aus der gegenwärtigen Krise untersucht, die Hoffnung aus, daß Dänemark und die ihm zur Seite stehenden Nationen — besonders England und Frankreich, die einstweilige Sistirung der militärischen Operationen nicht sofort zum Bruch des Vertrags ausbeuten werden. „Ist es werden — die dänischen Kaper unmöglichen werden, die die Nationalversammlung nach Gründen der Verbandlungen, nach Kenntnißnahme der Umstände, die etwa gebieten möchten, bei dem vorliegenden Waffenstillstande, als dem kleineren Uebel, sich zu beruhigen, über den Waffenstillstand selbst Beschluß gefaßt haben wird." Allerdings sei eigentlich die Sistirung der militärischen Dispositionen, welche man so rasch, vor aller Prüfung der Verhandlungen durch die Unterschrift des Unterstaatssekretärs Reichsministers nachwies, wie dieselbe ohne besondere militärische Bedeutung sei, schon selbst ein Bruch des Vertrags, und sollte man meinen, ein Ausdruck des schon anderzeit feststehenden Willens der Majorität auch den Waffenstillstand selbst zu verwerfen, die Folgen mögen sein welche sie wollen. Indessen hofft die Kölnische Zeitung noch immer, daß in den Gründen von Beseler, Waffermann, Radowitz bei Stützung der Verwerfung sich einige Anhaltspunkte finden, um nicht der Mehrheit noch vor der Hauptabstimmung einer andern Ansicht machen werden. Die umgekehrten Gefahren einer Nicht-Ratifikation werden um so schwerer ins Gewicht fallen, je mehr Wahrscheinlichkeit vorhanden sei, daß dem Waffenstillstande ein ehrenvoller Friede folge. In Betreff des transitorischen Zustandes bis zum Frieden — sagt die Köln. Ztg. — ist es richtig:

„Der König von Dänemark nimmt alle seit dem 17. März d. J. für die Herzogthümer erlassenen Verordnungen zurück, damit der Bereich der Inkorporation Schleswigs in Dänemark und seine Trennung von Holstein beseitigt. Die beiden Herzogthümer sind und bleiben während des Waffenstillstandes auch faktisch unter einer Kollektivregierung als ein politisches Ganzes verbunden. Wenn gleich die Billigkeit es forderte, daß mit den Regierungs-Akten des anerkannten Landesherren auch die gegenzeitigen Erlasse der provisorischen Regierung ungenehmigt formell außer Geltung treten, so trat doch der innere Rechtszustand des Landes ohne Stockung auf der gegenwärtigen Grundlage fortbestehen, indem die neue Regierung gleich bei ihrem Amtsantritte durch eine umfassende Publikation alle diejenigen Gesetze wieder in Kraft treten lassen wird, welche von irgend einer Bedeutung für das Land sind. Dies sind die wesentlichen Grundzüge dessen, was für die Herzogthümer in den Bedingungen des Waffenstillstands erreichet ist. Was den Termin der beiden Monate betrifft, so gibt Dänemark den Vorschlag auf, welcher ihm seine Kriegsschiffe bis zum Winter, also noch länger als drei Monate, gewähren würden. Dafür mußte als Kompensation der Waffenstillstand auch während der Wintermonate dauern. Indem Dänemark das genommene deutsche Eigenthum zurückgibt oder erstattet, mußte ihm das Nämliche gewährt. d. h. das von den Deutschen in Jütland genommene erstatter werden. Schimpflicher kann kein Krieg beendet werden, als Dänemark gibt von den übrigen Bedingungen; nur die Gewinnung des Grafen Moltke, die sich doch noch wohl würde abändern lassen, ist ein unerklärlicher Mißgriff."

Am Schlusse ihres Artikels bemerkt die Kölnische Zeitung noch: „Ein zweiter übereiliger Beschluß in der Waffenstillstandsfrage würde sicher das Grabgeläute der deutschen Einheit sein!"

Die „Rhein- und Moselzeitung" ein ultramontanes Blatt sucht aus Anlaß der Waffenstillstandfrage nichts Geringeres als einen neuen Volksaufstand in ganz Deutschland hervorzurufen: ein Kampf auf Leben und Tod — sagt sie — wird sich eröffnen und das siegreiche Volk seine Fehden zermalmen. So spricht das Organ einer Partei, welcher es mehr als jeder andern zukäme, auf Frieden und Versöhnung hinzuwirken.

Deutschland.

Landgrafschaft Hessen-Homburg. Homburg v. d. H. 8. September. St. Durchlaucht der regierende Landgraf zu Hessen ist heute Vormittag nach langer Krankheit in Folge einer hinzugetretenen Lungenlähmung mit Tod abgegangen. Er war geboren am 17. Februar 1781. Ihm folgt in der Regierung sein einziger noch lebender unvermählter Bruder, Prinz Ferdinand, geboren 1783. (Fr. Journ.)

Preußen. ⊙ Berlin, 7. Sept. Die Schlacht ist geschlagen, das Ministerium ist unterlegen, die Linke hat einen entschiedenen Sieg errungen. Zuviele von Menschen hatten in der Nähe und Ferne der Singakademie auf das Resultat der heutigen Sitzungen Sitzung, und als es bekannt wurde da sah man, welch tressliche Früchte die rastlosen Bestrebungen unserer Klubs und Volksredner getragen hatten! Vivats Jubelgreifen ertönte, die Abgeordneten der Linken wurden mit nicht endenden Hoch empfangen, und als Stein erschien erreichte das stundenlang gespannte Entzücken der erhitzten Menge seinen Höhepunkt. Zwei Männer ergriffen ihn und

trugen ihn auf ihren Schultern bis zum Opernplatze. Dort setzte man den Helden des Tages in einen Wagen, und der „Mann des Volkes“ nahm die letzte, emporkeimende aller Huldigungen an, er ließ das Volk die Pferde ausspannen, und fuhr, von „Sonverainen“ gezogen im Triumphe von dannen!

⊙ Berlin, 8. Sept. Die Nationalversammlung hat heute sich vertagt auf das thronistische Verlangen der Minister, die zum Königen Audienz vorzutragen gegangen sind, um Bericht zu erstatten über das Ergebnis der gestrigen Sitzung und die von ihnen darauf gefaßten Beschlüsse. Noch ist nicht gewiß, ob sie ihre Entlassung gegeben; es gehen auch Gerüchte von möglicher Auflösung der Kammer. Die Linke geht aber in diesem Fall mit dem Gedanken um, nicht Folge zu leisten, sondern sich permanent zu erklären. Andererseits spricht man von Volksrath, der an die Stelle eines neuen Kabinets treten solle. Die Demagogen glauben nun gewonnenes Spiel zu haben. Sie prokuniren laut ihre Hoffnungen, endlich zum Ziele zu kommen. Sie dürfen sich aber doch verrechnen. Zum Durchbruch kommt es jetzt allem Anschein nach, alle Federn sind zu gespannt, daß sie springen müssen. Ob glaube sagen zu können, daß die Regierung die Bekennung des Augenblicks wohl erkennt und daß man sie nicht unvorbereitet finden wird. Wir werden sehen, ob die guten Bürger, denen es um Neuerung der Freiheit wie der Anarchie zu thun ist, ihre Pflicht thun werden. Der Entscheidungskampf zwischen der Barbarei und der Zivilisation steht uns bevor, wie er in Paris geschlagen ward. Die Vertheidigung der Bürger wollte es, daß es und nicht erspart bleibe. General Wrangel soll am 15. mit den Garden aus Schleswig-Holstein wieder hier eintreffen. Die Anarchisten sprengen an, dort sei die Republik proklamirt.

Berlin, 8. September. Ob ein eine Umwälzung, aber es ist auch eine **schwierige Arbeit**, inmitten der **ungeheuerten Bewegung**, welche noch immer in Europa ihre Wellen wirft, das zusammenvoll kleinliche Treiben im Auge zu fassen, in welchem die demokratische Partei der Hauptstadt, von dem glänzenden Phrasenmacher der Nationalversammlung bis herab zu dem letzten Deklamator der Gasse, ihren Athem vergeudet. Tort, wo der bequem auf ihren Bänken lehnenden Versammlung, donnert ein Mitglied der Linken die stereotypen Schlagworte gegen das Gespenst der Reaktion und kokettirt bajuvisch mit einigen emanzipirten Damen, welche „ringsum auf hohem Balkone“ das Turnier beehren und ihren Paladinen Beifall winken. Hier wagt ein demokratischer Klubb und brüllt Hrn. Karbe Beifall zu, dem es noch immer nicht gelungen ist, die Märtyrerkrone zu gewinnen, nach der er strebt, und der nur von der Wache der Linken Demokratie, der Straßenjugend, umringt erscheint, — der Jugend, auf die die Zukunft gehört“. Dort wüthet Hr. Towiat, der, seit es keine Römisch-Katholische mehr zu fressen gibt, ein Mißvergnügen gewordene ist, und den seine zahlreichen Gläubiger hätten einfangen lassen, wenn nicht die „Reaktion“ ihnen zuvor gekommen wäre. Hier zupfen andere Demokraten, nach der neuesten Mode, die Perücke, die seine Zeitung halten, sondern nur Plakate leihen können, in den Logen der Hyperlinken Abendruhe zu, um der Größe der Linken, welche eben ein Fuß Welt verrückt, und die verschiedenen Nuancen von Meinen ihrem Abgeordneten gesichenkt, den Beifall des souverainen Volkes zu beziehen, und nebenbei an den reichlichen Libationen der Gesetzeren wo möglich sich zu betheiligen. Dort liefert ein gesinnungsmüchtiges Bündchen den „Verrath der Gemüthe“ ins Treffen, die sich entreißen, geflißt auf „verrotzete“ Gesetze, die Straßen von Ruhestörern und Unruhmachten zu säubern. Hier steht eine freidenkende Kompagnie der Bürgerwehr und sagt, weiße Schnapsflaschen der Abgewehrte gebunden, damit das „Volk“ seine Freunde erkenne, es ruhig geschehen, daß unter ihren Augen jene verrotteten Gesetze mit Füßen getreten werden. Tort endlich ist das Volk Volk wie es will, die Barrikaden, das, wie schwarz es auch aufgemalen sein mag, nur zu treu unsere Zustände wiedergibt, und das Ihnen selbst aus den wohlwollendsten Berichten entgegentreten wird. Berlin, mit einem Worte, ist die einzende Pestbeule der Monarchie, eine Wunde an dem die dahin noch gesunden Leibe, die vielleicht noch mit dem Eisen aufgebrannt werden muß, soll sie nicht auch die übrigen Glieder ergriffen. Die Regierung hat offenbar diese Gefahr lang und breit erkannt, sie hat Alles aufgeboten, um sie zu beschwören, sie hat Opfer gebracht, die preußischen Provinzen sind keine französischen Departements, und Berlin ist kein Paris: das Land ist des wahnsinnigen Treibens einer kleinen Partei mehr als müde. (Karlsr. Ztg.)

Oesterreich. — **Wien**, 8. Sept. Von den Gründen der bevorstehenden Ministerkrise sind unserm Ministerium zwei verschiedene Motive bis jetzt bekannt geworden. Es wird heute als Folge der Annahme der Vermittlung die Aufrechthaltung des Status quo verlangt. Es soll von Seiten Oesterreichs durchaus kein Akt der Feindseligkeit weder gegen Venedig noch gegen die von ihm bis jetzt noch nicht besetzten Territorien bis zu einem gemeinsam erfolgten Beschluß vorgenommen. Die Regierung soll hierauf geradezu erwidert haben, sie gehe gegen Karl Albert den Waffenstillstand beobachten, obwohl dieser sei eine kaltherzige Staat. Man werde sich trotz der Annahme der Vermittlung auf seine Vertheidigung einlassen, welche auf Annäherung der Gebietsgrenzen oder auf Lostrennung irgend eines Theils der bisherigen österreichischen Besitzungen in Italien lautet. Man macht daraus gar kein Hehl, und die Mittungen zum Kriege dauern ununterbrochen fort. — Der ungarischen Deputation ist eine Audienz beim Kaiser zuerst abgeschlagen worden. Sie habe die Weisung erhalten, heute Abends 9 Uhr in der siebenbürgischen Hoftanzlei die kaiserlichen Beschlüsse entgegenzunehmen. Man sieht die Herren Magnaten jetzt sehr niedergeschlagen durch die Straßen gehen! Sie haben durchaus keine Sympathie im Volke. Die hier anwesenden Minister Banthyany, Deak und Esterhazy haben ihre Entlassung gegeben, und Szechenyi soll sogar aus Schmerz über die traurige Lage seines Vaterlandes wahnsinnig geworden sein. — Hier sucht man die Stimmung durch die Riesenpakete zu Gunsten Ungarns zu bearbeiten, vergeblich! Die Gesichtsbildung nabt, ein leyter Schlag scheint sich vorzubereiten. Unser demokratischer Klubb entwickelt fortwährend die angestrengteste Thätigkeit für Erregung neuer Unruhen, und wird hierin von der Aula, wie nicht anders zu erwarten, tumultuirt unterstützt. Alle Anzeigen auf Ruhe sind wieder verschwunden. Ueber kurz oder lang muß eine Katastrophe eintreten, welche jedenfalls von bedeutendem Erfolge sein wird. — Das Gerücht, daß Gedanken über den Verbleiben nach in Betreff des Volkes aufgehoben werden.

Wien, 7. September. Die heutige „Allgemeine Oesterreichische Zeitung“, bekanntlich das Organ des jetzt aus dem Ministerium ausscheidenden Hrn. **Schmerling**, enthält folgende, besonders wohl für uns von dieser Seite selbst kommt, jede bemerkenswerthe Aeußerung: „Man muß gestehen, daß bei dem traurigen Zustande, in welchem sich unsere freie Presse befindet, es ein großes Aebel war, einen Mann aus der Mitte derselben schon jetzt auf die Ministerbank zu berufen, da man doch voraussehen konnte, daß ein solches Beispiel das ganze Heer roher Leidenschaften entfesseln müsse, welche in jener Sphäre von Menschen heimen, die sich nun alle für mitberufene Staatsmänner halten und den Augenblick nicht erwarten können, wo auch an sie der ernstere Ruf ergehen werde. Wäre es doch möglich, diese Herren von der Journalistik auf die Ministerbank zu versetzen, in wenig Wochen wären sie von ihrer Manie nach Portefeuilles kuritat geheilt; denn die Stipe unseres Ministers gleichen wahrlich mehr einer Galeeren- und Schub- als einer Ministerbank. Unsere Freiheit ist gut und jung, unsere Popularität viel zu reizbar, um der Glacbe, das Minister und Volksverräther gleichbedeutend sei, aus allen Zeiten viel zu eingetrieben, als daß man sich gewöhnen könnte, die Rathe der Krone mit jener Leb-amkeit zu behandeln, wie dies in durch konstitutionellen Ländern trotz allen Meinungsverschiedenheiten geschieht. Ueber die neu eintretenden Minister ist nichts bestimmtes zu melden. Palacki, Exdomnicki, Svoboda haben angeschlagen, die Linke bietet keine Garantien und so stehen alle Ministerium Stavien, Bruck, Pillersdorff, Call, Neumann, Helfert, Winkisplatz it immer näher kommen.“

Italien.

*In Vitorna ist es zu neuen Unruhen gekommen. Das große Gesetzbuch mußte gegen die Barrikaden spielen. Am 6. hatte der Aufstand in der Stadt die Oberhand. Guerazzi und Corsini waren an die Spitze gerufen. General Delangier rückte zur Unterstützung der Besatzung in den Forts Corsini.

Neapel, 29. Aug. Am Sonntage wartet dem König die Deputation aus Sizilien auf, um ihr Ansuchen hinsichtlich der Uebertragung der Krone ihres Landes an den Herzog von Genua vorzutragen. Der junge Herzog war früh Morgens selbst hier angekommen, und reiste erst spät Abends ab. Die Deputirten scheinen unverrichtet mit Widerwillen aus der unseren Sizilianer vom Volke begrüßt. Dem Gerüchte ihrer Sonderung verlautet noch nichts. — Zwischen dem Militär und der Civica scheint ihre eine Mißstimmung eingetreten zu sein. — Die Generäle Busa, Gastagnetto und andere haben die Sonderung gebeten, daß ihr Verschwinden bei der hiesigen Zeitungsdirektion unterzeichnet werde. (Gaz. di Mil.)

Neapel, 31. August. Gestern Abend hat sich ein Zusammenstoß zwischen einige neapolitanische Bataillone von ihrer abgegangen. Ihr Chef ist Sizilien; mit dem Angriff auf die Insel wird es Ernst. (S. M.)

Frankreich.

△ **Paris**, 7. September. General Gerbaldi ist in Besançon um von seinen Lorbeeren ausruhen, angekommen; er kann hort, meint er dann die Ruh hat, noch die Gewehre sehen mit denen vor 150 Jahren die tapferen Einwohner der freien Grafschaft, obgleich ihrer Sprache nach Franzosen, die Sache Spaniens auf Anhänglichkeit an ihr altes Herrscherhaus, eben so muthvoll als ausdauernd vertheidigten. Dem „Rational von Besançon“ wird unterm 4. ds. geschrieben daß in Gemeinschaft Mehrerer eine außerordentliche Steuer von 400,000 Franken aufbringt, deren Verbeischaffung binnen vier und zwanzig Stunden verlangt und nach Ablauf dieses Termines „ihrer Gewohnheit gemäß“ die Plünderung der Stadt beginnen; das Volk aber habe, ermuthigt durch „die energische Vertheidigung von Bologna“, die Sturmglocke geläutet und es entspann sich ein heftiger Kampf begannen, aus welchem die Franzosen sich beschlagen ließen, indem sie alle Gewehre die ihnen unter die Hände gekommen seien, durch die Fenster auf die Truppen geworfen, während die Bauern der Umgegend mit landwirthschaftlichen Werkzeugen herbeigeeilt seien. Das Ergebniß des fruchtbaren Kampfes ist noch nicht bekannt. Dieser letzte Satz läßt allerdings auf keinen sehr für die Bunteregenossen der Spaß glorreichen Ausgang schließen, aber das geht aus der Erzählung, besonders aus den Bedenklichkeiten von der Frauenbetheiligung und der Sturmglocke noch hervor, daß die Italiener nicht müde werden an der großen Glocke zu ziehen. Ein neues hier in den republikanischen Paris erscheinendes Journal „die Ordnung“ preist den jetzigen Zustand der Dinge, wenn nicht als etwas herrliches, doch als den vollkommensten Ausdruck der Nothwendigkeit. Der Vorsitzende ist der Herausgeber desselben tait, und den Belagerungszustand verherrlicht er durch die rührende Gewissheit, daß man heute Nacht nicht also mit dem Alem Rom vergiften. Die Herren spaen sich die Komplimente nicht. Das „Journal des Débats“ dagegen sagt, einer Nation, die sich schon so oft in ihren Hoffnungen betrogen habe, gieme Bescheidenheit. Wir glauben's gern. — Endlich weiter einmal eine gute Nachricht! Der

französische Republik ist von der Pforte anerkannt. Sie können sich gar nicht denken, was es allerhöchsten Orts über für eine Freude war, als man endlich erfuhr, daß die französische Republik nun auch in Konstantinopel legitim sei.

** Paris, 8. Sept. Es scheint, daß Oesterreich nun demnach die Vermittlung Englands und Frankreichs angenommen hat, aber unter der Bedingung, daß die Höfe von Berlin und St. Petersburg, sowie die Zentralgewalt in Frankfurt zur Theilnahme an der Vermittlung eingeladen würden. Wenn diese Bedingung angenommen wird, so sind wir in die schöne Zeit der Protokolle, wie unter der Monarchie zurück versetzt. Nach der „Gazette du Midi" ist durch den Telegraphen die Einschiffung der Expeditionsbrigade abbestellt worden.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Berlin, 8. Sept. Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 75¼ B., — G. Berl. Prämien-Sch. 88 B. — G. K. u. Nm. Schuldverschr. — B. — G. Berl. Stadt-Obl. — B. — G. Westpreuß. Pfandbr. — B. 79½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. 96 B. — G., 3½proz. 78¼ B. 78½ G. Ostpr. Pfandbr. — B. — G. Pomm. Pfandbr. 80½ B. — G. Kur- u. Nm. Pfandbr. — B. 90½ G. Schlesische Pfandbr. — B. — G. Schlesische Lit. B. ger. Pfandbr. — B. — G. Preuß. Bk.-Anth. Sch. 86½ B. 83 a 82½ Dem. Friedrichsd'or 13⅓ B. 13⅓ G. Rand. Goldm. à 5 Th. 12⅓ B. 12⅓ G. Disconto 3½ B. 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 86 B. Berl.-Hamburg 85 B. Berl.-Stettin-Stargarder 87½ B. 87 G. Berl.-Potsdam-Magdeb. 51 B. 50 B. Magdeb.-Halberstadt 101 B. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 51 a 50 B. Köln-Minden 74 B. u. B. Köln-Aachen 53 B. Bonn-Köln —. Düsseld.-Elberfeld —. Steele-Vohwinkel —. Niederschles.-Märk. 67 B. u. G. 66½ B. Niederschles.-Märk Zweigbahn —. Oberschles. Lit. A 88 a 87 B. Lit. B 88 a 87 B. Kosel-Oderberg —. Breslau-Freiburg —. Krak.-Oberschles. —. Berg.-Märk. —. Stargard-Posen 65 B.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 83 B. Starg.-Posen —. Brieg-Neisse —. Magd.-Wittenberg —. Aachen-Mastricht —. Thür.-Berlinhab. Bahn —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 83 B. Berlin-Hamburg. 90 B. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 78 B. 3proz. 87 B. u. B. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 82 B. u. B. Köln-Minden 90 B. Rhein. v. Staat gar. Rhein. I. Prior. —. Rhein. Stamm-Prior. —. Düsseldorf-Elberfeld —. Niederschles.-Märk. 4proz. 81 B. 3proz. 93 B. Lit. Serie 88 B. Zweigbahn 4½proz. —. 3proz. —. Oberschles. —. Kosel-Oderberg —. Steele-Vohwinkel 75 B. Breslau-Freiburg —.

Amsterdam, 7. Sept. 2½proz Integr. 44⅛. — 3proz. Schuld 52⅞. — 4proz. 68⅛. — 3½proz. dito —. — Handelsmaatschappy —. — 5proz. Arbons à 510 Fl. St. 8. — Span. inländ. à 6000 fl. —. — Compond —. — Lorinz. 3proz. 20⅛. — Russische 4proz bei Hope —. — dito bei Stieglitz —. — 5proz. Metall. 68⅛. — 2½proz. dito —.

London, 7. Sept. Konsols 86¼. Cons. — Span. Akt. 23½. P. 3proz. —. Port. —. Portug. 3proz. —. 4proz. 22 P. 5proz. —. Bras. 4proz. 70½. 5 Proz. 71 P. 2½proz. 44½. P.

Paris, 8. Sept. 5proz. 45.50. 4proz. —. 3proz. 73.—. Schutzb. 22. Bankaktien 1660.—. Eisenbahnaktien 1140.—. Vier Kanäle 880.—. Compt. von Lüttich —. Belg. 5proz. von 1840 78½. von 1842 78½. 4½proz. —. 3proz. —. 2½proz. —. Belg. Bank —. Neap. 5proz. —. Röm. 5proz 65. Span. 3proz. —. Altiva 13⅛. Passive —. Piem. 87.—. Hazl —. St. Germain —. Versailles (rechte) —. (linke) 101.25. Orleans 960.—. Rouen 435.—. Havre 195.—. Marseille 200.—. Basel 86.25 Bierzon 256.25 Boulogne —. Bordeaux 387.50. Nordbahn 378.75. Montereau —.—. Lyon 366 25. Strasburg 347.50. Nantes 327.50. Dieppe 165.—. Sceaux —.—. Montpellier —.—. La Teste —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Dienstag, 12. Sept.: „Moritz von Sachsen", Trauerspiel von R. Prutz.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Unger, Kretier von London. Dreyer, Privatier aus England. Degerich, Privatier von Pesth. Hirz, Privatier von Freiburg. v. Rösenich, von Erlangen.

Gold. Hirsch. Ehrmich, Privatier von Oldenburg. Bache, Privatier von Calles.

Hotel Manitz. Berbad, Privatier aus Sachsen. v. Forster, von Augsburg. Sperber, Partikulier von Bernegg. Salomon, Privatier von Braunschweig.

Gold. Kreuz. Goodbeut und Sevin, Kretiers von London. v. Reser, Gefretär von Paris. Bimberger, Lieutenant von London. Stall, Kaufmann von Celle. Mad. Sartorius, Rechtsratsgattin von Koburg. Rieman, Chemiker von Altenburg. Podil, Privatier von Hanau.

Gold. Hahn. Neumaier, Kaufmann von Sierpach. Fitzer, Kand. jur. von Dresden. Albrecht, Kand. jur. von Hannover.

Blaue Traube. Dondy, Gutsbesitzer von Kerfe. Rody, Gutsbesitzer aus England. Zginger, Privatier von Oberhofen. Breidenbach, Offizier von Lauingen. Marie, Ingenieur von Paris. v. Dachelhausen, Hofrath von Koslau. Fleischl, Partikulier von Pesth. Carli, Partikulier aus Augsburg. Baron v. Seckendorf, von Zillingen. Dr. Fischer, Advokat von Augsburg. v. Müller, von Augsburg.

Stadtwirtsgarten. Schöpf, Studirender von Rotenburg. Ekard, Pfarrer von Schlagenbrug. Walcher, Privatier von Augsburg. Meier, Privatier von Chingen. Stadler, Kaufmann von Sennfeffen. Fränkel, Kaufmann von Bamberg.

Gestorbene in München.

Barbara Saloiny, k.-l. Tafeldeckerswitwe, 71 J. a. Johanna Beiser, ligl. Rathsdiener, 61 J. a. Theres Kuffel, Wagenmeisterstrau, 64 J. a. Simon Loidl, Zimmermann, 74 J. a.

Pfandauslösung und Versteigerung.

98. (3b) Donnerstag den 28. Sept. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat August 1847 und zwar von:

Nro. 90,563 bis 99,312.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verseht, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 3. Oktober öffentliche Versteigerung.

München, den 31. August 1848.

Königl. privileg. Pfand- und Leih-Anstalt I. der Stadt München.

L. Wegrieli, Magistratsrath.

Hannes, Kassier.

112. (2b) Innerhalb acht Tagen werden die Preise verlassen:

Resolvirungen

zum amtlichen und allgemeinen Gebrauche, angefertigt auf den Grund des Abstimmungszeigers vom 4. Juni 1848.

Die Brauchbarkeit wurde sowohl von der, am 25. August in Würzburg stattgehabten, Versammlung mehrerer königl. Herren Rentbeamten Unterfrankens, als auch von dem königl. Finanzministerium (Ministerialerlaß vom 20. August Nro. 1293. Regierungserlaß d. d. Würzburg 27. August Nro. 21,468 anerkannt.

Das Exemplar wird, schön lithographirt, im Umschlag geheftet, 30 kr. kosten. Gefällige Bestellungen wollen bei Neuamtsgehilfen Blaier in Schweinfurt franko gemacht werden.

72. (c) Man sucht für zwei Knaben einen Hofmeister katholischer Religion, der ganz geübt französisch spricht, und nicht nur deutschen und lateinischen, sondern auch Unterricht im Klavier zu geben versteht.

D. Ueb.

Warnung.

88. Wer irgend Jemanden, sei es auf meinen Namen oder in der Voraussetzung, daß ich Zahler sein werde, Geld leihe oder Kredit gibt, wird hiemit gewarnt, indem ich keinerlei Zahlung leiste, wer immer der Schuldner sein möge.

München den 25. August 1848.

J. U. Hirnbrei, königl. Baurath.

Bekanntmachung.

113. Nachdem der Unterzeichnete dem Rufe folgend in Galizien Turnanstalten einrichtete und nach einer dreijährigen Abwesenheit in sein Vaterland zurückkehrte, zeigt derselbe einem hohen Adel und verehrungswürdigen Publikum ergebenst an, daß er einen Kurs zum Turnunterricht sowohl für Knaben als Mädchen sowie für die Herren, welche Fechtunterricht zu nehmen gedenken, draußen im Stoßen wie im Hauen auf gerade und krumme Säbel zu jeder beliebigen Stunde ertheilen werde. Der Unterricht beginnt in beiden oben erwähnten Fächern am Montag, den 18. d. Mts. Zur Einzeichnung beliebe man sich vor der Barrerstraße Nro. 5 zu bemühen, wo täglich früh von 8—9, Mittags von 1—2 oder Abends von 6—8 Uhr das Nähere bekannt gegeben wird.

Karl Fr. Gruber, Privat-Turn- und Fecht-Lehrer.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Der Waffenstillstand mit Dänemark.

Frankfurt, 6. Sept. In Folge auf den Waffenstillstand mit Dänemark hat sich die Minderheit der Nationalversammlung in einen großen Widerspruch verwickelt. Sie hat gewußt, daß die Centralgewalt durch Preußen über einen Waffenstillstand unterhandeln ließ und nicht gegen diese Unterhandlungen protestirt, sie hat also den Zweck ohne die Mittel gewollt, oder ihr hat die doch so leichte Einsicht gefehlt, daß ein Waffenstillstand mit Dänemark nur auf gleiche Bedingungen zu Stande kommen konnte. Der Abgeordnete Jahn, dem wir im Sinne dieses Mehrheit in den „Allgem. Ztg." besagen: „hätte man statt eines systematischen Waffenstillstandes einen Interimsfrieden geschlossen, der die Mündungen der Elbe herausgenommen, die Meerenge zugesperren, und Dänemark hätte dem beugen müssen," dieser Ausdruck zeigt, wie geschwind man selbst ist, und für wie dumm man die Dänen hielt! Denn man wollte einen Waffenstillstand mit ihnen abschließen, bei dem nur unser Vortheil bedacht wäre und der sie zum Spott der Welt gemacht hätte. — Der zweite wichtige Punkt ist die Ueberschreitung, der der Krone Preußen gewordenen Vollmacht. Aber diese Vollmacht war nicht von der Nationalversammlung, sondern von den Centralgewalt ausgestellt, das Reichsministerium hieß ihre Uebertretung wenigstens dadurch gut, daß es den Waffenstillstand selbst und seine Bedingungen annahm, daß es „aus Gründen unabweisbarer Nothwendigkeit beschloß, nicht auf Verwerfung des Waffenstillstandes anzuragen;" es erklärte endlich im Fall der Verwerfung des Minoritätsgutachtens abdanken zu müssen. Alles dies verwandte nichts über der von Schuldverwirrte und Gesetzhaftigkeit geleitete Mehrheit, sie behachte nicht, daß England und Frankreich hierdurch nicht geneigter werden würden, die Centralgewalt anzuerkennen; sie achtete nicht des Grundes das so schwer zu Gunsten des Kommunen deutschen Reichsministeriums; sie hatte nicht einmal so viel Standhaftigkeit, den Waffenstillstand, nachdem er einmal zu Stande gekommen, zwar gutheißen, dann aber das Reichsministerium, weil es die Verhandlungen nicht übernahm oder die Ratifikation sich nicht vorbehalten, abzudanken zwang. Dadurch würde sie die Ehre der Krone, die Nationalversammlung geschützen Centralgewalt, wenn sie dieselbe durch Preußen verletzt hielt, an denjenigen gerichte haben, welche allein den Nationalversammlung verantwortlich waren. Glücklicherweise ist der gestrige Beschluß nur ein vorläufiger, sofern wir also, daß die Männer, welche ihn bewirkt, noch rechtzeitig zur Besinnung kommen und ihren Fehler wieder gut machen. Was Preußens Verfahren betrifft, so ist es gewiß zu tadeln, daß es den Waffenstillstand ratifizirte, ohne sich über die Abweichungen von der Vollmacht der Centralgewalt mit dieser verständigt zu haben; wir erinnern aber, um zu zeigen, daß Unrecht auf beiden Seiten ist, wie die Nationalversammlung Preußens gestrigen Antrag, die Kosten des schleswig-holsteinischen Krieges auf ganz Deutschland zu vertheilen, zurückweis. Sie verurtheilte es zwar auf die Gestattung der Kriegskosten durch Dänemark beim künftigen Friedensschluß, diese Verröthung war jedoch so wenig für ernste Leute, wie der Grund der Herren Rapyard und Genossen in ihrem Antrag vom 3. Sept. „Durch allen Zurückziehen der erst hingeschafften Reichsgelder, daß die Kosten des Krieges würden die Kosten bedeutend vermehrt, Dänemark aber (welches man also schon in der Tasche hat) den Ersatz größerer Kosten nicht leisten können."

(Fr. O. P. A. Ztg.)

Ueber die Bildung eines neuen Reichsministeriums.

Unter dem Titel über die Bildung eines neuen Reichsministeriums enthält die Frankf. O. P. A. Ztg. von ihrem = Korrespondenten einen Aufsatz, dessen Ansichten wir zwar nicht alle vertreten möchten, der aber doch höchst beachtungswerthe Andeutungen enthält, und namentlich in einem Punkte, in der psychologischen Erklärung des Votums vom 5. Sept., was den Nagel auf Kopf zu treffen scheint. Wir theilen denselben daher mit Hinweglassung des unter provisorischen Eingange unsern Lesern mit.

„Das abgetretene Ministerium hat gethan, was in seinen Kräften stand, um den Krieg mit Dänemark zu beendigen, ohne die vorgefassten Ansichten der Nationalversammlung allzusehr zu verletzen. Es hatte nichts erstanden, daß die schleunige Einstellung der Feindseligkeiten für den ganzen Norden von Deutschland zur gebieterischen Nothwendigkeit geworden war, und daß der Frieden nicht mit der Gewalt der Waffen erzwungen, sondern nur durch Unterhandlungen erreicht werden konnte. Hierin begegnete es sich mit den Forderungen und Wünschen der preußischen Regierung. Wenn gleichwohl beide nicht bis zum Ziele Hand in Hand gegangen sind, die preußische Regierung vielmehr ihren eigenen Weg einschlug und das Reichsministerium, wie es nicht zu leugnen steht, compromittirte, so mag der Entschuldigungsgrund in der vorgezeichneten Stellung einer schleunigen Beendigung der Feindseligkeiten und in der Ueberzeugung gefunden werden, daß das Reichsministerium nicht Herr der Entschließungen der Nationalversammlung sei, und daher für diese auch nicht einzustehen vermöge. Erwägen wir jedoch, wie gering die Majorität in der Sitzung vom 5. d. M. gewesen ist, so können wir zur Annahme berechtigt, daß, wenn die preußische Regierung mit allen ihren Offizieren und Mannschaft dabei aufgetreten wäre und die wahre Sachlage dargestellt hätte, die Majorität im entgegengesetzten Sinne ausgefallen wäre. Gewiß würde Vertrauen Vertrauen erweckt haben, sie aber sind man Mißtrauen und konnte nur von diesem die Früchte ernten. Es ist dieses wiederum eine Folge der immer noch mangelnden ächten Betheiligung Preußens an dem hiesigen Verfassungswerke, worüber weit und schon so oft ausgesprochen haben. Indem es nunmehr aber so weit gekommen ist, soll uns neue Ministerium dasjenige vollziehen, was das abgetretene Ministerium für unvollziehbar erklärt hat. Das neue Ministerium muß gemir in diesem Sinne gebildet sein; es muß fest die Waffenaufstände des Kriegs wie Dänemark und die Ermittlung des Friedens durch die Gewalt der Waffen zum Ziel setzen. In der Nationalversammlung haben fortan Zweifel verschiedene Vorstöße, Dahlmann, Bluntschli u. s. w. hinter zur Hofstein und Schleswig im Auge; sie hielten die Ehre Deutschland verletzt, wenn die Aufgabe, welche die Nationalversammlung sich gesetzt, nicht vollständig gelöst wurde. Sie fühlten sich von dieser patriotischen Gesinnung ergriffen und hingerissen; sie glaubten, daß ganz Deutschland, daß alle deutschen Regierungen fühlen müssen wie sie, und daß es an ihren Waffen gelegen, um alle deutschen Völkerstämme auf's neue für die Fortsetzung des Krieges zu entflammen. Jedenfalls wähnten sie es sich selber schuldig zu sein, konsequent zu bleiben, um denn, was sie die Ehre Deutschland nannten, nicht zu verlieren. Wie ehren und achten diese Gesinnung, wenn wir sie gleich nicht zu theilen vermögen, weil wir sie Ehre und dem Ruhm Deutschlands in der Wirklichkeit nun nicht in Phantasien, in dem Wahne und nicht in der Willkür, in der Besonnenheit und Mäßigung, nicht in der Zuklüftheit und in der Ueberschätzung der eigenen Kräfte und Mittel suchen. Wir glauben, daß in der Politik der Staaten der minder wichtige Zweck dem wichtigeren, daß Wohl eines Theiles dem Wohle des Ganzen, daß die Erreichung der Erhaltung zu weichen hat, wo es nöthig, vielleicht dem Meinen der Theilnehmer am Majoritätsbeschluß zum Trotz, haben oder wohl andere Motive den Ausschlag gegeben. Diesen, die tüchtigen Vertstandes und voller Verachtung sind, ist es sicher nicht entgangen, daß der zu fassende Beschluß, im Bezug auf die Fortsetzung des Kriegs mit Dänemark wirkungslos sein müsse; sie hatten nun die Bedingungen des Waffenstillstandes zu durchlassen, um zu sehen, ob diesselben schon vollzogen sein werden, denen dahier auch nur die Einleitung zur Vollziehung und Vollzug getroffen sein könne; ihnen mußte es klar sein, daß man mit den paar Gemeinden der kleineren deutschen Staaten, über die man allenfalls noch verfügen konnte, nicht einen Krieg mit der ganzen Welt zu beginnen vermöge; ihnen mußte es deßhalb auch um etwas anderes zu thun sein, und dieses andere kann wohl nur darin bestehen, daß sie wissen, sich unser lieben Vorwande der Leitung der innern Angelegenheiten Deutschlands zu bemeistern. Wei Bildung des neuen Ministeriums dürfte daher der letztere Zweck den Ausschlag geben. Es tritt eine Partei der Nationalversammlung ans Ruder, welche die Reorganisation Deutschlands auf der breitesten Basis der Volkssouverainetät erstrebt. Tag dieses das Endziel sei, ist Augenscheinlich, und es beginnt daher nunmehr erst der geregelte Kampf zwischen dem Partikularismus und der Gesammtheit als zweien entgegengesetzten Potenzen. Diese Fehde muß das Losungswort der linken Seite sein, eben so wie die rechte Seite die Vermittlung zwischen Partikularismus und Einheit der deutschen Macht als Panier aufzustellen hat. Unsere Leser werden nunmehr begreifen, weßhalb wir mit solcher Spannung der Bildung des neuen Ministeriums entgegensehen. Ebenso werden wir aber auch besser verstanden werden, wenn wir behaupten, daß die Vermittlung der rechten Seite der Nationalversammlung fruchtlos und unausführbar ist, so lange die Regierungen sich außerhalb der Sphäre der dortigen Verhandlungen halten. Der Partikularismus muß mit dem Einheitsprinzip in unmittelbare Berührung gebracht werden, wenn beide sich gegenseitig durchdringen und die Wahrheit des Gedankens begründen sollen. Möchten diese unsere Worte doch endlich in Erfüllung gehen! Es würde würdig gekrönten werden. Sie sind doch wahrlich nicht aus der Luft gegriffen, nicht aus Kartischer Eitelkeit oder Rechthaberei, sondern aus der innigsten Ueberzeugung, aus der wärmsten Liebe zum gemeinsamen Vaterlande geflossen.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 7. September. (Schluß der 73. Sitzung.) Nach einer stürmischen Zwischenverhandlung zwischen dem Präsidenten und der Linken über die Debatirung der von Wesendonck gebrauchten Ausdrücken, erhält Hr. Wesendonck das Wort: Das Ministerium habe es mit seiner Ehre nicht vereinigen können den Beschluß zu vollziehen nachdem es abgetreten war. Aber Dahlmann hätte das Ministerium, wenn auch nur auf einige Stunden, übernehmen können, und der Reichsverweser wäre auch dazu bereit gewesen. Wesendonck's Anträge seien gutgewirkt; was die von ihm vorgeschlagene Vollzugskommission betreffe, sagt er: „Berufen Sie sie, auf solche Art Deutschland zu regieren." Dahlmann bedauert die Verstimmung der Anträge zurückzunehmen. Die Lage der Sache sei so schwer, Mäßigung und Besonnenheit nöthig. Die abgetretenen Minister hätten als Ehrenmänner gehandelt. Mittermaier: Das Beschluß wird und muß vollzogen werden. Wir haben nicht wie Kinder mit dem Feuer gespielt, wir haben gewußt was wir gethan. (Unruhe.) Ruft Jahn, und Mittermaier fort, dürfen nicht gezwungen werden den Beschluß zu vollziehen.

Man müsse es dem neuen Ministerium überlassen. **Vogt**: Die abgetretenen Minister könnten nicht gezwungen werden, die Schuld der Verzögerung liege an Dahlmann. Die Debatte über die Anträge von Schüler und Wesendonck endete, nachdem noch Fürst Lichnowsky und Simon von Trier gesprochen hatten, mit Zurückweisung derselben. 9. Neben begründete neuen Antrag: daß die Verpflichtung der deutschen Nation ausgesprochen werde, für alle erweislichen unverschuldeten Verluste der deutschen Schiffsrheder und Eigenthümer von Schiffsladungen in Folge des dänischen Krieges Ersatz zu leisten. Der Antrag wurde mit 234 gegen 190 Stimmen zur Motivirung zugelassen, sodann aber mit 293 gegen 215 Stimmen als nicht dringend an die beiden Ausschüsse für die Begutachtung der Waffenstillstandsfrage verwiesen, mit ihm zugleich ein Antrag von Schwerin u. a. die Entschädigung auf alle vorgegangenen und künftigen nachweisbaren Verluste durch die dänischen Krieg auszudehnen. (A. Z.)

Frankfurt, 8. Sept. (74. Sitzung der konstituirenden deutschen Reichsversammlung.) Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte. Noch Eröffnung der Sitzung, um 9½ Uhr Vormittags, theilt der Präsident, Herr v. Gagern, das Ergebniß der gestern stattgehabten Ergänzungswahlen für den Verfassungsausschuß mit. Als neue Mitglieder wurden erwählt: die Abgeordneten Gompes, Nieffer, v. Rotenhan, Zell und Briegleb. Neue Eingänge für den Sitzungssaal des deutschen Reichstags werden verlesen und die Ergänzungswahlen für den Marineausschuß auf die nächste Tagesordnung anberaumt. Eine Interpellation von Rappard und Genossen an die vereinigten Ausschüsse zur Begutachtung der schleswig-holsteinischen Frage wird zur Kenntniß der Versammlung gebracht. Dieselbe ist gestützt auf einen dringenden Antrag des Vorwogts Jensen in der schleswig-holsteinischen Nationalversammlung (siehe die gestrige erste Beilage, Artikel Schleswig, und das heutige Abendblatt, Artikel Altona). Gestützt diese Thatsachen stellen v. Rappard und Genossen an den vereinigten Ausschuß die Frage: ob derselbe sofort und spätestens bis morgen seinen Bericht über die schleswig-holsteinische Frage erstatten und zur Debatte zu bringen bereit sei. Zacharia erklärt als zweiter Vorsitzer der vereinigten Ausschüsse, daß diese Interpellation Thatsachen enthalte, welche der Kommission unbekannt seien. Zur Berathung über diese Frage sei aber Möglichkeit geschehen, und zur Stunde der Abtheilung ein engerer Ausschuß ernannt worden. Der Abendvortrag werde erst heute Abend beendigt, weshalb die Ausschüsse sich vorläufig mit der Entscheidungsfrage beschäftigt hatten. Die Berathung über die Hauptfrage hänge von dem Vorhandensein des betreffenden Materials ab. Hedscher versichert wiederholt, daß die Papiere mit möglichster Schnelligkeit zum Drucke befördert worden seien; so weit sie beendigt, befänden sie sich in den Händen der Ausschüsse. v. Soiron bittet die Vorgänge in Schleswig-Holstein gefälligst zu erläutern. Er (der Redner) wolle der Verhandlung eine andere Frage ans Herz legen: „Was wird geschehen, wenn die Reichsverfommlung den Waffenstillstand verwirft? Geben Sie auf die Anträge nicht ein, die einen vorschnellen Beschluß anrathen?“ Der Präsident erinnert daß eine Auskunft über diesen Punkt Sache des vereinigten Ausschusses sei. Schoder beantragt, daß von dem vereinigten Ausschusse, noch heute Abend zu berathen, um Mittheilung, in einer morgigen Nachmittag anzuberaumenden Sitzung definitiver Bericht über die Waffenstillstandsfrage erstattet werde. Wurm erklärt, daß er zwar von mehreren Dokumenten, die Hr. M. v. Gagern ihm mitgetheilt, Einsicht genommen habe, daß jedoch gestern Abend um 5 Uhr erst drei Druckbogen ihm zugekommen seien. Zacharia hält ein Eingehen auf den Schoder'schen Antrag bei der Fülle des Materials wegen für unmöglich. Wigard erklärt, daß dem Bureau der Antrag gegeben werde, die Verhandlung des Berichts der Abtheilung zu untersuchen. Nachdem M. v. Gagern diesem Antrag Unterstützung verliehen, wird derselbe von der Versammlung zum Beschluß erhoben. Es wird zur Tagesordnung geschritten.

X **Frankfurt**, 7. Sept. Abends. Man versichert, daß so eben auf telegraphischem Wege die Nachricht hier angekommen sei, die preußische Nationalversammlung habe den Beschluß des Reichstages, die Einstellung des Truppenrückmarsches aus Schleswig betreffend, als rechtsverbindlich anerkannt. Bestätigt sich diese Nachricht,*) und nur Wenige bezweifeln sie, so wären alle Gefahren beseitigt, und die Intriguen Rußlands und Frankreichs zu Schanden gemacht. Es würden sich diese Mächte hüten, dos einig gewordene Deutschland anzureifen. Was diese Intriguen betreift, so werden wir in wenigen Tagen darüber Genaueres hören, sobald nämlich sämmtliche dem Abschlusse des Malmöer Waffenstillstandes vorausgegangenen Verhandlungen gedruckt sein werden. Nach einer in der heutigen Sitzung gemachten Andeutung des Abg. Wurm scheint es, als habe sich Preußen durch eine von Rußland und Frankreich ausgegangene Kriegsdrohung einschüchtern lassen, so daß die Schuld des Berliner Kabinets bedeutend geminbert, der Waffenstillstand selbst aber dennoch als unannehmbar betrachtet werden müßte. In diesem Sinne wenigstens stellen sämmtliche Abstimmungen in der heutigen Sitzung aus, Dahlmann sprach von Mäßigung und Besonnenheit, keineswegs aber von Anerkennung des Waffenstillstandes. — Die Bildung des neuen Ministeriums ist noch nicht vollendet, außer Dahlmann werden wohl in dasselbe eintreten: Oberst v. Mayern aus Wien als Kriegsminister, Heinrich Simon aus Breslau für die Justiz, und von Hermann aus München für die Finanzen. Dem Grafen Arnim Boitzenburg soll das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten angeboten worden sein. (Nach der Karlsruher Ztg. sprach man außerdem noch von Gompes aus Köln.)

*) Wie haben auf direktem Wege nichts dergleichen aus Berlin vernommen. Anm. d. R.

Deutsche Reichsregierung.

Die Frankfurter Oberpostamtszeitung meldet in ihrem amtlichen Theile: Der Reichsverweser hat die von dem Gesammtreichsministerium zur Regelung der im schriftlichen Verkehr zwischen ihm und den Reichsbehörden, so wie der letzteren untereinander und gegenüber von den Behörden und Beamten der deutschen Einzelstaaten zu beobachtenden, hier unten folgenden Formen der Ueberschrift, der Anrede und des Schlusses ihm vorgelegten Bestimmungen am 2. dieß Monats genehmigt und verfügt, daß hiernach von Seite der Reichsministerien und Behörden verfahren werde.

I. An den Reichsverweser. 1) Aufschrift: an den Reichsverweser. 2) Der Reichsverweser hat folgende Anrede: hoher Reichsverweser, im Konterte: der hohe Reichsverweser, Sie, und kaiserliche Hoheit. 3) Schluß: In Ehrerbietung der Minister des oder der . . . . II. An die Ministerien. 1) Aufschrift und Ueberschrift, statt der Anrede: An das Reichsministerium des oder der . . . . 2) An Konterr: das Reichsministerium. 3) Kein Schluß, sondern bloß Ort und Datum, dann die Unterschrift. III. An die Minister und Unterstaatssekretäre. 1) Aufschrift: An den Ministerpräsidenten des Reichsministeriums, Herrn . . . . oder: An den Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn . . . . oder: An den Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern, Herrn . . . . 2) Anrede: Herr Ministerpräsident! oder: Herr Minister! oder: Herr Unterstaatssekretär! 3) Text der Schlußworte siehe Nr. IV. Datum und Unterschrift. IV. Die Anreden und Aufschriften Excellenz, Hochwohlgeboren ꝛc. sind aufgehoben. V. Die Reichsministerien gebrauchen gegenüber von den Behörden und Beamten der einzelnen deutschen Staaten eine gleich einfache Titulatur, wie sie dieselbe für sich selbst eingeführt haben. Sie bedienen sich daher in der Ueberschrift und Anrede lediglich der Amtsbezeichnung der betreffenden Behörden oder Beamten, ohne den Beisatz „hoch“ und ohne „Excellenz“ und ähnliche Titel. Der Ministerpräsident setzt unter Mittheilung der beim Reichsministerium eingeführten Titulatur die Einzelstaaten durch die Bevollmächtigten ihrer Regierungen hiervon mittelst eines Zirkularschreibens in Kenntniß. Nur im Verkehr mit außerdeutschen Staaten und Behörden bleiben andere Titulaturen nach dem Grundsatze der Gegenseitigkeit bestehen.

Deutschland.

* **Schleswig-Holstein**, 5. Sept. Wie wir bereits gemeldet haben, sind die durch den Waffenstillstandsabschluß zur Regierungs-Commission berufenen HH. Prenßer, Heintze und Bosen der Einladung des Grafen Moltke zu einer Zusammenkunft in Heiligenstedten nicht gefolgt, worauf der Graf in Begleitung des Kammerherrn Reedtz von da heute wieder abgereist sind. Der Einlaß Preußens war der Einzige, welcher sich eingefunden hatte. Die Anwesenheit der genannten Herren brachte in Zehoe eine solche Aufregung hervor, daß man an sie adressirte Briefe mit Beschlag belegte und ihre beiden Sekretäre verhaften und unter den Schutz der Bürgerwehr stellen mußte; so wurde auch von der provisorischen Regierung dem Grafen auf seine Bitte um Schutz wegen drohender Gefahr ein sicheres Geleite für seine Entfernung zugesagt. Die Aufregung in Kiel wurde von einigen Aufwieglern trefflich benutzt, um das hier garnisonirende Jusanterie-Bataillon zur Insubordination gegen seine Offiziere (Preußen) zu verleiten, demzufolge der Major mit den Offizieren die Stadt verließ, nachdem ihm sogar von den Bürgern noch die Epauletten abgerissen worden sein sollen. — In Betzehung auf die Nichtgiltigkeitserklärung der von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetze und Verordnungen, vernimmt man, daß mit sehr wenigen Ausnahmen von der interimistischen Regierung sowohl Beamte, als Verfügungen der provisorischen Regierung bestätigt werden sollen. Ein geheimer Artikel, als solle der Herzog und Prinz von Augustenburg des Landes verwiesen werden, existirt nicht. Nachträglich berichtet man über die Unruhen in Altona, daß 1000 Mann von Tann'schen Freikorps aus der hamburgischen Marine abgetreten, und sich der holsteinischen Bewegung unter Leitung des Generals Willisen und der hamburgischen Polizei, und zwar bei Nacht, verlangt worden sei. Weitlich gestaltete die Ausliefernng Nachts 11½ Uhr; allein die Freischärler wurden augenblicklich befreit, was einen Kampf zwischen der altonaer Bürgergarde und den Einwohnern von St. Pauli zu Folge hatte, in welchem Einer der Letzteren getödtet, 29 gefangen und zwei Bürgergardisten schwer verwundet wurden.

Preußen. — ⊙ **Berlin**, 7. Sept. Die Nationalversammlung verhandelt heute den Steinschen Antrag. Minister Hansemann, obgleich sehr leidend (er soll die Cholera gehabt haben), war dennoch anwesend. Die Stimmung in der Stadt über das Resultat der Abstimmung ist außerordentlich, zumal von Seite der Radikalen alles aufgeboten wird, auf die Massen einzuwirken. Die Komites der verschiedenen Klubs bleiben fast heute permanent und erlassen zahlreiche Proteste gegen das Ministerium und Plakate gegen die Linke. Vor der Simsonkaserne stehen große Volksmassen, aber auch einige Botoillone Bürgerwehr, so wie überhaupt alle Vorsichtsmaßregeln gegen einen Krawall, der von den Radikalen offenbar beabsichtigt ist, getroffen sind. Das Militär soll schon gestern Abend scharfe Patronen

erhalten haben, und die Kavallerie bereit sein, beim Ausbruche eines Kampfes sogleich die Stadt zu verlassen.

— In den gestern Abend stattgefundenen außerordentlichen Kompagnie-Versammlungen der Bürgerwehr ist der Beschluß gefaßt worden, den Majoritätsbeschluß der heutigen Nationalversammlung hinsichtlich des Stein'schen Antrags, wie dieser auch immer-aufnehmen möge, aufrecht zu erhalten, so wie etwaige Angriffe auf Personen und Eigenthum abzuwehren. (B. N.)

Oesterreich. — "Wir haben Berichte aus Wien vom 8. vor uns liegen. Das österreichische Cabinet hatte endlich in der Reichstagssitzung vom 7. durch das Organ des Herrn Doblhoff seine Antwort auf die Interpellation des Herrn Borrosch gegeben. Der Minister wies zuerst jede Verdächtigung, als hätdige das Cabinet reaktionären Tendenzen zurück, erklärte dann aber offen, daß die Ruhe, Ordnung, Sicherheit und gesetzmäßigen Verhältnisse nur aller Kraft entgegenzusetzen. Sein Ziel sei, Festhaltung der konstitutionellen Monarchie auf der Grundlage der Gleichstellung aller Staatsbürger und des gesetzlichen harmonischen Zusammenwirkens der Krone und des Volkes. Nirgends sei es den Beschlüssen des Reichstages benommen in den Weg getreten. Im vorliegenden Falle habe das auf unterschiedene Orte berufende Ministerium den Ausschuß des Justizausschusses Buch sich entschieden machen. Beschlüsse des Reichstages, welche Gesetzeskraft erlangen sollen, müssen die Sanktion des Monarchen erhalten, und die gestellten Beschlüsse müssen von der Executivgewalt ausgeführt werden. Den zukünftigen Gesetzen solle jedoch nicht vorgegriffen werden. Der Minister verwies auf die letzte Erklärung vom 3. Juni, welche ungezweifelhaft so aufspreche, daß Se. Majestät den übervorgehenden Beschluß Ihrer Unterschrift entgegensehen werde. An diesen Beweisen des Vertrauens möge man mit Liebe festhalten, und mit dem gesetzlichen angegangenen Willen Sr. Majestät Hand in Hand gehen. Mit demselben Vertrauen, mit welchem St. Majestät dem Volke entgegen gekommen, möge das Volk nun auch der Annahme der Beschlüsse entgegensehen. Diese Antwort versehne das Ministerium unter „Vertrauensbruch", und diese ist das beste Bürgschaft für die Gesetzlichkeit und die Aufrechthaltung aller Beschlüsse. Diese werde es sogleich der kaiserlichen Sanktion unterbreiten, und sogleich denn in voller Gesetzeskraft verkünden. Alle Verantwortlichkeit übernehme das Ministerium den konstitutionellen Grundsätzen gemäß, wenn auch noch kein Gesetz über Verantwortlichkeit bestehe. Der Minister Doblhoff will trotz seiner verratenen Gesandtheit noch einige Zeit seinem Posten aushalten. Der Schwager Herr von Castelli in Hamburg bekommt sein Amt, hat seine Entlassung eingereicht. Er glaubt durch seinen Austritt das Ministerium wesentlich zu stärken, indem durch Beigesung zweier Männer aus dem Centrum (denn auch das Cultusministerium ist zu besetzen) eine größere Majorität im Reichstage erzielt würde. So kann ein Ministerium zu Stande, das den konstitutionellen Reigungen des Kaisers entsprechen, besonders da die Ordnung in der Hauptstadt zu sichern fast gewiß wäre. — Neue Diebstähle für die Ungarn sind nach Wien gelangt. Die Serben haben am 30. August die beide Orte Temerin und Jarek erstürmt und niedergebrannt. Nach da zogten die Truppen wenig Lust, gegen die Serben zu fechten. Sie zogen sich aus Jarek zurück, und überließen zwei Kanonen. Dieser Kriegsvorgang allein ist Beweis genug, wie mit glühenden Kugeln beschossenen Orte. Diese nahmen zuletzt in wieder der Flucht und mit großem Verlust Reißaus. — Am 6. erfuhr man zu Pesth, daß wie früher schon Hradowsky, nun auch F. M. L. Bechtold von seinem ganzen — noch dazu aus Magyaren selbst bestehenden — Armeekorps, als er neuerdings bei St. Tomas angreifen wollte, verlassen worden sei. Die Truppen erklärten, nicht gegen die Serben und Raizen fechten zu wollen, sondern bloß den Befehlen des Kaisers zu gehorchen. So mußte Bechtold seine Entlassung nehmen. — Am 5. hatte Kossuth im Unterhause zu Pesth entschieden erklärt, das Ministerium sei zu schwach, um das Vaterland zu retten, und er wäre schon heute nicht mehr auf der Ministerbank, wenn er nicht fürchten müßte, daß mit der Abgabe der Portefeuilles die Anarchie in Ungarn beginne. — Die nach der ungarischen Manifestationsadresse nach Wien abgeordneten 100 Reichstagsmitgliedern war in Wien eingetroffen, und fünf derselben sollten am 8 dem Kaiser die bekannten Forderungen vortragen. An Gewährung ist nicht zu denken. Minister Esterhazy hatte, verzweifelnd an einer Ausgleichung, seine Entlassung gegeben.

Oesterreichische Monarchie.

Ungarn. Nach Berichten aus Pesth vom 31. August ist Graf Teleki mit einer außerordentlichen diplomatischen Sendung nach Paris abgegangen. Es scheint, die Herren Magyaren suchen jetzt, wie sie zu London und Frankfurt vergeblich angeklopft, bei den Franzosen Schutz gegen die Croaten und gegen die, die sie in Deutschland halten wollen. Den Franzosen wäre es natürlich sehr willkommen, in Ungarn einen Rückhalt gegen Oesterreich und Deutschland zu haben, im Falle sie wirklich in Italien eindringen, wo sie, wie der französische Gesandte zu Turin ganz neuerwunden sagt, „die Lombardei nicht fahren lassen können." Und solchen Thatsachen gegenüber finden sich noch Leichtgläubige, welche wollen, daß wir für das Magyarenthum gegen Oesterreich die Waffen ergreifen!

Die „Westberzeitung" vom 2. d. Mts. enthält folgende Ansprache des ungarischen Ministeriums „an die Armee", welche einen tiefen Blick in die äußerst schlimmen Zustände der dermaligen Verhältnisse in Ungarn werfen läßt. Sie lautet: „An die Armee!" Mit Erstaunung hat das Ministerium vernommen, daß mehrwerthige Aufwiegler und Verläumder sich bemühen jene Krieger fremder Absunft, welcher in ungarischen Regimentern, oder in solchen nichtungarischen Regimentern, die gegenwärtig im Lande liegen, in ihrer militärischen Treue und Ehre wankend machen. Im Folge davon fühlt sich das Ministerium verpflichtet zu erklären, daß es nicht darauf Rücksicht nimmt, welche Sprache Jemand spricht, sondern, wie sein Herz gesinnt ist: nicht darauf, wo Jemand geboren, sondern, wie er seine Pflicht erfüllt, treu seiner Schwurpflicht, treu dem Fürsten und treu der Verfassung unter deren Schutze er hier lebt. Durch Treue, Ehrenhaftigkeit und Thaten kann Jedermann zum Bürger dieses Landes werden. Wir freuen uns vielmehr, wenn wir die Zahl der Patrioten auf diese Weise sich mehren sehen. Wir freuen und beim Anblick solcher Männer, die, verpflanzt, wohin sie gekommen, aber nicht uneingedenk dessen, wo sie leben, und unserer ewigen Stimme der Ehre und Pflicht folgend, mit von auf dem Schlachtfelde vergossenem Blute sich zu Helden der Treue und zu Söhnen dieses Landes weihen. Deshalb beurtheilt und schätzt das Ministerium Jedermann in der Armee nach seinen Thaten, nicht nach seiner Abstammung. Ja, jenen Schutz, den es von Landesstehen erwartet und mit Dank annimmt, empfängt es mit doppelter Dankbarkeit von Anderen. Gegenüber jenen verläumderischen und nur auf Entzweiung berechneten Einstellungen erklärt es feierlich, daß es zwischen den Landesstehen und jenen Ausländern, welche ihre Pflicht mit Ehren erfüllen, keinen Unterschied, weder im Avancement, noch in der Pensionirung macht: daß es vielmehr entschlossen ist, die Verdienstvollen in einer Weise zu belohnen, die, im Namen eines Landes dargebracht, zugleich eine Auszeichnung ist. — Diese Erklärung war das Ministerium der Gerechtigkeit schuldig. Der Kriegsminister ist benachrag worden, dies sei zugen Armee zur Kenntniß zu bringen. Budapest, 30. August 1848. Im Namen des Ministeriums Gar. Szemere, Minister des Innern."

Agram, 5. Sept. Nach den heutigen Nachrichten vom 3. hatten 2 Bataillone vom Broder Grenzregimente bei Bukowar die Donau ohne Hinderniß passirt. Einem unverbürgten Gerüchte zu Folge wird der Banus nächster Tage mit einer bedeutenden Macht selbst eine den Umständen entsprechende Stellung einnehmen. Er hat einen Artilleriepark von 60 Kanonen. An der untern Gegend sind gleichzeitig alle irregulären Truppen in Bewegung. Der Banus hat für die Dampfschiffahrt auf der Save und Donau bereits Gelcitsbriefe ausfertigen lassen und die Erklärung gegeben, daß seine Operationen den Flußhandel keineswegs stören, sondern eher wieder emporbeben sollen.

Fiume, 3. September. Der Banus Jellachich hat an den Wiregespannt Mazuranyi folgendes Schreiben gerichtet: „Mein Herr! Ich habe mit wahrem Beagnügen Ihren Bericht über die Besetzung der Stadt Fiume und deren Unterwerfung für die Banalregierung empfangen, denn er bietet mir einen Beweis, daß Ihre Vaterlandsliebe und Ihr bekannter Eifer großmuthig dazu beigetragen haben, dieser für die reelle Förderung unserer Zukunft so wichtige Gegenstand ohne irgend einen Gewaltstreich und ohne Blutvergießen zu bewirken. Empfangen Sie dafür mit allen jenen Herren, welche Ihnen hilfreiche Hand boten, den öffentlichen Dank, welchen ich Ihnen im Namen unseres Vaterlandes aus Herzensgrunde äußere. Da es nöthig ist, daß in der Stadt Fiume auch in Zukunft die bestehende gesetzliche Ordnung in Betreff der Verwaltung und der übrigen Beziehungen zu ersten aufrecht erhalten werde, und daher angemessene Maßregeln getroffen werden müssen, so habe ich es für angemessen erachtet, meinen bevollmächtigten Kommissär in der Person des Herrn Hermann Baugan mit der Weisung nach Fiume zu senden, von Ihnen alle betreffenden Berichte entgegennehmen und sich somit der Verwaltung der Stadt Fiume zum Vortheile unseres gemeinsamen Vaterlandes und der Stadt selbst, je nach den entwickelten Umständen und mit Rücksicht auf gesetzlichen Wege auszusprechenden öffentlichen Meinung zu unterziehen.

So lange übrigens der neuernannte Herr Kommissär nicht in Fiume angelangt ist, werden Sie gefälligst in meinem Namen alle Bewohner der Stadt Fiume, und zwar nicht nur die eingebornen Fiumaner, sondern auch alle fremde unter dem Schutze der betreffenden Konsuln lebende Fremden, ohne Unterschied unseren, zuerkannten Schutz in öffentlichen und Privatsicherheit, wie wegen ihrer Rechte und Habe zu bergen. Es war daher auch nicht nöthig, daß jene Herren Konsuln sich an die betreffenden Generalkonsuln in Triest um ihren Beistand wendeten; denn ich gebe Allen das feste Versprechen, daß die Ruhe und Ordnung auch in Zukunft thatkräftig in Fiume aufrecht erhalten werden solle, weßhalb ich auch zum Civil- und Militärkommandanten den Herren Giesinger Victor ernannt habe, welcher gleichzeitig darüber wachen wird, daß die öffentliche Ordnung nicht gestört werde. Sie werden diese Zusicherung allen Konsuln und dem Staatsmagistrat von Fiume mittheilen. — Außerdem fordere ich Sie auf, im Einverständniß mit den Militärbehörden die Dreßsäge", Salzgefällen", Hafen- und Sanitätskossen so lange zu überwachen, bis unterdessen und Verfügungen wegen Abänderung eines Besseren getroffen sein werden. Empfangen Sie meinen herzlichen Gruß. Agram, 1. September 1848. gez. Jellachich m. p. Banus.

Como, 26. August. Ich komme eben von der Schweizergrenze. Ein seltsamer Kuhlick: An eine Stelle gesetzt, stehen dort an den äußersten Vorposten ein Soldat von Fürstenwärther von der Weichsel her und ein Tessiner, vielleicht von den Duellen der Rhone, ernst und schweigsam neben einander, die Darstellung zweier großen Reiche! Das weiße Kreuz der Eidgenossenschaft in den rothen Flaggen beschattet den roth-blauen Ticinesen, und unter derselben klebt an der Stelle ein Dekret der „Republica e Cantone di Ticino," das jedem Bewaffneten den Eintritt in

die Sch zeit unterlagt, ihm das Alleegen der Mehre in dem Grenzorte anbefiehlt, und ihn dann unter Bedeckung in den Bezirksbaumhof führen läßt, wo ihm noch ein freier Platz angewiesen wird. — So geht es an der ganzen Schmerzensgrenze, auch an den Grenzländern hat man ein dichtes Cordon gebildet der Anordnung Kraft. Zwischen denselben und den Garibaldischen Kreuzschaaren sagen (ob die) zu einem Gefechte gekommen sein, was mir indessen nicht wahrscheinlich klingt. — Garibaldi hat tüchtig gewirthschaftet! In jedem Dorfe an und um den Lago-See ließ er die Kassen zu sich laden, bekanntlich sie haben als Gefangene, die tüchtig gespickt wurden, sich auch Contributionen auferlegen müssen. Lombardische Edelleute, beziehungsweise sich der Kassen, und setzte dann seinen italienischen Vertheidigungskrieg fort. Unter seinen Anhängern sind aber nur 60—70 seiner reellen Begnitve und Mentevideer. Die übrigen 2000 sind lombardische Freischaaren, die bei allen Gefechten, das die italienischen Blätter seit 5 Monden über die Profi e Valorosi aufschlagen, das Raufen und Plündern ihre viel zerfetzten Jacken, auf den Kampf gegen die Baiern, wenden sie, nach dem Ausdruck des Corrazella di Milano etc., ihre Gedanken einmüthig zusammen: — Den Piemont und Italia sind nach weiter gegen Oesterreichen und der Staaten unserer Bundesverbündeten wird ihnen lange erinnerlich bleiben! Ihre Armee steht auch so übel angerichtet aus, daß man ohne Heer von Aerzten zu sehen glaubt. — Was die Gefangenen von ihrer Behandlung erzählen, verdient einem eigenen Artikel vorbehalten zu werden; sie war demnach niederträchtig, daß sie den besten Kunden Gemahnie ausbleiben müsse, der nach der Art noch ähnig bleiben könnte, in der mit den Italienern in diesen Kriege Frauen umgehen. Ich selbst wünschte vor demselben lebhaft die Selbstständigkeit Italiens! Ich habe nun einsehen gelernt, daß es solche nicht verdiene — noch mehr — daß sie dem unmöglich ist! Italiens Unabhängigkeit von Deutschland heißt: dessen Unterordnung unter Frankreich! (Oestr. Lloyd.)

Mailand, 27. August. Ich vermisse bisher in den Zeitungen drei Momente unserer Feldzuges, die der Oeffentlichkeit durchaus nicht vorenthalten bleiben dürfen, da sie für den Feind, wie für die Welt überhaupt haben, je charakteristisch sind und es unser anderer einen Raum beanspruche, auf welchen die Blicke des Vaterlandes gelenkt werden müssen. Bei dem von dem 9. Jägerbataillon mit so heldenmüthiger Aufopferung ausgeführten Sturme auf Madonna del Monte ward ohne von Savoyarden vertheidigte Schanze nach tüchtiger Gegenwehr genommen. Oberlieutenant Gröfling stürzte an der Spitze seiner Tapfern in dieselbe. — Da wollen wir nicht sicher den Stürmenden entgegen, die Schanze ihre Besatzung in Pyramiden und der beleidigende Offizier ging dem wackern Gröfling entgegen, umarmte ihn und sprach: „Seiner Tapferkeit müsse er weichen.“ In deutscher Treue und Glauben nahm Gröfling die Gefangenergebung entgegen, und erwiderte mit einem Händedruck die Umarmung des Gegners; aber plötzlich nahen frische, piemontesische Truppen, die Jäger eilen zu neuem Kampfe — da ruft der Piemontese seinen Leuten zu: „Das ist Gefangene — wir dürfen uns Unseren!“ — und stürzt mit seinem nach hervorgehenden Tasche auf Gröfling, der rücklings gemeuchelt hinstürzt und in wenigen Augenblicken seinen edlen Geist aushauchte! Das mußt es nun, das die wuthentbrannten Jäger auf den Mörder stürzen und den Elenden mit Kolbenschlägen niedermachen? — was hilft es, daß ein feindlicher Obrist, welcher der Scene ganz ruhig zugesehen, bei der Brust ersaßt und den halben Berg hinabgeschleudert wird? — die Heldenzeit ist entflohen und die Weltgeschichte entbildet Scene mehr von der Verrathe und der niederträchtigen Hinterlist, womit das „Generoso esercito Italico“ aus seinen festen Schanzen heraus und zu verderben meinte.

Ein Seitenstück hiezu ist die von Karl Albert am 5. d. M. ausgeführte, ganz zweckliese Sprengung des Pulverthurmes in Pizzighettone, wodurch ein großer Theil der Stadt verheert wurde. Die größte Infamie bei der Sache ist aber die Berechnung, daß das Strafband offenbar müssigen muß. Und so wurden auch demselben vorerst alle Strafklinge italienischer Nation entfernt; die darin gelassenen Deutschen aber gingen auf diese elende Weise zu Grunde. Auch der berüchtigte Vatermörder A..... aus Görz war darunter. Und lag auch hierin eine Strafe des Himmels für ein verruchtes Verbrechen, so ändert dies nichts an der Thatsache: „wie der Italiener an Schonung und Wohlsein den Muth fühle, den er trotz aller Radewontaden seiner Blätter gegen das feindliche Bajonet zu bewähren vermag.“ Und dies sind die Leute, die „im Interesse der Zivilisation den niederträchtigen Barbaren in seine unwirthbare Heimath über den Brenner zurückjagen wollen“!!

Eine ähnliche Hautlung hatten sie gegen die schwer Verwundeten im Spitale zu Goito vor, da sie solche auf ihrer eiligen Flucht nicht mitzunehmen vermochten. Wie schon bei Pastrengo Gefangene des Regimentes Piret, so wollten sie auch diese fusilieren. Da legte sich der würdige Arzipreter von Goito ins Mittel. Er bat für sie, er drang bis zum König und endlich ward ihm das Leben jener Armen gewährt, deren einzige Vorbereiten ihre ehrenvollen Wunden waren. Weinend vor Verwundeten im Spitale zu Goito vor, da sie solche auf ihrer eiligen Flucht nicht mitzunehmen vermochten. Wie schon bei Pastrengo Gefangene des Regimentes Piret, so wollten sie auch diese fusilieren. Da legte sich der würdige Arzipreter von Goito ins Mittel. Er bat für sie, er drang bis zum König und endlich ward ihm das Leben jener Armen gewährt, deren einzige Vorbereiten ihre ehrenvollen Wunden waren. Weinend vor Verwundeten ihm halfen sie bei unserer Hinkunft den braven Mann, der sie schon früher durch seine zahlreichen Spenden vom Hungertode gerettet hatte. Verdient dieser wahrhaft christliche Apostel des Friedens und der Liebe nicht mit größerem Rechte die Milten des Hl. Ambrosius und Karl, als der elende Renitli, der durch die Gnade Oesterreichs in Einem Jahre vom unbekannten Landpfarrer zum Ergbischof von Mailand erhoben, mit schändlem Undank seinem Wohlthäter lohnte und zerreißt in seine Treuriete posaunend, die eben die des Tages war, jeden verkaufte, den er diente. Er, der vor allen Andern den Haß gegen den Eroberer predigte und als eifrig nachgeahmtes Vorbild seiner Geistlichkeit im Absturze der Ehrfurcht des Amtes vorangieng. — Renitli ist noch immer Erzbischof von Mailand.

Mailand, 29. August. Täglich kommen Gefangene aus Peschiera. Sie schildern die dortige Stimmung, so abgeneigt jetzem weiteren Kriege, wie sie nur sein könnte. Selbst in der Armee herrscht derselbe Geist und sie macht kein Hehl daraus. Die Brenner-Sucht hat vollkommen ausgetobt. Nun sieht es sogar: Wie konnte man einen so ungerechten Krieg beginnen? — es war Wahnsinn von uns, gegen Deutsche fechten zu wollen! — „Unser Land“ — meinen Andere — „war ein glückliches, die Schuldenlast gering, — es erklärte ihn einzig Wohlstand, — nun haben wir Gelt und Blut verloren und warum“? Die Bombardanen nämlich werden vor dem italienischen Nationalsanatismus die Namen „piemontesischen Brüderen“ sehr unfreiwillig, wie es unter Nachbarn gewöhnlich zu sein pflegt; die letzten Ereignisse aber, der gänzliche Mangel an Uneinstimmung von Seite der Bombardanen, die sie rein aufgeopfert, hat den Haß zur höchsten Wuth erhöht. — Die Piemontesischen Truppen scheinen noch weiter gegen Oesterreichen und der Staaten unserer Bundesverbündeten wird ihnen lange erinnerlich bleiben! Ihre Armee steht auch so übel angerichtet aus, daß man ohne Heer von Aerzten zu sehen glaubt. — Was die Gefangenen von ihrer Behandlung erzählen, verdient einem eigenen Artikel vorbehalten zu werden; sie war demnach niederträchtig, daß sie den besten Kunden Gemahnie ausbleiben müsse, der nach der Art noch ähnig bleiben könnte, in der mit den Italienern in diesen Kriege Frauen umgehen. Ich selbst wünschte vor demselben lebhaft die Selbstständigkeit Italiens! Ich habe nun einsehen gelernt, daß es solche nicht verdiene — noch mehr — daß sie dem unmöglich ist! Italiens Unabhängigkeit von Deutschland heißt: dessen Unterordnung unter Frankreich! (Oestr. Lloyd.)

Mailand, 3. Sept. Der Feldmarschall Graf Wrbna, der Feldmarschall-Lieutenant Fürst Reiß-Schwarzenberg und andere ehrenvolle Persönlichkeiten, welche sich in der Schlacht von Solferino durch ihre Tapferkeit auszeichneten, erhalten hat, den Feldmarschall-Lieutenant Graf H. v. Wimpffen zum Militär-Gouverneur der Stadt Mailand ernannt. (Oest. d. Mil.)

a **Aus Peschiera** erzählen man, daß General Marmora dem F.M.L. Waldon angeseilt habe, er werde, sobald seine Truppen auf den piemontesischen Gebieten untergebracht seien, Verweig vertaufen. Dieselben sollen laut einem gleichlautigen Schreiben aus Brescia vom 3. an diesem Tage eingetroffen sein. Die Eisenbahnen sind nun auf Befehl Victor Emanuels für Truppen und Kriegsmaterial allein in Anspruch genommen. Der Hafen von Genua ist durch die piemontesische Flotte noch ruhig vor Pesto rotte. — Zwischen Modena und Bologna wird ein Beobachtungskorps von 25,000 Mann unter dem Befehle des F.M.L. Welden zusammengezogen. — In Venedig selbst forte währende Verwahrung und schrankenlose Devotion von Seiten der dortigen republikanischen Regierung.

Italien.

Genua. Wegen Aufreizung eines Soldaten ist es hier am 2. v. J. tumultuarischen Auftritten gekommen. Der Gouverneur mußte sofort die Räderung des Ausgewesenen anordnen. Bei diesem Anlasse wurde das Polizeigebäude gestürmt, die Prozessakten wegen des früheren Niederbrennens des Forts St. Giorgio verbrannt, sodann das Gebäude selbst den Flammen übergeben. Einige Polizeisoldaten wurden niedergemacht. Das Militär mußte überall den Aufruhrsherde Platz machen. (Ztg. Z.)

Frankreich

A **Paris**, 7. Sept. Nach einer langen und unerquicklichen Diskussion wurde der Paragraph 1, demzufolge in Frankreich die Republik zur Ausbreitung der Civilisation in Europa (!!) eingeführt worden ist, mit einer Mehrheit, mit einem Amendement Bauchards, das gleichfalls nichts als Phrase enthielt, mit 397 gegen 332 Stimmen angenommen. Der Paragraph II, die französische Republik ist eine demokratische, ein und unzertheilbare“ wurde einstimmig, mit 727 Stimmen angenommen, was allgemeine Heiterkeit zur Folge hatte. Ueber Paragraph III war der drei Posischlüsse noch nicht abgestimmt.

Nachschrift.

X **Frankfurt**, 9. Sept. Nachmittags. Das Reichsministerium ist gebildet. Dasselbe ist Ministerpräsident, Baron Arnim (nicht der Polizeiverwaltungsdirektor bei den Ausschreitungen); v. Mayern auf Wien Kriegsminister; Compes aus Köln Handelsminister; v. Schmerling Finanzen; Strotmann und der Gegend von Koblenz Minister des Innern. Man ist fast durchweg mit dieser Zusammensetzung sehr zufrieden, und hofft wieder auf glückliche Lösung aller Zerwürfnisse.

Frhr. v. Andrian-Werburg wurde am 4. Sept. von J. M. der Königin Victoria von Großbritannien und Irland im Buckinghampalais zu London empfangen, und hat derselben das Schreiben des deutschen Reichsverwesers mit der Anzeige von seiner Ernennung des deutschen Generalgewalt überreicht. Der deutsche Gesandte wurde von dem kgl. Ceremonienmeister Oberst Sir Edward Cust zur Audienz nach Hofe begleitet und von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Vicomte Palmerston Ihrer Majestät vorgestellt.

Der Antrag des Abg. Stein ist von der preußischen Nationalversammlung mit Verwerfung aller Amendements mit 219 gegen 152 Stimmen angenommen worden. Somit ist das Ministerium gestürzt.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Neuestes aus Ostindien.

Auch die letzte Provinz des großen Reiches Rundschit Singg, Multan, ist jetzt in die Hände der Europäer gefallen. Die Engländer haben auch diese Eroberung gemacht. — Als im Jahre 1846 die Armee der Sikhs, unterlegen in drei großen Schlachten, welche rasch nach einander mit ungeheurer Erbitterung geschlagen wurden, die Residenz und die letzten Ueberreste des Runschit Singg an den Feldherrn Gulab Singg, einen alten Bundesgenossen Runschit Singgs, welcher, da er sich mit den Engländern noch in keine Verbindung eingelassen hatte, ohne Zweifel stolze, von der Zertrümmerung des Reiches wie Gulab Sing Nutzen ziehen und aus seiner Provinz, wo er sich bisher ganz ruhig verhalten hatte, sich ein kleines Fürstenthum bilden zu können. Diese Provinz war ein sehr schöner Theil des gefallenen Reiches. Durch ihre Lage am Indus, dem größten Nebenflusse des Indus; berühmt durch Gartenbau, Manufakturen von Seidenzeugen, Teppichen und Shawls, welche letztere selbst mit denen von Kaschemir konkurrirten und in Indien selbst unter diesen berühmten Namen verkauft werden; mit einer Bevölkerung von 1,400,000 Einwohnern, gelegen wie eine Oase mitten in Wüsteneien, welche sie von allen Seiten schützend umgeben, mit einem äußerst fruchtbaren Boden, konnte die Provinz Multan leicht zu einem kleinen, höchst begünstigten Königreiche unter allen Verhältnissen gemacht werden. Obgleich der Sikhar ohne Zweifel auf die historische Bedeutung des Landes, nach dem ihm gelüstete, wenig Werth legte, so darf man doch nicht vergessen, daß Multan stets in der indischen Politik eine große Rolle gespielt hat. Darf man den Ergebnissen der neuesten archäologischen Forschungen glauben, so wäre es das Land, von wo aus sich einst der ganze Welt seiner eigenthümliche Volksstamm verbreitet hatte, welcher unter dem Namen Gypsies in England, Gitanos in Spanien, Zigeuner in Deutschland, Zingari in der Türkei, Bohemiens in Frankreich seit Jahrhunderten unter allen Völkern lebt und sich eine noch eigenthümlichere und unterscheidendere Physiognomie als selbst die der Juden zu erhalten gewußt hat. Barrow, einer der einsichtsvollen Forscher unserer Zeit, welcher mit besonderem Interesse sich speziell mit diesem Volke beschäftigte, hielt diesen Stamm für geheimnißvollen Abkunft dieses fremden Stammes nachforscht, ist zu dem Ergebniß gekommen, daß die in England wie in Spanien und den Steppen Rußlands zerstreuten Stammesreihe trotz ihrer Entfernung und der langen Zeit von Jahrhunderten sowohl den indischen Dialekt von Multan sprechen, als verstehen.

Die Engländer, mit wichtigeren Dingen beschäftigt, schienen sich anfangs wenig um Sawan Mall zu kümmern und wenigstens stillschweigend ihre Einstimmung zu geben, daß dieser ein neues Reich gründete, wohin sich in großer Anzahl die Soldaten der am Ausval und Sobraon geschlagenen Armee flüchteten. Als aber der englische Polizei sich in Lahore fest begründet hat, als in Folge der Intriguen, in welche sie insidiöser Fürsten zu ihrem Unglück sich immer einließen, die berüchtigte Rani Chanda deportirt und ihr Sohn Lalla Singh in eine Art von Gefangenschaft gebracht war, warf man die Blicke auf Multan, und um die Sache anzufangen, verlangte man von Multan den Tribut, welchen es als abhängige Provinz an Lahore schuldig war.

Sawan Mall war zum Kriege bereits todt, ermordet bei einem Aufstande, und sein Sohn Mubradscha hatte seinen Thron eingenommen. Dieser antwortete auf obige Tributsforderung auf die freundschaftlichste Weise, indem er den lebhaftesten Wunsch beibeuerte, den gerechten Anforderungen der Engländer nachkommen zu wollen. Er machte den einzigen Einwand, daß er noch bei weitem nicht Herr seiner Provinz sei, deren Bevölkerung zu den Waffen gegen die Muselmänner drängte, welche nur seit schwer durch eine Handvoll Sikhs zu beherrschen wären, und daß die Steuern sehr schlecht bezahlt würden. Um seine wirkliche Ergebenheit zu beweisen, ersuchte er die Regierung in Lahore, Agenten zu ihm zu schicken, um sich an Ort und Stelle von der Wahrheit seiner Angaben zu überzeugen, und ihm zur Wiedereinführung der Ordnung behilflich zu sein. Seinem Briefe wurde willfahrt, und zwei englische Offiziere, die Herren Agnew und Anderson wurden bestimmt, ihm bei Regelung seiner Verhältnisse beizustehen. Mubradscha empfing dieselben mit größter Zuvorkommenheit und allen Ergebenheitsbezeigungen asiatischen Gebrauchs, aber noch an dem Abend ihrer ersten Zusammenkunft geriethen sie in Folge einer sehr lebhaften Unterredung wegen Festsetzung seiner finanziellen Rechenschaftsberichte, auf die unglückliche Idee, ihre nur aus 600 Mann bestehende Schutzwache angreifen zu lassen, welche beinahe ohne allen Widerstand entfloh. Am nächsten Tage wurden auch die beiden Offiziere getödtet, welche aber ihr Leben theuer verkauften.

Als diese Nachricht nach Lahore gelangte, erregte sie eine tiefe Sensation. Die Engländer, welche den verterflichen Grundsatz haben, nie einen Feind zu verachten, waren Anfangs über Multan, das sie mit bedeutenden Streitkräften zu thun bekommen. Mit dem gefunden Urtheile, welches sie immer ausleichnet, glaubten sie, daß Selbstvertrauen allein den Muth zu einem so gewagten Unternehmen geben könnte, und daß wahrscheinlich der Mubradscha die beiden letzten Jahre, während welcher man ihn in Ruhe ließ, benützt hatte, um bedeutende Hilfsmittel zu sammeln, daß er ferner als seine Zeit auf die Wiederherstellung der Sikharmee verwendet haben müsse, deren Verwältigung so große Anstrengungen gekostet hatte. Dennoch rückte Lahore sich die Engländer, und weil es Ende April war, d. h. der Anfang der Regenzeit bevorstand, während welcher das Austreten aller Flüsse die Bewegungen einer großen Armee beinahe unmöglich macht, verstoß man die Eröffnung des Feldzuges bis zum Einritte der besseren Jahrszeit. Zur Ueberwältigung des Mubradscha glaubte man eine Armee von wenigstens 30,000 Mann nöthig zu haben, was nach den militärischen Gebräuchen Indiens wenigstens eine Zifer von 140,000 Mann voraussetzt. Diese war daher auch bestimmt, gebandelt, allein die Kühnheit und der Muth eines jungen Offiziers sollte alle Berechnungen der Klugheit für dießmal überflüssig machen. — Der Lieutenant Edwardes, kaum 24 Jahre alt, befand sich als einziger Europäer, während alle seine Kameraden so elend zu Grunde gegangen waren, 30 Meilen nördlich von Multan, beauftragt mit einer politischen Sendung in Mitte der muselmännischen Stämme, welche an den Ufern des Indus wohnen. Er benutzte sich an der Spitze eines irregulären Korps von 1500 Mann, welche anfangs aus dem Pendschab, später aus der Mitte der Stämme genommen worden waren, unter welchen d.n Frieden herzustellen er beauftragt war. Er sah ein, daß ihm bei Rückzug unmöglich, sowie daß er beim geringsten Anzeichen von Schwäche verloren war, und nahm daher seine Zuflucht zur Kühnheit. Er wußte wohl, daß England jenes doppelte Verbrechen nicht ungestraft lassen würde, ließ plötzlich seine ganze Sendung fallen, und unternahm es auf eigene Faust, seine Kameraden zu rächen. Er benützte den Fanatismus der Muselmänner, welche die Sikhs eben so glühend verabscheuen, wie die Christen; er verkündigte ihnen, die Stunde der Befreiung ihrer Glaubensgenossen in Multan sei gekommen, kurz er operirte so gut, daß er zwei Monate später eine Armee von 5000 Mann um sich versammelt hatte, mit welcher er entschlossen den Feldzug begann. Die englischen Behörden in Lahore waren nicht wenig überrascht, als sie von der Unternehmung des jungen Lieutenants Kunde erhielten; allein sie waren einsichtsvoll genug, darin keinen Fehler zu entdecken, daß ein so junger Mann mehr Keckheit besaß, als sie selbst; weit entfernt hievon, beschleunigten sie den Ausbruch des Kontingenes des Khan von Bahawalpur und schickten eine Brigade des Sikhsoldruppens unter dem Kommando des Obristlieutenants Courtland dieser zur Unterstützung des unternehmenden Offiziers ab; und um dem Lieutenant Edwards einen weiteren Beweis von Anerkennung zu geben, übertrug man ihm das Kommando des ganzen Feldzuges. Seine Stellung als Offizier mit dem Charakter eines politischen Gesandten verdichterlige diese letztere Verfügung, welche einem jungen Mann von 24 Jahren zum Kommandanten eines Heeres Lieutenants erhob, so wie zahlreiche Beispiele Aehnlicher Art bereits vorhanden waren, und jeder Engländer achtet eine solche Autorität.

Der Mubradscha war von seiner Seite nicht unthätig geblieben, und als er den Feind von drei verschiedenen Seiten gegen sich heranrücken sah, rückte er an der Spitze seiner Armee von 5000 Mann und 10 Kanonen vorwärts, um die Vereinigung der englischen Streitkräfte zu verhindern. Er erschien im Angesicht der Engländer gerade an dem Tage, an welchem sie sich vereinigen sollten, am 18. Juni. Schon vom frühen Morgen im Kampfe mit dem Korps, welches Lieutenant Edwards in Person befehligte, der noch durch den Zuckenab von seinen Alliirten getrennt war, begann die Armee des Mubradscha bereits Boden zu gewinnen, als zwei Regimenter Korps des Obristlieutenant Courtlands, welche einige Schiffe in ihre Gewalt bekommen hatten, noch zur rechten Zeit auf dem Kampfplatze anlangten, um den Sieg zu entscheiden. Nach diesem Erfolge rückte die vereinigte Armee direkt gegen Multan, lieferte unter den Mauern dieser Stadt am 1. Juli eine neue Schlacht und gewann einen neuen Sieg. Diese zweite Niederlage entschied das Schicksal des Mubradscha. Verrathen von den Seinigen, verlassen in Mitte einer Bevölkerung, welche ihn zum Aufstand sich allenthalben erhob, blieb ihm nichts anderes übrig, als sich mit einigen noch treugebliebenen Dienern in die Citadelle von Multan einzuschließen. Den neuesten Nachrichten aus Indien zufolge war er noch nicht gefangen worden, hatte aber schon zu kapituliren verlangt, allein von Lieutenant Edwards einfach die Antwort erhalten, er müsse sich auf Gnade und Ungnade ergeben.

Oesterreichische Monarchie.

Zufolge eines dem Kriegsministerium in Wien erstatteten Berichts des F.M.L. Welden aus Padua vom 3. Sept. hat zwischen dem General Sufan und dem Vorlegaten Graf Lovatelli zu Ferrara am 2. Sept. die Unterzeichnung eines Vertrags stattgefunden, aus welchem wir die wichtigsten Punkte herausnehmen. 1) Die beiderseitigen Gefangenen werden zurückgegeben. 2) Die österreichischen Gefangenen erhalten ihre Waffen wieder, sowie alle in der Citadelle von Ferrara aufbewahrten, der Provinz Ferrara zuständigen Waffen ausgeliefert werden. 3) Die k. k. Truppen räumen am 2. Sept. das Obristlichen Gebiet mit Ausnahme der Citadelle von Ferrara. 4) General Sufan verlangt, daß die Besatzung genannter Citadelle gesundheitshalber alle 14 Tage gewechselt werde: Graf Lovatelli will bei seiner Regierung Schritte thun, daß der Garnisonswechsel alle 6—8 Wochen vorgehen kann; 3) General Sufan verlangt den Gebrauch der päpstlichen Fähre bei Ouadelle der Ricarola, was bis zum Eintreffen höherer Entscheidung aus Rom einstweilen bewilligt wird.

6) Freie Kommunikation für den Unterstützungsfall, welcher die Post aus der Citadelle nach Santa Maria Maddalena besorgt, bewilligt. 8) Alle Fährten am Po, so wie alle Schiffsmühlen, welche sich in den Händen der Oesterreicher befinden', werden augenblicklich den Eigenthümern oder der päpstlichen Regierung zurückgegeben. — Die Rekognoszirungen der Truppenabtheilung in der Citadelle von Ferrara können unbehindert zu ihren Kompagnien stoßen, so wie auch im Fall das Bataillon daselbst ein kleines Detachement zum Regimentsstab nach Padua abzusenden, oder von dort Mannschaft an sich zu ziehen hätte, um den Abgang auf den vorgeschriebenen Stand zu ergänzen, dreier Transporte ohne Anstand hin- und hergehen können. (Gez.) Graf Lovatelli, Prolegat. Sujan, G.W. Vorbehaltlich der höheren Genehmigung.

Frankreich.

△ **Paris**, 8. Sept. Man streitet sich seit 4 Wochen darüber, ob wir Republik oder die bloße Firma der Republik haben, und es läßt sich etwa eben so viel dafür, als dagegen sagen. Außer Zweifel aber ist, daß wir eine Regierung haben, die viel Geld braucht. Hr. Senard, der Minister des Innern, verlangt eine Million für den Unterhalt der politischen Verurtheilten und nebenbei 300,000 Franken zur Unterstützung von Individuen, die von 1830—1848 verurtheilt wurden. Die Gerechtigkeit fodert es zu erklären, daß die Monarchie sich in derlei Ausgaben lange nicht so liberal als die Republik erwies, und das ist allerdings einer der Punkte, in welchem sich die beiden Regierungsformen unterscheiden. Nachher wurde die Errichtung von 86 Stellen Sheriff der Arbeitsbataillone der aufgenommen. Hr. Jhmbert, vor Zeiten der Knecht Ruprechte der geistlichen Herren, ist jetzt außerordentlich auf den Schutz der Religion und ihrer Diener bedacht. So hat auf seinen Vorschlag der Ausschuß für gottesdienstliche Angelegenheiten auf die Wiedereinführung eines höheren theologischen Unterrichts in den Metropolitan-Seminarien einstimmig angetragen. Auch eine Pensionskasse für arme Geistliche hat der fromme Mann in Vorschlag gebracht. — In den Pyrenäen Thun et allemthalben: auf der spanischen Seite sind die Karlisten wieder ganz verwüstet thätig und auf der französischen Seite, in einem Thal der Unterpyrenäen, haben sich mehrere Gemeinden zusammengethan und die Steuerverweigerung von 45 Centimes verweigert. Hr. Marrast, der Prokurator der Republik, hat sofort den Belagerungszustand, das Universalmittel der französischen Republikaner, die in Amt und Würden stehen, gefodert.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Das Dampfboot „Amerika" hat Nachrichten aus Newyork bis zum 16. und aus Halifax bis zum 19. Aug. nach England gebracht. Die Lage des Handels in den V. Staaten ist in Folge der Aufhebung der vermaligen Verhältnisse Europas eine sehr schwierige. Begünstigt durch eine außerordentlich gute Ernte waren die Versendungen von Baumwolle nach Europa dieses Jahr äußerst beträchtlich, ja beträchtlicher denn je. Allein sie überstiegen aller Lagerhäuser, wo durch die eingetretene Stockung der Arbeit diese Vorräthe unverkauft liegen bliben. Die schlimmen Nachrichten aus England und Irland, wohl dem traurigen Ergebniß der heurigen Ernte in diesen beiden Ländern selbst auf die Preise aller Nahrungsgegenstände auf allen Märkten der V. Staaten eingewirkt. Man erwartet in den V. Staaten eine gleich günstige Ernte der Cerealien, verkündet aber auch, daß die Kartoffelkrankheit in mehreren Staaten sich zeige.

Die politische Agitation, hervorgerufen durch die „Irish Sympathies" zu Gunsten der Unterstützung Irlands durch Leute, Waffen und Geld, ist heftiger als je in den nördlichen Staaten. Die amerikanischen Journale sind überfüllt von Berichten äußerst zahlreicher Volksversammlungen, in welchen die Anwesenden die feindseligsten Beschlüsse gegen England faßten. Selbst wenn der Krieg erklärt wäre, könnten die Redner keine heftigere Sprache gegen England führen. Bedeutende Summen sind in diesen Versammlungen für einen bewaffneten Zuzug in Irland unterzeichnet worden. Es liegen uns in Folgem Berichte der verschiedenen Versammlungen vor, worauf zu ersehen ist, daß mit unter 2000 Dollars unterzeichnet wurde, einmal aber sogar 14,000 Dollars. — Wir können unmöglich glauben, daß durch diese Demonstrationen etwas in dem friedlichen Verhältnisse zwischen England und Nordamerika geändert wird. Wir sind vielmehr der Meinung, der eigentliche Zweck dieser von den Demokraten geleiteten Agitation sei: sie so zahlreichen Irländer für sich zu gewinnen, welche den traurigen Zustand ihrer Heimath nicht vergessen haben, wenn sie auch lange genug schon in Nordamerika wohnen, um das Bürgerrecht zu genießen und bei der nächsten Präsidentenwahl stimmberechtigt zu sein. Indem man ihren alten Neigungen schmeichelt, hofft man sie auf diese Seite zu bringen, und sie hiltern in der That keine geringe Stütze, indem es sich hier um Hunderttausende von Stimmen handelt. Man darf sonach hoffen, daß nach der Präsidentenwahl dieser Lärm sich legen und daß zu einem Kriege gegen England zusammengesteuerte Geld als Unterstützung für das halbverhungerte Irland abgelten wird; der beste Gebrauch, den man davon machen kann. — Der frühere Präsident van Buren dürfte als Hauptkandidat der Demokraten auftreten, welche sich dem Vernehmen nach in zwei Parteien geschieden haben. Die „Barnburner" in den nördlichen Staaten, van Buren an der Spitze, Abolitionisten, welche in der Sklavenfrage verlangen, daß die neu hinzukommenden Staaten von Mexiko keine Sklaverei erlangen, und die „Old-Junkers" in den südlichen Staaten, an deren Spitze der General Cass, welche das Gegentheil der obigen Ansicht verlangen. Man vermuthet, daß General Taylor von dieser Partei gewählt werden wird. Letzteres ist der eigentliche Kandidat der Whigspartei und in seinem Manifeste, das so eben erschienen ist, spricht er die Ansicht aus, er wolle Kandidat keiner Partei sein, und selbst an, er wünsche, im Falle er gewählt würde, als Mann, unabhängig von allen Parteien die Verwaltung führen. — Wir haben bereits angezeigt, welche Rolle die Sklavenfrage in der Politik Amerikas bezüglich der neuen Staaten spielen werde. Sie hat so eben einen bedeutenden Schritt vorwärts gethan. Die Bill über die Organisation des Oregongebietes, welche bereits von dem Repräsentantenhause angenommen ist, wurde auch im Senat mit 29 gegen 25 Stimmen votirt: die Sklaverei darf in einem neuen Territorium nicht eingeführt werden. — Die Motion der Konvention der V. Staaten ist geschlossen. — Ein neues Element der Zwietracht ist zu den schon bestehenden hinzugekommen, welche Mexiko seinem Untergange oder seinem Anschlusse an die amerikanische Union entgegen führen. Mehrere Staaten an der neuen Grenze der V. Staaten: Tamaulipas, Neu Leon, Chonahuila, Chihuanhua, sind auf dem Punkte, sich von Mexiko zu trennen und eine neue Republik unter dem Namen Sierra Madre zu bilden. Eine Menge amerikanischer Abenteurer und Freiwillige und Soldaten, welche mit dem letzten Kriege dahin gekommen sind, oder welche sich in der neuesten Zeit dahin gewendet haben, unterstützen dieses Projekt mit aller Kraft. Sie haben sogar eine Armee von beinahe 3000 Mann bestimmen, die vom General Twiggs, einem der Lieutenants des General Taylor, kommandirt wird. Dieß ist eine Wiederholung der Geschichte von Texas, und wird auch dasselbe Ende nehmen, nämlich mit dem Anschluß an die V. Staaten.

Italien.

Rom, 30. August. Die römischen Kammern sind durch ein Decret vom 26 August bis zum 15. September vertagt. Die römischen Zeitungen sprechen sich sehr ungünstig über die Entlassung der Kammern in diesem Momente aus. — Nach der amtlichen Zeitung von Rom wird der Papst einen thätigen Antheil an dem Kongresse nehmen, auf welchem die Angelegenheiten Italiens verhandelt werden sollen. Der Papst soll auf eine geeignete Weise auf dem Kongreß, in dem die Interessen Italiens verhandelt werden sollen, vertreten sein; er soll die vollständige Räumung Ferraras, sowie aller übrigen Theile des Kirchenstaats von fremden Truppen verlangen; er soll alles anwenden, um Italiens Unabhängigkeit und den Besitz seiner natürlichen Grenzen zu erlangen; er soll sich für den Frieden zwischen Neapel und Sizilien verwenden; er soll mit aller Macht auf die Schließung eines italienischen Bundes hinarbeiten, Vertrauen zwischen dem Clerus und den Laien einleiten, eine billigere Vertheilung der öffentlichen Auflagen veranlassen, und den Nothstand der unteren Klassen erleichtern.

Nachschrift.

△ **Frankfurt**, 10. Sept. Die Ministerkrisis ist noch nicht beendigt und es steht deren Beendigung auch vor der Entscheidung der obschwebenden Frage (des Waffenstillstandes mit Dänemark) auch nicht in Aussicht.

— Zu **Mainz** ist es am 8. in Folge aufreitender Maueranschläge abermals zu bedauerlichen Kämpfen zwischen Soldaten der preußischen Besatzung und einem Volkshaufen gekommen.

Nach der „Neuen Berliner Zeitung" haben sämmtliche preußische Minister beim Könige ihre Entlassung eingereicht, welche aber von demselben nicht angenommen worden ist.

In **Schleswig-Holstein** ist die Ruhe nicht weiter gestört worden.

Triest, 7. Sept. Ein sardinisches Dampfboot brachte heute früh eine Depesche des Konteradmirals Albini an das hiesige Militär-Oberkommando, des Inhaltes, daß er im Laufe des heutigen Tages die Gewässer von Venedig verlassen werde, nachdem er die piemontesischen Truppen, die er an Bord nehmen konnte, eingeschifft hat. (Oest. Lloyd.)

Die vorliegende Nachricht ist durch telegraphische Depesche von Gilli am 8. auch nach Graz gelangt, mit dem Beisatze, daß die sardinische Flotte im Laufe des 8. von Venedig abgesegelt, die kaiserliche Gesandte dagegen zur Erfüllung ihrer Bestimmung in der Nacht vom 8. von Triest auslaufen werde. Der Gouverneur Graf Wickenburg hat diese Depesche zu Graz am 8. amtlich bekannt gemacht.

Am 17. Aug. ist die Stadt Athens im Staate Newyork von einer furchtbaren Feuersbrunst heimgesucht worden, welche mehr als 600 Gebäude verzehrte. Man schätzt den Schaden gegen 3 Millionen Dollars.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 66.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Wierteljährig 1 fl. 36 kr.

Mittwoch den 13. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

Zur gefälligen Beachtung.

Da mit dem Schlusse dieses Monats das Vierteljahr zu Ende geht, so stellen wir die Bitte, die Bestellungen auf unser Blatt für das nächstkommende Vierteljahr überall, wo möglich, noch vor Ablauf gegenwärtigen Monats zu machen, damit wir unsere Auflage darnach bestimmen können, und uns nicht wieder in die unangenehme Lage versetzt sehen, nur unvollständige Exemplare liefern zu können. Wir bemerken bei diesem Anlasse wiederholt, daß das königl. Oberpostamt München die Hauptspedition der „Neuen Münchener Zeitung" übernommen hat. Auswärtige wollen ihre Bestellungen bei dem ihnen zunächst gelegenen Postamte, nicht bei der Redaktion oder Expedition des Blattes dahier, machen. Die Abonnementspreise bleiben dieselben wie bisher.

Zu recht zahlreichem Abonnement ladet ein

Die Expedition der „Neuen Münchener Zeitung".

München, 13. September.

Se. Maj. der König haben Sich allergnädigst bewogen gefunden, unterm 9. Sept. auf die erledigte Friedensrichterstelle in Kusel den Friedensrichter Friedrich Herche zu Pirmasenz, auf sein allerunterthänigstes Ansuchen, zu versetzen, und unterm 10. Sept. dem Appellationsgerichte von Oberfranken wegen seiner demnächst Geschäftserleichterung einen Assessor außer dem Status beizugeben und auf diese Stelle den Assessor außer dem Status bei dem Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg Johann Lamprecht, auf sein allerunterthänigstes Ansuchen, zu versetzen, dann unterm nämlichen zum Assessor außer dem Status bei dem Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg den Kreis- und Stadtgerichtsrath zweiter Klasse zu Straubing Karl Gutschneider zu befördern.

Deutsche Reichsversammlung.

Die „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" veröffentlicht nachstehenden „Antrag zur Beschleunigung der Verfassungs-Berathung":

„In Erwägung, daß nach dem Maßgabe bisheriger Erfahrung, auch nach der günstigsten Berechnung und in der Voraussetzung kürzerer Berathung das endliche Zustandekommen der Verfassung nicht vor dem Jahre 1850 in Aussicht steht; in Erwägung, daß in der jetzigen wechselvollen Zeit eine solche Länge des Weges bis zum Zustandekommen einer definitiven Verfassung auf die politischen wie auf die staatswirthschaftlichen Zustände unseres Vaterlandes nur nachtheilig wirken kann; in Erwägung, daß der jetzige provisorische Zustand einer schnellen Feststellung des Verhältnisses zwischen Zentral- und Einzelregierungen nicht günstig ist, daß vielmehr eine einheitliche feste Organisation im Innern erst mit der Einführung der definitiven Verfassung vollständig erreicht werden kann, daß aber Stärke und Ansehen nach Außen dadurch wesentlich mit bedingt sind; in fernerer Erwägung, daß vor solch' außerordentlichen Rücksichten die Rücksicht auf etwaß größere oder geringere Gründlichkeit in den Hintergrund tritt; daß es in großen Zeiten, wie die jetzige, vor Allem darauf ankommt, daß große Ganze festzustellen, und die Ausführung im Einzelnen ruhigeren Zeiten überlassen werden kann; in Erwägung endlich, daß die Volksfeinde auf allen Seiten Deutschlands eine baldige Beendigung der Verfassungsberathungen dringend verlangt, und daß es stets als Pflicht erkannt worden, das Gute nicht durch das Streben nach Besserem zu gefährden, stellen die Unterzeichneten folgende Anträge: I. Die Nationalversammlung möge ihren Präsidenten ermächtigen, nachdem die Abstimmung über den § 14 der Grundrechte erfolgt sein wird, vor dem Beginne der Berathung eines jeden Paragraphen des Entwurfs der Grundrechte die Frage zu stellen, ob die Nationalversammlung auf die Diskussion zu verzichten beschliesse. Im bejahenden Falle sollen außer dem Antrage der Mehrheit des Verfassungs-Ausschusses auch die Minderheitsgutachten desselben Ausschusses, so wie die etwa korrespondirenden Anträge anderer Ausschüsse, wie z. B. des volkswirthschaftlichen, zur Abstimmung gebracht werden. II. Die Nationalversammlung möge den Verfassungsausschuß zur beschleunigten Vorlage des noch rückständigen Theils der Verfassung auffordern und den Herrn Präsidenten ermächtigen, beziehungsweise ersuchen, diesem Ausschusse die Möglichkeit dazu zu geben durch Ausfegen der öffentlichen Sitzungen auf einige Tage nach vollendeter Berathung über den Waffenstillstandsvertrag, so wie durch Einhalten der Regel, wonach wöchentlich nur vier öffentliche Sitzungen stattfinden sollen. Frankfurt a. M., den 8. Sept. 1848. Basjeinann. v. Beckerath. Böcking. Brosi. Gempel. Detmold. Duncker. Graf Giech. Jordan von Marburg. Jürgens. Laube. Lehmann. Mathy. Mittermaier. Robert Mohl. Niemeil. v. Radowitz. Rieser. v. Raumer. Rüder. Schneider. Graf Schwerin. Teichert. Wein. Wesendonk. Zittel." In Betreff des vorstehenden Antrages schreibt uns unser A.korrespondent aus Frankfurt vom 10. September: „Der Antrag ist von Männern der Rechten und der beiden Zentren unterzeichnet, von den meisten Klubbs bereits angenommen und wird daher sicher zum Beschlusse erhoben, und zwar wahrscheinlich schon morgen. Ob der Bericht über die Waffenstillstandsfrage morgen schon erstattet werden könne, vermag ich noch nicht zu sagen.

Frankfurt, 10. Sept. Der vereinigte Ausschuß hielt auch am heutigen Sonntag eine lang andauernde Sitzung. Es hat sich keine Majorität bilden können. Es werden somit zwei neue Hauptberichte vorgelegt: der eine, entwirft von der Verfassungsmission (Dahlmann, Wurm und Gueumus), beantragt die Verwerfung. Duchster und Zenetti haben besondere Anträge gestellt. — Die Klubbs versammeln sich heute Abend. Es ist ungegründet, daß sich der „württembergische Hof" bereits für Verwerfung des Waffenstillstandes ausgesprochen. (A. Z.)

Deutsche Reichsregierung.

Die „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" berichtet in ihrem amtlichen Theile das Folgende: „Zur Feststellung des Verhältnisses der provisorischen Zentralgewalt gegen die Bevollmächtigten der Landesregierungen ist nach dem Vorschlage des Ministerraths von dem Erzherzog-Reichsverweser die Ausfertigung des folgenden Erlasses verfügt worden: **Von der provisorischen Zentralgewalt für Deutschland.** Durch das Gesetz über die provisorische Zentralgewalt vom 28. Juni 1848 ist der Wirkungskreis derselben, sowohl was die Oberleitung der Heeresmacht, als auch den völkerrechtlichen Verkehr und die Ausübung der vollziehenden Gewalt in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen, festgestellt worden. In diesem Gesetze ist in §. 14 die Bestimmung enthalten, daß sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, so weit thunlich, mit den Bevollmächtigten der

Landesregierungen ins Einvernehmen zu setzen sei. Deutsch unterm 15. Juli 1848 hat sich die provisorische Zentralgewalt dahin ausgesprochen, daß sie bei Ausübung ihrer Befugnisse und Verpflichtungen auf die vertrauungsvolle Mitwirkung aller deutschen Regierungen zähle, mit denen sie nur ein gemeinsames Ziel erstrebe, und daß sie, wie sie bisher auf freimüthige Mittheilung rechne, diese auch stets zu beobachten wissen werde. Diesen ihrem Ausspruch gemäß, glaubte sie, da nun vom heutigen allerhöchsten Tage an die Regierung Deutschlands in die Zentralgewalt ernannt sind, über ihre Beziehungen zu denselben sich erklären zu sollen. Die Zentralgewalt erkennt die Größe und Wichtigkeit ihrer Verpflichtungen, sie weiß, daß ihre Lösung in der Kraft und Entschiedenheit bei ihren Anordnungen bedingt ist, und daß, wenn auch den gerechten Anforderungen der einzelnen Staaten Rechnung getragen werden soll, die Einheit Deutschlands vor Allem erhalten und gerettet werden muß. Mit diesen Grundsätzen ist das Verhältniß der Zentralgewalt zu den bei ihr Beglaubigten bezeichnet. Es wird darin erkannt, daß durch sie die Vollziehung der Beschlüsse der Zentralgewalt vermittelt, befördert und erleichtert werde, ohne daß ihnen die Befugniß eingeräumt werden könnte, auf die Beschlußnahme der Zentralgewalt entscheidend einzuwirken oder irgend eine kollektive Geschäftsführung auszuüben. Die Zentralgewalt behält es sich vor, wenn nach Umständen die unmittelbare mit den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten und deren leitenden Organen im Verkehr zu treten, wobei sie der gleichen Erwiderung entgegensieht. Sie wird aber auch, nach Lage, sich wegen Durchführung von Vollziehungsmaßregeln an die Bevollmächtigten selbst und allein wenden, und in entsprechendem Wege deren Instruktion entgegennehmen, wenn dieser Weg ihr zur Förderung geeignet erscheinen wird. Dabei wird die Zentralgewalt stets gerne auch Vorschläge und den Wünschen, Bedürfnissen und Verhältnissen der einzelnen deutschen Staaten entgegenkommen und denselben jene Rücksicht angedeihen zu lassen, die mit den allgemeinen Interessen Deutschlands vereinbarlich ist. Frankfurt a. M., am 30. August 1848. Der Reichsverweser: (gez.) Erzherzog Johann. Der Reichsminister des Innern: (gez.) Schmerling.

Frankfurt, 9. Sept. Der Reichsverweser hat heute um 2 Uhr dem Hrn. Baron Comill v. Arbo eine Audienz zum Behufe der Ueberreichung des Schreibens Sr. Maj. des Königs der Belgier ertheilt, durch welches derselbe als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister bei der provisorischen Zentralgewalt für Deutschland beglaubigt wird.

Der Waffenstillstand mit Dänemark.

Das „Frankfurter Journal" spricht sich in seiner Nummer vom 9. Sept. sehr übermals in verschiedenem Sinne aus. Es sagt auseinander, wie man anfangs bei dem besonders im Süden Deutschlands überall erklungenen Rufe nach Krieg, und als Preußen im Namen des deutschen Volkes „selber zu rasch" das Schwert zog, zweierlei vergaß: erstens daß Deutschland mit ungleichen, unwillkommen Waffen zu kämpfen haben würde, daß der Feind ohne Flotte nicht zu besiegen, aber wohl zu verheeren, daß, indem es seine preußischen Offizeilanden fast zu gleicher Zeit dem deutschen Bundesstaate einverleibte, es sich selbst unnöthiger Weise doppelten Streichen von Seiten der Gegner aussetzte. „Wie ein Pflichtalt waren die deutschen Waffen an der jütischen Grenze, die Union der Herzogthümer war eine erneuerte Thatsache und wie Abgeordneten Schleswigs und Holsteins nahmen die Plätze in der Paulskirche ein, wohin sie gehörten. Zwar Tab ließ sich nicht verhehlen, daß in Nordschleswig das überwiegend dänische Element verlegt wurde, daß hier der Punkt des Rechts in Frage kam; allein die Stimmen der schleswigschen Abgeordneten, die Deputationen, vor Allem die Sympathie, verbündeten solche Besorgnisse. — Nun kam aber der Waffenzwist. Ein Angriff auf Jütland kam einem Eroberungskriege gleich und berührte die Gefühl des Unrechts auf Europäischer Seite; — er war zugleich nach Verabredung der dänischen Pläne auf die Herzogthümer ungerecht und formes, dies ist vor Allem zu berücksichtigen, wegen der Einmischung der Großmächte zu keinem Resultate führen. Deßhalb mußte mit dem Kriege in Dänemark die Vermittlung Hand in Hand gehen, und, leider, sagen wir abermals, wurde Preußen auch diese übernehmen. Jedermann gestehet es ein, welche undankbare Rolle diese Macht im Sinne zu Ende gebracht wurde, so konnte er dennoch doch nicht wünschen gewesen, daß sie nicht und nach Deutschlands Wunsch geworden, mit vollständiger Demüthigung der Dänen. Dies sahen am ersten Diejenigen, welche es vor Beginn des Kampfes hätten erwägen sollen, und riefen deßhalb zuerst nach einem Stillstand. Im Süden und Westen stimmte man nicht in diesen Ruf mit ein und jedes Mal, wenn ein Waffenstillstand im Werke war, erhob sich die Stimme des Mißtrauens gegen Preußen. Hatte sein gutes Schwert theilweise wohl Anerkennung gefunden, so brandmarkte man seine Unterhandlungen mit dem Worte „unehrenhaft" und wohl noch mit schlimmeren Bezeichnungen und dachte dabei nicht, daß das Wohl und Wehe der deutschen Stämme an der Ost- und Nordsee und an den Flußgebieten der Elbe, Oder und Weichsel doch auch in die Waagschale sei bei dem Innehalten des Kampfes, von dem man doch nicht ohne Vortheil und nur deßhalb vorläufig abstand, weil die Erreichung größerer Gesammtzwecke unter den gegenwärtigen Umständen unmöglich war. — Die Hoffnungen der Schleswiger waren weiter gegangen, wir geben das zu; aber abgesehen von den Persönlichkeiten, die man ihnen als neue Regierung aufringen wollte und die abzulehnen sie Kraft und Energie haben sollten, — sind sie denn nicht unter den Schutz ihrer eigenen Truppen und der deutschen Waffen, mit der gesammten deutschen Macht gestellt? — Auch wir theilen ein Gefühl, das den Dänen gegenüber, sich kundgab der deutschen Nation zu demüthigen scheinet: es bedarf uns, daß wir den Ruf des alten Römers vernehmen: Celerum Censeo Carthaginem esse delendam! Als dieser Ruf zur Wahrheit wurde, war Rom nicht mehr ohnmächtig zur See und drei Kriege waren ausgekämpft! Wir haben erst einen kleinen Waffengang gethan! Nun wir setzt es kann mit den Resultaten unserer Flotten-Aufschwungs?!"

Deutschland.

Bayern. — *München, 11. Sept. Das Ergebniß der Sammlungen des hiesigen Flottenvereins stellt sich nach Abzug aller damit verbundenen Kosten auf die Summe von 12,603 fl. 20 kr. heraus, wovon 12,100 fl. bei der hiesigen Hypotheken- und Wechselbank angelegt sind.

Großherzogthum Hessen. — Mainz, 9. Sept. Abermals ist unsere Stadt gestern höchst bedauerlicher Tumulte gewesen, welche mit gewissenhafter Sorgfalt hervorzusuchen unsere redliche Presse nur zu sehr bestissen ist! Es gab wie früher schon, die preußische Garnison zu reizen; und dies geschah durch das Ankleben der bekannten Kabinetsordre Friedrich Wilhelms III. vom 1. Jan. 1798, wie einem Zusatze, das bestimmt die preußische Garnison in Mainz nicht eher zu verlassen solle, als bis Unterschrift und das Siegel Mainzer Bürger." (Solche unsichtbare Bürger gibt es anderswo auch.) Wurde nun gleich dieses Plakat von polizeiwegen abgerissen, so kam es dennoch gegen 8 Uhr Abends zwischen einem Volkshaufen und preußischen Soldaten zu einem sehr heftigen Zusammenstoß, bei welchem auf beiden Seiten schwere Verwundungen statt fanden. Dies geschah am 7. Am 8. wiederholten sich ähnliche Auftritte. Man ward die Patrouillen mit einem Verbot zu hindern, welche bestellt von Offizieren und preußischen Soldaten verfolgt wurden, warfen sich in einen Kahn, um auf diese Weise zu entkommen. Allein Letztere wußten sich gleichfalls einen Kahn zu verschaffen und verfolgten den ersteren, während die anderen Soldaten das Ufer besetzten. Erst nach mehreren Stunden gelang es den Soldaten den verfolgten Nachen zu erreichen, aus welchem dann die Flüchtenden sich durch Schwimmen zu retten suchten. Zwei derselben ertranken, der Dritte wurde gerettet.

Kurhessen. Kassel, 6. Sept. Nachdem wochenmal während des Gottesdienstes am verflossenen Sonntage eine Emeute gegen die Wachen stattgefunden hat, so daß wiederholt Allarm geschlagen werden mußte, und nachdem die Erklärung abgegeben wurde, daß die Stadt, sofern es bei zu einem gewissen Zeitpunkte nicht gelänge, die Ordnung herzustellen, in den Kriegszustand erklärt werden würde, so hat man nochmals Versuche zu Ausgleichen auf Personen und Eigenthum unternommen werden. Der anstrengenden Wachsamkeit der Bürgergarde und Schutzwehr ist es zu danken, daß eine seit zwei Abenden dem neuen Vorstande des Finanzministeriums, Wippermann, zugedachte Kapenmusik nicht zur Ausführung gelangen konnte. Wippermann eine Kapenmusik in Kassel! In der That, es ist in gewisse Schichten städtischer Bevölkerungen eine Wuth gekommen und eine solche Verwirrung der Begriffe, ein solcher Wahn, solche naiv- und blinde Leidenschaft ist noch nicht dagewesen, als gerade nachdem eine geschrene Freiheit erblüht ist. (Frankf. Journ.)

Schleswig-Holstein. — Es stellt sich jetzt heraus, daß bei der Volksversammlung in Kiel und der Versammlung der Bürgervereine und viele Berliner thätig gewesen sind, und daß hauptsächlich sie es waren, welche zur Anerkennung der Republik aufforderten. In Hinsicht scheinen die Bemühungen dieser Herren am wirksamsten gewesen zu sein, denn man soll daselbst die Republik wirklich ausgerufen, und selbst Soldaten sollen sich dabei betheiligt haben. Man hat indessen, und besonders von Seiten der Landesversammlung energische Beschlüsse zur Aufrechthaltung der Ruhe getroffen. — Ein Bericht des „Altonaer Merkur" die in zweiter Lesung der Regierungsmitgliedern bestimmten Männer sind sie noch nicht ernannt, ist schlechthin. Er hat nur ablehnende Antworten erhalten. — Die auf den Rückmarsche befindlichen Truppen haben alle Contreordre bekommen.

Nachschrift. Die konstituirende Versammlung hat die Verfassung angenommen, und dieselbe sollte am 8. von der provisorischen Regierung verkündet werden.

Altona, 6. Sept. Bis heute früh war in Kiel nichts von Bedeutung vorgefallen. Der Major v. Wildenbruch, der Gesandtschafts-Attaché v. Bille und der Sekretär Paulsen, haben in Jydor zu ihrem Schutze Sicherheitsmachen erhalten und werden bald ihre Rückreise antreten. Die hier angelangten hannöverschen Truppen sind bereits in ihre Heimath abmarschirt, die Hamburger und Bremer werden erwartet. Die militärischen Anordnungen in Kiel entlanden dadurch, daß unter den Soldaten des 5. Bataillons, als sie zum Abmarsch kommandirt wurden, sich das Gerücht verbreitete, sie sollten einem Bataillon Preußen Platz machen, welches die Landesversammlung auseinanderjagen sollte. Deshalb weigerten sie sich, dem Kommando zu folgen. Der Gen. Wrangel ist mit einer 8000 Preußen in Flensburg eingetroffen, wo übrigens die Stimmung der Truppen sehr schlecht war. Der Dr. Marcus, der beliebte Arzt aus

Haberdelchen, welchen die Dänen im Frühjahrwetter fortschwimmen, ist seiner Haft entlassen, in Hamburg angekommen. In Kiel schreien die Verhandlungen mit der Berathung der Verfassung schnell vor. Man hat beschlossen, sich nur auf den Entwurf und die Kommissionsamendements zu beschränken.

Preußen. — Berlin, 9. Sept. Der Sturz des Ministeriums Auerswald stellt Verlegenheiten und Verwickelungen aller Art in Aussicht, von denen die häufigen Gerüchte vorläufig nur die wenigst bedenklichen sein dürften. Indem die Frankfurter Versammlung das durch Preußen bereits eingeleitete friedliche Uebereinkommen vorläufig annimmt, sie, ohne Berücksichtigung der obwaltenden Verhältnisse, die Fortsetzung eines Krieges fordert, der uns nothwendig in einen Kampf mit den übrigen Großmächten verwickeln muß, muß sie die Entscheidung herbei, ob sie wirklich diktatorisch über Preußen gebieten könne, oder nicht. Dem künftigen Ministerium ist es vorbehalten, darüber zu entscheiden, ob Preußen noch ein Staat ist, und ob es zur Beleidigung seiner Souveränität Offiziere, Beamte, Soldaten stellen kann, oder ob das Blut und Wehe seiner jetzigen Millionen schlich

durch den Zauber hofft, aber in Ihrnen aufgeklärter Weiblichkeit die gefühllosen Politiker zu bestürmen. Kurz und gut, der Fürst Windischgrätz ist ein Tyrann, ein Reaktionsgeneral, ein — Deutschgesinnter, das ist die Hauptsache, der jetzt sogar das Prager Schloß zu einer Kaserne herrichten läßt, nachdem doch die Herren Tschechen selbst offen eingestehen, daß der Czechen- und Nationalitätenkampf, zumal, wenn es sich einmal der Wiener Reichstag gleiche Staatsbürgerrechte für alle Konfessionen ausgesprochen haben würde, was ohne Zweifel geschieht, abermals einen Kampf hervorrufen wird! Schließlich will ich noch erwähnen, daß der Swornost auf ihre Beschwerde beim Ministerium wegen der „eigenmächtigen" Aufhebung ihres Korps durch den Grafen Thun, eine Bestätigung dieses Frevels (der Auflösung) als Antwort zugekommen ist. Immerhin wird ihnen aber erlaubt, nach Herrenhut zu reisen, um sich dort zu beten und bei mit den ganzen Tag spazieren zu gehen, ohne daß der Graf Thun wagen darf, etwas dagegen zu unternehmen. Da wir heutzutage keine Kleider-Ordnung mehr haben, so sehe ich auch nicht ein, warum sich nicht Jeder nach Gutdünken und Neigung kleiden dürfen soll — ist es doch jetzt doch nach seinem Ermessen der alten, wie der neuen Zeit eingefallen, dem Handwerksstein seine Jacke zu verleihen.

Frankreich.

** **Paris**, 9. Sept. Gestern stellte der Minister des Aeußern in der Nationalversammlung die Möglichkeit der Verminderung der Ausgaben für das Heer in Folge der Annahme der englisch-französischen Vermittlung, welche die Aussicht auf Erhaltung des Friedens bestärke, in Aussicht. In der That sind bereits Befehle an die Ajenarmee zur Einstellung der Vorbereitungen zum Kriege abgegangen. Man glaubt jedoch, daß ein Beobachtungskorps von etwa 40,000 Mann an der Grenze stehen bleiben wird bis nach vollendeter Lösung der italienischen Frage. Wir werden sehen, ob man nun auch auf Bildung der zwei Kriegsdivisionen zu Dijon und Straßburg verzichtet. General Changarnier wurde gestern in der Nationalversammlung als Befehlshaber des Heeres in einem etwaigen Kriege gegen Deutschland genannt.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 11. Sept. Bayer. 3½ pro. Obligationen 77½ B. 76½ G. 4 pro. 86 G. Bankaktien ll. Emsser 384 B. Promessen 36 B. — G. Oesterreich. 5pro. Metall. 76 B.

Wien, 9. Sept 5pro. Metall. 77¼, 4pro. 65, 3pro. 48, 2½ pro. 40⅞; 1834r 500 fl.-Loose 128. 1839r 250 fl.-Loose 83. Bankaktien 1070. Nordbahn 101. Gloggnitz 94. Beatrice-Mailand 72. Budweis — Linzer 67½. Pesth 63 Siena 56. Kommerzbahn 95½.

Berlin, 3. Sept. Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 72 B., 71½ G. Berl. Präm. Sch. 88 B. — G. K. u. Nm. Schuldv. B. — G. Berl. Stadt-Obl. B. — G. Westpreuß. Pfandbr. 3pro. B. 79½ G. Großherzogl. Posen. Pfandbr. 4pro. 96 B. — G. 3½pro. B. 77½ G. Ostpr. Pfandbr. 3½ B. — G. Pomm. Pfandbr. 89½ B. — G. Kur- u. Nm. Pfandbr. 89½ B. — G. Schlesische Pfandbr. 3½ B. — G. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. B. — G. Preuß. Bk.-Anth. Sch. 83½ B. 82½ G. Friedrichsd'or 13⅓ B. 13⅓ G. Ausl. Goldm. à 5 Th. 12½ B. 12½ G. Disconto 3½ B. 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AR 86 B. Berl.-Hamburg 62 B. Berl.-Stettin-Stargarder 86 B. u. G. Berl.-Potsdam-Magdeb. 50 B. 51½ B. u. G. Magdeb.-Halberstadt 101½ B. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 49½ B. 49½ G. Köln-Minden 74½ B. Köln-Bonner 51½ B. 52½ B. u. G. Rheinische Köln. Düssel.-Elberfeld Sieg-Lahn-Bahn — Niederschles.-Märk. 66½ B. 67 B. u. G. Niederschles.-Märk. Zweigbahn — Oberschles. Lit. A 86½ B. 87 B. u. G. Lit. B 86½ B. 87½ B. u. G. Cöln-Crefeld — Breslau-Freiburg — Kraf.-Oberschles. — Berg.-Märk. — Stargard-Posen 64½ B. 65½ B. u. G.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 83 B. 82½ G. Starg.-Posen — Brieg-Neiße — Magd.-Wittenberg — Aachen-Mastricht — Thür. Berliner Börse.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 83 B. Berlin-Hamburg 89½ B. Berl.-Potsdam-Magd 4pro. 78 B., 5pro. 87 B. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 82 B. Köln-Minden 90 B. Rhein. v. Staat gar. — Rhein. I. Prior. — Rhein. Stamm-Prior. — Düsseldorf-Elberfeld — Niederschles.-Märk. 4pro. 81 B. u. G., 5pro. 93 B. III. Serie 88½ G. Zweigbahn 4pro. — 5pro. — Oberschles. — Kosel-Oderberg — Sieglz-Bohmaiel — Breslau-Freiburg —

London, 8. Sept. Konsols 86¼. Coup. — Span. Akt. 12½. 5pro. — Pass. 3 P. Portug. 3pro. —, 4pro. —. 5pro. — Poll. 4pro. 70½. 2½ pro. 44½. 3pro. —

Paris, 9. Sept. 5pro. 45,50, 4pro. —, 3pro. 71.25 Schatz 20. Bankaktien 1665.—. Stadtobligationen 1140.— Bier Canäle 900.—. Comptoir von Algier —. Belg. 5pro. von 1840 79½, von 1842 79½. 4½ pro. — 3pro. — 2½ pro. — Belg. Bank —. Rom. 5pro. 77.—. Röm. 3pro. 64. Span. 5pro. — Passive —. Prem. 872.— Paff — Sr. Germain —. Versailles (rechte) 120 — (link) 102.50. Orleans 872.50. Rouen 438.75. Havre 200.— Marseille 202.50. Basel 87.50 Bierzon 260.— Boulogne —. Rordbahn 387.50. Nordbahn 381.25. Montereau —.— Lyon 370 — Straßburg 350 — Nantes 330.— Dieppe 165.— Creuzot — Montpellier —. St Tetie —.—

Madrid, 4. Sept. 3pro. 19¼. 4pro. —. 5pro. 10¼. P. 10¼. Pass. Schuld 3¼. P. Coup. 7. P. Auswärt. Pass Schuld — Auswärtige Schuld 5pro. —. Provis. Lit. 3¼. P. St. Fernandobank. — Disconto —. Wechselkurse: Paris 4.—97 P. London 48 P.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Donnerstag, 14. Sept.: „Marie", Oper von Herold.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Graf Taufstein a. von Bamberg. Frau Pottinger, von London. Stoppard, Rentier von London. Frau Müller, von Berlin.

Gold. Hahn. Baron v. Röder, Rentier von Wärtemberg. Eckart, privatier von Aurbach. Schreiter, Fabrikant von Dietfurt. Bayer, Rechtsrath von Erlangen.

Blaue Traube. Baron v. Spiegel, Assessor von Andach. Dr. Drechsler, Professor von Erlangen. Dr. Böttl er, Hofrath von Erlangen.

Stachusgarten. Eckard, Privatier von Dresden. Hagelen, Privatier von Turnau. Lang, Privatier von Grünstirt. Leudart, Privatzorzent von Göttingen. Dr. Moser, Tierarzt von Altötting. Schlag, Geistlicher aus der Schweiz. Mäh, Pfarrer von Tauftirchen.

Gestorbene in München.

Franz Schubert, Maßanzieher, 56 J. a. Balthasar Köpf, pens. kön. Forstmeister von Reichenhall, 64 J. a. Ebtla Birk, Taglöhnerstrau, 52 J. a. Kreszenz Seidl, dürgerl. Tafernwirthstrau, 56 J. a.

114. Auf das Ziel Michaeli wird in dem Hause Nro. 10 an der Karls- und Dachauer-Straße, Sonnenseite, die Wohnung des zweiten Stockes, aus 4 heizbaren Zimmern, 1 Kabinet bestehend, nebst allen häuslichen Bequemlichkeiten, frei. Auf Verlangen kann auch Stallung für 2 Pferde abgegeben werden. Nähreres daselbst Parterre rechts.

Kölnische Zeitung.

(Haupt-Redakteur: R. P. Brüggemann.)

115. Bestellungen auf die „Kölnische Zeitung", das verbreitetste deutsche Blatt, für das 4te Quartal mit dem 1. Oktober beginnende 4. Quartal d. J. wolle man gefälligst bei der nächsten Postanstalt machen. In Folge des ermäßigten Porto beträgt der Abonnements-Preis bei allen preuß. Aemtern von jetzt ab nur 1 Thlr. 24 Sgr. 6 Pfg. per Quartal, statt bisher 2 Thlr.

Anständigenanzeigen aller Art erlangen bei der so bedeutenden Auflage des Blattes die größte Verbreitung, nicht nur in ganz Deutschland, sondern namentlich auch in Belgien, Holland, Frankreich und England.

Köln, im September 1848.

Der Herausgeber, J. Du Mont.

76. (2b) Bei W. Ib. Scherz in Leipzig erschien soeben in Kommission:

Der persönliche Schutz.

(Mit 25 anatomischen Abbildungen. — In Umschlag versiegelt. Preis: 1 Dukaten.)

Medizinische Abhandlung über die Ehe und ihre geheimen Störungen. Über die Gebrechen der Jugend und des reiferen Alters, die größt ntheils die Nachwehen von Vergehen der Kindheit sind, nach und nach als Körper- und Seelen-Leiden zerstören, alles Feuer und end lich selbst die Attribute der Männlichkeit vernichtet! erläutert mit 25 Abbildungen, betreffend die Anatomie, Physiologie und die Krankheiten der Zeugungstheile mit für Jedermann faßlicher Beschreibung des Besonders der Jugend, sowie der durch Onanie und Ausschweifungen auf sie hervorgerufenen Verlangen ic. Nebst praktischen Rath ertheilen über die beim'ichen Gewohnheiten auf Schulen ic, über Nervenschwäche, Impotenz, Unfruchtbarkeit, syphilitische Krankheiten, über Jndigestionen, Abnormitäten, Gicht, Rückenmarksaffektionen, Lungenleiden, Lust-Prang ic. Von Dr. Samuel La'Dr rt, prakt Arzt in London, Ehrenmitglied der Universität Edinburg, der mehrer. Gesellschaften zu London, Edinburg, ic. 8. 128 S.

Dieses merkwürdige Buch sollte sich in aller Händen befinden: es kann mit Wahrheit behauptet werden, daß über die vorgenannten Gegenstände nie ein auch nur entfernt ähnliches Jemals gedruckt worden ist. Es ist auf Bestellung durch jede Buchhandlung, sowie direkt durch die Post (mit Angabe von treffen Coiffeur auch poste restante), gegen portofreie Einsendung des obigen Preises, von Perin Laurentius, Dorotheengasse Nro. 1 in Leipzig, der auf Verlangen auch weitere Auskunft ertheilt, zu beziehen.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Der Waffenstillstand mit Dänemark.

Wir theilen nachstehende ein neues Dokument von hoher Bedeutung in Betreff der Waffenstillstandsfrage mit, nämlich über die Bevollmächtigung Preußens, fassellbe lautet:

In Betreibung auf den Waffenstillstandsvertrag mit Dänemark ist der Irrthum verbreitet daß das Reichsministerium der Ansicht gewesen sei: es solle die Ratifikation des von Preußen im Namen der provisorischen Reichsgewalt abgeschlossenen Waffenstillstandes der deutschen Nationalversammlung vorenthalten bleiben. Bestehen Zweifel und welche Veranlassung die seiner Zeit zwischen dem Reichsministerium und dem preußischen Bevollmächtigten gepflogenen Verhandlungen über die von Preußen begehrte Vollmacht hatten, dab wird die in der Anlage mitgetheilte Instruktion an den Generalmajor v. Below d. d. Berlin, 27. Jul. l. J. vollständig erweisen. Auf den Grund dieser Instruktion und der daraus weiter gelnüpfte Verhandlungen hat demnächst der preußische Bevollmächtigte den nachstehenden ebenfalls wörtlich übernommenen Antrag an das Reichsministerium gestellt: daß die provisorische Zentralgewalt die königliche Regierung in den Stand setzen möge in den Unterhandlungen Dänemark gegenüber selbstständig aufzutreten, und daß demgemäß der königlich preußischen Regierung die Vollmacht ertheilt werde den Umständen gemäß zu handeln, die Verhandlungen zu Ende zu führen und unbedingt und ohne Vorbehalt den Waffenstillstand abzuschließen und abzuschließen, wobei das Projekt zum Waffenstillstand nach der Besprechung auf Bellevue zum Grunde zu legen und, einzelne Modifikationen abgerechnet, zu dessen wesentlichem Inhalt festzuhalten sei. In Folge dieses Antrags vom 5. Aug. l. J. ist die gewünschte Vollmacht in der bereits bekannten Fassung mitgetheilt worden. Aus diesem Hergange geht hervor: Erstens: daß die provisorische Zentralgewalt gleich der preußischen Regierung den Waffenstillstand vom 26. Juni. dahin interpretirt hat, daß zum Abschluß eines Waffenstillstandes unter den damals vorliegenden Bedingungen die Zentralgewalt ohne die Genehmigung der Nationalversammlung befugt sei. Zweitens: daß die preußische Regierung eine Vollmacht zum Abschluß verlangt und erhalten hat, ohne den Vorbehalt der Ratifikation durch den Erzherzog Reichsverweser oder durch die Nationalversammlung, und daß eine Vollmacht unter Vorbehalt der Ratifikation von der preußischen Regierung nicht hätte angenommen werden können, weil der Wegfall des Vorbehalts der einzige Zweck der Verhandlung mit der Zentralgewalt war. Drittens: daß Preußen in Uebereinstimmung mit der Zentralgewalt nicht nur im Namen Deutschlands, sondern auch im eigenen Namen verhandelte, daß es gewungen war Dänemark gegenüber sich als Gesammtmacht Deutschland unbedingter zu verpflichten und für die treue Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen zu haften. Viertens: daß, nachdem die Zentralgewalt die Genehmigung der Nationalversammlung insofern entbehrlich erklärt hat, als der Abschluß des Waffenstillstands genau nach der vorgezeichneten Grundlage zu Stande kommen wurde, ein Zweifel darüber unzulässig ist das Preußen, insofern es die vorliegenden Bedingungen als die seinigen annahm, sich berechtigt stimmen erachtete, verpflichtet war ohne Vorbehalt der Ratifikation abzuschließen und die Gewährleistung zu übernehmen.

Anlage. Gw. Hochwohlgeboren empfangen hiemit den Auftrag sich ungesäumt nach Wien zu begeben, um Sr. kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Reichsverweser eine offene und umfassende Darlegung der Verhältnisse in Bezug auf den Krieg mit Dänemark und den beabsichtigten Waffenstillstand vorzulegen, damit Sr. kaiserliche Hoheit die Dringlichkeit der Umstände ermessen, unter welchen die königliche Regierung sich die Vollmacht zu raschem Handeln in dieser das gesammte Deutschland betreffenden Angelegenheit erbittet, in welcher sie keinen anderen Wunsch hat als ihre Absichten als Bundesglied und die Interessen ihres eigenen Landes und ihrer Nachbarstaaten in vollem Einklang zu bringen. Es ist Sr. Hochwohlgeboren nicht unbekannt aus welchen Motiven die Sendung des wirklichen Legationsrathes Grafen v. Pourtalès nach Malmö hervorging, und wie sehr es in den Interessen und den Wünschen Deutschlands lag eine freundliche Einwirkung auf Schweden zu versuchen. Die königlich schwedische Regierung ist ihrem Bestreben ebenso freundlich entgegengekommen, und da auch die königliche Regierung dieses Verfahren für eine direkten Verfassungsverletzung zu gelangen mit Eifer ergriff, so ging aus den Besprechungen in Malmö der Vorschlag zu einem Waffenstillstand hervor, dessen Bedingungen der Graf Pourtalès bei seiner Rückkehr nach Berlin der königlichen Regierung vorlegte. Die letztere ging bei der Beurtheilung dieser Vorschläge von dem Gesichtspunkte aus: daß es sich dabei auf der einen Seite weder um einen ganzen Waffenstillstand handle, bei welchem alles in den augenblicklichen Status quo verbleiben könne, noch auf der andern Seite um die Feststellung einer Basis für den künftigen Frieden, welchem vielmehr durch die Waffenruhe nach keiner Seite hin etwas präjudizirt werden dürfe; sondern daß dabei, den frühern Bundesbeschlüssen vom 4. und 12. April gemäß, wesentlich die Wiederherstellung des Status quo ante in Frage gelegt werden müsse. Deutschland hatte feierlich erklärt im Ausschluß Europa's, daß es keinen Eroberungszweg führe, sondern nur bestehende Rechte schützen wolle; es konnte sich also auch nicht darum handeln dem freilich besiegten Feinde solche Bedingungen vorzuschreiben wie sie einem eroberungen Sieger vergönnt sein mögen, sondern nur darum eine solche Ausgleichung zu finden welche für Dänemark annehmbar war und zugleich die Ehre und die Interessen Deutschlands und die Rechte der Herzogthümer vollständig wahrte. Dies schien im wesentlichen durch jene Vorschläge erreicht; sie enthielten zu unmittelbare Freiwerden des Handels und der Schiffahrt; die Herausgabe alles mit Beschlag belegten feindlichen Eigenthums, welches in Kopenhagen zu einer sehr bedeutenden Höhe angewachsen war; die Räumung der Herzogthümer durch die beiderseitigen Truppen, wie sie durch den Status quo ante bedingt war; und die Verwaltung derselben während der Dauer des Waffenstillstandes durch eine gemeinschaftliche Regierung aus Eingebornen, an welcher der deutsche Bund und der Herzog von Schleswig-Holstein als Landesherr gleiche Theilnahme hatten. Diese Vorschläge hatten in gleichem Maße befriedigt sein sollten, und welcher in Holstein das Bundeskontingent des Herzogthume, in Schleswig ein System von Garnisonen der Schleswigschen Truppen zur Verfügung stehen sollte; als maßgebend für die Wiederaufnahme früherer Positionen bei eventuellen Wiederbeginn der Feindseligkeiten wurden die Stellungen angesehen welche beide Heere während der in Malmö geführtegen Unterhandlungen inne gehabt hatten. In der Einsetzung einer gemeinschaftlichen Regierung für beide Herzogthümer lag von Seiten Dänemarks eine Konzession, welche zu erreichen bisher unmöglich erschienen war; indem Dänemark dazu die Hand bot, ging es sogar weiter als es in südschweizerischen Bestehenlassen der jetzigen provisorischen Regierung während eines einfachen Waffenstillstandes geschehen wäre; es erkannte faktisch die Einheit der beiden Herzogthümer an. Das Gesammtministerium glaubte daher die Annahme dieser weitreichenden Punkte bei des Königs Majestät bevorworten zu können, und nach erhaltener Genehmigung Allerhöchstdrieselben vom 8. Juli c. überbrachte der Graf Pourtalès dem Oberbefehlshaber General v. Wrangel die königliche Vollmacht zum Abschluß des Waffenstillstandes mit dem dänischen Oberbefehlern. Die sage der Dinge hatte sich inzwischen auf dem Kriegsschauplatze insofern verändert, als die dänischen Truppen durch das Vordrücken der deutschen Abtheilungen veranlaßt worden waren sich über die jütische Gränze zurückzuziehen und so das ganze Festland von Schleswig vom Feinde befreit war. Auch zeigten sich Schwierigkeiten wegen der Aufstellung von Garden und den schleswigschen mit den holsteinischen zu einem organischen Korps verbundenen Truppen, zugleich mit der Rothwendigkeit, um der inneren Ruhe des Landes willen, eine nicht zu geringe Anzahl von Truppen der Regierung der Herzogthümer zur Verfügung zu lassen. Der Oberbefehlshaber hielt demnach eine nochmalige Rücksprache in Berlin für nothwendig, und wurde auf dieselbe unterm 12. d. Mts. dahin beschieden, diese Punkte durch erneute Unterhandlungen mit dem dänischen Oberbefehlshaber im Interesse Deutschlands und der Herzogthümer zu erledigen. Inzwischen war der König. Regierung die erfreuliche Kunde zugekommen, daß Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog Johann die Funktionen einer Reichsverwesers übernommen und in dieselbe unmittelbar eingetreten sei; das Manöat welches Preußen vom Bundestag übertommen hatte, in dieser Angelegenheit die Sache Deutschlands zu führen, ging nunmehr auf den Reichsverweser zurück, und die königl. Regierung hielt es demnach für ihre Pflicht dem Oberbefehlshaber zu gestatten, den Waffenstillstand nur unter Vorbehalt der Genehmigung Sr. kaiserl. Hoheit abzuschließen.

Die Unterhandlungen, welche am 14. und 19. d. M. auf dem Schlosse Bellevue an der jütischen Grenze unter mehrfachen Rücktagen nach Kopenhagen, Statt fanden zwischen den preußischen und dänischen Bevollmächtigten, haben nicht zum definitiven Abschlusse des Waffenstillstandes geführt. Die Veränderung der einmal in Malmoe besprochenen und vor von den dänischen Staatsmännern schon acceptirten Punkte machte in Kopenhagen großes Bedenken; vor Allem aber lag die Hauptschwierigkeit der Verständigung in dem Umstande, daß die dänische Regierung bestimmt erklärte, sich nur auf einen unmittelbaren Abschluß ohne weiteren Vorbehalt einlassen zu können, und daß ohne diese Genehmigte einer tüntigen Ausstatten sich nicht aussehen könne; während die preußischen Bevollmächtigten darauf bestanden, die Genehmigung des Reichsverwesers vorbehalten zu müssen. Die Besprechungen veranlaßten indeß eine neue Redaktion der Vorschläge, in welcher die von und gestellten Forderungen vollständig berücksichtigt waren und welche in deutscher und französischer Sprache ausgefertigt, der Regierung des Herzogthümer-Instanzen des führenden Projekte, einige unerhebliche Redaktions-Aenderungen abgerechnet, bestehen in folgenden zwei Punkten:

Annahme der am 30. Juni (nach dem Rückzuge der Dänen) inne gehabten Positionen für die eventuelle Wiederbesetzung des Landes;

Belassung der Herzogthümer Schleswig während des Waffenstillstandes durch 8000 Mann Bundestruppen, welche der interimistischen Regierung der Herzogthümer zur Erhaltung der inneren Ruhe des Landes zur Verfügung stehen, wogegen der dänischen Regierung das Recht bleibt, eine entsprechende Truppenzahl auf der Insel Alsen zu belassen, die schleswig-holsteinischen regulären Truppen aber in ihrem vollen Effektivbestande im Herzogthum Holstein verbleiben.

Diese Punkte sind von den dänischen Bevollmächtigten zwar nicht angenommen worden; es stellte sich aber im Verlaufe der Unterhandlungen heraus, daß der materielle Inhalt derselben keine unüberfteiglichen Hindernisse darbieten dürfte, sofern die dänische Regierung einen unmittelbaren Abschluß des Waffenstillstandes und seine Ausführung ohne weiteren Vorbehalt erreichen könnte. Nach dem Schlusse der Verhandlungen am 19. d. Mts. kehrten die dänischen Bevollmächtigten nach Kopenhagen zurück,

und in Folge des dort gefaßten Beschlusses erklärte der dänische Oberbefehlshaber, General v. Hedemann, am 28. d. Mts. in einer Note, von der die Absicht ebenfalls beilegt:

daß er von seiner Regierung nicht instruirt sei, auf diese Vorschläge hin abzuschließen, da sie in wesentlichen Punkten von den in Malmoe besprochenen Artikeln abwichen, und da namentlich auch den Vorbehalt einer später zu treffenden Konvention durch den Reichsverweser die Sache auf ein ganz neues Terrain gespielt werde. Die dänische Regierung könne sich nicht darauf einlassen, auf dieses Terrain, auf welchem Alles wieder ungewiß werde, einzugehen. Er sei daher nur instruirt, auf die in Malmoe besprochenen Punkte ohne weiteren Vorbehalt abzuschließen.

Es geht aus dieser Darlegung der Thatsachen und der Verhältnisse hervor, daß die Hauptschwierigkeit darin liegt, daß die königl. Regierung sich nicht dazu entschließen konnte, unmittelbar und ohne Vorbehalt der Genehmigung Sr. k. Hoh. des Reichsverwesers abzuschließen. Die dänische Regierung macht gegen diesen Vorbehalt geltend, daß sie von der Stellung und Gewalt des Reichsverwesers noch durchaus auf keine völkerrechtlich bezeugte Weise in Kenntniß sei; so gern sie daher seiner hohen Stellung alle gebührende Achtung erweisen werde, sobald seine Verhältnisse zu den anerwärtigen Mächten genommen sein, und in gesetzmäßiger Weise anerkannt sein, so könne sie, ehe das geschehen, in keine Begebung zu denselben treten in der Art, wie die Zulassung einer solchen Klausel in die Bedingungen des Waffenstillstandes es voraussetzen würde. Sie habe bisher nur mit Preußen, welches den deutschen Bund ihr gegenüber vertreten, unterhandelt, und könne nun das Resultat ihrer Bemühungen zum Frieden nicht von der Zustimmung einer dritten Macht abhängig machen, welche bisher keinen Theil an den Unterhandlungen genommen habe, und mit der eine fremde erscheinen müsse. Es läßt sich nicht verkennen, daß auf dem Standpunkte einer ausmärtigen Macht, welche die inneren Verhältnisse Deutschlands nicht eher beurtheilen kann, als bis dieselben ihr auf völkerrechtliche Weise bekannt geworden sind, diese Betrachtungen von Gewicht erscheinen müssen. Es liegt in der Macht Sr. k. Hoh. des Erzherzogs-Reichsverwesers, diese Schwierigkeit zu beseitigen. Wir haben gegründete Aussicht, zu einem Abschluß des Waffenstillstandes zu gelangen, wenn die Centralgewalt Preußen in den Stand setzt, in den Unterhandlungen Dänemark gegenüber selbstständig aufzutreten, und demgemäß der kgl. Regierung Vollmacht gibt, den Umständen gemäß zu handeln, die Verhandlungen zu Ende zu führen und unbedingt und ohne Vorbehalt den Waffenstillstand abzuschließen und aufzuführen. Sie wird alsdann bei den Unterhandlungen, welche in kürzester Frist werden zu Ende geführt werden können, die neuen, auf den Schloß Bekrave'schen Vorschlägen, deren Abschrift beiliegt, zu Grunde legen und, wenn auch einzelne Modifikationen der Redaktion sich als angemessen herausstellen sollten, an dem wesentlichen Inhalt derselben festhalten. Wenn der Art. VIII. über die Besetzung des Herzogthums Schleswig während des Waffenstillstandes auch noch vielleicht einige Schwierigkeiten machen sollte, so wird die kgl. Regierung in seinem Falle auf eine Auflösung der holsteinisch-schleswigschen regulären Truppen eingehen, und darauf bestehen, daß in dem Herzogthum Schleswig selbst eine dinreichende Anzahl militairischer Kräfte verbleibe, wie sie für die Beruhigung des Landes erforvern. Die in §. VII. vorgeschlagene Einrichtung der Regierung für die beiden Herzogthümer scheint um so weniger irgend einem Bedenken zu unterliegen, als die Mitglieder der jetzigen provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein sich bereits erklärt haben, unter den Bedingungen, wie sie in den obigen Vorschlägen gegeben sind, von ihrem Posten abtreten zu wollen. Gw. Hochwohlgeboren wollen demnach Sr. kais. Hoheit im Namen der k. Regierung ersuchen, ihr die oben erwähnte Vollmacht zu ertheilen. Zur Motivirung dieses Gesuches wollen Gw. Hochwohlgeboren die Aufmerksamkeit Sr. kais. Hoheit auf Reichsverweserei noch besonders auf folgende Punkte hin zu lenken sich bemühen, und das Gewicht dieser Erwägungen auf alle Weise bringend geltend zu machen suchen. Es ist gewiß von hohem Interesse, ein günstiger Wendepunkt für diese Angelegenheit eingetreten. Dänemark hat jetzt zum ersten Male die ernstliche Neigung gezeigt, zu einer friedlichen Ausgleichung die Hand zu bieten, sowohl durch sein Eingehen auf diese Unterhandlungen, als durch sein ganzes Verfahren in der letzten Zeit und die Thatsache, daß Feindseligkeiten von seiner Seite. Nichts weniger ist die Aufregung im Volke und namentlich in Kopenhagen, nach allen Nachrichten, noch immer so groß, daß an einen unmittelbaren Uebergang zum Frieden oder zur Annahme einer Basis von Friedens-Präliminarien noch nicht zu denken ist. Nur während einer vorläufig einmonatlichen Waffenruhe ist jene Beruhigung zu hoffen, welche zu einem endlichen Frieden führen kann. Dazu ist Dänemark jetzt die Hand zu bieten bereit; es liegt also im unserem und in dem Interesse der Herzogthümer selbst, diese entgegenkommende Stimmung, die wir durch zu hoch gespannte Forderungen so leicht wieder in ihr Gegentheil umschlagen machen können, nicht ungenützt vorübergehen zu lassen, um uns dadurch neue Schwierigkeiten zu bereiten, deren Ende wir nicht absehen können. Es ist jetzt ohne Frage der günstigste, vielleicht der letzte günstige Augenblick, zu einer solchen friedlichen Ausgleichung ohne weitere europäische Verwickelungen zu gelangen. Einen Waffenstillstand habe, welcher die wesentlichen Zwecke erreicht, die Deutschland bei der Kriegsführung im Auge gehabt hat, ist es Pflicht, nicht von der Hand zu weisen. Diese Zwecke werden aber durch die vorliegenden Bedingungen erreicht. Deutschland hatte den Krieg unternommen, nicht um zu erobern, um seine besonderen Rechte irgend wie zu erweitern, sondern um die Rechte und die Nationalität der Herzogthümer gegen die dänischen Eingriffe, welche im Monat März zu

3. ihren Höhepunkt erreichten, zu wahren. Es hatte zu dem Ende die Wiederherstellung des Status quo ante als Vorbedingung der Friedens-Unterhandlungen gefordert. Diese Wiederherstellung des Status quo ante ist durch die Erfolge der siegreichen deutschen Waffen erreicht, und wird durch den Waffenstillstand für die Dauer von drei Monaten festgestellt und gesichert, damit während derselben wirkliche Friedens-Unterhandlungen eingeleitet werden können. Die Rechte der Herzogthümer, ihre nationale Selbstständigkeit und Selbstregierung sind in den Bedingungen desselben vollständig gesichert: beide Herzogthümer bleiben während der Dauer desselben eng verbunden unter einer gemeinschaftlichen Regierung von Eingeborenen der Herzogthümer, an deren Einsetzung Deutschland mit dem Landesherrn gleichen Theil nimmt; kein Recht, kein Anspruch wird für die definitive Feststellung des Friedens aufgegeben; kein Interesse der Herzogthümer kann in der Zwischenzeit verletzt werden. Ein weiterer Krieg, über diese vom deutschen Bunde selbst gezogene Grenze hinaus, würde also in dieser Beziehung vollkommen zwecklos sein, und wesentlich nichts mehr erreichen können, als schon erreicht ist; er würde in den Augen von ganz Europa nur als ein Eroberungskrieg erscheinen. Mit seinem Zwecke verliert der Krieg aber eben so sehr von diesem Anzuhöhe an seinen sichern Boden. Das einzige Mittel, ihn weiteren Kriegführung zu setzen, ist darbieten könnte, stehen in keinem Verhältnisse zu der Gefahr der Verwickelungen, welche eine solche Maßregel hervorzurufen geeignet wäre. Dänemark hat gegen jedes aggressive Verfahren gegen die eigentlich dänischen Länder die Unterstützung Rußlands und Schwedens und die Sympathien Englands und vielleicht selbst Frankreichs für sich. Eine Ueberschreitung der jütischen Grenze von unserer Seite, in Folge des Abbruches der Unterhandlungen, würde sofort bei denen der Augen aller Mächte seinen guten Willen zeigte hat, würde als ein direkter Angriff auf Dänemark angesehen werden. Die nächste und ganz unausbleibliche Folge davon würde sein, daß die, schon auf Fünen stehenden schwedischen Truppen, nach Jütland herüber setzen, und, von Schonen aus in kürzester Frist verstärkt, mit den dänischen Truppen aktiv cooperiren. Zu gleicher Zeit würde Schweden alle ihm zu gebote stehenden Maßregeln zur See gegen Preußen, die große Menge bereitter Schiffe, mit Dänemark vereinigen und norwegischen Häfen Zutritt gestatten und gerunden haben, würde unmittelbar mit Beschlag belegt werden; die Blokade der deutschen Küsten würde von der vereinigten schwedischen und dänischen Flotte mit der größten Energie gehandhabt werden, und das Bombardement einiger Küstenplätze des nördlichen Deutschlands würde die sehr möglliche, der gänzliche Ruin des ganzen nordwestlichen Handels aber die sichere und unausbleibliche Folge sein. Eine weitere Folge würde in dem nothwendigen Laufe der Dinge die Ineinadme Rußlands sein: und wenn Deutschland so den Kampf mit dem ganzen Norden und Osten zu bestehen hätte, so würde es von keiner Seite der auf materielle oder auch nur moralische Unterstützung rechnen können; denn selbst wenn England nicht aktiv am Kriege Theil nähme, so heiße es doch die Lage der Dinge und die in England herrschenden Gesinnungen ganz verkennen, wenn man in irgend einer Weise auf tetten Unterstützung für Deutschland rechnen wollte. Eben so wenig darf sich Frankreich in dieser Angelegenheit irgend wie zu Gunsten Deutschlands ausgesprochen. Gw. Hochwohlgeboren wollen zu bedenken geben, in welche Lage Preußen einer solchen Eventualität gegenüber gerathen würde. Der Ausdruck, der auch nur die leiseste Befürchtung einer Krieges-Erklärung, würde die kgl. Regierung selbstredende in die Nothwendigkeit versetzen, zum Schutze Deutschlands, ihrer Bundespflicht gemäß, ihre Truppen von der nördlichen Grenze, von welcher zu Lande die mindere Gefahr droben würde, zurückzurufen und an die östliche Grenze zu verlegen; und in welche traurige Lage die Herzogthümer dadurch geralhen würden, darauf wohl keiner weiteren Andeutung. Aber es ist nicht einmal nöthig, solche Eventualitäten ins Auge zu fassen, um die dringende Nothwendigkeit einer schleunigen Beendigung des Kriegszustandes klar zu machen. Die kgl. Regierung sieht sich in der Unmöglichkeit, denselben gegen die Wünsche, die Interessen und die Bedürfnisse ihres eigenen Landes fortzuführen. Der Krieg ist im ganzen Norddeutschlande, gegen den Druck, den er auf die materiellen Interessen ausübt, im höchsten Grade unpopulär geworden. Jeder Tag fügt neue Uebelstände zu allen hinzu. Das in dänischen Händen befindliche deutsche Eigenthum, auf dessen Freigabe seit langem mit Sehnsucht gewartet wird, beträgt allein mehrere Millionen; aber ganz unberechenbar sind die Wunden, welche jeder Tag der verlängerten Blokade und der Hemmung der Schiffahrt ins serem Handel und dem Wohlstande aller Länder Norddeutschlands schlägt. Die eigenen Häfen und Ostsee-Provinzen leiden natürlich auf allermeisten Nummer und die königl. Regierung hat den dringenden Anforderungen, die von dieser Seite vor ohne Aufhören an sie ergehen, nichts entgegen zu setzen. Sie besindet sich in der vollkommenen Unmöglichkeit, den dringenden Anforderungen und Bedürfnissen des Landes gegenüber, gegen dessen Willen noch länger den Krieg fortzusetzen. In nicht minder schwierigen Verhältnissen befinden sich die anderen norddeutschen Regierungen. Gw. Hochwohlgeboren wollen es angelegentlichst der sorgsamen Erwägung Sr. kais. Hoheit des Reichsverwesers unterstellen, welches die

Folgen sein würden, wenn diese Interessen von der Centralgewalt nicht berücksichtigt, wenn die Fortsetzung des Krieges von dem übrigen Deutschland geforert werden sollte, in dem Augenblicke, wo eine ehrenvolle Beendigung desselben und eine Verständigung über Interessen möglich erscheint. Die Spannung, welche dadurch zwischen dem nördlichen Deutschland, das seine Interessen vernachlässigt glauben müsse, und dem südlichen Deutschland entstehen würde, könnte sich zu einer bedenklichen Höhe steigern und zu den traurigsten Folgen führen. Wie groß die Verantwortlichkeit sein würde, diese Folgen herbeigeführt zu haben, werden Sch. Reichsobrigkeiten leicht selber einsehen und nach Kräften getheut zu machen sich bemühen. Ich darf indessen hoffen, daß die Worschen Sr. kais. Hoh. des Erzherzogs Reichsverweser, in besonnener und umfassender Erwägung der Verhältnisse, zu Vermeidung dieser Gefahren die Hand bieten werde. Das Mittel dazu liegt in der Ertheilung der Vollmacht an Preußen, nach eingetretener Verständigung, den Waffenstillstand zu vermitteln und abzuschließen und in Ausführung zu bringen. Preußen hat in dieser ganzen Angelegenheit so entschieden ohne alle selbstsüchtigen Nebenabsichten, nur im Interesse und im Auftrage Deutschlands gehandelt, und dabei so viele Opfer willig und ohne zu klagen gebracht, daß es nun auch wohl den Anspruch machen darf, die Führung und den letzten Abschluß einer Unterhandlung mit Vertrauen in seine Hände gelegt zu sehen, welche es bisher allein und unter den schwierigsten Umständen geleitet hat. Ew. Hochwohlgeboren wollen diese Erwägungen Sr. kais. Hoh. dem Reichsverweser vorlegen, und auf alle Weise dieselbe mündlich unterstützen, um Sr. kais. Hoheit von der schwierigen Lage, worin die kgl. Regierung sich befindet, und von der Unmöglichkeit, dieselbe noch länger fortdauern zu lassen, zu überzeugen. Berlin, 27. Juli 1848. (gez.) v. Auerswald. Sr. Hochwohlgeboren dem kgl. General à la Suite, Hrn. General-Major v. Below, hier.

Die Wiederzeitung bringt unter der Ueberschrift „die Entscheidung der Nationalversammlung" abermals einen sehr beachtenswerthen Artikel über die Frage, welche in diesen Augenblicke die Gemüther von ganz Deutschland in Spannung und Unruhe erhält, und von deren Entscheidung das Schicksal Deutschlands und der Friede der Welt abhängt. Wir heben aus dem Artikel der Weserzeitung die folgenden Stellen aus:

„Der 5. September muß für Deutschlands Zukunft der entscheidende Tag werden. Die Einheit Deutschlands oder unsere Zerspaltung wird von diesem Tage an, in der Person der Nationalversammlung von diesem Tage, der Beschluß des Reichsministeriums dagegen, die plötzliche Umwälzung unserer Lage, binnen 24 Stunden; die krampfhaft-harmadige selbst Ueberlegung und Gründe gefliessentlich verschmähende Stimmung, welche die letzte Sitzung in der Paulskirche bezeichnet hat, dazu enblich die Blicke, welche die Aeußerungen der Minister und einzelner Redner in das Getriebe der verschiedenen Höfe hinter der Scene thun lassen — Alles fast uns, wir sind auf einem Punkte angekommen, wo es biegen oder brechen muß, wo es sich um Sein oder Nichtsein handelt. — Auf einem Punkt, wo nicht mehr die Ueberlegung uns sichere Hand der Führer unser Staatsschiff regiert, sondern wo wir die Geschicke unseres Vaterlandes von Macht zu Ohnmacht, von Einigkeit zu Zwietracht, der Macht der Verschwörung unmittelbar anheim gegeben sehen. Gott verläßt keinen Deutschen, sagt ein alter Spruch. Möge er auch Deutschland nicht verlassen! Wir befinden uns in einer wahrhaft ungeheuern Lage. Die inneren und die auswärtigen Verhältnisse Deutschlands haben sich in einen einzigen Knoten verschlungen und zu einer Spitze emporgetrieben, daß wir, wenn wir in die Abgründe links und rechts sehen, wohl einen Augenblick schwindeln können. Die Nationalversammlung, das müssen wir ihr nachsagen, hat sich vor diesem Schwindel gehütet, sie hat muthig die Augen zugedrückt und ihre Besinnung gefaßt. Aber bei aller Unterordnung unter die Weisheit und die Nothwendigkeit dieser Besinnung müssen wir gestehen, es kommt uns vor, als habe sie dieser Lage eben nicht mit klarer Ruhe ins Auge gesehaut, sondern in der Hitze der Leidenschaften und eines sehr erklärlichen, auch sehr edlen Zornes über so viele Halbheit und leider auch so viele Treulosigkeit eben das zum Ziel, nicht aber den Weg zum Ziele im Auge behalten. Daß er sich in dieser Sitzung am wenigsten um Schleswig-Holstein bandelte, erscheint sich beim ersten Blick aus den Verhandlungen, welche wir bereits unsern Lesern zugestellt haben. Es handelt sich um Deutschland, um die Anerkennung der Centralgewalt in Deutschland, nicht mehr und nicht weniger auf den Papier und mittelst abgehaltener mit nicht abgehaltener Paraden, Fahnen und Bänder, sondern um die wirkliche Existenz einer Regierung des vereinten Deutschlands, gegenüber dem preußischen Staat und allen Einzelstaaten überhaupt, gegenüber den fremden Mächten. Preußens Wille, in völkerrechtlich gültiger Form ausgesprochen, kann gegen ihn in der Vollmacht des Reichsverwesers ausgesprochenen Willen der Centralgewalt. Das Reichsministerium wollte sich mit seiner Verantwortlichkeit vor den Völkern und Schmeichlingen Erklärung zufolge, nach der Entbreitung des Waffenstillstandes seine Maßregeln nehmen, um ferneren Konflikten vorzubeugen. Die Nationalversammlung aber hat dagegen beschlossen, den Willen der Centralgewalt schon jetzt geltend zu halten und durchzuführen. Sie stellt sich mit ihrem Beschluß vom 5. Sept. unmittelbar Preußen entgegen, welches auf eigene Hand den Vertrag mit Dänemark abgeschlossen hat. Sie tritt ferner Dänemark entgegen, mit welchem der Vertrag abgeschlossen sei; sie tritt Schweden entgegen, unter dessen Vermittelung der Vertrag abgeschlossen worden; sie tritt Großbritannien entgegen, unter dessen Garantie der Vertrag gestellt ist. Sie tritt endlich Rußland und Frankreich entgegen, deren Stellung in dieser Angelegenheit hinreichend bekannt ist. Es gibt eine Alternativfrage, welche nicht, in schwierigen Fällen sich den schlimmsten Ausgang klar zu machen. Diesen schlimmsten Ausgang haben wir so eben bezeichnet. Es kann dahin kommen, daß Deutschland in einen allgemeinen Krieg, in einen auswärtigen Krieg und zugleich, wo nicht in einen Krieg im eigenen Lande, doch in eine innere Zerspaltung gestürzt, deren unwälzende Folgen wir uns gar nicht ausmalen mögen. So kann es dahin kommen! Wenn wir jetzt, wenn uns in ungeheuren Ereignissen trennt, ist schon überschritten und die Frage, Krieg oder Frieden, wird in jetzem Kabinet Europas auf der Tagesordnung stehen. Aber wir wollen mit Vorsicht und Kaltblütigkeit urtheilen. Erst ein Schritt auf diesem schicksalsvollen Wege ist gethan. Die Nationalversammlung aber hat noch Nichts entschieden. Der Majoritätsantrag des Ausschusses, welchen die Nationalversammlung zu dem ihrigen erhoben hat, ist auf die „Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes getroffenen militärischen und andern Maßregeln gerichtet." Der Ausschuß ist, als es diesen Antrag vorschlug, indessen nicht der Meinung gewesen, daß durch eine Sistirung des Truppenaufzuges der ganze Waffenstillstand über den Haufen geworfen sei. Dahlmann, als Berichterstatter, spricht das ausdrücklich aus, wenn auch bei Reichsministerium von Anfang an die entgegengesetzte Ansicht behauptet und durch seinen Rücktritt bekräftigt hat. Der Ausschuß schlug mit seinem Antrage zugleich die Niedersetzung eines neuen Ausschusses vor, zur Begutachtung der Vorlage, d. i. zur Unterschung des Verhältnisses Preußens zur Centralgewalt bei den Waffenstillstandsunterhandlungen; und der ganze Majoritätsantrag, also auch die Niedersetzung dieses Ausschusses, ist von der Versammlung angenommen worden. Die Ansicht des Ausschusses und seines Berichterstatters Dahlmann, welcher leicht an die Stelle Geschieden in den Fall kommen könnte, nun eben diese Ansicht praktisch durchzuführen, wird folgendermaßen aufzufassen sein: der Ausschuß geht davon aus, daß die Ratifikation des Waffenstillstandsvertrages in Gemäßheit des auch von Preußen anerkannten Gesetzes über die Centralgewalt vom 28. Juli, lediglich der Centralgewalt zustehe, daß Preußen somit wohl zur Abschließung des Waffenstillstandes habe ermächtigt werden können, daß aber die Ratifikation desselben lediglich dem Reichsverweser in Gemeinschaft mit der Nationalversammlung zustehe. Der Waffenstillstand kann also erst nach der Ratifikation in Frankfurt in Kraft treten. Durch den Beschluß vom 5. Sept. nun ist der Waffenstillstand mit Dänemark keineswegs verworfen, sondern nur der Centralgewalt die Ratifikation für zukünftige Recht gesprochen, zu genehmigen oder zu verwerfen. Es wird also noch auf die genaue, unbefangene Würdigung des Inhalts der Waffenstillstandsakte, es wird auf die Berechnung aller Folgen, es wird auch auf die Berücksichtigung der Mittel ankommen, mit welchen Deutschland den Krieg gegen eine, vielleicht gegen mehrere Seemächte aufzunehmen und durchzuführen hat, die Entscheidung der Nationalversammlung, somit die Nationalversammlung die Autorität der Centralgewalt und das von ihr gegebene, von allen deutschen Regierungen anerkannte Gesetz vom 28. Juni gegen die Ueberretung und Willkür Preußens, selbst in einem unberechenbaren Momente, aufrechterhalten beschlossen hat, ist eine zukunftige Handlung. Aber wir dürfen das Vertrauen zu der Versammlung aussprechen, daß sie eben so viel Staatsklugheit als Charakter bewähren wird, daß sie es verstehen wird, den Waffenstillstand unter gewissen Modifikationen (die sich vor Allem auf die Männer der neuen Interimsregierung beziehen muß, was Dänemark selbst schon begriffen haben möchte) aufrecht zu erhalten. Wir haben — um es mit einem Worte zu sagen, das Vertrauen, daß die Nationalversammlung die Einheit Deutschlands nicht durch einen Bruch mit Preußen aufrecht zu halten gedenkt. — Die nächsten Tage müssen das verhängnißvolle Entweder — Oder dieser Frage entscheiden. Die Einheit Deutschlands, der Frieden Europas hängt daran."

Deutschland.

Bayern. — München, 13. September. Das Reg'erungsblatt Nro. 52 vom 12 September bringt eine Königlich Allerhöchste Verordnung aus Hohenschwangau vom 9 Septemb. den Uebergang der Stands- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt an den Staat vom 1. Oktober an betreffend. Die Regierungsund Justizkanzlei in Kreuzwertheim wird aufgelöst, schließt ihre Geschäfte am Letzten ds. Mts., und diese gehen an die Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg beziehungsweise an das Appellationsgericht des Kreises über, welchen die betreffenden Akten zu übersenden sind. Das Regierungsund Justizkanzleipersonal in Kreuzwertheim, insoweit dasselbe mit seinen Bezügen nicht vom Gesetze vom 4. Juni auf die Staatskasse zu übernehmen ist, tritt vom 1. Oktober an in temporäre Duiescenz. Alle herrschaftlichen Kommissariate, Patrimonialgerichte II. Klasse und Patrimonialämter sind aufzulösen; ihr Wirkungskreis geht auf die betreffenden Landgerichte über. Die Herrschaftsgerichte und Patrimonialgerichte I. Klasse besehen vorläufig und bis zur definitiven Gerichtsorganisation auch nach dem 1. Oktober in ihrer bisherigen Weise fort, führen aber nunmehr den Titel „Königliche Gerichts- und Polizeibehörde" mit der Beziehung nach den Orte des Amtssitzes, fort; sie erhalten ein königliches Siegel gleich den Landgerichten. Jene von allzugeringem Umfange sollen aber nach Maßgabe besonderer Verhältnisse noch vor der definitiven Gerichts-

organisation den benachbarten königlichen Gerichten einverleibt, oder denselben zur ausgeschiedenen Verwaltung zugetheilt werden können. Wo der kleinere Theil eines bisherigen Hrschafts- oder Patrimonialgerichts 1. Klasse in einem anderen Regierungsbezirke belegen ist als der Hauptheil dieser Behörde, sind die Staatsministerien der Justiz und des Innern beauftragt, die Zutheilung der kleineren Parzelle an ein benachbartes Landgericht des betreffenden Regierungsbezirks zu verfügen.

B. Sachsen. — Art. 7. erfolgte die Abstimmung in der zweiten Kammer über den Gesetzentwurf, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend. Wie wir bereits in einer unserer frühern Nummern vorausgesagt, so hat wirklich die Kammer den Majoritätsantrag der Deputation verworfen und das ganze Gesetz mit geringen Abänderungen angenommen. Es haben in dem Gesetzentwurfe nur die §§. 1, 6, 9 eine Abänderung erlitten; dieselben lauten jetzt: §. 1. Das Vereins- und Versammlungsrecht wird dem sächsischen Volke gewährleistet. Alle hiermit nicht im Einklange stehenden früheren gesetzlichen Bestimmungen, namentlich §. Art. 117 und die Worte in Art. 93 des Criminalgesetzbuches: „oder welche überhaupt von der Staatsregierung als ordnungswidrig untersagt sind", treten außer Wirksamkeit. §. 6. Die Staatsregierung zu einer Volksversammlung oder zur Bildung eines Vereins ist jedesmal, selbst wenn sie öffentlich erfolgt, noch vor dem Zusammentritte der Versammlung mit Angabe der Zeit, des Orts und Zwecks derselben, der Polizeibehörde des Versammlungsortes anzuzeigen, ohne welche an dem letzteren Orte sich nicht hat, deren daselbst wohnhaften Organe scheinlich oder mündlich anzureizen. Es hat sich jedoch die Polizeigewalt aller Einmischung und Cognition bei Ausübung des gesetzlich gestatteten Vereins- und Versammlungsrechtes zu enthalten. §. 9. Den Theilnehmern an Vereins- und andern Volksversammlungen ist nicht gestattet, in denselben mit Waffen zu erscheinen, ausschließlich der Personen, die von Amts oder Dienstes wegen Waffen zu tragen berechtigt oder verpflichtet sind.

Oesterreichische Monarchie.

Verona, 6. September. Während auf dem Lande volle Ruhe herrscht, will sich in den venetianischen Städten die Aufregung nicht legen. So war vor Kurzem ein Aufsatz politischer Farbe in Padua, der ohne ernstliche Folgen durch das einschreitende Militär unterdrückt wurde. So schoß man in Bassano von einem Hause auf einen kaiserlichen Soldaten, jedoch ohne Erfolg. So erschienen in Verona neue Maueranschläge, in denen die Worte: „Viva, viva Pio IX. viva, viva la Repubblica! Venedetta, Italiani!" am meisten auffallen. Man will daher wissen, daß der Marschall in den venetianischen Provinzen das Standrecht in Räde werde verkünden lassen. Jedoch glaubt Niemand an diese Sage, die vielleicht aus ganz andern und unreinen Absichten verbreitet worden ist. Die nämliche revolutionäre Stimmung in den Städten und die friedliche auf dem Lande herrscht auch in der Lombardei. Indessen setzen die jungen verirrungen oder ausgewanderten Männer in ihre Gesinnungen zu dem Reichsoberhaupte gegen zurück, und als Grund ihrer Entfernung geben sie die getroffenen Maueranschläge an, vermöge welcher die Komitate der provisorischen Regierung diesen Leuten vorspiegelten, daß die österreichische Waffengewalt alle Männer von 18—40 Jahren aufwerfen, selbe mit den Kleidern todter Kroaten bedecken, sie in die erste Reihe der Treffen stellen, daher ihren Mitbrüdern gegenüber dem sichern Tode aussetzen werde. Diese Maueranschläge erreichen wohl in diesen, nicht aber in jenen den beabsichtigten Zweck, der wohl ein ganz anderer als der vorgegebene war. — Immer neue Truppen ziehen hier durch nach der Lombardei. (Lyr. Bote.)

Venedig, 29. Aug. Die Gazetta di Venezia enthält wieder eine Menge von Grüßen der neuen provisorischen Regierung, bestehend aus den Herren Manin, Graziani und Cavedalis, denen von den Deputirten der Stadt und Provinz Venedig die souveräne, diktatorische Gewalt übertragen worden ist. Wir wollen die hauptsächlichsten näher besehen: Es wurde die Auflösung aller Waffen anbefohlen. Es wurde ein Literbeitsausschuß, aus Bürgern bestehend, niedergesetzt, und ein Kriegsrath, aus dem Kontreadmiral Bua, Oberst Milani, Oberstlieutenant Ulloa, Major Mezzacapo und dem Fregattenlieutenant Mainardi zusammengesetzt, errichtet. Neuerdings wurde die Bestimmung eingeschärft, alles Gold und Silber bei der Münze gegen einen Empfangschein abzugeben, der Inhaber in einen Schuldschein auf in unmittelbaren Anleihen umgewandelt werden soll. Alle auf die Post gehenden Briefe müssen frankirt, an die Regierung gerichtete Schreiben auf einem Stempel von 50 Cent. eingereicht werden. Was sich an Fremden in Venedig befindet, musste sich auf der Polizeiwache über die Gründe dieses seines Aufenthaltes ausweisen. Neuangekommene haben sich dort 3 Stunden nach ihrer Ankunft auszuweisen. Es wurde die Errichtung der Bank von Venedig angeordnet, die ihre Operationen auch vor der Realisirung des in ihrer Gründung festgesetzten Kapitales beginnen darf. Neue Werbungen wurden eröffnet; ein Theil der Civica wurde mobil gemacht und die Vertheidigung der Forts zu seiner besondern Aufgabe erklärt. Es sollte ein Kordon von Barken um die Stadt gezogen werden, damit kein Schiff kommen oder gehen könne, ohne zuvor auf's strengste durchsucht zu sein. Auch werden keine Pässe ohne die ausdrückliche Erlaubniß der Regierung ferner verabfolgt, damit sich Niemand jenen persönlichen und pekuniären Leistungen zu entziehen vermöge, welche die dringenden Bedürfnisse des Vaterlandes erheischen. (Lyr. Bote.)

Fürst Pikrsts hat, wie alle nach Kronstadt geflüchteten Wallachen am 1. Sept. die gemessenste Anweisung bekommen, binnen 3 Tagen Kronstadt zu verlassen, um entweder in die Heimath zurückzukehren oder in bestimmten Komitaten des innern Ungarns seinen Aufenthalt zu nehmen. Der Fürst soll weder das eine noch das andere thun, sondern lieber in das russische Lager sich begeben wollen. (Oest. Bl.)

Frankreich.

Paris, 9. Sept. Man hat hier die Nachricht erhalten, daß der Kalif von Neapel seine Expedition gegen Sizilien am 30. August hat abgehen lassen. Acht Dampfer, mehrere Korvetten und Transportschiffe haben 12,000 Mann nach Neapel eingeschifft; 8000 Mann sollen nach einem andern Punkt eingeschifft werden.

— Heute gibt Lord Normanby, der britische Botschafter, ein großes diplomatisches Gastmahl, wozu General Cavaignac und sämmtliche Minister des Kabinets geladen sind. Dem Hrn. v. Rumor dagegen man hier zwar höflich, aber äußerst kalt, und bis zur Stunde ist um so weniger von seiner amtlichen Vorstellung die Rede, als das französische Kabinet durch das Votum der deutschen Reichsversammlung vom 5. d. M. auf die unangenehmste Art überrascht worden ist. (Kölner. Z.)

Nachschrift.

Z **Frankfurt**, 11. September. Am Beginne der heutigen Sitzung zeigt der Präsident an, daß v. Hermann aus München vom Reichsverweser mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt sei (derselbe befinde sich in diesem Augenblicke beim Reichsverweser), nachdem Dahlmann sein Mandat in die Hände des Reichsverwesers zurückgegeben habe. (Dasselbe findet bereits bei der Frankf. D.-P. A.-Ztg. in ihrem amtlichen Theile in folgender Weise an: „Der Abgeordnete Heinrich Dahlmann, Deputirter der konstituirenden Nationalversammlung Friedrich Dahlmann, von dem Erzherzoge Reichsverweser mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt, hat erklärt, diesem Auftrage wegen nicht zu beseitigender Hindernisse nicht entsprechen zu können, und sein Mandat zurückgelegt. Der Reichsverweser hat sohin den zweiten Vicepräsidenten der deutschen Nationalversammlung Friedrich von Hermann aus München zu sich beschieden, um ihn mit der Bildung eines Ministeriums zu beauftragen.")

⊙ **Frankfurt**, 11. Sept. Dänemark fängt an einzulenken, es verschiebt darauf, den Grafen Karl v. Moltke an der Spitze der Herzogthümer zu sehen, und will sich auch noch zu weitern Konzessionen bereitlassen; so wenigstens wurde heute in der Paulskirche behauptet.

Reutlingen, 8. Sept. Der in der Nationalversammlung zu Frankfurt gestalte Beschluß, daß der Rückmarsch der Reichstruppen zu stiften sei, ist bereits vollzogen. Zu Folge dessen ist heute Morgen der Präsident der provisorischen Regierung, Hr. Heeser, in Gemeinschaft des bei dem preußischen Hofe akkreditirten Bevollmächtigten der provisorischen Regierung Hrn. Schleiden, in das Hauptquartier des Generals Wrangel abgereist, um, wie man sagt, denselben zu veranlassen, daß das Reichsheer unverzüglich wieder zurückkehre und nach Norden aufbreche. (S. M.)

Der preußische Staatsanzeiger schreibt d. d. Berlin, 9. Sept.: Der König hat gestern in Charlottenburg den Vortrag des Ministerpräsidenten v. Auerswald und sämmtlicher Mitglieder des Staatsministeriums entgegengenommen. Bereits am gestrigen Tage haben sämmtliche Minister bei dem König ihre Entlassung nachgesucht. Der König hat sich seine Entschließung vorbehalten. Im Laufe des heutigen Vormittags ist der Präsident der Nationalversammlung, Grabow, zum König nach Sanssouci eingeladen worden.

* **Triest**, 8. Sept. Albini hat zu seiner bisherigen perfiden Handelsweise ein neues Stückchen hinzugefügt. Nachdem er, wie wir bereits gestern mittheilten, die schriftliche Anzeige gemacht, daß er noch im Laufe des Tages die venetianischen Gewässer verlassen werde, entschließt er sich, heute die Erklärung hieher zu schicken, er werde nur dann erst von Venedig abzegeln, wenn er ausreichende das Verspreche habe, daß unsere Flotte nichts Feindseliges gegen Venedig vornehme! — Mit heute hat auch Graf einer Kundmachung des F.M.L. Grafen Gialdi, der Belagerungszustand der Stadt und des Hafens von Triest, so wie der Blokadestand der ganzen österreichischen Küstenlinien und somit der Militärregierung aufgehört. Abtgraf von Salm hat darauf wieder seine Amt als Civilgouverneur übernommen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 11. Sept. Oesterr. 5proz Metall. 73¼, 4proz. 60⅛, 3proz. —, 2½proz. 38. Bankaktien 1190. 9. 500 fl.-Loose 110⅛. 250 fl.-Loose 81. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87. 9. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 75. Bayern. 3½proz. 77. Ludwigsb.-Berbach. 67⅝. — Würtemberg. 3½proz 75⅛. 4½proz. 92⅛. — Bad. 3½proz. 73⅞. Loto-Anleihen à 50 fl. 46. 35 fl.-Loose 23⅛. — Darmstädt. 3½proz. 75⅛. 4proz. 84⅛. Loto-Anleihen von 50 fl. 62½. 25 fl.-Loose 20¼. — Kurhessh. Frieder.-Wilh.-Nordb. 41⅞.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 67.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 9 fl. Halbjährig 5 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Donnerstag den 14. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einlaßbehörde: die gefpaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 14. September.

Se. Maj. der König haben vermöge Allerhöchster Entschließung vom 9. September die Wahl des Rektors und der Senatoren an der k. Universität München, wonach zum Rektor der ordentliche Professor der theologischen Fakultät Dr. Stadelbauer, zu Senatoren: aus der theologischen Fakultät der ordentliche Professor Dr. Haneberg, und statt des zum Rektor erwählten Senatore Prof. Stadelbauer der ordentliche Professor Dr. Permaneder, aus der juridischen Fakultät der ordentliche Professor Dr. Dollmann, aus der staatswirthschaftlichen Fakultät der ordentliche Professor Dr. Oberdorffer, und der medizinischen Fakultät der ordentliche Professor Geheime Rath Dr. v. Walther, aus der philosophischen Fakultät der ordentliche Professor geistliche Rath Dr. Sieber, für das Studienjahr 1848/49 gewählt worden sind, allergnädigst zu genehmigen geruht.

Se. Maj. der König haben unterm 9. September den Kanduleur bei der Bauinspektion in Gichstädt Ihrod. Biechy auf die durch den Tod des Baukondukteurs L'Allemand bei der Bauinspektion in Nürnberg erledigte Kondukteursstelle zu versetzen, und die hiedurch in Erledigung kommende Kondukteursstelle bei der genannten Bauinspektion in Eichstädt dem Baupraktikanten und bisherigen funktionirenden Baukondukteur bei der Bauinspektion München II. Ludw. Reisgruber aus Nürnberg in provisorischer Eigenschaft zu verleihen geruht.

(Pfarreien-Besetzungen.) Kathol. Pfarrei Wolfrathshausen, dem Priester Joh. Nepom. Alois Anzenhofer, Kuratus zu Kongenberg, Lrg. Burgau; kath. Pfarrei Frechenrieden und Attiried, Lrg. Otobeuren, dem Priester Benedikt Kreuzer, Pfarrer zu Kimratshofen, Lbg. Grönenbach; kathol. Pfarrei Lauterecken, Landkomm. Kaiserslautern; kathol. Pfarrei Eberfing, Lbg. Weilheim, dem Priester Johann Adam Kaiser, Pfarrer zu Staudheim, Lrg. Main.

Deutsche Reichsversammlung.

λ. **Frankfurt**, 11. Sept. Morgens. Ich breite mich, Ihnen den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die schleswig-holsteinische Frage mitzutheilen. Die kombinirten Ausschüsse pflogen vorgestern und gestern restliche Berathungen, und es stellten sich in Folge derselben drei verschiedene Ansichten heraus: 1) die Ansicht, der Waffenstillstand sei zu verwerfen, und ein darauf gegründeter Antrag an die Nationalversammlung; 2) der Vorschlag sei nicht zu verwerfen (also auch nicht zu genehmigen); 3) der Antrag einer theilweisen oder bedingten Genehmigung.*) Die erstere Ansicht ward insbesondere von Dahlmann, Wurm und Eucumus vertreten; ihr schlossen sich die Herren Raumer, Blum, Trüschler, Stenzel, Gemarch und Wippermann an, so daß für sie 9 Stimmen sich erklären. Der zweite Antrag ging von Heckscher aus; es traten demselben bei: Zacharia von Göttingen, Gombart, Stedmann, Würth (der frühere Staatssekretair), Duncker, Flottwell, W. v. Gagern, v. Mayern, Schubert von Königsberg und Jenetti. Als ein wesentlich bestimmendes und weitere Anträge günstiges Moment wirkte ein während der Sitzung dem Ausschusse einlaufendes Schreiben des Hrn. Camphausen an Heckscher, wodurch jener eine Note des dänischen Gesandten in Berlin (Hrn. v. Needy) mittheilt, in welcher die Neigung zu erkennen gegeben ist, auf die Präsidentschaft des Grafen Molkte zu verzichten und überhaupt auch somit Modifikationen und Konzessionen am Vertrage nicht entgegenzutreten, wenn sie zur Beruhigung der Herzogthümer seien. Diese zweite Meinung ist nur die Vereinigung der ersteren; sie ist aber nicht ihr Gegentheil. Sie will die Sache bis auf weiteres unentschieden lassen, und gerade weil sie für jetzt noch nichts über die Endentscheidung enthält, so wird sie vielleicht Anhänger finden. Die dritte Ansicht ward von Lindenau vertreten; anfänglich hatte sich auch Jenetti für sie erklärt, allein er adoptirte wieder den Heckscher'schen Antrag. Hiernach waren in den Ausschüssen im Ganzen 20 Mitglieder anwesend; von den übrigen 10, die da sein sollten, sind 4 beurlaubt, 1 ohne Stimme (Hecksher) anwesend und 1 abwesend, 4 Sitze sind durch Austreten von Mitgliedern vakant. Hiernach hat kein Antrag die absolute Mehrheit der Stimmen für sich, und es läßt sich daher noch schwerer als bei der Vorfrage das Resultat vorher bestimmen, um so mehr

*) Ein Antrag auf Annahme ohne Genehmigung schlechthin liegt daher gar nicht vor.

da noch vieles von den Ereignissen, welche bis zur Abstimmung etwa ein treten, abhängt. Die Nachrichten aus den Herzogthümern sind von der Art, daß eine Annahme des Waffenstillstandes von ihrer Seite nicht zu erwarten ist.

λ. **Frankfurt**, 11. Sept. Der Abend bereits mitgetheilte Antrag von Bassermann wegen Beschleunigung des Verfassungswerkes wurde beim Beginne der Sitzung eingebracht, und von der Versammlung als dringlich anerkannt. Bassermann motivirte seinen Vorschlag in einem längeren Vortrage: ihm folgte Schoder, der einen andern Antrag stellte, nämlich den, daß blos über gewisse Fundamentalsätze der Grundrechte sogleich diskutirt und Beschluß gefaßt würde, daß aber, wenn dieß geschehen wäre, die gefaßten Beschlüsse sofort vollzogen werden sollen; eventuell stellt er ein Amendement zu dem Bassermann'schen Antrage des Inhalts, daß die Diskussion über einen Paragraph der Grundrechte kann zu eröffnen sei, wenn 100 Mitglieder es verlangen. Minke erklärt sich gegen alle Anträge, die vorgebracht worden sind. Ein Vertagungsantrag von Adams wird abgelehnt. Nach einer mehrere Stunden fortgesetzten Debatte ging man zur Beschlußfassung vor. Es wurde der Antrag Schoder's und der Bassermann'sche mit der Modifikation von Schoder (daß eine Minorität von 100 die Diskussion verlangen könne) und mit einer weiteren Modifikation (daß auch über die Amendements, wenn sie von wenigstens 20 Abgeordneten unterzeichnet sind, sofort abzustimmen sei) angenommen. — Hierauf schritt man zur Abstimmung über §. 14 der Grundrechte und zwar über das erste Minoritätsgutachten zu §. 14, also lautend: „Die bestehenden und die neu sich bildenden Religionsgesellschaften sind als solche unabhängig von der Staatsgewalt: sie ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbstständig." Es erklärten sich für dasselbe 99: (darunter Arndts, Döllinger, Edel, Friederich, Lassalx, Phillips, Osterrath, Schinnes, Vogel, Zenetti: gegen dasselbe 357 (darunter: Bauer, Barth, Beisler, Behr, Burkart, Eisenmann, Fallmerayer, Geigel, Gombart, Hegnenberg, Kirchgeßner, Kraft, Künsberg, Obermüller, Neumayr, Paur, Pözl, Rauwer, Reitlmayr, Rosenban, Ruhwandl, Schauß, Seubert, Stapf, Weber, Wolfsen, Zeregor. Der §. wurde in folgender Fassung angenommen: „Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden, einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht. Jede Religionsgesellschaft (Kirche) ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt aber wie jede andere Gesellschaft im Staate den Staatsgesetzen unterworfen. Keine Religionsgesellschaft genießt vor anderen Vorrechte durch den Staat. Es besteht fernerhin keine Staatskirche." — Der erste angenommene Satz ist der Antrag der Mehrheit des Verfassungsausschusses: der zweite beruht auf einem Antrag Kuenzer's, der dritte und vierte auf einem Minoritätsvorschlag des Verfassungsausschusses. Alle übrigen Anträge und Zusätze wurden verworfen, und zwar einer von Eisenstein*) bei Namensaufruf mit 329 gegen 124 verworfen.

Frankfurt, 11. Sept. Raumer noch kein Reichsministerium. Vorgestern war es so gut wie gebildet, aber Dahlmann's Bedenklichkeiten haben die mit vieler Mühe zu Stande gebrachte Kombination wieder unmöglich gemacht. Nun ist v. Herrman aus München mit der Zusammensetzung beauftragt worden; groß ist die Mehrheit nicht, auf welche er sich in der Reichsversammlung wird stützen müssen. Immerhin aber hat gestern, um gegen den sanften Waffenstillstand mit Erfolg auftreten zu können, Es mußten sich heute die Parteien zu verschiedenen Malen, die Anhänger des alten Kabinets blieben aber entschieden in der Minderheit. Es zeigte sich dieß am klarsten, als Bassermann's früher schon vertheidigter Satz, daß man gegen Dänemark jetzt mitte verfahren müsse, um erste schnee er und kräftiger an das Verfassungswerk gehen zu können, zur Abstimmung kam. Bassermann unterlag, und sein Gegner Schoder (vom Bodenbachlluß) erlangte eine Mehrheit von 243 gegen 209 Stimmen. Schoder's Antrag ging dahin, die Reichsversammlung möge mit Verschiebung aller übrigen Paragraphen der Grundrechte möglichst schnell auf die Berathung des Vereins- und Versammlungsrechtes, der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit und der Aufhebung der Grundlasten, übergehen, während Bassermann wünschte, man möge die von den Ausschüssen vorgelegten Entwürfe in Bausch und Bogen annehmen, damit also gegen die frühere Mehrheit, welche die Ausschußmitglieder ernannt hatte, gewissermaßen ein Vertrauensvotum aussprechen. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man, daß mit nächstem die Entwürfe zu dem Gesetze über die

*) Der Antrag lautete: „Die Pfarrer und Kirchenvorsteher der Gemeinden werden von dieser gewählt und ernannt, ohne daß es hiezu der Bestätigung von Seite des Staats bedarf."

Befugnisse der Reichsgewalt, über das Reichsgericht, über das Staaten- und über das Unterhaus vorgelegt werden sollen. Endlich ist nun auch die Trennung der Kirche vom Staate ausgesprochen worden, und zwar mit ziemlicher Mehrheit; jedoch in einer Fassung, wie sie von der katholischen Partei eigentlich nicht beantragt worden war; letztere wünschte „Unabhängigkeit von Staate", statt dessen wurde der Ausdruck „Selbstständigkeit" angenommen, und ein Zusatz beliebt, der sich übrigens auch bei der Unabhängigkeit von selbst verstanden hätte. Der angenommene Satz lautet: „Jede Religionsgesellschaft (Kirche) ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt aber wie jede andere Gesellschaft im Staate den Staatsgesetzen unterworfen." Andere Anträge, welche dahin gingen, die Konkordate abzuschaffen, und die Rolle der weltlichen den Geistlichen ist die Hand zu geben, wurden dagegen mit 320 gegen 134 Stimmen verworfen.

Deutschland.

Schleswig-Holstein. Wir haben bereits die Antwort der neuen Verfassung gemeldet, und tragen hiemit einiges Nähere über den Inhalt derselben nach. In Beziehung auf die Anzahl der Ständemitglieder, welche die Zahl von 100 nicht übersteigen sollen, und deren eine Hälfte nach Grundbesitz und Steuerkapital in drei Klassen gewählt wird. Die ersten Paragraphen der Verfassung, die Unteilbarkeit der Herzogthümer anspruchend, geben dem Herzog nur ein suspensives Veto gegen ihr künftiges Schicksal. Es ist ferner festgesetzt, daß der Herzog, wenn er Kraft eines fremden Landes ist, einen Statthalter aus drei von den Ständen vorgeschlagenen deutschen Fürsten wählen muß, dem er keine Instruktionen geben darf.

Großherzogthum Oldenburg. — Oldenburg, 7. Sept. Der Landtag begann heute die Berathung des Verfassungsentwurfs und faßte zwei sehr bedeutsame Beschlüsse. Zum 1. war vom Regierungstische eine Abänderung vorgeschlagen, welche die Absicht hatte, Ausprüche des herzoglich sonderburgischen und des königlich schwedischen Hauses auf die Nachfolge in der Regierung zu berücksichtigen. Es wurde dies aber gegen eine Stimme abgelehnt. Zugleich nahm der Landtag hierbei Gelegenheit, mit eben solcher Einigkeit den Beschluß zu Protokoll zu legen, daß im einen andern Stelle des Staatsgrundgesetzes aufgetretenen worten müsse, daß dasselbe an keine agnatische Zustimmung gebunden sein könne. — In der gestrigen Sitzung erstattete der Abg. Ris Bericht über die dritte konfessor Frage. Die dritte Petition Abgeordneten ließen darauch erklärn, daß sie zwar nicht in einer bloßen Personalveinheit mit Oldenburg stehen, aber auch nicht zu einer bloßen Provinz von Oldenburg herabsinken wollen. Sie verlangen, daß das gegenseitige Verhältniß im vertragsmäßigen Wege festgestellt werde. Der Berichterstatter legte nähere auseinander und begründete durch Urkunden, daß das staatliche Verhältniß Birkenfelds zu Oldenburg bisher eine reine Personalunion gewesen, daß das Fürstenthum Birkenfeld lediglich vom Herzoge Peter Friedrich Ludwig und dessen Erben und Nachkommen, nicht aber vom Herzogthum Oldenburg erworben sei. Es beantragte zunächst die Verweisung der Sache an die Verfassungskommission. Die Frage ward nach dem Ergebnisse der Debatte zuvörderst in eine besondere Kommission verwiesen. Schließlich erstattete noch die Verfassungskommission Bericht über die sieben ersten Artikel des Entwurfs. (W.-Z.)

Preußen. — Berlin, 9. Sept. (Spener. Ztg.) Die Ministerkrisis beschäftigt nach wie vor noch alle Gemüther, und es sind über die Besetzung der Stellen die widersprechendsten Gerüchte im Umlauf. So viel möchte jedoch feststehen, daß bis mit itgend einiger Bestimmtheit bis jetzt noch gar nichts mitgetheilen läßt; denn, wie man hört, hat sich Se. Maj. der König bis Dienstag eine Entscheidung vorbehalten. Der Rücktritt des jetzigen Ministeriums scheint unwiderruflich. Man nannte gestern bereits eine Kombination Auerswald (jetzt in Frankfurt), Pinder und Bederath. Andere sprachen auch von dem Eintritt Meusien's und Könne's. Auch war von Bruck als Kriegsminister die Rede, doch dürfte sich diese Annahme um so weniger bestätigen, als der z. Bruck vorgestern Abend von Frankfurt a. M. nach Baden-Baden abgereist, also auch definitiv auch dem Reichsministerium ausgetreten ist. Vorläufig möchte indeß zunächst ein aus Mitgliedern der Nationalversammlung zusammenzusetzendes Koalitions-Ministerium ernannt werden, und eine Kombination Vorbertus-Waldeck-Hartorf scheint daher nicht ganz unwahrscheinlich. — Ueber die Vorgänge über die Meine, welche zur Eindringung des betauten Stein'schen Antrages und zu den heftigsten Verhandlungen der Nationalversammlung vom 4. und 7. d. Mts., sowie zum Austritte der Minister geführt haben, noch folgendes Nähere. Die nach Schweidnitz gesandten Kommissionen der Versammlung waren zurückgekehrt, haben aber noch nicht ihren Bericht erstattet. Bei der Vermuthung unseren

Beruhigung, daß Ich es von jenem Antipreviste abkommen lassen kann, wenn Ich in Meinem Manifeste vom zehnten Juni I. J. wegen einer gegen Sie einzuleitenden Untersuchung und Ihrer vorläufigen Entlehnung von der Banal-Würde mit allen militärischen Beziehungen, auf den Grund von Unterstellungen, zu fällen veranlaßt wurde, die in Ihrer thatsächlich erprobten treuen Gesinnung ihre vollste Widerlegung fanden. Indem Ich in Meiner Beziehung das Entsprechende an Meinen Hrn. Vetter den Erzherzog Palatin von Ungarn erlasse, ermahne Ich auch ferner von Ihren Pflichtgefühle und Ihrer loyalen Denkungsweise, daß Sie in der Stellung, in welcher Sie mein Vertrauen erhoben hat, stets nur für das Wohl der Gesammt-Monarchie, für die Aufrechthaltung der Integrität der Krone Ungarns, und für die ersprießliche Entwicklung der Verhältnisse der ungarischen Nebenländer wirken werden. Schönbrunn, den 4. Sept. 1848.

Ferdinand, m. p.

Oesterreichische Monarchie.

Pernamnsstadt, 30. Aug. Mittels Estafette ist dieser Tage Befehl von ungarischer Kriegsministerium der Befehl eingetroffen, das obenerwähnte Infanterie-Bataillon Kinsky dahin zu senden, wo Pesth in Marsch zu setzen. Dem Vernehmen nach soll dieses Bataillon zur Verstärkung der Garnison von Buda-Pesth verwendet werden. Man Zweifelt soll die Frau überschritten haben und man beschreibt einen Hauptstreich auf die Hauptstadt. (Sieb. B.)

Verona, den 8. Sept. Die aus Mittelitalien kommenden Nachrichten stimmen darin überein, daß die von Pius IX. übernommene Doppelrolle und die durch Verräterbesuch geschärfte Spada d'Italia sowohl die römische Tiara, als Piemonts Krone auf das Spiel gesetzt haben. Die plötzliche Vertagung der Parlamentsverhandlungen und das schwankende Ministerium in Rom lassen der republikanischen Propaganda immer mehr Spielraum. Das so lange von Mazzini gelobte System möchte man jetzt um jeden Preis dem Antipreviste Pius seinem mündigen Bruder, dem Großherzoge Leopold, retten. Hinter diesen Umständen ist es begreiflich, daß der mit dem Kardinalpriester Dogma so sehr vertraute Conte Rossi, der sich bei den letzten Wahlkreis so viel Verdienst im diplomatischen Korps zuzieht, der vorzügliche Ratgeber des heiligen Vaters sei. Bei einer solchen Anarchie im Kirchenstaate ist es eben so begreiflich, daß mehrere einflußreiche Kardinäle unterdrückt Besorgnis über die Absicht des Katholizismus in Alessandria eingeschlossen, ohne noch, seit seinem Rückzuge aus der Lombardei, seine Residenz besucht zu haben, da dortselbst, so wie in Genua und in Savoyen die Anarchie immer mehr um sich greift, und die Mazzinische Republik in dem Maße mehr Anklang findet, als Giobertis von der politischen Bühne und mit ihm der Traum von Italiens Selbstständigkeit nachgerade verschwindet. Wenn auch Piemont, nicht so lange gezögert, mit den Truppen und der feindlichen Flotte abzusiegeln. Endlich nach hier angelangten Nachrichten wären am 3. d. M. die feindlichen Truppen aus Venedig auf die Kriegsschiffe bei Malamocco gebracht worden, und so erwarten man hier die baldigste Nachricht über die endliche Abzeglung der piemontesischen Flottille nach Spezia. Die erhaltene Nachricht, daß Venedig entlastet, daß Personen bestätigen, daß der Terrorismus unter dem ersten Advokatenregimente, die Anarchie und Geldnoth alle Gräuel übersteigerten, und daß der größte Theil der Reichen und Armen in jener Lagunenstadt die Augenblicke zählen, um Oesterreichs milde Herrschaft wieder zu erhalten. — Der Marschall Graf Radetzky erhielt, außer einem Schreiben von Herzog von Wellington, von Sr. Majestät dem Kaiser Nikolaus ein sehr schmeichelhaftes russisches Ordensdekorationen ein eigenhändiges Schreiben, worin jener mächtige Souverain dem greisen Sieger seine herzlichen Glückwünsche ausdrückt, und worauf hervorgehen soll, daß Oesterreichs Ehre und Rechte in Italien vollends respektirt werden müssen. Das schon durch die Zeitungen veröffentlichte Erklären des russischen Hofes gegen jede bewaffnete Intervention von Seite Frankreichs in Italien ist im Einklange mit jenem Schreiben. Die Erfolgen, die Franzosen scheinen jedoch hier wenig zu imponiren. — In Verona ist wieder das schöne Regiment Leopold angekommen. Noch immer kommen aus Oesterreich fast täglich neue Truppenkorps an. (Tyrol. Bote.)

Italien.

Die „Bürgerschrifte Zeitung" will mit Sicherheit von einem Friedensabschlusse zwischen Oesterreich und Sardinien wissen, nach welchem Letzteres 5 Millionen Kriegsgulden zu zahlen hätte. — Auch solle Sardinien ein Schutz- und Trutzbündniß (mit wem?) gegen eine allenfallige französische bewaffnete Intervention abgeschlossen haben.

Sizilien. Am 3. d. Mts. griffen die königl. Truppen Messina an, nach einem erbitterten Widerstande wurden sie gewotfen, drangen aber später wieder vor und es gelang ihnen, 2000 Mann in die Citadelle von Messina zu werfen

Frankreich.

†† **Paris**, 9. Sept. Oesterreich hat die englisch-französische Vermittlung in der italienischen Frage angenommen; aber unter Bedingungen, welche dieser Vermittlung einen ganz veränderten Charakter geben. Oesterreich verlangt nämlich, daß die Vermittlung sich nicht auf die deutschen Mächte zu unregelleten; es hat nichts einzuwenden gegen die diplomatische Dazwischenkunft Englands und Frankreichs. Allein in Betracht, daß es die Lombardei kraft der Verträge von 1815 besitzt; in Betracht, daß diese Verträge von allen Mächten Europa's gewährleistet sind; in Betracht, daß man vorgeblich von Seite Frankreichs und mehr oder minder auch Englands vorgibt, diese Verträge seien abgeschafft, da eben diese Mächte sich auf noch viel ältere Verträge, die von 1720 z. B. in der schleswig-holsteinischen Frage berufen, dieselben als Rechtstitel für ihre Einmischung in diese Frage geltend machen: in Betracht aller dieser Gründe behauptet Oesterreich feinerseits, daß Frankreich und England allein nicht das Recht besitzen können, einen Zuspruch der Dinge zu ändern, zu welchem alle Großmächte 1845 zugestimmt haben. Oesterreich sieht sich die Vermittlung Frankreichs und Englands gefallen unter der Bedingung, daß diese Mächte einerseits, sich noch Rußland, Preußen und die deutsche Zentralgewalt beiwerben. Lied würde einen wahren europäischen Kongreß ergeben, der in Wien seinen Sitz hätte. Da Herr Bastide gestern in der Nationalversammlung angekündet hat, die Vermittlung werde eintreten, so muß man glauben, daß diese Bedingungen angenommen worden sind. Diese Notizen schöpfe ich aus so guter Quelle, daß ich nicht an ihrer Richtigkeit zweifeln kann. Man sieht bei, die Rathschläge Rußlands hörten auf das Wiener Kabinet bei Stellung dieser Verlangen eingewirkt. Gewiß anfangs um seine Meinung über das Vermittlungsunternehmen befragt, hätte das Kabinet von St. Petersburg unterm 22. August geantwortet: die Lage Oesterreichs gegenüber der Lombardei sei keine leichte, wie die Rußlands gegenüber Polen nach der Einnahme von Warschau 1830; die Siege Radetzky's genügten Oesterreich wieder in den Besitz der Lombardei zu setzen, eben so gut als es nach den Siegen Paskewitsch's damals durchaus seiner diplomatischen Unterhandlung bedurfte, um Rußlands Herrschaft über das Königreich Polen wiederherzustellen. Rußland soll erklärt haben: wenn es doch zu Unterhandlungen kommen sollte, so könne es sich seinen Rath nicht versagen, daß zwei Mächte für sich allein auf redenmäßige Weise einen Zustand der Dinge ändern können, zu welchem 1815 alle Mächte ihre Zustimmung ertheilt haben, und in diesem Falle sei durchaus ein europäischer Kongreß nothwendig. Diese Antwort wurde gleichzeitig den Kabinetten von Wien und London mitgetheilt, und daraus erklärt sich, warum die Königin von England den ihrer ministeriellen Mehrheit angehörenden Herrn von „John Pierson" sprach, aber das Wort „Vermittlung" nicht gebrauchte. — Vorgestern Nachts hat der Präsident der Nationalversammlung einen überaus glänzenden Ball gegeben. Nur die dersel-ende Elite, die bis auf 40 Grad stieg, kann der exklusiven Pracht gleich. Alle Meinungen trafen auf diesem neutralen Boden zusammen und feierten sich. Die Bevölkerung der Tuilerien hatte Lakaiserie, bei einem monatlichen Gehaltszuschuß von 6000 Fr. für den Präsidenten der Versammlung beantragt, auf daß Herr Marrast stets im Stande sei, auf solche Weise für den Zweck der Versöhnung zu wirken. Herr Marrast hätte kein Recht mehr auf diesen Gehaltszuschuß, wenn da nicht Hr. Raynal mit Hrn. v. Larochejacquelein, Hr. Dupin (der Altere) mit mit Hrn. Guinard sich hätte zusammenfinden können. Herr Normandy erblickte man lange im Gedränge mit D. Barrot. Der größte Luxus herrschte überall, man ist wieder zu der Einsicht gekommen, daß der Luxus denn doch seinen hohen Werth hat, daß ohne ihn eine Menge von Arbeitszweigen stocken und endlich verstehen. Das Fest war wahrhaft „königlich" und wenn es sich um ein Fest handele, so ist dies, was auch die rothe Republik dazu sagen mag, doch ein nicht geringes Lob. Indeß hat die besagte rothe Republik, die aus den glänzenden Galerie und den herrlichen Salons, wo die Majurka und die Polka sie mit ihren monarchischen Erinnerungen verfolgten, verbannt schien, Mittel zu finden gewußt, im Orchester eine Zusluchtsstätte zu finden. Hr. Lobrecque an der Spitze seiner 50 Musiker ließ die Republikaner von gestern wie die Dynastiker von morgen zusammen, kurz ich es sagen?..... Die Carmagnole tangen, die er spielte in der That eine bisherige Scheu ist einzuwahren gewußt hatte. Man sah in einer Gruppe die H.H. Cavaignac, Senard, Baulabelle und andere Regierungsmitglieder vereinigt, die jedoch sichtlich jedes Gespräch über politische Gegenstände zu vermeiden suchten. Nur eine einzige Episode des Festes erinnerte an unsere bürgerlichen Wirren, der lebhafte Anfall und das Bustet; der Marrast auf daß Fest war so sinnvoll, daß man ihn nur mit der Ergebnahme einer Bauchwunde vergleichen konnte. Einige andere Volksvertreter waren so freundlich, Hrn. A. Marrast als Festkommissär beizusteben, und ihm so das schwere Geschäft des Wirths zu erleichtern. Unter diesen dienstbeflissenen Freunden des Hrn. Marrast bemerkte man die H.H. Bocheron, Oskar Lafayette und Robert von den Ardennen. Die Gattin des Generals Lamoricière stand der Frau des Hrn. A. Marrast kein Empfang der Gäste zur Seite. Unter den Eingetretenen bemerkte man auch die Fürstinnen Czartoryska und Belgiojoso. Bis 4 Uhr Morgens wechselten Quadrillen, Walzer, Mazurkas und Redowas ununterbrochen ab. Kurz der Ball erschien als eine wahre Oase in der traurigen Sandwüste unserer gegenwärtigen so tief herabgekommenen, faß aller ihrer Reize entkleideten gesellschaftlichen Zustände, und bildet heute noch den Gegen-

stand der Unterhaltung aller, die so glücklich gewesen, Einladungen dazu zu erhalten. Doch darf neben den Vorbereitungen, welche im Interesse der Künste und des geselligkeitlichen Vergnügens die von Hrn. A. Marrast ergriffene Initiative verdient, nicht unerwähnt bleiben, daß schon gestern der Nationalversammlung ergreifenden Ausdruck gegeben hat. Ein Vorschuß zu bezahlende Rechnung vorgelegt wurde in dem obenerwähnten Antrage des Hrn. Labastiere.

Außer den Beweggründen der Verschwendung macht der Antragsteller zu Gunsten seines Vorschlags auch andere im Interesse des Handels nicht blos von Paris, sondern auch der Provinzen geltend. Er sieht hervor, daß dergleichen Feste, deren Zahl er vermehrt zu sehen wünscht, der Hauptstadt wieder einen gewissen Aufschwung von Vertrauen und Sicherheit geben; doch leugnet er auch den schwerlichen Kontrast nicht, den diese erkünstelten Freudenfeste bilden zu dem nur allzu wirklichen Elende und den überall herrschenden Besorgnissen. Auch General Cavaignac hatte am Tage zuvor schon ein ähnliches Fest gegeben. Heute Abends aber zum Normandy das Gleiche. Es kann kein Zweifel sein, daß das Zusammenkommen, dem etwa 300 jungen Republikanern von heute meisten. Tag erschrecken Sie nicht, es handelt sich nicht um ein neues Thermopylä, sondern ganz einfach um beiläufig das Dritthell der in Paris gepflanzten Freiheitsbäume, um die sich nachher und besonders seit den Junitagen kein Mensch mehr kümmere, und die daher richtig eben so verdorrt und bereits verschwunden sind, wie die Freiheit selbst, welche die Februarrevolution Frankreich mit der Republik zu bringen vorgab, aber nicht gebracht, sondern geraubt hat. Jeder von diesen nun verdorrten Stämmen, die eine Zeit lang als Symbole der Freiheit an allen Ecken und Enden zu finden waren, von denen aber ein so großer Theil nun vor der Zeit sein Grab gefunden hat, faßte mit Inbegriff des daran verschwendeten Bänder- und Blumenschmuckes etwa 50 Francs. Ein neues Kapitel zu der vielgepriesenen Sparsamkeit und Wohlfeilheit der Republik. Ich werde auf dieses Kapitel ein andermal zu sprechen kommen.

△ **Paris**, 9. Sept. Basilde hat der Nationalversammlung die Annahme des von Frankreich und England in Betreff Italiens gestellten Vermittlungsanerbietens mit einem Nuvotud von Seligkeit angezeigt, der selbst den verrauesten Freunden des Ministeriums ein leises Lächeln entlockte. Ich für meinen Theil betrenne daß ich Hrn. Guizot bei Ankündigung ihrgend eines diplomatischen Erfolge nie so strahlend gesehen habe als Hrn. Bastide bei Mittheilung dieser Kommunikationen. Es besteht sich denn die Republik täglich mehr in die Fußspuren der Monarchie zu treten und wäre ich ein so guter Republikaner wie die Korrespondenten mancher deutschen Zeitungen, ich würde ausrufen wie Mephista: der Bösen sind sie los, die Bösen sind geblieben! Der Herr Citoyen-Minister hat nicht für gut gefunden, sich über die Bedingungen des Waffenstillstandes zu erklären, und die mit ihm befreundeten Journale sind eben so zurückhaltend. Indessen verlauet, daß die beiden Theile des österreichischen Particulars unter österreichischer Oberherrlichkeit, vollkommen freie Einrichtungen bei getrennter Verwaltung erhalten sollen. Frankreich, dessen Vortheil es erheischt, Oesterreich bis auf den Namen aus Italien verdrängt zu sehen, kommt freilich dabei zu kurz, aber die Regierung der es bei allen Rüstungen doch hauptsächlich darum zu thun ist nicht loszuschlagen, kann am Ende eine falsche Lösung mit dem Wahlspruch der Nationalversammlung „Italiens Befreiung" zur Noth in Einklang bringen. Sie kann dieses um so eher, als die Franzosenfreichunter der Republik gar viele Dinge gefallen lassen, die sie unter der Monarchie als Schmach und Hohn betrachtet hätten.

** **Paris**, 10. Sept. Das Vertrauen in die friedliche Beilegung der italienischen Frage wird täglich fester; aber jetzt flößt die Wendung der schleswig-holsteiner Frage in Folge des Frankfurter Beschlusses vom 5. neue Besorgniß ein. Im Allgemeinen spricht sich hier das Urtheil zu Gunsten des Preußens Verhalten in der Frage aus. In diesem Sinne lautet auch ein besonders gegen die deutschen „Professoren" und „Doktoren" zu Frankfurt eisernder Artikel im heutigen Journal des Debats. — In dem Entwurfe der neuen Konstitution Frankreichs sind bereits an 350 Amendements eingebracht. — Die Nationalversammlung hat endlich gestern das Dekret über die Dauer der Arbeitsstunden angenommen. Dieselbe ist also fünftig auf 12 Stunden des Tags festgesetzt. — Die Nachrichten aus dem Departement lauten fortwährend schlimm, auf zahlreichen Punkten herrschen Unruhen. — Die nach den Kolonien geschickten Generalkommissäre verlangen Verstärkungen, die aber der Marineminister wie es scheint wegen der an seinem Budget zu machenden Ersparungen nicht gewähren kann. — Heute Sonntag keine Börse.

Spanien.

*Madrid, 5. Sept. Die Entbindung der Herzogin von Montpensier wird täglich erwartet. — Nach Catalonien sind bedeutende Truppenmassen unterwegs. Man will dort der Sache mit Cabrera ein Ende machen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 12. Sept. Bayer. 3½ proz. Obligationen 77½. P. 76¾. G. 4proz. 86 G. Bankaktien 11. Semester 584 P. Promessen 36 P. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 76 P.

Amsterdam, 9. Sept. 2½ proz. Integr. 44⅞. — 3proz. Spanisch 52⅛. — 4proz. 68¼. — 3½ proz. Span. 16⅜. — Handelsmaatschappy —. 5proz. Arvoins — 510 P. St. 8½. — Span. inländ. 6000 fl. — Coupons — Portug. 3proz. —, 4proz. —. — Russische 4proz. bei Hope — bitto bei Stieglitz —. 5proz. Metall. 69¼. — 2½ proz. bitto —.

London, 9. Sept. Konsols 86½. Coup. — Span. Akt. — P. 3proz. —. Paff. —. Portug. 3proz. 23, 4proz. —. Peru. 4proz. — 2½ proz. —.

Madrid, 5. Sept. 3proz. 19⅛, G 19⅛, P. 4proz. —. 5proz. 10⅜, P. 10⅛, G. Paff. Schuld 3⅛, G. Coup. 7 G. Amerikan. Paff. Schuld —. Unverzinsbare Schuld 5proz. —. Provis. Akt. — St. Fernandobank. —. Disconto —. Wechselkurse: Paris 4—97 P. London 48 G.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 14. Sept.: „Marie", Oper von Herold.

Freitag, 15. Sept.: „Der Pfarrherr", Schauspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Fremdenanzeige.

Hotel Maulik. Dumler, Rentier aus Amerika. Mad. Felix, Rentiere von Pest. Mad. Stübler, Privatiere von Würzburg. Rugendab, Haller und Degmair, Privatiere von Augsburg. Wallen, Kapitän von London. Walker, Rentier von London.

Gold. Kreuz. Mad. Lefebure, Partikuliere von Metz. Haller, Partikulier von Aalen. Kraubem, Professor von Pest. Hanold, Privatier von Königsbrun. v. Schmaning, Marineoffizier von Wien.

Blaue Traube. Bihm, Major von Amberg. Borzynski, Major von Wien. Sidor, Partikulier von Frankfurt. Baron Aretin, Reichsrath von Heidenberg. Rochel, Partikulier von Lay. v. Calel, Partikulier aus Kroatien.

Stachusgarten. Matthes, Privatier von Fürstheim. Greß, Stadtkaplan von Mindelheim. Kappelmaier, Pfarrer von Mertingen. Schmid, Pfarrer von Druisheim.

Getraute in München.

Die Herren: Martin Steckermayer, Bäcker v. h., mit Therese Faller. Milchmannstochter v. h. Johann Bartholomäus Roth, Hautboist beim Königl. Infanterieregiment König v. h., mit Maria Gabi, Schmiedstochter von Rinnenthal, Lgs. Friedberg. Franz Xaver Mauderl, Taglöhner v. h., mit Maria Anna Blatterstetter, Zimmermannstochter von Baldham. Michael Dammert, bürgerl. Bäckermeister v. h., mit Anna Maier, Brauerstochter von Teisbach, Lgs. Dingolfing. Samuel v. Dirsch, Rittergutsbesitzer von Dahlenwarf, Lgs. Erlangen, mit Fräulein Pauline v. Dirsch, Posthalterstochter v. h.

Aufwärts Getraute.

In der Kapelle Maria Sich, Pfarrei Martinsried: Hr. Johann Nepomuk Ludwig, Kaufmaler v. h., mit Fräulein Maria Praxl, Schallesteria, Prokuratorstochter von Regen.

Gestorbene in München.

Georg Schmid, Schlossergesell von Mindelheim, 21 J. a. Leo Gisinger, Lakierermeitze, 65 J. a. Heinrich Wiesner, Bauzeichner von Pappenheim, 22 J. a.

Bekanntmachung.

Die Kunstausstellung betreffend.

110. (b) Die Kaufstellung von Werken lebender Künstler, welche in dem der Glyptothek gegenüber liegenden Kunstausstellungsgebäude stattfindet, ist ohne Ausnahme täglich von 10 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags geöffnet.

Zugleich wird bemerkt, daß seit Beginn der Ausstellung mehrere vorzügliche Werke der Malerei und Bildnerei, die damals n. ä. fehlten, nachträglich eingetroffen sind.

116. Eltern, welche zahlreiche Familie haben, wäre es gewiß im Interesse, wenn ihre Kinder die Anfangsgründe in der Musik, hauptsächlich das Klavierspielen, gemeinsam mit andern Kindern bis auf weiteres erlernen könnten. Der Unterricht beginnt mit dem 16. d. Mts. Das Nähere bei der Expedition.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Der Waffenstillstand mit Dänemark.

± München, 13. Sept. Mit großer Spannung sehen wir weiteren Nachrichten aus Frankfurt entgegen. — Die Waffenstillstandsfrage, — die Stimmung in der Paulskirche darüber, — der Rückschlag derselben in allen Kreisen Deutschlands ist, — wer wollte es läugnen, — von der größten Bedeutung. — Wir stehen an einer entscheidenden Entwicklung der deutschen Frage. — Die Zeit der Worte und Formen ist vorüber, die Zeit der Thaten ist gekommen. — Es muß enden auf Klar Lagelegt werden, was man will und was man soll. — Dieses ehrlich und rückhaltlos aussprechen, und was es gilt zu behaupten, ist Pflicht der Regierungen, wie der gesetzlichen Vertreter des Volkes.

Wir beklagen einerseits, daß es zu solcher Krisis gekommen, aber wir freuen uns, daß nun offen an den Tag kommen wird und muß, wer es in der That ehrlich und redlich meint mit der von uns so sehnlich erstrebten Einigung des gemeinsamen theueren Vaterlandes.

Die bayerische Politik insbesondere hat am wenigsten Ursache vor diesem wichtigen Moment zurückzutreten. — Dem unbefangenen Beobachter konnte von Anfang an das Auftreten Bayerns nur als ein solches sich darstellen, welches offen und rückhaltlos, aber nach allen Seiten hin die Frage aussprechen wollte.

Wenn sich in der jüngsten Zeit weniger Anlaße boten, bei denen diese lautere Absicht Bayerns zu Tage treten konnte, wenn sogar das beobachtete Schweigen nur allzusehr mißdeutet wurde, so war das nicht die Schuld der Regierung, die jede Frage, die Tag, Stunde heischten, ehrlich und redlich anstrebte, — eben deßhalb aber es nicht gleichgiltig hinnehmen konnte, noch durfte, die selbst das Beste wollenden Regierungen von Vielen so rücksichtslos bei Seite gesetzt, fast ganz vergessen (ignorirt) zu sehen.

Doch, es gilt jetzt nicht gerechter Empfindlichkeit Worte zu geben, — es gilt nicht zu rechten mit Denen, die am Ende doch in ihrer Mehrheit nur das Beste des Vaterlandes wollen, — es gilt aber der Frage, die offen vor uns liegt, ebenso offen in's Auge zu schauen und in gemeinsamem, einträchtigen Zusammenwirken den Sturm zu beschwören, der den mühsam geschlungenen Kranz deutscher Einigung zu entblättern, wo nicht zu zerreißen droht.

Die bayerische Regierung hat, wie wir glauben, diesen Standpunkt richtig erfaßt.

Auf die ersten Nachrichten von der Art und Weise, wie der Waffenstillstand von Malmoe geschlossen, und wie dieser Abschluß in der Paulskirche aufgenommen wurde, hat sie eine Abberufung getroffen, um der Centralgewalt die Gelegung ihrer Anerkennung zu wiederholen: sie hat aber auch zugleich den unbedingten Wunsch zu erkennen gegeben, eine Vermittlung zu eintreten zu sehen, wo Zwietracht nur schwälen, und den so zahlreichen Gütern und innern Feinden einen Anlaß und Vorwand zu kräftigen Deutschland zur vollen Wahrheit werden muß, und daß hieburch nicht nur der Weltfriede, sondern auch die Befestigung der innern Ruhe und Ordnung und das Wiederaufleben alles Handels und Verkehrs bedingt ist.

Mich minder aber möge die Versammlung in der Paulskirche sich überzeugen, daß es nicht gut gethan war, die Regierungen der deutschen Volksstämme, deren selbstständige Erhaltung im Interesse des Vaterlands, so der Einzelstaaten gelegen ist, so ganz zu übersehen, und daß es doch an der Zeit ist, diesen Fehler gut zu machen und von allen Seiten mit Offenheit und Wahrheit eine Einigung und Festigung der Rechte nach Innen zu erstreben, um nach Außen mit desto kräftigerer Haltung dastehen zu können.

Vorbauß wünschen wir aufrichtig, daß die Nationalversammlung alle jene Fragen, die, sowie sich unsere Verhältnisse in unglaublich kurzer Zeit entwickelt haben, ohnehin im Sinne der freiesten Volksthümlichkeit sich lösen werden und müssen, ja zum Theil schon gelöst haben, bei Seite legen, dagegen aber kräftig dahin arbeiten möge, ohne Verzug die Grundlagen festzustellen, auf welchen allein der Neubau einer deutschen Reichsverfassung unter Mitwirkung der Regierungen sich erheben und gedeihen kann. Dazu möge kräftig Hand anlegen, wer dazu berufen ist.

** Wir halten auch den zahlreichen diplomatischen Aktenstücken, welche den Mißgriffen der Reichsversammlung zu Frankfurt in Betreff des Waffenstillstandes mit Dänemark nachgetragen worden sind, noch eine weitere Nachricht, die vielleicht dazu beitragen mag, das öffentliche Urtheil über manche Punkte vollends zu berichtigen. In Betreff der Frage der Ratifikation des Waffenstillstandes durch den Reichsverweser, welche der General Wrangel bei den Unterhandlungen im Juli vorbehalten wollte, äußert sich eine Depesche des schwedischen Ministers des Aeußern, Hrn. Stiernelb, aus Malmö vom 23. Juli an den schwedischen Gesandten Hrn. d'Ohsson zu Berlin.

Der Minister erwartete schon damals die Nachricht vom Abschluß des Waffenstillstandes zu erhalten, statt dessen erfuhr er, daß General Wrangel „übermäßig lästige Bedingungen für Dänemark" verlange und namentlich auch politik sich weigere, zu unterzeichnen, wenn nicht in der Uebereinkunft ausdrücklich gesagt werde, daß sie der Ratifikation St. kais. Hoh. des Erzherzogs Reichsverwesers unterliegt werden müsse. Der schwedische Minister bemerkt nun in Betreff des letzteren Punktes:

„Diese letztere Bestimmung erschien Dänemark absolut unzulässig, und wir konnten seine Meinung in dieser Beziehung nur billigen. Preußen ist es, welches die Unterhandlungen begonnen hat — auf seine Einladung wurde unsere Vermittlung angerufen; mit dieser Macht sind wir über die Bedingungen übereingekommen, zu welchen zuzustimmen wir Seine Königliche Majestät vermocht haben und welche Preußen angenommen hatte: Dänemark verhandelt also mit der nämlichen Macht, mit der allein- und die Uebereinkunft abgeschlossen werden. Daß man einen Vertrag mit einer Macht unterzeichnet, unter dem man sich der Ratifikation einer andern unterwarf, die nicht Theil genommen hat an der Unterhandlung. Der Reichsverweser von Deutschland hat sich noch nicht in dieser Eigenschaft angekündigt, er ist noch nicht von den Mächten Europas anerkannt worden, und wie hoch auch die Bedeutung seiner Funktionen sein mag — denen ohne Zweifel der Respekt und die Achtung, welche dem Oberhaupte einer großen und tüchtigen Nation gebühren, nicht versagt werden, so bald dieselben bekannt gegeben und geregelt (notifiées et regularisées) sein werden, so glauben wir doch, daß man Dänemark einen Vorwurf daraus machen könne, den Reichsverweser nicht als Partei an einer Uebereinkunft zuzulassen, an welcher er in keiner Weise Theil genommen hat. Seine Zustimmung zu der Uebereinkunft, wenn sie in der That unumgänglich nothwendig ist, scheint uns unerschöpflich eine rein innere, deutsche Angelegenheit zu konstituiren, und welche den Gegenstand einer Verständigung zwischen Preußen und der Centralgewalt wird bilden müssen, welcher aber Dänemark gänzlich fremd zu bleiben das Recht hat. Dieses Prinzip einmal angenommen — und es scheint uns schwer, dessen Richtigkeit zu bestreiten. — sind wir überzeugt, daß die preußische Regierung die in dieser Beziehung vorgebrachten Einwürfe nicht weiter aufrecht wird aufrecht erhalten können. Wir haben allzuviel Vertrauen (sic) in die Loyalität dieser Regierung und in den Werth ihrer Verbrüderungen, um daran zweifeln zu können, daß sie trotz der Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage nicht entschlossen wäre, den Bedingungen der Uebereinkunft Kraft zu geben, die sie einmal anzunehmen erklärt hatte. Wir wollen nicht von ihr verlangen, was vielleicht unmöglich wäre zu erlangen. Aber wir glauben auf Beistand und Beredtsamkeit (loyauté), auf die Gerechtigkeit zu dürfen, zu Annahme der Maßregeln, welche in ihrer Kompetenz liegen. Wenn Preußen, trotz seiner Bemühungen und der Gerechtigkeit, die es dafür selbst ausgeübt hatte, die Uebereinkunft, was die andern Mitglieder des Bundes betrifft, nicht zum Vollzuge bringen kann, so wollen wir doch gern glauben, daß es wenigstens sie zu realisiren benützt hat, indem, insoweit sie es speziell betrifft."

Folgen nun Vorschläge dieses Betreffs. Am Schlusse der Note ist dann gesagt, die Regierung des Königs von Preußen werde der schwedischen die Gerechtigkeit nicht versagen, daß sie alle Wege der Versöhnung erschöpfe, um zu einer friedlichen Lösung zu gelangen; und noch schwiedele sie sich mit dem Gelingen. Zuletzt heißt es: „Aber wenn gegen unsere Erwartung unsere Bemühungen fruchtlos bleiben; wenn Preußen sich nicht im Stande glauben sollte, seine Verbindlichkeiten zu erfüllen, dann werden wir es uns selbst schuldig sein, vor den Augen der ganzen Welt den Anbeil zu rechtfertigen, den wir auf Einladung Preußens an diesen Unterhandlungen genommen haben, und es wäre nicht unsere Schuld, wenn die Auseinandersetzung, die wir von dem Gange und den Resultaten derselben vor dem Publikum würden, Erklärungen herbeiführte, die wir sicherlich zu vermeiden wünschen."

In dem mitgetheilten Auszuge eines Berichts des preußischen Gesandten Bunsen, d. d. London 23. Juli 1848, betreffend die Ratifikation des Waffenstillstandes durch den Reichsverweser, heißt es: „Ich habe nicht verfehlt, bereits unter dem 15. d. M. den Eingang des Waffenstillstandes vom 8. Juli über den in Malmoe verhandelten Waffenstillstand anzuzeigen. Seitdem habe ich hier in dem Sinne Lord Palmerston alles Erklärende und Beruhigende gesagt, was seiner Erlaß mir die Veranlassung darbot. Näheres habe ich nicht berichtet theils weil man auch hier auf bestimmtere Nachrichten wartete, theils weil ich die Verhörungen nicht aussprechen mochte, zu welchen der Vorbehalt der Ratifikation des Waffenstillstandes Seitens des Reichsverwesers und überhaupt die Abschiebung des Waffenstillstandes mit Verdammung der preußischen Regierung ohne alle Garantie für die Erreichung des Zweckes des Krieges selbst mir, sich gesetzte es, von Anfang an, Veranlassung gab."

In einer Depesche von Lord Palmerston an den Grafen von Westmoreland (englischen Gesandten zu Berlin) aus London vom 25. Juli 1848 wird die moralische Verbindlichkeit Preußens zu vollständiger Ausführung der Stipulationen des Waffenstillstandes dargethan.

In einem Schreiben des französischen Ministers des Auswärtigen, Hrn. Bastide, an den französischen Gesandten zu Berlin, Hrn. Arago, Paris 8. Aug., welches sich energisch gegen die Einverleibung Schleswigs in den

deutschen Bund erklärt, heißt es am Schlusse: die Regierung der Republik sei seit einschlossen, ihren (auf dem Stockholmer Vertrag von 1720 beruhenden) Verpflichtungen treu zu bleiben, und sie protestire daher höchlich sowohl gegen den Angriff, der jetzt gegen das Königreich Dänemark gemacht werde, als gegen die Gewalt, die dem Gerechtigkeitsgefühl Seiner preuß. Maj. angethan worden sei.

Dieses Schreiben des Hrn. Staffide wurde durch den Geschäftsträger der französischen Republik, Hrn. Savoye zu Frankfurt, nebst Begleitschreiben vom 16. Aug. auch dem Reichsministerium des Auswärtigen mitgetheilt. In diesem Begleitschreiben ist am Schlusse eine Verwahrung Namens der französ. Regierung gegen Gewaltthätigkeiten gegen Dänemark und gegen den Eroberungsgeist Deutschlands enthalten. Darauf erfolgte dann ein Schreiben des k. preuß. Bevollmächtigten Camphausen an den Reichsminister des Aeußern vom 26. Aug. und Erklärung darüber. Der preußische Bevollmächtigte nimmt insbesondere auf diese erwähnte Schlußstelle in dem Schreiben des französischen Ministers des Auswärtigen Bezug, indem er sagt: „Der Schlußsatz der französischen Depesche ist so dunkel, daß es schwer ist, sich über den eigentlichen Sinn desselben Rechenschaft zu geben. Wenn damit gemeint sein soll, daß Preußen gegen eigene Uebertretungen durch fremde Einflüsse zu seinem Beistehen in dieser Angelegenheit bestimmt sei, so trenne ich königl. Regierung sich, diese Insinuation durch die entschiedene Erklärung zurückweisen zu können, wie ihr Verfahren durch ihre eigene Ueberzeugung von der Gerechtigkeit der Sache in vollkommener Uebereinstimmung mit der Bundesgewalt geleitet worden."

In demselben Betreff ertheilt ebenfalls unterm 26. Aug. ein Schreiben des Reichsministers des Aeußern Heckscher an den Gesandten in Paris, Hrn. Friedrich v. Raumer, den zugleich eine Denkschrift über die Schleswiger Frage zur Uebergabe an den französischen Minister mit Anweisungen übersandt worden ist, vorzüglich zu dem Behufe, Widerlegung der irrigen Auffassungen Frankreichs der voraussgesetzten Eroberungspolitik Deutschlands gegen Dänemark.

In dem Schreiben des Hrn. Heckscher heißt es unter anderm: „Frankreich verwahrt sich gegen die Gewalt, die nicht bloß dem Könige von Dänemark, mein, die auch dem Gerechtigkeitssinne des Königs von Preußen angethan werde. Die preuß. Regierung hat ohne Zweifel unmittelbar in Paris den hierin liegenden Vorwurf nur sich abgelehnt, aber sie erfuhr, daß auch im Namen des Reichsverweses den französ. Hrn. Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit Bezug auf jenen Schlußsatz, auf den Ungrund der Unterstellung aufmerksam zu machen, als ob die Centralgewalt in dieser Sache ohne die volle moralische Unterstützung der preußischen wie aller andern Regierungen handle. Wenn wir uns in den Nachtheil fügen müssen, daß unser gutes Recht mit der unerklärlichen Unsumm mancher auswärtigen Mächte zu kämpfen hat, so verschone uns wenigstens letzter,

Nr. 68.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Monatsdatz 6 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Freitag den 15. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 15. September.

Das Staatsministerium des Krieges hat unter dem 7. d. an sämmtliche Armee-Divisions- und Korps-Kommando's folgendes Reskript, in Betreff der verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten des stehenden Heeres in Bayern, erlassen: „Ein Theil der Tagespresse macht es sich zur Aufgabe, die Meinung zu verbreiten, als werde das bayerische Heer, weil ihm keine dienstlichen Aufschlüsse gegeben werden, über seine verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten absichtlich im Dunkeln gelassen. Es wird hiebei nicht in Erwägung gezogen, daß es in Bayern nicht üblich ist, dem Staatsbürger eine amtliche Unterweisung über seine gesetzlichen Rechte und Pflichten ertheilen zu lassen, indem vielmehr die geistliche Aunahme besteht, daß jeder Staatsinwohner sich die Kenntniß der gehörig verkündeten Gesetze aus eigenem Antriebe verschaffe. Die Verfassungsurkunde als Staatsgrundgesetz und die darauf bezüglichen Beschlußgesetze sind ordnungsgemäß öffentlich kundgemacht. Für den Soldaten wie für den Bürger und Bauern, für jeden Stand liegen sie aufgeschlagen vor. So kann das bayerische Militär in dem Mangel besonderer dienstlicher Aufschlüsse die Absicht der Verheimlichung der Rechte und Pflichten, deren er durch die Lösung des Konstitutionseides theilhaftig wird, mit Grund nicht finden. Im Interesse auch den Minderbedolenen Gelegenheit zu geben, die Grundlagen der bayerischen Verfassung auf einfachem Wege kennen zu lernen, stelt man millkürlich, hier als beitaken für sämmtliche bayerische Militärpersonen eine Zusammenstellung der Grundzüge des zur Zeit mit allgemein bindender Gesetzeskraft bestehenden Verfassungswerkes bekannt zu geben . . .“ Es folgt nun eine nähere Entwicklung der verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten in 10 Sätzen, welche ihrem Inhalte nach den 11 Grundzügen in der Einleitung zur Verfassungsurkunde entsprechen und von denen wir weitre besonders die nähere Beachtung erbitten, welcher lautet: „Freiheit der Presse und freie Meinungsäußerung soweit nicht Strafgesetze übertreten werden: durch allerhöchste Verordnung vom 12. August 1848 ist überdieß ausgesprochen, daß den Vereinigungen zu erlaubten, d. h. solchen Zwecken, welche die verfassungsmäßige Staatsordnung nicht bedrohen, keinerweg entgegengetreten werde.“

Deutsche Reichsversammlung.

⊙ **Frankfurt**, 12. Sept. Folgendes sind die Berichte der Mehrheit und der Minderheit der vereinigten Ausschüsse über den Waffenstillstand von Malmoe. Der Bericht der Mehrheit, erstattet durch den Abgeordneten Wurm, lautet wie folgt:

„Die unterzeichneten Mitglieder der vereinigten Ausschüsse betrachten es nicht als zu ihrer Aufgabe gehörig, der Verhandlung über die schleswig-holsteinische Angelegenheit in ihren verschiedenen Stadien zu folgen. Sie beschränken sich auf eine Zusammenstellung derjenigen Verhältnisse, welche für die Entscheidung der Frage über die Ratifikation des Waffenstillstandes von Malmoe als wesentlich erschienen. Was zuerst die formelle Lage der Dinge betrifft, so brachte die Krone Preußen am 2. April d. J. die vorläufig von ihr zum Schutz des Bundesgebietes genommenen Maßregeln zur Kenntniß der Bundesversammlung und machte ein weiteres Einlaufen in dieser Angelegenheit von den Beschlüssen des deutschen Bundes abhängig. An die volle Anerkennung jener Maßregeln teilten sich mehrfache, vom Bund an die Krone Preußen ertheilte Aufträge in Bezug auf die Kriegsführung, die Vermittelung zwischen dem König von Dänemark und seinen deutschen Unterthanen, und auf die, denselben Gegenstand betreffenden Verhandlungen mit auswärtigen Mächten. Preußen nahm das Mandat an, und erklärte sich entschieden, zu Verein mit seinen Bundesgenossen dasselbe seinem ganzen Umfange nach auszuführen. Am 6. Mai beschloß die Bundesversammlung, die Königlich Preußische Regierung zu ersuchen, beim Fortgange der Verhandlungen in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit die Bundesversammlung stets zeitig vom Stande der Verhandlungen zu unterrichten und präjudizliche oder definitive Verabredungen ohne vorgängigen Bundesbeschluß nicht zu treffen. Bereits am 22. April war das britische Kabinet in Kenntniß gesetzt (Aktenstücke, S. 10), „daß die Krone Preußen von Bundeswegen mit der Verhandlung in dieser Differenz vorbehaltlich der Genehmigung des Bundes beauftragt sei.“ Aus den vorliegenden Aktenstücken erhellt nicht, daß der Krone Preußen ertheilte weitre Vollmacht des deutschen Bundes, als die Krone Preußen erhielt wäre. Eben so wenig erhellt, daß von preußischer Seite nach dem 30. Mai fernere einschlagende Mittheilungen in dieser Angelegenheit an die Bundesversammlung gelangt wären, während übrigens aus den, aus anderer Quelle zur Kunde des Bundes gebrachten Verhandlungen des preußischen Gesandten in London mit dem dortigen auswärtigen Amte (Aktenstücke, S. 24—34) unzweifelig hervorgeht, daß von preußischer Seite der Gesichtspunkt des obigen beschränkten Mandates in aller Schärfe festgehalten ward. Am 27. Juli erfolgte abseiten des preußischen Kabinets der erste direkte Schritt, um die fernern Verhandlungen in dieser Sache, namentlich die Entwirfe von Malmoe (2. Juli) und Bellevue (19. Juli) zur Kenntniß der Zentralgewalt zu bringen, welche in der Zwischenzeit an die Stelle des Bundestages getreten war. In der Instruktion, welche der preußische Minister des Auswärtigen unterm 27. Juli dem General von Below ertheilt hat, wird der letztere angewiesen, unter umständlicher Motivirung, bei dem Reichsverweser Deutschlands für die Krone Preußen eine Vollmacht zum unmittelbaren Abschluß und zur Ausfertigung des Waffenstillstandes mit der Krone Dänemark, ohne Vorbehalt einer spätern Ratifikation abseiten des Reichsverwesers, nachzusuchen. Dasselbe Gesuch wird in einem Schreiben des preußischen Bevollmächtigten Herrn Camphausen an das Reichsministerium vom 5. August wiederholt. Hinzugefügt wird, bei der Unterhandlung würde das Prosekt von Bellevue zum Grunde zu legen, und, einzelne Modifikationen der Redaktion abgerechnet, an dessen wesentlichen Inhalte festzuhalten sein. In diesem Sinne war es im Grunde eine im voraus bedingte Vollmacht, welche von Preußen gewünscht ward. Die Zentralgewalt ertheilte, unterm 7. August, die gewünschte Vollmacht zur Abschließung eines Waffenstillstandes mit Dänemark in der Weise, daß dabei der Entwurf von Bellevue mit drei, genau präzisirten Modifikationen angenommen werde, welche ausdrücklich zur Anerkennung Dänischer Seits gebracht werden müßten. „Unter diesen bedingungen“, heißt es am Schluß, sei gegenwärtige Vollmacht ausgestellt. In dem Begleitschreiben des Reichsministeriums wird außerdem die Sendung eines Bevollmächtigten der Zentralgewalt in die Nähe des Ortes der Verhandlungen angekündigt, und der mit den Verhandlungen in Verbindung stehende Auftrag desselben näher bezeichnet. Auf dem Begleitschreiben erhellt, daß das Reichsministerium seiner Verantwortlichkeit in Bezug auf die Ertheilung der Vollmacht sich vollkommen bewußt war. In der That, für die Nationalversammlung war die Vollmacht gar nicht vorhanden. Das Reichsministerium blieb der Nationalversammlung für den ganzen Inhalt des Waffenstillstandes, ob er nun durch seinen eigenen Bevollmächtigten oder durch einen preußischen Unterhändler abgeschlossen ward, im vollen Maße verantwortlich. Nur unter der Voraussetzung des Einhaltens der präzisirten Bedingungen hatte das Reichsministerium geglaubt, die Verantwortlichkeit übernehmen zu können, und hatte dies ausdrücklich ausgesprochen. Hatte doch Herr Camphausen selbst nur „einzelne Modifikationen der Redaktion“ bei der Vollziehung des Entwurfes von Bellevue seiner Regierung vorzuschlagen gewünscht. Dies ist, bis zu der zweiten Unterhandlung von Malmoe, die formelle Lage der Sache.

Uebergehend zu der materiellen Seite der Frage, erachten die unterzeichneten Mitglieder der vereinigten Ausschüsse, unter den vorliegenden Umständen, es für überflüssig, auf die Prüfung des Entwurfes von Bellevue oder die Würdigung der von dem Reichsministerium hinzugefügten Bedingungen hier einzugehen. Sie glauben auf eine Vergleichung des Waffenstillstands vom 26. August mit denjenigen Bedingungen, unter welchen die Vollmacht abseiten der Zentralgewalt ertheilt war, und auf eine Analyse der wesentlichen Abweichungen sich beschränken zu sollen. 1) Während durch die Vollmacht vom 7. August die Krone Preußen nur ermächtigt war, im Namen der provisorischen Zentralgewalt zu schließen, hat sie vielmehr in ihrem Namen und im Namen des deutschen Bundes abgeschlossen. Die Nationalversammlung würde diese Abweichung nicht mit Stillschweigen übergehen können, ohne bei dem gesammten Auslande den Zweifel zu wecken, ob es der deutschen Nation ein Ernst sei, und ob es ihr gelingen werde, der Zentralgewalt im völkerrechtlichen Verkehr, ja selbst auch nur bei den Regierungen der größeren Einzelstaaten Anerkennung zu verschaffen. 2) Im Artikel I. wird der Zeitraum der Waffenruhe von 3 Monaten, die in der Konvention von Bellevue verabredet waren, auf 7 Monate, also bis zum 26. März 1849 ausgedehnt. Es ist nicht abzusehen, wie eine so langgedehnte Frist für eine Unterhandlung erforderlich sein sollte, die nicht gemeint ist, auf den Wegen der alten Diplomatie abgethan zu werden. Ist guter Wille vorhanden, so wird eine kürzere Frist zum Ziele führen; ist er nicht, so ist jegliche Frist zu lang, die man dem Reichsfeinde gönnt. Zudem ist der Vortheil gar nicht zu

verkennen, der dem Feind auf einem Waffenstillstand erwachsen würde, welcher die ganze Zeit der ruhenden Schiffsarbeit umfaßt, und mit der Frühjahrsflotte abläuft, wo auch auf der Ostsee die Schiffsfahrt wieder zu beginnen pflegt.

3) Im Artikel VI. ist die Trennung der aus Schleswig gebürtigen Soldaten von den Holsteinischen Truppen aus gleichrechts; eine Maßregel, die in der Ausführung, wie im Prinzip in hohem Grade bedenklich erscheint. Aus der zu diesem Artikel gehörigen Nr. 4 des Separatartikels geht hervor, daß die Holsteinischen Truppen innerhalb den deutschen Oberbefehlshaber gestellt sein sollen; von den Schleswigischen ist dies nicht festgesetzt, und somit die dritte, in der Vollmacht vom 7. August enthaltene Bedingung nur zur Hälfte erfüllt. 4) Der Artikel VII. beschäftigt sich mit zwei Gegenständen: mit der Bestellung einer neuen provisorischen Regierung, und mit der Entscheidung über die Gesetze und Verordnungen, welche zwischen während des Waffenstillstandes die beiden Herzogthümer verwalten werden sollen. Was den ersten Punkt anlangt, so sollen nach Art. VII. der Convention von Bellevue der Präsident der gemeinsamen Regierung von den vier andern Mitgliedern erwählt, und, wenn kein Einverständniß über diese Wahl zu erlangen wäre, von der Krone Großbritannien, als der (damals) vermittelnden Macht, bezeichnet werden. Nach dem Artikel VII. der Convention von Malmö dagegen soll der Präsident in Folge gemeinschaftlicher Einigung von dem König von Preußen, Seitens des deutschen Bundes, und von dem König von Dänemark, als Herzog von Schleswig und Holstein ernannt werden. Es mußte demnach, in Bezug auf die Wahl des Präsidenten, unbezweifelt der Krone Preußen ein Veto zustehen. In dem Wegleichstreben der Vollmacht vom 7. August wird es als der erste Zweck der Sendung eines Bevollmächtigten der Zentralgewalt in die Nähe des Orts der Verhandlungen bezeichnet: Behufs der Vereinbarung der neuen gemeinsamen Regierung beider Herzogthümer dem Königl. preußischen Bevollmächtigten beizutreten (Art. VII. 1) und zu beschließen, was erforderlich, daß zu machen, durch deren Wahl oder Zulassung der Bestand und die gedeihliche Wirksamkeit dieser Regierung als verbürgt angesehen werden kann. Aus den Berichten des Bevollmächtigten der Zentralgewalt, des Unterstaatssekretärs M. v. Gagern vom 12., 14. und 16. August, so wie aus seinem Schreiben an den General v. Below vom 16. August ersieht man, daß er es an den entsprechenden Bemühungen nicht hat fehlen lassen; in letzgedachten Schreiben hatte er ausdrücklich Nachstehendes hinzugefügt, „daß keine durchaus unerwünschte und notorisch als dänische Parteileute angesehene Personen zugelassen werden;“ aus der Antwort des Generals v. Below (Malmö, 19. August) ergiebt sich, daß die angefertigte Personenliste rechtzeitig in die Hände des preußischen Bevollmächtigten gelangt ist. Der zum Art. VII. gehörige Zusatzartikel I. dagegen zeigt, daß der hervorgehobene Zweck der Sendung in einem wesentlichen Punkte sachlich vereitelt worden ist. Denn daß der Präsident der Regierung, so ist der Vorsitz der neu zu bildenden Regierung einem Manne übertragen worden, der nur durch den Schutz derjenigen Regierung, die ihm die Stelle räumen sollte, der Ebbitterung seiner Landsleute entzogen werden konnte. Sehr glaublich ist, daß nach solchen Erfahrungen der Graf Karl Moltke auf Nütschau auf die ihm zugedachte Präsidentschaft verzichtet haben mag; aber wer bürgt nach solchem Vorgang, für die gewünschte Wahl eines Gesinnungsmanns? Eine so mißliche und gefährliche Mißachtung der von der Zentralgewalt aufgestellten Bedingungen zeigt derjenige Theil des Art. VII., welcher von der in den Herzogthümern geltenden Gesetzgebung handelt. Die zweite der Bedingungen, unter welchen die Vollmacht vom 7. August ertheilt war, geht dahin, daß unter den in Art. VII (der Convention von Bellevue) erwähnten, in den Herzogthümern „bestehenden Gesetzen und Verordnungen“ ausdrücklich alle die zum Abschlusse des Waffenstillstandes daselbst erlassenen mit einbegriffen seien. Nun aber ist die Bestimmung der Convention von Bellevue, daß nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen die neue Regierungsbehörde die Herzogthümer verwalten soll, in dem entsprechenden Artikel des Waffenstillstandes von Malmö gänzlich ausgelassen. Noch mehr; der VII. Artikel von Malmö sagt: „man hat sich ferner dahin verständigt, daß alle und jede, seit dem 26. März, dem Herzogthümer erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln im Augenblick des Amtsantritts der neuen Regierung aufgehoben werden sollen.“ Erwägt man das Datum und den Charakter dieser Epoche der Gesetzgebung, so kann man nicht umhin, das Urtheil des Reichsministeriums der auswärtigen Angelegenheiten sich anzueignen, welches in einem Berichte an den Unterstaatssekretär v. Gagern (Frankfurt a. M., den 25. August) bemerkt, der Fortbestand der bis heute erlassenen Gesetze und Verordnungen sei der jetzige status quo und dessen Beibehaltung schiche sich für einen Waffenstillstand viel besser, als die Wiederherstellung einer nun bereits bei den Riesenschritten der Ereignisse seit März d. J. gänzlich veralteten Zustandes, welcher die Herzogthümer um alle Errungenschaften der deutschen Zeitentwicklung und der französischen Revolution bringen würde.“ Fragen läßt sich ferner, ob zu den dergestalt aufgehobenen „Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln“ auch die Anordnungen über die Wahl der Abgeordneten zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung für beide Herzogthümer zu zählen seien, und ob dahin auch die Entlassungen und Ernennungen von Verwaltungsbeamten gehören? Die fünfte Nummer des Separatartikels bestimmt nun zwar, daß auch die in Kopenhagen seit dem 17. März d. J. für die Herzogthümer erlassenen Gesetze u. s. w. ausser Kraft gesetzt sein sollen. Aber die Gesetzverwirrung die man scheuen mochte, wenn beide Reihen von Gesetzen neben einander fortbestanden, findet in der augenblicklichen Vernichtung alle jener fünf Monaten erlassenen Gesetze ein mindestens sehr ungewöhnliches Heilmittel. Der Uebelstand wird mit nichten ausgeglichen, wenn der neuen Regierung das Recht beigelegt wird, solche seit dem 17. März erlassenen Gesetze u. s. w. wieder in Kraft treten zu lassen, „deren Aufrechterhaltung ihr unerläßlich oder für den regelmäßigen Geschäftsgang ersprießlich erscheint“. Es ist wohl ohne Beispiel, daß die Entscheidung über die Gültigkeit der Gesetze dem Ermessen von sind, durch Regierungen ernannten Männern anheimgegeben wird. Klagt man hierüber, daß während der Dauer des Waffenstillstandes „die gesetzgebende Gewalt ruhen soll“; daß also für die Dauer von sieben Monaten der Stimme der gesetzlichen Landesvertretung, neben dem nur durch zwei Regierungskommissäre (Art. VIII.) übertwachten Handeln von 5 Männern, Schweigen geboten werden soll, so hat man Mühe zu glauben, daß es nicht Bestimmungen für die vorläufige Verwaltung einer eroberten Provinz sind, die man vor sich hat. 5) Der Artikel IX. handelt von dem Herzogthume Lauenburg. Im X. Artikel der Convention von Bellevue haben der König von Preußen sich verbindlich gemacht, nach diesen Kräften dem deutschen Bunde dabin zu wirken, daß das Herzogthum Lauenburg in dieselbe Lage wieder hergestellt werde, in welcher es sich vor dem Einrücken der Truppen des Bundes befand. Im IX. Artikel von Malmö wird ohne Weiteres für die Dauer des Waffenstillstandes eine neue Verwaltungsbehörde, nach Analogie der für die beiden Herzogthümer zu bildenden, eingesetzt. Wenn die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein, die vom Bunde förmlich anerkannt wurde (Aktenstücke S. 5) und die zur Zeit noch durch einen Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt vertreten wird — die provisorische Regierung, deren Fortbestehen während eines Waffenstillstandes der preußische Gesandte in London aufs Lebhafteste befürwortet (Aktenstücke S. 25, 26, 27, 33), wie denn auch beim deutschen Bunde Adressen (Aktenstücke S. 15. beantragt hatte, bei Verhandlungen über Friedensbedingungen mit einer Macht übergangen hätte, die provisorische Regierung Schleswig-Holstein's zuzuziehen — wenn sie ihren Ursprung zunächst einer Volksbewegung verdankte, so war dagegen die neue Ordnung der Dinge in Lauenburg, die jetzt im Artikel IX. durch einen Federzug beseitigt wird, das eigenste Werk des deutschen Bundestages in den letzten Wochen seiner politischen Existenz. Ein Blick auf den Zusatzartikel II. zeigt, daß an der Spitze der neuen Verwaltung dieselben Männer sich gestellt finden, die schon vor der Convention von Bellevue vorzugsweise als die Träger des alten, durch einen Kommissär des deutschen Bundes s. Z. aufgehobenen Systems bekannt sind.

Die oben besprochenen Stipulationen des Waffenstillstandes von Malmö sind sämmtlich so viele Abweichungen von denjenigen Bedingungen, unter welchen der Krone Preußen die Vollmacht vom 7. August ertheilt war. Dem Reichsministerium kann demnach Verantwortlichkeit für jene Stipulationen zugemuthet werden. Nur in soweit es sich darum handelte, die Zentralgewalt — in diesem Fall die Volksrepräsentation — von den Ueberschreitungen der Vollmacht nur erst in Kenntniß gesetzt worden ist, nachdem der Waffenstillstand unterschrieben war. Noch weniger kann, wie dies auch von allen Seiten anerkannt zu sein scheint, für die Nationalversammlung irgend welche Verantwortlichkeit liegen, denselben ihre Genehmigung zu ertheilen. Soll vom Abschluß des Waffenstillstandes von Malmö, und in Folge desselben, das Ereignisse eingetreten, durch welche das Urtheil über dessen Ausführbarkeit festgestellt wird. Auch die Krone Preußen wird sich seinem überzeugt haben, daß es wohl möglich wäre, die Herzogthümer durch bewaffnete Truppen zu entlasten, ohne aber die Bestimmungen des Waffenstillstandes, gegen den Widerstand einer auf ihre Rechte und auf die Verbesserungen Deutschlands sich stützenden Bevölkerung, ohne Anwendung von Zwangsmitteln zur Ausführung zu bringen. Die Krone Dänemark selbst scheint, nach den neuesten an das Reichsministerium ertangten Mittheilungen, sich dieser Wahrnehmung nicht ganz zu verschließen. Noch weniger kann die deutsche Nationalversammlung Angesichts ihrer in Kraft stehenden Beschlüsse, auch nur einen Augenblick daran denken, ihre Zustimmung zu solchen Stipulationen zu geben, durch welche eine neue provisorische Regierung in den Herzogthümern sich gebildet hat, welche dem Deutschland darf auch dem Scheine sich nicht aussetzen, als ob es je von seinen Söhnen die Hand abziehen könnte. Nicht dazu hat Deutschland, unter dem Vertritt der hingebotten preußischen Waffen, die seit den Kriege geführt; nicht dazu haben die Landwehr und die Freiwilligen des Vaterlands ertragen und schwere Opfer gebracht; nicht mit einem solchen Akte wird es sein Werk vollendet denken wollen, den sie zu bestehen hat, seitdem sie ihre Einheit wiedergefunden — einen Kampf, in welchem die eigenthümliche Lage und das Machtverhältniß der Grenzländer nicht minder als die auf den Kriegsschauplatz gerichteten Blicke der Völker Europa's es zu einer bedeutenden Aufgabe machen, die in Wirklichkeit sich zu verbinden. Unter diesen Umständen wird es vor Allem darauf ankommen zu zeigen, daß die Nationalversammlung an ihren Beschlüssen festhält, daß sie zugleich aber jeden Augenblick bereit ist, zur Wiederaufnahme der Verhandlungen, welchen der Zentralgewalt — als sonstigen Organes, welches allein Deutschland dem Auslande gegenüber zu vertreten hat — einer angemessenen Grundlage die Hand zu bieten. Es beantragen daher die unterzeichneten Mitglieder der vereinigten Ausschüsse wie folgt: In Erwägung, daß der am 26. August zu Malmö abgeschlossene Waffenstillstand Bestimmungen enthält, welche der in seinem VII. und IX. Artikel, im fünften Separatartikel und im Zusatzartikel II. der Vollmacht vom 7. August wesentliche Selbstständigkeitrechte verletzt, welche durch die Beschlüsse der Nationalversammlung allen in der repräsentirten Stämmen gewährleistet sind; in Erwägung, daß der von der Krone Preußen nach Malmö abgesandte Unterhändler in wesentlichen Punkten die ihm von der deutschen Zentralgewalt ertheilten Vollmachten überschritten hat, namentlich in Bezug auf die Dauer des Waffenstillstandes, die Trennung der schleswigischen Truppen von den holsteinischen, die in den Herzogthümern Schleswig und Holstein bestehenden Gesetze und das Personal für diese Herzogthümer zu bildenden provisorischen Regierung, nicht weniger in Bezug auf die Lage des Herzogthums Lauenburg während der Waffenstillstandes; in Erwägung ferner, daß die Ausführung mehrerer politischen Punkte des Malmöer Vertrages, vermöge der einstimmigen Weigerung der schleswig-holsteinischen Landesversammlung ihren nachzukommen, unthunlich geworden ist, während

dagegen es thunlich und wünschenswerth erscheint, eine Waffenruhe zum Zweck scheinender Friedensunterhandlungen anzuordnen; in Erwägung aber dessen daß es schließlich die Nationalversammlung; 1) der Mainzer Waffenstillstand vom 26. August wird von der deutschen Nationalversammlung nicht genehmigt; 2) das Reichsministerium wird aufgefordert, die zur Fortsetzung des Krieges erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, sofern die dänische Regierung sich nicht bereitwillig finden sollte, die Friedensunterhandlungen mit der Zentralgewalt des deutschen Bundesstaates sogleich zu eröffnen. C. M. Arndt. Rod. Blum. P. H. Claussen Cuno. H. Duplmann. Eduard. Hölken. Dan. Raumer. Stenzel. Wilhelm Wolfy. v. Trützschler. C. B. Wippermann. C. F. Burm. (Den Bericht der Minderheit gibt unsere Beilage.)

A Frankfurt, 12. Sept. Morgens. Die konstituirten Ausschüsse für die Berichterstattung in Betreff des Waffenstillstands von Malmö waren gestern Abends nochmals versammelt, um die Berichte der beiden Hauptparteien, die sich nach meinen gestrigen Angaben in den Ausschüssen gebildet hatten, anzuhören. Diejenige Partei, welche auf Nichtgenehmigung anträgt (sie ist gestern durch zwei weitere Stimmen verstärkt worden, indem sie beträchtlichen Zugewinnen Arndt und Claussen dahier eintreten und sich dieser Ansicht anschlossen, so daß jetzt 11 gegen 10 und 1 steht), hat Hrn. Wurm zum Berichterstatter erwählt; die andere, welche die Nichtverwerfung will, Hrn. Stedmann; beide werden heute ihre Berichte erstatten, und es wird morgen schon darüber verhandelt werden können. Die Ausschüsse werden übrigens drei gesonderte Berichte erstatten, einerseits über die Genehmigung oder Nichtgenehmigung des Waffenstillstandes, andererseits über das Verbalten Preußens, und endlich auch auf das Reichsministerium. Heute wird vorerst nur über den ersten Punkt berichtet werden, und so successive. — Aus dem Berichte des volkswirthschaftlichen Ausschusses, die Finanzfrage betreffend, hebe ich vorläufig Folgendes hervor: Der Ausschuß trägt in seiner Majorität auf ein Gesetz an, durch welches vom 1. Januar 1849 an alle schiffbaren Flüsse, welche verschiedene deutsche Staaten berühren oder begrenzen, auf deutschem Gebiete bis ins Meer für deutsche Schiffahrt frei von allen das Schiff oder die Waare treffenden Zölle und Abgaben mit Einschluß der Brückendurchlaßgelder sein sollen. Von fremden Schiffen und deren Ladung dürfen nur durch die Reichsgewalt Wasserzölle und dgl. Abgaben erhoben werden und fließen solche in die Reichskasse. Die Frage über die Entschädigung der betheiligten Staaten, Gemeinden oder Personen wird einem künftigen Reichsgesetze vorbehalten. Eine Minorität will den Rhein von der obigen Bestimmung ausgenommen wissen; eine andere Minorität erkennt zwar das Prinzip des Gesetzes vollkommen an, hält aber die Erlassung desselben für unzeitig, so lange die Verfassung noch nicht festgestellt ist, während eine weitere Minorität nur die Aufhebung der gegenwärtigen Flußzölle verlangt, und die Zentralgewalt ermächtigt sie für die Zukunft ein gleiches dem Betrage der Unterhaltungskosten gleichkommendes Wassergeld einzuziehen.

Frankfurt, 12. Sept. (76. Sitzung der verfassungsgebenden deutschen Reichsversammlung. Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte.) Der Präsident, H. v. Gagern, eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr. Stenographe wird beginnt mit Verlesung neuer Beiträge für den Reichsbau, worunter der Ertrag einer im Großherzogthum Sachsen-Weimar durch den politischen Verein der dortigen Hauptstadt veranstalteten Sechser- und Dreierssammlung im Betrage von 1746 Rthlr. Stedmann bestatter Bericht ab über die in den vereinigten Ausschüssen für internationale Verhältnisse und für die Zentralgewalt in Betreff der Waffenstillstands-frage seither gepflogenen Verhandlungen. Der Gegenstand ist einer ernstlichen Prüfung unterzogen worden; eine absolute Majorität wollte jedoch in beiden Ausschüssen nicht ob. In der letzten Sitzung hätten sich von 21 Mitgliedern 11 für die Verwerfung des Waffenstillstandes und die übrigen 10 für dessen Annahme erklärt. Der Redner, welcher sofort den Bericht der Minorität, deren Berichterstatter er ist, verlesen will, wird durch den vielstimmigen Ruf: „Vorerst den Bericht der Majorität!“ unterbrochen. Diesem Ruf kann jedoch wegen noch nicht erfolgter Beendigung des Ausschußberichts der Majorität keine Folge gegeben werden, worauf auch die Lesung des Minderheitsberichtes unterbleibt. Dagegen stellt Stedmann Namens der vereinigten Ausschüsse den Antrag auf eine am morgigen Tage zur Berathung über den Schleswig-holsteinische Frage abzuhaltende Sitzung der Nationalversammlung. Dieselben gingen nämlich das Majorität der vereinigten Ausschüsse um ein Mitglied (Hölken) sich vermehrt habe, mithin auf 12 Personen gestiegen sei. v. Lindenau behält sich für die auf morgen anzuberaumende außerordentliche Sitzung einen selbständigen Antrag in der obschwebenden Angelegenheit vor. v. Auerswald verlangt, daß die Versammlung in den vollständigen Besitz der Berichte gesetzt werde, bevor in auf die Verhandlung selbst eingehe. Simon zu Trier beantragt den Druck der von der schleswig-holsteinischen Landesversammlung an das deutsche Parlament gesendeten Adresse und deren sofortige Vertheilung an die Abgeordneten. Präsident bemerkt, daß diese Adresse bereits in den Händen des Ausschußreferenten sich befinde. Fuchs von Breslau stattet Namens des Petitionsausschusses Bericht ab über eine Eingabe für Aufrechthaltung der deutschen Reichsfarbe, vornehmlich bei den Verhandlungen in der Paulskirche. Eine weitere Eingabe bringt auf Einführung der deutschen Reichsfarbe im Heerwesen. Mit Anerkennung der patriotischen Gesinnung der Petenten wird über diese Eingaben zur Tagesordnung geschritten. Eine Petition aus Baden enthält Beschwerden der dortigen Bürger über angebliche militärische Mißhandlungen und Auslagung.“ Da der Reichsminister die Zurückziehung der Truppen aus Baden bereits verfügt hat, so wird auch über diese Petition zur Tagesordnung übergegangen. Nachdem noch Unterhaltungsorte gegen das Fortbestehen der Schiffahrtsabgabenfreiheit der Dampfschiffahrt und gegen das Fortbestehen der Schiffahrtsabgabenfreiheit der Dampfschiffahrt und gegen das Fortbestehen der Schiffahrtsabgabenfreiheitsassoziation berichtet hat, verliest der Präsident einen Antrag Blum's und Genossen, dahin lautend: „Die Nationalversammlung möge in Erwägung der in Schleswig-Holstein wahrnehmen Gefahren, der gegen die Versicherungen des Reichsministeriums in Gilmärschen vollzogenen Truppenrückkehr und der Nothwendigkeit einer Vollziehung der Parlamentsbeschlüsse, die Absendung einer Deputation von 15 Mitgliedern an den Reichsverweser verfügen, um denselben um schleunige Beendigung der Ministerkrisis zu ersuchen.“ — Die Begründung des Antrags Dringlichkeit dieses Antrags wird mit 219 gegen 206 Stimmen abgelehnt. Ebenso wird ein Antrag Schöffels verworfen, welcher auf den Grund, daß die preußische Regierung in der Waffenstillstandsfrage die Vollmacht der Zentralgewalt überschritten, und dadurch ein Attentat auf die Ehre Deutschlands begangen habe, die sofortige Uebersendung der auf diesen Gegenstand bezüglichen Aktenstücke an die Mitglieder der preußischen Nationalversammlung verlange. Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Nach einer kurzen Debatte über die Art und Weise der Abstimmung rücksichtlich des in der gestrigen Sitzung angenommenen Antrags der Abg. Schneer, verliest der Präsident den Paragraphen 15 des Verfassungs-Ausschusses und dahin gehörigen Verbesserungsanträge. §. 15 lautet: „Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder zu einer kirchlichen Feierlichkeit gezwungen werden.“ Nachdem die Versammlung auf die Diskussion über diesen Paragraphen Verzicht geleistet hat, wird die Abstimmung unmittelbar vorgenommen. Das Ergebnis derselben ist folgende Fassung des §. 15: „Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden. (Antrag des Verfassungsausschusses). Die Form des Eides soll eine für Alle gleichmäßige, an kein bestimmtes Religionsbekenntniß geknüpfte sein. (Rieper, Pfeiffer und Genossen.)“

Deutschland.

Frankfurt, 9. Sept. Die Vorgänge in Schleswig-Holstein machen die Abtheilung eines Hyvollmächtigten der Zentralgewalt dringend nothwendig, und es dürfte demselben nicht schwer fallen, im Einvernehmen mit der Landesversammlung die Beseitigung der widerlichen Bestimmungen des Waffenstillstandes zu ermitteln und die Mittel zu beruhigen. Die Landesversammlung selbst gibt sich Mühe, der Anarchie, die mehr von Außen als von Innen geschürt wird, entgegen zu arbeiten. — Am Rhein beginnt die Wühlerei mit erneuerter Thätigkeit. Es sollen von hier aus Boten nach Düsseldorf, Köln und andern Städten, sodann in das baiische Oberland abgegangen sein, um die demokratischen Vereine aufzustacheln. Der Waffenstillstand ist ein Vorwand, die rothe Republik ist das Ziel. Die traurigen Vorfälle in Mainz sind schon bekannt. (D. Z.)

Die „Ober-Postamts-Zeitung“ enthält folgende offizielle Berichtigung: Die „Neue Berliner Zeitung“, die „Magdeburger Zeitung“, der „Hallische Kurier“ ꝛc. haben einen Artikel aus Köln gebracht, welcher lautet: „Die Mutter des Reichsverwesers an das versammelte Offizierkorps des 16. Infanterieregiments wird von einem Offizier dieses Korps beklagt. Derselbe verbürgt folgende Fassung der Worte: „Es bleibt wie es war. Sie, meine Herren, thun, was Ihnen Ihr König, ich thue was mir mein Kaiser befiehlt“ ꝛc. Wir sind ermächtigt, diese Angabe für durchaus unwahr zu erklären.

Bayern. — *München, 14. Sept. Die Angabe eines Augsburger Blattes, als sei der Hr. Minister des Auswärtigen von Hohenlohwangen daher zurückgekommen, um erst von hier dann nach Frankfurt abzugangen, können wir bestimmt als unrichtig bezeichnen. Der Hr. Minister hat auf der Reise von Hohenschwangau nach Frankfurt München nicht mehr berührt.

(M.Korr.) Am 10. Sept. fand in Neuhof, zwischen Nürnberg und Erlangen, eine von den demokratischen Vereinen der Gegend veranstaltete Volksversammlung statt. Die Zahl der Anwesenden, gegenwärtig Gewesenen, wird auf 12,000 und darüber geschätzt. Es wurden ein Aufruf an das fränkische Volk beantragt und angenommen, der in ganz Franken verbreitet werden soll und folgende zwölf Punkte enthält, deren Vervirklichung vom Volke erstrebt werden soll: 1) vollkommene staatsbürgerliche Gleichheit Aller, 2) demokratische Umgestaltung der Gemeindeverfassung, 3) Aufhebung der bäuerlichen Grundlasten, 4) Einrichtung der Pressen, 5) vollkommene Freiheit der Rede und Schrift, 6) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit mit Schwurgerichten, 7) Sicherstellung der persönlichen Freiheit, 8) allgemeine Volksbewaffnung, 9) vollkommene Glaubensfreiheit, 10) Befreiung der Schule von der Vormundschaft der Kirche, 11) gerechtes Steuersystem nach dem Vermögen, 12) Durchführung des demokratischen Prinzips in ganz Deutschland. Die meisten dieser Punkte sind solche, welche nicht blos von den „Demokraten“ in engerer Bedeutung des Worts, sondern von ganzen Völke erstrebt werden; gegen einzelne dagegen finden erhebliche Bedenken statt. Wie z. B. die Aufhebung der bäuerlichen Grundlasten ohne Verletzung des Eigenthumsrechts und der Interessen, nicht etwa blos der Aristokratie, sondern der Stiftungen, vieler Gemeinden und Privaten bewerkstelligt werden soll, ist nicht abzusehen. Wohl aber hat Eigenthumsrecht in diesem einen Punkte verletzt, wo wird denn das Ende sein, und mit welchem Rechte wird der Landmann, der Grund und Boden besitzt, sich dagegen aufstehen können, wenn Derjenige, der keinen besitzt,

nun auch sein Theil davon verlangt? Die Frage über Ein- und Zweikammersystem ist bekanntlich eine sehr strittige und möchte schwerlich gerignet sein, auf einer Versammlung von Laienleuten endgiltig entschieden zu werden. Der letzte Punkt — Verantwortlichkeit des demokratischen Privatin in ganz Deutschland" ist etwas unklar gefaßt, und es läßt sich wohl bezweifeln, ob die Mehrzahl der Versammlung ihn so gemeint hat, wie einzelne Eingeweihte ihn verstehen mögen. Ferner wurde von der Versammlung beschlossen: ein Aufruf zur Abbeugung aller „coalitionären Parlamentsmitglieder, namentlich der baierischen Abgeordneten, die gegen die Sistirung des *hinsichen* Waffenstillstandes gestimmt; eine Beifallsadresse an die linke Seite des Parlamentes und eine Adresse für Trennung der Schule von der Kirche. Die Versammlung ist in größter Ruhe und Ordnung ab."

Preußen. ⊙ **Berlin**, 11. Sept. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung nahm der Minisserpräsident Hr. v. Auerswald das Wort und erklärt: „Das Ministerium hat seinen Augenblick gezögert, seine Entlassung zu nehmen, und dieß dadurch begründet, daß das Princip, wonach der Versammlung die Festsetzung von Verwaltungsmaßregeln nicht zustehe, seiner Meinung nach streng zurückerhalten werden müsse, und in der Abstimmung vom 7. d. M. den Ausspruch eines Mißtrauensvotums Seitens der Versammlung zu erkennen glaube." Die Antwort des Königs auf das eingereichte Entlassungsgesuch lautet: „Ich bin mit der in Ihrem Berichte ausgesprochenen Ansicht, daß die konstitutionelle Monarchie nicht auftreckt erhalten werden könne, wenn der Versammlung die Festsetzung von Verwaltungsmaßregeln überlassen wird, einverstanden, Ich will aber dennoch aus den von Ihnen mitgetheilten Gründen die nachgesuchte Dienstentlassung bewilligen." — Der Ministerpräsident zeigte sodann der Versammlung noch an, daß Hr. v. Beckerath zum König beschieden worden sei). Die Versammlung vertagte sich sodann auf 2 Tage.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Elbing, 11. Sept. 3proz. **Mosall.** 75½, 4proz. 62, 3proz. 40, 2½proz. 40. 1834r 500 Fl.-Loose 124. 1839r 250 Fl.-Loose 84½. Bankaktien 1050. **Nordbahn** 102½. **Stuggart** 93. **Benedig-Mailand** 65. **Lombardei** —. **Livorno** 65. **Pfdbb** 58. **Siena** 53. **Kpenninenbahn** —.

Berlin, 10. Sept. **Inländische Fonds. Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch.** 73½ **Pr.**, 73½ **G. Sees. Prüm. Sch.** — **P.** — **G. K. u. Nm. Schuldv.** — **P.** — **G. Berl. Stadt-Obl.** — **P.** — **G. Westpreuß. Pfandbr.** 79½ **P.** 79½ **G. Großherzogl. Posen Pfandbr.** 4proz. 95½ **P.** 95½ **G.** 3½proz. — **P.** 77½ **G. Ostpr. Pfandbr.** — **P.** 86 **G. Pomm. Pfandbr.** 89½ **P.** — **G. Kur- u. Nm. Pfandbr.** 89½ **P.** — **G. Schlesische Pfandbr.** — **P.** — **G. Schlesische L. A. gar. Pfandbr.** — **P.** — **G. Preuß. Sch.-Anth. Sch.** — **P. 84 G. Friedrichsd'or** 13⅓ **P.** 13½ **G. Disconto** 3½, **P.** 4½ **G. Kleine Course.**

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 87½ **G. Berl.-Hamburg** 62 **G. Berl.-Stettin-Stargarder** 87½ **B.** 88 **B. Berl.-Potsdam-Magdeb.** 52½ **B.** 53 **B. Magdeb.-Halberstadt** 101½ **G. Magdeb.-Leipziger** — **. Halle-Thüringer** 50 **B.** 51½ **B. Köln-Minden** 75½ **B. Köln-Aachen** 54 **G. Bonn-Köln** — **. Düsseldf.-Elberfeld** — **. Steele-Vohwinkel** — **. Niederschles.-Märk.** 68½ **B.** 69 **B. Niederschles.-Märk. Zweigbahn** — **. Oberschles. Lit. A.** 89½ **B.** 89 **B. u. G. Lit. B** 89½ **P.** 89 **B. u. G. Kosel-Oderberg** — **. Breslau-Freiburg** — **. Krak.-Oberschles.** 42½ **B. Berg.-Märk.** — **. Stargard-Posen** 67 **B. u. G.**

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. A 84 **G. Starg.-Posen** — **. Brieg-Neiße** — **. Magd.-Wittenberg** 40½ **G. Aachen-Mastricht** — **. Thür.-Verbind.-Bahn** — **.**

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 83 **B. Berlin-Hamburg.** 89½ **B. Berl.-Potsdam-Magd.** 4proz. 78 **B.**, 5proz. 87½ **G. Magdeb.-Leipziger** — **. Halle-Thüringer** 82 **P. Köln-Minden** 90 **P. Rhein. v. Staat gar.** — **. Rhein. L. Prior.** — **. Rhein. Stamm-Prior.** — **. Düsseldorf-Elberfeld** — **. Niederschles.-Märk.** 4proz. 81 **B. u. G.**, 5proz. 93 **P.** 92 **G. Serie** 88½ **G. Zweibahn** 4½proz. — **.** 5proz. — **. Oberschles.** — **. Kosel-Oderberg** — **. Steele-Vohwinkel** — **. Breslau-Freiburg** — **.**

Paris, 11. Sept. 3proz. 45.25, 4proz. — **.** 5proz. 70 75. Schatz-Obl. 20. **Bankaktien** 1635. — **.** Siebenbürgationen 1140 — **.** Vier Kanäle 900. — **. Compt. von Mailand** — **.** — **. Belg. Syrup. von 1840** 79½, von 1842 79. — **.** 4½proz. — **.** 3proz. — **.** 2½proz. — **. Belg. Bank** 640. **Neap. 5proz.** 77.50. **Röm. 5proz.** — **. Span. 5proz.** — **. Aktive** — **. Passive** 2⅞. **Piem.** — **. Haiti** 195. — **. St. Germain** — **. Versailles (rechte)** 120. — **. (link)** — **. Orleans** 472.50. **Rouen** 935. — **. Havre** 200. — **. Marseille** 203.75. **Basel** 87.50. **Bierzon** 262.50 **Bordeaux** — **. Chemin** 366.25. **Nordbahn** 360. — **. Montereau** — **. Lyon** 368 75. **Straßburg** 348.75. **Nantes** 330. — **. Dieppe** 165. — **. Sceaux** — **. Montpellier** — **. La Teste** — **.**

Madrid, 6. Sept. 3proz. 19½ **G.** 4proz. — **.** 5proz. 10½ **G. Pass. Schuld** 4½ **G. Coup.** 7 **G. Ausw. Pass. Schuld** — **. Umtausch der Schuld** 5proz. — **. Proviz. Lit.** 3½ **G. St. Fernandobank.** — **. Disconto** — **. Wechselkurse: Paris** 4—0 **P. London** 48 **G.**

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag, 15. Sept.: „Der Pfarrherr", Schauspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Rasch, Kaufmann von Hambach. **Blod und Talbot**, Rentiers von London.

Gold. Hirsch. Beichdale und Lady Brickdale, aus England. Cyrzanowski, General aus England. Jadicki, Rentier von Turin.

Hotel Manlik. v. Rüd, Propriétär von Antwerpen. Unterberger, Privatier von Innsbruck. Morisse, Banker von Paris.

Gold. Hahn. Lenz, Offizier von Dublin. Baron de Perino, Propriétär von Paris. Rickert, Kaufmann von Leipzig.

Blaue Traube. Reichel, Anwalt von Leipzig. Brianchon, Schloßverwalter von Eschstüt. Breitenz v. Schrotenberg, von Bamberg. Andreä, Gutsbesitzer von Manth. Dr. Mayer, Advokat von Augsburg.

Stadtwaggarten. Kuhn, Domlayian von Würzburg. Kuhn, Alumnus von Würzburg. Läpl, Kaufmann von Baiden. Gerster, Kaufmann aus der Schweiz. Hetzle, Beamter von Regensburg. Sitzle, Kaufmann von Wien. Mack, Kaufmann von Bern. Klinkering, Gutsbesitzer von Windelheim.

Gestorbene in München.

Heinrich v. Kreuzer, königl. geh. Rath und Kabinetssekretär, 66 J. a. Barbara Becker, königl. Hauptmannswitwe, 48 J. a. Klara Schmid, Tischlerstochter v. h., 69 J. a. Aloisius Speidberger, Dienstknecht von Unterhaching, 48 J. a. Waldburga Wildenreuter, Bildhauerstiefgeerstau, 45 J. a. Johann Baptist Maier, Gärtner v. h., 53 J. a.

Reäulein Luise Tasche hat aus Gesundheitsrücksichten die Leitung ihres weiblichen Erziehungsinstituts niedergelegt, und den Unterzeichneten übergeben, welche nach Ertheilung aller gesetzlichen Bedingungen die obrigkeitliche Erlaubniß erhalten haben, dasselbe fortzuführen. Indem dieselben hiemit dieses zur allgemeinen Kenntniß bringen, fügen sie die Bemerkung bei, daß sie Anstalt in derselben Art und Weise, wie bisher, fortbestehen, der Unterricht in der französischen Sprache wieder durch eine vorzüglich gebildete, aus Frankreich berufene Institutrice ertheilt, und weder im Lehrplan noch Lehrpersonal eine Veränderung Statt finden wird. Der Lehrkurs beginnt am 16. Sept. 1848.

Dr. & L. Neumeyer.
Ludwigsstraße Nro. 31 f.

Bekanntmachung.

117. Die Wittwe Anna Juliana von Stigelsbon hat sich der Gantexekution entzogen und sich freiwillig dem Gantverfahren unterworfen.

Es werden daher die gesetzlichen Ersttäglage und zwar:

1) zur Anmeldung der Forderungen und deren gehörigen Nachweis auf

Montag den 16. Oktober l. Js.,

2) zur Vorbringung der Einreden gegen die angemeldeten Forderungen auf

Mittwoch den 15. November l. Js.,

3) zur Schlußverhandlung und zwar:

a) zur Replik auf

Freitag den 15. Dezember, und

b) zur Duplik auf

Samstag den 30. Dezember l. Js.,

jedesmal **Vormittags 8 Uhr,**

in der diesseitigen Gerichtskanzlei anberaumt, und hiezu sämmtliche bekannte und unbekannte Gläubiger der Anna Juliana unter dem Rechtsnachtheile vorgeladen, daß das Nichterscheinen am 1. Ersttäglage den Ausschluß der Forderung von gegenwärtiger Gantmasse, das Nichterscheinen an den übrigen Ersttägen aber den Ausschluß mit der betreffenden Handlung zur Folge habe.

Zugleich wird zur gerichtlichen Verteigerung des Gantanwesens, bestehend in einem Häuschen, ganz gut gebauten Wohnhause Nro. 9 in Stigelsbon, Plan-Nro. 3532 c, mit Nebengebäude und Hofraum zu 19 Dez., dann 14 Tagw. Acker, Holzmarken, Waalenmoos und Gemeinderecht, im Schätzungswerthe von 3082 fl., nebst Mobiliarschaft und Baumaterialien Zugehört auf

Mittwoch den 27. Sept.-dieser l. Js.

Vormittags 9 Uhr,

in loco Stigelsbon mit dem Bemerken anberaumt, daß die Gantlustigen am Versteigerungstage belangt gegeben werden, und der Zuschlag des Anwesens nach §. 98—101 der Prozeßnovelle vom 17. Nov. 1837 erfolgt.

Der erste Ersttäglag wird zum Versuche einer gütlichen Ausgleichung benützt, und den Gläubigern dabei vorläufig bemerkt, daß die bereits angemeldeten Posten sich auf 6584 fl., worunter 4500 fl. Hypothekalposten begriffen sind, dagegen die Aktiven blos auf 3515 fl. 57 kr. belaufen.

Zugleich werden alle, welche von dem Vermögen der Anna Juliana irgend etwas in Händen haben, aufgefordert, solches bei Vermeidung des nochmaligen Erlages, vorbehaltlich ihres Rechts, den Konkursgerichte oder den bestellten Massekuratoren, Jakob Keß von Stigelsbon und Anton Reß von Oberfeldwang, zu übergeben.

Immenstadt am 1. Sept. 1848.

Königl. bayer. Landgericht.
Der königl. Landrichter:
Kimmerle.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

⊙ **Frankfurt**, 11. Sept. Folgendes ist der Bericht der Minderheit der vereinigten Ausschüsse für internationale Verhältnisse und Centralgewalt über den Waffenstillstand vom 26. August in dem Herzogthume Schleswig. Berichterstatter: Abgeordneter Stedmann. „Nachdem die hohe Nationalversammlung in ihrer Sitzung vom 4. d. M. den Antrag des Abgeordneten des 4. Wahlbezirks von Holstein, G. Waitz, angenommen hat: daß über die zur Ausführung des rubrizirten Waffenstillstandes ergriffenen militärischen Maßregeln binnen 24 Stunden Bericht zu erstatten sei, und zwar durch die vereinigten rubrizirten Ausschüsse, und der Hr. Reichsminister des Aeußern, Abgeordneter Heckscher, als Mitglied des letzteren Ausschusses sich des Abkommens wegen erklärt, willig begeben hat, obwohl der Ausschuß selbst dazu keinen Grund fand: haben beide Ausschüsse nach zwei verschiedenen an demselben Tage gehaltenen Sitzungen mit 11 gegen 8 Stimmen sich dafür ausgesprochen, daß der Nationalversammlung über die Frage der Sistirung gedachter militärischer Maßregeln bejahend und ohne auf den Waffenstillstand selbst einzugehen, Bericht zu erstatten sei, und nehmen die Abgeordneten Dahlmann mit 13 Stimmen zum Berichterstatter gewählt. In der Sitzung des folgenden Tages, 5. Sept., nahm auf den empfehlenden Vortrag des Berichterstatters Abgeordneten Dahlmann, die Nationalversammlung die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes nöthigen militärischen Maßregeln mit 238 gegen 221 Stimmen an; und blieben beide vorhingenannten Ausschüsse beauftragt mit Berichterstattung über den Waffenstillstandsvertrag selbst. Am 6. d. M. waren sie in Besitz gelangt von dem gedruckten Texte der von dem Ergherzog Reichsverweser für die k. preuß. Regierung aufgestellten Vollmacht zum Abschlusse eines Waffenstillstandes, vom 7. Aug. d. J., der Vollmacht für den Unterstaatssekretär Max. v. Gagern, vom 9. Aug., des ersten Waffenstillstandsentwurfes von Malmoe, vom 2. Juli, des zweiten Entwurfes von Bellevue bei Berlin, vom 19. Juli, des wirklich abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrages von Malmoe, vom 26. Aug., sammt den 7 Separatartikeln und 2 Zusatzartikeln, so wie endlich des Briefes des k. preuß. Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt, Hr. Staatsminister Camphausen, vom 3. d. M. Die übrigen Akten, S. 1—92, wurden den 8. d. M. in den Abendstunden unter den Mitgliedern beider Ausschüsse vertheilt. Nachdem beide Ausschüsse heute ihre Sitzung vom 7. und 8. auf Grund eines Antrages des Abgeordneten v. Reden vom selben Tage, die Frage der Genehmhaltung für die von Kriegsherren betroffenen Akten u. s. w. besprochen und den Abgeordneten Zachariä zum besonderen Berichterstatter ernannt hatten, hielten die Ausschüsse den 9. und 10. noch zwei Sitzungen, in welchen die Analyse sämmtlicher vorhandenen Akten durch den auf sie hoc ernannten Berichterstatter Hr. Zachariä, so wie der Beschlußantrag festgestellt und als den Abgeordneten Dahlmann, Wurm und Kreumuz, vorgetragen wurden. Schließlich wurden die Anträge der Subkommission von den Abgeordneten Blum, Trützschler, Stenzel, Wippermann, Raumer und Gonard (von letzterem mit Vorbehalt einer Anfrage an den preußische Regierungs-Kommissär) als Ausschuß aller Gutheißung, also im Ganzen von 9 Mitgliedern angenommen, welchen die Gutachtung des Gutachtens der relativen Minorität von 9 Mitgliedern obliegt;*) vom Abgeordneten Lindenau der außer abgetrockte Antrag. Genehmigung des Waffenstillstandes unter folgenden Bedingungen: 1) daß die im 3. Satz des Art. VII. angeordnete Aufhebung der seit dem 17. März 1845 für die Herzogthümer erlassenen Verfüge, Verordnungen und Verwaltungs-Maßregeln aufgehoben sollen; 2) daß die Vorstände der einzigen Kommissionen, die zur interimistischen Verwaltung von Schleswig-Holstein und Lauenburg, von den Königen von Preußen und Dänemark niedergesetzen sind, von der Nationalversammlung ernannt werden; 3) daß über die Friedensverhandlungen nach Anleitung des in der V. Sitz. d. M. 48. enthaltenen Vorschlagen, von der Centralgewalt, unter Zuziehung der Nationalversammlung verhandelt werden möge; gestellt, welcher keine Unterstützung fand, und von zehn Mitgliedern: Zacharia, Mayern, Duncker, Flotwell, Schubert, Max. v. Gagern, Gombart, Würth und dem von ihnen gewählten Berichterstatter Stedmann ein Antrag angenommen, welcher am Schlusse des Berichtes vorzutragen ist. Bei der Prüfung des Vortrags vom 26. v. M. sind nun drei Gesichtspunkte genau von einander zu unterscheiden: 1) die Zulässigkeit der provisorischen Centralgewalt beziehungsweise der zuerst von der Bundesversammlung und darnach von der provisorischen Centralgewalt bevollmächtigten preußischen Regierung, sowohl in ihrem Verhältniß zur k. dänischen Regierung und anderen auswärtigen Mächten, als in ihren Verhältnissen unter einander, und die formelle und materielle Gültigkeit des Vertrags, welche durch jene Willkührlichkeit bedingt wurde; 2) die Frage, ob und inwiefern der Waffenstillstandsvertrag für Deutschland überhaupt und für Schleswig-Holstein insbesondere mit der Nationalehre verträglich oder unverträglich und in verschiedenen praktischen Beziehungen für Deutschland ꝛc. nützlich oder schädlich sei. Wenn es überhaupt nicht möglich ist, in den wenigen gegebenen Stunden mehr als einige Andeutungen über diese verschiedenen Verhältnisse zu geben und im übrigen auf die vorliegenden Aktenstücke zu verweisen, so wird es noch weit mehr höheren Rücksichten zuzuschreiben sein, wenn der Berichterstatter sich auf sehr kurze Bemerkungen beschränkt, deren Ausführung er der Erfahrung und dem Patriotismus der hohen Versammlung vertrauensvoll überlassen muß und kann. Die Krone Preußen hat schon den 2. April d. J. die dänische Erklärung vom 24. März, über die von Dänemark gegen das unbestreitbarste Staatsrecht der Herzogthümer Schleswig und Holstein prätendirte und intendirte ungerrennliche Verbindung Schleswig's mit Dänemark, welche durch eine gemeinschaftliche liberale Verfassung den Einverleiben angenehm gemacht werden sollte, vor das Forum der deutschen Bundesversammlung gebracht. Es hat durch Anrufung der einzigen damals für ganz Deutschland bestehenden gemeinschaftlichen Behörde, wenn auch damals nur aus den Gesandten der Regierungen bestehend, die schleswig-holsteinische Sache zur Nationalsache von ganz Deutschland gemacht. Die Bundesversammlung hat hierauf in eingeschlagen, auf welchem der Beschluß des aus eigenem Antriebe zusammengetretenen Vorparlamentes vom 31. März, Schleswig in den deutschen Bund aufzunehmen und in der konstituirenden Versammlung vertreten zu lassen, zur völkerrechtlichen Geltung Europa gegenüber gelangen konnte. Die Bundesversammlung hat Preußen ersucht, den Eintritt Schleswig's in den Bund zu vermitteln; Preußen hat das Mandat angenommen, und hauptsächlich mitgewirkt nach dem Bundesbeschluß vom 12. April die Räumung von Schleswig durch Waffengewalt zu erzwingen. Indessen erklärte Preußen schon den 13. April, daß es sein Mandat so auffasse, daß es jeder weiteren Veränderung das Status quo zum Nachtheil der Herzogthümer entgegenwirken habe, und denselben eventuell so weit wiederherzustellen, daß jene Bahl der Vermittelung nicht fälschlich verloren gehe. Darin wird der erste Rückschritt zu suchen sein zur Verleitung des Waffenstillstandes und kam erfuhr der aufgestellten Geschichtspunkte. Der Art. VI. besagt die Räumung beider Herzogthümer durch die Dänen, fälschlich immerhin der Hauptpunkt; es können sogar 2000 Mann Bundestruppen außer den von der dänischen Armee falschlich geleugneten schleswig'schen und holstein'schen Truppen in den Herzogthümern bleiben: es hat somit, von der auf der kleinen Insel Alsen verschiedenen Besatzung abgesehen, welche ohne Kriegsmaterial dorthin zu nehmen war, Preußen sein ursprüngliches Mandat in seinem wesentlichen Inhalte erfüllt. In Bezug auf das Verhältniß zu ganz Deutschland ist, wie aus sicherer Quelle berichtet werden kann, nie eine Anderung vorgekommen in allen bisherigen Verhandlungen, welche die Gültigkeit des Mandates der schleswig'schen Abgeordneten bei der deutschen konstituirenden Nationalversammlung in Zweifel zu stellen geeignet sein könnte. Es kann auch der 3. Absatz des Art. VII. des Waffenstillstandes unmöglich dahin gedeutet werden; es ist somit die oberste Entscheidung der schleswig'schen Wahlbezirke, die Versammlung rechtskräftig beschicken zu wollen, und der früher aufgestrorene und jetzt gesetzlich anerkannte Wille der gesammten deutschen Nation, die Schleswiger als Deutsche anzusehen, sattlich aufrecht erhalten. Einer Ansicht ist ferner nicht zu begegnen, welcher die frühere einzige Vertretung Schleswig's auf den vereinigten schleswig-holstein'schen Landtagen nicht ausschließt und dieselbe ganz im nationalen Sinne ergänzt. Auch in diesem Punkte ist also in dem Waffenstillstande keine Beeinträchtigung deutscher Volks- oder Nationalsouveränetät, wie solches sich bei der Vorparlamente und in der gegenwärtigen konstituirenden Versammlung ausgesprochen, oder bei Preußen, in welchem Preußen den 13. April das Mandat zu übernehmen erklärte, irgendwie zu finden, vielmehr ein Zustand aufrecht erhalten worden, welcher dem status quo ante ebenso wie in der norddeutschen Beziehung weit vorzuziehen ist. Weniger gerechtfertigt könnte allerdings die Eröffnung des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten erscheinen, dd. Berlin, 5. Mai d. J. (act. p. 1), in welcher derselbe die Räumung der an Jütland angrenzenden und der Nationalität nach vorherrschend dänischen Distrikte von Schleswig in Aussicht stellt, welche auch der preußische Gesandte in London in einem Schreiben vom 30. Mai z. J. (actor p. 19.) an den königlich-großbritannischen Minister des Auswärtigen erwähnt, und welche Lord Palmerston in seiner Antwort vom 19. auch aufgreift; allein da Preußen sich dabei an den freien Willkührlichen als offene Vermittlung an die Entscheidung der Bevölkerung selbst anknüpfen will, so wird die auf dem Willen des Volkes hervorgegangene konstituirende deutsche Nationalversammlung in diesen Eröffnungen nur die Anerkennung ihres eigenen Prinzips finden können und dasselbe für einige, vielleicht vorwiegend dänische Bezirke im nördlichen Schleswig nicht verlängnen dürfen. Es ist übrigens diesem Prinzipe durch den Waffenstillstand selbst so wenig präjudizirt, daß kein Fremder in die nördliche Grenze Schleswigs überschreiten darf. Auch in diesem Punkte beruft sich Preußen (S. 20, 3. 6 v. o.) auf die Entscheidung seiner Vollmachtgeber, des damals noch bestehenden Bundestages. Die Verwerfung der dänischen, sehr ungünstigen Vorschläge vom 18. Mai und die von Preußen gestellten Forderungen vom 12. Juni können übergangen werden, da sie zu keinem Resultate geführt haben; ebenso das Projekt von Malmoe vom 2. Juli. In dem Waffenstillstandsentwurf von Bellevue vom 19. Juli hat der preußische General v. Wrangel den Vertrag der Ratifikation des inmittels den 12. d. M. gewählten Reichsverwesers unterwerfen wollen; wie auch der preußische Minister Auswärtigen in seiner Instruktion für den preußischen Unterhändler, General v. Peltam, vom 27. Juli (actor p. 48.) bemerken anwies, nur unter Vorbehalt der Genehmigung des Reichsverwesers abzuschließen. Allein es ist erfolglich auf der Depesche des inmittels als Gesandter der vermittelnden Krone Schweden aufgetretenen Gesandten d'Ssoh-

*) Die Mitglieder E. M. Arndt und Claussen sind den 11. begetreten

(actor p. 44.), „daß Dänemark durchaus nicht auf den Ratifikationsvorbehalt einer dritten, bisher noch unbetheiligten Macht, deren Einstehung noch nicht einmal notifizirt war, eingehen wollte, daß es sich aber vorbehielt, alle Ehrfurcht und Rücksicht dem Oberhaupte einer großen und erlauchten Nation zu zollen, sobald dessen Funktionen natifizirt und regularisirt sein würden." Man ist in der That versucht zu glauben, daß Preußen in den ersten Tagen der eben entstandenen Centralgewalt nicht länger auf seinen Anerkennung bestehen konnte, denn seine im Widerspruche stehende Handlungen vorgekommen waren, wenn überhaupt die Unterhandlungen irgend Erfolg haben sollten. Preußen hat deßwegen den 5. August Wallmacht vom Reichsverweser erbeten, den Umständen gemäß zu handeln; und unter dem 6. dsl. hat das Reichsministerium der preußischen Regierung die gewünschte Vollmacht ertheilt. Hierdrin gehört nun zuvörderst die Genehmigung, daß die erwähnte Wallmacht zwar überhaupt gewünscht, jedoch nicht so gegeben worden sei, wie sie gewünscht worden sei. Es heißt nämlich in dem Schreiben des provisorischen Centralgewalt und auf Grund des Einverstes von Bellevue vom 19. Juli abschließen, und fügt folgende Bedingungen hinzu: 1) Daß die zur Bildung einer neuen gemeinsamen Regierung für die Herzogthümer Holstein und Schleswig zu wählenden Personen noch vor dem Abschlusse des Waffenstillstandes ausdrücklich und namentlich unter den kontrahirenden Theilen in solcher Art vereinbart werden, daß hierdurch der Behauptung, die gesetzlichen Obrigkeiten seien durch Regierung vorläufig entfernt. 2) Daß unter den in Artikel VII erwähnten, in den Herzogthümern „bestehenden Gesetzen und Verordnungen" ausdrücklich alle bis zum Abschlusse des Waffenstillstandes dafelbst erlassenen mit einbegriffen seien. 3) Daß die nach Artikel VIII in den Herzogthümern Holstein und Schleswig zu rückbleibenden Truppen sämmtlich unter den Befehlen des deutschen Oberbefehlshabers bleiben. Es kann nun nicht Sache des Berichtes sein, alle Unterschiede im Einzelnen hervorzuheben, welche zwischen den in dem Schreiben der Mitglieder der hohen Nationalversammlung befindlichen Akten vom 19. Juli und 26. August besonders unter obigen Bedingungen bestehen; es ist vielmehr jetzt an der Zeit, zu dem zweiten oben aufgestellten Gesichtspunkte, nämlich der Nationalehre und der Rücksicht überzugehen, bei dieser Gelegenheit das Einhalten, beziehungsweise Ueberschreiten der erhaltenen Wallmacht nochmals zu berühren. Es ist nämlich die Ansicht der Majorität des Ausschusses, daß der Vertrag vom 26. August kein bloß militärischer, sondern ein gemischter politischer ist, und als solcher allerdings der Mitwirkung des Reichsverwesers und der Nationalversammlung bedarf; daß aber derselbe Seitens der Nationalversammlung nicht verworfen, sondern dem Reichsverweser zu der im gemeinsamen Einverständniß vorzunehmenden Beschlußnahme nach §. 4 des Gesetzes vom 28. Juni l. J. mit dem weiter unten folgenden Antrage zu übermachen sei.

Es kommt nun zunächst darauf an, den Waffenstillstand in Bezug auf die ersten erwähnten Bedingungen, nämlich die Wahl der Mitglieder der neuen provisorischen Regierung der Herzogthümer, — welche deswegen so wichtig ist, weil diese Regierung nach Artikel VII, Absatz 3 das Recht hat, die sarmell aufgehabenen Gesetze und Verordnungen der bisherigen provisorischen Regierung wieder in Kraft zu setzen — allerdings durch die Wahl des Grafen Karl Moltke sind Preußen den Forderungen sicherlich verhelfe hat. Allein es ist Graf Karl Moltke schon faktisch gezwungen worden, das kaum betretene Land zu räumen, und nach einem Schreiben des Staatsministers Camphausen, kgl. preuß. Bevollmächtigter beim Reichsverweser, an den Reichsminister des Auswärtigen vom 9. d. M., hat der Graf Moltke sich nun der Unmöglichkeit der Uebernahme der Präsidentenstelle übergzeugt und ist als zurückgetreten zu betrachten. Hierdurch wäre also der Waffenstille der Herzogthümer gewahrt und ein Hauptbindernis der Einigung, welches auch die preußische Regierung zwar als ein solches anerkennt, aus dem Wege geräumt; über die ganz erwünschte Wahl der übrigen 4 Mitglieder wird sich der als Agent der Centralgewalt thätig gewesene Unterstaatssekretär Mar von Gagern erklären; — wenn also die im Artikel VII vorgesehene Einigung beider kontrahirenden Mächte über das fünfte Mitglied stattgefunden haben wird, so kann man annehmen, daß auch hier die Ehre und der Vortheil jetzt ganz auf Seiten Deutschland sind. Die zweite, der kgl. preußischen Regierung gestellte Bedingung ist freilich auch nicht inne gehalten worden; allein es ist doch auch nicht zu übersehen, daß jeder Waffenstillstand bestimmt ist, die gewaltsame Erzwingung des für jeden der streitenden Theile in äußerster Falle Erreichbaren zu finden, den Frieden zu ermöglichen, und also schon deßhalb jener Partei widersinnig offen zu halten, dessen Unmöglichkeit noch nicht faktisch erwiesen ist. Es hat aber Deutschland nicht bloß nicht die gesetzgebende Gewalt der Landesvertreter der Herzogthümer als eine ausschließliche anerkannt, sondern sagar ausdrücklich (wie in der Note vom 19. April §. 9 actor.) England gegenüber die Rechte des König-Herzogs wahren zu wollen gesucht. Dennoch hat der König-Herzog die seit dem 17. März von ihm selbst erlassenen Verordnungen ebenfalls fallen lassen und es der neuen Regierung überlassen, die nöthigen Verordnungen wieder in Kraft zu setzen. Namentlich fällt die dänische Erklärung vom 24. März über die Verbindung Schleswigs mit Dänemark, welche den Volksaufstand und den Krieg hauptsächlich veranlaßt haben, zu Boden. Die Ehre ist also bei den praktischen Vortheilen gewahrt, und der Vortheil wird von den Mitgliedern der neuen Regierung ihrer eigenen engern Heimath sicherlich mit Umsicht vindicirt werden. Ja der König-Herzog hat sich schon jetzt, laut Erklärung des dänischen außerordentlichen Gesandten von Reedtz, und Mittheilung des Hrn. Staatsministers Camphausen in dem erwähnten Schreiben vom 9. d. M. „zu den Modifikationen und Konzessionen bereit gezeigt welche für die Ruhe der Herzogthümer wünschenswerth erscheinen;" und somit abermals der laut ausgesprochenen Stimmie des Landes Folge zu geben versprochen.— Die dritte Bedingung ist allerdings auch nicht eingehalten worden, allein das Kommando der schleswig-holsteinischen Truppen auch dem König-Herzog, wiewahl er noch Hoheitsrechte besitzt, zur Ehre des zu Lande siegreichen Deutschlands nicht eingeräumt worden. Die Vertrauensmänner der gewählten Mitglieder der neuen Regierung hätte für Personen im Dienste des Königs; über eigene Ehre wäre mit jener der zurückbleibenden übrigen Bundestruppen im Einklange stehen. Die Dänen sind zur Ste unbesiegt; allein sie verziehten auf jede Landung, auf Blokirung der Häfen u. s. w., dieß wiegt das Kommando eines kleinen Truppentheils weit auf — in Bezug sowahl auf die Ehre als auf den Vortheil. Immerhin aber bleibt es unverkennbar, daß die preußische Regierung ihre Wallmacht überschritten hat. Die abendsammlung des Ausschusses hat es vereinigten Ausschusses gestern über den Gegenstand der vorliegenden Frage von der Hauptsache ganz aufscheiden und darauf den ersten Theil ihres unten folgenden Antrages begründen zu müssen. In Bezug auf den Waffenstillstand selbst wirft sich noch die Frage auf, ab und gegen wen Deutschland einen fernern Krieg führen wolle, im Falle es den Waffenstillstand durch sein höchstes Organ, den Reichsverweser und die konstituirende Nationalversammlung, nicht zu genehmigen beschließt. Die Noten des französischen Geschäftsträgers vom 16. August und des französischen Minister des Auswärtigen vom 8. d. W. gehen zuerst die Aufmerksamkeit auf sich: allein es steht zu erwarten, daß die Denkschrift (p. 58 seq. actor.) des Reichsministers des Auswärtigen das französische Kabinet vollständig darüber aufgeklärt haben wird, daß Deutschland nur sein gutes Recht verfaßt und keineswegs auf Eroberungen bedacht ist. Die französische Regierung und Volksvertretung werden mit Einsicht hieser Aktenstücke dem Ausspruche beitreten, daß den friedlichen Gesit zu befolgen, den der Schluß des französischen Schreibens vom 16. August, so wie manche andere Aeußerungen der höchsten Gewalten in Frankreich seit der Februarrevolution mehrfach und laut bekundet haben. Die Stellung Rußlands bietet sich laut der Depeschen des russischen Gesandten vom 30. April l. J. (p. 12 actor.) ebenfalls als eine durchaus friedliche dar. Die Krone Schweden, wie aus der Note des französischen Gesandten in Berlin vom 31. Juli ersichtlich ist, äußert sich ebenfalls auf die wohlwollendste Weise zu Gunsten der Beilegung des Schleswig'schen Streites. England war allen Mächten, erklärt zwar schon am 18. April, daß es die so lange Zahre mißverstandene und zuletzt in der Denkschrift des Reichsministeriums so bündig erläuterte englische Garantie vom 3. Juni 1720 aufrecht erhalten wolle, bemüht sich aber eben so unablässig wie Schweden, den Waffenstillstand herbeizuführen und den Frieden anzubahnen, wie aus der Depesche des Lord Palmerston vom 31. Juli hervorgeht. Allein bei den Allen, bei allen friedlichen Aeußerungen der benachbarten großen Staaten, darf man sich nicht verbehlen, daß schon am 30. April der englische und russische Gesandte aus dem Einfall deutscher Truppen in Jütland einen Kriegsfall machten. Es fragt sich daher, ob man dieser jetzt allein mögliche Zwangsmittel gegen Dänemark anwenden und die Gefahr übernehmen will, welche in belagter Note treffend als der allgemeine europäische Kriegsbrand bezeichnet wird, wenn damit die Entbehrungen des Handels an der deutschen Ostseeküste in Verbindung, samm den Aeußerungen des preußischen Ministers des Auswärtigen in den dem General Below gegebenen Instruktion vom 27. Juli, zu nimm der Theil des Ausschusses, in dessen Namen hier Bericht erstattet wird, Anstand, zur Verwerfung des Waffenstillstandes aber mit anderen Worten zur Fortsetzung des Krieges zu rathen. Im Gegentheil, der gegenwärtige Bericht stützt sich auf die Hoffnung, daß England seine guten Dienste auch ferner den in Deutschland mit ihm befreundeten Mächten widmen wird, um bald einen ehrenvollen und haltbaren Frieden mit Deutschland herbeizuführen. Deutschland ist ein Land voll natürlicher Widerstandskraft, von einer ehrenhaften Bevölkerung als gebietenden Willkuren bewohnt, welches kein anderes Land zu fürchten, allein eben darum kann es die Vermittlung einer verbündeten Macht annehmen, wie nach Art. X. des Vertrages vom 26. Aug. für die Ausführung des Waffenstillstandes, ohne seiner Ehre irgend etwas zu vergeben. Es wird zugleich eine andere seit Jahrhunderten der deutschen Nation nachgerühmte Eigenschaft auch bei dieser Gelegenheit zu wahren wissen, die Treue der Treue. Sollte irgend etwas bei dem Waffenstillstande von deutscher Seite verletzt sein, so wird doch die Nation durch die vom Reichsverweser der preußischen Regierung ertheilte Wallmacht sich wenigstens moralisch gebunden halten. Die hohe Nationalversammlung hat den §. 4. W. den Beschluß gefaßt, die Wirkungen des Vertrages zu sistiren. Die Nichtanerkennung war nicht das äußerste Mittel, welches der Beschluß bietet. Sie wollte die Wirkung eines völkerrechtlichen Vertrages, bestehen Mitglieds nach dem 4. Art. des Gesetzes vom 28. Juni an ihr Einverständniß gebunden war, nicht zugeben, bevor dieses Einverständniß ausgesprochen war, und das Einverständniß nicht aussprechen, ohne die Verhandlungen zu kennen. Jetzt kennt sie die Verhandlungen; jetzt mag sie nach hahem Rathschlusse ihre Anerkennung aussprechen; dann wird die Wirkung ihren ungehemmten Verlauf nehmen. — Durch die vorgedachten Erwägungen geleitet, stellen die obgenannten 10 Mitglieder der vereinigten Ausschüsse für internationale Verhältnisse und Centralgewalt folgende Anträge: I. Die deutsche Nationalversammlung beschließt: Im Hinblick auf eine durch die königl. preußische Regierung vermittelte Erklärung der dänischen Regierung, daß sie auf das Eintreten des Grafen Karl von Moltke-Rütschau in die interimistische Re-

gierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein verzichte, und auf Modifikationen und Konzessionen, welche für die Ruhe der Herzogthümer wünschenswerth erscheinen, bereitwillig eingehe; in der Voraussetzung, daß die Erklärung der dänischen Regierung auch für das Herzogthum Lauenburg zu verstehen sei; in der Voraussetzung, daß die erwähnten Zusagen sofort durch Vermittelung der Centralgewalt in Erfüllung gehen werden: 1) daß der Waffenstillstand vom 26. August l. J. ihrerseits nicht weiter beanstandet werde; 2) daß die Friedensunterhandlungen mit Dänemark durch die provisorische Centralgewalt direkt und unverzüglich zu eröffnen seien. — II. Die Nationalversammlung beschließt: Daß sie nach Einsicht der Verhandlungen über die Verhältnisse Deutschlands zu Schleswig, vom 2. April bis zum 26. August l. J., den Abschluß für Centralgewalt beaustrage, über das von der provisorischen Regierung mit der provisorischen Centralgewalt gegenüber eingehaltene Verfahren der Nationalversammlung zu berichten. Duncker. Flottwell. Max Gagern. Gombart. Mayern. Schubert. Stetmann. Würth. Zachariä. Zeneili.

Hieher gehört noch das folgende Schreiben (tiefen wesentlichen Inhalt wir bereits mitgetheilt) des kgl. preußischen Bevollmächtigten bei den Centralgewalt, Hrn. Camphausen, an den Reichsminister für die auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. Heckscher: „Herr Minister! Nach Empfang der Waffenstillstandsbedingungen habe ich sofort der königl. Regierung die Bedenken vorgetragen, welche die Wahl des Grafen Moltke-Rürchau zum Vorsitzenden der provisorischen Regierung für Schleswig-Holstein veranlassen mußte. Die königl. Regierung theilt mir dieserhalb mit, daß sie die Ueberzeugung habe, es sei der Graf von Moltke von der Unmöglichkeit der Uebernahme des Präsidiums abgekommen und es werde dieß durch Bezeugung von den dänischen Bevollmächtigten getheilt. Der Graf Moltke hatte das Herzogthum verlassen und möchte als zurückgetreten anzusehen sein. Der dänische Bevollmächtigte, Hr. v. Reedz, hatte erklärt, daß Se. Maj. der König von Dänemark bereit sein werde zu Modifikationen und Konzessionen, welche für die Ruhe der Herzogthümer wünschenswerth erscheinen. Frankfurt a. M., den 9. September 1848. (gez.) Camphausen."

A. Frankfurt, 12. Sept. (Schluß des Berichts über die 76. Sitzung der Reichsversammlung.) — Bei §. 16. wurde die Debatte von mehr als 100 Mitgliedern verlangt. Es sprachen über denselben Deiters, Dieringer, Mittermaier; die beiden ersteren wollen den zweiten Satz des Entwurfs gestrichen wissen, da er im Widerspruche mit der Selbstständigkeit der Kirche stehe. Mittermaier vertheidigt den Entwurf besonders mit Rücksicht auf die Erfahrungen in Belgien, und beantragt den Zusatz, daß die Religionsverschiedenheit kein Ehehinderniß bilde und daß die Civilstandsbücher von bürgerlichen Behörden geführt werden. — Man verlangt den Schluß der Debatte und schreitt zur Abstimmung, in Folge deren der §. 16. sich folgendermaßen gestaltet: „Die bürgerlichen Wirkungen der Ehe ist nur von der Vollziehung des Civilaktes abhängig; die kirchliche Trauung kann erst nach der Vollziehung des Civilaktes Statt finden. Die Religionsverschiedenheit ist kein bürgerl. Ehehinderniß. Die Standesbücher werden von den bürgerlichen Behörden geführt." — Der Berichterstatter des Schulausschusses beantragt die Berathung über Art. IV. (§. 17 f.) so lange vertagt werde, bis der Bericht dieses Ausschusses gedruckt und vertheilt sei, und da sich der Referent des Verfassungsausschusses (Waitz) damit einverstanden erklärt, so wird die Festsetzung der Berathung über die Grundrechte ausgesetzt. Schließlich werden noch die beiden Berichte über die schleswig'sche Sache verlesen und zur Berhandlung der Sache nach Beschluß der Majorität der Versammlung Sitzung auf nächsten Donnerstag anberaumt. — Der Reichsverweser hat die Herrn Römer und Reh zu sich rufen lassen.

Deutschland.

Bayern. — *München, 15. Septbr. J. kais. kgl. hr. Frau Herzogin Adelgunde von Modena, geb. königl. Prinzessin von Bayern, und Se. kais. kgl. Hoh. Erzherzog Albrecht von Oesterreich sind auf der Reise nach Modena am 11. durch Innsbruck gekommen.

Von den Bamberger Zischtigungen sind aus Straßburg Briefe eingetroffen, die den dortigen Aufenthalt nicht gerade mit rosigen Farben schildern. Namentlich scheint die politische Beobachtung gegen die Fremden sehr strenge, weit strenger, als unter Ludwig Philipp zu sein. Daß die Rothlaken über eine solche Republik nicht sehr erbaut sind, läßt sich denken. Ein großer Theil der Flüchtlinge soll deshalb beabsichtigen, nach Nordamerika auszuwandern. Dort können sie jedenfalls von manchen Täuschungen gehörig verdauen; dort ist es wenigstens aus mit dem Prosetenmachen, dort heißt es arbeiten. (Kantier. J.)

Nürnberg, 14. Sept. Der hiesige konstitutionelle Verein hat in einer gestrigen Sitzung auch seinerseits vollkommen anerkannt, daß der von der Nationalversammlung gefaßte Beschluß auf Sistirung des Waffenstillstandes mit Dänemark eben so sehr in gutem Rechte beruhe als zur Ehre Deutschlands gereiche, und diese Gesinnung durch Anschluß an die von dem Nürnberger Volksverein kürzlich beschlossene Adresse bethätigt. Dabei hat er jedoch auch die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die bei jenem Anschluß in der Minderzahl verbliebenen Abgeordneten, welche die Frage über die Sistirung des Waffenstillstandes erst bei der Beschlußfassung über den Waffenstillstand selbst erledigt wissen wollten, deßhalb noch keineswegs Mißtrauen in ihre Gesinnung verdienen und zu Verdächtigungen Anlaß zur förmlichen Abberufung, wie er von anderer Seite ergangen ist, in keiner Art gerechtfertigt erscheine. (N. Kor.)

Großherzogthum Baden. — Freiburg, 11. Sept. Sicherm Vernehmen nach steht für unser Großherzogthum eine außerordentliche Conscription in Aussicht, welche die in den Jahren 1824, 1825, 1826 und 1827 Geborenen umfaßt und mit deren Bevorbeiten sofort begonnen worden soll. Ferner verlautet, es sei die Anordnung getroffen worden, daß bei der diesjährigen ordentlichen Conscription alle Militärpflichtigen hinsichtlich ihrer Tauglichkeit untersucht und vorläufig nach den Waffengattungen qualifizirt werden. (N. Freib. Z.)

Schleswig-Holstein. Kiel, 9. Sept. Gestern hat Hr. v. Below (welcher sich mit dem Kammerherrn v. Reedz in Schleswig befindet), an die Herren O.-A.-G.-Rath Preußer, Graf Reventlow zu Jersbeck, Baron v. Heintze und Landvogt Thygen die Aufforderung erlassen, die neue Regierung Schleswig-Holsteins zu bilden, sich selbst ein fünftes Mitglied als Präsidenten wählen zu können. Inteß ist auch dieses Ansinnen abgelehnt worden, in Folge der Beschlüsse der Landesversammlung vom 4. September. (H. B.-H.)

Preußen. Berlin, 12. Sept. Die heutige Spenersche Zeitung enthält einen längeren Artikel in verschpalicher Sprache über die Waffenstillstandsfrage. Der Grundgedanke ist wohl in dem folgenden Satze enthalten: „Preußen allerdings muß seinen Waffenstillstand halten, aber es kann unbeschadet seiner Selbstständigkeit und seiner Zugehörigkeit zu Deutschland, zu diesem wie zu Dänemark ganz in dasselbe Verhältniß treten, wie bisher Oesterreich."

Berlin, 8. Sept. (Allg. Ztg.) Die Linke hat mit Takt, Schleunigkeit, Uebereinstimmung gehandelt. Es ist heut ziemlich ausgemacht, daß sie das Resultat der Schlacht vorausberechnet und gewußt hat. Daher ihr Vertrauen, ihr Ablehnen jedes Vermittlungsvorschlages; die Vikparitionen, die vor der Sieg zu feiern, wie ihn der Schein und die Wahrscheinlichkeit brauchte und Hoffstreude zu geben wähnte, waren im voraus getroffen. Da standen die bereit welche Stein, die welche Waldeck auf die Schultern laden mußten, da der Wagen in dem jener im Triumph nach der Friedrichstraße fahren sollte; auf der Opernplatztreppe war das Impromptu für den Volksredner Müller bereitet. Nur Einen hatte man klugerweise nicht ins Vertrauen gezogen, den Agitator Gelb, ließ man auf eigene Hand operiren; man ließ ihn furcht vor der Polizeiwillkühr verbreiten, damit der Schein des im voraus Abgemachten vermieden werde. Hätte die Rechte mit demselben Takt, derselben Klugheit um Uebereinstimmung gehandelt, wäre das Resultat eines anderes. Ein Ministerium aus der Linken bringt diese Künste mit. Ist es darum vom Uebel? Aber die Grundsätze der Linken? Sie modifiziren sich im Amte. Aber Würde, Ansehen für das Amt? Wo ist altes deutsches Sprichwort sagt: „Amt bringt Verstand." Daß es viele kalt überrieselt bei der Vorstellung an ein Ministerium: Waldeck, Rodbertus, v. Berg, v. Unruh (auch diesen nennt man) ist begreiflich, wir sahen aber schon viele Dinge als Wirklichkeiten, von denen unsere Philosophen sich nichts träumen lassen, und wir werden noch mehr sehen. Vielleicht sind die Schauer bei denen am Rüsten, die ihnen Glück wünschen, am stärksten. Sie sollen vielleicht Minister sein? Welche Verantwortung übernehmen sie! Waldeck machte auf den Schultern seiner lebendigen Carpathen ein bitter ernstes Gesicht; es verlieh ihn, wie man behauptet, den ganzen übrigen Tag nicht. Man sagt das auch von andern. Und wird Rodbertus Polizeiminister so zweifle ich, daß er damit sein Amt anfängt die Konstabler abzuschaffen.

Berlin, 8. Sept. (Köln. Ztg.) Mit dem gestrigen Tage sind wir wieder mitten in die Revolution zurückgeschleudert, mit ihm ist und der Beweis geliefert, daß der Boden, auf dem unsere neuen Zustände wurzeln sollen, noch ein sehr vulkanischer ist, und erst die Zukunft wird lehren, ob von dessen gestrigem Erbeben das Staatsgebäude nicht unheilbare Risse bekommen hat. Die Sing-Akademie war den ganzen Tag von Tausenden umlagert, der leidenden Volksfreunde der Sitz der Präsidenten des Lindenklubs und andere Träger des „entschiedensten Fortschritts" fehlten natürlich nicht, und auch Hr. Held durchzog die harrenden Massen, gefolgt von einer starken Proletarier-Leibwache, damit der Eifer des Volkes nicht erkalte. Die souveränen Urwähler Berlins bielten während der ganzen Sitzung den Eingang der Versammlung, das Vorhaus und selbst einen Theil der unteren Treppe besetzt, erfrischten sich am Büffet und zu Essen, rauchten Cigarren mit Barrikadenfeuer, welche Knaben mit lauter Stimme, das Stück für einen Dreier, feilboten. Selbst das den Abgeordneten ausschließlich reservirte Erfrischungszimmer war vom souverainen Volke buchstäblich gefüllt, und nur mit Mühe gelang es einigen Deputirten der Linken (Jakobi u. A.) diesen letzten Zufluchtsort einiger Maßen zu entsetzen. Hinter den Stühlen dieser Demokratenschaar auf der Berhandlung herrscht hier nur Eine Stimme. Ich erlaube mir, Sie daran zu erinnern, daß ich Ihnen schon im Juni schrieb, die Versammlung berathe nicht frei unter dem Einflusse einer umlagernden, von Zeit zu Zeit in Hurrahs oder Drohrufe ausbrechenden Menge; heute bin ich überzeugt, daß, wenn die Provinzen nicht unverzüglich und mit aller Kraft gegen die Verlegung der National-Versammlung antragen, ihnen nicht die Verfassung und die Gesetze ihrer gewählten Vertreter werden wird, sondern nur diejenigen Institutionen, welche jenen von unseren hiesigen Klubmännern, mit rothen Federn am Hut, diktirt werden. Auch auf unsere Presse übt der Terrorismus bereits denselben Einfluß wie im Juni, wie Sie aus dem plötzlich veränderten Tone derselben (namentlich der „Spenerschen Zeitung") bemerken werden. Sprechen sich Provinzen nicht unverzüglich kräftig und mit entschiedenen Ihre Abgeordneten den hiesigen Einflüssen, so wiederholt sich bei uns der Entwickelungsgang der ersten französischen Revolution, eine

kleine, aber unermüdliche und kühne Fraktion wird die Schreckensherrschaft erringen über die große, aber indolente oder — feige Masse!

Oesterreich. — * Wien, 11. Sept. Ich hatte in meinem Gestrigen vergessen, daß die radikalen Klubs aller Schattirungen sich im Odeon zu einer Generalversammlung über die ungarischen Verhältnisse veranlaßt wollten. Dies geschah auch und die Herren Saufenau und Schuselka ließen in langen Reden Ströme von „sittlichem Unsinn" und strikternder Unsittlichkeit los! Am schimmelnden Faden natürlichverwerfe Jellachich und Radetzky weg. Daß Letzterer sich mit dem Banus zur Niederdrückung aller Freiheit zuerst in Ungarn, dann auch in Oesterreich vereinigt, wurde bis zur Evidenz bewiesen. Wunderbar ist es, daß ich den Namen des Tyrannen Windischgrätz nicht vernahm! Die anwesende Menge sog begierig das radikale Evangelium ein und ist ob dadurch seine geringe Anfregung entkommen, so daß man Truppen und Polizeigarden zu Konzigniren für nöthig fand. Daß der gesinnte, von der Nationalitätswuth nicht angesteckte, klar sehende Theil unserer Bevölkerung in das Geschrei für die ungarische, bereits halbvernichtete Sache nicht einstimme, können Sie sich denken.

Das Gesetz über die Aufhebung des Unterthänenverbandes und die Entlastung des bäuerlichen Besitzes hat am 7. Sept. die kaiserliche Sanktion erhalten und ist bereits amtlich verlautbart worden.

Nach der Allgemeinen Zeitung unterliegt es keinem Zweifel, daß der Waffenstillstand mit Sardinien auf weitere 6 Wochen verlängert wird. — Rosenth's Regiment in Ungarn geht sichtlich zu Ende, ganze Komitate erklären sich jetzt schon gegen ihn. Die von Wien zurückkehrende Deputation wurde an mehreren Orten geradezu feindselig, sogar mit Gewehrfeuer empfangen, weil die Herren rothe Federn auf den Hüten trugen. Inzwischen hat Kossuth 16000 Mann Rekruten ausschreiben und einstellen lassen, ohne die Sanktion des neuen Rekrutirungsgesetzes abzuwarten. Diese 16000 Mann stehen nun im Lager bei Waitzen, um nöthigenfalls nach Pesth kommen zu können. Am 10. und 11. hat Jellachich die Donau wirklich an drei Punkten überschritten, so daß er allerdings bald Pesth bedrohen dürfte. Er hat an die Armee, an die Ungarn und an die österreichischen Völker Proklamationen erlassen, in welchen er sich über seine loyalen Absichten und Absichten äußert und ausspricht.

* Triest, 10. September. Der sardinische Admiral Albini scheint doch endlich zur Absicht von Venedig sich entschlossen zu haben. Gestern früh schon hatte ein sardinisches Dampfboot die Nachricht gebracht, derselbe werde im Laufe des Tages mit den piemontesischen Truppen an Bord absegeln, und Nachmittags 3 Uhr kam ein anderes Schiff mit der Meldung hier an, daß die sardinische Abtheilung des Geschwaders nicht mehr in den Gewässern von Venedig sich befinde. Allein heute ist man wieder anderwärts der Sache irrig. Sind wir von diesen Sätzen befreit, so können und andere nicht minder unbequeme kommen zu wollen. Wir erhalten nämlich aus Korfu vom 5. Nachricht, daß dort am 3. von Messina her kommend nach dreitägiger Fahrt zwei französische Kriegsschiffe nämlich das Linienschiff „Jupiter" von 84 Kanonen, Kapitän Lugeot, und die Fregatte Phönix, Kapitän Gervais, der zugleich als älterer Offizier den Oberbefehl über beide Schiffe führt, eingelaufen waren, und nachdem sie sich Pilotten verschafft, ihre Fahrt hierher fortsetzten. Indessen waren hier durch widrigen Wind bis gestern noch im Kanal von Korfu zurückgehalten, und da der Wind noch so bald nicht umschlagen zu wollen scheint, so könnten immerhin noch 10—12 Tage verstreichen, ehe sie hieher gelangen. Was sie hier sollen, weiß niemand. An feindselige Absichten glaubt man nicht, vielmehr nur an eine Demonstration, durch welche die französische Regierung nur der Partei der Schreier in Frankreich selbst eine Art von Befriedigung geben wolle, um sagen zu können, daß die französische Flagge im adriatischen Meere wehe, und daß man zum Handeln bereit sei, wenn die Umstände es erfordern sollten. Es wäre so nicht unmöglich, daß wir bald auch einige englische Kriegsschiffe zu sehen bekämen, denn Admiral Parker, welchem die von den französischen Kriegsschiffen eingeschlagene Richtung im ersten Augenblicke entgangen zu sein scheint, wird sie schwerlich außer Augen lassen, sobald er von ihrer Fahrt unterrichtet sein wird. Der Befehlshaber der französischen Kriegsschiffe soll übrigens selbst schon zu Korfu geäußert haben, daß von feindseligen Absichten gegen Oesterreich keine Rede sei. — Heute früh 6 Uhr ist endlich unsere österreichische Flotte aus unserm Hafen ausgelaufen, wohin? kann ich nicht angeben. Nur eine Fregatte und eine Korvette sind zurückgeblieben.

Oesterreichische Wochenschau.

* Pesth, 9. Sept. Von mehren Seiten laufen Berichte ein, welche für die ungarische Sache sehr ungünstig lauten. In vielen Städten und Festungen haben die Einwohner Conservatien gehalten und beschlossen, bei Annäherung der Armee das Banner derselben Deputationen mit weißen Fahnen entgegen zu senden, und indessen die habsburgisch-kaiserlichen Fahnen auf allen Häusern aufzupflanzen. — Hrabowsky hat die Pforte verlassen, einen vom Wiener Ministerium erhaltenen Befehl, sich mit den Insurrektionen in die Festung von Petrowardein zurückzuziehen und im Kampfe zwischen den Magyaren und Serben gänzlich neutral zu bleiben, gegeben zu haben. Nichtsdestoweniger erhielten darauf die Offiziere und Soldaten Nachricht davon und haben beschlossen sogleich erklärt, sie würden, im Falle der Befehl nicht sofortig gemacht werde, Petrowardein verlassen und sich in das feindliche Lager bei Jarak begeben! — Der Banus hat aus seinem Hauptquartier dissseits der Save zwei Proklamationen erlassen. Die erste ist an die Völker des Kaiserstaats, die zweite ist an die Armee gerichtet. Erstere beruft sich, gegenüber den Trennungsbestrebungen der Magyaren, auf die pragmatische Sanction. Der Aufruf an die Armee beginnt mit den Worten: „Die kroatischen und slavonischen Gränzruppen betreten unter meiner Führung den Boden des Königreichs Ungarn, dessen Schutz Euch anvertraut ist. Seyd in uns keine Feinde — die österreichischen Fahnen wehen in unsern Reihen — der Doppeladler, auf hundert Schlachtfeldern das Wahrzeichen des Ruhms und der Ehre, wird wie zum Symbol des Aufsehns und des Treubruchs werden."

Schweiz.

Basel, 12. Sept. Gestern, Montags 11. Sept. übergab Hr. Ravenux der Gesandte Deutschlands bei der schweizerischen Eidgenossenschaft dem Präsidenten der Tagsatzung in feierlicher Audienz auf der Stift seine Kreditive. Nebst dem gewöhnlichen Curialstyle enthielt die Rede des Hr. Gesandten und Stellvertr. Bgrm. Zehnder und Präs. Schnyder von Luzern, Reg. Rath Briatte und Jeanrenaud-Besson. Hr. Ravenux ist der Ueberbringer folgenden Schreibens des deutschen Reichsverwesers an Schultheiß und Staatsrath des Kts. Bern, als eidg. Vorort:

„Gerechte Herren und liebe Freunde! Die verfassungsgebende Versammlung zu Frankfurt a. M. hat mich in ihrer Sitzung vom 28. Juni d. J. zum Reichsverweser auf Deutschlands Dauer erwählt. Indem die deutsche Nation den in ihrem Namen der Einheit verwirklichte, hat sie mir eine Gewalt anvertraut, die ich mit der patriotischen Zustimmung der deutschen Fürsten, durchdrungen vom Gefühle der höchsten Pflichten, angenommen habe. Diese Gewalt ist heroßen, eine neue und rechtmäßige Stelle im Rathe der Völker einzunehmen. Ich zeige die Uebernahme der provisorischen Centralregierung Deutschlands Ihnen, gerechte liebe Freunde, mit befreundeter freudiger Theilnahme der Gesinnung an, Land und Volk der Schweiz sind mir bekannt, vertraut; ich gedenke vieler wackerer schweizerischer Männer, deren gute Wünsche mich in meinem Berufe geleiten, und es ergreift mich die Aehnlichkeit der Aufgaben, von deren Lösung für Deutschland, wie für die Schweiz das Heil der kommenden Tage abhängt. Möge es beiden Völkern gelingen, die Freiheit zu befestigen und die Einheit zu kräftigen, ohne wohlthätige Eigenthümlichkeit zu zerstören! Ich beantrage den Obliegenheiten der deutschen Reichsverwesung, Ihrem Wohlwollen, Ihrem gerechten, liebevollen Schutze, Ihrer Ueberwachung, die meiner herzlichen Freundschaft für die Schweiz zu verschern und zur Anknüpfung des völkerrechtlichen Verkehrs zwischen den obersten Gewalten Deutschlands und der Schweiz, soviel an ihm ist, beizutragen. Stets werde ich die aufrichtige Hochachtung und die Bereitwilligkeit zu jeder freundlichen Gefälligkeit bethätigen, womit ich verbleibe, gerechte Herren und liebe Freunde, Ihr wohlgesinnter (gez.) Johann. Frankfurt, M. 29. Aug. 1848 (gegen.) Heckscher. Gleichzeitig mit diesem freundlich gehaltenen Schreiben des Erzherzog-Reichsverwesers meldet der „Bersfrd", sey von der badischen Regierung eine Replik auf die Antwort der Tagsatzung in Betreff der Flüchtlinge an den Vorort gelangt. Zugleich aber haben Baden und die anderen südwestlichen Staaten eine gegen die Einfuhr von Schweizer Weinen in dem Grade beträchtlich höhere Mostgrad ergrifen, daß sie einem gänzlichen Verbote gleichkommt. Der Bersfrd. bemerkt sagt: „Die Eidgenossenschaft wird gegenüber dieser neuen, nachbarlichen Plackerei gewiß die geeigneten Schritte einzuhalten wissen und beweisen, daß sie sich nicht ungeahndet necken läßt." Und will es schrinen, die Eidgenossenschaft habe durch Duldung der Flüchtlingsumtriebe dicht an der Grenze zuviel des Guten der Nedkereien bereitet; man wird nun auf diesen Fehler sich gegenseitig mehr und mehr berufen können, aber gewiß weder zum Vortheil der Einen noch der Andern. (B. Z.)

Frankreich.

** Paris, 11. Sept. Die Nationalversammlung hat heute den Antrag des Herrn Creppel de Latouche in Betreff der Bestrafung der Preßvergehen während des Belagerungszustandes, zu dem Zwecke die Presse vor Willkühr und Gewaltsamkeiten sicher zu stellen, in zweimaliger Abstimmung Ohne es in voraussichtlich Form mit 643 gegen 63 Stimmen, also mit enormer Mehrheit verworfen. — Hr. Lamartine soll den Posten als Botschafter zu Wien angenommen haben, und dahin abgehen, nur Frankreich bei den Unterhandlungen wegen Italiens zu vertreten. — Alle Maueranschlagen haben in Folge des Dekrets, daß dessen sie nun 12 statt wie bisher 14 Stunden bei Tage anhalten sollen, ihre Arbeiten eingestellt. — Im Departement der Ariege ist es bei den Wahlen zu legitimistischen Kundgebungen gekommen, welche eine gerichtliche Untersuchung veranlassen.

Nachschau.

λ. Frankfurt, 13. Sept. Die Bildung eines neuen Ministeriums ist noch immer nicht gelungen; und Hr. Heuwan hat, wie ich höre, wenigstens vorläufig auf das Zustandebringen eines solchen verzichtet. — Die Versuche sind so grossen Thätigkeit, und ihr Verhalten gegenüber der Nationalversammlung ist so bei den Wahlen zu legitimistischen Kundgebungen gekommen, welche eine gerichtliche Untersuchung veranlassen.

Nachschau.

λ. Frankfurt, 13. Sept. Die Bildung eines neuen Ministeriums ist noch immer nicht gelungen; und Heuwan hat, wie ich höre, wenigstens vorläufig auf das Zustandebringen eines solchen verzichtet. — Die Versuche sind so grossen Thätigkeit, und ihr Verhalten gegenüber der Nationalversammlung ist so bei den Wahlen zu legitimistischen Kundgebungen gekommen, welche eine gerichtliche Untersuchung veranlassen.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 69.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Sonnabend den 16. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Ertheilungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 16. September.

Es wurde nach allerhöchstem Dekret vom 8. Sept. der Appellationsgerichtsassessor Dr. Karl Anton. Bischoff in Bamberg zum Regierungsfinanzassessor extra statum mit Verwendung im k. Staatsministerium der Finanzen ernannt; nach allerhöchstem Dekret vom 9. Sept. der Revierförster zu Weil, Franz Reindl, mit Anerkennung seiner treuen Dienstesleistung in den Ruhestand, an dessen Stelle der Revierförster zu Waldenfels, Seraphin Reichwalter, auf sein Ansuchen versetzt, und zum Revierförster in Waldenfels der Forstamtsaktuar in München, Franz Schreyer, provisorisch ernannt; nach allerhöchstem Dekret vom 10. Sept. der Regierungsassessor und Fiskaladjunkt Dr. Eduard Hassold in Würzburg zum Finanzassessor daselbst und an dessen Stelle der funktionirende Fiskalbeamte und Fiskaladvokatursaccessist Friedrich v. d. Pfordten provisorisch ernannt; nach allerhöchstem Dekret vom 12. Sept. der Revierförster Friedr. Reindl zu Loisach auf Ansuchen auf das erledigte Forstreviet Mantel versetzt.

Die gegenwärtige Krise Deutschlands.

** Wir theilen unsern Lesern nachstehend ein Schreiben aus Frankfurt von einem Manne mit, der das Getriebe der Parteien in der Nähe zu schauen lange Gelegenheit hatte. Möchten die beachtenswerthen Ausschlüsse und Andeutungen, welche dieses Schreiben gibt, überall die verdiente Beherzigung finden.

△ Frankfurt, 12. Sept. Nichts konnte der wühlerischen Partei gelegener kommen als das drohende Zerwürfniß zwischen Nord- und Süddeutschland wegen des Waffenstillstandes mit Dänemark. Sie glauben nun schon gewonnenen Spiel zu haben; die freudestrahlenden Gesichter der Herren der Äußersten Linken sind der deutlichste Spiegel ihrer neuerwachten Hoffnungen. Wird der Waffenstillstand verworfen — so rechnen sie — so stehen Preußen allein und abgesondert von übrigen Deutschland da, und damit wäre die Machtlosigkeit und der baldige Untergang der Zentralgewalt entschieden, die ihnen ein wahrer Dorn im Auge ist. Die unbedingte Gewehrung aber wäre ihnen noch lieber. In diesem Falle rechnen sie mit Sicherheit auf einen durch die Agenten der Sache hervorgerufenen offenen Aufstand in Schleswig-Holstein und Aufreizung der Republik daselbst. Die Reichsversammlung würde dann nach ihrer Berechnung die Achtung des Volkes verlieren, die Auflösung des Waffenstillstandes unmöglich sein. Alle Hebel und Triebfedern sind bereits in Bewegung gesetzt, um auch in Baden, den beiden Hessen, den Rheinlanden, vielleicht sogar in Thüringen neue Aufstände und Wirren zu erregen. Es ist immer und überall die alte Taktik: man arbeitet auf allgemeine Verwirrung und Rathlosigkeit hin, sucht Zwietracht zu erregen zwischen den Völkern und Regierungen, bieten die Mittel in ihrer Vertheidigung zu entstehen, das Ansehen der Gesetzgewalt herabzusetzen vor In- und Ausland, und so wenn dann ein rechtes Durcheinander, eine moralische und materielle Anarchie, ein Chaos herbeigeführt wäre, im Trüben fischen und offen die Fahne der rothen Republik aufstecken zu können. Sie haben ohne Zweifel aus den Zeitungen ersehen, wie die rothe Fahne neulich bei einer Volksversammlung (bei der in Grunde nichts fehlte als das wirkliche Volk) zu Weinheim in Baden offen aufgesteckt wurde. Bei einer andern vor wenigen Tagen erst zu Achern, gleichfalls in Baden, gehaltenen, und welcher Izstein, Brentano, Kuenzer beiwohnten, spielten das Heckerlied und die allenfallsigen Lobrede Republik gleichfalls die Hauptrolle. Nach dem Rhein hat man Aufreizlinge geschickt, um das Volk zu bearbeiten; in Mainz, wo ein Hauptplatz aller Umtriebe ist, beginnt der alte Unsinn mit Aufreizung der Menge gegen die preußischen Soldaten selbst zu erbittern weis, um so neue blutige Zusammenstöße herbeizuführen. Dieses verabscheuungswürdige Treiben hat zu Mainz dieser Tage nur zu sehr wieder seinen Zweck erreicht. Doch ist es nicht gelungen, Zwietracht zwischen dem österreichischen und preußischen Theile der Besatzung zu säen. Aber die Schuld der Wühler ist es gewiß nicht, wenn es nicht dazu kam; denn sie thaten und thun redlich das Ihrige für Erreichung des Zieles. Von hier und Berlin wird das Losungswort an die Verbündeten und Gleichgesinnten in allen Theilen Deutschlands gegeben, und man entwickelt von diesen beiden Zentralpunkten der Wühlerei aus eine unglaubliche Thätigkeit, welcher gegenüber leider die Mehrheit der guten, mit Ruhe und Treibelt auf gesetzlichen Wege wollenden Bürger in freiloser Verblendung den Verderben der drohenden Gefahr unthätig die Hände in den Schoos legt. Ich kann es denselben nicht bringend genug ans Herz sagen, sich zu ermannen, auch überall überall die äußerste Kraftentwicklung eintreten zu lassen, ehe es das Unheil unabwendbar über sie hereinbricht, ehe es zu spät ist. Die erhöhte Reihheit, mit welcher die Wühler jetzt unter dem Ausdängschilde der „Demokratie" überall wieder das Haupt erheben, zahlreiche Ereheiungen der jüngsten Tage in allen Theilen Deutschlands im Sinne der angedeuteten Bestrebungen, rufen dringend zur größten Wachsamkeit, zur Vorsicht gegen die uns überall im Innern selbst umlagernden Gefahren auf. Es ist hohe Zeit, daß überall kräftig diesem Treiben entgegengetreten werde, und es wäre zu wünschen, daß die Zentralgewalt selbst ein energisches Wort spräche und dadurch dem Zusammenreißen aller Regierungen für den gemeinsamen hohen Zweck und so festern Halt gäbe. Aber leider haben wir noch immer kein Reichsministerium. Allgemein sehr günstigen Eindruck hat die durch Ihr Blatt zuerst lieber gelangte Nachricht von der Haltung der bayerischen Regierung in der gegenwärtigen schweren Krise für Deutschland gemacht: alle Blicke wenden sich vertrauensvoll Bayern zu, und man hofft, daß es dem Grafen von Brau, der bereits vom Reichsverweser heute empfangen wurde, gelingen möge, den patriotischen Zweck seiner Sendung zu erreichen. Möge nur auch die Reichsversammlung jetzt den richtigen Weg einschlagen, nun auch ihrerseits zur Ausgleichung aller Zerwürfnisse auf eine der Ehre wie alle Interessen Deutschlands nach Innen und Außen wahrende Weise kräftig mitwirken. Bedauerlich ist es zu sehen, wie einige Mitglieder der äußersten Linken, Izstein, Zitz, Kuenzer und auch ein Bayer Hr. Titus von Bamberg, sich nicht schenen, mit einem Manne wie der bekannte Temagog Metternich zusammen Pilgerfahrten nach Mutterz zu machen, um dort noch einmal mit Hecker zu fraternisiren, mit Hecker, den die Reichsversammlung selbst laut als Hoch- und Landesverräther gebrandmarkt hat! Doch was kann von diesen Herren noch unerwartet kommen!

Deutschland.

Würtemberg. — Zu Stuttgart ist am 12. September Friedrich v. Kölle, langjähriger Mitarbeiter der Allgemeinen Zeitung und Mitgründer und zum Theil Leiter der „deutschen Vierteljahrsschrift" gestorben. Die andern Schriften des Verstorbenen sind allgemein bekannt. Eine der Stuttgarter Mauerlatten betrauert in ihm einen gelesenen Weiser.

Hohenzollern-Sigmaringen. Sigmaringen, 10. Sept. Wir haben hier die Republik der That nach; die monarchische Gewalt ist gänzlich ohnmächtig, und der Schwerpunkt aller Autorität beruht in der Deputirtenversammlung, bestehend aus einigen Bauern, Geistlichen und Advokaten. Der Staatspunkt und die Richtung dieser Versammlung dürfte als ein Bild dienen für den Fall, daß es gelänge, die Provinzen Deutschlands in Republiken zu verwandeln, die durch einen Staatsbund verbunden würden. Unsere Versammlung ist lediglich beherrscht durch die wüste und kurzsichtigste Engherzigkeit. Abschaffung aller öffentlichen Lasten und Steuern, Abschaffung des Zehnten, der Grundzinse und Lehenverbände ohne alle Entschädigung, Abschaffung des Militärs u. s. w., das ist die Politik, die sie betreibt. Die Anschaffung der Mittel zur Bestreitung des Staatsaufwandes und der auf den Zehnten lastenden Baupflichten und Konstruktionen kümmert sie nicht. Militär braucht man in Eigenthümern allerdings keines, aber daß wir einen wenn auch unbedeutenden Theil von ganz Deutschland bilden, daran denkt man nicht. Das Ansinnen der Reichsregierung, den Stand des Militärs auf 2 pCt. der Bevölkerung zu erhöhen, wurde von unsern Patrioten, die so viel von deutscher Einheit und Freiheit predigen, einmüthig abgelehnt; wir haben nicht einmal die Mittel, um die Rekruten der Ausdehnung von 1847 und 1848 vollständig kleiden und einüben zu können. Diese rohe und engherzige Bauern-Politik, die nichts weiter sieht als von einem Kirchthurm zum andern, dieses Musikbedeutsam, welches den großen Cyclopmus überklettern soll, welches den einzigen Hebel stützt für unsere abschüssende Bewegung, sie würde die allgemein herrschende, wenn das demokratische Prinzip auf der breiteren Basis in einer Menge kleiner Republiken organisirt würde. Kunst und Wissenschaft, Handel und Gewerbe, Eisenbahnen, Kanäle, Straßen, Hafenbauten, Festungen, Armee und Flotte und alle Einrichtungen und Anstalten, die eine Nation groß, stark, mächtig und blühend machen, würden verstümmern und untergehen, das deutsche Volk würde die sichere Beute des Auslandes, und mehr als je das Häßliche Bild einer durch soziale und provinzielle Interessen und die unselige Politik zerrissenen und herabgewürdigten Nation gewähren. Dort bewahren und vor diesem System der föderativ-Republiken!

(St. Freib. Z.)

K. Sachsen. — In Zwickau schien die Ruhe am 10. Septbr. ernstlicher bedroht, als in den vorhergehenden Tagen. Die Arbeiter von Crimmitschau, Werdau, Glauchau, Lichtenstein ꝛc. hatten eine Versammlung in der Nähe der Stadt ausgeschrieben. Bei den Berathungen wurde die Absicht ausgesprochen, die Freilassung der in Folge der gestrigen Excesse Verhafteten vom Rath zu verlangen und sie nöthigenfalls selbst zu befreien. Die Behörde aber verweigerte die Herausgabe und gestattete nun auch den Arbeitern nicht mehr, in geschlossenen Massen nach der Stadt zu rücksziehen. Gegen Abend wurde auf dem Markte das gesammte Militär, die Kommunalgarde und die Bürgerwehr aufgestellt, und durch ihr imponirendes Auftreten gelang es, auch den geringsten Versuch zum Tumult niederzuhalten; durch mehrere gut ausgeführte Manöver ward der mit Menschen angefüllte Markt nach eingetretener Dämmerung geräumt, und da bereits angeordnet war, daß alle Schenkstätten um 10 Uhr geschlossen sein sollten, dieser Anordnung auch Folge geleistet wurde, so hat man die Nacht erhalten. Nur wenige Verhaftungen sind vorgenommen worden, und Verwundungen sind nicht weiter vorgefallen.

Ernstlichere Auftritte haben dagegen am 11. in Chemnitz stattgefunden. Bei einer Tags vorher abgehaltenen Volksversammlung hatten die Demokraten zum Sturz des Ministeriums aufgefordert und in der Arbeiterbevölkerung den Glauben zu wecken gesucht, daß sie gesäuscht und ihre Rechte mißachtet worden. Von der neu ernannten Regierung seien gesunnenen Bäckereyleute wollen sich noch zwei Individuen in Haft, welche in erster Instanz zu strenger Strafe verurtheilt waren. Die Arbeiter, aufgeregt durch die Tags vorher vernommenen Deklamationen, forderten deren Befreiung, welche mit dem Beisatz verweigert wurde, daß deren Freilassung auf dem Weg der Begnadigung in den nächsten Tagen zu erwarten sei. Die aufgeregte Menge ließ sich aber nicht abweisen und mit eindrechender Dunkelheit wuchs ihr Lärmmuth von Minute zu Minute. Von den Leiten des Kommando's der Kommunalgarde war unverzüglich eine Versammlung vorbereitet, zu rechter Zeit Generalmarsch schlagen und die geeigneten Mittel ergreifen zu lassen. Der Befehl zum Schlagen des Generalmarsches ward erst gegeben, als sich der Tumult bereits über die ganze Stadt verbreitet hatte und die Tamboure und Signalisten durch die Tumultuanten verhindert wurden, es in geeigneter Weise zu thun. Die reitende Kommunalgarde, welche einen Flügelsturm und ohne Ehrensache ausgeführten Versuch zum ersten Angriff machte, ward andeinandergesprengt, und dieser kleine Sieg entschied. Von der Kommunalgarde und Reserve erschien kaum der zehnte Theil, $^{9}/_{10}$ blieben auf der Bierbank oder zu Hause sitzen und gaben die Stadt den Tumultuanten preis; die Wenigen, welche erschienen waren, mußten es nicht nur geschehen lassen, daß man die Frohwerke erstürmte und die Gefangenen befreite, sondern auch, daß man sie auf die Forderung der Tumultuanten hin ohne Gewehr nach Hause schickte. Die Stadt war vollkommen in den Händen der Tumultuanten. Um 11 Uhr bei Abgang dieser Nachrichten war es ruhig. (Lpz. Z.)

Schleswig-Holstein. — Rendsburg, 11. Sept. Gestern Abend machte der General v. Wrangel bei seiner Reise durch Rendsburg den Mitgliedern der provisorischen Regierung einen Besuch und theilte denselben die erfreuliche Nachricht mit, daß er die bestimmte Hoffnung zu hegen Veranlassung habe, es werde das dänische Gouvernement heute willigen, daß die Trennung unserer Truppen in schleswigscher und holsteinische während des Waffenstillstandes wegfalle" und daß ferner der §. I der Waffenstillstandskonvention dahin verändert werde, „daß die von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetze und Verfügungen in Kraft erhalten würden" und es der neuen Regierung nur freistehe, einzelne Erlasse der provisorischen Regierung aufzuheben. Es läßt sich nicht verkennen, daß, wenn die in von dem General ausgesprochene Erwartung sich erfüllte, das Land aller Wahrscheinlichkeit nach sich mit dem Waffenstillstand versöhnen würde.

Preußen. — Der schon in unserer gestrigen Beilage kurz erwähnte Artikel der „Spener'schen Zeitung" lautet vollständig wie folgt:

Berlin, 12. September. Wie vorauszusehen, sind die beiden großen Ereignisse der vergangenen Woche, die Annahme des Stein'schen Antrags in unserer, und die Sistirung des Waffenstillstandes in der allgemeinen deutschen Nationalversammlung, vielfach ausgebeutet worden. Die Ultras beider Seiten, die sich gegenseitig als Werkzeuge betrachten, wirken auch hier in einer merkwürdigen Uebereinstimmung zusammen, da beiden natürlich ein bestiger Zusammenstoß, ein unheilbarer Bruch nur zu gelegen kommt. Sie einen jubeln höhnisch: jetzt sei die Monarchie gerettet, jetzt seien Preußen von Frankfurt aus mediatisirt, die andern spielen die Entsetzten über den Untergang der Monarchie, welcher sie schon, mit Hingabe jeder Scheu vor dem Heiligsten, das sie noch vor wenig Monaten mit ihrem eklen Servilismus bekleckten, ganz unumwunden das Asyl in England anfündigen, und reizen daneben das preußische Chrgefühl, die Schmach der Fremden Unterwürfung abzuwaschen. Diesem gefährlichen Treiben gegenüber dürfte ein Wort der Beruhigung und Verjöhnung wohl sehr am Orte sein, und gerade wir fühlen uns mit dazu berufen, da wir sowohl immer von dem guten Glauben an die gesetzliche, die Volksfreiheit am sichersten schirmende Entwicklung der konstitutionell-monarchischen Monarchie in Preußen durchdrungen waren, und auch anderseits allen maßlosen Anforderungen und dem unverkennen Mißtrauen unserer deutschen Brüder unbedingt entgegengetreten sind. Wie wir immer darauf hingewiesen, daß bei der einheitlichen und freiheitlichen Gestaltung des deutschen Vaterlandes in Frankfurt ein Abweg eingeschlagen wird, so haben wir auch anderseits noch vor der Debatte des Stein'schen Antrags, und die etwa folgende Aufregung nicht verhehlt und darzethan, daß dies nicht die Form eines Mißtrauensvotums ist, zumal durch ein solches die in ihm enthaltene Absicht kaum erreicht werden dürfte. Jetzt, nachdem das Unerwartete nun einmal geschehen, und nicht wieder rückgängig gemacht werden kann, bleibt freilich nichts übrig, als die schlimmen Folgen, welche die äußersten Parteien daraus gern herausbeschwören möchten, nicht sowohl zu beseitigen (denn das dürfte kaum möthig sein), als vielmehr in ihrer Nichtigkeit darzustellen, um so vor Allem einer Entmuthigung vorzubeugen. Man wird sich zu dieser Ueberlegung zugeben, daß eine Mißstimmung im deutschen Parlamente, die gleichzeitig auch gegen das Reichsministerium gerichtet war, ebensowenig einen Staat, wie Preußen, vernichten kann, als eine, auf Grund eines Antrages der Nationalversammlung veranlaßte Reform in der Armee, wie die auch ohnedies bereits stattgehabten sonstigen Veränderungen in der Zivilverwaltung die Monarchie zu stürzen vermag, zumal wenn wir dabei den, schon näher von uns erörterten, Umstand sehr wohl beachten, daß jener Antrag selbst weniger gegen die Krone feindliche Gesinnung der Nationalversammlung, als vielmehr durch die Schwäche des Ministeriums herbeigeführt worden ist. Eine strenge Rücksicht auf die Form dürfen wir freilich nicht walten lassen: fassen wir jedoch rein die Sache ins Auge, so hat nur eben die Nationalversammlung das beantragt, was die Krone unaufgefordert im Jahre 1807 gethan hat, um den Grundstein zu allen den segensreichen Reformen zu legen, welche damalz die Monarchie retteten. Jene Reformen begannen auch mit der zeitgemäßen Umgestaltung des Heeres, um jetzt soll es sich andererseits zeigen, ob auch in wie weit eine solche Umgestaltung nothwendig ist. Die von der Nationalversammlung beantragte Maßregel ist noch nicht im entferntesten eine Verkündigung der Republik. In ihrer sehr großen Mehrzahl ist die Nation zu jedr gegen diese Staatsform, als daß auf einen Erfolg für dieselbe gerechnet werden könnte. Seitdem ehrliche Organe des Republikanismus für ihr Ideal nur im Wege einer Diktatur, also mittelst der Despotie, eine Verwirklichung hoffen, hat dasselbe bei uns verloren, selbst wenn die schlimme Erfahrung von Frankreich nicht noch warnend dazu kommen würde. Eben so wenig halten wir durch die Auflegung des Waffenstillstandes die Selbstständigkeit Preußens gefährdet, indem der gesunde Sinn in Frankfurt, wie in Kopenhagen, leicht die Form finden wird, unter welcher jener übereilte Beschluß noch gut zu machen ist. Preußen allerdings hat seinen Waffenstillstand haben, aber auch kann, unbeschadet seiner Selbstständigkeit und Integrität, in Deutschland, zu welchem wie zu Dänemark ganz in dasselbe Verhältniß treten, wie bisher Oesterreich. Deutschland wird nicht den Gedanken fassen, Preußen beeinträchtigen zu wollen, denn das wäre Selbstmord, und Dänemark andererseits wird seinen wahren Vortheil nicht so weit verkennen, um der neuen Reichsverfassung die diplomatische Anerkennung zu versagen, und so dürfte denn, allerdings nach einer Verzauhnahme der Verhandlungen, in einem, das Interesse der neuen eintretenden Regierung Schleswig-Holsteins betreffenden Zusatz, allen billigen Ansprüchen der Herzogthümer und nicht minder den Formen genügt werden. Hoffen wir überdies, daß, wenn in der Waffenruhe auch die Leidenschaften sich abkühlen werden, Dänemark, wie Skandinavien überhaupt, ein auf gegenseitigen Vortheilen beruhendes Bündniß mit Deutschland ehrenvoller finden wird, als die traurige Rolle, die jene Völker durch ihre Feindseligkeit gegen uns bis jetzt zugetheilt haben, nämlich von den andern Großmächten sich förmlich in das Schlepptau nehmen zu lassen und ein dienstwilliges Werkzeug in ihren Händen zu sein.

Oesterreich. — * Wien, 12. Sept. In der gestrigen Sitzung des Reichstags interpellirte der Abg. Goldmark das Ministerium in Betreff Italiens. Seit 6 Monaten wüthe dort ein Kampf, und trotz aller Anstrengungen der tapfern Armee stehe der so wünschenswerthe Friede noch nicht in Aussicht. Das Ministerium solle offen und vollständig den jetzigen Stand der Dinge darlegen. Er fragt: 1) welche sind die leitenden Grundsätze des Ministeriums in der italienischen Angelegenheit, und auf welchen Grundlagen soll die Wiederherstellung des Friedens erzielt werden? 2) Welches sind die Grundlagen der von England und Frankreich angebotenen Vermittlung, und ist diese Vermittlung angenommen oder nicht? 3) Gedenkt das Ministerium im Falle des Krieges mit Frankreich das nordische Bündniß zu erneuern? 4) Welchen Männern ist die Führung der Unterhandlungen übertragen, und welches sind die Ergebnisse des Waffenstillstandes? 5) Soll das Schutz- und Trutzbündniß mit Modena aufrecht erhalten bleiben? Endlich wünscht Herr Goldmark noch Vorlage aller auf diese Punkte Bezug habenden Papiere und Aktenstücke. Der Kabinetsvräsident Graf v. Stadion versetzt sich in die peinliche Mittheilung der Fragen, die er bald ganz beantworten verspricht. Denjenigen Gegenstand regte dann der Abg. Jonak von Neuem an. Er begreife, daß in Italien ernstliche Schritte geschehen müssen. Das französische Kabinet solle ein Ultimatum an die österreichische Regierung gerichtet haben. Er frage daher 1) ob dies wahr, und welches der Inhalt des Ultimatums sei? 2) Würe es nicht friedliche oder eine bewaffnete Vermittlung Frankreich gestellt, und bejaht sie das, welche blos auf das Verhältniß zu Karl Albert oder auf die ganze Zukunft der Lombardei? 3) Welche Politik gedenkt das Ministerium bis zur Entscheidung Frankreich und England gegenüber einzuhalten? 4) Was wird das Ministerium thun, um schon jetzt den Italienern in den lombardisch-venezianischen Provinzen die Segnungen der Freiheit zu schenken? 5) Uebernimmt das Ministerium die Verantwortlichkeit seiner Handlungen in Italien? Der Minister des Aeußern (Doblhoff): ein französisches Ultimatum wurde nicht überreicht; die Unterhandlungen über den Frieden und die Vermittlung schweben, deshalb könne er noch keine Erklärungen geben über die Politik, welche das Ministerium einzuschlagen gedenke. Von einer definitiven Organisirung und

Gewährung von Freiheiten könne jetzt, wo noch Alles im vollen Kriegsstande sei, noch keine Rede sein; doch seien Maßregeln getroffen für Wiederherstellung des innern Friedens, wie von Handel und Verkehr, und um nach Herstellung des Friedens durch Zusammenritt des Volkes selbst die Verfassung geben zu lassen. Uebrigens übernehme das Ministerium für Alles, was in Italien geschehe, die volle Verantwortlichkeit. Polatschek stellt Fragen in Betreff der ungarisch-kroatischen Wirren. Oesterreich verhalte sich neutral, aber es wäre hier eine Dazwischenkunft am Platze, um so mehr als auch türkische Serben in Ungarn einfielen. Was das österreichische Ministerium zur Beilegung dieses Streites gethan habe? Ob das ungarische Ministerium die österreichische Hülfe angerufen habe? Ob etwas geschehen sei, um neue Einfälle der türkischen Serben zu hindern? Endlich wünscht der Fragende Vorlegung der Staatsschrift an das ungarische Ministerium. Der Minister Doblhoff erklärt, auf früher schon gegebene Antwort sich berufend: Als die Nothwendigkeit sich herausgestellt hatte, im Einverständnisse mit Ungarn zu leben, habe das Ministerium Schritte zu diesem Behufe gethan und dieselben wiederholt, als die traurigen Zerwürfnisse in Südungarn zum Vorschein kamen. Es habe aber immer nur unbefriedigende Antworten erhalten. Damals wollte das Ministerium eine Vermittlung verschlagen. Zu Ende des vorigen Monats habe es dem ungarischen Ministerium eine weitläufige Schrift übereicht, diese sei dem Palatin übergeben worden, aber noch sei keine Antwort erfolgt. Er werde alle Schriften seiner Zeit dem Hause vorlegen. Die Verweisung der Türkei gegenüber bezüglich des Einfalls der Serben sei Sache des ungarischen Ministeriums, da die Ungarn ja hier auswärtigen Angelegenheiten selbst zu führen übernommen. Weitere Antwort behält sich der Minister für nächstens vor.

Wien, 12. Sept. Mit hatten vergangene Nacht wieder einmal einen Krawall. Ein gewisser Swoboda hatte einen Unterstützungsverein für Gewerbsinvalide auf Aktien gegründet und eine große Menge derselben zirkulirten bereits. Plötzlich verbreitete sich das Gerücht, als sei das Unternehmen auf Betrug abgesehen, und die Folge davon war, daß einzelne Krawall, den eine amtliche Bekanntmachung Doblhoff's nicht beschwichtigen konnte, und zu dessen Dämpfung Nationalgarden und Truppen einschreiten mußten. Auch in Doblhoff's Wohnung wurde heute Mittags gewaltsam eingedrungen, und eine Zerstörung der dort befindlichen Papiere vorgenommen. Die Nationalgarde richtete hier so viel wie Nichts auf. — Von Belli wissen wir jetzt, daß in Folge der kaiserlichen Antwort auf die Forderungen der ungarischen Deputation, das Ministerium eine Ausgleichung der strittigen Punkte nur auf gesetzlichem Wege beabsichtige.

Se. Maj. der Kaiser hat d. d. Schönbrunn am 9. Sept. den vorgelegten Beschlüssen des konstituirenden Reichstags über die Aufhebung des Unterthänigkeitsbandes und die Ablösung des bäuerlichen Besitzes, die Sanktion ertheilt, und nachstehend unterbreitete Gesetze mit der bestimmenden Fertigung ertheilen, wie Er es auch als konstitutioneller Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen, dieses Namens der Fünfte, König der Lombardei und Venedigs, von Dalmatien, Croatien ꝛc. haben über Antrag Unseres Ministeriums in Uebereinstimmung mit dem konstituirenden Reichstage beschlossen und verordnen, wie folgt: Erstens. Die Unterthänigkeits-Verhältnisse für die ganze Monarchie sind für immer aufgehoben. Zweitens. Alle Verhältnisse normirenden Gesetzen aufgehoben. Zweitens. Grund und Boden ist zu entlasten; alle Unterschiede zwischen Dominikal- und Rustikalgründen werden aufgehoben. Drittens. Alle aus dem Unterthänigkeitsverhältnisse entspringenden, dem unterthänigen Grunde anklebenden Lasten, Dienstleistungen und Giebigkeiten jeder Art, sowie alle aus dem grundherrlichen Obereigenthume, aus dem Forst-, Jagd-, Schutz-, Bogt- und (Weins-) Vorsteherthume entspringenden, dem Dorfobrigkeit verbrieften, und von den Grundbesitzungen oder von Personen bisher zu entrichten gewesenen Natural-, Arbeits- und Geldleistungen, mit Einschluß der bei Besitzveränderungen unter Lebenden und auf Todesfall zu zahlenden Gebühren, sind von nun an aufgehoben. Viertens. Für einige dieser aufgehobenen Lasten soll eine Entschädigung geleistet werden, für andere nicht. Fünftens. Für alle aus dem persönlichen Unterthanverbande, und dem obigen Verhältnisse, aus dem obrigkeitlichen Jurisdiktionsrechte und aus der Dorfherrlichkeit entspringenden Rechte und Bezüge kann keine Entschädigung gefordert werden, wogegen auch die daraus entspringenden Lasten aufzuhören haben. Sechstens. Für solche Arbeitsleistungen, Natural- und Geldabgaben, welche der Besitzer eines Grundes als solcher, dem Staate, Gebäuden oder den Vogtherrn zu leisten hatte, wird keine Entschädigung aufgestellt. Siebentens. Die Holzungs- und Weiderechte, sowie die Servitutsrechte zwischen den Obrigkeiten und ihren bisherigen Unterthanen sind entgeltlich, das vorobrigkeitliche Blumenfuch- und Weiderecht, sowie die Brach- und Stoppelweide unentgeltlich aufzuheben. Achtens. Eine aus Abgeordneten aller Provinzen zu bildende Kommission hat einen Gesetzentwurf auszuarbeiten und der Reichsversammlung vorzulegen, nach welchem zu entscheiden hat die Bestimmungen: a) über die entgeltliche Aufhebung der in empyteutischen oder sonstigen über Theilung des Eigenthums abgeschlossenen Verträgen begründeten wechselseitigen Bezüge und Leistungen; b) über die Aufstellbarkeit von Grundbesitzungen, die etwa im §. 3 nicht ausgeführt sind; c) über die Art und Weise der Aufhebung der Regulirung der §. 7 angeführten Lasten, und über die Art, Weise und die Höhe der zu leistenden Entschädigung und über den auf den Mitteln der betreffenden Provinz zu bildenden Fonds, aus welchem lediglich die für die betreffende Provinz zu berechnende Entschädigungsquote durch Vermittelung des Staates getilgt werden soll; e) über die Frage, ob für die nach [illegible] 6 nicht angeführten Giebigkeiten und Leistungen eine Entschädigung, und welche, zu entrichten sei. Neuntens. Die Patrimonialgerichten haben die Gerichtsbarkeit und die politische Amtshvermaltung provisorisch bis zur Einführung landesfürstlicher Behörden auf Kosten des Staates fortzuführen. Zehntens. Das im sechsten Absatze ausgesprochene Prinzip der Entschädigung für die Robotleistungen, Natural- und Geldabgaben soll jedoch auf alle spätere Anträge der zuletzt des achten Absatzes niedergesetzten Kommission, wodurch dieses Prinzip erklärt oder eingeschränkt werden könnte, nicht ausschließen. Elftens. Auch der Bier- und Branntweinzwang mit den ihm anhaltenden Verbindlichkeiten hat wegzufallen. Unsere Minister des Innern, der Justiz und der Finanzen sind mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt. Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien, den siebenten September im Einundzwanzigsten der Regierungszeiten, Unserer Reiche im vierzehnten Jahre. Ferdinand m. p. Wessenberg, Ministerpräsident und Minister des Aeußern. Doblhoff, Minister des Innern. Bach, Minister der Justiz. Latour, Minister des Krieges. Krauß, Minister der Finanzen. Hornbostl, Minister des Handels. Schwarzer, Minister der öffentlichen Arbeiten.

Oesterreichische Monarchie.

* **Verona**, 10. Sept. Die Inschriften an den Häusern Venedigs und die Anordnungen auf den Straßen haben gewechselt; statt dem früher so beliebten: „morte ai Tedeschi! morte ai Barbari!“ hört und liest man jetzt: „morte a Manin! viva la reppublica! viva il governo provisorio!“ Krieg mit der Republik, weg mit der provisorischen Regierung! Manin scheint einigen Werth auf solche öffentliche Kundgebungen zu legen und erscheint öffentlich nur mit einer starken Leibwache, und seine, wie sämmtlicher Rebellenanführer Hoffnung beruht einzig auf einer recht baldigen Ankunft der französischen Hilfstruppe (!) um — sich an deren Sord zu flüchten, und falls die erbetene Hilfe ausbleibt, in Gottes Namen unter französischer Flagge abzuziehen. Es steht sattsam aus in Venedig für die wirkliche Republik, gut für Oesterreich. Baar Geld ist so gut wie keines vorhanden, und die republikanischen Bons nimmt über die Lagunen hinaus natürlich kein Mensch an, weshalb sie in Venedig selbst werthlos sind. Am schlimmsten sind in dieser Beziehung die Civil- und Armeelieferanten daran, welche auswärts mit gutem Gelde bezahlen müssen, während sie in Venedig nur schlechtes Papier einnehmen! — Es leben in Venedig gegenwärtig noch eine große Anzahl republikanischer Oberbefehlshaber, die das Feldland bestimmt wissen, ihnen fernerhin den Sold und Tisch ihrer Pensionen Anweisungen auf die künftige Pensionsliquidation erhalten! Auch die Leamten im Tienste werden vom 1. Sept. an nur mit Bons ausbezahlt. — Vom Handel und Verdienst ist sonach keine Rede. Unter der Garnison herrschen die verschiedenartigsten Krankheiten; es liegen über 3000 Mann in den Spitälern. — Der Patriarch von Venedig wird bei dem 1. Kampfe Italiens zu erwarten sein, ob der Oesterreicher weltgeschichtlich bereits traurige Figur spielen, wie sein würdiger Kollege Romili in Mailand. Hat er doch auf dem Marktplatze den Kreuzzug gegen die deutschen Barbaren gepredigt, die Revolutionsfahnen eingeweiht, und Mönche wie Weltpriester den ersten Horden der Croatiat als Fahnenträger begegnen lassen. Die Ankunft des Marschalls Radetzky für die Lombardei abwärts kann möglicherweise die Garnison Venedigs in Gefahren, da diese größtentheils aus solchen besteht, auf dem Festlande ist sie von der besten Wirkung gewesen. — Von hier (Verona) sind heute 2 Bataillone Prohaska und Fürstenwärther nach der Lombardei abmarschirt, dafür aber ist das 3. Bataillon Kinsky aus einer großen Fußpromenadirabtheilung auf Oesterreich eingetroffen. Man erwartet die 1ten 16. die Ankunft des Marschalls Radetzky und des Fürsten Schwarzenberg, indem man zugleich von einer Verlangerung des Waffenstillstandes auf 6 Wochen spricht; die Pferde und Equipagen der beiden Herren sind bereits hier eingetroffen. Auf Befehl des Marschalls ist der Preis des rafsinirten Salzes auf die Hälfte herabgesetzt worden.

* **Venedig**, 8. Sept. (Trst. Ztg.) **Venedig ist trotz** der strengsten Blokade von der Landseite reichlich mit Lebensmitteln versehen, sogar Eis wird auf dem Römischen in Menge eingeführt, so daß die Kaffee's an jenem Tage wie nach der Sammelplatz der schönen Welt und der geistreichen Müßiggänger sind. Piemontesische Truppen gibt es keine mehr, weder in der Stadt noch auf den Festungen, aber Römer und Lombarden glänzen noch in ihren bunten Uniformen und die Forts längs des Lido sind beinahe bloß von Venetianischen Truppen besetzt. Das Venedig täglich zahlreiche Familien, die den letzten Rest ihrer Habe zu Gelde verwandten, die Gränzwachten gegen das Festland zu besuchen, statt sich in fernern Zwangskontributionen zu verblauen. Schiffe, die von Venedig auslaufen wollen, müssen einen Gulden pr. Tonne entrichten. Da der Friedhof Venedigs sich außer der Stadt auf der Insel Murano befindet, so müssen auch die Leichen auf Gondeln, deren mit streng schwarzen Tüchern versehen sein, da sich bereits Fälle ereignet haben, daß Leichen mehrere Tage auf dem Wasser verweilten. Die Preise der Lebensmittel sind sehr mäßig, da ein großer Theil derselben auf Rechnung der Regierung verkauft wird. Das geringste Steigen dieser Preise oder verursacht immer Volksdemonstrationen unter Anführung Manins und nicht selten auch die Guardia einschreiten, um Ruhe zu schaffen. — Endlich soll es den Venetianern gelungen sein, das ehemalige österreichische Kriegsdampfschiff „Maria Anna“ unter dem glorreichen Namen „Pio IX.“ von Stapel zu bringen. Das Boot soll jetzt bemannt im adriatischen Meere kreuzen und bloß die Absicht haben, den Kriegsdampfer „Vulcano“ zu kapern. Nun ist aber der „Vulcano“ sicher das der [illegible]

einer der ausgezeichnetsten Seemänner und Soldaten der Marine, ein von seiner Mannschaft angebeteter Kommandant der während der letzten Katastrophe die bewundernswürdigsten Beweise geliefert hat, daß er es verstehe sein Schiff zu beschützen, so wenig auch seine Leistungen Anerkennung finden mochten. Ein Zusammentreffen dieser beiden Dampfer wäre also nur wünschenswerth.

Bemerkung ist wirklich von den Piemontesen verfassen worden: die Flotte Albini's wurde, nach unseren jüngsten Triester Berichten, in der Nähe von Ancona gesehen. (D. Z.)

Großbritannien.

†**London**, 11. Sept. Die Hochwerrathsprozesse werden nächstens zu Dublin zur Aburtheilung kommen. Smith-O'Brien wird einer der ersten sein, die vor den Assisen erscheinen. Er sitzt im Gefängnisse zu Dublin in dem nemlichen Zimmer, worin Lord Hoff, im welchem der wegen der Empörung von 1798 zum Tode verurtheilte Corbett gesessen hatte, der aber auf eine fast wunderbare Weise entkam. Er ist erst vor wenigen Jahren in Frankreich gestorben, wo er als General im Heere gedient hatte.

Frankreich.

****Paris**, 12. Sept. Die Nationalversammlung verhandelte gestern und heute abermals über ein Amendement des Hrn. Mathieu (de la Drome), welcher in der Einleitung zur Konstitution im Einklange mit den Sozialisten und Kommunisten das „Recht auf die Arbeit" als Grundsatz ausgesprochen wissen will. Ledru Rollin schloß sich natürlich diesem Verlangen an; aber die HH. v. Tocqueville und Duvergier de Hauranne zeigten so schlagend die Absurdität dieses Grundsatzes, und die daraus für Gesellschaft und Eigenthum unvermeidlich erwachsenden Gefahren, und ernteten so immensen Beifall, daß das Schicksal dieses Amendement unzweifelhaft ist. Bei Postschluß war noch nichts entschieden. — Man versichert, Ludwig Blanc wolle von England nach Amerika gehen. Er kann dort leben, wie man seine kommunistischen Ideen verlacht. — Man spricht von einem Dekret, das Ludwig Napoleon verbieten würde, den französischen Boden zu betreten. Auch von Silberherstellung des Zeitungsstempels war im Ministerrathe die Rede. — Dem Abd-el-Kader ist im Schlosse zu Pau, der Geburtsstätte Heinrichs IV., ein Sohn (sein vierter) geboren worden.

Türkei.

* **Smyrna**, 2. Sept. Das heute aus Konstantinopel hier eingelangte Dampfschiff des österreichischen Lloyd brachte uns die Hiobspost einer abermaligen verheerenden Feuersbrunst, welche am 28. August in den Quartieren Fountkuli und Sali-Bazar ausbrach und mehr als 400 Häuser, eine Moschee, den Palast Achmet-Feidi-Pascha's und 15 prächtige Landhäuser in Asche legte. — Dank den heftigen Nordwinden, die wir seit einigen Tagen haben, ist die Cholera bei uns beträchtlich im Abnehmen. Im Anfang der letzten Woche erkrankten noch jeden Tag durchschnittlich 100 Personen daran, jetzt nur noch 20—25. Auch in Aegypten hat die Krankheit bedeutend abgenommen, nachdem sie furchtbar gewüthet hatte. In Kairo und Alexandrien beträgt die Zahl der Opfer bis zum 26. August mehr als 10,200. Zu Kairo waren am 13. Aug. 216, zu Alexandria 165 Personen gestorben, am 24. Aug. nur 80 in Kairo, 35 zu Alexandria, in letzterer Stadt am 27. August nur noch 21.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 14. Sept. Bayer. 3½proz. Obligationen 77½. P. — G. 4proz. 86 G. Bankaktien 11. Gemeiner 564 P. Prämiensch 36 P. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 75 P.

Wien, 12. Sept. 5proz. Metall. 76, 4proz. 65, 3proz. 47, 2½proz. 41. 1834r 500 fl.-Loose 126. 1839r 250 fl.-Loose 83. Bankaktien —. Nordbahn 104. Glogauer 93. Venedig-Mailand 64. Budweis —. Lemberg 63½. Pesth 59. Siena 53. Apenninenbahn 95¼.

Berlin, 11. Sept. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 74 B., 73½ G. Seeh. Prämien-Sch. — P. — G. K. u. Neum. Schuldv. — P. — G. Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. — P. 79½ G. Großherzogl. Posen. Pfandbr. 4proz. — P. 95½ G., 3½proz. — P. 78 G. Pomm. Pfandbr. — P. 86 G. Pomm. Pfandbr. — P. 89½ G. Kur- u. Neum. Pfandbr. 89½ P. 89½ G. Schlesische Pfandbr. — P. — G. Schlesische lit. B. ger. Pfandbr. — P. — G. Preuß. Bk.-Anth.-Sch. — P. 94½ G. 4½ Pfandbr. 103½ P. 103½ G. Ausländische Fonds. Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. Dtsche. à 5 Fl. 12½ P. 12½ G. Dtsche. à 10 fl. 3½ P. 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt. AB 87 P. Berl.-Hamburg 62 G. Berl.-Stettin-Stargarder 88 G. Berl.-Potsdam-Magdeb. 53¼ G. Magdeb.-Halberstädter 101½ G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 52 G. Köln-Minden 76 G. Köln-Aachen 54½ G. Bonn-Köln —. Düsseld.-Elberfeld Steele-Vohwinkel —. Niederschles.-Märk. 68½ bz. u. G. Niederschles.-Märk. Zweigbahn —. Oberschles. Lit. A 89½ P. 89½ bz. u. G. Lit. B 89½ P. 89½ bz. u. G. Rhein.-Dorberg —. Breslau-Freiburg —. Krak.-Oberschles. 43 G. Berg.-Märk. —. Stargard-Posen 67½ bz.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 84 P 83½ bz. Starg.-Posen —. Brieg-Neisse —. Magd.-Wittenberg 40 G. Aachen-Mastricht —. Thür.-Verbind.-Bahn —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 83½ bz. u. G. Berlin-Hamburg. 90 G. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 78 P., 3proz. 67½ G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 82 P. Köln-Mindener 89½ G. Rhein. u. Staat ger. Rhein. 1. Prior. — Rhein. Stamm-Prior. — Düsseldorf-Elberfeld. — Niederschles.-Märk. 4proz. 81 bz. u. G., 5proz. 93 P. 91 G. Serie 89 bz. Zweigbahn 4½proz. —. 5proz. —. Oberschles. —. Rosel-Dorberg —. Steele-Vohwinkel —. Breslau-Freiburg —.

London, 11. Sept. Konsols 86¼. Coup. — Span. Rtt. 12 P. 3proz. —. Passive. —. Portug. 3proz. —. 4proz. —. 5proz. 70 P. Peru. 4proz. 70½ G. 2½proz.

Paris, 12. Sept. 3proz. 45,50. 4proz. —. 5proz. 70.75. Sardaigne —. Banknoten. 1650. — Staatseisenbahnactionen 1142 50. Vier Canäle 900. — Compt. von Algier —. — Belg. 5proz. von 1840 78½, von 1842 78¾. 4½proz. 72. 3proz. 48 — 2½proz. 39. — Belg. Bank 540. Neap. 5proz. 77.50. Röm. 5proz. 64. Span. 3proz. 24. Altiva —. Passiva —. Piem. —. Hamb. 200 — St. Germain 325 — Versailles (rechte) 420 — (linke) 102.50. Orleans 670 — Rouen 435 — Havre 195 — Marseille 203.75. Basel 87.50. Bierzon 260 — Boulogne —. Dorbeaux 357.50. Nordbahn 378.75. Montreux 115 —. Lyon 367.50. Straßburg 347.50. Rantes 327.50. Tours —. Strasbourg —. Montpellier —. la Tête —.

Madrid, 7. Sept. 3proz. 19½, 9.19½. 4proz. —. 5proz. 10½. G. Pass. Schuld 3½. P. 3½. G. Coup. 7. P. Auswärt. Pass. Schuld —. Unsichere Schuld 5proz. —. Provis. Lit. 3½. G. St. Fernandobank. —. Disconto —. **Wechselkurse**: Paris 5. P. London 48. G.

J. B. Wagl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 17. Sept.: „Oberon", Oper von K. M. v. Weber.

Fremdenanzeige.

Hotel Maximil. Sir Even, Rentier aus England. Hasler, Privatier von Zürich. Bickett, Privatier von Middlehelm. Hanauer, Kaufmann von Berlin. Zinkiefer, Privatier von Wien. Laurenan, Rentier aus Amerika.

Gold. Kreuz. Bayon 2. Steckendorf, von Passau. Stiefel. 2. L. Baffraiblerlehrer von Graz. Weber, Dr. med. von Wien. Freiherr, Partikulier von Augsburg. Aling, Privatier von Köln.

Gold. Hahn. Walter, Rentier von Nürnberg. Pickart, Antiquar von Fürth. Seethaler, Gasthofbesitzer von Augsburg. Dietrich, Privatier von Regensburg. Kaiser, Handlung von Leipzig.

Blaue Traube. v. Fürstner, fürstl. Baireuth von Regensburg. Strehum, Major von Bamberg. Roß, Maler von Kiel. Heindel, Domkapitular von Würzburg. Mad. Kinert, von Lyon. Mad. Dubuquesil, von Lyon. Gisdyfolger Erben von Hirschfeld, von Wien. Baron Schmerl, von Wien. Pilgram, Bankinspektor von Pappenheim. Hr. Berinquier, privat. Augsburg. Leipzig. Mitchell und Sohne, Rentiers von Edinburgh. Hr. Rudy, k. k. Artillerieoberleutnant von Ulm. Erker v. Wellenau, Oberlieutenant von Ulm. Engelberg, Obergerichtsadvokat von Mannheim.

Goldenes Lamm. Meyer, Privatier von Schwaz. Gruber, Gutsbesitzer von Augsburg. Pornstaft, Kaufmann von Memmingen. Lagi, Stubenmaler von Innsbruck.

Gestorbene in München.

Magdalena Eschenhofer, Kutscherstochter, 59 J. a. Simon Schmid, Messerschmiedsgesell von Memmingen, 23 J. a. Friedrich Popp, dürgerl. Kaufmannsher, 59 J. a. Anna Maria v. Brentner, ovirtw. königl. Oberappellationsgerichts-Direktorsgattin, 63 J. a.

72. (1) Man sucht für zwei Knaben einer Postmeister katholischer Religion, der ganz gebildet französisch spricht, und nicht nur deutschen und lateinischen, sondern auch Unterricht im Klavier zu geben versteht. D. Red.

Bekanntmachung.

Jakob Lamperer gegen
Johann Schöpfer.

118. Im Gerichtszwange wird das rektifizirte eigene Original zu Hallstadt, bestehend aus Wohngebäude sammt Stall und Tenne zu 83 Dez., und aus 33 Tagw. 34 Dez. Wiesen, Wald und Aecker, gerichtlich auf 3210 fl., am

Montag den 6. November l. Js.,

früh 10 Uhr,

im Wirthshause zu Gmund gemäß §. 61 des Hypothekengesetzes und §. 98—101 des Prozeßgesetzes vom Jahre 1837 versteigert. Kaufslustige haben sich über Eigenmund und Vermögen auszuweisen.

Am 1. Sept. 1848.

Königl. Landgericht Tegernsee.
(L. S.) Frhr. v. Poißl.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Die gepriesene Wohlfeilheit der Republik.

** Unter den verschiedenen Lock- und Reizmitteln, welche die Demokraten überall zur Köderung des Volkes und hauptsächlich der unteren Klassen desselben anwenden, spielt eine Hauptrolle die Wohlfeilheit einer republikanischen Regierung, bewirkt durch die Abschaffung der Civillisten und die Verringerung, wo nicht Abschaffung aller Steuern und Abgaben. So verkündeten am 25. Februar diese riesige Plakate an allen Straßenecken die Ankunft des neuen goldenen Zeitalters, wo es keine Civillisten, keine Oktroi ꝛc. mehr gäbe! Alle Gewerbe werden sich heben, hieß es da, die Industrie wird einen nie gesehnen Aufschwung nehmen, weil sie frei ist von den auf ihr lastenden Fesseln; dadurch wird der Credit sich vergrößern, der Handel sich ausbreiten, kurz Frankreich wird über Nacht das Eldorado sein, welches man bis auf den heutigen Tag vergeblich aufzufinden bemüht war. So sprach man damals und auch heute noch, als die guten Franzosen sich die Augen bereits wund rieben um die versprochenen Herrlichkeiten zu schauen, von denen sie überschüttet sein sollten, ohne es zu wissen und zu fühlen, die sie aber trotz aller Mühe dennoch nicht erblicken konnten. So spricht man noch heute in Teutschland, täglich und unermüdet von Tischen und Bänken herab, in Wirthshäusern und Volksversammlungen, und entblöden sich nicht, den Zuguss Frankreichs zu rühmen und anzupreisen, und wiederholt immer und immer das alte Lied von der Wohlfeilheit der republikanischen Regierung, um auch Teutschland der Segnungen theilhaftig zu machen, welche Frankreich in diesem Augenblicke genießt. — In der That, das Verfahren der Herren Demokraten ist sehr plump, und ihre groben Täuschungen können nur auf Die Eindruck machen, welche ausser Stande sind, weiter zu schauen, als ihnen die gaffende Volks- die Nase vorhalten heißt, ohne es nöthig zu haben der Mühe werth, die Unsichtbaftigkeit ihrer Behauptungen, die absichtlichen Täuschungen aufzudecken, wenn nicht gerade die Lehre von der Wohlfeilheit und der Steuerverringerung geeignet wäre, in gewissen Kreisen (besonders wird dieselbe unseren braven Bauern gepredigt) großen Anklang zu finden. Wir wollen daher einmal näher darauf eingehen und mit bürren Worten darthun, was von diesen Versprechungen, welche, wie oben gesagt, dem französischen Volke gemacht wurden, wahr geworden ist.

Eine der ersten Handlungen der jungen Republik war die Aufhebung der Oktroi's (Thorsöle) von Paris. Man erwartete von dieser Maßregel ein allgemeines, bedeutendes Sinken aller Preise der Lebensmittel, indem, wie man sagte, die Oktrois hauptsächlich die Ursache derselben vertheuerten. Allein was geschah? Die Preise des Viehes, des Fleisches, des Weines ꝛc. blieben trotz der Aufhebung der Oktroi's dieselben, und der Profit, welcher den Einwohnern der Stadt daraus erwachsen sollte, fiel einzig in die Taschen der Händler, welche dieselben Preise beibehielten, wie zuvor; dagegen war der Ausfall in dem Budget der Stadt so ungeheuer, daß diese sich beinahe ausser Stand gesetzt sah, ihre großartigen Hospitäler, ihre Stiftungen zu erhalten, und ihre angefangenen Bauten, der meisten sie fortraub, fahrein eine Unzahl von Arbeitern beschäftigte, einzehen lassen musste! Wer litt also zunächst unter dieser Maßregel? Die arbeitende Klasse, zu deren Gunst sie angeblich getroffen ward. Man war in Folge dieser Erfahrung gezwungen, die Oktrois wieder herzustellen. Somit war eine der Seifenblasen bereits geplatzt. Eine zweite, in nicht weniger hohen Farben schillernde, sollte folgen, und zerfließen. Das Volk jubelte über die versprochene Verringerung und theilweise Aufhebung der Steuern, denn es hatte ja keine Civilliste mehr zu zahlen. Worin bestand diese Verringerung? Die unter der Monarchie bestandenen Steuern wurden nicht allein alle beibehalten, und mußten im Voraus bezahlt werden, sondern es wurden sogar neue eingeführt — wir erinnern hier nur an die Zusatzquote von 45 Centimes per Franc Steuer, welche ganz besonders so allgemeine Unzufriedenheit hervorrief und an vielen Orten selbst zu blutigem Widerstand führte, und in Folge deren Frankreich jetzt um die Hälfte mehr Steuern bezahlt, als unter der Monarchie, ohne auf der andern Seite einen Ersatz dafür von der Republik geboten zu finden! — So wurde von der republikanischen Regierung die Verringerung und Abschaffung der Steuern verstanden, und so ihrer Zusatz sein vorübergehender ist noch sein soll, benutzen sie Verhandlungen der Nationalversammlung in Paris über den Konstitutionsentwurf, in dessen Einleitung von einer „wo möglich gleichmäßigen Vertheilung der Steuern" die Rede ist. Hr. Bauchart hatte hiegu den Zusatz gemacht: man solle die Lage des Volkes fortwährend erleichtern durch eine stufenweise Verminderung der Abgaben.

Jetztmann sollte nun nach den vielen angeführten Sätze des Konstitutionsentwurfes glauben, daß Hrn. Baucharts Zusatz mit Einstimmigkeit von der Nationalversammlung angenommen worden sei — allein was geschah? Trelbundert neunundreißig Stimmen erhoben sich dagegen! Die Republikaner aller Farben, die von gestern, die absoluten, die tollen, die vom reinsten Glasser — alle stimmten dagegen! Die „Reforme" (Lebru Rollins Organ) läßt sich über Bauchart'schen Antrag so vernehmen: „Der Berichterstatter Hr. Bauchart verlangt eine Verminderung der Lasten des Landes. Der Anblick der hungernden und dürftenden Proletarier thut ihm weh. Er will nicht, daß die Republik sich in überschwengliche Ausgaben einlasse, wie die Monarchie! — Wir danken Hrn. Bauchart für seine gute Meinung, aber sein Amendement ist nichts als eine gemeine Gleißnerei. Er will den Sieg der Republik trocken legen, um ihr alle Macht zu benehmen; er weiß, daß die materiellen Bedürfnisse des Proletariats und, Bürger und Regierung, zu nothgedrungenen Ausgaben veranlassen können, und er zerstört von vorneherein schon die Kasse des Elendes! Dieser Hr. Bauchart ist ein großer Mann, und die Royalisten hätten keinen besseren finden können in der Familie der parlamentarischen Avocats. Sie haben sich nicht genügsch über die Verdammung seines Amendements, und die ganze Liga in die Schranken getreten gegen das Budget der Armen." Diese Sprache ist bemerkenswerth, sehr bemerkenswerth und sehr belehrend zugleich. Sie strast geradezu diejenigen Lügen, welche gegen die Erhöhung der Steuern gesprochen haben. Diejenigen, welche früher ihre Stimmen so überlaut erhoben gegen die Höhe der Auflagen, erklären sich heute gegen jede Verminderung derselben; sie protestiren gegen die Idee, als solle die Republik nicht so viel ausgeben dürfen, wie die Monarchie! Die Steuerverminderung erklären ihnen als ein Angriff auf die Macht der Republik, und sie nennen den, der diese Verminderung verlangt, einen Reaktionär, Antirepublikaner, einen Royalisten! Sie sagen es also rund heraus, daß man von den Republikanern keine Verminderung der Steuern zu erwarten habe. — Wir haben auch der Art und Weise, wie diese Herren bisher zu Werke gingen, allerdings auf etwas derartiges schließen zu dürfen geglaubt, allein es ist immer besser, wenn eine Ungewißheit aufhört, und wir können jetzt auf unsere Republikaner nach ihren gepriesenen Vorbildern in Paris um so besser beurtheilen, und wissen, was wir von ihren Deklamationen über diese Frage halten dürfen. Wir sehen ganz deutlich, mit welchen Waffen man die Monarchie bekämpft, um sie zu schwächen, seben aber auch, daß die Herren im einteressen Falle ganz anders handeln, als sie zuvor sprachen! Man nennt den Sieg die „Kasse des Elends", und „Budget der Armen." Man versteht sehr eine spöttare Umdeutung. Es scheint also, trotzdem, daß man bis zum Ueberfluß wiederholte, die Auflagen würden deinahe ganz von den Armen allein bezahlt, und zu ihrem Nachtheil erhoben, kein nicht so zu sein: Es scheint im Gegentheil, daß das Budget den Armen mehr einträgt, als es ihnen kostet, ihnen mehr nützt, als schadet. Gegen eine solche Auslegung haben wir durchaus nichts einzuwenden, im Gegentheil, wir stellen uns ihr vollkommen an, denn sie bestätigt nur unsere Ansicht, welche wir von der Erhebung und der Verwendung der Steuern haben. Aber, fragen wir, hat die „Reforme" schon vor einem Jahre so gesprochen? Und — ist die jetzige Sprache der „Reforme" auch zugleich die unserer Demokraten?

Deutschland.

Schleswig-Holstein. — Die Landesversammlung hat beschlossen, in Bezug auf den Waffenstillstand ein Schreiben an die Nationalversammlung zu richten. Wir entnehmen demselben die folgenden Stellen: „In ganz Schleswig-Holstein herrscht allgemein die Ueberzeugung, daß ein Theil der vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen entweder unausführbar ist oder doch deren Vollziehung die bedenklichsten Folgen haben würde. Der siebente Artikel enthält die allerverklausulirtesten Bestimmungen. Danach sollen alle seit dem 17. März 1848 für die Herzogthümer erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verfügungen sofort aufgehoben werden. Es ist aber erst von der provisorischen Regierung völlige Ungewißheit, in wie das Recht der freien Vereine und Volksversammlungen, eingeführt, die Jagd auf eigenem Boden gestattet, die Kopfsteuer und eine andere die ärmsten Volksklassen drückende Steuer, das sogenannte Instengeld, aufgehoben. Mit dem größten Jubel hat das schleswig-holsteinische Volk diese von der provisorischen Regierung erlassenen und von der Landesversammlung genehmigten Gesetze begrüßt. Es ist so, daß, bei diesen Gesetzen, wie rend die hohe Nationalversammlung in den Grundrechten dem deutschen Volke die ausgezeichnetsten Freiheiten gewährt, wieder aufgehoben und dagegen in die Herzogthümer ein absolutes Regiment eingeführt werden soll, erregt bei den Schleswig-Holsteinern unvermeidlich die allerstrenge Entrüstung. Sie würden sich selbst der Geneinschaft des freien Deutschlands unwürdig machen, wenn ihr Freudenjubel über solche Bestimmungen nicht empört wäre. Die konstituirende schleswig-holsteinische Landesversammlung, zum Schutz des schleswig-holsteinischen Volkes gegen absolute Willkührherrschaft berufen, hat es in dem in der Anlage Nr. 2 enthaltenen Beschlusse ausgesprochen, daß ohne ihre Zustimmung die von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetze weder verändert noch aufgehoben werden können. Da die deutsche Bundesversammlung die provisorische Regierung anerkannt und einen von derselben ernannten Bevollmächtigten in ihren Schooß Sitz und Stimme ertheilt hat, so sind dadurch die deutschen Staatsgewalten gebunden, die von der provisorischen Regierung erlassenen und von der Landesvertretung des schleswig-holsteinischen Volke genehmigten Gesetze für gültig zu erklären. Die provisorische Regierung hat seit dem 24. März die Erhebung der Steuern in den Herzogthümern angeordnet und diese Steuern zu den Zwecken der Regierung verwendet. Vor dem absoluten, unkontrolirten Willen der fünf Regierungsmänner soll es nun abhängen, ob diese Anordnung gelten soll oder nicht, ob also Diejenigen, welche seit dem 24. März ihre Steuern bezahlt haben, rechtlich als Rückständige behandelt werden sollen oder nicht. Die preußische und die dänische Krone haben sich über den Grafen K. von Moltke als Präsidenten der neuen

Regierung vereinbart. Das Anbenken an den Fürsten Metternich und dessen System ist aber in Oesterreich und im ganzen Deutschland gewiß nicht verhaßter, als die Erinnerung an das Regiment, welches Karl von Mollte als Kanzleiprästhent durch von Schrel in den Herzogthümern ausgeübt hat. Als in den Herzogthümern, um das System des offenen Briefes, König Christian VIII. um Gewalt durchzusetzen, die Presse auf das Schmählichste geknechtet wurde und der kürzeste Volksbrief auf den Index lastete, war Karl v. Molte, ein leidenschaftlicher Anhänger der Absolutismus, an der Spitze der Verwaltung der Herzogthümer, war derselbe der eifrigste Beförderer der dänischen Staatsbeeinheits-Bestrebungen. Wenn es Dänemark gelänge, zwei Männer zu finden, welche mit dem Grafen Karl v. Molte eine gemeinschaftliche Regierung bilden möchten, so würden Dies gewiß nur solche Männer sein, welche dem System dieses Mannes fist hingen, und so würden dabei die zwei von der preußischen Krone erwählten Männer wohlverstanden in allen wichtigen Angelegenheiten stets in der Minorität bleiben müssen, so würde nothin der strengste Absolutismus und eine in ihrer Mehrheit dänischen Interessen dienstbare Regierung in die Herzogthümer wieder eingeführt werden. Wir sind zwar vollkommen sicher, daß die preußische und die dänische Krone in den Herzogthümern keine vier „notable" Männer finden werden, „welche allgemeine Achtung und Ansehen genießen" und gleichwohl mit dem Grafen Karl v. Molte gemeinschaftlich die Herzogthümer regieren wollen. Die Erfahrung hat Dies bereits bestätigt, indem die vier erwählten Männer die angebotene Theilnahme an der Regierung abgelehnt haben. Jeder fernere Versuch auf demselben Wege wird dasselbe vergebliche Resultat haben. Denn wo in Deutschland wäre jetzt eine Regierung denkbar, welche nicht die öffentliche Meinung des Landes für sich hätte? Diese Nothwendigkeit einer Regierung im Einklang mit der öffentlichen Gesinnung macht aber ein Regierungsbündniß von drei Mächten schlechterdings unmöglich, wenn davon drei Männer, welche die Regierung zu übernehmen bereit sind, dem dänischen Ministerium gefallen sollen. Wir brachten deshalb die Aufführung des Malmöer Vertrags für eine absolute Unmöglichkeit Nach den Waffenstillstandsbedingungen soll für die Herzogthümer die Gesetzgebung während sieben Monate ruhen, zu einer Zeit, in welcher das ganze deutsche Volk von dem Bedürfnisse ist durchdrungen ist, die wichtigsten Verhältnisse des Staatslebens mächtig rasch zu reformiren. Eben aus diesen Gründen ist die Nothwendigkeit einer konstitutionellen Verfassung dem Schleswig-Holstein als dringendes Bedürfniß allseitig anerkannt, da das ofroyirte Institut der für Schleswig und Holstein getrennt berathenden Provinzialstände so wenig den Rechten als den Bedürfnissen des schleswig-holsteinischen Staats entsprach. Die vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen wurden freilich auch die gegenwärtige Landesversammlung als eine Anordnung der provisorischen Regierung, welche das Wahlgesetz für dieselbe erlassen hat, die Versammlung selbst als die Bildung der Stände selbst vorweggenden dänischen Reichsrathes stellen. Indeß wird die hohe Nationalversammlung für Schleswig-Holstein wie für ganz Deutschland das von uns ausgesprochene Recht anerkennen, daß eine konstituirende Versammlung weder ihren Willen weder vertagt noch aufgelöst werden kann. Ohne eine mit konstitutionellen Rechten versehene Landesvertretung und ohne eine mit derselben im Einklange stehende Regierung würde das große Ziel der hohen Nationalversammlung, der Einheit und Freiheit, welches ohne die Mitwirkung der Partikulargesetzgebung unmöglich ist, durch Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen um sieben Monate verzögert werden. Aber wollte man jetzt Holstein von den Segnungen der deutschen Gesetzgebung und die holsteinischen Abgeordneten aus der Nationalversammlung ausschließen oder gar den Grundsatz der Trennung Schleswigs von Holstein aussprechen, etwa eine Zollinie zwischen Schleswig und Holstein ziehen, um, wie Dies bereits verlangt worden ist, das Bestehen des deutschen Bundes und der Nationalversammlung, den Zweck und Preis des siegreichen Kampfes zu Gunsten des Feindes aufgeben? Fast hat es den Anschein davon, da nach den Waffenstillstandsbedingungen die schleswig-holsteinische Armee auf eine gar leicht zu bedenklicher Entfremdung der Gemüther führende Weise in eine schleswigsche und holsteinische Armee geschieden, die Entwickelung unserer Streitkräfte in Holstein beschränkt und zur völligen Werbelähmung Gelegenheit der Weg gebahnt ist, und da überdieß ausdrücklich zwei Regierungsmänner für Schleswig von der dänischen Krone erwählt werden sollen Hohe Nationalversammlung! Wir verkennen nicht die Verwickelungen und Schwierigkeiten, welche eine Nichtgenehmigung der vorgedachten Waffenstillstandsbedingungen zur Folge haben kann. Allein dieselben greifen zu tief in die inneren Angelegenheiten des gesammten deutschen Vaterlandes und einen Theils bestehen ein, als daß andere Rücksichten, als die auf die Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands zu entscheiden vermochten. Müßte das deutsche Volk, ein Volk von 45 Millionen, in solcher Weise, wie Das in dem mehrgedachten Waffenstillstandsvertrage geschehen ist, den Gnadstoß fremder Mächte in seine inneren Angelegenheiten nachgeben, so wäre die Größe, Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands ein eitles Gaukelspiel unpraktischer Schwärmer."

Italien.

** Neapel, 6. Sept. Wir haben folgende Nachrichten von der Expedition gegen Sicilien. Am Morgen des 3. machte die Besatzung der Citadelle von Messina einen glücklichen Ausfall. Zwei Batterien der Rebellen wurden erstürmt und die darin befindlichen Geschütze vernagelt. Das Feuer von der Citadelle aus, hervorgerufen durch das der Batterien der Aufständischen, dauerte den ganzen Tag hindurch fort, und wurde unterstützt durch das Feuer mehrerer neapolitanischen Schaluppen, einer Fregatte und zweier Dampfer. Von Palermo und Trapani hatte man Verstärkungen den Rebellen zu Hilfe geschickt. Aber die Stadt Catania hatte diesen herangiehenden Schaaren den Zugang in ihre Mauern verspert, so daß diese sich genöthigt sahen, einen andern Weg nach Messina einzuschlagen. Während des Bombardements der Citadelle und der Kriegsschiffe die Stadt beschossen, landeten mehrere Dampfschiffe mit Truppen an Bord an den Küsten von Messina, um eine Landung zu bewerkstelligen. Heute Morgens verbreitete sich die Nachricht, Messina sei genommen worden. Eine Person, die durch diese Stellung allerdings wohl unterrichtet sein kann, versichert, die Stadt habe nach einem lebhaften Widerstand endlich kapitulirt.

Frankreich. Der sardinische Kriegsminister hat am 5. Sept. einen Aufruf an die lombardischen Soldaten und Offiziere (die dem König aus der Lombardei gefolgt sind) erlassen, wonach dieselben definitiv auf demselben Fuße, wie die piemontesischen organisirt werden sollen. Er fordert sie auf, sich an ihre neuen Mitburger von Piemont, mit denen sie jetzt auch durch das Gesetz, wie fender schon durch die Natur, Eine Familie bilden, eng anzuschließen, auf „ihren" König zu vertrauen und sich für den vielleicht nahen Tag der Prüfung zu rüsten. Also immer noch die alten Redensarten auf die Lombarden, als ob seine Sache auch von Enßerzu und seine Einnahme von Mailand in der Mitte läge!

Nachschrift.

* Nach unsern Briefen aus Frankfurt vom 14. hat die Verhandlung über die Waffenstillstands-Frage an diesem Tage begonnen. Von Lindenau sprach für theilweise Anerkennung des Waffenstillstandes; nach ihm Hecscher, der den Verlauf der Unterhandlungen näher auseinanderseize, und auf Annahme der Uebereinkunft bestand. Nach ihm sprachen noch Sander für Verwerfung, Xander (der Ausschußmehrheit wieder unterzeichnet) für den Minderheitsantrag, Eisenmann vermittelnd, Franke für Billigung des Waffenstillstandes, so weit er noch ausführbar, dann Maltzahn von Rüstrin; Hermann (von München) im Sinne des Mehrheitsantrages; zuletzt v. Schmerling zur Vertheidigung des Ministeriums. Um 3½ Uhr schloß die Sitzung. Es sind noch an 60 Redner eingeschrieben.

In Köln ist am Abende des 11. Sept. zwischen Bürgern und Soldaten des 27. Regim. Streit ausgebrochen, bei welchem letztere Gebrauch von der blanken Waffe machten. Man erzählt sich als Ursache des Streites, ein Soldat habe auf der Straße im trunkenen Zustande gegen ein Frauenzimmer sich ungebührlich benommen, dem ein Bürger zu Hilfe kam, welcher in der Hitze des Wortwechsels mit dem Soldaten, diesem einen Faustschlag ins Gesicht versetzte. Am 12. war die Stadt noch in sehr großer Aufregung, das 27. Regim. konsignirt und man schlug um 12 Uhr Mittags Generalmarsch. Einige Soldaten des 16. Reg. suchten zu vermitteln. Das Bataillon des 27. Regim. soll die Gesinnung verlassen und ist einstweilen in den Forts untergebracht. Verwundungen sind, so weit man nachgefors icht hat, auf Seiten des Militärs keine, auf Seiten der Bürger eine vorgekommen. Die ganze Bewegung trug übrigens durchaus keinen politischen Charakter. (Köln. Z.)

Bern, 12. Sept. Die Tagsatzung hat die neue Bundesverfassung definitiv angenommen. Hundert und ein Kanonenschüsse und Feuersignale von den Bergeshöhen verkündeten den freudigen Moment. (A. Z.)

Bukarestsch, 29. Aug. Offizielen Nachrichten von Sir Steafort Canning zufolge hat der Sultan die Bittschrift des romanischen Volkes hinderaicht empfangen und derselben die nöthige Aufmerksamkeit zu widmen versprochen. Die türkischen Truppen haben den Befehl zum Rückmarsch empfangen, dagegen werden die russischen Besatzungen in der Moldau und Walachei verstärkt. Das Reservecorps am Pruth beläuft sich jetzt auf 45,000 Mann. Den Berichten eines hochst glaubwürdigen Korrespondenten zufolge hat dasselbe Befehl erhalten, die Wallachei zu besetzen.

Einem Pariser Blatte wird aus New-Orleans gemeldet, daß 200 Personen, die sich nach Amerika begaben, um dort das System Cobet's, den Kommunismus, praktisch durchzuführen, an den Ufern des rothen Flusses sich niedergelassen hatten; es entstanden jedoch schnell Zwistigkeiten unter ihnen, sie schlugen sich wörderisch und brachten sich fast bis auf den letzten Mann um.

Börsen- und handels-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 14. Sept. Oesterr. 5proz Metall. 74. 4proz. 61. 2proz. — 2½proz. 38⅝. Bankaktien 1210. 10. — 500 fl.-Loose 120⅞. 250 fl.-Loose 81. Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 67. 10. Staatsschuldscheine 3½proz. 74. Bayer. 3½proz. 76½. — Badische Anleihe 67¼. — Württemberg. 3½proz. 75½, 4½proz. 92½. — Bad. 3½proz. 75½. Lotto-Anlehen à 50 fl. 16. 35 fl.-Loose 25½. — Darmstädt. 3½proz. 75½, 4proz. 84½. Lotto-Anlehen von 50 fl. 62½, 25 fl.-Loose 20⅜. — Kurhess. Hessen-Wilh.-Nordd. 42½. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½proz. 80½. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3½proz 78. 3½proz. 90½, 85½. Taunusbahn 277. — Polland. Integr. 43. Span. 3proz. innere Schuld 18½. — Pol. 300 fl.-Loose — 500 fl.-Loose 67½. — Sard. 36 fl.-Loose 25. Dist. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 70.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 8 fl.
Halbjährig 4 fl.
Vierteljährig 2 fl. 36 kr.

Sonntag den 17. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, 17. September.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 11. l. M. allergnädigst bewogen gefunden, auf die bei dem k. Oberappellationsgerichte in Gnaden gestimmte statutmäßige Rathstelle den Oberappellationsgerichtsrath außer dem Etatus Clemens Stenzer vorrücken zu lassen, sofort zum elften Oberappellationsgerichtsrathe außer dem Stand den Appellationsgerichtsrath Johann Albert Julius Friedrich Popp in Bamberg zu befördern, und unterm gleichen Tage die am Wechselgerichte l. Instanz zu Aschaffenburg erledigte Rathstelle dem Kreis- und Stadtgerichtsrathe Karl Kurz in Aschaffenburg zu übertragen.

Se. Maj. der König haben unterm 12. Sept. l. J. den Landrichter Joseph Guggenbillee zu Neumarkt in Oberbayern auf die erledigte Landrichterstelle zu Graefenau, seiner Versetzungsbitte willfahrend, allergnädigst zu versetzen, und die hiedurch erledigte Landrichterstelle zu Neumarkt dem l. Landgerichtsassessor Konrad Traunicé zu Radburg allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. Maj. der König haben unterm 12. Sept. den Landrichter Wolfgang Knarr zu Miesbach auf den Grund des §. 19 der IX. Verfassungs-Beilage in den temporären Ruhestand treten lassen und die hiedurch erledigte Landrichterstelle zu Miesbach in Oberbayern dem dermaligen zweiten Landgerichtsassessor Alois Schmid zu Wasserburg zu verleihen geruht.

Die Reichsgewalt und Bayern.

Unter dieser Aufschrift bringt die „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" den folgenden Artikel ihres Mitarbeiters mit dem Zeichen ≡:

„Lange hat uns keine Nachricht größere Freude bereitet, als die von dem offenen Anschluß Bayerns an die Reichsgewalt. Hierin erblicken wir den entschiedensten Wendepunkt in den deutschen Angelegenheiten. Nachdem Bayern diesen Schritt gethan, können die andern deutschen Staaten unmöglich zurückbleiben und auch Preußen wird nicht länger zögern, dem gegebenen Beispiel zu folgen. Preußen kann keinem anderen Staate Deutschlands das Hauptvorrecht bei der Reorganisation Deutschlands lassen. Es muß sich an die Spitze stellen, hiervon wird man sich mehr und mehr in Berlin überzeugen. Durch die Stellung, die der preuß. Reichsverweser einnehmen wird, ist letzteres gezwungen. Bei auf die Nationalversammlung zurückzuziehen und in dieser ihren eigentlichen Stütz- und Haltpunkt zu suchen. Und wahrlich, nach den Gesinnungen und Bestrebungen, die täglich in der Nationalversammlung laute werden, hat sie nicht die mindeste Gefahr dabei zu laufen. So gewiß es ist, daß die Nationalversammlung die Idee der Einheit und die Macht Deutschlands verwirklichen werde, eben so gewiß ist es, daß sie nach wahrhaft konservativen Grundsätzen dabei verfahren und den Partikularstaaten gleichfalls ihr Recht werde widerfahren lassen. Die öffentlichen Blätter verstummen, daß die bayerische Regierung nicht allein einhalbseitige Anerkennung der Zentralgewalt ausgesprochen, sondern auch die aufrichtigste und kräftigste Mitwirkung zur Vermittlung und Ausgleichung der aus Anlaß des Waffenstillstandes mit Dänemark drohenden Zerwürfnisse versichert habe. Hiermit können nur die Verhältnisse in der Stiftung der Nationalversammlung vom 5. d. M. gemeint sein. Es ist im hohen Grade verdienstlich, sich die Erhaltung des innern Friedens zum Ziele gesetzt zu haben, und das Wort Bayerns war gewiß zur rechten Zeit und in der rechten Stunde ausgesprochen. Indessen wird die Nationalversammlung wohl in sich selbst die Lösung dieser Schwierigkeiten finden. Auch glauben wir zu wissen, daß sowohl von Preußen als von den übrigen ansehnende Schritte geschehen sind, welche die Ausgleichung der Holstein-Schleswig'schen Frage wesentlich erleichtern müssen. Hätte die Nationalversammlung am 5. d. keinen voreiligen Beschluß gefaßt, es wäre heute schon der Weg dazu eröffnet. Die offene Anschluß Bayerns an die Reichsgewalt bietet aber auch noch den weiteren Vortheil dar, daß dadurch eine festere Grundlage zu dem von dem neuen Reichsministerium aufzustellenden Systeme gewonnen wird. Die Sicherheit und das Selbstvertrauen dieses Ministeriums müssen in dem Verhältniß wachsen, als es sich durch die einzelnen Volksstämme Deutschlands getragen und gehoben fühlt. Dies setzt indeß voraus, daß das System des Ministeriums das von uns entwickelte sei, und wir halten kein anderes von dem Augenblick an für möglich, wo die einzelnen deutschen Staaten sich mit deutscher Treue an die Zentralgewalt anschließen. Die letzten Punkte an dem Horizonte Deutschlands mehren sich; die schweren Wolken, die durch die Märzstürme und zugeführt worden, fangen an sich zu zerstreuen und wir hoffen, daß bald die Sonne ihre erwärmenden Strahlen auf unser neu erstarktes gemeinsames Vaterland senden werde."

Wir freuen uns, so die Ansichten, welche wir vor einigen Tagen (Beilage von Donnerstag 14. Ärmel) über das was jetzt Deutschland vor Allem noth thut, um aus der gegenwärtigen Krise mit Ehren, heil, und in seiner Kräftigung nach Innen und Außen herauszutreten, auch anderwärts bereits durchdringen und zur Geltung gelangen zu sehen. Auch die Karlsruher Zeitung bringt unterm 15. September einen Artikel unter der Aufschrift „Unsere Lage", welcher im Wesentlichen ganz mit unseren Ansichten übereinstimmt. Derselbe weist auf die nachstehligen Folgen der falschen Grundlage hin, auf der die provisorische Reichsgewalt hervorrufen, mit berechnet als dringendste Aufgabe das unglückselige Provisorium so schnell als möglich zu verlassen, und zum definitiven Bau der deutschen Zentralgewalt oder Reichsregierung zu schreiten. Als zwei dabei festzuhaltende Hauptmomente bezeichnet die Karlsruher Zeitung: 1) Der Weg um zum Ziele zu gelangen, kann nur der der freien Vereinbarung zwischen den einzelnen Regierungen oder Staaten und der Nationalversammlung sein; 2) die zu schaffende Zentralgewalt kann nur eine vorvorante (oder alternirende) sein, welche die Einzelstaaten nicht zerrichtet und den nächstgrenzen den gebührenden Antheil und Einfluß sichert." Die vorsätzliche künstliche Verwirklichung des Kaisertums wird als zweckwidrig erklärt, gefragt, daß wir weder Oesterreich noch Preußen entbehren können, daß aber auch weder Oesterreich noch Preußen seine Stellung aufgeben und in ein Unterthänigkeitsverhältniß treten wird. Endlich wird das Verlangen ausgesprochen (dem die bayerische Regierung bereits zuvorgekommen ist), daß die Regierungen endlich einmal ihre passive und unwürdige Stellung aufgeben und mit der Nationalversammlung sich ins Einvernehmen setzen. Lasse man den Dingen ihren natürlichen Verlauf, verschwinde man ein einträchtiges Handeln auf rechtlicher Grundlage, so werde allerdings trotz alles Widerstehens eine weit vollkommenere Ordnung zu Stande kommen: „wir werden einen Kaiser haben; allein der Weg zum Kaiserthrone wird über Brandstätten und Schlachtfelder führen, und das jetzt lebende Geschlecht der Herrlichkeit des neuen Reichs sich nicht mehr erfreuen können." So die Karlsruher Zeitung.

Deutsche Reichsversammlung.

A Frankfurt, 14. Sept. Die Waffenstillstandsfrage ist an der Tagesordnung. Wiesendouk verlangt die Bekanntgebung der in Bezug auf die Sache eingelaufenen Adressen und Petitionen. Der Präsident sagt dieß zu, bemerkt aber, daß dieß eine lange Zeit erheischen werde; denn die Zahl derselben sei sehr bedeutend. (Heute seien schon an 50 eingelaufen.) v. Lindenau eröffnet die Reihe der Redner; allein es war bei seiner leisen Stimme unmöglich von seinem Vortrage etwas zu verstehen. Sein Antrag geht dahin, blos theilweise anzuerkennen. — Hecker: Noch nie hat eine wichtigere Entscheidung ihrer Beratung unterlegen. Nach einer Skizze über den Gang der Angelegenheit führt Hecker fort: Zuerst während des Waffenstillstandes des Reichsverwesers in Wien in der zweiten Hälfte Juli erhob derselbe Mahnes über den Stand der Unterhandlung. Der General Below war es, der im Auftrage Preußens dorthin kam, und die Autorisation zur Fortsetzung der Verhandlungen vom Reichsverweser erbat. Es war aber nicht möglich, diesem Wunsche damals zu entsprechen, da nur ein Ministerium in Wien anwesend war. Erst am 7. Aug. nach der Rückkunft des Reichsverwesers war ein solches wirklich ausgesetzigt. Die Sendung Gagern's hatte vorzüglich nur den Zweck, das Benehmen mit der provisorischen Regierung der Herzogthümer zu vermitteln und die zum Eintritt in die interimistische Regierung fähigen Personen zu ermitteln und zu bezeichnen, nicht aber direkt an den Verhandlungen Theil zu nehmen. Die einzelnen Bedingungen, welche der Waffenstillstand beigefügt sind, werden aufgezählt, gerechtfertigt und gezeigt, daß die Volksmacht keine unbedingte war. Da die Bedingungen nicht eingehalten worden seien, so habe die Zentralgewalt das Recht die Ratification zu verweigern, und ebenso die Nationalversammlung. Der Redner „in seinem Namen" ist allerdings juristisch nicht zu rechtfertigen; aber es sprechen Billigkeitsgründe für Preußen. Durch die Anordnung auf 9 Monate, die mich überrascht hat, war sicher auch Preußen niedergedrückt; diese Bestimmung kam auf Antrag Schwerdens in den Vertrag.

Sie hat für Deutschland wohl Nachtheile, gewährt aber auch Vortheile. Die Trennung der schleswigschen Truppen von den holsteinischen enthält eine Gefahr der Trennung der Herzogthümer: ja die jetzige Bestimmung ist günstiger als die im ursprünglichen Entwurfe. Die Aufstellung der gesetzgebenden Gewalt wird allerdings etwas bedenklich, weil unerwartet der Vertrag 7 Monate dauern soll. Der Graf Moltke befand sich nicht auf unserer Liste. Auf die Aufrechterhaltung der sämmtlichen bis jetzt erlassenen Gesetze u. s. w. mußte vom Reichsministerium unter allen Umständen bestanden werden. Das Ministerium hat sich für die Annahme des Wiener Friedensinstrumentes erklärt, denn es betrachtet das Aufhören der Verwaltung der Selbstständigkeit der Herzogthümer, ist erreicht. Es wäre die Ehre Preußens tief verletzt, wenn Sie den Vertrag verwerfen. Ich beklage es tief, daß die Verhältnisse sich so gestalteten; aber sie sind leider so. Sie gefährden durch die Verwerfung die Resultate unserer Revolution. Die Gefahr eines Zusammenstoßes mit fremden Mächten ist zwar vorhanden; sie allein würde uns nicht bestimmt haben, sondern die Rücksicht darauf, um unser Werk der Einigung nicht zu vernichten. Der Redner widerlegt mehrere Behauptungen in der Adresse der schleswig-holsteinischen Landesversammlung. — Nach ihm sprachen Venedey, Arndt, Eisenmann, Franke, Maltzahn (von Küstrin); der erste sprach für den Antrag von Wurm, der zweite sagte sich von der Ansicht der Majorität der Ausschüsse wieder los und schließt sich der von Stedmann und Genossen an. Eisenmann stellt einen Vermittlungsvorschlag, der weder genehmigen noch verwerfen, sondern „annehmen“ heißt, der Antrag, die Nationalversammlung möge beschließen: 1) die Vollziehung des Waffenstillstandes zu Malmoe vom 26. August s. Js., so weit solcher nach der gegenwärtigen Sachlage noch aufführbar ist, nicht länger zu hindern; 2) die provisorische Zentralgewalt aufzufordern, die geeigneten Schritte zu thun, damit auf den Grund der dänischer Seits amtlich erklärten Bereitwilligkeit über die nothwendigen Modifikationen des Vertrags vom 26. August s. J. baldigst eine Verständigung eintrete; 3) die provisorische Zentralgewalt aufzufordern, den gen schleuniger Einleitung von Friedensverhandlungen das Erforderliche wahrzunehmen. v. Hermann (aus München) erklärt sich für die Ansicht von Wurm. Er habe während der Zeit, wo ihm der Auftrag zur Bildung des Ministeriums in seinen Händen lag, versucht einen vermittelnden Weg in der Sache zu finden. Er habe sich zu diesem Zwecke an den preußischen Bevollmächtigten Camphausen gewendet, um zu erfahren, welche Modifikationen etwa Preußen zu genehmigen, zu vermitteln geneigt wäre. Camphausen habe hierauf folgende Punkte als der Erledigung fähig bezeichnet: 1) Preußen wolle der dänischen Regierung erklären, daß der Waffenstillstand vom 26. August auf Grund einer Vollmacht des deutschen Reichsverwesers im Namen der provisorischen Zentralgewalt lediglich als Angelegenheit des deutschen Bundesstaates unterhandelt und geschlossen worden sei; 2) der Bevollmächtigte erklärt, daß die preußische Regierung angenommen habe, die provisorische Zentralgewalt sei zur Ausstellung der Vollmacht vom 7. August I. J. befugt und dabei des Einverständnisses der Nationalversammlung versichert gewesen; 3) die preußische Regierung sagt zu, dahin zu wirken, daß bei der Vollziehung des Vertrages vom 26. August jene Modalitäten eintreten, welche die Ruhe und Ordnung in den Herzogthümern herzustellen und zu erhalten geeignet seien unter Mitwirkung von Kommissären der Zentralgewalt. Er habe mehreren Klubbs der Mitglieder der Nationalversammlung diese Zugeständnisse Camphausens mitgetheilt; man sei aber nicht darauf eingegangen, und in Folge dessen sei er wieder auf seinen einfachen Standpunkt eines Abgeordneten zurückgetreten, und da könne er denn nicht anders als für Verwerfung des Vertrags stimmen. Wenn man sage, es liege darin eine Verletzung Preußens, so könne er den Grund hievon nicht einsehen: Holstein habe das preußische Ministerium sei dabei in Frage, nicht der Klotz, mit dem das Volk von Preußen. — Schmerling versucht in persönlichen Anspielungen auf die beiden Abgeordneten aus Baiern, die vor ihm gesprochen, das Ministerium zu vertheidigen. — Um 3½ Uhr wurde die Sitzung geschlossen und die Fortsetzung auf morgen bestimmt. — Der Gesammteindruck der heutigen Verhandlungen war kein günstiger; von Lindenau angefangen bis zu Schwerling einschließlich gab sich wenig Takt und Geschicklichkeit zu erkennen. Vielleicht wird die Sache morgen besser behandelt; es sind noch an 60 Redner eingeschrieben, von denen freilich höchstens der fünfte Theil noch zum Worte kommen wird.

* Nach der „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung“ geht der Antrag des Hrn. v. Lindenau dahin, daß die Genehmigung des Waffenstillstandes an die Bedingungen geknüpft werde, daß die in Art. 7 des Vertrags ausgesprochene Aufhebung der durch die provisorische Regierung zu Schleswig-Holstein erlassenen Gesetze und Verordnungen wegfalle, daß die Ernennung der neu zu errichtenden Verwaltungskommission der Herzogthümer durch die Nationalversammlung geschehe, daß alle beschlossenen und noch zu beschließenden Grundrechte, wie in allen übrigen deutschen Landen, so auch in Schleswig-Holstein eingeführt werden, und endlich, die Nationalversammlung vereint mit der Zentralgewalt, die Friedensunterhandlungen mit Dänemark aufnehme.

Deutschland.

Bayern. Se. Maj. der König hat folgendes Handschreiben an den Regierungspräsidenten von Unterfranken erlassen: „Die Stadt Würzburg hat während Meines letzten Aufenthalts vortheilhaft Mir so viele Beweise von Anhänglichkeit und Aufmerksamkeit gegeben und sich seitdem unter den heftigsten Zeitbewegungen so gut benommen, daß Ich gerne meine volle Anerkennung hierüber zugeben, und ersuchen lassen möchte, wie Ich auch künftig geneigte mit Wohlwollen in der Mitte Meiner getreuen Würzburger verweilen werde.“

** München, 16. September. Aus verlässiger Quelle erhalten wir die erfreuliche Kunde, daß die Organisation des Königlichen Kadeten-Korps noch in diesem Jahre einer Reform unterworfen, und die allgemeine Verordnung um Aufnahme in die 5-jährige Militär-Bildungsanstalt mit dem Schuljahre 18⅝₀ in Wegfall kommen wird. Die Zöglinge des Kadeten-Korps konkurriren mit den übrigen Bewerbern. Alle Bayern, ohne Rücksicht auf Stand und Geburt, sollen den Zutritt zur militärischen Bildungs-Anstalt erlangen können, wenn sie den gesetzlichen Aufnahms-Bedingungen entsprechen, und in so weit es die Anzahl der Plätze gestattet. Die bis jetzt bekannt gewordenen Aufnahms-Bedingungen sind folgende: Die Bewerber sollen am Tage der Aufnahme das 15. aber nicht das 17. Jahr ihres Alters überschritten haben. Dieselben müssen ihre körperliche Tüchtigkeit zum Kriegs-Dienste vermittelst einer ärztlichen Untersuchung, und den guten Leumund durch amtliche Zeugnisse nachweisen. In einer Prüfung müssen die Bewerber darthun, daß sie in wissenschaftlicher Beziehung gut qualifizirt sind. Nach dem Lehrplane der künftigen Anstalt werden die Bewerber die erste Klasse des Gymnasiums absolvirt haben müssen. Da die Aufnahme in das Kadeten-Korps bis jetzt nur mit großen Kosten und mit geringen Aussichten, vorbehalten war, so wird durch die neue Organisation denselben dem Talente und dem inneren Berufe für den Militärstand der Zutritt zu der Militär-Bildungs-Anstalt besser, als bisher, gesichert. Wir begrüßen diese allerhöchste Anordnung als einen wahren Fortschritt und zugleich als einen neuen sprechenden Beweis der achtkonstitutionellen Gesinnung unseres Königs und unserer Regierung.

Würzburg, 12. Sept. Zu der gestern angesagten patriotischen Vereins, die sich durch zunehmende Theilnahme der hiesigen Bürgerschaft vor früheren Versammlungen auszeichnete, wurde die Verbindung dieses Vereins mit dem ähnliche Tendenzen verfolgenden konstitutionellen Verein in Bamberg beschlossen. Auf eine Einladung der Erlanger patriotischen Gesellschaft, die am 17. d. Mts. in Erlangen stattfindende Versammlung der fränkischen Vereine auch von hier mit einer Deputation zu beschicken, wurde der Beschluß gefaßt, die Abgeordneten dazu in der Person der HH. Dr. Aub, Freytsel und Großmann als Abgeordnete gewählt. Ferner wurde eine von Hrn. Dr. Aub verfaßte, an das Reichsparlament gerichtete Adresse einstimmig genehmigt, worin die Zustimmung zu dem Beschlusse vom 5. Sept. ausgesprochen wird. (B. Z.)

Würtemberg. — **Stuttgart.** Der schwäbische Merkur enthält eine Erklärung des Staatsrath Römer, welche eine Reihe von Berichtigungen gegen den Stuttgarter Einladungsbrief und namentlich folgenden Worten schließt: „Diese Geiegenheit benütze ich zu Berichtigung des weitern Gerüchts, daß mir ein Ministerium des Reichs angeboten worden sei. Ein solches Anerbieten hat nicht stattgefunden: auch könnte ich ihm nicht entsprechen, wenn es wider alle Wahrscheinlichkeit je stattfände, weil ich von der Ueberzeugung ausgehe, daß die Interessen der Zentralgewalt, welche für jetzt noch von der Kraft der einzelnen deutschen Staaten lebt, am besten gefördert werden, wenn an der Spitze der einzelnen deutschen Staaten Männer stehen, denen die Einheit Deutschlands kein leerer Schall ist.“

Königreich Sachsen. Chemnitz, 12. Sept., Abends 6 Uhr. Der heutige Vormittag verlief ruhig, doch waren deutliche Symptome weiterer Unruhen wahrzunehmen. Gegen Mittag wurden die beiden Gefangenen, welche man gestern Abend befreit hatte, wieder in die Frohnfeste gebracht, was den Arbeitern Vorwand wurde, auf's Neue ihre Herrschaft geltend zu machen. Es waren bis Mittag ungefähr 200 Mann Kavallerie und 150 Mann Infanterie eingerückt; die Kavallerie stand theilweis noch auf dem Markt, als eine Anzahl Arbeiter gegen 1 Uhr auf den Markt rückten und die sofortige Freigebung der beiden Gefangenen forderten. Der Major der Kavallerie sprach mit einer besonnenen Gewandtheit zu Pferde mit den Leuten und suchte sie zu bewegen, friedlich nach Hause zu gehen. Die Arbeitermassen mehrten sich in allen Straßen. Ein Theil zog gleich zu Anfang vor die Frohnfeste und verbarrikadirte die Herrengasse. Unbegreiflicher Weise sah man zwei Stunden diesen Rüstungen zu, ohne daß man einen Versuch zu machen, den jetzt noch kleinen und unbewaffneten Haufen von höchstens 800 Mann zu Pferde sofortigst anzugreifen. Nachdem die Gefahr immer größer und drohender geworden und eine Kavallerieabtheilung zurückgeschlagen war, rückte die Infanterie gegen die Barrikade in der Johannisstraße vor und gab endlich nach langem Zögern und vergeblichen Abmahnungen eine Salve, wodurch 2 getödtet und 4 verwundet wurden. Man unterließ weiteres energischeres Einschreiten, und die Tumultuanten besetzten einige Häuser, von denen Schüsse auf die Infanterie mit Steinen geworfen, so daß sie sich zu Aufhau zurückziehen mußte. Die Kommunalgarde war auf Generalmarsch auch heute nur sehr spärlich erschienen. Eine Deputation ängstlicher Bürger hatte durchgesetzt, daß man den Tumultuanten nachgab und die Gefangenen frei ließ. Diese Kurzsichtigen meinten, daß damit Alles abgemacht sein würde; die Arbeiter aber wollten die Herrschaft behaupten. Man verbreitete nicht nur unter fürchterlichen Drohungen und der Forderung, daß das Militär die Stadt verlassen solle, die Barrikade in der Johannisgasse, sondern man baute auch in der Klostergasse, Wiedergasse, Poststraße und Länge des Grabens Barrikaden, und der Aufruhr wurde von Minute zu Minute gefährlicher und drohender. Endlich gegen 5 Uhr griff die

*) Cin Schleswig-Holsteiner unsers Wissens. L. v. R.

Kavallerie die Barrikaden von außen, vom Graben aus, tapfer an, überall fielen Schüsse und in diesem Augenblicke sind alle Barrikaden in der innern Stadt verlassen und die Ruhe hergestellt. Die Arbeiter scheinen sich jedoch auf neuen Anger von Neuem zu sammeln und dort zum Abend den Kampf fortsetzen zu wollen. Morgen 12 Sept. Mittag.

Von Leipzig wurde am 12. Abends nach 10 Uhr eine Infanterietheilung mit einem Extrazug der sächsisch-bayrischen Eisenbahn nach Chemnitz befördert.

Sächsische Herzogthümer. Auch in Altenburg hatten laut Nachrichten vom 12. September in den letzten Tagen unruhige Bewegungen stattgefunden, ohne jedoch vorerst zu einem Resultate geführt zu haben.

Schleswig-Holstein. Altona, 12. Sept. Mittags. Es ist hier die gesammte Generalität eingetroffen. Gestern Abend spät kam auch noch der Oberbefehlshaber General v. Wrangel. Vor ihm angekommen waren zwei Bataillone des Garderegiments Kaiser Alexander. Genug, die Bundestruppen verlassen bis auf die wenigen in der Waffenstillstandskonvention ausbedungenen in großer Hast das Land. — Wie der „Hamburger Korrespondent" meldet, wird die hanseatische Kavallerie mit einem Bataillon Würtemberger und einem Bataillon Badenser während des Waffenstillstandes im Lande verbleiben. Drei Züge und der Stab derselben bleiben in Flensburg, ein Zug in Schleswig; von der zweiten Schwadron ein Zug in Apenrade, einer in Tondern, und zwei in Hadersleben.

Mecklenburg. — * In Ratzeburg haben am 7. ausführerische Bewegungen stattgefunden, zu denen die Verhaftung des Bürgermeisters Benutzung mußte. Ein Volkshaufe zog vors Schloß, forkam aber den Großherzog nicht zu sehen, und wurde endlich von der Bürgerwehr, da alles gütliche Zureden so wenig als förmliche Aufforderungen zum Auseinandergehen etwas nützten, mit Waffengewalt angegriffen, wie es scheint gleichfalls ohne Erfolg. Auch das endliche persönliche Erscheinen des Großherzogs, der zu dem Volke sprach, fruchtete nichts. Man schrie nach Entlassung des Ministeriums, Absetzung des Wahlgesetzes u. s. w. Der Großherzog hatte auf die deßfalls ihm überreichte Petition Antwort für den folgenden Tag verheißen. In der Nacht vom 7. auf den 8. wurden zu Neu- und Alt-Strelitz mehrere Katzenmusiken veranstaltet, und dem Minister v. Kamptz sowie Hrn. v. Derpen die Fenster eingeworfen. Am 9. Früh erließ der Großherzog, welcher unterdessen erkrankt sein soll, eine Ansprache mit der Versicherung, es meine sicher Niemand es mit ihm, er sei fest hauptsächlich gegen die Form, in welcher das Volk seine Wünsche äußere, ausspricht. Es heißt in derselben u. a.: „Ist sie es mir auch schmerzen und beugen müssen, daß durch Versammlung großer und drohender Volksmassen bewerkt worden, mir Zustehungen abzunöthigen, welche zu gewähren zum Theil außer meiner Macht lag." Der Fürst spricht ferner die Ueberzeugung aus, daß sich Jeder, der es redlich meine und vertraut den Mecklenburgern, daß sie durch Erneuerung eines solchen bedrohlichen Anbringens großer Volksmassen, dessen Folgen nie zu berechnen seien, ihn nicht in den „schmerzlichen Fall" setzen werden, den ihm als Landesherrn obliegenden Pflichten in dem Umfange, wie es seiner gewissenhaften Ueberzeugung und dem Wohle des Landes entspräche, nicht genügen zu können. An die Stelle des Ministeriums v. Oertzen trat eine Umfassung gegeben, ist ein Beamter, Hr. Buchka genannt, allein auch dieser scheint den Agitatoren nicht genügen zu wollen; er ist ihnen noch viel zu „aristokratisch!" Das Militär (etwa 200 Mann, da der größte Theil in Holstein steht), die Bürgerwehr, wie die Arbeiter der Hauptstadt sind gegen die übrigen Städte und das platte Land auf das heftigste erbittert. Sie drangen bereits in Volksversammlungen und anderen Zusammenkünften auf das kräftigste gegen die „Aristokratie und deren Anhang" in der Residenz, bearbeitet. Ein Reformverein, welcher sich in Stargard gebildet hat, beschloß eine neue Petition an den Großherzog wegen Gewährung „wahrer" Volksfreiheit und Berufung eines volksthümlichen Ministeriums.

Preußen. ⊙ **Berlin**, 13. Sept. Die Vorarbeiten zur Reorganisation der Zivilgesetzgebung sind bis zum vorigen Sommersitze zu einer neuen Hypothekens- und Zivilprozeßordnung find vollendet. Letzterer besteht nur aus 900 §§., während die alte Gerichtsordnung deren 5160 enthielt, die Zusätze ungerechnet. Ministerpräsident v. Auerswald wird als künftiger Gesandter in Paris bezeichnet. — In **Potsdam** sind Rukestörungen vorgefallen, bei denen sich Soldaten des dort garnisonirenden Garde-Regiments betheiligt haben sollen. Als Anlaß nennt man den Stein'schen Antrag, zu dessen Gunsten mehrere Soldaten eine Adresse unterzeichnet haben sollen. An der Berliner Straße soll man eine Barrikade zu bauen versucht haben. Die Garde du Korps stellte die Ruhe wieder her.

Köln, 13. Sept. In Folge der beklagenswerthen Vorgänge, deren Schauplatz unsere Stadt seit zwei Tagen gewesen ist, hat gestern Abend der Gemeinderath folgende Bekanntmachung erlassen: „Der Gemeinderath hat so eben, Abends 7 Uhr, in außerordentlicher Sitzung beschlossen, eine Deputation auf seiner Mitte sofort nach Koblenz zu dem kommandirenden General und dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz zu senden, um in Uebereinstimmung mit dem laut und allgemein ausgesprochenen Verlangen der Bürgerschaft die sofortige Entfernung des 27. Infanterie-Regimentes von Köln bringend zu beantragen. Köln, 12. Sept. 1848. Oberbürgermeister, Beigeordnete und Gemeindevorsteherin."

In Düsseldorf wurde am 9. Sept. nach einer Volksversammlung ein Versuch gemacht, den gefangenen Freiligrath zu befreien. Den Bemühungen besonnener Bürger gelang es indeß, die tobende Masse zu beruhigen und von ihrem Vorhaben abzubringen.

Oesterreich. Wien, 13. Sept. Nach Berichten der „Allg. Z." war die Stadt den Tag über in der größten Aufregung. Die von und gestern mitgetheilten unruhigen Auftritte, welche keinen politischen Charakter trugen, haben sich am 13. in einen politischen Tumult verwandelt, dessen Zielpunkt Abschaffung des Ministeriums und Wiederherstellung des Sicherheitsausschusses ist. Führer steht an der Spitze der Aula und hat sie so trefflich für seine Pläne bearbeitet. Die Stadt gleicht einem großen Lager. Der Reichstag hat sich als permanent erklärt. Die Studenten werden heute aufgefordert haben und morgen auch das Ministerium. Dobihoff soll sich nach Baden geflüchtet haben. (Nach diesen und anderen Berichten, welche uns vorliegen, ist, wenn die Aula in ihrem unsinnigen Treiben beharrt, ein blutiger Kampf zu erwarten. Die Nationalgarde ist entschlossen jedem Putsche Ruhe und Ordnung entgegenzustellen.) Das gesammte Ministerium hat seine Entlassung gegeben. Der Palatin hatte die Regierung wieder übernommen, dagegen hat die Kammer protestirt und Kossuth zum Konseilspräsidenten verlangt, als welcher er ein neues Ministerium bilden solle. Dies geschah. Die H-H. Niary und Pazmandy wurden zu Kossuth berufen und binnen 24 Stunden wird ein neues Ministerium bestimmen sein. Man wird vorwärdend alles im Namen des Kaisers vornehmen, ohne aber der Dringlichkeit der Entscheidung wegen die kais. Sanktion abzuwarten.

* Wir erhalten eben noch Briefe aus Wien vom 14. Morgens. Im Reichstage wurden am Abend des 13. sehr widersprechende Beschlüsse gefaßt, die Truppen sollten zurückgezogen werden, andererseits aber sollen dieselben so spät als möglich von der Schußwaffe Gebrauch machen. Eine Deputation des Reichstags wurde an die Aula geschickt, aber nur von 5 Mitgliedern, wie die erste, dem Ministerium beigegeben. In den Straßen hatte man angefangen Barrikaden zu bauen, was aber durch die Truppen verhindert worden zu sein scheint. Die Berichte tragen sichtbar das Gepräge der herrschenden Verwirrung. Ein kleiner Theil der Nationalgarde nur hielt es mit der Aula, die Mehrheit fraternisirte mit den Truppen.

Italien.

△ **Neapel**, 6. Sept. Die fortwährenden Verlegenheiten und Verwicklungen, welche die Opposition in den Kammern dem Ministerium zu bereiten drohte, und indem sie damit zugleich die Provinzen in steter Gährung zu erhalten bemüht war, mußten der Regierung besonders im gegenwärtigen Augenblicke sehr ungelegen kommen. Dazu war noch die Verschwörung eines Theils der Offiziere hinzugekommen, deren Haupt es bei den Abgeordneten Muratore und Poerio gekommen, welcher eine so gereizte Stimmung zwischen den Truppen und den Abgeordneten hervorrief, daß man jenen Augenblick mißliche Reibungen und Zusammenstöße zwischen beiden ernstlich befürchten mußte. Die Regierung hat sich daher, um weiteren unseligen Folgen vorzubeugen, veranlaßt gesehen, die Kammern bis 30. November d. J. zu vertagen. Das königliche Dekret durch den Finanzminister der Abgeordnetenkammer durch den Minister des Auswärtigen der Pairskammer verkündet. Dasselbe lautete in seiner ganz kurzen Fassung wie folgt: „Nach Ansicht des Art. 64 der Konstitution, und Anordnung des Ministerrathes haben wir beschlossen zu verordnen und verordnen was folgt: „Art. 1. Die am versammelten J. Juli eröffnete Session der gesetzgebenden Kammern ist für die Verhandlung der betreffenden Arbeiten bis zum 30. November d. J. vertagt." Die Verlesung dieses königlichen Erlasses wurde von den Mitgliedern beider Kammern sowohl als von dem Publikum auf den Gallerien in tiefster Stille angehört, worauf Pairs und Abgeordnete ruhig auseinandergingen. Gestern Nachmittags 4 Uhr erschienen auf einmal wieder unsere verschiedenen Volksfassen, allerlings nicht sehr zahlreich unter Führung eines Priesters, der eine rothe Fahne trug, einige abgesetzte Polizeibeamte, etliche Dienstleute in der Livree des Königs, und wenige schwarz gekleidete Personen mit rothen Bändern und Kokarden auf den Hüten, in den Straßen und durchzogen so die Stadt unter dem Rufe „es lebe der König." Eine kleine Anzahl von Bürgern gleichfalls auf den unteren Schichten der Bevölkerung Neapels folgten ihnen ebenfalls unter Abbringung des Lebehoch auf den König, das aber zugleich gegen die Konstitution gerichtet war. Der Hauptzug kam aus den Quartieren Santa Lucia und Gran Mercato, und zog so vor den königlichen Palast. In dem Quartier Montecalvario und besonders auf dem Platze Barracca, wo die Bewohner meist der liberalen Partei angehören, wurde der Zug mit Zischen und Pfeifen, selbst mit vereinzelten Steinwürfen, und mit dem Rufe „es lebe der König und die Konstitution!" empfangen. Die Polizei und das Platzkommando hatten bald von der Absicht zu dieser reaktionären Demonstration Wind bekommen, und es waren deßhalb die Truppen in ihren Kasernen konsignirt worden. Ziemlich früh rückten dieselben aus, um diese Banden auseinanderzuzingen. Einige Bataillonsschüsse wurden von den Soldaten gegen die ingnischen auch zusammengelaufenen Haufen auf dem Quartier Montecalvario abgefeuert, welche fehlten: „es lebe der König und die Konstitution!" worauf die Soldaten auch die andern Banden zerstreuten, die unter dem Rufe: „es lebe der König!" die Bewohner der Häuser zwangen, weiße Fahnen an ihren Fenstern auszustellen. Alle Läden und Magazine waren bei diesen Vorgängen sogleich geschlossen worden, desgleichen alle Häuser der betreffenden Straßen. Wenige Leute liefen sich nachher in den Straßen sehen, die Stadt schien wie verödet. Diesen Morgen ist das Quartier Montecalvario von Truppen, die daselbst bivouakirten, stark besetzt und ringe umgeben. Während der Nacht waren Haussuchungen und eine allgemeine Entwaffnung dort vorgenommen worden, weil man aus den Häusern auf die Truppen gefeuert und allerlei Gegenstände auf sie geschleudert hatte. Um hierbei ja die Ruhe in der ganzen Stadt nicht zu beeinträchtigen, hat man heute zählten Kunstgenungen gerade am Tage der Schlußsitzung der Kammern vor-

fielen, wird von den Gegnern der Regierung natürlich eifrigst ausgebeutet. Man verdächtigt sie der Absicht zu gänzlicher Beseitigung der Konstitution. Anfänglich war es ein Scherz, daß man nicht gegen sie zuerst erschienenen Banden sogleich mehr Energie entwickelte, als dieselbe vor dem königlichen Palast erschienen. Damals wäre es möglich gewesen, den Haufen, der noch nicht sehr groß war, ohne blutigen Zusammenstoß zu zerstreuen. Leider ist die Sache jetzt nicht ohne einige Todte und Verwundete abgelaufen.

Schweiz.

*† Von der Schweizer Grenze, 12. September. Die neue „Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft" ist nunmehr in Bern unter dem Donner der Geschütze verkündet worden, nachdem sie den einzelnen Kantonen der Schweiz vorher zur Genehmigung oder Verwerfung vorgelegt worden war. Inwiefern hat die Bevölkerung im Ganzen geruhige Thatsache an der Abstimmung gezeigt, und die große pathetische Masse kennt wohl ehemals wenig die neue, die sie alte Verfassung. Nicht die Hälfte des stimmfähigen Volkes votirte, und wären nicht in mehreren Kantonen diejenigen, welche an der Abstimmung nicht Antheil nahmen, als für beistimmend im Voraus erklärt worden, so stünde das Ergebniß der Annahme durch die Kantone in Zweifel. Das Prinzip größerer Zentralisation ist in der neuen Verfassung durchgeführt: von nun an besteht eine Oberste Bundesbehörde als Vollzugsorgan, ihr zur Seite zwei fürstlich zu berufende Wahlfähigen, ein Nationalrath und ein Ständerath. Es sind zwei Kammern zu legislativen Akten. Die Kantone verlieren im Vergleiche zu der bisherigen eidgenössischen Verfassung viel an ihrer Souveränität, und die kleinern Kantone haben ein mehr oder minder dunkles Vorgefühl davon, so daß die Freude über das zu Stande gebrachte Verfassungswerk nicht Platz zu greifen vermag. Ich werde Ihnen in meinem nächsten Schreiben eine kurze Andeinanderfetzung der Grundzüge der neuen Verfassung geben.

Frankreich.

** Paris, 13. Sept. Hr. Thiers hat heute in der Nationalversammlung den Kommunismus und Sozialismus buchstäblich zu Boden geschlagen. (Wir kommen auf seine Rede zurück.)

Marschall Bugeaud und Graf Molé treten als Kandidaten für die Wahlen des 17. Bezirks in Paris auf; die meiste Aussicht haben die Kandidaten der gemäßigten Partei: Roger (du Nord), Edmond Adam und Achille Fould. Die radikale Partei votirt für Cabet, Radyall und Kertsonde. — Louis Napoleon tritt nicht nur als Kandidat für die Nationalversammlung auf, sondern seine zahlreichen Anhänger erklären und klar, er müsse Präsident der Republik werden. — Eine gestern erschienene Broschüre schlägt vor, den General Cavaignac, Herrn Thiers und Louis Napoleon zu Konsuln der Republik zu ernennen und so alle Parteien zu vereinigen. Daß diesmal ein Napoleon die Rolle des Gaudacerés oder Lebrun übernähme, wäre am Ende nicht so unwahrscheinlich; Thiers würde sich jedoch gewiß für die Ehre eines Cambacérés Cavaignac bedanken. — Der Konstitutionel bricht offen mit Eugène Sue und erklärt, er werde in seinem Feuilleton keinen sozialistischen Träumereien mehr Raum geben. Früher sei die Gesellschaft hinlänglich geschützt gewesen, und man habe in der Wahl der Mittel, sie zu unterhalten, nicht so ängstlich zu sein brauchen, jetzt ist Alles in Frage gestellt. Alles in Gefahr, und daher die größte Vorsicht nöthig. Die Publikation von Eugène Sue's „Sieben Todsünden", die noch vorige Woche ihren Fortgang im Feuilleton des Konstitutionel hatten, wird also nun wohl unterbrochen werden. (D. Z.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 15. Sept. Bayer. 3½ proz. Obligationen 77½ B. — G. 4proz. 86 G. Bankaktien 11. Semester 584 B. Promessen 36 B. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 75 B.

Wien, 13. Sept. 5proz. Metall. 77¼, 4proz. 65, 3proz. 47, 2½proz. 41¼, 1834r 500 fl.-Loose 127. 1839r 250 fl.-Loose 84. Bankaktien 1090. Nordbahn 104¼. **Gloggnitz** 94. **Benedig-Mailand** 70. **Bozweis** —. **Livorno** 64½. **Pesth** 65. **Siena** 53. **Apenninenbahn** 93½.

Paris, 13. Sept. 3proz. 44.75. 4proz. —. 5proz. 70.—. **Schatzsch.** —. Bankaktien 1645.—. Staatsobligationen 1142.50. Bier Kanäle 900.—. Compt. von Algier —.—. Belg. 5proz. von 1840 79.—. von 1842 —. 4½proz. —. 3proz. —. 2½proz. 39.—. Belg. Bank —. Rhein. 5proz. 77.50. Röm. 5proz. 63½. Span. 3proz. 24. Altiva 14. Passiva —. Diem. —. Dutt —. Gr. Germain 320.—. Versailles (rechte) 118.75. (linke) 101.25. Orleans 662.50. Rouen 432.50. Havre 195.—. Marseille 200.—. Basel 85.—. Bierzon 258.75 Boulogne —.—. Bordeaux 385.—. Nordbahn 378.75. Montereau 115.—. Lyon 366 25. Straßburg 346.25. Nanies 326.25. Dieppe —.—. Sceaux —.—. Montpellier —.—. La Teste —.—.

Madrid, 7. Sept. 5proz. 19½. P. 19½. G. 4proz. —. 3proz. 10½. G. **Pos. Schuld** 3½. P. 3½. G. **Coup.** 7 P. **Auswärt. Pos. Schuld** —. **Amortisbare Schuld** 5proz. —. **Provis. Lit.** 3½. G. **St. Fernandobank.** —. **Discouto** —. **Wechselkurse: Paris** 5 P. **London** 48 G.

Münchner Schrannenanzeige vom 16. Sept. 1848.

Getreide-Gattung.	Voriger Stand.	Zufuhr.	Summe Stand.	Verkauft.	Rest.	Mittelpreis.	Im Vergleich gegen die letzte Schranne mehr		weniger	
	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl. kr.
Weizen	920	1719	2639	2346	293	13	47	—	14	— —
Korn	403	1224	1717	1512	205	9	8	—	—	— 8
Gerste	1396	3338	4834	4196	488	7	38	—	—	— 8
Haber	42	1224	1266	1264	2	4	43	—	—	— 4
Leinsamen	24	276	300	292	8	14	32	—	—	— 10
Repsamen	126	60	186	80	106	21	—	—	1	13

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 17. Sept.: „Oberon", Oper von K. M. v. Weber.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Obermayer, Bankier von Augsburg. Frau Breitheimer, von Augsburg. Neuman, Kaufmann von Mannheim.

Hotel Maulick. Beistol, Kapitän von London. Marx, Privatier von Mannheim. Mitmer, Privatier von Stuttgart.

Gold. Hahn. Lang, Pfarrer von Emeringen. Dikel, Beamter von Augsburg. Mod. Scheider, von Augsburg. Müller, Stabsrichter von Bibrgburg.

Blaue Traube. Tablatell, Stadtrichter von Prag. Winter, k. k. Lieutenant von Prag. Hoffman, k. k. Oberlieutenant von Prag. v. Grapper, Auditor von Ansbach. Wittmann, Lehrer von Traunstein. Neuman, Papiermann von Mannheim. Zimmerer, Eisenhammerbesitzer von Böhmen. Dr. Mayer, von Mitterfels. Dr. Beile, von Kassel.

Stadtsgartten. Auerbach, Privatier von Eichstätt. Pfeiffing, Einnehmer von Salzburg. Bittmann, Stadtrichter von Bonn. Drey, Predyiger von Baden.

Gestorbene in München.

Karolina Maier, Webermeisters v. h., 30 J. a. **Nikolaus Reichard**, Gendarm von Kerschingen, Lgs. Günzburg, 31 J. a. **Anna Maria Braunstetter**, Maleriochter von Braunau, 86 J. a.

Ediktal-Citation.

120. (3a) In der früher bei dem Patrimonialgerichte Hofed anhängig gewesenen, seit dem Jahre 1841 aber von dem unterfertigten Landgerichte als Verwaltung des Patrimonialgerichts fortgeführten Verlassenschaftssache der zu Hofed verstorbenen Kammerfrau Maria Schmid, geb Stapf, aus Aindach, befindet sich im Depositorio des königl. Landgerichts Hof theils baar, theils in Papieren nach der Betrag von

550 fl. —

Es werden daher alle diejenigen, welche Ansprüche auf die Aushändigung dieser Masse haben, andurch edictaliter vorgeladen, innerhalb 3 Monaten, und längstens bis zum

15. Dezember d. Js.

vor unterfertigtem Gerichte persönlich oder durch gehörig legitimirte Vertreter zu erscheinen und ihre Ansprüche nachzuweisen, widrigenfalls die Masse als herrenloses Gut behandelt werde.

Hof am 6 Sept. 1848.

Königl. bayer. Landgericht.

Bitzani,

Aktuar.

Bekanntmachung.

Amortisation einer Schuldurkunde betr.

119. Nachdem auf die Bekanntmachung des fürstl. von der Lepen'schen Patrimonialgerichts Staal vom 24. März l. Js. sich Intelligenzblatt Stück 27, Münchner politische Zeitung Nro. 78, Niemand ein Recht auf die der Marianna Endres in Landsberg zu Bertuft gegangenen, auf 500 fl. Forderung an Michael Kirchporfer lautende Schuldurkunde geltend gemacht hat, wird diese Urkunde hiemit für kraftlos erklärt.

Buchloe am 26. August 1848.

Königl. bayer. Landgericht Buchloe.

Dr. Seiß,
Landrichter.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Blicke auf die Vereinigten Staaten.

Im kommenden Monat November werden in der Mehrzahl der Staaten der amerikanischen Union die Abstimmungen in Betreff der Präsidentenwahl bekannt sein. Das Resultat läßt sich für jetzt noch schwer voraussehen.

Die ursprüngliche Eintheilung der Parteien hat fast alle Geltung verloren. Nach dem Rücktritte Washingtons waren zwei scharf ausgeprägte Parteien vorhanden; die eine hieß föderalistische, zu genannt, weil sie gerne das Föderalband enger geknüpft, und nicht allein der Zentralregierung über die Staaten, sondern auch der Autorität im Allgemeinen über das Individuum mehr Einfluß gegeben hätte: die andere, die demokratische Partei hatte diametral entgegengesetzte Tendenzen. Die erste, die sich mehr an Hamilton personifizirte, brachte meistens John Adams zur Präsidentschaft. Die zweite hatte als unbestrittenen Chef Jefferson, und ihm gab sie ihre Stimmen. Von 1801 an erlangte die demokratische Partei das Uebergewicht, und ließ es auch nicht mehr fahren. Die andere zerfiel, und die Möglichkeit der Unterscheidung der Parteien hörte auf, bis die Generation der großen Männer der Unabhängigkeit erloschen, oder durch das Alter zur Ruhe verurtheilt war. Monroe begann ein Kampf, der 20 Jahre dauerte, und in Wahrheit ein Zweikampf war zwischen Hrn. Clay und dem General Jackson. Beide hervorragende Männer, aber von sehr verschiedenem Charakter; Beide geschaffen zur Führung des Gefechts, aber der Eine in einer beobachenden Versammlung, wo das Gesetz herrscht, der andere in einem Lager. Mehr als 20 Jahre hindurch, hat in diesem wesentlich berathenden, wesentlich republikanischen Lande Volksgunst beständig den Kriegsmann, auf Linkoln des Mannes der Rede und der Vermittlung dem Gesetze gemäß, begünstigt, da selbst die eigentliche Demokratie auf ein Oberhaupt mit einer eisernen Hand hinweist, wie als ob sie fühlte, daß sie derselben zur Niederhaltung ihrer eigenen Ueberreibungen bedürfe. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Männern waren nicht sehr tief. In Betreff der öffentlichen Arbeiten dachte Hr. Clay, die Verfassung ermächtige die Bundesgewalt, mehr Geld und Mühe auf diese Dinge zu verwenden; aber auf einen solchen Zusatzpakt gründet man keine schroff abgegrenzten Meinungen. Jackson neigte sich in seinen Maasthregeln theoretisch offener als sein zaphrer Gegner dem Schutzsystieme zu, in der Praxis aber wiede die Scheidelinie zwischen Beiden sehr schwer zu ziehen gewesen sein. Wenn in der Banfsache der Kampf so lebhaft wurde, daß der Boden des neuen Festlands davon erschüttert schien, so kam dieß nur daher, daß der Präsident Jackson damals mehr seinen Leidenschaften, als seiner tief in seinem Gemüthe wurzelnden Ueberzeugung folge. Clay war eben so liberal, eben so freisinnig, als sein glücklicher Nebenbuhler; jetzt ruft General Jackson im Grabe, nachdem er den Geist seiner gewaltsamen Unternehmungen, der ihn bis zum letzten Hauch beseelte, seinem Vaterlande eingeflößt hatte. Clay ist auf dem Senate ausgezeichnet, der gewöhnliche Lauf der Natur muß ihn bald in das ewige Weiß hinüberführen, wo die unseren Männer versammelt sind, die auf den Weltkreuzschlöße oder auf der Rednerbühne die Geschicke des nördlichen Amerika's mit Auszeichnung geleitet haben, und von wo des Himmels Höhen herab über dieselben noch zu wachen scheinen. — Nach dem Gesagten scheint es also, daß die Wahl zum Präsidenten unabhängig von jeder bereutungsvollen Formel vor sich ging, die bloße Wirkung persönlicher Vorliebe oder untergeordneter Rücksichten.

Jede Partei, dahingebracht, daß sie nichts mehr war als ein Scheinbild ihrer selbst, hatte verschiedene Kandidaten. Die demokratische Partei schob zuerst den Hrn. Caß vor, den wir mehre Jahre hindurch zu Paris als Botschafter der vereinigten Staaten gesehen haben, und der sich durch eine wohlwollende und als solche von Jedermann anerkannte Sinnesart auszeichnete. Neben Hrn. Caß hatte Hr. Buchanan sehr glänzende Aussichten. Aber der Rednerbühne, bald in der Verwaltung eine der Säulen der Partei war, und als Vertreter seines Vaterlandes in St. Petersburg Europa bewohnt hat, daß sehr gilt von Hrn. Woodbury. Hr. Calhoun, wie groß auch seine Talente und seine früheren Dienste seien, bleibt wegen der harten Färbung seiner Meinungen zu Gunsten der Sklaverei aus dem Spiele. Von Buren, der nach dem General Jackson die Präsidentschaft beerbte, zählt in dem Lande zahlreiche Freunde, aber er hat sich mit den anerkannten Häuptern der demokratischen Partei verfeindet, die ihn vor 4 Jahren, obgleich die Mehrheit ihrer Heerbannes das Gegentheil wünschte, um Hrn. Polk an seine Stelle durchzusetzen, auf der Kampfbahn entfernte. In einer Versammlung in Baltimore vereinigt, haben die unter dem Einflusse des Hrn. Polk und seiner Umgebung gewählten Abgeordneten der Partei, durch Stimmen entschieden, daß die Stimmen dem Hrn. Caß sollen gegeben werden.

Die entgegengesetzte Partei, die den Namen der Whigs annimmt, hatte zuerst die Absicht, Hrn. Clay als ihren Kandidaten aufzustellen; allein die vernünftige Sprache, die er in Betreff des Krieges mit Mexiko geführt hat, entzog ihm bald viele Stimmen. Er selbst bereits die Volksbed des Alters sichtend, und darunter gebeugt durch den Verlust eines Sohnes, der im Kriege mit den Mexikanern einen rühmlichen Tod gefunden hat, wünschte selbst nicht sehr den Erfolg. Er ließ seine Freunde gewähren, denen er es nicht verweigern konnte, daß sie noch einmal in die Schranken treten, um zu beweisen, daß Amerika nicht eines Tags sich ein großes Beispiel von Undankbarkeit vorzuweisen habe. In der Partei waren viele Personen, wohl kennend die Schwäche des Publikums in dieser Beziehung, auf Taktik geneigt, einen Militärkandidaten anzunehmen; sie theilten sich zwischen zwei der Generale, die sich im Kriege mit Mexiko hervorgethan, dem General Taylor und dem General Scott, beide alte Soldaten, denn der eine wie der andere hatte schon den Krieg von 1812 mitgemacht. Einige wollten Hrn. Webster von Boston, den Nebenbuhler des Hrn. Clay in den Reihen der Whigspartei was Verdrießlichkeit betrifft, den Unterhändler des Vertrags mit England über die Oregonen.

Der Whig-Convention, welche zu Philadelphia von den Abgeordneten der verschiedenen Staaten im Monat Juni abgehalten wurde, hat sich für den General Taylor ausgesprochen. Der Veteran der Partei, der Athlet, welcher fast ein halbes Jahrhundert lang die ganze Last des Kampfes getragen hatte, der illustre Clay wurde aufgegeben um einen an Ehren und Tapferkeit ausgezeichneten Soldaten willen, dessen Name jedoch vor zwei Jahren noch fast unbekannt war, und dessen politische Ansichten allerminder bekannt sind, als die politische ist: so unwiderstehlich ist die Vorliebe der Demokratie für die Männer des Säbels! Bemerkenswerth ist es, daß von den zwei Generalen, welche die Mitglieder der Whigpartei in Vorschlag brachten, der Vorzugte nicht jener ist, dem der Ruhm zu Theil wurde, an der Spitze einer triumphirenden Armee in die alte Hauptstadt Montezumas einzuziehen und das Föderalbanner auf dem Palaste aufzupflanzen, wo einst die Vizekönige gethront, und der von dem großen Cortez erbaut und bewohnt worden war. Der General Scott war es, der die amerikanische Armee von Veracruz nach Merico geführt, und die Siege von Cerro-Gordo, von Chorobusco, von Contreras davon getragen hat. Der General Taylor hatte in einer sehr unzweckmäßig von Washington aus den Streitkräften der Vereinigten Staaten gegebenen Richtung, an Mie bravo und weiter kann in der Gegend von Matilde operirt. Allerdings mußte er zum Entsatze Arm in Arm in Saltillon besiegen, von denen eine, die von Buena Vista blutig und lebhaft gestritten ward. Im Kriege von 1812 befand er sich noch in den niederen Graden, während der General Scott damals schon eine Befehlshaberstelle bekleidete, und einen merklichen Vortheil über die britischen Streitkräfte davontrug. Allein der General Scott hatte während des Kriegs mit Mexiko sehr bestimmte Ansichten, die er niederschrieb, und selbst seine Trophäen vermochten nicht diese bizarre Kontrepoxenung in Vergessenheit zu bringen. Seiten ist ein schlechte Briefstil so theuer zu stehen gekommen.

Der Kampf sollte also beginnen zwischen dem General Caß, dem die Masse der demokratischen Partei zur Seite stand, und dem General Taylor, der von den Whigs unterstützt wird und von den Anexionisten, deren Ueberzeugung ein flagranter Irrthum ist. Allein es ereignete sich, daß die Frage des freien Bodens (free soil oder free territory), die der Sache eine ganz andere Wendung geben kann. Diese Frage ist, wie wir schon in einem früheren Artikel bemerkt haben, angeregt worden durch die Gesetzung Neumexiko's und Californiens's für die Föderation. Wird die Sklaverei in den Landstrichen, wo sie nicht besteht, wo sie durch das amerikanische Gesetz verboten ist, wird sie dem Boden der Freiheit, der vereinigten Staaten eingeführt werden? Wird der Kongreß sich dabei beruhigen, daß man einen Ausfaß in Landstriche einführe, die davon befreit sind, oder wird er sich im Gegentheile förmlich dem widersetzen, wenn zur Organisirung der Territorialregierungen geschritten wird?

Die offiziellen Konventionen der beiden Parteien, die von Baltimore, wie von Philadelphia haben auf diese hervorgetretene Erklärung über diesen Punkt vermieden. Doch hat die Letztere, welche ein Programm in 8 Artikeln veröffentlicht hat, einige Sätze darin aufgenommen, die man als den Ausdruck der Mißbilligung jeder etwaigen Neigung des Kongresses zu einem Verbote der Sklaverei in den beiden neu hinzugefügten Provinzen deuten kann. Die Zweite, die der Whigs, ist über den Gegenstand mit gänzlichem Stillschweigen hinweggegangen. Einige der Kandidaten, wie Hr. Gen. Scott dem Süden an und hat dort Grundsetz (im Staate Mississippi), was für die Sklavenbesitzer als eine Art von Pfand gelten mag. Hr. Caß, der dem Norden angehört, (dem Staate Michigan) mußte eine Erklärung geben, um seine zahlreichen Hilfsgenossen im Süden zu beruhigen, und nach einem von ihm veröffentlichten Schreiben betritt er den Wahlkampf unter dem Farben- und Fahnen-Gegner des freien Bodens.

Unter solchen Konjunkturen hat sich nun eine dritte Fahne erhoben. Auf dieser finden wir einen Wahlspruch eingeschrieben, der sicher geeignet ist, alle edelherzigen Männer zu fesseln, und einer zahlreichen auf den Ruf der B. Staaten eifersüchtigen Partei als gemeinsames Band zu dienen: „Nie soll die Sklaverei unter unseren Auspizien in Landstriche eindringen, wo sie bis jetzt nicht besteht hat.“ Diese Devise kommt ist im „Staat New-York aufgepflanzt worden. Dieser Staat, der bedeutendste der Union durch seine Bevölkerung und seinen Reichthum, war in der demokratischen Konvention von Baltimore nicht vertreten gewesen. In Folge eines Zusammenwirkens von Umständen und Konflikten, die man sich erklären wird, wenn man bedenkt, daß Hr. von Buren, der frühere Präsident, dessen Kandidatur für eine neue Präsidentschaft im Jahre 1844 so unverhofft bei Seite gesetzt wurde in dem Augenblicke, wo er mit Sicherheit auf die Stimmen der demokratischen Partei zählen zu können glaubte, in diesem Staate geboren ist, worauf er mit Recht auf ihn stolz ist. Demokratische Abgeordnete des Staates New-York haben in besonderer Versammlung in Utika ausgesprochen, daß sie die Wahlen der Konvention von Baltimore nicht anerkennen, daß diese Konvention eine Frage übergangen habe, die

von nun an in erster Reihe stehen müsse, sie des freien Bodens, daß dies der Grundpfeiler der Wahl sein müsse, und daß sie ihrerseits mit vollem Vertrauen ihren Bestrebungen zum Namen des Hrn. von Buren vorschlagen, dessen Meinungen in dieser Beziehung bekannt sind. In der That haben unzweifelhaft die liberalen Ideen des Hrn. von Buren in Betreff der etwaigen Gebietserwerbungen der Union gegen Mexiko hin ihn den Sklavenstaaten im Jahre 1844 verdächtig gemacht, und führten gegen alle Voraussicht seine Niederlage herbei in der Konvention, welche damals die Partei gehalten hatte, um sich über die Wahl eines Kandidaten zu verständigen.

Eine Konvention von demokratischen Abgeordneten der 15 Staaten ohne Sklaven ist bedufs der nöthigen Verabredungen zusammenberufen worden. Sie sollte im letzten Monat zu Buffalo im Staate New-York gehalten werden am Ufer des Eriesees, welcher theils selbst, theils durch die anderen Seen mit denen er in Verbindung steht, die jungen Staaten des Nordens bespült, wo die Freiheit ungetheilt herrscht. Das Ergebniß dieser Berathung läßt sich nicht voraussehen, noch über welchen Kandidaten sie sich verständigt haben wird. Hätte sie aber Hrn. von Buren angenommen, so wäre dies ein verhängnißvoller Schlag für die Kandidatur des Hrn Cas: selbst Hr. Taylor würde dadurch viele Stimmen verlieren, denn es ist außer Zweifel, daß man ihn gewählt hat aus Verwerfungsgründen, die seiner eigenen Person vollkommen fremd sind. Man hat ihn als den rechten Mann angesehen, um die Demokraten in Verlegenheit zu setzen und Verwirrung in ihre Reihen zu bringen: man würde ihn bereitwillig aufgeben, wenn man eine Kandidatur aufzunehmen habe, die mehr Aussicht böte, jene bei Hrn. Cas zu ruiniren.

Welches auch für jetzt der Ausgang der Konferenzen von Buffalo sein möge, so ist dies jedenfalls ein Versuch, von dem sich eine lang andauernde Wirkung erwarten läßt. Die Konvention von Utika hat ein Staatsbett aufgestreut, das Frucht tragen muß und welcher die Zeit günstig ist. Sie greift nicht in den Kampf ein, welcher die Sklavenstaaten theilt, sich selbst zu gouverniren, und die Sklaverei in ihrem Schooße beizubehalten, so lange ihnen dies angemessen dünkt. Darin lag der Fehler der Abolitionisten, daß sie den Sklavenstaaten in solcher Weise Gewalt anthun wollten, und darum unmächtig vermochten sie nie etwas auszurichten, da sie von der unermeßlichen Mehrheit ihrer Mitbürger im Stiche gelassen waren. Hier nichts dergleichen. Man beschränkt sich darauf, dem Kongreß ein Recht anzuerkennen, welches er bis jetzt ohne Widerspruch ausgeübt, nämlich das Recht, die Grundlagen der politischen Organisation der Territorien festzustellen, bevor sie Staaten werden. Man hält sich aufrecht, mit dem Vertrauen, daß es so werde aufgeübt werden, wie die Nationalehre es erheischt.

Bei dem gegenwärtigen Stande der allgemeinen Politik, jetzt wo die ganze Welt mehr als je den Blick auf die V. Staaten heftet, kann die Verwirklichung der Verheißungen „freier Boden" nicht verfehlen, auf die Gemüther im Schooße der Union selbst Eindruck zu machen. Die Stellung, welche die Unterzeichner des Manifestes von Utika angenommen haben, steht im Kontraste zu jener, die sich die Exaltirten des Südens gegeben. Die Ersteren nehmen das gemeine Recht des Menschengeschlechtes in Anspruch, während sie schonen was sie als erworbenes Recht der Sklavenstaaten für ihre innere Organisation betrachten; die Andern wollen ihren Mitbürgen ein Recht aufdringen zum Aufrichtung von Verhältnissen, welche die Civilisation zurückweist. Daher scheint auch die Meinung der Männer, welche in den V. Staaten am besten die Zukunft voraussehen, dahin zu gehen, daß wenn vielleicht auch das Programm der Konvention von Utika nicht schon diesmal auf die Wahloperationen einen großen Einfluß äußert, doch zu erwarten steht, daß es bei den nächsten Wahlen zum Schlagworte werden werde. Sie glauben, es werde die Grundlage bilden zu einer neuen Klassifizirung der Parteien, weil die Zeit der alten Unterscheidungen in der Form, die sie hatten, vorüber ist.

Ein Versuch wird unfehlbar gemacht werden, bat sogar schon begonnen, um in Betreff der neuen Erwerbungen den Bestimmungen des Vergleichs Geltung zu verschaffen, welcher vor 28 Jahren dem Streite in Betreff des Staates Missuri ein Ende machte. Aber es ist nicht wahrscheinlich, daß die Anhänger des „freien Bodens" diese Auslegelung annehmen. In dem Manifest der Konvention von Utika, einem durch die Stärke seiner Logik und selbst durch seine Bereitsamkeit bemerkenswerthen Aktenstücke, wird sie auf eine Weise zurückgewiesen, welche keine Entgegnung zuläßt. Folgendes ist eine Stelle daraus: „Das Unstichgreifen der Sklaverei fraft Akts der Föderalregierung, wäre es auch nur auf dem Raume von einer Geviertmeile, macht aus jedem Bürger der Vereinigten Staaten einen Beförderer dieser verabscheuungswürdigen Institution. Der Unterschied zwischen dem Falle von Neumexiko und Californien und dem von Louisiana ist handgreiflich und entscheidend. Als wir Louisiana erwarben, bestand die Sklaverei thatsächlich in allen Theilen, wohin die Ansiedlung gedrungen war und virtuell im ganzen übrigen Theile. Als in der Sache von Missuri der Kongreß die Sklaverei in den Nebengebieten von Louisiana nördlich von 36½ Breitegraden untersagte, war dies ein Akt der Abschaffung der Sklaverei in einem Landstriche, wo dieselbe vorher rechtlich zulässig war. Die Anwendung der damals aufgestellten Grenze auf Neumexiko und Californien wäre hingegen die Abschaffung der Freiheit in Landstrichen, wo die Freiheit grundgesetzlich besteht und die Sklaverei als Rechtsverletzung galt. Wir leugnen nachdrücklichst, daß der Föderalregierung die Macht zustehe, eine solche Enormität zu begehren. Nein, als unsre Väter im Namen der Menschenrechte sich gegen die britische Verwaltung erhoben, und ihr Blut auf Bunkershill*) verspritzten, geschah dies nicht, um eine Regierung zu gründen, die mit einer so monsterhaften Prärogative bekleidet sein sollte: und wenn der Kongreß sie in Ausübung so hingen gerathe, so würden die Bürger sie ihm noch mit zuerkennen." „Wohin würde sich jedoch täuschen, wenn man annähme, daß vor das Prinzip der Union selbst als von nun an gesährdet betrachteten, in Folge tiefes Streites, der sich zwischen den Staaten mit und ohne Sklaven anfünden. Die Amerikaner haben von dem Augenblick ihrer Unabhängigkeit an, wie in den frühen Zeiten sich stets als verständige Leute bewiesen, sie sind auf ihrem Wege von Hindernissen und Gefahren aller Art, die sie bedrängt hatten, durch ihre Gewalt und die Gutmüthigkeit zu gegenseitigen Zugeständnissen, welche die wahrhaft freien Nationen auszeichnen, durch ihre Abneigung gegen äußerste Mittel, die in der That das charakteristische Merkmal barbarischer Nationen, oder von Völkern sind, die noch beim ABC der Freiheit stehen, wußten sie stets die Schwierigkeiten zu umgehen. wenn sie dieselben nicht zu überwinden vermochten. Unsere Absicht ist hier nur, die Amerikaner von der Gefahr zu Zeit und Ort ihrer Parteien in Sklaven getheilt

Antrag auf Nichtgenehmigung zur Tagesordnung übergehen. Der eigentliche Kern der Frage liegt aber anderswo als im Wahrheitsstadium selbst. Es handelt sich um den Partikularismus und dessen Belämpfung, und zwar zunächst um den Partikularismus aus Hoyzy das Preußenthum. Dieser war insbesondere durch den Huldigungsbefehl vom 6. Aug. aufgestachelt worden; die Landesgelichte sind in Preußen stärker als in kleineren Staaten, wie dies in der Natur der Sache liegt. Nicht durch Gewalt werden Sie das preußische Volk an Deutschland anketten, sondern durch Entgegenkommen. Ich habe gesprochen, ich hoffe nicht zum letztenmale. — Vogt: Der Berordner hat gesagt: Was wir in den Grundrechten decretiren, das besitzt Preußen schon seit 33 Jahren. Es war wir dies etwas Neues. Es übersteigt meine Begriffe von Ehre, daß Geschworene ohne alle ehrenwerte Macht erklärt, Schreiben, daß Dänemark mit Truppen unterstützte, und daß die 7 Monate in den Vertrag gebracht hat. Wenn Jordan sagt, die Dänen müßten Dummköpfe sein, wenn sie sich waffenlos überliefertem; so möchte ich wissen, warum wir Deutsche allein das Privilegium der Dummheit haben sollten. — Die Besetzung in Schleswig-Holstein war keine ehrenhaftische, keine nationale, sondern eine rein dynastische und artistokratische. Darum konnten die fremden Mächte sich einmischen, auf alte Dokumente sich berufen, weil man sich auf den Standpunkt des alten Systems gestellt hat. Die Erklärung Gamphausens vom 9. Sept. ist ganz im Sinne der alten Diplomatie. — Man hat uns an die Pflicht der Treue auch gegen den Feind erinnert; allein wir haben kein Wort gegeben, Preußen mag sehen, wie es sein Wort gegen Dänemark und gegen die Grundgesetze des Reichs einlöst. Wir werden bereit verüben Bruch wieder zu machen. Wenn man uns sagt, es sehle uns, im Falle Krieg geführt werden solle, an Mitteln, so vergißt man, daß sich diese nicht berechnen lassen. Frankreich widerstand saß ganz Europa, aber freilich unter dem Convente. — Nach 3 Uhr wurde die Sitzung geschlossen und die nächste auf morgen den 16. bestimmt, in der diejelbe die Debatte über die preußischen Anträge beendigt werden soll. So viel ich höre, wird auch der Präsident v. Gagern in der Sache noch das Wort nehmen. Es ist übrigens nicht unwahrscheinlich, daß bis zur Beschlußfassung ein ganz neuer Waffenstillstand vorgelegt wird, der die anhängigen Punkte ausmerzt. — Im linken Centrum bemerkte ich heute auch unseren Gesandten in der Schweiz (Raveaux), der bei der Abstimmung in dieser Frage nicht fehlen will. Ich hätte gewünscht, daß auch wir in Irland abwesenden norwegischen Abgeordneten (etwa in der Zahl) bei dieser Gelegenheit sich eingefunden hätten; wie leicht ist es möglich, daß die Entscheidung von einigen wenigen Stimmen abhängt!

Deutschland.

Bayern. * München, 16. Sept. Vor uns liegt der Jahresbericht des nun zwei Jahre bestehenden Privatkinderspitals unter der Leitung des hiesigen praktischen Arztes Hrn. Dr. Hauner. Mit wahrer Befriedigung ersehen wir daraus, daß dieß, besonders in einer großen Stadt, so außerordentlich wohlthätige und notwendige Anstalt ein erfreuliches Gedeihen nimmt. Dieselbe rein im Vertrauen auf das thätige Mitwirken der für alle wohlthätigen Zwecke so bereitwilligen Bewohner unserer Hauptstadt gegründet, erfreut sich während der kurzen Zeit ihres Bestehens der thätigsten Unterstützung. Sie ist bereits im Besitze eines Aktivkapitals von 10,579 fl. 23 kr., zu welchem die großmüthige Schenkung Sr. Maj. des Königs Ludwig in Betrag von 7000 fl. den Hauptbeitrag leistete. Dieselben sollen nach dem Willen des hochherzigen Gebers zum Ankauf oder zur Miethe eines eigenen Hauses verwendet werden, und Hr. Dr. Hauner hat auch, wie wir bestimmt angehen können, bereits ein dem Zwecke seiner Anstalt entsprechendes Haus käuflich erworben. Die Zahl der seit dem 1. Aug. 1847 bis zum 31. Juli 1848 behandelten Kinder betrug 548, von denen 122 in der Anstalt selbst ärztlich behandelt wurden. Davon sind gestorben 42, geheilt wurden 424, 20 stehen noch in ärztlicher Behandlung, 48 wurden geheffert und ausgeblieben sind 12. Das Sterblichkeitsverhältniß stellt sich in der Anstalt wie 1 zu 10, außer der Anstalt wie 1 zu 13 heraus. Aus diesem in gedrängtester Kürze gegebenen Auszuge des Jahresberichtes geht zu Genüge hervor, wie segensreich diese Anstalt wirkt, und wir können nicht umhin, alle Menschen- und Kinderfreunde zu recht kräftiger Unterstützung derselben einzuladen, damit es dem wackern Arzte der Anstalt gelingen möge, derselben die großmüthigste Ausdehnung zu geben.

Freie Städte. — * Hamburg, 11. Sept. Ein Angriff auf die Volkswache hat von Seiten des niedern Volks gestern stattgefunden. Leider nahmen auch Nationalgarden daran Theil, welche zum Schutze der Ordnung herbeigerufen waren. Die Unordnung wurde jedoch schnell gedämpft und die schuldigen Kompagnien sind bereits in Untersuchung. — Ein finsteres Gerücht geht seit wenig Tagen durch unsere Stadt, man erzählt sich heute schon von 25 Choleralälen!

Preußen. — * Berlin, 13. Sept. Dieser Tage ist ein leuchtendes Gestirn der Berliner Demokraten untergegangen! Die sans-**popularis**, mit welcher Herr Held so siegesfrohe und todesmuthig das „morsche" Fahrzeug unserer Staatsverfassung niederzusegeln gedachte, hat sich plötzlich gebrecht, und den „großen Agitator" im Stiche gelassen! — Zu keiner Zeit ist zwar das borussische mit admiroi (sich über nichts wundern) mehr an der Zeit gewesen, als heutzutage, allein hier möchte man sich beinahe verwundern, wie das so schnell geschehen konnte! Der 7. September, der Tag des Sieges für die Linke und ihren Schweif, in welchem Herr Held kein unbeteuertes Jubiduum war, sollte ihm den Untergang bringen! Sein Plakat, in welchem er vor einem Aufstande an diesem Tage väterlich warnte, hat ihn bei der Menge in den Verdacht der Reaktion gebracht und nun ist er, der sonst so Geseierte, der Vorkämpfer der Freiheit plötzlich ein Schatzlan, ein Wichtsthuer, ein mit der Reaktion im Geheimen Verbündeter, mit einem Worte, Herr Held wird jetzt von den Ultrademokraten gerade so eistig verfolgt, wie früherhin gefeiert. Er selbst beklagte sich in einer der letzten Volksversammlungen vor den Zelten bitter über diese gehemmen Verfolgungen seiner ehemaligen Freunde; die Reaktion, sagt er, sei ehrlicher zu Werke gegangen, sie habe ihre Verfolgungen wenigstens offen betrieben, und deshalb müsse er sie achten, die Demokraten könne er aber nur verachten! Aus dem Ganzen geht hervor, daß die demokratische Partei nach dem Siege der Linken Hrn. Held für überflüssig hält, und ihn also einfach fallen läßt. Daraus könnten sich Manche eine gute Lehre abziehen! — Die heutige Spenersche Zeitung enthält in ihrer ersten Beilage ein unterzeichnetes Inserat, welches die Nothwendigkeit der Verlegung der Nationalversammlung in eine kleinere Stadt darthun sucht. Höchst interessant ist die Angabe des Einsenders, daß in der Sitzung am 7. Sept. auf der Tribune Keine rothe Fahne bereit gewesen sei, um der außen versammelten Menge ein Zeichen zu geben, wenn der Sieinsche Antrag durchfallen würde! — Nach solchen Angaben kann freilich nicht mehr die Frage sein, ob die preußische Nationalversammlung frei und unabhängig berathe'!

Berlin, 14. Sept. Das Bürgermehrkommando hat gestern amtlich gegen die vom Abg. Berendt in der Sitzung vom 7. abgegebene Erklärung protestirt; es sei von seiner Seite Niemand beauftragt worden, Namens der Bürgerwehr Erklärungen vor der Nationalversammlung abzugeben. Also abermals eine Machination enthüllt, welche zum Ergebniß des 7. Sept. beitrug. — In Potsdam behauptet man, in Bissen verletzte Männer gesehen zu haben, welche bei den letzten Barrikadenkämpfen daselbst zugegen sein sollen. (Eine amtliche Darstellung der betreffenden Vorfälle aus dem preußischen Staatsanzeiger werden wir nachträglich bringen.) — Die Gesammtsumme der bis heute an der Cholera Erkrankten beläuft sich auf 1093 Personen; davon sind 557 gestorben, 123 genesen und noch in Behandlung 313. — Man spricht hier mit Bestimmtheit davon, daß Gen. Wrangel in den Herzogthümern statt der stipulirten 2000 Mann 12,000 Reiter sich mit seiner Hauptarmee vereinigen soll. — Der Vorsteher hiesiger Kaufmannschaft haben höheren Orts die Zusicherung erhalten, daß der Waffenstillstand von Seite Preußens unter allen Umständen werde aufrecht erhalten werden. Gen. Wrangel sowohl, als der Major Wildenbruch und der Legationsrath Philippsborn sein bereits in diesem Sinne instruirt. Uebrigens sehe zu erwarten, daß die zwischen Frankfurt und hiesiger conditionirte Meinungsverschiedenheit durch ein Conclusum der deutschen Nationalversammlung binnen Kurzem ihre Ausgleichung finden werde, und daß der von Preußen und Dänemark gebilligte Rücktritt des Grafen Molke die größten Schwierigkeiten gehoben habe.

Oesterreich. — * Wien, 14. Sept. In der gestrigen Sitzung des Reichstags antwortete der Minister Wessenberg auf die Interpellationen Goldmarks vom vorigen Tage. Auf eine Bemerkung, daß er zu leise spreche, rief Latour die Antwort vor. Die Vermittlung Englands und Frankreichs ist angenommen; das Ministerium wird den Krieg möglichst vermeiden, so lange ihn nicht die Wahrung der nationalen Ehre bedinge. Fürst Schwarzenberg, als mit allen Verhältnissen Italiens vertraut, sei schon abgegangen. Die Verhältnisse Italiens lägen außer dem Bereiche des Ministeri. Was Modena betrifft, so sei es dem Familienbande an Oesterreich gefnüpft und habe durch einen früheren Vertrag gerechten Anspruch auf Schutz. Goldmark, damit nicht zufrieden, fragt, ob man das von Metternich abgeschlossene Schutz- und Trutzbündniß aufrecht erhalten wolle, und verlangt abermals Vorlegung der Instruktionen Schwarzenbergs. Latour bemerkt, daß Radetzky's Vollmachten dem Umfange nach angemessen seien, daß Ministerium wird den Krieg möglichst vermeiden, so lange ihn nicht die Wahrung der nationalen Ehre bedinge. Fürst Schwarzenberg, als mit allen Verhältnissen Italiens vertraut, sei schon abgegangen. Die Verhältnisse Italiens lägen außer dem Bereiche des Ministeri. Was Modena betrifft, so sei es dem Familienbande an Oesterreich gefnüpft und habe durch einen früheren Vertrag gerechten Anspruch auf Schutz. Goldmark, damit nicht zufrieden, fragt, ob man das von Metternich abgeschlossene Schutz- und Trutzbündniß aufrecht erhalten wolle, und verlangt abermals Vorlegung der Instruktionen Schwarzenbergs. Latour sagt, daß Radetzky's Vollmachten dem Umfange

öfters unterbrochen durch Einreden und unanständiges Geschrei.) Bei der Verhandlung sprechen Borkofsky und Violand gegen den Antrag. Der Kriegsminister erklärt, es handle sich nicht um politische Ansichten, sondern bloß, der Armee den Dank des Vaterlandes zu versichern. (Bravo.) Es sprechen noch Füster und Borrosch, ersterer gegen den Antrag, dieser für eine Zuschrift an das Ministerium in Betreff Italiens und für eine des Reichstags wegen Adresse an die Armee. Es will beim Militärbudget beantragen, daß den Mitkämpfern und Witwen Pensionen bewilligt und Summe für ein Gewerb (auch an die Witwen) vertheilt werde. Wenn Italien alle Freiheiten erhalte, werde es dann so gern bei Oesterreich bleiben, als daß Elsaß bei Frankreich. Die Sitzung solle eben 1½ Uhr geschlossen werden, als der Kriegsminister Latour mittheilt, auf der Aula habe eine Versammlung stattgefunden, um Ministerium und Reichstag zu sprengen. Auf das Verlangen mehrerer Bezirksräthe sei militärische Hilfe bewilligt worden zur Unterdrückung der Unruhestifter, wenn ein Angriff von der andern Seite stattfinde. Auf Löhners Antrag erklärt sich der Reichstag in Anbetracht dieser Umstände sogleich einstimmig für permanent. Löhner will, daß das Ministerium jede dahin Bezug habende Berichte erstatte und seine Maßregeln vom Reichstage gebilligt werden. Minister Bach: Dadurch würde der Reichstag die ganze exekutive Gewalt an sich reißen, und in diesem Falle möge man das Ministerium selbst Anklage erheben. Schon gestern sei der Beschluß des Ministeriums, vor Staatsgefahr nicht lange zu weichen, nachdem der Minister des Innern aus seinem Bureau verkleidet flüchten mußte. Als genug Nationalgarde eintraf, zog sich das Militär zurück. Das Ministerium wisse wohl, daß seine Verfügungen auf Widerstand stoßen; Drohungen und Anfechtungen seien sein Lohn; es unterstelle alle Haudlungen der öffentlichen Beurtheilung, aber man solle ihm die Oeffnung seiner Pflicht nicht zum Unmöglichsein machen. Andere Freiheit könne nur in der Bindung vor dem Gesetze walten, und durch Nichtbeachtung des Gesetzes glaube es nur den Dank der Freunde der Freiheit zu verdienen; ungeeignete Bestrebungen zum Sturze mißliebiger Personen gehen nur von Feinden der Freiheit aus. (Bravo.) Sobald der Reichstag den Ministern sein Mißtrauen bezeuge, treten sie ab. (Bravo.) — Nicht terroristische Minoritäten von Außen, nicht konsequentes Herabsteigen aller Autorität ist der wahre Weg zur Freiheit. Jetzt gelte es, einig zu stehen, um nicht für das große Vaterland (erbloses Bravo.) in Gefahr zu kommen. Schon sei eine verwerfene Verhandlung darüber, ob das Ministerium zurückgezogen werden und der Reichstag permanent bleiben solle. Die Debatte wird geschlossen; da bringt Plaschek einen gedruckten Zettel, auf welchem Wiedereinsetzung des Sicherheitsausschusses begehrt wird. Von neuem wird darüber verhandelt, ob man permanent bleiben solle. Violand erklärt, die Herstellung des Sicherheitsausschusses sei nothwendig. Das Ministerium habe zwar die Majorität im Reichstage, aber nicht das Vertrauen des Volkes. Dilewsky theilt mit, der ganze 9. Bezirk verwahre sich gegen die Wiedereinführung des Sicherheitsausschusses. Minister Bach: eine Deputation der Aula, Füster an der Spitze, habe Wiederherstellung des Sicherheitsausschusses begehrt, was verweigert ward. (Bravo.) Militär ward auf Begehren der Nationalgarde requirirt und starrensirt mit ihr. Mieger: Jetzt müssen wir bestimmen bleiben. Um 3½ Uhr wird das Haus auf eine halbe Stunde vertagt. 4½ Uhr die Sitzung wieder aufgenommen. Minister Hornbostel wiederholt die Erklärung Bachs. Eine Adresse des Studentenausschusses an den Reichstag wird verlesen. Die Aula war gesperrt, eine Menge Menschen, worunter wenige Studenten, sprengten die Thüren. Der Aufschluß provisorische Oeffnlichkeit gegen alle Beschlüsse dieser Maße. Die Studentenschaft dachte nie daran, den Reichstag zu sprengen, oder die Minister gewaltsam zu stürzen. (Bravo.) Minister Hornbostel kündet an, daß die Minister nicht sogleich kommen können; ein Zug Garden und Studenten kam auf den Hof mit dem Abzeichen: „Für Wiedereinstellung des Sicherheitsausschusses!“ die Garde dort versuchte sie anzuhalten, was wohl gelungen sein werde. Um 5½ Uhr kommt Minister Schwarzer und meldet: Vor einer halben Stunde zogen 30—40 Individuen mit dem ersten Zettel am Hute über den Hof; sie getrauten sich, dann kamen bei 500, später bei 400 mit dem Zettel, zogen in das Carree und rückten gegen das Hofkriegsgebäude. Ein politischer Kommissär forderte sie auf, diese Zeichen abzulegen. (Jemand ziehl.) Revolutionär ist es, wenn man statt der gesetzlichen eine revolutionäre Behörde will. Man hatte den Oberkommandanten zur Aufstellung dieses Zeichens gezwungen. Es sei alles geschehen, um einen Zusammenstoß zu vermeiden. Auf die Frage Löhners, ob alle Herangezogenen bewaffnet waren, antwortet Schwarzer: die Meisten. Etwas später theilt Schwarzer schriftlich mit, die Widersetzlichkeit eines Theils der Garde laure fort, ein Theil der Rebellen aber trage das Zeichen ab. Das Ministerium werde dem Gesetze Achtung verschaffen. Zum Gebrauche der Waffen sei es noch nicht gekommen. Der größte Theil der Nationalgarde sei von gutem Geiste beseelt und empfange das Militär mit Jubel. Borrosch: Weitere Nachrichten abwarten, und sogleich über Sierakowski's Antrag auf Wiederherstellung des Sicherheitsausschusses als Vollstrecker der Weisungen des Reichstags zu berathen. Jonak widerspricht Sierakowskis Behauptung, als habe unser dem Sicherheitsausschusse Ruhe geherrscht. Er weist auf den 21. und 23. August hin. Derselbe habe nicht für Ruhe gesorgt, sondern die Bestrebten in ihrer Wirksamkeit gestört. Einstimmig sei diesem Aufklärung verlangt worden, weil er sich unbefugt in die Provinzialangelegenheiten mische. Es ist der Kammer unwürdig, einen Controllor an ihrer Seite zu haben. Sprechen wir offen aus, wir dulden keine solche Behörde. Löhner kündet an, das Militär rücke gegen die Universität und Barrikaden werden gebaut. Minister Hornbostel: in der Bäckerstraße errichte man Barrikaden; um 8 Uhr wolle man die Republik ausrufen. Von den Arbeiterplätzen laufen beunruhigende Gerüchte ein. Militär und Nationalgarde wird hingeschickt. Tumult und große Verwirrung, während welcher viel hin- und hergeredet wird. Um 9 Uhr ward abstimmend eine Kommission von der Aula, so wie einer Smolka, zum augenblicklichen Zurückziehung und Konsignirung des Militärs angenommen: der Antrag Klaudy's, das Ministerium möge Sorge tragen, daß von der Schußwaffe erst möglichst spät Gebrauch gemacht werde, verworfen. Nach der Mittheilung eines Abgeordneten, daß noch kein Kanonenschuß gefallen, der Bau der Barrikaden eingestellt sei, beantragt Borrosch, Wiener in die Kommissionen zu wählen. Dies geschieht, und die ernannten Kommissäre ziehen sogleich ab. Der Beschluß der Zurückziehung des Militärs wird dem Ministerium schriftlich mitgetheilt. Um 10½ Uhr Abend erst schloß die Sitzung, nachdem die Kommission von der Aula berubigende Berichte über den dort herrschenden Geist gebracht hatte. Das Militär war in die Kasernen zurückgekehrt, nur vor dem Hofkriegsgebäude blieb eine Abtheilung aufgestellt. Noch ist nicht sicher, ob heute die Ruhe ausrecht erhalten werden wird.

* Wien, 14. Sept. Die Gährung hat sich wieder gelegt, äußerlich wenigstens, allein die Spaltung der Parteien ist jetzt entschieden und muß über kurz oder lang zu einer Entscheidung führen. Die akademische Legion steht ein, daß, um ihrer eigenen Ehre willen die fremden Elemente, welche sich in ihr eingeschlichen haben, ausgeschieden werden müssen, und morgen schon wird sie mit diesem Läuternngsprozeß beginnen. — Hauptgegenstand der heutigen Sitzung war die Kreditfrage, und bei der Abstimmung wurde Pessls und Hornbostels Antrag auf den Reichstagsbeschluß angenommen. Dem Ministerium wird dadurch ein Kredit von 2 Millionen Gulden C. M. zur Unterstützung der Gewerbtreibenden Wiens und der zum Polizeibezirke von Wien gehörigen Ortschaften eröffnet. Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Aufbringung dieser Summe den Kredit der Bank in Anspruch zu nehmen. Die Vorschüsse sind für das erste Jahr zinsfrei, später müssen sie mit 2 Proz. verzinst werden. Die Ausführung dieser Maßregel bleibt dem Ermessen des Ministeriums überlassen.

In der Sitzung des konstituirenden Reichstags vom 14. Sept. wurde Strobach abermals zum Präsidenten und Smolka zum 1. Vizepräsidenten mit großer Stimmenmehrheit gewählt. Die Wahl des II. Vizepräsidenten wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

Frankreich.

* Die Nationalversammlung setzte am 14. die Berhandlung über die Frage des „Rechts auf die Arbeit“ fort. Billault sprach dafür, Dufaure mit großem Talent, Rauhrcuz und Cyrola dagegen. Lamartine suchte zu vermitteln. Wir haben schon gesagt, das wir auf viele wichtige Verhandlung ausführlicher zurückkommen werden. — Zu Elbeuf sind Unordnungen aus Anlaß der Verkündung des Dekrets über die Dauer der Arbeitszeit vorgefallen, ernstlichere wurden befürchtet. Die Behörde hatte Vorsichtsmaßregeln getroffen. Die Kommunisten und Sozialisten gaben sich alle Mühe, die Kandidaten des Hrn. Cabet bei den Pariser Wahlen durchzusetzen.

Nachschrift.

Frankfurt, 16. Septbr. Abends. Der Antrag der Majorität auf Verwerfung des Waffenstillstandes ist mit 258 gegen 237, also mit 21 Stimmen Majorität verworfen worden.

Nachträglich erfahren wir aus Chemnitz, daß ein Mitmeister und ungefähr 20 Gesellen getödtet sein sollen. Die Zahl der Todten aus dem Zivilstande beläuft sich auf 16. Andere Berichte geben obige Nachrichten für übertrieben aus und schildern die Ruhe daselbst schon am 13. Mittags als wiederhergestellt und gesichert.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 16. Sept. Oesterr. 5proz Metall. 72⅞, 4proz. 60½, 3proz. —, 2½proz. 38½. Bankaktien 1198. Pr. 500 fl.-Loose 119. 250 fl.-Loose 80½. — 3proz. 50 Thlr.-Preußische Anleihe 87¼. Pr. — Staatsschuldscheine 3½proz. 74⅞. — Bayer. 3½proz. 77¼. — Luxemburger Loose 67¼. — Württemberg. 3½proz. 75¾. 4½proz. 92¼. — Bad. 3½proz. 73¼. Loose-Anleihen à 50 fl. 45¼. 35 fl.-Loose 25¼. — Darmstädt. 3½proz. 77½. 4proz. 84. Loose-Anleihen von 50 fl. 62½. 25 fl.-Loose 20¼. — Kurhessl. Friedr.-Wilh.-Nordb. 42. 40-Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½proz. 80½. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3proz. 78. 3½proz. 90½. 85½. Taunusbahn 290. — Holländ. Integr. 45½. — Span. 3proz. innere Schuld 18½. — 5proz. 300 fl.-Loose —¼ 500 fl.-Loose 67½. — Sard. 36 Fr.-Loose 25½. Disc. 2.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 71.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Dienstag den 19. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 18. September.

Se. Maj. der König haben Sich allergnädigst bewogen gefunden, unterm 14. d. Mts. den Protokollisten des Kreis- und Stadtgerichts Amberg Friedr. Brems wegen nachgewiesener physischer Gebrechlichkeit auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand treten zu lassen: unterm 15. l. M. die bei dem Handelsappellationsgerichte in Nürnberg erledigte Protokollistenstelle dem Appellationsgerichtsexcessisten Karl v. Förer allda in provisorischer Eigenschaft, und unterm nemlichen Tage die am Kreis- und Stadtgerichte Schweinfurt in Erledigung gekommene Assessorstelle dem Appellationsgerichtsexcessisten Dr. Johann Jakob Jäger zu Bamberg zu verleihen.

Se. Maj. der König haben unterm 16. Sept. den Landrichter Friedrich Cramer zu Heidenheim bei seiner nachgewiesenen Functionsunfähigkeit nach §. 22 lit. D der IX. Verfassungs-Beilage für die Dauer eines Jahres in den nachsuchten Ruhestand treten zu lassen; ferner nachdem der Frhr. Phil. v. Manchenheim, genannt Bechtoldsheim, von Mainfondheim, Mitglied des Landrathes von Unterfranken und Aschaffenburg, mit Tod abgegangen ist, zu beschließen geruhte, an dessen Stelle auf den gewählten Landratsbestandtheilen der Klasse der adeligen Gutsbesitzer mit Gerichtsbarkeit den Erlangmann Heinrich Adalbert v. Oelenhen, genannt Rußwurm, in Bonnland, zum Mitglied des Landrathes von Unterfranken und Aschaffenburg zu ernennen.

Se. Maj. der König haben der von dem verlebten protestant. Pfarrer Friedrich Kraus zu Augsburg errichteten Stiftung zur Aufbesserung des Pfarrgehaltes der protestant. Pfarrei Aufseß im Betrage von 149 fl. 5 kr. die landesfürstliche Bestätigung allergnädigst zu ertheilen; die von dem Frhrn. Karl v. Stein zu Altenstein für den protestant. Pfarramtskandidaten Karl-Heinrich Christian Voltbardt auf Altenstein ausgestellte Präsentation auf die protestant. Pfarrei Altenstein, Dekan. Memmelsdorf, allergnädigst zu bestätigen; den Stadtkaplan zu Hassurt Priester. Dr. Heinrich Joseph Dominikus Denzinger zum außerordentlichen Professor der theologischen Fakultät an der Universität Würzburg zu ernennen geruht.

(Pfarrein-Erledigungen.) Kathol. Pfarrei Pittenbrunn, Diözese Augsburg, Dek. Neuburg a. d. Donau, Reinertrag 600 fl.; kathol. Pfarrei Schleydorf, Diözese München-Freising, Lrgs. Weilheim, Reinertrag 855 fl. 39 kr.

Deutsche Reichsversammlung.

△ Frankfurt, 16. Sept. Morgens. Ich bemerke Ihnen gestern, daß man wahrscheinlich heute zum Schlusse in der Waffenstillstands-Frage kommen werde. Nach den gestern Abend stattgehabten Klubsbesprechungen ist diese zweifelhaft; man will noch bis Montag die Debatte vertagt sehen in der Hoffnung, daß bis dahin die Ereignisse den Knoten gelöst haben. Nach zuverlässigen Nachrichten sind am 14. Kommissäre in Schleswig zusammengetreten, um sich über eine Aenderung der von deutscher Seite bestandenen Bedingungen zu verständigen. Selbe die Abstimmung heute stattfinden, so läßt sich über die Ergebnis zur Zeit noch nichts voraussagen. Die sämmtlichen Fraktionen der Linken und das linke Zentrum haben sich für die Nichtannehmigung, sowie die Sache jetzt liegt, ausgesprochen; in gleicher Weise hat sich ein freilich nur sehr kleiner Theil der Mainlust schlüssig gemacht. Das rechte Zentrum und die Rechte sind für den Antrag von Stedmann und Genossen. Ob werden diejenigen den Ausschlag geben, die keiner bestimmten geschlossenen Partei angehören. (Die Entscheidung haben wir schon gewußt.)

(In der Paulskirche Vormittag 10 Uhr.) Minke: Die Hauptfrage, auf die es ankommt, ist nur die: Entspricht der Malmoer Waffenstillstand dem Interesse Deutschlands und dem der Herzogthümer, das Deutschland zu dem seinigen gemacht hat? Da kann ich nun kurz sein; andere Redner haben mir schon vorgearbeitet, besonders das Mitglied aus Berlin (Jordan). Der Redner findet, daß alle Bedingungen günstiger seien, als man nur je zu erwarten berechtigt war. Die Aufhebung der Gesetze ze. ist eine Falso formelle, ohne alle materielle Bedeutung, da die neue Regierung das Recht hat, die aufgehobenen Gesetze wieder in's Leben zu rufen. Das Bedauern gegen die Bezeichnung „im Namen des deutschen Bundes" ist ohne Belang. Ich weiß nicht, warum man diese Legende aufgehoben wünscht. Sie haben den Bundestag, aber nicht den Bund aufgehoben. Das Ausland kannte jetzenfalls Deutschland in seiner anderen Form. Die Vorwürfe gegen Preußen sind darum ungerecht, weil in dieser Richtung die Akten nicht vollständig vorliegen. Die Nichteinhaltung der Bedingungen ist ein bloßer Schein: alles Wesentliche ist erreicht. Ich bin daher für die Genehmigung, insbesondere gegen alle sogenannten Vermittelungsvorschläge; eher würde ich für Verwerfung stimmen, als für einen solchen Vorschlag. — Die nächste Folge der Verwerfung ist ein europäischer Krieg und die Wirkungen eines solchen für das deutsche Volk herbeizuführen vermag ich nicht zu voraussagen. Wenn die einen vom Kriege den Todfeinens fürchten, die anderen den Konvent, so ist mir beides gleich unwahrscheinlich; es kann aber für mich keinen Bestimmungsgrund bilden. (Schluß folgt.)

Die „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" erklärt sich gegen die Weise, wie Zeitungsnachrichten die von Bayern der Zentralgewalt gemachten Anerbietungen im Sinne der Linken auslegten. Sie erklärt diese Angaben als „natürlich ganz ungenau", besonders wenn sie so ausgelegt werden, als läge den Anerbietungen Bayerns „ein Preußen feindlicher Sinn in Bezug auf die selbstständig-polnische Frage in ihrem gegenwärtigen Stadium zu Grunde, oder als wäre Bayern bereit, einen unpolitischen und voreiligen Beschluß gut zu heißen und seine Folgen auf sich zu nehmen."

Auch eine Volksversammlung bei München.

△△ München, 18. Sept. Wie haben gestern Vormittag in der unmittelbaren Nähe von München ein Theaterstück betitelt „Münchener Volksversammlung" im Garten zu Neuhersbausen aufführen sehen. Wir sagen ein Theaterstück; denn wie bei einem solchen waren die Rollen vertheilt, und nichts fehlte, dem Ganzen diesen Charakter zu geben, selbst nicht das Hervortreten der Mitwirkenden nach dem Schlusse ihrer Reden. Von einer wirklichen „Münchener" Volksversammlung können wir unmöglich im Ernste sprechen, da nichts weiter fehlte als das Münchener Volk; denn dieses war ausgeblieben. Selbst nach den Proben und Schätzungen der Zahl aller Anwesenden 800—1000 weist junger Leute. Handwerksgesellen zum ein guter Theil solcher, die lediglich die Neugierde herbeigelockt hatte. Das war Alles, was man durch wiederholte Ankündigungen und Einladungen in verschiedenen lokalblättern wie durch große Maueranschläge, welche vorgestern alle Straßenecken von München bedeckten, zusammenzubringen vermocht hatte, in einer Stadt, die mit ihren Vorstädten über 100,000 Einwohner zählt. Wenn wir bei dieser Gelegenheit des kleine Häuflein unserer Münchener Demokraten zählen zu können das Glück hatten, so war es uns dagegen nicht vergönnt, den Kern unserer wackeren Münchener Bürger zu sehen, die man doch hoffentlich nicht vom Volke ausschließen wird. Diese haben keinen Theil an der Versammlung genommen. Früh nach 9 Uhr wurde das Schauspiel eröffnet. Kein Sonnenblick fiel auf die wie billig roth aufgeschlagene Rednerbühne, die fast blutroth anlaub gegenüber dem düstern Grau des Himmels und unter den einigemal fallenden Regenschauern. Die Sprecher ließen es an Aufwand dramatischer Mittel nicht fehlen, es wäre ungerecht, ihnen dieses Verdienst absprechen zu wollen; aber die Gerechtigkeit erfordert auch die Anerkennung, daß ihre Reden nur wenig Stoff geben für die Kälte des Wetters. Wir bedauern aufrichtig, daß so verdienstliche Bemühungen noch dazu das Ungluck haben mußten, post festum zu kommen; denn während die versammelten Souveräne gegen den Waffenstillstand von Malmoe donnerten, das ganze Gewicht ihrer Faustdämmischen Beredsamkeit dagegen in die Wagschale legten, waren zu Frankfurt schon am Abend zuvor die Würfel gefallen, der Antrag der Verderbni der konstituirten Nationalversammlung, selbst verworfen worden. Es bleibt und daher nur übrig, den nun vergeblich gefaßten Beschlüssen und angenommenen Adressen einen Nachruf aufrichtigen Beileids zu widmen, um so mehr, da dieselben gewiß nicht verfehlt haben würden, bei rechtzeitiger Ankunft zu Frankfurt einen mächtigen Einfluß zu äußern. Allein das ist nun einmal das Loos des Schönen auf der Erde! Doch können wir unsern Lesern die Genugthuung nicht versagen, ihnen wenigstens Einiges von jener größeren Erbauung auch den gebildeteren Theilen mitzutheilen. An den beliebten Krafstandstrücken, welche die Quintessenz aller Reden und Schriften der Herren Demokraten und Volksfreunde vom reinsten Wasser bieten, war auch da wahrlich kein Mangel, und es ist ein wahres Glück zu nennen, daß die Donnerworte „Aristokraten, Bureaukraten, Ultramontane, Reaktionäre, die jeden Augenblick auf den Munde der zornentbrannten Redner Sprecher zu unsern Ohren schlugen, nicht eben so viele Regeln waren, sonst wäre es aus für uns mit dem Vergnügen heute diesen Bericht zu erstatten. Die Diplomatie, die Minoritätsmänner der Paulskirche, die separatistischen Gelüste der Regierungen sind von der Aristokratie der Herren Doktoren — denn fast kein anderer als ein in gebührender

form promovirter Doktor kam zum Worte — übel mitgenommen worden: alle diese verfehmten Männer und Dinge sind den Herren Doktoren eben so viele Popanze, die sie weder Tag noch Nacht zur Ruhe kommen lassen. Besonders erhaut mußten wir uns anstrichen fühlen, als der Vorsitzende Hr. Dr. Ringler gleich in seinem einleitenden Vortrage seinem Vertrauen in die Absichten seiner Zuhörer dadurch Ausdruck zu geben für nöthig fand, daß er sie zur Ordnung und Ruhe mahnte. Aber unser Bedauern können wir nachträglich nicht versagen dem ehrenwerthen Abgeordneten des Nördlinger Volksvereins, der nun auch vergeblich die Reisefosten hieher aufgewendet hat. Hr. Dr. Greiner hat uns arme unwissende Menschenkinder nun aufgeklärt über die Gesinnung des Waffenstillstandes und dessen Folgen. Wie ein Mann sollen wir aufstehen, um jenes Monument der Diplomatie, der Kabinetspolitik, vor Sondergelüste und die Sauerkrautelei des Volkes zu zerreißen. Zu verschiedenen Malen wurde der Redner von Beifallsruf belohnt, wofür er denn auch durch Hutabziehen jedesmal gebührend dankte. Am Schlusse wurde er wie billig gerufen. Hr. Dr. Hexemann war nun an der Reihe gleiche Lorbeeren zu pflücken. Er weiß sie Alles mit Ruhe zu führen. Er sprach viel vom Polizeistaat, der nun dem Rechtsstaate weichen müsse. Voreiligen Bejeichnete er als benjenigen, wo Alles mit rechten Dingen zugehe. Hoffentlich wird er uns den nordamerikanischen Rechtsstaat dafür nicht als Muster empfehlen, über den der geistreiche Cooper in einer seiner neuesten Schriften so unbarmherzig den Stab bricht. Es that uns Leid, auch auf dem Munde eines Mannes von Talent, wie Hr. Dr. Hermann es ist, die oben angeführten damalen Schlagworte wieder zu hören. Als die drei Hebel gegen die Reaktion bezeichnet: 1) unbedingte Oeffentlichkeit, Versammlungsrecht und freie Presse. Wenn die demokratischen Vereine wirklich nichts anderes anstreben, dann halten wir mit ihnen; aber noch sind wir nicht leichtgläubig genug, darin wirklich ihren einzigen Zweck zu erblicken. Wie nun einmal der Ausdruck „demokratische Vereine" gang und gebe ist und dessen Bedeutung sich festgestellt hat, versteht man darunter lediglich diejenigen, welche auf Verdrängung der konstitutionellen Monarchie durch die Republik hinarbeiten, wenn gleich solche Vereine sich heut mit aller Entschiedenheit aussprechen. Wenn der Redner ferner das alte gestürzte System ein durch und durch bodenloses, schlechtes nannte, so haben wir auch dagegen nichts zu erinnern: wir theilen diese Ansicht aus vollem Herzen, und haben dies schon zu einer Zeit auszusprechen nicht gescheut, als dieses System noch seit verpallisadirt und aufrecht stand. Jetzt ist es wahrhaft ein wohlfeiler Muth, dergleichen Dinge zu sagen, seit wir — dem Himmel sei Dank — niemanden mehr sich einsalten lassen und an die Zurückführung jener Zeit zu denken, wo es genügte, der Sohn eines alt liberal gesinnten Mannes zu sein, um von vornherein schon gleichsalls als verdächtig behandelt, von der Anstellung im Staatsdienste wieder ausgeschlossen zu werden, sogar nachdem sie bereits ausgestellt war. Wir sprechen hier von Thatsachen, welche der Geschichte angehören, freilich aber noch zum Theil nicht allgemein bekannt sind. — Hr. Dr. Hermann wurde nach seiner Rede noch einmal hervorgerufen und dankte mit stummer Verneigungen. Hr. Dr. Ringler der „Held des Tages" von Nördlingen, erklärte die Männer der Minorität des 5. Septembers in der Paulskirche zu Frankfurt wegen ihrer von jener der Mehrheit abweichenden Meinung geradezu als „Verräther an der Ehre Deutschlands." Er wollte und wahrscheinlich einen Vorgeschmack geben von der Achtung der Herrn Demokraten vor der Meinung Andersdenkender als sie. Er will durchaus einen neuen Krieg um den Schleswig-Holsteinern zu Hülfe zu kommen, die doch den Frieden wollen, und durch ihre Abgeordneten zu Frankfurt selbst den Vollzug des Waffenstillstandes nun verlangten, nachdem die mit Recht anfößig erschienenen Punkte darauf beseitigt sind. Noch einmal schleuderte er am Schlusse seiner Rede sein Anathem gegen die „Vaterlandsverräther in der Paulskirche", und zog hierauf seinen Zuschreibung, unwesentliche Verfügung des Kriegs, auf Schaffung eines Heeres durch Anschreibung einer allgemeinen Reichssteuer, unbedingte Unterwerfung der einzelnen Regierungen unter die Zentralgewalt, und Hinausstürzung der Zollgrenzen bis an die Marken des deutschen Reichs. Wir hoffen, daß Hr. Dr. Ringler, der bereits so tapfer mit Worten sicht, seiner Kriegslust auch freien Lauf lassen wird, wenn früher oder später wirklich Deutschlands Ehre oder Deutschlands Unabhängigkeit von irgend einem äußern Feind bedroht werden sollte. Wir werden ihn dann ohne Zweifel seinen Worten Kraft geben, in den vordersten Reihen der Kämpfer ihn auftreten sehen. Wie haben eine zu gute Meinung von ihm, als daß wir annehmen können, er werde es machen wie so manche andere, die beständig in die Kriegstrompete blasen, dabei aber ganz ruhig zu Hause bleiben, während sie die andern die Haut zu Markte tragen lassen. Auch Hrn. Dr. Ringler wurde die Ehre des Hervorgerufenwerdens zu Theil.

Nun wurden die verschiedenen Adressen und Manifeste verlesen, und darüber durch Händeaufheben abgestimmt: wir brauchen kaum zu sagen, daß sie einstimmig angenommen wurden. Die Andersmeinenden und dazu gehört die ungeheure Mehrheit der Bürger von München — waren nicht da, und die Anwesenden unter ihnen glauben aus Klugheitsrücksichten, die wir ihnen nicht verübeln können, schweigen zu müssen. Die verschiedenen angenommenen Adressen sind: 1) ein „Manifest an die deutsche Nation", 2) eine „offene Ansprache" an das sgl. bayerische Gesammtministerium (worin nebenbei gesagt im Wesentlichen verlangt wird, was dasselbe längst gethan hat, und wobei wir nur den Wunsch und die Hoffnung aussprechen, daß die Herren Demokraten ihrerseits die Beschlüsse der Reichsversammlung und die Zentralgewalt eben so aufrichtig anerkennen mögen als sie bayerische Staatsregierung es thut); 3) ein „Aufruf an die sämmtliche Parlamentswählerschaft Deutschlands", worin die Mitglieder der Parlaments-Minderheit vom 5. Sept. geradezu erklärt werden als „unwürdig, ferner Vertreter des durch sie verrathenen Volkes zu sein;" deren Gegenwart habe die Paulskirche entweiht und sie müssen also daraus entfernt werden. (Also eine Aechtung der Minderheit in Masse?); 4) eine „Erklärung gegen die Verordnung des k. k. Gesammtministeriums, die Bildung von Vereinen zu gesetzwidrigen Zwecken betreffend," die von den Advokaten Hrn. Dr. Riedl in ausführlicher Rede motivirt worden war. Unsere Leser werden hieraus sich eine Idee bilden von der Farbe, welche das ganze vor uns aufgeführte Schauspiel trug, das übrigens der Mahnung des Vorsitzenden entsprechend ohne die mindeste Störung der Ordnung zu Ende ging. Wenn wir den Beifallslärm dieser Versammlung, im Jahre 1848 nicht den sgl. München herrschenden Geist ausdrücke und haben auch in dieser Beziehung mit Unrecht eine „Münchener" sich nennt, nicht so hohe Bedeutung beilegen, als die Herren Demokraten es zu thun belieben, so bekennen wir uns unweigerlich dieses Fehlers schuldig. Wir sind gewohnt nur im Ernste zu nehmen, was ernstlich ist.

Zum Schlusse nur noch einige Bemerkungen zu den Aktenstücken unter Nr. 3 u. 4. In jenem wird auch die Nichtabberufung der Gesandten der deutschen Einzelstaaten an fremden Höfen zum Vorwurfe gemacht, dasgegen davon, daß z. B. die bayerischen Gesandtschaftsposten zu Paris, Petersburg, Brüssel, Turin entweder nicht wieder besetzt oder eingezogen wurden (wozu noch die demnächstige Abberufung des Gesandten in London kommt) gar keine Notiz genommen. In Nr. 5. wird geradezu erklärt, die sämmtlichen deutschen Verfassungen seien durch die Revolution theils für aufgehoben theils für suspendirt erklärt, theils haben nicht als rechtlich bestehend betrachtet werden, ihr Rechtsbestand sei durch die Einsetzung der Zentralgewalt aufgehoben. Daraus wird gefolgert, daß der Art. 300 Th. I. des Strafgesetzbuches nebst Anmerkungen der von Hochverrath als dem Verbrechen gegen die Selbstständigkeit des Staates und dessen Verfassung handle, auch gegen die Vereine zu gesetzwidrigen Zwecken keine Anwendung mehr finden könnten. Das heißt mit andern Worten: eine neue Verfassung Deutschlands haben wir zu bereits; deren Verfassung, nach eine jenen Staaten aber gelten nichts mehr, die bestehenden Gesetze derselben eben so wenig; also hätten wir für den Augenblick weder Verfassung noch Gesetz, oder mit andern Worten Gesetzlosigkeit, d. h. wenn dem wirklich so wäre, so hätten wir bereits das Chaos, die Anarchie. Wir danken den Herren Demokraten aufrichtig für diese offene Belehrung über das, was sie wollen, aber außer ihnen niemand will, weder die Reichsversammlung zu Frankfurt, noch die neuste: Zentralgewalt, noch eine jenen Staaten aber gelten nichts mehr, die bestehenden Gesetze derselben eben so wenig; also hätten wir für den Augenblick weder Verfassung noch Gesetz, oder mit andern Worten Gesetzlosigkeit, d. h. wenn dem wirklich so wäre, so hätten wir bereits das Chaos, die Anarchie. Wir danken den Herren Demokraten aufrichtig für diese offene Belehrung über das, was sie wollen, aber außer ihnen niemand will, weder die Reichsversammlung zu Frankfurt, noch die neuste: Zentralgewalt, noch eine deutsche Volk. Die Fäseleien über die Abreibungsthaaten und den dadurch begangenen Anachronismus können wir nach den angeführten ernsthaften Dingen füglich übergehen. Werden sich unsere Leser nach dem Vorstehenden noch wundern, wenn wir die großen Worte der kleinen Versammlung im Garten zu Neuberghausen unmöglich im Ernste nehmen können?

Deutschland.

Bayern. — Nürnberg, 16. Sept. Die erste öffentliche Sitzung des Magistrats wird nächsten Mittwoch, die der Gemeindebevollmächtigten am Donnerstage im kleinen Rathhaussaale stattfinden. (M. Kurr.)

Schleswig-Holstein. Kendsburg, 12. Sept. Die provisorische Regierung hat folgende Bekanntmachung an die Truppen erlassen: Soldaten! Ihr seid beim Beginne des Kampfes freudig dem Rufe des Vaterlandes gefolgt; gering an Zahl, schlecht ausgerüstet und kaum mit Führern versehen, stelltet Ihr Euch dem Feinde entgegen. Bald lautete Verschlland und seine tapfern Krieger zur Hülfe, und von ihnen gestärkt und unterstützt habt Ihr den Feind über die Grenzen des Landes zurückgetrieben. Die Herzogthümer Schleswig-Holstein sagen Euch, sagen allen tapfern deutschen Waffenbrüdern ihren Dank. Jetzt sind die Kampfgenossen zum größten Theile in ihre Heimath zurückgekehrt um auf Euch allein mit wenigen Kampfgenossen breche die Sicherheit des Landes. Aber Ihr seid gewachsen an Zahl und Kriegskunde, seid wohl gerüstet und mit tüchtigen Führern versehen. Das Vaterland kann Euch vertrauen, und vertraut Ihr Euern Führern, Ihr werdet sie auf dem Wege des Ruhmes und der Ehre freudig vorangehen sehen. Der Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg hat sich veranlaßt gefehen, das Kommando über die schleswig-holsteinischen Truppen niederzulegen. Die provisorische Regierung hat seine Entlassung angenommen und an seiner Statt den Obristen Grafen v. Baudissin mit dem Kommando interimistisch bekleidet. Der Bundesbefehl über die Truppen ist dem königlich preußischen Generalmajor v. Bonin übertragen. Soldaten, Ihr kennt diese Führer, zeigt Euch derselben würdig! Kendsburg, 12. Sept. 1848. Die provisorische Regierung. Besekr. F. Hexemann. W. A. Schmidt. Lüders.

— In Flensburg treten die Behörden energisch den von der dänisch gesinnten Partei versuchten Demonstrationen entgegen. Die Flagung des dänischen Brandmarks „danok Gjendom" und die Stempelung der Schiffe mit dem schleswig-holsteinischen Wappen wird bei den sich Weigernden unter Beihilfe eines Kommandos Frankfurter Truppen, die jetzt dort die Garnison bilden, vorgenommen. Das Aufsiehen dänischer Fahnen wird in einem Publikfandum vom Oberpräsidium und Amthaus mit gesänglicher Einziehung und Bestrafung nach Umständen bedroht.

Preußen. — Berlin, 14. Sept. (Staatsanzeiger.) Die in vor öffentlichen Blättern enthaltenen unwahren Mittheilungen über die in Potsdam am 12. Abends stattgehabten Vorgänge, geben Veranlassung zur nachfolgenden Darstellung des Sachverhalts, welcher die aus offiziellen Quellen eingezogenen Erkundigungen zu Grunde liegen. Einige Arretirungen, welche mit dem angeblichen Verbreiten einer Dank-Adresse an die Nationalversammlung in ursachem seiner Beziehung gestanden haben, sind von Aufwieglern benutzt worden, um durch Hülfe von Brantwein und Straßenjungen eine nicht beträchtliche Zahl von Soldaten zur Theilnahme an einem Straßenunfug zu verleiten, bei welchem von-Haus aus von Befreiung der Arrestanten die Rede gewesen ist. Nachdem der Unfug um etwa 7½ Uhr in den abgelegenen Straßen stattgefunden hatte, wälzte sich die Menge, jetzt aber ohne Theilnahme der Soldaten, gegen das Militär-Arresthaus, zu dessen Schutz die nöthigen Maßregeln ergriffen waren. Da hier mit Steinen geworfen wurde und die Bürgerwehr anfangs nicht zureichend genug versammelt war, so wurden durch Entsendung etlicher Züge Infanterie und einer Schwadron der Garde du Korps, welche im Schritt und mit eingesteckten Gewehr vorrückte, im Verein mit den inzwischen zusammengekommenen Bürgerwehrmannschaften, die Massen zerstreut, doch fand man nirgends auf irgend erheblichen Widerstand, und auch die Barrikaden, deren Errichtung versucht worden war, wurden ohne Weiteres fortgeräumt. Einzelne Garde du Korps wurden gröblich insultirt, dadurch ist gesteigert, daß etliche Leute das Gewehr aufgenommen haben, um sich ihrer Haut zu wehren; betreutende Verwundungen haben aber weder auf der einen noch der andern Seite stattgehabt. Nach 11 Uhr Nachts trat Ruhe ein.

⊙Berlin, 15. Sept. Die Frage wegen der Ausführung des Stein'schen Antrages und des von der Kammer gefaßten Beschlusses ist erledigt. Wie mit Bestimmtheit versichert wird, hat Se. Maj. der König als Oberbefehlshaber der Armee an diese einen Erlaß ganz in der gewünschten Form (mit Berücksichtigung des Schulz'schen Amendements) gerichtet. Bestätigt sich dies, so ist an der unfehlbar guten Wirkung, die derselbe ausüben wird, nicht zu zweifeln. — Seit gestern Nachmittag befindet sich Hr. v. Weckerath hier, bis jetzt verlautet noch nichts Gewisses über die Zusammensetzung des durch ihn zu bildenden Kabinets, über die sich die Gerüchte der letzten Tage erhalten. Der General der Kavallerie Hr. v. Wrangel befindet sich ebenfalls hier und hat heut unter den Linden 2 Bataillone des 9. Regiments bei sich vorüber defiliren lassen.

Köln (Schnellp.) Wir sind im Stande, Ihnen die Ernennung des Hrn. v. Raumer nach Paris folgende glaubhafte Nachrichten mitzutheilen. Hr. v. Raumer übernahm den ganz unerwarteten Auftrag in der Hoffnung, er werde nützlich für sein Vaterland wirken können. Er fand aber, daß die Verhältnisse in Paris keineswegs so günstig lagen, als man verleitet worden war, in Frankfurt anzunehmen. Es erhoben sich nämlich Bedenken über die neue Reichsregierung, welche abwarten, und andere europäische Staaten hinsichtlich des Reichsoberhaupts thun würden, man wolle erst ermitteln, ob dessen unbedingte Anerkennung nicht auf den Grund früherer Verträge, Mißverhältnisse mit deutschen Staaten herbeiführen könne. In dem Augenblicke, wo diese Schwierigkeiten so gut wie beseitigt waren, erscholl die Kunde von den Frankfurter Beschlüssen und der Absendung des Reichsministeriii. Diese Maßregel auf die französische Regierung hat unangenehmen Eindruck, und veranlaßte neue Zweifel und Bedenken. Man nahm an, daß jene Abdankung des Ministerii nicht allein einen Wechsel der Personen, sondern auch der Grundsätze und der Handlungsweise in sich schließe. Hr. v. Raumer, überzeugt, daß der neu eingeschlagene Weg die Einigkeit in Deutschland störe und die übrigen Verhältnisse zu den übrigen europäischen Staaten verschlimmern, hat erklärt, daß er in dieser neuen Richtung nicht mitwirken könne und wolle; er hat gleichwie das Ministerium, sein Amt niedergelegt und wird Paris verlassen, sobald sein Nachfolger ernannt ist. — Western waren hier Gerüchte von Unruhen in Spandau, wo man die Gefangenen habe befreien wollen, und in Frankfurt a. d. O. und in Nauen vorbreitet. — An der Börse war, in Folge dieser Gerüchte und der Kammer-Verhandlungen, die Stimmung sehr ungünstig. — Der Preußenverein für Konstitutionelles Königthum fordert in einem Plakat das Preußenherz, die Linie und Landwehr auf, sich nicht durch Ueberredung Böswilliger verblenden und gegen König und Vaterland, dem es Treue geschworen, aufwiegeln zu lassen. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Der ist der rechte Mann, der seine Pflicht über Alles stellt.“

Die Vollversammlung in Köln, am 13. und ein sogenannter Sicherheitsausschuß, der ununterbrochen berathet; 9 Mitglieder des Letzteren sind bereits zurückgetreten. Der Rest sitzt in Wirthshäusle. — Die Ruhe ist nicht mehr gestört worden. Die Anwort des kommandirenden Generals in Koblenz auf die Eingabe des Gemeinderaths von Köln lautet, daß er nicht befugt sei auf einmal Truppenverlegungen zu treffen, sondern annehmen zu lassen. Er werde jedoch beim Kriegsministerium eine solche beworworten. Vor der Hand habe das betheiligte Bataillon in den Forts außer der Stadt zu verbleiben; ein Bataillon desselben Regiments welches nach Köln bestimmt sei, habe Gegenbefehl erhalten, und ein Bataillon des in Koblenz liegenden 29. Reg. sei statt nach Köln bestimmt. (Kurier. Z.)

Oesterreich. — Wien, 14. Sept. Kossuth hat, wie wir durch authentische Gelegenheit auf Pesth erfahren, die Bildung eines neuen Kabinets abgelehnt, und Graf Batthyany, welcher zugleich die Präsidentschaft des Ministeriums wieder übernimmt, ist mit dem Baron Wenkheim mit der Zusammensetzung desselben betraut worden. Unter anderm geht und so eben die wichtige Nachricht zu, daß der Palatin, Erzherzog Stephan, die weitere Annahme der Kossuth'schen Banknoten verboten hat, nachdem Kossuth gegen die Nichtannahme der ungarischen Banknoten am 12. d. Mts. sogar die Todesstrafe angeordnet haben soll. (L.Z.)

Wiener Blätter, die wir so eben erhalten, sprechen von einem Gerücht, daß aus Bosnien und türkisch Kroatien die Türken mit bedeutender Macht über die Grenze gegangen, und Cettin besetzt haben. Detaillen Angaben zufolge soll die Wiener Garnison um 20 Kompagnien verstärkt werden.

Adatzky ist von der Regierung im Einverständniß mit den vermittelnden Mächten zu einer Verlängerung des Waffenstillstands auf 30 Tage vom 22. Sept. an ermächtigt.

Italien.

△Turin, 14. Sept. Diesen Morgen um 3½ Uhr ist der König Karl Albert ihrer eingeschlafen.

Dänemark.

Kopenhagen, 9. Sept. Man kennt bereits den Beschluß der deutschen Reichsversammlung, welche den Rückzug der Truppen auf den Herzogthümern fixirt. Derselbe hat auf die Freigebung der deutschen Schiffe keinen Einfluß, nur die bereits angeordnete Dislokation der Truppen ist zurückgenommen worden. Auch nennen die dänischen Blätter die Kieler Landesversammlung nicht mehr die „aufrührische“, wie dies seither der Fall war. — Die russische Flotte ist vorrahrend bei Kopenhagen und wird auch da überwintern.

Frankreich.

** Paris, 14. Sept. Hr. Thiers hat gestern in der Nationalversammlung den Nagel auf den Kopf getroffen. Er erklärte das sogenannte „Recht auf die Arbeit,“ das die Sozialisten und Kommunisten in die Verfassung einschmuggeln möchten, geradezu als eine Lüge und eine Unmöglichkeit, die nur zu Erregung neuer Unruhen und Volksaufstände dienen würde. Der Eindruck seiner Worte war unermeßlich. Heute trat Hr. Billault mit einem ultrarepublikanischen Eifer, der und neu ist von jener Seite und demjenigen, der die Vergangenheit dieses Mannes kennt, nur als ein wahrer Stempel der Charakterlosigkeit desselben gelten kann, zu Gunsten dieses sogenannten Rechts auf, und sehr dafür in Hrn. Dufaure sogleich einen Widersacher gegen den er nicht aufzukommen vermochte. Dieses Recht in die Verfassung einschreiben, hieße nach Hrn. Dufaure's Ueberzeugung gerade so viel, als das Individuum zur Auflehnung gegen die Gesellschaft berechtigen. Die größte, gänzlichste Revolution, die je in der Welt vorgekommen, sei das Christenthum, das die Wiedergeburt der Menschheit brachte, dem Sklaven seine Fesseln abnahm, das Weib erhob, Reich und Arm gleichstellt: aber das Christenthum sprach nicht von Rechten, sondern wies den Kleinen wie den Großen ihre Pflichten an. Diese Pflichten machten ungeheuren Eindruck auf die Versammlung ein. Sie sahen, daß mit dem Rechte auf die Arbeit wärte man eine Aristokratie von Faullenzern schaffen, die auf Kosten des Staates in Müchtthum leben möchten, und ihre Laster auf ihre Kinder übertragen würden. Mit den guten Sitten wäre es dann zu Ende. 20 Minuten lang blieb die Sitzung nach dieser Rede unterbrochen, die ungeheuren Eindruck zurückließ. Lamartine sprach dann verschiedene, indem er zugleich in Abrede stellte, daß die provisorische Regierung das Recht auf die Arbeit, und die Organisation der Arbeit versprochen habe. Nur einige ihrer Mitglieder verlangten dies, es wurde aber für eine Unmöglichkeit erklärt. So weit bis zum Postschluß.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 16. Sept. Bayer. 3½proz. Obligationen 77½. — 3proz. 86 ⅝. Bankaktien 11. Semester 584 ½. Promessen 36 ½. — 5proz. Oesterreich. 3proz. Metall. 75 ½.

Wien, 13. Sept. 3proz. Metall. 80, 4proz. 66, 3proz. 47, 2½proz. 41. 1834er 500 fl.-Loose 128. 1839er 250 fl.-Loose 89. Bankaktien 1090. Nordbahn 105½. Gloggnitz 94. Benetzk-Mailand 72. Budweis —. Livorno 65¼. Pfdbr 66. Siena 56. Apenninenbahn 95¼.

Amsterdam, 14. Sept. 2½proz. Integr. 44⅞. — 5proz. Schuld 52¼. — 4proz. 69⅞. — 3½proz. dito 68¾. — Handelsmaatschappy —. 5proz. Russische à 510 Pfd. St. 87½. — Span. Aktien. — 6000 Coupons —. 5proz. Portug. 5proz. 21½. 4proz. —. — Russische 4proz. bei Hope —. — dito bei Stieglitz —. 3proz. Metall. 69¼. — 2½proz. dito

London, 14. Sept. Konsols 85⅞. Belg. Coup. —. Span. Akt. 11⅛. 5proz. 22½. Pass. —. Portug. 3proz. —. 4proz. 22½. 5proz. 22. Oesterreich. 5proz. 84. 4proz. 70½. 2½proz. 45. Belg. 5proz. 68½. 4proz. 68. Coupons —.

Paris, 13. Sept. 3proz. 44. 4proz. —. 5proz. 68.75. Schweiz. 21. Bankaktien 1635.— Staatseisenbahnaktien —. Lit. Lotterie —. Compt. von Algier —. Belg. 5proz. von 1840 79.— von 1842 —. 4½proz. 72½. 3proz. —. 2½proz. 39.— Belg. Bank —. Neap. 5proz. 78.50. Röm. 5proz. —. Span. 5proz. 24. Aktien Passiva —. Piem. 500. Paid —. Gl. Germain —. Versailles (rechte) —. (linke) 101.25. Orleans 660.— Nauen 430.— Paerr 195.— Marseille 202.50. Bafel 85.— Bierzon 252.50. Boulogne —. Verbrenz 385.— Nordbahn 376.25. Montereau —. Lyon 363 75. Straßburg 346.25. Nantes 326.25. Dieppe —. Seeaur —. Montpellier —. La Tette —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Dienstag, 19. Sept.: „Zopf und Schwert", Lustspiel von Guzkow.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Mch. Haarley, von London. Rehr, Rentier, von London. Pänsler, Professor, von Heidelberg. v. Fruel, Gutsbesitzer, aus Pommern.

Gold. Hirsch. Loh, Gutsverbalter, von Regensburg. Loh, Rentier, von Schonch. Schumacher, Kaufmann, von Ebersfeld.

Hotel Maulik. Gitton, Rentier, aus England. Genter, Privatier, von Freiburg. Lurnier, Proprietär, von Paris. Dagles, Rentier, von Limburg. Bäseke, Rentamt, von Lilien. Remach, Gutsbesitzer, von Mainz. Hubert, Kaufmann, von Hamburg.

Gold. Kreuz. Marschlechner, Partikulier, von Klagenfurt. Sailer, k. k. Oberlieutenant, von Wien. Bittman, Privatier, von Nürnberg. Schmidt, Privatier, von Augsburg.

Gold. Hahn. Graf v. Rosoff, Staatsrath, von Petersburg. Platoosf, Gardeoffizier, von Petersburg. Richtel, Privatier, von Hohenwang. Seip. Kaufmann, von Lübau. Dr. Kiefr, von Freiburg. Abnefelter, Advokat, von Philadelphia. Baron de Hareso, Proprietär, von Paris. Dr. Landelberger, von Roveredo. Golway, Edelmann, von London. Gabling, Rechtsrath, von Frankenthal. Wild, Rentier, von Worms.

Blaue Traube. Mörder, Regierungs-Forstrath, von Regensburg. Dessen, Rentier, von Lausanne. Bierbeling, Studienrektor, von Straubing. Pilchinger, Pfarrer, von Amberten. Kienle, Hauptmann, von Augsburg. Linbner, Regierungsrath, von Regensburg. v. Zistow, Lieutenant, von Landshut. St. Gabo, Kaufmann, von Kischdorf. Bollet, Gouverneur, von Yverdon. Hanptstygmann, Staatsbeamter, von Bern. Stober, Privatier, von Tger. Singer, Priester, von Innsbruck. Bauer, Studienlehrer, von Augsburg. Setier, Partikulier, von Berlin.

Stadtmgsgarten. Schnell, Kontroleur von Zimmerhaut. Magbarger, Studienleber, von Salzburg. Hulzer, Studienleber, von Wien. Kramer, Privatier, von Landshut. Braun, Apotheker, von Main. Hauser, Oberlieutenant, von Bamberg.

Gestorbene in München.

Joseph Frauenknecht, Korporal von der Garnisonskompagnie, 60 J. a. Georg Jrgfofer, Wagnergesell von Jrn, Bzgk. Haag, 30 J. a. Maria Anna Haasmüller, Schneiderswittwe, 64 J. a. Klara Obenberger, Gleimmehlwittwe, 60 J. a. Joseph Dornauer, Bahnenangenverwalter von München, in Kirel, 39 J. a. Josepha Freitau v. Lasberg, Königl. Hauptmannswittwe von Regensburg, 65 J. a.

Bekanntmachung.

122. (3a) Durch Erkenntniß vom 13. Juni l. Js. wurde in den Debitwesen des Steinsetzermeisters Michael Lechner dahier der Universalkonkurs erkannt und werden desshalb die gesetzlichen Ediktstage und zwar zur Klaubolation der Forderungen und deren gehörigen Nachweisung auf

Montag den 16. Oktober l. Js.,

zur Verhebringung der Einreden gegen die angemeldeten Forderungen auf

Donnerstag den 9. November l. Js.,

zur Abgabe der Schlußrezesse und zwar

a) für die Regist auf

Samstag den 2. Dezember l. Js.,

b) für die Duplik auf

Samstag den 30. Dezember l. Js.

jeredmal Vormittags 9—10 Uhr.

(Zimmer Nro. 7.1)

festgesetzt, wozu sämmtliche Gläubiger unter dem Präjudize geladen werden, daß das Ausbleiben oder Nichterscheinen am 1. Erdtstage den Ausschluß der Forderung von gegenwärtiger Konkursmasse, das Nichterscheinen an den übrigen Edikttagen aber den Ausschluß der treffenden Handlung zur Folge hat.

Zugleich werden alle diejenigen, welche etwas von den Vermögen der Gemeinschuldnerin in Handen haben, aufgefordert, solches, vorbehaltlich ihrer Rechte dem Gantgerichte zu übergeben, und auch noch bemerkt, daß man am ersten Edikttage zur Wahl eines Massakurators schreiten werde, und das rekktifizirte Inventar vom 1. Juli 1847 einen

Aktivstand von 8,708 fl. 6 kr., und einen

Passivstand von 15,888 fl. 58½ kr.

ausweiset, unter welch Letzteren 5,500 fl. Ewigwalt und Hypothekkapitalien begriffen sind.

Berlibgt am 5. Sept. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Direktor:
Barth.

Zid.

Bekanntmachung.

123. (2a) Auf Anbringen zweier Hypothekgläubiger wird das Anwesen Nro. 22 an der Barerstraße dahier, welches dem Stadtbrauer Friedrich Freund gehört, und besteht:

1) aus dem gemauerten Wohnhause, sammt dem Ergelshof 4 Stock hoch, mit gewölbtem Keller und Dachwohnungen, dann zwei Hofräumen mit einem Gumpbrunnen;
2) in dem einen Hofraume befindet sich ein 1 Stockwerk hohes gemauertes Stallgebäude, in dem zweiten Hofraume ein zweites gemauertes Stallgebäude mit Kutscherzimmern unter dem Dache;
3) zwischen diesen zwei Hofräumen liegt die massiv erbaute, zum Erlernen des Reitens vollkommen brauchbare Reitbahn,

dem öffentlichen Verkaufe nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der Prozeßnovelle vom 17. Nov. 1837 §§. 98—101 unterstellt, und ist zur Versteigerung des obigen Anwesens Tagfahrt auf

Donnerstag den 16. November l. Js.
Vormittags von 10 bis 12 Uhr

im Bureau 32/II. des königl. Kreis- und Stadtgerichts-Rathes Frhrn. v. Feurl

anberaumt, wozu Kaufsliebhaber, die sich über Zahlungsfähigkeit ausweisen können, hiemit geladen werden.

Dieses Anwesen ist auf 30,000 fl gerichtlich geschätzt, und sind die baya gehörigen Baulichkeiten per 20,650 fl. der Brandassekuranzsumme einverleibt, und mit 13,250 fl. Ewigwalt-Kapitalien, dann mit 31,561 fl 32 kr. Hypothek-Kapitalien und einer vorgemerkten Forderung zu 86 fl. 40 kr. belastet.

Beschlossen am 1. Sept. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgerichte München.
Der königl. Direktor:
Barth.

Huber.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

84. (3r) Mittwoch den 20. September 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat August 1847, und zwar von

Nro. 86,433 bis 95,418.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verkauft, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr Statt.

Hierauf Dienstag den 26. September 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 21. August 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

F. Angrisi, Mag.-Rath.

Schnek, Kassier. Offenbrunner, Kontroleur.

121.

Die deutsche Zeitung,

welche mit dem 1. Oktober d. Js. in den Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig übergeht, wird von dieser Zeit ab

in Frankfurt a./M.

erscheinen. Diese Ortsveränderung wird die „deutsche Zeitung" in den Stand setzen, ihre Nachrichten für die meisten Gegenden Deutschlands viel rascher als bisher zu bringen; besonders wird sie aber die Berichte über die Sitzungen der Nationalversammlung zu schleunig als möglich geben.

Dieser Veränderung wegen wird auswahlsweise für das letzte Quartal vom 1. Oktober bis 31. Dezember ein neues Abonnement eröffnet. Baldige Bestellung bei den Postämtern ist jedoch erforderlich, da bei späterer Meldung die ersten Blätter vergriffen sein könnten.

Verkehr auf den königl. bayer. Eisenbahnen im Monat August 1848.

Bahnstrecken.	Personen.		Frachtgüter.			Bagage, Cavipage, Vieh ꝛc.		Gesammt-Summe der Einnahmen.
	Zahl.	Einnahme.	Gewicht.	Einnahme.		Einnahme.		
		fl. kr.	Ctnr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl. kr.
München - Donauwörth - Kaufbeuren	56452	39534 29	50474 32	9631	2	5514 21		54679 52
Nürnberg - Neuenmarkt	39450	23562 59	39249 51	6894	28	2129 —		32586 27
Summa:	95902	63097 28	88723 83	16525	30	7643 21		87266 19

München, den 14. September 1848.

Das Sekretariat der Generalverwaltung der königl. Posten und Eisenbahnen.
Flegg.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Die Stimmung in der Lombardei.

Dom Comersee, 2. Sept. Ein Ausflug in den nördlichen Theil der Lombardei hat mich von Neuem davon überzeugt, wie unrecht die Touristen thun, wenn sie um des bischen Kriegslärms willen sich selber um einen herrlichen Genuß ärmer machen. Ich könnte in der That nicht sagen, daß ich Land und Volk viel anders gefunden hätte, als seit den Jahren, wo alles noch in tiefem politischem Schlummer gefesselt lag, wo das Evviva Pio IX. noch nicht zur Detoration zweier weißen Wand geworden war. Die Oesterreicher stehen so ruhig und behaglich auf ihren Posten, als wenn sie bei Gott sollten weichen und die Welt Gegnern siegen müssen; die gesunde, genügsame Bonhommie der blonden Landsleute kommt Einem fast kindlich vor, bei der Erinnerung an das Ungeheure und Unabsehbare, das das Jahr 1848 geboren hat. Mailand freilich trägt die Spuren der Umwälzung, es ist im Vergleich mit sonst eine öde, militärische Stadt geworden. Auch hier am Comersee stehen die Villen still und öde; kein einziger der Reichen wagt in dieser paradiesischen Umgebung beherbergt stolze, freudige Besitzer, auch die fremden Gäste sind diesmal ausgeblieben, und mit Seufzen klagen die Uferbewohner „la guerra, la guerra“ als die Ursache alles Unheils an. Das ist aber auch Alles; im Uebrigen geht die Maschine ihren Gang wie zuvor. Es ist ganz unglaublich, daß man den Eindruck eines ruhmvoll besiegten, in der Unterdrückung hinsiechenden Volkes nirgends empfängt. Klagen über Karl Albert, das gerühmte „Schwert Italiens,“ Schmähungen auf ihn, die ihn des schändlichsten Verrathe bezichtigen, dazwischen denn entsetzliche Prahlereien über das, was die Lombarden Alles leisten konnten und wollten, auch noch Lügen, wie sie der radikalsten Schweizerpresse Ehre machen würden — das ist so ziemlich Alles, was das nationale Wiedereranfachen der Lombarden als Niederstlag zurückgelassen hat. — Es ist noch nicht zu Ende! Die Stadt wird sich beschießen lassen — die Franzosen werden kommen — das sind die letzten Gründe, womit das Gefühl der Ohnmacht sich zu trösten und zu täuschen sucht. Dabei besteht freilich — und das dürfen wir uns freilich keinen Augenblick verbergen — wenigstens in der Lombardei eine gründliche, weitverbreitete Abneigung gegen die Jedesch (nach dem Sinne des Volkes barbaus nicht, mißverst, duch „Oesterreicher“ zu übersetzen), und diese Abneigung beigert sich selbst so weit durch das Gefühl der Ohnmacht, gegen diese Barbaren aufkommen zu können. Aber der Tedesco bleibt dem Lombarden Nichts schuldig. Er haßt ihn nicht; nein, was man haßt, fürchtet man in der Regel — aber eine Verachtung, eine ganz souveräne Verachtung gegen die „Wälschen“ können Sie in jedem Deutschen jeden Grades hier mit Händen greifen. Ist der italienische Haß für uns schlimm, so ist die feindliche Verachtung für die Italiener noch schlimmer; denn an der Verachtung klebt der Verachtete gewöhnlich die größte Schuld. Ich glaube kaum, daß zwischen zwei Völkern in Europa eine solche Entfremdung der Stimmungen herrscht, wie hier, und selbst die Einsicht in die Hoffnungslosigkeit eines gegen lombardischen Regimente, selbst die Anerkennung übertreiblicher Vorbildsamkeit läßt die Verachtung nicht verschwinden, als eine Gehässigkeit mehr. Der Barbarei des italienischen Wesens, bei dem Deutschen die stolze, verächtliche Kälte überwältigen kann. Wenn Hin. Arnold Ruge einmal die Welt als Spielwerk hingeworfen ist, um alle Nationalitäten in einen großen, faten und wagen Menschenbrei zusammenzuschlagen, so muß er ja dafür sorgen, daß in dem Kessel wüstes und deutsches Wesen nicht zu nahe kommen; ich würde dann todt, der Verachtung wegen. Trotz, eine Stärkung entstehen, an der das ganze Gebräu zu Schanden werden könnte. Der gemeine Mann in der Lombardei kennt weder die unruhige Herrschaft des mißvergnügten Adels, noch die ideellen Vorstellungen von einer nationalen Einheit und Unabhängigkeit, er kennt nur den Gegensatz der Nationalität, Sitte und Sprache, und dieser entfremdet ihn den Deutschen. Darum gebiete es auch zu den Zudringen, welche übrigens die Italiener gerne in und unterhalten, als seien mit den Jedeschi nur die Oesterreicher gemeint, im Gegentheil, wir dürfen das „morte“ und „abbasso“ für uns Alle in Anspruch nehmen, eben weil wir Deutsche sind. Es gibt Stricke in der Lombardei und noch mehr im Venetianischen oder den angrenzenden Gebieten, wo im Volke ein tiefes und gerechtes Mißtrauen gegen ein eingeborenes italienisches Regiment, selbst gegen Herren vorherrscht, wo man die deutsche Verwaltung segnet und ihre Rückkehr im Stillen preist, aber die Annäherung zwischen den beiden Nationalitäten ist darum nicht größer. Sie wird es auch nicht werden, da die deutsche Geradheit und Biederkeit es scheut, eine Freundschaft zu suchen, die ihr persönlich Nichts werth ist, auch wenn sie politisch den Werth hoch anschlagen müßte. (D. Z.)

Deutschland.

Das „Journal de Francfort“ theilt die Anrede mit, welche der belgische Gesandte bei der Zentralgewalt, Graf Briey, gelegentlich der Uebergabe seiner Beglaubigungsschreiben an den Reichsverweser gerichtet hat. Dieselbe enthält folgende bemerkenswerthe Stellen: „Lange Zeit unter denselben Scepter vereint, sind beide Völker (das belgische und deutsche), ich wage es zu behaupten, eines des andern benöthigt, und ihre Bedürfnisse sowohl, wie die Verschiedenheit ihrer materiellen Interessen würden allein genügen, sie behufs der Entwickelung und der Erleichterung des Verkehrs zu nähern, wenn sie nicht schon durch alte Erinnerungen eines theilweise gemeinschaftlichen Ursprunges und einer theilweise gemeinschaftlichen Geschichte, durch den alten Wetteifer zum Ziele des Fortschrittes, zu dem Ziele der Ordnung und der Freiheit, welche sie verbänden, und dem der Einheit, welche sie Deutschland, in sehr natürlicher Weise auf diesen Punkt geführt weisen würden. Belgien, früher in diese Bahn geleitet, wünscht sich Glück Deutschland auf derselben die bestrunkene Hand zu reichen, und durch sein Beispiel und seine Thaten vielleicht zur Vermeidung einiger Klippen beizutragen. Es würde stolz sein, solcher Weise an seinen nächsten Nachbar eine Schuld abzutragen, die einst der Tankbarkeit seiner Kinder aufsteigt wurde durch die weisen und väterlichen Regierungen Albrechts von Oesterreich, des guten Herzogs Karl von Lothringen, dessen Statue sich in unserer Landbaren Hauptstadt, inmitten der von ihm geschaffenen Verschönerungen, erhebt, endlich jener zahlreichen Maria Theresia, welche von der Liebe der Belgier den Beinamen die Große erhielt, bevor ihr die Bewunderung der Zeitgenossen und die Gerechtigkeit der Nachwelt zu Theil wurde.“

Stuttgart. — Stuttgart, 12. Sept. Ueber die Volksversammlung am 10. in Geilbronn liegen und traurige Berichte vor. Es wurde von verschiedenen Rednern offen zum Umsturz, zur Proklamirung der Republik aufgefordert. Der König von Preußen und der Reichsverweser wurden öffentlich geschmäht. Wird unser konstitutionelles Ministerium seinem Eide und seiner Pflicht gemäß die Verfassung gegen dergleichen offene, freche Angriffe zu schützen wissen und entschlossen, sie endlich einmal mit Energie den Umtrieben der Gegenbestrebten? Wir hoffen es! Wenn nicht, so möge es sich nicht wundern, wenn die Angriffe, welche die Ulmer Chronik mit scharfen Waffen gegen es schleudert, an Wichtung gewinnen. Bei der immer höher gebenden Woge auf dem politischen Gebiete, namentlich in unserem ehrlichen, treuen Schwaben, wird der Wunsch nach baldiger Rückkehr des Königs von Preußen immer allgemeiner. Sind wir gut unterrichtet: so darf sie gegen den 22.—24. d. M. fest erwartet werden. (Deutsche Z.)

Preußen. — Berlin, 16. Sept. (Spenerssche Zeitung.) Obwohl Herr v. Beckerath nunmehr seit vorgestern hier weilt, verninmt man doch weiter noch nichts, als daß derselbe die Bildung eines neuen Ministeriums, aber darin nur den Vorsitz, ohne Portefeuille, übernommen haben soll. Herr v. Beckerath war gestern bei Sr. Maj. des Königs in Potsdam gelegenen Willen nach der Hauptstadt, wo sie in diesem Jahre früher, als es sonst zu geschehen pflegte, ihren Winteraufenthalt nehmen werden. Gestern besuchte auch Se. k. Hoh. der Prinz Karl die Residenz.

Aus Potsdam, vom 14. d., sind der „Spener-Zeitung“ folgende nähere Mittheilungen zugegangen: „Die gestrige Vorfeier in unserer Stadt veranlaßte gewisse Parteiz-eitungen und Plakate in leicht begreiflicher Absicht so maßlos entstellt worden, daß es erforderlich scheint, diesem Gerede von Lügen und Beeidigungen durch eine einfache Darlegung des Thatsächlichen entgegenzutreten. Wir können verbürgen, daß der wahre Hergang der Sache lediglich folgender war: Bekanntlich sind aus allen Theilen der Monarchie Beiträge zur Unterstützung der in Berlin verwundeten Soldaten oder deren Hinterbliebenen reichlich eingegangen, welche nach dem Willen der Geber und Sammler theils schon vertheilt worden, theils jetzt erst vertheilt werden sollten. Als der Kommandeur des Füsilierbataillons 2. Garderegiments zu Fuß, welches in den Kommando des neuen Palais einquartirt ist, bei den Kompagnien anfragen ließ, welche Leute nach der Meinung der Kameraden auf ein solches Geschenk wohl Anspruch hätten, wurden von sämmtlichen Mannschaften elf ihrer Kameraden als solche bezeichnet. Unter diese wurden am Montage 110 Thlr. zu gleichen Theilen vertheilt. Dieser Vorzug scheint bei einem Theil der Leute einen Mißmuth erregt zu haben, welcher dem Schützen und den Ausstaffelungen von Seiten Einzelner willigen Gehör lieh. Unter diesen zeichnete sich namentlich ein vorlauter Füsilier, der im März gar nicht in Berlin gewesen war, dadurch aus, daß er von dem Kapitän und der Kompagnie Rechenschaft über die Vertheilung durch den Feldwebel verlangte. Nachdem der Kapitän den Mannschaften nach einmal den Zusammenhang der Sache erklärt hatte, wurde das ungebührliche Benehmen jenes Menschen mit Arrest bestraft. Als jedoch ein Theil der von jener aufgeregten Kameraden verlangte, die Ausstheilung der Gelder möge unterbleiben, und dies durch Rufen und Lärmen in den Gängen der Kommuns äußerte, ließ der Bataillonskommandeur sofort 2 Kompagnien antreten, stellte den Leuten ihr Unrecht vor, und sah sich genöthigt, noch vier Andere, welche sich ungebührlichen Widerspruch erlaubten, gleichfalls in Arrest zu schicken. Die Mannschaften der beiden Kompagnien wurden hierauf bis auf etwa 50 Mann in ihre Quartiere entlassen. Letztere mußten von 2 bis 7 Uhr in Gegenwart der Offiziere angetreten bleiben und wurden dann ebenfalls entlassen. Am andern Morgen standen diese 50 Mann eine Deputation an den Bataillonskommandeur mit der Bitte, ihnen ihr unbedachtes Betragen zu vergeben, da sie eingesehen, daß sie gegen die militärische Disziplin gefehlt hätten. Damit schien die Angelegenheit abgemacht. Als sich jedoch Nachmittags mehrere Soldaten auf dem Bornstädter Felde befanden, ließ ein bekannter hiesiger Demokrat ihnen durch einen Marketender unentgeltlich Schnaps einschenken, daraquirte sie durch aufreizende Reden und forderte sie auf, ihre Kameraden aus dem Arrest zu befreien. Es gelang ihm in der That etwa 60 angetrunken Leute stürmend und singend durch das Jägerthor in die Stadt zu führen

wo sie von gaffenden Volkshaufen mit Geschrei empfangen und nach dem Arrestlokal in der Garde du Korpsstraße begleitet wurden. Als auf diesem Wege einige Offiziere dem Zuge entgegentraten, trennten sie Soldaten sich sofort von dem lärmenden Haufen und begaben sich zu ihren Kompagnien zurück. Nachdem der allein zurückgebliebene Pöbelhaufe gegen die herangetretenen Offiziere Schimpfreden ausgestoßen und nach ihnen mit Steinen geworfen hatte, zog er durch verschiedene Straßen der Stadt, auch vor das Arrestlokal, welches jedoch unversehrt blieb. Hin und wieder wurde das Pflaster aufgerissen und drei unbedeutende Barrikaden gebaut. Weder Kavallerie, noch Infanterie hat irgend angegriffen. Nur sechs Garde du Korps, die sich beim Antreten ihrer Estafetten verspätet hatten und als sie einzein nach dem Lustgarten eilten, sich mit Steinwürfen begrüßt sahen, erwiederten diese mit einigen flachen Hieben. Der Krawall dauerte nur einige Zeit fort. Die Barrikaden nur einige Stunden geworfen, dieselben somit aber nicht vertheidigt wurden, so sind sie auch nicht angegriffen worden, sondern ohne Weiteres weggeräumt. Gegen 11 Uhr fiel von der Ecke der französischen Straße her ein Pistolenschuß, den ein junger Bursche auf's Geradewohl abgefeuert hatte. Da sich unterdessen auch die Bürgerwehr einfand, so verlief sich die ganze Menschenmenge augenblicklich, und nachdem unter den Zurückgebliebenen noch einige Arrestanten vorgekommen waren, trat die Ruhe wieder hergestellt. Der ganze, ungeschreiblich in Schwälliger Absicht angestiftete Vorfall findet bei fast allen Einwohnern Potsdams, sowohl vom Militär, als vom Zivil, die ungetheilteste Mißbilligung.

Breslau, 13. Sept. Von Lütich gehen jetzt sehr häufig, meist unter Benutzung von Eilzügen, große Sendungen von Gewehren nach Ungarn; bis jetzt sind nahe an 10,000 hier durchgekommen und große Sendungen werden noch erwartet. Aus Oesterreich gehen eben so große Transporte von Sendungen über Schlesien nach Kralau. (Bres. Z.)

Oesterreich. — * **Wien**, 15. Sept. Man gefällt sich jetzt, nachdem die äußere Ruhe wieder hergestellt ist, die beliebte Aufregung durch die Verfolgung der schwarzgelben Farben nicht aufgeben zu lassen. Mich allein auf sie, welche so unverhört frei sind, ihre Landesfarben zu tragen, sondern auch auf die Verkäufer erstreckt sich die Verfolgung. Natürlicher Weise steht die akademische Legion auch hier an der Spitze. — Man spricht gegenwärtig stark von Präventivmaßregeln, welche mittelst bedeutenden Kautionen, Stempelgebühren rc. gegen den hiesigen Preßunfug ergriffen werden sollen. Zu bald wurden solche Maßregeln nicht kommen! — Die dem ungarischen Ministerium gestellten Bedingungen zur Ausgleichung der ungarisch-kroatischen Angelegenheiten sind folgende: 1) Den Verbandlungen in Wien ist Banus Jellachich oder ein Bevollmächtigter desselben und der betheiligten Landestheile beizuziehen. 2) Alle Angriffe, Feindseligkeiten und Rüstungen Ungarns gegen Kroatien, Slavonien und die Militärgrenze sind ungesehen sind sogleich einzustellen. 3) Die gegen den Banus und den Metropolitan ergriffenen persönlichen Maßregeln sind zurückzunehmen. 4) Die Militärgrenze ist provisorisch der Leitung des Wiener Kriegsministeriums zugewiesen.

Triest, 14. Sept. Heute früh hat das französische Kriegsdampfboot „Solon," Kapitän Jewert mit 2 Kanonen und 100 Mann von Venedig in 10 Stunden kommend, auf unserer Rhede Anker geworfen. — Heute Nachmittag sind ferner von Venedig kommend das englische Kriegs-Dampfboot Lovat und die Fregatte Spartan hier eingetroffen. — Es verbreitet sich das Gerücht, die Venetianer Flotten hätten auf die Erklärung der Conjuln, daß die Großmächte nicht zu ihren Gunsten intervenieren wollen, ihre Rahe in Sicherheit gebracht, die Stadt in Brand gesteckt und dann die Flucht ergriffen. (Oesterr. Lloyd.)

Oesterreichische Monarchie.

Fiume, 13. Sept. Vom Kriegsschauplatze erhalten wir die Nachricht, daß die von der Drau und Mur gebildete Insel Medjumorje sich dem Banus ergeben hat. Drei ungarische Komitate sollen mittelst Deputationen ihre Unterwerfung erklärt haben. — Morgen früh findet hier die erste kroatische Kongregation unter Vorsitz des Vizegespans Bunjevac statt. (Oesterr. Lloyd.)

Vom ungarisch-serbischen Kriegsschauplatz, 8. Sept. Als die serbischen Heerführer bei Verlaß die Nachricht erhielten, daß die Magyaren eine Masse von 35,000 Mann bei Temerin und Zarat konzentrieren, und einen Hauptstreich gegen die Serben auszuführen beabsichtigten, räumten sie ganz Verlaßer Lager bis auf 200 Mann, die zur Besatzung einiger Kanonen zurück blieben, gegen Temerin und Zarat zu, wo die Magyaren eine große Niederlage erlitten haben. Nichts destoweniger wurde die Schlappe bei Verlaß dem Kommandanten Drakulitz, als ein Verrath vorgehalten, dem Vernehmen nach ist derselbe in Anklagestand versetzt, und dem serbischen Nationals-Kriegsgerichte in Semlin überliefert worden. Unter solchen Umständen kann man den Obersten Riß die Gefährnung des Verlaßer Lagers als keine erhebliche Strategie bezeichnen. Briefischen Nachrichten zufolge haben sich die Serben konzentrirt, und unter Kommandanten Gjorich mit klingendem Spiele und fliegenden Fahnen am 5. d. M. in Verlaß mit einer bedeutenden Masse einmarschirt. Auf die traurige Nachricht daß die Magyaren den Badersliga, und mehrere unschuldige serbische Familienväter in magyarischen Ortschaften standrechtmäßig hinrichten ließen, ist das serbische Lager furchtbar erbittert. In Folge dessen treten die Serben offensiv auf, und haben einen neuen Sieg am 6. d. M. erkämpft, nach einem blutigen Kampf haben die Serben Futtak, Kér, Pirdé, Begecé behauptet, und gegen Werbacé einen hartnäckigen Angriff gemacht, außer General Bechtold sollen verlässigen Nachrichten zufolge die Kommandanten Wollenhofer, Ottinger refignirt haben, Kommandant Bakony ist erkrankt. In St. Thomas haben die Serben gegen 40 Gefangene Hunsager Nationalgarde eine Grosmuth bewiesen. Sie wurden durch 3 Tage gut bewirthet, und überzeugt, daß sowohl die serbischen als magyarischen Kirchen vollkommen bewacht werden, um ihnen zu beweisen, daß die Serben die Kirche als ein Heiligthum achten, und leineswäls, wie die Magyaren in Futtach profanirt haben: die Hunsagen wurden von St. Thomad entlassen, mit dem Bedeuten, die Reise in ihre Heimath anzutreten. Alle Militärkommandanten, und auch unser Hradovsky haben vom Wiener Ministerium den Befehl erhalten, daß sie die Kirchen achten in der Festung zurücklehen, und sich in dem Streite zwischen den Magyaren und den Serben gänzlich neutral verhalten sollen. (Oester. Allg. Ztg.)

(Kroatisch-slavonischer Kriegsschauplatz an der Drave.) Die kroatische Armee hatte an der Drave folgende Aufstellung genommen: Hauptquartier in Mirse nächst Kopreinitz, und zugleich der Punkt der Zentralarmee mit 30,000 gemischten Kernruppen unter dem Kommando des Ban. — Hier unmittelbar ist der k. k. Generalstab unter der Oberleitung des G. M. Zaisberg und im Hintergrunde des Kreuz-noch überhalb ein Reservekorps von 24,000 Mann, an deren der Spitze der G. M. Kempen steht. Der rechte Flügel mit 26,000 Mann ist in der Gegend von Esseg aufgestellt, und wird vom F. M. L. Hartlieb kommandirt, der linke Flügel mit 30,000 Mann bei steht Warasdin und wird vom G. M. Schmidl befehligt. Am 11. Sept. 4½ Uhr Morgens ist die Division Kempten über die Drave gegangen. Der Ban welcher sie begleitete wurde von der jenseitigen Bevölkerung mit Evvio! empfangen ist aber wieder mit seiner Begleitung ins Hauptquartier nach Warasdin zurückgekehrt. Er ist gesund, heiter und arbeitet sehr viel. Nedelic und Cakatum haben sich der kroatischen Armee ohne Schwertstreich ergeben. Das 3. Bataillon von Ernst hat sich der slazeichen Armee angeschlossen. Morgen wird das Hauptquartier nach Nedelic verlegt.

Großbritannien.

London, 14. Sept. In Irland neue Unruhen. In der Grafschaft Tipperary, in der Nähe der Schieferfteinbrüche, hat sich die Masse der Insurgenten gesammelt. Ihre Stellung ist sehr fest und die Versammelten sind mit der Führung der Waffen vertraut. General Macdonald hat das Kommando gegen sie wieder übernommen.

Nachschrift.

Frankfurt, 17. Sept. Nachdem gestern der Mehrheitsantrag auf Verwerfung des Waffenstillstandes mit 21 Stimmen Mehrheit verworfen war, wurde der Antrag Franke'd, den Waffenstillstand unter den eingetretenen Verhältnissen nicht länger zu beanstanden, angenommen. Die Herren Demokraten hatten, wahrscheinlich blos um der Abstimmung größere Freiheit zu sichern, sich in großen Massen vor der Paulskirche schon während der Verhandlung gesammelt, und daß Heckerlied da gesungen: andere Haufen von ihnen durchzogen die Stadt, um, wie man versichert, einigen Abgeordneten, besonders Heckscher und Lichnowsky, einen Besuch abzustatten, der wohl eben so wenig freiklich aufgefallen wäre, als der in der Westendhalle (dem Besvereln der Abgeordneten), wo dieses souveraine Volk arge Verwüstungen anrichtete. Von da zog der Haufe, an den R. Blum noch eine Anrede gehalten hatte, die nichts weniger als beruhigend auf die Leidenschaften wirkte, vor den englischen Hof, wo viele Abgeordnete sich befanden. Da wurden die Fenster des Gasthauses daselbst eingeworfen, und beim Zusschlagen des Thores mehrere Personen verwundet, darunter ein Abgeordneter von der Linken. Der Haufe blieb aber noch längere Zeit vor dem Hause, wie es scheint in der Meinung, Heckscher befinde sich darin. Erst spät berief der Generalmarsch die bewaffnet Macht zusammen, und diese stellte dann auch Ruhe und Ordnung wieder her. Der berüchtigte Metternich dann soll sich bei seinen Auftritten an der Spitze. Gensklicher Rudestörungen sind hier nicht zu besorgen.

Nach der Fr. O.-P.-A.-Z. wurde der Generalmarsch erst um 11 Uhr Nachts geschlagen, und die Bürgerwehr mit dem in Frankfurt garnisonirenden kurhessischen Bataillon traten darauf unter die Waffen und säuberten vom Roßmarkt aus die Straßen. Eine Stunde nach Mitternacht erst war die Ruhe hergestellt. Auf den 17. Nachmittag war von den politischen Vereinen wegen des Beschlusses in der Waffenstillstandsfrage eine Volksversammlung vor der Stadt angesagt.

* Unter denen, welche für die Verwerfung des Majoritätsantrages stimmten, befand sich auch Heinrich v. Gagern, werden unsere Münchner Demokraten auch hieran als einen Vaterlandsverräther erklären?

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 72.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Mittwoch den 20. September 1848.

Expedition: Hermannsbadstr. Nro. 14.
Ankündigungsbüro: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, 20. September.

Se. Maj. der König haben unterm 10. Sept. den bantrichter Georg Anton Motsch nabel in Obernzenn in Oberfranken auf den Grund nachgewiesener Funktionsunfähigkeit nach §. 22 lit. D der IX. Verfassungs-Beilage auf die Dauer von 2 Jahren in den Ruhestand treten zu lassen geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 16. Sept.*) (29ste Sitzung der konstituirenden deutschen Reichsversammlung.) Fortsetzung der Berathung der von den Abgeordneten Wurm und Siemann, Namens der Mehrheit und Minderheit der vereinigten Ausschüsse für die völkerrechtlichen Fragen und für die Zentralgewalt erstatteten Berichte über den Waffenstillstand von Malmoe. Der Präsident, Hr. v. Gagern, eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr Vormittags. Nach Ratifizirung und Genehmigung des Protokolls werden neue Flottenbeiträge verzeichnet. Bei dem Uebergange zur Tagesordnung erhebt das Wort Hr. v. Winckel: Es handelt sich um die Annehmbarkeit oder Nichtannehmbarkeit des Waffenstillstandes. Dies ist die Hauptfrage, nicht aber inwieferne Preußen nach der ihm ertheilten Vollmacht gehandelt hat. Der Vertrag hat mehr erreicht, als Deutschland vor dem Kriege gewollt hat. Aus der Trennung der Truppen erwächst kein Nachtheil; auch eine Vermischung ist nicht zu befürchten, so lange die Truppen von Schleswig-Holstein den dänischen auf Alsen gegenüber gestellt sind. Entehrendes enthält der Waffenstillstand nicht; die provisorische Regierung hat sich selbst bereit erklärt, in Betreff der Gesetzesaufhebung ein patriotisches Opfer zu bringen. Auch die formellen Einwände gegen den Vertrag sucht der Redner zu beseitigen. Preußen mußte im Namen des deutschen Bundes abschließen, der noch durch keinen Beschluß der Nationalversammlung aufgehoben ist. Das Kollegium des deutschen Bundes hat aufgehört, nicht aber der deutsche Bund selbst. Dieser ist die Nation, welche wir dem Auslande gegenüber nicht gewechselt haben; es wäre ein völkerrechtliches Nonsens gewesen, hätte Preußen im Namen der Zentralgewalt gehandelt. (Bewegung.) Ueberschritten auch die deutschen Heere den jetzigen Stand, so dürfen sie bei einmaligem Abmarsche, in Ermangelung einer Flotte, den Rückweg nicht finden können. Uebrigens gewährt auch die siebenmonatliche Waffenstillstandsfrist den Vortheil, daß wir im nächsten Frühjahr auf die Mitwirkung Oesterreichs, in Hinsicht auf seine Heere und seine Flotte voraussichtlich rechnen können. Hr. Eisenmann spricht von geheimen Artikeln; die Beweise hierzu wird er wohl in der Tasche haben. (Eisenmann widerspricht.) Ich meiner Seits kann nichts sagen als: Ich sehe keinen geheimen Vertrag! (Heiterkeit.) Der vorliegende Streit ist mit dem Reichsministerium, nicht aber mit der preußischen Regierung zu führen. Hatten die Reichsminister die Verantwortlichkeit übernommen, so thaten sie unrecht, die nachträgliche Ratifikation durch die Nationalversammlung zu verlangen. Eine Verwerfung des Vertrages ist übrigens jetzem Vermittlungsantrage vorzuziehen. Europa muß es wissen, was Deutschland thut; schon darum bin ich gegen jedes Amendement. Ich traue den Schleswig-Holsteinern bessere Ansichten zu, als man ihnen heren aufgebürdet hat. Es gehört mehr Seelenstärke dazu, auf dem Boden des legalen Widerstandes zu stehen, als Revolution zu erregen. Die Niederlande und England, und neuester Zeit O'Connel sind des Zeuge. Günstiger Bedingungen des Waffenstillstandes wegen dürfen wir uns der Gefahr des Blutvergießens in einem europäischen Kriege nicht aussetzen; kommt es aber dazu, so warten wir erst die beschlossene zweiprozentige Heeresvermehrung ab. Ich gebe zu, daß es Zeiten gab, wo Preußen russischer Politik sich zuneigte. Diesen Elementen steht jedoch der jetzt regierende König fern; in der gegenwärtigen Bewegung zögerte er nur darum, weil er dem Volke den Vorritt ließ. In Berlin will man Oesterreich das Definitivum hinterlassen, falls es sich seiner außerdeutschen Elemente entledigt. Will man uns aber die rothe Republik bringen, so komme Herr Schoder an der Spitze der Freischaaren. Setzen Sie keine Gewalt an die Stelle der Berathung in der Paulskirche; bringen Sie uns den Frieden und Sie werden Männer haben, auf die Sie zählen können. Die Spaltung und die Einheit Deutschlands steht in Ihrer Hand. Wählen Sie! Der Präsident verliest weitere Anträge von Radowitz, Eisenmann, Möring und Winter. Eisenmann zieht seinen Antrag zurück und schließt sich der Auschuß-Majorität an. Jaegert aus Minden rüth davon ab, dem Antrage der vier Abgeordneten aus Schleswig-Holstein zu folgen, indem er sich hierbei auf den Schluß der bekannten Adresse der Kieler Landesversammlung beziehe. Der Redner spricht sich mit mehreren seiner Freunde für die Nichtgenehmigung des Waffenstillstandes aus. Ein Bruch mit Preußen werde nie entstehen; Volk und Fürsten ständen durch und durch deutsch. Die deutschen Sympathien in Preußen dürfe man nicht suchen in den sogenannten vaterländischen Vereinen und in Bülow-Cummerow'scher Gesellschaft. Das deutsche Recht und das deutsche Schwert werden uns über alle Hindernisse hinweg führen. Merk, von Hamburg, sagt die Frage von ihrer materiellen Seite auf, und schildert die durch den dänischen Krieg verursachten Nachtheile in Handel und Verkehr, mit Hinweisung auf das in den Küstenländern einreissende Proletariat. Der falsche Schaden belaufe sich jetzt schon auf fünfzehn Millionen Thaler. Nur durch besonnene Handlungen, nicht durch Worte trete man künftigen weiteren Gefahren entgegen. Löwe aus Calbe stellt sich ebenfalls auf den Standpunkt der materiellen Interessen, deren man in der Diskussion in nur oberflächlicher Weise gedacht habe. Die Noth an den Nord- und Ostseeküsten sei groß, größer als alle verdrießlichen Schilderungen. Nur durch Herbeiführung des Friedens durch den Waffenstillstand könne den materiellen Interessen genügt werden, und nur in dieser Beziehung sei der Vertrag zu rechtfertigen. Die Vortheile desselben lägen jedoch lediglich auf Seiten Dänemarks, weil Deutschland am 1. April Dänemark gerade so gegenüber stehe als jetzt. Die Reichsminister haben eine Frage in das Haus geworfen, welche wir nicht unbedingt beseben können, wie man es von einer Seite fordert. Schwerlich, daß wir uns vor dem Feinde fürchten, machen wir uns denselben nicht zum Freunde. Dagegen: Ich weiß nicht, wie wir ohne vorhergegangenen Waffenstillstand zu einem Frieden kommen wollen. Weder Deutschland noch Preußens Ehre ist durch den Vertrag verletzt, bei welchem es sich nur um größeren oder geringeren Vortheil handelt. Seine Verwerfung, die Vernichtung der bereits sichern Einheit und Verbrüderung eines russischen Krieges. Wann, von Leipzig, findet neben der Besonnenheit in vorliegender Verhandlung eine lebendige Empfindung nothwendig. Diese, d. h. die Leidenschaft, habe die Ereignisse geboren. Die Haltung des Ministeriums verdiene keine Lobsprüche: besser wäre es gewesen, die Sache, als die Person der Reichsminister zu vertreten. Alle provisorischen Ministerien müssen mehr angreifen, bis wir ein starkes haben. Die Thätigkeit des abgetretenen Kabinetes ist in den Augen des Redners nur eine Unthätigkeit. Hr. Hecksher hätte das ihm anvertraute Pfund hüten, nicht aber vernachlässigen dürfen, und es hätte ihm nicht entgehen sollen, daß Preußen seit der Schaffung der Zentralgewalt auf den Waffenstillstand mit Dänemark kostlenere. Die Beschaffenheit dieses Vertrags gehe aus den dänischen offiziellen Organen am besten hervor. Das Reichsministerium hätte direkt verhandeln oder wenigstens die Unterhandlungen beaufsichtigen, und zur Anerkennung der Zentralgewalt Dänemark die Antwort geben müssen, die Napoleon bei Campo Formio ausgesprochen: „Erreichen Sie die Republik, denn sie ist klar wie die Sonne!“ Leider aber habe sein dem Bürgermeister von Saarbam sein Gesandter eine klägliche Rolle gespielt als der Preußenfreundlichste der Zentralgewalt. Derselbe sei ohne Protest abgereist, habe aber doch wenigstens zu einem gastronomischen Berichte Veranlassung gegeben, in welchem das Reichsministerium eine Rolle spiele. Ein Bruch mit Preußen werde nicht entstehen, dessen Volk wohl zu unterscheiden sei von der Kaume einer Regierung. Das Sittliche der allgemeinen Entrüstung gründe sich auf die Nichtachtung des Gesetzes vom 28. Juni, und auf den Umstand, daß die Diplomaten so geschaltet hätten, als sei keine Märzrevolution da gewesen. Die Entscheidung liegt in Ihrer Hand; thun Sie, was Sie thun müssen. Handeln Sie offen und schieben Sie nichts auf die Zentralgewalt, denn diese sind wir selbst. Die Bewegung des Augenblicks ist geringen, weil die Grundansichten des Volkes in Frage gestellt sind. Die Liebe zu den Fürsten achte ich, weil die Liebe überhaupt eine Tugend ist. Wenden sie sich wenden, wohin sie will. Denken Sie aber an Ludwig XVI, der, mit dem Auslande liebäugelnd, die Nationalität des französischen Volkes auf das Spiel setze, und in sein Verderben ging. v. Lichnowsky: In der bereitzeitigen Berathung über die wichtige Frage des Waffenstillstandes hat man viel von der Ehre und Schmach Deutschlands durch denselben gesprochen, und die einzelnen Paragraphen vielseitig zu beurtheilen gesucht. Allein weder die dramatisirende Rede des Abgeordneten Wais, noch die phantastischen Worte des Herrn Giskra haben uns gefagt, was wir thun sollen, wenn der Waffenstillstand verworfen wird. Mit Wehmuth muß vermißt

*) Wir haben zwar über den Anfang dieser wichtigen Sitzung schon einen Bericht gegeben. Allein um der besseren Uebersicht für den Leser willen, lassen wir hier noch den vollständigen Bericht im Zusammenhange über dieselbe folgen.

werden, daß auch von keiner Seite ein Wort des Friedens, ein Wort der Versöhnung gesprochen wurde, und gerade in dieser Beziehung stimme ich mit meinem Freunde aus der Mark nicht überein. (Heftiges Zischen. Der Redner: Das ist noch kein Urtheil von Deutschland.) Ich bin kein Vertheidiger des abgetretenen preußischen Ministeriums, aber ebenso wenig stimme ich in das Wanegeschrei des Reichsministeriums ein. Es ist leicht, die Karten zu mischen, schwieriger aber, sie wieder in Ordnung zu bringen. Allerdings müsse es für die Zentralgewalt empfindlich sein, in dem Vertrage nicht genannt zu werden. Eine Ratifikation derselben hätte aber Dänemark, wenn auch in den letzten 24 Stunden vor der Abstimmung des Vertrags, zugestellt werden müssen. Preußen anlangend, so müsse es im Namen des deutschen Bundes handeln, denn durch die Schaffung der Zentralgewalt war nur der Bundesrath aufgehoben. Deshalb würde ich nicht für Ablehnung haben, hätte es vor dem Kriege und bei besserm, was kurz unsere Siege bezweckt wurde. Preußen hat sich durch den Abschluß des Vertrags verpflichtet; auch die preußische Nationalversammlung erkennt dieses in einem Organe ihrer linken Seite an. (Der Redner verliest einen Artikel aus den Berliner Volksblättern.) Preußen wird diesen Vertrag halten müssen, ohne Krieg, aber soll Simon von Trier verwahrt das Vorparlament gegen den gegen dasselbe gerichteten Adel. In der Schlußwissen Frage wolle man brauche Bürger preisgeben, anständige Dynasten aber schützen. Der Redner durchstreift den Waffenstillstand mit Hinweisung auf das Urtheil „Fäbrelandens“, geht zu einer Kritik der Vertheidigungsrede Heckscher's über und spricht sich in der vorliegenden Frage für den Majoritätsbeschluß aus. Für Deutschland ist der Vertrag nicht bindend, weil er ohne die Zentralgewalt abgeschlossen ist; auch für Preußen kann er es nicht sein, weshalb bei dem Abschlusse nur als Bürge und Vermittler gehandelt haben. Uebrigens bin ich nicht derjenige, welcher der Ehre des preußischen Ministeriums auch die Ehre Deutschlands nachwirft, und wäre selbst Preußens Ehre affairt, so müßte und die Ehre Deutschlands höher sein. Wir sitzen unter demselben Schutze wie das Vorparlament und der Fünfzigerausschuß. Ist das Kind verletzt, so flüchtet es sich zu seiner Mutter. Mit Hinweisung der Bestrebungen des spezifischen Preußenthums, ruft der Redner aus: „Friedrich der Große würde sich im Grabe umdrehen, wenn er wüßte, daß sein Andenken mißbraucht wird, um Dänemark Dänemark gegenüber in den Staub zu treten“. Vielfacher Ruf nach Schluß der Debatte. Der Präsident: „Wir sind alle einig, daß vor der Entscheidung dieser Frage die Bildung eines neuen Reichsministeriums unmöglich ist. Vernehmen wir darum noch einige Redner, welche anzuhören die Billigkeit erfordert.“ Abermaliger ungestümer Ruf nach Schluß der Berathung. v. Vincke, v. Binde, Besendonck, Eisenmann und Schoffrath sprechen über den von dem Präsidenten angeregten Gegenstand. Endlich wird über die Frage abgestimmt, ob die provisorisch fungirenden Minister das Wort erhalten sollen. Die Frage wird durch die Mehrheit der Versammlung bejaht. Max v. Gagern: Ich stehe vor Ihnen als ein Angeklagter. (Stimmen: Nein, nein!) Im Rathe der Minister war meine Sendung aufgefaßt und beschlossen worden, als eine Aufgabe des Friedens. In dieser Weise hatte ich im Namen der Zentralgewalt handeln, gegenüber den Herzogthümern, gegenüber der provisorischen und der preußischen Regierung. Ich fing damit an, in Berlin meine Instruktionen auszuführen; allein erst hier war es, wo ich vernahm, daß der Gang der Verhandlungen in Malmö gepflogen werden soll. Ich fand in Berlin, daß das dortige Ministerium nicht so sicher war, die Bellewer Stipulationen durchführen zu können. Nicht als Diplomat, sondern als Vertreter der Zentralgewalt hatte ich in Berlin und Kopenhagen zu handeln. Der Redner weiß mehrere gegen ihn gerichtete Angriffe ab, und verschiert in Betreff der Stellung Deutschlands nach außen, daß England die freundlichsten Absichten hege und daß auch Frankreich keine Trennungsgelüste hege. Auf die Stimmungen im Volke sich beziehend, sei zu bedenken, daß nicht die tobende Menge zu beherren habe, sondern daß sie belehrt werden müsse. Der Redner schließt sich dem Antrag der schleswig-holsteinischen Abgeordneten Francke und Genossen an. Heckscher: Man spricht von einem Mißgriffe, den nicht vom Waffenstillstand. Das Ministerium hatte sich lediglich die Frage der Verwerfung oder der Annahme des Vertrags vorgelegt. Preußen war mit dem Abschlusse beauftragt und niemand hätte dem Muth gehabt, Preußens Verlangen abzuschlagen. Diejenigen, denen die Einheit ein Dorn im Auge ist, haben Veranlassung verbreitet, um die Fackel der Zwietracht in das Vaterland zu werfen. (Linke: Ordnung.) Präsident fragt, ob der Redner eine Partei im Hause gemeint habe. Auf die Bejahung entsteht neuer ungeheurer Ruf zur Ordnung. Präsident zu dem Redner gewendet: „Von jeder Partei haben Sie anzunehmen, daß dieselbe nach ihrem Gewissen handelt; zu Angriffen dieser Art haben Sie das Recht nicht; ich rufe Sie hiermit zur Ordnung.“ — Heckscher: Ich habe nichts gesagt, daß so wenig Recht und Billigkeit in diesem Hause wäre. (Abermalige ungestüme Bewegung und Ruf: Entziehen Sie dem Redner das Wort!) Der Präsident fragt, ob Herrn Heckscher das Wort entzogen werden solle? Bei der Abstimmung erhebt sich die Linke ohne genügende Majorität. Der Redner geht zu einer Vertheidigung über, gegen die im Laufe der Berathung gegen ihn gerichteten Angriffe und gegen die Verschärfung der auswärtigen Mächte. England war uns stets freundlich gesinnt und hat die Interventionsgelüste Anderer zurückgehalten. v. Arnim war der Urheber des Krieges; diese Erschaft hatte die Zentralgewalt auszuwerfen. Hätten wir den Waffenstillstand angenommen, dann könnte man eine Anklage gegen das Ministerium richten. Der Vertrag wahrt die Rechte der Herzogthümer: er ist ein Anfang zum Frieden, zur Hebung der Industrie, Herstellung des Kredits und ruhigen Vollendung des Verfassungswerkes. Ich trete ab mit dem Bewußtsein, in jeder Hinsicht meine Pflicht erfüllt zu haben. Auch o beantragt, namentliche Abstimmung über einzelne, Rüder über sämmtliche Anträge, worauf die Debatte als geschlossen erklärt wird. Nachdem Rieffer eine Adresse der Lauenburger Ständeversammlung verlesen, worin dieselbe gegen die Waffenstillstandsbeeinigungen protestirt, und an den Zentralgewalt als den Hort des deutschen Vaterlandes in der Erwägung appellirt, erhalten Wurm und Siemann, die Berichterstatter der Majorität und Minorität der Ausschüsse, das Schlußwort. Nach der Unterstützungsfrage über die verschiedenen Anträge durch den Vizepräsidenten v. Soiron, welcher die Verhandlungen bis zum Schlusse fortführt, wird zur Abstimmung geschritten. Eine Reihe von Rednern spricht über die Fragestellung. In Betreff der Trennung des Majoritätsantrags nach einzelnen Punkten erhebt sich ein neuer unbeilvoller Unruhe begleitete Zwischenakt in der Versammlung, in Folge der Umstandes, daß mehrere Zuhörer bei der Abstimmung in die Abtheilungen der Abgeordneten sich gemischt hatten. Zur Vermittlung sprechen die Abgeordneten Raveaux, v. Vincke u. A., worauf die Trennung des Antrags nach wiederholter Abstimmung mit 246 gegen 244 Stimmen verworfen wird. Wurm will den zweiten Theil des Antrags zurücksehen, was jedoch von den Abgeordneten Mathieu, Besser, Schwerin u. a. bekriten wird. Das Ergebniß der Abstimmung über den Majoritätsantrag (auf Nichtannahme des Waffenstillstandes, s. Nr. 251 Beilage) ist dessen Verwerfung mit 258 gegen 237 Stimmen. Der Francke'sche Antrag dagegen wird mit 257 gegen 236 Stimmen angenommen. Er lautet: Die Nationalversammlung beschließt: 1) Die Vollziehung des Waffenstillstandes zu Malmö vom 26. August d. J., soweit solcher nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist, nicht zu hindern. 2) Die provisorische Zentralgewalt aufzufordern, die geeigneten Schritte zu thun, damit auf den Grund der, dänischer Seits amtlich erklärten Bereitwilligkeit über die nothwendigen Modifikationen des Vertrags vom 26. August d. J. baldigst eine Verständigung eintrete. 3) Die provisorische Zentralgewalt aufzufordern, wegen schleunigster Einleitung von Friedensunterhandlungen das Erforderliche vorzukehren. Graf Dyhrn, Arnegard. Es stimmten für denselben 257 Abgeordnete insbesondere die ganze rechte Seite des Hauses, nachdem sie die Hoffnung hatte aufgeben müssen, für ihren Antrag (den Bömerichen) welcher förmliche Anerkennung des Waffenstillstandes in sich schloß, eine des Nennens werthe Anzahl Stimmen zu gewinnen. Auch der Minderheitsantrag des Ausschusses, welcher den Waffenstillstand ebenfalls nicht beanstandete, fand keine Unterstützung, und wurde in so weit er der Abstimmung unterworfen wurde, mit 205 gegen 165 Stimmen beseitigt. Die rechte Hälfte der Reichsversammlung hat somit wenig Ursache, mit dem Erfolge ihrer seit 14 Tagen gemachten, außerordentlichen Anstrengungen zufrieden zu sein; — andererseits ist aber auch die linke Mitte unterlegen, denn der von Wurm mit Eifer vertheidigte Mehrheitsantrag wurde mit 258 gegen 237 Stimmen verworfen. Der Antrag bestand aus zwei Theilen, der erste sprach förmlich die Nichtanerkennung des Waffenstillstandes aus, der zweite stellte eine Fortsetzung des Reichskrieges in Aussicht. Gegen diesen zweiten Satz hatten sich in den Vorberathungen nicht unwichtige Bedenken erhoben, die Linke selbst wünschte ihn zu beseitigen und verlangte getrennte Abstimmung über die beiden Sätze. Es stimmten ihr auch nur zwei Stimmen um durchzutrennen, und sich dadurch für den ersten Satz eine Mehrheit zu sichern. Man kennt, daß nicht nur der größere Theil der Abgeordneten Oesterreichs, sondern auch die katholische Partei gegen die Verwerfung des Waffenstillstands gestimmt hat. Sollte es das Verhängniß wollen, daß das künftige Reichsministerium sich abermals zu einer schwankenden Politik verleiten ließe, dann wird es kein Wunder, wenn die Arbeit der äußersten Linken wieder in die Höhe gingen. An Anstrengungen läßt es diese Partei jetzt nicht fehlen, eine Versammlung jagt die andere, gestern Abends zogen Tausende hier durch die Straßen und sangen das Schleswigholsteinlied, und heute Nachmittag findet auf der Pfingstweide eine Volksversammlung statt, größer als irgend eine zuvor.

Dem Vernehmen nach ist gestern ein Bericht des Generals v. Wrangel an die Reichszentralgewalt eingegangen, in welchem derselbe die dem

Waffenstillstande entsprechende Dislokation des deutschen Heeres, die Verlegung einiger süddeutschen Truppentheile nach Schleswig, den Rückzug der Preußen, Mecklenburger und Hannoveraner über die Elbe, und die Niederlegung seines Kommandos als Oberbefehlshaber anzeigt und zur Kenntniß bringt, daß er dem von Sr. Maj. dem Könige von Preußen erhaltenen Befehle gemäß sein Hauptquartier in Potsdam nehmen werde. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

* Die Volksversammlung zu Frankfurt am 17. Nachmittags ist ohne Störung der Ordnung abgelaufen. Dagegen melden unsere Briefe, daß auch an dem Bethmann'schen Hause die Fenster in der Nacht waren eingeworfen worden; gleiches hatte man unterwärts versucht bis das Militär und die Bürgerwehr einschritt. Das ist die Achtung der Herren Demokraten vor den Beschlüssen der Reichsversammlung! Gerüchte von der Absicht Heinr. v. Gagern's, seine Präsidentenstelle niederzulegen, waren im Umlauf.

Deutschland.

Bayern. — Regensburg, 18. Sept. Sicherem Vernehmen nach werden bei dem hiesigen Magistrat bereits die nöthigen Einleitungen zum Vollzug der allerhöchsten Verordnung über die Oeffentlichkeit in Gemeindesachen getroffen, und wir können demnächst der Bekanntmachung wegen der öffentlichen Sitzungen der Gemeindebehörden dahier entgegensehen. (Regensb. Z.)

Preußen. — ⊙ Berlin, 16. September Abends. Nachdem Hr. v. Beckerath die Bildung eines neuen Ministeriums unternommen, sind natürlich wieder allerlei Ministerlisten im Umlaufe. Auf allen figurirt bemerkenswerth genug der Name Waldeck; als künftigen Kriegsminister nennt man die Generale Wrangel und Brese, beide Kommandirende von Schleswig her. Bis gestern (15.) Mittags sind seit vorgestern 89 Fercen mit Cholera erkrankt.

Oesterreich. △ Wien, 16. Sept. Ich hatte in meinem Schreiben vom 10. mit Recht gesagt, daß die Partei des Umsturzes ihren letzten Trumpf ausspielen wolle; die Ereignisse der letzten Tage haben den Beweis dafür geliefert. Diese Partei fühlte recht wohl, wie sie durch die Auflösung des Sicherheitsausschusses den Hauptherd aller ihrer Bestrebungen und zugleich den Hauptstützpunkt derselben verloren hatte; mit Aerger und Schrecken sah sie, wie in demselben Maaße, als sie selbst in der öffentlichen Meinung immer tiefer sank, und an Einfluß verlor, die Kraft und das Ansehen der Regierung wieder stieg. Die Stellung des Ministeriums, die einen Augenblick ins Wanken war, befestigte sich wieder; im Reichstage schaarte sich um dasselbe allmälig eine immer stärkere kompakere Mehrheit, entschlossen, dasselbe kräftige zu unterstützen in Aufrechthaltung der Ordnung und in seinem Streben für Sicherstellung des konstitutionellen Thrones gegen jeden Angriff. Leider ist diese Mehrheit größtentheils aus Slaven gebildet, während die hervorragendsten Häupter der äußersten Linken Deutsche sind; um dieser Lage gerecht zu werden, dem drohenden Wendung der Dinge entgegen zu wirken, setzte die Partei des Umsturzes alle Hebel in Bewegung, und setzte sich mit allen in Verbindung, die ein Interesse an steigender Verwirrung und daraus erwachsender Schwächung Oesterreichs haben. Die der Partei ergebenen Blätter luden die Bewohnungen des Ministeriums für gesetzliche Ordnung als Gegenstände zur Mordlust hinzustellen, welches Wort noch heute als Losungsschwalle für viele schwache Köpfe benutzt wird. Die von auswärts hereingekommenen Agitatoren Schütte, Fröbel, Ronge, der verunglückte Reformator auf religiösem Gebiete, arbeiteten thätigst: noch immer versichert man, Becker befinde sich auch in unserer Nähe zu Reichenau bei Gloggnitz, was ganz bestimmt will man ihn zu Salzburg und Linz gesehen haben. Es steht mit seinen Verbindungen hier in unmittelbarster Verbindung. Polen spielten auch in den neuesten Umtrieben wieder eine sehr thätige Rolle, und standen da, bemerkenswerth genug gegen ihre eigenen Landsleute, auf Seite der Magyaren. Wie diese die Massen durch aufreizende Reden hier schon neulich bei Anwesenheit der großen ungarischen Deputation aufzuwiegeln suchten, wissen Sie. Aber man verstehet allgemein, auch Geldverbindungen hätten stattgefunden. Dazu nun noch die Agitation der H-H. Füster und Consorten in der Aula, und der Ausbruch der Unordnungen vom 12. 13. und 14. wird sich hinreichend erklären. Das Resultat der Begebnisse dieser Tage tritt nun bereits immer klarer hervor; die Scheidung der konstitutionellen oder konservativen Partei von der radikalen ist nur noch schärfer geworden, beide stehen sich nun in zwei Lagern schroff einander gegenüber. Welch die an Zahl und nun auch an innerem Zusammenhalt weit stärkere Partei der Konstitutionellen wollen, bedarf keiner wiederholten Auseinandersetzung; was sie vermögen, haben sie so eben durch die Wiederwahl Strobbachs zum Präsidenten gezeigt. Strobbach ist ein eben so energischer als einsichtsvoller Mann, der wollen Vertrauen verdient und genießt trotz aller Anfeindungen, denen auch er von den Männern der Linken ausgesetzt ist. Man kann nur wünschen, daß sich das jetzige Ministerium, das anfangs wegen so mancher Elemente, die es enthält, wenig Vertrauen einflößen konnte, noch länger halte. Gerade die Männer wie Bach und Schwarzer, welche selbst aus der Linken hervorgegangen sind, haben nun in der schweren Schule der Erfahrung gelernt, was es heißt, Ruhe und Ordnung herzustellen zu müssen; jetzt sind sie jene Männer die festesten, kräftigsten Stützen der Ordnung und der Erhaltung der konstitutionellen Monarchie. Die weitaus überwiegende Mehrheit der Nationalgarde ist der Sache besser treu ergeben, und im besten Einvernehmen mit dem Militär, mit welchem sie zusammenwirken wollen. Auch hierin liegt eine Bürgschaft für die Zukunft. Viel wird auf die Gestaltung dieser der Ausgang des Kampfes zwischen Ungarn und Kroatien einwirken; die Spannung mit welcher man der Entwicklung der Dinge dort entgegensieht, ist daher leicht begreiflich. Man glaubt noch immer an die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung des Streites, obgleich das Schwert schon von Seite der Kroaten gezogen ist. Graf Batthiany, der ungarische Ministerpräsident, sowohl als der Banus von Kroatien (Jellachich) sind hieher berufen, zu dem Behufe eines neuen Vermittlungsversuches. — Heute hat die Flucht im Reichstage abermals mehrere Schlappen erlitten. Auf die Frage Violand's, ob es wahr sei, daß nicht jeder von den Ministern den freien Zutritt zum Monarchen habe, antwortete v. Wessenberg mit einem kräftigen Nein, so daß Violand bray aufgelacht wurde. Doch hielt ihn dies nicht ab, seine Frage in anderer Form zu wiederholen, worauf Bach gleich entschiedene Antwort gab. Auf eine weitere Frage in Betreff des Krieges zwischen Ungarn und Kroatien, und der Rolle, welche der Kaiser dabei spiele, verlangte Bach schriftliche Einreichung der Frage mit der Erklärung, daß sie später beantwortet werden solle. Auf das Verlangen Borrosch's, der Reichstag solle, für eine reine Justizsache, die zur Anregung gebracht worden war, eine Kommission aus seiner Mitte ernennen, wurde der Justizminister Bach mit Recht zur Uebergehung in den Bereich der vollziehenden Gewalt, wodurch diese geschmälert würde, ohne daß von der Reichstag einen Zuwachs an Kraft erhielte. Und seine Worte wirkten. Die Linke mußte auch da unverrichtet Dinge abziehen.

Der Andrang zu den Einschreibungen in den Verein der konstitutionell-monarchischen Gesinnten ist bedeutend. Er soll bereits 30,000 Mitglieder zählen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 16. Sept. Nachrichten auf Pestb zufolge, die eben eingetroffen (4 Uhr Abends), scheint es als sei es Bathyanyi nicht gelungen ein Ministerium zu Stande zu bringen. Alle Augen sind auf's neue auf Kossuth gerichtet. Szalay rückt mit seiner merkwürdigen Armee, die er aus Schäfern, Zigeunern und allerlei Waldbewohnern, auch Räubern, gebildet und mit grossen Gabeln und Dandbeilen bewaffnet hat, nach dem Süden, und wird in Kroatien einfallen wie Jellachich sich Pest nähert. Vom Ende dieses Kriegs wollen wir, wenn Kossuth ans Ruder kommt, in einem Jahre wieder reden. Hr. v. Pulszky führt also Unterstaatssekretär hier die laufenden Geschäfte des ungarischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten fort! (A. Z.)

Italien.

*Neapel, 9. Sept. Im Laufe des gestrigen Tages sind hier zwei durch den Telegraphen hieher gelangte wichtige Nachrichten bekannt geworden. Messina ist nach zweitägigem verzweiflungsvollen Widerstande, und nachdem vorher der königliche durch den General Filangieri verfünfte deute Generalpardon zurückgewiesen worden war, von den neapolitanischen Truppen am 7. d. Mts. genommen worden. Ebenso ist die ganze Floritte der Sizilianer mit Ausnahme von zwei Fahrzeugen, die verfolgt wurden, in die Gewalt der neapolitanischen Kriegsflotte gefallen, und die königlichen Truppen haben sich aller festen Punkte in und bei Messina, mit Einschluß des Leuchtthurms, bemächtigt, worauf in der Stadt zur allgemeinen Entwaffnung geschritten wurde. Die Details dieser Vorgänge muß ich meinem nächsten Briefe vorbehalten. Hier in Neapel haben manchfache Veränderungen in den Verfassungen und niederen Dienststellen stattgefunden, fast sämmtlich im Sinne des alten Systems. Ich glaube nicht, daß die Namen für Ihren entfernt stehenden Leser Interesse haben, und übergehe sie daher. Das weltberühmte Madonnenfest von Piedigrotta, welches sonst viele Tausende von Landleuten nach der Hauptstadt führt, hat gestern als an dem berühmtesten Tage nicht stattgefunden. Der König und die Königin verbringen in ungestörter Zeit nicht mehr, vielmehr sind zu ihrer persönlichen Sicherheit erst kürzlich die Palastwachen verstärkt worden. Ich überlasse Ihnen die weitere rühe Betrachtung, die sich hieraus von selbst ergibt.

Großbritannien.

* London, 15. Sept. Das Lager der Aufständischen, welches sich in der Grafschaft Tipperary bei Meny gebildet hatte, ist verschwunden. Dieselben wurden auf allen Punkten. wo sie den Kampf versuchten, von der Polizei so sehr mitgenommen, daß die Soldaten beinahe nichts mehr zu thun brauchten. Nach einigen Tagen wird von der ganzen Sache nicht mehr die Rede sein. Telegraphischen Nachrichten zufolge ist der Süden von Irland gänzlich ruhig. Reisende, welche von Paris kommen, wollen daselbst mehrere Häupter der irischen Bewegung gesehen haben, z. B. die Hrn. Morgan und Dobenny. Hr. Ogorman wurde dort erwartet.

Die „Cambria" ist gestern früh aus New-York zu Liverpool eingelaufen. Sie bringt nichts von Bedeutung auf den Continent Bezügliches. Man Merikos erfährt man daß Ende des von Paredes erregten Aufstandes; ihn selbst ließ man entkommen. Herrera führte kräftig die Regierung in Merike.

Frankreich.

△ Paris, 16. Sept. Hr. v. Raumer ist endlich gestern von General Cavaignac empfangen worden, und hat demselben das Schreiben des Großherzogs Leopold von Baden überreicht, in welchem dieser der Regierung der Republik seine Ernennung und seinen Amtsantritt anzeigt. Der Moniteur zeigt dieß heute offiziell an.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 18. Sept. Spez. 3½ pro. Obligationen 77 P. 76½ G. 4pro. 86 G. Bankaktien 11. Semeher 364 P. Promessen 36 P. — G. Oesterreich. 5pro. Metall. 75 P.

Wien, 16. Sept. 5pro. Metall. 80, 4pro. 65, 3pro. 48, 2½pro. 42½, 1834er 500 fl.-Loose 131. 1839er 250 fl.-Loose 88½. Bankaktien 1090. Nordbahn 105½. Gloggitz 94. Venedig-Mailand 72. Budweis — Linzone 66. Pesth 64. Gloggnitz 56. Nyconiercbahn 52½.

Berlin, 16. Sept. Inländischer Fonds, Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 74½ P., 73½ G. Seeh. Präm. Sch. — P. 87 G. K. u. Nm. Schuldv. 72½ P. 71½ G. Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. — P. 79½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4pro. — P. 95½ G. 3½pro. 78½ P. 78½ G. Pomm. Pfandbr. — P. 88 G. Preuss. Pfandbr. — P. 89½ G. Kur- u. Nm. Pfandbr. 89½ P. 89½ G. Schlesische Pfandbr. — P. — G. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. — P. — G. Preuß. St.-Anl. Sch. 85½ P. — G. Friedrichsd'or 13½ P., 13½ G. Lud. Golem. à 5 Tp. 13 P., 12½ G. Disconto 3½ P., 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 87 P. Berl.-Hamburg 65 P. Berl.-Stettin-Stargarther 88½ P. Berl.-Potsdam-Magdeb. 53 P. Magdeb.-Halberstadt 102 P. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 52 a ½ P. dz. u. G. Köln-Minden 75½ G. Köln-Aachen 54½ P. Bonn-Köln — Düsseld.-Elberfeld — Stolz-Schwiebuser — Niederschl.-Märk. 69 dz. u. G. Niederschl.-Märk. Zweigbahn — Oberschles. Lit. A 89 G. Lit. B 89 G. Kosel-Oderberg — Breslau-Freiburg — Rhein.-Oberschles. 43½ P. Berg.-Märk. 58 G. Stargard-Posen 86½ dz.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 83½ dz. u. G. Starg.-Posen — Brieg-Neisse — Magd.-Wittenberg — Sachsen-Westricht — Thür.-Berbind.-Bahn —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 83 G. Berlin-Hamburg. 89½ G. Berl.-Potsdam-Magd. 4pro. 77½ G. 5pro. 86½ G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 82 dz. u. G. Köln-Minden 90 P. Rhein. u. Westph. 4pro. 92 G. Rhein. 5 Prior. — P. Rhein. Stamm-Prior. 91 P. Düsseldorf-Elberfeld —. Niederschles.-Märk. 4pro. 81 dz., 5pro. 93 dz. u. G. Ill. Serie 88 dz. Zweigbahn 4½ pro. —, 5pro. 75 G. Oberschles. — Kosel-Oderberg —. Steele-Vohwinkel —. Breslau-Freiburg —.

Amsterdam, 15. Sept. 2½ pro. Integr. 44⅞. — 4pro. Schuld 52½. — 4pro. 69⅛. — 3½ pro. dito —. Dandelsmaatschappy —. — 5pro. Metalz à 510 P. Ct. 81⅝. — Span. Inländ. à 6000 fl. — Coupons —. Portug. 5pro. 20⅞. — 4pro. —. Russische 4pro. bei Hope — dito bei Stieglitz —. 3pro. Metall. 68⅛. — 2½ pro. dito —.

London, 15. Sept. Konsole 86. Coup. —. Span. Akt. 10⅛ P. 9⅞ G. 5pro. 23 P. 5pro. 8⅞ P. Port. 2½ P. Portug. 3pro. —, 4pro. —. 5pro. —. Holl. 4pro. 101 P. 100⅞ G. 2½ pro. 45 G.

Paris, 15. Sept. 3pro. 44.75. 5pro. 69.25. Sächsis. 22½. Bankaktien 1650.—. Staatsobligationen 1150.—. Bier Kanäle 900.—. Compt. von Algier —. Belg. 5pro. von 1840 78.—, von 1842 79. 4½ pro. —. 3pro. —. 2½ pro. —. Belg. Baat —. Neap. 5pro. 73.—. Röm. 5pro. 63¾. Span. 5pro. —. Aktiva —. Passiva —. Piem. 587.50. Pabst —. Sic. Germain 325.—. Versailles (rechte) 117.50. (linke) 101.25. Orleans 661.25. Rouen 430.—. Havre 195.—. Marseille 202.50. Basel 86.25 Bierzon —. Boulogne —. Bordeaux 382.50. Nordbahn 377.50. Montereau 115.—. Lyon 362.50. Straßburg 347.50. Nantes 326.25. Dieppe —. Creaux —. Montpellier —. La Leste —.

Madrid, 11. Sept. 3pro. 19¼ P. 19⅛ G. 4pro. —. 5pro. 10⅞ P. 10⅛ G. Passive Schuld 3⅛ P. 3¼ G. Coup. 7 P. Ausländ. Passive Schuld —. Unliesbare Schuld 5pro. —. Provis. Lit. 3⅞ G. St. Fernandobank —. Discouto —. Wechselkurse: Paris 5 P. London 48 G.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 21. Sept.: „Der Bildschütz", Oper von Lortzing.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. Dwight und Thamson, Rentiers, aus England. Dainer, Kaufmann, von Nürnberg.

Hotel Maulik. Graf v. Heiningen d'Urtmoyl, von Genua. Graf Thomas, Privatier, von Wien. Hook, Privatier, von Heilbronn. v. Beckerath, Privatier, von Crefeld. Dr. Scherrer, von Heilbronn. Daig, Partikulier, von Glattfelden. Cubaza, Proprietär, von Mantua.

Blaue Traube. Zenetti, Kaufmann, von Lbg. Kraus, Gastgeber, von Augsburg. Matzaga, Partikulier, von Roveredo.

Stachusgarten. Zier, Privatier, von Augsburg. Klein, Dampfmann, von Augsburg. Walzer, Gutsbesitzer, von Illingen. Weinfurtner, Pfarrer, von Griesbeckerzell. v. Ruf, Studirender, von Regensburg. Bryner, Buchhändler, von Zürich.

Gestorbene in München.

Mathias Bömert, Oberbräuknecht vom Kommerbräu, Dgl. Thom, 33 J., Ganz. Breiner, Amtsdiener bei der königl. Staatsgüter-Administration in Schleißheim, 57 J. a.

72. (i) Man sucht für zwei Knaben einen Professor katholischer Religion, der ganz gebt französisch spricht, und nicht nur deutschen und lateinischen, sondern auch Unterricht im Klavier zu geben versteht. D. Uebr.

129. In der Herzogspitalgasse Nro. 23 auf der Sonnenseite ist über 2 Stiegen eine große Wohnung mit 8 Zimmern, 3 Kammern, Küche, Speise und sonstigen Bequemlichkeiten auch Ziel Georgi zu vermiethen. Das Nähere im Gewölben.

128. Ein fünfprozentiges Ewigzeit-Kapital zu 1000 fl. in der ersten Hypothek bei einem Sicherungswerth von 10,000 fl. wird in baarer Geld umgesetzen gesucht. Augustenstraße Nro. 8 A.

Bekanntmachung.

124. Auf Anbringen eines Hypothekgläubigers wird der sogenannte Reicharthof in Oberschleißheim Haus-Nro. 6 dem öffentlichen Zwangsverkaufe unterfällt, und hiemit Tagfahrt zur ersten öffentlichen Verbietigung desselben auf

Mittwoch den **25. Oktober l. Js.**

Vormittags von **10** bis **12** Uhr,

anberaumt. Dieses Anwesen besteht:

1) aus einem Wohnhaus mit Stall und Stadel, zum Theil gemauert, zum Theil von Holz, 2 Stock hoch und mit Platten eingedeckt,
2) aus einer ganz gemauerten, mit Platten gedeckten, ein Stock hohen Brauntweinbrennerei;
3) aus einer ganz gemauerten, mit Platten gedeckten, ein Stock hohen Schweinhalfung;
4) aus einem gemauerten, ein Stock hohen, mit Platten gedeckten Wasch-, Back- und Höhner-Haus;
5) aus 2 Tagw. 78 Dez. Wiesen und Garten;
6) 56 Tagw. 40 Dez. Aecker, und
7) 103 Tagw 25 Dez. Holz.

Dasselbe ist auf 20,573 fl. gerichtlich geschätzt, mit 1900 fl. der Brauerdgerechtsame einverleibt, und mit 26,500 fl. Hypothekschulden belastet.

Die auf dem Gute vorhanden Lasten werden bei der Versteigerungstagfahrt bekannt gegeben werden.

Bemerkt wird, daß der Versteher nach §. 99—101 der Prozeßnovelle vom Jahre 1837 erlegt, und daß dem Gerichte Unbekannte sich über Zahlungsfähigkeit und guten Leumund auszuweisen haben.

München den 17. August 1848.

Königl. Landgericht München.
Eder.

Edikttalladung.

127. Georg Brandl, Bauersohn von Kleinneuntling, welcher in den Jahren 1813 in russischen Feldzug mitmachte, wird seit jener Zeit vermißt.

Auf Anbringen seiner Erben ersucht hiemit an Georg Brandl oder dessen allenfallsige Descendenz die Aufforderung, sich binnen 3 Monaten a dato bei unterfertigtem Gerichte zu melden, widrigenfalls nach fruchtlosem Ablauf dieses Termines er für verschollen erklärt, und sein Vermögen gegen Kaution an seine Verwandten verabfolgt würde.

Den 7. Sept. 1848.

Königliches Landgericht Mitterfels.
L. Wieser. Lehner.

Edikta-Citation.

120. (3b) In der früher bei dem Patrimonialgerichte Hofed anhängig gewesenen, seit dem Jahre 1841 aber von dem unterstellten Landgerichte als Verwaltung des Patrimonialgerichte fortgeführten Verlassenschaftssache der zu Hofed verstorbenen Kammerfrau Maria Schoderer, geb Stadl, aus Ansbach, befindet sich im Depositorio des königl. Landgerichtes Hof theils baar, theils in Papieren noch der Betrag von

550 fl. —

Es werden daher alle diejenigen, welche Ansprüche auf die Aushändigung dieser Masse haben, andurch edittaliter vorgeladen, innerhalb 3 Monaten, und längstens bis zum

15. Dezember l. Js.

vor unterfertigtem Gerichte persönlich oder durch gehörig legitimirte Vertreter zu erscheinen und ihre Ansprüche nachzuweisen, widrigenfalls die Masse als herrenloses Gut behandelt würde.

Hof am 6. Sept. 1848.

Königl. bayer. Landgericht.
Bisani.
Maisl.

Erledigte Rentamtoberschreiberstelle.

126. (3a) Bei dem königl. Rentamte Regen in Zwiesel wird mit Schluß Oktober l. Js. die Oberschreiberstelle erledigt. Bewerber, die ihre volle Befähigung, insbesondere in Bezug auf das Rechnungswesen und auf das definitive Steuerwesen nachzuweisen vermögen, wollen sich an das gefertigte königl. Rentamt wenden.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

(Waffenstillstandsfrage.)

☆ Frankfurt, 17. Sept. Bei der Abstimmung über den (bekanntlich verworfenen) Majoritätsantrag stimmten die bayerischen Abgeordneten in folgender Weise mit Ja: Barth, Bauer (v. Bamberg) Behr, Blumenröder, Burkart, Christmann, Cucumus, Eisenmann, Fallmerayer, Gebhardt (von Fürth), Geigel, Gulden, Haggenmüller, Hermann, Kaim, Kirchgeßner, Kolb, Maurer, Müller, Paur (von Augsburg) Pöll, Raumer, Reichard, Reimarus, Schmitt, Schneider, Schüler, Spatz, Stahl, Stockinger, Tafel, Titus, Umbscheiden, Wieser, Zerzog (alle 31); mit Nein: Arndts, Baiersormann, Beisler, Döllinger, Edardus, Ebel, Friedrich, Gombart, Haubenschmied, v. Hegnenberg, Kraft, Künzberg, Neumayr, Obermüller, Phillips, Quante, Rotenban, Rubwandl, Schaub, v. Schrenk, Schubert, Sepp, Thinnes, Vogel, Wulffen, Zenetti (also 26). Abwesend waren: Gangkofner, Gebhardt (von Hof), Glück, Graf, Grundner, Obermüllner, Lassaulr, Schlör, Nagel (also 9).

Ueber das diplomatische Korps des Reichs.

Ueber diese Frage macht der ☰Mitarbeiter der Frkf. O.-P.-A.-Ztg. die folgenden Bemerkungen und Vorschläge:

„Die diplomatischen Beziehungen des deutschen Reichs mit dem Auslande fangen an sich weiter auszubilden. Nachdem der König der Belgier zuerst den an ihn abgeordneten Gesandten mit der Anrede: „Ich empfange in ihm den Repräsentanten einer großen und edlen Nation geehrt, hat auch die englische Regierung ein gleiches gethan und die französische Regierung steht im Begriff, dieses Beispiel nachzuahmen. Somit werden wir in kurzer Zeit förmliche deutsche Gesandtschaften in Paris, London und Brüssel besitzen. Nicht minder werden, ehe lange vergeht, neben dem bisherigen auch englische und französische Gesandten bei dem Reichsverweser beglaubigt sein. Diesen Fortschritt schlagen wir für die Consolidirung Deutschlands sehr hoch an. Nachdem wir so weit gekommen, glauben wir einen Vorschlag erneuern zu können, den wir schon vor mehr als einem Jahre gemacht und in die öffentlichen Blätter hineingeschmuggelt haben, ohne daß er damals Eingang fand. Dieser Vorschlag besteht darin, daß die übrigen deutschen Staaten ihre Gesandtschaften an den Orten, wo ein Reichsgesandter sich befindet, eingehen lassen, und dafür dem Reichsgesandten einen von ihnen besoldeten Gesandtschaftsrath oder Sekretär beigeben, dessen Aufgabe es wäre, die speziellen Aufträge seiner Regierung, die an den Reichsgesandten zu richten wäre, nach der Anleitung des letzteren zu vollziehen, berjenigewelche diesem als Rath oder Sekretär für die betreffenden Geschäfte zu dienen. Dadurch würde einmal eine bedeutende Ersparniß an den Gesandtschaftsköpfen erzielt, und kann würden die ertheilten Aufträge mit einer ganz anderen Autorität vollzogen, als wenn im Namen eines einzelnen minder mächtigen deutschen Staates verhandelt werden müßte. Es versteht sich indeß von selbst, daß hier nur von den speziellen Interessen jeder Einzelnstaaten, z. B. Grenzangelegenheiten, Privatreklamationen, Zurichtsverhältnisse u. dgl. und nicht von den politischen Interessen, die Deutschland als Gesammtmacht zu vertreten hätte, die Rede sein kann. Letztere müßten der Reichsgewalt und deren Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorbehalten bleiben. Bei dieser Anordnung könnten selbst die ersten deutschen Staaten Oesterreich und Preußen ihre Rechnung finden. Wir nehmen an, daß der Gesandte entweder von Oesterreich oder von Preußen ernannt wäre. An dem Falle könnte die Macht, welche den Gesandten nicht auf seinen Angestellten geliefert hätte, die Stelle des Gesandtschaftskanzlers, welcher die Kanzleidirektion zu übernehmen hätte, besetzen und dadurch sich den gebührenden Einfluß auf die Reichsgeschäfte sichern. Wir sind gewiß, daß bei einer solchen Einrichtung alle deutschen Staaten ihre Rechnung finden, und daß sehr bald viele von ihnen selbst auf die Ernennung eines Gesandtschaftsrathes verzichten würden, weil sie sich überzeugen müßten, daß ihre Interessen noch niemals so gut gewahrt gewesen sind, als durch den Reichsgesandten. Auf diese Weise würde der Uebergang zu Aufhebung der vielen deutschen Gesandten im Auslande am sichersten und einfachsten gewonnen werden, ohne daß man vonnöthen hätte, einen moralischen Zwang anzuwenden, oder gar Härten gegen einzelne diplomatische Agenten anzuwenden. Auch seiner wir nicht ein, weshalb nicht die Minisierresidenten oder Geschäftsträger der minder mächtigen deutschen Staaten sich in der bezeichneten Weise den Reichsgesandten sollten attachiren lassen. Ein Legationsrath des Reichsgesandten hat eine ganz andere Bedeutung, als z. B. ein selbstständiger Ministerresident von Mecklenburg, dem es in den früheren Verhältnissen sehr häufig unmöglich gewesen ist, auf einer Unterredung mit den dirigirenden Ministern auswärtiger Mächte zu gelangen, und die ihre Nachrichten über wichtige diplomatische Verhandlungen in der Regel aus unzuverlässigen und häufig aus zweideutigen Quellen schöpfen mußten. Die deutschen Regierungen erhielten alsdann ihre Nachrichten auf der ersten und völlig unverdächtigen Quelle und es würde dadurch eine Einheit und Zusammenfassung in die politische Richtung der deutschen Regierungen gebracht, die auf keinem anderen Wege zu erzielen sein dürfte. Wir erneuern diesen Vorschlag, weil er und die einfachste Lösung der so schwierigen Regulirung der diplomatischen Beziehungen der deutschen Staaten mit dem Auslande zu enthalten scheint. Gewiß würde man dadurch sicherer zum Ziele gelangen, als durch ein absolutes Abtrechten des Gesandtschaftsrechtes der einzelnen deutschen Staaten. Der gesunde Sinn dürfte hier den Ausschlag geben. Wenn allen deutschen Regierungen die Aussicht eröffnet wird, in allen politischen und Interessenfragen, wie man sich im gemeinen Leben auszutreten pflegt, zum Schmidt, statt zum Schmidtchen zu gehen, und dabei nicht nur wohlfeiler, sondern auch ungleich besser bedient zu werden, so kann die Wahl wahrlich nicht zweifelhaft sein."

Noch ein Wort über den Centralschulbücher-Verlag.

= Von der Donau. In Ihrem Blatte ist ein Vertheidiger des Centralschulbücherverlags aufgetreten, um seine Berechtigung gegenüber den Buchdruckern und Buchhändlern zu beweisen. Nebenher hat derselbe auch versucht, die hohe Nützlichkeit dieses Unternehmens sowohl für das Publikum, als den Staat, soferne dieser hievon Mittel gewinnen soll, die Lage der Schullehrer, ihrer Wittwen und Waisen verbessern, darzulegen. Er redet von den geringen Ersparnissen, die bei der Wohlfeilheit seiner Arbeiten zu machen ermöglichet gewesen, und doch in nicht zu ferner Zeit austreten würden, um dem genannten schönen Zwecke zu dienen. Ob sie gestattet, alles dieses etwas näher zu beleuchten, besonders da der Beisatz „eingesandt" erkennen läßt, daß die verehrl. Redaktion die in dem bezüglichen Artikel niedergelegten Grundsätze nicht zu vertreten sich berufen gefühlt haben möchte.

Es will nicht unterlucht, daher auch hier nicht festsitten werden, daß der Centralschulfond als selbstständige Anstalt „Centralschulfonds" durch den Ankauf einer realen Gewerbsrechtes sich das Recht, das Druckergewerbe und den Verlag seines Erzeugnisses erworben habe.

Dieß mag der Fall sein und sich daher erklären, daß im Rechtskriege und selbst im Gebiete der Administrativjustiz die Sache der Buchdrucker und Buchhändler gegen die fragliche Anstalt unterliegen mußte; allein die Frage ist nicht von dieser Seite aufzufassen. — Es ist dem Staate nach seiner Pflicht, für Belebung des bürgerlichen Gewerbes zu sorgen, erlaubt sei, dieß Gewerbe auf eigene Rechnung zu betreiben?

Ob der Staat vom volkswirthschaftlichen Standpunkte aus nicht hierdurch Schaden leide? — Ob der Staat nicht selbst im Interesse des Centralschulfonds wie der dürftigen Schuljugend viel besser thun würde, den bürgerlichen Druckereien die Fertigung der sämmtlichen Schulbücher zu überlassen?

Diese Fragen sind die alein entscheidenden. Wenn die zum Machtbelle des Centralschulbücherverlags beanmorket werden müssen, so ist erwiesen, daß es von einem höheren Gesichtpunkte aus gleichwohl unrecht und unklug sei, daß der Staat von seinem gesachten Druckereirecht Gebrauch mache. Eine Unverantwortlichkeit wäre es dann, wollte er daßelbe nicht aufgeben.

Die jetzige Regierung hat wohl noch nicht Zeit gehabt, diesen Gegenstand in's Auge zu fassen; die Ansichten der früheren aber können für die Gegenwart nur so weit als Norm dienen, als sie für heilsam und gerecht erachtet werden können.

Der Vertheidiger des Centralschulbücherverlags gibt an, daß er den Bogen seiner Druckarbeit um $1^1/_4$—$1^1/_2$ kr. verkaufe. Soll auch nur der erste Preis in Anschlag kommen und angenommen werden, so ist klar, daß er einen Bogen bei 10,000 Auflage (wohl der geringsten, die vorkömmt) um 208 fl. 20 kr. verwerthet. Das also ist der wohlfeile Preis, um welchen seine Druckerei diese Arbeit zu liefern vermag? Allein ein Bogen deutsch, lateinisch oder griechisch wird wohl der Art, wie die Arbeiten des Centralschulbücherverlags geliefert werden, von jeder Druckerei*) am folgende Weise gestellt werden:

Satz durchschnittlich	5 fl. — kr.
Druck à 10,000 Auff.	12 „ — „
Für Erhaltung und Verzinsung des Betriebskapitals und Deckung sonstiger Auslagen, 100 gedruckte Bogen à 15 kr.	25 „ — „
Provision od. Geschäftsgewinn 25%, 10 „ 30 „	
Papier per Ballen 30 fl.	60 „ — „
Summa	112 fl. 30 kr.

Nimmt man nun an, daß sich kein Buchdrucker weigern wird, in Anbetracht der Masse der Schularbeiten, seine Provision auf 10 fl. zu beschränken, so liefert er den Bogen à 10,000 Auflage um 112 fl.

Der Vertheidiger des Centralschulbücherverlags gibt nun an, daß an die Werksäufer oder Kommissionäre 20% des Verkaufspreises als Rabatt vergütet werden muß, so stellt sich der Bogen à 10,000 Auflage auf 140 fl. und kann somit der Bogen um $^1/_4$ kr. abgegeben werden, wo auf 10,000 Bogen sich noch 5 fl. 50 kr. für Verpackung und dergleichen Spesen Ueberschuß ergibt.

Wenn aber der bürgerliche Buchdrucker die Arbeiten des Centralschulbücherverlages per Bogen um 112 fl. liefert; wenn einschlüssig bei den

*) Referent ist kein Drucker, hat aber aus Erfahrung die Preisbestimmungen der Druckarbeiten vielfach kennen zu lernen Gelegenheit gehabt.

Kommissionären gebilligten Rabatts von 20 Proz. und der Versendungsspesen der Bogen per 10,000 Auflage um 145 fl. 50 kr. abgegeben werden kann; wenn man endlich per einzelnen Bogen noch ¼ kr. Nutzen zu Gunsten des Schullehrerwittwen- und Waisenfonds ziehen will, resultirt den einzelnen Druckbogen um 1 kr. an das Publikum abgibt, somit per Bogen zu 10,000 Auflage für diesen Zweck immer noch 20 fl. 50 kr. erzielen wird; so ist klar, daß man die Arbeiten des Centralschulbücherverlags von den bürgerlichen Buchdruckern liefern, alle Zwecke der Anstalt erreichen und den Bogen um 1½ kr. per 10,000 Auflage um 1½—1¾ kr. abgeben kann; sonach bei 1 Bogen zu 10,000 Auflage dieses Publikum 41 fl. 40 kr. bis 83 fl. 20 kr. erspart. Ist eine Auflage wie anzunehmen stärker, kann stellt sich die Sache noch weit günstiger zu den bürgerlichen Gewerbsherrlich dar.

Setzt man voraus, daß der Centralschulbücherverlag nur 6 Millionen getreuste Bogen an Schulbüchern der Jahres liefere, worunter ¼ oder 1½ kr. per Bogen, ½ an 1¼ kr. per Bogen dem Publikum abgegeben werden; so resitet dieses einen Jahresumsatz aus von 127,500 fl., davon den dürftigen Schulspublikum eine Summe von 27,500 fl. zur Ungebühr jährlich selbst in dem Falle abgenommen wird, als man es billigen will, daß dieses Publikum für die Wittwen und Waisen der kehrer 12,500 fl. jährlich abgebe; 67,200 fl. aber neren allzubrichen den bürgerlichen Geschäften entzogen, welche einen so hohen regelmäßigen Nutzag sehr schwer empfinden, weil gerade ein solcher die einzige sichere Basis bildet, von der aus ein Geschäftsmann zu unternehmen großen und beschwerlicheren Unternehmungen übergehen kann.

Als weiteres Resultat dieser Berechnung ergibt sich aber auch, daß der Central-Schulbücherverlag dem Pensionsfonde für Schullehrer, deren Wittwen und Waisen während eines 25jährigen Bestehens, eingerechnet die Zinsen, die eine gesonderte Verwaltung beziehen müßte, wenigstens 200,000 fl. verschaffe, den armen, die Schulbücher betreffenden Publikum aber, ohne Berechnung von Zinsenentgang, 550,000 fl. erspart haben könnte, wenn er, statt selbst den Druck in Regie zu nehmen, solchen durch bürgerliche Buchdrucker hätte besorgen lassen.

Offenbar bewahrheiten sich hier die schon oft dargelegten Sätze einer richtigen Volkswirthschaft, daß privilegirte Fabriken auf Staatskosten befriedigen den Konsumenten die Produkte ihrer besseren lassen, als sie sonst können; daß sie dennoch mehr profitiren, als wenn sie dem freien Gewerbe würde; daß sie die weit nützlichere Privatindustrie unterdrücken; daß aller Gewinn, der durch die Gewalt des Monopols ermöglicht wird, nur auf Kosten des konsumirenden Publikums erzielt ist, welches dabei einen Mißwerth verzüten muß.

Es liegt ja in der Natur der Sache, daß bei einer Anstalt, von deren Bereich alle vorgesetzten Behörden zu keine technische Kenntniß besitzen, von den wahrscheinlichen Personen nie mit dem Visier, der Umsicht, und der Sparsamkeit verfahren werde, wie sie nur durch das eigene Interesse der Gewerbtreibenden bedingt sind, und soll hier nicht von jener Menge kleinerer und größerer Unterschleife geredet werden, die bei solchen Anstalten nicht selten vorkommen, und deßhalb deren Produkte ebenfalls mißwendig verthenern. Das bekannte Wort des geistreichen Voltaire (Jahrhundert Ludwig XV.), in Betreff des französisch-spanischen Handels-Kompagnie, die bekanntlich gänzlich mißglückte, paßt mehr oder minder fast auf jedes in Staatsregie betriebene Gewerbe. Wäre hier das Verhältniß ein anderes, so müßten die Ersparnisse des Central-Schulbücherverlages längst über eine Million betragen, und der Vertheidiger hätte nicht nothwendig zu gestehen, daß solche erst bemächt (wie lange dies wohl noch währen wird?) ausbleiben werden, eine Unterstützung für die Schullehrer-Wittwen und Waisen u. dgl. abzunehmen.

Immerhin mag der Zustand in fraglicher Beziehung in andern Staaten noch schlechter sein; allein dies wird die heimischen Gebrechen nicht rechtfertigen. Es mag in England Niemant daran denken, der Krone ihr Monopol des Druckes verschiedener öffentlicher Schriften übel zu nehmen. Es gibt auch ein Volk, das es natürlich findet, daß sich die Wittwe nach dem Tode ihres Mannes verbrennen oder lebendig begraben laße. Es wird daraus aber noch keinem Vernünftigen einfallen, und dergleichen Dinge zur Nachahmung zu empfehlen.

Immerhin mag der Central-Schulbücherverlag das unantastbare Recht besitzen, selbst zu drucken u. s. f.; gleichwohl scheint in Vorstehendem dargethan zu sein, daß das wohlverstandene Interesse des Staates es gerathen und wohlwenig mache, diesen Druck auf Regie zu, in dieser Anstalt aufzugeben, weil er so, ohne auf eine positive Ersparniß zur Unterstützung hilfsbedürftiger Schullehrer und ihrer Hinterlassenen verzichten zu müssen, das Bedürfniß des Publikums viel billiger befriedigt und zugleich den bürgerlichen Gewerbsständen eine sehr wichtige Stütze für einen zukünftigen und höchst wünschenswerthen Aufschwung bereitet sehen wird.

Von den Gefahren, die eine solche Anstalt durch den Mißbrauch bereitet, welchen Faktionen, die sich in besonderem Interesse durch sie bei öffentlichen Unterrichts bemeistern, im Staate bereiten, will hier um so weniger etwas gesagt werden, als hierin ohnehin nach vieler Erfahrung kein Zweifel bestehen kann. G.

Das Recht auf die Arbeit vor der französischen Nationalversammlung.

** Drei Redner sind es besonders, die in der Verhandlung der französischen Nationalversammlung über die Frage, ob das „Recht auf die Arbeit" als Grundsatz in die neue französische Verfassung aufzunehmen werden solle, von allgemeiner Bedeutung sind: es sind die der Hrn. Duvergier de Hauranne, Thiers und Dufaure. Wir tragen aus denselben die wesentlichsten Grundsätze nach.

Herr Duvergier de Hauranne anwortete auf eine Rede Ledru-Rollins zu Gunsten dieses Rechtes in sehr geistreicher Weise. Hr. Ledru-Rollin habe die Versammlung in zwei Kategorien getheilt, von denen die eine dem Volke ergeben wäre, die andere aus Egoisten bestünde, die sich Alles hätten für ihre Person, für sein Elend. Darin liege eine Verläumdung für einen Theil der Versammlung. Hr. Ledru-Rollin habe gesagt, man solle sich nicht mit bloßen Worten begnügen. Das habe auch er (der Redner) sich gesagt, als er dessen Rede gehört. Bis jetzt habe er nichts als Worte gehört. (Lebhafter Beifall.) Hr. Duvergier de Hauranne führt dann also fort: eine andere Bedauptung muß ich zurückweisen: man hat die Arbeiter mit Sklaven verglichen und mit Negern. Er (Redner) habe noch den Neger gesehen und habe ihn unwohl, daß ich eine Schmälerung der Freiheit. Eine Stimme links: das ist nicht gesagt worden. Der Redner fortfahrend: Allerdings hat man es gesagt. Ich habe das Argument gehört, und habe es gelesen in euren besten Autoren, wenn es deren gibt. Man verwechselt oft das Recht auf die Arbeit mit dem Recht zu arbeiten; das letztere haben wir errungen, es besteht. Der Redner definirt das Recht auf die Arbeit: es besteht in der That, und wenn es nicht gekbt werden kann in großen Aktion, so kommen das Staat, die Departements, die Gemeinden den Arbeitern zu Hilfe. Vor anderthalb Jahren hat Jeder seine Pflicht gethan. Dann sind auch die Ersparnisse des Arbeiters in Anschlag zu bringen; das sind zwar kleine Bäche, die aber zusammen einen großen Fluß ausmachen. Der Arbeiter schöpft aus drei Quellen: aus der öffentlichen Wohlthätigkeit, der Privatwohlthätigkeit und seinen eigenen Ersparnissen. Wenn ihr das Recht auf die Arbeit ausdrücken wollt, so wird der Staat sich verpflichten, sehr viel Leute Auflagen bezahlen, und keine Arbeit geben. Der Bericht sagt, und mit Erstaunen habe ich das gelesen, es gebe stets öffentliche Arbeiten, Anpflanzungen, Urbarmachungen u. s. w.; allein man vergißt nur das Anzugeben keine Einnahmen sind, daß der Staat kein Geld hat, daß er Geld nur vom Credit und durch die Auflagen erhalten kann. Man will alle eine Million Arbeiter einer leeren Kasse gegenüber stellen, und was werden sie thun? Sie werden protestiren, was anders? Sie werden kein einziges Versprechens verlangen, die Bezahlung eines Wechsels, der ihr nicht hätte unterzeichnen sollen? Das Recht auf die Arbeit ist nicht, als eine Falle. Hr. Baune unterbricht den Redner. Der Präsident bemerkt ihm, wenn er sprechen wolle, so solle er warten, bis die Reihe an ihn komme, er sei der 40. unter den eingeschriebenen Rednern. (Allgemeines Gelächter.) Hr. Duvergier de Hauranne: Ich will Ihnen eine ganz einfache Frage stellen: Wenn morgen eine Million, oder auch nur 500,000 Arbeiter zu Ihnen kommen, mit dem Verlangen nach Arbeit, und Sie sich dann einer leeren Kasse gegenüber befinden, gegenüber einer Auflage, die nicht eingeht, gegenüber einem Credit, der erstorben ist — sagen Sie mir, was werden Sie dann thun? (Bewegung.) Eine solche Verpflichtung kann man nicht leichtbin übernehmen. Er erinnert an die Worte Proudhons im Finanzausschusse: „geht mir das Recht auf die Arbeit, und ich bin sicher, zu meinem Ziele zu gelangen." Er wolle damit nur seine Bedauptungen feststellen, keineswegs Hrn. Proudhon angreifen. er wisse recht wohl, daß es jetzt Mode sei, Hrn. Proudhon zum Sündenbock zu machen, und daß man seine Rechnung mit der Gesellschaft abgeschlossen zu haben glaube mit einem Angriff auf diesen. Hr. Proudhon führt der Redner fort, ist nur in einem Punkte von den andern Sozialisten unterschieden, er rationnirt nicht, daß Jeder seiner Meinung (Bewegung.) Der Redner führt eine Stelle aus einer Schrift des Hrn. Proudhon an, worin es geradezu für abgeschmackt erklärt wird, das Recht auf die Arbeit aufzurechen, wenn man die Gesellschaft aufrecht erhalten wolle; dergleichen eine Stelle aus einer Schrift des Hrn. Considerant, dem die Verneinung des Rechts auf die Arbeit zukomme, und der auch die Aufnahme desselben in den ersten Verfassungsentwurf verantasse. Sie gibt zwei Klassen von Sozialisten, die eben nicht sehr rücksichtsvoll gegen einander verfahren: nur in einem Punkte kommen sie überein, in dem Hasse gegen die jetzige Gesellschaft; als Mittel sie zu zernichten, wählen Beide das Recht auf die Arbeit. Man sagt, das Gegentheil habe hier nichts zu fürchten; das mag sich, daß es hier wenig Gefahr läuft; hier hat es nicht blos Vertheidiger sondern sogar Anhänger. (Allgemeines Gelächter.) Aber ich weiß auch, daß man mit immer entsprechen, was man anbietet. (Bewegung.) Ich weiß auch, daß die welche das Recht auf die Arbeit und das Eigenthum zugleich umfaßt wäre in meinen Augen entweder sehr blind oder sehr treulos. (Großer Beifall.) Wenn ihr das Recht auf die Arbeit verkündet, so übernehmt ihr damit die Verpflichtung, die ganze jetzige Gesellschaft neu zu gestalten. Glaubt ihr etwa so das Elend aufzuheben, oder auch nur zu vermindern? Das wäre allerdings ein großes Resultat; allein ich glaube vielmehr, daß ihr es noch erhöhen und weiter ausdehnen würdet. Das Problem des menschlichen Elendes ist so alt wie die Welt. Es gibt kaum einen ehrenwerthen Mann, kaum ein theilnehmendes Herz, das sich nicht damit beschäftigt hätte, und doch ist dieses Problem noch nicht gelöst. Drehe die Gesellschaft um, wie ihr wollt, stets werdet ihr auf zwei Endpunkte stoßen — die Bevölkerung und das Kapital. Das Verhältniß zwischen der Bevölkerung und dem Kapital ist das Zeichen des Wohlbefindens einer Gesellschaft. Wollt ihr das Loos der Armen verbessern, so entwickelt das Kapital, geht ihm Aufmunterung, statt es zu schmähen. Wenn ihr thut was man von euch verlangt, so würdet ihr bandeln wie ein Mann, wie

einerseits das Recht, sich wohlzubefinden verkündet, andererseits aber die Lust, in der er sich bewegt, vergiftet. (Gelächter.) Was man von euch verlangt, ist nichts anderes, als daß ihr die Politik wieder beginnen sollt, die ihren Ausgangspunkt vom 24. Febr. nahm und mit dem 23. Juni endete, dem Tage, wo die Nationalwerkstätten mit dem Dekrete in der Hand, welches das Recht auf die Arbeit ausbrach, sich gegen eure Souveränetät empörten. (Bewegung.) Ich meinerseits bin seit überzeugt, daß wir alles thun müssen für die Verbesserung des Looses der Armen: aber ich will nicht, daß man das Volk mit lügenhaften Versprechungen täusche, und sich der Gefahr aussetze, die Quelle des öffentlichen Wohlstands zu verstopfen, während man eine Gefahr schafft für den Staat und das Elend erhöht, statt es zu vermindern." (Forts. folgt.)

Deutschland.

Baden. — Karlsruhe, 11. Sept. Der heftigen Leitung zufolge sind die zum heutigen Tage 72 des Hochverrats Angeschuldigte begnadigt worden. Nur wenige Getreue wurden zurückgewiesen; sie betrafen Personen, auf welchen die Anklage der Aufreizung und Verführung ganzer Bezirke durch Täuschungen und gesetzwidrige Drohung oder der Verdacht einer begangenen Tötung lastet.

Königreich Sachsen. — Dresden. Am 12. September fand in Dresden eine vorzüglich dadurch bemerkenswerthe Sitzung der zweiten Kammer statt, daß auf eine Interpellation wegen der Abberufung des Geheimlegationsrathes Loet von Frankfurt, der Belegung seiner Stelle durch den gelehrten Regierungsrath Kolbschauer und wegen Anstellung ganzer Bezirke durch Täuschungen und gesetzwidrige Drohung oder der Verdacht einer begangenen Tötung lastet.

Deutschland.

Baden. — Karlsruhe, 11. Sept. Der heftigen Leitung zufolge sind die zum heutigen Tage 72 des Hochverrats Angeschuldigte begnadigt worden. Nur wenige Getreue wurden zurückgewiesen; sie betrafen Personen, auf welchen die Anklage der Aufreizung und Verführung ganzer Bezirke durch Täuschungen und gesetzwidrige Drohung oder der Verdacht einer begangenen Tötung lastet.

Königreich Sachsen. — Dresden. Am 12. September fand in Dresden eine vorzüglich dadurch bemerkenswerthe Sitzung der zweiten Kammer statt, daß auf eine Interpellation wegen der Abberufung des Geheimlegationsraths Loet von Frankfurt, der Belegung seiner Stelle durch den gelehrten Regierungsrath Kolbschauer und wegen Anstell

zösischen Gesandten zu, die sich beim König im Hauptquartier befinden. Der österreichische Bevollmächtigte reiste sogleich nach Wallard ab. Dem Admiral Albini soll wiederholt der bestimmte Befehl ertheilt worden sein, das adriatische Meer zu verlassen. Unter dieser Bedingung ist auch Radetzky geneigt, den Artilleriepark von Peschiera, wie vertragsmäßig entschieden, herauszugeben. (Karlsr. Z.)

Frankreich.

† **Paris**, 15. Sept. Der Moniteur bringt heute ein Dekret des Generals Cavaignac, kraft dessen die Dekoration der Ehrenlegion provisorisch eine Veränderung erleidet. Die Krone über dem Stern bleibt künftig weg. Der Mittelschild des Sterns hat auf der einen Seite das Bild Bonapartes mit der Umschrift „Bonaparte, erster Konsul, 19. Mai 1802“, und auf der andern Seite die zwei Fahnen wie bisher mit der Umschrift: „Französische Republik,“ und in der Mitte den Wahlspruch: „Ehre und Vaterland.“ Auf dem Sterne der Großoffiziere und Großkreuze befindet sich künftig das Bildniß Bonapartes mit der Umschrift: „Bonaparte, 1. Konsul, Ehre und Vaterland.“ — Der österreichische Geschäftsträger hat diesen Morgen eine lange Konferenz mit Hrn. Bastide, Min. des Ausw., über die italienischen Angelegenheiten gehabt. Es soll sich bloß um die Verlängerung des Waffenstillstandes gehandelt haben. Eben heute sollen Depeschen von Karl Albert eingetroffen sein, nach welchem derselbe sich weigert, auf eine Verlängerung desselben einzugehen. — Auch Hr. Alex. Galetko, außerordentlicher Gesandter der Wallachei, ist von Hrn. Bastide empfangen worden. Der Minister versicherte ihn der lebhaftesten Sympathien für die Moldau-Walachei und gab ihm das Versprechen, daß der Gen. Aupik, Botschafter der Republik zu Konstantinopel, Instruktionen ganz zu Gunsten der Donaufürstenthümer erhalten solle. — Ludwig Blanc widerspricht in einem langen Briefe an die Reforme der Angabe, als sei er der unzurechnliche Gefährte Ludwig Napoleond und verrückte demselben vollends den Kopf.

** **Paris**, 15. Sept. Hrn Mathieu (de la Drome) hat auf sein Amendement, das „Recht auf die Arbeit“ bestreffend, verzichtet, und sich einem andern von Glais-Bizoin (im Einklang mit Lamartine) angeschlossen, wonach der Staat „das Recht auf die Existenz durch die Arbeit“ gewährleisten soll. Lachen Sie nicht, wenn Sie diese Worte lesen, man hat in allem Ernste hier über das Recht auf die Existenz verhandelt, und das Amendement des Hrn. Glais-Bizoin ist glücklich mit 596 Stimmen gegen 187 verworfen worden. Hr. Dusaure schlug nun Namens der Kommission eine neue Fassung vor, nach welcher „die Republik durch brüderlichen Beistand,“ sei es durch Verschaffung von Arbeit in den Grenzen ihrer Hilfsmittel, oder wo dies nicht durch die Familie geschehen kann, durch Gewährung von Unterstützung an die Arbeitsunfähigen,“ die Existenz der bedürftigen Bürger sichern soll. Herr Bechard wollte nach den Worten „durch die Familie“ noch hinzugesetzt wissen „und die Gemeinde.“ Allein der Zusatz wird verworfen und der Paragraph der Kommission fast einstimmig angenommen. Einige Zusatzparagraphe zur Einleitung des Verfassungsentwurfs wurden zwar noch gemacht, aber alle verworfen, und endlich zur Verhandlung des 1. Kapitels der Konstitution selbst geschritten. Der 1. Artikel wird, nach Verwerfung eines Amendements von Pierre Leroux angenommen; ebenso der Reihe nach die folgenden bis zu Art. 5. Dieser spricht die Abschaffung der Todesstrafe für politische Verbrecher aus. Hr. Coquerel beantragt Abschaffung der Todesstrafe überhaupt. Hierüber wurde dann verhandelt bis Donnerstag.

** **Paris**, 16. Sept. Der Minister des Innern Hr. Senard hat heute in der Nationalversammlung auf eine Anfrage des Hrn. Baze zugestanden, daß die Regierung eine Anzahl Repräsentanten in die Departements schicken will, um sich einerseits über den Stand der Meinung dort genauere Kenntniß zu verschaffen, andererseits dieselben über den Gang aufzuklären, welchen die Regierung zu befolgen gedenkt. Sie hofft dadurch verstehend zu wirken, und die Gemüther für die Republik zu gewinnen, gegen die sich überall der Mißverstand offen kund gibt. Eine andere bemerkenswerthe Erklärung des Ministers war, daß der „National“, sein Blatt der Regierung, von ihr ganz unabhängig sei. — Hrn. Pascal Duprat's Abreise nach Wien ist verschoben worden in Folge von Nachrichten aus Wien und London, die für die Hoffnungen Frankreichs nicht günstig lauten. Man vertraut sich wenig Zugeständnisse mehr für Oberitalien und Piemont, weder von Wien noch von Frankfurt her. Karl Albert seinerseits soll sich weigern, auf eine Verlängerung des Waffenstillstandes einzugehen. — Hr. v. Segur-Dupeyron hat Befehl erhalten, unverzüglich auf seinen Posten als Generalkonsul zu Bucharest abzugehen. — Heute wurden von einer Dame und einem Herren auf dem Boulevard du Temple Stimmzettel zu Gunsten Ludwig Napoleond vertheilt. — Die Bronzefabrikanten haben den Handelsminister um Bewilligung einer Ausfuhrprämie von 10 pCt. für ihre Erzeugnisse auf einige Zeit angegangen.

Nachschrift.

☞ Zu **Frankfurt** ist es am 18. zum ernstlichen Kampfe gekommen; die Rothen steckten offen die rothe Fahne auf; sie wurden geschlagen. Näheres gibt unsere außerordentliche Beilage.

Für heute 20. beorgt man auch zu Konstanz einen Versuch der Republikaner zu Anlaß einer großen Studentenversammlung, die auf heute anberaumt war. Baden hat bereits an Baiern (und wahrscheinlich auch an Würtemberg) das Ansuchen um Absendung an Truppen für den Fall der Nothwendigkeit ergehen lassen.

Frankfurt, 17. Sept. (Abends.) Ich komme von einer Volksversammlung zurück, welche diesen Nachmittag auf der Pfingstweide vor dem Allerheiligenthore abgehalten wurde. Die Einladung war von verschiedenen Vereinen der Stadt ergangen, und es mochten sich etwa 5 bis 6000 Menschen, darunter nicht Wenige aus Hanau, eingefunden haben. — Auf der Tagesordnung war die Besprechung des gestrigen Beschlusses der Reichsversammlung über den dänischen Waffenstillstand; als Redner traten außer mehreren mir Unbekannten die Abg. Simon von Trier, Wesendonck, Zitz und Schlöffel auf. Mit dem Inhalt ihrer Reden kann ich Sie füglich verschonen, da sie nichts Anderes enthielten, als was auch in der Paulskirche von denselben Personen vorgetragen worden war; nur die Anträge und die von der Versammlung gefaßten Beschlüsse möchten der Erwähnung werth sein. Eine Adresse an die Reichsversammlung oder eine Proklamation an das deutsche Volk zu erlassen, wurde verworfen, dagegen der Beschluß gefaßt, morgen in Masse vor die Paulskirche zu ziehen, und durch eine Abordnung Denen, welche den Malmoer Waffenstillstand nicht verworfen haben, zu erklären, daß sie „Verräther am deutschen Volke“ seien. Ein zweiter Beschluß scheint dahin zu gehen, daß man beim Volke darauf hinarbeiten müsse, hinfort nur die linke Seite des Hauses als die Vertreterin Deutschlands anzuerkennen. Es wurde ein Ausschuß bestellt, diese Beschlüsse in's Werk zu setzen. Auf den weitern Verlauf der Dinge ist man allerseits nicht wenig gespannt; allem Anschein nach betommen wir morgen wieder eine stürmische Sitzung. Hoffentlich wird jedoch der Straßenkrawall keine Wiederholung finden. (Karlsr. Z.)

Frankfurt, 18. Sept. Um der Wiederholung unruhiger Auftritte vorzubeugen, wurde die Beschlüsse der gestrigen Volksversammlung sogar den Vorsitzenden zu bringen. Heute sind 2000 Mann Reichstruppen (ein Bataillon Oesterreicher und ein Bataillon Preußen) aus Mainz hierher beordert worden und bereit hier einzurücken. (Karlsr. Z.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 16. Sept. Oesterr. 5proz. Metall. 72⅛, 4proz. 60½, 3proz. 46⅜, 2½proz. 39⅛. Bank-Aktien 1600 fl. 4-Loose 118, 250 fl.-Loose 80½. Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87½, 5 pCt. Staatsschuldscheine 3½proz. 74¼. — Bayer. 3½proz. 77¼. — Ludwigsh.-Berbach. 67½. — Würtemberg. 3½proz. 75¼ 4½proz. 92½. — Bad. 3½proz. 73⅛. Loto-Aktien à 50 fl. 45⅛. 35 fl.-Loose 25⅛. — Darmstädt. 3½proz. 77½, 4proz. 94. Loto-Aktien von 50 fl. 62½, 25 fl.-Loose 20½. — Kurhess. Friedr.-Wilh.-Nordb. 42, 40 Thlr.-Loose 25¼. — Nassau. 3½proz. 80⅝, 25 fl.-Loose 20⅝. — Frankf. 3proz. 78, 3½proz. 90½, 85¼. Laumboahn 280 — Holländ. Integr. 45¼. — Span. 3proz. innere Schuld 18¼. — Pol. 300 fl.-Loose — | 200 fl.-Loose 67½. — Sächs. 36 Fr.-Loose 25½. Disc. 2.

Paris, 15. Sept. 3proz. 44,75. 5proz. 69,25. Schatzsch. 22¼. Bankaktien 1650.—. Stadtobligationen 1150.—. Bier Kanäle 900.—. Compt. von Nigier —. Belg. 5proz. von 1840 78.—, von 1842 79. 4½proz. —. 3proz. —. 2½proz. —. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 75.—. Röm. 5proz. 63½. Span. 5proz. Aktiva — Passiva —. Piem. 887,50. Haiti —. St. Germain 325.—. Versailles (rechte) 117,50. Versailles (linke) 101,25. Orleans 861,25. Rouen 1040.—. Havre 785.—. Marseille 202,50. Basel 86,25. Bierzon —. Boulogne —. Bordeaux 382,50. Nordbahn 377,50. Montereau 115.—. Lyon 362,50. Strasburg 347,50. Rantes 326,25. Dieppe —. Seeaux —. Montpellier —.—. Le Teke —.—.

Amsterdam, 15. Sept. 2½proz. Integr. 44⅝. 5proz. Schuld 52⅛. —. 4proz. 88¼. — 3½proz. bito — Bankschuldscheine 5proz. —. — 5proz. Kreolen 510 Pf. St. 8⅛. — Span. inländ. 6000 fl. — Coupons —. Portug. 5proz. 20⅞. 4proz. —. — Russische 4proz. bei Hope —. bito bei Stieglitz —. 5proz. Metall. 68⅝. — 2½proz. bito —.

London, 15. Sept. Konsols 86. Coup. —. Span. Akt. 10⅛. 5proz. 9⅞. Sproz. 23 P. 5proz. 8½. P. Pass. 2⅞. Portug. 5proz. —. 4proz. —. 5proz. — Holl. 4proz. 70½. P. 70⅝. Ö. 2½proz. 45 ⅜.

Madrid, 11. Sept. 5proz. 19¾. P. 19⅜. Ö. 4proz. —. 5proz. 10⅛. P. 10⅜. Pass. Schuld 3⅛. P. 3⅜. Ö. Coup. 7 P. Kurrent. Pass. Schuld —. Umtschare Schuld 5proz. —. Provis. Akt. 3⅛. Span. Fernandoband —. Disconto —. Wechselkurse: Paris 5 P. London 48 Ö.

Berlin, 16. Sept. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. Ct. Schuld-Sch. 74½. P. 73⅞. Ö. Seeh. Präm. Sch. 9. P. 87 Ö. K. u. Nm. Schuldv. 72½. P. 71⅝. Berl. Stadt-Obl. —. P. —. Ö. Westpreuß. Pfandbr. — P. 79½. Ö. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — P. 95⅓. Ö. 3½proz. 78¾. P. 78⅛. Ö. Ostpr. Pfandbr. — P. 86 Ö. Pomm. Pfandbr. — P. 89⅞. Ö. Kur- u. Neum. Pfandbr. 89½ P. 89⅛. Ö. Schlesische Pfandbr. — P. — Ö. Schlesische Z. B. gar. Pfandbr. — P. — Ö. Preuß. Bk.-Anth. Sch. 65½. P. —. Friedrichsd'or 13⅓. P. 13⅛. Ö. Und. Goldm. à 5 Tz. 13 P. 12⅞. Ö. Disconto 3½. P. 4½. Ö.

J. P. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Frankfurt, 18. September, Mittags 2 Uhr. Der heutige Tag hat mit Lärmen und Toben begonnen und wird wohl ohne Blutvergießen nicht enden. Die Bollsmenge, welche gestern zu der Versammlung auf der Pfingstweide bisher gekommen war, ist über Nacht geblieben und versuchte diesen Morgen die Paulskirche zu stürmen. Schon hatten sie die beiden Thüren an einer der Langseite gesprengt, als sie durch die Parlamentsdiener und einige Abgeordnete von innen und durch Militär von außen versagt wurden. Dabei erhielt einer der Stürmer einen Bajonettstich in den Schenkel, andere wurden unbedeutend verletzt — Da man darauf gefaßt war, daß die Rotten (Fig. Schlosser und Consorten) einen Gewaltstreich versuchen würden, um sich der Mehrheit zu bemächtigen, so waren in der Nacht mehrere Banner Preußen und Oesterreicher nach Gesprig von Mainz herübergezogen, und in den Straßen ringsum um die Paulskirche aufgestellt worden.

Nach dem Mißlingen des Angriffs auf die Kirche zog sich die Menge (nach einem ziemlich genauen Ueberschlag 1200 bis 1500 Mann stark, zunächst aus Mitgliedern der demokratischen und der Turnervereine von Mainz bis Hanau bestehend, denen sich jedoch im Laufe des Tages auch andere Elemente zugesellten), nach den engen Straßen um den Dom und nach der Trinke, wo sie im Augenblicke damit beschäftigt sind, die Mehlbuden einzureißen und aus Wagen und Kisten Barrikaden zu errichten. Mehrere derselben auf dem Romerplatze sind von den Reichstruppen sogleich wieder zerstört worden, auf die Hauptstellung der Aufrührer im untern Theil der Zahrgasse, welche mit Aexten, Mistgabeln, Prügeln, alten Gewehren und Beilen bewaffnet sind, ist noch kein Angriff erfolgt. Ich sehe nach einige Bürgerwehrcanonen unter dem Haufen, und die rothe Fahne auf den Barrikaden. Wer der frühern Minister sind wieder auf so lange in Amtsentsetzt gerieten, bis das neue Ministerium gebildet sein wird. Ob sich dies v. Schwerling, der zugleich die Berufung der ausswärtigen Angelegenheiten übernimmt, Peucker, Mob. Mohl und Duckwitz, dem auch das Finanzportefeuille übertragen ist, v. Schmerling hat heute in der Paulskirche die Erklärung abgegeben, auf Verlangen des hiesigen Senats werde von nun an das Ministerium den Schutz der Nationalversammlung selbst über sich nehmen und jeden Angriff gegen dieselbe als Hochverrath behandeln.

3 Uhr Nachmittag. Ich komme von einem Gange durch den umwallten Stadtheil zurück, in dessen Mitte sich meine Wohnung befindet. Nirgends mehr ist durchzukommen, überall doppelte und dreifache Barrikaden von Fässern, Fässern und Pflastersteinen. Das erste Blut ist in der Dongesgasse geflossen, wo die Oesterreicher eine Barrikade zu erstürmen versuchten. Die Vertheidiger derselben schossen durch die Lücken hinaus, die Truppen herein und es blieben zwei Mann auf jeder Seite. Die Oesterreicher zogen sich hierauf wieder außer Schußweite. Der westliche Theil der Stadt vom Romerberg an, sammt der Paulskirche ist in den Händen der Truppen, der östliche und Sachsenhausen, welches ebenfalls verrammelt ist, in denen der Rotten. Die Bürger stehen herum, gegen sich aber das unruhige fremde Volk, das bei Gelegenheit der Befestigungsarbeiten in den Mehlbuden schon wacker gestohlen haben soll, und machen die Faust im Sack. In einzelne an den Ecken stehende Häuser werden Pflastersteine getragen, alle Eisenläden in der Zudengasse sind rein ausgeschmiedet, und daselbst eine Menge neuster Gewehre und verrosteter Lanze erbeutet worden.

So eben ziehen Darmstädter Truppen über die neue Eisenbahnbrücke, welche unterhalb der Stadt liegt. Die obere alte Brücke ist im Besitz der Aufrührer und verbarrikadirt. Das österreichische Gesindel steht am Taunusbahnhof. Die Thore und Zugänge zu der Stadt sind besetzt, um das Eindringen der aus der Nachbarschaft anrückenden Banden zu verhindern.

4 Uhr. Die Darmstädter kommen den Staden herauf, fassen die Fahrgasse von der Brücke her, rücken zweimal unter fürchterlichem Feuer gegen die Barrikaden und nehmen sie der Reihe nach mit Sturm. Die preußischen Schützen liegen in der Zeil auf dem Boden, und unterhalten ein beständiges Feuer nach dem Bollwerke der Hasen- und Fahrgasse

5 Uhr. Das Feuern läßt nach, die Rothen sind geschlagen.

(Die Post geht ab.)

Schweiz.

Der schon erwähnten daherigen Note an den Vorort entnehmen wir folgende die Verhältnisse sehr richtig würdigende Sätze: In der geehrten Note des Vorortes, und Hochmögenheren wird zwar bezeugt anerkannt, daß gegen die Flüchtlinge keine exorbitante Maßregeln von Gutachten seit vorgebracht worden seien, und so lange sie die Ruhe der Nachbarstaaten nicht unmittelbar kompromittiren, könne man die Beherbergen nicht für begründet ansehen. Allein wenn auch die Klugheit die Flüchtlinge bis jetzt abgehalten hat, eine solche unmittelbare Störung der Ruhe zu verbauen, so läßt sich doch eine fernere Thätigkeit auf auf vielfache verderbliche Weise gegen ein Land üben, und die Dulkung dieser Thätigkeit ist es, welche die große Regierung mit dem freundschaftlichen Benehmen einer Nachbarregierung nicht in Einklang zu bringen vermag. Vollständige Beweise für einzelne Thatsachen, für ihre größere oder geringere Bedeutung sind natürlich schwer beizubringen, wo das fremde Gebiet der angeführten Erörterung der Wahrheit entgegenstehen; wenn aber die aber einen großen Theil von Europa verbreitete Notorietät des schon viele Monate fortgesetzten Treibens dieser Flüchtlinge, wenn ihre eigenen täglichen offenen Eröffnungen und Gestandnisse in ihren zu diesen Zwecken bestimmten gedruckten Presse nicht genügen, um den Beweis zu liefern, daß sie den fremden Boden nicht zum ruhigen Schutze suchten, sondern zum gänzlichen Sturmwind für ihre gegen ihr Vaterland gerichteten verderblichen Pläne mißbrauchten, so wäre es wohl auch vergeblicher Mühe, der größern Gemeinheit der einzelnen Thatsachen nachzuforschen. Tausende von Reisenden haben es seit Monaten erfahren, mit Augen sehen und in alle Länder die Bestätigung davon bringen können, daß diese Flüchtlinge auf dem schweizerischen Boden rastlos dasselbe Streben gegen ihr Vaterland verfolgen, wegen dessen sie auch denselben kürzlich gewerden sind, daß sie durch ihren steten Verkehr mit der Bevölkerung an der Grenze und die Verbreitung der Grenzpässe ihrer Presse eine verwüstende, in hohem Grade verderbliche politische Ansteckung unterhalten, durch Täuschungen des Volkes viele Familien ins Verderben bringen, die Lassen des Landes vermehren, zu Plünderungen und Unruhen im Oberen Anlaß geben, und den Sinn der ihrer Verführung zugänglichen Bevölkerung von den wahren Interessen des deutschen Vaterlandes abwendig machen. Die große Regierung kann und will nicht annehmen, daß der h. eidg. Vorort dieses Alles für Nichts achte; sie hat zu viel Vertrauen auf den ehrlern Sinn des schweizerischen Volkes und seiner Regierungen, um zu glauben, daß man dem bei weitem größern Theile der Zufluchtung einer solchen Rotte von Nachtbreilen, die man von dem Nachbarstaate abhalten könne und solle, gleichgültig mit ansehen und dabei noch die Meinung bewahren könne, daß man die völkerrechtlichen Verbindungen in allen Treuen handhabe.

Was dann insbesondere die Beschwerde wegen der Presse betrifft, so wird die große Regierung in der vorerwähnten Note an die Gerichte der einzelnen Kantone verweisen, um dort ihr Recht zu suchen. Die große Regierung hat es immer als einen natürlichen Ausfluß der Preßfreiheit betrachtet, wenn sie nur der Land in der gewöhnlichen schweizerischen Tagespresse seit Jahren ungeahndet und beleidigende Angriffe aller Art erfahren hat. Sie legt hierauf kein besonderes Gewicht und niemals wird es ihr einfallen, deshalb zur Klage zu greifen. Von ganz anderer Natur ist aber tiefwüste Presse, welche erst von den Flüchtlingen gegründet und unterhalten, ihre ganze Existenz von dem ihnen gewährten Asyl verschweigt. Die Gegenpässe erreichen sind, nach der ausgesprochenen erklärten Absicht der Urheber und nach ihrem ganzen Inhalte nicht für die Schweiz, sondern lediglich und allein für Deutschland bestimmt und gegen die deutschen Fürsten, Verfassungen und Regierungen gerichtet. Der schweizerische Boden hatte an der Grenze dient bloß zum sichern Hinterhalte, von wo aus die Flüchtlinge unerkannt von schweizerischen Firmen ihre giftigen Pfeile gegen ihr Vaterland abdrucken. Durch Verbreitung aufrührerischer Flugschriften in Tausenden von Exemplaren, die auf Schleich- und Handelswegen im Verkehr und im täglichen Umgang mit der Grenzbevölkerung selbst durch fortweite unentgeltliche Verabreichung unter Soldaten und Volk nach Deutschland herein verbreitet werden, sowie durch die Flüchtlinge vom fremden Boden aus angeführt ihren Krieg gegen ihr Vaterland mit den verderblichsten Waffen führt. Ein solches Verfahren läßt sich unmöglich als ein bloßes Preßvergehen bezeichnen, vielmehr wird Jedermann zugestehen müssen, daß dasselbe ein wahres fortgesetzter Akt der Feindseligkeit eines unter dem Schutz schweizerischer Behörden handelnden Feindes ist, durch den das friedliche Nebeneinanderbestehen freundschaftlich gesinnter Staaten wesentlich gefährdet werden muß.

(Bas. Z.)

Nr. 73.

Neue Münchener Zeitung.

Donnerstag den 21. September 1848.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 21. September.

Um mit dem Beginn des nächsten Schuljahres die beabsichtigten Reformen in der Organisation des Kadettenkorps anbahnen zu können, hat Se. Majestät der König nachstehende Verfügungen getroffen: 1) Mit dem neuen Schuljahre 1848/49 tritt im Kadettenkorps der modifizirte Gymnasialkursus in Wirksamkeit. 2) Die Zöglinge der bisherigen 5. Klasse treten, soweit sie zum Vorrücken befähigt sind, in die 4. Klasse des Militärgymnasiums über. 3) Die 6. und 7. Klasse verbleiben in ihrer bisherigen Studeneinrichtung. 4) Mit dem Schuljahr 1849/50 wird die allgemeine Bewerbung zum Militärgymnasium eröffnet. Die Zöglinge des bisherigen Kadettenkorps konkurrieren mit den übrigen Bewerbern und haben unter den Gleichbefähigten den ersten Anspruch auf Aufnahme. Behufs der Aufnahme in das künftige Militärgymnasium muß der Bewerber in einer Prüfung die erforderlichen wissenschaftlichen Vorkenntnisse und Fertigkeiten nachweisen, und zwar in der Religion, in der deutschen, lateinischen und französischen Sprache, in der niederen Mathemasik, in der Geschichte und Geographie, in der Kalligraphie, im Handzeichnen und im Turnen, und mindestens die mittlere Note „gut" als allgemeine Prüfungsnote erreichen. 5) Die Zöglinge der 2., 3. und 4. Klasse sind für die Bewerbung um das Militärgymnasium vorzüglich vorzubereiten. Der Lehrplan dieser Klassen ist daher vom beginnenden Schuljahr 1848/49 an mit dem Lehrplane der entsprechenden lateinischen Schulen in Uebereinstimmung zu bringen u.s.w. 6) Für das Vorrücken in die höheren Klassen sind, von dem Schuljahre 1848/49 anfangend, jene Normen zu Grunde zu legen, welche zur Aufnahme in das Militärgymnasium festgesetzt sind. 7) Dem Ermessen der Eltern aller Zöglinge der 2. bis 5. Klasse ist es anheimgegeben, zu erwägen, ob ihre Söhne nach Maßgabe ihrer bisherigen wissenschaftlichen Fortschritte zu der Hoffnung berechtigen, daß sie den neuen und strengeren Anforderungen der künftigen Kriegsschule genügen werden. Insbesondere sind die Eltern der Zöglinge der 4. und beziehungsweise der 5. unteren Klasse aufzufordern, in Erwägung zu ziehen, ob sie unter ihren Verhältnissen nicht lieber ihre Kinder zu sich nehmen und unter ihren Augen für den weiteren Unterricht in der Kriegsschule vorbereiten lassen wollen, wobei ihnen zugleich zu eröffnen ist, daß jenen Zöglingen, welche durch ihre Eltern aus der Anstalt genommen werden, gleich den in der Anstalt verbleibenden der erste Anspruch auf Aufnahme zugesichert bleibt, wenn sie in der Aufnahmsprüfung bestehen, sowie daß solche Zöglinge, wenn sie im Genusse einer Kostgeldmitunterstützung sind, längstens bis zu dem Lebensjahre, in welchem die Aufnahme in das Militärgymnasium zulässig wird, folgende Unterstützungen erhalten, und zwar ein Zögling, welcher im Genuß einer Freistelle war, jährlich 300 fl., wenn er 102 fl. Kostgeld zu entrichten hatte, 200 fl., und wenn er 204 fl. Kostgeld bezahlte, jährlich 100 fl. Bei ihrem Austritt aus der Anstalt wird überdieß jedem dieser Zöglinge eine Summe von 36 fl. zur Ausstattung mit Kleidstücken eingehändigt. Die Bewerber um Aufnahme in die 1. Klasse des Militärgymnasiums sollen am Tage der Aufnahmsprüfung (8. Oktober) das 15. Lebensjahr vollendet, bad 17. aber noch nicht überschritten haben.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 18. Sept. (80ste Sitzung der konstituirenden deutschen Nationalversammlung.) Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte. Die Sitzung wird um 9½ Uhr durch den Präsidenten H. v. Gagern eröffnet. Die außerhalb der Paulskirche stehenden Truppenabtheilungen der Mainzer Bundesvestungsbesatzung, welche in Folge der gestrigen Vorgänge hierher requirirt worden waren, haben sich in entfernetere Stadtheile zurückgezogen. Mehrere Reklamationen gegen das Protokoll der letzten Sitzung werden von den Abgeordneten Schaffrath, Rüder und Schober erhoben. Beim Artikel 137 (Religion) gleichen Sinnes, wie dieß das Protokoll bezeichnet, der zweimaligen Abstimmung über die Trennungsfrage des Masorietatsvertrags, und bezeichnet den Herzog von Augustenburg als einen der Zuhörer, welche während dieser Abstimmung die Sitze der Abgeordneten eingenommen hatten. (Unruhe.) Der Präsident droht, die Galerieen räumen zu lassen und weist Wigard's Verweisung auf die Geschäftsordnung zurück, worauf Wigard von der Rednerbühne sich rechtfertigt. Hartmann verlangt, daß im Protokolle angeführt werde, obige Abstimmung habe nur eine Majorität von zwei Stimmen gehabt. v. Soiron, welcher die letzte Sitzung präsidirt hatte, bemerkt hierauf, daß diese geringe Majorität in ihrer Abweichung zur ersten Abstimmung durch Abwesenheit der Mitglieder und Urtheilsänderung entstanden sein könne. Berger erwähnt, daß der Präsident, H. v. Gagern, mit dem Beginnen der Rede des Abg. Heckscher den Vorsitz an Herrn Soiron abgetreten habe, und verlangt deßfallsige Bemerkung im Protokoll. H. v. Gagern widerlegt den Redner, indem er erklärt, daß er nur deßwegen Herrn Soiron mit dem Vorsitze beauftragt habe, weil er an der Debatte habe Antheil nehmen wollen, welche Absicht er jedoch der großen Rednerzahl wegen später wieder aufgegeben habe. Einer eben gemachten Berichtigung zufolge habe der Herzog von Augustenburg nicht auf einer Abgeordnetenbank, sondern auf dem für die Zuhörer bestimmten Platze sich befunden. Es wird ein Schreiben des Reichsministers des Innern an den Präsidenten der Reichsversammlung des Inhalts verlesen, daß, nachdem der zweite Vizepräsident v. Hermann das ihm zur Bildung eines neuen Ministeriums übergebene Mandat wiederum in die Hände des Reichsgewalt zurückgegeben, das interimistische Reichsministerium sich bereit erklärt habe, die Führung seiner ferneren Regierungsgeschäfte mit voller Verantwortlichkeit bis zur Ernennung eines neuen Kabinets fortzuführen. Inzwischen sind die auswärtigen Angelegenheiten dem Reichsminister des Innern, Hrn. v. Schmerling, und das Portefeuille für die Finanzen dem Handelsminister v. Duckwitz übertragen worden. Die Abgeordneten Gisser aus Brixen, Blumenröder aus Bayern, und v. Linbenau, letzterer mit einem Begleitschreiben, die Arbeiten der Ausschüsse für die Geschäftsordnung, für die Zentralgewalt und den Legitimationsausschuß betreffend, zeigen ihren Austritt aus der Nationalversammlung an. Berger aus Wien interpellirt den Kriegsminister wegen der militärischen Besetzung des Platzes bei der Paulskirche und der Artilleriestellung in Bockenheim. v. Schmerling: Auch ohne diese Interpellation wisse ich der Reichsversammlung eine Anzeige über diesen Gegenstand gemacht haben. Die vorgefrigen Ereignisse, so wie die gestrigen sind bekannt. Der Senat der freien Stadt Frankfurt hat Anlaß genommen, dem Reichsministerium eine Zuschrift zuzustellen, worin er gegen diese Behörde die Ansicht ausspricht, daß in Erwägung der Gefahr, welche der Nationalversammlung öffentlich angedroht worden, und in Ansehung neuer Zuzüge von Menschenmassen Vorkehrungen zum Schutze der Reichsversammlung und zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe zu treffen seien. Das Reichsministerium habe es, gestützt auf diese in der heutigen Nacht ihm zugekommene Mittheilung für seine Pflicht gehalten, die geeigneten Maßregeln zu treffen und zum Schutz der Versammlung Reichstruppen aus Mainz zu requiriren. Die Versammlung könne daraus auf Handhabung der Ordnung rechnen; außerdem bedt Hauss möge man aber bedenken, daß jeder Angriff auf dieselbe ein Hochverrath sei. (Schluß folgt.)

Ein Mahnruf an alle guten Bürger.

München, 20. Sept.

**Die Demokraten haben endlich die Maske vollends abgeworfen, sie haben am 18. September zu Frankfurt offen ihre wahre Fahne, die rothe, das Banner und Abzeichen der Anarchisten alles Länder aufgesteckt, und im offenen Kampfe gegen die Beschlüsse der Mehrheit der Reichsversammlung sich aufgelehnt. So lange die Mehrheit sich gefügig zeigte, mehr oder weniger durch ihre Vorspiegelungen sich täuschen oder durch ihre Drohungen sich einschüchtern ließ, hielten sie an sich; sie glaubten auf Schleichwegen der List zu ihrem Ziele gelangen zu können. Den Beschlüssen der Reichsversammlung fügten sie sich, so lange dieselben ihnen zusagten. Jetzt, wo dem Augenblicke an, wo diese Beschlüsse gegen ihre Wünsche gingen, verlagen sie den Gehorsam nicht mur, sie glaubten den Augenblick gekommen, wo sie mit Erfolg loschlagen können. Sie scheuen sich nicht, selbst die Hilfe der Anarchie über unser ohnedieß schon genug durch ihre Wühlereien zerrissenes deutsches Vaterland herbeizurufen, aufs Neue die Fackel des blutigen Bürgerkriegs zu entzünden. Wir wußten längst, was wir von ihnen zu hoffen und zu fürchten hatten, jetzt ist es Zeit, wo die Thatsachen so laut sprechen, einsehen —, was von der Aufrichtigkeit dieser Partei zu halten ist, die auf der einen Seite auf unbedingte Unterwerfung der Regierungen wie der Völker unter die Beschlüsse der Reichsversammlung und die Zentralgewalt dringt, zu diesem Zwecke Volksversammlungen veranstaltet, Adressen erläßt, auf der andern Seite aber zuerst die Fahne des Aufruhrs aufpflanzt gegen eben diese Beschlüsse, sobald sie ihr nicht zusagen.

Wir haben unsern Lesern schon gestern in einer außerordentlichen Beilage die traurigen Vorgänge des 18. zu Frankfurt mitgetheilt. Unser

Schmerz, unsere Entrüstung über dieselben wird von jedem gefheilt werden, der es gut meint mit dem Vaterlande. Wenn wir uns auch nur freuen können über den für die Verbreitung von Gesetz und Ordnung segsdsten Ausgang des blutigen Kampfes, so bleibt darum nicht minder der betrübende Umstand, daß es ein Kampf zwischen Brüdern war. Aber mit Klagen ist in solchem Unglücke nicht geholfen; jetzt gilt es, der drohenden Gefahr muthig ins Auge zu schauen, und zu manhaften Entschlüsse, zur kräftigen That sich zu erheben. Wenn je, so ist jetzt der Moment, wo die guten Bürger, alle wahren Freunde der Freiheit sich zusammenstehen müssen, um diese zu retten und zu wahren vor den Gefahren, die sie drohen von den Verbrechern der Gesetzlosigkeit, von den Apostaten der Wahrheit.

Wir haben mehr als einmal schon auf die Taktik der Demokraten hingewiesen, und ihre gehetzten und offenen Manöver enthüllt, mit denen sie das Volk zu hintergehen, und zum unbewußten Werkzeuge ihrer Plane zu machen suchen. Wir werden nicht ermüden im Kampfe gegen dieselben, weil uns die Freiheit lieb ist der Grundlage des Gesetzes und der Ordnung wahrhaft am Herzen liegt. Der jetzige Moment schreckt uns ein wenig. Sollte jetzt durch wortgetreuungene Entfernung aus dem Vaterlande es bösen müssen, daß er unter und mit den Kämpfern für gesetzliche Freiheit gefunden, in ernster Zeit, wo das freie Wort als ein Verbrechen galt. Er hat für die wahre Freiheit gelitten und gelitten, und wird, so lange noch ein Athemzug ihn belebt, auch nicht aufhören, dafür zu streiten, jetzt gegen jene, die an ihre Stelle die Zügellosigkeit setzen, und sie dadurch zu Grabe tragen möchten. Er hat nie um die Gunst der Menge gebuhlt, er wird eben so wenig sich herbeilassen, den Despotismus brutaler Gewalt zu schmeicheln, wenn derselbe von einer durch trostlose Einflüsterungen irregeleiteten Masse geübt werden wollte.

Dieselben Leute, welche hinter und überall die Unterwerfung unter die Reichsverfassung und -Zentralgewalt predigen, sie sind es, welche jetzt die freveinde Hand in die Arbeit des Parlaments legen, Spaltungen in offene Verfeindungen, ob sie bewußt oder unbewußt, ist eben Gläubigen und Mißtrauischen hetzen und Gewalt in die Hände zu spielen und die Republik aufzurufen. Mit Plünderung der Arsenalen sie haben sie ihren Zerstörungskampf begonnen, unter denselben Farben haben sie gekämpft, wie ihre Gleichgesinnten und Vorbilder zu Paris in den blutigen Junitagen: der einzige Unterschied ist nur, daß sie schneller und darum noch schmachvoller unterlagen. So standen die Dinge wenigstens vorgestern bei Postabgang. Wir hoffen, daß der Sieg der Ordnungsmänner von Hessen und Nassau ein definitiver sei; daß der sich erhebende Anarchie den Kopf sogleich zertreten worden ist; aber wir hoffen auch, daß die Zentralgewalt, gestützt auf die immense Mehrheit der ganzen Reichsversammlung und des gesammten deutschen Volkes endlich mit Nachdruck durchgreife und Maßregeln treffe, daß derartige Versuche sich nicht und nirgends mehr erneuern können. Wenn man die Vorgänge überblickt, die in den jüngsten Tagen wieder aus allen Gegenden Deutschlands und berichtet werden, so müssen man unwillkürlich schaudern, wenn man den Zusammenhang dieses ganzen anarchischen Treibens hezuerlegen wollte. Und wen erblicken wir überall an der Spitze, als Leiter der anarchischen Bewegungen? Ueberall sind es die Demokraten, die das Losungswort geben; und da müssen man und noch zu, den Vorspiegelungen derselben Glauben zu schenken, als sei es ihnen um die Freiheit, um die Ehre des großen deutschen Vaterlandes zu thun. Wir sprechen ohne Rückhalt unsere Ueberzeugung aus in der Wahrheit, standhaften nur von dieser Seite nichts weiter als ein Vorwand; sie wurde nur als eine willkommene Gelegenheit benutzt, um die schon lange auf alle Weise bearbeiteten Gemüther vollends aufzuregen und endlich zum Losschlagen zu bestimmen. Das Manöver glückte nur zu gut, wenn es auch am Ende am Hauptzwecke selbst fehlschlug.

So hatte man, als es um die Wahl des Reichsoberverwesers sich handelte, Alles aufgeboten, Einschüchterungen wie Bestechungen, um zuerst die Ernennung des Erzherzogs Johann zu hintertreiben. Nachdem dies nicht gelückt, wählte man den Augenblicklich der Ergebenheit für diesen, um den einzelnen Regierungen den Krieg zu machen, wegen angeblichen Widerstrebens derselben gegen Anerkennung der neuen Zentralgewalt; dieselben Leute, welche Alles gethan, um des Reichsverwesers Macht zu hintertreiben, erschienen auf einmal von seinen unglaublichen Feuereifer für Anerkennung der Gewalt beseelen beseelt; den Unbefangenen konnte freilich die plötzliche Umwandlung nicht täuschen, aber viele minder Klar Sehende oder allzu Vertrauensvolle gingen doch in die Falle. Und so wurde man denn nach zwei Seiten zugleich: einerseits glaubte man allmälig in der Reichsverfassung selbst das Lockergewicht, und damit auch den letzenden Einfluß auf die Zentralgewalt selbst erlangen, andererseits über die Macht der einzelnen Regierungen durch Auflösung von Zwietracht überall vollends brechen zu können, und da hätte man denn natürlich gewonnenes Spiel gehabt, wenn man das Ziel wie gesetzt erreicht hätte. Aber man hatte die Rechnung ohne den Wirth gemacht: die Reichsversammlung warf die Bande, mit denen man sie hatte umstricken wollen, ab, und da Blut freilich nicht mehr Kirsch, als entweder auf die Früchte oder Bösherigen Anstrengungen zu verzichten, sich dem so oft und laut von der Partei selbst niederholten Grundsatze, daß der Wille der Mehrheit entscheide, zu fügen, oder den Weg des Gesetzes zu verlassen, und bei der offenen Gewalt zu berufen. Man entschied sich für das Letztere: man muß also auch die Verantwortlichkeit dafür tragen und die Folgen davon hinnehmen.

Wir können nicht umhin, hier noch Einiges über die Vorgänge zu Frankfurt in der Nacht vom 16. auf den 17. nach der Abstimmung über die Waffenstillstandsfrage mitzutheilen. Was in jener Nacht vorging, so wie die Beschlüsse der am 17. gehaltenen Volksversammlung, bilden ja nur das einleitende Vorspiel zu den traurigen Ereignissen des 18. September. Wir folgen dem Berichte der „Speyerer Zeitung", eines Organs der Linken selbst, der von wenigstens ein Theil eine so hervorstechende Rolle in diesen Begebnissen gespielt hat. Uebereinstimmend mit unserem eigenen Berichte (siehe Beilage der Neuen Münchener Zeitung vom 19 September) meldet die Speyerer Zeitung", daß die vor der Paulskirche versammelte Masse das Heckerlied sang, „dessen Töne in die Kirche hineinschallten." Besonders groß soll die Erbitterung gegen die Weigerer der Schleswig-Holsteiner Abgeordneten gewesen sein, die sich den Thüren nicht entfernen konnten. Als Beweis, wie wenig die Freiheit und Unabhängigkeit der Abstimmung den Abgeordneten gesichert ist, mag die Angabe der Speyerer Zeitung gelten, daß nach Schluß der Sitzung die Abgeordneten der rechten Seite es nicht wagten zu ihrer Thüre herauszugehen, da es hieß, einige der Übrigen seien beim Herausbetreten die Stufen herabgerissen worden. Die Angehörigen der drei Fraktionen der Linken hatten sich, doch ein großer Theil, im deutschen Hofe versammelt, um daselbst zu berathen, was nun zu thun sei. Da war schon eine große Menschenmasse herbeigekommen, die verlangte, „die Minorität solle austreten, eine eigene Versammlung bilden und sich permanent erklären: das Volk stelle dieser Parteien Gut und Blut zur Verfügung." Aber auf Anipracchen Brüm's und Simon's von Trier (über welche die Speyerer Zeitung nichts Näheres angibt), zog die Masse wieder ab.

Nachdem sie nun in Begleitung wieder begonnen, so erschienen Deputationen von den 5 in Frankfurt bestehenden Volksvereinen. Vier derselben erklärten, (durch das Organ des Dr. Reinganum,) daß sie bereit seien, alle Weisungen der Linken zu vollziehen, und daß sie deren Befehle gewärtigten; ein fünfter Verein stellte „Alles, was dessen Mitglieder befehlen, Gut und Blut" zur Verfügung, „unter der Bedingung", daß dieselbe aus der Paulskirche austrete und sich permanent erkläre; die vier sich dem Antrage anschließenden Vereine, durch den Antrag angenommen worden, müßten, „um Gut und Blut mit Erfolg verspenden zu können, ihren Landsleuten ausgeliefert werden; wenn diese dieselben nicht an dem höchsten Laternenpfahl aufhingen, dürfe aber auch kein Tropfen deutschen Blutes mehr für Schleswig vergossen werden."

Eine solche Sprache wird haben hier worigetreten die Speyerer Zeitung (wie gesagt lassen) man der würdige Abgeordnete der Städtezenen am 18. September. Wir können nicht glauben, daß sie für sie bisher so treu gewesenen Linken Trennenden treidrugeben. Die Herren der versammelten Linken aber kamen nach längerem Hin- und Hertreden zu dem Beschlusse, daß man nicht zubreich genug sei, um überhaupt einen Beschluß zu fassen. Inzwischen hatten die Haufen in den Straßen unter fortwährender Absingung des Heckerliedes und Lebehochs für die Republik die bekannten Akte des Barbarismus gegen Personen und Häuser vorgenommen.

Wir können uns, indem wir diese ekelerschreiben, der Bedenken nicht erwehren, die wir schon früher einigemal äußerten über die Unzweckmäßigkeit der Wahl Frankfurts zum Sitze der Zentralgewalt und der Reichsversammlung. Wie wenig dort Bürgschaften für die Sicherheit beider gegeben sind, wie wenig namentlich die volle Freiheit und Unabhängigkeit der Abstimmungen der Abgeordneten gewährleistet ist, das haben die neuesten Vorgänge abermals schlagendst bewiesen. Der Senat der freien Stadt selbst erklärte zuletzt, daß er nicht die Mittel zu hinreichendem Schutze besitze, und das Reichsministerium mußte endlich nothgedrungen selbst die Zügel in die Hand nehmen, Truppen von Mainz und Darmstadt kommen lassen, um der Aufrührer Meister zu werden. Wird man daraus sich eine Lehre nehmen?

Wir haben in den nemlichen Augenblicke, wo uns diese Nachrichten aus Frankfurt zukamen, auch von einer neudrohenden Schilderhebung der Republikaner in Konstanz, die für den 20. beabsichtigt sein soll, vernommen, und in der That hat die badische Regierung bereits Truppenbestand auch von unserer Regierung angeschrochen, der, soviel wir vernehmen, auch sogleich gewährt wurde. Zu Heilbronn am 8., zu Gölingen am 17. hat man auf Volksversammlungen laut und ungestraft der Republik Lebehoch gebracht; am gleichen Tage erklärte ein Mann in der Versammlung bei München Lerchen unsere Wie alle deutschen Verfassungen für abgeschafft; zu Naumburg, zu Leipzig folgen unruhige Auftritte auf die blutigen kaum beendigten Straßenkämpfe in Chemnitz; und gerade heute bringt ein diesiges lokalblatt auch demokratischer Färbung förmliche Verschwörung, wie man es von demokratischer Seite anfangen müsse, um zum Zwecke zu gelangen. „Nicht zu unrechter Zeit muß man zum Aufruhr reizen . . . ." „Rube! — Ruhe! — besonnene, lauernde Haltung! energische aber nicht stürmische Propaganda bei den Bürgern . . . ." (Hört es, ihr Bürger Bayerns, und vor Allen ihr braven Bürger von München!) „Verbringt das Volk nicht, aber regt es auch nicht zur Unzeit auf" Wir haben hier nur einige Worte des krankfürstlerischen Artikels angeführt, die aber hinreichend sind zur Bezeichnung des Geistes, der im Ganzen herrscht.

Wir haben nichts beizusetzen; solche Sprache bedarf keines Kommentars, am allerwenigsten, wenn sie mit solchen Ereignissen anderwärts, wie die hier besprochenen, zusammentrifft.

Wir ziehen nur noch ein Wort der Mahnung an die Regierungen, daß sie endlich sich ermannen, kräftig dem Gesetze Geltung geben, und so den Bau der Gesellschaft, den die neuen Vandalen unserer Zeit durchaus umstürzen wollen, aufrecht halten; wir richten aber auch den Mahnruf an

alle guten Bürger, daß sie die Schwüre des Moments erkennen, und für Wahrung von Freiheit, Gesetz und Ordnung mannhaft mit den Regierungen, die nichts anderes wollen, als sie selbst, zusammenstehen. Nur darin liegt die Möglichkeit des Heils für Alle: nur Einheit gibt Stärke.

Deutschland.

* Die Nachrichten der „Allgemeinen Zeitung" über die blutigen Straßenkämpfe in Frankfurt a/M. (s. fügen zu dem, was unsere Korrespondenz (gestrige außerordentliche Beilage) berichtete, nur wenig Neues hinzu. Unwesentlich ist das Bestehen der Frankfurter Bürgerwehr, die trotz des gestiegenen Generalmarsches nicht erschien, obgleich 99 Hundertstheile auf Seite des Gesetzes und der Ordnung sind. Ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung bemerkt darüber: „Frankfurt wird diese Pflichtvergessenheit, ohne welche gar kein Kampf möglich gewesen wäre, theuer bezahlen müssen." Wie fragen, wie soll die Versammlung in einer Stadt Sicherheit finden, deren Bürger sich auf solche Weise bezeichnen, die keine Qualifikation unserer Seits bedarf? Derselbe Korrespondent berichtet dann von Abends 5 Uhr. So eben fallen in rascher Folge sechs oder acht Kanonenschüsse, welche gegen eine sehr feste Barrikade an der Mündung der Allerheiligengasse in die Zeil gerichtet zu sein scheinen. 6 Uhr. Es ist eine Waffenruhe eingetreten während welcher unterhandelt werden soll. Die Ausschreitungen verlangen den Abzug der Truppen, der natürlich nicht gewährt werden kann. Heute früh eine Schwadron dänemärkischer Reiterei und eine Batterie Fußkanonier über die Zeil. Das jubelnde Hurrah mit dem sie von den Preußen empfangen werden, und daß sie mit muntern Säbelschwenken beantworten, deutet auf einen blutigen Kampf, der überdieß in Sachsenhausen noch nicht aufgehört hat.

Großherzogthum Mecklenburg. Strelitz, 17. Sept. Der bisherige Minister v. Bernsdorff ist vom Großherzog mit der Bildung eines neuen Kabinets betraut. Bürgermeister Haurwick von Alt-Strelitz, Bürgermeister Rodenbau zu Brandenburg und Stadtrichter Held zu Woldegk sollen zu ihm berufen worden sein. Die Uebernahme haben sich nur bedingungsweise zur Annahme der Portefeuilles erklärt.

Preußen. — Die „Spener'sche Zeitung" vom 17. Sept. bringt energische Erklärungen des Majors v. Rauchhaupt, Kommandeurs des Füsilierbataillons des 2. Garderegiments, der Unteroffiziere und Füsiliere desselben Bataillons, und die Zustimmung des Obersten v. Kropff, Kommando unter dessen Befehl Regiment, zur Verfassungsfrage, in Betreff der bekannten Vorfälle in Potsdam. Fünf Füsiliere des Bataillons wurden am 11. Sept. auf Befehl des obengenannten Majors theils zum Disziplinar- theils zum Untersuchungsarrest geführt worden. Dies wurde von gewissen Personen benützt, um die Truppen aufzuhetzen, was durch reichliches Vertheilen von Branntwein, Zigarren ꝛc. bei einigen Wenigen auch gelang. Diese, aufgeregt durch das gefangene Gerücht, warfen gegen 5 Uhr in Gemeinschaft mit dem Pöbel in die Stadt geführt, um dort Exzesse zu verüben. Allein, als die Garnison in Folge dieser Auftritte zu den Waffen gerufen ward, stellten sich bald die ob dem Tumulte bisher theilgenommen habenden Soldaten, so daß von den 1000 Mann starken Bataillon beim Appell nur 68 fehlten, welche indessen zur Zeit des Tumultes bereits gleichfalls sich einfanden und ihre Abwesenheit auf den benachbarten Dörfern und Nichtbetheiligung am Tumult nachgewiesen haben. So ist es ferner erlogen, daß die Unterzeichnung einer Dankadresse an den Abgeordneten Stein eine Disziplinaruntersuchung veranlaßt habe, so wie es überhaupt erlogen ist, daß irgend eine Aufforderung zu einer derartigen Unterzeichnung ergangen sei. Daß dies Lüge ist es, daß kein Bataillon Einkehrzeit gehabt, ausgebrochen und nach Uebervölkerung der Wache in die Stadt gezogen sei. Schließlich erfuchten die Unterzeichner dieser Berichtigung alle Redaktionen, welche Berichte über die Vorgänge in Potsdam aufgenommen haben, auch diese Berichtigung ihren Lesern mitzutheilen.

⊙ **Berlin**, 17. Sept. Hr. v. Beckerath soll seine Bemühungen, ein Kabinet zu bilden fort. Hr. Pinder ist hier, und nach Potsdam zum König berufen worden. Auch Hr. v. Radowitz ist seit mehreren Tagen hier anwesend, es scheint aber nicht, als ob seine Anwesenheit mit der Bildung des neuen Kabinets in Verbindung stünde. Der König hat der „Neuen preußischen Zeitung" zufolge einen Erlaß an die Armee ergehen lassen in Betreff des Eisenschen Antrags. Die Cholera scheint im Abnehmen zu sein; es sind in den beiden vergangenen Tagen nur 85 Personen erkrankt.

Potsdam, 16. September. So eben komme ich von dem Einmarsch des 1. Bataillons Kaiser Alexander-Grenadier-Regiments zurück. Ein herzerhebender Empfang! Schon am frühen Morgen war Alles in Bewegung. Die Bürgermehr mit Blumensträußen in den Gewehrläufen, die Schützengilde, die uniformirten Bürgerschützen; sämmtlich mit ihren Fahnen und Musik, zogen vor das Nauener Thor bis zur Platanen-Allee, wo sie das freudig aufgeschmückte Bataillon mit endlosem Hurrahruf, Fahnenschwenken und präsentirtem Gewehr empfingen, und auf dem ganzen Wege, bis zum Schlosse in der Stadt, ein wahrer Regen von Blumen und Gränzen auf die tapferen Soldaten niederfiel. Beim Marktplatze hatte die Bürgerschaft die Stadtverordneten, den Ornat, den Stab des Regiments empfangen, und von diesem Augenblick an glich der Marsch der Truppen einem fortdauernden Triumphzuge. Die Tornister, Helme, Flügeldörner, Gewehrläufe und Bajonette waren voller Bouquets und Kränze, der Bataillonskommandeur und Adjutant durchstäubt damit bedeckt. Die Fahne wurde überall mit Hurahrufen und Jubelgeschrei begrüßt, und die Musikkörbe der Bürgerwehr spielten fortwährend: „Ab bin ein Preuße ich". Im Lustgarten angekommen, und von einer unübersehbaren Menge umringt, wurde das Bataillon in Kolonne mit der Mitte aufgestellt. Se. Maj. der König, umgeben von den Prinzen und einer glänzenden Suite, erschien vor der Front und redete die Truppen an. Ich konnte nur verstehen: „Ihr habt Euch die Achtung der Feinde und des gesammten deutschen Vaterlandes erworben!" Mehr konnte ich vor dem unbeschreiblichen Getöse nicht hören. Bei dem mit erlogenen Thatsachen motivirten Rufe die Züge der ungerechtfertigt Gekränkten wie der Wiederaufgerichteten von Blumen auf Bajonnetspitzen und Helmen. Selbst die Stabsoffiziere rissen mit diesem Schmuck bedeckt vorüber. Die äußere Erscheinung des Bataillons war vortrefflich. Die Unförmlichkeit hatte in dem sinnmonatlichen Feldzuge wenig gelitten. Dagegen trugen alle Gesichter Narbe und feine ächte Soldatenfarbe, die nach Wunden und Pulvrauchbesitzen aussieht. Gleich nach dem Vorbeimarsche rückte das Bataillon nach dem Städtischen Exerzirplatz, zwischen Potsdam und Potsdam, in Kantonnement, wo es bis zum Eintreffen der anderen Bataillone stehen bleiben wird, um dann, von dem General v. Wrangel gefolgt, in Berlin einzurücken, wo vor dem Zeughause, wie man sagt eine große Parade stattfinden soll, wie dies sein allen Zeiten in Preußen gestehen ist, wenn die Truppen siegreich aus einem Feldzuge zurückkehren. Gleich nach dem Einrücken des Königs wurde der General v. Wrangel und Gegenstand der freudigsten Ehrenbezeugungen. Er hatte mit seinen Adjutanten zu Fuße dem Vorbeimarsch des Bataillons zugesehen, und wurde erst von den Zuschauern erkannt, als er in seinen Gasthof zurückkehren wollte. Er soll, als ein Zeichen seiner Huld, sich verneigt haben. Ich bin der Meinung, daß dies Bataillon, das in Folge des Vorbeimarsches

in Corso zu verbieten, ihre Häuser auszuschmücken mit der Drohung, daß ihnen sonst die Fenster eingeworfen würden. Ich weiß auf guter Quelle, daß man mündlich und schriftlich in den Pabst drang, sich mit die Karbinäle nicht der größten Gefahr auszusetzen durch Vornahme der Feierlichkeiten des Festes. Allein er blieb unerschütterlich und das Fest fand wie gewöhnlich statt. Der hl. Vater wurde auf dem Corso der wie immer geschmückt war, vortrefflich empfangen. Ja sogar der Prinz Canino wurde genöthigt, seine Fenster mit Teppichen zu schmücken. Die Rufe: „den Segen, hl. Vater! und es lebe Pius IX.!“ ertönten. Doch wurde der Karinal Altieri, der auch in der Nähe des Pabstes sich befand, ausgepfiffen. Die Nationalgarde war indeß nicht sehr zahlreich erschienen. Die große Mehrheit der Bevölkerung von Rom will sicherlich nichts von der Republik wissen, die ihr nur Elend bringen würde. Leider fehlt es hier an einem tüchtigen, kräftigen Staatsmann, der bis zum Wiederzusammentritt der vertagten Kammern etwas Ordnung in die innere Verwaltung zu bringen, besonders bei Polizei und den Finanzen eine bessere Organisation zu geben vermöchte. Neuerding spricht man davon, daß der Graf, der früheren römischen Gesandten, das Portefeuille des Innern übernehmen werde. Auch von neuen Veränderungen in den Nuntiaturen geht die Rede. Monsignor Garibaldi, zeigt zu Neapel, wurde Nuntius zu Paris, wo er schon früher unter Ludwig Philipp, dessen höchstes Vertrauen er genoß, über 10 Jahre als Geschäftsträger und Internuntius gewesen war. Monsignor Fornari würde den Kardinalhut erhalten und nach Rom zurückkehren, um hier an die Stelle des Kardinal-Staatssekretärs Sagilia zu treten. — Die Einnahme von Messina durch die neapolitanischen Truppen hat wie ein Donnerschlag auf die Freunde der Unabhängigkeit Siziliens gewirkt. Sie hatten sicher auf die Niederlage der neapolitanischen Armee dort gerechnet. Nach 48stündigem Kampfe hat General Filangieri am 7. die Stadt, die Forts und alle Schiffe im Hafen genommen. Die telegraphische Depesche, welche dies heute in der Gazzetta de Roma meldet, trägt das Datum vom 8. — Ueber den Stand der Dinge zu Neapel selbst sind Neuen noch keine direkte Berichte zugekommen. Es herrscht wieder Ruhe und Ordnung daselbst. Der König hat seit dem 25. Mai seinen Palast nicht verlassen. Bei dem Feste von Piedigrotta empfing er den Segen auf einem Schiffe, das in geringer Entfernung der Kapelle gegenüber angelegt hatte. Das neapolitanische Ministerium soll den Sizilianern neue Vergleichsvorschläge gemacht haben, und man hofft noch immer auf diesem Wege der Fortsetzung des Kriegs vorbeugen zu können.

Genua, 12. Sept. Es scheint, daß man sich in Piemont mit der Verlängerung des Waffenstillstandes. Karl Albert ist in der peinlichsten Verlegenheit. Die Gesandten Frankreichs und Englands bestehen auf der Einstellung aller Feindseligkeiten, so lange die Unterhandlungen der vermittelnden Mächte dauern. Die Agitatoren in eigenen Land, die Klubbs, die Flüchtlinge, die politischen Emissäre aus andern Theilen Italiens drängen zum Krieg, Verlängern den König den Waffenstillstand, so wird das Geschrei über Verrath wieder in seinem Palaste Chorus auf allen Winkeln Italiens schallen, und eine gewaltsame Bewegung in dem republikanisch gesinnten und höchst kriegslustigen Genua steht zu erwarten. Dort ist General Giacomo Durando, der neue, mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattete königliche Kommissär, angekommen; er hat den Auftrag, die Republikaner niederzuhalten, wäre auch durch Kanonen. Aber gleich bei seiner Ankunft fand der General noch für gut, die exaltirten Patrioten auf die baldigste Erneurung des Krieges zu vertrösten.

Im Hauptquartier selbst will die Stimmung getheilt sein. Karl Albert hätte lieber den Frieden; ihm machen die Klubbs und die zahlreichen lombardischen Flüchtlinge, seine Todfeinde, schlaflose Nächte. Seine beiden Söhne neigen sich zur kriegerischen Partei. Unter den Generalen, überhaupt unter allen Offizieren, ist die Ansicht vorherrschend, daß man ohne französische Hilfe gegen die Oesterreicher das Feld nicht behaupten könne. Selbst unter der hier stehenden savoyischen Brigade, der besten Truppe des Heeres, höre ich Das oft aussprechen. Ueberhaupt ist die Entmuthigung in der piemontesischen Armee groß und geht vom General bis zum Gemeinen herab. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß trotz der 120,000 Mann, welche Piemont mit Inbegriff der Reserven und der mobilisirten Nationalgarde auf den Beinen hat, Radetzky's Marsch gegen Turin auf keinen bedeutenden Widerstand stoßen, daß er nach einem unzweifelhaften Sieg bei Alessandria die Hauptstadt Karl Albert's einnehmen würde. Die Oesterreicher haben ihre Hauptmacht gegen Piacenza vorgeschoben, und beherrschen dort eine vortreffliche Position, indem sie den Po bereits überschritten, den Tessino umgangen haben, und in drei Tagmärschen das Hauptquartier des Königs erreichen können. Karl Albert läßt bei Marengo Schanzen errichten, als erwarte er auf diesem berühmten Schlachtfeld Bonaparte's auch für sich die nächste Entscheidung. Der treffliche Kavallerie Oesterreichs würden die dortigen freien Ebenen besser zusagen, als der mit Gärten und Reben dicht bedeckte Boden der Lombardei, wo der Feind die Möglichkeit gehemmt ist, am Tressen Theil zu nehmen. Hier dauert der Kriegslärm fort, und man sollte nach all' dem Geschrei in Kaffeehäusern, Klubbs, Theatern, und auf der Gasse nicht anders denken, als daß es morgen wieder zum Schlagen komme. „Guerra! Guerra! Morte all' Austria!“ ist der ewige Refrain, der an allen Straßenecken zu lesen, den die kleinen Blätter unaufhörlich wiederholen, den der Bänkelsänger auf der Gasse, der Aquaiuer, der Limonadier, der Komödiant auf der Bühne ruft. Und trennen glaube ich, daß ein lähmender Schrecken auch diese Hauptstadt befallen wird, sobald die Kolonnen Radetzky's sich vorwärts bewegen. Die große Masse der Bevölkerung nimmt ohnedin an diesem falschen Kriegsenthusiasmus keinen rechten Antheil, sie hört und schweigt oder stimmt nur mäßig in das Geschrei der Wühler ein. Aber sie läßt sich am Ende doch von den letzteren am Schleppseil ziehen, wie es leider überall geschieht. (Köln. Z.)

Frankreich.

** **Paris**, 17. Sept. Heute früh hat sich das Gerücht verbreitet, drei Minister nemlich die HH. Goudchaux, Marie und Senart würden auf dem Kabinette austreten. Gestern war sogar General Cavaignac auf dem Punkte seine Entlassung zu geben wegen der ungünstigen Aufnahme, welche die Absendung von Repräsentanten in die Departements, um diesen eine bessere Stimmung für die Republik zu geben, in der Nationalversammlung gefunden hatte. Doch hat es sich bei einer über heute Nacht Erklärung der Nationalversammlung in einer motivirten Tagesordnung beigelegt worden, fraft welcher der Regierung die Verantwortlichkeit für die Maßregel überlassen wird. — Hr. Pascal Duprat hat gestern eine lange Konferenz mit dem ungarischen Abgesandten Teleky gehabt. Hr. Pascal Duprat soll nicht blos nach Pesth, sondern auch nach Klausenburg und Hermannstadt sich begeben. — Bei den Nersatzmannswahlen hier macht man verschiedene traurige Wahrnehmungen. Die eigentlichen Wahlen sind in Ausübung ihres Wahlrechtes, während die Arbeiter ohne Ausnahme ihre Stimmzettel abgeben. Es ist daher noch keineswegs sicher, ob nicht am Ende die kommunistischen Kandidaten doch die Mehrheit erhalten.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 9. Sept. Die Cholera war hier bereits im Laufe des August im Abnehmen, indeß häuften sich zu Ende des Monats die Krankheits- und Sterbefälle wieder. Dazu gesellte sich das unsinnige Gerücht, daß sich die Mineralwasser mit den Armenleichen füllten, um die Proletarier durch giftige Arzneimittel zu beseitigen, und es kam daher zu Exzessen, indem Aerzte und zugefeilebte Personen auf der Straße insultirt wurden. Am 30. August wurden die Truppen gegen diese Volkshaufen beordert, welche dagegen an einer Straßenecke den Bau einer Barrikade begannen. Als jetzt die Soldaten Halt machten, erschien der Kaiser allein, mit einem Adjutanten, von Peterhof heimkehrend, auf dem Platze und befahl dem Militär, sich auf eine gewisse Entfernung zurück zu ziehen. Er besteig mit seinem Adjutanten die Barrikade und sprach zu der Menge: „Die Cholera sei ein Strafmittel Gottes, dessen Züchtigungen man sich zu unterwerfen habe, und das Gerücht von einer Vergiftung müsse man für eine Erfindung boshafter Menschen halten.“ Die Worte des Kaisers wirkten beschwichtigend auf die Menge, welche knieend, zum Theil lautlos, der Rede folgte. Als darauf einige Männer Widerstand erhoben, ließ sich der Kaiser von Volke selbst verhaften und dieses legtere kehrte ruhig nach Hause zurück. (Diese Thatsache hat ein aus St. Petersburg angekommener Reisender der Ostseezeitung mitgetheilt.)

Warschau, 12. Sept. Vom 8. bis 11. sind hier 173 Menschen an der Cholera erkrankt und 82 gestorben.

Nachschrift.

Frankfurt, 18. Sept. (Abends.) Frankfurt ist in Belagerungsstand erklärt und das Kriegsgesetz verkündet durch folgenden Erlaß des Reichsministeriums: „Belagerungsstand. Bei der Fortdauer des Aufruhrs wird Frankfurt in Belagerungsstand erklärt, und das Kriegsgesetz verkündet. Alle Vereine sind suspendirt, und es wird denen Mitgliedern streng verboten, sich zu versammeln. Wer zum Aufruhr reizt, wer den Truppen Widerstand leistet, oder sich nur unbefugter Weise bewaffnet einfindet, wird standrechtlich behandelt. Frankfurt 18. Sept. 1848. Das Reichsministerium des Innern. Schmerling.“

Außer den Truppen aus Mainz und Darmstadt ist auch das in Aschaffenburg stehende Bataillon Bayern hieher berufen worden. In daß eine Macht von etwa 10,000 Mann hier versammelt sein wird. — Zwei Abgeordnete, Fürst v. Lichnowsky und Oberst v. Auerswald, sind auf einem Spaziergange und fern vom Straßenkampfe meuchlings ermordet worden. Fürst Lichnowski hatte bereits gestern abreisen wollen, und seinen Aufenthalt dahier nur deßhalb verlängert, weil Hecksher, Heinrich v. Gagern und er, ihm als die von den Republikanern bezeichneten Opfer genannt worden waren. Ganz Deutschland wird die Entrüstung über dieses schändliche Attentat theilen.

London, 16. Sept. Konsols 86. Coup. —. Span. Akt. —, 3proz. 23 ⅜. 5proz. —. Pass. —. Portug. 3proz. —. 4proz. 21⅞. 5proz. —. Hol. 4proz. 71 ⅝. 70⅛. 2½proz. —.

Madrid, 12. Sept. 3proz. 19⅛. 5proz. 19⅛. Span. —. 5proz. 10⅛. 1000 Pfd. Schuld 3⅞. Coup. 7 ⅝. Amsterd. Pass. Schuld —. Amsterdamer Schuld 5proz. —. Provis. Lit. 3⅛. Span. Stock. Fernandobank 50—54 p. Diconto —. Wechselkurse: Paris 5 p. London 48 ⅜.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Das Recht auf die Arbeit vor der französischen Nationalversammlung.

(Fortsetzung.)

Hr. Thiers begann mit der Erklärung, daß er und seine Freunde der neu zu entwerfenden Verfassung eine ernste Geltung beilegen. Wir haben, sagte er, die Republik nicht gemacht, wir haben sie nicht gewünscht, wir nehmen sie an loyal und aufrichtig. Wir haben nie konspirirt, wir werden niemals konspiriren. (Beifall.) Wir werden stets Tag unser Bestes thun, auf daß die Angelegenheiten des Landes ihren regelmäßigen und guten Gang nehmen. Wir haben dem Königthum weder geschmeichelt, noch haben wir es verrathen; wir werden auch der Republik nicht schmeicheln, noch sie verrathen. (Neuer Beifall.) Wir werden ihr die Wahrheit sagen. Es ist uns manchmal schwer gemacht worden, sie zu sagen, sie vernehmen zu lassen; diese Schwierigkeiten haben uns nie entmuthigt, sie werden uns eben so wenig in Zukunft entmuthigen. Die Form, in welcher wir das Wohl des Landes zu begründen suchten, ist verbrochen; wir werden dieses Wohl auch unter der gegenwärtigen Form, wie unter der vorigen anstreben. Wir haben zu allen Zeiten die Freiheit gewünscht, nicht die der Faktionen, die anarchische Freiheit, sondern jene, welche darin besteht, die Angelegenheiten des Landes sicher zu stellen von dem doppelten Einfluße der Höfe und der Straßen. Wir wünschen jetzt wie früher die gute Verwaltung der Finanzen des Landes, seine Größe, eine nationale Politik. (Sensation.) Jetzt handelt es sich um eine der wichtigsten, wesentlichsten Fragen für die Zukunft, um den bedeutungsvollsten Artikel der Konstitution, und hier ist es nöthig, daß wir Ihnen die volle Wahrheit sagen. Wenn es sich bloß um eine Frage der politischen Oekonomie handelte, würde ich nicht diese Tribune besteigen. Alle Tage höre ich eine neue politische Oekonomie voll Selbstdünkel die alte politische Oekonomie anklagen, sie mit Bitterkeit, mit Verachtung behandeln. Hätte es bloß dieser Frage, so würde ich heute nicht das Wort nehmen; ich bin weder Professor noch Schüler der alten politischen Oekonomie. Ich achte sie als eine gewissenhafte, ehrenwerthe Wissenschaft, die nie das Volk zu täuschen suchte, die nicht verantwortlich ist für die falschen Pläne, die bin nicht einer ihrer Adepten. Es handelt sich nicht um eine Tariffrage, nicht um eine Frage der Oekonomie, es handelt sich um eine soziale, politische, philosophische, metaphysische Frage, welcher alle diese Charaktere zugleich zukommen, sie hat sie alle. Es handelt sich um eine soziale Frage, und Sie wissen, welche unermeßliche Bedeutung diese Frage erlangt hat in Mitte der Ereignisse, welche Frankreich und die Welt in Bewegung setzen. Ich will diese ernste Frage, so weit dieß in einer Rede vor einer zahlreichen Versammlung und mit unzureichenden Kräften geschehen kann, offen, vollständig und klar, wenn ich es vermag, erörtern: denn nie war es von höherer Wichtigkeit, daß vollkommen zu verständigen und zu wissen, worüber man verschiedener Ansicht sein kann. Man sagt, wir sind sehr leise. Ja, m. H., man müßte sehr barbarisch, sehr herzlos sein, um es zu verkennen: aber nun wende ich mich an diese neue Wissenschaft, die so voll Selbstdünkel ist. Das Volk leidet, aber was habt ihr gefunden, um ihm zu helfen? Wenn ihr etwas Anderes habt, als gefährliche, oft Verderben bringende allgemeine Phrasen, wenn ihr ein Gebeimniß besitzet, ein praktisches Mittel, so nennet es ihr Brüder, es nützt Ihnen, es dieser Tribune kund zu geben: und wir würden euch jedesmal Gehör geben, so oft ihr ohne die sozialen Prinzipien zu erschüttern, ohne uns eine Böswilligkeit zu zeigen, die uns manchmal empört, ihre menschlich sprächet; wir würden euch mit einer bei allen gleichen Absicht hören: zur Wahrheit zu gelangen. Im Namen der in Gefahr befindlichen Gesellschaft bringe ich euch weiches Mitleid eurer Eitelkeit? Ihr klagt die alte politische Oekonomie, die früheren Staatsmänner an, das Loos des Volkes nicht verbessert zu haben! Ich aber frage euch, welches sind eure Mittel? Und diese Frage werde ich unaufhörlich an euch richten. Seit fünf Monaten sind wir ein hier versammelt, stets sehr ich mit Aufmerksamkeit die Männer gehört, welche als solche galten, die neue Ideen in die Gesellschaft brächten; ich habe sie gehört, wir alle haben sie gehört; ich gestehe es mit aller Demuth, unverehrt bat mir das Verständniß dazu gefehlt, oder man hat nichts Neues, nichts Gründliches vorgebracht, nichts, was Staatsmänner, praktische Männer als wahrhaft dem Lande ersprießlich betrachten könnten; stets werde ich an euch diese Frage richten: welches sind eure Mittel? Am Tage nach einer Revolution, wenn dieses Volk, dessen Loos ihr verbessern wollt, und dessen Leidenschaften ihr manchmal auch schmeichelt, wenn dieses Volk sich der Gewalt bemächtigt hat, ist nichts gefährlicher, als ihm zu sagen, daß irgendwo ein Gut besitze das Böswillige ihm vorenthalten, ihm nicht zukommen lassen wollen; darin liegt eine große Gefahr; für alle besteht also die Pflicht. Nur und bestimmt sich auszusprechen, und, wenn man Mittel hat, sie auf dieser Tribune vorzubringen. So verlange ich denn von euch nicht im Namen der alten politischen Oekonomie, sondern im Namen von etwas, das viel heiliger ist, im Namen der Gesellschaft, Rechenschaft von euch über eure Mittel, um sie zu prüfen. Aber zuvor will ich so kurz als möglich die wesentlichen Grundsätze darlegen, auf denen nicht die Gesellschaft von gestern, nicht die Gesellschaft von 1789, nicht die Gesellschaft des neunzehnten Jahrhunderts, sondern die Gesellschaft aller Länder und aller Zeiten beruht hat. Ich will einen Vergleich ziehen zwischen dem, was man seit einigen Jahren, was man seit 6 Monaten aufgestellt hat, zwischen den Mitteln der alten und der neuen Gesellschaft, und wir werden dann urtheilen über die einen und die andern. Ich spreche nicht von der alten Gesellschaft, und wenn ich sage alte Gesellschaft, so meine ich damit nicht die aristokratische Gesellschaft dieser oder jener Epoche, jene, deren Charakterzug die Feudalrechte des alten Regimes waren, auch nicht von der Gesellschaft der 300,000 Wähler des gefürsteten Regimes, ich spreche von der Gesellschaft aller Zeiten, von der Grundgesellschaft: nicht von der politischen Gesellschaft, sondern — erlauben Sie mir diesen Pleonasmus — von der sozialen Gesellschaft.

Worauf hat dieselbe immer geruht? Auf 3 Prinzipien: das Eigenthum, die Freiheit und die Konkurrenz. Erlauben Sie mir, mich mit wenigen Worten über diese 3 Prinzipien auszusprechen.

Das Eigenthum! Ich will Ihnen hier nicht ein Buch vorlesen, meine Herren, das ich verfaßt habe; ich könnte mich vielleicht dazu verstehen, wenn Sie es wünschten; alle Bücke richten sich auf Hrn. Pierre Leroux, der als ebenbürtige Abhandlungen auf seinen philosophischen Schriften der Versammlung ableet). Ich werde nur die Hauptpunkte berühren. Man forscht nach dem Ursprung des Eigenthums. Meiner Ansicht nach ist es die Arbeit Der Mensch ohne die Arbeit ist das elendeste aller Wesen; Gott hat ihn reich begabt, aber bevor er diese großen Fähigkeiten ausgebeut hat, ist er das elendeste der Wesen: erst durch die Arbeit wird er etwas; die Gesellschaft ist nur er eine Folge der Arbeit. Die Natur, die Gesellschaft haben ihm gesagt: arbeite, arbeite und du wirst sicher sein, die Frucht deiner Arbeit zu bewahren. Das ist der wahre, wesentliche Ursprung des Eigenthums. Arbeite, sagt ihm die Gesellschaft, arbeite, und du wirst der Erhaltung der Frucht deiner Arbeit sicher sein. Als sie aber sich ihm sagte, gab sie ihm eine mächtige Triebfeder. Diese Triebfeder muß endlos sein, und in der That, arbeite, arbeite, und der Ertrag deiner Arbeit wird dir und deinen Kindern gehören! Und alsdann ist sein Eifer unermüdlich; er arbeitet bis zum letzten Tage seines Lebens; er hat stets einen Zweck für seinen Fleiß vor Augen. (Großer Beifall.) Das bloß auf die Person sich beschränkende Eigenthum ist eine unmächtige Triebfeder, unendlich wird sie mit der Erblichkeit des Eigenthums. Nun hat die Gesellschaft dieß für ihr Interesse, für das Interesse Aller gethan: das Interesse des Individuums wie der Gesammtheit, und gleichwie sie sagt: die Freiheit ist ein Recht. so sagt sie auch mit demselben Grunde: das Eigenthum ist ein Recht. Worauf stützt ihr euch, wenn ihr sagt, die Freiheit sei ein Recht? Auf die Beobachtung der menschlichen Natur, auf die Beobachtung der Thatsachen. Ihr seht einen Mann von Intelligenz und diese Intelligenz in ihm, wenn er nicht frei ist, beschränken, verkümmern. Ist sie stärker als die Tyrannei, die auf ihm lastet, so erhebt sich diese Intelligenz und schreitet zum Aufruhr: und wenn ihr den Menschen, der sich bückt, wenn er unterdrückt ist, manchmal sich erheben sehet, so sagt ihr, wie Newton gesagt hat, daß die Körper vermöge des Gesetzes der Schwere stets zu einander streben, nicht wahr? Nun, so sagt ihr: die Freiheit ist frei. Und ihr sagt, das Eigenthum ist ein Recht, weil ihr gesagt habt, die Freiheit ist ein Recht. Es ist eine bloße Wortklauberei, unterrichten zu wollen, ob dieses Recht menschlichen oder göttlichen Ursprungs sei. Es ist bestes zugleich, und eben darin liegt die Nothwendigkeit, daß es geachtet werde. Es ist nicht eines jener vorübergehenden Rechte, die manchmal in einer Gesellschaft angenommen, in einer andern mißkannt werden. Nein, es ist ein wesentlich in der menschlichen Natur und in der Gesellschaft liegendes Recht, das in allen Staaten besteht, in wilden, in barbarischen, wie in bald und in ganz zivilisirten; überall ist es, weil es in der menschlichen Natur liegt, und darum ist es geachtet, überall findet sich sein Ausdruck. Wenn sich Gesetzgeber finden, unsinnig genug, es nicht in ihre Gesetze einzuschreiben, während es doch in der menschlichen Natur liegt, o Gesetzgeber eines Tages, die Zukunft würde euer Werk schmählich umstoßen; eure Gesetze würden vergeben und ewig würde nichts sein als eure Schande! (Großer Beifall.) Beobachtet einmal die Gesellschaft, beobachtet die Gesellschaften, auch Hr. v. Lamartine hat es euch dieser Tage gesagt — sie, wenn man die Länder durchreist, ist stets einem die Thatsache in die Augen, daß der Wohlstand eines jeden in genauem Verhältnisse steht zu der Achtung, welche das Eigenthum dort genießt. Geht in's Mittelalter zurück, geht nach dem Orient, der die noch lebende Gesellschaft des Mittelalters ist, was findet ihr dort? den Wohlstand immer im genauen Verhältnisse zu dem Grade der Achtung, die das Eigenthum genießt. Ihr findet dort z. B. den Boden vernachlässigt, weil er am meisten der Raubsucht des Despotismus ausgesetzt, den Sklavenhänden überlassen ist; den Handel beeinträchtigt, weil er leichter sich der Tyrannei entziehen kann; im Handel lassen sich die beweglichen Werthe, Geld, Silber, leichter verbergen. Ihr seht dort diese Werthe in den Händen einer geächteten Rasse; und wodurch sucht sich diese Rasse, wenn man ihr ihre verstecken Schätze entreißen will, mit ihr wodurch? durch den Wucher! (Sensation.) Tritt dagegen das Eigenthum geachtet ein, und alle Werthe werden wieder in ihre natürliche Höhe erhalten: der Boden gewinnt wieder die Bedeutung, die er im Handel hatte: nicht mehr diese oder jene Industrie wird bevorzugt, alle werden gleichmäßig betrieben, je nach ihrer Bedeutung; das Geld sinkt im Preise, der Zinsfuß stellt sich niedrig, und so diese gehäufte Rage wird durch die Achtung des Eigenthums in gleiche Linien kommen. Als die Türken zu uns kamen, um sich bei der Civilisation

Rathe zu erholen, was hat man ihnen gesagt? daß sie als erstes Prinzip in der Charte von Gülhanek das Eigenthum aufstellen sollen. Dies also ist das erste Prinzip der Seelenschaft; dies das weisenlichste Prinzip des Wohlstandes; äußerem gibt es weder Sicherheit noch Arbeit!

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

† **Frankfurt**, 19. Sept. (Morgens.) Ruhe und Ordnung sind wieder hergestellt. Nun noch einige Einzelheiten. Eine Deputation der äußersten Linken ist beim Erzherzog Reichsverweser gewesen, um bat als einziges Mittel zur Wiederherstellung der Ruhe die augenblickliche Zurückziehung der preußischen Truppen verlangt. Der Reichsverweser soll hierauf den Strecker mit energischem Tone gefragt haben, ob das das Mittel sein solle zur Herstellung deutscher Einheit? Die Centralgewalt soll sich entschieden dahin ausgesprochen haben den Kampf in Frankfurt durchzukämpfen. Fürst Lichnowsky wurde, nachdem er bereits eine Kugel empfangen hatte, von seinen Mördern vom Pferde gerissen und mißhandelt! Er wurde in das Moritz Bethmann'sche Haus gebracht, wo er gestern Abend 9 Uhr noch lebte, allein laß ohne Hoffnung auf Rettung! Ein Hauptrubestörer, beschäftigt als Aufseher bei allen derartigen Versammlungen, ein Taugenichts durch und durch, Namens Esenwein, ist auf den Barrikaden geblieben. Unbegreiflich ist, daß General Rodili erst um 1 Uhr Nachmittags das Kommando über die Truppen erhielt, und diese vorher dem Barrikadenbau unthätig zuschauen mußten. — Nach einer Waffenruhe von 5 — 6 Uhr Abends begann der Kampf wieder und man wendete Geschütz zur Zerstörung der Barrikaden an. Die Aufrührer haben auf eine Deputation von Abgeordneten unter weißer Fahne geschossen, wobei zwei Frankfurter Bürger getödtet wurden, welche sich derselben angeschlossen hatten. Das Gebaun an der Zeil und der Alterheiligengasse und die Löwenapotheke sind von Kartätschenschüssen durchlöchert. Spuren von Flintenkugeln überall. Die Zahl der Todten und Verwundeten ist sehr beträchtlich. Auch Simon von Trier ist verwundet. — Im Laufe des 18. sind drei Grieße von Seiten der Centralgewalt erschienen. Einen, den Belagerungszustand betreffend, haben wir bereits mitgetheilt. Einen zweiten waren die Leiden folgenden erschienen. „Bürger von Frankfurt! Die bedauerlichen Vorfälle, welche vorgestern Abends hier stattgefunden haben, und die durch zahlreiche Zuzüge von Außen herbeigeführte Bedrohung der Ruhe und Ordnung haben den Senat der freien Stadt Frankfurt veranlaßt, das Reichsministerium aufzufordern, daß es unmittelbar die Pflicht, die Nationalversammlung vor äußerer Gewalt zu schützen, zu ersüllen übernehme. In Folge dieser Aufforderung hat das Reichsministerium sich entschlossen, die zum Schutz der Konstituirenden deutschen Nationalversammlung und zur Herstellung der Ruhe und Ordnung erforderlichen Maßregeln selbst zu ergreifen. Das Reichsministerium ist entschlossen, innerhalb der Schranken der Gesetze mit aller Kraft und Entschiedenheit die Berathungen der Nationalversammlung vor jeder Einwirkung von außen sicher zu stellen, und es rechnet dabei mit Zuversicht auf die Mitwirkung und bereits wiederholt erprobte aufopfernde Thätigkeit der biesigen Bürgerwehr. Frankfurt, Frankfurt, Mittw. Sept. 1848. Das Reichsministerium des Innern. Schmerling." — „Erinnerung. Alle Familienhäupter werden aufgefordert, dahin zu wirken, daß ihre Angehörigen so viel möglich zu Hause und von Zusammenläufen ferne gehalten werden, da das Reichsministerium entschlossen ist, die Ruhe dieser Stadt und den Schutz ihrer Bewohner mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten und Störungen zu unterdrücken. Frankfurt, 18. Sept. 1848. Der interim. Reichsminister des Innern. Schmerling."

Die Herrn. Simon aus Trier und Itz sollen nach Ausage von Reisenden heute früh in der Paulskirche verhaftet worden sein.

(Karlsr. Ztg.)

Bayern. — *München, 21. Sept. Wir haben bereits gestern gemeldet, daß von Seite Bayerns aus Besorgniß einer republikanischen Schilderhebung im Seekreise um bayerische Truppen nachgesucht wurde. Wir können heute bestimmt versichern, daß 2 Bataillone zu Kempten und Lindau Befehl zur Marschbereitschaft erhalten haben, um sogleich nach erhaltener Ordre ausmarschiren zu können.

*† **München**, 21. Sept. Wie wir vernehmen, sind auf hiesige Requisition der Centralgewalt das 3. Jägerbataillon in Aschaffenburg und das 2. zu Speyer *) nach Frankfurt abmarschirt. Der frühere Präsident der Militärkommission, General Rodili, hat dort das Kommando übernommen. Metternich und seiner 11 Genossen Verhaftung konnte nicht nach Wien, wie von dort durch den Reichsversammlung beschlossen worden, nach dem dieselben die Adresse wirklich eingereicht, in welcher die Majorität der Reichsversammlung für Verräther erklärt wird. Der Barrikadenbau war übrigens den Tag über ungestört betrieben worden. Das aufgestellte Militär, welches keinen Befehl zur Hinderung desselben hatte, sah zu. — Wie vernehmen auch, daß das sachsen-meiningsche Militärische Bundescontingent von Bayern requirirt, und daß demzufolge von den in Bamberg und Bayreuth liegenden Regimentern je ein Bataillon Ordre empfangen habe, sich marschbereit zu halten.

Würzburg, 19. September. Heute Nachmittag halb 2 Uhr marschirten 3 Kompagnien des hiesigen Infant.-Regim. nach Aschaffenburg. Muthmaßlich, weil die bayerischen Jäger von Aschaffenburg nach Frankfurt abmarschirt sind. (N. W. Z.)

Nürnberg, 20. September. Drei Kompagnien des hiesigen Infanterieregiments werden morgen nach Bamberg abgehen, zum Ersatz einer gleichen Anzahl der dasigen Truppen, welche nach den sächsischen Herzogthümern verlegt werden sollen.

(Nürnb. Korresp.)

Königreich Sachsen. — Zu Leipzig haben am 15. unruhige Auftritte statt gefunden. Die Steuererhöhung auf seidene und wollene Waaren war am 13. bekannt geworden und erregte unter der dortigen Kaufmannschaft große Mißstimmung. Am Tage darauf hielten die Kaufleute eine Versammlung über diese Angelegenheit, die sich besonders für den Leipziger Handel sehr nachtheilig erweist. Auch der deutsche Vaterlandsverein hatte eine Volksversammlung im Odeon ausgeschrieben, welche wohl von 2000 Menschen besucht war, worunter viele Kaufleute und Gewerbtreibende. Eine Adresse gegen die Steuererhöhung ward unterzeichnet, und eine Deputation zu deren Ueberbringung nach Dresden ernannt. Am Abend des 15. kam die Sache auch in der Arbeiterversammlung zur Sprache, welche sich im entgegengesetzten Sinne entschied und das Ministerium wie den Zollverein für seine Sorgfalt für die einheimische Industrie belobte. Im Verlaufe dieser Versammlung fanden sich auch zahlreiche Mitglieder des demokratischen Vereins ein, weßhalb die Versammlung, ohne eigentlich zu einem Schluß gekommen zu sein, sich auflöste. Später durchzogen lärmende und johlende Haufen von jungen Leuten die Stadt und man schlug um 10 Uhr Generalmarsch. Wie es gewöhnlich geht, so auch hier und, wenn der Neugierigen wenn weit mehr, als der Lumpigen waren. Tiefe erhoben vor der Wohnung des Dr. Gisichen ein johlendes Geschrei und zogen dann vor das Polizeygebäude, wo sie Bürgermeister Dr. Koch ernst aber wohlwollend zum Auseinandergehen ermahnte, und zwar im Namen des Gesetzes. Auf einen Ruf, man solle die Verhafteten frei geben, erwiederte er, es sei Niemand verhaftet, und forderte nochmald zum Auseinandergehen auf. Nur ein kleiner Theil leistete Folge, und die Kommunalgarde rückte zum Platz und dem Gebäude. Nun fielen keine weiteren Ruhestörungen mehr vor. Unruhe und Besorgniß erregt indeß ein Anschlag des demokratischen Vereins, im Namen mehrerer hundert Mitglieder von C. O. Weller und O. Limberger unterzeichnet, welcher zu einer Volksversammlung auf den 17. einlaret, wo man Abwendung des Ministeriums, weil es nicht den Volkswillen (?) als höchsten Gesetz anerkennt — und Berufung einer konstituirenden Nationalversammlung binnen 4 Wochen auf die Tagesordnung gesetzt hat. (Also überall dasselbe System bei den Herren Demokraten: keinerlei Opposition gegen jede Regierung!)

(N. Korr. u. Leipz. Z.)

Nachschrift.

** **Frankfurt**, 19. Sept. Abends 4 Uhr. Hecscher war von hier nach Soden gegangen und dort den größten Mißhandlungen ausgesetzt. Er ist unter dem Schutze der Höchster Sicherheitswache nach Mainz abgegangen. Noch fehlt Nachricht, ob er glücklich daselbst angelangt ist. Der Sieg über den Aufruhr ist aber vollständig, und die feste Haltung, welche Reichsversammlung und Centralgewalt angenommen, wird nächstig wirken auf die Verbindung der besiegten Umtriebe der Anarchisten in allen Theilen Deutschlands.

Frankfurt, 19. Sept. Die heutige 81. Sitzung der deutschen Nationalversammlung eröffnete der Präsident, H. v. Gagern, indem er den Tod des Hrn. v. Auerswald und des Fürsten v. Lichnowsky zur Kenntniß der Versammlung brachte und einige politische Betrachtungen über die gegenwärtigen Verhältnisse der Versammlung damit verband. Der provisorische Reichsminister v. Schmerling ertheilte über die weiteren Maßregeln Auskunft, welche zur Erhaltung der gesetzlichen Ordnung und zum Schutze der Nationalversammlung von dem Reichsministerium getroffen worden sind. Folgender Antrag Zacharias aus Göttingen wurde von der Reichsversammlung zum Beschlusse erhoben. Die Nationalversammlung beschließt: 1) dem Reichsministerium ihre volle Zustimmung zu den von ihm behufs der Unterdrückung des Aufruhrs und der Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung ergriffenen Maßregeln auszudrücken; 2) die Nationalversammlung erklärt, daß sie das Reichsministerium bei dessen ihr Erhaltung der Einheit und Freiheit Deutschland noch ferner in treffenden Maßregeln auf das kräftigste unterstützen werde; 3) die Nationalversammlung spricht den Reichstruppen für die von ihnen bei der Unterdrückung des Aufstandes bewiesene Hingebung und Mäßigung den Dank des Vaterlandes aus. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

*) Nach eine Schnarren Eisenbahnlegens ist der Speyerer Ztg. zufolge am 19ten Morgens von Speyer mit dem 2. Jägerbataillon nach Frankfurt aufgebrochen.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zu Nro. 73. der neuen Münchner Zeitung.

Die blutigen Straßenkämpfe zu Frankfurt.

⊙ Frankfurt, 19. September. Bis diesen Morgen gegen 2 Uhr rollte der Donner der Kanonen durch die Straßen der alten Reichsstadt, deren Bürger eingekehrt der schönsten Zeiten aus der überhandnehmen Zopfperiode fein zu Hause blieben, so lange die Sache derrücklich auslief, mit Ausbruch des Tages aber in voller Kriegsrüstung die Runde durch die Straßen machten. Die Sachsenhäuser haben es anders gehalten, sie rissen die von den Offenbacher Turnern angelegten Barrikaden wieder ein, und hielten, so weit möglich die Ordnung in ihrer Gemeinde aufrecht. Nach dem die Darmstädter die fünf Barrikaden in der Judengasse mit Sturm genommen hatten, trat bis um 6 Uhr Abends Waffenruhe ein, während welcher einige Abgeordnete der Linken geschäftig hin und her eilten, um das Ministerium zur Entfernung der Truppen zu bereden; aber es ließ sich nicht bethören, und antwortete mit Verkündung des Belagerungszustandes und des Kriegsrechts; das Vaterland wird ihm dafür Dank wissen, denn was erfolgt wäre, wenn die eingedrungenen Banden Herr der Stadt und der Pankfurter geworden sein würden, dafür gibt der Tod des Fürsten Lichnowsky und des Obristen von Auerswald ein blutiges Zeugniß Beide sind gemeuchelt worden, als sie unbewaffnet und ohne am Kampfe den geringsten Theil zu nehmen einen Ritt vor die Stadt auf dem Wege nach Bornheim machten. Dort wurden sie von einer Schaar Leute, die mit Büchsen und Sensen bewaffnet waren, angefallen, verfolgt, in einem Gartenhause gefangen und dann mit Prügeln und Sensen erschlagen. v. Lichnowsky widerstand eine Zeitlang dem Gesindel, da ward ihm der rechte Arm zerschmettert; er wurde auf eine benachbarte Wiese geschleppt, an einen Baum gestellt, und dreimal nach ihm geschossen, bis er zusammenstürzte.

Der alte Jahn soll auch ermordet sein, Niemand weiß, wo er hingekommen ist.

Solche Gräuel sind eine der nächsten Folgen der in neuester Zeit bis zum Scandal getriebenen Carrikaturenliteratur, welche das gemeine Volk für baare Münze nimmt.

Daß bis nach Mitternacht Kartätschen gegen die Barrikaden in der Donges-, Schaun- und Allgasse geschleudert wurden, hat seinen Grund darin, daß man, nachdem einmal die Darmstädter und Württemberger Artillerie auf ihrem Rückzuge aus Schleswig, hier angelangt war, mit größter Vorsicht zu Werke ging, um das Leben der Soldaten zu schonen, welche bis den ersten Angriffen hinter den Barrikaden hervor, auf nicht ritterliche Weise, niedergestreckt worden waren; denn sich auf die Brustwehr zu stellen und dem Feinde ins Angesicht zu schauen, fiel den Heiden mit der rothen Feder, und der Turnerjacke niemals bei; auch ist keiner von ihnen Mann gegen Mann gefallen, wie man zeigt hinterher aufzusprengen sucht; dies erklärt auch ihren geringen Verlust, denn es liegen nur 14 Todte von dieser Seite in dem Heiligegeistspitale, während die Truppen deren wohl doppelt so viele und über 50 Verwundete zählen. Die Stadt ist vollgepropft mit Soldaten, und immer noch rücken neue ein, so diesen Morgen ein Regiment Würtemberger Linienreiter, die ebenfalls auf dem Heimmarsche aus Schleswig waren. Die Reichsversammlung hat diesen Morgen fast einstimmig dem Ministerium ihr volles Vertrauen ausgesprochen sowohl für seine Entschlossenheit während der Gefahr, als auch um dasselbe auf dieser Bahn für die Zukunft zu befestigen. Auch den Truppen ist für ihren Muth und ihre Mäßigung der Dank des Reichstages zuerkannt worden, (nur die Rothen stimmten dagegen). Dem Leichenbegängnisse der gefallenen Krieger werden die Mitglieder der Nationalversammlung in feierlichem Zuge folgen. —

Die Zahl der gefangenen Aufrührer wächst von Stunde zu Stunde, in den verdächtigen Straßen wird Haus für Haus durchsucht; in einem derselben fand man diesen Morgen 40 auf einmal. — Gegen diejenigen, welche nach Verkündigung des Standrechts die Waffen noch nicht abgelegt hatten, soll kriegsrechtlich verfahren werden.

Preußen.

Naumburg, 15. Sept. Gestern Abend ist es hier zu schlimmen Auftritten gekommen. Es waren von der revolutionären Partei die Bauern der umgegend förmlich aufgeboten Doch ist deren Zuzug durch das energische Auftreten unsers Landraths gehindert. Von den auf das Land geschickten Boten ist einer aufgefangen worden, und man wird gewiß den Leitern auf die Spur kommen. In der Stadt, wo große Bewegung herrscht, wurde nach dreimaligem Trommelschlag und Verlesung des Aufruhrgesetzes der Markt zuerst durch Kolbenstöße und dann durch einen Bajonnetangriff geräumt. Ein Soldat ist durch einen Tschakshieb in den Arm verwundet; mehrere Personen haben Bajonnetstiche erhalten. Während des Tumults wurde eine Scheune innerhalb der Stadt in Brand gesteckt, doch Feuer aber binnen kurzem gelöscht.. Man erwartet Militärverstärkung aus Halle. (N. Pr. Z.) — (Schon am 11. und 12. Sept., wo in Naumburg das jährliche Mannschieben der Bürgerschützen mit einem solennen Aufzuge begonnen hat, an welchem viele Mitglieder auswärtiger Schützengilden theilnahmen, kam es auf der Vogelwiese zu tumultuarischen Auftritten. (Ein Theil der versammelten Menge verlangte nämlich die Befestigung etlicher schwarz-weißer Fahnen und daß nur breifarbige deutsche wehen sollten. Daß Schützenlevis wurde Abends, mit Zeitungsverbreitern bewaffnet, zum Fahnenschutz in geschlossenen Reihen aufgestellt und behauptete sich gegen die mehrmals vordringende Menge bis gegen 11 Uhr. Da jedoch das Volk eine immer drohendere Stellung einnahm, faben sich die Schützen genöthigt, die preußischen Fahnen unter Pfeifen und Schreien der Menge abzunehmen. Ein großer Theil der einmal aufgeregten Volksmenge zog dann vor die Wohnungen mißliebiger Personen, um Katzenmusiken zu bringen und hier und da, namentlich bei dem Bürgermeister und andern ältern Rathsgliedern, so wie ganz besonders bei dem Schützenmajor Justitiar Richter Fenster einzuwerfen.)

Ein anderer Bericht in der Magdb. Ztg. vom 15. d. sagt: Schon gestern Abend gegen 7 Uhr zog sich eine immer dichtere Rotte Menschen auf dem Markte zusammen, so daß das Militär, das schon seit 4 Uhr, durch Generalmarsch zusammengerufen, vor dem Rathhause stand, Carré bilden und einige Male durch Vorgehen die Menge, welche das Militär verhöhnte und Hochs auf Hecker brachte, zurückdrängen mußte. Es kam dabei zu Verwundungen, deren Anzahl man nicht erfährt; zwei durch Stiche Verwundete lagen noch heute auf dem Rathhause. Auf einmal erscholl die Generalrufe: es brannte zu gleicher Zeit an drei verschiedenen Orten: zwei Feuer wurden glücklicher Weise bald gelöscht; das dritte aber legte drei gefüllte Scheunen in Asche; erst gegen 2 Uhr Nachts wurde man Herr des Feuers. Für heute Abend beiorgt man noch weit Schlimmeres. Um 1 Uhr wurden noch zwei Kompagnien vom 19. Infanterieregiment erwartet. Schon gestern stand die Artillerie mit 8 Geschützen, von denen zwei mit Kartätschen geladen waren, auf dem Markte. Die Unruhe und Besorgniß ist unbeschreiblich. (Korr. b. u. f. Z.)

Stettin, 15. Sept. Von den in Kopenhagen festgehaltenen Schiffen sind erst wenige hier eingetroffen, weil bei dem Abschluß der Konvention versäumt worden ist, die kostenlose Freigebung auszubedingen, und nun von dänischer Seite nicht nur die Verpflegung von Mannschaften, obwohl sie als Kriegsgefangene behandelt wurden, sondern sogar die Liquidation der Prisengerichte, so wie die Hafenabgaben den Schiffen in Rechnung gestellt werden. Es werden dadurch viele allein Kosten, sondern auch Ungelegenheiten und Verzögerungen herbeigeführt, gegen welche man das Einschreiten der Regierung beahgt. (Pest. Nachr.)

Oesterreichische Monarchie.

Die Wiener Post vom 17. Sept. bringt wichtige Meldungen. Graf Batthyani brachte wirklich in Pesth sein Ministerium für sich allein zusammen; Kossuth's Beibile scheint in der Verzweiflung wieder erbeten worden zu sein, und dieser veranlaßte die Absendung einer neuen Deputation nach Wien — an das österreichische Volk! — Aus Agram vom 15. erhalten wir Siegesberichte. Die ungarischen Heersäulen an der Mur leisteten so wenig wie die an der Drau Widerstand; die einen flohen, die andern unterwarfen sich dem Ban, mit der Bitte, nach Steiermark marschiren zu dürfen. (A. Z.)

Nr. 74.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Freitag den 22. September 1848.

Expedition: Dienerstraße, Haus Nro. 4. Ankündigungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 22. September.

Se. Maj. der König haben unterm 14. Sept. sich bewogen gefunden, die Generalinspektion der historischen und plastischen Denkmäler des Reiches mit der Geschäftsaufgabe der königl. obersten Baubehörde wieder zu vereinigen, und hiernach den Professor der polytechnischen Schule in München Oberbaurath extra statum Eduard Metzger der widerruflichen Funktion der besagten Generalinspektion und des mit derselben verbundenen Referats in dem königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten zu entheben.

Durch allerhöchstes Dekret vom 14. Sept. wurde der Baubeamte Mangan Schönauer bei der Saline Rosenheim in den Ruhestand versetzt, der Bergamtsfunktionär Christian Schmidt zu Arzberg zum Einfahrer und Markscheider daselbst provisorisch ernannt, der Stationskontroleur bei dem preuß. Hauptzollamte zu Wittenberge Ludwig Diehl auf Ansuchen auf die erledigte bayer. Stationskontrolleurstelle bei dem preuß. Hauptzollamte Natibor in Schlesien versetzt, dem Grenzoberkontroleur Ferdinand v. Soyer zu Rottach der Diehl'n Stelle zu Wittenberge verliehen, der geheime Registrator im Staatsministerium der Finanzen Johann Nepomuk v. Wollmar auf Ansuchen in den definitiven Ruhestand versetzt und demselben in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienste der Titel und Rang eines kgl. Rathes tax- und siegelfrei verliehen, und an dessen Stelle zum geheimen Finanzministerium-Registrator der Kanzleisekretär Heinrich Wilh ernannt.

Se. Maj. der König haben unterm 19. Septbr. die erledigte Stelle eines Landgerichtsarztes zu Rothenbuch dem praktischen Arzte Dr. Wilib. Sedelbauer zu Kirchdorf im Regierungsbezirk von Oberbayern in provisorischer Eigenschaft, die erledigte Landrichterstelle zu Roding dem ersten Landgerichtsassessor Dr. Joseph Lang zu Landshut, seiner Beförderungsbitte willfahrend, die erledigte Landrichterstelle zu Cronawörth dem ersten Landgerichtsassessor Franz Xaver Herker zu Straubenzu, seiner Beförderungsbitte willfahrend, zu verleihen, und den Kanonsarzt Dr. Karl Aug. v. Beinard zu Waltmohr, seiner Versetzungsbitte entsprechend, auf die erledigte Stelle eines Kantonsarztes zu Dürkheim zu versetzen geruht.

(Pfarrei-Besetzung.) Kaibol. Pfarrei Wertach, Lbg. Sonthofen, dem Priester Franz X. Bland, Pfarrer zu Westerlang, Lbgs. Füssen.

(Pfarrei-Erledigung.) Kaibol. Pfarrei Kimratshofen, Diözese Augsburg, Lbg. Grönenbach, Reinertrag 564 fl. 36½ kr.

Die blutigen Straßenkämpfe zu Frankfurt.

** Die Einzelheiten, die uns von Frankfurt durch unsere Herren Korrespondenten noch über die leide Schilderhebung der rothen Republikaner gemeldet worden, sind wahrhaft empörender Art. Unsere Leser kennen dieselben bereits aus unserer gestrigen Beilage. Was uns am tiefsten schmerzt und entrüstet, ist, daß auch das Miederträchtigste — der Meuchelmord unseren vaterländischen Boden befleckt mußte. Noch fehlen uns nähere bestimmte Angaben über das Schicksal v. Auerswalds. Nach der Frankf. O.-P.-A.-Ztg. soll er mit Kolben und Stößen erschlagen worden sein. Aber wir haben solche bereits mitgetheilt über den unglücklichen Fürsten Lichnowsky. Wir können es für unmöglich gehalten, daß in Deutschland sich solche Kannibalen fänden, die solcher Gräuel fähig wären! Wir finden keine Worte, um die Gefühle recht auszudrücken, die uns bei dem Gedanken an dieselben bewegen.

So mußte dieser ritterliche, mit allen Gaben des Geistes ausgestattete junge Mann, in dem Talent, Muth, Kraft und Hingebung in seltenem Grade vereint waren, nachdem er dem Tode so oft unerschrocken auf fernen Schlachtfeldern ins Auge gesehaut, der seinem Vaterlande noch große Dienste leisten konnte, auf empörende Weise unter den meuchlerischen Händen einer elenden Rotte sein vielbewegtes, thatenreiches Leben enden!

So kann denn jetzt der Fremde mit Hohn uns sagen, daß der politische Mord nun auch in Deutschland seinen Sitz aufgeschlagen habe, das bis jetzt sich vor solchem Schandfleck rein erhalten hatte! Aber das deutsche Volk weiß die unerhörte Schmach, die man ihm aufwälzen will, mit Abscheu von sich, wie es die Scheusale verwirft, welche die blutbefleckten Urheber derselben sind. Sie fällt allein auf die zurück, welchen jedes Mittel recht ist, wenn es nur ihren Zwecken dient, auf jene, welche die Größe und Ehre Deutschlands wohl stets auf der Zunge tragen, aber selbst das Unerhörteste nicht scheuen, um unser Volk und Land mit Schmach und Schande zu bedecken! Thun dies etwa die ruhigen, besonnenen Männer in der Paulskirche, welche jeder Ueberführungssucht ferne, Wort und That wohl erwägen, aber jene, welche in unsinniger Parteiwuth und nur den Eingebungen ihrer politischen Fanatismus folgend — wir wollen annehmen, daß sie nicht von schimmernden Irlehrern geleitet sind — einer Sache die Hand bieten, in welcher selbst elende Banditen ihr blutiges Handwerk treiben! — Eine Deputation der äußersten Linken, Hr. Robert Blum an der Spitze hatte am 18. vom Erzherzog Reichsverweser als für die Wiederherstellung der Ruhe unumgänglich nothwendig die Zurückziehung des preußischen Militärs verlangt. Ihr soll der edle Fürst mit ernster Würde geantwortet haben: es dürfe vielleicht das Mittel zur Herstellung der deutschen Einheit sein? In der That, der Verblendetste hat da seine Klauen etwas ungeschickt unter dem trügenden Deckmantel hervorsehen lassen. Man will die Einheit damit anfangen, daß man Mißtrauen und Zwietracht zu säen versuchte zwischen den Bürgern und den Truppen, und dann wieder unter den einzelnen Truppentheilen unter sich, daß man die Preußen ausschließen wollte aus der Waffen- und Kampfgemeinschaft mit ihren übrigen deutschen Heeresgenossen! Aber vergeblich; alle beseelt der gleiche Geist, der gleiche Muth, die gleiche Hingebung und nur ein Wetteifer herrscht unter allen Truppentheilen: es gegenseitig einander zuvor zu thun in edler muthvoller Aufopferung für die gute Sache. Das Band der schönsten Waffenbrüderschaft umschlingt alle, wie sie alle das gleiche deutsche Abzeichen schmückt. Wir beklagen, daß es zu der Nothwendigkeit solcher Ausnahmsmaßregeln kommen mußte, wie wir sie gestern morgens gemeldet haben. Aber außerordentliche Umstände erheischen auch außerordentliche Mittel, nicht gewöhnlichen Kraftaufwand, und wenn wir die Gräuel des ganzen kaum begonnenen Neubaus unserer deutschen Einheit, die ganze Zukunft in Gefahr sehen, unter den Streichen elender Barbaren zu erliegen, da kann unser Urtheil seinen Augenblick zweifelsfrei sein; wir sagen, die Reichs-Zentralgewalt hat die Schwere des Augenblicks begriffen, sie hat sich auf die Höhe der Lage gestellt, und wir sind überzeugt, daß ihr der Sieg so wenig, als der Beifall aller wahren Vaterlandsfreunde fehlen wird. Wir freuen uns, daß die vertrauensvolle Erwartung, welche wir von ihr hegten, sich sodald bewährte. — Einer der Hauptwühler, der Anführer und Leiter aller Excesse in Frankfurt vorgefallenen Unfugs, besonders der vielen Lagermussten, ein durch und durch schlechtes Subjekt, ein gewisser Cafeneuf, ist im Kampfe auf den Barrikaden gebliehen. — Bedauerlich war, daß erst von 1 Uhr Nachmittags an eine kräftige Leitung der Truppen stattfand. Von der Frankfurter Bürgerwehr sind kaum 400 Mann auf den Sammelplatz erschienen! Diese sinken ihm zurückbaltung vielleicht schwer zu rügen sein müssen, die Absicht, daß die Reichsversammlung in eine andere Stadt verlegt werden müsse, gewinnt von Stunde zu Stunde mehr Gewicht auch in der Paulskirche. Die Theilnehmer am dem Barrikadenbau, die Kämpfer hinter denselben sind meistens fremde, blutjunge Leute gewesen, zu denen sich allerdings auch einige Bürger gesellten. — Die Volksversammlung am 17. unter dem Vorsitz mehrer Mitglieder der Linken war hauptsächlich Mitveranlassung zu den traurigen Vorfällen der letzten Tage! Die gute Sache hat gesiegt, die Ordnung herrscht wieder zu Frankfurt, aber es gilt jetzt energisch zusammen zu wirken um sie auch auf die Dauer zu sichern. Wir hegen das vollste Vertrauen, daß die Reichs-Zentralgewalt, gestützt auf ihr gutes Recht, stark durch den festen Rückhalt, den sie in der Reichsversammlung, bei allen deutschen Regierungen wie im ganzen deutschen Volke zu finden sicher ist, auch ferner auf die würdigste und den Gesammtvaterlande wie seinen einzelnen Theilen ersprießlichste Weise die hohe Aufgabe erfüllen wird, die sie sich vorgesteckt hat.

Wir tragen noch folgende Aktenstücke nach, die im Laufe des 18. zu Frankfurt erschienen sind: 1) Erinnerung. In Folge der Zuzüge befindet sich eine Menge von Personen in der Stadt, die geeignet ist, deren Ruhe zu gefährden. Es ergeht daher an alle Jene, die an den Zuzügen Theil genommen haben, die ernstgemessene Ermahnung, die Stadt zu verlassen, und in ihre Heimath zurückzukehren, widrigenfalls gegen sie mit der Strenge der Gesetze verfahren werden würde. Frankfurt, den 18. September 1848. Der interimistische Reichsminister des Innern: Schmerling. 2) Bekanntmachung. Zur Durchführung der zur dauernden Ruhe erforderlichen Maßregeln, wird die Entwaffnung der hiesigen Einwohner, insofern sie nicht zur organisirten Bürgerwehr zu zählen sind, hiermit verfügt. Es sind daher alle Feuergewehre, Hieb- und Stichwaffen unverzüglich in das Kriegszeugamt abzuliefern. Diejenigen, welche diesem

Befehl nicht längstens binnen 24 Stunden entsprochen haben, werden nach der Strenge der Kriegsgesetze behandelt. Frankfurt a. M. am 19. September 1848. Morgens 10 Uhr. Der interimistische Reichsminister des Innern: Schmerling.

†Frankfurt, 19. Sept. 11½ Uhr. Es sind bis jetzt beiläufig 6000 Mann Infanterie, 1 Regiment Kavallerie und Artillerie hier, heute werden noch Bayern erwartet. Man schätzt die Zahl der Todten und Verwundeten auf 60, darunter mehrere Offiziere. Die Aufrührer sind bis jetzt noch nicht entwaffnet. Viele ihrer Todten wurden sogleich weggetragen.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 18. Sept. (Schluß der Sitzung dieses Tages.) Rühl von Hanau übergibt einen Antrag, der dahin geht, daß noch vor dem 15. Oktober neue Wahlen für die Reichsversammlung angeordnet werden sollen. Dieser Antrag ist unterschrieben von Wesendonck, Grigner, Hagen, Schlöffel, Becker, Fehrenbach, Mohr, Wiesner, Schaffrath, Jungkamm, Hentges u. s. w. Dieselben beantragen ferner, daß die Verhandlungen heute nicht eher eröffnet werden sollen, als bis die Mainzer Truppen wieder aus der Stadt gezogen seien. Beide Anträge werden als nicht dringlich an die betreffenden Ausschüsse verwiesen. Zwischendurch mein ich Theil der außen versammelten Menge den Versuch, eine der Thüren der Kirche einzutreten, und in den Saal zu dringen, wurde aber von den Parlamentsthüren zurückgewiesen. Während dessen bleiben die Abgeordneten ruhig auf ihren Sitzen und berathen weiter. (Die Truppen waren nemlich von dem Paulsplatz weg in die benachbarten Straßen gezogen worden, rückten aber in Folge dieses Angriffes alsbald wieder vor.) Marck aus Gräz zeigt an, daß es einen Antrag auf Schutz der Deutschen in Ungarn stellen werde. Eisenmann unterstützt ihn: er will bestimmte Thatsachen haben, daß von die Deutschen zu Gunsten von beim Kriegsdienste Starrenden auf die schändlichste Art gemordet würden. (Magyarische Einflüsterungen, wie es scheint.) Wesendonck verlangt, daß die Versammlung sich genau darüber erkläre, welche von den Malmöer Bedingungen sie nach dem Beschluß vom 16. als „ausführbar“ betrachte. Riesser wünscht, daß das Oberbefehlen von Truppen zum Schutze der Reichsversammlung von der Zustimmung des Präsidenten derselben abhängig gemacht werde. Auch diese Anträge werden für nicht dringlich erklärt, und an die betreffenden Ausschüsse verwiesen. Die Tagesordnung führt zu fortgesetzter Berathung der Grundrechte, und zwar zu §. 17, lautend: „Die Wissenschaft und die Lehre ist frei.“ Die Diskussion darüber bietet wenig Interesse dar. Die Hälfte der Versammlung, namentlich Linke und Rechte, hat sich aus dem Saale entfernt: eben so das Publikum. Vor der Kirche steht nun wieder Militär in Masse. Die Artillerie wurden mit dem Bajonett verjagt, wobei 10 bis 12 Verwundungen vorkamen. In den der Paulskirche fernerliegenden Straßen ist gewaltiger Lärm.

In der Sitzung vom 19. hielt der Präsident H. v. Gagern die folgende schon in unserer gestrigen Beilage kurz erwähnte Rede: „Ich eröffne diese Sitzung unter den traurigsten Eindrücken. Die neue Gestaltung unseres Vaterlandes hat neue blutige Opfer verlangt, oder vielmehr sie wurden muthwillig geliefert. Unter den Opfern, die wir zu beklagen haben, sind auch zwei hochverehrte und ausgezeichnete Mitglieder dieser Versammlung. Ich bin tief erschüttert, indem ich Ihnen den Tod der Herren v. Auerswald und Fürst Lichnowsky anzeigen muß. Leider war es diesen tüchtigen Männern nicht beschieden den Tod zu finden im Kampfe für die Ehre Deutschlands gegen äußere Feinde; sie haben nicht einmal gekämpft zur Unterdrückung des Aufstandes, sie sind auf das niederträchtigste meuchlings gemordet worden. Ich will nicht aufregen, aber das Gefühl der Scham, die durch einen solche That über die Nation kommen muß, darum ich nicht unterdrücken. Veranlaßt waren diese Ereignisse durch einen Beschluß der Mehrheit dieser Versammlung, daß sie den Streit mit Dänemark ruhen lassen und den Frieden anbahnen wolle. Ich ehre alle Ueberzeugungen, wenn ich sie als reifliche erkenne, und also auch die reifliche Ueberzeugung derer, die da glaubten, es wäre besser und vielleicht heilbringender für die Ehre Deutschlands, wenn der Frieden nicht angebahnt, aber die Waffenehre, mit gleichem Anspruch auf Anerkennung ihres Ehrgefühles, hat anders entschieden. Die Nation verlangte Gehorsam für diese Entscheidung, und er wurde verweigert. Daß eine solche Verweigerung nicht ungestraft hingehen konnte, darüber wird in dieser Versammlung kein Zweifel sein. Was ist das für ein Aufstand gewesen? Er hat angebrochen gegen die Einheit unseres Vaterlandes. Worauf beruht diese Einheit, und welches ist ihr Ziel? Vor allem Ausbrechung aller Stammesverschiedenheit, Vermittelung aller Ansichten zwischen Nord und Süd. Wenn diese Vermittelung nicht möglich ist, so ist auch die Einheit nicht möglich, und wer da zu beitragt, solche Vorurtheile zu nähren, als habe der Süden ein feineres Ehrgefühl als der Norden, der es stets bewährte, der streit nicht nach Einheit, der zerreiße sein Vaterland und macht Treffen Einheit unmöglich. Es war aber auch ein Verbrechen gegen die Freiheit. Die Freiheit wollen wir ehrlich, und werden auch jetzt der Pflicht eingedenk sein, daß die Einheit mit der Freiheit Hand in Hand gehen solle. Jedes noch so gerechte Rachegefühl wird unterdrückt werden. Wir werden unsern Weg fortgehen der auch zur Freiheit führt, und keinem Gelüste dafür machen das etwa vorhanden geben möchte. Es war aber auch ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit: wenn die Versammlung zugenommen sollte die eine solche That möglich machte, dann würde man beinahe verzweifeln, und diejenigen, welche die Hoffnung hegten, daß alle beitragen würden zur Freiheit, mögen alle ihre Stärke zusammennehmen um den Geist zu unterdrücken der solcher That Raum geben mag. Wenn man statt den Parteigeist aufzureizen, ihn zu besänftigen strebt hätte, wir hätten solche Ereignisse nicht erlebt. Man hat vor kurzem gesagt, daß Reichsministerium habe keine Mehrheit; in gewisser Beziehung ist dies sehr wahr, indem es ihm schwer wird eine Mehrheit zu bilden. Es ist leicht ein Ministerium zu stürzen, aber schwer ein neues zu bilden. Darum muß man, ehe man zu solch entschiedenen Maßregeln schreitet, unsern ganzen Zustand in Erwägung ziehen und den Fragen: war ein Grund vorhanden? ist die Lage der Ministerium solche zu müssen, denn die Ereignisse sind bedeutend und die Verantwortlichkeit des Männer ist groß. Das Ministerium wirft sich über seine Maßregeln äußern, und wir werden es gewiß in allem was zur Aufrechthaltung der Ordnung und zum kräftigen Vollzug der Gesetze nöthig ist, unterstützen. Wollen wir die Freiheit, so müssen wir sie mit Maß wollen und mit Maß gewähren. Wollen wir die Einheit, so fassen Sie und wir alle einen dieser entsprechenden Sinn.

Ferner theilte der Justizminister Hr. R. Mohl der Versammlung mit, daß der Senat der Stadt Frankfurt bereits eine Untersuchungscommission über die beklagenswerthen Vorfälle niedergesetzt habe. Eine Anzahl von Abgeordneten hatte auch die Absicht, in dieser Sitzung dem förmlichen Antrag auf Verlegung des Sitzes der Reichsversammlung und der Zentralgewalt in eine andere Stadt, die mehr Sicherheit böthe, zu stellen. Nach den Erklärungen des Reichsministers Schmerling aber, daß alle Maßregeln zum kräftigen Schutze bereits getroffen seien, verzichtete man auf diesen Antrag.

Deutschland.

Württemberg. — Stuttgart, 18. Sept. In der gestrigen Volksversammlung in Eßlingen hat es an aufregenden Reden, an übertreibenem Gebrauche der großen Schlagworte unserer Tage nicht gefehlt. Wer hätte daran zweifeln mögen! Einer unserer Volksvertreter bei dem kommenden Landtage namentlich soll für seine zukünftigen Volksreden in der Kammer sehr bedeutende Studien bei der gestrigen Versammlung gemacht haben. Wenn wir von dem Einzuge der von Eßlingen Heimkehrenden in die Stadt am gestrigen Abend auf die Verhandlungen während des Volksfestes (oder Volksversammlung, wenn man lieber will) schließen dürfen, so müssen diese sehr tumultuarisch (nach der neuern Terminologie „mündig“) gewesen sein. In später Nacht zog noch eine große Masse „Volkes“, unter Anführung eines gänzlich heimvergessenen Wirthshauses, einer Hauptfahrerd der hiesigen republikanischen Partei, durch die Königsstraße, und ließ unter melodieneirrender Absingung Becker'scher Lieder

(So ein Lied, das Stein' erme then,
Menschen rasend machen kann!)

die Republik hoch leben. Wir zweifeln nicht daran, unser wachsames Ministerium des Innern wird Maßregeln ergreifen lassen, damit in Zukunft unser Publikum wenigstens in der Nacht von der Republik verschont bleibt, wenn der es während des Tages schon zur Genüge hören muß. Die gemüthliche Anarchie scheint hier in erfreulichen Gedeihen sich zu befinden, und wenn die Regierung fortfährt, sie mit der bisherigen Milde zu pflegen, so dürfen wir ihrer kräftigen Entwicklung versichert sein. Zu allem schon Vorhandenen (hier sprechen wir aber nicht von der Regierung) kommt nun auch noch das in allen Buchhandlungen aufgelegte Angebot: „Handschriften für Wirthe“. Wird da Wüthern erst nach den Worin schaffsinnig entwickelten Kunstbegriffen getrieben, dann mag, Gott wissen, wir Alles andern soll. Wir sind übrigens entschiedene Gegner der Kunstwüthlerei-Theorie des Hrn. Strwoel-Peter, und können uns nicht von der Ueberzeugung trennen, daß die bisher mit so vielem Glück angewendete edle Naturwüchsigkeit der wahren Wüthlerei mehr entspricht. Sollte aber wirklich der Strwoel-Peter durch sein Wüthlein eine Sintflut der Wüthlerei geben wollen, dann müßten wir es mit entschiedener Entrüstung von uns weisen; denn von was sollten so viele Volksfreunde leben, wenn man die Wüthlerei um die hohe Achtung, deren sie sich jetzt erfreut, bringen sollte? (Karlsr. Z.)

Am 20. wurde zu Stuttgart der elfte ordentliche Landtag durch den Vorstand des Ministeriums des Innern Staatsrath Duvernoy eröffnet. Dessen Rede kündet unter andern an, daß „die Bedrängnisse der letzten Jahre, die zu Erhaltung der innern Ordnung in Deutschland im Laufe dieses Jahres zu erfüllenden Bundespflichten, so wie die von der Zentralgewalt zur Integrität und Würde Deutschlands angeordneten militärischen Maßregeln dem Lande Lasten aufgebürdet, welche eine Erhöhung der bisher bezahlten Steuern und Auflegung neuer Hilfsquellen zu gebieterischer fordern. Als größere Ausgabe im Etatsjahr 1849/50 „Kolberg“ das sürzlich vor ihm paradirte, in den Räumen der königlichen Marställe ein glänzendes Fest gegeben.

Köln, 17. September. Durch Erkenntniß des Anklagesenats des Ober-Appellations-Gerichtshofes in Köln vom gestrigen Datum ist Freitag als Tag zur Eröffnung zum Wiederzusammentritt der Geschworenen für die Landesbewaffnete Aufstände gegen die Landesregierung (in seinem, bekanntlich

Gerichte „die Todten an die Lebenden“) vor die nächsten Düsseldorfer Assisen verwiesen worden. Seit heute Morgen ziehen große Schaaren, zu Fuß und zu Wagen, zu Dampfschiff und auf Kohlenwagen, ein, wie ein öffentlicher Anschlag verkündet, die Person zu 1 Sgr. beköstern, zu einer von den hiesigen und Düsseldorfer Democraten in Worringen, 3 Stunden unterhalb Köln, arrangirten Volksversammlung. Einzelne Truppe haben mit der rothen Fahne voran die Stadt verlassen. Es ist sehr zu besorgen, daß das Unwesen, was dort getrieben wird, eine sehr ernste Natur annimmt. (Karlsr. Ztg.)

Oesterreich. Wien, 18. Sept. Der Graf Teleky hat drei ungarischen Kriegsbefehlen des Reichstages in Pesth einen gewaltigen Strich durch die Rechnung gemacht. Sein Erlaß „Verrath“ hat eine sinnlose Rathlosigkeit hervorgebracht, deren deutlichster Beweis die neue Deputation ist, an deren Spitze Deak steht, welche an den Reichstag nach Olmütz abgeschickt wurde, um alles aufbieten soll, um das hiesige Kabinet von der Loyalität Ungarns und der Rebellion des Banus zu überzeugen. Diese Deputation ist heute Mittags hier eingetroffen, und von einem gewissen Theile unserer Bevölkerung auch enthusiastisch empfangen worden. — Der Banus soll bereits bis Kestrelek und Veldrino vorgedrungen sein. — Das ungarische Ministerium hat den gesammten Landsturm in ganz Ungarn aufgeboten. Eine neue Ministerkombination nennt ein Namen Kossuth, Szemere, Klauzal Noory, Görgey, Kommando. — Unsere Regierung hat sich den Ort, wo die italienischen Verhandlungen geführt werden sollen, Innsbruck bezeichnet. Sie hat bereits die sardinische Regierung, wie sie der beiden vermittelnden Mächte erfragt, ihre Bevollmächtigten zu ernennen.

— 20. Sept. Es erhält so eben die Nachricht, daß der Graf Teleky Palatin, zum Reichstag aufgefordert, sich an die Spitze des ungarischen Heeres stelle. Um die Bauern dieser zu stimmen erklärt das Repräsentantenhaus ihnen die Zehenten. Graf Teleky hat sich geweigert gegen Jellachich zu kämpfen. (Andern Nachrichten zufolge soll er flüchtig in Graz angekommen sein.)

— Triest, 16. September. Schiffsnachrichten zufolge befand sich unser Geschwader, die Richtung gegen Venedig nehmend, gestern in der Elbe Weißern von Cazorle, und nur die Fregatte „Bellona“ lief Ancken von Pola. In Venedig, woselbst außer dem französischen Dampfer „Mömedes“ und der englischen Kriegsbrigg „Harlequin“ der nordamerikanische Schraubendampfer „Princeton“ vor Anker liegt, liefen am Montag 2,500 päpstliche Freiwillige unter Town und Waffen. Ferner ist das französische Dampfboot „Brasier“ Kapitän Passama, mit 60 Mann und 2 Kanonen von Venedig in 18 Stunden kommend, hier eingelaufen. — So eben hören wir, daß der in Folge der bekannten Ereignisse unterbrochene Verkehr von Venedig wieder begonnen hat und dem zufolge den von hier aus sich dahin begebenden Fahrzeugen kein Schwierigkeiten erhoben werde. Der Kapitän des „Mulcano“ hat daher seine Abfahrt „Triest“ bestimmt, es ist auch Preise anfänglichen, wenn es sich nochmals in den Gewässern von Venedig blicken lassen sollte. — Es ist uns unbegreiflich, daß man dem hiesigen Handelsstand von dem Wiederbeginne des Verkehrs keine Mittheilung gemacht hat. (Oester. Lloyd.)

Frankreich.

†† Paris, 17. September. Hr. v. Raumer hat seine Beglaubigungsschreiben dem General Cavaignac endlich überreicht: aber die Fassung, in welcher der Monitenr gestern die Thatsache anzeigte, war so auf Schrauben gestellt, daß wohl auch bei Ihnen Zweifel über den wahren Sinn nur gewonnen sein mögen. Diese Zweifel sind allerdings am Orte; die Sache verhält sich, wie ich aus guter Quelle erfahren, so. Es wurde v. v. Raumer unter anderm bemerkt, die Erhebung der Orleans'schen Johann zum deutschen Reichsverweser werde von der französischen Regierung als eine „vollzogene Thatsache“ anerkannt, die jedoch vorzugsweise die innern Verhältnisse Deutschlands berühre, aber in den bisher bestandenen diplomatischen Verbindungen Frankreichs mit den einzelnen deutschen Regierungen vorläufig noch nichts ändern, noch weniger sie aufheben könne. Im Uebrigen war der Empfang bei Hrn. v. Raumer durch den General Cavaignac ganz so, wie ihn der Gesandte der deutschen Zentralgewalt nur immer sich wünschen konnte. General Cavaignac sagte ihm unter andern, er werde selbst nach Frankfurt den Ausdruck des Wunsches gelangen lassen, daß man ihn als Gesandten der deutschen Zentralgewalt in Paris belassen möge. Bemerkenswerth und mit dem ganzen Verhalten der französischen Regierung allerdings übereinstimmend ist der Umstand, daß Hr. v. Raumer zu einem großen Gastmale, welches gestern der General Cavaignac gab, und bei welchem das ganze diplomatische Korps erschien, Hr. v. Raumer nicht geladen war, so wenig als bei den früheren Gastmalen, welche die andern Minister gaben. — Was die italienische Frage anlangt, so rechnet man hier im Kabinet sicher auf Annahme der Verlängerung der Waffenstillstandes durch Karl Albert. An dem Gedanken daß Oesterreich in ungestümlichem Betrieb seiner lombardisch-venetianischen Provinzen bleiben werde, hat man sich bereits allmählig gewöhnt, und das Einzige, was Oesterreich dereinwilligt zugestehen will, ist die Gewährung ausgedehnter Freiheiten an die genannten Provinzen. Bis jetzt verlangt Frankreich noch immer, daß die ganzlichen Ausgleichung der italienischen Frage der status quo unbedingt erhalten bleibe, namentlich auch Venedig verlaufig nicht von den Oesterreichern besetzt werde. Aber Oesterreich hat sich stets bybartig geweigert, solchen Ansinnen zu willfahren. Seit Hr. v. Wessenberg an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten in Wien steht, merkt man überall wieder die tüchtige, wahrhaft staatsmännische, festigkeit und Kraft mit weiser Mäßigung paarende Leitung derselben, welche einen Augenblick gänzlich gefehlt hatte. Was die Gesinnungen der gegenwärtigen Machthaber hier anlangt, so kann man noch immer sagen, daß dieselben für den Frieden sind. Sie kennen dem Krieg nicht aus innern und äußern Gründen. Im Innern gibt sich der Widerwille gegen die Republik in den Provinzen täglich entschiedener kund, und brunruhigt seit lange ernstlich die Regierung. Man berieth hin und her über die Mittel, wie dem immer gefährlicher werdenden Uebel beizegnet, ein Einschwung in der öffentlichen Meinung erzielt werden könne. Das verlief man kein auf den Köpfen der Abtheilung von Berufsmenschen, wie als Regierungsmaßregeln dieselben über die wahren Absichten der Regierung auflären und so die Gemüther für dieselbe gewinnen sollten. Die schlimmste Aufnahme, welche der Plan in der Nationalversammlung fand, und die Schwierigkeit, welche das Ministerium hatte, sich und des selbst sein Daseln zuleb bekräftigenden Vertrauensvotes zu sichern, werden wohl das Unterbleiben der ganzen Maßregel zur Folge haben. Bei den sonstigen Neigungen des Landes aber einen Krieg mit dem Auslande anfangen, in welchem man am Ende wieder ganz Europa gegen sich zu haben Gefahr liefe, erscheint denn doch den Machthabern Frankreichs etwas bedenklich. Ihre Ansichten wechseln übrigens über die Kriegsfrage, je nachdem die Nachrichten aus dem Auslande lauten. Die demokratischen Blätterreien am Rheine besonders werden von allen Feinaosen als ihrem Interesse in die Hände arbeitend angesehen, und die grossen Männer der äußersten Linken zu Frankfurt, die HH. Jgstein, Zig, R. Blum, Brentano, Vogt, Schlöffel, Simon und Konsorten mögen sich sehr gerührt fühlen durch die Hoffnungen, welche sie Frankreich auf sie und ihre Bestrebungen setzen. — Sie werden vielleicht nachlik den Pariser Blättern von Ernennung des Hrn. Pascal Duprat nach Ungarn lesen: ist dem Ihnen aber bestätigt, daß diese Sendung unterblieb, nachdem die Regierung gesehen, daß die öffentliche Meinung entschieden dagegen ist. Der ungarische Abgesandte Graf Teleky ist zwar von Hrn. Bastide empfangen worden, aber nur als Privatmann. Die Mittheilungen, welche derselbe dem französischen Minister machte, waren eben nicht geeignet, ein besonderes helles Licht über die ungarischen Zustände zu verbreiten. Graf Teleky hat auch der österreichischen Gesandtschaftsträger Hr. v. Thom seine Beglaubigungsschreiben überreicht, und dabei angekündet, daß Oesterreich einen Gesandten ihaber schicken werde, sobald die französische Republik auch ihrerseits einen Gesandten nach Wien senden werde. — Die Wahlen beschäftigen hier jetzt die Gemüther. Das Ergebniß wird schwerlich vor Dienstag bekannt werden können. Ludwig Napoleon und der Marschall Bugeaud — für dieser stimmen vorherrschend gunstig auch die ganze Moniteurgarde — haben viele Aussichten durchzudringen. Beide Wahlen kommen der Regierung angelegen. Wird Ludwig Napoleon wirklich abermals gewählt, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Regierung abermals von der Nationalversammlung diesen Beschließung verlangen und wohl auch erhalten wird.

— Paris, 18. Sept. Die Nationalversammlung hat heute bei der Fortsetzung der Berhandlung des Verfassungsentwurfs ein die gänzliche Abschaffung der Todesstrafe bezweckendes Amendement des Herrn Coquerel mit 498 gegen 216 Stimmen verworfen, desgleichen mehrere andere, und endlich wurde der Art. 5, der die Abschaffung der Todesstrafe nur für politische Verbrechen als Grundsatz aufstellt, angenommen. — Man setzt Interpellationen an die Regierung über den Befehl der französischen Flotte bei der Einnahme von Messina durch die neapolitanischen Truppen an. — Ludwig Napoleon hat alle Aussicht hier zum Repräsentanten in die Nationalversammlung gewählt zu werden.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 18. Sept. 5proz. Metall. 79, 4proz. 62, 3proz. 46, 2½proz. 41. 1834er 500 fl.-Loose 130. 1839er 250 fl.-Loose 88. Bankaktien 1095. Wechsel 104½. Ducaten 941. Silbergeld 94. Neue Ducaten 12. Dukaten — Lombard 65½. Pesth 64. Gloga 56. Anemmerbahn 95½.

Berlin, 18 Sept. Intändische Fonds, Pfandbriefe, Kommunalobligationen und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 74½ B., 73½ G. Berl. Pram. Sch. — B. 87 G. K. u. Neum. Schuldv. 72½ B. 71½ G. Berl. Stadt-Obl. — B. — G. Westpreuß. Pfandbr. 3½proz. — B. 79½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. — B. 95½ G. 3½proz. 78½ B. 78½ G. Ostpr. Pfandbr. — B. 86 G. Pomm. Pfandbr. 90½ B. 89½ G. Kur- u. Neum. Pfandbr. — B. 88½ G. Schlesische Pfandbr. — B. — G. Schlesische Lit. B. gar. Pfandbr. — B. — G. Pfandbr. — B. — G. Gold al marco 84½ G. Friedrichsd'or 13½ B. 13½ G. Louisd'or 5 Thlr. 13 B. 12½ G. Disconto 3½ B. 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt 48 67 B. 66½ B. Berl.-Hamburg 65½ B. 65 G. Berl.-Stettin-Stargarder 88½ B. Berl.-Potsdam-Magdeb. 53 B. 52½ B. Magdeb.-Halberstadt 102 B. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 52 B. Köln-Minden 75½ B. Köln-Aachen 54½ B. Bonn-Köln — Düsseld.-Elberfeld — Steele-Vohwinkel — Niederschles.-Märk. 69½ a 69 B. u. G. Niederschles.-Märk. Zweigbahn — Oberschles. A. 89 B. Litt. B. 89 B. Kosel-Oderberg — Breslau-Freiburg —. Kral.-Oderschles. — Berg.-Märk. 58 B. Stargard-Posen 66½ B.

Dividendenbogen: Berl.-Anh. Lit. B 83½. G. Starg.-Posen — Brieg-Neisse — Magd.-Wittenberg — Aachen-Maastricht — Thür.-Verbindungsbahn —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 83 G. Berlin-Hamburg. 89½ B. u. G. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 77½. G. 78 B. 3proz. 86½. G. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 82 B. Köln-Minden 90 G. Bonn-Köln — Gladbach — Aachen. 1. Prior. — — Rhein. Stamm-Prior. 89 B. Düsseld.-Elberfeld. — Niederschles.-Märk. 4proz. 81½ B. u. G. 3proz. 93½ B. u. G. Oberschles. A. 111. Serie 88 B. Zweigbahn 4½proz. — 3proz. 75 G. Oberschles. — Kosel-Oderberg — Steele-Vohwinkel 76 B. Breslau-Freiburg —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag, 22. Sept.: „König Marx“. Trauerspiel von A. May.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. Birkhaum, Gutsbesitzer, aus Westphalen. Rentier und Bradley, Rentiers, aus England.

Hotel Manlik. Kögglo, Hauptpostkassirer, von Innsbruck. Friesern, Privatier, von Wien. Gerschau, Gutsbesitzer, von Jassy. Fanaut und Gunton, Rentiers, von London. Mad. de Boiare, Rentiere, von Brüssel. Gebrüder Kiene, Privatiers, von Bregenz. Monier, Proprietär, von Paris. Rubin, Kaufmann, von Düsseldorf. Wittman, Gutsbesitzer, von Berlin.

Gold. Kreuz. Gilzgk, Rentier, von Rosford. Gräfin Wäpritsch, von Sigmaringen. Cyrill. Beckendorf, von Hanau. Hailer, Partikulier, von Aalen. Preßl, Appellationsgerichts-Rath, von Neuburg. Dr. Wollman, von Freiburg.

Gold. Hahn. v. Lotow, Rittmeister, von Dresden. Baron v. Lalow, Offizier, von Bautzen. Winter, Privatier, von Nürnberg. Seethofer, Gastgeber, von Augsburg. Marquis de Carrega, von Turin. de Rossi, von Florenz.

Blauer Traube. Weiß, Landrath, von Salzburg. v. Stockum. Obristlieutenant, von Landshut. Baron v. Aretin, Reichsrath, von Heidenburg. v. Gumppenberg, Generalsgotin, von Augsburg. Dr. Schäfer, von Dresden. Acco, Chemiker, von Berlin. Augath, Lehrer, von Frankfurt a. Aisch. J. L. General, von Rom. Baron v. Clermont, Rentier, von Altbaiern. Baron v. Schönfeln, von Wien. Parrourt, Rentier, von London. Baron v. Reichling-Meldegg, von Landshut. Baron v. Gumppenberg, von Ulm. Dr. Bitsch, von Stuttgart.

Stachusgarten. Weingart, Rheinreiser, von Bilsbiburg. Lenz, Privatier, von Grünstadt. Greiner, Kaufmann, von Mühlhausen. Thalheimer, Handlungsreisender, von Aufhausen. Frau v. Heimmann, von Augsburg. Waasich, Gutsbesitzer, von Straubing. Lindauer, Oberamtsrichter, von Neuburg.

Getraute in München.

Die Herren: Balthasar Kleliner, Oekonom und Müllermeister zu Ismaning, mit Augusta Mitterwallner, bürgerl. Seifensiedertochter v. h. Alois Vogel, Schiffermeister, mit Magdalena Barbara Maurertochter von Wasserburg. Friedrich Kolb, königl. Rentkurcht, mit Maria Schregle, Wachsmeisterstochter v. h. Johann Karl Thomas, bürgerl. Juwelier v. h., mit Ursula Holzapfel, Schäffermeisterstochter v. h. Gustach Kellner, Schriftsetzer v. h., mit Christina Dorothea Vogel, Steinhauermeisters-Tochter aus Stuttgart. August Gilg, Junktionär bei der Fakturie des Zentral-Schulbücherverlags, mit Anna Karolina Obermayer, Apothekerstochter von Neuburg a. D. Joseph Bidinger, königl. Rechnungskommissär, mit Fräulein Margarethe Josepha Theresia Baumann, königl. Oberrevisorstochter v. h. Johann Adam Mayer, königl. Zollrechnungskommissär, mit Anna Maria Dotzel, Gastwirtstochter von Perlach. Georg Joseph Ferr, Steuerkassier-Junktionär v. h., mit Anna Sibilla Mathilde Wilhelmine Gülich, Kaufmannstochter von Ansbach. Dr. Johann Adam Kuhn, Präparator im zoologischen Museum des Staats dahier, mit Fräulein Theresia Regina Pfister, gel. Registratursstochter v. h.

Gestorbene in München.

Joseph Obermaier, ehem. bürgerl. Gastwirt, 78 J. a. Franz Moser, Taglöhner, 63 J. a. Sebastian Braun, bürgerl. Schuhmacher, 46 J. a. Katharina Ueber, Obergemeinderstrau, 57 J. a. Josepha Weber, Wirthstochter von Regenburg, 60 J. a. Georg Zierhut, Lampenanzünder, 64 J. a.

Bekanntmachung.

Die Kunstausstellung betreffend.

110. (c) Die Ausstellung von Werken lebender Künstler, welche in dem der Hypothek gegenüber liegenden Kunstausstellungsgebäude stattfindet, ist ohne Ausnahme täglich von 10 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags geöffnet.

Zugleich wird bemerkt, daß seit Beginn der Ausstellung mehrere vorzügliche Werke der Malerei und Bildnerei, die damals noch fehlten, nachträglich eingetroffen sind.

Bekanntmachung.

122. (3b) Durch Erkenntniß vom 13. Juni l. Js. wurde in den Deditionsten des Steinlieferanten Michael Lechner sein Vermögen mit Universalbann erkannt und werden demnach die gesetzlichen Ediktalage und zwar zur Liquidation der Forderungen und deren gehörigen Nachweisung auf

Montag den **16. Oktober l. Js.,**

zur Vorbringung der Einreden gegen die angemeldeten Forderungen auf

Donnerstag den **9. November l. Js.,**

zur Abgabe der Schlußrezesse and zwar

a) für die Rezept auf

Samstag den 2. Dezember l. Js.,

b) für die Duplik auf

Samstag den 30. Dezember l. Js. jedesmal Vormittags 9 Uhr,

(Zimmer Nro. 7. t)

festgesetzt, wozu sämmtliche Gläubiger unter dem Präjudize geladen werden, daß das Ausbleiben oder Nichterscheinen am 1. Ediktstage den Ausschluß der Forderung von gegenwärtiger Konkursmasse, das Nichterscheinen an den übrigen Ediktstagen aber den Ausschluß der treffenden Handlung zur Folge hat.

Zugleich werden alle diejenigen, welche etwas von dem Vermögen des Gemeinschuldners in Handen haben, aufgefordert, solches vorbehaltlich ihrer Rechte dem Gantgerichte zu liefern, und auch noch bemerkt, daß man am ersten Ediktstage zur Wahl eines Massakurators schreiten werde, und daß das tekikistirte Inventar vom 1. Juli 1847 einen

Aktivstand von 8,708 fl. 6 kr. und einen

Passivstand von 15,889 fl. 56½ kr.

ausweiset, unter welch letzterem 5,500 fl. Ewigzeld und Hypothekartialien begriffen sind.

Verfügt am 5. Sept 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Direktor:
Barth.

Fick.

Pfandauslösung und Versteigerung.

98. (3c) Donnerstag den 28. Sept. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat August 1847 und zwar von:

Nro. 90,563 bis 99,342.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verlegt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 3. Oktober öffentliche Versteigerung.

München, den 31. August 1848.

Königl. privileg. Pfand- und Leih-Anstalt I. der Stadt München.

F. Negrioli, Magistratsrath.
Hannes, Kassier. v. Zerch, Kontroleur.

Berichtigung.

In der in Nro. 71 am 19. d. Mts. veröffentlichten Bekanntmachung des königl. Kreis- und Stadtgerichts München d. d. 5. Sept., die Gant des Steinlieferanten Michael Lechner betreffend, soll es statt: „jedesmal Vormittags von 9 — 10 Uhr“ heißen:

jedesmal Vormittags 9 Uhr.

Bekanntmachung.

Verlassenschaft des Matzias Schnell von Hinterdorf, hier Extradition der Erbtheile der Magdalena und Theresia Schnell in Slavonien.

78. (2b) Für Magdalena Schnell, Eattin eines königl. Försters, Philipp Bidutta zu Otlatz in Slavonien, und deren Schwester Theresia, verehlichten Dad Imann, Schneidermeisterin in Slavonien, früher zu Schlapanowesi im königreiche Böhmen, ist bei der im Jahre 1831 dahier großgroßmen rubrizirten Verlassenschaft ein Erbtheil von 86 fl. 49 kr. 2 pf. anerfallen, welcher leither zu 2⅔ herzinslich bei der k. k. Staat-Schulden-Tilgungs-Spezial-Kasse in Wien angelegt. Da dieselben mit ihrer Descendenz bereits mit Tod abgegangen sein sollen, hierüber jedoch eine volle Gewißheit zur Zeit nicht besteht, so werden sie oder wer immer auf obiges Vermögen rechtliche Ansprüche zu haben glaubt, hiemit aufgefordert, sich darum

binnen 6 Monaten

a dato am so gewisser bei dem unterfertigten Gerichte anzumelden und gehörig zu legitimiren, als auser dessen daselbst ihren bei bekannten nächsten Erben ausgefolget werden.

Sign. den 29. Juli 1848.

Königl. Landgericht Dachau.
v. Gistel.

Ediktal-Citation.

120. (3) In der früher bei dem Patrimonialgerichte Pofed anhängig gewesenen, seit dem Jahre 1841 aber von dem unterfertigten Landgerichte als Verwaltung des Patrimonialgerichts fortgeführten Verlassenschaftssache der zu Pofed verstorbenen Kammerfrau Maria Schoberth, geb Stadl, aus Ansbach, befindet sich im Depositorio des königl. Landgerichts Pof theils baar, theils in Papieren noch der Betrag von

550 fl. —

Es werden daher alle Diejenigen, welche Ansprüche auf die Aussbändigung dieser Masse haben, andurch ediktaliter vorgeladen, innerhalb 3 Monaten, und längstens bis zum

15. Dezember l. Js.

vor unterfertigtem Gerichte persönlich oder durch gehörig legitimirte Vertreter zu erscheinen und ihre Ansprüche nachzuweisen, widrigenfalls die Masse als herrenloses Gut behandelt würde.

Pof am 6 Sept. 1848.

Königl. bayer. Landgericht.
Bisani.

Maisl.

Bekanntmachung.

130. Johann Huber, gewesener Hermannbauer zu Degerndorf, ist Willens, nach Nordamerika auszuwandern.

Alle jene, welche an denselben Forderungen zu machen haben, werden hiemit aufgefordert, dieselben innerst 8 Wochen geltend zu machen, indem nach Verlauf dieser Zeit dem Huber ein Reisepaß nach Nordamerika ausgefolgt werden wird.

Wolfratshausen am 13. Sept. 1848.

Königl. Landgericht Wolfratshausen.
Martin,
Landrichter.

72. (f) Man sucht für zwei Knaben einen Privatmeister katholischer Religion, der ganz gründ französisch spricht, und nicht nur deutschen und lateinischen, sondern auch Unterricht im Klaviere zu geben versteht.

D. Ueb.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Das Recht auf die Arbeit vor der französischen Nationalversammlung.

(Fortsetzung.)

Herr Thiers fortfahrend. Ich komme nun zum zweiten Abschnitte meiner Rede, zur Freiheit. Allein ich muß im Voraus bemerken, daß ich nicht von der politischen Freiheit sprechen will, sondern von der socialen Freiheit. Man beschuldigt alle Tage die alte Gesellschaft, sie habe dem Arbeiter gesagt: „arbeite! aber ich kann die die Verträge nicht angeben, nach welchen deine Arbeit gegeben werden muß; arbeite auf deine Gefahr hin.“ Man zeigt Euch die Welt, wo es Reiche und Arme, Glückliche und Unglückliche gibt, und wo in Folge dieser Freiheit die Reichen von heute, morgen arm sind. Das ist der gewöhnliche Lauf dieser Welt. Allein liegt nicht gerade darin die Freiheit? Hier ist der Mensch, wie er sich dem göttlichen Gesetze unterwirft, das ihn sich selbst überläßt, mit einem Worte, und dies eine Wort enthält alles: es ist die Freiheit! (Bewegung. Sehr gut.) Herr Flocon. Worin besteht die Arbeit der Fürsten? (Lärm.) Hr. Thiers. Lesen Sie die Werke des großen Friedrich und Sie werden sehen, worin die Arbeit der Fürsten besteht! Herr Flocon. Das ist lange vorbei. (Neue Aufregung.) Herr Thiers. Ich komme nun zum dritten Prinzip, zur Konkurrenz, d. h. zum Wetteifer, welchen die Gesellschaft unter allen Menschen begründet hat, indem sie dem Arbeiter sagt: arbeite auf deine Kosten und Gefahr; du hast Vernunft, beobachte, studire und dann, benütze alles was gut ist. Wenn gut beobachtet, gut um dich geschaut, so bereite dich, es besser zu machen, wie dein Nachbar, ihn zu übertreffen, den Käufer an dich zu ziehen. Durch diesen Wetteifer, durch die Konkurrenz, welche bei uns entstand, haben wir seit 50 Jahren Wunder gesehen. Wir haben die Industrie stets zu einer unerhörten Stufe der Vollendung emporschwingen, wir haben den Dampf an die Stelle der Handarbeit treten sehen! Erinnern wir uns bessen, was die unserer Kindheit sahen; sie habe als Kind das Baumwollengewebe aus Indien kommen sehen, und man bewunderte die Feinheit des Gewebes, das in Indien von Menschenhänden gemacht worden war. Was sehen wir heute? Durch die Konkurrenz, durch die Maschinen, welche eben diese Konkurrenz hervorrief, können wir eben so gut, ja noch besser, als die Indier, dieselben Stoffe verfertigen und haben nicht mehr nöthig, deshalb nach Indien zu gehen. Die Form kurzweg ist es, so sagt man dem Volke, welche dieses Elend hervorrief und dieses Elend übertreibt, vergrößert man. Gut; wir werden aber sehen, daß die Konkurrenz seit 60 Jahren herrliche Folgen gehabt, daß sie dahin gekommen, auf eine beherzigenswerthe Weise die Lage des Arbeiters zu verbessern! (Aufmerksamkeit.) Welches ist nun die Lage des Arbeiters, die man durch übertriebene Darstellungen als unerträglich bezeichnet? Erlaubt mir, daß ich ein Bild entwerfe, um ihn zu beruhigen, indem ich die Wahrheit ausstelle. Wißt Ihr, was der Arbeiter durch die Konkurrenz gewonnen hat? Zwei Wohlthaten. Er ist einmal besser bezahlt; und warum? Die Maschinen erleichtern ihm die Schnelligkeit seiner Arbeit, auf der andern Seite kommt ihm der Vortheil der Wohlfeilheit der Konkurrenz zu Gute. (Nein, links.) Nicht alle, ich gestehe es zu, aber ich habe Untersuchungen angestellt bei der arbeitenden Klasse und wenn Ihr die Wahrheit aus den Uebertreibungen herausfinden und die Wahrheit der Behauptungen, die hier vorgebracht worden, ergründen wollt, so stellt eine Untersuchung über das Schicksal der Arbeiter an, aber eine ernste Untersuchung. Nicht an den einzelnen Thatsachen, nicht durch fremde Personen, sondern hier, in eigener Person, fragt, macht Erhebungen, stellt selbst nach, und ihr werdet sehen, ob die verhängnißvollen Theorien, die seit einiger Zeit aufgetaucht, wahr sind, oder ob sie nur auf den Umsturz der Gesellschaft abzielen. (Bewegung. Sehr gut!) Ich nehme den Feldarbeiter, den Handlanger in der Gegend von Paris. Weiß man, daß vor dem Jahre 1789 ein Lohn in 12—15 Sous, 1814 in 20 bestand, heute in 40 Sous? (Bewegung.) Ihr wißt alle, daß man bei so wichtigen Fragen nicht an der Oberfläche bleiben darf, daß man bis auf Kleinigkeiten eingehen muß. Von den genannten Arbeitern gehe ich auf die Weber über. Auch diese haben nicht unbeträchtlich ihre Löhne vermehrt. (Unterbrechung links: Stille, stille!) Hr. Thiers zur Linken: Mir Einhaltung, ihr Herren, somit ihr die Wahrheit haben oder nicht haben könnt. Ihr doch einsehen, wie sehr diese Frage durch die Reden, welche man hier sie bis heute gehalten, ins Dunkle gestellt, vergiftet worden ist? Ihr gleicht einem Menschen, der wohl das Recht zu leben zugestünde, aber die Luft zum Athmen vergiftet! (Sehr gut, sehr gut! Lärm links.) Ich habe von jeher die Wahrheit gesagt, und heute nicht weniger, wie früher, ist mein vor keiner Gefahr zurück, und die Wahrheit zu sagen halte ich für die erste, die heiligste Pflicht! In der alten Kammer habe ich als Mitglied einer Kommission so viel ich konnte eine Untersuchung der Frage, welche und jetzt beschäftigt, angeregt, denn es ist keine neue Frage. Ich habe für meine Person zahlreiche Untersuchungen angestellt und wenn ich spreche, so bernhe ich mich auf Thatsachen. Wenn ich das bestreite, was ihr in einem Büchern vorgelesen, so habe ich Beweise für meine Behauptungen in der Hand. Ich wiederhole alles, die Weber haben heute einen bedeutend höheren Lohn, als vor 60 Jahren!

— Wenn ich jetzt auf die Metallarbeiter übergehe, werdet Ihr sehr überrascht sein, allein das, was ich sagen will, kann ich behaupten und kann es mit Beweisen belegen. Die Metallarbeiter sind durch die Konkurrenz dahin gekommen, daß sich ihr Lohn verdoppelt hat, sie erhalten jetzt statt 3, 6 Franks; ja es gibt deren, z. B. die Hutmacher, welche bis auf 8 Fr. sich heben. Wenn ihr mir nicht glauben wollt, so verweise ich euch auf die Tabellen, welche veröffentlicht worden sind. — So haben also die Arbeiter seit 60 Jahren ihre Stellung sehr bedeutend verbessert, und dagegen stehen wie, daß laut der öffentlichen Aktenstücke die Verbrechensgegenstände eben so beträchtlich im Preise gefallen sind. (Lärm: Und die Nahrung?) Hr. Thiers: Was diese betrifft, ist die Verminderung nicht so bedeutend, das gebe ich zu, nur das Fleisch ist wohlfeiler geworden. Verhältnißlich wie aber die Kleidung, so finden wir auch außerordentliche Differenzen. So sind Baumwollgarne um 80, Wollenzeuge um Fächer um 20 Prozent gefallen. Ich will nicht, daß bei Wiederholung gefragen sind, und daß heute eine Wohnung 120 Fr. kostet, welche früher mit 90 Fr. bezahlt worden ist; aber weshalb? Der Grund liegt in der Neigung, in der unglücklichen Vorliebe der Arbeiter auf dem Lande für die Städte. Allein ihr, die ihr diese Tendenz des Landvolkes so bekämpft, gebt uns ein Mittel dagegen! Ist es nur irgend ausführbar, so werden wir es ins Werk setzen! Wir werden euch anhören wie ehrenwerthe Leute, die alle das Gute wollen, nicht wie Faktionen mit schlimmen Absichten!

Diese letzten Worte rufen einen gewaltigen Sturm gegen den Redner hervor. Er wird aufgefordert, zu erklären, wen er mit dem Wort „Faktion“ gemeint. Er erklärt, Niemand besonders darunter verstanden zu haben. Hr. Flocon: Die Royalisten sind Faktion! Rufe: „zur Ordnung!“ Der Präsident gebietet Stille. Hr. Thiers hat das Wort. Nach kaum drei Worten wird er abermals unterbrochen: „Sie sind ein Royalist!“ Neue Rufe zur Ordnung! Hr. Thiers: Die Wuth der Parteien ist mir nichts Neues. Ich habe ihr getrotzt, als sie von einer andern Seite dieser Kammer ausging, und trotze ihr noch, sie möge kommen von welcher Seite sie wolle! (Lärm links.) Wenn der Herr, der mich unterbrochen, in unseren früheren gelegentlichen Versammlungen gewesen wäre, so würde er sich wohl erinnert haben, daß es im denselben Republikaner gab, die der Monarchie den Eid geleistet hatten; wenn dieselben die und da einige Worte trogdem gegen die Monarchie sprachen, so suchten wir der Freiheit ihrer Rede Achtung zu verschaffen, wir hörten sie gelassig an. Und ihr, die ihr und die Republik zugeben habt, ohne Zweifel, auf daß wir größere Freiheit genießen (heftige Bewegung links), so wie ihr von unserm Prinzip ausgehen vor dem ihr euch neigt, nicht forechen wie ihr, dann unterbrecht ihr sie, dann wollt ihr ihnen das Wort abschneiden! Wenn ihr so handelt, so zeige ihr uns, daß ihr eine Partei ohne Ihren seid! (Heftiger Tumult links.) Der Präsident mahnt wiederholt, den Redner frei sich aussprechen zu lassen. Dieselbe habe erklärt, daß das Wort Faktionen seinen Bezug auf kein Mitglied dieser Versammlung habe. Hr. Thiers fährt dann fort. Wenn ihr mich nicht unterbrochen hätter, wenn ihr nur ein Wort hätter anhören wollen, so würdet ihr wohl verstanden haben, daß mir der parlamentarische Anstand nicht so fremd ist, daß ich mir erlauben würde, die Bezeichnung von Faktionen auf irgend ein Mitglied dieser Versammlung anzuwenden. Hätte ich einem meiner Kollegen ein unangenehmes Wort zu sagen, so würde es nicht in diesem Saale geschehen. (Forts. folgt.)

Deutschland.

Bayern. — * München, 22. Sept. Gestern ereignete sich in der Werkstätte des Hrn. Mechanikus Hofmann in der Bayerstraße ein bedauerlicher Unglücksfall durch das Zerspringen eines neuen Dampfkessels, welcher zum ersternale gebeizt wurde. Ein Theil des Dachs, die Fenster und zwei Wände des Hauses sind zerstört, und der Gravenr Henselmayer, welcher den Kessel verfertigt hatte, flog selbst einen Arbeiter in die Luft. Beide waren beim Zerspringen desselben. Ersterer blieb todtgleich todt. Letzterer ist so schwer verletzt, daß keine Hoffnung auf Rettung mehr vorhanden ist.

Am nächsten Dienstag wird im großen Saale des Schuldauses im Rosenthal die erste öffentliche Sitzung des hiesigen Stadtmagistrats abgehalten werden.

Würtemberg. Folgendes ist die Rede, mit welcher der Staatsrath Duvernoy am 20. den Landtag eröffnet hat: „Hohe Versammlung! Seine Majestät der König haben mir den ehrenvollen Auftrag zur Eröffnung der Ständeversammlung ertheilt. In Vollziehung dieses Auftrages begrüße ich die hohe Versammlung, die ihrem größeren Theile nach aus neuen Wahlen hervorgegangen ist. Der im Monat März u. J. im Staatsleben eingetretene Umschwung hatte die Verneuerung der Volksvertretung zufolge. Es ist Ihnen allen bekannt, welche hochwichtige Ereignisse und Veränderungen seit diesem Zeitpunkt in unserem gemeinschaftlichen großen Vaterlande eingetreten sind. In allen deutschen Staaten ist die freie Presse hergestellt, das Recht der Vereine und öffentlichen Versammlungen wesentlich erweitert, die allgemeine Wehrhaftigkeit vorbereitet, namentlich aber ist der Weg zu volksthümlicher Vertretung der deutschen Stämme durch den Zusammentritt einer konstituirenden Versammlung in Frankfurt angebahnt und nach dem Erlöschen des deutschen Staatenbundes eine provisorische Centralgewalt errichtet worden, welche durch die bereits erfolgte Einleitung eines geregelten Verkehrs mit derselben als die oberste Gewalt Deutschlands von der Regierung Sr. Maj. des Königs anumwunden anerkannt wird. Die bevorstehenden Beschlüsse der Nationalversammlung, deren Be-

fugniß zur neuen Begründung der Verfassung Deutschlands für die Regierung festsetzt, werden wesentliche Abänderungen auch unserer Landesverfassung zur Folge haben. Die Regierung wird nicht anstehen, dieselbe mit einer nach einem neuen Wahlgesetze einzuberufenden Ständeversammlung in Ausführung zu bringen, sobald die Verfassung der deutschen Nationalversammlung verkündigt sein werden. Diese Beschlüsse werden auch für das Verhältniß der Kirche zum Staat, für neue Einrichtungen in dem Schulwesen und für die Wehrverfassung maßgebend werden; inzwischen läßt die Regierung es sich angelegen sein, die in diesen Beziehungen erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Ein Theil der Mitglieder der würtembergischen Ständeversammlung hat zugleich in der konstituirenden Nationalversammlung mitzuberathen; es ist daher der Regierung willkommen gewesen, den Landtag bis zum Schlusse der Berathungen der Nationalversammlung versichoben zu können. Allein die Bestimmungen unseres Grundgesetzes, die Bedürfnisse in der Gesetzgebung und im Staatshaushalte haben Se. königl. Majestät bewogen müssen, die Stände jetzt zu berufen, um die dringendsten Angelegenheiten zu erledigen. Die Verwilligung des Budgets wird Ihnen nur auf Ein Jahr angesonnen werden, da die bedächtigste Reorganisation der Staatsverwaltung, sowie Verbesserungen der Steuergesetzgebung, welche Gegenstände vielfacher Umgestaltung sind, nicht sogleich sind werden gerufen werden können. Sie werden deßhalb auch in dem Ihnen vorzulegenden Finanzetat noch nicht alle diejenigen Ersparnisse im Einzelnen vorveranlaßt finden, welche bei der Umgestaltung unseres Staatshaushaltes durchgeführt werden sollen. Leider haben die Verhängnisse der letzten Jahre, die zur Erhaltung der innern Ordnung in Deutschland im Laufe dieses Jahrs zu ersüllenden Bundespflichten, so wie die von der Centralgewalt zur Integrität und Würde Deutschlands angeordneten militärischen Maßregeln dem Lande neue Lasten auferbürdet, welche eine Erhöhung der bisher bezahlten Steuern und die Auffindung neuer Hülfsquellen um so gebieterischer fordern, je größere Ausfälle im Ertrag der Staatsdomänen, namentlich bei den Waltungen und in Folge der Ablösungsgesetze bei den Grundgefällen in Aussicht stellen. Indessen hofft die Regierung, die Ständeversammlung werde ihren Vorschlägen beistimmen, sofern sie es sich zur Pflicht gemacht, insbesondere einem Theile des so sehr gedrückten Gewerbestandes möglichste Schonung zu gewähren und zu den nöthig werdenden neuen und höhern Lasten hauptsächlich Diejenigen beizuziehen, welche sie leichter als Andere tragen können, und von denen zu erwarten ist, daß sie als Vaterlandsliebe, so wie in richtiger Würdigung der Verhältnisse zu Opfern sich geneigt zeigen werden. Einen weitern Ihrer verfassungsmäßigen Berathung zu unterstellenden Gegenstand werden mehrere Gesetzesentwürfe bilden. Die Gesetze über Verleihung von Grund und Boden werden durch die Lösung eines Theils der Grundgefälle in ihrem Inhalte zehnten vervollständigt werden. An diesen schließt sich an ein Gesetzesentwurf über Bannrechte und dingliche Gewerbsberechtigungen mit Ausschlußbefugniß, ferner ein Gesetzesentwurf, der es sich zur Aufgabe macht, die vollständige Gleichheit der Beitragspflicht zu Korporationslasten und Staatssteuern herzustellen. Den Beschwerden über Wildschaden und über die Ausübung des Jagdrechts auf fremdem Eigenthum wird ein Gesetzesentwurf über das Jagdwesen begegnen. Das Strafverfahren soll in Uebereinstimmung mit den Forderungen der Gegenwart gebracht werden durch einen Gesetzesentwurf über die Einführung von Geschwornengerichten, wodurch die Gerechtigkeitspflege dem Volke selbst als ein Heiligthum anvertraut wird. Möge dieburch der Sinn für Recht und Gesetz immer lebendiger, klarer und fester werden. — Das würtembergische Volk hat in seiner überwiegenden Mehrheit während der Sturmbewegungen jüngsten Jahre seine Gemeinderäthe durch Wahl; doch sind in einzelnen Theilen des Landes Unordnungen vorgefallen, welche das Einschreiten der bewaffneten Macht erfordert und die Thätigkeit der Gerechtigkeitspflege in Anspruch genommen haben. Die Regierung, welche Jeden angehindert gewähren läßt, so lange er die Schranken des Gesetzes nicht überschreitet, ist entschlossen, frechen Beeinträchtigungen der gesetzlichen Ordnung stets kräftig entgegen zu treten. Sie wird Ihnen einen Gesetzesentwurf über die Einschreitung der bewaffneten Macht zum Schutze der Gesetze zur Berathung und Beschlußnahme übergeben. Um den Gemeinden eine erweiterte Selbstständigkeit zu gewähren, soll der Entwurf eines Gesetzes über die Verwaltung derselben einer wiederholten Prüfung unterzogen werden. Hiemit habe ich Ihnen, in Gemäßheit des mir gewordenen höchsten Auftrags, in allgemeinen Umrissen die Aufgabe bezeichnet, für welche Ihre Thätigkeit und Einsicht von Seite der Regierung in Anspruch genommen wird. Es bleibt mir nur noch übrig, die Hoffnung auszusprechen, daß auf dem aufrichtigen Zusammenwirken der Stände und der Regierung solche Beschlüsse hervorgehen werden, welche den gerechten Forderungen und Wünschen genügen, die hastige Ungeduld beruhigen, das Vertrauen befestigen und das dauernde Wohl des Vaterlandes begründen; eben dadurch aber zugleich zum Heil des großen Vaterlandes beitragen, dessen Gesammtwohl durch das Wohl seiner einzelnen Glieder bedingt ist, und für dessen glückliche Erneuerung und Kräftigung die wärmsten Wünsche des Königs mit denen Seines Volkes sich vereinigen." — Hierauf erwiederte der Präsident der 1. Kammer, Fürst von Hohenlohe Langenburg: „Im Namen der Stände des Königreichs habe ich gegen Se. Maj. unsern verehrten König den ehrfurchtsvollsten Dank für die Wiedereröffnung der Ständeversammlung auszusprechen. Ein wichtiger Zeitabschnitt und bedeutende, folgenvolle Arbeiten liegen vor uns. Der Prüfung und Berathung derselben werden sich die Stände mit Eifer widmen. Wenn die durch die jüngsten Ereignisse herbeigeführten neuen Institutionen in unserm deutschen Vaterlande, wodurch die größere Einheit und Kraft unseres Gesammtvaterlandes bezweckt wird, Aenderungen auch in unserer Verfassung hervorrufen, so werden sie nur der Weise gemäß vorgelegt werdenden Anträge auf solche Aenderungen von den Ständen nach Maßgabe der Bestimmungen der Verfassung geprüft werden, und es müssen bei dieser Prüfung ebenso die Einheit und Kräftigung unseres Gesammtvaterlandes, wie — neu der Verfassung — das unzertrennliche Wohl des Königs und Vaterlandes vor Augen behalten werden, denn nur so kann das wahre Wohl des Volks gefördert werden. Mögen in diesem Geiste die Arbeiten dieser Landsage für Ordnung, für Recht und für Gesetzlichkeit und zum Frommen des Volkes und unseres geliebten Königs den Gott erhalte, gedeihen!"

Nachschrift.

* **Frankfurt**, 20. Sept. Gestern Nachmittag sind mehrere tausend Mann Bayern hier eingerückt, welche in Sachsenhausen Quartier aufgeschlagen haben. Die früher hier angekommenen Truppen sind größtentheils bei hiesigen Bürgern einquartirt. Sie sind alle von bester Gesinnung beseelt. Die Turnhäuser und preußischen Truppen haben Sängerchöre, welche auf den Straßen ihre Lieder, frohen und ernsten Inhalts ertönen lassen; in den Straßen brennen Nachts Wachtfeuer, um welche auf Strohlagern die Soldaten herumliegen. Es ist gegenwärtig eine sehr respektable Truppenmasse hier beisammen, welche sich täglich noch vergrößert, so daß, wenn es noth ist, auch aufrührerische Bewegungen in den Nachbarstaaten mit ihnen unterstützt werden können. Auch in Heidelmannsgläser haben bedeutende Truppen zum Kampfe gegen die Rebellen werden Sie bereits gehört und gelesen haben, und es grenzt wirklich ans Unbegreifliche, mit welcher hingebender Aufopferung sie sich, die Ihrigen und ihre Habe der Handvoll kecker Abenteurer überlassen haben, ohne nur eine Hand zur Abwehr des Frevels aufzuheben, ohne den höchst zweideutigen Ruf einer mehr als friedfertigen Gemüthsart zu besorgen; — jetzt, wo eine weitere Aufstellung, ein wiederholter Kampf für Ehre, Gesetz und Eigenthum nicht mehr zu befürchten steht, sind sie tapfer genug, sich mit den Truppen! — Gestern machte ein Maueranschlag, unterzeichnet vom Justizminister Rob. Mohl, bekannt, daß alle Gefangene auf die Hauptwache an das dort versammelte ständige Kriegsgericht abzuliefern sind. Hoffentlich wird man auch die Mörder der H.H. von Auerswald und Lichnowsky in Bälde einziehen, denn da man weiß, daß es Bornheimer waren, und die Schandthat am hellen Tage vor vielen Zeugen verübt wurde, so kann die Untersuchung derselben sehr schnell geführt werden und zu heftigen Auftritten wird diesen Ehrenmänner erfährt man immer mehr Details. Im Begriffe, der würtembergischen Artillerie, welche von Gießen her kam, entgegenzureiten, wurden sie von Bornheimer Sensenmännern erkannt, verfolgt und flüchteten zuletzt, da sie unbewaffnet waren, in das Haus des Kunstgärtners Schmidt. Die tobende Menge drang nach, zerschlug den Hrn. v. Auerswald so lange mit Knitteln und Sensen, bis er seinen Geist aufgab, wobei keine Ruhe, mit welcher er sich in sein Schicksal ergab, förmlich zerhackt wurden. Lichnowsky wurde kalt erschlagen auf die Bornheimer Wiese geschleppt, wo man ihn als Scheibe aufstellte und drei Salven auf ihn gab. Die Pferde wurden als Siegestrophäen mit nach Bornheim geführt. Der Fürst verschied in der Nacht vom 18. auf den 19. um 1 Uhr Morgens bei vollem Bewußtsein, nachdem er noch einige testamentarische Verfügungen getroffen. — Schwer dürfte sich ein solches Bubenstück in der Geschichte eines civilisirten Volkes auffinden lassen! — Im Heiligengeist-Spitale liegen 34 Todte von Seiten der Rebellen und bei 60 Schwerverwundete, die Preußen zählen 4 Todte, 23 Verwundete, stärker soll der Verlust der Oesterreicher sein, die Darmstädter haben am wenigsten gelitten, obgleich sie am fürsten im Feuer waren. — Nach Mainz wurden mehr als 100 Gefangene abgeschickt. — Mit Sicherheit stellt sich bis jetzt heraus, daß die Hauptmasse der Gebauer und Künstler an den Barrikaden auf nicht hier einheimischen Individuen bestand, welche sich größtentheils schon gestöchtet haben.

Die gestrige Nachricht von der Verhaftung der Hrn. Zitz und Simon von Trier wird heute in der Karlsr. Ztg. widerrufen.

* **Frankfurt**, 20. Sept. In der heutigen Sitzung legte der provisorische Justizminister Robert Mohl einen Gesetzentwurf, den Schutz der Abgeordneten betreffend, vor. Derselbe wurde an den Gesetzgebungsausschuß verwiesen. Die Debatte war sehr belebt, man machte sich gegenseitig Rekriminationen. — Der Erberzog Reichsverweser spricht in einem Tagesbefehl an die hier versammelten Truppen seinen Dank und seine Verwunderung für ihr ausgezeichnetes Verhalten aus. (Wir werden das Dokument Morgen nachtragen.) Die Beerdigung der gefallenen Offiziere und Soldaten wird morgen früh 9 Uhr stattfinden. Aus diesem Grunde ist keine Sitzung.

Frankfurt a. M., 20. Sept. Oesterr. Spreg Metall. 74½, spreg. 67/8prog. 2½prog. 39. Bankaktien 1215. Pr. 250 fl.-Loose 119. 250 fl.-Loose 81½. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87¼. Pr. — Staatsschuldscheine 3½prog. 76½. — Bayer. 3½prog. 77. — Ludwigsh.-Berbach. 68¾. — Würtemberg. 3½prog. 76. 4½prog. 92½. —

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 75.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 6 f.
Halbjährig 3 f.
Vierteljährig 1 f. 36 kr.

Sonnabend den 23. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz No. 18.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, 23. September.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 21. d. Mts. allergnädigst bewogen gefunden, auf die bei den Kreis- und Stadtgerichte München erledigte Assessorstelle den Kreis- und Stadtgerichts-Assessor Friedrich Weichsler in Nürnberg, und auf die hiedurch am Kreis- und Stadtgerichte Nürnberg in Erledigung kommende Stelle den Kreis- und Stadtgerichts-Assessor Matthäus Gerstorfer Otto in Regensburg, beide auf ihr allerunterthänigstes Ansuchen zu versetzen.

Die blutigen Straßenkämpfe zu Frankfurt.

λ. Frankfurt, 20. Sept. Ich habe Ihnen während der letzten Tage nicht berichtet, weil die folgenschweren Ereignisse, die wir hier erlebten, größtentheils nicht in der Paulskirche und nicht unter meinen Augen vor sich gingen, und ich anderseits bloße unverbürgte Gerüchte nicht mittheilen wollte. Jetzt erst, nachdem ich den Anfang und den Verlauf des Geschehenen so übersehen vermag, werden Sie mir vielleicht eine gedrängte Darstellung der Ereignisse wohl gestatten. — Die nächste Veranlassung des gewaltthätigen Unternehmens, das hier versucht wurde, liegt in dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 16. d. in Betreff des dänisch-deutschen Waffenstillstandes; es war dieser Beschluß einer bekannten Partei ein ganz willkommenes Mittel, um die Massen aufzuregen und zu Gewaltthaten aufzustacheln. Es sollte vor Allem das Hauptbindemittel, das der Erreichung ihrer Zwecke entgegensteht — die Nationalversammlung aus dem Wege geräumt werden. Bisher hatte man systematisch das Vertrauen, das die Nationalversammlung anfänglich genoß, zu untergraben gesucht; man benützte dazu ebenso das, was die Nationalversammlung beschloß (ich erinnere an die Polenez Frage, an die Amnestie u. dgl.), theils das, was sie nicht beschloß, obgleich man von ihr erwartete. Jetzt sollte die Frucht des Samens, den man gesäet und leider in ein fruchtbares Erdreich gesäet hatte, geerntet werden. Schon am Abend des 16., als die Sitzung der Nationalversammlung geschlossen wurde, kamen grobe Exzesse in der Richtung gegen Mitglieder der Nationalversammlung vor. Die Wesendonk'halle wurde durchsucht und muthwillig verwüstet, als man seinen Abgeordneten dort fand; am englischen Hofe war ein Abgeordneter, der von dem Fenzel abmahnte, den man dort begann (man warf die Fenster ein), durch einen Hieb mit einem Stück Brett verwundet, und anderen Mitgliedern der Versammlung, insbesondere Lichnowsky durch Prügel u. s. w. die Unzufriedenheit dieses Publikums zu erkennen gegeben. Erst gegen 2 Uhr Morgens gelang es, die Ruhe herzustellen. Am Sonntag den 17. wurde von den hiesigen politischen Vereinen und jenen der Umgegend eine Volksversammlung auf der Pfingstwiese gehalten. Ich sah den Abgeordneten von Mainz (Zitz) an der Spitze einer großen Schaar von jungen Männern dahin ziehen; auch noch einige andere Abgeordnete sollen sich dort als thätige Theilnehmer eingefunden haben. Dort wurde, nachdem den Anwesenden die Schlechtigkeit der Mehrheit der Nationalversammlung in den unwahrsten Darstellungen dargelegt worden war, wie mir versichert wird auf Metternichs Antrag, der Beschluß gefaßt, am folgenden Tage durch eine Deputation der Nationalversammlung eine Adresse zu überreichen, worin die Abgeordneten, welche am 16. die Mehrheit bildeten, für Landesverräther erklärt und zum Austritt aus der Versammlung aufgefordert werden sollten. Um, wie man sich ausdrückte, der Sache mehr Nachdruck zu geben, sollte die Deputation, welche man in der Versammlung wählte, von möglichst vielen Gleichgesinnten bis zur Thüre der Paulskirche begleitet werden, und dort das Ergebniß abwarten. Was zu thun sei, wenn den Aufforderungen der Deputation nicht entsprochen würde, das wurde in den Reden nur im Allgemeinen angedeutet, wie z. B. man müsse Deutschland retten, sollte auch die Paulskirche mit Blut besprizt werden u. dgl. Man konnte nur auf ein schon vorherrschendes Austrittsrum rechnen. Wie es bie bei diesen Beschlüssen anwesenden Abgeordneten, welche die Geschäftsordnung der Nationalversammlung so oft schon als ein Gesetz erklärten, daß Niemand übertreten dürfe, vor ihrem Gewissen verantworten können, einen solchen von vornherein unausführbaren und nur durch Gewaltthat realisirbaren Beschluß ohne Protestation zu Stande kommen zu lassen, das muß ich denselben überlassen. Am Schlusse der Volksversammlung ermahnte ein Redner die Anwesenden sich heute ruhig zu verhalten, dabei aber am Platze zu bleiben (was die Theilnehmer von Mainz, Offenbach und Hanau treulich befolgten), und am folgenden Tage wohlgerüstet und gefürrt sich einzufinden. Am Abende des 17. traten die drei Fraktionen der linken Seite der Paulskirche im deutschen Hofe zusammen, um zu berathen, was unter den obschwebenden Verhältnissen zu thun sei. Schon Tages vorher war von einigen Mitgliedern des Donnersberg-Klubs der Antrag gemacht worden, aus der Nationalversammlung auszutreten; die Beschlußfassung darüber war aber bis zum folgenden Tage (17.) vertagt worden. Die Vollversammlung wünschte, daß die Linke austrete, und gab der Versammlung im deutschen Hofe diesen ihren Wunsch durch Deputationen zu erkennen; man konnte ja dann um so tüchtiger loser gegen den übrigen Theil der Versammlung verfahren. Die Linke lehnte diesen Ansinnen ab, und beschloß einerseits eine Appellation an's deutsche Volk zu richten, damit es sich über den Beschluß vom 16. d. Zustere und andererseits einen Antrag in die Nationalversammlung zu bringen, worin vorgeschlagen wird, eine Neuwahl der Nationalversammlung zu beschliessen (der Antrag ist von Wesendonk bereits wirklich eingebracht). Daß die Demokraten (so nannte man sie in der Nationalversammlung) mit diesem Beschlusse nicht zufrieden waren, lehrte der Verlauf der Ereignisse. — So stand die Sache am Abend des 17. Der Senat der Stadt Frankfurt, von den obwaltenden Verhältnissen unterrichtet, glaubte nicht im Stande zu sein, mit den ihm zu Gebote stehenden Kräften die der Nationalversammlung drohenden Gefahren abzuwerfen. Er wendete sich daher an das Reichsministerium, und ersuchte dieß, die Sorge für die Sicherheit der Versammlung zu übernehmen. Das Ministerium entsprach diesem Ansuchen sofort und erließ noch in der Nacht vom 17. auf den 18. die nöthigen Requisitionen, um sofort eine ausreichende Truppenmacht zur Verfügung hier zu haben. Bei Tagesanbruch waren bereits zwei Bataillone Reichstruppen von Mainz hier eingetroffen, und bezogen die Stadtteile in der Nähe der Paulskirche und die Zugänge zu derselben, letztere nur Minuten vor die Sitzung eröffnet wurde. Als dieselbe begann, zogen sich die Truppen von den Eingängen der Kirche zurück. In kurzer Zeit waren die freien Plätze um die Kirche dicht mit Menschen belegt; insbesondere war die kleine Straße an dem Mittelgange gegenüber der Rednerbühne gedrängt voll. Etwa um 10½ Uhr trat der Abgeordnete Riesser durch diese Thüre ein; hinter ihm drangen zwei Männer, von denen einer, wie ich sicher weiß, mit einem Knittel versehen war, und hinter diesen andere ein. Abg. Rieffer und der Abg. Breuning, der seinen Platz an der Thüre hat, ergriffen die beiden Vormänner, von denen der eine eben im Begriffe war, auf Breuning mit seinem Knittel zu schlagen, und schoben sie mit Hilfe der Parlamentsdiener, welche die Thüre wieder zubrückten, hinaus. Da flogen Pflastersteine an die Thüre, so daß die Täfeln sprangen. Allein noch ehe die Gewaltthat weiteren Erfolg hatte, rückten die Truppen wieder an und säuberten, zum Theil genöthigt vom Bajonette Gebrauch zu machen, den Platz, und die Verhandlung nahm nun ihren ruhigen Fortgang. Draußen freilich wurden um so ernstlichere Anstrengungen zum Kampfe getroffen. Man gebrauche den in solchen Fällen stets gewöhnlichen, aber stets wirksamen Kunstgriff, um die obwaltenden in gewissen Kreisen vorhandene Abneigung gegen die Preußen zum Hasse zu steigern: man erzählte neulich gräßliche Unmenschlichkeiten, deren sich die Preußen bei der Säuberung des Platzes schuldig gemacht hätten, ein alter Mann sei ohne Anlaß getödtet, ein Knabe schwer verwundet u. s. w. Gegen die Preußen wurde nun „zu den Waffen" gerufen, wurden Barrikaden errichtet und sonstige Anstalten getroffen. Beim Schlusse der Sitzung (um 1½ Uhr) fand ich fast alle Straßen schon mit Barrikaden gesperrt, so daß ich nur mit Mühe bis zu meiner Wohnung gelangen konnte. An mehreren derselben wurde noch gearbeitet; die Arbeitenden waren fast nur ganz junge Leute, zum Theil Knaben, denen man ganz ruhig zusah, wie sie Bretter, Kisten, Balken u. s. w. aus den Häusern ohne alle Schwierigkeit herbeiholten, oder Fuhrwägen zuführten. Zwei Barrikaden der Art, die in meiner Nähe errichtet wurden, konnten von 10 entschlossenen Männern verhindert werden, wie sich dieses in Sachsenhausen bewährte. Doch nicht das Mindeste wurde den Aufrührern von den Anwohnenden in den Weg gelegt. — Bald, nachdem die Sitzung der Reichsversammlung eröffnet war, begannen die Truppen (welche bis dahin ruhig in Quartier liegen mußten, weil sie zu schwach waren) mittelst der durch weitere Zuzüge von Mainz und bald darauf auch von Darmstadt verstärkt ihre Operationen gegen die Barrikaden. Nach einem etwa sechsstündigen Gefechte*), der leider viele Menschenleben kostete**) und deffen

*) Der Hauptkampf war von 2—8 Uhr Nachmittags; an einzelnen Punkten, wie z. B. in der Döngesgasse, wurde die Hauptbarrikade erst am Morgen des 19. genommen.

**) Die Angaben darüber sind sehr verschieden. Sie schwanken zwischen 30 und 100. Eben so verrnag ich darüber nichts Gewisses zu sagen, ob die Barrikadenkämpfer vorherrschend Frankfurter oder Fremde waren. Wenn sich Letzteres bestätigt gezeigt, daß sich auch Franzosen und Polen unter ihnen befanden; wenigstens habe ich diese Angabe noch nicht widersprochen hören.

Einzelheiten ich Ihnen zu beschreiben außer Stande bin, waren die Truppen Ihren der ganzen Stadt; die Insurgenten wurden theils gefangen, theils in die Flucht gejchlagen. Das Fraternisiren mit den Oesterreichern und Hessen, die Hochs, die man ihnen brachte, sie für mindestens gut thätigkeit zu bestimmen, waren fruchtlos; alle Truppen erfüllten mit gleicher Treue und Hingebung ihre Pflicht. Man hatte in der Stadt das Gerücht verbreitet, die Hessen, welche die Wache auf der Zeil inne hatten, hätten mit den Insurgenten gemeinsame Sache gemacht und gegen die Preußen gefeuert; allein es erwies sich nicht blos das Gerücht an sich als völlig grundlos, sondern es gelang auch nicht, durch dasselbe die übrigen Abtheilungen hier zu führen. Selbst der Versuch so unerhörten und muthwillig angefachter Kampf wüthete, wurde vor den Thoren derselben — an der Bockenheimer Promenade — eine That verübt, welche nicht blos Frankfurt, sondern ganz Deutschland zur Schande gereicht. Zwei Mitglieder der Nationalversammlung, im ganzen Vaterlande wohl bekannt und in ihrem Charakter höchst achtungswerth, wurden von einer wilden Rotte nicht etwa blos ermordet, sondern noch auf die empörendste Weise gemißhandelt. Wenn auch in Folge der officiellen Berichte abzuwarten, wie man nicht an der Zukunft des Vaterlandes verzweifeln will. Doch wie in einigem Trofte tritt auch aus diesem Schauergemälde ein lichter Punkt hervor. Es wird nämlich erzählt, daß ein Mädchen mit eigener Lebensgefahr die Verfolgten zu retten suchte, freilich vergebens, indem die Wüthrische das Versteck entdeckten. — Es ist wohl leicht begreiflich, daß die gestrige Sitzung, die unter den Eindrücken dieser Ereignisse stattand, eine sehr gedrückte und ernste war. Die Worte, welche der Vorsitzende darauf verschüttet bei Eröffnung der Sitzung an die Versammlung richtete, verfehlten ihre Wirkung nicht. Man verhandelte den Antrag des Abgeordneten Zacharia, die Zustimmung der Nationalversammlung zu den vom Ministerium getroffenen Maßregeln auszusprechen, mit Ruhe und Mäßigung. Nur der Antrag von Bassy und Schneer auf namentliche Abstimmung über den Antrag brachte einen Mißton in die Versammlung; denn man sah darin mit Recht einen Mißtrauensantrag. Weitere Verhandlungen waren nicht vorgenommen. In der Stadt blieb im Laufe des gestrigen Tages Alles ruhig. Die Truppenmacht wurde im Laufe desselben durch das Eintreffen des bayer. Jägerbataillons von Speyer verstärkt. Auch der heutige Tag verlief in der Stadt vollkommen ruhig. Leider war aber die Ruhe und Mäßigung, welche gestern in der Nationalversammlung geherrscht hatte, heute nicht mehr herrschend. Gegenseitige Anschuldigungen in diesem Stadium der Ereignisse können nur Böses stiften. Der Justizminister brachte einen Gesetzentwurf, betreffend die Sicherung der Nationalversammlung und ihrer Mitglieder gegen Vergewaltigung und Beleidigungen, ein, der an den Gesetzgebungsausschuß verwiesen wurde.

** Der Reichsminister v. Schmerling hat in den verhängnißvollen Tagen der Straßenkämpfe zu Frankfurt sich als der rechte Mann im rechten Augenblicke erwiesen. Treu und fest dem Reichsverweser zur Seite stehend, war er in entscheidenden Momenten, als der an zwei Abgeordneten der Reichsversammlung begangenen verruchten Meuchelmord vernahm, nicht gezaudert, mit seiner Unterschrift die volle Verantwortlichkeit für die ernste Maßregel zu übernehmen, deren Unterzeichnung auch für ihn ein Todesurtheil werden konnte Das ist der wahre bürgerliche Heldenmuth, der im Bewußtsein des Rechtes unerschüttert steht in Mitte der brausenden Gefahr und wächst, je sodender sie emfeselten Leidenschaften ihn umstürmen. Rais ce que dois, advienne que pourra (thue was du sollst, mag da kommen was will) ist ein altfranzösischer Wahlspruch: dieser mag auch dem braven deutschen Manne vorgeschwebt haben, als er unter den Beschluß, der den Belagerungsstand aussprach, seinen Namen setzte. Auch das alte Horazische

Justum et tenacem propositi virum
Non civium ardor prava jubentium
Mente quatit solida . . .
. . . . . .
Ut fractus Illabatur orbis
Impavidum ferient ruinae.*)

findet hier, wenn je, seine volle Anwendung.

Die Reichsversammlung hat bereits einen Theil der Schuld des Vaterlandes eingelöst, indem sie am 19. der Hingebung und Mäßigung der Truppen den Dank des Vaterlandes aussprach. Dad dankbare Vaterland wird aber auch allen entschlossenen Minister nicht vergessen, der so fest als manhaft der Gefahr ins Auge geschaut, und des Vaterlandes Rettung höher hielt, als jede Rücksicht und die Folgen, die für ihn selbst aus seinen Acten erwachsen konnten. Wir glauben nur die Gesinnungen aller guten Bürger auszusprechen, und zugleich einer wahren Pflicht der ganzen mit dem Vaterlande es wohlmeinenden Presse nachzukommen indem wir Hrn. v. Schmerling den wohlverdienten Ausdruck dankbarer Anerkennung seines ehrendsten, muthvollen Verhaltens darbringen.

Der Herr Reichsminister hat in der Sitzung vom 19. die Erklärung gegeben, daß der Belagerungsstand zu Frankfurt fortdauern werde, bis die vollste Bürgschaft für die dauernde Aufrechthaltung der Ruhe gegeben sei. Der Reichsjustizminister Hr. Robert Mohl entwickelt eine nicht minder lobenswerthe Thätigkeit. Von ihm zunächst ist die Aufforderung an den Senat der Stadt Frankfurt ergangen, sofort die Untersuchung über die Ereignisse des 18. einzuleiten. Auf seine Anordnung müssen die gefangenen Aufrührer an das auf der Hauptwache niedergelegte Päntige Kriegsgericht abgeliefert werden. Endlich hat er am 20. schon der Reichsversammlung einen durch die Dringlichkeit der Sache gebotenen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher den Schutz und die Sicherheit der Nationalversammlung und ihrer Mitglieder bezweckt. Wir finden die Bestimmungen desselben vollkommen zweckgemäß, namentlich jene, welche die Abhaltung von Volksversammlungen unter freiem Himmel auf 5 Meilen im Umkreis vom Sitze der Reichsversammlung verbietet. Wir vermissen darin nur eine Bestimmung, die in England gesetzlich besteht, die freie und unumschränkte Discussion, ja auch jede Art von Petition, wie sie überhaupt dieses selbst mit eigenen Augen zu London gesehen hat) mit eben so viel Energie als Erfolg durchgeführt worden ist. Es ist nemlich in England streng untersagt, daß mehr als zehn Individuen zusammen vor dem Parlamenthause erscheinen, um daselbst eine Petition zu übergeben Die Chartisten wollten am 10. April dieser Gesetzesbestimmung zum Trotz zu Tausenden bis zum Parlamenthause dringen, um ihre sogenannte Monstrepetition daselbst zu übergeben. Aber die Londoner Bürgerschaft bewaffnete sich für die ehrenwerthen Londoner Bürger bin, für kräftigen Schutz des Gesetzes und der Ordnung der Regierung die Hand zu bieten. Während diese ihre militärischen Vorsichtsmaßregeln traf, erhoben sich 250,000 Bürger aller Klassen, vom Herzog und Lord bis zum letzten Arbeiter herab; aus freiem Antriebe liefen sie sich als Constabler bestätigen, und als die Chartisten wirklich den feresstalten Versuch machten wollten, dem Gesetze Hohn zu sprechen, da standen die Londoner fest in disciplinirter Freiheit praktisch auffassenden, das allgemeine Interesse wohl begreifenden Bürgern einen Widerstand, den sie nicht zu brechen vermochten, an dem sie schmachvoll die Köpfe zerschellten. Wollte Gott, die Bürger von Frankfurt hätten eben so wohl das allgemeine Interesse und ihr eigenes begriffen, nicht seige die Hände in den Schoos gelegt, als freche Gewalt das teutsche Parlament, die gesetzliche Ordnung, die ganze Gesellschaft bedrohte: dann wäre der Strom der empörten Wut zu Ufern gebannt, und wir wären den uns nicht in die traurige Lage versetzt sehen, nachdem der in den Pariser Junitreignissen liegende Warnruf ungehört verhallt ist, dieselben unseligen Phasen der Straßenkämpfe und des dadurch nothwendig gewordenen Belagerungsstandes durchwachen zu müssen. Die Engländer haben durch ihre praktische Auffassung der Dinge, durch ihren bewundernswerthen Takt, durch die treue Festhalten am Gesetze und an ihren konstitutionellen Institutionen, den Chartismus in seinen Grundfesten erschüttert, ihre Constitution zu können meinte, dieser traurigen Nothwendigkeit sich überhoben. Warum muß bei uns die Verblendung so groß sein, warum verschließt man vor solchen Thatsachen die Augen? — Wir wünschen, daß vielleicht im Laufe der Berhandlung des vom Herrn Reichsjustizminister vorgelegten Gesetzentwurfs die von uns vorangedeutete Lücke darin ausgefüllt werden möge.

Wir können bei diesem Anlasse auch denjenigen Mitgliedern der linken zu Frankfurt gerechte Anerkennung nicht versagen, die, wie namentlich Hr. Eisenmann, mit nicht minder großer Entschiedenheit als die Mitglieder der anderen Seiten der Paulskirche die vorgefallenen Frevel brandmarkten Wir bossen überhaupt, daß diese Vorgänge allen ernstlich mit dem Vaterlande Meinenden in und außer der Paulskirche, wie geschehen sie auch von einander sein mögen in einzelnen Fragen, die Augen öffnen werden über das Ziel, zu welchem die „Rothen" sie mit sich fortreissen wollten. Die Syren muß sich jetzt vom Weizen sondern; wer jetzt noch mit dem kleinen Häuflein der äußersten linken es halten kann, nachdem dieses so offen als schamlos die Maske abgeworfen hat, über den haben wir kein Wort weiter zu verlieren, der hat sich selbst gerichtet.

Wie übrigens der Plan zu den blutigen Ereignissen des 18. September längst vorbereitet war, wie die Bewegung zu Frankfurt keineswegs vereinzelt dastand, weithin und überall ihre Verzweigungen hatte, und wie von Frankfurt aus nur das Signal zum Losschlagen auf allen Seiten erwartet wurde, dafür sprechen die Thatsachen laut genug. Ueberall sahen wir seit einigen Wochen schon die Demokraten mit erhöhter Keckheit das Haupt erheben. Mit unerhörter Frechheit überboten sich die Organe der Partei seit einiger Zeit in Schmähungen gegen Reichsverweser und Reichsversammlung. Auf der Heilbronner Volksversammlung schoß ein unwürdiger Sohn des ehrenwerthen deutschen Dichters Justinus Kerner seine Pfeile mit den Worten: „Jeder Hochverräther ist mein Freund!" Der Reichsverweser wurde dort mit dem Titel „Reichsermordeter" bevehrt. Zu Eßlingen kamen ganz ähnliche und noch stärkere Dinge vor. Wie man in unserer Mitte zu München selbst auf die Idee kommen konnte der Gerichte sündigen zu wollen, als ob es eine gesetzlichen Zügel gegen maßlose Frechheit gebe, förmlich in einigen kleinen Blättern Anreizerweisung gibt über die sicherste Art einen Aufstand herbeizuführen, wie man in Volksversammlungen geradezu den Fortbestand unserer Verfassung in Abrede zu stellen wagt, haben wir bereits Gelegenheit gehabt zu erwähnen. Nach Mannheim, ganz Baden und den ganzen Rhein hinauf wie hinab war bereits das Losungswort ergangen, und überall erwartete man nur die letzten Weisungen aus Frankfurt, um ebenfalls loszubrechen, wenn der Versuch zu Frankfurt glückte; das Militär hatte man überall auf alle Weise, jedoch vergeblich, zu bearbeiten gesucht; hatte doch die „Speierer Zeitung" mit sichtlicher Freude die „gute Gesinnung" der von Speier nach Frankfurt abgegangenen bayerischen Soldaten gerühmt, und deutlich die — freilich eitle — Hoffnung merken lassen, daß sie sich nicht gegen das „Volk", wie sie es verstehst, sich schlagen werden. Zu Worringen, zwischen Düsseldorf und Köln, erklärte sich am 17. eine meist aus Mi-

*) Das gerechten und beherrschen Mannes Festigkeit erschüttert nicht der Bürger Drängen, wenn Schlimmes sie thun abdrohlichen wollen, mag auch der Erdball in Trümmer gehen, furchtlos begräbt er sich unter den Ruinen.

gliedern der Arbeitervereine in Köln, Düsseldorf, Neuß, Crefeld u. s. w. bestehende Versammlung von 6—8000 Menschen mit allen gegen eine Stimme für die Republik, und zwar für die demokratisch-soziale, für die rothe Republik (Köln. Z. vom 20. Sept.), so wie man auch von alten Seiten mit der rothen Fahne voran Hrn. Jahn gegrüßt war. Unter derselben Fahne stritten auch diejenigen, welche die verruchten Schandthaten am Fürsten Lichnowsky und dem ehrwürdigen Oberzten v. Auerswald, einem Vater von 7 Kindern, zu Frankfurt begingen. Zu gleicher Zeit mit all dem sprechen die demokratischen Blätter in Preußen laut ihre Hoffnung dahin aus, daß es in Berlin zu einer neuen gewaltigen Erhebung kommen werde, um die Republik, so wie die rothe Republik daselbst zuführen. Und da murkst man nun noch zu, zu Vorsitzgebungen berathenden Parlet bei und über die Reinheit ihrer Absichten Glauben zu schenken! Ein Frankfurter Korrespondent, ich glaube der „Karlsruher Zeitung", spricht die Erwartung aus, daß sich nirgends eine Stimme finden werde, schauslos genug, solchen Vorkommnissen, wie die zu Frankfurt, das Wort zu reden. Wir bedauern es, eingestehen zu müssen: der ehrenwerthe Berichterstatter, in dem wir einen alten Freund wieder zu erkennen glauben, hat sich getäuscht. Wir haben hier in München ein kleines Blatt, dessen Frankfurter Berichterstatter nicht nur kein Wort des Bedauerns für die zwei gefallenen Opfer kannibalischer Mordlust hat, sondern mit sichtlichem Wohlgefallen die schauderhaften Einzelnheiten mittheilt, dagegen mit rührender Theilnahme lügt: „Das Herz möchte Einem zerreißen, daß so viel edles Blut (das edle Blut der Genossen von Meuchelmördern!) umsonst floß." „Umsonst", das Wörtchen ist bezeichnend genug: derjenige, dem die Bauerschaft dieser Aeußerung zukömmt, die keiner Qualifikation bedarf, hat dadurch hinreichend das Ziel seiner Wünsche und den wahren Gegenstand seines Bedauerns verrathen. Er nennt auch die vom Reichsministerium ergriffenen Maßregeln „rein despotisch". Konsequenz kann man ihm nicht absprechen. Aber wir hoffen, die Augen werden allmälig zept Allen aufgehen, die bis jetzt durch viel Trug und Lüge sich bethören ließen. Was wir zur Aufklärung der Geschäuschten beitragen können, werden wir unermüdet fortfahren zu thun, wie bisher. Es gilt das Vaterlandes und der ganzen Gesellschaft Rettung vor der neuen Barbarei eines kannibalischen Bandalismus; wir werden unerschrocken auf der Bresche stehen, und der drohenden Gefahr die Stirne bieten.

Deutschland.

Die „Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung" meldet in ihrem amtlichen Theil: Nachdem der zweite Wiederzusammentritt der deutschen Nationalversammlung, Friedrich v. Hermann, das ihm von dem Reichsverweser zur Bildung eines Ministeriums ertheilte Mandat zurückgelegt hat, so haben nach dem Wunsche des Reichsverwesers die bis jetzt provisorisch verwalteten früheren Ministeriumde, damit die nöthigen und dringenden Regierungsgeschäfte besorgt, und bei der ernsten Zeit des Vaterlandes die Vorsichtsmaßregeln der provisorischen Zentralgewalt in ihrem vollen Umfange erfüllt werden, sich am 17. September 1848 bereit erklärt, alle Geschäfte mit voller Verantwortlichkeit so lange fortzuführen, bis neue Ministerien gebildet sein wird, was, wie sie erwarten, in kürzester Zeit der Fall sein dürfte. Uebrigens hat der Reichsverweser die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten dem interimistischen Reichsminister des Innern, sene der Finanzen dem interimistischen Reichsminister des Handels übertragen.

Der Erzherzog Reichsverweser hat an die in Frankfurt befindlichen deutschen Truppen folgenden Tagesbefehl erlassen. Soldaten! Eure Uneinschrockenheit, Dienstreue und aufopfernde Hingebung, mit welcher Ihr in den verflossenen denkwürdigen Stunden die strafbaren Angriffe auf die Sicherheit und Unabhängigkeit der Vertreter des deutschen Volkes bekämpfet, die Innigkeit, mit welcher Ihr als würdige Repräsentanten so verschiedener deutscher Heeresabtheilungen Euch auf dem Felde der Ehre stehet und der Anstrengungen die tapfere Brüderschaft geistet, um blendwerk der Welt das schönste Beispiel der neu und kräftig erstehenden deutschen Einheit gegeben habt, verpflichtet mich, Euch meine Verwunderung auszusprechen. Möchter Ihr nächst dem schönen Bewußtsein, das deutsche Vaterland vor blutiger Anarchie bewahrt, und ihm hierdurch den wichtigsten Dienst geleistet zu haben, auch in dem herzlichen Danke, welchen ich hiermit den sämmtlichen Befehlshabern und Mannschaften der hier vereinigten Truppen zu erkennen gebe, einiger Lohn für Euer Verhalten empfangen. Frankfurt a. M., den 19. September 1848. Der Reichsverweser: Erzherzog Johann. Der interimistische Reichskriegsminister: v. Peucker.

Frankfurt, 20. Sept. Seit heute früh sind sämmtliche Thore unserer Stadt wieder geöffnet, und es strömt sich dem freien Verkehr durchaus kein Hinderniß mehr entgegen. Die Messe nimmt ungeachtet und mit erneuerter Lebhaftigkeit ihren Fortgang. Die Zufuhr von Außen und die kommerzielle Bewegung im Innern sind gleichmäßig sehr stark. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Bayern. — Würzburg, 20. Sept. In Folge der neuesten Ereignisse wird das Regiment „König Otto von Griechenland" seinen Präsenzstand auf 1500 Mann erhöhen. (N. W. Z.)

Preußen. — **Berlin**, 19. Sept. Gestern war eine neue Ministerliste in Umlauf. Darauf besanden sich folgende Namen: v. Beckerath, Ministerpräsident, General der Infanterie v. Pfuel, Kriegsminister, (Gr. v. Pfuel hat bekanntlich am 18. März Mittags seine Stelle als Gouverneur von Berlin niedergelegt), Graf Arnim, früherer Bundestagsgesandter, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Wentzel, Justizminister, Winter, Minister des Innern, wirklicher Geheimer Ober-Finanzrath v. Rabe, interimistischer Handels- und Geh. Finanzrath Camphausen (ein jüngerer Bruder des frühern Ministerpräsidenten) interimistischer Finanz-Minister. Das Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten soll vorläufig dem Handelsministerium einverleibt und dem letzteren dann zwei Ministerien geviltet werden. Das Unwahrscheinlichste ist dabei noch zu heiezen. Nachmittags verbreitete sich die Nachricht, daß sich die Lage geändert, daß in der Bildung begriffene Kabinet sich auflösen werde, und Hr. v. Beckerath auf dem Punkte stehe, abzureisen. — Se. Maj. der König war Nachmittags von Potsdam nach Berlin zurückgekommen. (W. N.)

Berlin, 19. Sept. Abends. Die Kluft bemächtigen sich bereits des Anmerkbesten Wesens, um die Massen aufzuregen. Abwangel Energie ist bekannt und gerügt: sie wissen, daß er Wort hält. Sie wollen nun (ganz wie zu Frankfurt) die Nationalversammlung auffordern, sich als Souverain, die Gewalt Wrangels aber als usurpirt zu erklären. In der Nationalversammlung kündete heute v. Berg auf Donnerstag einen Antrag an auf Ubtentung einer Deputation an den König, um Se. Maj. im Interesse des Landes zu bitten, das Ministerium Brandenburg-Manteuffel entlassen zu bitten. — Staatspapiere und Eisenbahnaktien sind heute an der Börse um mehr als 1 Prozent gewichen.

— Die neue Preußische Zeitung schildert den festlichen Empfang des ersten Bataillons des Kaiser-Alexander-Grenadierregiments bei seiner Rückkehr aus Schleswig in **Potsdam** am 1. Sept. und schreibt dabei dem General Wrangel, der mit dem tapferen Grafen Waldersee begrüßt worden sei, folgende Aeußerung zu: „Noch habe ich diesen Dank nicht verdient, aber ich werde mich gländlich schämen, ihn emst verdienen zu können, wenn es mir gelungen sein wird, den Geiste wieder Achtung zu verschaffen," welchen Worten ein freudiges Hoch für den König folgte.

Oesterreich. *Wien, 19. Sept. Trotz der festigen Opposition der Hh. Bedekmark, Wrestel, Borrosik u. gegen den Nichteinfluß der ungarischen Deputation ist dieselbe nicht vorgelassen worden, nur ihre Adresse ist entgegen genommen worden. Die Ungarn machen sehr niedergeschlagene Gesichter, denn es ist jetzt so viel wie offiziell bekannt, daß Graf Teleky mit seinen Truppen zum Banus übergegangen und erklärt hat, nur den Befehlen des Kaisers seines Herrn gehorchen zu wollen. Im Norden ist gestern eine Manifest-Verordnung der akademischen Legion und der mit ihr übereinstimmenden Garden abgehalten worden. Es sollen bei 9000 Personen zugegen gewesen sein. Neben den deutschen und österreichischen Farben sieht man nun auch die und die rothe Binde. — Von Pesth verlimmt man, daß der Erzherzog Palatin am 16. der Armee wirklich abgereist ist.

Oesterreichische Monarchie.

— In Pesth ist eine Verordnung des Ministers des Innern vom 10. September erschienen, wonach Diejenigen, welche gegen die Annahme der ungarischen Zweigunbenbanknoten auftwiegeln, als die gefährlichsten Feinde des öffentlichen Kredits und der öffentlichen Ordnung vor das Standrecht gestellt werden.

Die Stadt Komorn ist bis auf einige Häuser niedergebrannt. Der Banus ist ohne auf Widerstand zu stoßen bis an den Plattensee vorgerückt. Die ungarischen Nationalgarden laufen überall ohne einen Schuß zu thun davon.

Siebenbürgen. In der am 6. zu Hermannstadt abgehaltenen Stuhlversammlung kam auch das Rekrutirungsgesetz zur Sprache, worauf man einstimmig erklärte daß man nur das von Se. Maj. dem Kaiser allergnädigst bestätigte Rekrutirungsgesetz als bindend anerkennen könne, keinesweges aber das neue ungarische. Besonders Anstand nahmen die Kreisabgeordneten an der in der besagtigen Gesetzkunde enthaltenen Schwurklausel: „auf die Unabhängigkeit Ungarns." Die Abgeordneten erklärten fest, an der von ihnen und ihren Vorfahren beschworenen pragmatischen Sanktion und der Treue gegen das österreichische Kaiserhaus, mit welchem sie stehen und fallen wollten, zu halten, und Ungarn nur für einen integrirenden Theil des Gesammtkaiserstaates Oesterreich anerkennen zu können. Sie verlangen diese ihre Erklärung dem königlichen Landesgubernium zu unterbreiten.

Hermannstadt, 8. September. Das Rekrutirungsgesetz des ungarischen Ministeriums ist hier zur augenblicklichen Ausführung angelangt. Die hiesige Stuhlversammlung und der Magistrat haben erklärt, diesem Gesetze nicht Folge leisten zu können, da demselben die allerheilige Sanktion, die Diplomatik fehlt, da für Siebenbürgen ein eigenes, auf dem vorgelegten Landtage sanktionirtes Regierungsgesetz besteht und nach Art 1. 848. §. 3 in Siebenbürgen bis zur Festsetzung der Unions-Bedingnisse Alles auf dem alten Fuße zu bleiben hat. — Die mit der Eidesformel der Rekruten enthaltene Klausel: „Auf die Unabhängigkeit Ungarns!" bewog die Versammlung zur Erklärung, daß sie fest an der von ihr und ihren Vorfahren beschworenen pragmatischen Sanktion halte und einen einzigen unbetheiligten österreichischen Staat anerkenne. Die ungarischen überländischen Journale fahren fort in ihren Schmähungen auf das österreichische Ministerium, in ihren Verdächtigungen des Militärs und der Sachsen. Wie das

Rekrutirungsgesetz in den übrigen Judikationen aufgenommen werden wird, darüber erwarten wir nähere Nachrichten.

(Ungarisch-Serbischer Kriegsschauplatz.) Temeschwar, 11. Sept. In der Eile theile ich Ihnen mit, daß das neue ungarische Rekrutirungsgesetz, welches sehr mißbilligt wird, schon blutige Früchte getragen habe. — Zwei heute Früh eingetroffene Kouriere bringen die Nachricht, daß im Arader-Komitate 13 und im Krasover 7 Ortschaften aus diesem Anlasse in vollem Aufstande seien, namentlich aber in Rekas über bewaffnete Intervention der Nationalgarden bereits Blut geflossen sei; die wallachischen Ortschaften wollen nur in dem Falle Folge leisten, als die Rekrutirung auf Befehl und in Absicht Sr. Majestät des Kaisers geschehen sollte, worüber schon einzelne Deputationen bei dem landeskommandirenden Generalen die Anfrage stellten. Dieß stehe noch, Militär-Insurrektion, Anarchie in der Grenze, Bauern-Aufstand im Provinziale, — Alles gelegenes Banat!!! —

Großbritannien.

* London, 18. Sept. In Folge der letzten Nachrichten aus Irland hat in Liverpool Kapitän Hastings vom Dampfer Gyclop Befehl erhalten sich sogleich zum Auslaufen bereit zu halten. Heute Morgen erhielt Oberst Gibson Befehl, 200 Artilleristen der Marine und eine Batterie von 4 Geschützen nach Irland einzuschiffen. Dieselben werden heute Abend auf dem „Gyclop" nach Waterford abgehen.

Frankreich.

** Paris, 19. Sept. Hr. Armand Marcast ist heute abermals zum Präsidenten der Nationalversammlung erwählt worden. Die Ersatzwahlen von Repräsentanten für Paris sind geschlossen, und das Stimmenzählen hat heute begonnen. Bis jetzt scheinen Ludwig Bonaparte, Achille Fould, Raspail, Cabet, E. Sbam und Thoer, darunter also drei Kandidaten der rothen Republik die meisten Stimmen zu haben. Doch hat auch der Marschall Bugeaud sehr viele Stimmen. Gegen mehrere Klubhäupter ist wegen aufreizender Reden, die sie gehalten, gegen einen Trucker wegen eines von Blanqui unterzeichneten Maueranschlags, so wie gegen ein Manifest beitelt: „Kandidatur des Prinzen von Joinville" gerichtliche Verfolgung eingeleitet worden.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 21. Sept. Bayer. 3½ proz. Obligationen 77 P. 76½ G. 4proz. 86 G. Bankaktien 11. Semester 584 P. Promessen 36 P. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 75 P.

Wien, 19. Sept. 5proz. Metall. 79¼, 4proz. 64, 3proz. 48, 2½proz. 41. 1834r 500 fl.-Loose 131. 1839r 250 fl.-Loose 89. Bankaktien 1090. Nordbahn 105. Glogaitz 95. Venedig-Mailand 72. Budweis —. Linz 65¼. Pesth 64½. Siena 54. Apenninenbahn 95¼.

Paris, 19. Sept. 3proz. 44.25. 5proz. 69.— Sächsich —. Bankaktien 1630.— Stadtobligationen 1140.— Bier Kanäle 897.50. Compt. von Algier —.— Belg. 5proz. von 1840 —. von 1842 79. 4½proz. —.—. 5proz. —.—. 2½proz. —.—. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 79.—. Röm. 5proz. 82.— Span. 3proz. —. Altona —. Russica —. Piem. —.—. Haiti —.—. St. Germain —.—. Versailles (rechte) 117 50. (links) 100.— Orleans 563.75. Rouen 428 75. Havre —.—. Marseille 200.—. Basel 85.—. Bergen 247.50. Boulogne —.—. Bordeaux 380 —. Nordbahn 376.25. Montereau —.—. Lyon 362 50. Straßburg 345.—. Nantes 326.25. Dieppe —.—. Creuse —.—. Montpellier —.—. La Teche 45.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 24. Sept.: „Martha, oder der Markt zu Richmond". Oper von Flotow.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Dr. Dixon, aus England. Philipp, Rentier, aus Amerika. Nordt, Rentier, aus England. Oliver O'Donnell, Rentier, aus Amerika.

Hotel Manlik. Sendwloc, Rentier, aus England. Millot, Rentier, von Paris. Thurn, Partikulier, von Calw. Zenlich, Privatier, von Triest.

Gold. Hahn. s. Lichtenstein, von Trier. v. Spenger, Gutsbesitzer, aus Schlesien. Feant, Rentier, von Aix Stauber, Privatier, von Wien.

Blaue Traube. Baron v. Schönstein, k. k. Hofrath, von Wien. Ritter v. Kleiber, von Wien. Barnin von Ktingenstein, von Salzburg. Markham, Rentier, von Forchheim. Hohlparger, Depositier, von Frankfurt. Grenauer, Zahnarzt, von Schaffhausen. Haag, Ingenieur von Landsberg.

Stadtgarten. v. Schönwiski, Privatier, von Weißenhorn. Rösel, Mechanikus, von Nürnberg. Ebert, Studirender von Göttingen. Blumberger, Hilfslehrer, von Freising.

Gestorbene in München.

Franz Xaver Mey, Maurer von Ziemeishausen, Bzgs. Krumbach, 25 J. a. Elisabetha Schlich, Zimmermannswittwe, 73 J. a. Joseph Hager, Bürgerl. Kartenschreiber, 41 J. a.

Ankündigung.

132. Nachdem der seitherige Fechtmeister des k. bayer. Kadetenkorps nach 25jähriger Dienstleistung, unter Verleihung eines angemessenen Ruhegehaltes, seiner Lehrstelle entboben worden ist, wird dieses zur öffentlichen Kenntniß gebracht, und zur Bewerbung um diese eröffnete Stelle hiemit eingeladen.

Die Stelle des Fechtlehrers am Kadetenkorps wird, wie bisher, in wiederruflicher Eigenschaft verliehen. Der Lehrer muß im Blos- und Hieb-Fechten gründliche Anweisung zu ertheilen vermögen, und ist zu wöchentlichen 12 Unterrichtsstunden verpflichtet, die je nach den Bedürfnissen d s Instituts eingetheilt werden.

Die jährliche Remuneration beträgt 400 fl. rheinisch. Die Bewerber um diese Stelle haben bis zum 31. Oktober l. Js. amtliche, oder auch legalisirte Privat-Zeugnisse über ihre Befähigung und Moralität daher vorzulegen, worauf jene, deren Zeugnisse befriedigen, schriftlich eingeladen werden, ihre Befähigung soweit im Stoß- als Hieb-Fechten vor einer, durch königl. Kriegs-Ministerialentschließung festgesetzten Kommission nachzuweisen. Die Methode in Ertheilung des Unterrichtes haben dieselben vor der Kommission an gebeten Schülern darzuthun.

München, den 22. Sept 1848.

Das
königl. bayer. Kadetenkorps-Kommando.
M. v. Kreßchmann,
Oberst.

133. Unterricht
in der
französischen und englischen Sprache und Literatur.

Am 2. Oktober beginnen meine Lehrstunden für Damen, sowohl für Anfängerinnen als für solche, die sich in diesen Sprachen vervollkommnen wollen. Auch finden für diese Damen Konversations-Stunden statt, während welchen seine Handarbeiten verfertigt werden können.

Für Damen, welche bereits bedeutendere Fortschritte in diesen Sprachen gemacht haben und auch deren Literatur kennen lernen wollen, finden eigene Konversations-Stunden statt, womit zugleich das Lesen und Uebersetzen der Meisterwerke dieser Sprachen verbunden ist.

Damen, welche diese Sprachen zu erlernen wünschen, können zu jeder Zeit in passende Klassen eintreten.

Agatha Pfannhacher,
Sprachlehrerin.
Herzogspitalgasse Nro. 19 I. Stock.

Bekanntmachung.

131. Das Pedikatur-Benefizium an der Stadt-Pfarrkirche zu U lieben und schönen Frau dahier ist erledigt.

Die Ernennung hierauf steht für zwei Fälle dem Stadtmagistrate Ingolstadt, und für den dritten Sr. königl Majestät zu. Da diese Stelle im letzten Erledigungsfalle von Sr. Maj. dem König besetzt worden ist, so trifft diesmal die Reihe den Stadtmagistrat.

Der reine Ertrag dieser Pedikatur besteht nach der jüngst erobirten Taxion in 647 fl 15½ kr, womit noch eine freie Wohnung in dem für den jeweiligen Prediger eigens bestimmten und kürzlich saß ganz neu hergestellten Hause gegen Trazung der Baulast verbunden ist.

Diejenigen Preisgattenskandidaten, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, werden hiemit aufgefordert, binnen vier Wochen ihre Gesuche mit den erforderlichen Qualifikationszeugnissen hierorts einzureichen.

Bemerkt wird, daß auf solche Bewerber, welche zugleich für das Lehramt befähigt sind, um sich für die Uebernahme einer katechischen Schule gegen eine zährliche besondere Remuneration von 150 fl. aus Kommunalmitteln bereit erklären, vorzüglicke Rücksicht genommen werden wird.

Ingolstadt den 19. September 1848.

Stadtmagistrat Ingolstadt.
v. Grundner,
Bürgermeister.

Erledigte Rentamtsoberschreiberstelle.

126. (35) Bei dem königl. Rentamte Regen zu Zwiesel wird mit Schluß Oktober l. Js. die Oberschreiberstelle erledigt. Bewerber, die ihre volle Befähigung, insbesondere in Bezug auf das Rechnungsfach auf das definitive Steuerwesen nachzuweisen vermögen, wollen sich an das gefertigte königl. Rentamt wenden.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

München, 23. Sept.

Se. königl. Majestät haben durch allerhöchste Entschließung vom 5. d. zur Verbesserung der dienstlichen Stellung der Kanzlei- und Militär-Invalidenfonds-Aktuare allergnädigst zu genehmigen geruht, daß 1) die bisherigen Kanzleiaktuare I. Klasse unter Belassung ihrer demaligen Bezüge zu Kanzleisekretären II. Klasse, im gleichen Range mit den Unterärzten und Unterquartiermeistern II. Klasse, und 3) die Militärinvalidenfondsaktuare unter Belassung ihrer bemaligen Bezüge zu Unterquartiermeistern II. Klasse ernannt werden, und durch weitere allerhöchste Entschließung zu dato Hofenschwanger zum 14. dies zu Kanzleisekretären I. Klasse die bisherigen Kanzleiaktuare II. Klasse: Johann Nöoner bei der Kommandantschaft Landau, Johann Mauff bei der Generalbaudirektion, Karl Mayer beim 3. Armee-Divisionskommando, Heinrich Töpfer bei der Kommandantschaft Ingolstadt, August Dietrich beim Generalauditoriate, Leonhard Winkler beim Gendarmerieforpskommando, Heinrich v. Harz beim Generalauditoriate, Kaspar Schuster beim Artillerieforpskommando, und Johann Loch müller bei der Militärkondukommission. Zu Kanzleisekretären II. Klasse die bisherigen Kanzleiaktuare II. Klasse: Eugen Köchl im Kriegsministerium, Karl Küber bei der Kommandantschaft Würzburg, vorerst Stübinger beim Generalauditoriate, Joseph Neubauer bei der Kommandantschaft Landau, Michael Lop im Kriegsministerium, Wolfgang Buchta bei der Festungsbauinspektion Ulm, Karl Sarcrot im Kriegsministerium, Ferdinand Frhr. v. Lerchenfeld im Kriegsministerium, Julius Thoerlein beim 2. Armeedivisionskommando, und Michael Sauer beim 2. Armeedivisionskommando; endlich zu Unterquartiermeistern II. Klasse den Militärinvalidenfondsaktuar I. Klasse: Franz Xaver Wagner, und die Fondsrechnungsaktuare II. Klasse Ludwig Dorn, Johann Enzenberger und Karl Ebert allergnädigst zu befördern geruht.

Das Recht auf die Arbeit vor der französischen Nationalversammlung.

(Fortsetzung.)

Hr. Thiers, fortfahrend: Ich sagte, das dritte Prinzip, das der Konkurrenz, des industriellen Wetteifers habe viele guten Resultate gegeben, die zwar noch nicht alles sind, was wir zur die Menschheit wünschen müssen, die jedoch immerhin ein Fortschritt sind, daß nämlich der Arbeiter mehr gewinnt, während er mehr arbeitet, die Produkte etwas wohlfeiler, andere viel wohlfeiler, nur einige etwas theurer bezahlt: im Ganzen hat sich seine Lage seit 30 Jahren verbessert. Das ist eine unbestreitbare Thatsache. Und woher ist das gekommen, wem ist das zuzuschreiben? Diesem Wetteifer, welcher macht, daß einerseits neue Verbrauchsgegenstände den Arbeiter eine höhere Stufe der Zivilisation, eine mehr Kraft den Produkten übelassen worden ist, die unermegene Kraft die Wissenschaft ist; und daß er andererseits da er zu gleicher Zeit Mitbesitzer des Unternehmens und Verbraucher, ein Theil der Gesellschaft ist, aus diesen gemachten Fortschritten selbst Vortheil zieht. Wenn sich die Lage eines von diesen Verschiedenen verschimmert hat, so ist es die des Unternehmers. Zum Beweise darf ich nur einige unserer großen Industrien anführen. Ich wähle die Baumwollenindustrie. Ich habe eine zehnjährige Periode genommen, das Ergebniß einer Untersuchung, jene von 1835 bis 1845, in der ruhigsten Epoche der letzten Regierung. Seben wir die Resultate: Frankreich erzeugte im Jahre 1835 35 Mill. Kilogramme Baumwollenwaaren; es verarbeitete diese 35 Mill. Kilogramme roher Baumwolle zu Garn und Zeugen aller Art. 1845 hat Frankreich 58 Mill. Kilogramme verarbeitet, also fast das Doppelte. 1845 also hat die Gesellschaft doppelt so viel produzirt. Sehen wir nun, zu welchem Preise die Baumwolle verarbeitet worden ist; die 35 Mill. Kil. Baumwolle jener Art, gesponnen oder gewebt, hatten der französischen Gesellschaft 630 Mill. Fr. gekostet, die 65 Mill. Kil. aber 610 Mill. Fr. Für eine fast gleiche Summe hat man also die doppelte Summe verkauft, für den selben Preis hat man gute Laun, denn es ist der Hauptabnehmer derselben. Man hat auch Schätzungen in Betreff des Arbeiters angestellt. Man hat die Summe seiner Löhne für alle Arbeitstage des Jahres genommen, um auszurechnen, welches der Durchschnittspreis seiner Arbeit sei; dieser belief sich 1835 auf 330 Fr. und war bis 1845 auf 410 Fr. gestiegen, also so, daß während man für das Doppelte des Produktes bezahlte die gleiche Summe zahlte, der Lohn des Arbeitere sich verhältnißmäßig um 100 Fr. erhöhte. Wie stellt sich aber das Verhältniß bei den Unternehmern in Folge der Konkurrenz heraus? Sie hatten einen geringeren Gewinn als früher, weil sie vermöge der Konkurrenz auf der einen Seite das Publikum, auf der andern ihre Arbeiter zufrieden zu stellen hatten. So waren sie genöthigt, sich mit geringerem Gewinn zu begnügen. Dies ist das wunderbare Gesetz, welches in dem Maaße, als die Gesellschaft fortschreitet, vorschreibt, daß der Arbeiter mehr erhält und als Konsument weniger zahlt, während der Unternehmer in Mitte der Gesellschaft und der Arbeiter stehend, verdurben ist, beide zu befriedigen und zu unerhörten Anstrengungen gezwungen, um weniger Gewinn zufrieden sein muß. — Das ist der Gang der Dinge. Ich will damit nicht gesagt haben, daß dieser Gang keine Unterbrechung leide; ich will nicht sagen, daß nicht ungünstige Zeiten eintreten können, ich komme sogleich darauf, und unsere Pflicht ist es, gegen solche schlimme Zeiten ein Palliativ aufzusuchen; aber gerade diese frühere Gesellschaft, welche Ihr alle Tage mit den drei Prinzipien der Freiheit, des Eigenthums und der Konkurrenz angreift, diese Gesellschaft hat Barrikaden gemacht, Fortifikation zu Aller Nutzen und bewirkt glücklicher, weniger zu Gunsten der Arbeit als zu den Kapitale. Wenn einen Blick rückwärts! Ihr sagt, die Gesellschaft gehe täglich der Verarmung der arbeitenden Klassen entgegen: schaut auf die letzten zwei Jahrhunderte; schaut noch weiter, auf den Ursprung der Gesellschaft zurück, seht, welchen Gang der Zinsfuß eingehalten hat! Bei den Römern war der Zins 15, 20 und zuweilen vom 100. Im Mittelalter war er 15 oder 20 vom 100, im 16. Jahrhundert 7, 8 auch 6 vom 100 und heute beträgt er in ruhigen Zeiten 4—5! Ihr sagt nun, die Kapitalien existiren sich der Arbeit — ich aber sage, die Gesellschaft arbeitet im Gegentheil auf die Verbesserung aller Klassen und mehr noch auf die Verbesserung der unteren, wie der höheren Klassen. Die großen Prinzipien der Gesellschaft fassen sich in den Worten zusammen: Arbeite, sei der Sohn deiner Werke! Was will Ihr an die Stelle dieser Prinzipien setzen? — Die Worte: Assoziation, Gegenseitigkeit, Brüderlichkeit — das ist alles, was ihr am deren Stelle zu setzen vermöget! (Sensation.) Sehen wir nun, was diesen Ideen zu Grunde liegt. Die Einen verneinen das Eigenthum — das ist Kommunismus; Andere haben die Assoziation vorgeschlagen, noch Andere die Gegenseitigkeit, wie Hr. Proudhon, die Volksfreiheit, die Aufhebung der baaren Gelder vermittelst einer Wechselbank und schließlich hat ein Mitglied der Konstituantenversammlung, Hr. Considerant, das Recht auf die Arbeit vorgebracht.

Untersuchen wir das Alles einer gründlichen Untersuchung. Was den Kommunismus betrifft, so liege sich ein ganzes Buch über das schreiben, was hierüber zu sagen ist; auf der Tribune läßt sich das nicht alles sagen; und dann ist diese Meinung bereits so verschrien, daß man sie für keinen ernstlichen Gegner mehr halten kann. Und worauf ist er überhaupt begründet? Auf der Verneinung alles und jedes Eigenthums, auf der Verneinung der Freiheit. Wollt ihr diese beiden speziellen Prinzipien? Ich sage dem Kommunismus, daß er sein Recht habe. — (Eine Stimme: es gibt verschiedene Arten von Kommunismus.) Hr. Thiers: Ich lüuge das nicht, allein es gibt nur eine Wahrheit, und ich suche mich an den Kommunismus jener Art und sage ihm auf seine wesentlichen Prinzipe mich herufend: Ihr schafft eine Gesellschaft von Faullenzern, eine Gesellschaft von Sklaven! (Eine Stimme: Es ist so, sehr gut!) Ich bemerke nicht hier für die Allgemeinheit: man kann einen Staat begründen für das Vaterland — allein sagt ihm: weder, schwöre für das Vaterland, und lebt, ob er Euch Gefahr zieht! (Große Heiterkeit.) Der Kommunismus schafft also eine Gesellschaft von Faullenzern und Sklaven, das ist nichts Neues mehr, Jedermann weiß es. Aus Furcht, Jemand könnte sich zu reich, zu glücklich oder unglücklich sein, schafft ihr eine Gesellschaft und sagt: du wußt Raphael, du Pousset, du Newton sein! Aus Furcht, der Mensch möge sich in der Wahl seiner Bestimmung täuschen, hat er die Anmaßung, für ihn zu wählen, über seine Fähigkeiten zu entscheiden. Es liegt darin eben so viel Anmaßung, als ein Verachten um Mißkennen der menschlichen Natur. Allein es ist kein ernstlicher Gegner, ich stelle ihm nichts weiter entgegen, als die Worte Gesellschaft von Faullenzern, Gesellschaft von Sklaven! — Was die Assoziation betrifft, so bezaure ich, daß der, welcher diese Idee wieder aufgewärmt hat, nicht in diesem Saale sich befindet. Herr Prioux: Es ist nicht seine Schuld, daß er nicht hier ist? Herr Thiers. Nun — vielleicht hat er Freunde hier, die seine Stelle ausfüllen. (Gelächter.) Diese Idee der Assoziation ist etwas weniger chimärisch an sich, als der Kommunismus. Ist sie aber darum im Grunde ernstlicher? In allen Zeiten hat man als die vorzüglichste Wahrheit betrachtet, daß bei der Verwaltung von Privatinteressen der beste Wächter das Auge des Herrn sei. Stets hat man geglaubt, daß in der Privatinduskrie der Eifer, die Intelligenz und ausdauernder Fleiß das erste Erfordernis sei. Was soll also heilige man und Hoffnungen daraus bier vor? Ein Privatinteresse, ja, ich verstehe in der Industrie. Könnt Ihr Euch alle Spinnereien, alle Eisenhämmer, alle Schmelzhütten Frankreichs durch eine Assoziation von Arbeitern geleitet denken, während das Privatinteresse, das eben jetzt mit unerhörten Opfern, mit unsäglichem Aufwand von Fähigkeit und Fleiß nicht dahin gelangen kann, nicht etwa ein großes Vermögen sich zu machen, sondern sich nur vor Unfällen und Ruin zu schützen! Glaubt Ihr nun, das Mehre zusammen das vermögen werden, was das Privatinteresse, was die Fähigkeit nicht vermochte? Ihr habt Alles durcheinander geworfen, alles von seiner Stelle gerückt. In der Industrie ist das wahre Prinzip, die wahre Triebkraft das Privatinteresse, die individuelle Fähigkeit, während sie im Staate im Gesammtinteresse, im Nationalinteresse liegt; und ihr, ihr habt alles durcheinander geworfen, ihr habt die Assoziation in die Regierung gebracht, die Anarchie in die Industrie gebracht. (Großer Beifall.) Ich muß zum Ziele kommen, zu der eigentlichen Frage, die uns beschäftigt, ich will die Dinge nur bei der Seite berühren: wenn ich es könnte, so würde ich euch die Beispiele anführen, die ich zu Paris erfahren habe in großen Industrien jener werthvollsten Assoziation, die die Wiedergeburt des Menschengeschlechtes verbessführen, der arbeitenden Klasse ihren Wohlstand,

ihre Würde wiedergeben sollte. Da werdet ihr Unordnung und Ruin erblicken, ihr werdet den Lohn thatsächlich vermindert sehen durch die Extravaganzen einer schlechten Regierung. Wenn eine Untersuchung vorgenommen wird, so werde ich Thatsachen aus einer Anzahl von gewissen Anstalten beibringen, entsprungen einer dreimonatlichen Association und Anwendung dieses Prinzips, dieser Associationsprinzips, welches man dem wahren Prinzip des Privateinertebe untergeschoben hat! Nochmals wiederhole ich es, ihr habt die Anarchie in die Industrie geschleudert!

(Forts. folgt)

An das deutsche Volk!

Deutsche! Die verbrecherischen Vorfälle in Frankfurt, der beabsichtigte Angriff auf die Nationalversammlung, Aufruhr in den Straßen, der durch Waffengewalt unterdrückt werden mußte, empörender Meuchelmord, und lebensgefährliche Bedrohung und Mißhandlung, an einzelnen Abgeordneten verübt, sie haben die Pläne und Mittel einer Partei deutlich gezeigt, die unserm Vaterlande die Schreckniße der Anarchie und eines Bürgerkrieges bringen will.

Deutsche! Eure Freiheit ist mir heilig. Sie soll durch das Verfassungswerk, zu welchem Eure Vertreter hier versammelt sind, dauernd und fest begründet werden. Aber sie würde Euch entrissen sein, wenn die Gesetzlosigkeit mit ihrem Gefolge über Deutschland sich verbreitete.

Deutsche! Durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 ist mir die vollziehende Gewalt gegeben in Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands betreffen. Ich habe unser Vaterland zu schützen, möge es euch Feinde von außen, möge es durch verbrecherische Thaten im Innern gefährdet werden.

Ich kenne meine Pflicht, ich werde sie erfüllen; ich werde sie erfüllen fest und vollständig. Und Ihr, deutsche Männer! ihr Ihr Eure Vaterland und Eure Freiheit liebt, Ihr werdet mir, Dessen bin ich gewiß, thätig zur Seite stehen.

Frankfurt, 20. September 1848.

Der Reichsverweser
Johann.

Die Reichsminister
Schmerling. Peucker. Duckwitz. Mohl.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 20 Sept. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung zeigt der Präsident den Austritt des Abg. von Carajan aus Gumbendorf an. Bruning kündigt im Namen des Gesetzgebungsausschusses den Bericht über den Gesetzentwurf, die Verösfentlichung der Reichstagsschlüsse betreffend, an. Er lautet auf Annahme. Mißsimmister Mohl legt den gestern zugesagten Gesetzentwurf über den Schutz der Nationalversammlung und ihrer einzelnen Mitglieder vor. Gewaltsamer Angriff auf die Versammlung wird als Hochverrath bestraft. Theilnahme an Zusammenrottungen in der Nähe des Sitzungslokals wird bei Ausführung mit Gefängniß bis zu 1 Jahr, bei andern Theilnehmern mit drei Monat bestraft. Versammlungen unter freiem Himmel sind während des Reichstags auf fünf Meilen im Umkreise verboten. (Lebhaftes Murren links.) Thätlichkeiten gegen einzelne Mitglieder der Nationalversammlung werden mit Gefängniß bis zu fünf Jahren, Bedrohungen und Insulten mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft. Der Minister wünscht schleunige Berathung. Stavenhagen vermißt Bestimmungen über den Schutz der Nationalversammlung gegen Verleumdungen. Er will einen am 19. Sept. aufgegebenen Zeitungsartikel vorlesen; es wird Reklamation dagegen erhoben, die Lesung aber von der Versammlung gestattet. „Es ist — sagt Stavenhagen — die Reichstagszeitung, herausgegeben unter Verantwortlichkeit der Abgeordneten Blum und Günther.“ Er verliest sodann den Artikel, worin das Votum der Mehrheit am 16. Sept. v. J. als Verrath bezeichnet wird u. s. w. Er fragt, ob der Minister seine Vorlagen machen werde gegen solche freche Angriffe, die noch überdies von zwei Abgeordneten ausgingen. (Tumult.) Schaffrath fragt, nach welchem Paragraphen der Geschäftsordnung Stavenhagen das Wort erhalten habe, während sonst nicht die hringenssten Anträge zur Begründung zugelassen wurden. Die Verleumdung dürfe ihre Freiheit nicht mißbrauchen. Zeitungsartikeln vergeben. Es gebe Gesetze und Gerichte in Deutschland; vor diesen möge man Klage führen. Man bedürfe keiner Ausnahmsgesetze. Er erklärt im Namen der Linken, sie bedürfe keines andern Schutzes als des Schutzes der Gesetze. Präsident bemerkt, er habe Stavenhagen das Wort in der Voraussetzung gegeben, er wolle über die Zumutung des Gesetzvorschlages an einen Ausschuß sprechen. Bruning erklärt, daß der eben besprochene Gegenstand in dem Bericht des Ausschusses, der in einer Stunde vertheilt werden solle, ausführlich behandelt sei. Wesendonck beantragt, daß vor der Verweisung an den Ausschuß erst über die bereits früher angeregte Frage von der Competenz des Ministeriums zu Gesetzvorschlägen entschieden werde. Wichmann. Die Initiative des Ministeriums sei klar wie die Sonne. Das Ministerium sei kein Vollziehungsausschuß, sondern das verantwortliche Ministerium einer Centralgewalt. Scheller erklärt, daß er nöthigenfalls den Antrag zu dem seinigen mache. R. Mohl erklärt, wie früher, das Ministerium nehme keineswegs die Initiative in dem Umfang in Anspruch, wie sie in konstitutionellen Monarchien besitze, d. h. in der Art, daß die Vorlage an einen Ausschuß verwiesen und von der Versammlung berathen werden müsse. Über das Recht einen Vorschlag zu machen werde man ihm doch wohl gestatten. Die Anfrage Stavenhagens wegen einer Vorlage über Preßvergehen betreffend, so halte er sie für seine Person nicht für nöthig, wolle aber abwarten was der Ausschuß beantrage. Rieffer: Die Dringlichkeit eines Gesetzes zum Schutze der Nationalversammlung habe sich auf so schauderhafte Weise gezeigt, daß niemand es wagen werde die Dringlichkeit zu bestreiten. Er verlange sofortige Berweisung an den Ausschuß. Heer ebenso. Die Debatte wird geschlossen und der Entwurf an den Gesetzgebungsausschuß verwiesen. Dahlmann kommt auf den Artikel der Reichstagszeitung zurück, und protestirt öffentlich und feierlich gegen jedes Lob auf so unreiner Quelle. Er werde sich niemals zu denen gesellen, die ihre Gegner schmähen. (Beifall rechts.) Schaffrath erklärt, er rechne es sich zur höchsten Ehre, von den „Blutdürstern und der Nationalversammlung,“ herausgegeben von Jürgens u. s. w. geschmäht zu werden. (Beifall links.) Vogt protestirt gegen die Geschäftsbehandlung, die in diesem aufgeregten Augenblick solche persönliche Debatten zulasse, und dadurch die Leidenschaften nach und nach zum völligen Bruch steigere. (Beifall links.) v. Gagern: Er hätte das Wort nicht gegeben, wenn er gewußt hätte, was gesprochen werden solle. Im weitern Verlauf der Sitzung wurde ein Antrag Gravelli, auf Erlaß eines Amnestiegesetzes, und Vogts und Consorten, auf Abschaffung der körperlichen Züchtigung beim Militär, nicht als dringlich anerkannt. Briegleb beantragte, daß die Nationalversammlung sich in einer Anprache an das deutsche Volk über den jüngsten Aufruhr und dessen Ziel, so wie über ihr eigenes Wirken aussprechr. Der Antrag wurde als dringend sogleich berathen und nach kurzer Debatte, an welcher Zimmermann von Stuttgart, Waitz, Jos. Gabriel Simson u. a. theilnahmen, angenommen. Die Wahl der Kommission erfolgt sofort nach der Sitzung in den Abtheilungen. Nach einer Mittheilung des Präsidenten ist Heckscher, der in Höchst unwürdig mißhandelt wurde, glücklich nach Mainz enkommen, und Jahn, den man verwundet sagte, wohlbehalten hier anwesend. Die nächste Sitzung ist, wegen der morgenden Beerdigung der gefallenen Offiziere und Soldaten, auf übermorgen angesetzt.

(A. Z.)

Deutschland.

Bayern. — **München**, 21. Sept. Das 3te, 10te, 12te und 13te Regiment in Nürnberg, Ansbach, Würzburg und Bayreuth sollen in Folge heute abgegangener Estaffetten Befehl erhalten haben ihre sämmtlichen Bataillone, zu 100 Feuergewehren die Compagnie, marschfertig zu halten. Desgleichen sollen das 4te Regiment in Regensburg und das 4te Jägerbataillon in Straubing den Befehl erhalten haben ihre Bataillone auf 700 Mann in Marschbereitschaft zu halten, um im Fall der Noth allsogleich an die einzelnen Bestimmungsorte abgehen zu können.

(A. Z.)

* **München**, 23. Sept. Laut Nachrichten aus Innsbruck war dort J. M. die Königin Therese von Bayern auf der Reise nach Meran am 22. Abend durch jene Stadt gekommen.

Würtemberg. — **Stuttgart**, 18. Sept. Die Volksversammlung von Cannstadt, bei der sich, neben wenigen gesunten Bestandtheilen, Alles vom Leibe hielt, was nicht Demokrat ist, auf Anregung eines allgemeinen Durcheinanders eigene Schäden an Beutel und Leumund mit Vergessenheit zu bedecken strebt, fand gestern eine Nachahmung in Eßlingen, wo wieder der bankerotte Fabrikant Rau eine Hauptrolle spielte, und rothe Fahnen und Jakobinermützen zu sehen waren. Die hieher Zurückkehrenden lasen die Republik und Hecker hochleben. Im Allgemeinen ergeht sich die an finanziellen und sittlichen Gebrechen Leidenden wieder stark; die „Lumpen“ beginnen wieder aus den Höhlen, in welchen sie einige Zeit im Stillen gewirkt hatten, aus Tageslicht hervorzutreten, und die kühnste Frage auszubeuten, von welcher sie, weil sie die von ihnen verlachte Nationalsitzfrage betrifft, ursprünglich nicht das Geringste wissen wollten. Die Arbeiter wird wegen ihrer unreinen Absichten in der selbstsüchtigen Frage durch Adressen und Aufforderungen zum Rücktritt bestürmt; allein die Sprechenden haben sich wiederrechtlich als solche den Titel seiner Wähler angemaßt: die in Kalmbach Versammelten waren im Ganzen sünfundzwanzig, die bei weitem zum größten Theil ihn nicht einmal gewählt hatten. (Karlsr. Z.)

Baden. **Mannheim**, 18. Sept. Die hiesigen Demokraten zur gestrigen Volksversammlung nach Frankfurt berufen, kehrten Abends gegen 9 Uhr zurück, hielten mit ihren Freunden Berathung im Gasthaus zum Weinsberg und beschlossen, auf heute Nachmittag 5 Uhr eine Volksversammlung auf dem Marktplatze zu halten, um die Beschlüsse der Frankfurter Versammlung hier annehmen zu lassen. Große Plakate an die Straßenecken waren verkündeten die Versammlung, auf welcher sich über 1000 bis 2000 Personen, Männer, Frauen und Kinder, auf dem Marktplatze einfanden. Von Worms, Ludwigshafen, Heidelberg und anderen Orten hatte man die Gesinnungsgenossen geladen. Auch waren deren etliche Hunderte erschienen — aber es wollte doch nicht recht ziehen. Man sprach davon, die rechte Seite des Parlaments auszustossen, die linke allein noch zusammenkommen; es seien genug Worte gewechselt, man müsse nun zu Thaten schreiten u. dergl. m. Aber man merkte doch, daß die Leute nicht gewillt seien, sich von ehrgeizigen Demagogen ins Feuer jagen zu lassen, um ihnen die gebratenen Kastanien heraus zu holen. Die Redensarten mastten keinen Eindruck. Die Schlagwörter verhallten, die Beschwörungsformeln unerquickt aufeinander. Ein komischer Intermezzo wurde durch den Ruf eines Einzelnen: „Eben kommen die Dragoner“ hervorgerufen. Mehrere

liefen davon, Andere ihnen nach und es fehlte nicht viel, so wären die Redner allein geblieben. Es sollte nicht wundern, wenn jetzt Nachrichten von Unruhen aus vielen Orten einlaufen. Von Frankfurt wurde die Mahnung dazu noch in der Nacht vom 16. auf den 17. ertheilt. Von wem? das weiß Jeder, der Augen hat zu sehen und Ohren zu hören. (Fr. O.-P.-A.-Ztg.)

Großh. Hessen. Darmstadt, 19. Sept. (Darmst. Z.) Auch bei uns in Darmstadt hat der demokratische Volksfreyerein gestern wahrscheinlich „zur Verbrüderung der Gemüther" eine Versammlung zur Begutachtung „des Waffenstillstandes von Malmoe" abgehalten. Nach dieser sah man eine lärmende Rotte von Heckerjüngen durch die Straßen ziehen. Bald darauf wurden im Hause des Ministers Jaup die Fenster eingeworfen: aber natürlich, daran sind die edlen Demokraten unschuldig — es war bloß Pöbel, der ihnen sehr ähnlich sah. Als bald sich einige Ehebewahrleers von der Neckarstraße her zeigten, war der Muth der Fensterein-werfer zu Ende und die meist zugewachsenen Helden verschwanden in aller Eile wie Spreu vor dem Wind.

Mainz, 18. Sept. Nachmittags und früh Abends sind, zum Ersatz der nach Frankfurt geschickten Truppen, zwei preußische Infanterie-Regimenter von Koblenz hier eingerückt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Sächs. Herzogthümer. Meiningen, 16. Sept. Heute erschien die landesherrliche Verordnung über die Reorganisation der Oberbehörden. Das neu gebildete Ministerium zerfällt jetzt in 5 Abtheilungen I) für das herzogl. Haus und das Aeußere, 2) für die innere Verwaltung. 3) für die Justiz, 4) für Kirchen- und Schulwesen, 5) für die Finanzen.

Preußen. Dem aus Schleswig-Holstein zurückgekehrten General v. Wrangel ist vom König bekanntlich der Oberbefehl über sämmtliche in den Marken stehenden Truppen übertragen worden. In dieser Eigenschaft hat derselbe nun aus Potsdam vom 17. September an die sämmtlichen unter ihm stehenden Truppen den folgenden „Armeebefehl" erlassen, dessen Inhalt wir auch allen anderen deutschen Truppen zur Beherzigung empfehlen.

„Derselbe lautet wie folgt: „Se. Maj. der König haben mir einen neuen Beweis Seiner Gnade und Seines Vertrauens gegeben, indem Sie mir mittelst Allerhöchster Kabinetsordre vom 15. d. M. den Oberbefehl über die sämmtlichen in den Marken stehenden Truppen ertheilt haben. Meine Aufgabe ist, die öffentliche Ruhe in diesen Landen, da, wo sie gestört wird, wieder herzustellen, wenn die Kräfte der guten Bürger hierzu nicht ausreichen. Die Aufgabe ist schwer und mit großer Verantwortung verknüpft, das verkenne ich nicht, aber sie wird ausgeführt werden: baiür bürgen mir das gegenseitige Vertrauen zwischen den Soldaten und seinem Offizier, seinem Führer, und das Bewußtsein sicher zu sein, daß, so lange sie besteht, immer wahrheitlich ausgezeichnet hat, so wie die Liebe und treue Hingebung für den König, von der wir alle gleich erfüllt sind. Ich gebe mich ineid der bestimmten Hoffnung hin, daß ich keine Veranlassung erhalten werde, mit der militärischen Macht einzuschreiten; denn auch mein Vertrauen zu den Bürgern, daß sie ebenfalls nur das Gute wollen, steht fest, es ist ja ihr eigenes Gut, was sie mit Ruhe und Besonnenheit, wie sich jedoch im Lande auch Elemente vorhanden, welche zur Ungesetzlichkeit verführen wollen, sie sind zwar nur gering, aber desto kräftiger treten sie hervor, während die guten Elemente sich zurückhalten; diesen letzteren will ich sovan zunächst eine moralische Stütze sein, um ihnen die Erhaltung der öffentlichen Ordnung zu erleichtern, ohne die keine gesetzliche Freiheit möglich ist. Im Vertrauen auf den schon im ersten Treffe erkannten, wie dessen Bewohner mit der ganzen Bürgerwehr sich zu diesem Zweck gern um mich schaaren. Dies war mir um so erfreulicher und um so werthvoller, als es schon am ersten Tage meiner Uebernahme des Oberbefehls in den Marken geschah: es erfüllt mich deshalb mit Hoffnung und Vertrauen für die Zukunft. Soldaten! Laß Euch mit der treuen von den Vätern auf Euch vererbten Liebe und Anhänglichkeit an Euren König gerichtet werden, hört nicht darauf, wenn sie auch noch so schmeichelhaft für Euch klingen und sie Eure Zukunft mit herrlichen Worten ausmalen, sobald Ihr die Euch gegebenen Rathschläge befolgt. Zu den Versammlungen, wo dergleichen Reden an Euch gehalten werden sollen, geht lieber gar nicht hin; hört dagegen auf meine Stimme, die Stimme Eures Generals, sie ist wohl gemeint, halten fest an Eurem Offizieren, wie diese an Euch; zwischen beide darf sich kein fremdes Element einschleichen. Habt Ihr gerechte Wünsche, so tragt sie Euren Offizieren in der gesetzlichen Weise vor, von Niemand wird Euch sicherer geholfen werden, als von diesen, denn Niemand kennt Eure Bedürfnisse besser als sie, und Niemand ist mehr von dem Wunsche beseelt, Euch mit Rath und That beizustehen. Als Beweis, in welchem Grade ich nicht nur für Euer Wohl als Soldat, sondern auch für Euer häusliches zu sorgen bereit bin, bestimme ich hiermit, daß der durch Einziehung von Reserven auf die Kriegsstärke gesetzten Infanteriebataillone sofort auf 900 Mann vermindert werden und binnen Kurzem hoffe ich eine abermalige Verminderung derselben bis auf 800 Mann eintreten lassen zu können. Zu der ersten Entlassung sind zunächst alle Reklamirten und dann diejenigen aus den ältesten Reserven zu bestimmen, deren häusliche Anwesenheit dringend nothwendig ist; nach deren Berücksichtigung hat das unparteiische Loos unter den ältesten Reserven zu entscheiden. Zum Schluß rufe ich Euch zu, Offiziere und Soldaten! halten fest an Eurem gegenseitigen Vertrauen und an Eurem treuen König! er ist Euer heimal hoch!" Der Oberbefehlshaber in den Marken, gez. v. Wrangel."

— Die Bauern-Unruhen in Schlesien, so wie die vorwährenden Jagd-Uebergriffe haben die National-Versammlung veranlaßt, gleich nach der Bürgerwehrgesetz-Berathung das neue Jagdgesetz, und dann wohl die gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, zu erledigen. Mehrere Abgeordnete werden den dringenden Antrag an die Nationalversammlung richten, daß auch die Subdivisionen wegen Feudalsasten bis nach Erledigung der gutsherrlich-bäuerlichen Angelegenheiten aufgesetzt werden.

— Für unsere auf den künftigen Kriege zurückkehrenden Krieger wird eine neue Dekoration gestiftet, die in einem Kreuze mit zwei übereinanderliegenden Schwertern bestehen und in verschiedenen Graden verliehen werden soll. — Wie es heißt, werden das 10. Husaren- und 7. Kürassier-Regiment in der Umgegend Berlins Quartier erhalten. — Die Unruhen in Strelitz haben sich auf eine so bedenkliche Weise erneuert, daß, auf Ersuchen der großherzogl. Regierung, das in Brandenburg und Rathenow garnisonirende 6. Kürassier-Regiment Befehl erhalten hat, sich schleunigst nach dem Großherzogthum zu begeben, um dort zur Herstellung der Ruhe mitzuwirken. — Hr. Held trat endlich gestern 18. in einem riesengroßen Plakat mit seiner „Idee für die Verfassung Preußens und Deutschlands" hervor. Diese besteht in nichts Geringerem, als „Deutschland zu einer einigen und unbedingten demokratisch-sozialen Konstitutions-Monarchie zu machen." Dem Staate, meint Hr. Held, welcher zuerst eine demokratisch-soziale Verfassung habe, würden alle anderen deutschen Staaten sich anschließen. Eine solche Verfassung — wovon Hr. Held in seinem Plakat eine Skizze giebt — könne aber nicht von einer Versammlung von 3—400 Personen, sondern nur von einer einzigen Persönlichkeit (allenfalls auch von zweien oder dreien) gemacht und unter der Garantie der Krone gegeben werden u. s. w. Er habe indeß kaum Lust zu Verwirklichung seiner Idee nothwendige Gebiet der Pläne beschritten gehabt, als die gegen ihn laut gewordenen Verdächtigungen ihm alles Fortschreiten auf demselben unmöglich gemacht hätten, und er lege daher nun seine Idee dem Volke zur Prüfung vor, damit es entscheiden könne, ob er — wie man ihn beschuldigt — damit umgegangen sei, der Freiheit und die Wohlfahrt des Volkes zu verrathen. — Unter den Kaufleuten des hiesigen Arbeitshauses war schon gleich nach den denkwürdigen Märztagen d. J. das bedenklichste Bestreben bemerkbar geworden, die durch diese in unseren politischen und sozialen Zuständen herbeigeführte Umgestaltung möglichst auch für sich auszubeuten. Indem sie den Begriff der neu gewonnenen politischen Freiheit mißverständen oder absichtlich falsch auffaßten, glaubten sie bald auch den weiten Wirkungskreis ihrer verpflichtenden Freiheit überschreiten, und sorten sich aller Zucht und Strafe überheben zu dürfen. Der böse Geist der Unbotmäßigkeit und Widersetzlichkeit, der sich auf solche Weise unter ihnen, wenn gleich nur in einzelnen wiederholten Fällen, bisher bemerkbar gemacht hatte, ist nun zum völligen Ausbruch gekommen; denn seit einigen Tagen herrscht völlige Anarchie im Arbeitshause. Die nächste Veranlassung hat wohl den Handlungsdiener ihre vorgeblichen Beschwerden über die mangelhafte Beköstigung dargeboten. Durch eine Unterhandlung mit ihren Vorgesetzten ertrotzten sie zunächst ihre Widerbestellung an der Aufsicht bei Zubereitung der Kost, steigerten aber bald ihre maßlosen Zumuthungen so sehr, daß sie ihre völlige Lossagung forderten und mit den heftigsten Geberden gewaltsam anzudringen drohten. Diese Absicht gelang es am letzten Sonntage den nächsten vorgesetzten Behörden, dieß letztere vorläufig noch zu verhindern. Es würde aber für die Ruhe und Sicherheit unserer Stadt nicht blos, sondern wegen der zumal in der jetzigen bewegten Zeit nahe liegenden Beziehung der letztern zum ganzen Lande, für den ganzen Staat von den bedenklichsten Folgen sein, wenn jene nicht blos für ein Arbeitshaus geeigneten Elemente über die Freiheit und ihrem frühern gesetzlosen Verkehre wiedergegeben werden sollte. Daher ist es dringend nothwendig, daß die zuständigen Behörden sofort mit aller Energie die erforderlichen Maßregeln treffen, um uns vor der drohenden Gefahr zu schützen, und Zucht und Ordnung in das Arbeitshaus anderen zurückzubringen, namentlich aber die Verwaltung mit der nöthigen Strenge äußern Mitteln ausrüsten. (Sp. Z.)

Oesterreich. — △ Wien, 18. Sept. Drei Fragen nehmen gegenwärtig außer der Gestaltung der Dinge im Reichstage vorzugsweise die Aufmerksamkeit und Sorgfalt der österreichischen Regierung in Anspruch. Die italienische nimmt natürlich den ersten Rang ein. Doch sind in dieser die Aussichtsverhältnissen, zumal mit Frankreich, wohl beseitigt, und man betrachtet sie im Voraus als entschieden. Man hält es für möglich, daß die zu Verona begonnenen Friedensunterhandlungen, auf den vom Papste bedsälls geäußerten Wunsch nach Rom verlegt werden, das einerseits als neutraler Punkt, andererseits wegen seiner zentralen Lage in Italien zwischen Neapel, Florenz, Modena und Turin als Kongreßort, auch zur Beschleunigung der päpstlicher Nuncius Monsignore Gizzi, der bis zur friedlichen Versicherungen im Namen des heil. Vaters gesprochen. Der Waffenstillstand mit Sardinien ist verlängert. Den nahen Fall Venedigs hält man für unzweifelhaft. Die ungarisch-kroatische Frage dürfte nun nach dem Falle Kossuth's auch leichter ihre Lösung finden. Der Banus Jellachich soll eingeladen (von einem förmlichen Befehl scheint nicht die Rede zu sein) worden sein, seinen Marsch auf Pesth, wo er ohne Zweifel bald als Sieger einziehen könnte, einzustellen, und den Friedensvorschlägen Gehör zu geben, welche der Erzherzog Palatin und der ungarische Minister Graf Batthiany ihm machen werden. Die Hauptfrage bleibt dabei immer: ob Ungarn wieder in ein innigeres und darum abhängigeres Verhältniß zu der Regierung hier zu treten sich herbeilassen wird. Oesterreich verlangt nichts weiter, als was es längst ausgesprochen, und den Betrieb des Heeres und der Finanzen in den Gesetzen selber einmal sitt werde auch für Ungarn. Und dahin wird es kommen trotz alles Wi-

derstrebens der ultramagyarischen Partei. Die Waffenstillstandsfrage endlich, welche jetzt zwischen Frankfurt und Berlin so ernstliche Verwicklungen veranlaßt, wünscht man hier im friedlichen Sinne entschieden. — In dem Reichstage scheidet sich die konstitutionelle Partei immer schroffer von der demokratischen ab. Seit der Rückkehr des Hrn. v. Wessenberg hat die Regierung zusehends an Kraft und Selbstvertrauen gewonnen, und ich glaube, daß das Ministerium aus den Stürmen, die es etwa noch durchzumachen haben wird, siegreich hervorgehen wird. Es fügt sich auf eine ähnlichere Weise Mehrheit im Reichstage, welche täglich an Festigkeit in ihrer inneren Organisation und Disziplin gewinnt. Leider muß ich — wie traurig es auch für mich als Deutschen ist, ein solches Eingeständniß zu machen — wiederholen, daß die Deutschen im Reichstage, die doch an Bildung und Kenntniß der Geschäfte ihren slavischen Kollegen überlegen sind — weit hinter ihnen zurückstehen, was den gesunden Menschenverstand anbelangt. Die konstitutionelle Mehrheit besteht vornehmlich aus Abgeordneten Böhmens, Galiziens, Mährens und der illyrischen Provinzen, also geschiedentlich aus Slaven.

Prag, 16. Sept. Gestern wurde hier folgendes Aktenstück veröffentlicht: Zufolge eines behufs der weiteren Verfügung bei dem Kriminalgerichte an mich gelangten hohen Ministerialerlasses haben Se. Maj. der Kaiser mit allerhöchster Entschließung zu erlassen geruht: „Ich bewillige nach dem Einrathen meines Ministeriums, daß die Kriminaluntersuchung wegen der Junivorfälle in Prag nur in Betreff der Urheber und Rädelsführer eingelegt, in Ansehung der übrigen Mitschuldigen und Theilnehmer aufgelassen werde. Die Beurtheilung der Schuld der hiernach zu Untersuchenden hat nach einem mündlichen und öffentlichen Schlußverfahren durch ein Schwurgericht zu erfolgen, dessen Einrichtung nach den vom Ministerrathe beschlossenen Modalitäten festzusetzen sein wird.“ Der über die abgenommenen Verfälle von dem Kriminalgerichte auf dem prager Schlosse heute gepflogenen Berathung, welche ununterbrochen fortgedauert werden wird, wurde demnach schon diese allerhöchste Weisung zum Grunde gelegt, und es sind in dessen Folge auch bereits mehrere der Verhafteten in Freiheit gesetzt worden. Prag, 15. Sept. 1848. Graf Mitrowsky, Appellationspräsident. — Ihrer Haft am Hradschin wurden sofort entlassen: Die HH. Schlesinger, Dr. Frey, Pater Wiesner, Baron Wilani, Nedwidl, Pauer, Schüler, die Gebrüder Prokop und Theophila Thierfelder. — Gestern langte eine telegraphische Depesche aus Wien ein, daß das prager bürgerliche Grenadierkorps die Wache (eine Ehrenwache nämlich) bei dem Kaiser und beim Reichstage verlesen kann. Die Absahrt findet heute statt. Die Fahne, welche die Grenadiere und die Bürgerkorps- und Nationalgardenbepulation als Geschenk nach Wien mitnehmen, weht vom Rathhause herab. Sie hat die böhmischen Farben roth und weiß und die österreichischen schwarz und gelb, und so geordnet, daß schwarz-roth-gelb einander folgen und weiß schließt. (G. B. a. B.)

Triest, 17. Sept. Gestern salutirten die französischen Kriegsschiffe unsere Stadt, Nachmittags wohnten die Commandanten derselben einem vom Feldmarschall-Lieutenant Giulai veranstalteten Festmahl bei. Die Toaste wechselten in freundlicher Weise. Auf das Vive l'Empereur folgte das Vive la république. So eben höre ich wieder Kanonenschüsse, die dem Besuche Giulai's aus dem französischen Schiffe gelten. — Hier leben wir also mit den Gallliern in bester Eintracht. — Heute machte die Börse dem Handelsstande bekannt, daß die Blokade von Venedig wieder begonnen habe, und demnach keinem dahin bestimmten Schiffe die Pässe gegeben werden. (A. Z.)

Triest, 18. Sept. Ein von Ravenna kommentes Trabakel mit einer Kompagnie römischer Freiwilliger an Bord ist gestern von einem unserer zum venetianischen Blokadegeschwader gehörenten Schiffe aufgebracht worden. Man fand es aber nicht der Mühe werth, Schiff und Mannschaft zurückzubehalten, sondern es wurde über die Spitze des Golfs von Istrien hinausgeführt und dort heimwärts entlassen. (Oest. Lloyd.)

Oesterreichische Monarchie.

Fürstenfeld, 18. Sept. Ein Theil der kroatischen Armee ist bereits bei Körmend vorgerückt. Sie findet nirgends Widerstand. Die Truppen verlangen zwar Fleisch und Wein, begehen aber keine Exzesse. Man gibt ihnen, was man eben hat, und sie stellen sich damit zufrieden. Mehl und Brod führen sie selbst mit sich. Die ungarischen Bauern sehen den Truppenmärschen ganz friedlich zu, schimpfen über ihr Ministerium und schwören, ihrem Könige treu bleiben zu wollen, als echte Ungarn. Wenn es so fortgeht, wird Jellachich noch in dieser Woche seinen Einzug in Pesth halten.

Die deutsche Pester Zeitung veröffentlicht das Schreiben, welches der Erzherzog Palatin am 11. Septbr an die Abgeordneten des Unterbaues gerichtet, in folgender Uebersetzung: Meine Herren! Ich muß Ihnen aufrichtig gestehen, daß ich nicht blos mit Verwunderung, nein, auch mit Bedauern aus Ihrer Sendung ersehe, daß Sie meinen Schritt für ungesetzlich und somit für unglütig erklärt haben. Ich glaube, daß die Nation wohl die Erfahrung gemacht haben dürfte, daß ich in meinem wohlmeinenden Wirken billige und gerechte Wünsche und Verlangen, nicht ganz ohne Erfolg, mit Bestimmtheit und Entschiedenheit unterstützt und durchgeführt, ja sogar mich damit identifizirt habe, wenn es galt, sie bei unserm Herrn und König zu erwirken: aber dies mein heutiges, an den Präsidenten von Pazmandy gerichtetes Schreiben, worin ich die Absendung des Ministeriums dem Hause mittheilte und dasselbe zum gesetzlichen Bestande aufforderte, kann ich nicht für ungesetzlich halten, da dasselbe eine einfache Mittheilung eines Faktums, kein Befehl, Gesetz oder Verordnung war, die einer Contrasignirung eines verantwortlichen Ministers bedurft hätte. Was den Beschluß des Hauses anlangt, daß es zwei Minister mit der einstweiligen Gegenzeichnung um Ministerialamtirung betraut habe, so erkläre ich — da es ohne mein Wissen und Willen geschehen, wo ich doch gerade in einem nöthigen Falle in Betreff der Gegenzeichnung die nöthigen Schritte gethan hatte, — daß ich durch hierin ein Zeichen des Mißtrauens von Seite des Hauses erblicken muß — daß für einen Schritt, der nicht im Gesetze begründet, Gisafren für unser theuers Vaterland hervorrufen kann. Ich mache Sie, meine Herren, aufmerksam, daß, wenn ich auch kein Reaktionär bin, ich doch andererseits weder als Erzherzog Stephan, aber auch nicht als Palatin von Ungarn, eingedenk meiner Pflicht und meines Eides, auch nur einen Schritt auf dem revolutionären Felde machen werde. Mit Bedauern bitte ich Sie, meine Herren, nicht den Weg zu geben, auf dem ich nur das Unglück des Landes erblicke; ich erkläre Ihnen gleichzeitig, daß, wo Mißtrauen herrscht, in einem Augenblicke, wo nur das höchste Vertrauen helfen kann, ich gerne bereit bin, meinem Vaterlande meine Stellung und Alles zum Opfer zu bringen, wenn, was ich bezweifle, durch diese Politik das Vaterland gerettet werden kann.

Nachschrift.

A Frankfurt, 21. Sept. Diesen Morgen um 9 Uhr wurden die beiden Abgeordneten, Fürst Lichnowsky und v. Auerswald, dann die zwei preußischen Offiziere, die gefallen waren, und vier Soldaten feierlich beerdigt. Die Feier dauerte von 9 Uhr bis nach 12 Uhr, und sie ging ruhig und ernst vorüber. Die Leichname wurden von der Nationalversammlung, von den hier anwesenden Offizieren und von mehreren Abtheilungen der zur Zeit hier befindlichen Truppen (Oesterreichern, Preußen, Bayern, Württembergern, Hessischen und Nassauischen Truppen) zum Grabe geleitet. Am Grabe sprach zuerst v. Ketteler, dann Zitzel, seine Geistlicher der katholischen, dieser der protestantischen Konfession, beide Mitglieder der Reichsversammlung, dann Präsident Gagern und zuletzt Jordan von Berlin. Der Eindruck der Rede Gagerns war ein gewaltiger, so wenig er auch sprach; Jordan hatte nach ihm sehr abgeschwiegen. — Eine Colabron bayerischer Chevauxlegers ist diesen Vormittag hier eingetroffen; sie ist die Wache der Kunstreisegesellschaft von Guerra eingenommen. — Drei Individuen, die als Haupträdelsführer am blutigen Tage des 18. wirkten, nämlich der berüchtigte Germain Metternich aus Mainz, Christian Esselen aus Hamm, und Arnold Reinad von hier, werden vom hiesigen Polizeigericht steckbrieflich verfolgt.

* Nach einem Schreiben des Reichsministeriums bezüglich der Entwaffnung in Frankfurt sollen alle Abgeordnete, welche ihre Waffen besitzen wollen, auf einfache Anmeldung hin einen Erlaubnißschein erhalten. — In einer Korrespondenz der Allg. Z. aus Frankfurt wird mit bittren Worten die Gallerie der Radikalen des an Lichnowsky und Auerswald verübten Mordes beschuldigt. Jahn ist nach einer Anzeige des Präsidenten nicht umgekommen, und Hecscher entkam, obwohl arg mißhandelt, nach Mainz. Die ganze Umgegend von Frankfurt auf 10 Stunden in der Runde wird mit Reichstruppen belegt; nach Hanau kamen 2000 M. Von den Namen der ebenwerthen Sachsenhauser Bürger, welche auf so wackere trotzige Weise den Rebellen entgegentraten, sind zwei genannt worden, es sind die HH. Strobecker und Abt. Solche Ehrennämner verdienen es, in ganz Deutschland genannt zu werden!

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 21. Sept. Oestrr. 5proz Metall. 74⅞, 4proz. 61. Iproz — 2½proz. 39⅞. Bankaktien 1215. P. — 500 fl.-Loose 118. 250 fl.-Loose 81⅛. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87½. P. — 50 Staatsschuldscheine 3½proz. 74⅞. — Bayer. 3½proz. 77. — Ludwigsb. Berbach. 68. — Württemberg. 3½proz. 76⅞. — 4½proz. 92⅛. — Bad. 3½proz. 74. Lotto-Anlehen 5 fl. 45½. — 35 fl.-Loose 25⅛. — Darmstädt. 3½proz. 75½. — 4proz. 84. Lotto-Anlehen von 50 fl. 62½. — 25 fl.-Loose 20½. — Kurhessl. Friedr.-Wilh.-Nordb. 43¼. — 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½proz. 60½. 25 fl.-Loose 20. — Frankfurt. 3½proz. 90, 85½. — Taunusbahn 280. — Holländ. Integr. 45⅞. — Span. 5proz. innere Schuld 19. — Pol. 300 fl.-Loose —. — 500 fl.-Loose 67½. — Sard. 36 Fr.-Loose 25½. — Disc. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 76.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Sonntag den 24. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 24. September.

Se. Maj. der König haben unterm 20. d. Mts. der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg einen vierten Assessor beigegeben, und auf diese neue Regierungsassessorstelle den Regierungsassessor I. Klasse bei der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg Georg Henner zu befördern; der Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern, einen weiteren Assessor protestantischer Konfession beigegeben und auf diese neue Regierungsassessorstelle den Regierungssekretär II. Klasse Max. v. Wächter bei der Regierung von Oberfranken, Kammer des Innern, zu befördern; endlich auf die bei der Regierung von Niederbayern, Kammer des Innern, eröffnete Stelle eines Regierungsassessors II. Klasse bei der Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern, den Regierungssekretär Johann Heinr. Kaisenberg, seiner Beförderungsbitte willfahrend, zu befördern geruht.

Se. Maj. der König haben unterm 20. Sept. die durch die Beförderung des Regierungssekretärs II. Klasse Martin v. Wächter zur Regierungsassessor erledigte Stelle eines Regierungssekretärs II. Klasse bei der Regierung von Oberfranken, Kammer des Innern, dem Regierungsaccessisten Karl Faber in provisorischer Eigenschaft; ferner die durch die Beförderung des Regierungssekretärs II. Klasse Johann Heinrich Kaisenberg zum Regierungsassessor eröffnete Stelle eines Regierungssekretärs II. Klasse bei der Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern, dem Aceessisten bei der Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern, Ernst Frdrn. v. Harsdorf aus Ansbach in provisorischer Eigenschaft; unterm 21. Sept. die durch die Beförderung des Regierungssekretärs I. Klasse Georg Henner zum Regierungsassessor erledigte Stelle eines Regierungssekretärs I. Klasse bei der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg dem Landgerichtsaktuar Ludwig Frdrn. v. Freyberg zu Aschaffenburg, seiner Beförderungsbitte willfahrend, zum volo consultivo zu verleihen geruht.

S. Maj. der König haben Sich unterm 21. d. M. allergnädigst bewogen gefunden, zu der am Kreis- und Stadtgerichte Fürth erledigten Rathsstelle den Protokollisten dieses Gerichts Mich. Dambacher zu befördern, und die bisherige bei dem Civil- und Strafgerichte Fürth in Verledigung gekommene Protokollistenstelle dem Rechtspraktikanten Joseph Ludwig Brunner zu Donauwörth in provisorischer Eigenschaft zu verleihen.

(Militärdienstesnachrichten.) Der Generalleutenant und Prenmierleutenant der Leibgarde der Hatschiere 3. St. Graf v. Tattenbach ist pensionirt worden, ebenso der Hauptleute M. Bauer im 6. und W. Mariasteiner im 2. Infanterie-Regiment. Der Unterarzt Dr. M. Altmann im 12. Infant.-Regim. auf 2 Jahre und der Bataillonsarzt Dr. A. Baader im 5. Chevaux.-Reg. auf 2 Jahre. Charakterisirt wurden: der charakterisirte Generalmajor Herr v. Stonor als Generalleutenant, der pensionirte Oberstleutenant Frhr. v. Aretin als Oberst, der Oberstleutenant à la suite Max Frhr. v. Freyberg als Oberst à la suite, der pensionirte Ministerial-Minister St. Wimmer als Major, der pensionirte Regimentsarzt Dr. Blume als Stabsarzt, der Major im Armee-Monturdepot X. Steidel als Oberstleutenant, der pensionirte Oberstleutenant B. v. Heeg als Oberst, der pensionirte Hauptmann Th. Remich als Major, der Oberleutenant à la suite G. Frhr. v. Andrian als Hauptmann à la suite, der Unterleutenant à la suite L. Mann Tiechler als Oberleutenant à la suite, der pensionirte Oberleutenant von der Mark als Rittmeister, der Hauptmann à la suite M. Graf Butler als Major à la suite, und der pensionirte Hauptmann J. Gnau als Major. Versetzt wurden: der Hauptmann J. Fackenhofen vom 11. zum 2. Inf.-Reg., die Unterleutenants J. Spigner vom 7. zum 1. Inf.-Reg., J. Mayer vom 7. zum 1. Inf.-Reg., v. Hermann vom 1. zum 11. Inf.-R., C. Warnberg vom 11. zum 1. Inf.-Reg. F. Murmann vom 1. zum 3. Jägerbataillon, G. Mühlthaler vom 3. zum 1. Jägerbataillon, F. Graf v. Ingelheim vom 5. zum 6. Chevaux.-Reg., J. Schübel vom 6. zum 5. Chevaux.-Reg., die Oberleutenants Max Graf Berri della Rosa vom 3. zum Inf.-Leib-Reg., A. Ober vom 12. Inf.-Reg. zum 1. Jägerbataillon, L. Ritter v. Rhodis vom 4. Jägerbataillon zum 12. Inf.-Reg., und A. Ober vom 12. Inf.-Reg. zum 4. Jägerbataillon. Befördert wurden: der Major L. Frhr. von der Tann, Flügeladjutant des Königs, zum Oberstleutenant, der Junker Th. Frhr. v. Crailsheim zur 2. Chevaux.-Reg. zum Unterleutenant, der Divisionssekretär im Kriegsministerium St. Wimbach zum Kriegsministeriallsekretär II. Klasse.

Ueber die Folgen der Ereigniße vom 17. September.

Ueber diesen Punkt spricht sich der ⁂ Mitarbeiter der „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" in folgender Weise aus:

„Der Bürgertrieg, welcher hier ausgebrochen, und das Standrecht, das verhängt worden, haben die volle Bestätigung unserer Ansicht geliefert. Die Zentralgewalt ist gewungen, sich auf die rechte Seite der Nationalversammlung und dadurch auf die einzelnen deutschen Staaten zu stützen, weil sie nur in diesen die Mittel zu Bekämpfung des Aufruhrs und des Umgehorsams gegen die Beschlüße der Nationalversammlung und ihre eigenen Anordnungen zu finden vermag. Frankfurt ist auch der Vereinigungspunkt für die Reichspartei gegeben. Diese muß vor allen Dingen die Befestigung der Ruhe und Ordnung erstreben, sie muß den Sinn für Gesetzlichkeit wiederherstellen, sie muß der Zentralgewalt und sich selbst Achtung verschaffen. Thut sie dies nicht, bezeigt sie sich unentschlossen, fahrlässig in Erfüllung dieser Pflicht, so arbeitet sie den Zwecken der Linken in die Hand, und wundern darf sie sich alsdann nicht, wenn eine Republik Negreich aus dem Kampfe hervorgeht. Mit Grund kommt sehr spät und die Anordnungen, die von der Zentralgewalt werden getroffen, und die Gesetze, die in der Nationalversammlung werden beantragt werden. Einiges hiervon wird sich mit ziemlicher Sicherheit errathen lassen, und wir glauben deßhalb auch, uns darüber äußern zu dürfen. Zunächst ist es augenscheinlich, daß, nachdem der Aufruhr gedämmt ist, der Belagerungsstand der Stadt Frankfurt nicht lange wird fortdauern können. Der Aufruhr ist hauptsächlich durch Zuzüge von Außen bewerkstelligt worden, indem diese die Menschenmassen lieferten, denen man, um zu reussiren, bei solchen Gelegenheiten bedarf. Frankfurt ist eine der Städte, die am wenigsten völlig nahrungslose Einwohner oder Proletarier zählt, und wenn unter den übrigen Einwohnern auch eine bedeutende Anzahl sein mag, die mit den Ansichten der linken Seite der Nationalversammlung harmonirt, so haben sie hier doch nicht für so gefährlich, daß deßhalb allein eine längere Fortdauer des Belagerungsstandes nothwendig wäre. Dagegen wird es durch die Umstände geboten sein, den Zuzügen aus den benachbarten Städten und Orten zu politischen Zwecken, durch welche Frankfurt schon so lange Zeit in Unruhe versetzt worden, ein Ende zu machen. Zu dem Behufe werden wohl vor allen Dingen die höheren Sicherheitsmaßregeln in die Hände des Reichsministeriums gelegt werden müssen. Schon der alte Bundestag ist oft darauf hingewiesen worden, daß die Leitung der Polizei in der Stadt Frankfurt nicht den städtischen Behörden ausschließlich überlassen werden sollte, das scheinen der Zentralbehörde Deutschlands an ihnen gleichfalls ein Antheil gehören. Wie dem auch sein wird, dies aber nunmehr der Fall sein, da sich hier nicht nur der Sitz der Zentralgewalt, sondern auch die Nationalversammlung befindet, für deren Sicherheit und Freiheit der Berathungen erstere einzustehen hat. Somach halten wir es für unvermeidlich, daß das militärische Kommando der Stadt von der Zentralgewalt überhaupt ausgeübt werde. Die Polizeipflicht mag man alsdann immerhin den städtischen Behörden, die sich dieser wohl gewachsen zeigen werden, belassen. Dadurch wird den Bürgern der Stadt Frankfurt auch die Last eines Militäreinlßes abgenommen, die ihnen nach und nach sehr unerträglich werden müssen. Allein hierbei wird es nicht sein Bewenden haben können. Da es klar ist, daß die hiesigen Vorgänge weite Verzweigungen haben, und man auf Wiederholungen gefaßt sein mußte, so wird die Zentralgewalt ohne Zweifel ein Reskript von Reichstruppen zum Schutze und zur Verfügung der Nationalversammlung und der Zentralgewalt aufstellen müssen, fessen Hauptquartier hierher zu verlegen sein wird. Dieses Armeekorps dürfte fürs erste in die Städte und Ortschaften, aus denen die Zuzüge hierher erfolgten, zu verlegen sein. Zugleich wird dasselbe dazu zu dienen haben, Aufstände, die in andern Städten des südwestlichen Deutschlands ausbrechen könnten, zu unterdrücken. Daß eine solche Maßregel in der Absicht der Zentralgewalt liegt, geht aus der großen Anzahl von Truppen hervor, die hierher beordert worden sind, und die nicht nothwendig wären, wenn man das Uebel als ein blos lokales betrachtete. Mit militärischen Anordnungen allein wird es indessen nicht getban sein. Die eingetretenen Meinungsänderungen werden ergeben, welche sonstige Anordnungen noch getroffen werden müssen. Nach den notorischen Verhältnißen, die Jedermann vor Augen liegen, sind es die demokratischen Vereine gewesen, die am 17. d. Mts. der Nationalversammlung den Krieg erklärt haben. Gegen diese Vereine werden daher Maßregeln ergriffen werden müssen. Das freie Vereinsrecht hat da seine Grenze, wo die Empörung anfängt. Gestehen sich die demokratischen Vereine in diesem Falle, kann der Zusammenhang unter ihnen in ganz Deutschland nachgewiesen werden, so ist die Unterdrückung derselben in allen deutschen Staaten durch eine allgemeine Anwendung findende Anordnung der Zentralgewalt unver-

merklich. Diese Anordnung müßte alsdann aber eben so gut in Wien und Berlin als im südwestlichen Deutschland zur Wohlthung kommen. Da die badische Regierung hierin mit dem Beispiele vorangegangen ist, so werden die übrigen deutschen Regierungen keinen Anstand nehmen können, dadselbe nachzuahmen. Verfährt die Zentralgewalt, unterstützt von der Nationalversammlung, in diesem Sinne, so muß ihr Ansehen mit jedem Tage wachsen, weil alsdann nicht nur die Regierungen, sondern alle Freunde der Ruhe und Ordnung sich mit Freude an sie anschließen und sie in ihren Bestrebungen unterstützen werden. Einen sicheren Anhalt für die Presse abgeben. Wenn hierselbe auch völlig frei gelassen werden muß, so besteht doch auch für sie dieselbe Beschränkung, wie für das Vereinsrecht. Sie mag in unserer Zeit bis an den Aufruhr heranreizen, allein zum Handlanger desselben darf sie sich nicht hergeben, wie selbst in Frankreich anerkannt werden mußte. Aus dem Grunde werden wohl Anordnungen wegen der Maueranschläge, der Aufforderungen zu aufrührerischen Versammlungen u. s. w. getroffen werden müssen, zu wenn jedoch die Mitwirkung der Nationalversammlung exforderlich sein dürfte. So viel ist gewiß, daß die neue Reichsmacht in dieser Beziehung nicht schuldlos gelassen werden darf. Es wird wohl der Folgen noch viele geben, die aus den Ereignissen vom 17. d. M. hervorgehen müssen, für heute jedoch dürfte es an obigen Andeutungen genügen."

Deutschland.

Die „Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung" enthält in ihrem amtlichen Theil das Folgende: „Der Präsident der Nationalversammlung an den Kommandanten der Reichstruppen in Frankfurt a. M., Herrn Generalmajor Grafen Nobili. Die Nationalversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen: „Den deutschen Reichstruppen für die von ihnen bei Unterdrückung des Aufruhrs bewiesene Hingebung und Mäßigung den Dank des Vaterlandes auszusprechen." Indem ich Euer Hochgeboren von diesem Beschlusse Kenntniß gebe, ersuche ich Sie ergebenst, den Truppen solchen mitzutheilen. Frankfurt a. M., den 19. Sept. 1848. G. Gagern.

Frankfurt, 20. Sept. Immer noch hat Frankfurt das Ansehen eines Kriegslagers; die Zahl der hier anwesenden österreichischen, preußischen, bayerischen, würtembergischen, hessischen und hessen-darmstädtischen Truppen übersteigt zusammen schon 15,000 Mann. Im bunten Gemisch erblickt man die verschiedenen Waffengattungen. Die Stadtwälle hat sich in einen ungeheuren Stall verwandelt, den gestern die Pferde des zweiten würtembergischen Linienreiterregiments, heute sie der würtembergischen reitenden Artillerie füllten. Nachdem erstere in die nächste Umgegend der Stadt verlegt worden, kampirt letztere jetzt auf einem Theile des Roßmarkts, dessen weiterer Raum mit auf Stroh lagernden bayerischen Jägern und Schützen vom großherzoglich hessischen Leibregiment bedeckt ist. Auf dem Theaterplatze befindet sich die würtembergische Feldschmiede und Feldapotheke, an der Hauptwache steht österreichische Artillerie, auf der Zeil kampirt das erste Bataillon des preußischen 35. Infanterieregiments, vor den einer Abtheilung Frankfurter Bürgerreiterei. Der Graben, alle Punkte, wo sich Barrikaden erhoben und viele strategisch wichtige Oertlichkeiten sind von großherzoglich hessischen und anderen Militärpiquets, die Hauptwache aber und die Konstablerwache sind von kurhessischen Truppen besetzt. Alle Thore der Stadt haben theils österreichische und preußische, theils großherzoglich hessische, bayerische und Frankfurter Linienmilitärschildwachen. Die Mainbrücke wird von preußischer Infanterie und Artillerie bewacht. In den Mainbrückenmühlen und im deutschen Hause befinden sich Oesterreicher rc. Vor dem Affenthor Sachsenhausens lagern auf dem großen Rundplatze einerseits bayerische Jäger, andererseits großherzoglich hessische Grenadiere. Die hessischen Oberaurelgrens und die würtembergischen Linienreiter besichtigen in starken Streifwachen die Umgebung der Stadt. Die am 18. zuerst hier angekommenen und preußischen Truppen sind bei den Bürgern und Einwohnern Frankfurts einquartirt. Zwischen den Letzten und dem Militär sind die freundschaftlichsten Gesinnungen obwaltend, und bis zu diesem Augenblick ist weder von der einen noch von der andern Seite irgend eine Klage oder Beschwerde vorgekommen. — Seitdem alle Thore wieder geöffnet sind und die Verbindung zwischen dem Innern der Stadt und ihren Umgegenden in allen Richtungen wieder hergestellt worden, ist wie auf einen Zauberschlag das rege Leben des Handels und des Mespeerkehrs aufs neue erwacht und macht sich mit verdoppeltem Eifer geltend. Es herrscht durchgehend eine solche Ordnung, eine so beruhigende Sesetzlichkeit, wie man sie vor den Ereignissen des 18. Septembers kaum noch kannte. Die Aufwiegler und Umruhestifter der jüngsten Vergangenheit, die an den drei verhängnißvollen Tagen des 16., 17. und 18. d. M. eine so verderbliche Rolle gespielt, sind verschwunden, ihre Klubs stehen leer, ihre Aschelträger verleugnen die gestürzten Gebieter. Alle die von diesen letzteren und ihren Anhängern verbreiteten Nachrichten von zahllosen Schwärmen herbeieilender Demokraten rc. aus allen benachbarten Orten, auf 30 Stunden in die Runde und weiterhin, haben sich als Märchen erwiesen. Von Mannheim, Mainz, Offenbach, Hanau rc. ist sind weder gestern noch heute bewaffnete Republikanerlegionen herbeigeeilt, um die hier befindlichen Reichstruppen zu vernichten, die Nationalversammlung zu sprengen und mit der rothen Republik einen „Sonnen" zu gründen. Die angeworbenen Raub-, Mord- und Brandsyrnen sind zur Ehre Deutschlands unterblieben; wenigstens glaubt man, daß die im Gartenfelde bei Mainz niedergebrannte Scheune, die geplünderten Waffenläden, die Ermordung des Generals Auerswald und des Fürsten Lichnowsky nicht in die bezeichnete Kategorie gehören. (Frankf. O.-P.-A.-Ztg.)

Aus den bisher gepflogenen amtlichen Erhebungen läßt sich vorläufig Nachfolgendes über die stattgehabte Ermordung des Generals v. Auerswald und des Fürsten Lichnowsky mittheilen, welches als Berichtigung der bisherigen Angaben dienen mag. Nachdem Beide auf einem Spaziergange in der Gärtnerei vor den Verfolgungen einer großen Angahl Bewaffneter, von deren Seite mehrere Schüsse erfolgten auf sie abgefeuert worden waren, in den an die Bornheimer Haide grenzenden Garten des Kunstgärtner Schmidt sich zu retten gesucht und in den dortigen Gartenbehausung (General v. Auerswald in einer Bodenkammer, Fürst Lichnowsky in dem Keller) sich versteckt gehabt, drangen jene Bewaffnete in den Garten ein, wo ein Theil zuvörderst die beiden Pferde der Verstecken forführte, die Uebrigen aber die Schmidt'sche Behausung auf das Genauste durchsuchten. Nach etwa einer Viertelstunde gelang es ihnen zuerst den General von Auerswald und eine kleine Viertelstunde nachher auch den Fürsten Lichnowsky in ihren Verstecken aufzufinden. General v. Auerswald wurde unter fortwährenden Mißhandlungen durch Schlagen mit Knitteln und Stößen mit Gewehrkolben aus der Schmidt'schen Behausung nach der hinteren Ausgangsthüre des Schmidt'schen Gartens geschleppt, dort durch einen Kolbenstoß auf die Brust in den neben dem Garten hinliehenden Graben geworfen und nun durch einen Flintenschuß getödtet. Fürst Lichnowsky wurde gleich nach seinem Auffinden auf dem nämlichen Wege aus dem Schmidt'schen Garten gebracht, durch eine Strecke von etwa 350 Schritten in der Richtung nach Bornheim in der Pappelallee fortgeführt und alsdann durch mehrere Flintenschüsse zu Boden gestreckt. Ein erneuter Kampf oder auch nur irgend eine Vertheidigung von Seiten des Fürsten Lichnowsky und des Generals v. Auerswald war unter den angegebenen Umständen nicht zu denken und zwar, was den General v. Auerswald betrifft, um so weniger, als dieser schon vor seiner Ankunft in dem Schmidt'schen Garten durch einen Steinwurf der eine Arm gelähmt worden war. (Frkft. O.-P.-A.-Ztg.)

Ueber der Operationen der großherzoglich hessischen Truppen, die sich so ausgezeichnet tapfer am 18. benommen haben, bringt das Frkft. Journal folgende interessante Einzelnheiten. Das 1. Infanterieregiment, übrigens nur ungefähr 600 Mann stark, da die Regimenter vor kurzem auf den Friedensfuß gesetzt worden, brach um 2 Uhr mit der Eisenbahn von Darmstadt auf, war also um 3 Uhr vor Frankfurt. Es marschirte sofort über die neue Brücke: dann rückte das 1. Bataillon längs dem Mainufer hinauf bis zur Hauptwache, um neben dem großer Uberschwemmtheit eine Reihe von Barrikaden nach einander. Oberst v. Rabenau verfuhr dabei mit großer Umsicht. Er ließ in der engen Straße, in welcher man auf den Häusern auf die Truppen feuerte und schwere Pfastersteine schleuderte, die Soldaten, um sie mehr zu decken, in zwei Reihen dicht längs der Häuser marschiren. Die links fahen, schossen nach den Fenstern in den Häusern rechts und umgekehrt. Vor einer Barrikade angelangt, ward sie sofort im Sturme genommen und so alle einzelne. Die Insurgenten erlitt einen Verlust von 2 Todten, Oberlieutenant Zimmermann und ein Schütze, und etwa 10 Verwundeten, die leicht Verwundeten nicht gerechnet. Unter den Verwundeten ist Major Gräman und Hauptmann v. Lehmann. Das 2. Bataillon erhielt auf dem Roßmarkte die Stellung in Reserve, die es noch hat. Zwei Schwadronen Reiterei und 4 reitende Geschütze gingen gestern Abend 2 Uhr von Darmstadt ab und kamen bis 4 Uhr Morgens hier Frankfurt in raschem Trabe in 2½ Stunden zurück, gewiß ein schöner Beweis der Manövrirfähigkeit dieser Truppen. Die sehnlichst erwartete Artillerie ward von den braven Bundestruppen in Frankfurt mit lautem Hurrah empfangen. Hauptmann Becker, gestern von einem Theile der Reiterei, flog in fausendem Galopp mit seinen Geschützen die Zeil hinauf gegen die große Barrikade am Eingange der Allerheiligengasse, die gewiß augenblicklich gefallen wäre, hätte man sofort das Feuer eröffnen dürfen. Durch Parlamentiren aber ging die Zeit bis zum Einbruche der Nacht den kampfmuthigen Truppen kruchtlos verloren. Da endlich, als die Aufrührer durchaus nicht nachgeben wollten, durfte Hauptmann Becker sein Kartätschenfeuer beginnen. Schon beim ersten Schusse stürzten sich Barrikadenmänner und ihr Leder flog breit in lauter Wetzgeschossen auf. Nach dem schnellen Schuß war die Barrikade gefallen. Die benachbarten Häuser, namentlich die Löwenapotheke, litten von dem Kartätschenhagel mehr oder weniger Schaden. Merkwürdige Spuren hat dieser auch an Läden und Häusern der Dönges- und Schnurgasse hinterlassen, wo ein Wachmeister der reitenden Artillerie durch 7 und 2 Kartätschenschüsse allein die Barrikaden räumte, welche den Nachmittag über der Oberreichischen Infanterie wir erstanden hatten. 15 Kartätschenschüsse beendigten also rasch diesen Barrikadenaufstand, mit welchem man, wie leider mit so vielen Anderen, gleichfalls die Franzosen hatte glauben nachäffen zu müssen! Möge diese unglückliche Nachäffung die letzte sein und unserm schönen Vaterlande endlich die Ruhe und der Sinn für gesetzliche Ordnung wieder werden, ohne welche es keine Freiheit geniessen kann. Den tapfern Truppen aber, welche hierfür mitwirken und welche wieder glänzend bewährten, daß deutsche Treue noch nicht erstorben, unsere volle Anerkennung, unseren innigen hochachtungsvollen Dank!! Der Verlust derselben soll sich im Ganzen (also alle eingerechnet) am Tage des Kampfes auf ungefähr 9 Todte, darunter 4 Offiziere, und 100 Verwundete belaufen.

Wir haben gestern bereits einen Bericht unseres Hrn. X Korrespondenten aus Frankfurt über die Leichenfeier des 21. gegeben. Wir lassen

nun noch einen andern (aus dem Frankfurter Journal) folgen, der noch weitere Einzelheiten mittheilt:

Frankfurt, 21. Sept. Heute Vormittag um 9 Uhr bewegte sich vom Roßmarkte aus ein langer Zug nach dem Friedhofe. Die im Kampfe gefallenen Militärs, sowie die gemordeten Abgeordneten Lichnowsky und Auerswald wurden zur letzten Ruhestätte begleitet. Den Zug eröffnete ein österreichischer General mit einem Adjutanten und zwei Dragonern. Darauf folgte eine Abtheilung würtembergischer Ulhlanen, dann bayerische Jäger, zwei preußische Geschütze, kurhessische und preußische Infanterie, preußische Musik. Unter Vorantritt der katholischen und protestantischen Geistlichkeit unserer Stadt folgten nun die Trauerwagen mit den Särgen. Der erste Wagen trug die Leiche des Abgeordneten v. Auerswald und die eines preußischen Ulhlanen. Die Särge des zweiten Wagens umschlossen den Körper des Fürsten Lichnowsky und den eines österreichischen Soldaten. Die beiden letzten Wagen trugen die Leichen je eines Offiziers und eines Soldaten. Den Leichenwagen unmittelbar schlossen sich an das Offizierskorps aller gegenwärtig hier liegenden Truppen, so wie auch unserer Bürgerwehr, der größte Theil der Nationalversammlung, die Behörden dieser Stadt, die Gesandtschaft des Reichsverwesers und Bürger aller Stände. Ein österreichisches Musikkorps, preußische und darmstädtische Infanterie, zwei österreichische Geschütze, österreichische Infanterie und würtembergische Ulhlanen schlossen den imposanten Zug.

Bayern. — Das Regierungsblatt Nr. 53 vom 23. Sept. bringt eine königl. allerhöchste Verordnung, die Vorbildung für den Staatsforstdienst betreffend. Wir werden dieselbe morgen vollständig nachtragen.

Würtemberg. — **Stuttgart**, 21. Sept. Se. M. der König ist heute aus Meran zurück in erwünschtem Wohlsein wieder hier eingetroffen. — Die Aufregung in unserer Stadt ist immer noch bedeutend; gestern Abend fanden mehre Versammlungen statt; heute haben sich viele Leute nach Kannstadt gewendet, wo eine Fahnenweihe statt hat. Daß 1. und 7. Banner unserer Bürgerwehr sind heute aufs Piket gestellt. Starke Einberufungen der Urlaubsten haben beim Militär statt gefunden. Wir hoffen, daß die Ruhe erhalten bleibt. Die Kammer der Abgeordneten hat gestern unter dem Vorsitze des Alterspräsidenten Rettenmaier ihre Arbeiten mit Vornahme der Wahl mehrer Kommissionen begonnen. In die Adreßkommission wurden gewählt: Mack, Murschel, Steaus, Schoder, Seeger, Rödinger, Kerscher, (Schw. M.)

In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 22. wurden als die drei Kandidaten für die Präsidentschaft gewählt die HH. Murschel, Rödinger und Seeger. Die Wahl zweifelten nach Schwäbs sind die HH. Becher, Ruoff, Trenter, Weiß, Bürgermeister Vogel, v. Baldinger, v. Adelmann. — Am 21. war das nach Schönsteig-Holstein ausgerückte Feldspital, so wie die Feldbäckerei in Stuttgart wieder eingetroffen. Von Ludwigsburg trafen Kanonen und Munitionswagen und Abends mit der Eisenbahn ein Bataillon Fußvolk ein. Am 22. früh war das zweite Bataillon Bürgerwehr, mit Gewehren versehen, vor dem Schützenhause aufgestellt, doch alsbald wieder zurückgegangen und entlassen worden. Nur eine Kompagnie blieb im Spitalhofe beisammen, abwechselnd mit den andern Kompagnien. Am Abend des 21. war die Stadt sehr bewegt, doch fiel keine Unordnung vor. Am 22. Vormittags herrschte vollkommene Ruhe. Der Schwäbische Merkur beklagt die sich mehrenden Volksversammlungen, bei denen selbst Strafurtheile von Einzelnen ungescheut vorgetragen wird," und wünscht daß sie unterbleiben und rubigern Besprechungen Platz machten; „denn — schließt das genannte Blatt — Uebertreibungen schaden der guten Sache und arbeiten der Reaktion in die Hände."

Baden. **Heidberg**, 19. Sept. In der letzten Nacht wurde die Ruhe unserer Stadt auf kurze Zeit gestört. Mit dem letzten Bahnzuge kehrten mehre junge Leute, welche an einer gestern in Mannheim abgehaltenen (wie sie es nannten) Volksversammlung Theil genommen hatten, zurück. Diese forderten, die Straßen durchziehend, auf, in Masse nach Frankfurt zu gehen und die mit dem Beschlusse des Parlaments Unzufriedenen zu unterstützen. Auch gelang es ihnen, die Thüre des Glockenthurmes mit der Feuerglockfälschlich zu erbrechen und Sturm zu läuten. Auch eine Trommel wußten sie sich zu verschaffen, mit der sie Lärm schlugen. Aber die Sache dauerte nur ganz kurze Zeit. Die Patrouille, welche von unserer wackeren Bürgerwehr versehen wird, entfernte augenblicklich Denjenigen, welcher in den Glockenthurm gedrungen war, und dem Trommeln machte der Zugführer durch das einfache Mittel, daß er die Trommelfelle durchstach, eben so schnell ein Ende. Dadurch war die Ruhe wiederhergestellt. Ein Theil der Frankfurtlustigen war auch an den Bahnhof gezogen und hatte dort das Verlangen ausgesprochen, in einem Extrazuge nach Frankfurt gebracht zu werden. Daß sie ihren Zweck nicht erreichten, versteht sich von selbst. Komisch klingt es aber, wenn wir erzählt wird, sie hatt von dem Vorstande der Main-Neckarbahn, v. Bieler, sie seien von ihnen eine Stunde und 10 fl. geprellt worden. Auf heute Nachmittag um 3 Uhr war durch Anschläge an den Straßenecken zu einem Zuge nach Frankfurt eingeladen, jedoch, so viel wir erfahren konnten, ohne den gewünschten Erfolg. (Fr. J.)

Am 19. berrschte zu Mannheim in Folge der Nachrichten aus Frankfurt noch Aufregung. Mit Mühe hatte man schon am Vormittag versammelt, und begehrte die unverzügliche Abgabe von Waffen von dem Gemeinderathe. Aber trotz des Bemühens der Bürgerhauptmänner hatte der Gemeinderath am 20. noch nicht darein gewilligt, und wird es wahrscheinlich auch nicht thun, weil die Bürgerwehr noch nicht wiederzuverlässig ist, und der bei weitem größere Theil der Bürgerschaft an dem Wunsche der Herausgabe von Waffen sich nicht betheiligt hat. Die Wühler hatten zwar am 19. gedroht, daß Zeughaus erstürmen zu wollen, um sich Waffen zu verschaffen; sie standen jedoch klüglich von dem Vorhaben ab in Folge der entschlossenen Haltung der Truppen, die ihnen nachdrücklichen Widerstand entgegen gesetzt haben würden. Die Ruhe war bis dahin nicht gestört worden.

Großh. Hessen. **Mainz**, 20. Sept. Gestern Abend kamen, unter starker militairischer Bedeckung, die Gefangenen des Frankfurter Aufstandes hier an und wurden auf die Citadelle gebracht. 500 Mann preußischer Schützen sind gestern mit dem Dampfboote hier eingetroffen; auch eine Schwadron preußischer Ulhlanen soll hier eintreffen. Seit gestern ist die Zapfensperrstunde von 9 auf 8 Uhr festgesetzt worden. (Fr. J.-B.-A.-Z.)

Preußen. — **Berlin**, 20. Sept. Der Staatsanzeiger bringt folgenden königlichen Erlaß: „Ich bin den Truppen, welche für die Sache des deutschen Vaterlandes in Schleswig-Holstein thätig gewesen sind, das Anerkennniß schuldig, daß sie durch Tapferkeit auf dem Schlachtfelde, gute Disziplin und sittliches Wohlverhalten dem ächten Geist preußischer Krieger bewährt und den Ruhm des Heeres gemehrt haben. — Ich trage Ihnen deßhalb auf, dem bewährten Führer derselben, allen Ober- und Unteroffizieren und Soldaten Meinen Dank und Meine Zufriedenheit auszusprechen und zugleich die in der Beilage enthaltenen Ordensverleihungen zu bekannt zu machen, welche Ich für besondere Auszeichnungen bestimmt habe. Sanssouci, den 19. September 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (gegengez.) Frhr. v. Schreckenstein. An den Kriegs-Minister, General-Lieutenant Freiherrn v. Schreckenstein.

Ferner enthält der Staatsanzeiger das Folgende: **Berlin**, 20. Sept. Heute Vormittag hatte die hiesige Garnison Parade vor dem kommandirenden General in den Marken, General der Kavallerie v. Wrangel. Die Infanterie war unter den Linden in der Mitte zwischen und vor Palais vor den Brandenburger Thore aufgestellt. Der General v. Wrangel kam um 11 Uhr von Charlottenburg, wo sich dessen Hauptquartier befindet, wurde von den Truppen mit dreimaligem Hurrah empfangen rit, die Front herauf und ließ dann in halben Zügen am Zeughause bei sich vorbeimarschiren. Eine große Zahl von Generalen, worunter auch der General von Colomb, und Stabsoffizieren war bei der Parade zugegen, die auch ein großes Publikum herbeigezogen hatte.

So eben geht uns nachstehende Bekanntmachung zu: Nachdem bereits seit einigen Tagen Reibungen zwischen Soldaten des Füsilierbataillons 24sten Infanterieregiments und Personen des Zivilstandes in der Nähe der Kaserne des genachten Bataillons stattgefunden, ist es gestern Abend gegen 9 Uhr zwischen denselben zu einer bedeutenden Schlägerei gekommen. Hierbei sind durch die Entgegenwirkungen der Bürgerwache des Füsilier-Bataillons verletzt worden, von denen sind wegen der erlittenen Verletzungen in das Lazareth haben gebracht werden müssen. Als die Füsiliere in Folge des an sie ergangenen Befehls sich nach der Kaserne zurückzogen, wurden dieselben mit Steinwürfen verfolgt. Hierdurch ist auch der Kommandant des Regiments, der zur Beruhigung der Mannschaft mit vielen anderen Offizieren herbeigeeilt war und sich am Kasernenthor aufstellte, am Kopfe schwer verletzt worden, was natürlich die Aufregung unter den Soldaten in einem hohen Grade steigern mußte. Mehrer Personen des Zivilstandes sind gleichfalls verwundet worden und namentlich hat ein, mit einem bunt-tatuirenen Schlafrock bekleideter, mit einem Gewehr bewaffneter Zivilist (nicht Bürgerrechtmann) eine schwere Verwundung am Kopfe erhalten. Zur Vermeidung übertriebener Gerüchte wird hiervon das Publikum mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß die gerichtliche Untersuchung verfügt ist und mit aller Strenge des Gesetzes gegen die Theilnehmer dieser Exzesse eingeschritten werden wird. Berlin, den 19. September 1848. Für den Gouverneur: von Thümen, General-Major und Kommandant.

Berlin, 20. Sept. Der General v. Wrangel wird als Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken, vorläufig nicht in Berlin, sondern im k. Schlosse in Charlottenburg seinen Sitz nehmen. (Spen. Z.)

(Wossische Zeitung). In den höheren Regionen scheint man den demokratischen Einwirkungen auf das Militär jetzt eine entschiedene Aufmerksamkeit zollen zu wollen. Die Ernennung des Generals Wrangel zum Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken wird darauf hin, so wie der Ernennung selbst, sehr bemerkenswerth. Jedenfalls ist mit der Ernennung Wrangels als eine sehr glückliche Maßregel zu begrüßen. Wrangel ist ein Mann von ehrenhafter kräftiger Gesinnung, als bewährter siegekrönter Krieger bei den Soldaten beliebt, ein braver Patriot des Landes, dem schon seine Vorfahren ruhmvoll dienten, dabei von freisinniger, unabhängiger Ueberzeugung. Wrangel wird vielleicht mehr als irgend ein anderer geeignet sein, allen trotzenden Kundgebungen der Zukunft einen friedlichen und gedeihlichen Ausgang zu verschaffen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß durch Privatmittheilung der nachfolgende Gouvernementsbefehl an die hiesigen Truppen vom 16. September 1848 zu, den wir seines bezeichnenden Inhalts wegen unverkürzt mittheilen: ;

„Nachdem bereits am verflossenen Montag in hiesiger kommandirten Generalschaft befohlen und festgestellt worden, die Soldaten der hiesigen Garnison auf alle Weise von ihrer Pflicht abwendig zu machen, ist kein Mittel unversucht geblieben, diesen Vorsatz zur Ausführung zu bringen. Unwahre Erzählungen und frevelhafte Entstellungen über so genannte Militärrevolutionen, teilgewisse Verpflegungen über beabsichtigte Verbesserung der Lage der Soldaten, vorgebliche Verbrüderung mit ihnen und verführerische Versprechungen jeder Art, alles ist an-

ermahnt, um den Soldaten ihre zu machen, um Zucht und Gehorsam und die Treue zu erschüttern; alles aber ist gescheitert an dem geraden, ehrenfesten Sinne, an dem Pflichtgefühl, welches den preußischen Soldaten überzeugt erfüllend beseelt blieben wird. Das preußische Heer und das gesammte Vaterland blickt auf das Benehmen der Garnison von Berlin und dieselbe gibt ein rühmliches Beispiel, wie der preußische Soldat auch mitten unter Verführung soll in seiner Pflicht, in seiner dem Könige und dem Vaterlande angelobten Treue bekannt und eiedet Widerstehen mit Verachtung zurückweist. Das Gouvernement spricht die vollständige Verpflichtung, diese exemplo Haltung der Truppen öffentlich und dankbar anzuerkennen; es legt die unerschütterliche Zuversicht, daß Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten sich auch ferner mit Liebe und Vertrauen die Hand reichen, und unter allen Umständen bewiesen werden, daß der Eingriff und das Gange des Verbrauens des Königs und des Vaterlandes würdig war."

Köln, 19. Sept. Die Kriegsminister hat unterm 13. d. folgendes Schreiben an den interimistischen kommandirenden General der Rheinprovinz erlassen: Ueberzeugt, daß Ew. Exzellenz mit mir über die Nothwendigkeit einverstanden sein werden, möglichst alles zu vermeiden, was dazu beitragt werden kann, die Truppen und ihre Befehlshaber, resp. die Militär-Behörden, zeitraubenden Belästigungen zu verurtheilen, muß ich mich veranlaßt die jetzt in den Verhältnissen eingetretene große Spannung besonders aufgefordert fühlen, Ihnen wiederholentlich auszusprechen, daß die Regierung Sr. Majestät des Königs keine reaktionären Tendenzen hegt, sondern mit redlichem Willen den betretenen konstitutionellen Weg zu verfolgen und die königlichen Verheißungen zu verwirklichen bestrebt ist. Daß sich dies überall in der Behandlung des Dienstes und der öffentlichen Angelegenheiten kund gebe, daß Niemand sich anmaße, auch nur den Schein einer gegebenen zur Verbürung von Mißgriffen richtig eingetretene große Spannung sind, hierauf ist mein besonderes Vertrauen zu Ew. Exzellenz gerichtet. — Heute rücken das Füsilier-Bataillon des 29., so wie das zweite Bataillon des 34. Infanterie-Regiments zur Verstärkung der Garnison hier ein, ferner das siebente Ulanen-Regiment an die Stelle des heute van hier verlegten achten Husarenregiments.

Koblenz, 20. Sept. Gestern Abend nach 10 Uhr wurde das auf Kriegsfuß stehende, 1000 Mann starke Bataillon des 27. Regiments auf drei Dampfschiffen nach Mainz eingeschifft. Das Bataillon ist nach Frankfurt bestimmt. Diesen Morgen um 3 Uhr verließ ein Bataillon des 25. Regiments die Stadt mit derselben Bestimmung; vor 8 Uhr trat ein Bataillon des 16. Regiments aus Trier-Saarlouis hier ein und bezog sogleich die Kaserne des 28. Regiments. (Köln. Z.)

Oesterreich. Wien, 20. Sept. Wie ich Ihnen bereits gestern mittheilte, ist die ungarische Deputation nicht in Masse vor den Reichstag gelassen worden. Eine Mehrheit von 78 Stimmen 186 gegen 108 hat sich dagegen erhoben. — Ein Fackelzug, welcher dauptsächlich vom demokratischen Verein ausging und bezahlt der ungarischen Deputation gebracht wurde, sei sehr klaglich aus. Dieselbe ist bereits in ihre Heimath zurückgekehrt und wird ihren Landsleuten in Pesth, welche in einer Art von wahnsinniger Aufregung sich befinden, die Botschaft ihres Abzugs mitbringen. Auch unsere Herren Radikalen knirschen vor Wuth über die Abweisung der ungarischen Deputation. Dieselbe ist beinahe von noch größerer Wichtigkeit, als das schwülstige Vorrücken des Banus, welcher schon gegen Stuhlweißenburg heranzieht! Nachrichten von Pesth zufolge soll der Palatin vom ungarischen Reichstage auch zu Friedensunterhandlungen ermächtigt sein. Auch die neue Ministerliste ist bereits hier bekannt: Gipp, Kemeny, Bay Szent-Kiralyi, Szedes, Görgei, Mednyanski.

Der „Allgemeinen österreichischen Zeitung" zufolge ist der Fürst Windischgrätz in Wien am 20. d. Mts. angekommen.

Die französischen Kriegsschiffe vor Triest werden der „Allgemeinen Zeitung" zufolge am 19. d. Mts. ihre Rückfahrt nach Taulon anzutreten.

Frankreich.

** Paris, 20. Sept. Das amtliche Ergebniß der Wahlen hier ist folgendes: Ludwig Bonaparte 107,763 Stimmen (derselbe soll auch in den Departements der Yonne, Mosel, des Nord, und der Oene gewählt sein), Achille Fould 77,553 St., Rapail (der noch wegen des 15. Mai zu Vincennes in Haft sitzt) 65,222 St., Cabet 63,236, Thare 63,137 (die drei letztgenannten waren die Kandidaten der Kommunisten und Sozialisten), Roger 61,218, Edmond Adam 53,189, Marschall Bugeaud 48,195, Dieteffer 45,000, Emil Girardin 27507 und Gervais (von Caen) 10991. Die Kommunisten haben also etwa 64000 Stimmen in Paris, die Gemäßigten 125000 abgegeben. Aber diese hatten ihre Stimmen zersplittert, und daher konnten jene ihre Kandidaten durchsetzen. Jetzt setzen die Gemäßigten den gemachten Fehler der Zersplitterung ihrer Kraft ein, aber es ist zu spät. — Wird wird die Regierung nun thun wegen Ludwig Napoleon und Rapail? — Die Nationalversammlung bewilligte gestern 1 Million zur Unterstützung der Armen in Paris, und 1 Million für die Armen in Frankreich; ferner einen Kredit van 50 Millionen zur Beförderung der Kolonisirung in Algerien; heute 14 Millionen für den Dienst der Marine und der Kolonien. Dann setzte sie heute die Berhandlung über Art. 8 der Verfassungsentwurfs fort. — Die Regierung hat der Regierung der Wallachei 5000 Gewehre bewilligt.

Vermischte Nachrichten.

= München, 23. Sept. Den Freunden der höhern dramatischen Muse wurde gestern eine recht angenehme Ueberraschung durch das zum erstenmale auf hiesiger Bühne gegebene historische Trauerspiel „Cinqmars" von A. Mayn zu Theil. Die glückliche Wahl des Stoffes (die Verschwörung des Emporkömmlings Cinqmars gegen Ludwigs XIII. allgewaltigen Minister Richelieu). Wahrheit und Schärfe der Charakterzeichnung, spannende Anlage der Handlung, wirkungsreiche Situationen und ein rasch fortschreitender lebendiger Dialog sind eben so viele Vorzüge dieses Erstlingswerkes des talentvollen jungen Verfassers, der aeeß den Trägern der Hauptrollen wiederholt hervorgerufen wurde.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 20. Sept. 5proz. Metall. 79¼, 4proz. 62, 3proz. 48, 2½proz. 41¼, 1834er 500 fl.-Loose 141. 1839er 250 fl.-Loose 89. Bankaktien 1090. Nordbahn 105. Glogagitz 95. Venedig-Mailand 72. Budweis —. Brünner 66. Pesth 64. Siena 54. Apenninenbahn 95¼.

Berlin, 20. Sept. Inländische Fonds. Pfandbriefe. Kommunalpapiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 74½. P., 73½. G. Berl. Präm. Sch. p. P. 87 G. K. u. N. Schuld-Sch. — P. — G. Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. p. 79½. G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. 95½. P. 95½. G., 3½proz. 78½. P. — G. Ostpr. Pfandbr. — P. 86 G. Pomm Pfandbr. — P. 89½. G. Kur- u. Nm. Pfandbr. — P. 89 G. Schlesische Pfandbr. — P. — G. Schlesische Lt. B. gar. — P. — G. Preuß. Bk.-Anth. Sch. 84½. P. 84½. G. Friedrichsd'or 13½ P. 13½. G. Andr. Goldm. à 5 Th. 12½. P. 12½. G. Disconto 3½. P. 4½. G.

Eisenbahnactien: Berl.-Anhalt. A. 85 G. Berl.-Hamburg 65 P. Berl.-Potsdam-Magdeb. 87½. P. 87 G. Berl.-Potsdam-Magdeb. 50 + 50½. P. Magdeb.-Halberstadt 101 P. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 51½. P. Köln-Minden 74½. G. Köln-Aachen 54 P. Bonn-Köln —. Düsseld.-Elberfeld —. Steele-Bohminkl —. Niederschles.-Märk. 68 bz. Niederschles.-Märk Zweigbahn —. Oberschles. Lit. A 88½. bz. Lit. B 88½. bz. Koisl-Oderberg —. Breslau-Freiburg —. Rhein.-Oberschles. —. Berg.-Märk. 38 P. Stargard-Posen 66½. P.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. A 83½. G. Starg.-Posen —. Berlin-Reiße —. Magd.-Wittenberg —. Aachen-Mastricht —. Thür.-Berlin-Bahn —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 83 G. Berlin-Hamburg. 89 P. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 77½. P. 78 P. 5proz. 86½. G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 82½. P. Köln-Minden 89 P. Rhein. v. Staat gar. — Rhein. 1. Prior. —. Rhein. Stamm-Prior. 68 P. Düsseldorf-Elberfeld —. Niederschles.-Märk. 4proz. 81½. P. 5proz. 94 P. Lit. Serie 88 P. Zweigbahn 4½proz. — 5proz. — Oberschles. —. Koisl-Oderberg — Steele-Bohminkl —. Breslau-Freiburg —.

London, 19. Sept. Kansols 86¼. G. Cons. —. Span. Akt. —. 3proz. 22½. P. 22½. G. 5proz. —. Passi. 3 P.. Portug. 5proz. —. 4proz. 22 P.. 5proz. —. Bras. 4proz. 70½. P. 2½proz. —.

Paris, 20. Sept. 3proz. 44.—. 5proz. 68.50. Staatsbl. 21½. Bankaktien 1635.—. Staatsobligationen 1130 —. Bier Kanäle 897.50. Compt. von Algier —. —. Belg. 5proz. pan 1840 78¼. von 1842 78½. Holl. —. —. 2½proz. —. —. 2½proz. —. —. Bank 640. Neap. 5proz. 79.—. Röm. 5proz. 62½. Span. 3proz. Aktiva —. Passiva —. Piem. —. Pass. —. St. Germain —. Versailles (rechte) 117.50. (linke) 100.—. Orleans 663.75. Rouen 428.75. Havre 193.—. Marseille 200.—. Basel 56.25. Bierzon 245.—. Bordeaux 377.50. Bordeaux 376.25. Montereau —. Dyon 362.50. Straßburg 345.—. Rennes 326.25. Dieppe —. Creaux —. Montpellier —. La Teste —.

Madrid, 15. Sept. 3proz. 19½. P. 19¼. G. 4proz. —. 5proz. 10½. P. 10¾. G. Pass. Schuld 3¼. G. Cons. 7 P. Auswärt. Pass. Schuld 3¼. G. Inländ. Schuld 5proz. —. Proviz. Lit. 3¼. G. Ci. Fernandobank —. Disconto —. Wechselkurse: Paris 5 P. London 48 G.

Münchener Schrannenanzeige vom 23. Sept. 1848.

Getreide-Gattung.	Voriger Mrk.	Zufuhr.	Ganzer Stand.	Verkauft.	Mrk.	Am Verglech gegen voriger Schranne	
						mehr	weniger
	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
Weizen	293	216	254	248	26 14	10 —	23 —
Korn	205	107	128	114	13 5	9 —	1 —
Gerste	488	369	718	395	23 0	7 37	— —
Haber	2	105	105	105	13 —	4 55	12 —
Kernsamen	8	314	322	296	24 14	1 —	31 —
Hepfelsamen	106	16	122	74	46 21	39 —	— —

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

München, 25. Sept.

Se. Maj. der König haben sich unterm 23. d. M. allergnädigst bewogen gefunden, den Krämersohn Wolfgang Leidl von Niederaitach auf sein allerunterthänigstes Gesuch für großjährig zu erklären, und den Protokollisten am Kreis- und Stadtgerichte Ansbach Karl Joseph Stillinger auf den Grund des § 22, lit. D. des Gesetzes IX. zur Verfassungsurkunde in den definitiven Ruhestand zu versetzen.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 22. Sept. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung, machte zuerst der Staatsminister Duckwitz zwei Mittheilungen, nämlich in Betreff eines Geldvorschusses für die Reichskasse und der einheitlichen Zoll- und Handelsverfassung Deutschlands. Die letztere wurde von der Versammlung sehr günstig aufgenommen; der Minister empfiehlt der Versammlung so schleunig als möglich die allgemeinen Grundsätze festzustellen, auf welchen das Gebäude der materiellen Einheit Deutschlands erbaut werden soll, und benutzt diese allgemeinen Grundsätze vorläufig zu. Ein Antrag Schaffrath's, „den Belagerungszustand von Frankfurt als unzulässig (d. h. dem Reichsverweser eine gesetzgebende Gewalt nicht zukomme) wieder aufzuheben," der als dringlich bezeichnet war, wurde nicht als solcher anerkannt, sondern zur Tagesordnung übergegangen. Auf denselben stand zunächst ein Antrag des Bureau's über die Ansichten zur Gesetzgebung und Verwaltung der Paulskirche, der ohne Diskussion angenommen wurde, und die Berathung der Grundrechte. Ueber Art. IV. überbaupt sprachen noch Reinhard, Hoffmann (von Ludwigsburg), Oftendorf, Löw (von Posen). — Nach Schluß der allgemeinen Debatte wurde § 17 ohne Diskussion angenommen: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Die Zusammenkünfte zu Gräfrath und Köthen von Oels wurden verworfen. Ueber § 18 wurde die Diskussion zu eröffnet und um 12½ — 2 Uhr fortgesetzt. Die Abstimmung war nicht sofort möglich, da die Zahl der Amendements bei diesem § sehr bedeutend ist. — Die nächste Sitzung wird morgen statt finden; die Gegenstände, die zur Berathung kommen, sind: a) die Diskussion über eine zu erlassende Ansprache an das deutsche Volk, die der vorgestern gewählte Ausschuß heute im Entwurfe vorlegen hat; b) die Berathung über den Gesetzentwurf, die Publikation der Reichsgesetze betreffend, und c) jene über das österreichische Geldausfuhrverbot. — Die Stadt ist übrigens ruhig; die aus Montag gefallenen Personen wurden heute in aller Stille beerdigt — v. Beckerath wohnte heute wieder der Sitzung der hiesigen Reichsversammlung bei.

Der Einfall Struves in Baden.

(Mahnruf an alle guten Bürger.)

[**] Der entscheidende Augenblick ist gekommen, die Zeit der Worte ist vorüber, jetzt gilt es durch Thaten zu zeigen, daß wir nicht gemeint sind, unsere kaum errungenen Freiheiten durch eine Rotte loser Demagogen aufs Neue zu Grabe tragen zu lassen. Noch triefen von dem Blute der zu Frankfurt meuchlings gemordeten Vertreter des deutschen Volkes, haben sie mit frevelnder Hand nun auch die Fahne des Aufruhrs in Baden aufs Neue erhoben und wollen durch Zuzüge aus dem Auslande verstärkt, den Bürgerkrieg in unsere deutsches Vaterland schleudern. Der Kampf der wahren Freiheit gegen Ungeistlichkeit und Knechtschaft, der Kampf der Civilisation gegen die Barbarei, des Eigenthums gegen Raub und Plünderung, mit einem Worte der Kampf der Gesellschaft gegen die Vandalenhorden, welche ihr Umsturz und Vernichtung geschworen haben, dieser Entscheidungskampf beginnt und muß nun ein für allemal zum Ende geführt werden. Mit halben Maßregeln ist jetzt nicht gerathen, das hat die Reichsgewalt zu Frankfurt, das hat die Reichsversammlung, das haben alle Regierungen begriffen, und treffen darnach ihre Maßregeln. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß alle guten Bürger überall mit dem Aufwande der äußersten Kraft und in ihrem eigenen höchsten Interesse thun zur Seite stehen, die treue Hand zur Aufrechtung dienen werden. Es gilt jetzt Alles einzusetzen, um Alles zu retten. Es gilt Ordnung, Gesetz und in Gefahr, Freiheit, Gesetz, Ordnung, als Grundpfeiler der Gesellschaft sind bedroht; mit Mord und Raub haben die neuen Vandalen ihr Zerstörungswerk begonnen; Leben und Eigenthum des friedlichen Bürgers sind bedroht, die Reste des schon so sehr erschütterten Wohlstandes sollen vollends zu Grabe getragen, alle sollen wir gleich elend gemacht werden. Das ist das verhängnißvolle Ziel, welchem uns die unverbesserlichen Volksaufwiegler, die Leute mit der rothen Fahne zuführen möchten. An den guten Bürgern ist es nun, mannhaft einzustehen, sich zu scharen um das Banner der guten Sache, der Sache der Freiheit, des Gesetzes und der Ordnung; ihr festes, entschlossenes Zusammenstehen wird um diese höchsten Güter der Menschheit einen unübersteiglichen Wall bilden, den keine Gewalt zu durchbrechen vermag, an dem die lecken Frevler die Köpfe zerschellen werden. Wir lassen nun die Thatsachen sprechen: Am 24. d. ist der bekannte Demagog und Spießgeselle Hecker's, der berüchtigte Gustav v. Struve, von der Schweiz aus, die bei dieser Gelegenheit wieder gezeigt hat, wie viel ihre freundnachbarlichen Zusicherungen völkerrechtlicher Loyalität werth sind, mit einer aus Deutschen, Polen, Franzosen und Italienern zusammengelesenen Bande bei Körrach in Baden eingebrochen und hat dort die Republik ausgerufen. Die Stärke der Bande wird verschieden auf 400—1000 Köpfe angegeben. Das Gros war, daß sie in Lovalsdörfe die Kasse plünderte; kaum wurde Körrach betreit, die Beamten ausgejagt und verhaftet, auch da die öffentlichen Kassen ausgeraubt, die friedlichen Einwohner betrübt, da Standrecht verkündet und jener Mann von 18—40 Jahren, der nicht dem Zuruf sich anschließt, mit dem Erschießen bedroht. Drohungsbrief scheinen die Bürger von Körrach Widerstand entgegengesetzt zu haben, aber durch die Uebergahl unmöglich gemacht worden zu sein. In derselben Nacht noch hielten die Aufrührer, welche mit Waffen wohl versehen sind, auch 2 Kanonen mit sich führen sollen, den von Basel kommenden Eilwagen an. Die badischen Soldaten zogen natürlich zur Verstärkung ihrer guten Landsleute bereit. Die Italiener bei der Bande sollen vorzugsweise der Bande des berüchtigten Garibaldi angehört haben, der durch seine Raubzüge und gewaltthätigen Erpressungen früher schon in Monteviso und neuerlich in den Grenzgebieten der Lombardei gegen die Schweiz und Piemont zu, der Schweden der friedlichen Bevölkerung geworden ist. Schon seit 8 Tagen hatten sich diese Banditen auf baselländischlichem Boden gesammelt, Kugeln gegossen, und Struve, der in einem Wehrprozeß auf den 18 Oktober nach Körrach vorgeladen war, hatte die höhnische Antwort gegeben, er werde wohl schon früher daselbst eintreffen. Und so ist er denn wirklich gekommen, und durch's Wiesenthal hinauf verkündeten die Sturmglocken und Signalfeuer, von den Miteinwohnstandenen im Lande auf den Höhen angezündet, sein Einrücken. Auch eine provisorische Regierung für Deutschland haben die Rotten wie es scheint bereits fertig, natürlich mit Struve an der Spitze; denn er hat in ihrem Namen den folgenden lächerlichen „Aufruf an das deutsche Volk" erlassen: „Der Kampf des Volkes mit seinen Unterdrückern hat begonnen. Selbst in den Straßen der Stadt Frankfurt a. M., am Sitze der obmächtigen Centralgewalt und der gesetzmäßigen konstituirenden Versammlung ist auf das Volk vom Kartätschen geschossen worden. Nur das Schwert kann das deutsche Volk und seinen Sieg die Reaktion in Frankfurt, so wie mit Deutschland auf dem sogen. gesetzlichen Wege furchtbarer ausgetragen und gehemmet werden, als dieses in den blutigsten Kriegen geschehen kann. Zu den Waffen deutsches Volk! Nur die Republik führt und zum Ziele, nach dem wir streben. Hoch lebe die deutsche Republik! Im Namen der provisorischen Regierung. Gustav Struve."

Dieses Machwerk eines verbrannten Gehirns scheint aber schon in der nächsten Nähe des von Struve für sein Auftreten gewählten Schauplatzes nicht den erwarteten Eindruck gemacht zu haben. Denn die Basler Zeitung vom 22. will wissen, daß bereits Schopfheim und Kandern sich gegen die Bewegung erklärt haben, und Lörrach selbst habe Struve nicht aufkommen lassen, Hecker (deffen angebliche Adresse nach Bonne und Einschiffung daselbst sonach als Lüge sich herausstellen würde) sei mit einem andern Haufen auch gleichfalls mit Gepäck versehen, zwischen Colmar und Straßburg über den Rhein gegangen. Hierüber läßt sich Gegnerische noch nicht sagen; doch erwähnen wieder die Freiburger Blätter vom 22. noch die Karlsruher vom 23. etwas bestimmter. Es ist gewiß, daß die Aufrührer am 24. früh 8 Uhr bereits den Eisenbahnhof in Schliengen, und um 10 Uhr jenen in Müllheim*) besetzt haben, so daß die Verbindung zwischen Freiburg und Schliengen unterbrochen ist. In Freiburg selbst nur 2 schwache Bataillone, 1 Schwadron Reiter und 2 Kanonen. Aber auf die erste Kunde von diesen Vorgängen, die durch einen besonderen Eisenbahnzug nach Karlsruhe befördert worden war, sind von dort noch 22. Abends 2 weitere Bataillone und eine Batterie Geschütze nach den bedrohten Punkten abgesendet worden. General Hoffmann wird den Oberbefehl über die Truppen führen

Die amtliche Nachricht von allen diesen Vorgängen ist bereits noch der württembergischen Regierung zugegangen, und dieselbe hat am 23. von Stuttgart aus die folgende, nun allen Ministern unterzeichnete Verkündigung erlassen:

„Es ist der württembergischen Regierung die Nachricht zugegangen, daß das neueste Frankfurter Attentat nicht vereinzelt sei, sondern mit verabredeten Schilderhebungen ähnlicher Art in Würtemberg, Baden, Hessen u. s. w. in Zusammenhang stehe. In Baden soll dieser Plan bereits vermeintlich worden sein. Struve ist mit einer Schaar deutscher und italienischer Flüchtlinge im Seekreise eingedrückt; er plündert Postwagen, öffentliche Kassen, und verkündigt an denjenigen Orten, durch welche er zieht, gegen solche, die sich ihm nicht anschließen, das Standrecht. Bereits hat die deutsche Zentralgewalt die nöthigen militärischen Maßregeln ergriffen, um es ist an die württembergische Regierung das Ansinnen gerichtet worden, sich ihnen anzuschließen. In Betracht nicht nur der Vorfälle in Frankfurt und Baden, sondern auch in Betracht der drohenden Zustände in Würtemberg, welche durch eine anarchische Partei herbeigeführt worden sind, hat die Staatsregierung den Beschluß gefaßt, ohne Verzug alle diejenigen Maßregeln zu treffen, welche zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, sowie zum Schutze der gesetzlichen Freiheit und des gesetzlichen Eigenthums nothwendig sind. Sie erwartet hiebei auf den Beistand aller wohlgesinnten Staatsbürger, auf welche sie hiemit auf, sich

*) Letzteres ist noch nicht bestätigt.

um sie zu schaaren und thatkräftig zu zeigen, daß das württembergische Volk nicht gemeint sei, die Errungenschaften der neueren Zeit durch Aufwiegler gefährden zu lassen. Möge das Unheil, welches ein **Bürgerkrieg, wenn er ausbricht, nothwendig in seinem Gefolge hat, auf diejenigen zurückfallen, welche ihn veranlaßt haben!** Die Regierung ist gerüstet! Den 23. Sept. 1848. Der Chef des Justizdepartements, Römer. Der Chef des Departments der auswärtigen Angelegenheiten, Roser. Der Chef des Departments des Innern, Duvernoy. Für den Chef des Kirchen- und Schulwesens, Schmidlin. Der Chef des Kriegsdepartements, Rüpplin. Der Chef des Finanzdepartements, Goppelt."

Ueber die Zustände in Würtemberg werden wir Aufschlüsseres morgen nachtragen. Für heute nur so viel, daß die guten Bürger dort endlich mit Ernste gegen die Volksaufreizer und Anarchisten aufzutreten beginnen, und daß die im vorstehenden Aufrufe ausgesprochene Erwartung der Regierung nicht getäuscht werden wird. Wir werden morgen einen „Aufruf" mittheilen, den der Ausschuß des vaterländischen Vereins in Stuttgart am 22. an alle seine Mitglieder erlassen hat, und worin das anarchische Treiben der Anarchisten in seiner ganzen Verruchtheit dargestellt und gebrandmarkt, und die Erwartung ausgesprochen wird, die Regierung „werde solchem landesverrätherischen Treiben mit aller Strenge der Gesetze entgegentreten." Am 23. Nachmittags 1½ Uhr war das 3. Banner der Stuttgarter Bürgerwehr durch Generalmarsch aufgeboten worden und hatte sich sogleich auf seinem Sammelplatze vereinigt. Der König, der König ging in bürgerlicher Kleidung über den Schloßplatz und wurde mit lebehoch von den Bürgern und der dort sich zusammelnden Volksmenge empfangen. Die von der Regierung angekündigten Maßregeln hatten bereits begonnen. Bei verschiedenen Personen wurden Haussuchungen vorgenommen (bei Kaufmann Mayer, Gustav Werner, Birch Tallinger, A. Simon u. s. w.) Die Stadt war in Aufregung, aber Vertrauen herrschte auf die Maßregeln der Regierung. Das Militär war nicht ausgerückt, doch stand ein Bataillon Infanterie in der Kaserne.

Auch die Centralgewalt zu Frankfurt hat sogleich kräftig Hand und Werk gelegt. Schon am 23. Abends zwischen 6 und 7 Uhr sind mehrere Bataillone Reichstruppen auf der Eisenbahn bei Karlsruhe vorübergekommen. Die Mannschaft sang und liefe die freudigste Stimmung an den Tag. In der Nacht vom 22. auf den 23. hatte man auch in der Gegend von Karlsruher an mehreren Orten die Eisenbahn durch Aufbrechung der Schienen unterbrochen, um die Truppentransporte zu verhindern; sie sind selbe wurde schnell wiederhergestellt und die Truppen gelangten an ihre Bestimmung. Weitere Reichstruppen wurden am 24. noch erwartet, um auch Offenburg, Appenweier und Achern zu besetzen. An die aus Schleswig zurückkehrenden badischen Bataillone ist Befehl ergangen, den Rückweg nicht wie früher zu Fuße, sondern per Eisenbahn zu machen, so daß auch sie in wenigen Tagen zur Stelle sein können. Von Lindau am Bodensee aus werden Waffen und Munition in die Seekreise und in den Aufständen in den Rücken fallen. Diese sind übrigens noch nicht über Schlingen hinausgekommen, und die ganze Bewegung scheint sich auf den kleinen Bezirk von Pfarrach zu beschränken, wohin der Einfall von Außen geschah. Am 23. Früh fuhr eine Lokomotive, um zu rekognosciren, die an das letzte Bahnwärtshaus vor Schlingen, und kehrte erst um, als einige hundert bewaffnete Insurgenten Anstalt machten, gegen sie heranzugehen. Man läßt vorläufig die Bahnlinie nicht nach Schlingen gehen.

In Freiburg fährt der entschlossene Generalmajor v. Gayling den Oberbefehl und hatte sogleich am 22. alle Anstalten zu schleunigster Gegenwehr getroffen. Von einer gleichzeitigen Schilderhebung im Seekreise hat man zur Zeit noch nichts gehört. Nur war am 22. zu Konstanz durch Maueranschlag zu einer „Volksversammlung von Oberschwaben in Meersburg, Sonntag den 24. Sept. Nachmittags 1 Uhr" eingeladen worden. Als „Zweck" wurde benannt: „Mißtrauensvotum an die Majorität der Nationalversammlung. — Beetrauensvotum an die Linke. — Aufforderung der Linken zur That." — Unterzeichnet war dieser Maueranschlag vom „Ausschuß der Volksvereine von Tettnang, Friedrichshafen, und Ravensburg." Also was die demokratischen Vereine in Frankfurt bereits begonnen haben — die That — soll nun auch in Oberschwaben und an den Gestaden des Bodensees in Anwendung kommen! Allein — sagen wir mit der Karlsruher Zeitung, der wir die vorstehenden Notizen großentheils entnehmen, — eine solche Aufforderung an das Volk zur That im Sinne der demokratischen Vereine gegen die Reichsversammlung halten wir für einen Hochverrath am gesammten deutschen Vaterlande, und zweifeln nicht, daß die württembergische Regierung Mittel finden werde, den Anstiftern desselben das Handwerk zu legen und sie über den dritten Punkt zur Verantwortung zu ziehen. Bayerische Truppen aller Waffengattungen sind von Lindau, Kempten und Augsburg in diesen Augenblick wohl schon auf dem Wege nach Würtemberg und Baden.

In Karlsruhe hat die Bürgerwehr seit dem 22. wieder den Wachtdienst angetreten. Die Hauptwache, die Schloßwache, fast sämmtliche Thore, die Zeughauswache stehen von Bürgerwehr besetzt, auch die Artillerie derselben war am 23. in Bereitschaft.

Das Recht auf die Arbeit vor der französischen Nationalversammlung.

(Fortsetzung.)

In der Gesellschaft muß jeder spekulieren mit seinen Kapitalien. Wo nehmt ihr aber in die Assoziation das Kapital her? Aus dem öffentlichen Schatze. Ich werde sogleich euch sagen, was der öffentliche Schatz ist. Wäre es der Schatz des Reichen, dann würde ich es noch begreifen; wären es alle Industrien, so würde es mir noch nicht hinauslaufen, es wäre schon so viel, als: Jedermann leihe Jedermann, um zu spekulieren; aber hier haben wir es mit einer einzigen Klasse zu thun, mit jener, die in den Städten sich angehäuft hat; mit jener, die leider unvollständig oft das Werkzeug der Faktionen wird; nur mit einer einzigen Klasse besaßt man sich; denn die Assoziation sagt dem Ackerbau nicht zu, so wenig, als allen denjenigen Arbeitern, die verheirathet sind, um vereinzelt in den Häusern zu arbeiten; sie sagt nur gewissen Arbeitern zu, die in den großen Städten hausen, in den Bergwerken, in den Spinnereien, in den großen Metallwerkstätten angehäuft sind; mit diesen beschäftigt ihr euch. So seht doch den Charakter aller Erfindungen; während Jeder mit seinem Kapital sprekulirt, wird also eine einzige Klasse, die vielleicht eine Million Individuen von 36 Begreift, mit dem Kapital aller Welt spekuliren, und was sie erwarten, ist der Ruin. Der Grund, warum man die Konkurrenz unterdrückt hat, ist folgender. Wenn die Konkurrenz da ist, die jeder bestehen muß, so wird die Assoziation die Preise machen: statt der freien Bestimmung des Preises, welche die Folge des freien Verkehrs ist und der wir alle gemachten Fortschritte verdanken, werdet ihr ein Monopol zu Gunsten einer einzigen Klasse haben, die nur eine Million von 36 umfaßt. Da habt ihr die Wahrheit über die Assoziation, sie ist ein falsches Prinzip. Mit einem Kapital, das dem öffentlichen Schatze entnommen und dem Monopole der Klasse eine Klasse zum Opfer bringt, die einen Baumwollenzeuge, die Eisenwaaren zu den Preisen geben, welche festgesetzen der Assoziation geeignet wäre. Die drei Hauptreinwürfe wird man nicht umfloßen: mit der Assoziation haben wir ein falsches Prinzip, ein Kapital, das dem öffentlichen Schatze entzogen, ein Monopol. Hr. Proudhon, der so viel Kraft, Esser und gesunden Menschenverstand gezeigt hat, als er die andern angriff (langes Gelächter), was hat er hervorgebracht, als er sinnreiche Erfindungen, um Geld zu machen? Wie würde durch das Monopol zur Theurung führen, wollte er die Wohlfeilheit schaffen. Die Absicht ist gut und er hat die Wohlfeilheit befreirt; durch welches Mittel? durch das Gesetz, indem er sagte: alle Werthe, alle Tagslöhne, alle Einkünfte, alle Erträgnisse werden um 25 Prozent vermindert, und wenn das Gesetz diese Verminderung von 25 Prozent an allen Werthen ausgesprochen haben wird, dann werden wir die Wohlfeilheit haben. Das ist eine Erfindung, das geistreichste, was ich je gehört habe. Aber ich kann doch, mir zu sagen, ob Jemand über ist, der daran glaubt? Wie, also die Werthe sollen durch das Gesetz gerecht werden! Das also sind die Erfindungen, die euch berühren, so verächtlich die alte Welt, die früheren Staatsmänner und mit so großer Wucht die gegenwärtige Gesellschaft, die alle Gesellschaft wie man zu sagen beliebt, zu behandeln! Also die Werthe sollen vom Gesetz abhängen! O wie groß ist doch der Geschmack von einer leichten Einbildungskraft! Das also sind die Erfinder, diese Leute, welche eine Gesellschaft umstürzen, ihre Kolegen verachten wollen, jene, die vielleicht seit vielen Jahren seitige Studien machten und einigen Verständniß der öffentlichen Interessen bewiesen haben! Man hat alles entdeckt, man hat alles geändert: man hat die Wohlfeilheit befreirt und entschieden, daß die Werthe durch das Gesetz geändert werden sollen. ... Da nannte man zu einer andern Zeit das Marimum, und es ist eine der schönsten Ideen der Revolutionsgeschichte. (Viele Stimmen, das ist die Wahrheit!) Aber noch nicht zufrieden damit, sagt man uns: wißt ihr, wo das Uebel ist? Das Uebel! Hr. Proudhon, der so streng ist für seine sozialistischen Kollegen, sagt ihnen: doch ich will die Worte nicht wiederholen; ihr würdet mich unterbrechen, und ihr hättet recht! (Schallendes Gelächter.) Er sagt ihnen „ihr seid Diebe"; manchmal auch bedient er sich der Worte: „ihr stellt mit Gelt ein; ihr habt nicht gesehen, wo das wahre Uebel liegt; das wahre Uebel liegt im Gelde; das ist der Satan, den man von seinem Throne herabstürzen muß; es hat einen Fehler, und dieser ist, daß es nicht heraus will." (Schallendes Gelächter.) Glaubt nicht, daß ich hier in Ernst es ernsten wichtigen Frage Ausdrücke oder Ideen den Männern in den Mund legen will, die ich bekämpfe; ich habe diese Worte wörtlich angeführt; es sind noch viel außerordentlichere vorgekommen, als diese ja man hat gesagt, das Geld habe den Fehler, nicht herauszuwollen. Absann macht man das Uebel wieder gut, denn in den neuen Schulen ist alles ganz leicht. Wenn man einmal die Werthe durch das Gesetz sest gesetzt hat, ist es ganz natürlich, das baare Geld auf dieselbe Weise zu ersetzen, und man ersetzt es in der That durch Papier, das eine Wechselkasse ausgibt. Nun trete ich hier bloß die einfache Frage an den Urheber dieser Entdeckung, nämlich diese: wie viel wiegt Papier Gut? Wißt ihr auch nicht heraus wollen, wie einer Geld? (Hört, hört!) Thut es da Gegenheit, so ist es nichts werth und dann will ich nichts davon wissen. (Neues Gelächter.) Wir kommen nun zum 4. Mittel. Ich glaube mich, daß es noch ein anderes gibt. Das ist das einfachste, praktischste und bekannteste von allen, das gebraucht, das angewendet in der Konstitution zu figurieren. Und es ist in der That so praktisch. Ich erkenne an, daß es ein ziemlich praktisch aussührbare ist; es ist von einer wunderbaren Einfachheit: es besteht darin, den nicht beschäftigten Arbeitern 40 Sous täglich zu geben. Das mag sein, die Finanzfrage werden wir später sehen. Ich glaube nicht, daß man selbst mit einer Gesellschaft, die sich dazu bergabe, den Kommunismus entgegnen kann. Ich glaube nicht, daß man selbst mit einer Gesellschaft, die sich dazu bergabe, die Assoziation organisiren kann; ich glaube, daß sie gleich von Anbeginn scheitern wird; ja sie ist schon gescheitert. Was das neue Geld betrifft, so fürchte ich dasselbe nicht, es

würde nicht einmal anfangen. Aus dem Staatsschatze die Mittel nehmen, um den Arbeitern täglich 40 Sous zu geben, das kann geschehen, das ist praktisch, darüber will ich ausführlich, aber so kurz als möglich sprechen. Ich bitte die Versammlung, ich bitte das Land und alle, die uns hören, und heutzutage ist es die ganze Menschheit, die uns hört, zu bemerken, daß alles, was man erfunden hat, um diese alten Grundsätze der alten Gesellschaft, der Gesellschaft aller Zeiten, aller Länder zu ersetzen, das Eigenthum, die Freiheit, die Konkurrenz oder den Wettreiser, daß all dies, was man gefunden hat, nichts anderes ist, als der Communismus, d. i. die Gesellschaft der Faullenzer und der Sklaven; die Assoziation, d. i. die Anarchie in der Industrie und das Monopol, die Unterstützung des baaren Geldes und endlich das Recht auf die Arbeit. Wenn man diesen Ideen den Werth hinzugefügt haben wird, den ich ihnen so eben genommen habe, und den man versuchen wird, ihnen wieder zu geben, den ich aber versuchen werde, ihnen abermals zu nehmen, wenn ich wieder auf diese Tribüne komme, wenn man also diesen Werth ihnen wieder gegeben haben wird, dann will ich mich bemühen vor dieser neuen politischen Oekonomie, dann will ich anerkennen, daß wir, wenn auch nicht schlechte, gleichgültige Bürger, doch blinde und unwissende gewesen sind. Bis dahin muß ich bei der Meinung stehen bleiben, daß wir Staatsmänner gewesen sind, die nicht immer glücklich waren, denen die Umstände nicht immer zu statten kamen durch die Resultate, die aber nicht so viel schlimmer gethan haben, als es euch beliebt jetzt zu sagen, wo ihr gesiegt habt; noch so wenig Gutes, als euch gefällt anzugeben. (Beifall.) (Forts. f.)

Deutschland.

Bayern. — *† München, 25. Septbr. Se. Maj. der König wird zu Ende dieser Woche von Hohenschwangau hier eintreffen, und dem Oktoberfeste beiwohnen.

Preußen. — Berlin, 21. Sept. Nach der gestern Vormittags vor dem General Wrangel abgehaltenen großen Parade richtete dieser auf dem Platze am Lustgarten folgende Anrede an die ihn umgebenden Offiziere, Bürgervorsteherdeputirte und Bürger: „Meine Herren! Es ist heute ein sehr glücklicher Tag meines Lebens! Ich bin schon vor drei Tagen so freundschaftlich von der hiesigen Bürgerschaft begrüßt worden, und in der Stadt war es wie ein Triumphzug. Ich weiß, das konnte ich nicht auf mich beziehen, sondern auf die Truppen, die ich die Ehre gehabt habe, in Schleswig zum Siege zu führen. Ich werde diese Truppen auch hierher führen, wann es die Zeit ist. Jetzt noch nicht, aber sie werden kommen. Meine Ehre ist es, dem Könige hat man den größten Beweis der Gnade und des Vertrauens gegeben, indem er mir das Kommando über die in den Marken stehenden Truppen übergab. Ich soll die Ordnung, wo sie gestört, das Gesetz, wo es übertreten wird, wieder herstellen. Aber nicht zuerst, sondern nur dann, wenn es der Bürgerwehr nicht gelingen sollte. Dann soll werden wir einschreiten, und es wird uns gelingen. Die Truppen sind gut, die Schwerter haarscharf geschliffen, die Kugeln im Gewehr. Aber nicht gegen Euch, Berliner, sondern zu Eurem Schutz, zum Schutz der Freiheit, die der König gegeben, und zur Aufrechthaltung des Gesetzes. (Allgemeiner jubelnder Zuruf.) Ueberall Euch das, Berliner? das freut mich. Für Euch und mit Euch werden wir marschiren und handeln. Keine Reaktion (Bravo!), aber Schutz der Ordnung, Schutz des Gesetzes, Schutz der Freiheit. (Bravo!) Wie traurig sehe ich Berlin wieder. In den Straßen wächst Gras, die Häuser sind verödet, die Läden sind voll Waare, aber ohne Käufer. Der fleißige Bürger ohne Arbeit, ohne Verdienst, der Handwerker verarmt. Das muß anders werden, und es wird anders werden, ich bringe Euch das Gute mit der Ordnung. Die Anarchie muß aufhören und sie wird aufhören. Ich versprech es Euch, und ein Wrangel hat noch nie sein Wort gebrochen. (Stürmischer Jubel.) Meine Herren! es macht mich sehr glücklich, die Truppen in diesem guten Zustande zu sehen. Sie werden sie darin erhalten. Verträglichkeit mit dem Bürger muß statt finden. (Bravo!) Sie sind mit Euch verwandt, sie haben denselben Zweck, Preußens Größe und Ruhm aufrecht zu erhalten, und Deutschland ein Einigkeit mit zu begründen. Sie sind Eure Brüder, (zu den Bürgern gewendet) und Sie werden nicht vergessen, daß in der Armee Ihre Brüder, Freunde, Ihre Väter sind. Meine Herren! Es thut mir nun leid, daß ich an dem heutigen glücklichen Tage die Truppen nicht Sr. Majestät vorführen konnte. Es erfennt die Bestimmung, die der Dienst ihnen anweist, und den Gehorsam haben eine Zeitlang bestimmt. Es macht mich sehr glücklich, dies Ihnen bekannt machen zu können. Es lebe Se. Maj. der König. (In welchen Ruf Alle jubelnd einstimmten.)“ Nach Beendigung dieser Rede wurde der General mit erneutem Freudenrufe entlassen und tritt nun, gefolgt von seinem Stabe den Linden zu. An der Königswache angekommen, wo die Bürgerwehr unter das Gewehr getreten war, hielt der General einen Augenblick still, dankte und wechselte mit dem wachthabenden Offizier freundliche Worte, und setzte dann, unter dem Hurrahruf des Volks seinen Ritt weiter fort. Der Polizeipräsident v. Bardeleben befand sich auch im Gefolge des Generals.

⊙ **Berlin**, 21. Sept. Die blutigen Ereignisse in Frankfurt haben hier ungeheure Sensation erregt. In der Nationalversammlung haben die Abgg. Wöhm und von Berg den Antrag gestellt, die Versammlung wolle ihren höchsten Unwillen über die Frankfurter Vorfälle zu erkennen geben, und die Regierung auffordern, die Centralgewalt in Herstellung der Ordnung kräftigst zu unterstützen. Der Antrag wurde von der Rechten und den Centren unterstützt, die Linke dagegen beantragte, darüber weg und zur Tagesordnung zu gehen. Das neue Ministerium Pfuel ist unseren Demagogen gewaltig unangenehm. Die Mitglieder des neuen Cabinets sind entschlossene und entschiedene Männer, welche dem unseligen Treiben in unserer Stadt mit Kraft entgegentreten werden. Auch die letzte Anrede Wrangels hat den „Motben“ dickluch mißfallen. Sie paßt durchaus nicht in ihren Kram, da sie ihre schönsten Hoffnungen durch den „reaktionären General“ bedroht sieht. Wir sind aber überzeugt, daß der General eben so kräftig zu handeln als zu sprechen versteht, und dem Umwesen, wenn es noth thut, mit einem Schlage ein Ende machen wird.

Berlin, 22. Sept. Der heutige Staatsanzeiger enthält in seinem amtlichen Theile folgenden königlichen Erlaß die Ernennung des neuen Ministeriums betreffend: „Ich habe den Ministerpräsidenten von Auerswald, so wie die Staatsminister Hansemann, Freiherrn v. Schreckstein, Milde, Märcker, Gierke und Kühlwetter, ihren Anträge gemäß, von ihren bisherigen Aemtern entbunden, und zugleich: 1) den General der Infanterie von Pfuel zum Ministerpräsidenten und Kriegsminister, 2) den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Eichmann zum Minister des Innern, und 3) den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, v. Bonin zum Finanzminister ernannt. 4) Die Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten habe Ich dem Wirklichen Geheimen Rath Grafen von Dönhoff, jedoch auf seinen Wunsch nur interimistisch übertragen. 5) Das Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten wird vorläufig von dem Minister des Innern, und 6) das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vorläufig von dem Finanzminister mit verwaltet werden. 7) Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Justizministeriums habe Ich, bis zur Wiederbesetzung dieses Ministeriums, den Unter-Staatssekretär Miller beauftragt. Mein gegenwärtiger Erlaß ist durch die Gesetzsammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Bellevue, den 21. Sept. 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (contras.) von Pfuel.

Oesterreich. — *Wien, 21. Sept. Die Ereignisse in Südosten bilden natürlichermeise das Tagesgespräch. Man hört die verschiedenartigsten Lächerlichsten Erzählungen; hauptsächlich sind es die Ungarn, welche alle Tag von einem neuen Siege, oder von Aufständen in Masse im Rücken der kroatischen Armee sprechen. Daran ist aber gewöhnlich kein wahres Wort. Im Gegentheil; der Muth ist gut gesunken, und wurde allenthalben freundlich aufgenommen. Er hat indeß den Ungarn Bedingungen gestellt, nach welchen er mit ihnen zu unterhandeln bereit ist. Sie lauten allerdings für die Magyaren nicht sehr günstig: Nationale und provinzielle Selbstständigkeit Kroatiens und Slavoniens; ein gemeinschaftliches Ministerium des Aeußeren, des Kriegs und der Finanzen für sämmtliche Theile der Monarchie, und Zurückgehen der collaterale Stellung der östlichen Komitate. — Die Anwesenheit des Fürsten Windischgrätz gefällt unseren Demokraten gar nicht. Der Aerger macht sich in Plakaten und Anschriften Luft. Da aber Fürst Windischgrätz als zweiter Kommandirender nach Italien bestimmt sein soll, so werden sich die Herren wieder beruhigen, da man ihnen von Seite der Regierung nachgesagen zu haben scheint, sollen man den Fürsten von Prag abberief. — So eben vernehme ich, daß die Illyrischerchen sich auf die Partei der Slaven geschlagen haben, und von Böhmen aus in Ungarn eingefallen sind. Dieselben sind ohne Aufenthalt durch Mähren marschirt und haben am 18. d. Mis. Miava in Ungarn besetzt. Sie wurden von den Landleuten gut aufgenommen, und sollen sich, wie man sind bereits in Ordnung gestellen. Sie stehen in Miava neue Behörden installirt, organisiren die vorige Nationalgarde und rücken vor, um bei Posaz über die Waag zu gehen.

Oesterreichische Monarchie.

Mailand. Der Reprefsalienbefehl gegen Teffin lautet, datirt 15 d. M.: „Der offenbar feindselige Geist, der von der Regierung des Kantons Tessin unaufhörlich an den Tag gelegt wird, hat den Feldmarschall Radetzky zu folgenden Maßregeln gezwungen: 1) Alle in der Lombardei sich aufhaltenden Tessiner erhalten den Befehl, bis zum 18. d. in ihr Vaterland zurückzukehren. In der Bekanntmachung wird den Betreffenden mitgetheilt werden, daß das feindselige Benehmen der Tessiner Regierung gegen die österreichische das einzige Motiv ihrer Entfernung sei. 2) Mit dem 18. d. hören alle postalischen und kommerziellen Verbindungen mit diesem Kanton auf. 3) Kein Paß der tessinischen Regierung nach der Lombardei wird als gültig angesehen werden, wenn er nicht mit dem Visum des österreichischen Gesandten in der Schweiz versehen ist.“ Indessen hofft man doch, daß die in Mailand sich aufhaltenden Tessiner, welche nicht in übelm Rufe stehen, bleiben dürfen. In Mailand ist alles darauf gefpannt, was die Tagsatzung thun werde. Hier sieht man obige Maßregel als Krieg, aber sehr begreiflich an, da die Flüchtlinge in Tessin die Lombardei immerfort beunruhigen.

Hauptquartier Letenye, 14. Sept. Das Centrum der Armee passirte heute Nachmittags die Mur und rückte nach 6 Uhr hier in Letenye ein, wo das Hauptquartier im Graf Szapary'schen Schlosse aufgeschlagen wurde. Obschon man aus Anbetracht des günstigen Terrains auf Widerstand zu stehen verhoffte, ergab sich jedoch nichts weniger als dies, und wie sich die Dinge gestalten, scheint wenig Aussicht auf einen Kampfist vorhanden zu sein. Das Volk sieht friedlich und voll Vertrauenszeug den imposanten Einmarsche der Truppen zu, ja hier in Letenye empfing und das Volk mit Ehren. Man kann sich aber auch kaum etwas Großartigeres vorstellen. Von Hodosan bis Letenye ist eine Distanz von 2 Stunden, und doch war-

ren die letzten Fourgons nach in Hodolan, während die Avantgarde schon in Letenye einrückte. Besonders prächtig ist das Korps der Szeygenen zu schauen. Diese kräftigen Männer, ihre malerische Tracht, die schöne Bewaffnung, besonders an Feuergewehren, von denen jeder drei bei sich führt, hier alles erweckt bei ihrem Anblicke ein unbeschreibliches Gefühl von Ehrfurcht und Scheu.

Aus dem Hauptquartier des Banus von Kroatien Letenye erfahren wir: General Graf Adam Teleky hat sich mit seinen Truppen den Befehlen des Banus unterge ordnet. Nirgends hat sich Widerstand gezeigt. Der von seinen Truppen so sehr verehrte Banus wurde bei seinem Einzuge in Letenye von der ganzen Bevölkerung mit Eljenrufen empfangen. Die 10,000 Nationalgarden, welche Widerstand leisten sollten, waren wegen Gott wo versteckt. Sie haben eine Brücke bei Serdahely zerstört, und der Banus ließ eine neue über die Mur schlagen. In Letenye befindet sich jetzt eine Division Schmidt mit 14,000 Mann, 14 Kanonen und 8 Haubitzenbatterien. Am 15. einigen sich 1 Division Kempen, 16,000 Mann, mit 12 Kanonen mit dem Banus. Die Division Hartlieb ist in Kanischa, übern mit 18,000 Mann und 16 Geschützen, nebst 8 Batterien Brandraketen, ohne Schwerfälligkeit eingezogen. — Die vereinigte Armee rückt über Kanischa nach Osten vor. — Einer Meldung des Ebeés des 1. Banalregiments zu Folge hat Murad Beg einen ungarischen Emissär, welcher Briefe hochgestellter Personen in Pesth bei sich hatte, an das Banal-Regiment ausgeliefert. Man wollte Murad Beg verleiten, in Kroatien einzufallen.

Warasdin, 12. Sept. Bei der kroatisch-slavonischen Armee befinden sich außer Sr. Exz. dem Banus Baron Jellachich die Herren Generale: FML. Hartlieb, die GM. Schmidt, Kempen, Roth, Dietrich, Kriegern, Theodorovic, Zeldberg und Neuländer; dann als Flügeladjutant Major Graf Hompesch. — Hohem Canalaufrage zufolge soll Medjumorje (Insel zwischen der Drave und Mur) dem Mutterlande Croatien auf ewige Zeiten reinsforviert worden sein.

Hermannstadt, 11. Sept. Auf eine Aufforderung des ungarischen Ministeriums des Innern vom 29. Aug., worin dem Bürgermeister von Hermannstadt unter strenger Verantwortlichkeit aufgetragen wird, binnen 48 Stunden eine Beschreibungskommission für diese Stadt und ihren Stuhl niedersetzen; durch dieselbe nach mitgetheilten Muster die Beschreibung aller aus der Mieroslaw vom 20.—22. Lebensjahre auszuhebenden Rekruten innerhalb 7 Tagen vollziehen zu lassen und dann das Verzeichniß in 24 Stunden zur fernern Verfügung einzusenden, stieß der Bürgermeister eine Rathssitzung, in welcher der Magistrat bei dem königl. Gubernium, als der einzigen für Siebenbürgen gesetzmäßig bestehenden Regierungsbehörde, gegen den angeführten Erlaß des ungarischen Ministeriums mit Hinweisung auf die von Siebenbürgen noch nicht anerkannte Union mit Ungarn protestirte. Der Magistrat erklärt in dieser Protestation diesen Erlaß des ungarischen Ministeriums für vorzeitig und unausführbar, indem der Gesetzentwurf, welcher die Stellung von Rekruten bedingt, vom Kaiser noch nicht sanktionirt, folglich für Niemand verbindlich ist. Schließlich wird eröffnet, daß, so lange die Bedingungen, welche Siebenbürgen für die Union gestellt, nicht erfüllt sind, die Union als nicht bestehend betrachtet und auch keine der daraus entspringenden Lasten übernommen werden würde. (W. Z.)

Italien.

△ **Neapel,** 14. Sept. Der neue Polizeipräsident hat einige Erlasse veröffentlicht, um die öffentliche Ruhe wieder herzustellen, zugleich aber auch erklärt, daß er mit aller Strenge alle Zusammenrottungen, in welchem Sinne dieselben auch geschehen, unterdrücken werde. Zugleich hat er die Abtheilerung aller Jagdgewehre und Stockdegen an die Polizeikommissariate aller Quartiere binnen 8 Tagen anbefohlen. Patrouillen zu Fuß und zu Pferd durchziehen fortwährend die Stadt nach allen Richtungen. — Nach dem Falle Messinas haben auch Melazzo, Catania und Lipari sich den kgl. Truppen unterworfen; die sizilianische Flotte ist ohne einen Schuß zu thun von den Neapolitanern weggenommen worden. General Filangieri hat diese Stadt seiner Truppen in Kalabrien gelassen, um dieselben nöthigenfalls gegen Palermo zu schicken, wo man allerdings auf einigen Widerstand zu stoßen glaubt, wenn sich jedoch die Stadt nicht eines Bessern besinnt. — Am 14. d. Mts. ist die Gräfin von Aquila k. Hoh. von einem Prinzen entbunden worden, der aber unmittelbar nach seiner Geburt gestorben ist. — Gestern ist auch die Königin Witwe um 11 Uhr Vormittags in Portici gestorben. Sie hatte schon sehr lange an einer unheilbaren Wassersucht gelitten. Der König und die Königin hatten sich nach Portici begeben und bis zum letzten Augenblick das Sterbebett ihrer Mutter nicht verlassen. Dieselben sind bereits zur Stadt hierher zurückgekehrt.

Türkei.

Der „Deutschen Zeitung" wird aus **Konstantinopel** vom 30. Aug. von einem feierlichen Tedeum berichtet, welches der österreichische Internuntius in der Kirche St. Maria für die Siege der österreichischen Armee in Italien abhalten ließ. Alle Oesterreicher und die Geschäftsträger von Preußen und der Hansestädte wohnten demselben bei. Nach Beendigung desselben hielt der Internuntius eine Anrede an die Versammelten, in welche er auf die Neugestaltung aller politischen Verhältnisse, die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsoberwesser u. s. w. als freudige Ereignisse für Oesterreich und Deutschland hinwies. Der Beifall, welchen diese Rede fand, war unbeschreiblich. Die Italiener hatten sich nicht sehen lassen, sie, die sonst sehr übermüthig sich gebehrten. Es wurde ihnen aber jede Gegendemonstration übel bekommen sein, denn eine Menge Dalmatier, Kroaten, Slavonier und Ungarn waren bereit, sie nachdrücklich zurückzuweisen.

Nachschrift.

* **Frankfurt,** 22. Septbr. Man beginnt jetzt auch außerhalb der Stadt Verhaftungen vorzunehmen. Es sind bereits einige Wagen voll Gefangener von Bockenheim hereingekommen. Auch die Mörder des Fürsten Lichnowsky und v. Auerswalds sollen bekannt und zum Theil schon in Haft sein. Man spricht davon, daß auch v. Radowitz, v. Schmerling, Hecscher und Jordan von Berlin dem Tode geweiht waren! — In der Sitzung vom 20. spielte Blum eine traurige Rolle! Die saubere Reichstagszeitung, welche einen Artikel enthielt, der die Majorität der Paulskirche als Vaterlandsverräther erklärte und entweder auf Blums Rede selbst gestossen, oder doch unter Letzterm Billigung geschrieben worden ist, erfuhr da ihre gerechte Würdigung, und Hr. Blum konnte sein Wort zu ihrer Vertheidigung sagen! Er soß dumm da, wie — doch unterlassen wir lieber den Vergleich! — Unter den Gefangenen befindet sich eine sehr große Anzahl Franzosen. Die auf dem Kirchhofe gehaltenen Reden werden gedruckt und unter das Volk vertheilt werden. Jordan aus Berlin suchte in seiner Rede hauptsächlich die maßlose Schändlichkeit der Presse hervorzuheben, deren bluterhitzende Sprache, und hauptsächlich die der Rheinische Zeitung gewesen, allein es möglich machte, daß eine so heilspielloses entmenschende Mordlust bei den niedern Volksklassen habe entstehen können!

⊙ **Frankfurt,** 23. Sept. Wegen Struves Einfall in Baden sind von hier einige Bauer Reichstruppen auf der Eisenbahn das Land aufwärts geführt worden, Preußen, Darmstädter und Oesterreicher. — Hätte die Regierung in Karlsruhe die vor 6 Wochen nach Baden geschickten Kuhreihen zurückbehalten, wie man es hier gewünscht hatte, so wären sie immerhin verrächtlichen Kosten des unaufhörlichen Hin- und Herziehens der Reichstruppen erspart worden. — Hier und in der Umgegend wird mit der Entwaffnung fortgefahren, auch die Verhaftungen geben unentwegt ihren Gang. Der Trotz der „Roten" scheint demungeachtet nichts weniger als gebrochen, und neue Auftritte werden mit der größten Bestimmtheit für die nächsten Tage angesagt; morgen wollen einige Abgeordnete der äußersten Linken dem Aufruhr sogar eine förmliche Ehrenfeier am Grabe ihrer gefallenen Gesinnungsgenossen veranstalten. — In der Paulskirche sind heute zwei nicht unwichtige Beschlüsse gefaßt worden: der eine davon fordert das Oesterreichische Kabinet wiederholt auf, das Gebaudsuhrverbot wieder aufzuheben, wobei Jordan aus Berlin sich wieder als einen tüchtigen Patrioten zeigte, welcher der totalen Ruin zu sich nicht das Wesen der Sache, den Einfluß Deutschland auf die untern Donauländer zu opfern gewillt ist. Der andere bestimmt die Art und Weise, wie die Reichsgesetze zu veröffentlichen seien. (Morgen das Gesetz selbst.) Ueber den Umwurf einer Anspräche an das deutsche Volk ist mit 197 gegen 173 Stimmen zur Tagesordnung geschritten worden. Es wird wohl gut sein keine Anspräche erlassen. — Neun Individuen, fast sämmtlich aus Bockenheim, werden als Theilnehmer an der Ermordung des Fürsten Lichnowsky und des Generals von Auerswald verhaftig steckbrieflich verfolgt. Der jüngste davon ist 18, der älteste 35 Jahre alt.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 23. Sept. Oesterr. Spreg Metall. 73½, 4proz. 61. 3proz. — 2½proz. 38½. Bankaktien 1200. P. 500 fl.-Loose 418½. 250 fl.-Loose 80½. Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87½ P. — G. Badische Loose 31½proz. 74½. — Bayer. 3 proz. 77. — Ludwigs-Berdach. 67½. — Württemberg. 3½proz. 76½. — 4½proz. 92½. — Bad. 3½proz. 74. Lotto-Anlehen à 50 fl. 45½. 35 fl.-Loose 23½. — Darmstadt. 3½proz. 75½. 4proz. 84. Lotto-Anlehen von 50 fl. 61½. 25 fl.-Loose 20½. — Kurhess. Friedr.-Wilh.-Nordb. 42½. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½proz. 80½. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3proz. 73. 3½proz. 90. 85½. Taunusbahn 276 Pfälzisch. Ludwigsb. 45½. — Span. 3proz. innere Schuld 19. — Port. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 67½. — Sard. 36 fr.-Loose 25½. Disc. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 77.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 4 fl.
Halbjährig 8 fl.
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Dienstag den 26. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 18.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, 26. September.

(Provinzen-Berordnungen.) Kathol. Pfarrei München-Münster, Lgs. Ingolstadt, dem Priester Joseph Meyer, Pfarrer zu Thurmannsberg, Lgs. Grafenau; protestant. Pfarrei Markt Teuthen, Dek. Wunsiedel, dem Pfarrer zu Langendorf, Dr. Bernack, Friedrich Wilhelm Stadelmann; protestant. Pfarrei Naila, Dek. Steben, dem II. Pfarrer zu Gefell, Dekan. Baireuth, Dr. Johann Georg Adam Hübsch; protestant. Pfarrei Rothdelsberg, Dek. Lauterecken, dem Pfarramtskandidaten Erhard Michael Sandler aus Eutzbach; protestant. Pfarrei Niedlbronn, Dek. Windsheim, dem Pfarrer zu Großkarolinenfeld, Dekan. München, Georg Hacker; IV. protestant. Pfarrstelle in Baireuth, Dek. gleichen Namens, dem Pfarrer zu Illenschwang, Dek. Dinkelsbühl, Johann Karl Hopf.

(Berichtigung.) In unserer vorgestrigen Nummer vom Sonntag unter den Landtagsbeschlüssen Zeile 3 von oben sollte es statt „den Regierungsassessor I. Klasse" heißen: den Regierungsassessor I. Klasse; und der letzte Satz muß heißen: endlich auf die bei der Regierung von Niederbayern, Kammer des Innern, eröffnete Stelle eines Regierungsassessors den Regierungsassessor II. Klasse bei der Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern, Joh. Heinr. Kaisenberg ꝛc. zu befördern geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

Folgendes ist das von der Reichsversammlung in ihrer Sitzung vom 23. Sept. angenommene „Gesetz, betreffend die Verkündigung der Reichsgesetze und der Verfügungen der provisorischen Zentralgewalt. Der Reichsverweser, in Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung vom 23. Sept. 1848 verkündet als Gesetz: §. 1. Die Verkündigung der Reichsgesetze geschieht durch den Reichsverweser. Er vollzieht dieselbe durch die Reichsminister. §. 2. Der betreffende Minister macht das Gesetz durch Abdruck in dem Reichsgesetzblatte bekannt, und theilt es zugleich den Einzelregierungen zum Zwecke der örtlichen Veröffentlichung mit. §. 3. Die verbindende Kraft eines Gesetzes beginnt — falls es nicht selbst einen anderen Zeitpunkt festsetzt — für ganz Deutschland mit dem zwanzigsten Tage nach dem Abschlusse desjenigen Tages, an welchem das betreffende Stück des Reichsgesetzblattes in Frankfurt ausgegeben wird. Der Tag der Ausgabe in Frankfurt wird auf dem Blatte angegeben. §. 4. Das Reichsgesetzblatt ist auch das amtliche Organ zur Veröffentlichung der Vollziehungsverordnungen der provisorischen Zentralgewalt."

Die „Deutsche Zeitung" will wissen, daß mit Ausnahme des Fürsten Leiningen und der HH. Hecker und Meyssen das ältere Ministerium wieder definitiv an die Spitze der Geschäfte getreten ist.

Der Einfall Struve's in Baden.

(Mahnruf an alle guten Bürger.)

** Wir fanden noch in einem Schreiben und Schlengen vom 22. Morgens 6 Uhr (in der Kaelsruher Zeitung) einige nähere Angaben über den Beginn des neuen Bürgerkriegs im badischen Oberlande. Am 21. war Jahrmarkt zu Hörrach gewesen, und schon Nachmittags hatte man verdächtige Reden vernommen. Abends aber zog von der ohne ihre Hauptleute versammelten Struve'schen Bürgerwehr gut empfangen (sie hat also nicht, wie es anfänglich hieß, Widerstand geleistet) Struve in Hörrach ein. In einer Anrede vom Rathhause versprach er nun das zweite Mal die rechte Freiheit Deutschlands, d. i. die „der rothen Republik", und forderte das Volk auf sich ihm mit außdauerndem Muth anzuschließen: an dem nemlichen Tage werde es in allen Gauen Deutschlands losgehen. Als Führer stelle er „Oberst Hörenfels" (wahrscheinlich der erste von der sogenannten provisorischen Regierung) an die Spitze der hiesigen Würde bekleidete Generals) vor und schloß mit einem Lebehoch auf Deutschland. Alsbald wurden die Beamten in ihren Häusern, der als kräftiger Kämpfer für geordnete Freiheit bekannte praktische Arzt Kaiser auf der Straße verhaftet (später soll er gegen Bürgschaft in sein Haus entlassen worden sein), die Kasse des Oberamtsempfängers geplündert, wahrscheinlich um sogleich die verkündete Heilighaltung des Eigenthums zu bewahrheiten, und auf Leopoldsböhe die Zollbeamten ebenfalls von einer Rotte Freischärler verhaftet, nicht minder zwei Einwägen angehalten und die Reisenden genöthigt sich anderswie fortzuhelfen. Nachts trommelte und stürmte es in den Oetschsten des Wiesenthales, und reitende Boten aus der Hörracher Bürgerwehr eilten in die Dörfer, mit „Befehl" (!) an die Bürgermeister, unverzüglich die Mannschaft vom 18. bis 40. Jahre ins Hauptquartier nach Hörrach zu senden. In einem Dorfe, wo der Berichterstatter der Karlsruher Zeitung sich befand, hielt man, nicht sehr für diese neue beispiellose Freiheitsgrausamkeit eingenommen, eine Bürgerversammlung, und beschloß jedenfalls noch zu warten, was andere Gemeinden thun würden. Morgens um 3 Uhr war noch kein Bürger außgezogen, in den benachbarten Orten Alles still; nur vom Wiesenthal her zogen Bewaffnete.

In Hörrach schreinen die Rothen mit musterhaftem Despotismus zu Werke gegangen zu sein. Man verhaftet und nimmt in Beschlag wie in der Türkei; die löbliche Republik greift zu wie ein Pascha. Auch der Anschluß an den Aufruhr wird keineswegs als ein freiwilliger behandelt, oder blos von den „Sympathien" der „Gleichgesinnten" erwartet, sondern man sagt ganz einfach und allerdings viel kürzer: wer nicht mitgeht, der wird niedergeschossen. Als Beleg der Freiheit, die man den Leuten läßt, mag folgende Bekanntmachung gelten, welche von Struve gedruckt außgegangen ist:

„Deutsche Republik! Wohlthate, Bildung, Freiheit für Alle! Hauptquartier Hörrach, den 21. September 1848. Dienstverweisung für sämmtliche Bürgermeister. Sämmtliche Bürgermeister werden hierdurch dafür verantwortlich gemacht, daß 1) so lange das republikanische Heer (!) sich in ihrem Bezirke befindet, den ganzen Tag über gestürmt, und des Nachts auf den benachbarten Bergen Feuer angezündet werden. 2) Sie haben darauf zu achten, daß keine der fürstlichen Partei angehörigen Personen sich auch ihrem resp. Bezirken entfernen, vielmehr sofort verhaftet, und daß alle denselben gehörigen Vermögensstücke mit sicherem Beleg verzeichnet. (Eine saubere Freiheit, die mit Konfiskation, Plünderung und Mord anfängt!) 3) Sie haben sofortige Stellung der waffenfähigen Mannschaft und den Abmarsch derselben nach dem Hauptorte des Bezirks zu bewirken und für die Herbeischaffung der Bedürfnisse der Mannschaft an Kleidung, Waffen, Munition und Nahrungsmitteln zu sorgen. 4) Sie haben Quartierbillete bereit zu halten, damit die republikanischen Truppen dieselben sogleich und gut einquartirt werden können. 5) Ueberhaupt sind dieselben für die sofortige und nachdrückliche Vollziehung der Bestimmungen des beifolgenden Erlasses der provisorischen Regierung vom gleichen Tage verantwortlich. Im Namen der provisorischen Regierung: G. Struve."

Bis jetzt haben nun weiteren Nachrichten von dem Schauplatze dieser Belagenswerthen Vorgänge entgegen. Die rasch von allen Seiten herbeigeeilten Truppen werden ohne Zweifel das frevelhafte Unternehmen rasch ersticken. Aber zu gleicher Zeit meldet uns unser Frankfurter ⊙-Berichterstatter, wie die Rothen trotz des ihnen erlittenen Schlages laut und unverholen von baldiger Wiederholung des zuerst mißglückten Versuchs beschäftigen. Wir hoffen aber, man wird ihnen die Lust dazu gründlich verleiden. In Frankfurt selbst ist übrigens der Sitz des Uebels nicht weniger als in der nächsten Umgebung. In den Städten Hanau, Offenbach, Mainz, Mannheim hat man seit Jahren die politischen Begriffe methodisch verwirrt, und namentlich wird die Jugend in den Turn-Vereinen unablässig bearbeitet und verführt. Wiederum gibt es in ganz Deutschland ganze Striche, wo die Achtung vor dem Gesetze schon seit längerer Zeit gänzlich verlernt ist, wie z. B. in Nassau und den kleinen sächsischen Herzogthümern. Da muß gehalten werden, von der Zentralgewalt den Regierungen, wo es nöthig, kräftige Unterstützung geleistet werden, wäre es auch durch militärische Besetzung. Die Zentralgewalt muß und kann unserer Ueberzeugung nach nur in diesem Zusammenwirken mit den einzelnen Regierungen ihren festen Rückhalt finden, wie diese andererseits sich ihr entschieden anschließen müssen. Nur bei solch einträchtigem Zusammenwirken ist der endliche Sieg über die Anarchisten gewiß. Ein Anfang dazu ist gemacht, schreite man auf dem eingeschlagenen Wege fort, und wir werden bald wieder Ordnung haben. Unsere Wühler sind nur so lange stark, als die guten Bürger sich sinnlosem, schwach oder gleichgiltig, die Regierungen in Folge davon sich unentschieden zeigen. Wenn diese den Rechtssinn der Bürger gewiß sind, so werden diejenigen, die nur auf Mord und Plünderung sinnen, bald wieder das nächtliche Dunkel der Verborgenheit aufsuchen, aus dem man sie nie hätte hervorkommen lassen sollen. Es bedarf zur Herstellung der Ordnung und der Achtung vor dem Gesetze nichts als kräftigen Einzelvereines, rücksichtslosen Vollzugs des Gesetzes, und daran hat es bisher nur zu sehr und an zu vielen Orten gefehlt.

Wir haben schon in einem früheren Artikel gesagt: jetzt muß die Syren vom Watzen gestechet werden. Ja! der Augenblick ist gekommen, wo es fast einem Verrath am Vaterlande, an der guten Sache gleich-

kommt, nicht Partei zu ergreifen. Jetzt gilt es für Jeden, unter ein bestimmtes Banner sich zu reihen, und wir kennen deren nur zwei: das eine ist das der konstitutionellen Monarchie, und dies ist das unsere; das andere ist das der Republik und zwar der rothen Republik, denn von einer andern kann, wie jetzt die Dinge stehen, nirgends mehr die Rede sein. Hier ist kein Mittelding mehr möglich: jene führt zur wahren gesetzlichen Freiheit und ist die Bürgschaft und der Hort der Ordnung; diese aber führt unvermeidlich zum gräßlichen Despotismus, zur Barbarei. Wer also will und den Vaterlande, ja mit sich selbst gut meint, kann da über die Wahl noch zweifelhaft sein?

Mit den Rothen ist eine Unterhandlung, ein Vergleich eben so unzulässig als mit dem Aufruhr. Und doch sehen wir noch immer auch in der Paulskirche so manche gewiß erblich es meinende Mitglieder, die noch immer, in heilloser Verblendung befangen, ein solches Unterhandeln für möglich halten! Die wissen den Republikaner den wir doch nicht anders diesem bald unter jenem trügerischen Deckmantel und Ausdrücklich überall die Gemüther zu berücken suchen, um das gute Volk zu blenden, daß es ihr Netz falle, ohne es zu merken. Sie sind es, welche fortwährend die Aufsehnung und die Unruhe in allen Theilen Deutschlands unterhalten, und es zum Genuß der wahren Freiheit, zum Wiederaufleben der Gewerbe und des Handels, dieser wahren Nothwendigkeiten des Volks ein Artikel vom Loch in der Karlsruher Zeitung ganz richtig sich ausdrückt), gar nicht kommen lassen. Diejenigen aber, welche der Republik das Wort reden, ohne sie sogleich erstürmen zu wollen, die fanatischen Feuer in die Jugend bringen, sind ihre Mitschuldigen. Sie werden dem verzweifelnden Bürger noch den Nothschrei an die Staatsgewalten abpressen: Schaffet öffentliche Ruhe und Sicherheit, sonst es, was es wolle! Es ist nicht mehr weit dahin, daß man den Zustand der Türkei ernstlicher Weise als Muster und in dem gepriesenen Deutschland. Es ist hohe Zeit, daß den Aufrührern und allen Hegern und Beförderern des Aufruhrs, allen Wühlern unter dem Volk das Handwerk gelegt, gegen die aufrührerische Gewalt die gesetzliche Gewalt in vollem Maaß in Anwendung gebracht werde, daß die Aufrührer, Aufwiegler und Wühler keine Schonung mehr finden, in sicher Handhabung von Gesetz und Ordnung der wohlmeinende Bürger geschützt, das Vertrauen in die Regierung gestärkt werde, damit nicht der Tag und Nacht sorgende und der anarchischen Rotte eine Masse Verzweifelnder als Verstärkung zugeführt werde, und so am Ende alle Freiheit, mit Allem, was das Leben erhebt und veredelt, in der Anarchie untergehe.

Wir haben gestern schon auf die württembergischen Zustände hingewiesen, und verbreiten uns heute unserer Zusage gemäß etwas Ausführlicher darüber. In Württemberg haben die Wühler und Anarchisten in der jüngsten Zeit für Spiel mit einer alles Maß überschreitenden Keckheit betrieben, und eine noch unerhörtere Frechheit gezeigt, als selbst in Baden. In den Köpfen und in den Zeitungen wie auf den Plätzen und Straßen erblicken wir seit einiger Zeit in Württemberg überall eine trostlose Verwirrung. Die demokratische Partei an deren Spitze zum Theil sogar Männer stehen, welche den Eid auf die Konstitution geschworen haben, Staatsdiener, die unmittelbaren Augen der obersten Behörden hat, hat eine unumschränkte, weitgreifende, unheilvolle Thätigkeit entwickelt, deren Früchte jetzt zur Reife gedeihen! Es wird sich hier von selbst die Frage auf, wie es so weit kommen konnte! Allein bei näherer Betrachtung der Zustände in den letzten Monaten beantwortet sich die Frage von selbst. Es ist die unerklärliche Unthätigkeit der Behörden, welche nicht den Muth zu besitzen scheinen, den Gesetzen selbst bei den gröbsten Verletzungen Achtung zu verschaffen. Die Presse übertritt ungestraft und ungehört jedes Maaß und in den Klubs und Volksversammlungen, welche man bereits gegen das Gesetz bewaffnet zu besuchen anfängt, werden dem Gesetz und der Verfassung zum Hohne Umsturz und Aufruhr gepredigt! So sprach in der Volksversammlung zu Kannstadt am 21. September Alexander Simon: „Der Waffenstillstand ist ein Produkt der Metternich-Guizot'schen Diplomatie. Sollen wir dazu stillschweigen oder lobsichsagen?“ „Lobsichsagen“ brüllte das Volk. Ein Dr. Fetz: „Noch die 19 Männer, die für den Austritt der Linken stimmten, stammt denen die in den Straßen Frankfurts den Hebentod für die Freiheit starben!“ Geiger: „Es bleibt uns nichts übrig, als eine Völkerwanderung nach Frankfurt, um unserem Worten Geltung zu verschaffen!“ Solche Reden hält man ungestraft in einem konstitutionell-monarchischen Staate, wo selbst man der Reichsversammlung, dem Zentralgewalt den Angehör! Nicht genug, auch in Stuttgart selbst, noch mehr, auf dem Schloßplatze wollte man am 24. eine ähnliche Versammlung mit ähnlichen Reden abhalten, die aber nun bei der neuen kräftigern Haltung welche die Regierung nun annehmen zu wollen scheint, wohl unterblieben sein dürfte. Wie gesagt, zu dieser Zustande war es gekommen durch die unbegreifliche Unthätigkeit der Behörden, welche bisher ihre Pflicht in dieser Richtung nicht erfüllt haben. Nun haben die entsetzlichen Ruchlosigkeiten in Frankfurt endlich den Bessergesinnten und den Schwankenden die Augen geöffnet, sie sehen mit Schaudern den Abgrund vor ihren Füßen, sie sehen den Vernichtungskampf der Rothen gegen alles und jedes Recht, gegen Hab und Gut, Ehre und Sitte herannahen und verlangen einmüthig ein kräftiges Einschreiten gegen die Wühlerien und offenen Aufruhrbestrebungen der Umsturzpartei. Sie fühlen alle, daß es sich um ein „Entweder oder!“ handelt! — Entweder, oder! Im Heilbronn werden die rothen Fahnen, in Heilbronn fertigen „patriotisch gesinnte“ Jungfrauen scharfe Patronen, und Heilbronn, Hall und Oehringen haben durch Deputirte erklärt, „selbst handeln“, ihre Söhne vom Militär zurückziehen uns sie in die Bürgerwehr einreihen zu wollen! Und zu derselben Zeit

bricht der Räuberhauptmann Struve mit einer gierigen Bande deutscher und wälscher Plünderer in Baden ein, und verkündet in Lörrach laut, daß an demselben Tage in ganz Deutschland die demokratische Partei aufstehen werde! Braucht es noch mehr, um zu zeigen, auf welchem Boden wir in Deutschland stehen?

Folgendes ist der schon gestern erwähnte Aufruf des vaterländischen Vereins zu Stuttgart: „Die schändlichen Frevel, welche vor einigen Tagen den Sitz der Reichsversammlung mit Blut befleckten, erfüllen nicht nur mit Entrüstung und Abscheu, sie führen auch zur ernsten Frage: wer dies Alles veranlaßt? welches der Zweck dieses verruchten Attentats? und was jetzt zu thun sei? Wie derjenige den Brand verschuldet, der die brennende Fackel in den leicht entzündlichen Stoff geschleudert hat, so lastet der Fluch dieser blutigen That auf denen, welche das Volk verjammelt, aufgeregt und in ihm verderbenbringen Empfindungen gegen die Gesetzlichkeit und gegen die Volksvertretung hervorgerufen haben. Und was wollten sie? Ist dieß — wie sie der außerordentlichen Menge vorgespiegelt — der Weg zur deutschen Einigkeit und Kraft? zur bürgerlichen Freiheit? wird so die deutsche Ehre gewahrt oder hergestellt? Von allem dem — und jene Volksverführer wissen es selbst — das Gegentheil. Nur für sie — so wähnen sie — soll dies der Weg zu Macht und Ehre sein, wenn auch auf Kosten des getäuschten Volks. Wie aber Besonnene sich benehmen, die Ersten zu scheinen bei der Erhebung des selbstgeschaffenen Feuerstroms, so sehen wir auch sie in dem von ihnen selbst angefachten Aufruhr vermischt und einschreiten, damit sie als die Besonnensten erscheinen möchten bei der von ihnen verführten Menge, und als die Einflußreichsten in den Augen derer, gegen die sie aufgehetzt. — Ein ähnliches Treiben sehen wir in unserer Nähe: wir sehen, wie das auf Verbesserungen harrende Volk jetzt getäuscht und Unzufriedenheit gegen die Neichsgewalt und gegen unsere mit Ernst und Eifer zu Abhilfe thätige Regierung aufgeregt, wie dieses Volk über sein wahres Interesse getäuscht und endlich zur Gewaltthat verleitet werden will. Darum ist es an der Zeit, öffentlich auszusprechen: daß wir in jedem Versuche den Beschlüssen der Mehrheit der Reichsversammlung sich zu widersetzen, einen Verrath am deutschen Vaterlande erblicken; es ist Zeit, daß wir alle Recht und Ordnung liebenden Mitbürger warnen vor jenen Volksverführern, daß wir sie bezeichnen, nicht zu wanken in ihrem Vertrauen zu unserer Regierung, dessen sie sich in allen ihren Handlungen werth gezeigt hat, und daß wir gegen dieselbe die Erwartung aussprechen, sie werde solchem landesverrätherischen Treiben mit aller Strenge der Gesetze entgegentreten. Den 22. September 1848.“ Der Ausschuß des vaterländischen Vereins. Bodhammer, für den Vorstand. Leuffel, Schriftführer.“

Der vaterländische Verein zu Stuttgart erkennt richtig das Uebel und begreift vollkommen die Aufgabe, die unter den gegenwärtigen Umständen alle guten Bürger sich stellen müssen. Wir wünschen, daß sein Beispiel überall Nachahmung finden möge, namentlich auch von Seite der konstitutionellen Vereine unseres eigenen bayerischen Vaterlandes. Was in dem Aufrufe des Stuttgarter Vereines in Betreff der dortigen Zustände gesagt ist, läßt sich auch auf Bayern anwenden, wenn auch unsere Zustände — Gott sei Dank! — noch nicht so gefährlich und bedrohl sind. Wir glauben hier auch einen Artikel aus Oberfranken in der „Allgemeinen Zeitung“ anführen zu müssen, der zu der eben berührten Frage in der innigsten Beziehung steht. Es ist darin von der Bildung eines konstitutionell-monarchischen Gesammtvereines für die drei Franken die Rede. Dann heißt es weiter: „Schreiten ist es ein höchst erfreulicher Fortschritt, daß in den einzelnen bezirtigen Vereine sich, wie es seit mehreren Wochen schon im Plane war, zusammenthun zum einen deutschen Gesammtvereein anbahnen. Wie die Sachen gegenwärtig stehen, ist es aber ganz unumgänglich und dringend nothwendig, daß diese Vereine sich in einer Weise organisiren, daß sie jeden Augenblick zum Handeln gerüstet sind. Allerdings handeln sie bereits, indem sie die Gleichgesinnten vereinigen, die Irrenden belehren, durch Beispiel gegenüber den Gegnern auftreten. Was bis diesen Tagen in Frankfurt geschehen ist, weist auf die Nothwendigkeit hin auch auf einen äußern Kampf mit den Revolutionären gefaßt zu sein. Auch in dieser Hinsicht, und besonders in dieser Hinsicht, müssen die konstitutionell-monarchischen Vereine ihre Kräfte kennen lernen, sie müssen genau wissen auf wie viele waffenfähige Jünglinge und Männer sie sich eigentlich verlassen können, zu zählen haben, es müssen Einrichtungen getroffen werden, welche sofort bei jedem Tage der Gefahr die Mittel der Abwehr sicher auf den Platz bringen. Hier müssen Regierungsbehörden und Vereine treulich und vertrauensvoll Hand in Hand gehen. Gott sei Dank, daß die Zentralbehörde mit Entschiedenheit gehandelt, und, wir hoffen es, durch diese Entschiedenheit das Vaterland gerettet. Daß diese Rettung vollständig, sicher und nachhaltig sei, das ist bei den konstitutionellmonarchischen Vereinen in die Hände gegeben. Organisirt euch, meine edlen Kräfte, macht sie für jeden Augenblick verfügbar, damit es gilt vorwärtszudenken Kampf gegen eine verpweifelte, fanatisch erregte und, wie der Kampf in Frankfurt zeigt, mit kecker Todesverachtung fechtende Partei. Und was du thun willst, thue bald!“

Aber noch einen Punkt müssen wir berühren, der von wahrhaft fatalster Wichtigkeit ist. Wir meinen das Verhalten der Presse und zumal der kleinen Presse in der gegenwärtigen Krise. Dieses Verhalten ist zum Theil wenigstens ein wahrhafte empörendes. Selbst in unserer Mitte sehen wir seit mehreren Tagen schon eines dieser Blätter, welches allerdings dem Demagogenthume reinsten Wasserd huldigt, ganz ungescheut gegen die Mehrheit der Reichsversammlung tagtäglich Bezeichnungen wie „Ehrlose“, „Vaterlandsverräther“ u. dgl. gebrauchen, zum allgemeinen

Aufstande von ganz Deutschland, zur Sprengung der Reichsversammlung auffordern, selbst Unerweisung darin geben, wie man am sichersten zur Durchführung der aufrührerischen Plane gelangen könne. Wie ein anderes über die Vorgänge in Frankfurt sich aussprach und fortwährend im Sinne der rothen Republik die Gemüther der Massen zu bearbeiten sucht, haben wir schon vor einigen Tagen erwähnt. Noch andere können wir anführen, wie sie seit länger schon systematisch aufreizen, ob es ob meder fruchtete Gegner mehr oder weniger zugeklopfte Frechheit, Gerichte, diesen Gesetzen Kraft und Achtung zu verschaffen. Ueber diesen Punkt, der mehr oder minder in allen deutschen Staaten ein wahrer Krebsschaden ist, spricht sich ein Artikel aus Darmstadt vom 20. September in der „Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung" in folgender beherzigenswerther Weise aus:

„Wenn in irgend einem Zeitpunkte die Aufforderung nahe liegt, der kleinen Hoffe, der Unzahl von Lokalblättern, die Aufmerksamkeit zuzuwenden, so ist es gewiß in dem gegenwärtigen Momente der Fall. Die Erzeugnisse der Lokalpresse sind es, aus denen die große Masse ihre politische Nahrung zieht, die kleinen Blätter sind es, die das Volk belehren, aufklären, für Einheit und Freiheit begeistern, — die es sanatisiren, die es zu Mord und Bestialität erhitzen können. Wir wollen nicht denunziren und fern liegt und der Gedanke irgend einer Beschränkung der Presse. Die Frage aber möchten wir aufwerfen, wer strafbar ist, derjenige, der zum Verbrechen aufschreit, der zur Barbarei hintreibt, der an die Leider in einem großen Theile unseres Volkes noch vorhandene Rohheit appellirt, oder die unglücklichen zerlumpten Arbeiter, aus denen man, je nachdem man sie leitet, Helden und Bestien machen kann?! Ist man, fragen wir weiter, ein Feind der Preßfreiheit, wenn man fordert, daß das Strafgesetz, wenn es durch die Presse begangen wird, kein Privileg der Straflosigkeit haben, daß die Presse nicht das Asyl der Gesetzesverhöhnung bilden soll?! Muß nicht vielmehr das Volk ihre werden in seinen Begriffen von Recht und Herrschaft des Gesetzes, wenn es sieht, wie die Schwäche der Staatsgewalt wenn columbas, veniam dat corvis?! Unser Großherzogthum weist eine beträchtliche Zahl politischen Blättern auf. Während nun manche, wie z. B. die hiesige „Neue deutsche Zeitung", die neuesten Ereignisse von einem würdigen Standpunkte aus betrachten, überfleigt der Sanskulottenton anderer Blätter alle Begriffe. Die viel verbreitete Wormser „Neue Zeit", dasselbe Blatt, welches verstehrt, Gagern sei mit russischem Gold erkauft, berichtet den Mord von Lichnowsky und Auerswald in der Weise, daß Lichnowsky sei „angeschossen". In der selben Nummer sucht dies Blatt auf die empörendste Weise den Haß des Pöbels gegen Gagern aufzustacheln und macht ihm den Vorwurf, daß er nicht den Muth gehabt, „dem Volk entgegenzutreten"! Nicht wahr, es ist zu bedauern, daß nur Lichnowsky und Auerswald und nicht auch Gagern, den die Sanskulottenpresse als einen „Verräther" seit Monaten signalisirt, in die Hände des „Volkes" gerathen, — Freilich, wie viele Verbrechen begeht man in deinem Namen," rief Johanna Roland, als sie das Schaffot bestieg, — „Volk, wie mißbraucht man deinen Namen," kann man jetzt rufen, wenn man hört und liest, wozu das Volk seinen Namen jetzt hergeben muß? Wenn übrigens in neuerer Zeit namentlich in den kleinern Skandalblättern Alles aufgeboten wird, um Gegner verächtlich zu machen, so sei es und ergänzt, diese Erscheinung mit den Worten des Dichters zu erklären, die wir Gagern zurufen:

„Du bist wie jede mächtige Natur
Den großen Dund des Pöbels gegen Dich!"

Nachschrift. Auch ein Brief aus Basel vom 22. (in der Allg. Z.) bestätigt die geringe Theilnahme, die Struve für sein abenteuerliches Unternehmen findet. Schopfheim und Zell sollen sich bestimmt geweigert haben, mitzumachen und nach Kandern habe man sogar Exekution verlegen müssen. Auf Sonntag den 24. war der Hauptschlag gegen Freiburg beabsichtigt, von dort wollte man dann nach Karlsruhe und Frankfurt ziehen. Die Reichstruppen werden den Aufrührern zuvorgekommen sein. Dann sagt das Blatt weiter:

„Hier in Basel wird wie im Frühjahr viele Munition nebst Waffen aller Art aufgekauft; auch haben sich aus dem benachbarten Badischen viele Personen hieher geflüchtet. Die Flüchtlinge, die sich in der Schweiz bekannten, sind theils über hier, theils über Rheinfelden zu den Aufständischen gestoßen. Viele sollen es nur gezwungen gethan haben, und weil sie sich durch die erhaltenen Unterstützungen verpflichtet glaubten. Mäßling aus Württemberg befindet sich noch hier. Von Heeker weiß man nichts gewisses: man sagt, er sei in Mannheim. Seine Abschiedsbriefe hält man nur für pro forma gemacht, und glaubt, daß er auf der Bewegung nicht fremd sei, und im passenden Augenblick auftreten werde."

Deutschland.

Bayern. In Regensburg hat der Ausschuß des Volksvereins an die Mitglieder dieses Vereins und die Bewohner von Regensburg und Stadtamhof einen Aufruf zu einer Volksversammlung erlassen, um in Uebereinstimmung mit allen Bewohnern eine Adresse an die deutsche Reichsversammlung ergehen zu lassen, auf daß der Sitz der Reichsversammlung von Frankfurt nach Regensburg verlegt werde, da die Unabhängigkeit der Berathung der Abgeordneten des deutschen Volks in Frankfurt kaum länger möglich sei.

+ München, 25. Sept. Es dürfte nicht uninteressant für Ihre Leser sein, daß nach Briefen aus Athen der Apotheker und Professor der Chemie Landerer, ein geborner Münchener, welcher nach dem jüngsten Ausbruche der Cholera auf der Insel Skiathos eine Reise dahin und nach Smyrna machte, ein spezifisches Heilmittel mitgebracht hat, dessen sich daselbst die Juden in Choleraspitälen mit dem besten Erfolge bedienen. Dieses Heilmittel soll in einem 430 Jahre alten hebräischen Manuskript gefunden und unter der Juden ein Geheimniß geblieben sein. So viel ist mindestens richtig, daß in Smyrna relativ die wenigsten Sterbefälle unter der zahlreichen israelitischen Bevölkerung vorkommen, unter 100 nur 5—8! Professor Landerer wohnte vom Anfang bis zu Ende mehreren ärztlichen Behandlungen jüdischer Kranken bei, die kaum 4 Stunden getauert haben. Er hat das Arkanum chemisch untersucht, und ganz rationell gefunden, so wie auch die angewandte therapeutische Behandlung. Es läßt sich hoffen, daß Hr. Landerer das fragliche Geheimniß der medizinischen Welt bald darlegen werde.

Baden. *Karlsruhe, 24. September.* Das Regierungsblatt von diesem Abend verkündet den Kriegszustand und Standrecht für die Amtsbezirke im Rheinthal von Lörrach abwärts bis einschließlich Achern und des Amtsbezirks Gitlingen; Der von der Zentralgewalt den Reichstruppen beigegebene Civilkommissär soll gleichfalls zur Verkündung des Standrechts ermächtigt sein.

Preußen. *Koblenz, 20. Sept.* Die Ereignisse in Frankfurt a/M. sind nicht ohne Rückwirkung auf unsere Stadt geblieben; es sind hier gestern Abend arge Exzesse vorfallen worden. Der Abgeordnete von Koblenz, bei der Reichsversammlung, Arnold Adamé, sei von Frankfurt hier eingetroffen, dies es. Da nun ein großer Theil der Einwohner mit dessen Richtung (indem er bisher mit der äußersten Rechten stimmte), unzufrieden ist, sammelte sich am Abend ein großer Menschen um seinem Hause, um eine Katzenmusik zu bringen. Dabei blieb es jedoch nicht, vielmehr ging der wobende Haufe zu Thätlichkeiten über, warf die Fenster ein, drang in das Haus und richtete im Erdgeschosse große Zerstörung an. Die Bürgerwehr wurde durch Generalmarsch zu den Waffen gerufen, erschien aber wenig zahlreich; indessen gelang es ihr doch, die Ruhe wieder herzustellen und weitere Ausschreitungen zu verhüten. Gestern war wieder Alarm, auch sollen mehrere Aufrührer Bajonettstiche von der Bürgerwehr erhalten haben. — In der Gegend von Kreuznach soll eine Mobilkolonne von beiläufig 10,000 Mann zusammengezogen werden. Dragoner, Husaren und Artillerie marschiren gleichfalls dahin. (L.-B.-A.-Z.)

Schweiz.

(Tagsatzung.) Am 21. September berieth die Tagsatzung, was gegenüber den Repressalien von Radetzky zu thun sei. Die Kommission brachte folgenden Antrag: Die eidgenössische Tagsatzung, nach Einsicht einer sowohl vom Staatsrath des Kantons Tessin, als von Seite der k. k. österreichischen Gesandtschaft in der Schweiz dem Vororte übermachten Note des Herrn Feldmarschall Radetzky an den Staatsrath des Kantons Tessin, d. d. 15. September a. c., so wie der vom 16. September darauf ertheilten Antwort und der Zuschrift des Staatsraths des Kantons Tessin an den eidgenössischen Vorort, d. d. 16. September 1848, beschließt: Art. 1. Der eidgenössische Vorort wird beauftragt, durch das Mittel des schweizerischen Gesandtschaftsorgans in Wien bei k. k. österreichischen Regierung gegen die von Feldmarschall Radetzky in der angeführten Note angedrohten und amtlichen Mittheilungen zufolge schon unterm 17. Sept. wirklich in Vollziehung gesetzten Maßregeln nachdrucksamst Beschwerde zu erheben und auf unverzügliche Aufhebung derselben zu dringen. Dabei wird der Vorort, mit Benutzung sämmtlicher hierauf bezüglicher Akten, darauf hinweisen, daß die Schweiz, selbst mit beträchtlichen Aufopferungen und entgegengesetzter Erlebnisse vorgefonnt, sich bestrebt habe, während der kriegerischen Vorgänge in der Lombardei so wie immer und nach allen Seiten hin ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen, und daß die Anerkennung dieses Bestrebens selbst von der k. k. österreichischen Regierung durch Zustehrt ihrer Gesandten bei der Eidgenossenschaft noch unterm 16. Sept. ausdrücklich ausgesprochen worden sei. Sie wird die Beschwerden des Herrn Feldmarschall Radetzky betreffend Umtriebe lombardischer Flüchtlinge im Kanton Tessin, welche zu jenen Maßregeln Veranlassung gegeben haben sollen, nicht als begründet anerkannt werden können; daß aber endlich selbst dann, wenn jene Beschwerden gegründet wären, diese Maßregeln dadurch keineswegs gerechtfertigt würden. Art. 2. Von der an die k. k. österreichische Regierung zu richtenden Vorstellung erlassenen Note wird der Vorort seinergeit dem h. Gesandten derselben bei der Eidgenossenschaft Kenntniß geben. Art. 3. Zur Wahrung schweizerischer Interessen sendet die Tagsatzung zwei Repräsentanten in den Kanton Tessin ab. Art. 4. Denselben wird eine Brigade eidgenössischer Truppen unter eidgenössischem Kommando, für einstweilen bestehend aus zwei Bataillonen Infanterie und einer Kompagnie Scharfschützen, durch welche die gegenwärtig im Kanton Tessin aufgestellten Truppen abgelöst werden, zur Verfügung gestellt. Art. 5. Für die Zeit einer allfälligen Vertagung der Tagsatzung wird der Vorort bevollmächtigt, im Sinne dieser Beschlüsse die im Interesse der Eidgenossenschaft allfällig weiter erforderlichen Schritte zu thun. Schluß der Berichterstatter. Allgemein wird dieses beispiellose Verfahren Radetzkys mit mehr oder weniger starken Ausdrücken als eine schmähliche Verletzung der Ehre und Interessen der Schweiz, als ein gewaltthätiger feindseliger Akt, als eine Verletzung des Völkerrechts bezeichnet, welcher man stark entgegentreten müsse. Tessin hält besonders eine äußerst heftige, leidenschaftliche Rede, worin er seine Sympathie für ein Freies Italien mit den größten Lobeserhebungen Karl Albert's unverholen, zum Theil sogar in Lügen, zu erkennen gibt, und schließlich, nachdem Radetzky wirklich den Namen eines Barbaren durch sein Verfahren in der Citadelle von

Mailand, deren Ueberreste er gesehen habe, wedeine, und will eine energische Note nach Wien senden. Clarus nennt den Radetzky den Tilly unserer Zeit, und spricht sich heftig gegen seine impertinente und insolente Note aus. Der Lessiner, Grenier und Wydlandirchstalicke Gesandte zeigen sich auch in der Versammlung, nicht nur außerhalb als gute Spezialfreunde, indem sie sich jeweilen gegenseitig unterstützen. Es werden bei der artikelweisen Berathung mehrere energischere Redaktionsänderungen für Artikel 1 vorgeschlagen, bleiben indessen in Minderheit, da der Präsident erklärt, daß der Wortlaut die Note ganz anders abfassen und die gefallenen Meinungen dabei berücksichtigen werde, daher wird der Artikel mit 18 St. mit dem Amendement von Neuenburg genehmigt, daß die Note per Estafette an den Geschäftsträger in Wien abgesandt werden soll. Artikel 2 wird ebenfalls unverändert mit 19 St. genehmigt. Uri, Schwyz und Unterwalden referiren stets. Artikel 3 veranlaßt eine längere Diskussion, indem Lessin die Abfassung von Repräsentanten als eine Blößstellung und Mißtrauen gegen seine Regierung ansieht, daher seine will. St. Gallen findet einen Repräsentanten hinlänglich, da der kommandirende Offizier als solcher zu betrachten sei. Lessin will dagegen 30,000 M. zur Unterstützung der eitg. Note aus's Pitet stellen, inhessen bleiben alle diese Anträge in Minderheit und der Artikel wird mit 18½ St. unverändert genehmigt. Bei Art. 4 bleiben alle Anträge zur Verwerfung und Reduzirung der Truppenzahl in Minderheit, dagegen werden die Repräsentanten ermächtigt nach Umständen die Truppen entlassen und in dringenden Fällen verstärken zu können. Nur 15 Ständen sind mit diesem Amendement der Artikel genehmigt. St. Gallen stellt den Antrag an die Stelle des Art. 5 zu setzen, daß der Vorort, sofern den gerechten Reklamationen der Eidgenossenschaft keine Rechnung getragen werden sollte, die vertagte Tagsatzung wieder versammeln solle. Lessin und Neuenburg wollen die Tagsatzung permanent erklären. St. Gallens Antrag wird als Zusatz zu Art. 5 genehmigt und um 4 Uhr Nachmittags die 7tägige Sitzung aufgehoben. (Bas. Z.)

(Wir möchten Ratzigs Anklagen mehr Glauben schenken als den Lessiner Ablehnungen. Wer sich erinnert, mit welch eherner Stirne in der Tagsatzung, bei Gelegenheit der Beschwerdenoten deutscher Regierungen, offenkundige Thatsachen abgeläugnet wurden, der wird sich über die diplomatische Wahrheitsliebe unserer republikanischen Nachbarn nur die allerbescheidensten Vorstellungen machen können. Und nun gar die Lessiner, in denen sich italienische und schweizerische Lokalität zu einem glücklichen Ganzen verbindet!) (D. Z.)

Frankreich.

** Paris, 22. Sept. Die Ordnung ist gestern Abend und heute nicht gestört worden. Heute ist Graf Mole als ernannter Vertreter des Departement der Gironde in die Nationalversammlung eingetreten und hat seinen Sitz auf der äußersten Rechten eingenommen. General Cavaignac erklärte heute auf eine Interpellation des Hrn. Sautenas in Betreff der bevorstehenden Beforgnisse für die Ruhe, er habe alle Mittel zur Aufrechthaltung der Ordnung bereit, wenn ein Versuch zu deren Störung gemacht werden wollte. — Die blutigen Ereignisse zu Frankfurt haben hier großen Eindruck gemacht. — Die Verlängerung des Waffenstillstands zwischen Oesterreich und Sardinien auf 42 Tage ist vom Feldmarschall Radetzky und Karl Albert unterzeichnet worden.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 22. Sept. 3proz. Metall. 79¼, 4proz. Metall. 62, 5proz. 47, 2½proz. 41¼, 1834r 500 fl.-Loose 129. 1839r 250 fl.-Loose 88. Bankaktien 1090. Nordbahn 104¼. Gloggnitz 95. Benedikt-Rusland 70. Budweis 169. Livorno 63½. Hefty 84. Siena 54. Hypothekenbank 65½.

Amsterdam, 21. Sept. 2½proz. Integr. 44⅞. — 3proz. Schuld 52¼. — 4proz. 68¼. — 3½proz. Bris 22¼. — Hamburg-Amsterdamsch. —. — 5proz. Kroaten à 510 Fl. St. 81¼. — Span. inländ. à 6000 fl. — Coupons —. — 5proz. Wartag. 3proz. —. 4proz. —. — Russische 4proz. bei Hope —. — bitto bei Stieglitz —. — 5proz. Metall. 69½. — 2½proz. bitto —.

London, 21. Sept. Konsols 86¼. Coup. —. Span. Akt. 11¼. P. 11¼. G. Anrip. 23½. P. 23 G. 5proz. —. Passiv. —. Portug. 5proz. —. 4proz. 21½. P. 5proz. 99 P. Bel. 4proz. 71½. P. 2½proz. 45½. P.

Paris, 22. Sept. 3proz. 44.50. 5proz. 68.75. Schatzsch. —. Bankaktien 1635.—. Stadtobligationen 1105.—. Bier Kanäle 890.—. Compt. von Algier —.—. Belg. 5proz. von 1840 78½. von 1842 78½. 4½proz. —.—. 4proz. —.—. 2½proz. —.—. Belg. Bant 640. Neap. 5proz. 79.25. Röm. 5proz. 65. Span. 5proz. 23½. Aktien —. Passive —. Piem. 880.—. Haitl 200.—. Gt. Germain —.—. Verfeillet (recht) —.—. (link) 101.25. Orleans 660.—. Rouen 420.—. Havre 190.—. Marseille 200.—. Basel 86.25. Bierzon 445.—. Boulogne —.—. Bordeaux 380.—. Nordbahn 376.25. Montreux —.—. Lyon 360.—. Straßburg 24.250. Rouen —.—. Dieppe —.—. Creaux —. Montpellier —.—. La Tefte —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Dienstag, 26. Sept.: „Die gefährliche Taste", Lustspiel von Angely. Hierauf: „Der Raube", ländliche Szene von Kobell.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. Conop, Kaplan, aus England. v. Jonton ruff. Staatsrath, von Petersburg. v. Rad, von Augsburg.

Hotel Maulik. Letterton, Kaplan, aus England. Stanley, Mentor, aus England. Regnault, Privatier, von Paris. Hannemann, Gutsgeher, von Würzburg. Baer, Kaufmann, von Augsburg. Doig, Pfarrer, von Staffelstein.

Gold. Kreuz. Baron v. Rode, k. k. Hauptmann, von Prag. Jean Greiffe Sohn, von Altstätten. Kaß, Leutnant, von Karlsruhe. v. Dillmaier, k. k. Obermetzinalrath, von Innsbruck. Seidner, Rittmeister, von Freising. Rosdy, Malchinist, von Wien. Reiter, Künstler, von Königsbrun. Stiglmaier, Künstler, von Leipzig. Schmidt, Privatier, von Augsburg.

Blaue Traube. Reindl, k. k. Landrichter, von Frankfurt. Haas, Freienreichter, von Landau. Kaß, Leihhausinhaber, von Landshut. Brief, Partikulier, von Kaufbeuer. Frau Baronin v. Langsan, von Wien.

Stachusgarten. Pint, Reisler, von Würzburg. Friedmann, Kaufmann, von Nürnberg. Thoman, Hauptmann, von Ingolstadt. Thoma, Reisenförster, von Mittelneufrach. Filiger, Privatier, von Augsburg. Knoll, Schauspieler, von Wien. Weiß, Privatier, von Augsburg.

Gestorbene in München.

Genovefa Kurzhals, Bürgert. Webermeisters, 71 J. a. Elisabetha Gottlauner, Schloßergesellensfrau, 34 J. a. Martin Prix, Münzschlosserei-Gehilf, 43 J. a. Katharina Mey, Schmiedgriellens-Witwe, 39 J. a.

Bekanntmachung.

Gant des Heinrich Hiesl.

Tuchmachers zu Landau, und dessen Ehefrau Johanna, geb. Ubenhöck, betr.

134. Nachdem der diesseitige Beschluß vom 13. April d. Js. auf Eröffnung der Gant gegen die Heinrich und Johanna Hiedl'schen Tuchmacherseheleute von Landau in Rechtskraft erwachsen ist, so werden die gesetzlichen Ediktsage festgesetzt wie folgt:

1) zur Anmeldung der Forderungen und deren gehörigen Nachweisung auf **Dienstag den 24. October l. Js.**,

2) zur Verhandlung der Einreden gegen die angemeldeten Forderungen auf **Dienstag den 21. November l. Js.**,

3) zur Schlußverhandlung und zwar für die Gegenerinnerung auf **Dienstag den 5. Dezember**, und für die Schlußerlauterung auf **Dienstag 19. Dezember l. Js.**, jedesmal Vormittags 8 Uhr.

Hiezu werden sämmtliche bekannte und unbekannte Gläubiger hiemit öffentlich bei Vermeidung des Rechtsnachtheiles vorgeladen, daß das Richterscheinen am ersten Ediktstage die Ausschließung der Forderung von gegenwärtiger Konkursmasse, das Richterscheinen an den übrigen Ediktstagen aber die Ausschließung mit den an denselben Handlungen zur Folge hat.

Zugleich werden diejenigen, die irgend etwas, das zur unterstellten Masse gehört, in Händen haben, aufgefordert, dasselbe bei Vermeidung nochmaligen Ersatzes vorbehaltlich ihrer Rechte des Gericht zu übergeben.

Bemerkt wird, daß das Aktivvermögen inhaltlich gerichtlicher Schätzung und einsichtlich von 71 fl. 47 kr. Kurrent-Forderungen nur die Summe von 3556 fl. 5 kr. entzifferet, wohingegen der Passivstand, einsichtlich der 4080 fl. 40 kr. Hypothekschulden, und mit Ausschluß der Gerichtskosten die nicht unbeträchtliche Summe von 7880 fl. 24½ kr. beträgt, und daß auf Antrag mehrerer Gläubiger und zur Berathung vor Schaden der längeren Verschub bei auf 316 fl. 54 kr. gewerteten Warenlagers sofort der öffentlichen Versteigerung unterwosen, und dieß auf

Mittwoch den 18. December l. Js.

Vormittags 8 Uhr

Termin anberaumt werde, wozu Kaufslustige hiemit eingeladen werden.

Landau den 14. Sept. 1848.

Königl. Landgericht Landau.
(Als Untersuchsbehörde.)
(L. S.) Der,
Landrichter.

„Frankfurter Journal" und „Didaskalia".

(Auflage 12,000 Exemplare.)

Auf vorbenannte Blätter beginnt mit dem 1. Oktober ein neues Vierteljahr-Abonnement, das baldigst bei den zunächst gelegenen Postämtern einzureichen bittet

139. Die Expedition des Frankfurter Journals.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

München, den 26. September.

Königlich Allerhöchste Verordnung, die Vorbildung für den Staatsforstdienst betreffend: Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog v. Bayern, Franken und in Schwaben ꝛc. ꝛc. Wir haben Uns bewogen, hinsichtlich der Vorbildung für die Verwaltungsstellen im Staatsforstdienste zu verordnen, was folgt: Art. 1. Die technische Ausbildung der Abspirantem zum Forstverwaltungsdienste in Bayern ist der Forstunterrichtsanstalt zu Aschaffenburg anvertraut. Studierende, welche öffentliche Forstschulen in anderen deutschen Staaten besuchet haben, sind, soferne sie um den bayerischen Staatsdienst sich bewerben, gehalten, die Schlußprüfung an der Forstschule zu Aschaffenburg zu bestehen, wobei sie sich zugleich über die Erfüllung aller jener Vorbedingungen auszuweisen haben, welche zum Eintritte in diese Forstschule gefordert werden. Art. 2. Bei dem Eintritte in die Forstschule haben die Bewerber durch Zeugnisse nachzuweisen, daß sie 1) das 17te Lebensjahr zurückgelegt, das 22ste nicht überschritten, 2) ein tadelloses sittliches Verhalten beobachtet haben, 3) eine tüchtige, kräftige, den Anstrengungen des äußern Forstdienstes angemessene Körperbeschaffenheit, dann 4) das Absolutorium einer vollständigen Lateinschule und 5) entweder einer vollständigen Landwirthschafts- und Gewerbschule, oder eines Gymnasiums, oder einer polytechnischen Schule, endlich 6) bei noch nicht erlangter Selbstständigkeit die Einwilligung ihrer Eltern, oder Vormünder besitzen. Art. 3. Forstdienst-Aspiranten, welche ihre Studien an den Gymnasien, Polytechnischen- und Gewerbsschulen vor zurückgelegtem 17. Lebensjahre vollendet haben, sind gehalten, die Zeit bis zum Eintritte in die Forstschule in der praktischen Vorlehre auf einem hiezu durch Genehmigung Unserer Kreisregierungen, Kammer der Finanzen, für geeignet erkannten Forstreviere oder an einer polytechnischen Schule zuzubringen und über entsprechende Verwendung dieser Zeit sich bei dem Eintritte in die Forstschule auszuweisen. Art. 4. Die Einrichtungen der Forstschule sind durch das Formationsreskript vom 28. Jänner 1844 und die nachgefolgten Entschließungen geregelt, wobei es, in so weit nicht so eben im Art. 2. Abänderungen getroffen worden sind, auch ferner zu bewenden hat. Art. 5. Aspiranten für den höheren Forstverwaltungsdienst haben nach dem Absolutorium an der Forstschule ihrer wissenschaftlichen Ausbildung einen einjährigen wissenschaftlichen Lehrkurs an einer Hochschule des Königreiches zu widmen. Zu dem Ende geeignet: Wir denjenigen, welche die Schlußprüfung an der Forstschule mit Erfolg bestanden haben, den Uebertritt an die Hochschulen, wo sie sich den für die technischen Hochschüler geltenden Normen zu unterwerfen haben, und zum Behufe der staatswirthschaftlichen Fakultät unterstellt sind. Da zu Erlangen die erforderlichen Lehrfächer nicht vollständig vorhanden sind, so sind dermal nur die Universitäten München und Würzburg für die Forstdienst-Aspiranten geöffnet. Wir behalten Uns aber vor, auch an der Universität Erlangen einen entsprechenden Lehrkurs errichten zu lassen. Art. 6. Als nothwendige Disziplinen für den staatswirthschaftlichen Kurs der Forstdienst-Aspiranten bezeichnet: 1) Physik, 2) allgemeine Botanik, 3) Landwirthschaft, 4) Staatswirthschaftslehre, 5) Finanzwissenschaft, 6) forstliche Mathematik, 7) Forstrecht und Forstpolizei, 8) Encyklopädie der Forstwissenschaft mit forstlicher Statistik des Königreichs, 9) Verfassungs- und Verwaltungsrecht des Königreichs. Außer diesen obligaten Lehrfächern wird den Forstkandidaten noch der Besuch der Vorlesungen über Geschichte, Naturgeschichte und Nachbarwissenschaften empfohlen. Art. 7. Am Schlusse jedes Studienjahres findet eine theoretische Schlußprüfung aus den im Art. 6. als obligat bezeichneten Lehrfächern Statt, deren entsprechendes Gestehen mit den in Art. 8. bezeichneten Vortheilen verbunden ist. Der an der Universität München seither bestandene dreijährige forstwissenschaftliche Lehrkurs wird dergestalt geschlossen, daß von dem Studienjahre 1848/49 an, wer nicht schon vorher Forstkandidaten, den bereits inscribirten Forstkandidaten aber gestattet ist, den begonnenen Lehrkurs einschlüssig der theoretischen Schlußprüfung nach den bisherigen Normen zu vollenden. Art. 8. Aspiranten, welche sich mit dem Absolutorium der Forstschule in die Forstpraxis melden, ohne den staatswirthschaftlichen Kurs der Hochschule besucht zu haben, bleiben bezüglich der Späteren Konkursprüfung für den Forstdienst verpflichtet der Bestimmung des §. 38. der forstorganischen Verordnung vom 22. Dez. 1821 fortbin unterworfen. Kandidaten, welche nach Vollendung des Unterrichts in der Forstschule den staatswirthschaftlichen Kurs mit Erfolg absolvirten, dürfen nach einjähriger Forstpraxis zu dieser Prüfung zugelassen werden. Ebenso sollen letztere bei der Eintheilung in die unterste Stufe des Staatsforstdienstes hinsichtlich der Zeit der Praxis jenen Kandidaten gleichgehalten werden, welche ein Jahr früher mit dem Absolutorium der Forstschule unmittelbar in die Forstpraxis übergetreten sind. Die Staatsministerien des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten und der Finanzen sind mit dem Vollzuge dieser Verordnung beauftragt. Hohenschwangau, den 14. Sept. 1848. Max. Lerchenfeld. Frhr. v. Strauß. Staatsrath. Auf Königlich Allerhöchsten Befehl: der General-Sekretär. An ersten Statt der Ministerialrath: Dr. Aschenbrenner.

Der Einfall Struves in Baden.

(Mahnruf an alle guten Bürger.)

** Die rothe Republik im badischen Oberlande thut gleich bei ihrem ersten Auftreten Alles, um sich gründlich lächerlich zu machen, aber auch um den Blindesten die Augen zu öffnen über den recht- und gesetzlosen Zustand, mit welchem man Deutschland beglücken würde, wenn es der rothen Partei gelänge, ihre heillosen Pläne durchzusetzen. Die nachstehenden neuen Attentäte, die wir der Basler Zeitung vom 24. entnehmen, bringt sie im Hauptquartier Lörrach erscheinendes „Republikanisches Regierungsblatt" Nr. 1:

Deutsche Republik! Wohlstand, Bildung, Freiheit für Alle! Im Namen des deutschen Volkes verfügt die provisorische Regierung Deutschlands wie folgt: Art. 1. Sämmtliche auf dem Grund und Boden haftende mittelalterliche Lasten, so wie sämmtliche mittelalterliche persönliche Dienste, Zehnten, Gülten, Frohnden und welchen Namen sie sonst tragen, sind ohne alle Entschädigung sofort abgeschafft. Alle Ablösungsschuldigkeiten für solche Lasten werden ebenfalls getilgt. Art. 2. Sämmtliche bisher an den Staat, die Kirche und die adeligen Grundherren bezahlten Abgaben hören von diesem Tage an auf; eine auf das Einkommen des Unbemittelten nicht betroffene progressive Einkommensteuer tritt an die Stelle sämmtlicher bisheriger Abgaben: nur die an den Grenzen Deutschland erhobenen Zölle bleiben fürs Erste bestehen. Art. 3. Sämmtliches Grundeigenthum des Staats, der Kirche und der auf Seite der Fürsten kämpfenden Staatsbürger geht provisorisch, unter Vorbehalt späterer Ausgleichungen, an die Gemeinden über, in deren Gemarkung es liegt. Art. 4. Um alle in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Erleichterungen zu sichern, wird eine allgemeine Erhebung des Volkes angeordnet. Alle waffenfähigen Männer von vollendetem achtzehnten bis zum vollendeten vierzigsten Jahre ergreifen die Waffen zur Rettung des bedrohten Vaterlands. Von ihnen an hersicht das Kriegsgesetz, bis das deutsche Volk seine Freiheit errungen haben wird. Im Namen der provis. Regierung Deutschlands. G. Struve. Der Schriftführer: Karl Blind. Hauptquartier Lörrach am ersten Tag der deutschen Republik, am einundzwanzigsten September 1848.

Deutsche Republik! Wohlstand, Bildung, Freiheit für Alle. Hauptquartier Lörrach, den 22. Sept. 1848. Die nach dem badischen Regierungsblatt vom 15. Sept. 1848. Nr. 62, verfügte Erhöhung der Zölle ist hiedurch um 10 Proz. herabgesetzt. Der Verwalter des Zolles, Christian Müller, wird hiedurch angewiesen, hiernach zu verfahren. Im Namen der provisorischen Regierung. G. Struve. Der Schriftführer: Karl Blind. Eine beglaubigte Abschrift geht an Bürger Zollverwalter Ch. Müller zum Vollzug.

Das erste Dekret ist wie man sieht nichts mehr und nichts weniger als die Organisation des Raubes und der Plünderung des Eigenthums im großen Maßstabe. Da Ernte man uns noch von Güter-Konfiskationen in Mannheim, aber der Tiroler: „Ich habe Republik! Ein Dekret läßt alles weit hinter sich, was man je solcher Art von irgend einem türkischen Pascha gehört hat. Das zweite Dekret aber wegen Wiederherabsetzung der neuerlich vom Zollverein erhöhten Zollsätze ist sehr bezeichnend. Diese Erhöhung war bekanntlich zum Schutze der deutschen Industrie gegen die Einfuhr von Waaren der französischen Industrie vorgenommen worden, durch welche sie beträchtliche Aufsaugsräumen für gewisse Erzeugnisse der französischen Industrie bewilligte, und durch welche unsere deutschen Fabriken, also mittelbar auch unsere deutschen Arbeiter in ihrer Existenz ernstlich bedroht wurden, verfügt worden. Allein was kümmert sich die rothe Republik um das Interesse unserer deutschen Arbeiter und Fabrikanten: sie weiß von jenen kreuzlos, von diesen nimmt werden, desto mehr Rekruten hofft sie in ihnen zu erlangen. Die Gunst der Franzosen gilt der rothen Republik mehr als der Wohlstand der deutschen Bürger. Darin liegt Alles, und die Lehre wird in Deutschland nicht verloren gehen.

Wir entnehmen ferner der Basler Zeitung die folgende erbauliche Schilderung des Treibens der Rotten in Lörrach, nach den Angaben eines Augenzeugen. Nach der Mittheilung, daß der Zoll in die Kassen der Republik fließen wird, und alle Verbindungen abgeschnitten sind, erzählt dieser Augenzeuge weiter, was er am 22. in Lörrach gesehen. „Die Sitzungen der provisorischen Regierung im Amthause sind eine kleine Karrikatur der Sitzungen des gouvern. provisoire im Pariser Stadthause im Februar und März. Das Volk dringt in den Saal, Deputationen über Deputationen von Gemeinden kommen, um ihre Adressen und Zustimmungen — das paßt so übel mitziehen können, wo dann eine große Apostrophe Struves erfolgt; in der Ecke des Saals steht, vermuthlich als Symbol, ein Pulverfaß, um welches mit Cigarren herum flankirt wird. Von Zeit zu Zeit hebt man in Lörrach Züge von bewaffneten Bauern anlangen; Struve harangirt sie und sie ziehen gegen Schliengen. Die Zollgarnisten sind auf die neue Republik beeidigt und stehen so wie vorher an dem Arm. Dem Dorfe Tüllingen, das seine Mannschaft verweigert, wurde eine Contribution von 5000 Gulden auferlegt, da sonst die Mannschaft." Dann berichtet die Basler Zeitung noch: „Schopfheim und Umgegend wollten auch nicht gehen, es heißt, Struve habe dieß bis heute (23.) Morgen 9 Uhr die Wahl gelassen einzurücken, oder so und so viel Kontributionen zu zahlen. Unser den Aufständischen steht man viele bewaffnete Soldaten. Vom Militär, wo es steht ꝛc., weiß man in unserer Umgegend nichts. In Lörrach sagt man, die Eisenbahn sei bei Freiburg, bei Lahr und noch weiter unten an drei Orten zerstört. Die Fabrik von Hrn. Köchlin in Lörrach ist geschlossen. Einem Basler Postbeamten, der sich in Lörrach über die Wiederherstellung der Postverbindung zu erkundigen hatte, wurde von Struve die Antwort, es thue ihm leid, allein die provisorische Re-

gierung habe den Grundsatz, bis zur Beendigung des Kampfes alle Postverbindungen abzubrechen. Radetzky unten, Struve oben. Les extrêmes se touchent."

Deutschland.

Bayern. *München*, 25. Sept. Der 22. Rechenschaftsbericht des kgl. Blind eninstituts in München pro 1847/48 ergibt den Stand der Zöglinge der Blindenerziehungsanstalt mit 18 männlichen und 14 weiblichen Zöglingen, welche in der Religionslehre, in den Elementargegenständen, Musik und Handarbeiten bis zum 18. Lebensjahre Unterricht erhielten. In der damit verbundenen königl. Blindenbeschäftigungsanstalt, welche seit dem Jahre 1836 begründet ist, befanden sich 10 männliche Blinde, von denen jedoch einer im Laufe des Jahres gestorben ist, und 9 weibliche, welche vorwährend mit Kord- und Strohmattenflechten, sowie mit Nähen, Stricken und Spinnen sich beschäftigten.

⊙ **Vom Main**, 20. September. Die Durchführung des Gesetzes vom 4. Juni 1848, Ablösung der Grundlasten betreffend, ist so viel bekannt bis jetzt den Rentämtern übertragen. Diese Bestimmung mag wohl in denjenigen Kreisen, in welchen die Liquidation des Grundbestandes und der hierauf ruhenden Realbelastung nach dem Grundsteuergesetz vom 15. Aug. 1828 vollzogen ist, und die definitiven Grundsteuer-Kataster den Rentämtern zugehändigt sind, ihre Anwendung mit gutem Erfolg finden; denn die Durchführung wird in solchen Bezirken, wo durch das Kataster die Identität des belasteten Objekts, sowie die Liquidität der Belastungsgrösse ausser Frage steht, ungleich leichter zu bewirken sein, als in Bezirken, in welchen eine gleiche Qualifikation noch nicht erfolgt ist. In solchen Bezirken ist der Gefällsstock meistens verwirrt und nicht richtig. Die Führung der Grundbücher in sub- und objektiver Hinsicht, wie auch in Hinsicht der Belastungsgrösse, ist von älteren Zeiten her mangelhaft und unklar. In Folge davon müssen dem Geschäfte der Ablösung, wenn solches anders richtig durchgeführt und späteren Reklamationen vorgebeugt werden soll, weitläufige und zeitraubende Erhebungen nothwendig vorausgehen. Dieses gilt namentlich vom Kreise Unterfranken und Aschaffenburg. In diesen Kreise bermalen 11 Steuerliquidationskommissionen sich befinden, so dürfte die Frage nicht unpassend sein, ob es nicht praktischer und für schnelle und gründliche Durchführung des Gesetzes nicht besser wäre, wenn die Umwandlung und Ablösung der Grundlasten diesen Kommissären vorzugsweise und gleichsam als Vorarbeit zu ihrem Liquidationsgeschäfte übertragen würde? Dieselben dürften in ihrer Stellung dem ablösenden Grundeigenthümer gegenüber vollkommen unbefangen erscheinen und deshalb auch einen guten Fortgang des Geschäftes bewirken können.

Hannover, 14. Sept. (Köl. Z.) Gestern ist das neue Verfassungswerk unter der Bezeichnung: „Gesetz, verschiedene Abänderungen des Landesverfassungsgesetzes betreffend," erschienen und somit die Schöpfung Schele's, welche acht Jahre bestand, vernichtet. Hundert und neun Paragraphen enthalten die Veränderungen und geben Bürgschaften für ein hohes Maß gesetzlicher Freiheit. Um eine Wiederholung des Umsturzes der Verfassung, wie sie 1837 stattfinden konnte, unmöglich zu machen, steht an der Spitze folgender Paragraph: „Nach Beleitigung des Thrones tritt der Thronfolger die Regierung des Königreichs mittelst eines Patentes an, durch welches er bei seinem königlichen Worte die unverbrüchliche Festhaltung der Landesverfassung verspricht. Nach Veröffentlichung dieses Patents bestimmt der König gleichmäßig für das ganze Land, zu welcher Zeit und auf welche Weise ihm die Unterthanen die Huldigung leisten sollen. Die Urschrift des mit der Unterschrift des Königs und dem Regierungssiegel versehenen Patents soll in den Archive der allgemeinen Ständeversammlung niedergelegt werden." Ferner müssen im Falle eines Thronwechsels die Stände binnen vierzehn Tagen berufen werden. Geschieht Dies nicht, so sind die zuletzt zusammenberufen gewesenen Stände berechtigt und verpflichtet, sich zu versammeln und die Rechte des Landes wahrzunehmen. In diesem Falle kann die Ständeversammlung innerhalb vier Wochen weder aufgelöst, noch vertagt werden. Die Pressfreiheit ist durch die Verfassung garantirt; doch ist insofern noch ein leiser Rest der Censur, das Placet des Königs für zukünftige Schreiben veröffentlicht werden dürfen, beibehalten. Die Gleichheit der Glaubensbekenntnisse ist ausgesprochen. Alle Vorzüge der Geburt, unbeschadet der Privatrechte, werden aufgehoben, eben so alle Exemtionen von Staats- und Gemeindelasten. Die Gerichtsverfassung soll nach den Grundsätzen der Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung, der Aufstellung des bewurzelten Gerichtsstandes, der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit in bürgerlichen und peinlichen Sachen, der Einführung von Schwurgerichten in peinlichen Sachen gesetzlich geregelt werden. Die Gerichte entscheiden selbst über die Grenzen ihrer Zuständigkeit. Für die Städte sollen Städteordnungen, für die Landgemeinden Gemeindeordnungen gegeben werden; das Recht der Verwaltung ihrer Angelegenheiten wird ihnen in weiteren Maße, als bisher, wo der Druck der Bürokratie schwer auf ihnen lastete.

Preußen. — *Berlin*, 22. Sept. (Staatsanzeiger.) Aus der heutigen Sitzung der Nationalversammlung theilen wir das nachstehende Programm des neuen Ministeriums mit: „Wir treten vor diese hohe Versammlung mit der Versicherung, daß, indem wir dem Rufe Sr. Maj. des Königs folgten und die uns angebotenen Stellen einnahmen, wir fest entschlossen sind, auf dem betretenen konstitutionellen Wege fortzuschreiten. Wir wollen die dem preußischen Volke gewährten Freiheiten kräftig wahren und vorhandenen Bestrebungen mit jener Macht unserer Stellung zurückweisen, Insonderheit werden wir in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes, im Civil und im Militär, für die strengste Befolgung dieser Grundsätze ernste Sorge tragen. Die Verfassung, welche diese hohe Versammlung mit der Krone zu vereinbaren im Begriff steht, wird, wie wir hoffen, die Bürgschaft in sich tragen, daß das preußische Volk in der innigsten Vereinigung mit der ganzen deutschen Nation, einträchtig und stark, frei und geordnet in ungehemmter Entfaltung aller seiner Kräfte und Gaben, mit sicherem Schritte einer großen Zukunft entgegengehen und seinen weltgeschichtlichen Beruf erfüllen werde. Dieser freien Entwickelung mit ganzer Seele zugewendet, werden wir nicht vergessen, daß es die Pflicht einer jeden Regierung ist, den Ausbrüchen der Anarchie und Ungesetzlichkeit zu steuern, eine Pflicht, deren strenge Erfüllung vom ganzen Lande gefordert wird, in der Ueberzeugung, daß die wahre Freiheit nur in der gesetzlichen Ordnung gedeiht und mit ihr die Gewerbsthätigkeit der Bürger, der Ackerbau, der Handel und die Industrie. Lassen Sie uns bedenken, daß wir dem Winter mit seinen Beränängnissen entgegengehen. Je weiter die Zeit vorrückt, desto dringender tritt die Nothwendigkeit hervor, die Verfassungs-Urkunde, nach dem sehnlichen Verlangen des Volkes, festzustellen. Wir werden auf die Beschleunigung derselben, so weit es in unserer Macht steht, hinwirken, und zu dem Ende, neben der Berathung des Bürgerwehrgesetzes und der Gemeindeordnung, die Vorlegung des Entwurfs der Kreis- und Bezirksordnung nach Möglichkeit beschleunigen. Wie die Rechte und die Freiheit des Volkes, eben so werden auch die Rechte und die Würde der Krone stets hoch und heilig halten und mit gleicher Kraft vertheidigen. Pflichtmäßig werden wir Ihnen, meine Herren, der Vertretung unseres Volks, über unsere Verwaltung Auskunft geben und den in Beziehung auf dieselbe von Ihnen geäußerten Wünschen schuldige Rechnung tragen. Eben so erkennen wir es aber für unsere Pflicht, auch dabei die Rechte der Krone, als der einigen Trägerin der ausübenden Gewalt, gewissenhaft zu wahren. Wir treten unter schwerer Zeit, daß wir in vollem Bewußtsein der damit verknüpften Verantwortlichkeit übernommen haben, mit der Hoffnung und dem Vertrauen an, daß die Größe der gemeinschaftlichen Aufgabe und eine gleiche vaterländische Begeisterung uns in allen wesentlichen Punkten einig machen werde. (gez.) v. Pfuel.

Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Pfuel Ehrenbürger der hiebergen Minister von ihren Stellungen dem Ministerpräsidenten v. Auerswald die Verwaltung des Oberpräsidiums der Provinz Preußen zu übertragen, den Finanzminister Hansemann zum Chef der preußischen Bank, den Justizminister Märcker zum Präsidenten des Oberlandesgerichts zu Halberstadt, den Staatsminister Gierke zum Präsidenten des Oberlandesgerichts zu Bromberg und den Staatsminister Kühlwetter zum Präsidenten der Regierung zu Aachen zu ernennen.

Nachschrift.

** *München*, 26. Sept. Morgen werden 2 Bataillone des 1. Linien-Infanterie-Leibregiments, und übermorgen 2 Bataillone des 1. Infanterie-Regiments König unsere Hauptstadt verlassen und vorläufig den Marsch nach Memmingen antreten, wo sie weitere Marschbefehle abwarten — Se. kgl. Hoh. der Prinz Karl reist heute Abends gleichfalls nach Baden ab, um den Oberbefehl über die dort gegen die eingedrungenen Struve'schen Freischaaren versammelten Truppen zu übernehmen.

* Die Karlsruher Zeitung und der Schwäbische Merkur, welche am Montag nicht erschienen, sind uns heute sonach nicht zugekommen. Ein Schreiben aus Freiburg vom 23. Sept. Morgens in der Fr. K.-B.-A.-Z. meldet, daß die Postverbindung mit dem Oberlande theilweise wieder hergestellt ist. Der Zweck des Einfalls scheint blos Raub und Plünderung der öffentlichen Kassen zu sein. Die sogen. republikanische Armee besteht aus lauter italienischem, französischem und schweizerischem Lumpengesindel, dem sich die deutschen Flüchtlinge in der Schweiz angeschlossen haben. Die Anführer sind Struve, Weishaar, Sigel, nach unseren Nachrichten auch Heinzen. Sie sollen sich nach dem Raube der Kassen in Lörrach wieder über die Grenzen zurückgezogen haben. Struves Terrorismus soll über alle Grenzen gehen. — Reisende aus Straßburg versichern, daß dort alle deutschen Flüchtlinge verschwunden seien. — Im Ganzen stehen seit (23. Sept.) 4 Bataillone Infanterie, ein Reiterregiment, 180 Scharfschützen und eine Batterie Artillerie in und um Freiburg.

Dem Frankfurter Journal wird aus dem badischen Oberlande vom 22. Sept. geschrieben, daß Struve und Sigel in Müllheim sich der Eisenbahn bemächtigt, einen Zug formirt und das Dienstpersonal gezwungen hätten sie weiter zu fahren. Dem Zugführer soll es jedoch gelückt sein, unterwegs die Maschine auszuhängen, so daß der Zug zurückfiel und er mit der Maschine allein in Heitersheim ankam. In der Nacht vom 23. auf den 24. ist die Main-Neckarbahn bei Weinheim demolirt worden. Zwei leere Wagen sind in Folge dessen über den Damm hinabgestürzt.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 78.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Mittwoch den 27. September 1848.

Erscheinen: Promenadeplatz Nro. 14. Einschreibegebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 27. September.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 25. d. Mts. allergnädigst bewogen gefunden, den I. Direktor des Appellationsgerichtes von Oberbayern, Johann Christian Knappe, auf sein allerunterthänigstes Ansuchen mit Belassung seines Gesammtgehaltes, seines Titels und Funktionszeichens, dann mit Bezeigung der allerhöchsten Zufriedenheit für seine vieljährige ausgezeichnete und ersprießliche Dienstleistung in den definitiven Ruhestand nach §. 22 Lit. B und C der Beilage IX. zur Verfassungs-Urkunde zu versetzen, zu der hiedurch erledigt werdenden I. Direktorstelle am Appellationsgerichte von Oberbayern den 2. Direktor des Appellationsgerichtes von Niederbayern, Mathias Obermüller, an dessen Stelle zum 2. Direktor des Appellationsgerichtes von Niederbayern den Oberappellationsgerichtsrath Dr. Franz Anton Seigl, und auf die hiedurch in Erledigung kommende Rathsstelle am Oberappellationsgerichte unter Vorrückung des Rathes außer dem Status, August Petersen, in den Status, den Rath des Appellationsgerichtes von Mittelfranken, Dr. Philipp Briel, zu befördern.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 25. d. Mts. allergnädigst bewogen gefunden, zu der bei dem Kreis- und Stadtgerichte Würzburg erledigten Rathsstelle den Assessor dieses Gerichts, Heinrich Müller zu befördern, die hiedurch in Erledigung gekommene Assessor-Stelle bei dem genannten Gerichte, dem Kreis- und Stadtgerichts-Assessor August Fritscher in Aschaffenburg zu verleihen, und die bei dem Appellationsgerichte von Unterfranken und Aschaffenburg erledigte Assessorstelle dem vormaligen Appellationsgerichts-Accessisten in Würzburg, dermaligen Professor der Rechte in Heidelberg, Dr. Joh. Bapt. Sartorius zu übertragen, endlich den 2. Assessor des Landgerichts in Bilbhofen, Wilhelm Freyn. v. Schleich zum Assessor am Kreis- und Stadtgerichte in Regensburg auf sein allerunterthänigstes Ansuchen zu ernennen.

Se. Maj. der König haben unterm 25. Sept. zur Besetzung der durch den Tod des Müllermeisters Karl Hauck am Pirnbad in Erledigung gekommene Stelle eines Mitgliedes des Landrathes pun Mittelfranken den als Landrathskandidaten gewählten Postlehrer Moriz Stöber zu Langenfeld zum Mitgliede des Landrathes dieses Regierungsbezirkes zu ernennen, und unterm 22. Sept. die erledigte Landrichterstelle zu Burgebrach dem I. Landgerichtsassessor Wolfg. Wölter zu Rothenburg a. d. T. zu verleihen; unterm 22. Sept. den Landgerichtsarzt Dr. Johann Georg Frech zu Bischofsheim, seiner Versetzungsbitte willfahrend, auf die erledigte Landgerichtsarztesstelle zu Pegnitz zu versetzen, und die erledigte Stelle eines Distriktsarztes bei dem Landgerichte Mark-Bibart dem II. Landgerichtsassessor Georg v. Merz zu Dinkelsbühl zu verleihen geruht.

Die Ermordung des Fürsten Lichnowsky und des Generals v. Auerswald.

= Frankfurt, 21. Sept.*) Ich habe gestern die traurige Pilgerfahrt unternommen nach dem Gärtnerhause nächst der sogenannten Pfingstweide, wo Fürst Lichnowsky und General a. Auerswald, von einer Horde menschenähnlicher Bestien mit Steinwürfen und Flintenschüssen nach allen Richtungen gehetzt und verfolgt, eine teuende Zuflucht zu finden glaubten, wo sie dann nach halbstündigem Suchen aus ihrem Verstecke hervorgezerrt und ins Freie geschleppt worden sind, um unter unbeschreiblichen geistigen und körperlichen Martern ihr Leben zu enden.

Ich habe den blutgetränkten Sand gesehen an der Falkerstätte, ich habe mir von den Hausbewohnern die gräßlichen Einzelnheiten dieser Schandthat erzählen lassen, und — ich habe eben keinen Grund gefunden, mein in der Paulskirche früher abgegebenes Votum gegen Aufhebung der Todesstrafe zu bereuen.

Von den vielen mir berichteten Zügen, hinsichtlich deren ich was drum gäbe, wenn ich sie vergessen könnte, will ich nur Einen hier erwähnen. Nachdem Auerswald bereits geendet hatte, und Lichnowsky nun ebenfalls aufgefunden war und unter Triumphgeschrei fortgeschleppt werden sollte, da ward sich die Gärtnersfrau der Rotte nach einmal in den Weg, und beschwor sie vergweiflungsvoll, des Unglücklichen zu schonen, und da antwortete ihr einer der wüsten Gesellen mit Hahngelächter: „Er wolle, wenn er wieder zurückkomme, ihr ein Stück Fleisch von diesem Kerl auf seiner Picke präsentiren: das möge sie sich dann braten."

Mit Abscheu wende ich mich ab von diesen Erinnerungen, um zu andern nicht eben freundlicheren überzugehen. Die leichte Lichnowsky'sche, einstweilen zum Behufe der Einbalsamirung im Allerheiligen-Spital untergebracht, war hier für seine Freunde und nähern Bekannten zu sehen. Nach längerem Kampfe, ob ich mir das Bild des lebensfrischen tiitterlichen Mannes durch einen legten Abschiedsbruch verkümmern solle, entschloß ich mich gleichwohl dazu und ging hin. Welch grauenvoller Anblick, und zugleich welch ein Bild der irdischen Vergänglichkeit! Der Mann, den wir noch vor einigen Tagen in Fülle von Gesundheit und Jugendkraft gesehen, sprudelnd von Geist und Humor, der rüstige Barkämpfer seiner Partei, der Schrecken seiner Gegner, der jeder Gefahr entschlossen seine Brust entgegenstemmte, der jedesmal auf den Bresche sprang, wenn es galt — dieser Mann lag jetzt vor mir auf dem Seciertische, als nackter, ekler Gegnach verdrehenster Kadaver, in fetzen grauenvoller Verstümmelung die rohen Waffen der Demokraten und die kunstgerechten Messer der Anatomen sich wechselseitig überdaten hatten. Die Gesichtszüge des jugendlichen Fürsten waren übrigens nicht übermäßig entstellt, und auch im Tode noch interessant und schön. Von den vielen Wunden, die der Körper trug, hatte nur Eine sich als absolut tödtlich gezeigt — eine Schußwunde. Die Kugel war schräg durch Ober- und Unterleib gegangen, hatte einen Lendenwirbel zerschmettert, das Rückenmark bedeutend verletzt, und ein größeres Gefäß des Unterleibes zerrissen, so daß beinahe unbegreiflich ist, wie er demohngeachtet noch länger als 3 Stunden leben und beinahe bis zum letzten Momente die Besinnung behalten konnte.

Ich verließ das Zimmer, um ein anderes zu betreten, das einen nicht minder grauenvollen Anblick bot, zugleich einen Anblick furchtbarer Sühne. Körper an Körper lagen hier auf dem Boden hingestreckt, 28 auf den Barrikaden gefallene Insurgenten, theils ganz, theils halb bekleidet, theils in fürchterlicher Blöße. Die gerichtliche Besichtigung hatte eben stattgefunden, jene rohen Kadaver war nur der Brust ein Zettel befestigt, Namen und Stand des Trägers bezeichnend, sauvit falsche bis jetzt zu konstatiren möglich war. Ein Luftzug strich durch das Zimmer und die Zettel haben und senken sich, so daß es den Anschein hatte, als ob die Leichen noch athmeten und stehen trag der ersten liegenden Todesmunde. Der Anblick dieser Gesichter, zumeist den Stempel des Trotzes der Verzweiflung auch im Tode beprahmt, war furchtbar, aber interessam in psychalogischer und physiognomischer Beziehung. Ich machte die Runde durch das Zimmer. Man hatte Mühe den Fuß zu setzen zwischen diesem Labyrinthe von Gliedmaßen und einen sicheren Tritt zu gewinnen auf dem blutgetränkten schlüpfrigen Fußboden.

Ein Paar Hand hatt neben dem Eingange lag ein junger Bursche saß noch im Knabenalter — ein nichtsnutziges Gesicht, eine magere stümmerliche Gestalt. Daneben ein Wolfsenmann von athletischen Formen, Grimm in den Zügen, den einen Arm mit der geballten Faust längs des Leibes ausgestreckt, den anteren wie zum Schlage ausholend über dem Kopfe zurückgebogen. Dem zur Seite ein Mann in ordinärer Bürgertracht, lang und hager, mit weit aufgerissenen gläsernen Todesaugen den Beschauer anstarrend. An diesen sich anreihend zag eine unbekannte Leiche die Aufmerksamkeit auf sich von eben Formen, mit sorgfältig gepflegtem Haupt- und Barthaar, mit feiner Wäsche und anständiger Kleidung, dem Gesichts-Typus gemäß zu schließen — ein Jude. (Auch unter den Verwundeten und Gefangenen befanden sich Juden und Franzosen.) Hinter ihm dem Fremden lag ein verhältnißer Krawallmacher, unter seinem Spitzmanen fest Hefer von Bornheim, wenn ich mich recht entsinne) weit und breit bekannt. Ein widerliches Gesicht, charakteristisch durch einen wahren Hünen-Ausdruck und einen hellrothen struppigen Sapenbart. Diesem zur Seite als wüstiger Nachbar lag der bekannte Anführer aller Krawalle und Kartoffelfeste, die auf 10 Meilen in der Runde von Frankfurt bei den Pöbelgagen stattgefunden hatten — ein Zahnarzt aus Offenbach. Den Namen habe ich vergessen. In der Fensternische lagen ebenfalls ein Paar höchst charakteristische Gestalten, ein hochbejahrter Mann mit eisgrauem Haar und Bart in blauer Bluse mit plumper gemeiner Physiognamie und ein Krüppel mit einem Steifsuße. Einen wohnwürdigen, wahrhaft rührenden Gegensatz machte die Leiche eines kaum sechzehnjährigen Dienstmädchens, welches, indem es während des heftigsten Straßenkampfes unvorsichtiger Weise einen Fensterladen zu schließen versuchte, von einer unseligen Zufallskugel in die Brust getroffen worden, und nun hingestreckt dalag in Mitte dieser wilden Gesellen, halb bedeckt mit einem blutbespritzten leinentuche, und einen unbeschreiblichen Ausdruck von Entsetzen und Grauen in

*) Die vorstehenden gütigst und mitgetheilten Privatbriefe sind zwar älteren Datums, aber ihr Inhalt wird auch jetzt noch die verspätete Mittheilung rechtfertigen. A. d. R. d. N. M. Z.

den Zügen. — Doch nun genug! Erschütternder als der Anblick dieser Leichen ist der Gedanke, daß neben abgeleimten Verbrechern hier auch manche Irregeleitete sein Ende gefunden, der einer edlen Herzensregung zu folgen glaubte, mochte, indem er gegen Deutschland Einheit die Waffen ergriff. Das Blut dieser bethörten Opfer möge über die Häupter derer kommen, deren fluchwürdiges Geschäft es ist, das Volk zum Fanatismus aufzustacheln!

▽ Frankfurt, 20. Sept. — Die Ermordung des Fürsten Lichnowsky ist der furchtbarste Mord, der je begangen worden, — ein unerreichtes Beispiel viehischer Grausamkeit. Hätte ich seine Todeswelle nicht gesehen, beim Anblick des Cadavers hätte ich vermuthet, er sei von wilden Thieren zerrissen worden! Sein ungezähmter Muth hatte ihn veranlaßt, auf dem Wege seines österreichischen Offiziers zugleich mit General v. Auerswald, einem Bruder, abzureiten, um ihn zu retten, oder vor das Gefechtsterrain Thor zu reiten, wofür man einer württembergischen Batterie entgegensah, die mit Sehnsucht erwartet wurde. Nicht sehr entfernt von dem Thore begegneten sie einer Schaar Turner, und als sie, unbewaffnet wie sie waren, denselben nicht ausweichen konnten, warfen sie ihre Pferde herum und ritten zurück. Inzwischen aber hatte eine Schaar Rufrührer sich gesammelt hinter ihrem Rücken, und verletzte ihnen den Rückweg. Unglücklicherweise sogen sie in ein Seitenstäßchen ein, das keinen Ausgang hatte. Sie sprangen von den Pferden, überstiegen eine Gartenhecke, und flüchteten sich in das Haus eines Stadtgärtners. Hier traf sie der eben anwesende Dr. Hodes aus Boenheim, ein ehemaliger Ulanenfähnker, der sich aber muthig den eindringenden Insurgenten entgegenstellte, ihnen das Elende ihres Vorhabens vorstellte, und sie mehrmals beschwichtigte, so daß es ihm gelang, den armen Lichnowsky bis in die Nähe Bornheims zu bringen, wo er ihn zu schützen hoffte. Viele Anwesende mag man über diese herfallen — immer gelang es dem Doktor wieder, die Wüthenden abzuhalten. Da tritt endlich Einer vor, und mit den Worten: „so will ich wenigstens ein Andenken von dem Schuft" reißt er dem Fürsten die Weste vom Leibe. Dieser in der fuchtbarsten Wuth ergreift seinen Gegner, schleudert ihn zu Boden, entreißt ihm das Gewehr — und stukt von einem Sensenhieb getroffen zu Boden. Hodes flüchtet sich, und nun kamen die Barbaren dem Fürsten zweimal den Arm durch die Knochen, ein anderer Sensenhieb schneidet ihm die ganze Hand durch, mit Knitteln wird ihm das eine Schienbein abgeschlagen und der rechte Achselknochen zerschmettert! — Dann bindet man den Unglücklichen an einen Pfahl, — umgekehrt — und eine Mustetentugel dringt ihm durch den Rücken in die Unterleibshöhle. — So wurde er gefunden, — lebend! — Ins Spital gebracht litt er namentlos, aber kein Wort kam über seine Lippen — er ertrug die Tortur, die man ihm durch Stillung seines nahen Abschied von seinen Freunden, ließ noch Testamann zu sich kommen, und als er seine Anordnungen getroffen, verlangte er Opium; und verschied Nachts um 11½ Uhr nach fünfstündigen martervollen Leiden! Auerswald war so glücklich, durch einen Schuß in's Hirn sogleich zu verscheiden." — . . . Ueber einen Besuch im Heiligengeistspitale heißt es in dem Schreiben weiter: „In einem andern Zimmer liegen die Leichen von 31 erschossenen Barrikadenmännern, ein grausiges in höchst interessanter Anblick. Darunter sind nur 4 junge Leute, die Uebrigen, Männer von 40 Jahren und darüber, mitunter athletische Gestalten. Die Physiognomien dieser Menschen bekunden unter der tiefsten sittlichen Verkommenheit offenbar das fanatische Gefühl der Rache, des Trotzes, der Empörung. Unter den Umbekannten ist ein Gesicht, das ich mich genau erinnere schon in München gesehen zu haben, ich vermutte ein Pole. Die Schußwunden sind alle auf der Brust, oder am Kopfe. Es waren mit wenig Ausnahmen die schreckrichsten Gesichter, die mir je vorgekommen sind; — die meisten aus Hanau, Offenbach, Bockenheim und Heidelberg."

Deutschland.

Das „Frankfurter Journal" gibt unter der Rubrik „Amtliches" eine Berichtigung mehreree Angaben eines Frankfurter Korrespondenten der Allgemeinen Zeitung v. 21. d. Mts. über die Vorgänge des 18. Sept. Als Thatsächlich entnehmen wir daraus Folgendes: „Der Reichsverweser konnte seinem Wirkungskreise gemäß keinen wie immer gearteten Entschluß allein fassen und hat dies auch nicht gethan, sondern die bei ihm erschienene Deputation der Linken wegen Zurückziehung der Truppen), wie er es thun mußte, an das Reichsministerium verwiesen; er hat sonach auch keinen Befehl, sondern nur einen Erlaß an den Reichskriegsminister ergehen lassen, in Folge dessen eine Waffenruhe von ¾ Stunden gestanden wurde." Auch die Angabe, der Reichsverweser sei unter starker Militärbedeckung von seinem Landhause nach seinem Palast in der Stadt gezogen, wird als unzegründet bezeichnet. Derselbe hat vielmehr den ganzen Weg in Begleitung seiner Familie ohne einen einzigen Bedienten gegen 6 Uhr Abends zu Fuß zurückgelegt. — Der ehrenwerthe Schluß des Reichsverwesers an den Reichsminister lautet: An den Reichskriegsminister, königlich preußischen Generalmajor v. Peucker. Frankfurt 18. September 1848. Eben war bei mir eine Deputation von Mitgliedern der Nationalversammlung, welche mir zur Vermeidung von Blutvergießen Vorstellungen machte. Ich hatte dieselbe an Sie gewiesen, mein Wunsch ist, daß, was auf gütlichem Wege beigelegt werden kann, geschehe. Der Reichsverweser, Erzherzog Johann.

Die „Deutsche Zeitung" enthält in einem Frankfurter Berichte die Nachricht, daß, mit Ausnahme des Fürsten v. Leiningen, Heckscher und Merviffend, das alte Reichsministerium wieder definitiv an die Spitze der Geschäfte getreten ist. Hr. Heckscher geht als Gesandter an die Höfe von Turin und Neapel, Hr. Banks als Gesandter nach Kopenhagen, Hr. Stedmann sei zum Reichskommissär nach Schleswig-Holstein ernannt, um die Auflösung des Waffenstillstandes zu vermitteln, Hr. v. Stockmar werde in London die Leitung der Friedensunterhandlungen übernehmen.

Bayern. — **München, 27. Sept. Wir haben in einer unserer letzten Nummern Dreifel geäußert über die von verschiedenen Seiten gemeldete Reise Heckscher's nach Paris, da sich heute nach Briefen einige Zeitungsschiffen. Briefe aus Basel und aus Mannheim erhoben dieselben Zweifel, und sprachen die Meinung aus, daß die ganze Angabe nur eine Taktik der rothen Partei, ungegründet, und nur berechnet sei, über Hecker's Aufenthalt zu täuschen, während derselbe im geeigneten Augenblicke wieder plötzlich hervortreten würde. Andererseits war bekanntlich auch in Wien der Glaube verbreitet, Hecker befinde sich in dieser Hauptstadt oder doch in unmittelbarer Nähe derselben verborgen. Es hat sich heute klassen ein Privatbrief von verlässiger Hand aus Southampton (England) vom 19. Sept. gütig mitgetheilt, von einem Reisenden, der auf dem großen nordamerikanischen Dampfschiffe „Hermann" von Bremerhaben aus die Reise nach New-York mitmacht, und eben in Southampton angelangt war, und welcher unter Anderm das Folgende schreibt: „Hecker ist mit zwei seiner Begleiter gleichfalls zu uns an Bord gekommen (um die Ueberfahrt nach Amerika abzukürzen), und zwar in zweiter Klasse, was mich sehr wunderte. Er hatte schon gehört einen heftigen Kampf, als man seine Waffen und Fahne (die er wahrscheinlich in Amerika aufzupflanzen gedenkt,) nicht als Paßzeigergut gelten lassen wollte. Ueberhaupt ist er nichts als ein äußerst heftiger Radikalist, der schon in den paar Stunden so viel von seinem Feldzug, von seinen kommunistischen Ideen u. s. w. uns vorschwätzte, daß selbst einige seiner eifrigsten Anhänger, die ihn vorher nicht kannten, bedeutend abgekühlt worden sind. Er wird bald Deutschland wieder beglücken." Hiemit dürften alle Zweifel vollends beseitigt sein.

"Der konstitutionelle Verein zu **Bamberg** hatte aus Anlaß der Gemeindewahlen gedruckte Listen mit den Namen der Männer seines Vertrauens unter die Bürger vertheilen lassen. Dieß ist ein Brauch, der in allen konstitutionellen Staaten, namentlich auch in Würtemberg und Baden lange Zeit hindurch bestanden hat. Demokraten aber, denen die Namen, welche die Liste enthielt, nicht zusagten, erklärten diese Handlung des konstitutionellen Vereins als Wahlumtriebe und verlangten sogar eine Kriminaluntersuchung. Dieses Verlangen ist jedoch, wie wir jetzt vernehmen, von dem dortigen Kreis- und Stadtgerichte als unbegründet zurückgewiesen, und der Wahlausschuß von der Regierung wegen der in dieser Sache gethanen Schritte zur Verantwortung aufgefordert worden. — Ein neuer Beweis, wie die Demokraten die Freiheit auffassen: statt von dem gleichen Rechte Gebrauch zu machen, auch ihrerseits eine Wahlliste auszugeben, die Männer ihres Vertrauens ihren Mitbürgern anzuempfehlen, welche dann schon durch die Wahl ihre freie Entschekung gegeben haben würden, suchten sie eine ihnen drohende Niederlage bei den Wahlen durch eine Anrufung der Gerichte zu Gunsten der Beschränkung der konstitutionellen Freiheit abzuwenden!

Würzburg, 23. Sept. Zuverlässigen Mittheilungen zufolge, sollen vier ständige Lager, jedes von 12,000 Mann, und zwar nach eine bei Ellwangen, das zweite bei Kreuznach, das dritte bei Ulm, das vierte bei Offenburg zusammengezogen werden. Die zurückbleibenden Truppen, welche überall auf den mobilen Präsenzstand gesetzt werden, formiren nach Rückstellung einer genügenden Reserve mobile Abtheilungen. (Würzb. Z.)

Schleswig-Holstein. Die dänischen Blätter scheinen andeuten zu wollen, als ob man dänischerseits auf weitere Konzessionen bezüglich des Waffenstillstandes nicht einzugehen gesonnen sei. Der Minister des Auswärtigen hat nach der Berl. Ztg. am 17. ein Runschreiben an die dänischen Gesandten im Auslande erlassen, bestimmt zu erklären, daß von den Modifikationen des Waffenstillstandes durchaus keine Rede sei, weder auf Vorschlag von der andern Seite, noch als Zugeständniß Dänemarks. In Betreff der provisorischen Administration in den Herzogthümern enthält die Depeschenmittheilung Folgendes: „In Veranlassung, daß die durch die Malmoer Konvention zur Bildung der provisorischen Administration in den Herzogthümern gewählten Männer mit Ausnahme des Prälaten Graf Moltke sich der auf sie gefallenen Wahl entzogen haben, haben Se. Maj. durch Reskript vom 10. an ihre Stelle den Amtsverzeser Ammann Johannsen und den Bischof von Alsen und Arrde Hansen ernannt, der Regierungskommission beigetreten, die in Uebereinstimmung mit Art. 7 der Waffenstillstandskonvention für beide Herzogthümer eingesetzt werden soll." — Diese Herren haben bereits am 18. ds. Mts. auf Verordnung den Beginn ihrer Funktionen öffentlich zur Kunde gebracht. Die Proklamation ist unterzeichnet von Grafen Moltke, Ammann Johannsen-Norburg und dem Bischof Hansen in Igen auf Alsen (ein geborener Schleswiger.) Graf Moltke, der den König zweimal vergebend um seine Entlassung gebeten haben will, will in Flensburg seine Wohnung nehmen. Bestätigen sich diese Angaben in ihrem ganzen Umfange so ist zu fürchten, daß daraus neue Verwicklungen in den Herzogthümern entstehen können.

Preußen. ⊙ Berlin, 23. Sept. In der gestrigen äußerst stürmischen Sitzung der Nationalversammlung antworteten der Ministerpräsident General Pfuel auf die Interpellation des Hrn. v. Kirchmann im Betreff der Ernennung des Generals Wrangel zum Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken und des von ihm erlassenen Armeebefehls. Fünf Fragen hatte Hr. v. Kirchmann gestellt nämlich: 1) ob es gegründet, daß durch eine k. Kabinetsordre vom 15. d. M. den General v. Wrangel der ehemalige Oberbefehl über die Truppen in den Marken wieder übertragen worden sei, obgleich derselbe eine ehrenvolle Entlassung mit Pension nachgesucht habe? 2) Ob dem General Wrangel hierbei noch besondere Instruktionen ertheilt worden? 3) Mittheilung zu machen von den Gründen zu dieser außerordentlichen Maßregel, 4) Mittheilung über die Gründe zu Zusammenziehung einer bedeutenden Militärmacht um Berlin; 5) Ob der Hr. Kriegsminister mit dem Inhalte des Erlasses des Generals v. Wrangel v. 17. überall einverstanden sei. Der Ministerpräsident antwortete zu 1: Der genannte Oberbefehl sei dem General durch k. Erlaß, gegengezeichnet von dem damaligen Kriegsminister Frhrn. v. Schreckenstein, übertragen. Er verliest nunmehr die hiererhalb erlassenen Kabinetsordres an den General Wrangel und den Kriegsminister. Der Frage, ob dem General Wrangel hierbei noch besondere Instruktionen ertheilt worden seien, könne er nur ein einfaches Nein entgegenstellen, es gehe Ihr auch aus den Kabinetsordres selbst hervor. Wenn er aufgefordert werde, Mittheilungen zu machen von den Gründen, welche zu dieser außerordentlichen Maßregel Anlaß gegeben, so sei diese Veranlassung sehr einfach; wenn Truppen verschiedener Armeekorps in einer und derselben Provinz zusammenkommen, so pflege man den Oberbefehl einem Einzigen zu übertragen, Behufs der Vereinfachung der Geschäfte, dem sonst mitunter Instruktionen von dem Kriegsminister fast an die einzelnen Generalkommando's und von diesen erst an die gemeinsam versammelten Truppen gehen, was für diesen Fall zu weitläufig sei. In Beziehung auf die Gründe, weshalb um Berlin eine so bedeutende Militärmacht konzentrirt worden sei, bemerke er, daß die Lage der Dinge innerhalb und außerhalb Deutschlands es als nothwendig erscheinen ließen, Truppen für alle Eventualitäten in Bereitschaft zu halten: es wäre aber natürlich, in solchem Falle die Truppen an den Knotenpunkten der Eisenbahnen zu konzentriren; Berlin sei ein solcher Knotenpunkt und deßhalb seien die Truppen hier in einer größeren oder geringeren Entfernung vornemlich stark konzentrirt, um jeden Augenblick dahin, wo es nöthig sei, befördert zu werden. In Beziehung auf die fünfte Frage entsteht, ob der Kriegsminister mit dem Inhalte des Erlasses des Generals Wrangel vom 17. d. M. überall einverstanden sei, erkläre er, daß er als die leitende Ansicht des Erlasses nichts Anderes ersenne, als die Zusage der Mitwirkung der Truppen zur Aufrechthaltung der Ordnung, wenn sie gestört werde; in dieser Beziehung müsse er mit Bestimmtheit seine Uebereinstimmung. Der Abg. v. Kirchmann erklärt sich mit dem Antworten der Minister gestellt, namentlich nicht in Beziehung auf den letzten Punkt, und hebt zu diesem Behufe diejenigen Punkte in dem Erlasse des Generals Wrangel einzeln hervor, über welche er eine Aufklärung von dem Kriegsminister wünsche. v. Pfuel bemerkt darauf, wie in einem Armeebefehle, der zunächst nur an die Soldaten gerichtet sei, die Worte nicht so scharf abgewogen werden könnten, wie sie streng festhalten werde an dem Grundsatze, daß das Militär nur die letzte Anflanz für das Einschreiten abgeben müsse; bezüglich Desjenigen, was der General Wrangel als seine Aufgabe bezeichne, so genüge es wohl, zu bemerken, daß derselbe seine Instruktion überhaupt nicht kennen könne, diese Instruktionen aber von dem verantwortlichen Kriegsministerium ausgehen müßten. Der Abg. Bucher beantragt, diese Erklärungen des Herrn v. Pfuel in das Protokoll aufzunehmen, was denn auch nach einer längeren Zwischendebatte beschlossen wird. Ein Antrag des Abg. Waldeck, das Staatsministerium aufzufordern, daß es dem General Wrangel zur Zurücknahme seines Armeebefehls auffordere, in unumwundener Bestimmung mit 202 gegen 139 Stimmen als nicht hinreichend begründet erklärt. Dann kam der Antrag der H.H. Bloem und v. Berg an die Reihe. „Die hohe Versammlung wolle, ihren höchsten Unwillen über die jüngsten Ereignisse zu Frankfurt bekundend, erklären, daß sie jede Störung der deutschen Nationalversammlung in der völligen Freiheit ihrer Berathungen, jeder revolutionäre gegen dieselbe heilige Act der Gewalt streng verfolge, die deutsche Zentralgewalt zur Unterdrückung solcher Angriffe überall kräftigst zu unterstützen." Nach trefflichen Reden der beiden Antragsteller zu Begründung ihres Antrags, versuchte die äußerste Linke durch das Organ des Abg. Elsner denselben durch den Antrag auf Tagesordnung zu beseitigen; aber diese wurde mit großer Stimmenmehrheit verworfen. Am Schluß der Debatte erklärte der Ministerpräsident, dem Wunsche der Antragsteller sei insoferne schon zuvorgekommen, als den Generalkommandos die Weisung zugegangen, die Zentralgewalt ganz nach ihren Wünschen zu unterstützen. Der jetzige Kommandeur des 8. (rheinischen) Armeekorps habe übrigens bereits zuvor dieser gemeldet, daß er Truppen nach Frankfurt beordern habe. Bei der Abstimmung durch Namensaufruf wird der Bloem-Berg'sche Antrag mit 238 gegen 77 Stimmen angenommen. Zuletzt fragte noch der Abg. Par den Ministerpräsidenten, welche Stellung er zu den Beschlüssen der Nationalversammlung vom 9. Aug. und 7. Sept. d. J. auf den Schulze-Stein'schen Antrag einzunehmen gedenke, ob zur Ausführung derselben schon Schritte geschehen, und wenn nicht, ob und welche er zu thun beabsichtige? Der Ministerpräsident kündete Antwort auf nächsten Montag an.

* Berlin, 23. Sept. Die demagogischen Klubbs hatten gestern Alles aufgeboten, um die Massen zu reizen. Reden auf den Straßen, Bauernanschläge, Vertheilung von aufwiegelnden Flugblättern, alle denselben Grundton festhaltend, wirkten im Einklange; die Erklärungen des Ministerpräsidenten v. Pfuel wirrten den Scheusehern und Pfuscherinnen, die jetzt die politische Kannegießerei zu ihren Hauptgewerbe gemacht haben, als verdächtig, als „reaktionär" etwa würden unsere modernen Volksaufwiegler anfangen, wenn sie dieses Schlagwort nicht schon hätten! Nun wissen sie es wohl auch nicht gliken. Die Worte des General Wrangel sind von unendlich magischer Wirkung gewesen, und haben bei Vielen die Luft zum Krawalliren merkwürdig herabgestimmt. Auch auf die Bürgerwehr scheinen sie gewirkt zu haben, denn wir sehen sie gestern Vormittags in großer Zahl zum Schutze der Nationalversammlung und zur Aufrechthaltung der Ordnung versammelt. Am so besser wenn sie den braven General die Rothwendigkeit erfahrt, die Güte der Truppen, die haarsträubendsten Schimpfe und die Kugeln im Gewehr zu erproben an etwaigen Krawallirern. — Hr. Camphausen ist noch hier, er war von Frankfurt gleich Hrn. v. Beckerath durch den Telegraphen hieher gerufen worden. Wäre ein Ministerium Beckerath zu Stande gekommen, so wäre Hr. Camphausen wohl als Finanzminister eingetreten. — Graf v. Schwerin, von dem Reichsverweser hieher geschickt, um genaue Aufschlüsse über die Frankfurter Vorfälle zu geben, ist bereits vom König empfangen worden. — Der bekannte Russe Bakunnin, der stets mit den polnischen Aufwieglern in Paris, in Brüssel, kann hier innigst zusammenwirkte, soll nach einer Angabe hier verhaftet, nach der andern nebst einer Anzahl Polen ausgewiesen worden sein.

* Breslau, 22. Sept. Der kommandirende General des 6. Armeekorps in Breslau, Graf v. Brandenburg, hat gestern in Beziehung auf die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung der Stadt einen Erlaß veröffentlicht, worin er gegen alle Theilnahme an Wühlereien warnt und zugleich die Hälfte aufzählt in welchen er theils auf die Requisition der bürgerlichen Behörde hin, theils eine direkte Veranlassung mit aller ihm zur Verfügung stehenden Macht energisch einschreiten werde.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 25. Sept. Bayer. 3½ proz. Obligationen 77 P. — G. 4proz. do. do. Bankaktien 11. Sämsser 560 P. Prowssen 38 P. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 75 P.

Wien, 23. Sept. 5proz. Metall. 79, 4proz. 62, 3proz. 48, 2½proz. 41½, 1834r 500 fl.-Loose 128. 1839r 250 fl.-Loose 88. Bankaktien 1085. Nordbahn 104. Glogguitz 94. Lemberg-Mailand 70. Dedenitz —. Rhorns 63½. Pesth 64. Gran 54½. Neusinnsdorf 95.

Berlin, 23. Sept. Inländische Fonds. Staatsprämien-Anleihe 103½. Kurmärkische Pfandbriefe 104½. Neumärkische dito 104½. Pommersche dito 104½. Posensche dito 104½. Schlesische dito 104½. Preußische dito 104½. Westphälische dito 104½. Rheinische dito 104½. Sächsische dito 104½. Schlesische Rentenbriefe 104½. Kur- und Neumärkische dito 104½. Pommersche dito 104½. Preußische dito 104½. Posensche

Bekanntmachungen.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. v. Ramer, Gutsbesitzer, von Pesth. Spaner und Borrash, Rentiers, aus England. Dr. Widemann, von Würzburg. Frau v. Seiten, von Würzburg. Fürstin Ratschkin, von Odessa. Graf Rotth, von Prag. Thomas, von Prag. Lord Nepton, von London.

Gold. Hirsch. v. Starodini, aus Rußland. Frhr. v. Münster, von Aschaffenburg.

Hotel Maulik. Baron v. Gisiola, Rentier, aus Polen. Schüle, Cassier, von Augsburg. Zaixerhoff, Rentier, aus Holland. Friese, Proprietär, aus Spanien. Pabold, Kaufmann, von Iserlohn. Raab, Kaufmann, von Frankfurt. Kreyer, Kaufmann, von Koblenz. Weight, Rentier, aus England. Paulling, Rentier, von Rhein. Merian, Rentier, von Berlin. Gutmann, Privatier, von Fürth.

Gold. Kreuz. Fuchs, Gerichtshalter, von Neubeuern. Planner, Pantillier, von Dresden. Zohlgander, Getreide, von Rosenheim. Schnell, Pfarrvikar, von Moosburg.

Gold. Hahn. Mueder, Privatier, von Hamburg. v. Zeller, Kaufmann, von Speier. Dorn, Rentier, von Nürnberg. Frhr. v. Bernhard, von Hof. Graf v. Hoder, Oberst, von Stuttgart. v. Donovig, Stallmeister, von Lustschlossberg. Eisele, Oekonom, von Augsburg. Barmer, Ingenieur, von Koblenz. Dittmer, Gartendirektor, von Giessen. Gosbrich, Proprietär, von Sigmaringen. Kiekloll, Rentier, von Bairenth. Frhr. v. Aschenfels, Generalmajor, von Wien. Banger, Kaufmann, von Leipzig. Schütze, Kaufmann, von Würzburg.

Blaue Traube. Frau v. Clemy, von Magdeburg. Blitzer, von Wald. Baumann, Kaufmann, von Bremen. Ehrlich, Landgerichtsassessor, von Landshut. Fräulein Magdeburg, von Magdeburg. v. Panzfriden, Gutsbesitzer, von Antwerpen. Frau v. Feuerl, von Mainz. Graf v. Lodron, von Karlsbad. Dr. Loë, Gerichtsrath, von Rodenz. Dr. Schilling, von Wien. Johnsen, Rentier, aus England. Fürst, General und Festungskommandant, von Landau. Zuckert, Oberlieutenant, von Regensburg. Graf v. Preysing-Hohenaschau. Neuländer, Fabrikant, von Feldbach. Baron v. Forstinger, Kapitän, von Straubing. Rohmann, Lieutenant, von Landau.

Stadtwirthsgarten. Dr. Binder, von Augsburg. Dänzer, Fabrikant, von Fürth. Kesser, Privatier, von Mittelberg. Drechsel, Assistent, von Mittelberg. Bergmann, Bierbrauer, von Wien. Dem. Weiß, von Regensburg. Lahner, von Regensburg. Sorgen, Kaufleer, von Riedlingen. Kubele, Schneider, von Göggingen. Bader, Privatier, von Dinkelscherben. Kraus, Gutsbesitzer, von Radolzig. Elsäs, Kreisassessor, Offiziant, von Würzburg.

Gestorbene in München.

Joseph Heinzlmaier, Schäfferzgeell v. h., 27 J. a. Joseph Oswald, Stadtmusikantenschreiber, 27 J. a. Dr. Dempp, ehemal. Privatdozent, 46 J. a. Michael Brey, ehemal. Schreiber von Stamsried, 84 J. a. Anton v. Dalling, Privatier, 53 J. a. Helena Riedler, Sattlerstochter von Schönau, Lgde. Eggenfelden, 43 J. a. Monika Schnaderer, Zeughauschmieds-Witwe, 80 J. a. Peter Müller, Schneidergesell von Straubdorf, Lgde. Bamberg, 37 J. a. Karl Neuber, penf. Maler, 60 J. a. Johanna Schedenpflug, Kaufmannsgattin, 31 J. a. Walburga Zimmermann, Wängenbetterstrau, 65 J. a.

137. Das

Königliche Ober-Post-Amt

bringt hiedurch öffentlich zur allgemeinen Wissenschaft, daß die unten nach Serien und Nummern angezeigten Spielscheine von dem freiwilligen Sprozentigen Anlehen zu Berlin gegangen sind, und verbindet damit das Ersuchen an alle Behörden, Handlungshäuser und Private, bei Annahme derartiger Spielscheine zur Ermittlung des allenfalls unrechtmäßigen Besitzers hievon Bedacht zu nehmen, und vorkommenden Falles der einschlägigen Polizeibehörde alsbald davon Anzeige zu machen.

1) Zu 20 fl. — Eine Serie, oder 35 Stücke; Serien-Nro. 1886 Kat.-Nro. 44,376 bis 44,410.
2) Zu 35 fl — Zwei Serien, oder 40 Stücke; Serien-Nro. 119 und 120. Kat.-Nro. 3,861 bis 3,900.
3) Zu 35 fl — Eine Serie, oder 20 Stücke; Serien-Nro. 451. Kat.-Nro. 11,401 bis 11,420.
4) Zu 35 fl. — Vier Stück; Serien-Nro. 462 Kat.-Nro. 11,621 bis 11,624
5) Zu 50 fl. — Drei Serien, oder 42 Stücke; Serien-Nro. 6807 bis 6809. Kat.-Nro. 157,385 bis 157,426.
6) Zu 50 fl. — Zwei Serien, oder 28 Stücke; Serien-Nro. 6813 und 6814. Kat.-Nro. 157,469 bis 157,496.

Augsburg 23. Sept. 1848

Königliches Ober-Post-Amt.
Frh. v. Taufkirchen.
v. v. Retheim.

Bekanntmachung.

138. Auf Andringen eines hypothekgläubigers wird das Anwesen des Peter Appel, Metzgers dahier, dem öffentlichen gerichtlichen Verkaufe unterstellt.

Dasselbe besteht aus:

a) Haus-Nro. 609 Haus-Nro. 125 Lit. D Wohnhaus und Hofreith mit einem Drittel Brunnenrecht 3 Dez., 18 W., werth 600 fl.
b) Haus-Nro. 3229 Kramgarten 11 Dez., 14 W., werth 40 fl.
c) Haus-Nro. 4085 halber alter Umriß 7 Dez., 10 W., werth 20 fl.
d) der reinen Metzgergerechtsame, werth 800 fl.

Auf dem Anwesen ruhen 1506 fl. Hypotheken.

Weitere Aufschlüsse werden bei Gericht ertheilt.

Zur Abgabe der Kaufsangebote wird Tagsfahrt auf

Montag den 13. November l. Js. Vormittags von 10 bis 12 Uhr.

anberaumt, wozu Kaufsliebige mit dem Beifügen geladen werden, daß der Hinschlag nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98—101 der Novelle von 1837 erfolgt, und dem Gerichte unbekannte Personen sich über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben, außerdem sie zur Steigerung nicht zugelassen werden würden.

Kösing den 5. Sept. 1848.

Königl. Landgericht Neuburg.
Zeiß.

Bekanntmachung.

136. (2a) Der gefertigte Stadtmagistrat hat nach erholter hoher Regierungsgenehmigung im Einverständniß mit den Gemeindevertretungsrichtigen beschlossen, einen rechtskundigen Stadtschreiber in provisorischer Eigenschaft aufzunehmen.

Demselben wird ein jährlicher Gehalt von 600 fl. und freie Wohnung zugesichert. Der Dienst tritt, sich am liebe Stelle zu benehmen, hat sein Gesuch mit den vorgeschriebenen Zeugnissen binnen vier Wochen a dato bei dem hiesigen Magistrat einzureichen.

Am 23. Sept. 1848.

Magistrat der königl. Stadt Burghausen,
Der stellvertretende Bürgermeister:
Joseph Damel.

Erledigte Rentamtsoberschreiberstelle.

126. (3c) Bei dem königl. Rentamte Regen in Zwiesel wird ein Schutz Oberer l. Js. die Oberschreiberstelle erledigt. Bewerber, die ihre volle Befähigung, insbesondere in Bezug auf das Rechnungswesen auf das definitive Steuerwesen nachzuweisen vermögen, wollen sich an das genannte königl. Amt wenden.

Bekanntmachung.

122. (3c) Durch Erkenntniß vom 13. Juni l. Js. wurde in dem Debitwesen des Steinlieferanten Michael Lechner dahier der Universalkonkurs erkannt und werden demnach die gesetzlichen Edikteladungen und zwar zur Liquidation der Forderungen und deren gehörigen Nachweisung auf

Montag den 16. Oktober l. Js.,

zur Vorbringung der Einreden gegen die angemeldeten Forderungen auf

Donnerstag den 9. November l. Js.,

zur Abgabe der Schlußrezesse und zwar

a) für die Replik auf
Samstag den 2. Dezember l. Js.,
b) für die Duplik auf
Samstag den 30. Dezember l. Js.
jedesmal Vormittags 9 Uhr.

(Zimmer Nro. 7.)

festgesetzt, wozu sämmtliche Gläubiger unter dem Präjudize geladen werden, daß das Ausbleiben oder Nichterscheinen am 1. Edikttage den Ausschluß der Forderung von gegenwärtiger Konkursmasse, das Nichterscheinen an den übrigen Edikttagen aber den Ausschluß der treffenden Handlung zur Folge hat.

Zugleich werden alle diejenigen, welche etwas von dem Vermögen des Gemeinschuldners in Handen haben, aufgefordert, solches, vorbehaltlich ihrer Rechte dem Gantgerichte zu übergeben, und auch noch bemerkt, daß man am ersten Edikttage zur Wahl eines Massakurators schreiten werde, und daß das rektifizirte Inventar vom 1. Juli 1847 einen

Aktivstand von 8,708 fl. 6 kr, und einen Passivstand von 15,889 fl. 56½ kr.

ausweiset, unter welch letzteren 5,500 fl. Zwiggeld und Devotekraftionen begriffen sind.

Verfügt am 5. Sept 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Direktor:
Barth.

Zick.

72. (1) Man sucht für zwei Knaben einen Hofmeister katholischer Religion, der ganz geübt französisch spricht, und nicht nur deutschen und lateinischen, sondern auch Unterricht im Klavier zu geben versteht.

D. Ueb.

Ediktal-Citation.

120. (3c) In der früher bei dem Patrimonialgerichte Hofeck anhängig gewesenen, seit dem Jahre 1841 aber von dem unterfertigten Landgerichte als Patrimonialgerichtsnachfolger fortgeführten Verlassenschaftssache zu Poiek verstorbenen Kammerfrau Maria Sobberth, geb Stahl, aus Ansbach, deßhalt sich im Depositorio des königl. Landgerichts Hof kleide baar, theils in Papieren noch der Betrag von

550 fl. —

Es werden daher alle diejenigen, welche Ansprüche auf die Aushändigung dieser Masse haben, annoch edikttäter vorgeladen, innerhalb 3 Monaten, und längstens bis zum

15. Dezember d. Js,

vor unterfertigtem Gerichte persönlich oder durch gehörig legitimirte Vertreter zu erscheinen und ihre Ansprüche nachzuweisen, widrigenfalls die Masse als herrenloses Gut behandelt würde.

Hof am 6. Sept. 1848.

Königl. bayer. Landgericht.
Bisani.
Maisl.

Berichtigung.

In Nro. 68 der „Neuen Münchener Zeitung" ist in der Bekanntmachung des königl. Landgerichts Ansmannstadt (Nol.-Nro. 117), die Gantsache der Anna Zufann betr. stend, aus Versehen die Unterschrift des königl. Landrichters unrichtig angegeben; selbe soll statt: „Klimmerle" heißen: „Debberling".

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Zur Entgegnung.

† Die Nummer 253 der Augsburger Postzeitung enthält einen aus Frankfurt datirten Artikel, gegen dessen Kombinationen zwar schon in einer Anmerkung der Redaktion theilweise Verwahrung eingelegt wurde, welcher indeß die von der bayerischen Regierung bezüglich der Waffenstillstands-Angelegenheit zu Frankfurt abgegebene Erklärung in so böswilliger Weise verdächtigt und mit so durchaus falschen Unterstellungen durchflicht, daß einige Worte der Erwiederung wohl hier am Orte sind.

Bekanntlich hat die bayerische Regierung im Einklange mit den Wünschen der Nation nicht eben erst jetzt, sondern vom ersten Anfange an den rücksichtslosen, thatkräftigen Anschluß an die deutsche Sache und ihre Bevollmächtigt zur Unterordnung unter die Centralgewalt laut und unumwunden erklärt.

Die wiederholten königlichen Proklamationen sind dessen Zeuge gewesen für alle Welt, nur nicht, wie es scheint, für den Verfasser des fraglichen Artikels.

Daß die bayerische Regierung in dem Augenblicke, wo die von allen Deutschen ersehnte Einigung des Vaterlandes durch die Waffenstillstands-frage mit den verhängnißvollsten Zerwürfnissen bedroht zu werden begann, die Erklärung ihres Anschlusses an die Centralgewalt, so wie ihrer Bereitwilligkeit zur sühnenden Vermittlung rasch und mit Entschiedenheit erneuerte, das däucht uns zeitgemäß, vor Allem aber offen und ehrlich gehandelt zu sein; nicht so freilich dem Korrespondenten vom Main, der unter Umgangnahme von Allem, was Bayern und seine Regierung mit Wort und That vor Aller Augen bekräftigt haben, — die fraglichte Erklärung als eine theils feige, theils berechnende Unterwerfung auf Gnade und Ungnade zu bezeichnen seinen Anstand nimmt; dabei zur Begründung seiner Kombinationen natürlich auch die Lüge nicht verschmäht, als sei die Huldigung der Truppen für den Reichsverweser in Bayern so zu sagen vereitelt oder wohl gar verweigert worden; kurz, der in der angeblich plötzlichen Wendung der Dinge alles Andere, nur nicht den durch den Drang der Umstände gebotenen, entschiedenen Ausdruck vaterländischer Gesinnung erblickt. Der von dem Gesammtministerium im Augenblicke der drohenden Gefahr sofort Reichsministern und dem Könige wohl kaum aus dynastischem Sonderinteresse sanktionirten Erklärung mußte aber nun einmal um jeden Preis eine schlimme Absicht unterstellt werden, wozu die neuerliche Verwollständigung und Verstärkung der bayerischen Armee den erwünschten Anlaß gewährte.

Zwar ist gerade durch diese, dem Lande mit Dank begrüßten, außerordentlichen Anstrengungen, den ausdrücklichen Anerkennungen der Centralgewalt, dem Gebote der Zeitumstände und einem im Einklang auf manches früher Verfaumte, als vor Allem dringend anerkannten Bedürfnisse entsprochen worden.*)

All dies kümmert indeß den Korrespondenten in Frankfurt nicht. Für ihn haben die Anstrengungen der bayerischen Regierung zur Niederwerfung des Hasses nur den Zweck, die Stellung „zur Niederkämpfung der mächtigeren Reichsfürsten“ auf gut Glück herzugeben, wofür dem von den Demokraten übrigen Bayerlande die Reichskrone in nebliche Aussicht gestellt wird.

Bayern wird dem Korrespondenten der Augsburger Postzeitung gerne den Ruhm der Vaterschaft für solche Ungereimtheiten überlassen.

Die ganze von ihm erdachte und in erbaulicher Weise eines Breiteren erörterte Manipulation hat auch in der That so viel Lächerliches, daß wir dem gesunden Sinne der Leser zu nahe treten würden, wollten wir dergleichen Dinge hier Schritt für Schritt verfolgen.

Es mag vielmehr genügen, den Schreiber des Artikels für ein andermal daran zu erinnern, daß es unter ehrlichen Leuten Brauch ist, ehrenhafte, durch Wort und That als solche offen bekräftigte Gesinnungen nicht ohne die triftigsten, durch Thatsachen unterstützten Gründe zu verdächtigen.

Der Ludwig-Donau-Main-Kanal.

Nürnberg, 25. Septbr. Heute Vormittag fand in Gegenwart des Vorstandes der kgl. Kanalverwaltung, Regierungsrath von Hartmann, und des kgl. Regierungsbevollmächtigten bei der Aktiengesellschaft für den Ludwigskanal, Regierungsrath Meyer von Würzburg, die erste Sitzung der zweiten Generalversammlung der Aktionäre statt, in welcher 61 Stimmen vertreten waren. Es wurde auch dieses Mal Hr. Bürgermeister Dr. Binder zum ersten Präsidenten gewählt und hierauf zur Wahl des Vizepräs. (in der Person des k. Appellationsgerichtsraths Dr. Bibler v. Eichstätt) und der Komitémitglieder geschritten. Das Vorlesen des Rechenschaftsberichts des Ausschusses über seine Geschäftsführung in dem Zeitraume vom 16. Juli 1846 bis 24. Sept. 1848 mit seinen Anlagen, wo-unter sich der Bericht der kgl. Kanalbauinspektion über die bauliche Vollendung des Kanals und der Bericht der kgl. Kanalverwaltung über die Verwaltung und die Betriebsergebnisse pro 1846 und 1847 befanden, nahm den ganzen Vormittag in Anspruch, so daß man sich darauf beschränken mußte, den Rechenschaftsbericht des Ausschusses mit seinen Anlagen dem Generalkomité zur Begutachtung zu überweisen und die Berathung und Beschlußfassung darüber auf den 28. d. M. zu bestimmen. Aus dem Inhalte der ebenbemerkten Berichte heben wir hervor, daß sie der generellen Uebergabe des Kanals an die Aktiengesellschaft am 2. Juli 1846 die 5. Staatsregierung nicht unterlassen hat, sehr schätzenswerthe und berücksichtige Nachcorrekten und Abänderungen auf Kosten der Kanalbaufonds anzuführen, wodurch nunmehr der Kanalbau als vollständig vollendet sich darstellt und 100 Kammer-Schleusen, 66 Schleusenwärterhäuser, 61 steinerne und 66 hölzerne Brücken über den Kanal, 102 Durchlässe unter dem Kanal, 66 Brücken neben dem Kanal, 60 Durchlässe unter Brückenanfahrten, 24 Uferwauern ausschließlich jener an den Brücken mit 1,5839' Gesammtlänge, 11 Einlaßstellen neben dem Kanal mit 2,739' Gesammtlänge, 129 Einlässe, 19 Ueberfälle, 38 Grundabzüge. 12 Brückkanäle und 3 Durchfahrten ꝛc., im Ganzen 1055 Bauwerke, — die Nebenanfahrten des Kanals, 15 Krahnen, 10 Lagerschuppen nicht eingerechnet — in sich zählt. Der Wasserstand in dem Kanale und in dem kanalisirten Theile des Altmühlflusses ist in allen Zeiten teils der Uebernahme des Kanals von der Aktiengesellschaft der normale gewesen, und es ist seine Besorgniß gegeben, daß jemals ein Wassermangel eintreten könnte. Nach dem gegenwärtigen Stande des Verzeptions- und Aufsichtspersonales befinden sich am Kanale 9 Einnehmer, 4 Gehilfen, 2 Hafenmeister, 65 Schleusenwärter und 26 Gehilfen. Nach Ludwels der Aichlisten wurden am Kanale 58 Schiffe ser einen Gehalt, 66 der zweiten, 25 der dritten, 19 der vierten Klasse, in Summa 170 Schiffe, mit einer Gesammtragfähigkeit von 173,710 Zollzentner, geaicht. Die vorgelegte Uebersicht des Schiffs- und Waarenverkehrs im Jahre 1846 zeigt ein Gesammtgewicht von 1,174,025 Zentner mit einer Gesammtreinnahme von 59,640 fl. 4½ kr., diejenige pro 1847 einen Schiffsverkehr von in Summa 3544 Fahrten, dann eine Transportsumme von 1,765,200 Ztr. Waaren (worunter abgerechnet von Kelheim 343,194, von Nürnberg 287,332, von Bamberg 368,434, angekommen in Kelheim 193,586, in Nürnberg 96,347, in Bamberg 271,254), mit einer Gesammtreinnahme von 102,574 fl. 49 kr. Wenn diese Resultate auch noch nicht geeignet sind, den Aktionären aus den Vorjahren eine Rente zuzuwenden, indem auf den Kanalerträgnissen jährlich 105,000 fl. für die Unterhaltung und Beaufsichtigung des Kanals, dann 2 pCt. aus der Nutznetz der Kanalgebühren für die Benützung derselben verrechnungsmäßig gebühren, so erübrigt dieß nur ein Geringes, um zu diesem Ziele zu gelangen und steht die Erreichung desselben in naher Aussicht, wenn die von der Kanalverwaltung und dem Gesellschaftsausschusse in Anregung gebrachten Mittel zur Hebung des Kanalverkehrs gelungenen Orts nicht unbeachtet geblieben sind. Von besonderem Interesse war es, zu vernehmen, daß für alle auf der in Unterbrochenen Wasserstraße des Rheins, Mains, Ludwigskanals und der Donau von den Niederlanden nach Oesterreich und vice versa transitirenden Güter eine Durchgangszollbefreiung bewilligt wurde, welche 15% der Zollsumme beträgt, desgleichen, daß diese Begünstigung nunmehr auch denjenigen Gütern und Waaren zu Theil wurde, welche auf der belgisch-rheinischen Eisenbahn nach Köln gelangen, um von dort zu Wasser mit Benützung des Mains, des Ludwigskanals und der Donau über Passau ausgeschifft zu werden oder umgekehrt, so daß von diesen Gütern sortan nur mehr bei der schließlichen Wegleitirenabentrigung der überheinische Bahnzoll mit einem halben Silbergroschen per Zollzentner erhoben wird. (Korr. v. u. f. D.)

Deutschland.

Würtemberg. — Am 23. Abends war noch eine weitere Abtheilung Fußvolk von Ludwigsburg in Stuttgart eingerückt. Die Beurlaubten sind großentheils einberufen. Der 24. ist ganz ruhig vorübergegangen. Die Volksversammlung fand auf der Seewiese statt; ziemlich viel Volk wohnte ihr bei. Der bankrotte Fabrikant Rau war, nicht erschienen. Von seinen Pseudo Würtembergs hört man gar Nichts. Die Bürger ermannen sich überall an der Energie, welche jetzt die Regierung zeigt. Möge das Beispiel überall nachgahmt werden.

Baden. — Karlsruhe, 25. Sept. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 66 enthält folgende Verordnungen und Bekanntmachungen: „Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. In Erwägung, daß heute Nacht auch bei Großsachsen, Bezirksamts Weinheim, die Eisenbahn zerstört wurde, wird nachträglich zu der Verordnung vom 23. d. M. (Reg.-Bl. Nr. 65) auch der Amtsbezirk Weinheim in Kriegszustand erklärt. Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 24. Sept. 1848. Leopold. Druck. Nebenius. Welk. C. Hoffmann. Bücher.“

„Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. In Erwägung, daß die Eisenbahn an verschiedenen Orten zerstört wurde, um die Bewegung der Truppen, welche zur Unterdrückung des hochverrätherischen Aufruhrs bestimmt sind, und die amtlichen Mittheilungen zu hindern oder aufzuhalten. — In Erwägung, daß seine solche Handlung wegen ihres Zweckes als Hochverrath erscheint, — in Erwägung, daß die Zerstörung der Eisenbahn aber auch, abgesehen von diesem hochverrätherischen Zwecke, die größten Gefahren für das Leben und die Gesund-

*) Der derzeitige Stand der bayerischen Armee beträgt nicht etwa 120,000 M., wie der Korrespondent der Postzeitung fabelt, sondern wenig mehr als die Hälfte, nagelsfr 75,000 M., wovon überdieß ein beträchtlicher Theil im Urlaub sich befindet.

heit des Publikums, daß sich dieser großartigen Anstalt bedient, mit sich führt, — es also in jeder Beziehung höchst dringend ist, diesen verbrecherischen Versuchen zu begegnen, — wird hiermit die Eisenbahn unter den besondern Schutz der Gemeinden gestellt, die ohnehin vermöge der ihnen zustehenden Ortspolizei für die öffentliche Sicherheit in ihren Gemarkungen zu sorgen haben. Dieselben werden in ihrem eigenen Interesse sich veranlaßt sehen, zur Abwendung der der Eisenbahn drohenden Gefahren nach Umständen durch Patrouillen und in anderer Weise nach Kräften mitzuwirken. Die Säumigen hätten die nachtheiligen Folgen sich selbst zuzuschreiben, welche in Fällen von Beschädigungen durch nothwendig werdende Maßregeln für sie entstehen. Gegeben zu Karlsruhe in unserem Staatsministerium, den 24. Sept. 1848. Leopold. Dusch. Rebenius. Welk. C. Hoffmann. Wöchler."

Die Kasse. 3. bringt Näheres über das Gefecht bei Staufen. Am 24. Morgens 6 Uhr entdeckte General Hoffmann, der von Freiburg aus mit 2 Bataillonen, 1 Eskadron und 4 Geschützen aufgebrochen war, zwischen Staufen und Heitersheim einige bedeutende Haufen von Aufrührern. Die Truppen rückten sogleich zum Angriffe vor; allein die Aufrührer hielten im freien Felde nicht Stand, sondern warfen sich nach Staufen, wo sie Barrikaden errichteten und die Brücke abtrugen. Die Truppen folgten ihnen im Sturmschritt und begannen in 2 Kolonnen den Angriff. Der Vertheidigung war sehr lebhaft, konnte aber das Vordringen der braven Truppen nicht hindern. Sie verloren 2 Todte und haben 10 Verwundete. Die Rebellen haben einen viel größern Verlust erlitten; gefangen wurden 60. Strume ist eingekommen. Waffen aller Art, 8 Pferde und einige tausend Gulden wurden erbeutet.

Freiburg, 24 Sept. Von Schliengen bis Heitersheim ist die Eisenbahn auf eine Strecke von 3½ Stunden zerstört. Die Freischaaren, welche nach Freiburg hatten fagen lassen, daß sie heute Früh um 7 Uhr dort einrücken würden, stehen bei Kropfingen, 3½ Stunden von hier. Das Militär (Preußen und Hessen) ist in der Frühe von hier gegen sie ausgerückt. Die Oesterreicher und die Bayern sind von der andern Seite schon in Waldshut angelangt. Die französische Grenze ist ebenfalls besetzt, so daß die Freischaaren fast ganz umzingelt sind. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Der „Grazer Ztg." wird aus Wien geschrieben, daß dort gleich nach dem Eintreffen der ersten Frankfurter Nachrichten Plakate mit der Aufforderung erschienen seien, es den „braven" Frankfurtern nachzumachen und die Reichsversammlung zu sprengen. Die Ruhe blieb jedoch ungestört und ein Individuum soll als Verfasser bereits wegen Hochverrath angeklagt sein. — Derselben Zeitung wird aus Agram berichtet, daß daselbst am 19. d. M. ein Abgesandter des Diakka von Montenegro eingetroffen ist, welcher dem Banus 11,000 Mann serbogeeinigte Truppen zur Verfügung gestellt hat.

Italien.

* Das Journal des Debats vom 23. bringt nicht unwichtige Nachrichten aus Italien, nämlich: aus Rom vom 14. die Bildung eines neuen Kabinets unter der Präsidentschaft des Grafen Rossi, früheren französischen Botschafters beim heiligen Stuhle; aus Sizilien und Neapel (Messina, 16. Sept.) die offizielle Annahme der von den englischen und französischen Admiralen angebotenen Vermittlung zwischen dem König Ferdinand von Neapel und Sizilien; endlich aus Venedig die (jedenfalls nicht definitive und auch für jetzt sehr zweifelhafte) Anerkennung der Neutralität dieser Stadt von Seite Oesterreichs. Die Bestätigung dieser Angaben ist jedenfalls noch erst abzuwarten.

Nachschrift.

* Die neuesten Briefe und Zeitungen aus Frankfurt vom 25. bringen die amtliche Ankündigung des definitiven Wiedereintritts des früheren Reichsministeriums mit Ausnahme des Fürsten von Leiningen und des Hrn. Hecscher. Hr. v. Schmerling übernimmt mit dem Innern auch die auswärtigen Angelegenheiten. Auch die früheren Staatssekretäre haben sämmtlich wieder ihre frühere Amtsthätigkeit begonnen. — Ferner bringt die Fftfr. O.-P.-A.-Ztg. einen „Erlaß des Reichsverwesers an sämmtliche Regierungen des deutschen Bundesstaates," gegengezeichnet von Hrn. v. Schmerling, der gewiß im großen Gesammtvaterlande überall freudig begrüßt werden wird. Morgen die Aktenstücke selbst. Für heute nur so viel, daß die Centralgewalt zur kräftigen Handhabung der Gesetze gegen die Anarchisten auffordert und die thätige Mitwirkung aller Regierungen dafür in Anspruch nimmt, um dem Umsichgreifen von Anarchie und Bürgerkrieg Damm zu setzen. — In der Reichsversammlung erhielt die Linke schwere Schlappen. Ein Antrag Schaffraths, Blums und Genossen, von der äußersten Linken auf Anklage gegen die Reichsminister v. Schmerling und R. Wesk, weil sie die neun Zimmermann (von Stuttgart) und andere verunglückte Leichenfeier zu Ehren der gefallenen Aufrührer nicht gehindert und den Belagerungsstand noch nicht aufgehoben hätten, dürfte nicht einmal als dringlich begründet werden. Ein Antrag Venedey's auf unverweilte Aufhebung des Belagerungsstandes fiel mit 277 gegen 131 Stimmen durch. (v. Hermann, Uhland, Claussen stimmten mit Ja, für Aufhebung. Römer war abwesend, Fürst Waldburg-Zeil enthielt sich vorsichtig der Abstimmung. Hr. Wesendonk und seine Freunde von der Linken beantragten Einsetzung eines Ausnahmegerichtes! Sehr konsequent! — In wenigen Tagen sollte der Entwurf über die Wehrverfassung Deutschlands vorgelegt werden. Für heute nur so viel, daß die Heeresabtheilungen der größeren deutschen Staaten selbstständige Theile der gesammten deutschen Wehrmacht bilden, die kleineren Staaten aber, welche als Contingent weniger als 5000 Mann stellen, in Bezug auf das Heerwesen aufgehen sollen. Die Centralgewalt hat die Oberleitung und Aufsicht über die gesammte bewaffnete Macht. Den Befehl über die einzelnen Theile der Landmacht führt die Centralgewalt im Frieden in der Regel nur mittelbar durch die betreffenden Landesregierungen, welche auch die Befehlshaber und Offiziere aller Grade ernennen. Nur wo die Contingente zweier oder mehrerer Staaten zu größeren Ganzen combinirt sind, ernennt die Centralgewalt unmittelbar die Befehlshaber dieser Körper u. s. w. Morgen Näheres. In und um Frankfurt vollkommene Ruhe.

Frankfurt, 24. Sept. Die von der Partei der Rothen auf diesen Morgen angesetzte Leichenfeier zu Ehren der gefallenen Aufrührer ist durch einen Ausspruch des Generals Hodbii hintertrieben worden. Gestern Abend in aller Frühe erlassene Warnung verkündet, daß Jedermann, der an Aufzügen und Zusammenrottungen Theil nimmt, verhaftet und dem ständigen Kriegsgerichte übergeben wird. Der Kirchhof ist abgesperrt, die Stadtthore sind geschlossen und die Truppen stehen unter Gewehr. — Diesmal hat sich auch die Bürgergarde auf ihren Sammelplätzen eingefunden. (Karlsr. Z.)

*† **München**, 27. Septbr. Heute Morgens 3 Uhr ist Se. des Herr Staatsminister des kgl. Hauses und des Aeußern Graf von Bray von Frankfurt zurückgekehrt und hat sein Portefeuille wieder übernommen. — Auf Requisition des Kriminal-Untersuchungsgerichts sind diese Nacht eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen worden. Die Verhafteten sind Dr. Ringler, Stanz, Julius Knorr, Dr. Herrmann, Dr. Greiner, Advokat Riedl, v. Bauernfeind, Schmolze und C. Fickler. Heute Vormittag hatte das 2. Bataillon des Linien-Infanterie-Leibregiments, so weit die Mannschaft schon hier versammelt werden konnte, seinen Marsch (von hier bis Augsburg jedoch werden sie auf der Eisenbahn befördert) nach Würtemberg und Baden angetreten. Die HH. Generale Graf Berri de la Bosta und v. Dichtel hatten sich an die Spitze der Truppen gesetzt, und eine große Anzahl von Offizieren aller Grade der übrigen Theile unserer Garnison so wie der Linie der Landwehr sich ihnen angeschlossen. So gegen die Truppen von ihrer Kaserne in herrlicher freigeistiger Haltung nach dem Bahnhofe, wo auch der zeitweilig das Portefeuille des Kriegs führende Hr. Generallieutenant Frhr. v. Hohenhausen, umgeben von einem glänzenden Stabe, sich einfand. Eine unabsehbare Menschenmasse gab dem Fortziehen das Geleite. Frischer Muth und Freude strahlte auf den Gesichtern aller Soldaten. Beim Anblick dieser tüchtigen, vom Geiste der Ordnung beseelten Männer, die jetzt berufen sind, den Schutz der Freiheit, des Gesetzes und der Ordnung in Deutschland gegen die frevlerischen Versuche einer unverbesserlichen Rotte von Aufwieglern und Anarchisten, und zur Bekämpfung hoch- und landesverrätherischer Rebellen, wo diese das Haupt zu erheben gewagt oder noch wagen sollten, bei dem Anblicke dieser Soldaten konnten wir uns eines Gefühls patriotischen Stolzes nicht erwehren. Wir hegen die Ueberzeugung, daß sie mit ihren andern deutschen Waffenbrüdern mehrere Siege in treuer Hingebung, ausdauernem Muthe und unerschütterlicher Tapferkeit. Mögen sie Friede, Schutz und ruhigen Genuß der errungenen Freiheit den guten Bürgern bringen, aber der Schrecken jener landesverrätherischen Horden werden, die über unser theures Gesammtvaterland alle Gräuel des Bürgerkriegs und der Anarchie bringen möchten. Unsere braven Truppen werden, wir können, ja brechen die Pflicht beschwört, und bei jedem Anlasse des deutschen, des bayerischen Namens sich würdig erweisen. Die drei Punkte, wo die bayerischen Truppen sich zusammenziehen, sind Illertissen, Memmingen und Lindau. Von dort aus werden sie dann die Grenze überschreiten. Schon diesen Morgen 6 Uhr ist eine Batterie Artillerie nach derselben Richtung mit dem ersten Wagenzuge auf der Eisenbahn nach Augsburg abgegangen. — In der letzten Sitzung des Bürgervereins für Freiheit und Ordnung wurde dem Präsidenten desselben, Hrn. Fabrikanten Hänle, die vollste und wohlverdiente Genugthuung für die schamlosen Verdächtigungen zu Theil, denen auch er, wie so viele andere Ehrenmänner, in jüngster Zeit ausgesetzt war. Mit Affamation wurde ihm das ungeschwächt fortdauernde Vertrauen der Mitglieder des Vereins ausgesprochen. — Bereits beginnt sich das Leben und unserer Theresienwiese aus Anlaß des heranrückenden Oktoberfestes zu regen. Auch der Erwartung hat in letzter Zeit wieder etwas zugenommen. Der Hauptschlag steht bereits seit mehreren Tagen wieder dem Publikum zur Besichtigung offen, und wird wie gewöhnlich auch beim Oktoberfest zahlreiche Besucher anziehen.

Frankfurt a. M., 25. Sept. Oesterr. 5proz. Metall. 73½, 4proz. 61, 2½proz. 37½, Bankaktien 1200. P. 500 L.-Loose 118½ fl. 250 fl.-Loose 81½. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87½ P. — Staatsschuldscheine 3½proz. 74½. — Bayer. 3½proz. 77. —

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Mittwoch den 27. September 1848.

Der Einfall Struve's in Baden.

** Die Karlsruher Zeitung bringt folgende amtliche Nachrichten über den Stand der Dinge im badischen Oberlande und über ein Gefecht bei Staufen, in welchem die Rebellen geschlagen und zersprengt worden. „Gestern ist Struve mit 200—300 Mann bewaffneter Freischärler von Vörrach her in Müllheim eingerückt. Er hat auch dort, wie an andern Orten, die Mannschaft von 18 bis 40 Jahren zum Anschluß aufgefordert, während seine Agenten nach andern Richtungen hin Rebuliches unternehmen. In Schopfheim, Zell und Schönau haben die Letztern keine günstige Aufnahme gefunden, und nur die terroristischen Beschle, welche Struve erließ, wenn er Gefahr für Leib und Leben in Aussicht stellte, und mit Standrechtlichem Verfahren drohte, vermochten, daß sich eine Anzahl anschloß. Nach Nachrichten aus dem Seekreis fand die Rebellion dort bisher keinen Anklang und es ist zu erwarten, daß die gross. Truppen, welche nach der Oberländer zogen und von verbiedenen Seiten und noch nachfolgenden Reichstruppen unterstützt werden, dem Aufruhr schnell ein Ende machen werden. Wegen mehrfacher Beschädigung der Eisenbahn sind die von hier und von Rastatt abgegangenen Truppen erst gestern früh 9 Uhr, und die Geschütze erst um 11 Uhr in Freiburg eingetroffen. Die Einwohner von Freiburg nehmen sich der Sache der Ordnung ernstlich an, und unterstützen dabei die öffentliche Macht. Heute früh ist General Hoffmann von Freiburg aus mit einem Theile der dortigen Truppen den Aufrührern entgegengegangen. Karlsruhe, 24. September 1848. Ministerium des Innern. Bekk.

Nach Nachrichten, die gestern Abend von Freiburg eintrafen, hörte man dort Kanonendonner. Heute Nacht ist nun eine Extrolokomotive mit der Nachricht angekommen, daß unsere Truppen die in Staufen eingezogenen Rebellen geschlagen und zersprengt haben. Bei Heitersheim sind die Truppen auf die 6—700 Mann starken Rebellen gestoßen, um haben sie nach Staufen gedrängt. Nach einer nicht unbedeutenden Gegenwehr wurde Staufen von den Truppen eingenommen. Einige Häuser sind dort abgebrannt. Auf der Seite der Rebellen sollen viele Todte sein, und auch einige auf der Seite der Truppen. Die nähern Einzelheiten werden erst erwartet. Karlsruhe, 24. September 1848. Ministerium des Innern. Bekk.

Außerdem meldet die Karlsr. Ztg. noch, daß in der Nacht vom 23. auf den 24. der Reichskommissär Graf Keller (Mitglied der Nationalversammlung zu Karlsruhe sich befand, und am 24. früh nach einer Besprechung mit dem Chef des Ministeriums des Innern mit dem ersten Bahnzuge nach Freiburg abgereist. Er hat (wie bereits gestern gemeldet) eine Vollmacht vom Reichsverweser, Alles, was die Aufrechthaltung der Sicherheit des Staates fordere, vorzusehen, Truppen zu requiriren, den Belagerungsstand zu erklären, Standrecht anzuordnen u. s. w.

Die „Neue Freiburger Zeitung" meldet vom 23. schon, daß das abenteuerliche Unternehmen Struves und seiner Spießgesellen keine Aussichten auf irgendwie günstigen Erfolg hatte. Von der Masse der Reisenden kam Struve am 21. gegen Mittag in Begleitung von etwa 60—80 Mann (so weit ist die Zahl der Eindringlinge herabgesunken) bewaffnet nach Vörrach. Dort wurden sogleich die abenteuerlichsten Lügen verbreitet, z. B. es sei in ganz Deutschland eine Schilderhebung erfolgt (die Verabredung dazu scheint allerdings getroffen gewesen zu sein), der König von Württemberg sei der Gefangene von Baden seien vertrieben, überall sei die Eisenbahn zerstört u. s. w. Was darauf geschah, haben wir bereits gemeldet. In der darauf folgenden Nacht zog die Bande etwa 300 Mann stark nach Kandern. Aldbald erging die Aufforderung nach Schopfheim zum Anschluß, aber in einer Gemeinderversammlung trat wurde das Ansinnen abgelehnt, mit dem Beifügen, daß man nur der Gewalt nachgeben werde. Tiefe Ruhe herrscht auch jetzt im Wiesen, theilt man der Mitte der Gemeinde versucht, und nicht ohne Erfolg. Seitdem hat man unter allen Mitteln der Einschüchterung die Bevölkerung des Oberlandes, doch ohne das gewünschte Resultat, zum Beitritt aufgefordert. Fast überall bekämpfen sich die entgegengesetzten Meinungen zum Theil auf die handgreiflichste Weise. Ernstes sührt den Oberbefehl der Rebellen, außerdem sind bei ihnen noch Hecker und Struve u. a. Letzterer soll bereits aldbald die Obereinwohnereitalfe gelevt.' Es waren erst vor wenigen Tagen 16—18,000 fl. Kriegseinsteuerungsgelder zur Vertheilung an die benachbarten Gemeinden dahin abgegangen, und diese Summe soll gänzlich den Freischärlern in die Hände gefallen, die Zollkasse in Leopoldshöhe aber noch rechtzeitig gestürmt worden sein.

Die aus Schlingen bestehende Abtheilung, welche den Bahnhof dort besetzte, war eine 50—60 Mann stark, eine gleichstarke erschien am 22. auch in Müllheim, wo sie ebenfalls die Obereinwohnereitasse mit etwa 4000 fl. in Beschlag nahm. Von weiterem Vorrücken hat man nichts vernommen, vielmehr schien die Bewegung sich nach immer auf das Wiesenthal zu beschränken. Einige aber sollen den guten Freunde der Sache in Staufen auf herannahende Truppen einen Versuch geleistet, zum Zuzuge aufgefordert, einige Beamte festgesetzt und durch den von ihnen gebürtn Terrorismus eine große Anzahl dortiger Einwohner zur Flucht gezwungen haben. In Freiburg zeigte sich allenthalben entschiedene Abneigung gegen das Unternehmen, von Sympathien dafür keine Spur, die Organisation der dortigen Bürgerwehr ist bereits eingeleitet. Man sieht, die sichere Lektion hat Früchte getragen. Der Kriegsminister General Hoffmann war am 23. Morgens erst mit den von Karlsruhe und Rastatt abgegangenen Truppen in Freiburg eingetroffen, da ferneriche Hände bei Löwdingen und Orschweier einige Schienen an der Eisenbahn aufgerissen hatten. Die Stärke der sie in Freiburg versammelten badischen Truppen (zu denen noch Reichstruppen gekommen sind) betrug 4 Bataillone Fußvolk, 6 Kanonen und eine Schwadron Dragoner. Noch am 23. erschien die folgende Bekanntmachung zu Freiburg: „Auf den Grund des Gesetzes vom 7. Juni d. Js., den Kriegszustand betreffend, und der uns von großherzoglicher Staatsregierung ertheilten besondern Ermächtigung, beklären wir hiemit die Amtsbezirke Lörrach und Müllheim, in welchen die Sicherheit des Staates dergestalt gefährdet ist, daß zu ihrer Aufrechthaltung die ordentlichen Gesetze nicht mehr ausreichen, in den Kriegszustand, und machen dies mit dem Anfügen bekannt, daß für diese Amtsbezirke alle durch obiges Gesetz hiemit verbundenen Folgen eintreten und daß insbesondere diejenigen Gemeinden, deren militärische Besetzung wegen Theilnahme an dem darin angedrohenen Aufruhr nöthig ist, die Kosten der Besetzung zu tragen haben. Freiburg, den 23. Sept. 1848. Der kommandirende General: Hoffmann. Der Ministerialkommissär: Heitenstein.

Dem Schwäbischen Merkur entnehmen wir noch folgende Notizen aus Karlsruhe: Müllheim und Kropingen sollen sich dem Einzuge der Freischaaren zum Theil mit Erfolg widersetzt haben. Struve, der sich nicht halten könne, sei bereit im Rückzuge begriffen; nach andern Berichten soll er sich gegen die württembergr Grenze, wo er auf mehr Sympathien hofft, gewendet haben. Die schnell einberufenen Verurlaubten sind schon zahlreich in Karlsruhe eingezogen. Die Neckar-Eisenbahn wird auf ihrer ganzen Strecke sorgfältig überwacht, die Bahnhöfe sind mit Truppen besetzt. — In den letzten Tagen sind auch eine Menge ausländischer Flüchtlinge, in Straßburg allein an 200 Standrecht verfallt worden. — Man spricht davon, daß 30,000 Mann Reichstruppen die Schweizer- und Rheingrenzen besetzen sollen, und daß man der Schweiz gegenüber ernsthaft auftreten wolle. General Hoffmann, der als Reichsgeneral über alle gegen den Aufruhr bestellige Truppen vom Reichsverweser aufgestellt ist, soll seit entschlossen sein, nicht mehr so viele Gefangene einzubringen, sondern lettgiftig die Strenge der Kriegsgesetze walten zu lassen. Von Seite der badischen Regierung ist Gegenbefehl ergangen. Der Reichskommissär in's Oberland geschickt worden, und auch der Reichsverweser hat einen solchen dahin gesendet. — In Heidelberg ist die Bürgerwehrabtheilung, welche in der Nacht vom 23. die Patrouille hat, schon um 7 Uhr Abends beordert worden. — Privatmittheilungen aus Freiburg bestätigen ferner, daß die bereits schwache Besatzung am Nachmittage zum Schutze der Stadt Barrikaden zu errichten begann, und daß an demselben Tage noch Verstärkung aus Karlsruhe eingetroffen sei.

Baden. — * Karlsruhe, 24. Sept. Das heutige Regierungsblatt bringt Folgendes: „Leopold von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen: Zu Unserem großen Schmerze und zum Bedauern der Wohlgesinnten hat eine Anzahl Feinde der öffentlichen Ordnung, ohne welche kein Friede bestehen, kein Kredit sich erhalten, kein Gewerbefleiß Früchte bringen und kein Wohlstand gedeihen kann, im Oberrheinkreise abermals das Haupt erhoben und die Fahne des Aufruhrs aufgepflanzt, um gegen den Thron und die Verfassung zu Felde zu ziehen. Durch die verwerflichsten Mittel aller Art suchen die Anarchisten sei es von Ehrgeiz oder von Eigennutz getrieben, aber auf einer unglückseligen Verblendung ihre Zwecke zu erreichen und es besteht sichtbar ein Zusammenhang des Vorgangs mit den gegenwärtigen Ereignissen, welche am 18. d. Mts. zu Frankfurt stattgefunden haben. Durch Unsere heiligen Pflichten für das Wohl unseres geliebten Volkes, so wie des ganzen deutschen Vaterlandes, finden Wir Uns daher genöthigt, Maßregeln zu ergreifen, welche dem Weitergreifen des Unheils entgegen zu wirken und den greuelvollen Bürgerkrieg im Keim zu ersticken geeignet sind. Wegen hoher Elle Sr. Gnaden des Herrn Reichsverwesers, Unseres Oheims, haben Wir verordnen Wir somit auf dem Grund des §. 66 der Verfassungsurkunde provisorisch, wie folgt: Art. 1. Wo ein Ort, Bezirk oder Kreis nach Maßgabe des Gesetzes vom 7. Juni d. J. in Kriegszustand erklärt ist oder erklärt wird, kann auf die sowellige Dauer des Kriegszustandes gegen den Aufruhr, Hochverrath und Landesverrath auch das Standrecht angeordnet werden, und zwar entweder für den ganzen Umfang, um für besonders dazu ermächtigten Oberkommandanten Unserer im Lande befindlichen Truppen. Art. 2. Die rechtlichen Wirkungen des Standrechts sind: 1) die ordentliche Strafgerichtsbarkeit tritt in Anstehung derjenigen Verbrechen und innerhalb desjenigen Bezirks, für welchen das Standrecht angeordnet ist, außer Wirksamkeit. 2) Ueber diejenigen, welche sich nach verkündetem Standrecht eines Verbrechens schuldig machen, wird, binnen innerhalb 24 Stunden, nachdem sie zum Verhör vor das Standrecht gestellt worden sind, gerichtet und zwar ohne Vorbehalt eines Rechtsmittels oder eines Gnadengesuchs. Art. 3. Das Standrecht muß mit 6 Richtern und einem Aktuar besetzt sein. Drei dieser Richterstellen werden mit

Mitgliedern eines der dem Ort des begangenen Verbrechens nächst gelegenen Gerichtshöfe, die übrigen mit Offizieren besetzt, welche wenigstens den Rang eines Hauptmanns haben. Die Mitglieder der Gerichtshöfe werden von dem Präsidenten derselben ernannt. Die Offiziere ernennt der Truppenkommandant. Sämmtliche Richter schwören den Richtereid dahin, die ihnen übergebenen Untersuchungen scheinig und gewissenhaft zu erledigen und ihr Urtheil nach ihrer aus den vorgelegten Beweisen geschöpften Ueberzeugung ohne Haß, Gunst, oder Ansehung der Person zu geben. Art. 4. Das Einreten des Standrechts wird auf eine den Umständen angemessene Weise öffentlich bekannt gemacht. Die Bekanntmachung soll enthalten, 1) die Benennung der Verbrechen, für welche dasselbe eintritt (Art. 1 des Gesetzes), 2) die Ermahnung, von diesen Verbrechen abzustehen, und 3) die Drohung, daß Jeder, welcher nach verkündetem Standrecht ein solches Verbrechen begehe, standrechtlich gerichtet werden soll. Art. 5. Das standrechtliche Verfahren unterscheidet sich von dem ordentlichen in folgenden Punkten: 1) Der ganze Verhandlung über eine dem Standrechte übergebene Person geschieht öffentlich und von Anfang bis zum Ende ohne Unterbrechung vor versammelten Gerichte. 2) Das Verfahren beschränkt sich auf das Verbrechen, für welches das Standrecht angeordnet ist. 3) Untersuchung und Beweisführung ist an die förmlichkeiten des gewöhnlichen Strafprozesses nicht gebunden, sondern es wird zum Strafurtheile nur so viel gefordert, als nöthig ist, um die Richter in ihrem Gewissen zu überzeugen, daß das in Frage stehende Verbrechen nach verkündetem Standrechte wirklich begangen worden, und daß der Angeschuldigte sich desselben als Urheber oder Gehülfe schuldig gemacht habe. 4) Das ganze Verfahren von der Zeit an, wo der Angeschuldigte vor Gericht gestellt worden, bis das Urtheil über ihn ausgesprochen ist, muß längstens innerhalb 24 Stunden beendigt sein. 5) Eine weitere Schlußverhandlung findet nicht statt. Art. 6. Der älteste der rechtsgelehrten Richter leitet als Vorstand des Standrechtes, welcher sich an einem ihm passend erscheinenden Orte versammelt, die Untersuchung, hat den Angeschuldigten und die Zeugen ab, giebt die sonst erforderlichen Beweise ein, und hat hierauf das zu fällende Erkenntniß in Antrag zu bringen. Das Standrecht hat die Macht, jeden Zeugen augenblicklich vorzurufen und so lange anzuhalten, als es wegen Gegenstellung mit andern Zeugen oder mit dem Beschuldigten zur Aufklärung der Wahrheit nöthig ist. Art. 7. Das Standrecht verurtheilt, spricht frei oder verweist die Sache an den ordentlichen Richter. In einem verurtheilenden Urtheile muß die Todesstrafe Erkenntnisse sind wenigstens zwei Drittheile der Stimmen erforderlich. Wäre der zur Verurtheilung oder Lossprechung erforderliche Grad von Gewißheit, von Stellung des Angeschuldigten vor das Standrecht an gerechnet, nicht binnen 24 Stunden zu erhalten, so wird von diesem kein Urtheil gefällt, sondern die Verweisung an den ordentlichen Richter ausgesprochen, welchem der Angeschuldigte mit den Akten zu überliefern ist. Art. 8 Ein vom Standrecht ausgesprochenes Todesurtheil wird dem Verurtheilten sogleich verkündet und hierauf längstens nach Verlauf von drei Stunden mit der Kugel vollzogen, ohne daß gegen das Erkenntniß irgendein Rechtsmittel oder Gnadengesuch zulässig wäre. Ist jedoch das Todesurtheil gegen eine größere Anzahl der am nemlichen Vorgang Betheiligten ausgesprochen, so wird der Militärkommandant hinsichtlich der weniger schwer Belasteten den Vollzug des Erkenntnisses aufschieben und Unsere höchste Entscheidung über Begnadigung oder Strafverwandlung einholen. Art. 9. Ueber die ganze Verhandlung wird von dem Aktuar ein Protokoll geführt und in dasselbe alles Wesentliche, besonders was die Beschaffenheit der That und die Beweise betrifft, mit der Abstimmung, dem Urtheile und der Meldung über die Vollstreckung eingetragen; hierauf das Protokoll von sämmtlichen Richtern und dem Aktuar unterschrieben. Art. 10. Wenn nach geschehener Anmeldung der Hauptschuldigen, die Gehalten, welche die Anwendung des Standrechts veranlassen, vorüber sind, so kann das standrechtliche Gericht mit Stimmenmehrheit beschließen, daß bis zu Unserer eingeholten Entschließung sein Verfahren einzustellen sei. Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 23. September 1848. Leopold. v. Dusch. Rebenius. Bekk. C. Hoffmann. Auf Allerhöchsten Befehl: Bichler." — Eine zweite Verordnung in demselben Regierungsblatt bringt die schon erwähnte Verfügung in Kriegszustand der Amtsbezirke Im Rheinthal von Lörrach abwärts einschließlich Achern und des Amtsbezirks Ettlingen.

Württemberg. — **Stuttgart**, 25. Sept. 1848. Es sind in neuerer Zeit auf das Staatseigenthum, so wie auf die Ehre und das Eigenthum verschiedener Staatsdiener freche Angriffe ausgeführt worden, welche ein energisches Einschreiten der Behörden unumgänglich nothwendig machen. Dergleichen sind in verschiedenen Volksversammlungen Lehren gepredigt worden, die eine strenge Beaufsichtigung der Volksversammlungen nach sich ziehen müssen, wenn die gesetzliche Ordnung nicht völlig preisgegeben werden soll. Es wird daher sämmtlichen Gemeinde- und Staatsbehörden der gemessene Befehl ertheilt, überall einzuschreiten, wo eine Verletzung der Gesetze versucht oder wirklich ausgeführt wird. Wo zu Anwendung dieser Anordnung die Mittel der Civilgewalt nicht ausreichen, wird auf Verlangen der kompetenten Behörde ohne Verzug die erforderliche militärische Hülfe geleistet werden.

Die Bezirksbeamten haben Vorstehendes ihren Amtsangehörigen auf die geeignete Weise zu eröffnen.

Der Chef des Justizdepartement,
Römer.

Der prov. Chef des Dep. der auswärt. Angelegenheiten,
Roser.

Der Chef des Departements des Innern,
Duvernoy.

Für den Chef des Departements des Kirchen- und Schulwesens,
Schmitthen.

Der Chef des Kriegsdepartements,
Küpplin.

Der Chef des Finanzdepartements,
Goppelt.

Stuttgart, 25. Sept. Von Seite des Reichsministers des Innern ist dem kgl. württ. Staatsministerium des Innern nachstehende Mittheilung zugekommen: Der in das Großherzogthum Baden erfolgte Einfall von Freischaaren hat die provisorische Centralgewalt für Deutschland bestimmt, den Abgeordneten der deutschen Reichsversammlung, Hrn. Gustav Graten v. Keller, zum Reichskommissär für den ganzen Umfang aller südwestlichen deutschen Bundesstaaten zu ernennen, mit dem Auftrag, im Namen der Reichsgewalt alle zur Herstellung der Ruhe und Ordnung und der Herrschaft der Gesetze erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, nöthigenfalls die hiezu erforderlichen Truppen zu requiriren, den Belagerungszustand zu erklären, das Standrecht zu proklamiren, kurz in Allem nach seinem besten Wissen und Gewissen zu handeln, so weit es die allgemeine Wohlfahrt und Sicherheit in Deutschland erfordert. Das kgl. württemberg. Staatsministerium wird daher ersucht, ungesäumt die Verfügung zu treffen, daß sämmtliche Behörden und Truppenkommandos angewiesen werden, den Verfügungen des genannten Reichskommissärs unweigerlich und ungesäumt Folge zu leisten und ihn in Ausübung aller von ihm getroffenen Maßregeln auf das Kräftigste zu unterstützen. Frankfurt, 23. Sept. 1848.

Der Reichsminister des Innern:
Schmerling

Frankreich.

†† **Paris**, 22. Sept. Wenn man die zahlreichen Patrouillen zu Fuß und zu Pferd sah, die gestern Abend und tief in die Nacht hinein alle Theile der Stadt durchzogen, so kann es nicht Wunder nehmen, daß den ewigen Störenfrieden die Lust zu Unordnungen verging. Das Ereignis des Tags bleibt noch immer die Wahl Ludwig Napoleons. Man erwartet ihn Morgen und die Sache klingt nicht unwahrscheinlich. Ich höre von anerkannten Anhängern und Freunden desselben, er werde und wolle ohne alles Aufsehen seinen Sitz in der Nationalversammlung einnehmen. Das ist kein Zweifel, bei einer starke Partei ihn als Präsidenten an der Spitze der Republik zu sehen wünscht, und wenn es ihm gelingt, ohne Straßenumwalt sich hier einzuführen, so hat er allerdings Aussichten auf Erfolg in dieser Beziehung. Alles hängt davon ab, ob man wie früher auch für diese Wahl das allgemeine Stimmrecht eintreten läßt, oder ob die Nationalversammlung selbst diese Wahl vornehmen wird. Im ersten Falle dürfte er wohl durchringen: denn die Franzosen sind der ewigen Unordnung im Gefolge der Republik überdrüssig, und wollen im Interesse der Herstellung von Ruhe und Ordnung vor Allem nur wieder einen Herrn und wäre es ein Herr mit eiserner Ruthe. Indessen scheint die Nationalversammlung diese Wahl selbst vornehmen zu wollen, und da hat General Cavaignac Aussichten, obgleich seine Popularität bedeutend Schaden gelitten hat. — Das Gegenig der Ergänzungswahlen in den Departements ist entschieden antirepublikanisch und wenn ich so sagen darf antiparisisch. Der Widerwillen der Provinzen gegen das Treiben hier gibt sich immer entschiedener kund. Sollte es das Unglück wollen, daß ein neuer Versuch der rothen Republik hier gemacht würde, so wäre mit Sicherheit zu erwarten, daß ganze Massen von Provinzialen mit den Waffen in der Hand gegen Paris ziehen würden. Beachtenswerth ist in dieser Beziehung auch ein vor Kurzem erst zu Tours abgehaltener Kongreß von Journalisten aus fast allen Theilen Frankreichs. Es wurde dort beschlossen, jeden Angriff auf die Nationalversammlung geradezu als Hochverrath zu erklären und mit allen Mitteln dagegen aufzutreten. Immer entschiedener tritt das Widerstreben der Provinzen hervor gegen die Uebergewalt von Paris. Nicht wenig trägt dazu der Umstand bei, daß nun bereits 63 Millionen für die arbeitende Klasse in Paris von der Nationalversammlung votirt worden sind, während so oft die dringendsten Bedürfnisse der Provinzen gar keine Berücksichtigung finden. — Hr. v. Raumer wird die auf Weiteres hier bleiben, da die von ihm eingegebene Entlassung nicht angenommen worden ist. Es scheint von Seite der hiesigen Regierung immer noch gezaudert zu werden, sich mit der Zentralgewalt zu Frankfurt in Verbindungen einzulassen, zumal bevor ein neues definitives Ministerium derselben gebildet sein wird. Besteht einmal ein solches, so fällt dieser Vorwand allerdings weg.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Carl Wolffschen Buchdruckerei

Nr. 79.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Vierteljährig 4 fl. Halbjährig 2 fl. Vierteljährig 1 fl. 20 kr.

Donnerstag den 28. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einschaltungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 27. September.

Durch allerhöchstes Dekret vom 22. Sept. wurde der Spezialkassier fahrender Posten Michael Hauenstein zu Regensburg auf Ansuchen mit Zufriedenheitsbezeugung in den definitiven Ruhestand versetzt; der Rechnungsfkommissär II. Klasse bei der Generalverwaltung der Posten und Eisenbahnen Wilhelm Messer auf Ansuchen in sein früheres Dienstverhältniß bei dem Oberpostamte Würzburg als Offizial III. Klasse rückversetzt; auf diese sich hiedurch erledigende Rechnungskommissärsstelle II. Klasse bei der Generalverwaltung der Posten und Eisenbahnen der Postoffizial III. Klasse Gustav Demleitner zu Augsburg befördert, und auf dessen Stelle der Postoffizial Heinr. Hauenstein zu Würzburg auf Ansuchen versetzt.

Se. Maj. der König haben unterm 23. September dem bisherigen Landwehrmajor Michael Göbwein zu Neumarkt die nachgesuchte Entlassung aus dem Landwehrdienste zu gewähren geruht.

Durch allerhöchstes Dekret vom 24. Sept. wurde der Finanzrathsaccessist Egid Schweiger in Augsburg zum Rentbeamten in Ord. provisorisch, der Finanzrechnungskommissär Johann Hermann Hofmann in Baireuth zum Rentbeamten in Kassl, der Finanzrechnungskommissär Ludwig Christian Strehlin in Würzburg zum Rentbeamten in Werdenfels ernannt; der Rentbeamte Joseph Kuhn in Kaufbeuren auf Ansuchen auf die Dauer von 2 Jahren in den Ruhestand versetzt und an dessen Stelle zum Rentbeamten in Kaufbeuren der Finanzrechnungskommissär Joachim Schweiger in Augsburg befördert; der Rentbeamte Karl Friedr. Hintermeyer zu Dillingen auf Ansuchen auf das Rentamt Augsburg und der Rentbeamte Thomas Striedinger in Kolmberg auf Ansuchen auf das Rentamt Schwabach versetzt, und an des Letzteren Stelle zum Rentbeamten in Kolmberg der Finanzrechnungskommissär Friedr. Karl Haase in Ansbach befördert.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 26. d. Mts. allergnädigst bewogen gefunden, die bei dem Appellationsgerichte von Oberbayern erledigte Rathsstelle dem Kreis- und Stadtgerichts-Direktor Michael Leinbecker in Landshut auf sein Ansuchen zu verleihen, ferner zu der bei dem Appellationsgerichte von Oberfranken offenen Rathsstelle den Kreis- und Stadtgerichts zu Nürnberg Michael Lauser, und auf die erledigte Rathsstelle am Kreis- und Stadtgerichte zu Straubing den Protokollisten des Kreis- und Stadtgerichtes zu München Johann Nepomuk Hohenester zu befördern.

Erlaß des Reichsverwesers an sämmtliche Regierungen des deutschen Bundesstaates.

Von der provisorischen Zentralgewalt für Deutschland.

Am 18. September 1848 wütheten zu Frankfurt a. M., dem Sitze der Zentralgewalt und der deutschen Nationalversammlung, die Schrecknisse des blutigen Aufruhrs. Die unter dem längst verführten Volke verbreiteten falschen Auslegungen über den Beschluß der Nationalversammlung vom 16. Sept. 1848 — wodurch der zu Malmö abgeschlossene Waffenstillstand nicht ferner zu beanstanden sei — brachten lange vorbereitete Pläne zur Ausführung. Am 17. Sept. 1848 wurde nächst Frankfurt eine große Volksversammlung abgehalten, dabei der Aufruhr offen gepredigt und zum Sturme gegen die Majorität des Parlaments aufgefordert. Es trafen von allen Seiten Bewaffnete ein, und die Ruhe der Stadt, die schon in der früheren Nacht durch große Exzesse gestört worden war, wurde so gefährlich bedroht, daß der Senat das Reichsministerium auffoderte, die zum Schutze der Nationalversammlung nöthigen Verfügungen selbst zu treffen. Unter dem Schutze zweier aus Mainz beigezogener Bataillone hielt die Nationalversammlung am 18. Sept. 1848 Vormittags Sitzung, umringt von drohenden Haufen, deren Versuch, gewaltsam in den Sitzungssaal einzudringen, durch Reichstruppen vereitelt wurde. Von 2 Uhr bis gegen 10 Uhr Abends dauerte der Straßenkampf gegen die zahlreich errichteten Barrikaden und die von Bewaffneten besetzten Häuser, und mehrere Sturmläufe wurden die beiden Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung, Fürst Lichnowsky und v. Auerswald, die in bürgerlicher Kleidung und unbewaffnet aus der Stadt ritten, von bewaffneten Haufen angegriffen, aus Häusern, wohin sie sich geflüchtet hatten, gerissen, und mit empörender Grausamkeit ermordet. Der Abgeordnete Hecscher wurde in Höchst eine lange Nacht hindurch von rasenden Pöbelhaufen mißhandelt und mit dem Tode bedroht; auch andere Abgeordnete schwebten in Lebensgefahr. Bei solchen Vorgängen konnte die provisorische Zentralgewalt in dem, was ihre Pflicht erfoderte, nicht einstellbar sein. Eine Truppenmacht war binnen wenigen Stunden in Frankfurt versammelt, mit der nicht nur der Aufruhr besiegt wurde, sondern durch die auch einer Erneuerung desselben hier und in der Nähe vorgebeugt sein wird. Das Kriegsgesetz wurde verkündet, die Entwaffnung der Einwohner verfügt, und die Justiz ist thätig, die zahlreich Verhafteten zu richten und den andern Schuldigen nachzuforschen. Aber die Zentralgewalt verkennt nicht, daß damit ihre Aufgabe nicht vollendet sei, daß nach den tiefen Erschütterungen, die Deutschland erfuhr, nebst dem errungenen Gute der Freiheit, das gewahrt, gesichert und dauernd befestigt werden soll, bedauernswerthe Mißverhältnisse eingetreten sind, die, indem sie Bürgerkrieg und Anarchie theils schon hervorriefen, theils die Saat dazu gelegt, die Freiheit selbst in Frage stellen und unser Vaterland mit einer furchtbaren Zukunft bedrohen. Diese Zustände kann nicht geduldet werden, denn es ist ein offenbarer Angriff auf die Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates, die, durch alle Theile desselben umfassende Maßregeln, zu bewahren, die provisorische Zentralgewalt berufen ist. Sie wird diese Maßregeln demnächst Hand in Hand mit den deutschen Regierungen, sie wird sie dahin treffen, daß dem Gesetze, dessen Vollzug in manchen Theilen Deutschlands Alle sieht, wieder Geltung und kräftige Wirksamkeit werde. Die provisorische Zentralgewalt ist dabei über die thätige Mitwirkung aller Regierungen, die, wie sie weiß, dem deutschen Volke die Segnungen der Freiheit, des Friedens und der Ordnung verbürgt wissen wollen, nicht in Zweifel, und wird ihre Unterstützung nur mit Erfolg in Anspruch nehmen. Aber indem sie erkennt, daß die Herrschaft der Gesetze dort, wo sie geschwächt ist, begestützt werden muß, vertraut sie, es werde dem Wunsche und dem Bedürfnisse Aller, die vor Allem berufen sind, ihre Mitbürger vor Anarchie zu bewahren, Ernst sein in Erfüllung dieser Pflicht, damit an ihnen das deutsche Volk, was den Frieden und die Herrschaft der Gesetze wünscht, Hals und Stütze finde, und dann gewiß freudig mitwirke, wo zu seinem Heile gewirkt werden soll. In dieser Richtung nimmt die provisorische Zentralgewalt jetzt schon die kräftige Mitwirkung aller deutschen Regierungen dahin in Anspruch, daß sie ihre Behörden und Beamten, und jene Institute, die zur Verbreitung der Ordnung und der Gesetze bestehen, zur eifrigen Pflichterfüllung, dort wo sie hierin nachlässen, ernstlich ermahnen, damit dem theilweise eingetretenen Zustande der Gesetzlosigkeit, unter welchem nur die Freunde der wahren Freiheit leiden, kräftig ein Ziel gesetzt werde. Frankfurt a. M., den 22. September 1848. Der Reichsverweser: (gez.) Erzherzog Johann. Der Reichsminister des Innern: (gez.) Schmerling.

An alle guten Bürger.

± **München**, 27. Sept. Seit lange schon heunruhigt das Treiben einer Partei, welcher nichts heilig ist, welche an den festesten und ehrwürdigsten Institutionen unermüdet rüttelt und wühlt, die Gemüther aller Gutgesinnten, aller wahren Freunde der Freiheit.

Zum Theil von verbrecherischen Absichten erfüllt, theilweise wohl auch nur von frevelhaftem Leichtsinne und jugendlicher Unbesonnenheit geleitet, haben die Glieder jener Partei mit zuklosem Eifer dahin gestrebt, alle Begriffe von Recht, Gesetzlichkeit und Pflicht zu verwirren, die niedrigsten und verwerflichsten Leidenschaften aufzuregen, um so das Vertrauen der Gesetzgebung und des Aufruhr auf jede Weise vorzubereiten. Wir haben mehr als einmal schon unseren Mahn- und Warnruf gegen dieses Treiben vernehmen lassen. Auch der Regierung war die daraus drohende Gefahr nicht entgangen; allein, seit entschlossen die Linke des Gesetzes niemals auch nur im Mindesten zu verlassen, die Freiheit selbst da zu achten, wo sie auch Schmähliche und in der verwerflichsten Absicht mißbraucht wurde, wollte sie vielelbe ohne Zweifel erst dann einschreiten, wenn der Thatbestand des Verbrechens vollendet vorlag. Sie konnte daher auch die Vorbereitungen zu demselben, so lange sie nicht den in den Strafgesetzen vorgesehenen Grad erreicht hatten, nicht verhindern. Daraus erklärte sich, daß gegen leeren jener aufwiegelrischen Bücher eingeschritten, keine jener Versammlungen verboten wurde. Sie vertraute dem guten Sinne und der Achtung der Bürger für das Gesetz, und beschränkte sich darauf die nöthigen Maßregeln zu ergreifen, um, im Falle die verderbliche Saat der Anarchie zum offenen Aufruhr heranreifen sollte, demselben mit Kraft und

Entschiedenheit entgegentreten zu können. Wir begrüßen die Langmuth der Regierung und billigen sie.

Aber kein Unbefangener wird verkennen, daß die Ereignisse der letzten Tage die Lage der Dinge wesentlich verändert haben.

In Frankfurt, am Sitze der Zentralgewalt und der Nationalversammlung des deutschen Volkes hat der Aufruhr die rothe Fahne der Empörung erhoben, die Straßen der Stadt mit Blut besprizt und den deutschen Namen durch teuflische Mordthaten entehrt, welche mit Kannibalischer Rohheit an Wehrlosen verübt worden sind.

Noch zur selben Zeit haben Struve und Genossen einen Einfall nach Deutschland mit einer Schaar von Auswürflingen aller Nationen unternommen, und bezeichnen ihren Weg mit Plünderung, Brandschatzung und allen Maßregeln einer Schreckensherrschaft, welche bis jetzt in Deutschland nur dem Namen nach bekannt war.

Während dies anderwärts vorging, hat auch die Frechheit der anarchischen Partei in Baiern alle Schranken überschritten, welche ihr bisher ihre ängstliche Klugheit vorgeschrieben hatte. Während ihre Redner die Ungültigkeit aller bisherigen Gesetze, das Nichtmehrbestehen der Verfassung, die Nothwendigkeit der Anarchie proklamirten, haben ihre Blätter noch neuerdings die offensten Sympathien mit den Hochverrätern zu Frankfurt unumwunden ausgesprochen.

Die Gerichte haben in diesen und weiteren zu ihrer Kenntniß gekommenen Umtrieben, deren Zusammenhang mit jenen vorerwähnten Ereignissen kaum zweifelhaft sein dürfte, einen verbrecherischen Thatbestand erkannt, sie haben deshalb Verfolgungen gegen deren Urheber eingeleitet und die Verhaftung dieser angeordnet. Die Regierung wird — wir sind dessen überzeugt — im Bewußtsein ihrer Pflichten und ihrer Verantwortlichkeit; für die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung, für die Sicherheit des Lebens und des Eigenthumes der Bürger, welche durch jenes Treiben in der bedrohendsten Gefahr gerathen sein würde, jene Maßregeln mit aller Kraft unterstützen, sie wird alles aufbieten, um die bedrohte Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Wir hegen das feste Vertrauen, daß die Regierung niemals von dem Wege der Freiheit und Gesetzmäßigkeit abweichen wird; eben so wenig darf sie aber auch den Forderungen und Bestrebungen jener anarchischen Partei das mindeste Zugeständniß machen; nie darf sie gegen dieselbe die geringste Nachgiebigkeit zeigen. Eine Regierung, die mit der Anarchie unterhandelte, brächte sich dadurch selbst den Stab, sie spräche selbst ihr Todesurtheil.

Wir sind überzeugt, daß sie in ihrem Streben für die Sache der wahren Freiheit, des Gesetzes, der Ordnung, mit einem Worte für die Sache der ganzen Gesellschaft, auf die Unterstützung aller guten Bürger sicher zählen kann. Die Regierung muß aber auch wie die Zuversicht einem jeden, der sich Bayerne, wofür sie gewissenhaft die gesetzliche Freiheit achten und deren geordnete Entwicklung unterstützen, auch mit aller Entschiedenheit und Thatkraft, jeder soviel an ihm ist, gegen jeden Versuch zur Verletzung der Gesetze, zur Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung einschreiten und sich hierin nicht der mindesten Schwäche schuldig machen werden. Wir hegen mit der Regierung die feste Zuversicht, daß, sollte ein äußerster Kraftaufwand nöthig werden, alle Bürger, die gesinnungslosen Pöbels freudig Gut und Blut, selbst das Leben einsetzen werden, zum Schutze der Verfassung und der Gesetze, ohne welche wahre Freiheit niemals bestanden hat, niemals bestehen kann.

Deutsche Reichsversammlung.

⊙ **Frankfurt**, 25. Sept. Der Unsern, welcher die Bestrebungen der Rotten auf der Straße und hinter den Barrikaden verfolgte, scheint auch den Sessionungsgenossen derselben in der Paulskirche zu leuchten, wie Klofe erleuchet Niederlagen Schlag auf Schlag, und je heftiger ihre Angriffe gegen die neu gebildete Mehrheit in der Reichsversammlung werden, desto enger schließt sich diese an ein Ministerium an, dem das hohe Verdienst, im Augenblick der Gefahr sowohl Besonnenheit als auch Muth gezeigt zu haben, nicht abgesprochen werden kann. v. Schmerling scheint der schwierigen Aufgabe, welche der Reichsversammlung ihn anvertraut hat, gewachsen zu sein, und die Reichsversammlung hat in ihrer gestrigen Mehrheit sich heute abermals entschieden für das neue Kabinet sich ausgesprochen. Schaffrath und Genossen wollten v. Schmerling sowohl als R. v. Mohl in Anklagestand versetzen, weil sie die von Zimmermann aus Stuttgart und Andern veranstaltete Leichenfeier zu Ehren der gefallenen Aufrührer nicht gebilligt, und den Belagerungszustand noch nicht aufgehoben hätten; es wurde ihnen aber durch Beschluß der Versammlung nicht einmal das Wort ertheilt, die Dringlichkeit ihrer Anträge begründen zu können. Aehnliches widerfuhr einem Antrag Wenedey's (aus dem Schober'schen Klub) auf unverweilte Aufhebung des Belagerungszustandes; es wurde hierüber namentlich abgestimmt, und das Ministerium erlangte eine Mehrheit von 146 Stimmen (277 gegen 131), obgleich v. Schmerling kurz zuvor erklärt hatte, der Belagerungszustand erstrecke sich auf die Mitglieder der Reichsoberhausversammlung nicht der einzigen Beschränkung, daß sie nicht ohne Zustimmung der Versammlung verhaftet werden könnten. — Das Gesetz über die deutsche Wehrverfassung wird nächster Tage der Versammlung vorgelegt werden; auf dem von dem ernorreten General v. Auerswald bearbeiteten Entwurfe theile ich Ihnen den Art. I seiner hohen Wichtigkeit wegen wörtlich mit: §. 1. Die Heere und Heerabtheilungen der größeren deutschen Staaten bilden selbstständige Theile der gesammten deutschen Volkswehr. §. 2. Diejenigen kleineren Staaten, welche als Kontingent weniger als 5000 Mann stellen, geben in Bezug auf das Heerwesen ihre Selbstständigkeit auf, und werden in dieser Beziehung entweder in sich in größere Ganze verschmolzen, oder dann unter der unmittelbaren Leitung der Zentralgewalt stehen, oder einem angrenzenden größeren Staate angeschlossen. In beiden Fällen haben die Landesregierungen dieser kleineren Staaten die weitere Einrichtung auf das Gesetzlichste zu treffen, als ihnen von der Zentralgewalt oder dem Nachbarstaate überlassen wird. §. 3. Die gesammte deutsche bewaffnete Macht zu Lande und zur See, steht unter der obern Leitung und Aufsicht der Zentralgewalt nach den Bestimmungen dieses Gesetzes. §. 4. Den Befehl über die einzelnen Theile der Landmacht führt die Zentralgewalt im Frieden in der Regel nur mittelbar durch die betreffenden Landesregierungen; sie kann jedoch, wenn sie es für das Gemeinwohl erforderlich erachtet, auch im Frieden verfügen, daß ein größerer oder geringerer Theil der Truppen unter ihren unmittelbaren Befehl trete. §. 5. Ueber die allgemeine Vertheilung (Dislokation) der Truppen im Frieden hat die Zentralgewalt zu entscheiden, so weit dabei nach ihrem Ermessen die Sicherheit des Reiches in Frage kommt. §. 6. Für den Krieg und im Kriege hat die Zentralgewalt die unmittelbare und ausschließliche Verfügung über die gesammte deutsche Wehrkraft in allen ihren Theilen. §. 7. Die Besetzung der Befehlshaberstellen, von dem Grenadier bis zum Oberbefehlshaber, welcher nach den Bestimmungen über die Formation des Heeres bei den Kontingenten der Einzelstaaten überhaupt vorkommen kann; bleibt nach Maßgabe der hierauf bezüglichen Anordnungen dieses Gesetzes den betreffenden Landesregierungen überlassen; nur wo die Kontingente zweier oder mehrerer Staaten zu größeren Ganzen kombinirt sind, ernennt die Zentralgewalt unmittelbar die Befehlshaber dieser größern Körper. §. 8. Für den Krieg ernennt die Zentralgewalt die kommandirenden Generale der auf den verschiedenen Kriegstheatern operirenden Armeen in selbstständigen Korps; ebenso das Personal der Hauptquartiere dieser Armeen und Korps.

Aus der Sitzung vom 25. Septbr. heben wir noch Folgendes aus: Der Vorsitzende zeigte den Eintritt der Abgeordneten v. Festi aus Tirol und v. Auersperg aus Thurn am Hart an. Otto von den Mitgliedern der Reichsversammlung versammelte Summe für die Hinterbliebenen am 18. Sept. gefallenen Soldaten wird verlesen und beträgt bis jetzt 518 fl. 6 kr.) Ein Antrag Schaffrath's, Blum's und Genossen auf Anklagererhebung gegen die Reichsminister v. Schmerling und R. Mohl wird verlesen und als nicht dringlich erkannt und an den Gesetzgebungsausschuß verwiesen. Ein Antrag Raumer's: „Die Nationalversammlung fordert die Versammlung der preußischen Volksvertreter auf, in Kämpfe der Volkssouveränetät zu verharren, mit Zuschwörung des kräftigsten Beistandes von ihrer Seite"; ein Antrag Eisenmann's: „Die Nationalversammlung fordert den Ausschuß für die Zentralgewalt auf, binnen drei Tagen über einen demselben zugewiesenen Antrag, das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland betreffend, Bericht zu erstatten"; ein Antrag Wesendonck's auf Anwendung des rheinischen Gerichtsverfahrens bei Aburtheilung der in Folge der Ereignisse vom 18. Sept. Inhaftirten", diese sämmtlichen 3 Anträge werden zur Begutachtung für unpassend erkannt. Eine Interpellation Zimmermann's aus Spandau an das Reichsministerium wird ohne nähere Inhaltsangabe angezeigt und deren Verlesung auf die nächste Sitzung anberaumt. Künsberg interpellirt den Verfassungsausschuß wegen einer von diesem letzteren ertheilten Zusage, den Bericht über den Entwurf des Kapitels über die Reichsgewalt anbelangend. v. Soiron als Berichterstatter des interpellirten Ausschusses erklärt, daß die seitherigen langen Verhandlungen über die schleswig-holsteinische Frage eine frühere Vorlage des Entwurfes unmöglich gemacht hätten, daß dieselbe nun aber mit dem Entwurf des Kapitels über das Reichsgericht, vereint mit jenem über den Umfang und die Bedeutung des Reichs innerhalb acht Tagen vorraussichtlich erfolgen werde. Bigard als anderer Meinung und glaubt, daß der Verfassungsentwurf erst nach vollendeter Berathung eingebracht werden könnten. Baseler hält nach seiner Kenntniß der Sache die von v. Soiron angegebene Frist für die wahrscheinlichere. Hierauf wurde über §. 18 der Grundrechte abgestimmt, und der Minoritätsantrag des Schulausschusses: „Unterricht zu ertheilen, so wie Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen, steht jedem Deutschen frei" mit 180 gegen 176 Stimmen angenommen. Dagegen den Zusatz Meyer's aus Bremen, „jedoch ist den Mitgliedern geistlicher Orden und ähnlicher exklusiver geistlicher Verbrüderungen das Unterrichts- und Erziehungswesen gänzlich untersagt", verworfen. Ferner der vom Minoritätsausschusse beantragte Zusatz: „wenn er keine moralische und wissenschaftliche resp. technische Befähigung der betreffenden Staatsbehörde nachgewiesen hat", angenommen. Ueber §. 19: „Für den Unterricht in Volksschulen und niederen Gewerbsschulen wird kein Schulgeld bezahlt", sprachen Knoodt, Blumröder und der Berichterstatter Waitz. Die Abstimmung wurde auf die nächste Sitzung verschoben; eben so über §. 20: „es steht Jedem frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will", über welchen keine Berathung stattfand.

Deutschland.

Die „Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung" meldet in ihrem amtlichen Theil: Der Reichsverweser hat am 24. d. M. definitiv den Abge-

ordneten der preußischen Nationalversammlung, Alex. Auer, v. Schwerin, zum Reichsminister des Innern, zum königlich preußischen Generalmajor v. Peucker zum Reichsminister des Kriegs, den Abgeordneten Robert v. Mohl zum Reichsminister der Justiz, den Abgeordneten Hermann v. Beckerath zum Reichsminister der Finanzen und den Bremischen Senator Arnold Duckwitz zum Reichsminister des Handels ernannt, und gleichzeitig die einstweilige Leitung der auswärtigen Angelegenheiten dem Reichsminister des Innern übertragen. Zugleich hat der Reichsverweser zu Unterstaatssekretären für die auswärtigen Angelegenheiten den Abgeordneten Max v. Gagern und Ludwig v. Biegeleben, für das Innere die Abgeordneten Friedrich Wassermann und Joseph v. Würth, für die Justiz den Abgeordneten Christian Wibenmann, für die Finanzen den Abgeordneten Karl Mathy und für den Handel den Abgeordneten Johannes Fallati ernannt.

Frankfurt, 24. Sept. Sicherem (?) Vernehmen nach hat der hier weilende Bevollmächtigte der provisorischen Regierung des Wallachei den Auftrag erhalten, die Vermittlung der provisorischen Zentralgewalt Deutschlands für die Fürstenthümer nicht allein zu beanspruchen, sondern auch dahin zu wirken, daß Deutschland dieselben unter seinen Schutz nimmt, mit Deutschland vereinigt oder die Fürstenthümer unter die Regierung eines deutschen Fürsten stellt. (Wdh. 3.)

In einem Frankfurter Berichte der „Regensburger Zeitung“ heißt es: „Nun sehen die Demokraten wohl, daß alle ihre Hoffnungen auf Untreue der Truppen Hirngespinnste waren. Darmstädter Schützen, welche noch vor wenigen Wochen als Muster von Insubordination aufgeführt wurden, haben sich wie blind auf die Barrikaden gestürzt, und nahmen sie hinsichtlich ihrer mit Sturm, ohne sich nur zwischen einer oder der anderen aufzuhalten.“

„In Frankfurt und in der Umgegend herrscht vollkommene Ruhe; die Nachrichten aus dem badischen Oberlande lassen eine schnelle Beendigung des Struveschen Unternehmens voraussehen; der Zug, der so eben hier ankömmt, bringt die Nachricht, daß die ganze Armada der rothen Republik oberhalb Freiburg bereits zersprengt ist.“

Frankf. Ch.-P.-A.-Ztg.“ bringt ein amtliches Verzeichniß der bei dem Straßenkampf am 18. Sept. getödteten und verwundeten Soldaten. Unter den 8 Todten sind 3 Offiziere (3. Hübner, preußischer Hauptmann, W. v. Hildebheim, preuß. Lieutenant, und H. Zimmermann, großh. hess. Oberlieutenant), 4 preußische und 1 hiesiger. Solbat. Von den 36 Verwundeten gehören 14 Mann dem hiesigen Regiment Erbprinz Rainer an (darunter gefährlich Wehnert, 18 Mann Zöglinge der Infanterieschule, 3 Mann Infanterieregiment, 3 dem großh. hess. 1sten Infanterieregiment und 4 dem kurhessischen 2ten Infanterieregiment.

Großherzogthum Hessen. Mainz, 24. Sept. Von Prag sind zwei österreichische Infanterieregimenter in Gilmärschen auf dem Wege hierher. Der Besuch der Zitadelle ist, wegen der dort bestätigten Gefangenen des Frankfurter Aufstands, allen Zivilpersonen aufs strengste untersagt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen. — Berlin, 24. Sept. (Spen. Z.) Se. Maj. der König, wie Ihnen bekannt, haben gestern von Potsdam nach Schönhausen zukommen, wo eine Parade des in dortiger Umgegend die Revue zu liegenden 2. (Königs-) Infanterie-Regiments stattfand. Se. Maj. der König verbreitete nach einer Ansprache an die Truppen eigenhändig die neu gestifteten Ordens-Dekorationen an diejenigen Offiziere und Mannschaften dieses Regiments, welche sich im Kampfe gegen die Dänen besonders ausgezeichnet hatten. Der General der Kavallerie v. Wrangel, der Feldherr in jenem Kampfe, wohnte der Feierlichkeit bei und wurde, als er gegen 2 Uhr Mittags bei der Börse vorüberkam, von den auf dem Worplatze Versammelten allgemein begrüßt, worauf er fortdauernd, unter Abnahme des Helmes, dankte.

Folgendes ist der Wortlaut der von dem Ministerpräsidenten General der Infanterie v. Pfuel in der vorgestrigen Sitzung der Nationalversammlung verlesenen, auf die Ernennung des Generals v. Wrangel zum Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken Bezug habenden, beiden K. Kabinetsordres: 1) „Ich trage Ihnen auf, den Oberbefehl über sämmtliche, in den Marken garnisonirenden und kantonirende Truppen zu übernehmen, und habe von diesem Ihnen ertheilten Auftrage die General-Kommandos des Garde- und des 3. Armeekorps in Kenntniß gesetzt. Der Kriegsminister wird Ihnen die erforderlichen näheren Mittheilungen in Betreff der genannten Truppen zugehen lassen. Sanssouci, den 15. September 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm.“ — 2) „Ich habe dem General der Kavallerie v. Wrangel heut den Oberbefehl über sämmtliche in den Marken garnisonirende und kantonirende Truppen übertragen, und die General-Kommandos des Garde- und des 3 Armeekorps davon in Kenntniß gesetzt. Sie als Kriegsministerium haben demnach v. Wrangel die erforderlichen näheren Instruktionen zugehen zu lassen. Der Kriegsminister unverzüglich zugehen zu lassen. Sanssouci, den 15. Sept. 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (gegegnez.) v. Schreckenstein. An das Kriegs-Ministerium.“ — Haufenmann's Ernennung zum Chef der preuß. Bank hat gestern günstig auf den Stand der Bankanstheilscheine gewirkt. Die Börse war gestern überhaupt fester.

Wir können aus guter Quelle melden, daß die lombardisch-venetianische Frage in Kurzem entschieden werden wird, und zwar auf diplomatischem Wege, und in einer Weise, wie wir sie in einem unserer früheren Artikel voraussichtlich angedeutet haben, nämlich daß Oesterreich das lombardo-venetianische Königreich behalten und einen der Prinzen seines Hauses als König auf den Thron desselben erheben wird, und zwar so, daß dasselbe eine vollständige und selbstständige Verwaltung und nationale Institute erhält. Die Kriegsfrage werden; wenigstens zum Theil, wenn den König von Sardinien getragen werden. Endlich wird Venedig als freie Stadt und sein Hafen zum Freihafen erklärt werden. Das französische Kabinet hatte, wie es scheint, Preußen den Vorschlag gemacht, daß auf jene Grundlage hin, der englisch-französischen Vermittlung anzuschließen. Man verschiert und, daß das nun abgezogene Ministerium bereit gewesen sei, auf jenen Vorschlag einzugehen. Der abenteuerliche Konstantien erscheint als eine solche, welche geeignet sein dürfte, alle Interessen und alle Parteien zu befriedigen.

In der Sitzung des konstitutionellen Klubs am 21. wies der Dr. Bruy in einer trefflichen Rede in Bezug auf die jüngsten Ereignisse in Frankfurt a. M. darauf hin, daß es jetzt noch Zeit sei, das Preußen das Ruder ergreife, um die demokratisch-konstitutionellen Freiheiten zu sichern. Er spricht sich für die Republik und die Verbindung über den Vertrag des Waffenstillstandes nur benutzen, um ihre Pläne auszuführen.

(B.-H.) Als ein wichtiges Moment wird erzählt, daß die Maschinenbauer, nach einigen Explikationen mit Hrn. v. Pfuel, ihm die Unterstützung ihres 3000 Mann starken Korps zugesagt hätten. Damit wäre der demokratischen Partei ihre bedeutendste Stütze entzogen, auf welche die Linke auch hauptsächlich rechnete, wenn sie sich gewaltsam setzen sollte, an das Volk zu appelliren.

(Staatsanzeiger.) Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Ober-Landesgericht-Chef-Präsidenten Klöter zum Justiz-Minister zu ernennen.

Oesterreich. * Wien, 24. Sept. Erzherzog Stephan ist heute Morgen hier eingetroffen und gleichzeitig auch die Nachricht, der Banus habe Stuhlweissenburg besetzt. Der Erzherzog Palatin war bei der Armee in Ofenpest eingetroffen und hatte dieselbe beinahe in völliger Auflösung angetroffen, mit hatte zweimal den Banus zu einer Unterredung einladen lassen, die aber von diesem verweigert wurde, bevor man seine gerechten Forderungen für die Gesammtmonarchie anerkannt habe. — Auflösung ist es auch wan hier wie in Berlin den 25. Sept. als den Tag bezeichnet, an welchem die Republik im sämmtlichen Deutschland zugegossen werden soll. Sollte die hiesige demokratische Partei, welche trog des Schlages, den die Frankfurter Ereignisse ihrer Sache gegeben, fortwährend thätig ist, morgen dennoch einen Handstreich wagen, so wird sie denselben theuer büßen müssen, denn nur der Menschenfreundlichkeit des Generals verdankt man es, daß 1848. Sept. nicht blutiger ausfiel, und heute würde jede Aufleh gewaltsam, da man sie jeden Preis Ordnung und Ruhe zurückführen will, sowie man auch von Seite des Ministeriums beschlossen hat über die Vorgänge am 13. eine genaue Untersuchung einzuleiten.

Tyrol. Der jüngste Ausbruch des tyrolischen Landtages hat unter dem 15. Septemder mit Hinweisung auf den Beschluß der deutschen Nationalversammlung vom 12. August an das österreichische Ministerium eine feierliche Remonstration bezüglich der beabsichtigten administrativen Trennung der Kreise Trient und Rovereto eingereicht, und verlangt vollkommene Aufrechthaltung der Integrität, ohne Trennung und Abschteilung unter was immer für einem Namen.

Dänemark.

Die bereits von uns mitgetheilte Nachricht, daß Dänemark nicht gesonnen sei, auf irgend eine Modifikation der Waffenstillstandskonvention einzugehen, ja sogar darauf stehen bleibe, den Grafen Molke als Präsidenten der Regierung in den Herzogthümern aufrecht zu erhalten, wird durch folgende Cirkularnote des dänischen Ministeriums des Auswärtigen an alle dänische Gesandte im Auslande bestätigt: „Die Gerüchte, daß Dänemark sich willig erklärt hat, gewisse näher bezeichnete Modifikationen zu dem mit Preußen abgeschlossenen und ratifizirten Waffenstillstand vom 26. August einzugehen, haben in keinem bedeutenden Grade die Aufmerksamkeit der dänischen Regierung auf sich gezogen, so lange diese nur in deutschen Blättern enthalten waren. Man verließ sich darauf, daß diese weder in Europa noch außerhalb Glauben finden würden. Da aber jetzt in Erfahrung gebracht wird, wie eine Fraktion der deutschen Versammlung in Frankfurt dennoch ihre Annahme oder Nichtannahme des Waffenstillstandes auf ein solches Gerücht hin bauen will, finde ich die Veranlassung, Sie zu ersuchen, bei der Regierung, bei welcher Sie accreditirt sind, bestimmt zu erklären, daß jede Modifikationen durchaus keine Geltung haben werden, wenn sie nicht vorher Gegenstand von zu einen Seite noch als Einwilligung dieser Seite *). Es würde so nicht

*) Wir begnügen uns, sagt hier die Redaktion der „Börsenhalle“ in einer Stelle an, das Schreiben des Ministers v. Camphausen an den Gesandtmeister Bechsler hier zu wiederholen: Herr Minister! Nach Empfang der Waffenstillstandsbedingungen habe ich sofort der hiesigen Regierung die Bedenken vorgetragen, welche sich gegen den Artikel 4 Molte-Kilsaan zum Vorschein der provisorischen Regierung für Schleswig-Holstein veranlassen mußten. Die hiesige Regierung theilt mit bisherhalb mit, daß sie die Gewißheit habe, es sei der Graf v. Molke von der Unmöglichkeit der Uebernahme der Präsidentur jetzt überzeugt und es werde diese Ueberzeugung von dem dänischen Bevollmächtigten getheilt. Der Graf Molke habe das Herzogthum verlassen und möchte als zurückgetreten angesehen sein. Der dänische Bevollmächtigte, Hr. v. Reedz, hatte erklärt, daß Se. Maj. der König von Dänemark bereit sein werde zu Motivationen und Konzessionen, welche für den Ruhe und Verhältnissen wohlschuldig erachten. Frankfurt a. M., den 9. September 1848. (gez.) Camphausen. An den Reichsminister für die auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Beckscher.“

wünschenswerthen Vorrichtungen führen, falls eben benannte Versammlung, von unruhigen Elementen geleitet, einen Mißerfolg einschlagen sollte zwischen Annahme und Verweigerung. Der hänsicher Regierung liegt es daher ob, jede Idee, daß sie zu solcher Unklugheit oder Zwiedeutigkeit Veranlassung gegeben hätte, zu entfernen. Was man von hieraus glaubt, berechtigt zu sein, sondern zu bürgen, ist, daß diejenigen Autoritäten, welche sich selbst die Rechte beilegen, den gültig abgeschlossenen Waffenstillstand ihren spätern Bestimmungen zu unterwerfen, zu einem klaren Resultate kommen mögen, entweder von Staatsinstituten anzunehmen, um ihn mit derselben Genauigkeit zu erfüllen, wie es von Seiten Dänemarks geschehen ist, oder ihn zu verwerfen. Der Waffenstillstand ist ein Verschönungsakt mit den Herzogthümern. Sein Zweck ist, zu versuchen, die Differenzen auszugleichen, welche zwischen der Bevölkerung dieser Länder und der hiesigen entstanden sind. Dies Ziel kann aber nicht erreicht werden, so lange die Partei in den Herzogthümern, welche die Fortsetzung des Krieges wünscht, Hoffnung hat, durch Unterstützung der hiesigen Gesammtheit ihre Pläne zu erreichen. Darin findet die hänsiche Regierung einen Grund mehr, dazu beizutragen, auch von Seiten Deutschlands eine unzweideutige Abmachung zu erwirken. Sie werden möglichst schnell der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, eine Mittheilung in diesem Sinne machen."

Frankreich.

△ **Paris**, 23. Sept. Als vorgestern auf dem großen Platze vor dem Stadthause der Seinepräfekt der versammelten Masse unter den Namen der erwählten Repräsentanten zuerst den Ludwig Napoleons verkündete, da stimmten die Musikkorps der Nationalgarde die aus der Kaiserzeit bekannte Weise: Veillons au salut de l'empire (laßt uns wachen über das Wohl des Kaiserreiches) an, und ein Theil der Menge brach sogleich in die Rufe aus: „es lebe der Kaiser, es lebe Napoleon!" Ein klarer Fingerzeig der allmählig umgestalteten Volksstimmung. Die Franzosen sind des ewigen Wirrwarrs und der beständigen Unordnung, die ihnen die Republik gebracht hat, herzlich müde, und sehnen sich nach einer festen Hand, welche die Zügel des Staates wieder ergreife, und die Ordnung um jeden Preis wieder herstelle. Dergleichen Aeußerungen kann man hundertmal des Tags hier hören, und so scheint denn Frankreich bestimmt, vom Neuem die alte Geschichte zu wiederholen, von der Freiheit, die erst unter der konstitutionellen Monarchie in so reichem Maße sich aber weder zu ertragen noch zu schätzen wußte, in die Schrecken der Zügellosigkeit und Anarchie zu verfinken, um dann wieder dem Despotismus sich in die Arme zu werfen. Ob aber Ludwig Napoleon der Mann ist, dessen Schultern der Rolle und der Last des Kaiserthums gewachsen wären, möchte ich sehr bezweifeln. Wie dem auch sei, sein Name übt wieder einen gewissen Zauber auf die Massen. Aber gelänge es seiner Partei ihn wirklich ans Bruit zu bringen, — sicher sich Frankreich auch dann auf der friedlichen Bahn Europa gegenüber erhalten, auf der es bisher noch geschritten? Der, wie die Erfahrung gelehrt hat, nur zu sehr zu abenteuerlichen Unternehmungen geneigte Charakter Ludwig Napoleons gewährt in dieser Beziehung wenig Bürgschaft, und läßt sehr die Wahrscheinlichkeit der entgegengesetzten Politik annehmen. Wird die Nationalversammlung im Stande sein, der etwa wieder auftauchenden Kriegs- und Eroberungslust einen hinreichend mächtigen Zügel anzulegen? Alle diese Fragen muß man sich stellen, muß man sich damit in Deutschland stellen, zur rechten Zeit, damit man nicht von den Ereignissen überrascht werde. In Frankreich weiß (und anderwärts jetzt auch) man nie heute, was das Morgen bringen wird. Darum sei man in Deutschland bei Zeiten auf seiner Hut. Die Industrie, der Handel, mit einem Worte die ganze Mittelklasse in Frankreich will jetzt allerdings vor allem Ruhe, Ordnung und Frieden: aber der leicht entzündliche Charakter der Franzosen, sobald man ihnen mit den lockenden Worte des Ruhmes kommt, läßt sich gar zu leicht gewinnen und fortreißen zu gewagten Unternehmungen; diese Ueberlegung ist eben keiner ihrer hervorstechenden Charakterzüge. Zudem wäre es den Bourgeois wohl gar nicht unlieb, wenn sie durch einen Krieg die Massen von Leuten, die jetzt die ewigen Störenfriede im Lande selbst sind, los werden, dieselben auf das Ausland werfen könnten. Und da wären dann Italien und Deutschland wieder wie immer die Länder, welchen man diese saubern Gäste zuschieben würde. Nicht zu verhindern ist auch, daß das französische Heer, wie es jetzt wieder vortrefflich organisirt und disziplinirt dasteht, vor Thatendurst brennt, und den Augenblick freudig begrüßen würde, wo sich ihm ein neuer Schauplatz dafür eröffnen würde. Die Tausende von jungen Offizieren wünschen nichts sehnlicher als einen Krieg und der französische Soldat theilt durchaus diese Gesinnungen. Bemerkenswerth ist, wie man im französischen Heere überall mit der höchsten Achtung und Anerkennung von den deutschen Truppen ohne Unterschied, namentlich auch von den Oesterreichern in Italien spricht, wie verächtlich dagegen sie sich über die Italiener (mit Ausnahme der Piemontesen) aussprechen, vor denen die Franzosen übrigens nie sonderlichen Respekt hatten, und die sie jetzt geradezu mit Ehrentiteln wie Lumpengesindel, Feiglinge behandeln.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 26. Sept. Bayer. 3½ proz. Obligationen 77 ℔. — ℔
4proz. 86 ℔. Bankaktien II. Semester 580 ℔. Promessen 36 ℔. — ℔
Oesterreich. 5proz. Metall. 75 ℔.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Donnerstag, 28. Sept.: „Die Puritaner", Oper von Bellini.

Hoftheater.
Freitag, 29. Sept.: (Zum Erstenmale.) „Gabriele von Belle Isle, oder: die verhängnißvolle Wette", Lustspiel nach Dumas von Franz v. Holbein.

Fremdenanzeige.

Hotel Raulet. Bleit, Rentier, aus England. Mss Potepuit, aus England. Graf v. Chabloise, Rentier, von Paris. Pöl, Kapitän, von London.

Blaue Traube. Baron v. Schütz, Landrichter, von Landshut. Kißbow, Partikulier, von Berlin. Mayer, Gutsbesitzer, von Starzhausen. Kurt, Oberleutenant, von Augsburg. Sattler, Kaufmann, von Breslau. Graf Pressing, von Rosenheim.

Drachsgartern. Köbel, Physiker, von Bregenz. Bächer, Studierender, von Lichtenstein. Gmeinder, Thierarzt, von Wallerdorf.

Getraute in München.

Die Herren: Johann Gießer, bürgerl. Bäckermeister von hier, mit Maria Dorothea Dinger, von Partenstein, Kgl. Rentamt A. Mellrichstadt Lederer, Bürger und Silberarbeiter von hier, mit Maria Anna Barosell von hier. Joseph Deiland, Schreiber bei St. Königl. Hoheit Prinz Adalbert von Bayern, mit Sophia Agnes Egger, Realitätenbesitzerstochter von hier. Johann Baptist Sommer, Schuhmachergeselle, mit Christina Schwandner, von Radburg. Johann Nepomuk Klein, Putzmachergeselle, mit Anna Maria Stober, Theatergarderobiersstochter von hier. Maximilian Philipp Frhr. v. Richerer, königl. Kreis- und Stadtgerichtsrath von hier, mit Maria Theresia Gaßner, Webermeisters- und Hausbesitzers-Tochter von Augsburg. Georg Schäffer, königl. Postillon von hier, mit Anna Maria Singer, Bierwirthstochter von hier. Georg Helmes, Rechtspraktikant von hier, mit Fräulein Agnes Matthias, königl. Revierförsterstochter von Pfanstetten. Johann Baptist Sebastian Schmid, herrschaftl. Baron Lichtthal. Obergärtner, mit Ida Maria Anna Schäufele, Gemeindskollectorstochter von hier. Johann Ulrichsberg Andreas John, Präfekt im königl. Schullehrerseminär zu Altorf, mit Maria Anna Karolina Schulze, Kaufmannstochter von hier.

Auswärts Getraute.

Zu Marquartstein: Dr. Johann Georg Hof, bürgerl. Zuckerbäcker von hier, mit Fräulein Theresia Pauli, königl. Revierförsterstochter von Marquartstein.

Gestorbene in München.

Karl Wittmer, Sohnal im königl. 2. Infanterieregiment Kronprinz, 33 J. a. Magdalena Oberdrexler, Zimmergesellerstochter von hier, 40 J. a. Kreszentia Pirschvogl, bürgerl. Tändlerswittib, 70 J. a.

Bekanntmachung.

Die Kunstausstellung betreffend.

110. (b) Die Ausstellung von Werken lebender Künstler, welche in dem der Glyptothek gegenüber liegenden Kunstausstellungsgebäude stattfindet, ist ohne Ausnahme täglich von 10 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags geöffnet.

Zugleich wird bemerkt, daß seit Beginn der Ausstellung mehrere vorzügliche Werke der Malerei und Bildnerei, die damals noch fehlten, nachträglich eingetroffen sind.

Bekanntmachung.

139. Auf Andringen eines Gläubigers wird eine in der Eisenmannsgasse dahier ausgelegte reale Schlosserei-Gerechtsame am öffentlichen Verkaufe von §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der §§. 99 bis 101 der Prozeßnovelle vom 17. Nov. 1837 unterstellt und hiezu Termin auf

Donnerstag den 2. November l. Js.,

im Gesellschaftszimmer Nro. 16 anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken vorgeladen werden, daß die fragliche Gerechtsame unterm 21. vorigen Monats auf 3000 fl. gerichtlich geschätzt wurde, und mit 2231 fl. Hypothekschulden belastet ist.

Dem Gerichte unbekannte Personen haben sich durch Legalisirte Vermögenszeugnisse über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen.

Sign. am 15. Sept. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Direktor:
Barth.
Müßler, Mar.

Stelle-Gesuch.

110. (2a) Ein in allen Amtsmanipulationen gewandter, dem Notariat, Konskriptions- und Hypotheken-Fache vollständig routinirter Landgerichts-Oberschreiber sucht in gleicher Eigenschaft anderweite Stellung. Das Nähere durch die Expedition.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsgewalt.

Kunkschreiben des Reichsministeriums der Justiz an die Justizministerien der Einzelstaaten.

Mit Schmerz und Besorgniß muß jeden wahren Vaterlandsfreund der immer maßloser um sich greifende Mißbrauch der Presse zu verbrecherischen Zwecken erfüllen. Wenn die Nation mit Recht die Preßfreiheit als eines ihrer theuersten Güter betrachtet, welches ihr daher auch in seiner Weite unerkümmert werden darf, so soll solche doch keineswegs ein Freibrief sein zu den frechsten Beschimpfungen und Verleumdungen von Behörden und Beamten, zur Provocation zum Aufruhr und zum gewaltsamen Umsturz aller bestehenden Verhältnisse. Die provisorische Centralgewalt für Deutschland, welche nach Art. 2 des Gesetzes vom 28. Juni d. J. die vollziehende Gewalt zu üben hat in allen Angelegenheiten, welche die Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesgebiets betreffen, darf nicht länger ruhig zusehen, daß die mittelst der Presse begangenen Vergehen und Verbrechen ungestraft bleiben; wie sie einerseits nicht daran denkt, der Preßfreiheit selbst Schranken zu stellen, oder durch präventive Maßregeln entgegenzutreten, so muß sie andererseits ernstlich darauf bestehen, daß jedes Vergehen und Verbrechen, welches mittelst der Presse verübt wird, nach Maßgabe der bestehenden Strafgesetze zur Untersuchung und Ahndung gezogen werde.

Ebenso darf es nicht länger geduldet werden, daß in Vereinen und Volksversammlungen Behörden und Beamte beschimpft, der Umsturz der bestehenden Verfassungen proclamirt, und das Volk zur gewaltsamen Empörung gegen die gesetzlichen Zustände aufgefordert wird. Auch das Vereins- und Versammlungsrecht soll den deutschen Völkern unverkürzt erhalten werden; die Verbrechen aber, zu denen dieses Recht mißbraucht wird, oder welche bei Ausübung desselben verübt werden, müssen nach den bestehenden Gesetzen bestraft werden.

Demgemäß ersucht das Reichsministerium der Justiz die Justizministerien der Einzelstaaten, die betreffenden Behörden nach Vorstehendem mit strenger Anweisung zu versehen.

Frankfurt a. M., den 24. September 1848.

Das Reichsministerium der Justiz: R. Mohl.

Der Einfall Struves in Baden.

** Wir haben nun die Gewißheit, daß das hochverrätherische Unternehmen Struve's und seiner Genossen sich nicht über den kleinen Bezirk seines Auftretens ausgedehnt, und selbst da nicht die von den Rädelsführern erwartete Unterstützung gefunden hat, trotz aller brutalen Gewaltthaten, welche denselben auf die Seine heilen sollten. Aus dem Oberlande kamen keine bedeutenden Zuzüge, im Seekreise scheine Alles ruhig geblieben, und auch unterhalb Schliengen nirgends freiwillige Theilnahme stattgefunden zu haben. In dem kleinen Bezirke selbst, auf welchen der Aufstand sich beschränkte, zogen die Meute nur gezwungen mit der vom Auslande herbeigekommenen und zumeist auch aus auslandischem Gesindel bestehenden Bande. Nach der Besitznahme von Staufen durch Struve und Strohmayer verfielen unter aller Kritik gewesen sein, es war, wie das genannte Blatt sich ausdrückt, „ein Landsturm von der geringsten Sorte.“ Struve soll von reicheren Bauern, auch von den Juden in Mühlheim Lebensmittelzusammen vom Kriegsdienst angenommen haben. In Mühlheim wurde der Bürgermeister Blankenhorn (Mitglied der badischen II. Kammer) bei Ankunft der Aufständischen verhaftet, gegen Einstellung einer Summe von 1000 fl. aber, welche Struve einstecte (nach ächter Banditenmanier) und gegen das Versprechen, sich wieder zu stellen, wieder freigelassen. Wir lassen unten noch einige Einzelnheiten über die Gefechte bei Staufen und Kroppingen folgen, in denen die Rebellen schmählich zersprengt wurden. Inzwischen hatte die sogenannte provisorische Regierung durch ihre Lügenbulletins über ihre thätliche Lage den Landsturm in die Waffen zu streuen, und die immer mehr schwindende Zuversicht ihrer Anhänger wieder zu beleben gesucht. Folgendes ist ein Musterstück dieser Bulletins, das am 24. Abends 4 Uhr zu Lörach angeschlagen wurde: „Nach den durch Gilaffete so eben eingegangenen Nachrichten von unsern abgezogenen Bürgermännern sind dieselben bereits in der Nähe von Freiburg gerückt; Löwenfels, Struve stehen über Nacht, Sonntag, Montag noch in Freiburg. Der heutige Tag wird ohne Zweifel ein hochwichtiger werden, und wir werden die Berichte hierüber dem Volke sogleich veröffentlichen, wie dieselben eintreffen. Der Gang der republikanischen Bewegung ist bis jetzt ungeheuer, von über 15,000 Mann; von Truppenbewegungen gegen uns ist noch keine Rede. Wer angerissen wird, stelle Gerüchte zu verbreiten, wird verhaftet und standrechtlich behandelt. Lörrach, 24. Septbr. 1848. Im Namen der provis. Regierung: Die Commission: M. Fiala. J. G. Müller. Braun. Stumpfer.“ — Die Basler Zeitung vom 25. bemerkt dazu: „Es war dies wahrscheinlich der letzte Erlaß dieser Regierungskommission. Denn heute Morgen kam sie für angemessen, sich von Lörrach auf Schweizerboden zurückzuziehen, wo sie sich einstweilen im Dorfe Rieben aufhält.“ Wir fragen nun, ob Deutschland es noch länger dulden darf, daß sie die Schweiz der Herd bleibe, von welchem aus man angefrastt in unser deutsches Vaterland die Brandfackel der Empörung, des Bürgerkriegs und der Anarchie schleudern darf? Die Basler Zeitung, deren ebenmeerte Haltung überhaupt gegenüber jener der meisten andern Schweizerblätter anerkannt werden muß, äußert sich hierüber selbst in folgender unzweideutigen Weise: „Wir hoffen, unsere Regierung und die Eidgenossenschaft werde ernste Maßregeln treffen, damit das beillose Spiel, das seit Monaten auf Schweizerboden getrieben werden, nicht weiter von Dauren anfange. Es ist lange genug und schauder genug mit der Ehre der Eidgenossenschaft gespielt und der offenkundigen Wahrheit ins Gesicht geschlagen worden.“

Aus dem Oberlande heißt das Mannh. J. aus den Aussagen eines badischen Soldaten, der als Gefangener der Freischaaren sich in die Gegend des Feldlagers transportirt sah, und wieder entfloh, folgendes mit: Alle strategischen Maßregeln sind von Seiten des Militärs genommen, und so weit wir vernehmen, dürfte es der Struve'schen Schaar schwer fallen, dießmal zu entrinnen. General Hoffmann steht vor Freiburg mit einem bedeutenden Artilleriebahrt; die Bayern rücken aus dem Schwarzwalde, die Oesterreicher aus dem Münsterthal nach Staufen, wodurch dieselben den Insurgenten gerade in den Rücken kommen. (Uebrigens hat man noch keine Nachrichten über Zuzug von Bayern und Oesterreichern von Lindau und Bregenz her.) Oesterreicher und Bayern werden also von verschiedenen Seiten den Feind in die Enge und den Kanonen des Generals Hoffmann entgegentreiben. Da nun außerdem noch die Schweizer zu wie die französische Grenze stark besetzt ist, um jeden Uebergang unmöglich zu machen (an der hessischen Grenze stehen die Franzosen alle Schiffe und Fahrzeuge weggeführt haben), so bleibt Struve und seinen 300 Pfiementesen wahrscheinlich nur die Wahl, entweder wie Leonhard und seine Spartaner zu fallen, oder sich auf Gnade oder Ungnade zu ergeben. Daß sich Letzteres in letzterem Falle kein beneidenswerthes sein möchte, ist nur zu wahrscheinlich, da er selbst bereits das Standrecht, wie bereits erwähnt, auf den badischen Grenzbannen aufgestellt hat. Der Artikel erwähnen wir noch, daß der Redakteur des alten Teutschen Zuschauers von den Bauern Kaiser der rothen Republik titulirt wird. — Ferner aus Freiburg vom 24. Sept. Die Züge gehen fortwährend nur bis Freiburg. Gestern Nachmittag zwischen 1—2 Uhr hörte man etwa 30 Kanonenschüsse. Nach dem Schall derselben zu urtheilen, muß das Treffen in der Gegend von Kreuzlingen stattgefunden haben.

Laut dem Berichte des General Hoffmann sollen viele Aufrührer in Staufen und den Häusern gezogen und sogleich standrechtlich erschossen worden sein. Die Zahl der in Staufen abgebrannten Häuser wird bald zu 5, bald zu 9 angegeben. Der (gestern gemeldete) Zug Struwel gegen die württembergische Grenze bestätigt sich nicht, derselbe soll vielmehr nach Mühlheim zurückgegangen und dort eingeschlossen sein. In dem Gefechte bei Staufen sollen auch die Strapnellkugeln gute Wirkung gethan haben. Die Hüninger Rheinbrücke soll von den Franzosen abgeschlagen sein, um den Rebellen keinen Zuzug nach Frankreich zu lassen. Man spricht fortwährend von starker Besetzung der Schweizer Grenze. Struve soll zwei Bürgermeister und ferner noch fünf Honoratioren, der Ein legte gefänglich in Säckingen arretirte, haben erschießen lassen und überhaupt eine Barbarei und Terrorismus ausüben, der unglaublich ist. (Von zwei Gendarmen spricht das M. J.) (Schwäb. Merk.)

Deutschland.

Ein Schreiben aus Frankfurt in der „deutschen Zeitung“ brandmarkt mit den kräftigsten Worten die an dem Fürsten Lichnowsky begangenen Greuel und führt dann so fort: „Welche Schande! Welche Schande im Namen der Freiheit! So handeln unsere Demokraten! Frech über die, die durch Wort und Schrift die Seelen verwirrt, die Menschen in Hyänen gewandelt haben. Und Mitglieder der Nationalversammlung waren es, die am Tage vor dem Aufruhr auf der Pfingstweide die Menge sanatisirten halfen! Hoffentlich wird ihre Stellung sie nicht vor dem Arme der Gerechtigkeit schützen. Im Gegentheil, daß sie in solcher Eigenschaft und mit dem ganzen Gewichte derselben die Leidenschaften angefacht, macht sie doppelt verantwortlich. Der Eine, Hr. Zitz, wäre auch, wie man hier erzählt, schon fast der Volkswuth erlegen; am Bahnhof zu Darmstadt soll er nur mit Mühe gerettet worden sein. Zitz habe gestern Herrn Heckscher erzählen hören von seinen Begegnissen. Diese sind so bezeichnend für die Denkungsweise unserer Demokraten, daß ich dieselben Ihren Lesern mittheilen zu sollen. In Soden hatte er bemerkt, daß man ihn erkannte und beobachtete, und ging deßhalb nach Höchst, um dort die Eisenbahn nach Frankfurt zu benutzen. Doch tag zwischen seiner Ankunft und der Abfahrt noch 1 Stunde. Schon von Soden aus waren einige Turner hinter ihm drein gegangen, und in Höchst sammelte sich rasch ein immer wachsender Haufe um ihn, der ihn nicht entließ und von Drohungen bis zu Thätlichkeiten schritt. Man schlug ihn, warf ihn nieder, schleifte ihn, und nur mit Mühe gelang es einigen Besserge sinnten, ihn in das Rathhaus zu retten, vor dem der Haufe stehen blieb und beständig seine Auslieferung forderte, um ihn aufzuhängen. Aber selbst die „Bessergesinnten“ trieben derartschlagen vor seinen Augen und Ohren, so sie nicht ein Verbrechen bezogen, den Händen des „Volks“ einen solchen Verbrecher vorzuenthalten. Auf seine Fragen, was er denn verbrochen, wurde ihm das Abentheuerlichste vorgehalten: er habe eine zweifündige Rede gegen die Linke gehalten, er habe einmal beim Herausfahren aus Frank-

furt das Volk mit Berachtung angesehen u. s. w. (Hecscher ist so kurzsichtig, daß er kaum über den Tisch hinüber Jemanden erkennt.) Hecscher wußte die Inquisitionen doch stets durch die Macht seiner Rede stutzig und lustig wirdt zu machen. Er blieb standhaft gegenüber den schmählichsten Anforderungen. So forderte man von ihm, er solle bezeugen, daß im Augenblick in Frankfurt gar kein Minsterium, keine Centralgewalt bestehe. Es ist einleuchtend, welchen Gebrauch man von einer solchen schriftlichen Erklärung gemacht hätte. Sieben lange Stunden, bis Nachts 3 Uhr, kämpfte er auf solche Weise um sein Leben. Manchmal wollte der wildbrüllende Haufe in das Nachbarszimmer dringen; als einige der Besorgteren sich diese Stunden zu Hauf nahmen zur Vertheidigung des Gefangenen, da mußten sie sich sogleich wieder an die Wand stellen, weil sonst kein edles Bürgerblut vergossen dürfe, um eines Volksverräthers willen. Was würde aus der Freiheit, aus dem Vaterlande, wenn solches Regiment zur Herrschaft käme?"

Bayern. "München, 28. Sept. Die längs der württembergischen Grenze zwischen Ulm und Lindau sich zusammenziehenden Truppenkorps werden unter dem Befehle des Generallieutenants und Kommandanten der 2. Armeedivision Frhr. v. Gumppenberg, unter welchem die Generalmajore Hartmann, von Wisch und von Pfotten stehen, aus folgenden Korps zusammengesetzt sein: Dem 1. und 2. Bataillon des Inf.-Leibregiments, dem 1 und 2. Bataillon des 1 Inf.-Regiments König, dem 3. und 11. Inf.-Reg. Prinz Karl und Ysenburg, dem 1. und 4. Jäger-bataillon, 2 Ehevauxleger-Regimenten, 2 schwere Batterien und 1 Banerie reitende Artillerie. Das Ganze steht unter dem Oberbefehle des Kommandanten des 7. und 8. Bundes-Armeekorps Prinzen Karl von Bayern l. Hoh. Die deutschen Manschaften der Regimenter der bayrischen Garnison treffen bereits zahlreich und mitunter aus weiter Ferne hier ein, und die 2 Bataillone des 1. Inf. Regiments Königs werden, sobald die Mannschaft vollzählig hier eingetroffen sein wird, gleichfalls ihren Marsch nach der ihnen gewordenen Bestimmung antreten — Am 26. ging eine Eskadron Ehevauxlegers von Augsburg nach Memmingen ab. Am 27. folgten ihnen 2 weitere sowie das Inf.-Regiment „Prinz Karl."

**München, 28. September. Unter den in der Nacht vom 26. auf d. 27. auf Requisition des Criminal-Untersuchungsgerichtes hier Verhafteten ist der Studierende Julius Knorr wenige Stunden nachher frei auf eines Beschlusses desselben Gerichtes wieder in Freiheit gesetzt worden. Auf den unverzüglich vorgenommenen Verhör soll sich ergeben haben, daß in Bezug auf ihn die Voraussetzungen, welche der Verhaftung zu Grunde lagen, entfallen sind, ersthämlich waren. Wir freuen uns aufrichtig über dieses günstige Ergebniß und die Raschheit, mit welcher der Untersuchungsrichter die Wiederfreilassung anordnete und vollziehen ließ. Gegen die übrigen Verhafteten nimmt die Untersuchung ihren Fortgang. In einem namenlosen, blos mit den Worten „der demokratische Verein" unterzeichneten Maueranschlage, der gestern Nachmittags an den Straßenecken unserer Hauptstadt zu sehen war, wurde die Verhaftung bedauert, die Verhaftungen „entbehren jeglichen Grundes." Die namenlosen Verfasser dieses Maueranschlags werden sich wohl bescheiden, mit uns vorerst das Urtheil des zuständigen Gerichtes abzuwarten, welchem allein die Entscheidung zusteht. Wenn sie so viel „Sinn für Recht und Freiheit" haben, als sie vorgeben, so werden sie wohl auch das freie unbehemmte Walten der Justiz achten, die jedem das Seine, das gebührende Recht widerfahren lassen, Anschuldige schützen, Schuldige zu treffen wissen werden. In dem Maueranschlage weiter enthaltene „dringende Bitte an alle Einwohner München's, jede Ruhestörung, jede gewaltthätige Haadlung zu unterlassen," vom demokratischen Verein ausgehend, ist schon gestern überall, wie wir uns an zahlreichen Orten selbst überzeugten, von den ehrenwerthen Einwohnern München's in ihrem hohen Werthe gewürdigt worden. Im Uebrigen hatte die Behörde alle Maßregeln getroffen, um jedem Versuch einer Krawallstiften augenblicklich kräftig zu begegnen. Wahrhaft komisch klingt es, wenn der demokratische Verein durch seinen Aufruf sich den Schein geben will, als bedurfte es bei der ungeheuren Mehrheit der Einwohner unserer Stadt erst seiner Fürbitte, um dieselben zu Nichtstörung der Ruhe zu bestimmen. Die Bürger und Einwohner von München haben ja oft schon bewiesen, daß die Fahne des demokratischen Vereins nicht die ihrige ist, als daß über ihre wahren Gesinnungen irgend ein Zweifel bestehen könnte."

* Bamberg, 25. September. Die hiesige Volksweide feierte gestern ein in diesen Tagen doppelt bedeutungsvolles Fest, die Weihe ihrer Fahne, in höchst würdiger Weise. Frauen und Jungfrauen der Stadt hatten sie, ein wahres Prachtwerk in Stickerei, zum Geschenk gegeben. Sie trägt auf schwarzrothgoldem Grunde einerseits den Reichsadler mit der Reichskrone, andererseits das bayerische Wappen, beide in Laubgewind mit der Königskrone, die in reichen Fahnenbändern in den Farben des bayerischen Farben. Als die Wehrmannschaft sich in ganzer Stärke auf dem Marxplatze, in Gegenwart der Offizierkorps, der Linie und Landwehr, aufgestellt hatte, brachten reichen in jene Farben geschmückte Jungfrauen zu Wagen die Fahne, und übergaben sie mit sinniger Ansprache der Wehrgenossenschaft. Der Oberfahnrer trug sie nun vor die Mitte der Mannschaft, eröffnete ihr, daß die Frauen und Jungfrauen der Stadt, zu deren Schutz gegen jeglichen Angriff sie zusammengetreten, ihr dieses Zeichen der Vereinigung und Waffenpflicht zum Geschenke bestimmt haben, fragte sie, ob sie dieses Geschenk in seiner ganzen vollen Bedeutung annehmen, dann ihre Fahne überall treu bewahren, ehren, mit treuer und Leben verheidigen wolle, und ein freudig jubelndes Ja war die Antwort. Dann brachte sie den Gebetnamen ein dreifaches donnerndes Hoch, und begab sich unter Vortritt des Musikkorps der Landwehr in den Dom zur Weihe des Banners. Der ehrwürdige Erzbischof nahm diese vor, nachdem ein Domcapitular eine treffliche Ansprache an den Wehrmännern und der dichtgedrängten Volksmenge gehalten hatte, mahnend an den Ernst der Zeit, den Beruf der Volksweehr zur Vertheidigung, Erhaltung von Verfassung und Ordnung, Thron und Altar, Freiheit und Gesetz, an den Schutz der allem Guten und Gerechten von Gottes Gnade sicher sei. Auch der greise Kirchenfürst sprach ähnliche Worte in tiefster Bewegung, und als er nach vollendeter Weihe den Donnerruf mit Ruf auf die Stirn die Fahne, dies gethellte Zeichen voller Treue und Einigkeit übergab, erfüllte tiefe Rührung die Versammlung. Alle Civil- und Militärbehörden wohnten der erhebenden, patriotischen Feier bei. Eine zweite politische Weihe fand Nachmittags statt. Die gesammte Ehrschaft zog in Begleitung der dazu geladenen Offiziere und zahlreicher Abtheilungen der Infanterie, Artillerie und Kavallerie der Garnison, sowie der Landwehr, zu einem Gastlichen Lager bei Regnitz hinüberführen, nach dem Tode Bau. Ein herrlicher Wiesengrund von allen Seiten umschlossen, auf welchen, wie von allen Häusern des Dorfes, deutsche und bayerische Fahnen flogaten, war zum Biwouak bestimmt, ein großes Zelt, auf Säulen mit Eichenlaub umwunden, mit dem Reichsadler, dem Namenszuge des Königs Max und deutschen und bayerischen Fahnen reich und geschmackvoll verziert, nahm die Gäste auf; die Mannschaft lagerte sich beim herrlichen Feuer im Freien und bewirthete ihre Gäste von der Linie und Landwehr im brüderlichen Verein, umgeben von den ländlichen Festfreuden Bewohnern der Stadt, die in das fröhliche brüderliche Lager gewandert waren. Musik- und Tänzerchöre wechselten, ländliche Marketenderinnen in bayerischer Landestracht mit der schmucken silbernen Riegelhaube bedienten die Bewirthung der Gäste, heitere und ernste Trinksprüche galten der innigen Verbrüderung aller Waffenmannschaft, und wurden mit gleicher Begeisterung von Offizieren, Unteroffizieren und Gemeinen deutlich erwidert. Um 7 Uhr riefen Trommeln und Trompeten Mehrung und das Lager brach nach der Stadt auf. Waren schon Vormittags auf dem Anzug alle Straßen von freudig ibrihelmender Menge besetzt, so empfing jetzt bei der Heimkehr überall donnerndes „Hoch unserer Volksweehr." „Hoch allen unseren Waffenbrüdern!" Viele Häuser hatten sich schnell für den Vorbeimarsch beleuchtet, und erst als die Fahne ein Gegenstand allgemeiner Freudigkeit und bewunderungsvoller Begeisterung in die Wohnung der Kreisobrigkeit gebracht war, endete das erhebende Fest. Ein solches Fest, verbanguißvollen Zeit, die jetzt heran zu nahen droht, ist diese Feier ein Lichtblick, der ermuthigend und Vertrauen erweckend fortleuchtet und erquickt.

Württemberg. — In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten am 23. Septbr. wurde die Frage, ob der zum Abgeordnete gewählte Hr. Scheer ein Deutschkatholik zuzulassen sei, mit 62 gegen 23 Stimmen bejahend entschieden. Der Staatsrath Römer hatte im Laufe der Debatte geäußert, er habe im Namen des durch anderweitige Dienstgeschäfte verhinderten Chefs des Departements der Justiz eine kurze Eröffnung der Staatsregierung zu machen: die Regierung nämlich unterlasse es, sich in diese Frage zu mischen, sie theile übrigens die Ansicht der Minorität. „Weil indessen das Zeitbewußtsein (im Majoritätsgutachten war nemlich dieses gewissermaßen über die Verfassung gestellt worden) eine so große Rolle in dem Bericht der Majorität der Kommission spielt, daß sie sogar die Nothwendigkeit einer Revision für die Verfassungsurkunde sich ableiten lassen, so sieht sich die Regierung veranlaßt, gegen alle etwaigen Folgerungen, wonach die Verfassungsurkunde aus dem Motive des Zeitbewußtseins als abgeändert oder ausgehoben betrachtet werden wollte, feierlichst Protest einzulegen. Dies ist es, was ich Ihnen zu erklären habe," schloß Staatsrath Römer und verließ den Saal.

Stuttgart, 26. Sept. Der Fabrikant Rau hat im Oberland eine Privatlamentation verbreitet, in welcher er das Volk zum bewaffneten Zuzug nach Stuttgart zu einem großen Bettlag auffordert. Diese Woche auferkennt, um seine Souveränität zur Geltung zu bringen. Er bestimmt darin sogleich, daß jede Gemeinde einen provisorischen Steuerdreiseinsausschuß ernennen solle, sowie, daß das Volk nicht gegen das württembergische oder deutsche Militär im Allgemeinen kämpfe, außer im Falle der Nothwehr, sondern Bruderschaft mit demselben schließen werde!!! —

Aus der drei vorgeschlagenen Kandidaten zur Kammerpräsidentschaft hat der König Herrn Murschel ernannt, welcher gestern in der Kammersitzung vom 25. Sept. seinen Posten als Präsident angetreten hat.

Baden. — Ueber den Aufstand im Oberland spricht sich die „Neue Freiburger Zeitung" vom 24. Sept. mit einem ehrenwerthen Muthe, der im Anbetracht der Lage des Staat, wo dieser entschiedene Meinungsäußerung erlegt, überall gerechte Anerkennung finden wird, in folgender Weise aus, der wir uns gerne zu diesem Beifpiele: „Die Gesetzlosigkeit von einer Hand voll Aufwiegler angefangen, die keine andere Autorität anerkennen, als ihre eigene, wälzt sich auf's Neue verheerend über die schönen Gefilde des Oberlandes. In solcher Zeit muß die Presse besonnen, rücksichtslos und ohne Furcht, möge kommen was da wolle, sich aussprechen. Dieser Pflicht unterziehen wir uns, indem wir den verderblichen Einfall Struve's als ein unerhörtes Verbrechen gegen die deutsche Nation bezeichnen. Kein Einzelner und keine Summe von Einzelnen haben das Recht, die neue Staatsordnung in Deutschland zu gründen. Wir gestehen dieses Recht Niemanden zu, er mag doch oder nieder gestellt sein. Die Nationalversammlung in Frankfurt, gewählt auf den

breiteten Grundlagen und mit Zustimmung aller bestehenden Regierungen in Deutschland, besitzt dieses Recht einzig und allein. Die Nichtanerkennung dieses Rechtes, die gewaltsame Auflehnung gegen die Nationalversammlung ist entschiedener Hochverrath gegen das deutsche Volk. Die neue Schilderhebung Struve's wird endlich den Anlaß geben, einmal mit Ernst und Energie mit der Schweiz Abrechnung zu halten, auf deren Gebiet die Aufrührer sich gesammelt, um bewaffnet auf ein friedliches Land alle Schrecken des Bürgerkrieges und die ungeheuren Kosten der unvermeidlichen militairischen Besetzung zu wälzen. Sollte nicht die Schweiz diese Kosten zu ersetzen haben, welche anstatt ihre Neutralität mit Ernst und Nachdruck zu wahren, sie als Schutz für das Verbrechen benutzen läßt? — Es ist voraus zu sehen, daß ein Armeekorps von wenigstens 30,000 Mann die Schweizer-Grenze besetzen wird, und daß man von der Schweiz die Gewährleistung der völkerrechtlichen Verpflichtungen fordert, ohne welche zwei Nationen nicht neben einander bestehen können."

Großherzogth. Hessen. Darmstadt, 23. Sept. (Darmst. Z.) **Se. königl. Hoheit der Großherzog haben unterm Gestrigen nachstehenden Befehl an die in Frankfurt stehenden großherzogl. Truppen erlassen:**

Soldaten! Mit freudiger Genugthuung habe ich vernommen, daß Ihr jetzt Krieger den alten Ruhm ihrer Fahne bewährt, daß sie ihre Schuldigkeit, in der schönsten Bedeutung des Wortes, gethan haben. Soldaten! Die oberste Gewalt des Reichs hatte euch berufen, dem Gesetze Achtung zu verschaffen, Meuchler zu bestrafen, Rebellen zu züchtigen. — Ich war seinen Vorgesetzt jener Tapferkeit, der Treue und Ausdauer, die Ihr Euren Führern, der Tapferkeit, der Kriegszucht seiner Söhne anvertraut; eines Fürst, euer Vaterland hatte nichts zu fürchten. Soldaten! empfanget meinen Dank und die Versicherung meiner Achtung. Darmstadt, den 22. September 1848. Ludwig."

Gießen, 23. September. **Ganz unerwartet sind im Laufe des heutigen Tages hier Verhaftungen vorgenommen worden. Die Verhafteten sind Aug. Böner, Redacteur des „Jüngsten Tages", Dr. Bopp, Präsident des republikanischen Vereins, Leisner, stud. cam. aus Sachsen, ein sehr exaltirter Republikaner, der z. B. vor kurzem bei dem öffentlichen Zusammentreten aller polnischen Vereine hierselbst zum Schlusse auf einen Tisch sprang und laut ausrief: „es wird mich eher hesser, bis die 34 Fürstenkammer vertigt sind," und der Lehrer Heilandt. Die republikanische Partei war während der Verhaftung sehr unruhig; man vertrieb Schlagen des Generalmarsches und drohte mit Sturmläuten. Beides unterblieb, doch ist man nicht ohne Besorgniß vor einem Befreiungsversuch während der bevorstehenden Nacht.** (Fr. J.)

Sächs. Herzogthümer. — Altenburg, 23. Septbr. Die Frankfurter Affaire hat unsern Demokraten gewaltig den Muth gebrochen. Obgleich die Kunde von einem Attentat auf die Nationalversammlung bisher gefehlt, so ist doch schon eine ausführende Anstalt, Plakate an den Straßenecken, und Alles schien vorbereitet, auf die erste den Aufständischen günstige Nachricht die rothe Republik zu proklamiren. Niedergeschlagen ist man jubelnde Gesichter Meine, das rothe Band bleibt auf einen Acten Brust. Doch kaum kam mit dem Abendzuge am 18. d. M. gesammelte Nachricht über den Sieg der Nationalisten, als Jubel und Freude versammelten und das rothe Band unstatthaft wurde. Mit Bestimmtheit kann man behaupten, daß im Siegesfall der Rebellen in Frankfurt die Demokraten zu Altenburg die Revolution lostrachten; denn unsere Demokraten zu Altenburg können nicht viel verlieren und ihr Häuschen wird immer kleiner da ein großer Theil der Bürger ihre Begründungstheorien durchschaut hat; daraus gilt es, sorgen zu machen. (Leipz. Ztg.)

Schleswig Holstein. Die Schleswig-holsteinische Frage verwickelt sich in der That aufs Neue. Die vom König von Dänemark eingesetzte „Immediatkommission zur gemeinsamen Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein" hat von Souverdung (auf der Insel Alsen) aus eine Proklamation erlassen, worin sie sich als die einzig rechtmäßige Verwaltungs-Behörde während des Waffenstillstandes bezeichnet und sofort den Antritt ihrer Wirksamkeit anzeigt. Die schleswig-holsteinische Landesversammlung hat darauf — nachdem sie bereits am 21. an die provisorische Regierung die Aufforderung gerichtet, die Todesurtheile gegen schleswig-holsteinischen Privatlieutenant Lorenzen zu kassiren — in ihrer Sitzung vom 22. einen energischen Protest gegen „Administrativkommission" an die provisorische Regierung gerichtet. Das Aktenstück ist folgenden Inhalts: „Durch die anliegende Bekanntmachung ist es uns zur Kunde der Landesversammlung gekommen, daß drei Männer es gewagt haben, sich als eine angeblich im Gemäßheit des Waffenstillstandsvertrags zur gemeinsamen Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein während der Dauer des Waffenstillstands bereits in Wirksamkeit getretene Immediatkommission und als die einzige rechtmäßige oberste Verwaltungsbehörde der Herzogthümer zu bezeichnen, von den Behörden und Beamten der Herzogthümer Gehorsam in Anspruch zu nehmen und zur Einsendung von Berichten, Eingaben und Gesuchen aufzufordern. Abgesehen davon, daß der angeblichen Kommission jegliche Legitimation fehlt und schon ihre Existenz bis von ihr selbst angezogenen Waffenstillstandsbedingungen widerspricht, erkennt das Land nur in der provisorischen Regierung die höchste Regierungsbehörde der Herzogthümer an, und die Landesversammlung hat in den einstimmig gefaßten und in das Staatsgrundgesetz aufgenommenen Beschlüssen vom 4. d. M. es ausgesprochen, daß jede Veränderung in der bestehenden Landesregierung ihrer Zustimmung bedürfe. Die Landesversammlung hat daher die lediglich durch die angeschlossene Bekanntmachung zu ihrer Kunde gelangten Umtriebe ihrer ermißlichen Gesinnung unterzogen und in treuesten nur einen Versuch zu anarchischen Verstrebungen und zur Störung der öffentlichen Ordnung erblicken können, um dadurch Zwiespalt im Innern des Landes zu erregen und dasselbe durch Schwächung der zur Vertheidigung tienenden Kräfte dem Feinde zu überantworten. Zwar hält die Landesversammlung sich überzeugt, daß die Bevölkerung der Herzogthümer in Verbindung und Einklang mit den Beamten sich durch jene Unruhstifter, an deren Spitze ein für das Land unheilvoller Name steht, nicht wird irre leiten lassen. Zwar darf die Landesversammlung vertrauensvoll voraussetzen, daß auch die provisorische Regierung es nicht an geeigneten Maßregeln gegen jenes Attentat werde fehlen lassen; aber die Landesversammlung hat es doch bei der Wichtigkeit der Sache für ihre Pflicht erkennen müssen, die provisorische Regierung hiebei ihrer entschiedenen Unterstützung zu versichern und Dieselbe aufzufordern, aufs Schleunigste mit aller Kraft und Energie gegen jene Unruhstifter und deren fernere Bestrebungen einzuschreiten, die Bevölkerung des Landes vor jeder Theilnahme an denselben zu warnen, die Unterdrückung der Besammlung und einzelner heftiger Erlasse anzuordnen, die Verbindung unter gesetzliche Beitrauung der Schuldigen, wo sie innerhalb der Herzogthümer betroffen werden möchten, zu verfügen und zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe wie zur Abwehr etwaiger Versuche der Gewalt die nöthigen militairischen Kräfte an den geeigneten Orten und namentlich in den zunächst den Einfällen der Anarchisten ausgesetzten Distrikten aufzustellen." — Die provis. Regierung aber hat darauf folgende Antwort an die Vorsteher der Herzogthümer erlassen: „Mitbürger! Wir haben in unserer Proklamation vom 24. März d. J. gelobt, uns in den Kampfe für Freiheit und Recht den Einheitsbestrebungen Deutschlands mit aller Kraft anzuschließen. Die deutsche Centralgewalt hat uns deutsche Waffenbrüder zur Hilfe gesandt, um das Land von dem Feinde zu befreien: den Schleswig-Holsteinern vor Allen liegt die Pflicht ob, die Centralgewalt, so viel an ihnen ist, zu stützen und ihren Befehlen Folge zu leisten. Die Nationalversammlung in Frankfurt, der höchste Rath der deutschen Nation, hat den von der Krone Preußen verhandelten Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark genehmigt; wir erwarten die Anordnung des Erzherzogs Reichsverweserz, um im Einverständniß mit der schleswig-holsteinischen Landesversammlung die von uns geübte Gewalt niederzulegen; bis dahin werden wir die Pflichten erfüllen, welche wir gegen das Land übernommen haben. Es ist uns amtlich zur Kunde gekommen, daß drei Personen, Mohle, Johannsen und Hansen, von der Insel Alsen aus Bekanntmachungen an das Volk der Herzogthümer erlassen, in denen sie sich als Mitglieder „einer königl. Immediatkommission zur gemeinsamen Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein" bezeichnen. Wir werden dem landesverrätherischen Treiben einer solchen anheizgeben, mit den Waffenstillstandsverhandlungen in Widerspruch stehenden „königl. Immediatkommission" nachdrücklich entgegenreten und haben an alle Polizeibehörden des Landes die Verfügung erlassen, die gedachten drei Personen, wo sie sich finden lassen, im Betretungsfall zu nehmen und den Gesetzen nach weiter gegen sie zu verfahren. Von den gesetzlichen Sinn unserer Mitbürger aber trauen wir erwarten, daß sie sich auch durch solche Provokationen nicht zu ungesetzlichen Schritten gegen jene Personen hinreißen lassen. Rendsburg, den 22. Sept. 1848. Die provisorische Regierung. Beseler. F. Reventlou. M. J. Schmidt. Lüders." (Münnd. Kor.)

Preußen. — ⊙ Berlin, 24. September. **Der Herausgeber der „Zeitungshalle", Gustav Julius, wird jetzt von der Polizei lebhaft verfolgt, man hofft allenthalben Nachforschungen an, um seiner habhaft zu werden. Alle Exemplare der Nummer 220 seiner Zeitschrift, deren man habhaft werden konnte, sind mit Beschlag belegt worden. Der Conditor Karbe ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden, weil die gegen ihn vorgebrachte Anklage wegen versuchten Aufruhrs für unbegründet erachtet worden ist.** — Die sogenannte Volkspraade, welche heute Nachmittag unter den Linden Statt finden soll, um die Truppen der hiesigen Garnison zu passiren, scheint unterbleiben zu wollen, aus leicht erklärlichen Gründen. — Man spricht auch schon wieder bestimmt davon, daß eine Anzahl wohlhabender Familien Berlin verlassen habe. Wenn das so fortgeht, so weiß ich nicht, was bei der ohnehin schon herrschenden Nahrungslosigkeit aus unseren Handwerkern und Kaufleuten werden soll, und wie weit es noch kommen wird, bis sich hieselben den Launen so verderblichen Herrschaft der hiesigen Demagogen frei machen werden!

Köln, 22. Sept. Die Frankfurter Greignisse, welche Jeden, der sein Vaterland wahrhaft liebt, mit eben so großer Entrüstung, als tiefer Trauer erfüllen müssen, haben den Leitern unserer sogenannten Demokraten Veranlassung gegeben, ihre eigentlichen Gesinnungen einmal ganz klar und offen auszusprechen. In einer vorgestern Abend gehaltenen Versammlung, der wenigstens 2000 Personen beiwohnten, da der Saal nicht mehr faßte, haben einzelne der Redner nicht allein den Mord Lichnowsky's und Auerswald's gebilligt, jenen Blutmenschen ein Hoch gebracht, in welches die unzurechnungsfähige Menge, meist der arbeitenden Klasse angehörend, natürlich einstimmte, sondern sich auch dahin ausgesprochen, daß man noch zu glimpflich verfahren. Den Soldaten, die in Frankfurt die Ruhe wieder hergestellt, wurde unter Pfeifen und Zischen ein Pereat gebracht. Der Fanatismus dieser verblendeten Menschen ging so weit, daß sie offen und unverholen allen Beifall den Greueln des Krieg erklärten. Am wüthendsten war ein gewisser Wolff, ein Jude, Mitarbeiter der „Neuen Rhein. Ztg." und erst seit kurzem von Paris zurückgekehrt. Die Hauptdeklamirer hierer

Versammlungen sind Leute, die nichts zu verlieren haben. Diese Menschen, ohne allen persönlichen Muth, wären doch im Stande, die von ihnen fanatisirten Arbeiter zu irgend einem wahnsinnigen, ihr eigenes Verderben bereitenden Streiche zu verleiten. In den letzten Tagen ist hier eine bedeutende Bewegung unter den Truppen der Besatzung, ein fortwährender Wechsel. Truppen des 28. Regiments, die gestern ankamen aus der Umgegend von Aachen, sind diesen Morgen wieder rheinaufwärts nach St. Goar befördert worden. Ein heute hier einneffende Bataillon desselben Regiments wird ihnen folgen. Auf Sonntag ist eine Volksversammlung bei Wesseling, oberhalb Köln, im Freien anberaumt. Die Absicht und der ganze Umfang der demokratischen Partei zielt einzig darauf hin, auch die Landleute für ihre Zwecke zu gewinnen, indem sie dieselben zunächst gegen ihre Ortsvorsteher aufreizegen und ihnen vorspiegeln, daß sie keine Steuern mehr zu bezahlen brauchten. Mit dieser letzten Verlockung mag der böse Same wohl hier und da auf dem Lande willigen Boden finden. (Fr. O.-U.-A.-Ztg.)

Oesterreich. — Ferdinandsböhje, 20. September. Heute pflanzte die hiesige bestimmte, politisch-technische Commission im Namen der National-Versammlung zu Frankfurt auf dem obersten Straßenpunkte, mehr als 8000 Fuß hoch über der Meeresfläche, den deutschen Gränzpfahl am Stelvio auf. Die Beschreibung dieser Feierlichkeit tragen wir in der Schätzenzeitung nach. (T. B.)

Oesterreichische Monarchie.

Temberg. An den FML. Hammerstein in Lemberg ist mittelst Couriers der Befehl vom ungarischen Ministerium des Krieges angelangt, die zwei ungarischen Regimenter, die noch in Galizien stehen, altogleich nach Ungarn aufbrechen zu lassen. Der Commandirende fand aber für gut, den Rukmarsch dieser Regimenter so lange zu sistiren, bis der Gegenzug kaiserlich galizischen Boden angelangt sein wird. Uebrigens sind bereits 250 Offiziere der ungarischen Regimenter, die gegen die Südslaven fechten sollen, mit Urlaub ausgetreten, darunter viele acht ungarische und aristokratische Namen. Sie wollen nämlich wo anders in die Linie wieder eingetreten zu werden.

Schweiz.

Tagsatzung. 29. Sitzung, vom 22. Sept. Nach der Wahl der Repräsentanten in den Kanton Tessin gelangt nun ein schon gestern angezeigter Antrag Tessins, aus den von Feldmarschall Radetzky besetzten Provinzen keine Briefe, Pakete ꝛc. anzunehmen, zur Berathung. Inzwischen wird in der Umfrage eine solche Repressalie, bevor man nur eine Antwort von Wien hat, mit mit als unpassig, sondern auch für die Schweiz selbst am nachtheiligsten erachtet, so daß Tessin mit seinem Antrag bei der Abstimmung ganz allein bleibt. Ebensowenig Anklang findet der Antrag Genfs, einen Beschluß zu fassen, wonach weder Bundesbehörde noch die einzelnen Kantonsregierungen mit Radetzky in direkten Verkehr treten sollen. Ein solcher Beschluß wird auf den gestrigen Beschluß hin und nach der bereits im Artikel 6 der Bundesurkunden ganz gleichen Ansicht für höchst überflüssig und sogar als vorgreiflich angesehen, indem dadurch leicht Fälle eintreten könnten, sich direkt an den Feldmarschall wenden zu müssen. Nur die getreuen Freunde Tessin und Baselland unterstützen diesen Antrag. Hierauf wurde mit 19 Stimmen die Vertagung der Tagsatzung beschlossen, und in der 30. Sitzung, als der Schlußsitzung an demselben Tage erklärte der Präsident die Tagsatzung als vertagt. Am Schlusse ihrer Sitzungen wechselten Schweizer Gesandten den Dank und zugleich den Wunsch aus, daß der Himmel die Schweiz vor abermaligen Greuelgissen bewahren möge, welche ein abermaliges Zusammentreten der Tagsatzung nöthig machten. (Eidg. Z.)

Der kleine Rath von Basel hat den beiden Bürgermeistern unter Beiziehung des Präsidenten des Militärkollegiums die Vollmacht ertheilt, die Militzen des Kantons erforderlichen Falls aufzubieten und den Nachbarkantonen und dem Vorort die nöthigen amtlichen Mittheilungen zu machen, namentlich die Nachbarskantone zum Aufbieten gegen allenfallsige Anzüge aus der Schweiz aufzumahnen. Für die Sicherung der Grenzgemeinden ist gesorgt. (Eidg. Z.)

* Der italienische Schweizerkanton Tessin hat bekanntlich mit seiner Sitte allen Beschwerden des Feldmarschalls Radetzky über dessen Verhalten Oesterreich gegenüber die Begründung abgesprochen, und der Feldmarschall sich in Folge davon genöthigt gesehen, ernstliche Repressalien gegen Tessin zu ergreifen. Wir haben auch bereits berichtet, in welcher Weise man in der Schweizer Tagsatzung in dieser Angelegenheit sich ausgesprochen hat, und wie auch da die gerechten Beschwerden Oesterreichs mehr oder weniger mißkannt und mißachtet wurden. Wir wollen nun zur Erbauung unserer Leser und damit dieselben selbst urtheilen mögen, auf welcher Seite die Wahrheit, auf welcher die Lüge ist, aus einer französischen Korrespondenz, die man gewiß nicht der Parteilichkeit zu Gunsten des Feldmarschalls Radetzky zeihen wird, eine Stelle hier anführen. In dem Journal des Debats schreibt man nämlich aus Bern vom 19. Septbr.: „Die Mehrzahl der revolutionären Häupter der Lombardei haben sich in den Kanton Tessin geflüchtet, und konspiriren dort so viel ihnen möglich gegen die österreichische Regierung zu Mailand. An der Spitze dieser Häupter befindet sich Mazzini. Die Tessiner Blätter sind mit feindseliger Polemik gegen Oesterreich gefüllt. Von Tessin aus schleudert man nach der Lombardei Pamphlete und Schriften aller Art in demselben Sinne. Zweimal schon hatte der Feldmarschall Radetzky an die Regierung von Tessin geschrieben, um sie zu vermögen, daß sie die italienischen Flüchtlinge an Fortsetzung ihrer Umtriebe verhindern solle; aber da er die Erfolglosigkeit aller seiner Reklamationen sah, so hat er nun alle Verbindungen mit der Schweiz durch den Kanton Tessin unterbrochen u. s. w." Es scheint, daß die Schweiz nach lombardischer Seite hin eben so loyal zu Werke gehen will, als sie es gegen Deutschland gethan hat. Wer erinnert sich nicht der fast höhnischen Antwort, welche jüngst erst auf die Reklamationen des deutschen Bundes und zuletzt auf eine badische Note von der Schweiz gegeben wurde, die Umtriebe in der Schweiz gegen Deutschland in Abrede stellend? Und schon jetzt haben wir Struve's Einfall in Baden und der Schweiz hervorer, der alle schweizerischen Betheurungen und Bekauptungen so schlagend Lügen straft! Wir hoffen, daß die Abrechnung mit der Schweiz nach Gebühr gestlegen werden wird.

Großbritannien.

London, 23. September. Die Aufnahme der 150 Pariser Nationalgarden, welche am vergangenen Dienstag von Boulogne nach Dover auf Besuch gekommen waren, soll sehr herzlich gewesen sein. Der Herzog von Wellington, welcher mit dem Maire von Dover auf dem Zaiı spazieren ging, wechselte einige Höflichkeiten mit mehreren Offizieren, die er wieder erkannte. Vierzig andere französische Garden, welche am Donnerstag darauf nach Dover auf Besuch kamen, bereiten sich, dem Maire und den Einwohnern ihren Dank für die herzliche Aufnahme ihrer Kameraden abzustatten.

Nachschrift.

* Die Nachricht von Struves Gefangennehmung und Erschießung war am 26. durch Stoffette der Reichsgewalt zugekommen. Die äußerste Linke war bestürzt, einige ihrer Mitglieder waren ansichtbar geworden, Zitz soll sich schon in Straßburg befinden. Herr v. Gagern erklärte in der Sitzung der Reichsversammlung, die Immediat-Commission in Schleswig-Holstein werde von der Centralgewalt unter keinen Umständen anerkannt werden.

* Struve ist nach amtlichen Berichten am 25. mit seiner Frau in Wehr bei Schopfheim gefangen nach Freiburg gebracht, und dort sandrechtlich erschossen worden. Zugleich mit ihm wurde eine große Anzahl seiner Genossen gefangen, und an sämmtlichen 30 soll nach gefällten kriegsgerichtlichen Sprüche dasselbe vollzogen worden. In der Nacht vom 24. auf den 25. war Struve mit seiner Frau auf der Flucht zu Todtnau im Wiesenthal angekommen. Dort fand er Widerstand und stieß noch in der Nacht weiter, wie man sagte gegen St. Blasien zu. In Todtnau war es ihm durch alle Künste der Rede kaum gelungen, seine wenigen Getreuen zu überreden, er sei nicht auf der Flucht, um entführte die Rassen auch nicht, sondern gehe nur nach St. Blasien, um die Schützenbahn dort zu eraminiren. In der That aber suchte er nach der Schweiz zu entkommen, und bei diesem Versuche ereilte ihn zu Wehr die rächende Nemesis. Am 25. waren noch 9 Freischärler, die noch zu Staufen in einem Hause versteckt geblieben waren, und unversehens am Morgen auf die Soldaten gefeuert hatten, von diesen sogleich erschossen worden. Zu Lörrach hatte man auf die Nachricht von dem Gefecht bei Staufen die gefangen gehaltenen Beamten sogleich freigegeben, und ein besonnener Umschlag in der Stimmung war eingetreten. Bürgermeister Blankenhorn von Müllheim war nach Bezahlung der 1000 fl. an Struve mit seiner Familie in Basel angelangt. Von dort ist einiges Militär nach der badischen Grenze abgegangen. Durch großherzoglichen Erlaß vom 25. sind nun auch die Amtsbezirke Schopfheim, St. Blasien, Säckingen, Waldshut, Jestetten, Stühlingen, Donndorf und Neustadt in Kriegszustand erklärt worden.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 26. Sept. Oesterr. 5proz. Metall. 73⅛, 4proz. 61, 3proz. —, 2½proz. 38½. Bankaktien 1200. Pr. 500 fl.-Loose 118⅛, 250 fl.-Loose —. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87½. Pr. — Sächs. Staatsschuldscheine 3½proz. 84. — Bayer. 3½proz. 77. — Ludwigsb. Berbach. 67½. — Württemberg. 3½proz. 76½, 4½proz. 92½. — Bad. 3½proz. 73¼. — Lotto-Anleihen à 50 fl. 45. 35 fl.-Loose 25½. — Darmstädt. 3½proz. 73½, 4proz. 84. — Lotto-Anleihen von 50 fl. 60½, 25 fl.-Loose 20½. — Kurhessl. Kriegs-Anleihen 42½. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½proz. 80½, 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3proz. 78, 3½proz. 80, 85½. — Taunusbahn 277. — Holländ. Integr. 45½. — Span. 3proz. innere Schuld 18½. — Pol. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 67½. — Sard. 36 Fr.-Loose 25½. Disc. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 80.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 5 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Freitag den 29. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 46.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

Zur gefälligen Beachtung.

Da mit dem Schlusse dieses Monats das Vierteljahr zu Ende geht, so stellen wir die Bitte, die Bestellungen auf unser Blatt für das nächstkommende Vierteljahr überall, wo möglich, noch vor Ablauf gegenwärtigen Monats zu machen, damit wir unsere Auflage darnach bestimmen können, und uns nicht wieder in die unangenehme Lage versetzt sehen, nur unvollständige Exemplare liefern zu können. Wir bemerken bei diesem Anlasse wiederholt, daß das königl. Oberpostamt München die Hauptexpedition der „Neuen Münchener Zeitung" übernommen hat. Auswärtige wollen ihre Bestellungen bei dem ihnen zunächst gelegenen Postamte, nicht bei der Redaktion oder Expedition des Blattes dahier, machen. Die Abonnementspreise bleiben dieselben wie bisher.

Zu recht zahlreichem Abonnement ladet ein

Die Expedition der „Neuen Münchener Zeitung".

Deutsche Reichsversammlung.

λ. Frankfurt, 26. Sept. Die gestrige Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrages von Venedey wegen Aufhebung des Belagerungszustandes von Frankfurt ist von großer Wichtigkeit; sie liefert den Beweis, daß dem Reichsministerium, wenigstens für jetzt, die überwiegende Mehrheit der Nationalversammlung zur Seite steht, und daß die Stellung der Parteien nun wieder eine andere sei, als sie bei den Beschlüssen vom 5. und 16. Sept. war. Wir begrüßen dieses Ergebniß der Abstimmung als ein erfreuliches Zeichen für den Geist der Nationalversammlung und setzen darin das einzige Mittel, das Vaterland aus den Gefahren, die es umgeben, zu retten. Wie die Antwort des Ministers des Innern auf die Interpellation von Venedey etwas weniger schneidend gewesen, so wäre die Minorität noch kleiner ausgefallen. Die heutige Sitzung begann mit der Vorlesung einer Reihe von Interpellationen, welche der Abgeordnete Simon(Trier) mit Namen von Spandau eingebracht hatte. Zwei davon wurden vom Minister des Innern sofort beantwortet, zuerst nemlich, ob die Nachrichten über das Bevorstehen Dänemarks in den Herzogthümern begründet seien, und dann, ob der Inhalt des dem deutschen Gesandten in Paris ertheilten Kreditivs in der That von der Art sei, wie ihn öffentliche Blätter berichten. In der ersterwähnten Beziehung bemerkt der Minister, daß die Zentralgewalt eine Regierung, die nur aus drei Personen unter dem Präsidium von Wolfe bestehe, nie anerkennen werde; sie werde den Waffenstillstand vom 16. Sept. in allen seinen Bestimmungen vollstrecken, und sie habe die Hoffnung, daß sie darin von den auswärtigen Mächten unterstützt werde. Daß die Berichte in der zweiten Beziehung unrichtig seien, werde am besten dadurch bewiesen werden, wenn er (der Minister) die Abschrift des fraglichen Beglaubigungsschreibens auf den Tisch des Hauses niederlege, was sofort geschehen solle. — Hierauf wurde noch eine Interpellation von Marek und eine ähnliche von Reh über den Umfang des Staatsrechts angezeigt, die Antwort darauf auf nächsten Donnerstag zugesagt und dann zur Abstimmung über §§. 18, 19 und 20 der Grundrechte geschritten. Dieselben wurden in folgender Fassung angenommen: §. 18. Unterricht zu ertheilen, sowie Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen steht jedem Deutschen frei, wenn er seine wissenschaftliche und wissenschaftlich-technische Befähigung der betreffenden Staatsbehörde nachgewiesen hat. — Das gesammte Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staates und ist der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solcher entzogen. — §. 19. Der deutschen Jugend wird durch genügende öffentliche Schulanstalten das Recht auf allgemeine Menschen- und Bürgerbildung gewährleistet. — Niemand darf die seiner Obhut anvertraute Jugend ohne den Grad von Unterricht lassen, der für die untern Volksschulen vorgeschrieben ist. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener. Die Gemeinden wählen aus den Geprüften die Lehrer der Volksschulen. Der Unterricht in allen öffentlichen Lehranstalten soll für die Unbemittelten unentgeldlich sein. Für den Unterricht in Volksschulen und niederen Gewerbsschulen wird kein Schulgeld bezahlt. Die Gemeinden besolden die Lehrer in angemessener Weise; unbemittelten kommen Staatsmittel zu Hilfe. Armenschulen finden nicht statt. — §. 20. Es steht Jedem frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will. — Der letzte Satz des §. 18 „und ist der u." wurde bei Namensaufruf mit 310 gegen 74 Stimmen angenommen. Die genauere Redaktion der §§. 18 u. 19 wird Sache des Verfassungsausschusses sein. Nach Maßgabe des Schoder'schen Antrages, den die Versammlung früher angenommen, ging man nun zu Art. VI. §§. 23 u. 24 über. Die Diskussion darüber wurde nicht hinreichend unterstützt; es konnte daher sogleich über dieselben abgestimmt werden, und die beiden Paragraphe gestalten sich in Folge der Abstimmung in nachstehender Weise: „§. 23. Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besondern Erlaubniß dazu bedarf es nicht. Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden." Ueber den letztern Satz, den eine Minorität des Verfassungsausschusses (Schüler, Simon, Blum, Wigard) vorgeschlagen wissen wollte, wurde namentlich abgestimmt und die Annahme mit 270 gegen 134 Stimmen ausgesprochen. „§. 24. Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werden. Der Orden der Jesuiten, Ligorianer und Redemptoristen ist für alle Zeiten aus dem Gebiete des deutschen Reiches verbannt." Eine andere Fassung des zweiten Satzes in Absatz I. war von Trützschler vorgeschlagen worden; sie lautete: „dieses Recht kann weder suspendirt noch aufgehoben werden", erhielt aber die Zustimmung der Versammlung nicht. — Sie setzen aus diesem Resultate der heutigen Sitzung, daß der Beschleunigungsbeschluß seine Früchte trägt und es steht zu hoffen, daß die Grundrechte in kurzer Zeit erledigt sein werden.*) In der nächsten Sitzung — am Donnerstag den 28. Septbr. — kommt der Art. VII. zur Berhandlung; er wird wohl einige Sitzungen in Anspruch nehmen.

⊙ **Frankfurt**, 26. September. Das blutige Ende Struve's und eines Theiles seiner Schaaren werden Sie bereits von Karlsruhe aus erfahren haben, die Nachricht davon kam diesen Morgen durch eine Staffette an die Reichsregierung; die Schreckensvoll hat auf die Bevölkerung einen gewaltigen, dessen wir, wohlthätigen Eindruck gemacht, und die Idee eines dauernden, auf Ordnung gegründeten Staatswesens wieder zu Ehren gebracht. Unsere äußerste Linke ist bestürzt, einige ihrer Mitglieder sind unsichtbar geworden, Zitz, welcher auf der Pfingstweide den Tag vor dem hiesigen Aufruhr an das versammelte Volk „in Fraktur" gesprochen, soll sich sogar schon in Straßburg befinden. Die heutige Sitzung der Reichsversammlung gehört zu den wichtigsten, nicht nur wurden mehrere Sätze der Grundrechte zu Ende gebracht, und dadurch das Verhältniß der Schule zur Kirche, so wie das Versammlungs- und Vereinsrecht in einer allen billigen Forderungen der Zeit entsprechenden Weise geordnet, sondern v. Schmerling fand auch in Folge einer Anfrage von Seiten mehrerer Abgeordneten der Linken Gelegenheit, sich über die Stellung der Reichsgewalt den neuesten Verfügungen Dänemarks in den Herzogthümern gegenüber auszusprechen. Die von dem Kopenhagener Kabinete eingesetzte und aus Molte, Johannsen und Hansen bestehende Immediatkommission, erklärte der Reichsminister, werde von der Zentralgewalt „unter keiner Bedingung" anerkannt werden, im Gegentheil sei es deren feste Absicht, die Beschlüsse der Reichsversammlung mit allem Ernste aufrecht zu halten; zu diesem Behufe sei Seckendorf nach Schleswig und Eynsiedel nach Kopenhagen geschickt worden, letzterer um zugleich den Amtsantritt des Reichsverwesers dort anzuzeigen. Von den befreundeten Mächten (worunter wohl nur England zu verstehen sein möchte) habe man die Ueberzeugung, daß

*) Es ist auch hohe Zeit, damit endlich einmal zur definitiven Begründung der Reichsgewalt Hand und Merk gelegt werde. Der einmüthige Ruf von ganz Deutschland verlangt dies. Anmerk. d. R. d. N. N. Z.

sie die Reichsgewalt in ihrem Bemühen unterstützen werden. Unter den von der Reichsversammlung gefaßten Beschlüssen ist der über die Verbannung der Jesuiten, Liguorianer und Redemptoristen aus dem deutschen Reiche, und die Verwerfung verschiedener anderer, die Aufhebung sämmtlicher geistlicher Orden und Klöster fordernden Anträge zu bemerken. Die Ernennung der Schule von der Kirche wurde nicht geradezu ausgesprochen, wohl aber die Schule der Beaufsichtigung der Geistlichen „als solchen" entzogen und unter den Staat gestellt, die Wahl der Lehrer für die Volksschulen auch der Zahl der Gewählten, so wie deren Besoldung wurde den Gemeinden überwiesen, und das allgemeine Vereins- und Versammlungsrecht ausgesprochen, insoweit jedoch mit der Beschränkung, daß die Versammlungen unter freiem Himmel bei strengerer Gesetze für die Oeffentliche Ordnung verboten werden können. Der letzte Satz wurde nach namentlicher Abstimmung mit 255 gegen 132 Stimmen, alle übrigen aber nur mit sehr geringen Mehrheiten angenommen. Für die Anstellung und Besoldung der Lehrer durch die Gemeinden stimmten die beiden Flügel der Versammlung, zu Staatsdienern wurden sie durch die Abgeordneten der Mitte erhoben. Die Parteigänger des absoluten Staatsstaats sind mit den heutigen Beschlüssen keineswegs zufrieden.

Die „Ehren- und Mosel-Zeitung" giebt folgende Liste derjenigen Personen, welche im Falle des Gelingens des Frankfurter Attentats als Opfer bezeichnet gewesen sein sollen: H. v. Gagern, v. Schmerling, v. Heckscher, Peuker, Scheron, Stedmann, Wassermann, Mathy, Auerswald, Lichnowsky, Schwerin, Radowitz, Jahn; dann sämmtliche Geistliche mit Ausnahme von Ruenzer, Hatel, Hahder, Blumenstätter, Spurzeller. Die Ergebnisse der Häussuchungen werden hoffentlich gewiß Aufklärung über alle diese Dinge bringen.

Der Einfall Struve's in Baden.

Folgendes ist der amtliche Bericht des kommandirenden Generals Hoffmann über das Gefecht bei Staufen. Staufen, 24. Sept. 1848. Heute Morgen 6 Uhr sind Hr. General v. Gayling und ich mit den Bataillonen Ludwig und Walz, 4 Geschützen unter Hauptmann Lichtenauer, und der Schwadron des Rittmeisters v. Freydorf aufgebrochen, und nach Krotzingen marschirt, wo mir die Nachricht zukam, daß in Heitersheim die Freischaaren unter Struve sich befänden. Die Ankunft der Truppen bat, wie es scheint, eine Aenderung veranlaßt; denn als ich bei ½ Stunde von Heitersheim gekommen war, bemerkte ich den eiligen Abzug großer Züge aus Heitersheim gegen Wettelbrunn und Staufen. Eine halbe Stunde diesseits Staufen ließ ich deßhalb die Vorhut links abwenden und die Truppen diesseits des Schlosses von Heitersheim aufmarschiren, da auf diesem mehrere Schüsse abgefeuert wurden. Eine Kompagnie griff das Schloß an, das von den wenigen Freischaaren alsbald verlassen wurde, die sich gegen Staufen zogen. Mit der Hauptkolonne marschirte ich mich unmehr gegen Wettelbrunn und ließ von da die Truppen in 2 Kolonnen gegen Staufen vorgehen, wosselbst die Freischaaren unter Struve (wie man sagte, mehrere tausend Mann) sich festgesetzt hatten. Die rechte Flügelkolonne, Bataillon Ludwig, die Scharfschützen des 1. Regiments, die beiden Haubitzen, und die Dragonerschwadron, führte ich von Wettelbrunn über Grunern nach dem obern Ausgang von Staufen, während General von Gayling mit dem Bataillon Walz und den beiden Sechspfündern nach dem untern Eingange bei Kirchhofen sich dirigirte. Die Kompagnie Laroche stellte die Verbindung zwischen beiden Kolonnen her, und schloß sich beim Sturm der Kolonne des General v. Gayling an. Die Häuser und Gärten der ganzen Umfassung waren mit Büchsenschützen besetzt, die bei der Annäherung der Truppen unerwartet das heuer eröffneten. Unsere Scharfschützen und Pfänder rückten darauf an die Umfassung vor. Alle Eingänge waren verbarrikadirt. Ich ließ daher einige Granatschüsse auf diese richten, und da dieselben ohne besonderen Erfolg waren, führte ich eine Sturmkolonne von 2 Kompagnien des Leib-Infanterieregiments gegen diesen Eingang, nahm die erste Barrikade, durchwateten den Neumagen, da die Brücke abgetragen und verbarrikadirt war, und drang in die Hauptstraße ein, wosselbst wir von einem sehr heftigen Feuer aus den Häusern und Gärten besonders dem nahen, mit Front gegen die Brücke stehenden Rathhaus empfangen wurden. Ueber eine Viertelstunde dauerte hier der Kampf, da noch zwei weitere Barrikaden zu nehmen waren, durch nachgeführte Kanonenschüsse und das Bataillons Ludwig genöthet. General v. Gayling hatte gleichfalls die Schützen, rechts unter Hauptmann Lichtenauer, links unter Hauptmann Hoffmann vorgehen lassen, die sich an dem Saum der Gärten und Häuser festzusetzen suchten, welche die Büchsenschützen der Freischaaren vertheidigten. Doch auch hier ließ General v. Gayling sofort die Artillerie gegen die besetzten Häuser vorgehen, und rückte mit der Kolonne nach dem Eingange vor, etwa in der Zeit, als meine Sturmkolonne des rechten Flügels in der Straße von der Brücke gegen das Rathhaus vorging. In dem Eingang angelangt, fand General v. Gayling auch dort eine Barrikade, die genommen, geräumt, und darauf gegen die Brücke vorgerückt wurde, wo ich bereits die beiden Haubitzen hatte auffahren lassen. In der Stadt hatte ich indessen eine das Vorgehen auf den Marktplatz hemmende Barrikade und sofort das Rathhaus genommen, und mit Truppen theilweise besetzt. Abtheilungen des Bataillons Walz waren verdeckenderweise, die sich nach dem obern Stadtheil bei der Kirche, dem Hospital, und den Ausgängen gegen dem Walde wendeten, während ich nach dem Ausgang gegen den Staufenberg vorrückte und die Freischaaren vertrieb. Von der Seite des Münsterthals hatte sich nun wieder eine Kolonne Freischärler gegen Staufen in Marsch gesetzt; General v. Gayling ließ daher eine Kompagnie des Leib-Infanterieregiments dahin vorrücken und durch die beiden Haubitzen einige Granat- und Kartätschschüsse gegen sie richten, worauf die Freischaaren sich wieder zurückzogen. Im Innern der Stadt hatte der Kampf um den Besitz der einzelnen Häuser, aus welchen immer noch gefeuert wurde, fortgedauert, und leider sind dadurch auch zwei Einwohner erschossen worden. Ein Haus gerieth in Brand. Mittags 1 Uhr hatte das Feuer begonnen; um 3 Uhr war ich im völligen Besitze von Staufen und hatte hierbei einen außerordentlich geringen Verlust, da nur ein Scharfschütze todt, vier Unteroffiziere und Soldaten schwer, und 4 leichter verwundet sind. Von den Freischaaren wurden allein in den Straßen der Stadt 11 Todte aufgefunden, 8 Gefangene gemacht, 8 Pferde und eine ziemlich bedeutende Kasse erbeutet. Die Kanzlei Struve's mit sehr interessanten Papieren wurde bei der Eile des Rückzugs gleichfalls zurückgelassen, die ich dem Untersuchungsgericht in Freiburg nebst den Gefangenen übergeben werde. Das Benehmen der sämmtlichen Truppen, welche alle zum ersternal ein Gefecht bestanden, war in jeder Beziehung sehr lobenswerth, und ich kenne mich, einen dieses Lob ertheilen zu können. Einzelne, die sich besonders ausgezeichnet, werde ich nachträglich zur Kenntniß zu bringen nicht verfehlen. Von den Offizieren kann ich keinen besonders bezeichnen, da sie sämmtlich durch Muth und gute Führung ihrer Stellung sich würdig gezeigt haben. Die Reiterei kam leider nicht zum Handeln, da der durchschnittene Boden und die Weinberge und Höfen Dies nicht gestatteten; sie war aber vielfach dem nahen Büchsenfeuer ausgesetzt. Die Reitstaffe-Abgeordnete Graf Keller ist heute Morgen über die Reichskriegsmasse hier eingetroffen, und wird morgen nach Freiburg zurückkehren. (Karlsr. Z.)

Deutschland.

Bayern. — *) München, 28. Sept. 33. MW. der König und die Königin werden Samstag Mittags, die beiden königl. Prinzen morgen Abends von Hohenschwangau nach Nymphenburg zurückkehren. — Die Ruhe der Stadt ist weder gestern, noch im Laufe des heutigen Tages gestört worden.

**München, 29. Sept. Die gestern hier vorgenommenen Verhaftungen haben auf manchen Seiten zu irrigen Voraussetzungen Anlaß gegeben. Insbesondere wollen dadurch politische Maßregeln getroffen sein, die wenigstens als eine solche bezeichnen und anzuerkennen, zu welchem Zwecke liegt auf platter Hand. Wir glauben daher wiederholt erklären zu müssen, daß die Verhaftungen lediglich und allein auf Requisition des königl. Kreis- und Stadtgerichts München, bezüglich des Kriminaluntersuchungsgerichts stattgefunden haben, und zwar aber eben ein Korrespondenten der Allgemeinen Zeitung irrig anderweit) irgend eine Betheiligung gehabt hätte, wie dieß bereits gestern ausdrücklich angezeigt worden wäre. Die bayerischen Gerichte haben vollkommen selbstständig gehandelt. Sie werden die Untersuchung fortführen und da in wenigen Wochen schon in ganz Bayern das öffentliche und mündliche Verfahren ins Leben tritt, so wird der Ausspruch der Geschworenen seiner Zeit mit Schuldig oder Nichtschuldig die Entscheidung geben. Diese Aufklärungen wurden gethan zum Behufe der Deputation des Bürgervereins für Freiheit und Ordnung vom Hrn. Justizminister gegeben, welche heute durch öffentlichen Anschlag der Bevölkerung Münchens dieselben mittheilt, und dann daran die sehr richtige Bemerkung knüpft: Das Gesetz soll und wird geachtet werden! Ihm aber durch Unruhe oder Zwist vorgreifen zu wollen, wäre gegen die Pflicht jedes Wohlgesinnten.

Rüdesheimberg. Stuttgart. Unsere Regierung schreitet kräftig gegen die Umtriebtter voran: einer der Redner von gestern, der einst wegen Falschmünzens in Untersuchung war, ist wegen verbrecherischer Aeußerungen verhaftet, ein Anderer in Untersuchung gezogen. In Kirchheim bei Heilbronn, Eindheim zu, wurde ein abgesetzter Schulmeister, der einen demokratischen Verein ins Leben gerufen hatte, verhaftet. In Heilbronn selbst scheint sich die Bürgerwehr ermannt zu haben; die eigentlichen Demokraten sind auch dort theils flüchtig, theils unschädliche junge Leute; eine Hauptrolle unter ihnen spielt der ehemalige Abgeordnete Nessler, als plumper Possenreißer bekannt, eben so durch die Art, wie der erste Theil seiner öffentlichen Laufbahn schloß, indem er wegen Fälschung verurtheilt wurde. In Oberschwaben ist die Stimmung an manchen Orten scheußlich, und es ist die Rede von Absendung von Militär dahin. (Karlsr. Z.)

Am 26. Nachmittags war (nach dem Schwäb. Merk.) in Rottweil die derbe Lüge öffentlich angeschlagen, daß Struve mit 4—5000 Mann in Staufen, eine „Rheinkolonne" von 2000 Mann in Müllheim sind und „Oberst" Mögling an der Spitze von 1500 Mann am Sonntag in Todtnau übernachtet habe. Struve habe 1900 Mann Badische gefangen. Ihnen 6 Kanonen und 2 Sechspfünder abgenommen und belagere Freiburg. Freiburg? Struve? Der ganze Gedanke hat sich wie ein Mann erhoben und die Orte Schramberg, Oberndorf und Sulz, welche mit ihren Amtsangehörigen vorwärts. Die Bürger von Rottweil sollten daher sogleich aufbrechen!!! In Tuttlingen verkündete man, daß sich Rottweil unterdingt für die Republik ausgesprochen, und in Masse nach Stuttgart heranziehe. Eine berittene Deputation von dort war in Tuttlingen am 25. Mittags eingetroffen und forderte zum Zuzug auf. Es fand gar keinen Theilnahme. Auch in Oberndorf erschienen am 25. Nachmittags drei berittene Rottweiler Bürger, um da ein Aufgebot zum bewaffneten Zuzug nach Stuttgart zu veranlassen. In einer deßhalb angeordneten Bürger-

versammlung zeigte sich trotz der Abwahnungen des Stabsfeldtribunen und des Kommandanten der Bürgerwehr doch einige Lust, mitzumachen. Am 26. traf abermals ein Bote von Rottweil mit der Aufforderung zur Theilnahme ein und Mittags 1 Uhr marschirte Schramberger Bürgerwehr wohlbewaffnet mit klingendem Spiele, 140 Mann stark in geschlossenen Reihen durch die Stadt und kampirte auf einer Wiese am Neckar. Hier wurde getrunken, toastirt und — geworben — nicht ohne Erfolg — drei Bürgerwehrmänner schlossen sich dem Zuge an! Um 4 Uhr zog diese Kolonne wieder ab. Ein Nachzug von Dunningen, Oberamts Rottweil, wurde noch erwartet. Man soll an der Spitze von 600 Mann stehen. Die Kanonen — von Rottweil zurück — sind den ganzen Tag über durch Schramberg von Spaichingen zu Fuhrwerken. Am 26. Abends war Raus Schaar bis gegen Balingen gekommen. Viele Oberländer hatten jedoch dieselben wieder verlassen. Man selbst schien aber nicht bei denselben anwesend. Die überwiegende Mehrzahl des Volkes wendet sich mit Entrüstung von diesem anarchischen Treiben ab. — Von Ulm ist das 2. Infanterieregiment am 27. Mittags eilig nach Stuttgart abmarschirt. Alle Versuchen, das barbarische Militär zu gewinnen, läßt man es nicht fehlen. Man verkündet ihm, daß Württemberg und Bayern wie ein Mann sich für die Republik erheben werden! Bei dem großen Zapfenstreiche am Vorabend des Geburtsfestes des Königs liefen Gassenbuben und Handwerksburschen Hecker Hoch heben. — In Stuttgart ist der König am 27. (seinem Geburtstage) von der ganzen Bürgerwehr mit großer Begeisterung empfangen worden. Auch in Reutlingen ist es ähnlich hergegangen. — Nach Rottweil sind 1 Bataillon Infanterie und 2 Schwadronen Reiterei abgegangen.

Großh. Hessen. Darmstadt, 24. Sept. (Darmst. Z.) Wir entnehmen mehreren uns zugekommenen Briefen nachstehende Mittheilungen. Am 18. hatten die demokratischen Vereine in Gießen e. große Versammlung, denen sich bewaffneter Zug nach Frankfurt beschließen, zu welchem Ende sie von dem Generalrath der Bürgergarde (sogar schriftlich mit Unterzeichnung von fünf Ausschußgliedern) Waffen verlangten. Diesem wurde nicht willfahrt, und so zog ein Haufe von einigen zwanzig auf eigene Faust, mit Gewehren und Sensen bewaffnet, noch in der Nacht fort, und gelangte bis Kloppenheim, wo sie die Unterdrückung des Frankfurter Aufstandes erfuhren, und nun größtentheils und auf anderen als Gießen zurückkehrten. Das Gerücht sah sich sonach veranlaßt, die Haupträdelsführer der Versammlung und des Zuges einzuziehen. Am 23. erfolgte mit einfachen polizeilichen Mitteln die Verhaftung von August Becker, Bopp, Leisner; Stud. Dernburg befand sich bei seinen Eltern zu Großenbusek, die sich für augenblickliche Sicherung bestellen verbürgten. Die Nacht verlief ruhig, und am folgenden Tage ging Leisner seiner Strafe Widerstand. Nach Alzei und Worms, wo am 18. die rothe Fahne ausgesteckt und die Republik proklamirt ward, ist Regierungsbekommissär Pfannebecker von Mainz mit ausgedehnten Vollmachten entsendet worden. Ein kräftiges Einschreiten wird nicht ausbleiben, da es unabweislich ist. Zugleich erfahren wir, daß auf Befehl von Zentralgewalt, und in Beziehung auf die jüngsten Vorgänge im Badischen, an bei seiner Konzentrirung des preußischen Truppenkorps von 5 bis 6000 Mann, durch unsere Rheinprovinz in die Gegend von Manubeim beordert, gestern seinen Marsch angetreten hat und sein Kommando sich auch mit einer großh. Kommission in Benehmen zu setzen hat.

Preußen. Berlin, 25. Sept. Der mit großer Spannung erwartete Tag ist ruhig vorübergegangen. Der Ministerpräsident beantwortete die Interpellation des Abg. Bar wegen Vollzugs der Beschlüsse vom 9. August und 7. September. Er theilte das vom vorigen Kriegsminister am 13. d. erlassene Schreiben an die Generalkommando's mit. Dann zeigte er an, das jetzige Kriegsministerium habe am 23. das Programm des Ministeriums vom 8. November unverändert angenommen, mit einem Meßkrieg, daß er verlieh, und welches allerdings in ziemlich im Sinne der vorerwähnten Beschlüsse der Versammlung lautet, nur mit dem Unterschied, daß es den unterdessenen Offizieren nicht gerade zur Ehrensache gemacht ist auf dem Heere auszuharren, wenn sie sich nicht den neuen Grundsätzen anschließen können. Stein und Schulze erklärten sich befriedigt, eben so fast einstimmig die Versammlung. Dieser Ausgang der Sache erregte unter den Massen großen Jubel. Auf eine Interpellation des Abg. Veit in Betreff des vom Grafen Brandenburg zu Breslau erlassenen Armeebefehls erklärte der Ministerpräsident, in der ersten Sitzung nächster Woche antworten zu wollen. — Die Demokraten verbreiten übertriebene Gerüchte von Erfolgen, die Strune bei einem Einfall ins badische Oberland erlangt haben soll. Man sieht mit Spannung der Aufklärung der Wahrheit entgegen.

Köln, 24. Sept. Die Truppenbereguugen dauern bei uns ununterbrochen fort. Gestern trafen die letzten aus Holstein zurückkehrenden nassauischen Truppen hier ein und gingen heute wieder rheinauf weiter. Die Württemberger werden auf fürzerem Wege zurückgehen. Offiziere und Soldaten haben sich die Verführung gegeben, daß in den Gegenden, wo sie gefochten, nicht die mindeste Sympathie für die deutsche Sache zu finden gewesen, daß Bürger und Bauer durch und durch ängstlich gesinnt sei. — Gestern las man an allen Straßenecken einen Aufruf der Berliner Demokraten an ihre Brüder, die Soldaten, welcher dazu dienen soll, die Soldaten über ihre wahre bürgerliche Stellung, ihre Rechte und Pflichten als Bürger aufzuklären, zu der freudigen Zustimmung zu bestimmen, welcher außerordentlich viele Soldaten, namentlich Artilleristen und Nassauer, die am Abende aus Schleswig hier eingetroffen waren, beiwohnten, wurde dieser Aufruf, wie er am 16. in Berlin erschienen, an die Soldaten vertheilt. Andere Maueranschläge, welche von dem hiesigen Demokratenverein ausgehen, erklären alle Abgeordneten, welche nicht auf der Reichsverfassung schreiten, für Volksverräther und zugleich in einem zweiten Beschlusse, daß sich die Frankfurter Barrikadenkämpfer (also auch namentlich die beiden Mörder) unsern Vaterland verdienst gemacht hätten. In den Versammlungen dieses Vereins gehts übrigens so toll und exzentrisch zu, daß selbst mehrere der stürmsten Anhänger sich seit den letzten Sitzungen veranlaßt gefunden haben, auszutreten. — Diesen Morgen inspizirte der Abgeordnete Raveaux, als zweiter Kommandant, unsere Bürgerwehr. Wahrscheinlich bewirbt er sich um die erste Kommandantenstelle, indem v. Wittgenstein dieselbe niederlegt. (Kr. Z. u. H.-Z.)

Sechs Leben erhält der mit 14tägigem Urlaub hier anwesende Abgeordnete Raveaux eine Staffette aus Frankfurt, in welcher ihm, in Folge und dem Süden eingegangener Nachrichten, das Reichsministerium anweist, sich sofort auf seinen Gesandtschaftsposten in der Schweiz zurückzubegeben. Schon eine halbe Stunde später sah ihr Raveaux im Wagen. (Karlsr. Z.)

Am 25. sollten zu Köln im Auftrage der gesetzlichen Behörden mehrere Verhaftungen wegen Theilnahme an einem Komplotte vorgenommen werden. Drei Personen wurden auch in ihrer Wohnung ergriffen, zwei derselben jedoch den Polizeidienern auf der Straße entrissen und sollen entflohen sein. Zu der Nähe des Zeughauses versuchten zum Knaben eine Barrikade zu machen; die Wache die sie daran verhindern wollte, wurde verhöhnt und mit Steinen geworfen. Da ließ der wachthabende Offizier Scharfschuß laden. Indessen sammelte sich noch mehr Volkes, und es ist zu ernstlichen Reibungen zu kommen drohte, bis der Bauneschützer der Bürgerwehr des Befehl sein Banner zusammenrufen. Doch ehe dieses noch vollständig beisammen war, war die Ruhe hergestellt. — Um 1 Uhr Mittags sollte auf dem Altenmarkte eine Volksversammlung stattfinden, sie soll doch vom interimistischen Polizeidirektor untersagt worden. Darum rottete sich gegen halb 12 Uhr Mittags ein Volkshaufe zusammen und warf einen Theil der Fenster ein, ward jedoch durch eine Abtheilung Bürgerwehr vertrieben. Diese wurde sofort insgesammt alarmirt zur Wiederherstellung der Ruhe und um nöthigenfalls das verlautete Verbot aufrecht zu halten. Eine von dem Regierungspräsidenten v. Wittgenstein und Herrn Engels für die kgl. Kommandantur unterzeichnete Bekanntmachung warnt vor weiteren ungesetzlichen Schritten, die mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln unterdrückt werden sollen. Besonders wird auch vor der Theilnahme an der verbotenen Volksversammlung unter freiem Himmel gewarnt. Die „Kölner Zeitung“ bemerkt dazu, daß hoffentlich die Behörden den Augenblick gekommen erachten, um die nur zu sehr gewünschte Rückkehr von dem Gesetze wiederherzustellen.

Oesterreich. * Wien, 25. Sept. Verbrezog Palatin hat gestern seine Würde in die Hände des Kaisers niedergelegt. Dieser aber soll die Demission nicht angenommen haben. Man spricht ganz bestimmt von Seiten wohlunterrichteter Männer, daß der ungarische Reichstag vertagt werden soll; sogar von dessen Auflösung nennimmt man die und da. Die Beseitigung Stadtmilizeinhaues von drei Truppen des Banus, ist eine Thatsache. Die dortige Bevölkerung hat ihn jubelnd aufgenommen! Die ungarischen Nationalgarden haben nirgends Stand gehalten. Man erwartet heute eine kaiserliche Entschließung, welche sämmtliche Truppen der Armee wieder einem Ministerium unterordnen wird. Der Hackelzug, welchen die Bauern dem Abgeordneten Kudlich brachten mochte über 3000 Gulden betragen haben. Unter ihnen befand sich auch der Chef der Abgeordneten. — Für Morgen beurmuthigente Gerüchte von einer beabsichtigten Sprengung des Reichstages durch die Demokraten; sollten diese wirklich so unsinnig sein, einen dortigen Haufstreich vollführen zu wollen, so werden sie mit blutigen Köpfen heimgeschickt werden. In und um Wien stehen 30,000 Mann Truppen schlagfertig.

Frankreich.

Paris, 25. Sept. Gestern verließ Ludwig Napoleon hier angekommen sein. Massen Volkes hatten sich vor der Nationalversammlung gesammelt, ihn zu sehen. Indessen erfahre ich, daß ihm die französische Gesandtschaft zu London die Pässe verweigert hat. — Der Monteur widerspricht gestern den Gerüchten vo einer Modifikation des Kabinets. — In Lyon haben Unordnungen am 23. und 24. Abends stattgefunden, welche jedoch bald unterdrückt und beendigt wurden. Auch an andern Orten in den Departements herrscht Bewegung. Die Partei Heinrich V. gewinnt Boden im Lande.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 25. Sept. 5proz. Metall. 78⅛, 4proz. 62, 3proz. 47, 2½proz. 41½. 1834er 500 fl.-Loose 127. 1839er 250 fl.-Loose 87. Bankaktien 1065. Nordbahn 164. Gloggnitz 94. Bereins-Bahn 70. Budweis —. Livorno 64½. Pesth 63. Siebenbürgen 95½.

Paris, 25. Sept. 3proz. 44.25. 5proz. 68.50. Schafsch. —. Bankaktien 1605.—. Staatsobligationen 1110.—. Vier Kanäle 885.—. Compt. von Algier —. Belg. 5proz. von 1840 —, von 1842 —. 4½proz. —.—. 5proz. —.—. 2½proz. 39.—. Belg. Bank 645. Neap. 5proz. —.—. Röm. 5proz. 64½. Span. 3proz.— Altiva — Passiva 2⅞. Piem. —. Pauli 200.—. St. Germain 320.—. Versailles (rechte) (linke) 100.—. Orleans 660.—. Rouen 420.—. Havre 195.—. Marseille 197.50. Basel 85.—. Bierzon 245.—. Montargne —.—. Vorbeaux 378.75. Nordbahn 375.—. Montereau —.—. Lyon 361.25. Straßburg 341.25. Rantes 325.—. Dieppe —.—. Creaux —. Montpellier —. La Teste —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag, 29. Sept.: (Zum Erstenmale.) „Gabriele von Belle Isle, oder: die verhängnißvolle Wette", Lustspiel und Damas von Franz v. Holbein.

Fremdenanzeige.

Gold. Hahn. Kleiderstoff, Kaufmann, von Stuttgart. Weber, Privatier, von Landau. Fräulein Goebel, von Regensburg. Fräulein Schmid, von Regensburg. Frau v. Schmid, von Augsburg.

Blaue Traube. Graf Vorgel, Rittmeister, von Wien. Glar, Offizier, von Wien. Roth, Partikulier, von Wien. Frhr. v. Weinbach, Gearral, von Bamberg. Dr. Lyo, Professor, von Wien. Dr. Tyonaschek, von Wien. Meyer, Landwirth, von Schr. Ansbach-Genefelden, Gardelieutenant, von Wien.

Stadtsgarten. Pollak, Patrimonialrichter, von Hallag. Luber, Stadtpfarrer, von Moosburg. v. Schmid, Regierungsrathsnar, von Ingolstadt. Reiterle, Gutsbesitzer, von Trenhausen. Bosch, Schullehrer, von Partenkirchen.

Gestorbene in München.

Therese Stiegler, Kasernhausmeisterstochter, 27 J. a. Ursula Berthaler, Kistlerstochter v. h., 73 J. a.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

144. (3a) Dienstag den 17. Oktober 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat September 1847, und zwar von Nro. 95,419 bis 103,964.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verkauft, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hiernach Dienstag den 24. Oktober 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 28. Sept. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

f Negrioli, Mag.-Rath.

Schneß, Kassier. Offenbrunner, Kontroleur.

141.

Die Eisenbahnfahrten und die damit in Verbindung stehenden Eilwagen-Kurse vom 1. Oktober 1848 an betreffend.

Bekanntmachung.

Im Namen Seiner Majestät des Königs von Bayern.

In Gemäßheit höchster Entschließung des königl. Staatsministeriums der Finanzen tritt vom 1. Oktober laufenden Jahres an auf den königl. bayer. Eisenbahnen folgende Fahrordnung ein:

1) Abgang von München nach Augsburg 6 Uhr — M. früh, 11 Uhr Vormittags und 4 Uhr Nachmittags.
2) " von Augsburg nach Donauwörth 8 Uhr 30 M. Morgens, 1 Uhr 30 M. Nachmittags, 6 Uhr 25 M. Abends.
3) " von Augsburg nach Kaufbeuern 8 Uhr 30 M. Morgens, 6 Uhr 15 M. Abends.
4) " von Kaufbeuern nach Augsburg 5 Uhr 45 M. früh, 3 Uhr 30 M. Nachmittags.
5) " von Donauwörth nach Augsburg 6 Uhr früh, 11 Uhr 30 M. Vormittags, 4 Uhr 45 M. Nachmittags.
6) " von Augsburg nach München 8 Uhr 5 M. Morgens, 1 Uhr 30 M. Nachmittags, 6 Uhr 30 M. Abends.
7) " von Nürnberg nach Bamberg 7 Uhr Morgens, 1 Uhr Nachmittags, 4 Uhr Nachmittags.
8) " von Bamberg nach Lichtenfels 9 Uhr 15 M. Morgens, 6 Uhr 15 M. Abends.
9) " von Lichtenfels nach Lalmbach 10 Uhr 35 M. Morgens, 7 Uhr 35 M. Abends.
10) " von Kulmbach nach Neuenmarkt 11 Uhr 55 M. Vormittags.
11) " von Neumarkt nach Kulmbach 2 Uhr 35 M. Nachmittags.
12) " von Kulmbach nach Lichtenfels 6 Uhr 30 M früh, 3 Uhr 15 M. Nachmittags.
13) " von Lichtenfels nach Bamberg 7 Uhr 50 M. Morgens 4 Uhr 35 M. Nachmittags.
14) " von Bamberg nach Nürnberg 7 Uhr Morgens, 9 Uhr 30 M. Morgens, 6 Uhr Abends.

In Folge dieser vorstehenden Abänderungen in den Eisenbahnfahrten werden von genannten Zeitpunkte angefangen die hier unten bezeichneten täglichen Eilwagenkurse sich nachstehender Massen gestalten:

1) Abgang von München nach Innsbruck um 4½ Uhr Nachmittags.
2) " von München nach Weissenburg, Ansbach und Würzburg um 3 Uhr Nachmittags.
3) " von Augsburg nach Regensburg über Aichach um 8 Uhr Abends.
4) " von Regensburg nach Augsburg über Aichach um 1 Uhr Nachmittags.
5) " von Kaufbeuern nach Lindau über Kempten um 1 Uhr Nachmittags und 10 Uhr Nachts.
6) " von Lindau nach Kaufbeuern über Kempten um 1 Uhr Nachmittags und 10 Uhr Nachts.
7) " von Füssen nach Kaufbeuern um 9 Uhr Morgens.
8) " von Memmingen nach Buchloe um 10 Uhr Morgens.
9) " von Donauwörth nach Nürnberg um 3½ Nachmittags und 8½ Uhr Abends.
10) " von Nürnberg nach Donauwörth um 4½ Uhr Nachmittags und um 10 Uhr Nachts.
11) " von Donauwörth nach Würzburg über Feuchtwangen um 10½ Uhr Vormittags und um 8½ Uhr Abends.
12) " von Würzburg nach Donauwörth über Feuchtwangen um 9½ Uhr Morgens und um 8 Uhr Abends.
13) " von Donauwörth nach Regensburg über Neuburg und Ingolstadt um 9½ Uhr Abends.
14) " von Regensburg nach Donauwörth über Ingolstadt und Neuburg um 1 Uhr Nachmittags.
15) " von Donauwörth nach Amberg über Neuburg und Neumarkt um 8½ Uhr Abends.
16) " von Amberg nach Donauwörth über Neumarkt und Neuburg um 7½ Uhr Morgens.
17) " von Donauwörth nach Günzburg über Dillingen um 11 Uhr Vormittags.
18) " von Günzburg nach Donauwörth über Dillingen um 9½ Uhr Morgens.
19) " von Donauwörth nach Herdenheim über Dillingen um 11 Uhr Vormittags.
20) " von Heidenheim nach Donauwörth über Dillingen um 8 Uhr Morgens.
21) " von Donauwörth nach Würzburg um 11 Uhr Vormittags und 8 Uhr Abends.
22) " von Würzburg nach Bamberg um 9½ Uhr Morgens und um 11 Uhr Nachts.
23) " von Lichtenfels nach Koburg um 11 Uhr Vormittags und 8 Uhr Abends.
24) " von Koburg nach Lichtenfels um 5½ Uhr früh und 2½ Uhr Nachmittags.
25) " von Hochstadt nach Lobenstein um 9 Uhr Abends.
26) " von Kulmbach nach Hof um 1 Uhr Nachmittags und 10 Uhr Nachts.
27) " von Hof nach Kulmbach um 7 Uhr Morgens und 9 Uhr Nachts.
28) " von Kulmbach nach Bayreuth und Baiden um 12½ Uhr Mittags.
29) " von Bayreuth nach Kulmbach um 12 Uhr Mittags.
30) " von Kulmbach nach Eger um 10 Uhr Nachts.

Aufgehoben wird von obengenannten Zeitpunkte an die Eilwagenfahrt zwischen Augsburg und Neuburg über Pöttmes.

München, am 25. September 1848.

General-Verwaltung der königl. Posten und Eisenbahnen.
v. Goeb.

Mogg.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

☞ Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsgewalt.

Das Reichsministerium hat mit ungetheilter Befriedigung die Erklärung des kgl. bayr. Gesammt-Staatsministeriums vom 8. Sept. 1848 empfangen, worin dasselbe die Anerkennung der Centralgewalt und die Bereitwilligkeit, den Beschluß der Nationalversammlung vom 28. Juni d. J. zu vollziehen, ausspricht, und beifügt, daß die kgl. bayer. Regierung alle ihre Kräfte aufbieten werde, um die Einheit Deutschlands in Verbindung mit dem konstitutionell-monarchischen Prinzipe der Einzelnstaaten herzustellen, zu befestigen, und zur friedlichen Vermittlung der widerstrebenden Interessen auf jede mögliche Weise beizutragen.

Das Reichsministerium erkennt in diesen Aussprüchen eine große Bürgschaft für die Gestaltung Deutschlands zu einem großen mächtigen Reiche, es erwiedert die offene Erklärung mit der Zusicherung, daß das konstitutionell-monarchische Prinzip der Einzelstaaten immer gewahrt sein werde; das Reichsministerium ist erfreut bei der großen Aufgabe, die ihm geworden, der unterstützenden Mitwirkung der kgl. bayer. Regierung sicher zu sein.

Frankfurt a. M., den 20. Sept. 1848.

Das Reichsministerium.

Schmerling. Peucker. Duckwitz. R. Mohl.

Es gilt Bayerns Ehre und Selbstständigkeit.

(Eingesendet.)

∞ Vater Max! Streckt du noch immer deine segnende Hand über München und Bayern aus, wie damals, als du unter uns wandeltest, wie ein Bürger unter Bürgern, wie ein Vater unter seinen Kindern? Hörst du nicht das Geschrei, das in deiner Nähe erschallt und stets? du nicht das Treiben der Löwen des Zapfs? Sie bohren sein schönes Werk zu untergraben und zu zerdrücken und zu stürzen, sie sagen, o hört es ihr Bayern alle! sie sagen: das Gebäude unseres Staates sei durch selbstsüchtige Hausinteressen gegründet und durch diese Kabinetspolitik vollendet worden; sie sagen: die Erhebung Bayerns zu einem Königreiche und zur Selbstständigkeit sei erniedrigend, sei eine Schmach und ein Unrecht gegen das deutsche Volk gewesen. Das sagen sogenannte Volksfreunde, das sagen sie im September 1848. Sie möchten gern das altehrwürdige Geschlecht der Wittelsbacher von der Regierung verdrängen, das Königthum stürzen und dann einen Staat nach ihrem Sinne gründen, den sie einen Rechtsstaat zu nennen belieben, und der freilich was Rechtes werden würde, wenn man von den Thaten und die Kinder schließen darf, weil ja nach dem Sprichworte der Apfel nicht weit vom Stamme fällt?

Seit mehr als einem Jahrtausend stehen die Wittelsbacher an der Spitze der Bayern, sie theilten das Geschick des Landes und Volkes in guten und bösen Tagen und sein wichtigstes Staat- und Leben-umgestaltendes Ereigniß trat in Bayern ohne ihre Theilnahme ein. Als die Lenzschen nach dem heutigen Bayern kamen und darauf die Römer vertrieben, oder sie bezwangen, da waren die Wittelsbacher unter den ersten edlen Geschlechtern, welche an der Spitze der Einwanderer standen. Ein Wittelsbacher, Ernst, walteste schon unter den Karlingen mächtig im Nordgau, ein anderer Wittelsbacher, Luitpold, kämpfte gegen die Ungarn, welche Deutschland Jahrelang verwüsteten durchzogen und stark den Hebronton. Ein Wittelsbacher, Arnulf, ward darum von ganz Bayern zum Könige ausgerufen; aber freiwillig erkannte er Heinrich den Finkler als allgemeinen König über Deutschland und dieser dagegen ehrte und gewährte Bayerns Selbstständigkeit.

Zwar wurden die Wittelsbacher in der Folge eine Zeit lang zurückgedrängt, und in Bayern walteten nach dem Willen der Kaiser Nichtseingeborne als Herzoge; aber Friedrich der Rothbart gab dem Volke wieder einen Wittelsbacher, den Otto, dessen Geschlecht es selbst und mit ihm Deutschlands Ehre im Kampfe gegen Italien war geretten worden. Doch, was soll ich anführen, was allgemein bekannt ist, was die Wittelsbacher im Frieden und Krieg während der Kreuzzüge vor und nach denselben gethan haben? Was soll ich anführen ihre vielen und herrlichen Stiftungen zu frommen und wohlthätigen Zwecken, was noch erwähnen die Thaten des ewig lobenswerthen Max I., dessen Name im Glanze seines Ruhmes durch ganz Europa strahlt? Denn er rettete die Selbstständigkeit Deutschlands, und Bayern ward durch ihn mit Deutschland verherrlicht. Die Taten erzählen von der Tapferkeit des blauen Königs und der Bayern, und dieses Geschlecht soll aus der Reihe der regierenden Fürsten gestrichen werden?

Das Wirken der Wittelsbacher ist nur ein Haushineretzen gewesen? Ja wohl, wenn man ganz Bayern als ein Haus ansieht, in welchem Volk und Herrscher miteinander in schöner Eintracht zu Schutz und Trutz gegen fremde Anfälle walten. Wer ist denn so unerfahren, daß er nicht wüßte, daß wirklich wehrere Angriffe geschahen, daß man die Wittelsbacher vertreiben und Bayerns Selbstständigkeit vernichten wollte? Denn mit Wittelsbach steht und fällt Bayern, das erkannten die Feinde wohl. Unsere Ahnen erhoben sich bedwegen für Wittelsbach, und die Sendlinger Mordweihnachten, in welcher die Oberländer Bauern für die Erhaltung des alten Herrscherstammes freudig in den Tod gingen und sich nicht von Oesterreich wollten unterjochen lassen, diese Schlacht und andere in Ober- und Niederbayern und in den Pfalzen sind glänzende Zeugnisse, wie innig ergeben das Volk seinem alterlauchten Herrschergeschlechte ist. Aber dieses rettete dagegen zum Danke wieder Bayerns Selbstständigkeit, und wir nicht durch Tausch oder andere Verträge an Oesterreich kamen, das München einen Haupt- und Residenzsitz ist, das verdanken wir den Wittelsbachern, und zwar dem jetzt regierenden Geschlechte.

Haben denn diese sogenannten Volksfreunde so wenig gelesen und gelernt, daß sie dieses nicht wissen? oder haben sie ein so kurzes Gedächtniß, daß sie es schon wieder vergaßen?

Als am Ende des vorigen Jahrhunderts der Sturm der Revolution durch ganz Europa ging, und die morschen Throne großer und voller kleiner Fürsten zerbrachen, von deren Thaten die Geschichte schweigt, weil sie eben nichts Erwähnenswertes gethan haben: da erhob sich der Name Wittelsbach glänzender als je aus dem wilden Chaos. Max I. kämpfte ritterlich noch den Kampf gegen Frankreich, als ganz Norddeutschland sich schon vom Kampfplatze zurückgezogen hatte und friedete erst dann, als er sich mehr vor dem zweitzeitigen Freunde als vor einem edlen Feinde fürchten mußte. Wer weiß das nicht? Die Vorsehung erhielt Bayern, die Vorsehung erhob es, der geliebte Max ward König. Als König begründete ihn sauchzend ganz Bayern, die Völker der geistlichen und weltlichen Fürsten von Franken und Schwaben und am Rhein erkannten ihn freudig als ihren Herrn und König, den ihnen ein gütiges Schicksal gegeben, denn welchen besseren hätten sie unter allen damaligen Fürsten erhalten oder sich wünschen können? Der deutsche Kaiser selbst erkannte ihn als König an, und damit geschah nichts Neues oder Ungerechtes, denn deutsche Kaiser hatten ja schon vor Jahrhunderten den Herzog von Böhmen und später den Markgrafen von Brandenburg zu Königen erhoben, und seitdem gab es ein Königreich Böhmen und ein Königreich Preußen. Warum sollte nun nicht auch Bayern, das an Umfang, Macht und Ansehen gewachsen war, ein Königreich sein? Rußland und England, ja selbst Amerika haben Bayern als ein Königreich anerkannt und seine Selbstständigkeit gebrt.

So war es bisher, und wie ich glaube zu unserm Ruhme, zur Ehre und Wohlfahrt. Aber was vermag Frankreich, England, ja ganz Europa, gegen die Gefahr, die jetzt droht? Denn die sogenannten Volksfreunde von München-Neuberghausen wollen weder ein Königreich Bayern noch dessen Selbstständigkeit gelten lassen. Wie man nun ein solches Drängen und Treiben nennen soll, weiß ich nicht; undankbar wenigstens ist es gewiß, daß sie ihres Vaterlandes und ihres Königs Glanz und Ehre schmälern wollen, ihres Königs, der ganz im Geiste des ersten Max waltet, der sein Volk wahrhaft liebt und dessen Ehre und Glanz und Wohlstand auf jede Weise mehren will. So wie früher unser dem deutschen Kaiser ein Königreich Böhmen und Preußen bestehen konnte, jedes in seiner eigenthümlichen Verfassung, eben so gut kann unser der Gemeingewalt Deutschlands, ob sie nun einem Kaiser oder einem Reichsverweser übertragen ist, das Königreich Bayern in seiner Selbstständigkeit fortdauern.

Es gleicht Deutschland einer Stadt, in welcher verschiedene Häuser von ungleicher Größe und Bauart stehen. Muß denn jedes Haus wie das andere gebaut sein? Ist es nicht genug, wenn in jedem Friede und Ordnung herrscht, wenn die Familien aller Häuser mit einander verbündet zum Wohle der ganzen Stadt beitragen, sie gegen äußere und innere Feinde schützen und so die allgemeine Wohlfahrt begründen und sichern?

Dieses laßt uns bedenken und darnach trachten, daß in der Mannichfaltigkeit die Einheit und unter den verschiedenen deutschen Stämmen brüderliche Eintracht herrsche, dann wird sich Deutschland glänzend erheben. Wir aber wollen streben, daß Wittelsbach und Bayern immer Hand in Hand gehen, daß Bayern vor allen Andern sich durch innere Festigkeit und Ordnung auszeichne und allen Uebrigen ein Muster sei deutscher Thatkraft und gesetzmäßiger Freiheit, daß es nach einem neuen Jahrtausend noch glorreich unter den deutschen Stämmen strahle!

Der Einfall Struves in Baden.

Die Karlsruher Zeitung vom 28. Sept. ist mit Berichten aus dem Oberlande angefüllt, dergestalt ist das Blatt diesesmal dicht. Auf zwei amtlichen Berichten des Generals Hoffmann vom 26., welche das Ministerium des Innern am 27. zu Karlsruhe veröffentlicht, geht hervor, daß die Stimmung im ganzen Oberlande gänzlich umgeschlagen hat. Von allen Seiten kommt den Truppen der Hilfseruf gegen die Freischaaren zu, welche überall rauben und brandschatzen. Die Bürger von Müllheim hatten sich zum Theil ermannt, die Nachzügler aufgerieben und Verbindungen vorgenommen. Bürger von Eggenen hatten angefragt, ob sie sich den Müllheimern zur Bekämpfung der „Briganten" anschließen dürfen. Einige Bürgermehrmänner von Schopfheim: Fischira, Nägele, ehemalige Artilleristen u. s. w., welche zum Freischaarenzuge gezwungen waren, haben Struve, dessen Frau, sowie Karl Blind, Pebro Hurar (Struve's Schwager), Karl Bauer und Georg Jakob Traumann in der Nacht festgenommen, nach Schopfheim in Gewahrsam gebracht, und von dort haben diese und andere Bürger, etwa 40 an der Zahl, die Gefangenen über Elmelbingen nach Schliengen geführt. Dort wurden sie von dem Oberleutenant Miller mit 20 Scharfschützen übernommen und um ¼ auf 12 Uhr Nachts langten sie glücklosen auf zwei Wagen im Gefängnisse zu Müllheim an. Struve hatte zu Staufen unmittelbar, bevor die Truppen angriffen, den Freischärlern noch zuge-

sagen, das Militär werde nicht schießen; die Frau Gemahlin, welche die Kriegskasse führte, erließ eine Aufforderung an die Mädchen von Staufen, Patronen machen zu helfen. Beim Sturme auf die errichteten Barrikaden war General Hoffmann der Erste voran. Nachdem er (wie die Neue Freiburger Zeitung meldet) eigenhändig die den Weg zumeist versperrenden Balken weggeschoben hatte, hörte man ihn zu den hinter ihm stehenden Soldaten sagen: „So, nun könnt Ihr nachkommen!“ Eben so General v. Gayling. Als am 25. die Soldaten weitend auf die Freischärler eindrangen, da kam Einer, welcher versteckt auf sie geschossen hatten, tief an den Gebäuden zu: „Soldaten, liebe Soldaten, nicht verschießen!“ Vergebens. Seine Stimme verhallte im Sturm des Augenblicks. Seit dem Gefechte bei Staufen hielten die Rebellen nirgends mehr Stand. Die Flüchtlinge erpreßten noch überall so viel sie konnten, zu Sulzburg etwa 15—1600 fl. Am 25. und 26. wurden noch etwa 150 gefangen. Hessen und Preußen waren auch schon zur Hand. Von der gestern aus Karlsruhe und Frankfurt zugleich gemeldeten Erschießung Struve's melden die neuesten Karlsruher Berichte noch nichts.

Auch in Konstanz wurde in der Nacht vom 25. auf den 26. ein Versuch zu Ruhestörungen durch Gesindel der Stadt und aus der Schweiz gemacht, aber von der Bürgerwehr selbst unterdrückt, der Anstifter, Sohn eines radikalen Schulherrn, festgenommen und zur Bestrafung dem Amte überliefert. Man fürchtete in der Nacht noch einen Ueberfall von Seite der deutschen Flüchtlinge in der Schweiz; er unterblieb aber, weil denselben noch kurz vor dem beabsichtigten Ausbruch von den Schweizer-Behörden sämmtliche Gewehre, ungefähr 600 Stück, abgenommen wurden. Am 26. waren bayerische Quartiermacher angelangt und bayerische Truppen sollten noch selbigen Tags einreffen, Oesterreicher von Bregenz in den Seekreis nachrücken.

Deutschland.

Württemberg. Ueber den Rau'schen Zug nach Stuttgart enthält die „Esling. pol. Zeitung“ folgende humoristische Schilderung von einem Augenzeugen, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen glauben. „Ich hätte es nicht geglaubt, wenn ich es nicht mit eigenen Augen gesehen hätte, den Zug Rau nach Stuttgart, mit einem Anhang einiger hundert verbleuteter Bauern. Ich war auf der Reise nach Stuttgart begriffen, als ich in Schömberg Nachts von Montag auf Dienstag aus meinem Eilwagenfenster die siebenden Schauen durchwandern sah. Damals wußten sie freilich noch nichts von der Niederlage Struve's, die ihnen die Augen wohl schon unterwegs geöffnet und deutlich gemacht haben wird, daß sie von ihren Führern nur zum Kanonenfutter verwendet werden würden. Es war auch in der That merkwürdig, wie wenig wilde die Leute aussahen, und wie höflich sie ihre Werbungen anbrachten. So kamen vor einigen Tagen drei Reiter aus der Holzweiler bei einem Bürgermeister in Schwenningen, baten ihn bescheidentlich, und baten ihn, die eingenommener Erfrischung in legaler Form zum Stadtschultheißen sich zu begeben, mit der Bitte, die Schwenninger auch zum Zuzug nach Stuttgart einzuladen. Der dortige Meier Lang, dem sie unterwegs begegneten, und der sie wegen ihrer Absichten befragt hatte, erklärte ihnen eben so höflich often, das sich hier in derlei Anstalten keine Geschäfte machen lassen, er rathe ihnen daher, so höflich möglich zu entfernen; als sie nun eine gleiche Antwort vom Stadtschultheißen erhielten, mit der Bemerkung, daß er sie vor einer Tracht Prügel nicht schützen könnte, erklärten sie ganz gutmüthig, so sei's nicht gemeint, sie hätten bloß an ihre Nachbarn eine freundschaftliche Einladung ergehen lassen wollen; aufhetzen wollen sie nicht. Es war mir interessant, auf meiner Reise einige dieser Herren, die den Zug im Eilwagen mitmachen wollten, näher kennen zu lernen. Ich fing am Montag Abend in Weilenstadt an ein, und traf hier zusammen mit einem jungen Kaufmann und drei dem Rau'schen Zuge sich anschließenden Bürgern von dort. — Der junge Kaufmann spricht bescheidentlich, ist siebzehn Jahre in der Welt drin gewest, trägt einen Schnurrbart und raucht ganz orientalische Cigarren. Er spricht endlich: „Nein, so kann's nicht bleiben; die Bissen, altexiquent Spitzbuben, müssen verjagt werden, d. h. nicht, daß man ihnen den Hals abschmitte, aber sie müssen gezügt werden aus der Kategorie der Menschheit; denn das Volk schweigt nicht mehr; es wird nun sagen: Wir fordern, wir lassen uns nicht mehr an der Nase herumziehen; wir wollen Beweise von den Proben sehen, die man uns auferlegt hat!“ Ein Schlosser von Wellendingen, ihm gegenüber sitzend, längst von tiefem Respect vor seinem Nachbar durchdrungen, fuhrte den Faden fort: „Ja, und in der Schule muß man anders anfangen; dort muß man das Grundübel bilden.“ Ein andermal von dem jungen Kaufmann auf's Korn genommen, ob er den Mitzug mit Rau auch für eine Genussensache halte, antwortete er: „Nein! Vergnügen ist's, ich geh' bloß mit; um den Schein von Anderen abzuwälzen (wollte heißen: um den in den Augen Anderer auf ihn geworfenen Schein der Feigheit von sich abzuwälzen); ich gehe bloß in merkantilischem Interesse mit, von wegen meiner Kundschaft, die sonst nicht mehr bei mir arbeitet; nicht sowohl um das Wohl und Heil des Volks zu befördern, sondern ich gehe im eigenen Interesse mit.“ Sancta simplicitas! dachte ich. — Die beiden Freunde diskutirten sodann noch wacker über die Nationalversammlung. Aus diesem Zeige dürfte man keine Republiken, höchstens Schwabenstreiche! Die Mannschaften des Herrn Rau haben sich, wie uns eben versichert wird, nachdem sie sich in Balingen noch bei einem Jahrmarkt gütlich gethan, zerstreut und sich nach Hause begeben, was sicher das Gescheidteste war, was sie thun konnten.“

Schleswig-Holstein. (Kiel, 23. Sept.) Gleichzeitig mit den Verhandlungen der provisorischen Regierung hat, wie wir aus guter Quelle vernehmen, die dänische Immediatkommission ihre Sendung, die Landesverfassung und die provisorische Regierung zu prüfen, worin diese, bei Vermeidung rechtlicher Ahndung, aufgefordert werden, sich sofort aufzulösen. (B.-H.)

Die Neue Berliner Zeitung sagt: Dänemarks Verblendung. Nach den so eben aus Schleswig-Holstein einlaufenden Nachrichten hat Dänemark amtlich erklärt, durchaus in keine Abänderung des Waffenstillstands willigen zu wollen! Der englische Graf Karl Wodehouse ist mit zwei anderen britischen und französischen Vertretern zu Mitgliedern der gemeinsamen Regierung der Herzogthümer ernannt, und ohne daß diese neue Regierung durch die von preußischer Seite zu ernennenden Mitglieder verstärkt wäre, beginnt sie ihre Thätigkeit. Wer sollen nicht an, eine solche unvollständige, nicht in Uebereinstimmung mit dem siebenten Artikel des Waffenstillstandes gebildete Regierung für eine ungesetzliche zu erklären. Dänemark, welches eifrig benutzt war, den Bundestag des Herzogen für sich zu gewinnen und, darauf gestützt, den Beistand Englands und Europa's zu erlangen, ist in seine eigene Schlinge gefallen. Es weiß sehr gut, daß es die ausdrücklichen Bestimmungen des Waffenstillstandes den Deutschen der Herzogthümer, mit welt Orla Lehmann zu reden, nur mit dem Schwert auf den Nacken schreiben kann. Die Truppen drohen mit Truppen in Schleswig und Kriegsschiffen vor den bestimmten Häfen. Die deutschen Truppen sind gestern theilweis abgezogen, die Herzogthümer sind zunächst auf ihre eigenen Kräfte angewiesen. Doch haben sie nicht zu besorgen, daß sie von Deutschland verlassen werden. Dänemark selbst hat den Waffenstillstand gebrochen. In der Paulskirche wie in Deutschland ist jetzt nur Eine Partei.

Oesterreich. — Wien, 24. Sept. Der bisherige Minister des öffentlichen Unterrichts, v. Sommaruga, hat seine Entlassung erhalten, Freiherrn von Weisenberg, nachfolgende Zuschrift erhalten: „Auf das von dem Minister-rathe an Se. Majestät eingereichte Gesuch, Euer Wohlgeboren um Enthebung von dem Amte eines Ministers der öffentlichen Arbeiten, für am 23. d. M. die Allerhöchste Entschließung wie folgt herabzekommen: „In Anbetracht der von Euch v. Schwarzer angeführten Gründe finde Ich Mich bewogen, die nachgesuchte Enthebung von dem Ministerium der öffentlichen Arbeiter unter Anerkennung der von ihm während dessen Verwaltung geleisteten Dienste zu bewilligen.“ Indem diese Allerhöchste Entschließung Euer Wohlgeboren unmittelbar von Sr. Majestät zukommen wird, kann der Ministerrath nicht umhin, denselben bei diesem Anlaß die volle Anerkennung Ihrer ihm bisher geleisteten ehrigen Mitwirkung auszudrücken. Im Namen des Ministerrathes der Minister-Präsident: Weissenberg.“ (A. Oest. Z.)

Dänemark.

(Kopenhagen, 20. Sept.) Die schwedischen Truppen haben Kontreorre erhalten, und die Abtheilung schwedischer Husaren, die bereits in Roeskilde angekommen, ist nach Slagelse zurückgekehrt, um bis auf Weiteres daselbst Quartiere zu nehmen. Auch die in Svendborg befindlichen schwedischen Truppen haben einstweilen Befehl erhalten, noch vorläufig daselbst zu bleiben.

Nachschrift.

* München, 29. Sept. Gestern Abends ist auch der Redakteur des bisher erschienenen Blattes „Vorwärts,“ der Student Franz Sendtner, verhaftet worden.

Köln, 26. Sept. In Folge der Vorfälle des gestrigen Tages (der Pöbel hatte sogar mehrere Leichen gesammelt) und der darauf folgenden Nacht ist Köln in Belagerungszustand erklärt. 1) Alle Versammlungen von mehr als 20 Personen bei Tage und 10 Personen des Abends und bei Nacht auf den Straßen und öffentlichen Plätzen sind untersagt. 2) Alle Wirthshäuser sind um 10 Uhr Abends geschlossen. 4) Die zweifelst bestehenden Behörden verbleiben in ihren Funktionen, und werden in ihren zu treffenden Maßregeln auf's kräftigste unterstützt werden. 5) Zuwiderhandlungen ist vorbehaltlich ihrer Reorganisation aufgelöst: die Waffen sind heute Nachmittags von 2 bis 5 Uhr an die zur Empfangnahme bestimmten Personen abzuliefern. 6) Wer in offenen und bewaffnetem Widerstande gegen die Maßregeln der gesetzlichen Behörden betroffen wird, soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden. 7) Die „Neue Rheinische Zeitung,“ die „Zeitung des Arbeitervereins,“ die „Neue Kölnische Zeitung,“ der „Wächter am Rhein“ sind suspendirt.“ Die Ruhe ist inzwischen vollkommen wieder hergestellt. Näheres Morgen.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 81.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 8 fl.
Halbjährig 4 fl.
Vierteljährig 2 fl. 36 kr.

Sonnabend den 30. September 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, 28. September.

Se. Maj. der König haben unterm 25. Sept. die erledigte Landrichterstelle zu Herzogenaurach dem l. Landgerichtsassessor Christian Wilhelm Heydenreich zu Pfarrkirchen zu verleihen, ferner die erledigte Stelle eines Offizianten bei dem Stadtkommissariat Nürnberg dem dermaligen Funktionär Konrad Aufschammer bei der Registratur der Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern, zu verleihen geruht.

(Militärdienstesnachrichten.) Pensionirt wurden: der Hauptmann K. Oekonomen im 12. Inf.-Reg. mit dem Charakter als Major, und der temp. pension. Regiments-Auditor K. Granvogel auf ein weiteres Jahr. Die nachgesuchte Entlassung erhielten: der Unterlieutenant J. Ungemach im 12. Inf.-Reg. und der Unterlieutenant II Klasse bei der Kommandantschaft Augsburg Dr. Preskele. Dr. G. Rösch aus Augsburg wurde zum Unterarzt II. Klasse bei der genannten Kommandantschaft ernannt. Versetzt wurden: der Hauptmann J. Ender vom 2. Jäger-Bat. zum 2. Inf.-Reg. und der Unterlieutenant Alb. Frhr. v. Wagerl vom 3. Chevaux.-Reg. zum 2. Kür.-Reg.

(Besetzungen.) Kathol. Pfarrei Kirchdorf, Ldg. Regen, dem Priester Karl Holmer, Pfarrer zu St. Oswald, Ldg. Grafenau; Reisch'sches Manuel-Kaplanei-Benefizium zu Inchenhofen, Ldgs. Aichach, dem dortigen Kaplan Priester Max Holzmann; protest. Pfarrei Wülzburg, Dekanats Weißenburg, dem Pfarramtskandidaten Johann Adam Egloff aus Hechlingen.

Allerhöchste Genehmigung, daß die durch das Ableben des Domvikars Joseph Bernhardin Urban und durch das sofortige Vorrücken der jüngeren Domvikare erledigte VI. Vikarsstelle bei dem erzbischöfl. Domkapitel zu Bamberg, von dem bochw. Hrn. Erzbischofe von Bamberg, dem Priester Lorenz v. Fischer, Kurat in dem allgemeinen Krankenhause zu Bamberg, verliehen werde.

(Erledigungen.) Frühmeß- und Spital-Benefizium in Allersberg, Distr. Eichstätt, Ldg. Hilpoltstein, Reinertrag 264 fl. 3/4 kr.; Benefizium im Krankenhause zu Passau, Reinertrag 492 fl. 14 kr.; kath. Pfarrei Winzenfelden, Distr. Regensburg, Ldg. Wittersels, Reinertrag 461 fl. 3 kr.

Deutsche Reichsgewalt.

Die „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" meldet in ihrem amtlichen Theil: „Das Reichsministerium für die auswärtigen Angelegenheiten hat, so wie der Einfall von Freischaaren aus der Schweiz in das Großherzogthum Baden bekannt geworden war, den Reichsgesandten bei der schweizerischen Eidsgenossenschaft, Abgeordneten Franz Raveaux, der in Köln mit Urlaub sich befand, angewiesen, unverzüglich auf seinen Posten sich zu begeben. Der genannte Reichsgesandte ist bereits gestern nach Bern abgegangen. Er ist beauftragt, ungesäumt über die Vorgänge in den Grenzkantonen Erläuterungen zu begehren und darauf zu dringen, daß Vorkehrungen getroffen werden, wiederholte Einfälle zu hindern. Nach Einlangung weiterer Berichte behält sich das Reichsministerium fernere Maßregeln vor.

Im Laufe des 26. Sept. sind bei den Reichsministerien des Innern und des Krieges Berichte des großherzogl. badischen Ministeriums, des Reichskommissärs Grafen Keller und des Kommandanten der bad. Reichstruppen General Hoffmann eingelangt. Sie bestätigen den Hergang und Erfolg des von den badischen Reichstruppen den Aufständigen in Staufen geleisteten Geleschtes, und deren Vorrücken nach Heitersheim. Die Insurgenten zerstreuten sich nach allen Seiten und versuchen über den Rhein zu kommen, der oben von den Schweizern besetzt ist. Ein Theil der geraubten Gelder und Struve's Registratur wurden erbeutet. Die Reichstruppen zählen nur 1 Todten und 4 Verwundete, von den Insurgenten blieben in Staufen 18, Gefangene werden von allen Seiten eingebracht. Im Seekreise ist Ruhe; die Nachricht, daß österreichische und bayerische Reichstruppen von Bregenz und Lindau heranrücken, scheint jeden Einfall in diesen Kreis verhindert zu haben.

Der Einfall Struve's in Baden.

** Wir lassen heute aus dem amtlichen Berichte des Generals Hoffmann, datirt aus dem Hauptquartier Müllheim vom 26. noch einige Nachträge folgen. Der erste Bericht lautet vollständig, wie folgt:

„Nach dem Begräbniß des bei dem Sturm von Staufen gefallenen Schutzschützen des ersten Infanterieregiments, Stephan Schnurr von Eresbach, und nach Absicherung der in Staufen gemachten Gefangenen nach Kropfingen, rückte ich um 12 Uhr von Staufen nach Heitersheim und nahm folgende Dislokation: Das Bataillon Walz in Wettelbrunn mit einem Zug Reiterei und zwei Haubitzen: das Bataillon Ludwig mit dem Stab, dann mit einem Zug Artillerie und zwei Zügen Reiterei in Heitersheim; das grosherzogl. hessische Bataillon, das mit die gleiche Zeit von Freiburg mit der Eisenbahn nach Kropfingen kam, wurde nach Gallenweiler und Gschbach verlegt. Abends traf der dritte Zug Artillerie und eine Pionnierabtheilung von Karlsruhe ein. Beide wurden in Heitersheim untergebracht. Heute Morgen 7 Uhr sammelte ich meine Truppen bei Seelbach, und brach von da gegen Müllheim auf. Bei Hügelheim besetzt ich die Höhen, und nahm eine Aufstellung der langen Seite von Müllheim gegenüber. Die Rebellen, die noch gestern hier sehr stark gehaust hatten, waren entweder sehr krankschieben in der Umgegend, Badenweiler, Salzburg, Feldberg und Eggenen u. s. f., wesshalb ich gleich nach meiner Ankunft Detachements dahin absenden musste. Einige Müllheimer, Amt und Bürgermeister an der Spitze, haben sich schon heute Morgen ermannt, und die Nachzügler dahier aufgewiesen und Arrestationen vorgenommen. Eine Menge Bier und Weinfässer sind hierbei den Freischaaren abgenommen worden. Ich werde wohl morgen hier bleiben müssen, um die Gegend vollends von Leuten zu säubern, die, getrieben, in den einzelnen Orten wie Räuberbanden hausen. Alle meine Truppen, mit Ausnahme einzelner Kompagnien, die in die Umgegend entsendet, sind dahier untergebracht. Soeben trifft die Meldung ein, daß Badenweiler frei ist und daß die Briganden sich nach Kandern gezogen haben. Die Stimmung ist hier eine sehr gute, und entschieden, daß alle Seiten der Hilferufe gegen die Freischaaren und zusammt, und selbst Bürger von Eggenen angefragt haben, ob sie sich dem Militär zur Betämpfung der Briganden anschließen dürfen."

Den Inhalt des zweiten Berichts, der die Gefangennehmung Struve's und seiner Mitarbeiter meldet, haben wir gestern schon in unserer Beilage mitgetheilt. Von Müllheim aus erließ General Hoffmann am 26. eine Bekanntmachung, in welcher er in Folge allerhöchster Ermächtigung vom 24. d. Mts., sowie auf gestchetene Requisition des Reichskommissärs zunächst für die Amtsbezirke von Lörrach abwärts bis einschließlich Adern auf die Dauer des gegenwärtig bestehenden Kriegszustandes das Standrecht gegen die Verbrechen des Aufruhrs, des Hochverraths und Landesverraths anordnet, und damit die ernstliche Ermahnung von diesem Verbrechen abzustehen, so wie die Androhung verknüpft, daß Jeder, welcher nach dieser Verkündigung ein solches Verbrechen sich zu Schulden kommen läßt, unnachsichtlich gerichtet werden wird.

Einem Berichte der „Neuen Freiburger Zeitung" aus Staufen vom 26. entnehmen wir noch folgende Einzelnheiten über die dortigen Begebnisse. Wären die Truppen nur um eine Stunde früher in der Gegend erschienen, so hätten die anarchischen Horden nicht dahin gelangen können. Letztere, von Müllheim herabkommend, waren auf den 24. Mittags zu Staufen angelagt. In der Gegend von Heitersheim wurden die Truppen ihrer etwa um 11 Uhr des Morgens ansichtig und nahmen sogleich eine Stellung gegen sie ein. Als die Freischaaren sich bemerkten, beschleunigten sie ihre Schritte, um einem Kampf im offenen Felde zu entgehen, und kamen wohl gegen 3000 Mann stark in Staufen an. Die ersten Kolonnen waren gut bewaffnet und sahen leidlich aus; hinterdrein aber kam allerlei Volk, bei dessen Anblick schon einem unheimlich zu Muthe wurde. Der Eine trug eine Flinte, der Andere eine Pistole oder Säbel, Viele hatten gar keine Waffen, sondern nur Stöcke. In ihrer Mitte fuhr ein leerer Wagen der löbliche Präsident der Republik mehr als Frau Präsidentin, die Kriegskasse mit sich führend. Vom Rathhause herab, wo das Hauptquartier aufgeschlagen und wohin eine große Menge Munition gebracht wurde, sprach Struve zum Volk im bekannten Styl, die bodenlosesten Lügen einwebend. Wie haben schon gestern gemeldet, wie er sich im Augenblick der Kriegsgefahren nicht scheute, den Freischaaren die Verwendung zu geben, das Militär werde nicht schießen, und wie die Präsidentin an die Mädchen von Staufen die Aufforderung erließ, Patronen machen zu helfen. Unterdessen waren alle Vertheidigungsanstalten getroffen, die Schaaren vertheilt, Barrikaden gebaut, die Brücke über den Neumagen abgegraben u. s. w. Nicht lange darauf erschien General-Hoffmann mit seinen Kriegern. Die tapfere und waffengeübte Mannschaft war leider nur gering an Zahl, höchstens 8—900 Mann. Bei den ersten Kanonenschüssen schon sah man Hunderte der Aufständischen in wilder Flucht auseinanderstieben; es mögen 800—1000 Mann zur Vertheidigung des Platzes

zurückgeblieben sein. Ueber den Kampf haben wir bereits die amtlichen Berichte gegeben. General, Offiziere, Soldaten wetteiferten, miteinander an Unerschrockenheit, Muth und Ausdauer. Wo es Gefahr galt, war überall General Hoffmann an der Spitze; aber wie rücksichtslos er seine Kolonnen vorderingen ließ, so suchte er doch möglichst unnöthigem Blutvergießen zu wehren. Einige Züge aus seinem und des General v. Gayling Verhalten haben wir gestern schon mitgetheilt.

Nach dem Gefechte von Grenzach trieben sich die Freischärler in unregelmäßigen Haufen, und raubten und brandschatzten, wie schon gestern berichtet. Flüchtlinge von ihnen kamen in der Nacht vom 24. auf den 25. schon in Lörrach an mit der Hiobspost ihrer Niederlage. Schnell wendete sich nun auch dort das Blatt. Die sogenannte „provisorische Regierung der deutschen Republik“ suchte das Weite. Der gefangen gesetzte Oberamtmann wurde befreit und übernahm von Neuem die Leitung seines Amtes, die Bürgerwehr, die kurzlich welche von den 21. eigenmächtig und ohne ihre Offiziere zu fragen, versammelt hatte, um den angekommenen Struve sich anzuschließen) übernahm die Herstellung der Ordnung und man schritt nun gegen die Theilnehmer an der Bewegung ein. Ein in Basel kantonirender deutscher Commis, der sich mit Munitionsbranntwein nach Lrpoldshöhe befaßt hatte, wurde dort verhaftet und nach Lörrach gebracht. Aber in diesem Städtchen gerieth am 25. große Furcht, wegen Drohungen, welche Bauern in Umgegend gegen die „Stadt“ (Lörrach) als Urheberin alles Uebels ausgestoßen hatten. Man befürchtete besonders Feuereinlegen und sah mit ängstlicher Spannung der Ankunft der Truppen entgegen, die überall als Befreier empfangen und begrüßt werden. Am 26. Morgens waren dieselben aber noch nicht angekommen. Der Aufrührer Mögling, seßen Kolonne im Wiesenthale von selbst auseinandergelaufen war, soll schon am 25. Morgens um 10. große Lust gehabt haben, mit 200 Mann durch die obere Schweiz abzufahren sein. Die wieder nach der Schweiz entflohene sogenannte Regierungskommission (Fiala, Müller, Braun, Stampfer) hatte sich auch nicht lange in Riehen aufgehalten, sondern sich im Laufe des 25. noch nach Birsfeld begeben, von wo sie am 26. nach Liestal gegangen sein soll. Flüchtlinge trafen einzeln auf Schweizerboden ein. Die Basler Zeitung gesteht neuerdings zu, daß von Seite der Schweiz gethan worden ist, intern dieselbe das Einwerfen der Struve'schen Schaaren und deren Vorbereitungen zu dem Einfall in Baden hindern, erklärt aber, man werde auch baldschenzeits nicht in Abrede stellen können, daß man dort die Grenzlust auf unvorzeihliche Weise vernachlässigt habe.

Ueber die Vorgänge in Konstanz berichtet die Karlsruher Zeitung in einem Schreiben von dort vom 26. folgendes Nähere:

„Gestern hatte bei uns die Herbstmesse begonnen, welche zahlreich besucht war, wobei sich aber auch mehrere bewaffnete Freischärler, nebst andern verdächtigen Menschen, unter den Marktgästen einfanden. Mit einbrechender Nacht verbreitete sich das Gerücht, daß es von denselben auf einen Ueberfall der Stadt abgesehen sei. Man erhielt auch bald die sichere Kunde, daß in dem Rebstock zu Emmishofen und in dem Spitzgarten zu Kreuzlingen verdächtiges Gesindel sich sammle. In der Nacht des 25. um halb 9 Uhr wurde sofort die Bürgerwehr in acht bis vierten Zügen alarmirt durch Generalmarsch zusammengerufen, die sich eben so schnell versammelt als zahlreich einfand. Ausser der gewöhnlichen Beleuchtung mußte noch jedes Haus mit einer besondern Laterne beleuchtet werden, denn Alles war in Bewegung, und die Bürgerwehr patrouillirte auch alle Gassen. Nach 11 Uhr wurde Sturm geschlagen auf der sogenannten „Schelmenglocke“ des Schneyerthores, und zu gleicher Zeit stiegen auf der Schweizstatte zwei Raketen als Signal zum Einrücken des Gesindels, so sich in der Schweiz gesammelt hatte. Alles stürmte in die Waffengasse, nach dem Schneyerthor hin, weil man glaubte, daselbe wäre schon in die Kreuzlinger Vorstadt eingedrungen. Es fand sich aber, ein unsauberer Geselle, der Sohn eines radikalen Schuhmachers, sich den Schlüssel auf den Thurm zu diesem Zwecke zu verschaffen wußte, den er nachher in die Stiefel versteckt hatte. Die Bürgerwehr drang nicht ohne heftigen Widerstand in den Thurm, wobei der schon von allerlei Gesindel auf der Schweizstatte besetzt war, und das noch auf der Schweiz von der Schießstätte her viele Zuzügler erhalten hatte. Gleichwohl gelang es der muthigen Wehrmannschaft, sich des Verräthers unter derber Begrüßung (man warf ihn die Stiege hinunter) zu bemächtigen und ihn zur verdienten Strafe dem Amte zu überliefern. Dieser beabsichtigte Ueberfall war lediglich nur von dem liederlichen Gesindel unternommen und ausgeführt der Stadt unbekannt; nichts so fast im Einverständniß mit Struve, um etwa die Republik zu proklamiren, als vielmehr, um die Beamten zu ermorden, zu plündern, und zu stehlen; denn mehrere dieser Bürger, die sich noch als politische Flüchtlinge von den Heckerschen Scharen in Kreuzlingen aufhalten, hatten sich gegenseitig das Wort gegeben, mit diesem Gesindel gegen ihre Vaterstadt eine Gemeinschaft zu machen. Indessen kamen wir glücklicher Weise mit der Angst einer ausruhigen Nacht davon, da ungeachtet der gegebenen Signale der beabsichtigte Ueberfall der Flüchtlinge unterblieb, weil denselben noch kurz vor dem beabsichtigten Aufbruche von den Schweizerbehörden sämmtliche Gewehre (ungefähr 600 Stück) abgenommen wurden. So eben sind bayerische Quartiermacher hier angekommen und heute noch werden wir bayerische Truppen erhalten, denen auch die Oesterreicher von Bregenz in den Seekreis nachrücken.“

Deutschland.

Württemberg. Stuttgart, 25. Sept. (Karlsr. Z.) In einem vorgestern gehaltenen Ministerrath wurde die sofortige Einberufung aller Beurlaubten beschlossen, wodurch in wenigen Tagen sämmtliche Regimenter des Landes ihre volle Kriegsstärke haben werden. Diese für den Staat kostspielige Anordnung wurde nicht allein durch die innern Zustände des Landes, sondern zum großen Theile auch durch den Einfall Struve's mit einer seiner würdigen Schaar in das benachbarte Baden veranlaßt. Mir können bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, die Schweiz für die neue Störung unseres innern Friedens verantwortlich zu machen. Den vorliegenden Berichten konnten die Zurichsgegen für den Fortgang unseres Einfall von Hunderten nicht verborgen bleiben, und wenn dieß dennoch der Fall gewesen sein sollte, so ist eben so wohl durch dieses, als durch jenen Fall ein Zustand in der Schweiz bewiesen, welcher und für die Zukunft nicht Rube noch Sicherheit gewähren kann. Wird Deutschland es noch länger dulden, daß die Vorbereitungen zu Preß- und Raubzügen gegen das Nachbarland auf die Boden einen benachbarten Landes unter den Augen der vorigen Regierungen getroffen werden, und daß durch freche Horden, welche gastliche Aufnahme in einem sogenannten „befreundeten Staat“ finden, fortwährend die Fackel des Aufruhrs in unsere Provinzen geschleudert wird? Hier scheint uns die deutsche Ehre in Wirklichkeit gefährdet; aber wir zweifeln nicht daran, daß die Zentralgewalt sie kräftig vertreten wird. Nachdem das und dem Weg gezeigt, den wir einzuschlagen haben, wenn die Schweiz ihre Neutralität nicht besser, als bisher, zu wahren gewillt ist, wollen wir unsere Blicke wenden auf Frankreich, wir würde die Linke in der Paulskirche in die Mojaune sossen, wenn von irgend einer Regierung eine Mißregel ausginge; welche den leichtesten Schein einer Reaktion an sich trüge! Jetzt aber, wo abermals der Versuch gemacht wird, mit bewaffneter Hand die Verfassung eines deutschen Landes umzustürzen, um die Republik der Lumpen — wir nehmen ihnen Ausdruck, diesen faulen Ausdruck zu gebrauchen, denn wir die Bezeichnung — zu proklamiren, jetzt werden sich unsere Volksfreunde im modernen Sinn, unsere wackern Ritter der Freiheit ruhig verhalten. Die Schuppen fallen immer mehr von den Augen der Gedächtnen. Mögen sich die falschen Propheten hüten: der Zeitpunkt kann kommen, wo das irregeleitete Volk endlich ein furchtbares Gericht über sie hereinbrechen läßt, — wo es die wahre Freiheit, für welche auch wir gläuben, die wir und von Nichts wollen rauben lassen, von Lug und Trug zu unterscheiden gelernt hat.

Großh. Hessen. — **Darmstadt**, 26. Sept. Heute Abend sind drei Männer aus dem Odenwald, von Walkmichelbach und Rimbach unter Eskorte eines Militärkommando's gefänglich hier eingebracht und in das Arrestlhaus abgeliefert worden. Auf denselben laßet die schwere Anschuldigung, bei der Zerstörung der Eisenbahn oberhalb Bleibenm nicht allein thätig mitgewirkt, sondern auch die verbrecherische That zuerst veranlaßt zu haben. Uebrigens liegt die Vermuthung sehr nahe, daß, wie man glaubt, dieses so äußerst frevelhafte Zerstörungswerk, welches unter Umständen viele Menschenleben hätte kosten können, im Einverständniß mit der Struve'schen Schilderhebung unternommen worden sei. — Heute sind zwei Fremde hier verhaftet worden, deren Aeußeres, wie man hört, mit zwei, von der Frankfurter Polizeibehörde in Betreff von Flüchtlingen Fürster Odenwalds und des Grafen v. Auerswald veröffentlichten Signalements eine auffallende Uebereinstimmung zeigen soll. (Fr. Z.)

Kurhessen. — Nach der „Kasseler Zeitung“ sollen am 26. in Folge der neuen Greigniße im südwestlichen Deutschland das 1. Husarenregiment und Artillerieabtheilungen von Kassel nach Frankfurt abgehen.

Nassau. — Am 25 wurden die nassauischen Truppen auf Schleswig-Holstein zurück in Wiesbaden erwartet. Schade, daß sie dennoch der vorige Reichsminister Hr. Heckscher so schmachvoll mißbandelt wurde, ist jetzt durch zwei Kanonenschüsse (preußischer) Reichstruppen mit 2 Kanonen besetzt.

Preußen. ◇ Berlin, 26. Sept. Folgendes ist das schon in meinem gestrigen Schreiben erwähnte Ministerium, welches der Ministerpräsident in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung vorgestern bat: „Grenzlare an die General-Kommando's, die General-Inspektion der Artillerie und der Festungen, das Gouvernement hier, die Militär-Gouvernements in Mainz und Luxemburg, die Inspektion der Jäger und Schützen und den General der Kavallerie v. Wrangel: „In Folge meiner Ernennung zum Ministerpräsidenten und Kriegsminister, beehre ich mich Einem jeden Gouvernements hierbei das Programm des neuen Ministeriums ergebenst zu übersenden. Se. Majestät der König hat mich in den Armee befehl vom 1. Mai d. J. über die Stellung auszusprechen gerubt, welche die Armee bei den veränderten Verhältnissen des Staates einzunehmen habe. Auch hat mein Amtsvorgänger, der Generallieutenant Freiherr v. Schreckenstein, wiederholentlich und zuletzt in dem Erlasse vom 13. d. M. ausser Zweifel gestellt, daß die Regierung Sr. Majestät reaktionäre Tendenzen überall nicht hege und den eingeschlagenen Weg konstitutioneller Entwickelung mit redlichem Willen verfolgen werde. Zugleich ist es Ihnen auf die Nothwendigkeit von ihm hingewiesen worden, in diesem Sinne durch alle Zusagen auf die Unterge benen angemessen einzuwirken. Einverstanden mit diesen Ansichten und entschlossen, reaktionäre Tendenzen nicht zu dulden, erachtet ich Ein ze. Kommando, das gute Einvernehmen zwischen Civil und Militär nach Kräften zu fördern, und wo sich reaktionäre Bestrebungen bei den Wohlgesinnten untergebenen Truppen zeigen sollten, denselben entschieden entgegenzutreten. Ein ze. Kommando wolle zu dem Ende von meinem gegenwärtigen Erlasse die Wohlgesinnten untergebenen Offiziere aller Grade zur Nachachtung in Kenntniß setzen. Dieselben sind zugleich darauf aufmerksam zu machen, daß sie nach dem von Sr. Majestät der Nationalversammlung vorgelegten Verfassungs-Entwurfe gleich den Civilbeamten

zur Aufrechthaltung der Verfassung seiner Zeit eidlich worden verpflichtet werden, und daß mit der Uebernahme solcher Verpflichtung alle anticonstitutionellen Bestrebungen, wie sie überhaupt mit der Stellung eines Officiers in der Armee unvertrüglich sind, im Widerspruche stehen würden. Es schwieriger die gegenwärtige Lage des Preußischen und des gesammten Deutschen Vaterlandes ist, teste nothwendiger ist ein vernünftiges Zusammenwirken aller gesetzlichen Gewalten, desto mehr muß selbst der Schein einer Spaltung vermieden werden, um den Feinden des Vaterlandes jeden Vorwand, jede Hoffnung zu benehmen, um das gesetzte Mißtrauen zu entfernen und allen Uebelgesinnten die Ueberzeugung zu gewähren, daß die von unserm Könige angebotene freie Entwickelung des constitutionellen Staates von der vaterländischen Kriegsmacht nicht bedroht, sondern beschützt wird. Ich erkenne vollständig die Schwierigkeit der Aufgabe, die ich mit dem von Sr. Majestät mir anvertrauten Amte übernommen habe, halte ich mich aber überzeugt, daß Ein ꝛc. General-Kommando sowohl, als die unter Wohlbestellen Befehl stehenden Officiere, bewährt in Treue und Liebe zu König und Vaterland, mit mir nach demselben Ziele streben werden. Berlin, den 23. September 1848. Der Kriegsminister (gez.) v. Pfuel.

* Berlin, 26. Sept. Der Kommandant der hiesigen Bürgerwehr, Hr. Rimpler, hat an den General Wrangel ein Schreiben gerichtet, in welchem er ihm die Frage vorlegt, ob die unter seinem (des Generals) Befehl stehenden Truppen nur dann einschreiten würden, wenn sie von dem städtischen Sicherheitsausschusse, oder von dem Kommando der Bürgerwehr requirirt werden, oder ob ein ganz selbstständiges Einschreiten der Militärmacht in Aussicht gestellt sei. Eine offizielle Auslegung seines (des Generals) Tagsbefehls bezüglich der oben angeführten Punkte würde ungemein zur Beruhigung der sehr aufgeregten Gemüther dienen und er erbitte daher im Namen der Berliner Bürgerwehr sich eine solche von dem General. Hierauf antwortete General Wrangel, daß er außer Stand sei, auf die an ihn gerichteten Fragen einzugehen, und daß die durch den Druck bekannt gemachten hierauf bezüglichen Erklärungen des Hrn. Ministerpräsidenten verweisen müsse. Er werde sich nun im Gesetz bewegen, wie es die Pflicht eines Jeden sein müsse, der sein Vaterland ehre. Diese Antwort fand der Kommandant der Bürgerwehr nicht genügend, indem sie nicht die gewünschte austrücklichen Antwort auf seine Anfrage enthalte, und erließ eine Ansprache an die Bürgerwehr und eine zweite an das Berliner Volk. In ersterer spricht er sich über das Treiben der in Berlin thätigen Parteien aus, deren zwei die Reaktions- wie die Anarchistenpartei das Einschreiten der Militärmacht wünschten, die eine um den Absolutismus, die andere um die Republik herbeizuführen. Er spricht ferner das feste Vertrauen aus, daß jeder Versuch die Nationalversammlung zu sprengen, oder auch nur sie mit roher Gewalt einzuschüchtern, komme er woher er wolle, durch die Bürgerwehr unterdrückt werden würde. Die Achtung der Majorität sei es, der die Bürgerwehr Anerkennung verschaffen müsse. In der Ansprache an die Bevölkerung macht er vorzüglich auf das nothwendige ungestört konstitutionelle Verhalten des Volkes mit der bewaffneten Macht aufmerksam.

△Berlin, 26. Sept. Der gestrige Abend ist nicht ohne versuchte Ruhestörungen abgelaufen; sogar im Barrikadenbau hat man wieder einen kleinen Versuch gemacht an der Ecke der Königs- und Spittergasse, wozu nach dem in der Schloßfreiheit aufgenommenen Protokoll ein einziger Gewehrschuß aus Alt-Gersmalde hingeführt hat, der sich auch bereits in Haft befindet. Die Bürgerwehr zerstreute übrigens ohne Mühe alsbald die in Haufen sich Zusammenkehrenden. Ein tumultuirender Haufe hatte auch vor der Stadtvogtei die Freilassung der politischen Gefangenen verlangt, und Herr v. Bardeleben soll dieselbe auch in nahe Aussicht gestellt haben.

Die „Berliner Zeitung" vom 25. Septbr. enthält aus Meiningen im bergischen Lande einen Aufruf an die gesammte deutsche Nation zur Begründung eines Denkmals für die am 18. d. meuchlings gemordeten Abgeordneten der Nation Fürsten Felix v. Lichnowsky und General v. Auerswald.

Köln, 26. Sept. Höchst beklagenswerth sind die Exzesse, welche wir gestern erlebten. Wir haben auch unsere Barrikaden gehabt! Die Industriellen haben es wenigstens dahin gebracht, daß die Stadt in Angst und Schrecken versetzt wurde. Trotz des ergangenen Verbotes versammelten sich gestern Nachmittags einige Hundert Personen, meist jugendlichen Alters, auf dem Altenmarkte, wo zwar mehrere Abtheilungen Bürgerwehr aufgestellt waren, jedoch, wie verlautet, aus Mangel an übereinstimmenden Befehlen nicht entschieden einschritten. Von einem Flecke herab wurden mehrfach, sogar noch spät in der Nacht, Aufreizungen vorgetragen, aufwiegelnde Reden gehalten. Einem Polizeikommissär, v. Grodvenig, wurden unter zager Mißhandlung die Kleider vom Leibe gerissen und auf die Bumme am nördlichen Ende des Marktes gehängt, welche die Menge umtanzte. Bald nach drei Uhr verliefen sich die inzwischen durch Neugierige angewachsenen Massen von dem Altenmarkte mit der Nachricht, daß um 4 Uhr die Versammlung im Eiser'schen Saale fortgesetzt werden solle, zu welcher sich auch eine große Menge einfand. Nachdem auch hier die heftigsten Reden gehalten, ging man wieder zum Altenmarkte, wo man nun dazu schritt, die schwarz und weiß angestrichenen Pfähle auszureißen, den größten Theil der Bäume abzuhrechen, in der Mitte des Marktes zusammenzuwälzen und anzuzünden. Abermals ließen sich mehrere Redner vernehmen, von denen sogar zum Banen von Barrikaden, als das letzte Mittel gegen die Maßregeln der Reaktion, aufgefordert wurde, wozu man denn auch alsbald überging. Der Kommandant der Stadt ließ gegen 5 Uhr der Bürgerwehr die Frage stellen, ob sie bei den noch vorzunehmenden Verhaftungen starke Hand leisten wolle mit sich start genug fühle, die Ruhe aufrecht zu erhalten. Die Führer traten zu einer Berathung zusammen, und es wurde die erstere Frage verneint, in Bezug auf die zweite aber mit 25 gegen 5 Stimmen entschieden, daß die Bürgerwehr sich nicht start genug fühle, die Ordnung und die Achtung vor dem Gesetze aufrecht zu erhalten, worauf die Garnison, Infanterie und Kavallerie, sich sofort auf den verschiedenen Plätzen aufstelle, und auf dem Neumarkte und am Regierungsgebäude Kanonen aufgefahren wurden. Die Nebenthore wurden geschlossen, die Haupthore besetzt, um Zuzug von außen, mit welchem das Gerücht gehetzt hatte, zu verhindern. Indessen waren am nördlichen und südlichen Ende des Marktes mehrere Barrikaden gebaut worden; man stürmte ein ein paar Eisenhandlungen, um sich Brechstangen und Hauen zu verschaffen, der Rathhausteller wurde erbrochen, um das darin befindliche Holzwerk von Marktbuden und Pumpelhängen zum Barrikadenbaue zu plündern. Das Bauen selbst geschah unter Anleitung weniger einsichtiger Menschen, die man an allen Enden thätig sah und von denen einige für Fremde gehalten wurden. Abgerottet verschiedene Zementsteinverschlüsse und den Nachbarstäden um, wie es heißt, selbst vom Oberrheine, woran hier; wir haben sie selbst gesehen und hörten sogar in einem Kaffeehause von einem derselben, als fremde Truppen vorüber gingen, den Ausruf: „Da sind unsere Rassauer!" — Mit einer unbegreiflichen Schnelligkeit wurden Barrikaden am östlichen Ende des Hofes gebaut, zu denen man selbst mehrere Bäume geschleppte und außer dem Wasser mit großem Vorwitz aufbrach. Alle Baugeräthe in den benachbarten Straßen, das Zimmerholz, am Dome sogar wurde gerauht und selbst 12 oder 13 der Lindenkäume auf dem Lorenzplätzchen abgesägt, —, wie man behauptet, unter dem Kommando eines Führers der Bürgerwehr! An der Nacht und am östlichen Zugange zum Domplatze waren sehr starke Barrikaden aufgeführt, denn am Eingange der Straße unter Wolfsheim, an der kleinen Budengasse, an dem östlichen Zugange zum Wallrafplatze, ja der man das Schilderhaus der Kommandantur benütze, ferner am nördlichen Eingange der Hochstraße, „am Freischützen", wo zwei Fenster zerstört wurden, auf der Hochstraße an der großen Budengasse und an der Schildergasse, wo noch gegen elf Uhr gebaut wurde und von welcher die rothe Fahne weht. Auf dem Markte, obern Marzellenen, in der untern Schildergasse und in manchen anderen Straßen hatte man das Gaslicht gelöscht, die Laternen zertrümmert und mehrfach die Röhren beschädigt. In der Schildergasse, am Eingange der Hergogstraße, hatte man den Zeltenwagen der evangelischen Gemeinde umgeworfen und mit schweren Steinen verbarrikadirt. Als die anrückenden Truppen dieselbe wegräumen, stürzte ein Soldat, sein Gewehr ging los, der Schuß traf den Bürgermeister von Hanselmann, der einem Unteroffizier durch die Hand und zerschmetterte einem hinter der Barrikade Stehenden der Art den Arm, daß er wohl noch heute wird amputirt werden müssen. Tiefe ist der einzige Fall einer Verwundung, der uns bekannt geworden ist. — In der Schildergasse zertrümmerte man den Laden eines Buchhausmakers, Jungen drangen hinein, sofern sich nicht Erwachsene dazwischen warfen, und haben der Bartholomäusgasse erbrach und plünderte man das Lager eines Kleidermachers. Gegen 8 Uhr zwang man die Küster von Groß St. Martin und St. Columba, Sturm zu läuten, doch erschollen nur einzelne Glockenschläge. Derselbe Versuch soll auch im Dombturme gemacht, aber sofort vereitelt worden sein. — In der Frankgasse hatte man eine Barrikade aufgeworfen, auf welcher sich auch Leute befanden; als aber hier eine Kompagnie Soldaten unter Trommelschlag anrückte, stoben die Barrikadenbauer wie Spreu auseinander. Wir haben gestern gegen elf Uhr noch die einzelnen Barrikaden besucht, fanden aber nur auf der an östlichen Zugange am Wallrafplatze Leute und die rothe Fahne, dann auf der an der Schildergasse, mit deren Bau man noch beschäftigt war, und einer Gotschmiede und am östlichen Zugange zum Dombofe. Unter Gottes Gedenken; allenthalben waren aber nur wenige Menschen beim Bauen thätig, und unter diesen nach der Sprache zu urtheilen, viele Fremde. Mehrere Bürgerwehr-Abtheilungen patrouillirten durch die Straßen, gingen aber nur selten dazu über, die noch im Barrikadenbau Begriffenen zu stören. — Wie kann auch die Miliär nur eine Barrikade eröffnen, ohne damit einen der Allem den Verkehr mit dem Rheine, zeig. Treig, offen zu erhalten strebt. Anerkennenswerth war die ruhige Haltung der Soldaten, die namentlich am Wallrafsplatze arg verhöhnt wurden. — An verschiedenen Orten fielen Schüsse, die aber in die Luft gefeuert wurden. Während der Nacht wurde an manchen Barrikaden noch fortgebaut, wenn die Patrouillen weiter in einiger Entfernung waren, doch verlief dieselbe im Allgemeinen ruhig. — Diesen Morgen nach 5 Uhr drangen Mehrere in den Glockenthurm des Domes und fingen an Sturm zu läuten, wurden aber von einem in der Nähe stehenden Militärposten zum Theile aufgegriffen und zur Haft gebracht. Auch wurden noch andere Verhaftungen vorgenommen. Mit Tagesanbruch fing man sogleich an, die Barrikaden wegzuräumen, welche Arbeiter und Soldaten gemeinschaftlich waren, so daß der Verkehr bald wieder in allen Straßen frei war, da auch sofort das aufgerissene Pflaster wieder gelegt wurde. In den Hauptstraßen und namentlich, wo sich dieselben kreuzen, sind Militär-Piketts aufgestellt, um zu verhindern, daß die Waffnage durch die Haufen von Neugierigen, welche durch die Straßen wandeln, gehemmt werde. Auf dem Neumarkte stehen auch noch eine Eskadron Kanonierreiter und auch besparmte Gensdarmen, wie denen auch auf dem Gereonsdreieck und vier an der Regierung aufgestanzt sind. Starke Patrouillen durchziehen die Straßen und sichern die vollständig wiederhergestellte Ruhe. Mehrfach sind die Läden zwar noch geschlossen, doch ist der Verkehr ungekemmt. — Wie wüst auch die Vorfälle des gestrigen

Tages waren, wie roh auch die Zügellosigkeit einzelner Menschen aus dem Pöbel, so war es doch nur bis durch den Wachsinn eines kleinen Häuflein Volksverführern ins Schmach der Stadt Köln hervorgerufene Werk. — Mittags 12 Uhr. So eben wird folgende Bekanntmachung der Kommandantur, welche Köln in Belagerungs-Zustand erklärt, unter Trommelschlag in Begleitung starker Militär-Pikets in den Straßen verkündet, angeheftet und vertheilt: Die Vorfälle des gestrigen Tages und der Nacht haben zur Genüge bewiesen, daß mit den gewöhnlichen Mitteln der gesetzliche Zustand der Stadt nicht aufrecht erhalten werden und Personen und Eigenthum nicht hinlänglich geschützt werden können. Die Kommandantur sieht sich daher genöthigt, sowohl zur Sicherung der ihr anvertrauten Festung als auch zum Schutze der Bürgerschaft die Festung in Belagerungszustand zu erklären. Indem der Belagerungs-Zustand hiermit ausgesprochen ist, wird Folgendes verordnet: 1) Alle Vereine zu politischen und sozialen Zwecken sind aufgehoben: 2) alle Versammlungen von mehr als zwanzig Personen bei Tage und von zehn Personen des Abends und bei Nacht auf den Straßen und öffentlichen Plätzen sind untersagt; 3) alle Wirthshäuser sind um zehn Uhr Abends geschlossen; 4) die gesetzlich bestehenden Behörden verbleiben in ihren Funktionen, und werden in ihren zu treffenden Maßregeln aufs kräftigste unterstützt werden; 5) die Bürgerwehr ist vorbehaltlich ihrer Reorganisation aufgelöst. Die Waffen sind heute Nachmittags von zwei bis fünf Uhr von dem ersten und dritten Banner auf dem Appellhofe, von dem zweiten und vierten Banner auf dem Neumarkte, von dem fünften Banner am Waidmarkte, an die zur Empfangnahme bestimmten Personen abzuliefern. 6) Wer in offenem und bewaffnetem Widerstand gegen die Maßregeln der gesetzlichen Behörden betroffen wird, soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden. 7) Die „Neue Rheinische Zeitung", die „Zeitung des Arbeiter-Vereins", die „Neue Kölnische Zeitung", „der Wächter am Rhein" sind suspendirt. Die gutgesinnte Bürgerschaft Kölns, welche es mit Gesetz und Ordnung redlich meint, wird ersucht, das Obige dazu beizutragen, daß bald der gesetzliche Zustand wieder eintreten könne, und wünscht es der Kommandantur leid thun, in die Nothwendigkeit versetzt zu werden, zur Aufrechthaltung obiger Artikel zu den äußersten Mitteln schreiten zu müssen. Köln, den 26. September 1848. Die Kommandantur. Kaiser, General-Major. Engels, Oberst.

1 Uhr. In diesem Augenblicke ergeht folgender Aufruf: Mitbürger! Die bedauerlichen Vorfälle des vergangenen Tages haben die Festungsbehörde veranlaßt, den Belagerungszustand über unsere Stadt auszusprechen. Ueberall da, wo ein Belagerungszustand erklärt ist, darf nur das Militär im Besitze von Waffen sein. Es ist somit die Nothwendigkeit eingetreten, daß die Bürger Kölns von ihrer Seite Alles beitragen, auf daß in keiner Weise die Ruhe der Stadt gestört und kein bedauerliches Unheil herbeigeführt werde. Sobald die Festungsbehörde erkennt, daß der ruhige und gesetzliche Zustand wieder zurückgekehrt ist, wird auch der außerordentliche Zustand wieder aufgehoben und die Reorganisation der Bürgerwehr vorgenommen werden. Darum rufen wir allen gutgesinnten Bürgern ernstlich zu, doch ja Alles aufzubieten, um in so ernster Zeit ihre Kinder, Lehrlinge, Gesellen und sonstigen Hausgenossen strenge zu Hause zu halten, und durch Beispiel und Ermahnung zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung beizutragen, damit die Strenge der Sorge Niemand von ihnen treffe, und recht bald der exceptionelle Zustand unter aufhöre. Köln, den 26. September 1848. Ober-Bürgermeister, Beigeordnete und Gemeinde-Verordnete.

Oesterreich. *Wien, 26. Sept. Der Palatin ist zum Kriegsschauplatz abgereist, und zugleich verbreitet sich das Gerücht, Jellachich solle zum Civil- und Militärkommandanten von Ungarn ernannt werden, ja sogar davon spricht man, daß er zum Banus von Ungarn bestimmt sei. (?) Sein Marsch richtet sich indeß direkt auf Preßburg. Ihm soll ein k.k. Kommissär entgegen gesandt sein, um ihn zum Einhalten seines Marsches zu bewegen. — In unserer Stadt selbst sieht es schlimm und bedenklich aus: die Kasernmussiken in den Vorstädten mehren sich und die Sicherheit des Eigenthums nimmt auf eine furchterregende Weise ab! Alle, welche es mit der Stadt wirklich gut meinen fragen sich mit düsteren Blicken, wie das enden werde!

(Der Allg. Z. zufolge ist der Erzherzog Palatin zur Herstellung seiner Gesundheit auf längere Zeit in's Ausland gegangen.)

Ein Manifest des Kaisers „an Meine Völker Ungarns" ernennt den Feldmarschallieutenant Graf Lamberg zum Oberbefehlshaber aller Truppenstreitungen. (Wir werden das Manifest nachtragen.) Ein Waffenstillstand zwischen Ungarn und Kroatien wird angeordnet, sowie an Jellachich der Befehl abging, jeden blutigen Zusammenstoß zu vermeiden.

Frankreich.

** Paris, 26. Sept. Ludwig Napoleon ist doch heute hier angekommen, und in der Nationalversammlung erschienen, die seine Zulassung einmüthig aussprach. Er war, begleitet von seinen zwei Vettern, ganz unbemerkt dahin gegangen. Als er sprach einige Worte des Dankes für seine Aufnahme, mit der Versicherung, daß er stets für Aufrechthaltung der Ordnung und Beseitigung der Republik wirken werde. Auch die Wahl Raspails wurde nach lebhafter Debatte als giltig erklärt. Aber der Generalprokurator am Appellhofe verlangte sogleich Gerichtigung zu gerichtlicher Verfolgung desselben.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 28. Sept. Bayer. 3½ prz. Obligationen 76¼ B. — G. 4prz. 86 G. Bankaktien II. Semester 560 B. Promessen 36 B. — G. Oesterreich. 5prz. Metall. 75 B.

Wien, 26. Sept. 5prz. Metall. 79¼, 4prz. 62, 3prz. 47, 2½prz. 41¼, 1834r 500 fl.-Loose 129. 1839r 250 fl.-Loose 89. Bankaktien 1085. Nordbahn 104¼. Gloggnitz 95. Venedig-Mailand 71. Badwetz —. Livorno 65½. Pesth 63. Sienna 53. Apennin-Bahn 93¼.

Amsterdam, 25. Sept. 2½prz. Integr. 44½. — 3prz. Schuld 52½. — 4prz. 68¾. — 3½prz. ditto —. Dankesmaaschappy —. 5prz. Kredits à 510 Pf. St. 8 — Span. inländ. à 6000 fl. —. Coupons — — Portug. 3prz. — , 4prz. — . — Russische 4prz. bei Hope — . — ditto bei Stieglitz — . — 5prz. Metall. 69¼. — 2½prz. ditto —.

London, 25. Sept. Konsols 86¼. Coup. — Span. Akt. 11¾. 5prz. 23½. P. 5prz. — . Port. 2½. Portug. 3prz. 21¾. P., 4prz. 23 P., 22¼. G. 5prz. — . Dol. 4prz. — . 2½prz. — .

Paris, 26. Sept. 5prz. 44,25, 5prz. 68.75. Schatzb. 22. Bankaktien 1615.—. Staatsobligationen 1110 — Vier Kanäle 880.—. Compt. von Algier —.—. Belg. 5prz. von 1840 79. von 1842 79. 4½prz. 72½. 3prz. — . — . 2½prz. 39.—. Belg. Bank — . Neap. 5prz. 86.—. Röm. 5prz. 64½. Span. 5prz. 23¼. — Aktien —. Tassina —. Piem. 880.—. Haiti 200 —. St. Germain —.—. Versailles (rechte) —.—. (linke) 100.—. Orleans 660.—. Rouen 420.—. Havre 197.50. Marseille 195.—. Basel 85.—. Bierzon 245.—. Boulogne —.—. Bordeaux 376.25. Nordbahn 375.—. Montereau —.—. Lyon 361.25. Strasburg 340.—. Nantes 325.—. 3prz. —.—. Sceaux —.—. Montpellier —.—. La Teste —.—.

Madrid, 21. Sept. 3prz. 19¾. P. 19⅛. G. 4prz. — . 5prz. 10¼. P. 10⅛. G. Pass. Schuld 3⅛. P. 3⅛. G. Coup. 6. P. Auswärt. Pass. Schuld —. Unterhabte Schuld 9prz. — . Provis. Lit. 3⅛. G. St. Fernandobank 54 B. 50 G. Diskonto —. Wechselkurse: Paris 4—95 P. London 47—80 G.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Sonnabend, 30. Sept.: „Dorf und Stadt", Schauspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Graf Ottlenborg, von Thambach. Graf Brockdorff, aus Holstein. Erdmann, Gutsbesitzer, von Wien. Robinson, Rentier, von London.

Gold. Hirsch. Frhr. v. Wadenfels, von Dresden. Wirbing, von Graz. v. Rokall, von Graz.

Hotel Manlik. Conrad, Gutsbesitzer, von Wien. Dornalis, Proprietär, von Paris. Haak, Privatier, von Heilbronn. Dobson und Dunlaw, Rentiers, aus England. Graf v. Bentheim, Major, von Verona. v. Eglofstein, Rittmeister, von Augsburg.

Gold. Kreuz. v. Hagen, Ldgs-Assessor, von Elberfeld. Obermaier, Appellationsgerichtsrath, von Stuttgart. Bauer, Privatier, von Amberg. Schmid, Particulier, von Würzburg.

Blaue Traube. Ritter v. Speck, von Sternburg. Hoppel, Mechaniker, von Wien. Mad. Port, von Wien. Neuberg, Privatier, von Emlach.

Stachusgarten. Dr. Steiner, von Augsburg. Lehner, Studierender, von Straubing. Strauß, Privatier, von Landsberg.

Gestorbene in München.

Theres v. Sutner, königl. Generalrevisionsgerichts-Direktorsgattin. 42 J. a. Heinrich Pösl, Schüler von Burglengenfeld, 34 J. a.

143. (Zu) Ein neuer Bronnne zum Zurückschlagen, und eine neue Kalesche mit den erforderlichen Reisrequisiten, sind zu verkaufen. Das Nähere bei der Expedition dieses Blattes.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Meine deutschen Mitbürger!*)

Die Kanonen in den Straßen von Frankfurt schweigen, der Barrikadenkampf ist beendigt, die Gemeuchelmordeten ruhen in kühler Erde, Friede mit ihnen. Viele, blutige Opfer sind dem politischen Fanatismus gebracht worden; nicht eher ist jetzt da der Friede wieder einzuziehen, wo er so dringend erwünscht, und absolut nothwendig ist, wenn das hohe und ersehnte Ziel, „Deutschlands Glück und dessen Einheit“ erreicht werden soll.

Alle Deutschen, in welcher politischen Richtung sie sich auch bekennen, müssen tief und mit Entrüstung die Verbrennisse in Frankfurt am 18. Sept. beklagen: denn auch einem solchen Blutbade kann Deutschlands Glück, Freiheit und Ehre nie und nimmer erstehen.

Der äußere Kampf mag zwar im Augenblick,**) allein nicht so jener, der, Parteileidenschaften, welcher, alle Schichten des bürgerlichen Gesellschafts durchzuckt.

Diejenigen, welche den Sieg in Frankfurt für sich in Anspruch nehmen, wähnen sich, dessen allzuweit, und diejenigen, welche man als besiegt bezeichnet, weisen die Ansicht der Sieger zurück. als ob sie irgendwie, beim Kampfe, betheiligt gewesen, und eben deßhalb steht es fest, daß diese Parteiansichten, wie sie sich in der Nationalversammlung in Frankfurt, nach dem 18. Septbr, aussprechen, wenn sie nicht bald beseitigt, in ganz Deutschland traurige Nachwirkungen hervorrufen müssen.

Hört es, Ihr deutschen Männer in Frankfurt, Vertreter des deutschen Volkes, an Euch ich es nun, vor Allem den inneren wahren Frieden anzubahnen, mittelst Verbindung der Parteien, **) — überlasse es den Gerichten, diejenigen anzumitteln, welche auf der Pfingstwiese am 17. Sept. oder sonst wo, das ohnehin aufgeregte Volk zu ungesetzlichen Handlungen angestachelt, es öffentlich oder, insgeheim zum Meuchelmord oder Barrikadenkampf verleitet.

Mögen auch Einige von der Linken, zum politischen Feuereifer fortgerissen, viel zur Aufregung des Volks am 17. Sept. beigetragen haben, nie und nimmer spreche, die Ihr Euch zu den Rechten zählt, auch, daß alle zur Linken Gehörigen“ eine fluchwürdige Verbrechen gewollt, oder ein solches Unternehmen mit begünstigt.

Nein, solche Beschuldigungen sind nicht nur übertrieben und ungerecht, dafür bürgt der Charakter des größten Theils dieser Männer. — Was Einzelne wirklich verschuldet, darf nicht Allen zugerechnet werden, somit würde eine Kluft eröffnet zwischen Euch, den Linken und einem Theile des Volkes, die nie und nimmer sich schließen könnte.

Hört, Ihr Männer zur Linken, die Stimme des Volks, laßt dieselbe nicht unbeachtet, selbst wenn Ihr solche als eine irregeleitete erkennet. Suche vielmehr die Ansichten Eurer Ueberzeugung getreu zur richtigen Erkenntniß zurückzuführen, aber wählt zur Erreichung dieses Zweckes nur nicht den Terrorismus.

Ihr Männer zur Linken, sprecht mit männlicher Entschiedenheit und Wahrheit Euch sagen das Volk aus, sagt ihm, daß Ihr mit den Rechten die scheußliche Bluthat, die in Frankfurt gegen Männer von anderer politischen Ansicht als Ihr, verübt worden, mit ganzer Seele verabscheut, daß Ihr solche Schandthaten nicht als Mittel und Wege erkennt, um die deutsche Freiheit zu begründen.

Laßt Euch nicht beirren, wenn auch allen Ecken und Enden Sturm-Adressen, in Euch gelangen, daß das Volk die Mitglieder der Rechten darum als Verräther der deutschen Nation erkläre, weil dieselbe den Waffenstillstand mit Dänemark genehmigt, und Euch nun als Männer des Volks erkennet, weil Ihr ihn verwerfet; laßt Euch nicht bestimmen, nach solchen Manifestationen, zu handeln, denn wer unter Euch kennt nicht die Art und Weise, wie solche Adressen fabrizirt werden (solche mehr, erscheint) ††); sprecht vielmehr offen und frei Eure Mißbilligung aus über solche Verdammungsadressen, und beleyrt das Volk, daß es Unrecht hat, wenn es glaubt, mit solchen Adressen die Mitglieder der Rechten ächten und terrorisiren zu dürfen; und zeigt somit, daß Ihr nur in den Bestrebungen, welche zu Deutschlands Einigkeit hinführen, Euren Ruhm und Eure Ehre sucht.

Eure Richtung gibt zu schlimmen Mißdeutungen im Volke Veranlassung, weßhalb der Pöbel auch im Namen der Linken zu Handlungen sich hat hinreißen lassen, die den Gräuelszenen der französischen Schreckenszeit zur Spitze gestellt werden können. Eben deßhalb ist es aber auch dringend nothwendig, daß Ihr das Volk aufklärt über das, was Ihr wollt, und auf welchen Wegen Ihr hofft, das Gewünschte zu erreichen.

Ihr Deutschen! welche Ihr Euch berufen glaubt, als Vorsthürer des Volks in den verschiedenen Gauen aufzutreten, blickt nach Frankfurt, und begreift die blutige Lehre, die dort gegeben, und Eurer Ansicht nach, es sei viel leichter ist, eine Volksmasse zu fanatisiren, als den Sturm, wenn er einmal losgebrochen ist, und dann eine andere als die gewünschte Richtung nimmt, zu bewältigen: begreift die Verantwortlichkeit, welche diejenigen auf sich gelogen, welche den Fanatismus entzündet und mitgewirkt haben, daß Deutschland auf die geschehene Weise gestündet werden, wie wohl noch kein politisches Verbrechen in früherer Zeit es im Stande gewesen.

Und du, deutsches Volk, daß man unter die verschiedenartigsten Fahnen von Vereinen ruft, hier unter jene des Demokraten, dort des patriotischen, des Arbeitervereins, — wache auf aus deiner Betäubung, blicke nüchtern auf die Fahne, unter die man dich gerufen, und wir Schauderwirst du die rothe Fahne gewahr werden, unter der man dich zu bewinden und Deutschlands Unheil zu Schritten hinführt, die es des deutschen Volkes Ehre und Sittlichkeitsgefühl schänden, — deren Träger jedoch, wenn für ihrer Leitenschaft getrübt, dich zur Schlachtbank hingeführt haben, meineidig dich verlassen.

Nochmals rufe ich Euch, Ihr deutschen Männer in Frankfurt! sein einig und versöhnlich,*) und Ihr, die Ihr Euch als Schirmherren des Volks bastellt, bewirket das Volk nicht, belehret es vielmehr darüber, was zu seinem und Deutschlands Glück frommt. Und du, deutsches Volk! achte stets Gesetz und Ordnung, ehre Eigenthum, Ehre und Leben deiner Mitbürger — erkenne an, daß die neu geschaffene Centralgewalt in Frankfurt Deutschland eine neue und erhöhte Bürgschaft sein soll, Deutschlands Wohlfahrt mit den Landesfürsten zu begründen, weßhalb den Anordnungen derselben Folge geleistet werden muß. denn wird es sonst um Deutschen, wenn jene Mahnung unbeachtet bleiben sollte, wenn vielmehr Jeder nach Gutdünken auf eigene Faust sich Recht schaffen und üben wollte, — dann würde leider zu bald Deutschlands Einheit sich in Trauer hüllen müssen über Deutschlands Unglück, der Einheit, welcher noch vor wenigen Monaten alle Freunde des deutschen Vaterlandes mit der Hoffnung belebt und Verherrlichung gegeben hatte, daß daß Deutschland unter dem Schutze eines alle Deutschen umfassenden Gesetzes und unter dem gemeinsamen deutschen Banner, zu jenem geachteten nach Innen und Außen gekräftigten Reiche sich erheben werde, das allen Stürmen zu trotzen im Stande wäre; daß aus dem, die deutschen Volksstämme und ihre Fürsten umschlingenden Bande Glück- und Segen für beide, und ein einiges freies Deutschland erstehen werde.

Noch ist dieses Ziel zu erreichen möglich, wenn redlicher Wille die Volksabgeordneten leitet, das Volk sich dem Gesetze und der Ordnung fügt, und die Regierung dem frevenlichen Treiben der Anarchisten mit Entschiedenheit entgegen tritt, — so daß gegenseitige Vertrauen wieder erstarkt, und die gelockerten Bande der Gesellschaft wieder befestigt werden. Gott gebe, daß Alles zum Besten sich wende.

Pfalz, am 21. September 1848.

Ein Deutscher.

*) Wir theilen den vorstehenden, und der bayerischen Regierpfalz uns zugekommenen Mahnruf wegen der wohlmeinenden Absichten und Gesinnungen, die darin niedergelegt sind, auch jetzt noch mit, nachdem leider die Ereignisse in Frankfurt, der wenigstens ein Theil verschon, durch die Besprache, die seit 22. Sept. durch das Organ der Staatschen deutschen Reichsregierung an das deutsche Volk erlassen, dem den Beweis geliefert hat, wie wenig ihr Erklärung der Erwartungen zu passen sich, welche der Verfasser des vorstehenden Aufsatzes noch von ihr hegt. Anm. d. Red.

**) Der Verfasser des vorstehenden Artikels konnte, wie schon das Datum seines Briefes zeigt, den Cäsfall Stawiski in Posen, und die neuesten Vorgänge in Württemberg noch nicht. Anm. d. Red.

*) Diese bestreitlich ohne Aufopferung der Grundsätze, welche man unterscheidenden Momente, dürfen. Verbindigung aber ist, bei aufrichtigem Wollen von allen Seiten, wünschenswerth und auch möglich. Aber Zugeständnisse an die Linke, wie sie noch in den letzten Tagen auftrat, wären das Uebel nur noch vermehrende. Anm. d. Red.

†) Wir wissen auch nicht, daß eine derartige Beschuldigung in solcher Allgemeinheit die ganze Linke, ohne Unterschied umfassend, irgend erhoben worden wäre. Anm. d. Red.

††) Denke wir, morgen die

Deutsche Reichsgewalt.

Verpflichtet, dafür zu sorgen, daß überall in Deutschland die Herrschaft des Gesetzes nicht ungestraft beeinträchtigt werde, hat das Reichsministerium des Innern, die Regierungen von Preußen und Württemberg um, baldigste Mitwirkung darüber ersucht, auch welchen Ursachen die in jüngster Zeit in Heilbronn, Koblenz und Köln stattgehabte Aufreßstörungen nicht verhindert worden, und welche Maßregeln ergriffen wurden, diese zu beseitigen und die Uebertreter den Gesetze zu bestrafen. (F. D.-R.-A.-B.)

Deutschland.

Württemberg. — Stuttgart, 28. Sept. Der heutige Tag des Volksfestes in Cannstatt ist ganz ruhig angebrochen und wird hoffentlich ebenso vorübergehen. Man erstaunt hier, durch auswärtige Blätter und durch ankommende Fremde zu erfahren, wie stürmisch es in Stuttgart hergehe, denn hier weiß man nichts davon. Allerdings ist an vielen Or-

*) Wir ehren und achten diesen Mahnruf zur Versöhnung, diese ist auch unser Ziel und Streben. Wir wollen, die Freiheit auf der Grundlage des Rechtes, des Gesetzes und der Ordnung, und wir sind daher eben so entschiedene Gegner der Reaktion wie der Anarchie. Weder jener noch dieser dürfen Zugeständnisse gemacht werden: beide würden uns auf das Aeußerste schaden. Es gibt eine Grenze nach Rechts wie nach Links; was über diese Grenzen hinausgeht, führt zum Abgrund, und mit Gewaltthaten darf man nicht markten. Anm. d. Red.

ten darauf hingearbeitet worden, für den heutigen Tag große bewaffnete Züge nach Stuttgart und Cannstatt zu veranstalten, und es mögen da und dort auch Viele die Heimkehr verschoben haben, da aber die Schiffbarmachung Rau's in Roxweil mit einigen Zügen und der Gegend vereinigt stand und möglich ist, so wird wohl die Besonnenheit auch bei andern Zügen die Oberhand gewinnen. Indessen sind kräftige Vorkehrungen getroffen, um für jeden Fall zu sorgen. Von hier aus sind heute früh starke Streifpatrouillen in die ganze Umgegend gezogen, und nach Cannstatt und dessen Nachbarschaft sind um 9 Uhr 3 Bataillone Zugvolk (das 4. Regiment und 1 Bataillon des 3.) 4 Kanonen und 1 Zug zur Vertheilung der Garde zu Pferd gegangen. Die 5. und 6. Banner der Bürgerwehr sind in die Stadt konsignirt. Man spricht hier von Verhaftungen und davon, daß Einige sich von hier schleunig entfernt haben. In Tübingen entging Alexander Simon der Verhaftung und soll (nach der Tübinger Kronik) nach Rottweil gegangen sein. In den nächsten Tagen soll statt patrouillirt werden, von Linienmilitär zusperhalb der Stadt in deren Umgegend, von der Bürgerwehr in der Stadt.

Rottweil, 27. Sept. Mittags 2 Uhr. So eben kehren die von Rau und Genossen verführten Mannschaften in die Stadt zurück. Es ist ein Glück zu heißen, daß schon in Balingen es sich klar herausstellte, daß alle Vorspiegelungen von allgemeiner Schilderhebung grobes Lügenwerk und unverantwortlichst Spiel mit der Leichtgläubigkeit der Masse waren. Rau und seine 2 bis 3 Aufputzten hatten von Balingen aus einen andern Weg als bisher eingeschlagen, worüber die Mittheilungen verschieden lauten. — Während des Ganges der ermatteten Irregeführten sinnen die Geretzenen zu Ehren ihres Freiheitsbaumes, des damaligen Kronprinzen Wilhelm, bei einem muntern Mittagemahle.

Obrendorf, 27. Sept., Abends 7 Uhr. Dem gestrigen Durchmarsche von Schramberger Bürgerwehr zum „Volksfest“ in Cannstatt sind heute nicht nur keine Nachzüge gefolgt, sondern es hat sich dieselbe selbst auf dem Wege zwischen Sulz und Horb einen Theil ihrer besonnen und heute mit Umgehung der Amtsstadt, den Rückmarsch nach der Heimath eingeschlagen. Ihr gestriger Durchmarsch, so wie Erwunterungen von gewisser Seite hatten heute auch hier einige Gefahr erregt, einen Nachzug zu unternehmen, sie wurden aber auf die Kunde vom Rückmarsch der Schramberger, so wie vom Rückzuge der bis Balingen gekommenen Rottweiler, nicht minder auf die festgesetzten Abmahnungen der Behörden und der Offiziere der Bürgerwehr aufgegeben. Nun soll sich heute in Sulz befinden.

Ulm, 27. Sept. Am 1. Okt. wird das bis jetzt in Neu-Ulm gelegene Bataillon k. bayer. Infanterie abgelöst und wird erhalten in und bei Ulm 3000 Mann bayerischer Truppen. — Das für Ulm bestimmte k. k. Österreichische Militär wird unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen wohl auch bald eintreffen. (Schw. Merk.)

Baden. Ein großherzoglicher Erlaß vom 27. d. Mts. erklärt auch den Amtsbezirk Engen wegen eines dort stattgehabten Aufruhrversuchs in den Kriegszustand. In der Nacht vom 24. auf den 25. wurde daselbst der Versuch gemacht, die Republik zu proklamiren. Ein Hansen Aufrührer von Altdorf her war in die Stadt gekommen, und verübte mit gleichgesinnten Gesindel Gewaltthätigkeiten aller Art gegen Bürger und Beamte, stürmte Häuser u. Kaum Meister wurden von einer Rotte derselben in seiner Wohnung aufgesucht. Der bessere Theil der Bürger unterdrückte aber endlich dieses wüste Treiben — Eine zweite großherzogliche Verordnung vom 27. ermächtigt zur Beschleunigung der Gerechtigkeitspflege das Hofgericht des Oberrheinkreises, die Zahl der Richter bei dem niedergelegten Untersuchungsgerichte nach Bedürfniß zu erhöhen. — Es sind bereits am 27. von Freiburg bei Hofgerichtsräthe zur Niederlegung des von dem Generalstaatsprokurator Stadtrechts in das Hauptquartier nach Mühlheim abgegangen. — In Todtmoos haben die Bürger eine Kiste mit Freischärlern angehalten und genau durchsucht, sie fanden 12 – 14000 fl. vor, welche sogleich mit Beschlag belegt wurden. — Die verfprengten Freischärler machen allenthalben das Gebiet unsicher und viele Gemeinden haben bereits militärischen Schutz gegen dieselben von der Regierung verlangt. Die Truppen werden überall als Befreier empfangen, besonders war dies der Fall in Mühlheim, wo die Rebellen drei Tage lang mit fürchterlicher Willkühr gehaust hatten. — Kleine Streifcorps bringen fortwährend von allen Seiten Gefangene ein, und die Truppen sind noch so erbittert, daß am 26. abermals vier Freischärler, welche die Waffen nicht niederlegen wollten, sofort von ihnen niedergeschossen wurden. Die Gefangen sagen, daß Gefangenennehmen nicht mehr zu hoch nicht geschehen.“ — In Karlsruhe wurden am 27. die Wachen wieder von den Truppen bezogen. In Freiburg war in der Nacht vom 25. auf den 26. das 2. Bataillon des ersten hessischen Infanterie-Regiments eingetroffen; gleich darauf folgte ein Bataillon des 4. badischen Regiments, Letzteres Bataillon ist am 27. Morgens in das Oberland abgegangen, Ersteres blieb in Freiburg zurück. Am 26. kamen auch noch 2 Schwadronen des 2. Regiments Großherzog auf dem Marsche durch Freiburg. Das Bataillon des Leibregiments ist am 26. von Mühlheim nach Schlingen abmarschirt.

K. Sachsen. — Dresden, 26. Sept. Gestern früh hat ein Kurier vom Reichsministerium den Befehl gebracht, daß sächsische Kontingent von 6000 M. marschbereit zu halten. Demgemäß sind bereits jetzt früh Marschorders an die Linientruppen ergangen. Dieselben sollen heute Nachmittag noch soll in den sächsischen Herzogthümern ein aus sächsischen und österreichischen Truppen gebildetes Armeekorps zusammengezogen und unter das Kommando eines österreichischen Generals gestellt worden. (D. A. Z.)

Sächs. Herzogthümer. Jena, 21. Sept. (Congreß zur Reform der deutschen Universitäten.) Heute wurde der Reform-Congreß deutscher Hochschulen durch den gestigen Professor Reinhold mit einer Rede, begrüßenden Aufrede eröffnet. Es erstattete alsdann die vorbereitende Commission über ihre bisherige Wirksamkeit und über die Legitimationen der Deputirten Bericht. Durch Deputirte vertreten waren: Gießen, Jena, Göttingen, Marburg, Erlangen, Wien, München, Würzburg, Heidelberg, Leipzig, Tübingen, Greifswalde, Freiburg, Bonn, Rostock, Breslau, Kiel; außerdem waren von Halle zwei Deputirte der außerordentlichen Professoren und Privat-Docenten daselbst, von Halle selbst dagegen hatten — wie Ihnen bekannt ist, in einem motivirten Schreiben die Beschickung abgelehnt. Unter den eingegangenen Schreiben verdient das des Central-Ausschusses der deutschen Studenten vom Vororte Breslau der Erwähnung; der Central-Ausschuß der deutschen Studenten gibt darin zu bedenken, daß bei der Studenten und nicht der Professoren wegen reformirt werde, und protestirt feierlichst gegen alle den Rechten der deutschen Studirenden zu nahe tretenden Beschlüsse. Zum Präsidenten wurde erwählt, und zwar gleich im ersten Scrutinium mit exlatanter Majorität, Kanzler v. Wächter aus Tübingen, Vice-Präsident ward Hoffmann aus Jena, Schriftführer Domrich und Häser aus Jena, Schletter und Klee aus Leipzig, Schaffhausen aus Bonn, Siegmund aus Würzburg und Cäsar aus Marburg. Die Zahl der anwesenden Docenten betrug 123, die Zahl der Deputirten etwa 70. Zuerst wurde die Frage aufgeworfen, ob die Nichtdeputirten Stimmrecht haben sollten. Zum Berathungsrecht war dies zugestanden wurde und dies nach einer etwas heftigen Debatte, an der sich besonders v. Sybel aus Marburg, Frick aus Leipzig, Walther aus München, v. Wangerow aus Heidelberg und Marchand aus Halle betheiligten, dahurch erledigt, daß die Nichtdeputirten sich freiwillig des Stimmrechts begeben. Die vorbereitende Commission hatte alle eingegangenen Anträge unter besondere Rubriken geordnet, und der Referent Professor aus Jena eine Broschüre mit dem Titel: „Zur Reform der deutschen Universitäten, Ansichten und Anträge des Reform-Vereins in Jena, mit Hinzufügung der bis zum 15. Sept. von anderen Seiten eingegangenen Anträge in unveränderter Fassung“ drucken lassen, die ein völliges System der Reorganisation der Universitäten aufstellt. Dieses legte man nach Antrag des Präsidenten den Berathungen zu Grunde und bestimmte auf die Nachmittagssitzung die „Lehrfreiheit“ als Tagesordnung. Diese Nachmittagssitzung wurde fast ihre Eröffnung genommen: „Niemals darf eine deutsche Regierung in Hinblick auf locale, politische oder religiöse Bewegegründe die Lehrfreiheit beschränken;“ gegen polizeiliche, administrative Beschränkung der Lehrfreiheit erklärte man sich von allen Seiten; als man aber auf die Befugniß zum Lesen kam, stellten sich verschiedene Ansichten heraus, ja, fast eben so viel Ansichten als Redner, und die Debatte drohte ins Unendliche verschleppt zu werden. Falck aus Marburg beantragte, die Bestimmungen darüber, bis man über die Facultätsfrage im Klaren, auszusetzen; das wurde verworfen. Den am weitesten gehenden Antrag stellte Seelig aus Göttingen, der unbedingte Lehrfreiheit aller habilitirten Docenten in jedem Fache beanspruchte. v. Sybel aus Marburg wollte, dem guten Geiste der Universität vertrauend, die Frage offen lassen; das wurde verneint. Seelig beantragte namentliche Abstimmung über seinen Antrag; verworfen. Nachdem Seelig's Antrag verworfen wurde der modificirte Antrag des jena'schen Reform-Vereins angenommen: Jeder akademische Lehrer ist berechtigt zu Vorträgen über die Disciplinen des besonderen Faches, über die Disciplinen, welche als nächste oder entfernetere Grundlagen desselben anzusehen sind, mit einem Worte, über die Disciplinen, welche mit demselben verwandt sind in zweifelhaften Fällen entscheidet die wissenschaftliche Behörde. Morgen: über zur Hon.-rar-Frage und bekannt sein einstimmig, fast ohne Discussion, zum Principe des Honorars. Man beschloß eine Gleichstellung der einzelnen Facultäten in dieser Hinsicht, in so fern nicht größerer Zeit-Aufwand rc. von Seiten des Professors dieses unbillig machen; aufrechem sei es recht und billig, daß jeder ordentliche Professor jedes Semester ein Publicum lese. Einer der Wiener Deputirten, Tomaschek, erklärte die Einführung der Honorare in Wien als sehr zum Nachtheile; auch andere Wiener Deputirten widerlegten ihn. Vorzüglich wurde von den einzelnen Rednern im Hinblicke auf die Freiheit der Wissenschaft, im Hinblicke auf das Privat-Docententhum das Prinzip des Honorars vertheidigt. Nägelsbach aus Erlangen und Fricke aus Leipzig wünschten das System der Stundung abgeschafft zu sehen, aber einige Deputirten der preußischen Universitäten, wie Wolff und Delap aus Jena vertheidigten es. Man einschieß sich bei der Abstimmung mit ziemlich ansehnlicher Majorität für eine Empfehlung des Systems der Stundung. Als Tagesordnung der nächsten Sitzung wurde die Lernfreiheit hingestellt und die Sitzung geschlossen. — Was im Ganzen den Gang der Debatten sehr erschwerte und keinen raschen parlamentarischen Takt aufkommen ließ, war, daß man sich außer der Sitzung gar nicht gekannt, daß keine compacten Parteien da waren. Der Präsident führte die Versammlung mit starker Hand und mußte nothgedrungen über seine Befugnisse manchmal hinausgehen. Die Versammlungen fanden in der akademischen Aula Statt und außerdem ist der Versammlungsplatz der Deputirten „die Rose“. Schwerlich werden sie in drei Tagen den Stoff bewältigen und wohl noch etwas Zeit zugeben müssen. (Köln. Ztg.)

Hannover. Hannover, 19. Sept. Generalcommando-Befehl. „Die Truppen meiner Armee, welche ich seit dem Monat April d. J. zum Kampfe für die deutsche Sache nach Schleswig-Holstein beordert hatte, sind jetzt nach abgeschlossenem Waffenstillstande zurückgekehrt. Es haben

sich meine Truppen durch ihren militärischen Geist, durch Tapferkeit in den Tagen des Gefechts, durch ordnungsmäßiges Betragen, so wie durch Ausdauer in Mühseligkeiten einen Beisammen meine vollkommene Zufriedenheit erworben. Mit Vergnügen benutze ich den bisherigen Führer jener Truppen, meinem General der Infanterie, Halbett, meinen ausrichtigsten Dank für die rühmliche Weise, in welcher er das ihm anvertraute Kommando geführt hat. Ebenfalls gebe ich den übrigen Generalen, welche ein Kommando im Felde gehabt haben, meine volle Zufriedenheit mit ihrem ehrenwerthen Verhalten zu erkennen. Ich danke sämmtlichen Kommandanten und allen übrigen Offizieren, Offizieren und Unteroffizieren, für die vielfältigen Beweise des Diensteifers und des Muthes, womit sie ihren Untergebenen vorangegangen sind; ich danke allen Soldaten für die Hingebung und Folgsamkeit, mit denen sie den Beispiele ihrer Vorgesetzten nachgekommen sind. Ich zweifle nicht, daß die heimgekehrten Truppen auch in den gewöhnlichen Dienstverhältnissen, in welche sie nun zurücktreten, allen Pflichten getreu und willig genügen werden; ich erwarte und bin überzeugt, daß alle Abtheilungen meiner Armee, wenn diese demnächst einmal wieder zum Waffendienste berufen wird, denselben guten Geist und dieselbe Thätigkeit wie bisher beweisen werden; sie werden nie vergessen, daß sie Hannoveraner sind, und werden eingedenk sein, daß die Hannoverschen Truppen sich stets durch Treue und Tapferkeit ausgezeichnet haben.

Ernst August."

Schleswig Holstein. — Rendsburg, 23. Sept. Der kommandirende General in den Herzogthümern, Generalmajor von Bonin, hat in Beziehung auf die mehrfach erwähnte Bekanntmachung aus Schleswig vom 22. Sept. ein Rundschreiben an die Kommandanten erlassen, worin es heißt: „Ich sehe mich in Folge dieser Bekanntmachung veranlaßt, den Kommandanten der Herzogthümer Schleswig und Holstein zu eröffnen, daß mir von der Einsetzung dieser sogenannten k. Immediatkommission nichts bekannt ist. Die „gemeinsame Regierung," welche nach dem Art. 7 des Waffenstillstandsvertrages für die beiden Herzogthümer eingesetzt werden und welche aus 5 Mitgliedern bestehen soll, hat sich noch nicht konstituiren können und ist noch nicht von den beiden hohen kontrahirenden Theilen eingesetzt worden, wie der genannte Artikel vorschreibt. Die obengenannte „k. Immediatkommission zur gemeinsamen Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein" ist somit im Wesen und im Namen von jener einzusetzenden „gemeinsamen Regierung für die beiden Herzogthümer" durchaus verschieden und daher nicht als eine rechtmäßige Verwaltungsbehörde für die letzteren zu betrachten und anzuerkennen. Sie muß mithin der Befugniß der provisorischen gemeinsamen Regierung zuständen Gerechtsame an. Die hochlöblichen Kommandanten werden daher hierdurch angewiesen, die Einwohner, Beamten und Behörden gegen diese sogenannte „königliche Immediatkommission" zu schützen und, wenn durch deren Auftreten in den Herzogthümern irgendwo Unruhen entstehen sollten, Diesem kräftigst im Zusammenwirken mit den übrigen Beamten und Behörden zu steuern. Ich bitte Sie, Ihre Berichterstatten sich sogleich auf das Schnellste hierher Meldung zu machen und haben die Kommandanturen die kräftigste Unterstützung meinerseits bei Maßregeln zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung zu erwarten. Im Uebrigen verweise ich auf den an die Kommandanturen von mir erlassenen Befehl vom 17. d. Mts. Die hochlöblichen Kommandanturen sind ermächtigt, den Ortsbehörden von vorstehendem Befehle Kenntniß zu geben."

Die Immediatkommission ist bei Verhaftung ihrer Belauntmachung auf eine eigene Weise verfahren. Den Magistraten, an welche sie speziell gerichtet war, ist sie nicht zugesendet worden, sondern nur „treugesinnten" Leuten. In Flensburg war sie plötzlich am Rathhause angeklebt, ohne daß man wußte von wem. Es sammelte sich gleich eine Menge Volkes davor, bis der Buchhändler Sauermann sie abriß. Für die neuen Regierungsmitglieder war in Rendsburg auf den 23. bereits Quartier bestellt worden. — In der Sitzung der Landesversammlung am 23. beauchrichtigte General Bonin dieselbe, daß die Geschütze von Laböe nur deshalb nach Friedrichsort geschafft worden wären, um sie während des Waffenstillstandes bei der Einwirkung der Witterung zu entgiften, brauchenge auf der Stätte, wo sie Verfertigungen des Rieler Hafens vertheidigungslos zu machen. Selbst die Waffenstillstandsbedingungen hätten den Bestand der Fortifikationsarbeiten festgesetzt, und er, der General, werde gewiß nicht in eine Schwächung der Vertheidigungskräfte des Landes willigen.

Preußen. — ⊙ Berlin, 26. Sept. Der Nationalversammlung wurde heute ein Schreiben des Ministerpräsidenten an den Präsidenten der Versammlung, Grabow, mitgetheilt, nach welchem das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit (die Habeas-corpus-Akte) von Sr. Majestät vollzogen und der Gesetzsammlung einverleibt werden soll. Ein Antrag von Lichnow, der Präsident wolle dafür sorgen, daß die durch mehrere Vorfälle in neuerer Zeit gestörete Würde und Unverletzlichkeit der Nationalversammlung gesichert werde, wurde mit 176 gegen 136 Stimmen als nicht nöthig erachtet, worauf die Berathung über das Bürgerwehrgesetz fortgesetzt wurde. Die Opposition trat auch da wieder mit aller Heftigkeit und den ewig sich wiederholenden Reklamationen auf, ohne jedoch etwas damit zu erreichen. Im Wesentlichen wurden die Artikel des Entwurfs der Reihe nach angenommen. Einige Redner der Rechten sprachen bei diesem Anlasse ihre tiefe Unruhung über den neuen Einfall Struve's in's badische Oberland aus. Auf der andern Seite erlaubten sich Redner der Linken, wie Temme und Stein, Ausfälle gegen die Generale Wrangel und Graf v Brandenburg. Ueberall tritt auch da das Bestreben der Linken hervor, das Heer, als den letzten Grundpfeiler der Ordnung, zu demoralisiren, wie wir diese Taktik tagtäglich von den Demagogen auf der Straße und in den Klubbs angewendet sehen. Wir leben hier unter dem Drucke einer Gewitterschwüle vom Tag auf den Tag, ohne heute zu wissen, was morgen kommen wird. Dieser Zustand kann unmöglich lange fortdauern: die Verwirrung aller Begriffe und Ideen ist aufs Höchste gestiegen, und nach sehen wir den Faden der Ariadne nicht, der uns aus diesem Labyrinth herausbelfen soll. Unsere Lage ist, Dank den Ränken und Wühlereien, eine bespielloses, wo nicht zu sagen verzweifelte geworden.

Frankfurt, 20. Sept. Gestern hat man hier den Redakteur des Kreisblattes, Kaut, Leiter, sowie den Verleger dieser Zeitschrift, den Buchhändler Lipsa, gefänglich eingezogen. — Das kleine Mäuschen ist gegenwärtig mit Militär angefüllt. Die Regierung vermuthet, daß dieses Städtchen zum Herd einer republikanischen Verschwörung auserlesen sei. So viel ist wenigstens gewiß, daß die Einwohner veranlaßt sind, die Ursachen dieser Unruhen dieselbst bereits die eine halbe Stunde von Saumburg vorgenommen worden und nur durch das eben so unsichtige, als energische Auftreten unseres Landrathes, eines anerkannten Volksfreundes, am weiteren Vordringen verhindert wurden. Heute Morgen hat man unter starker militärischer Bewachung den Bürgermeister von Mücheln, den Schützenkommandeur und noch zwei andere Demokraten von hier hier eingebracht.

Koblenz, 23. Sept. Gestern war der Abgeordnete Stedmann von Frankfurt auf der Durchreise hier, indem er sich im Auftrage der Zentralgewalt nach Schleswig-Holstein begibt, um daselbst mit der dänischen Regierung Manifestationen in Betreff des Waffenstillstands zu stipuliren. Vorher jedoch geht er nach Berlin. Nach Stedmann's Erklärung hat man bei den Zusammenkunft in Frankfurt ein Namensverzeichniß von 13 Exzellenten der Reichsversammlung gefunden, welche gedroht werden sollen, Schönhausen's und Auerswald's Manen sind ebenfalls unter denselben. Der Marsch unserer Truppen zu der bei Kreuznach zu bildenden beweglichen Kolonne (sie wird 18,000 Mann stark) ist in vollem Gange. Gestern in der Frühe ist von hier das letzte (1.) Bataillon des 29. Regiments auf Dampfbooten dahin abgegangen und Mittags kam ein Bataillon des 28. Regiments von Zülich hier vorbei, worauf heute Morgen das 4. Dragonerregiment von Bonn und eine Abtheilung von der 7. (westphälischen) Artilleriebrigade durch unsere Stadt dahin zogen. Fortwährend folgen nun Truppen nach, so daß die Landstraße den Rhein entlang mit Truppen bedeckt werden wird. Das 7. Armeekorps rückt aus Westphalen hie hierhin nach, und das 4. Armeekorps (das sächsische) wird die Düsseldorf und nach Westphalen vorgeschoben, wahin auch ein Theil des 13. Armeekorps marschirt. Heute, morgen und übermorgen treffen die Regimenter aus Frankfurter Reichstruppen aus Schleswig-Holstein auf Dampfboten hier ein. Ein Theil der Nassauer wird hier ausgeschifft und marschirt zu Lande in die Standquartiere zurück. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Oesterreich. — Wien, 26. Sept. Graf Mailath ist provisorisch mit den Palatinalfunktionen betraut worden. An den Banus ist der Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten ergangen. Die Gerüchte, daß gegen den Herzog ein Schlag geführt werden solle, wie der in Frankfurt, erhalten sich. Die Regierung ist gerüstet. Folgendes Manifest des Kaisers ist erschienen: „Manifest an meine Völker Ungarns (in ungarischer Sprache geschrieben und übersetzt). Vor wenig Tagen habe Ich Meinen treuen Vaikern Ungarns erklärt, wie sehr mir die schnelle und völlige Niederherstellung des Friedens und der gesetzlichen Ordnung am Lano am Herzen liegt. Leider hat sich unmmehr der Zustand Ungarns seitdem nach verschlimmert; der Bürgerkrieg droht von allen Seiten in Ungarn sich auszubreiten. Bei dieser gefahrvollen Lage, und bei Meinem sehnlichen Wunsche, Blutvergießen zu verhindern und die Schreckniße der Anarchie fern zu halten, habe Ich Mich bewogen gefunden, Meinen Feldmarschalleutenant, Grafen Franz Lamberg, mit dem Oberbefehle sämmtlicher in Ungarn befindlichen Truppen und den bewaffneten Korps, von was immer für einer Benennung, zu betrauen, und denselben zu beauftragen, daß derselbe allsogleich diesen Oberbefehl in Meinem Namen übernehme. Zur ersten Aufgabe habe ich demselben vorgezeichnet, daß er allenthalben Waffenruhe herstelle, und hege Ich das feste Vertrauen zu allen Militär- und Civilautoritäten, daß denselben schnell und vollständig Folge werde gegeben, und ihm hierbei alle Unterstützung werde gebaten werden. Insbesondere habe ich bereits die erforderlichen Verfügungen getroffen, daß die in Nordungarn ausgebrochenen Unruhen durch Einschreiten einer mächtigen Macht aus Mähren unterdrückt werden. Ich erwarte von Meinen Völkern Ungarns ein um so vertrauensvolleres Entgegenkommen zu Meinem obgenannten außerordentlichen Kommissär, als derselbe die nöthigen Schritte eingeleitet worden sind, um eine, alle Theile befriedigende Ausgleichung der inneren Zwistigkeiten zu bewirken, und zwischen den ungarischen und nichtungarischen Staaten Meines Gesammtreiches jene volle Einigkeit wieder herzustellen und zu sichern, wie sie durch Jahrhunderte zum gemeinsamen Wohl bestand und durch die pragmatische Sanktion gesichert wurde. Gegeben in Meiner Haupt- und Residenzstadt Wien, am 25. Sept. 1848. Ferdinand m. p." (Allg. Ztg.)

Oesterreichische Monarchie.

Mailand, 21. Sept. Auf heute ist wieder einmal eine Revolution angesagt. Seit einigen Wochen schon munkelt man in Italien von einer sicilianischen Vesper gegen die Tedeschi. Daß die Mailänder im gebeimen solche blutige Wünsche hegen, bezweifle ich nicht. Aber dieselben bleiben eben Desterria, aus welchen schwerlich auch nur ein ernstlicher Verschwörungsplan, keinenfalls eine That hervorgehen wird, denn Schrecken

und Todesfurcht sind hier doch noch viel größer als der Haß. Wie sollten die Mailänder eine Insurrection anfangen? Die Nobili, alle politischen Führer befinden sich außer Landes, die Waffen sind größtentheils vergenommen, die Paläste, welche in der Märzrevolution den Insurgenten als Festungen dienten, sind von österreichischen Soldaten besetzt, von der Citadelle, an den Thoren und auf den Wällen glänzen Feuerschlünde nach allen Richtungen; 18,000 Mann garnisoniren in der Stadt, 12,000 in der Umgegend. Ein erfolgreicher Aufstand ist in Mailand nicht möglich, und es wird gewiß nicht einmal zu einem Versuche kommen so lange eine so imposante Truppenmacht in der Nähe weilt. Radetzky hat heute die Lombardischen Grenadiere statt der ungarischen die Wache vor seinem Palast beziehen lassen, gleich als wolle er damit zeigen daß er nichts fürchte. Uebrigens läßt man es nicht an den Vorsicht fehlen. Man verbietet einen von Gas und Kalk erfüllten Bevölkerung, die Umstände vor selbst gedieser, selbst wenn man nicht all den düsteren Gerüchten Glauben schenkt. Um die Citadelle herum wird unaufhörlich gearbeitet. Tausende von Soldaten sind dort den ganzen Tag mit Hacke und Schaufel emsig beschäftigt, um mit Wall und Graben die Festung zu umsäumen. Die beiden massiven Thürme werden also auch bald hervor der Mauer abgetragen, und man bedient sich der Minen, um das ungeheure solide Mauerwerk zu sprengen. Immer sehe ich hier Truppen von Mailändern mit finstern Augen die Mauern der Zwingveste betrachten und wenn einer versucht zur genauern Besichtigung in die Nähe zu schleichen, scheucht ihn der ungeräume Kuf der Schildwache zurück. Hinter der Citadelle gegen die Piazza d'armi geht's etwas lustiger zu. Dort sind Kroaten, Ungarn, Deutsche, Böhmen, Polen, Lombardoren vor dem Weinglase und der Schüssel dampfender Kartoffeln, schmutzige Soldatenmienen lauern nahebei am Feuerherde, und hören ihre Lebensmittel mit schrillendem Tone seil; es wird tapfer gezecht und gefressen. Man sieht Uniformen buntester Art, alle Waffengattungen haben ihre Vertreter — ein Wallenstein'sches Lager, aber nicht so frei, nicht von so poetischer Natur. Gewiß macht der Kroat niemals eine sauere Miene vor der Schüssel so lange sie nicht leer ist, aber die rechte Munterkeit und Fröhlichkeit stellt doch im österreichischen Heer. Der vorherrschend komische Charakter scheint nicht mehr in der Armee sichtlich zu gedeihen, wenigstens nicht in der Uniform. Die Soldatenphysiognomie im ganzen ist hier ernst und düster; die Gewohnheit strenger Disciplin mag dazu beitragen. Selbst vor dem Weinkrug sitzen die Leute ziemlich schweigsam. Ein französisches Lager hat den entgegengesetzten Charakter. Die Rothosen lassen es auch am Zechen nicht fehlen, aber Plaudern, Lachen und Kasernwitze sind dort immer die Hauptsache.

Mailand, 22. Sept. Der gestrige 21. September ging, wie wir vermuthet hatten, vollkommen ruhig vorüber. Bis in die späte Nacht saßen wir die österreichischen Offiziere vor den Kaffeehäusern gemächlich sitzen, die vom Volke verpönte Cigarre dampfend. Orgel- und Esthersspieler mußten wieder spielen, lustige Lettler verschmähten nicht das deutsche Atmosen, denn das Glend ist groß in Mailand. Sonst marschirten nur die gewöhnlichen Patrouillen durch die Gassen. (A. Z.)

Frankreich.

△ Paris, 26. Sept. Das allgemein verbreitete Gerücht, als seien Ludwig Napoleon Pläne zur Reise hieher zu London von der französischen Gesandtschaft verweigert worden, ist irrig. Hr. Gustav v. Beaumont hatte ausdrücklichen Befehl erhalten, ihm einen Paß hieher nicht zu verweigern. So ist es denn richtig diesen Morgen mit der Boulogner Eisenbahn hier eingetroffen. Das Gerücht, daß er von Gen. Cavaignac eine Audienz erhalten habe, hat sich bestätigt. Er wurde in der That um 11 Uhr von demselben empfangen und blieb fast eine Stunde bei ihm. Der Wunsch der Regierung ist, daß er hier in der Nationalversammlung bleibe und nicht durch angeblige Mißgriffen seiner Person eine größere Wichtigkeit beigelegt werde, als sie verdient. Indeß hatte die Regierung für nöthig erachtet in Anbetracht der unter einem Theil der Bevölkerung herrschenden Aufregung Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Ein Besuch des Gen. Lamoricière vor einigen Tagen in den Kasernen und den Lagern hier und der Umgegend soll denselben in Betreff des Geistes der Truppen sehr befriedigt haben. Das 12. Linienregiment, in welchem Ludwig Napoleon Anhänger zu haben scheint, ist schon seit hier entfernt worden. Jedenfalls ist die Regierung entschlossen, in kräftiger Demonstrationslung jedes etwaigen Versuches zu Gunsten des Prinzen. Sie hat deshalb auch fortgesetzt sich bemüht, die gemäßigte Partei zum innigen Anschluß an sie zu bewegen, bis jetzt aber vergebens. Und doch kann sie nur in dieser eine wahrhafte Stütze finden. Die ehemalige Linke, die sich in der Rue Poitiers gewöhnlich versammelt, zeigt sich noch wie vor sehr kalt gegen sie. Bei der die Regierung nur eine sehr geringe Partei, auf die sie sich ganz verlassen kann. Wollte sie aber im Falle äußerster Bedrängniß ihre Zuflucht zu den Rothen nehmen, so wäre sie augenblicklich verloren, denn diese haben durchaus keine Aussichten in Frankreich. So ist denn Ludwig Napoleon diesen Nachmittag gegen 2 Uhr nach der Nationalversammlung gegangen, Seine zwei Vettern begleiteten ihn. Sie traten zusammen ein durch die kleine Thüre in der Nue de la Bourgogne. Ludwig Napoleon nahm seinen Platz auf der Linken. Nachdem seine Zulassung ausgesprochen war, las er mit bewegter Stimme die folgenden Worte ab: „Nach den Verläumdungen, denen meine Absichten ausgesetzt waren, muß ich der Versammlung die wahren Gefühle zu erkennen geben, die mich beseelen und stets beseelt haben. Nach 33 Jahren der Aechtung ist es mir endlich vergönnt, mein Vaterland wieder zu sehen und wieder in den Besitz meiner Rechte als Bürger einzutreten. Der Republik habe ich dieses Glück zu danken, möge sie hier den Eid meinend Dankes, meiner Hingebung empfangen. Ich werde innerhalb der Grenzen des Mandates, das sie mir gegeben hat, beitragen zur Wiederbefestigung der Ruhe, die des Bürgers erstes Bedürfniß ist und zur Befestigung der demokratischen Institutionen, auf welche das Volk ein Recht hat. Belehrt durch das Nachdenken während meiner Verbannung werde ich, glauben Sie mir, nichts vernachlässigen, um zu diesem doppelten Ziel zu gelangen im Einklange mit Ihnen, meine theuern Kollegen, und um durch mein Verhalten Verwahrung einzulegen gegen die Leidenschaften, die sich meinen Namens bedient haben. Mein ganzes Leben wird der Vertheidigung dieser Grundsätze, die der Republik gewidmet sein." Eine lange Aufregung folgt auf diese Rede. Ein Mitglied lies den Ruf ertönen: „es lebe die Republik!" Nachher wurde auch Rafpail Wahl als giltig erklärt. In Betreff des Verfassungsentwurfs ist jetzt die Frage an der Tagesordnung, ob eine oder zwei Kammern beseben sollen. Die Regierung verhält sich vollkommen neutral in dieser Frage. — Hrn. v. Raumer sind gestern aus Frankfurt Depeschen zugekommen, nach welchen er bei der französischen Regierung angelegen soll. daß die deutsche Centralgewalt zum Gebiete der Aufrechterhaltung der innern Ruhe und Ordnung 4 Armeekorps in Deutschland aufzustellen beschlossen habe. Hr. Savoye, bisher Minister der französischen Republik in Frankfurt, soll mit einer besondern Sendung nach Baden, beauftragt sein. Hr. Dallenas hat seine Stelle in Frankfurt übernommen. — In Palermo ist eine Revolution an die französische Nationalversammlung unterzeichnet worden und man nennt Hrn. Reino, welcher sie nach Paris überbringen soll. — Der Abmarsch mehrerer Bataillone der Garde mobile zur Alpenarmee soll nun unverzüglich stattfinden. Das 15. Bataillon soll heute noch abgehen.

Spanien.

* Madrid, 21. Sept. Man hat endlich einen Ausweg gefunden die Megweisung des englischen Gesandten, Hrn. Bulwers, einigermaßen zu beschönigen. Er wird hieher zurückkehren, seine Abschiedsvisite hierhin machen und unmittelbar nach Calais zurückreisen. Lord Palmerston wird sogleich seinen Nachfolger ernennen, der allsogleich in Madrid angewiesen werden wird. — Briefe aus Catalonien bringen die wichtige Nachricht von dem Einzuge Cabrera's in der Stadt Castellon de Ampurias. Er hatte ungefähr 1000 Mann unter seinem Befehl; er ließ sogleich die kaum vollendeten Befestigungen der Stadt niederreissen und alle dienstlaugliche Pferde wegnehmen. Nach sechsstündigem Aufenthalte verließ er die Stadt, nahm die Richtung des Pyrenäengebirgs mit sich als Geißeln für die der Stadt auferlegte Kriegscontribution. Auch drohte er beim Abzuge, jedem Manne, der als Handlanger zur Wiederaufrichtung der Befestigungswerke mitwirken würde, mit der Todesstrafe.

Nachschrift.

* Der Mainzer Reichstags-Abgeordnete Zitz (von der äußersten Linken) soll von Straßburg aus, wo er sich jetzt befindet, geschrieben haben, er werde nicht mehr nach Deutschland zurückkehren. Er mag seine guten Gründe dazu haben. Daß er mehr für die Franzosen gearbeitet hat, als für Deutschland, hat sich längst gezeigt.

* Aus Schleswig-Holstein zurückgekehrten nassauischen Truppen sind von den Demagogen dort und besonders auf ihrem Rückwege zu Köln so bearbeitet und aufgewiegelt worden, daß ein Theil des 1. Bataillon des 1. Regiments bei der Wiederankunft zu Wiesbaden am 27. förmlich den Gehorsam verweigerte und nur mit Mühe durch das Zureden des Majors Lümmler und endlich des Generals Aleseld wieder zur Ordnung gebracht wurde, ohne daß man jetzt noch der völligen Beseitigung des übrigen Geistes der Leute sicher war. Hoffentlich wird die Centralgewalt zu Frankfurt auf die erste Kunde davon sogleich energisch eingeschritten sein.

* Köln war am 27. ganz ruhig, die Truppen divanaltirten zum Theil in den Straßen, und haben noch Verstärkungen erhalten von Wesel und Düsseldorf aus. Neue Verhaftungen sind vorgenommen worden. Andere Individuen werden beschattet verfolgt. Die Waffen der Bürger mehren warm größtentheils schon abgeliefert.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 27. Sept. Oesterr. 5proz Metall. 73½; 4proz. 61. 3proz. 45. 2½proz. 38½. Bankaktien 1200, 1198. 500 fl.-Loose 119½. 250 fl.-Loose 81. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 87½ B. — Staatsschuldscheine 3½proz. 74½. — Bayer. 3½proz. 77. — Ludwigsh.-Berbach. 68½. — Württemberg. 3½proz. 76½. 4½proz. 92½. — Bad. 3½proz. 73½. — Lotto-Anlehen à 50 fl. 45. — 35 fl.-Loose 25½. — Darmstädt. 3½proz. 75. 4proz. 83½. — Lotto-Anlehen von 50 fl. 60½. — 25 fl.-Loose 20½. — Kurhessische. Frieder.-Wilh.-Nordb. 42½. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½proz. 60½. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3proz. 78. 3½proz 90, 85½. — Taunusbahn 270. — Holländ. Integr. 45½. — Span. 3proz. laufer Schuld 18½. — Poln. 300 fl.-Loose — 300 fl.-Loose 67½. — Serb. 30 fr.-Loose 25½. Disc. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 82.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Bayerischjährig 1 fl. 36 kr.

Sonntag den 1. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einrückungsgebühr: Die gespaltene Petitzeile über deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 30. September.

Se. Maj. der König haben Sich unter dem 25. Sept. l. J. allergnädigst bewogen gefunden, dem Generalstabsarzt im k. Staatsministerium der Finanzen Heinrich v. Gietl das Ritterkreuz des k. Verdienst-Ordens der bayer. Krone zu verleihen.

Se. Maj. der König haben unterm 21. Sept. dem Landwehrmajor und Kommandanten des Landwehrbataillons Tölz Alois Vöer die nachgesuchte Entlassung vom Landwehrdienste zu gewähren geruht.

München, 1. Oktober.

** Mit dem heutigen Tage tritt die „Neue Münchener Zeitung" in das zweite Vierteljahr ihres Daseins ein. In einer schweren Zeit, in einem kritischen Augenblicke ist unser Blatt ins Leben getreten, und daß die Gefahr seitdem eher gewachsen ist, als sie abgenommen hätte, haben uns die blutigen Ereignisse der letzten Tage zu Frankfurt, der Banditenzug der Struve'schen Raubschaaren in Baden, die kecken Wühlereien in Württemberg, die Vorgänge in Köln, und wenn auch in geringerem Grade bei uns selbst, nicht zu neuen von den noch keineswegs beseitigten Gewitterwolken von Außen, nur zu sprechend gezeigt. Wie sind uns bewußt, nach Maßgabe unserer schwachen Kräfte bestrebt gewesen zu sein, der guten Sache, der Sache der Freiheit, Einheit, und Größe Deutschlands, der Sache der konstitutionellen Monarchie, der Sache des Gesetzes und der Ordnung zu dienen. Wir sind uns bewußt, unserem Programme vom 26. Juni durchaus treu geblieben zu sein. Wir werden auf dem betretenen Wege unermüdlich und unerschrocken fortgehen, was da auch kommen möge. Wir vertrauen trotz aller Gewitterwolken, die den politischen Horizont unseres Vaterlandes umziehen, auf Deutschlands guten Genius, und auf den gesunden Sinn der großen Mehrheit der Bürger. Die Wahrheit wird am Ende doch die Oberhand erlangen über die Lüge.

Daß unser Streben, unsere Bemühungen nicht ganz erfolglos geblieben sind, beweisen uns die dankenswerthen Aufmunterungen, die aus allen Theilen des Landes und geworden sind, noch mehr aber die Schmähungen, die Verdächtigungen, mit denen die offenen wie die verkappten Feinde der deutschen Sache und der von ihr ungertrennlichen konstitutionellen Monarchie uns beehrt haben. Wir sagen „beehrt", denn wir rechnen es uns zu einer hohen Ehre, und finden darin eine wahre Genugthuung, von solcher Seite mit einer jubelnden maßlosen Wuth angefallen worden zu sein. Die Zustimmung aller guten Bürger — und sie fehlen zumal in Bayern noch immer bei weitem die Mehrzahl — ist uns leichlicher Ersatz für den Entgang des Beifalls von anderer Seite, den wir nicht suchen, den wir nur beklagen könnten als Beweis, daß wir unser Ziel verfehlt hätten. Es kann und nur zur Befriedigung gereichen, zu sehen, daß dies nicht der Fall ist. Wir werden in Zukunft so wenig als bisher in unserer Bahn und birren lassen. Wir werden überall, wo es gilt, die Sache der Freiheit, des Gesetzes und der Ordnung zu vertheidigen gegen Gefahr, von welcher Seite sie auch kommen möge, in die Schranken treten; wir werden überall und immer nur des Landes und des Volkes Bestes zum Gegenstand unserer unabhängige Ueberzeugung zum Leitstern auf unserm Wege nehmen, unbekümmert um das, was man rechts oder links dagegen einwenden möge. Wir wollen Fortentwicklung unserer konstitutionellen Einrichtungen, Ausbildung derselben auf breiterer, volksthümlicherer Grundlage, aber wir wollen jeden Fortschritt nur auf dem friedlichen, gesetzlichen Wege der Reform; wir verwerfen jedes Ueberstürzen, wie jedes Reaktionsgelüste, wo immer solches auftauchen möchte. Durch treues Festhalten an diesen unsern Grundsätzen hoffen wir auch ferner wie bisher den Gesinnungen der immensen Mehrheit, zumal der Bewohner unseres engeren bayerischen Vaterlandes zu entsprechen, und das Vertrauen zu rechtfertigen, von welchem uns schon so viele ehrende Beweise zu Theil geworden sind.

** Wir haben es schon mehr als einmal gesagt: jetzt ist der entscheidende Augenblick gekommen für Deutschland, jetzt muß sich zeigen, auf welcher Seite die wahren Freunde, auf welcher die Feinde der Freiheit und Einheit des großen Gesammtvaterlandes stehen. Wenn wir jetzt nicht mit dem Aufgebote der äußersten Kraft zusammenwirken, um der überall das Haupt erhebenden Hydra der Anarchie den Kopf zu zertreten, so ist die höchste Gefahr da, daß es und nie gelingen werde. Zwei Klippen sind jetzt zu vermeiden, an denen alle Bemühungen für die Wiedergeburt eines einigen großen Deutschlands scheitern können: auf der einen Seite steht die Anarchie, auf der andern die Reaktion, beide führen zum Verderben; daher werden wir nie aufhören, heute mit aller Energie zu bekämpfen, wie wir es bisher schon gethan haben. Uns ist es Ernst mit dem Zustandekommen des großen Werkes: darum wollen wir, daß man die rechte Bahn dazu einschlage, die rechten Mittel wähle, welche das Gelingen des Baues verbürgen. Die Freiheit muß gerettet werden vor der einreißenden Zügellosigkeit, und der Reaktion darf nicht Steigerheit gegeben werden, die Gefahren, mit welchen und die Demagogen und Anarchisten bedrohen, zu ihrem Vortheil auszubeuten. Das ist jetzt die Aufgabe der Reichsversammlung und des Reichsministeriums, so wie aller Regierungen. Alle müssen das gemeinsame Ziel, das Heil und die Rettung des Vaterlandes auf der furchtbaren Krise, in der es sich befindet, unverrückt und fest im Auge behalten, und mit unerschütterlichem Muthe darauf hinsteuern. Die Zentralgewalt hat ihre Aufgabe begriffen, darum zeugen alle ihre jüngsten Maßregeln und Erlasse. An der Reichsversammlung ist es nun, dem Reichsministerium mit dem ganzen Gewichte ihrer Unterstützung treu und energisch zur Seite zu stehen. Vor Allem thut Noth, daß sie ohne längeren Verzug dem einstimmigen, aus allen Gauen Deutschlands ertönenden Rufe Gehör geben, zur Lösung des Grundsteines des neu aufzuführenden Baues schreite: die noch provisorische Zentralgewalt muß so schleunig als möglich zu einer definitiven gestaltet, für die Stellung der Einzelregierungen zu ihr feste Grenzlinie gezogen werden. Nur darin erhalten wir die Bürgschaft, endlich aus dem unsicheren, ungewissen Zustande herauszukommen, der jetzt alle Gemüther in fortwährender Spannung erhält, um von den Anarchisten auf eine so heillose Weise ausgebeutet wird. Wir hegen das feste Vertrauen, daß alle Regierungen mit freudiger Bereitwilligkeit die Hand bieten werden, um auch ihrerseits so viel an ihnen ist, zur Erreichung des hohen Zieles beizutragen.

Was insbesondere die Reichsversammlung betrifft, so möge sie endlich das Schwanken und Zaudern ungesäumt zurück und vor Allem in die Berathung der Grundrechte der Deutschen. Aber vor der Nothwendigkeit der Einsetzung einer festen definitiven Zentralgewalt muß die Berhandlung darüber doch zurücklegen. Haben wir einmal diese, und mit ihr den sicheren Halt für die Lenkung der Geschicke des Vaterlandes nach Innen wie nach Außen gewonnen, kann dann die Reichsversammlung um so leichter und ungestörter zur Führung des begonnenen Verfassungswerkes schreiten können. Vor Allem aber muß das Unerläßliche geschehen, des Vaterlandes Rettung hängt davon ab. So lange das Grundübel nicht beseitigt ist, werden wir auch fortwährend den frevelhaften Versuchen demagogischer Wühlereien ausgesetzt und preisgegeben sein. Wir stehen da Gefahr, statt der volksthümlichen Entwicklung und Ausbildung unserer Freiheiten unter dem Scheine der konstitutionellen Monarchie, endlich eine Oligokratie, d. i. zu deutsch die Völkerherrschaft zu erhalten und damit einen noch schlimmeren Despotismus, als je einer auf einem Volke gelastet.

Mit Bedauern nun kann es jeden wahren Vaterlandsfreund erfüllen, gerade im jetzigen Augenblick der Krise, wo es gilt das Reichsministerium in energischen Maßregeln zu unterstützen, so viele Reichstagsabgeordnete mit und ohne Bewilligung in Urlaub von Frankfurt abwesend zu sehen. Wir schließen uns ganz dem kräftigen Mahnruf an, den vor wenigen Tagen erst die Allgemeine Zeitung in dieser Beziehung hat ertönen lassen. Sich jetzt der Erfüllung der an das erhaltene Mandat gelnüpften Pflichten entziehen, heißt eine schwere Verantwortlichkeit auf sich laden. Jetzt gilt es für jedermann fest auf seinem Posten zu stehen, einen zu weichen, so wenig als der Soldat beim Beginne des Kampfes die Schlachtreihen verlassen darf. Die Linken nehmen jetzt als ihre Kraft, ihre ganze Kecklheit zusammen; ist es da für die Herren der Zentren und der Rechten an der Zeit, die Mißvergnügten zu fliehen, oder aus sonst welchen Gründen immer sich dem Dienste des Vaterlandes zu entziehen? Die Abwesenden werden sich nicht die dringendsten Pflichten der Gegenwart absolut unmöglich machen, sich aufgefordert fühlen, ohne Säumniß dahin zurückzukehren, wohin Ehre und Pflicht sie beruft. Mit der Allgemeinen Zeitung halten wir es für dringend geboten, daß keinem Mitgliede, wo nicht unumgängliche Nothwendigkeit dazu erwiesen ist, mehr Urlaub ertheilt werde, sondern daß jedem, der in so kritischem Augenblicke auch nur auf acht Tage sich entfernt, verlieh, der Abschied gegeben, und eine Neuwahl angeordnet werde. „Aber eben so dringend mahnen wir, und mahnen mit und alle größeren Blätter Deutschlands, jeden Besonnenen auch seinerseits das

Parlament nicht zu verlassen, sondern es jetzt, in der Zeit des Gesetzes, noch eifriger, noch entschiedener zu halten und zu führen, denn geht und diese große Handlebe zu dem Werke, das kaum begonnen ist, verloren, so können die demokratischen Vereine zwar noch hundert Städte in Zuckungen werfen, aber nicht Einen gesunden Staat schaffen. Die Zerrissenheit, die und die Republik brächte, wäre zehnfach größer als die alte monarchische, und wir würden verdienen aus tausend Wunden Jedem, der die Geschichte kennt, der England, Belgien, Frankreich, die Schweiz und die Vereinigten Staaten vergleicht, Hohnlachen der Streit, ob Republik oder Monarchie größere Freiheit gewähre, ein wahrhaft kindischer. Wenn man aber die Männer sich ansieht, die unser Vertrauen verdienen, so wird Niemand, wer Augen hat zu sehen, darüber in Zweifel sein, auf welcher Seite der deutschen Nationalversammlung mehr erprobte Treue, männlicher Ernst, Kenntniß und Geist sich finden, auf welcher dagegen mehr Frivolität, Unwissenheit, Leichtsinn, um von Schlimmerem zu schweigen."

Der Einfall Struve's in Baden.

**Wir entnehmen der „Karlsruher Zeitung" noch eine Reihe interessanter Einzelheiten aus den Vorgängen in Baden während der Dauer des Struve'schen Einfalls. Ueber die Triebfedern dieses Einfalls ist man jetzt einig, sie heißen: Ehrgeiz, Rache und Fanatismus. Niemand im ganzen Bereiche von Lörrach dachte an die Möglichkeit eines derartigen Attentats, und erst als am Abend des 24. die reitenden Boten der Lörracher Bürgerwehr den im Süden Freiden lebenden Gemeinden den Befehl überbrachten, auf den andern Tag das erste und zweite Aufgebot zum Auszuge fertig zu halten, als man den Bauern vorlog, der Großherzog sei entflohen, sein Schloß in Karlsruhe niedergebrannt, und in ganz Deutschland die Republik ausgerufen, erst dann verloren sie den Kopf und es ist sehr anzuerkennen, daß auch die Trotzungen, welche für den Fall eines Ungehorsams aufgestellt worden, die Executionen, welche man von Lörrach aus drohte, die ungeheure Lebensbedrohung für die Bürgermeister, das Standrecht für die Uebrigen, ein Hauptbebel der Theilnahme an dem Aufruhr gewesen sind. Und trotz alledem gab es noch Viele, welche es auf das Aeußerste ankommen ließen. Es half aber nichts. Bewaffnete rissen die Kranken aus den Betten, Wehrlose wurden gebunden wie Schafe fortgetrieben, Jammer und Klaggeschrei der zurückbleibenden Mütter, Frauen und Kinder füllten die Luft! So kam der Sonntag heran, und schon am Nachmittag bildete sich das Vorhaben, nach Lörrach zu ziehen und dort die provisorische Regierung zu stürzen; allein es fehlte an Zusammenhang, hauptsächlich aber an Leitern. In der Nacht vom Sonntag auf den Montag kamen diese frischen Flüchtlinge von Staufen nach Hause. Da ging der Jammer von Neuem an! Ein Fragen, ein Weinen, ein Warten die ganze Nacht und den ganzen folgenden Tag. Von den Gegnungenen wurden übrigens nur Wenige vermißt und wenn sie waren es, die beim ersten Kanonenschuß davon liefen. Noch in der Nacht erhob sich der gutgesinnte Theil, und dies ist die bei weitem überwiegende Mehrzahl, um nach Lörrach gegen die provisorische Regierung zu ziehen. Allein diese war schon verschwunden und die Ordnung dort wieder hergestellt. — Es hat so kommen müssen. Die Leute sind jetzt radikal von der Republik kurirt, und aber zwei anderen Orten bedurfte es keinen einzigen Mann, um die Ruhe aufrecht zu erhalten.

Struve war am 21. gegen Abend mit Löwenfeld u. A. in Lörrach eingetroffen. Alle Postwägen wurden sogleich angehalten, die Reisenden visitirt, die Grenzaufseher entwaffnet, und alle der Sache gefährliche Personen festgenommen. Am nächsten Tage ging es nach Kantern, das Hauptquartier aber blieb in Lörrach. Da wurden neue Beamten eingesetzt, neue Tafeln und Fahnen aufgesteckt, erpreßt, requirirt ꝛc. Ein Erlaß der provisorischen Regierung verbot bei Vermeidung standrechtlicher Strafe alle Verbreitungen von Nachrichten über Truppenbewegungen. Auf Verheimlichung von Gedenken stand der Tod. Am Sonntag war das Hauptquartier in Kandern. Die Basler und Schweizer Zuzüger benahmen sich mit einer solchen Unverschämtheit, daß selbst die Republikaner sich verübrt empörten. Am Zeglichen stehen sie die Weiber, junge wie alte. Die Jungen machen Patronen, die Alten beteten für die „schöne Bewegung". Wie mit einem Zauberschlage aber änderte sich die Sache, als die Nachricht von dem Gefechte bei Staufen einlief. Da wollte kein Mensch von der ganzen Geschichte mehr wissen. Niemand wollte davon Theil genommen, Jeder den unglücklichen Ausgang vorausgesagt haben! — Am 25. wurde Struve nebst seinen Mitgefangenen nach Schliengen geführt, um dort dem Militär übergeben zu werden. Sein Erscheinen erregte in allen Gemeinden die furchtbarste Aufregung. Das Volk war im wahren Sinne des Wortes wüthend. Wäre die Bedeckung der Gefangenen nicht so stark gewesen, so würden dieselben sogleich in Stücke zerrissen worden sein. Sonst ruhige, vernünftige Männer schäumten vor Wuth, sanfte, schüchterne Frauen waren wie rasend. Die Bedeckung mußte mitunter den Gaul spannen, um dem Andrange abzuwehren. Struve mochte die Gefahr fühlen, in der er schwebte, denn Blaß mit niedergeschlagenen Augen saß er da, seine Frau lief an seine Brust gelehnt, in seinen Armen. Das Volk verlangte mit wüthendem Geschrei, er solle zu Fuße gehen, denn er, Gemeinte habe hinlänglich Pferde gehabt, diese nicht etwa seinen andern, der gleichfalls zu Fuße transportirt werde, wenn er ein Verbrechen begangen habe! Diesem Verlangen konnte natürlich nicht entsprochen werden. —

Die „Basler Zeitung" vom 27. September sagt über das Gefecht bei Staufen, es stelle sich immer mehr heraus, daß die Aufständischen nach einiger Gegenwehr hinter Hecken und Mauern hervor, sehr bald Reißaus nahmen, nach dem Verriche eines Augenzeugen auf fünf ersten Kanonenschuß „wie wenn ein Bub einen Stein in einen Haufen Spatzen wirft".

Ueber die Schicksale der Mößling'schen Kolonne enthält das genannte Blatt folgende Thatsachen. Die Kolonne zog am Freitag von Lörrach nach Schopfheim, wo sie in Ermangelung mit Schopfheimer Mannschaft verstärkt am andern Morgen über Schönau nach Todtnau zog, wo sie am Sonntag ankam. Die Mannschaft, ungefähr 14—1500 Mann war gut bewaffnet und eingeübt, meistens Bürgerwehrmänner, welche den Sommer über viel exerzirt hatten. Sie waren jedoch für die Sache nicht sehr begeistert. Der langsame Marsch und das Regenwetter, sowie bad weder der Bereich noch der östliche Schwarzwald Ueblichkeit zeigten, brachte bedeutende Verstimmung unter die Leute. Dazu kam in der Nacht vom Sonntag auf den Montag Struve in Bauernkleidung angefahren und berichtete den schlimmen Ausgang des Gefechtes bei Staufen. Nun wurde gegen Struve der Verdacht rege, er wolle vielleicht mit der Kriegskasse durchgehen, und man sprach davon, ihn zu verhaften. Man überzeugte sich aber bald, daß er die Kriegskasse nicht bei sich führe und ließ ihn daraus, Abreisefieber zu, wo er in Bed, wie bekannt, von den Bauern verhaftet wurde. Nach seiner Abfahrt löste sich die Kolonne sogleich auf, und jede Gemeinde zog ihrer Heimat zu. Zuerst marschirten die Schopfheimer ab. Ungefähr 50 Mann, unter welchen Doll und Mößling, gingen nach St. Blasien. — Die Gemeinden selbst suchen nun sich so schuldlos, wie möglich darzustellen, ja die früher Heimgekehrten schimpfen die später Heimgekehrenden als Freischärler! Auch dieser sinnlosen Unternehmung sind sinnlose Folgen erwachsen! Der Frieden in den Gemeinden ist zerstört. Bande altnachbarlicher Freundschaft sind zerrissen zwischen Gemeinden, welche seit unvordenklichen Zeiten in bestem Einvernehmen standen. — Struve hatte nach seiner Verhaftung verlangt, man solle ihn nach Säckingen abführen, wo er schon einmal lobkam, allein er wurde nach Schopfheim gebracht, und einige Befreiungsversuche sollen von den außerordentlich erbitterten Bauern derb verreitelt worden sein. —

In der Nacht vom Montag auf den Dienstag sollen ungefähr 70 Mann von Schopfheim bei gegen Steinen gezogen sein, wie es heißt in der Absicht, Struve zu befreien; allein einer Patrouille von drei Mann, worunter zwei Bayauer, die den Sonderbundbefehl mitgemacht, gelang es, sie zu verhaften, und nach Steinen zu transportiren, wo sie entwaffnet, verhört und darauf wieder freigelassen wurden. Indeß ist anzunehmen, daß die 70 eher verirrenge Freischärler gewesen sind, als daß sie es auf einen Befreiungsversuch abgesehen hatten. — Der Gesangene ist am 27. wieder abgegangen, und die Straße soll sicher. Die Truppen waren an diesem Tage noch nicht in Gmelsingen eingetroffen.

Deutschland.

Frankfurt, 27. Sept. Wie wir aus guter Quelle erfahren, hat der Reichsverweser bereits gestern den bei dem schweizerischen Vorort beglaubigten Gesandten, Herrn Navaux, nach Bern zurückgesandt, um Genugthuung dafür zu verlangen, daß die schweizerischen Behörden unter ihren Augen die Struve'sche Schaar sich bilden und den räuberischen Einfall in Deutschland bewerkstelligen ließen. Mit einem Staate, der wie die Schweiz auf schon mehrfach erhobene Klagen stets amtlich versichere, die deutschen Flüchtlinge verhielten sich durchaus ruhig, während alle Welt das Gegentheil wußte; mit einer Regierung, deren Versicherungen soweit erfahrungsmäßig sein Glauben beizumessen ist. Die Gemeinschaft glaubt, auf gerechte Beschwerden unhöfliche Antworten geben dürfen, mit einem solchen Staate wird am Ende kein anderes Verfahren als das von Radetzki befolgte übrig bleiben. Wir glauben von unserer Reichsregierung voraussetzen zu dürfen, daß sie Herrn Navaux mit den entsprechenden Instruktionen versehen hat. — Wie wir hören, befindet sich Hr. v. Berwald, Mitglied der Nationalversammlung, als Gesandtschaftssekretär in den Navauxschen Begleitung. — Der Reichsminister v. Schmerling und ebenso das Gesammtministerium erhalten seit einigen Tagen aus den verschiedensten Theilen Deutschlands Landadressen für das energische Auftreten gegen den blutigen Aufruhr am 18. September, worin zugleich die Bitte ausgesprochen wird, die deutsche Zukunft zu schützen durch fernere kräftige Aufrechthaltung von Gesetz und Ordnung und unnachsichtliche Bestrafung drohender Anarchie und Barbarei. (Fr. D.-P.-A.-Ztg.)

(Kölln. Z.) Die kurze Reichsverfassungsnoth hat (wie öffentliches Blätter berichten) nun ihrerseits eine Ansprache an das deutsche Volk erlassen. Sie bedauert die „blutigen Scenen"; es könne aber nicht unerwartet nehmen, wenn das Volk sich dasjelbe Recht wie die Einzelregierungen herausgenommen, nämlich der Zentralgewalt nicht zu gehorchen. Niemand auch dürfe sich von der Parteileidenschaft so weit verblenden lassen, um zu vertennen, daß das Ehrgefühl die Zurückweisung gebiete. Freiheit und Einheit den Aufstand hervorgerufen habe. Also den deutschen Völkern werden die vollzogenen und weiter beabsichtigten Meuchelmorde zugeschrieben, und aus dem Gefühl für Deutschland Ehre der Aufstand abgeleitet! Der alte Jahn hat eben ein kleines Schriftchen erscheinen lassen, daß es seine Schwanenweise nenne. Er erzählt darin, wie eine Meuchelmörderbande ihn aufsuchte habe, und wie er ihrer Bedrohung entgangen sei, wie er dabei mit seinen eigenen Ohren auch dem Wunder der Elenden vernommen habe, daß sie ihm den Tod geschworen, indem sie ihn vom

Balkon eines hohen Hauses, da die Abgeordneten zu ausschließlicher Benützung gemiethet haben (Weltenthal) hinabstürzen wollten. Man muß den hohen Greis mit dem Silberhaar und den ehrlichen großen Augen, dem Ausdruck voll herzlichsten Wohlmeinens gesehen haben, um zu fühlen, welche „verrückte" Gesinnung (um im Kreischaaren-Jargon zu sprechen) dazu gehörte, an ihn die Hand zu legen, ihn — dem lebendige Erinnerung aus den Tagen der ersten Freiheitsdämmerungen Deutschlands — vom Balkon eines Hauses hinunterstürzen zu wollen. Findet Jemand in den Gefühlen, die zu solchen Irrkerenzanschlägen getrieben, die deutsche Ehre wieder, so wird das deutsche Volk diese ihm zugedachte Mißeinheit mit Entrüstung von sich weisen. Jahn rust aus: „O armes Deutschland! O armselige, verarmte Ehre! Buben rühmen sich mit obscönem Munde, und Schufte der Ehrlosigkeit wollen deine Ehrensache führen!"

In der Sitzung der deutschen Reichsversammlung am 28. wurde ein Antrag Zimmermann's auf Spandow auf Aufhebung des Belagerungszustandes und des Standrechtes zu Frankfurt in namentlicher Abstimmung mit 286 gegen 110 Stimmen als nicht dringlich erklärt. Wir kommen auf die Sitzung zurück. — Am 28. traf zu Frankfurt die Nachricht ein, daß in Copenhagen die Frankfurter Truppen Befehl erhalten haben, sogleich nach Kiöln zurückzukehren, wohin sie denn auch zwei Dampfschiffen sogleich gebracht worden sind.

Bayern. — **München, 30. Sept. Unsere Hauptstadt ist bereits der Sammelplatz zahlreicher Fremden, welche wie gewöhnlich das Oktoberfest herbeieilen. Dasselbe wird morgen beginnen und nicht minder belebt sein, als seine Vorgänger. — Mit besonderem Interesse werden unsere Leser auch vernehmen, daß unser Münchener Landsmann, der berühmte Künstler Hr. Max Bohrer, wohl der ausgezeichnetste aller jetzt lebenden Violoncellisten, hier eingetroffen ist. Alle Freunde der Kunst hoffen und wünschen, daß es seinem Talente den Genuß eines von ihm zu gebenden Konzertes nicht entziehen werde. Wie wir hören, soll dazu in der Aula Einleitung bereits getroffen sein, und würde dadurch die Saale des Museums nächsten Mittwoch stattfinden.

**„München, 30. Sept. Z. Mayr. Der König und die Königin wurden heute Abends 7 Uhr von Berawerzagen kommend im Schlosse zu Neuwbenburg erwartet. — Wie wir vernehmen, sind die vorgestern auf Requisition des Kriminal-Untersuchungsgerichtes hier Verhafteten auf Verfügung derselben Gerichtsbehörde bereits wieder auf freien Fuß gesetzt. Der erst gestern verhaftete Student Fr. Sendburg befindet sich jedoch noch in Haft.

Württemberg. — Der ehemalige Apotheker Mayer, wegen hochverrätherischer Umtriebe in der neuesten Zeit verurtheilt, ist nach Berichten aus Stuttgart vom 27. als vierter Sträfling Hohenasperg entkommen. Er ist das Haupt der Heilbronner Demokraten, und wird nun wohl dort die „That" zu beweisen suchen. Die Feier des Geburtsfestes des Königs ist in Stuttgart sehr glänzend begangen worden. Die sämmtliche Bürgerwehr, an 3000 Mann, war zur Parade ausgerückt. Der König inspizirte sie unter fortwährendem Hochrufen der Mannschaft. Zu Ehren stehen an die Offiziere eine Anrede, in der er ihnen Dank für ihre Bemühungen für die Aufrechthaltung der Ordnung aussprach, wie er auch ferner ein Gleiches erwarte und daß er nach allen Kräften zum Aufbau eines freien und einigen Deutschlands beitragen werde.

Herzogthum Nassau. — In dem erst gestern Bataillon des 1. Regiments, welches von Schleswig-Holstein zurückkehrend am 26. Sept. in Wiesbaden einrückte, haben sich bedenkliche Auftritte von Meuterei gezeigt. Zwei Kompagnien sollten nach Usingen, zum nach Montabaur einquartirt werden. Auf dem Wege dahin, kurz vor der Stadt schrien beinahe sämmtliche Soldaten: Halt, halt! Wir wollen hier bleiben und nicht nach Baden marschiren; wir sind des ewigen Herumziehens müde und wollen nun auch einmal nach Hause gehen!" Alles Zureden der Offiziere half nichts. Major Timmler erklärte ihnen das Verbrecherische und Feige ihres Thuns und heute es zuletzt jedem solchen Feigling frei, nach Hause zu gehen. Dies wirkte; allein nur kurze Zeit. Die dritte und vierte Kompagnie brachte plötzlich ein Lebehoch auf Hecker aus, worauf alle wieder stürzig wurden. Nun sprengte General Aloffel hervor und hielt eine Anrede an sie, und sagte schließlich vor eine Klage hätte, solle vortreten. Einige traten nach kurzem Zögern vor, und es erklärte einer: Seine Meinung habe ihn gelehrt, daß der Soldat nur dann in's Feld rücken müsse, wenn er wisse, für was, und wenn es nicht gegen seine Ueberzeugung sei (Tadelsche verlangt auch Herr Strwe). Bei dem bisherigen Ausrücken hätten sie nichts verdient, sie würden immer ärmer, und nirgends biete sich ihnen eine Gelegenheit, auch einmal einen wahrhaften Genuß (!) von ihrem Kampf (!) zu haben (eine saubere Soldaten-Ansicht!). Sie wollen diesen Genuß gehabt! wie hat sich ihr Benehmen gesteigert!), sie wollten deßhalb nicht mehr blindlings ihren Offizieren folgen, indem dadurch nichts herauskomme. Mit Mühe nur gelang es dem General Aloffel, sie zu bewegen, in ihre Quartiere zu gehen. Ob sie am nächsten Tage ausmarschirt sind, ist noch unbekannt. Auf welche Weise diese Gesinnungen unter den sonst so treuen Nassauischen Truppen eingetreten sind, braucht nicht lange in Frage gestellt zu werden. Die Wühler, besonders jene in Köln, haben hier gute Arbeit gemacht. Aber die Zentralgewalt wird auch zu Ordnung zu schaffen wissen.

Sächsische Herzogthümer. — Der „Thüringer Volks-Zeitung" wird von Altenburg berichtet, daß am 25. d. Mts. bei der dortigen Staatsregierung der Befehl von Reichsministerium angekommen ist, das dortige Bataillon marschfertig zu halten, da es bestimmt werden solle, und nach Altenburg wie in die preußischen Fürstenthümer ein sächsisches Truppenkorps kommen würde, welches früher von Oesterreichern und Bayern abgelöst werden würde. Die Altenburger Demokraten haben diese Maßregel sehr unbequem gefunden. Die Landschaft des Herzogthums Sachsen-Altenburg hat auf Veranlassung des Ausschusses des Vaterlandsvereins gegen diese Maßregel einen Protest nach Frankfurt abgesendet, in welchem die bisherige rubige staatsche Fortentwicklung auf verfassungsmäßigem Wege (mit Barrikaden wie ein Kölnischer sc.) geschildert wird und auf die unabwendige Folge des aus den Einwirken von Reichstruppen entspringenden Bürgerkrieges (die Bürger sind natürlich Niemand anders als die altenburger Demokraten) hingewiesen wird. (Wie schlimm muß es um die Selbstständigkeit der altenburger Landschaft stehen, welche sich so schwach bewies, daß die Einfüßler einer im Lande geringen und unbeliebten, aber um so kecken Partei, sie zu einem solchen Schritte verleiten konnte! Wie sind übergeugt, daß sie Zentralgewalt sich auch in Altenburg Anerkennung und ihren Anordnungen den schuldigen Gehorsam zu verschaffen wissen wird.)

Schleswig-Holstein. Kiel, 25. Sept. Mit Beziehung auf die Bestimmungen des Waffenstillstandes wird sämmtlichen Polizeibehörden der Herzogthümer von der provisorischen Regierung andesohlen, diejenigen dänischen Soldaten und Militärpersonen welche, ohne durch eine gehörige Legitimation als Parlamentäre oder in ähnlicher Eigenschaft über ihren Aufenthalt sich ausweisen zu können, in dänischer Uniform, mit oder ohne Waffen innerhalb der Grenzen der Herzogthümer sich etwa betreffen lassen sollten, sofort zu arretiren und auf dem kürzesten Wege über die Landesgrenze transportiren zu lassen.

Rendsburg, 25. Sept. Die provisorische Regierung beabsichtigt Flensburg nach Schleswig zu verlegen. Daß man bei den jetzigen, scheinbar einen neuen Ausbruch des Krieges mit Dänemark drohenden Wirren an die Ausführung dieser Maßregel denkt, möchte einen Kradmesser für das Zutrauen abgeben, mit welchem einer friedlichen Ausgleichung entgegengesehen wird. — Von der sogenannten Immediat-Kommission auf Alsen verlautet nichts weiter. Nach Flensburg scheint sie sich noch nicht gewagt zu haben.

Man weiß hier mit Bestimmtheit, daß Lord Palmerston eine energische Note an Dänemark hat ergehen lassen, in welcher dasselbe aufgefordert wird, den billigen Wünschen der Herzogthümer in der Waffenstillstandsfrage zu entsprechen. Diese Note konnte aber in Kopenhagen noch nicht so früh angekommen sein, daß man bis jetzt deren Nichtbeachtung hätte bemerken können. Die nächsten Kopenhagener Zeitungen werden gewiß schon eine gemäßigtere Sprache führen. Daß von Molike im Ernste nicht die Rede sein könne, wird von Kjöbenhavnspösten bereits zugegeben. Aber auch in den anderen Punkten wird man hier eine Entschlossenheit finden, wie man sie gewiß nicht erwartet hat.

Preußen. Berlin, 27. Sept. Die Stadtverordneten haben am vergangenen Sonntag durch den Minister-Präsidenten Gew. v. Pfuel an Se. Maj. den König die Bitte gerichtet, daß in der gegenwärtigen verhängnißvollen Zeit ein vertrauensvolles Königl. Wort an das Volk, das in seiner großen Mehrheit noch immer die feste Gesinnung für König und Vaterland trage, beruhigend entlassen werden möge, da sich sonst gewiß von der guten Wirkung sein werde. Dabei ist von den Stadtverordneten auf Ihrem Wunsch ausgesprochen worden, daß Se. M. der König und die 4 Prinzen bald wieder ihren Sitz in Berlin nehmen möchten. Außerdem wollen der Magistrat und die Stadtverordneten noch eine Petition an die Nationalversammlung richten, worin diese ersucht wird, einen festen Beschluß für ruhige Maßregeln zur Sicherung der Hauptstadt gegen Unruhen zu fassen, damit nicht Berlin durch die fortwährende Abreisenden so sehr reicher Familien nicht noch mehr leide. — Am 24. d. Mts. übergab eine Deputation der Berliner Freischaaren den General Wrangel, unter dessen Kommando viele von denen in Schleswig gefochten haben, in Charlottenburg eine Adresse, welche bereits durch öffentlichen Anschlag bekannt gemacht worden ist, und worin sie ihm, seinen Armeebefehl gegenüber, anzeigen, daß sie nach wie nicht verlernt haben, für die Freiheit des Volkes zu kämpfen, und ihm keine Schande machen werden. Bei der dabei stattgehabten mündlichen Unterredung erklärten die drei Deputirten einstimmig, daß sie nur für die gesetzliche Freiheit, nicht aber für die Anarchie oder Republik kämpfen wollten, worauf der General erwiderte: „Wohlan denn, dann kämpfen wir zusammen und nicht gegeneinander, wenn es hier jemals zum Kampfe kommen, und die Militär-Macht gesetzlich veranlaßt werden sollte, daran Theil zu nehmen; ich werde mich freuen, dann recht viele von den Siegern bei Hoptrup zum zweiten Male in meinen Reihen zu sehen, sagen Sie dies Ihren Kameraden." Der General hat hierauch von Neuem ausgesprochen, daß er die gesetzliche Freiheit nun zwar achte, sondern auch heute, wie früher, nur für sie, sie sich dies auch andere von einem Manne, wie er, erwarten läßt, dem nichts höher steht, als das Wohl des Vaterlandes. (Spen. Ztg.)

Köln, 26. Sept., Mitternacht. Die Ruhe der Stadt ist den ganzen Nachmittag über eine fast ungeheure gewesen. Einzelne Haufen Volkes, meist Knaben, durchzogen mit einer rothen Fahne noch die Straßen, wenige Erwachsene auch, wie man aus Aeußerungen vernimmt, noch Existenzen Gewalt zu üben, raubten selbst in einem Waffenladen einige Gewehre; sie wurden aber alsbald von den Militär-Patrouillen zerstreut, die Fahne ihnen entrissen und mehrere der Anführer, worunter einige bewaffnete, ver-

hastet. In einigen Straßen wurden, wohl nur, um dem Militär Hindernisse zu bereiten, mehrere Reihen Pflastersteine aufgebrochen und kleine Barrikaden angelegt, doch wurden dieselben mit leichter Mühe beseitigt. Die Verstimmung der Ausführung der hiesigen Bürgerwehr rief zwar mehrfach nicht geringe Aufregung hervor, indessen ist die Ablieferung der Waffen von dem bei Weitem größten Theile zur bestimmten Zeit erfolgt. — Die Besatzung der Stadt erhielt im Laufe des Tages und bis spät Abends noch bedeutende Verstärkungen von Wesel, Düsseldorf ꝛc.; die Truppen biwouakiren auf den meisten freien Plätzen, und starke Patrouillen durchziehen fortwährend die Straßen. Der Wallaufspfad (am nördlichen Ende der Hochstraße) ist neuerdings mit Geschütz besetzt. (Köln. Z.)

Köln, 27. Sept. Im Laufe des gestrigen Tages ist unsere Garnison um drei Bataillone, nämlich des 13., 17. und 34. Infanterie-Regiments, welche letzteres und erst vor ein paar Tagen verlassen hatte, und eine Abtheilung Schützen verstärkt worden. Das 6. Ulanen-Regiment von Düsseldorf soll für die Dauer des Belagerungszustandes nach Deutz verlegt sein. Gestern in Köln wurden die Soldaten von den Bauern mit Jubel empfangen und nahmen theils, wie bereits mitgetheilt wurde, an den Biwouaks auf den öffentlichen Plätzen Theil, theils aber zogen sie in die Forts, da der ganze Rayon der Festung mit Truppen besetzt ist. Während der ganzen Nacht ist auch nicht die geringste Störung vorgefallen. Heber berichtet man, daß einzelne Militärposten gegen Personen, welche sich gestern Abends dem Neumarkte z. B. näherten, arge Mißhandlungen und sogar tödtliche Verletzungen sich hätten zu Schulden kommen lassen. — Von dem Lager auf dem Neumarkte haben schon diesen Morgen früh die Mehrzahl der Truppen ihre Quartiere bezogen. Die auf dem Wallrafsplatze aufgefahrenen Geschütze, so wie die am Regierungs-Gebäude aufgestellten wurden vor 8 Uhr Morgens weggebracht. — Nachträglich ist den Austritten des 25. haben wir noch zu berichten, daß man auch einen Eisenladen am Gülichsplatze und in der Schildergasse gestürmet hat. — Im Laufe des heutigen Tages wurden noch mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die beiden, am Montag der Verhaftung entgangenen Personen werden steckbrieflich verfolgt. (Köln. Z.)

Italien.

Rom, 18. Sept. Die „Gazzetta di Roma" brachte bereits vorgestern die offizielle Ernennung der neuen Minister. Graf Pellegrino Rossi ist als Minister des Innern, und interimistisch auch der Finanzen aufgeführt. Als Substitut ist ihm zur Verwaltung der letztern Geschäfte der Cav. Pietro Righetti beigegeben, trotz der Demonstrationen des Publikums. Card. Bizzardelli bleibt Minister des öffentlichen Unterrichts. Zum Justizminister ist der Advokat Giroguani ernannt worden, ein Kammermitglied der gemäßigt konservativen Richtung. Handelsminister ist ein anderes Mitglied der Deputirtenkammer geworden, der Prof. Antonio Montanari. Der Herzog v. Rignano ist aufs neue in das Ministerium der öffentlichen Arbeiten eingetreten, und hat die Kriegsverwaltung interimistisch übernommen. Graf Pietro Guarini ist als Minister ohne Portefeuille aufgeführt. Das Präsidium des Ministerkonseils behält Kardinal Soglia als Staatssekretär und Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Mons. Fornari, den man als seinen Nachfolger bezeichnete, wird erst im November als Kardinal nach Paris zurückerwartet. Bis dahin, meint man, könne das Ministerium noch gar manchmal gründen werden. Dieser sagen dem Ministerium Fest einige Dauer zu, selbst die radikalen Blätter stimmen, seit es ins Volk getreten ist, eine andere Sprache an, und schreiben ihm wenigstens die Hoffnung und die Möglichkeit nicht ab, sich eine günstige Beurtheilung zu verdienen. (A. Z.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 29. Sept. Bayer. 3½ prozj. Obligationen 76⅛. P. — G. 4proz. 86 G. Bankaktien ll. Semester 580 P. Prämiensch 36 P. — G.

Deßgleichen, 27. Sept. 5proz. Metall. 79¼, 4proz. 62, 3proz. 46, 2½ proz. 41⅞, Bank-Aktien 500 fl.-Loose 128. 1839r 250 fl.-Loose 87. Bankaktien 1085. Nordbahn 105. Gloggnitz 95. Benedig-Mailand 71. Budweis —. Livorno 65¼. Pesth 65. Stimm 54. Apenninenbahn 95¾.

Münchener Schrannenanzeige vom 30. Sept. 1848.

Getreide-Gattung.	Vorräthige Mass.	Zufuhr.	Gesammt-Stand.	Verkauft.	Rest.	Mittelpreis. fl.	kr.	Im Vergleich gegen die letzte Schranne mehr fl.	kr.	weniger fl.	kr.
	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	26	2679	2905	2786	119	14	2	—	—	—	8
Korn	135	1033	1168	932	236	8	56	—	—	—	13
Gerste	230	4601	4831	4735	96	7	39	—	2	—	—
Haber	—	1591	1591	1557	34	4	47	—	—	—	—
Leinsaamen	24	238	262	217	45	15	5	1	4	—	8
Kepssaamen	48	32	80	32	48	22	42	1	9	—	—

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 1. Okt.: „Die Jüdin", Oper von Halevy.

Montag, 2. Okt.: „'s letzt Fensterln", ländliche Szene von G. Seidel. Musik von J. Lachner. Hierauf: „Reich an Ehre", Lustspiel von Börnstein. Zum Schluß: „Drei Jahrln nach'm letzt'n Fensterln".

Dienstag, 3. Okt.: „Der Freischütz", Oper von C. M. v. Weber.

Fremdenanzeige.

Hotel Maulik. Graf v. Brango, Rentier, von Mailand. Mad. Lobbol, Privatiere, von Bayreuth. Ellison, Rentier, von Rotterdam. v. Stadler, Kaufmann, von Würzburg.

Gold. Hahn. Sykes, Geistlicher, von Eichstätt. Kinder, Kaufmann, von Frankfurt a/M. Koppen, Fabrikant von Berlin. Giebert, Rentier, von Leipzig. Frau v. Zhenen, von Augsburg.

Blaue Traube. Prinz zu Salm, von Wien. Frzr. v. Helldorf, Beamter, von Zweibrücken. Sec. wain v. Klebenhaven, aus Livland. Pfaum, Fabrikant, von Welsenburg. Eberle, Fabrikbesitzer, von Wien. Hornbacher, Fabrikant, von Stuttgart. Laurer, Inspektor, von Wien. Ruppredt, Assessor, von Mindelheim.

Stachusgarten. Brosheck, Bauinspektor, von Wallerstein. Scherz, Lehrer, von Erlangen. Heusler, Wirth, von Eichsel. Bock und Zahringer, Privatiers, aus Württemberg. Bayer. Pfarrer, von Bodenbaum. Schiefer, Privatier, von Tegernsee.

Gestorbene in München.

Johann Baptist Binner, Oberverfassel von Unterland, Bgs. Kemnath, 22 J. a. Theres Schneider, Zimmermannstochter von hier, 28 J. a. Elisabetha Zehetmaier, Kanzleidienerstochter, 36 J. a.

Bekanntmachung.

Die Kunstausstellung betreffend.

110. (c) Die Ausstellung von Werken lebender Künstler, welche in dem der Glyptothek gegenüber liegenden Kunstausstellungsgebäude stattfindet, ist ohne Unterbrechung täglich von 10 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags geöffnet.

Zugleich wird bemerkt, daß seit Beginn der Ausstellung mehrere vorzügliche Werke der Malerei und Bildnerei, die damals noch fehlten, nachträglich eingetroffen sind.

Bekanntmachung.

142. (2a) An der unten benannten Anstalt werden die Prüfungen zum Eintritte in das Gymnasium und in die erste Klasse der lateinischen Schule am 17. und 18. Oktober l. Js. gehalten. Die Schüler, welche sich denselben unterziehen und überhaupt an diese Anstalt übertreten wollen, haben sich bis zum 16. Oktober zu melden und ihre Zeugnisse vorzulegen.

München, am 30. September 1848.

Königl. Rektorat des neuen Gymnasiums und der lateinischen Institutsschule.

P. Gregor Höfer,
Rektor.

P. Placidus Lacenae,
Instituts-Direktor.

Bekanntmachung.

146. Auf Antrag des Herrn Grafen v. Montgelas auf Aham ergeht an alle diejenigen, welche auf den Pagninger Zehenten aus dem Rechtstitel der Erbschaft einen Anspruch machen zu können glauben, die Aufforderung, innerhalb dreißig Tagen sich zu melden und über ihre Ansprüche bei Vermeidung des Verlustes derselben sich zu legitimiren.

Am 22. Sept. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht Landshut.

Der königl. Direktor:
Leitenbeck.

Wiesend, Acc.

Bekanntmachung.

Kuratel über Leonhard Streicher, Bernhardbauer zu Erlach.

145. Der in ruhe. Genannte hat sich freiwillig der Kuratel unterworfen.

Als Kurator wurde aufgestellt und verpflichtet: Sebastian Peyerl, Sölz von Erlach.

Dieß wird zu Jedermanns Nachachtung mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß genannter Leonhard Streicher von nun an ohne Zustimmung seines benannten Kurators weder Schulden kontrahiren noch sonst lästige Beiträge eingehen kann.

Am 4. Sept. 1848.

Königl. Landgericht Wolfratshausen.

Martin,
Landrichter.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

In der Sitzung vom 28. wurde der erste Paragraph des Art. VII. des Entwurfs der Grundrechte in folgender Fassung zum Beschluß erhoben: Art. VII. §. 25: „Das Eigenthum ist unverletzlich (Antrag des Verfassungsausschusses). Das geistige Eigenthum steht unter dem Schutze der Reichsgesetzgebung (Platzner). Jeder Grundeigenthümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden und von Todes wegen ganz oder theilweise veräußern (Ruisch's für Volkswirthschaft). Es bleibe den Einzelstaaten überlassen, die Durchführung des vorstehend aufgesprochenen Grundsatzes der Theilbarkeit alles Grundeigenthums durch Uebergangsgesetze zu verwirklichen" (Reichensperger mit 174 gegen 159 Stimmen). Sodann §. 26: „Beschränkungen des Rechts, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen sind für die todte Hand im Wege der Reichsgesetzgebung aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig (Spaß aus Frankenthal mit 190 gegen 133 Stimmen). Eine Entziehung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten, nur auf Grund des Gesetzes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden." Zeit. (D.-P.-Z.)

⊙ Frankfurt, 29. Sept. Die Mordthat, welche seit den Vorfällen des 18. Sept. sich auf die Seite des Ministeriums geschlagen hat, ist tendenzlosen die heute unwandelbar treue geblieben, und nichts berechtigt zu der Annahme, daß dieses Verhältniß in naher Zukunft wieder gestört werden könnte. Durch so Sachgemäßig Erklärung, daß die Reichsregierung die von Dänemark auf Asien eingelegte Immediatkommission unter keiner Bedingung anerkennen werde, sind selbst die strengsten Anhänger der Reichseinheit, ein Klubb von 15 bis 20 Abgeordneten aus der Mitte, welche in der Waffenstillstandsfrage mit dem linken Centrum gestimmt, und dadurch den Sturz des Ministeriums veranlaßt hatten, zufriedengestellt worden; um so bedauerlicher müssen daher bei dem Mißtrauen, womit das Streben zum Vorschein, Vielgeschäftigkeit zu machen, und ihre Aufmerksamkeit Dingen zuzuwenden, welche, wenn irgend solche vorhanden sind, nicht zur Domäne der Centralgewalt gehören. Die ganze Woche wurde über das Schulwesen verhandelt, die gefaßten Beschlüsse sind zwar an und für sich nicht zu mißbilligen, aber, darf man fragen, wäre denn die Einheit des Reiches, seine Macht und Würde, seine Freiheit nach Innen, im geringsten gefährdet, wenn man die Besorgung der Schule, welche doch anerkannter Maßen in keinem Theile Deutschlands vernachlässigt wird, den Einzelstaaten ohne alle Bevormundung überlassen hätte? Hat denn nicht jeder Staat seine Commune und Volksvertreter, welche, als in der Nähe befindlich, wohl besser wissen müssen, was ihnen vornöthen ist, als eine Versammlung, welche die verschiedensten Elemente aus dem Innern und Norden der verschiedenartigsten Gegenden zusammenberufen, nichts vertritt und nichts vertreten soll, denn die allgemeinen, ganz Deutschland gemeinsamen Interessen, als da sind Erklärung von Krieg und Frieden, Abschluß von Handelsverträgen, Gebauung einer Kriegsflotte, und Unterhaltung und Vertheidigung einer die Grenzen des Vaterlandes deckenden Reichsarmee. Was soll man aber dazu sagen, daß in der gestrigen Sitzung sogar beschlossen wurde (freilich nur mit einer Mehrheit von einem halb Dutzend Stimmen), die Theilbarkeit der Bauerngüter, welche am Rhein eine Uebervölkerung hervorgerufen hat, die jetzt kaum noch mit Strappels in Ordnung gehalten werden kann, auch auf das übrige Deutschland auszudehnen. Es waren nicht die Gründe auf der linken Seite des Hauses, welche mit großem Redeschwall auf den Untergang des altbayrischen und niederschlesischen Bauernstandes hinarbeiteten, nein, die ultrakonservativen Regierungspräsidenten aus Preußen, welche, wie es scheint, entzückt über die Orgythaten des Berliner Proletariats, diesen Segen auch den bis jetzt der Ordnung ergebenen Ländern an der Donau und der Weser zukommen lassen möchten. Diese Herren aus Berlin und der Nordostmark, welche nur die, allerdings sehr schroff bewirthschafteten polnischen Güter im Auge zu haben schienen, benützen gestern die wohlfeile Gelegenheit, die Glorie des Liberalismus zu erringen, jener Glorie, welche in Danzig und Hamburg die Freihandelsapostel, und in der Rheinprovinz die vielgeschwätzigen Advokaten der unbedingten Gewerbefreiheit umkleidet. Der Oberpräsident v. Hermann gab über die Folgen der Einführung der Theilbarkeit der Bauerngüter in Baiern einige sachgbare Notizen; nach denselben hat diese Theilbarkeit dem eingesessenen Bayern, wo der Landmann durchschnittlich 45 Tagwerke Land besitzt, noch keine erheblichen Nachtheile gebracht, weil, wie auf flacher Hand liegt, bei dem herrschenden Wohlstande Zwangsversteigerungen wegen Ueberschuldung noch nicht wie anderwärts an der Tagesordnung sind, kann freiwillig verkauft oder ein Bauer das Erbe seiner Väter, wenn er auch noch so arm wäre. In Franken ist die Vertheilung schon so weit getrieben, daß ein Bauer durchschnittlich nur 15 Tagwerke besitzt; hier hat das Aufkaufen durch Güterspekulanten bereits die Folge gehabt, daß die Zahl der unabhängigen Väter sich vermindert hat. In der Rheinpfalz, wo auf den Mann noch weit weniger Land kömmt, ist bekanntlich der eigentliche, selbstständige Bauernstand, so gut wie im benachbarten Frankreich dem Erlöschen nahe, und an seine Stelle ist, namentlich in den Weingegenden, die Taglöhnerschaft auf gewöhnlich nicht einmal mehr dem Namen nach eigenen Grund und Boden getreten. Dies ist das Heil, was dem deutschen Volke aus der in der gestrigen Sitzung mit so großem Bombaste vorgetragenen Theorie der freien Gütertheilung erblühen wird, einer Theorie, durch welche man vorübergehend der Boden besser bebaut, und das Brod etwas wohlfeiler wird, welche aber unausweichlich zur ländlichen Proletwirthschaft und in Folge dessen zur Unzufriedenheit und zum Aufruhr führt. Den schlagendsten Beweis hiefür bilden die Geschichte unserer Tage, und die Vergleichung der Güterverhältnisse der bayrischen und niedersächsischen Gegenden mit denen Niederschwabens, der Rheinlande und Thüringens.

λ Frankfurt, 29. Sept. Sie wissen, daß vor einiger Zeit eine Adresse der österreichischen Abgeordneten der Nationalversammlung, der sich auch sehr viele Abgeordnete aus den übrigen deutschen Ländern angeschlossen hatten, an den Feldmarschall Radetzky erlassen wurde. Der Feldherr hat in diesen Tagen eine Antwort darauf*) hieher gesendet, aus der ich Ihnen einige Stellen anführen will: „Nicht als Eroberer, nicht als Unterdrücker haben wir das Schwert gezogen. Wir thaten nichts als unser gutes Recht vertheidigen. Nichts verbinderte uns, unserem Feinde den Frieden in seiner Hauptstadt zu diktiren, aber wir machten in unserem Siegesstolze Halt an den Grenzmarken unseres Rechtes; wir wollten der Welt, wir wollten unseren Feinden die Mäßigung erneuert zeigen, die unser Benehmen in Glücke, wie seine Standhaftigkeit im Unglücke bewies. Wir bringen nicht Knechtsie, nicht Unterdrückung den Völkern, sondern Freiheit, vielleicht mehr Freiheit, als sie zu ihrem Wohle ertragen können. Der deutsche Einfluß auf die Lombardei ist sehr alt, steht war sie ein Lehen des deutschen Reichs und als solches ging sie an Oesterreichs erlauchtes Kaiserhaus über. Unsern Einfluß auf diese Land ganz aufzugeben, wäre nicht allein ein Verrath an Oesterreich, es wäre ein Verrath an ganz Deutschland. An Sie, meine Herren, richte ich diese Worte, die Deutschland berufen, seine Einheit und Weltstellung zu befestigen. . . . . Ich rechne nicht allein auf Deutschlands Sympathien, ich rechne auf seine Hilfe, wenn sie nothwendig werden sollte; denn ich fämpfe hier nicht allein für Oesterreich, ich kämpfe für Deutschland und seine beleidigte Ehre." — Ein anderes Aktenstück, das heute in der Nationalversammlung verlesen ist, ist eine Beschwerde der Landschaft des Herzogthums Sachsen-Altenburg wegen der durch das Reichsministerium verfügten militärischen Besetzung des sächsischen Herzogthümer und der preußischen Fürstenthümer, die also schließt: „Wir, die versammelte Kammer des Altenburgischen Volks (!), verwahren uns feierlichst gegen diese ungerechtfertige Maßregel des Reichsministeriums und erwarten: die hohe Nationalversammlung werde die Ehre Deutschlands und die Freiheit des Volks wahren." Die Eingabe wurde dem Petitionsausschusse zur schleunigen Berichterstattung zugewiesen. Die Vertreter des Altenburgischen Volkes hätten übrigens den Erfolg ihrer Beschwerde voraus wissen und dieselbe unterlassen sollen.

Frankfurt, 28. Sept. Ist es wieder da. Er hat in der heutigen Sitzung seinen seit dem 18. erledigten Platz wieder eingenommen. (D.Z.)

Deutschland.

⊙ Vom Main, Ende September. Betrachten wir doch einmal die Massen, die jetzt allenthalben die Barrikaden bauen, die Straßenschlachten kämpfen. Wer sind sie? Es sind — im Vordertreffen — meist in Lumpen gehüllte verhungerte Gestalten, mit dem Blick der Verzweiflung im Auge und berückenden Täuschungen im Herzen, die bereit sind, Alles, Blut und Leben, nur um einen winzigen Gewinn, ja fast nur den nothwendigen Lebensunterhalt Angriffs einzusetzen. Und hinter diesen der ersten Schichte des Volks ist es niederrum, die auf die Barrikaden von Frankfurt steht, die unter großlautem Jubel die rothe Fahne schwingt und ruft „es lebe die Republik" — die einen politischen Kampf führen, ein gefränktes Nationalgefühl haben oder wenigstens zur Schau tragen soll. — Es ist abermals das Proletariat! — und zwar ein Proletariat, fanatisirt von den Demagogen des Tages und der eigenen Noth; — verblendet von seinen Führern und vielleicht die Täuschung erst kann abnehmen, wenn die Kartätschen die Reihen dieser armen verführten Menschen lichten und sie ihre Demagogen vergeblich auf dem Wahlplatz suchen. — So wenigstens ist das Bild, das man Frankfurt am Nachmittag des 18. Septembers bot. Man wird entgegnen, es ist das Gemälde jeder gewaltigen Revolutionsperiode und ich werde nicht mit Nein antworten, aber den Charakter anders finden können, als jener gewöhnlich ist, den eine politische Umwälzung im Staate an sich trägt. — Der politisch mehr berechtigte und so zu sagen gebildetere Theil des Volkes ist da meist der allein agirende, hier aber, wer ist es hier? — Wenn der Bürger sich in Petitionen leider nur zu viel ergeht, und nicht fordernd und verlangend vor das gesetzliche Organ tritt, so ist es dafür eine große, stürmische Menge aus der Hefe des Volkes, das mit seinem Rechte in der Faust kämpft unter der drohenden Aegide des Terrorismus.

Unter diesen Kämpfen an allen Orten und Enden des deutschen Vaterlandes, deren rother Faden von den Leitern Acts wohlweislich in Schuß- und Gefahr-freie Ferne gesponnen, und darum ihnen nicht so leicht zur eigenen Lungenfülle wird, sagt das Parlament ruhig seine Berhandlungen fort, sucht das Verfassungswerk seinem Ende zuzuführen. — Die Grundrechte des deutschen Volkes sollen die habeas corpus-Akte seiner neuen Freiheit bilden. Wir wollen hoffen, daß das Land, welches sich nunmehr spaltet in hundert und aber hundert Fraktionen, die wenn gleich mit den verschiedenartigsten Schattirungen, sich doch mit der Zeit in zwei große

*) Sie ist d. d. Hauptquartier Mailand, 21. Sept.

Heerlager Heilen dürfen, durch seine neue, wirklich volksthümliche und freie Verfassung zu lebenskräftiger Einheit gebracht werden kann. Aber erst müssen wir eine Frage lösen, die die schwerste Aufgabe bietet — denn sie tritt als die gewichtigste hervor — als die, von welcher eine glückliche Zukunft Deutschland abhängig wird — es ist die socialistische. Sie greift tiefer in das eigentliche Mark des Volkes ein, als jedwede politische Frage, und jener soziale Jakobinismus, den wir seit 1789 verschollen glaubten, er geht gewaltig über und nimmt in den Arbeitern die Form einer 4ten Klassen. Auch diese Frage wird und muß im Parlamente zur Sprache kommen und alle Kräfte müssen zu ihrer Lösung beisteuern, wenn wir über kurz oder lang einen Vernichtungskrieg zwischen Reichen und Armen, vielmehr Besitzenden und Besitzlosen, schon in seinen leisesten Anfängen unterdrücken wollen. Möge daher das Parlament über diese Frage, welche eine der allerwichtigsten unserer gesammten politischen Lebens ist, nicht allzu schnell zur Tagesordnung übergehen, wenn es darüber will, daß sie täglich zu Tage geordneter werden, als die jetzigen sind! — Möge es aber auch nicht über der deutschen Grundlichkeit das jetzt Nothwendigste, die kraftvolle That hintansetzen; möge es nunmehr eine nächtige Centralgewalt ernennen und entwickeln, unter deren sicherem Schirm es dann den Auf- und Ausbau überall hin sonst hinreichen kann!

Bayern. — ✉ Münchegrätz, 2. Okt. Se. Maj. der König ist nicht im Schlosse Nymphenburg, sondern in der hiesigen Residenz abgestiegen. Gestern nun, an einem herrlich-milden Herbsttage, hatte das berkömmliche landwirthschaftliche Centralfest statt. Eine unabsehbare Volksmenge bedeckte den Schauplatz, die an die Theresienwiese grenzenden Höhen. Um 2 Uhr Mittags kamen König Max und die Königin Marie, begleitet von Bürgermeister zu Pferde, am Leite angelangt. Auf ihrem Wege durch unabsehbarer Zuhörer Jubel, und wer in der Nähe der Zugstraße sich befand, mußte sich gestehen, daß die laute Begrüßung eine aufrichtig-herzliche war. Der König dankte, ergriffen wie man sah, saß immer aufrecht im Wagen stehend. Im Zelte hatten sich außer den Notabilitäten der Hauptstadt auch die sämmtlichen Mitglieder des hiesigen diplomatischen Korps eingefunden. Hierauf fand die landwirthschaftliche Preisvertheilung in gewohnter Weise statt. Mehrere der Preis-Gekrönten waren von Farbe schwarz-roth-gelb, und an allen hingen schwarz-roth-goldene Bander. Die Musik spielte das „Heil unserm König Heil" und Arndt's „Was ist des Deutschen Vaterland?" Das Pferderennen schloß die Festlichkeit, und die eine geographische Meile betragende Rennbahn wurde von den besten Rennern in 11 Minuten umritten. Kurz nach 4 Uhr verließen 33. Majestäten den Festplatz, wobei sich in den Donner der Kanonen wiederholt mächtiges Lebehoch-Rufen mischte. Mag man auch über das landwirthschaftliche Obderfest manche Randglosse von Jungweisigkeit, Neisloßigkeit u. s. w. jährlich zu machen gewohnt sein, so viel ist doch nicht zu verkennen, und war namentlich gestern von allen Parteien tief gefühlt, daß es ein willkommener erhebender Anlaß sei, den Fürsten des edlen Stammes seinem Volke, mit fast Thuntertrauend aus allen Ständen in so nahe Berührung zu bringen. Und daß hat gestrige Fest für ein erfreuliches Anerkennungsfest Moment in der gegenwärtigen Staatsentwicklung, das es nämlich noch bei weitem nicht gelungen, das alte Band zu zerreißen, das in Bayern Fürst und Volk umschlingt, und die Pietät des Volkes auf ihren Angeln zu heben.

— Se. Maj. der König werden den Monat Oktober durch in Nymphenburg wohnen. — Der Flügeladjutant Oberstlieutenant Frhr. von der Tann hat von dem Könige von Griechenland in Anerkennung seiner vielseitigen daselbst erfolgreichen Mitwirkung in der Sache des deutschen Vaterlandes in Schleswig-Holstein" den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit den Schwertern verliehen erhalten. — Beim Erscheinen Jo. MM. im Theater wurden Dieselben mit stürmischem, lange andauerndem Beifall empfangen.

München, 2. Oktober. Die neuerlichen Verhaftungen hier und bald darauf wieder erfolgten Freilassungen haben zu Mißdeutungen Anlaß gegeben, welche seinem Freund der gesetzlichen Ordnung gleichgültig sein können. Wir wiederholen: die beiden Maßregeln, wie Verhaftung wie Freilassung, sind lediglich und allein Sache der Gerichte, der Justiz gewesen die darin vollkommen unabhängig, wie sie sein muß, geblieben hat. Die Regierung als solche hat die Verantwortlichkeit hat auf die Beschlüsse des Gerichtes einen ihr nicht zustehenden Einfluß in keiner Weise geübt, konnte ihn nicht üben, und wird ihn — wir sind dessen vollkommen überzeugt — auch niemals üben. Wir ehren und achten die Beschlüsse und Entscheidungen der Justiz, sie ist in ihrem Bereiche souverain. Aber so wenig als irgend wer ein Recht, etwas dagegen einzuwenden haben zu wenig als irgend wer ein Recht, etwas dagegen einzuwenden. haben zu wenig als irgend wer ein Recht, etwas dagegen einzuwenden. Aber wir glauben der Achtung, die wir der Justiz und den Entscheidungen die sie in ihrer Weisheit gibt, schulden, durchaus nicht zu nahe zu treten, wenn wir offen und dabin aussprechen, daß uns wie anderen das in dem fraglichen Falle beobachtete Verfahren auffallend, — um nicht mehr zu sagen — erscheinen ist. Wie begreifen es, wenn gegen Angriffe auf den Bestand unserer Verfassung, gegen Beschlüsse der Reichsversammlung, gegen Lobpreisung des Meuchelmords, gegen offene und wiederholte Aufforderung zum Aufruhr, zum Umsturz der konstitutionellen Monarchie und der ganzen bestehenden Ordnung, gegen die Versuche zu Auflösung aller gesellschaftlichen Bande, von Seite der Gerichte nicht-mäßig mit Energie eingeschritten wird. Wie aber ein die Unterschrift „der demokratische Verein" tragendes Schreiben an einen Privatmann, ein Schreiben, dessen ganze Fassung hinlänglich den Maßstab zur Beurtheilung des selben, dessen ganze Fassung hinlänglich den Maßstab zur Beurtheilung des Werthes des Inhalts desselben an die Hand gibt, einzig und allein die Grundlage der eingeleiteten gerichtlichen Verfolgung des Schreibens Anlaß fortgeführter Verhaftung der dermaligen Besitzer dieses Schreibens werden konnte, das können wir — wir gestehen es in aller Bescheidenheit — weniger begreifen. Das Bild der Themis (Göttin der Gerechtigkeit) — mit den verbundenen Augen scheint in doppelter Beziehung diesmal als wahr sich erwiesen zu haben. Wir enthalten uns des Ausdrucks der Gefühle, die uns bei solcher Wahrnehmung sich aufdrängen. Wenn auf der einen Seite die erklärtesten Gesetzverletzungen einen Freibrief erhalten, auf der andern einigen Wenigen der willkommene Anlaß zu einem weitgehenden Untersuchungsgange geboten wird, so kann das Interesse der Freiheit wie des Gesetzes und der Ordnung nur tiefbeklagt werden. Daß die Staatsfolger mindestens gesagt unbegreiflichen Mißgriffe nicht dazu beitragen, um dahin zu gehen, vermag nur das kräftige, entschlossene Zusammenwirken, aller Gesinnten, wirklich Freiheit und gesetzliche Ordnung zugleich wollenden Bürger mit der Regierung allein zu verhüten. Im eigenen höchsten Interesse werden die Bürger sich durch Versuche zur Verwirrung der Begriffe und der Dinge nicht bestören lassen, die Regierung aber wird, wie vertrauen darauf, unter allen Umständen zu thun wissen was ihre Pflicht gegen das deutsche, wie gegen das engere bayerische Vaterland, und die ihr obliegende Sorge für Aufrechthaltung der Rechte Aller, des Gesetzes und Ordnung ihr vorschreibt.

Bamberg. Die Probefahrten auf der Eisenbahn von hier nach hof werden am 15. Oktober beginnen, und die Eröffnung am 1. November der stattfinden. (B. Z.)

Nürnberg, 26. Sept. Nachdem uns aus den Berichten über die Sitzung der deutschen konstituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main vom 4. d. M. zwar im Allgemeinen bekannt geworden war, daß der volkswirthschaftliche Ausschuß einen Gesetzentwurf über die Ablösung der Flußzölle auf den an deutschen sogenannten konventionellen Strömen vorbereitet habe, so mußte uns wie mancherorts auch einer von dem königlichen Regierungsbevollmächtigten bei der Aktiengesellschaft für den Ludwigkanal unter'm Gestrigen dem Generallomité der zwölften Generalversammlung gemachten Mittheilung, daß die bayerische Regierung in dem vorbezeichneten Betreffe durch ihren Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt, v. Closen, Anträge übereichen ließ, welche einen in vieler Hinsicht wohlthätigen Einfluß auf die Beseitigung jener lästigen Abhilfe des Rothstandes der Schiffer und zur Belebung des Handels und Verkehrs Zeugniß geben, als geeignet sind, eine baldige Regulirung, beziehungsweise Aufhebung der auf den deutschen sogenannten konventionellen Strömen erhoben werdenden Gebühren, so wie eine rasche Verbesserung des Fahrwasser und des Leinpfades der besagten Ströme hoffen zu lassen. Es kann daher nur mit dem Verlangen nach vollständiger Ausführung, welchen der obengedachte königliche Regierungsbevollmächtigte zur Kenntniß brachte, kommt unser Andenken vor: „Die bayerische Regierung macht es gelten, daß Bayern jederzeit bestrebt gewesen ist, die gemeinsamen Verkehrsbeziehungen zu erleichtern und zu befördern, daß es feinerseits diesem Zwecke, durch gänzliche Einstellung der Erhebung der Schiffahrtsabgaben auf der Donau, durch die jetzige Regulirung des Mains, durch den Ludwigskanal, durch ausgedehnte und kostbare Flußbauten sehr große Opfer gebracht und daß in gegenwärtiger Zeit, wo der Verkehr nach Außen die bedenklichste Stockung unterliege, mit Zuversicht anzunehmen sei, die zweischen Regierungen würden es als gemeinsame und dringende Aufgabe betrachten, alle und jede Hindernisse des Verkehrs auf den nautischen Wasserstraßen hinwegzuräumen. Im Hinzufügen wurde hervorgehoben, für die Schiffahrtsinteressenten sei es durch das Bestreben der deutschen Regierungen, den innern Schiffahrtsverkehr und von denjenigen zu Wasser über Emmerich eingehenden Gütern, die auf den preußischen Rheinstrecken von Emmerich gezogen werden, keine Rheinzölle erhebt, daß Nassau hinsichtlich der Rheinzölle im Zollverein eine exceptionelle Stellung behaupte und daß auch das Großherzogthum Hessen theilweise noch Rheinzölle in Fällen erhebt, wo Bayern und Baden ein anderes Verfahren beobachten, eine Verschiedenheit und Ungleichheit der Abgabenerhebung entstanden, die eben sowohl den Absichten der Wiener Kongreßakte als den Bestimmungen der Zollvereinsverträge widerspreche. Ohne Zweifel würden die Zollvereinsregierungen in dem Bestreben der Beseitigung der Flußzölle entsprechende Zugeständnisse machen." Diesem Berichte ist der Entwurf eines Gesetzes angereiht, welcher nach dem Majoritäts-Erachten dahin lautet: §. 1. Alle schiffbaren Flüsse, welche verschiedene deutsche Staaten durchströmen oder begrenzen, sind auf deutschem Gebiete bis ins Meer für deutsche Schiffahrt frei von allen den Schiff oder dessen Ladung treffenden Zöllen und Abgaben, mit Einschluß der Brückenurchlasgelder. Gleiches gilt von der Holzflößerei auf den vorgedachten schiffbaren Flußstrecken. Von fremden Schiffen und deren Ladung dürfen nur durch die Reichsgewalt Wasserzölle u. dgl. Abgaben erhoben werden und fließen solche in die Reichskasse. §. 2. Die bisherigen Hafen-, Krahnen-, Waag-, Lagerund Schleusen- u. dergl. Gebühren in den an diesen Flüssen gelegenen Orten bleiben bis auf weitere Anordnung bestehen. §. 3. Die Erhaltung und Verbesserung des Fahrwassers, sowie des Leinpfades der bezeichneten Flüsse liegt dem Reich. ob. Doch haben, bis auf weitere Verfügung durch das Reich, die Einzelstaaten, welchen die Unterhaltung dieser Flüsse bisher oblag, dieselbe auch ferner zu beschaffen, unter Oberaufsicht einer von der provisorischen Zentralgewalt niederzusetzenden Flußschiffahrtsbehörde und gegen Erstattung der von dieser gebilligten Ausgaben aus der Reichskasse. §. 4. Wie zur Erlassung einer Flußschiffahrtsordnung durch die Reichsgesetzgebung bleiben die bestehenden Schiffahrtsstatuten und Regulative, mit Ausnahme der auf die eingenannten Zölle und Abgaben sich beziehenden Bestimmungen, in Wirksamkeit. §. 5. Einstweilen der Benutzung der Wasserstraßen, Schiffahrtsanstalten, sowie hinsichtlich aller in diesem Ge-

setze erwähnten Abgaben sollen alle Angehörigen des deutschen Reichs völlig gleichgehalten werden; indessonders darf kein Unterschied in der Art stattfinden, daß dadurch eine Begünstigung der Angehörigen, der Schiffe, der Landungsplätze oder des Handels des einen deutschen Staates vor denen des anderen bewirkt wird. §. 6. Vorstehendes Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1849 in Wirksamkeit. §. 7. Ob und in welcher Weise den einzelnen Staaten, Gemeinheiten oder Personen für den Wegfall der seinen Einnahmen aus den aufgehobenen Zöllen und Abgaben eine Entschädigung zu gewähren sein möchte, wird durch ein Reichsgesetz entschieden werden."

(R. Korr.)

Württemberg. — Fabrikant Rau aus Gaildorf wurde am 28. in Oberndorf verhaftet und am 29. in der Frühe nach Hohenasperg abgeführt. Die Ruhe wurde keinen Augenblick gestört.

Baden. — Der N. Freib. Z. zufolge ist in der Nacht vom 27. auf den 28. zwischen Schliengen und Basel allerlei Gesindel aus dem Elsaß herübergekommen und hat in Gesellschaft mit verstrennten Freischärlern Raubzerstörte gemacht. Mehrere Dörfer haben sich ihnen sogleich entgegengestellt und die Gemeinde Haltingen hat bereits dem Raubgesindel ein kleines Gefecht geliefert. — Es ist hervorzuheben, daß die Militärabtheilung mit 2 Geschützen in die bedrohte Gegend abgezogen.

Alle Flüchtlinge, die von deutscher Seite auf Schweizerboden kommen, werden sofort unter militärischer Begleitung ja das Innere der Schweiz abgeführt. — Auf die Nachricht von dem oben angeführten neuesten Rückzug ist sogleich von Seiten der Grenzkantone eine Verstärkung an die bereits an der Grenze stehenden Truppenabtheilungen abgegangen.

In „Müllheim ist am 28 Sept das Standgericht, bestehend aus drei Militärpersonen und drei Mitgliedern des Hofgerichts des Oberrheinkreises zusammengetreten und berathet zunächst, ob Struve und Konsorten standrechtlich zu behandeln seien. Struve wird in Mulheim streng bewacht. Man hat ihn in Ketten gelegt. Er ist sehr entmuthigt; seine Frau ist gestorben.

Hohenzollern Sigmaringen. Die Nachricht, daß bayerischer Reichsverweser Befehl erhalten hätten, die hohenzollern'schen Fürstenthümer zu besetzen, hat bedauerliche Folgen gehabt. Die Regierung war nicht im Stande, auf Anfragen in dieser Beziehung eine genügende Antwort zu geben. Deßhalb wurde am 26. Nachmittags eine Volksversammlung angeblich zur Berathung über Gemeindeinstitutionen abgehalten, in welcher auf Antrag des Advokaten Würth die Bitten eines Sicherheitsausschusses von der ungeheuer angereizten Masse beschlossen wurde. Derselbe ward auch sogleich niedergesetzt, Würth als Vorsteher ernannt, und zwei Offiziere nebst einem Beamten wurden in den Ausschuß gewählt. Der erste Schritt war nun, von der Regierung die Auslieferung der Waffen des Kontingents zu verlangen, welche man sonst nicht bewaffnen konnte würde. Um große Exzesse zu verhüten, mußte die Regierung nachgeben, und in der Nacht vom Mittwoch auf den Donnerstag verließ der Fürst mit seiner ganzen Familie und den Mitgliedern der Landesregierung die Stadt, nachdem der Fürst zuvor eine Proklamation erlassen hatte, worin er alle Civil- und Militärbeamte auffordert, mit seiner Person zu gehorchen, und sich vor Verordnungen zu allzugroßen Neuerungen, die ungewissen Reichskommissärs Folge zu leisten. Die Adresse des Fürsten hat einerseits die Erbitterung gesteigert, andererseits dem Sicherheitsausschusse alles Vertrauen benommen, so daß die vollkommenste Anarchie herrscht, und wer nur kann, sich flüchtet. (Schw. Bl.)

Schleswig-Holstein. In Hadersleben verursacht allgemein, daß man sich gar nicht darüber des dänischen Armee, die sich hart an der schleswigischen Grenze konzentriert befinden soll, zu erwarten habe, falls die Herzogthümer sich weigern, die von dem König eingesetzte Immediatkommission anzunehmen. (S. H. Z.)

Preußen. — Berlin, 28. Sept Die heute ausgegebene Nummer der Gesetzsammlung enthält das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit.

Oesterreich. — Wien. 29. Sept. Gestern vernahm man allgemein, daß F.-M.-L. Graf Lamberg seine Ernennung nicht angenommen habe, aus dem Grunde, weil kein Minister das kaiserl Manifest kontrasigniert hat. — Graf Batthyany ist hier eingetroffen. Gegen Kossuth erheben sich nun alle Stimmen, selbst die Pester Zeitung tritt gegen ihn auf. Man beginnt endlich einzusehen, daß es mit diesem Demagogen gefährlich ist! Man glaubt in Pesth nicht, daß er wieder dahin zurückkehren werde, und seine schnelle Abreise, angeblich um den Landsturm zu organisiren, steht in der That einer Flucht sehr ähnlich. Jünglichen soll ohne Widerstand von den Truppen des Banus unser Befehl des General Roth mit 16000 M. besetzt worden sein. Die hiesige Presse ist mit einem neuen Schandblatte bereichert worden, welches an Niederträchtigkeit der Gesinnung alle bisherigen übertreffte. Es heißt der „Wiener Krakeiher" und als Redakteur ist unterzeichnet: Pius IX. Das Jubiläum war über dieses Blatt so empört, daß es von freien Stücken die Schreibeitsmaschr zur Konfiskation desselben aufforderte. — Der Gouverneur von Graz, Graf Wickenburg, ist am 27. mittest telegraphischer Depesche hieher berufen worden, um an einer Besprechung im Ministerrathe Theil zu nehmen. Man knüpft hieran allerlei Bemerkungen. — Man erwartet auch in Bälde die Erlassung eines kaiserlichen Manifestes an die österreichisch-italienischen Provinzen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 28. Sept. Folgendes ist das Manifest des Kaisers vom 22. Sept.: „An Meine Völker Ungarns! Die neuesten Ereignisse in Ungarn, welche von Uebelwollenden dazu ausgebeutet werden, Meine Absichten zu verdächtigen, die Vernichtung der gesetzlichen, unlängbaren Rechte der Krone anzustreben, Besorgniß und Mißtrauen zu verbreiten, machen es Mir zur unerläßlichen Pflicht, den Völkern Meiner Ungarischen Krone Meine Gesinnungen offen kund zu geben. Als Ich im März des laufenden Jahres den Vorstellungen der Ungarischen Stände Gehör gebend, den von denselben vorgeschlagenen neuen staatsrechtlichen Einrichtungen und Gesetzen Meine Bestätigung ertheilte, ward Ich von der Ueberzeugung geleitet, daß die den Anforderungen der Gegenwart angepaßte neue unabhängige Gestaltung der Ungarischen Verwaltung einer Seits die Grundlage der Wohlfahrt und geistigen wie materiellen Entwicklung des Landes bilden, anderer Seits aber, wie ihn im Einganze der erwähnten Gesetze aufgesprochen ist, auch fernerhin zur Aufrechthaltung jener Verbindung mit Meinen übrigen Erbstaaten dienen werde, welche auf der Innigkeit der Dynastie fußend, sich als sicherstes Mittel kräftiger Abwehr gegen Außen und heilsamer Entwicklung im Innern bewährt hat, und deren Aufrechthaltung auf der Grundlage gegenseitigen Verständnisses eben so im Interesse Meines Hauses als in dem Meiner Völker liegt. Durch Verleihung Alles dessen, was als eine Beeinträchtigung der gesetzlichen, insbesondern durch die pragmatische Sanktion genau normirten Stellung Ungarns, oder als ein Hemmniß seines konstitutionellen und nationellen Fortschrittes dargestellt worden, sollten die auch fernerhin aufrecht erhaltenen Verbindungsglieder mit den übrigen Erbstaaten der Monarchie erstarken — nicht gelockert werden. Es sollte der Beweis geliefert werden, daß die Unabhängigkeit der Ungarischen Verwaltung ein neues Element der Kraft für die Verbindung der Meiner Scepter unterworfenen, der Einheit des Gesammtstaaten aber sich als ein sicherer Rückhalt, eine mächtige Schutzwehr der Existenz Ungarns erweisen würde. Wenn Ich auch nicht ohne Bedauern jene Angriffe gegen die Rechte einzelner Bürger sah, welche, wie zum Beispiele die an mehreren Orten vorgekommene Verfolgung der Israeliten, die Anmaßungen einzelner Gemeinden und Individuen, mit denen sie sich fremde grundbesitzliche Besitzungen und Rechte zueignenten, nur zu deutlich den Beweis lieferten, wie sehr der Begriff der Freiheit von Manchen mißverstanden wird, sah Ich in denselben weniger die Folgen der auf der neuen Gestaltung der Dinge einsprungenden Aufregung, als das Produkt frasbarer Umtriebe, deren die Kraft der Regierung bald Herr werden würde. Jetzt aber, wo eine erneuerte Aufregung sich geltend machte, wo die Widerseher ähnlicher Ereignisse sich deutlicher lügt, sehe Ich Mich veranlaßt, Meine strengste Mißbilligung derselben und den Entschluß auszusprechen, jede Verletzung der persönlichen und Eigenthums-Sicherheit der Einzelnen — sie geschehe unter welchem Vorwande sie wolle — im Wege der gesetzlichen Organe strengstens zu ahnden, und diese in Ausübung ihres Amtes mit der ganzen Kraft Meines königlichen Willens zu unterstützen. Wo dieß nicht sicherer Entstehung wurde Ich aber jenen Excessen begegnen, welches, zum Theile von einigen Jener unterstützt, die Ich selbst in den Rath der Krone berufen, mit gänzlicher Hintansetzung jener Rücksicht auf die Verbindung mit Meinen anderen Erbstaaten, unablässig auf die Auflockerung dieses Verbandes gerichtet war, in Schmälerung der Rechte der Krone seine Stütze fand, und bei jeder Umgehung der Gesetze in seiner Fortexistenz selbst gefährdet ist. Dieß ist der Standpunkt, welchen Ich nehmen kann. Der Versuch, sich ohne Meine Zustimmung und im Widerspruche mit den Gesetzen des letzten Reichstages faktisch in direkte Berührung mit fremden Regierungen zu setzen, der Beschluß, die Hilfeleistung gegenüber eines auswärtigen, Meine Italienischen Staaten mit Krieg überziehenden Feindes (den unterstützen die aufrührerische Proklamation Meiner Ungarischen unter denen auch Ungarische so ehrerich aufgefordert — ohne neue Hilfe zu bestegen gewußt) nicht allein von der hergestellten Ruhe im eigenen Lande, sondern auch von anderweitigen Voraussetzungen abhängig zu machen, eben so wie jener bei einer feindseligen Verwicklung mit der Generalgewalt des deutschen Reiches, Mir in der Vertheidigung Meiner nicht ungarischen Länder keine Hilfe zu leisten, ein Fall der in einer Unabhängigkeitserklärung nicht einmal Erwähnung zu machen schien, um Gelegenheit zu finden, das Recht bedingter Hilfeleistung von Seite Ungarns auszuleiten und den Samen des Mißtrauens auszustreuen, — das Streben durch neue militärische Einrichtungen, im administrativen Wege, die auch durch die neuesten Gesetze Mir vorbehaltenen Rechte zu schmälern, deinten alle Belege dieser verderblichen Richtung, welcher Ich entgegen zu treten Ich in dem Ungehörige zur Meine Pflicht erkannte. Gerechtfertigt hiezu, als die Vorlage des neuen Rekrutirungsgesetzes und jene der beabsichtigten übermäßigen Papiergeld-Emissionen Mir hierzu Gelegenheit bot. Ich kannte und werde nicht bewilligen, daß die alle Meine Staaten kräftig stützende Einheit der Armee und ihres Organismus beseitigt und umgangen werde, und es ist Meine Pflicht, an die Ich treu zu halten seit entschlossen bin, einer Zersplitterung Meine Bestimmung zu verlagen, die das Land mit vielen Millionen unfundirten Papiergeldes zu überschwemmen droht, und den Gold- und Handelsverkehr auf Jahre hinaus stören würde. Die leichtsinnige Bestätigung einer solchen Maßregel würde den Ruin Meiner Unterthanen herbeiführen, und ein unvergeßliches Uebersetzen der Lehren der Gesetzung verschulden. Die traurigen Verwicklungen zwischen Ungarn und den damit verbundenen Königreichen haben ihren Höhepunkt erreicht. Als Ich, zufolge der Rechte der ungarischen Krone, die neuen ungarischen Gesetze auch für die Nebenländer und die Militärgrenze sanktionirte, glaubte Ich den Wünschen dieser Länderreile zu entsprechen, da es nicht in Meiner Absicht liegen konnte, den dortigen Bewohnern allein jene Vergünstigungen zu verlagen, die Ich allen Meinen übrigen Unterthanen zu Theil kommen ließe. Die Widerstand, welche sie überwinden, waren alle von dem ungarischen Ministerium beantragten Maßregeln der

Sterne genehmigt, die, wären es — wie vorgegeben wurde — bloß die Umriebe einer faktiosen Minorität gewesen, zur Erreichung des vorgesteckten Zwecks ohne Zweifel hingereicht hätten. Die Entschiedenheit, mit welcher Croatisch-Slavonischer Seits auf diesen Wünschen beharrt wurde, mußte bald der Ueberzeugung die Bahn öffnen, daß es sich hier um die Wünsche eines ganzen treu ergebenen Volkes handle, deren Unterdrückung weder im Interesse Ungarns, noch in jenem der Rebellanten liegt. Die versuchte Pazification hat leider kein Resultat geliefert, und so sehr den garstigen Reichstag erst kann ernstlich besprochen werden, als die drohende Gefahr des Zusammenstoßes schon zur Wirklichkeit geworden war. In dieser Lage der Dinge war es Meine Pflicht, in Mitten der streitenden Anforderungen, der Krone jene Stellung zu wahren, welche ihrer Aufgabe und Würde entspricht, jene der Ausgleichung und Vermittlung. Mit tiefstem Schmerze hat Mich insbesondere der Krieg an der untern Donau erfüllt. Ich habe Sie Mir zur Aufgabe gestellet, und in Sie der Serben gestellten Bitten an Mein ungarisches Ministerium mit der Ueberzeugung überwiesen, daß es ihm durch eine richtige Wahl seiner dahin zu entsendenden Organe und anderer anzuwendenden Mittel gelingen werde, ohne Verletzung der Territorial-Integrität des Reiches jene ihrer Anforderungen, die mit der Billigkeit vereinbar waren, zu befriedigen und eben dadurch den Uebergriffen mit desto größerem Nachdrucke entgegentreten zu können. Diese Aufgabe wurde nicht gelöst, sie nicht einmal versucht, und es bleibt Mir nichts übrig, als die Gräuel eines unseligen Krieges, in welchem auch jetzt ein Theil Meiner Truppen verwendet ist, zu bedauern, und Meinen königl. Willen auszusprechen, mit aller Macht auf Beendigung desselben hinzuwirken, wozu Ich ebenso alle Mittel der Verfügung, als alle Kraft der Staatsgewalt anzuwenden fest entschlossen bin. Man hat es gewagt, sie Mir vorschwebenden Absichten zu verdächtigen, einen Angriff auf die gewährleisteten Rechte des Landes darin zu sehen, und deshalb die von Mir nicht genehmigten Gesetzvorschläge — gleich Gesetzen — in Ausführung bringen zu wollen, Rekruten auszuheben, und Papiergeld zu emittiren, zu Meine Truppen zur eigenmächtigen Verlassung ihrer Fahnen und Regimenter aufzufordern, mithin direkte in Meine königlichen Rechte eingreifend, die Krone derselben wanken zu machen. Indem es Mein unabänderlicher Wille ist, ähnlichen Uebergriffen in Wege der Gesetze zu begegnen, verstehere Ich zugleich die Völker Meiner ungarischen Krone, daß, wie Ich einerseits alle gesetzlichen Rechte des Landes zu beachten fest entschlossen bin, Ich anderer Seits eben so die Rechte Meiner Krone mit den Mir zu Gebote stehenden Mitteln Meiner kaiserlichen königlichen Macht zu wahren wissen werde, der festen Ueberzeugung, daß die Aufrechthaltung derselben der einzige Weg ist, auf welchem die freisinnen Nationalideen mit den ehrenhaftesten Gesinnungen begegnen, das Mittel der Ausgleichung und Vereinigung finden. Gestützt auf die Treue der Völker Ungarns und der damit verbundenen Königreiche lebe Ich der festen Zuversicht, daß sie der Stimme ihres Königs mehr als jener der Aufwiegler und Rubestörer vertrauen, ihren gesetzlichen Obrigkeiten Gehorsam leisten, sich aller Angriffe auf die Sicherheit der Person und des Eigenthums enthalten werden, und sonach sie es auf, sie zur kaum erst errichtung des Landes, zur Wiederherstellung der Aufrechthaltung der konstitutirenden Ordnung unerläßlich zu ergreifenden Maßregeln in Ruhe zu gewarten.

Gegeben im Schlosse Schönbrunn den 22. September 1848.

Ferdinand m.p.

Ein Korrespondent der „Allgemeinen Zeitung“ aus Mailand vom 23. drückt die Meinung aus, daß auf eine Fortdauer des Friedens mit Sardinien nicht zu rechnen sei. Er beruft sich auf die „ungeheuren“ Rüstungen Sardiniens und den glühenden Haß der Wälschen, der durch die Niederlage bei Custozza noch lange nicht gedemüthigt sei, trotz der neuen Verlängerung des Waffenstillstandes, den auch die günstigsten Friedensbedingungen, welche die französisch-englische Vermittlung erzielen könnte, würden noch weit ihmer den Wünschen der Italiener zurückbleiben.

In Mailand ist eine neue beträchtige Zufuhr zur Kultivirung von Waffen angelegt worden, und jeder dagegen Handelnde, der ein Schießgewehr, eine schneidende Waffe oder Pulver zurückbehält, wird kriegsrechtlich zum Tode verurtheilt. Sieben Erschießungen beweisen den Ernst dieser Drohung.

Schweiz.

Die Eidgen. Z. spricht sich über den müßigsten Einfall Struve's in folgender Weise aus: „Die republikanische Schilderhebung in Deutschland ist zum zweiten Male und noch schmählicher als das erste Mal gescheitert. Wir müssen und zwingen, nicht mit Leidenschaft und Entrüstung über dieses neue Unternehmen und auszusprechen. Wahrlich, es ist Ekel und die Sache und das Lezal, welches den Männern der provisorischen Regierung zum Symbol hat dienen müssen: es ist uns klar geworden, was bei der ersten Erhebung wir noch nicht ganz zu glauben vermochten, daß diese Männer unmöglich die Zukunft Deutschlands repräsentiren können. Ist es das erste Mal, als Deutschland noch in dem Chaos seiner Entwicklung begriffen und sogar noch sein Provisorium gebildet war, begreiflich, ja zu entschuldigen gewesen, daß versucht worden ist, sogar durch Waffengewalt Deutschland eine republikanische Verfassung zu verschaffen, so ist dieser zweite Versuch ein frevelhaftes Attentat an der Volkssouveränetät, die man so gern im Munde führt, und eine schändliche Verletzung des von der Schweiz so zuwerkommend gewährten Asylrechtes. Der Ausgang der ersten Erhebung hat jedem Unbefangenen klar machen müssen, daß Deutschland in seiner großen Mehrheit wenigstens zur Zeit keine Sympathie für die republikanische Staatsform hegt. Trotzdem ist nun zum zweiten Mal von einzelnen Fanatikern versucht worden, Deutschland diese Verfassung aufzuzwingen. Und mit welchen Mitteln! Die Apologeten der Freiheit des Volkes maßen sich an, im Namen des „deutschen Volkes“ aufzutreten, diejenigen, welche ihrer Regierung und ihrer Verfassung treu bleiben, mit Konstribuiren, mit Verrohung des Lebens, durch Zwang aller Art zu zwingen, den schmählichen Zug mitzumachen! Diejenigen, welche gegen das Unternehmen Beknken zu erregen wagen, werden standrechtlich behandelt, die Ruhe vieler tausend Familien wird aufs Spiel gesetzt, über das Eigenthum des Staates, der Kirche und Einzelner wird verfügt und dem gemeinem Volke der Köder materieller, aber nie zu realisirender Vortheile hingeworfen! Welcher Hohn auf den Namen der „Republik“: welche Konstribuiren, mit Verrohung des Lebens, durch Zwang aller Art zu zwingen, den schmählichen Zug mitzumachen! Diejenigen, welche gegen das Unternehmen Bedenken zu erregen wagen, werden standrechtlich behandelt, die Ruhe vieler tausend Familien wird aufs Spiel gesetzt, über das Eigenthum des Staates, der Kirche und Einzelner wird verfügt und dem gemeinem Volke der Köder materieller, aber nie zu realisirender Vortheile hingeworfen! Welcher Hohn auf den Namen der „Republik“: welche Konstribuiren und die proklamirten Ideen der „Freiheit“ und „Bildung“! Und wie nimmt sich das Benehmen dieser Herren auf gegenüber dem Staate, der ihnen in ihrem Unglück ein Asyl gewährt?! — Die Schweiz hat gerne ihrem Prinzip auch den verjagten Republikanern Deutschlands eine sichere Zuflucht gewährt, sie hat dieselben gegen alle Verdächtigungen und Anklagen in Schutz genommen, sie hat sich sogar wenigstens anscheinend für die dem Auslande gegenüber kompromittirt, möglichen Gefahr in Gefahr begeben. Zum Danke dafür wird nun einer der Anführer des Einfalls von diesen Schweizerboden aus planirt und ausgeführt. Wird die Schweiz diesen Fanatikern neuerdings ein Asyl und sogar an der Grenze gewähren? Wird sie dieselben von ihrem verunglückten Streifzuge ohne Weiteres zurückkehren lassen, wie wenn nichts vorgefallen wäre? Wird sie denselben neuerdings den Boden und den Schutz angedeihen lassen, damit in vier oder acht Wochen ein neuer Attentat ausgeführt und vollführt werden könne? Wir hoffen es nicht. Ferne sei es von uns, den schweizerischen Regierungen zum Vorwurf machen zu wollen, daß sie das neueste Attentat begünstigt oder um dasselbe gewußt haben. Nein! Sie sind von ihren Schützlingen nur auf das Schmählichste getäuscht und hintergangen worden. Das soll aber nicht zum zweiten Male begegnen! Der bezagenste Mißbrauch des Asylrechtes entlehe die Schweiz allen Verpflichtungen gegenüber den zum zweiten Male Verjagten, und den Ort und Weise, wie diese Anhänger der „rothen Republik“ ihren Grundsätzen Eingang zu verschaffen gesucht, dürfte alle Sympathien, die man für die verfolgten, immerwährenden Rubestörer gehegt, im Keime erstickt haben. Das sind wir uns selber, das sind wir dem Auslande schuldig!“

Zürich, 28. Sept. Vorgestern hat der Regierungsrath in Sachen der deutschen politischen Flüchtlinge mit Rücksicht auf den neuesten Aufstand im Großherzogthum Baden, in Gemäßheit des bisherigen Verfahrens, nach welchem den sämmtlichen Flüchtlingen auf dem Boden des Kantons Zürich nur unter der Bedingung das Asyl gestattet wurde, wenn sie sich ruhig verhalten und insofern sie an keinen weitern politischen Unternehmen theil nehmen, — beschlossen: daß denjenigen Flüchtlingen, welche bei der gegenwärtigen Insurrektion in Baden sich betheiligt haben, das Asyl entzogen sei, so wie auch, daß denjenigen Flüchtlingen, die sich dahin in andern Kantonen aufgehalten haben und ebenfalls als Betheiligte erscheinen, der Aufenthalt im hiesigen Kanton, auf den Fall, daß sie denselben nachsuchen sollten, nicht bewilligt werde. Der Polizeirath ist mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt.

Cessin. Das Berner Intell.-Bl. meldet als Neuestes: Rudolph hat die Sperre gegen Oesterreich aufgehoben. — Eine Note, die der österreichische Gesandte unterm 22. d. an den Vorort richtete, macht baldige Nachricht sehr wahrscheinlich.

Nachschrift.

München, 2. Okt. Bei dem gestern auf der Theresienwiese stattgefundenen Pferderennen erhielten nachfolgende Preise: 1. Preis: Kaiserlmayer, Lader, Privatier von Landshut, 15 Dukaten. 2. Pr.: Loichinger, Johann, Bierbrauer von Großlölenbach, Lzg. Landau a. J., 24 barr. Thlr. 3. Pr.: Traxpentner, Felix, Bierbrauer von Schwaben, Lzg. Gabelsberg, 20 barr. Thlr. 4. Pr.: Neumeier, Joseph, Taferwirth von Freising, 18 barr. Thlr. 5. Pr.: Mayer, Joseph, Brauntweiner von Straubing, 16 barr. Thlr. 6. Pr.: Lugtner, Aloid, Bierbrauer von Tüttern, Lzg. Pfarrkirchen, 14 barr. Thlr. 7. Pr.: Krankl, Xaver, bayl. Lohnkutscher von München, 12 barr. Thlr. 8. Pr.: Plattenberger, Anton, Oekonom von Fraunberg, Lzg. Erding, 10 barr. Thlr. 9. Pr.: Krankl, Karl, bayl. Lohnkutscherssohn von München, 9 barr. Thlr. 10. Pr.: Krankl, Georg, Bierbrauer von Braunau a. J., 8 barr. Thlr. 11. Pr.: Schweiger, Franz, Postbalter von Mattighofen, kaiserl. königl. Pfleggerichts daselbst, 7 barr. Thlr. 12. Pr.: Maier, Mathias, Oekonom von Holz, Lzg. Vilsgenfelden, 6 barr. Thlr. 13. Pr.: Mayer, Kajetan, Oekonom von Sulzberg, Lzg. Simbach, 5 barr. Thlr. Zu jedem Preise ist eine Tasse beigegeben.

J. B. Wagl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 83.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Dienstag den 3. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einrückungsgebühr: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 3. Oktober.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 28. Sept. allergnädigst bewogen gefunden, die in Rothenfels erledigte Advokatenstelle dem fürstlich Löwenstein'schen Regierungs- und Justizkanzleirathe Bernhard Koch zu Kreuzwertheim auf sein allerunterthänigstes Ansuchen zu verleihen.

Se. Maj. der König haben unterm 28. Sept. dem Landgerichte Lichtenfels für die Dauer der demselben bei demselben bestehenden außerordentlichen Verhältnisse einen Nebendienstem in der Eigenschaft eines Aktuars extra statum beigegeben und zum Landgerichtsaktuar extra statum zu Lichtenfels den Appellationsaccessisten Georg Geiger aus Scheßlitz zu ernennen; ferner den II. Landgerichtsassessor Karl Wegenhofer zu Rothenburg auf den Grund des §. 19 der IX. Verfassungs-Beilage für immer in den Ruhestand treten zu lassen; den Landrichter Johann Julius Wunderer zu Pleinfeld unter Anwendung des §. 19 der IX. Verfassungsbeilage für immer in den Ruhestand zu versetzen, und die hiedurch erledigte Landrichterstelle zu Pleinfeld dem I. Landgerichtsschreiber daselbst Dr. Heinrich Gustav Harl zu verleihen gerubt; unterm 22. Sept. wurde der Sprachlassiker fahrender Possen Michael Hauenstein zu Regensburg nach §. 22 lit. D der IX. Verfassungs-Beilage wegen nachgewiesener physischer Gebrechlichkeit, unter dem Ausdrucke allerhöchster Zufriedenheitbezeugung mit seiner langjährigen treuen Dienstesleistung, in den erbetenen definitiven Ruhestand versetzt; unter demselben wurde die von Rechnungskommissär II. Klasse bei der Generalverwaltung der kgl. Possen und Eisenbahnen Wilhelm Meffer erbetene Nachversetzung desselben in sein früheres Dienstverhältnis beim Oberpostamt Würzburg als Offizial III. Klasse mit Belassung seines Titels und Ranges gewährt, dessen Stelle dem Postoffizial III. Klasse zu Augsburg Gustav Dompfeere verliehen, und auf dessen Stelle der Postoffizial Heinrich Rosenstein zu Würzburg seiner Bitte gemäß versetzt; unterm 24. d. Mts. wurde der Rechnungsrevisor bei der Regierung von Schwaben und Neuburg, Kammer der Finanzen, Gajo Schwieger zum Rentbeamten in Obernbroisch ernannt, dem Rechnungskommissär bei der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg, Kammer der Finanzen, Ludw. Christian Strehlin das Rentamt Werdenfels verliehen; der Rentbeamte Joseph Kuhn in Kaufbeuren seiner Bitte zufolge nach §. 22 lit. D der IX. Verfassungs-Beilage auf die Dauer von 2 Jahren in den Ruhestand versetzt, und an dessen Stelle der Rechnungskommissär der Regierung von Schwaben und Neuburg, Kammer der Finanzen, Hyacinth Schwaiger ernannt; der Rechnungskommissär bei der Regierung von Oberfranken, Kammer der Finanzen, Johann Hermann Hofmann zum Rentbeamten in Kastl versetzt; der Rentbeamte Karl Friedrich Hinterwenger zu Dillingen seiner Bitte entsprechend auf das Rentamt Augsburg versetzt; der Rentbeamte Thom. Striedinger in Kolmberg seinem Ansuchen gemäß auf das Rentamt Schwabach versetzt, und an dessen Stelle der Rechnungskommissär bei der Regierung von Mittelfranken, Kammer der Finanzen, Friedrich Karl Haar ernannt.

Se. Maj. der König haben unter dem 29. Sept. bei dem allgemeinen Reichsarchiv einen dritten Aktuaren aufzustellen, diese Stelle dem bisherigen Reichsarchivsekretär Franz Michael Wittmann zu übertragen und auf die hiedurch erledigte Sekretärsstelle den bisherigen Kanzelisten Georg Brand daselbst vorrücken zu lassen gerubt.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 29. Sept., Nachmittags 1 Uhr. In der heutigen 88. Sitzung der deutschen Nationalversammlung wurde nach der Berathung über den Bericht des Abgeordneten Riesser, das Verfahren im Falle strafrechtlicher Untersuchung gegen Mitglieder der deutschen Reichsversammlung und deren Sicherstellung betreffend, folgendes Gesetz zum Beschluß erhoben:

„Ein Abgeordneter zur verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung darf ohne Zugenblick der auf ihn gefallenen Wahl an, ein Strafverfahren vom Augenblicke an, wo das Urtheil seines Vorgängers erlischt, während der Dauer der Sitzung ohne Zustimmung der Reichsversammlung weder verhaftet, noch in strafrechtliche Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That. In diesem letzteren Falle ist der Reichsversammlung von der getroffenen Maßregel sofort Kenntniß zu geben und es steht ihr zu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schluß der Sitzungen zu verfügen. Dieselbe Befugniß steht der Reichsversammlung in Betreff einer Verhaftung oder Untersuchung zu, welche über einen Abgeordneten zur Zeit seiner Wahl bereits verhängt gewesen ist. Kein Abgeordneter darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmungen in der Reichsversammlung oder wegen der bei Ausübung seines Berufes getanenen Aeußerungen gerichtlich verfolgt, oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden. Vorstehende Bestimmungen treten in Kraft mit dem Tage ihrer Verkündigung in dem Reichsgesetzblatte." Außerdem wurde folgender Antrag des Finanzausschusses, die Taxation der Reichskasse betreffend, angenommen: „Die hohe Nationalversammlung wolle dem Reichsministerium der Finanzen ihre Zustimmung zu dem Ausschreiben einer Umlage von 120,000 fl. nach der Matrikel ihre Zustimmung ertheilen, zugleich aber auch die Genehmigung aussprechen, daß durch die neuerdings zugesicherte baldige Vorlage eines möglichst vollständigen Budgets die nothwendige Vorsorge für das weitere Bedürfniß rechtzeitig getroffen werden könne." (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Reaktion und Anarchie.

Gustav Pfizer hat in der Generalversammlung des Stuttgarter vaterländischen Vereins am 25. September über die gegenwärtigen Zustände Deutschlands einen wahrhaft trefflichen Vortrag gehalten. Derselbe faßt zwar zunächst die Lage der Dinge in Würtemberg ins Auge, aber alles darin Gesagte findet mehr oder weniger auch auf alle andern Theile Deutschlands seine Anwendung. Wir theilen das Allerwichtigste unseren Lesern vollständig mit, und empfehlen es allen guten Bürgern angelegentlichst zur Beachtung und Beherzigung. Das Allerwichtigste lautet, wie folgt:

„Die Ereignisse der jüngsten Tage in unserer nächsten Nähe und in der Ferne, ganz besonders die Frankfurter Greuelthaten rufen und laut, rufen und warnend die Frage zu: Wo stehen wir? Was haben wir, was haben die Freunde der Freiheit uns des Rechtes in diesen stürmbewegten Tagen zu thun?

Wir können, wir dürfen es uns nicht verhehlen, die Stimmung, die Verhältnisse in Deutschland und in unserm engern Vaterlande haben sich seit vier oder sechs Wochen gewaltig und zum Schlimmern verändert. Die allmälig sich wiederherstellende Ruhe, die so sehnlich herbeigewünschte Sicherheit, die Verdienste, welche sich unsere Regierung um den neuen gesetzlichen Zustand erworben, und das besserlohnte Werk der Einigung Deutschlands erscheint wieder mehr als je bedroht.

Wer trägt die Schuld hievon? „Die Reaktion!" brüllt ein Chorus von tausend Stimmen: „der sich neigen blutende Trotz der Reaktion, der beschaufgerichtet nach allen Weltgegenden hinzündete und Qualm und Rauch spuckt u. s. w." — Dieser allseit fertigen Antwort tritt jedoch eine andere entgegen: „Die Anarchisten sind es, diejenigen, welche mit den Errungenschaften der Freiheit nicht zufrieden, die Revolution zur bleibenden Zustand machen wollen."

Drei Hauptfeinde hat ohne Zweifel die deutsche Einheit und Freiheit im Innern: die Parteien der Reaktion und der Anarchie. Jede von diesen, das ist unsere feste Ueberzeugung, arbeitet der andern in die Hände; und das Endergebniß des wechselnden Sieges müßte die Barbarei und das Chaos sein, wenn Deutschlands Schutzgeist nicht unserem schwerbedrohten Vaterland durch Erweckung der besonnenen Kraft, die im Kerne des Volkes steht, Heil und Rettung schaffte. Ja! es gibt eine Partei der Reaktion, des gesetzwidrigen, freiheitsfeindlichen Rückschritts, eine Partei, welche den Verlust von Vorrechten, den Verlust mehr oder minder unbefchränkter Gewalt und Willkür, eines weit greifenden Einflusses nicht verschmerzen, mit der vollen Freiheit des Gesammtvolks, mit der Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz, mit den Opfern, welche die Einheit Deutschlands den Einzelnen auferlegt, sich nicht aussöhnen kann oder will, die dem Wunsche nicht entsagt, den alten Zustand ganz oder theilweise zurückzurufen. Aber es gibt auch eine Partei der Anarchie, der heftigsten Revolution, welche keine bestehende Verfassung, keine bestehende Regierung achtet und anerkennt, welche jede Begrenzung, jedes Maß der Freiheit verwirft und verhöhnt, welche nichts Heiliges und Ehrwürdiges dulden will.

Welche von diesen beiden Parteien ist jetzt die gefährlichste? Ich stehe seinen Augenblick an, zu antworten: die anarchistische! Bleiben wir zunächst bei unserem engeren Vaterlande stehen: wo ist hier die Reaktion? was thut, was erstrebt sie? Es gibt ohne Zweifel auch bei uns reaktionär Gesinnte; denn wie sollten durch die Ereignisse von sechs Monaten bei jungen Gesinnungen, Ansichten, Neigungen und Interessen der Menschen umgewandelt werden sein? — aber wo ist eine That, eine Gefahr der Reaktion? Wer da behauptet, daß bei uns die Reaktion im Gange sei, der klagt unser freisinniges, ehrenhaftes, sich selbst treues

Ministerium entweder der Ehrmacht oder der Nation Willens ist, und erklärt sich schuldig, die Verweise beizubringen. Das Verbot des demokratischen Vereinsvereins!" schreit man; „der Marsch von Truppen nach Heidelberg!" die Vorfälle im Schiff zu Ulm!" — Das ist ungefähr die Art und Taktik, wie man vollkommen berechtigte, durch die gewöhnliche Vorsicht gebotene Regierungsmaßregeln zur Erhaltung der Ordnung und der Autorität der Gesetze mit verbrecherischen Exzessen von Einzelnen zusammenwirft, um Alles miteinander der Regierung aufzubürden, sie in den Augen der Intelligenzen, der Verständigen, der Besonnenen zu verdächtigen. Die Gesetzer Vorfälle werden nach der Strenge der Gesetze beurtheilt werden. Für seine Handlungsweise in den andern Fällen verdient das Ministerium den Dank aller aufrichtigen, besonnenen Freunde der Freiheit; es ist mit einer Mäßigkeit vorangegangen, welche, obwohl zwar von dem anarchischen Theile der Presse gehässig angegriffen, sich jetzt in Frankfurt als eine Nothwendigkeit erweist. Welche Beweise weiß man sonst anzuführen von der Absicht der Reaktion? Beweise, wenn man nicht jede Aufrechthaltung bestehender Gesetze, wenn man nicht die gerichtliche Verfolgung einzelner Exzesse eines zügellosen Mißbrauchs der Presse mit dem belieben, herkömmlichen Sprachgebrauch zur Reaktion stempeln will!

Aber die Anarchie ist sie auch nur ein solches Schreckbild und Gespenst, wie dermalen die Reaktion? Ist auch nichts zu sehen von ihren Zügen und Gestalten? Weiße Gott es wäre so! aber es ist nicht so! Breit und frech tritt sie offen in unserer Mitte auf, einen Schleier um den andern, eine Maske nach der andern als entbehrlich wegwerfend, ihre natürlichen Züge enthüllend, in das ihr gemäße Kostüm sich drapirend. Zuversichtlich, herausfordernd schlägt sie ihren Thron auf in Volksversammlungen, in Vereinen, in der Presse, erfüllt sie Markt und Straßen mit ihren liegendsten Verdächtigungen und terroristischen Drohungen, läßt sie ihre rothe Fahne, die Blutfahne, flattern. „Ei, so werden Sie sagen, sehe gegen die Anarchie an!" rufen uns höhnisch ihre Gönner und Heger zu! „Wenn noch keine energischen Maßregeln dagegen getroffen worden sind, kann es so arg nicht sein; nur die Furcht, das böse Gewissen oder die reaktionären Gelüste sehen solche Gespenster!" — Unsere Antwort ist: die Anarchie ist nicht ein bestimmtes Verbrechen, das begangen wird; sie ist nicht eine und bestehe mit Aufruhr, Empörung. Wie es zwar verboten ist Gift, aber nicht Branntwein zu verkaufen, so verfallen die Aufschenker dieses politischen, die Staaten zerrüttenden Giftes, die Anstifter, Prediger und Pfleger der Anarchie nicht unmittelbar der Strafe des Gesetzes, wenn sie nur einige Klugheit und Vorsicht beobachten, wenn sie die Ausführung zu Aufruhr und Verrath etwa in eine unschuldige Frage einkleiden; wenn sie die verbrecherische Bedeutung, sonst sie entstehen und nach hinzustellen, an eine von Hörer oder Leser noch zu würdigende Bedingung knüpfen, wenn sie die, alle Leidenschaften eines bethörten Haufens aufregende Haß- und Aufruhrpredigt mit der matten süßlichen Gemahnung schließen: Freleten zu halten; wenn sie der bewaffneten, fanatisirten Menge rathen: nüchtern, leidenschaftlos, gesetzlich zu handeln, wenn sie mit Maadywmisher Heuchelei die Worte der Bibel zur Beschönigung blutdürstiger Aufreizung mißbrauchen. Darin nun, daß die Anarchie, daß deren Nährung und Hegung nicht ein bestimmtes Vergehen oder Verbrechen bildet, dürfte auch eine Rechtfertigung unserer Regierung liegen gegen die ihr neuestens häufig gemachten Vorwürfe, daß sie diesem Treiben zu gleichgültig und thatlos zusehe, es durch Straflosigkeit ermuntere, ja! sich fast den Verdacht einer gefliffentlichen Begünstigung zuziehe (z. B. in einer Korrespondenz der deutschen Zeitung). Das anarchische Treiben will Hörer oder Leser noch packen und gesetzlich zu verfolgen in einzelnen Thaten, so unverkennbar es im Zusammenhang jedem sehenden Auge sich darstellt. Aber heißt es nicht offenbar Anarchie predigen, und wad fehlt noch zur Begründung des Einschreitens der Gerechtigkeit, wenn eine Volksversammlung (in Hall, 17. Sept. unter Pfeffens Vorsitz) unter Anderem erklärt: „Wenn die Mitglieder der Linken aus dem Parlament austreten, und das Parlament reklamirt, so wird das Volk dieselben (die ausgetretenen Parlamentarier!) weiß sie der wahre Ausdruck seines Willens sind, als seine alleinigen Vertreter anerkennen!" — Der Versammlung von drei gewählten Abgeordneten der gesammten Nation, deren Zusammentritt den heißesten Wunsch aller wahren Vaterlandsfreunde seit Jahresfrist erfüllt, wird von einem zusammengerotteten Haufen, der auch nur seiner Zahl nach nicht einen Hundertel ausgemacht zu wähnen hätte, der Gehorsam (freilich noch bedingt) aufgekündigt, und eine Fraktion der Versammlung zur offenen hochverrätherischen Auflehnung gegen die Majorität aufgefordert: — Was soll man ferner urtheilen von dem in unerschreiblicher Fragen und Verklausulirungen vorsichtigst eingewickelten neuesten politischen Lehrsatz: „Jeder deutsche Volksstamm hat das Recht durch Abstimmung in Urversammlungen über sein beliebige Staatsform festzusetzen und sich mittelbar oder unmittelbar der deutschen Zentralgewalt verfassungsmäßig unterzuordnen"? was davon, daß in demselben Blatt, welches dies treffliche Axiom aufstellt, dem Beobachter Nr. 186, als Aufgabe der nächsten Generalversammlung der verbündeten Vereine bezeichnet wird die Verbindung über „das künftige politische Verhalten der vaterländischen Vereine gegenüber der Zentralgewalt, der Nationalversammlung und den einzelnen Regierungen" — als ob die politischen Vereine, die sich freilich zum Theil jetzt schon die Sprache und Haltung von über der Regierung und der Ständeversammlung stehenden allmächtigen Klubs anmaßen, gegenüber der Nationalversammlung und Zentralgewalt beliebig auch Widerstand leisten und die Unterwerfung verweigern könnten, — während man doch, auch von jener Seite, von den Regierungen die unumwundene Anerkennung der Beschlüsse der Nationalversammlung mit Recht verlangt! Demnach wurde sich folgende Interpretirung ergeben: über den Einzelregierungen steht die Zentralgewalt und die Nationalversammlung, über diese aber dieser oder jener Volksverein, der sich zum souverainen Volk aufstählt, dieser oder jener zusammengelaufene Haufen! — Heißt es nicht, der Anarchie Thür und Thor öffnen und sie freundlich zum Eintritt einladen, der geschichtlichen Wahrheit und Erfahrung aber kek ins Gesicht schlagen, wenn der Verbacher schreibt: „Die dynastischen Interessen allein (!) sind es, die der deutschen Einheit Berge von Hindernissen in den Weg gethürmt; Keinde deutschen Fürsten haben sich stets und zu allen Zeiten, (ja! das war früher, aber noch gewisser ist das Umgekehrte!) sie spalten das freie Deutschland in ein Nord- und Süddeutschland, sie stacheln den Hag der einzelnen Volksstämme gegen einander auf;" (Wer hat den Preußenhaß seit Monaten rnstzt genährt? etwa südteutsche Fürsten?) oder wenn der Landesausschuß die Ansicht des Tübinger Volksvereins: „die Frage, ob in den einzelnen Staaten die Konstitutionelle Monarchie oder die Demokratische Republik bestehen soll, sei den konstituirenden Versammlungen zu überlassen;" für dem Prinzip der Volkssouverainität und der Demokratie gemäß und daher für richtig erklärt, — obgleich er sich vorerst in dieser Richtung einen Schritt zu thun enthält!*) Ist es nicht endlich der Gipfel der anarchischen Freiheit, wenn ein Haufen von Menschen die Abgeordnetenkammer mit einer sogenannten Adresse angeht, worin es heißt: „das Volk (!) ist in seinen Hoffnungen durch die verrätherische Mehrheit der Nationalversammlung zu Frankfurt betrogen und beklagt aus tiefer Brust das in den Straßen zu Frankfurt vergossene Blut," — worunter nach dem ganzen Zusammenhang das Blut der Aufrührer verstanden zu sein scheint" — Es mag auch darauf hingewiesen werden, welchen Gebrauch die Anarchie von dem Ausdruck: Konstituirende Versammlung macht oder zu machen gedenkt. Dieser Ausdruck, zu deutsch: verfassungsschaffende Versammlung, setzt, streng genommen, voraus, daß keine gültige Verfassung gewesen (wie bei uns vor dem Jahr 1819), oder daß die bisherige Verfassung aufgehoben, außer Kraft und Geltung gesetzt sei. Weder das eine noch das andere ist bei uns der Fall. Unsere Verfassung ist dermalen noch vollkommen zu Recht beständig; nur diejenigen Bestimmungen treten außer Kraft, die mit den Beschlüssen der Nationalversammlung, (und diese allerdings ist eine konstituirende Versammlung für Deutschland, als Bundesstaat,) nicht harmoniren; und über andere, als nothwendig erkannte, von der Stimme des Volkes allgemein geforderte Aenderungen wird die nach einem neuen Wahlgesetz zu wählende Ständeversammlung berathen; aber der Rechtsboden der bisherigen Verfassung darf nicht leichtsinnig, nicht muthwillig verlassen werden. Wenn noch weitere Beweise nöthig wären: — sie liegen sich leider zu Hunderten anführen, vom dem Unsichtgeiste einer anarchischen Gesinnung, von der ungeheuren Verkennung von Grundlagen, die zunächst und vorzüglich nur von der bestehenden Staatsform und Verfassung, kann aber, mit derselben oder unbewußter Konsequenz jeder bestehenden Rechtsordnung, den Grundlagen der Gesellschaft, dem Vertrag, der Treue, dem Eigenthum den Krieg erklären. (Schluß in der heutigen Beilage.)

*) Das Anerbieten des Buchauer Vereins, den Landesausschuß vom Sitze seine lange Mannschaft zur Vertheidigung zu stellen, wurde von diesem mit gerechtem abgelehnt.

Deutschland.

λ Frankfurt, 30. Sept. Sie wissen, daß auch der alte Vater Jahn bei den jüngsten Ovationen dahier öfter genannt wurde. Es dient zur Charakteristik unserer Zustände, wenn die Thaten der Art seiner Betheiligung daran Einiges mittheile. Ich benütze als Anknüpfungspunkt die Zeilen, welche Jahn vor wenigen Tagen unter dem Titel „Schwanenrede" veröffentlicht hat. Dem ehrlichen Manne war das Treiben einer gewissen Partei, „einer Gesellschaft, die Alles allein und eigenthümlich machen will, der jedes Mittel erlaubt ist, wenn es nur ihre unerlaubte Sache fördert", der Lug, Trug und Betrug im Grund sind, und es machte ihn tief betrübt, gen Niemanden, „auch nicht gegen Hecker und Struve, nicht in Mainz in Metternich's Gegenwart, noch in Bingen, Elfeld, Bieberich, Wiesbaden, noch im rothschwärmenden Hanau" ein Hehl. Daher sein Grund genug vor, ihm die Ungnade des souverainen Volks fühlen zu lassen. Ersterer ist es auch öffentlich, wie er auf dem Munde noch gutmüthiger Gutelten von Metternich wisse, daß dieser ein sittenlich organisirter Herr von Ernen für die Galerie der Paulskirche von Tag zu Tag abtheilungsweise zitire und instruire. Aeußert er sich ja auch jetzt wieder über die Taktik der Partei ganz räuschfädlos in folgender Weise: „Da ward ausgemacht vor Allem den deutschen Reichstag hinzuhalten, auf den Nebentage zu führen, bis er die Gaurschaft aus den Augen verliere, beim Volke unsüßlich erscheine, als unfähig und unbeliebig. Die Presse sollte ihn scheuen machen, seine einzelnen Mitglieder verdächtigen, Mißtrauen mit dem Volke verhegen. — Die Minister sollten überall durch freie Angriffe gezwungen, durch unzeitige maßlose Zurückhaltungen gedrängt, als Nichtsthuer, Nichtskönner, Nichtswoller der Verachtung preisgegeben werden. Würden die Staaten regierungslos — um so besser" — Am Abend des 16. September ist Jahn von gewöhnlich in der Vereinshalle, einem Lokale, das die Abgeordneten zu ihren Privatzusammenkünften und für die Lektüre gemietet haben. Da drang eine Rotte der Ehrurbstifter in dieses Haus um Frevel und Uebermuth zu üben und insbesondere um sich den Muth an dem ehrwürdigen Jahn zu kühlen. Es gelang ihm noch zeitig genug ein Versteck zu finden (so viel ich höre zwischen einem Bette), das die Henker wohl ahn-

Dieses Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Preis beträgt vierteljährlich 1 fl. 48 kr. Alle Postämter nehmen Bestellungen darauf an.

schwärmten, aber nicht durchsichten. Er behauptet, mit eigenen Ohren vernommen zu haben, daß man ihn von dem **Balkon des Hauses** habe hinabstürzen wollen. „Nun bin ich mit dem Leben davon gekommen, mit voller Gesundheit. Es war ein festlicher Abend, es war Erinnerung an das Treffen bei der Göhrde, wo ich vor 35 Jahren dabei gewesen.“ Während der folgenden Tage war Jahn mehrmals von hier nach Frankfurt gegangen wohnte er wieder den Sitzungen der National-versammlung bei. Es sagte ihm aber die sonstige Frische und Reiselustigkeit; sein Wesen ist gebrückt, sein Gemüth scheint mit düstern Gedanken umgeben. Wir wollen zu Ehre der Menschheit hoffen, daß man den Greis ruhig seine Wege wandeln lasse, daß man demselben nicht seine letzten Tage verbittere, und ihm so bald danke, daß er die höchst gefährliche Lehre von der Einheit Deutschlands zuerst aufgebracht. „Soll jedoch meine Gedächtnißfeier werden“, sagte er am Schlusse, „wenn meinen Gebeinen in Deutschland noch ein Plätzchen vergönnt wird: „„Deutschlands Einheit war der Traum meines erwachenden Lebens, das Morgenroth meiner Jugend, der Sonnenschein der Mannesluft, und ist der Abendstern, der mir zur ewigen Ruhe winkt.““ — Gestern wurde das erste Stück des **Reichsgesetzblattes** ausgegeben. Es enthält: das Gesetz, betreffend die Verkündigung der Reichsgesetze und der Verfügungen der provisorischen Zentralgewalt vom 23. d., dann eine Verordnung, betreffend die Herausgabe des Reichsgesetzblatts, vom 27. d., wornach das Ministerium der Justiz mit der Herausgabe beauftragt ist, dann eine Verfügung des Reichsjustizministeriums, eben diese Herausgabe betr., der zufolge sür die Herausgabe eine besondere Expedition errichtet wird, und das Gesetzblatt unentgeldlich an die Reichsregierung, die Einzelregierungen und die Behörden der provisorischen Zentralgewalt auszugeben ist, die Privaten aber es gegen angemessenen Preis*) erhalten können, und endlich das Gesetz über Einführung einer provisorischen Zentralgewalt für Deutschland.

Preußen. — Berlin, 29. Sept. Eine aus den Herren Baumstark, Gvelt, Jenker, v. Auerswald, Jacobs, Parrisius und v. Unruh bestehende Zentral-Abtheilung, welche die Verfassung zu berathen hat, hat am 25. ihre Berathung des zweiten Titels, welcher die Wirksamkeit des Königs enthält, diese verworfen, dagegen ein Amendement Jacobs's dahin lautend, daß alle Vorrechte, welche auf einem besonderen Adelstand beruhen, abgeschafft werden sollen, angenommen. — Die Posten vor dem Zeughause, welche seit den Märztagen von der Bürgerwehr besetzt wurden, werden seit einigen Tagen wieder vom Militär bezogen. — Aus Schleswig zurückgekehrte Soldaten erzählen, daß das Benehmen der Einwohnerschaft gegen sich als gar nicht zu Deutschland gehörend betrachte und lieber unter dänischer Herrschaft bleiben wolle. (Berl. N.)

Köln, 28. Sept. Die Stadt hat seit ganz ihr gewohntes Ansehen wieder gewonnen, nur wenige Spuren des so beklagenswerthen Treibens sind noch sichtbar. Die Barrikaden sind alle geöffnet, und es gestattet schon man die Läden, welche in manchen Straßen geschlossen waren, wieder geöffnet. Während des Tages herrscht lebhafter Verkehr, Abends und Nachts die größte Ruhe. Daher wurden denn auch gestern die Soldaten zeitiger von sast allen öffentlichen Plätzen in die Kasernen zurückgezogen und die im Laufe des Tages wieder aufgestellten Gewehre abgeführt. Nur wenige außerordentliche Posten waren noch aufgestellt und die Patrouillen minder stark. Bemerkenswerth ist, wie sür die auf den Plätzen lagernden Truppen von den näher wohnenden Bürgern mit aller Freundlichkeit gesorgt wurde. Ein Theil der zuletzt hieher beorderten Truppen wird dem Vernehmen nach schon heute in seine Garnision zurückkehren. Die gerichtlichen Behörden sind in voller Thätigkeit, gehen so wie heute Vormittag wurden mehrere Personen verhaftet und in Begleitung starker Militärpikets zum neuen Arrestlokale gebracht. Auf die erneuerte Aufforderung der Kommandantur sind im Laufe des heutigen Morgens noch viele Gewehre von den Bürgern an die Militärbehörde abgeliefert worden. Die gestern vielfach verbreitete, auch in diesem Blatte erwähnte Behauptung, als hätten einzelne Militärposten sich sogar Mißhandlungen sogar Verletzungen gegen Bürger zu Schulden kommen lassen, ist, wie wir heute aus zuverlässiger Quelle erfahren, durchaus ungegründet.

Wir finden in der „Kölner Ztg.“ die folgenden beherzigungswerthen Artikel vom Rheine, 26. Sept. Der Freund wahrer Freiheit, welche sich nur auf Gesetzlichkeit gründet, sieht jetzt mit tiefem Bedauern, wie wenig die Männer, die sich die wahren Apostel der Freiheit bezeichnen, sich dieses Wort verstehen; denn während sie eine unbedingte Freiheit für sich selbst verlangen, wollen sie Andersgesinnten oft nicht einmal erlauben, nur ihre Ansichten auszusprechen. Im höchsten Grade gefährlich für ganz Deutschland ist dieses Verfahren in Frankfurt und Berlin, wo man vermittelst der großen Masse durch das Einschüchterungs-System Gewalt auf die Beschlüsse der National-Versammlung auszuüben sucht, was manchen Abgeordneten in Hinsicht auf seine Familie veranlassen mag, gegen seine bessere Ueberzeugung zu stimmen, um sich nur keinen Mißhandlungen auszusetzen. Die berliner Klubs sprechen offen aus, daß Blut fließen muß; in Wiener-Anschlägen droht man mit der Guillotine, und Bilder, Minister an Laternen-Pfählen hangend vorstellend, werden öffentlich verkauft. In Frankfurt will man Hechicher zerreißen, weil er sich entschieden für die Genehmigung des Waffenstillstandes ausgesprochen hat u. s. w. Die beiden National-Versammlungen werden am Ende ihre Verlegung an kleine Orte, z. B. Weglar und Brandenburg, beschließen müssen, damit die Abgeordneten nur frei berathen und nach ihrer Ueberzeugung stimmen können. Allerdings läßt sich mit voller Gewißheit erwarten, daß die Linke, sowohl in Frankfurt als in Berlin, sich entschieden gegen eine solche Ortsveränderung aussprechen wird, denn sie verliert dann die Aillieren, auf deren Beistand sie sich bedingungsweise stützt; wenn sie aber, wie sin diesen Falle, das Wohl des Ganzen gibt, so muß jede Regierung, gestützt von der Majorität, die Entschiedenheit haben, eine solche Maßregel auch gegen den Willen der Linken zu fassen und auszuführen; sie würde von allen Deutschen, denen das Wohl des Vaterlandes wahrhaft am Herzen liegt, mit Freude begrüßt werden. Möge man sich in Frankfurt, Wien und Berlin endlich daran erinnern, daß die erste französische Revolution erst dann einen Kulminations Gang nahm, und zur Schreckensherrschaft wurde, als sich Robespierre, Danton ꝛc. auf die fanatisirten Massen des pariser Volkes stützen konnten! Doch diese eine Maßregel, so nothwendig sie auch ist, kann uns allein noch keine Hülfe bringen. Es ist nicht abzuläugnen, daß eine Menge republikanisch Gesinnter in Deutschland sind, die bei der bei Weitem überlegenen Majorität die Republik um jeden Preis aufrechten wollen. Diese Republikaner sind äußerst thätig und eifrig bemüht, immer mehr Anhänger zu gewinnen. Das Landvolk suchen sie durch Vorspiegelungen von Steuerfreiheit, die Arbeiter in den Städten durch kommunistische Ideen zu republikanisiren zu machen; ja, es ist ihnen, leider! sogar schon gelückt, Soldaten durch Vorspiegelungen mancherlei Art von ihrer Pflicht abwendig zu machen. Die Presse wird dazu benutzt, um die einzelnen Vorgänge der Revolkit ins Licht zu stellen, es wird über Reaktion geschrien, die Regierungen und deren Absichten werden verdächtigt; doch ganz besonders wird dahin gewirkt, Preußen zu Grunde zu richten, wozu eine kleine Partei, die in der „Rhein- u. Mosel-Ztg.“ ihr Wesen treibt, den Anarchisten den größten Beistand leistet; doch da das nicht so schnell gehen will, trotz der Waffenstillstands-Frage, die nicht zu Gunsten Preußens ausgebeutet worden ist, so wird dahin gearbeitet, die Arbeitslosigkeit und dadurch die allgemeine Noth zu vergrößern; denn reichen die Hülfsmittel der Regierungen nicht mehr zu, der Noth der großen Masse abzuhelfen, so läßt sich mit Sicherheit darauf rechnen, daß dieselbe willig den Arm dann bieten wird, die bestehende Ordnung umzustürzen, und die Freiheitsapostel, die ihr zu allen heiligen Gütern verhelfen soll an die Spitze zu setzen. Leider muß man eingestehen, daß die Freunde der konstitutionellen Monarchie und der wahren Freiheit diesem Treiben sorglos zusehen, und werden nicht bald ernste Mittel von den Regierungen ergriffen, um die Berathungen über die verheißene Konstitution schnell zu einem Resultate zu bringen, und dauern diese Unthätigkeit fort, so werden wir zuletzt Alle vom Strudel ergriffen und verschlungen werden. Ein sicheres Mittel, allen Unruhen vorzubeugen, mit Wort und That für die Erhaltung der Ordnung und die Belebung des allgemeinen Vertrauens thätig zu sein, wäre es, wenn endlich das Gesetz erlassen würde, daß jede Gemeinde für die Beschädigungen, die bei Straßen-Auflaufen an öffentlichen und Privat-Eigenthume stattgefunden haben, verantwortlich gemacht würde; daß jeder sich zu seine eigenen Kosten für die Beschädigung und den Unterhalt seiner Arbeiter zu sorgen hat und für seine Sicherheitswachen selbst bezahlen muß. Ist das erst gesetzlich festgestellt, so werden die Bürger Berlins, das seit dem März durch die Einsicherung der Artillerie-Magazine und der königl. Gießgießerei, durch die Plünderung der Zeughauses, seine unbeschädigten Waffen und Munition und Kanonen in seiner Gewalt hat, 20 Mill. Thlrn. verursacht und außerordentlich auf die Demoralisirung des deutschen Volkes eingewirkt hat, sich endlich ermannen, jenen umwürdigen, verächtlichen Treiben daselbst thätig entgegen zu treten und für die Herstellung der gesetzlichen Ordnung thätig zu sein. Möchten doch diese Vorschläge nicht unbeachtet und ungehört verhallen, sondern alle wahren Patrioten ernstlich dahin wirken, Deutschland vor dem Untergange zu bewahren!

Am 18. Sept. fand das Frankfurter Attentat Statt, am 21. machte Struve seinen Einfall in Baden und hoffte am 25. in Karlsruhe zu sein; auf dieselbe Zeit war ein Aufstand in Rastatt angelagt; am 23. erklärte das würtembergische Ministerium, das Frankfurter Attentat liege mit verabredeter Gleichzeitigkeit mit ähnlicher Art in Würtemberg, Baden, Hessen ꝛc. zusammen und man erwartete in den nächsten Tagen einen Aufruhr in Stuttgart; auf den 25. war allgemein ein Aufstand in Berlin vorausgelagt; auf den 25. erwartet ganz Wien mit ängstlicher Spannung eine neue Revolution; auf den 28. erklärte der Minister Doblhof einer Prager Deputation, es sei ein Aufstand in Prag angelagt; am 25. endlich wurden in Köln unter Leitung fremder Emissäre Barrikaden gebaut. Ich überlasse Jedem, seine Schlüsse aus diesen nackten Thatsachen zu ziehen. Wenigstens wäre auf dem Erdboden kein gesetzloseres Volk als das deutsche aufzufinden, wenn jene Facta in keinem inneren Zusammenhange ständen.

*) Nach einer Bekanntmachung der Expedition beträgt der Preis für ganz Deutschland 1 fl. rhein.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 29. Sept. 5proz. Metall. 78⅛, 4proz. 62, 3proz. 47, 2½proz. 41. 1834r 500 fl.-Loose 128. 1839r 250 fl.-Loose 67. Bankaktien 1086. Nordbahn 104½. Glogazer 94. Hamburg-Mailand 70. Budweis —. Livorno 65¼. Pesth 64. Sienna 54. Apenninenbahn 93⅝.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Dienstag, 3. Okt.: „Der Freischütz", Oper von C. M. v. Weber.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. v. Neawal, von Wien. Dr. Henke, von Erlangen. Ewert, Professor, von Genf. Sinter, Professor, von Bern.

Hotel Maulik. Fürst Windisch, Oberstleutenant, von Wien. Mader, Gutsbesitzer, von Hamburg. v. Freyberg, Major, von Kaufbeuren. Dr. Mailler, von Fiedberg. Frhr. v. Junker, Gutsbesitzer, aus Preußen. Gulich, Oekonom, von Hamburg. Dr. Paur, von Frankfurt. Buob, Privatier, von Kissingen. Bergstetten, Privatier, von Kuweiter. Dr. Härlin, von Ulm. Pettenius, Kaufmann, von Freising. Moeritel, Privatier, von Augsburg.

Gold. Kreuz. Thomas, Partikulier, von Graz. Weber, Regierungsrath, von Landshut. Haller, Professor, von Pallan Sperrer, Gutsbesitzer, von St. Gallen. Liebeman, Geometer, von Lindau. Schreiber, Privatier, von Augsburg. Kröner, Privatier, von Neuburg. v. Schriar, Assessor, von Berlin. Dr. Aman, von Hamburg. Scholler, Beamter, von Jansbruck. Weinbach, Großhändler, von Zürich. Kunß, Maler, von Leipzig.

Gold. Hahn. Baron v. Sazenhofen, Rittmeister, von Rottenhof. Dr. Waltmann, von Berlin. Sturz, Privatier, von Eichstätt. Bonn, Kaufmann, von Mannheim. Linz, Oberlehrer, von Moosburg. Mayer, Beamter, von Weisenhaun. Graf v. Sudoff, Major, von Potsdam. Baron v. Bartenfels, Hauptmann, von Magdeburg. Steinberger, Professor, von Dorpat. v. Bigleben, Rentier, von Salzburg. Kanzler, von Ulm. Dr. Heyman, von Augsburg. Jäger, Antmann, von Augsburg. Marienschädel, Bauunternehmer, von Straubing.

Blaue Traube. Dr. Frosst, Domkapitular, von Regensburg. Hauber, Privatier, von Bayreuth. Kohler, Archivar, von Würzburg. Burger, Partikulier, von Aalen. Kieser, Fabrikant von Basel. Graf Sasky, von Wien. Eisenried, Oberstleutenant, von Augsburg. Dr. Kraak, Gerichtsrath, von Weißenburg. v. Mößler, Partikulier, von Augsburg. von der Often-Sacken, von Stettin. Seefeld, Bürgermeister, von Feldkirch. Hertel, Rechtsrath, von Kronach. Eichhorn, Landgerichtsrath, von Gunzenhausen. Herbiker, Dr. med., von Erlangen. Pfefferle, Advokat, von Altötting. Graf Reilmann, Rentmeist, von Wien.

Stechinsgarten. Straßmayr, Prälest, von Neuburg. Gutrom, Studirender, von Breslau. Amit, Dr. philos., von Wien. Fischer, Privatier, von Konsten. Brand, Landgerichtsassessor, von Donauwörth. Kaiser, Architekt, von Frankfurt. Bley, Färber, von Kaufbeuren. Ehrenmiller, Müller, von Kaufbeuren. Apfe, Färber, von Kaufbeuren.

Gestorbene in München.

Franziska Karolina Mösi, königl. Generalsbirochter, 23 J. a. Franziska Bauer, Taglnachtersgattin, 76 J. a. Anna Staudinger, Maurerstaun, 58 J. a.

---

147. (3a)

Renten-Anstalt
der
Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Die VII. Jahresgesellschaft zählte am Schlusse von 1847 ein Einlage-Kapital von fl. 29,225 und es hat sich dasselbe im Laufe des Jahres 1848 nicht unbeträchtlich vermehrt. Trotz der Ungunst der Zeitverhältnisse wird man also erwarten dürfen, daß diese Gesellschaft gegen den Jahresschluß hin zur Konstituirung erforderliche Größe erreichen werde. Die Bank-Administration lobet daher die Stetigkeit ein, ihre Einlagebeiträge bis längstens Ende November entweder direkt bei den Bank-Kassen in München und Augsburg, oder bei den an allen bedeutenderen Orten aufgestellten Agenten einzuzahlen.

Da die dauer. Renten-Anstalt voller der Garantie der Bank sich einer Sicherheit erfreut, wie keine andere ähnliche Anstalt, so wird sie in dieser schwierigen Zeit auch ein besonderes Vertrauen aufrechen dürfen, wenn sie gleich die Hoffnungen derer nicht zu verwirklichen vermag, welche von einer kleinen Einlage gleich in den ersten Jahren eine bedeutende Rente erwarten. Die Renten-Anstalt hat die Bestimmung, für die späteren Jahre des Lebens eine Vorsorge zu treffen, unabhängig von Unglücksfällen und Zufälligkeiten; dieses Ziel wird sie auch erreichen, aber sie bedarf dazu der Zeit, und man muß daher mit Geduld die Wirkungen abwarten, welche die Grundbestimmungen in Anspruch stellen.

München 28. September 1848.

Die Administration der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.
Franz Xaver Riezler,
Direktor.

Bekanntmachung.

Die Kunstausstellung betreffend.

110. (f) Die Ausstellung von Werken lebender Künstler, welche in dem der Glyptothek gegenüber liegenden Kunstausstellungsgebäude stattfindet, ist ohne Ausnahme täglich von 10 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags geöffnet.

Zugleich wird bemerkt, daß seit Beginn der Ausstellung mehrere vorzügliche Werke der Malerei und Bildnerei, die damals noch fehlten, nachträglich eingetroffen sind.

Bekanntmachung.

142. (3b) An der unten benannten Anstalt werden die Prüfungen am Elatrite in das Gymnasium und in die erste Klasse der lateinischen Schule am 17. und 18. Oktober l. Js. gehalten. Die Schüler welche sich denselben unterziehen und überhaupt an dieser Anstalt übertreten wollen, haben sich bis zum 16. Oktober zu melden und ihre Zeugnisse vorzulegen.

München, am 30. September 1848.

Königl. Rektorat des neuen Gymnasiums und der lateinischen Institutsschule.
P. Gregor Hofer,
Rektor.

P. Placidus Lacense,
Instituts-Direktor.

---

150. (2a) Montag den 16. Oktober l. Js. Vormittags 11 Uhr werden bei unterzeichnetem Amte die in dem ganzen künftigen Etatsjahre 1848 49 sich ergebenden Papierstempel öffentlich versteigert, und die nähern Bedingungen den Kaufsliebhabern eröffnet.

München den 1. Okt. 1848.

Königl. Haupt-Münz- und Haupt-Stempel-Amt.

---

72. (m) Man wünscht für zwei Knaben einen Hofmeister katholischer Religion, der ganz geübt französisch spricht, und nicht nur deutschen und lateinischen, sondern auch Unterricht im Klavier zu geben versteht.

D. Nähr.

---

143. (2b) Ein neuer Bronnne zum Zurückschlagen, und eine neue Kalesche mit den erforderlichen Reiserequisiten, sind zu verkaufen. Das Nähere bei der Expedition dieses Blattes.

Tausch-Gesuch.

148. Ein königl. bayer. Rechtsanwalt in einer gewerbsamen Landstadt, dessen Praxis ihn und sein Komplexionen vollständig befriedigt, wünscht aus persönlicher Vorliebe zum Staatsdienst sich mit einem königl. Kreis- und Stadtgerichts-Assessor oder königl. Fiskalats-Aspiranten zu vertauschen. Hierauf Reflektirende wollen sich des Näheren wegen in frankirten Briefen mit der Chiffre E. B. an die Expedition dieses Blattes wenden.

Stelle-Gesuch.

140. (2b) Ein in allen Administrativgegenständen, dem Notariat, Konstitutions- und Hypothekar-Wesen vollständig kundiger Landgerichts-Oberschreiber sucht in gleicher Eigenschaft anderweitig Stellung. Das Nähere durch die Expedition.

Bekanntmachung.

136. (2b) Der getertigte Stadtmagistrat hat nach erholter hoher Regierungsgenehmigung im Einverständniß mit den Gemeindevollmächtigten beschlossen, einen rechtskundigen Stadtschreiber in provisorischer Eigenschaft aufzunehmen.

Demselben wird ein jährlicher Gehalt von 600 fl. und freie Wohnung zugesichert. Wer Lust trägt, sich um diese Stelle zu bewerben, hat sein Gesuch mit den vorgeschriebenen Zeugnissen binnen vier Wochen a dato bei dem gefertigten Magistrat einzureichen.

Am 23 Sept 1848.

Magistrat der königl. Stadt Burghausen.
Der kunktionirende Bürgermeister:
Joseph Pamel.

Oeffentliche Ladung.

Großauer Pfarrhofbau-
Rekutionsgläubiger

149. Da bei sämmtlichen Depositorium liegen schon seit vielen Jahren Gelder unter dem Rubrum: „Großauer-Pfarrhofbau-Rekutionsgelder" hinterlegt, welche im Jahre 1837 zur Staatsschuldentilgungskasse eingeliefert wurden, und nunmehr 460 fl. 43 kr. betragen

Es erscheint, daß diese Gelder ein Rest mehrerer durch Stiftungen getroffener Vorschüsse behufs der Wiederbauung des im Jahre 1794 abgebrannten Pfarrhofes zu Großau sind.

Die angestellten Recherchen nach den Eigenthümern haben bis jetzt nur ergeben, daß die Stiftung St. Pongraz am Karlstein, Landgerichts Rechenhall, im Jahre 1792 zu genanntem Zwecke einen Vorschuß von 300 fl. geleistet, und hievon nur den Betrag von 300 fl. rückvergütet erhalten habe, wobei diese Stiftung an nur. Depositum den Betrag von 200 fl. angeworfen hat. Für den Rest dagegen wurden noch keine Ansprüche erhoben, weshalb hiemit Jedermann, der an nahr. Depositum Ansprüche machen zu können glaubt, und sie noch nicht angemeldet hat, andurch aufgefordert wird, dieselben binnen

vier Wochen a dato

um so gewisser anzumelden, als nach Umfluß dieses Termines ohne deren Berücksichtigung weiter rechtlicher Ordnung nach verfügt werden wird.

Den 26. Sept. 1848.

Königl. Landgericht Traunstein.
v. Schmid,
königl. Landrichter.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Reaktion und Anarchie.

(Schluß.)

Und woher kommt dieser auffiehende, das Wohl und die Zukunft unseres Vaterlandes schwer bedrohende Geist? Sind diese beklagenswerthen Erscheinungen die Folgen einer Krankheit, einer Zerrüttung, welche den Körper, das innerste Mark unseres Volks am Stocke ergriffen hat, oder nur die Symptome einer vorübergehenden Benauschung, in die ein Theil des Volkes geschleudert worden wird, die aber, oft wiederholt, doch auch zur bleibenden Zerrüttung führen müßte? — Armuth, Nahrungslosigkeit — das ist allerdings der Boden, auf welchem, zumal bei Mangel und Erschlaffung der sittlichen Kraft, bei Verneinung der ersten sittlichen und Rechtsbegriffe, die Anarchie leicht aufwuchern kann; und wir Alle wissen, daß trübe, schwere Zeiten für Tausende über unser Vaterland hingegangen sind; daß Mißwachs, Theuerung der ersten Lebensmittel, Stocken der Gewerbe zahllose Familien in Sorgen und Kummer versetzt und niedergedrückt haben; und die seit 6 Monaten uns zu Theil gewordene Freiheit hat für jetzt das Füllhorn des Ueberflusses noch nicht über uns ausgegossen, hat vielmehr, da sie selbst die Folge gewaltiger Umwälzungen und Erschütterungen war, für den Anfang die materielle Verarmung noch erhöht, hat manche zum Theil bedeutende Opfer gefordert. Aber schon sind doch Grund und Boden von drückenden Lasten befreit, schon sind Vorbereitungen getroffen zur Erleichterung, Hebung und zum Schutz der leidenden Gewerbe und Industrie, und schon haben, bei dem reichen Segen des Himmels, welcher dies Jahr faſt durchgehends die Mühe des fleißigen Landmannes und Weingärtners belohnt, die Klagen über Nahrungs- und Arbeitslosigkeit etwas nachzulassen begonnen: aber der „demokratische Geist“, wie man sich euphemistisch auszudrücken beliebt, regt sich und tobt ärger als je — genährt und aufgestachelt von Leuten, die in solchem Treiben ihre Lebensaufgabe und ihr höchstes Glück zu finden scheinen, die den Bürger nie zur Ruhe, nicht zum besonnenen, erhobenen Genuß der gewonnenen Rechte und Freiheiten, zu ungestörtem Erwerb, die Staaten nicht zur gedeihlichen Entwicklung einer neuen Ordnung und befriedigenden Institutionen, Deutschland nicht zur Einheit kommen lassen wollen, so laut sie auch von Volksbeglückung, vom vollkommenen Staat und von der Einheit Deutschlands deklamiren und schreien. Sehen wir uns in ganz Deutschland um, wer die Leute sind, welche alle Rechtsbegriffe verneinen und höhnen, die gesetzliche Ordnung untergraben, die Demokratie, d. h. die republikanische oder die rothe Republik als unausbleibliche Nothwendigkeit und als Universalheilsmittel für alle materiellen und moralischen Schäden und Leiden der Völker ausposaunen, so finden wir: es sind meist entweder junge, unreife Menschen, die aus dürftigen geschichtlichen Kenntnissen und Einbildung und aus unverdauten politischen oder utopischen Systemen, ohne Erfahrung, Weltgeschäftigkeit und Ernst des Nachdenkens das Kartenhaus ihres Staats in der Idee erbauen, oder die, ohne Etwas gelernt zu haben, als Lehrer der Völker und Weltverbesserer aufzutreten sich berufen wähnen; oder es sind Ehrgeizige, die auf diesem Wege am leichtesten, und wie sich Manche einbilden mögen, am raschmöglichsten zum Ziel ihrer Wünsche, zu Macht, Ansehen, Reichthum zu gelangen trachten; oder es sind Solche, die mit ihrem Schicksal und der Welt, mehr oder minder durch eigene Schuld zerfallen, in allgemeinem Umsturz und Zerrüttung ihres Glücks, oder den selbstsüchtigen, verruchten Trost eines allgemeinen Ruins suchen, Leute, die schiffbrüchig im Leben, über die Experimente scheiten, die man mit den Völkern mache, selbst aber das verzweifelste Spiel mit dem Glück und Leben von Tausenden nicht scheuen; nirgends aber sind es Männer, deren thätiges Leben durch Besonnenheit, Nüchternheit, Arbeitsamkeit und Pflichttreue in ihrem Kreise, durch Opfer, die sie auch reiner Liebe dem Vaterlande gebracht, Ansprüche auf Vertrauen zu ihrem Charakter machen könnten; nirgends Männer, denen sich nachrühmen ließe, daß sie im Kleinen ihre Treue bewährt, ihre Tüchtigkeit zum Großen bewiesen; nirgends Männer, die durch Anerkennung ihrer Gaudmessen, ihrer Familie, ihrer Gemeinde ihren Beruf zu Gesetzgebern, zu Führern und Beglückern des Volks beurkundet hätten. Mögen dies Diejenigen beherzigen, welche den verführerischen Lehren der Anarchie ein allzu williges Ohr leihen; mögen sie auch dem Lebendigen, aus dem Charakter jener Menschen einen Schluß ziehen auf die Reinheit ihrer Absicht, die Lauterkeit ihrer Zwecke, die Solidarität ihrer Worte und Thaten!

Aber außer Acht lassen, verschweigen dürfen wir auch das nicht, daß ein schwerer Theil der Schuld, den Samen der jetzt in Blüthe stehenden Anarchie ausgestreut zu haben, auf derjenigen Politik lastet, welche dreißig Jahre lang erdrückend, jedem freien und vaterländischen Aufschwung des Geistes, jede unabhängige Gesinnung anfeindend, lähmend und verkümmernd, in Deutschland gewaltet, und wie nicht minder Manche geboren sind aus der Sorge für den Wohlstand Deutschlands ungebührlich vernachlässigt, gerechte und dringende Forderungen zurückgewiesen, schreiende Bedürfnisse verkannt hat; die mit einem ehernen Netze, dessen Fäden im Kabinet Metternichs zusammenliefen, Deutschland umschlungen hielt: auf diese 30jährige Politik fällt ein großer Theil der Verantwortlichkeit dafür, daß jetzt auf einem Theil des deutschen Bodens der Geist des Sklaven vom „Sklaven, wenn er die Kette bricht,“ seine Anwendung findet.

Wohin die anarchischen Lehren und Aufhetzungen führen, haben wir an den Gräuelszenen in Frankfurt a. M. noch frisch in Aller Gedächtniß haften. An ihren Früchten soll Ihr sie erkennen! — An ihrer nackten Scheußlichkeit und zugleich in ihrer, nach dem neu pulsirenden Herzen der deutschen Nation selbst mit tödtlicher Waffe zielenden Frechheit, in der ganzen Verruchtheit ihres Zwecks und ihrer Mittel hat sich dort die anarchische Gesinnung großenbart. Hoffentlich wird die eingeleitete Untersuchung umfassende Aufschlüsse geben über den Zusammenhang dieser Frevelthat, die offenbar nicht ein vereinzelter Ausbruch der durch den Waffenstillstand mit Dänemark verletzten und erbitterten „Ehrgefühle“ war, wie man uns jetzt vor manchen Seiten her glauben machen möchte, — welches Ehrgefühl, das sich in Schandthaten Luft macht! — Ausschluß geben über die Fäden eines, wie es scheint, weitverzweigten Komplottes, über die urſprünglichen Anstifter, die sich vielleicht ganz von der That entfernt bielten und jetzt einander feuchtfröhlich in die Verdammung einstimmen, aber allmälig von der schichtenweis Vertheidigung bis zur enthusiastischen Lobpreisung — wie in Köln! — emporsteigen. Eine Faktion, welche solche blutige Frevel gegen Einzelne und gegen die Nation anstiftet oder gutheißt, hat sich selbst moralisch gerichtet und vernichtet; alle politischen Ueberzeugungen müssen sich von ihr, wie von der Pest, abwenden und zurückziehen. Aber unsere Hoffnung auf Deutschlands Wiedergeburt, auf seine Einheit, Freiheit und Größe, unser Glaube an seine Würzigkeit zu belleben unter den großen Nationen, müßte auch dann tief sinken, wenn die Gethatlthelt, der Widerstreit der politischen Ansichten die sittliche Entrüstung über jene Thaten bei Vielen bis zur lauen Mißbilligung abzuschwächen vermöchte, wenn der Unterschied der Stände, die Gehässigkeit der Volksstämme gegen einander, der Kampf um politische Grundsätze den Ausbruch der empörtesten Menschlichkeit in Vielen unterdrücke oder dämpfte! Wenn dies der Fall wäre, dann freilich hätte das Frankfurter Attentat nicht blos einen tödtlichen Streich gegen das Vaterland versucht, sondern es hätte zugleich die unheilbare Krankheit Deutschlands enthüllt!

Und was sollen wir nun thun? Etwa ruhig, schweigend zusehen, und mit fatalistischer Ergebung den Dingen den Lauf lassen? In unserm Innern, oder mit einigen Gleichgesinnten zusammenstehen, in der Stille billigen und mißbilligen? Nein! So wenig wir uns anmaßen dürfen und wollen, die Regierung und die Volksvertreter zu leiten und zu bevormunden, so wenig dürfen wir andererseits in blindem, thatlosem Vertrauen die Hände in den Schooß legen. Wir müssen eine freisinnige Regierung, eine volksthümliche Ständeversammlung stark und gesetzlich machen, und dies thun wir, wenn wir selbst den Gesetzen gehorchen und thun mit Ernst und Nachdruck bei Andern Achtung und Geltung verschaffen; wenn wir sprechen und handeln, wo unsere Pflicht als Bürger, wo die Ehre Deutschlands, nicht blos wo das Gesetz und dazu auffordert; wenn wir die Anarchie in der Presse namentlich, statt sie thatsächlich, wenn auch nicht mit Gewalt, bestimmung, in ihrem unwürdigen, schmutzigen Treiben und zurückweisen, ihr nöthigenfalls furchtlos, mit der entschiedensten Kraft der Wahrheit entgegentreten, wenn wir selbst aller Halbheit absagend, die Schwankenden, die Verführten belehren, warnen, von der Bahn des Verderbens zurückrufen; wenn wir mit den Lehren und Bestrebungen, die wir als verderblich erkannt, nicht liebäugeln und schönthun, sondern offen bekämpfen. Vor Allem aber, machen wir die Regierung, die von welcher die Erhaltung und Entwicklung der gesetzlichen Freiheit erwarten und verlangen, machen wir sie stark, nicht durch ein blindes und müßiges Vertrauen, sondern durch ein freudiges, einsichtsvolles, thatbereites Vertrauen, das da nicht blos von ihr Schutz erwartet und sie überall allein sorgen läßt, sondern ihr entgegenkommt und ihr zum Halt bietet.

In der That, der Natur der Sache liegt es, daß wir eine solche hattige Thätigkeit und Wirksamkeit entwickeln, wie diejenigen Vereine, welche der Regierung ihre Kraft erleichtern oder gar abnehmen zu müssen glauben, welche dem Ministerium und den Ständen den einzuschlagenden Weg vorzeichnen und „das Volk“ beständig in Athem erhalten. Wir wollen mit einem volksthümlichen, freisinnigen, einsichtsvollen Ministerium gehen, hinter welchen wir keine Männer erblicken, welche das Volk mißbrauchen, keine Verräther an Staat und Freiheit, welche das Vertrauen des Staates ergreifen sehen würde, wir wollen nicht ihm voranellen, nicht es führen, nicht es mit angeblichen Volksforderungen bestürmen oder mit Drohungen einschüchtern; aber wir wollen nicht mit geschlossenen Augen und hinter ihm her schleppen; wir wollen und müssen uns mit lebendigster Theilnahme für die Aufgaben der Regierung, der Stände, der Nationalversammlung interessiren, und erfüllen unsere Pflichten treu und ernst, wenn das Vaterland Wohl und Wehe betrifft; wir wollen die Stimme des Bedenkens, der Abmahnung und Warnung so wenig unterdrücken, wo Pflicht und Ehre es erheischen, als die Stimme der Aufmunterung, der Anerkennung, der Dankbarkeit; wir wollen zeigen, daß wir noch uns rüstig sind, daß weder die Reaktion, mit der man immerdar so viel, noch die Anarchie mit der man so viel zu schaffen kann, uns schüchtern, halb und verzagt finden soll. Wir, die aufrichtigen Freunde der wahren, der gesetzlichen Freiheit, wir werden, weil die weit aus überwiegende Mehrzahl unserer Mitbürger unserer Sache zugethan ist, alle reaktionären Gelüste und Versuche zurückscheuchen und vereiteln, wir werden der frechen Attentate der Anarchie uns erwehren und diese bekämpfen und niederhalten — unter Verhältnissen, wo nicht wir allein durch thatloses Stehenbleiben in der Mitte zum Ziele zu gelangen, mit der Hoffnung und beliigend, die eine Partei durch die andere überwunden zu se

riehen und zermalmt werden. Aber wenn wir, unser Ziel, die Einheit und die geordnete Freiheit Deutschlands unverrückt im Auge behalten, fest und besonnen vorwärts schreiten, kann werden wir — fällt nicht von Deutschland sein Genius ganz gewichen ist, — das Feld behaupten mit dem Wahlspruch: Das Eine, das geschieht, was Deutschland über Alles! — wir dürfen dies hoffen, nicht nur weil die Mehrzahl auf unserer Seite steht, sondern auch darum, weil wir den ungeheuren moralischen Vortheil haben, daß, während die Reaktionäre wie die Anarchisten ihre geheimsten Wünsche und Oeffnungen noch immer, unser im Augenblicke des gelungenen Schlages, mehr oder weniger verhüllen und bemänteln, eine doppelzüngige, zweideutige Sprache führen, die Waffen der Heuchelei gebrauchen müssen, daß wir offen und frei die Wahrheit bekennen, unsere Fahne ungescheut entfalten dürfen, deren Farbe wir nicht von Zeit zu Zeit zu ändern, so wenig als unser Glaubensbekenntniß von Monat zu Monat umzuschreiben brauchen, weil wir nicht verschwiegen und in den Mantel der Nacht, der Heimlichkeit und Lüge hüllen müssen, was wir wollen, und dürfen und wollen, was wir verschweigen müssten.

(Schw. M.)

Deutschland.

Baden. — In Freiburg war am 29. Sept. die offizielle Nachricht eingetroffen, daß unter dem Kommando des k. württembergischen Generals Miller ein Korps von 20,000 Mann Reichstruppen in Freiburg und der Umgegend zusammengezogen werde. Man erwartete daselbst den General bereits am 30. Sept. — An demselben Tage wird das standrechtliche Gericht in Mülheim seine Wirksamkeit beginnen. Man will von Seite der Juristen behaupten, daß auf Grund des Standrecht nicht angewendet werden könne, indem er bereits 24. verbeißet, das Standrecht aber erst am 26. verkündet worden sei. — Am 28. Abends ist die Leopoldshöhe, die Schusterinsel und das Dorf Weil mit badischem Militär besetzt worden.

(Karlsr. Z.)

Großh. Hessen. — **Darmstadt**, 29. Sept. Herr **Kinscherf**, radikal-demokratischer Mitglied unserer zweiten Kammer, ist hier gefänglich eingebracht worden, beschuldigt, bei der Zerstörung der Eisenbahn bei Weinheim mitgewirkt zu haben.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Waldeck. Der Trier'schen Ztg. zufolge ist die Fürstin von Waldeck aus Pyrmont verstagt worden. Sie hat sich zu ihrem Schwiegervater, dem Fürsten von Bückeburg begeben.

Preußen. — ⊙ Berlin, 29. Sept. Die Nationalversammlung hatte heute, wie zu erwarten war, von Petitionen gegen den Belagerungszustand zu Köln wieder. Zwei Kölner Advokaten und ein Arzt von dort (Schier, Borchert und Reis) sind zweiter daselbst. Die Kölner der Festigkeit und Energie des dort befehligenden Generals, der ihnen Ruhe und Sicherheit der Personen und des Eigenthums wiedergab, Beifall und Dank sollen. Diese drei Herren beantragen heute kurzweg: 1) das Staatsministerium aufzufordern, diejenigen Bestimmungen der Kölner Kommandantur, durch welche gesetzlich garantirte Grundrechte der preußischen Staatsbürger vernichtet (?) worden, aufzuheben; 2) das Staatsministerium aufzufordern, den Belagerungszustand in der Stadt Köln aufzuheben, und 3) die beiden Generale, welche die Rechte des preußischen Volkes angegriffen (?), in den Anklagestand (?) zu versetzen." Davon, daß die Barrikadenmänner die rothe Fahne aufgesteckt, daß sie — ohne Zweifel zur Wahrung der Rechte der preußischen Staatsbürger — Kleider- und andere Läden geplündert, davon schweigen natürlich die Herren Advokaten auch Köln: davon wußten sie doch besser die zu Köln befehligenden Generale und die Soldaten unter ihnen gleich skandinavischen Recken darzustellen. Was freilich jenem Unbefangenen ein mitleidiges Lächeln abnöthigte, und worauf die Kölner Bürger, die sich bei dem Belagerungsstande ganz behaglich zu fühlen scheinen, die beste Antwort geben können. Der Ministerpräsident, General **Pfuel** und die Minister **Eichmann**, **Bonnin** und **Kisker** waren für die so majisch als ungerecht angegriffenen Generale kräftig in die Schranken und die Versammlung schnell endlich auf den Antrag von **Parrisius** (wenn man noch nicht gehörig unterrichtet ist) über alle drei Anträge zur motivirten Tagesordnung. — Der Gen. Cavaignac soll in einer Note unserer Regierung die Zusicherung gegeben haben, daß die französische Regierung in keiner Weise anarchische Bestrebungen in den Nachbarländern fördern werde. — Bis heute Mittag sind 1704 Cholerafranke angemeldet, davon 1012 gestorben, 302 genesen, 390 in Behandlung.

Im Großherzogthum Posen scheinen sich nach Berichten der Allg. Z. die Verhältnisse ziemlich trübe zu gestalten. Die Polen rotten sich zusammen und nehmen eine drohende Haltung an. In der Festung Posen wurden bereits alle Vorkehrungen für einen ausbrechenden Kampf getroffen.

Oesterreich. — * Wien, 29. Sept. In meinem gestrigen Schreiben habe ich Ihnen bereits die Siebzerberufung des Grafen Wickenburg, Gouverneurs von Gratz mitgetheilt, und auch sag man hiemit allerlei Kombinationen verbinde. Heute erhalten diese Kombinationen einigen Halt, denn es scheint eine Ministerkrisis vor der Thüre; eine Liste, welche circulirt, enthält folgende Namen: Strobbach Justiz, Bach öffentliche Arbeiten, Graf Wickenburg das Innere und — Schwarzer Handel. — Die nächsten Tage müssen Gewißheit bringen. Man hat Briefe Banus an den Kriegsminister Latour aufgefangen, welche, wenn sie ächt sind, ein volles Licht auf das Verhältniß des österreichischen Ministeriums zu den Banus werfen. Hier ist alles gewaltig davon überrascht! — Die neuesten aus Ungarn über eingetroffenen Nachrichten melden, daß die Armee des Banus in Velenze, 7 Meilen von Ofen, stehe.

Frankreich.

* Paris, 28. Sept. Es scheint, der Prinz Ludwig Napoleon dürfte für den Fall, daß er gegenstand von Manifestationen würde, welche die öffentliche Ruhe gefährden könnten, Paris auf einige Zeit verlassen. Für diesen Fall wird er von Präsidenten Marrast Urlaub erhalten. In der gestrigen Sitzung beschäftigte sich der Prinz damit, eine Anzahl Repräsentanten kennen zu lernen, und sprach mit mehreren Mitgliedern der frühern provisorischen Regierung, unter andern mit den HH. Cremieux und Arago.

△ Paris, 28. Septbr. Die Nationalversammlung hat gestern die Frage, ob das Einkammer- oder Zweikammersystem in der Republik eingeführt werden solle, entschieden. Lamartine sprach für jenes, O. Barrot für dieses, beide vortrefflich. Lamartine erklärte selbst, daß er nur in Anbetracht der außerordentlichen Umstände, und um die ganze Kraft Frankreichs für Errichtung der Fraktionen besser zu konzentriren, das Einkammersystem jetzt verlange; in 4 Jahren werde auch er Bedenken tragen, für dasselbe zu stimmen. Jetzt hält er die Errichtung einer Art von parlamentarischer Diktatur für unerläßlich. Er vergaß nur, daß eine solche Diktatur mit einem Schlage die Gesellschaft eben so leicht verderben, als retten kann. O. Barrot erwiderte ihm schlagend, so errichte man einen permanenten Konvent, während doch der Konvent der ersten Revolution selbst sich stets nur als eine vorübergehende Ausnahmsgewalt betrachtete. Ich werde morgen auf sie meinen Beden zurückkommen. Die Nationalversammlung entschied für eine Kammer. Der Finanzminister widersprich, daß die Regierung ein neues Anlehen zu London machen wolle.

** Paris, 29. Sept. Zu Toulouse hat die rothe Republik am 23. eine Demonstration gemacht durch ein großes Bankel, dem 3200 Gäste beiwohnten, die aber zu zwei Drittheilen gar keine Idee hatten von dem, was die Veranstalter eigentlich wollten. Zuletzt durchzog ein Haufe von etwa 1200 bis 1300 Individuen die Stadt, das zu ihm von 1793 heulend und unter dem Rufen: Es lebe Barbes! Es lebe Blanqui! Nieder mit den Aristokraten! Nieder mit Cavaignac! Es lebe das Schaffot! Es lebe die Guillotine! In diesen Rufen sprach sich der Grundgedanke dieser Partei aus. — Zu Monaco (Italien) hat man am 22. die Republik und den Anschluß an Frankreich ausgerufen, während die Städte Menton und Roquebrune durch Sardinien in Besitz genommen wurden. — Eine Uebereinkunft, Venedig betreffend, soll abgeschlossen worden sein: nach derselben soll Venedig an Oesterreich, Piemont an Frankreich, Frankreich seinerseits seine Truppen dahin schicken. Die Rechte Oesterreichs auf Venedig sind ausdrücklich vorbehalten. — Von Hrn. Buvignier wurde heute in der Nationalversammlung der französischen Diplomatie in Italien der Vorwurf der Gleichnerei gemacht, den General Lamoricière zurückwies, indem er zugleich verlangte, die Versammlung solle Vertagung der von Hrn. Buvignier angekündigten Interpellationen aussprechen. Es wurde auch beschlossen. Hr. Zuccini wird morgen den Minister des Innern über die Vorgänge zu Toulouse interpelliren.

Nachschrift.

Frankfurt, 1. Okt. Das württembergische zweite Reiterregiment, welches seit dem 19. Septbr. in Frankfurt campirte, ist heute früh nach dem Großherzogthum Baden ausgebrochen. Dasselbe hat in Frankfurt das freundlichste Andenken zurückgelassen.

Die Allg. Z. meldet aus Frankfurt vom 29. die Abreise des Hrn. Heckscher auf seinen Gesandtschaftsposten in Turin. — Einem andern Berichte desselben Blatts zufolge hat sich während der Standrechtlichen Untersuchung in Frankfurt herausgestellt, daß der Plan zum Barrikadenbau schon 3 Tage vor dem Ausbruch des Kampfes gemacht worden war.

± München, 2. Oktbr. (Berichtigung.) In mehreren Blättern, und auch in der Allgemeinen Zeitung von heutigen (Nr. 276) liest man, daß in der vielbesprochenen Untersuchung gegen die Ausschußmitglieder des demokratischen Vereins dahier ein Geistlicher die Anzeige von dem bekannten Brief einem „hohen Würdenträger der Kirche" gemacht, und dieser den Minister des Innern davon in Kenntniß gesetzt habe. Diese Angabe ist durchaus unwahr. Gewissenruhig vermöchte man abzuschen, was der „Mangel politischen Takts des Ministers des Innern" (wie es in dem angeführten Artikel heißt) mit einer durch die Gerichte eingeleiteten Untersuchung zu schaffen hat, wenn es nicht zur konstanten Uebung geworden wäre, bei allen Vorkommnissen immer unter der dorthin schweren Angriff zu richten. Quo usque tandem!

Rom. Eine Bekanntmachung des Generalmajors Kaiser und Obersten Engels erklärt, daß mit Ausnahme der Kölnischen Zeitung, des Frembenblattes und der Rheinischen Volkshalle während der Dauer des Belagerungszustandes kein anderes Blatt in Köln erscheinen darf. (Mehrere der unterdrückten Blätter hatten versucht, unter verändertem Namen zu erscheinen.)

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolff'schen Buchdruckerei.

Deutsche Reichsgewalt.

Frankfurt, 30. Sept. Das Reichsgesetzblatt vom 29. Sept. enthält: Gesetz, betreffend die Verkündigung der Reichsgesetze und der Verfügungen der prov. Centralgewalt. Der Reichsverweser, in Ausübung des Beschlusses der Reichsversammlung vom 23. Sept. 1848, verkündet als Gesetz: Art. 1. Die Verkündigung der Reichsgesetze geschieht durch den Reichsverweser. Er vollzieht dieselbe durch den Reichsminister. Art. 2. Der betreffende Minister macht das Gesetz durch Abdruck in dem Reichsgesetzblatte bekannt, und stellt es zugleich den Einzelregierungen zum Zwecke der örtlichen Veröffentlichung mit. Art. 3. Die verbindende Kraft eines Gesetzes beginnt — falls es nicht selbst einen anderen Zeitpunkt festsetzt — für ganz Deutschland mit dem zwanzigsten Tage nach dem Ablaufe desjenigen Tages, an welchem das betreffende Stück des Reichsgesetzblattes in Frankfurt ausgegeben wird. Der Tag der Herausgabe in Frankfurt wird auf dem Blatte angegeben. Art. 4. Das Reichsgesetzblatt ist auch das amtliche Organ zur Veröffentlichung der Vollziehungsverordnungen der provisorischen Centralgewalt. Frankfurt, 27. Sept. 1848. Der Reichsverweser Erzherzog Johann. Die Reichsminister Schmerling, Peucker, v. Beckerath, Duckwitz, R. Mohl.

Verfügung des Reichsministeriums der Justiz vom 27. Sept. betr. die Herausgabe des Reichsgesetzblattes. Zur Ausführung der Verordnung der provisorischen Centralgewalt vom Heutigen, betreffend die Herausgabe des Reichsgesetzblatts, verfügt das Reichsministerium der Justiz, wie folgt: 1) Zur Herausgabe des Reichsgesetzblattes wird eine „Expedition des Reichsgesetzblattes" errichtet. 2) Die Expedition des Reichsgesetzblattes hat dasselbe an die Reichsversammlung, die Einzelregierungen und die Behörden der provisorischen Centralgewalt unentgeltlich auszugeben. 3) Von Privaten kann dasselbe dahier durch die Expedition des Reichsgesetzblattes und auswärts durch die Postbehörden gegen einen angemessenen Preis bezogen werden. Frankfurt, 27. Sept. 1848. Das Reichsministerium der Justiz. R. Mohl. Dr. Mereutius.

Frankfurt, 30. Sept. Wir sind in den Stand gesetzt, unsern Lesern den wesentlichen Inhalt der Note mitzutheilen, welche Gr. Rayeaux beauftragt ist, beim schweizerischen Vorort einzureichen, nachdem in Schweizer-Generalbehörde in's Gedächtniß gerufen ist, wie nach dem verunglückten Unternehmen Heckers die Flüchtlinge sich größtentheils auf Schweizer Gebiet zurückgezogen, wie sie dort, statt des Asylrechts sich durch rubiges Verhalten würdig zu zeigen, ihre Umrriebe ununterbrochen fortgesetzt und eitrig bemüht waren, den größten Theil von Deutschland gegen die gesetzlichen Behörden aufzuwiegeln, und wie Sie ferner, mehrere Male in Folge solcher offenkundigen verbrecherischen Bestrebungen die deutsche Bundesversammlung unterm 30 Juni d. J. an den Vorort gerichtet, und worin sie die Entfernung der bewaffneten Flüchtlinge aus den Grenzkantonen, wo sie sich zu organisiren und in den Waffen zu üben begannen, begehrte. In der Antwort, der Präsident des Vororts erwiderte, waren die erhobenen Beschwerden, „wie sich aus den Mittheilungen der Kantonalregierungen ergeben," als unbegründet bezeichnet und versichert, die Flüchtlinge verhielten sich im Gegentheile vollkommen ruhig, und sie unterlägen der genauen Controle der Kantonalbehörden, welche den festen Willen hätten, einen Mißbrauch des Asylrechts nicht zu dulden. Ob solche Versicherungen irgend Glauben verdienen, vermag nun Jeder zu beurtheilen. Der völlig organisirte Einfall Struve's mit bewaffneter und disciplinirter Schaar, so bald nach dem Zuzug, den Hecker aus der Schweiz erhalten, legt der Regierung des Reichsverwesers die Pflicht auf, Vorkehrungen zu treffen, wie sie die Ehre Deutschlands und seine Sicherheit erheischen. Für die auffallende Verletzung aller völkerrechtlichen Verpflichtungen nimmt das Reichsministerium „unumwundene und vollständige Genugthuung in Anspruch, und begehrt, daß ihr diese in kürzester Zeit werde." Zu diesem Ende verlangt sie, „daß von den Regierungen jener Kantone, in welchen die Organisirung und von welchen aus der Einfall der Freischaaren stattfand, ungesäumt die strengste Untersuchung und Bestrafung der schuldigen Beamten oder Behörden eingeleitet, daß alle Flüchtlinge sofort entwaffnet und inskünftigen deren Entfernung aus den Kantonen nach der Verfassung derselben eine nicht zulässig wäre, unter genaue Polizeiaufsicht gestellt werden, und daß sich bestimmt erklärt werde, welche Bürgschaften man zu gewähren vermöge, daß ähnliche Vorfälle, wie die gerügten, sich nicht erneuen. Sollte diesem Ansinnen, so fährt die Note fort, nicht in kürzester Zeit entsprochen sein, so wird die Regierung des Reichsverwesers, in dem Bewußtsein, daß sie nicht für die Unterdrückung, sondern für die Freiheit in die Schranken tritt, und daß sie nicht das schweizerische Volk, sondern nur die Verräther des Gesetzes und der Civilisation zu Gegnern zu haben verdient, alle seine eigenen Hilfsmittel erschöpfen, keren Anwendung durch die derübrten Verletzungen der völkerrechtlichen Verpflichtungen gerechtfertigt und von der Ehre Deutschlands gefordert werden." (F. O. P. A.-Z.)

Deutschland.

Bayern. — Würzburg, 1. Oct. In Folge erhaltener Weisung verließ eine Batterie des Artillerieregiments Prinz Luitpold heute morgen unsere Stadt und marschirt nach Nürnberg. (Bb. Z.)

In der am 1. Oktbr. zu Erlangen abgehaltenen Versammlung der fränkischen konstitutionellen Vereine wurde unter Anderm das Statut für den fränkischen Kreisverein festgestellt mit dem Prinzip an der Spitze: Durchführung der konstitutionellen Monarchie auf demokratischer Grundlage; Nürnberg zum definitiven Vororte des fränkischen Kreisvereins erwählt; auf Antrag des bamberger Vereins die Bildung eines Landesvereines für Bayern beschlossen und der fränkische Kreisvorort zur sofortigen Einleitung der zur Bildung des Landesvereins nothwendigen Maßregeln beauftragt. (Bamb. Ztg.)

Baden. — Das standrechtliche Urtheil, welches Struve an die ordentlichen Gerichte verweist, haben wir bereits mitgetheilt. Struve werden Morgen das Nähere hierüber nachtragen. — In Mannheim sind am 2. d. 4000 Mann Preußen aller Waffengattungen eingetrickt. Ihnen folgten 1 Bataillon Nassauer, einige Kompagnien Württemberger und am 30. wieder Nassauer. In Engen ist am 30. österreichisches Militär eingerückt. An demselben Tage wurde Struve mit seiner Frau unter Militärbegleitung nach Freiburg in's Gefängniß gebracht. Kaiserlich ist auch General Miller mit seinem Generalstabe und das 1. Bataillon des 8. württembergischen Infanterieregiments 1000 Mann stark, welches von Schleswig-Holstein zurückkam, eingetroffen. (Bd. Bl.)

‖ Siegmaringen, 29. Septbr. Mit der jungen Republik geht es schon zu Ende. Furcht und Mißtrauen — Furcht vor den wirtembergischen und bayerischen Truppen, die bereits im Anzuge sind, Mißtrauen gegen den „Präsidenten" Würth, der eigentlich ein Fasethans ist — suchen den Unterzang der so schnell und unblutig eingeführten Republik herbei. Allgemein wünscht man auch bereits die Rückkehr des Fürsten, der am 30. mit seiner Regierung in Ueberlingen eingetroffen ist, wo ihm von dem ältesten Gemeinderath Namens der Bürgerschaft voller Schutz zugesichert worden ist. Hoffentlich ist den Ueberlingener Bürgern auf eine lange Zeit die Lust vergangen, „Republik" zu spielen — denn sonst von ihnen denken bereits an eine schleunige Abreise — wahrscheinlich der Kutveränderung wegen. Ein Theil der gestüchteten Beamtenfamilien ist wieder zurückgekehrt.

Preußen. — ⊙ Berlin, 30. Septbr. Es heißt, der Ehrer'sche Antrag wegen des Kölner Belagerungsstands soll wiederholt eingebracht werden. Manteuffel will einen Antrag wegen der Schleswig-Holsteiner Frage stellen. — Neulich wurde ein Individuum, das in die Uniform eines Soldaten vom 24. Regiment gesteckt war, hier bei einer Volksversammlung auftreten, um das gute Berliner Volk glauben zu machen, die Soldaten gesellen sich den Bestrebungen unserer demagogischen Klubs bei. Jezigich gebachte man, die Soldaten selbst zu bauen zur Theilnahme zu verleiten. Dieser plumpe Anlauf ist bis jetzt glücklicher Weise ohne Zweck verblieb. Jetzt scheint man dieses Manöver ins Große treiben zu wollen. Daneben will man auch bei etwa eintretenden Zusammenstößen zwischen dem Militär und aufrührerischen Haufen Trupps, solcher falschen Soldaten in den Straßen unter die Menge sich mischen lassen, um die wahren Soldaten glauben zu machen, es seien die Truppen selbst, die Excesse begehen. Man versichert allgemein, bei einem Schneider in der Sophienstraße werden auf Rechnung der demokratischen Klubbs Uniformen in beträchtlicher Zahl zu diesem Zweck angefertigt. Auch darin haben wir wieder eine Nachäfferei von Paris. — Theodor Mundt bleibt hier, nachdem er die Annahme der ihm angebotenen Professur an der Breslauer Universität abgelehnt hat. — Die von der Leipziger Messe zurückgekehrten Verkäufer schildern das Ergebnis derselben als ziemlich befriedigend; nur in Luxusartikeln soll wenig gemacht worden sein. Auch hier bessern sich die Geschäfte etwas, und es sind bei unsern Fabrikanten nicht unbedeutende Bestellungen eingegangen.

Frankreich.

△ Paris, 29. Sept. Das Einkammersystem hat vorgestern in der Nationalversammlung zwar die Oberhand behalten über das Zweikammersystem: aber durch die Art, wie es von Hrn. v. Lamartine gegen Hrn. O. Barrot verthedigt, durch die Gründe, welche für dessen Einführung angeführt wurden, hat es nichts desto weniger einen harten Stoß erlitten, wenn es auch die Mehrheit der Stimmen für sich erhielt. Hr. v. Lamartine verlangte es in Rücksicht auf die Lage und der Gefahren, die drohenden Gefahren. Es soll dazu dienen, rascher und kräftiger die Streiche abwenden zu können, welche jeden Augenblick die Faktionen gegen die ganze politische und gesellschaftliche Ordnung zu führen auß Neue versuchen können. Das Journal des Débats charakterisirt sehr richtig, was Hr. v. Lamartine will, nämlich die verfassungsmäßige Einsetzung einer provisorischen Diktatur. Am 4 Oktober — sagte er — würde sich vielleicht Anstand nehmen, jetzt begreife ich nicht, wie man zaudern kann. Er will die ganze Kraft, den ganzen Willen Frankreichs in einer einzigen Kammer konzentriren, um die Faktionen zu zerschmettern, seien es nun jene, die Eigenthum und Familie bedrohen, oder jene, welche die Republik nur auf Assignaten und Schafsfoten stützen möchten, oder auch jene, die von der Gründer eines Kaiserthrones oder einer Gegenumwälzung träumen. Was hätte ihr — fragt Hr. v. Lamartine — in den Zuntagen mit zwei Kammern angefangen, als die Defrete der gesetzgebenden Gewalt rasch wie der Blitzstrahl dreinschlagen, als sie in derselben Stunde vorgeschlagen, erlassen, verfündet, vollzogen werden mußten? Darin liegt allerdings viel Wahres, sobald man vom Gesichtspunkte der Sache, die Lamartine ausgeht: es ist nur zu richtig, daß Frankreich für jetzt der Diktatur nicht

entdecken kann. Hr. v. Lamartine hat dies mit dürren Worten offen eingestanden, und darum will er auch nur eine Verfassung für die Gegenwart, nicht eine für die Dauer, darum will er für die Gegenwart das Einkammersystem als Werkzeug zum Kampfe, mit andern Worten den Kollektiv-Despotismus, den Despotismus in Permanenz, gerade durch die Vollgewalt einer einzigen Kammer. Das ist nun recht gut, so lange Frankreich das Glück haben wird, eine Kammer zu besitzen, in welcher Unsicht und Müßigang, Muth und Kraft, wie in der jetzigen, vereinigt sich finden und die Oberhand haben. Allein Hr. v. Lamartine hat nicht bedacht, daß auch einmal eine Kammer zusammenkommen könnte, in welcher die bösen Leidenschaften das Uebergewicht behaupten könnten. Wie würde eine solche dann von diesem zügel- und schrankenlosen Despotismus Gebrauch machen? Mit Schaudern nur kann man an eine solche Möglichkeit denken. Mit einer solchen Diktatur könnte man die guten Bürger eben so gut vernichten, als jetzt die Faktionen. Das Einkammersystem ist so ein zweischneidiges Schwert, das auch den verwunden kann, zu dessen Vertheidigung es geführt werden soll. Mit demselben hängt Alles von dem Zufalle einer augenblicklichen guten oder schlimmen Eingebung der Mehrheit ab: ein schlimmer Beschluß einmal gefaßt und schnell vollzogen ist nicht mehr gut zu machen, er gleicht der Kugel, die einmal aus dem Lauf ist, wo sie hinwalt und dem kenkenden Einflusse des Schützen entrückt ist. Die Beweggründe des Hrn. v. Lamartine für sein Votum sind unzweifelhaft rein und edel, aber Dauerhaftes läßt sich mit dem Einkammersystem nichts gründen, das haben die Vereinigten Staaten gezeigt und die erste französische Revolution selbst. Das hat auch Hr. O. Barrot in schlagender Weise in seiner Antwortrede nachgewiesen. Eben so Hr. Dufaure. Wer die Augen nur öffnen will zu sehen, dem kann diese Wahrheit nicht verborgen bleiben. Wenn man eine dauerhafte Verfassung, gleichviel sie sei monarchisch oder republikanisch, begründen will, wird man in Frankreich wie überall zu dem Zweikammersystem zurückkehren müssen. Welch trauriges Eingeständniß liegt in der Rede des Hrn. v. Lamartine für Frankreich! Nach 60 Jahren fortwährender revolutionärer Stürme und Zuckungen steht man jetzt wieder am Anfangspunkte, an dem Diktator. Das alles sind die glorreichen Errungenschaften, die Früchte der Revolution für Frankreich. Denn wie Hr. O. Barrot es ganz richtig sagte, eine einzige Kammer ist nichts anderes als eine permanente Diktatur, ein permanenter Konvent, neben welchem eine starke, unabhängige Regierung, eine vollziehende Gewalt nimmer bestehen kann. Eine einzige Kammer, ohne Gegengewicht, das mildernd, mäßigend, und wo es Noth thut, auch zügelnd ihr gegenüberstritt, wird wohl die Regierung zerstören, nie aber sie selbst ausüben können. Das alles sind die Erfahrungen, die Früchte der Revolution für Frankreich. Denn wie Hr. O. Barrot es ganz richtig sagte, eine einzige Kammer ist nichts anderes als eine permanente Diktatur, ein permanenter Konvent, neben welchem eine starke, unabhängige Regierung, eine vollziehende Gewalt nimmer bestehen kann. Eine einzige Kammer, ohne Gegengewicht, das mildernd, mäßigend, und wo es Noth thut, auch zügelnd ihr gegenüberstritt, wird wohl die Regierung zerstören, nie aber sie selbst ausüben können. Das alles sind die Errungenschaften, die Früchte der Revolution für Frankreich. Denn wie Hr. O. Barrot es ganz richtig sagte, eine einzige Kammer ist nichts anderes als eine permanente Diktatur, ein permanenter Konvent, neben welchem eine starke, unabhängige Regierung, eine vollziehende Gewalt nimmer bestehen kann. Eine einzige Kammer, ohne Gegengewicht, das mildernd, mäßigend, und wo es Noth thut, auch zügelnd ihr gegenüberstritt, wird wohl die Regierung zerstören, nie aber sie selbst ausüben können. Das alles sind die glorreichen

Nr. 84.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnements: Ganzjährig 5 fl. Halbjährig 2 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Mittwoch den 4. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 18. Einrückungsgebühren: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 4. Oktober.

Se. Maj. der König haben unterm 2. Oktober l. Js. an die Stelle des verlebten Gemeindevorstehers und Landrath Peter Häuerich von Unterbleichfeld, welcher an die Stelle des aus dem Landrathe von Unterfranken und Aschaffenburg ausgeschiedenen Gastwirths Joh. Schwinn von Goßmannsdorf als Mitglied des gen. Landrathes ernannt war, den Landrathskandidaten aus der Klasse der Grundeigenthümer ohne Gerichtsbarkeit den Gutsbesitzer Franz Bissing zu Karlshof zum Mitglied des Landrathes von Unterfranken und Aschaffenburg zu ernennen geruht.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 2. d. Mts. allergnädigst bewogen gefunden, die bei dem Wechselgerichte II. Instanz zu Bamberg erledigte Direktorstelle dem vormaligen I. Appellationsgerichts-Direktor allda Karl Schumann zu übertragen, dann auf die bei dem Oberappellationsgerichte offen gewordene Kanzleisekretärstelle den Kanzleisekretär des Appellationsgerichts von Oberbayern Johann Baptist Geßler auf sein Ansuchen zu befördern, und die bloß in Erledigung gekommene Kanzleisekretärstelle bei dem genannten Appellationsgerichte dem Appellationsgerichtsrathsdiener in Bamberg Karl Kammerdeer zu verleihen.

Se. Maj. der König haben Sich bewogen gefunden, den ordentlichen öffentlichen Professor der orientalischen Sprachen an der philosophischen Fakultät der Universität Erlangen Dr. Christoph Moriz Leonhard Julius Drechsler in Anwendung des §. 19 der IX. Beilage zur Verfassungsurkunde des Königreichs auf die Dauer eines Jahres zu beurlauben.

(Besetzungen.) Kathol. Pfarrei Jarzt, Lkg. Freising, dem Priester Michael Fumy, Pfarrer zu Gisching, Lkg. Tacha; protest. Pfarrei Gremannsberg, Dek. Sulzbach, dem Pfarramtskandidaten Joh. Georg Thein aus Erlangen; protestant. I. Pfarrstelle zu Weissenstadt, Dek. Wunsiedel, dem Pfarramtskandidaten Joh. Hartmann aus Hohenstein.

(Erledigungen.) Kathol. Pfarrei Mömlingen, Lkgs. Obernburg, Reinertrag 958 fl. 23 kr.; kathol. Pfarrei Aibach, Lkgs. Amberg, Reinertrag 611 fl. 17 kr.; kathol. Pfarrei Reutlohen, Lkgs. Sulzbach, Reinertrag 695 fl 58 kr.

Der Einfall Struve's in Baden.

Ein Privatschreiben aus Staufen (in der Kanstr. Fta.) schildert den Einzug der Reuben daselbst, wie folgt: Dem Zuge voran sprengten drei Reiter mit dem Rufe: „die Revublik und die provisorische Regierung lebe hoch!“ in die Stadt und vor das Rathhaus, wo sie von den Pferden stiegen und sich in das Innere begaben. Keine einzige Stimme erwiederte ihren Ruf; vom Rathhaus aber wurde sofort in die Kirche geschickt, wo man zur Feier der glückwünschenden Ankunft des „Standhalters“ mit allen Glocken läuten ließ. Bald darauf kam der Zug, dem wir mit ängstlichem Interesse zusahaten. Voran einige verstimmte Trommeln und eine Art greulicher Musikbande; dann der Fahnenträger mit der feuerrothen Fahne; drei Offiziere zu Pferd, alle mit rothen Schärpen und gleichfarbigen Binden, gefolgt von etwa 300 sehr gut bewaffneten Schaafschützen mit großen Bärten und wollten, dunkelbraunen Gesichtern, meistens Italienern; nach diesen wieder rothe Fahnen. Offiziere zu Pferd, und ungefähr 1500 polatisch aussehende Männer mit meist glänzenden Gewehren, alle mit rothen Binden. Nach diesen, im Mittelpunkt der republikanischen Armee, kam Blankenhorn's Kutsche mit Blankenhorn's vier Pferden bespannt, und darin saß triumphirend Madame Struve. Die Kutsche war zurückgeschlagen, und so sah man hinter der Dame ein entblößtes Schwert mit goldenem Griff, neben ihr, im Seitenschlag halb versteckt, zwei Pistolen, und auf der andern Seite saß ihre Kammerjungfer, ein hübsches Mädchen von Lörrach, die in sicht freischärlerischem Eifer ihrer Gebieterin Nichts nachgab. Madame Struve war ganz in schwarzen Atlas eingekleidet, und hatte einen Strohhut mit weißem Band und langem weißen Schleier auf dem Kopfe. In der mit weißem Glanzbandschuh gezierten Hand hielt sie eine goldene Lorgnette, mit der sie in zurückgelehnter Stellung die neuen Unterthanen und die Häuser in Augenschein nahm. Ihre Equipage hielt beim Rathhaus stehen, während die Bovangezogenen die Straße hinab bis zum Amthause postirten und sich sodann in Spalier aufstellten. Jetzt kam Struve, von seinem Generalstab zu Pferd begleitet, und nach diesen Hauptpersonen in täglicher Unordnung, mit vielen einzelnen Trommlern, rothen Fahnen, und freischärlerischen Offizieren vermengt, alle Mann, welche sich aus Liebhaberei, theils gezwungen sich dem Zuge angeschlossen hatten, zusammengenommen etwa die Hälfte des ganzen Zuges, — Alle, bis auf etwa 40 oder 50, sehr gut mit Schießgewehren versehen. Der ganze Zug aber hatte etwas so Trauriges, Leichenartiges, daß Mitleid mit diesen armen Opfern in jenem Augenblick bei mir jedes andere Gefühl überwog. Unteressen wurde der „Henker“, wie mir Struve in seinem lächerlichen Anzug, der blutrothen Schärpe und Binde, vorkam, von einigen Standhaltern in das Rathhaus begleitet, während seiner Equipage von einigen Frauen Trauben und Süßigkeiten angeboten wurden. Bald aber wurde Aller Aufmerksamkeit wieder auf Struve gelenkt, der an einem Fenster des Rathhauses mit blosem Schwerte in der Hand erschien, um an die unten Versammelten eine Rede hegann, worin er unter Anderm sagte: „Ja meine Freunde, von nun an gibt es keine Abgaben, keine Steuer, keinen Zoll mehr, — keine Armen mehr! es geben unter der neuen Regierung! So habt denn Vertrauen zu derselben, wie sie es zu Euch hat ꝛc.“ Der Enthusiasmus äußerte sich jedoch nur sehr geringfügig für so schöne Sachen, und namentlich blieb seine Armee sehr kalt dabei. Alsbald wurde das Zaurbuch gehalt, und alle Männer von 18 bis 40 Jahren aufgefordert, sich dem Zuge anzuschließen. Die Kassen mußten der neuen Regierung übergeben werden; indeß behielt sie dieselben nicht lange, und hatte der Schmerz, von hier ohne ihren Mann abziehen zu müssen. Die Einquartirung wurde natürlich auch nicht vergessen: immer 5 und 5 kamen zu uns, um sich abwechseln zu lassen. Doch muß ich sagen, daß Alle sehr ordentlich und bescheiden waren. Die Gröss. 5 junge Leute von 15—20 Jahren aus einem kleinen Orte bei Staufen, begrüßten uns mit wehmüthiger Freundlichkeit, indem sie zu Jedem von uns gingen und mit einem treuherzigen „Grüß Gott“ und die Hand reichen. Wir mußten unwillkürlich weinen vor Mitleiden über diese armen Menschen, die und erzählten, daß sie keine Freischärler, sondern gewaltsam mitgeschleppt worden seien, und daß ihnen gedroht sei, sie würden unausbleiblich zusammengeschossen, wenn sie die geringste Miene zur Flucht machten. Mit schwerem Herzen gingen sie nach einer halben Stunde wieder fort. Wir gaben ihnen noch den Rath, sobald sie die Soldaten zu Gesicht bekämen, die Waffen wegzuwerfen, und auf siefelben zuzugehen; — und wirklich erfuhren wir auch später, unsere großen Freude halber, von drei bei einander stehenden Soldaten, daß viele der mitgeschleppten Freischärler Dies gethan hatten und unbehelligt nach Hause zogen.

Von der Wirthshaus, wo die Freischaaren sie im Oberlande trieben, gibt ein Privatschreiben, das die „Deutsche Zeitung“ mittheilt, eine sehr lebendige Anschauung. „Die Masse der Bevölkerung war durchaus lau und gleichgültig, ließ sich aber theilweise Weise von den Kommunisten und Todesdrohungen einschüchtern. Führer und Schleppträger waren, wie überall, Diejenigen, deren Finanzen und deren Moral gleich schiffbrüchig waren: wo sich im kleinsten Dorfe ein rechter Lump befand, da tauchte gewiß auch ein Emissär für die Struve'sche Republik auf. Wie Die es trieben, läßt sich denken. Ganz unschuldige Leute wurden aufgegriffen und, wegen „Hochverrath“ arretirt, ein ehrenwerter Geistlicher vom rohesten Temperament wegen „Widersetzlichkeit“ vor ein „Gericht“ nach Müllheim geschleppt, sein Vikarius als „Freiwilliger“ mit fortgeführt. Das Gericht in Müllheim war bezeichnend aufgewählt; ein ehemaliger Bäcker ließ sich Kommissär der Regierung titulliren, zwei bankerotte Kaufleute waren Sekretäre.“

Von allen Seiten vernimmt man jetzt, daß die Aufrührer überall, wo sie Meister wurden, wahrhaft als Vandalen gehaust haben. In Müllheim ließ der Rathsschreiber Breitenstein, als „Kommissär der Republik“ das in Stein gehauene altbadische Wappen am Amthause herunterschlagen und dafür eine Tafel mit der Aufschrift: „Deutsche Republik“ aufrichten; — auf besonderen Befehl Struve's, wie er sagte. Ein anderes altbadisches Wappen, gleichfalls in Stein gehauen, befindet sich an dem ehemaligen Oberamtmeisterei-Gebäude, der jetzige Besitzer hat dasselbe freiwillig ab, und am 29. Vormittags wurde es im Beisein der festlich gekleideten Bürgerwehr und unter den Augen des Generals Hoffmann zum Gespg für das von den „Reihen“ wiedergemeihte am Amthause eingesetzt. Der Bürgermeister hielt eine angemessene Rede, welche mit einem dreimaligen Hoch auf den Großherzog schloß. Die Bürger fielen mit freudigem Rufe ein.

Das zu Müllheim am 30. September Morgens ½ auf 11 Uhr dem Gustav Struve verkündete Todesurtheil lautet nach der „Allgemeinen Zeitung“: Der Angeschuldigte sei nicht staatsrechtlich zu beurtheilen, sondern vor die gewöhnlichen Gerichte zu stellen. Thatsächlich liegt der Entscheidungsgrund darin, daß Struve am 25. festgenommen, das Standrecht aber erst am 26. verkündet wurde. Die Ver-

handlung war öffentlich und dauerte zwei Stunden. Dasselbe Urtheil wird natürlich auch für die minder belasteten Theilnehmer des Aufruhrs Platz greifen.

Deutschland.

* Die Nummer 2 des Reichsgesetzblatts verkündet das von uns seinem ganzen Inhalte nach gestern bereits mitgetheilte Gesetz, betreffend das Verfahren im Falle gerichtlicher Anklagen gegen Mitglieder der verfassunggebenden Reichsversammlung.

Bayern. — *†München, 3. Okt. Se. Exc. der Hr. Kriegsminister v. Welthapt ist auf dem Urlaub zurückgekehrt und hat mit dem 1. Oktober das Portefeuille seines Ministeriums übernommen. Gestern hatte die erste Versammlung des Kongresses der Aerzte Bayerns im Gasthof zur blauen Traube statt. Ihre Aufgabe ist die Reform der bayerischen Medizinalverfassung. Die acht Kreise sind durch Abgeordnete mit Stimmrecht vertreten; es können an den Berathungen aber auch andere als die kommittirten Aerzte Antheil nehmen. — Der Landrath von Oberbayern wurde gestern zum den königl. Regierungspräsidenten Frhrn. v. Godin in dessen Amt in seiner Eigenschaft als Regierungsbevollmächtigter in Augsburg eingewiesen, daß man das Publikum unmittelbar vorher von Ort und Stunde verständigen hätte, intem bekanntlich die Oeffentlichkeit der Sitzungen des Landrathes zur Regel erhoben worden ist. So bildete ein Gutziger das ganze Auditorium. — Morgen verläßt Prinz Adalbert, jüngster Sohn Sr. Maj. des Königs Ludwig, die Hauptstadt, um eine Reise nach England anzutreten, wobei derselbe, wie man sagt, seinen Bruder Otto Portugal, Spanien und Frankreich nehmen wird. In seiner Begleitung sind der Adjutant Oberlieutenant Frhr. v. Ow und der Hauptmann Graf Lafosse. — Der von dem hiesigen Stadtgerichte erlassene Haftsbefehl gegen die Ausschußmitglieder des demokratischen Vereines bildet hier noch immer das lebhafteste Stadtgespräch. Man ist übereinstimmend der Meinung, daß dieser leistante Schwanenfang des alten Gerichtsvorstandes ganz unmotivirt war. Grund zu einer Generalunterfuchung mag vorhanden gewesen sein, aber nicht einmal in der Richtung gegen bestimmte Personen, sondern lediglich zunächst zur Aufklärung des Faktums, nemlich des den Gerichte zu Handen gekommenen Briefes.

*†München, 4. Oktober. Dem Reichskommissär Grafen Keller in Baden ist bayerischer Seits der Regierungsdirektor Schubert in Würzburg, derzeit Abgeordneter zur deutschen Nationalversammlung, als Civil-Special-Kommissär beigab der Vollziehung der nöthigen Requisitionen in Bayern beigegeben worden. — Der Abgeordnete zur deutschen Nationalversammlung und einer der Sekretäre derselben, Advokat Dr. Ruhwandl von hier, hat seinen definitiven Austritt aus dem Reichsparlament erklärt. Wir bedauern dies aufrichtig.

Württemberg. — Am 30. September ist das 4. Infanterieregiment und das 4. Reiterregiment nach Rastatt und Schwetzingen von Stuttgart abgegangen. In Stuttgart selbst bleibt nur ein Regiment in der Garnisch wachen. — Sieben hiesige Mitglieder des „Landesausschusses" der Volksvereine (das gemäßigtere Element desselben, worunter der Sohn des Staatsrath Römer) erklären, daß sie sich nicht mehr in denselben wählen lassen. eine Art von Loslagung, der ein bestimmterer Ausdruck zu wünschen gewesen wäre. Die Kammerlisten in den verschiedenen Kreisbureaux werden zwar in das Horn der nun in den Vereinen beschenden Republikaner stoßen, aber Württemberg wird ihnen nicht folgen. Die Vereine, die hier vertreten waren, übten nach ihren eigenen Angaben (und es sind viele sehr verdächtige runde Zahlen darunter) Alles in Allem 6094 Mitglieder, und diese wollen in Württemberg 1,740,000 Einwohnern Gesetze vorschreiben! Die Antwort hierauf sich selbst. (Karlsr. Zeitg.)

Ulm, 30. Sept. Heute Mittag ist das am 27. v. M. nach Rastatt abmarschirte zweite Infanterieregiment von dort wieder hier eingetroffen. Die in und um Rastatt aufgestellte imposante Militärmacht, die niederschlagenden Nachrichten auf dem badischen Oberlande, sowie ein strömender Regen verbinderten beim heutigen Volksfeste jede etwa beabsichtigte Demonstration. Die Betheiligung war sehr zahlreich, es sollen allein Thoren ein und die von gewisser Seite freudig verbreitete Nachricht, daß die Bauern ihre Söhne nicht werden einzilchen lassen, hat sich als voreilig erwiesen. Die hiesige Besatzung besteht nun aus zwei Regimentern Infanterie, zusammen etwa 3000 Mann, einem Reiterregiment mit etwa 500 Pferden und zwei Kompagnien österreichischer Artillerie. In Ulm selbst und Umgebung liegt ein Bataillon Bayern, wegen irgendeinen Putsch ist alle die Reichsstellung gesichert, und es wird auch, wie wir hoffen, die morgen stattfindende Volksversammlung in der Friedrichsau ruhig vorübergehen, obwohl Gerüchte wie die am Vorabend des königlichen Geburtsfestes und die in der Nacht von gestern auf heute stattgehabte Demolirung der Druckerei der Ulmer Kreuzl, eines den Wühlern verhaßten Blattes, kein günstiges Prognostikon für das Betragen der rohen Massen gestatten.

Baden. — Am 26. sind die ersten preußischen Truppen, ein Bataillon des 27. Regiments in Mannheim eingetroffen. Sie sind daselbst einquartirt und verhalten sich dem Vernehmen nach 4. badischen Regimentern den Garnisondienst. Aeußerst erfreulich ist der Geist der Eintheit, welcher die Truppen beseelt; kaum angekommen, gingen die Preußen Arm in Arm mit den hiesigen Soldaten durch die Straßen. — Am 26. Nachmittags ging das Füsilierbataillon des 27. preußischen Infanterieregiments durch Mannheim nach Weinheim. In der Frühe des 27. kam mit dem Dampfschiff von Koblenz ein Bataillon Nassauer nach Mannheim und bezog dort Quartiere. Die Vorarlbergen des 4. badischen Regiments, welche anfangs sehr sträflich in Mannheim einrasten, kommen jetzt schaarenweise, die aus dem Seekreise haben sich zum Theil mit vieler List durch die Freischärler durchgeschlichen, und es sind dabei wahrhaft erbebende Beispiele von treuem Festhalten der Soldaten an Fürst, Vaterland und Fahnenpflicht vorgekommen. (Fr. Journ.)

Das „Mannheimer Journal" meldet, daß „Fritz Hecker" — ein nach dem großen Republikaner benanntes Rheinschiff vom Kölner Beurt — in der Nähe von Mannheim leck geworden ist. Die Ladung soll sehr werthvoll sein.

In Weinheim, Birkenau und Großsachsen an der badischen Bergstraße sind republikanische Bewegungen durch die Ankunft preußischer Truppen wiedergedämpft. Verhaftungen vorgenommen und Patrouillen beigelegt worden.

K. Sachsen. — **Dresden**, 29. Sept. Heute Morgen gegen 8 Uhr marschirte das 1. Bataillon des Leibinfanterieregiments ab, um 9 Uhr folgte der ganze Zug von Gepäckwagen, und um 10 Uhr rückte die zum Marsche bestimmte Batterie Zugfartillerie nach. Der Marsch dieser Truppenabtheilung geht über Meißen nach Borna und von da nach Schwadronen Gardereiter bereits früh 6 Uhr von Großenhain über Meißen nach jener Gegend ausgerückt. Die Prinzen Albert und Georg von Sachsen sowie der Prinz Ludwig von Bayern und außerdem eine große Menschenmenge gaben den abziehenden Truppenabtheilungen das Geleite bis an den Lößnaner Schlag. Das 2. Bataillon des Leibinfanterieregiments ist bereits gestern von Chemnitz zurückgekommen und kantonirt in der Nähe von Dresden, um die Reihaufstellung zu lassen; es wird am 1. Okt. nachrücken und wahrscheinlich auf den Elbwiesen gleich die Aufenthaltsquartiere beziehen. Die außer dem 1. und 2. Schützenbataillon noch zur 1. Infanteriebrigade gehörenden zwei Bataillone des 1. Linieninfanterieregiments Prinz Albert, das in Bautzen und Zittau in Garnison liegt, erwarten wir morgen und übermorgen auf seinem Durchmarsche hierselbst. Den 6. Okt. endlich wird die Feldapotheke von hier abgehen. Das ganze Korps steht nicht unter dem Kommando des Generalmajors Grafen v. Holzendorf. Von unseren beiden Prinzen, von denen Prinz Albert als Hauptmann bei der reitenden Artillerie und der jüngere Georg bei dem Gardereiterregiment steht, wird vielmal und nahebeigenden Gründen keiner am Marsche theilnehmen. Je weniger sich das größere Publikum die Ursache des unerwarteten schnellen Aufbruchs unserer Truppen zu erklären vermag, um so mehr kommen allerlei Gerüchte in Umlauf, unter anderm, daß es sächsischer Seits auf eine Entwaffnungsscene mit den preußischen Truppen hier abgesehen sei. Auch unterhält man sich damit, daß möglicherweise bayerische oder wohl gar preußische Truppen in die hiesigen Lande einrücken dürften. (D. A. Z.)

Preußen. Berlin, 30. September. In der nächsten Woche wird Se. M. der König eine große Heerschau über die in und um Berlin, so wie über die in Potsdam und Spandau stehenden Truppen halten. — St. L. H. der Prinz Wilhelm ist in Münster, wo er sich seit Kurzem befindet, erkrankt. (Berl. N.)

Köln, 29. Sept. Nachstehende Scenen der letzten Woche sind nachträglich mitzutheilen: Am Dienstag Nachmittag wurde auf die Meldung, daß ein Haufe mit einer rothen Fahne einen Waffenlaufen in der neuen Poststraße plündere, eine Kompagnie des 28. Inf.-Reg. dorthin geschickt, die auch nach kurzer Zeit mit der Fahne und mehreren Gewehren aller Art (worunter eine Büchse, deren Lauf über die Hälfte seiner Länge voll geladen) nach dem Neumarkte zurückkehrte. Der eine der beiden mitgebrachten Gefangenen hatte auf den die Kompagnie führenden Hauptmann v. B. mit einem Beile einen Anfall gemacht, der jedoch glücklicher Weise abgewehrt wurde. Unmittelbar darauf wurde auf dem Neumarkte ein nicht im besten Rufe stehender Mann arretirt, der, mit einem langen Messer bewaffnet, einen Soldaten anfiel. Unter den am Abende arretirten Personen befinden sich mehrere, dem Anscheine nach den höheren Klassen angehörend, die einzelne Soldaten ganz freundschaftlich anredeten, und nach einiger Zeit den Versuch machten, dieselben zur Pflichtvergessenheit zu verleiten. Glücklicherweise blieb es: „Wie könne Ihr so dumm sein und den Offizieren Alles glauben was sie sagen!" Ihr wißt auf das Volk nicht schießen, es sind Eure Brüder u. s. w. Die Antwort, die freilich nicht ganz fein ertheilt wurde und mit der Verhaftung endete, mag den Herren und denen, die sie gesandt, vorläufig als Beweis dienen, wie die Armee die zarte Aufmerksamkeit, die ihr jetzt in so hohem Maße zu Theil wird, zu würdigen weiß, und daß sie durchaus keinen fruchtbaren Boden für ihre Aussaat verderbter Saat in ihr finden. Ehrenbreitstein, Westphalen und Pommern einmüthig neben einander zum Schutze des Gesetzes und der Ordnung; einen Zweck hatten Alle im Auge, den: das Eigenthum zu schützen und der Rotte Frevler, die dasselbe anzugreifen wagte, mit Kraft entgegenzutreten. Daß man mit Gelbverstellungen die Soldaten zu verführen suchte, ist oft und neuerdings auch hier vorgekommen, daß man aber in Berlin wieder ein neues Mittel entdeckt hat, dürfte noch nicht allbekannt sein. Sicheren Nachrichten zufolge ist der Soldat des 24. Inf.-Reg., der neulich in einer Volksversammlung verführerische Soldaten würden nicht gehorchen, wenn sie auf das Volk schießen sollten, und der für diese Aeußerung den Bruderkuß des Präsidenten empfing, durchaus kein Mitglied der Armee, sondern ein Kerl, der für diese Scene in einen Waffenrock gesteckt war, um die Blane der so genannten Gesin-

feunde zu fördern. Gestern Abends ist übrigens auf einen Posten Vorwährend geschossen worden, und ist die Kugel dem Soldaten durch den Helm gegangen. Die angestellten Untersuchungen haben über die Person des Thäters nichts ergeben, da die große Finsternis die Verfolgung fast unmöglich machte. — Verführung und Meuchelmord, das sind die Waffen der Partei, welche die Völker deglücken will und sich heimlich, als bestehende Ordnung zu stürzen! Wie muß diese Partei an sich selbst verzweifeln, da sie zu diesen schändlichsten Mitteln ihre Zuflucht nimmt! — Wer früher von Belagerungs-Zustand hörte, pflegte sich darunter etwas unerhört Erschreckliches vorzustellen. Wir haben ihn nun selbst bei uns eintehren sehen, und wir finden ihn wenigstens ziemlich harmlos und ganz leidlich erträglich, ja, ich glaube behaupten zu dürfen, daß ein großer Theil der Einwohner Kölns sich unter ihm sammt noch wohlfühlt, als unter dem Terrorismus der vorhergegangenen Tage fühlt. Wenigstens können wir nicht umhin, die Mäßigung und Schonung anzuerkennen, mit der von der Kommandantur auf den Belagerungszustand gehandhabt wird. Schwerlich wird auch je nach einer so excessionellen Maßregel und während eines an sich so peinlichen Zustandes das beste Einvernehmen zwischen Militär und Civil so ungestört fortgedauert haben. Wir sind es dem Militär schuldig, diese Anerkennung auch hier auszusprechen, um so mehr, als jede Ungebörigkeit der „Soldateska" gewöhnlich bis zum Uebermaße verdreht und gerügt zu werden pflegt.

Ein anderer Bericht der „Kölner Ztg." von demselben Tage sagt: Ein Theil der würtembergischen Truppen traf gestern Abends aus Schleswig hier ein, nachdem am Tage vorher eine größere Abtheilung eingetroffen war, welche sich gestörtigt hat, des Belagerungs-Zustandes wegen in der Deutzer Reitbahn zu biwouakiren. Aus dem Munde mehrerer Offiziere hörten wir bestätigen, was die nassauer Soldaten schon ausgesagt hatten, daß die deutschen Truppen in Schleswig allenthalben vom Volke als Feinde betrachtet und von Verrath umgeben gewesen seien. Die Begeisterung, für Deutschlands Sache und Ehre in den Kampf zu ziehen, wurde dadurch bei den Soldaten gar sehr herabgestimmt und gelähmt. — Auch die letzten Spuren des Barrikaden-Baues am 25. sind verschwunden, einige aufgerissene Trottoirs ausgenommen. Aus dem Munde von Augenzeugen haben wir vernommen, daß bei dem Barrikadenbaue und der Erstürmung der verschiedenen Eisenläden, Schlosser- und Metzger-Wohnungen Kreide mit geschwärzten Gesichtern und falschen Bärten thätig gewesen. Gewiß ist es, daß unter den Führern und Leuten Fremde waren, welche sich durch obertourigen Dialekt und französische Sprache kenntlich machten. — Gestern Abends waren schon 36 Personen verhaftet, die theils an dem traurigen Abende selbst von der Bürgerwehr, theils am Dienstag und den folgenden Tagen von der Polizei aufgegriffen wurden. Die feuerrothe Fahne, welche gestern am Dienstage durch die Stadt trug, soll sehr kostbar gemacht und selbst mit goldenen Troddeln versehen gewesen sein, so daß es scheint, sie sei schon mit Voraussicht früher verfertigt gewesen.

Zu Köln dauerte der Belagerungszustand am 30. zwar fort, aber äußere Spuren davon sind kaum bemerkbar. Die Bürgerschaft geht damit um, dem 2. Kommandanten, Obersten v. Gagels, als Zeichen der Anerkennung seines zugleich kräftigen und gemäßigten Verfahrens in den letzten Tagen, ein kostbares Ehrengeschenk zu überreichen.

Düsseldorf, 25. Sept. Vorgestern ist der hiesige republikanische Klubb zum allgemeinen Spott und Gelächter geworden, indem zwei Sackträger, Namens Wedekind und Metz, die ganze Versammlung, als sie eben eine Tankadresse an die Frankfurter Barrikadenhelden votirte, mit Knüppeln zum Hause hinausgetrieben haben, wobei die Mauleselen rufsalle, Bürgers, Geselchtheimer, Meuterei u. s. w. als gewandte Syrinxen durch's Fenster bewährten. In Folge dieses Vorfalls ereignete sich heute unter der ehrenwerthen Zunft der Sackträger verschiedene Prügeleien am hellen Tage und auf offener Straße, in Gegenwart der Gräfin von Hatzfeld, einer Hauptfürderin jenes Klubbs, welche jedoch keine weitere Ruhestörung in der Stadt veranlaßten. (Fr. O.-P.-A.Z.)

Oesterreich, ✓ Wien, 30. Sept. Der Konstitutionsausschuß hat den Entwurf der Grundrechte der österreichischen Völker und Staatsbürger veröffentlicht. Die wesentlichsten Punkte sind folgende: Standesvorrechte und Adelsbezeichnungen sind abgeschafft und dürfen nicht mehr verliehen werden — die Todesstrafe wird abgeschafft — das Petitionsrecht ist unbeschränkt — Volksversammlungen unter freiem Himmel dürfen nur in Fällen bei dem Vorhandensein der Gefahr — kein Bewaffnetes Korps darf über politische Fragen berathen oder Beschlüsse fassen — eine Staatskirche gibt es nicht — die Civilehe wird eingeführt — die Preßfreiheit darf weder durch Censur noch durch Kautionen um Siempel beengt werden — die Gleichberechtigung aller Nationalitäten ist ein unveräußerliches Recht derselben — Majorate und Fideikommisse dürfen auf — das Heer unterliegt den bürgerlichen Gesetzen und Gerichten. Eine Vorgabe des Finanzministeriums ergibt ein schlimmes Defizit für 1849. 101 Mill. Einnahmen und 163 Mill. Ausgaben! — Die Nachricht, daß Pobthopf wegen seiner Krankheit nicht aus dem Ministerium austreten wolle, hat in der Nationalversammlung Befürchtungen erregt. — Nachrichten aus Pesth sprechen von einer entscheidenden Schlacht bei Stadtneusiedlung und lassen errathen, daß der Banus den Sieg davon getragen habe. Bestätigt sich diese Nachricht, so dürfte Budapest bald die Kroaten als Sieger in seinen Straßen erblicken. Nachträglich bemerke ich noch, daß der Kriegsminister Latour in der heutigen Sitzung auf die Interpellation des Abg. Borrosch in Betreff der Briefwechsel des Banus sich dahin aussprach, daß er keinen Anstand nehme, zu erklären, daß er an den Banus, der sich zu wiederholtenmalen mit der Bitte um Geld, Waffen und Munition an ihn gewendet, erst dann eine Geldsendung zur nothdürftigen Verpflegung und Besoldung der unter seinem Kommando stehenden k. k. österreichischen Truppen verabfolgt habe, nachdem das ungarische Ministerium auf Anfragen von seiner Seite dies entschieden verweigert hat. Eine weitere Interpellation des Abg. Borrosch: ob das Ministerium in dem Bürgerkriege zwischen Ungarn und Kroaten vermittelnd eingeschritten wolle, entgegnete mit fester, weithinschallender Stimme Minister Wessenberg: „Das Ministerium hat alles gethan, um den Frieden in Ungarn herzustellen auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Nationen!"

Berichte der Abg. Ztg. aus Wien vom 30. Sept. melden, es sei ein Waffenstillstand auf 24 Stunden zwischen den Ungarn und Jellachich abgeschlossen worden sein; ferner Graf Lamberg, der sich am 29. mit dem Banus zu Gouvernements nach Ungarn begeben, sei bei seiner Ankunft zu Pesth ermordet worden, nach einer Angabe in seinem Wagen auf der Donaubrücke von einem Wiener Studenten mit einem Dolche, nach der andern von mehreren bewaffneten Ungarn mit Bajonnetstichen. Die Repräsentantenkammer schickte sogleich auf die Kunde davon einen Kurier an den im Lager befindlichen Ministerpräsidenten Batthyani, mit der Aufforderung dieses Vorfalls wegen nicht einzuhalten. Batthyany begab sich sofort zu Jellachich und bat mit demselben eine Besprechung, deren Resultat der 24stündige Waffenstillstand gewesen zu sein scheint.

Nach anderen Angaben wurde der Leichnam des unglücklichen Grafen kannibalisch zerfleischt, die enmensche Menge balgte sich förmlich um ein Stück vom Körper des scheußlich mit Seitenhieben Gemordeten. Auf dem Wege, den man ungarischen Reichstag seine Erhebung zu überreichen und die übrigen Maßregeln zur Einstellung der Feindseligkeiten zu besprechen, wurde er auf der Brücke erkannt, stürzten vor dem rasenden Volke in das Generalkommando der Festung, welches sofort umzingelt und beschädigt wurde. Spät am Abend machte er in Civilkleidung (das erstemal war er in Generalsuniform) nochmals den Versuch, nach Stadt zu gelangen und ward leider abermals erkannt. Er hielt während seiner Ermordung das k. k. Wanduartierbillet in die Höhe und rief: ich bin Civil! vergebens! Man stieß sich in Pesth nach diesem Auftritte lebhaft nach der Ankunft des Banus.

Die „Oesterreichische allgemeine Zeitung" meldet aus Pesth vom 28. Abends, daß das Repräsentantenhaus in Pesth die Sechserkommission zur provisorischen Regierung mit unumschränkter Macht ernannt habe.

Wien, 30. Abends sind die ungarischen Minister Batthyani und Ötös aus Pesth in Wien eingetroffen. Kossuth war am 28. von Szolnok nach Pesth zurückgekehrt und war bei der Einsetzung der provisorischen Regierung besonders thätig. Graf Batthyani hatte seine Stelle niedergelegt. — Jellachich soll die ungarischen Truppen umgangen haben und nahe vor Ofen stehen.

Olmütz, 29. Sept. Aus der italienischen Welt.) In der Hoffnung binnen kurzem die Ruhe in allen Provinzen des lombardisch-venezianischen Königreiches wiederhergestellt zu sehen, und beseelt von dem Wunsch ihre Völkerschaften aller der Freiheiten, welche die übrigen Provinzen des Österreichischen Kaiserstaates genießen, theilhaftig zu machen, fühlen Wir Uns getrungen, schon jetzt Unsere diesfälligen Absichten kundzugeben. Wir haben bereits allen Gewohnheiten des lombardisch-venezianischen Königreiches ohn' Unterschied für den Antheil, den sie an den politischen Ereignissen des laufenden Jahres genommen haben mögen, volle Verzeihung gewährt, indem Wir verordnet, daß gegen sie keinerlei Untersuchung oder Strafe eintreten solle, nur mit Ausnahme der Rückstieren, die man bei der Bestätigung öffentlicher Aemter zu nehmen gezwungen finden mag. Gleichermaßen ist es Unser vollkommene Willensmeinung, daß die Einwohner des lombardisch-venezianischen Königreichs eine Verfassung erhalten, welche nicht weniger ihrer resp. Nationalität und den Bedürfnissen des Landes als ihrer Einigung mit dem österreichischen Kaiserstaat entspreche. Zu diesem Ende werden Wir, sobald erst Friede und Ruhe hinreichend gesichert sind, an einen noch zu bestimmenden Ort Vertreter der Provinzen zusammenberufen, welche von allen Bewohnern des lombardisch-venezianischen Königreichs frei zu wählen sind. Gegeben in unserer Residenzstadt Wien, heut am 20. Sept. 1848.

Ferdinand m. p. Wessenberg m. p. (A. Z.)

Schweiz.

Die „Basler Zeitung" enthält in ihrer Nummer vom 28. Sept. eine beherzigungswerthe Besprechung der Zustände im Breisgau und Schwarzwald und Deutschland überhaupt. Es heißt darin: Prüfungen mancher Art brechen nun über dieses Land und Volk herein, mögen sie nur dahin führen, Deutschlands Zukunft fester zu begründen! — Blicken wir aber auf die Ursachen des Aufstandes, so tritt uns allerdings einerseits eine schmähliche Demagogie, unterstützt von einer unbegreiflichen Leichtgläubigkeit des Volkes entgegen, wir erblicken auch einen Mangel an nationalem Gefühl, so daß selbst auf Gefahr der Zerreißung des Vaterlandes und des Hereinziehens fremder Heere auf den deutschen Boden nach dem einseitig aufgefaßten Ideale einer Staatsform gehascht wird. — Wir freuen uns, daß solcher Verkehrtheit mit Nachdruck begegnet worden ist; auf die Dauer wird es aber nur gelechten können, wenn gegründeten Wünschen und Beschwerden Rechnung getragen wird. — Ueberall stehen wir den Boden Deutschlands wie von vulkanischen Gewalten unterwühlt, und zwar nicht blos von einigen tausend journalistischen Maulwürfen, es gährt im Volke und etwas Neues will sich gestalten. Dieses Neue ohne zerstörende Ausbrüche ins Leben zu rufen ist die schwierige Aufgabe. Mit allen Kräften will das deutsche Volk seine frühgiere Einheit, damit die Stimme Deutschlands im europäischen Völkerrathe auch gehört werde.

Diese zu verwirklichen, energischer als bisher, ist Sache der Frankfurter Behörden und wenn nicht alle Zeichen trügen so haben gerade die letzten Ereignisse die Durchführung dieser Aufgabe erleichtert. — In der Neubildl aber erstreben Viele Gelehrsamkeit der Angaben und Reform eines drückenden Beamtenorganismus. Aber sie bedenken nicht, daß eine durch Anarchie und Bürgerkrieg herbeigeführte Republik unberechenbare ökonomische Nachtheile beschleunigt und das Heer der Gisolbeamten noch durch militärische Pressen vermehrt.

Der Kanton Basellandschaft, dieses Musterbild einer Krähwinkel-Republik, hat sich von Anfang bis zu Ende seiner würdig benommen. Vorher hatte er den Aufruhr unterjocht und die Kantonsherr gebändigt; jetzt da ihr Innernehmen geschwächt ist, faitelt er um, und fügt auch noch dieser Seite einen Trenbruch, oder eine Heuchelei hinzu. Am 26. nämlich als der schlechte Ausgang der Sache bekannt war, hat der baselländschaftliche Landrath beschlossen, wie folgt: 1) Strune und Heimen, welche das hiesige Absrecht schon seither verwirkt, sollen im Verreitungsfalle über die französische Grenze gebracht werden. 2) Die Mitglieder der provisorischen Regierung und andere Hauptführer, so wie solche flüchtlinge, welche schon früher das hiesige Asyl genossen, und dasselbe nach erneuter Thätigkeit jetzt wieder anstrechen, haben sich binnen 24 Stunden entweder über die französische Grenze oder die innere Schweizergrenze zu begeben. 3) Andere Flüchtlinge, welche nicht in obige Kategorie gehören, sind gehalten, sich nach ihrer Entwaffnung auf wenigstens 3 Stunden Entfernung von der Grenze ins Innere des Kantons zurückzuziehen. 4) Zuziger, welche aus andern Kantonen ihren Weg durch den unrigen nehmen, sollen angehalten und zurückgeschickt werden.

Großbritannien.

*London, 29. Sept. Briefen aus Irland zufolge bereitet sich dort für den November ein neuer Aufstand vor. Für den Winter liegt man große Besorgnisse. Tag für Tag wiederholen sich Volksversammlungen, und man bemerkt dabei Verschwörte. Vergangenen Sonntag wurden in Clonmel wieder 10 Personen verhaftet, welche bei den letzten Vorgängen betheiligt waren. Daselbst wurde auch Sir Lucius O'Brien verhaftet.

Spanien.

*Madrid, 24. Sept. Aus Sevilla erfährt man, daß daselbst die Herzogin von Montpensier in der Nacht vom 20. auf den 21. von einer Tochter entbunden worden ist. Die Entbindung soll eine sehr schwere gewesen sein. Von Cabrera vernimmt man nichts, eben so wenig über man von Ruhestörungen im Lande.

Donaufürstenthümer.

Der „Allgemeinen Zeitung" schreibt man aus Wien vom 30. Sept., daß in Bucharest das Volk mit dem Metropoliten an der Spitze die russische Organisationsakte auf öffentlichem Markte verbrannte, worauf der Erzbischof eine neue Konstitution einlegnete. Türkische Truppen waren auf dem Wege nach Bucharest.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 2. Okt. Bayer. 3% proz. Obligationen 76¼ B. — G. 4proz. 86 G. Bankaktien II. Semester 575 B. Promessen 36 B. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 75 B.

Wien, 30. Sept. 5proz. Metall. 77⅛, 4proz. 64, 2½proz. 46, 2½proz. 41⅛, 1834er 500 fl.-Loose 127¼, 1839er 250 fl.-Loose 86½, Bankaktien 1082. Nordbahn 104¼, Gloggnitz 94. Venedig-Mailand 69. Budweis —. Livorno 64½, Pesth 63. Siena —. Ungarn-Einlösbahn —.

Berlin, 30. Sept. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 73⅞ B., 73⅛ G. Serb. Präm. Sch. — B. 87¼ G. K. u. Nm. Schuldv. — B. 71⅛ G. Berl. Stadt-Obl. P. — G. Westpreuß. Pfandbr. — B. 80½ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. 96½ B. — G. 3½proz. 78½ B. — G. Ostpr. Pfandbr. — B. 86 G. Pommr. Pfandbr. 83½ B. 83⅓ G. Kur- u. Nm. Pfandbr. 89¼ B. 88⅓ G. Schlesische Pfandbr. — B. — G. Schlesische L. B. gar. Pfandbr. — B. 89 G. Preuß. Bk.-Anth. Sch. 86½ B. 85⅓ G. Friedrichsd'or 13⅓ B. 13⅓ G. And. Goldm. a 5 Tlr. 12⅓ B. 12⅓ G. Diskonto 3½, 4½.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 84½ bz. u. G. Staag-Posen — Brieg-Neisse — Magd.-Wittenberg — Aachen-Mastricht —. Thür.-Berlind.-Bahn —.

Amsterdam, 29. Sept. 2½proz. Integr. 44⅝, — 3proz. Schuld 52½, — 4proz. 68½. — 3½proz. dito —. — Handelsmaatschappy —. 5proz. Arodins à 510 Pf. St. 7½. — Span. inländ. à 6000 fl. —. — Coupons —. — Portug. 3proz. 22½, 4proz. —. — Russische 4proz. bei Pope —. — dito bei Stieglitz —. 5proz. Metall. 69¾. — 2½proz. dito —.

Paris, 30. Sept. 3proz. 44,25, 5proz. 68.50. **Schatzsch.** — Bankaktien 1540.—. Staatsobligationen 1110.—. Vier Kanäle 870.—. Compt. von Algier —.—. Belg. 5proz. von 1840 78⅞, von 1842 79. 4½proz. —.—. 5proz. —.—. 2½proz. —.—. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 80.—. Röm. 5proz. 65½. Span. 5proz. —.—. Altina —. Passive —. Piem. —.—. Pa.-il —.—. St. Germain —.—. Versailles (rechts) —.—. (linke) 100.—. Orleans 650.—. Rouen 400.—. Paore —.—. Marseille 192.50. Basel 85.—. Bierzon 242.50. Boulogne 150.—. Bordeaux 376.25. Nordbahn 373.75. Montereau —.—. Lyon 362.50. Straßburg 340.—. Nantes 325.—. Dieppe —.—. Seeaur —.—. Montpellier —.—. La Teste —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Mittwoch, 4. Okt.: „Gabriele von Belle Isle", Schauspiel nach Alex. Dumas von Franz v. Holbein.

Fremdenanzeige.

Hotel Maulik. Heingstmann, Privatier, von Kaufbeuren. Phillipi und Belonaro, Privatiers, von Frankfurt. First, Oberleutnant, von Burghausen. Reichhardt, Partikulier, von Augsburg. Pasch, Kaufmann, von Frankfurt.

Gold. Hahn. Frau v. Aman, von Augsburg. Deubel, Lieutenant, von Ingolstadt. Frau v. Bülow, von Roveredo. Trautwein, Rentier, von Hamburg.

Blaue Traube. Dr. Mitzel, Regierungsrath, von Landshut. Maix, Dr. med., von Rosshaupten. Dr. Gleß, prakt. Arzt, von Illsee. v. Grundherr, Offizier, von Nürnberg. Frau Polenske-Delpsiken, von Württemberg. Dr. Zimmermann, von Neapel.

Stachusgarten. Fries, Kooperateur, von Grenzing. Frhr. v. Reimann, von Speyer. Bertheiliot, Dr. med., von Dresden. Zimmermann, Pfarrer, von Großaudorf. Eisner, Hofgärtner, von Kaltbeuren. Bieber, Theolog, von Schrendl.

Gestorbene in München.

Rosina Rieß, königl. Advokatensgattin, 35 J. a. Johanna Rechenmacher, eheml. Theater-Vorsängerin, 60 J. a. Elisabetha Weingärtner, Weichmannswittwe, 77 J. a. Franziska Eisenschmid, Hofbedienstetenstochter, 72 J. a. Katharina Hofmaier, Zimmermannswittwe von der Au, 71 J. a. Maria Anna Hochsteinner, Schuhmachersfrau, 41 J. a. Karl Ludwig, ehemal. Brauer von Ingolstadt, 46 J. a.

Bekanntmachung.

Der gegenwärtig versammelte Landrath von Oberbayern hält seine Sitzungen in dem dafür eingerichteten großen Saale im königl. Regierungsgebäude.

Dieß wird mit dem Beifügen bekannt gegeben, daß die Zeit der öffentlichen Sitzungen jedesmal mittelst Anschlags an der Thüre des Hausseinganges und an der der Thüre des Sitzungssaales bekannt gemacht wird.

München am 2. Oktober 1848.

Der Landrath von Oberbayern.
v. Steinsdorf,
d. Z. Präsident.

Dr. Zaubzer,
d. Z. Sekretär.

153.

Bekanntmachung.

151. Die Vormerkungen zur Aufnahme in die königl. Kreis-Landwirthschafts- und Gewerbs-Schule dahier, für das Schuljahr 1848/49 gestehen am 21., 23. und 24. l. Mts. Vormittags 8—10 Uhr und Nachmittags 3—5 Uhr im Lokale der Anstalt. Hiezu haben sich die Neueintretenden durch legale Zeugnisse des Vorjahres, über Fleiß, Fortgang und Sittlichkeit auszuweisen. Gleichzeitig wird bemerkt, daß vom 24. d. Mts. an keine Anmeldungen mehr angenommen werden können. Knaben unter 12 Jahren werden nur nach vorausgegangener und nachgewiesener Altersdispensation von Seite der königl. Regierung von Oberbayern, zu den Aufnahmsprüfungen, welche am 25. des deglonen, zugelassen.

Das unterzeichnete königl. Rektorat ist durch eingezogene Erkundigungen und gepflogene Nachrichten in den Stand gesetzt, den Schülern auf Verlangen ihrer Eltern oder Pflege-Eltern geeignete Wohnungen und Kostsäuler anzuweisen.

München, den 2. Oktober 1848.

Das königl. Rektorat.
Dr. Alexander.

Pfandauslösung und Versteigerung.

152. (3a) Donnerstag den 19. Okt. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat September 1847 und zwar von:

Nro. 99,343 bis 108,023.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versteigert, angeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Donnerstag den 26. Oktober öffentliche Versteigerung.

München, den 30. Sept. 1848.

Königl. privileg. Pfand- und Leih-Anstalt der Stadt München.

L. Wegriedl, Magistratsrath.
Paunes, Kassier. v. Jeeck, Kontroleur.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

München, 5. October.

In Anlehung der bedrohlichen Zeitverhältnisse wurde für zweckmäßig erachtet, vorläufig einige Brigadiers vom Sitze der Divisions-Kommandos in andere, im Bereiche ihrer Brigaden liegende Garnisonsorte zu verlegen, um in vorkommenden Fällen das Truppenkommando zu übernehmen; demnach werden 1) der Generalmajor Hugo Bosch nach Kemnten, 2) der Generalmajor Joseph v. Gresmer nach Nürnberg, 3) der Generalmajor Anton Ritter v. Prösl nach Amberg, 4) der Generalmajor Joseph Frhr. v. Weindach nach Bamberg, 5) der Generalmajor Heinrich Graf v. Giulai du Ponteil nach Aschaffenburg als deren künftige Garnisonsorte versetzt.

Zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung in Nürnberg wird die dortige Garnison mit einer 6Pfd. Batterie Artillerie vermehrt.

Statt des in Ruhestand versetzten Oberstlieutenant Daniel Heuber vom 1. Chevauxl.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg wurde der bisherige Major von 4. Chevauxl.-Reg. König, Otto Frhr. v. Hunolstein zum Oberstlieutenant im obigen Regimente befördert.

Rede Heinrich von Gagern's,

bei der Leichenfeier zu Frankfurt am 21. Sept. 1848.

Es ist eine Pflicht, die wir in dieser schweren Stunde zu erfüllen haben, den Tod des Vaterlandes auszusprechen, indem wir denjenigen das letzte Geleit geben, die der Entwicklung desselben als neue Opfer in treuer, tapferer Widmung gefallen sind.

Damit nehme ich im Namen des Vaterlandes Abschied von den irdischen Resten der ausgezeichneten Männer, die zu gemeinsame Streben und über verbunden waren, auf gleichen Wege.

Es liegt gewiß nicht fruchtlos für die Entwicklung unseres großen Vaterlandes sind diese Opfer gefallen, die wir beweinen. Angesichts ihrer Gräber werden diejenigen, welche es wohl meinen mit der Freiheit und Einheit Deutschlands, und welche die gemeinsame Gefahr erkennen, sich geloben, sich fester anzuschließen und zusammenzuhalten, sowohl um das Ziel zu erringen, als um der Anarchie und der Gasttilitzung den kräftigsten Widerstand entgegenzusetzen.

Darum wollen wir auch bei der schmerzlichsten Betrachtung über die Ursache dieser Opfer nicht verzweifeln an der Zukunft unseres Vaterlandes, und indem ich Dank und Abschied ausspreche, pflanze ich die Fahne der Hoffnung auf diesen Gräbern auf und — sie wird wehen!

Historischer Verein von und für Oberbayern.

In der am 2 Oktober stattgefundenen Plenarversammlung dieses Vereins legte Hr. Tomprobst Dr. v. Deuringer eine im Besitze des Hrn. Erzbischofs von München-Freising befindliche Sammlung der Porträts der Bischöfe von Freising, ausgeführt durch Feuerzeichnungen von Maag, dann eine handschriftliche Chronik des Klosters Neustift bei Freising von 1750 von Peter Kaindl, canon. praemonstrat., — welche zur Bibliothek des erzbischöflichen Kapitels dahier gehört — zur Einsicht vor. Zugleich überreichte derselbe ein Exemplar einer Druckschrift über den Sauerbrunnen zu Oberlaidi im Oberinnthale als Geschenk für die Vereinsbibliothek. — Hr. Gustos Föringer trug unter Vorzeigung an seinen früheren Vortrag über Westenriederes literarische Leistungen einige in den Besitz des Vereins gelangte Originalbriefe bayerischer Gelehrten an K. Westenrieder über die Geschichte von München vor. — Die nächste Monatsversammlung wird Donnerstags den 2. November Nachmittags 4 Uhr stattfinden.

Kongreß zur Reform der deutschen Universitäten.

Jena, 22. Sept. Die heutige Sitzung der Universitäts-Reformer begann nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls mit Uebergabe eines Tissens von 19 Deputirten, des Inhalts: „Die Unterzeichneten meinen, daß jedem akademischen Lehrer unbedingt zustehen müsse, über Alles, was er sich bewährt hält, Vorlesungen zu halten. — Auf der Tagesordnung stand: „Lernfreiheit." Gegen den Zwang der Landes-Universitäten erklärte man sich fast ohne Diskussion einstimmig, und nach kurzer Debatte, wegen des Besuchs der außerdeutschen Universitäten, wo Sitzy aus Jena rief: ich will auch hier keine Schutzzölle, beschloß man, gänzliche Freiheit in Bezug auf die Wahl der Universität, mit Einstimmigkeit, nur ein Einziger war dagegen. Als nun die Frage, ob Kirche Kirche überhaupt den Besuch der Universität verlangen könne, erörtet wurde, stellte Baur aus Gießen den Antrag: Die Universität sieht keine Beeinrechtigung der Lehr- und Lernfreiheit darin, wenn der Staat und die Kirche den Besuch der Universität überhaupt als Regel verlangen bei Zulassung zu bestimmten Prüfungen, bei denen sich jetzt Besuch der Universität gefordert wurde. Ueber diesen Antrag entspann sich eine lebhafte Debatte, an der sich vorzüglich Ehrenfeuchter aus Göttingen, der dafür, Baur aus Würzburg, der dagegen sprach, betheiligten. Ein Redner rief: wo bleiben denn die Grundrechte des deutschen Volkes? Es wurde, da durch Aufstehen die Majorität nicht zu ermitteln, namentlich abgstimmt, und der Antrag mit 39 gegen 34 Stimmen angenommen. Die Debatte über den Kollegienzwang wurde eröffnet. Hpe von Wien erklärte, nachdem man eine Beschränkung der Lernfreiheit wieder durch Annahme des Baurschen Antrags leichtsinnigerweise, (es entstand bei diesem Worte ein Sturm in der Versammlung) sei Kollegienzwang nur eine Konsequenz. Tagegen verwahrten sich Tangerow und Ihrsch aus München. Endlich ward der Satz: Jeder Studierende ist in der Wahl seiner Vorlesungen, sowohl in Betreff der Lehrer als der Fächer, vollkommen unbeschränkt, einstimmig angenommen. Ebenso, ob und wie viel er hören wolle. Der Antrag, daß gegen unfleißige Studierende disziplinarisch eingeschritten werden dürfe, ward mit starker Majorität verworfen. Ueber die Prüfungsfrage zur Sprache, von Majoritäts-Prüfungen sah man ab und beschränkte sich auf die Prüfungen beim Abgange von der Universität. Birnbaum von Giessen sprach sich für Fakultäts-Prüfungen als theoretische aus, Tangerow sich dagegen; nachdem Ihrsch die Debatte wieder ins Klare gebracht, stellte Tangerow den Antrag: Die Prüfungen sind von Kommissionen, die für den einzelnen Centrum aus der Mitte sämmtlicher Universitätslehrer, mit Zuziehung von Praktikern, mit möglichem Wechsel zu wählen sind, vorzunehmen und zwar öffentlich. Dieser Antrag wird angenommen. Mit Akklamation ward angenommen: Alle Fleiß- und Fortgangs-Zeugnisse sind abzuschaffe, nur wo das Privat-Interesse des Studirenden ein solches Zeugniß verlangt, ist der Lehrer verpflichtet, es ihm auszustellen. Klee von Bonn trug beantrage: Es gibt die Anwendung der deutschen Sprache als Regel bei examinibus. Das rief eine heftige Debatte hervor, bei der Tangerow gegen, Klee für, Ihrsch modificirt dafür, ebenso Lang aus Würzburg. Birnbaum aus Giessen beklagt den Verfall der lateinischen Sprache, Schreiner aus Wien spricht sich dahin aus, daß bei theol. kathol. Fakultäten die lateinische als Kirchensprache unbedingt beibehalten werden müsse. Man beschließt, über den Gebrauch der Sprache bei Staats-Examen keinen Beschluß fassen zu wollen. Dagegen stritt ein Antrag von Tangerow: Es bleibt für die Zukunft den einzelnen Fakultäten überlassen, bei den examen rigorosum ganz oder theilweise den Gebrauch der lateinischen Sprache zu erlassen, mit 39 gegen 33 angenommen. Auf den Antrag Nägelsbach's von Erlangen spricht sich die Versammlung mit Akklamation gegen die Semestral-Prüfungen aus. Der Präsident beantragt, eine Kommission zu ernennen, um die eventuelle Zukunft zu berathen, da zuerst morgen die Verfassungsfrage darauf stehe, festzustellen, wird angenommen. Der Präsident schließt die Sitzung. — Morgen werden wir jedenfalls die Hauptschlacht erleben. Es organisirte sich heute, wenn ich so sagen soll, die Linke, d. h. die Partei, welche die an weitesten gehenden Anträge stellen will, doch ist sie ziemlich schwach. (Köln. Z.)

Jena, 23. Sept. Heute hatte die Verfassungsfrage auf der Tagesordnung und die Kommission, welche zur Schematisirung der Anträge gewählt war, bestehend aus Wächter, Blum, Birnbaum, Domrich, Hpe, v. Sybel, erstattete Bericht. Die Versammlung sah heute viel ernster aus; man merkte, sie machten sich Alle auf einen heftigen Kampf gefaßt. Plathner aus Marburg eröffnete den Reigen, indem er für Beibehaltung des alten, corrupten Universitäts-Verfassung sprach. Hoffmann aus Würzburg will vermitteln. Das sei keine rechte Gliederung, wenn dies oder jenes Glied unterbunden. Es schlägt vor, der Senat besteht aus allen ordentlichen und außerordentlichen Professoren und Deputationen von Privat-Dozenten (auf je 10 — 1) und Studenten. v. Sybel aus Marburg sucht in längerer Rede zu zeigen, daß der Hoffmann'sche Antrag eine Centralisirung und Bureaukratie herbeiführen werde, und will die Gliederung des Alten. Carriere aus Gießen will ein corpus academicum aus demokratische Grundlage, und einen Ausschuß daraus, eben-so wissenschaftliche Sektionen an die Stelle der Fakultäten. Cramer aus Halle schließt sich an Hoffmann an, will keinen Unterschied einer innern und äußern Fakultät. Dallmann von Münster macht einen Vorschlag, ähnlich dem Hoffmann'schen, will aber durchaus keine Bevorzugung der Professoren. Wangerow aus Heidelberg will Niemanden verletzen; seine Grundansicht, der Senat besteht nach wie vor aus den ordentlichen Professoren und Niemand anderst, auch er will ein corpus academicum, aber nur berathend und ohne jede Betheiligung der Studenten. Man wolle ja keine neue Akademie bilden (mit Seitenhieb auf Carriere), sondern stehe auf altem guten Boden. Die Extraordinarien und Privatdozenten mögen im Vorhof des Tempels stehen, aber als Priester in das Heiligthum dürfen sie nicht. Es sei eine Unart unserer Zeit, Alles im Sturm zu erobern, Niemand wolle etwas erarbeiten. Die Privatdozenten seien Aspirantem, und Aspirantem nicht ganz frei, sie könnten nach der Hand fassen, die sie erst ihreben könne. Für die Privatdozenten solle freie Arena sein, nicht mehr, sie sollen in der Arena erst zeigen, ob sie in das Heiligthum der Fakultät eintreten können. Dasselbe gelte von den Extraordinarien, sie seien erleichterte Privatdozenten. Wenn ihre Wünsche und Hoffnungen anfangen sich zu verwirklichen, gieb ihnen der Staat etwas, und sie seien dann Professoren, aber extraordinäre. Doch weiß er gar nicht, weshalb man die Studenten vertreten sein lassen will, sie seien Gäste, was gehr die ganze Korporative an (mit viel der Passus des Breslauer Schreibens: Die Reformen sind der Studenten, nicht der Prüfung wegen, ein). Sein endliches Resultat sei, der Senat besteht aus den ordentlichen Professoren, doch könnten die Extraordinären etwa zwei wählen, die dann auch Stimmrecht haben sollten. Sell aus Bonn findet etwas völlig Annatür-

lichen in der Berheiligung der Studenten, man dürfe Niemand früherer machen, er schließt sich an Wangerow an. Göttling und Zenz schließt sich an Wangerow an, indem er erklärt, Wangerow's Vorschlag sei ein konstitutioneller und der von Würzburg ein demokratischer, er sei konstituirend, also schließe er sich an Wangerow an. Jetzt nahm die Debatte eine andere Wendung. Thiersch aus München will Verheiligung der Studenten. Ohne Studenten sei die Universität eine Stadt ohne Häuser. Er wolle sich keine wohlfeile Popularität erwerben, aber vielfältige Erfahrung habe ein schweres Referat im letzten Jahre habe ihn das gelehrt. Er will eine gesetzgebende Versammlung aller Professoren und Privatdozenten und Deputationen der Studenten, die dann aus den ordentlichen Professoren den Senat und die nöthigen Ausschüsse wählt. Die Deputationen der Studirenden haben kein Wahlrecht. Es müsse die Umgestaltung der Universität im Geiste der Neuzeit vorgenommen werden, wenn frisches Leben in sie kommen solle. Aber Uebereilungen warnt man davor, daß man wegen freierer Mißbräuche allgemeine Anträge stelle, und spricht sich für Beibehaltung des Alten aus. v. Ringseis aus München geht von Sparta und Athen aus und kommt auf den Wangerow'schen Antrag zurück, dem er sich anschließt. Lerch aus Wien faßt die Sache vom demokratischen Standpunkte der Gemeinde auf und will von keinen Privilegien einzelner Kasten etwas wissen. Birnbaum aus Gießen will keine Demokratie der Wissenschaft, schließt sich im Allgemeinen an. Quitzmann aus München will als Privatdozent pro domo sprechen, es sei bei ihm kein »sturmerobernder Drang, keine kinart der Zeit«. Wangerow: Er sei sechs Jahre Privatdozent und habe sich noch zu keiner Professur gemeldet. In einer längeren, aber klaren und scharfen Rede spricht er sich für den Thiersch'schen Antrag, mit dem sich Carriere vereinigt, aus. Die Diskussion wurde geschlossen und der Präsident stellt zur Fragestellung. Die Parteien gruppiren sich um den Thiersch-Carriere'schen und um Schmitz-Carriere'schen Antrag. Die erste Frage: ob ein corp. academ. zu bilden und allen Docenten, das zu berathen und Anträge an den Senat zu stellen, die Befugniß habe, wurde fast einstimmig bejaht; ob dasselbe auch Anträge an die Regierung mit Uebergehung der akadem. Behörde: mit 43 gegen 30 bejaht. Jetzt kam der Thiersch-Carriere'sche Antrag zur Abstimmung, es ward namentliche Abstimmung verlangt und genügend unterstützt. Feierliche Stille. Endlich verkündete die Glocke: der Thiersch-Carriere'sche Antrag ist mit 37 gegen 36 Stimmen angenommen. (Unhaltendes Prasseln.) Die Wiener, die wie Ein Mann mit: Ja stimmten, gaben den Ausschlag. Man beschließt noch, daß die Studenten bei Angelegenheiten, die sie unmittelbar angehen, auch Stimmrecht im Plenum haben sollen. Hoe und Endlicher von Wien wollen auch Betheiligung der Studenten bei der Rektorwahl und der Wahl eines Disziplinarrathes. Wird eben so, wie die Zahl der Studentendeputationen als offene Frage gelassen. Ferner beschließt man, daß die Sitzungen des Plenums in der Regel öffentlich sein sollen. Die Sitzung die von 8 Uhr Morgens bis 2 Uhr Nachmittags gedauert, wird geschlossen. Heute Nachmittag ist noch eine Sitzung, in der aber wahrscheinlich noch nicht alles erledigt wird, und heute Abend Ball. (Köln. Z.)

Deutschland.

Bayern. — *) München, 4. Okt. König Ludwig und Königin Therese sind gestern Abends von Berchtesgaden hieher zurückgekehrt, und haben ihre Appartements im „Königsbau“ wie früher bezogen, da der Mittelbaucher Palast bis jetzt noch nicht zur Vollendung und vollständigen inneren Einrichtung gebracht werden konnte. — Alle Königl Max gestern Nachmittags auf der Theresien-Wiese sich zeigte, begleitete ihn überall langandauernder wiederholter Jubel.

Pfalz, Gode Sev. Unsere Pfalz, die so Vieles schon besitzt, was das deutsche Vaterland vom gewaltigen Umschwung der Dinge erst erwartet und die überdauert vor andern deutschen Ländern auch durch Klima und Produkten so Manches voraus hat, soll dennoch für einheimische und ausländische Demagogen ein Herd der Umtriebe sein. Von diesen Demagogen, die im gelindesten Falle nicht dereinen, daß sie am Ende nicht für die Einheit und Freiheit Deutschlands, sondern für den Interesse der Franzosen arbeiten, die am allerwenigsten ein großes, starkes, einiges und freies Deutschland wollen, fortwährend aufgeregt, überstürzt sich ein Theil der Völker, während der andere und zudem der größere unter dem Terrorismus der Minderheit sich schweigsam beugt. Mehrere von aufgeblasenen und unreifen Leuten redigirte kokalblätter schüren nach Kräften mit, und auch ein größeres Blatt, der in Kaiserslautern erscheinende Pove für Stadt und Land, ist völlig in dieser extreme Richtung gerathen. Dagegen hat die Neue Speyrer Zeitung zur Freude Aller, welche die Freiheit, aber nicht die Zügellosigkeit, die konstitutionelle Monarchie im Sinne der neuen Zeit, aber nicht die Anarchie wollen, seit einiger Zeit eine gemäßigtere Haltung angenommen.*) Daß bei dem dermaligen aufgeregten Zustande Handel und Wandel, Kredit und Vertrauen immer mehr Noth leiden, bedarf keiner weiteren Ausführung. Vielmehr ist zu besorgen, daß es noch schlimmer bei und werde, da von dem Fortgange der künstlichen Agitation das Wirthshausfrieden und Nichtsthun namentlich bei den obnedin herumtreibenden Gewerbsleuten ungertrennlich ist. —

*) Es thut und leid, dieser Bemerkung der Herrn Einsenders nicht beipflichten zu können. Wir werden wegen einem Artikel der Karlsruher Ztg. mißtheilen, der die Haltung dieses pfälzischen Blattes ganz anders und unserer Ueberzeugung nach richtiger auffaßt. Anm. d. Red.

Als die Beschlüsse der Volksversammlung auf der Frankfurter Pfingstwiese, wie es heißt durch eigene Abgeordnete von derüber, in der Pfalz bekannt geworden waren, schwoll die Aufregung mächtig an. Deputirte des demokratischen Volksvereines zu Neustadt (sweldhi sogar eine rothkalische Farce vor sich ging) eilten nach Kaiserslautern, Landau, Speyer, Mannheim (rem Sitz des Centralvereins für die demokratische Provinz des Oberrheins) und Frankfurt. Volksversammlungen wurden angelagt und abgehalten. Besonders hervor that sich dabei wieder Kaiserslautern, die überwältert ist, im Wohlstande immer mehr sinkt und hiernach Elemente genug für die Agitation darbietet. In einer dort veranstalteten Volksversammlung wurde Permanenz des Comités beschlossen, und es erreichte die Aufregung, die sich zunächst in einer Adresse an die Linke im Parlament Luft machte, auf die Kunde von dem Kampfe in Frankfurt einen so hohen Grad, daß man sich allerwärts zuschrie: man müsse nach Frankfurt ziehen und das Volk helfen. Einer gingen nach Basel, Constanz, Freiburgern, um derthin den Bericht von den Staat der Dinge zu überbringen. Eine Deputation eilte nach Neustadt, um über den weiteren Verlauf Erkundigung einzuziehen. Die ganze Nacht hindurch wurden Kugeln gegossen und Patronen gemacht. Dennoch mäßigte man die Hitze in so weit, daß man nicht noch am Abend des 19. Septbr. — wie es allerdings von einigen Hitzköpfen verlangt ward — nach Frankfurt forzog, um einer Partei zu Hülfe zu eilen, die sich durch den Kampf frisch aufzuraffen, sondern vor allem die Rückkehr der Deputation abwartete. Als diese nun die niederschlagende Nachricht brachte, daß das Militär in Frankfurt gesiegt habe, fand man für gut, sich zum Entschluß zu Hause zu bleiben und die Patronen bis auf weiterd aufzuspären, die nöthige Beruhigung anzeigen. — Vom 1. Okt. an erscheint zu Neustadt in der A. H. Gottschick'schen Buchhandlung eine „demokratische Zeitung,“ die wir von einer Mainzer „Zeitschrift für Volksfreiheit“ unter Mitwirkung vieler Parlamentsmitglieder der Linken herausgegeben werden. Ein solches Blatt fehlt uns noch, um uns, die wir so leicht vergessen, daß wir es im Allgemeinen doch gut genug haben, um nicht dem Gelüste uns (wie die Pfälzer sich richtig ausdrücken) stets an die Spitze schreien zu wollen, widerstehen zu sollen, vollends aus dem Häuschen zu bringen und eine beim nächsten Abschluß der Dinge an und den Spruch in Vollzug zu setzen: Einigkeit, so du unzerreißt, ist keine eigene Schuld.

Württemberg. — **Stuttgart**, 30. Septbr. Heute Vormittag empfing der König im Schlosse die Deputation, welche von der Abgeordnetenkammer zur Ueberreichung der Adresse gewählt war. Daß der König diesmal, gegen den bisherigen Gebrauch, die Adresse im Thronsaal, umgeben von seinem Hofstaat und den Adjutanten, entgegennahm, dürfte nicht ohne eine nahe liegende Absicht geschehen sein. Wer den Inhalt der Adresse kennt, wird mit Uebereinstimmen, daß der Wunsch, man kenn König, um den möglich gelinesten Ausdruck zu gebrauchen, nicht augenehm sein konnte. Wir wissen, daß die Mitglieder der Deputation dies fühlten und deshalb auch keine sehr günstige Aufnahme erwarteten. Nachdem die Adresse von dem Präsidenten der Abgeordnetenkammer verlesen war, dankte der König in wenigen, sehr freundlichen Worten für die ihm gemachte Eröffnung; und ohne auf den Inhalt der verlesenen Aktenstücke weiter einzugehen, fügte er noch hinzu, daß er mit seinen Ständen die Ueberzeugung theile, daß seine Regierung sich den Beschlüssen der Nationalversammlung in Frankfurt unbedingt zu unterwerfen habe, und daß er von Herzen wünsche, daß die genannte Versammlung recht bald emsi Gesetzvorschlag zum Wohle Deutschlands vollenden möchte. Darauf lud der König jedes einzelne Mitglied der Adressdeputation vorstellen und unterhielt sich mit ihm auf das freundlichste über Gegenstände, welche seine speziellen Lebensverhältnisse betrafen. Die Deputation verließ den Thronsaal mehr als befriedigt, und wir hörten aus dem Mund eines Mitgliedes: „der König hat sich heute groß und in einem Grade liebenswürdig gezeigt, den wir nicht erwarten konnten.“ (Karlsr. Z.)

Stuttgart, 2. Okt. Wenn Sie einen Blick in unsere augenblicklichen hiesigen Verhältnisse werfen könnten: Sie würden so tiefe Buße, so vollen Frieden entdecken, daß es Ihnen schwer fallen müßte, an die Aufregung der vergangenen Tage zu glauben. Was konnte aber so schnell einen so überraschenden Uebergang von großer Aufregung zu vollkommener Stille herbeiführen? Hauptsächlich der von der Regierung gezeigte Ernst, dem wüsten Treiben der Wühler ein Ende machen zu wollen! Wir haben mit an dem günstigen Erfolge, wenn Energie entwickelt würde, gezweifelt, und heute und jetzt, unsern Glauben durch die Thatsache glänzend gerechtfertigt zu sehen. Daß die Niederlage der Demokraten unterstützt der kräftigen Handlungsweise des Ministeriums sehr zu Statten kam, daran seiner Erwähnung. Die Stimmung dem Ministerium gegenüber hat sich in allen Kreisen außerordentlich zum Günstigen gewendet, und namentlich läßt man dem Staatsrath Römer, seinem Charakter sowohl als seinen Fähigkeiten, von allen Seiten die vollste Gerechtigkeit widerfahren. Was kann ihn eben, daß man in den letzten Tagen der Gefahr allgemein die Ansicht verbreitet fand, daß man in den entscheidenden Stunden des Ernstes ihn da, wo die Gefahr am größten, finden werde. Auch General von Rüppli, ein allgemein mit vollstem Rechte geachteter Mann, bewährt von Tag zu Tag mehr, daß die Erwartungen, welchen man sich hingab, als er an die Spitze des Kriegsministeriums trat, vollkommen begründet waren. Die Namen Duvernoy und Goppelt werden stets als die Namen wahrer Ehrenmänner mit Achtung genannt, und Niemand greift an ihrem redlichen Willen. Wir haben so eine vollsthümliche Regierung, welche sich wieder das allgemeine Vertrauen des Landes genießt, und dennoch haben wir Grund, zu fürchten, daß zwischen unserer Kammer und

der Regierung bald ernste Konflikte entstehen werden. Die gestern stattgefundene Wahl der Kommissionen der Abgeordnetenkammer wird die Erklärung der Regierung zu den Ständen nicht erleichtern. Wir beginnen uns vor der Hand anzuführen, daß in die Kommission für geistliche Angelegenheiten seines der Mitglieder der Bank der Geistlichen, wohl aber der Philosoph Strauß gewählt wurde. Der Nächste für diese Kommission, im Fall das Austrittes eines Mitgliedes, ist der Abg. Scherr, ein Deutschkatholik und einer der thätigsten Volksredner in der Glanzperiode der Volksversammlungen. — Derselbe, welcher das Bildniß des Königs von Preußen, gefolgt von Hohngelächter, hier unter den christlichen Augen verbrannte. Wird den Wünschen und Erwartungen des Volkes durch solche Wahlen entsprochen sein? Das Land wird bald die Antwort darauf geben. Wir haben gestern besonnene Männer, keine Reaktionäre, den Kopf bedenklich schütteln sehen, als sie die Zusammensetzung der verschiedenen Kommissionen im Schwäbischen Merkur lasen. — Ad vocem: „Reaktion," — wir wollen es gern einmal aussprechen, daß man die Reaktion, d. h. die Wörter, als trauliche Verbündeten der Anarchie mit dieser wird verschwinden sehen. Es gibt wohl Reaktionäre, furchtsame, unverbesserliche Menschen, ohne Einfluß, ohne irgend eine Macht; aber es gibt keine Reaktion, weil sie, zur Ehre Deutschlands, Unmöglichkeit geworden ist. Selbst Hr. Vogt in der Paulskirche, das Haupt der linken, welcher allein Vertrauen im Volke hat, und somit der einzige und wahre Repräsentant der gesammten linksseits Volk ist, mag uns das Verbrechen an seiner in ihm verkörperten souveränen Volkssouveränetät verzeihen, wenn selbst seine Worte nicht im Stande sind, und an Reaktion glauben zu lassen.

(Karlsr. Z.)

Sächsische Herzogthümer. — Altenburg, 30. Sept. Einlassen oder Nichteinlassen, das ist die Frage, um die sich gegenwärtig hier Alles dreht. Bekanntlich soll auch in unserm Herzogthum ein 8tes Bundes-Corps zusammengezogen werden. Altenburg und die Umgegend wird zunächst von sächsischem Militär besetzt werden, die Stadt allein 2 Bataillone Infanterie und eine Batterie Geschütz erhalten, und Generalstabsquartier werden. Erklärlicherweise mußte diese Maßregel die höchste Aufregung hervorrufen. Der nächste Schritt, den die hiesigen Volksführer in der Angelegenheit thaten, war ein Antrag bei der verantwortlichen Behörde des Landtags an die Nationalversammlung zu Frankfurt gegen die militärische Besetzung des Landes. Darauf ward in einer außerordentlich zahlreich besuchten Sitzung des Vaterlandsvereins die Angelegenheit weiter besprochen. Nachdem sich manche Stimmen für eine gewaltsame Abwehr der militärischen Einlage ausgesprochen hatten, wurde von Hrn. Pelz auf die Unzulänglichkeit der militärischen Gewalt entgegengestellten Macht hingewiesen, worauf Hr. Erbe bringend warnte, Volksmassacre absichtlich auf den einquartierten Truppen mit Freundlichkeit entgegenzukommen empfahl, indem er hervorhob, daß man auf sie mit der Macht des Worten einzuwirken suchen müsse. Daß die Soldaten bei der Bürgerschaft nach Maßnahme der Klassensteuerhaben einquartiert werden sollen und diese dadurch natürlich auch noch mehr gegen dieselben entgegensetzt, erhöhte die gereizte Stimmung. Gestern Nachmittag ward in der Angelegenheit eine Bürgerversammlung gehalten, die durch Deputation mit dem Stadtrath in Unterhandlung trat, theils um eine höhere Entschädigung für den einquartierten Soldaten — dem Vernehmen nach soll für den Mann täglich 5 Sgr. gezahlt werden —, theils die Zusicherung der Vorausschaltung zu beantragen. Der Stadtrath hat in der Einquartierungssache bereits durch das sofort diesfällige Verhandlungen mit dem sächsischen Ministerium angekündigt worden sein sollen. Uebrigens machte sich auch gestern noch hin und wieder die Meinung geltend, man müsse mit Gewalt gegen den Einmarsch des Militärs auftreten; es wurde wieder vom Barrikadenbauen gesprochen, falls die verlangten Bedingungen nicht zugestanden würden. Bemerkenswerth war der Umstand, daß gestern die Hälfte der Versammlung aus Soldaten bestand, die mit der gegen ihren Einmarsch und ihre Einquartierung bleiben werden. Im Allgemeinen glaubt man, daß der Einmarsch ruhig vorübergehen werde; der Kern der Bürgerschaft scheint aus verschiedenen Gründen mit demselben nicht unzufrieden zu sein. Das Ärbichte eines gewaltsamen Widerstandes leuchtet auch zu deutlich ein.

(Dt. Allg. Z.)

Schleswig-Holstein. — Altona, 29. Sept. Der General-Major v. Bonin ist zum Generallieutenant und kommandirenden General der schleswig-holsteinischen Truppen ernannt worden. Die Zentralregierung hat erklärt, daß sie in Kurzem die sämmtlichen Kriegsschiffe der deutschen Flotte auf der Elbe nebst Offizieren und Matrosen übernehmen werde.

Oesterreich. — Wien, 1. Oktober. Daß der Briefwechsel des Banus mit dem Kriegsminister Latour nach immer das allgemeine Stadtgespräch ist, versteht sich von selbst. Man erfieht aus den bis jetzt mitgetheilten Briefen, daß der Banus im Einverständniß mit der Regierung in Wien gehandelt hat, sowie, daß er selbst nur wegen des Kampf gegen die Soldaten der ungarischen Armee auftrumpt, „indem dadurch ein unbesiegbarer Riß in der Armee bewirkt werde." Er fordert auf das Nachdrücklichste den Kriegsminister Latour auf, zweckloses Blutvergießen zu vermeiden. Andere Schreiben geben Aufschluß über den Anschluß der Hardegg-Kuirassiere und einer ungarischen Ehevauxlegersdivision an den Banus. Auch bedankt sich der Banus bei Latour für richtig erhaltene Geldsendungen, fordert aber zugleich neue Summen, indem er sie nöthig brauche zur Aufrechthaltung der Mannszucht und der guten Stimmung seiner Truppen. — Am 2. Oktober um 5 Uhr Abends ist sämmtliches Steiermarck wurde am 25. Sept. 3 Uhr 40 Min. Nachm. ein ziemlich starkes Erdbeben verspürt. Auch in Lambsberg wurde dasselbe bemerkt.

N. S. Ein Gerücht sagt Jellachichs sinker (nach andern der rechte) Flügel sei von den Ungarn geschlagen worden.

* Wien, 1. Okt. Man erwartet auf Morgen einen verschärften Belagerungszustand sowie eine Verordnung, bezüglich der Regelung des Assignationswesens. Beides zusammen erfüllt bereits heute die Stadt mit allerlei bennruhigenden Gerüchten. Daß aber beides nothwendig, bringend nothwendig ist, darin stimmen alle Kaltblütigen überein. Ein anderes Gerücht von einem Siege der Ungarn über den linken oder rechten Flügel von Jellachichs Armee, regt die Gemüther gegen die Ungarn auf. — Ob etwa ein heimliches Einverständniß sich noch zwischen Banus und Gränzvolk. Auch Baron Bay soll nur mit genauer Noth einem gleichen Schicksale entgangen sein. — Ein Gang durch die Stadt läßt mich an allen Straßenecken wüthende Plakate gegen die Ungarn erblicken! Die ungarischen Exminister Batthyany und Kossuth haben der österreichischen Regierung ihre völlige Ergebenheit ausgedrückt? Von Seite vernimmt man, daß der provisorische Ausschuß in die Wörter des Grafen Lamberg verbeten sind; zugleich wird aber auch gemeldet, daß die Offiziere der deutschen Truppen in Pest erklärt haben, nicht gegen ihre Kameraden fechten zu wollen. Dagegen wurden daselbst sämmtliche Nationalgarden auf 14 Tage mobil gemacht; indeß weigern sich viele auszurücken, und die, welche erscheinen, thun dieß nur aus Furcht — kurz es herrscht eine totale Anarchie. — Dahlopfte Austritt aus dem Ministerium bestätigt sich nicht. Ob habe Ihnen bereits mitgetheilt, daß dieß Gerücht beunruhigend erwirkt habe, weil die Zentralgewalt bei solchen von allen Parteien anerkannt wird. Erzherzog Stephan wird sich auf seine Besitzung Schaumburg im Herzogthume Nassau begeben.

Szemes, 21. September. (Nähere Details über die Zusammenkunft des Ban mit dem Palatin am Plattensee.) Im Kistomgarom kam ein Kourier vom Palatin, wir möchten stehen bleiben, er komme sogleich und werde uns Befehle ertheilen; bekannt war es Graf Zichy, der Adjutant des Palatins, das letztemal mit dem Ersuchen um eine Zusammenkunft mit dem Ban in Szemes. St. Exc. sagte sie zu. Um 4 Uhr heute Nachmittags kam der Palatin auf dem Dampfschiffe von Fürek; der Ban erwartete ihn mit General Zeidner, Oberst Denkstein, Major Hompesch und Plattner am Ufer; die übrigen Offiziere in einiger Entfernung. Es kam ein Boot, den Ban auf's Dampfschiff abzuholen. Da jedoch die Zusammenkunft in Szemes und nicht auf einem Dampfschiffe zugesagt war und nachdem das Dampfschiff einen kaiserlichen Prinzen am Bord, seine kaiserliche Flagge, sondern vier Kosttutsche führte, so schickte der Ban den Major Hompesch und Plattner, den Palatin auf's Land zu bitten, wo er sich unter kaiserlichen Truppen sicher finden kann. Major Hompesch blieb auf dem Schiffe. Major Plattner kommt zurück, um den Ban nochmals einzuladen. Das Offizierkorps, das sich in ziemlicher Entfernung versammelt war, nahet sich jedoch dem Ban im langsamen Schritt und schickt einen Offizier, ihn zu bitten, durchaus nicht auf's Schiff zu gehen. Major Plattner geht daher zurück mit der Antwort, daß der Ban den Palatin auf seinen Schiffe nicht als Herrn, daher nicht als selbstständig ansehe, und mit mir Rücksicht auf die entschiedene Opposition seiner Offizierkorps auf den Bord des Dampfers sich nicht begeben könne. Ein unterwegs ein „Zivio" erhallte auf der Mitte unseres Offizierskorps für den gelieben Ban. Nun kommt Major Hompesch mit dem Adjutanten des Palatins, Grafen Zichy, abermals den Ban auf's Schiff zu bitten. Der Ban erwiederte jedoch: „Graf Zichy, Sie sehen die Bezeichnung meiner Offiziere;" und indem er auf sein Offizierkorps zeigte, sagte er fort: „Meine Herren, Sie sind Offiziere des Kaisers, kann ich auf's Schiff gehen?" — Ein donnerndes Nein war die Antwort. Graf Zichy erblaßte, Thränen kamen ihm in die Augen. Er bestieg das Boot, und wir verließen sauftod das Ufer, ohne das Dampfschiff auch nur abfegeln zu sehen. (Gratzer Z.)

Italien.

* Florenz, 20. Sept. Livorno ist noch immer in der Gewalt der Aufständischen, an deren Spitze Guerazzi steht. Bis jetzt sind noch keine Umordnungen von Bedeutung vorgekommen, allein es kann jeden Augenblick zu einem Zusammenstoß des bewaffneten plünderungslustigen Gesindels mit den wohlbehabten Einwohnern kommen. Die Municipalität, d. h. das Komite der Aufständischen entfernt seine Gewalt an als Leopold den Zweiten, das Ministerium daggegen will nicht anerkannt. Man erklärt, nur mit dem Großherzog unterhandeln zu wollen. — Die Verhandlungen, welche eine Zeitlang unterbrochen waren, sind wieder hergestellt, und die Eisenbahn von Florenz beförderet wieder Reisende bis Livorno. In Florenz selbst herrscht die größte Besorgniß; die Einen werden dem Gedrängnisse Schwüre vor, die Anderen dem Ministerium. Verschiedene Blaue kennen ohne Plan, ohne Systeme handeln und den Zufall allein die Lösung der schwierigen Frage überlasse, die Toskanas Umsturz und Ruin herbeiführen könne. Die Kammern allein treten mit Einsicht und Kraft auf. Auch die Presse beweist sich mit eben so großer Unerschrockenheit als Energie gegenüber den Umtriebsitzern; besonders ist es Aegelio, der in der „Patria" eine Reihe der patriotischsten Artikel erscheinen läßt. — Der Herzog von Modena hatte bisher sich noch ruhig die Besetzung der Fürstenthümer Massa und Carrara durch toskanische Truppen gefallen lassen; plötzlich aber verlangt er die schleunige Zurückziehung dieser Truppen und droht im Weigerungsfalle mit dem Einmarsch österreichischer Truppen. Der englische Minister Sir Georg Hamilton will vermittelnd auftreten und hat zu dem Ende in einen Kurier nach Modena abgesendet. Man glaubt aber nur wenig an einen Erfolg seiner Bemühungen.

Monaco. Am 24. Sept. hat in diesem kleinen Fürstenthume eine Staatsumwälzung stattgefunden zu Gunsten der republikanischen Regierungs-

form, und der Fürst selbst hat nicht allein seine Zustimmung hiezu gegeben, sondern sogar dazu aufgefordert. Monaco hat sich sonach an Frankreich angeschlossen. Der Herzog war folgender: Das Dekret, welches die Besitznahme der freien Städte Menton und Roquebrune von Seiten Piemonts verkündete, war am 22. datum geworden. Mit demselben verbreitete sich das für den Fürsten von Monaco bedrohliche Gerücht, daß dessen Sohn in Turin gegenwärtig über den Preis des Gesammtfürstenthums verhandle, welches durch Kauf an Piemont übergehen sollte. Am Abend desselben Tages versammelten sich sämmtliche Einwohner vor dem Palaste des Fürsten und verlangten Aufklärung hierüber. Der Fürst begab sich mitten unter die Leute, entrüstete die verläumderischen Lügen und lud die Versammelten ein, zum Schutze ihrer Unabhängigkeit das Protektorat Frankreichs anzurufen, oder sich an die französische Republik anzuschließen, für welchen Fall er abdanken wolle. Dieser Vorschlag wurde mit Beifallsgeschrei aufgenommen, französische Lieder ertönten und die Rufe: „es lebe Frankreich, es lebe die französische Republik!“ erschallten auf der Menge; die öffentliche Ruhe wurde aber nicht im Geringsten gestört. Die Stadt Monaco wirft Gesandte an die Regierung der französischen Republik abschicken mit der Erklärung, daß sie sich der französischen Republik zur Verfügung stelle. Wohl zu bemerken ist, daß ein großer Theil der Einwohnerschaft aus Franzosen besteht, welche ihre Anhänglichkeit an Frankreich, ihre Sitten und Gebräuche wohl bewahrt haben. — Zu gleicher Zeit mit diesen Ereignissen feierten die Städte Menton und Roquebrune ihren Anschluß an Piemont mit Kanonen und Gewehrsalven, mit Musik und Gesang.

Großbritannien.

* **London**, 29. Sept. Die Lordmayorwahl hat heute statt gefunden. Die Wahl fiel auf Sir James Duke, Parlamentsmitglied und Aeltester der Londoner Aldermen. Der Umsturzbundsprozeß gegen die verhafteten irischen Aufständischen dauert ununterbrochen fort.

* **London**, 30 Sept. Gestern hat zu Dublin die Verhandlung des Hochverrathsprozesses gegen Smith O'Brien und Consorten begonnen. Der Advokat des Hrn. Smith O'Brien suchte durch Erhebung mehrfacher Formschwierigkeiten eine Vertagung zu erlangen, was ihm aber nicht gelückte. Ferner begann die Verhandlung über die Einsprüche selbst. Der Criminalgerichtshof hat bereits vier irische Rebellen, Namens Dowling, Lacy, Fay und Cussen, zur Deportation auf Lebenszeit verurtheilt. Eine große Zahl irischer Pächter, Handelsleute u. s. w. wandern nach Texas aus, um dort eine Niederlassung zu gründen. In den ersten Tagen des nächsten Monats werden sie sich zu Liverpool nach New-Orleans einschiffen. Ein protestantischer Geistlicher wird sie begleiten. Es sind fast durchgängig Protestanten. Consols 88¾ / ¼.

Frankreich.

** **Paris**, 1. Oktober. Die skandalösen Vorgänge gestern in der Nationalversammlung, die Bedrohung des Hrn. Tanjone mit brutaler Gewalt von Seite der Bergmänner (der Rothen), als der Redner mit flammenden Worten der gerechtesten Entrüstung die Begebnisse zu Toulouse brandmarkte, diese Ausfuhre werden in ganz Frankreich wie hier den tiefsten Eindruck machen. Die Rothen haben sich wieder ganz in ihrer wahren Gestalt gezeigt; die kannibalischen Rufe jener wilden Horden zu Toulouse, Rufe wie: es lebe Marat! Ich den Reichen Tod den Priestern! Kriegen mit der Nationalversammlung! Es lebe Barbes! Es lebe die Guillotine! werden in ganz Frankreich und über seine Grenzen hinaus wiederhallen und die gebührende Würdigung finden. Mit geballten Fäusten bedrohte man den muthigen Mann, der fürchtlos dem ihn umwogenden Sturme entgegentretender Leidenschaften die Stirne bot! Frankreich wird es nicht vergessen, wohin die Rothen, die Demokratisten, die Sozialen Republik zurückführen wollen. Die öffentliche Stimme dringt auf strenge Untersuchung und Bestrafung der Frevel von Toulouse, und besonders entrüstet ist man allgemein über das Verhalten der dortigen Behörden. Die Regierung muß diesem allgemeinen Verlangen entsprechen und die Justiz wird ihm, was ihr die Pflicht gegen das Land gebietet. Allgemein fällt das ganz verschiedene Benehmen der zwei Minister Senart und Lamoriciere auf. Senart sagt: viele halten es für unmöglich, daß Senart länger Minister bleibe. Ein Gerücht spricht sogar davon, er habe bereits seine Entlassung gegeben — Der National bringt heute einen sehr bemerkenswerthen Artikel über die Hilfsmaßnahmen Frankreichs für den Fall eines Kriegs. Das Ganze läuft darauf hinaus, daß die französischen Heere auf Kosten Deutschlands, Belgiens, Italiens sich ernähren. (Wir kommen auf diesen Artikel, der in mehrfacher Beziehung beachtenswerth ist, in einer Mittheilung unseres Korrespondenten zurück.) — Heute Sonntag ist die Börse geschlossen.

Spanien.

*Madrid, 25. Sept. Die neugeborne Tochter des Herzogs von Montpensier hat die Namen Maria, Isabel, Herzogin von Puerto de Santa Maria erhalten. — Die „Gaceta“ verkündet das Wiederaufleben der Bankgeschäfte. Dieselbe hat in der vergangenen Woche gegen 4 Mill. Scheine gegen Geld umgesetzt. Ihr Effektivfond besteht aus 33 Mill. Die im Umlauf begriffenen Scheine betragen die Summe von 115 Mill. — In Valencia und Saragossa wurden heimliche Waffenvorräthe entdeckt, und in Folge dessen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Nachschrift.

** **München**, 5 Oktbr. Das 4. Jägerbataillon, das gestern von Straubing hier eingetroffen war, hat uns diesen Morgen mit der Eisenbahn wieder verlassen, und ist nach Augsburg abgegangen, von wo es den Marsch nach seiner Bestimmung fortsetzen wird.

Die Frkfter. O.-P.-A.-Z. enthält bereits einen Auszug der in der Kanzlei Stenes'd vorgefundenen Papiere. Es ist ein Brief Siegele an Struve und man kann daraus ersehen, auf welche Städte Süddeutschlands und auf welche Mitglieder der deutschen Reichsversammlung man rechnen zu können glaubte. Wir werden den ganzen Brief Morgen nachtragen.

Berlin, 1. Oktober. Seine Majestät der Prinz Waldemar, welcher sich seit dem Frühjahr in Münster aufhält und die 13. Artillerie-Brigade kommandirt, war im August und Anfangs September kränklich, ist indeß jetzt wieder hergestellt. Dies zur Berichtigung der gestern gegebenen Nachricht. — Nach dem Militär-Wochenblatte ist den Generalmajor v. Gayl, Kommandeur der zweiten Garde-Landwehrbrigade, das Kommando der hieher vom Generalmajor v. Bonin geführten, aus Schleswig-Holstein zurückgekehrten Truppenbrigade, dem General der Kavallerie v. Wrangel bei der Oberbesehl über sämmtliche in den Marschlinien nach Jütland und kantonnirenden Truppen übertragen, der Generallieutenant Fürst Radziwill, Kommandeur der 6. Division, zugleich zum ersten interimistischen Kommandanten von Torgau ernannt worden. — In einer vorgestern gehaltenen Präsidial-Konferenz ist, wie man berichtet, beschlossen worden, nunmehr sechsmal wöchentliche Plenarsitzungen der National-Versammlung halten zu lassen. (Berl. N.)

Posen, 29. Sept. Vorgestern sind die Eltern des 5 Kinder des unglücklichen Hrn. v. Auerswald auf der Durchreise hier an. Die Mutter des Verstorbenen und der Bruder ihrer eigenen verstorbenen Mutter hatten sie von Breslau abgeholt, und gestern setzten die jetzt ganz verwaisten Kinder die Reise fort. Sie werden bei ihrem Oheim, dem Landrath von Bardeleben auf Faulen bei Nöienberg, eine Zuflucht finden. — Unsere gute Stadt Posen soll bei den Sammlungen für die deutsche Flotte verhältnißmäßig wenig Theilnahme finden. — Hier sind neuerdings militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Neben dem Berliner Thore, dessen Wache wieder mit einem Offizier besetzt ist, hat man auf dem Wasserwall eine Kanone aufgefahren, welche bei etwa nöthig werdendem Alarm, durch 3 Schüsse das Zeichen geben soll; daneben steht aber auch zugleich ein Kasten voll Munition (Kartätschen) und man will behaupten, die Mündung der Kanone sei genau auf den Bazar, den Hauptversammlungsort der Polen und den Punkt, von welchem im März die Insurrektion ausging, gerichtet. Uebrigens hat zur Aufrechthaltung unserer Ruhe und Ordnung die ruhige Gesinnung der Verhältnisse in Berlin sehr viel beigetragen. Unter den Polen bemerkt man große Thätigkeit, in den letzten Tagen sind deren viele aus Berlin angekommen. Die Cholera macht Fortschritte, war fährt bereits 10 Todesfälle an. In Warschau sind vom 22. bis 25. Sept. 127 Personen an der Cholera erkrankt und 44 gestorben. Seit dem Entstehen der Epidemie sind dort bereits 822 Menschen gestorben und am 26. blieben 358 krank.

Kirchhayn, 18. September. (Hamburger Korrespondent.) Am 14. erschien auf unserer Abede die dänische Fregatte Bellona, Befehlshaber Steen-Bille, in Begleitung eines kleinen Kriegsschooners; ihr folgte am 16. die Hasfrunen und in den darauf folgenden Tagen die übrigen zum Blockadegeschwader der Nordsee gehörenden Kriegsfahrzeuge. Als Grund, weshalb sich dieses feindliche Geschwader auf der Eide versammelt, soll meinen Berichte von dem Steen-Bille mitgetheilt sein, daß sich der Zweck zum Absahrung und der Nordsee noch nicht zugekommen sei, und er deßhalb wegen der vorgerückten Jahreszeit den Schutz einer gesicherten Rhede habe aufsuchen wollen. Und in der That, kaum hätte sich eine mehr gesicherte Rhede treffen lassen, als die vorliege, auf welcher, abgesehen von ihrer Geräumigkeit und ihrer leichten Verbindung mit der offenen See, auch nicht eine Batterie zum Feinde Gefahr zu bringen droht. Sechs Kriegsmonate sind vergangen, ohne daß von den Regierungen der Elb-Kriegsstaaten eine ernstliche Vorkehrung getroffen wäre, die Ufer von Kuxhaven die Glückstadt zu sichern, ohne daß die lokalbehörden auch nur die nothwendigste Fürsorge oder Verabredung im Fall eines feindlichen Ueberfalles getroffen hätten. Sechs Kriegsmonate sind verflossen, ohne daß auf irgend einem unserer Strome die deutsche Kriegsflagge sich entfaltet hätte. Es ist nicht genug, zu beklagen, daß man den Gefer, welcher sich überall in Waterlande für die Gründung einer deutschen Seemacht zeigte, für den Augenblick nicht anzubeuten verstand, und die lange Zeit von sechs Sommermonaten verstreichen ließ, ohne auch nur den Versuch zu machen, einen erfolglich erfolglosen Landkrieg durch armirte Schiffe zu unterstützen. Möge denn wenigstens jetzt der Anblick eines feindlichen Geschwaders, welches ungehindert den Ausfluß des wichtigsten der Ströme Deutschlands, der Lebensader so vieler gewerbreichen Provinzen, beherrscht, das lebentige Gefühl erwecken, daß es die erste und nothwendigste Aufgabe des vereinten Deutschlands ist, Hand anzulegen an die Schaffung einer Seemacht.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 85.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Donnerstag den 5. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 5. Oktober.

(Erlaß des Kriegsministeriums, das Versammlungsrecht der Soldaten betreffend.) Zur Beseitigung unrichtiger Begriffe von dem Versammlungsrecht erscheint es nothwendig, die Truppen auf die Grenzen ihrer politischen Befugnisse aufmerksam zu machen. Zur Zeit besteht noch kein Gesetz, welches überhaupt ein freies Versammlungsrecht der bayerischen Staatsbürger feststellt. Die allerhöchste Verordnung vom 12. Aug. 1848 enthält indessen vorbereitend die Zusicherung, daß den Vereinigungen zu erlaubten Zwecken keinerseits entgegengetreten werde. Wird hiernach der Schluß gezogen, daß der bayerische Militär, welcher an Vereinigungen zu erlaubten Zwecken theilzunehmen wünscht, hieran solange nicht werde gehindert werden, als die Theilnahme unbeschadet des Dienstes geschehen kann, so ist gleichzeitig das auf dem Zwecke des Militärstandes folgerecht sich ableitende beschränkende Verhältniß nicht aus den Augen zu verlieren. Jeder Bayer hat verfassungsmäßig die Pflicht zum Dienstbefehl, und somit er bei der Fahne steht, hat er die verfassungsmäßige Verbindlichkeit den Militärgesetzen zu gehorchen, wie es der gelestete Fahneneid fordert. Dieser Gehorsam darf nach dem Wesen der Wehrpflicht keiner Verzögerung unterliegen, denn hier muß dem Befehl die rasche That folgen. Hieraus ergibt sich von selbst, daß die persönliche Ausübung politischer Rechte mit dem Kriegsdienst unverträglich ist, und daß dem Heere kein Recht zustehe zu berathen. Auch außerhalb der Waffendienstes hat der Militär die Verpflichtung, sich den militärischen Gesetzen und Vorschriften gemäß zu verhalten. Das Betreiben der dienstlichen Angelegenheiten kann niemals gestattet werden, und hierauf zielende Versammlungen bleiben den Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten verboten. Wer dagegen handelt, verstößt gegen die solche Zuwiderhandlungen verbietenden militärischen Strafgesetze, welche in dieser Zeit, wo das Band des Gehorsams allein die Stärke und Ehre des stehenden Heeres begründet und erhält, mit allem Nachdrucke zu handhaben sind. Der gesetzliche Weg für Bitten und Beschwerden ist ohnehin durch die Dienstvorschriften genau bezeichnet. Man versteht sich bei sämmtlichen Truppen zu deren gegen Bewußtsein von den Standespflichten, daß sie bei seiner Versammlung sich betheiligen werden, deren Tendenz mit den der Wehrpflicht eigenthümlichen Anordnungen in irgendeinem Widerspruch steht, und man gibt sich um so freudiger dem Vertrauen hin ꝛc. München, 26. Sept. 1848.

Deutsche Reichsversammlung.

⊙ **Frankfurt**, 2. Okt. (89ste Sitzung.) Reichsminister v. Schmerling gab heute Antwort auf eine Menge von Anfragen, welche im Laufe der vergangenen Woche an das Ministerium gestellt worden waren; dieselben betreffen die nächstjährigen Wahlen in Böhmen, wegen welcher das österreichische Ministerium schon zweimal um Beschleunigung angegangen worden sei; die Ernennung eines Gesandten nach Ungarn, welche unter den obwaltenden Verhältnissen nicht zulässig erscheine; die Zusammenziehung eines Truppenkorps in Thüringen, welche wegen der dortigen Unruhen für nöthig erachtet worden sei; die Auflösereung der bei dem Juniaufstand in Paris Gefangenen, welche die französische Regierung nicht verweigert habe, so daß es den Einzelregierungen jetzt freisteht, die Auslieferung weiter zu betreiben, und die Verfeigung der bei dem letzten Aufruhr in Frankfurt Betheiligten, welche mit aller Strenge gehandhabt werden solle u. s. w. v. Schmerling versteht es vortrefflich, auf die unausgesetzten Anfragen der Linken eine Antwort zu geben, die sich zwar Jedermann hätte selbst stellen können, die aber den angeregten Gegenstand für den Augenblick als vollständig erledigt erscheinen lassen. — Heute als in der ersten Sitzung dieses Monats wurden die üblichen Wahlen vorgenommen. Das Resultat derselben ist, daß v. Gagern wieder mit großer Mehrheit zum Präsidenten erkoren wurde, daß aber an die Stelle der beiden Vizepräsidenten v. Soiron und v. Hermann zwei Mordeutsche Simson aus Königsberg und Rieffer aus Homburg gewählt wurden. Nach beiden hatte v. Hermann die meisten Stimmen, nämlich die sämmtlichen Abtheilungen der Linken, im Ganzen 130, während für Rieffer und Simson die Ministeriellen mit 215 und 225 Stimmen eintraten. Robert Blum erhielt bei der ersten Wahl 46 Stimmen, v. Trützschler 20. Die erste Zahl zeigt die Stärke des Deutsch-Hof-Klubbs, die zweite die der Rotten im Pommerschen und Lichnowskischen Gefolge. Es wurde der Tand der Reichsversammlung zuerkannt, jedoch nicht in freudiger Begeisterung, sondern aus bloßem Pflichtgefühl; denn dessen schnelle Entfernung von seinem Posten, ohne von der Reichsregierung dazu aufgefordert worden zu sein, hat unangenehm berührt; auch über das schnaubende Benehmen der badischen Behörden gegen die an der Schweizergrenze verhafteten Aufrührer ist man hier so gut als in ganz Baden, wie zuverlässige Berichte melden, ungehalten, so daß v. Gagern davon gesprochen haben soll, die Präsidentenstelle unter solchen Umständen nicht ernsthin annehmen zu können. Die Aufsichten auf eine gedeihliche Lösung der so vielfach verwickelten Verfassungsfragen erscheinen im jetzigen Augenblick sehr getrübt, die Mehrheit der Reichsversammlung sinnt am, äußeren Abnungen Raum zu geben, und geht mit eilendem Schritte über die einzelnen Sätze der so viel besprochenen und so wenig besagenden Grundrechte weg, um wo möglich noch im Laufe dieses Monats die Berathung der Wehrverfassung in Angriff nehmen zu können. v. Radowitz wird wahrscheinlich über den vorgelegten Entwurf zu berichten haben; man ist nicht einig darüber, ob die Berichterstattung der Kommission der Kleinern Staaten mit denen der größeren stattfinden, oder ob man nicht durch Austausch und Vereinigung der kleinern Staaten am Mittelrhein, in Thüringen und in Niedersachsen drei größere militärisch reichsunmittelbare Gebiete zu schaffen im Stande sein werde, oder ob man nicht trittend, mit gänzlicher Beseitigung der Idee von Reichsunmittelbarkeit einzelner Theile Deutschlands und der daraus hervorgehenden Eifersucht der Einzelstaaten gegen diese Gebiete, sein Augenmerk blos dahin richten solle, ohne Rücksicht auf die Größe der Einzelstaaten durch unmittelbare Aushebung einer ersten Aufgebots eine Reichsarmee zu schaffen, welche als Kernstruppe die Heere der Einzelstaaten in deren Kämpfen im Innern wie nach Außen zu unterstützen hätte. — Es sind dieß Fragen, von deren Entscheidung Deutschlands Zukunft wesentlich bedingt ist, sie werden mit höchstem Ernste jetzt schon in allen Zusammenkünften der Abgeordneten besprochen, und auch der Presse würde es anstehen diesen wichtigen Gegenstand nach allen Seiten zu beleuchten.

A. **Frankfurt**, 2. Okt. Die letzten Ereignisse sowohl in als außerhalb der Paulskirche haben, wie ich früher schon andeutete, auch auf die Stellung der Parteien in der Reichsversammlung ihre Wirkung geäußert. Insbesondere hat der Württemberger Hof seit jener Zeit des Ministerium, gegen dessen Politik er bei den Beschlüssen vom 5. und 16. Sept. Opposition gebildet hatte, in allen Fragen, welche die Versammlung beschäftigte, unterstützt. Die Gründe, warum er so handelte, liegen so nahe, daß sie nicht näher entwickelt zu werden brauchen. Es war und ist dem Württembergert Hof nicht um Opposition als solche zu thun, sondern um die Einheit und das Wohl unsres Vaterlandes. Daher hat sich denn auch, seitel wir hören, nicht eine Stimme in diesem Vereine erhoben, welche dem Ministerium unter den jetzigen Verhältnissen Schwierigkeiten oder Schwäche zu bereiten für gut fände; man war vielmehr einstimmig der Ueberzeugung, daß es unter den obwaltenden Umständen Pflicht eines Jeden sei, das Ministerium zu unterstützen, um dadurch zugleich die Zentralgewalt zu stärken und zu befestigen. Aber so wenig man eine Opposition um jeden Preis wünschte, eben so wenig konnte man sich in einer unbedingten Unterstützung aller Maßregeln je verstehen; man machte diese vielmehr von der ausdrücklichen Bedingung abhängig, daß das Ministerium den Grundsätzen der Partei nirgends entgegenspanke. — Gleichzeitig mit der Ergreifung dieser Stellung von Seite dieser Partei ward eine Einrichtung unter den Vereinen des rechten und linken Zentrums (sem. Kasino, dem Landsberg- (früher Mainlust-) und dem Württemberger-Hof-Verein) verabredet, welche den Verkehr derselben unter einander, und zwar besonders in solchen Fragen, welche die Ministerialpolitik betreffen, fördern und erleichtern sollte. Man beschloß nemlich, die Vorstände jedes Vereines zu ermächtigen, mit den Vorständen der anderen Vereine in ein regelmäßiges Benehmen zu treten, um einerseits die Gesinnungen, welche das Ministerium etwa in die Versammlung bringen würde, kennen zu lernen und sie über Möglichkeit, resp. Zweckmäßigkeit einer Unterstützung derselben vorläufig auszusprechen. Der Beschluß darüber, ob eine Sache zu unterstützen sei oder nicht, hat dem Plenum des Vereins auszugehen; an dieses haben daher die Vorstände in jedem einzelnen Falle erst Bericht zu erstatten und selben Entscheidung einzuholen, ehe die Sache in Berathung gezogen kommen. Die Vereine behalten daher auch ihre volle Selbstständigkeit bei; ja die Einrichtung beschränkt diese eher, als daß sie ihr zu nahe träte. Von selbst versteht sich übrigens, daß der Verkehr durch Beschluß jeden Augenblick wieder abgebrochen werden kann, und daß er sich nicht auf solche Fragen bezieht, welche die Verfassung angehen. Ich glaube, Ihnen diese wenigen Andeutungen mittheilen zu müssen, da ich Ihre Aufforderung erhalten hatte, das über die in Frage stehenden Verhältnisse vieles Unrichtige und Unwahre bereits in öffentliche Blätter übergegangen ist. Sonst würde ich

vielleicht die Sache für so klar und einfach gehalten haben, daß sich es für unnöthig gehalten hätte, ein Wort darüber zu sagen. — Die Resultate der heute vorgenommenen Präsidentenwahl lassen sich, abgesehen von der Gewißheit des I. Vorsitzenden, noch nicht bestimmen. Weder über den I., noch über den II. Stellvertreter konnte eine solche Einigung der Parteien erzielt werden, daß sich die Mehrheit für bestimmte Männer voraussagen ließe. Die Sache wird deswegen auch aus dem Grunde wichtig, weil Gagern entschlossen sein soll, nur noch 4 Wochen lang die Präsidentenstelle zu versehen, bis Anfang November aber abzutreten. (Wie das Resultat ausgefallen, haben wir bereits gestern gemeldet.)

Frankfurt, 1. Okt. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, sind die Arbeiten des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung jetzt so weit vorgerückt, daß eine Vorlage ehestens zu erwarten ist und die Berathung des ganzen Werkes in nicht zu langer Frist in Aussicht steht. Folgenden haben wir darüber erfahren: Die Abtheilung vom Bunde und der Reichsgewalt sind im Ausschusse durchberathen und revidirt, und werden dem Hause vorgelegt werden, sobald die Berichterstattung vollendet sein wird, was in einigen Tagen der Fall sein möchte. Berathen ist gleichfalls der Entwurf über das Reichsgericht, so daß nur noch einige Punkte der formellen Redaktion erledigt zu werden brauchen. Ueber den Reichstag und Staatenhaus und Volkshaus — worüber der Verfassungsausschuß in wenigen Tagen eine Vorlage im Ausschuß erwartet werden dürfen, so daß dann nur noch die freilich besonders schwierige Frage über die Anordnung der exekutiven Gewalt im Reiche übrig bleibt. Legt nun die Nationalversammlung frisch und energisch Hand ans Werk und läßt sich nicht in eine so kleinliche und zeitraubende Diskussion ein, wie es Anfangs bei den Grundrechten der Fall war, so ist zu hoffen, daß die deutsche Nation unter den Segen Schutz bald zur definitiven Konstituirung ihrer Zentralgewalt gelange. Der Gewinnst über die Reichsgewalt soll sich übrigens in wesentlichen Punkten von der früher indirekter Weise veröffentlichten Arbeit der Verkommission unterscheiden, während in dem Abschnitt über das Reich namentlich die Bestimmungen, welche er über die Verbindung deutscher und nicht deutscher Länder enthält, Aufmerksamkeit erregen möchten. Für die künftige Stellung Oesterreichs zum Reich ist diese Frage von entscheidender Wichtigkeit; ihre Lösung macht es überhaupt erst möglich, den Bau der deutschen Verfassung zu vollenden. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Struve vor Gericht.

(Aus der Neuen Freiburger Zeitung.)

Mittlerem den 30. Sept. Es ist 9 Uhr Morgens. Wir treten in den Rathhaussaal, wo der „Präsident der deutschen Republik“ vor der Hauptrechtlichen Kommission erscheinen soll. Die stattrechtlichen Richter sind: Die Hofgerichtsräthe v. Bohnami, Lupp und Beyinger, und die Hauptleute Diemar (vom 1. hess. Reg.), Eichenauer (Befehlshaber der in Mülheim stehenden Bad. Artilleriebrigade) und Ruppert (vom bad. Leibinfanterieregiment). Struve, begleitet von einer hessischen Wache, wird eingeführt. Er ist in demselben Saale, in welchem er vor einigen Tagen selbst über Leben und Tod verfügt, und wo die „provisorische Regierung“ diktatorisch geherrscht hatte. Struve, bleichen Angesichts, verschränkten Armes, Aufsehens, weder anmaßend noch unterwürfig, am wenigsten aber Gnade suchend, bleibt am Ende des richterlichen Tisches stehen, wo ihm die Fesseln abgenommen werden. Sie fallen klirrend auf den Boden und die Verbandlung beginnt. Unter den Zuhörern bemerkt man den Reichskommissär Goden v. Keller. Der Vorsitzende, v. Bohmann, erklärt dem Angeschuldigten, vor welchem Gerichte er sich befinde. Er nimmt vor: verlesen das Gesetz vom 23. d. M., wodurch die Rheinthalsämter von Lörrach bis Achern in Kriegszustand erklärt werden, ferner das Gesetz vom 24., das Standrecht betreffend, endlich die Verkündigung des Standrechts vom 26. durch den kommandirenden General Hoffmann. Der Angeklagte hört der Verlesung stehend zu, die Blicke weder rechts noch links senkend. Der Vorsitzende gibt dem Angeklagten nun auf, einige Angaben über sein Leben mitzutheilen. Dieser anwortet mit einer übersichtlichen biographischen Skizze. Er erklärt darin gelegentlich, von jeher republikanischen Grundsätzen zugethan gewesen zu sein, und ist am Schlusse der Erzählung über sein Leben im Begriff, diesen Gedanken weiter auszuführen, eingehend, daß er jetzt noch Republikaner sei, und daß er . . . Da wird der Angeklagte bemerkt der Worte: „Bauernmassen, ein fluchtlicher Soldat mit eiserner Strenge in den Zügen, etwas seinem Nachbar ins Ohr sagt, und hält mit der Rede ein, fährt aber fort, als Diemar wieder ihn anschaut. Er schließt mit dem Gedanken, daß er in den Bestehen von 38 . . . von 25 „Fürstenthümern“ in Deutschland . . . ein Unglück sehe. Er hat gesagt; der Vorsitzende erwartet ihn, hier nichts zu sagen, weil eine neue Schuld auf ihn werfen könnte und bält ihm sofort die Anklagepunkte vor: den starken bewaffneten Einfall zum Umsturz von Thron und Verfassung in Deutschland, Vornahme von Regierungshandlungen, offenen Widerstand gegen die gesetzliche bewaffnete Macht, Kassenraub, Brandstiftung. Struve erklärt, die Thatsachen seien notorisch, er läugne sie nicht, das Läugnen widerspreche auch seinem Charakter, nur müsse er in Abrede stellen, mit einem zahlreichen Haufen und bewaffnet ins badische Gebiet eingefallen zu sein. Seine Begleitung sei beim Eindringen ins Land weder zahlreich noch bewaffnet gewesen. Der Vorsitzende fragt, was er während seiner Flucht und während seiner Trankbettung zur Niederdrückung des Aufstandes gethan habe. Struve erwidert, er sei seit seiner Gefangennehmung in Wehr durch fanatisirte Bauern . . . Beim Worte „fanatisirte“ glaubt der Angeschuldigte einige Unzufriedenheit in den Zügen seiner Militärrichter, die er vorwährend spähend beobachtet, zu bemerken, und erklärt, er wolle hier Niemanden beleidigen, aber wenn diejenigen, die ihn gefangen nahmen, auch nicht als fanatisirt zu bezeichnen wären, so seien sie doch „aufgeregt“ gewesen. Seit seiner Gefangennehmung also ist er so sehr von der Welt abgeschlossen gewesen, daß er weder etwas von der Niederwerfung des Aufstandes, noch von den Truppen habe thun können. Der Angeklagte bringt nun sein Bereuen gegen dies Gerichtsverfahren vor, dem er unterstellt werde, indem er sich darauf stütze, daß die Verkündung des Standrechts am 26. d. M. erfolgt sei, und dieses dem Wortlaut der Verkündung zufolge nur auf die von jetzt an verübten, im Gesetze speziell angeführten politischen Verbrechen seine Anwendung finden sollte, während er schon am 25., also den Tag vorher, und zwar um 11 Uhr Morgens, festgenommen worden sei. Da nun nun da an keinen dieser Verbrechen begangen habe, so scheine ihm, daß er dem Standrechte nicht unterstellt werden könne. Der Vorsitzende erklärt, hierüber werde der standrechtliche Gerichtshof entscheiden. — Dies die Hauptpunkte des Verhörs, welches kaum eine halbe Stunde gedauert haben mochte, worauf sich der Gerichtshof zu das Berathungszimmer zurückzog. Struve strach für seine Lage fließend und wußte. Seine Stimmung, somit so gelieng, wenn er von der Rednerbühne die Massen haranguirte, kam nicht unangenehm. Etwas, was die Gemüther ergriffen hätte, lag in seinen Antworten nicht, noch weniger etwas, was den Einzelnd hätte machen können, hier trete eine geistige Größe zu Tage; wohl aber bewährte er diejenige Fassung, die es ihm möglich machte, in Kürze für dasjenige zu sagen, worauf es ankam. Er sprach ruhig, bestimmt, unterrichtet. Commission dauerte ungemein lange. Der Angeklagte saß unteressen in sichtlicher Apathie auf seinem Stuhle, vor sich hinschauend, hie und da nur die Blicke sorgsam dorthin richtend, wo irgend ein Geräusch seine Aufmerksamkeit in Anspruch genommen hatte. Die Zuhörermenge verhielt sich würdig und ruhig. Die und da hörte man wohl leise eine Bemerkung vor sich hinfallen, aber kein Wort feindseliger Stimmung gegen den Angeklagten aussprechen. Endlich — es war unterdessen drei Viertel auf eilf Uhr geworden — öffnete sich die Thüre, und der Gerichtshof trat wieder ein, um das gefaßte Urtheil auszusprechen. Todtenstille im Saal, Struve erhebt sich. Der Vorsitzende spricht in kurzen Worten das (nach der oberh. Ztg. mit 5 gegen 1 Stimme gefaßte) Urtheil, dahin lautend, daß der Angeklagte nicht standrechtlich zu behandeln, sondern vor die gewöhnlichen Gerichte zu verweisen sei. Tiefe Bewegung im Saale, wie sehr man auch auf dieses Urtheil gefaßt war, welches wohl seinen entschiedenen Grund in dem formellen Gesichtspunkte hat, daß die Publikation des Standrechts zu früh eintrat, als daß Struve demselben ohne Formverletzung hätte unterworfen werden können. Dem Angeklagten wurden die Fesseln wieder angelegt, worauf er unter entsprechender Bedeckung in sein Gewahrsam zurückgebracht wurde. Ueber die Wirkung des Urtheils im Publikum läßt sich nur sagen, daß sich der Unmuth über ein Mißverhältniß in den bezüglichen formellen Rechtsbestimmungen allgemein ausbrach, welche es unmöglich machte, dem materiellen Rechte ein Genüge zu geben; denn über die Strafe, welche Struves Verbrechen verdient, herrscht nur eine Stimme, selbst unter dem weitaus größten Theil seiner eigenen Anhänger.

Struve war nach der „Allgemeinen Zeitung“ am 1. Oktober unter Eskorte mit dem ersten Zuge von Freiburg in Rastatt angekommen und in den Kasematten der Festung gefangen gesetzt worden.

Deutschland.

Bayern. — ± München, 5. Oktober. Da von einigen Seiten die Behauptung aufgestellt wird, als ob der Minister des Innern sehr vorgängige Mißverständnisse an der vielbesprochenen und neuerlichst wieder zur Verhandlung des Ministeriums ausgebrauten Verfassungsangelegenheit jemals in Abrede gestellt habe, so sehen wir uns veranlaßt, dieselbe für völlig unwahr zu erklären. — Kamen Materialien in die Hände des Ministeriums, so konnte sich die Befugniß und die Verpflichtung desselben begreiflich nur auf jene Mittheilung an die betreffende Gerichtsbehörde beschränken, eben weil die Prüfung derselben ebensowohl als die darauf zu treffende Verfügung den in ihrem Wirkungskreise verfassungsgemäß ausgestatteten unabhängigen Gerichten zu stehet und zu gebühren.

Großh. Hessen. — Darmstadt, 30. Sept. (Darmst. Z.) Gestern mit dem fünf Uhr Convoi passirte der Reichskommissär Graf von Keller, aus dem badischen Oberlande kommend, hier durch nach Frankfurt. Auf Befehl des Reichskriegsministeriums werden noch immer Truppen nach dem südlichen Baden beordert. Gestern transportirte die Main-Neckar-Eisenbahn ein Regiment Würtemberger hier vorüber, letztere nicht nach ihrer Heimat bestimmt. Heute folgt Artillerie. Da nun der Aufstand im Oberland gänzlich beseitigt ist und durchaus keine Truppen mehr in Anspruch nimmt, so ergiebt sich von selbst der Schluß (und wir sind darin durch verläßliche Mittheilung bestätigt), daß das Benehmen der Schweiz die deutsche Zentralgewalt zu energischen Maßregeln — d. h. zu einer Besetzung der Grenze veranlaßt haben, und daß die Mission des Hrn. Repeour darin keine Aenderung herbeigeführt haben mag. — Gestern, die sich in unserem Odenwalde verbreiten, prophezeien einen Schlag auf den 3. oder 4. Oktober in Miltenberg und dortiger Umgebung. — Gestern kam ein nassauisches Bataillon, 600 Mann stark, nach Wiesbaden in Quartier.

Frankreich.

△ Paris, 30. Sept. Hr. Tanjoye brachte heute in der Nationalversammlung seine Interpellation in Betreff des Bankets der Rothen zu Toulouse vor. Seitdem ist ein ähnliches Bankett auch zu Bourges gehalten worden, und andere werden vorbereitet an mehreren Orten unter den Vorwande, die Jahresfeier der ersten Ausrufung der Republik zu feiern (Jahr 57). Der Redner bemerkte aber, daß der wahre Beweggrund zu diesen Banketen nichts anderes sei als eine Provestation gegen das feierliche Votum der Nationalversammlung, durch welches das Recht auf die Arbeit verworfen wurde mit einer Mehrheit von mehr als 400 Stimmen. Die „Emanzipation" von Toulouse stellt sich offen an die Spitze dieser Bankette, haben in Toulouse die Behörden, der Präfect, der Rektor der Akademie, der Maire und die Mitglieder des Municipalrathes Theil genommen. Der Redner erzählt einiges Nähere über das Bankett zu Toulouse. Der Saal war roth ausgeschlagen, die Festoonne trugen rothe Binden, auf der Stange einer Fahne war eine rothe Mütze aufgesteckt. Die Präfect wollte einen Toast auf die Nationalversammlung ausbringen, aber derselbe wurde mit Nein Nein! durch die Rufe: nieder mit ihr! Eben so ergieng es einem Toast auf den General Cavaignac. (Ausbrüche der Entrüstung.) Und der Präfect, der Rektor der Akademie blieben stumm auf ihren Bänken sitzen. Nach dem Bankett zogen die Theilnehmer, je vier und vier, die Zimmerleute und die Musik der Nationalgarde an der Spitze, nach dem Platze des Capitols, wo man eine schauderhafte Komödie tanzte unter den Rufen: es lebe Barbes! es lebe Robespierre! es lebe Marat! es lebe der Berg! (Unterbrechung links) es lebe das Schaffot! es lebe die Guillotine! (Ausdrücke der heftigsten Entrüstung.) Was mußte das Volk beim Anblicke solcher Scandale denken? Will man so die junge Republik befestigen, indem man sie unter solchen Auspizien auf Nationalfahne von Toulouse und Paris aufstellt? (Lebhafte Bewegung.) Und der Jnnerste Linken: Zur Ordnung! Ruf rechts: Stille! Stille! Will man die Republik beliebt machen durch Trohungen mit Papiergeld und andern revolutionären Auskunftsmitteln, (Stimmen links) und mit der Guillotine! Bei diesen Worten brach ein furchtbarer Sturm los von den Bänken des Berges, verwerrenes Geschrei erfüllt die Stimme des Redners. Mehrere Mitglieder von den höchsten Bänken, wie Lamoriciere der des Berges sitzen, stürzen sich unter Wuthgeschrei und den heftigsten Geberden auf die Tribune zu, und machen gegar Miene hinaufzusteigen. Der Redner aber bleibt unerschüttert und mit unterschlagenen Armen stehen, und bietet dem Sturme Trotz. Unterer Mitglieder von der Rechten eilen herbei, und verstärken zu Hunderten die Reihen der entgegenen Männer des Berges aufzuhalten: jeden Augenblick scheint es zum furchtbarsten Handgemenge kommen zu sollen. Der Präsident sieht sich genöthigt sich zu bedecken, und erst nachdem dieser Höllenlärm einige Zeit gedauert hatte, kommt der Redner wieder zum Worte. Er fährt fort: „Ich habe gesagt, man habe zu Toulouse gerufen: es lebe die Guillotine! und darauf sind sich mehrere Stimmen von der Bänken des Berges erhoben. Ruf rechts: Ja! Ja! Stimmen links: Es ist vollkommen wahr! Ja! Ja! weiß daß die Republik in diesem Saale keine Feinde hat, und sogar Manche unter ihnen zählt, die sich daher zu sagen habe kann nur außerhalb desselben seinen Widerhall finden, wo man nicht eben so gethan hat. Ich lese in einem exlegitimistischen Journal: „Wie nehmen die Republik als eine Probe an, obgleich sie uns aufgedrungen worden ist, ohne die Annahme und Zustimmung des regelmäßig berufenen Gesetzgebers unserer Interessen. Wir nehmen die Republik an, aber wir protestiren, gewährigt. (Heftiges rechts.) Die Parteien haben also kein Interesse, die bestehende Regierung gestürzt zu sehen, derer die Probe vollständig ist." Ich frage nun, wer darüber urtheilen wird? Ein anderes Journal, die Gazette zu Languedoc, spricht sich noch unumwundener aus; sie sagt: „haben wir uns getäuscht über die Jntervention, über die des Februard und des Juni? Wir glauben uns nicht zu täuschen, wenn wir sagen, daß Frankreich in Kurzem die Republik zur Grundlage und die Ordnichkeit zum Gipfel haben wird." (Unterbrechungen und Gelächter.) In einer anderen Seite wird erklärt, daß weder Ordnung noch wahre Freiheit möglich sei, ohne daß allgemeine Stimmrecht in 2 Abtheilungen, 2 Kammern und die Erblichkeit der Gewalt. (Mehre Stimmen: das ist wahr!) Hr. Jolv: Anderersteit hat der Exbürgermeister de Thorl einen Brief veröffentlicht, den ich vielleicht kennen, und den ich doch vorlesen muß: der sogenannte Grebe des hl. Ludwig und Heinrichs IV. erklärt darin, er wolle nicht, daß sein Name ein Anlaß zu Zwiespalt werde. (Beifall.) „Wenn Frankreich müde der Versuche die es hier dem Abgrund schwebend erhalten (Bewegung) seine Pflicht auf sich richte, so werde ich mich meinen Arm, mein von Schwert zerrissenes Herz, alles mit Freuden opfern." (Aufregung.) Ein Journal welches diesen Brief veröffentlicht, sagt darauf: die Nation müsse aufrichtig um ihre Meinung gefragt werden und sich aussprechen mit Sachkenntniß für oder gegen die Republik. Ich frage also: wenn solche strafbaren Hoffnungen (Rufe: Geht doch! auf eine so leicht Weise herauszusehen, wer ist der Mann der die einzige patriotische Lösung der Frage in der Nothwendigkeit? (Gelächter und Murren rechts, Bravos links.) General Lamoriciere. Hätte die Regierung gelaubt, das Bankett von Toulouse könne der Republik nützlich sein, so würde sie sicherlich dem die Werkstätten des Staates hergelegenen sind." (Bewegung.) Hr. Tanjoye fährt dann fort: Noch andere Toaste sind aufgebracht worden, in einem teufelen hieß es: „Die Arbeit darf keine Strafe mehr sein." Die Anspielung ist klar. (Bewegung.) „Sie wied es nicht mehr sein, wenn wir nach Christus Wort auf der Erde das Reich Gottes und der Gerechtigkeit haben werden." (Unterbrechung.) Einer Stimme links: Das ist herrlich. (Gelächter rechts.) Hr. Tanjoye: Ich wünsche mit Euch sagen, das ist herrlich, wenn es nicht eine Lüge wäre, eine jener unbeilvollen Utopien, durch welche man unrissende Leute täuscht, und welche die Jnsurrection hervorgerufen haben. (Heftige Unterbrechungen links.) Ich schließe (Bravos links) indem ich von Neuem an die Minister die Frage richte, welches Verhalten sie einzuschlagen gedenken gegenüber dem Präfecten, dem Rektor, oder den Municipalräthen? (Strenge Justiz.) Der Minister des Jnnern Hr. Senart antwortete darauf, die Regierung, welche auf den Jmmortalitäten hervorgegangen, begreife ihre Pflicht, der Ordnung durch ihre Agenten Achtung zu verschaffen. Ohne Ordnung gebe es keine Republik. Die angeführten Thatsachen würden unser ganze Strenge erbreichen, wenn sie wahr wären, lassen Sie sich das wohl gesagt sein, meine Herren! Denn in meinen Augen sind sie so unwürdig, so unglaublich, daß ich sie bis zum Beweis des Gegentheils für falsch erklärte (Unterbrechung und Murren.) Ich kann nicht glauben, daß der erste Magistrat der Republik, daß der Maire einer großen Stadt, ein ehrenwerther und bekannter Mann . . . Hr. Et Gaudens: Und doch ist es wahr! Hr. Senart: daß und Toulouse des Municipalrathes bei einem Bankett Theil genommen, sich klatschhaft haben stellen können durch Duldung wo nicht durch Betheiligung an den angeführten Skandalen. Ein solches Verhalten wäre viel zu gering bestraft durch diese Absetzung und Abberufung. Aber ich wiederhole, ich glaube die Thatsachen sind unter einem falschen Lichte dargestellt worden. Nach den mir zugekommenen Aufschlüssen hat sich der Maire dem Verlangen des Bankett beigestellt, weil er voraussetzen hatte, es sei die Leidenschaften zu unterdrücken. Er mußte sich die Gegenwart der Behörden, durch ein von ihnen getegeltes Programm in Vorand diese beklagenswerthen Berechnungen vereiteln. Wie haben allen Grund zu glauben, daß die patriotische Absicht des Maires von Erfolg gekrönt worden ist. Wie glauben es noch trotz der gegentheiligen Aussagungen. Gleichwohl wird die Regierung ihre Pflicht nicht verabsäumen. Wenigsten hat bereits gegen jenen genau unterrichteten Bericht Aufschlüsse uns zugekommen sein werden, so werden wir sie der Kammer vorlegen, die dann sehen wird, daß die Regierung ihres Vertrauens nicht unwürdig geworden ist. Dasselbe gilt für das Bankett von Bourges. Hr. Joly (von Toulouse) erklärt die auf dieser Tribune vorgebrachten Bemerkungen gegen die Verbleerung von Toulouse (Rufe: Nein, nein!) entschieden und in ihrer Allgemeinheit, ein Journal — nicht ist Emanzipation — habe die ausschließlichen Thatsachen entstellt. Er erkläre dessen Angaben sie falsch, unwürdig, lächerlich. Die Wahrheit sei, daß die Stadt Toulouse ihre feierliche Manifestation gehabt habe die im ganzen südlichen Frankreich ihren nothwendig gewordenen Wiederhall finden werde. Es sei in der That nothwendig gewesen der toulousischen Bende gegenüber, die sich der Republik noch nicht hat Sympathien erwachten wieder im ganzen Süden, namentlich zu Toulouse. (Unterbrechung. Stimmen rechts: Wo sind die Beweise?) Hr. Joly: In dem erwähnten Journal (Stimmen rechts: Führen Sie sie an!) Hr. Joly: Nur ein wenig Geduld; wir haben die Beweise davon gehabt, indem wir es uns kommen ließen. (Murren rechts.) Ich weiß daß die Republik in diesem Saale nicht einmüthig und loyal angenommen worden ist, ich daher zu sagen habe kann nur außerhalb desselben seinen Widerhall finden, wo man nicht eben so gethan hat. Ich lese in einem exlegitimistischen Journal: „Wir nehmen die Republik als eine Probe an, obgleich sie uns aufgedrungen worden ist, ohne die Annahme und Zustimmung des regelmäßig berufenen Gesetzgebers unserer Interessen. Wir nehmen die Republik an, aber wir protestiren, gewährigt. (Heftiges rechts.) Die Parteien haben also kein Interesse, die bestehende Regierung gestürzt zu sehen, derer die Probe vollständig ist." Ich frage nun, wer darüber urtheilen wird? Ein anderes Journal, die Gazette zu Languedoc, spricht sich noch unumwundener aus; sie sagt: „haben wir uns getäuscht über die Jntervention, über die des Februard und des Juni? Wir glauben uns nicht zu täuschen, wenn wir sagen, daß Frankreich in Kurzem die Republik zur Grundlage und die Erblichkeit auf dem Gipfel haben wird." (Unterbrechungen und Gelächter.) In einer anderen Seite wird erklärt, daß weder Ordnung noch wahre Freiheit möglich sei, ohne daß allgemeine Stimmrecht in 2 Abtheilungen, 2 Kammern und die Erblichkeit der Gewalt. (Mehre Stimmen: das ist wahr!) Hr. Jolv: Anderersteit hat der Exbürgermeister de Thorl einen Brief veröffentlicht, den ich vielleicht kennen, und den ich doch vorlesen muß: der sogenannte Grebe des hl. Ludwig und Heinrichs IV. erklärt darin, er wolle nicht, daß sein Name ein Anlaß zu Zwiespalt werde. (Beifall.) „Wenn Frankreich müde der Versuche die es hier dem Abgrund schwebend erhalten (Bewegung) seine Pflicht auf sich richte, so werde ich mich meinen Arm, mein von Schwert zerrissenes Herz, alles mit Freuden opfern." (Aufregung.) Ein Journal welches diesen Brief veröffentlicht, sagt darauf: die Nation müsse aufrichtig um ihre Meinung gefragt werden und sich aussprechen mit Sachkenntniß für oder gegen die Republik. Ich frage also: wenn solche strafbaren Hoffnungen (Rufe: Geht doch! auf eine so leicht Weise herauszusehen, wer ist der Mann der die einzige patriotische Lösung der Frage in der Nothwendigkeit? (Gelächter und Murren rechts, Bravos links.) General Lamoriciere. Hätte die Regierung gelaubt, das Bankett von Toulouse könne der Republik nützlich sein, so würde sie sicherlich dem die

Division kommandirenden General nicht unwesentlich haben, demselben beizuwohnen. (Donnernde Bravos rechts; langer Beifall.) Man hat Ihnen mehrere Zeitungsartikel vorgelesen. Gegen dieselben sind Verfolgungen eingeleitet. Die Regierung begreift ihre Pflicht, und wird derselben nicht ungetreu werden. Sie weiß, daß die Republik von verschiedenen Seiten angegriffen wird; sie wird dieselbe gleichmäßig vertheidigen, so lange Sie uns mit Ihrem Vertrauen beehren. (Lang anhaltender Beifall.)

Hr. Germain Sarrut. Man hat Ihnen nicht alles gesagt über die Meeting, welche hat so sehr entrüstete Worte von Toulouse hervorgerufen haben. Angeblich von legitimistischen Umtrieben (Gehr doch!), von Standalen wie der z. B. einer weißen Fahne, die man bei einer Munizipalwahl entfaltete, welche darum umgestoßen wurde, Angesichts dieser Tendenzen haben die thätigen Republikaner begriffen, daß eine Kundgebung nothwendig war (Gelächter). Die Gegenwart der höchsten Behörden beweist den wahren Charakter der Kundgebung. Es ist nur zu bedauern, daß die Regierung unthätig war, daß sie die Militärbehörde hinderte beizuwohnen (Gelächter). Die Republikaner werden sich die Republik nicht konfiszirten lassen, und wenn die Legitimität ihre weiße Fahne wieder aufstellt, so werden wir die unsrige nicht fallen lassen. Gen. Lamoricière. Wenn die Republik angegriffen wird, so wird man auf der rothen Fahne die Worte: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit lesen. Wenn die Republik angegriffen wird, so wird man auf der rothen Fahne die Worte: Freiheit, Gleichheit zegen wen (Bravos und Beifall). Man hat von Spaltung im Kabinete gesprochen in Betreff der von der Regierung den Behörden zu Toulouse gegebenen Befehle. Das ist ein Irrthum. Der General Ballon, der schon länger zu Toulouse sich befindet als der Präfekt, theilte den Charakter der Kundgebung, auf die man hinarbeitete, richtiger beurtheilt, und er erachtete es für klug und angemessen, seinen Theil daran zu nehmen, noch bevor er die Depesche erhalten hatte, die ihm untersagte, zu dem Bankett zu gehen. Die Depesche ist erst nach dem Bankett angekommen. Was die angeführten Thatsachen betrifft, so habe ich so eben Aufschlüsse erhalten. Sicher ist, daß die gehäßigen Rufe nicht beim Bankett in Gegenwart der Behörden ertönten. Aber es ist nur allzuwahr, daß sie vernommen wurden bei der berüchtigten Fagandole, die bis um 10 Uhr Nachts auf dem öffentlichen Platze getanzt wurde. Die Regierung kennt jedoch ihre Pflicht und wird sie erfüllen. Hiemit wurde der Gegenstand verlassen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 3. Okt. Bayer. 3½ proz. Obligationen 76⅞. P. — G. 4proz. bei G. Bankaktien II. Semester 573 P. Prämien 36 P. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 75 P.

Amsterdam, 30. Sept. 2½ proz. Integr. 44¹¹/₁₆. — 3proz. Schuld 52⅝. — 4proz. 69¹/₁₆. — 3½ proz. dito 69. — Handelsmaatschappy —. — 5proz. Arbuten à 510 Fl. St. 7⅛. — Span. konsolid. à 6000 L. — Coupons —. Portug. 3proz. —, 4proz. —. — Russische 4proz. bei Pope —. — dito bei Stieglitz —. — 5proz. Metall. 69¹/₁₆. — 2½ proz. dito —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Auf Grund eines unterm 9. Juli 1848 zu Traunstein stattgefundenen öffentlichen Zusammentrittes geben wir nachstehende **öffentliche Erklärung**:

Wir lehren bisher ferne allen Parteiämpfen ruhig unserer Pflicht, Jeder im engern oder weitern Kreise seines Berufes, treu und ergeben unserm angestammten Herrn.

Die Ereignisse einer inhaltschweren Zeit beirren uns nicht, und dankbar nahmen wir die großherzigen Zugeständnisse geliebter Fürsten hin.

Unsere Frauen athmeten Frieden wie vor.

Trübes Gewölke, das auftreten will, unheimliche Erscheinungen, welche hier und dort auftauchen, müssen jedoch jetzt unsere Ruhmesflamme in Aufruhr nehmen, und Bemühungen, die Saat des Unheils nach in unserer Mitte zu streuen, harmlose Gemüther zu bescheiden — zwingen uns, aus kindlicher Scheu vor die Oeffentlichkeit zu treten, und hiemit laut und unverhalten zu erklären:

Wir legen die unerschütterliche Ueberzeugung, daß das väterliche Herz und der thatkräftige Wille unseres guten Königs helfen werde, wo Hilfe gebeten, und daß seine Wonder der Vergangenheit, ein Schmerz der Gegenwart unbeachtet bleiben werden von dem Enkel des **„besten Herzens"**.

Wir sehen aber auch ein, daß dem Landesherrn hiezu Zeit, und nicht weniger die Hilfe und der Beistand treuer und anhänglicher Unterthanen unentbehrlich sind, und daß wir nur Hand in Hand mit unsern angeborenen Fürsten jenen Zuständen entgegen gehen können, in welchen wir unser und unserer Nachkommen Wohl zu begründen hoffen.

Jeder Nächstritt ist fortan zur Unmöglichkeit geworden, aber festhalten werden wir an jenen Formen, welche Religion und Sitte uns ehrwürdig gemacht haben, und unbeschelt werden wir die Treue zu bewahren wissen, die unsere Väter mit ihrem Blute in die Blätter bayerischer Geschichten geschrieben haben.

Wer gegen die gesetzliche Ordnung auftreten, und Ungesetzliches uns aufzwingen wollte, wer anders denkend ist wie wir, der weder unsere Berge, unsere Thäler, er bleibe fern unserer Heimat, denn er hat von uns nichts zu erwarten.

Unsere Herzen glühen von Liebe für König und Vaterland, Keiner von uns wird je weichen von der Bahn der Ehre und der Pflicht, und wir haben uns in unauflösbarer Verbrüderung die Hände gereicht zum Schwur, zu versprechen den letzten Tropfen Blutes für unsern königlichen Max und die gute Sache, und wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns.

Reichenhall, 20. Sept. 1848.

Mehrere Tausend Patrioten zwischen dem Inn und der Salzach.

Um gefällige Aufnahme der vorstehenden öffentlichen Erklärung werden alle Redaktionen höflichst ersucht.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 5. Okt.: „Wilelm", oder: „Die Wilhelm", Ballet von Comity, Musik von Adam. Vorher: „Eigensinn", Lustspiel von Benedix.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Zlam, Kaufmann, von Köln. Miller Jonfeca, von Hamburg. Dr. Kunh, aus der Pfalz.

Hotel Maulik. Gissin v. Schwarzenberg, von Wien. Frhr. v. Buttes, k. l. Oberstleutenant, von Mailand. Schirmer und Sadler, Privatiers, aus Steiermark. Duval, Proprietär, von Paris. Boardmann und Whyte, Rentiers, aus England.

Gold. Kreuz. Wagner, Gutsbesitzer, von Steyer. Steiner, Privatier, von Ulm. Schramm, Studierender, von Würzburg.

Gold. Hahn. Mayenberg, Gutsbesitzer, von Augsburg. Martin, Pfarrer, von Lechsgmünd.

Blauer Traube. Dr. Schäpler, prakt. Arzt, von Friedberg. Zimmermann, Pfarrer, von Augsburg. Scheurmaier, Kaplan, von Rugsburg. v. Reymond, Privatier, von Neapel. Bäsler, Assessor, von Dehringen. Dr. Buchs, prakt. Arzt, von Kulmbach. Boch, Rentier, von Turin.

Stachusgarten. Frau v. Langenmantel, von Rosenheim Stahl, Studienlehrer, von Oettingen. Kumüller, Seufal, von Augsburg. Hartmuth, Pfarrer, von Ried. Kollmaus, Pfarrer, von Gilet

Getraide in München.

Die Herren: Georg Haug, bürgerl. Holzlaiermeister dahier, mit Maria Anna Elisabetha Dietrich, königl. Zentral-Staabs-Offiziantens-Tochter von hier. Alexander Johann Oxerov, herrschaftl. Maudvog dahier, mit Sophie Franziska Rein, bürgerl. Weingabgeberstochter von hier. Andreas Horschelt, liegr. Kronvollenmacher dahier, mit Maria Romana Kirchgaß, Sölonerstochter von Ob. Alois Schabel, Schneidergeselle dahier, mit Elisabetha Nonne, Schantzeetochter von hier. Joseph Bichinger, Kornmesser dahier, mit Waldburga Papy, Schuhmacherstochter von Kreybolzhausen, Dgs. Dachau. Karl Leinbach, königl. Bankobuchhalter dahier, mit Fräulein Friederika Magdalena de Bary, Handelsmannstochter von Frankfurt. Franz Xaver Rosenberger, Handelsmann und Gastwirth in Lackenhäuser, Pfarrei Breitenberg, Dgs. Wegscheid, mit Katharina Mittermaller, bürgerl. Seilerstochterstochter von hier. Franz Ernst Alexander Kleiaschrod, königl. Kreis- und Stadtgerichts-Assessor zu Augsburg, mit Fräulein Barbara Maria Lichtenthaler, königl. Postbibliothek-Direktorstochter von hier. Joseph Maurer, bürgerl. Schreibermeister von hier, mit Katharina Königer, Schuhmacherstochter von der Vorstadt Au. Heinrich Bertz, königl. Hofzimmermeister von hier, mit Anna Katharina Kittel, bürgerl. Webermeisterstochter von Würzburg. Mathias Gschtschocher, Zimmermann dahier, mit Waldburga Hartmann, Steinmetzgeschter von hier. Georg Bauer, Fischergeselle dahier, mit Sophie Kuzter, bürgerl. Bierwirthstochter von hier. Michael Löß, Feuerwerker im 3. Artillerieregimente dahier, mit Maria Anna Kammerhofer, Schneiderstochter von Ampfing, Dgs. Mühldorf. Johann Franz Alexander Cerbert, charakt. würtemberg. Artillerielieutenant am Polytechnik Jürer königl. Hoheit der Frau Herzogin von Leuchtenberg, mit Fräulein Maria Anna Johanna Baptista Perty, königl. Rathstochter von hier. Johann Baptist Mayer, bürgerl. Realitätenbesitzer, mit Maria Magdalena Bayer, Zimmermannstochter von Serhausen.

Gestorbene in München.

Theres Gammel, Krämerstochter von Hofberg, Dgs. Landshut, 50 J. a. Maria Katharina Hirl, Wagenmeisterstochter von Lungsdorf in Kurpfalz, 26 J. a. Elisabetha Fröhlich, Majorstochter von hier, 49 J. a.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Nr. 86.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Freitag den 6. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 44.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, 6. Oktober.

(Kriegs-Ministerium.) Se. Maj. der König haben geruht, der Mannschaft Ihres Heeres einen neuen Beweis der allerhöchsten Gnade und Fürsorge zu geben. Allerhöchstelbe haben genehmigt, daß bei Einberufungen vom Urlaube, sowie bei angeordneten Beurlaubungen in allen jenen Fällen, wo es für nöthig erachtet wird, die für Tage, welche zur Erreichung des Garnisond- oder des Einrückungsortes und retour der Heimath nach gebrüger Bemessung erforderlich sind, dem Manne die Löhnung und das Brodgeld belassen werde. Demnach wird bis auf weitere nähere Bestimmung und entsprechende Fixirung nach der Stunden-Entfernung und möglicher Gleichstellung verordnet, daß bei allen vom 18. d. Mts. an stattgefundenen und stattfindenden Einberufungen und darauf erfolgten Einrückungen vom Urlaube, sowie bei allen künftig angeordneten und vollzogen werdenden, also unfreiwilligen Beurlaubungen jedem Manne vom 1. Unteroffizier abwärts die gewöhnliche Löhnung und das Brodgeld für so viele Tage als Reiseverpflegung vergütet werde, als derselbe von seiner Heimath oder dem Beurlaubungsorte in den Garnisons- ꝛc. Ort und resp. von da in seine Heimath nach entsprechender Bemessung nöthig hat. Für einen Marschtag auf Urlaub werden wenigstens 6 Stunden angenommen. Bis zu 4 Stunden einschlüssig wird die Entfernung nicht gerechnet. Ueber 4 Stunden dürfen jedoch für einen ganzen Tag gerechnet werden. Die Entfernung soll in der Regel vom Garnisonsorte bis zum Sitze des Landgerichts ꝛc., wohin sich der Beurlaubte begibt, und so auch dem Einrücken berechnet werden. Wenn der Landgerichtssitz im Garnisonsorte selbst, oder nicht über 4 Stunden von diesem entfernt ist, soll der Urlaubsort zur Berechnung angenommen werden. Diese Reise-Entschädigung darf natürlich nur für solche Tage vergütet und verrechnet werden, für welche der Mann nicht ohnedin schon eine Verpflegung oder sonstige Vergütung vom Aerar oder auf Rechnung desselben erhält. Ueber 4 Stunden und einschlüssig bis zu 12 Stunden werden demnach für einen Tag, über 12 Stunden bis einschlüssig 20 Stunden für 2 Tage, über 20 bis einschlüssig 28 Stunden für 3 Tage u. s. f. gerechnet. Die Vergütung soll beim Abgehen in den Urlaub an den Mann baar gereichet; für den Marsch aus der Heimath zu seiner Abtheilung wird die Bezahlung dem Manne in der Regel gestellet, sobald er bei seiner Abtheilung eintrifft. Wenn der Fall eintritt, daß ein Einberufener die Mittel zur Einrückung nicht besitzt, so darf von der nächsten Militär-Cassa nach Umständen auch ein Vorschuß an den betreffenden Gemeinde ein Vorschuß bis zu 10 kr. per Tag geleistet werden, deren Ersatz gegen Quittung alsbald von der Abtheilung erfolgen soll. Solche Vorschüsse werden nur selten vorkommen; jedenfalls sollen solche auf dem Urlaubspasse, und zwar auf der ersten Seite bestätigt und dann im Formular die geeignete Einschaltung gemacht werden. Ohne eine solche Bestätigung Behufs der Wiedereinzahlung nicht erfolgen. Die Tage solcher Urlaubsreisen sind in der Verpflegestelle und Gebührsberechnung in einer besonderen Rubrik vorzutragen und darnach der Verpflegsbezug an Löhnung und Brod zu berechnen. Die Berechnung geschiehe auf Kap. I. und resp. II. in einem eigenen Paragraph. Die Nachbezahlung für die seit dem 18. d. bereits eingerückte Mannschaft darf derselben sogleich baar geleistet werden. Es wird die Armee hieraus neuen Beweis väterlichen Wohlwollens unsers allergnädigsten Königs dankbarst erkennen und immer bestrebt sein ihrem Dienste auch in den schwierigen Zeiten mit regem Eifer und dem gewohnten Diensteifrige sich zuzuwenden. Den Truppen ist diese allerhöchste Gnade durch Vorlesen dieser Verordnung gestern zu eröffnen. München, den 29. September 1848.

Nachstehendes wurde unterm 2. Oktober an die vier Armeedivisions-Kommando's erlassen: Dem Armeedivisions-Kommando wird eröffnet, daß nachdem im weitern Verfolge der allerhöchsten Entschließung vom 6. Juni l. Js. die in Zeughaushauptdirektion den Auftrag erhalten habe, die für die Fahnen und Standarten der Regimenter erforderlichen Bänder mit den deutschen Farben, nach der von Sr. Maj. dem Könige mit Sr. Kgl. Hoheit allergnädigst hiefür gegebenen Bestimmung, herstellen zu lassen, die genannte Direktion in Anzeige bringt, daß 18 dieser Fahnenbänder nunmehr vollendet und zur Abgabe bereit liegen. Die Zeughaushauptdirektion erbeilt daher unter Einem den Auftrag, alsbald die vollendeten Fahnenbänder an die Regimenter für deren diese Bataillons abgeben und nach Maßgabe der Anlieferung die übrigen Bänder an die treffenden Heeresabtheilungen in der vorschriftsmäßigen Anzahl folgen zu lassen. In Beziehung dieser Bänder wird nun bestimmt: daß dieselben bei allen Ausrückungen der Regimenter und Bataillone, bei welchen die Fahnen und Standarten in Verwendung kommen, an denselben neben den bestehenden Fahnen- und Standarten-Bändern und wie diese anzubringen sind. Die den Regimentern nach Kriegsministerialerlaß vom 30. Juli l. Js. Nro. 13,794 vorläufig abgegebenen seidenen Bänder sind denselben auf Nachweisung zu belassen. Hiernach ist das weiter Geeignete zu verfügen.

Se. Maj. der König haben mittels allerhöchster Entschließung vom 2. Oktober dem Unterlieutenant Max Nero vom 12. Inf.-Reg. König Otto von Griechenland in Anerkennung seines lobenswerthen Benehmens überhaupt und namentlich bei Gelegenheit des am 26. April v. J. auf die Brücke von Mannheim stattgehabten Sturmes einer Anzahl Ertrinkender aus dieser Gefahr, das Ritterkreuz des Verdienstordens vom heiligen Michael allerhuldvollst zu verleihen geruht.

Der Hauptmann Augusp v. Brunnenmayer vom 13. Inf.-Reg. Hertling erhielt wegen ehrenvoll zurückgelegter 50 Militär-Dienstjahre das Ehrenkreuz des königlichen Ludwigsordens.

Se. Maj. der König haben unterm 2. Okt. den Landrichter Johann Baptist Lorit zu Mitterfels auf den Grund des §. IX der IX. Verfassungs-Beilage vorläufig und vorbehaltlich allenfallsiger weiterer Verwendung auf die 5 Jahre ins Jahres in den Ruhestand zu versetzen geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 3. Okt. Der Abg. Riesser, gestern abwesend, wird heute von dem Präsidenten v. Gagern aufgefordert, den ihm verstellten Platz des zweiten Vorsitzenden einzunehmen, was geschieht, nachdem Riesser der Versammlung seinen Dank ausgesprochen und die Versicherung treuer Pflichterfüllung hinzugefügt. Unter den Beiseeren für die deutsche Kriegsflotte sind wieder mehrere, welche von der lebendigen Betheiligung, namentlich der unteren Klassen des deutschen Volkes das beredteste Zeugniß ablegen. Leichert bringt über einen Antrag zu Protokoll, der Ausschuß über welche er zur Tagesordnung übergehen anrath. Lewerschlägt, das das Gutachten des Ausschusses für Gesetzgebung über Schaffrath's Antrag: den Belagerungszustand sofort aufzuheben, ebenfalls dahin lautet, daß darüber zur Tagesordnung geschritten werde. Wichmann erklärt das Wort, um die Dringlichkeit eines Antrags auf Beschränkung der namentlichen Abstimmung zu begründen. Bei unbestandenen, beklagten und vorläufigen Fragen halte Wichmann die namentliche Abstimmung für eine bedenkliche Zeitverschwendung. Benedey hält es für ein auch vom englischen Parlamente anerkanntes Recht der Minderheit, die Beschlüsse der Mehrheit durch Benützung aller formellen Hilfsmittel wenigstens zu verschieben und hinzuhalten. Die Beschränkung der namentlichen Abstimmungen sieht ihm aus wie eine in Folge neuerlicher Vorfälle zu ergreifende Maßregel. Das räumt Scherer ein, und gerade diese Erfahrungen lassen ihm den Wichmann'schen Antrag als dringlich erscheinen. Die Versammlung lehnt jedoch ein weiteres sofortiges Eingehen in die Verhandlung ab, wodurch der Antrag Wichmann's nach der Geschäftsordnung an den betreffenden Ausschuß verwiesen wird. 66 sind der 27., 28. und 29. Paragraph des Art. VII. der Grundrechte, über welche die Besprechung eröffnet wird, nachdem zuvor noch die Wahlzettel zum Ersatz eines Schriftführers — anstatt des zum ersten Vicepräsidenten ernannten Simson aus Königsberg — eingesordert worden sind. Als Redner für die Paragraphe*) sind eine sehr große und gegen dieselben keine geringere Anzahl von Mitgliedern eingetragen. Zuerst erhält Mosle (Bremen) das Wort, sodann Schneer. Dieser erinnert daran, daß in Bayern allein zum Beispiel die Berechtigungen und Privilegien der Art, wie Banken, Apotheken, Brauereien einen Werth von 50 Millionen Gulden umfassen. Wie dürfe man also unbedingte Aufhebung der Privilegien und ohne Entschädigung?

*) Die §§ lauten nach dem Vorschlag des Verfassungsausschusses: § 27. Alle gutsherrlichen, schutzherrlichen, Zehnten, Fronden, ländlichen Gerichtsbarkeiten, sowie die letzteren betreffenden Lasten und Rechte, auf welchen Besitz und Boden ländlicher sind, sind auf Antrag des Belasteten ablösbar. § 28 Ohne Entschädigung auf ersetzen sind: a) Die Gerichtsherrlichkeit, die gutsherrliche Polizei, sowie die übrigen einem Grundstücke zustehenden Obrigkeitsrechte und Befugnisse; b) die aus solchen Rechten herkommenden Besugnisse, Fremdlohn und Abgaben; c) die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande entspringenden persönlichen Abgaben und Leistungen. Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, die dem bisher Berechtigten dafür oblagen. § 29 Die Ablösung erfolgt auf fremden Grund und Boden ist ohne Entschädigung aufzuheben. Jedem steht das Jagdrecht auf eigenem Grund und Boden zu. Der Landesgesetzgebung ist es vorbehalten, zu bestimmen, wie die Ausübung dieses Rechtes aus Gründen der Sicherheit, [illegible] zu ordnen ist.

schädigung ausdrechen! Allerdings könne, um den Thaler zu gewinnen, auf den Verlust des Pfennigs keine ängstliche Rücksicht genommen werden. Die Abtheilung der Sevriuen will Schnerr sogar nicht blos sakultativ, sondern selbst zwangsweise aufgesvrochen wissen. Ueleiu eine Aufhebung ohne Entschädigung würde eine vollkommene Nichtachtung des Eigenthums und eine unermeßliche Beschädigung des Vermögens und wohlerworbener Rechte sein. Jaeger erklärt sich bevonders gegen die Jagdvreise. Er ist für Aufhebung der Jagdvreise ohne alle Entschädigung. Hier könne das Privatrecht nicht zum Maßstabe dienen, denn das Jagdrecht sei mißbräuchlich und auf öffentlichem Wege erworben. Sein Vertrag, häufig von dem bittenden Rufe nach „Schluß" begleitet, schließt endlich unter einem tapferen Versuche der Linken zu einer Beifallsbezeugung. Auch mehrere neue Zusätze und Unteranträge, die der Vorsitzende Simson hierauf verliest, finden nur die bereits vorhandene hohe Fluth von Amendements, ohne daß in diesem Verdältnisse auch die Geduld des Hauses zu wachsen scheint, dessen zerstreuten Weisen die folgenden Redner Wachsmuth und v. Trützschler ebenfalls keine rechte Aufmerksamkeit für ihre trockenen juristischen Auseinandersetzungen abzugewinnen vermögen. v. Trützschler (von der äußersten Linken) ist gegen jede Entschädigung. Bei derselben gingen nationalökonomischen Mißregeln, wie die von selbst verständliche Auflösung der alten Feudalbande, habe sich kein Verlierender über Unrecht zu beklagen. Und wenn wirklich — wer sollte die Kosten der Entschädigung tragen? doch nicht etwa der Staat. Einige Spannung bringt hingegen die Erscheinung Binde's auf der Rednerbühne hervor. Binde' sagt, wie die unentschädigte Aufhebung der grundherrlichen Vorrechte mit dem Eide vorher von der Versammlung ausgesprochenen Grundsatze: „das Eigenthum ist unverletzlich" übereinstimme. Daß sich jene Vorrechte im rechtlichen Besitze ihrer jetzigen Inhaber befänden, darüber sei doch kein Zweifel. Wie könne man also an eine unbedingte Entziehung dieser Privilegien denken, wie eine Verhandlung sein wäre. Auch sei es vielfach verunrechtlichen Zugeständnissen nimmt sich Binde des Mißbrauchthuns daran gibt er Recht allein er will auch hier nicht Recht und Billigkeit den Besitzenden gegenüber über Bord geworfen wissen. Vor Allem habe man sich bei Abfassung der Grundrechte an den Grund alles Rechtes und der Staaten überhaupt zu halten: an die Gerechtigkeit. Im Vorbigieritne und Vorbigerstyle erklärt sich Brudenfelt darunter die Nationalversammlung sei zusammengetreten, um bundertjährige Mißbräuche abzuthun; es um den Mißverhältniß zwischen Armuth und Besitz auszugleichen. Dann ergeht er sich in einer Erörterung des Ursprungs der Feudalrechte. Die Geschichte des Jagdrechts vorzüglich ist ihm „ein Nachtstück der deutschen Geschichte." Selbst die Partei Freudenthals findet den überzogenen Ton des Redners unpassend, daß sie ihm unter einem sachenen Beifall spendet. Nachdem sich gemäßigter erine Entschädigung für das Jagdrecht und die Jagdfrohnden vollends, die den Menschen „zum Hunde herabwürdigen", gut ohne Weiteres aufzuheben. Diese Wendung benutzt der Redner zu einem glänzenden Abgange. Wichmann spricht wieder vom Staatsrechte des Rechtes anstatt der hohlen Deklamation, indem er zwischen der Jagd auf eigenem Grund und Boden und dem Jagdrechte auf fremdem Grund und eigenthum, ferner unter den verschiedenen Erwerbstiteln des Jagdrechts unterscheidet. Er stimmt daher für den Verbesserungsantrag Plathner's, „die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden ist aufgehoben, die Entschädigungsfestsetzung den Landesgesetzgebungen zu überlassen." Rheinwald von der entgegengesetzten Seite beginnt diesen Nachsatz schon etwas näher, indem er nicht allein eine Entschädigung verlangt, sondern sie sogar mit der Ermittelung der Höhe derselbe beschäftigt. Er will einen allgemeinen Maßstab für ganz Deutschland angelegt wissen, um Ungleichheiten zu beseitigen. Unabhängige Verdindlichkeiten aber, wie Renten, Gülten und dergl. auf Grundstücke zu übernehmen, soll gesetzlich verboten sein. Schüffel weiß das Thema so geschickt zu verwenden, daß er sich über alles Mögliche spricht, über den Belagerungszustand, die stehenden Heere, über Binde's Passionen und sogar über ten zu behandelnden Gegenstand selbst, wie wohl über den letzteren im Verhältniß am Sparsamsten. 70 Prozent des deutschen Volks wollen die traglichen Bevorrechtigungen aufgehoben wissen. Dieß ist sein Motiv, wonach er sich Vertreter des deutschen Volks bandelt, zu stimmen. Dabei schlägt er zu Ehren der Revolution und der plötzlich „aus Feigheit und Stumpfsinn" erwachten Majorität der Nation unter dem Beifalle seiner Gesinnungsgenossen überaus kräftig wider das Rednerpult. Eine glatte Eleganz ist nicht in seiner Art und er vermeidet sie so vermeidet sie in Ausdruck und Sprache, daß sich seine Stimme manchmal bis zum Keifen steigert. „Der Löwe wacht, er schläft nicht!" Dies ist der geheimnißvolle Abschluß der Schlöffel'schen Rede. Rödler von Oels vermendet sich für die Abänderungsanträge, die er mit seinen politischen Freunden zu den Paragraphen gestellt. Die unentschädigte Ablösung der Privilegien sucht er theils aus früheren ähnlichen Vorgängen, namentlich in Schlesien, anschaulich zu rechtfertigen, theils aus der Natur der Vorrechte, die nur solche rechte Rechte beschränkt worden. Sein Vortrag klingt häufig wie eine bedagliche Konversation, die sich mit Vorliebe an die Rechte wendet und die beispielsweisen Anekdoten, die er dabei zum Besten gibt, haben zur Folge, daß der Redner endlich wiederholt von seinen Zuhörern an den „Schluß" erinnert wird, was ihn jedoch nicht hindert, seine volle Meinung zu entwickeln. Esdaure ist mag seiner langsamen und genauen Accentuation einem großen Theil des Hauses kaum verständlich. Nach ihm ißt eben das Rechtsgefühl des deutschen Volks, welches eine billige Entschädigung als unerläßlich vorschreibt. Esdauer aus Oesterreich spricht gegen die Ablösung von Zehnten, und für die Aufhebung derselben Plathner gegen die Aufhebung ohne Entschädigung. Er wiederlegt den Abg. v. Trützschler, nach dessen aufgestelltem Prinzip man den Kommunismus anbahnen würde. Nachdem noch Mittermaier, Lette u. a. gesprochen, wird der Schluß der Diskussion über die §§. 27, 28 und 29 angenommen. Die Abstimmung mußte aber bis zum Donnerstag verschoben werden, da der Präsident v. Gagern die Sitzung verlassen (Hr. Simson präsidirt) und bezüglich Amendements mitgenommen habe. Am Schlusse wird Hr. v. Waltzahn als Schriftführer verkündet mit 210 Stimmen.

Frankfurt, 2. Okt. Heute Morgen hat der preußische Bevollmächtigte, Hr. v. Camphausen, das Reichsministerium benachrichtigt, daß der Kammerherr v. Meetz, welcher von der Krone Dänemark nach Berlin gesandt worden, dadurch eine Gefährung seiner Regierung abgegeben hat, dahin lautend: daß die provisorische Regierung der beiden Herzogthümer aus der von dem Bevollmächtigten der Zentralgewalt, Mar v. Gagern, vorgelegten Personenliste neu zusammengesetzt werden solle, und zwar nach Vorschrift des betreffenden Paragraphs des Vertrages. (D. Z.)

Strube's Korrespondenz.

Frankfurt, 2. Oktober. Wir sind in den Stand gesetzt, nachfolgend einen der in der Kanzlei Strube's vorgefundenen Briefe, nämlich einen solchen von Sieget, ehemaligen badischen Lieutenant, der schon unter Heder beschäftigt hat, mitzutheilen. Man sieht daraus, auf welche Städte in Süddeutschland und auf welche Mitglieder des deutschen verfassungsgebenden Reichstags die „rothe Republik" zählen zu können glaubte; wie unmittelbar die Zerstörung der badischen Eisenbahn an mehreren Orten mit der Verschwörung in Verbindung stand, und wie ihr der Beschluß wegen des bänischen Waffenstillstandes nur zum blosen Anlaß und Vorwande diente.

Brief Siegels an Strube.

„Emmishofen in der Schweiz, 16. September 1848. Lieber Freund! Unsere Angelegenheit nimmt einen guten Fortgang. Schon hat sich von Konstanz und einigen umliegenden Gemeinden ein Unterstützungsausschuß gebildet, der aber äußerem noch politische Zwecke verfolgt. In Konstanz zählt derselbe eine 100 Mitglieder, ist also ansehnlich in der Stadt und auf unserm Gebiet Stützung haben, und woran wir Theil nehmen werden. Es ist und auf diese Weise leichter, die vorgelegten Fragen zu beantworten, denn bisher fehlte und die so nothwendige Verbindung. Wir haben bis jetzt so wenig Unterstützungsbeiter erhalten, daß wir Die in die Zentralkasse noch nichts schicken können, der letzte Aufruf wird uns vielleicht mehr Geber verschaffen und und möglich machen, einen Theil derselben Dir zur Verfügung zu stellen. Was die politische Frage jenseits des Rheins betrifft, so wäre vor Allem nothwendig, daß bei eintretendem außerordentlichen Fall die entschiedensten Männer der Linken von Frankfurt sich mit Die verbinden, sei es auf deutschem, französischem oder Schweizer Gebiet. Diese Männer sind: Heinrich Zimmermann, Trützschler, Simon, Fröbel ꝛc. Diese würden eine provisorische Regierung bilden für sämmtliche Republikaner diesseits und jenseits des Rheins. Zu einem sogleich beim Ausritt Eurer Regierung erlassenen Manifeste müßte unser Ihr in kurzen Zügen Eure Forderungen und Zwecke aussprechen, namentlich, daß Deutschland, das Deutschland der Republik nach Viele bedänglist und schwanken machen würde. Ein solches Manifest, von Männern ausgegangen, die Vertrauen und einen Namen haben, würde unserer Sache eine schnelle und entschiedene Wendung geben und ganz Deutschland in Aufruhr versetzen. Die Ratifizirung des dänischen Waffenstillstandes gäbe zu einem Ausritt der entschiedenen Linken Gelegenheit, wo sich nicht, so wird sich bald eine andere finden. Dann muß aber die Bereitung des Ganzen schon getroffen sein. Zu diesem Zwecke wird Du gewiß schon mit Jgstein oder Fröbel — auf welchen ich am meisten Vertrauen habe — in Verbindung getreten sein; denn eine Anzahl von Männern, die sich zu einer großen Sache vereinigt haben, hat im Volke mehr Halt und Gelung, als die Unternehmungen Einzelner, die, so gut sie auch gemeint sind, stets den Verdacht der Usurpation tragen müssen. Schiller sagt hier ganz richtig: „Größe für sich allein kann wohl Bewunderung und Schrecken, aber nur die legale Größe Ehrfurcht und Unterwerfung erzwingen." Wenn Ihr auch nicht auf gesplichem, sondern auf revolutionärem Wege erfahren wärst, so wäre Eure Vereinigung doch geeignet, Euch den Weg dazu zu gelegenheiten Kraft, zu Recht und Gesetz zu geben. Unseren auf diese Weise gegebenen Debatten würde sich wenigstens ganz Süddeutschland fügen. In den Städten von Nord- und Süddeutschland, sowie in Wien, womit man ebenfalls übereinstimmen müßte, würden gewiß bedeutende Unruhen entstehen. Die Bundestruppen können sich nicht konzentriren und ihre Vereinigung könnte leicht durch Angriffe auf die einzelnen Korps verhindert werden. Nachdem dieß gethan ist unsere Aufgabe, den Schwarzwald, Oberrhein, Rheinethene in Allarm zu setzen. Die Hauptpunkte, die wir besetzen müssen, wären im Odenwald Eberbach und Mudau. Hier müßte sich die aufrührerische Bevölkerung sammeln, bei Eberbach den Neckar überschreiten, sich in das Eisengebirge werfen und über Sinsheim, Eppingen und Bretten gegen Pforzheim dringen. Im diese Bewegung zu begünstigen, müssen: 1) die beiden Gesandtschaften zwischen Darmstadt und Weinheim und Mannheim und Heidelberg zerstört werden, um die Besatzungen von Darmstadt und Mannheim zu neutralisiren. (Von Würzburg, Aschaffenburg und Mainz können wir bei schneller Bewegung nichts zu befürchten.) 2) Pforzheim selbst

müßte durch die dortigen Arbeiter die Straße von Ludwigsburg her verbarrikadirt, ebenso Kalb die Straße von Stuttgart. Dies wäre jedoch nicht nothwendig, wenn in Winnenden selbst ein Aufstand vorbereitet wäre. Stuttgart und Ludwigsburg könnten sich dann nicht von ihren Besatzungen entblößen. 3) Die Eisenbahn zwischen Heidelberg und Karlsruhe muß augenblicklich unfahrbar gemacht werden. Dies kann von Mannheim und Karlsruhe aus geschehen. Dadurch ist auch die Besatzung von Bruchsal (1. Regiment Dragoner) unschädlich, und die Verbindung der Landestruppen zwischen Mannheim und Karlsruhe, und durch die Besetzung von Pforzheim auch mit denen weiter im Lande unmöglich. Die republikanische Bevölkerung von Mannheim muß sich zum Herrn der Stadt machen, dies kann durch Verhaftung der Hauptoffiziere in einer Nacht geschehen, während welcher man die Kanonen der Stadt wegnimmt und sie gegen die Kaserne führt, und sogleich gegen das Gebäude das Feuer richtet; die Truppen, durch plötzlichen Allarm erschreckt, durch Verhaftung ihrer Offiziere ohne Leitung und Befehl, können auf diese Weise leicht zur Kapitulirung gezwungen werden. Man würde sie ohne Waffen aus der Kaserne gehen lassen, durch einen Theil der Republikaner sodann bewachen (sie müßten sich niederknieen), während der andere Theil in die Kaserne dringt, und Waffen mit Munition, Kleidung ꝛc. in Besitz nimmt. Hat sich die Besatzung in das Zeughaus geflüchtet, so muß auf gleiche Weise verfahren werden. In der gleichen Zeit werden die Hauptbeamten, Bürgermeister ꝛc. verhaftet, und ist man Herr der Stadt, sämmtliche Thore besetzt, Jedermann ein-, Niemand hinausgelassen. Ein Manifest ergeht dann an die Bevölkerung von Rheinbayern, worin sie aufgefordert wird, den siegreichen Bewohnern von Mannheim zu Hülfe zu eilen. Deßhalb muß auch sogleich Ludwigshafen besetzt werden, um ihren Uebergang zu sichern. Landau kann wegen Metz, wäre es besetzt ist, nicht sich entblößen. Ein gleiches Manifest ergeht an die Republikaner nach Weinheim, Ladenburg und Heidelberg. Auf solche Weise können in Mannheim in 1 bis 2 Tagen 10,000 Mann versammelt werden, während welcher Zeit die Bewegung vom Odenwald der gegen Pforzheim Karlsruhe bedroht. Auf diese Weise ist der Landstrich zwischen Rhein und Neckar, sämmtlich die Herrschaft über die Hauptstadt des Unterlandes, die Republikanisirung des Odenwaldes und die Bereitschaft einer ziemlich großen Kriegsmacht. Die Bevölkerung der Zart (Zartbahnen ꝛc.) geht im Zartthale abwärts, bei Zartfeld über Gundelsheim nach Neckarelz, Mosbach, wohin auch die Bevölkerung von Adelsheim sich wenden muß. So haben wir also Mannheim mit Mosbach als Hauptpunkte der Vertheidigung, und diese Vertheidigung gegen Karlsruhe (Pforzheim), um die dortige Besatzung im Zaum zu halten. Mannheim wird nun zum Sitz der Regierung erklärt, und das Heer, welches sich gegen Bretten und Pforzheim in Bewegung gesetzt hat, wird, je nachdem entweder Karlsruhe und Pforzheim schon in Feindeshand sind, oder nicht, von der nach Rastadt sich nach Mosbach oder Mannheim anreihen oder Karlsruhe belagern, oder über Pforzheim, Neuenbürg, Schwan und Herrenalb nach Gernsbach vorrücken, um nun im Murgthale aufwärts sich zu bewegen. Unterdessen wird Mannheim und Mosbach innen- und außenbald in Vertheidigungszustand versetzt, und alle umliegenden Ortschaften aufgeboten. Durch den Besitz von Mannheim und Mosbach ist zwischen beiden Städten die Verbindung gesichert, und wir stehen bereit, gegen Heilbronn und Stuttgart im günstigen Falle vorzurücken. Mannheim kann durch seine günstige Lage zwischen 2 Flüssen und ehemalige Befestigung, Mosbach durch seine Lage im Gebirge schon eine Zeitlang gegen Angriffe gehalten werden, und darum ist es und ja hauptsächlich zu thun. In dieser Lage im Innern sind wir also entschiedene Männer alle Kolonnenführer nöthig, nämlich für Mannheim, Mosbach und die Kolonnen gegen Pforzheim. Während dies im Unterland vorgeht, muß in Uebereinstimmung der Seekreis und Oberrheinkreis seine Anstalten treffen. Als Hauptpunkte sind hier ins Auge zu fassen: die Aberennterschanze auf dem Knibis, Offenburg, das Schwyzerkettal gegen Freudenstadt, Freiburg, Lörrach. Donaueschingen und Konstanz. Von das Nähere in meinem nächsten Briefe. Mit den Herren Pfortisten und Intriguanten wird es nun bald ein Ende nehmen, denn sie haben an Heder ihren Haltpunkt verloren, und von seinem Nachruhm, den sie an sich zu reißen suchten, werden sie auch nicht lange leben können. Kaiser ist sogleich nach Deiner Abreise Deiner eingetroffen, wir war auch in Donaueschingen, und versuchte — wie hier — alles aufeinander zu bringen. Er hat Dich beschuldigt, Du hättest seinen und Kagenmeierd Namen auf die Papierscheine geschrieben oder drucken lassen und mit Heinzen und Kommel unter Heckers Namen Emissäre zum Aufstand in den Schwarzwald geschickt. Ich bitte Dich dringend, mir darüber die genauste Auskunft zu geben. Ich bitte Dich, Dich Schadenfroh anzufragen, welche Beleuzungen Heder mit ihm gemacht habe, hinsichtlich des famösen Werks, und warum mir dieser verfluchte Krämer mein Manuskript, den Aufstand betreffend, nicht zurückgeschickt.

Mit herzlichem Gruß

Dein F. Stegel.

NB. 1) Laß diesen Brief Niemand lesen. 2) Auch Deiner werthen Frau hat man den Vorwurf gemacht, sie habe eine geheime Feindin oder vielmehr eine offene Freundin (Madame Müller in Karlsruhe), welche sich ein Geschäft daraus macht, Deine und unsere Angelegenheiten vor der Welt nicht verdorgen zu halten. 3) Schicke und noch ein Exemplar des Aufschwarz, welchen die Unterst.-Kasse bezahlt.

(Sämmtlichen)

Herrn Gustav Struve

Postzeichen.

6/8 „ Rheinfelden."

(Fr. O.-B.-A.-S.)

Deutschland.

Bayern. — *Münchner, 4. Okt. Bei der am 3. hier abgehaltenen Generalversammlung des landwirthschaftlichen Vereins in Bayern wurde die von Frankfurt ausgegangene Aufforderung aller landwirthschaftlichen Vereine Deutschlands zu einem am 6. Nov. stattfindenden Kongresse in Frankfurt berathen, und der Universitätsprofessor Dr. Fraas nebst Dr. Rieberer aus Freising für Oberbayern dahin abgeordnet, sowie auch beschlossen, die Kreisvereine zur Beschickung des Kongresses aufzufordern.

Baden. Freiburg, 2. Okt. (R. Freib. Z.) Als Strube gestern Abend hier angekommen war, sammelten sich vor der Hauptwache, wo er vorläufig gefangen gehalten wurde, sehr viele Menschen, besonders Soldaten. Als derselbe unter der Menge ziemlich große Aufregung, und es sprach sich die größte Erbitterung gegen den Gefangenen aus. Noch gestern Abend, bevor Strube gefangen eingeschrieben, das Militär von ungesetzlichen Handlungen abzuhalten. Strube wurde gestern Morgen um halb 5 Uhr mit seinen zu Wehr verhafteten Begleitern durch einen besondern Bahnzug nach der Festung Rastadt abgeführt. Seine Frau blieb hier im städtischen Gefängniß zurück. In der Sitzung des Standerichts zu Müllheim wurden sich unter 6 Richtern fünf Stimmen für die Inkompetenz des Gerichtes aus, desgleichen beschloß, weil das Standrecht erst am 26. v. M. proklamirt, Strube aber schon am 25. verhaftet worden war. Auf Requisition der Reichsregierung sendet das badische Ministerium drei Richter nach Frankfurt zur Untersuchung des Attentates gegen die Reichsversammlung, welches mit andern republikanischen Bewegungen in Deutschland im Zusammenhange steht. Der Kommandant von Hüningen, General Cavaignac (Bruder des Kathsprästenten), hat dem Bezirksrathe der Truppen im Oberlande die Anzeige gemacht, daß die deutschen Flüchtlinge, welche sich, beiläufig 400 an der Zahl, bei Hüningen gesammelt hatten, auf Anordnung der französischen Regierung entwaffnet worden seien, und daß Jene, welche sich nicht in ihre Heimath nach Deutschland begeben wollen, in das Innere von Frankreich transportirt werden. Das Bataillon des 4. badischen Infanterieregiments, welches mehrere Tage hier im Quartier war, ist nach den Aemtern Kenzingen und Ettenheim abmarschirt. Der Hauptzaigator dieser Gegend, Advokat Stehlin in Ettenheim, hat die Flucht ergriffen. Gestern und heute ist eine Batterie württembergischer reitender Artillerie, 6 Kanonen 2 Haubitzen, dann das 6. württembergische Infanterieregiment, über 2000 Mann stark, hier eingerückt.

Aus dem Breisgau, 2. Okt. Strube hat auf seinem Transport überall Gelegenheit gehabt, die Stimmung des Volkes unzweideutig kennen zu lernen. In Freiburg entstand vor der Hauptwache, wohin man ihn gebracht hatte, ein Auflauf, der mit Mühe beschwichtigt wurde; die Leute wollten sich überzeugen, daß er nicht auf Matzgen sondern auf Strobl gehe, wo er es billig sei. Selbst in Müllheim, wo Gefangene sonst den Freischärler verlangten, daß er Nichts vor ihnen voraus habe, sondern zu ihnen gebracht werde, was jedoch nicht stattfand erschien. Seine Frau betand sich im städtischen Gefängniß. Am folgenden Morgen wurde Strobe nebst seinem Schwager, so wie auch Blind und Anderer, nach den Kasematten von Rastadt gebracht. Hier war jetzt ruhiges, fleißiges Arbeiten außer den sonstigen Arten von Geldererpressung, die sie in mannigfaltiger Abwechslung ausübten, auch den Plan eines großen „Anlehens" vorbereitet, daß sich über ganz Deutschland ausbreiten sollte. Man hat nämlich lithographirte Schuldscheine gefunden, die sie zu diesem Zwecke mit sich führten. Auf denselben sind in Linien für Namen und Summen angezeichnet, und tragen die Ueberschrift: „Freiwilliges Anlehen zu Gunsten der deutschen Republik." Das Exemplar, welches ich sah, lautete auf „700 fl. oder 400 Thlr.", mit 5 vom Hundert verzinslich. Die Beisetzung des Werthes in preußischen Thalern bereitet, daß diese Papiere nicht blos für unser Oberland bestimmt waren, für welche es eines solchen Beisatzes nicht bedurfte. Alle sind mit der „Freiwilligkeit" des Anlehens aufgefesten haben würde, mag man auch den freiwilligen Zuzügen schließen, die man durch Bedrohung mit Erschießen zusammenbrachte. Uebrigens war auch da die Behandlungsweise verschieden und der Gedanke hierbei stets außer Acht gelassen. Mußte da oder dort ein vermöglicher Bürger sich mit 100, 200 bis zu 1000 fl. loskaufen, so gab es auch Fälle, wo man bis auf einen Kronenthaler herunterhandelte; ja, man erzählt, daß ein Bauer, der eben nicht mehr hatte, mit der Gabe von 8 Kr. davon kam.

Großherzogthum Hessen. Darmstadt, 1. Okt. (Darmst. Z.) Daß auch Schleswig-Holstein zurückkehrende 4. Infanterieregiment ist bei Alzunz, an dem Verbindungsstrich der Eisenbahn Fulda-Gießen. Auch das 1. Infanterieregiment wird daselbst aus Baden zurückerwartet. Beide Regimenter, sammt einem bayerischen Jägerbataillon, die bisher in Frankfurt verblieberne Reiterdivision, und die reitende Batterie bilden zusammen eine konbinirte Brigade unter Kommando des Generalmajors von Bechtold. Das zwischen Heidelberg und Mannheim zum besonderen Dienst aufgestellte mobile Korps Reichstruppen besteht unter dem Kommando des preuß. Generals Dunker in 2 Brigaden aus 5 preußischen, 3 nassauischen und 1 frankfurter Bataillon, 6 preußischen Schwadronen und 24 schweren Geschützen.

Sachsen-Weimar. In Weimar haben am Abend des 29. Sept. Ruhestörungsversuche stattgefunden veranlaßt durch Dr. Losavie Vorstehenden des Antrivereins der Demokraten Thüringens in Jena, welcher mit einigen Gleichgesinnten nach Weimar gekommen war, um die Soldaten gegen die Verwendung außer Landes aufzuwiegeln, was zum Theil auch gelan

Derselbe verlangte am Morgen des genannten Tages von dem Minister von Wazdorf die Erfüllung des Begehrens der Soldaten, wurde aber kurz abgewiesen. Nun versuchte er von neuem die Soldaten aufzureizen, wurde aber von einigen Unteroffizieren festgenommen und auf die Hauptwache geführt, wurde jedoch wieder entlassen, und begab sich schleunigst nach Jena zurück. Gegen Abend sammelte sich nun eine Volksmasse von ungefähr 300 Köpfen vor der Hauptwache, verlangte die Freilassung eines in Arrest sitzenden Soldaten und warf mit Steinen nach der Wachtmannschaft, welche endlich mit dem Bajonnette den Platz säuberte. Wie man vernimmt wird gegen Dr. Lasaurie das Kriminalgericht einschreiten, zumal da durch dieses Verfahren dem Hoffmann der Reichsgang ist entsprochen wird.

Oesterreich. * Es liegen Briefe aus Wien vom 2. Oktober vor uns, denen wir als das Wichtigste: die Ernennung des Banus Jellachich zum Generalkommandanten von Ungarn und das Oberkommando über alle dort befindlichen kaiserlichen Truppen entnehmen. Eine zweite Nachricht von nicht geringerer Wichtigkeit ist ein Befehl des Kriegsministeriums nach welchem sich eine bedeutende Anzahl der in Oesterreich stehenden Truppen nach Ungarn zu begeben hat. — In Pesth herrschte lose Verwirrung. Oben soll in der Gewalt des Banus sein. Dieses ist vor der Hand noch Gerücht.

Briefe vom 3. melden den Abmarsch von Truppen nach Ungarn. Man erwartet jeden Augenblick kaiserl. Manifeste, wodurch Kossuth und seine Anhänger, sowie die mit ihm verbundenen Soldaten als Rebellen erklärt werden. Die Magyarenfreunde suchen das Gerücht von einer Niederlage Jellachich zu verbreiten, aber Niemand glaubt daran.

Frankreich.

△ Paris, 1. Oktober. Ich glaube die Aufmerksamkeit Ihrer Leser auf einen Artikel des heutigen National lenken zu müssen, der für ganz Deutschland höchst beachtenswerth ist. Der National bedrückt nemlich die Hülfsquellen, über welche Frankreich verfügen könnte im Falle eines Krieges und sucht die Meinung zu widerlegen, als fehlten dem Lande die nöthigen Mittel dazu. Sie werden aus dem folgenden Auszuge des fraglichen Artikels sehen, auf welche besonders für Deutschland höchst auferdauliche Weise der National für Frankreich diese Mittel zum Unterhalte zahlreicher Armeen aufzufinden getrebt. Wie in der Kriegsfrage für Frankreich die Nächsicht auf England Alles überwiegt, tritt auch da hervor. Der National zieht beide Fälle in Erwägung, wenn nemlich England als Verbündeter Frankreich zur Seite, oder als Feind ihm gegenüber stände. Bis zu der Ihre eines einigen Deutschlands haben sich die Politiker des National noch nicht erheben können, sie stellen sich Deutschland noch immer, trotz Parlament und Centralgewalt zu Frankfurt, in der Zerspliterung des Rheinbundes vor, wo jeder Theil seine eigene Richtung verfolgte, ohne sich um's Ganze zu kümmern, wo in der Zeit der tiefsten Erniedrigung ein großer Theil von Deutschland zu einem bloßen Anhängsel des französischen Kaiserreiches herabgesunken war. Es kann daher nicht Wunder nehmen, wenn der National, im Falle eines Bündnisses zwischen Frankreich und England sicher auf die Neutralität Belgiens, Hollands, Preußens, Bayerns, Spaniens und auf die Mitwirkung der Bevölkerung Italiens rechnet. Frankreichs Schlachtfeld würde dann Italien sein (die Italiener mögen sich im Voraus dazu gratuliren) und es brauchte — so meint der National — den Effektivstand seines Heeres nicht zu vermehren, selbst wenn Rußland zu Gunsten Oesterreichs dazwischen träte, weil es ihm ein Leichtes wäre, dreimal ein Heer von 100,000 Mann, gestützt auf die Bevölkerung Italiens, zu erneuern. „Mit Annahme von Napoleons Grundsatz, daß der Krieg den Krieg ernährt, würde ein Einschreiten in Italien unter solchen Umständen, nicht blos nicht kostspielig sondern eine Ersparniß sein, selbst wenn Europa mit Rußland an der Donau Abrechnung halten müßte." Wie aber wenn England neutral bliebe? Auch diesen Fall stellt der National voraus, und ist darauf gefaßt, es alsdann bald zum Feind werden, einen Theil Europas auf seine Seite ziehen zu sehen. In dieser Voraussetzung bliebe der Krieg in Italien immerhin offensiv; auf allen andern Grenzen Frankreichs aber wäre er defensiv. Die aktive Armee würde sich nach Lyon, in die Alpen und Belgien verwendeten Truppen auf 500,000 Mann belaufen, die sich auf 300000 Mann mobile Nationalgarden stützen würden. „Man muß annehmen, daß die Armee außerhalb des (französischen) Gebietes selbst aufbrächte, was sie kostete." Der National hat doch wenigstens die Aufrichtigkeit, offen zu sagen, was Deutschland wie alle Nachbarländer Frankreichs von den Einrichtungen der Franzosen zu erwarten hätten. Die HH. Zig, Vogt, Blum, Schlöffel und Konsorten reißen die Aufrichtigkeit allerdings nicht so weit. Der National berechnet, daß die jetzt nothwendigen Ausgaben für Vermehrung des Materials, Ausbesserung der festen Plätze, und für die unter die Fahnen gerufenen Mannschaften sich auf keine 120 Millionen belaufen würden; 50 Millionen würden hinreichen für die vermehrten Ausgaben der Gemeinde. „Dies wären also in runder Summe 200 Millionen. Das für 1848 vorgelegte Budget schloß mit einem Ueberschuß der Einnahmen ab, und wären auch einige feiner Voranschläge unrichtig, so fiele sie durch das leste Anleben weltaus mobilisirt worden. In diesem Budget aber selbst figurirt eine Summe von ungefähr 84 Millionen angewiesen für außerordentliche Arbeiten, welche der Krieg vollständig ersetzen würde, weil der Krieg seine Industrie hat wie der Friede. Die Schuldentilgungskasse besitzt außerdem ungefähr 31 Millionen Rente, die zu dem Kurse zu 60, welcher niedriger wäre als alle seit dem 24. Februar gesehenen, ein Kapital von 372 Millionen ergeben würden. So hätte also Frankreich selbst unter den schlimmsten Kriegsverhältnissen eine Summe von 456 Millionen verfügbar, d. i die Mittel zu zweijähriger Kriegsführung ohne Schöpfung neuer Hülfsquellen. Kein Staat in Europa vermag das Gleiche." Wöge Deutschland diese Thatsachen beherzigen, die Lehre die darin liegt nicht verloren sein lassen.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag, 6. Okt.: „Ariel Acosta", Trauerspiel von K. Gutzkow.

Fremdenanzeige.

Hotel Maulik. Howard aus Colzen, Rentiers, und England. König, Oberlieutenant, von Straubing. Berdeck, Kaufmann, von Düsseldorf Bothman, Gutsbesitzer, von Hanauer. Kestin, Militär, von Ulmüß.

Gold. Hahn. Dr. Spenger, von Stettin. Bufler, Pfarrer, von Mundorf. Häller, Kaufmann, von Frankfurt.

Blaue Traube. Fiserius, Hauptmann, von Straubing. Deroy, Oberlieutenant, von Straubing. Heilbronner, Oberst, von Augsburg. v. Brangi, Gutsbesitzer, aus Ungarn. Dr. Trebe, Professor, von Neudeburg. Rudel, Privatier, von Neudeburg v. Leibl, Ingenieur, von Immenstadt. Frhr. v. Lapnik, Oberst, von Petersburg. Frhr. v. Schertling, Grenzoberamtsleser, von Dosend. Dr. Mrsk, von Dietfurt.

Deutschegarten. Löwenmaier, Schullehrer, von Wolmetshofen. Dr. Beck, von Aidlug. Steyhe, Kaufmann, von Hechingen. Fürgang, Kaufmann, von Aachen. Seitz, Inbellant, von Bilenhausen. Feuerbacher, Sänger, von Augsburg. Martin, Pfarrer, von Buxggen.

Bekanntmachung.

142. (3c) An der unten benannten Anstalt werden die Prüfungen zum Eintritte in das Gymnasium und in die erste Klasse der lateinischen Schule am 17. und 18. Oktober l. Js. gehalten. Die Schüler welche sich denselben unterziehen und überhaupt an diese Anstalt übertreten wollen, haben sich bis zum 16. Oktober zu melden und ihre Zeugnisse vorzulegen.

München, am 30. September 1848.

Königl. Rektorat des neuen Gymnasiums und der lateinischen Institutsschule.

P. Gregor Hofer,
Rektor.

P. Placidus Lacenac,
Instituts-Direktor.

Versteigerung.

154. (3a) Montag den 16. Oktober werden im königl. Zwistgemühle (Ebererzagke Nro. 26) mehrere Partien getrockneter Weißbeeren und Pferschgewalz an die Meistbietenden gegen sogleich bare Bezahlung effentlich versteigert, Kaufsliebhaber werden hiemit eingeladen.

München den 2. Okt. 1848.

Königl. bayer. Hofjagd-Intendanz.

Bekanntmachung.

155. Da bei der gerichtlichen Versteigerung des Anwesens der Söldersleute Mariana Steigenberger zu Buching am 30 v. Mts. ein den Schätzungswerth erreichendes Angebot nicht geschlagen wurde, so ist zu dessen zweiter Versteigerung auf

Montag den 23. Oktober l. Js., Vormittags 9 Uhr.

im Gasthause zu Buching Termin anberaumt.

Das Anwesen besteht aus dem Wohnhause mit Stallung, Stadel und Brunnen, 7 Tagw. 85 Dez Wiesen und Egarten mit ganzem Gemeinderechte, ist mit 3 fl. Haus- und 29 fr. 1 pf. ländlicher Gemeindsteuer, sowie mit 1 fl. 38 kr. 2 pf. grundherrlichen Abgaben belastet, und gerichtlich auf 1024 fl. 20 kr. geschätzt.

Kaufsliebhaber, welche sich durch legale Zeugnisse über guten Leumund und Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben, werden zur Versteigerung mit dem Bemerken eingeladen, daß der Zuschlag an den Meistbietenden ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth und §. 64 des Hypothekengesetzes und §§ 98 bis 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 erfolge, und daß auf dem erwähnten Anwesen weder Wohnungs- noch Privat-Rechte haften.

Schongau am 9 Sept. 1848.

Königl. Landgericht Schongau.

Mangst.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

München, 6. Oktober.

Auf allerhöchsten Befehl Sr. Maj. des Königs ist von Seite des Kriegsministeriums der folgende Erlaß ergangen: Nach einer vom königl. Staatsministerium des königl. Hauses und des Aeußern unter mitgetheilter Genehmigung, welche daselbst unterm 30. v. M. an den k. baier. Bevollmächtigten bei der provisorischen Zentralgewalt, Frhrn. v. Lisen in Frankfurt, erlassen hat, ist von Seite desselben und auf Anlaß des im Großherzogthume Baden erfolgten Einfalles von Freischaaren in die k. b. Regierung die Mitwirkung ergangen, daß den Abgeordneten der deutschen Reichsversammlung, Graf von Keller, zum Reichskommissär für den ganzen Umfang der südwestlichen deutschen Lande ernannt wurde, um zur Aufrechthaltung der Herrschaft der Gesetze alle erforderlichen Maßregeln zu treffen, die etwa nöthigen Truppen zu requiriren, selbst Belagerungs-Erklärung und Standrecht zu verfügen. Eben so, wie auch das k. Staatsministerium des Innern unterm 26. v. M. allen Civilbehörden hievon mit dem Auftrage Kenntniß gegeben wurde, allen ihnen hiernach zugehenden Verfügungen unweigerlichste und ungesäumte Folge zu leisten und die Durchführung der von dem Reichskommissär getroffenen Maßregeln kräftigst zu unterstützen, erhebt an alle Divisions- und Korpskommandos im Nachgange zu dem unterm 29. v. M. sub Nr. 17.313 erlassenen Ministerialerlasse die bestimmte wiederholte Weisung mit dem Bemerken, daß dem gedachten Reichskommissär von k. baierischer Seite der Abgeordnete der deutschen Reichsversammlung, Regierungsdirektor Heinrich v. Schubert, als Bevollmächtigter für alle, Bayern betreffenden Angelegenheiten zur Seite gegeben ist, mit dem er sich vor Erlassung von Bayern angehenden Beschlüssen zu benehmen haben und durch welchen der Beitritt eingeleitet werden soll. Weiteres zur Nachachtung und geeigneten Belehrungsbezug an die untergebenen Abtheilungen anburch: eröffnet wird. — München, den 3. Oktober 1848.

Deutsche Reichsversammlung.

Wir tragen nach der „deutschen Zeitung" noch Einiges außerordentlicher nach aus der Sitzung vom 2. Okt. Nach verschiedenen Mittheilungen beseitigt der Reichsminister v. Schmerling die Redenerbühne zur Beantwortung verschiedener früher gestellter Anfragen. Die angeblichen Gräuelthaten wider die Deutschen in Ungarn bestreitet er, so unterscheidet der Minister zwischen den deutschen Staatsbürgern Ungarns und zwischen solchen Landsleuten von uns, die sich nur vorübergehend in Ungarn aufhalten. Es ist dem Ministerium nicht bekannt, daß die Lage dieser Deutschen einen Schutz erforderlich machte und die ersteren stehen unter den Gesetzen der ungarischen Krone. Eine Intervention der Ungarn hat die Centralgewalt deshalb nicht ernannt, weil überhaupt noch keine Regierung bis jetzt einen völkerrechtlichen Verkehr mit Ungarn unmittelbar angeknüpft hat. Der Reichsgesandte in Paris ferner ist beauftragt gewesen, wegen der beim Zuzuge daselbst verhafteten Deutschen bei der franzöf. Regierung einzuschreiten und diese genügt, solche Verhaftete auf Reklamation auszuliefern, die nicht ungesetzlich eines Verbrechens schuldig sind. Genügend hat dasselbe auf ähnliche Anfrüche auch erboben, wie in der A. B. behauptet worden war, und die Benutzung dieser Vereinwilligkeit bleibt den Einzelregierungen Deutschlands anheimgestellt. — Die Abgeordneten Oesterreichs aus rein deutschen Kreisen sind vollständig hier. Uebrigens hat das Reichsministerium den Beschluß der Nationalversammlung wegen der rücksichtigen Waffen nach Wien mitgetheilt und von dem kaiserl. Ministerium ist erwidert worden, daß die entgegensetzenden Schwierigkeiten durch Beleidigung der Bevölkerung und durch die Thätigkeit der Behörden zu überwinden versucht würde. Das Reichsministerium hat darauf noch dringender in Wien um unmittelbare Schritte durch die Regierungsorgane gemahnt. Auch in Bezug auf Oesterreich wurde das Ministerium jeder reaktionären und partikularen Bestrebung entschieden entgegentreten, wie sicher Schmerling. Die sehenden badischen Waffen sind von Neuem angeordnet. Wegen Thätigkeit ist eine Verzögerung nur zufällig eingetreten, in Offenburg aber ein steckbrieflich verfolgter Flüchtling, Advokat Werner, ermittelt worden, an den deshalb gar keine Anzeige des Geschehenen gerichtet werden konnte. Die militärische Besetzung der Bischofsstühlen Hervorgehobenen geschieht aus strategischen Gründen (Gleichzeitig auf der Linken) und zugleich werden die Truppen dazu dienen, erforderlichen Falls das Ansehen der Gesetze aufrecht zu erhalten. Die Besetzung wird so lange dauern bis der Zweck derselben erreicht ist (behaftet Bowe von allen Seiten des Hauses, außer von der Linken). Der gegenwärtige alte Zahn äußert darauf zwei Anfragen an das Ministerium, ob der gestern Hof die ihm kund gewordenen Bürgerverschwörerischen Anschläge der Autrührer pflichtmäßig angezeigt? Und ob man den wühlerischen Bestrebungen der Reichstagsleitung begannen werde, wie es der Belagerungszustand erheische? Trotz der lauten Verböhnung der Linken, entschlägt sich Jahn mit großer Ruhe seiner Absicht. Schmerling erwidert wörtlich: Auf die erste Frage des Hrn. Jahn muß ich mit einem bestimmten Nein antworten. (Gelächter.) Auf die zweite, welche die Aufrechthaltung des Belagerungszustandes betrifft, muß ich erwidern, daß die Justiz thätig sein wird, alle Schuldigen zu ermitteln und zu bestrafen, und daß mir das volle Vertrauen haben, die Justiz werde ihre Pflicht vollständig erfüllen. (Lebhafter Beifall auf der Rechten.) Dann eröffnete der Reichskriegsminister Bruder Folgendes:

Am 12. Sept. erfuhrter Minister General seinen letzten Bericht. Er zeigte an, daß in der Person des Hrn. v. Bonin ein Befehlshaber für die deutschen in Folge des Waffenstillstands in Schleswig-Holstein zurückkehrenden Truppen ernannt sei, und legte sein Commando in die Hände des Reichsverweisers ehrfurchtsvoll nieder. Die übrigen Truppen seien in ihre Heimath zurückgekehrt, ohne Trupben aber gebe es noch Obercommando, es würde daher dem Reichsministerium nichts übrig bleiben, als dem General und dem Heere für ihr tapferes Verhalten zu danken, und dann den Rückzug der Uebertragung hinzuzufügen, daß das Vaterland auch ferner in erforderlichen Falle auf jene ausgezeichneten Dienste zu rechnen habe. Mehrere andere, zum Theil in Folge der ministeriellen Erklärungen gestellte Anträge bleiben ohne Dringlichkeitsunterstützung und geben an die betzüglichen Ausschüsse. Jahn's Antrag lautet auf nichts Geringeres als dahin: „die sämmtlichen Mitglieder der sogenannten Linken zur Untersuchung ziehen zu lassen," ein Verlangen, welches eben von der Linken mit stürmischem Beifall, mit Händeklatschen und mit dem Rufe empfangen wird, daß sie selbst die Dringlichkeit des Antrags unterstütze. In Folge der Mittheilungen Peuckers will Oberst Mayern aus Oesterreich dem General Wrangel und dem in Schleswig-Holstein unter dem gestandenen Heere den Dank des Vaterlandes für die bewiesene Tapferkeit zum Ausdauer ausgesprochen wissen. Die Dringlichkeit dieses Antrags wird zugestanden. Venedey läßt dem General von Wrangel alle Gerechtigkeit als Soldaten widerfahren, aber als General der Centralgewalt habe er seinen Posten ohne Befehl verlassen. Als politischer Mann trete er in Berlin sogar mit „geschlissenem Säbel" und mit „der Rust im Rebren" (Säbel von der Linken. Sehr gut — von der Rechten) dem Volke gegenüber auf. Staverdagen findet keinen Zusammenhang zwischen der für Deutschland bewährten Tapferkeit des Generals und seinem politischen Charakter. Auch Löwe von Calbe erklärte sich für den Dank an Heer und Feldherrn, von allen Seiten wird der Schluß der Debatte verlangt, angenommen und Mayerns Antrag wird mit großer Mehrheit zum Beschluß der N. V. erhoben.

Deutschland.

Bayern. — **München, 6. Okt. Der ärztliche Kon.-rs hat gestern nach lebhafter Debatte Pläne für Aufgeschoben, daß die ärztliche Praxis im Königreiche Bayern nicht freigegeben werde. Dieser Beschluß wurde mit 20 gegen 5 Stimmen gefaßt.

*† München, 6. Okt. Berichtigend bemerke ich zu meiner gestrigen Korrespondenz, daß 3. Maj. die Königin Therese vorerst noch nicht dier eingetroffen ist. — Daß auf der Oktoberseinwiese gestern Nachmittags abgehalten worden, Trabrennen, wobei Se. Majestät der König persönlich anwesend, zusammelte zwar weiter eine zahlose Menge Volkes, schien inersten dieselbe wenig zu belustigen, vielmehr zu ermüden.

Von der Haardt, 26. Sept. Wer aus beschaulicher Stille und friedlicher Abgeschiedenheit in das heißbewegte Treiben der politischen Parteien wie in Strudelung zu schauen vermag, der kann wohl mit ruhig ausgeruhtem Blick mit ziemlicher Zuversicht einen Anspruch machen. Dieser Blick, der rechts und links die Schalen der Wage schaut ins Auge faßt, suchten wir in den letzten Tagen zu üben, indem wir die Zeitungsberichte über die erschütternden Frankfurter Ereignisse durchmusterten. Da erschracken wir vor Allem, als wir erkennen mußt, wie doch schon die Wogen der politischen Leidenschaften gehen, die selbst vor den Mauerbrecher und dem Kannibalismus nicht zurückschrecken. Nächst Diesem gewährt aber die Haltung eines gewissen Theiles der Tagespresse den betrübendsten Eindruck. Sie gefällt sich eben so gut im Beschönigen nicht zu verbrechlicher Dinge, als in dem Entstellen ausgemachter Thatsachen. Dabei hat sie eine unendliche Genauigkeit, dem minder Einsichtigen aus dem Volke den Standpunkt des Rechtes zu verrücken, und dem sie Angehörigen den größten Sand der Unwahrheit in die Augen zu streuen. Wir bedauern, sagen zu müssen, daß wir in der einzigen größeren Zeitung der Pfalz, in der „Neuen Speyerer Zeitung," diese Richtung in der angedeuteten Weise vertreten finden. Zweifelsohne wird sie auch bei ihren treuen ohnbegleitenden Gattung die gewünschte Wirkung nicht verfehlen. Während sie die Tapferkeit der Barrikadenkämpfer mit dem Mantel ausgezeichneter Belegt, hat sie keine Feuin Wort der Entrüstung über die Hinschlachtung der beiden Abgeordneten der Nationalversammlung. Und wahrhaftig, dazu braucht es doch keiner Freisinnigkeit des neuesten Schlages, sondern nur eines deutschen, einst menschlichen Herzens, um zu erkennen, daß es die Ehre des Vaterlandes und die Menschenwürde zu keiner Partei gleichgiltig verlangt, den Meuchelmord gegen zwei längste Mal der Männer des Aufruhrs und der Anarchie selbst an den Tag zu legen, und das schmählichste Verbrechen des Jahrtausends vor den Augen von ganz Europa zu brandmarken. Dabei läßt es sich die Neue Speyerer Zeitung nie verwerfliche Mühe kosten, den Frankfurter Aufstand als ein Ereignis darzustellen, welches seinen Ursprung nichts Anderm, als etwa dem Bajonettangriff bei der Paulskirche und der verstümmten Wegräumung der Barrikaden verdanke. Es muß sonst ein Versuch, Andere glauben zu machen, was man selbst nicht glaubt. In der Pfalz soll den Eindruck des Lächerlichen machen. Denn die Spatzen pfeifen es hier von allen Dächern, daß die Bürgerwehr der einzelnen Städte der Pfalz angefangen worden sei, zum Zuzuge nach Frankfurt gegen die Majorität des Parlamentes in der (freilich vorgefabelten) Waffenstillstand-Frage. Rein,

eine solche Presse ist eine Ironie auf die Freiheit der Presse, eine Landplage für die Kreise, in welche sie Zugang findet, obwohl anderseits auch wieder ein Mittel, manchem Verblendeten die Augen zu öffnen, damit er sieht, wohin uns die „Freisinnigkeit“ führt, welcher sich die Neue Speyerer Zeitung verschrieben hat. Sie bringt uns zur Reaktion oder zur Anarchie. Wählt preußen Beiden! Denn Völkerfreiheit und Ordnung vermag uns auf solchen nichtigen, jeder Wahrheit und jeden gesunden Lebens entbehrenden politischen Afterbestrebungen nimmer zu erblühen.

(Karlsr. Z.)

Sächs. Herzogthümer. — Altenburg, 1. Okt. Ein Theil der hiesigen Bevölkerung trägt sich noch immer mit der Idee, den einrückenden Reichstruppen Widerstand zu leisten. Es sind jedoch meistens junge Leute, welche diesen kühnen Vorsatz gefaßt haben. Unter unseren Soldaten herrscht kein guter Geist, sie sind durch die Volksversammlungen demoralisirt. Auch die Frage, wer die Einquartierungskosten tragen solle, wurde mit wichtigen Mienen von den Bürgern besprochen, welche Benehmlichkeit übrigens durch einen heute erschienenen Ministerialerlaß beseitigt worden ist, indem laut demselben das Publikum dahin aufklärend, daß die Reichsklassen die Einquartierungskosten bestreiten werden. Zugleich wird das Volk über den Zweck des Einmarsches der kgl. sächs. Truppen aufgeklärt, indem bekannt gemacht wird, daß im altenburger Lande auf Befehl des Reichsministeriums ein Truppenkorps zusammengezogen wird, bestehend aus sächsischen, schwerinischen, weimarischen, reußischen und altenburgischen Truppen, deren Einmarsch nöthig sei, lediglich um die Ruhe und seine exekutionelle Tendenz verbunden, sondern die Staatsregierung sei weit entfernt von solcher und strebe im Gegentheile dahin, die erlangten Freiheiten durch Gesetze dauernd zu sichern. Schließlich erwartet dieselbe von den Bürgern, daß sie den getroffenen Anordnungen willig sich fügen und den Sinn wahrer Volksfreiheit durch die That beweisen mögen.

K. Sachsen. In der Sitzung der II. Kammer vom 30. September stellte der Abg Heldig den Antrag: die Kammer wolle die Staatsregierung ersuchen, gegen die Sendung sächsischer Truppen nach Altenburg (welche auf Anordnung der Zentralgewalt geschehen soll) Widerspruch einzulegen und deren Einrücken dorthin vor der Hand zu sistiren. Heldig gehört der republikanischen Partei an; gerade von derjenigen Seite also, wo man sich sonst so viel mit seinem Eifer für die deutsche Einheit brüstet und in energisch die Unterwerfung unter die Zentralgewalt verlangt, wird hier, wo diese Einheit im Interesse der Ordnung und des Gesetzes geltend gemacht werden soll, zum Ungehorsam gegen die Zentralgewalt aufgefordert. Die sofortige Berathung des Antrags wurde mit 46 Stimmen abgelehnt und dafür beschlossen, denselben auf eine der nächsten Tagesordnungen zu setzen.

Dresden, 30. Sept. (Verhaftungen.) Heute Abend ist auf Veranlassung des hiesigen Appellationsgerichtes der Musikdirektor A. Röckel, Verfasser einer Denkschrift: „Die Organisation der Volksbewaffnung in Deutschland,“ und Redakteur der sehr radikalen Volksblätter, wegen Abfassung und Veröffentlichung eines „offenen Briefes an unsere militärischen Mitbürger“ verhaftet worden, eben so der Drucker desselben, Hr. Gärtner. Zu läugnen ist nicht, daß in diesen Anprache mehrere Stellen vorkommen, welche sich nicht rechtfertigen lassen, wie z. B. „Euer Eid ist nichtig.“

Dresden, 1. Okt. Heute Mittag waren die beiden Inhaftirten, deren gestern Erwähnung geschehen, noch nicht auf freien Fuß gesetzt, wie man gestern gehofft hatte, sondern sogar noch der Faktor der Gärtner'schen Druckerei festgenommen worden. Die Gefangenen sind auch aus dem Stadtgerichtsgefängniß in das Polizeigefängniß übergeführt worden. Zur Verhaftung der hiesigen Appellationsgerichtes den dieses Nachmittag zwei Schwadronen des 1. Reiterregiments eingerückt, auch ist ein Theil der Besatzung des ebenfalls hier garnisonirenden Regiments darauf Mai einberufen worden.

(D. A. Z.)

Preußen. — ⊙ Berlin, 2. Okt. (Berhandlungen der Nationalversammlung.) An der heutigen Sitzung wurde bestimmt, daß wöchentlich 6 Sitzungen statt finden sollen. Minister Eichmann erklärte in Beziehung auf die Kölner Vorfälle, daß noch im Laufe der Woche der Belagerungszustand — unter welchem sich der größere Theil der Bürger glücklich fühle — aufgehoben werde. Walter bestätigt dies aus Briefen, indem durch den Belagerungszustand die Anarchie unterdrückt worden sei, indem durch den Belagerungszustand die Entfernung einer fremdartigen Bevölkerung sich Dagegen wendete Jung ein, daß nur eine temporalistische Bevölkerung sich unter einem solchen Zustande glücklich fühlen könne. Parisius stellt mit v. Berg den Antrag: das Ministerium zu ersuchen, dem Beschlusse der Nationalversammlung: daß zum Vorbehalt des Belagerungszustandes Zweifel gewesen wäre, ob er das Recht habe, hier zu sitzen, die Versammlung nicht beschlußfähig haben würde. Er halte sich einfach an die Gesetze. Dasselbe erklärte Gierke. Bei der Abstimmung über diesen Antrag erhob sich nur die äußerste Linke und er fiel somach mit großer Stimmenmehrheit durch. Hierauf erhielt der Parisius'-Berg'sche Antrag die Priorität, und Minister Eichmann entgegnete, wenn der Belagerungszustand Mittwoch noch nicht aufgehoben sei, so sei er gern bereit, die Sache hier wieder zur Sprache zu bringen, bis dahin erwarte er neue Berichte. Parisius zog hierauf den Antrag zurück, der aber von Köster weiter aufgenommen wurde. Brill interpellirte sodann wegen der Bekanntmachung des Grafen Brandenburg wegen Aufhebung der Klubs und Volksversammlungen und fragte, ob dem Ministerium der Bericht über die Breslauer Ereignissen, und hebt hervor, daß Gen. Brandenburg bisher im besten Einverständniß mit den Zivilbehörden gestanden sei. Minister Eichmann bemerkt, daß die Aufregung im Lande und besonders in Schlesien eine bedeutende sei. Breslau und Liegnitz seien in sehr bedenklicher Stimmung; es seien dort Emissäre thätig zur Verbreitung demokratischer und anarchischer Gesinnungen. v. Bonin weist jede Mitverantwortlichkeit des Staatsministeriums zurück. Dadjelbe habe sich nur die Aufgabe gestellt, dem Gesetze Achtung zu verschaffen. Otto: in Liegnitz habe deshalb Aufregung geherrscht, weil im Regierungsgebäude eine beträchtliche Anzahl Patronen verborgen gewesen sei. Brill äußert sich dahin, daß einzelner Militärpersonen wegen, die sich beleidigt glaubten, nicht gleich das Gesetz geopfert werden dürfe. Minister v. Pfuel erklärt wiederholt, daß er keinen Grund finde, gegen die Bekanntmachung einzuschreiten. Man sei in exzeptionellen Zuständen und befinde sich vielleicht einem aufsteimenden Aufstande gegenüber. Bei der Abstimmung blieb der Brill'sche Antrag in der Minorität. Köhler verliest ein in dem Guhrauer Kreisblatt enthaltenes Manifest, unterzeichnet: „der Verein zur Vernichtung aller Volksfeinde und Schurken.“ In diesem Schriftstück wird eine baldige Volkserhebung und die Aufrichtung der Guillotine in Aussicht gestellt, und er zieht daraus Folgerungen auf die Stimmung des demokratisch-gesinnten Theils der Bevölkerung. Minister Eichmann will in seiner Erklärung nicht diejenigen demokratischen Vereine, welche auf die konstitutionelle Basis sich stützen, gemeint haben. — Präsident Grabow eröffnet sodann, daß die Prioritätsdiskussion von dem Köster aufgenommenen Parisius-Berg'schen Antrag die Tagesordnung nicht eingehalten werde.

Oesterreich. — *) Wien, 3. Okt. Bei Velenze, in der Nähe von Pesth, ist es zum Schlagen gekommen; die Ungarn triumphiren über einen erfochtenen Sieg, aber dennoch hat ihre Armee nach dem angeblichen Siege bis Marton-Varos sich zurückgezogen. Der Kaiser soll das Manifest bereits unterzeichnet haben, wodurch Jellachich zum Militär-Kommandanten von Ungarn ernannt wird, und das Sievermärkische Armeekorps bereits im Vorrücken an die Drave begriffen sein, um Jellachich zu unterstützen. So wäre denn Ungarn wie Feindesland behandelt, und wir haben eine zweite Auflage der lombardischen Geschichte mit etwas raschern Bewegungen. Kein Zweifel überhaupt, daß die lombardisch-croatischen Fäden zusammenlaufen, und noch ist man selbst hier nicht sesten Mutthes, ob das Gewebe nicht durchbar zerreissen wird.

Frankreich.

** Paris, 2. Okt. Die Nationalversammlung ist heute auf Verlangen des Generals Cavaignac über Interpellationen des Hrn. Puyjalcic in Betreff der Unterhandlungen wegen Italien einfach zur Tagesordnung geschritten. Hr. Thiers wird bei dem Kongresse zu Verona auf Betreff der italienischen Frage Frankreich vertreten, wie Jedermann voraussieht, ohne Erfolg. — Hr. Senard soll wirklich auf seinem Austritte aus dem Kabinette bestehen, General Cavaignac aber denselben verschoben wünschen, bis nach Erledigung der Frage der Ernennung des Präsidenten der Republik. Die Verfassungskommission hat sich nun mit 9 gegen 5 Stimmen für die Ernennung durch die allgemeine Stimmrecht die Minorität will ihn durch die Nationalversammlung ernannt haben) aufgesprochen, und die Regierung soll sich dem Mehrheitsantrage angeschlossen haben. — Der Finanzminister Goudchaux soll nun doch die Einführung von Papiergeld (Hypothekenbons) in gewissem Maße für zulässig erachten.

Nachschrift.

Der Reichsgesandte Hr. Welcker wird von Stockholm zurück in Frankfurt erwartet. Der Zweck seiner Sendung ist vollständig erfüllt, ein schwedischer Gesandter an den Reichsverweser soll ihm bald nachfolgen. — Aus Kopenhagen meldet die Fft. O.-P.-A.-Z. gleichfalls, der dänische Hof sei nicht allein bereit, einen Gesandten des Reichsverwesers zu empfangen, sondern habe auch sofort ein eigenes Dampfboot nach Sonderburg gesandt, um Hrn. Banks von dort nach Kopenhagen abzuholen.

Briefe der als Mörder von Auerswald und Lichnowsky fälschlich Verfolgten sind (nach der Fft. O.-P.-A.-Z.) in Straßburg verhaftet worden und ist die französische Behörde nicht gesonnen, das Asylrecht auf Kannibalen auszudehnen.

In Köln ist die daselbst Aufbewung des Belagerungszustandes zu erwarten, der Gemeinderath soll sich auf Anfrage der Kommandantur um seine Ansicht, einstimmig dafür ausgesprochen haben. (Die Kölner Zeitung vom 4. Okt. meldet die bereits am 2. erfolgte Aufhebung des Belagerungszustandes.)

Die königl. sächsischen Reichstruppen sind am 2. Okt. Mittags ohne Widerstand in Altenburg eingerückt.

Der konstituierende Landtag in Oldenburg hat am 28. Sept. das absolute Veto für den Großherzog mit 17 gegen 14 Stimmen angenommen.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolffschen Buchdruckerei.

Nr. 87.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 9 fl.
Halbjährig 4 fl.
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Sonnabend den 7. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, 7. Oktober.

Se. Maj. der König haben unterm 3. Okt. den Landrichter Gustav Karl Sommer zu Ludwigshafen auf die erledigte Landrichterstelle zu Kissenberg zu versetzen; die erledigte I. Assessorstelle bei dem Landgerichte Nadburg dem II. Landgerichtsassessor Quirin Schieder daselbst zu verleihen, und auf die hiedurch sich eröffnende II. Landgerichtsassessorstelle zu Nadburg den Rechtspraktikanten Heinrich Schrödel aus Baireuth, zur Zeit Funktionär bei dem Landgerichte Kelheim, zu ernennen; ferner die erledigte I. Landgerichtsassessorstelle zu Neuštadt a. d. N. dem II. Landgerichtsassessor Joseph Hötterl daselbst zu verleihen, und auf die hiedurch erledigte II. Assessorstelle bei demselben Landgerichte den Rechtspraktikanten Johann Brenner aus Weischau zu ernennen geruht, und die erledigte Landrichterstelle zu Ludwigshafen dem I. Landgerichtsassessor Fr. Ser. Kuhn zu Vorcheim zu verleihen; unterm 4. Okt. die durch Ernennung des Kanzelisten Bernhard Seiz zum Kanzleisekretär und gebetenen Kanzelisten im Staatsministerium des Innern erledigte Natusmäßige Kanzelistenstelle bei der k. obersten Baubehörden dem bisherigen Kanzleifunktionär bei dem k. Staatsministerium des Innern Johann Neyom. Wagner in provisorischer Eigenschaft zu verleihen; den Landwehrmajor Theod. Fürst von dem Kommando des Landwehrbataillons Rüdenhausen zu entheben und demselben das Kommando des Landwehrbataillons Obernburg zu übertragen geruht.

Deutschland.

Der Reichstagsabgeordnete Hr. Münch beleuchtet in den Frankfurter Blättern die jüngste Ansprache der Linken an das deutsche Volk, welche von der sogenannten demokratischen Partei gemeinschaftlich mit der Partei der Linken im deutschen Hofe in besonderm Hinsicht auf den Beschluß der deutschen Nationalversammlung vom 16. Sept. den Waffenstillstand von Malmoe betreffend, erlassen worden ist. Er bezeichnet diese Ansprache als ein Mittel zur Unterwühlung des Votums der Majorität jener Versammlung, und spricht sich in Bezug darauf in folgender Weise: „Daß der Waffenstillstand in seiner Erscheinung ein unglückliches Ereigniß war, kann eben so wenig in Abrede gestellt werden, als daß man demokratischer Seits die durch denselben auch im besonnenen, übrigens nicht vollständig unterrichteten Volksthreile erzeugte starke Aufregung für den günstigen Moment zur Durchsetzung der allgemeinen Umsturz-Pläne, erachtete. — Wer immer sie, den Waffenstillstand, unbefangen und rein objektiv beurtheilt, wird sich von den Fehlern, welche bei seinen Abschluß begangen worden, nicht minder alß von seiner Nothwendigkeit, sowohl zur Abwendung des völligen Ruins der deutschen Ostsee-Provinzen und Handelsstädte, — als zum Behuf der inneren Ordnung und Befestigung Deutschlands, — gewiß überzeugen. Ja will in dieser Beziehung nicht wiederholen, was darüber von mir in früheren Artikeln hem öffentlichen Urtheil unterworfen worden ist, — namentlich auch nicht die Schwäche oder Niederlage Deutschlands, Dänemark gegenüber, zur See. Allein den in der fraglichen neuesten Ansprache der Demokraten angegebenen Motiven und Wirkungen des Waffenstillstands und des Beschlusses der Nationalversammlung über denselben, vom 16. d. Mts., gebührt eine die Lauterkeit der Absaben noch mehr ins Licht setzende kurze Entgegnung. Es heißt nämlich darin — 1) die preußische Regierung habe durch den Abschluß des besagten Vertrags der Zentralgewalt spottet, und sie vor dem In- und Auslande moralisch vernichtet. Die im Drang innerer und äußerer Verhältnisse, wie solche aktenmäßig vorliegen, gewagte Ueberschreitung einer Vollmacht ist eine nicht zu billigende Handlung des Bevollmächtigten, allein noch lange kein Treu- und die moralische Vernichtung einer Zentralgewalt vor dem Auslande, welches, wie z. B. sogar der französische Bruderstaat, diese Gewalt noch vor Kurzem nicht anerkannt hatte, — war nicht wohl möglich, — während dieser Vernichtung vor dem Inlande nichts entsprechender als die gegen die anarchischen Ausstände und die blutigen Bestrebungen der rothen Republik durch die Zentralgewalt entwickelte Macht und Energie wiederstehen wird. — Es heißt in der demokratischen Ansprache: 2) der Beschluß der Nationalversammlung vom 16. l. M. habe das rebellische Verfahren der preußischen Regierung anerkannt und zu dessen Fortsetzung ermuntert, — derselbe habe der Freiheit, dem Ansehen und der Einheit des geliebten Vaterlandes eine Wunde geschlagen, deren Heilung nur ohne die gehegten Wirksamkeit der tiefsten innerlichen Lebenskraft des gesammten deutschen Volkes bewirkt werden könne. — Der erste Theil dieses Vorwurfs wird durch den Inhalt des Beschlusses selbst, durch die in demselben der Zentralgewalt ertheilten Aufträge zum Handeln, — und der zweite durch die jüngsten erfolgreichen Maßregeln zum anerkannten Schutz und zur Erhaltung der Einheit und Freiheit des Vaterlandes genügend widerlegt. — Den Barrikadenkampf, den Ausbruch der rohen Gewalt, und den in Deutschland bis jetzt verabscheut gewesenen Meuchelmord will man für eine gesteigerte Wirksamkeit der tiefsten innerlichen Lebenskraft des gesammten deutschen Volks unmöglich ansehen können. Daß ächte deutsche Herz, frei von Tücket, von Ehr- und Selbstsucht, hebt davor zurück, hofft ruhig und bescheiden auf Anerkennung nach Stillung der Leidenschaften und Entkühlung aller Täuschungen, und harrt dem Erfolg der ihrer verdienten Würdigung nicht entgehenden Ansprache, von der es sich hier handelt, vom Zeugen entgegen. Gätten die von den Demokraten betriebenen Verwickelungen wegen Schleswig-Holstein, Limburg, Posen ꝛc. den berechneten Erfolg gehabt, und unsere Truppen zur Vertheidigung des Vaterlandes an dessen Grenze gestellt, — Wem blühte dann die Hoffnung auf das Heil und die Gewalt im Innern?" —

Frankfurt, 3. Oktbr. Von den Personen, welche wegen Verdachts der Theilnahme an dem Aufruhr vom 18. September nach Mainz geführt waren, ist ein Theil wieder frei gelassen worden, und gibt seine Rückkehr nach Frankfurt allabendlich in dem Bierhause zum Storchen durch das Brüllen der Marseillaise zu erkennen. Hier sind auch fast jederzeit verschiedene Abgeordnete der äußersten Linken, z. B. Zitz, Schlöffel, Simon von Trier, und Andere zu sehen. — In den auf dem Roßmarkte und hinter der Hauptwache erbauten Baracken liegen jetzt kurhessische Husaren und Artilleristen; in Sachsenhausen stehen Bayern; ebenso in Bergen, anderthalb Stunden von hier, wo auch bayerische Reiterei liegt. Die Preußen und Oesterreicher sind in der Stadt und in den näher gelegenen Dörfern vertheilt. (Karls. Z.)

Bayern. — **Mittelfranken**, Okt. Von einem ausgezeichneten Rechtsgelehrten und vollkommen unabhängigen Manne kommt uns noch aus Anlaß der Vorgänge der jüngsten Tage die folgenden Bemerkungen zu: „In welchen Händen sich dermalen die Münchener Lokalpresse befindet, geht daraus hervor, daß fast in jeder Nummer dieser Blätter ein oder der andere Artikel sich findet, der eine totale Unkenntniß aller staatlichen Verhältnisse und Einrichtungen kund gibt. So wurde dieser Tage in einem derselben die Behauptung aufgestellt, als den Marine für Freiheit und Ordnung vom Justizministerium bezüglich der bekannten Verhaftungen gemachten Eröffnungen seien durch das seitdem über den berufenen Brief bekannt Gewordene „Lügen gestraft." Hierüber nur einige Bemerkungen. Die Polizeibehörden und das Staatsministerium des Innern an ihrer Spitze haben, wenn ihnen Kenntniß von fraglichen Handlungen zukommt, zwei Wege, die sie einschlagen können, um ihrer Pflicht zu genügen. Sie können selbst eine polizeiliche Untersuchung einleiten und sogar in den gesetzlich bestimmten Fällen unmittelbar den Verdächtigen verhaften, beziehungsweise durch ihre Organe verhaften lassen, vorbehaltlich nachträglicher Ablieferung desselben an das Untersuchungsgericht. Dies ist der eine Weg. Der andere ist der, daß sie blos die Sachen von allen auf ihre Verhandlungsbezug habenden Erhebungen in Kenntniß setzen und es ihnen überlassen, ob sie den Fall für geeignet halten, ihrerseits ex officio einzuschreiten. Bei jenen Verhaftungen nun hatte sich die Meinung verbreitet, das Staatsministerium des Innern habe den ersteren Weg eingeschlagen, wozu es allerdings befugt gewesen wäre, was es aber in der That nicht gethan, sondern es hatte nur die persönliche Freiheit bei Verhaftungen den letzteren den zweiten Weg gewählt. Demnach hat in diesem Fall das kompetente Gericht ex officio vermöge selbstständigen Beschlusses die Untersuchung begonnen und die Polizei nur auf Requisition des Gerichts, nicht auf Veranlassung der Regierung gehandelt. Diesen wahren Sachverhalt auszusprechen und jene irrige Meinung als irrig zu bezeichnen, war auch nunmehr natürlich auch allein die Absicht der Erklärung des Justizministers sein. Daß übrigens der fragliche Brief nicht die einzige Ursache der Verhaftungen war, scheint schon daraus hervorzugehen, daß gegen den Redakteur des „Vorwärts" die Untersuchung noch fortgeführt wird, und daß sich die gefänglliche Einziehung nicht blos auf die durch den Brief bezeichneten Personen beschränkte. Daran brauchen wir die, welche gerecht sind, die Ereignisse des Tages nicht abgerissen für sich genommen im Zusammenhang mit ihren Ursachen zu betrachten, nicht erst aufmerksam zu machen. Wenn aber die sofortige Freilassung jener Personen, nachdem ein

sie gravirendes Beweismittel sich als unbrauchbar dargestellt hatte, etwas klar vor Augen legt, so ist es mir, daß unsere Regierung weit ensterni ist, sich in dem Gang der Justiz hineinstehen, oder irgend einer Art von Tendenzprozessen Vorschub zu thun."

Württemberg. — Stuttgart, 2. Oktober. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten äußerten mehrere Abgeordnete einen Tadel gegen die Regierung, welche kürzlich in mehrere unruhige Bezirke des Landes Truppen geschickt habe, und Feyler fragte, ob es gegründet sei, daß nach Heilbronn eine große preußische Truppenmacht einrücken solle, wobei er den Ausdruck „fremde Truppen" brauchte. Ebensowenig, äußerte er ferner, würde es es billigen können, wenn von hier aus nach Sigmaringen Militär geschickt worden wäre, indem das dortige Volk, was es mit seinem Fürsten habe, für sich auszumachen berechtigt sei. Dagegen wurde vom Ministertische erwidert, daß deutsche Truppen keine fremden seien und ein einziger Stamm sich der Zentralgewalt nicht widersetzen dürfe; übrigens werde die Regierung mit eigenen Mitteln Ordnung und Gesetz aufrecht zu erhalten wissen und auf Requisition der Oberbeamten Militär hinschicken, wo es nöthig sei, denn daß man sich auf die Gemeindebürgen nicht immer verlassen könne, dafür habe die Regierung gerade in jüngster Zeit die schlagendsten Beweise erhalten. Hieraus nahm Scherr Veranlassung zu fragen, ob es wahr sei, daß kürzlich von Württemberg aus 6000 Mann Bayern bei der Zentralgewalt requirirt worden seien und dieser Gegenstand von den Ministern dem Könige gegenüber zu einer Kabinetsfrage gemacht worden sei? Staatsrath Römer antwortete, daß wer 6000 Bayern noch ein einziger Mann von der Regierung requirirt worden sei. Der zweite Gegenstand von allgemeinerem Interesse war die Debatte darüber, welche Aussicht vorhanden sei, von der administrativen Justiz, welche in so vielen Fällen Kabinetsjustiz ist, befreit zu werden? Eine Frage, an die sich bei uns in Württemberg der Hinblick auf den Geschäftsfreis des den Justizgang so verzögernden Geheimerathscollegiums knüpft. Staatsrath Römer beruhigte aber durch die Erklärung, daß der Verfassungsausschuß in Frankfurt fast einstimmig beschlossen habe, die Administrativjustiz aufzuheben, und die Reichsversammlung, wie er glaube, diesem beistimmen werde. (Fr. O.-P.-A.-Ztg.)

Baden. — Freiburg, 3. Oktober. (Freib. Z.) Unter den Papieren der republikanischen Regierung, welche zu Staufen erbeutet wurden, sollen sich die klarsten Beweise vorgefunden haben, daß unsere Rosen mit den Schreckensmännern in Paris in der engsten Verbindung standen. Man fand Briefe von, wie es heißt, hochgestellten Personen Art, daß man glauben müsse, sie seien im Taumel entworfen worden, hätten nicht die französischen Kommunisten durch die That bewiesen, daß sie der abscheulichsten und verruchtesten Ideen fähig sind. Täglich werden hier noch gefangene Freischärler eingebracht. Die Bauern im Oberlande machen förmlich Jagd auf dieselben, und liefern sie an die Militärbehörden ab. Diesen Nachmittag wurden wieder 22, zwei und zwei gebunden, in die Stadt geführt; unter ihnen befand sich der republikanische „Stadtkommandant" von Müllheim, Breitenstein. — Von Seiten der hiesigen Kreisregierung ist unterm 3. d. M. ein Erlaß an sämmtliche Aemter ergangen, dem wir folgendes entdehen: „Das Reichs-Kriegsministerium hat sich in Genmäßigung einer für das gesammte deutsche Heer gültigen Verpflegungsreglements, veranlaßt gefunden, zu bestimmen, daß diejenigen deutschen Truppen, auf welchen das bei Freiburg aufzustellende Beobachtungskorps gebildet wird, vorerst die landesübliche Quartierverpflegung so wie das ganze Bedürfniß an Fourage, von den betreffenden Bundesländern geliefert erhalten, daß aber für alle an diese Truppen erfolgenden Lieferungen an Verpflegungs-, Transport-, und sonstigen Prestationen von den Empfängern Bescheinigungen ausgestellt werden, deren Liquidirung späteren Verhandlungen vorbehalten bleibt. Obige Bestimmungen finden, wie sich von selbst versteht, keine Anwendung auf diejenigen Gemeinden, deren militärische Besetzung in Folge eines darin ausgebrochenen Aufstands nöthig geworden ist, diese haben die Kosten der Besetzung zu tragen.

Konstanz, 30. Sept. Der geheimnißvolle und weit verzweigte Plan einer allgemeinen Schilderhebung der rothen Republik, welche mit den Greuelthaten in Frankfurt ihren Anfang nehmen sollte, und theilweise auch genommen hat, scheint selbst seine Väter bis auf den Boden hinein gespannen zu haben. Es erwartete man Sonntag den 22. hier und in der benachbarten Schweiz, Signalfeuer auf den Anhöhen von Schwaben als Zeichen zum Aufbruch, und noch in der späten Nacht jenes Tages fand eine Gruppe auf der Rheinbrücke, um in der geraden Richtung des Hohentwieler Berges das Signalfeuer zu sehen. Allein schon in der Nacht des 24. arbeiten die Tüchtlinge in Kreuzlingen die Nacht durch, Strauß bei Staufen gefangen worden sei. Gleichwohl erwartete man an demselben Tage in Stühlingen, daß es hier am 25. losgehen sollte; denn man wartete daselbst nur auf eine Schilderhebung in Konstanz, um auf dem Schwarzwalde und in der Baar „loszuschlagen" zu können. Der Bürgerkrieg würde sich alsdann mit allen seinen Greueln über Neuweil und Donaueschingen bis ganz Oberschwaben ausgebreitet haben. Nur der Sieg des tapfern Truppen bei den Staufen lähmte auf einmal den Muth der Rebellen, und so blieben der Seekreis und Oberschwaben vor der Hand von dem Bürgerkriege verschont. Wenn aber Konstanz stets der Anfangspunkt des Aufstands im Seekreise sein soll, wie man es schon zum zweitenmale auf dem Schwarzwald erwartet hatte, so dürfte man sich von Reichswegen wohl nicht länger beruhen, nach Konstanz eine ständige Garnison zu verlegen. — Wie sehr sich die republikanische oder vielmehr die anarchische Partei noch immer bemüht, das Volk in beständiger Aufregung zu erhalten, können wir aus allen jenen Lügen wahrnehmen, welche überall mit der größten Unverschämtheit ausgesprengt, das Individuum, welches auf dem Schneethor in Konstanz die Sturmglocke anschlug, „sei ein Beamter gewesen, der es in der Absicht gethan, damit Militär in den Seekreis verlegt werde," — während doch jenes Individuum Nichts mehr und Nichts weniger als der leibhafte und nun festgenommene Sohn eines hiesigen Schusters ist! Auch unsere heute Nacht die Wache an dem Landesthore ausgestellten, und die sämmtlichen bayrischen Wachtposten haben scharfe Weisungen erhalten, vorkommenden Falls von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Zugleich entdeckte man diese Nacht in der Sonne zu Tegerweiler, einem benachbarten Schweizerdorfe, 10 Zentner Pulver, 13 Zentner Blei, nebst vielen Waffen, welche von der dortigen Behörde mit Beschlag belegt wurden. — Gestern Vormittag ist ein Theil des österreichischen Regiments Wellington von Bregenz auf zwei Dampf- und einen Segelschleppschiffen mit dem Stab des Regiments hier angekommen. Fast die ganze hiesige Bevölkerung stand an dem Hafen, denn diese schönen Truppen wurden hier mit großer Freude empfangen und gastlich bewirthet. Nachmittags traf noch eine zweite Abtheilung ein. Gestern ist noch an unserem Thore Alles in Ordnung. Heute in der Frühe um 7 Uhr nach Rorschach und Stockach aufgebrochen. — Unsere Nachbarn, die Schweizer, schicken sich nun auch an, ihre Grenzen mit Truppen zu besetzen, um, wie sie sagen, das Eindringen fremder Flüchtlinge in ihr Land zu verhindern. (Karlsr. Ztg.)

Hohenzollern-Sigmaringen. — Der „Schwäbische Merkur" berichtet aus Sigmaringen vom 2. Okt., daß daselbst eine große Niedergeschlagenheit über die jüngsten Ereignisse herrsche. Mehrere hiesige Mitglieder der Sicherheitsausschüsse haben ihren Austritt angezeigt, gegen die dabei betheiligten Offiziere und Beamten soll Dienstentlassung und Landesverweisung bereits verfügt sein, gegen Würth erwartet man stündlich einen Verhaftsbefehl. Da er aber an die Stelle des aus der Reichsversammlung in Frankfurt ausgetretenen Mog. Spritzler einige Tage vor dem Treffen bei Gammertingen gewählt worden ist, so ist man begierig, ob nicht die neueste Beschlußfassung der Reichsversammlung auf ihn Anwendung finden wird. Man sagt, die Regierung, welche übrigens noch nicht zurückgekehrt ist, solle sehr strenge einschreiten wollen. Die Zustände des kleinen Fürstenthums waren allerdings von der Art, daß die Umsturzpartei unter der Leitung eines unabhängigen, ehrgeizigen und wirklich gewandten Führers einen sehr günstigen Boden fand. Sie hatte durch große Mittel, die guten Verdienst üppig gewordenen Baubandwerker wurden seit einem Jahre brodlos. Durch die von der Versöhnungskommission angeregten Privatbauten steht eine Menge neuer mit schweren Hypotheken belasteter Häuser leer, und die Besitzer verarmten von Tag zu Tag mehr, unter den Beamten herrsche Zwietracht, indem die Einen unbedingt an den Fürsten hingegeben, die Andern aber patriotisch, beeinträchtigt fühlten, und das Militär wurde in fortwährender Aufregung erhalten. Diesen schlimmen Zustand in einen besseren zu verwandeln ist die Aufgabe der Regierung und sie wird durchgreifende Reformen vornehmen müssen, wenn sie eine gründliche Heilung hervorrufen will.

Großherzogthum Hessen. — Darmstadt, 3. Okt. Wir müssen eine Korrespondenz der Oberpostamts-Zeitung, welche in andere Blätter übergegangen, dahin berichtigen, daß nicht der Abgeordnete Kinscherf, sondern ein Sohn desselben es ist, der sich unter den Verhafteten befindet, auf welchen der Verdacht der Theilnahme an der Demolirung der Eisenbahn bei Weinheim ruht. (Darmst. Ztg.)

Sächsische Herzogthümer. — Altenburg, 2. Okt. Bei dem heute stattgehabten Einzuge der k. sächsischen Reichstruppen war die Bürgergarde an mehreren Orten, als: am Brühl, am Markte und am Roßplatz. Man machte anfangs Schwierigkeiten, den Truppen die Hauptwache zu übergeben, allein nach einigen Unterhandlungen wurden diese gehoben, und die Bürgerwache ward von denselben sehr freundschaftlich und zum wenigsser Seite eifrig dahin, die niederen Stände gegen das Militär aufzuhetzen. So z. B. war ein am gestrigen Abend angehefteter Anschlag theils auf Erregung und Erbitterung, theils auf plumpe lügnerische Vorspiegelungen berechnet, denen, je plumper und handgreiflicher die Lügen sind, das unaufgeklärte Volk nur zu gern glaubt. (Sächs. Bl.)

Schleswig-Holstein. — Kiel, 30. Sept. Wie sehr die Dinge dort gibt ein Schreiben aus Hamburg vom 1. Oktober (in der Frankf. O.-P.-A.-Ztg.) das Neueste. Dasselbe meldet: „Uebermorgen, Dienstags den 3. Oktober, verlegt die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein ihren Sitz von Rendsburg nach Schleswig. Vorgestern langte Herr Stedmann in Begleitung des Herrn Schneider, von Berlin kommend, in Rendsburg an; gestern folgte ihm Herr Francke, eben daher kommend, derselbe nach. Man glaubt nun, daß vielleicht schon morgen die Angelegenheit der Zusammensetzung der neu einzusetzenden Regierungskommission erledigt werde. Es heißt nämlich die provisorische Regierung werde morgen der Landesversammlung eine Vorlage über den Stand der in Berlin gepflogenen diplomatischen Unterhandlungen machen, dahin lautend, daß ein permanenter Ausschuß der Vertreter bestehenden Männer (Plehn, Preuser, Landrogt Boysen, Baron v. Heintze) seien geneigt, die Regierung zu übernehmen, wenn die Landesversammlung ihre Zustimmung dazu gebe; sie würden sich dann selbst einen Präsidenten wählen (wie sich von selbst versteht, sein Mitglied der sogenannten Immediatkommission, am wenigsten den Grafen Moltke). Darüber sollen die Herren Stedmann, Francke, Banks, der preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Dönhoff und der dänische Kammerherr Reedtz in Berlin einig geworden

sein. Der Sturz des Kossuthministeriums in Kopenhagen dürfte die unaufhaltliche Folge dieses Verrathenements sein. — Bis zum Amtsantritte der neuen Regierungskommission dürfte die provisorische Regierung die Ministerportefeuilles nach der neuen von der Landesvertheidigung beschlossenen Ministerialeinrichtung unter ihre eigenen Mitglieder vertheilen."

Preußen. — Berlin, 3. Oktober. In der Donnerstagssitzung des konstitutionellen Klubs beantragte Herr Freese: der Klubs möge durch Erklärung zu Protokoll seine tiefe Entrüstung über das Attentat gegen die deutsche National-Versammlung und seinen Abscheu gegen die Unmenschlichkeiten aussprechen, welche die Insurgenten an den beiden Vertretern der Nation verübt haben. Der Antrag fand lebhafte Unterstützung; Hr. Freese motivirte ihn, der Klubs habe zu diesen Tagen auf die Berliner Ereignisse sein Augenmerk richten müssen, so daß es fast schon zu spät geworden sei für eine solche Erklärung; wenn sie aber jetzt höre, wie die Demokraten in Köln der Barbarei der Frankfurter Injurgenten Beifall zollen, wie der hiesige demokratische Klubb schamlos genug sei, den höchsten Ruhm, den das alte Rom nur seinen Besten zuerkannt, auf die Hochverräther an der deutschen Freiheit zu übertragen, wie selbst Abgeordnete der hiesigen Versammlung eine sehr zweideutige Stellung in dieser Frage einnähmen, so müsse man keinen Augenblick ansehen, auch jetzt noch seine Stimme dieser Partei gegenüber zu erheben; er hoffe, daß das sittliche Gefühl eines Jeden ihn jeder weitern Begründung überhebe. Der Antrag des Hrn. Freese wurde angenommen. (Berl. N.)

⊙ Berlin, 3. Oktober Abends. In der Nationalversammlung wurde heute ein Antrag von Rodbertus gestellt: „Die hohe Versammlung wolle erklären, daß sie mit Bezug auf das Gesetz über Einführung einer provisorischen Zentralgewalt für Deutschland vom 28. Juni d. J. die Ueberzeugung von Sr. Majestät Regierung hegen werde, daß dieselbe zur Ausführung aller Beschlüsse der provisorischen Zentralgewalt und der deutschen Nationalversammlung in den zwischen Verwirklungen der dänischen Frage pflichtmäßig und kräftig beitragen werde." Die Aufregung war lange und lebhaft. Im Laufe desselben gab der polnische Abgeordnete Schulz-Wsky die Erklärung, daß die Polen an alle europäischen Parlamente eine Verwahrung gegen die alleinige Entscheidung Deutschlands in der polnischen Angelegenheit haben deponiren lassen. Reichensperger äußerte gegen den Antrag Bedenklichkeiten, habe das Vertrauen Deutschlands verdient, sein Blut für eine deutsche Sache geopfert, er für gegen jede Erklärung über prinzipielle Dinge. Minister Graf v. Dönhof: Die preußische Regierung habe der Zentralgewalt die Truppen von der südländischen bis zur Schweizer Grenze im Augenblick zur Verfügung gestellt. Die bedeutsten Regierungen seien im Einverständnisse, die Waffenstillstandsfrage sei nun in Regensburg in Unterhandlungen. Für namentlichster v Bonin sagt der, Preußen habe mehr gethan als der Zentralgewalt nur die Befugniß gereicht, es sei für die Zentralgewalt eingetreten, sobald man es gefordert habe. Ein Antrag von Parisius auf motivirte Tagesordnung: „Indem die Nationalversammlung eine ehrenvolle Erklärung des Staatsministeriums mit der Zuversicht entgegennimmt, daß die Regierung, dem Verlangen des preußischen Volkes entsprechend, sich jederzeit der deutschen Zentralgewalt anschließen, offen und unumwunden die Zentralgewalt zur Wahrung der deutschen Einheit nach Innen und Außen mit aller Kraft unterstützen werde, beschließt die Versammlung zur Tagesordnung überzugehen", wurde in namentlicher Abstimmung mit 184 gegen 141 Stimmen, 11 sind unmittelbar nach persönliche Mitglieder entschieden sind der Abstimmung, 73 waren abwesend. Darauf wurde Rodbertus Antrag mit 275 gegen 17 Stimmen angenommen. Ministerpräsident v. Pfuel kündete die erfolgte Aufhebung des Belagerungszustandes zu Köln an. — Es geht dem Mittags waren im Ganzen 1765 Personen als an der Cholera erkrankt angemeldet, davon 1065 gestorben, 315 genesen und 385 in Behandlung.

Oesterreich. — "Es ist unmöglich, aus dem Wirrwar von widersprechenden Gerüchten, welche die Briefe und Zeitungen aus Wien vom 3. d. bringen, eine bestimmte oder auch nur wahrscheinliche Nachricht zu entnehmen. Da die Postverbindung mit Ungarn zu Wasser und zu Land unterbrochen ist, so ist es faß unmöglich, Gewißes zu erfahren. Die meisten Gerüchte lauten günstig zum Vortheil der Ungarn. Die Armee des Banus soll nach denselben beinahe aufgelöst sein, was um so unglaublicher klingt, da er größtentheils wohldisziplinirte Truppen hatte, welche von den ganz undisziplinirten ungarischen Nationalgarden nicht so leicht geworfen und geschlagen werden konnten. Dagegen dauert der Zug von Flüchtlingen — Einzelner und Familien — besonders vom ungarischen Adel, von Ungarn nach Oesterreich fort — vermuthlich im Widerspruch mit den angeblichen Siegen der Ungarn. Ein dem Banus günstiges Gerücht läßt denselben nach mehrstündigem Bombardement bereits in Pesth eingedrungen sein. So viel ist sicher, daß die ungarische Armee sich zwei Meilen von Velencze nach Marosvasar zurückgezogen, und daß der Banus sich der Stuhlweissenburger und Wien-Ofener Straße bemächtigt hat. Ein weiteres Gerücht sprach davon, daß Jellachich von Pesth in Wien gehängt worden sei — was gleichfalls erlogen zu sein scheint, da der Graf nach andern Angaben sich am 3. zu Wien befand. In Pesth hatte die Nationalgarde am 29. Sept. Befehl, sich zum augenblicklichen Ausbruche bereit zu halten. In Folge dieses gespannten drückenden Zustandes sind zu Wien alle Parteien verstimmt, und selbst der veröffentlichte Entwurf der Grundrechte vermag die Aufmerksamkeit der Bevölkerung nicht zu fesseln.

* **Wien**, 3. Okt. Der pompöse Sieg der Ungarn über Jellachich's Armee schrumpft jetzt auf einen Vortheil zusammen, den die Ungarn über die Vorhut der kroatischen Armee davongetragen haben. Um aber doch die Sache nicht so ganz unbedeutend hinzustellen, wie sie wirklich ist, so läßt man zahl 800 Kroaten gefangen nehmen. Ein Gerücht meldet, Kossuth sei aus Pesth entflohen. Eine neue Proklamation der Kaiserin an die Ungarn wird täglich erwartet. Bei Velenze wurde am 29. Septbr. der ungarische Major Jvanic gefangen. Die Grafen Lamberg befindet sich gegenwärtig mit ihren Kindern bei ihrem Vater, dem Grafen Hoyos in Horn.

△ **Wien**, 4. Oktober Morgens. Seit zwei Tagen fehlen selbst dem Ministerium alle offiziellen Berichte vom Kriegsschauplatze. Nur das ist gewiß, daß Jellachich am 30 mit seiner Hauptmacht gegen Börösvar vorgedrungen war, um am 1. Abends nur zwei Stunden von Ofen stand. Die ungarische Armee hatte sich gegen Pesth zurückgezogen. Die Pester Nationalgarde hatte Befehl, zum Ausbruch sich bereit zu halten.

— Die „Wiener Zeitung" bringt heute das kaiserl. Manifest (vom 20. Sept. datirt) an die Lombardo-Venetianer, wodurch denselben „eine ihrer Nationalität und den Bedürfnissen des Landes, so wie ihrer Verbindung mit dem österreichischen Kaiserhause entsprechende Verfassung" und die Berufung frei zu wählender Volksvertreter alsbald nach hinlänglicher Sicherung des Friedens und der Ruhe an einem noch zu bestimmenden Orte zugesichert wird.

Schweiz.

Basel, 2. Oktober. Von Schaffhausen wird gemeldet: „An die Aemter der badischen Grenze ist der Befehl zu einer gänzlichen Revis- und Personalpasserr, selbst für Unterbrechung der Eilwägen gegen die Schweiz ergangen, und derselbe tritt in Vollzug so wie die Kreisdirektorien an der Grenze eintreffen." Auch die Regierung von Schaffhausen meldet Aehnliches in einem Kreisschreiben an alle Stände. Wir halten diese Angaben für einmal noch für vorreilig. An unserer Grenze sind die Truppen schon seit einigen Tagen eingerückt, und man hört noch nichts von eigentlicher Absperrung; nur das gestern Spazierengehen die sich nicht ausweisen konnten, von der badischen Grenze zurückgewiesen wurden, wahrscheinlich um den Zufuhr von Lebensmitteln u. s. w. zu verwehren. Auch den in Hüningen sich aufhaltenden Freischärlern ist gestern ein Theil nach Besançon transportirt worden, die Uebrigen werden wahrscheinlich heute oder morgen folgen, man sagt, Manche wollten sich auch nach ihrer Heimath zurückgeben.

Uri. Nach der N. Zuger Ztg. hatte General Radetzky der Regierung von Uri die Anzeige gemacht, daß die Sperre nur gegen den Kanton Tessin verhänge sei, daß daher Vieh rc. aus Uri gar wohl passiren könne.

Tessin. Der Republikaner vom 29. Sept. wird nichts davon, daß die Sperre gegen diesen Kanton aufgehoben sei; sie dauere in ihrer ganzen Strenge fort.

Frankreich.

△ **Paris**, 3. Okt. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung stellte Hr. Bauzigner die Frage an die Minister, ob es wahr sei, daß die Regierung zur Zeit der Annahme der Vermittlung die Rechte Oesterreichs (in Bezug auf Oberitalien) anerkannt habe. General Cavaignac: Wenn die Unterhandlung nur die Anerkennung der Rechte Oesterreichs zum Ausgangspunkte gehabt hätte, dann wäre die Vermittlung unmöglich gewesen. Hr. Bauzigner: Wünscht die Versammlung, welche bisher in dieser Unterhandlung gewesen, zu erfahren, so sollen sie ihr mitgetheilt werden selbst auf Gefahr für die Unterhandlung hin; allein im Interesse der Unterhandlung glaube ich darauf bestehen zu müssen, daß man zur Tagesordnung schreite. (Murren links.) Hr. Ledru-Rollin will von einem Recht der Oesterreicher in Italien gar nichts wissen, er macht mit glänzenden und schillernden Phrasen die unendlich wichtige Erörterung, daß die französische Regierung die Bestrebungen der deutschen Demokraten unterstützen müsse, weil die Republik aus Grundsatz die Freiheitsbestrebungen aller Völker unterstützen müsse! (Er hat wohl bei diesen Worten an seinen guten Freund Fröbel gedacht, der schon vor zwei Jahren sich hier seine Instruktionen von ihm holte und nun freilich nebst seiner Partei der Unterstützung bringend bedarf!) Dagegen habe aber die Regierung der Republik den unverbesserlichen Fehler gemacht, aufrührerische Bewegungen in Deutschland unterdrücken zu helfen, statt dieselben zu begünstigen. (Auf diese Weise erfahren wir doch, welche Politik die provisorische Regierung, deren Mitglied Hr. Ledru-Rollin war, Deutschland gegenüber befolgte und sie kann wieder befolgen würde, wollte ihm der — Zufall wieder einmal ans Ruder kommen lassen.) Schließlich verlangt er, daß die Regierung endlich wieder eine entschiedene Sprache führen, und wie einst Washington in Amerika gethan, erklären solle, daß die Republik nicht auf Bündnisse mit Monarchien rechne, daß sie nie von den erhabenen Prinzipien der Februarrevolution: Emanzipation der Völker und Heiligsprechung der Rechte aller Nationalitäten abgehen werde! (Bravo links.). Hr. Creton hofft einen glücklichen Ausgang der Unterhandlung, obgleich er sich nicht verhehlichen kann, daß dieselbe durch drei Punkte sehr schwierig geworden sei. Der Erste sei der, daß die fremden Mächte glauben, daß alle Lebensfrage Frankreichs damit in Anspruch genommen seien, die gewaltthätigen und anarchischen Parteien im Innern zu unterdrücken und im Innern zu halten, was übrigens eine sehr irrige Meinung sei; der Zweite besteht darin, daß die fremden Mächte, gestützt auf die angeheure Ausdehnung die man zu einer gewissen Epoche den Ausgaben und den geheimen Fonds gegeben, glauben mußten, daß die Unruhen in ihren Ländern durch Agenten der französischen Republik hervorgerufen seien,

und daß gehrime Agenten mit dem besonderen Auftrage umherreisten, die Revolution in alle Lande Europäa zu tragen. Der dritte und letzte Punkt, der Förend auf die Vermittlung Frankreichs wirken könne, sei, daß man in Frankreich weder das öffentliche Recht, noch das Völkerrecht, weder menschliches noch göttliches Recht mehr achte. Könnten doch heute, die hohe Stellen bekleiden, ungestraft Verbrechen begehen, die vorgeleben sind durch die Artikel 84 und 85 des Strafgesetzbuches. (Sturm. Gelächter links und rechts.) Der Redner glaubt, die Versammlung werde ihn, ohne daß er auf Einzelheiten einzugehen nöthig habe, verstehen. (Linke: zur Frage!) Er erinnert an die Geschichte von Richmond-wut und die Ereignisse in Belgien; er scheint zu verstehen zu geben, daß Verfolgungen, welche in dieser Sache hätten stattfinden sollen, unterblieben seien und bestehe darauf, daß die Regierung um jeden Preis Legalität und Gesetzlichkeit zeige. General Cavaignac: Man habe angedeutet, daß die Monarchisten wenig Sympathien für die Republik zeigten. Darum haben wir uns gar nicht zu kümmern. Es genügt uns, daß die Monarchien daselbe für uns thun, was wir für sie thun — daß wir sie achten. Was die Verträge von 1815 betreffe, so habe die Regierung eben so wenig Vorliebe für sie, wie Hr. Ledru-Rollin, und er wiederhole, daß, wenn man dieselben als Grundlage für die Unterhandlung hätte nehmen müssen, so wäre die französische Vermittlung unnütz gewesen — Zuletzt wurde die einfache Tagesordnung mit 441 gegen 336 Stimmen angenommen. Hr. Bastide, der Minister des Auswärtigen, erklärte schließlich nur noch, die Regierung verstehe die 3 tagesordnung nur so, daß dieselbe an den früher von ihr übernommenen Verbindlichkeiten nichts ändere.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 5. Okt. 5proz. 31½ proz. Obligationen 76⅞ pr. — G. 4proz. 86 G. Bankaktien II. Semester 572 G. Promessen 36 P. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 75 P.

Wien, 3. Okt. 5proz. Metall. 79. 4proz. 64. 3proz. 47. 2½ proz. 42. 1834er 500 fl.-Loose 127. 1839er 250 fl.-Loose 87. Bankaktien 1066. **Nordbahn** 104½. **Gloggnitz** 96. **Brunerd-Mailand** 70. **Gudweis** —. **Livorno** 65½. **Pesth** 62. **Siena** 54. **Neuunternehmen** 95½.

J. P. Vogl, verantwortlicher Redakteur

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonnabend, 7. Okt.: „Lumpazivagabundus", Zauberposse mit Gesang von Nestroy.

Sonntag, 8. Okt.: (Zum Erstenmale.) „Daphne, oder: Das Geheimniß", Oper von Auber.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch, Fleischmann, Proprietär, von Treviso. **Gudewid** und Stanzje, Proprietärs, aus England.

Hotel Mayrhof. v. Nervo, Gutsbesitzer, aus Spanien. **Goldschmid**, Privatier, von Zürich. **Schaeman**, Gutsbesitzer, von Hamburg. **Reiff**, Fortifikator, von Ulm. **Schöll**, Kaufmann, von Ulm. **Cloß**, Kaufmann, von Heidbronn.

Gold. Kreuz, Königshauser, Pfarrer, von Kaufbeuern. v. Merz, k. Cisolarjuge, von Diakelsbühl. Dr. Boé, von Buchau. Breitenbauer, von Komorn.

Gold. Hahn. Fräulein Engesser, von Ingolstadt. Baron v. Bed, Rittergutsbesitzer, von Kutenried.

Blaue Traube. Breitinger, Geistlicher, von Zürich. Kaffener, Missionär, von Meran v Ziemdach, königl. Staatsgerichtskassefor, von Augsburg. Dr. Hapon, von Paris. Frau Baronin v. Villers, von Metz. Dr. Urban, prakt. Arzt, von Bamberg. Walcker, Kaufmier, von Würzburg. Baronin v. Reibelt, von Nördlingen.

Stachusgarten. Bernschaft, Rentbeamter, von Memmingen. Thüler, Lehrer, von Limbau. Maier, Privatier, von Augsburg.

Gestorbene in München.

Franziska Bachmaier, Kaufmannstochter, 19 J. a. Nikolaus Schuhmann, bgl. Bierwirtssohn, 19 J. a. Franz Schwab, Kanonier im chemal. Kloster peil. Kreuz in Augsburg, 75 J. a. Johann Wiest, pens. Zollwart von Allmannshirn, 70 J. a. Georg Nudel, Zimmermann von hier, 55 J. a. Anna Reiner, Zimmermannsfrau von der Au, 68 J. a. Johann Baptist Kreitmaier, Stadtwaagamtsoffizirsohn, 17 J. a. Joseph Brandhuber, magistrat. Revisor, 34 J. a. Johann Jakob Bäuerl, bürgerl. Spitalis- und Ellig-Fabrikant, 69 J. a. Joseph Bramauer, Glaserlmeister, 38 J. a. Jakob Hagl, bürgerl. Schäffler, 44 J. a.

Bekanntmachung.

156. Das Winterhalbjahr 1848/49 beginnt an der hiesigen Universität am 19. Oktober, von welchem Tage an die zum 3. November die Anmeldungen zur Immatrikulation unter Beibringung der nöthigen Taxgefälle vor dem königl. Universitätssekretariate 1. zu geschehen haben.

München am 4. Okt. 1848.

Dr. Stadlhauer,
z. Z. Rektor.

Dr. Richter,
l. Sekretär.

Bekanntmachung.

163. Die siebzehnte lateinische (Maturagasse Nro. 1) wird für dieses Studienjahr am 16. l. Mts. durch die Anmeldung der neu eintretenden Schüler eröffnet; am 17. findet die Distribution in allen Klassen statt.

Verkäumniß dieses Tages ohne legalen Nachweis der Verhinderung, kann nach §. 2 der Disciplinarbestimmungen die Ausnahmsverweigerung zur Folge haben.

München, am 5. Okt. 1848.

Königl. Rektorat der lateinischen Schule.

Dr. Beltpack.

Die Vorlesungen an der königl. bayer. Forstschule zu Aschaffenburg für das Studienjahr 1848/49 betr.

161. An der königl. bayer. Forstschule zu Aschaffenburg beginnt das Studienjahr 1848/49 am 23. Oktober l. Js. mit der Immatrikulirung der neu eintretenden Forstlandidaten.

Bei dem Eintritte in diselbe haben die Bewerber nach königl bayer. Verordnung vom 14. September l. Js. (Regierungsblatt vom Jahre 1848 Nro. 53) durch legale Zeugnisse nachzuweisen, daß sie

1) das 17. Lebensjahr zurückgelegt, das 22. nicht überschritten.
2) ein tadellofes, sittliches Verhalten beobachtet haben.
3) eine sehr gute, kräftige, des Anstrengungen des äußeren Forstdienstes angemessene Körperbeschaffenheit, dann
4) das Absolutorium einer vollständigen Lateinschule und
5) entweder einer vollständigen Landwirthschafts- und Gewerbs-Schule, oder eines Gymnasiums oder einer polytechnischen Schule, endlich
6) bei noch nicht erlangter Selbstständigkeit die Einwilligung ihrer Eltern oder Vormünder beibringen.

Aschaffenburg den 5. Okt. 1848.

Königl. Direktion der Forstschule.

Stumpf.

Pos.

Stelle-Gesuch.

(3a) Ein junges Frauenzimmer, welches französisch spricht und in allen weiblichen Arbeiten wohl erfahren ist, sucht eine Stelle als Donne. D. ldbr.

Offene Stelle.

159. (2a) Ein mit dem rentamtlichen Dienste, namentlich aber mit dem defallsigen Steuerrumlagswesen wohlvertrauter Amtsgehilfe kann bei dem königl Rentamte Buchloe bis Ende dieses Monats Beschäftigung finden.

Allenfallige Bewerber wollen sich in portofreien Briefen mit den nöthigen Zeugnissen versehen, unmittelbar an den Unterzeichneten wenden.

Buchloe am 4. Okt. 1848.

Eberle,
königl. Rentbeamter.

Stelle-Gesuch.

164. (a) Ein junger Mensch von 30 Jahren, der schon 4 lateinische Schulen studirt hat, wünscht als Bereiter bei einer Herrschaft, oder als Aufgeher in einem Baaderhause, oder in einer Handlung, oder sonst an geeigneter Stelle placirt zu werden. Das Nähere bei diesfeitiger Expedition.

162. (2a) Am Promenadeplatz Nro. 17, an der Sonnenseite, ist eine schöne große Wohnung, der ganze zweite Stock, nebst Stallung auf 4 Pferde, Remise für mehrere Wägen, der Keller, Speicher und allen übrigen Bequemlichkeiten, für Ziel Georgi 1849 zu vermiethen und Näheres zu ebener Erde zu erfahren.

157. In der Schermer'schen Buchhandlung zu Straubing ist erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen (München, Chr. Kaiser, Residenzstraße Nro. 10):

Schulaufsichten oder geschichtliche Darstellung der Entstehung und Verbesserung des deutschen Schulwesens in Bayern. Ein trüber Rückblick auf die Vergangenheit und ein ernster Hinblick auf die Zukunft von **M. Maurer.**

Der Reinertrag ist dem Lehrer-Witwen- und Waisen-Fonde für Niederbayern zugedacht. gef. 6 kr.

Ediktal-Citation.

Zacherl Maria von Grünwald gegen Obermaier Joseph von Schwabeo
p. pat.

(2a) Nachdem Joseph Obermaier, Zimmergeselle von Schwaben, die Aufforderung vom 13. Juni (,,Münchener politische Zeitung" Nro. 166 vom 25. Juni l. Js.) unbeachtet gelassen, so wird derselbe in der Klage von der klagenden Dormaichkraft des angeblichen Kindes der Taglöhnerstochter Maria Zacherl von Grünwald, Namens Maria, geboren am 22. Mai 2842, exhibirten Contumacial-Urtheiles vom 9. pcur. 15. Sept. hiemit aufgefordert, nunmehr binnen eines weiteren Termines von 60 Tagen auf die Klage vom 22. penes. 30. Dez. v. Js. um so gewisser seine Vernehmlassung abzugeben, als er sonst in Untersuchungsfalle mit seinen Einreden ausgeschlossen, und die Klage im Hinblicke auf die mit desselben übergebenen Urkunde gemäß §. 18 Nro. 1 der Prozeßnovelle vom 17. Nov. 1837 für zugestanden erachtet werden würde.

Am 30. Sept. 1848.

Königl. bayer. Landgericht Ebersberg.
Der königl. Landrichter:
Liebl.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Die Reaktion!

* Aus der Pfalz, 30. Sept. Die Humanität, Gesetzlichkeit und die bürgerliche Ordnung haben glücklich am 18. Sept. zu Frankfurt einen Sieg über die rohreste Barbarei und Anarchie errungen; und während jeder wahre Freund der deutschen Freiheit darüber erfreut ist — erschallt nun der Ruf: Reaktion! Reaktion!" — Armes deutsches Volk, du bist betrogen, verrathen, denn unter dem Militär-Despotismus werden dir nun all deine Freiheiten entrückt, und bis alle deine Errungenschaften der März-Revolution gerauscht!!

Reaktion, so weit man den verderbten deutschen Volke zu, hat die aufbrausende Jugend an die Barrikaden gelockt, um sie herunter zu schießen, und sich auf ihren Leichen zu erheben; so läßt sich die Reichstagsadresse vernehmen, ebenso spricht sich der zu Kaiserslautern erschienene Bote für Stadt und Land aus, diese Redakteure Mitglieder der Nationalversammlung in Frankfurt).

Unsonst war also die Bitte an Euch Proviseren in Frankfurt, „seid verföhnlich und laßt die Parteileidenschaften ruhen" — statt dieser Bitte zu willfahren, an welche alle Freunde des deutschen Vaterlandes sich anschlossen, treten die Parteileidenschaften, aller Klugheit baar, in einer Weise hervor, die um so mehr das Gemüth empört, als man darauf erstaunt, wie man absichtlich das Volk heteren, aufregen und reizen will, um es so desto sicherer für unlautere Pläne benützen zu können. —

Allein ihr Helden des Tages, nehmt Euch in Acht! am Ende betrügt Ihr Euch zunächst selbst — und wisset, daß derjenige, der täuschen will, darauf gefaßt sein muß, daß er entdeckt werde. — Wer sich überschätzt und glaubt, daß das Wort fort und fort schwarz für weiß hinnehme, daß es Schandthaten für Heldenthaten erklärt, wer es belehren will, daß die Bewältigung der Anarchie ein Akt der Reaktion, der Militärdespotie sei und dergl., der setzt sich zuletzt der Verachtung des Volkes aus; denn gerade an diesen Worthrasen erkennt zunächst das Volk seine falschen Freunde, welche es, um ihre selbstsüchtigen Zwecke zu erreichen, zur Anarchie, zur Gottlosigkeit und den verderblichsten Lehren hinführen. Traurig zu einem deutschen Volk nach Norden — Blicke nach Frankfurt, wo deine Freunde dir am 17. Sept. auf der Pfingstweide die teuflischen Lehren gegeben, die am 18. dann mit einer kannibalischen Wortluft auch sogleich in Anwendung gebracht worden sind! Blicke zurück deutsches Volk auf die Pfingstweide und erinnere dich, wie deine falschen Freunde dich am 17. Sept. an die Barrikaden gehetzt, wie sie dich verführten, für deine Freiheit dort zu streiten und zu sterben; — und wo sind sie geblieben? Meineidig, wortbrüchig haben sie dich verlassen im Kampfe und das Weite gesucht.

Blicke nach Hörrach deutsches Volk, wo am 25. Sept. ein Retter der deutschen Freiheit sich auf dem Wege der Plünderung, des Raubs und Mords in das Reich der deutschen Freiheit einzuführen versucht hat — und wie! erkennst du bald seine verruchten Reiter —?

Reaktion! so rufen die deine falschen Freunde zu, Militär-Despotismus, Terrorismus! Alles ist so eingeleitet, damit du deutsches Volk gefnechtet werdest; deßhalb schließ dich deutsches Volk an uns an, wir kämpfen für deine Freiheit, um zu siegen oder zu sterben!

Daß sich jedoch deutsches Volk durch solche Redensarten nicht beiren, sondern ich rufe dir nochmals zu, blicke nach Frankfurt — auf die Pfingstweide — und frage, wo sind denn die Helden, die am 17. Sept. ihr Leben für die deutsche Freiheit einsetzen wollten? — sie haben ohne zu kämpfen das Weite gesucht. Frage und forsche doch auch einmal nach, deutsches Volk, wer diese Freiheitshelden sind, die sich mit ihrer Freiheit stets beglücken wollen? Schau ihnen einmal fest ins Angesicht, und auf ihrer Stirne steht entweder ein K. oder mißliche Verhältnisse haben sie gezwungen, der Freiheit jetzt ihre Kräfte zu widmen, bis daß über sie der Konkurs erkannt. — Kurz du wirst in der Regel in den politischen Klopffechtern solche Menschen finden, die im Leben Nichts zu verlieren haben, und im Strudel der Umordnungen Alles das zu erlangen hoffen, was sie auf redlichem Wege, und unter dem Schweiße des Angesichts nicht erwerben wollen — oder können — und die dich leichtgläubiges deutsches Volk! als Werkzeug auserschen haben, ihre ruchlosen Pläne auszuführen — nachdem sie dich durch allerlei trügerische Mittel dazu willfährig zu machen gewußt haben. —

Deutsches Volk! nach endlich einmal auf aus diesem Taumel, in den man dich eingewiegt! — Prüfe doch endlich einmal selbst das, was man dich moralisch zwingt zu glauben, ohne zu prüfen — und es wird dir alsbald klar werden, auf welch schmähliche Art man dich zu mißbrauchen gesucht, und du erkennst klar die Lüge, als ob man in Frankfurt die dein Höchstes, deine Freiheiten rauben wolle. —

Höre deutsches Volk den Stand der Dinge in Frankfurt vom 16. Sept. bis zum 20. Sept. — und haß du dann Alles genau erwogen, — dann wird es dir nicht mehr schwer fallen, deine falschen und deine wahren Freunde heraus zu finden und darnach dann ist jene Ueberzeugung zu bilden, welche dir sagt, welchen Weg du zu gehen hast, um dein Glück dauernd zu begründen. —

Deutschlands politische Verhältnisse erhielten aus Anlaß der Ereignisse in Frankreich eine totale Umgestaltung. — Fürsten und Völker erkannten, daß Deutschland Wohlstand nur dann sich fest und dauernd begründet werden könnte, wenn es durch ein gemeinsames Gesetz und durch eine politische Centralgewalt geeinigt werde.

Das deutsche Volk beschickte die National-Versammlung in Frankfurt — welche eine Centralgewalt für die allgemeinen politischen Angelegenheiten geschaffen — auf dem Grundsatz fußend, daß diese politische Neugestaltung nur dann ihre segenbringenden Früchte tragen werde, wenn dieselbe mit Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse zwischen den Fürsten und Völkern zu Deutschland vereinbarungen werde.

Gesetzmäßig der Bildung der Centralgewalt — sträubten sich die Ansichten der Mitglieder der Nationalversammlung, indem eine Minderzahl sich für eine mehr republikanische Regierungsform aussprachen, als die wirklich angenommene konstitutionelle. — Wenn sich die Minorität einmal auch den Beschlüssen der Majorität zeigt, so hatte dieselbe doch keine Gelegenheit vorübergehen lassen, die neugeschaffene Centralgewalt, mittelst Angriffe auf das Reichsministerium baldigst öffentlich dahin heimlich beim Volke in einem falschen Lichte darzustellen, — daß das Volk nicht mit dem gewünschten Vertrauen zu derselben erfüllt wurde, — und um das Ansehen und die Wirksamkeit der Centralgewalt nun vollends noch zu untergraben, wurden Demokraten-Vereine gebildet, welche sich in ganz Deutschland verzweigten, — mit der Aufgabe, das Volk für republikanische, sozialistische, kommunistische Grundsätze empfänglich zu machen — ein Bestreben, das um so erfolgreicher verfolgt werden konnte, als die Regierungen selbst diesen offenbarsten, gefährlichsten Treiben unbegreiflich ließen, — wenn gleich z. B. in Berlin, Stuttgart, Leipzig, Koblenz, Reutlingen, Mainz, der Pfalz in Wort und Schriften die Bestimmungen der Vereine ausgesprochen wurden, wie und wo es angefangen werden müsse, das Ziel zu erreichen, d. h. die bestehenden Staats-Einrichtungen umzustürzen.

Ein Verband solcher Demokraten-Vereinsführern in und außer der Nationalversammlung, günstiger, das deutsche Volk aufzuregen, als die Verhandlungen in der Nationalversammlung über den Waffenstillstand mit Dänemark, kein Moment günstiger, dem Pöbel eine solche schlechte Meinung von der Centralgewalt und der Majorität der Nationalversammlung beizubringen, und es zu bestimmen, loszuschlagen.

Nachdem nun am 16. Sept. der Waffenstillstand genehmigt, erklärten die Parteiführer gegen die Majorität, daß sie über von Deutschland dadurch geschändet sei, — kurz sie wußten das Volk so aufzuregen, daß der Pöbel schon am Abend des 16. Septbr. zu den rohesten Handlungen sich hinreißen ließ. — Am 17. Sept. berieten die Demokraten-Vereine von Frankfurt, Hanau, Offenbach, Mainz rc. ihre Mitglieder auf die Pfingstweide bei Frankfurt, um dort die täglich-leidenschaftlichen Reden an das Volk erhalten wurden, worüber sogar Deputirte aus der Nationalversammlung, wie zum Beispiel Zitz, in Frankfurt gesprochen, ebenso Schlöffel, Simon rc.

In dieser Versammlung wurde nun beschlossen, alle jene Mitglieder der Nationalversammlung, welche für die Ueberbringung des Waffenstillstandes gestimmt, als Landesverräther zu erklären. Gleichzeitig wurde auch eine Deputation gewählt, um diesen Beschluß den Mitgliedern in der Paulskirche am 18. zu eröffnen, begleitet von einer gehörigen Anzahl Gleichgesinnter, um diesen Beschluß auch zu vollziehen, selbst wenn die Wände der Paulskirche mit Blut gefärbt werden würden.

Nachdem nun am 17. Sept. die Reden, Sturm auf der Pfingstweide beschlossen, daß noch am Abend des 17. Septbrs. eine Deputation an die Mitglieder der Linken im deutschen Haus abgeschickt werden solle, um ihnen den Wunsch der Versammlung auf der Pfingstweide zu eröffnen, daß sie sogleich ihren Austritt aus der Nationalversammlung erklären möchten, um sich dann, nach Reinigung der Paulskirche, als die wahre Nationalversammlung sogleich wieder zu constituiren. —

Daß der Ausführung dieser obigen Beschlüsse kein Hinderniß im Wege stehen werde, nahm man als eine ausgemachte Thatsache an. — Einmal war das Volk durch die Demokratenvereine auf ein baldiges berauftigtes Ereignisß vorbereitet — und der Bestbilde jenes Volks verschert, das wie im Eisenischen Saale in Köln, die Minderheit der grausenhaften Gesinnung des Fürsten Lichnowsky mit fanatischem Lachen, Bravo's und Händeklatschen begrüßte. Auch der Bürgerwehren Bestbilde, welche unter dem Einflusse der Demokratenvereine stehen, hielten sie sich verschert, und somit im Besitze einer imposanten Macht, und ebenso sicher wurde darauf gezählt, daß namentlich die Frankfurter Bürgerwehr sich nicht feindlich der Ausführung dieses Plans entgegenstellen werde. —

Zum Andern nahm man als auch ausgemachte Thatsache an, daß die sämmtlichen Linken in der Nationalversammlung unbedingt der Aufforderung auszuschreiten, sich fügen und nach vollzogener Achtserklärung sich wieder als Nationalversammlung neu konstituiren würden.

Endlich aber hatte der Pfingstweidenzweck als sicher angenommen, daß das Reichsministerium ohnmächtig, unschlüssig und rathlos der imposanten Versammlung auf der Pfingstweide gegenüber den Kopf verlieren werde, was alles dann die Verschwornen nicht hindern würde, die Acht an den Mitgliedern der Rechten zu vollziehen.

So lautlich auch die Reden, und darnach die Ausführung des Plans geordnet war, so traten doch dem Vollzuge unerwartete Hindernisse in den Weg.

Hatten sich auch die Verschwornen, bezüglich des Benehmens der Frankfurter Bürgerwehr nicht verrechnet, indem auf die Aufforderung zum

Erscheinen von 7000, kaum einige Hundert, andere sagen, kaum 50 Mann, sich eingefunden, so willkürten außer 19 Mitgliedern der Linken alle übrigen dem Ansinnen nicht, heziglich des Austritts. Allein dieser Zwischenfall würde dennoch die Versammlung nicht gehindert haben den Plan auszuführen, wenn sie nicht bezüglich des 3. Punkts unerwartet entschieden worden wären. Der Senat von Frankfurt hatte nämlich von den Beschlüssen der Versammlung auf der Pfingstweide Kenntniß erhalten, ebenso, welche Mittel denselben zu Gebot stünden, diese Beschlüsse zu vollziehen. — Dem Senat war ebenso genau der Geist der Frankfurter Bürgerwehr bekannt, weshalb derselbe noch am Abend des 17. Septbrs. dem Reichsministerium den Stand der Sache und den Ursachen mittheilte, zugleich selbst die Absorge für Aufrechthaltung der Ordnung und Sicherheit der Nationalversammlung zu übernehmen. In Folge dieser Anzeige nahm das Reichsministerium keinen Augenblick Anstand, die vorsorglichen Maaßregeln zu ergreifen, und demzufolge rückten schon am Morgen des 18. Septbrs. 2 Bataillone Oesterreicher und Nassauer zum Schutze der Nationalversammlung in Frankfurt ein, wodurch auf einmal der ganze Plan der Verschwornen, die Paulskirche zu erstürmen und das ruchlose Werk auszuführen, vereitelt wurde.

Das Militär besetzte nun vor allen Dingen die Eingänge der Paulskirche bis zum Beginn der Berathungen, ebenso die zunächst anstoßenden Straßen. Als jedoch das Militär die Eingänge frei gegeben, machten alsbald auch einige der Verschwornen den Versuch, mit Knüppel und Beil wie man sagt versehen, die Paulskirche zu stürmen. Schon war mit Pflastersteinen die Thüre zerrümmert, als das schnell wieder herbeigeeilte Militär die Fortsetzung des ruchlosen Vorhabens vereitelte.

Um aber dennoch die Ausführung des Vorhabens möglich zu machen, wurde alsbald ein anderer Operationsplan entworfen, darauf angelegend, die Aufmerksamkeit des Militärs von der Paulskirche abzuwenden, zu welchem Ende man mit Erbauung von Barrikaden den Anfang machte. Die Verschwornen hatten nemlich darauf gerechnet, daß die Frankfurter Bürgerwehr nach wie vor unthätig bleiben werde, sie hatten eingesehen, daß die Militärmacht zwar zum Schutze und Schirm der Paulskirche fast genug sei, nicht aber um gleichzeitig einen Barrikadenkampf aufzunehmen. Die Verschwornen hatten aber als bestimmt angenommen, daß das Militär vor dem Feuer sich werde hinreißen lassen, einen solchen Kampf anzubinden, so bald man ihm dazu nur die Gelegenheit darbieten werde; die Verschwornen ließen deßhalb durch junge Leute ganz in der Nähe der Paulskirche solche Barrikaden errichten, während sie auf der Lauer lagen, um den Augenblick zu erspähen, wo das Militär in einen Barrikadenkampf verwickelt, seine Aufmerksamkeit von der Paulskirche ablenken und ihnen die ersehnte Gelegenheit geben werde, die Aechterklärung in der Paulskirche aufzuführen, und die Wände der Paulskirche mit Blut zu färben. Allein auch in dieser Beziehung hatten sich die Verschwornen geirrt, indem das Militär keinen Finger breit von seinem Posten wich, bis daß die Sitzung um halb zwei Uhr geschlossen war. — Insessen hatten die Verschwornen von 12 Uhr Mittags — 5 Uhr Barrikaden in Frankfurt erbaut, deren Zerstörung nun weitere Aufgabe des Militärs geworden, das indessen noch Verstärkung beigezogen hatte, namentlich Artillerie, und mit welchem Muthe, welcher Ausdauer und Menschlichkeit dasselbe die Aufgabe gelöst, hat der Erfolg gelehrt. —

Wenn du nun, deutsches Volk, diese vorliegenden Thatsachen frei von jedem Parteihaß in das Auge faßest, nun wirst du bei keinem Augenblick mehr zweifelhaft erscheinen, daß am 17. Sept. Abends eine sofort energische Maaßregeln ergriffen werden mußten, wenn einem scheußlichen Vorhaben möglichst begegnet werden wollte. Und da es klar vor Augen lag, daß sich das Reichsministerium auf die Bürgerwehr von Frankfurt nicht verlassen konnte, so war es auch ganz natürlich, daß der Minister nach einer zuverlässigeren Hülfe sich umsehen mußte, die ihm auch in den preußischen und österreichischen Reichstruppen in Mainz, dargeboten war. —

Es ist notorisch, daß diese Hülfstruppen mit Ehren ihren Beruf als Soldaten und als Menschen erfüllt haben. Es ist von jedem Freunde der gesetzlichen Ordnung mit Dank die Maaßregel begrüßt worden, welche das Ministerium angeordnet, um nach Beendigung der Barrikaden den neuen Ausbruch einer Empörung in und um Frankfurt vorzubeugen, wozu alle Anzeigen vorhanden waren. —

Vor deinen Augen, deutsches Volk, liegen nun die Handlungen des Reichsministeriums, — da hast die Mittel, die es angewendet, und die Art und Weise der Anwendung vernommen, um den scheußlichen Gegnern, das sittliche Gefühl empörenden Schandthaten Einhalt zu thun und um noch größeren vorzubeugen (denn die Tiger hatten das Blut gerochen), du hast die Maaßregeln gesehen, welche eine Fortsetzung der frevelhaften Bestrebungen abschneiden sollten und auch wirklich abgeschnitten haben, — und nun, deutsches Volk! begreift du mit deinem schlichten Sinn die Absicht jener Männer, die sich als eine Schutzbehörden aufwerfen, — jener Männer, welche in der Nationalversammlung sogleich nach Unterdrückung der Emeute den Antrag gestellt, — das Reichsministerium wegen obiger Maaßregeln und deren Ausführung — in den Anklagezustand zu setzen? — Glaubst du nun heute noch, deutsches Volk, daß solche Männer es wahrhaft redlich mit dir meinen? — oder mußt du nicht zu der Ueberzeugung gelangen, daß man dich nur heuten — aufreizen und dann vorschieben will, damit die Parteiführer ungesehen und aus sicherem Versteck den Leidenschaften die Zügel schießen lassen können? —

Wach auf, deutsches Volk, du bist an den Rand deines Verderbens hingeführt, — an dem Abgrunde der Anarchie, die man dir als die deutsche Freiheit bezeichnet, stehst du mit einem Fuße schon. — Wach auf! und erkenne selbst mit deinem schlichten Sinn, was zu deinem Frieden dient, — und erkenne, daß du an keine solche Partei dich verkaufen darfst, wenn das Glück von Deutschland nicht soll untergraben werden soll. — Erkenne, deutsches Volk, daß du keines solchen Parteiführers bedarfst, um die erwünschte Freiheit zu erlangen. In deiner Hand liegt das sicherste Mittel, zu diesem schönen Ziele zu gelangen; dieses Mittel heißt Achtung vor den Gesetzen, Gesittung und Bildung. Macht du, deutsches Volk, die diese Tugenden zu eigen, dann wirst du wahrhaft frei werden, und keine Macht der Erde vermag dann dir diese heilige Freiheit zu rauben.

Vernehme, deutsches Volk, eine deine Fürsten, — wie man sie bei jeder Gelegenheit als deine Feinde gegenüber stellt, bertraue auf die neu geschaffene deutsche Centralgewalt! Weide vereinigt, werden dich zeitgemäß auf der Bahn des vernünftigen Fortschritts beiner materiellen Wohlfahrt und geistigen Ausbildung immer näher führen. Vertraue auf Gesetz und Ordnung, deutsches Volk, als die sicherste Stütze gegen die anarchischen Bestrebungen, gegen jene Bestrebungen, die kein Eigenthum, keinen Besitz, kein sittliches Gefühl mehr anerkennen, und den deutschen Charakter schänden. —

Die Regierungen werden dann, deutsches Volk, beine Bestrebungen unterstützen, denn auch sie haben erkannt in den Ereignissen des Tage vom 16. bis 20. Sept., daß es an der Zeit ist — Hand anzulegen, um den Gesetzen wieder Achtung und Geltung zu verschaffen. Die Regierungen werden insbesondere, ohne allen Zeitverlust, der Reorganisation der planlos gebildeten Bürgerwehr ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden, damit nicht nochmals Erscheinungen sich wiederholen, wie sie in den Tagen des 16. bis 20. Sept. in Frankfurt und den Nachbarländern erlebt worden sind, und die leicht in einer bedrohlichen Weise sich hätten einigen können, wenn nicht durch die schnelle, sogleiche Beendigung des Kampfes in Frankfurt die Führer und Leiter abgeschreckt, von ihrem Vorhaben abgestanden wären.

Sollen solche, die Anarchie hervorrufende Schritte sich nicht wiederholen, dann müssen solche Anordnungen getroffen werden, daß die deutsche Wehrkraft zum Schutze der gesetzlichen Ordnung verwendet, nicht aber als Werkzeug von Demokraten-Vereinen benutzt werden kann, um verbrecherischen Absichten gegen zum Theil redliche Bürger zu dienen.

Das Vereinsrecht muß strenger geregelt und insbesondere dahin festgestellt werden, daß innerhalb der Gemeinden, die Glieder der Gemeinden sich versammeln dürfen, so lange als diese Vereine nicht zu Bildungsschulen der Anarchie benützt werden. — Volksfeste dagegen dürften fortfahren, daselbst aber keine Waffen geführt werden. Wer Anstruhr bei solchen Festen predigt, wird als Verbrecher bestraft.

Auch der Zustand der Presse erheischt wachsame Aufmerksamkeit. Wenn auch der Grundsatz festgehalten werden muß, daß die Presse frei sei, so kann dies doch nur dahin verstanden werden, so lange sie dem Gesetz, der Ordnung, der Gesittung und Bildung des Volks dient. Presse-Freiheit darf nicht zu Aufruhr und Empörung, kann unterliegt sie besonderen Strafe, wie der Hoch- und Landesverrathes.

Noch einmal rufe ich dir zu, deutsches Volk, hüte dich vor den Freiheits-Aposteln, welche dich als Werkzeug benützen wollen, um ihre Particzwecke zu erreichen. Dieselben zeigen dir nie und nimmer den Weg zur deutschen gesitteten und wahren Freiheit.

Blicke auf jene Männer, die seine Schaven sind, denen die deutsche Freiheit ein hohes und theuren Gut ist, für dessen Erhaltung sie Gut und Blut einzusetzen bereit sind, die aber Gesetz und Ordnung als die Grundlage der deutschen Freiheit achten.

Vertraue deinen Fürsten, deutsches Volk, sie haben dir die gesetzliche Freiheit gewährleistet. Ziehe ihnen, daß du dieser Freiheit würdig bist. Handelt als freie Männer, die Männer des deutschen Volkes, ehrlich und offen, trietet mit männlichem Freimuth vor die Throne eurer Fürsten und tragt durch die gesetzlichen Organe dort eure Wünsche vor, und man wird die billigen nicht unbeachtet lassen. — Bedenkt, daß die Fürsten so gut wie ihr selbst einsehen, daß nur da ein glückliches Verhältniß zwischen Volk und Fürst möglich ist, wo beide Theile mit Zutrauen einander begegnen, — denn Zutrauen erweckt Vertrauen. Laß dich, deutsches Volk, nicht von dem Verdächtigungsgeist der Anarchisten beirren, als ob deine Fürsten deine geborenen Feinde seien. Nein, die Verführer belügen und betrügen dich; die Fürsten wissen, daß sie ja nur in dem Glück ihrer Völker ihr eigenes finden können — und die deutschen Völker achten noch immer ihre Fürsten und erwarten von ihnen mit aller Zuversicht, daß sie dem Volke das Versprochene gewähren, und wie keiner Zuversicht gleitet, weist das deutsche Volk diejenigen zurück, die es belehren wollen, daß auf jenen Wegen, die mit Schandthaten, Raub, Mord und Plünderung behaftet sind, die deutsche Freiheit erlangt werden könne. — Nein, solche Wege geht der Kern des deutschen Volkes nicht, in ihm lebt noch ein besseres Gefühl für Recht, Gesetz und Ordnung, als die Grundgeister, auf denen der Dom der deutschen Freiheit ruhen muß. Noch lebt ein festes Vertrauen auf Gottes Macht, die alles Gute und Erhabene schützt und in Stürmen schirmt; und der Gott, der Jahrtausende schon das Gute in den Völkern erhalten, der wird auch die deutsche Freiheit in seinen Schutz nehmen, und mit Vertrauen wollen wir der Zukunft von Deutschland entgegensehen — und mit Gottvertrauen sagen: „an Gottes Segen ist Alles gelegen.“ — Ein Deutscher.

Deutschland.

Württemberg. — Stuttgart, 4. Oktober. Kanzler Wächter hat dem Vernehmen nach um Enthebung von der Theilnahme an den Arbeiten der Organisationskommission gebeten, um sich ausschließlich seinem akademischen Berufe widmen zu können. Er wird seine Vorlesungen über die Pandekten am 30. Okt. beginnen. — Das Theater wird Sonntag den 8. d. wieder eröffnet werden. — Gestern Abend ist ein Bataillon des 7. Inf.Reg. von Ludwigsburg hier eingetroffen.

Ulm, 2. Okt. In der ersten Hälfte dieses Monats werden bei uns zwei Regimenter österreichische Infanterie (Hohenek und Khevenhüller) eintreffen, welche in Ulm, Wiblingen und Ehingen untergebracht werden. — Auf der Straße von hier bis Kempten sind 12,000 Mann bayerische Truppen detachirt.

Von den Ufern des Bodensees. Den jüngsten Nachrichten vom württembergischen Schwarzwalde wie auch dem Sigmaringischen wurde bei uns mit um so größerer Aufmerksamkeit gelauscht, als in unmittelbarer Gegend zu eben derselben Zeit Vorarbeiten zu ähnlichen Szenen, für den bewaffneten Bürger jedoch mit dem Unterschiede gemacht wurden, daß diese nicht nach Canstadt zur großen Armee folgen, sondern dazu dienen sollten, den arme in den Gegenwarten von Baden und Württemberg zu Hülfe eilenden österreichischen und bayerischen Truppen den Einmarsch zu verwiegern. Die Volksversammlung in Ravensburg den 24. Septbr. wurde hiezu eingeleitet und benützt. Die Fackel des Aufruhrs wurde unter dem Deckmantel der Berathung eines Mißtrauensvotums an die Rechte der Nationalversammlung, einer Gutheißung an die Linke, mit dem Ausruf zur That, aufgedeckt, es forderte namentlich ein Stadtchen zu bewaffnetem Einschreiten auf und sagte am Ende: das Volk im dortigen Oberamtsbezirke hat bereits Hand und Herz gelegt, Struve ist bei Lörrach mit bedeutender Macht eingedrungen und allenthalben mit offenen Armen empfangen worden, Heder steht 2 Stunden von Freiburg und hat 3000 M. hinter sich, auch die Württemberger werden ihren Brüdern im deutschen Nachbarlande beistehen. Hecker und Struve von dieser Farbe vom Einzelnen beklatscht worden sind, so wurden die Gemäßigteren, die die Reform nur auf gesetzlichem Boden wollen, namentlich ein C. Rominger aus Ravensburg, der mit ernsten Worten vor jeder Gewaltthadlung warnte, mit unverkennbarer Theilnahme und mit wachsendem Ernste angehört und beachtet, ed war merklich, daß der gute Geist nicht leicht zu verlassen ist, und unverholen sprach sich Lachmann aus, daß nur solche Reden in seinem Geiste sprechen. Der Eindruck war Actung gebietend, die guten Bürger lehnten sich vertrauend an einander, und ed war an ihren Gesichtern die zuversichtliche Hoffnung, die fernere Erhaltung der Ordnung und des Rechtes wünschend, zu lesen. Abends in vereinzelten Zirkeln wurde der Ruf zur That wieder besprochen, und leider muß ich sagen, daß selbst Offiziere der Liegerschaft aus der Nachbarschaft, die gegen den Einmarsch fremder Truppen gereizt und vorsichtigen, zur Widersetzung die Wehrmänner von Tettnang, Friedrichshafen und Ravensburg zu gemeinsamem Wirken, zu Bestellung eines gemeinschaftlichen Kommandanten zu veranlassen. Wad Alles als eitein Scherz genommen, wurde That, denn der Bezirksjäger eines Bataillons Bürgermilitär von Bataillon, wie wir hören, ungeachtet amtlicher Vorstellungen, außergewöhnlich versammelt und die Frage, ob sich die Wehrmänner gegen den Einmarsch fremder Truppen vereinigen und hiezu in Gemeinschaft mit den benachbarten Orten ein Obertommando bestellen wollen, die bejaht beaustragt an die Mannschaft gerichtet. Man kann hier mit Recht sagen, hier hat wirklich der Teufel nicht verlleri, sei seinen Leuten verloren; aber es ist Thatsache. Es ist dahin gekommen, daß man nicht mehr hinter Thür und Riegel Verschwörungen angestellt und im Stillen Pistolen sich ausschuht, nein, es sind Wölke unter uns, die ohne Scheu ihr Panier aushängen. Doch die Zahl der Vorsichtreibenden auf dem gesetzlichen Wege ist die weit überwiegendere, und die Regierung findet in diesen wohl und mehr vigenige Kraft, die sie wünschen mag. Sie trete männlich auf, jeder wahre Vaterlandsfreund wird ihr mit seinem Blut beistehen, sie möge es bald thun, damit Vertrauen und dadurch auch Handel und Wandel wiederkehrt. (Schw. M.)

Schleswig-Holstein. — Rendsburg, 28. Sept. Generalmajor v. Bonin kam gestern von Schleswig hieher und theilte das jedenfalls für die Herzogthümer freudige Ereigniß der provisorischen Regierung gestern Mittag bei Tafel in Gegenwart vieler mit hinzugezogener Stabsoffiziere mit, daß er vom Könige von Preußen seine Dimision genommen habe und sich jetzt der provisorischen Regierung ganz zur Verfügung stelle. Man kann sich leicht denken, mit welchem Jubel diese Nachricht hier aufgenommen worden ist. Der Generalmajor v. Bonin ist nun als Generallieutenant in unsere Dienste getreten und thun das Oberkommando über sämmtliche schleswig-holsteinische Truppen übergeben. (H. C.)

Preußen. — ⊙ Berlin, 3. Okt. Die Demokraten haben wirklich Uniformen anfertigen lassen, um bezahlte Individuen als Soldaten zu verkleiden, die dann bei Unruhen unter der Maske erschinnen sollten, um diese mit der wirklichen Soldaten an die Theilnahme des Militärs an den anarchischen Bestrebungen glauben zu machen. Mehrere hundert solcher Uniformen sind mit Beschlag belegt worden.

Potsdam, 1. Oktober. Volksversammlungen in unmittelbarer Nähe Berlins scheinen nun einmal einem den Ochlokratren unglücklichen Stern verfallen zu sein, denn in den beiden Schwester-Residenzen Charlottenburg und Potsdam ist es für den Ochlokratismus zu unangenehmen Schlüssen gekommen. Charlottenburg früher, jedenfalls vor dem Einrücken Wrangels, Potsdam heute Nachmittag. Der politische Verein, ein entschieden durch die Persönlichkeit mehrerer Mitglieder Ochlokratie anstrebender Verein, hatte, gleichwie vor 14 Tagen, abermals eine Volksversammlung auf dem großen Bornstedter Exerzier-Platze ausgeschrieben, zu der sich diesmal leidessen sehr viel weniger Soldaten eingefunden hatten, als das erste Mal, obgleich eine Verbrüderung mit diesen, sowie eine Aufklärung derselben, besonders von dem politischen Vereins angekündigt worden sollte. Die Verhandlungen drohten gleich Anfangs etwas stürmisch zu werden, da der Major a. D. Wenzel wieder zuerst auf der Tribüne erschien, die Meinung der Versammelten aber durch einige im hiesigen Wochenblatte mitgetheilte Species lucri auf dem Leben des Herrn Major und seiner Gegnerschaft gegen den Communismus ist das Wochenblatt ein Organ des Herrn Wenzel als für den Augenblick in Mißkredit. Nach einer sehr gemäßigten, der Regierung gezollt inhaltsvolleren, Rede zog der Major einen Sergeanten der Garde du Korps zu sich heraus und verbrüderte sich mit ihm so theatralisch wie möglich. Anfänglich waren die Anwesenden erstaunt, daß sich ein Unteroffizier der Garde du Korps dazu hergab, als man ihn aber erkannte und sah, daß er bereits war, den Rock auszuziehen, so wollte der Degradirte bewahrt — weil er sechs Wochen Arrest dafür abgebüßen hatte, da war das Räthsel erklärt. Der erste Akt der Komödie war damit vorüber, und nun kam Hr. Ottenhofer an die Reihe, der eine Flugschrift beskämpfen wollte, welche nach der vor 14 Tagen stattgefundenen Volksversammlung von den „Soldaten Potsdams an ihre Heimde, die Demokraten Berlins" verfaßt worden war und die von einem Unteroffizier des 3. Garde-Regiments verfaßt sein soll. — Es gaben sich inzesen tings umher schon Symptome des drohenden Sturms kund, und Herr Ottenhofer leistete nur Kühles, wie auch der Premier-Lieutenant Baron v. Reibnitz, von der Garde-Artillerie-Brigade, gegen ihn, ein Füselier des 1. Garde-Regiments aber in vollkommen demokratischem Sinne sprach. Als er gegen seine Flugschrift eifere, wurde verdingt, daß er es auch thun müsse, wenn er das wolle er aber nicht. Er begnügte sich mit dem vollkommen demokratischen Gegenbeweise des Zerreißens der Schrift. Nach ihm kam der Lieutenant von Gawain vom Garde-Reserve-Regiment, welcher in einer aufgeregtesten Stimmung sich befand und wirklichen Reden den Demokraten wenig Schmeichelhaftes sagte und die ganze Masse der Versammelten zu widerholten Lebehochs für den König hinriß. So weit ging Alles ganz gut gewesen, um so mehr, als die Demokraten sahen, daß sie rednerisch besiegt worden waren. Nun kommen aber die kleinen Reibungen, da doch Ochlokratien nun einmal um jeden Preis Scandal haben müssen. Ein grünbefrackes Mitglied des Berliner Handwerker-Vereins unterfing sich einen Major, der, abseits stehend, dem Lärmen steuern wollte, und beginnenden Zank schlichtete, von hinten mit einem Stocke fürchterlich auf den Rücken zu schlagen. Bis dahin sehen und auf den Handwerks-Ochlokraten losbürgen war für die Soldaten das Werk einer Augenblicks, und jener — der in Berlin wahrscheinlich an eine freiere Regung seines Volksbewußtseins gewöhnt war, wurde dermaßen traktirt, und, da er bei Empfang der Schläge unter die Füße geriet, auch mit den Sporen verwundet, daß er höchst wahrscheinlich todt geschlagen worden wäre, wenn der Major, so wie sein Arm sich nicht schwend über ihn geworfen hätte. Jetzt begann eine allgemeine Prügelei, mehr aus Vergnügen an der Sache, als zum Durchkämpfen von Prinzipien; denn ich sah selbst durchaus Gleichgesinnte lebhaft auf einander losprügeln. Jemanden schien dies keine wirrige Schlußfolgerung der angetretenen Verhältnisse, auf welcher denn auch nichts wurde. Lassen sich die Berliner auch durch die heutige Erfahrung nicht von ihrer Anfwiegelei der Soldaten abhalten, so werden sie noch manche unangenehme Erfahrung hier in Potsdam zu machen haben; denn seit die Stimmung gegen sie ist nach der, so schwachvoll von der Demokraten-Partei ausgebreiteten, sogenannten großen Militär-Revolution eine sehr gereizte geworden. (Berl. N.)

Oesterreichische Monarchie.

Der „Allg. Zeitung" wird aus Ofen vom 29. Sept. der Hergang des schauderhaften Mordes, den eine rasende Soldateska an dem unglücklichen Grafen Lamberg verübt hat, in folgender Weise mitgetheilt. „Am dem Oefner Brückenkopf kommt ein junger Mann, Namens Sigmund Dakacs, in Begleitung eines Wiener Studenten auf der Aula, Namens Hofsteiner, an; sie zeigen dem wachthabenden Nationalgarde-Oberlieutenant an, daß in dem eben von Pesth kommenden Fiaker Nr. 121 der Feldmarschall-Lieutenant Lamberg sich befinde, und bringen in Verein mit etwa 40 Sensenmännern in den Offizier, daß dieser den Wagen anhalte. Dieß geschieht. Sowie sich Lamberg, der allein, in Civilkleidung, im Wagen sitzt, zu erkennen gibt, stürzt die Menge über ihn, ein Sensenschlo trifft ihn hinter dem Ohre, ein bärtiger Ungar reißt ihn aus dem Wagen. Die wachthabende Nationalgarde will ihn beschützen, aber vergebens. Da reißt Hofsteiner seinen Rock auf und zeigt zwei Pistolen, womunter einer mit drei kaherl. Siegeln an Bathyanyi. Er bittet, ihm nichts zu Leid zu thun, sondern ihn zu Kossuth zu führen. Die wüthende Menge überwältigt die etwa 20 Mann starke Nationalgardetheilung, und führt ihn zu Fuß nach Pesth zu; auf der Mitte der Brücke aber hauen und stechen sie auf ihn ein, daß er von hundert Wunden bedeckt zu Boden stürzt und mit seinem Blute weit herum das Holz rothe und tränkt. Jetzt reißen sie ihm die Kleider vom Leibe, schleifen ihn am Fuß ziehend durch die Straßen Pesth's und legen den Leichnam im Hofe der Invalidenkaserne nieder. Ein Ungar von wildem Aussehen, großem Bart und kahlem Kopfe, der höhern Klasse angehörend, hält vor dem ganz nackten, verstümmelten Leichnam (leicht einmal die Schamtheile wurden bedeckt) mit handbreitem noch blutigem Säbel Wache, und die bunte Menge strömt ab und zu, und besprückt oder stößt mit dem Fuß den schändlich

Gemorderten.*) Auf allen Gesichtern liegt man satanische Lust. Mit Grausen kehre ich nach Oben zurück und sehe noch auf der Brücke Leute, welche Sackfücher, einige sogar die Finger in die Blutlache tauchen, und die gräßlichsten Verwünschungen ausstoßen."

Mailand, 24. Sept. Der allgemeine Glaube, daß in den Häusern noch viele Waffen und Kriegsmunition verborgen, welche die Besitzer aus Furcht, dem Kriegsgericht zu verfallen, nicht mehr auszuliefern wagen, hat die hiesige Militärregierung bewogen, abermals eine dreitägige Frist zur Auslieferung der Waffen zu bewilligen. Jeder, der nach Ablauf dieser Frist noch eine Schieß- oder scheidende Waffe, Pulver u. zurückbehalten, soll im Entdeckungsfall (ohne Rücksicht auf Stand) oder von Unbescholtenen des Ueberführten) kriegsrechtlich zum Tod verurtheilt und binnen 24 Stunden erschossen werden. Dieser Tagbefehl ist vom Militärgouverneur General Wimpffen unterzeichnet und an alle Straßenecken angeschlagen. Sieben Hinrichtungen bereiten den Ernst der Drohung, und hoffentlich werden in deren Folge bis zum 26. viele Waffen wieder eingeliefert sein. Seit der Einrichtung des unglücklichen Vesuvarlehens wieder Verhaftungen stattgefunden. Die Reihe des Erschiessens trifft wohl zunächst den Wirth von S. Marco, der im Keller einige Tausend Patronen vergraben hatte.

Oleggio, 19. Sept. Ich berichte Ihnen aus guter Quelle, daß morgen die in Novara stationirten piemontesischen Officiere ein großes Diné zu Ehren der österreichischen Officiere, welche jenseits des Ticino stehen, veranstalten. Auch in Varese stehen heute täglich die piemontesischen Officiere mit den österreichischen in Verkehr, ergehen sich in gerechter Bewunderung über die Kühnheit der österreichischen Truppen im letzten Feldzuge.

Frankreich.

** **Paris**, 3. Okt. Der Moniteur hat gestern die Angabe der „deutschen Zeitung" in Betreff einer angeblichen Aeußerung des Hrn. Bastide gegen Hrn. v. Raumer, als könne die französische Regierung sich in keine offizielle Verbindung mit der deutschen Centralgewalt einlassen, so lange diese nicht die gehörige Energie gegen die revolutionären Umtriebe in Deutschland entwickelt und bisselben erdrückt haben werde, für gänzlich unwahr erklärt. — In mehreren Legionen der Nationalgarde unterzeichnet man Dankadressen an Hrn. Dupuy für sein muthiges festes Verhalten in der Sitzung der Nationalversammlung vom 30. Sept. — Der Zudrang der Arbeiter zur Niederlassung in Algerien ist sehr stark. Leider aber sind es gerade die besten, welche auswandern, während das Gesindel hier bleibt. Und diese Lumpen sind es, welche die Welt in Angst und Schrecken zu Paaren jagen!

Straßburg, 3. Oktober. Ein hier eingelaufenes Schreiben des deutschen Reichsministeriums fordert von der Verwaltung des Niederrheins die Ausliefernng von 6 Individuen, welche bei der Ermordung Lichnowsky's und Auerswald's betheiligt sich hieher geflüchtet haben. Der Telegraph berichtete dies Ansuchen nach Paris und nach einigen Stunden kam die Antwort zurück, daß die fraglichen Flüchtlinge als des Mordes verdächtig ausgeliefert seien. Man kennt übrigens nur vier derselben bisher werden, da sie beiden andern sich bereits in die Schweiz geflüchtet hatten. (Schw. M.) (Die Schweiz wird hoffentlich in diesem Falle ihr Asylrecht in demselben Sinne auffassen wie Frankreich!)

Briefe von Hrn. Guizot aus London an seine hiesigen Freunde zeugen von einer bittern Kränkung des großen Staatsmannes und von dem tiefen Kindruck, den der Undank mancher einstigen Freunde auf ihn macht. Sein Kabinetsrüstetreär, Hr. Grenier, ist der Einzige, der ihm Nichts vorgeworfen und zu einem angesehenen und reichen Mann machte, hat ihm seit dem 24. Februar auch nicht ein einziges Mal geschrieben; bei der Fürstin von Lieven, mit der er hier auf dem vertrautesten Fuße lebte und die er sogar beherbergt sollte, ward er zu wiederholten Malen, als er sich in ihrem Salon einfand, nicht einmal vorgelassen, während die Fürstin jetzt auf dem vertrautesten Fuße mit Hrn. v. Beaumont, Gesandten der Republik, steht. Als Gegenstück muß ich bemerken, daß Hr. Pageot, unter der Julidynastie Gesandter Frankreichs in Nordamerika, sein ganzes Vermögen, welches sehr beträchtlich ist, unaufgefordert zur Verfügung Ludwig Philipp's und seiner Familie gestellt hat. (Karlsr. Z.)

Südamerika.

Die Times hatte von Buenos-Ayres gemeldet, daß Rosas nicht allein Hrn. Hood als englischen Generalkonsul nicht empfangen, sondern sich geäußert habe, daß er gar keinen englischen Agenten anerkennen werde, bevor man ihm nicht 22 Mill. Franken als Kriegsentschädigung und für den von Paraguay und den Malouinischen Inseln weggeführten Guano bezahlt haben würde. Zugleich wolle er sede Verbindung zwischen der argentinischen Republik und den englischen Inseln augenblicklich abbrechen. Das Journal des Debats sagt über diese Nachricht, daß sie einer Berichtigung und eines Kommentars bedürfte.

Der Korrespondent der Times habe, indem er vom Guano spricht, der von der Paraguay genommen sein soll, wahrscheinlich Patagonien schreiben wollen. Paraguay, wo man gar keinen Guano findet, liegt im Innern des südamerikanischen Kontinents unter dem 28. Grad mittägiger Breite, während die Malouinischen oder Falklandsinseln an der Küste von Patagonien unter dem 53. Breitengrade liegen. — Die Malouinischen Inseln waren von Buenos Ayres abhängig bis im Jahre 1832 der argentinische Gouverneur ein amerikanisches Schiff, welches sich mit Robbenfang beschäftigte, sequestriren zu müssen glaubte. Der Kommandant einer amerikanischen Korvette verlangte vergeblich von Rosas Genugthuung hiefür, setzte deshalb nach den Malouinen, zerstörte dort die argentinische Niederlassung und führte einige Einwohner als Gefangene mit sich fort. Anzwischen kam die englische Regierung dazwischen, die sich begreiflicher Weise dieser Inseln, indem sie sich dabei auf Verträge berief, welche im vorigen Jahrhundrte zwischen England und Spanien abgeschlossen worden waren. Seitdem hat Rosas im Namen der argentinischen Konföderation immer von Zeit zu Zeit gegen diese Besetzung protestirt und hat zuletzt die Forderung einer Entschädigung von 5 Mill. Piastern (22 Mill. Fr.) gestellt, für die definitive Abtretung der Insel an England. Dazu hat er sich noch das Besitzrecht der Inseln längs der Patagonischen Küste vorbehalten, wo seit einigen Jahren äußerst zahlreiche Labungen von Guano verschifft worden sind, darunter hauptsächlich von Dog Island (Hundeinsel) unter dem 44. Grade gelegen. — Das ist der Ursprung der Forderung von 5 Mill. Piastern, von welcher die Times spricht. Es ist deshalb gewiß, daß Rosas absichtlich die La Plata-Angelegenheit eine Verwickelung bringen will, gerade seinen Lieblingssystem, die Hauptfrage durch Nebenfragen zu verhüllen. Er scheint entschlossen, für seine verschiedenen Forderungen von beiden Seiten, von England und Frankreich Genugthuung zu fordern, und indem ihm die jetzige Lage Europas dazu günstig erscheint, so dürfte er in diesem Augenblicke seine Beschwerden gegen England um so eher in den Vordergrund stellen, als seine einstweilige Unterhandlung zu bestimmen. Es steht aber im Zweifel, ob dort Palmerston in diese neue Falle gehen wird. — Die englisch-französische Intervention dürfte sonach energisch für die Pazifikation vom La Plata auftreten.

Nachschrift.

Frankfurt, 4. Okt. General Nobili wird von hier abgehen und ein Kommando in Italien übernehmen. Als seinen Nachfolger bezeichnet man den großherzogl. hessischen General-Major Peschutt. (Schw. M.)

Ein Schreiben aus Frankfurt vom 4. Okt. (in der Allg. Ztg.) berichtet, daß das Appellationsgericht in Frankfurt das Reichsministerium ersucht habe, von der Reichsversammlung die Genehmigung zu erwirken, zur Strafgerichtlichen Verfolgung der Hrn. Blum und Günther, als Abgeordneten derer Mitglieder der Nationalversammlung, welche wegen Theilnahme an dem Aufstande vom 18. Sept. vor Gericht gestellt werden, die Reichstagsgenehmigung, deren einer die Mörder Lichnowsky's und Auerswalds förmlich freispricht und alle Blutschuld dem Ministerium aufbürdet. Ein ähnlicher Antrag gegen mehrere andere Abgeordnete wegen ihrer Reden auf der Pfingstwiese solle noch bevorstehen.

Frankfurt, 5. Okt., 11 Uhr. Die verfassungsmäßende Reichsversammlung hat so eben beschlossen, die von dem Reichs-Justizministerium ihr übermachten Anträge des hiesigen Appellationsgerichts auf strafrechtliche Untersuchung gegen die Abg. Blum und Günther, als verantwortliche Redakteurs der „Reichstags-Zeitung," und auf Verhaftung der Abg. Zitz, Schlöffel und Simon von Trier wegen Aufreizung zum Aufruhr und zur Mißhandlung von Abgeordneten der Mehrheit, an einen besonderen, am Schlusse der heutigen Sitzung in den Abtheilungen zu wählenden Ausschuß von 15 Mitgliedern zur Berichterstattung zu verweisen.

Wie das „Frankf. Journal" meldet, sind die in Straßburg verhafteten Individuen bereits ausgeliefert und auf dem Wege nach Frankfurt.

** **München**, 7. Okt. Diesen Morgen ist ein Bataillon des 1. Infanterie-Regiments König mit der Eisenbahn nach Augsburg abgegangen; das andere soll Morgen eben dahin abgehen. Beide setzen von Augsburg ihren Marsch nach ihren neuen Standquartieren fort.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 5. Okt. Oesterr. 5proz Metall. 72⅛, 4proz. 59½, 3proz. — 21, proz. 38½, Bankaktien 1198. P. 500 fl.-Loose 118½, 250 fl.-Loose 80½. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 88 B. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 75½. — Bayer. 3½proz. 77. — Badischer Verbach. 68. — Württemberg. 3½proz. 76½. — 4½proz. 93½. — Bad. 3½proz. 73½. — Lotto-Aktien à 50 fl. 45½. — 35 fl.-Loose 25½. — Darmstädt. 3½proz. 74½. — 4proz. 83. — Lotto-Aktien von 50 fl. 50½. — 25 fl.-Loose 20½. — Kurhessl. Frieder.-Wilh.-Nordb. 42½. — 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½proz. 80½. — 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. Anzeig. 78, 3½proz. 90, 86. — Taunusbahn 271. — Holländ. Integr. 45½. — Span. Anzeig. innere Schuld 18½. — Poln. 300 fl.-Loose. — 500 fl.-Loose 67½. — Sard. 36 Fr.-Loose 25½. — Disc. 2.

Paris, 3. Okt. 5proz. 44.50. 5proz. 69.40. Schatzsch. —. Bankaktien 1595. — Stadtobligationen 1105. — Vier Kanäle 845. — Compt. von Algier —. — Belg. 5proz. von 1840 —, von 1842 —. 4½proz. 72½. 3proz. —. — 2½proz. —. — Belg. Bank —. Neap. 5proz. —. — Röm. 5proz. 62½. — Span. 5proz. —. — Rhein. —. — Passive —. — Piem. —. — Holl. —. — St. Germain —. — Versailles (rechte) —. — (link) 101.25. Orleans 650. — Rouen 402.50. Havre 190. — Marseille 185. — Basel 85. —. Birzow 238.75. Boulogne —. — Sterbeanz 376.25. Nordbahn 371.25. Montereau —. — Lyon 362.50. Straßburg 340. —.

J. B. Pogl, verantwortlicher Redakteur.

*) Die, welche das stolze Lager der bayerischen Truppen bei Augsburg gesehen, werden sich der schönen Gestalt des österreichischen Generals erinnern, der in reicher ungarischer Husarenuniform zugegen war. Das war Graf Lamberg.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 88.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Sonntag den 8. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 8. Oktober.

Se. königl. Majestät haben zufolge allerhöchsten Signates vom 4. d. Mts. nunmehr allergnädigst zu genehmigen geruht, daß auch die Kommandantschaftsoffiziere, sowie jene des königl. Kabinettsrathes von nun an die im Heere bereits eingeführten Waffenröcke tragen sollen, wozu dann auch das Tragen der silbernen Schulterspeln obnehin gehört.

Se. Maj. der König haben zu genehmigen geruht, daß das für die Veteranen von den neunziger Jahren bis inclus. 1812/13 gestiftete Denkzeichen in soweit der bereits fertige Vorrath ausreicht, am 12. Oct. l. Js. als an dem allerhöchsten Namensfeste vertheilt werden dürfe.

Das 1. Infanterieregiment König, welches zu dem an der Iller sich aufstellenden baierischen Truppenkorps gehört, hat den Befehl erhalten, mit dem 1. und 2. Bataillon sich dahin in Marsch zu setzen, weiterhin auch am 7. und 8. die vor einigen Tagen hier durch passirten 1. und 4. Jägerbataillons einnehmen werden.

Durch allerhöchstes Dekret vom 2. Oktober wurde der Rentbeamte Vinzenz Lindmeyer in Speinshardt in den Ruhestand versetzt und dem Finanzrechnungskommissär Johann Bernhard Martert in Ansbach dieser erledigte Rentamt verliehen; der Kreidkassenkontrolor Martin Planer in Augsburg nach Ansbach und dagegen der dortige Kontrolor Aloiß Strobl nach Augsburg versetzt; durch allerhöchstes Dekret vom 3. Okt. der Forstamtsaktuar Franz Schmidt mit allerhöchster Zufriedenheitsbezeugung in den Ruhestand versetzt, und an dessen Stelle ein Forstkommissär I. Klasse in der Verwendung als bereisender Forstkommissär II. Klasse Arnold Martin ernannt; der Revierförster zu Langenbruck Stephan v. Spiegel zu Ansuchen unter allerhöchster Zufriedenheitsbezeugung in den Ruhestand versetzt; dessen Stelle dem Revierförster zu Troebes Joh. Bapt. Richter auf Ansuchen, und des letztern Stelle dem Forstamtsaktuar Friedr. Schedemann provisorisch verliehen; die Kontrolursstelle beim Rebengelände I. Weinbergbauen den Grenzgebrauflieher in Lindau Heinr. Holzbod provisorisch, die erledigte Postwartersstelle I. Klasse zu Amberg dem Spezialklassier fahrender Posten zu Augsburg Bernhard Trapp auf Ansuchen verliehen, und der Hauptzollamtsverwalter zu Waldmünchen Seb. Urban auf Ansuchen für die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt.

Se. Maj. der König haben sich ferners zu bewegen gefunden, den Handlungskommis Georg Lampe aus Nürnberg auf dessen allerunterthänigstes Gesuch für großjährig zu erklären.

(Pfarreien-Besetzungen.) Katbol. Pfarrei Aloleben, Lgs. Königshofen, dem Priester Konrad Klarmann, Pfarrer zu Oberösfeld, genannten Landgerichts (vom Bischow. Hrn. Bischof von Würzburg verliehen und allerhöchst bestätigt); katbol. Pfarrei Limbach, Lgs. Gimmarn, dem Priester Joseph Wollmuth, Benefiziat in Hasfurt, Lgs. gleichen Namens (Verleihung und Bestätigung wie oben).

(Pfarrei-Erledigung.) Katbol. Pfarrei Tauftirchen, Dizk. Regensburg, Lg. Eggenfelden, Reimertrag 584 fl. 15½ kr.

Se. Maj. der König haben geruht, den für die protestant. Patronatspfarrei Remlingen, Dekan. Würzburg, resignirten und bereits allerhöchst bestätigten protestant. Pfarrer zu Kleinlebnach, Dekan. Kreuzwertheim, Georg Peter Heller vom Antritte jener Pfarrei zu entbinden und auf seiner bisherigen Stelle zu belassen.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 5 Oktober. (91. Sitzung.) Fortsetzung der Berathung über Art. VII. §. 30. und folgende der Grundrechte des deutschen Volkes, nach vorgängiger Abstimmung über §. 27. bis 29.; Wahl eines Schriftführers an die Stelle des austretenden Herrn Ruhwandl. Die Sitzung wird um 9½ Uhr Vormittags durch den Vizepräsidenten Simson eröffnet. v. Reden und 20 Genossen interpelliren die Reichsministerien des Aeußern und des Handels, welche Maßregeln getroffen worden seien und noch getroffen werden würden zur baldigen Vollziehung des Gesetzes vom 28. Juni §. 2. o. die Gesandtenschickung und die Bildung deutscher Konsulate betreffend. Reichsminister v. Schmerling hegt die begründete Hoffnung, in sehr kurzer Zeit eine umfassende Mittheilung zur Beantwortung der Interpellation machen zu können. Ihre Gegenstand sei ein solcher, der auf dem Wege mit den auswärtigen Mächten geführt werden müsse. Die Antwort werde erfolgen, sobald das Reichsministerium in den Besitz einer klaren Darstellung gelangt sei. Vizepräsident Simson verliest folgende an den Präsidenten der Reichsversammlung gerichtete Zuschrift: das Reichsministerium der Justiz hat anliegende Schriften des Appellationsgerichts als Kriminalgericht der freien Stadt Frankfurt erhalten, worin dasselbe dem Justizministerium anheimstellt, von der gegen die Abgeordneten A. Blum und G. Günther, wegen der in Nr. 104 bis 106 der von denselben redigirten „Reichstagszeitung“ enthaltenen Aufsätze, eingeleiteten strafrechtlichen Untersuchung, behufs weiteren Einschreitens, der Nationalversammlung Kenntniß zu geben. Das Justizministerium ist der Ansicht, daß zur Fortsetzung der bereits gepflogenen Untersuchung die Zustimmung der Versammlung einzuholen ist und übergibt dem Präsidenten die Zuschrift des Gerichtshofes sowie die bezüglichen Akten zur Mittheilung an die Rechtsverfassung; unterzeichnet R. Mohl. Auch das Schreiben des Appellationsgerichts wird verlesen, worauf sich ergibt, daß dieser Gerichtshof dem Fortgang der eingeleiteten Untersuchung Einhalt gethan, bis das Gesetz über die Sicherstellung der Abgeordneten in Kraft getreten war. Ein zweites Schreiben des Justizministeriums an den Vorsitzenden enthält folgende Mittheilung: Das Appellationsgericht der freien Stadt Frankfurt als Kriminalgericht hat unterm 4. d. M. an das Justizministerium eine Zuschrift erlassen, worin dasselbe das Ansinnen stellt, es möchte das Reichsministerium der Justiz bei der Nationalversammlung die Verhaftung der Abgeordneten Zitz, Simon und Schlöffel, wegen Aufreizung zum Aufruhr und zur thätlichen Mißhandlung der Abgeordneten aus der Mehrheit der Versammlung, vermitteln. Der Unterzeichnete bringt diese Mittheilung zur Kenntniß des Präsidenten, um die geeignetsten Beschlüsse der Versammlung zu veranlassen; unterzeichnet R. Mohl. Auch das zweite Schreiben des Kriminalgerichtshofs, unterzeichnet J. F. v. Meyer, wird verlesen. Vizepräsident Simson ist der Ansicht, daß ein durch die Mittheilungen zu rechtlichem Ausspruch zur Prüfung der Anträge des Appellationsgerichtshofs niedersetzen ist. Simon von Trier: Der Zweck des Gesetzes, wonach die Erlaubniß der Verhaftung von Abgeordneten gegeben werden kann, ist der: daß die Nationalversammlung mit eigenen Augen prüfe, damit kein Mitglied ein Opfer seiner politischen Meinung werde. Ob besagter, daß nach §. 21. der Geschäftsordnung die zu ernennende Kommission berechtigt ist, Zeugen vorzufordern, sie zu vernehmen und vernehmen zu lassen. Dadurch wird den Angeklagten die Wohlthat zu Theil werden, ten vor der ganzen Nation durch Wort und Schrift ihnen aufgebürdeten Schimpf zurückweisen zu können. v. Selchow will, daß diese Frage dem zur Prüfung der Wahl von Neuling niedergesetzten Ausschusse. Der Vizepräsident nennen 24 Stunden, zugewiesen werde. Pfarrer beantragt, daß dieser Ausschuß bloß prüfe, ob die Gerichte die Anklage mit Recht beantragen: die Befugniß des Zeugenverhörs soll dieser Kommission jedoch nicht zugestanden werden. Gobel bemerkt, daß der Ausschuß zur Prüfung der Wahl für Konstanz seine Aufgabe erfüllt hat und bereits aufgelöst ist, um ist der Ansicht, daß eine Kommission aus den Abtheilungen zu erwählen sei, mit Einräumung aller durch die Geschäftsordnung derselben zugestandenen Rechte. Von nun an wurde die Berhandlung sehr stürmisch. Die äußerste Linke nut mit ihr ein großer Theil der eigentlichen Linken möchten die zur Prüfung und Berichterstattung zu ernennende Kommission sogleich mehr oder weniger in eine richterliche verwandeln, wollen durchaus, daß dieselbe auch Zeugen verhören sollen dürfe. Simon von Trier, einer der selbst Betheiligten nimmt sich sogar heraus, zu drohen, an die deutsche Nation appelliren d. h. abermals zur Empörung aufrufen zu wollen, wenn man die Zeugenvernehmung durch die Kommission nicht zugebe. (Lobender Beifall der Linken.) Venedey schließt sich ihm an, und Schmidt aus Schlesien will den Eigenen der Zeugenvernehmung Inhumanität vor, über welchen Ausdruck er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wird. Gleich darauf erlaubt er sich aber wieder die unwürdigsten Ausfälle gegen die Zentralgewalt, der er Ohnmacht dem Auslande gegenüber vorwirft. (Die Linke möchte durchaus Deutschland in einen anewürflichen Krieg verwickeln, um, wenn die Truppen an den Grenzen beschäftigt wären, im Innern freie Hand zu haben für ihre Plane.) Reichensperger spricht gegen Simons für die Zeugenvernehmung. Befeler zeigt, wie das ganze Geschrei der Linken nur einen Taktik und Gleißnerei sei. Er bemerkt mit Recht: die Aufgabe der Kommission sei lediglich zu sehen, ob wirklich eine hinreichende schwere Anschuldigung vorliege. Sie habe keinen Gerichtshof zu bilden, sondern nur im Falle sie die gerichtliche Verfolgung als nothwendig erkenne, den ordentlichen Gerichten freien Lauf zu lassen. Darin sei es dann Zeugen zu vernehmen. Der Schluß der Debatte wird endlich genehmigt, nachdem Pfarrer vergeblich versucht hatte, noch einmal zu sprechen. Als zwei Mitglieder

der äußersten linken Wiesner und Schmitt nun wie zum Hohn der Versammlung beantragen, die sofortige Verhaftung von Simon (von Trier) Zitz und Schlöffel zu gestatten, da weist der Präsident v. Gagern „eine solche Frechheit“ energisch zurück, worüber die Linke in die heftigste Wuth ausbricht. Wesentlich wirkt ihm so zu sagen ein crimen laesae rei, wogegen Breuning mit v. Gagern in jenem Antrag eine Beleidigung der ganzen Versammlung erblickt. Es sprechen noch Tellkampf, Wenedey, Heckscher, Hartung, Wenedey gegen, Haug und v. Gagern gebrauchte Ausdruck, so wie der Antrag von Wiesner und Schmitt selbst der Kommission zur Prüfung übergeben werden solle. Endlich wird der Antrag Beckerraths auf Trennung der Fragen, und gemäß der Geschäftsordnung sie zuerst zur Unterstützung zu bringen, angenommen. Auf Antrage Rösler's von Oels, ob der sächsische Abg. Minkus (wegen offener Volksaufwiegelung in seiner Heimath) verhaftet worden sei, antwortet der Reichsjustizminister Rob. Wobl, es sei bereits auf das betreffende Gerücht hin die kgl. preußische Regierung um Auskunft angegangen worden. Die Antwort werde seiner Zeit mitgetheilt werden, womit Rösler sich befriedigt erklärt. Es wird hierauf zur Tagesordnung geschritten, und folgende Geschlüsse über die §§. 27 bis 29 angenommen: „Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf. Ohne Entschädigung sind aufgehoben: 1) die Patrimonialgerichtsbarkeit, die grundherrliche Polizei, sowie alle andern einem Grundstücke oder einer Person zustehenden Hoheitsrechte: 2) die auf diesen Rechten fließenden Befugnisse, Exemtionen und Abgaben jeder Art; 3) die aus dem gutsherrlichen Verbande entspringenden persönlichen Abgaben und Leistungen. Alle übrigen unzertrennlich auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen sind ablösbar, ohne Rücksicht auf die Person und das Verhältniß des Berechtigten oder des Verpflichteten, insofern die Gesetzgebung nicht die unentgeldliche Aufhebung einer oder der anderen begründet findet. Die näheren Bestimmungen hierüber und über die Art der Ablösung bleiben den Gesetzgebungen der einzelnen Staaten überlassen. Es soll fortan kein Grundstück weder durch das Gesetz, noch durch Vertrag, noch durch einseitige Verfügung mit einer unablösbaren Rente belastet werden. Alle Lehnten sind auf Antrag des Belasteten ablösbar. Die Normen der Ablösung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, die dem bisher Berechtigten dafür oblagen. §. 29. Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, die Jagdverbote und Jagdprivilegien und andere Leistungen für Jagdzwecke sind ohne Entschädigung aufgehoben. Jedem steht das Jagdrecht auf eigenem Grund und Boden zu. Der Landesgesetzgebung ist es vorbehalten zu bestimmen, wie die Ausübung dieses Rechtes aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zu ordnen ist.“ An die Stelle des ausgetretenen Abgeordn. Ruhwandl ist Hr. Walther mit 220 Stimmen zum Schriftführer erwählt worden. In der Nebelhöhle, wohin sich schon die Mitglieder begeben, wird nun zur Wahl der Kommission geschritten, welche ihr Gutachten über das Verlangen des Frankfurter Appellationsgerichts, die gerichtliche Verfolgung von Zitz, Simon von Trier und Schlöffel betreffend, abgeben soll. Noch war am Schlusse der Sitzung lebhaft die Frage verhandelt worden, ob die drei Angeschuldigten selbst an den Berathungen und der Wahl der Kommission sich betheiligen können. Es scheint uns, schon der einfache Schamgefühl sollte diese drei Abgeordneten davon zurückhalten.

λ. **Frankfurt**, 4. Okt. Ich habe Ihnen bereits bemerkt, daß die gemäßigten Parteien der Nationalversammlung, in Erwägung der verwickelten Lage unseres Vaterlandes, bei der alle minder wichtigen Differenzen in den Hintergrund treten müssen, sich bereits dahin verbunden haben, nicht über, sondern mit der Zentralgewalt, bei allen Maßregeln, welche es im Interesse der Einheit und Freiheit Deutschlands ergreifen würde, kräftigst zu unterstützen, und daß zu diesem Behufe eine geschäftliche Verbindung zwischen den 3 hierbei vorzugsweise in Betracht kommenden Klubbs eingegangen worden sei. Seit der Zeit wo sich der Württembergische Hof in dieser Weise zur Förderung der deutschen Sache aus dem praktischen Gesichtspunkte entschieden hatte, kamen aber mehrfach Fälle vor, wo Mitglieder dieser Gesellschaft gegen das Ministerium votirten, wie z. B. bei den dringlichen Anträgen wegen Aufhebung des Belagerungszustandes und zuletzt bei der Wahl der Präsidenten. Die Gesellschaften des Cafino und des Landsberg (früher Mainlust) hatten in der Erwägung der jüngsten Handlungen und Abstimmungen der Germann (aus München), aus denen man auf eine oppositionelle Gesinnung desselben schließen zu müssen glaubte, nicht diesen, sondern den Hrn. Riesser, der gleich Germann dem Württembergischen Hofe angehört, als Kandidaten für die Vizepräsidentschaft vorgeschlagen. Der Württembergische Hof beschloß dagegen durch Stimmenmehrheit der eben Anwesenden (29 von etwa 80 Mitgliedern) v. Hermann zu halten, und zwar als I. Vizepräsidenten, zum II. Vizepräsidenten aber Hrn. Simon von Breslau zu wählen. Eine nicht unbeträchtliche Zahl von Angehörigen des Württembergischen Hofes sah in diesem Beschlusse eine Missbilligung des Parteiverhältnisses der Württembergischen Hofes, insbesondere im Hinblick auf das, was unmittelbar vorher darüber verhandelt und beschlossen worden war, und sie fügte sich darum dem Beschlusse nicht, sondern handelte ihm theils direkt entgegen, theils enthielt sie sich der Abstimmung. Diejenigen, welche in dieser Lage waren, ließen es aber dabei nicht bewenden, sondern sie beschlossen, völlig aus der Partei auszutreten und sich neu als „Linkes Zentrum“ zu konstituiren. Dieser Entschluß ist der bisherigen Gesellschaft als vorläufiger Entschluß bereits mitgetheilt und seine vollkommene Ausführung ist bereits eingeleitet. Die Versuche die Gesellschaft zusammenzuhalten, könnten nur dann gelingen, wenn sie keine Differenz der politischen Ansichten der Mitglieder bestünde, als sogar eine welche bei der Präsidentenwahl vorgekommen. Allein es äußerte sich die Verschiedenheit bei jedem auch nur einigermaßen wichtigen Beschlusse, ja bei der in der Nationalversammlung zu fassen war, und darum entschlossen sich die eben bei der letzten Frage in der Minorität Gebliebenen lieber auszutreten als fortdauernd einer Partei anzugehören, welcher bei aller Ehrenhaftigkeit ihrer einzelnen Glieder das gemeinsame Band, die Gleichheit der politischen Ueberzeugung mangelnd in Fundamentalfragen, abging und die eben darum als Partei stets schwankte*).

Authentische Berichte über Struve's Verhaftung.

Am Morgen des 25. September, um 7 Uhr, kam Struve, seine Frau und dessen bereits bekannte Genossen in der Krone zu Weber am Thor. Der Zustand der Flüchtlinge war sehr traurig; Struve hatte sich in einen Bauern, seine Frau in eine Bäuerin verkleidet, er trug einen grünen Tschako und grobe Beinkleider, beide waren mit Koth bis über die Brust überzüchtet, ein Beweis der Anstrengungen, die sie während der Nacht gemacht, um auf schweizerischen Boden zu gelangen. Sie erlangten Erfrischungen von Wein, Brod und Käse, ein freundliches Zuspruch, Mannskleider für vier Personen, und Strümpfe und Schuhe für die Damen. Die letzteren sagte der Wirth zu, wegen des Fuhrwerks und der Mannskleider anschaffungen er sich aber; Struve bestand jedoch mit barschem Tone auf seinem Begehren. Inzwischen waren mehrere Leute in das große Wirthszimmer getreten — (Struve mit seinen Gefährten befand sich im sogenannten Herrenzimmer) — welche sich über den Freischaarenzug und das Mißlingen desselben unterhielten. Da sagte der Wirth, es befänden sich auch Flüchtlinge in seinem Hause, er glaube, Struve sei darunter. Damit öffnete er die Thüre des kleinen Gastzimmers und aus einem Munde hieß es: „Das ist Struve! Den müssen wir festnehmen,“ und sofort schritten die Männer zur Berhaftung des Rebellen und seiner Genossen, ohne daß von ihrer Seite Widerstand geleistet worden wäre. Den Amt Säckingen wurde durch Expressen von dem Vorfall augenblicklich Nachricht gegeben. Oberamtmann Schey glaubte anfangs, man wolle ihm eine Falle legen, ihn von Säckingen wegloden und verhaften. Um jedoch seiner Pflicht in einem so außerordentlichen Falle zu genügen, entschloß er sich zu gehen, nahm jedoch aus Vorsicht den Amtsrevisor und eine erlesene Schaar Säckinger Bürgerwehr mit. In Weber selbst, wie ihm berichtet worden war, — und so hatte das Schicksal diesen Beamten — gleichsam um ihm die Sühnung seines früheren Verhaltens möglich zu machen, den Häuptling Struve zum zweitenmale in die Hände gegeben. Um bemselben die Gelegenheit zur Flucht möglichst abzuschneiden, wurde auf gepflogene Berathung beschlossen, die Gefangenen unter Bedeckung von Schopfheim zu bringen, da hiefür Ein mehr Sicherheit als Säckingen gewähre. Als Struve hievon in Kenntniß gesetzt wurde, protestirte er gegen diese Disposition und verlangte nach Säckingen gebracht zu werden. Der Beamte bestand auf Schopfheim. Da warf ihm Struve Verfassungsbruch vor, indem er ihn seinem ordentlichen Richter zu entziehen beabsichtige. Der Beamte entgegnete aber ruhig: „Wir können Sie leiden auf die Weise, wie Sie es thun, mit Füßen getreten und ihr den Krieg erklärt haben!“ Während nun Anstalten getroffen wurden, um die Verbringung der Verhafteten nach Schopfheim zu beschleunigen, bemerkte Frau Struve dem Oberamtmann Schey, sie werde die Reise nach der Schweiz vorliegen können, ein Irrthum, über den der Beamte alsbald den erforderlichen Aufschluß gab. Struve und Gefährten wurden sofort nachher nach Schopfheim abgeführt. Als die Flüchtlinge einsahen, daß an Rettung nicht mehr zu denken sei, zerrissen sie mehrere Briefe in kleine Stücke, warfen dieselben in den Ofen, und wollten sie durch Feuer vernichten, vergaßen aber, den Zug des Ofens zu ziehen, und so kamen auch diese Papiere unversehrt in die Hände des Beamten, der bereits einen der Briefe wieder vollständig zusammengesetzt hat. Mehrere bemerkenswerthe Verhandlungen wurden vorgenommen; Rüdenbacher, der sich rühmt, den General Gagern erschossen zu haben; Bey von Mannheim, der aus Muthlust entsprungen; Breutenstein aus Müllheim, Baumann aus Lahr, der Lieferant der Munition für die Insurgenten, Schulze aus Osnabrück, und ein gewisser Lefebre, ein besonders gefährliches Subjekt. (Str. D.-B.-A.-Z.)

Wir theilen nachstehend (nach der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung) zwei weitere Aktenstücke mit, die Struve's Kanzlei gefunden wurden. Das eine ist das Formular eines Briefes, von welchem mehrere unterschriebene gleichlautende Exemplare vorhanden sind, offenbar zur Versendung an verschiedene Orte bestimmt, und wovon vielleicht manche unterzeichnete wirklich an ihre Adressen gelangt sind. Das andere zeigt, was Deutschland von den Polen zu gewärtigen hatte.

Hauptquartier Löwenb. den 27. Sept. 1848. Morgens 4 Uhr. Verehrter Freund! Nach mannichfaltigen ernsten Vorbereitungen haben wir gestern die badische Grenze wiederum überschritten, wir erschienen nicht bewaffnet als Eindringlinge von Außen, sondern gerufen von vielen einflußreichen Männern des Landes. Noch sind wir kaum zehn Stunden im Lande, und bereits

*) So war z. B. bei der Frage, ob eine Anfrage an das deutsche Volk zu erlassen sei, der eine Theil des Württemberg. Hofes für bejahend, der andere stimmte für die Tagesordnung, ungeachtet die Gesellschaft den Fraktionen der Rechten zugelegt hatte, für die Anfrage zu votiren.

haben wir über eine bedeutende bewaffnete Macht zu verfügen. Auch haben wir und in den Besitz mehrerer Kassen gesetzt. Wir haben das ganze badische Land mit einer Reihe von Ausschüssen umgeben, welche seit Monaten Zeit hatten, ihre Vorbereitungen zu treffen. Die Zeit ist zu kurz, als daß wir von den Resultaten der Wirksamkeit dieser Ausschüsse die umfassende Nachrichten haben könnten, doch kann ich folgende Thatsachen mittheilen: 1) die Leopoldsbörse, gegenüber von Hüningen, ist von unsern Leuten in Besitz genommen; 2) von Rheinfelden aus ist Todt in das Badische eingebrochen, und wir erwarten ihn mit einer ansehnlichen Macht jenen Augenblick; 3) wir selbst haben bereits fliegende Corps ausgeschickt nach Kandern, Säckingen und Schliengen, und erwarten nach den uns gemachten Zusagen früh am Morgen bedeutende Zuzüge. Wenn ich bedenke, daß wir in der kurzen Zeit, welche seit unserm Eintritt ins Badische verstrich, bereits eine so vortheilhafte Stellung gewonnen haben, so können wir, wenn alle unsern Aussichte, wie ich Grund habe zu hoffen, ihre Verwirklichten thun, erwarten, daß wir bald einen großen Schlag werden ausführen können. Ich schicke Dir unsere beiden ersten Erlasse, und alles was wir thun, geschieht im Namen der provisorischen Regierung Deutschlands. Wir wünschen dringend, daß Du und alle Deine Freunde sobald als möglich zu uns stoßen. Wenn Du von Basel aus reisest, so kannst Du mit vollkommener Sicherheit zu und gelangen. Auf baldiges Wiedersehen! Mit republikanischem Gruß. Beschuh. 1) Am Sonn. Pfr. Peter in Biel, Kanton Bern, eine Abschrift. 2) An Amalie Zig, Mitglied der konstituirenden Versammlung, zu Basel oder Straßburg *) 3) An Herrn Schlöffel, Mitglied der konstituirenden Versammlung in Frankfurt a. M. F. 22. 8. 48.

Der zweite Aktenstück lautet in der Urschrift wie folgt: Arras, département Pas-de-Calais, le 26 Septembre 1848. Monsieur Struwe! Par votre proclamation du 21 courant, vous appelez aux armes le peuple de la liberté. — Veuillez me répondre de suite, si nous autres Polonais nous pouvons rentrer dans vos rangs. Si vous croyez que nous pouvons vous être utiles, avec nos expériences, que nous (les) avons acquises dans la révolution de Pologne en 1831, et dans l'expédition au mois d'Avril dernier dans les allaires de Posen, nous vous offrons nos services. Si vous acceptez nos propositions, veuillez nous envoyer de suite de l'argent tout juste pour faire notre voyage et notre entretien en route. Veuillez, Monsieur, recevoir mes sinceres salutations. signé: J. B. Zielivski, capitaine polonais.**)

Der 28. September in Pesth.

Dargestellt von einem Deutschen in Pesth.

Der Beschluß des Reprästentantenhauses vom 27. September Nachts, den königlichen Kommissär Grafen Lamberg als ungesetzlich und unsittlich anzusehen, und jeden als Verbrecher zu hängen, der den Befehlen des Kaisers nachkomme, war am 28. früh an allen Gebäuden Pesth's in magyarischer Sprache zu lesen. Nur in magyarischer Sprache, ungeachtet in Pesth-Ofen 70,000 Deutsche leben, die aber von den Magyaren **als gar nicht existirend** betrachtet zu werden scheinen. Eine Aufregung größer als an den Morgegen, gab sich in Folge dieses Fund. Niemand arbeitete; die Straßen wogten von Menschen. Die Magyaren sagten am Morgen, der königliche Kommissär müsse gehängt werden, sobald er einträfe. Sie bearbeiteten die ganze Volksmasse, belegten den König mit den empörendsten Schimpfnamen, und forderten jeden auf, ferner nicht mehr dessen Befehlen nachzukommen. Sie brauchten keinen König, und wenn sie einen haben wollten, würden sie sich auch bald ernennen. Ungeachtet dieser Zusammenrottungen, ungeachtet der bewaffneten Flaum, welche durch die Stadt zogen, wurden von Seite der magyarischen Behörden gar keine Vorkehrungen getroffen, die Ruhe aufrecht zu erhalten, und die als Gesandter **völkerrechtlich heilige Person** des Grafen Lamberg vor Beleidigung zu schützen, den man jeden Augenblick erwartete. Dazu kam noch das Gerücht, eine Estaffete habe die Nachricht gebracht, die Schlacht bei Stuhlweissenburg daure seit 3 Uhr Morgens, um 7 Uhr sei schon der linke Flügel Jellachich's gänzlich vernichtet worden. Daß gos Oel ins Feuer; der Uebermuth kannte keine Grenzen mehr. Um 1 Uhr wollte ich auf der Bleichstraße gehen, da behauptet Jemand, man höre von dort den Donner der Kanonen. Als ich an die Wache trat, Donnerbüchse, stürzten athemlos ein Paar Magyaren herbei und verlangten einen Tambour zum Allarm schlagen — Lamberg sei in Ofen, sagten sie, man müsse ihn fangen und aufknüpfen. Es hieß, er sei im Generalkommandogebäude beim Fürst. Hrabovsky. Die wüthende Menge stürzte dorthin. Ein Wachposten der Nationalgarde sagte aus, vor einer halben Stunde sei der königl. Kommissär angefahren und sei bei Hrabovsky abgestiegen. Jetzt begann eine Szene furchtbarer Art. Wie wildem Gelichte stürzte die Menge in das Gebäude. Alle Thüren wurden erbrochen — besonders zeichnete sich ein Satyreur der akademischen Legion aus, dessen gerichtige Art jedesmal auf den Kopf eines oder vierten Hieb die festesten Thüren sprengte. Alle Räume wurden durchsucht, Fenster, Kissen, Kasten zertrümmert. Die franke Beschlechterstrau, mit einem feschwörchenlichen Kinde auf dem Arme, bat, ihre Wohnung zu verschonen. Wüthend drangen Magyaren auf sie ein — die Mitglieder der Legion stellten sich vor die Unglückliche vor sie hin, und zwei versieben durschuten die Wohnung. Am ersten Fenkerstie trat Hrabovsky hervnen der Menge entgegen und sprach vermittelnde Worte. Ein Wiener Legionär rief ihm zu: „Halt's Maul, Schwarzgelber, wir kennen Dich!“ Hierauf wurde er ersaßt, eingesperrt und Wache um die Thüre des Zimmers aufgestellt. Man fand den Grafen Lamberg nicht — er hatte sich durch einen Hintenausgang gerettet, und eilte nach Ofen, um sich unter den Schutz der Regierungstruppen zu stellen. Ich kann nicht unerwähnt lassen, daß ein Anführer der Legion, die sich auf dem Zeugkaudplatze bei den Kanonen versammelte — ihr bedeutete: „Die Legion sei keine Polizei — sie sollten nur ihre Kanonen bewachen!“ Während sich dies auf der Festung zutrug, wurde in beiden Städten Allarm geschlagen, alle Gewölbe wurden geschlossen, die Nationalgarde rückte aus, und die Straßen wogten vom Volke, den Freiwilligen und den Bauern. — Man war der Meinung, die Festung sei von Lamberg abgeiverrt, man wolle Pesth von Ofen aus bombardiren, Jellachich sei vor den Schanzen und die Ratzen in Ofen erschlugen die Schanzarbeiter. — Kein Wort war Wahres daran. Der unglückliche Graf Lamberg, der im Vertrauen auf die sinverletzlichkeit einer königlichen Kommissär ohne Begleitung und überdies nach Ofen gekommen war, hatte mittlerweile einen Fiaker aufgefunden und fuhr über die Schiffbrücke nach Pesth, den sichern Schutz des Gesetzes zu erreichen. Auf der Mitte stand ein Haufe Nationalgarden und Sensenmännern, vermischt mit teuflisch wildem Volke. Ein Paar Wiener Legionäre waren an der Spitze. Diese hielten den Fiaker auf und erkannten den Grafen Lamberg. Einer trat vor mit der Frage: „Bist Du Graf Lamberg?“ „Ja, ich bin königlicher Kommissär Graf Lamberg,“ war die feste Antwort. „Dann sterbe zur Hölle!“ schrie der Akademiker und spaltete ihm den Kopf. Und nun folgte eine Szene die schwer wiederzugeben ist. Man riß den halbtodten, schreckich blutenden Grafen aus dem Wagen, und schleifte ihn über die Brücke — die Blutspur war bis in die Stadt zu verfolgen. Man durchstach ihn mit Bajonetten — schnitt ihm Gliedern mit den Sensen ab, schlug ihm den Leib auf, daß die Eingeweide herausquollen. In der großen Banksasse angelangt, wurde der Leichnam des Ermordeten, Verstümmelten, vom Pöbel in Empfang genommen. Man zerrte und riß ihn hier und da hin — seine ganze Kleidung wurde buchstäblich in Fetzen gerissen — man zerstampfte ihn mit den Füßen — spiegte ihn auf Bajonette auf und zeigte die geschändete Leiche in teuflischer Wuth Pöbel. Ein Kauf, den ich hier nicht niederstoben will, erschallte in einer Stadt, die 70,000 deutsche Einwohner hat! Ich möchte rasen vor Wuth! Ich schäme mich ein Deutscher zu sein — wenn man ungestraft den deutschen Namen so lästern darf. Und deutsche Jünglinge ziehen blind, für die Magyaren zu streiten — für diesselben Magyaren, die den Deutschen mit allem Ingrimm teuflischer Bosheit hassen. Die armen verblendeten Wiener Akademiker sind zu beklagen — sie rödten ihr eigenes Geschlecht — sie helfen die deutsche Nationalität in Ungarn vernichten. Endlich langte der Menschensturm am Invalidenpalais an. Dem Körper des Grafen Lamberg — in dem man mit Mühe die Menschengestalt erkannte, und dem der letzte Fetzen vom Leibe gerissen war, wurde ein Strick um den Hals gelegt — in diesen Zustande teuflischer Wuth man ihn an einen Laternenpfahl aufhängen. Die Nationalgarde verhinderte es — die geschändete Leiche wurde ins Invalidenpalais gebracht, und von dort während der Nacht ins Rochuspital geschafft. Der Mörder, von dem man sagte, er sei ein Deutscher, wurde jubelnd durch die Stadt geführt, ihm Essen zugetrunken, und der blutige Säbel vor ihm hergetragen. Zur Ehre sei es, daß deutsche Namen sie nicht führen. Der Mörder war kein Deutscher, sondern ein Ungar, der in Wien Medizin studirte. Und nun deutsche Männer, Bürger Wiens — gehen Euch endlich die Augen auf, welch' frevelndes Spiel die Magyaren spielen? Ringt Euch nicht ein Schrei des Entsetzens aus Eurer Brust, daß man deutsche Namen neidischen Schandthaten an einem deutschen Manne verübt. Welch Gefühl muß Euch ergreifen, wenn Ihr vernehmt, mit welchen Lästerungen der deutsche Name bei dem schändlichen Bubenstücke belegt ward? Wird man endlich glauben, daß die dünkelhafte Anmaßung der Magyaren, ihr unerträglicher Uebermuth die Schilderhebung aller Nichtmagyaren hervorgerufen hat? Wird man nach dieser Greuelszene in der Hauptstadt des Landes, unter den Augen der Behörden aufgeschrie, daß der feine Vorkehrungen getroffen haben, endlich glauben, daß die Magyaren den pfäffischen Tempel im Banate geschändet, und durch Mord, Sengen, Plündern und gesetzliches Hängen die Nichtmagyaren zur Verzweiflung gebracht haben? Wenn jetzt die Augen nicht aufgehen — der wird nie sehen. Für diesjenigen, welche in den letzten 6 Jahren, wenn auch nur wenige Wochen, in Ungarn, namentlich in Pesth-Ofen, gelebt und sich um die Stimmung der Deutschen und der andern Nichtmagyaren bekümmert haben, hätte es eines solchen himmelschreienden Beispiels nicht bedurft, um einzusehen, daß diese 4 Millionen die im Ungarlande lebenden 11 Millionen Nichtmagyaren in ihrer Nationalität auf jede Weise drücken, schmähen und tyrannisch dahin streben und wirken, diese 11 Millionen Nichtmagya-

*) Struve scheint demnach gewußt zu haben, daß Pr. Alz in jenen Tagen nach Basel oder Straßburg kommen würde.

**) Arras, Departement des Pas-de-Calais, den 26. September 1848. Herr Struwe! Durch Ihre Proklamation vom 21. d. Mts. rufen Sie das Volk der Freiheit zu den Waffen. Antworten Sie mir gefälligst sogleich, ob wir Polen in die Reihen der Ihrigen wieder eintreten können. Glauben Sie, daß wir durch unsere Erfahrung, welche wir in der polnischen Revolution von 1831 und in der Expedition im Monat April d. J. bei der Polen'schen Grenze haben sammeln können, Ihnen nützlich sein können, so bieten wir Ihnen unsere Dienste an. Schreiben Sie uns sogleich, ob Sie uns sogleich so viel Geld, daß wir unsere Reise- und Zehrungskosten unterwegs bestreiten können. Empfangen Sie unsere aufrichtigen Grüße. (gez.) J. B. Zielivski, polnischer Hauptmann.

ren zu zwingen die ungarische Sprache zu erlernen, und sie somit zu Magyaren zu machen! Aber der Arm der Neuesse streckt sich schon nach dem herrschsüchtigen Volke aus. Die 11 Millionen Magyaren im Norden und Süden, im Osten und Westen werden von solcher Schandthat noch gewaltiger sich erheben, wie sie es bereits gethan, die Gleichberechtigung aller Nationalitäten herstellen, und den Magyaren die Herrschaft aus den Händen reißen. Nach der Mordthat stürmte selbst der Himmel — dunkle Wolken zogen sich zusammen — heftiger Sturmwind heulte, und der niederprasselnde Regen trieb die Haufen in die Wirthshäuser, wo die Magyaren in unsinnbrechlicher Sauft ihren Heldenmuth priesen und sich in den Himmel erhoben. — Jetzt vielleicht der Heldenmuth dem zufolge sie das Land an der Drau bis Stuhlweissenburg ohne Schwertstreich dem Feinde preisgaben? Die Patrouillen gingen die ganze Nacht — die Nationalgarde war fortwährend unter Waffen. — Auf Polizeifestes wurde jedes Fenster der Stadt die ganze Nacht hindurch beleuchtet sein. Viele Excesse fanden statt — alle Wagen wurden angehalten und nach Waffen durchsucht — lebensgefährliche Verwundungen wurden von den tobenden Bauern bei dieser Gelegenheit beigebracht. Heute bedauert ein krokodilsthränenreiches Plakat, von Kossuth, Mantr ꝛc. unterzeichnet das gestrige Ereignis, und fordert die Bevölkerung zur Ruhe auf. Diesethen Gleißner, welche heute heulagen, waren vorgestern und gestern die Veranstaltung zu dem Schand- und Frevelacte der Magyaren! Die Siegesnachrichten bestätigen sich nicht — es ist bis jetzt keine Schlacht geschlagen. Viele die gestern noch die Herren Obenaus waren, lassen heute schon die Flügel hängen. „Gott," sagen sie, „wenn jetzt Jellachich käme!" Alle haben die Abreise, das Geschehene werde nicht ungeahndet bleiben. Heute flüchtet sich von Pesth, was flüchten kann. Die Wiener Legion ist Willens zurückzukehren — man will ihr nicht halten, was in Wien von den Magyaren ausgesprochen wurde. Die Wiener, welche jetzt mit den Magyaren zusammen leben, werden bald bitter erfahren, woher hier zu Land der Wind weht — und die unbegreiflich verblendete Sympathie für die Magyaren auf Kosten aller Nichtmagyaren — worunter auch leider viele Deutsche sind, — wird schnell sie seliges Ende finden. Gott gebe es! (Allg Oesterreich. Z.)

Deutschland.

Oesterreich. — Wien, 4 Oktober. Die Nachricht, daß Graf Georg Zichy als Spion in Siebenbürgen von ungarischen Bauern aufgehängt worden ist, bestätigt sich. Gewiß scheint sich zu bestätigen, daß ein Korps von 5000 Mann der kroatischen Armee Radetz heeige habe. — Auch Ungarn büßen seine Waffen aufgrüben werden. Von hier selbst nichts Neues. — Graf Batthyany hat durch eine Zuschrift an das Repräsentantenhaus in Pesth seinen Sitz in demselben, wie auch seine Ministerstelle aufgegeben.

*Wien, 5. Okt. (Offiziell.) Frhr. Adam v. Recley v. Mocsa ist zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannt, mit dem Auftrag ein neues Ministerium zu bilden; das ganze Königreich Ungarn ist bis zur Wiederherstellung von Frieden und Ordnung unter die Kriegsgesetze gestellt. Der Reichstag zu Pesth ist aufgelöst, alle nicht kanstionirten Gesetzkräfte desselben für ungesetzlich erklärt, Jellachich zum Oberbefehlshaber aller Truppen in Ungarn und den Nebenländern ernannt, die Abhaltung von Comitats-, Bezirks-, Distrikts-Kongregationen einstweilen eingestellt, und die Anwendung der vollen Strenge der Gesetze gegen die Bisherer Landesgewalt aufgefordert. Die kaiserl. Octroie beschäftigt sind das Schönerrum vom 3. und gegengezeichnet vom Ministerpräsidenten Adam Recsey.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 6. Okt. Bayer. 3½ proz. Obligationen 76¼ B. — G. 4proz. 86 G. Bankaktien 11. Semefter 572 G. Promessen 36 P. — G. Oesterreich. 4proz. Metall. 75 P.

Wien, 4. Okt. 5proz. Metall. 79, 4proz. 64, 3proz. 46, 2½ proz. 42. 1834r 500 fl.-Loose 127. 1839r 250 fl.-Loose 87. Bankaktien 1085. Nordbahn 104 ¼. Glogganitz 95. Benedig-Mailand 70. Budweis —. Livorno 65½. Pesth 62. Sieno 54. Zpenninenbahn 95¼.

Münchener Schrannenanzeige vom 7. Okt. 1848.

Getreide-Gattung.	Verkauft.	Zugeführt.	Unverkauft.	Vorrath.	Preis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne			
							mehr		minder	
	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	119	2946	3065	2578	487	13	33	—	—	2
Korn	236	819	1055	858	197	7	39	—	—	27
Gerste	96	3152	3248	5081	167	7	5	—	—	2
Haber	34	1540	1574	1454	120	4	14	—	—	9
Leinsaamen	45	186	231	197	34	12	19	—	—	30
Rapsiaamen	48	22	70	54	19	2	36	—	—	44

J. V. Vogl, verantwortlicher Redakteur

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 8. Okt.: (Zum Erstenmale.) „Haydee, oder: Das Geheimniß". Oper von Auber.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Dr. Röser, von Athen. Turner, Rentier, aus England v Brangl, aus Ungarn. Frhr. v. La Roche, von Thalheim

Hotel Maulik. Smith, Rentier, aus England. Frhr. v. Pfistermeg, Privatier, von Berlin. Keller-Bomhard, Rentier, von St. Gallen. Straßkirch, Particulier, von Mühlhausen. Klamer, Gutsbesitzer, von Wien.

Blaue Traube. Frau Prieg, von Augsburg. Dr. Strobauer, von Joffau Pehem, Schriftsteller, von Schärding. Gotthard, Professor, von Freising. Zimmermann, Hutfabrikant, von Straubing. v. Orlanda, Partikulier, von Prag.

Bierhausgarten. Rothgiet Frhr. v. Weichenstein, von Baireuth. Frau v. Sichlern, Hauptmannswittwe, von Augsburg. Reiter, Lehrer, von Richach. Hartmann und Kestner, Studirende, von Göttingen.

Gestorbene in München.

Joseph Oberer, Bürgerl. Schlosser, 58 J. a. Inquisitions-Amann, Stadtgerichtsassessor, 34 J. a. Friederike Schlundorf. Laboranteuswittwe von Nürnberg, 50 J. a. Joseph Wiesner, Kaffeesiedsohn von hier, 16 J. a. Ludwig Schwaiger, Posthalter-Kaffeesohn, 22 J. a.

Bekanntmachung.

Die Kunstausstellung betreffend.

110. (a) Die Ausstellung von Werken lebender Künstler, welche in dem der Glyptothek gegenüber liegenden Kunstausstellungsgebäude stattfindet, ist ohne Ausnahme täglich von 10 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags geöffnet.

Zugleich wird bemerkt, daß seit Beginn der Ausstellung mehrere vorzügliche Werke der Malerei und Bildnerei, die damals noch fehlten, nachträglich eingetroffen sind.

Stelle-Anerbieten.

169. Bei einem königl. Rentamte in Niederbayern kann ein im Steuerumschreibwesen erfahrener Gehilfe gegen angemessenes Honorar bis 1. November eintreten D. lieder.

165. In der Salvatorstraße Haus-Nro. 7 ist die Wohnung im 1. Stocke, bestehend in einem Salon nebst Vorzimmer, 5 Zimmern mit 2 Alkoven, Küche, Keller, großem Speicher ꝛc., am Georgiziele 1849 zu beziehen. Auch kann Stallung für 2 Pferde nebst Remise dazu gegeben werden.

158. In der Schermer'schen Buchhandlung zu Straubing ist neu erschienen und durch jede andere Buchhandlung zu beziehen:

Bachfelner, Sim., „Viele sind berufen, aber nur Wenige werden selig, weil nur Wenige den Taufbund ernewern und halten." Ein Geschenk für Hausväter und die ausblühende Jugend. 8. gef. 3 kr.

Burzmeier, J. B., Wahrheit und Trost, gegenüber dem Rufe der Gegenwart nach Freiheit und den trüben Aussichten in die nahe Zukunft. Vortrag am heiligen Pfingstfeste 1848. **Der Erlös ist für die deutsche Flotte** gr. 8 gef. 6 kr.

Rind, das, im Geiste und Gebete vor Gott. Ein Geschenk für die lieben Kleinen von W. R. (W. Maurer, Lehrer). 18. 3 kr.

Maffillon, Bischof, **die vorzüglichsten Pflichten der Geistlichen,** oder von der Weise, wie sie das Seelenheil der Gläubigen am eigentreichen fördern können. In deutscher Uebersetzung von einem katholischen Geistlichen 8. br. 24 kr.

Maurer, W., Lehr- und Hilfsbüchlein für Lehrlinge in den Sonntagsschulen. Mit lithographirten Beilagen. 8. br. 6 kr.

Mörtl, Dr. J., Bilder aus dem Bauerwalde (Sagen in Versen). gr. 12. br. 24 kr.

Sinkel, Michael, vollständige Anleitung zur christlichen Vollkommenheit Aus den Schriften der heiligen Väter und Lehrern der katholischen Kirche zusammengestellt. 5 Bde. 1 Abthl. gr. 8. 2 fl. 6 kr.

Wurm, Dr. F. A., Weltgeschichte. Sammlung vermischter Gedichte. 8 br. 24 kr.

Zwickenpflug, K., vollständige, praktische, katholische Christenlehren zum Gebrauche bei den sonntäglichen pfarrlichen Gotteslehre, sowohl in kleineren Städten als auf dem Lande 2. bis 10. Bd. 2. verbesserte und vermehrte Auflage. 8. 10 fl. 36 kr.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Was fordern die Radikalen in England?

*Dir angefertigt radikale Zeitschrift Englands (Westminster Review) brachte jüngst, unter dem Titel: Entwurf einer Nationaladresse an die Königin, folgende zwölf Forderungen der Radikalen, die von den Chartisten wohl zu unterscheiden, übrigens gleich unzufrieden mit der gegenwärtigen Regierung sind. 1. Abtheilung der Ungleichheit in der Abtheilung der Bezirke für die Wahl der Mitglieder des Unterhauses; rinrer Ungleichheit die so groß ist, daß gegenwärtig die Mehrheit der Mitglieder von einer, nur den sechsten Theil der Gesammtheit betragenden Minderheit der Wähler ausgeht. Dazu eine Ausdehnung des Wahlrechts, die einer billigen Zahl Vertheilung von Gewicht an das Volk gemäß, und den Adel ausdrücklicher Vorbehalt seiner Vorrechte. 2. Uebertragung der Besugnisse, welche gegenwärtig von selbstständigen Körperschaften, namentlich in Anordnung und Verwaltung von Gemeindeumlagen, ausgeübt werden, auf Orts- und Bezirksversammlungen, deren Mitglieder die gesammte Einwohnerschaft erwählen, jedoch mit Vorbehalt der Aufsicht der Regierung. 3. Minderung des Staatsaufwandes, namentlich durch Herabsetzung der Ausgaben für Heer und Flotte auf den Stand des Jahres 1835, dann der Ausgabrn auf Gesandtschaften; sodann Einziehung aller nutzlosen Aemter und unverdienten Gnadengehalte 4. Gleichere Vertheilung der Auflagen. 5. Abschaffung des Zeitungsstempels. 6. Einleitung zu besserer Verwaltung der Wohlthätigkeitsstiftungen und zu einer Verwendung des Kirchenvermögens, die das sittliche und religiöse Wohlsein der Gesammtheit der Staatsangehörigen am besten fördern. 7. Aufhebung der Gesetze, welche den Zutritt zu den Universitäten, zum Parlamente und dem geistlichen Stande von der Unterzeichnung eines Bekenntnisses abhängig machen; ferner Beziehung von Dreddörfern oder Mitgliedern einer Kirchengesellschaft bei der Ernennung der Religionslehrer an allen Kirchen, die auf öffentliche Kosten gebaut, aufgerichtet oder unterhalten werden. 8. Beschränkung der Geistlichen auf die Religionslehre in allen Volksschulen, welche aus dem Staatseinkommen, dem Stiftungsvermögen oder Umlagen unterhalten werden; Uebertragung der Aufsicht in allen andern Beziehungen auf die örtlichen Volksvertreter. 9. Vereinfachung und Zusammensetzung der Gesetze, Aufhebung der blos geistlichen Gerichte und Einführung solcher Verbesserungen in den Gerichtsverfahren, daß alle Klagen der Unterthanen Ihrer Majestät in dem Grnusse ihrer bürgerlichen Rechte auf das Wirksamste geschützt werdrn. 10. Aufhebung des Erbgerichtsrechts auf Landeigenthum. 11. Aufrechung der Marktvorrechte; Verbot Offizierstellen zu kaufen und zu verkaufen; Beförderung in Heer und Flotte nur mit Rücksicht auf Dienstzeit und Tüchtigkeit. 12. Anstalten, dorch Land auf Staatskosten urbar zu machen. Einige dirser Forderungen gehen, wie man sieht, sehr weit; im Ganzen aber bleiben sie hinter denen, welche man hir und da in Deutschland zu stellen gedenkt, beträchtlich zurück. Hier ist von Minderung der Civillist und der Apanagen, von Aufhebung der verderbrrrn Einrichtung des Dorfbaues, von Entwaffnung des stehenden Heeres, seine Rede. Nicht minder beschränkt dürfte sein, daß bei uns Mehrerrö, zum Theil schon längere Zeit, bestrht, daß in dem freirn Aitenglaud rrst gefordert wird.

Deutschland.

Bayern. — E München, 8. Okt. Nur ein nicht zu entschuldigender Scherz oder vielleicht gar böse Absicht können jene dreisten Nachrichten ins Leben gerufen haben, welche verkündigen, daß die nach Sigmaringen beorderten königl. bayrischen Truppen von der dortigen Bevölkerung mit Verlust zurückgeschlagen worden seien, indem Einsender dieser Zeilen aus zuverlässigster Quelle eben so gut auf der Gegend obbesagten Ortes selbst, so ebrn die Nachricht erhielt, daß fraglicher Truppen am 6. Oktober in Aichstatt, am 7. in Waibsee, am 8. in Saulgau, am 9. in Scherr, Station halten und erst am 10. dd. in Sigmaringen eintreffen werden. Da nun das hohrnzollern'sche Landesgebirt erst bei letztgenannten Ortr Scheer beginnt, so zeigt sich wohl im Rückblicke auf Vorbesagtes die Unmöglichkeit, daß fraglicht Truppen in Sigmaringen am überhaupt auf hohrnzollern'sches Territorium Widerstand und Verlust zu erleidern gehabt hätten. — Zum Schlusse dir Bemerkung, daß an einen bewaffneten Widerstand der Sigmaringer Ausjusrpartei, welcher allerdings im Plane war, wohl vorerst nicht mehr zu denken sei, indem derrn Führer, Advokat Würth und der Oberstlieutenant von Hofstetter sich von Sigmaringen entfernt haben. Dies zur Beruhigung derjenigen, die für das Wohl unserer wackern, nach Sigmaringen gezogenen Truppen besorgt waren.

*† München, 8. Okt. Gestern Mittags starb der Staatsrath im außerordentlichen Dienste, J. H. v. Kirschbaum. Derselbr war mehrere Jahre lang Erzieher Sr. Maj. des Königs Ludwig und errichte das seitene Lehrmuseum von nahrzu 91 Jahren.— S. M. der König reichten heute Nachmittags auf der Thrrresienwiese, wo die Nachrennen abgehalten wurde, mit Ihr. Maj. der Königin. Allerhöchstdieselben wurden mit den lebhaftesten Affiamationen bei der An- und Abfahrt begrüßt.

**München, 9. Oktober. Dem Raume gedrängt, sossen wir die neuesten Nachrichten für heute in Kürze zusammen. Gestern früh ist auch das 2. Bataillon des 2. K. R. König von hier nach Memmingen abgegangen. Zu Abschaffenburg ist der Generalmajor Graf du Pontrel und eine halbe Batterie Artillerie am 5. eingetroffen. — Die Angabe der Reichstagszeitung, als solle dem Reichstagsabgeordneten für den Wahlbezirk Miltenberg, Hrn. Bassermann von seinen Wählern ein Mißtrauensvotum gegeben werden, wird von mehreren Wählern von Amorbach und Kleinheubach in der Aschaffenb. Ztg. als unwahr erklärt. — Von Frankfurt sind der Abg. Zitz, der bei den neuesten Vorgängen als am meisten belastet erscheint, entflohen srin. — Die Kommission der Reichsversammlung für Prüfung der Frage, ob gegen die angeschuldigten Mitglieder derselben Einleitung der Untersuchung, bezüglich Verhaftung zu gestatten sei, besteht aus den Hh. Hergenhahn aus Wiesbaden, Scheller aus Frankfurt a. D., Blömer v. Aachen, Edmayer v. Paderborn, Brigleb v. Koburg, Mariens v. Danzig, v. Waltzhan v. Fürstn. Bernec a Koblenz, Schüler a. Zwribrücken, Langerfeld a. Wolfenbüttel, Zacharia a. Göttingen, Duncker a. Berlin, Sprengel a. Warren, Reh a. Darmstadt, Gombart a. München. Sie hat Hergenhahn zum ersten, Schüler zum zweiten Vorsitzenden, Sprengel zum Schriftführer gewählt. — Zum Ausschusse für Berichterstattung über den Antrag der Hh. Schmidt und Wiesner (siehe unser gestriges Hauptblatt) so wie der auf diesen Antrag bezüglichen Aeußerung Gagerns und des Verhaltens des Bizepräsidenten Simson, sind gewählt worden die Hh. v. Lassaulx a. München, Breuning a. Aachen, Schwarz a. Halle, v. Jezzog a. Regensburg, Edel a. Wurzburg, Grumbrecht a. Lüneburg, Pagenstecher a Eberfeld, Zell a. Trier, M. Mohl a. Heidelberg, Löw a. Posen, Wernher a. Nierstein, Schweitzer a. Halle, Reichensperger a. Trier, Jordan a. Marburg und v. Binde a. Hagen. — In der Sitzung der Nationalversammlung vom 6. wurde bervom Reichsjustizminister Robert Mohl eingebrachte Gesetzentwurf zum Schutze der Reichsversammlung überreichen. Der Ausschuß für den Schmid-Wiesner'schen Antrag ist auch mit Entwerfung eines Disciplinargesetzes für das Haus beauftragt worden. Die Hh. Schüler, Dr. K.-Zeitschr die Anrede des Hrn. Daniels an außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers der Vereinigten Staaten bei Ueberreichung seiner Beglaubigungsschreiben an den Reichsverweser und die Antwort dieses mit. (Die Altenstücke morgen.) — Unter den wegen Theilnahme an der Ermordung Lichnowsky's und Auerswald's zu Frankfurt Verhafteten befindet sich auch der Kutscher. Hr. Jasolge) auch ein Franzenjunger, eine „Literatin" und Mitarbeiterin an der Blum'schen Verfassungsarbeit, welche in Bornheim von allerhand weiblicher Arbeit lebte; sie soll die Mörderbande vorwärts gehetzt und zur Vollbringung der Schandthat aufgestachelt, ja mit dem Schwrne auf Lichnowsky selbst zugeschlagen haben. Diese Hexrin ist von Offenbach gebürtig, war dort an einen Buchbinder verheirathet in Darmstadt an einen Lithographen verheirathet.

Ein auf den 1. Oktober zu Homburg in Hessen-Homburg repräsentative Volksversammlung, wozu sich bekannte Agitatoren aus Weilburg, Obershausen u. s. w. eingefunden hatten, wurde von den Bauern der Umgegend vereitelt, indem sie die Agitatoren festtagten mit der Erklärung, sie wollen von den „rothen Republikanern" nichts wissen. Aehnliche Erscheinungen werden wir auch aus anderen Theilen von Deutschland. Die Nass. Allg. Ztg. bemerkt dazu: „Dem gesunden Sinne des Volkes, das man von Seite der Anarchisten fast systematischer zu verdummen suchte, als es kaum irgendwann der Polizeistaat gethan, geht doch endlich überall ein großes Licht auf." — In Mannheim wurde am 5. der Literat Kraft (Sohn des, früher Redakteur des zu Heidelberg erscheinenden Blattes „die Republik" wegen Aufforderung zum Hochverrath und Aufreizung des Militärs zum Aufruhr vom Hofgerichte zu achtmonatlicher Festungsstrafe verurtheilt, und soll auf die Appellation verzichtet haben.

Aus Dresden vernimmt man, daß sich in der neuesten Zeit auch dort der demokratische Geist regt aber auch daß die Kommunalgarde erstarkt sei, der aufrührerischen Wühlerei mit allen Kräften entgegentreten zu wollen. — In Altenburg hat der k. sächs. General Graf Holzendorff am 2. Okt. eine Ansprache an die Bewohner des Herzogthums Sachsen-Altenburg erlassen, worin er sie zur freundlichen Aufnahme der Reichstruppen auffordert. — In Weimar wurde am 4. ein Komitemitglied des demokratischen Vereins, Hr. Driehard, verhaftet, ohne daß dadurch die Ruhe nur einen Augenblick gestört worden wäre. An demselben Tage ging auch eine Militärabtheilung nach Jena ab, wo heftige Exzesse ausbrechen der Demokraten Thüringens aufzuheben. — In Gera wurde am 2. Okt. der konstituirende Landtag für die reußischen Fürstenthümer jüngerer Linie eröffnet. — Von Kiel vernimmt man, daß die Unterhandlungen über Modifikation der Waffenstillstandsbedingungen soweit gediehen sind, daß nur noch die Ratifikation der von Kommerherrn von Reedz gemachten Zugeständnisse von Kopenhagen erwartet wird. — Die Friedensunterhandlungen zwischen Oesterreich und Piemont stehen noch auf dem alten Punkt, da kein Theil Zugeständnisse machen will. — Die deutschen Flüchtlinge, welche von Hüningen aus über den Rhein in Deutschland einfallen wollten, sind am 2. durch franzöf. Militär von der Grenze ab und ins Innere Frankreichs gewiesen worden. Aus Paris vom 4. nichts Neues von Bedeutung. — In Huesca in Aragon (Spanien) sind am 26. achtzehn in eine kaiserlich-russische Verschwörung verwickelte Unteroffiziere standrechtlich erschossen worden.

Württemberg. — Stuttgart, 6. Okt. Die vorgestrige Sitzung der Abgeordneten-Kammer war von hohem Interesse, und das Münsterium hat darin einen unbestreitbaren Sieg hervorzugeragen. Sämmtliche Minister waren erschienen, und nach Erledigung einiger Gegenstände von minder

allgemeinem Interesse, erhob sich der Abg. Becher: Seit sei letzterm von Truppenbewegungen in diesem Saale gesprochen worden, sei wiederum eine Sendung der Stadt Hall zu Theil geworden. Solche Mißregeln seien in der Regel sehr kostspielig, und wohl diejenigen, welche erfaßpflichtig wären, in der Regel keine Kapitalisten sind, fallen sie der Staatskasse zur Last; dies gebe den Ständen ein Recht, die Gründe solcher Maßregeln zu prüfen. Er bestreite der Regierung das Recht nicht, die Gesetze zu handhaben, Ordnung und Ruhe herzustellen, allein wir haben das Recht, die Gründe solcher kostspieligen Maßregeln zu prüfen. Er trage darauf an, daß die Akten über die Truppenversendungen in Würtemberg auf den Tisch dieses Hauses niedergelegt werden, namentlich die über die Truppensendungen nach Hall. General v. Rüpplin: Als er an die Spitze des Kriegsministeriums berufen worden sei, habe er gehorcht, aber rücksichtslos und offen die Ueberzeugung ausgesprochen, daß er nur dann zum Wohle des Vaterlandes beitragen könne, wenn er sich ganz entschieden dem politischen System derjenigen Männer anschließe, welche er seine Kollegen zu nennen die Ehre habe. (Viele Stimmen Bravo!) Diese Männer haben durch ihr bisheriges Handeln und durch die eingebrachten Gesetzesentwürfe gezeigt, daß sie am Ministerstische noch dieselben Grundsätze haben, denen sie als Abgeordnete huldigten. Das Ministerium habe jetzt die Aufgabe, die dem Volke zu Theil gewordenen Freiheiten vor Eingriffen zu sichern, aber nicht nach oben, denn von da her drohe keine Gefahr, sondern nach unten gegen sozialistisch-anarchische Bestrebungen. Das Volk wolle allenthalben Ordnung und Schutz der Gesetze, es sehne sich nach Ruhe, weil nur dann Gewerbethätigkeit und Wohlstand zurückkehren könne; das Volk wolle eine freisinnige, aber keine schwache Regierung. Diejenigen Feinde des Volkes, welche durch gleichmäßige Bestrebungen Zügellosigkeit und Anarchie hervorführen wollen, um ihre selbstsüchtigen Zwecke zu verfolgen, seien es, gegen welche die Regierung jetzt entschieden auftreten müsse. Die diesfalls getroffenen Maßregeln seien nur zum Schutze der Steuerpflichtigen getroffen worden. Was die Vermehrung der Truppen betreffe, so verstehe der Redner einen Erlaß des Reichsministeriums, wonach die Truppen auf die ganze Kriegsstärke gebracht werden müssen (tod dem Wort des Redners „erfucht" bemerkte er: Sie wissen, meine Herren, was das „ersuchen" zu bedeuten hat) und schließe, daß nur mit Rücksicht auf die schwachen Kräfte des Landes noch nicht Alles vollzogen worden sei. Becher dankt für die vernommenen Aeußerungen; er habe Vertrauen zu den Personen, dieses enthebe ihn aber nicht der Pflicht, die Gründe solcher Maßregeln zu prüfen; er widerrufe daher seinen Antrag, daß die Akten auf den Tisch des Hauses niedergelegt werden. Staatsrath Römer: Niemand kann mehr wünschen, als wir, daß man auf unser früheres Leben zurückblick. Die Abgeordneten haben das Recht, Anfragen zu stellen, allein die Minister können die Antwort verweigern. Was das Gesuch um Vorlegung der Akten betrifft, so kann dieses nicht entsprochen werden, denn sie sind Gegenstand der Untersuchung, können also jetzt nicht veröffentlicht werden, da sonst Personen kompromittirt werden könnten. Was die Truppensendungen nach Hall betrifft, so habe sich unter einem Theil der dortigen Bürgerschaft ein anarchischer Geist kundgegeben, die Truppen seien dann zum Schutze der friedlichen Bürger und zum Theil auf den Wunsch von Bürgern dahin geschickt worden. Viele Hallet, darunter Bürgermeeisträmer, an der Spitze ein Mann, der den König einen Eid geschworen habe, Widerstand leisten, haben bewaffnet nach Frankfurt ziehen wollen, und die Linke zu unterstützen. Rümelin sei vorausgereist, um die Zeit zu bestimmen, wann die Andern nachkommen sollen, allein schon in Oehringen habe er von dem mißglückten Versuch in Frankfurt Kunde erhalten. Er sei nach Hall zurückgekehrt, wo die Bürger dann ganz wahrend über das Mißlingen wurden. Wo ein sicher Geist unter den Bürgern herrsche, da wollen wir Niemand die Gesetze gehandhabt werden, darum sei ein Bataillon nach Hall geschickt worden. Wer die Kosten zahle, werde der Erfolg lehren. Wenn ähnliche Versuche anderwärts gemacht werden sollten, werde ebenso gehandelt werden. Man habe bisher weder die Presse, noch die Vereine, noch die Volksversammlungen beeinträchtigt, als aber dieselben zum Unglück des Volkes benützt wurden, als sie zu Hetzereien bei den Volksversammlungen in Heilbronn, Eßlingen, Hall, Rottweil, Ellwangen, Reutlingen u. s. w. stattgefunden haben, habe man kräftig einschreiten müssen. Wenn jene Partei, die das Volk aufwiegelt, sieht, daß die Regierung künftig den Bürger schützt, werden solche Exzesse nicht mehr vorkommen. Der Redner verliest dann einen Bericht des Vorsteigeren Rümelin an seine „Waffenbrüder," und einen Aufruf des Apothekers David Sandel in Hall, der dem Rümelin fortgehofften, aus dem Haller Wochenblatt. Auch nach Cannstatt hätten die Haller ziehen wollen. Es sei ermittelt worden, daß zur Zeit des Volksfestes 150 Personen mit verborgenen Waffen hier gewesen seien. Wenn die Akten geschlossen sind, werden sie den Oeffentlichkeit übergeben werden. Noch bemerkt der Redner: unsere Weingärtner haben sich einen guten Herbstest zu erfreuen, wie würde es aber mit dem Absatze aussehen, wenn im Lande Anarchie herrschte! Becher behauptet: von einem Unverbrüchlichen erfahren zu haben, daß in Hall die Ruhe wieder hergestellt worden sei, ehe das Militär kam, und Rettenmaier nimmt die Ehrenger in Schutz, von welchen nur ein einziger Schreier, kein ruhiger Bürger an dem dortigen Umzug, dem Herumtragen einer rothen Fahne, Antheil genommen habe. Die Verhandlungen werden nun sehr interessant und zum Theil bewegt, denn sowohl den Ministern Veranlassung gegeben wurde, über ihre Ansichten und ihr Regierungssystem offen sich auszusprechen, so ergriffen auch mehrere Abgeordnete das Wort, um ihre politischen Ueberzeugungen darzulegen. Mit Bedauern, ja Schlusse mit allgemeinem Beifall aufgenommener Ansprache trat Strauß auf, verschwerte, wenn die Beamten gegenwärtig übel daran seien, indem man entweder sage, sie seien Feinde des Volkes, oder sie verjehren das Brod des Volkes umsonst, so erfülle sich nun das an unserer Regierung im Großen. Nun die Regierung sich ermannt, werde sie alsbald getadelt, und dieser Tadel sei — wenn auch in der abgeschwächten Form einer bloßen Anfrage, eines Bedenkens, schon in diese Kammer eingedrungen. Man müsse aber vielmehr der Regierung dankbar sein für ihre gezeigte Energie, da von Demonstrationen um Gesinnungen gegen die bestehende Ordnung genug gemacht werden. Meine man denn, daß, wenn die Aufregung sich gelegt habe, nachdem Militär geschickt worden, dieß auch so gewesen wäre ohne Militär? Die Regierung habe vielmehr das Recht nicht nur, sondern auch die Pflicht, dem Aeußersten zuvorzukommen. Anlangend den Kostenpunkt falle der schwere Vorwurf auf die Häupter derer, welche durch falsche Aufregung des Begriffs Volksversammlt den Anlaß gegeben haben. Die Vertreter des vernünftigen Volkes aber müssen der Regierung entschieden gegen anarchische Bestrebungen zur Seite stehen. Schmückle findet nicht, daß die Steuerpflichtigen durch diese Maßnahmen des Ministeriums in Unruhe versetzt worden wären. Vogel äußert sich kurz über die anarchischen Bestrebungen in Ellwangen. Zwerger, einverstanden mit Strauß, schenkt dem Ministerium volles Vertrauen. Kanzler v. Wächter, Abgeordnung beantragend, theilet sich dahin aus, daß Alle das jetzige Ministerium mit Vertrauen begrüßt haben, weil es dem entschiedensten Fortschritt huldige, an der konstitutionellen Monarchie festhalte, mit Entschiedenheit dem entgegentrete, was gegen Recht und Gesetz sei. In diesem Vertrauen sei er nicht wankend gemacht, aus dem Grunde, weil die Minister sich nicht ins Maßlose überstürzt haben, wenn gleich Manche hinsetzt das Ministerium in dieser Richtung drängen. In Volksversammlungen, in Gesellschaften, in Adressen sogar an die Kammer, wie in der von Rau, habe man gegen Recht, Ordnung, Gesetz und beschworene Pflichten gesprochen. Interpellationen, wie die vorliegende, können nur Mißtrauen im Volke selbst verbreiten, und die Appellation an die Steuerpflichtigen könne den Irrthum veranlassen, als ob die gegenwärtige Noth theilweise von der Regierung gefördert würde, sondern daß die Belegung zur Steuererhöhung in dem Zuge Heckers und den daran geknüpften Ursachen liege. Er habe volles Vertrauen zum Ministerium, und trage darauf an, unbedingt zur Tagesordnung überzugehen; nicht obgleich, sondern weil die Minister in letzter Zeit so gehandelt haben. Eggmann: Er und seine Kommittenten seien vollständig mit den Handlungen des Ministeriums einverstanden. Der bessere Theil im Hall werde bald wieder die Oberhand erhalten, eine frühere Aeußerung des St.-R. Duvernoy aber, die rechtlichen Bürger sollten sich erheben gegen die Anarchie, könne leicht zur Selbstthilfe führen. St.-R. Duvernoy: Nicht zur rohen Gewalt gegenüber der Anarchie habe er die rechtlichen Bürger aufgefordert, sondern um mit Wort und Presse zu gebrauchen, so wie er dem Manne gedroht, er für seine Person sich erheben werde, um die Gesetz nach oben wie nach unten. Prälat v. Mehring freut sich zu bemerken, daß die Kammer in ihrer Mehrzahl für die Minister sich aussprechen. Man solle nur die rechten Ausdrücke überall gebrauchen, statt hinter den Ausdruck demokratisch sich zu verstecken, solle man gemäßte Republik sagen, bei dem Vertrauen nach einer konstitutionellen Monarchie, das man es gerade Strauß in dem neuesten der Verfassung wolle oder unsere Verfassung in Trümmer schmeißen. Er verlangt Entschiedenheit und schließt: „herunter mit dem Hüt, damit wir uns erkennen!" Becher unterstützt auf die Aufschlüsse der Hrn. Minister hin den Antrag auf Tagesordnung, steht sich aber genöthigt, gegenüber dem Hrn. Prälaten das Wort zu ergreifen, von dem er nicht weiß, ob er ihn oder die Minister der Unruhen beschuldet habe, und sagt: ich nehme den Handschuh auf, ich sage es geradezu heraus: ich bin Republikaner; ich halte die Revolution nicht für vollendet. Mein Ideal ist die Republik; einer Centenz, zu unterstreben, was besteht, bin ich mir aber nicht bewußt. Freiherr v. Sonnenberg regrettet die Aufforderung: herunter mit dem Hüte! mit doppelter Freude. Es handle sich um keine Republik, um keine neuerdings aufgeworfene Frage, ob jeder einzelne Staat das Recht habe, sich eine Regierungsform zu geben, welche er wolle. Nach unserer Verfassung dürfen wir eine solche Idee noch gar nicht aufsprechen. Wolle ein einzelner Staat die Republik sei sich einführen, so müßte ein solcher das Kriegsrecht über sich heben. Seßhaft Niemand, wolle es ganz Deutschland thun, so wäre dessen Politik, die Einheit Deutschlands aufs Spiel zu setzen, gerührt. Er beantragt Uebergang zur Tagesordnung mit Dank gegen das Ministerium. Dagegen ist Becher, welcher sagt, danken vor der Prüfung wäre eine Verletzung unserer Pflicht, auch Seefried, welcher in der Interpellation sein Mißtrauen findet, und Schweickhardt. Dieser sagt, die Interpellation sei gerade dazu gut, daß das Ministerium die Sache klar vorlegt und offen sich gezeigt, wie es nicht anders gewünscht sei. Auch diene sie dazu, um die Verfürchten den Ministern zu empfehlen, um ihnen ans Herz legen, daß das Bürgerwehr-Institut keine Nachtheile erleiden möge, daß die einberufenen Beurlaubten zu den dringenden Herbstgeschäften heimgelassen werden. Staatsrath Römer: Die Einberufung der Beurlaubten sei erfolgt auf Ersuchen der Zentralgewalt, dieselben werden aber möglichst bald wieder entlassen werden. Ueber Reaktionsgelüste sei die württembergische Regierung erhoben, wollten solche ihr insbesondere vorgeworfen werden, so würde er solchen nicht hier beantworten, sondern für eine persönliche Beleidigung ihnennehmen. Ebenso weist Staatsrath Duvernoy hinsichtlich etwaiger Reaktionsgelüste gerade auf seine Vergangenheit hin. Er habe nur ihre Ansichten und Anerkennung zollt. Seßt zu spricht sein volles Vertrauen zur Regierung aus. Bei der Frage: ob Monarchie, ob Republik?

haben wir uns über Ideale nicht zu streiten, seine Ansicht auf gesetzlichem Wege zu verfolgen, bleibe Jeden unbenommen und dürfe Keinem verdacht werden. Mack steut sich des Ganges der Verhandlungen und ist für einfache Tagesordnung, nur kommt ihm die Wendung unerwartet, daß gerade die durch Truppensendungen aufgeboltenen Steuern für das Ministerium zur Veranlassung geworden ist, eine Kundgebung unbedingten Vertrauens zu empfangen. Prielmaier: Tadel gegen die Maßregeln der Regierung habe er bei seinen Kommittenten (lauter Bauern und Gewerbetreibende) noch nie vernommen, eher darüber, daß man nicht noch energischer gegen die Anarchie eingeschritten. Deßwegen äußern selbst Viele den Wunsch: wenn es nur jetzt noch so wäre, wie es früher gewesen! (Aeußerungen des Zweifels.) Mengel: Die Art und Weise, wie die Republik gewonnen habe, führe nicht zu ihr. Er ist für Tagesordnung, wie Velel, welcher gegen v. Hornsteins motivirten Antrag ist, den nun dieser, damit der Mächterische allgemein angenommen werde, zurückzieht. Scherr: Wir wissen, daß der berühmte Ausberg in Folge der neuesten Vorfälle voll sei von politischen Verbrechern. Der Begriff politischer Verbrecher ist sehr ein sehr schwankender und andere sind es, so daß, was heute Verbrechen sei, morgen Tugend sein könne; ähnlicher Weise sei da auch der Präsident dieser Kammer seiner Zeit als scharfer Demagog verschrieen gewesen (Heiterkeit). Er, der Redner, zähle sich, was er auf die Aufforderung des Herrn Präsaten, mit offenem Visir zu kämpfen, erklären wolle, auch unter die Verbrecher, welche Republikaner heißen. Er habe aber den Muth auf den Herzen, daß die, politischen Verbrecher nicht mehr dem alten, heillosen Prozeßverfahren, unterworfen werden sollten. Staatsrath Römer entgegnet, daß sie nach dem Prozeßverfahren, welches das gerade bestehende sei, werden behandelt werden, und sichert die nur durch Krankheit des Vorbereiters unterbrochene, möglichst beschleunigte Vorlage des Gesetzes über Einführung von Schwurgerichten zu. Zugleich fertigt er seine Unterzeugung aus, daß es politische Verbrechen gebe und zu allen Zeit gegeben habe, als zum B. Mai und Konsorten in einigen Jahren und Ruder kommen werden, wisse er nicht, das aber wisse er, daß die Minister jetzt und unter allen Umständen ihre Schuldigkeit thun werden. Der Antrag Wächters, über die Vechersche Interpellation einfach zur Tagesordnung überzugehen, wird hierauf von der ganzen Kammer angenommen. Der Antrag Rotteck's, doppelt brachte Budget auf 1848—49 ein. Geht an die Finanzkommission. Nun hebt noch Uber die Frage abgestimmt, ob die Motion des Abg. Rotter auf Aufhebung des Personaladels, wie Einige verlangen, gedruckt werden soll, was mit 40 gegen 27 Stimmen verneint wird. Präsident eröffnet, daß in dieser Woche noch zwei Sitzungen gehalten werden sollen. Nun Montag an wird die Kammer auf 14 Tage vertagt, damit die Kommissionen arbeiten können.

Hall, 3. Okt. (Verhaftungen.) Hier wurden heute die Herren Forstassistent Dajer, Buchbändler Pfeiffer, Buchdrucker Schwend, Grünbaumwirth Reuß, Glockenwirth Frisch nebst noch 5 Weiteren verhaftet. Ueber die Besetzung der Stadt mit Truppen herrscht große Besürzung. (Schw. M.)

In Rottweil ist die erste Gährung schnell vorübergegangen, die Inhaber der Hauptrollen bei dem großen Volksdrama sind theils im Arrest, theils flüchtig in der Schweiz — Ehoristen und Statisten schauen mit Angst und Beben der Entwicklung des Dramas zu, die freilich so nicht in ihrem Textbuche stand und mit Entwaffnung der Bürgerwehr, den Einmarsch von 1500 M. Truppen mit 4 Geschützen und Verhaftungen beginnt! — Oberregierungsrath Camerer befindet sich als Regierungskommissär in Rottweil. In Weinsberg war am 27. Sept. die Wehrmannschaft und Bürgerschaft versammelt und sprach sich einmüthig gegen jede freoelhafte Gewaltthat, welche Leben und Eigenthum der Bürger zum Zweck des Umsturzes der gesetzlichen Ordnung im Sinne der rothen Republikaner beruhen würde, mit entschiedenem Nachdruck aus, mit der Erklärung jedem derartigen Versuch mit äußerster Kraft entgegen treten zu wollen. Das Ministerium müsse solang und soweit es in seinem Programme bei Uebernahme der Regierung treu bliebe, die treue Unterstützung jedes rechtlichen Bürgers finden. In dieser Beziehung wurde der Entwurf einer zuvor von einer Anzahl der angesehensten Bürger berathenen und angefertigten Erklärung der Versammlung zur Genehmigung und Unterzeichnung vorgelegt; dieselbe bedeckte sich allsogleich mit zahlreichen Unterschriften, und selbst solche setzten ihre Namen darunter die offen zu republikanischen Grundsätzen sich bekennen, weil sie sich ganz mit den darin ausgesprochenen Ansichten einverstanden erklärten.

Preußen. — ⊙ **Berlin**, 4. Oktober. Endlich glaube ich mit Bestimmtheit sagen zu können, daß die Nationalversammlung die Berhandlung des Verfassungsentwurfs demnächst beginnen wird. — Gegen den Redakteur der Zeitungsfrahe Gustav Julius wird nun steckbrieflich gefahndet. Er ist der Maßregelsbeleidigung und der Erregung von Mißvergnügen beschuldigt.

Aus Düsseldorf wird die Freisprechung Freiligraths von Seiten des Assisenhofes berichtet. Man hatte sie für den Fall einer Verurtheilung Unruhen befürchtet und Maßregeln dagegen getroffen. Die Freisprechung des Angeklagten erregte bei einem großen Theile der Einwohnerschaft freudige Aufregung, namentlich bei denen, welche in Freiligrath nur den Dichter zu sehen gewohnt sind.

Oesterreichische Monarchie.

Lombardei. Manifest an das italienische Volk. In der Hoffnung binnen kurzem die Ruhe in allen Provinzen des lombardisch-venetianischen Königreichs wieder hergestellt zu sehen, und besonders von dem Wunsch ihre Völkerschaften aller der Freiheiten, welche die übrigen Provinzen des österreichischen Kaiserstaates genießen, theilhaftig zu machen, fühlen Wir uns gedrungen, schon jetzt Unsere diesfälligen Absichten kundzugeben. Wir haben deßwegen alles Verwohrens des lombardisch-venetianischen Königreichs ohne Unterschied für den Umfang, den in den jetzigen traurigen Ereignissen des laufenden Jahres genommen haben mögen, volle Verzeihung gewährt, indem Wir verordnet, daß gegen sie keinerlei Untersuchung oder Strafe eintreten solle, nur mit Ausnahme der Rückkehren, die man bei der Bestätigung öffentlicher Aemter zu nehmen geeignet finden mag. Gleicherweise ist es Unsere allerhöchste Willensmeinung, daß die Einwohner des lombardisch-venetianischen Königreichs eine Verfassung erhalten welche nicht weniger ihrer resp. Nationalität und den Bedürfnissen des Landes, als ihrer Einigung mit dem österreichischen Kaiserstaat entsprechen. Zu diesem Ende werden Wir, sobald erst Friede und Ruhe hinreichend gesichert sind, an einem noch zu bestimmenden Ort Vertreter der Nation zusammenrufen, welche von allen Provinzen des lombardisch-venetianischen Königreichs frei zu wählen sind. — Gegeben in Unserer Residenzstadt Wien, den 20. Sept. 1848. Ferdinand m. p., Wessenberg m. p. Nach unsern Briefen aus Mailand befindet sich Erzherzog Albrecht (den Wiener Korrespondenten im Kroatenlager vermutheten, worauf sie sogar des Erzherzogs Stephan schnelle Rückkehr vom Kriegsschauplatz erklärten) bei Radetzky, nebst drei andern Erzherzogen, Söhnen des Erzherzogs Rainer. (K. Z.)

Die Basler Zeitung berichtet aus der Lombardei: „Die Gefahr, daß am 20. Sept. in der Lombardei eine neue Erhebung gegen die Oesterreicher stattfinden sollte, scheinen nicht ganz unbegründet zu sein; denn nicht bloß in den meisten lombardischen Städten, sondern auch in Parma und Modena haben im Laufe dieses Monates Volksbewegungen stattgefunden, welche darauf schließen ließen, daß etwas Besonderes im Werke sei. Die kräftigen Maßregeln, welche hiergegen sogleich ergriffen wurden, haben aber den Umrahestiftern die Lust benommen, und der gefürchtete Tag ist überall ruhig vorübergegangen. — Marschall Radetzky hat der Mailänder Stadtbehörde angezeigt, daß die Besatzung der Stadt demnächst bedeutend vermehrt werde, und daß sie demnach dafür Vorsorge zu treffen habe, daß Ruhe und Ordnung an Lebensmitteln eintrete. Diese Besitzahl hat die Italiener, die mit jedem Tage den Abzug der österreichischen Truppen erwarteten, nicht wenig in Bestürzung versetzt. Hatte man doch bereits ausgerechnet, Parma und Piacenza sei auf Befehl der vermittelnden Mächte von Oesterreich geräumt worden, woran jedoch kein wahres Wort ist. Im Gegentheil, beide Städte sind erst jüngst wegen der dort herrschenden unruhigen Stimmung in Belagerungszustand erklärt worden.

Am 1. Oktober wurde nach heftiger Beschießung die Festung Osoppo mit Sturm genommen wobei sich die Regimenter Prohaska und Hrabowsky durch besonderen Heldenmuth auszeichneten. Am 2. Oktober wurde auch Malghera, der Schlüssel Venedigs, von den Oesterreichern eingenommen, und Venedig dürfte sobald zu einer sehr baldigen Kapitulation gezwungen sein.

Wir haben bereits das Wesentliche der inhalt- und folgenschweren Beschlüsse des Wienercabinets in Betreff Ungarns mitgetheilt. Wir lassen nun die Allerhöchste selbst folgen:

Se. Majestät haben durch die in Ungarn vorgefallenen neuesten Ereignisse veranlaßt, folgende Beschlüsse gefaßt: Königliche Verordnung „An meinen Kleinen Feldzeugmeister Baron Kapitän-Lieutenant in ungarischen Leibgarde, Adam Freiherrn v. Roßwy v. Rewso, zu Meinem ungarischen Minister-Präsidenten mit dem Auftrage, ein neues Ministerium zu bilden." Schönbrunn am 3. Okt. 1848. Ferdinand m. p. Adam Reßwy m. p.

Königliche Verordnung an die Vorsteher sämmtlicher ungarischer Zuribiktionen. Nachdem vermöge Unserer hier angebogenen an den Landtag gerichteten allergnädigsten königl. Reskriptes das Königreich Ungarn in so lange, als die gestörte Ordnung und der Friede nicht zurückgekehrt sein wird, unter die Kriegsgesetze gestellt ist, befehle Ich Ihnen, daß Sie Unser vorerwähntes königl. Reskript, in den bei den verschiedenen Jurisdiktionen gebräuchlichen Sprachen bekannt machen lassen und Ihren amtlichen Vorgang unter strenger Verantwortung hiefür genau einrichten. Schönbrunn am 4. Okt. 1848. Ferdinand m. p. Adam Reßwy m. p.

Königliches Reskript. Wir Ferdinand der Erste, konstitutioneller Kaiser von Oesterreich; König von Ungarn und Böhmen, dieses Namens der Fünfte; König der Lombardei und Venedigs, von Dalmatien, Kroatien, Slavonien, Gallizien, Lodomerien und Illyrien; Erzherzog von Oesterreich; Herzog von Lothringen, Salzburg, Steyermark, Kärnthen, Krain, Ober- und Nieder-Schlesien; Großfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren; gefürsteter Graf von Habsburg und Tyrol ꝛc. ꝛc. Ungarns, des Großfürstenthums Siebenbürgen, so wie aller Nachbarländer Kroatiens, Slavoniens, kirchlichen und weltlichen Würdenträgern, Magnaten und Repräsentanten, die auf dem von Uns für den 5. Oktober 1848 zur gesammenberufenen Reichstage versammelt sind, Unsern Gruß und Unser Wohlwollen. Zu Unserem tiefen Schmerz und Entrüstung hat das Repräsentantenhaupt sich durch Ludwig Kossuth und seine Anhänger zu großen ungesetzlichkeiten verleiten lassen, sogar mehrere ungesetzliche Beschlüsse gegen Unseren königlichen Willen zum Vollzuge gebracht, und neuerlich gegen die Sendung des von Uns zur Herstellung des Friedens abgeordneten k. Kommissärs, Unseren Feldmarschall-Lieutenant Grafen Franz Lamberg, ihrer derselbe nur Unsere Vollmacht vorzeigen konnte, am 27. Sept. einen Beschluß gefaßt, zu Folge dessen dieser Unser königlicher Kommissär von einem

wilden Haufen auf öffentlicher Straße mit Wuth angegriffen und auf die rauewollste Weise verwundet wurde. Unter diesen Umständen sehen Wir Uns, Unserer königlichen Pflicht zur Aufrechthaltung der Sicherheit und der Gesetze gemäß, genöthigt, folgende Anordnungen zu treffen, und deren Vollziehung zu befehlen: Erstens. Sollen Wir hiermit den Reichstag auf, so, daß nach Veröffentlichung Unseres gegenwärtigen Allerhöchsten Reskriptes derselbe allogleich seine Sitzungen zu schließen hat. Zweitens. Alle von Uns nicht sanctionirten Beschlüsse und Verordnungen des gegenwärtigen Reichstages erklären Wir für ungesetzlich, ungiltig und ohne alle Kraft. Drittens. Untersonden Wir dem Oberbefehle Unseres Banus von Croatien, Slavonien und Dalmatien, Feldmarschall-Lieutenant Baron Josoph Jellachich, hiermit alle in Ungarn und seinen Nebenländern, so wie in Siebenbürgen liegenden Truppen und bewaffneten Körper, ohne Ausnahmer Gattung, gleichviel, ob diese aus Nationalgarden oder Freiwilligen bestehen. Viertens. Bis dahin, wo der gestörte Friede und die Ordnung im Lande hergestellt sind, wird das Königreich Ungarn den Kriegsgesetzen unterworfen, daher den betreffenden Behörden die Abhaltung von Comitat-, Städtischen oder Distrikts-Congregationen einstweilen eingestellt wird. Fünftens. Unser Banus von Croatien, Slavonien und Dalmatien, Josoph Baron Jellachich, wird hiermit als bevollmächtigter Kommissär Unserer königlichen Majestät abgesendet, und ertheilen wir ihm volle Macht und Wirksamkeit, damit er im Kreise der vorliegenden Gewalt die Befugnisse ausübe, mit welchen er in gegenwärtigen außerordentlichen Umständen als Stellvertreter Unserer Königlichen Majestät bekleidet ist. In Folge dieser Unserer Allerhöchsten Bevollmächtigung erklären Wir, daß all dasjenige, was der Banus von Croatien verordnen, verfügen, beschließen und befehlen wird, als mit Unserer Allerhöchsten königlichen Macht verordnet, verfügt, beschlossen und befohlen anzusehen ist; daher Wir auch allen rechtlichen, Civil- und Militärbehörden, Beamten, Würdenträgern und Bewohnern, weß immer Standes und Ranges Unseres Königreiches Ungarn, Siebenbürgens und aller Nebenländer, hiermit allergnädigst befehlen, daß sie den durch Baron Josoph Jellachich als Unseren bevollmächtigten Königl. Kommissär unterschriebenen Befehlen in Allem eben so nachkommen und gehorchen, als sie Unserer königlichen Majestät zu gehorchen verpflichtet sind. Sechstens. Insbesondere tragen Wir Unserem königlichen Kommissär auf, darüber zu wachen, daß gegen die Angreifer und Mörder Unseres Königl. Kommissärs, Obersten Franz Lamberg, so wie gegen alle Urheber und Theilnehmer an dieser entsetzenden Gewaltthat, mit der ganzen Strenge der Gesetze verfahren werde. Siebentens. Die übrigen laufenden Geschäfte der Civil-Verwaltung werden einstweilen von den, den einzelnen Ministerien zugewiesenen Beamten nach Vorschrift der Gesetze geführt werden. Wie sonst die Einheit der Wahrung und Leitung der gemeinsamen Interessen der Gesammt-Monarchie auf bleibende Weise hergestellt, die gleiche Berechtigung aller Nationalitäten für immer gesichert und auf dieser Grundlage die Wechselbeziehungen aller unter Unserer Krone vereinigten Länder und Völker geordnet werden sollen, wird das Geeignete mit Zuziehung von Vertretern aller Theile berathen und im geeigneten Wege festgestellt werden. Gegeben zu Schönbrunn den 3. Oktober 1848, Ferdinand m. p. Adam Reosey m. p. Minister-Präsident.

Petersburg den, 28. September. Am 21. September haben die Magyaren theils durch regulirte Militär, theils mit Hilfe der Nationalgarde wieder St. Thomas angegriffen, die Waffengewalt der Magyaren bestand aus 50,000 Mann und 70 Kanonen. Kriegsminister Mesaros hat die Armee persönlich angeführt. Morgens um 4 Uhr fing von Seite Ungarns der Angriff und die Kanonade gegen St. Thomas an, das Bombardement, welches bis Nachmittags 3 Uhr dauerte, war furchtbar, der Donner der Kanonen verhallte den ganzen Tag, so daß man ihn ununterbrochen bis Pedenwerdorn hörte, nicht desto weniger haben die Ungarn eine bedeutende Niederlage erlitten, die Serbier haben förmliche Cathaten aufgebaut, die einen Triangel bilden, 20 Schuh hoch und 10 Schuh breit, so daß St. Thomas ganz eingeschlossen ist; die Bresche mit Kanonen selbst ist unmöglich zu nehmen. Während des Bombardements langte das ganze serbische Lager von den Komerschanzen und Streg vor St. Thomas an. Die Serben haben die Ungarn auf drei Seiten angegriffen und dabei ein so furchtbares Kartätschenfeuer entwickelt, daß auf die ersten Decharges eine ganze Eskadron Husaren stürzte; die Verwirrung der ungarischen Truppen wurde beispiellos, der Kriegsminister Mesaros konnte sich mit Mühe retten, die ungarischen Truppen mußten nach einem blutigen Kampfe trotz ihrer Uebermacht weichen. Die Serben haben 16 Kanonen erobert, und die Ungarn bis Heppes und Kolos verfolgt; der Verlust der Ungarn beläuft sich bei 3500, unter ihnen der Baron Trepp.

Schweiz.

Bazort. Die heutigen Bernerblätter (vom 4ten) bringen die gestern erwähnte neueste Note des österreichischen Gesandten vom 1. d. Die Hauptstelle lautet: „Der Herr Feldmarschall anerkennen vollkommen die wohlmeinenden Absichten, welche den letzten Beschlüssen der hohen Tagsatzung in Betreff Tessins zum Grunde liegen, und sobald er über deren Vollziehung und Handhabung beruhigt sein wird, ist er bereit, die von ihm angeordneten Maßregeln sofort zurückzunehmen. Den nach Tessin abgeordneten eidgenössischen Herren Kommissärien wird es ein Leichtes sein, ihm diese Beruhigung zu geben, und somit überläßt sich der Unterzeichnete der wohlbegründeten Hoffnung, daß in Folge offener und vertrauensvoller Mittheilung zwischen den eidgenössischen Herren Kommissärien und dem Herrn Feldmarschall das erwünschte gute Nachbarverhältniß auch in Tessin sich nunmehr wieder herstellen werde."

Frankreich.

*Paris, 3. Oktober. Heute früh drangen 2—300 entlassene Mobilgarden gewaltsam in das Präfekturhotel ein und suchten dort vom Präfekten eine Monatsbohnung zu erzwingen. Drei Viertelstunden hielten sie den Präfekten eingesperrt, ein Polizeikommissär, der mit seinen Leuten im Hofe der Präfektur sich befand, mußte nach fruchtbarer Mißhandlung und in Todesgefahr in ein nahes Kaffehaus sich flüchten. Ein schnell herbeigeeiltes Dragonerregiment befreite den Präfekten. Gegen 10 Uhr erschienen abermals 200 Mobilgarden mit einer rothen Fahne vor der Präfektur, wurden aber von der Infanterie schnell mit dem Bajonett auseinandergetrieben. Nun warf sich ein Theil in die Vorstadt Croix Rouge. General Gemeau rückte ihnen sogleich nach und 200 Mann etwa hatten die Hauptzugänge nach Lyon zu besetzt. Um 10½ Uhr durchritt der General in Uniform mit seinem Stabe und seiner Eskorte die Stadt. — Um Mitag war die Gährung im Zunehmen. Man hat versucht, eine Barrikade in der Rue Mercière zu nehmen. Die Dragoner und die Linientruppen erwiesen ihren Kreis und drängen die stets wachsende Menge zurück. Die Bewegung wird von den Freunden Raspails geleitet.

Nachschrift.

Die Frankf. O-P.-A.-Z. bringt in ihrem amtlichen Theil einen „Erlaß des Reichsverwesers an sämmtliche deutsche Regierungen" in Betreff der Truppenaufstellungen bei Frankfurt, Kreuznach, Freiburg, an der Iller und in Tyrolerngen, und der Absendung eigener Reichskommissäre in jene Gegenden, wo bereits auffallende Ruhestörungen vorgekommen sollen oder zu besorgen sind, mit Bezeichnung der Aufgabe dieser Kommissäre. Die getroffenen Maßregeln für Wiederbildigung der Ordnung und der Gesetze sollen fortbestehen, bis nach Wiederbefestigung des Friedens und vollständiger Wiederkehr des Sinnes für Ordnung. Am Schlusse des Erlasses heißt es, daß die im südwestlichen Deutschland aufgestellten Reichstruppen nun auch dazu dienen sollen, „den gerechten und billigen Forderungen Deutschlands nöthigenfalls die erforderliche Unterstützung zu gewähren, Forderungen, die von der provisorischen Centralgewalt gegen einen Nachbarstaat (die Schweiz) bereits erhoben sind, der schon zwei Mal in diesem Jahre es gewagt, das räuberische Schaaren auf seinem Gebiete sich sammelten, um von da aus Einfälle in einen Theil Deutschlands zu unternehmen, die mit der Gründ des Bürgerkrieges zu entzünden." (Das ganze Aktenstück morgen.)

In der Sitzung der Reichsversammlung zu Frankfurt am 6. erlaubte sich Möller aus Oels abermals gröbliche Beleidigungen gegen den Präsidenten von Gagern.

*Wien, 5. Okt. Die Postverbindung mit Ungarn ist noch immer unterbrochen; man kann sonach nichts Gewisses erfahren. Auch ist die Brücke von Pressburg abgetragen worden. Bei Bruck an der Leitha werden bedeutende österreichische Truppenmassen zusammengezogen; allenthalben wird gerüstet. Die in Graz geworbenen Freiwilligen, welche nach Italien bestimmt waren, sind auf ihr eigenes Verlangen zur Armee des Banus abgegangen. Desgleichen ist ein Bataillon Italiener von hier, welches Hinneigung zur akademischen Legion gezeigt hatte, schleunigst nach Ungarn zur kroatischen Armee kommandirt worden. Der Banus hat von Raab aus, wo er General Roth mit 7000 Mann zurückließ, seine Richtung nach Wieselburg genommen, was hier zu dem Gerüchte Anlaß gab, er wolle nach Wien ziehen, um dort — natürlich im Einverständniß mit der Camarilla — den alten Zustand wieder herzustellen. Unsere Radikalen erfassen diesen Gerücht aufzubeuten! Von den Operationsplane, den man hier zu Gunsten des Banus entworfen haben soll, erzählt man sich, ein gallizisches Korps werde in Nordungarn einbrechen, von Siebenbürgen aus solle Baron Puchner an der Spitze wallachischer Truppen heranziehen. — An der Nach vom 1. auf den 2. Okt. sollen dringende Depeschen aus Pest an den Kriegsminister gelangt sein. Man fürchtet, daß daselbst wieder der Unruhen ausgebrochen sein dürften.

Die Wiener Post vom 6. Okt. ist ausgeblieben. Man spricht von Unruhen, welche dort ausgebrochen sein sollen.

Vergleichig der Preistetäger bei dem gestrigen Rennen am 8. Okt. 1. Preis. Kolslmayer, Xaver, Privatier von Landshut. 2. Preis. Kränkl, Xaver, bürgerl. Lohnkutscher von München. 3. Preis. Plattenberger, Anton, Oekonom von Frauenberg. 4. Preis. Trappentreu, Felix, Bierbrauer von Schwaben. 5. Preis. Neumayer, Josoph, Tafermeirth von Freising. 6. Preis. Kottbauer, Josoph, Handelsmann von Tristern. 7. Preis. Mayer, Josoph, Branntweiner von Straubing. 8. Preis. Maier, Johann, Oekonom von Straubing. 9. Preis. Mayer, Cajetan, Oekonom von Sulzberg.

J. B. Hegl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 89.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 8 fl. Halbjährig 4 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Dienstag den 10. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einschaltungsbehörde: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 9. Oktober.

Se. Maj. der König haben unterm 6. Oktober die Stelle des Landwehrdirektionsinspekteurs des 7. Landwehrdistrikts von Niederbayern mit dem Range und der Uniform eines Landwehroberstlieutenants dem Landwehrmajor und Bataillonskommandanten zu Landau Karl Graf v. Leyden zu übertragen geruht.

Erlaß des Reichsverwesers
an sämmtliche deutsche Regierungen.

Von der provisorischen Zentralgewalt für Deutschland.

In dem Runderschreiben vom 22. September 1848 hat die provisorische Zentralgewalt sich bereits ausgesprochen, daß sie Hand in Hand mit den deutschen Regierungen Maßregeln treffen werde, damit dem Gesetze, dessen Vollzug in manchen Theilen Deutschlands stille steht, wieder Geltung und kräftige Wirksamkeit werde. Sie hat an diese Erklärung die Aufforderung geknüpft, alle Behörden und Beamten, sowie jene Institute, die zur Verbreitigung der Ordnung und der Gesetze bestehen, zur eifrigen Pflichterfüllung ernstlich zu ermahnen. Nun ist es aber wohlbekannt, daß die Beamten häufig Bedrohungen, selbst Mißhandlungen, sich ausgesetzt sahen, wenn sie pflichtgemäß vorgegangen sind, und daß die gesetzlichen Kräfte oft nicht ausreichen, der eingerissenen Zügellosigkeit zu steuern. In diesen Verhältnissen liegt die Aufforderung für die provisorische Zentralgewalt, Sorge zu tragen, daß diesen Uebelständen sofort abgeholfen werde. Als eine dazu geeignete Maßregel wurde die Aufstellung bedeutenderer militärischer Streitkräfte an verschiedenen Punkten Deutschlands erkannt, — bei Frankfurt, Kreuznach, Freiburg, an der Iller und in Thüringen, — nicht minder die Abfendung eigener Reichskommissäre mit ausgedehnten Vollmachten in jene Gegenden, wo bereits auffallende Ausschreitungen vorgefallen oder zu besorgen sind. Die Aufgabe dieser Reichskommissäre wird dahin gerichtet sein, durch das Ansehen der Zentralgewalt und durch die ihr zu Gebote stehenden umfassenden materiellen Mittel die thätigen Bemühungen der einzelnen Regierungen, die Herrschaft der Gesetze durchzuführen, kräftig zu unterstützen, und die Reichstruppen sind nur dazu bestimmt, zu dieser Unterstützung mitzuwirken und die Versuche Jener zu bekämpfen, die einen gewaltsamen Umsturz der bestehenden Verhältnisse (resp. den gesetzliche und friedliche Umgestaltung überall eingeleitet ist) beabsichtigen, die die persönliche Sicherheit einzelner deutschen Bürger oder ihr Eigenthum angreifen, oder bedrohen, und die damit Zustände der Gesetzlosigkeit herbeizuführen bemüht sind, die nie und nimmer geduldet werden dürfen. Die entgegenkommende Bereitwilligkeit, mit der bisher gegangenen Anordnungen entsprochen wurde, die musterhafte Haltung der deutschen Reichstruppen, der herzliche Empfang, den sie bei der Bevölkerung aller Gegenden fanden, und der ungetrübt freundliche Verkehr, der zwischen den Bürgern und den Kriegern herrscht, bethätigt, daß das deutsche Volk und die deutschen Regierungen über die Richtung der getroffenen Maßregeln nicht irre sind, daß sie darin eine Bürgschaft für die Bewahrung ihrer Freiheit erkennen, die nur unter dem Schutze der Ordnung und Gesetzlichkeit gedacht, und daß sie in einer einheitlichen und kräftigen Durchführung jener Verfügungen, welche die Wohlfahrt Deutschland bereiten, nur beruhigende Gewähr einer erkenslichen Zukunft und einer Durchbildung aller staatlichen Verhältnisse erblicken. Die provisorische Zentralgewalt wird daher, sicher der Zustimmung aller wahren Vaterlandsfreunde, die getroffenen Maßregeln so lange bestehen lassen, bis der theilweise unterbrochene innere Friede befestigt, der Sinn für Ordnung vollständig wiedergekehrt ist, und bis die vollständige Beruhigung gewonnen sein wird, daß die Gesetze und ihre Durchführung überall vollständige Geltung finden. Ein Theil jener Reichstruppen, die im südwestlichen Deutschland aufgestellt sind, soll aber überdieß auch dazu dienen um den gerechten und dringenden Forderungen Deutschlands nöthigenfalls die erforderliche Unterstützung zu gewähren, Forderungen, die von der provisorischen Zentralgewalt gegen einen Nachbarstaat bereits gestellt sind, der schon zweimal in diesem Jahr es gewagt, sich räuberische Scharen auf seinem Gebiete sich sammeln, um von da aus Einfälle in einen Theil Deutschlands zu unternehmen und dort die Gräuel des Bürgerkrieges zu entflammen. Frankfurt a. M., 2. Oktober 1848. Der Reichsverweser ges. Erzherzog Johann. Der Reichsminister des Innern ges. Schmerling. (Fr. O.-P.-A.-Ztg.)

Deutsche Reichsversammlung.

λ. Frankfurt, 6. Oktbr. Sie kennen den Antrag wohl bereits*), welcher gestern bei der Behandlung des Ansinnens des hiesigen Appellationsgerichts wegen Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung gegen die Abgeordneten Blum, Günther, Zitz, Schlöffel, Simon von Trier von den Abgeordneten Schmidt aus Schlesien und Wiesner gestellt wurde. Der Präsident v. Gagern, der schon am Anfang der Sitzung den Vorsitz an den ersten Stellvertreter (Simson) übertragen hatte, entrüstet über das Unwürdige des Benehmens der Antragsteller, trat auf die Rednerbühne und stellte den Antrag, daß ein besonderer Ausschuß niedergesetzt werde, der gutachtlichen Bericht über die etwa gegen die beiden Antragsteller zu ergreifenden Maßregeln zu erstatten habe. Er äußerte in seiner Motivirung, daß eine Frechheit, wie sie hier vorliege, auch bei bedeutenden Maßnahmen erforderte. Die Linke setzte stürmische Ein Ordnungsruf gegen Gagern, Simson verweigert denselben. An Folge dessen wird von Schaffrath vorgeschlagen, auch die Aeußerung Gagerns und die Weigerung Simson's ihn zur Ordnung zu rufen dem nemlichen Ausschusse zur gutachtlichen Aeußerung vorzulegen. Die Versammlung beschließt, den Ausschuß zu wählen um ihm sowohl das, was Gagern, als das, was Schaffrath gerügt, zur Beurtheilung zuzuweisen. Sofort nach dem Schlusse der öffentlichen Sitzung traten die Abtheilungen zusammen und wählten den fraglichen Ausschuß. Der Ausschuß trat noch am gestrigen Abend zusammen, berieth über den ihm zugewiesenen Gegenstand und faßte, so viel ich weiß, folgende Beschlüsse: Die Herren Schmidt und Wiesner werden aufgefordert, ihren Antrag zurückzunehmen und sich vor der Versammlung zu entschuldigen, widrigenfalls die Sitzungen zu meiden. In Bezug auf die Aeußerung Gagerns und das Verfahren Simsons kommt der Schluß dahin überein, daß kein Grund zu irgend einem Einschreiten vorliege. Heute wird der Ausschuß zur Anhörung des Berichts zusammentreten, so daß er schon in der nächsten Sitzung wird erstattet werden können. Leider stellt sich immer mehr die Nothwendigkeit heraus, daß die Nationalversammlung ein förmliches Disziplinargericht errichte, wenn die Ordnung im Hause wirksam aufrecht werden soll. Dieß zeige sich auch heute wieder, indem während der Rede des Hrn. v. Vincke von Mehreren gröbliche Verletzungen sowohl des Präsidenten (von Seite des Hrn. Wöbler von Oels) als einzelner Mitglieder (von Seite des Hrn. v. Gaweykagen) vorgekommen sind. Es ist in der That betrübend, wenn man sich durch solche leidige Erfahrungen übergingen muß, daß Abgeordnete des Volks, in seiner männlichen Mäßigung entbehren, welche man von ihnen zu erwarten berechtigt ist.

⊙ Frankfurt, 7. Sept Der Württemberger-Hof-Klubb ist in voller Auflösung begriffen, ein Drittheil seiner Mitglieder, etwa zwanzig, mit Rob. Mohl, Wurm, Riesser, Stahl, Pözl sind ausgetreten, um sich der rechten Seite des Hauses zu nähern, oder sich mit der Mainlust, einer Abzweigung des Kasinoklubbs zu verschmelzen, ein anderer Theil unter Mittermaier's Leitung will weiter Links steuern, und den Verein in der Westendhalle verstärken, allwo dann die Doktrinäre vom reinsten Blute beisammen wären; das letzte Drittel ist noch unentschieden, neigt sich aber dem Ministerium zu, unter ihnen ist Grumbrecht aus Lüneburg und der Oberschwabe Gfrörer. Die Mehrheit, welche sich in dieser Weise für das Reichsministerium gebildet hat, ist weit über Bedauf hinreichend, um alle Maßregeln durchzusetzen, welche im Laufe der Woche zur Niederdrückung der Ausruhrparteien vorgelegt wurden. Unter diesen Maßregeln steht oben an die beantragte Verhaftung der Abgeordneten Zitz, Simon von Trier und Schlöffel, wegen ihrer auf der Pfingstwiese gehaltenen Reden, die Verhaftung Blum's und Günther's wegen verschiedener Schandartikel in deren Reichstagszeitung, und endlich die Ausweisung einer förmlichen Genugthuung oder Abbitte, zu welcher die Abgeordneten Wiesner aus Wien, Schmidt aus Schlesien und Köstler aus Oels wegen „frecher" Anträge und Aeußerungen gegen die Reichsversammlung unter Androhung des Ausschlusses (dann wenigstens eben bis heute die Absichten in der hiesige niedergelegten Kommission) angeklagt werden sollen. Die Ausschüsse, welche zur Berichterstattung über diese Angelegenheiten ernannt wurden, sind in einer Weise zusammengesetzt, daß den Angeschuldigten wenig Hoffnung bleibt, ungestraft durchschlüpfen zu

*) Der Antrag lautet: In Erwägung, daß es wünschenswerth sei, daß die Nationalversammlung sich dem Volke in ihrem wahren Charakter zeige, möge dieselbe die Verhaftung der 3 angeklagten Mitglieder ohne Weiteres genehmigen.

können, und ist mit Bestimmtheit vorauszusagen, daß das von der sogenannten „Frechheitskommission“ ausgearbeitete Disziplinargesetz zur Aufrechthaltung der Würde und Ordnung in der Reichsvertsammlung an Schärfe dem nicht nachstehen wird, welches zum Schutz der Versammlung gegen äußere Angriffe, sowie gegen Beschimpfungen durch Schriften und Bildwerk vorgelegt und gestern berathen wurde. Ein solch einträchtiges Zusammenwirken von drei Viertheilen der Mitglieder der Paulskirche wird jedoch leider, wie aus vielen Anzeichen hervorgeht, nicht länger andauern, als bis der gemeinsame Feind, das rothe Jesuiten- und Jakobinerthum, zu Boden getrieben ist, dann wird, veranlaßt zunächst durch die Vorlage des Reichsverfassungsentwurfs eine ganz andere Parteistellung eintreten, die rechten und linken Sonderbündler werden gegen die reichsgesinnte Minie gemeinsame Sache machen, die einen, um möglichst vollständig die Staatensouveränetät zu retten, die andern, um sich, gedeckt durch dieselbe, Privatrepublikchen an der Schweizer-Grenze, in Thüringen und wo sonst noch der Boden dafür günstig erscheinen möchte, herrichten zu können, denn in Frankfurt die Oberhand zu gewinnen, haben die Herren für jetzt aufgegeben. Schon in der gestrigen Sitzung machte Schaffrath dem Ministerium offen den Vorwurf, daß sein Auftreten ungeschickt sei, weil es die Souveränetät der Einzelstaaten mißachte. — Eine weitere vielleicht noch gefährlichere Klippe droht dem gedeihlichen Zustandekommen unserer Verfassungswerkes in dem Verhältnisse der deutschen Großstaaten zu ihren nicht deutschen Ländertheilen. Unsere Linke, die gewöhnlich sie Alles Sympathien haben, nur nicht für Deutschland Größe und Macht, möchten es gern sehen, wenn Oesterreich von Ungarn und Italien losgerissen; auf diese Länder dann in die Hände oder wenigstens unter den Einfluß von Deutschlands Feinden gerathen würden, macht ihnen wenig Sorge, wenn sie nur Oesterreichs Macht zernichten, und dafür die ihre in die Höhe bringen könnten; — doch liegt hier nicht die eigentliche Gefahr, sondern darin, daß man sich namentlich im Norden Deutschlands nicht über die Idee eines nach französischem Muster zurechtgeschnittenen Nationalstaates zu erheben vermag in Folge dessen für ein bundesgenossenschaftliches Verhältniß der Deutschland zugewandten und durch Oesterreich ihm mittelbar verbundenen Länder die wahre Form nicht auszufinden vermag; ja, offen gesagt, sind auch noch unsäuberte Intriguen einer Partei mit im Spiele, die vor Allem dahin trachtet, Oesterreich von Deutschland auszuschließen, — um allein der Sohn im Korbe zu bleiben, der Vater will den Sohn in den Reichsverfassung aufgenommen wissen, daß kein deutscher „Fürst zugleich auch Regent eines nicht deutschen Landes sein dürfe“, während höchsten Falle das Umgekehrte, kein fremder Fürst darf über deutsche Lande herrschen, als möglich gedacht werden kann. Hält man sich an die auch schon durch v. Radowitz aufgestellte Ansicht eines bundesgenossenschaftlichen Verhältnisses zu der Deutschland gegenüber Fremde, so wäre damit der Schlüssel zu einer gedeihlichen Lösung des schleswig-holstein und polnisch-posenschen Frage gefunden, um wir entgingen dem gefährlichen Zwiespalte entweder große Ländercomplexe freiwillig von unsere Einde ausbrechen zu müssen, um dafür ein wohlunsormirtes zwei Drittels-, vielleicht noch kleineres Deutschland einzuzwängen (denn Oesterreichs Beispiel würde anstedend wirken), oder uns in einen allgemeinen Krieg zu verwickeln, den wir zwar nicht zu fürchten brauchen, aber doch nicht ohne Grimm veranlassen dürfen; besonnlich sind nämlich die auswärtigen Mächte mit der Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund nicht einverstanden, obgleich sie zugeben müssen, daß dies Land durch alte Gesetze unzertrennlich mit Holstein verbunden ist. Der künftige Herzog von Holstein, als Mitglied des deutschen Bundes, könnte demnach ganz füglich als Regent in Schleswig das Mittelglied bilden, um auch letzteres Land bei Deutschland zu erhalten, ohne daß eine förmliche Aufnahme in den Bund vonnöthen wäre.

Bayerische Verhältnisse.

Der Landrath der Pfalz.

** Der Landrath der Pfalz hat seine Arbeiten bereits geschlossen. In Mitten einer stürmbewegten Zeit, wo wir nur zu oft die ruhige Erwägung der Dinge und die unbefangene Würdigung der Interessen verdrängt sehen durch den wilden Kampf sich überstürzender Leidenschaften, hat der Landrath der Pfalz seine Aufgabe in einer Weise begriffen und gelöst, die den wahren Freund der Freiheit und des Vaterlandes nur mit Freude erfüllen kann. Dieselbe verdient um so mehr gerechte Anerkennung, je mehr wir in den von dem Landrothe als dem gesetzlichen Organe des Kreises oben so freimüthig als loyal ausgesprochenen Gesinnungen und Wünschen die wahre Stimme der großen Mehrheit der braven Pfälzer ersennen. Ohne sich beirren zu lassen durch das Geschrei und das Drängen und Treiben einer kleinen aber um so keckeren Minorität, welche in der Pfalz vielleicht mehr als irgenwo in der jüngsten Zeit den gesunden Sinn des Volkes zu berücken, es für ungesetzliche, auf den Umsturz der ganzen bestehenden Ordnung zielende Zwecke zu gewinnen bestrebt war und dafür alle möglichen Hebel und Triebfedern in Bewegung setzte, — unbeirrt dadurch hat der Landrath der Pfalz treu seiner Pflicht gegen Thron und Volk, alle das Wohl des Kreises betreffenden Fragen mit ernster Sorgfalt berathen und die Wünsche und Anträge der Pfälzer mit vertrauensvoller Offenheit, mit männlichem Freimuthe vor den Thron gebracht. Wir haben die innigste Ueberzeugung, daß die Regierung denselben nach Kräften und Möglichkeit überall Rechnung tragen wird. Das obgeordnete Protokoll des Landrathes der Pfalz über seine Verhandlungen gibt ein schönes, ehrendes Zeugniß von dessen Thätigkeit und dem guten Geiste wahren Bürgersinnes der die Versammlung beseelte. Auf dem praktischen Felde der Thatsachen sich haltend, nur von seiner, auf ernster reiflicher Prüfung der Verhältnisse hervorgegangenen, nach jeder Seite hin unabhängigen Ueberzeugung geleitet, nirgends in hohlen nichtssagenden und zu nichtsführenden Deklamationen sich ergehend, deutet beredsam die ihm vorhandenen dürftenden Gebrechen und Mängel in den verschiedenen Verwaltungszweigen des Kreises an, und wünscht Abhülfe, Verbesserungen. Er hat dadurch das ihm zustehende Recht, eine ihm obliegende heilige Pflicht geübt. Kriechender Schmeichelei wie kleinlicher Nadelsucht gleichsterne, das bereits vorhandene Gute anerkennend, das noch fehlende rücksichtslos andeutend, hat er sich Wahrheit nach jeder Seite hin zum Aufgabe gestellt, und dadurch der guten Sache eben so sehr gedient, als — wir sind festen Ueberzeugt — nur im Sinne und nach den Wünschen der Regierung selbst gehandelt. Die Zeit wird kommen, wo das Wolf seine wahren und seine falschen Freunde. jene die es mit der Freiheit und der Landes Wohl ernstlich meinen, und jene, die das Wort Freiheit nur zum Aushängschild oder Deckmantel ihrer heillosen Plane nehmen, überall gerade heilige Pflicht geübt. Kriechender Schmeichelei wie kleinlicher Nadelsucht gleichsterne, das bereits vorhandene Gute anerkennend, das noch fehlende rücksichtslos andeutend, hat er sich Wahrheit nach jeder Seite hin zum Aufgabe gestellt, und dadurch der guten Sache eben so sehr gedient, als — wir sind festen Ueberzeugt — nur im Sinne und nach den Wünschen der Regierung selbst gehandelt. Die Zeit wird kommen, wo das Wolf seine wahren und seine falschen Freunde. jene die es mit der Freiheit und der Landes Wohl ernstlich meinen, und jene, die das Wort Freiheit nur zum Aushängschild oder Deckmantel ihrer heillosen Plane nehmen, überall gerade an und verwindender erkennen und aussprechen wird. Der Tag der Gerechtigkeit wird nicht ausbleiben für die Männer die unos jetzt lästern, und bereits viele von den Lästern nicht werth sind den Staub von den Füßen zu lehren. Die Lüge, der Trug, die Falschheit treiben jetzt ein ergos Spiel mit dem bethörten Volke: aber der Sinn dieses Volkes ist zu gesund, als daß er sich in die Länge eine Binde vor die Augen ziehen ließe. Dieses Volk selbst, in den man setzt die Wahrheit zu stützen sucht, vor der unwiderstehlichen Macht der Thatsachen zerfinnt, wenn die Dinge in ihrer wahren Gestalt erscheinen, dann werden die Scharlatane, die jetzt mit dem braven Volke ihr Spiel treiben zu können meinen, zu spät und auf eigene Kosten einsehen lernen, daß dieses Volk sich nicht ungestraft hintergehen läßt. Die Männer aber, welche die schimme Geschaft es auf den Märztagen zu Grabe getragenen Systems übernehmen mußten und sie auch redlich bemühen, die neue Aera auf gesetzlicher Freiheit und Sünden wieder gut, das konstitutionelle System zu einer Wahrheit zu machen, die wahre Freiheit auf festen, dauernder Basis zu begründen, diese Männer werden für die Schwächungen und Verdächtigungen, denen auch sie jetzt sich ausgesetzt sehen, Ersatz finden in dem Bewußtsein ihres patriotischen Strebens und in der gerechten Würdigung, welche ihnen die Zukunft nicht versagen wird.

Wir lassen nun einige Auszüge aus den Protokollen des Landrathe der Pfalz folgen, welche den besten Beleg zu dem oben ausgesprochenen Urtheil über das Wirken desselben liefern.

Ein Blick auf die Loge des deutschen Gesammtvaterlandes kommt dabei an den ersten Platz ein. Gelegt zum Eingange des bisherigen Provisoriums hat Baiern erlitten, wie in der Zeit der langen Friedens seit der Freiheitskriegen der Zustand des deutschen Volkes keinenwegs den gerechten Ansprüchen desselben entsprochen habe, wie es nach Außen zersplittert und unmächtig dastand, im Innern der Druck der Zensur jede freie Regung darniederhielt, die ständischen Verfassungen theils verkümmert, theils gar nicht gegeben, so sagt wahr und offen ausgesprochen wurden. Denn heißt es weiter: „Aber das Verlangen nach der Einigung, das Streben nach bürgerlicher und politischer Freiheit war in Deutschland erwacht und Seiner Majestät erlauchter Vater war unter den Fürsten Deutschlands der erste, welcher seine Stimme kräftig erhob für einen edlen deutschen Volksstamm, und unter dem aufgeleiten Zorte seufzend, sich gegen seine Drängen erhob. Auf den Thron der Pfalz, der Königin, wie ihn die Geschichte nennt, besteigend, Gefühlen durchdrungen; Ihm wird es nicht schwer fallen, in Gemeinschaft mit Bayern und treudig die Opfer zu bringen, aus denen die Einheit Deutschlands begründet werden soll. Nicht unterjochen sollen die einzelnen Stooten, aber von der Ostsee bis zum adriatischen Meere, vom Rheine bis zur Donau soll das deutsche Reich als ein einziges, einiges, freies, nach Außen geachtetes Volk erstehen. Auch die Pfalz schließt sich als einen Theil in dem Ganzen, als ein Glied in der großen, deutschen Kette, aber darum verlängnet sie nicht die Gefühle der Liebe und Anhänglichkeit an ihren angestammten Fürsten, deren Ahnen Wiege sie war, und der uns im Bündnisse mit allen wahrhaftigen Deutschen dem großen Ziele zuführen wird.“

Der Landrath erinnert dann daran, wie die Pfalz mit Stolz auf die Vergangenheit zurückblicken könne, wenn selbst in den Zeiten der größten Erregung sei die gesetzliche Ordnung durch keine gewaltsamen Störungen gerrüth worden. Dies sei die Frucht der Institutionen, welche die Pfalz seit einem halben Jahrhundert besitze, der Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Unabhängigkeit der Rechtspflege, der von allen Privilegien befreiten Gleichheit vor dem Gesetze, und der Befreiung des Eigenthums von den drückenden Lasten des Feudalismus.

Nun werden als noch zu erstrebende Hauptpunkte für den Pfälzer bezeichnet: Ausbildung und feste Begründung der politischen Rechte, Befreiung der ihm so theuer gewordenen Rechtspflege von fremdartigen Elementen, größere Selbstständigkeit des Kreises in seiner Verwaltung und Vertretung nach Außen hin verfolgen. Das Streben nach diesen Verbesserungen und als das letzte Band bezeichnet, das sich um Fürst und Volk schlingen möge. „Möge es niemanden in aller Zeit gelingen, sich zwischen dieselben zu drängen! kann wird die Pfalz sich glücklich schätzen unter ihrem geliebten Könige Mor.“ Wir sagen dazu freudig unser Amen!

Auf die Einzelheiten der nun folgenden Wünsche und Anträge einzugehen, würde der Raum unseres Blattes nicht gestatten; auch wer es und vorerst nur darum zu thun, diegebührende Anerkennung dem trefflichen Geiste und dem praktischen Takte zu zollen, welche der Landrath der Pfalz bei seinen jüngsten Verhandlungen bewährt hat.

Deutschland.

Frankfurt, 6. Oktbr. An dem Punkte, wo der unglückliche Fürst Lichnowsky von seinen Mördern die Todeswunden erhielt, soll, wie man hört, eine Versöhnungskapelle errichtet werden, zu welchem Behufe die Unterzeichnungsliste kurz ganz Deutschland, um die Kosten aufzubringen, in Umlauf gesetzt werden wird. Auch Auerswald, der unsern davon in einem Chaisiergraben seinen Geist ausdauchte, soll dabei gedacht werden. Der Pappelbaum auf der Bornheimer Heide, bei welchem Lichnowsky ge-mordet wurde, und den ein grosses mit dem Meisel eingegrabenes L. be-zeichnet, ist seiner Rinde um seiner Aeusten Zweige soll ganz beraubt. Hier verbrannte Engländer vornämlich drängten sich Sorbei, diesen unschuldigen Raub zu begehen. Ebenso sind an dem schon erwähnten Punkte des Chaussiegrabens und in dessen Umgegend die kleineren Steine sorgfältig aufgesammelt worden, um als Erinnerungszeichen an die dort begangene Mordthat aufbewahrt zu werden. (Schw. M.)

Bayern. — Bamberg, 3. Okt. Zu den Barrikadenkämpfern in Frankfurt hat auch die hiesige Stadt ihr Kontingent geliefert. Ein Dr. G., ein exaltirter Republikaner, ist Folge seines erhaltenen Schuhwunde so einem Frankfurter Spitale geworben; ein anderer Schüler des Aeskulap soll auf den Barrikaden geblieben sein. Auch beim Freischaarenzug in Baden scheinen hiesige Republikaner betheiligt zu sein. (Mannh. Z.)

Frankreich.

** **Paris**, 5. Okt. **Das Gerücht, Oesterreich weste entschieden die Vermittlung Frankreichs und Englands in der italienischen Frage zurück, machte heute grosses Aufsehen in der Nationalversammlung. Die Kriegs-partei benutzt dasselbe bereits in ihrem Interesse aus. — Lutzig Napoleon, der von mehrerem Wahlbezirken zugleich zum Abgeordneten gewählt ist, hat sich für Annahme der Wahl von Paris (als seiner Vaterstadt) ent-schieden. — Die Verhandlung über den Antrag, welcher den Präsident der vollziehenden Gewalt ermächtigt werden soll, war an der Tagesordnung. Die Kommission schlägt Ernennung durch das allgemeine Stimmrecht vor. Heslir Prat (vom Berge) bekämpft diesen Antrag, und spricht zu Gunsten der Ernennung durch die Nationalversammlung, deren Arm die vollziehende Gwalt sein solle. Er erlegt das allgemeine Gelächter durch Aufstellung von Sätzen wie: „der Mensch ist eine Regierung,“ kann „das Gehirn ist eine wahre gesetzgebende Gewalt“ „es gehortet ein Kopfe.“ Wenn man nicht einen von der Versammlung selbst ernannten Präsidenten an die Spitze stelle, werde unvermeidlich ein Kampf zwischen ihm und der Nation-alversammlung entstehen. Sei der Präsident minder stark als sie, so werde man seine starke Gewalt haben, sei er stärker als sie, so sei er also stark. Mit einem Worte, er hatte einen durch ganz Neue gewählten Präsidenten für die Monarchie in der Republik und darum stimme er gegen den Entwurf. Hr. v. Tocqueville vertheidigt energisch denselben. Das Land erwarte, von seinem Rechte Gebrauch machen zu dürfen. Ob man etwa an der republikanischen Gesinnung des Volks zweifle? Nur im Lande könne die Versammlung ihre Stütze finden. Von ihm könne man sich nicht losjagen. Ihm seien die Ereignisse, wie ein Staatsstreich. Er wolle vor Allem Schutz dagegen, daß die Revolution nicht wieder auf die beiläufigen Abwege ihrer ältesten Schwester (von 1793) gerathe. (Großer Beifall und lebhafte Aufregung folgten dieser Rede.) — General Cavaignac ist nicht ernstlich krank, sie litt nur an einem Schnupfen. — Raspail verlangt an den Arbeiten der Nationalversammlung Theil nehmen zu dürfen. Aufgerufen bekam die Angeklagten Sobrier, Albert, Blanqui und Barbes ein Gesuch um baldigst Urtheil über sie eingereicht. — General Lebreton beabsichtigt der Nationalversammlung die Errichtung eines besonderen Korps von 400 Mann zu ihrer Sicherheit vorzu-schlagen. — Der Gesundheitszustand ludwig Philipps zu Claremont soll seiner Familie ernstliche Besorgniße einflößen. Man bringt damit die Reise der Königin der Belgier nach Claremont in Verbindung, welche bereits zu Claremont angekommen ist.

△ **Paris**, 4. Okt. Der Finanzausschuß hat nun seinen Bericht über das rektifizirte Budget der Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1848 vorgelegt. Die Gesammtheit der Kredite für das Etatsjahr 1848 beläuft sich auf die Summe von 1 Milliarde 549 Millionen 549,15 Franken. Die Regierung schlug vor, sie auf die Summe von 1 Milliarde 781 Mil-lionen 372,486 Franken zu verringern; der Finanzausschuß hat sie nun auf die Summe von 1 Milliarde 776 Millionen 935,277 Franken festge-stellt. Die Einnahmen mit Inbegriff der Reserven der Schuldentilgungs-kasse wurden nach den wahrscheinlichsten Annahmen zu 1 Milliarde 467 Millionen 662,818 Franken angeschlagen — also ein Defizit von mehr als 300 Millionen. Dieser Defizit soll nun durch Anleihen gedeckt werden, die bereits aufgenommen sind. Freilich bleibt auf diese Weise nichts für das Jahr 1849 übrig — dieses muß seine Ausgaben mit seinen Einnah-men in Einklang zu bringen suchen. An den Budgets des Heeres, der Marine und der öffentlichen Arbeiten kann keine Ersparung statt fin-den, das erkennt der Finanzausschuß selbst an. Das Budget des Heeres bleibt sonach festgestellt auf die Summe von 432,254,724 Fr. und wurde gegen das vom vorigen Jahre um 208 Mill. Fr. erhöht. Der Effektiv-bestand des Heeres wird sich am Ende des Jahres 1848 auf 502,715 M. und 100,293 Pferde belaufen. Das Budget der Marine wurde um 6,537,615 Fr. erhöht und beläuft sich auf 151,978,520 Fr. Das Bud-get der öffentlichen Arbeiten beläuft sich auf 217,323,688 Fr. und die Totation für den außerordentlichen Dienst dieses Ministeriums auf 126, 250,000 Fr. Ersparungen wurden eingeschärft bei den Ministerien der Justiz, des Innern und des Aeußern durch Verringerung der Gehalte der Beamten und Einziehung von Stellen. Hauptsächlich sind es die diplo-matischen Agenten im Auslande, welche eine bedeutende Verringerung ihrer Gehalte erfahren; z. B. der Gesandte in London erhält nun statt 300,000 nur mehr die Hälfte, der in Madrid statt 170,000 nur 80,000 Fr., der in Petersburg statt 300,000 nur 120,000 Fr., der in Wien statt 200,000 Fr. nur 90,000 Fr. und so sind die Gehalte sämmtlicher Gesandten mit Aus-nahme derer in Bern, Karlsruhe, Frankfurt und des Auditors bei Rom in Rom mehr oder minder verringert worden. Auch die Gehalte der Prä-fekten der Departemente haben ziemlichen Abzug erlitten, wie die der Un-terpräfekte, Generalsekretaire und Präfecturräthe. — Ob übrigens im näch-sten Jahre die Einnahmen hinreichen werden, die Ausgaben zu decken, daran zweifelt man hier bedeutend und sieht nun recht gut ein, warum der Finanzminister bereits auf Mittel denkt, einem möglichen, ja voraus-sichtlichen Defizit des nächsten Jahres zuvorzukommen einerseits dadurch, daß er das Anerbieten einer Anleihe von Seiten des Hauses Bruny in London nicht unbedingt abweist, andererseits durch Emittirung von Papier-geld. — Immerhin ist es aber eine traurige Wirthschaft; bekommen zu müssen, daß man wohl nothwendig für das Haus heute sorgen könne, den nä-chsten Tag aber dem guten Glücke überlassen müsse!!

Spanien.

* **Madrid**, 30. Sept. Man erwartet, daß die morgige Gazeta die Einziehung der Stelle des obersten Chefs der Polizei verkünden wird. Man will sie mit dem Ministerium des Innern vereinigen. Auf Befehl des Finanzministers ist eine Monatsgehaltung an die aktiven und pensionir-ten Staatsdiener ausbezahlt worden und zwar zur Hälfte in Geld, zur Hälfte in Scheinen der St. Fernandsbank.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 5. Okt. 5proz. Metall. 78½ Brief, 77½ Geld, 4proz. 67, 3proz. 47, 2½proz. 41⅞, 1834er 500 fl.-Loose 127. 1839er 250 fl.-Loose 85. Bankaktien 1085. Nordbahn 104½. Glogauer 94. Bemberg-Mailand 69. Budweis —. Lloyd 65½. Pesth 62. Siena 54. Ypenninenbahn 95½.

Amsterdam, 5. Okt. 2½proz. Integr. 44½. — 3proz. Schuld 52½. — 4proz. 69½. — 3½proz. Brief 69½. — Dänemärkische Anleihe —. Arodus Sprotz. à 510 Pfd. St. —. Spanische Anleihe à 6000 fl. —. Certificats —. — Portug. 3proz. 23½. 4proz. —. Russische 4proz. bei Pope — bitto bei Stieglitz —. 5proz. —. Polnische —. 4proz. bitto 30½.

Berlin, 6. Okt. **Inländischt Fonds, Pfandbriefe, Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuldscheine** 73½. L. 73½. Gem. Sch. Präm. Sch. 87½. P. 87½. 4 74 Gem. K. u. Nm. Schuldv. — P. — Ger. Stadt-Obl. — P. — Westpreuß. Pfandbr. — P. 80½. Grossherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. 96½. P. — 3½proz. — P. 76½. Ostpr. Pfandbr. — P. 86. Pomm. Pfandbr. 89½. P. — Kur- u. Neum. Pfandbr. 89½. P. 88½. Schlesische Pfandbr. — P. — Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. — P. — Preuß. Bk.-Anth. Sch. 86½. P. 85½. Friedrichsd'or 13½. P. 13½. Ausländische Fonds. Holländ. Kraal. Obligat. 49 P. Dukaten 95½. P. 94½. P.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 86. **Berl.-Hamburg** 63½. **Berl.-Stettin-Stargarder** 88. **Berl.-Potsdam-Magdeb.** 54½. 1½ bz. **Magdeb.-Halberstadt** 102½. **Magdeb.-Leipziger** —. **Halle-Thüringer** 51½. **Köln-Minden** 75. P. 74½. **Köln-Aachen** 52½. **Nieder.-Märk.** —. **Ober-schles. Litt. A.** —. **Litt. B.** —. **Steele-Vohwinkel** 31. **Niederschles.-Märk.** 69 bz. **Niederschles.-Märk. Zweigbahn** —. **Oberschles. Litt. A** 89. P. 88½. **Litt. B** 89. P. 88½. **Cöln-Crefeld-Oberberg** —. **Breslau-Freiburg** —. **Rhein.-Oberschles.** 43. P. **Berg.-Märk.** 57. P. **Stargard-Posen** 66½. **Gl.**

Quittungsbogen: Berl.-Anh. 99½. 1 bz. **Starg.-Posen** —. **Brieg-Neisse** —. **Magd.-Wittenberg** —. **Aachen-Mastricht** —. **Thür.-Berlin.-Bahn** —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt 83½. **Berlin-Hamburg** 89. **Berl.-Potsdam-Magdeb.** 90. P. 78. P. 4proz. 87. P. **Magdeb.-Leipziger** —. **Halle-Thüringer** 82½. **Köln-Minden** 88½. 1 bz. **Rhein. v. Staat gar.** —. **Rhein. 1. Prior.** —. **Rhein. Stamm-Prior.** 68½. P. **Düsseldorf-Elberfeld** —. **Niederschles.-Märk.** 4proz. 82 bz. 3proz. 94½. P. 94¼. bz. **Litt. Serie 88½. Gl. Zweigbahn** 4½proz. 69½. bz. 3proz. 75½. **Oberschles.** —. **Crefeld-Oberberg** —. **Steele-Vohwinkel** 76 etw. bz. **Breslau-Freiburg** —.

Paris, 5. Okt. 5proz. 44.15, 5proz. 69.45. **Schatzsch.** —. **Bankaktien** 1575.—. **Staatsobligationen** 1100.—. **Wier Kanäle** 845.40. **Compt. von Algier** —.—. **Belg. 5proz. von 1840** — von 1842 —. 4½proz. —. 3proz. —.—. 2½proz. —.—. **Belg. Bank** —. **Neapl. 5proz.** —.—. **Röm. 5proz.** —. **Span. 5proz.** 23¼. **Aktive** —. **Passive** —. **Piem.** —.—. **Haiti** —.—. **St. Germain** —.—. **Versailles (rechte)** —.—. **(linke)** —.—. **Orleans** 651.25. **Rouen** 397.50. **Paris** 787.50. **Marseill.** 145.—. **Basel** 82.50. **Virgon** 230. **Bötslingen** —.—. **Versailles** —.—. **Nordbahn** 365.—. **Montereau** —.—. **Lyon** 362.50. **Straßburg** 333.—. **Rantes** 320.—. **Dieppe** —.—. **Seraux** —. **Montpellier** —.—. **La Teste** —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Haf- und National-Theater.

Dienstag, 10. Okt: „Wallenstein Tod", Trauerspiel von Schiller. (Dr. Kunst: Wallenstein, als Gast.)

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Bohl, Privatier, von Eisenach. v. Raula, Banker, von Stuttgart. Merkl, Rentierad, von Straubing. Fischer, Hütteningenieur. Meier, Privatier, von Augsburg. Wiedmeyer, Lieutenant, von Straubing.

Hotel Maulik. Lady Linlay, Miß Sickes und Barlow, Rentierad, aus England. Jordan, Kaufmann von Elberfeld. Lütke, Gutsbesitzer, von Bernburg. Schrader, Privatier, von Kaufbeuren. Walter, Kaufmann, von Schwäbisch-Gmünd. Haber, Kaufmann, von Kirchstube. Dellmann, Kaufmann, von Bremen.

Gold. Kreuz. Hirschfeld, Rentier, von Salzburg. Hasdorf, Rentier, von Werl. Dr. Geiß, von Hamburg. Schäffer, Kaufmann, von Augsburg. Steinhauser, Gutsbesitzer, von Kempten. Ottmarzhofer und Zeller, Landrichter, von Bittenhausen. Reuter, Landrath, von Altenstadt.

Gold. Hahn. Herz, Kaufmann, von Frankfurt. Bachmann, Kaufmann, von Kitzingdahen. Riederich, Gutsbesitzer, von Dresden.

Blaue Traube. Baron Leoprechting, von Landshut. Kemnitzer, Buchhalter, von Landshut. Dr. Textor, von Würzburg. Schmitz, Kaufmann, von Köln. Eichenberg, Kaufmann, von Hardurg. Engel, Kaufmann, von Nürnberg. Weipprecht, von Bopfen. Möring, Fabrikant, von Offenbach. Wermwülker, Kaufmann, von Zürich. Wieland, Kaufmann, von Augsburg.

Stachusgarten. Prerer, Privatier, von Memmingen. Schraffetter, Jäger, von Augsburg. Siegeldey, Kommis, von Augsburg. Hamel, Wirth, von Unterseled. Heiser, Geschäftsführer, von Haardt. Schmidt, Gutsbesitzer, von Dettingen.

Gestorbene in München.

Maria Edelmann, Zimmermannstochter, 34 J. a. Joseph v. Kirchbaum, königl. Staatsrath rc., 91 J. a. Mathilde Burger, königl. Stadtpfarrersköchter, 15 J. a. Joseph Kapus, Steuerkassier-Jurisdictionsrath, 43 J. a. Georg Buntner, Lampenanzünder, 57 J. a.

Bekanntmachung.

168. Nachdem der Antrag mit Belegen um Beschäftigung bei der königl. Steuer-Kataster-Kommission sich seit einiger Zeit auffallend mehrt, so wird, zufolge hohen Direktorial-Auftrags hiemit bekannt gemacht, daß durchaus kein Personalbedarf vorhanden sei, sohin alle solche Bittgesuche unberücksichtiget gelassen werden müssen.

München den 5. Oktober 1848.

Sekretariat der königl. Steuerkataster-Kommission.
Wirthmann, königl. Sekretär.

150. (2b) Montag den 16. Oktober l. Js. Vormittags 11 Uhr werden bei unterzeichnetem Amte die in dem ganzen künftigen Etatsjahre 1848/49 sich ergebenden Papierstempel öffentlich versteigert, und die näheren Bedingnisse den Kaufsliebhabern eröffnet.

München den 1. Okt. 1848.

Königl. Haupt-Münz- und Haupt-Stempel-Amt.

Versteigerung.

154. (3b) Montag den 16. Oktober werden im königl. Zeughäuse (Leonorengasse Nro. 26) mehrere Partien getrockneter Weinreben und Dreschgewand an die Meistbietenden gegen baare Bezahlung öffentlich versteigert, Kaufsliebhaber werden hiemit eingeladen.

München den 2. Okt. 1848.

Königl. bayer. Hofjagd-Intendanz.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

144. (3b) Dienstag den 17. Oktober 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat September 1847, und zwar von Nro. 95,419 bis 103,964.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags vorgezeigt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Dienstag den 24. Oktober 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 28. Sept. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

F. Negrioli, Maz.-Verw.

Sanck, Kassier. — Offenbrunner, Kontrolleur.

72. (1) Man sucht für zwei Knaben einen Hofmeister katholischer Religion, der ganz gebil französisch spricht, kand nicht nur deutschen und lateinischen, sondern auch Unterricht im Klavier zu geben versteht. D. Uebr.

Stelle-Gesuch.

(3b) Ein junges Frauenzimmer, welches französisch spricht und in allen weiblichen Arbeiten wohl erfahren ist, sucht eine Stelle als Bonne. D. Uebr.

Stelle-Gesuch.

164. (3) Ein junger Mensch von 30 Jahren, der schon 4 lateinische Schulen studirt hat, wünscht als Sekretär bei einer Herrschaft, oder als Ausgeher in einem Bankierhause, oder in einer Handlung, oder sonst an geeigneter Stelle plazirt zu werden. Das Nähere bei diesseitiger Expedition.

147. (3b)

Renten-Anstalt

der

Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Die VII. Jahresgesellschaft zählte am Schlusse von 1847 ein Einlage-Kapital von fl. 29,225 und es hat sich daselbe im Laufe des Jahres 1848 nicht unbeträchtlich vermehrt. Trotz der Ungunst der Zeitverhältnisse wird man also erwarten dürfen, daß diese Gesellschaft gegen den Jahresschluß die zur Konstituirung erforderliche Größe erreichen werde. Die Bank-Administration lädt daher die Theilnehmungslustigen ein, ihre Einlagebeträge bis längstens Ende November entweder direkt bei den Bank-Kassen in München und Augsburg oder bei den an allen bedeutenderen Orten aufgestellten Agenten einzuzahlen.

Da die bayer. Renten-Anstalt unter der Garantie der Bank sich einer Sicherheit erfreut, wie keine andere ähnliche Anstalt, so wird sie in vieler schwierigen Zeit auch ein besonderes Vertrauen ansprechen dürfen, wenn sie gleich die Hoffnungen derer nicht zu verwirklichen vermag, welche von einer kleinen Einlage gleich in den ersten Jahren eine bedeutende Rente erwarten. Die Renten-Anstalt hat die Bestimmung, für die spätere Jahre des Lebens eine Vorsorge zu treffen, unabhängig von Unglücksfällen und Zufälligkeiten; dieses Ziel wird sie auch erreichen, aber sie bedarf dazu der Zeit, und man muß daher mit Gewalt die Wirkungen abwarten, welche die Grundbestimmungen in Aussicht stellen.

München 28. September 1848.

Die Administration der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.
Franz Xaver Riezler,
Direktor.

Bestellungen auf die

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung,

welche nach bestehender Uebereinkunft alle amtlichen Verkündigungen der Centralgewalt von dieser ausschließlich empfängt, und die aus sichrer Quelle die zugehenden Nachrichten auf das schleunigste veröffentlichen wird, so wie auf das Konversationsblatt, bittet man in Frankfurt a. M. bei der Zeitungsexpedition und auswärts bei jedem Postamte machen zu wollen.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich: 1) in dem Postbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr.; — 2) in den Königreich Württemberg, den Großherzogthümern und im Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr.; — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxischen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an.

Redaktion der Ober-Postamts-Zeitung.

170. Im Hause Nro. 14 in der Promenadestraße sind zwei schöne Wohnungen, die eine im 1. und die andere im 2. Stocke für das nächste Ziel Georgi zu vermiethen. Nähere Auskunft am Promenadeplatz Nro. 18 im Comptoir.

162. (2b) Am Promenadeplatz Nro. 17, an der Sonnenseite, ist eine schöne große Wohnung, der ganze erste Stock, nebst Stallung auf 4 Pferde, Remise für mehrere Wägen, Keller, Speicher und allen übrigen Bequemlichkeiten, für Ziel Georgi 1849 zu vermiethen und Näheres zu ebener Erde zu erfahren.

Ediktal-Citation.

Zachert Maria von Grünwald gegen Obermaier Joseph von Schwaben p. pan.

(2b) Nachdem Joseph Obermaier, Zimmergeselle von Schwaben, die Aufforderung vom 13. Juni („Münchener politische Zeitung" Nro. 166 vom 25. Juni l. Js.) unbeachtet gelassen, so wird derselbe in Folge des von der klagenden Vormundschaft des unehelichen Kindes der Taglöhnerstochter Maria Zachert von Grünwald, Namens Maria, geboren am 22. Mai 1842, erhibirten Contumacial-Anrufens vom 9. pmes. 25. Sept. hiemit aufgefordert, innerhalb binnen eines weiteren Termines von 60 Tagen auf die Klage vom 22. pmes. 30. Dez. v. Js. um so gewisser seine Vernehmlassung abzugeben, als er sonst im Latitationsangslalle mit seinen Einreden ausgeschlossen, und die Klage im Hinblicke auf die mit derselben übergebenen Urkunde gemäß §. 18 Nro. 1 der Prozßnovelle vom 17. Nov. 1837 für zugestanden erachtet werden würde.

Am 30. Sept. 1848.

Königl. bayer. Landgericht Ebersberg.
Der Königl. Landrichter:
Liebl.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Deutsche Reichsgewalt.

Herr Donelson, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der nordamerikanischen Freistaaten bei der deutschen Reichscentralgewalt, hielt am 4. bei der Ueberreichung seiner Accreditive, folgende Anrede an Se. kaiserl. Hoheit den Erzherzog Reichsverweser: „Kaiserliche Hoheit! Es kommt mir keine größere Ehre zu Theil werden, als die Ueberreichung des Schreibens, welches mich bei Ew. kaiserl. Hoheit als bevollmächtigter Minister der Vereinigten Staaten beglaubigt. Aus eigenem Antriebe war ich bereits früher, ehe unser Präsident von der Errichtung der Centralgewalt Deutschlands Kenntniß erhalten konnte, so frei gewesen, die Gefühle der Freundschaft und Theilnahme unseres Landes auszusprechen. Das Schreiben, welches ich jetzt die Ehre habe, Ew. kaiserl. Hoheit zu überreichen, beweist, daß der Präsident völlig damit einverstanden war, und daß meine Mitbürger die Wünsche für das Fortschreiten der Centralgewalt theilen. Möge es mir erlaubt sein, Ew. kaiserl. Hoheit zu gleicher Zeit zu versichern, daß ich von meiner Seite keine Anstrengung scheuen werde, um die Art der Beziehungen, so weit es mein Amt betrifft, genehm zu machen. Die Vereinigten Staaten haben kein Interesse, welches denen Deutschlands entgegensteht. Sie werden, wo es in ihrer Gewalt steht, dem Wirken der provisorischen Centralgewalt und der Nationalversammlung immer mit freundschaftlicher Sorgfalt entgegenkommen. Möge deren Bemühung, die Staaten Deutschlands in eine gesetzmäßige Bundesregierung zu verschmelzen, mit Erfolg gekrönt werden, und dadurch Deutschland größer und stärker, seine Völker freier und glücklicher werden, — das ist der aufrichtige Wunsch jedes guten Amerikaners. Möge es mir gleichfalls erlaubt sein, das Vertrauen zu erwähnen, welches der verehrliche Charakter Ew. kaiserl. Hoheit meinem Landsleuten einflößt. Dieselben betrachten Ew. kaiserl. Hoheit als einen sichern Bürgen für Deutschlands Einheit, ohne Krieg und gewaltsame Umwälzungen. Die Vereinigten Staaten, unerschüttert von der göttlichen Vorsehung, die ihnen einen Wahlsinn verlieh, haben der Welt gezeigt, wie viele Vorzüge eine politische Organisation, die auf Selbstverleugnung und brüderliche Eintracht gegründet ist, vor einem System des Sonderinteresses und nationaler Zwistigkeiten besitzt. Meine Landsleute hegen die Hoffnung, daß auch Deutschland eben so gelegene sein, und daß die Zeit kommen wird, wo die Nachwelt den Namen Ew. kaiserl. Hoheit neben den von Washington stellen wird, nicht sowohl wegen Lorbeeren, die auf Schlachtfeldern gepflückt worden sind, als wegen der hohen Weisheit und Staatsmannes, der seine Mitbürger überzeugt haben wird, ihre Uneinigkeiten und Lokalstreitigkeiten für immer zu begraben, und vermittelst patriotischen und herzlichen Einverständniß, eine verbündete Regierung, öffentliche Ordnung, Achtung des Privatrechtes, nebst der Freiheit des Individuums und der Unabhängigkeit der Eingesessenen zu errichten. Meine Regierung und meine Landsleute wissen, daß es nicht Machtfülle, sondern Weisheit ist, welche allein die Aufmerksamkeit derjenigen freuten Nationen auf sie wenden, die im Begriff sind, ihr politisches System abzuändern. Deshalb enthält sich der Amerikaner sorgfältig jeder thätigen Theilnahme an den innern Streitigkeiten anderer Völker, welche Bezug auf ihre Regierungsform haben. Man weiß in Amerika, daß jede rechtsgültige Institution nur dann als nützliches Element dienen kann, wenn sie durch freies Volksvotum hat, nicht nur in materieller Hinsicht, sondern auch in allen andern Beziehungen, welche ein Jahrhundert charakterisiren, in welchem Wissenschaft und Tugend unumgängliche Bedingungen nationaler Größe und individuellen Wohlergehens ausmachen. Daher sind die Gefühle, deren Dolmetscher ich bin, keineswegs aus propagandistischen Interessen hervorgegangen, im Gegentheil sind sie aus vollkommener Beobachtung für die Staaten und Völker Deutschlands entstanden, für diejenigen Staaten und Völker, die nach ihren edlen Ursprung, ihre Zahl, ihre Intelligenz, ihre geographische Lage und ihre Produkte verdienen unter den ersten Nationen der Erde einen Rang einzunehmen."

Die Antwort Sr. kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs-Reichsverweser lautete wie folgt: „Es freut mich aufrichtig, einen Abgesandten der amerikanischen Freistaaten bei der deutschen Zentralgewalt beglaubigt zu sehen, und ich spreche dies mit dankbarer Anerkennung der freundlichen Zuvorkommenheit aus, welche Ihre Regierung hierbei bewiesen hat. Diese Zuvorkommenheit kann nur dazu beitragen, die Bande innigen Einvernehmens und warmer Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland noch fester und dauerhafter zu knüpfen. Welchen hohen Werth ich auf diese Bande lege, bedarf wohl keiner Versicherung, und das Vertrauen, mit welchem ich an deren unerschütterlichen Bestand glaube, wird noch durch die Ueberzeugung verstärkt, daß die politischen und die geistigen wie die materiellen Interessen beider Länder der Art sind, eine Erfüllung meiner Hoffnungen zu verbürgen. Viele deutschen Stammes haben in dem gastfreien Amerika eine zweite Heimath gefunden, und sind dort mit Wohlwollen aufgenommen worden. Auch dies muß dazu beitragen, die innigen Beziehungen zwischen den Vereinten Staaten und Deutschland immer mehr und mehr zu befestigen. Möge das Andenken Ihres großen Washington und die segensreichen Vermächtnisse, welche seine Weisheit, seine seltenen Tugenden uns sein unsterbliches Vaterlandsliebe Amerika hinterlassen haben, nie aufhören, unter diesen Völkern zu leben. Auch Ihnen für diesen edelsten der Männer stelle eine hohe Verehrung im Herzen getragen, und in ihm ein erhabenes Vorbild alles Trefflichen erkannt. Wie er, werde auch ich meinen höchsten Ruhm darin suchen, das Vertrauen, welches Deutschland in mich setze, durch mein redliches und taktvolles Streben zu rechtfertigen, meinem geliebten Vaterlande durch Begründung gesetzlicher Ordnung und innerer, wie äußerer Ruhe, die Segnungen ungetrübten Friedens zu sichern. Diese meine Bemühungen werden aber durch die Freundschaft der auswärtigen Mächte, und insbesondere durch jene der edlen amerikanischen Nation wesentlich gefördert werden. Ich baue fest auf dieselbe und werde Alles aufbieten, meinerseits zu deren Erhaltung beizutragen. Es ist mir in dieser Beziehung von ganzer Vorbedeutung, daß Sie Herr Gesandter ermuthigt worden sind, Ihre Regierung bei mir zu vertreten. Ihr biederer Charakter, Ihre gereifte Einsicht und Ihre bekannte Zuneigung zu dem braven deutschen Volke sind bereits bewährt, und haben Ihnen schon in meinem Vaterlande die allgemeine Hochachtung erworben. Ich finde hierin eine hinreichende Bürgschaft, daß Sie aufrichtig mitwirken werden, meine und Ihrer Regierung Absichten auf Brüderlichkeit nach Kräften zu fördern. Ich heiße Sie recht herzlich bei mir willkommen."

Neue Umwälzungen in Wien. — Flucht des Kaiserh.

* Aus unseren heute angekommenen Wiener Briefen vom 7. Oktober tragen wir das Wichtigste zu dem in unserer heutigen außerordentlichen Beilage gegebenen Berichte nach. Schon um 6 Uhr Morgens des 6. Okt. wurden von einzelnen Nationalgarden und Studenten die Schienen auf der Nordbahn zerstört, um die Abfahrt der deutschen Grenadiere (Brandenburg, Preußen und Heß) zu verhindern. Die Officiere wollten nun die Truppen zu Fuß nach Günserndorf führen, welchem Vorhaben sich die anwesenden Nationalgarden widersetzen, indem sie an der Laborbrücke eine Barrikade errichteten. Da man die schlechte Stimmung dieser Truppen kannte, so schickte das Ministerium mehrere Eskadrons Reiterei zur Eskorte der Grenadiere. Nun aber gingen diese zur Nationalgarde über, welche sogleich ein Joch der Brücke zerstörte. Jetzt rückte Slassan-Infanterie gegen die Aufrührer an, von Kanonen unterstützt. Aber auch die akademische Legion ihrerseits eilte der Nationalgarde zu Hilfe, und nahm die gewagte, aber vortheilhafte Stellung auf dem Eisenbahndamm ein. So standen sich die Parteien einander gegenüber, als plötzlich 4 Kanonen neben Munitionswagen von einigen Arbeitern ohne den geringsten Widerstand der Artilleristen weggenommen wurde. Auf vieles Ein formirte die Slassan-Infanterie einen Kreis und feuerte. Nun folgte Scharge auf Scharge, und unter Anführung des Generals Braida (nach andern Brede) verfuchen die treuen Truppen den Eisenbahndamm zu stürmen, da stürzt der General von einer Kugel durchbohrt vom Pferde, und die Rebellen dringen siegreich vor. Die Stadtthore wurden von der Legion und Garde besetzt, die Sturmglocken ertönten und ein Kriegskommite wurde gebildet. Um 1 Uhr Mittags sich auch die Nationalgarde von der Wieden zu den Aufrührern. Die Gärten vom Kärnthner Viertel, treu ihrem Schwure, wollen sich der aufrührerischen Wiedener Garde auf dem Steyhanksplatze entgegen, waren aber zu schwach um einen entschiedenen Angriff zu bewerkstelligen. Um 3 Uhr rückten drei Kavalgonien Pioniere mit 4 Kanonen durch das noch von Soldaten besetzte Burgthor in die Stadt und eröffnen ein lebhaftes Kartätschenfeuer gegen die angreifenden Rebellen, welchen es übrigens gelingt, die Kanonen zum Schweigen zu bringen. Während man hier kämpft, werden in der Stadt Barrikaden gebaut. Auf den Basteien steht Artillerie der Bürger und Nationalgarden. Zwischen 5 und 6 Uhr wurde der schändliche Mord an dem edlen Latour verübt. Seine Papiere nahm der razende vom Tiger geworbene Pöbel in Beschlag und brachte sie auf die Universität. Bei der heldenmüthigen Vertheidigung des Zeughauses durch die treuen Garden und Pionierabtheilungen wurde den stürmenden Aufrührern bedeutender Schaden zugefügt, und erst als das Zeughaus zu brennen anfing, ergab sich die hochherzige Besatzung derselben nach einem ununterbrochenen Kampfe von 6½ Stunden bis 7½ Morgens! Die Nationalgarden hatten sich durch im letzten Augenblicke durch einen unerschrockenen Klang dem ihnen drohenden sichern Verderben zu entziehen gewußt. Vergeblich kamen die braven heldenbrigen Männer auf eine Unterstützung von Außen gehofft! In der Reichstagssitzung vom 6. geht es stürmisch zu. Um 7 Uhr Abends wird eine Kommiss on ernannt — meist Mitglieder der Linken — der die exekutive Gewalt übertragen wird, nachdem sich, wie wir bereits gemeldet haben, die Versammlung bereits als permanent erklärt, und Smolka zum Vorsitzenden ernannt hat. (Die sind Bekanntmachungen des Reichstags haben wir bereits gezeben.) Der Abg. Scherzer wird auf Kudlichs Antrag zum provisorischen Kommandanten der Nationalgarden ernannt. F. M. L. Auersperg erhielt die Weisung, sich jedes Einschreitens mit seinen Truppen zu enthalten. Um 8 Uhr Abends wird mit allgemeiner Acclamation (?) der Versammlung beschlossen, die Legion mit neuer Munition zu versehen! Um 2½ Uhr Morgens neuer Erlaß an F. M. L. Auersperg, daß er nur auf Befehl des Reichstages zu handeln habe. — In der Reichstagssitzung vom 7. Okt. wird beschlossen, daß der neuzernählte Gemeinderath sogleich in Wirksamkeit zu treten habe. Um 11 Uhr erfährt der Reichstag durch den Minister Kraus die Abreise des Kaisers nach Schönbrunn, womit das Gerücht eine Proklamation des Kaisers zurückgelassen, im Einklange spricht, daß er Wien wegen dessen Ruhe zum Aufruhr verlasse und von einem andern Punkte aus geeignete Maßregeln treffen werde.

Darauf hin wird beschlossen: Der Reichstag übernimmt die konstituirende und exekutive Gewalt und sendet Kommissäre mit diesem Erlasse in die Provinzen. Bei dem Postschlusse am 7. war ganz Wien bewaffnet und äußerlich ruhig.

— Münchlichen Nachrichten, welche hier eingetroffen sind, zufolge hatte Graf Auersperg dem Befehle des Reichstags nicht gehorcht, sondern die Stadt 24 Stunden lang bombardirt. — Die Adresse des Kaisers ist außer an seiner Ursprungsadresse angegebenen Grundes, durch den moralischen Zwang erfolgt, den auch vielleicht drohende Einschüchterungsversuche beigestellt waren, durch welche man ihn Aktenstücke unterschreiben lassen wollte, mit denen er nicht einverstanden sein konnte. Aus Graz erfahren wir vom 7., daß eine telegraphische Depesche vom 7. Okt. 10 Uhr 15 Min. Morgens die Wiener Ereignisse bereits dort bekannt machte. Von Klagenfurt ist am 28. Sept. das 3. Bataillon, auf dringenden Befehl nach Wien in Eilmärschen abmarschirt.

Bayerische Verhältnisse.

** Aus dem Bamberger Tagblatt ist ein Artikel in einige Münchener Lokalblätter übergegangen, in welchem die Auflösung von Patrimonialgerichten l. Klasse des oberfränkischen Regierungsbezirks als der Allerhöchsten Verordnung vom 9. Sept. 1848 zuwiderlaufend, als bloße Erpressungsmaßregel und die Rechtshilfe bei den ohnehin schon überlasteten Landgerichten erschwerend dargestellt wird.

Wir sind in den Stand gesetzt, hierüber nachstehende Aufklärungen zu geben.

Die Allerhöchste Verordnung vom 9. Sept. l. J. bestimmt, daß jene Herrschafts- und Patrimonialgerichte I. Kl., welche nicht (wegen allzugeringen Umfangs oder nach Maßgabe bestehender besonderer Verhältnisse) durch besondere Anschließung aufgelöst werden, nach dem 1. Okt. als kgl. Gerichts- und Polizeibehörden fortbestehen sollen.

Auf Grund dieses Vorbehaltes wurden die 56 Patrimonialgerichte I. Kl. in Oberfranken, welche von so geringem Umfange sind, daß sie bisher schon durch 18 Beamte verwaltet wurden, mit königl. Genehmigung durch gemeinschaftliche Entschließung der Staatsministerien der Justiz und des Innern nach dem gemeinschaftlichen Antrage der zuständigen Kreisbehörden aufgelöst.

Motive dieser Entschließung waren außer dem geringeren Umfange dieser Gerichte die Rücksicht auf die Zersplitterung derselben in mehreren Landgerichtsbezirken und die in einzelnen Gerichtsbezirken herrschende Stimmung, durch welche die bisherigen zuvorderrichten Beamten in gedeihlicher Wirksamkeit mehrfach gehemmt waren. Auch pflichtgetreue Fürsorge, daß mit möglichst geringster Belastung der Staatskasse der Staatszweck erreicht werde, wirkte auf den Beschluß mit ein.

Bei jenen Landgerichten, welche durch Zutheilung von bisher gutsherrlichen Gerichtsbezirken einen mit ihren Arbeitskräften außer Verhältniß stehenden Arbeitszwachs erhalten, muß natürlich auch eine Vermehrung der Zahl der Nebenbeamten eintreten, dieß jedoch kann nur nach Maßgabe des hervorretenteren Bedürfnisses verfügt werden.

Deutschland.

Sächsische Herzogthümer. — Folgendes ist die bereits von uns erwähnte Ansprache des k. sächs. Generalmajors an die Bewohner des Herzogthums Sachsen-Altenburg: „An die Bewohner des Herzogthums Sachsen-Altenburg! Die Reichs-Centralgewalt hat nach so manchen, die Sicherheit und Einigkeit Deutschlands bedrohenden Ereignissen es für nöthig erachtet, an mehreren Punkten des gemeinsamen Vaterlandes Heeresabtheilungen aufzustellen, welche die Regierungen in Erhaltung von Gesetz und Ordnung unterstützen und alle anarchischen, den Umsturz der bestehenden Verfassungen bezweckenden Bewegungen kräftig unterdrücken sollen. Das Herzogthum Sachsen-Altenburg ist zur Aufstellung eines solchen Observationskorps bestimmt, welches aus k. k. österreichischen, königl. sächsischen, großherzogl. weimarischen, herzogl. altenburgischen und fürstl. reußischen Truppen bestehen wird. Mit dem hierzu gehörigen königl. sächsischen Reichskontingente bin ich heute eingerückt und ist mir bis zum Eintreffen des das Ganze befehligenden k. k. österreichischen Generals das Kommando des das Ganze befehligenden k. k. österreichischen Generals das Kommando anvertraut worden. Unsere Bestimmung ist nicht, die gewährten Freiheiten zu unterdrücken, sondern nur zu verhindern, daß sie in Zügellosigkeiten ausarten. Ich versehe die zuversichtliche Erwartung aus, daß die Bewohner des Herzogthums ihre Stammes- und Stammesgenossen freundlich aufnehmen und mir keine Veranlassung zur Ergreifung ernster Maßregeln geben werden, wozegen sie sich der Aufrechthaltung der strengsten Mannszucht versichert halten können. Altenburg, am 2. Okt. 1848. Graf v. Haugwitz.

Oesterreichische Monarchie.

Aus Italienischem wird berichtet, daß man dort einen Ueberfall der walachischen Grenzer befürchtet und deßhalb die nöthigen militärischen Vorkehrungen trifft. Diese Grenzer sollen 4 Stunden von Deva unter Anführung des Oberstlieutenants Urban ein Lager geschlagen haben und mit dem Banus in Unterhandlung stehen. So viel ist gewiß, daß die walachischen Grenzregimenter beim Kaiser um die Erlaubniß nachgesucht haben, 24 vierten und fünften Bataillone errichten zu dürfen und daß die Walachen, die nicht zur Militärgrenze gehören, sich massenweise in die Listen der Grenzer einschreiben lassen, um von den Befehlen des ungarischen Ministeriums frei zu werden.

Schweiz.

Bern, 4. Okt. Das Amtsgericht in Biel soll die wegen Theilnahme an Umtrieben deutscher Republikaner in der Schweiz in Untersuchung gewesenen Hrn. Regotiant Becker zu einem Jahr, Professor Hattemer zu einem halben Jahr Verwahrung und Postkalter Schüler zu zwei Monaten Einstellung verurtheilt haben. (Z. Z.)

Zürich, 4. Okt. Hr. Dr. Schmitthenner hat nun Zürich definitiv verlassen, um seinen neuen Wirkungskreis als Professor in München anzutreten. Er hat zwei ehrende Anerkennungen mitzunommen, von seinen politischen Freunden ein Geschenk, (eine Landschaft des Zürcher Malers Ulrich) und von seinen Gegnern, der gesammtrathen Regierung, den Auftrag, die Redaktion des neuen Gesetzesbuchs zu Ende zu führen. (Z. Z.)

Frankreich.

**Paris, 6. Okt. Der offizielle Moniteur widerspricht heute der Angabe der „Patrie," als ob die Regierung ein der Nationalversammlung vorgeschlagenes Amendement unterstützen wolle, nach welchem die Genennung des Präsidenten der Republik bis nach dem Votum der organischen Gesetze verschoben werden soll. Die Regierung sei vielmehr überzeugt, daß die Verlängerung des provisorischen Zustandes ein Todesstoß für die Anstrengungen des Landes wäre, das unterzügliche Einsetzung einer festen Regierung wolle. Sobald daher die Nationalversammlung das Prinzip der Wahl des Präsidenten der Republik festgestellt haben werde, werde die Regierung auch von ihr Festsetzung des naben Datums dieser Wahl verlangen. Die Minister der Regierung würden es als einen Akt feindlicher Bürger betrachten, wenn sie daran dächten, die Gewalt auch nur einen Tag länger als die strenste Nothwendigkeit erheischt, in Händen zu behalten. — Die Ruhe ist nach den heute aus Lyon eingetroffenen Berichten vom 4. daselbst hergestellt worden, ohne daß es zu weiteren Zusammenstößen kam. Die so zahlreiche Arbeiterbevölkerung nahm an dem meuterischen Beginnen eines Theile der aufgelösten Mobilgarde keinen Theil. Linie und Nationalgarde wirken kräftig und einmüthig zum Schutze der Ordnung, des Gesetzes und der Behörden zusammen. Die Nationalversammlung setzte heute ihre Verhandlungen über die Art der Präsidentenwahl bis Montschluß fort.

Nachschrift.

* Wien, 7. Oktober. Der Kaiser und die ganze kaiserliche Familie haben diesen Morgen 7 Uhr das Schloß Schönbrunn unter Bedeckung von Kuirassieren verlassen und über St. Pölten wahrscheinlich sich wieder nach Linz, Salzburg und Innsbruck gewendet. Um 10 Uhr war diese Abreise dem jetzigen sogenannten Reichsrathe gemeldet worden, worauf sofort eine Kommission zur Untersuchung der Wahrheit ernannt wurde. Um 11½ Uhr faßte dann die als Reichstag für gesetzende Kinfte den folgenschweren Beschluß, daß sie die konstituirende und vollziehende Gewalt in sich vereinige. Daß ist faktisch schon die Republik, es fehlt nur noch das Wort. Wir werden sehen, ob Oesterreichs braves Volk, das in Glück und Unglück stets treu zu seinem Kaiserhause gehalten, die Schmach der gestrigen und heutigen Vorgänge endlich zunichten wird. Ich glaube es nicht. Die Details der Erwerbung Lukners sind wahrhaft gräßlich. Sogar den Leichnam nahmen diese Tiger in Menschengestalt noch zum Ziele ihrer Schüsse. Der Minister Bach scheint glücklich entkommen zu sein. Der größte Theil der Nationalgarde von Wien selbst ist zutgesinnt, und wäre nicht ein Theil des Militärs selbst verführt und bewaffnet gewesen, so war Alles Vorgefallene unmöglich. Vorzüglich Nationalgarde der Vorstädte und die Studenten waren es, die mit dem wordrischen Gesindel sich theilten. Die Truppen sammeln sich außer Wien unter Windischgrätz; vielleicht hat die Energie dieses Manns auch hier Rettung bringt. Auch auf das Anrücken Jellachichs hofft man. Aus dem Zuzuge sind die kolsbarsten Kinder geraubt worden. Das Regiment Nassau, das sich so brav gehalten, besteht durchgehends aus Gallizien. Unter den Barrikadenbauern befanden sich ungarische, polnische, französische und italienische Emissäre. Die einen Augenblick pflichtergebenen Truppenabtheilungen werden wahrscheinlich bald zu ihren Fahnen zurückkehren.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Paris, 6. Okt. 3proz. 44,15, 5proz. 68.75. Schatzsch. — **Bankaktien** 1560.—. Staatsobligationen 1100.—. Bier Kanäle 842.50. **Compt. von Algier** —.—. **Belg. 5proz. von 1840** 77½, von 1842 77½. 4½proz. 70½. 5proz. —.—. 4proz. —.—. **Belg. Bank** —. **Neap. 5proz.** 33.—. **Röm. 5proz.** 54.—. **Span. 5proz.** 23½. **Altiva** —. **Passiva** —. **Piem.** —.—. **Pakt** —.—. **St. Germain** 30 25. **Versailles (rechte)** —.—. **(linke)** 97.50. **Orleans** 650.50. **Rouen** 397.50. **Havre** 187.50. **Marseill.** 185.80. **Basel** 80.—. **Bierzon** 230.—. **Boulogne** —.—. **Bordeaux** —.—. **Nordbahn** 350.—. **Montereau** 115. **Lyon** 362.50. **Straßburg** 333.75. **Rauen** 320.—. **Dieppe** —.—. **Stesaur** —.—. **Montpellier** —.—. **La Teste** —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Dienstag den 10. Oktober 1848.

Neue Umwälzung in Wien. Flucht des Kaisers.

Oesterreich. — * **Wien**, 5. Oktober. Das Hauptquartier des Banus ist in Hochstoß. Er selbst in Wieselburg. Zwei Raketenbatterien sind von hier gestern Abends auf der Eisenbahn zu seiner Armee abgegangen. Man wird ihm, wenn es nöthig sein sollte, was sich binnen wenig Tagen herausstellen muß, aus Böhmen bewaffnete Verstärkungen zugehen lassen.

† **Wien**, 6. Oktober. 11 Uhr Vormittags. Obgleich ich nicht weiß, ob dieser Brief noch abgeht, so will ich ihn doch auf die Post geben. In der Stadt herrscht ungeheure Aufregung, man will dem Abmarsch der Truppen nach Ungarn sich widersetzen. Die Studenten und der mit ihnen sympathisirende Theil der Nationalgarde suchen denselben am Bahnhofe zu verhindern. Man bereitet die Truppen zum Widerstande, was bei einem Theil gelungen sein soll. Der größere Theil jedoch wird mit den Aufwieglern handgemein und vom Labor her hört man stark feuern. 1 Uhr. Jetzt hat sich das Gefecht in die Straßen gezogen. Die Nationalgarde in zwei Parteien zerspalten feuert auf sich, allein aus bedeutender Entfernung, so daß wenig Schaden dadurch entsteht. Soeben kommen unter meinen Fenstern 2 Kanonen vorüber von Studenten begleitet, allein ohne Munition. — 2 Uhr. In der Nähe der Post erhebt sich eine Barrikade, jedoch schlecht gebaut. Die Arbeiter scheinen sich diesemal den Studenten nicht anzuschließen.

* Wir vernehmen ferner, daß die Wiener Post in Schärding um 8. nicht angekommen ist, dagegen traf eine Staffette ein, welche ein kleines Paket mitbrachte auf dessen Kouvert bemerkt war, es brenne an mehreren Orten in Wien, das Gefecht habe einen sehr hohen Grad von Hitze erreicht, und von allen Seiten rücken Truppen gegen Wien heran.

† **Wien**, 7. Okt. Die Anarchie hat den höchsten Grad erreicht. Die benachbarten Volksthausen mit der akademischen Legion und einem großen Theile der Nationalgarde der Vorstädte, der sich ihnen anschloß, erlangten endlich, nachdem der Kampf von gestern Nachmittags bis diesen Morgen 3 Uhr fürchterlich gewüthet hatte, die Oberhand. Das Militär war weder hinreichend zahlreich, noch machte es vollen Kraftaufwand. Einige Abtheilungen von 3 niederösterreichischen und 1 italienischen Grenadierbataillon sind sogar übergegangen. Der Kriegsminister Graf Latour wurde gestern Abends 5 Uhr im Hofkriegsrathsgebäude, wohin er seine Zuflucht genommen, im 3. Stock entdeckt, auf die furchtbarste Weise ermordet und von einer Horde die Treppen herabgeschleift. Den Leichnam hing man an einen Laternenpfahl der Hauptwache vor dem Hofkriegsrathsgebäude auf! und dort blieb er bis 9 Uhr Nachts — die Feder versagt mir fast den Dienst indem ich dies schreibe — zur öffentlichen Schau hängen!!! Das Zeughaus ward fast die ganze Nacht hindurch von einigen treu gebliebenen Truppen und 2 Kompagnien Nationalgarde mit Muth gegen die andringenden Tausende vertheidigt. Erst um 3 Uhr Morgens, als jede Hilfe ausblieb, mußten sich auch diese Tapfern ergeben! Reichstagsabgeordnete waren dabei als Vermittler auf. Die Stürmenden hatten in diesem Kampfe viele Leute verloren. In der ganzen Stadt dalle die Nacht hindurch das Kanonen- und Gewehrfeuer wieder, und beständig wurde Sturm geläutet: wahrscheinlich wollte man dadurch das Landvolk herbeiziehen. Der Kaiser und die kaiserliche Familie haben die Flucht ergriffen und wie man sagt die Richtung nach St. Pölten eingeschlagen, wahrscheinlich eben dahin der Minister von Weissenberg. Der Justizminister Bach soll gestern Nacht auf der Rückkehr von Schönbrunn festgenommen worden sein und in einer der Vorstädte gefangen gehalten werden, so daß wir für den Augenblick weder Regierung noch Ministerium haben. Welches sein Schicksal sein wird bei dem Hasse den er von Seite der Gratisten auf sich geladen, läßt sich noch nicht voraussehen. Der Reichstag blieb während der Nacht ununterbrochen versammelt und hat sich für permanent erklärt. Eine große Anzahl seiner Mitglieder, meist Slaven mit dem Präsidenten Strobach sind aufgerieben und verschwunden Vom ersten Vizepräsidenten Fr. Smolka unterzeichnet, erschienen gestern mehrere Kundmachungen und Proklamationen im Namen des Reichstags. In einer derselben wird angekündigt, daß „die Mitglieder im Bewußtsein ihrer Pflicht und des Reichstags Würde durch ausdrücklichen Beschluß ihre ununterbrochene Thätigkeit ihrem Vaterlande zu widmen erklärt haben." In einer zweiten verkündet der Reichstag: „daß er eben in Berathung über die Maßregeln sei, das Militär aus dem Bezirke der Stadt zu entfernen, und eine allgemeine Amnestie für das heute Vorgefallene und zwar für alle Civil- und Militär-Personen zu erwirken." In der dritten verlangt der Reichstag die Unterstützung der Bevölkerung Wiens in der Erfüllung seiner schweren Aufgabe. Er spricht „sein tiefstes Bedauern über einen Akt schrecklicher Selbstthilfe" aus, durch welchen der bisherige Kriegsminister seinen gewaltsamen Tod gefunden, sowie seine feste Hoffnung, seinen entschiedenen Entschluß, daß von diesem Augenblick an das Gesetz und die Achtung vor demselben wieder allein herrsche. Er habe sich permanent erklärt, werde für Ordnung, Sicherheit und Freiheit und für unbedingte Vollziehung seiner Beschlüsse Maßregeln treffen. Er werde sich zugleich an den Monarchen wenden, damit das bisherige Ministerium durch ein volksthümlicheres ersetzt werde. Die Sicherheit der Stadt Wien, die linverletzlichkeit des Reichstags und des Thrones und dadurch die Wohlfahrt der Monarchie werden unter den Schutz der Wiener Nationalgarde gestellt. In der vierten werden die Minister Doblhoff und Hornbostl genannt, als welche Sr. Majestät zu Mitgliedern des neuen Ministeriums vorgeschlagen werden. Auch sei der Wunsch vor den Thron gebracht, auf Zurücknahme der Ernennung des Baron Jellachich zum Königl. Kommissär für Ungarn, und auf eine allgemeine Amnestie für alle bei den heutigen Vorfällen betheiligten Civil- und Militär-Personen. Se. Majestät habe hierauf die Willung eines neuen volksthümlichen Ministeriums mit Beiziehung der Minister Doblhoff und Hornbostl, zugesichert mit dem Beisatze: „daß Se. Majestät mit dem neu zu bildenden Ministerium die zum Wohl der Gesammtmonarchie nöthigen Maßregeln unverzüglich berathen werden, und sich der Hoffnung hingeben, daß die Bevölkerung von Wien zur Wiederherstellung eines geordneten und gesetzlichen Zustandes kräftigst mitwirken wird." Die fünfte bringt den Beschluß des Reichstags: „der Direktion der Südbahn zu befehlen, daß dafür zu sorgen sei, daß kein Militär auf der Südbahn bieher gesührt werde." Die sechste betrifft denselben Beschluß in Betreff der Nordbahn mit dem Beisatze, daß die betreffende Weisung nach Olmütz und Brünn zu geben sei. — Alle diese Beschlüsse sind natürlich von der Linken ausgegangen. — Was werden die Provinzen, was die Armee in denselben thun? 15—18,000 Mann Truppen stehen unter F.-M.-L. Auersperg noch in der Umgegend, 6000 davon sollen den Kaiser einige Meilen weit geleitet haben.

Württemberg. — **Stuttgart**, 6. Oktober. Die Republikaner unserer Abgeordnetenkammer versuchen allmählig die konstitutionell-monarchische Maske ab, und schaaren sich offen um die republikanischen Fahnen. Die gestrige Sitzung der Kammer liefert hiezu wieder einige Belege. Der Abg. Seeger (Stadtdirektor des Nesidenz Stuttgart) legte gleichfalls sein republikanisches Glaubensbekenntniß ab. Der anwesende Chef des Justizministeriums, Staatsrath Römer, äußerte hierbei sein Bedenken, wie der von den Abgeordneten und von Staatsdienern geleistete Eid auf die Verfassung sich mit Erklärungen der bezeichneten Art vereinbaren lasse. Hr. Seeger fand den Schlüssel dazu in dem Ausdrucke, daß er „nur der Theorie nach Republikaner sei." Vortrefflich! Wir wüßten nicht, wie er als Lehrerthun und Diener eines monarchischen Staates ein anderer, als theoretischer Republikaner sein könnte. Uns wenigstens ist keine in Württemberg konstituirte und anerkannte Republik bekannt, als deren Repräsentant Hr. Seeger sagen könnte: „ich bin ein wirklicher Republikaner." Die Stellung des Hrn. Seeger als Diener eines monarchischen Staates muß ihm noch sehr peinlich sein, da sie ihn in beständige Konflikte mit seiner republikanischen Ueberzeugung bringt und ihn dadurch nöthigt, anders zu handeln, als er denkt. Eine schwierige Lage für einen rechtlich denkenden Mann! Doch geben wir schnell zu einer wichtigen Erklärung Römer's über. Die Republikaner (der Theorie nach) sowohl der Kammer als des Landes hingen beständig auf möglichst schnelle Einberufung der konstituirenden Kammer, und gaben sich, in Betreff derselben, der sehr naiven Ansicht hin, daß diese über die zukünftige Verfassung des Staates frei schalten und walten könnte, als gäbe es keinen Thron, keine Verfassung, nicht einmal ein Württemberg. Staatsrath Römer ergriff in der gestrigen Sitzung eine passende Gelegenheit, sich sehr klüglig gegen eine Ansicht, wie sie bezeichnete, auszusprechen. Er legte namentlich, daß die frühere konstituirende

Versammlung keinerwegs das Recht habe, eine Verfassung zu oktroiren, daß diese vielmehr nur allein durch Vereinbarung mit der Regierung geschaffen werden könne. Die Geltendmachung jeder andern Ansicht würde als eine illegale von der Regierung bekämpft werden, und in diesem Fall dürfte es sich zeigen, daß der Thron und die Regierung stark genug sei, um wiederrechtlichen Angriffen entschieden zu begegnen. Römer hat mit dieser Erklärung dem bei weitem größten Theil der Württemberger aus der Seele gesprochen, und seine Worte werden in Berg und Thal, und, wenn wir nicht irren, selbst weit über die Gränze Württembergs hinaus ein freudiges Echo finden. Dr. Strauß trat gestern durch eine glänzende Rede sehr entschieden gegen die republikanischen Tendenzen und gegen die falschen Begriffe von Volkssouverainität in unserer Kammer und im Lande auf. Namentlich machte er mit schlagenden Worten geltend, daß es in Deutschland nur eine Volkssouverainität gebe: die des gesammten Vaterlandes, repräsentirt durch die Nationalversammlung. Die in neuester Zeit verunglückten republikanischen Bewegungen im Lande ziehen formähnend Verhaftungen nach sich. Römer äußerte neulich in der Kammer, die Regierung werde gegen die unglücklichen Verführten mit Milde, gegen die Verführer aber mit ganzer Strenge verfahren. (Karlsr. Z.)

Baden. — Dem Präsidenten des Kriegsministeriums General Hoffmann wurde nach seiner Rückkehr aus dem so siegreich als schnell beendigten Feldzuge gegen die Freischaaren im Oberlande von Seite der Besatzung zu Karlsruhe am 10. ein glänzender Fackelzug gebracht. — Die badischen Stände sind auf den 9. einberufen. — Zu Heidelberg, Mannheim, Ladenburg und Weinheim stehen jetzt preußische Reichstruppen in Besatzung.

Rastatt, 6 Okt. Die Mitglieder der „provisorischen Regierung der deutschen Republik," welche seit wenigen Tagen in den Kasematten der hiesigen Festung untergebracht waren, sind gestern Abend nach Bruchsal in das dortige Zellengefängniß abgeführt worden. Der Untersuchungsrichter, Assessor Winter von Lahr, ist gleichfalls dahin abgegangen. Hr. v. Struve und Konsorten haben übrigens im ersten Verhör keine Antwort gegeben. Außer Struve, seinem Schwager Tusar, Blind, Trautmann ꝛc., welche gestern abgegangen, sind jetzt noch nahe an 80 Gefangene hier, welche ihren Führern ohne Zweifel in wenigen Tagen folgen werden. (Karlsr. Z.)

Struve soll bei seiner Ueberstellung aus den Kasemmatten von Rastatt in das Bruchsaler Zellengefängniß in großer Lebensgefahr geschwebt haben. Die Erbitterung der Soldaten scheint durch seinen Anblick immer wieder von Neuem geweckt zu werden. Diesmal wäre es um ihn geschehen gewesen, wenn nicht der die Eskorte befehligende Offizier mit seiner Brust den Gefangenen gegen die Bajonette der eigenen Soldaten geschützt hätte.

Aus dem Wiesenthal, 5. Okt. (N. Fr. Z.) Ein sehr achtbarer Schweizer Bürger versichert als Augenzeuge, die vier Mitglieder der provisorischen Regierung in Lörrach, welche bald nach dem Gefechte von Staufen entflohen waren, hätten im Wirthshaus zu Mönchenstein, Kanton Baselland, einen schweren Sack voll Geld unter sich getheilt und seien dann nach dem Kanton Solothurn abgezogen. (Karlsr. Z.)

Freie Städte. — Aus Curhaven (Hamburger Gebiet) wird vom 4. Okt. Abends 5 Uhr (von der Börsenhalle) gemeldet, daß so eben die dänischen Kriegsschiffe, unter vollem Segel von dort in See gegangen waren.

Preußen. — ⊙Berlin, 6. Okt. Zu den vielen Greueln, die unsere guten Berliner bis heute in figuro begangen haben, ist nun auch eine in natura gekommen. Ein Esel ist in feierlicher Begleitung durch die Stadt geführt worden, dem der süße Pöbel das neue Bürgerwehrgesetz zwischen die Ohren gebunden hatte. Hr. Karbe, der edle homo literatus (nach altrömischem Sinne), war natürlich bei dieser so sinnvollen Demonstration zugegen. Auf dem Gendarmenmarkte vor dem Eingange zur Nationalversammlung wurde das Gesetz feierlich verbrannt — und dieselben Bürgerwehrmänner, die erst vor kurzem sich dahin ausgesprochen, daß sie alle Beschlüsse der Nationalversammlung kräftig aufrecht halten wollen, ließen es ruhig geschehen, und erschienen erst, nachdem die wüdige Farce vorüber war! Das Gerücht, es sei auch eine schwarzweiße Fahne bei dieser Gelegenheit verbrannt worden, wird von einem Betheiligten, einem Herrn Müller, als unwahr erklärt. Derselbe sagt aus, er habe die Fahne unter allgemeiner Akklamation geborgen. Das Manifest der Linken zur Konstituirung eines neuen deutschen Parlaments und Desavouirung des Frankfurter Parlaments (!) ist heute an die Oppositionsmitglieder der sämmtlichen konstituirenden Nationalversammlungen in Deutschland versendet worden. Der Antrag des Abg. Oesterr: die Nationalversammlung möge erklären, daß keiner Militärperson zustehe, aus eigener Machtvollkommenheit Grundrechte des preußischen Volkes und vorzüglich die Presse zu suspendiren, wurde nicht für dringlich erachtet und zur Tagesordnung geschritten.

Nach einer Mittheilung der „Fr. O.-P.-A.-Ztg." aus Düsseldorf hat Freiligrath bei dem ihm nach seiner Freisprechung gebrachten Fackelzuge am Schlusse seiner Dankesrede die rothe Republik hoch leben lassen und die Marseillaise angestimmt.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Carl Wolf'schen Buchdruckerei

Nr. 90.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Gemeldung 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Mittwoch den 11. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 18. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 10. Oktober.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 10. ds. Mts. allergnädigst bewogen gefunden, die bei dem Appellationsgerichte von Mittelfranken erledigte Rathsstelle dem Kreis- und Stadtgerichtsrathe zu Augsburg Christian Friedrich Donauer, und die bei dem Kreis- und Stadtgerichte Nürnberg offen gewordene Rathsstelle dem Kreis- und Stadtgerichtsassessor daselbst Joh. Ferd. Karl v. Grundherr zu verleihen.

Se. Maj. der König haben unterm 10. Oktober, nachdem der Gastwirth und Oekonom Johann Mühlfeld zu Mellrichstadt, Mitglied des Landrathes von Unterfranken und Aschaffenburg, als Abgeordneter in die zweite Kammer der Ständeversammlung eingetreten ist, beschlossen, an dessen Stelle auf den gemäßten Vorschlagsurkunden der Klasse der Grundeigenthümer ohne Gerichtsbarkeit den Oekonomen Sebastian Fackelmann zu Reinbach, Landgerichts Volbach, zum Mitglied des Landrathes von Unterfranken und Aschaffenburg zu ernennen.

Deutsche Reichsversammlung.

λ. **Frankfurt**, 8. Okt. Diesen Morgen ist der Entwurf, betreffend das Reich und die Reichsgewalt unter die Mitglieder der Nationalversammlung vertheilt worden. Der Entwurf zerfällt in 2 Abschnitte, von denen der erste in drei Artikeln, resp. 6 Paragraphen vom Reiche, der zweite in 14 Artikeln, resp. 61 Paragraphen von der Reichsgewalt handelt. Es läge somach nun vorläufig hinlänglicher Stoff für die Thätigkeit der Versammlung vor, wenn sie angeblich und unverrückt ihr Ziel verfolgen kann. Das ist aber leider so häufig nicht der Fall. Stets wirft man wieder Dinge in die Versammlung, die nicht blos Zeit kosten, sondern die zudem auch die zur Förderung der Sache nöthige Eintracht in der Versammlung unmöglich machen. Dahin gehört aus den letzten beiden Sitzungen die Schmidt-Wiesner'sche Ehrenbeleidigung und das Betragen des Abgeordneten Rösler von Oels, der die Präsidenten der Versammlung, als er ihn zur Ordnung rief mit den Worten: „Denjenigen, der ohne Grund den Abgeordneten v. Vincke beleidigt hat, indem er vorausgesetzt hat, was er nicht sprach, den rufe ich zur Ordnung; denn (zu Rösler gewendet) die Freiheit ist eine Freiheit von Ihrer Seite" mit gellendem Gelächter zurufst: „Selbst frech!" lieber diese Vorfälle muß ein Ausschuß Bericht erstatten, die Versammlung diskutiren und Beschluß fassen! Welche kostbare Zeit geht darüber verloren! Aber auch diese wäre vielleicht noch zu verschmerzen, wenn man glauben könnte, daß die in Frage stehenden Ereignisse vereinzelte Ausbrüche einer augenblicklichen Erregtheit wären, wenn man nicht nothwendig zu der Ueberzeugung hingedrängt würde, daß sie auf Berechnung und Absicht beruhen, um das auf langsamem Wege zu erreichen, was man am 18. September auf kürzerem Wege zu erzielen hoffte.

Hr. v. Beidler hat in einer der letzten Sitzungen folgenden brüdergenden Antrag wegen Beschleunigung des Verfassungswerkes gestellt: In Erwägung, daß man in Zeiten der Gefahr vor Allem das thun müsse, was geeignet ist, der Gefahr mit Erfolg entgegenzutreten; in Erwägung, daß die Gefahr des Augenblicks in dem Mangel eines, in definitiver Organisation geschlossenen einheitlichen, gegen das Ausland starken Deutschlands liegt; in Erwägung, daß die Einheit Deutschlands auf kürzestem Wege nur in Feststellung derjenigen großen und fundamentalen Attribute der Reichsgewalt gefunden werden könne, in welchen die Bedürfnisse und die Wünsche des deutschen Volkes jetzt schon zusammenfallen; in Erwägung, daß man sich von diesem Ziele nur entfernen, wenn man unterger ordnete politische und religiöse Kontroversen zur Berathung bringt, welche die Gemüther trennen und erbittern; in Erwägung endlich, daß eine auf Kosten der Gründlichkeit beschleunigte, aber bestenungeachtet noch viele Zeit fordernde Annahme der Grundrechte nur dazu dienen würde, die in ihnen liegenden Keime der Zwietracht in die Reichsverfassung aufzunehmen, nicht aber sie zu beseitigen, beantrage ich: Die Nationalversammlung wolle ihren Ausschuß für das Verfassungswerk beauftragen, mit Zurückstellung der Grundrechte diejenigen fundamentalen Satzungen für die Reichsregierung in Vorlage zu bringen, welche dem jetzigen provisorischen Zustande ein Ende machen und Deutschland als ein organisch geschlossenes Ganze dem Auslande würdig gegenüberstellen; dazu aber folgende Momente zu bezeichnen: 1) die Zuständigkeit der Reichsgewalt und die Feststellung ihres Verhältnisses zu den Einzelstaaten, namentlich 2) die Vertretung Deutschlands gegen das Ausland in allen seinen gemeinschaftlichen Angelegenheiten (Reichsterritorium, auswärtige Politik, Handel, Schifffahrt, Zollwesen ꝛc.); 3) Organisation des Oberbefehls über Heer und Flotte; 4) Bildung des Reichsgerichts; 5) Vertretung des deutschen Volks gegenüber der Reichsgewalt mit entsprechendem Wahlgesetz; 6) Bildung der definitiven Reichsgewalt. — Auch diese Gegenstände werden noch Monate zu ihrer Erledigung in Anspruch nehmen. Was kann noch zu thun übrig bleibt, möge die Nationalversammlung sodann der definitiven Reichsgewalt und den ordentlichen Reichstagen überlassen. Für den Fall, daß der Verfassungsausschuß nicht im Stande sein sollte, das von ihm vor wiertzehn Tagen für die nächsten acht Tage zugesagte Operat über die Reichsverfassung sogleich vorzulegen, beantrage ich: „Die Nationalversammlung wolle, um ihm die nöthige Zeit zum Arbeiten zu gewähren, ihre Sitzungen so lange aussetzen, bis sie Vorlage erfolgen kann."

Deutschland.

Frankfurt, 7. Oktober. Herr Francke, der am 2. Oktober durch Altona reiste, um seinen Sitz in der deutschen Nationalversammlung wieder einzunehmen, wird zugleich an Herrn v. Madai's Stelle als Bevollmächtigter bei der Zentralgewalt fungiren. Auch Herr Stedmann kehrte am 3. d. M. mit dem Abendzuge aus dem Norden zurück. — Am 3. Oktober ist Herr Mesker, Gesandter der deutschen Zentralgewalt am schwedischen Hofe, auf dem „Gautzhot" von Stockholm in Lübeck angekommen.

Bayern. * **Münchyen**, 10. Oktober. Nächsten Sonntag den 15. d. Mts. wird die feierliche Enthüllung der Statue des großen Tonsetzers Gluck um 12 Uhr Mittag stattfinden. Musikalische Vorträge werden zur Verherrlichung des Festes beitragen. — Der praktische Arzt Dr. Heindl aus Wahl und der Privatdozent und praktische Arzt Dr. Aloid Martin von München sind aus Auftrag der kgl. Regierung nach Berlin gereist, um den Verlauf der Cholera zu beobachten. — Der ärztliche Kongreß hier hat vorgestern seine Arbeiten geschlossen.

Baden. — Wir theilen heute (stehe Rubrik Schweiz) die Note mit, welche die deutsche Zentralgewalt auf Anlaß des Einfalls der Struveschen Banden in Baden an die Schweiz erlassen hat. Der nachstehende Bericht aus dem badischen Amtsbezirke Säckingen, den wir der „Neuen Freiburger Zeitung" entnehmen, gibt bemerkenswerthe Aufschlüsse über das Benehmen so mancher schweizerischen Grenzbeamten, und liefert dadurch neue Beweise dafür, wie gegründet die von deutscher Seite gegen die Schweiz erhobenen Beschwerden sind. Der erwähnte Bericht lautet: „Aus dem Amtsbezirk Säckingen, Ende September. Zur Geschichte der jüngsten Tage kann auch unser Bezirk, namentlich aber das Städtchen Klein Laufenburg einen namhaften Beitrag liefern. Schon seit der ersten Freischaarenzeit bieten sich mehrere Flüchtlinge in den nur durch den Rhein von Kleinlaufenburg getrennten Großlaufenburg auf, darunter der bekannte Kameralhandlanger Flum von Rogel und andere. Im Ganzen mögen sich ungefähr 5 bis 6 solcher freiwilliger und unfreiwilliger Flüchtlinge daselbst aufgehalten haben. Flum hatte sein Unterkommen bei dem Bezirksammann, zugleich der obersten Polizeibehörde der Stadt, und wurde diesem, der zugleich Wirth ist, zumal auch dadurch gefällig und nützlich, daß er Volksversammlungen nach Großlaufenburg ausschrieb, wozu er den Namen Hecker mißbrauchte, und so seinem Wirthe durch Neugierde getriebene Gäste verschaffte. Ebenso wurden unter Leitung dieses Flum jede Woche in der Behausung des Bezirksammanns demokratische Vereinsversammlungen der revolutionärsten Art gehalten. Der freundschaftliche Bezirksbeamte sah natürlich nicht, was in seinem Hause vorging, und enthielte auf eine Aufforderung der Argauischen Regierung zur strengen Ueberwachung der Flüchtlinge, welche sich feindliche Handlungen zum Zwecke der Friedensstörung, auf badischem Gebiete zu Schulden kommen lassen, die Antwort, die Flüchtlinge verhielten sich ganz ruhig und man verbürge sich auch für ihr ferneres ruhiges Verhalten. Der Erfolg dieses Treibens blieb nicht aus. In der Nacht vom 21. auf den 22. Sept. kurz nach 12 Uhr kam, im Zusammenhang mit Struves Schilderhebung, eine Rotte von ungefähr 8 Andere behaupten von 20) dieser Burschen, welche Tags zuvor erweisbarer Massen unter den Augen der Behörde bewaffnet in Großlaufenburg herumgegangen sind, über die Brücke, während Flum, der nach Lustigen gerieth war, von dorther eine Schaar gegen Kleinlaufenburg führte. Von den über die Brücke Kommenden wurde auf die am Zollpolten befindliche Mannschaft von Grenzaufsehern und Gendarmen angeschlagen. Die Gewehre versagten. Als nun von der Landseite und der Brücke die Menge mit furchtbarem Geschrei auf einmal in das Städtchen zog, welchen die Grenzaufseher und der eine Gendarm

der einzelnehmen Uebermacht. Nur der schon längere Zeit in Kleinlaufenburg stationirt gewesene, allgemein geachtete, Gendarm Fritz blieb und forderte die Rotte auf, auseinander zu gehen. Ein gutgezielter Schuß aus dem Gewehre eines kaum achtzehnjährigen Menschen streckte den von seinen Waffen keinen Gebrauch machenden Gendarm Fritz sogleich todt nieder. Ein Anderer drückte noch einen fehlenden Schuß auf den Fallenden ab. Mittlerweile hatte sich Alles über eine öffentliche Kasse hergemacht, wo er 200 und etliche Gulden weggenommen haben soll. Sodann wurde eine Abordnung an den etwas außerhalb der Stadt wohnenden Bürgermeister geschickt, um ihn bei Vermeidung des Anzündens der Stadt aufzufordern mitzugehen. Nachdem nun noch die Waffen der Grenzaufseher geraubt waren, zog die saubere Rotte ab. Wenige zingen über die Brücke, die Uebrigen sollen in der Stadt sich fortwährend in Saufgelagen ergötzt haben. Heute Morgens um 7 Uhr kam ein Gendarmerie-Offizier mit 3 Gendarmen aus Thodtnau, um sich beim Einwohner nach dem Hause zu gehen getraute. Die Gendarmerie schreint vorher einige Kenntniß von der Sache gehabt zu haben, die Einwohner jedoch ahnten nichts davon und lebten deßhalb in höchster Angst und Schrecken. Unangesochten ging diese Rotte an dem an der Brücke auf Schweizer Seite befindlichen Zollgebäuden im Grün- und Herwege vorüber und will man sogar den Zollgeber unter denselben auf der Brücke herumgehen gesehen haben. Ein solches Benehmen von Seite einer Schweizerbehörde gegenüber einem Nachbarstaate ist unerhört und muß zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden. Ehrenhalber und energischer hat sich der Bezirksamtmann in Rheinfelden, in welchem Orte sich mehr, aber auch bessere Flüchtlinge befanden haben, benommen. Ueber Strom und Bruden legten Unternehmen ist hier wie Alles in Ruhe bei der sittlichen Entrüstung. Treffend hat der erste Beamte unseres Bezirks, Scherr, der erst vor Kurzem zur Freude des Bezirks wieder in Thätigkeit gesetzt wurde und sich in der legten trübsichen Zeit energisch benommen hat, dem Struve bei seiner Anreisung in Weyr gesagt: „Wenn Sie wieder einmal einen solchen Zug unternehmen, so schreiben Sie auf Ihre Fahne statt „Wohlfahrt, Wirkung und Freiheit für Alle" „Raub, Mord und Reaktion!" Denn in der That, durch nichts kann der heiligen Sache des Volkswohles, der Zivilisation und der Freiheit größerer Schaden zugefügt werden, als gerade durch solche Barbarein, die man schmählicher Weise in die herrlichsten Namen kleidet."

Schleswig-Holstein. Kiel, 3. Oktober. Dem Vernehmen nach sind die Herren Preuser, Landrath Bopsen, Baron v. Heinze und Graf Stenbock zu Jerskof bestimmt, die für die provisorische Regierung neu eintretende Interims-Regierung zu bilden. Diese würden sich einen Präsidenten als fünftes Mitglied zuzuwählen haben, jedoch aus den zwischen den Königen von Preußen und Dänemark vereinbarten Männern; Hr. Stedmann würde diese Regierung bei uns einführen und die Landesversammlung sie anerkennen, letztere darnach aber sich wohl bis auf Weiteres vertagen. Die königliche Kommissarin-Kommission soll nach den Aeußerungen des Hrn. v. Reedy als definitiv beseitigt angesehen werden dürfen. (K. C.-Bl.)

Preußen. Berlin, 7. Oktober. Die legte Kompagnie der Gardejäger, welche noch in Potsdam stand, ist gestern Morgen zur Verstärkung der hiesigen Garnison, welche durch die Entlassung der Kriegsfreiwilligen vermindert worden ist, mit der Eisenbahn hier eingetroffen. Am 4. traf ein Theil der aus Schleswig-Holstein zurückkehrenden Milizerie in Charlottenburg ein. Die Bürgerwehr war den Ankommenden, in Begleitung vieler Frauen und Mädchen, welche Blumensträuße und Kränze trugen, bis auf den Spandauer Berg entgegengezogen. Hier wurden die Taxfern geschmückt und zogen dann, geleitet von der Bürgerwehr und herzlich empfangen von den Einwohnern, in Charlottenburg ein. — Die Majore und Hauptleute der Bürgerwehr haben beschlossen, die Kommandiren einzeln herzugen zu lassen, ob sie die Wachen ferner beibehalten wollen oder nicht? — Die 97. Kompagnie des 21. Bürgerwehrbataillons erklärte gestern durch ein Plakat, daß sie, wenn sie sich auch nicht mit dem noch gestern durch ein Plakat garnebezeigten einverstanden erklären könne, die vorgestern Nachmittag deßhalb veranstaltete Straßenkombide doch mißbilligte und solche der Bürgerwehr für unwürdig erachte. (Spen. Z.)

Die „Voss. Ztg." berichtet „aus gutunterrichteter Quelle", daß der Generalmajor v. Bonin, der sich zur Zeit in Schleswig befindet, weder aus königl. preußischem Dienste getreten ist, noch daraus zu scheiden beabsichtigt.

Oesterreich. Den Berichten, welche die Allg. B. aus Wien vom 4. Okt. über die dortigen Vorfälle bringt, entnehmen wir Folgendes: Im Reichstag in welchem die Parteiführer der Tschechen, Rieger, Palacky und alle galizischen Bauern fehlen, herrscht gänzliche Rathlosigkeit. Die unter dem Namen „Kommission zur Wahrung der Sicherheit der Stadt" eingesetzte Kommission besteht aus den Abg. Fischer, Fischhof, Goldmark, Breßl, Violand, Klaudi, Barrefeld u. a. Sie läßt ihre Verfügungen von den Ministern Krauß und dem Hornbostl unterzeichnen. — Bei der Deputation, welche zum Kaiser nach Schönbrunn abgesendet war, befand sich auch Pillersdorf. Sie wurde vom Kaiser gut aufgenommen und erhielt nach kurzer Zeit die k. k. Entschließung bezüglich des angekündigten vollständigen Ministeriums. Das vom Kaiser zurückgelassene k. k. Manifest soll lauten: „Alles was ein Herrscher an Liebe und Güte für sein Volk thun kann, habe ich mit Freuden erschöpft, habe mich meiner ererbten absoluten Macht begeben, um durch die Konstitution der Selbstthätigkeit Spielraum zu gewähren, um durch dieselbe die Kraft und das Selbstgefühl meiner Völker zu erhöhen. Und wenn die Gewaltthat des 15. Mai mich auch der Burg meiner Väter vertrieben hat, so wird ich doch nicht müde zu geben und zu gewähren. Auf der breitesten Grundlage des Wahlrechts ward ein Reichstag berufen, um in Uebereinstimmung mit Mir die Konstitution zu berathen. Hierauf kehrte ich in meine Hauptstadt zurück, ohne für meine persönliche Sicherheit eine andre Bürgschaft zu verlangen, als das Rechtsgefühl und die Dankbarkeit meiner Völker. Allein einer geringen Anzahl Irregeführter bedurfte die Hoffnung jedes Vaterlandsfreundes mit Vernichtung, die Anarchie hat ihr Aeußerstes vollbracht. Wien ist mit Brand und Mord erfüllt, Mein Kriegsministerium, den schon sein Greisenalter hätte schirmen sollen, hat unter den Händen meuchelmörderischer Rotten geendet. Ich vertraue auf Gott und mein Recht, verlasse die Hofe meiner Hauptstadt um Mittel zu finden, dem unterjochten Wiele Hilfe zu bringen. Wer Oesterreich, wer die Freiheit liebt, schaare sich um seinen Kaiser. gez. Ferdinand." — Der Kaiser hat folgende amtliche Ministerliste: Doblhoff, Ministerpräsident; General Hauslab; für das Aeußere; Borrosch, das Innere; Brauner, Justiz; Breßl, Unterricht; Krauß, Finanzen; Strobnitzky, Krieg; Pretis, öffentliche Arbeiten; Löhner, Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern. Dieses Ministerium mag sehr volksthümlich sein, ist aber auch zugleich sehr unbedeutend! — Auf Schwarzer wurde gefahndet — es soll in Mariahilf gefangen genommen worden sein. Nach dem Abzuge der Vertheidiger des Zeughauses, wobei die Abgeordneten Breßl und Kutlich als Vermittler auftraten, wurde gegen deren Versprechen, daß die Nationalgarde und die akademische Legion das Zeughaus besetzen werde, das Zeughaus vom Pöbel geplündert, und Vieles von historischem wie reellem Werthe wahrscheinlich für immer verschleppt! — Am 7. Okt. Nachmittags ward Wien äußerlich ruhig. Allein die Besorgniß, daß von allen Seiten Militär gegen Wien heranziehe, war allgemein. Die Barrikaden standen noch.

Die „Augsburger Postzeitung" gibt den Verlust an Waffen im Zeughause auf wenigstens 100,000 Stück an. Todt sind die Generale Bredy, Frohneck, ein Pionierma jor und mehrere Offiziere. Im Ganzen soll die Anzahl der Todten 200—250 betragen, dagegen soll die Zahl der Verwundeten zahllos sein. Ein Bruder des Fürsten Lichnowsky soll unter den Todten sein. Er wurde, als er durch den Kopf geschossen. Das Volk hatte 6 Kanonen erobert und verlangte, daß die Erzherzogin Sophie und Erzherzog Ludwig das Reich auf zwei Jahre verlassen sollen. — Die Truppen des Banus setzten ihren Marsch, nachdem sich der ungarische Landsturm bei Wieselburg und Raab aufgelöst hat, ungehindert gegen die österreichische Grenze fort, um sich mit den dort stehenden österreichischen Truppen zu vereinigen. Man befürchtet mit Grund, daß der Banus gegen Wien anrücke.

Außer dem Grafen Ludwig Batthiany, der schon am 2. sein Entlassungsgesuch als Ministerpräsident des ungarischen Ministeriums eingereicht und das der Kaiser angenommen hatte, hatte auch der Staatssekretär desselben ungarischen Ministeriums Franz Pulszky sein Amt niedergelegt, und war dessen Entlassung am 4. vom Kaiser und König angenommen worden.

* Wir erhalten eben noch Nachrichten vom 8. Okt. Der Reichstag gab den ausdrücklichen Befehl, die Lokalitäten des Zeughauses zu schließen, und daß Niemand, als die zur Schützung des Staatseigenthums aufgestellten Nationalgarden darin zu verbleiben haben. — Leider haben die Grenadiere ihren wackern Kriegsminister Latour verrathen! Sie entdeckten ihn versteckt in einem Wagen, daß er im Hofkriegsrathe sich befinde. Im 4. Stock ward er entdeckt, und als er die wilden Gesichter sah, bat er um sein Leben.— Die Antwort war ein Hammerschlag ins Gesicht und zahllose Säbelhiebe und Pikenstöße. Die Zahl der Gefallenen am 7. läßt sich noch nicht bestimmen; im allgemeinen Krankenhause lagen am Abends 90 Todte, und zwar 86 Nationalgardisten und Studirende, 3 Frauen und 1 Weibern. Beim Zeughause fielen 30—40 Zivilisten und Militärs. An der Taborbrücke 5 Studenten und etwa 25 Soldaten; in den Vorstädten ist die Zahl der Gefallenen gering.

* Die Wiener Blätter vom 8. bringen wenig Neues außer der Abendsitzung vom 7. Schuselka kündete an, der Militär-Kommandant (Auersperg?) habe erklärt, er werde nicht angreifen, wenn er nicht angegriffen werde. Ferner das Proletariat nehme Waffen aus dem Zeughause, mit denen es nicht gut wirthschaften werde. Man müsse einer Militär-Reaktion wie einem Proletariats-Uebergewicht sich entgegensetzen. Gar von Schuselka verfaßte Proklamation an die Provinzen wurde ohne Debatte einstimmig angenommen; desgleichen der Antrag Smolka auf Schleifung des Zeughauses (nachdem es aufgegeben). Ferner der Antrag von Borrosch auf Absendung von Kommissären in die Provinzen, um sie aufzuklären über die Thatsachen. Feodorowitsch beantragt, daß die Vollmachten der Kommissäre dem Kaiser zur Unterschrift vorgelegt werden sollen. Alle indirekten Steuern, welche verpachtet werden, wurden einmüthig auf 1 Jahr bewilligt. Die Minister Doblhoff, Krauß und Hornbostl haben alle Ministerien zu führen. Eine Denkschrift an den Kaiser um das Volk soll erlassen werden. Es ging zulegt das Gerücht, folgende Ministerkombination: Doblhoff Inneres, Krauß Finanzen, Bayna (Gesandter in Brüssel) Aeußeres, Buchner (kommandirender General von Siebenbürgen) Krieg, Hornbostl Handel, Breda Justiz.

Auch aus Dalmatien wird vom Ausbruch eines Aufstandes im Kreise Cattaro berichtet. Die Rebellen von Zuppa sollen in Verbindung mit 1500 Montenegrinern den kaiserlichen Truppen am 28. und 29. September förmliche Schlachten geliefert haben. Die Zehnteinreibung soll der Anlaß gewesen sein. Der Kreishauptmann Grieg wurde massakrirt. 5 Soldaten blieben todt, 11 wurden verwundet. Die Truppen nur 600 Mann stark 3000 Aufständischen gegenüber, zogen sich in Eilmärschen nach

Canaro zurück, wo im festen Schlosse auch viele Andere eine Zuflucht suchten und fanden.

Prag, 4. Oktober. In der Nacht kam an das hiesige Generalkommando von Wien der Befehl, einen Theil der Garnison im Laufe des heutigen Tages abmarschiren zu lassen. Ein Bataillon (Wellington) behkam am Morgen Contreorder, hat sich aber marschfertig zu halten; das Landwehrbataillon Ehrenhüller und ein Bataillon Hohenegg Infanterie hat mit dem heutigen Abendzuge Prag verlassen. Mehrere andere Bataillone halten sich marschfertig. Heute Nacht-Prag soll um 8 Uhr Abends wieder eine telegraphische Depesche erhalten haben. (S. Pl. u. B.)

Schweiz.

Die von Hrn. Naveaur dem Hrn. Bundespräsidenten Furh übergebene Note der deutschen Zentralgewalt lautet wie folgt:

„Deutsche Reichsgesandtschaft in der Schweiz."

Noch bevor neuerdings Versuche von Seiten unserer Gegner sich in Frühjahr bei dem Großherzogthum Baden wiederholten, Aufstände haben die Flüchtlinge sich größtentheils auf schweizerischer Gebiet zurückgezogen. Nie ist es den deutschen Regierungen, die damals im Staatenbunde vereinigt waren, beigefallen, ihre Auslieferung zu begehren oder eine Kündigung des Asylrechtes anzutrechen, so lange die Flüchtlinge als friedliche Bewohner der Schweiz betrachtet werden konnten, allein das waren sie nie oder wohl nur in vorübergehenden Tagen. Diese traten an verschiedenen wohnenden Flüchtlinge haben vielmehr ihre unmittelbare Thätigkeit dahin gesetzt, sie haben Verbindungen mit den Bewohnern der süwestlichen deutschen Staaten formwährend unterhalten, sie haben dahin zahlreiche Druckschriften, aufrührerischen Inhalts, verbreitet, sie waren bemüht, die Disziplin der deutschen Truppen zu untergraben und haben einen Zustand der Verlegung in den gedachten Staaten hervorgerufen, der die Auflösung einer zahlreichen Truppenmacht nothwendig machte. Diese Umstände konnten dem Bundestage, der bis zum Eintritt der provisorischen Zentralgewalt, für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten Deutschlands Sorge zu tragen, verfassungsmäßig verbunden war, die Verpflichtung auf, die Aenderung von Verhältnissen zu bewirken, die geeigner waren, ernstliche Besorgnisse der Störung der Ruhe einzelner deutscher Staaten, unter Gefährdung ihres Gebietes zu erwecken; er hat daher unter dieser Absicht unter dem 30. Juni 1848 eine Note an den Vorort gerichtet, und unter Darstellung seiner gerechten Beschwerden, das dringende Ersuchen gestellt, daß die Entfernung der bewaffneten Flüchtlinge aus den Grenzkantonen, wo sie sich zu organisiren und in Waffen zu üben begannen, veranlaßt werde. Der bayerische Major von Liel war beauftragt, diese Note persönlich zu überbringen und die nähern Erläuterungen hierüber zu geben, die in Verhältnisse und persönlicher Ansbauung wohl bekannt waren. Derselbe hat nun über den Erfolg seiner Mission unter dem 3. August 1848 an den Erzherzog Reichsverweser, der inmittelst die provisorische Regierungsgewalt für Deutschland übernommen hatte, berichtet, und seinem Berichte eine Verbalnote beigelegt, die der Präsident des Vororts an ihn gerichtet hat. In dieser Verbalnote wird darauf hingewiesen, daß die in der Note angeführten erhobenen Beschwerden, wie aus den Mittheilungen der Kantonalregierungen sich ergäbe, unbegründet seien, indem von einer Organisation von Freischaaren, von militärischen Uebungen der Flüchtlinge, von Vereinigung derselben zum Zwecke der Aggression nicht die Rede sein könne, konnten vielmehr die Flüchtlinge sich im Gegentheil ruhig verhalten und einer besondern Kontrolle von Seiten der Kantonalbehörden unterliegen, welche den festen Willen haben, einen Mißbrauch des Asylrechts, welcher mit den eigenen Interessen, wie mit der bis dahin von der Schweiz beobachteten Politik in Widerspruch stünde, nicht zu dulden. Nach diesen und ähnlichen bestimmten Erklärungen und Zusicherungen kann es die Regierung des Reichsverwesers dem öffentlichen Urtheil überlassen, inwiefern die neuerdings eingetretene Thatsachen bestätigen, wenn der Bundestag für die Rechte Deutschlands und die Sicherung seines Gebiets entschieden aufgetreten ist und ob die von den Kantonalregierungen gemachten Angaben in der Wahrheit begründet waren. Struve und jene Genossen, über deren Umtriebe und Anwesenheit längs der deutschen Grenze hinlänglich von dem Bundestage Beschwerde geführt wurde, sind vor einigen Tagen das Großherzogthum Baden eingefallen. Raub und Brandschatzung begleitenden ihren Weg, den sie zurückgegen und ihre Proklamationen haben nur zu deutlich bewiesen, daß ein gewaltsamer Umsturz der bestehenden Ordnung und an deren Stelle, unter der Maske der Freiheit, den fürchterlichsten Terrorismus und die Schrecken erregendste Despotie einzuführen, das Ziel ihres verbrecherischen Unternehmens war. Ist auch durch die Tapferkeit der Reichstruppen und durch die Anhänglichkeit der Bürger an ihre Verfassung und an die gesetzliche Ordnung, der schändliche Plan dieser Freischaaren vereitelt worden, so fordert doch dieser Vorgang die Regierung des Reichsverweserd auf, jene Vorkehrungen zu treffen, welche die Ehre Deutschlands und seine Sicherheit in Anspruch nehmen. Die Vorbereitungen zu diesem Zuge konnten der Aufmerksamkeit der Kantonalregierungen unmöglich entgehen. Dasselbe gilt von dem Zuge, bei dem die auffallendste Verletzung der völkerrechtlichen Verpflichtungen stattgefunden, eine Verletzung, für welche die Regierung des Reichsverwesers hiermit eine vollständige Genugthuung in Anspruch nimmt und begehrt, daß ihr diese in kürzester Frist werde. Die provisorische Zentralgewalt hat bereits ausgedrückt, welchen hohen Werth sie darauf lege, mit der schweizerischen Eidgenossenschaft in den freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben und wie sie ihrerseits stets in dieser Richtung vorangegangen bedacht sein werde, aber sie erkennt auch welche hohe Verpflichtungen sie für Deutschland hat und sie wird dieselben stets zu erfüllen wissen. Sie ensprricht diesen Verpflichtungen, indem sie begehrt, daß von den Regierungen jener Kantone, in welchen die Organisirung und von welchen aus der Einfall der Freischaaren stattfand, ungesäumt die strengste Untersuchung und Bestrafung der schuldigen Beamten oder Behörden eingeleitet, daß alle Flüchtlinge sofort entwaffnet, und insofern deren gänzliche Entfernung aus den Kantonen nach der Verfassung derselben nicht zulässig wäre, in angemessener Entfernung von der deutschen Gränze bleibend und unter genaue polizeiliche Aufsicht gestellt werden und daß bestimmt erklärt werde, welche Mittel gebraucht man zu gewalten vermöge, das fernere Umtreiben, die geheime und die laute Freiheit Deutschlands im Innern zu erschüren, sich stets erneuern. Sollte diesem Ansinnen nicht in kürzester Zeit entsprochen sein, so wird die Regierung des Reichsverwesers in dem Bewußtsein, daß sie nicht für die Unterdrückung, sondern für die Freiheit in die Schranken tritt, und daß sie nicht das schweizerische Volk, sondern nur die Verächter des Gesetzes und der Zivilsitten zu ergreifen zu haben vermeint, alle jene eigenen Hülfsmittel ergreifen, deren Anwendung ihr die bestehenden Verpflichtungen der völkerrechtlichen Verpflichtungen gerechtfertigt und von der Ehre Deutschlands geboten werde. Bern, den 4. Oktober 1848. Mit Hochachtung! sign. Franz Naveaur."

Der „Berner Verfassungsfreund" bringt die Nachricht, daß der Vorort bereits „in kürzester Frist" die Antwort auf diese Note des deutschen Reichsministeriums beraten habe und zwar „in der Art und Weise, wie die Zuschrift sie verdiene". Die Antwort soll „würdig bestimmt und ernst" sein, wie sie der Schweiz „geziemt". Uebrigens habe die Note, da sie von „notorisch unrichtigen und falschen Voraussetzungen" ausgehe, die Antwort „bedeutend erleichtert". Wir können nicht glauben, daß der Vorort Thatsachen wird in Abrede stellen wollen, die von Schweizerblättern selbst anerkannt werden; wie wollen sie bei der Schweiz nennen: Ono usque laudem! Wie lange wird sie es wagen, ihr Spiel mit Deutschland treiben zu wollen? Wir hoffen und sind überzeugt, daß die Reichsgewalt dieselbe mit ihren Worten auch den materiellen Nachdruck geben, und auf leere Ausflüchte von Seiten der Schweiz gebührend durch Thaten antworten wird.

Italien.

△ Turin, 5. Oktbr. Der polnische General Chrzanowski ist jetzt unserem Kriegsministerium beigegeben, und soll bestimmt sein, den Posten eines Chefs des Generalstabs der Armee einzunehmen. Man will darin einen neuen Beweis von der Absicht, wenn nicht des Königs selbst, doch des jetzigen Ministeriums sehen, dem Drängen der demokratischen Partei nachgeben, den Krieg mit Oesterreich aufs Neue zu beginnen. Die rothen Republikaner hoffen noch immer auf den Einbrechen Frankreichs. Sie verbreiten die fabelhaftesten Dinge. Die hiesigen Blätter bringen Korrespondenzen aus Basel über den mißlichen Einfall Struve's in Baden von der Schweiz aus. Das begreift sich, da bei Struve sich fehr viele Italiener befanden. Sie gestehen die Niederlage der Aufrührer zu, messen sie aber dem Erscheinen zahlreicher österreichischer und preußischer Truppen (an 40,000 Mann) bei, welche von den Rheinufern von Lörrach abmarschirt die Struvianer gegenüber bezogen haben, und Frankreich bedrohen sollen, das feinerseits ebenfalls bereits ein Heer am Rhein sammle, so daß man jeden Augenblick dem Ausbruch des Krieges entgegensehe. Das ist allerdings der Wunsch der Koalitirten hier und wohl in ganz Italien. Sie werden wohl auch an diesen wüsten, mit nur wenig Blau gemischten Fetzen ist. — Die sardinische Abgeordnetenkammer wird bei ihrem Wiedertzusammentritte ein würriges Mitglied mehr in ihrer Mitte zählen. Der berüchtigte Bankir Garibaldi ist von den „exelherzigen" (generosi) Wählern von Biagna zu ihrem würdigen Vertreter ernannt worden. Die „Concordia" findet heute kaum Worte, ihn und seine Wähler genug lobpreisen. — Gestern früh wurde in der Kirche des heil. Martyrer hier ein feierlicher Trauergottesdienst für die im letzten Kriege gefallenen Italiener gehalten, welchem das Militär und die Nationalgarde in großer Zahl beiwohnten.

Frankreich.

△ Paris, 6. Okt. Die Nationalversammlung setzte heute die Verhandlung über das Prinzip, wie der Präsident der Republik ernannt werden soll, fort. Hr. Barin sprach gegen noch für die Ernennung durch die Versammlung, Hr. Fresneau für allgemeines Stimmrecht. Dieser konnte seine Rede nicht vollenden und that dies erst heute. Nach ihm schlug Hr. Grevy ein drittes System vor: Ernennung eines Präsidenten durch die Versammlung, der aber nach Belieben wieder abberufen werden könne. Das wäre also so zu sagen das Provisorium in Permanenz, und erhielt daher auch den Beifall der Linken. Jules de Lasterie, im Namen für das allgemeine Stimmrecht, glaubt, alle Mißstände und Gefahren der beiden Wahlarten könnten beseitigt werden durch Vornahme der Wahl zwar durch das ganze Volk, aber in zwei Abtheilungen. Leflond fürchtet aus dem allgemeinen Stimmrecht die Wiederkehr der Monarchie, ist daher dagegen. Bei Polizeiruhe begann Lamartine zu sprechen. Er hätte gewünscht, daß man nicht auf alle fünf Artikel täglich zu vollständiger Genehmigung einmal, sondern einen nach dem andern zur Berathung gebracht hätte. Die Unterscheidung der Gewalten könne auf die Regierung Frankreichs keine Anwendung mehr finden. Die Gewalt sei eine, wie das Volk, von dem sie ausgehe, nur eines sei. Nur die Theilung der Verrichtungen, der Geschäfte sei nothwendig. Wollte die Versammlung der vollziehende Gewalt verschlingen, so müßte sie das Gesetze auch mit der gesetzlichen thun. „Aber —" ruft der Redner aus — „Ihr werdet nicht der Konvent sein. Das Land will keinen Konvent, und er ist auch nicht nothwendig. Und wißt Ihr, warum das Land nichts davon wissen will? Weil diese Se-

wußt eine unverantwortliche wäre, und sie ist unverantwortlich, weil sie nutzenlos ist. Sie ist nutzenlos: denn man weiß nicht, soll man die Verbrechen der Schreckensherrschaft Mamut oder Robespierre, Barrere oder Damion zur Last legen. (Bewegung.) Hier muß ich meinen Bericht abbrechen. Hr. v. Lamartine wird mir der größten Zurückhaltung zu danken haben. Alle Blicke der Abgeordneten sind darauf gerichtet, eben so die diplomatische Tribüne, in welcher eine große Zahl ehemaliger Pairs und Deputirten sich befinden. Graf Mole war einen Augenblick zu ihnen gegangen und hatte sich mit ihnen unterhalten.

** Paris, 6. Oktober. Die Regierung hat im Abend-Moniteur dem Gerüchte, als ob Oesterreich die Vermittlung Frankreichs und Englands in der italienischen Frage zurückgewiesen habe, widersprechen lassen. Ueber die Veranlassung zu diesem Gerüchte beobachtet jedoch das ministerielle Abendblatt Schweigen. Es scheint, die französische Regierung hatte nur geringe Gemeigtheit gezeigt, auf den österreichischen Vorschlag zu einem Kongreß sämmtlicher Mächte, welche die Wiener Schlußakte unterzeichnet haben, einzugehen. Aber Oesterreich erklärte in einer jüngst hier eingetroffenen Note auf seinem Verlangen beharren zu müssen, denn nur auf solcher Basis könne es die Vermittlung annehmen. Darauf war das abenteuerliche Gerücht von der Zurückweisung jeder Vermittlung durch Oesterreich entstanden. Hr. Bastide soll bevor er nach Wien einwortete den englischen Botschafter zu Rathe gezogen und Lord Normanby ihm gerathworter haben, das englische Kabinet nehme den österreichischen Vorschlag an, und darauf nun sagte sich auch das französische Kabinet. Es scheint, daß den Kabinetten von Paris und London bereits von Wien förmliche Einladung zu Ernennung ihrer Bevollmächtigten zu dem, wie man sagt sogar zu Frankfurt abzuhaltenden Kongreß zugekommen ist. Thatsache wird berichtet, die eben nicht sehr für die so vielgerühmte Freundschaft des russischen Kabinets für die Republik spräche. Die russische Regierung soll dem neuernannten Konsul der französischen Republik zu Tiflis das Exequatur verweigert haben.

Spanien.

*Madrid, 1. Okt. In Valencia hat man eine republikanische Gesellschaft entdeckt, die mit Pariser Klubbs und spanischen Flüchtlingen in Verbindung steht; Verhaftungen fanden statt, und man nahm Papiere weg, welche von Bedeutung sein sollen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 9. Okt. Bayer. 3½ proz. Obligationen 76⅛ p. — ⊗. 4proz. 86 ⊗. Bankaktien 11. Semester 572 ⊗. Promessen 36 p. — ⊗. Oesterreich. 5proz Metall. 75 p.

Berlin, 7. Okt. Inländische Fonds, Pfandbriefe-, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. — p., 73⅞ ⊗. Sstg. Präm. Sch. — p. 87⅛ ⊗. K. u. Nm. Schuldv. — p. — ⊗. Berl. Stadt-Obl. — p. — ⊗. Westpreuß. Pfandbr. 4proz. p. 80⅛ ⊗. Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. 96⅞ p. 3proz. 78 p. 77⅛ ⊗. Ostpr. Pfandbr. — p. 86 ⊗. Pomm. Pfandbr. — p. 89¼ ⊗. Kur- u. Nm. Pfandbr. 89¾ p. 88⅛ ⊗. Schlesische Pfandbr. — p. — ⊗. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. — p. — ⊗. Preuß. Bk.-Anth. Sch. — p. 85⅛ ⊗. Friedrichsd'or 13⅞ p. 13⅛ ⊗. Andr. Gold. a 5 Th. 13 p., 12⅞ ⊗. Disconto 3½ p. 4½ ⊗.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt An 86⅞ p. Berl.-Pamburg 63⅛ ⊗. Berl.-Stettin-Stargarder 88 p. 87⅛ ⊗. Berl.-Potsdam-Magdeb. 54⅞ p. Magdeb.-Halberstadt 102⅛ ⊗. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 51⅛ ⊗. Köln-Minden 74⅞ ⊗. Köln-Aachen 52⅛ ⊗. Nrdn-Rhein — Düsseld.-Elberfeld — Steele-Bohwinkel 31 ⊗. Niederschles.-Märk. 69 ⊗ Niederschles.-Märk. Zweigbahn — Oberschles. Lit. A 88⅛ ⊗. Lit. B 88⅛ ⊗. Rosel-Oderberg — Breslau-Freiburg —. Krak.-Oberschles. 43 p. Berg.-Märk. 57 p. Stargard-Posen 66⅛ ⊗.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 84⅞ ⊗. Starg.-Posen — Brieg-Neiße — Magd.-Wittenberg — Aachen-Mastricht — Thür.-Verbind.-Bahn —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 83⅛ ⊗. Berlin-Hamburg. 89 ⊗. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. — p. 78 ⊗. 3proz. 87 ⊗. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 82⅛ ⊗. Köln-Minden 83⅛ ⊗. u. ⊗. Rhein. p. Staat gar. — Rhein. 1. Prior. — Rhein. Stamm-Prior. 68⅛ ⊗. Düsseldorf-Elberfeld. — Niederschles.-Märk. 4proz. 82 ⅞., 3proz. 94⅛ ⊗, 94⅞ ⊗ lit. Serie 88⅛ ⊗. Zweigbahn 4proz. 69¼ ⊗., 3proz. 75⅛ ⊗ Oberschles. — Rosel-Oderberg — Steele-Bohwinkel 76 etw. ⊗. Breslau-Freiburg —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 12. Okt.: „Katharina Cornaro", Oper von Lachner.

Fremdenanzeige.

Gold. Hahn. Huber, Präsat. von Augsburg. Klage, Studienrektor, von Augsburg. Diener, Kaufmann, von Pforzheim. Graf v. Kreith, von Jandrau. Frau v. Bischer, von Berlin. Gami, Kaufmann, von Düsseldorf.

Blaue Traube. Pellkeich, Kaufmann, von Ulm. Oswald, Kaufmann, von Augsburg. Lehman, Kaufmann, von Usseldt. Krosthart, Musikus, von Schweinfurt. Engelhorn, Fabrikbesitzer, von Regensburg. Bermüller, Posthalter, von Miesbach. Baron v. Gumppenberg, von Waltenburg. Eberheimer, Kaufmann, von Ulm. Mad. Groote, von Berlin. v. Frohberg, von Graf. Langhaber und Lerb, Geistliche, von Kremsmünster. Werner, Studirender, von Köln. Löpr, Bauzimmann, von Passau.

Stachusgarten. Mad. Eder, von Oldenburg. Dr. Bottler, Gerichtsrath von Bilsthurg. Scheiner, Pfarrer, von Kipfenhofen. Mad. Schuman, Fabrikantenstrau, von Pest. Zobl, Schullehrer, von Seeshaupt. Schön, Privatier, von Diessen.

171.

Für Militär.

Bei Mey & Widmayer in München ist zu haben:

Karte von Illerthal und Umgegend von Ulm. 2 Blatt à 36 kr.

Karte vom badischen Seekreis mit Umgegend von Freyburg im Breisgau. 2 Blatt à 36 kr.

Karte der Umgegend von Mannheim-Heidelberg und Kreuznach. 2 Blatt à 36 kr.

Karte von Thüringen. 2 Blatt à 36 kr.

Karte der großherzogl. und herzogl. sächsischen Länder nebst den Besitzungen der Fürsten von Schwarzburg und Reuß. 1 Blatt 54 kr.

Bekanntmachung.

166. Auf Antrag eines Hypothekengläubigers wird das Anwesen Nro. 19 b/3 des Kassetiers Franz Ott an der Pasinger Landstraße der zweiten öffentlichen Versteigerung unterstellt, und ist hiezu Termin auf

Donnerstag den 26. Oktober l. Js.,

Vormittags von 10 bis 12 Uhr,

im unterbezeichneten Wohnhause des Schuldners anberaumt.

Das Anwesen besteht aus dem Wohnhause, dermalen bezeichnet Haus-Nro. 7, welches zweigeschoßig, massiv gemauert und mit Platten gedeckt ist, dann den Nebengebäuden, enthaltend Stallung und Waschhaus, ferner aus dem Hofraume und Garten mit 7 Fruchtbäumen und 2 jungen Nußbäumen, ist laut Schätzung vom 10. April l. Js. auf 11,500 fl. gewerthet und mit 9,546 fl. Hypothekschulden belastet.

Steigerungslustige werden hiezu mit dem Bemerken geladen, daß der Zuschlag nur Statt hat wenn Schätzungswerth erfolge, dem Gerichte unbekannte Steigerer sich über guten Leumund und Zahlungsmittel ausgewiesen haben, und daß die nähern Steigerungsbedingungen der genannter Tagsfahrt werden bekannt gegeben werden.

München den 29. Sept. 1848.

Königl. Landgericht München.

Eder.

Bekanntmachung.

172. (2a) Nachdem durch Beschluß vom 15. Februar l. Js. das Anwesen der Bauersleute Jgnaz und Margarethe Maier, zu Reisting, auf Ansuchen eines Hypothekgläubigers dem gerichtlichen Zwangsverkaufe unterstellt, und die gegen denselben angebrachte Rollitätsbeschwerde von Obergerichte zurückgewiesen worden ist, so hat man zur Vornahme der öffentlichen Versteigerung des Maier'schen Anwesens auf

Montag den 27. November l. Js.

Vormittags 10 Uhr,

in der Landgerichtskanzlei Termin anberaumt.

Das Anwesen besteht aus dem Wohnhause nebst Oekonomiegebäuden, Stallung und Hofraum, ferner aus 94 Tagw. 73 Dez. Aeckern, Wiesen und Holzrheilen, ist zum königl. Rentamte Schongau grundbar, entrichtet 8 fl. 49 kr. einfache Rustikal- und 4 fl. Haus-Steuer, ferner jährlich zum Rentamte Schongau an Schauerzeigelberg, Landgerichtsraum, Meierschaftsreisen, Gilt, Grundzinsen und andern Lasten die Summe von 36 fl. 37 kr. 2 dl., zur Pfarrkirche Reichling 20 kr. Wachsgilt, dem Meßner daselbst eine Garbe Fesen und Haber und einen Laib Brod, und ist gerichtlich auf 7205 fl. taxirt.

Kaufsteibaber werden zur Versteigerung mit den Bemerken eingeladen, daß der Zuschlag nach §. 64 des Hypothekengesetzes und §§. 98 bis 101 der Prozeßordnung vom 17. November 1837 geschehe, und daß dem Gerichte unbekannte Käufer sich über Vermögen und Leumund durch Vorlage legaler Zeugnisse auszuweisen haben.

Die näheren Verkaufsbedingungen werden bei der Versteigerungstagsatzung bekannt gegeben, wohlesdb auch, sowie die dahin in der Gerichtskanzlei die näheren Beschreibung des Gutes, sowie das Taxationsprotokoll zur Einsicht aufliegen wird.

Schongau am 23. Sept. 1848

Königl. Landgericht Schongau.

Mangst.

Bekanntmachung.

171. Das Schuljahr 1848/49 wird bei der königl. Lateinschule zu Burghausen am 16. Oktober eröffnet, an welchem Tage sich die Schüler sammlen. Die Prüfung für die Neueintretenden ist auf den 17. anberaumt, wobei Tauf-, Impf- und Schul-Zeugniß vorzuzeigen sind.

Später Eintretende müssen sich die Abweisung oder eine Separatprüfung und die Gebühren für dieselbe gefallen lassen.

Burghausen den 5. Okt. 1848.

Königliches Schulrektorat.

Paul.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

München, 11. Oktober.

Se. Maj. der König haben Sich durch allerhöchste Entschließung vom 26. Sept. d. J. bewogen gefunden, die durch den Tod des Professors Dr. Zuccarini erledigte II. Konservatorsstelle des botanischen Gartens nicht wieder zu besetzen, dagegen für die durch Erwerbung erweiterten botanischen Sammlungen und Anstalten einen Kustos und einen Assjunkten aufzustellen; zum Kustos den bisherigen kuntionirenden Assistenten Dr. Med. Ferd. Kummer aus Wassburg, und zum Assjunkten des botanischen Konservatoriums den Privatzeugnen der Hochschule München Dr. philos. Otto Sendtner zu ernennen. Die Stelle eines Konservators der anatomischen Anstalt dem bisherigen Verweser Professor Dr. Eugen Schneider, unter Belassung der Stelle eines ordentl. Professors der beschreibenden Anatomie an der Hochschule, zu verleihen, und zu bestimmen, daß dem Konservatorium der anatomischen Anstalt fortan zwei Assjunten beigegeben sind, deren zweitem zugleich die Professorstelle bei der Anstalt übertragen ist, ferner zum ersten Assjunkten der anatomischen Anstalt den bisherigen außerordentlichen Professor der medizinischen Fakultät und Professor der Hochschule München, Dr. Anton Förg, zu befördern, und als zweiten Assjuntten und Professor genannter Anstalt den quieszierten Professor der aufgelösten Baderschule zu Landshut und Dozenten an der Universität Würzburg, Dr. Jos. Berazi, zu reaktivieren.

Se. Maj. der König haben unterm 26. Sept. d. Js. allerhöchst zu beschließen geruht: 1) den zum 1ten Assjunkten der anatomischen Anstalt ernannten außerordentlichen Professor der medizinischen Fakultät, Dr. Ant. Förg, zum ordentlichen Professor der vergleichenden Anatomie an hiesiger Hochschule zu befördern; 2) den zum 1ten Assjunkten und Professor der anatomischen Anstalt ernannten Dr. Joseph Werzi den Rang, die Rechte eines ordentlichen Professors der medizinischen Fakultät der Universität München zu verleihen; 3) zu der durch die Beförderung des Professors Dr. Förg erledigten Stelle eines Prosektors der Hochschule dahier den Dr. med. Karl Thiersch von München; dann 4) den Assjunkten des chemischen Laboratoriums, Dr. August Vogel, zum außerordentlichen Professor der philosophischen Fakultät an hiesiger Universität, allergnädigst zu ernennen.

Se. Majestät der König haben der von dem Hofbesitzer Andreas Schmuck von Letteneurth gemachten Schenkung seines im Werthe von circa 3000 fl. stehenden Anwesens von Todeswegen an die Gemeinde Letteneurth, Bezirksamt Dachau, die Errichtung einer selbstständigen Kaplanei betreffend, die landesherrliche Bestätigung zu ertheilen, und zugleich allerhöchst anzuordnen geruht, daß diese Stiftung zur Anerkennung des hiebuch bethätigten frommen Sinnes des Stifters durch das Regierungsblatt zur öffentlichen Kenntnis gebracht werde.

Se. Maj. der König haben vermöge allerhöchster Entschließung vom 30. d. M. Sich bewogen gefunden, die Professoren an der landwirtschaftlichen Zentralschule in Weihenstephan, Dr. Andreas und Jos. Kremmer vom Etatsjahr 1847/48 an, unter Vorbehalt ihrer provisorischen Dienstverpflichtung, in die pragmatischen Rechte eintreten zu lassen.

Deutsche Reichsversammlung.

Wir tragen aus der Sitzung vom 6. Okt. noch Einiges nach aus dem Berichte der deutschen Zeitung darüber. Erster Gegenstand der Tagesordnung war die Berathung des vom Reichsjustizministeir eingebrachten, seitdem vom Ausschusse für Gesetzgebung und Rechtspflege begutachteten, um mehrere Bestimmungen und Artikel vermehrten Gesetzentwurfs zum Schutze der Reichsversammlung*) Berichterstatter darüber ist A.

*) Nach der Fassung Robert Mohl's lautete derselbe wie folgt: Artikel I. Ein gewaltsamer Angriff auf die Reichsversammlung in der Absicht, dieselbe auseinander zu treiben, oder Mitglieder aus ihr zu entfernen, oder die Versammlung zum Aufgeben oder Abänderung eines Beschlusses zu zwingen, wird als Hochverrat bestraft. Artikel II. Theilnahme an einer Zusammenrottung, welche während der zu einer Sitzung der Reichsversammlung anberaumten Zeit in der Nähe des Sitzungslokals stattfindet und sich nicht auf die erste Aufforderung der zu solchen Polizei-Behörden oder auf den schriftlichen Befehl des Präsidenten der Versammlung auflöst, wird bis zu Assistenen mit Gefängniß bis zu einem Jahre, bei bloßen Theilnehmern bis zu drei Monaten bestraft. Artikel III. Es ist während der ganzen Dauer der verfassungsgebenden Reichsversammlung verboten, eine Volksversammlung unter freiem Himmel in einer Entfernung von fünf Minuten eines ihrer Beisammlungen zu halten. Die öffentliche Aufforderung zur Abhaltung einer solchen Versammlung, die Führung des Vorsitzes oder das öffentliche Auftreten als Redner in derselben wird mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft. Artikel IV. Ein gewaltsames Eindringen in Reichsgebäude in das Sitzungslokal der Reichsversammlung, oder ein ungehorsames Verbleiben solcher Personen nach ergangener Aufforderung zur Entfernung durch den Vorsitzenden der Reichsversammlung, enthält eine im Sitzungslokale ausgegebene Verordnung oder Belehrung der Versammlung oder eines ihrer Beamten und Diener von Seiten eines Mitgliedes ist mit Gefängniß bis zu Einem Jahre zu bestrafen. Artikel V. Eine an einem Mitgliede der Reichsversammlung mit Beziehung auf sein Verhalten in derselben verübten Thätlichkeit wird, außer der gesetzlichen Bestrafung der Handlung an sich, mit Gefängniß bis zu fünf Jahren belegt, eine gerichtliche Verfolgung oder eine öffentliche Beschimpfung sollen mit Gefängniß bis zu drei Monaten zu bestrafen.

Paur. Mölling spricht zuerst gegen den Entwurf. Mit dünner bedeutender Stimme verneint er die Nothwendigkeit eines solchen Gesetzes. Es verlaute, daß 10 bis 12,000 Mann Truppen um Frankfurt vereinigt bleiben sollen. Ob man nun wohl glaube, daß sich ein Angriff oder eine solche Macht wiederholen werde? Die Quelle der Aufregung sei zu verstopfen, Deutschland krank — die Nationalversammlung solle sich als ein guter Arzt dieser Krankheit zeigen, aber dann müsse sie freilich anders abstimmen als in der nämlichen Waffenstillstands-Frage (Beaso von der Linken) und dürfe nicht ruhig zusehen zu den Hinrichtungsverurtheilungen. Endlich erinnert Mölling daran, daß wenn der Druck der Soldaten werde sich das Volk endlich, wenn der Zustand unerträglich werde, wie er es müsse, zu helfen wissen. Darauf aber weist Alexser mit ihrem Ernste und in sicherster Sprache einen Blick auf die Ereignisse vom 16. bis 18. Sept., einer Mäßigung, der die Versammlung mit Spannung folgt, indem der Redner die Ereignisse der Nähe nach unter Hervorhebung Schmarowsky's und Auerswald's, bis auf die bekanntgewordenen Jahn's und Heckscher's. Man hat uns, führt er fort, von dem Barrikadenkampfe gesagt, er sei gräuelos gewesen. War er gräuelos, nun so war er wahnsinnig. Gegen den Wahnsinn aber wollen und müssen wir uns schützen. Ich fürchte nicht den Tod für's Vaterland, aber ich fürchte das Verderben. In Deutschland ist kein anderes Regiment als ein stetig begründetes möglich. Die täuschen sich daher, welche mit einer Blutherrschaft über Deutschland zu walten meinen. Das Volk von München bis Leipzig und Hamburg würde mit Entrüstung ein solches Joch von sich schleudern. Es hat aber den Gräueln des 18. Sept. noch etwas Schlimmeres zum Grunde gelegen als politischen Haß. Den Namen eines deutschen Stammes hat man den Polen als Gegenstand der Wuth hingeworfen. Es ist der neue gesellschaftliche Partikularismus, den es gelten kann (sehr gut von der Rechten — Schweigen auf der Linken). Das Bündniß mit den Gräueln, welches die Intrigue an die Waffenstillstandsfrage geknüpft hat, müssen wir mit Abscheu zurückweisen. Eben der Mörderhaft dieses Hauses muß zumeist daran liegen, daß ihre Sache nicht verwechselt werde mit einem verbrecherischen Treiben, wie es thatsächen. Es gibt politischen Haß mit traurendem Herzen seine Zustimmung zu den gesetzlichen Maßregeln, welche die Nothwendigkeit leider erheischt, aber er freut sich des Tages und er ist gewiß, daß er kommen werde, wo diese Schranken ohne Gefahr wieder können niedergerissen werden. (Anhaltender Beifall und Zeichen des tiefsten Einbruks.) Am allerwenigsten wäre ein Redner, wie Fehrenbach, der auf Rieser folgt, im Stande, diesen Eindruck zu zerstören oder auch nur zu schwächen. Nach einem Vorrrag, der die bekannten Gemeinplätze von „Volksfaust" und von „wachender Reaktion in Mitte des Hauses," von „Volksverrath," wenn man die heiligen Rechte des freien Ausdrucks, der Vereinigung und Versammlung, irgendwo verkümmere, in der bretternen Form, flostweis und ohne innern Zusammenhang knüpft, Fehrenbach darauf unterstützt geredet, nicht, aber Stichworte gefällig zu applaudiren, v. Rieser hat sie selber so gründlich zurechtweisen Auseinandersetzungen, mit denen er den Gesetzentwurf bekuchtet und empfiehlt, ausdrücklich an Rieser's bedeutungsschwere Worte. Schober kann das Gemälde, welches Rieser aufgerollt, leider nicht als ein unwahres bezeichnen, aber er bittet die National-Versammlung sich davon nicht beirren zu lassen von der Prüfung des vorliegenden Gesetzentwurfs abhalten zu lassen. Eine entehrende Strafe — Zuchthausstrafe von 10 Jahren sei lebenslang — sege der Artikel 1 auf den gewaltsamen Angriff wider die Reichsversammlung. So nämlich hat der Ausschuß die Bestimmung des Mohlschen Vorschlags: „wer als Hochverrath bestraft" verschärft und festgestellt. Schober ist der Meinung, daß einfache Gefängnißstrafe anzuwenden sei, daß diese lebenslang sowohl auf mehr als 10 Jahre und vollends gar nicht auf Lebenslänglichkeit aufgedehnt werde. Auch sei nicht blos von Seite der anarchischen Partei ein Angriff auf die Nationalversammlung möglich. Ihn wenigstens ersüllen die Truppenzusammenziehungen um Berlin mit unheimlichem Unbehagen. Obschon der Redner in die Zentralgewalt nicht das mindeste Mißtrauen setze, so sei es doch wohl gut gethan, die bis auf eine gewisse Nähe um den Sitz der Nationalversammlung herangezogenen Truppen sie die Nationalversammlung selbst zu verweisen. Eine neue Wendung kommt dadurch in den Vortrag Schober's, daß er eine frühere Aeußerung Binde's — er, Schober, gehöre der Fahne der rothen Republik an — mit Lebhaftigkeit und unter dem Beifalle der Linken zurückweist. Das Verbot der Volksversammlungen unter freiem Himmel will der Redner zum Mindesten von 5 auf 1 Meile beschränkt sehen. Auch die durch den Ausschuß theils verschärften, theils neu hinzugefügten Strafbestimmungen über öffentliche Beleidigungen von Abgeordneten findet Schober zu hart und es müsse ihm z. B., da der Ausschußantrag keinen Unterschied zwischen Beleidigungen der Abgeordneten unter einander macht, sehr thun, wenn Hr. v. Vincke über Aeußerungen, wie die soeben gerügte, mit einer Gegenaeußerung Gefängnißstrafe belegt werde. Eine Hauptbemerkung dieses Redners ist die Nachweisung dieser launigen Einfalls verfällt Schober die Tribüne, jedenfalls als der bedeutendste Redner, die bisher gegen den Entwurf gesprochen. Venedey hat die Versammlung durch sein allzubürgerliches Auftreten mit der sonner bereiten blühenden Oberkäckschtheit, die ihm zu Gebot steht, längst derselnigen Aufmerksamkeit entnommen, die einem Redner erwünscht sein muß. Wenn ihm heute benommen zuhört, wenn er eine kleinliche Blumenlese der englischen Journalistik über das deutsche Parlament vor, auf welche das Haus mit dem Rufe „zur Sache" erwidert. Zur Sache kommt er endlich, indeme er der Strafbestimmungen des Gesetzentwurfs auch auf Sol-

daten und Minister ausgehoben sehen will, welche etwa gewaltsame Maßregeln gegen die Nationalversammlung versuchen sollten. Graf Wartensleben. Gegen einzelne Punkte. B. gegen das Verbot der Versammlungen auf 5 Meilen im Umkreise, was beinahe 75 Quadrat Meilen in Anspruch nehme (Bravo von der Linken). Meine Herren, ich spreche nicht also, um mir ein Bravo von ihnen zu verdienen. Die Volksversammlungen sind übrigens unschuldig, die aufreizenden Redner nur, die darin auftreten, sind die Schuldigen. Vogt von Giessen, frei, nachdenklich und mit seiner vollen Geistesthätigkeit. Das Ausschußgutachten an den Vorschlägen der jüngsten Zeit sei, daß man einer politischen Partei die geistige Urheberschaft des Griechenen in die Schuhe geschoben. (Pfui! Pfui! ruft Schaffrath so heftig, daß er seine Entrüstung dem Gelächter des Hauses ausfegt.) Er erklärt sich gegen entehrende Strafen, gegen lebenslängliche und will auch kein Strafminimum festgestellt sehen. Nur wenn der Richter über das weiteste Strafmaß gehen, werde er seine Gründe erklären können. Gerade Metternich war gegen lebenslängliche Strafen und Sie wollten trotzdem sein als ein? Das Verbot der Volksversammlungen verbiete z. B. der ganzen Landgrafschaft Hessen-Homburg die Berathung ihrer öffentlichen Angelegenheiten. Nicht das sei zu fürchten, was unter freiem Himmel, in öffentlicher Versammlung, sondern das, was in den zehnmen Kabinetten berathen werde. (Beifall von der Linken und von der Gallerie.) Die Beamten und Diener des Parlaments, damit sie vom Publikum respektirt werden, will Vogt durch Abzeichen kenntlich gemacht sehen, „etwa wie die Herolde beim Kölner Dombaufeste.“ Durch den Ausschußvorschlag für Artikel 5.: „öffentliche Beleidigungen der Reichsversammlung, auch außerhalb des Sitzungslokales verübt, unterliegt einer Gefängnißstrafe bis zu zwei Jahren“ hält Vogt alle Preß- und Redefreiheit für aufgehoben. In der Erweiterung des Maßlichen Antrags hat der Ausschuß auch die Beamten der Zentralgewalt in den Ausnahmsschutz des Gesetzes aufgenommen. Eine vorteilhafte Gegenheit für den ängsten Spott des Redners, der er natürlich nicht vorübergeht! Endlich verlangt er, daß ausdrücklich gesagt werde, nur durch öffentliches und Geschwornengericht dürfe das Gesetz in Anwendung gebracht werden und unter jeder Bedingung müsse sich die Versammlung das Begnadigungsrecht vorbehalten. Er erinnert beiläufig die Mehrheit daran, daß ja dies Begnadigungsrecht in ihren Händen und auch kann von Nutzen sein werde, wenn die Uebeltäter von „oben“ gekommen. (Rauschender Beifall auf der Linken, auf der Rechten Heiterkeit.) Auf den Redergang Vogt's folgt als dessen offenbarer Gegensatz die trockene Erörterung Scheller's, die sich unverdrossen theilt um die Rechtfertigung des Gesetzentwurfes in der Fassung des Ausschusses bemüht, theils kleine Abänderungen beantwortet. Das Verbot von Volksversammlungen auf 5 Meilen anlangend, so erwähnt Scheller, in Nordamerika sei ebenfalls jede Volksversammlung auf 20 englische Meilen im Umkreise des Kongresses untersagt. Schaffrath spricht diesmal weder von, noch für die Geschäftsordnung, sondern von anderen, weit viel wichtigeren Dingen, mithin durchaus nicht in seinem Berufe. Mittermayer warnt mit bekannter Redefreiheit davor, daß der Zorn somale Gesetze schreibe und verlangt Herabsetzung der angedrohten Strafen, namentlich Verwandlung der Zuchthaus- in Gefängnißstrafen. Dietzsch aus Saarbrücken theilt mit den meisten seiner Gesinnungsgenossen vor der Linken den besseren Ton und daher die mühsam und flosweis hervorbrechende Sprache. Nach ihm „ist etwas faul im Staate Dänemark,“ wo solche Gesetze erforderlich werden. v. Winckel scheint die Hafferbrecht Lichnowsky's so völlig überzeugen erhalten zu haben, daß er kaum einen Satz aufzustellen kann, wie billig er ihn nicht sobald hastet, ohne leidenschaftlich von der Linken unterbrochen zu werden. Es ist ihm darum zu thun, einige der heutigen Behauptungen über den Aufruhr, die Barrikaden, das Benehmen der Truppen u. s. w., zu berichtigen, und des deutschen Publikums wegen, welches nicht Augenzeuge des Kampfes gewesen, denn für die in Frankfurt Gegenwärtigen bedürfe es solcher Berichtigungen nicht. Niemand aber erreicht die Geschicklichkeit, über Winckel ihren höchsten und einen solchen Grad, daß der Präsident von Gagern, nachdem er alle Mittel zur Herstellung der Ordnung erschöpft hat, mit Aufbedung der Sitzung drohen muß. Winckel hat nämlich von einer Partei gesprochen, die an der Grenze der Revolution hingaukele, nur des Augenblicks gewärtig, wohin sie sich wende. Nachdem die Sitzung beseitigt ist, geht Winckel an die Berichtigung des Gesetzentwurfs, ohne irgend eine seiner Bemerkungen zu vergessen, obschon er auch jetzt nur unter dem Schutze der Präsidentenklingel weiter sprechen kann. Schoder entwickelt den Sach seiner Rede in der Wassenstillstandsfrage, um zu zeigen, daß er nicht, wie Winckel vermeine, zur erneuten Revolution aufgefordert, sondern die Versammlung gewarnt habe, zu einer solchen Veranlassung zu geben. Wasserman bemerkt, daß eine gröbliche Aeußerung, die Rödler von Oels im vorigen Dutzeljahr wieder den Präsidenten gerichtet, demselben Ausschusse zur Beurtheilung überwiesen werde, der über die Schmidt-Wiesner'sche Sache zu berichten hat. Der Graf Schwerin und Benedey (dieser zu wiederholten Malen) Eisenmann, Wesendonk u. A. beschäftigen die Versammlung von der Artistik Israels mit bisher unerhörten Fällen, in Folge dessen v. Gagern den Vorsitz an Kieffer übertragt und es den Anschein annimmt, als sei kaum eine Hoffnung vorhanden, heute wieder zu dem Gegenstande der Tagesordnung zu gelangen. Die förderen Vorfälle werden aber endlich dem für die Schmidt-Wiesner'sche Angelegenheit ernannten Ausschusse zur Untersuchung übertragen und dadurch vor der Hand bewirkt aus dem Wege geräumt, daß der Berichterstatter über das Schlußwort über den debattirten Gesetzentwurf ergreifen kann. Da die Zeit zu weit vorgerückt und die Anzahl der Verbesserungsanträge zu umfänglich ist, so wird die Abstimmung selbst auf die nächste Sitzung Montag den 9. vertagt. Noch ist zu bemerken, daß auf Beseler's u. A. Antrag der mehrgenannte Schmidt-Wiesner'sche Ausschuß den Auftrag zum Entwurfe einer Disziplinargesetzes für das Haus erhalten hat.

Eine Stimme aus dem Elsaß. *)

Ueber den jüngsten Frankfurter Aufstand sind die Stimmen der freisten Länder einig: schwerzerische, französische, englische Blätter brandmarken die wilde Empörung, die bei dem Morde und noch mehr bei dessen gräßlichen Heitern sich kundgethan. Auch die Organe des Elsasses — in welchem man eben Anstalten trifft, die Erinnerung der Vereinigung mit Frankreich zu feiern! — treten jenem Urtheile bei. Es war (sagt ein süddeutsches Blatt) zur Zeit der schönen Jugendträume Deutschlands über seine künftige Größe, wenn es einmal Ernst zu werden schien, als man auf dem Pariser Nationalconvente schuf, daß alle Völker, die in abgerenmten Landestheile, Elsaß voran, vom selbst wieder und zufallen und in den Schooß der großen Mutter Deutschland zurückkehren. Damals gründete man diese Hoffnung auf alle die großen Eigenschaften, die wir Deutsche an uns selber fanden, auf unsere Treue, Biederkeit, Sittlichkeit, Bildung, die und vornehmlich vor der französischen Nation auszeichnen. Was ist nun aus diesen Träumen geworden? Wie denken insbesondere unsere elsässischen Brüder von uns nach den Frankfurter Mordszenen? Man lese einen Artikel des Straßburger „Niederrheinischen Kuriers“, des langbewährten Organs der freisinnigen Elsässer, „von der Lage Deutschlands“: „Der letzte Frankfurter Aufstand ist eines der Vorzeichen der gänzlichen Umwälzung, die sich von allen Seiten vorbereitet. Dieser Aufstand war nicht eine abgesondrte Thatsache. Der von den äußersten Parteien gegen die Frankfurter Nationalversammlung gerichtete Anschlag sollte im Anfange schon Lande, in Württemberg, in Bayern, in Hanau, Mainz, Worms, Köln, Koblenz einen Gegenstoß haben. Allenthalben hatten die Klubs durch ihre demagogischen Predigten an die ungeflümten Leidenschaften einen Aufruf gemacht, mit Verleumdung und Schimpf die der Sache der Freiheit und der wahren Volkssache am aufrichtigsten ergebenen Männer überhäuft; allenthalben hatte jener überspannte Radikalismus, welcher nicht gegen Mißbräuche und Dynastien, sondern gegen das Verdienen, gegen das Eigenthum, gegen die Familie, gegen das Talent und gegen die Freiheit selber Krieg führt, die schändlichsten und wildesten Gefühle, den Haß, den Neid, den Durst nach Gold und Blut angestachelt; kurz überall schickte man sich an, die Gesellschaft selber zu zerstümmen, und dieses Werk wilder Zerstörung sowelt zu treiben, bis nur noch Schutt und Trümmer auf dem Boden wären. Dieß war, man muß es wohl sagen, eine traurige Nachahmung des Juniusaufstandes, welche die Anarchisten Deutschlands vorbereiteten und ohne Zweifel noch im Schild führen, eine Nachahmung ohne Größe und ohne Idee, wie alles, was den Stempel einer blinden Nachäffung trägt, und welche nur darin führen konnte, den Abstand verwerfen zu lassen, der noch auf der Leiter der politischen Entwicklung die heutige Nation von der französischen trennt! Wenn in den Pariser Straßen Gräuelthaten verübt worden, wenn der tapfere General Brea als Opfer seiner Menschlichkeit unter den Streichen einiger Mörder gefallen ist, daß die gesammte französische Nation, ohne Unterschied der Partei, mit Entrüstung gegen solchen Frevel protestirt; sie hat diese Gräuel auf einige elende Wichte, auf einige feigherzige Gaunerentstellige zurückgeworfen, welche sich selber des Menschen Namen, und der Deutschen Namen, die Begriffe vom Guten und Bösen in gewissen Gemüthern so verderbt sind, alle Gefühle bei gewissen Individuen so entartet scheinen, daß in einer Volksversammlung, welche bei Köln stattgefunden hat, die Schilderung der schwerzlichen Marter Lichnowsky's und Auerswalds nur schallendes Gelächter und Freudengeschrei hervorrief. Dieß sind, mit Verlsönlig gesagt wir es, traurige Symptome von der Gemüthsstimmung, unheilvolle Vorbedeutungen für eine nahe Zukunft. Der Kampf ist heute in Deutschland deutlich gezeichnet. Alle revolutionären Leidenschaften, mit den antisozialen Leidenschaften vereint, sind auf einer Seite zum Angriff und zur Schlacht bereit; auf der andern Seite befinden sich alle Institutionen und alle Erinnerungen, welche die revolutionäre Bewegung bis jetzt noch aufrecht gelassen hat, auf die materielle Kraft, auf das Heer gestützt, und mehr und mehr entschlossen, mit Energie zu widerstehen, einen Kampf auf Tod und Leben zu liefern, um ihre Rettung zu sichern.“ (A. Z.)

*) Das vorstehende Urtheil scheint uns jetzt, nachdem die traurigen Vorgänge zu Frankfurt auch in Wien einen so beklagenswerthen Wiederhall gefunden haben, doppelt beachtungswerth. (A. d. R.)

Kongreß zur Reform der deutschen Universitäten.

Jena, 24. Sept. Gestern Nachmittag nahm beim Beginne der Sitzung v. Wangerow and Heidelberg das „liebile beneficium vieli,“ wie er ironisch lächelnd sagte, in Anspruch, und forderte die Minorität zur Unterzeichnung seines Antrages, in Betreff der „Verfassung,“ auf welchen sie in Protokoll zu geben. Nach einer kurzen Debatte über die Fakultäts-Frage beschloß man fast einstimmig, diese der zu wählenden Kommission zu überweisen. Als nun die Debatte über die akademische Gerichtsbarkeit eröffnet wurde, sprachen sich einige Redner dafür aus, auch diese der Kommission zu überweisen. Carus, Giessen, machte aber

darauf aufmerksam, daß sie eine Zeitfrage sei, und daß man sich über das Prinzip entscheiden müsse; ihm stimmt Wangerow bei. Die Versammlung erklärt, daß sie eingehen will auf die Prinzipfrage. Birnbaum aus Gießen ist für Aufrechtung derselben, außer in Disziplinarsachen. Blume aus Bonn stellt den Antrag: Die akademische Gerichtsbarkeit wird in so weit beibehalten, als sie unentbehrlich und eine Wohlthat für die Studirenden ist. Er sucht zu beweisen, daß sie kein Privilegium sei; es gebe ja auch sachliche Gerichte: Handels-, Fabrikgerichte ꝛc. (!!) Wurzb. von Tübingen und Thiersch sprechen für ein gemischtes Verfahren. Platzhoff aus Marburg will die akademische Gerichtsbarkeit wissen. Er sagt, der Student habe eine eigenthümliche Stellung (Duelle). Die Kommission will nur, daß der Studentenlebens gehe verloren; die Studirenden mögen sich in Acht nehmen, daß sie sich nicht, statt einen Zopf abzuhinden, einen anbinden. Baur aus Gießen will hierin nicht als erleichterter Dotent (extraord.), sondern als Student sprechen. Er habe auch die Poesie des Burschenlebend als ein Kleinod deutschen Lebens angesehen, unter rationelles Zeitalter aber fordere die Aufhebung. Freilich, die Disziplin des Faubels müsse der Korporation gelassen werden. Hoffmann aus Würzburg findet Studentenleben und akademische Gerichtsbarkeit identisch, und ist nicht für Aufhebung, sondern für Reform. Köllin von Tübingen findet ein Rococo in der akademischen Gerichtsbarkeit und will sie aufgehoben wissen. Der Präsident stellt die Frage: Soll die Disziplin des Hauses der Universität verbleiben (consil. relog. etc.)? wird bejaht. Die drei fragen: ob die Studirenden in polizeilicher, gesundheitlicher und krimineller Beziehung unter den allgemeinen Gesetzen stehen sollen, werden mit großer Majorität bejaht. Die Versammlung beschließt, daß den Studirenden ein Antheil an der Disziplinargewalt zustehen solle; ebenso, daß die Studirenden hinsichtlich des Assoziationsrechtes den übrigen Staatsbürgern gleich geachtet werden sollen. Die Versammlung spricht aus, daß sie die Aktenvollziehung der Publikation der Aufhebung der besonderen Gerichtsbarkeit für einen Mißbrauch halte. Nach einer kurzen Debatte über die Gleichmäßigkeit der Ferien auf allen deutschen Universitäten beschließt man: Die Ferien sollen sein vom 15. März bis 15. April und vom 15. August bis 15. Oktober. Schließlich einigt man sich noch, daß die Kommission zur Begutachtung der einzelnen Fragen aus acht Ordinarien, vier Extraordinarien und drei Privatdocenten bestehen soll, die in Freier Wahl aus den Vorschlägen gewählt werden sollen. Sonntags soll noch eine Schlußsitzung Statt finden. Als nun in heutiger Sitzung das Protokoll verlesen wurde, zeigte es sich, daß der Wangerow'sche Antrag alle 36 Unterschriften der Minorität trug; von den Nichtrepunirten hatten sich 14 diesen angeschlossen, dagegen 27 Nichtdrepunirte sich mit dem Beschlusse der Majorität wohlkommen einverstanden erklärt. Freilich ist dieß letzte nur allgemeinen deutschen Lehrerversammlung in Eisenach ein. Als nun verlesen wurde (der Wahl wegen), wer ordinär, und wer extraordinar. ꝛc., erhob sich ein kleiner Streit, welcher Klasse (Mangfuse, wie einige Professoren der Majorität sagten) die Wiener beizuhalten seien, und Spbel von Marburg war so artig, den Dr. Häusle von Wien, den Studentenkrebs der medicinisch-logischen Anstalt, der sich bei der Anfrage um seine Doktor-Examen der Theologie rechtfertigte, den Privatdocenten beizählen zu wollen. (Die Wiener waren alle von der Majorität der 37, und Sybel nur der 36). Blume aus Bonn wollte zwar keine formellen Einwände gegen die Abstimmung von gestern erheben, bemerkte indessen, von den Deputirten der Wiener Universität seien einige keine so ganz unbescholtenen Individuen, wie z. B. der Vertheidiger Fröhlich, der wegen Diebstahl bestraft worden sei, und Andere mehr. Es sei daher zu den ordentlichen Professoren gerechnet werden sollen. Die Habilitationsund Promotions-Sache wird der Kommission überwiesen, eben so der Antrag über Gründung einer allgemeinen deutschen Akademie. Zum nächsten Versammlungsorte über Jahr wird Heidelberg bestimmt. Bei der Wahl der Kommission trug die Partei der Sechsundreißiger einen entschiedenen Sieg davon, indem nur zwei Mitglieder davon den Siebenundreißigern angehörten. Die konservative Partei hatte ihre Stimmen ganz fest konzentrirt, während die der liberalen Partei zersplittert waren. Ja, man war aus Parteieifersucht so weit gegangen, nicht einmal einen Wiener zu wählen, der doch bei der eigenthümlichen Konstruktion der Wiener Universität wohl kaum zu entbehren wäre. Ich werde vielleicht später noch einmal auf diese für Deutschland Universitäten so hochwichtige Versammlung zurückkommen und Sie etwas hinter die Coulissen sehen lassen; für jetzt nur einige Bemerkungen. Der Präsident Wächter übte einen sehr großen Einfluß auf die Versammlung aus und führte die Verhandlungen fast zu autokratisch. Zu den liberalen Persönlichkeiten bezüglich der Lehr- und Lernfreiheit hat er fast mitgewirkt. In der Vertheidigungsrede stand er aber offenbar (und dies sind seine Ihm unvertilgbar einigen Eintrag) auf der Seite der konservativen Minorität. Wangerow aus Heidelberg war der gewandte Parteiführer der Sechsundreißiger, und er wußte sehr Blöße, die sich die andere Partei gab, trefflich zu benützen. Die liberale Partei würde hätte sie einen solchen Führer gehabt, bei Weitem mehr haben ausrichten können; aber sie war zersplittert, hatte viel guten Willen, aber von Parteipolitik verstand sie nicht viel. Auf eine Inconvenienz, die durch die ganzen Verhandlungen sich hinzog, will ich nur aufmerksam machen. Die Versammlung betrachtete die Universität mehr als eine wissenschaftliche Korporation der Docenten (Akademie der Wissenschaften), als die höchste Unterrichtsanstalt des Staates. Sie werden dies durch alle Beschlüsse hindurch erkennen. (Köln. Z.)

Deutschland.

Bayern. — *† München, 11. Oktbr. Ⅱ. MM. der König und die Königin begaben sich heute Vormittags 9 Uhr nach Tegernsee, um daselbst den morgigen Festtag in ländlicher Stille zu begehen. Uebermorgen werden Allerhöchstdieselben wieder hieher zurückkehren.

Bamberg, 9. Okt. Gestern soll ein Kourier aus Meiningen hier gewesen sein, um bayerische Truppen zu requiriren. Da indeß seinem Auftrage von hier aus nicht willfahrt werden konnte, so soll er eine Stafette nach Aschaffenburg abgeschickt haben. (Bamb. Z.)

Preußen. — ⊙ Berlin, 7. Okt. Das alte Unwesen in unserer Nationalversammlung, mit unaufhörlichen und immer neuen Interpellationen und Anträgen den Fortgang der Verhandlungen wahrhaft bringender Fragen zu hemmen, dauert noch immer fort. Die Linke bestimmt sich im Augenblicke etwas in der Klemme. Eine von ihr so oft gegen die Regierung gebrauchte Waffe kehrt sich jetzt gegen sie selbst. Eine Linke vorzüglich war es, welche der Regierung, zum Theil nicht ohne Grund, einen Mangel an Unterwerfung unter die deutsche Zentralgewalt zum Vorwurf machte, und auch neuerlich für Annahme des Robertus'schen Antrages dieses Betreffs mit besonderem Eifer in die Schranken trat. Nun hat aber die Regierung in der jüngsten Zeit die sprechendsten Beweise gegeben, daß es ihr mit dem Anschlusse an die deutsche Zentralgewalt Ernst ist, und namentlich hat man bemerkt, wie im preußischen Staatsanzeiger seit etwa zwei Wochen alle Erlasse der Reichsgewalt an der Spitze unter dem amtlichen Theil vor den speziell preußischen Regierungs-Erlassen mitgetheilt werden. So geschah es denn auch mit dem Ministerialreskripte des Reichsjustizministers Gerrn H. Mohl an die Landesregierungen vom 24. Sept. Dieses Runtschreiben kommt den Herren von unserer Linken und ihren guten Freunden vom Klubvaradaxitz, dem Lindenklub und den „fliegenden Buchhändlern“ gewaltig in die Quere. Sie hat heute in das Protokoll der gestrigen Sitzung eine Erklärung aufnehmen lassen, daß durch besagtes Reskript die Selbstständigkeit preußischer Gesetze eine Beeinträchtigung erfahren habe, und die Anmahne dieses reichsministeriellen Erlasses in den amtlichen Theil des preuß. Staatsanzeigers bedenklich erscheine. Es ist doch merkwürdig, wie diese Herren jetzt auf einmal zu Vertheidigern des „spezifischen Preußenthums“ werden. (Ganz wie Schafrath ihr guter Freund zu Frankfurt pöhlich Besorgniß für die Gintzelsouveränetäten befam.) Für freilich hat dieser Partei die Aufrichtigkeit jeder, der wirk nicht viel finden, und thät er auch hundert Laternen anzünden. — Heute ist ein Antrag, den Hr. Behnsch mit 103 seiner Freunde von der Linken, auf ein an das Staatsministerium zu richtendes Gesuch um Erlassung einer allgemeinen Amnestie gestellt hatte, von der Versammlung als nicht dringlich anerkannt worden.

△ Berlin, 7. Oktober. Es scheint schon munkelt man von einem Plane, der in ganz Deutschland seine Vertreiungen zu haben scheint und auf nichts Geringeres hinwollkeit, als hier in Berlin dem wahren deutschen Parlament zu Frankfurt ein Gegenparlament, bestehend aus den Mitgliedern der Linken aller deutschen konstituirenden Versammlungen, entgegenzusetzen. Dies wäre der wahre Hochverrathsplan, übrigens bei den Leitenden der Linken zu Frankfurt und anderwärts so ganz unerwartet nicht kommen. Ich hörte schon vor einiger Zeit davon sprechen, daß jedoch der Sache weder Bedeutung noch Glauben bei. Jetzt scheint sie aber ernstlich zu werden, und man verkündet von Seite der betreffenden Partei selbst jetzt auf den 27. d. einen Zusammentritt der Theilnehmer am Plane hier zu vorläufigen Berathungen der ersten Schritte. Es frag sich nun, ob unsere Regierung und ob die Reichsgewalt zu Frankfurt ein solches geradezu aufrührerisches, hochverrätherisches Beginnen gegen die deutsche Nation ruhig und gleichgültig mit ansehen werden. — Man kündet zur Feier des Geburtstags Sr. Maj. des Königs ein großes allgemeines Versöhnungsfest an. Die Idee dazu geht von einem Verein frei-konstitutionell gesinnter neuer Gegenregierungen in Berlin aus und Charlottenburg aus, der auch zu einer vorläufigen Besprechung einlädt. Gottesdienst in allen Kirchen, Einzug der aus Schleswig-Holstein zurückgekehrten Garderegimenter, große Parade des Militärs und der Bürgerwehr vor dem General v. Wrangel, Konzerte im Freien, Militärmusikfeste im Freien zum Besten der deutschen Flotte, und Erleuchtung aller Privathäuser in und um Berlin würden die Hauptpunkte des Festprogramms sein sollen. Die Idee ist recht schön und löblich: aber ich fürchte, mit der wirklichen Versöhnung der Parteien werden wir damit um keinen Schritt vorwärts kommen, und am Ende nur solche an der Feier Theil nehmen, die sich nie befeindet haben. Die wahrhaft konstitutionell-monarchisch Gesinnten haben immer zu den Truppen in gutem Einvernehmen gestanden, die auf den Umsturz der Monarchie zielende Partei aber nähert sich dem Militär, wenn sie sich überhaupt deuselben nähert, nur darum, um es zu verführen, von seiner Pflicht und Fahnentreue abwendig zu machen und zu demoralisiren. Das weiß das Militär auch, und darum will es nichts mit den Leuten dieser Partei zu thun haben.

Oesterreichische Monarchie.

Aus Pesth wird der Allg. Zeitung geschrieben, daß alles, sogar die Juden 2000 M. Rark aufgerüst seien. Das ungarische Hauptquartier war am 2. zu Martinsdsar. Die bei Osen versammelten ungarischen Streitkräfte rechnet der Pesther Berichterstatter auf 100,000 M., wovon kaum $^1/_{10}$ regulär. Die Sitzung des Landtags hatte die Konfiskation der Güter des Grafen Eugen Zichy, sowie gleiches uns Einrichtung für alle des Landesverrathe Ueberwiesene beschlossen; äußerstem Aufforderung an die Wie-

ner und Deutschösterreicher überhaupt, um sie zur Hinterreibung der Absetzung von Verstärkungen an den Banus aufzufordern. Kossuth befand sich im Szarader Komitat, um zum Kampfe aufzurufen, allein es fehlte an Waffen. Selbst die Gefälle waren in einem erbärmlichen Zustande. Am 2. Okt. Abends 6 Uhr war der Waffenstillstand zu Ende. Der Landtag beschloß im Heere das Standrecht zu publiziren. — Auf die Erklärung des General Roth, daß die Kroaten als Freunde nach Staab kommen, wurden allenthalben weiße Fahnen aufgesteckt und die Bauern zogen nach Hause. In Wieselburg geschah das Gleiche. In Jermenten hatten sich am 3. wieder Schwärme von bewaffneten slawonischen Bauern gezeigt, welche der magyarischen Sache sehr abgeneigt sind. In Oden und Pesth hatte man am 3. und 4. verkündet, Jellachichs Armee sei in wilder Flucht aufgelöst. Daß an dieser Nachricht nichts Wahres ist, ergibt sich daraus, daß der Banus am 4. in seinem Hauptquartier Altenburg das kaiserl. Manifest seiner Ernennung als Statthalter trotz des Kaisers verkündigte.

Großbritannien.

* **London**, 6. Okt. Bei den Handelshäusern Hambro und Sohn hier und Salomon Heine in Hamburg ist soeben ein Anleihen von 4½ Millionen Mark Banko (330,000 Pfd. St.) zum Abschluß gekommen für die norwegische Regierung mit dem Kurse zu 93. Das Kapital ist rückzahlbar in 30 Jahren und trägt 4 Prozent Zinsen. Das Anleihen ist zu Unterstützung des norwegischen Bankhandels mit Frankreich bestimmt, der in Folge der Februarrevolution große Verluste erlitten hat. — Die Times theilt eine Reihe diplomatischer Aktenstücke in Betreff des Streites zwischen Neapel und Sizilien mit, aus denen man das Verhalten der Repräsentanten Englands und Frankreichs in dieser Frage ersieht. — Neuyorker Nachrichten vom 26. mit dem Dampfschiff Washington sind eine starke Waarenladung nach Bremen bringt sind ohne Belang. Nachrichten aus Lissabon vom 30. Sept. sprechen von der Verhaftung der angesehensten Parteiführer der Miguelisten und Liberalen. Man spricht davon, daß die Septembristenschaft dem Don Miguel Vorschläge gemacht haben, auf welche dieser mit unbedeutenden Veränderungen eingegangen sein solle.

Frankreich.

* **Paris**, 7. Oktober. Die Regierung hat ein sehr einfaches und doch sinnreiches Mittel gefunden, um die Vorstädte zu entwaffnen: sie kauft die Gewehre durch Agenten, das Stück zu 15 Fr. ans. Auf diese Weise hat sie jüngst an einem Tage über 1500 Stück bekommen. — Man will behaupten, daß kurz vor den letzten Wahlen die Herzogin von Berry incognito nach Paris gekommen sein und in dem Hotel eines allbekannten legitimistischen Schriftstellers sich aufgehalten haben soll. Erst vor zwei Tagen, sagt man, habe sie Paris verlassen, wo sie von der Polizei, ohne jedoch lästigt zu werden, überwacht wurde. Die Regierung wollte nur im äußersten Nothfalle sich ihrer Person bemächtigen. — Die reiche geologische und mineralogische Sammlung des Herzogs von Buckingham ist bei der Versteigerung von dem französischen Beauftragten Hrn. Dufrenoy um die Summe von 320 Guineen für die französischen Staatssammlungen erstanden worden. Der Herzog hatte mehr als 4000 Pfd. St. dafür ausgegeben.

△ **Paris**, 7. Oktober. Hr. v. Lamartine hat gestern in glänzender Rede das Prinzip der Wahl des Präsidenten der Republik durch das allgemeine Stimmrecht vertheidigt, und nach dem Eindruck, den seine Worte hervorgebracht, darf man die Frage schon jetzt als thatsächlich entschieden betrachten. — Der Finanzausschuß hat sich fast einmüthig gegen den Vorschlag des landwirthschaftlichen Ausschusses auf Schaffung von 2 Milliarden Hypothekenbons, zu deren Annahme jedermann gesetzlich genöthigt werden sollte, ausgesprochen. — Der Moniteur widerspricht der Angabe der Union, als habe General Cavaignac eine Unterredung mit Lord Normanby gehabt, in welcher dieser erklärt haben sollte, England habe sich mit Oesterreich wegen Italiens verständigt und die Frage werde nicht im Einklange mit den vom General Cavaignac gegen die Nationalversammlung eingegangenen Verpflichtungen gelöst werden. Auf das sei vollkommen falsch. Die Regierung könne nicht allen irrigen Behauptungen widersprechen; man dürfe dabei, wenn einer Angabe nicht widersprochen werde, daraus noch nicht auf die Wahrheit derselben schließen. — Der sardinische Botschafter Marquis v. Brignolles-Sales soll eben zurückberufen worden sein, und künftig Hr. Ricci nur als Geschäftsträger Karl Alberts hier beglaubigt werden, gleichwie auch die französische Republik nur einen Geschäftsträger zu Turin unterhält. Als Beweis der Zufriedenheit soll Karl Albert dem abgehenden Botschafter das Großkreuz seines Ordens verliehen haben. — Die Rhone dauert zu Lyon fort.

△ **Paris**, 7. Oktober, 5 Uhr Abends. Die Nationalversammlung hat heute das Amendement des Hrn. Grevy (auf Ernennung eines jeden Augenblick wieder abberufbaren Präsidenten) mit 643 gegen 158 Stimmen verworfen. Dasselbe Schicksal hatten mehrere andere Amendements, und der Art. 41 wurde endlich mit ungeheurer Mehrheit in der Fassung der Kommission angenommen, welcher die Ernennung durch das allgemeine Stimmrecht feststellt. Von Hrn. Flyn wurde bei Postschluß noch als Zusatz vorgeschlagen zu Art. 41, daß zu der Präsidentenwahl erst nach dem Votum der organischen Gesetze und in keinem Falle später als 1. Mai 1849 geschritten soll. Die Regierung hat sich bekanntlich bereits gegen diese Verschiebung erklärt. Der Herzog von Broveaux hat an mehrere seiner Anhänger geschrieben, man möge ihn doch ja nicht unter die Kandidaten für die Präsidentschaft stellen.

Südamerika.

* **Montevideo**, 22. Juli. Hr. Hood ist sehr niedergeschlagen hieher zurückgekehrt, weil Rosas sich durchaus nicht eher als Generalkonsul in Buenos Ayres anerkennen will, bevor nicht die diplomatischen Beziehungen mit England wieder hergestellt sind. Rosas soll unaufhaltsam auf eine von England zu machende Modifikation des Vertrages bestehen: Zurückgabe der Falklandsinseln und der Martin Garcias, Schadloshaltung für die Wegnahme seiner Schiffe und des Guano der von der Küste von Patagonien verladen worden; Anerkennung des Schiffahrtsrechtes auf den Flüssen. Er verlangt 2 Mill. Pfd. Sterl. von England und gerade so viel von Frankreich, und will den englischen Agenten nicht früher empfangen, bevor die englische Regierung nicht alle seine Forderungen eingegangen ist. Man sagt, das Repräsentantenhaus werde sich versammeln, um eine Botschaft in Betreff der letzten Friedensunterhandlung zu empfangen, und daß man diese Gelegenheit benützen werde, um an den General Rosas eine Petition zu richten, auf daß er das Verbot in Betreff der Kriegsschiffe auch auf die englischen und französischen Handelsschiffe ausdehnen möge.

Nachschrift.

* Der Fürst von Reuß Ebersdorf, Heinrich der 72., hat zu Gunsten des regierenden Fürsten von Schleiz abgedankt.

* Zu Wien war am 8. seine Börse; die sogenannte kleine Börse gab folgendes Resultat: 5proz. 73. Nordbahn: 101; Vivorne 63. Einige Käufe wurden gemacht.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 9. Okt. Oesterr. 5proz. Metall. 73¼, 4proz. 59½, 3proz. — 2½proz. 38¼. Bankaktien 1200. P. 500 fl.-Loose 118. 250 fl.-Loose 80½, — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 88 P. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 73½. — Bayer. 3½proz. 77. — Ludwigsb. Berbach. 68½. — Württemberg. 3½proz. 76½. 4½proz. 93½. — Bad. 3½proz. 73½. Lotto-Anlehen à 50 fl. 45½. 35 fl.-Loose 25½. — Darmstadt. 3½proz. 74½. 4proz. 83. Lotto-Anlehen von 50 fl. 60½. 25 fl.-Loose 20½. — Kurhess. Friedr.-Wilh.-Nordb. 42½. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½proz. 80½. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3proz. 78. 3½proz. 90½. 86½. Taunusbahn 273. — Holland. Integr. 45½. — Span. 3proz. innere Schuld 18½. — Pol. 300 fl.-Loose 500 fl.-Loose 67¼. — Sard. 36 Fr.-Loose 25. Diese 2.

Paris, 7. Okt. 3proz. 44.15, 5proz. 68.35. Schatzb. 23.22. Bankaktien 1560. — Staatsobligationen 1100. — Vier Kanäle 840. — Kompt. von Algier —.—. Belg. 5proz. von 1840 78½, von 1842 77½. 4½proz. 70½. 3proz. —.— 2½proz. —.—. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 83.50. Röm. 5proz. 64.— Span. 5proz. 23½. Rhein. 13½. Passive 2½. Piem. 880.— Hamb. —.— St. Germain 30.35. Versailles (rechte) —.— (link) 97.50. Orleans 640.50. Rouen 385.50. Havre 185.50. Marseill. 150.— Kalid 80.— Bierzon 230.— Bonlogne —.— Bordeaux 373.75. Nordbahn 362.50. Montereau 115. Lyon 364.25. Straßburg 333.75. Kanteo 320.— Dieppe —.— Creaux —.— Montpellier —.—. La Teste —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 91.

Neue Münchener Zeitung.

Donnerstag den 12. Oktober 1848.

Abonnement: Ganzjährig 8 fl. Halbjährig 4 fl. Vierteljährig 2 fl. 36 kr.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 11. Oktober.

Se. Maj. der König haben unterm 7. Oktober den Bürger Johann Thaler zu Dettelbach zum Landwehrmajor und Bataillonskommandanten zu Dettelbach zu ernennen geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

(Sitzung vom 9. Oktober.) Den Vorsitz führt v. Gagern. v. Neuen hat einen Antrag auf ein Zollprovisorium für ganz Deutschland gestellt, dessen Dringlichkeit er begründen wird, wenn der Antrag gedruckt in den Händen der Mitglieder ist. Eisenstuck auf Sachsen hat vor längerer Zeit einen Antrag gestellt, der an den Prioritäts- und Petitionsausschuß übergeben worden ist. Er betrifft die Schwierigkeiten, auf welche Rechtsansprüche deutscher Staatsangehörigen, bei holländischen Regierung gegenüber, in den holländischen Kolonien stoßen. Eisenstuck motivirt an die Beschleunigung dieser Sache und im Namen des Ausschusses verspricht Fuchs Berichte darüber in den nächsten Tagen. Eine Bemerkung Jordans von Berlin gibt den Austrittsgrund an der Nationalversammlung. Jordan will, daß Niemand die Nationalversammlung verlasse, ohne daß zuvor sein Stellvertreter eingetreten. Für das Bureau erstheilt Jucho Auskunft über die inquisitionelle Besetzung der Sitzungen in den mit Galerie versehenen Saal des Weidendurchen, am Raum und Zeit zur Herstellung von Heizungsvorrichtungen in der Paulskirche zu gewinnen. „Es könnte auffallen, daß die Versammlung in einen Gasthofsaal auswandert, — aber", beruhigt Jucho, „der Eingang dahin sei durch die Post." (!) (Gelächter.) Im Namen v. Saavedra's wird folgende Erklärung verlesen und von der Versammlung mit Beifall empfangen: „In wie weit die von mir in der letzten Sitzung gemachte Aeußerung in dem unmittelbar vorangegangenen einige Entschuldigung findet, muß ich dem Urtheil der hohen Versammlung anheimstellen. Zur Sache selbst aber fühle ich mich durch die Achtung, welche ich der hohen Versammlung schuldig bin, gedrungen, ganz abgesehen von dem Eindruck der Aufschreibung, aus eigener freier Bewegung meinen zu äußern, daß ich selbst bedauere, wenn ich durch jene in der ersten unbewachten Aufwallung gemachte Aeußerung die Schranken, in denen sich jedes Mitglied halten muß, überschritten und dadurch in der hohen Versammlung Anstoß gegeben habe." Es ist auch den Mittheilungen anderer Blätter über die Sitzung am 6. Oktober bereits hinlänglich bekannt, daß Staverenhagen die Erklärung beginnt. Es ließ sich nämlich durch das Benehmen, welches Robert von Oels der Rüge des Präsidenten v. Gagern entgegensetzte, zu einer Aeußerung hinreißen, nach welcher Herr Robert, und wenn nöthig sogar mit Gewalt, sofort aus der Versammlung zu entfernen gewesen sein würde. Benedey kommt mit bekannter Zutunlichkeit wiederholt auf das inquisitorische Sitzungslokal zurück. Die Gänge der Versammlung in einen Gasthof gäb ihm für sich formlos. Indessen entscheidet man sich ohne weiteren Widerspruch für die Meinung des Bureau's. Es werden 4 Büchern nöthig sein, um die Paulskirche heizbar herzustellen. Es erfolgt hierauf die Abstimmung über den in letzter Sitzung berathenen Gesetzesvorschlag zum Schutze der Nationalversammlung und an diesem den Antrieben nach rein formellen Gesetzesvorschlag durch Streitigkeiten über Fragestellung und namentliche Abstimmungen der ganze heutige Parlamentstag. Die Annahme erfolgt in folgender Fassung: Artikel 1, nach Mühlfeld's Verbesserungsantrage (auf Zählung mit 199 gegen 192 Stimmen angenommen). „Ein gewaltsamer Angriff auf die Reichsversammlung in der Absicht, dieselbe auseinander zu treiben, oder Mitglieder auf ihr zu entfernen, oder die Versammlung zur Fassung oder Unterlassung eines Beschlusses zu zwingen, ist Hochverrath und wird mit Gefängnißstrafe und nach Verhältniß der Umstände Zuchthausstrafe bis zu 20 Jahren bestraft." Nachdem die geringe Mehrheit (7 Stimmen), womit die Annahme dieser strengen Bestimmung stattgefunden und die freilich ungenügsame Unsicherheit der Ermittlung der Mehrheit durch die bloße Zählung Aufstehen des Zählens der Stehenden und Sitzenbleibenden zu einer Erörterung Veranlassung geworden, wird folgender Zusatz Schoder's zu obigem Artikel beliebt: „Wer zu solchen Handlungen öffentlich auffordert, wird nach richterlichem Ermessen bestraft." Ein anderer Zusatz desselben Abgeordneten Schoder hingegen, daß die auf eine Nähe von 5 Meilen an den Sitz der Reichsversammlung herangezogenen Truppen jedesmal für die Reichsversammlung selbst vereidet werden sollen, wird durch namentliche Abstimmung mit 274 gegen 113 Stimmen beseitigt. Art. 2. Die Theilnahme zu einer Zusammenrottung, welche während der zu einer Sitzung anberaumten Zeit in der Nähe des Sitzungslokals stattfindet und sich nicht auf dreimalige Aufforderung der zuständigen Behörde oder auf den Befehl des Vorsitzenden der Nationalversammlung auflöst, wird bei Anführern oder mit Waffen versehenen Theilnehmern mit Gefängniß bis zu einem Jahr, bei andern Theilnehmern bis zu drei Monaten bestraft. Dann Wigard's Zusatz: „Die Aufforderung muß von allgemein wahrnehmbaren Zeichen, Anpflanzen einer Fahne, eines Tuches, Trommelschlag und dergleichen begleitet sein." Art. 3. Es ist während der ganzen Dauer der Reichsversammlung verboten, eine Volksversammlung unter freiem Himmel innerhalb einer Entfernung von fünf Meilen von dem Sitze der Versammlung zu halten. Die öffentliche Aufforderung zur Abhaltung einer solchen Versammlung, die Führung des Vorsitzes oder das öffentliche Auftreten als Redner in derselben, wird mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft. Art. 4. Ein gewaltsamer Eindringen Nichtberechtigter in das Sitzungslokal der Reichsversammlung, oder thätliche Widersetzlichkeit gegen die mit Ausweisung dort befindlichen Personen Beauftragten, endlich eine im Sitzungslokale vom Nichtmitgliedern der Versammlung ausgehende Verletzung oder Beleidigung der Versammlung, eines ihrer Mitglieder, Beamten oder Diener, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft. Thätlichkeiten im Sitzungslokale an einem Mitgliede, Beamten oder Diener der Versammlung verübt, werden, außer der gesetzlichen Bestrafung der Handlung an sich, mit Gefängniß bis zu fünf Jahren belegt. Ueber Art. 6. Öffentliche Beleidigungen der Reichsversammlung auch außerhalb des Sitzungslokals verübt, unterliegen einer Gefängnißstrafe bis zu zwei Jahren — ist namentliche Abstimmung beantragt, die sich mit 226 Stimmen gegen 161 für die Annahme des Artikels entscheidet. Die Linke empfängt diese Verkündigung mit einem höhnischen Bravo. Sie dreht wahrscheinlich dabei an die angeklagten Nummern der Reichsabstimmung. Art. 6. Ohne an einem Mitgliede der Reichsversammlung in Vollziehung auf eine Eigenschaft oder sein Verhalten als Abgeordneter verübte Thätlichkeit wird, außer der gesetzlichen Strafe der Handlung, mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft. Bei gefährlichen Bedrohungen oder öffentlichen Beleidigungen dieser Art, tritt eine Gefängnißstrafe bis zu sechs Monaten ein. Artikel 7. Mit eine öffentlichen Beleidigungen wird jede Beleidigung betrachtet, welche an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Versammlungen stattgefunden hat, oder in gedruckten oder ungedruckten Schriften, welche verkauft, vertheilt oder umhergetragen, oder zur Ansicht des Publikums angeschlagen oder ausgestellt werden, enthalten ist. Die Annahme dieses Artikels wird ebenfalls mit ironischem Beifall von der Linken empfangen. Art. 8.: Die Bestimmungen des Art. 4 finden auch auf Anmaßungen und Beleidigungen und Thätlichkeiten gegen Beamte der provisorischen Zentralgewalt, wird von 380 Stimmenden mit 195 gegen 185 beahet, welcher Beschluß abermals den Hohn der Linken hervorruft. Nachträglich wird zu Art. 5 der Zusatz von Dieskes von Saarbrücken angenommen: „Wegen solcher öffentlicher Beleidigungen findet eine gerichtliche Verfolgung nur auf Antrag des Beleidigten statt." Endlich wird der Zusatzartikel des Ausschusses angenommen: Vorstehendes Gesetz tritt in dem Gebiete der freien Stadt Frankfurt mit dem dritten Tage, im Kurfürstenthum Hessen, im Großherzogthum Hessen, im Herzogthum Nassau, in der Landgrafschaft Hessen-Homburg, in dem Königlich Preußischen Kreise Wetzlar mit dem zehnten Tage, in allen übrigen Theilen Deutschlands mit dem zwanzigsten Tage nach dem Tage der Ausgabe des betreffenden Reichsgesetzblattes in Frankfurt in Kraft. Gleichzeitig ist Mittermaier's Antrag gemäß, das Reichsministerium aufzufordern, daß ungesäumte Einleitung getroffen werde, damit Verbrechen, die in Artikel 1, 2, 3, 4 dieses Gesetzes fallen, im öffentlichen und mündlichen Verfahren und durch Geschworene abgeurtheilt werden. Die Linke ist mit der Annahme dieses Gesetzes vollständig ungufrieden, daß sie sich ihre beifälligen Erklärungen zu Protokoll ausdrücklich vorbehält. Staverenhagen's oben erwähnte Erklärung hat hingegen die gute Folge, daß Hr. Robert von Oels, vorhin in der Versammlung noch nicht gegenwärtig, jetzt das Wort nimmt, um seine Ueberstürzung in ähnlicher Weise zu verbessern, wobei er anerkennt, daß der von ihm gebrauchte Ausdruck doppelt unstatthaft gewesen in seiner Richtung gegen den Präsidenten. Der Beifall der Versammlung begleitet dieses ehrliche Zugeständnis des Abgeordneten. Gagern's und Wieser's hieran gefügliche Worte sind geeignet, die Hoffnung zu fassen, daß der ganze Vorfall der Vergessenheit übergeben werde, und um 2 Uhr Nachmittags wird die Sitzung geschlossen.

Deutsche Reichsgewalt.

Die „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" meldet in ihrem amtlichen Theile: Der österreichische Konvertmärist Sowdean ist durch andere hinrei-

ende Geschäfte verbindert, kein an ihn ergangenen Rufe, zur Bildung der deutschen Marine mitzuwirken, zu folgen. Das Ministerium hat ungeläumt veranlaßt, daß andere erfahrene Männer des Marinefaches hier eintreffen, um mit ihnen die Frage wegen Organisirung der Marine zu berathen. Unter Einem aber sind die Abgeordneten der Nationalversammlung Major Teichert und Hauptmann Möring mit dem Marineingenieur Morgan nach Hamburg beordert worden, um die dort stationirte deutsche Flotille zu inspiziren, und für das Reich zu übernehmen.

Zur Eröffnung der in dem Gesetz über den Reichsverweser am 2. October 1848 vorgezeichneten Maßregeln ist der Oberappellationsgerichtsrath Ludwig v. Mühlenfels zum Reichsfommissär für die großherzogl. und herzogl. sächsischen und die preußischen Herzogthümer ernannt worden, und heute schon abgegangen.

Nachdem der bisherige königl. sardinische Geschäftsträger bei der provisorischen Zentralgewalt für Deutschland, Hr. Graf de Ratiz, von hier abberufen wurde, hat Hr. Anton Gallenga am 2. d. M. dem mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten vom Reichsverweser einstweilen betrauten Reichsminister des Innern, das Schreiben des königl. sardinischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten überreicht, welches ihn in gleicher Eigenschaft beglaubigt. Der Hr. Geschäftsträger hatte sodann die Ehre, dem Reichsverweser vorgestellt zu werden.

Zur deutschen Verfassungsfrage,

** Unter dem Titel „Betrachtungen über die neue Verfassung Deutschlands und deren Aufführung" ist in den jüngsten Tagen hier eine kleine Schrift erschienen, die den Ministerialrath im hiesigen Staatsministerium des Aeußern, Hrn. W. Weber, zum Verfasser hat. Ohne irgend einen offiziellen oder auch nur halboffiziellen Charakter an sich zu tragen, spricht diese Schrift die unabhängigen Ansichten eines praktischen, sachverständigen Mannes von Erfahrung und Geschäftskenntniß aus, und verdient eben darum besondere Beachtung. Es sind schon so vielerlei Projekte von mehr oder minder Berufenen und befähigten Stimmen über die der künftigen Reichsverfassung zu gebende Gestalt in die Welt geschickt worden, daß wir es nur als eine erfreuliche Erscheinung begrüßen können, wenn wir auch einmal einer wirklich praktischen Auffassung und Behandlung der für ganz Deutschland so hochwichtigen Frage begegnen. Diese Auffassung der Frage und die entsprechende Entwicklung der Ideen des Hrn. Verfassers hat auch, wie derselbe in seinem Vorworte bemerkt, die verständige Billigung der jetzigen hiesigen Minister erhalten, ohne daß jedoch das Ministerium als solches, wie namentlich in der Allg. Ztg. ein= nigemaal schon irriger Weise angekündet wurde, alle Einzelheiten der Ideen des Hrn. Verfassers förmlich adoptirt hätte. Die Schrift ist an sich schon, ohne daß sie erst des Charakters einer Staatsschrift bedürfte, beachtenswerth genug, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, und als Ausdruck unabhängiger Meinung einer jeder Parteistellung fremden Mannes vom Fache gerechter Würdigung sicher zu sein. Wir behalten uns vor, unseren Lesern einige Auszüge daraus mitzutheilen, namentlich aus dem I. Abschnitte, der von der „Organisation der Reichsministerien" handelt, und der ganz besonders von dem praktischen Blicke des Hrn. Verfassers Zeugniß gibt. Abschnitt II. handelt von den „Beziehungen der Zentralgewalt zu den einzelnen Regierungen", Abschnitt III. verbreitet sich über „Eigentliche Verfassungsfragen" und zwar in folgenden Abtheilungen: 1) Territoriale Gestaltung Deutschlands, 2) Grundrechte des deutschen Volkes, 3) Kompetenz der Zentralgewalt, 4) völkerrechtliche Vertretung Deutschlands, 5) die Militärverfassung Deutschlands, 6) Reichszollverfassung, 7) Finanzen des Reichs, 8) Justizgewalt und Gesetzgebung. Dann beginnt Abschnitt IV. die „Nationalversammlung", die Frage ob eine oder zwei Kammern (zu Gunsten von zweien), Abschnitt V. die „Formation der Zentralgewalt". Dies ist in wenigen Worten der Inhalt der kleinen Schrift, welcher — wie der Hr. Verfasser am Schlusse bemerkt — durchaus nur die wohlgemeinte Absicht zu Grunde liegt, die großen deutschen Fragen des Tages von einem Standpunkte aus zu beleuchten, welcher in dem mitunter leidenschaftlichen Kampfe der Parteien bisher wenig oder gar keine Beachtung gefunden zu sein scheint, als es ein Gegenstand verdienen dürfte, der nicht der Spekulation, sondern der lebendigsten und allgemeinsten Wirklichkeit angehört.

Deutschland.

Frankfurt, 7. Oktober. Vorgestern Abend wurde am Allerheiligenthor eine österreichische Schildwache durch einen Schuß aus einer Windbüchse über die Brust, und der arme Soldat, ein junger Mensch von 22 Jahren, der erst vor 6 Monaten aus Böhmen beim Regiment eingetroffen war, blieb auf der Stelle todt. Der Bandit, welcher diesen feigen Meuchelmord verübte, war in einem Garten postirt; so weit ich vernahm, ist man seiner bis jetzt nicht habhaft geworden. Heute ist von dem Offensbach durch bayerische Jäger und Reiterei und Darmstädter Artillerie besetzt worden; an die Stelle dieser Truppen in Sachsenhausen und den Dörfern Ober- und Niederrad ist das aus Holstein zurückkehrende Darmstädter Fußvolk eingezogen. In der ganzen Gegend, den gemeldeten Meuchelmord abgerechnet, der von einem vereinzelten Banditen herrührt, herrscht die tiefste Ruhe; das Militär wird überall freundlich aufgenommen, und nirgends hört man auch nur von der geringsten Mißhelligkeit zwischen Bürgern und Soldaten. Die Heyer sind eingeschichtet, der größte Theil ihrer Spießgesellen flüchtig oder beigestellt. (Karlsr. Ztg.)

Bayern. *†♪ München, 11. Okt. Abends. Se. Maj. der König haben Sich heute des eingetretenen schlechten Wetters halber nach Tegernsee nicht begeben, wie ich Ihnen meldete, und wie auch für heute Vormittags bestimmt gewesen war.

Wir haben gestern aus Bamberg gemeldet, daß von Seite Meiningens bayerischer Militärbeistand in Anspruch genommen worden sei. Der „Würzburger Korrespondent" meldet nun, daß am 9. Abends wirklich 600 Mann und zwei Geschütze von Bamberg nach Lichtenfels mit der Eisenbahn befördert worden sind, und daß man sie noch um 10 Uhr Nachts nach Koburg weiter ziehen sollten. Ihre Bestimmung ist Meiningen.

Preußen. — Breslau, 6. Okt. So eben bringt der Eilzug der oberschlesischen Eisenbahn (5½ Uhr) die Nachricht mit, daß das österreichische Militär gestern früh aus Krakau eiligst nach Ungarn aufgebrochen und auf Wagen nach dort transportirt worden ist. Es ist nur eine kleine Besatzung in Krakau zurückgeblieben. Der Transport erforderte mehrere hundert Wagen. (Bresl. Ztg.)

Oesterreich. * Wien, 8. Okt. Man weiß heute noch nicht gewiß, wohin sich der Kaiser gewendet hat, ob nach Steiermark oder nach Salzburg. Eben so wenig hat man Nachrichten aus Ungarn. — Die Grechen im Reichstage haben mit Aufnahme des Abg. Borrosch sämmtlich Wien verlassen. Daß noch hier bedeutende Militär hat sich theils im Belvedere, theils im Palais Schwarzenberg verbarrikadirt.

Wien, 8. Okt. Wir geben hier einer düstern Zukunft entgegen. Vollkommene Anarchie, ein bewaffnetes Proletariat, eine Bürgerschaft, die nicht weiß, was sie will, Agitatoren der demokratischen Partei in Masse — ungarische Bühler, vielleicht auch italienische, in Unzahl, und dazu kommt noch, daß Graf Auersperg seine Entschiedenheit zeigt! Wenn Sie wissen, was übermorgen hören sollen, daß in Wien, in den sonst so herrlichen mühlichen Wien ein allgemeines Morden, Sengen, Brennen und Plündern losgegangen, so wundern Sie sich nicht, denn es ist der natürliche Gang der Dinge, zu dessen rascherem Vorwärtsschreiten von allen Seiten aller möglicher Vorschub geleistet wird!! Bereits beginnt das Aufwanderu, man verläßt die Stadt, um sich, seine Habe zu retten. Unwillkürlich füllt einem dabei die Geschichte von den Ratten ein, welche ein morsches Schiff verlassen! — Man ist übrigens doch nicht so ganz beruhigt über das Vorgezeigte und fürchtet für die Folgen, denn der „Gemeinderausschuß" will die Stadt vertheidigen und sie in Vertheidigungszustand setzen, wofür sogar eine Kommission bereits ernannt ist. Oberst Gatinelli und Slokniczki stehen an deren Spitze. Man formirt die mit den aus dem Zeughause geraubten Waffen versehenen Arbeiter (jeder Schuft nennt sich jetzt Arbeiter) zu mobilen Korps! Der Anfang ist gemacht. Die Folgen sollen sich schon in einigen Einfall gerathen, dessen unselige Folgen ich gar nicht überdenken mag! Die drei Minister Bach, Wessenberg und Schwarzer sind verschwunden — auf letzteren — noch vor Kurzem der Abgott des Volkes, wird gefahndet, und die im Amte verbliebenen Herren sind blind und taub für diese sprechenden und augenscheinlichen Mahnungen der Angelegenheiten! Ihre Ueberzeugung ist eine Proklamation erlassen, in welcher er seine militärischen Vorkehrungen als durchaus unfeindlicher Natur bezeichnet! Mehre seiner General haben ihm erklärt, sie würden, falls die befleckte Waffenehre nicht hergestellt würde, ihre Degen nicht mehr ziehen. Von Ungarn nichts. Bald ist Jellachich mit seinen Truppen in Presburg eingerückt, bald ist er auf der Rückkehr nach Steiermark, verfolgt von den Magyaren! — Bei all dem stürmt fällt mir immer der bewährte Spruch ein: Quos deus perdere vult etc. Ich sehe vielleicht zu schwarz — mit Freuden will ich alles widerrufen, wenn mich meine trüben Ahnungen werden getäuscht haben und aus all der Verwirrung und Anarchie eine wirkliche Freiheit, ein dauernder Heil für Oesterreich — für Deutschland erblühen sollte!

Wien, entnehmen den Wiener Blättern vom 8. noch folgende Einzelheiten über die dortigen Ereignisse am 6. und 7. ds. Mts. Das Journal des österreichischen Lloyd gibt in seiner Nummer vom 8. wichtige Aufschlüsse über die Ursachen der Widersetzlichkeit der Truppen. Schon am 5., als das Manifest des Kaisers bekannt worden war, hatte sich eine deutsche Aufregung gezeigt; tags kam die Nachricht, daß ein Theil der Wiener Besatzung zu Jellachich gegen die Ungarn stoßen solle. Da sie schienen einzelne Soldaten, besonders von den italienischen Regimentern in den Klubbs und baten um Rath, was sie thun sollten. Dieser war ihnen auch treulich gegeben — hauptsächlich soll es Dr. Schütte gewesen sein, welcher die Soldaten zur Widersetzlichkeit aufreizte. Das 2. Bataillon von Geoppert erklärte nun offen, es würde nicht gegen Ungarn ausrücken. Tumult aber bestand darauf, und fieß — wie wir schon gemeldet haben, Militär gegen die Meuterer marschiren. Das diese obigen sich Nationalgarden und die Legion an und der Kampf brach aus, in welchem General Braida von zwei Kugeln durchbohrt gleich beim Beginne todt vom Pferd stürzte. Ein Grenadier und ein Techniker haben ihn geleitet. Da die Stellung der Aufrührer eine ungünstige war, so zogen sich dieselben nach der Leopoldstadt zurück. Die Nationalgarde dieser Bezirke blieb neutral. — Sämmtliche Gesellschaften nach den Ungarn hinkommenden Militärs, eine unabsehbare Reihe, wurden gezwungen umzukehren und wurden vom Volke nach der Seite des Wasserglacis hin begleitet. Während dies alles vorging wurde in der Stadt Allarm geschlagen, und mehrere Kompagnien des Wimmer und Kärntner Viertels besetzten die Stephansfreiheit und den Thurm, um das Sturmläuten zu verhindern, und ermöglichten ein Bataillon der Wiedener Nationalgarden, welches von der Kärntnerstraße auf den Stephansplatz rücken wollte, mit scharfem Feuer. Das Bataillon löste sich anfangs in wilder Flucht, sammelte sich aber später wieder, und

stürmte vereint mit Studenten und Arbeitern die Kirche, durchsuchte alle Winkel dieses mächtigen Domes und, wenn es wahr ist, was der „Wiener Postillon“ vom 7. und 8. Oktober sagt, die tobende Menge ging in ihrer Wuth so weit, daß sie einen Mann, den Tuchhändler Hart, der sich unter einem Altare verborgen hatte, hervorrieb und ihn auf den Stufen des Altars niederschoß! — Auf Latour und Bach, zwei Ehrenmänner, setzte Charaktere und deshalb gesürchtet und gehaßt von der Umsturzpartei, wälzte sich jetzt alle Wuth der entmenschten Horden. Sie sollten auf dem Altare des Herrn ein neues Opfer der Verblendung fallen — und leider ist dies bei dem Einen wirklich der Fall gewesen. Er ist mit derselben teuflischen Grausamkeit zerfleischt worden, wie Lichnowsky — Beide haben für das Gleiche gekämpft für Recht und Ordnung, und beide sind für ihre Hochherzigkeit dem neuen Begriffe von Freiheit unterlegen! Erst nachdem Latour sich verlassen sah von Bach, von seinen Generalen und Adjutanten, erst dann gab er den Andrang nach und gab Befehl, das Militär zurückzuziehen. Die zweite Wunde, welche Latour empfing, war der Dolchstoß eines Ungarn! — Die Verstehlger des Zeughauses — 2 Kompagnien Gallizier, kämpften mit beispiellosem Heldenmuthe: bei einem Ausfalle, den sie auf die Meuterer machten, nahmen sie diesen eine Kanone weg und erst nachdem von der Schottenbastei zwei schwere Kanonen ihr Feuer auf das Zeughaus eröffneten, Arbeiter sich dort die Hemden vom Leibe rissen und aus den Fegen und Strohmatratzen Verbände kränze machten, sie in das Gebäude warfen so daß es zu brennen anfing, Parlamentäre zu wiederholtenmalen zur Uebergabe aufforderten, zog das Militär zwischen 4 und 5 Uhr Morgens ab, und wenig Stunden später waren die ungeheuren Waffenmagazine, im Werthe von vielen Millionen geplündert! In der die ganze Stadt umfassenden Empörung der Leidenschaft wurde neben der Zurückziehung der k. k. Manifeste auch die Absetzung Jellachichs und die Verbannung des Erherzogs Ludwig und der Erzherzogin Sophie beschlossen. — Die Telegraphenlinie ist zerstört.

In der Reichstagssitzung vom 8. Okt. stellte Borrosch folgenden Antrag: 1) Der Reichstag, der obnehin vor der Berathung des Konstitutionswerkes unauflöslich ist, erklärt sich unter den herrschenden Umständen in seiner Weise sich selber aufzulösen, sondern seiner Pflicht unerschütterlich getreu zu bleiben. (Einstimmig angenommen.) 2) Der Reichstag ist ein unibeilbares Ganzes: er vertritt alle Völker Oesterreichs, die ihn beschickt haben. (Einstimmig angenommen. 3) Der Reichstag ist zu Folge des kaiserlichen Manifestes vom 6. Juni und bei freier Wahl der auf dem Oktroirungswege nicht berufenen Landtage die einzige legale Organ der Einigung zwischen dem konstitutionellen Monarchen und der Volkssouveränität zur Wahrung der unverkümmerten Volksfreiheit und des erblichen Thrones. (Einstimmig angenommen.) 4) Der Reichstag besteht aus den freien Vertretern freier Völker wird keinem Abgeordneten einen moralischen Zwang zum Bleiben auferlegen. (Nach kurzer unbedeutender Debatte angenommen.) 5) Der Reichstag hat seine konstitutionelle legalen Boden fest bewahren und von ihm aus mittelst konstitutionell legaler Maßregeln das Vaterland, den erblichen Thron und die Volksfreiheit zu wahren. (Angenommen.) 6) Der Reichstag fordert alle mit oder ohne Urlaub abwesenden Mitglieder auf, sich binnen längstens 14 Tagen von heute an im Reichstage einzustellen. (Angenommen.) Der Antrag Hlavka, daß wichtigstadt neue Wahlen durch das Ministerium des Innern ausgeschrieben werden sollen, fällt durch. 251 Mitglieder waren anwesend. Fischhof will, daß diese Zahl angegeben werde. Am Eingang des Protokolls wird angenommen. — Eine Adresse des Wiener Arbeitervereins dankt dem Reichstag für thatkräftiges Auftreten, weist jede anarchische Bestrebung auf's Entschiedenste zurück und stellt sich dem Reichstag unbedingt zur Verfügung. Adler vom Vereine zur Wahlgeschichte aufgenommen und von diesem hieher promulgirt. Die Sitzung wird aufgehoben und erst um 3 Uhr wieder eröffnet.

Die von Schufselka entworfene und vom Reichstag angenommene an Oesterreichs Völker entworfene Proklamation lautet: Völker Oesterreichs! Die Lage verhängnißvoller Ereignisse drohen den Bestrebungen eines Theiles unserer Landsgenossen Gefahren und Verderben. Der auf der treuen Wacht der Völker Oesterreichs hervorgegangene konstituirende Reichstag erkannte in den ernsten Stunden des 6. Oktobers die heilige Pflicht, die er den Völkern gegenüber zu erfüllen, und die schwere Verantwortung, die er vor der Welt und Nachwelt zu tragen hat. Als das Band der gesetzlichen Ordnung zu zerreißen drohte, bemühte sich der Reichstag, Kraft seiner Völkervollmacht durch Vermittlung mit dem Volke von Wien der Wuthscenen wie der Anarchie entgegen zu treten. Er erklärte sich selber für permanent und wählte zugleich aus seinen Mitgliedern einen permanenten Ausschuß zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Aber der konstitutionelle Reichstag hielt auch die Stellung fest, die er dem konstitutionellen Throne gegenüber einnimmt und jederzeit unerschütterlich einnehmen wird. Er ernannte eine Deputation an Seine Majestät den konstitutionellen Kaiser, um im innigsten Verbande mit dem allerhöchsten Träger der Souveränität, die Wünsche des souverainen Volkes zu erfüllen und dessen heilige Interessen zu wahren. An stets bewährter Herzensgüte waren Se. Majestät sogleich geneigt, die Männer, welche das Vertrauen des Volkes verloren hatten, aus dem Ministerium zu entlassen, die Bildung eines neuen volksthümlichen Ministeriums zu verfügen, und die aufständigen, den Interessen aller Völker Oesterreichs wie den Zeitbedürfnissen entsprechende Berathung der Angelegenheiten des großen Gesammtvaterlandes zuzulassen. Leider wurden Se. Majestät am 7. Oktober zu dem tiefbeklagenswerthen Entschluß bewogen, sich aus der Nähe der Hauptstadt zu entfernen. Dadurch ist das Vaterland, ist das Wohl und die so herrlich errungene Freiheit unseres hoch herzigen Vaterlandes abermals in Gefahr, Rettung und Erhaltung der höchsten Güter des Bürgers und des Menschen ist nur dadurch möglich, daß das Volk von Wien, daß alle österreichischen Völker, die ein Herz für ihr Vaterland haben, wieder jene thatkräftige politische Besonnenheit und jenen hochherzigen Ernstmuth bewiesen, wie in den Tagen des Mai. Völker Oesterreichs! Volk von Wien! Die Vorsehung hat und einen edlen Fo haben als schwierigen Beruf angewiesen, wir sollen ein Werk vollbringen, welches, wenn es gelingt, allen Jahrhunderten als ein Weltgeschichtes Großes und Herrliches aufzuweisen hat; wir sollen einen politischen Bau aufführen, der verschiedene Völker zu einem brüderlichen Völkerstaat vereinigt, dessen unerschütterliche Grundlage das gleiche Recht, dessen Lebensprinzip die gleiche Freiheit aller sein soll. Völker Oesterreichs! Der Reichstag ist seit entschlossen, für diesen hohen Beruf das Seinige zu thun; thuet auch Ihr das Eurige. Eure Vertrauen hat uns berufen, nun durch Euer Vertrauen sind wir stark. Alles, was wir sind, sind wir durch Euch, und wollen wir für Euch sein. Dem Gebote der Nothwendigkeit und dem Gesetze der konstitutionellen Monarchie folgend hat der konstituirende Reichstag heute folgende Beschlüsse gefaßt: a) Daß die Minister Doblhoff, Hornbostel und Kraus die Geschäfte aller Ministerien führen, nicht nur für die Dauer in dieser Geschäftsführung Sorge tragen, sondern auch durch die Beispielung neuer Kräfte den Erfolg derselben sichern, endlich Sr. Majestät den Vorschlag der neu zu ernennenden Minister schleunigst vorlegen und sich mit dem Reichstage in ununterbrochener Verbindung erhalten. b) Sei eine Denkschrift an Se. Majestät aus Anlaß höchst Ihres Manifestes zu erlassen. Darin soll der konstitutionelle Kaiser über den wahren Stand der Dinge aufgeklärt, und Ihm aus ehrlichem Herzen die Versicherung gegeben werden, daß die ausrichtige Liebe der Völker unerschütterlich für ihn ist. Völker Oesterreichs! Europa blickt mit Bewunderung auf uns, und die Geschichte hat unsere Erhebung zur Freiheit unter ihre glänzendsten Thaten eingereiht. Bleiben wir uns selber getreu. Halten wir unerschütterlich fest an der Achtung vor dem Gesetz, an der konstitutionellen Monarchie, an der Freiheit. Heil Euch, Oesterreich! Wien, am 7. Oktober 1848. Vom konstituirenden Reichstage. Franz Smolka, erster Vize-Präsident. Carl Wiser, Schriftführer.

* Wien, 9. Oktbr. Vom Magistrat der Stadt Preßburg ist an das hiesige Ministerium das Ansuchen gestellt worden, alles zu thun, um das Bombardement dieser Stadt durch Jellachich zu verhindern. Der Bannus hatte die Stadt aufgefordert sich der treffenden Strafmittel wurde der Reichstag verlesen), binnen 24 Stunden die Brücke wieder herzustellen mit der Drohung: die Stadt in einen Schutthaufen zu verwandeln. Der Reichstag beschloß darauf in seiner gestrigen Abendsitzung, an den Banus die Erwiederung des Kaisers an die ihn abgesendete Deputation zu schicken; ferner beschloß er eine Adresse an den Kaiser mit der Aufforderung 1) zurückzukehren, 2) Jellachich seiner Würde zu entsetzen, 3) ein volksthümliches und Ministerium zu ernennen. Frbr. v. Recey soll seine Stelle als ungarischer Ministerpräsident niedergelegt haben. Die noch immer im Bereiche konzentrirten Truppen nehmen neuerdings eine drohende Haltung an. Verstärkungen aus Böhmen kommen ihnen zu, die sich bei Kloster Neuburg über die Donau schiffen ließen. F. M. L. Auersperg richtet in einem Schreiben an die Sicherheitskommission, was im Reichstage vorgekommen, an dieselbe den Vorwurf der Bewaffnung des Proletariats mit den Waffen des k. k. Zeughauses, lehnt jede Verantwortlichkeit für die dort angerichteten Verwüstungen ab und dringt energisch auf Zurückgabe der geraubten Gegenstände. Minister Hornbostel reiste im Reichstage ein ihm zugekommenes Handschreiben des Kaisers vom 8. Oktober; worin er aufgefordert wird, nach Sieg Jellachichen an das kaiserliche Hoflager zu kommen, um die zu erlassenden Verfügungen gegenzuzeichnen. Von diesem Handschreiben wurde dem Grafen Auersperg eine Abschrift zugestellt, und der Minister ist gestern Abends 9 Uhr mit der Adresse an den Kaiser abgereist. Die größte Besturzung herrscht in der Stadt. Es heißt allgemein, Jellachich sei gegen Wien in Anmarsch und bereits in Brud an der Leitha eingetroffen. Der Reichstagsausschuß erließ eine Adresse, um Aufklärung zu verlangen über seine Absichten. Alles ist permanent: der Gemeinderath, der Verwaltungsrath der Nationalgarde, wie der Reichstag. Dieser hielt jedoch bis heute Mittag keine Sitzung. Man gibt sich den Anschein, als wolle man es selbst auf eine Vertheidigung Wiens gegen Jellachich ankommen lassen. Indessen zweifle ich noch sehr an der Thatsächlichkeit. Das Militär außen ist in steter Bereitschaft gegen die Stadt erbittert. Es heißt, 4 Studenten seien in der Nacht von den Soldaten, denen sie in die Hände gefallen, erhängt worden. Die Verbindung mit Ungarn ist noch immer unterbrochen. Die Nationalgarde und die akademische Legion sind fortwährend unter den Waffen.

Oesterreichische Monarchie.

Aus Mailand bringen die neuesten Nachrichten nichts Erfreuliches. Aus Padua wird vom 1. gemeldet, daß in dieser Stadt eine Volksbewegung gegen Manin stattfand, in Folge deren sich derselbe veranlaßt sah, das Volk auf dem Marktplatz zu haranguiren. Er versprach, daß französische Hilfe zu erwarten sei!!! In der Nacht darauf entfernte er sich auf Venedig, und ist seit 4 Tagen nicht mehr erschienen. Es herrschte deßhalb eine furchtbare Aufregung unter allen Parteien.

Verona, den 5. Okt. F. M. L. Haimar schmückte heute, unter Aufrückung sämmtlicher Besatzungstruppen in großer Parade die Heldenbrust jener Soldaten der tapfern 14. Kompagnie von Großherzog von Baden Infanterie, die sich im Gefechte gegen die Insurgenten unter Kaukbetz und Manara am meisten hervorgethan hatten, mit der wohlverdienten Auszeich-

nung. Ein Mann erhielt die goldene Tapferkeitsmedaille, vieren ward die große und sechsen die kleine silberne Tapferkeitsmedaille zu Theil. Der mit der goldenen Medaille geschmückte war ein junger Korporal, der drei Kugeln in die Brust bekommen hatte und den schwer verwundeten Arm noch in der Schlinge trug. Er war zu Fuß mit den übrigen Dekorirten den Sonnenstrahlen ausgesetzt, und es machte einen sehr angenehmen Eindruck, als der Oberstlieutenant des Regiments einen Sessel bringen ließ und den Braven einlud sich abseits im Schatten darauf niederzulassen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 10. Okt. Bayer. 3½proz. Obligationen 76½ B. — G. 4proz. 86 B. Bankaktien U. Gemeiner 572 G. Promessen 36 B. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 75 B.

Wien, 9. Okt. 5proz. Metall. 71⅛, 4proz. —, 3proz. —, 2½proz. —, 1834r 500 fl.-Loose 120. 1839r 250 fl.-Loose 75. Bankaktien 980. Nordbahn 100. Glogauer 93. Benedig-Mailand 65. Budweis —. Livorno 62½. Pesth —. Siena —. Kremnitzbahn —.

Verkehr auf den königl. bayer. Eisenbahnen im Monat September 1848.

Bahnstrecken.	Personen. Zahl.	Personen. Einnahme. fl.	kr.	Frachtgüter. Gewicht. Ztr.	Frachtgüter. Einnahme. fl.	kr.	Gepäck, Equipagen, Vieh ꝛc. Einnahme. fl.	kr.	Gesammt-Summe der Einnahmen. fl.	kr.
München - Donauwörth - Kaufbeuren	52984	39518	1½	71842 44	10019	8	5662 47½		55199	57
Nürnberg - Neuenmarkt	39944	23495	49	43183 19	7627	11	3024 52		33147	52
Summa:	92928	63013	50½	115025 63	17646	19	7687 39½		88347	49

München, den 11. Oktober 1848.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

176. Sonthofen am 9. Oktober 1848.

Heute verließen uns Ihre königl. Hoheiten Prinz Luitpold und Prinzessin Auguste von Bayern mit den königl. Prinzen, nachdem Höchstdieselben vier Wochen in der Mitte einer höchst erfreuten Bevölkerung geweilt hatten, welche rein wie die Luft ihrer Berge, ihre Treue gegen das angestammte Königshaus bewahrt hat, und bewahren wird.

Die hohe liebenswürdige Persönlichkeit, die unendliche Menschenfreundlichkeit und Güte Ihrer königl. Hoheiten, Ihre reine Pietät und Wohlthätigkeit wußten Ihnen Aller Herzen gewinnen; — und sie schlagen für Höchstdieselben.

Mit dankerer, zu Thränen gesteigerter Rührung mußten wir diese Hohen scheiden sehen; — aber Höchstdieselben haben ein unauslöschliches frohes Angedenken in uns hinterlassen, — Segnung für unsere Liebe!

Heil über Sie!

Die hocherfreuten Einwohner des Landgerichtsbezirks Sonthofen.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 12. Okt.: (Bei festlich dekorirtem Hause.) „Alexander Strabella", Oper von Flotow.

Gestorbene in München.

Elisabetha Beck, Hutmacherswittwe, 64 J. a. Georg Schmid, Lichtergeselle von Amberg, 32 J. a. Maria Anna Weigl, Schuhmachersstochter von Kienberg, Bez. Mosburg, 26 J. a.

175. (2a) Im Hause Nro. 14 in der Promenadestraße ist eine sehr schöne Wohnung im 2. Stocke für das nächste Ziel Georgi zu vermiethen. Nähere Auskunft am Promenadeplatz Nro. 18 im Comptoir.

Bekanntmachung.

167. Auf Ansuchen eines Gläubigers wird am Wege der Hilfsvollstreckung das dem Balthasar Bartl, Eiferer von Dettenhofen, gehörige Wohnhaus nebst Hausgarten, im Schätzungswerth von 500 fl., am

Samstag den 4. November l. Js.,

Vormittags zwischen 10 und 11 Uhr,

im Wirthshause zu Dumbach öffentlich versteigert, und geschieht der Zuschlag, wo es die zweite Versteigerung ist, nach §. 99 der Novelle vom Jahre 1837 ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth, wovon Kaufsliebhaber mit dem Bemerken verständigt werden, daß gerichtsunbekannte Käufer über Leumund und Vermögen sich auszuweisen haben.

Am 27. Sept. 1848.

Königl. Landgericht Wolfratshausen.

Martin,
Landrichter.

173. (3a)

Ankündigung zum Abonnement.

Der

Deutsche Volksmann.

Dieses Blatt, welches seit dem 19. August d. Js. per wöchentlich einmal erschienen ist, wird vom

20. Oktober dieses Jahres an

als eine rein politische Zeitung täglich erscheinen und am Schlusse jeder Woche ein Unterhaltungsblatt beigegeben werden.

Alles ist bereits geschehen, um in dieser Zeitung so schnell als möglich die allerneuesten und wichtigsten Tagesbegebenheiten zu liefern; denn nicht allein in allen übrigen Deutschlands, sondern auch in den meisten Hauptstädten Europa's haben wir ausgezeichnet tüchtige Männer als Mitarbeiter und Korrespondenten gewonnen, so daß wir besonders streng der Wahrheit getreue und möglichst unparteiische Original-Mittheilungen geben können.

Wichtige Ereignisse aus Paris kommen uns stets in wenig Stunden durch den Telegraphen in Straßburg zu.

Der Pränumerationspreis in Baden-Baden (Hauptexpedition Stephanien-Straße Nro. 373) beträgt halbjährlich **2 fl. 30 kr.**, vierteljährlich **1 fl. 15 kr.** und auf die Zeit vom 20. Oktober bis 31. Dezember **1 fl.**

Auswärts nehmen alle Postanstalten Bestellungen auf diese Zeitung an, welche wir so schleunig als möglich zu bewirken bitten.

Inserate werden die Petitzeile mit 2½ Kreuzer berechnet, als auch der Zeitung entsprechende Beiträge angenommen und auf das Anständigste honorirt.

Baden-Baden, im Oktober 1848.

Die Scotzniovsky'sche Buchdruckerei.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

München, 12. Oktober.

Das Regierungsblatt vom 11. Oktober enthält folgende königlich allerhöchste Verordnung, den königlichen Ludwigs-Orden betreffend: Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben rc. rc. In der Absicht, auch jenen treuen Dienern, welche eine fünfzigjährige ehrenvolle Dienstzeit ganz oder theilweise im militelbaren Staatsdienste zurückgelegt haben, die wohlverdiente Anerkennung zu Theil werden zu lassen, finden Wir Uns allergnädigst bewogen, den Artikel II der Allerhöchsten Verordnung vom 25. August 1827 die Errichtung des Ludwigs-Ordens betreffen, in nachstehender Weise zu erweitern: „Bei Gesuchen um Verleihung des Ludwigs-Ordens lassen Wir auch diejenige Dienstzeit in Anrechnung bringen, welche der Ordenswerber in dem vorerwähnten Grade im unmittelbaren Staatsdienste oder als Gemeindebeobachter zugebracht hat." Diese Erweiterung der Satzungen des Ludwigs-Ordens ist durch das Regierungsblatt zur allgemeinen Kenntniß zu bringen. Gegeben München, den 2. Oktober 1848. Maximilian. Graf von Brag. Auf königlich allerhöchsten Befehl: der General-Sekretär, Dr. Rappel.

Antwort deutscher Bürger auf die Ansprache der Linken. *)

Die Ereignisse des 18. September in Frankfurt haben ein Gewebe von Lug und Trug zerrissen, womit Sinn und Verstand des deutschen Volkes seit Monaten umsponnen und getrübt worden war. Vereine, Versammlungen, die Presse, alle Freiheitsrechte, welche die Nation in der großartigen Märzerhebung errungen hatte, um durch weisen Gebrauch derselben ihr Wohl zu begründen, — alle diese Rechte waren schändlich mißbraucht worden, um Religion und Sitte, Gesetz und Recht zu untergraben, um den Bau eines freien und glücklichen Vaterlandes zu stören, und auf Blut und Trümmern die Gewaltherrschaft ehr- und eigensüchtiger Volkstyrannen aufzurichten. Diese Menschen verachten den Willen der Nation und nennen sich Volksmänner; ihre Spießgesellen heißen sie das Volk; wer ihrem verderblichen Lügen und Hetzen mit Ernst und Wahrheit entgegenwirkt, um die heiligsten Güter der Menschen, um Freiheit und Ehre, um das gesetzte Bestehen der von den treulosen Machthabern zu retten, den schimpfen sie Volksverräther. Freiheit bedeutet bei ihnen — Straflosigkeit für Verbrechen; Einheit — unechtliche Unterwerfung unter ihren Willen. Das sind die nämlichen Menschen, welche bei dem Vorparlamente einen Theil der Mitglieder aus der Paulskirche entführten, weil ihr unsinniges Treiben an der Mehrheit rechtlicher Patrioten scheiterte; welche dann den blutigen Aufruhr in Baden anfachten, um gestützt auf den Jubel fremden Gesindels und versehen mit ausländischem Gelde, den Zusammentritt der frei gewählten Nationalvertretung zu hintertreiben; welche seither unablässig bemüht waren, in Stadt und Land die Gemüther zur Gewaltthat zu Raub und Mord zu entflammen, und die Besten im Volke als Opfer für die Mordlust ihrer Rotten zu zeichnen. Endlich — so wähnen sie — werde doch ihrem Gezeter und ihrer Hohsucht das Ziel der Beherrschung winken; wenn Bildung und Tüchtigkeit, wenn Fleiß und Wohlstand in dem Abgrunde begraben, wenn Roheit und Liederlichkeit die Oberhand gewonnen, — dann werde ihnen niemand mehr die Herrschaft und die Beute streitig machen. Die Reichsversammlung zu vernichten, durch List oder Gewalt, war von Anbeginn das Streben dieser sogenannten Volksmänner. Ihren Absichten blühte kein Erfolg, so lange die Nation zu der pflichtgetreuen Mehrheit ihrer frei gewählten Vertreter stand. Daher wurden die Beschlüsse der Reichsversammlung entstellt, ihre Mitglieder verdächtigt, ihre Berathungen durch herbeigerufene Rotten gestört. Um das Verfassungswerk zu verzögern, wurden ungebörige Anträge eingebracht, nutzlose Verhandlungen angeregt, Jugendsatze Reden stundenlang ausgesponnen, getrennte Abstimmungen mit Namensaufruf verlangt. Wer nicht mit den Volksverführern stimmte, der wurde geächtet und auf die Mordliste gesetzt. Da ward am 26. Aug. der Waffenstillstand mit Dänemark zu Malmö geschlossen, und an ihm ward alle Kunst der Lüge geübt, um ihn zur Klippe zu machen, an welcher die Eintracht des Vaterlandes scheitern, und die Trümmer seiner Gestaltung den Strandräubern zufallen sollten. Der Waffenstillstand von Malmö! Niemand hat ihn gelobt, Jeder erkannte, daß große Fehler begangen worden. Allein dieser Vertrag aufzubeuten, um das Volk zu belügen, sein edles Ehrgefühl zu mißbrauchen, einen unheilbaren Bruch zwischen dem Norden und Süden von Deutschland herbeizuführen, gleichbedeutig einem europäischen Krieg zu entfesseln und den schrecklichsten Bürgerkrieg durch alle Gauen des Vaterlandes zu tragen — solcher teuflischen Pläne waren nur die sogenannten Volksmänner fähig. Die Ehre Deutschlands — sie trieben damit ein schändlich Spiel; die Rechte der Herzogthümer — sie spotteten derselben; die Einheit und Freiheit Deutschland — sie ward frevelhaft dem Untergang geweiht. Leider gaben auch viele redliche und wohlgesinnte Männer, dem Eindrucke des ersten Augenblicks nach, und eine Mehrheit von 17 Stimmen beschloß am 5. September, ohne nähere Prüfung, dem Vollzug des Waffenstillstandes Einhalt zu thun. Da jubelte das böse Prinzip. Der Norden gegen der Süden gehetzt, der Krieg ohne Mittel ihn zu führen, nun war „der Konvent," die Schreckensherrschaft, der Aufruhr, die allgemeine Verwirrung vor der Thüre. Die Hoffnung ward gestärkt. Sämmtliche Mitglieder des Reichsministeriums legten ihre Stellen nieder, weil nach ihrer Ueberzeugung der Beschluß vom 5. dem Vaterlande verderblich und unausführbar war. Die Mehrheit, welche den Beschluß gefaßt hatte, fand in jenen langen Tagen keine Männer, welche die Verwegenheit gehabt hätten, den Vollzug zu versuchen. Da erkannten nicht wenige redliche und verbündige Männer, daß sie am 5. sich übereilt hatten. Am 16. beschloß die Versammlung, den Vollzug des Waffenstillstandes, so weit er noch der gegenwärtigen Lage nach ausführbar ist, nicht länger zu hindern. Die Zerstörungspartei gerieth in namenlose Wuth, als sie das mühe gepflanzte Ziel ihrer Begierden sich so plötzlich entrückt sah. Sie beschloß, rasch den Schlag zu führen, der für die gelegenere Zeit des äußeren Krieges und der inneren Spaltung längst vorbereitet war. Die Verfälle des 16., 17. und 18. Septbr. in Frankfurt sind bekannt. Blos sogen. Volksmänner getrieben, um die Massen zur Gewaltthat zu reizen, war am Abend des 16. vor dem deutschen Hause, und am 17. auf der Pfingstweide geredet worden, wie man am Morgen des 18. den Abzug der Truppen von der Paulskirche verlangt hat, so daß nun die Mörder ungestört „die Wände mit Blut hätten färben können;" wie man später, als der Barrikadenkampf nicht glücken wollte, den Reichsverweser, die Minister, den Bevollmächtigten beschimpfte, um den tapfern Truppen den Sieg zu entwinden, den Aufrührern die Niederlage zu erbarten, den Meineidschwörenden draußen den Muth zu erhalten — das ist ebenfalls bekannt, und wird durch die eingeleitete Untersuchung noch näher dargethan werden. Weithin war das Verschwörungsnetz gesponnen; an vielen Orten harrten die Genossen der Kunde von dem Erfolge in Frankfurt, um alsbald das Zeichen zum Bürgerkriege zu geben. Mit der Kunde der Niederlage, und der ewigen Schande, mit welcher sich die Aufrührer durch den an Auerdwald und Lichnowsky begangenen grausamen Meuchelmord vor den Augen der Nation gebrandmarkt hatten. Vergebens fiel Struve mit seiner Bande von der Schweiz her in das badische Oberland ein. Freiheit, Wohlstand und Bildung verkündend, Mord und Plünderung lohend. Eine Handvoll junger badischer Aufrührerjungen stürmte ihr Roß, Mieger und Bauern fingen sie Hauptling und manche Genossen, und die Wuth und Scham der Wuth des Volkes entrissen und den Händen der Gerichte überliefert werden. Vergebens erhob in Württemberg der ehemalige Fabrikant Rau von Gaildorf die Fahne der Empörung. Je weiter er kam, desto geringer ward sein Gefolge, die Bethörten wurden dem Verführer den Rücken, und wo Rau verlassen ward er ergriffen und auf den Asberg geliefert. Ueberall zeigte die Nation durch Abfassen von verrätherischen Beginnen einer verwerfenen Partei und volle ihren Dank den Männern, welche das Vaterland vor den Gräueln der Rotten bewahrt haben. Was thun dagegen die sogen. Volksmänner? Man lese die Ansprache der in den Klubbs des deutschen und holländischen Hofes (Corneliusberg) vereinigten Linken — man lese sie auf — und man wird staunen ob der Verwegenheit und Heuchelei, womit das Volk aufs Neue gegen die Mehrheit der Nationalversammlung gehetzt, und durch verbrauchte Lügen abermals verblendet werden soll. Der Waffenstillstand von Malmö wird abermals hervorgesucht, und der Beschluß der Nationalversammlung vom 5. Septbr. als „der verleidende Vorbote einer glücklichen Wendung der Dinge" gepriesen. — Ja wohl, eine glückliche Wendung für diejenigen, welche das Unglück des Vaterlandes in ihrem schnöden Vortheil auszubeuten gedachten! Eine glückliche Wendung, wenn der Norden von dem Süden sich feindlich trennte, der Krieg von Außen und im Innern die Anarchie zu rothen Blühe trieb! Aufs Neue bringen sie die alte Lüge, daß durch den Waffenstillstand die Herzogthümer aufgegeben und in die alten dänische Knechtschaft zurückgestoßen seien. Die Bewohner von Schleswig-Holstein wissen, und Jedermann weiß, daß kein Recht aufgegeben, kein Einfluß auf die Verwaltung des Landes den Dänen gestattet ist; daß die verlegenden Bestimmungen durch den Widerstand der Bevölkerung beseitigt sind und daß diese mit Vertrauen zu der Nationalversammlung und der Zentralgewalt und mit vollkommener Ruhe und Besonnenheit über der Vollendung des Kriegs Falle Dänemark ihn wagen sollte, entgegen sieht. Das wissen auch die sogenannten Volksmänner, und eben so wissen sie, daß das Verhalten Preußens in dieser Sache und beßen Verhältniß zur Zentralgewalt überhaupt, Gegenstand einer Verhandlung ist, welche, wie die Nation hofft, zur Einigkeit, und nicht wie schadenfrohe Feinde und Verräther wünschen, zum Bruche führen wird. — Aber den sogenannten Volksmännern ist es nicht um die Einheit und Freiheit, ihnen ist es um die Aufreizung zum Kriege zur Gewaltthat zu thun. Zu diesem edlen Zwecke wird gelogen und abermals gelogen, gewühlt und abermals gewühlt. — Der Kampf auf den Straßen und hinter den Hecken ist verloren; der Meuchelmord hat nicht durchgeschlagen, der „Konvent" ist im Blute von Auerdwald und Lichnowsky ertrickt. Die „vereinigte Linke" in ihrer Ansprache an das Volk wählt sich ein anderes Feld. Sie tadelt zu Miß-

*) Aus einer Extra-Beilage zu den Flugblättern aus der deutschen National-Versammlung.

*) Diese Klubbs zählen keine hundert Mitglieder der National-Versammlung. Sie sind nicht zu verwechseln mit der linken überhaupt oder gar der Minorität in der Waffenstillstandsfrage vom 16. September.

flauenskadrevffen gegen die Mitglieder der Mehrheit und verlangt neue Wahlen. Sie verlangt neue Wahlen, unter dem heuchlerischen Vorwande, neuen Ihaten der Gewalt vorzubeugen, während doch jeder einsehen muß, daß gerade die Auflegung neuer Wahlen gelegnet ist, neue Gewaltthaten hervorzurufen. Den Aufruhr vom 18. September, der stattfindet, verlangnet man und beschönigt ihn zugleich, als unbedeutend, planlos, aus dem Drange des Augenblicks hervorgegangen; aber wer hat seit lange durch Wort und Schrift geschürt, und auf wen haben die Aufrührer im Falle des Gelingens als Konvent und provisorische Regierung rechnen dürfen? Von der Gemeinheit zweier Agentenblätter schweigt die Ansprache. Der Vorfall ist ihr wohl zu unbedeutend, aus dem Drange des Augenblicks, nicht aus der Prosktiptionslisse hervorgegangen! Reaction essen die Heuchler, weil der Belagerungszustand die Erneuerung der Angriffe gegen die Nationalversammlung und der Mordszenen verhindert. Reaktion ist ihnen die Herrschaft der Gesetze und die Bestrafung der Verbrechen. Das deutsche Volk hat seine sogenannten Volksmänner entlarvt, sie stehen entlarvt vor ihm und es wendet sich von ihnen mit Grausung und Abscheu. Die Nation verlangt von ihren Vertretern, daß sie das Verfassungswerk vollenden, die Freiheit und Einheit des Vaterlandes begründen, damit das Wohl des Volkes gedeihe. Zu spät wenden sich die sogenannte vereinigte Linke an das von ihr so grausam getäuschte Volk. Zu früh haben Mitglieder dieser Partei ihren Jubel über einen gewaltsamen Sieg ihrer Rotten kundgegeben. Zu früh brüderten Gerüchte, Blätter verwünschen, daß Simon von Trier am 16. geäußert: es sei ihm ein leichtes, Einige von der Rechten vorsichlagen zu lassen. Zu früh meldet Bauerschmidt in einer Wiener Zeitung: nun sei es aus mit dem Reichsoberwesser und der Nationalversammlung. Zu früh heyte Minkus in Schlesien zum Morde. Zu spät steht endlich Blum Reichstagsleitung, daß man die bei Struve gefundenen Papiere verbrennen und ferstümmte Männer nicht gefühlvoll möge. Die Papiere werden der Nation gerettet wogelegt werden und sie wird daraus die Namen der Männer erfahren, welche die Banditen im badischen Oberlande zu ihren Häuptlingen erkoren haben. Ihr habt das Volk angesprochen, — ihr sogenannten Volksfreunde. Das Volk aber erkennt in euch seine gefährlichsten Feinde; es verabscheut eure Plane und eure Waffen; es durchschaut eure Treiben und wird sich fortan durch eure schnöden Künste nicht mehr berücken lassen.

Deutschland.

Frankfurt, 7. Okt. Von dem Bevollmächtigten für das Großherzogthum Hessen-Darmstadt, Eigendrost, ist bei der Zentralgewalt folgendes vom 29. Sept. datirte Schreiben eingelaufen: „Den mit durch Schreiben vom 23. d. M. mitgetheilten Erlaß des Reichsverwesers vom 22. d. M. habe ich alsbald an meine Regierung befördert; in Folge allerhöchsten Befehls Sr. k. Hoh. des Großherzogs bin ich beauftragt, in Gemeinderaath dasauf folgende Erklärung bei der Zentralgewalt abzugeben: Der provisorischen Zentralgewalt Deutschlands ist es bekannt, daß das eifrigste Bestreben der Regierung Sr. k. Hoh. des Großherzogs von Hessen von Anfang an und auch bei den neuesten das Vaterland betrübenden, unglücklichen Ereignissen, wie bisher, so auch unverändert darauf gerichtet war, ihr in jeder Beziehung die entschiedenste Mitwirkung bereitwilligst zu gewähren und zu bethätigen. Die Zentralgewalt kann daher vollkommen darauf vertrauen, daß die großh. Staatsregierung an der so eingangenen Aufforderung, die zur Erhaltung der Wohlfahrt und der gesetzlichen Ordnung Deutschlands ergriffenen Maßregeln auch ihrerseits kräftigst zu unterstützen, nachkommen werde. Die Behörden und Beamten des Großherzogthums werden ihrerseits, dem ausgesprochenen Wunsche gemäß, sofort ernstlichst ermahnt werden und von der Regierung auch hierin Alles geschehen, was von ihrer Seite gethan werden kann, um die Lösung der hohen Aufgabe der Zentralgewalt, als Organ der deutschen Nationaleinheit, zu erleichtern und auch dadurch den Beweis zu liefern, wie lebhaft sie von der Nothwendigkeit durchdrungen ist, daß man sich in Bezug auf alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation von allen Seiten aufrichtigst und rückhaltlos an die provisorische Zentralgewalt für Deutschland anzuschließen habe."
(Fr. O.-Z.-Z.)

Bayern. — * Bamberg, 10. Okt. Am 8. kam ein herzl. sächs. meiningen'scher Offizier, Lieut. v. Speßhardt aus Meiningen, als Kourier hier an, um Namens der Regierung allda bayerische Truppen durchhin zu requiriren, namentlich auch Artillerie. Er reiste von hier sogleich weiter zur preußischen Stimmung, mit Gesang und Hochruf zur Handhabung der gesetzlichen Ordnung abzogen. Auch von Baireuth soll Infanterie und Reiterei zu derselben Bestimmung abgegangen sein. Reisende, welche gestern aus dem Meiningen'schen hier angekommen, schildern die — künstlich erzeugte — anarchische Aufregung in diesem Lande als sehr groß; an manchen Orten soll man laut ausgerufen haben, von der Konstitution der Monarchie zu sprechen, ohne sich persönlicher Mißhandlung auszusetzen.

Der militärische Chef des bibliographischen Instituts, der deutschen Kohlen- und Eisenwerke ꝛc., Meyer und ein Dr. Huhn, Herausgeber eines republikanischen Volksblattes in Hildburghausen, spielen bei den Wühlereien Hauptrollen spielen. Ueberhaupt thuckt und gährt es in den sächsischen und preußischen Herzog- und Fürstenthümern bedeutend, und suchen hier die republikanischen Wühler den Boden möglichst für ihre Saat zu lockern, wobei sie, wie ja systematisch auch anderwärts, einen Terrorismus gegen Andersdenkende üben, der diese um so mehr niederdrückt, je weniger sie wie jene zu „allen Mitteln" zu greifen gewillt sind. Es ist hohe, hohe Zeit, daß die Zentralgewalt kräftig auftrete und einschreite.

Baden. Karlsruhe, 9. Okt. (77. öffentl. Sitzung der 2. Kammer.) Nachdem die seither beurlaubt gewesenen Mitglieder der zweiten Kammer wieder eingetreten worden und sich heute in erforderlicher Zahl eingefunden hatten, eröffnete der Präsident (Mittermaier) die Sitzung mit der Anzeige, daß die erste Kammer den Gesetzentwürfen über die Ablösung für die Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse und über Aufhebung der Wucherstrafe, wie sie von der zweiten Kammer dorthin gelangt sind, beigetreten sei. Dagegen habe sie dem Gesetzentwurfe über das Verfahren gegen solche Beamte, welche ohne Noth ihre Stelle verlassen, die Zustimmung theilweise versagt, weswegen dieser wieder an die betreffende Kommission zur weiteren Berathung und Berichterstattung zurückgewiesen worden müsse. Zugleich eröffnet der Präsident, daß der Abgeordnete Bleibaum seinen Austritt aus der Kammer angezeigt habe. Staatsrath Eck heißt die Versammlung nach dreimonatlicher Abwesenheit willkommen, indem er folgende Anrede an sie richtet:

Meine Herren! Nach einer declinomatischen Unterbrechung werden Sie Ihre Arbeiten wieder fortsehen. Wie heißen Sie freundlich willkommen. Von den Vorlagen, die wir Ihnen im Anfang des März nach Ihrem Wunsche zusagten, übergeben wir Ihnen morgen die zwei noch übrigen, nämlich den Gesetzentwurf über die Zusammensetzung von Kriegsgerichten, die Disciplinar- und über Aufhebung der bestehen Gerichtsstände. Das Einzige, das dann noch übrig bleibt, ist der Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Minister. Auch bei diesem sind wir zur Vorlage bereit, aber wir halten damit zurück, weil seine Bestimmungen zum großen Theil von der bevorstehenden Reichsverfassung, namentlich von der Einsetzung der Reichsgerichts abhängen werden, und so ein nach der jetzigen Lage der Dinge unbearbeitetes Gesetz wahrscheinlich bald wieder geändert werden müßte. Die Reichsverfassung, welche die konstitutirende Nationalversammlung gebeten wird, muß für alle deutsche Staaten bindend sein. Wir wissen, daß wir hierin mit Ihren eigenen Ansichten durchaus im Einklange gehen, und wir hegen der Ueberzeugung, daß nur durch ein unbedingtes Anschließen aller deutschen Staaten an alle Bestimmungen, welche die Nationalversammlung zur Gründung einer großen Einheit treffen wird, die deutsche Einheit, Macht, Größe, und Freiheit begründet werden kann. Voraussichtlich werden die Beschlüsse der Nationalversammlung einige wichtige Aenderungen in unserer Verfassung nothwendig machen. Wir werden alsdann mit den Ständen berathen, wie diese Beschlüsse in verfassungsmäßigem Wege in das Leben zu führen sein. Große, herrliche Erfolge werden unsere Bemühungen für die Nationalversammlung voraussichtlich dadurch, wenn wohl für das Gesammtvaterland als Ganzes, als für die einzelnen Staaten, und überhaupt für die Rechte aller deutschen Bürger. Es sind dies die Früchte des geistigen Aufschwungs der jüngsten 6 Monate. Beklagenswerth ist nur, daß dieser Aufschwung durch Ausschweifungen der Leidenschaften getrübt wurde. In Zeiten dieser Art haben, so wie die ehrern Kräfte, so auch die niedrigsten Leidenschaften ein freieres Feld. In der Presse und in Versammlungen werden verbrecherische Grundsätze verbreitet, es werden die Bande der Sitte und der Ordnung gelockert, und die Demoralisation soll als Mittel zu verbrecherischen Zwecken dienen. Wirkungen hievon zeigten sich unter Anderm in dem grausenerregenden Attentate gegen die deutsche Nationalversammlung, und in dem in einem Theile unseres Landes durch eingedrungene Blüchtlinge von neuem erregten Aufruhr. Solche Frevler, solche Verbrechen werde der gesunde Sinn des Volkes im Allgemeinen nur lebendiger. Das Volk will sich durch solche Ausschweifungen die Errungenschaften nicht zerstören lassen, die ihm die Reife der Zeit geboten hat. Das neue verderberische Unternehmen in unserem Lande hat nur in wenigen Gemeinden einen willigen und in mehreren anderen einen durch terroristische Maßregeln erzwungenen Anschluß gefunden. Durch den Drang der Umstände hat sich die Regierung zur Erlassung eines provisorischen Gesetzes, um gegen die Aufrührer das Standrecht eintreten zu lassen, veranlaßt gefehen. Die Tapferkeit unserer Truppen hat aber dem Aufruhr so schnell ein Ende gemacht, daß das Standrecht, das vorher angedroht werden mußte, gar nicht mehr zur Anwendung gebracht werden konnte. Wir werden Ihnen das Gesetz zur Zustimmung vorlegen, und zwar mit einigen Aenderungen, die noch in Betreff des Erlasses gemacht sind, und in einem Nachtrage, zum voraus bekannten Gesetze auch zulässiger sind, als in einem im Augenblicke der Ereignisse selbst erlassenen Provisorium. Sie werden bei Prüfung des Entwurfs die Interessen der Ordnung mit jenen des Rechts zu vereinbaren wissen. Wir werden jedenfalls mit allem Nachdrucke dahin wirken, daß nun im ordentlichen Wege rasch die Strafe dem Verbrechen folge, und die Schuldigen theilen, die hinterlistig und heimlingen Mordthaten der früheren Aufrührer in der Bildung des Schwurgerichts lagen, sind jetzt ihrem Ende nahe. Eine erfreuliche Erscheinung ist es indessen, daß diese neuen Wirren wegen der Nachtheile, die sie im Gefolge haben, und wegen der klarer gewordenen Absichten der Feinde der öffentlichen Ordnung, und der Gesetzlichkeit verurtheilen, viele Verblendete aufgeklärt haben und eine rechtschaffige Stimmung erzeugten, so daß die öffentliche Meinung jetzt eine rasche und unnachsichtliche Sühne der Verbrechen fordert. Die Regierung wird alle

ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden, daß dieses Gerechtigkeitsgefühl die gebührende Befriedigung erhalte, und daß überhaupt der Wiederkehr oder Fortsetzung solcher den Wohlstand und die Freiheit gleich gefährdenden Friedensstörungen begegnet werde. Sie rechnet dabei auf Ihre Unterstützung, so wie sie auch erfreut ist, sagen zu können, daß ihr dabei die Unterstützung der Zentralgewalt in vollem Maße zu Theil wird. Zum Schlusse, meine Herren, erlaube ich mir, Ihnen noch mitzutheilen, daß Se. königl. Hoheit der Großherzog den Geh. Referendär v. Stengel zum Staatssekretär und Präsidenten des Justizministeriums ernannt haben, der, so wie im Lande, so auch in diesem Hause von jeher hohe Achtung und Vertrauen genossen hat.

Schließlich übergibt Staatsrath Bekk noch einen Gesetzentwurf wegen der Vereinigung der Gemeinden Engen und Attdorf, so wie die Wahlakten aus den Bezirken Ueberlingen, Radolfzell, Meinkreim und Stockach. Mez freut sich über die Anerkennung der Zentralgewalt von Seite der badischen Regierung, und wünscht, daß Dies auch von Seite aller andern deutschen Regierungen zum Wohle des gemeinsamen Vaterlandes auf ähnliche Weise geschehen möchte. Die Verdienste im konstitutionellen Oberlande, auf welche er mit Achtben blicke, seien nicht nur gegen die Majestät des Fürsten, sondern auch gegen jene des Volkes gerichtet gewesen, was er um so mehr mißbillige, als die Vertreter des letztern in Frankfurt sich befänden, und deren Beschlüssen sich jeder Druckse in so lange unterwerfen müsse, als nicht das Volk selbst andere Vertreter wähle. Das Benehmen der Stadt Schopfheim, welche ihr Glückwunsch auf frühlig Wort, Schreiben und Depesche nur lobend anerkennen, nicht aber so jenes der Stadt Lörrach; doch lasse sich auch dieses, wie der Redner näher auszuführen sich bemüht, vornigstens theilweise entschuldigen. Blankenhorn will auf die in öffentlichen Blättern schon zur Genüge geschilderten grauenerregenden Vorgänge nicht näher eingehen, glaubt aber, daß die Gemeindebehörde in Lörrach ihre Pflicht nicht vollkommen erfüllt habe, wie in Schopfheim erfüllt habe, und erwartet wenigstens gegen die Hauptverbrecher ein kräftiges Einschreiten in möglichster Bälde zur Sühne ihrer Verbrechen und zur Erstarkung des im Volke mehr und mehr erwachenden Rechtsgefühls. Staatsrath Bekk sichert Dies zu und wiederlegt die durch Mez für Lörrach vorgebrachten Entschuldigungsgründe, widerrede es das Benehmen der Stadt Schopfheim im Allgemeinen anerkennt. Nach erfolgter Uebergabe mehrerer Petitionen erhält Brentano auf seine Anfrage wegen der in Offenburg und Thiengen noch ausstehenden Wahlen zur konstituirenden Versammlung durch Staatsrath Bekk die Antwort, daß letztere auf den 27. v. Mts. bereits angeordnet gewesen, wegen der dortmals stattgehabten Wirren jedoch wieder abbestellt werden mußte, jetzt aber in den nächsten Tagen stattfinden werde. Ersterer bezeugt in diesen politischen Flüchtlingen (Advokat Werner von Oberkirch) gefallen, ten man, wenn er rückkehren sollte, festnehmen müsse. Die Regierung habe übrigens der Zentralgewalt davon Nachricht gegeben und werde derselben auch die Untersuchungsakten zur weiteren Entschließung vorlegen. An die Kammer gehöre dieser Gegenstand nicht. Sachs erneuert die früher schon von Bissing aus Anlaß gestellte Frage wegen Zurückberufung der Truppen, worauf ihm erhält vom Staatsminister v. Dusch die Zusicherung einer baldigen Antwort in einer der nächsten Sitzungen. Eben so verlangt Sachs die Vorlage der Korrespondenzen mit der Zentralregierung und den Truppenkommandanten wegen Verlegung von bayerischen Truppen nach Mannheim, worauf ihm Staatsrath Bekk nach kurzen Diskussionen erwidert, daß die Regierung diesen Gegenstand selbstständig behandeln werde, wie sie es für gut finde.

* Mannheim, 9. Okt. Gestern Abend ist es zwischen Dragonern, Artilleristen und Nassauern auf der einen und den preußischen Truppen auf der andern Seite, in mehren Wirthshäusern zu ernsthaften Schlägereien gekommen. Der Grund dieser auffallenden Erscheinung soll in der schlechten Einquartirung liegen, welche den auf Schleswig-Holstein zurückkehrenden süddeutschen Truppen in Heidelberg, Darmstadt und anderwärts zu Theil wurde. Dafür sollten nun die preußischen Soldaten büßen. Man hatte von allen Seiten unsere süddeutschen Truppen von einem so ungerechten unbrüderlichen Vorhaben abzuwenden versucht, ihnen das vortreffliche Benehmen der Preußen seit ihrem hiesigen Aufenthalte vorgestellt — es half aber nichts. Indeß wurden gestern noch Verhaftungen vorgenommen. (Vielleicht Reklen sich bei den Untersuchungen auch „andere Gründe" heraus — das freundliche Einverständniß der nord- und süddeutschen Truppen konnte einer gewissen Partei nur sehr ungelegen kommen, und wir sind überzeugt, daß man alle mögliche Gründe aufgefunden haben wird, um es zu stören)

Hohenzollern-Sigmaringen. — Aus dem Schwäb. Merkur ersehen wir, daß Regierungsdirektor Mock auf sein Ansuchen der Stelle als Vorstand der Geheimcanzlei enthoben, der als solcher bisher gewesene derselben verbliebe ist. Geheimer Referendär v. Sallwürk ist an seiner Stelle Vorstand geworden. Das Verordnungsblatt vom 8. Okt. enthält Erklärungen vieler Gemeinden des Fürstenthums, wonach sie den „sich selbst aufgewerfenen Sicherheitsausschuß" in Sigmaringen nicht anerkennen, vielmehr dem Manifest des Fürsten gemäß den gesetzmäßigen Staatsbehörden den schuldigen Gehorsam bezeigen und die Ruhe zu erhalten sich bestreben werden. Der „Sicherheitsausschuß wird aufgefordert, die dem Lande gehörigen, aus dem Zeughaus mit Gewalt genommenen Waffen wieder an Ort und Stelle zu schaffen. Gemeinden des Oberamts Gammeringen schließen sich diesen Erklärungen mit dem Wunsche an, daß Fürst und Regierung recht bald zurückkehren mögen. 76 Bürger von Trochtelfingen klagen bei dem Fürsten um Herstellung der gesetzlichen und untergrabenen Ordnung, indem sie den Abreise des Fürsten Gegenmaßregeln verbrecherischen Handlungen verabscheuen. (A. Z.)

Sächsische Herzogthümer. Hildburghausen, 8. Oktober. Die am 6. d. Mts. vorgenommene Verhaftung des Redakteurs Dr. Huhn hatte eine große Aufregung erzeugt, welche, da Schaaren bewaffneter Bauern die Stadt bedrohten, die Behörden veranlaßte, den Verhafteten wieder frei zu geben. Gerüchte, die wohl übertrieben sind, sprechen davon, man habe nicht nur das Gefängniß, sondern auch das Schloß stürmen wollen. Diese Vorfälle haben unstreitig die Regierung veranlaßt, das gestern erwähnte Ansuchen um militärische Hilfe an Bayern zu stellen.) (Bamb. Z.)

Fürstenthum Reuß. Die seit einiger Zeit verbreiteten Gerüchte von der beabsichtigten Abdankung des Fürsten Reuß-Ebersdorf (Heinrich LXXII., geb. 1797, gelangte zur Regierung im Juli 1822 und ist unvermählt) erhalten ihre Bestätigung durch die folgende Urkunde, trotz deren er seine Regierung niedergelegt hat: „Gewaume Zeit ist es mein Vorsatz, wegen meiner erschütterten Gesundheit die Führung der Regierung niederzulegen. Jetzt bei den Anstrengungen der Neuzeit, in die ich vom Krankenlager gewortenen wark, ist es gebieterische Pflicht. Und — schwerzer, unerwarteter Umstand von mancher Seite hat mein Wirken abgeschwinden. Deßhalb habe ich heute (im April am rechten Ort meinen unwiderruflichen Entschluß ausgesprochen, auszuscheiden. Dieselbige Verordnung ist endlich! erfolgt. Ich lege, trotz dieser, zum Ersten meines verfassungsmäßigen Nachfolgers, Ihro des regierenden Fürsten von Schleiz Durchlaucht und Liebden, die Regierung nieder. Treu glaube ich 26 Jahre lang mit Aufopferung für meine Wahlspruche: „Volkswohl ist Fürstenlust!" „Aeltern, nicht Revolution!" gewirkt zu haben. Wenn mir solches ganz möglich ward, wenn mein öffentlicher Charakter verschönert, so wirken dazu unglückliche Umstände, d. i. unsere starren Gemeinschaftszustände, starre Bundes- und Protokollen-Nacht. Nun, die große Zukunft wird Alles bessern! Mein Trost über Bitteres ist die feste Hoffnung, die ich schon am 21. März öffentlich ausbrach: „Ein freies, großes, starkes Deutschland, in einer Sprache." Dieses hat — der letzte Wunsch. Mein herzliches Lebewohl Denen meiner theuern Landsleute, die mir einen Rest von Liebe schenken. Urkundlich meiner eigenhändigen Vollziehung und Beibrückung meines fürstl. Wappens. Den 1. Okt. 1848. H. d. LXXII. Fürst Reuß."

(D. A. Z.)

Preußen. — Berlin, 8. Oktober. Das nachstehende Kundschreiben ist an sämmtliche königl. Regierungen gerichtet worden: „In mehreren Theilen der Monarchie sind die Grundlagen staatlicher Ordnung erschüttert, der gesetzliche Schutz für Person und Eigenthum ist geschmälert, und dadurch die wahre Freiheit, welche nur auf dem Boden des Gesetzes bestehen und gedeihen kann, gefährdet. Die freie Presse und das Recht der freien Versammlung sind gemißbraucht worden, um die gesetzliche Ordnung zu stören und anarchische Zustände herbeizuführen. Die Staatsministerium ist sich entschlossen — gestern seiner Erklärung in dem, der Königlichen Regierung unter dem 23. v. M. mitgetheilten Programm — auf dem konstitutionellen Wege fortzuschreiten und insbesondere dem Volke jene großen Freiheiten, in deren rechtmäßigem Besitze dasselbe sich befindet, vollständig zu erhalten; um so mehr aber erkennt das Ministerium die Nothwendigkeit an, einem solchen Mißbrauche der Freiheiten, solcher Gesinnungsschändung, Knechtschaft und Umsturz im Gefolge hat, mit aller Kraft und Energie entgegenzutreten. Das Staatsministerium hat im Einverständniß mit der deutschen Zentralgewalt den entschiedenen Willen, in diesem Sinne zu handeln, und nöthigenfalls selbst die äußersten gesetzlichen Mittel anzuwenden, um seiner Pflicht vollständig zu genügen. Allein es wird um Erreichung dieses, einer solchen Gemeinschaft obliegenden Zweckes zu werden. Dazu ist besonders nothwendig, daß die Provinzial-, Kreis- und Lokalbehörden es nicht an der erforderlichen Wachsamkeit fehlen lassen, um das Verbrechen, da, wo es sich zeigt, sogleich zu entdecken, und nicht an Entschlossenheit, um es im Entstehen zu unterdrücken. Die Königliche Regierung wird demnach hierdurch angewiesen, sowohl Ihrerseits die angedeuteten Befugnisse, einen solchen Mißbrauch der Freiheiten, solcher Gesinnungsschändung, Knechtschaft und Umsturz im Gefolge hat, mit aller Kraft und Energie entgegenzutreten. Das Staatsministerium hat im Einverständniß mit der deutschen Zentralgewalt den entschiedenen Willen, in diesem Sinne zu handeln, und nöthigenfalls selbst die äußersten gesetzlichen Mittel anzuwenden, um seiner Pflicht vollständig zu genügen. Allein es wird um Erreichung dieses, einer solchen Gemeinschaft obliegenden Zweckes zu werden. Dazu ist besonders nothwendig, daß die Provinzial-, Kreis- und Lokalbehörden es nicht an der erforderlichen Wachsamkeit fehlen lassen, um das Verbrechen, da, wo es sich zeigt, sogleich zu entdecken, und nicht an Entschlossenheit, um es im Entstehen zu unterdrücken. Die Königliche Regierung wird demnach hierdurch angewiesen, sowohl Ihrerseits die angedeuteten Befugnisse, einen solchen Mißbrauche der Freiheiten, solcher Gesinn

Mißen diesen ihren Obliegenheiten nicht nachkommen möchten, müssen im gesetzlichen Wege so bald als möglich aus ihren Aemtern entfernt und auf diese Weise für das öffentliche Wohl unschädlich gemacht werden. Es wird erwartet, daß die Königliche Regierung es auch in dieser Beziehung an der erforderlichen Aufmerksamkeit nicht wird fehlen lassen und daß Sie mit den dießfälligen Maßregeln oder Anträgen pflichtschuldig vorgehen wird. Unser Wohlwrnh sei, Schutz und Förderung der gesetzlichen Freiheit, Unterdrückung der Anarchie, mag diese aus revolutionären oder reactionären Bestrebungen hervorgehen. Berlin, den 4. Oktober 1848. Der Minister des Innern.

Italien.

* *Florenz*, 30. Sept. Die Ordnung in Livorno ist noch nicht wieder hergestellt worden. Den neuen Behörden hat man den Eintritt in die Stadt verweigert. Sie sind deßhalb bisher zurückgekehrt. Demzufolge hat der Minister dieses Morgen den beiden Kammern erklärt, daß alle öffizellen Verbindungen mit Livorno abgebrochen sei.

Schweiz.

* Die „Basler Zeitung“ bringt die Antwortnote des Vororts auf die von dem deutschen Reichsgesandten ihm übertragene Note der deutschen Zentralgewalt. Wir können dießmal bei ihrer großen Ausdehnung erst morgen vollständig mittheilen. Für heute nur so viel, daß die Sprache des Vororts, wie neulich der Berner Verfassungsfreund schon im Voraus andeutete, wirklich eine unbemessene, uns nicht zu sagen insolente ist. In fast schulmeisternden Ton wird das „große Bedauern“ ausgesprochen, daß die deutsche Note „nach einem ganz ungewöhnlichen Geschäftsgang“ vor der öffizellen Uebermittlung in Öffentlichen Blättern zur Kunde des Publikums gebracht worden sei. Der Ton derselben sei ein in der diplomatischen Sprache so auffallender, trage so unverkennbar die Spuren augenblicklicher Gereiztheit, daß nur die tiefe Hochachtung für die Person des Reichsverwesers den Vorort habe veranlassen können, auf ein Aktenstück näher einzutreten, das in dem Archive der schweizerischen Eidgenossenschaft wohl ohne seines Gleichen sei u. s. w. Dann werden alle Abläugnungen, wie sie schon auf die frühere Note des deutschen Bundestags gemacht wurden wiederholt, Verwahrung eingelegt gegen „die eben so wegwerfende als beleidigende Weise,“ in welcher der „Ehrenhaftigkeit und Wahrheitsliebe“ schweizerischer Kantonalregierungen zu nahe getreten werde; in einer Anspielung die Lüge wiederholt, als sei die Schweiz vom Wahnsinn auch ihren Lande ergriffen worden (auch in neun nemlichen Blatte der Basler Zeitung selbst als unwahr erklärt wird); der badischen Regierung der Vorwurf gemacht, alle Vorsichtsmaßregeln verabsäumt zu haben; endlich wird gar nicht zugestanden, und der deutschen Zentralgewalt überlassen, zu thun, was sie für angemessen erachte, mit dem Beisatze, das schweizerische Volk gebe mit seinen Regierungen vollkommen einig. Die schweizerische Nation — heißt es am Schlusse — sei im Stande, jeglicher Zumuthung abzuweisen, welche mit der Ehre der uralten Eidgenossenschaft und mit der Würde eines freien und selbstständigen Volkes im Widerspruche steht.“ Das Datum dieser Antwort ist nicht beigesetzt. Die deutsche Zentralgewalt wird thun, was ihres Amtes ist. Auf solche Sprache muß die That antworten.

Frankreich.

△ *Paris*, 8. Okt. Ich faße heute die Ergebnisse der gestrigen Abstimmungen kurz zusammen. Zuerst wurde der von Hrn. Grevy im Namen der absoluten Demokraten gemachte Vorschlag, wonach die vollständige Gewalt blos durch einen Akt abberufbaren Präsidenten des Ministerrathes vertreten worden wäre (Provisorium in Permanenz) durch 643 gegen 185 Stimmen verworfen. Gegen die Ernennung des Präsidenten durch die Nationalversammlung erklärten sich 602, keine nur 211 Stimmen. Es ist also jetzt nur noch zu entscheiden, ob der Präsident durch einfache Wahl des Volks in Masse oder durch Wahl in zwei Abtheilungen (wie ein Amendement es will) ernannt werden soll. Darüber wird morgen verhandelt werden.

Großbritannien.

* *London*, 7. Okt. Man erzählt sich, daß der Baron Rennefather, Obmann der Jury, welche mit der Aburtheilung der irischen Rebellen beauftragt ist, der Murder des verhafteten O'Brien einen Besuch gemacht habe, um sie auf einen etwaigen strengen Urtheilsspruch gegen ihren Sohn vorzubereiten. Das Verdikt der Jury wird am nächsten Montag erwartet. — Kons. 86¼ 1/4.

Belgien.

Brüssel, 7. Okt. Der heutige Moniteur macht bekannt, daß die Zinsen der 5 und 4½ proc. belgischen Schuld, welche am 1. November verfallen sind, schon jetzt an den Kassen bezahlt werden. Zugleich erklärt derselbe das von einigen Blättern verbreitete Gerücht, als beabsichtige die Regierung ein neues Anlehen zu machen, sei ganz ohne Grund.

Nachschrift.

** München, 12 Okt. Der heutige Tag ist ein Festtag für ganz Bayern, es ist der Namenstag seines geliebten Königs Max, des Königs, in dem wir die höchste Bürgschaft für die Erhaltung und Fortentwicklung unserer Freiheiten, der Herrschaft des Gesetzes und der Ordnung erblicken. An solchem Tage verstummen selbst die Parteileidenschaften und die Herzen aller bayerischen Männer sind fester denn sonst aneinander vereinigt. Auch sonst in ihren Ansichten und Meinungen geschieden sein mögen, vereinigen sich in den Gefühlen der Liebe und Treue für den konstitutionellen Monarchen, dem in schwerer Zeit die dornenvolle Aufgabe geworden ist, des Vaterlandes Schild und Lenker zu sein in den Stürmen, die es von allen Seiten umwogen. Der heutige Tag wird in ganz Bayern, am Main wie an der Donau, am Rhein wie an der Isar mit gleicher Lebhaftigkeit Theilnahme begangen werden. 25 Kanonenschüße in früher Morgenstunde verkündeten hier den Eingang der Feier; die fröhlichen Klänge der Musikbanden der Linie und der Landwehr ertönten gleichzeitig in den Straßen der Hauptstadt, und nach feierlichem Gottesdienste in den verschiedenen Kirchen, zu welchem die gesammten Landwehrschaaren und die Garnison aufgerufen waren, fand die große Parade dieser Art, leider nicht beginnige vom Wetter. Wir haben nur einen Wunsch heute, in dem wir gewiß ganz Bayern mit und einstimmen wird: Gott erhalte unsern konstitutionellen König Max!

Frankfurt, 9. Okt. Präsident von Gagern erhielt gestern nachstehenden Brief, den er uns zu veröffentlichen erlaubt. Wir geben ihn genau, wie er geschrieben: „Frankfurt a. M. im Oktober 1848. Hohe Versammlung! Aus gewissen Quellen vernehmen wier die wieder die Linke bereit gefüchten beschlüße, welchen sie sehr auftregt. Wie es heißt sollen 5 derselben die Ehre genießen eingeberet zu werden, allein wier thun der Versammlung diermit zu wissen, das wier wenn solches gesche-hen sollte, auch bereit zuße Pläne fertig gemacht haben, die versammlung sehe ja zu das Sie nicht unbedachtsam handelt. Es könne leicht der Fall sein, das wenn über die Linke eine schwere Criminalunersuchung angestelt würde: Viele vonn der Rechte ohne Unterschuldung gerichtet würden, wie bereits schon geschehen ist. Ferner thun wier euch melden das nach unser Muth nicht gesinnen ist, trotz allen Verlustes denn wier bereit genesen und erlitten haben, bei und still noch: Einer führe alle und alle führ einen, werden gleich seine Volksversammlungen mehr gehalten, so tritt an dessen Stelle, der Geheime Bürgerliche Club ins Leben, und wier hoffen das er im Stillen mächtt und eine Storreiche Ernte gibt. Gottes Segen und die Republick! Uebrige Bürger eines Clubs bleiben wier. Seiner Hochwohlgeboren Von Gagern Presidenn der Natzionalversammlung Dahier.“ (L. D.=W.-A.=Z.)

△ *Cueira*, 7. Okt. Morgen wird der König Karl Albert eine Musterung über die hiesige Nationalgarde vornehmen. Die „Gazzetta Piemontese“ versichert, der noch in Peschiera zurückgebliebene Artilleriepark sei schon zu Castel S. Giovanni eingetroffen und werde daß dießseits des Po sein. Ich möchte denn doch diese Angabe noch bezweifeln. — General Durando ist zum Abjutanten des Königs ernannt worden. Der in Ferrarischen Dienst getretene polnische Generallieutenant Chrzanowski ist provisorisch dem Kriegsminister beigeordnet, und macht gegenwärtig begleitet von einem höheren Offizier des Generalstabs des Heeres, eine Inspektionsreise. — Der durch sein abenteuerliches Leben und namentlich auch als Spieler von Profession bekannte General Ramorino, der seiner Zeit Don Pedro von Portugal so schlimm heimsuchte, indem er viel Geld von demselben empfing, um Freiwillige für ihn anzuwerben, ohne daß er auch nur einen Mann ihm gestellt hätte, dieser würdige Spießgeselle des Banditenhauptlings Garibaldi, ist jetzt zum Oberbefehlshaber der lombardischen Truppen in Piemont ernählt worden. Die Lombarden, welche durch ihre Fehdelt und Zuchtlosigkeit im letzten Feldzuge die Verachtung des ganzen piemontesischen Heers auf sich gelavet haben, haben nun einen ihrer würdigen Führer an ihrer Spitze. Die Concordia sagt heute von ihnen: „Jetzt, wo die Lombarden einen General haben, werden sie zeigen, daß sie auch Soldaten sind ...“ Sie empfiehlt dem würdigen General Anwendung guter Worte, nöthigenfalls auch der Strenge. Letztere wird wohl allein helfen, aber dem Muth kann man niemand aufzwängen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 10. Okt. Oesterr. 5proz. Metall. 72⅜/4 proz. 58½/2 proz. 42½/2 proz. 37½/4 Bankaktien 1195. p. 500 fl.-Loose 117½/2 250 fl.-Loose 80. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 88 p. — G. Staatsschuldscheine 3½ proz. 75. — Bayer. 3½ proz. 87½/4. — Ludwigsb. Bexbach. 68. — Württemberg. 3½ proz. 76. — 4½ proz. 93. — Bad. 3½ proz. 73½/4. Lotte-Anlehen 50 fl. 45½/4. 35 fl.-Loose 25½/4. — Darmstädt. 3½ proz. 74½/4. 4proz. 83. Lotto-Anlehen von 50 fl. 60½/4. 25 fl.-Loose 20½/4. — Kurhess. Friedr.-Wilh.-Nordb. 42¼/4. 40 Thlr.-Loose 25½/4. — Nassau 3½ proz. 80½/4. 25 fl.-Loose 20½/4. — Frankf. 3proz 78. 3½ proz. 90½/4. 86½/4. Taunusbahn 273. — Holländ. Integr 45½/4. — Span. 3proz. lunere Schuld 18½/4. — Port. 3proz 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 67½/4. — Sard. 36 Fr.-Loose 25½/4. Diste. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 92.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Freitag den 13. October 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, 12. October.

Nach einer gestern erschienenen Bekanntmachung des k. Oberstkämmerstabs wird zu Gedächtnißfeier des seitlichen Hinscheidens Weiland Sr. K. Majestät Maximilian Joseph I. am Freitag den 13. d. in der Hofkirche zum heil. Kajetan Nachmittags 2½ Uhr die Vigil, und am Samstag den 14. um 11 Uhr das Seelenamt abgehalten. Die Herren erscheinen in der gewöhnlichen Uniform mit langen schwarzen Beinkleidern und den Flor am Arme, ohne Ordensband — die Hof- und Stadt-Damen im schwarzen Kleide, mit schwarzem Kopfzeug und Schleier.

Es wurden durch allerhöchstes Dekret vom 4. Oct. die Postaccessisten und Funktionaire Friedrich Karl Stummvoll und Maximilian Wolf zu Postoffizialen III. Klasse in Nürnberg provisorisch ernannt; durch allerhöchstes Dekret vom 7. Oct. der Postoffizial Rudolph Magg in München zum Spezialfaktor fahrender Posten in München befördert; an dessen erledigte Stelle der Postoffizial Max Allweyer zu Hof versetzt, und Allweyer's Stelle in Hof dem Postaccessisten und Funktionair Karl Köppel in Hof provisorisch verliehen; das Rentamt Kirchheimbolanden dem Finanzrechnungsdommissair Emil Wolff in Speyer, und des letztern Stelle dem Rathsaccessisten Philipp Siffert daselbst provisorisch verliehen; der Rentbeamte Heinrich Hermann in Pegnitz auf München auf das Rentamt Burgebrach in Burgwindheim versetzt, und der Finanzrechnungskommissär Johann Baptist Sieber in Augsburg zum Rentbeamten in Pegnitz, dann an des letzteren Stelle der Finanzkammerfunktionär in München Christoph Kipferl provisor. befördert; durch allerhöchstes Dekret vom 8. der Finanzpathsaccessist in München Franz Xaver Pittel zum Finanzrechnungskommissär in Augsburg; die Finanzkammerfunktionäre Friedr. Weisser und Konr. Schmidt zu Finanzrechnungskommissären in Ansbach, der Finanzkammerfunktionär Friedrich Söldner in Würzburg zum Finanzrechnungskommissär daselbst provisorisch ernannt; der Revisorsofficier in Bamberg Joseph Kattinger mit Zustizrechtsverbindung in den Aktivstand versetzt, und an dessen Stelle der Forstamtsaktuar zu Parsberg Emil Kolb provisorisch ernannt; der Funktionair bei der Steuerkatasterkommission Julius Linde zum Finanzrechnungskommissär in Bayreuth befördert; durch allerhöchstes Dekret vom 10. der Zollverwalter Friedrich Gruenberger zu Zwiesel auf dem Staatsdienste entlassen; der Postoffizial Pol. Aug. Fridr. v. Hoyer in Bamberg zum Post- und Eisenbahnverwalter in Erlangen befördert, und der Postaccessist und Funktionair Friedrich Tausch in München an des letztern Stelle provisorisch ernannt; der Revisorsofficier zu Aura Fr. Molter auf das neugebildete Kommunalrevier Hammelburg versetzt, und an dessen Stelle der Forstamtsaktuar zu Neustadt a. S. Valentin Hauerwasg provisorisch befördert; durch allerhöchstes Dekret vom 11. Oct. der Forstmeister zu Berchtesgaden Joseph Felser zum Revisorsofficier in Lohr provisorisch ernannt.

(Beförderungen.) Kath. Pfarrei St. Severin in der Inndorf Passau dem Priester Franz Xav. Pröll, Cooperator in Schönberg, Lgs. Grafenau; kathol. Pfarrei Kaisheim, Lgs. Donauwörth, dem Priester Joseph Maria Miller, Pfarrer zu Oberbaunn, Lgs. Hohenfinanzen; kathol. Pfarrei Hausenstein, Landkomm. Pirmasens, dem Priester Philipp Braun, Pfarrer zu Klingen, Landkomm. Landstuhl; kath. Pfarrei Hartbach, Lgs. Mitterfels, dem Priester Joseph Bauer, Pfarrer zu Gilsdorfbeirl, gen. Lgs.; kathol. Pfarrei Hartkirchen, Lgs. Mosbalmünster, dem Priester Michael Jäger, Pfarrer und Distriktsschulinspektor zu Aibach, gen. Lgs.; kathol. Kuratie an der Straßanlait zu Lichtenau, Lgs. Heidenheim, dem Vermeser dieser Stelle Priester Peter Sonnberger; Kuratiebenefizium am Bikariat Wöhlen, Lgs. Traunstein, dem Priester Bernhard Adam, Kooperator-Expositus zu Türkhaimen, Lgs. Wasserburg; Kuratbenefizium zu Lichtenau, Lgs. Neuburg a. D., dem Priester Johann Nep. Zollikofer, Kaplan zu Reichertshofen, gen. Lgs.; kathol. Pfarrei Rammingen, Lgs. Münnerstadt, dem Priester Jakob Wilhelm, Pfarrkurat in Sulzheim, Gerichtsbezirksgerichts gleichen Namens; protestant. II. Pfarrstelle in Kaiserslautern, dem Priester Georg Christian Meyer.

Die erledigte Lehrstelle des Kirchenrechts und der Kirchengeschichte am Lyzeum zu Eichstätt dem Professor der Dogmatik und Exegese am Lyceum zu Amberg, Dr. Wilhelm Reischl.

Die erledigte Lehrstelle der I. Klasse an der Lateinschule zu Amberg, in provisorischer Eigenschaft dem Studienlehrer an der Lateinschule zu Neuburg Priester Joseph Bobrer.

Deutsche Reichsversammlung.

(Sitzung vom 10. October.) Auf die Zuhörer ist heute der herbstgemäße Einfluß der Grundrechtsberathungen wieder deutlich erkennbar. Die Galerien besetzen sich nur dünn, selbst in den Räumen, die für den allgemeinen Eintritt eröffnet sind, bleiben breite Lücken auf den hinteren Bänken. v. Gagern eröffnet die Sitzung und unter dem Vortrage des Protokolls von gestern füllen sich langsam die Plätze der Abgeordneten und die Bänke des Ministeriums. Interessen nimmt die Verhandlung doch insoweit einen lebhaftern Charakter an. Zimmermann von Stuttgart verliest nämlich von der Rednerbühne eine Verwahrung „vor unseren Wählern und der ganzen deutschen Nation" wider die durch den Gesetzentwurf zum Schutze der Nationalversammlung verletzten Grundrechte eines Theiles des deutschen Volkes. Sie ist von zahlreichen Mitgliedern der linken unterzeichnet. Eisenmann kann selber für sich und im Namen mehrerer anderer Abgeordneten, daß sie für ihre Person keinen andern Schutz in Anspruch nehmen, als jeder andere deutscher Staatsbürger. v. Binde: „Es ist Sitte geworden, daß es der Minorität, oder auch einzelnen Mitgliedern der Majorität gestattet wurde, die Gründe ihrer Abstimmung motivirt zu Protokoll zu geben. Sind nun schon von vielen Seiten gegen diesen Modus Erinnerungen und Einsprüche erhoben worden, so glaube auch ich nicht, daß nach gesetzlosester Verhandlung des parlamentarisch üblich ist. Ich will jedoch der Zeitersparniß wegen mich auf keine weitere Diskussion darüber einlassen. Heute aber hören wir zum ersten Mal, daß ein Beschluß der Majorität nicht nur der Kritik, sondern auch bitterem Tadel unterworfen wird. (Unruhe auf der Linken.) Ich spreche nicht gegen Hrn. Giesmann's Verfahren, was ich für vollkommen legal ansehe, sondern gegen die Erklärung, welche Hr. Zimmermann vorgetragen hat. Es ist nämlich darin unter andern tadelnden Bemerkungen ausdrücklich gesagt worden, es sei durch jenen Beschluß der Majorität die Würde der Nationalversammlung verletzt und dem Ehrgefühle einer nicht unbedeutenden Anzahl von Mitgliedern dieser Versammlung zu nahe getreten worden. Das ist eine Beleidigung der Majorität. Ich kann Niemand gestatten sein, die Mitglieder in einer solchen Weise noch dazu persönlich anzugreifen; wir sind und gegenseitig Achtung schuldig. Die Beschlüsse, welche hier gefaßt werden, werden als solche der Gesammtheit der Vertreter angehören; wer sie verletzt, der verletzt die Vertreter und durch sie das Volk." Lebhaft hätte der Antrag an die Versammlung gerichtet werden können, der überhaupt eine solche Erklärung zu Protokoll gegeben werden könne, eher ob dieselbe nicht einfach zurückzuweisen sei. „Der Redner stellt deshalb schließlich den Antrag: daß ein besonderer Ausdruck gewählt werde, zur Beguhtuchung des in dieser Beziehung künftighin zu beobachtenden Verfahrens. „Wenn es so fortginge, wie bisher, wohin gelangten wir! Wir sind es der Ehre der Nation schuldig, ein solches Verfahren nicht länger zu dulden." Widerstrebender Einspruch im Hause. Vielfall auf der Rechten, Unruhen links, in den Jenten Schweigen.) Wigard protestirt heftig gegen ein Aufsinnen, wie es Binde gestellt. Er sei Abgeordneter des deutschen Volkes, wie er mit erhobener Stimme, Niemand solle ihn abhalten, seine Meinungen und Gründe hier offen zu sagen. (Bravo von der linken.) Vogt von Gießen: Sogar die Kritik der Gesammtmajoritätsbeschlüsse sei der Minderheit verweigert worden? Er begreife einen Antrag nicht wie den von Binde gestellten, und ebenso wenig, daß der Präsident dazu das Wort gestattet habe. Reper trägt gleichfalls eine von einer Anzahl Gesinnungsgenossen unterschriebene Verwahrung gegen das gestern votirte Gesetz vor, die in der Motivirung mit der Zimmermann'schen Erklärung meist übereinstimmt, aber in der Form milder gefaßt ist. Binde's Antrag wird jedoch nur von einer geringen Minderheit für hinreichend erklärt und die Verwahrungen gehen also einfach in das Protokoll über. Unter den sieben neu eingetretenen Mitgliedern der Nationalversammlung ist der durch seine demokratischen Bestrebungen bekannte Julius Fröbel und der Dr. Libelt, welcher einer der hervorragendsten Polen dieser Versammlung ist und in dem darauf folgenden Prozesse spielte. Fraglos berichtet schon heute nur den Beschlußausschuß über den gestern von Giesmikal wiederholt angezogenen Antrag in Betreff der schwierige Geltendmachung von Rechts-, besonders Gesandtsrechten deutscher Staatsangehörigen vor niederländischen Gerichten und Kolonialbehörden. Nach der Antrieb des Ausschusses ist der Giesmikal'sche Antrag, wie er denn auch einen besonderen Gerichtsstand im Verwaltungsfach hat, dem Reichsministerium des Auswärtigen zu überweisen. Die Versammlung pflichtet dem Ausschußantrage bei, nachdem der Reichsminister der Justiz noch ausdrücklich die Bereitwilligkeit des Ministeriums zu erkennen gegeben, sich der gestellten oder

verzögerten Rechtsanspruche deutscher Landsleute dem Auslande gegenüber mit Eifer angenehmen. In Folge einer Anfrage über die Genehmigung einer allgemeinen Wechselordnung für Deutschland beseelt der Reichsminister der Justiz allerdings nochmals die Ansicht. Es sei seine Meinung gewesen, daß bei in Leipzig berathene Entwurf einer Wechselordnung, als trefflich von allen Seiten anerkannt, ohne weiteres der Nationalversammlung vorgelegt und von ihr ohne Diskussion und Abänderung zum Gesetz erhoben werde. Allein der gezogenheute Ausschuß habe ein solches Verfahren zu kurz und der Würde der Nationalversammlung nicht angemessen gefunden und der Minister befindet sich nicht in der Angelegenheit von neuem thätig. Der Gesetzgebungsausschuß verspricht binnen 10 Tagen deßfallsigen Bericht. Noch erhebt Beda Weber aus Tirol eine Rede von Interpellationen an das Reichsministerium, veranlaßt dazu durch die Zürückhaltung und Vorliebe, die sich in Wien für nichtdeutsche Nationalitäten offenbare. Ein sofortiges Eingehen darauf findet nicht statt, denn v. Schmerling hat die Anfragen Weber's erst gelesen und somit zu spät beschlossen erhalten, um schon jetzt darauf antworten zu können. Es kommt jetzt beginnende Berathung der Grundrechte übernimmt Vicepräsident Simson den Vorsitz und zuerst ergreift Biedermann das Wort, um den Antrag zu stellen, daß der zunächst zur Besprechung vorliegende, die wichtigen Fragen der Besteuerung, des Armenwesens se. umfassende §. 30 indessen ausgelegt bleibe und sogleich auf §. 31 folgs. übergegangen werde. Nachdem Schober von Oels und Wigard in ähnlichem Sinne gesprochen und sich Biedermann mit ihrer Meinung vereinigt hat, wird im Sinne des Antrags entschieden und demnach zu §. 31 und 32 vorgeschritten, die von der Auflösung der Lehensverbande und von den Fideikommissen handeln. Für die Diskussion erhebt sich eine hinlängliche Anzahl von Mitgliedern und die Reihe der Redner wird von Moriz Mohl eröffnet, der sich mit vorläufigem Nachrufe gegen die Majorate — sowohl gegen die großgrundherrlichen als gegen die bäuerlichen — erklärt, und ihm beim Abgange den Applaus der Linken einträgt. Mölling findet ebenfalls die Rückführen einer Kaste auf die Erhaltung ihres Familienglanzes durch das Mittel der Majorate und Fideikommisse durchaus unerheblich in Betracht zu den Forderungen des Gemeinwohls und auch ihn belehnt, statt der gänzlich mangelnden Aufmerksamkeit des Hauses, auf welchem mit den Abgeordneten auch der größte Theil der Zuhörer immer unwiderstehlicher verschwindet, den beifälligen Dank einiger Mitwirkenden fahrten. Lette erfüllt die Pflicht, den Vorschlag des Verfassungsausschusses zu vertheidigen; v. Wally hingegen will die Freiheit so verstanden wissen, daß auch den Majoraten und Fideikommissen die Freiheit des Daseins nicht entzogen werde, daß Einverständniß der Betheiligten dabei vorausbesteht. Langerfeldt warnt vovor, die Fideikommisse mit einem Schlage zu vernichten. Die verschiedenartigen Landesverhältnisse seien zu berücksichtigen und daher der Landesgesetzgebung die Umgestaltung des Lehensweisend se. zu überlassen. Nach den Reden Wedekind's, des Grafen Schwerin (für Aufhebung des Lehensverbandes, aber nicht durch einen Akt der Revolution, sondern der Gesetzgebung), Köwe's von Kalbe (für leichteste Beweglichkeit des Besitzes und daß die Geburt für das Lotterbett der Laufheit für immer ausfalle, damit wir nimmer in Verhältnisse gerathen, wie wir sie mit Schrecken in Italien und Irland erblicken), Reh bolz sich immer lauter der Ruf nach Schluß der Diskussion. Der Schluß wird auf Befragen von der Wehrheit wirklich beliebt, die Abstimmung über die §§. 31 und 32 aber auf nächste Sitzung vertagt. §. 33 lautet im Entwurfe: Die Stiftereinsetzung findet nicht statt. Rein Redner hat sich dazu angemeldet, und ein Fall von nicht geringerer Seltenheit, seine Verbesserungsanträge ist zu angewärtigen. Der §. wird ohne Diskussion angenommen. Auf die Diskussion der §§. 34 und 35 bei Art. VIII. der Grundrechte wird verzichtet, so daß es auch hier sogleich an die Abstimmung über die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und des privilegirten Gerichtsstandes gehen soll, der Vorsitzende jedoch ist von einer so dringenden Beschleunigung der Grundrechte, im Gegensatze zu der bisherigen üblichen Bedachtsamkeit, dermaßen überrascht, daß er sich außer Stand erklären muß, zu einer wohlgeordneten Fragestellung. Nothgedrungen hält die Versammlung in ihrem gesetzgeberischen Geschwindschritte inne und vertagt die fernere Verhandlung auf Donnerstag den 12. Okt. (D. Z.)

Mahnruf aus Anlaß der Wiener Vorgänge.

** Wenn wir den Blick von den neuerlichen Vorgängen zu Frankfurt, von der kannibalischen Ermordung Pichnowsky's und Auerswald's, nach Pesth auf die von Tigern in Menschengestalt zerrissene Leiche des unglücklichen Grafen Lamberg, und von da wieder nach Wien auf den blutbefleckten Laternenpfahl richten, der zum Schandpfahl für die edelsten Menschenmörder eines in Oesterreich bisher unerhört eingeführten Greuels, des edlen Latour geworden ist, wenn wir in so kurzer Zeit und auf verhältnißmäßig so geringem Raume eine solche Masse von Schandthaten sich häufen sehen, dann fragen wir, und wohl viele mit uns, ob denn dies die Früchte der vielgepriesenen Zivilisation unseres 19. Jahrhunderts, und die Errungenschaften unserer jüngsten Zeit sind? Also das wäre die Milde und Sanftheit der Sitten unserer jungen Generation, von denen wir so viel gehört und gelesen haben? So weit ist es mit und gekommen, daß eine ganze Versammlung wie der, freilich sehr gesichtete, Wiener Reichstag in der schreußlichen, die raffinirteste Grausamkeit wilder Barbaren weit hinter sich lassenden Ermordung eines wehrlosen Greises, eines um sein Vaterland hochverdienten Mannes weiter nichts sieht, als einen „Akt schrecklicher Selbsthülfe"! Der Selbsthülfe! Aber was hatte denn der in Ehren ergraute Kriegsmann gethan, daß überhaupt irgend eine Selbsthülfe gegen ihn nothwendig gemacht hätte? Sein ganzes Verbrechen war, daß er dem Vertheidiger der höchsten Interessen seines Vaterlandes die Mittel liefern wollte, den Kampf gegen diesen gesichworne Feinde, gegen die Verräther ihres Königs, ihrer Würde fortsetzen und zu Ende führen zu können! Und wer sind diese Feinde? Die hochmüthigen Magyaren sind es, die nur Haß und wegwerfende Verachtung gegen den Deutschen athmen und predigen und bethätigen; die Magyaren, die eben erst zu Pesth sich die empörendsten Beschimpfungen des deutschen Namens erlaubten; die Magyaren, die mit den Waffen es hielten, als diese an den Deutschen in Italien sich vergingen, und den Feigen, der sie feige kaufen, mit seinem Hilfe Oesterreich, unser eigen Fleisch und Blut, zu zerreißen und zu zerfleischen? Und wer ist der Mann, dessen Name zu Wien der Vorwand werden mußte zu den scheußlichen Greueln der Nacht vom 6. Oktober. Es ist derselbe Jellachich, der im ersten Augenblicke der Krise in Italien, als Gefahr auf Verzug war, als es sich um Rettung von Oesterreichs Recht und Ehre, um Wahrung eines tausendjährigen Besitzthums handelte, der Deutschen handelte, 40,000 kampfmuthige Streiter dem betrügten Heere in Italien zu Hilfe sandte! Gi ist derselbe Banus Jellachich, dem vor wenigen Wochen erst die Wiener Nationalgarde und die Wiener Truppen glänzende Huldigungen darbrachten, vielleicht dieselben, die so eben von fremden Demagogen, ungarischen und nichtungarischen, aufgewiegelt, zu Ein- und Treubruch verleitet, den Ausmarsch, ihm zur Hilfe, verweigerten! Die guten Wiener! Ihre geliebte Ruhe verscheuchte die einen, unwillig, als sie hörten, daß gegangen werden sollte Streiter dem betrogenen

Legion und einen Theil der Garden! In diesem Lager weiß man, was man will, das muß den Leuten lassen, im andern dagegen steht jeder allein und rathlos. So ist Muretbery ohne alle Besehle von Kaiser, er hat sich mit 6000 Mann und 40 Kanonen in den Wäldern verschanzt. — Dobitsch ist verschwunden. Die Reichsrathsblätter sind wie Blaue hinein, obgleich ihm beinahe ein Drittheil seiner Mitglieder fehlt! — Minister Hornbodl ist heute Nachmittags 2 Uhr vom Kaiser zurückgekehrt und wird in der Abendsitzung über seine Sendung Bericht erstatten. Zugleich mit ihm war auch der ungarische Minister Reesey zum Kaiser berufen worden. Was wird wohl wieder seine Mlag ein Dynamitverschwörer. Ueber Jellachich gehen immer noch die widersprechendsten Gerüchte. Es soll thatsächlich nur mit 30,000 Mann ein Lager bei Trautmannsdorf zu schlagen. Dagegen sünden die Ungarn schon mit 70,000 Mann bei Wiezelburg. Die Abgeordnete Prato, welcher im Auftrage des Reichstages nach dem kroatischen Lager abgegangen ist, ist verstelbe, der in Frankfurt die Lostrennung Südtyrols von Deutschland beantragte! Dieser Mann handelt jetzt angeblich im deutschen Interesse! — So eben höre ich, daß man Hungerlager ersuche habe, seine drohende Stellung zu verlassen — natürlich, denn er genirt die Herren in ihren weiteren Plauen. — Die Nationalgarde hat heute sämmtliche Gefangene des Militärs bis auf 6 entlassen, welche schwerer Verbrechen beschuldigt sind. — Die Posten aus Osten und Pesth vom 6. und 7. Oktober sind eingetroffen. Es herrschte dort die tiefste Ruhe — natürlich, denn die Aufständigen sind alle tai gelse. — Die Zeitschrift Eisenbahn und ganzer Familien aus Wien dauert ununterbrochen fort. Wer kann entsliehl.

Schweiz.

Bern, 7. Okt. Der Vorort hat heute an den deutschen Reichsgesandten, Hrn. F. Noveaux, folgende Antwortsnote erlassen:

Erzellenz! Es ist mir einigen. Vororte eine vom 4. d. M. datirte Note vorgelegt worden, die Ew. Erzellenz im Namen und Auftrag der deutschen Zentralgewalt St. Erzellenz dem Präsidenten der Tagsatzung am gleichen Tage Abends 5 Uhr zu überreichen die Ehre gehabt hat. Der obigen. Vorort sieht sich veranlaßt, diese Interpellation von sich aus zu erledigen, da ihn gegenwärtigen Augenblick die h. Tagsatzung nicht in der Bundesstadt versammelt ist. Mit großem Bedauern hat der obigen. Vorort wahrgenommen, daß die fragliche Note nach Form und Inhalt mit derjenigen Übereinstimmt, welche, nach einem ganz ungewöhnlichen Geschäftsgang, vor der öffentlichen Uebermittlung in öffentlichen Blättern zur Kunde des Publikums gebracht worden ist. Es ist auch der Ton, welcher in der überreichten Note herrscht, ein in der diplomatischen Sprache so auffallender, und es trägt derselbe so unverkennbar die Spuren augenblicklicher Gereiztheit, daß nur die tiefe Verehrung, der wir obigen. Vorort für die erhabene Person Sr. K. Hoheit, des Erzherzogs und Reichsverweser seine Veranlassung geben kann, auf ein Aktenstück näher einzutreten, das in dem Archive der schweizerischen Eidgenossenschaft wohl ohne seines gleichen ist, und durch welches der Geschäftsverkehr mit dem regenerirten Deutschland auf so befremdliche Weise eröffnet werden soll. Die Eidgenossenschaft hat weder in der That noch im Worte sich Verletzungen, sie ist gegründet von andern Staaten eingehalten worden ist, nachgekannt; sie wird auch im gegenwärtigen Momente nur jene Sprache der Ruhe sich zur Richtschnur machen, welche allein als das Eigenthum eines reinen Bewußtseins gelten muß, und damit hofft sie ihre Würde am besten zu wahren, welche abermals auf so unverletzende Weise in so hohem Maße verletzt worden ist. Die Erzählung verschiedener Umstände, welche deutsche Flüchtlinge auf schweizerischem Gebiete durch Wort und Schrift sich hätten zu Schulden kommen lassen, nimmt die Note Veranlassung, dem öffentlichen Urtheil anheim zu stellen, in wiefern die neuesten Ereignisse es nicht vollständig rechtfertigen, wenn der Bundesrag für die Ruhe Deutschlands und die Sicherung seines Gebietes Vorsichtsmaßregeln aufgerufen hat und ob die von den Kantonalregierungen gemachten Angaben in der Beschwerde gegründet seyen. Es ist einem. Vorort hat in Hinsicht auf diese inhaltschwere Stelle sich lediglich auf diejenige Verhaltnote zu beziehen, welche dem Abgeordneten des weiland deutschen Bundestages unterm 3. August abhin zugestellt worden ist, und deren Inhalt er Sag für Sag bestätigen muß. Es ist unrichtig, daß die Flüchtlinge, welche nach dem mißlungenen Aufstande im Großherzogthum Baden ein gastfreundliches Asyl in der Schweiz nachgesuchten im Falle waren, ihren Aufenthalt daselbst dazu mißbraucht hätten, Freischaaren zu bilden, militärische Uebungen vorzunehmen, oder eine Agression auf deutsches Gebiet zu organisiren; zweifelend darf als vollkommen richtig angenommen werden, daß, wenn auch Machinationen der bezeichneten Art vorgekommen sein mögen, diese ganz im Geheimen müssen stattgefunden haben, und daß der Vorwurf der Begünstigung dieser Letzteren bei schweizerischen Regierungen nicht im mindesten berühren kann. Der obigen. Vorort ist daher mit Rücksicht hierauf im Falle, gegen derartige Zulagen, durch welche der Grundsatzlichkeit und Wahrheitsliebe schweizerischer Kantonalregierungen auf eben so mogwerfende als beleidigende Weise zu nahe getreten wird, auf das feierlichste sich zu verwahren. Sollten hienieder einzelne Flüchtlinge sich der Presse bedient haben, um ihren individuellen Ansichten Geltung und Verbreitung zu verschaffen, so kann das einem Lande unmöglich zum Vorwurf gereichen, das in seinen Konstitutionen die Preßfreiheit vollständig gewährleistet, das aber andererseits durch die ordentlichen Gerichte eine gebührende Ahndung des Mißbrauchs dieser Freiheit bestimmt zuschert. Wenn daher die betreffenden Regierungen gegen die eingeklagten Erzeugnisse der Presse nicht unmittelbar mit Repressivmitteln eingeschritten sind, so haben sie sich lediglich an diejenigen Vorschriften gehalten, welche durch die Verfassungen als maßgebend aufgestellt sind, und es kann darauf um so weniger ein Grund zur Anklage hergeleitet werden, als die Nachbarstaaten hinlänglich Mittel besitzen auf dem Wege der Polizei gegen solche Produkte der Presse hinzuschreiten, welche in ihren Regierungssystem oder gar auch ihrer politischen Ordnung als unwürdig erscheinen mögen. Nicht weniger irrthümlich ist es, wenn in der von Ew. Exzellenz überreichten Note der jüngste Aufstand im Großherzogthum Baden als ein Einfall der deutschen Flüchtlinge vom schweizerischen Gebiete aus bezeichnet wird. Dieser revolutionäre Vorgang hinsichtlich dessen der eidgenössische Vorort nichts anderes, als seine Mißbilligung unzweideutig auszusprechen, ist lediglich das Werk der aus den sämmtlichen Kantonsregierungen ebenso unerwartet gewesen, wie das gesammelte Material, mit welchem gleichzeitig im Sitz der deutschen Nationalversammlung selbst sich zugetragen. Es ist unläugbare Thatsache, welche heute kein Sophismen widerlegt werden kann, daß der Leiter der badischen Bewegung, G. Struve, und andere Flüchtlinge unbewaffnet die Schweiz verlassen und den deutschen Boden betreten haben, und daß in Lörrach selbst Alles zur Proklamirung der Republik vorbereitet war, so zwar, daß es nur der verhältnißmäßig geringen Truppenzahl bedurfte, um die längst vorbereiteten Elemente des Aufstandes offen zu Tage zu bringen. Wenn daher einzelne Flüchtlinge, und zwar unbewaffnet, vom schweizerischen Gebiete aus dem Aufstante im Großherzogthum Baden sich angeschlossen haben mögen, so berechtigt dies keineswegs dazu, von einer Invasion zu sprechen, welche auf verwärtigem Territorium vorbereitet worden wäre. Schon die Art und Weise, wie in Lörrach verfahren worden ist; die Tausende, welche selbst nach sonstigen offiziellen Berichten an der Bewegung sich betheiligt haben, liefern den unzweideutigsten Beweis, daß ein Einfall von schweizerischem Gebiete aus nicht stattgefunden hat, sondern daß die zurückgekehrten Flüchtlinge als Mittel zu dem Zwecke gebraucht worden sind, zwischen ein Theil der badischen Bevölkerung sich vorgeschoben haben. Bedürfte es eines weiteren Nachweises, daß in Lörrach im Großherzogthum Baden nicht als ein isolirtes Ereignis aufzufassen sein, sondern daß dieselben mit gleichzeitigen Bestrebungen in den übrigen südlichen und westlichen Staaten Deutschlands in genauem Zusammenhange stehen, so könnte hierfür die von der provisorischen Regierung in Lörrach erlassene Proklamation in die Wagschale gelegt werden, welche in bestimmten Ausdrücken auf die bekannten Vorgänge in Frankfurt hinzuweisen und darin eine Rechtfertigung des eigenen Vorgehens zu finden gesucht hat. Wenn in einem Lande, das schon seit Monaten in fieberhafter revolutionärer Aufregung sich befindet, in welchem unzählige Volksversammlungen offen ihre Sympathie für die Republik aussprechen, in welchem wegen solcher Leute; die Hauptstadt einer großen Provinz in Belagerungszustand erklärt werden mußte, in welchem ihre eine Fürstin aus ihren Staaten verwiesen, und ihr Gemahl ein Fürst gerichtlich eingezogen hat, das zu verlassen, in welchem endlich die extremsten Gegensätze des Kommunismus und Sozialismus sich um die Oberhand streiten, wenn — sagen wir — unter solchen gesellschaftlichen Verhältnissen in einem Theile jenes Landes das Mißbehagen zur offenen That umschlägt, so ist es wirklich unerhört, daß Fremde und vereinzeltes Faktum, dieser Verbindung mit einer Reihe ähnlicher Ursachen und Wirkungen, klar vor Augen liegt, auf Rechnung eines Nachbarstaates setzen zu wollen, dessen Angehörige sich an dem Vorfalle in keiner Weise betheiligt haben und denn man es Dank zuerst sollte, daß von ihm aus die Lohe nicht weiter angefacht worden ist, welche die sosale Ordnung in ganz Deutschland zu verzehren droht. Als ausdrückliches Begehren des schweizerischen Zentralgewalt wird angeführt, daß von den Regierungen jener Kantone, in welchen die Organisirung und von welchen aus der Einfall der Freischaaren stattgefunden, ungesäumt die strengste Untersuchung und Bestrafung der schuldigen Beamten und Behörden eingeleitet, daß alle Flüchtlinge sofort entwaffnet, in angemessener Entfernung von der deutschen Grenze dislozirt und unter polizeiliche Aufsicht gestellt werden, und endlich, daß man sich bestimmt verbinden müsse, welche Vorgänge man zu gewähren vermöge, daß ähnliche Vorfälle sich nicht wiederholen können. Was den ersten Theil dieses Ansinnens betrifft, so hat der eidgen. Vorort bereits nachzuweisen die Ehre gehabt, daß dasselbe auf unrichtigen Voraussetzungen beruhe. Sollten inzwischen bestimmte Thatsachen vorgebracht werden können, welche jene Anklage zu erhärten geeignet wären, so müßte der eidgen. Vorort die sachbezüglichen näheren Nachweisungen gewärtigen, indem er — wie gegen alle ähnlichen Anklagen — so auch gegen die deutsche Zentralgewalt die volle Bereitwilligkeit auszusprechen im Falle ist, gerechten Anforderungen umfassende Rechnung zu tragen und seine völkerrechtlichen Verpflichtungen in guten Treuen zu erfüllen. Die der eidgen. Vorort keinen Anstand nimmt, diese seine politische Maxime offen auszusprechen, so ist er anderseits unzweifelhaft auch berechtigt, bestimmte Thatsachen zu verlangen, auf die sich die Inkrimination stütze, bevor er von sich aus einschreiten und Behörden zur Rechenschaft ziehen kann, welche bisanhin nur auf vage und ganz allgemein gehaltene Berichte der Verleugnung der von der Schweiz eingehaltenen Politik bezüchtigt worden sind. In Beziehung auf den zweiten Theil des fraglichen Begehrens gereicht es dem eidgen. Vorort zum Vergnügen, Euer Exzellenz die Mittheilung machen zu können, daß vorgängig jeder Wahrung die Schweizerischen Regierungen diesenigen Anordnungen getroffen haben, welche, ohne den Grundsatz der Humanität zu verletzen, die Umstände zu erheischen schienen und in welchen die deutschen Nachbarstaaten eine hinlängliche Garantie gegen Beunruhigungen von Seiten der deutschen Flüchtlinge zu erblicken im Falle sein dürften. Es ist nämlich von den zunächst betheiligten Kantonsregierungen in Verfügung getroffen worden, daß diejenigen Flüchtlingen, welche an der zweiten Insurrektion im Großherzogthum Baden Theil genommen haben, das Asyl entzogen werden solle, und im Fernern

Digitized by Google

sind die übrigen Flüchtlinge unter spezielle polizeiliche Aufsicht gestellt worden. Es ist somit dem an den eidg. Vorort gestellten Begehren auf gemässigte Weise bereits Rechnung getragen, und hierin, sowie im Gesammtzustande der Schweiz, welche ein in Europa seltenes Beispiel der Ruhe und öffentlichen Ordnung gewährt, dürfte diesseitige Bürgschaft zu finden sein, welche ein Staat von einer selbstständigen Nation verlangen kann. Inzwischen kann der eidg. Vorort nicht umhin, bei diesem Anlasse auf eine Thatsache hinzuweisen, die nicht wenig dazu beigetragen haben mag, daß der Ausbruch im Grossherzogthum Baden auf so unerwartet schnelle Weise und in solchen Umfange statt, zum Ausbruch kommen konnte, es ist nämlich sattsam konstatirt, daß von Seite der badischen Regierung alle Vorsichtsmaßregeln verabsäumt worden sind, ungachtet eine bedenkliche Gährung in den betreffenden Landestheilen sich nicht verkennen ließ, und ungeachtet in Folge verschiedener Regierungsmaßnahmen ein erneuerter Ausbruch besorgt werden mußte. Nicht nur waren die betreffenden Landestheile eine als militärische Bedeutung, sondern es zeigte sich von Seite der Polizei eine solche Unthätigkeit, daß selbst die wichtigsten Posten des badische Gebiet betreten und mit dortigen Bürgern in Verkehr sich einlassen konnte, ohne daß er im mindesten behindiget worden wäre. Auch diese Thatsache unterstellt der eidg. Vorort dem öffentlichen Urtheil, welches dieselbe bei wiedergewonnener Fassung, noch ihrem ganzen Werthe zu würdigen wissen wird. Nur ungern benützt der eidg. Vorort den Schluß der Note, welche in bedeutsamen Tone die Anordnung weiterer Maßregeln von Seite der deutschen Zentralgewalt in Aussicht stellt und sich dabei auf das Bewußtsein beruft, daß nicht das schweizerische Volk, sondern nur die Verächter des Gesetzes und der Zivilisation sich dagegen erheben werden. Der eidg. Vorort muß es dem weisen Ermessen der hohen deutschen Zentralgewalt überlassen, ob nach den so eben mitgetheilten Verfügungen, welche im Interesse des internationalen Wohlverneh, wenn von den Kantonsregierungen getroffen worden sind nach Vorstellungen als nöthig erscheinen, durch welche die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Nachbarstaaten auf empfindlichste verletzt werden müßten, und die bei dem Einen, wie dem andern Lande zum größten Nachtheil gereichen dürften. Allein die Erklärung will der eidgenössische Vorort nicht zurückhalten, daß das schweizerische Volk mit seinen Regierungen, die der Ausdruck seines freiheitigen Willens sind, vollständig einverstanden sei, daß die schweizerische Nation will die Gebote des Bitterrechts treu und unentwegt halten, sie anerkennt für jedes Volk das Recht, seinen innern Haushalt nach eigenem Ermessen und nach vorhandenen Bedürfnissen zu ordnen; ihre Glückwünsche begleiten jeden Staat, dem es gelingt, im Geiste der Freiheit und des Fortschrittes zu einem höhern politischen Dasein sich zu entwickeln. Die schweizerische Nation wird dagegen nach fernerhin mit den nämlichen Entschiedenheit jeden Angriffe zu erfüllen wissen, welche die Verfassung die in europäischen Staatensystem zugewiesen hat; sie wird selbstalten an den Grundsätzen der Humanität und der Gerechtigkeit, wie sie bisweider im Stande ist, jegliche Zumuthung abzuweisen, welche mit der Ehre der uralten Eidgenossenschaft und mit der Würde eines freien und selbstständigen Volkes im Widerspruche steht. Der eidgen. Vorort benützt rc.

* Die Wiener Post vom 10. war und beim Schlusse unseres Blattes noch nicht zugekommen.

J. B. Wolf, verantwortlicher Redakteur.

Die Fahnenweihe in Salzburg.

Reichenhall, am 9. Oktober 1848. Wer den festlichen gestrigen Tag im schönen Salzburg zubrachte, der hat sich davon überzeugen können, daß unter zweien der kräftigsten deutschen Völkerstämme, mit dem Bayer, innige und ungeheuchelte Eintracht waltet. Solche Erscheinungen müssen äußerst beruhigend für denjenigen sein, welcher verkehrten modernen Bestrebungen abhold — keine Rücksichte, aber eben Fortschritt auch auf aufwendlicher und gesetzlicher Basis will. Die Nationalfahne von Salzburg hatte eine Fahne zum Geschenk erhalten, und dieser solle die übliche Weihe werden. Weit hinaus über alle Zollschranken und Schlagbäume hatte das gastliche Salzburg zu diesem Akte geladen, und Keiner säumte, der freundlichen Lohung zu folgen, die auch der Himmel durch einen wahren Sonnentag begünstigte. Zu Wagen, zu Roß und zu Fuß zog es ein von allen Richtungen her — ein lustiges Gewimmel, und bald glich die bewegte Stadt einem seiertäglichen Hertiger. Auf dem Mirabellplatze sammelten sich sowohl die Bürden von Salzburg, als die Zuzüge von außen, und von hier aus zog alles in passender Eintheilung unter dem abwechselnden Spiel der verschiedenen Musikboden hinaus auf die Geigl, welchelbst die passenden Vorrichtungen zuerst eine festmesse abgehalten, und dann die Weihe der Fahne in feierlichster Art vollzogen wurde. Nach deren Beendigung stellten sämmtliche ausgerückte Korps in endlosen Linien sich auf, begrüßten die Fahne mit donnerndem Zurus, und gaben die üblichen Salven. Nur glänzender Generalität fand der Vorbeimarsch statt. Da zogen zuerst die Salzburger Schützen an Zahl von 1200 Mann, gut gekleidet, zweckmäßig uniformirt, in echt militärischer Haltung, kastische Manöver, und den geregelten Bewegungen dieses imponirenden Körpers sah auch das geübteste Auge kein auch kurzes Weilchen nicht an. Es folgten die bayerischen Landwehren von Neichenhall und Laufen, und an diese schloß sich eine mutere Jägerschaar aus Oberndorf, kecken Aussehens und waffengeübt, unter lustigem Hörnerschall. Diesen reihten sich an, die Milizen von Hallein, ehrwürdig durch mehr als hundertjährigen Bestand, die Wehr von Neumarkt, die Freikorps von Laufen, Berchtesgaden, Zell, im Umgebungen von Mattsee, lauter rüstige Männer in malerischen Trachten, zweckmäßig bewaffnet. Der Ehrenzug selbst war ein großartiger, und wenn auch Verschiedenheit in Kleidung und Waffen keine so große Harmonie, wie solche erstrebenswerth, so bietet sie doch Manches, was erfreulich zu sehen, die sich gefunden zur Verbrüderung für Aufrechthaltung der Ordnung und des Gesetzes, entschlossen, alle abnormen Geburten hirnverbrannter Schwindler und underartiger Eintringlinge entschieden zurückzuweisen, im Keime zu ertrücken, und zu wahren die Rechte geliebter Fürsten. Es ging nun zum fröhlichen Mahl, und es gehörte wohl eine gehörte Eter aus die mindige dazu, um die Herzlichkeit und die unzweifelte Lust zu beschreiben, welche da herrschten. Da war kein Kostenunterschied, kein Unterschied des Standes, kein Separatwahn, denn es hatten sich freundlich die höchsten Notabilitäten des Civil- und Militär-Standes unter die vergnügten Massen gemischt, und bezauberten durch Leutseligkeit. Der wackere und loyale Oberkommandant der Nationalgarde trug nicht wenig dazu bei, durch debattereloses Benehmen dem Ganzen die richtige Färbung zu geben. Wohl lange nicht mehr mag die ehrwürdige Feste Hohensalzburg auf so viele fröhliche und offene Herzen herabgeschaut, und lange nicht mehr mag dieser historische Boden so toasten und besonsamen Jubel gehört haben. Wie ein ehrlicher und verlässiger Kardax, auf den man rechnen darf in den Zeiten der Noth, hat sich das gastliche Salzburg gegen uns benommen, und in Anerkennung solcher Treue und Gastfreundschaft, so will ein jeder Theilnehmer des Festes in den Tagen des Standes von Reichenhall 1834, wie von seine Anwesenheit am Tag der Fahnenweihe sprechen. Nicht vergessen werden wir der erhebenden Toaste im Erbergen Kort, auf den konstitutionellen Kaiser von Oesterreich, den deutschen Reichsverweser und den König Max, und herzlichen Dank lenen hochgestellten und vielgeretten Männern, die so gütig waren, unsern Gefühlen Worte zu geben. Wahrhaft ergreifend war es, als eine allgemein beliebte militärische Notabilität — jener soll ein Mann und ein Soldat — in gehaltvoller Rede sich erhob, und darauf hinwies, was nöthig, was die Aufgabe jedes Standes sei; es wollten die Bravo's nimmer enden, und nochmals ein Lebehoch hieraus deutschen Ehrenmanne! Daß der Sieger in Italien, das tapfere österreichische Heer, die loyalen Garden Salzburg's hoch leben mußten, versteht sich von selbst, und freundlich war es von unsern Nachbarn, auch der bayerischen Armee rühmlich zu gedenken, und der bayerischen Landwehren nicht zu vergessen. Ein gut gewähltes Glas bei belebendem Hause, „ein deutscher Krieger“, sowie ein glänzender Festball schlossen diesen schönen Tag, und ich würde nicht so bald enden können, wollte ich all das Freudige kund geben, was sich gestalten, gehört und gefühlt habe. Aber erlaubt sei mir noch, den edlen Salzburgern für so viel liebe und Freundschaft im Namen meiner Landsleute laut zu danken, und ihnen die Hand zu reichen zu Verbrüderung für immer.

Ein bayerischer Landwehrmann.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Sonntoend, 14. Okt. „Die Einkehr vom Lande“, Lustspiel von K. Töpfer.

Fremdenanzeige.

Baner. Hof. Frhr v. Gumppenberg, Lieutenant, von Straubing. Beyerd, Kaufmann, von Frankfurt. Wandreis und Dos Reis, Privatiers, aus Brasilien. Caratis, Privatier, von Athen. Grof v. Soretti, Oberoppellationsgerichtsrath, von Aschaffenburg. Pauernt und Bittner, Privatiers, von Dresden.

Hotel Maulik. Mad de Castorb, Rentiere, von Paris. Winiarz, Privatier, von Wien. Levol, Kaufmann, von Bohia. Bethmon, Kaufmann, von Frankfurt. Orvell, Privatier, von Erlangen. Müller, Kaufmann, von Weimar.

Blaue Traube. Frhr. v. Horn, Lieutenant, von Landshut. v. Pertlhaft, Rentbeamter, von Ingolstadt. Ebers, Kaufmann, von Hagen. Frhr. v. Harthorf, Regierungsbeamter, von Ansbach. Baron v. Watersels, von Dresden. Wasserman, Fabrikant, von Nürnberg. Lucas, Kaufmann, von Donau, von den Brink, Fabrikant, von Bielfeld. Dr. Sulzer, von Hamburg. Zahl, Kaufmann, von Mainz.

Stachusgarten. Albertini, Studirender, von Pont (Schweiz). Kipperon, Maler, von Hamburg. Rietsch und Bed, Studirende, von Wien. Atonasaoie Bayodoi. Aroolat, von Paris. Eicher, Privatier, von Zürich Back, Privatier, von Wien.

Verraute in München.

Die Herren: A Hollmanger, Maurer von hier, mit Ernst Hermine Bürger, Zimmermeisters-Tochter von Obernbe im Königreich Hannoover. Franz Xaver Reisl, bürgerl. Schreinermeister, mit Zäzilia Straffer, Spitalmeisters-Tochter von Lauterbach. Sebastian Bourdan, bürgerl. Schuhmachermeister, mit Maria Schwoisbart, Zimmermannstochter von Reiderszorf, Bzk. Paag. Ignaz Schmeg, Zimmermeister von hier, mit Barbara Schillinger, Taglöhnerstochter von Kraftsig, Bzk. Freising. Caspar Kugler, Bürgerl. Bierwirth von hier, mit Josepha Pub, bürgerl. Privatiers-Tochter von hier. Georg Ernst, Schaffelschleifer von hier, mit Josepha Weber, bürgerl. Metzgerstochter von hier. Narzis v. Rouner, Aktuar bei dem königl. Landgerichte München, mit Isabella Karoline Wilhelmine Sophie Pour, Hallamts-Oberbeamtenstochter von Augsburg.

Auswärts Verraute.

In Zbollkirchen: Dr. Georg Jäger, Geschäftsführer d. Kr. Karl Wolfschen Buchdruckerei daselbst, mit Fräulein Karoline Elis Antonia Wolf, Magistratsrats- und Buchdruckereibesitzers-Tochter von hier.

In Augsburg: Hr. Philipp Aram Oerkopf, Schullehrer von hier, mit Anna Schmucker, Kapellmeisterstochter von Brud, Bzk. Aichach.

174. Es wird von einer geprüften Lehrerin gründlicher Unterricht ertheilt in den Sprachen, so wie in Styptausbessern und in den übrigen feinen Handarbeiten, gegen billiges Honorar. Das Uebrige in der Expedition.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Entwurf zur deutschen Reichsverfassung.

Wir theilen nachstehend den Entwurf einer Reichsverfassung mit, wie er aus den Ausschußberathungen der deutschen Reichsversammlung hervorgegangen ist. Abschnitt I. Das Reich. Art. I §. 1. Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiet des bisherigen deutschen Bundes. Die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig und die Grenzbestimmung im Großherzogthum Posen bleiben der definitiven Anordnung vorbehalten. Art. II. §. 2. Kein Theil des deutschen Reichs darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein. Minoritätserachten. Zusatz. „Insofern die eigenthümlichen Verhältnisse Oesterreichs die Ausführung dieses §. 2. und der daraus abgeleiteten Paragraphen hinsichtlich deßelben nicht zulassen, soll die angestrebte Einheit und Macht Deutschland im größtmöglichen Maße durch den innigsten Anschluß Oesterreichs an Deutschland im Wege des völkerrechtlichen Bündnisses zwischen der Reichsgewalt und der österreichischen Regierung erzielt werden." (Mühlfeld, Detmold. Rotenhan. Lassaux.) §. 3. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen. §. 4. Das Staatsoberhaupt eines deutschen Landes, welches mit einem nichtdeutschen Lande in dem Verhältniß der Personalunion steht, muß entweder in seinem deutschen Lande residiren oder in demselben eine Regentschaft niedersetzen, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen. Minoritätsvotum. Zusatz. „Das Staatsoberhaupt eines deutschen Landes, welches mit einem nichtdeutschen Lande durch Personalunion verbunden ist, darf nichtdeutsche Truppen in seine Länder nicht verlegen, außer in Veranlassung von Reichstrügen auf Anordnung der Reichsgewalt." (Schüler. Blum. Wigard.) §. 5. Die Verbindungen, welche bereits bestehen, Verbindungen deutscher und nichtdeutscher Länder soll kein Staatsoberhaupt eines nichtdeutschen Landes zugleich zur Regierung eines deutschen Landes gelangen, noch darf ein in Deutschland regierender Fürst, ohne seine deutsche Regierung abzutreten, eine fremde Krone annehmen. Minoritätserachten. Zusatz. „Kleinere deutsche Staaten können sich zu einem größern deutschen Staate vereinigen oder auch kleinere bestehenden größern deutschen Staate einverleiben. Doch darf mit keinem deutschen Lande, welches bereits über 5 Mill. Einwohner hat, ein anderes deutsches Land verbunden werden. Eine Ausnahme von letzterer Bestimmung machen nur solche kleine Staaten, deren Gebiet innerhalb des größern über 5 Mill. Einwohner zählenden deutschen Staates liegen." (Schüler. Wigard. Blum.) Art. III. §. 6. Die einzelnen deutschen Staaten behalten ihre Selbstständigkeit, soweit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist; sie haben alle Hoheiten und Rechte, soweit dieß nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind. Abschnitt II. Die Reichsgewalt. Art. I. §. 7. Die Reichsgewalt übt den Ausland gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und den einzelnen deutschen Staaten ausschließlich aus. Die Reichsgewalt stellt Gesandte und Konsuln an. Sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Handels- und Schiffahrtsverträge, so wie die Auslieferungsverträge ab. Sie ernennt alle völkerrechtlichen Mapregeln an. §. 8. Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, Bündnisse zu empfangen oder solche zu halten, mit Ausnahme ihres Verhältnisses beim Reichsoberhaupt. Minoritätserachten. „Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, Gesandte zu empfangen oder solche zu halten." (Blum. Schüler. Wigard.) §. 9. Die einzelnen deutschen Regierungen sind befugt, Verträge mit andern deutschen Regierungen abzuschließen. Ihre Befugniß zu Verträgen mit nichtdeutschen Regierungen beschränkt sich auf Gegenstände des Privatrechts, des nachbarlichen Verkehrs, und der Polizei. Minoritätserachten. Vor dem Worte „Polizei" im zweiten Satze ist das Wort „niederen" einzuschalten. (Wigard. Blum. Schüler.) §. 10. Alle nicht rein privatrechtlichen Verträge, welche eine deutsche Regierung mit einer andern deutschen oder nichtdeutschen abschließt, sind der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme, und, in so fern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Genehmigung vorzulegen. Minoritätserachten. Statt der §§. 9 und 10 heiße es: „Die einzelnen deutschen Regierungen sind befugt, bezüglich der sie betreffenden territorialen und landesherrlichen Angelegenheiten Verträge mit andern deutschen oder auswärtigen Regierungen abzuschließen. Solche Verträge sind jedoch der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme, und, in so fern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Genehmigung vorzulegen." (Scheller. Detmold. Mühlfeldt. v. Rotenhan.) Art. II. §. 11. Der Reichsgewalt steht ausschließlich das Recht des Krieges und Friedens zu. Art. III. §. 12. Der Reichsgewalt steht die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung. Minoritätserachten. Den Umfang der Reichsgewalt über die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands bestimmt der Abschnitt von der Reichswehr." (Wigard. Schüler. Blum.) §. 13. Das Reichsheer besteht aus der gesammten, zum Zwecke des Krieges bestimmten Landmacht der einzelnen deutschen Staaten. Diejenigen Staaten, deren Kontingent weniger als eine Brigade (Division) von 6000 Mann beträgt, werden zu gemeinschaftlichen Reichsbrigaden vereint, welche unmittelbar unter der obern Leitung der Reichsgewalt stehen. Minoritätserachten. An die Stelle der §§. 12 u. 13 mögen folgende Vorschriften treten: §. „Der Reichsgewalt steht es zu, die Größe und Beschaffenheit der zum Dienste des Reichs verpflichteten bewaffneten Landmacht im Ganzen und nach ihren von den einzelnen Staaten zu stellenden Theilen (Kontingenten) zu bestimmen. §. „Die Heere und Heeresabtheilungen von größern deutschen Staaten bilden selbstständige Ihrie." §. „Diejenigen kleinern Staaten, welche als Kontingent weniger als 5000 Mann stellen, geben in Bezug auf das Heerwesen ihre Selbstständigkeit auf und werden in dieser Beziehung entweder in sich in größere Ganze verschmolzen, welche dann unter der unmittelbaren Leitung der Reichsgewalt stehen, oder einem angrenzenden größern Staate angeschlossen. In beiden Fällen haben die Landesregierungen dieser kleinern Staaten keine weitere Einwirkung auf das Heerwesen, als ihnen von der Reichsgewalt oder dem größern Staate ausdrücklich übertragen wird." §. „Die selbstständigen Heere und Heeresabtheilungen stehen in der Regel unter den Befehlen ihrer Regierungen, welche, so weit jene nicht für den Dienst des Reiches in Anspruch genommen werden, die Verfügung darüber haben." §. Die Reichsgewalt hat die Befugniß den unmittelbaren Befehl über ein zum Reichsdienst bestimmten Truppen." „Sie ist berechtigt, auch im Frieden diese Truppen ganz oder theilweise unter ihren unmittelbaren Befehl zu nehmen, wenn sie es zur innern Sicherheit und Ruhe für erforderlich erachtet." (Scheller. Temold. Mühlfeldt.) §. 14. Die Reichsgewalt hat in Betreff des Heerwesens die Gesetzgebung und die Organisation; sie übermacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Kontrole. Den einzelnen Staaten steht die Ausbildung ihres Kriegswesens auf Grund der Gesetze und Anordnungen des Reiches zu. Sie haben die Verfügung über ihre bewaffnete Macht, so weit dieselbe nicht für den Dienst des Reichs in Anspruch genommen wird. Minoritätserachten. Statt dieses Paragraphen möge folgende Bestimmung aufgenommen werden: „Der Reichsgewalt steht die Gesetzgebung in Betreff auf die Gliederung und der Organisation des Heeres zu. Sie übermacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Kontrole." „Den einzelnen Staaten steht die Ausbildung ihres Kriegswesens auf Grund der Gesetze und Anordnungen der Reichsgewalt zu." (Scheller. Detmold. Mühlfeldt. v. Rotenhan.) §. 15. In den Fahneneid ist die Verpflichtung zur Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung zu setzen. Minoritätserachten. §. 16. Die Kosten des Reichsheeres werden vom Reiche getragen. §. 17. Das Reichsheerwesen soll in Beziehung auf Feldzeichen, Fahneneid, Kommando, Militärgesetzgebung und Gerichtsbarkeit, Dienstzeit, Dienst- und Exerzier-Reglement gleichmäßigen Bestimmungen unterworfen sein. Gleichmäßigen Bestimmungen unterliegt ferner die Beförderung, Pensionirung und Entlassung von Militärpersonen, Besoldung und Equipirung. Sind sie zu normiren, daß sie unter Berücksichtigung der Landesverhältnisse für das ganze Reichsheer als gleich zu betrachten sind. §. 18. Die Ernennung der Generale geschieht auf Vorschlag der Einzelregierungen durch die Reichsgewalt. Minoritätserachten. An die Stelle dieses Paragraphen wird folgende Bestimmung in Antrag gebracht: „Die Besetzung der Offizierstellen und die Ernennung der Offiziere jeden Grades ist den betreffenden Landesregierungen überlassen; nur wo die Kontingente zweier oder mehrerer Staaten zu größeren Ganzen kombinirt sind, ernennt die Reichsgewalt unmittelbar die Befehlshaber dieser größern Körper." „Für den Krieg ernennt die Reichsgewalt die kommandirenden Generale der auf den verschiedenen Kriegstheatern aufgestellten selbstständigen Korps, so wie das Personale der Hauptquartiere dieser Armeen und Korps." (Scheller. Temold. Mühlfeldt. Lassaux. v. Rotenhan.) §. 19. Der Reichsgewalt steht die Befugniß zu, Reichsfestungen anzulegen, und, insoweit die Sicherheit des Reiches es erfordert, vorhandene Festungen gegen billige Ausgleichung, namentlich für das überlieferte Kriegsmaterial, zu Reichsfestungen zu erklären. Die Reichsfestungen werden auf Reichskosten unterhalten. §. 20. Die Seemacht ist ausschließlich Sache des Reiches. Der Reichsgewalt liegt die Sorge für die Ausrüstung, Ausbildung und Unterhaltung der Kriegsflotte, der Kriegshäfen und Seearsenale ob. Die Ernennung der Flottenoffizier geht allein vom Reich aus. Minoritätserachten I. Statt des ersten Absatzes dieses Paragraphen werde gesagt: „Die Kriegsflotte ist ausschließlich Sache des Reichs." (Scheller. Detmold. Mühlfeldt.) Minoritätserachten II. Statt der §§. 19 bis 20 schlägt eine Minorität die in Anlage beigefügten vier Artikel vor. (Dieselben folgen am Schlusse des Gesetzentwurfs als Anhang.) Art. IV. §. 21. Die Schifffahrts-Anstalten am Meere und in den Mündungen der deutschen Flüsse (Häfen, Seetonnen, Leuchtschiffe, das Lootsenwesen, das Fahrwasser ꝛc.) sind der Fürsorge der einzelnen Uferstaaten überlassen; sie unterstehen dieselben auf eigenen Mitteln. §. 22. Die Reichsgewalt hat die Oberaufsicht über diese Anstalten und Einrichtungen. Es steht ihr zu, die betreffenden Staaten zu gehöriger Unterhaltung derselben anzuhalten, auch dieselben aus den Mitteln des Reiches zu vermehren und zu erweitern. §. 23. Die Abgaben, welche durch die Seeuferstaaten von den ihre Schifffahrts-Anstalten benützenden Schiffen und deren Ladungen erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung dieser Anstalten nöthigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung der Reichsgewalt. §. 24. In Betreff dieser Abgaben sind alle deutschen Schiffe und deren Ladungen gleich zu stellen. Eine hohere Belegung fremder Schiffsart kann nur von der Reichsgewalt aufgehen. Die Mehrabgabe von fremder Schiffsart fließt in die Reichskasse.

(Forts. folgt.)

Offert einer Schriftgießerei.

Ein am Rhein erschienenes Schreiflugblatt enthält folgendes „Offert einer Schriftgießerei“: Um das rasche Erscheinen unserer politischen Tagesblätter möglichst zu erleichtern und den Setzern das mühselige Zusammensetzen der einzelnen Buchstaben zu Wörtern nach Thunlichkeit zu ersparen, haben wir uns entschlossen, ganze Wort- und Satztypen, sowie Interpunktionszeichen benutzbare Formen zu fertigen, durch deren Anwendung wesentlich an Zeit erspart werden dürfte. Wir werden von diesen Schriftmaterialien ein ausführliches Verzeichniß der Worte und Formen drucken lassen und bedarf es nur noch unserer Anzeige, um den respectiven bisherigen Lieferanten mehreren hiervon eine kleine Probe mit dem Bemerken mitzutheilen, daß wir nicht gesonnen haben, von den zahlreichen Wörtern und Sätzen deren Formen in größeren Massen anzufertigen. Wir liefern also z. B. 1. Einheit Druckschlands in Mittelgarmond per Centner zu 12 Thlr. 2. Unbedingte Annexion an den Herrn Ministerpräsidenten per Centner (da diese Phrase bereits etwas zu veralten beginnt) in Kleinperle um den Spottpreis von 2 Thlr. 4 Gr. 3. Elende Majorität, 4. Volksverräther, 5. Schänder der deutschen Ehre, 6. Fluchwürdiger Mehrheitsbeschluß (in allen Schriftgattungen) per Centner zu 22 Thlr. 6 Gr. (NB Da diese Artikel für jetzt überall ungenügend zugehar sind, so haben wir gemäß dieser Lieferungen zu hohen Preis notirt; sollten sie seiner Zeit wieder abgängig sein, so nehmen wir sie um den Gewichtsbetrag des Eisenmetalls zurück.) 7. Reaktion, in größter Fractur, per Centner zu 17 Thlr. 2 Gr. 8. Hydra der Reaction (in Garmond und Cicero) per Centner 14 Thlr 9. Die Reaction erhebt ihr schreckliches Haupt (in 18 Schriftsorten) per Centner 19 Thlr. (Ist ein Hauptartikel und gewiß in keinem gesinnungstüchtigen Blatte fehlen wird.) 10. Volksfreiheit, 11. Errungenschaften der Märzrevolution, 12. Würde und Einigkeit in allen Schriftsorten, pr. Centner 18 Thlr. 4 Gr. NB. Von diesen 3 Nummern besitzen wir bereits einen Vorrath von 27,000 Centnern und bitten, da er rasch vergriffen sein dürfte, um baldigste Bestellungen. 13. Tod den Fürstenknechten! 14. Nieder mit den Reactionären! in größter Lapidarschrift, per Centner 25 Thlr. Bei dieser Gelegenheit empfehlen wir, um damit gänzlich aufzuräumen, eine große Partie alte Stereotypformen, z. B. folgender abgenutzten Worte: Gott, Glaube, Religion, Treue, Mäßigung, Wahrheitsliebe, Eintracht ꝛc. ꝛc. und bieten wir von diesem Trödelvorrath den Centner um den Preis alten Gießmetalls an. Indem wir ꝛc. Jrecumbiu Mirremann et Comp.

Deutschland.

Bayern. Die Generalverwaltung der Posten und Eisenbahnen ist angewiesen worden, die außerordentlichste Weise einberufenen beurlaubten Soldaten auf den königl. Eisenbahnen frei befördern zu lassen.

** München, 13. Oct. Die Wiener Post vom 10. ist, wie wir bereits in unserem heutigen Hauptblatte gemeldet, ausgeblieben. Nachrichten eines zuverlässigen Reisenden zu Folge ist Wien am genannten Tage wieder in voller Aufregung gewesen. Man fürchtete einen Angriff von Seiten Auerspergs, der auf das Anstimmen des Reichstags, die Kasernen wieder zu beziehen, nicht eingegangen war. Alle Stadtthore waren beim Abgange der Post gesperrt. In dem Lager bei Schwechat befanden sich über 300 Flüchtlinge aus Wien angekommen. Von Salzburg ist am Sonntag das dortige Militär nach Wien ausgerückt. Die dortigen ungarischen Sendlinge boten alles auf dies zu verhindern, Plakate und Verführungen, allein die Truppen blieben fest. Was aber ein helles Sonnenlicht auf die Thätigkeit der ungarischen Agenten wirft, ist das, daß kämmtliche Betreibsfunctionäre und ꝛc. ꝛc. die notorisch feinen Kreuzer Geld besaßen und vom Bettel und anderem leben, mit dem Eilwagen und reichlich mit Geld versehen! dem Militär voraus nach Wien abreisten. — So eben erfahren wir noch, daß Jellachich am 10. nur noch 2 Stunden von Wien stand!

* Münchyen, 13. Oct. Heute wurde der Seelengottesdienst für die verstorbenen Mitter des Militär-Marjosephsordens in der St. Michaelskirche abgehalten. Kanonenschüsse in Zwischenräumen von je einer Viertelstunde verkündeten diese Trauerfeier weithin. Dem Gottesdienste wohnte die ganze Garnison unserer Residenzstadt bei. — Nach Mittheilungen, die uns aus Siegmaringen zukommen, sind unsere Truppen dort eigerückt und haben sich der besten Aufnahme zu erfreuen gehabt. — Ein Theil der Truppen rückte vorgestern Nachmittags 2 Uhr von dem Gras'schen Hause, wurde gestern Abend auf Anordnung der Behörde weggenommen. Wir würden uns freuen zu hören, daß dieses Schandblatt in Wien, nicht in München gedruckt wurde; daß keine der hiesigen Druckereien sich zum Drucke eines derartigen den Mord vertheidigenden Machwerks sich hergegeben habe.

* München, 8. Oct. (Die Demokraten und der Krieg für Freiheit und Ordnung.) Der Verfassung der hiesigen Demokraten fagen, wie man jetzt mit Sicherheit sagt, zwei Anklagepunkte zu Grunde; den einen bildete der oft genannte Brief, den andern fand man in den Beschlüssen der vom demokratischen Verein geleiteten Volksversammlung von Neuberghausen, namentlich im letzten derselben, in welchem sämmtliche Verfassungen in Deutschland theils für aufgehoben, theils für in Frage gestellt erklärt, keine als rechtlich bestehend anerkannt, die Strafgesetze des bayerischen Staates als nicht mehr gültig bezeichnet wurden. Wie sich die Anklage in Betreff des Briefes löste, ist bekannt und begreiflicher, als ihre Begründung darauf. In Betreff des zweiten Punktes wurde, wie wir gehört, die Anklage von Seite der gerichtlichen Behörde beseitigt durch den Ausspruch, daß mit den gefassten Beschlüssen lediglich eine subjektive Meinung ausgesprochen sei. Es wurde mithin kein besonderer Werth darauf gelegt, daß diese subjektive Ansicht vom Nichtbestand der Monarchie durch die in Volksversammlungen übliche und natürliche Weise zum Nachtheil vieler Tausende geworfen wurde, von denen wiederholt der größere Theil den Eid auf die Verfassung geleistet, Treue dem König, Gehorsam den Gesetzen, Beobachtung der Verfassung geschworen, ohne diese Eide je verletzen zu wollen, ja sie selbst vielmehr darauf, daß eine solche subjektive Ansicht als Beschluß einer zahlreichen Volksversammlung durch die Presse veröffentlicht und in vielen tausend Exemplaren unter das Volk getragen wurde. Wenn Dem so ist — und der Ausgang des Prozesses scheint es zu bestätigen — so ist der subjektiven Ansicht ein Spielraum geöffnet, nicht ungleich der Pfingstweide bei Frankfurt, und wir müssen fortan aus Das schließen, was wir fürchten und was wir nicht heilige Eide von Fürst und Volk geschiert glaubten. Um so dringender Pflicht ist es für alle Diejenigen, die nicht ohne Weiteres mit der ganzen Vergangenheit gebrochen, die fortschreiten wollen vom Guten zum Besseren, die sich des Gesetzes bewußt sind als des besten Schutzes der Freiheit, die eine beschworne Verfassung nicht verwerfen, wie Ernst August von Hannover, mit allem Nachdruck einem Beginnen entgegenwirken, das selbst bei dem besten Willen der Leiter zu Anarchie führen muß, zur Reaction. Der Ausschuß des demokratischen Vereins hatte die Beschlüsse der „Münchener Volksversammlung im Garten zu Neuberghausen“ dem Bürgerverein für Freiheit und Ordnung übersendet, und dieser hat darin eine Veranlassung gefunden, sein Urtheil über dieselben abzugeben in einem Briefe an den demokratischen Verein, welcher um so wortvoller erscheint, als er bei aller Entschiedenheit der Gesinnung das mit jener Mäßigung und Besonnenheit abgefaßt ist, ja selbst mit einer Achtung vor der Gegnerin, die der Sicherheit der Ueberzeugung und dem Bewußtsein des Rechts so wohl ansteht und dem Recht und der Ueberzeugung den Eingang erleichtert. Das ist der Brief: „Der verehrliche Verein hat mit Schreiben vom 29. Sept. und einen Abdruck der Beschlüsse mitgetheilt, welche von der durch ihn berufenen Volksversammlung am 17. d. M. zu Neuberghausen gefaßt worden sind. Indem wir Ihnen für diese Mittheilung unsern Dank aussprechen, glauben wir indeß, uns hierauf allein nicht beschränken zu dürfen, halten uns vielmehr verpflichtet, über jene öffentlichen und tief eingreifenden Meinungsäußerungen auch unsere Ansicht mit dem Freimuthe auszusprechen, welcher Männern ziemt, denen gerade Streben nur in dem Wohle des gemeinsamen Vaterlandes seinen Ausdruck findet. Dem Manifeste Nr. 1 wie der offenen Anfrage Nr. 2 schließen auch wir uns in so fern an, daß auch wir verlangen und mit allen gesetzlichen Mitteln dahin wirken werden, daß Deutschlands Einheit eine Wahrheit werde und daß alle Einzelregierungen sich der Zentralgewalt ohne Rückhalt unterwerfen. Zu diesen Ziel erachtet, kann mussen der Oberbefehl der Zentralgewalt über die gesammte deutsche Wehrmacht, die ausschließliche Vertretung Deutschlands, die Schaffung einer Flotte und der Sitz der Zentralgewalt als nothwendige und unmittelbare Folgen der Einheit unausbleiblich eintreten. Ebenso theilen wir das Verlangen, das bayerische Staatsministerium möge offen vor der Nation erklären, daß die bayerische Staatsregierung die Beschlüsse der deutschen Reichsversammlung anerkenne und sich der Zentralgewalt nach Maßgabe der Reichsgesetze unterordne. Wenn den nämlichen Thatsachen angeht, daß unser Verein schon die Diesen in der Neuberghauser Versammlung gefaßten, sich auf das Entschiedenste für Billigung des am 5. Sept. von der Majorität der Reichsversammlung gefaßten Beschlusses in Betreff der Sistirung des Rückzuges der Truppen aus den Herzogthümern ausgesprochen, und wenn wir auch nach Veröffentlichung der weiteren Aktenstücke der Verhandlungen und über die Fortführung des Kriegs, als für die Beendigung des Waffenstillstandes Hüten erklären müssen, so sind wir doch gewiß wenig entgangen, daß die Majorität vom 16. Sept., von welcher der Antrag auf Verwerfung des Waffenstillstands nicht angenommen worden ist, gewichtige Erwägungen für ihren Beschluß anzuführen hatte. In seinem Falle aber vermöchten wir einem Beschluß unsere Zustimmung zu geben, wenn derselbe in den zu Neuberghausen unter Nr. 3. genehmigten „Aufrufe“ gefaßt worden ist, welcher die Mitglieder der Reichsversammlung auf der Minorität vom 5. Sept. „pflichtvergessene Vertreter des deutschen Volkes“ nennt, „unwürdig des Vertrauens des Volks“ und welcher aussprich, daß man nicht eher ruhen noch rasten dürfe, bis der letzte Mann dieser Minderheit die durch sein Gegenwart entweihte Paulskirche verlassen habe. Der Minderheit in der provisorischen Frage vom 5. Sept., wie vom 16. Sept., bei der Abstimmung über den Waffenstillstand selbst, zur Mehrheit gewordene. Der nicht allein für die konstitutionelle Monarchie, sondern selbst in den freiesten Republiken geltende Grundsatz: „Es herrsche die Mehrheit im Staate; die Rechte der Minderheit aber seien gewahrt und ihr die Mittel geschert, ihre Ansichten zur Geltung zu bringen,“ findet sich gleichfalls in dem bekannt gewordenen Programm des Münchener demokratischen Vereins. Wo soll aber die Minderheit bleiben, wenn man rechtfertigen will, die Minderheit vom 5. Sept. als pflichtvergessen und unwürdig zu erklären und zugleich auf ihre Entfernung aus der Paulskirche zu dringen? Oder aus welchem Grunde sollte sich der Beschluß vom 16. Sept. angreifen lassen, der ja von der Majorität gefaßt war? Welche Konsequenzen aber müßten eintreten, wenn man in dem einen Fall die Minderheit und in den andern die Mehrheit der deutschen Volksvertreter als pflichtvergessen bezeichnen und auf der Paulskirche entfernen wollte? Wer soll unsere Freiheiten berathen, wenn die Versammlung unserer Vertreter nicht eine Stunde ihres Bestandes sicher ist? Wo soll unser Schutz vorm liegen gegen Reaktion und Anarchie im Innern, wo unser Ernst

nach Außen? Die Neubronnaer Versammlung hat auch eine solche Nr. 4. enthaltene „Erklärung" gutgeheißen, welche die bayerische Verwesung vom 12. Aug. in Betreff der demokratischen Vereine für eine Maßregel der Reaktion erkennt und deren Aufhebung verlangt. Zu diesem Beschlusse konnte unseres Erachtens die Versammlung nur gelangen, indem sie den im Verlauf der Erklärung ausgesprochenen Grundsatz annahm, daß „durch die Revolution sämmtliche Verfassungen der Einzelstaaten theils schon aufgehoben, theils in Frage gestellt seien, daß sie nicht mehr existirt bestehen und daß somit auch die Bestimmungen der bayerischen Strafgesetzbuches über Staatsverrath, Selbstständigkeit des Staates und seiner Verfassung weggefallen seien." Diesen Motiven steht es nach unserer Ueberzeugung an jedem thatsächlichen und rechtlichen Grunde. Die Reichsversammlung hat ausgesprochen, daß die Verfassungsbestimmungen der Einzelstaaten nichts enthalten dürfen, was den Beschlüssen der Nationalversammlung zuwider wäre. Im Uebrigen aber ist die Selbstständigkeit der Staaten nicht aufgehoben, es ist sogar der von einer Seite in der Paulskirche gestellte Antrag, daß vor Feststellung der deutschen Grundverfassung keine anderen Versammlungen als konstituirende sollten tagen können, verworfen worden. Die Grundverfassung aber ist noch nicht hergestellt, ja leider noch nicht einmal begonnen. Und doch soll, nach Ihrem Manifeste, kein deutscher Staat mehr seine Verfassung als bestehend ansehen und sie zurecht halten dürfen, keiner mehr zu ihrer Sicherung auf seine Gesetze sich zu berufen, keiner mehr ihre Verletzung zu verhindern, keiner mehr die Angriffe gegen seinen Bestand zu bestrafen berechtigt sein! Wir haben uns mit Freude zu Gunsten von Beschlüssen erklärt, welche in der That des großen Vaterlandes Wohl zu fördern geeignet sind, erachten es aber auch für Pflicht, und ausführbaren gegen jene dynastischen Bestrebungen unsere Ueberzeugung nach, weil entfernt die Freiheiten des Volkes zu sichern, zu einigen und zu stärken, nur zum traurigen Gegensatze führen müßte. München, den 6. Okt. 1848. Der Bürgerverein für Freiheit und Ordnung."

Baden. — In der Sitzung der 2. Kammer am 10. Okt. stellte der Abg. Lebisch die Frage an die Regierungsbank: wie lange der Kriegszustand im Allgemeinen, im Unterseekreise Beziehungen im Besondern dauern werde, und wirft der Regierung allzu große Härte in ihren Maßregeln vor. Weinheim sei liberal, aber ruhig. Man habe dort achtbare Bürger verhaftet, wie es scheine auf geheime Denunziationen hin. Ihm erwiderte Staatsrath Bekk, es sei sonderbar, von einer Seite werfe man der Regierung zu große Härte, von der andern dagegen zu große Nachsicht vor, hierüber werde sich auch die Kammer zu einigen haben, wie sie urtheilen lassen. Geheime Denunziationen existiren nicht. Die Verhaftungen seien nicht von der Regierung, sondern von dem zuständigen Richter vorgenommen worden. Die strafgerichtlichen Untersuchungen müssen ihren Gang nehmen, ohne daß die Regierung einschreiten kann und darf. Was den Kriegszustand betreffe, so schade er einem Theile Nichts, sondern schütze ihn nur gegen die Furcht der Anarchie und verhindere, daß man retten und helfen. Die Einquartierung hänge nicht vom Kriegszustand ab, sondern von dem Bedürfnisse der Truppenaufstellung aus militärischen Rücksichten. Wie lange diese Truppenaufstellung andauern werde, könne er nicht sagen. Das hänge nicht von der Regierung ab.

Sachsen-Weimar. — Weimar, 7. Okt. Die republikanische Partei, welche bisher nur auf gesetzlichem Wege zu wirken, macht bei uns Anstalt, diesen Boden gänzlich zu verlassen, und droht mit offener Gewalt. Die erste Veranlassung gab der vom Reichsministerium verfügte Ausmarsch unsers ersten, kürzlich erst von Schleswig-Holstein zurückgekehrten Bataillons und der angekündigte Einmarsch von Reichstruppen. Ein nur kleiner Theil der Soldaten machte anfangs Miene, sich dem Ausmarsche zu widersetzen und wurde darin von den Republikanern bestärkt. Die Soldaten wurden aber durch ihre Offiziere wieder zur Pflicht zurückgeführt, und der jenaische republikanische Verein, welcher Vorort der thüringischen republikanischen Vereine ist und zu Verbindungen des am 2. Okt. erwarteten Ausmarsches Aufforderungen in das Land erlassen hatte, benachrichtigte Weimar zu kommen, daß man mit gewaltigem Zustrauen die Ankunft des 3. Okt. in Jena marschirten. Vergeblich suchte die Partei die Soldaten hier noch durch Hochs auf Hecker und die Republik abspänstig zu machen; aus den Gliedern erfolgten keine oder abweisende Antworten und die Truppen gingen ruhig und ohne Aufenthalt durch Jena. Da blieb den Republikanern nichts übrig, als den Ausruf wieder abzubestellen. Allein nicht Hunger konnte die Regierung diesem aufwühlischen zum Opfer fallen lassen, sondern sie berief eine Versammlung der republikanischen Führer mit Struve und seinem vollen Unternehmen in Verbindung gestanden. Die nun am 4. Okt. angeordnete Verhaftung der republikanischen Führer, namentlich Lasaurie, Rothe, Lange und Jäde in Jena, mißlang jedoch durch die ungeschicklichkeit der ausführenden Beamten und des kommandirenden Offiziers, welche sich auch bei Nachsuchungen in Häusern ein gesetzwidriges Verfahren zu Schulden kommen ließen. Jäde wurde zwar verhaftet, aber, da man ihn ohne militärische Begleitung fortbrachte, wieder befreit, jedoch wieder seinen Willen. Lasaurie, Rothe und Lange treiben sich in der Umgegend herum, und man erzählt, daß sie zum bewaffneten Aufstand aufforderten. An der Wahrheit dieser Erzählung lassen die Manifeste der jenaischen Republikaner und Jäde's aus Weimar kaum Zweifel, da in denselben mit dem Rechtsspruche gedrohen und zu einem Kampfe der Parteien aufgefordert wird. Jäde will sich jedoch vor ein Geschwornengericht stellen, wozu er bald Gelegenheit bekommen wird, da in der Kürze ein provisorisches Gesetz zur Einführung der Geschwornengerichte für politische und Preßvergehen erscheinen wird. Am 6. Okt. sind nun in Jena Reichstruppen eingerückt, und zwar 2 Schwadronen Königl. sächs. Gardereiter, eine halbe Batterie, 1 Bataillon Schützen aus Leipzig und 1 Bataillon Altenburger. Diese Truppen, unter Befehl des sächsischen Obersten v. d. Planitz, werden bis zum 9. Okt. in Jena verweilen und dann nach Weimar aufbrechen. Auf den 8. Okt. ist in Jena eine republikanische Volksversammlung ausgeschrieben; man spricht von bewaffnetem Zuzug und 20,000 Menschen. Anderen will noch das Gerücht wohl ärger sein als die Sache. Ordentlich dürfen die Republikaner wohlthun, von jedem tollkühnen Unternehmen zurückkommen. (D. A. Z.)

Jena, 8. Okt. Wir haben einen Belagerungszustand im Kleinen. Am 6. d. Nachmittag rückten gegen 3000 Mann Reichstruppen (etwa 900 Mann Altenburger, 1 sächsische Chevauxlegersregiment und sächs. Schützen) mit 3 Kanonen in die Stadt, und nahmen theils in derselben theils auf den nächsten Dörfern Quartier. Die Bevölkerung nahm sie freundlich auf, und sie, welche früher bloßen Gerüchten Glauben schenkten, trauen sich auf die sorgenden Schutz. Die Republikaner entließen von dem benachbarten altenburgischen Städtchen Kahla aus zwei gedruckte Aufrufe: den einen an das Landvolk, worin sie die Regierungen beschuldigen, sie suchten Bürgerkrieg und Blutvergießen zu erregen, indem sie friedliche Bürger mit bewaffneter Macht verfolgten und in ihre Wohnungen eindrängen. Wolle man mit Gewalt die Revolution, so solle man sie haben. Dann möchten die Sturmglocken heulen und das bisherer Landvolk Thüringens sich erheben gegen die Tyrannen wie sie es einst glorreich im Bürgerkrieg gethan. Das andere Manifest war an die Soldaten gerichtet, die bei ihrem guten Herzen und im Namen des Christenthums beschworen wurden, nicht auf ihre Brüder zu schießen, niemehr zu der Sonntags (8.) anberaumten Volksversammlung zu kommen und sich ruhig zu verhalten. Die Soldaten rissen auf ersteren Anrufe beide Plakate ab und in Fetzen. Die verrufenen Altenburger, von denen noch vor wenig Tagen an 100 auf dem Markt zu Altenburg feierlich gelobt hatten, die Stadt nicht zu verlassen — waren die eifrigsten gegen diese republikanischen Verlockungen. Einzelnen jungen Leuten wurden die rothen Federn von Hut gerissen. Inzwischen hatten die gestürzten Häuptlinge des republikanischen Aufstandsversuches für Thüringen, Lasaurie und Genossen, Volksversammlungen in Kahla und Neustadt abgehalten, in welchen sie auf heute zum bewaffneten Marsche nach Jena aufgefordert hatten. Denn was anders will die Anstandsjugend einer bewaffneten Volksversammlung bedeuten? Und als sie erfuhren, daß auch gegen sie das obere Saalthal Soldaten anrückten und daß sämmtliche Häupter der republikanischen Bewegung in Weberschiff verfolgt werden, machten sich auf Befehl hin in dem kleinen Kahla, ihrem neuen Hauptquartier, die ersten thüringischen Barrikaden, die heute Nachmittag noch standen. Da in Jena Unruhen zu befürchten waren, so wurden heute gegen 1 Uhr Linien und Bürgerwehr um und in der aufgestellt. Viele Tausend von Bauern zogen von allen Seiten heran, übrigens unbewaffnet, aber mit Pfuhl, Fahnen, Gesichrei und Spektakel. Die bewaffnete Volksversammlung war heute der Maßkanbier ganz abgesagt worden, und nur einer der Häupthinge, Jäde, erschien an der Spitze der Haufen. Er harangnirte das Volk, das mit einem Hoch auf die Republik antwortete, und fuhr mit 20 seiner Genossen auf einem Leiterwagen durch die Stadt nach Weimar zu, angeblich um sich dem Gerichte zu stellen. Da unterdessen eine Abtheilung der Bürgerwehr hart bedrängt und theilweise wurde, so sprengte die Kavallerie die überall herumgehenden Haufen auseinander, holte den Wagen vor der Stadt ein und machte Jäde mit sämmtlichen Begleitern zu Gefangenen. Auch einige andere Aufrührer der „Rotten," gegen die besondere Anklagen vorliegen, sind eingebracht, darunter mehrere hiesige Bürger, die Jäde am Mittwoch gewaltsam befreit hatten. Die Straßen sind nun durch Militär abgesperrt, alle Zugänge und Thore besetzt, die Kanonen werden gelaben, Patrouillen kreisen in und außerhalb der Stadt. Die Oeffentlichkeit sind schon ganz in der Nähe, in Roda, und werden wahrscheinlich die nächster Tage von hier weiter nach Westen rücken Altenburger und Sachsen ersetzen. Im Altenburgischen ist, soviel wir hören, alles ruhig; ebenso im untern Saalthale. Jena aber wird voraussichtlich die Besatzung nicht sobald wieder los werden, vielleicht schon in Kürze eine Kolonne Gardereiter sich überall herumgetriebenen Haufen auseinander, holte den Wagen vor der Stadt ein und machte Jäde mit sämmtlichen Begleitern zu Gefangenen. Auch einige andere Aufrührer der „Rotten," gegen die besondere Anklagen vorliegen, sind eingebracht, darunter mehrere hiesige Bürger, die Jäde am Mittwoch gewaltsam befreit hatten. Die Straßen sind nun durch Militär abgesperrt, alle Zugänge und Thore besetzt, die Kanonen werden geladen, Patrouillen kreisen in und außerhalb der Stadt. Die Oeffentlichkeit sind schon ganz in der Nähe, in Roda, und werden wahrscheinlich die nächster Tage von hier weiter nach Westen rücken Altenburger und Sachsen ersetzen. Im Altenburgischen ist, soviel wir hören, alles ruhig; ebenso im untern Saalthale. Jena aber wird voraussichtlich die Besatzung nicht sobald wieder los werden, vielleicht schon in Kürze eine Kolonne Gardereiter sich überall herumgetriebenen weder lebenskräftig noch einig ist, und da drei politische Parteien die Bevölkerung zerspalten. (A. Z.)

Preußen. — Berlin, 8. Okt. Der Polizeipräsident hat in einem Plakat des „demokratischen Bürgerwehrvereins" vom 3. Okt., worin gegen die Auflösung des Bürgerwehrgesetzes protestirt und das Volk aufgefordert wurde, sich für Majestät der Nationalversammlung zu erklären, die Aufforderung zum Aufruhr gefunden und gegen den Verein dem Staatsanwalt eine Denunziation übergeben. Die Voruntersuchung soll bereits im Gange und zunächst gegen den Vorsitzenden des Vereins, einen Herrn Meyer, eingeleitet sein. (D. A. Z.)

Wien, 9. Oktober. Die Nachrichten aus Wien beschäftigen natürlich vorzugsweise die allgemeine Aufmerksamkeit. Die demagogischen Klubbs bruten dieselben bereits auf alle Weise aus. Die fliegenden Buchhändler" verkaufen an allen Straßenecken Flugblätter mit den übertriebensten Nachrichten, selbst von förmlicher Ausrufung der Republik, und mit der unverkennbaren Tendenz zur Nachahmung anzueifern. Auch hier hat man es jetzt wie in Wien besonders auf Verführung des Militärs abgesehen, worin man zum Glück bis jetzt noch wenig Erfolg gehabt hat. Der Lindenklubb ist in dieser Beziehung besonders thätig, er hat auch gestern wieder eine Volksversammlung „für Zivil und Militär" vor dem Hallischen Thore veranstaltet. Ueberhaupt hatten wir gestern wieder Ueberfluß an Volksversammlungen, bei denen man stets eine wahre Musterkarte aller Pfaffenterieur von Berlin vereinigt sehen

kann. In einer derselben, wo auch der bekannte Hr. Held wieder auftrat, besprach man sich darüber, ob und wie der Geburtstag des Königs am 15. zu feiern sei. Es versteht sich, daß unsere Herren Demokraten, denen schon das Wort „König“ Hexerei verursacht, sich gegen die Feier aussprachen. Indessen kam es zu keinem förmlichen Beschlusse darüber. — Der Präsident und das Bureau der Nationalversammlung sollen beschlossen haben, den König, falls er sich an seinem Geburtstage in Charlottenburg oder Bellevue befinden sollte, zu beglückwünschen; würde doch Se. Maj. an diesem Tage zu Potsdam oder Sanssouci verweilen, so würde keine Deputation dahin abgehen.

Oesterreich. — Wien, 9. Oct. Ich schicke Ihnen hier die Adresse des Reichstags an den Kaiser, welche von Pillersdorf abgefaßt und in ihrer ersten Fassung auch angenommen wurde, nur daß bei der Stelle: „ich schauen soll“ die Worte: „und will“ beigefügt worden. „Sie Radetzki“ fehlt. Der Reichstag, welcher nun den verhängnißvollen Ereignissen der letzten Tage es als eine seiner ersten Pflichten erkannte, durch eine Deputation aus seiner Mitte seinem konstitutionellen Monarchen die Gesinnungen ungetheuchelter Liebe, zugleich aber auch die Mittel vorzutragen, wodurch Ruhe in die Gemüther und die Abwendung größerer Gefahren herbeigeführt werden kann, wurde bald darauf durch die beklagenswerthe Kunde getroffen, daß Se. Maj. die Reise Ihrer Bestimmung verlassen haben. Kein auf konstitutionellem Weg ausgesprochenes beruhigendes Wort über den Zweck, über die Dauer, über das Ziel dieser Entfernung mindert die Besorgniße der Völker, welche von einem so verhängnißvollen Schritt unzertrennlich sind. In dieser ernsten Lage hat der Reichstag einen Aufruf an die Völker Oesterreichs, er hat zugleich eine Denkschrift an Ew. Maj. beschlossen, welche den Stand der Dinge mit Offenheit darstellen, und welche dem konstitutionellen Kaiser das treffendste Bild der Verschwörung geben soll, daß die aufrichtige Liebe der Völker sie ihn unerschütterlich ist. Diese Liebe fordert Vertrauen zu dem Volk, das sich um den Thron schaaren soll und will, Vertrauen zu den Vertretern, welche dieses Volk als Ausdruck seiner Gesinnungen gewählt hat. Die Vertreter dieses Volks erkennen und erfüllen ihre heilige Aufgabe, die Rechte und Freiheiten des Volks, welche sie gewonnen hat, durch feste Bestimmungen zu sichern und zugleich dem Thron jene unerschütterliche Grundlage zu geben, welche ihm Gewalt und Willkür nicht geben können. Es wäre für die Volksvertreter, es wäre für die Mitglieder des Reichstags höchst schmerzlich, in Erfüllung dieses großen Berufs durch ein Ereigniß gestört zu werden, welches den Samen des gefährlichsten Mißtrauens streuen, das Band der Anhänglichkeit an den Thron lockern und den verderblichsten aller Gräuel — den Bürgerkrieg entzünden könnte, wenn diese Bürger nicht schnell abgewendet wird. Vertrauensvoll ruft daher der Reichstag, ruft durch ihn ein biederes, in Treue bewährtes Volk zu seinem Monarchen, daß er unverzüglich an den Sitz der Regierung, damit seine Rückkehr die treuen Söhne des Vaterlandes ermuthige und den Feinden seiner Freiheit Muth und Hoffnung benehme, damit sie jeden umbrüstolen Angriff, er mag auf Reaktion oder Anarchie entspringen, vereitle, und damit so das Werk der Konstituirung nicht verzögere, in welche die Völker Oesterreichs allein ihr Heil, ihre Beruhigung, die Bürgschaft einer glücklichen Zukunft suchen. Schenken Ew. Maj. allen Völkern, welche dieser Rückkunft harren, den Frieden! Enden Sie nach dem Triebe Ihres edlen Herzens ohne Verzug einen Bürgerkrieg, der, in einem Theil entzündet, bald seine verheerende Flamme über ein weites Reich verbreiten würde. Wählen Sie zur Lösung dieser großen Aufgabe Rathgeber, welche Ihres Vertrauens und jenes eines biedern, freiheitsliebenden Volkes würdig sind! Der Dank und Segen dieses Volkes wird die schönste Krone Ew. Maj. bleiben.“ Diese Adresse ging heute Morgens zugleich mit Minister Hornbostl an den Kaiser ab.

(A. Z.)

— Die am 8. erlassene Proklamation des Grafen v. Auersperg lautet: „Die gestrigen Ereignisse haben mich veranlaßt, die in verschiedenen Kasernen zerstreuten Truppen zu sonzentriren, um selbe vor jedem weitern Insulte und Angriff sicher zu stellen. Es ist dabei durchaus keine feindliche Absicht zu es wird mir sehr erwünscht sein, bei eintretender Ruhe und Beseitigung jedes weitern Angriffs auf Militär, von dem jedoch gerade in diesem Augenblick die verschiedensten Gerüchte herumgehen, diese außerordentlichen Maßregeln aufzuheben und in das gewohnte Verhältniß zurückzuführen. Ueber die stattfindenden Reinsfeligkeiten von Seite des Militärs habe ich schon zu wiederholten Malen mein Bedauern und die Beruhigung ausgesprochen, daß hierwegen die strengsten Verbote ergangen sind.“

(A. Z.)

Frankreich.

** Paris, 8. Oct. Die gestrigen Abstimmungen der Nationalversammlung haben allgemein hier Befriedigung erregt, angenommen bei den Urnedemokraten, welche alterdings die wahre Gesinnung der unermeßlichen Mehrheit der Franzosen zu gut kennen, um nicht das Resultat einer allgemeinen Volksabstimmung für ihre Sache zu fürchten. Wahrscheinlich wird für den Fall, daß kein Kandidat die absolute Mehrheit erhielte, die Nationalversammlung das Recht erhalten, unter den fünf Kandidaten, welche dann die meisten Stimmen erhalten haben würden, den Präsidenten auszuwählen. Schon spricht man von sechs Kandidaten, nämlich: General Cavaignac, Ludwig Napoleon, v. Lamartine, Marschall Bugeaud, Thiers, und Ledru-Rollin. Der Letzte ist der Mann der Rothen. Die Wahl durch allgemeine Abstimmung wird allem Anscheine nach ganz ruhig vor sich gehen. Allgemein wünscht man, daß sogleich ein definitives Resultat herauskommen möge. — Für die nächsten Departementswahlen will auch der Herzog von Broglie als Kandidat auftreten. — Bemerkenswerth ist, daß General Cavignac, alle Minister mit Ausnahme des abwesenden Hrn. Bernhaupt, und Hr. A. Marrast den Präsident der Nationalversammlung für das Amentement des Hrn. Lesseps und also gegen Ernennung des Präsidenten der Republik durch das allgemeine Stimmrecht votirt haben. — Die Mitglieder des Vereins des Instituts sollen beabsichtigen ein Amendement vorzuschlagen zu dem Ende, alle Mitglieder der Familien, die je über Frankreich geherrscht haben, von der Präsidentschaft auszuschließen. — Hr. v. Lamartine wird, wie man sagt, alsbald nach dem Beginn über die Konstituirung nach dem Süden abgehen, um daselbst durch friedliche Versammlungen und Reden für seine Kandidatur zur Präsidentschaft zu wirken. — Mehr als 900 Nationalgardisten der 1., 2. und 3. Legion der Nationalgarde von Paris sind gestern Abends mit der Nordbahn nach Lille abgegangen, wo sie einem Bankett zum Andenken an die Belagerung dieser Festung im Jahre 1792 beiwohnen werden.

△ Paris, 9. Oct. Die Frage der Präsidentenwahl ist entschieden. Hr. Ledru-Rollin hat verheißen sein Amendement zu Gunsten der Abstimmung in zwei Abtheilungen, indem er die Zweckmäßigkeit derselben aus dem Beispiele der Vereinigten Staaten nachwies. Allein er fand keine Aufmerksamkeit, die Mehrheit hatte ihren Entschluß bereits gefaßt. Sein Amendement nebst noch einigen andern wurden der Reihe nach verworfen, und der neue Artikel 43 der Kommission in folgender Fassung mit 627 gegen 130 Stimmen angenommen: „Der Präsident wird im geheimen Scrutin und mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden durch direkte Abstimmung aller Wähler der französischen Departements und von Algerien ernannt.“ Desgleichen wurde Artikel 44 votirt in folgender Fassung: „Die Protokolle der Wahloperationen werden unmittelbar der Nationalversammlung übermacht, welche über die Gültigkeit der Wahl entscheidet und den Präsidenten der Republik ausruft. Wenn keiner mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen und wenigstens 2 Millionen Stimmen erhalten hat, oder wenn die durch Art. 42 erforderten Bedingungen (siehe unten) nicht erfüllt sind, so wählt die Nationalversammlung den Präsidenten der Republik mit absoluter Mehrheit und im geheimen Scrutin unter den fünf wählbaren Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben.“ Nun kam der zurückgestellte Artikel 42 an die Reihe. Dieser lautet: „Der Präsident muß geborner Franzose, wenigstens 30 Jahre alt sein und nie seine Eigenschaft als Franzose verloren haben.“ — Zu diesem Artikel nun schlug Hr. Deville vor die Worte beizufügen: „Die Präsidentschaft darf keinen General, keinen direkten oder Collateralen Mitglied der Familien, welche über Frankreich geherrscht haben, übertragen werden.“ Schon die Vorlesung dieses Zusatzes erregte einigen Sturm, und als der Antragsteller den Begründung seines Amendements die rothe Republik zu verherrlichen suchte, wurde er den Augenblick laut. Man verrückten der Entrüstung bald von Geschrei unterbrochen. Der Theil seines Amendements, welcher die Generale ausschließt, wird übrigens angenommen (damit stele also die Kandidatur des Generals Cavaignac von vornherein weg.) Ueber den folgenden Theil wollte Ludwig Napoleon sprechen, unterließ es aber, da die Kommission sich schon einstimmig für die Verwerfung ausgesprochen habe. Bei Abstimmung war über diese Frage, welche Hennerich V., die Mitglieder der Familien Orleans und Bonaparte berührt, noch nichts entschieden.

Donaufürstenthümer.

Die „Allg. Zeitung“ berichtet von der moldauischen Gränze, daß die türkische Armee am 26. Sept. nach dermaßigem Widerstande Butarest erobert hat. Omer Pascha's wird demselben Blatte berichtet, daß durch die Einquartirung der russischen Truppen der Bevölkerung eine furchtbare Last aufgelegt sei. Morgen das Nähere.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 11. Oct. Oesterr. 5proz. Metall. 70⅛, 4proz. 57½, 3proz. 32½, 2½proz. 20½, Bankaktien 1170. 9. 500 fl.-Loose 113½, 250 fl.-Loose 77½, — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 88 P. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 75. — Bayer. 3½proz. 77. — Badwürtemberg. 66½. — Württemberg. 3½proz. 75½, 4½proz. 92½. — Baden 3½proz. 73. — Loto-Anleihen à 50 fl. 45½. — 35 fl.-Loose 25½. — Darmstädt. 3½proz. 74. 4proz. 82½. — Loto-Anleihen von 50 fl. 60½. — 25 fl.-Loose 20½. — Kurhessen. Friedr.-Wilh.-Nordb. 41½. — 40 Thlr.-Loose 25. — Nassau 3½proz. 80½. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3proz. 78. 3½proz. 90½. 85½. Taunusbahn 271. — Holland. Integr. 43½. — Span. 5proz. innere Schuld 17½. — Pol. à 300 fl.-Loose. — 500 fl.-Loose 67. — Sard. 36 fl.-Loose 25. Disc. 2.

Paris, 9. Oct. 3proz. 44.15, 5proz. 68.30. Schafsc. 22½. Bankaktien 1560.—. Stadtobligationen 1100.—. Vier Kanäle 810.—. Comp. von Algier —.—. Belg. 5proz. von 1840 78½, von 1842 77½. 4½proz. 70½. 5proz. —.—. 2½proz. —.—. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 84.—. Röm. 5proz. 64.—. Span. 5proz. 23½. Rhiva 13½. Pariser Plätze 2½. Plem. 880.—. Dankt —.—. St. Germain 68 10. Versailles (rechte) —.—

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Jellachich vor Wien. Aufforderung an die Stadt zur Ergebung.

* Wien, 10. Oktober. In der gestrigen Abendsitzung des Reichstags erstattet die permanente Kommission desselben Bericht: Der Commandirende Auersperg wollte trotz wiederholter Aufforderung seine Stellung am Rennwege nicht aufgeben, da er dieselbe für die ihm anvertrauten Truppen als die geeignetste halte. Der Deput. Prato sei von seiner Mission an den Banus zurückgekehrt; er sei bei Schwadorf auf dessen erste Vorposten gestoßen, vom Banus höflich empfangen worden und habe von ihm die Antwort erhalten, daß das Interesse der Gesammtmonarchie ihm vor Allem am Herzen liege und daß er es für seine Pflicht halte, seine Armee dem Kaiser zuzuführen. In weitere Erklärungen wollte er sich nicht einlassen. Bei Schwadorf stehen nicht mehr als 2000 Mann, meistens irreguläre Truppen, aber hinter diesen folgen noch 13000 Szeresch aner. Man verbreitet das Gerücht, 12000 Magyaren hätten sich zu Preßburg eingeschifft, um den Wienern zu Hilfe zu kommen. — Deputationen von Brünn, vom Marchfelde, von der akademischen Legion sichern dem Reichstage Schutz und Hilfe zu. Eine Deputation von Prag nimmt die Beruhigung in ihre Heimath zurück, daß die Sicherheit der Deputirten, welch' Farbe immer, in Wien auf keine Weise bedroht sey. Telegraphische Depesche von Gräz widerlegt das Gerücht von einer dort eingesetzten provisorischen Regierung. Graf Wickenburg der Gouverneur hatte darauf verzichtet als er den Abgang des Ministerii Hornbostl in's kaiserliche Hoflager vernahm. — Heute soll Auersperg Verstärkung von Linz erhalten haben; er hat einen Theil seiner Truppen in Nachbarhäuser der Vorstadt Wieden einquartiert. Gestern Abend um 8 Uhr wußte man in Olmütz Nichts von der Ankunft des Kaisers. Wien ist ruhig, aber wachsam. Heute erscheint kein Börsenbericht.

Wien, 10. Oktober. Gestern Abends 6 Uhr wurde auf die sichere Kunde vom Einrücken des Banus Jellachich in Schwadorf nur zwei Posten von hier, sogleich Alarm geschlagen. Alles rannte durch einander, Angst und Bestürzung malten sich auf allen Gesichtern. Die Legion, die Nationalgarde, die Arbeiter eilten auf ihre Sammelplätze. Die Legion hielt die ganze Nacht durch im Bivouak die Posten besetzt, wo Wachtfeuer brannten. Aber die Nationalgarde zeigte so geringen Eifer, daß man die Einzelnen faß mit Gewalt in der Nacht aus ihren Wohnungen herbeiholen mußte. Der frühere Hauptmann Braun ist jetzt Oberkommandant, und ihm zur Seite steht Frenneberg, gleichfalls früher Offizier. Einige Wagen mit Munition, die für das Heer des Banus bestimmt zu sein schienen, wurden angehalten und weggenommen. Die Truppen sind unter Auersperg wieder vereinigt und stehen in drohender Haltung da. Abermals sind so eben drei Reichstagsmitglieder in dessen Lager geschickt worden, um durch Unterhandlung dessen Abzug zu erlangen. Es ist aber keine Aussicht dazu da, daß der General darauf eingehen werde, da eben auch die sichere Kunde eintrifft, daß Jellachich mit seinen Vorposten (2000 Mann) schon bei Simmering steht. — 3 Uhr Nachmittags. Der Alarm ist allgemein, man erwartet jeden Augenblick einen Angriff. Erfolgt er und nachdrücklich, so dürfte bei dem in der Mehrheit der Nationalgarde herrschenden Geiste der Ausgang um so weniger zweifelhaft sein, als der Wind bei den Truppen seit sie vom Anrücken Jellachich's hörten, ganz umgeschlagen hat. Man sieht keinen Soldaten mehr mit der Legion und den bewaffneten Haufen.

† Wien, 10. Oktober. **Jellachich hat an die Stadt die förmliche Aufforderung zur Uebergabe bis Abends 7 Uhr gerichtet; ferner verlangt er Auslieferung der Mörder Latour's und ihrer Mitschuldigen, endlich Auflösung der akademischen Legion. Im Weigerungsfalle ist Behandlung der Stadt als eine feindliche, Einnahme derselben mit Gewalt der Waffen, und Erklärung derselben in Belagerungsstand mit Verkündung des Martialgesetzes gedroht. Die Stärke Jellachich's beträgt nach bereits erfolgter Vereinigung mit Auersperg über 35000 Mann.**

Nr. 93.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Vierteljährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Wöchentlich 1 fl. 36 kr.

Sonnabend den 14. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 14. Oktober.

Auf Allerhöchsten Befehl Sr. Maj. des Königs ist von Seite des k. Staatsministeriums des Innern an alle Kreisregierungen, Kammern des Innern, unterm 7. Oktober der folgende Erlaß ergangen: „Der kgl. Regierung wird hiemit eine Abschrift der unterm 4. d. zum Einlauf des unterfertigten Staatsministeriums gelangten Ansprache des Reichsverwesers, Erzherzogs Johann, vom 22. September zugefertiget. Die kgl. Regierung wird hieraus entnehmen, wie es die erste Absicht der Reichsgewalt ist, Hand in Hand mit den deutschen Regierungen überall, wo es nöthig thut, dem aufsäumenden Geist der Unordnung und allen anarchischen Bestrebungen mit allem Nachdruck entgegenzutreten, und so das kostbare Gut wahrer Freiheit zu befestigen und zu sichern. Pflicht aller deutschen Regierungen ist es demnach, auch hier der Zentralgewalt mit aller Entschiedenheit zur Seite zu treten, und durch gemeinsames Handeln den gemeinsamen Zweck zu fördern. Es ergeht daher der Auftrag an die kgl. Regierung, die Ansprache des Reichsverwesers nicht nur allen untergeordneten Behörden schleunigst zuzufertigen, sondern auch die geeigneten Verfügungen zu treffen, daß dieselbe in allen Gemeinden bekannt gemacht, und in angemessener Zahl von Exemplaren verbreitet werde. Zugleich aber weist sich die kgl Regierung, es werden sich alle pflichttreuen Behörden berufen fühlen, zu thun, was ihres Amtes ist, um den ausgesprochenen Willen der Zentralgewalt und der Staatsregierung Nachdruck und thatkräftigen Vollzug zu sichern. Wenn auch im Allgemeinen die Haltung und Gesinnungsäußerung der bayerischen Nation in ihrer Mehrheit zu keinem Bedenken Veranlassung gegeben hat, vielmehr gerechte Anerkennung verdient, so fehlt es doch nicht an beruhigenden Wahrnehmungen, zumal in neuerer Zeit, daß die in jener Ansprache so mahr bezeichneten Mißstände auch bei uns sich bemerkbar machen, und die und da ein Geist der Unordnung zu wirken beginnt, der durch falsche Gerüchte, durch hervorgerufenen Mißbrauch der vertrauensvoll freigegebenen Presse, durch freche Schmähungen, durch aufreizende Ansprachen in öffentlichen Versammlungen und sonst die Autorität aller Art und das Vertrauen gegen die Regierung und Volk zu untergraben, und einen Zustand der Auflösung und Gesetzlosigkeit herbeizuführen beabsichtigt, der, statt die junge Freiheit zu kräftigen, nothwendig zur Vernichtung all ihrer Segnungen führen muß, und der so nothwendigen Wiederkehr der Ruhe, dem Wiederaufleben des überall gesuchten Vertrauens und dadurch der Wohlfahrt des Vaterlandes als der gefährlichste Feind entgegenwirkt. Es darf daher wie Vertrauen erwartet werden, daß die kgl. Regierung mit fest bewährtem Pflichteifer gleichsam von willkührlichem Einschreiten, wie ängstlicher Unthätigkeit, eben so sehr mit Umsicht und der einer wohlwollenden Regierung ziemenden Ruhe und Besonnenheit, da, wo es nöthig ist, mit ernstem Nachdruck und unerschütterlicher Festigkeit das Ansehen der Gesetze gegenüber solchen Verletzungen handhaben und jedem etwa vorkommenden Widerstande oder widersetzlichem Ungehorsam mit ihr verfassungsmäßig und gesetzlich zustehenden Mitteln auf das Entschiedenste entgegentreten werde. Im gleichen Sinne hat die kgl. Regierung die äußeren Behörden wiederholt anzuweisen, und es darf auch hier die unverbrüchliche Erwartung ausgesprochen werden, daß dem gemeinsamen Zusammenwirken aller Organe der öffentlichen Ordnung und der gutgesinnten Bürger selbst es gelingen werde, jene verderblichen Bestrebungen zu vereiteln, und daß die Staatsregierung nirgend in den Fall kommen werde, mit nachdrücklicher Strenge von den Behörden den Vollzug ihrer Anordnungen da zu erzwingen, wo eigenes Pflichtgefühl und dringende Veranlassung zum thatkräftigen Handeln von selbst aufordern."

Berichtigung.

In der Beilage zu Nro. 90 der „Neuen Münchener Zeitung" Mittwoch 11. Oktbr. 1848 Zeile 28 soll es anstatt Rechte eines ordentlichen Professors heißen: Rechte eines außerordentlichen Professors.

Deutsche Reichsgewalt.

Frankfurt, 10. Oktober. Das dritte Stück des „Reichsgesetzblattes" vom heutigen Tage enthält nachstehende Verordnung, betreffend eine Matrikularumlage zur Bestreitung der Kosten der Reichsgesetzgebung und der Reichsgewalt; vom 30. September 1848. Der Reichsverweser, ꝛc. Gemäß des zustimmenden Beschlusses der Reichsversammlung vom 29. September 1848, verordnet wie folgt: §. 1. Zur einstweiligen Bestreitung der Kosten der Reichsversammlung und der Zentralgewalt, bis zur Erlassung eines Finanzgesetzes, soll eine Umlage von Hunderttausendsiebzigtausend Gulden nach der bestehenden Bundesmatrikel beweerkstelligt werden. §. 2. Das Reichsministerium der Finanzen ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt. Frankfurt, den 30. Sept. 1848. Der Reichsverweser: Erzherzog Johann. Der Reichsminister der Finanzen: v. Beckerath.

Bekanntmachung des Reichsministeriums der Finanzen, betreffend die Vertheilung der Umlage von 1200000 Gulden auf die einzelnen Staaten; vom 30. Sept. 1848. Die gemäß der Verordnung des Reichsverwesers vom heutigen Tage ausgeschriebene Umlage vertheilt sich auf die einzelnen Staaten nach der unterm 3. Mai ds. Js. neu festgestellten Matrikel, wie folgt:

Nr.		fl.	kr.
1.	Oesterreich	35,797	26 tr.
2.	Preußen	36,130	— „
3.	Bayern	13,439	46 „
4.	Königreich Sachsen	4,530	16 „
5.	Hannover	4,928	— „
6.	Württemberg	5,268	10 „
7.	Baden	4,278	12 „
8.	Kurhessen	2,143	50 „
9.	Großherzogthum Hessen	2,338	44 „
10.	Holstein und Lauenburg	1,359	4 „
11.	Luxemburg und Limburg	957	20 „
12.	Braunschweig	791	15 „
13.	Mecklenburg-Schwerin	1,351	32 „
14.	Nassau	1,143	2 „
15.	Sachsen-Weimar	758	48 „
16.	„ Koburg-Gotha	421	20 „
17.	„ Meiningen	424	8 „
18.	„ Altenburg	370	44 „
19.	Mecklenburg-Strelitz	270	56 „
20.	Oldenburg	833	16 „
21.	Anhalt-Dessau	199	54 „
22.	„ Bernburg	138	52 „
23.	„ Köthen	122	32 „
24.	Schwarzburg-Sondershausen	170	20 „
25.	„ Rudolstadt	203	38 „
26.	Hohenzollern-Hechingen	54	44 „
27.	Liechtenstein	20	56 „
28.	Hohenzollern-Sigmaringen	134	14 „
29.	Waldeck	195	50 „
30.	Reuß ä. L.	84	— „
31.	Reuß j. L.	197	6 „
32.	Schaumburg-Lippe	78	16 „
33.	Lippe	272	4 „
34.	Hessen-Homburg	75	80 „
35.	Lübeck	153	28 „
36.	Frankfurt	180	38 „
37.	Bremen	183	6 „
38.	Hamburg	490	— „
	Summa	120,000	fl. — kr.

Frankfurt, den 30. September 1848. Das Reichsministerium der Finanzen: v. Beckerath. Bebaghel.

Ferner enthält das Reichsgesetzblatt das bereits bekannte Gesetz zum Schutze der verfassungsgebenden Reichsversammlung und der Beamten der provisorischen Zentralgewalt.

Deutschland.

Wir entnehmen der „deutschen Zeitung" den folgenden bebergigenswerthen Artikel: Frankfurt, 9. Okt. Das Reichsministerium ist löblich bemüht, der Gesetzlosigkeit überall in Deutschland ein Ende zu machen; allein auf zwei Ursachen wird bloß selbst nicht gelingen. Die Lage des Vaterlandes erheischt es, diese Ursachen sich, unbekümmert um mögliche Mißverständnisse, vollkommen klar zu machen. Die erste Ursache ist der seit dem März als Errungenschaft eingebürgerte Gebrauch, gegen anarchische Unruhen, welche in Städten ausbrechen, die Bürgerwehr zum Einschreiten zu verpflichten, und erst wenn diese außer Stande, das Uebel zu beschwichtigen, Hilfe begehrt und Hülfstruppen, die in früherer Zeit gegen des Militär gehegt werden konnte, wie man aber jetzt noch glaubt, den Soldaten, welche doch von Bürgern und anderen Demokraten selbst

so herzlich als Freunde und Brüder begrüßt werden, die Aufrechthaltung der Ordnung nicht anvertrauen zu können, ist eben so wenig begreiflich, als wie man nach den gemachten Erfahrungen die Bürgerwehr länger dabei beaufsichtigt lassen mag. Diese schaffet entweder gar nicht ein, oder erst nachdem sie selbst durch Verletzungen dazu gereizt worden, nachdem bereits Fenster eingeworfen, Häuser demolirt, Personen bedroht oder mißhandelt sind*). Auch der Fall tritt öfter ein, daß nur ein Theil der Bürgerwehr den guten Willen für Aufrechterhaltung der Ordnung zeigt, während der andere Theil die Unruhestifter gar beschützt oder sich mit ihnen vereinigt, und somit zwei Parteien der Bürgerwehr sich wie feindliche Parteien bekriegen und die Waffen gegen sich selbst brauchen**).

Die Folge davon ist, daß die Unruhestifter darauf rechnen können, es werde so schnell für sie nicht gesährlich werden, sie können die Ausführung ihres Planes immerhin beginnen, und versuchen, ob sie nicht gar unter der bewaffneten Macht selbst Unterstützung finden. Die Folge hievon ist die Unsicherheit für Personen und Eigenthum, welche doch wahrlich Niemand wird für eine Mäßerungsunsicherheit aufgeben wollen. Zur Herstellung der Sicherheit und Freiheit erübrigt dann nichts, als die Entwaffnung der Bürgerwehr. So hat Cavaignac einen großen Theil der Nationalgarde von Paris, die ganze Nationalgarde von Lyon und anderen Städten entwaffnen müssen, so sind die Bürgerwehren von Mainz, Köln, Mannheim, Raumburg, Wiesbaden, Erslingen, Ehemnitz und des Würtembergor Oberlandes entwaffnet worden. Erst seit diese Entwaffnung erfolgt, ist sich in unseren Städten wieder sicher, und noch vor Kurzem hat sich in einer achtbaren Lyoner Kaufmann versichern: er und eine große Anzahl Familien seien, für den Fall, daß die Lyoner Nationalgarde wieder organisirt werde, entschlossen aus Lyon wegzuziehen. Die unbegreiflichsten Zustände von Wien, die Plünderung des Berliner Zeughauses, der Angriff auf die Ministerwohnung, die Mißhandlung von Abgeordneten auf der Straße, alle diese Frevelthaten nähren unmöglich ungestraft, hätte der Pöbel gewußt, daß ihm eine andere Macht als die laue Bürgerwehr entgegenstehen werde.— Auf dem Lande ist die Anarchie wenig gefährlich, will man sie aber in den größeren Städten, wo sie ihren Herd hat, bekämpfen, so muß man von dem Wahne abkommen, es sei für die Bürger und Familienväter eine lohnbare Genugenschaft, gegen Möbelhausen den Polizeidienst machen zu dürfen. Die Engländer verstehen sich besser auf die Freiheit als die Unsrigen nie eingestanden, die Bürgschaft für die Freiheit der Patrouillen-Dienst zu suchen; sie haben keine Bürgerwehr, sie haben aber herbstfeste, sogenannte Polizeistobaten, welche gegen Uebelthäter und Banditen keinen Spaß verstehen. Darum ist aber auch in England Sicherheit von Person und Eigenthum hochgeachtet, und die Freiheit noch nicht dadurch in schlechten Ruf gekommen, daß der ruhige Bürger zu dem Glauben gelangt, von ihr keine Störung unterkommen. Die zweite Ursache, aus welcher ein so unbegreiflicher Zustand sobald nicht wird hergestellt werden können, liegt in der unter den Aufrührern verbreiteten Zuversicht auf Straflosigkeit. Höchstens ein Paar Monate Gefängniß, Freisprechung durch Geschworne oder wenn nicht, bald darauf Amnestie, das sind die Wagnisse, denen sich jetzt ein Aufrührer aussetzt; und ist solche geringe Wagnis nicht zu übernehmen für den Ruhm eines Freiheitsbiedermanns in stürmischer, gefährlicher Stellung aber im gelingenden Falle? Aus der Gesetzgebung selbst der Ernst gewichen. Statt als gebietende majestätische Gestalt steht die Göttin des Gesetzes als übermundenes schwachel Weib vor uns, dem Wage und Schwert aus der kraftlosen Hand entfallen. Die Ueberzeugung, daß das Gesetz auch angewendet wird, muß wieder allgemein, es muß ausgesprochen werden, daß der Staat, was nach der Gewissheit von einer Zusammenberufung der freien Vertreter des freien Volkes, was nach dem Mätz Aufrührerisches geschehen, keine Amnestie erfolgen werde, im Interesse der Freiheit und Gesetzlichkeit keine erfolgen dürfe. Es müssen die Untersuchungen beschleunigt, die Urtheile rasch gefällt und sofort vollzogen werden. Weichherzigkeit wäre hier die größte Grausamkeit. Jedes Verbrechen verlangt seine Sühne, und verlangt ihr, daß der freie Staat gegen Barrikadirschlingen muthig sich freue: daß er ruhig seinen Reben- oder Hauptmann von dem zerhackten Beil des Anfurgenten an seiner Seite verbluten sehe, so muthet ihm nicht zu, daß wieder dem zu begegnen, gegen den er jüngst noch sein Leben wagen gewußt, und der dann wahrscheinlich in nicht serner Zeit auf's Neue gegen die, die ihn begnadigt, den Aufruhr erhebt, wie denn auch der bei Struve's Einfall gefangene Karl Blind schon im März unmittelst war. Diejenigen, die das blutige Banner der rothen Fahne ihren mörderischen Banden voran tragen, spotten nicht blos den Gesetzen des Rechts, sondern auch denen der Moral. Daß der Staat gegen sie nur gesetzlich verfahren kann, macht den Kampf ohnehin schon zu einem mit ungleichen Waffen. Wer aber auch die ungleiche Waffe, die Waffe der Mörder und Verbrechtzung von sich würfe, der allerdings verderbte, erschlagen zu werden."

Frankfurt, 9. Okt. Wir sind in den Stand gesetzt, die durch Berliner Zeitungen verbreitete Nachricht, als habe Oesterreich erklärt, unter keinerlei Umständen sich dem deutschen Zollverein anschließen zu können, weil es dadurch in seinen Geldeinnahmen zu sehr beschränkt werde, für völlig unbegründet zu erklären. Die jetzigen Zolleinnahmen Oesterreichs, einschließlich der Einnahme durch das Tabakmonopol, betragen auf den Kopf 33 Kreuzer C. M. Im Zollverein beträgt die Einnahme durchschnittlich 1 fl. 30 kr. rheinisch. Die Finanzen Oesterreichs würden daher durch einen Anschluß nur bedeutend gewinnen können.

Ebenso unwahr ist, wie wir aus besser Quelle versichern können, die gleichfalls aus Berliner Blättern stammende Nachricht, Preußen habe es abgelehnt, seine diplomatischen Vertreter im Auslande denen der Zentralgewalt unterzuordnen. Die Verhandlungen darüber sollen noch im Zuge sein. (D. J.)

Bayern. — ** München, 13. Oktober. Gestern war an den Straßenecken unserer Stadt ein, angeblich von der Redaktion der „Salzburger Zeitung" ausgehender, im Uebrigen aber namenloser Aufruf „an alle Bayern" zu Salzburg selbst soll derselbe „an alle Deutschgesinnten" gerichtet gewesen sein) angeschlagen, welcher bezweckt, die Bayern, hier zunächst die Bayern, glauben zu machen, als wollten nicht allein die Slaven in Oesterreich die Magyaren vernichten, sondern als sei ein Kampf der Slaven gegen die Deutschen in Oesterreich losgebrochen, wesßhalb es nöthig sei, daß „jeder deutsche Mann jetzt einstehe mit Gut und Blut für die deutsche Sache." Das Kunststückchen der Magyaren und ihrer guten Freunde ist dießmal doch etwas gar zu plump, wenn sie glauben mit den gleichen Lügen den Leuten Sand in die Augen streuen zu können. Die vier Millionen Magyaren, welche seit Jahren 11 Millionen Deutsche und Slaven ohne Unterschied mit frechem Hohne unterdrücken, ihnen ihre Sprache, ihre Nationalität zu rauben notorisch nichts unversucht ließen, dieselben Magyaren glauben jetzt auch noch die Deutschen, die sich lange genug von ihnen an der Nase herumführen ließen, verlocken zu können, sie auf ihre Seite kommen zu ziehen, um einer Klemme, in welche sich doch ihre kecke Verhöhnung aller Recht und aller Billigkeit gebracht haben. Der deutsche Michel meinen sie, könnte zu sür sie recht wohl die gebratenen Kastanien aus dem Feuer holen. Aber sie irren sich. Wir haben mit Besteidigung gesehen, wie der gesunde Sinn unseres Volkes der Kniff recht wohl durchschaute; wir haben von Einwohnern aller Klassen die bezeichnendsten Aeußerungen gehört, die sie beim Lesen des besagten Machwerkes anfolgt machten. An vielen Orten erregte dasselbe solche Entrüstung, daß er abgerissen wurde. Unser Volk ist, den Himmel sei Dank, noch nicht durch magyarisches Gold verblendet, wie die zu Wien dadurch verführten Grenadiere einzelner Bataillone; unser bayerisches Volk hat noch die Augen offen, und sieht recht klar damit; es sieht zum Vorwerfenklar für jene, die der Wahrheit tief ins Gesicht schlagen, und es vergeblich zu bedecken suchen mit ihren Verdrehungen. Schon wir doch neulich erst mit eigenen Ohren einen solchen Ausdruck der Verzweiflung darüber gehört, daß man bei uns und nicht einmal die anderwärts so beliebten Kanonenmusiken recht in Gang bringen könne. Und diejenigen, welche diese Klage getäuschter Erwartungen vernehmen ließen, waren keine Münchener, keine Bayern: es waren — hört es ihr wackern Bürger und Einwohner von München! es waren Fremde, die aus Kagenmusiken Ernst machen sich und zur Verbreitung dieser löblichen Beschäftigung ein förmliches Handwerk zu machen scheinen. Wir können nur stolz sein auf den gesunden Sinn unseres Volkes, der den unverbesserlichen Anstiftern von Krawall und Unordnung so viel Aerger bereitet, und auch jetzt wieder bei dem Kunststückchen der Magyaren sich so schön bewährt. Wir sind Deutsche und hoffen um die Sympathien, welche Slaven in uns und in der Magyaren wer feindselig gegen Deutschland auftritt, wer den deutschen Namen verhöhnt, wer die deutschen Interessen verletzt, der ist unser Feind. Wenn die böhmischen Slaven sich gegen Deutschland aufstehnen zu dürfen glauben, so bekämpfen und bekämpfen wir ein solches Beginnen mit eben so großer Entschiedenheit, als wir stets dem magyarischen Trug und Hohn entgegenstehen und der Selbstsucht die Thatr abgerissen haben. Wenn jen Fall in Böhmen aufgenommen haben wir Nichts gegen den seinem Theile der österreichischen Slaven, von den Galiziern so wenig, als von den Kroaten oder Illyriern eine feindselige Richtung und Gesinnung gegen Deutschland vernommen, am allerwenigsten von dem edlen Banus Jellachich, den die Magyaren uns jetzt als einen Feind der Deutschen hinstellen möchten, weil er der Unterdrückung seiner Landsleute wie der Magyaren und der Zerspliterung der österreichischen Monarchie, welche die magyarische Partei unter Kossuth beziel, so kräftig entgegen getreten ist. Wir sind die Alte Jellachichs die auch nur auf den Schutzen von Deutschland feindseligen Gesinnungen und Plänen schließen ließen, die auch nur den Schein von Berechtigung zu solcher Annahme gäben? Wir glauben den unsere Reden an die Anrede erinnern zu müssen, welche Jellachich auf der Marsche nach Pesth begrüßen, an seine Offiziere gehalten hat, und in welcher er in wenigen Worten und mit bemerkenswerther Bestimmtheit und Klarheit zusammenfaßte, was er will: „Mein Ziel — sagte er — ist die Herstellung eines einigen, kräftigen Oesterreichs; mein Ziel ist, den Kaiser wieder auf seinem Thron festzusetzen; mein Ziel ist, daß wir alle friedlich nebeneinander leben sollen. Der Deutsche sei der Bruder, der Ungar bleibe Ungar, der Slave — Slave." Heißt das eine die Nationalitäten unterdrücken? Können die Magyaren von sich dasselbe sagen, haben sie in gleicher Weise die Berechtigung aller Nationalitäten anerkannt? Jeder der letzten Jahre kennt, wir — Nein" unmöglich mit „Nein" antworten müssen. Wer noch nicht überzeugt sein sollte, auf welcher Seite die Wahrheit, auf welcher der Trug und die Lüge ist, den verweisen wir auf die unaufhörlichen Klagen unserer

*) In einem Tagesbefehl des Generalkommandos der Kommunalgarden von Sachsen vom 2. Okt. heißt es von der Bürgerwehr zu Chemnitz „Blut ist geflossen, Menschenleben sind gespfert worden; höchst wahrscheinlich würde dies Alles vermieden worden sein, wäre die Kommunalgarde gleich von Anfang an mit Kraft entgegen getreten."

**) In demselben Tagesbefehl heißt es weiter: „Ein Theil der Garden hat seine Waffen dem Aufstande selbst geliehen und sich zu gemeinen Meutereien herabgewürdigt."

deutschen Landsleute in Ungarn und besonders in Siebenbürgen über die unablässigen Bedrückungen und Eingriffe, denen ihre Sprache, ihre Nationalität, ihre Rechte von magyarischer Seite ausgesetzt sind. Aus Kroatien, dem Vaterlande des Banus, haben wir noch nichts dergleichen gehört: unser Berichterstatter an der Save, ein seit Jahren dort wohnender Deutscher von unbestreitbarer Glaubwürdigkeit, hat uns vom Gegentheile wiederholt Versicherung gegeben. Also ist es eitel Gaukelei, wenn man uns Gespenster für Deutschland von Seite Jellachichs vorspiegeln will, und diese Gaukelei hat auch bei unserem Volke gänzlich ihren Zweck verfehlt. Aber noch ein Schreckbild sucht man dem Volke vorzumalen; man sagt: Jellachich sei der Bundesgenosse, der Vorkämpfer der Reaktion! Aber wo sind die Beweise dafür? Nicht den geringsten hat man dafür noch beibringen können. Denn die bloße Verdächtigung durch Declamationen wird kein Vernünftiger als Beweis gelten lassen. Dagegen verstehen alle, die den Banus näher kennen, daß er ein wahrer Freund gesetzlicher Freiheit sei, und diese Stimmen scheinen uns vorläufig größeres Gewicht zu haben, mehr Glaubwürdigkeit zu verdienen, als die böswilligen Aussteuerungen der magyarischen und nichtmagyarischen Feinde der Sache Oesterreichs und Deutschlands.

Wie wir aus guter Quelle vernehmen, wird demnächst eine Zusammenkunft sämmtlicher deutscher Bischöfe in Würzburg statt finden. (Augsb. Postz.)

Preußen. — Berlin, 10. Okt. (Staatsanzeiger) Allerhöchster Erlaß vom 9. Oktober 1848 — die Amnestie für alle in der Provinz Posen bis zum 1. Juli d. J. begangenen politischen und damit in Verbindung stehende Vergehen und Verbrechen betreffend. Nachdem die letzte Insurrektion im Großherzogthum Posen völlig gedämpft worden, will Ich zum Zweck der Herbeiführung einer gänzlichen Pazifikation der Provinz und Versöhnung der beiden dieselbe bewohnenden Volks-Stämme und mit Rücksicht auf die in dem Berichte des Staats-Ministeriums vom 9. v. Mts. hervorgehobenen sonstigen Motive für alle in der Provinz Posen bis zum 1. Juli d. J. begangenen politischen und damit in Verbindung stehenden anderen, insbesondere die zum Zwecke oder bei Gelegenheit der Unterdrückung des Aufstandes begangenen Vergehen und Verbrechen Strafosigkeit und Verzeihung hiermit eintreten lassen. Gegen unmittelbare Staats-Beamte, so wie gegen Offiziere, Geistliche und Lehrer an öffentlichen Schulen, welche sich bei der Insurrektion betheiligt haben, soll zwar die gerichtliche Untersuchung eingeleitet und beziehungsweise fortgeführt, jedoch keine härtere Strafe als die Dienst-Entlassung erkannt werden. Sanssouci, den 9. Oktober 1848. Friedrich Wilhelm. v. Pfuel. Eichmann. v. Bonin. Kleist. Graf v. Dönhoff. Für den Minister der geistlichen Angelegenheiten: v. Ladenberg. An das Staats-Ministerium."

Die am Sonntag Vormittag im Odeon gehaltene Besprechung wegen eines am Geburtstage Sr. Maj. des Königs zu veranstaltenden großartigen Vereinigungsfestes hat zwar zu lebhaften Debatten, aber zu gar keinem Ergebniß geführt. Die auftretenden Redner hielten den 15. Oktober dazu noch nicht für der Zeit. Unterdessen verlautet wie, daß der Geburtstag Sr. Maj. des Königs diesmal in verschiedenen Kreisen durch große Festmahle gefeiert werden wird. (Spen. Z.)

Oesterreich. Die „Allgemeine Zeitung" hebt in einem längeren Artikel über die Zustände in Wien besonders den Umstand hervor, daß die Presse in diesem Augenblicke dort eben so gefesselt sei, wie zu Metternichs schönsten Zeiten. Sie, die gute Presse nämlich, leide unter einem schmählichen Terrorismus der Umsturzpartei. Ferner bestätigt dasselbe Blatt, was wir schon zu wiederholten Malen angedeutet, daß durch ungarisches Gold all die unsichtigen Mirren hervorgebracht worden seien. Für 50,000 fl. sei Oesterreich verkauft worden. Zwei Herren, die sie nur mit den Anfangs-Buchstaben ihres Namens: B. und P. bezeichnet, bis vollständigere Nachweise über das Faktum eingelaufen sind, sollen am Donnerstag unter das Militär und einige Insurgenten Geld vertheilt haben. Die Unterschriften des Grenadierbataillons Richter haben für dieses Geld gewirkt. Dies die Schlüssel zu der Militärmeute des 6. Oktobers.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 12. Okt. Bayer. 3½proz. Obligationen 76½ G. — G. 4proz. 86 G. Bankaktien II. Semester 575 G. Promessen 35 G. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 74 G.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonnabend, 14. Okt.: „Die Einfalt vom Lande", Lustspiel von A. Töpfer.

Sonntag, 15. Okt. (Bei beträchtlem Hause.) „Iphigenia in Tauris", Oper von Gluck.

Fremdenanzeige.

Bauer. Hof. Barischnikoff, Oberst, aus Rußland. Frau Baronin Wittpradt, aus Böhmen. Treperne, aus Böhmen. Dr. v. Mohl, von Tübingen. Mac-Gregor, Rentier, aus Schottland. Banderet, Rentier, aus Frankreich. Pferschner, Affeur, von Nürnberg. Bloch, Professor, von Wassel. Tlanagen, Rentier, von London.

Gold. Hirsch. Graf Hunoltstein, von Paris. Marquis v. Zappi, k. k. Hauptmann, von Konstanz. Dr. v. Boschan, von Wien. v. Meindl, Privatier, von Wien.

Hotel Manlik. Portopp, Kapitän, aus England. Gerard, Rentier, von London. v. Tyevait, Privatier, von Wiesbaden. Cuffalis, Rentier, von Mailand. Baron Bangenheim, aus Livland. Peruzzi, Kapitän, von Florenz. Sarle, Privatier, aus Mähren. Schönborn, Privatier, von Wien. Trübner, Rentier, von London. v. Wurzer, Gutsbesitzer, aus Tirol.

Gold. Kreuz. v. Lottner, Regierungsrath, von Augsburg. Bauernfeind, Privatier, von Mainz. Battey, Buchhändler, von Hamburg. Zindel, Kontrolleur, von Stuttgart.

Gold. Hahn. Frau v. Ruff, von Neumarkt. Affeter, Kaufmann, von Zürich. Frau Reisach, von Dachau. Frkl. v. Besserach, von Memmingen.

Blaue Traube. Bürk, Fabrikbesitzer, von Berlin. Gräfin Taufkirchen, von Böhmen. Rapp, Polizeimeister, von Steinach. Dr. Müller, von Augsburg. Berger, Priester, von Gottsheim. Baronin v. Docker, von Salzburg. Graf Pier, Marschall, aus Polen. Freifrau v. Gutlenbeck, von Baireuth. Frau v. Binder, aus Illyrien. Waffermann, Agent, von Wien. Schmid, Pfarrer, von Pfaffenhofen. Mogg, Rentier, aus Cogland.

Stachusgarten. Messerschmidt, Pfarrer, von Dürrroth. Capriano, Stationskommandant, von Augsburg. Schegg, Pfarrer, von Freising. Röhr, Privatier, von Hypolo. Barth, Spaziergang, von Wien. Holzmann, Privatier, von [illegible]. v. Mayer, Landgerichtsassessor, von [illegible], Privatier, [illegible] zung, über den gesammten Unterricht.

Gestorbene in München.

Joseph Hartmann, Musikant von der Au, 46 J. a. Magdalena Spieler, Klavierlehrerswitwe, 38 J. a.

Bekanntmachung.

Die Kunstausstellung betreffend.

110. (b) Die Ausstellung von Werken lebender Künstler, welche in dem der Glyptothek gegenüber liegenden Kunstausstellungsgebäude stattfindet, ist ohne Ausnahme täglich von 10 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags geöffnet.

Zugleich wird bemerkt, daß seit Beginn der Ausstellung mehrere vorzügliche Werke der Malerei und Bildnerei, die damals noch fehlten, nachträglich eingetroffen sind.

Polytechnische Schule zu München.

173. Die Anmeldungen zur Aufnahme in die polytechnische Schule werden am 28., 30. und 31. Oktober angenommen.

Die Unterrichtsgebühr beträgt für die Lieven des I. u. II. und IV. Kurses 6 fl., für jene des III. Kurses 9 fl. — Hospitanten zahlen für jeden Unterrichtsgegenstand ein Honorar von 6 fl.

Lieven und Hospitanten, welche sich durch irgend Zeugnisse über ihre Dürftigkeit auszuweisen vermögen, sind von der Entrichtung des Honorars befreit.

München, den 9. Okt. 1848.

Königl. Rektorat der polytechnischen Schule.
Dr. Reindl.

Bekanntmachung.

Aufnahme in die königl. Landwirthschafts- und Gewerbs-Schule zu Freising betr.

Die Bedingungen zur Aufnahme in dieselbe sind nach der höchsten Instruktion vom 4. April 1836:

1) Das zurückgelegte zwölfte Lebensjahr;

2) die Reife für den zuletzt erlangten Schulzweig, welche durch Zeugnisse der Lehrer und durch eine Prüfung, über den gesammten Unterricht, bestehen soll;

3) das Bestehen der Aufnahmsprüfung, welches sich über die Religionslehre, die Fertigkeit im Lesen und Schreiben, die Kenntniß der vier Rechnungsarten, und ihren Anwendung, dann die Kenntnißerlangung einer einfachen synchronistischen Aufsatzes erstreckt.

Freising, den 11. Oktober 1848.

Das königl. Rektorat der Landwirthschafts- und Gewerbs-Schule.
Dr. Kleberer, Rektor.

Versteigerung.

154. (3r) Montag den 16. Oktober werden im Königl. Zwirtgewölbe (Lederergasse Nro. 26) mehrere Partien getrockneter Bildleder und Hirschgewand an die Meistbietenden gegen sogleich baare Bezahlung öffentlich versteigert, Kaufsliebaber werden hiemit eingeladen.

München den 2. Okt. 1848.

Königl. bayer. Hofzagd-Intendanz.

Pfandauslösung und Versteigerung.

152. (3b) Donnerstag den 19. Okt. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat September 1847 und zwar von:

Nro. 99,343 bis 105,023.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verkauft, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Donnerstag den 26. Oktober öffentlicher Versteigerung.

München, den 30. Sept. 1848.

Königl. privileg. Pfand- und Leih-Anstalt I. der Stadt München.
J. Negrelli, Magistratsrath.
Pannes, Kassier. v. Jeck, Kontrolleur.

Stelle-Gesuch.

164. (c) Ein junger Mensch von 30 Jahren, der schon 4 lateinische Schulen studirt hat, wünscht als Kondukteur bei einer Herrschaft, oder als Aufgeher in einem Bankierhause, oder in einer Handlung, oder sonst an geeigneter Stelle placirt zu werden. Die

22. (c) Man sucht für zwei Knaben einen Hofmeister katholischer Religion, der ganz gebildet französisch spricht, und nicht nur deutschen und lateinischen, sondern auch Unterricht im Klavier zu geben versteht. D. Ueber.

Bekanntmachung.

123. (2b) Auf Andringen zweier Hypothekgläubiger wird das Anwesen Nro. 22 an der Bauerbrücke dahier, welches dem Standbereiter Friedrich Freuen gehört, und besteht:

1) aus dem gemauerten Wohnhause, sammt dem Erdgeschoß 4 Stock hoch, mit gewölbtem Keller und Dachwohnungen, dann zwei Hofräumen mit einem Gumpbrunnen;
2) in dem einen Hofraum befindet sich ein 1 Stockwerk hohes gemauertes Stallgebäude, in dem zweiten Hofraume ein zweites gemauertes Stallgebäude mit Wagenräumen unter dem Dache;
3) zwischen diesen zwei Hofräumen liegt die massiv erbaute, zum Ersteren des Meisens vollkommen brauchbare Reitbahn,

dem öffentlichen Verkaufe nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der Prozeßnovelle vom 17. Nov. 1837 §§. 98–101 unterstellt, und ist zur Versteigerung der obigen Anwesend Tagsfahrt auf

Donnerstag den 16. November l. Js.
Vormittags von 10 bis 12 Uhr

im Bureau 32 II. des königl. Kreis- und Stadtgerichts-Raths Frhrn. v. Feurt

anberaumt, wozu Kaufsliebhaber, die sich über Zahlungsfähigkeit ausweisen können, hiemit geladen werden.

Dieses Anwesen ist auf 30,000 fl. gerichtlich geschätzt, und steht die laut ordnerten Hauptsumme per 20,650 fl. der Brandversicherungskasse einverleibt, und mit 15,250 fl. Ewigwerd-Kapitalien, dann mit 31,561 fl. 32 kr. hypothek-kapitalien und einer vorgemerkten Forderung zu 30 fl. 14 kr. belastet.

Beschossen am 1. Sept. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Direktor:
Barth.
Huber.

Offene Stelle.

159. (2b) Ein mit dem renkamischen Dienste, namentlich aber mit dem detaillirten Steuervollziehungswesen wohlvertrauter Amtsgehilfe kann bei dem 15-stigl. Rentamte Buchloe als Cade dieses Monats Beschäftigung finden.

Allenfallige Bewerber wollen sich in portofreien Briefen mit den nöthigen Zeugnissen versehen, unmittelbar an den Unterzeichneten wenden.

Buchloe am 4. Okt. 1848.

Eberle,
königl. Rentbeamter.

Edictalladung.

177. Nachdem das am 26. April d. Js. gerichtlich versteigerte Anwesen des Ernst Winterl, von Schongau, dem Käufer um den Steigerungspreis von 16,025 fl. rechtskräftig adjudizirt, und auch der Erlös für die verkürzerte Maßschuld des Ernst Winterl an Gerichtshanden ist, so werden hiemit alle dem Gerichte unbekannten Gläubiger des Ernst Winterl, Gastwirthes von Schongau aufgefordert, sich zur Liquidirung ihrer Forderungen, zur Verhellung der Aktiv- und Passiv-Klasse, sowie zum Vortrage einer gütlichen Ausgleichung bei rubr. Schuldenwesens, sowie zur Stellung gelegneter Anträge auf Eröffnung des Konkursverfahrens, am

Donnerstag den 26. Oktober l. Js.,
Vormittags 9 Uhr,

in der Gerichtskanzlei einzufinden.

Hiebei wird übrigens schon jetzt bemerkt, daß der Ehlsland nicht einmal zur Befriedigung der Hälfte der Hypothekgläubiger hinreichen werde, und daß daher jene nach der zweiten Prioritätsklasse folgenden Gläubiger des Winterl, welche demungeachtet das Gant- und Prioritäts-Verfahren durchgeführt wissen wollen, nach §. 32 und 33 der Prioritätsordnung vom 1. Juni 1822 verbunden seien, nicht allein für die Kosten dieses weiteren Verfahrens einen verhältnißmäßigen Vorschuß zu machen, sondern auch diese Kosten allein zu tragen.

Schongau am 23. Sept. 1848.

Königl. Landgericht Schongau.
Mangst.

Bekanntmachung.

172. (2b) Nachdem durch Beschluß vom 15. Februar d. Js. das Ansuchen der Bauersheleute Ignaz und Margaretha Maier, zu Reichling, auf Anrufen eines Hypothekgläubigers dem gerichtlichen Zwangsverkaufe unterstellt, und die gegen denselben angebrachte Nullitätsbeschwerde vom Oberrevisionsgerichtswesen worden ist, so hat man zur Vornahme der öffentlichen Versteigerung des Maierlichen Anwesens auf

Montag den 27. November l. Js.
Vormittags 10 Uhr,

in der Landgerichtskanzlei Termin anberaumt.

Das Anwesen besteht aus dem Wohnhause nebst Oekonomiegebäuden, Stallung und Hofraum, ferner aus 94 Tagw. 73 Dez Aecker-, Wiesen und Polytheilen, ist zum königl. Rentamte Schongau grundbar, entrichtet 8 fl. 49 kr. einfache Rustikal- und 4 kr. Haus-Steuer, ferner fährtelt zum Rentamte Schongau an Scharwerksgebern, Handlohnsturm, Malerschatzsteuer, Stift, Grundzinsen und andern Lasten die Summe von 86 fl. 37 kr. 2 dl., zur Pfarrkirche Reichling 20 kr. Wachszist, dem Mesner daselbst eine Garbe Reesen und Haber und einen Laib Brod, und ist gerichtlich auf 7205 fl. taxirt.

Kaufsliebhaber werden zur Versteigerung mit dem Bemerken eingeladen, daß der Zuschlag nach §. 64 des Hypothekengesetzes und §§. 98 bis 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 geschehe, und daß dem Gerichte unbekannte Käufer sich über Vermögen und Leumund durch Vorlage legaler Zeugnisse auszuweisen haben.

Die näheren Verkaufsverhandlungen werden bei der Versteigerungstagsfahrt bekannt gegeben, welcher auch, sowie die dahin in der Gerichtskanzlei die nähere Beschreibung des Gutes, sowie das Taxationsprotokoll zur Einsicht aufliegen wird.

Schongau am 23. Sept. 1848.

Königl. Landgericht Schongau.
Mangst.

Bekanntmachung.

174. In der Konkurssache der Anna Maria Albrecht, Müllerswittwe von Blaichach, wird die in gehörige Konkursmasse vorstehst, in einem Schätzungswerthe von 23,737 fl. 30 kr., am

Montag den 6. November l. Js.,
Vormittags von 9 bis 12 Uhr,

im Orte Blaichach dem öffentlichen, gerichtlichen Verkaufe unterstellt.

Dieses Anwesen besteht:

1) aus dem ganz neuerbauten zweistöckigen Mühlenhause, massiv von Stein, und mit Ziegeln gedeckt; hat fünf Mahlgänge und das hiezu entsprechende Maschinenwährwerk; alles in gutem Zustande;
2) aus einer Sägmühle, mit zwei Sondergängen und eine Zuhrmehrmaschine; ganz von Holz gebaut und mit Ziegeln gedeckt;
3) aus dem Wohn- und Oekonomie-Gebäude unter einem Dache, massiv von Stein gebaut und mit Ziegeln gedeckt, ebenfalls im besten Zustande;
4) aus 12 Tagw. 62 Dez. Wiesen, Holzgründen und Viehweide.

Diese Realitäten liegen in dem schönen Gebirgsthale zwischen Immenstaat und Sonthofen, in einer zum Betrieb dieses Gewerbes sehr vortheilhaft gelegenen Gegend, in welcher fast kein Getreide gebaut wird.

Das Anwesen ist freieigen, und zahlt nur die gewöhnliche Grund- und Gewerbe-Steuer, und kann daselbe stets an Ort und Stelle besichtigt werden.

Hiezu werden Kaufsliebhaber mit den Bemerken vorgeladen, daß der Verkauf nach §. 98 bis 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 und des §. 64 des Hypothekengesetzes erfolge, und unbekannte oder zahlungsunfähige Steigerer nicht zugelassen werden.

Immenstadt am 6. Okt. 1848.

Königl. bayer. Landgericht.
Pedderling.

173. (2b)

Ankündigung zum Abonnement.

Der

Deutsche Volksmann.

Dieses Blatt, welches seit dem 19. August d. Js. hier wöchentlich einmal erschienen ist, wird vom

20. Oktober dieses Jahres an

als eine rein politische Zeitung täglich erscheinen und am Schlusse jeder Woche ein Unterhaltungsblatt beigegeben werden.

Alles ist bereits geschehen, um in dieser Zeitung so schnell als möglich die all-wichtigen und vielbesprochenen Tagesbegebenheiten zu liefern; denn nicht allein in allen Gegenden Deutschlands, sondern auch in den westlichen Hauptstädten Europa's haben wir ausgezeichnet tüchtige Männer als Mitarbeiter und Korrespondenten gewonnen, so daß wir besonders streng der Wahrheit ertreue wie möglichst unpartheiische Original-Mittheilungen geben können.

Wichtige Ereignisse aus Paris kommen uns stets in wenig Stunden durch den Telegraphen in Straßburg zu.

Der Pränumerationspreis in Baden-Baden (Daguerreotypien Stephanien-Straße No. 20.) beträgt vierteljährlich **2 fl. 30 kr.**, vierteljährlich **1 fl. 15 kr.** und auf die Zeit vom 20. Oktober bis 31. Dezember 1 fl.

Auswärts nehmen alle Postanstalten Bestellungen auf diese Zeitung an, welche wie so schnell als möglich zu bezahlen bitten.

Inserate werden die Petitzeile mit 2½ Kreuzer berechnet, als auch der Zeitung eingesendete Beiträge angenommen und auf das Anständigste honorirt.

Baden-Baden, im Oktober 1848.

Die Seebnioweky'sche Buchdruckerei.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Entwurf zur deutschen Reichsverfassung.

(Fortsetzung.)

Art. V. §. 25. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht über die für Schiffe oder Flöße fahrbaren Flüße und die Mündungen der in dieselben fallenden Nebenflüße, über die dem allgemeinen Verkehr dienenden Kanäle und Seen, so wie über den Schiffahrtsbetrieb auf diesen Wasserstraßen. Minoritätsrechten. Statt dieses Paragraphen möge folgende Bestimmung aufgenommen werden: „Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht über den Schiffahrtsbetrieb auf den für Schiffe oder Flöße fahrbaren Flüssen und auf den Mündungen der in dieselben fallenden Nebenflüße, so wie auf den zum allgemeinen Verkehr dienenden Kanälen und Seen. „Wie und mit welchen Mitteln für die Erhaltung und Verbesserung der Schiffbarkeit der schiffbaren Gewässer gesorgt werden soll, bestimmt ein Reichsgesetz." (Scheller, Detmold, Mühlfeldt, v. Rotenhan.) §. 26. Alle deutschen Flüße sind für deutsche Schiffahrt und Flößerei frei von Flußzöllen. Bei den mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüssen tritt für die Aufhebung dieser Flußzölle eine billige Ausgleichung ein. Wie und mit welchen Mitteln für die Erhaltung und Verbesserung der Schiffbarkeit dieser Flüße gesorgt werden soll, bestimmt ein Reichsgesetz. Minoritätsrechten. 1. Dieser Paragraph möge folgendermaßen lauten: „Alle deutschen Flüße sind für deutsche Schiffahrt und Flößerei frei von Flußzöllen. Die Aufhebung der vorhandenen Flußzölle geschieht gegen eine billige Ausgleichung." (Scheller, Detmold, Mühlfeldt, v. Rotenhan.) Minoritätsrechten II. Der Wegfall der zweiten Sätze wird beantragt von Blum, Schüler, Wigard. §. 27 Die Hafen-, Krahn-, Waag-, Lager-, Schleußen- und dergleichen Gebühren in den an diesen Flüssen und den Mündungen der Nebenflüße gelegenen Orten unterliegen der Gesetzgebung und Oberaufsicht des Reichs. Es darf in Bezug dieser Gebühren eine Begünstigung der Angehörigen eines deutschen Staates vor denen anderer deutschen Staaten nicht stattfinden. §. 28. Flußgüter und Schiffsfahrtsabgaben dürfen auf fremde Schiffe und deren Ladung nur durch die Reichsgewalt gelegt werden. Art. VI. §. 29. Die Reichsgewalt hat über das gesammte deutsche Eisenbahnwesen das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht, so weit der Schutz des Reichs oder das Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs es erheischen. Minoritätsrechten. Der letzte Satz möge so gefaßt werden: „so weit es es zum Schutze des Reiches und im Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs für nothwendig oder zweckmäßig erachtet." (Zell, Wigard, Riesser.) §. 30. Unter denselben Voraussetzungen hat die Reichsgewalt das Recht, Eisenbahnen anzulegen oder deren Anlage zu bewilligen, so wie vorhandene Eisenbahnen auf dem Wege der Enteignung zu erwerben. Die Verfügung über Eisenbahnen steht der Reichsgewalt gegen Entschädigung frei. §. 31. Bei der Anlage oder Bewilligung von Eisenbahnen durch die einzelnen Staaten ist die Reichsgewalt befugt, den Schutz des Reichs und das Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs wahrzunehmen. §. 32. Der Reichsgewalt steht das Recht zu, zum Schutz des Reichs oder im Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs Landstraßen zu bauen, Kanäle anzulegen, Flüße schiffbar zu machen oder deren Schiffbarkeit zu erweitern. Sie hat für die Unterhaltung der so gewonnenen Verkehrswege zu sorgen. Die bei derartigen Fluß- und Kanalbauten gewonnenen Vorlandungen gehören dem Reich. Art. VII. §. 33. Das deutsche Reich soll ein Zoll- und Handelsgebiet bilden, mit Wegfall aller Binnengrenzzölle. Der Reichsgewalt bleibt es vorbehalten, auch außerdeutsche Länder und Landestheile mittelst besonderer Verträge dem deutschen Zollgebiet anzuschließen. §. 34. Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen. §. 35. Die Zolleinkünfte werden nach Anordnung der Reichsgewalt erhoben und aus denselben ein bestimmter Theil nach Maßgabe des jährlich festzustellenden Budgets für die Ausgaben des Reichs vorweg genommen. Das Uebrige wird an die einzelnen Staaten vertheilt. Minoritätsrechten. Dieser Paragraph möge folgendermaßen festgestellen. §. 36. Die einzelnen deutschen Staaten sind nicht befugt, auf Güter, welche über die Reichsgrenze ein- oder ausgehen, Zölle zu legen. §. 37. Der Reichsgewalt steht es zu, die Productions- und Verbrauchsheimen festzusetzen und zu überwachen, in so weit es sich durch die Aufhebung der Binnengrenzzölle nothwendig zeigt. Minoritätsrechten 1. Die Streichung dieses Paragraphen beantragen Scheller, Detmold, Mühlfeldt, v. Rotenhan. Minoritätsrechten II. Der Wegfall der Worte: „in so weit es sich durch die Aufhebung der Binnengrenzzölle nothwendig zeigt" wird beantragt von Wigard, Blum, Schüler. §. 38. Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung über den Handel und die Schifffahrt, und übernacht die Ausführung der darüber erlassenen Gesetze. §. 39. Erfindungspatente, die sich auf das ganze Reich erstrecken, werden von Reichs wegen auf Grundlage eines Reichsgesetzes ertheilt.

(Schluß folgt.)

Aus Wien vom 11. Oktober.

Die entnehmen den Wienern Blättern, hauptsächlich dem Journale des Österreichischen Lloyd, noch einige Ergänzungen zu unserem Morgenberichte aus Wien vom 11. Okt. Wir bemerken in den Berichten des angeführten Journals da und dort einzelne Wendungen, welche im Gegensatze stehen zu seinem Gesammtinhalte, der meist dem Terrorismus der Wiener Revolutionäre eben so übertrieben „wienerisch" lautet, wie der radikalsten Wiener Blätter. Das Journal des österreichischen Lloyd hat von Triest aus den Donau und seine Ansichten in einem ganz anderen Lichte gesehen, wie heute, wo es gezwungen ist, durch die ihm aufgedrungene revolutionäre Brille zu sehen. Dieses voraugeschildert gesehen wir zu dem Berichte selbst. Unter dem 10. Okt. heißt es: Der Kaiser ist gestern Abend von Stockerauschicken in Krems jenseits der Donau eingetroffen. Bewohner von Stein wollten durch Abbruch einer Brücke seiner Reise hemmen, wurden aber durch die Kramer Nationalgarde daran verhindert. Etwa 4—5000 Mann mit 8 Kanonen bildete seine Bedeckung. In seiner Umgebung will man czechische Deputirte bemerkt haben. Thatsache ist es, daß die Deputirten der czechischen Partei Wien und den Reichstag verlassen haben, aber wohl weniger aus Furcht, als aus politischen Rücksichten. Die Nacht vom 10. auf den 11. brachte der Kaiser in Herzogenburg zu und ist in Begleitung der Truppen auf der Znaimer Straße nach Böhmen weiter gereist. Als er durch Stein (ein sehr kleines Städtchen) zog, sollen vor und hinter dem kaiserlichen Wagen Kanonen mit brennender Lunte gefahren sein, und eine halbe Stunde vor seiner Ankunft soll man sogar das Stadtrecht in Stein verkündet haben (?). — Ueber die man sogar das Stadtrecht in Stein verkündet haben (?). — Ueber die zwischen der Wieden und Landstraßen versammelte Truppenmacht wird gesagt, daß sie sich durch Herbeiziehen aller Truppentheile aus der Nachbarschaft noch bedeutend vermehrt habe. Nach ganz glaubwürdigen Nachrichten sind folgende Truppen im Lager vereinigt: 3 Bataillone Italiener (Polen); 2 Bataill. Bianchi (Polen); 2 Bat. Khevenhüller (Czechen); 2 Bat. Baumgarten (Czechen); 1 Bat. Stephan (Szekler); 1 Bat. Prinz Leopold (Böhmen); 1 Bat. Grenadiere (deutsch und böhmisch); 9 Kompagnien Pioniere (die bereits am Graben geschossen); 1 Division Mineurs und Sappeurs; 2 volle Regimenter Kavallerie; 6 Batterien (kleine Haubitzen und grobes Geschütz); 1 Bataillon Jäger. Die Stellung der Truppen ist so, daß sie gegen allen Angriff gesichert sind, und alle Kriegskünstler sprechen offen aus, daß jeder Angriff verrückt sind, und alle Kriegskünstler sprechen offen aus, daß jeder Angriff verrückt wäre. Außerdem sind mit der Verfügung der Stadt sorgsahren; jedes Thor hat drei vollkommen kunstgerecht gebaute Barrikaden mit Schießscharten, einige sogar beweglich, auf Matratzen gebildete Hinterbarrikaden. Die Thore sind jedes mit mehren hundert Schützen besetzt, und die Kanonen auf den Wällen werden vermehrt. Am 11. verbreiteten sich die widersprechendsten Gerüchte, welche das Journal des österreichischen Lloyd in Bezug auf Pesth nachdruckt. Nachdem Jellachich Komer in völliger Auflösung, obgleich sie aus 18,000 Mann, 30 Kanonen und einer Raketenbatterie besteht; 20,000 Ungarn in Brück an der Leitha bereit, jeden Augenblick nach Wien zu ziehen; in Preßburg 15,000 Mann mit der gleichen Absicht, so am 12. werden die Ungarn sogar schon in Wien als Freunde einziehen. — Alle diese sehr geneigt, diese Nachrichten für übertrieben und einer weiteren Bestätigung bedürftig zu halten. — Schließlich erwähnen wir nur noch, daß sich in der Stadt selbst bereits die Lust zu Erpressungen und Plünderung regt, wobei zu größerem Nachdruck die Uniform der akademischen Legion benutzt wird. Diese hat freilich in einem Plakate eine solche Scheinthätigkeit zurückgewiesen und aufgefordert, derartige Individuen der Stadtcommunschaft zu überliefern. — Aus Prag meldet man 9 Uhr Mg. vom 12. Oktober, daß die Wiener Ereignisse sei den dortigen Bevölkerung die ungebeuerste Erbitterung hervorgerufen haben, gegen die Urheber und Leiter des Aufstandes; „sollte die Minorität" heißt es in einem Aufrufe, der deutsch und böhmisch abgefaßt ist, „sollte die Minorität des Reichstags die Grenzen ihres Rechtes überschreiten und gewaltsam der Regierung sich bemächtigen, so erkennen wir diese willkürlich zusammengetretene Versammlung nicht als solche und werden den Platz anweisenden Reichstagsabgeordneten verhaftet Proklamation, die sich gegen Wien und die dortigen Tendenzen aussprecht, wurde am 10. erwartet. — Das Militär war seit dem Eintreffen der Wiener Nachrichten konsignirt.

Wien, 7. Okt. Schmach, ewige Schmach den Demagogen und Wühlern, die dem Menschenmord des Kriegsministers Grafen Latour als raunschlüchtige Blutschuld für immer in der Geschichte brandmarkt; Schmach aber auch dem Reichstag, der statt den von Frankfurt nach ähnlichem traurigen Ereignis nachzuahmen, den Anmelde der Mörder zu bewirken durch ein öffentliches Plakat verspricht.*) Obwohl Ihnen mehr als ein Korrespondent über diesen greulichen Meuchelmord berichtet haben wird, so sind die Details desselben noch so genau, wie sich von dem kannibalischen Detail, das denselben begleitete, unterrichtet. Das einzige, was dem Grafen zur Rettung gegeben werden kann, ist, daß er es an den nöthigen Vorsichtsmaßregeln ermangeln ließ, so daß das Gesindel frei beim Thore hereingetreten war und die ganze Treppe füllte, als der Ministerrath, welcher im Hofreisgerathssaale gehalten ward, um 5 Uhr Nachmittags auseinandertrieg; der Graf verstecke sich im vierten Stock oder auf dem Boden mit einem treuen Diener, der bei ihm ausblieb, während alle Stabsoffizier, die ihn kurz vorher umgeben hatten, wie eine Staubwolke nach allen Seiten hin auseinander stoben. Ein Nationalgardist, der ihn nebst einem der durch unsarischen Geld und den demagogischen Klubb zum Abfall verleiteten Grenadiere der Regimenter Nassau und Hradowsky mit Flintenkolben erschlagen

*) Das Plakat lautet wörtlich: „Der Reichstag hat mit Bedauern die Nachricht von der Ermordung des Kriegsministers Grafen Latour vernommen. Er fordert die Urheber dieser That auf, sich zu stellen, und verspricht ihnen Sicherheit. Wien, 7. Oktober 1848. Der Präsident des Reichstags: Strobach."

hatte, schleppte den Leichnam die Stiege herunter, und derselbe ward zuerst an ein Fenster im Hofe aufgehenkt, wo nicht die Spuren des Blutes zu sehen; der durch die Wühler emmenirte Pöbel, der sich das Volk von Wien nennt, hackt dem Leichnam die Augen aus und schnitt ihm die Haden aus. Nach solcher kannibalischer Verstümmelung wurde derselbe vor dem ak. Nach solcher kannibalischer Verstümmelung wurde derselbe vor dem Kriegsgebäude an dem Galkenleiter aufgehenkt. Beim ersten Versuch brach der Strick, worüber der Pöbelhaufe in lauten Gelächter ausbrach; dann blieb er nur bis auf die Brust der Leiche, dieser emanzipirten Weiber die nackt hängen zum großen Jubel der Wiener, dieser emanzipirten Weiber die alle Scham und Sittlichkeit ausgegeben. Wie das ungarische Gelb, das unter die Grenadiere vertheilt ware, der erste Anlaß dieses Meuchelmordes, so haben den des Grafen Lamberg die Handlanger Kossuths auf dem Gewissen (wenn sie einen haben). Denn nur durch einen solchen Streich, nur durch den unverantwortlichsten Hochverrath der Reichskriegsrath und verbrecherisch verletzte Staatsgeheimniß geschah es, daß, während Graf Lamberg nach Pesth reiste, um dort das Manifest des Königs durch den Generalbefehl (?) kontrasignirten zu lassen, von hiesigen Ungarn dieses Manifest zu vielen Tausenden gedruckt und in Pesth verbreitet ward, um die Gemüther als wider eine unregelmäßige Handlung des Königs zu fanatisiren. Daß die Aula, die nun den vollständigen Sieg über die Regierung und über den zugestandenen Zweck der Aufstand gegen erfechten, unter den aber den zugestandenen Zweck der Aufstand gegen erfechten, unter den aber den zugestandenen Zweck zu bekämpfen zwei Mitgliedern des Erhrn. v. Doblhoff verantwortlich, ist natürlich; er ist ihr bester radikalster Freund; und um ihn für alle Zeiten in der Geschichte zu charakterisiren, wird es genug sein, unter sein Porträt die von ihm im Reichstage gesprochenen merkwürdigen Worte zu schreiben: „Fragen Sie nur die Aula wie gut ich mit ihr stehe.“ Von der Auflösung derselben und folglich auch von der einzigen Möglichkeit an dem anarchischen Zustande, in dem wir seit sechs Monaten leben, herauszukommen, kann keine Rede sein. Die kaiserliche Familie ist diesen Morgen von Militär und zugestimmten Nationalgarden begleitet, abgereist; da dieß aber auf der Straße von Hüttelsdorf geschah, so scheint es nicht, daß dieselbe den nach meiner Meinung einzig besten (?) Entschluß gefaßt habe, sich unter den Schutz von Jellachich zu stellen. Diesem hat nach auf Kaiserl. Befehl Schwarzenberg, Lieutenant Nugent aus Steiermark ein ansehnliches Truppencorps zugeführt. Baron Wessenberg ist auch diesen Morgen abgereist; er und Graf Latour waren die zwei einzigen, welche auf Mäßregeln zur Schließung des demagogischen Vereins, der unablässig die Truppen und das Landvolk bearbeitet, im Ministerrath angetragen; er fand aber bei seinen Kollegen keiner kleine Unterstützung. Die zwei braven Kampagnien im nun gänzlich geplünderten Zeughaus wollen dadurch sich auf den letzten Mann ehren lassen, daß sie Schadenfreude (aus Schmücke) ging ihnen der Beschl ab, das Haus zu stürmen, da sich zu regieren; die Falge davon war, daß dasselbe bis auf die letzte Flinte und Pistole rein geplündert und das ganze Proletariat bewaffnet ist. Nach sind die Barrikaden nicht abgebrochen; das Militär hat sich aus den Kasernen nach dem Belvedere und botanischen Garten zogegen, es ist aber viel zu schwach und hat keinen energischen Mann an der Spitze, der es wagen könnte, Wien in Belagerungszustand zu erklären und die Rädelsführer, die frei herumgehen, der verdienten Strafe zu überliefern. Wenn nicht Jellachich zuletzt als deus ex machina auftritt, um unserm beklagenswerthen Zustäuden ein Ende zu machen, so ist nur immer Schlimmeres zu erwarten.

(M. B.)

Deutschland.

Hohenzollern Sigmaringen. Sigmaringen, den 10. Okt. Die Regierung ist zurückgekehrt, und heute rückte das K. Hayersche Leibregiment nebst einiger Artillerie und Reiterei hier ein; die eine Hälfte ist in der Stadt, die andere in den benachbarten Dörfern einquartirt. Die Regierung Steephani, der von dem Reichsdomizil Fürsten Keller mit der Führung der Untersuchungen beauftragt ist, wahnt nebst dem Regimentsstabe in den fürstl. Schlosse. Die Verhaftungen und Untersuchungen haben bereits begonnen; Oberlieutenant von Hofstetter hat sich in die Schweiz geflüchtet und dürfte sich in Gemüthaken. Würth, der Präsident des Sicherheitsausschusses und der Fransturmer Depeschen, hüten seit acht Tagen das Bett; der fürstl. Rath Schaffner ist auch verhaftet. — Als wir die Erklärungen des Sicherheitsausschusses und der Fransturmer Depeschen lasen, welche u. A. auch gegen unsere Mittheilungen gerichtet sind, konnten wir und des schmerzlichen Gefühles nicht erwehren, welches ein sinnlich zusammengestelltes und mit seltener Zuversicht vorgetragenes Lügengewebe immer hervorbringt. Die Flüche Faustinens, der von allen eigenen Leuten „Marat“ genannt wird, die Zusammung des ganzen Landes mit nur theilweiser Ausnahme der Stadt Sigmaringen und so viele andere Dinge haben unsere Behauptungen bestätigt. Wenn die Ausübung eines sinnfrohen Terrorismus Aufrechterhaltung zum Ruhe und Ordnung genannt werden darf, so haben wir keine weitere Einwendungen mehr zu machen. Mit welcher Unrichtigkeit, Willkür auch Umsichtheit die Deputation des Sicherheitsausschusses verfahren, ist Frankfurt unserer Zustände schellteret habe, mag unter Anderem daraus hervorgehen, daß wir allerdings eine Gth. Kasserenz (oberste Staatsbehörde), ein Kaiserlich (Appellationsgericht), eine Landesregierung und neun Bezirksämter (warunter zwei standesherrliche) haben, daß aber alle diese Behörden nicht vom Lande, sondern aus den Domänenkassen der Landes und der Standesherren bezahlt werden. Ueberdieß hat der Landesfürst nicht nur verschiedene Gefälle mit einem jährlichen Ertrage von 20,000 fl. unentgeltlich nachgelassen, sondern leistet auch bis zur definitiven Regelung der Donaudampfzuge einen jährlichen Beitrag von 41,000 fl. an die Landeskasse u. s. w. Wie grundlichere Beschwerden hat die Frankfurter Deputation ganz unterführt gelassen. Unsere Zustände sind von der Art, daß auch fanatische Männer eine Umgestaltung derselben als nothwendig anerkennen; ob mit der in Aussichtgestellten Einverleibung in einen größern Staat gehalfen werde, bleibt dahingestellt; namentlich würde die Stadt Sigmaringen, welche einer grundlichen Hülfe bedarf, sehr darunter leiden (das Land aber und vor Allem das Interesse der Einheit Deutschlands gewinnen).

(Schw. M.)

Frankreich.

△ **Paris**, 10. Okt. Ich habe vor Allem einen Irrthum in meinem gestrigen Schreiben zu berichtigen. Das Amendement des Hrn. Droulle, wonach die Generale von der Kandidatur zur Präsidentenwahl ausgeschlossen werden sollten, ist nicht angenommen, sondern fast einstimmig verworfen worden. Die Kandidatur des Generals Cavaignac bleibt also bestehen. Der weitere Theil des Amendement, wonach die Mitglieder der Familien, die über Frankreich geherrscht haben, van der Wahlfähigkeit zur Präsidentschaft ausgeschlossen sein sollen, hatte das gleiche Schicksal; auch dieser wurde mit großer Mehrheit verworfen. Ludwig Napoleon hatte zwar noch unter allgemeiner Spannung und Neugierde die Rednerbühne bestiegen. Man hatte schon eine glänzende Probe seines Rednertalents von ihm erwartet, aber die Enttäuschung war groß. In ziemlich verlegener Haltung stammelte er einige wenige Worte, des Inhalts: er wolle nicht gegen das Amendement sprechen. Hinreichend belohnt dadurch, seine Rechte als Bürger plötzlich wieder gefunden zu haben, verfehle ihn jetzt kein anderer Ehrgeiz. Nicht für sich erbeten er Einsprung durch seine Bedingungen mehr ihn und den Namen eines Prätendenten, den man ihm gebe, sondern im Namen der 300,000 Wähler, die ihn dreimal ernannt, erbebe er Einsprach, und weise gänzlich diesen Namen eines Prätendenten, den man ihn stets an den Kopf werfe, zurück. Nach diesen wenigen Worten verließ er hastig mit einem Ausdrucke halb von Verlegenheit, halb von übler Laune im Gesichte, zum allgemeinen Erstaunen die Rednerbühne wieder. Wie verblüfft sahen die Abgeordneten sich gegenseitig an. Einige riefen: „Wie, das ist Alles! Weiter nichts als dies!“ Ein anderer machte sein beißenden Witz: „Das ist allerdings eine Rede ohne Prätensionen!“ (Allgemeines Gelächter.) Ludwig Napoleons Kandidatur hat heute durch sein ungeschicktes Benehmen einen beträchtlichen Stoß erlitten. Art. 42 der Verfassung ist nun in der Fassung der Kammission angenommen, ohne daß dann der Art. 45, nach welchem der Präsident auf 4 Jahre erwählt wird, ohne daß dann der Art. 45, nach welchem der Präsident auf 4 Jahre erwählt wird, ohne daß dann der Art. 45, nach welchem der Präsident auf 4 Jahre erwählt wird nicht einen Zwischenraum von 4 Jahren wieder wählbar ist. Wenn den vereinigten Staaten kann der Präsident unmittelbar nach Ablauf seiner vierjährigen Verwaltungsperiode wieder gewählt werden. Die Abstimmungen der letzten Tage haben die gegenwärtige Regierung sehr erschüttert, die Gemüther aufgeregt. General Cavaignac soll entschlossen sein, von der N.-Versammlung die Ermächtigung eines möglichst nahen Tages für Vornahme der Präsidentenwahl zu verlangen. Was die N.-Versammlung beschließen wird, läßt sich noch nicht voraussehen. Die Kammission schlägt Wahl alsbald nach dem Datum über die Verfassung vor, und möglicher Weise könnte dieselbe also schon im Laufe Novembers vor sich gehen.

Nachschrift.

Auflagen van Reisenden zufolge rücken 40,000 Ungarn den Wienern zu Hilfe.

Smith O'Brien ist am 6. Okt. zu Dublin schuldig befunden worden.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 12. Okt. Oesterr. 5proz. Metall. 68½, 4proz. 56½, 3proz. 42½, 2½proz. 35½. Bankaktien 1150. P. 500 fl.-Loose 119½, 250 fl.-Loose 76. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 88 P. —

Staatsschuldscheine 3½proz. 74½. — Bayer. 3½proz. 78. — Ludwigsh. Bexbach 66. — Württemberg. 3½proz. 75½. — 4½proz. 91½. — Baden. 3proz. 60. — Loose-Anlehen à 50 fl. 45. — 35 fl.-Loose 25½. — Darmstädt. 3½proz. 74. — 4proz. 82½. — Lotto-Anlehen von 50 fl. 25 fl.-Loose 20½. — Kurhess. Prämien-Anl. 40 fl. 40 Thlr.-Loose 24½. — Nassau. 3½proz. 60½. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. Anlehen 3½proz. 90. 85½. — Taunusbahn 268. — Holländ. Integr. 45. — Span. 3proz. innere Schuld 17½. — Port. 300 fl.-Loose. — 500 fl.-Loose 67. — Sard. 36 Fr.-Loose 25½. — Dän. 2.

Paris, 10. Okt. 3proz. 44.25, 5proz. 68.50. — Sechsfl. 42½. — Bankaktien 1540. — Staatsobligationen 1100. — Bier Kanäle 840. — Kanal von Rhône 1580. — Eisenbahnen von 1840 78. — von 1843 78½. — 4½proz. 70½, 5proz. 2½proz. — Belg. Bank —. — Neap. 5proz. 84. — Röm. 5proz. 64. — Span. 3proz. 23½. — Aktien 13½. — Portug. 2½ Piem. 875. — Holl. — St. Germain 68.10.

(Akte) 92.50. — Orleans 630. — Nanzen 375. — Paare 185. — Marseille 190. — Basel 60. — Bierzon 226. — Boulogne —. — Verdeaux 375. — Nordbahn 362.50. — Montereau 115. — Lyon 361 25. — Straßburg 327.50. — 313. — Dieppe —. — Creuzot —. — Montpellier —. — Le Rebe —.

Druck und Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Sonnabend den 14. Oktober 1848.

Neueste aus Wien vom 11. Oktober.

*Wien, 11. Okt. In der gestrigen Abendsitzung des Reichstags wurde die denkwürdige Antwort, welche der Banus Jellachich den an ihn gesandten Reichstagsdeputirten Prato und Pillinski ertheilte, vorgelesen; sie lautet beiläufig: „Die Beweggründe, welche mich veranlassten, den Marsch meiner Truppen hierher zu richten, sind die Pflichten, welche mir als Staatsdiener und Militär obliegen. Als Staatsdiener bin ich verpflichtet, nach Kräften der Anarchie zu steuern: als Militär zeigt mir der Donner der Geschütze meine Marschroute an. Die Gesinnungen, die mich beseelen sind die Aufrechthaltung der Gesammtmonarchie und Treue gegen den konstitutionellen Kaiser. Darum ist meine Wahl, wessen Verfügungen ich folgen soll, nicht schwer. Die Bequartirung belästigt Niemand, da die Armee lagert. Von ungarischen Truppen werde ich nicht verfolgt. Wenn sie k. k. Militär auf österreichischem Boden angreifen, werde ich Gewalt Gewalt vertreiben. Auf österreichischem Gebiete kenne ich keine kroatischen Truppen, sondern blos k. k. österreichische, denen ich anzugebenden die Ehre habe." (Stolzwusiseel 10. Okt. Jellasich m. p.) Die vergangene Nacht war äußerst stürmisch, die Häuser waren beleuchtet, mehrere Stadtthore verbarrikadirt die Basteien mit Kanonen besetzt, die bewaffneten Gruppen patrouillirten. Außerhalb der Thore und linien war unter dem Militär starke Bewegung. Auch die inneren Linienthore sind verbarrikadirt und die Schanzen sind besetzt. Die gestern ausgetheilten schönen Gewehre scheinen nach Ungarn bestimmt gewesen zu sein und lagen schon seit 3 Tagen im Hauptmauthgebäude in Kisten verpackt, einem an dik zu folge, sollen sie belgisches Fabrikat sein. Ein Plakat des Studentenkomites widerlegt das Gerücht eines Angriffes auf die Truppen, ein zweites limitet so eben an, daß das Prager Studentenkomite durch die Abg. Gergl und Kleinert als Slaven auffordert für die Wiener zu kämpfen. Hornbostl soll hievon geschrieben haben, daß er die Kontrasignanz der Kaiserl. Gutschließungen nicht mit seiner Ueberzeugung vereinen könne, und daher seine Entlassung eingereicht habe!! Die Stücke der hier lagernden Truppen wird auf 16,000 Mann angegeben. Aus Brünn und andern Ortschaften dieser Seite sind etwa 700 Nationalgarden hier eingerückt. — Die Ungarn lassen auf sich warten; der Weg nach Preßburg ist beiderseits gesperrt. — Excesse sind keine vorgekommen. — (1 Uhr.) Ob die Post abgeht, wissen wir nicht; die Bertiner und Pariser kam bis jetzt nicht an. Heute war die Börse geschlossen; wir tragen den gestrigen Börsenbericht hiemit nach: u. z. 5proz. Metall. 70⅛, Nordbahn-Eisenbahnaktien 100½, Livornoser 62½, Dukaten 17⅝. Die übrigen Kurse und Fonds sind ziemlich, die fremden Devisen um ½ Prozent gewichen. Die Börse war geschlossen.

△ Wien, 11. Oktbr. Wir haben eine sturmvolle Nacht durchlebt. Gestern Abends vernahm man überall Alarmschlag und Sturmgeläute, und aller Orten begegnete man bewaffneten Scharen. Bei Marsch! marsch! die Truppen Jellachichs bereit mit einer Abtheilung der Nationalgarden handgemein worden. Zwei ungarische Reichstagsdeputirte, hier angekommen, versicherten dem Studentenkomite die Ankunft von 30,000 (!) Magyaren, wenn sich Wien nur einige Tage zu halten vermöge. Es währte sich bald auf, daß der Zusammenstoß bei Marsch! nur zwischen einer Mißkomitive der heutigen Nationalgarde einer unirten vom Regiment Nassau stattgefunden hatte. Der ungarische Ministerpräsident Mesley soll gefangen und vorläufig auf der Universität verwahrt sein. Mehreren gefangenen Legionären hat F.M.L. Auersperg gegen ihr Ehrenwort, zurückzukehren, erlaubt, auf kurze Zeit in die Stadt zu kommen. In der Nacht noch forderte das Studentenkomite die Landleute zur Umgegend auf, Lebensmittel in die Stadt zu bringen; unterwegs suchten Abgeordnete des Gemeinderathsausschusses das Laufvolk zu einem allgemeinen Aufstande zu bearbeiten, um den Truppen bei einem Angriffe auf die Stadt in den Rücken zu fallen. In der Abendsitzung des Reichstags meldete die um 3 Uhr an Auersperg abgeordnete Deputation, daß sie nach dreistündigem vergeblichem Warten abermals eine abschlägige Antwort über alle Punkte erhalten habe. Er will seine Stellung nun ändern, wenn die Proletariat und alle nicht zur Nationalgarde [illegible] feil energischen Worten vor einem Angriff auf sein Lager gewarnt. Jellachich hat der an ihn abgesandten Deputation unter Anderem gesagt, er werde alles thun für Gleichberechtigung der Nationalitäten und für Unterdrückung der Anarchie. Die Deputirten sollen ihm gesantwortet haben: Wenn Sie zum Aeußersten schreiten, so schreiten auch wir zum Aeußersten. Das Zeughaus ist, wie ich höre, auf Anordnung des Reichstags abermals geöffnet, um alles zu bewaffnen. In der heutigen Reichstagssitzung kündete der Berichterstatter der verwunerten Siebenbürgischen Kommission an, es seien Nationalgarden aus Olmütz zu erwarten, und auch Hilfe aus Steiermark der aufgeboten durch den Telegraphen. Der Abg. Höfner berichtet aus Brünn, er habe den Kaiser noch nicht gefunden. Der Minister Hornbostl schreibt an den Reichstag er habe seine Entlassung den Kaiser eingereicht, weil er nicht das für die Verantwortlichkeit eines Ministers nöthige Vertrauen länger zu besitzen glaube. Auch die Entlassungseingabe selbst wird vorgelesen. Als Grund wird darin angegeben die Weigerung des Kaisers, dem Verlangen des Ministers daß Jellachich unter das österreichische Ministerium gestellt werde, Folge zu geben. Der Kaiser hatte übrigens die Entlassung noch nicht angenommen. Die Kommission beantragt eine Abordnung von Mitgliedern aus allen Gouvernements an den Kaiser zu senden zur treuen Darstellung der Sachlage. Nach Annahme des Antrags wird sogleich zur Wahl geschritten. Die Kommission berichtet ferner, daß der Oberbefehlshaber der Nationalgarde mit Bildung eines Generalstabs beauftragt sei. Der Reichstag erklärt so eben durch einen Mauerausschlag, daß er das Einschreiten der Magyaren nicht für eine Gebietsverletzung ansehe. Polen, die schon bei früheren ähnlichen Anlässen sehr thätig hier sich gezeigt, wollen jetzt eine besondere Legion bilden. Es heißt, eine Anzahl gefangener Kroaten werde eingebracht.

Wien, 10. Okt. (4 Uhr Nachm.) An allen Straßen Alarm. Die Garden eilen zu den Sammelplätzen. Die Thore werden geschlossen. Jellachich soll sich der Stadt nahern, ohne daß man eine Absicht kennt. Eine Deputation des Reichstages begibt sich zu ihm. Die Linien sind vom Volke verbarrikadirt. — (Nachts 11½ Uhr.) Die Sturmglocken rönnen, vom Stephansthurm fliegen Signalraketen auf, der Ruf: „zu den Waffen", ertönt. — (12½ Uhr.) Alles ist wieder ruhig, die Vorstädte sind erleuchtet, die Nationalgarden auf ihren Sammelplätzen. Jellachich hat sich durch in der Nacht herbeigezogene Truppen verstärkt. (Oesterr. Bl.)

Deutschland.

Bayern. — Kaiserslautern, 8. Okt. Gestern ist und Heil widersahren! Drei Apostel des Heils — der Reichskanarienvogel: Mösler von Oels. Hr. Schmitt und Hr. Leverson begleiteten uns mit ihrer Gegenwart! Daß die Stadt dekorirt wurde versteht sich von selbst, und sollte es nur aus dem Grunde sein, weil der Nachbar sein Haus dekorirte! Einige Häuser, die den unverbesserlichen „Reichsideen" gehörten, blieben freilich ungeschmückt, allein das thut nichts zur Sache; hatten doch selbst einige Beamte, die, wenn auch nicht zur Fahne der äußersten Linken gehören, um der beliebten Popularität willen Fahnen und Fähnlein angesteckt! Das war der Anfang; aber die rechte Glorie sollte erst Nachmittags 3 Uhr ihre leuchtenden Strahlen entfalten. Da war Volksversammlung in der Halle. Und Ihr wart nicht da, wo der Abg. Schmitt eine äußerst patriotisch-diplomatische Rede hielt, die sogar so weit ging, daß er die Unpublichkeit unserer Zeit mit dem Konvente von Anno 93 herausfand, und ob dieser wichtigen Entdeckung sich selbst ein Lebehoch brachte. Der „Reichskanarienvogel" zeigte sich als ein gutabgerichtetes Vieh. Seine Rede war genau dieselbe, wie jene, die er laut des stenographischen Berichtes zu Zeiten des Waffenstillstandes gehalten hat — mit dem einzigen Unterschiede, daß er es auf etwas Blut mehr nicht ankommen ließ. Er pfiff die alte demokratische Drehorgelmelodie nebst Variationen vortrefflich, äußerte sich unerhobenen, daß alle Welt wisse, die Pfalz sei klug, was unter anderen Verhältnissen als eine Grobheit hingenommen worden wäre, verbreitete eine heilsstrahlende Glorie um die Häupter der tobenden Barrikadenkämpfer in Frankfurt, und schloß mit einer Parodie der bekannten Worte Luthers: Und wenn die Welt voll Schmu

Man schien ihm aber keinen rechten Glauben zu schenken, was für seine Anstrengung nicht sehr lohnend ist. Nun trat Hr. Levenson auf. Wir wurden durch ihn unwillkürlich, aber auch unwiderstehlich an die Naturgeschichte, an das Kapitel von den wiederkauenden Thieren erinnert — und bemerkten mit Schauder, daß all die wiedergekauten Phrasen, welche seit einigen Monaten die Hauptnahrung gewisser Abgeordneten ausmachen, unserem Volke nicht zusagten! Das ist schlimm für die linke Freiheit! Es ist etwas im Volke, so eine Art von natürlichem Instinkt, der unfehlbar weiß die Spreu von der Wahrheit zu trennen weiß. Im Gegentheil hört das Volk, wenn es einmal recht tüchtig mit Täuschung und Lüge hineingefucht worden, dieselben aus, wie einen Krankheitsstoff und die absichtliche Täuschung bewirkt das Gegentheil. So kam es auch, daß die hiesigen Republikaner, trotz allen aufmunternden Schmeicheleien, als da sind z. B.: „edle, deutsche, der Freiheit würdige Männer von Kaiserslautern, aus deren Mitten sich auch, daß man auf euch mit einer Schwerter zählen kann — nur einen sehr provisorischen Beifall zu erkennen gaben. — Ich bin auf weiter nichts begierig, als auf den Kazenjammer, der sich über kurz oder lang einstellen wird!

Hohenzollern. Sigmaringen, 11. Okt. Die Berichte der Zeitungen über unsere Zustände und die letzten Vorfälle dahier sind bisher mitunter nicht ganz der Wahrheit gemäß ausgefallen. Die ersten Nachrichten über die Unruhen haben so Manchen, was Leben und Eigenthum zu gefährden pflegt, vergrößert, so daß man in der Ferne glauben mochte es gehe drei und schrecklich zu. Auf die entgegengesetzte Weise haben drei Mitglieder des sogenannten Sicherheitsausschusses in einem Artikel des Stuttgarter Beobachters neulich die Thatsachen theils entstellt, theils wegzulügnen gesucht, um eben sich von Schuld reinzuwaschen. Der gedachte Artikel sagt zwar richtig, daß die Republik nicht proklamirt worden sei, läugnet aber die Bestrafung der Rufer „es lebe die Republik!“ und sagt endlich gar, es seien „keine Drohungen gethan worden.“ Die Regierung und der Fürst war 12 Tage abwesend, in der Stadt herrschte bald eine unheimliche Stille, bald ward diese durch heftiges Lärmen junger Leute, besonders der Turner, bei Nacht unterbrochen, man zog vor einige Häuser konstitutionell gesinnter Bürger und drohte allen Konstitutionellen mit dem Tode. Dieß heißt der Sicherheitsausschuß keine Anarchie und keine Drohungen! Ferner heißt es in jenem Artikel, die Regierung habe Wünsche einer Volksversammlung angenommen und ohne Vorbehalt genehmigt habe.“ Aber jene Herren sagen rein Wort davon, wie diese Wünsche vorgebracht wurden. Daß in der Volksversammlung vom 26. Sept. der Sicherheitsausschuß gewählt wurde, um, wie der Redner Würth sagte, „die Revolution in die Hand zu nehmen“ und jeden Augenblick zum Handeln bereit zu sein, um sich mit seinen Freunden in Württembergischen Republikanern in Verbindung zu setzen um zugleich mit ihnen loszuschlagen, davon sagt jener Artikel kein Wort. Zu dem Zwecke der bewaffneten Erhebung forderte der Sicherheitsausschuß die Waffen der Kaserne von der Regierung, und auf welche Weise? Er begab sich vom Platze der Volksversammlung ins Regierungsgebäude und stellte an die Regierung das Ansinnen, die Waffen zu übergeben, im Weigerungsfall werde man sie nehmen. Die Volksmenge war vor das besagte Gebäude aufgezogen und belagerte förmlich das Haus. Zugleich kamen mehrere Schüsse und Drohungen wurden laut. Besonders waren die Turner thätig. Eine solche Abtragung der Waffen nennt man „Wünsche einer Volksversammlung.“ Es bedarf sofortet einer Berichtigung wenn sich jene drei Mitglieder des Sicherheitsausschusses, Hofstetter, Graf und Müller als eine nach Frankfurt gesandte Deputation des sigmaringischen Volkes hinstellen möchten. Denn das waren sie durchaus nicht, aus dem Grunde weil bei weitem die Mehrzahl der Bevölkerung des Landes diese Gewaltschritte offen mißbilligt, und der Haufen fanatischer Wühler, von denen die Genannten abgeschickt waren, keineswegs das sigmaringische Volk ist, sondern der kleinste und zwahlich nicht der beste Theil desselben. Die traurigen Folgen welche jene Volksversammlung und ihre Gewaltdemonstration nachwendig haben, hat das sigmaringische Volk lediglich nur dem demokratischen Verein und seinen Anführern zu verdanken. Zeigt sehen die meisten ein, daß jene verwerflichen Volksbeglücker das Verderben des Ländchens sind, und wer dieses noch nicht einsieht, ist wohl unheilbar blind. Zum Schluß bemerken wir noch daß gestern 1100 Mann Reichstruppen (Bayern) hier eingezogen und der Fürst mit der Regierung zurückgekehrt ist. Wie wir finden in Gais — Württ ist krank, und Hofstetter ist gestorben, man sagt in die Schweiz. (A. Z.)

Schleswig-Holstein. Schleswig, 5. Okt. Von den unter dem Brunswickschem vereinigt gewesenen deutschen Truppen sind im Kriege gegen die Dänen 1) auf dem Kampfplatz gefallen: 8 Offiziere, 11 Unteroffiziere, 95 Mann, zusammen 114. — Unter diesen waren 6 Offiziere, 8 Unteroffiziere, 60 Mann, zusammen 74, Preußen; 2) verwundet überhaupt: 47 Offiziere, 53 Unteroffiziere, 626 Mann, zusammen 726. — Unter diesen waren 27 Offiziere, 31 Unteroffiziere, 387 Mann, zusammen 445, Preußen. Vermißt sind außerdem circa hundert Mann. In den Lazarethen in Schleswig, welche die verwundeten waren, haben nach und nach 6000 Kranke gelegen. Davon sind nur 65 gestorben und zwar 54 an ihren Wunden (zwei Drittel von diesen waren Dänen.) An schwer Verwundeten sind in den schleswigschen Lazarethen 73 behandelt worden, welche durch Amputation einzelne Gliedmaßen gänzlich oder zum Theil verloren haben. Davon waren 41 aus dem Gefecht bei Schleswig, 32 aus den weiter nördlich vorgefochtenen Gefechten. (St. A.)

Hejtlesburg, 4. Okt. Der gestrige Tag, der Tag der Ueberfiedelung unserer provisorischen Regierung von Rendsburg hieher, wurde von der ganzen Bevölkerung festlich begangen. In Folge einer Aufforderung des Bürgermeisters Jessen hatten sich die städtischen Kollegien dem Bürgerverein angeschlossen, um Abends der provisorischen Regierung in einem feierlichen Zuge ihre Anhänglichkeit und ihre Freude zu bezeigen. Um 7 Uhr versammelte sich eine große Menge Einwohner auf dem Markte; hier ordnete sich unter Leitung des Bürgervereins ein imposanter Fackelzug und begab sich mit Musik durch die festlich erleuchtete Stadt nach der Wohnung des Präsidenten Beseler. Zuerst bewillkommnete der Bürgermeister, an der Spitze der städtischen Kollegien, die provisorische Regierung, und schloß mit einem Lebehoch, welches von Tausenden begeistert wiederholt wurde. Der Präsident Beseler antwortete dankend im Namen der provisorischen Regierung und schloß mit seinen herzlichsten Wünschen für das Vaterland und die Stadt Schleswig.

Preußen. Aus Mainz vom 27. Sept. die Todtenfeier für den gemordeten General v. Auerswald abgehalten worden. An dem Altare der Domkirche, vor dem sich ein schwarzbekleideter Katafalk, geschmückt mit Eichenkränzen und den Insignien des eisernen Kreuzes erhob, wurden von verschiedenen Rednern erhebende Worte gesprochen. Darauf wurde die Seelämtsfeier mit folgender einfacher Inschrift: „Hans von Auerswald, preuß. Generalmajor und Ritter des eisernen Kreuzes, Abgeordneter zur Preußischen Nationalversammlung, fiel bei dem Aufruhr zu Frankfurt am 18. Sept. 1848 als Opfer für das Deutsche Vaterland“ feierlich zu dem Ehrendenkmale befestigt.

Oesterreichische Monarchie.

⊙ Mailand, 9. Okt. „Der Feldzug der österreichischen Armee in Italien im Jahre 1848“ erscheint so eben in deutscher Sprache in der k. k. Buchdruckerei zu Mailand. Die kurzgefaßte, aber namentlich für Militärs mit Benützung von Karten und Plänen höchst interessante Beschreibung dieses für die österreichischen Waffen ehrenvollen, für den Bestand der Monarchie aber so überaus wichtigen Interessen Deutschlands so entscheidenden Krieges zerfällt in drei Abschnitte: 1) der Ausbruch der Revolution im lombardisch-venetianischen Königreiche bis zum Gefechte von S. Lucia, 18. März bis 6 Mai, 2) vom Gefechte von S. Lucia bis nach der Einnahme von Vicenza, vom 7. Mai bis 13. Juni, 3) von der Einnahme Vicenza's bis zu jener von Mailand, vom 14. Juni bis 6. Aug. 1848. Die Sprache ist in diesem Werke, das, wie verlautet, von mehreren Offizieren verfaßt ist, eine so gegenstandsvolle würzig, fern von allen Großthuerei ebenso wie von jeder Schmähung bes, wenn gleich nicht sehr ehrenwerthen, Feindes. Es werden auch Aufschlüsse über manche bisher ungedeutet gebliebene Zweifel gegeben, z. B. über den Rückzug der österreichischen Armee bei Curtatone, veranlaßt durch die Kunde von den Ereignissen des 26. Mai in Wien, von der daselbst bis zum Belleharden gesteigerten Aufregung, von der gelähmten Thätigkeit der höheren Behörden und somit von der Unmöglichkeit, daß die Armee im Falle eines Mißgefechts sowie auch selbst im Falle eines Sieges die erforderliche Verstärkung zu erhalten u. s. w. Das große Talent des ruhmbedeckten Führers dieser tapferen Armee erhellt daraus in seinem vollsten und schönsten Lichte.

Frankreich.

* Coulouse, 6. Okt. Ueber das Bankett des 22. Sept. hat seit drei Tagen eine Untersuchung begonnen. Eine große Anzahl von Personen ist bereits vernommen worden, und die schon erhobenen Zeugenaussagen berechtigen zu dem Glauben, daß alles, was über das Bankett veröffentlicht wurde, auf Wahrheit beruhe. Die Gerants der Toulouser Blätter haben Vorladungen erhalten um nachzuweisen, von wem sie ihre Berichte über die Toaste zc. erhalten haben. Die Berichterstatter, Augen- und Ohrenzeugen, sind durchgehends sehr ehrenwerthe Männer, welche allen möglichen Klassen der Gesellschaft angehören.

Donaufürstenthümer.

Von der moldauischen Gränze, 29. Sept. Am 14. (26.) Sept. griff die türkische Armee Bucharest an, es gab einen sehr hartnäckigen Kampf vor den Barrikaden der Stadt und einigen festen Plätzen. Man focht von beiden Seiten mit aufgezeichneter Tapferkeit, der Verlust soll leider sehr bedeutend sein. Am Ende wichen die irregulären Truppen der Walachen der europäischen Kriegskunst der türkischen Armee. Bucharest ward mit Sturm genommen, ebenso die Kaserne, die, mit besonderer Tapferkeit vertheidigt, der Ueberzahl erliegen mußte. Das russische Konsulat ist mit 300 Türken besetzt. General Duhamel befindet sich eben daselbst. Die Türken, oder vielmehr Fuad-Effendi, nahmen zwei der von dem Sultoiman Pascha anerkannten Regierungsvorsteher (Kaimakam) gefangen, unter denen Hr. Stirbei. Die Gefangennehmung geschah hinterlistig, indem Fuad-Effendi selbe zu einer friedlichen Unterredung zu sich bitten ließ, deren Resultat ihre Gefangennehmung war. — Nachrichten aus Jassy lauten nicht sehr erfreulich, man hat die russischen Truppen wegen des vorschreitenden Herbstes und kühlen Wetters in die Stadt eingezogen, alle Lasten der Erhaltung liegen auf dem armen Bürger oder Unterthichen, welcher Regierung Schützling er auch sein mag, was auch gegen sie Konsuln ist, durch die Konsulate aber gebilligt wird. Täglich gibt es Raufereien und Schlägereien zwischen dem Militär und dem Volke, dem dieser neu aufgelegte Druck, bei der ohnehin bestehenden Theuerung unerträglich ist und sein muß. An allem dem ist Fürst Stourdza Schuld der noch durch die Art und Weise wie diese Einquartierung geleitet wird, die russischen Behörden augenfällig kompromittirt. So ist denn nun Fanen Anhängern, dem gemeinsten Gesindel, eine neue Quelle des Diebstahls und der Bestechlichkeit geöffnet, wobei der arme Bürger und das russische Militär am meisten leiden. Wie lange wird dieß noch wohl dauern oder wie wird es wohl enden? (A. Z.)

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Nr. 94.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Sonntag den 15. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz No. 16. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 15. Oktober.

Se. Maj. der König haben unterm 11. Oktober den Rittmeister à la suite Grafen Klemens v. Schönborn-Wiesentheid zu Schloß Hallburg zum Landwehrmajor und Bataillonskommandanten zu Volkach zu ernennen geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

[*] (Sitzung vom 12. Oktober.) Die Abgeordneten sammeln sich vor Eröffnung der Sitzung in den Gängen an, und um ihre österreichischen Kollegen. Ueber all den verschiedenen, theils freudig erregten, theils, und dies viel öfter, besorgt anfragenden und aufbrechenden Gruppen schwebt der Name „Wien". Die Gutlegenheit des südslitschen Hauptschauplatzes des deutschen Lebens, die Langsamkeit der Nachrichten und die Vielfältigkeit der Verbindungen mit der Kaiserstadt wird am schmerzlichsten in einem Augenblicke empfunden, wo sich an der Donau abermals so große Geschicke und in furchtbaren Ereignissen entscheiden. Vizepräsident Simson eröffnet die Sitzung und ruft, nachdem das Protokoll verlesen ist, Jordan von Marburg auf die Rednerbühne, um im Namen des internationalen Ausschusses über die früheren Eisenmann'schen und Berger'schen Anträge: Oesterreichs Verhältniß zu Deutschland betreffend, Bericht zu erstatten. Der Ausschuß räth die Entscheidung über diese Angelegenheit bis zur Berathung des §. 1 des Verfassungsentwurfs (Reichsgebiet) auszusetzen. v. Breuning theilt den Antrag des Ausschusses mit, welcher zur Unterstützung der Schmidt-Wiedner'schen Angelegenheit niedergesetzt wurde. Er geht dahin: Die Nationalversammlung wolle beschließen: 1) „Die Abgeordneten Schmidt aus Schlesien und Wiedner haben, Jeder besonders, folgende schriftliche Erklärung: „Ich erkläre hierdurch, daß ich den in der Sitzung vom 5. Okt. 1848 von mir gestellten Antrag, also lautend: „In Erwägung, daß es wünschenswerth ist, daß die Nationalversammlung in ihrem wahren Charakter vor das Volk trete, beantragen wir: „Die Nationalversammlung möge ohne Weiteres die verlangten Verhaftungen genehmigen." gez. Schmidt aus Schlesien. Wiedner. hiermit, wegen der darin liegenden gröblichen Mißachtung der Würde der Nationalversammlung förmlich zurücknehme, dem Vorsitzenden zur Mittheilung an die Nationalversammlung zu übergeben. 2) „Die genannten Abgeordneten sind, bis sie dem vorstehenden Beschlusse, sofern sie weit er ihn darstellt, Genüge geleistet, zur Ausübung ihrer Funktionen als Abgeordnete nicht zuzulassen." Dagegen ist es die Ansicht desselben Ausschusses, daß weder das Benehmen v. Gagern's, noch Simson's der Versammlung zu irgend einer Mißbilligung Veranlassung gebe und räth deßhalb, über den deßfallsigen Antrag Schaffrath's zur Tagesordnung zu schreiten. Auf diese Mittheilung erhebt sich Blum; Vorher müsse der Ausschußbericht über die wider den Abgeordneten Bentano am 7. und 8. Aug. in der Paulskirche erlittenen Heftigkeiten erstattet und auf der Tagesordnung gewesen sein, der eine Fall sei älter als der andere. Der Vizepräsident erkennt dies Verlangen als begründet an. Eisenmann hat vorgestern fragen wollen, ob das Reichsministerium Kenntniß davon habe, daß von Wien aus deutsche Truppen zur Bekämpfung der Ungarn abgeschickt werden sollten — eine Frage die freilich heute ihre Bedeutung verloren hat. Jodl beantragt, daß das Reichsministerium aufgefordert werde, den Belagerungszustand aufzuheben, sobald das Gesetz zum Schutze der Nationalversammlung in Frankfurt in Kraft trete. Die Dringlichkeit des Antrags und somit das Wort dafür wird ihm jedoch nicht zugestanden. Berger aus Oesterreich will sofort der Majorität des Wiener Reichstags und den Wiener bekommittirten Demokraten den Dank des Vaterlandes von der Nationalversammlung ausgesprochen wissen, und Eisenmann beantragt die schleunige Absendung von Reichskommissären nach Wien, zur Auseinandersetzung der dortigen Verhältnisse und zur Aufrechterhaltung der Ansprüche Ungarns auf staatliche Selbstständigkeit. Beide Anträge werden als dringliche nicht erachtet und Berger verzichtet deßhalb ausdrücklich darauf, daß sein Antrag auf den heutigen Tagesordnung verwiesen werde. Wieder die Nationalversammlung die That der jüngsten Revolution in Wien nicht sofort, und ohne weitere Erfolge abzuwarten, als eine werthvolle anerkennen, so ziehe er seinen Antrag zurück. „Die Partei des Hauses", schließt der Redner, „die mit der Bewegung in Wien sympathisirt, wird sodann ihr Urtheil es Parteiaussprechen und ich weiß nicht, ob dies der hohen Versammlung genehm sein wird." (Bravo auf der linken. Mißbilligung auf der rechten Seite des Hauses: „Wer hat schon ein Urtheil über jene Vorgänge"?) Die unter mitgetheilte Antwort des erst später in das Haus eintretenden Reichsministers von Schmerling gibt inbessen Auskunft darüber, daß die Zentralgewalt den Ereignissen in Oesterreich keineswegs unthätig zusehen will. Inzwischen mahnt Jürgen Bandelmann der Fortmissionschen Untersuchung wider die angeschuldigten sind Abgeordneten und Heregenhahn erwidert im Namen des betreffenden Ausschusses, daß die Arbeiten in fünf Sitzungen soweit gereift seien, um für morgen die Berichterstattung vorbringen zu können. Endlich erinnert noch Wigard in ähnlich dringender Weise an den Antrag Jahn's, nach welchem die ganze Linke in Anklagestand hätte versetzt werden sollen, worauf v. Schmerling die Rednerbühne zu folgender Erklärung betritt: Die Begebenheiten in Wien haben die volle Aufmerksamkeit des Reichsministeriums auf sich gezogen. Bereits gestern Abends seien die in Bezug auf Oesterreich für nothwendig erkannten Maßregeln besprochen, beschlossen und von dem Reichsverweser genehmigt worden. Sie würden ungesäumt zur Ausführung kommen und das Ministerium sich beeilen, in längster Zeit den Hause über den Inhalt dieser Maßregeln die umfassendsten Mittheilungen zu machen. Zugleich bemerkt v. Schmerling in Bezug auf eine Interpellation des Abgeordneten Rühl: daß das Ministerium beschlossen habe, für alle Reichstruppen, die zu einem außerordentlichen Zwecke verwendet werden, eine entsprechende Entschädigung an die Quartierträger zu leisten. Die kommandirenden Generale sind angewiesen, dies in ihren Bezirken bekannt zu machen und die Regierungen der verschiedenen Staaten aufgefordert, vorläufig einweder unmittelbar an die dahinterigen Gemeinden Vorschüsse zu leisten oder wenigstens die Gemeinden dahin zu verständigen, daß die Vergütung geschehen wird. Auf der Tagesordnung stehen die Grundrechte und bevor die Abstimmung über die §§. 31 und 32 beginnt, erhält Beseler als Berichterstatter des Verfassungsausschusses das Wort. Meine Herren, sagte der Redner seine Meinung in den Worten zusammen, wo wir die Tribüne verlässt, „die Zweckmäßigkeit darf nicht unbedingt die deutschen Verhältnisse regulieren. Wenn wir überhaupt an die Selbstständigkeit des Volkes und zwar in seinem Ganzen und in seinen Gliederungen denken, so haben wir doch auch Achtung vor dem Rechtsgefühle, vor dem Sitte, vor der Gewohnheit des Volkes" (lebhafte Bravo). Seien wir schaft und unerbittlich scharf, wo das Gelingen des schönen Werkes, wo das Heil des Vaterlandes auf dem Spiele steht, aber seien wir weise und vorsichtig, daß wir nicht ohne Noth, daß wir nicht ohne Grund das Geschäftliche wagen und die Interessen des Volkes verletzen! (Bravo in den Zentren und auf der Rechten.) Die Annahme der §§. erfolgt in nachstehender Fassung: „Die Familien-Fideikommisse sind aufzuheben. Die Art und Bedingungen der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Die Bestimmungen über die Familiendekommisse der regierenden fürstlichen Häuser bleiben den Landesgesetzgebungen vorbehalten. Gleiche Bestimmungen wie für die Familien-Fideikommisse gelten für die Stammgüter." „Aller Lehensverband ist aufgehoben. Das Nähere über die Art und Weise der Aufhebung haben die Gesetzgebungen der Einzelstaaten anzuordnen." §. 34. Alle Gerichtsbarkeit geht von Staate aus. Es sollen keine Patrimonialgerichte bestehen. (Mit dem Zusatz Werner's aus Koblenz.) Die richterliche Gewalt wird selbstständig von den Gerichten ausgeübt. Kabinets- oder Ministerial-Justiz ist unstatthaft. §. 35. Es soll keinen privilegirten Gerichtsstand der Personen oder Sachen geben. (Mit dem Zusatze des Gesetzgebungs-Ausschusses:) Die Militair-Gerichtsbarkeit ist auf die Aburtheilung militairischer Verbrechen und Vergehen, so wie der Militair-Disziplinar-Vergehen beschränkt; vorbehaltlich der Bestimmungen für den Kriegsstand. Auch auf die Diskussion des §. 36 verzichtet die Nationalversammlung und in folgender Gestalt erhebt sie ihn zum Beschlusse: Kein Richter darf außer durch Urtheil und Recht von seinem Amte entfernt, suspendirt oder an Rang und Gehalt beeinträchtigt werden. Kein Richter darf wider seinen Willen außer auf Grund eines gerichtlichen Beschlusses in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und Formen zu einer andern Stelle versetzt oder in Ruhestand gesetzt werden. Ebenso wird auf die Diskussion von §. 37 verzichtet und fast einstimmig wird zum Beschluß erhoben: daß Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich sein. Desgleichen §. 38. In Strafsachen gilt der Anklageprozeß. Schwurgerichte sollen jedenfalls in schweren Strafsachen und bei allen politischen Vergehen urtheilen. Desgleichen §. 39. Die bürgerliche Rechtspflege soll in Sachen besonderer Berufserfahrung durch sachkundige von den Berufsgenossen freigewählte Richter geübt oder mitgeübt werden. Desgleichen §. 40. Rechtspflege und Verwaltung sollen getrennt sein. Der Polizei steht nirgend Strafgewalt zu. Im deutschen Kriegsheere gilt nur ein und dasselbe Kriegsgesetz auf Schwurgericht und öffentliches Verfahren

gegründet. Desgleichen §. 41. Die Verwaltungsrechtsprüfege hört auf; über alle Rechtsverletzungen entscheiden die Gerichte. Mit der Annahme von §. 42 endlich: Rechtskräftige Urtheile deutscher Gerichte und öffentliche authentische Urkunden sind in allen deutschen Landen gleich wirksam und vollziehbar — sind alle die Theile der Grundrechte erledigt, welche auf Schoder's Antrag vorausgenommen und beseitigungt werden sollen. Schoder schlägt jetzt neue Maßregeln vor, um binnen der kürzesten Frist die zweite Abstimmung und die Veröffentlichung der Grundrechte herbeizuführen. Die Berathung darüber wird jedoch auf morgen vertagt, um Raum zu gewinnen für folgende während der Sitzung an den Präsidenten eingereichte als höchst dringlich bezeichnete Anträge: Weigand's mit 34 Gesinnungsgenossen: Das Reichsministerium um sofortige Mittheilung der in Bezug auf Oesterreich ergriffenen Maßregeln anzugehen; Wiesner's und Anderer: daß sich die Nationalversammlung gegen jede Absendung von Reichstruppen gegen „die beklemmlichen Demokraten" Wiens erkläre; Schülers aus Jena: daß jeder Schritt des hiesigen Ministeriums, in die österreichischen Verhältnisse gewaltsam einzugreifen, als ungesetzlich bezeichnet werde. Backhaus', Eisenmann's, Graf Wartensleben's: im Hinblick auf die Ereignisse in Wien sofort an die Berathung der Verfassung zu gehen. Die ersten drei Anträge finden keine genügsame Unterstützung, um als dringliche behandelt zu werden, wohl aber erregt die mehrmalige Erwähnung der „beklemmlichen Demokraten" ein unglückliches Lächeln und dies Zweifeln selbst den ernstesten Tadel der Linken. Der Antrag von Backhaus, Wartensleben ꝛc. kommt auf die morgende, sehr bunt aus allerlei verschiedenartigen Gegenständen zusammengesetzte Tagesordnung.

⊙ **Frankfurt**, 12. Okt. Der Frankfurter Aufruhr hat der Reichsregierung die Veranlassung dargeboten, alle Schuzmacht des gesammten Deutschlands, als Schirm und Retter der bedrohten Freiheit und Ordnung aufzurufen, Struve's Einfall hat das schwerste Werk gegen dessen Willen weiter gefördert, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird das unmöglich geglaubte, die Einberufung von Truppen Oesterreichs und selbst gegen Deutschland aufgeführten Verwicklungen durch den widerspinnigen Aufruhr der Wiener „Demokraten" möglich werden. Von diesem Gesichtspunkte aus wird hier die Stellung der Reichsgewalt der auf Blut und Meuchelmord erbauten Pöbelherrschaft gegenüber angesehen. Unser Reichsminister des Innern, der wackere v. Schmerling, auf dessen Schultern jetzt die Zukunft Deutschland mit schwerem Drucke lastet, gab heute einige Andeutungen über Maßregeln, welche die Wiener Vorgänge und die Ereignisse vom Ministerium gestern Abend beschlossen und sogleich vom Reichsverweser genehmigt worden seien, die, wenn nöthig, rasch vermuthet, ein energisches Einschreiten von Seiten der Reichsgewalt in nächste Aussicht stellen, zu deren Durchführung Bayern und Preußen in erster Linie auf den Schauplatz zu treten berufen sein möchten. Die Gesinnungsgenossen der Wiener Aufrührer in der Paulskirche haben sich darum auch sogleich veranlaßt gesehen, Auskunft über diese Maßregeln zu verlangen, und gegen den Marsch von Reichstruppen nach Oesterreich förmlich und feierlich Verwahrung einzulegen, denn, so behaupteten Wesendonk, Schüler aus Jena und Genossen, ein solcher Einmarsch sei ein Verbrechen gegen die Souveränetät Oesterreichs; der wortige Reichstag habe sich für permanent erklärt, alle gesetzgebende und vollziehende Gewalt an sich genommen, und keine andere Macht sei befugt, Befugnisse anzuerkennen. Wie viel Mühe die Reichsversammlung auf solch rothe Sonderbundstheorien legen zu wollen beabsichtigt, geht einfach daraus hervor, daß den Herren von der Linken nicht einmal gestattet wurde, die Dringlichkeit ihrer Anträge zu begründen. Dem guten Eisenmann ist nun förmlich das Konzept verrückt, er hat das Morgenreferat, und noch kann er sich die gräßliche Wirthschaft, welche dieser tolle Volkssturm in Wien und Oesterreich hat, nicht klar ergreifen, darum will er jetzt vermitteln und zu diesem Behufe einige Bemerkungen nach Wien abgesendet wissen: aber auch sein Antrag fand wenig Gehör bei den Vertretern Deutschlands. — Die erste Abstimmung über den wichtigeren Theil der Grundrechte wurde heute beendigt, die zweite wird, so Gott will, verschoben werden, bis die Hauptmasse der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes durchgearbeitet sind. Schon nächste Woche soll nach einem heute vielfach ausgesprochenen Wunsche der verhängnißvolle erste Abschnitt, welcher das Verhältniß Oesterreichs zu dem übrigen Deutschland regelt, in Angriff genommen werden; bisher war, daß der heil. Geist über die Abgeordneten des deutschen Volkes komme, und sie inspiriren von der unseligen Verblendung, welche die Mehrheit des Verfassungsausschusses überfallen, als welche da wähnt, es sei ein einiges Deutschland möglich, ohne Oesterreich, ohne das ganze Oesterreich, — und welche sich in den Kopf setzen ließ, man dürfe einer problematischen Verfassungstheorie zu lieb ein volles Drittheil Deutschlands über Bord werfen. Wie ich höre, wird gleich bei dem ersten Paragraphen, der die entzweiende Lösung der Schleswiger und Posener Frage vertagt, der Antrag gestellt werden, die Oesterreichische in gleicher Weise zu behandeln. Die Linke wird mit Hand und Fuß dagegen kämpfen, denn jetzt gilt es, durch einen Schlag die projektirte Wiener Republik dem Bereiche der Reichsgewalt zu entziehen, und einen Waffenplatz zu behaupten, von welchem aus sie Deutschland zähmen zu überstuthen gedenkt. Aber auch jenem Theile der Schwarzrothen, welcher durch Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland einen Sonderverkehr für sich zu erlangen gedachte, werden jetzt, so steht zu hoffen, die Augen aufgehen.

* Die Parteien der Nationalversammlung sind gegenwärtig in neun Gruppen getheilt, die wir nachstehend nur bezeichnen wollen, uns vorbehaltend, künftig ein Mehreres über sie mittutheilen. Wir fangen bei der Rechten an und gehen nach links: 1) Steinernes Haus. 2) Winckelsche Partei. 3) Kasino. 4) Landsberg. 5) Württemberger Hof, a) die ausgeschiedene Majorität desselben. 6) Württemberger Hof, b) mehr links. 7) Westendhalle (Versammlungsort auch der Landsberg). 8) Deutscher Hof. 9) Holländischer Hof. (D. Z.)

Deutschland.

Bayern. — *† **München**, 14. Okt. Der Hauptmann v. Klenze, welcher mit mehreren bayerischen Offizieren kürzlich eine Reise nach der Lombardei gemacht hat, um die Schlachtfelder des Radetzky'schen Feldzuges in Augenschein zu nehmen, ist von da wieder zurückgekehrt. Die günstigste Anschauung des freundschaftlichen Zusammenhaltens ist ihnen in denselben überall, und von dem greisen Feldherrn selbst zu Theil geworden. Ein merkwürdiger Umstand ist es, daß die Lombarden es sich noch jetzt nicht nehmen lassen, alle Bäume in den Reihen der österreichischen Truppen Bayern gekämpft, welcher Irrthum daher rührt, daß ein österreichisches Kavallerieregiment, König von Bayern Tragoner" im Gefechte war. — Wie ich höre, ist von dem Staatsministerium des Innern in Folge eines Rundschreibens der Reichsministerien des Innern und der Justiz an die sämmtlichen Kreisregierungen die Weisung ergangen, die Vorstände sämmtlicher bestehender politischer Vereine zur Vorlage ihrer Statuten und Beschlüsse, dann zur Angabe ihrer Mitgliederzahl und Verbindungen mit andern Vereinen aufzufordern, indem das Reichsministerium von der Bewegung der politischen Assoziation in ganz Deutschland in amtlicher Kenntniß erhalten werden will. — König Ludwig wird heute mit seinem Hofstaate, der seitherigen Villa des Herzogs Max am Starnberger-See. Dem Vernehmen nach werden Se. Majestät morgen Abend hieher zurückkehren.

Würzburg, 12. Oktober. (N. W. Z.) Gestern begann der hiesige historische Verein, wie schon gemeldet, sein achtzehntes Stiftungsfest. Der Vorstand desselben, Hr. Professor Denzinger, gab eine Uebersicht des bermaligen Standes des Vereins, forderte zu Beiträgen für Erleuchtung desselben auf und schloß seine Worte mit einem Hoch auf König Max, welchem von der Versammlung lebhaft beigestimmt wurde. Hierauf hielten die Herren Pfarrer Käßler und Wickenmaier Vorträge historischen Inhalts. Den Schluß der Handlung bildete die Wahl des Vorstandes. Sie fiel auf die Herren: Graf Fugger zum Curator, Professor Denzinger zum Direktor, Hofrichter zum Sekretär, Conen, Oefele und Papius zu Archivaren, Graf Fugger zum Kassier, Dr. Flay, Hofmann, Horn, Keller, Kuttenbaum, Professor Dr. Reuß, Schedel, v. Stauffenberg, Wickenmaier und v. Würzburg zu Beisitzern.

Baden. — **Mannheim**, 10. Oktbr. Diesen Nachmittag wurden hier mehrere Verhaftungen vorgenommen: unter den Festgenommenen befinden sich Dr. Wiesner, Sohn des Reichstagsgesandten, und der Bürger Barth, welcher zur Zeit des Frankfurter Aufstandes hier von dem Rathhaussalkon herab eine Rede an das Volk gehalten. Die Gefangenen wurden, wie man hört, nach Weinheim geliefert; es ist deßhalb anzunehmen, daß sie wegen der Demolirung der Eisenbahn angeklagt sind. Als die Verhafteten, namentlich Barth, abgeführt wurden, brachte ihnen ein großer Theil des umstehenden Volkes ein lautes Hoch aus. (Schw. M.)

Freiburg, 11. Oktbr. Das heute württembergische Reiterregiment, welches zu den Reichstruppen gehört, die gegenwärtig das badische Oberland besetzen, ist heute hier und in der Umgegend eingetroffen. Eine Abtheilung des Regiments bleibt in der Stadt, die übrigen wurden auf benachbarte Ortschaften verlegt. Vorgestern sind 45 gefangene Freischärler, sie sind von dem letzten Aufstande des Oberlandes, wohlbemerkt auf der Eisenbahn von hier nach dem Zentralgefängniß zu Bruchsal abgeführt worden. Damit sind nun diese Ablieferungen beendigt, und es befinden sich jetzt (außer Frau v. Struve) keine Gefangenen aus dem Septembervaufstand mehr hier. Man berichtet und so eben ein Beispiel von neuer Frechheit und Verworfenheit der Anarchisten. Ein kleines Kommando Württemberger Reiter kam gestern Abend, d. 9. d. Mts. auf der Landstraße bei Schliengen. Plötzlich fielen zwei Schüsse aus einem benachbarten Weinberge. Zum Glück wurde kein Soldat verwundet; aber die Kugeln flogen so nahe an ihnen vorüber, daß die eine dicht neben der Mannschaft in die Straße fuhr, und die andere einem Soldaten die Pfeife aus dem Munde schlug. Die Verbrecher, welche diesen abscheulichen Meuchelmord auszuüben versuchten, hatten, wurden zwar verfolgt; aber es gelang ihnen, in einen benachbarten Wald zu entkommen. (Fr. Z.)

Sachsen-Weimar. — **Weimar**, 9. Okt. Die auf gestern nach Jena ausgeschriebene Volksversammlung „aller echten Demokraten Thüringens" wurde wieder abgesagt, wahrscheinlich, weil die Hauptführer der republikanischen Partei, von Stedtbriefen verfolgt, sich auf der Flucht befinden. Da das Gericht ging, daß diese Volksversammlung eine bewaffnete werden sollte, so hatte das Staatsministerium schon vorher eine Bekanntmachung erlassen, worin es vor bewaffneten Zuzügen warnte, zugleich aber die Zusicherung ertheilte, daß das freie Versammlungsrecht und die Redefreiheit in keiner Weise verkümmert werden sollten. Trotzdem, daß die Volksversammlung nicht stattfand, kamen 4—5000 Landleute von allen Seiten nach Jena, zum Theil aus Neugierde, um die sächsischen Truppen zu sehen. Denen, die mit Waffen erschienen, wurden dieselben vor den Thoren abgenommen. Die sämmtlichen Truppen lagerten im Paradiese, welches abgesperrt wurde. Des Nachmittags trat die Bürgerwehr auf den Markte zusammen. Schon schien Alles verlaufen zu wollen, als gegen 3 Uhr 5—600 Bauern plötzlich mit Musik über den Markt zogen, in der Mitte den steckbrieflich verfolgten Literaten Zabe. Derselbe redete vom

Burgkeller zum Volke, worauf er mit mehreren Begleitern auf einem Leiterwagen den Weg nach Weimar einschlug, aber bald von einer inzwischen herbeigeholten Abtheilung sächsischer Gensdarmerie eingeholt und zurückgebracht wurde. Da man die übrigen verfolgten republikanischen Führer ebenfalls in der Stadt vermuthete und einen Putsch für möglich hielt, so wurde die ganze Stadt militärisch besetzt. Des Nachts biwouakirten die sächsischen Schützen, die Artillerie, die sächsischen Gardereiter und das Nassauische Bataillon auf dem Markt und dem Holzmarkt. In der Nacht wurden auch die übrigen gerichtlich Verfolgten, nämlich Heinrich, Heubner und Lange in dem Dörfchen Dorfkulle, dicht bei Lobeda, aufgefunden und verhaftet. Obwohl bei diesen Verhaftungen vielleicht die militärischen Kräfte in einem höheren Grade, als gerade nöthig war, entfaltet worden sind, so gab doch diese Entfaltung manchem Tollkopf und gedankenlosen Wüthler die Lehre, daß noch eine Macht vorhanden sei, um die gesetzlichen Autoritäten aufrecht zu erhalten. Die sächsischen Truppen werden nunmehr von Jena, wo Oesterreicher nachrücken sollen, hierher marschiren. Außerdem wird heute mit der Eisenbahn auch noch ein sächsisches Schützenbataillon erwartet. (D. Z.)

Sächsische Herzogthümer. Gotha, den 7. Okt. Die Rede, womit der Herzog von Gotha den diesjgen Landtag am 4. Okt. eröffnete, wies außer dem Entwurfe des Staatsgrundgesetzes auf einen Gesetzentwurf über die Umwandlung der gutsh- und grundherrlichen Lasten und über Aufhebung der Näherrechte und Einstandsrechte hin. Demnächst sollen Gesetzentwürfe an den Landtag gelangen über die Aufhebung der Jagdgerechtigkeiten auf fremdem Grund und Boden, ingleichen über die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer. Wenn die Umstände es gestatten, soll eine Vorlage über die Oeffentlichkeit nach den Grundsätzen der allgemeinen Volksweehr gemacht werden, um bei möglichster Ausdehnung jener Pflicht ihre intensive Kraft zu erleichtern und eine Verstärkung der Streitmacht ohne allzu große Steigerung der hierzu erforderlichen Geldopfer zu erzielen. Im Gebiete der Rechtspflege beabsichtigt der Herzog, das mündliche und öffentliche Verfahren mit Schwurgerichten in Kriminalsachen in Gemeinschaft mit den Nachbarstaaten einzuführen, die Verwaltungs- und Finanzgerichte durch größere Unabhängigkeit der Gemeinden und umfassende Veränderungen in den Kompetenz- und Instanzverhältnissen der Behörden, wesentlich zu vereinfachen und hierdurch die bisherigen Ausgaben der Staatsverwaltung nachhaltig zu vermindern. Zugleich werden Vorschläge angekündigt, eine Vereinigung des Herzogthums Gotha mit dem Herzogthum Coburg durch eine gemeinschaftliche Verfassung herbeizuführen. (St. Anz.)

Schleswig-Holstein. — Hadersleben, 6. Oktbr. Es können fortwährend deutsche Geschäftsreisende, die sich nach Jütland und Fühnen begeben haben, von dorther zurück und stimmen alle darin überein, daß man sich ungeschäbert dort nicht aufhalten könne. Einer mußte sich zu Fuß von Vogeiee aus dem Staube machen, um endlich in Odensee vom Polizeimeister, Kammerjunker Rung, die Erlaubniß zu erhalten, nach der Stadt zu begehen, da die dortige Polizei sich nicht im Stande sehe, ihm Schutz zu gewähren. In Aarhuus mußten mehrere Reisende des Nachts aus dem Bette heraus, um nicht ein Opfer der gegen sie gerichteten Pöbeldemonstration zu werden. Mehrere Geschäftsreisende sind dadurch bewogen worden, theils auf halbem Wege wieder umzukehren, theils von hier aus nicht weiter zu reisen. In Skanderborg mußte ein deutscher Kaufmann Schüler aus Lübeck tot im Bette liegen, nachdem man ihn den Abend zuvor dadurch zu ärgern gesucht hatte, daß man ihm eine als Boot gesormte Gurke mit der deutschen Trikolor en miniature präsentirte. Von einigen Jachten, die hier im Hafen liegen, sah man heute früh, am Geburtstage des dänischen Königs, dänische Flaggen wehen, die jedoch sehr bald nach dem Einschreiten der Bürgermeisterei wieder gestrichen wurden. Patrouillen werden ferneren Demonstrationen vorzubeugen wissen. Auf morgen wird der Mittwoister Matthiessen mit einer Eskadron schleswigholsteinischer Dragoner hier erwartet. (S.-H. Z.)

Preußen. — ⊙ Berlin, 10. Okt. Morgen endlich beginnt die Berathung des Verfassungs-Entwurfes. Der „souveräne Linken-Klub“ wird durch sein Lokale unter dem Himmel gegenwärtig etwas in Verlegenheit gesetzt. Die Straße läßt sich nicht heizen und die feurigsten Reden lassen die Mitglieder kalt! Gewiß eine unangenehme Sache! Da sich aber gegen den „reaktionären“ Winter nichts machen läßt, da weder Reden, noch Barrikaden gegen ihn etwas ausrichten, so hat sich der „souveräne Klubb“ entschlossen, für den Winter nur auf dem Papiere zu existiren — was auch wohlfeiler ist, denn das Papier, das für Papier liefert der Klubb unentgeltlich. Er Müller der Prasident dieses Klubbs wird mit dem 15. Okt. eine Zeitschrift unter dem Namen „der souveräne Lindenklubb“ herausgeben. Auch Illustrationen werden darin nicht fehlen. — Zu allem Ueberflüssigen, was wir schon haben, zeigt nun auch der Kommunist Weitling — der „emanzipirte Schneidergeselle“ — das Erscheinen einer Wochenschrift an, die im Sinne des Herrn Proudhon Salten soll wird. Dieselbe führt den Titel „Organ des Vereinsgedankens.“ — Sie ehen, die Berliner Intelligenz macht Riesenschritte!

Großbritannien.

* London, 9. Okt. Vorgestern sprach die Jury in Dublin das Verdikt gegen Hrn. Smith O'Brien aus. Er ist deshalb befunden, zugleich aber auch der Gnade der Regierung dringend empfohlen worden. Der Verurtheilte blieb bei Anhörung seines Urtheils ruhig und gefaßt. Am Tage Examiner zu Folge ist seine Gattin von einem Sohne entbunden worden. — In Woolwich haben sich mehrere Fälle der asiatischen Cholera gezeigt.

Frankreich.

△ Paris, 10. Okt. Heute hat auch Peter Bonaparte, der Sohn Lucians, in der Nationalversammlung gegen den Verbannten-Namen sich und die übrigen Glieder der Familie Verwahrung eingelegt. Diese Benennung wurde sie als Verräther, oder als Gleisner erscheinen lassen. (Beifall.) Er feinerseits erkläre als falschen Bruder und als Prätendenten auf das Monopol der Insolenz jeden, der auf solche Weise seine Kollegen anfpuchen (compuer) wolle. Die Verbandlung betraf heute den Besondenheitszoll und das Papiergeld, das man unter dem Titel Hypothekenschein schaffen möchte. Hr. Leon Faucher und Hr. Thiers griffen dieses Papiergeld mit zermalmenten Gründen an. Jener nannte es eine Verschlechterung der Assignaten. Hr. Berryer legte endlich auch den Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf die Liquidation der Zivilliste und der Privatdomäne (des Königs Ludwig Philipp) vor.

Paris, 10. Okt. Die Frankfurter Oberpostamts-Zeitung meldete neulich, einige der als Mörder von Auerswald und Lichnowsky steckbrieflich Verfolgten seien in Straßburg verhaftet worden, und schrrem Verwehren nach sei die französische Behörde nicht geneigt, dem Ansuchen, das Auslrecht für politische Flüchtlinge auf Kannibalen auszudehnen, wad den Grundsätzen der Republik sehr zur Ehre gereiche. Das halbamtliche Abendblatt „Moniteur du soir“ antwortet nun darauf mit der bestimmten Versicherung, daß die erwähnte Auslieferung nicht stattgefunden habe. Die Sache verhält sich folgendermaßen. Als das deutsche Reichsministerium Hrn. v. Raumer beauftragte, von der französischen Regierung die in Frage stehende Auslieferung zu begehren, antwortete allerdings Hr. Bastide, der Minister des Auswärtigen, die Republik wolle Meuchelmördern keine Zufluchtsstätte in Frankreich gewähren, und sobald nachgewiesen worden, daß jene nach Verabung gräßlichen Individuen wirklich die Thäter der mit beiden Mitgliedern des deutschen Reichstags verübten Frevelthat seien, werde die französische Regierung nicht zögern, sie den deutschen Behörden auszuliefern. Da trat mit einem Mal — man weiß nicht bestimmt woher, vermuthet jedoch, daß es von Seiten der Vergartei geschah, deren General Cavaignac bei dem Votum über die Präsidentschaftsfrage beschlagt ist, eine mächtige „Protestation“ zu Gunsten der angeklagten Meuchelmörder ein, so daß unsere Regierung eine unumgängliche Rücksicht nehmen mußte, und Hr. Bastide, im Interesse der Jugend, welche bekanntlich die Seele der Republiken ist, sich nunmehr mit der Ausliefe zurückzieht, das Verbrechen jener sechs Individuen sei noch nicht genügend erwiesen, und die französische Regierung müsse befahlt bis auf weitere Beweise das Asilrecht für „politische“ Flüchtlinge aufrecht erhalten, und die begehrte Auslieferung verlagen. Daß solch' solche Antwort mit der herkömmlichen Sitte und Verfassungsweise in Widerspruch steht, braucht kaum bewiesen zu werden, da es ein in der Diplomatie allgemein anerkannter Satz ist, daß, sobald eine fremde Regierung die Auslieferung eines Verbrechers verlangt, sie nicht den Beweis, sondern blos die Inzicht, welche einem solchen Begehren zu Grunde liegt, anzuführen braucht. Allein trog der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung sind eben die wechselseitigen Verhältnisse zwischen der französischen Republik und der deutschen Reichsgewalt bei weitem noch nicht so geregelt, daß sie dem Repräsentanten der letzteren in Paris den gebührenden Einfluß geschert hätten. Wie man hierüber in unsern höhren politischen Regionen denkt, zeigt ein kürzerer Artikel in der heutigen Nummer des Journal des Débats, der darauf ausgeht, daß die deutsche Reichsgewalt nicht eher erwarten dürfe, ihrem Gesandten einen amtlichen Charakter zuerkannt zu sehen, als bis sie erst dadrinn ihre Stellung zu den übrigen deutschen Regierungen besser festgesetzt und geregelt habe. Offen gestanden, ist die Stellung des Hrn. v. Raumer hier eben so verfehlt als schwierig; — die Gegenwart eines Gesandten der deutschen Reichsgewalt in Paris kann nur dann für Deutschland ersprießlich werden, wenn man in Frankfurt ein bekanntes Wort Friedrich's des Großen auf den vorliegenden Fall anwenden lernt. Als der Gesandte des Königs von Preußen sich über seine schwierige Stellung am Hofe von St. James beschwerte, antwortete ihm der Monarch eigenhändig: „Bemehe. Er sich gegen die Engländer so, als wenn alle Erde mit 100,000 Mann Ihm auf den Fersen folgte.“ Und so schlug die Sache durch. (K. Z.)

Spanien.

* Madrid, 5. Okt. Anzeigen von beunruhigenden Gerüchten aus Lerida haben die Regierung bewogen, dem Generalkommandanten von Catalonien den Auftrag zu ertheilen, den Belagerungsstand zu verfügen; die Generalkommandanten von Girona und Tarragona haben dieselbe Weisung erhalten.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 10. Okt. 5proz. Metall. 70, 4proz. 59, 3proz. 47, 2½proz. 37, 1834er 500 fl.-Lose 124, 1839er 500 fl.-Lose 77. Bankaktien 970. Nordbahn 100. Glogauer 92. Venedig-Mailand 62. Darlehen —. Livorno 62. Pfdb 57. Siena 51. Hypothekenbrief —.

Berlin, 11. Okt. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommanditen-Partien und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. 73½ P. — 73½ G. Präm. Sch. 88½ P. 87½ G. K. u. Neum. Schuld. — G. — P. Berl. Stadt-Obl. P. — G. Westpreuß. Pfandbr. — P. 80½ G. — Großherzogl. Posen Pfandbr. 4proz. 96½ P. — G. 3½proz. 78 P. — G. Ostpreuß. Pfandbr. — P. 86 G. Pommer. Pfandbr. — P. 89½ G. Kur- u. Neum. Pfandbr. — P. 88½ G. Schlesische Pfandbr. — P. Schlesische 2. B. gar. Pfandbr. P. — G. Pomm. Ld.-Kred.-Sch. 84½ P. 83½ G. Friedrichsd'or 13½ P. 13½ G. Andr. Gold. à 5 Tl. 12½ P. 12½ G. Disconto 3½ P. 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt 48 G. 84½ bz. Berl.-Hamburg 53½ B. Berl.-Stettin-Stargarder 87 G. Berl.-Potsdam-Magdeb. 52 bz. u. G. Magdeb.-Halberstadt 101½ G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 50½ B. 50¼ bz. Köln-Minden 73½ ⅛ 74 bz. Köln-Aachen 51½ bz. u. G. Bonn-Köln —. Düsseld.-Elberfeld —. Steele-Vohwinkel 30 G. Niederschles.-Märk. 68½ bz. Niederschles.-Märk. Zweigbahn —. Oberschles. Lit. A 87½ G. Lit. B 87½ G. Ksel-Oderberg —. Breslau-Freiburg —. Kral.-Oberschles. 42 B. Berg.-Märk. 56 B. Stargard-Posen 65½ bz u. G.

Prioritätsobligationen: Berl.-Anh. Lit. B 83½ bz. Berl.-Hamburg 89½ B. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. — B. 77½ G. 5proz. 86½ B. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 82 B. Köln-Minden 88½ bz. u. G. Rhein. u. Stamm. gar. —. Rhein. 1. Prior. —. Rhein. Stamm-Prior. 68 B. Düsseldorf-Elberfeld. —. Niederschles.-Märk. 4proz. 81½ bz. 5proz. 94½ B. III. Serie 88½ bz. Zweigbahn 4proz. —. 5proz. 73½ G. Oberschles. —. Ksel-Oderberg —. Steele-Vohwinkel 75½ G. Breslau-Freiburg —.

Dividendenscheine: Berl.-Anh. 24 B. Berl.-Hamburg 24 B. Berl.-Potsdam-Magd. 24 B. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 24 B. Köln-Minden 24 B. Rhein. u. Stamm. gar. —. Rhein. 1. Prior. —. Rhein. Stamm-Prior. 24 B. Düsseldorf-Elberfeld. —. Niederschles.-Märk. 24 B. Zweigbahn 24 B. Oberschles. —. Ksel-Oderberg —. Steele-Vohwinkel 24 B. Breslau-Freiburg —.

Münchener Schrannenanzeige vom 14. Okt. 1848.

Getreide-Gattung.	Vorriger Markt	Zufuhr.	Ganzer Stand.	Verkauft.	Rest.	Mittelpreis.	Im Vergleich gegen die letzte Schranne mehr		weniger	
	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	487	2835	3322	2573	747	13	25	—	—	35
Korn	197	761	958	792	166	8	2	—	—	27
Gerste	167	6625	6792	5691	1101	7	14	—	—	23
Haber	120	1877	1997	1798	199	4	17	—	—	24
Leinsamen	34	254	288	243	45	13	17	—	—	1 12
Kreuzsamen	19	10	29	15	14	23	—	—	36	—

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 15. Okt.: (Bei heiterem Hause:) „Iphigenia in Tauris", Oper von Gluck.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Salm, Lieutenant, von Wien. Baron Billow und Baron Ernst, aus Braunschweig. Bulley, Rentier, aus Irland. Chelins, Landdrumassär, von Dornbirn.

Gold. Hirsch. Schicker und Weinberg, Partikuliers, von Berlin. Dr. v. Metz, von Wien.

Hotel Maulik. Graf v. Millendorf, Militär, aus Parma. Caspt, Bankier, von Nürnberg. Leicht, Privatier, von Karlsruh. Rothdaner, Privatier, von Berlin.

Gold. Kreuz. Robles, Rentier, aus Amerika. Leistner, Partikulier, von Dresden. Meurer, Provkat, von Augsburg. Liebenfeld, Pilger, aus Schlesien.

Gold. Hahn. Mad. Rieß, Sprachlehrerin gattin, und Mad. Leidel, von Pest.

Blaue Traube. Morgenroth, Kaufier, von Frankfurt. Sprosse, Maler, von Berlin. Hasselbild, Appellationsgerichts-Kanzlist, von Hassan.

Stachusgarten. Müller, Privatier, von Alsorf. Sonnenberg, Typograph, von Freiburg. Schahmann, Studierender, von Eichstätt.

Gestorbene in München.

Wilhelm Rieshler, penf. königl. Regimentsauditor den 9. Würzburg, 61 J. a. Joseph Dillmaier, Seffelträger, 56 J. a.

Bekanntmachung.

178. (2a) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Ansuchen der Buchbesitzerseheleute Anton und Theresie Filgertshofer, Nro. 10 an der Holzstraße, um

Mittwoch den 27. Dezember l. Js.
Vormittags von 10 bis 12 Uhr

Gerichtszimmer Nro. 17 zum erstenmale der öffentlichen Versteigerung unterstellt. Das fragliche Anwesen, welches der Brandversicherung mit 1000 fl. einverleibt, und mit 7900 fl. Hypothekkapital belastet ist, besteht:

1) Aus einem incl. des Erdgeschosses theils ein- theils zweistöckige erbauten Wohnhause, einem einstöckigen Waschhause, einem gemauerten zwei Stock hohen Hintergebäude; sämmtliche Gebäulichkeiten sind mit Schindeln eingedeckt; ferner findet sich bei diesem Anwesen eine gemauerte Bierschenke, zwei Holzhütten nebst Hofraum und Pumpbrunnen, gerichtlich geschätzt auf 6750 fl.,

2) Aus einem an obige Bestandtheile des Anwesens anstoßenden Garten, der einen Flächenraum von 3 Tagwerken, 8640 □ hat, und auf 8576 fl. gerichtlich gewerthet ist.

Kaufsliebhaber werden hiezu mit dem Anhange geladen, daß sich der Hinschlag nach §. 64 des Hypothekengesetzes, und den §§. 96—102 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 richtet.

Berf. am 5. Okt. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Direktor:
Barth.
Eurenius.

179. In München ist ein reales allgemeines Handelsrecht zu verkaufen.
D. Uebr.

175. (2b) Im Hause Nro. 14 in der Promenadestraße ist eine sehr schöne Wohnung im 2. Stocke für das nächste Ziel Georgi zu vermiethen. Nähere Auskunft am Promenadeplatz Nro. 18 im Comptoir.

173. (3c)

Ankündigung zum Abonnement.

Der

Deutsche Volksmann.

Dieses Blatt, welches seit dem 19. August d. Js. hier wöchentlich einmal erscheinen ist, wird vom

20. Oktober dieses Jahres an

als eine rein politische Zeitung täglich erscheinen und am Schlusse jeder Woche ein Unterhaltungsblatt beigegeben werden.

Alles ist bereits geschehen, um in dieser Zeitung so schnell als möglich die allerneuesten und wichtigsten Tagesbegebenheiten zu liefern; denn nicht allein in allen Gegenden Deutschlands, sondern auch in den meisten Hauptstädten Europa's haben wir ausgezeichnet tüchtige Männer als Mitarbeiter und Korrespondenten gewonnen, so daß wir belobenden streng der Wahrheit getreue und möglichst unparteiische Original-Mittheilungen geben können.

Wichtige Ereignisse aus Paris kommen uns stets in wenig Stunden durch den Telegraphen in Straßburg zu.

Der Pränumerationspreis in Baden-Baden (Hauptexpedition Stephanien-Straße Nro. 373) beträgt halbjährlich **2 fl. 30 kr.**, vierteljährlich **1 fl. 15 kr.** und auf die Zeit vom 20. Oktober bis 31. Dezember **1 fl.**

Auswärts nehmen alle Postanstalten Bestellungen auf diese Zeitung an, welche wir so schleunig als möglich zu bewirken bitten.

Inserate werden die Petitzeile mit 2½ Kreuzer berechnet, als auch der Zeitung entsprechende Beiträge angenommen und auf das Kostenbeträgliche honorirt.

Baden-Baden, im Oktober 1848.

Die Scotzniovsky'sche Buchdruckerei.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Deutsche Reichsversammlung.

(Sitzung vom 13. Okt.) Die heutige Tagesordnung eröffnet sich auf neum verschiedenartige Gegenstände. Den Vorsitz führt Heinrich v. Gagern. Er stellt u. M. ein Schreiben Arndts in Bonn, des Inhalts, daß dieser Abgeordnete bis 1. Januar nicht wieder in der Versammlung erscheinen werde und daher seinen Stellvertreter für Breslau inzwischen einzuberufen bitte. Das Bureau soll ihm jedoch anzeigen, daß dies ein unrichtiges Verfahren sei, und daß sich Auge darüber zu erklären habe, ob er aus der Nationalversammlung als ausgeschieden betrachtet sein wolle oder nicht. Den Vorsitzenden macht Hr. Zug ernstliche Vorstellungen, daß er sich durch die Eröffnung des Finanzministeriums Portofreiheit von einer großen Anzahl deutscher Staaten bewilligt. Für den Prioritäts- und Petitionsausschuß verlangt Hr. Fuchs Einschränkung zu einem abgekürzten Verfahren in Bezug auf eingehende Bittschriften, Beschwerden u., und namentlich die Erlaubniß dazu, diejenigen an die Versammlung gelangenden Eingaben, welche in den Geschäftskreis des Reichsministeriums einschlagen, ohne vorgängigen Vortrag an das Haus, sofort an das Ministerium verweisen zu dürfen. Der Antrag wird zum Beschlusse erhoben. Fischer von Jena schlägt einen neuen Abstimmungsmodus durch verschiedenfarbige Zettel vor. Der Antrag wird gerucht und auf eine der nächsten Tagesordnungen gesetzt werden. Von allgemeinerem Interesse ist unter den seineren Mittheilungen ein Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses auf Aufhebung der Spielbanken. Allgemeine Spannung verbreitet sich über das Haus und ein tiefes Schweigen herrscht unter der Verlesung Langerfeldt's: er habe Namens des Ausschusses über den Antrag des Appellationsgerichtes als Criminalgerichts der freien Stadt Frankfurt, betreffend die Ertheilung der Zustimmung zur Einleitung einer Untersuchung, resp. Verhaftung des Herren Zig, Schlosser und Redakteur von Trier, anzuzeigen, daß der Ausschuß sich dahin entschieden deucht sei und im Laufe der Sitzung an die Mitglieder vertheilt werden solle. Der einstimmige Antrag des Ausschusses geht dahin: „Die Nationalversammlung wolle beschließen: die von dem Appellationsgerichte, als Criminalgericht der freien Stadt Frankfurt, in dem an das Reichsministerium der Justiz unter dem 4. d. M. gerichteten Schreiben beantragte Zustimmung zur Einleitung der Untersuchung gegen die Abgeordneten Zitz, Schlöffel und Simon von Trier zu ertheilen; dagegen den von dem gedachten Gerichte nur vorsorglich gestellten Antrag: die Zustimmung zu der Verhaftung der genannten Abgeordneten, wenn solche im Laufe der Untersuchung nöthig werden könnte, schon jetzt zu ertheilen, abzulehnen." Der Ausschuß wird die Akten, die ihm mitgetheilt wurden, in die Hände des Präsidenten zurückgeben, damit der Lieber des Gesuches sie einsehen gelegt werden. Zum letzten Anfragen. Vogt von Gießen interpellirt das Reichsministerium wegen der von der Oberpostamtszeitung voreilig veröffentlichten Note an die Schweiz, deren Lon er unter dem Beifalle der Linken als einen mit der Humanität und mit der Würde eines großen Volkes in Widerspruch stehenden bezeichnet. Wichmann aus Stendal fragt die Regierung an in Vogt, das Ministerium Versprechungen für die Beseitigung forderten werde, welche der Zentralgewalt von Seite der Schweiz in der Note vom 4. Okt. widerfahren. Vogt befragt ferner, und abermals unter dem beifälligen Zuruf der Linken das Reichsministerium, welche Maßregeln es in Bezug auf Wien ergreifen und mit welchem Nachwande von Kraft es bei der die Reaktion bekämpfen werde. Marcck: In wie weit ist das Gerücht begründet, daß die Zentralgewalt Reichstruppen zur Unterdrückung der Bewegung nach Wien entsenden wolle. Schultze: Wie gedenkt das Reichsministerium die deutschen Interessen in der Wolkau und Walachei gegen Rußland in Schutz zu nehmen. Wesendonck: Hat das Reichsministerium den bayerischen Regierung die Zustimmung ertheilt, daß das konstitutionell-monarchische Prinzip für immer in den deutschen Staaten gewahrt werden solle und wie weit liegt sie hier mit den Berichten über die Befugnisse der Zentralgewalt. Simon von Trier interpellirt wegen der Wahl des Dr. Würth zur Nationalversammlung in Hohenzollern Sigmaringen und wegen der in Lauzan zu veranstaltenden Neuwahl. Am einige Abweichelung in die Einförmigkeit dieser Anfragen zu bringen, befragt Ludwig Jahn die Reichsbibliothek. Von der heutigen Sitzung des Hauses empfangen wir eine Mittheilung, welche uns Aufschluß über das Verhalten der Reichs- und Landesbehörden, der offenkundigen Wühlereirichtungen und den angezogenen Menschenversammlungen gegenüber. Nur in Bezug auf eine frühere Interpellation Beda Webers über die Gesahren Deutsch-Tyrols wegen drohender Abtrennung der wälschen Bezirke erwidert Schmerling heute: daß das Reichsministerium keine anderen Kenntniß über die neuesten Verhältnisse Süd-Tyrols als durch die Zeitungen habe. Einem früheren Beschlusse der Versammlung gemäß seien die Wälsch-Tyroler mit ihren juristischen und administrativen Absonderungs-Forderungen an den Wiener Reichstag verwiesen worden. Auf Antrag Jordan's von Berlin werden die von den Wahlbezirken Lichnowsky's und Auerswald's an die Nationalversammlung erlassenen Adresse (vgl. Deutsche Zig. Nr. 272. Beil.) augenblicklich von der Tribüne und durch den Präsidenten von Gagern selbst unter feierlicher Aufmerksamkeit der Versammlung verlesen. Darauf aber wird fernerweiteren Anträgen und Interpellationen das immer dringendere Verlangen auf Tagesordnung entgegengesetzt. Nur ein Antrag Veneden's kommt noch zur Kenntniß der Versammlung: das Reichsministerium solle den Oesterreichern deutsche Truppen zu Hilfe schicken, falls Jellachich mit seinem Kroatenheer die deutsche Reichsgrenze überschreiten sollte. Dann wird wirklich zur Tagesordnung und zunächst zur Berathung der Vorschläge Schoder's, Trützschler's und Wallbrecht's vorgeschritten. Wieder macht darauf aufmerksam, daß der Verfassungsausschuß an den Grundrechten mehr zu thun habe, als sie blos einer neuen Redaktion zu unterwerfen. Eine Heist zur Vollendung dieses Werkes könne er sich nicht vorschreiben lassen. Die erste Abstimmung müsse nochmals revidirt werden, womit drei Mitglieder des Verfassungsausschusses beauftragt seien. Außerdem sei aber auch ein Einführungsgesetz nöthig, ehe die Grundrechte veröffentlicht werden könnten. Zu ihnen aber gehöre die Verfassung in der Art, wie sie aus dem Geiste. An die Berathung der Verfassung sei es gehen, deren Entwurf sich jetzt bereits vollständig in der Druckerei befinde, so daß er morgen vertheilt werden könne, und nicht blos wie Graf Wartensleben zwei, sondern vielmehr drei Parlamentstage jede Woche fordert Beseler für diesen Gegenstand, wie er auch sie das Verfassungsgesetz eine zweite Lesung für unerlässlich erachtet. Von den folgenden Rednern Mölling, Moriz Mohl, Mauwerk, Plathner, Graf Wartensleben, Waiz, Schober, Trützschler unterstützen Plathner und Waiz die Erklärungen Beseler's, während Schober dem Verfassungsausschusse Schuld gibt, daß er den Beschlüssen der National-Versammlung zuwider handle, wenn er mehr an den Grundrechten thun wolle, als daß er sie eben nur formell für die zweite Lesung zusammenstelle. Zu einer Revision der ersten Abstimmung sei der Ausschuß hinlänglich berechtigt, und habe sie auch zu einem Ausführungsgesetze. Nur in dem Einen sagt sich Schoder der Meinung Beseler's, daß er von der Bestimmung einer Frist absehen und den Ausschuß nur überhaupt die schleunigste Ausführung seiner Aufgabe empfehlen wissen will. Die an sich wenig exquickliche Debatte wird unendlich verlängert und ins Kleinliche verwirrt durch einen von Wigard abgegebenen Protest der Minderheit des Verfassungsausschusses gegen die Ertheilung Beseler und durch eine heftige Berufung der Linken auf die Geschäftsordnung, wodurch Beseler das Wort vor der Abstimmung abgeschnitten wird. Zur Annahme gelangten demnach die Anträge des Verfassungsausschusses (Beseler): den noch nicht berathenen Theil der Grundrechte vorläufig zurückzustellen, damit die Abschnitte über Recht und Reichsgewalt zur Entscheidung kommen; denjenigen Theil der Grundrechte aber, welcher nach Schoder's Antrage nach der zweiten Berathung verlandet werden soll, zur Revision und zur schleunigsten Vorlage eines Einführungsgesetzes an den Verfassungsausschuß zurückzuweisen. Endlich für den vorgelegten Theil der Verfassung, sowie bei den Grundrechten eine zweite Lesung zu beschließen und der Berathung, vorbehaltlich der Entelagung der Grundrechte, regelmäßig in der Woche drei Sitzungen zu widmen. Die Berathung der Verfassung soll mit nächstem Dienstag begonnen werden. Die zweite Nummer der Tagesordnung, daß nach dem Vorschlage des Petitionsausschusses eine große Anzahl von Petitionen zu den Akten genommen werden solle, wird durch eine rasche Abstimmung beseitigt, dann folgt die Berathung über Schoder's Antrag auf Verminderung der Zivilliste. Beseler, Verfassungs-Ausschuß-Schreiber, widerspricht mit dem Antrage seine Folge gegeben sehen, und daß ihn dieß schwerze, verhebt Schoder nicht, als er das Wort erhält. Seine Liste der Prozente, welche die deutschen Höfe von den Landeseinnahmen verschlingen, vermehrt der Redner um die Angabe, daß in Hessen-Homburg die Zivilliste sogar 33 Prozent der gesammten Einnahmen betrage. Als ersitire eine bekannte Broschüre: „das Deutschenspiegel." Diese mache am meisten über die Republik Nordamerika. Die Nationalversammlung solle es nicht dem allen Bundestage nachthun und sich, wie dieser, inkompetent erklären, wenn es die Rechte der Völker zu schützen gälte. Römer bemerkt sehr richtig, daß sich Schoder eine unnütze Mühe gegeben habe, den materiellen Umfang der Zivilliste darzuweisen. Allein wenn man auch die Nationalversammlung den Monarchen lege, biete Aufgaben vermindern zu sehen, so sei sie doch nicht im Stande, ihn durchzuführen, denn die Zivillisten seien eine Angelegenheit der Einzelstaaten. Radikal könne übrigens auch die Verminderung der Zivillisten nicht wirken, sondern etwas anderes sei dazu erforderlich: großartige Medialstrungen! (Lebhaftes Bravo.) Pfizer von Tübingen spricht für Schoder's Antrag*), wenn er sehr mit Unrecht die Zivillisten Ausgaben für Luxus nennt, es sei eine juristische Definition, was Schoder fordere. Die Zivilliste sei ein verfassungsmäßig erworbenes Recht, welches man nicht einseitig und willkürlich schmälern dürfe, daher auch Schoder sehr richtig von einer Verzichtleistung gesprochen. Aber auch eine solche Verzichtleistung dürfe man Niemanden abnöthigen wollen, auch nicht durch einen moralischen Zwang. Gottschalk, einer der schreiendsten und unbefugtesten Redner, die bis jetzt im Saale gesprochen, erklärt im Interesse der Ruhe, der Eintracht, des Friedens um einen andern, als den vom Ausschusse vorgeschlagenen Beschluß. Brüdenhofen stellt er einen Antrag dahin: daß der Gegenstand einem neuen Ausschusse zur Begutachtung übertragen werde,

*) „Die Nationalversammlung wolle ihre feste und unumwandene Ueberzeugung dahin aussprechen. daß in denjenigen Ländern, wo die Leistungen des Staates für den Regenten und seine Familie (Civilliste, Apanage und Suttenzialogischen Zwangen u. s. w.) nicht in richtigem Verhältnisse mit den Kräften des Volkes stehen, eine gleichbaldige Herabsetzelbung des Regenten und der betreffenden Angehörigen seiner Familie auf einen entsprechenden Theil der ihnen nach der bis jetzt bestehenden Gesetzen aus der Staatskasse zu leistenden Gelder dringend nothwendig sei."

und verlangt namentlich Abstimmung. Damit auch der traurigen Sippung ihre leidenschaftliche Szene nicht fehle, benutzt Schöffel eine Neuerung Michelsen's von „fleischlichen Naturrecht“ dazu, die Rednerbühne für sich in Anspruch zu nehmen, als habe er eine persönliche Angelegenheit hier klare zu legen. Der Präsident entzieht ihm das Wort und befiehlt ihm, die Tribüne zu verlassen. Schöffel bedeutet darauf, er sei persönlich von Michelsen angegriffen worden. „Es war weder vorher noch nachher von Ihnen die Rede“ — Aber von der Provinz Schleswig.“ — „Nun, Gott, Sie ist nicht die Provinz Schleswig!“ Nachdem Scheller für den Ausschuß zum Schlusse gesprochen, erfolgt die Abstimmung. Sie entscheidet sich nach dem Grachten des Ausschusses, daß über den Schorer'schen Antrag zur Tagesordnung übergegangen werde.

(D. Z.)

Entwurf zur deutschen Reichsverfassung.

(Schluß.)

Art. VIII. §. 40. Die Reichsgewalt hat die Oberaufsicht über das Postwesen im deutschen Reich. Ihr steht die Gesetzgebung über die Organisation des Postwesens, über die Taxe, die Portobefreiung, und die Verhältnisse zwischen den einzelnen Postverwaltungen zu. Minoritätserachten. Statt dieses Paragraphen möge folgende Bestimmung aufgenommen werden: „Der Reichsgewalt steht die Befugniß zu, für das ganze Reich Gleichheit der Organisation des Postwesens und der Postsätze einzuführen und die Portofreiheiten unter den Einzelstaaten zu ordnen.“ (Scheller. Detmold. Mühlfeldt. v. Rotenhan.) §. 41. Postverträge mit ausländischen Postverwaltungen dürfen nur Seitens der Reichsgewalt geschlossen werden. Die Reichsfestungen genießen von diesen Verträgen keine Vortheile. Minoritätserachten. Die Streichung dieses Paragraphen beantragen Scheller, Detmold, Mühlfeldt. §. 42. Die Reichsgewalt hat die Befugniß, so weit es ihr nöthig scheint, das deutsche Postwesen für Rechnung des Reiches in Gemäßheit eines zu erlassenden Reichsgesetzes zu übernehmen, vorbehaltlich billiger Entschädigung vorhergehender Privatrechte. Minoritätserachten. Die Streichung der Worte „vorhergehenden Privatrechte“ beantragen Scheller, Detmold. Mühlfeldt, Laffault, v. Rotenhan. §. 43. Die Reichsgewalt ist befugt, Telegraphenlinien anzulegen und die vorhandenen zu benützen. Weitere Bestimmungen sind einem Reichsgesetz vorbehalten. Minoritätserachten. Der zweite Satz wird dahin zu verändern beantragt: „Weitere Bestimmungen hierüber, so wie über Benützung von Telegraphen für den Privatverkehr sind einem Reichsgesetz vorbehalten.“ (Wigard. Blum. Schüler. Abtenz.) Art. IX. §. 44. Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Münzwesen. Es liegt ihr ob, für ganz Deutschland dasselbe Münzsystem einzuführen. Sie hat das Recht, Reichsmünzen zu prägen. Minoritätserachten. An die Stelle dieses Paragraphen möge folgende Bestimmung treten: „Der Reichsgewalt liegt es ob, für ganz Deutschland dasselbe Münzsystem einzuführen. Sie hat das Recht, Reichsmünzen zu prägen.“ (Scheller. Detmold. Mühlfeldt. v. Rotenhan.) §. 45. Der Reichsgewalt liegt es ob, in ganz Deutschland dasselbe System für Maß und Gewicht, so wie für den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren zu begründen. §. 46. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Zettelbankwesen in Deutschland. Sie ist befugt, Zettelbanken anzulegen und ihre Anlage zu bewilligen. Art. X. §. 47. Die Ausgaben für alle Maßregeln und Einrichtungen, welche von Reichswegen ausgeführt werden, sind von der Reichsgewalt unmittelbar zu bestreiten. §. 48. Zur Bestreitung seiner Ausgaben ist das Reich zunächst auf seinen Antheil an den Zolleinkünften angewiesen. §. 49. Die Reichsgewalt hat das Recht, in so weit die sonstigen Einkünfte nicht ausreichen, Reichssteuern auszuschreiben und zu erheben oder erheben zu lassen, so wie Matrikularbeiträge aufzunehmen. Minoritätserachten. Statt dieses Paragraphen beliebe es: „Die Reichsgewalt hat das Recht, in so weit die sonstigen Einkünfte nicht ausreichen, Matrikularbeiträge von den Einzelstaaten zu erheben.“ (Scheller. Detmold. Mühlfeldt. Laffault. v. Rotenhan.) §. 50. Die Reichsgewalt ist befugt, in außerordentlichen Fällen Anleihen zu machen oder sonstige Schulden zu kontrahiren. Art. XI. §. 51. Den Umfang der Gerichtsbarkeit des Reichs bestimmt der Abschnitt vom Reichsgericht. Art. XII. §. 52. Der Reichsgewalt liegt es ob, die Kraft der Reichsverfassung allen Deutschen verbürgten Rechte oberaufsichtend zu wahren, so wie die gesetzlichen Normen für den Erwerb und Verlust des Reichs- und Staatsbürgerrechts festzustellen. Minoritätserachten. In diesem §. mögen die Worte „und Staats“-(Bürgerrecht) wegelassen werden. (Scheller. Detmold. Mühlfeldt. Laffault. v. Rotenhan.) §. 53. Der Reichsgewalt liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob. Sie hat die für die Aufrechthaltung der innern Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßregeln zu treffen: 1) wenn ein deutscher Staat von einem andern deutschen Staat in seinem Frieden gestört oder gefährdet wird; 2) wenn in einem deutschen Staate die Sicherheit und Ordnung durch Feindseligkeit oder Fremde gestört oder gefährdet wird. Doch soll in diesem Falle von der Reichsgewalt nur dann eingeschritten werden, wenn die betreffende Regierung sie selbst dazu auffordert, es sei denn, daß dieselbe dazu notorisch außer Stande ist, oder der gemeine Reichsfrieden bedroht erscheint; 3) wenn die Regierung eines deutschen Staates die Verfassung desselben eigenmächtig aufhebt oder verändert und durch das Anrufen des Reichsgerichtes unverzügliche Hilfe nicht zu erwirken ist. §. 54. Die Maßregeln, welche von der Reichsgewalt zur Wahrung des Reichsfriedens ergriffen werden können, sind: 1) Erlasse, 2) Absendung von Kommissarien, 3) Absendung bewaffneter Macht. Minoritätserachten. Zusatz. „Ein Reichsgesetz bestimmt die näheren Normen für die Wahrung des Reichsfriedens.“ (Schüler. Wigard. Blum.) §. 55. Der Reichsgewalt steht es zu, allgemeine Gesetze über das Assoziationswesen zu erlassen. Minoritätserachten. Der Wegfall dieses §. wird beantragt von Wigard, Blum, Schüler. §. 56. Die Reichsgewalt ist befugt, im Interesse des Gesammtwohls allgemeine Maßregeln für die Gesundheitspflege zu treffen. Minoritätserachten. Zusatz. „Ein Reichsgesetz bestimmt den Umfang dieser Befugniß.“ (Wigard. Blum. Schüler.) Art. XIII. §. 57. Die Reichsgesetzgebung hat für die Ausnahme öffentlicher Urkunden diejenigen Erfordernisse festzustellen, welche ihre Gültigkeit in ganz Deutschland fordern. §. 58. Der Reichsgewalt steht das Recht der Gesetzgebung zu, so weit es zur Ausführung der ihr verfassungsmäßig übertragenen Befugnisse und zum Schutz der ihr überwiesenen Anstalten erforderlich ist, so wie in allen Fällen, wo das Gesammtinteresse Deutschlands die Begründung einer Einrichtungen und Maßregeln nothwendig findet.“ (Schüler. Blum. Wigard.) §. 59. Die Reichsgewalt wird Sorge tragen, daß durch die Erlassung allgemeiner Gesetzbücher über bürgerliches Recht, Handels- und Wechselrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren die Rechtseinheit im deutschen Volk gefestigt werde. §. 60. Alle Gesetze und Verordnungen der Reichsgewalt erhalten durch ihre Verkündigung von Reichs wegen verbindliche Kraft. Art XIV. §. 61. Die Anstellung der Reichsbeamten geht vom Reich aus. Die Dienstpragmatik des Reichs wird ein Reichsgesetz feststellen. Minoritätserachten. Zusatz. „Reichsbeamte dürfen nicht im Dienst eines Einzelstaates stehen.“ (Schüler. Blum. Wigard.)

Neuestes aus Wien.

In einem Schreiben aus Wien vom 12. (in der Grazer Zeitung) heißt es, ganz in Uebereinstimmung mit unsern direkten Wiener Nachrichten: „Wien ist nicht mehr zu kennen. Nur Bewaffnete auf den Straßen. Alles ist in Angst und Verwirrung. Auerperg hat seine Truppen zurückgezogen und schließt in Verbindung mit Jellachich ganz Wien ringsum ein. Ueber die Donau bei Klosterneuburg hat das Militär eine Brücke geschlagen und es sollen Truppen aus Böhmen und Mähren im Anmarsch sein. .. Das Proletariat in Wien nimmt eine bedrohliche Stellung und man fürchtet sich vor ihm mehr als vor dem Militär. Man erwartet stets, daß es eine Meuterei, die bei Jouanin, im Gebäude vor einigen Tagen in Betreff der Pariser Zustände machte, indem es sagte: „Wenn wir die Wahl haben, so sehen wir doch noch lieber unsere Truppen in den Straßen bivouakiren, als die Kommunisten.“.. Auch alle böhmischen Studenten haben Wien verlassen.

⊙ Wien, 12. Okt. Nachm. 1½ Uhr. Windschräg soll mit 18,000 Mann in Wien eintreffen. Sie englischen und französischen Gesandtschaften haben sich erklärt, daß sie ein Bombardement, ohne daß ihnen vorher seitig Nachricht gegeben würde, für eine gegen ihre Regierung feindselige Maßregel ansehen müßten. — In den Vertheidigungsmaßregeln und den militärischen Dispositionen, so wie deren Ausführung scheint wenig Plan und Einheit zu herrschen. — 4 Uhr. Alles in tiefster Ruhe, auch keine Patrouillen Gerüchte.

⊙ Wien, 13. Okt. früh 10 Uhr. Die Nacht ist in allertiefster Ruhe vorübergegangen. — Nachmittags 3 Uhr. Zwischen Jellachich und den immer noch in den Höhen schanzenden, aber nirgends sichtbaren Ungarn sollen Waffenstillstandsunterhandlungen eingeleitet worden sein, andererseits spricht man, daß die Ungarn auf die rechte Flanke Jellachichs einen Angriff zu machen gedenken. — An allen Staatsgebäuden stehen große Plakate: „Nach Beschluß des hohen Reichstages Nationalgetbann.“ Auch hat der Reichstag erklärt, daß er die Sparkasse und die Nationalbank unter seinen besondern Schutz nehme. — Minister Kraus hat das volle Vertrauen des Reichstages.

Der „Tyroler Bote“ vom 14. sagt in Betreff der Vorgänge in Wien, über welche er bis zum 11. Nachrichten hat, folgendes: „In den neuesten Wiener-Berichten herrscht eine totale Bewirrung, und sie widersprechen sich von Stunde zu Stunde. — Jedenfalls scheinen die großartigen Vertheidigungsmaßregeln, die man in Wien antrifft, auf starke Furcht vor einem Angriffe des Jellachich in Verbindung mit Auerperg hinzuweisen, wornach also die Berichte über die angebliche Niederlage des Ban wohl sehr übertrieben oder gänzlich unwahr sein dürften. Ueberhaupt weiß man es sämmtlichen und heute zugekommenen Wiener Journalen deutlich an, daß sie unter dem Einflusse des Schreckens stehen, und bei weitem nicht Alles sagen, was sie wissen. Nur so viel entnehmen wir daraus klar, daß die Zustände in Wien von der trostlosesten Art, und auch nicht im entferntesten geeignet sind, den Provinzen Vertrauen einzuflößen. Nach den neuesten Nachrichten ist auch kein Minister mehr um die Person des Kaisers; wir leben also thatsächlich unter der Herrschaft eines Konvents, und zwar eines solchen, in dem eine von der Mehrheit der Bevölkerung unserer Provinz verabscheute Minorität durch Schrecken die Oberhand hat. Bei diesen Umständen drängt sich die Frage auf: Was soll und wird unsere Provinz thun?“

Deutschland.

Bayern. — München, 12. Okt. Der „Bürgerverein für Freiheit und Ordnung“ dahier hat für die bestehenden Landtagswahlen

ein Programm erlassen, aus dem wir folgende Stelle mittheilen: „Die Thätigkeit, mit welcher die Demokraten zu Gunsten unbeschränkter Volksherrschaft, die heute bei Mißbrauchtheit aber zum Zwecke des Krakeln Einfluß auf die Landesgewalten zu gewinnen suchen, erhöht die Pflicht der dritten großen politischen Partei, alle erlaubten Mittel anzuwenden, damit die Wahlen im Sinne ihrer eigenen politischen Glaubensbekenntnisse ausfallen. Zu diesem Zwecke hat der Münchener Bürgerverein für Freiheit und Ordnung auf seiner Mitte ein Wahlkomité aufgestellt und gegenwärtiges Programm festsetzen lassen. Der Verein wird entschieden Männern das Vertrauen als Kandidaten bei der Wahl der Landesabgeordneten seine Unterstützung angedeihen lassen, welche sein hier unten beigefügtes Programm als das ihrige annehmen und in Folge dessen bei'm Landtag dahin zu wirken sich verpflichtet fühlen, daß dasselbe zum Heile Deutschland und zum Wohle der konstitutionellen Monarchie in Bayern in Ausführung komme. Eine Anerkennung der Zentralgewalt und ein redlicher Anschluß der Beschlüsse der konstituirenden Nationalversammlung sind die Grundbedingungen für Deutschlands Freiheit, Einigkeit und Kraft, und daraus auch die erste Pflicht des Abgeordneten, hiefür seine Stimme zu erheben; denn nur hierin liegt die Bürgschaft der Volkswohlfahrt und die beste Stütze der konstitutionellen Monarchie. Die bayerische Verfassungsurkunde muß auf diese Weise sich einerseits durch neue Lebenskraft der Freiheit stärken, andererseits aber Alles ausscheiden, was diesem Bedürfnisse entgegensteht und dem Geiste der Zeit widerspricht. Doch nicht umgestürzt und vernichtet soll das Gebäude unserer Gesetze werden; seine Grundlagen werden dem neuen Baue mehr Stärke geben und einen längern Bestand sichern, als wenn wir ihn auffuhren wollten auf dem nicht geprüften Boden gewagter Versuche. Das konstitutionelle Leben gewinnt nur kaum Kraft und Entwicklungsfähigkeit, wenn der periodische Landtag nicht kurzen Unterbrechungen wiederkehrt, nur dann ist eine konstitutionelle Regierung in Wahrheit möglich, wenn die verantwortlichen Minister nach Monaten, nicht aber wenn sie erst nach Jahren bewissen können, daß sie das Vertrauen des Volkes besitzen. Einjährige Landtage, mit kurzen Finanzperioden und mit ungeschmälerten Steuerbewilligungsrechte, werden Bürgschaft dieser bieten; sie stärken Krone und Lande Verbindung gegenseitig und der Regierung Kraft geben. Gleichheit der Rechte, Pflichten und Lasten sollen allenthalben zur Geltung kommen, volle Sicherheit der Freiheit der Person und des Eigenthums soll eine unerschütterliche Stütze finden in volksthümlichen Gesetzen und in ihrem schleunigen, durch öffentliche Verhandlung gerechtfertigten Vollzuge. Den nun auf die Verfassung beeidigten Offizieren des Heeres soll die pragmatischen Rechte derselben nicht länger vorenthalten bleiben. Die unverzügliche Durchführung der zugesagten Trennung der Justiz von der Administration, mit Beseitigung aller Administrativjustiz, und ein entsprechendes Polizeigesetz sind dringendes Bedürfniß, ein freisinniges Gemeindegesetz, welches insbesondere die überall bevormundete Kontrole der Staatsbehörden seine hält und die Prüfung des Gemeinderechnungsbelages nur der bestellten Bürgerausschüsse überläßt, eine Gemeindewahlordnung, welche geeignet ist, dem Vertrauen der Gemeindeglieder einen wahren Ausdruck zu geben, kräftiger Schutz der Gewerbe, der Industrie und des Ackerbaues und umfassende Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klasse sind unabweisbare Nothwendigkeit *) Der Verein wird, um seine Ziele nicht zu zersplittern, seine Wahlbewegungen auf Oberbayern beschränken, jedoch unbedingt, daß die ihm gleichgesinnten Vereine in anderen Regierungsbezirken auf ähnliche Weise ihre Thätigkeit entfalten werden. An alle Städte und Märkte Oberbayerns aber, an alle einsichtsreichen Männer des Bezirkes, welche die im gegenwärtigen Programm ausgesprochenen Grundsätze theilen, erläßt der Verein hiemit die dringende Aufforderung, Wahlkomité's zu bilden und allenthalben der Ueberzeugung zu verschaffen, wie nothwendig es ist, daß schon die Urwähler sich mit den Wahlmännern über die zu wählenden Abgeordneten bei Zeiten verständigen, so wie daß sie sich der politischen Ansichten und Gesinnungen derselben versichern. Die Wahlkomité's werden eingeladen, sich mit dem unterfertigten Vereine in Verbindung zu setzen und in Gemeinschaft mit ihm die Empfehlung der aufzustellenden Kandidaten zu betreiben."

†München, 16. Oct; 33. MV. der König und die Königin haben sich gestern Vormittags nach dem Tegernsee begeben, und werden dortselbst das herrlich gelegene Landhaus des verstorbenen Staatsrathes von Rokell in Gegen bewohnen. Ihrer Majestäten Aufenthalt ist auf drei bis vier Tage bestimmt — Der gestrige Geburtstag der Königin wurde hier allenthalben herzlich und festlich gefeiert. — Von der in hiesigen Blättern gemeldeten Entbindung der Frau Herzogin von Modena ist bei Hofe bis heute nichts bekannt, wehhalb die Meldung eine irrige sein dürfte. — In München werden nun auch einspännige Droschken eingeführt, und der gestern ausgegebene „Polizei-Anzeiger" enthält eine zweckmäßige umfassende Droschken-Ordnung. Die Einführung hiezu ist schon seit lange getroffen. — Zur Verwendung von Mißverständnissen halte ich es nicht für unerläßlich zu bemerken, daß die jüngste Anordnung, wonach alle Polizeibeamte und im Civil- und Militärdienste Angestellten am 12. d. im Theater in Uniform zu erscheinen hatten, kein Ausnahmsbefehl S. M. des Königs gewesen, sondern diese von jeher an den Geburts- und Namenstagen des Königs und der Königin so üblich war, wissen die Münchner Korrespondenten sich doch genau erinnern dürften.

*) Absolutismusrecht, Volksbewaffnung u. dgl. der Verein in diesen Programm auch dem Grunde nicht aufgenommen, weil sie durch die Reichsversammlung gesetzlich festgestellten sind. D. Red.

†München, 16. October. Die Enthüllungsfeier des Gluck'schen Standbildes, welches König Ludwig vor dem Odeon in der Ludwigsstraße errichten ließ, hat gestern in prächtiger Weise Statt gefunden. Mittags 12 Uhr zogen die Liedertafeln und Sängervereine mit ihren Bannern durch die Stadt begleitet vom Freicorps der Künstler, welches letztere auf dem Platze um das noch verhüllte Denkmal ein militärisches Viereck bildete. Auf der gegenüber dem Standbilde errichteten Tribüne sammelten sich die Sänger und Instrumentisten. Der königl. Kapellmeister Stunz dirigirte einen zu diesem Zwecke componirten Marsch, worauf ein Lied-Tercett von Hrn. Max Mosse gesungen wurde. Nun fiel der Statue durch die Hand des kgl. Erzgießerei-Inspectors Müller, welcher der Meister der Guße nach dem vom Bildhauer Widnam gefertigten Modelle war. Der Hofmarschall des Königs Ludwig, Oberstlieutnant Freiherr von La Rochet, richtete an die Anwesenden einige Worte, die auf die warme Kunstliebe des ersten Errichters der Statue hinwiesen. Hr. Stunz, als literat. f. Kapellmeister, ersuchte in kurzer aber gediegener Ansprache um Verzeihung, daß König Ludwig sich die Aufgabe gestellt habe, durch Errichtung dieses Denkmales die Verkennung Gluck von Seite Deutschlands zu zühnen, welche freilerer Zeit Statt gefunden; es gebühre Ihm also der Dank von Seite der Kunstwelt. Ein von den Anwesenden kräftig wiederhallendes hervorrufen Hoch auf König Ludwig als Beschützer und Förderer der Kunste schloß die Rede. Um Schlusse wurde ein von Gluck componirter Chor (aus Armida) abgesungen. Das Standbild selbst ist lebendig aufgefaßt und trefflich ausgeführt. Doch möchten wir eines bemerken, daß nemlich das Prädegital etwas zu klein scheint, und noch ein paar breitere Stufen als Unterlage des Ganzen vermißt werden.

†München, 16. Oct. Wer vermuthen, daß am 12. d. M. die erste Pferdebahn auf der Eisenbahnstrecke von Neumarkt nach Hof (durch das Fichtel-Gebirge) stattgefunden hat; der Weg, 15 geometrische Stunden, wurde, einen kleinen Aufenthalt auf der schiefen Ebene und dem Stationsplatze Markt-Schorgast abgerechnet, in 2 Stunden und 13 Minuten zurückgelegt. Nürnberg ist nunmehr, abgesehen von einer kurzen Strecke im sächsischen Gebiete zwischen Plauen und Reichenbach durch Schienenwege mit Berlin, Dresden, Leipzig, Bremen, Stettin ꝛc. und bald auch mit der Nord- und Ostsee verbunden; daran knüpfen wir die zuversichtliche Hoffnung, daß im künftigen Jahre auch noch die zwischen Donauwörth und Nürnberg liegende Strecke befahren werden kann und somit die Städte München und Augsburg in dasselbe Verkehrsverhältniß treten. Daß auf der bezeichneten Bahn-Strecke von Seite der Technik nicht geringe Schwierigkeiten überwunden werden mußten, ist bekannt. Diese Schwierigkeiten bestehen nicht wohl entgegen; die bedeutenden Steigungen von $^{1}/_{100}$ und $^{1}/_{110}$ sprechen hiefür, nicht minder die mächtigen Dämme, Brücken und Viadukte, insbesondere die wahrhaft kolossalen Kunstbauten an den schiefen Ebenen, bei Moschendorf, Hof, Ober- und Unterkotzau.

München, 16. Oktober. Baron Gotthilf, in der jüngsten Zeit nach ungarischer Minister, ist mit seiner ganzen Familie hier eingetroffen und wird dem Vernehmen nach den Winter über auch bei uns bleiben.

Sächs. Herzogthümer. — Hildburghausen, 13. Okt. Eine Abtheilung der bayerischen Truppen ist gestern hier eingerückt; die übrige Mannschaft hat sämmtliche Oerter der Umgegend, namentlich Rhodach, Steinriede, Gleisvaigen und Straßenhausen militärisch besetzt. Die Einquartierung der Bauern wurde überall ohne Anstand ausgeführt. Auch Verdrehungen sind hier und in der Umgegend vorgenommen worden, doch ist es einzelnen Individuen gelungen, noch rechtzeitig die Flucht zu ergreifen. Unter den Verhafteten befindet sich der Redakteur des freien Volksblattes Dr. Hudn und die HH. Schorn und Günsch. Gegen mehrere Personen sind Steckbriefe erlassen worden. Den Oberbefehl über sämmtliche bayer. Offkupationstruppen führt der Oberst v. Großschedel aus Baireuth. Von Bayreuth aus ist ebenfalls ein Bataillon in Meiningen eingerückt. (B. Z.)

Preußen. — ⊙ Berlin, 12. Okt. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Berathung über die Verfassungsurkunde begonnen. Nach längeren hitzigen Debatten wurden über die Worte „von Gottes Gnaden" mit 217 gegen 134 Stimmen beschlossen, daß dieselben wegzufallen hätten. Bei der Abstimmung über den Kommissionsantrag, welcher die Worte „König von Preußen" vorschlägt, wurde derselbe angenommen. Die polnischen Abgg. aus dem Großherzogthum Posen verfochten sehr eifrig den Vorschlag unter den Titeln des Königs den eines „Großherzogs von Posen" beizubehalten, indem er für diese Provinz Verhältniß des Großherzogthums zum preußischen Staate andeute. Mit ihm würde auch der letzte Rest einer bisher bestandenen polnischen Nationalität schwinden. Beim Schlusse der Sitzung wurde Vertagung dieser Berathung beschlossen.

Oesterreichische Monarchie.

Mailand, 8ten Oct. In der letzten Woche bereitete ich die piemontesischen und die österreichischen Vorposten an beiden Ufern des Tessins und kann Ihnen über die Stellung der Heere Folgendes mittheilen. Von Borgomanero bis Arconata steht die piemontesische Armee, mit Inbegriff der Rekruten, die erst jüngst in großer Zahl eingerückt und noch sehr limitisch sind, nahe an 60,000 Mann stark. Am dichtesten stehen die Truppen zwischen Novara und Mirvano, weil man vermuthlich die Oesterreicher beim Wiederkriegen des Krieges, der uns sehr wahrscheinlich dünkt, über Vogfolora der erwartet. Die bortige mussive Tessin-Brücke, ein prächtiges Werk, ist auf beiden Seiten stark besetzt. Am rechten Ufer

sind schöne freie Ebenen, nur wenig bewachsen mit niederem Eichengestrüppe. Dort wäre ein herrlicher Boden zu einem Schlachtfeld, besonders für die Kavallerie, die sich in den dichtbewachsenen, mit Gräben durchschnittenen Ebenen der Lombardei nicht entwickeln kann. Daher kamen auch im letzten Krieg fast gar keine Kavallerieangriffe statt und Oesterreich zahlreiche, prächtige Reiterregimenter waren für die Armee mehr Last und Hemmniß, als Unterstützung. Auf piemontesischer Seite steht verhältnißmäßig wenig Kavallerie, nur Lanciers und Dragoner. Gebaute leichte Reiter fehlen im piemontesischen Heere ganz. Die Artillerie ist vortrefflich und in manchen Hinsicht der österreichischen überlegen, besonders was rasche Bewegung anbelangt. Nimmersieg aber steht die piemont. Artillerie der österreichischen entschieden nach. Sie hat in der Cité der Frisch von Minelo nach Mailand sehr viele Stücke im Stiche gelassen und vernagelt. Die vertragsmäßige Ablieferung der in Peschiera genommenen Festungs-Artillerie war vor drei Tagen noch nicht erfolgt, aber aufs Neue versprochen Nadetzky zaudert, als fürchte er eine Rückkehr der Flotte Albini's, deren vertragswidrige Anwesenheit vor Venedig den Marschall bewogen hatte, die piemontesischen Geschütze zurückzuhalten. Die Herzoge von Genua und Savoyen haben ihre Hauptquartier bei Piacenze und umhergetan zwei häufig Besuche von österreichischen Stabsoffizieren, welche als Unterhändler zwischen Mailand und Turin ab- und zugehen. Karl Albert scheint des Postpferdeelends gründlich satt geworden zu sein. Er ist nicht zur Armee zurückgekehrt, wie er versprochen hatte, sondern pflegt sein seinem Ausflug nach Savoyen in den goldenen Gemächern seiner Wolheng einen leidenden, höchst zerrütteten Körper, ohne sich je dem Publikum zu zeigen. Der Herzog von Savoyen, ein thätiger, kuriger, kriegerisch gestimmter junger Mann, ist jetzt die Seele der piemontesischen Armee und die Hoffnung der Kriegspartei, welche eine Absdankung des Vaters zu seinen Gunsten wünscht. Karl Albert, den der Verdruß der letzten Monate um zehn Jahre gealtert hat, wird sich am Ende dazu verstehen. Die bedeutende Truppenzahl, die er nach Turin gezogen, scheint übrigens zu beweisen, daß sich in seiner tiefbetrübten Seele noch Trotz und behaglich fühlt. Er hat dort die savoyischen Regimenter, die besten und treuesten Truppen seines Heeres um sich versammelt. In Turin und Umgebung stehen mit Inbegriff der lombardischen Freiwilligen und der Reserveforps über 20,000 Mann, worunter eine prächtige Kavallerie. Auf die lombardischen Freiwilligen ist indessen wenig zu rechnen. Es sind schöne Männer mit luxosantem Barten wie die sardinischen Jäger aussehen, aber durch große Kreuze von der Brust bis zur Schulter und über der Brust unterschieden. Diese Freiwilligen sind in Masse ein freches, prahlerisches Gesindel, das sich an Disziplin nimmer gewöhnen will und — wie ein geachteter piemontesischer Offizier öffentlich erklärte — „zu nichts tauge, als zum Davonlaufen.“ Uebrigens sind die militärischen Anstrengungen Piemonts außerordentlich, ja für die Mossourcen des Landes wahrhaft erschöpfend. Davon hin ich während eines längeren Aufenthalts in Piemont Zeuge gewesen und wir thut nur Leid, daß die Oesterreicher hier daran nicht glauben wollen und gegen die Piemontesen eine Verachtung affektiren, die doch selbst durch die letzten Siege nicht ganz gerechtfertigt ist. Das österreichische Heer hat gegenwärtig, selbst mit Inbegriff der während den letzten sieben Wochen eingetroffenen Verstärkungen, seinem italienischen Gegner schwerlich ein numerisches Uebergewicht entgegen zu stellen. Zwischen Pavia und Piacenza stehen 16,000 Mann. Am stärksten ist die Umgebung von Piacenza besetzt, und General v. Thurn hat dort seine Vorposten bis über die Trebbia- und den Tidone vorgeschoben, so daß sie von der gegenüberstehenden piemontesischen Avantgarde durch keinen eigentlichen Fluß mehr getrennt sind. Zwischen Pavia und Bogsatora steht eine andere Division, worunter bedeutend deutsche Regimenter, welche Zuverlässigkeit der Tüchtigkeit des österreichischen Heere sind. Wenn man die Haltung und das ganze Aeußere der Armee vergleicht, wonn ich in vergangener Woche so reichliche Gelegenheit hatte, so fällt dieser Vergleich ungemein zu Gunsten der Oesterreicher aus. Italiener selbst gestehen das ein. Die piemontesischen Soldaten sind der Masse nach von auffallend kleiner Statur, nicht schwächlich, aber auch nicht muskulös, sehr gut zum Marschieren und zum Plänkeln, noch für den Bajonnetkampf, den sie kaum vermeiden, nicht geeignet. Dabei ist die Disziplin höchst mangelhaft, der italienische Charakter erträgt nicht militärische Strenge, die Milde und Höflichkeit der Offiziere gegen die Gemeinen geht mir wohl, sind aber der militärischen Ordnung nicht förderlich. Seit sieben Wochen datiren die Niederlagen wohl Zeit, sich von den erlittenen Strapatzen zu erholen, aber die Soldaten sehen selten noch so verlumpt und verwahrlost aus, wie am Tage, wo sie als Flüchtlinge den Tessin wieder überschritten. In letzterer Beziehung ist der Contrast zwischen den beiden Heeren besonders auffallend. Die Oesterreicher am linken Ufer stehen ihren zerlumpten Gegnern wie zur Parade gegenüber. Die Uniform ist so sauber, das Lederzeug so glänzend, die Waffen, selbst die Kanonen, so blank gewuzt, daß man von dem Gegensatz zu dem schmutzigen Bronzegesindel auf der Gegenseite höchst angenehm überrascht wird. Doch sind die österreichischen Soldaten der Mehrzahl nach hohe, kräftige, wohlgenährte Gestalten. Unter den Grenadier-Bataillonen giebt es wahre Riesen an Größe und Schulterbreite; Ungarn und steyrische Grenadiere sind die schönsten Truppen. Aber auch die ganz deutschen Regimenter haben meist starke, prächtige Leute. Die schönen Mettergregimenter sind eine wahre Zierde; der ganze Anblick der österreichischen Armee ist höchst ehrlich. Gegenwärtig sind die ausserlesensten Regimenter in Mailand und in der Umgegend versammelt, zusammen gegen 30,000 Mann. Von hier nach der Bosfaforabrücke kann man in einem Tagmarsch gelangen. Die Oesterreicher haben also den Piemontesen an der Grenze beiläufig die gleiche Macht von 60,000 Kombattanten entgegenzustellen. Die weiter östlich in Cremona, Bergamo, Brescia und an der schweizerischen Grenze stehenden Corps betragen höchstens 30,000 Mann. Ueber 16,000 liegen in den Hospitälern an Fiebern und Ruhr leidend, gegen 4000 sind als Kranklewärter und Bedienten verwendet. Im günstigen Fall kann Radetzky nicht über 90,000 den Piemontesen kampffähig entgegenstellen. Vereinigt sich mit den Italienern ein bedeutendes französisches Hilfskorps, so können die Oesterreicher am Tessin unmöglich siegreich den Sieg halten. Leider unterschätzt man hier die gewaltigen Anstrengungen Piemonts. Ein leichter Sieg hat gewöhnlich die schlimme Folge, dem Sieger eine zu übertriebene Zuversicht zu geben. Wenn man hier die österreichischen Offiziere reden hört, so sollte man glauben, daß eine Fortsetzung des Krieges nicht denkbar sei. Sie halten den Feinde für ganz niedergeschmettert und kampfunfähig. Das ist aber leider nicht der Fall, und ich hege die feste Ueberzeugung, daß der Krieg wieder beginnt bevor sechs Wochen herum. Ein Friedensschluß wäre in Piemont das Signal zu Karl Albert's Sturz und selbst die mächtige Partei Circolo nationale in Turin mit Gioberti an der Spitze würde hiegu die Hand bieten. Noch ist das Landvolk in Piemont dem König ergeben und treu. Aber die Bauernstreue hat noch selten eine Revolution gehindert.

(L. Z.)

Nachschrift.

** Nach einem uns gütigst mitgetheilten Brief aus **Wien** vom 13. soll an jenem Tage durch Maueranschläge die Entwaffnung aller nicht zur Nationalgarde gehörenden Einwohner, mit Ausnahme derjenigen, die in der Militärgarde selbst eintreten, vorgeschrieben, und die Bewachung und Sicherheit der Zentralkassen, der Bank u. s. w. ausschließlich der Nationalgarde anvertraut worden sein. Starke Abtheilungen dieser in den Häusern in der Umgebung der betreffenden Gebäude (der Bank u. s. w.) Posto gefaßt, um bei jedem Plünderungsversuch sogleich zur Hand zu sein. Schon am 11. hatte der Pöbel drohende Aeußerungen dieser Art vernehmen lassen. So tritt die Wahrheit über die Wiener Zustände immer klarer hervor.

Straßburg, 9. Okt. Die von den Bevollmächtigten Bayerns und Frankreichs bei der Zentralrheinschiffahrtskommission, den H.H. v. Kleinschrod und Engelhard am 10. Aug. d. J. abgeschlossene Uebereinkunft bezüglich der Entschädigung für hiesige Kanlleute, deren Gerechtigkeiten während der Ueberschwemmung an der Zollvereinsgrenze zu Neuburg a. Rh. einen unfreiwilligen Aufenthalt erleiden mußten, hat die Genehmigung der bayerischen Regierung erhalten. Das Oberzollamt Aschaffenburg ist als die Mainz zunächst gelegene bayerische Mautbehörde, von München aus angewiesen worden die betreffende Summe auszubezahlen. Das Verfahren Bayerns bei dieser Gelegenheit muß als ein billiges und den rheinischen Verkehr berücksichtigendes bezeichnet werden. Kehl und die Rheinbrücke sind seit vorgestern wieder von badischen Truppen besetzt. Die daselbst gelegenen Preußen haben sich nach Mannheim begeben.

Brüssel, 8. Okt. Das republikanische Blatt „Die Nation“ meldet, daß die HH. Engels und Dronke, Redakteren der „Neuen Rhein. Zeitung“, welche sich seit mehreren Tagen in Brüssel befanden, vore von den Polizeibehörden verdaftet und in einem Zellenwagen nach der Eisenbahnstation des Südens gebracht sind. Man vermuthet, daß sie nach der französischen Grenze werden transportirt werden.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 14. Okt. Oesterr. 5proz Metall. 63½, 4proz. 55, 3proz. —. 2½proz. 34½. Bankaktien 1100. P. 500 fl.-Loose 110½. 250 fl.-Loose 73. **Preuß.** 50 Thlr.-Prämienscheine 88½. P. — G. Staatsschuldscheine 3½ proz. 74½. — **Bayer.** 3½ proz. 77. Ludwigs-Berbach. 65½. — **Württemberg.** 3½ proz. 74½. 4½ proz. 91½. — **Bad.** 3½ proz. 72½. **Loto-Anlehen** à 50 fl. 44½. — 35 fl.-Loose 24½. — **Darmstadt.** 3½ proz. 73½. 4proz. 82. **Loto-Anlehen** von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 20½. — **Kurhess.** Friedr.-Wilh.-Nordb. 40½. 40 Thlr.-Loose 24½. — **Nassau.** 3½ proz. 80½. 25 fl.-Loose 20½. — **Frankf.** 3proz 77. 3½ proz. 90. 85½. **Darmstadt** 268. — **Polsand.** Integr. 34½. — **Span.** 5proz. innere Schuld 17½. — **Pol.** 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 66. — **Sard.** 36 fr.-Loose 25. Dike. 2.

Paris, 12. Okt. 5proz. 94.25, 5proz. 69. — **Sächsisch** 22½, **Bankaktien** 1580. —. **Stadtobligationen** 1110. —. **Wien Kassen** 840. — **Compt. von Algier** 1575. **Belg.** 5proz. von 1840 78. von 1842 73. 4½proz. 70½. 3proz. —. — 2½proz. —. — **Berl.** Kassen 645. **Neap.** 5proz. 84. — **Röm.** 5proz. 63½. **Span.** 5proz. 23½. **Atwia** 13½. **Passive** 2½. **Piem.** 875. — **Pass.** —. — **St. Germain** 68.10. **Versailles** (rechte) —. — (linke) 95. —. **Orleans** 627. — **Rouen** 382. —. **Havre** 185. —. **Marseill.** 180. —. **Basel** 85. —. **Bierzon** 226. — **Soulogne** —. — **Bordeaux** 372.75. **Nordbahn** 365. **Montreau** 112.50. **Lyon** 361 25. **Straßburg** 336.50. **Rumed.** 317. —. **Dieppe** —. — **Sceaux** —. — **Montpellier** —. — **La Teste** —. —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der **Dr. Wolf**schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Sonntag den 15. Oktober 1848.

Neuestes aus Wien vom 12. Oktober.

** Wir finden es für nöthig, unsere Leser auf einen Umstand aufmerksam zu machen, der höchst wesentlich ist für die Beurtheilung der Wiener Zustände. Die an die verschiedenen deutschen Blätter gelangenden Berichte aus Wien kommen größtentheils aus radikaler, demokratischer Quelle, gehen von sogenannten Korrespondenzbüreaux aus, welche ganz und gar unter dem Einflusse und den Eingebungen der czechischen und magyarischen Demokraten ihre (lithographirt erstarrten) Berichte abfassen und daher natürlich Personen und Dinge nur in dem Lichte, in der Farbe erscheinen lassen, die ihren Planen und Zwecken am meisten zusagen. Daher kommt es, daß in der Mehrzahl der deutschen Blätter, einige wenige abgerechnet, welche ganz unabhängige Berichterstatter haben, stets alle Vorgänge in einem den Magyaren günstigen Lichte dargestellt, Jellachich als ein Barbar, seine Truppen als Mäuserhorden, die Seibaten überdampft, wenn sie nicht in das-horn der „Rothen" blasen, als verthierte Edelsinge dargestellt werden. Wer sich erinnert, welche kolossale Lügen die Ungarn seit einiger Zeit in Europa (auf dieser Weise) in Umlauf zu setzen wußten, wie sie jeden Augenblick glänzende Siege erfochten haben wollten, wie nachher als eitel Dunst, wo nicht gar als schmähliche Niederlagen sich erwiesen, den kann es nicht befremden, wenn die hastende Tragweise wiederholt aufgeführt wird. Aber jener Umfangsame wird auch einer solchen systematischen Lügenfabrikat on die gebührende Gerechtigkeit widerfahren lassen. Von der Bestechung eines Theils der deutschen Grenadiere durch magyarisches Geld schweigen diese Berichte wohlweislich, wiewohl sie verläßlichster Mittheilungen der glaubwürdigsten Männer einstimmig die Thatsache melden. Jellachich's Lage wäre also eine sehr geschickert, während er gegen die Wiener Anarchisten eine Sprache führte, die von selbst jene Angaben Lügen straft. Man läßt das Landvolk in Masse um ganz Wien der sich erheben und als Landsturm organisirt Jellachich im Rücken bedrohen, während die ganze Umgebung von Wien vollkommen ruhig ist. Man läßt 20— 40,000 Magyaren gegen Jellachich nach Wien im Anzuge sein, stellt Jellachich gewissermassen als flüchtig dar, welcher bald nicht mehr wissen werde, wo eine Zufluchtsstätte zu finden sein Heer läßt man geschlagen, in wilder Verwirrung und aufgelöst sein; immer das nemliche System. Und doch gibt es noch immer leichtgläubige, die neun und neunzigmal belogen auch zum hundertsten und tausendsten Mal sich wieder belügen lassen. Wir haben bereits mitgetheilt, welche Sprache Jellachich gegen die unverschämten Anarchisten in Wien geführt hat. Was seine Lage betrifft, so stand er nach unserm Briefe ganz unangefochten vor Wien; der Bauernaufstand gegen ihn bestehr wie es scheint nur auf dem zu magarisch bezahlten Papiere der radikalen Wiener Korrespondenzsabrikanten; die 40,000 Ungarn, die ihn angeblich im Rücken bedrohen sollen, existiren bis jetzt eben so stabe, als die Dampfschiffe, welche die 15,000 Magyaren zur Verfolgung auf dem Donau nach Wien führen sollen, oder als die 1500 gefangenen Kroaten welche nach diesen Lügenberichten angeblich in Wien eingebracht wurden. Hat man doch sogar Jellachich schon ein paar Mal von seinen eigenen Leuten erbrnkt werden lassen! Die Wahrheit ist, daß Jellachich nach Wien, wie nach Steyermark zu, und ein so nach Kroatien seine Verbindungen wohlkommen frei hatte, daß seine Streitkräfte fortwährend Zuschub erhalten. Odenburg, Raab und Wieselburg besetzt Hatten, während er von allen Seiten, insbesondere auch über Preßburg, das seit dem 5. ohne Widerstand von den kaiserlichen Truppen besetzt ist, die ihm zugesendeten Verstärkungen an sich ziehen kann. Diese kommen besonders von Prag und aus Mähren, wie auch den slowakischen Comitaten Ungarns, wohl bald auch aus Galizien ihm zu. Während dessen sieht sich auch durch ein Schreiben aus Oberösterreich in der Allg. Ztg. bestätigt wird, Ungarn mit den Serben an der unteren Donau, und drückt die Magyaren immer mehr gegen Szegedin und Pesth zu, und wie die Dinge in Siebenbürgen stehen, ersehen unsere Leser aus einem anderen Theile unseres heutigen Blattes. In Wien herrscht Angst und Schrecken unter allen Einwohnern, und selbst das diplomatische Corps hielt sich nicht mehr für vollkommen sicher, so daß schon am 11. die Herde davon war, es wolle die Stadt verlassen. Wer überhaupt flüchten kann, der flüchtet, viele Tausende haben dieß bereits gethan. Die Gesichter, welche man unter den bewaffneten Wöbelhaufen sieht, flößen, wie ein uns mitgetheilter Brief sich ausdrückt, nichts weniger als Beruhigung ein. Auch sind bereits mit Anbrechung von Plünderung Exprestzügen vorgenommen worden, was wenig Gutes für die Zukunft verspricht. Herr Dr. Schuster, von ersterem Asitator, ist Alles mäuschenstill geworden: sind und seiner magyarischen Freunde Werk ist so vollbracht, die guten Arbeiterhaufen sind ins Feuer gejagt und tragen jetzt die Haut zu Markte, die armen Betrogenen! Diejenigen, die sie zum Kampfe angestachelt, halten sich klüglich aus der Schußweite, oder schauen, wie ihre guten Freunde in Frankfurt am Main, von den Fenstern oder den Thüren ihrer eigenen Häuser zu, wie man unten sich schlägt. Es geht zu Wien wie überall. Geschütze ist der Knoten dort; jetzt kann nur noch durchhauen werden.

Die Wiener Blätter vom 12. sind zwar in Bezug auf Jellachich sehr zurückhaltend, aber nichts desto weniger ersieht man namentlich aus der „Allgemeinen Oesterreichischen Zeitung", daß man zu Wien eine Verschwörung der Stadt fürchtet, die genannte Blatt spricht den Ton gewaltig herunter, nachdem es noch vor den letzten Tagen so hoch gestellt hatte. Es sucht jetzt zu vermitteln: es sieht nicht ein, was das Volk oder was das Militär zu einem Angriff veranlassen könnte. Beide seien ja die Kinder eines großen Vaterlandes, Frieden, Ordnung sei es, zu schützen die Aufgabe habe. Der Kaiser sei das Band, welches alle Theile des Volks, Zivil oder Militär zusammenhinge. In seinem Namen haben alle Gewalten das gleiche Recht aufzutreten, sein Name könne daher nicht das Feldgeschrei kämpfender Parteien sein. An dem Kaiser aber hänge das Volk, an dem Kaiser hänge das Militär, Friede und Ordnung, wie beide Theile sie erstreben, seien auch des Kaisers Interesse und Wunsch, es seien daher nur fremde Elemente der Einigung und seine Ursachen zum Kampf vorhanden. „Würde heute das Militär in seine (aufgeraunten) Kasernen, heute Jellachich nach Kroatien zurückkehren (das ist in diesem Wunsche liegende Eingeständniß der wahren Lage wird niemand entgehen), das Volk könnte in der nächsten halben Stunde seine gewöhnliche Beschäftigung wieder aufnehmen" . . . Warum der Bürger durch die Stellung Auersperg's und Jellachich's gezwungen wird unter Waffen zu stehen, ist der Allg. Oesterr. Zeitung nicht klar. Sie wünschlebt eine baldige Entscheidung. Aller angegriffen werde, der müsse sich wehren, das sei natürlich und liege in der Natur und in der Pflicht des Mannes. Dann rüth sie den Angriff von Seiten des Volkes ab (was dies zu bedeuten hat, ist wohl auch klar) und fordert dagegen den Reichstag auf, seine ganze Energie und Machtvollkommenheit aufzubieten — für die Sache des Friedens! Das lautet ganz anders, als alle Sprache der letzten Tage. — Die Stärke Auersperg's gibt sie auf 15,000 Mann an; seine Vorposten standen am 11. Nachts bis zum Tandelmarkt einerseits und bis zur Südbahn anderseits. Jellachichs Stärke berechnet sie auf 15—20,000 Mann. In der gestrigen Abendsitzung des Reichstags wurde die von Borrosch verfaßte Adresse an den Kaiser angenommen. Es wird darin gesagt, der Reichstag suche pflichtmäßig mit dem Thron und die Freiheit zu erwarten von dem „in ihat!" Der Kaiser möge auch diesmal hören, wie in Innsbruck. Se. Majestät wolle gewiß nicht, daß für ein Leben Tausend Schuldlose geopfert, ein unabsehbarer Bürgerkrieg um den Preis von Strömen Blutes entzündet, die Monarchie zerstöret werde. Der Reichstag will ein zweiter Kurtius sein und sich in den Abgrund werfen, um die Monarchie zu retten. Die Dyser, welche bei dieser Gelegenheit fielen, wären gewiß nur sterblich! Der Kaiser möge nach Erfüllung seines Versprechens: ein volksthümliches Ministerium zu ernennen, zurückkehren. Ein durch das Militär erfochtener Sieg könne nur traurig, nur von üblen Folgen sein." Die Antwedung der Eingangsfieuer gewisser Lebendmittel wird sodann einstimmig genehmigt. Schließlich wird Smolka zum Präsidenten von neuem erwählt. Im Wien selbst herrscht Ordnung. Diese Lieber den Wiener Gegenden. Die Bewaffneten wollen um jeden Preis einen Ausfall auf die Truppen machen, und werden nur mit Mühe verhindert, da man einsieht, daß sie nur nutzloses Blutvergießen bezwecken werden. — Die ungarischen Vorposten sollen bereits mit der kroatischen Nachbut im Gefecht sein. (Wie diese Nachricht nach Wien kurrt die kroatische Armee gelangen konnte, ist nicht (gelöst) Das Gerücht, daß Latour nicht ermordet sei, daß die kroatischen und ungarischen Regimenter sich gegenseitig bekämpfen (??) General Auersperg soll abgedankt haben (?). Jellachich ist auf österreichischen Boden von anderen Truppen unterstützt worden, weßhalb die Ungarn ohne Bedenken die deutsche Grenze überschritten haben sollen. Eine Bekanntmachung des Reichstags lag aus, daß er den ungarischen Truppen das Ueberschreiten der deutschen Grenze nicht verweben habe.

⊙Wien, am 11. Oktober. Nachmittags 4 Uhr. Heute früh ging man zwei angebliche Spione. Mit Mühe brachte ein Studentenkommando sie durch den wüthenden Pöbel auf die Aula. Das Studentencomité erklärt in einem Plakate das Gerücht, man wolle die im Belvedere lagernden Truppen angreifen, für erlogen. Ein Plakat das Gemeinderaths befiehlt, alle Reisende ungehindert ein und aus zu lassen, spricht aber die Hoffnung aus, daß auch die Reisenden das gute Beispiel des moralischen Muthes und Anhaltens durch ihr Bleiben geben mögen. In den Ungebungen Wiens ist ganz dem ftachen Lande alles ruhig. Der Reichstag hat das Ausliefen des Landsturmes vorläufig untersagt. Die demokratischen oder sanarchistischen Klubbs scheinen eine Rolle spielen zu wollen, suchen aber bei dem Reichstage, Gattgemeinderath und Studentencomité keinen Anklang. Ihr Hauptorgan hat heute einen viel mäßigeren Ton angeschlagen als gestern.

*Wien, 12. Okt. Man unterhandelt fortwährend mit Jellachich und mit Auersperg. Aber Jener will um kein Jota von seinen Forderungen weichen. Sind auch die Anwohnten Auersperg's etwas minder verbrennt, so ist doch seine Lage noch auch so bedrängt genug. Seine Heeresteile sind vereinzelt, und erhalten seinen Augenblick Verstärkungen. Der entschiedene Kampf steht also bevor, wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, wie die Ankunft einer ungarischen Armee, von der man zwar viel redet, die aber doch wenig Glauben findet. Es scheint, daß man mit dem Angriff auf Wien warten wollte, bis wenigstens 50 000 Mann Verstärkungen sind. In der Stadt sind den Gerüchten nach 100,000 Bewaffnete: Nationalgarden, Arbeiter, Legionäre und Studenten vor unbeiwerkfürdeten Ausseben. Letztere sind von den Ausweisern im höchsten Grade fanatisirt. Unter der Mehrzahl der Nationalgarden herrscht Furcht und Schrecken. Nichts Kläglicheres zu sehen, als der verstimmte Heldenmuth, der selbst nicht weiß, was er will! Gleich Hornvieh laufen sie Haufen weise durch einander, ohne Ordnung, ohne Disziplin. Einer kraut bleibt. Unter der Mehrzahl der Einwohner herrscht panischer Schrecken. Dagegen ist die Armee voll Eifer und Muth; sein neuer Abfall hat stattgefunden; kommt es zum Kampfe, so wird es stichterlich! kenn die Soldaten haben [illegible] den Mord des [illegible] Latour und die seit Monaten unaufgerlich erlittenen Schmachungen. — Man

Freitag, den 1. Januar 1849.

Constitutionelle Donau-Zeitung.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Preis vierteljährig 1 fl. 30 kr. Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

Ferdinand I. und sein glorreiches Haus, wie auch ihre Unterwerfung unter das Ministerium der österreichischen Gesammtmonarchie, für die sie leben und sterben will, zu erkennen.

Wien, 31. Dec. Der Kaiser hat heute Vormittag 10 Uhr die Deputation der Wiener Universität empfangen und sich in huldvollen Worten über die Ereignisse vom 6. October ausgesprochen. Er sagte, er habe sich nicht entschließen können, die Universität zu schließen, weil er wisse, daß sie nicht Theil an dem Verbrechen genommen habe. Er habe sich nur entschließen können, die Universität zu verleg

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Montag den 16. Oktober 1848.

Neuestes aus Wien vom 13. Oktober.

* München, 15. Okt. Abends 7 Uhr. Wir erhalten so eben Briefe und Zeitungen aus Wien vom 13., den letztern zufolgen war Kriegsrecht in der Gränden der Seite verhängt war am 12. Morgens Frauen — Militär und Garden stellen vereint den Studenten und Garden gegenüber stehen. Gegen Mittag wurde die Sct. Marxer Linie von den Croaten forcirt, und der Kanal soll erobert sein. Bei den Kaisermühlen versucht das Militär Brücken zu schlagen, die Garden suchen es zu verhindern. In der Reichsversammlung von heute Abend überbrachte eine Deputation aus Ungarn eine Adresse des ungarischen Reichstags an die Reichsversammlung. Darin wird ausgesprochen, daß Ungarn es für seine heiligste Pflicht halte, Jellachich vereint mit den Oesterreichern gemeinsam zu bekämpfen. Die ungarischen Truppen werden ungesäumt vorrücken, und sich unter den Befehl des österreichischen Reichstags stellen. Jellachich macht man bekannt, daß Jellachich, trotz dem daß er von den Ungarn geschlagen, aus Galizien und Mähren 14000 Mann fremde Truppen an sich gezogen habe. Die Ungarn stehen an der ungarisch-österreichischen Grenze bei Unterwisch Altenburg, Radersdorf und Bruck, bereit auf die Einladung des Wiener Reichstags die österreichische Grenze zu überschreiten. Sie versprechen Zahlung für ihre Verpflegung und den nöthigen Vorspann. Wenn die Ungarn — so sagt der „Wiener Postillon" vom 13., in gleichem Maße vorrücken, wie bisher, so muß längstens am 3 Tage der Zusammenstoß und die Schlacht beginnen. Ueber die Verhältnisse in der Stadt selbst entnehmen wir folgende, wie die obigen, nur mit Vorsicht hinzunehmende Berichte. Das Journal des österr. Lloyd sagt: „Die Stadt ist nach Innen in der gewaltigsten Aufregung und voll kriegerischer Bewegung. Im Innern der Stadt und den Vorstädten wacht eine terroristische Volksmacht von mehr als 50,000 kampflustigen Männern und im weiten Umkreis umlagern nun in drohender Haltung aus allen Völkerstämmen der großen Kaiserstaates buntzusammengesetzte zahlreiche Truppen des kaiserlichen Heeres unter habsburgischem Banner, um in der „getreuen Kaiserstadt", in welcher jetzt abermals zum Sinnen der Welt der Sturm der Revolution mächtiger denn je brauset, ihres Kaisers Thron und Rechte selbst mit der Gewalt der Waffen, wenn es nöthig sein sollte, zu schützen und zu sichern. Kroaten, Slavonier, Rumänen und Polen aus Galizien, Deutsche und Czechen aus Böhmen und ehrliche Altösterreicher bilden die Truppen, welche im Lager am Belvedere standen und sich jetzt theils gegen Simmering, theils gegen die Sudbahn zurückgezogen haben. In weiterem Kreise aber, von Klein-Neusiedel an über Hundsberg bis nach Medling zur Bucht und den Abhängen des Wiener Waldes sammelten sich die beweglichen Scharen des Banus: Illyrier mit den weißen Mützen, Rothmäntler (Szreszchaner), Croaten, zahlreiche Grenzer, tapferen Kavallerie und Artillerie der k. k. Armee; auf der andern Seite der Donau ein wallachisches Regiment, zerstreute Pioniere und Reiterabtheilungen; auf der Route nach Ungarn hin jenes Bataillon Italiener, welches am 5. hätte von Wien gegen Pest ziehen sollen. Im Hintergrunde aber, dem rechten Ufer der Donau, zeigt sich die Heeresmacht der Magyaren (die Briefe aus Wien vom gleichen Datum melden von der sichtbaren Annäherung der Magyaren nichts). Es sollen 40,000 Mann unter General Moga sein. — Das in der Stadt befindliche mit dem Volke sympathisirende Militär ist nach der Allg. österr. Zeitung vollständig equipirt und voll unter die Nationalgarden eingereiht worden. Tausende soll augenblicke Löhnung erhalten und zunächst zur Instruction der noch nicht einexercirten Abtheilungen der Nationalgarde verwendet werden. In der Stadt selbst sind Waffen im Ueberfluß, welche das k. k. Zeughaus liefert — allein Ordnung und einheitliche Leitung fehlt! Das Lager des Banus soll nach Aussagen von Landleuten sehr ausgedehnt sein. Sie seien eine Stunde lang an den Gewehrpyramiden entlang gegangen, ohne das Ende entdecken zu können. — Der Reichstag hat nach langerer Debatte auf den vom Oberkommandanten der Nationalgarde eingereichten Antrag beschlossen, daß alle waffenfähigen Männer sich dem Kommando ihres Bezirkschefs zur Verfügung zu stellen haben, sowie daß alle Abtheilungen der Nationalgarden den Befehlen des Nationalgarden-Oberkommandanten untergeordnet sind. Das Brünn erfährt man mittelst telegraphischer Depesche, daß der Kaiser in Schönig eingetroffen ist. Minister Krauß erhielt eine Proklamation des Kaisers, die in Herzogenburg bei der Durchreise erlassen, und an allen Orten der Reise verbreitet wurde. Zugleich mit di ser Proklamation geht die Nachricht ein, daß der Kaiser die Zumissen von Todesstrafe und Bann angenommen hat.

In der Morgensitzung des Reichstages wurde ein Schreiben des Grafen Auersperg verlesen, worin er unter den gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnissen vom Austritte des Reichstags und dem Verzichten die nöthige Auskunft verlangt. Er werde indeß seine Position nicht früher verlassen, bevor nicht das Proletariat entwaffnet sei. Hierauf wurde ihm vom Ausschuß durch das Ministerium die bestimmte Antwort, daß von einer Entwaffnung des Proleta ats keine Rede sein könne. Im Gegentheile wurde er auf seine Pflicht: als Kommandirender Ungewiesen, vermöge derer ihm der Oberbefehl über alle in der Provinz stehenden Truppen zukomme. Er möge daher dem Banus befehlen, sich unverzüglich zurückzuziehen. Dies sei der einzige Weg zur Vermittlung. Am Morgen des 13. langte eine zweite Zuschrift des Grafen Auersperg an. Ihr Hauptinhalt lautet: „Ich erhalte täglich neue Beweise des steigenden bösen Willens der Bevölkerung Wien's: die Bevölkerung meiner Truppen wird auf alle mögliche Weise erbittert, die Kommunikation unterbrochen. Dadurch und durch anderweitige Maßregeln finde ich mich bewogen, die Truppen aus ihrer dermaligen Stellung zurückzuziehen und eine Entschiedung in der Nähe von Enzersdorf zu beziehen. Ich stelle sonach alle militärischen Aerarialgebäude 2c. unter den Schutz der gesetzlich bewaffneten Gewalt. (Wahrscheinlich meint er damit die Nationalgarde im Gegensatze zu dem bewaffneten Volk!) In einem spezziellen Schreiben behufs der Platz-Kommandanten von Wien, in seiner Stellung zu verbleiben und das Inkasirenden zu beziehen. — Nach der Allgemeinen österreichischen Zeitung hatte der Abgeordnete Löhner den Kaiser bei Znaim getroffen, und wird mit dem Resultate der gütigsten Unterredung in nächster Zeit hier eintreffen. — 600 Brünner Nationalgarden, welche nach Wien abgehen wollten, sind durch den Gouverneur am Abgange verhindert worden, wie man so eben sagt. — Ein vom Gemeinderath der Stadt Wien ausgehendes Plakat weist auf die vom Reichstage versuchte gütliche Ausgleichung hin, und warnt vor jedem Angriff und jeder Verunruhigung des Militärs, „da sie zu den traurigsten Folgen führen könnten."

In Gr... hatte der dortige Gouverneur Graf Wildenburg folgende Kundmachung erlassen: Kriegerische Gerüchte! Der Reichstagsausschuß an den Herrn Gouverneur. Nachdem die Nationalgarde Wiens bereits sehr ermüdet ist, so wurde eine Rotte zu zu von Garden aus Steiermark sehr erwünscht sein. Krauß. 12. Dl. Mittags." — Zugleich eröffnet der Gouverneur von Graz, daß, da unter den jetzigen Umständen eine Unterbrechung mit dem communicirenden Reichstage und dem Ministerium nicht wünschenswerth sei, er aber der Ueberzeugung gelebt wäre, daß sie nicht zu handeln, er es als das Zweckmäßigste gefunden habe, sich mit Männern zu umgeben, die bei besonderen Vertrauen sich ersetzen (folgen 24 Namen). Im Vereine mit diesen Vertrauenmännern will er über die vorzulegenden Angelegenheiten beschlossen. Dieselben haben die Berufung angenommen und sich unter dem Vorsitze des Gouverneurs als provisorisches Komitee zur Aufrechthaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit und Wahrung der Volksrechte konstituirt. Dieses Komitee hat sich sogleich und so lange als permanent erklärt, bis seine Unterbrechung mit den obersten Behörden in Wien mehr zu besorgen ist.

Die konstitutionelle Zeitung von Böhmen meldet, daß wahrscheinlich eine Cernirung von Wien in Russischer Sehe und es sollen in diesem Augenblicke (11. Oktober.) bereits 40 — 50000 Mann mit bedeutender Artillerie vor Wien stehen. —

*Wien, 13. Oktober. Die aus Abgeordneten aller Provinzen zusammengesetzte Deputation des Reichstags mit der von Borrosch (von den Radikalen mit großer Unzufriedenheit als zu zweit aufgenommen) verfaßten Adresse an Se. Majestät den Kaiser ist bereits abgegangen. Inzwi-

schen werden die Gesichter hier immer länger, der von den Studenten und magyarischen Aufwieglern fanatisirte Pöbel ist zwar kampflustig, um so weniger ist es die Nationalgarde, die in ihrer großen Mehrheit bei jedem Anlasse immer offener zeigt, wie wenig sie mit dem ganzen Treiben dieser tollen Umstürzler einverstanden ist. Aber leider ist die Furcht vor den jetzt durchaus bewaffneten Proletariern so groß, daß sie es nicht wagt, offen hervorzutreten, und zudem fehlt es ihr an einer tüchtigen Leitung, wie an innerem Zusammenhalt. Man sucht den gesunkenen Muth der zu nen zu heben, den Fanatismus der andern noch mehr zu entflammen durch die stets sich wiederholende Ankündigung von der Annäherung eines ungarischen Hilfsheeres, das man bald an der Grenze und nur des Befehls zum Einmarsch in Oesterreich gewärtig stehen, bald sogar schon vom Stephansthorne aus erblicken läßt. All das scheint viel Gaukelspiel zu sein, das auch nicht mehr recht ziehen will, weil es schon mehrere Tage vorgemacht wurde, ohne daß man bis jetzt auch nur einen Mann der Ungarn wirklich hätte ankommen sehen. Viele behaupten, die angeblichen vom Stephansthurme gesehenen Ungarn seien nichts weiter als die Soldaten Jellachichs selbst und andere, die aus Prag und Mähren bereits zu ihnen gestoßen sind. Gewiß ist, daß Verstärkungen von dorther schon bei dem Bana- und bei Auersperg eingetroffen sind. Merkwürdig ist auch, daß man zum zweiten Male die Ankunft zweier ungarischer Reichstagsdeputirter an den österreichischen Reichstag mit einer Adresse verschert, worin neuerdings eine Armee zugesagt sein soll. Die ungarischen Armeen sind bisher fast überall nur auf dem Papiere bestanden

Wien, 13. Okt. Ein neues kaiserliches Manifest aus Herzogenburg ist an den Reichstag gelangt und darin versehen worden. Es thut mir leid, Ihnen das Aktenstück nicht selbst mittheilen zu können; nur so viel kann ich Ihnen sagen, daß es bei den Herren der Linken großen Eindruck gemacht hat, da es den Wiener Vorgängen ihren wahren Charakter gibt, und den Stempel aufdrückt, den sie verdienen. Das Manifest ist wie das erste noch aus Schönbrunn erlassene, blos vom Kaiser selbst unterzeichnet. Auch die Nachrichten aus Prag lauten schlimm für die Sache der Linken, die besorgt, es könnte dort oder sonstwo ein Gegenreichstag, gebildet aus der entschiedenen Mehrheit des bisherigen zusammentreten und so mit einemmal ihren ganzen Beginn den Lebenshafen abschneiden. Was diese Besorgniß erhöht, ist das tägliche Verschwinden neuer Abgeordneten. Auch die Hoffnung, den Kaiser einschüchtern zu können, ist für die Linken geschwunden, die Berichte des zu diesem Zwecke an den Kaiser abgesendeten Abgeordneten Löhner lauten sehr unzugnstig für die gehegten Hoffnungen. Löhner hat sich zwar beim Kaiser um eine Audienz melden lassen, ist aber nicht empfangen worden. Dagegen soll eine Audienz beim Erzherzog Franz Carl bewilligt sein, über welche man jedoch nichts Näheres weiß, wenigstens nichts zu veröffentlichen für gut findet. Die Demokraten sind während über die Abgeordneten, welche den Reichstag verlassen haben, namentlich auch über den mährischen Abgeordneten Casetan Mayer, der nach Brünn geeilt ist, dort die Dinge in ihrem wahren Lichte dargestellt und dadurch die Versuche zur Aufwiegelung des betrogenen Volkes für die magyarische Sache vereitelt hat. Auch die Nachrichten aus Graz klingen nicht günstig für die Sache des Aufstandes hier. Im Reichstag herrscht volle Lossagung, es ist ein wahrer ungarischer Reichstag geworden. Die Herren haben die Köpfe verloren, am besten beweist dies der von ihm gefaßte Beschluß, dem Kaiser den Wunsch nach einem zu Wien zusammen zu berufenden Völkerkongreß anzusprechen, welcher die Regirung aller Wirren und Zerwürfnisse zu überwachen hätte. Ein solcher Gedanke ist ganz würdig seiner Urheber. Die Nationalgarde ist gänzlich demoralisirt, insofern wenigstens als Niemand mehr weiß, wer eigentlich ihr Befehlshaber ist und wer sie überhaupt leitet. In den ersten Tagen hatte man einige ehrmalige, zum Theil schimpflich aus der Armee weggejagte Offiziere an die Spitze gestellt, die sich aber nicht halten konnten, da sie allgemeinen Widerwillen erregten. Gestern war der Oberbefehl derselben nacheinander in vier verschiedenen Händen, je nachdem augenblicklich die Aula oder die Proletarier ihren Mann durchsetzten. Jetzt ist ein von den Studenten vorgeschlagener Kommandant, ein gewisser Messenhauser an der Spitze, dem der sogenannte erst gebildete Generalstab zur Seite steht. Thatsache ist, daß die Studenten die eigentlichen Tonangeber im Augenblicke sind. Von ihnen gehen alle in der That unermüdlichen Bemühungen aus, die rohe Masse in der Verblendung und in dem Fanatismus zu erhalten, in welchem sie befangen ist. Die armen jungen Leute sehen nicht, daß sie nur die unbewußten Werkzeuge der Magyaren sind, und die wenigen, die es wissen, haben klingende Gründe erhalten, in dem angedeuteten Sinne zu wirken. Die Studenten halten ausschließlich den Stephansthurm besetzt, und von ihnen kommen die aufgestreuten Angaben von ungarischen Hilfstruppen, die man sehe u. dgl. Die Vereinigung der Truppen Auerspergs mit denen Jellachichs, die zusammen schon jetzt 44—45,000 Mann haben, suche man lange geheim zu halten, aber jetzt kann man die Wahrheit doch nicht länger verhalten, und so hat man sie denn eingestanden, wie sauer dies auch wurde. Merkwürdig seck ist in diesen Tagen gelogen worden: so hat man auch vorgegeben, 1500 Kroaten seien gefangen worden; aber vergeblich sah man sich nach den Gefangenen um. Thatsache ist, daß von hier flüchtet wer kann, und dies haben besonders auch viele Nationalgardisten gethan; Sie können sich denken, daß die Radikalen darüber im höchsten Grade erbittert sind. Alle die Dinge jetzt schon stehen, ist fast ein Angriff der Truppen nicht mehr nöthig; die Umwälzung zerfällt in sich selbst, trotz aller Verhetzungsanstalten, welche man getroffen hat. Die ganze Umgebung von Wien ist vollkommen ruhig. — Man versichert, Fürst Windischgrätzsei von Prag im Anzuge, um die Operationen gegen Wien zu leiten.

Druck der Dr. Carl Wolfschen Buchdruckerei

Nr. 95.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Dienstag den 17. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 19. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 17. Oktober.

Aus dem Kriegsministerium ist unterm 13. d. M. der folgende Erlaß ergangen: „Se. königl. Majestät haben zufolge allerhöchsten Handbillets vom 11. ds. Mts. allergnädigst zu bestimmen geruht, daß die Strafe der körperlichen Züchtigung von nun an im Heere außer Anwendung zu bleiben habe. Dieses wird unter Bezugnahme auf die zu erscheinenden neuen Dienstesvorschriften einstweilen zur Wissenschaft und Anweisung der unterhabenden Abtheilungen behufs entsprechender Nachachtung andurch eröffnet."

Se. Maj. der König haben unterm 11. Oktober den Landgerichtsarzt Dr. Jakob Schmidt zu Hilpoltstein auf den Grund des §. 22 lit. C und D der IX. Verfassungsbeilage unter Belassung allerhöchster Zufriedenheit mit seinen langjährigen und treu geleisteten Diensten für immer in den Ruhestand treten zu lassen; den Landrichter Johann Theodor Boveri zu Bamberg II. bei seiner nachgewiesenen Funktionsunfähigkeit auf den Grund des §. 22 lit. D der IX. Verfassungsbeilage unter Bezeugung allerhöchster Zufriedenheit mit seinen vieljährigen, treu und ersprießlich geleisteten Diensten in gleicher Weise in den Ruhestand treten zu lassen, und endlich dem Landgerichtsassessor Andreas Vonich zu Aichach die erledigte Landrichterstelle zu Wegscheid zu verleihen; unterm 12. Okt. den Landrichter Benedikt Mayrl zu Griesbach in Anwendung des §. 19 der IX. Verfassungsbeilage für immer in den Ruhestand treten zu lassen, und unterm 13. Okt. den Landgerichtsarzt Dr. Anselm Zimmermann zu Grumbach auf den Grund des §. 22 lit. B und C der IX. Verfassungsbeilage für immer in den nachgesuchten wohlverdienten Ruhestand treten zu lassen geruht.

Se. Maj. der König haben Sich bewogen gefunden, den Rektor der Kreis-Landwirthschafts- und Gewerbsschule zu Kaiserslautern Dr. Johann Eduard Herberger zum ordentlichen öffentlichen Professor der staatswirthschaftlichen Fakultät der Universität Würzburg für Landwirthschaft einstweilig bei der Agrikulturchemie, dann für Forstwirthschaft und Technologie allergnädigst zu ernennen.

(Pfarreien-Verleihungen.) Kath. Pfarrei Wambach, Lgs. Erding, dem Priester Ant. Lindauer, Kooperator zu Sendling, Lgs. München (vom hochw. Hrn. Erzbischof von München-Freising verliehen und allerh. bestätigt); kathol. Pfarrei Rosenkirchen, Lgs. Neuburg a. D., dem Priester Georg Michael Schubert, Pfarrverweser zu Mistelgau, Lgs. Königsbohren (vom hochw. Hrn. Bischof von Würzburg verliehen und allerh. bestätigt).

(Pfarreien-Erledigungen.) Kath. organ. Pfarrei Forst, Dist. Augsburg, Lgs. Weilheim, Reinertrag 720 fl. 43 kr.; kathol. Pfarrei Staudheim, Dist. Augsburg, Lgs. Main, Reinertrag 580 fl. 37 kr.

Deutsche Reichsgewalt.

Die Nr. 4 des „Reichsgesetzblattes" enthält nachstehende Verordnung, betreffend die Beschaffung von 5,250,000 fl. (3,000,000 Thlr.) für die deutsche Marine: vom 10. Oktober 1848. Der Reichsverweser, in Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung vom 14. Juni v. J., verordnet, wie folgt: § 1. Zum Zwecke der Begründung eines Anfangs für die deutsche Marine soll mittelst Anlage nach der beiliegenden Bundesmatrikel vorläufig eine Summe von fünf Millionen Zweihundertfünfzigtausend Gulden (Drei Millionen Thalert verfügbar gemacht werden. § 2. Das Reichsministerium der Finanzen ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt. Frankfurt, den 10. Oktober 1848. Der Reichsverweser Erzherzog Johann. Der Reichsminister der Finanzen v. Beckerath.

Ferner folgende Bekanntmachung des Reichsministeriums der Finanzen, betreffend die Verleihung der vorläufig für die deutsche Marine verfügbar zu machenden 5,250,000 fl. (3,000,000 Thlr.) auf die einzelnen Staaten: vom 10. Okt. 1848. Die gemäß der Verordnung des Reichsverwesers vom heutigen Tage zur Errichtung einer deutschen Marine vorläufig verfügbar zu machende Summe von 5,250,000 fl. (3,000,000 Thlr.) vertheilt sich auf die einzelnen Staaten nach der unterm 3. Mai d. J. ergänzten Matrikel wie folgt:

	fl.	kr.	Thlr.	sgr.	pf.
1. Oesterreich	1,566,138	33	894,936	9	4
2. Preußen	1,580,686	50	903,249	18	6
3. Königreich Sachsen	198,198	49	113,256	14	1
4. Bayern	587,989	51	335,994	5	11
5. Hannover	215,589	12	123,199	16	2
6. Württemberg	230,182	26	131,704	7	6
7. Baden	165,165	41	94,380	11	10
8. Kurhessen	93,792	25	53,595	20	6
9. Großherzogthum Hessen	102,320	5	58,468	18	8
10. Holstein und Lauenburg	59,459	39	33,976	28	3
11. Luxemburg und Limburg	41,883	12	23,933	7	6
12. Braunschweig	34,618	44	19,782	3	10
13. Mecklenburg-Schwerin	59,128	19	33,788	5	5
14. Nassau	50,007	3	28,575	13	8
15. Sachsen-Weimar	33,196	18	18,970	13	9
16. „ Koburg-Gotha	18,432	30	10,532	25	7
17. „ Meiningen-Hildburghausen	18,994	3	10,853	22	4
18. „ Altenburg	16,219	16	9,268	4	8
19. Mecklenburg-Strelitz	14,853	46	6,773	17	7
20. Oldenburg	36,435	2	20,831	13	6
21. Anhalt-Dessau	8,748	1	4,997	4	9
22. „ Bernburg	6,118	44	3,496	12	6
23. „ Köthen	5,360	17	3,063	—	8
24. Schwarzburg-Sondershausen	7,456	47	4,258	4	10
25. „ Rudolstadt	8,909	32	5,090	17	10
26. Hohenzollern-Hechingen	2,394	54	1,368	15	6
27. Liechtenstein	916	1	523	18	—
28. Hohenzollern-Sigmaringen	5,573	17	3,356	5	—
29. Waldeck	8,568	15	4,896	5	1
30. Reuß ältere Linie	3,675	46	2,100	13	—
31. Reuß jüngere Linie	8,622	29	4,927	3	10
32. Schaumburg-Lippe	3,468	29	1,981	29	8
33. Lippe	11,992	10	6,851	7	2
34. Hessen-Homburg	3,303	19	1,886	18	3
35. Lübeck	6,713	39	3,836	16	10
36. Frankfurt	7,903	21	4,516	3	—
37. Bremen	8,010	32	4,577	13	5
38. Hamburg	21,438	30	12,250	17	2
Summa	5,250,000	—	3,000,000	—	—

Frankfurt a. M., den 10. Oktober 1848. Das Reichsministerium der Finanzen. v. Beckerath. Bebaghel.

Deutsche Reichsversammlung.

A. Frankfurt, 14. Okt. — Die Scheidung im Württemberger Hof, von der wir Ihnen bereits vor einiger Zeit sprach, ist nun definitiv erfolgt. Gegen 30 Mitglieder sind ausgetreten und haben sich zu einem neuen Verein im „Augsburger Hof" vereinigt (es befinden sich darunter Riesser, Biedermann, Wiesner, Follati, M. Mohl, Wernher, Wiesmann, Siemel, Stahl, Pözl, Baur v. Augsburg, Laube, Breuning u. A.). *). Das Programm der neuen Gesellschaft hielt in Bezug auf die Verfassungsfragen das des Württembergischen Hofes: nur hat man es für nöthig gehalten, die Stellung der Partei gegenüber dem Ministerium näher zu bestimmen, und in dieser Richtung hat man sich über ein gemeinsames Programm geeinigt **).

*) Die Zahl der Glieder des Vereins ist seit der kurzen Zeit seines Bestehens bereits um 7 gewachsen.

**) Ob jetzt dieses Programm hier bei. Es lautet: „Wir erkennen die Nothwendigkeit, unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen die Zentralgewalt in Wiederherstellung und Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung kräftigt zu unterstützen. Wir erachten es daher als unsere Pflicht, für alle Maßregeln zu stimmen, welche geeignet sind, diesen Zweck zu erfüllen, und gegen alle Anträge, welche entweder darauf abzielen oder doch nothwendig dahin führen, die Zentralgewalt in dieser ihrer ordnungsstiftenden Thätigkeit zu hemmen und ihr Schwierigkeiten zu bereiten, oder welche ein Mißtrauen gegen sie bekunden. Wir sind und bleiben entschieden bemüht, unter „Herstellung der Ordnung" Nichts zu verstehen, was der Entwicklung der Freiheit und ihrer durch die Revolution dieses Jahres zur Geltung gebrachten Prinzipien entgegen wäre, und sind fest entschlossen, jenen unberechtigten Uebergriff in dieses Gebiet der unantastbaren Volksrechte, welche das Reichsministerium, welche eine Einzelregierung ihn verstehen, ebenso unnachsichtlich, wie die freiheitsfeindlichen Bestrebungen der Anarchie, zu bekämpfen. Wir betrachten es als eine unerläßliche Bedingung der von uns dem Ministerium zu gewährenden Unterstützung, daß dasselbe sich offen, durch die That, zu allen diesen Grundsätze bekenne. Wir verlangen ferner von dem Ministerium, daß dasselbe nicht blos eine abwartende, sondern auch eine positiv schaffende, vorwärtsschreitende Politik entfalte und kräftig auf die einheitliche Gestaltung der gemeinsamen deutschen Angelegenheiten, auf die Förderung der Wohlfahrt im Innern, auf

So wie die Ereignisse der jüngsten Zeit eine Aenderung des Württemberger Hofs nach sich gezogen haben, so scheinen sie auch in anderen Vereinen ähnliche Wirkungen äußern zu wollen. Insbesondere sind sehr viele redliche Abgeordnete, welche bis jetzt den beiden Klubbs der Linken angehörten, endlich zu der Ueberzeugung gelangt, daß sie Gefahr laufen, mit den Demagogen auf eine Linie gestellt zu werden, wenn nicht eine Reinigung der Partei vor sich geht. Wie das zu realisiren sei, darüber scheint man noch nicht einig geworden zu sein. — Ueberhaupt werden die Zentren immer mehr als der eigentliche gesunde Kern der Nationalversammlung sich herauslösen, da nun auch die Linke offen das Panier des Parteiinteressi mus aufgepflanzt hat und mit der äußersten Rechten in vielen Fragen Hand in Hand gehen will***). Die beiden Zentren, welche bekanntlich gar keine in der Eigung von 6. d. die Nationalversammlung beleidigt haben, scheinen es auf's Aeußerste ankommen lassen zu wollen. Man hat von Seite der Linken selbst Versuche gemacht sie zu einem freiwilligen Widerrufe zu bestimmen; allein dieselben scheiterten an dem ernstlichen Willen dieser Herren, sich die Martyrerkrone zu erringen und dadurch vielleicht zu einer Bedeutung zu gelangen, welche sie sonst nie zu erlangen hoffen können. Bliesheim, der in einem Klubbiste ganz besonders als Fischchen im aqua laxativa viennensis dargestellt ist) kann es der Versammlung nie vergeben, daß sie sich seinen wohl einstweiten Reden stets durch die Flucht entzog und Schmidt scheint obwohl deutsch-katholischer Prediger doch der Meinung zu sein daß seine Ansicht allein ging mache und alle Anderen als Parias zu betrachten seien; — er irrt es wenigstens auf.

O Frankfurt, 14. Okt. Major v. Dery, als Stellvertreter, welcher sich am 13. September durch seine Unerschrockenheit und weitsehegenwart auszeichnete, und beim Barrikadensturm in vorderster Linie focht, ist zum Kommandanten der Stadt Frankfurt ernannt worden*); dem General v. Robill, der an demselben Tage den Oberbefehl über die Truppen führte, ist von der Bürgerschaft ein Ehrensäbel zugedacht, das preußische Bataillon, welches die ersten Barrikaden auf dem Römerberge zerstörte, und sodann auf der Eisenbahn nach Hanau geschickt wurde, ist gestern hieher zurückgekehrt, voll Zufriedenheit über die ihm allbort gewordene Aufnahme. Der Klubb des deutschen Hofes hat gestern drei seiner Mitglieder, darunter Robert Blum, als Abordnung nach Wien geschickt, um der Aula für ihre glorreichen Thaten die Bewunderung ihrer hiesigen Gesinnungsgenossen zu überbringen. Hier suchen diese Leute den Wiener Aufruhr als einen Sieg des Teutschthums über die Slaven und Schwarzgelben darzustellen, selbst die gute deutsche Zeitung, die ingrimmig über jenen Schein einer Auflehnung gegen die Reichsgewalt verfährt, obgleich ihr selbst der schwarzweiße Haarbeutel armdick über den Rücken hängt, weiß sich nicht zurecht zu finden, und sprach wenigstens in ihren ersten Nachrichten von einem Siege des „Volkes" über die Reaktion; diese Zeitung hat noch unlängst mit Karl Albert gegen die tapferen Truppen Oberus gebissen, so daß man es ihrem patriotischen Sinne auch jetzt nicht verargen kann, wenn derselbe mehr mit den Wagnaren als den deutschen Oesterreichern sympathisirt. Daß eine schwarzgelbe Partei in Oesterreich vorhanden ist, welche um keinen Preis der Zerrümmerung der Monarchie mit übereinandergeschlagenen Armen zusehen wird, wer möchte es läugnen? Aber nachzuweisen bleibt noch, daß diese Partei sich stwerer an dem gemeinsamen Vaterlande vergangen habe, als alle jene, welche die wiedererstehende Einheit Deutschlands blos in ihrem Sinne auszubeuten gedenken. Am allerwenigsten sind es aber die Rotten, welche über schwarzgelbe Sondergelüste sich zu ereifern ein Recht haben, sie, die gestern abermals eine feierliche Verwahrung gegen die Absetzung von Reichstruppen nach Wien einlegten, weil durch eine solche Maßregel, die „Machtvollkommenheit" des österreichischen Landtags bestritten und verletzt sei. Was diese Herren unter Freiheit verstehen, zeigte sich in Frankfurt und im deutschen Oesterreich, was unter Humanität, dafür mögen die Schatten Gagern's, Lichnowsky's, Auerswald's, Lamberg's und Latour's Zeugniß geben, und was unter Einheit, darüber belehren und jetzt tagtäglich die wuthschnaubenden Angriffe eines

die Sicherheit und Macht Deutschlands nach Außen hinwirke, dadurch die Quellen jener gerechten Unzufriedenheit im Volke verstopft und die Zentralgewalt das ihr gebührende Ansehen und Vertrauen, der Nationalversammlung die zur Vollendung des Verfassungswerkes nothwendige Ruhe verschaffe. Auf der Grundlage dieser politischen Anschauungen und Ansichtsie treten wir zum gemeinsamen Handeln als Partei jetzt zusammen. In Verfassungsfragen werden wir sein an dem Programme des Württemberger Hofes, so wie wir auch dessen Stellung zur Regelung unserer äußeren Gesichtsangelegenheiten vorläufig beibehalten. Jedoch machen wir den Eintritt in unsere Gesellschaft vor Allem von der Bedingung abhängig, daß der Eintretende in den oben aufgestellten praktischen Sätzen unsere Ansichten frei bekenne. Anmeldungen zum Eintritt sind an den Vorstand zu richten, welcher dieselben der Gesellschaft mittheilt. Nur im Falle einer motivirten Widerspruchs gegen den Eintritt eines Angemeldeten findet eine Abstimmung über die Aufnahme statt.

Frankfurt a. M., den 5. Oktober 1848. Der provisorische Vorstand der Gesellschaft: Rieffer. Wiedermann.

***) Der von der Linken so oft zur Schau getragene Wunsch nach Beschleunigung des Verfassungswerkes war, wie sich gestern zeigte, nur so lange im Interesse der Partei, als man damit glänzen konnte, ihn auszusprechen; um wirkliche Erfüllung war es ihr nicht zu thun. Sie (die Linke) war es, welche gestern gegen alle Anträge stimmte, worunch die Debatte über die Verfassung schon nächste Woche beginnen soll.

*) Die „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" enthält bereits die amtliche Ankündigung davon, mit der Bemerkung, daß dieselbe sein Amt bereits am 13. angetreten, und sich mit den Behörden der Stadt in Verbindung gesetzt habe.

Schaffrath, Simon und Wesendonck gegen das Reichsministerium, dem nun gerade alle Verbrechen aufgebürdet wird, daß es nach Kräften alle Sonderbestrebungen niederzuhalten sucht. Für die unablässig gestellten Anfragen, durch welche die Regierung ermüdet und mürbe gemacht werden soll, hat endlich der alte, immer noch thatkräftige Gagern das wirksamste Gegenmittel gefunden; zu seiner Partei gehörig und nur von wahrer Vaterlandsliebe getrieben stellt derselbe, so oft sich die Gelegenheit ergibt, Gegenanfragen, durch welche das Ministerium in der rechten Bahn festgehalten werden soll; in dieser Weise brachte er gestern das von Ruge, Fröbel und andern „linkischen" Leuten aufgeschriebene „rothe Parlament" zur Sprache und verlangte, daß die Theilnehmer daran nach Bekanntwerden derselben ohne Umstände für ihre Verschwörer und Aufwiegler erklärt, uns als solche behandelt werden sollten.

Frankfurt, 13. Okt. Die Linke der Nationalversammlung hat folgende Adresse an die Wiener zu senden beschlossen: „Freunde! Eure großartige Erhebung hat unsere Bewunderung erregt. Der blutige Kampf, den Ihr so glorreich bestanden habt, ist auch für uns, Eure Brüder, bestanden worden. Wir schicken Euch einige unserer Freunde, um Euch unsere Sympathie und unsere Dankbarkeit für Eure Opfer und Eure Treuheit auszudrücken. Wir wissen, daß Ihr auch ferner, wie bisher fortfahren werdet in Euren Bestrebungen und dem übrigen Deutschland voranleuchten durch Mannesmuth und Energie. Nehmt unseren innigen Dank, wackere Brüder!" Diese Adresse ist von den Mitgliedern der äußersten Linken, deren Werk zunächst sie ist, und von denen der Linken unterzeichnet. Die Männer, welche die Sendung nach Wien in diesem Dokumente angekündigt ist, sind die Abgeordneten Robert Blum, Fröbel, Hartmann, Poppelsdorf, Trampusch. Die drei letztgenannten sind Oesterreicher. Die Fünfer-Deputation ist diesen Mittag um 1 Uhr nach Wien abgereist, um dort ihr Mandat zu erfüllen. Ihrer Kommenzar zu einem solchen Verfahren, welches den Aufruhr heilig spricht, ist überflüssig. Nur Eines möchte man die Urheber dieser Adresse fragen: ob nemlich nach ihrer Ansicht Latour unter den „treulosen" der Wiener auch die Ermordung Latour's inbegriffen ist? (Pf. Korr.)

Nach Berichten aus **Frankfurt** (in der Deutschen Zeitung) sind am 13. die HH. Wiecker und Mosle als Reichskommissäre nach Wien abgereist. Die Deutsche Zeitung glaubt nicht, daß sie bestimmte Aufträge haben, sondern, daß sie nach den Umständen handeln, und wenn es erforderlich im Namen des Reichs das deutsche Interesse wahren sollen. Die österreichischen Abgeordneten sind nach der Ergänzung in ihrem Vaterlande tief erschüttert, und mehrere von ihnen haben Frankfurt theils schon verlassen, theils stehen sie im Begriffe in ihre Heimath abzureisen, um dort zu Wiederherstellung geordneter Verhältnisse beizutragen. — Dänemark soll die deutsche Zentralgewalt jetzt förmlich anerkannt haben. Hr. Bunsen ist in Kopenhagen am 8. d. vom König in öffentlicher Audienz empfangen worden, uns soll Versicherungen erhalten haben, mit denen man — wie die Deutsche Zeitung sich ausdrückt — den Umständen nach zufrieden sein darf. So weit waren die Sachen freilich noch nicht reif, daß Hr. v. Stockmar unmittelbar von Berlin nach London reisen konnte, um den Frieden zu vermitteln Er hat sich vorläufig nach Koburg (seiner Heimath) begeben.

Deutschland.

Bayern. ** **Würzburg**, 16. Okt. Seit einigen Tagen befindet sich der vormalige Präsident des Reichsministeriums Fürst v. Leiningen hier. Wie Viele der Reichsgesandte Hr. Wecker, so wie Hr Mosle, Abgeordneter zur Reichsversammlung in Frankfurt sind hier angekommen, und werden morgen Mittag ihre Reise nach Wien fortsetzen, wohin sie von der deutschen Zentralgewalt aus Anlaß der neuesten Wirren daselbst eine Sendung erhalten haben.

Preußen. — Berlin, 13. Okt. Ein gestern Abend gemachter Versuch, den General Wrangel in effigie zwischen den Hörnern eines Ochsen zu verbrennen hatte zur Folge, daß die Bürgerwehr allarmirt wurde. Ein ernstliches Einschreiten war nicht nöthig. Die Menge verlief sich auf gütliches Zureden. Dagegen hatte am schlesischen Thore ein ernsterer Zusammenstoß der Bürgerwehr mit einem Arbeiterhaufen statt, welcher ein dort befindliche Maschine zum Auspumpen des Grundwassers zerstörte. Hier wurde Gebrauch vom Gewehr gemacht, Verhaftungen wurden vorgenommen, und mehre Bürgerwehrmänner wurden durch Steinwürfe schwer verletzt. — Auch heute dauert der Tumult vor dem genannten Thore noch fort.

Oesterreichische Monarchie.

Ueber die Ankunft der Armee Jellachichs in Kroatien berichtet das folgende Schreiben vom 5. Oktober: Die Kroaten sind da! Heute Abend um halb 5 Uhr zogen sie hier ein. Schon die vorige Woche kamen hier Flüchtlinge von allen Seiten an; auch die Sparkasse von Weißenburg wurde zur Aufbewahrung in die tiefste Sparkasse gebracht. Donnerstag den 28. verbreitete sich schon die Nachricht von der Ankunft der Kroaten in Weißenburg, man trug sich mit verschiedenen Gerüchten herum; wenn man nur von Fuß auf die Gasse setzte, hörte man fürchterliche Dinge. Auch kamen von allen Seiten die Rekruten an, die Kasernen waren voll, eben so die Schulen, meistens junge Burschen. Die hiesigen pensionirten Offiziere mußten sie abrichten. Bis dahin war Alles noch gut. Sonntag Vormittags kamen Flüchtlinge von Kisbér und Moór hier an und ließen sich bei uns nieder, denn sie fürchteten, daß die Kroa-

Digitized by Google

ten dortigen kommen würden. Sonntag Abends kamen mehrere Weißenburger und erzählten, daß sie bei Ankunft des Zellaschitz zugegen gewesen wären, daß Alles recht friedlich abgelaufen, und daß sie nur darum zurückgekommen, weil die Bauern 8 Kroaten erschlagen hätten und man fürchtete, daß Weißenburg angezündet werden würde. Montag Nachmittags kamen schon die schrecklichsten Berichte, daß die Kroaten im Anzuge wären; man soll nichts, als Wagen mit Flüchtlingen, dann auch von ihrer flüchtigen sich eine große Menge feute hört. Kamen dieß es wahres, es könnte nur ein Theil der Truppen sein, welche nach der Schlacht bei Velencze versprengt worden wären, luxum, man erfuhr nicht Gewisses. Abends war noch Sitzung. Otto Zichy kam von Komarn und munterte die Leute auf, sich dem Durchzuge der Truppen zu widersetzen, und es wurde beschlossen, heute Früh eine Fahne am Thore aufzustellen, und wer sich freiwillig stellen wollte, könne dem Feinde entgegen ziehen. Es fanden sich auch wirklich gegen 50 Mann, die heute Früh um 9 Uhr gegen den Feind zogen. Doch kam ihnen der Bürgermeister nach und ermahnte sie, ihnen das Lächerliche ihres Treibens vorstellend. Bis 11 Uhr waren sie zurück; doch wußte man noch immer nichts. Die Gewölbe waren alle geperrt; die Leute gingen ab und zu, doch mat konnte nichts Bestimmtes erfahren. Auf einmal hieß es: sie kommen! Es war gerade halb 5 Uhr, als der Vortrab, aus Husaren und Dragonern bestehend, bei der Post ankam; sie ritten langsam bis zum Rathhaus, wo Tausende von Menschen versammelt waren. Plötzlich entstand Lärm, die Leute kamen mit verzweiflungsvollen Gesichtern gelaufen. Es hieß jetzt nämlich, die Proletarier wollten sich widersetzen; wirklich erdröne auch der Ruf „Gegenwehr" und Einige erschienen auch mit Gewehren, doch war bald alles Widerstehen gedämpft, und das Militär zurücke. Das Volk glaubte vermuthlich, daß unser den eingedrückten Husaren keine Truppen mehr kämen. Beim Rathhaus fragte nämlich der Bürgermeister Karbonici einen Offizier um den Namen des Kommandirenden der angekommen Truppen, worauf derselbe erwiederte, daß Zellachich sogleich selbst da sein werde, wo dann der Hr. Bürgermeister mit ihm sprechen könne. Dieß wurde auch vollzogen, wovon man war. Um halb 6 Uhr erschien Gesimmel am Weißenburg Thore, — und mit Zellachich mit seinem Generalstabe. Er ritt ins bischöfliche Schloß hinauf, hinter ihm marschirte ein Regiment Grenzer, dann Landwehr und zuletzt kamen zwei unabsehbare Reihen von Wägen. Durch die Stadt kam wenig Militär, denn der größte Theil marschirte gleich nach der Vorstadt, wo beim Friedhof das Lager aufgeschlagen ist. Auf dem Hauptplatz lagen auch eine Menge, wo sie Gefangene angezündet haben; in die Häuser in der Stadt ist Niemand einquartiert. Schon ist es halb elf, und doch spricht man, daß nach immer Truppen kommen, wornach sich die ganze Armee auf 70,000 Mann belaufen soll. Auf dem Rathhause ist ein Kriegskommissär, der das Ganze leitet. Die Leute tragen den Soldaten auf dem Platze Essen zu. Es heißt, die Kroaten würden Morgen zu Mittag fortziehen, nachdem Tags vorher schon die Retruten während dem Essen marschirt. Die fortgesetzten Requirirungen sind gestern Abend eingestellt worden, da man sie für ohne Waffen, welche sie nicht hatten, nicht brauchen konnte. — Die Kroaten sehen sehr schlecht aus, es ist zum Erbarmen. Die, welche durch die Stadt gezogen waren, haben schon elend genug aus, und noch waren es im Vergleich zu den Uebrigen die schönsten, denn die äußerlich der Stadt campirten, entbehren sogar meist der Schuhe und waren nur mit zerrissenen Hauten bekleidet. Da dieser Brief noch nicht geschlossen war, so möge der Nachtrag folgen. 6. Okt., Morgens. Die Nacht ging glücklich vorüber; nur hörte man das Getümmel vom Platze her, was aber immer einen unangenehmen Eindruck macht. Man sieht die Leutseligkeit und Artigkeit des Kommissärs und der Offiziere, obwohl der Kommissär jene ausscheidend austrat. Doch der Anblick von heute Früh, als diese Leute herumgingen, etwas einzukaufen, wird uns unvergeßlich bleiben: die meisten Gewölbe waren gesperrt, nur die Spezereihandlungen öffneten sich theilweise. Besonders stark war der Andrang nach Branntwein. — Alles, was die Leute zum Kochen sich herbeischaffen, bezahlen sie mit neuen 1 und 2 fl. Banknoten, weshalb auch nur in den äußersten Vorstädten einige Plünderungen vorgefallen sein sollen. Heute 2 Uhr marschirten die Truppen auf der Wiener Straße fort; der Zug dauerte durch 3 Wiener Thor fast bis 5 Uhr, später kamen aber noch mehr Truppen, ja, wie es heißt, soll noch General Roth mit 24,000 Mann nachkommen.

Ueber den Stand der Dinge in Südungarn wird berichtet von der Mur, 8. Oktober: Es ist unbegreiflich, wie das am verflossenen Dienstag vor Kanisa bestandene tapfere Gefecht und der kühne Rückzug nach Legrad Besorgnisse im Innern des Landes erregen konnte: die Bewahrer von Kanisa sind wohl versehmigt und zweidrittig, das Erscheinen einzelner Schaaren immer verdächtig, aber durch den klugen Entschluß des Grafen Nugent gelang es ihm mit seinen 1700 bis 1800 M. irrten irregulären Truppen auf der Stadt ins Freie sich zu ziehen. Kaum kampirt, wurden unsere Truppen von 6—8000 M. in der Fronte, im Rücken, in der Flanke angegriffen, aber durch die Kaltblütigkeit des Grafen Albert Nugent, die Tapferkeit unserer Truppen und die Tüchtigkeit unserer Artillerie wurde der Feind zurückgedrängt, nahm aber nur an der Zahl zu; der kaupirte Terrain, die Schluchten und Hohlwege boten dem Feinde alle taktischen Vortheile, welche der Rückzug als der beste Sieg anerkennt. Kasimir Batthyany trieb seine Leute mit der Pistole in der Hand an, als aber eine Kanonenkugel vor ihm fiel, entlief er auf seinem Schimmel in wilder Flucht. Wir verloren zwar 2 Mörser, allein bei schlechtem Wege, in mehrere Schuh tiefem Morast, requirirter Vorspann, kein Wunder, wenn man sie im Stiche lassen muß. Hauptmann Marancic wurde mit 60 M. abgeschnitten, und wie wir später erfahren, soll er gefangen genommen worden sein, indem er die Mannschaft, welche in Kanija, wo damals die Gefahr noch nicht so groß war, verlockirt war, an sich ziehen wollte. Außer diesen 60 M. haben wir nur 5 Verwundete, während der Feind mehrere Wagen voll Verwundete und Todte wegführte. Wie konsternirt der sechsfach stärkere Feind ist, beweist, daß er am 7. versuchte, zu Legrad den Strieb der Liebersucht zu ersticken, um so den abermaligen Uebergang der Unsern zu verhüten. Die vom Jalanyer Hofreiter angeführte Schaar wurde aber mit großem Verluste unverrichteter Sache zerstäubt, während wir nur einen Todten und einen Verwundeten hatten, er selbst ist an der erhaltenen Wunde gestorben. Ein gleichzeitiger am 7. des Vormittags 10 Uhr gemachter Versuch, die Brücke von Lettenje anzugreifen, wurde ebenfalls von unserer Artillerie abgeschlagen. Der Angriff geschah durch zwei reguläre Nationalgardenkatatillone, welche tüchtige Anführer hatten, allein unsere Artillerie that auch hier vortreffliche Dienste und der Feind zerstreute sich. Seit der im Kordonsdienste so erfahrene, umsichtige und thätige Hr. Generalmajor Rikics v. Bogovic die Truppline übernommen, reguläre Linientruppen Gakathurn und Rettenje besetzt haben, unsere Gbewaurtsgeb-Abtheilungen, Landwehre das ganze Zrinie Gebirge und Insel verlegt sind, das Gemüth Erzherzog Johann Dragoner, welcher am 9. in Warasdin eintrifft, unsern Kordon verstärkt haben, auch die Masfal-Insurrektion eingetrossen ist, sind unsere Streitkräfte auf mehr denn 15,000 M. mit sehr bedeutend gut besetzter Artillerie angewachsen. Am 7. erschienen unerwarteterweise viele Flöße mit Brettern auf der Drave. Auf Befehl des Kordonskommandos zu halten, machten sie Miene, anzulegen, allein sie verschwanden fortzusetzen. Zwei ersten dieser Flöße wurde zu Gakathurn, und als man es zu Lubregh anhielt, wehrten sich die Flöser mit Abfeuern von Gewehren, was bei derlei Leuten unerhört ist; auf das zweite Floß wurde aber schon an der Dravebrücke in Warasdin, da es nicht halten wollte, gefeuert; abwahl zwei Flöser fielen, entwischte auch dieses; es gelang jedoch, auch dasselbe in Lubregh zu ertilen, alle andern Flöße wurden an der Brücke angehalten. Eingehende Erhebungen nach fallen die Kanizer Juden im Auftrage der ungarischen Anführer in Steiern und Kärnthen alle vorhandenen Flöße aufgekauft und mit Brettern beladen haben, um dann mit der Gesammtzahl derselben eine Schiffbrücke herzustellen. Eingegangenen Kundschaften zu Folge fallen die in Kanija abgeschnitten gebliebenen Kranken, das Kommando des Hauptmanns Marancic und sonst zerstreut gewesene Mannschaft freigegefangen gehalten sein. — Aus dem Ganzen ist ersichtlich, daß die magyarischen Insurgenten nicht über die Mur sind, daß sie zwar bei Legrad und Lettenje den Angriff gemacht, der aber mehr defensiver Natur gewesen. Am 8. Mittags 1 Uhr sind 3 und am 9. abermals 3 Gebatronen Erzherzog Johann Dragoner in Warasdin eingetrieb.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 14. Okt. Oesterr. Imprg. Metall. 65½, 4proz. 55, 3proz. —. 2½proz. 34½. Bankaktien 1100. P. 500 fl.-Loose 110½, 250 fl.-Loose 73. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 88½. P. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 74½. — Bayer. 3½proz. 77. — Badisches Darlehen 65½. — Württemberg. 3½proz. 74½. 4½proz. 91½. — Bad. 3½proz. 72½. Lotto-Anlehen à 50 fl. 44½. 35 fl.-Loose 24½. — Darmstädt. 3½proz. 73½. 4proz. 82. Lotto-Anlehen von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 20½. — Kurhessl. Prämien-Anleh. 40½. 40 Thlr.-Loose 24½. — Nassau. 3½proz. 80½. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. Imprg. 77. 3½proz. 90. 85½. Taunusbahn 268. — Holland. Integr. 45½. — Span. 3proz. innere Schuld 17½. — Port. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 66. — Sardin. 36 Fr.-Loose 25. Dtsc. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Dienstag, 17. Okt.: „Enigmaros", Trauerspiel von A. May.
Donnerstag, 19. Okt.: „Die Schweizerfamilie", Oper von Weigel.

Fremdenanzeige.
Bayer. Hof. Graf von der Steen, aus Belgien. Baron Schäzler, von Augsburg. Derr, Rentier, von Frankfurt. Hoffmann, Privatier, aus Amerika. Obermayer, Konsul, aus Amerika. Fran Kemble, aus England. Fürst zu Leiningen.
Gold. Hirsch. Dumanchel, Kaufmann, von Paris. Dupre, Kaufmann, von Mainz. Britton, Kaufmann, aus England.
Hotel Maulik. Hubs, Rentier, aus England. Grafin v. Persikon, Rentiere, aus Belgien. Vinaffa, Privatier, aus der Schweiz. Vollmann, Privatier, von Braunschweig. Nies und Gros, Privatiers, von Frankfurt. Frhr. v. Scheidling, Gutsbesitzer, von Bien. Engintny, Privatier, von Bukarest. Bois, Privatier, von Wien. Freiraun v. Boyt, von Wien. Lund, Rentier, von London. Demarchin, Kapitän, aus Dänemark. Dubois, Rentier, aus Frankreich.

Gold. Kreuz. Müller, Apotheker, aus Neu-Pest. Traumann, Kaufmann, von Triest. Braun und Paul, Studenten, von Braunschweig.

Gold. Hahn. Kramer, Großhändler, von Wien. Droggelier, Fabrikant, von Lachendorf.

Blaue Traube. v. Genast, aus Estland. Brandes, k. k. Opernsänger, von Wien. Fürster, Kreis- und Stadtgericht-Assessor, von Memmingen. Dr. Schuler, Architect, von Innsbruck. Dr. Perikatti, von Graz. Dr. Beilow, von Prag. Herskow, Kaufmann, von Herd. Aron, Kaufmann, von Berlin. Rathardt, Buchhändler, von Breslau. Rosle, Maler, von Kiel. Baron v. Bodmann, von Bodman. v. Glowy, Lieutenant, von Landshut. Horn, Novokat, von Kaiserslautern. Schmeier, Wenzsänger, von Erding. v. Spies, Rabel, von Landshut

Stadt Augsburg. Gärtner, Fabrikbesitzer, von St. Heinrich. Gretschel, Studirender, von Landshut. Pupfert, Fabrikant, von Pforzheim. Hutemann, Maler, von Frankfurt. Steinmetz, Maler, von Baden. Freiherr v. Hornstein, von Hurth. Herp, Beamter, von Freising. Ehrli, Malzaufseher, von Mindelheim.

Gestorbene in München.

Sabina Buchner, Bauerstochter von Kirchweidach, Dgs. Burghausen, 69 J. a. Josepha Krenzinger, Sailerstochter von hier, 17 J. a. Johann Hartmann, Zimmermann, 68 J. a. Maria Pilsedraud, bürgerl. Glaserstrau, 23 J. a.

Bekanntmachung.

Das

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Salomon Frankl & Kauf. Gutsbesitzers-Ehefrau Friedrich und Rosalia Freuen zu München, wegen Schuld, nun Exekution.

183. Es wird hiemit bekannt gemacht, daß die unterm 1. September dekretirte, und auf Donnerstag, den 16. November d. Js., Vormittags zwischen 10 und 12 Uhr anberaumte Tagfahrt zur Versteigerung des Anwesens Nro. 22 in der Barrerstraße dahier, bis auf weiteres suspendirt sei.

Concl. 6. Okt. 1848.

Dr. königl. Direktor:
Barth.

Huber.

180. Die Inserate 8416 und 8543 in den Nummern 186 und 188 der „Münchner Nachrichten" enthalten eine öffentliche Akte, daß ein vorzüglich qualifizirter Knabe bei Verstellung der Instituts-Vorsteherin unbewürthschaftigt geblieben, angezeichtet er vom Direktorate gnädichlich empfohlen war. Der Unterzeichnete erklärt dieß hiemit als unrichtig, und versichert, daß jener Knabe von dem Direktorate zwar als sehr würdig bezeichnet, aber absolut vorgeschlagen war, und nicht vorgeschlagen werden konnte, weil es Recht und Billigkeit forderten, daß zu den zwei erledigten ganzen Freiplätzen zwei sehr würdige Institutszöglinge in Vorschlag kamen, die sonst ihre Vermögensverhältnisse wegen gezwungen gewesen wären, aus dem Institute zu treten. Für diese Beiden wurde auch von der allerhöchsten Stelle die zuvorvolle Vorsorge getroffen.

München am 14. Okt. 1848.

P. Placidus Lucenz,
Director des königl. Erziehungs-Instituts für Studirende.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

144. (3c) Dienstag den 17. Oktober 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat September 1847, und zwar von Nro. 93,419 bis 103,964.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verlegt, angesprochen und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hiernit Dienstag den 24. Oktober 1848 öffentlicher Versteigerung.

München den 28. Sept. 1848.

Königl. privil. Pfands- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

C. Negriolli, Mag.-Rath.

Schuch, Kassier. Offenbrunner, Kontrolleur.

184. In der erzbischöflichen Kanzlei dahier (Pfandhausstraße Nro. 1) ist so eben der Diözesan-Klerus erschienen Instruktion über die Ausführung des Ablösungsgesetzes bei kirchlichen Stiftungen und Pfründen (4 Bögen in 4°) um den Preis von 18 kr. zu haben.

München den 14. Okt. 1848.

182. In der Henzer'schen, Kaiser'schen und Lentner'schen Buchhandlung zu München ist zu haben:

Sintzel, Michael, die Lehre von dem allein seligmachenden Glauben und der alleinseligmachenden Kirche, und den wichtigsten Glaubenstreitigkeiten. Dritte vermehrte Auflage. Preis 21 kr. Mit 4 Beilagen 42 kr.

— **Die Merkmale der wahren Kirche.** Preis 9 kr.

— **Denkwürdige und kräftige Worte eines unalten Zeugen für die Wahrheit der heiligen katholischen Kirche, nämlich des heiligen Vinzenz von Lerin.** Preis 4 kr.

— **Kurze und gründliche Beweise gegen alle Feinde des christkatholischen Glaubens.** Preis 8 kr.

— **Warum bin ich ein Katholik? Ein Wort an jeden Katholiken, wie er von seinem Glauben Rechenschaft geben soll.** Preis 6 kr.

— **Katholisch ist gut sterben.** Preis 4 kr.

— **Betrachtung über die Gnade, in der katholischen Kirche zu leben und zu sterben.** Preis 2 kr.

147. (3c)

Renten-Anstalt
der
Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Die VII. Jahresgesellschaft zählt am Schlusse von 1847 ein Einlage-Kapital von fl. 29,225 und es hat sich dasselbe im Laufe des Jahres 1848 nicht unbeträchtlich vermehrt. Trotz der Ungunst der Zeitverhältnisse wird man also erwarten dürfen, daß diese Gesellschaft gegen den Jahreschluß die zur Konstituirung erforderliche Größe erreichen werde. Die Bank-Administration ladet daher die Betheiligungslustigen ein, ihre Einlagebeträge bis längstens Ende November einsenden zu wollen. Diese werden direkt bei den Bank-Kassen in München und Augsburg oder bei den an allen bekannteren Orten aufgestellten Agenten einzunehmen.

Da die hiesige Renten-Anstalt unter der Garantie der Bank sich einer Sicherheit erfreut, wie keine andere ähnliche Anstalt, so wird sie in dieser schwierigen Zeit auch ein besonderes Vertrauen anbrechen dürfen, wenn sie gleich die Hoffnungen derer nicht zu verwirklichen vermag, welche von einer kleinen Einlage gleich in den ersten Jahren eine bedeutende Rente erwarten. Die Renten-Anstalt ist die Bestimmung, sie ist die Frucht langjähriger Vorsorge zu treffen, unabhängig von Unglücksfällen und Zufälligkeiten; dieses Ziel wird sie auch erreichen, aber sie bedarf dazu der Zeit, und man muß daher mit Geduld die Wirkungen abwarten, welche die Grundbestimmungen in Ausicht stellen.

München 28. September 1848.

Die Administration der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.
Franz Xaver Riezler,
Direktor.

Bekanntmachung.

Aufnahme in die königl. Landwirthschafts- und Gewerbs-Schule zu Freising betr.

172. (2a) Die Anmeldungen zur Aufnahme in die königl. Landwirthschafts- und Gewerbs-Schule zu Freising für das Schuljahr 1848/49 finden vom 20. bis 23. Oktober statt; die Aufnahmsprüfung wird am 24. Oktober abgehalten.

Die Bedingungen zur Aufnahme in dieselbe sind nach der höchsten Entschließung vom 4. April 1836:

1) Das zurückgelegte zwölfte Lebensjahr;
2) die Vorlage des gültig erlangten Schulzeugnisses über den genossenen Unterricht, Fleiß, Fortgang und sittliches Betragen,
3) das Bestehen der Aufnahmsprüfung, welches sich über die Religionslehre, die Fertigkeit im Lesen und Schreiben, die Kenntniß der vier Rechnungsarten, und ihrer Anwendung, dann die Anfertigung eines einfachen schriftlichen Aufsatzes erstreckt.

Freising, den 11. Oktober 1848.

Das königl. Rektorat der Landwirthschafts- und Gewerbs-Schule.
Dr. Niederer, Rektor.

Stelle-Gesuch.

181. (2a) Ein junger absolvirter Kandidat der Philologie, der in den alten und neuen Sprachen und in der Musik gründlichen Unterricht zu ertheilen im Stande ist, und von mehreren guten Familien bestens empfohlen werden kann, sucht eine Stelle als Hofmeister. D. Ueb.

Stelle-Gesuch.

164 (3) Ein junger Mensch von 30 Jahren, der schon 4 lateinische Schulen studirt hat, wünscht als Buchhalter bei einer Herrschaft, oder als Aufgeber in einem Bankierhause, oder in einer Handlung, oder sonst an geeigneter Stelle placirt zu werden. Das Nähere bei diesseitiger Expedition.

185. Ein junges Frauenzimmer, welches in der deutschen und französischen Sprache, sowie im Klavier, Zeichnen und alles feinen Handarbeiten vollkommen gründlichen Unterricht ertheilen kann, sucht eine Stelle als Gouvernante. Das Nähere in der Expedition.

186. Ein solides, in allen weiblichen Handarbeiten wohl unterrichtetes Frauenzimmer, das deutsch und französisch spricht und darin gründlichen Unterricht ertheilt, auch mit guten Zeugnissen versehen, wünscht eine ihren Kenntnissen angemessene Stelle. D. Ueb.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Aus Franken.

In Franken ist folgender Aufruf erschienen: „Das beklagenswerthe Ereignis gewaltsamer Störung des Rechtsfriedens in einzelnen Theilen Deutschlands muß jedem Vaterlandsfreunde eine mächtige Mahnung sein, nach Kräften dazu mitzuwirken, daß für die Folge ein dauernder Rechtszustand gesichert werde, unter dessen Schirm allein Vertrauen in den gestörten Verkehr wiedergebracht und die aus solchen rechtslosen Zuständen nothwendig folgende Arbeitslosigkeit beseitigt werden kann. Wir glauben deßhalb im allgemeinen Interesse zu handeln, und den Wünschen und Gesinnungen unserer wehrfesten Mitbürger zu entsprechen, indem wir zu einer Versammlung für Erhaltung der gesetzlichen Ordnung einladen. Der Zweck aller sämmtlicher hiesige Einwohner zu Zweimann einladen. Der Zweck dieser Verbindung ist lediglich darauf gerichtet, mit vereinter Macht der Mitglieder jeder gewaltsamen Störung der gesetzlichen Ordnung oder frevelhaften Anmaßung des Eigenthums oder der Personen entgegenzutreten. Durch ihren Beitritt erklären die Mitglieder ihre übereinstimmung mit diesem Zweck der Verbindung, und verpflichten sich, bei drohender oder bereits eingetretener Störung der öffentlichen Ordnung in der bissen Stadt auf das Alarmzeichen sich bewaffnet zu versammeln und zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung unter selbstgewählten Führern in Verein mit der Landwehr, der Stadtwehr und dem Freikorps der Studirenden nach den Anordnungen der städtischen Behörden, nöthigenfalls durch Anwendung der Waffengewalt, zu handeln mitzuwirken. Die Mitglieder der Verbindung sind nur in den Fall bedauert gesetzlicher zu Thätigkeit berufen zu werden, zu weiteren Sicherheits- oder Wachdiensten aber ebensowenig als zu militärischer Waffenübung verpflichtet. Aus diesen Grundzügen erhellt wohl jedem Unbefangenen von selbst, daß es sich bei dieser Verbindung nicht um Manifestation irgend einer politischen Meinung, sondern lediglich um die Erhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit handelt, ohne welche jedes geregelte Staatsleben unmöglich, jeden Erhaltung daher für jeden redlichen Staatsbürger eine heilige Verpflichtung ist. Wir glauben deßhalb auf Anerkennung und zahlreichen Beitritt von Seite der Ehrenmänner aller Farben rechnen zu dürfen. Sie alle werden uns willkommen sein, und jede politische Ansicht soll in dieser Verbindung Duldung und Achtung genießen, sobald sie sich dem ausgesprochenen Zweck vollkommen anschließt. Mehrere Bürger."

Deutschland.

Baden. — Karlsruhe, 13. Oktober. Nachstehendes Aktenstück ist gestern hier bekannt geworden, und breiten wir uns, es Ihnen sogleich mitzutheilen: „Der Generalmajor und Präsident des Kriegsministeriums Hoffmann hat durch seine Umsicht und Entschlossenheit, so wie durch das Beispiel ausgezeichneter Tapferkeit, mit welcher derselbe bei der Einnahme von Freiburg und Staufen den unterbadischen Truppen als erfahrener Führer vorzuleuchten, die frechen Aufstände gegen Ruhe und Staatsordnung beide Male mit einem Schlag vernichtet. Dadurch hat General Hoffmann sich das hohe Verdienst erworben, das Vaterland vor den Gräueln eines Bürgerkrieges bewahrt zu haben. In gerechter Anerkennung dessen erennne Ich denselben zum Generallieutenant und verleihe ihm zugleich in Gemäßheit der §§. 10, 1 a. und 16 der Statuten des Karl Friedrich Militär-Verdienst-Ordens das Kommandeurkreuz dieses Ordens. Ich überzeuge Mich fest, daß Meine tapferen Truppen eher, als sprecht Ich denselben noch besonderes Meine vollkommene Anerkennung und Meinen Dank aus für die sehr treue, ausgezeichnete Tapferkeit und unermüdete Ausdauer, mit welchen dieselben überall den gefeyndeten Verhetzungen entgegengetreten sind. Sie haben sich dadurch den Anspruch auf den bleibenden Dank des Vaterlandes erworben. Von meinem Kriegsministerium erwarte Ich die Anträge zur Belohnung derjenigen, welche bei den vorgefallenen Gefechten Gelegenheit gefunden haben, sich besonders auszuzeichnen." Karlsruhe den 12. Oktober 1848. Leopold. v. Fabert.

(Neue Freib. Z.)

In der Sitzung der badischen Kammer vom 14. Okt. übergab von Itzstein mehrere Petitionen um Auflösung der Kammern, unter andern auch eine von Gellingen, worin die Auflösung des dortigen Bürgervereins und die Rückgabe der den Bürgern abgenommenen Waffen verlangt wird. Er bemerkt hiezu, daß die Veranlassung zu diesen außerordentlichen und drückenden Maßregeln ja doch nicht der ganzen Bürgerschaft, sondern nur einzelnen Buben und Verbrechern zugeschrieben werden müsse. Metz, Lebstack, Jungbanns, Brentano schließen sich ihm an. Staatsrath von Stengel entgegnet hierauf, daß man gar keine Veranlassung gefunden hatte, ihm stimmt Ulrich bei. Mittermaier stimmt dem Regierungsvorschlage bei, daß das Gesuch der Stadt Gellingen an den Petitionsausschuß zusammen sei. Blankenhorn steht sich genöthigt, der Regierung für ihre schnellen und kräftigen Maßregeln zur Unterdrückung des Aufstandes seine öffentliche Anerkennung auszusprechen. Von vielen Seiten: gut, sehr gut! Es versucht sodann das Verhältniß der badischen Kammern zur Reichsversammlung aus einander zu setzen, im Grunde aber um sehr ungünstige Ausfälle gegen die Reichsversammlung zu machen. Bissing fällt ihm ins Wort, er brauchte die Reichsversammlung mit Koth zu bewerfen, und beantragt die Tagesordnung.

Nachdem Staatsrath v. Stengel sich auf die Geschäftsordnung berufen, wonach Jeder, der einen längern Vortrag halten wolle, Tieß vorerst anzeigen und den Gegenstand, worüber er zu sprechen gedenke, näher zu bezeichnen habe, gibt der Präsident dem Abg. Kapp wieder das Wort, welch letzterer sich sodann dahin ausspricht, daß auch er eine Einheit, aber eine solche, die auf den Boden der Nationalität gebaut sei, verlange. Bis jetzt habe die Einheit nur im Polizeistaat bestanden, und es scheine, daß auch die Nationalversammlung nur eine solche brabsüchtige, sonst würde sie nicht durch das erwähnte Gesetz nicht nur die freie Presse, sondern auch das freie Wort beschränkt haben. Sie solle nur den Geist des inneren Zusammenhangs wie in einem Dampfzeffel verspüren: er werde sich am Ende doch Luft machen, und den Kessel zerstrengen. Als Quelle alles bisherigen Revolutionen sieht der Redner in dem früher unnatürlichen Polizeisystheme, das man auch jetzt wieder festhalten wolle. Was die Stellung der badischen Regierung zur Reichsgewalt betreffe, so müsse er die Unterordnung ersterer unter die letztere zur Erreichung von Deutschlands Einheit lobend anerkennen; doch sollte diese energischer nach oben wie nach unten auftreten. Hierauf kommt der Redner auf die Verlegung der Truppen in das Badische und auf das Zusammenziehen derselben im Allgemeinen, und spricht seine erstaunlichen Befürchtungen aus. Staatsrath Bekk, der kurz vor dem Schlusse der Kappschen Rede im Saal erschienen war, erwidert demselben unter Anderm: Der Redner rabir das von der Nationalversammlung bis dahin eingehaltene System; dazu sei aber nicht hier, wohl aber in Frankfurt in der Paulskirche, wo der Redner aufgefordert sein, der Klag gemeinen. Was die Verlegung der Truppen betreffe, so sei dies Sache der Zentralgewalt und nicht der badischen Regierung, welche letztere sich gegen die Beschlüsse der ersteren nicht auflehnen könne, ohne sich den Label des Redners und seiner Freunde zuzuziehen. Daß übrigens auch genügende materielle Gründe zu einer solchen Zusammenziehung der Truppen vorhanden gewesen, werter wohl Keiner bestreiten, indem sie zur Sicherheit der Ordnung und zur ruhigen Entwicklung der freiheit dienlichen mußte und durch unruhige Köpfe und Rebellen provozirt wurde. Von Seite der Regierungen werde die Freiheit nicht gehindert, denn diese seien gebührt und bedürfen im Interesse der Freiheit der Erstarkung in ihrem Wirken; dagegen erschienen als die gefährlichsten Feinde der wahren Freiheit jene ehrgeizigen, eigennützigen Menschen, die, um Etwas für sich selbst zu erobern, die Massen aufreizen und unmöglichen Dinge schon hervorgerufen haben. Wären diese nicht gewesen, so würde die Nationalversammlung in ihren edlen Bestrebungen schon viel weiter vorangekommen und jede Zusammenziehung von Truppen unterblieben sein. Schließlich bemerkt der Redner noch, daß sich die badische Regierung wegen einer zweckmäßigen Vertheilung der Truppen im badischen Oberlande und bei Heidelberg an die Zentralgewalt gewendet habe. Kieser sagt, es sei die Truppen im badischen Oberlande wohl überwintern werden; da jedoch die Kammer, in Betracht, daß derartige Anfragen, wie auch der Kapp'sche Vortrag, nach der Geschäftsordnung vorerst angekündigt werden müssen, zur Tagesordnung überging, erfolgte keine Antwort. (Karlsr. Z.)

Würtemberg. Stuttgart, 11. Okt. (Wannh. Mphlt.) Sicherm Vernehmen nach ist die Untersuchung gegen Struve geschlossen. Assessor Wiener in Calw, welchem dieselbe aufgetragen war, hat Bruchsal schon wieder verlassen; Struve soll erklärt haben, die Verbrechen, welche ihm zur Last gelegt werden, seien bekannt, er läugne sie nicht. Seine Mitverschworenen werde er nicht nennen, und überhaupt über das ganze Unternehmen keine Auskunft geben. Der Schwager Struve's, Schriftführer Fuchs, Literat Wind und Kanzleiassessor Hellen werden bereits Gefängnisse genauer haben.

Sächsische Herzogthümer. — Weimar, 10. Oktbr. Nicht laut genug kann man dem Reichsministerium den Dank aussprechen für die Wirkung eines Lagers in Thüringen. Es war hohe Zeit. Der „Kreisausschuß der Demokraten Thüringens" zu Jena trat neuerdings mit einer so schamlosen Frechheit hervor, daß augenscheinlich Gefahr im Verzuge war. Die wenige Tage gewesen wären. Als die Weigerzeit bekannt wurde, da hatten jene Leute wohl, daß ihr Spiel verloren sei, wenn sie die Ausführung nicht zu hindern vermöchten. Es bedarf ja nur eines einfachen Verständnis, um zu erkennen, daß Selbstsucht der Grund, Trug das Mittel, die Erlangung von Vortheilen der Zweck und das Unglück jenes Verbotten die Folge des Treibens sei. So lange von den Führern der Umsturzpartei der Mißbrauch der Waffen ausgeschlossen werden konnte, so lange die Regierung gegen dieses Treiben mit Kraft nicht einzuschreiten vermochte, so kam es bei dem Bauer — denn dieser hat, wie auch mancher Städter, bei uns leider noch eine sehr geringe politische Bildung — freilich auch dieser einfache Verstand nicht zum Durchbruch. Es mußte daher um jeden Preis verhindert werden, daß eine Ruhe einkrete, mit welcher jedenfalls die Bestrebungen zurückgehen müssen. Die Regierung hat ihre Pflicht gethan, sie hat ein Mittel gesichert. Den Soldaten sagt man, ihr Gut sei erzwungen, sie brauchten ihn nicht zu halten. Den Landleuten predigt man vor, ihre Söhne würden gezwungen, sie in die alte Knechtschaft zurückzuführen und das Land müßte das sogar noch bezahlen. Mit einem Plakate, welches mit den Worten begann: „Wir Bürger und Soldaten" protestirten gegen den bedrängten Zustand, worin unser Land durch „fremdes Truppen," kamen die Herren des Kreisausschusses hierher und ihr erster Schritt war, daß sie dasselbe an den Straßenecken ankleben ließen. Bürger rissen es überall sofort herunter. Unteroffiziere aber arretirten die Mitglieder des Kreisausschusses, als dieselben auf einer

Soldatenversammlung, in welcher sie ersolglos ihre Grundsätze vertreten hatten, hinreichtigen; der wachthabende Offizier entließ sie indeß nach Aufzeichnung ihrer Namen. Sie verließen Weimar, wie sie sagten, nicht aus Furcht, sondern, weil sie in einer Stadt, wo solche Anarchie herrsche, nicht länger verweilen wollten." In Folge der ganz öffentlich vorgenommenen Aufforderungen zum Aufruhr und zum gewaltsamen Umsturz der Staatsverfassung wurden denn endlich Haftbefehle gegen die Hauptgläuber: Dr. Eisaurice, Rand. Reibe, Rand. Lange und Stud. Anerkung in Jena, sowie gegen den Literat Jäde und Rand. Leinhard zu Weimar erlassen. Nur des Letztern wurde man sofort habhaft. Die andern entzogen sich der Verhaftung durch die Flucht. Zwar war auch Jäde in Jena arretirt, in Folge unlänglicher Verfügungen aber unterwegs befreit worden. Auf ihren Verstecken freien sie jetzt ihre Wuth aus. Dabei haben sie aber so sehr den Kopf verloren, daß sie offen hervortreten mit ihren Wahnsinne, frech und kumm zugleich. „Weil die Staatsregierung gegen uns Alles schreitet, erkennen wir sie nicht mehr an; sie muß gestürzt werden; aber das versprechen wir, daß wir mit den jetzt Herrschenden, wenn wir über sie zu gericht sitzen, eder verfahren wollen, als sie mit uns gethan." Die edlen Menschen! „Nun dann mögen," so schließt ein vom Kreisausschusse der Demokraten Thüringens in Kanne verbreitetes Plakat, „die Sturmglocken heulen, daß ihre Töne an die Ohren unserer Unterdrücker schlagen und ihnen Kunde geben, daß wir bereit sind, und daß die kräftigen Landesmohner Thüringen's noch eingedenk sind ihrer Vorväter, die mit der Sense in der Hand im Bauernkriege für dieselbe Sache gekämpft, für die wir kämpfen, für die Sache der Freiheit." — So eben, Mittags 12 Uhr, rückten Sachsen und Altenburger hier ein, begleitet von der Bürgerwehr, die sie, „zum Zeichen, daß man Frieden will," mit Musik empfangen hat. Die obenerwähnten Flüchtlinge sind sämmtlich ergriffen und werden in das Kriminalgerichtsgefängniß eingebracht. Früher sagten die Bauern, die Leute müssen doch Recht haben, sonst würde man es nicht leiden (dulden), daß sie so sprechen; schon jetzt sagen sie, mit ihrer Sache wird doch nichts, sonst wären sie nicht ausgerissen, und in einiger Zeit wird man noch ganz andere Ausdrücke hören. — In dem Morgen anzugebenden Regierungsblatte erscheint das provisorische Gesetz über Geschwornengericht, welche für alle politischen und Preßvergehen eingeführt werden. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. — Altona, 11. Okt. In Hadersleben feierte am 6. Okt. die dänisch gesinnte Partei den Geburtstag des Königs von Dänemark, Reiner traten vor die Thüre und sprachen das Toast im dänischen Interesse an, doch mußten sie sich in den Speisesaal zurückziehen; da vergrößerte sich der Lärm, die Stadt- und Militärbehörde schritt ein, wurde aber verhöhnt, so daß nach 10 Uhr der Saal geräumt wurde. Es kam zuerst zu Thätlichkeiten, die deutsch gesinnten Bürger und das Militär schritten ein, es wurden Viele verwundet, mehrere getödtet. Nun ihren Spaß nicht sich sie Partei, wie schon; denn in dem warmen Sommer des deutsch gesinnten Abgeordneten zur Landesversammlung, Dr. Meyer, brach Feuer aus und er brannte ab, obgleich derselbe unbewohnt ist, ein schreet Zeichen, daß es aus Rache gesschehen. In Flensburg entstand an demselben Tage Krawall mit der dänischen Partei. Die deutsche Partei erbittert durch die Wegnahme mehrerer Schiffe, aus welchen die Dänen das schleswig-holsteinische Zeichen aus- und in welche sie das Danna Kindom aufgepflanzt hatte, wie nun die dänischen Bürger Flensburgs den Tod des Königs feierte und von der Festlichkeit etwas erhitzt nach Hause kam, entstand Lärm, es kam zu Schlägereien, die so arg wurden, daß Blut floß. In Andern, Apenrade und Hufum ging es eben so zu, so daß wir in allen Städten des nördlichen Schleswigs die Parteien schroff gegenüber stehen sehen; der Waffenstillstand also nur auf dem Papiere vorhanden ist. (D. A. Z.)

Hansestädte. — Die Börsenhalle meldet aus Lübeck, daß daselbst am 9. Unruhen stattgefunden haben, wobei sogar scharf geschossen wurde. Die Bewegung ging von den sogenannten „Einwohnern" aus, welche sich mit einer Deputation um Gleichstellung in allen politischen Rechten an die in der reformirten Kirche versammelte Bürgerschaft wendete. Man wollte die ertheilten Rechte nicht mehr entlassen, als die sie die alle Forderungen bewilligt habe. Um 10½ Uhr wurde Generalmarsch geschlagen, scharf geschossen, wobei ein Matrose getödtet ist und erst gegen 3 Uhr Morgens gelang es den Militär die Ruhe wieder herzustellen. Am 10. d. ist folgende Bekanntmachung des Senats erschienen: „Die gesetzliche Ordnung ist am gestrigen Abende in unglücklicher Weise gestört worden. Eine freselnde Rotte ist in die Versammlung der Bürgerschaft gedrungen und hat es versucht, dieselbe zur Abänderung eines Beschlusses zu bringen, durch welchen sie die politischen Gleichberechtigung aller Staatsbürger anerkannt hatte. Mehrfache Versuche, die Bürgerschaft auf gütlichen Wege von dem wider sie gerübten Zwange zu befreien, blieben erfolglos. Der Senat sah sich daher zum Aufgebot der bewaffneten Macht veranlaßt. Erst nach Mitternacht und erst nach Anwendung der Feuerwaffe gelang es, die Aufrührer auf dem von ihnen besetzten Lokale zu entfernen. Gegen die Anstifter und Theilnehmer des Frevels werden die Gerichte von Amtswegen verfahren. Einer Wiederholung derselben ist der Senat durch jedes gesetzliche Mittel zu begegnen entschlossen. Das Ansehen der Gesetze muß schleunigst hergestellt werden. Der Senat vertraut dabei auf den kräftigen Beistand aller Freunde der Ordnung."

Aus Lübeck laufen jetzt nähere Nachrichten ein, welche die völlige Planlosigkeit der dortigen Unruhen beweisen. Die Bürgerschaft hatte sich einverstanden erklärt mit den Vorschlägen des Senates, wodurch das allgemeine Stimmrecht eingeführt wird, und ¾ von den Vertretern aus den städtischen Wahlbezirken, ¼ aus den ländlichen genommen werden sollen. Allein die in die Kirche, wo die Bürgerschaft versammelt war, eindringenden Rotten erklärten, sie wollten keine allgemeine Wahlen, sondern als Stand (Arbeiter-Stand?) vertreten sein. Die Bürgerschaft zeigte sich jetzt ehrenwerth und fest, auch nicht Einer ließ sich in Schrecken setzen. Unterdessen hatten Zimmer- und Maurerlaue das Dach besliegen und singen an es einzureißen. Ein sürchterlicher Tumult entstand darüber. Sie sind in die Nacht, wer hinaus wollte, wurde mißhandelt und zurückgetrieben. Einige entkamen aus den Fenstern nach hinten durch Hülfe von Leitern, aber auch diese wurden weggerissen. Das herbeigezogene Militär wie Bürgergarde konnte nicht abwehren und erst durch wiederholtes Feuern nach der Kirche und dem Dache derselben gelang es endlich, Nachts 1 Uhr die Meuterer zu vertreiben, die jetzt spurlos verschwunden sind. Nach Berichten aus Lübeck vom 11. Morgens war dort Alles ruhig geblieben. (D. A. Z.)

Preußen. — * Berlin, 13. Okt. Gestern Abend 7 Uhr tönten plötzlich die Lärmtrommeln in den Bürgerwehrbezirken. Die Veranlassung gab ein erneuerter Versuch zu der schon neulich beabsichtigten Demonstration, den General Wrangel in Gestalt einer Strohpuppe auf den Hörnern eines Ochsen zu verbrennen. Die Bürgerwehr rückte heran, und mehr gütlichen Zureden, als Anwendung von Gewalt zerstreute den obwohl nicht starken Volkshaufen. Gleichzeitig wurde ein Einschreiten der Bürgerwehr durch einen Tumult am schlesischen Thore nöthig. Die Kanalarbeiter glaubten sich durch das Aufstellen einer Maschine zur Ausschöpfung des Grundwassers in ihrem Erwerbe bedroht. Sie legten Feuer an die Maschine und zerstörten die Räder, um sie schneller vernichten zu können. Bewaffnete Bürgerwehrmänner wurden durch Steinwürfen nicht unerheblich verletzt. Es mußte von den Bajonetten Gebrauch gemacht werden. Von den Tumultuanten sind etliche verwundet und eine Anzahl verhaftet. Der Schaden, den sie angerichtet haben, wird auf 10—15,000 Thaler angeschlagen. Der Lärm dauert übrigens vor dem Thore heut noch fort. Angaehtet der heutigen, einem Tumulte überaus unzünstigen Regenwetters, suchte die generelle Abstimmung über das Bürgerwehrgesetz doch eine große Menschenmasse auf den Gensdarmenmarkt in die Nähe des Stzungslokals. Zur Vorsicht waren Bürgerwehrabtheilungen auf dem Platze und in den benachbarten Straßen aufgestellt. Auch die Eingänge wurden besetzt und der Zugang nur Solchen verstattet, die sich durch Vorzeigung von Karten legitimirten. Von einer Bürgerwehrcompagnie wird versichert, daß sie der Aufforderung der National-Versammlung wegen Annahme des Bürgerwehrgesetzes beabsichtigt habe. Sie gehörte zu denjenigen Kompagnien, welche zum Schutz der Versammlung kommandirt waren. Beim Schluß der Sitzung gab es einigen Tumult, der jedoch nicht sowohl gegen die Versammlung, als gegen die Bürgerwehr selbst gerichtet schien. Nur der Abgeordnete Medizer Hydow soll Mißhandlungen erlitten haben, von denen aber noch das Gerücht gewesen sein. In der Deputation, welche zur Beglückwünschung des Königs durchs Loos gewählt ist, befinden sich u. A auch die Abgeordneten Waldeck, Jung, Schramm und v. Kirchmann. Der König wird die Graulation in Berlin selbst uns zwar im Schlosse Monbijou entgegennehmen. — Auf Sonntag wird eine große Volksversammlung auch sämmtliche demokratische Klubbs veranlaßt haben, um sich über Amnestie für alle politischen Gefangenen und Gewährung der garantirten Volksrechte gerichtet werden soll. — Die Behörden scheinen auf einen Coup gefaßt. Die Truppen sind in den Kasernen konsignirt, und den Kommandeurs ist die Weisung zugegangen, ihre Mannschaften schlagfertig zu halten. — Auf eine Vorstellung des kürzlich aus der Untersuchungshaft ohne vorherigee Erkenntniß entlassenen Konditors Karbe, in welcher der Justizminister angegangen wurde, eine Amnestie für die politischen Verbrecher zu erwirken und für eine bessere Behandlung derselben in den Gefängnissen Sorge zu tragen, ist der Bescheid ergangen: es liege im eigenen Interesse der Verhafteten, wenn eine Untersuchung ihren Gelegenheit gäbe, sich zu rechtfertigen. In Betreff der Behandlung der Gefangenen sind die obigen Angaben gleich, und die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze sei ein Grundsatz, der auch im Gefängniß aufrecht gehalten werden müsse.

Oesterreich. — Gratz, 14. Okt. Gestern Abend ist der Oberkommandant der hiesigen Nationalgarde von Wien hieher zurückgekehrt. Er hatte Vormittags durch den Telegraphen um 9 Uhr Abends Nachricht seine Rückkehr nach Gratz angezeigt und zugleich bemerkt machen lassen, daß in Oesterreich kein Landsturm organisirt sei, daß sonach in Steiermark die Vorkehrung genüge. Er brachte die Kunde mit, daß sämmtliche Garden von Gratz bis auf die Zulegtabgegangenen in Wien angekommen seien. Heute Morgen lehrten mehrere der Zulegtabgegangenen hieher zurück. Sie seien nur bis Brück gekommen, indem in Wien selbst beiden Seiten ernst ist. Weder die gestrige, noch heutige Post von Wien ist hier angekommen. Eine Kundmachung des Nationalgarden-Oberkommandanten bringt zur Kenntniß, daß in Neustadt für 5000 Mann reguläre Truppen Quartier bestellt sei. Die Einfahnen ist bei Abgeordnet und Hebendorf aufgerissen, und zwar durch das Militär selbst, welches den Baden sieht. Aus Cilli meldet man, daß am 11. Abends dort ein Kommissär eingetroffen zur Organisirung des Landsturms, welcher den durch Alarmschlag von dem Rathhause versammelten Garden die Dringlichkeit des Zuzuges nach Wien und Herz zu legen versuchte. Seine Rede machte jedoch wenig Eindruck. Mehr Eindruck machte ein zweiter Redner, welcher

die letzte Wiener Revolution nur als das Werk einer terroristischen Minorität bezeichnete und den sehr gelichteten Reichstag als inkompetent erklärte. Er endete mit Beifall; ein dritter Redner suchte ihn zu widerlegen und, wie es oben geht — auch er erhielt Beifall. Hierauf erklärte der Nationalgardenkommandant, daß die Aufforderung der Garden, er stehe in dieser Sache nicht klar genug, um zu einer entschiedenen Ueberzeugung zu gelangen, auf welcher Seite das Recht sei; er könne deßhalb auch nicht mitziehen, überlasse es aber jedem Einzelnen, nach seiner eigenen Ueberzeugung zu handeln. Am Ende wurde die ruhige Ueberlegung Meister, und sonach dürften die Wiener sich keiner bedeutenden Hilfe aus Ulli zu erfreuen haben. Noch weniger aber vom flachen Lande, wo man gut kaiserlich ist.

Schweiz.

Der „Bersfist." meldet, die französische Polizei lege dem Aufenthalte Siegwart-Müllers in Ribeauville Hindernisse in den Weg und verscheuche ihn von einem Orte zum andern. Und doch ist Ribeauville viel entfernter von der Grenze als Mutten, und doch reizigirt Siegwart daselbst keinen schweizerischen Volksfreund, und doch hört man nichts von pomphündlerischen Wallfahrten zu demselben! (B. Z.)

Belgien.

Brüssel, 7. Okt. Gestern hat General v. Trachenfels in feierlicher Audienz beim Könige sein Kreditiv als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister des deutschen Reichsoberverwesers überreicht. (D. Z.)

Frankreich.

△ Paris, 12. Okt. Vorgestern hatte Hr. Thiers das Papiergeld (in der Art wenigstens wie es hier vorgeschlagen ist) als einen Diebstahl durch das Gesetz erklärt und nachgewiesen, wie dadurch der Staat nicht minder als die Einzelnen beraubt würden. Aus Vernunft, Erfahrung und Geschichte zeigte er die Unzulässigkeit und Verderblichkeit einer Schaffung neuer Assignaten. Gestern und heute gab der Finanzminister Goudchaux denselben den letzten Stoß, indem er nachwies, wie die Lage des Schatzes eine so gefährliche Maßregel gar nicht nöthig mache. Die Nationalversammlung hat denn auch diesen Warnungen Gehör gegeben, und mit 575 gegen 210 Stimmen das ganze Projekt, das vom Landwirthschafts-Ausschuß ausgegangen war, verworfen. Sie wird später den Antrag des Hrn. Wolowski in Berathung ziehen, der zwar auch Aufhebung für die landwirthschaftlichen Interessen bezweckt, aber durchaus nicht gemein hat mit dem Papiergeld und dessen erwungenem Umlauf. Der Schluß der gestrigen Sitzung war der Verhandlung eines Antrags des Hrn. Xavier Durrieu in Betreff der Unterdrückung der Zeitungen gewidmet. Der Antragsteller verlangte vollkommene Freiheit der Presse selbst unter dem Belagerungszustande, und Viktor Hugo schloß sich dieser Ansicht an. Aber die Majorität, die freilich diesmal sehr schwach auftrat, entschied auf die Bemerkung des Ministers Marie, daß die Frage schon vor einem Monat von der Versammlung entschieden worden sei, durch vorläufige Frage, daß sie nicht in eine weitere Verhandlung eingehen wolle. Dieser Beschluß wurde mit 345 gegen 336 Stimmen gefaßt. Manche glauben, der Umstand, daß nur eine so schwache Mehrheit sich ergab, werde die Regierung zu baldiger Aufhebung des Belagerungszustandes vermögen. Es heißt sogar, diese Frage sei bereits heute im Ministerrath angeregt und beschlossen worden, sie alsbald nach dem Votum über die Verfassung über selbe in eine Berathung heute fortgesetzt wurde) vor die Nationalversammlung zu bringen. Auch verstehen man, in Folge der Verwerfung des Antrags in Betreff des Papiergeldes wollen eine Anzahl Repräsentanten einen Antrag auf Errichtung landwirthschaftlicher Banken stellen. — Die Gerüchte von einem bevorstehenden Ministerwechsel erhalten sich. Zwischen General Cavaignac und Hrn. Dufaure sollen Unterredungen darüber Statt getroffen stattfinden. General Cavaignac scheint zu der Ueberzeugung von der Unmöglichkeit gekommen zu sein, die Regierung mit den Republikanern „von gestern" zu führen, unter denen auch nicht ein einziges wahrhaft staatsmännisches Talent sich jetzt zu Tage getreten ist. Er soll sich daher entschlossen haben, sich an die Republikaner „von heute" zu wenden, welche zum meisten Wirksamkeit der Legalität bewiesen und in Hinsicht auf die Sache des Landes darbieten. Man glaubt daher allgemein an den nahen Eintritt der H.H. Dufaure und Vivien in die Verwaltung, und es heißt sogar, man sei bereits mit Feststellung des Programms der künftigen Verwaltung beschäftigt. Doch würde dasselbe erst nach dem Votum über die Verfassung ans Ruder treten, also nicht vor dem 20. oder 25. d. Mts. Der Belagerungszustand würde dann mit Umsicht und Vorsicht die neuen Minister aufgehoben werden. Die Wünsche des Landes würden dann Anfang Novembers zur Präsidentenwahl berufen, und die Nationalversammlung würde sich bis nach derselben vertagen, um den Repräsentanten die Möglichkeit zu gewähren, in ihre Heimath zu gehen, und mit allem ihrem Einflusse für die Erwählung Ludwig Napoleons einzutreten. Eine Schwierigkeit scheint noch die Unterhandlungen für Bildung eines neuen Ministeriums aufzuhalten. Hr. Dufaure soll mit gar keinem der jetzigen Minister ins Amt treten wollen, während General Cavaignac nur drei oder vier Portefeuilles in andere Hände geben, die anderen Minister aber beibehalten möchte. Wie dem auch sei, so viel ist unbestreitbar, daß die Republikaner „von heute" täglich mehr Boden in Lande wie in der Nationalversammlung gewinnen. In den heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurden die Artikeln der neuen Verfassung votirt, vor leeren Bänken; denn die Mehrzahl der Repräsentanten nahmen Antheil an der Verhandlung: alle Welt beschäftigte sich mit den Nachrichten von der neuen Umwälzung zu Wien, welche die größte Aufregung unter den Repräsentanten hervorbrachten. Diese waren zahlreich im Konferenzsaale, im Vorsaale (der sogenannten salle des pas perdus), kurz überall nur nicht im Sitzungssaale. Wien war der ausschließliche Gegenstand aller Gespräche, überall drehte sich die Besprechung um die Rückwirkung, welche die Wiener Ereignisse im übrigen Europa hervorbringen werden. — Seit einigen Tagen erhalten wieder mehrere Repräsentanten anonyme Schmäh- und Drohbriefe. — Gestern wurde der Minister des Auswärtigen Hr. Bastide im Vorsaale der Nationalversammlung persönlich bedroht. Ein für Neapel ernannter Konsul, der aber nachher in gleicher Eigenschaft nach Amerika ernannt worden sollte, erwartete Hrn. Bastide dort, um ihn zu sprechen, worauf er sogleich festgenommen wurde. — Hr. Ledru Rollin hatte gegen Hrn. Canoby, Bataillonschef der Nationalgarde der Banlieue und Postbeamten, dann gegen mehrere andere Männer eine Klage wegen verläumderischer Denunziation bei dem Zuchtpolizeigerichte hier gestellt; dieses hat sich aber gestern inkompetent erklärt, und es Hrn. Ledru Rollin überlassen, weitere Schritte zu thun, wenn er dieselben für geeignet erachtet.

△ Paris, 13. Okt. Der Moniteur veröffnet heute das von der Nationalversammlung angenommene Dekret, trafft dessen der Art. 6 des Gesetzes vom 10. April 1832 in Betreff der Verbannung der Mitglieder der Familie Bonaparte abgeschafft ist. Man hatte auch die Ordonnanzen für die Ernennung mehrerer neuer Minister im Moniteur erwartet; bereits heute sie jedoch nicht. Man versichert übrigens mit Bestimmtheit, daß die Modifikation des Kabinets in folgender Weise festgestellt sei: die H.H. Vivien, Dufaure und Freslon würden an der Stelle der H.H. Recurt, Senard und Baulabelle die Portefeuilles der öffentlichen Arbeiten, des Innern und des öffentlichen Unterrichts übernehmen. In der Nationalversammlung wurde diese Veränderung bei der Mehrheit günstig aufgenommen, eben so an der Börse, wo sich trotz der ängstlichen Erwartung in Folge des Wiener Nachrichten die Kurse ziemlich gut hielten. In der Nationalversammlung wurde die Verhandlung über die Verfassung heute fortgesetzt. Hr. Hubert Deßlisle reichte einen Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes ein, dessen Verweisung an die Büreaux vom Präsidenten Marrast vorgeschlagen wurde. General Cavaignac erklärte, die Regierung werde jetzt von ihrer Initiative so wenig abgehen, als in der Vergangenheit, sei es für Aufhebung oder Fortdauer des Belagerungszustands. Inzwischen halte sie in der gegenwärtigen ernsten Lage eine vorgängige Besprechung mit den vor der Nationalversammlung ernannten Kommission für angemessen, wenn die Versammlung verlange, daß die Regierung sich aussprechr. „Wir stehen ihr zu Befehl" sagte der General — und werden keinen Anstand nehmen, unsere Meinung zu erkennen zu geben." Hr. Clement Thomas: dieses Antrag sei nicht zu würdigen, wenn wir wissen ob die Regierung, die gegenwärtig auf diesen Bänken sitzt, auch diejenige ist, welche bleiben wird? (Murren und Unterbrechung.) General Cavaignac: Diese Interpellation betreffet mich. Ob gibt nur eine Regierung, die welche vor ihnen steht. Eine gehörige Regierung besteht nicht. Sollte eine Ministerveränderung eintreten, so würden wir die Versammlung davon in Kenntniß setzen. Die Regierung bleibe aber nicht minder die nemliche (applaus). Der Antrag des Generals Cavaignac auf Ernennung einer Kommission, um sich mit der Regierung zu verständigen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. — Aus den Wiener Blättern versteht man sich in Betreff der Lage Italiens, man glaubt jetzt sicherer Zugeständnisse von Oesterreich zu erlangen. Ein Mitglied des demokratischen Vereins von Wien soll mit einer Sendung an die Regierung hieher gekommen sein.

‖ Paris, 12. Okt. Es lebe die Republik — wenn sie und auch leben, d. h. nicht verhungern läßt! Und siehe ich glaube beinahe, man will die Franzosen nicht Hungers sterben lassen. Man hat drei Mittel vorgeschlagen, und man kann den armen Schelmen nicht unter die Arme greifen könne — drei sehr verschiedene Mittel, die wirklich der heutigen Republik alle Ehre machen. Das Erste heißt: „Schafft die Armen, die Unbeschäftigten zum Lande hinaus — sie sollen wo anders verhungern — in der Republik selbst ist das undenkem, ja sogar unrathsam." Also fort mit ihnen nach Algier, dort sollen sie den Arabern Boden bebauen, sollen Civilisation unter sie bringen, Rebell in der Wüste verbreiten, sollen die Wüsteneien zu herumschlagen, sollen die Vorkämpfer der Freiheit, der Intelligenz, des Ackerbaues für die Mauren- und Negerstämme werden — kurz, weiß Gott, was die guten Arbeiter, welche im Februar und März den süßen Traum von republikanischen Glück und Wichsthum und Wohlleben — mit einem Wort den ganzen Traum des türkischen Paradieses geträumt haben, noch alles thun sollen! Dort wirken sie sich freiwillig die Hagen und gehen nach Algier, wohin ihnen General Lamoricière allerlei gute Lehren mit auf den Weg gibt, und, um ihnen die Luft zur Rückkehr zu benehmen, das naive Geständniß macht, daß der Luxus, der nothwendig mit der Monarchie verbunden sei, auf lange, lange Zeit aufhören, und deßhalb auch viel weniger Verdienst sein werde, daß also der Ackerbau allein eine genügende Garantie einer gesicherten Ernährung sei. Das Zweite ist, man gebe die durchlebenden, die, welche der Staat bis jetzt noch nicht zu ernähren braucht, die Industriellen, die Handwerker, mit einiger Unruhe vernommen, denn, sagen sie, wovon werden wir leben, wenn die Arbeit weniger, die Abgabe an den Staat größer wird? Die Fabrikanten, zu zwei Drittheilen bereits ruinirt, die spekulirenden Industriellen an allen großen Unternehmungen vorläufig eingestellt, die Handwerker, die Gewerbsthätigkeit überhaupt beschränkt, was sagen diese zu dem offenen Geständnisse des Hrn. Lamoricière? Zum Teufel auch, wenn sie wir wollen leben auch noch mehr, wir wollen auf leben

und wenn ihr uns das nicht garantiren könnt, so geht mit eurer Republik zum Teufel! Wenn wir die Wahl haben zwischen dem Brittle in der Republik und dem Guelchen in der Monarchie, so wollen wir die Monarchie! Basta! Das ist nun freilich eine Sprache, wie sie einem wackeren Republikaner von 1848 nicht geziemt, und die Herren am Ruder schütteten sehr mißfällig die Köpfe, bis endlich Hr. Armand Marrast sich erhob, und sprach: „Sprechen? Ich hab's! Dansons pour la patrie! Wir müssen für das Wohl unserer freien Unterthanen tanzen! Wir müssen großartige Bälle geben, das gibt den Gemeinden neuen Aufschwung, man wird sich pupen; ein großer Ball greift sich in die geringsten Gemeinde hinab — so geht's! Basi und mit gutem Beispiel vorangehen — wir müssen uns zuerst aufopfern für die Republik!" — Allein dazu ist es unumgänglich nöthig, daß ich 6000 Franken monatlicher Zulage aus Staatsmitteln bekomme, sonst ist es unmöglich!" Das wäre das zweite Mittel, den gesunkenen Wohlstand des Landes zu heben, den Hungernden Nahrung zu verschaffen. Ich gestehe — es hat wenigstens den Vorzug der Neuheit — man darf sich Geschichte aller republikanischen Staaten, der alten wie der neuen nachsehen — und man wird kein ähnliches auffinden. Das dritte Mittel hat zwar diesen Vorzug nicht, allein seine Tüchtigkeit hat sich zum Oefteren schon erprobt und es ist das den Franzosen am meisten zugesagte. Es heißt: Krieg mit Deutschland! In Deutschland können unsere überflüssigen Leute sich fast essen — wie sie schon oft gethan — in Deutschland gibt es reiche Bauern, in Deutschland gibt es viele Juden, in Deutschland haben wir Sympathien unter den dortigen Rothen — und so führen wir unter Voranträgung des Banners der Freiheit unsere hungrigen Franzosen zu einer wohlbesetzten Tafel, und wenn sie die Sache pfiffig anpacken, woran kaum zu zweifeln, so bringen sie bei ihrer Rückkehr in die Heimath vielleicht auch ein schön Stück Geld mit, wie geschehen in den letzten Feldzügen, und, was die Hauptsache ist, die Republik wird pour la gloire (um des Ruhmes willen) ein paar hundertmalhen Hüpfer in den Schlachtenhimmel machen für die Freiheit, die große Nation und — für ihren eigenen Vortheil werden erschlagen werden. Eine große Aberlaße an dem vollblutigen Frankreich — voila tout! — Wie gefallen Ihnen diese drei Mittelchen zur Hebung des Wohlstandes, zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung, zur Befestigung der jungen Republik? Ich hoffe, daß das junge Deutschland, welches nicht ermangelt, Frankreich, seinem erklärten Gegner, in Allem nachzuahmen auch diese neue Staatswissenschaft nachzuahmen sich beeilen wird!

Von der Grenze Vorkyringens, 9. Oct. In Frankreich bereitet man sich vor, die Vereinigung des Elsaß mit Frankreich durch ein eigenes Fest zu feiern. Hoffentlich wird das einen Rückschlag auf die deutsche Gesinnung hervorbringen. Der Elsaß ist noch immer deutsch, und die Vortheile für die deutsche Sache ist im Wachsen begriffen. Selbst in Lothringen ist nicht Alles für die Franzosen verloren. Die Hälfte von Lothringen spricht noch immer die deutsche Sprache, wenn gleich Metz fast ganz dem Wälschthum verfallen ist. Auch in kirchlicher Beziehung ist das Band zwischen Lothringen und Deutschland noch nicht gelöst. Die schönen Wallfahrtsörte in Luxemburg und Trier ziehen noch alljährlich Tausende der gemüthlichen deutschen Lothringer über unsere Grenzen und unterhalten eine Verbindung, deren Wichtigkeit man noch nicht gehörig zu würdigen verstanden hat. — Deutschland muß es erkennen, welchen Dank es dem Bischofe Laurent schuldig ist, daß er in Luxemburg deutsche Sprache und deutschen Geist wieder gefördert und geweckt und dem Deutschthum im Westen eines seiner wichtigsten Schutzwehren gerettet hat. (Rh. Volksb.)

Großbritannien.

* London, 12. Oct. Briefe aus Dublin vom 11. enthalten die verschiedenartigsten Gerüchte über das Schicksal O'Briens. Man wollte sagar wissen, daß seine Hinrichtung am nächsten Sonnabend, den 14. d. Mts. stattfinden werde. Das einzig Gewisse ist, daß die von der Jury gestellte Bitte um Gnade für ihn gegenwärtig in den Handen des Lordlieutenants sich befindet. Allerdings wird den Verurtheilten nur ein Gnadenakt der Krone retten können. — Die Regierung soll benachrichtigt worden sein, daß man einen Versuch zur Befreiung O'Briens vorhabe, indem man ihn entweder mit Gift aus seinem Gefängnisse, oder, falls dies nicht angienge, ihm auf dem Wege zur Richtstätte befreien wolle. Die Regierung hat aus diesem Grunde für gut befunden, neue Truppen nach Clonmel zu beordern. — Konsols: 88⅛.

Donaufürstenthümer.

Jassy, 2. Oct. Einer bei dem hiesigen russischen Konsulate angelangten Depesche des Generals Duhamel aus Bucharest zufolge hat daselbst zwischen den Walachen und türkischen Truppen am 26. Sept. ein sehr blutiger Zusammenstoß stattgefunden, in Folge dessen Omer Paschas die Kaserne aus 24 Kanonen beschießen und hierauf mit Sturm einnehmen ließ. Beiderseits gab es sehr viele Todte und Verwundete. Die Türken machten über 600 Gefangene, die sie entwaffneten und unbarmherzig fesselten ließen. Der Kampf dauerte noch mit großer Erbitterung bei Abgang der Estaffette, welche diese Nachrichten brachte, während General Duhamel, im russischen Konsulate von 1000 Türken bewacht, der Ankunft russischer Hilfstruppen mit ungeduldiger Sehnsucht entgegensah. General Lüders rückte den 27. d. M. in die Walachei ein und erließ folgende Proklamation: „Bewohner der Walachei! Da die von den Falsiyen, die sich der Zügel der Regierung bemächtigt haben, in Eurem Lande hervorgebrachte Anarchie eine Ausdehnung nehmen kann, welche die Zukunft der Walachei gefährden könnte, und da die Umtriebungen dieser imposirenden Regierung weder den Institutionen angemessen sind, noch denen auf Grund bestehender Traktate dieses Fürstenthum regiert werden soll, noch der politischen Crisenz, die demselben durch die nämlichen Traktate verliehen worden, so haben Se. Maj. der Kaiser aller Reussen in Uebereinstimmung (d'accord) resit es in dem ins Romanische übersetzten Urtexte) mit Sr. Maj. dem Suttan beschlossen, diesen Unordnungen ein schleunigst Ziel zu setzen und in der Walachei eine legitime Regierung auf soliden Grundlagen herzustellen. Demzufolge erhielt ich den Auftrag im Einklange (de concert) mit den Truppen des Sultans die Walachei militärisch zu besetzen, um die Fortschritte der ausländischen Propaganda zu hemmen und in Eurem Lande die rechtmäßige Regierung wiederherzustellen. In vollem Vertrauen, daß Ihr Bewohner der Walachei, die Ihr von guten Gesinnungen beseelt seid, in diesem Schritt (démarche) einen neuen und unbestreitbaren Beweis von der Sorgfalt (soin) erkennen werdet, das Se. Maj. der Kaiser Eurer Interessen erkennen werdet, fordere ich Euch auf Eure Anstrengungen zu vereinigen, um durch alle Mittel dieses wichtige Werk zu erleichtern, welches mir von meinem erhabenen Selbstherrscher anvertraut worden. Den 27. Sept. 1848. Der Oberbefehlshaber des 5. Armeekorps. General der Infanterie Lüders." Gehören zu den anzuwendenden Mitteln auch der gegen die Mitglieder der Lieutenanz proklamirte von gestungenen Landsberichten und Banditen versuchte Mordversuch, und der Umstand, daß dieselben lebendig oder todt ins Hauptquartier zu bringen? Gehört die Anwendung des dem russischen Generalkonsul Staatsrath v. Kotzebue bei der Oressaer Bank eröffneten unbeschränkten Kredits auch dazu? Ein Kredit, dem man den Konflikt zwischen den Walachen und den Türken zuschreibt, und der offenbar den Zweck hatte, die Notwendigkeit des Einmarsches der russischen Truppen in die Walachei herbeizuführen. Wie groß der Einfluß russischen Worte und Rubeln gewesen sei, können und der Umstand hinreichend ermessen, daß Hr. v. Meffelrode seiner Zeit das unerwartete Einziehen der russischen Truppen in die Moldau der Uebereitung des Oberbefehlshabers zuschreiben zu müssen für nöthig befunden hatte. General Lüders bezeichnete seinen Eintritt ins Land mit Verhaftung des Kreisvorstehers, des Polizeivorstehers und des Bischofs von Rotschani, die er mit Ketten belastet nach Galacz geschickt. — Kalmakane — Zusammengenommen — werden die russisch gesinnten ferneren Absichten Graf Woronzow Jarkoff Wilipsdes, ein alter unwissender Schwachkopf, und Gottski Cantacuzenos, von jeher als russischer Spion berüchtigt, genannt. Der allgemein verachtete russische Generalkonsul Kotzebue, der den Hofmeister seiner Kinder, einen gesinnungslosen Deutschen, entlassen, weil dieser der Deputation sich angeschlossen, welche dem Mikael-Vodscha für die treffliche Mannszucht der unter dem Kommando des tapfern Lüders stehenden Truppen gedankt und dadurch die Intriguen des Hrn. Generalkonsuls, welche die Besetzung der Stadt Galacz durch Russen bewechten, vereitelt hat, ist von Galacz nach Foksch am abgereist, um gleichzeitig mit den russischen Truppen Bucharest, den Schauplatz seiner unrühmlichen skandalreichen Wirksamkeit wieder zu betreten. Nachschrift: Fuad-Effendi bewährtigte sich durch Fiß und Treulosigkeit der Mitglieder der vom Sultan anerkannten Lieutenanz. Seinem Freunde Vascha, einer der trefflichsten und gesinnungstüchtigsten Türken, mußte auf Befehl Rußlands abberufen werden, um dem russenfreundlichen Fuad-Effendi Platz zu machen. Ibrahim Pascha war mit deinem Gang der Dinge so unzufrieden, daß er unmuthig Konstantinopel verließ, ohne auch nur die Besuche der türkischen Minister zu erwidern. Er hatte der Pforte gerathen, den drohenden unmaßenden Forderungen Rußlands nicht nachzugeben, und erbat sich im Falle eines Krieges 200,000 Mann zur Verfügung seines Oberherrn zu stellen. Seine Unzufriedenheit ging so weit, daß er laut erklärte, das türkische Ministerium sei von Rußland gewonnen. Die moldauischen Staatsgefangenen befinden sich in Konstantinopel auf freiem Fuß.

(A. Z.)

Nachschrift.

**München, 17. Oct. So eben vernehmen wir, daß sämmtliche oberhierarchische und ultramontane Abgeordneten Wien verlassen haben und vorgestern Nacht auf der Reise nach Innsbruck durch Salzburg gekommen sein sollen.

**München, 17. Oct. Se. Exc. der Herr Justizminister Heinh hat sich in Urlaub auf kurze Zeit nach der Pfalz begeben, und Hrbr. v. Lerchenfeld für ihn das Justiz-Portefeuille interimistisch übernommen. — Dem aus der deutschen Nationalversammlung getretene, vor einigen Tagen hier zurückgekehrten Abgeordneten Hrn. Dr. Pachmann wurde heute Nacht eine Katzenmusik gemacht und dabei die Fenster eingeworfen, während der Abgeordnete von Hermann vor einigen Tagen von den Demokraten einen Fackelzug erhielt. Man sieht den Grund darin, daß Hermann für, Radowandt gegen die Verwerfung des Malmöder Waffenstillstandes am 16 Sept. stimmte. Wir fragen ganz einfach, ob man auf solche Weise die Freiheit der Meinungen und Abstimmungen der Reichstagsabgeordneten ehrt? Auch dem Buchdruckereibesitzer Hrn. Weiß sind die Fenster eingeworfen worden. (Hr. Weiß ist nach eigener Erklärung derjenige Bürger, welcher den in den Blättern mehrfach erwähnten Marcellschen Brief an den Minister Hrbr. von Thon-Dittmer einhändigte, wornach die Gerichte bekanntlich die Verhaftung der Vorstände des Demokraten-Vereins hatten eintreten lassen.)

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Dienstag den 17. Oktober 1848.

Neuestes aus Wien vom 14. Oktober.

Sechsunddreißig Reichstagsabgeordnete, welche sich jetzt in Prag aufhalten und sämmtlich der slavischen Partei angehören, geben in den Prager Zeitungen eine Erklärung über die Gründe ab, welche sie dazu veranlaßt haben ihre Sitze in der Versammlung für den Augenblick nicht einzunehmen. Vor allem erklären sie daß der gegenwärtige „Aufruhr" in Wien ihres Erachtens ein Werk fremder Umtriebe sey, keineswegs der Ausdruck der Gesinnung der biedern und loyalen Bevölkerung Wiens; Sie halten den Aufstand vornehmlich wegen des blutigen Sturzes des Ministeriums für ein Verbrechen, verwahren sich gegen die Erklärung des Reichstags als sei der Wort des Kriegsministers und der gewaltsame Sturz des Gesammtministeriums [illegible] als ein von bedauerlichen Umständen begleiteter Akt der Selbsthülfe des Volks, und bedauern daß der Reichstag diesen Ausdruck gewählt hat, weil er eine Entzweiung des Erfolges jener Thaten enthalte. Eine dem Reichstag selbst angethane Beschimpfung sey die Bezeichnung eines aufge egten Volkshauses als Rest, wenn man eine Selbsthülfe zuspreche, während der gesammte frei lagende Reichstag als einziger rechtmäßiger Vertreter des Volks und Träger seiner Souveränität vorhanden sei. Man erwarte daß das wirkliche Volk Wiens diese Anmaßung einer Minorität zurückweisen werde. Gesetzt aber Wiens Mehrheit stimme mit dieser Minderheit überein, so protestiren die Unterzeichneten im Namen Oesterreichs gegen die Anmaßung der einzigen Stadt Wien. Die Theorie daß hinter der Minderheit des Reichstags die Mehrheit des Volks stehe, sie unter den jetzigen Wahlverhältnissen verbrecherisch, führe schnurstracks zur Anarchie, sei eine Rebellion gegen das Prinzip der Volkssouveränität. In Folge dieses Grundsatzes protestiren die Unterzeichneten weiter gegen jeden Beschluß welcher jetzt im Reichstagssaal von einer Minderheit der Versammlung, oder doch von einer nach den Regeln des Haufens nicht stimmfähigen Anzahl, gefaßt würde oder werde. Also auch gegen jene Beschlüsse wodurch der Reichstag sich die Exekutivgewalt zugelegt hat; überhaupt gegen alle Beschlüsse welche unter den bekannten unfreien Verhältnissen während des Aufruhrs gefaßt worden und noch werden. „Wir können unmöglich Beschlüsse für freie ansehen die gefaßt werden während die aufrührerische Menge die Gallerien füllt, ihre Waffen nach den Sitzen der Deputirten richtet, und die Versammlung durch ihr Geschrei oder ihre den Volksvertretern bekannten Absichten und Gelüste terrorisirt: wir können Beschlüsse nicht für frei anerkennen welche verkündet werden während und nachdem die Bürger einer und derselben Stadt in verbrecherischen Parteikampfe gegeneinander die tödlichsten Geschosse gerichtet; wir können Beschlüsse nicht für frei halten die gefaßt werden in einer Stadt wo alle Bande der gesellschaftlichen Ordnung so vollkommen aufgelöst sind, daß kein Befehl einer Behörde, selbst jene des Reichstags nicht mehr befolgt werden, in einer Stadt die augenblicklich in Belagerungszustand und belegt von einer zügellosen Menge von verzweifelten, durch falsche Vorspiegelungen erhitzten, erkaufter Parteigänger bis zum äußersten aufgereizten Proletariern, die den friedlichen Bürger unter Verhältnissen wo selbst eine demüthige Bitte zur gebieterischen Forderung wird, brandschatzen, die gegen Bürger, ja selbst gegen Deputirte Drohungen aussprechen, welche nach den gräulichen Vorgängen im Kriegsgerichte hervorgerufen lassen daß dem Verbrechen Blut um Blut folgen dürfte." Es sind dies die Verbrechen wenn man seine Stimme zu Beschlüssen gabe welche vom Terrorismus einer rebellischen Volksmenge bestimmt wurden. „Wir die wir uns als treue Vertreter des Volks verpflichtet halten müssen unsere Stimme dagegen zu erheben wenn der Reichstag unter Militärdespotismus gestellt würde, müssen es um so mehr gegen den Despotismus zügelloser bewaffneter Massen. Wir können und müssen jenen Versuch des Reichstag seiner souveränen Würde zu berauben, von welcher Seite er auch ausgehen mag, sei es von einer Fraktion die in vollständiger Anarchie ihre Vortheile sucht, sei es von einer Partei der noch dem alten Absolutismus gelüstet, für einen Verrath an der Volksfreiheit und eine Beleidigung der Majestät des Volks erklären." Unterzeichnet ist diese Erklärung von Brauner, A. Strobach, A. Jelen, J. Helfert, J. Janschitz, J. Kaudelka, Reichard, Reichenfels, Dr. Pinkert, W. Kroß, J. Kleman, F. Scherl, A. Kutschera, M. Tomek, F. Plaschel, Howsitschek, Nedobity, Tyl, Hamernik, Kral, Strobitz, Sedimy, Rieger, Stanek, Pinkas, Mejnitky, Palacky, Hawelka, Tomitschek, Presl, Kratochwyle, Reis, Winarsky, Wocel, Tschirka, v. Stark.

In Andreasch dieser Vorgänge beschloß der Wiener Reichstag am 13. folgende An [illegible] des Reichstags beschließt mit Rücksicht auf die im Constitutionellen Blatt aus Böhmen am 11. d. M. enthaltene Aufforderung einiger böhmischen Abgeordneten Folgendes: Der Reichstag hat auch unter den Ereignissen der letzten Tage seine Berathungen mit Beobachtung aller ihnen Formen nie unterbrochen. Er ist die einzige legale konstituirende und gesetzgebende Autorität. Die überwiegende Mehrzahl hat, ihrer Pflicht eingedenk, sich nicht abhalten lassen ihre hohe Aufgabe, ihnen sich durch ein Hinderniß hindern zu lassen, ununterbrochen fortzusetzen. Der Reichstag hat alle abwesenden Mitglieder aufgefordert ungesäumt den Verpflichtungen gegen ihre Committenten und gegen die Gesammtmonarchie nachzukommen. Diese Pflichten können nur hier am Sitz des Reichstags erfüllt werden. Jeder Versuch von [illegible] andern Individuen sich an einem andern Orte zu sammeln und Beschlüsse zu fassen welche nur dem Reichstag zustehen, ist ungesetzlich und ungültig. Der Reichstag erklärt daher auch jede Aufforderung zu diesem Zwecke als null und nichtig, protestirt im vorhinein gegen alle etwaigen Beschlüsse, und macht die Urheber und Theilnehmer an denselben für alle Folgen verantwortlich. Das Ministerium wird aufgefordert diesen Beschlussen sogleich die ausgedehnteste Publizität auf dem geeignetsten Wege zu geben. Wien, 13. Oktober 1848. Smolka, Präsident.

Die Adresse des ungarischen Reichstags an den Wiener lautet: „An den konstituirenden Reichstag in Wien. Die ungarische Nation, im heiligen Kampf für ihre Freiheit und ihr gutes Recht, gegen den in der Weltgeschichte unerhörten Verrath der traktionären Kamarilla und ihre erdrückenden Fesselung begriffen, ist von dem männlichen Daukgefühle hochgespannt für die heldenmüthige Aufopferung der edlen Bewohner Wiens, womit selbe die Verstärkung der Armee des Verräthers Jellachich zu verhindern sich so glorreich erhoben haben. Die ungarische Nation erklärt vor Gott und vor der Welt, daß sie die Freiheit Oesterreichs ihrer eigenen Freiheit gleich achten, und zu deren Aufrechthaltung gemäß den Wünschen der österreichischen Nationen mit Kräften beizutragen stets zu ihren heiligsten Pflichten rechnen wird. Die Gefahr ist gemeinschaftlich, welche die Freiheit beider Nationen bedroht. Ungarn weiß entschieden von sich jeden Traktat mit der Kamarilla und ihren erdrückenden Söldnern, bekennt sich aber vor Gott und der Welt zum treuesten Freunde, treuen Bundesgenossen und Bruder der österreichischen Nationen, und erklärt sich unwandelbar gesinnt, die gegenseitigen Interessen zur beiderseitigen Zufriedenheit auf der breitesten Basis des Rechts, der Billigkeit und der treuen Bruderliebe regeln zu wollen, und dieß hiezu seine treue Bruderhand. Ungarn erklärt zugleich seinen wärmsten Dank der hohen Reichsversammlung für die kräftigen Maßregeln zur Verhinderung des Anmarsches von einer reaktionäre Soldateska, bestimmt, die räuberischen Horden Jellachichs zu unterstützen; findet sich aber auch zugleich veranlaßt, die hohe Reichsversammlung zu benachrichtigen, daß die ungarische Regierung Kunde bekommen habe, daß trotz der vorbemerkten Maßregeln dem Empörer Jellachich es doch gelungen sei, gegen 13,000 Mann Verstärkung aus Oesterreich an sich zu ziehen, und daß unserm armen verrathenen Vaterland auch von dem in Galizien stationirten Militär eine Invasion droht. Die ungarische Nation ersucht die edlen Vertreter Oesterreichs diesfalls kräftig einschreiten zu wollen, und wie die ungarische Nation für seinen Landesverräther erklären, der seine unheilige Hand gegen die Freiheit Oesterreichs erhebt, ebenso jeden Unterthan der österreichischen Monarchie für einen Landesverräther zu erklären, der dem Empörer Jellachich, dem erdrückenden Werkzeuge, das sich die Kamarilla zur Unterdrückung der Freiheit Oesterreichs und Ungarns auserlesen, die mindeste Unterstützung gewähren würde. Der Empörer Jellachich steht in ungarischen Landen als Räuber auf das Gebiet Oesterreichs wirft, und wo möglich selbst Wien zu bedrohen beabsichtigt. Die ungarische Nation ist sich überzeugt, daß er in diesem Falle unter dem Nachdrucke der Freiheitsliebe Oesterreichs und unserer Landen wird; doch ersuchet sie die ungarische Nation für ihre heilige Pflicht sich der Daukbarkeit gegen Wien und Oesterreich, in diesem Fall Jellachich nachzujagen, und in dem Werke seiner wohlverdienten Vernichtung das edle Volk Oesterreichs zu unterstützen. Darum haben die Repräsentanten der ungarischen Nation den Befehl an die ungarische Armee ertheilt: Jellachich zu verfolgen, wohin er sich wenden möge. Doch bedrohet die ungarische Nation vor Gott und vor der Welt, daß, wenn ihre Armeen den friedenden Lande nach Oesterreich zu verfolgen genöthigt wären, hiermit nicht nur keine Feindseligkeiten gegen Oesterreich beabsichtigt würde, sondern daß in diesem Fall die ungarische Nation auch dem Triebe der Dankbarkeit folgt, welcher ihr es zur Ehrenpflicht macht, die edlen Bewohner Wiens nicht ohne Unterstützung zu lassen gegen den gemeinsamen Feind. Möge die hohe Reichsversammlung diese aufrichtig gemeinte Erklärung der ganzen biederherzigen ungarischen Nation gütigst annehmen erklärt, daß ihre Truppen in dem nächsten Augenblick Halt machen und und sich nach Ungarn zurückwenden werden, wo die edlen Vertreter des tapfern Oesterreich dem kommandirenden General der ungarischen Armee die Weisung zukommen lassen: daß die Entwaffnung des gemeinsamen Feindes durch eigene Kraft bewirkt, und die Mitwirkung unserer Truppen zum Siege der gemeinschaftlichen Freiheit nicht mehr nöthig sei. Ungarns Regierung hat die strengsten Befehle erlassen, daß, im Fall die ungarische Armee vorrückt, ihre Verpflegung selbst auf dem uns heiligen österreichischen Boden von Ungarn aus verabfolgt, und dem edlen Volke Oesterreichs nicht die mindeste Last auferlegt werde. Gruß, Hochachtung und Bruderliebe. Pesth, 10. Okt. 1848. Des ungarischen Reichstages Unterschriften des ersten Vizepräsidenten Johann Pulfsy m. p. Oberhauses erster Vizepräsident: B. Sigm. v. Perényi, m. p.

* Wien, 13 Oktober. Abendsitzung des Reichstags. Pillersdorf wird zum Vizepräsidenten erwählt. Ben Lödner ist eine telegraphische Depesche angelangt, nach welcher der Kaiser ihm eine schriftliche, dem nicht konträ [illegible] nunn gleiche Antwort ertheilt hat.

Fürst Lobkowitz erklärt, daß Auersperg und Jellachich nicht angreifen, sondern sich blos vertheidigen werden. Eine telegraphische Depesche verkündet das Anrücken des Fürsten Windischgrätz. Vom Banus ist ein Offizier angelangt. Der Banus hofft durch seinen früheren Brief beruhigend gewirkt zu haben. Nur für die Freiheit trete er auf. Sein Wirken in Ungarn zeige, daß er für die Gleichberechtigung aller Nationalitäten kämpfe. Er werde sich zur Bekämpfung der Anarchie jeder gesetzlichen Macht zu Gebote stellen. Er würde bedauern, wenn bei Wien ein ungarisch-kroatischer Kriegsschauplatz entstünde. Der Ausbruch entgegnete hierauf, daß in Wien weder Anarchie, noch Ungesetzlichkeit herrsche. (?) Das Blut, das nur unter den Waffen, weil zwei Heere vor den Thoren ständen. Um diesen außerordentlichen Zustand zu heben, sei weiter nichts nöthig, als daß der Banus von Wien abziehe. Auch der Reichstag wolle keinen ungarisch-kroatischen Kriegsschauplatz, und ersucht deßhalb den Banus mit seinen Truppen abzuziehen. Gedmark macht unter anderem darauf aufmerksam, der Banus verwolle sich in Widersprüche, indem er für und gegen die Freiheit auftrete. Einzuschreiten anordnen und weil in diesem Augenblicke ein Angriff auf die St. Marxer Linie gehe. Schuselka erinnert, daß dieser Angriff durch die Kampflust der dort aufgestellten Bewaffneten hervorgerufen sei. Es sei alles geschehen um davon abzuhalten, und man könne nur bedauern daß er dennoch vorgefallen. Das Antwortschreiben wurde mit Gedmarks Zusatz angenommen. Auch die etwas lange Adresse an den Kaiser in Betreff des Völkerausbruches wurde angenommen.

Dem „Journ. des Débats" liegen bis 14. einschließlich hier folgende: Die Stimmung in Steyermark soll zu Gunsten Wiens sein, 3000 Steyrer seien am 13 angekommen. Ein Korps von 6000 Mann soll im Rücken Jellachichs am Fuße des Simmering aufgestellt sein. Der Laufsturm soll in ganz Steyermark aufgeboten sein, Kanonenschüsse und Feuer auf den Höhen als Signale dienen. Graf Wickeburg soll jetzt alle Maßregeln mit großem Eifer leiten. Auch die Militär in Steyermark soll sich in Reichthum zur Verfügung gestellt haben, um der Kommandirende unterwirft alle seine Schritte der Bestimmung der Zivilbehörde. Von Marburg, von Cilly sollen auch Zuzüge im Wien angekommen sein. Die Stimmung zu Linz, Olmütz, Brünn wird als für Wien günstig geschildert. Das demokratische Zentralkomité hatte Maßregeln ergriffen, um die Beförderung von Truppen unter Windischgrätz nach Wien unmöglich zu machen, ja, solche die den Kanonade unabwendbare Vernichtung drohen. Mißerst sind sie bereits berichtet vor Wien. Der Tag der Zusammenkunft war sehr gehäuft. Zur Verpflegung der Stadt seien alle Maßregeln getroffen. Am 13. Abends 7 Uhr ward abermals Generalmarsch geschlagen. Es hieß, die Dragoner hätten an der Marxer Linie angegriffen.

Gam anders berichtet unsere Privatkorrespondenz, wie folgt:

† Wien, 14. Okt. Heute Abend wird der Kaiser zu Olmütz erwartet. Bortdin wird auch der Ministerpräsident Fürst. v. Wessenberg gegangen sein. Er hat bis jetzt seine Einwilligung nicht gegeben, und es liegt zu wünschen in Oesterreichs und Deutschlands Interesse, daß er auf seinem Posten bleibe. Es ist unglaublich, wie in diesem Augenblick selbst Blätter, die sonst ganz unabhängig in ihrem Urtheile waren, durch den herrschenden Terrorismus eingeschüchtert, zu Entstellung der Thatsachen sich heraben müssen. Ich glaube Sie warnen zu müssen, den Angaben der hiesigen Blätter in gegenwärtigen Momente Glauben zu schenken. Die Gesammtstärke der Armee Jellachich beträgt im Augenblick auf etwa 30,000 Mann; die Truppen, welche General Auersperg ihm zugeführt hat, betragen ungefähr 16,000 Mann, ungerechnet die Abtheilungen, die den Kaiser bei seinem Abgang als Bedeckung dienten, und von welchen ein Theil auch schon zurück ist. Seit drei Tagen ist aber die Zahl der Kämpfer noch bedeutend vermehrt worden durch die aus Böhmen, Mähren und Steyermark angekommenen Verstärkungen. Fürst Windischgrätz führt von Prag alle dort verfügbaren Truppen hieher. Noch im Laufe des heutigen Tages rückt er in die Kampflinie ein. Jellachich hat gestern sein Hauptquartier zu Schönbrunn aufgeschlagen. Graf Auersperg, von dessen Ersetzung durch den Fürsten Felix Schwarzenberg man noch immer spricht, befand sich zuletzt zu Mauer am Donauübergange. Alle Ausfälle der Elendsbanden sind in den Händen der Truppen, und also in sicherer Obhut. Wahrscheinlich wird jetzt Windischgrätz als ältester Feldmarschall-lieutenant den Oberbefehl übernehmen, und zwar mit den ausgedehntesten Vollmachten und als Stellvertreter des Kaisers. Man kann heute schon die Stärke der um Wien versammelten Armee auf 60,000 M. anschlagen, die von Kampflust brennen gegen die Mörder des Grafen Latour. Der Reichstag zählt nicht viel über 200 Abgeordnete mehr, selbst aber Reichstag zählt nicht viel über 200 Abgeordnete mehr, selbst aber Reichstag zählt nicht viel über 200 Abgeordnete mehr, selbst aber einstweilen die Rolle einer provisorischen Regierung. Ein Wohleinstweilen die Rolle einer provisorischen Regierung. Ein Wohlfahrts- und Sicherheits-Ausschuß aus dessen Mitte ist Tag und Nacht versammelt, um über alle Vertheidigungsmaßregeln für die Hauptstadt zu wachen im Einvernehmen mit dem Gemeinderathschuß. Mehr als 100,000 Mann, Bürger, Studenten, Legionäre, Arbeiter, Proletarier sind überall, wo einige Gefahr zu drohen scheint. Diese Zahl ist allerdings groß, allein bei der Hälfte allermindestens fehlt aller Willen zum Kämpfen, und dem Ganzen fehlt die geregelte Ordnung, die Leitung, die Disziplin. In der Bevölkerung herrscht nicht allein der äußerste Schrecken, es ist eine Art Betäubung, welche die Menschen zum Handeln fast unfähig macht. Nur die bewaffneten Proletarier-Haufen und die Studenten zeigen eine fieberhafte Thätigkeit auf den Wällen und Straßen, wie an den Thoren der Stadt, auf den Wällen und Bastein, kurz überall in Stadt und Vorstädten. Die Thätigkeit der Auswiegler, Polen, Ungarn, Deutsche, Italiener und Franzosen ist unbeschreiblich. Aber der freiste Muth, wie die größte Erbitterung der Köpfe ist unter den Studenten. Sie glauben fest an die Annäherung eines zahlreichen ungarischen Heeres, um so die Kaiserlichen Truppen zwischen zwei Feuer zu bringen. Allein die Slowaken, Walachen, Siebenbürger und Kroaten, die sich von allen Seiten gegen die Magyaren erheben, werden diesen wohl schwerlich es möglich machen, eine Armee gegen die kaiserliche zu senden. Schon am 14. erwartet man einen definitiven Schlag, und Jellachich ist versichtig, und wollte warten, um nicht unnöthiger Weise den Kampf zu beginnen, wenn friedlich die Sache Beilegung werden konnte. Jetzt erwartet man für Morgen eine zweite förmliche Aufforderung zur Uebergabe seitwerfen, sobald die Truppen sämmtlich konzentriert, und der Operationsplan von den Generalen festgestellt sein wird. Windischgrätz und Jellachich werden sich leicht verständigen."

* Wien, 14. Okt. Der neue provisorische Oberkommandant der Nationalgarde hat „an die gesammte Volkbrehr der Stadt und Umgebung" einen Tagesbefehl erlassen, in welchem er derselben seine Ernennung zum Oberkommandanten anzeigt, und der Volksmehr die Größe ihrer Aufgabe vorhält, und vor Ueberstürzung warnt. Friede, Ordnung, Heiligkeit des Eigenthums, Achtung des Gesetzes, unerschütterliche Vertheidigung des konstitutionellen Thrones werden die Triebfedern sein, die ihn leiten werden. Entschlossenheit, Muth und Ausdauer sind die Tugenden, die er von seinen Untergebenen verlangt. — Ein anderer Aufruf des Gemeinderathes der Stadt Wien bittet die Garden von einem Angriffe der vor den Linien stehenden Truppen abzustehen. Alles müsse vermieden werden, was die Truppen reizen könne, Vorsicht und Mäßigung seien vor allem nöthig. — Nach einem Beschlusse des Gemeinderathes erhalten diejenigen Männer, welche ohne Nationalgarden, oder zum Nationalgardendienste verpflichtet zu sein, sich bewaffnet den Kompagnien ihres Wohnbezirks anreihen, nach einer gewissen Mängel 15—25 fr. C.-M. Sold.

△ Wien, 14. Okt. Der vorgestern vom Reichstag gefaßte Beschluß, wonach alle waffenfähigen Männer für die Dauer der gegenwärtigen Gefahr sich unter den Befehl ihres betreffenden Bezirksrathes zu stellen haben, trifft auch die hier weilenden Ausländer, und diese haben daher auch an ihre Gesandtschaften um Schutz sich gewendet gegen solche Gewalt gegen sie. Das gesammte diplomatische Korps hat gestern nun in Folge davon seine Pässe des englischen Botschafters Lord Majesdo beschlossen, feierlich dagegen Verwahrung einzulegen. Eine Gesammtnote aller ist demzufolge bereits übergeben worden. Alle Gesandten sollen dieselbe unterzeichnet haben mit einziger Ausnahme des preußischen, da zwar Bernhorst nicht in Wien wohnt, sondern bei Schönbrunn, welches bereits von den kaiserlichen Truppen besetzt ist. Der russische Botschafter Graf Medem befindet sich zu Baden, der französische Gr. Kenton zugegen ist hier geblieben, und hat auch die erwähnte Note mitunterzeichnet.

* Fürst Windischgrätz führt 18,000 Mann Truppen aus Böhmen gegen Wien, während Graf Schlick mit 50,000 aus Galizien ihm dahin zieht. Am 11. und 12. trafen bereits neue Truppen aus den böhmischen Hoffnungen in Prag ein zum Ersatze der abgezogenen. Vor seinem Abgange von dort hatte Fürst Windischgrätz nachfolgende Proklamation erlassen: An die Bewohner Böhmens! Anarchie und deren grausige Folgen, die sich leider in Wien auf empörende Weise entwickelt haben, und alle Grundveste einer geregelten Verfassung zu untergraben drohen, legen mir die Pflicht auf, mit einem Theile der mir unterstehenden braven Truppen zum Schutze der geheiligten Person des Monarchen und zur Wahrung der Einheit der konstitutionellen Monarchie mich von hier zu entfernen. Der nun schon seit geraumer Zeit hier bestehende zügellose friedliche Zustand und die loyalen Aeußerungen der Bewohner dieser Hauptstadt gewähren mir die beruhigende Ueberzeugung, daß die so bedauerlichen Junkereignisse hauptsächlich durch fremden Einfluß hervorgerufen worden. Ich verlasse daher die Stadt und das Land mit dem festen Vertrauen, daß Ruhe und Ordnung nicht mehr gestört werde. — Die Ehre und Wohlfahrt der Nation fängt wahrlich davon ab, daß dieser mein Vertrauen nicht getäuscht werde. Prag, am 11. Oktober 1848. Fürst Windisch-Grätz, kommandirender General."

Prag. Kundmachung. Nach einer heut Abends an mich gelangten telegraphischen Nachricht des Olmützer Kreisvorstandes wird Se. Maj. der Kaiser am 14. d. M. dort erwartet. Vom k. k. Landespräsidium. Prag, am 12. Oktober 1848. Mayerg, k. k. Gub.-Vizepräsident.

Ofenung. 10. Okt. Seit einigen Tagen strömt das bewaffnete Landvolk schaarenweise gegen die Drave. Vor wenigen Tagen ist die sämmtliche Garde des Kreuzer Komitats bei 3000 Mann stark durchmarschirt. Am 5. sind jene des Agramer Komitats St. Ivaner Distrikt, am 7. jene des Distrikts diesseits der Kulpa, im ganzen über 3000 Mann stark, und am 8. d. M. jene des Agramer Bezirks, über 1000 Mann stark, gegen die Drave abgerückt. Vor ein paar Tagen sind abermals drei Abgesandte des Vladika von Cserna gora hier eingetroffen, um in das Hauptquartier unserer Armee zu reisen, um Sr. Exz. unserm Ban, ihre Verehrung zu bezeigen und ihm ein Hilfsboth anzubieten. (Agramer Ztg.)

In Herrmannstadt haben die Sachsen eine neue Protestation gegen die Union mit Ungarn erlassen. Sie schließen sich ferner dem Widerspruchen der Slaven, sich von Magyarismus zu unterwerfen, an.

J. B. Vagl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Carl Wolfschen Buchdruckerei

Nr. 96.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Mittwoch den 18. Oktober 1848.

Erscheinungsort: Portmannsplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 18. Oktober.

Se. Maj. der König haben unterm 7. Oktober dem bisherigen Landwehrmajor und Bataillons-Kommandanten August Bernard zu Werneck die nachgesuchte Entlassung aus dem Landwehrdienste zu gewähren und an dessen Stelle den bisherigen Landwehrmajor und Bataillons-Kommandanten Friedrich Wilh. Wolf zu Sulzfeld unter Enthebung desselben von dem Landwehr-Bataillons-Kommando zu Sulzheim zu ernennen geruht.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 25. Sept. l. Js. allergnädigst bewogen gefunden, dem königl. Saalbrothe im ordentlichen Dienste v. Stürmer das Großkreuz des königl. Verdienstordens vom h. Michael zu verleihen.

Se. Maj. der König haben vermöge allerhöchster Entschließung vom 5. Okt. d. J. Sich bewogen gefunden, dem mit dem Referate der Kompabilität betrauten Zentral-Post- und Eisenbahnkassier Joh. Georg Fürthmaier das Ritterkreuz des kgl. Verdienstordens vom heil. Michael allergnädigst zu verleihen.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 12. d. M. allergnädigst bewogen gefunden, die Klara Sara Neumann aus Pappenheim auf deren allerunterthänigstes Ansuchen für großjährig zu erklären.

Die Ueberzeugungstreue der Demokraten.

(Eingesandt.)

In Zeiten politischer Aufregung und Bewegung können nur jene Männer Anspruch auf das öffentliche Vertrauen verdienen, welche durch die That bewiesen, daß sie festen Sinnes und mit rücksichtslosem Ernste, stets und unter allen Verhältnissen das gleiche Ziel anstreben, der einen und nämlichen Sache ihre ganze Kraft weihen, und durch keinerlei äußere Einflüsse oder sophistische Gewägungen sich bestimmen lassen von jener Sache, die sie einmal als die wahre, gute und rechte erkannt, sich abzuwenden.

Sehen wir nun, wie unsere deutschen „Demokraten“ diese Feuerprobe ächter Mannhaftigkeit und Gesinnungstüchtigkeit bis jetzt bestanden.

In jenem hochwichtigen Zeitpunkte, als zum erstenmale, seit es eine Geschichte der Deutschen gibt, das gesammte deutsche Volk aufgerufen ward, durch die Wahl der Abgeordneten zur verfassunggebenden Nationalversammlung über die Zukunft Deutschlands in letzter Instanz die Entscheidung zu geben, da erklärten die Männer, die sich „Demokraten“ nannten, laut und feierlich: nur der Nationalversammlung, als der Trägerin des Volkswillens, komme es zu, die künftige Verfassung Deutschlands festzustellen, dem, was sie hierüber beschließen werde, müsse sich Alles in Deutschland, Regierungen wie Volk, unbedingt unterwerfen.

Als aber die Nationalversammlung in ihrer weisen überwiegenden Mehrzahl sich für das Prinzip der konstitutionellen Monarchie und gegen die republikanische Konstituirung Deutschlands aussprechen, als sie die provisorische Zentralgewalt begründet, den Reichsverweser erwählt und eingesetzt hatte, da erhoben unsere Demokraten — in offenem Widerspruche mit ihrer früheren feierlichen Erklärung — wiederholt Geschrei über Verrath, den die Nationalversammlung an der Souveränetät des Volkes begangen, protestirten mächtig gegen deren Beschlüsse, und unterliessen Nichts, um die neugeschaffene Zentralgewalt zu verhöhnen, zu verdächtigen und anzufeinden.

Doch trotz dieser Verwahrungen, trotz dieser Anfeindungen der neuen Zentralgewalt traten wenige Wochen später eben sie als deren eifrigste Vertheidiger auf, als es sich darum handelte, die Huldigungsfeier des 6. August in den einzelnen deutschen Staaten anzuordnen; nicht nur, erklärten sie, müsse die Huldigung dem Reichsverweser allenthalben in der durch die Zentralgewalt vorgeschriebenen Weise vorgenommen werden, nein, die einzelnen deutschen Landesregierungen hätten es ohne allen Verzug offen und unbedingt auszusprechen, daß sie sich ohne allen Widerspruch und unterschiedslos den Beschlüssen der Reichsversammlung und den Anordnungen der Zentralgewalt unterwerfen; jeder Fürst, jeder Minister, jeder Einzelne, der es wage, sich gegen jene Beschlüsse und Anordnungen auszulehnen, sei ein Verräther an der Sache des deutschen Volkes, und als solcher jeden Rechtes verlustig!

Fünf Wochen später, zunächst die Mehrheit der Reichsversammlung für die Annahme des Waffenstillstandes von Malmö, und dieselben Demokraten, die am 6. August dem Reichsverweser feierlich gehuldigt, und die unbedingte Verbindlichkeit der Beschlüsse der Reichsversammlung proklamirt hatten — sie erhoben sich nun mit beispiellose Wuth gegen jenen Beschluß, erklärten die Mehrheit der Reichsversammlung als Verräther an der Sache Deutschlands, wagten bewaffneten Angriff auf die Gewalthaber des Volkes und schleuderten die Fackel des Bürgerkrieges in die friedlichen Straßen Frankfurts! Ihre Organe fanden kein Wort der Frauer über den gräßlichen Mord zweier der edelsten Männer Deutschlands, sie erhoben aber furchtbares Zetergeschrei, wenn Männer, die offen den Umsturz aller bestehenden Ordnung predigten, durch die Gerichte zur Verantwortung gezogen, und den Bestimmungen der Strafgesetze gemäß in Haft gebracht werden!

Als sie noch hoffen konnten, durch die Nationsversammlung ihre republikanischen Gelüste für die Gesammtheit Deutschlands verwirklicht zu sehen, da erklärten die Demokraten feierlich: kein einzelner deutscher Staat dürfe Verfassungsbestimmungen annehmen oder beibehalten, die mit der durch die Nationalversammlung zu schaffenden Grundverfassung Deutschlands im Widerspruche ständen! — Jetzt, wo alle ihre Hoffnungen in dieser Richtung vernichtet sind, proklamiren sie den Grundsatz: „Jeder einzelne deutsche Staat sei berechtigt, für sich eine konstituirende Versammlung zu berufen, welcher allein es zustehe zu entscheiden, ob für den freiesten Staat ferner die konstitutionelle Monarchie oder die Republik bestehen soll, gleichviel, welches die Grundverfassung des gesammten Deutschlands sein möge!

Dieß, deutsches Volk! ist die Ueberzeugungstreue, die Konsequenz, die Willensreinheit jener Männer, die sich vorzugsweise deine Freunde, — die sich Demokraten nennen! — Nach solchen Proben möge Jedermann entscheiden, ob Männer, die in so kurzer Zeit und in so ernsten Dingen eine solche Wandelbarkeit der Gesinnung, eine solche Frivolität des Charakters bethätigt, deiner Achtung, deines Vertrauens würdig sind, ob du ihrer Stimme, ihren Rathschlägen folgen kannst?!

y

Deutschland.

**Es ist heute der 18. Oktober. Es ist der Tag, an dem vor 35 Jahren deutscher Muth und deutsche Kraft die schmachvollen Fesseln fränkischer Zwingherrschaft sprengten. Wem in deutscher Brust ein deutsches Herz schlägt, der hat gewiß mit uns nur einen Wunsch: mögen die Söhne der Väter sich würdig zeigen! möge gleiche Gesinnung, gleicher Muth, gleiche Eintracht und jene Besonnenheit, Einigkeit macht stark! in ihr liegt die Bürgschaft der Größe, der Macht, der Freiheit, der Einheit, der Unabhängigkeit, der gesetzlichen Ordnung, mit einem Worte des Heils für das ganze große Vaterland. Alle für Einen, Einer für Alle, das sei jetzt unsere Losung wie am 18. Oktober 1813, und Deutschland wird seststehen gegen alle seine Feinde von Außen wie im Innern. Gott schütze Deutschland!

Frankfurt, 14. Okt. (Amtlicher Theil der Oberpostamts-Zeitung.) Der königl niederländische Staatsrath v. Scherff hatte heute um 1 Uhr die Ehre, dem Reichsverweser in besonderer Audienz das Schreiben Sr. Maj. des Königs der Niederlande zu überreichen, welches ihn in der Eigenschaft eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers bei Sr. kaiserl. Hoheit beglaubigt.

Bayern. — ⊙ München, 17. Oktbr. Ein Münchener Korrespondent der Allgemeinen Zeitung mit dem Zeichen], bestrickt in Nr. 290 derselben die hier wie überall herrschende lebhafte Theilnahme an den Wiener Ereignissen, knüpft daran aber einige Bemerkungen, welche eine wahrhafte Ehrenkränkung gegen eine ganze zahlreiche Klasse der Bevölkerung Münchens enthalten, und die wir schon im Interesse der Wahrheit zurückweisen zu müssen glauben. Der Verfasser jenes Artikels spricht von der traurigen Wahrnehmung, daß in den unteren Klassen hier nicht selten eine wilde Freude an den von äußerster bekannt werdenden Ausbrüchen der Volksleidenschaft, an den politischen Morden, an blutiger Ahndung der Volksjustiz laut werde, und fügt eine Aeußerung der empörendsten, alles sittliche Gefühl verletzenden Art bei, die gleich anderen ähnlichen mit dem entschiedensten Beifalle aufgenommen worden sei. Aus der Fassung, welche dieser Beschuldigung gegen die unteren Volksklassen von München gegeben ist, könnte man annehmen, zu dem Schlusse sich verleiten lassen, als seien derartige Gesinnungen, die Bewunderung des Meuchelmordes u. dgl. unter den niederen Klassen der Einwohner Münchens fast die Regel, die entgegengesetzten die Ausnahme. Gottlob, so weit ist es bei uns noch nicht

gekommen! Daß es in München wie überall einzelne Menschen von roher Gemüthsart gibt und solche, bei denen die eigene moralische Versunkenheit jedes edlere Gefühl, jeden Sinn für Humanität ertödtet hat, wer wollte das läugnen? Das Erscheinen einiger schmachvollen Schandblätter in den letzten Tagen hat dies zur Genüge dargethan. Aber sagen, daß Preise an politischen Morden und Uebung blutiger Volksjustiz auswärts „nicht selten" laut werde, und Aeußerungen, die zu Rachnahmung der an Latour zu Wien verübten Greuel auch bei uns auffordern, „mit dem entschiedensten Beifalle" aufgenommen werden, heißt einer ganzen Klasse den Stempel von Barbaren und Kannibalen aufdrücken wollen, und gegen eine solche Brandmarkung in Masse müssen wir energisch Verwahrung einlegen. Unser braves Münchener Volk hat trotz aller unablässigen Bearbeitung seinen gesunden Sinn, sein sittliches Gefühl für Recht, Wahrheit und Menschlichkeit in seiner ganzen Wehrkraft bisher noch immer zu bewahren gewußt, und wird sich auch in Zukunft nicht durch hämmerliche Einflüsterungen von der guten Bahn abbringen lassen. Möglich, daß von einem oder dem andern verworfenen Individuum Worte wie die angezeuteten gefallen sind: München hat ja gut seine maderner Sankkulotten, als irgend eine andere Stadt, nur daß sie hier an Zahl gering sind und in ihrem Artikel wenig Geschicke machen können. Aber wenn auch der Verfasser des fraglichen Artikels eine solche Aeußerung da oder dort vernommen hat, glaubt derselbe der guten Sache, wir wollen nur einfach sagen der Sache der Sittlichkeit einen Dienst geleistet zu haben, indem er sie durch die Presse weitaus in die Welt sendete? Und trägt die Presse etwa zur Milderung der Rohheit oder Verderbtheit Einzelner bei, indem sie dergleichen Aubrüchen eines kannibalischen Fanatismus ihre Spalten öffnet, wie es bei unserm heutigen Falle in „allgemeine Zeitung" geschah hat? Wir gestehen, daß es uns mit eben so viel Befremden als Bedauern erfüllt hat, gerade die Allg. Ztg. sich zum Echo derartiger Aeußerungen hergeben zu sehen. Vom Münchener „Warwärs" wäre uns dies minder unerwartet gekommen. Wir wollen gerne glauben, daß der Verfasser des fraglichen Artikels selbst, der sonst von den besten Absichten beseelt scheint, die möglicher Tragweite nicht gedacht hat, und daß es auch das können wir ihm versichern, daß seine Aeußerungen hier überall mit der gerechtesten Entrüstung aufgenommen worden sind. Wenn derselbe dann den Wunsch ausspricht, daß es den Männern, die an der Spitze unserer Verwaltung stehen, gelingen möge, „nicht blos durch Repressivmaßregeln, sondern zumal durch Weisheit in allen ihren Maßnahmen und durch unbedingte Offenheit und Geradheit in allen Regierungsakten solch verderblichen Geist zu bannen und im Keime zu ersticken", so ist dieser Wunsch an sich allerdings sehr löblich und gerecht. Aber wenn durch die dem Ausdruck dieses Wunsches gegebene Fassung, wie es wenigstens den Schein hat, angedeutet werden soll, als hätten es die Männer an der Spitze der jetzigen Verwaltung an der nöthigen Offenheit und Geradheit in manchen Regierungsakten fehlen lassen, so wäre dies unserer innigsten Ueberzeugung nach eine nicht minder schwere Ungerechtigkeit gegen sie, die der Verfasser des Artikels sich zu Schulden kommen ließ, indem er die Rohheit einiger wenniger Individuen zur Falle nahm, um eine ganze Klasse unserer Einwohnerschaft der Lust am Mord zu beschuldigen. Einzelne Akte der jetzigen Minister mögen Mißgriffe gewesen sein, wer macht deren nicht? Aber Geradheit und Offenheit wird ihnen niemand absprechen können. Nur noch eine Bemerkung, um ein offenes Geständniß: wir glauben, daß bei solchen, die so weit hinter Verabgekommen sind, den politischen Mord und blutige Volksjustiz zu bewundern, und ihre Freude darüber zu äußern, alle Weisheit in den Regierungsmaßnahmen wenig Wirkung thun wird; gegen den, der selbst die Gesetze der Menschlichkeit mit Füßen zu treten sich nicht scheut, ist nur ein Mittel benkbar und von Wirkung: die höchste Thatkraft, unnachsichtliches Einschreiten zum Interesse der Gesammtheit, wie jenes Einzelnen. Wir hoffen, die Regierung theilt mit uns diese Ueberzeugung, und wird sie auch überall wo es nöthig zur That machen.

* München, 17. Oktober. Die Herren Welcker und Oberst Mo del, die bekanntlich mit einer besonderen Sendung der deutschen Zentralgewalt nach Oesterreich gehen, haben diesen Nachmittag von hier ihre Reise weiter fortgesetzt, und den Weg über Passau und Linz eingeschlagen.

Baden. — Das badische Regierungsblatt bringt die Ernennung des geheimen Referendärs Frhrn. v. Stengel zum Staatsrath und Präsidenten des Justizministeriums.

Großherzogthum Luxemburg. — Luxemburg, 6. Okt. Am 3. Oktober wurde die Sitzung unserer diesjährigen Ständekammer eröffnet. In der Sitzung vom 5. Okt. wurde eine königl. Botschaft verlesen, in welcher es u. A. heißt: „Was die Bande betrifft, welche das Großherzogthum Luxemburg mit der großen deutschen Nation vereinigen, welche diese Bande verletzen und schwere Verwicklungen für das Vaterland herbeiführen könnten, so sind sie wie die Rechte und Interessen der Luxemburgischen Nationalität und die Beziehungen ihres inneren öffentlichen Rechtes verkennen." (B. Z.)

K. Sachsen. — Der Vaterlands-Verein zu Freiberg hatte vor einiger Zeit eine Petition an das Gesammt-Ministerium abgehen lassen, worin er den Wunsch ausspricht: „die Regierung wolle dahin wirken, eine Verschmelzung der sächsischen Herzogthümer einerseits mit der preußischen und andrerseits mit der Königreiches Sachsen in der Weise zu erstellen, daß sich schließlich die Bewohner des Meißner und Thüringer Landes als Ein Volk betrachten und unter eine einzige gemeinschaftliche Regierung stellen." Der „Freiberger Anzeiger" theilt die folgende hierauf eingegangene Antwort des Ministers v. d. Pforden mit: „Wohlgeborenen, geehrter Herr! Sie haben unterm 30. August ds. Js. an das Gesammtministerium eine Petition des Vaterlandsvereines zu Freiberg um Hebung des Einflusses der sächsischen Lande bei Entscheidung deutscher Fragen gerichtet, welche am 18. Septbr. einlam und an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten abgegeben worden ist. In dieser Petition spricht sich neben patriotischer Gesinnung die richtige und besonnene Würdigung der Verhältnisse aus, daß es mit zum Vergnügen gereicht, darauf zu antworten. Die kräftige Einigung Deutschlands, welche jeder wahre deutsche Mann als das Ziel unserer politischen Entwickelung bekennen und erstreben muß, hat vor Allem die unläugbar nach vorhandene Einstemmung der einzelnen Vollsstämme zu verschonen. Am bestimmtesten stehen die Völker des Norden und Süden unserer großen Vaterlande entgegen, und Leidenschaft und Unverstand können diesen Gegensatz immer schaffer zu gestalten. In dieser gefahrdrohenden Lage hat der sächsisch-thüringische Vollsstamm unverkennbar den schönen Beruf der Vermittelung, wird ihm aber nur dann genügen können, wenn er in sich einig und durch Ruhe und Festigkeit stark ist. Pan diesem Standpunkte hat das Ministerium seit seiner Bildung die politische Aufgabe Sachsens, die ja keine europäische, sondern eine rein deutsche ist, aufgefaßt und bereitwillig zur Einigung der sächsisch-thüringischen Lande für Gesetzgebung, Militär-Verfassung und für die Vertretung bei der Zentralgewalt in Frankfurt a. M. die Hand gebeten. Die Regierung Sachsens wird nicht ablassen van diesem Bestreben, obgleich es van mancher Seite mißtrauet worden ist, um so mehr, als ihre bisherigen Schritte nicht ohne Erfolg gewesen sind. Der rechte Erfolg ist freilich davon bedingt, daß solche Ansichten, wie sie von Ihnen in der gedachten Petition ausgesprochen sind, immer weiteren Kreisen zur Geltung gelangen. Ich ergreife mit Vergnügen rc.

Hansestädte. Lübeck, 11. Okt. Die Ruhe ist gestern in unserer Stadt nicht wieder gestört worden. Zwei Kompagnien der Bürgergarde waren aufgeboten; außerdem hatte sich ein freiwilliges Schützenkorps, das schon im April zusammentrat, zur Verfügung gestellt, und an 300 Bürger hatten sich mit Flinten und Patronen auf den Zeughäuse, um etwaigen Wiederholungen der Ruhestörung mit Nachdruck zu begegnen. Ein Polizeidiener ist lebensgefährlich verwundet, so daß man an seinem Aufkommen zweifelt. Heute Nachmittag rückte ein altenburgisches Bataillan, van Eutin requirirt, hier ein. Es ist etwa 270 Mann stark. Das Stadtgericht ist mit Einleitung der Untersuchung beauftragt. (Fr. O.-P.-A.-Ztg.)

Bremen. — Berlin, 14. Okt. (Spen. Ztg.) Man hasst. daß Se. Maj. der König, welcher gewöhnlich seinen Winteraufenthalt erst zum Weihnachtsfest in Berlin zu nehmen pflegte, bereits Anfangs November das hiesige l. Schloß beziehen werde.

In Folge des bekannten Reichs-Justiz-Ministerial-Erlasses vom 24. v. M., wegen Unterstuchung und Bestrafung des Mißbrauchs der Presse und der Theilnahme an Vereinigungen, welche den Sturz bestehenden Gesetze, nach dem gestern aufgegebenen Justizministerialblatt, nachstehende Verfügung vom 3. d. M. an sämmtliche Gerichtsbehörden erlassen worden: Das durch die Bekanntmachung vom 24. v. M. den Justizbehörden mitgetheilte Programm des Staatsministeriums enthält die Grundsätze, nach welchen die gegenwärtige Regierung Sr. Majestät zu verfahren beschlossen hat, um diejenige die Justizbehörden in ihrem Wirken ebenfalls zu leiten angewiesen worden sind. Kräftige Wahrung und Ausbildung der unserem Volke verliehenen Freiheiten und entschiedene Zurückweisung aller reaktionären Bestrebungen soll Hand in Hand gehen mit der vom ganzen Lande geforderten Steuerung der Anarchie und Ungesetzlichkeit. Schwere Ausbrüche eines solchen anarchischen Treibens durch welches die wahre Freiheit am meisten gefährdet wird, sind in mehrerer Zeit nicht unterdrückt worden. Insbesondere ist auch die freie Presse und das Recht der freien Vereinigung gemißbraucht worden, um die Ordnung zu stören, zur Verweigerung rechtlich noch bestehender Leistungen aufzuforbern und zur gewaltsamen Empörung aufzureizen. Nach dem Willen Sr. Maj. des Königs, im Einvernehmen mit der deutschen Zentralgewalt und mit Rücksicht auf eine deßhalb besonders ergangene Requisition des Reichsjustizministeriums zu Frankfurt vom 24. v. M., wende ich mich an die Justiz-Behörden des Landes, um daran zu erinnern, daß es vorzugsweise ihre Aufgabe ist, die Achtung und Wirksamkeit des Gesetzes aufrecht zu erhalten, und daß sie durch Lösung dieser Aufgabe dem Lande am Besten dienen, die die wahre Freiheit nur auf dem Boden des Gesetzes gedeihen kann. Indem ich ihnen die Verfolgung der Verbrechen und Vergehen obliegt, nach erlangter Kenntniß unverzüglich einzuschreiten, wenn in Zeitschriften, durch Plakate, durch Reden bei Volksversammlungen und in Vereinen, aber durch Bildung von Vereinen mit verbrecherischen Zwecken die bestehenden Gesetze verletzt werden. Es ist nicht minder ihre Pflicht, dafür zu sorgen, daß ihren auf Grund der Gesetze ergehenden Verfügungen und Verordnungen die gebührende Folge geleistet, wenn nöthigenfalls im Vereine mit den deßhalb von dem Herrn Minister des Innern mit besonderer Anweisung versehenen Verwaltungsbehörden geschehe. Sie haben endlich nicht allein die Ermittelung der bereits eingeleiteten Untersuchungen wegen Verbrechen der bezeichneten Gattung möglichst zu beschleunigen, sondern auch darauf bedacht zu sein, daß bei Verübung neuer Verbrechen die Strafe möglichst schnell der That nachfolgt. Gleiche Pflichten liegen den Staatsanwälten innerhalb ihrer Amtswirksamkeit ob. Je sicher das Staatsministerium entschlossen ist, auf dem konstitutionellen Wege fortzuschreiten, und dem Volke den Besitz seiner Freiheiten vollständig zu erhalten, um so sicherer darf es darauf rechnen, daß sein wahrer Freund

des Vaterlandes die Nothwendigkeit der baldigen Herstellung des gesetzten Rechtszustandes verkennen werde, und um so mehr darf es sich der Hoffnung hingeben, daß die Justizbehörden durch kräftiges Einschreiten wesentlich dazu beitragen werden, den von der großen Mehrheit des Volkes bewährten Sinn für Gesetzmäßigkeit und Ordnung zur Geltung gelangen zu lassen. Berlin, den 8. Oktober 1848. Der Justizminister. Kisker.

Die Stadtverordneten haben vorgestern beschlossen, daß, da Se. Maj. der König an seinem Geburtstage dem Gottesdienste im Dom beiwohnen und dann hier weilen werde, die Bitte zu stellen, daß Magistrat und Stadtverordneten ihre Beglückwünschungsscheiben persönlich überreichen können. Die Nationalversammlung wird, wird berichtet, ihrem Präs. Hrn. Mayr ihre Glückwünsche durch eine Deputation darbringen. Wie man hört, soll der Graf Reichenbach wegen seines offenen Sendschreibens an seine Wähler in Anklagestand versetzt worden.

⊙ Berlin, 14. Okt. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde Miles's Amendement zu §. 1 Nro. 3 des Gesetzentwurfes wegen unentgeldlicher Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben 169 gegen 156 Stimmen angenommen: „der die freie Benutzung derselben, so wie die Verfügung darüber in anderer Weise zu beschränken als ob einem Real-Berechtigten zur Sicherung der Real-Abgabe nach den allgemeinen Gesetzen zusteht." Ferner wurde auch Nro. 4 des §. 1 (er lautet: Aufgehoben sind: alle Verkaufs-, Näher- und Retraktrechte mit Ausnahme der im §. 2 aufgestellten) mit Verwerfung aller Amendements und ein Satz des §. 2 also lautend: „Das Vorkaufsrecht der Miteigenthümer an den Antheilen der gemeinschaftlichen Sache, so wie das Retraktrecht der Miterben nach dem Rhein. Zivilgesetzbuch bleibt auch ferner in Kraft", Nro. 5 des §. 1 (aufgehoben ist: „das Recht, einen Antheil oder ein bestimmtes Stück aus einer Verlassenschaft vermöge gesetzund grundherrlicher Verfügungen zu fordern, meist unter den Namen Sterbefall, Besthaupt, Kurando, Sterbelahn vorkommend") angenommen. Die Berathung über Nro. 6 §. 1 wurde auf Montag vertagt.

Oesterreich. — Auch Polen haben die Hand in der Wiener Bewegung; mehrere wurden nach Krakau gesandt, um Offiziere für die verschiedenen Wiener Bürgercorps zu werben. Es kam aber nicht dazu, denn bei dem Sturm auf das Zeughaus (gegen das die demarkatischen Reverse von Deutschland längst ihre Anschläge gerichtet haben sollen) ein Bruder des in Frankfurt ermordeten Fürsten Lichnowsky gefallen, ergibt sich als falsch. Es war ein vornehmer Pole (die einen nennen ihn Sulkowsky, die andern Grartorysky), der einen Anzug gegen das Zeughaus anführte, von einer Kugel getroffen niederstürzte, worauf für einen Fürsten Lichnowsky gehalten wurde. — Von einem der Deputirten, die in den letzten Zeit das Hoflager des Kaisers besuchten, geht uns folgende Notiz zu: Der Kaiser übernachtete am 7. ds. in Siegharetskirchen, am 8. in Herzogenburg, am 9. in Hainberg am Kamp (1½ Stunden außer Krems), am 10. in Weissau, am 11. in oder bei Znaim. In seiner Begleitung sind, nebst der Kaiserin, der Erzherzog Franz Karl, Erzherzog Sophie, die drei Erzherzoge-Söhne, Fürst F. Lobkowitz (Flügeladjutant des Kaisers), Graf Falkenhain (Dienstkämmerer des Erzherzogs Franz), General Graf Reefer, Prinz Wasa, Graf Werrelh, Graf Grünne, Graf Grenvill, Graf Mensdorf, Baron Bodenthal; von Beamten nur zwei Individuen aus dem geh. Kabinet Dipolt und Egavel. Hübner, ehemaliger Generalkonsul in Leipzig, und Dr. Krajan aus Prag waren im Hoflager. Die Besetzung zeichnet Fürst Lobkowitz. (A. Z.)

Der erst kürzlich vom Kaiser zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannte Baron Reefey wird bekanntlich zu Wien auf der Aula gefangen gehalten. Die Allgem. Oesterr. Zeitung vom 14. bringt nun folgende Aktenstücke als Erklärungen, die derselbe vor dem Studenten-Ausschusse abgegeben haben soll, wobei wir nur bemerken, daß Jellachich mit welcher diese Erklärungen abgegeben wurden, so wie den Punkt der Aechtheit dahingestellt sein lassen. Schon der Umstand, daß sie abgegeben wurden, scheint bezeichnend, und auf eine Art Inquisitionsverfahren gegen Baron Reefey zu deuten. Die Aktenstücke lauten: 1) Am 3. Oktober wurde ich in den Ministerrath in die Staatskanzlei berufen, wo sie außer dem Finanzminister Krauß versammelt waren, nachdem ich zwei Tage früher die Stelle des Erzherzog Johann angenommen hatte, weil er der Baßpaß nicht kontrasigniren wollte, so wie auch die Stelle des Kriegsministers. Als ich am 3. Oktober eingeladen wurde in der Staatskanzlei in dem Ministerrath zu erscheinen, wurde mir bekannt gemacht, daß Se. Majestät mich zum Ministerpräsidenten von Ungarn ernennen, wozu Se. Majestät berechtigt sind, bis der Baron Bay beadtragt ist, ein Ministerium zusammenzusetzen, damit die Geschäfte nicht in Stockung gerathen. Ich erklärte in dem Augenblicke, daß ich mich auf keinen Fall für länger zu diesem Geschäfte werde verwenden lassen. Gleich wie ich das Unangenehme dieses Manifestes erfuhr, habe ich um meine Entlehung gebeten. Ich mußte aber unverschrieben, weil ich die Stelle angenommen hatte. Ich erklärte, daß ich mit der Unterschrift meine Erklärung nicht unterschreiben werde. Indessen wenn man so lang Mittlär ist, ist man das Gehorchen gewöhnt. Nach der Kontrasignirung des Manifestes schickte ich einen eigenen Boten zu Sr. Majestät, um meine Demission einzureichen. Ich erhielt die gnädige Antwort, von meinem Posten enthaben zu sein, aber noch so lange die Geschäfte fortgiehen, bis der Baron Bay zurückgekehrt sei. Ich widerhole, von Ungarn auf das Substantiv gegen die Krone Sr. Majestät die sei nicht verweigern zu dürfen. Sobald ich aber die mißbilligenden Aeußerungen über das Manifest vernahm, habe ich nicht nur sogleich um meine Demission gebeten, so auch gebeten, Sr. Majestät gerade, das Manifest zu widerrufen. — Uebrigens erkläre ich, daß ich mit keiner Partei vom Hofe einverstanden bin. Ich bin in keiner Verbindung mit dem Erzherzog Franz Karl, und der Erzherzogin Sophie gewesen und ihnen nicht vorgestellt worden bei dieser Gelegenheit. Ich bin mit dem Staatsrathe nicht in Berührung gekommen. Ich habe das Konzept, worin ich um die Zurücknahme des Manifestes bat, dem Parlament in Pesth zugesandt. Ich habe zufällig erfahren, daß Jellachich in der Nähe von Wien sei, habe ihn alle bloß aus Neigung besucht, weil ich ihn schon seit dem Jahre 1827 sehr gut kenne. Ich war nur 10 Minuten bei ihm, in dem Hause der Ritter. Reefey m. p.

2) Ich erkläre hiemit frei und ungezwungen, bloß dem einzigen Scheiber dieses gegenüber, daß ich am 6. Oktober 1848 von 10½ Uhr bis 12 Uhr Vormittag in dem Kriegsgebäude bei dem versammelten vollzähligen Ministerrathe war. Bald nach meiner Ankunft kam eine Deputation, Baron Wilersdorf an der Spitze. Während diese Deputation auf die Ankunft der andern Deputation, die sich zum Baron Wiesenberg begeben hatte, weil sie ihn in seiner Wohnung glaubte, wartete, sich in ein Nebenzimmer verfügte, gab mir Latour zwei Briefe von Jellachich, der eine war Privatbrief und gab Nachricht von dem Gesecht bei Velence. Jellachich schrieb, daß die Ungarn sich nach Marton Vasar zurückzogen, daß er eine Winkschwendung gemacht habe, bis nach Raab gezogen sei und daselbe bessetzt habe, mit dem Gros zwischen Wieselburg und Altenburg gezogen sei, daß er Verstärkung näher zu sein, um leichter Hilfe zu bekommen. Der andere Brief war Dienstbrief. Er begehre darin vorzüglich Kavallerie sowiel als möglich und wenn es sein kann auch Linieninfanterie, weil er einige Tausend Mann von denen die in der Hausmontour sind, nach Kroatien sende, er spreche also auch die Garde an, diese über Wien auf der Glogniger Eisenbahn weiter zu befördern. Ich blieb in Wien den 6., 7., 8. und 9. M. bis um 5 Uhr Nachmittag. Um 1½ Uhr erhielt ich durch die Hand des Grafen Mengdorf meine Entlehung bis der Graf Way zurückgekehrt, und mündlich den Auftrag im Hoflager nach Krems am 9. einzutreffen, um die Besetzte seiner Majestät zu kontrasigniren. Ich trat daselbst am 9., 2 Stunden über Krems um 3 Uhr ein. Seine Majestät reiste nämlich mit Bedeckung von 6000 Mann in der Mitte der Truppen. Ich speiste um ½4 Uhr an der kaiserlichen Tafel, wo auch Windischgrätzsohn war. Seine Majestät war erfreut, daß ich eingetroffen und die Einladung zur Tafel geschah durch den Fürsten Lobkowitz. Nach Tische äußerte der Erzherzog Franz Karl zu mir, er wünschte, daß Minister Bach im Amte bleibe, er sei ein braver Mensch. Ich zweifle, daß er es annehmen werde, weil er keine Popularität besitze. Um 7 Uhr hatte ich Audienz beim Erzherzog Franz Karl, gerade nach dem Nachtessen, wo Minister Hornbostel daselbst. Er dankte mir für Eintreffen, wünschte daß ich bleibe; auf meine Erklärung, die Beamten präventiren zu müssen, entließ er mich mit dem Auftrage, sicher in Olmütz einzutreffen. Ich verließ um 10. diesen um ½ auf 6 Uhr Morgens das Hoflager, und langte um 4 Uhr Nachmittags in Wien an. Ohne allen Aufenthalt verfügte ich mich um 4½ Uhr in Begleitung des Herrn Auersperg Graf sie bei Tische, Fürst. Ich blieb kaum 10 Minuten. Auersperg sagte mir: Du kannst den Jellachich grüßen. Der Fürst Jablonsky, der im Bahnhof der Glogniger Bahn kommandirt, wird dir sagen, wo er ist. Ich fuhr in einem Fiaker ab. Jablonsky sagte mir, Jellachich wäre in der Nähe (ich, unterzeichneter weiß den Ort nicht) beim Herrn von Ritter. Ich begrüßte ihn daselbst in Gegenwart des Herrn von Ritter, seiner Frau und einer alten Frau. Die Frauen baten mich, nach Wien nicht zurück zu kehren. Auf Einladung genoß ich einige Bissen und ein Glas Wein. Ich sprach mit Jellachich kein Wort von Politik, kein Wort von Krieg. Jellachich nahm ein Glas Wein und sagte: Auf die Gesundheit meiner Freunden v. Kekoy, und wir tranken. Nach einem Aufenthalt von höchstens ½ Stunde begleitete mich General Major Zeidler zu meinem Fiaker. Er wollte mir Einen zur Sicherung mitgeben. Ich lehnte es ab, und langte schon um 6 Uhr wieder in der Stadt an, höchstens um 6¼ Uhr. Das Uebrige ist bekannt. Ich verschwere nach einmal bei meiner Ehre und Seligkeit, daß ich weder im mündlichen noch schriftlichen Auftrage gehandelt habe, als ich mich zu Auersperg und Jellachich verfügte; was auch die kurze Zeit bestätigte, und selbst im Hoflager wußten sie nichts von dem Aufenthaltsorte Jellachichs, wenigstens bis 10 Uhr Abends, denn so lange war ich beim Fürsten Lobkowitz. Wien, den 11. Okt. 1848. Reefey.

Prag, 13. Okt. Schon sind gegen 15,000 Mann böhmischer Truppen gegen Wien abgezogen, und dieser Theil der Armee wird nicht freundlich auftreten. Das Regiment Latour — dessen Inhaber der ermordete Minister — hat sich den Marsch gegen Wien ausdrücklich verbeten. Unter den außerirdischen Regimentern befinden sich auch ein deutsches (aus dem Elbogner Kreise), welchem das am Bahnhof befindliche Publikum alle Bezeigungen der Achtung gab, und ihm die freundlichsten Worte zurief. (A. Z.)

Prag, 13. Okt. Graf Stadion, der ehemalige Gouverneur von Gallizien, ist hier eingetroffen; er ist vom kais. Hoflager kommt, so dürfte der Zweck seiner Reise hier diplomatischer Natur sein, wahrscheinlich auf eine Uebereinbarung mit den tschechischen Deputirten sich beziehen. Daß der Hof eine Ministerkabinettation, die sich unter dem Einfluß des Wiener Reichstages bildet, anerkennt, ist ganz undenkbar; er kann es aber auch nicht bei bloß beraubenden Schritten bewenden lassen, sondern muß, um nicht auch auf der Armee und der Beamtenwelt vollends alle Einheit und Zentralisation schwinden zu lassen, an die Wiederherstellung einer Regierung, an welcher an der Spitze wahl der beim Hof sehr beliebte Stadion zu stehen kime. Mit dem Manifest der anwesenden Deputirten hat sich Stadion, sowohl was

den Inhalt als wohl die Form betrifft, vollständig einverstanden erklärt... Die Räther der Reichsfee Oesterreichs sollen immer stürmischer und furchtbarer; über Blut und Leichen ging schon ihre Bahn, und welche Richtung sie noch nehmen und wo sie halten werden, wer kann dies voraus bestimmen! Nur Eine Hand gibt es die vielleicht noch regelnd in die Speichen greifen könnte — aber sie scheint gelähmt zu sein — die Hand des Monarchen. Die Pietät, das treue Gefühl der Anhänglichkeit an die Dynastie ist in den Herzen der österreichischen Völker noch nicht so sehr gelockert, daß nicht ein Wort, ein ernstes offenes Wort aus des Kaisers Munde die schwenen Kanonenschlünde sich zurückziehen, die brodenden Musketenlöse sich senken machen könnte — aber oft und ernst, sage ich, müßte es sein, der Kaiser müßte frei hineintreten zwischen die drohenden Parteien, die nun mit Brand und Tod den Kampf unter sich ausgekämpfen gerüstet stehen, er müßte sich ganz seinen Völkern anvertrauen ohne dem ewig quälenden Gedanken dieser letzteren Kamm zu geben, sein Urtheil werde von unverantwortlichen Räthen, nicht der Krone, nicht des Volkes, sondern eines maßlos schänden Egoismus und Ehrgeizes, seine Entschließungen gegeben. Wien mag siegen oder fallen, es bleibt leider gleich gefährlich. Die Tragweite eines wie des andern Ausgangs ist unabsehbar. Tausende und Tausende von Truppen ziehen hinab und herauf, um sich wie ein verderbenbringendes Netz um die unglückliche Donaustadt zu lagern, und wer in den letzten Tagen unseren Bahnhof sah und die nach dem Süden führenden Straßen betrat, dem mußte es, wenn er nur einen Funken menschlichen Gefühls in seinem Herzen trug, bange werden über all die Zerstörungsmittel die da aufgeschaft werden, und darüber daß es so kommen mußte. So wurden am heutigen Morgen alle für eine Schiffbrücke nöthigen Requisiten unter der Eskorte von mehreren Kompagnien Grenadieren von hier gegen Wien abgeführt, und Abends eine ganz ausgerüstete Zwölfpfünderbatterie auf der Eisenbahn hinabbefördert. Morgen sollen abermals fernere Truppenverbungen und zuletzt die Abtheilung des Fürsten Windisch-Grätz, als Kommandanten der Armee, hierher folgen. Nicht der Kaiser verläßt die Residenz ergriffen, nicht nur der Reichstag hat durch das Ausscheiden unserer böhmischen Abgeordneten einen Theil seines Gewichts verloren, auch der Ministerrath ist bis auf ein einziges Glied herabgeschmolzen. Von den drei Männern, die der letzte Sturm nicht von der Ministerbank herabgeworfen, hat nämlich Kraus seine Entlassung genommen, und Doblhoff, dessen Gesundheit schon früher angegriffen war, ist nun endlich krank geworden und hat Wien verlassen. Ueber seinen Aufenthalt verlautet nichts gewisses, doch soll er sich, wie man sagt, auf Wiesenberg bei Gut in Böhmen befinden. Der letztere ist gestern früh von hier abgereist. (A. Z.)

Prag, 14. Oktbr. Die Wiener Ereignisse nehmen und so sehr in Anspruch, daß wir für alle übrigen Zeitereignisse den Sinn verloren haben. Selbst nach Mitternacht finden sich viele Personen im Bahnhofe ein, um von den Reisenden das Neueste zu erfahren. Unzählige Flüchtlinge kommen an, wie aber schildern jener unglücklichen Gegend Soldaten und Kanonen! 22,000 Mann und 6 Batterien sind aus Böhmen zu der in Marschrede sich sammelnden Armee bestimmt; morgen geht Windisch-Grätz ab. Die Soldaten scheinen ungern in den Bürgerkrieg zu gehen, die hier nicht beliebten Grenadiere dursten nicht durch die Stadt zur Eisenbahn ziehen, wahrscheinlich um Konflikte mit dem Volke zu verhindern. Die bisigen Reichstagsmitglieder werden nicht einen aus ihrer Mitte, sondern einen Stadtverordneten (kurios genug!) den Schieferdeckermeister Jarosch, zum Kaiser, der heute in Olmütz ankommen soll, und später einen zweiten Abgeordneten senden, um ein kaiserliches Manifest zu erwirken, welches die Wirksamkeit des Reichstags auf Ungarn und Italien ausdrücklich ausspreche. — Weisungen ist am 12. von hier abgereist; Doblhoff befindet sich auf Wiesenbergs Gut in Böhmen. (A. Z.)

Schweiz.

Essen. Der „Neuen Züricher Zeitung“ schreibt man von Lugano, 9. Oktober: „Seit einigen Tagen werden österreichischer Seits offenbar mitere Saiten aufgezogen. So wird nun z. B. den Bewohnern von Bonni Arte gestattet, die Grenze zu überschreiten, um in ihren auf lombardischem Boden befindlichen Weinbergen Weinlese zu halten. Des österreichische Militär an der Grenze bestehe sich, in gutem Vernehmen mit unseren Truppen zu stehen. Man hört auch nichts davon daß neuerdings Tessiner and der Lombardei weggewiesen worden seien. Dagegen geht es mit der Bistrung der durch die tessinische Regierung der österreichischen Gesandtschaft eingeschicken Päße immer noch sehr langsam. — Die Zahl der Flüchtlinge im Kanton Tessin ist übrigens im Abnehmen begriffen. Die meisten begeben sich ins Piemont oder nach Frankreich, wo sie der italienischen Legion einverleibt werden; einzelne kehren auch in die Lombardei zurück.

Freiburg. Unter den hier einbrunkenen Schnellschützen und der Artilleriemannschaft sind am 8. arge Exzesse vorgefallen. Die Veranlassung gab die Verhaftung einiger Scharfschützen, die widerdoli vive le Sonderbund riefen. Der Staatsrath schickte auch in der Nacht mehrere Polizisten ab. Das Kontingent aus dem reformirten Landestheil wurde sogleich aufgefroten. (Basl. Z.)

Frankreich.

†† **Paris**, 14. Okt. Die Regierung ist entschlossen, von ihrer bisher in Italien befolgten Politik rein friedlicher Vermittelung nicht abzugehen, und Karl Albert, wenn er aufs Neue das Glück der Waffen versuchen sollte, seine Sache selbst und allein ausfechten zu lassen. Indessen dürft die französische Regierung allerdings günstige Folgen für Italien aus der neuesten Wiener Umwälzung, auf die man übrigens mit ängstlicher Spannung hinblickt. Graf Teleki, der bekannte ungarische Abgeordnete, der schon seit einiger Zeit mit Schreiben des vorigen ungarischen Ministeriums, hier sich befindet, und vergeblich sich bemüht hat, als unabhängiger Vertreter Ungarns anerkannt zu werden, entwickelt seit der Kunde von den Wiener Vorgängen neue Thätigkeit, aber mit nicht besserem Erfolge als bisher. Die französische Regierung hüten sich wohl, sich in eine Verbindung mit Ungarn einzulassen, durch welche sie geradezu Oesterreich den Handschuh hinwerfen würde.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Donnerstag, 19. Okt.: „Die Schweizerfamilie“, Oper von Weigel.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch, Borges, Großhändler, von Wien. Wobnlich, Kaufmann, von Dresden. Menion, Kaufmann, von Lyon.

Hotel Meusikt. Nelson, Rentier, von London. Weller, geh. Rath, von Frankfurt. Möde, Oberst, von Frankfurt. Mad. Bailly, von Paris.

Gold. Hahn. Schmiedbauer, Privatier, von Pirth. Engländer, Kaufmann, von Wallerstein.

Blaue Traube. v. Stockum, Oberst, von Landshut. Zink und Lauermaier, von Berlin, Pantoff, Privatier, von Salzburg. Baffali, von Mirolgnano.

Stachnsgarten. Rojesch, Privatier, von Ompling. Kurz, Fabrikant, von Landsberg. Dazn, Verwalter, von Augsburg.

Gestorbene in München.
Theres Kirmaier, Pauteller-Arbeiterstochter, 52 J. a. — Aloisia Wilhelm, Barrenbinderstrau, 59 J. a. Mechtilde Müller, dirgerl. Schlossermeistwe, 56 J. a.

Bekanntmachung.

Die Kunstausstellung betreffend.

110. (f) Die Ausstellung von Werken lebender Künstler, welche in dem der Glyptothek gegenüber liegenden Kunstausstellungsgebäude stattfindet, ist ohne Ausnahme täglich von 10 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags geöffnet.

Zugleich wird bemerkt, daß seit Beginn der Ausstellung mehrere vorzügliche Werke der Malerei und Bildnerei, die damals noch fehlten, nachträglich eingesendet sind.

Pfandauslösung und Versteigerung.

152. (3c) Donnerstag den 19. Okt. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat September 1847 und zwar von: Nro. 99,343 bis 108,023.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Barrauflunden Vor- und Nachmittags verkauft, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des 20. dieß verschanten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Donnerstag den 26. Oktober öffentlicher Verkaufsverkauf.

München, den 30. Sept. 1848.

Königl. privileg. Pfand- und Leih-Anstalt I. der Stadt München.

F. Negrioli, Magistratsrath.
Hannes, Kassier. v. Zech, Kontrolleur.

187. Ein junger Mann, welcher schon längere Zeit in einem Restaurte arbeitet, sucht dahlgst als II. oder III. Amtsgehilfe in einem solchen unterzukommen. Briefe sub Lit. D. Z. beliebt die Expedition dieses Blattes.

Cigarrenkisten zu verkaufen.

189. Vermittelst einer selbst verfertigten Formermaschine werden in der Lederergasse Nro. 11 Cigarrenkisten verfertigt und zum Verkauf angeboten.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

☞ Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Deutschland.

Württemberg. — Stuttgart, 9. Okt. Nach außen, auf der Oberfläche haben sich die Zustände Württembergs für den Augenblick gebessert: die Ruhe der Straßen ist wieder hergestellt. Auch auf dem Lande hat die Energie der Regierung und das Absenden militärischer Streifkolonnen für die nächsten Wochen vielleicht die gesetzliche Ordnung in so weit hergestellt, daß man einstweilen der Verfassung und dem Königthum nichts mehr offen und vor Tausenden Hohn spricht. Es ist das allerdings dankenswerth, allein den weitverbreiteten Maulwurfsgang kann es durchaus nicht beruhigen. Die Wühlereien ist organisirt in den Klubbs, in den Volksversammlungen, in der Presse herrschen sie durch persönliche Verunglimpfung aller derer, welche es etwa wagen möchten, die Stimme der Vernunft und des Rechts hören zu lassen, und unter den besonnenen, redlichen, verfassungstreuen Bürgern ist leider entsetzlich wenig moralischer Muth zu finden. Dieser Mangel wird in der Geschichte einst schwer auf dem deutschen Bürgerthume ruhen, wenn er sich auch jetzt noch nicht allgemannt und kräftig zusammen steht, wo doch die Gefahr so offenbar, so augenscheinlich vorliegt. Aber da will man sich nicht „exponiren," nicht der freilich kein Mittel scheuenden Partei des Umsturzes persönlich entgegen stellen; ja man kokettirt lieber mit ihr, und doch einstweilen verschont zu bleiben. Steigen die Gebrüder, die Einflußvollen, die Besitzenden auf solche Weise scheu, so ist das zu wundern, wenn die Masse des Volkes immer verwirrter in ihren Begriffen wird? Kommt denn das allgemeine Wahlrecht, und vielleicht vollends das direkte, auch für die Kammer des Einzellandes, so wird — wenigstens in Württemberg — eine Volksvertretung zu Stande kommen, welche alle Leidenschaften, aber auch nicht eine Tugend des schwäbischen Volksstammes, repräsentirt. Darauf rechnen selbst seine Führer jetzt schon, wenn sie ihre Werkzeuge durch die Agitation, die sie genährt, und — ich muß es aussprechen, denn es ist meine tiefste Ueberzeugung — sie rechnet richtig. Die Regierung thut ihre Schuldigkeit, besonders in der allerletzten Zeit, wobei sich freilich herausstellte, daß es mindestens dem so unverzeihbar ist, als thatsächlicher und geistiger Chef des württembergischen Ministeriums Wochen und Monate lang in Frankfurt beim Reichstag zu sitzen, als ein württembergischer Deputirter zugleich seine Pflicht hier und in der Paulskirche, als Reichstagsabgeordneter, erfüllen kann. Die Stimme aller Redlichen und Verfassungstreuen im Lande wünscht und verlangt die dauernde Anwesenheit Römer's in Stuttgart, da sein Ansehen und seine Thatkraft fast allein der Regierung moralischen Halt geben. So wenig wir jemals auch nur einen Anhang von Neuling verstehen sehen, wie jede parlamentarische, jede konstitutionelle Regierung thun muß, wie in England und in Nordamerika, in Belgien und in der Schweiz geschieht, von ihren Beamten aber muß sie, wenigstens für das System, das die Grundlage der ganzen Staatsverfassung bildet, und welches aufrecht zu erhalten sie vor der Kammer und vor dem Volke bieder und feierlich erklärt hat, einer offenen Zustimmung und treuer Mitwirkung gewiß sein. Wie sollen die Bürger mit Wort, Schrift und That für die konstitutionelle Monarchie, wenn auch auf der freisinnigsten, volksthümlichsten Grundlage, hervortreten und sich den Wühlern entgegenstellen, wenn die Mehrzahl der Mitglieder der Ober-Regierung in den Klubbs und sonst bei Zusammenkünften mit den Republikanern „kokettiren." wenn der erste häufig Beamte der Restenggut, endlich in offener Kammer was hier jeder schon vorher wußte, daß die Republik sein Ideal, das konstitutionelle Königthum für ihn nur eine Uebergangsverfassung sei, welches der „Zug der Zeit" wegschwemmen müsse? Wie die Dinge gegenwärtig stehen, riskirt man Alles bei offener Erklärung für die konstitutionelle Monarchie, sei es alsbald durch persönliche Verletzungen, sei es in der Zukunft, wenn die Gegenpartei siegte. Bei dem „Kokettiren" mit der Republik aber ist unter den noch bestehenden Verhältnissen selbst der Staatsdiener, welcher persönlich berufen und beeidigt ist, die Verfassung und das Königthum zu erhalten, und, so weit an ihm ist, alles abzuwehren, was gegen dieselben ankämpft, durchaus nichts zu besorgen, wohl aber in Zukunft möglicher Weise noch einen schnellen Weg zu machen. Würde man Aehnliches in Amerika, in der Schweiz, in Belgien, in Norwegen dulden, von dem republikanischen Neu-Frankreich gar nicht zu sprechen? — Wir wollen dem Staatsdiener die selbstständige Meinung entfernt nicht beschränken, wollen ihn entfernt nicht an das System des jeweiligen Ministeriums fesseln und das widersprechende ebenfalls dem deutschen Sinne, den deutschen Institutionen, der Freiheit nach den Begriffen der deutschen Nation. Daß aber der Staatsdiener in einem monarchisch-konstitutionellen Lande dem Grundprinzipe der Verfassung selbst ergeben sei, den Vertrag zwischen Fürst und Volk als einen für beide bindenden, nur mit beiderseitiger Zustimmung zu ändernden ansehe und darstelle (so weit nicht die gesammte deutsche Nation, welche natürlich höher steht, als der Theil, und welcher letzterer sich in innerer loslicher Rechtmäßigkeit fügen muß, wenn das verfassungsmäßige Organ sich ausspricht) — das scheint uns eine unerläßliche Bedingung dafür, daß dieses Grundprinzip auch ferner aufrecht erhalten bleibe. (D. Z.)

Oesterreich. — Das Journ. des österr. Lloyd vom 15. gibt folgende Schilderung des Zustands der Stadt vom 14. im Innern. so wie über die Stellung der Armee um die Stadt, welche, wenn man zwischen den Zeilen liest, ein ziemliches Bild der inneren Zustände gibt: „Wien, 14. Okt. Mit steigender Sehnsucht und wachsender Unruhe wird die Ankunft der ungarischen Armee erwartet und jeder fragt den andern um die Ursache, weshalb sie noch nicht erschienen sei. Denn sobald sie nur sichtbar wird und der Kampf mit den Croaten begonnen hat, wird die ganze bewaffnete Macht der Stadt und der Vorstädte (gegen 80—100,000 Mann) augenblicklich gleichfalls zum Kampfe schreiten. Die Spannung der Gemüther ist deßhalb eine ganz unbeschreibliche. An den Linien, z. B. an der Mariahilfer-Linie, nach Schönbrunn hinaus, stehen die Vorposten der Croaten und der städtischen Macht hier und dort nur 20—30 Schritte von einander entfernt, sich grimmig beobachtend und jeden Moment zum Feuern bereit. Jedlichich hat sich mit seinem linken Flügel an die Höhen des Wiener Waldes gelehnt, und in dieser Richtung sich bis St. Veit hinaus ausgedehnt; die Dörfer Hietzing, Baumgarten, Lainz, Speising, Penzing sind von ihm besetzt und die dortige Nationalgarde entwaffnet worden. Auch nach Hünfhaus und Sechshaus sandte er, die Entwaffnung der Garde verlangend; auch dort ist die Fünfzehner-Wehr ihm zu Gewehr; er wird sonach um sie haben." Der gestrige Angriff, welchen die Croaten auf die Marxerlinie und die Vorstadt Erdberg machten, wurde von 4000 dort stehenden bewaffneten Arbeitern zurückgeschlagen; es fielen bei dieser Gelegenheit mehrere Croaten; auf Seiten der Stadt hatte man zwei schwer Verwundete. — Die Truppen unter Auersperg halten sich noch neutral, wogegen man dem General Malaschick erlaubte, mit einigen hundert Mann und sechs Kanonen Croaten durch die Favoritenlinie und Belvedere zu rücken, um die beim plötzlichen Abmarsch zurückgelassenen Militär-Effekten abzuholen; bewaffnete Nationalgarden begleiteten die Transporte. In wiefern sich General Auersperg bei dem Kampfe zwischen den Ungarn neutral verhalten wird, wenn die Stadt, wie vorherzusehen, sich nicht neutral hält, ist auch der vagen Ansicht, welche er der ungarischen Deputation gab, noch ganz klar. Sollen wir über die ganze Bewegung von Jellachich und Auersperg ein Urtheil aussprechen und wir Ziel zu errathen suchen, so scheint es uns, als wollen beide sich des Donau-Ueberganges, der Linie unterhalb und der Andere oberhalb der Stadt versichern, um im Falle eines unglücklich ausgehenden Kampfes sich über die Donau zu ziehen und mit den Truppen im Marchfeld und später mit dem Heere des Windischgrätz sich zu vereinigen. Es darf uns deßhalb nicht wundern, wenn Jellachich heute oder morgen sich bis Klosterneuburg ausdehnt und Auersperg den Uebergang über die Donau vorbereitet. Denn es scheint, als sei es Plan, ein großes Armeekorps entweder im Marchfelde oder bei Brünn zusammenzuziehen und dann die Operationen gegen Wien mit vereinten Kräften zu beginnen. Während solches ausserhalb der Stadt vorgeht und zu erwarten steht, werden im Innern die Rüstungen zur Vertheidigung und zum Angriff mit verstärktem Eifer betrieben. Außer den gestern genannten Freikorps der Polen, welche schon ihre Posten eingenommen haben, der Italiener und der zahlreichen Steierer, so wie des Freikorps unter Führung von Sternau, haben sich heute wiederum zwei neue gebildet: das eine unter Kommando des Dr. Fenzl, und das zweite unter dem Hauptmann des Jurisfakultäts-Hrn. Wuchter. Ein Artilleriekorps endlich, aus ausgedienten Artilleristen, formirt sich auf der Universität."

Oesterreichische Monarchie.

Verona, 11. Okt. Die Nachrichten aus Wien beleben von neuem nur nur äußerlich unterdrücken revolutionären Geist der Italiener, welche bisher im Stillen für eine zweite Schilderhebung außerordentlich thätig waren. Sehr viele junge Leute verschwinden plötzlich, und gehen, wie man sagt, außer Landes, um einen bewaffneten Einfall zu machen. Aufrufe des Sardenkönigs sind im Umlaufe, die Alles zu den Waffen rufen, französischen Beistand versprechen, magyarische Briefe erklären, Radetzky, Windischgrätz und Jellachich als die Hauptfeinde der Unabhängkeit und Freiheit angeben, Kossuth und seine Partei als Freunde Italiens und der Freiheit verglöttern. Die heute verkündete kaiserliche Amnestie und Verzeihung einer nationalen Konstitution vom 20. Sept. hat statt eines guten einen schlimmen Eindruck gemacht; man sucht sie als erzwungen darzustellen. — In Venedig ist man zur äußersten Vertheidigung entschlossen. Ob ist bis zum Ende Dezember trotz der ungeheuren Ausgaben, die sich täglich auf 200,000 Zwanziger belaufen sollen, zur Genüge vorhanden. Man hat eine Nationalbank errichtet, und Pater Gavazzi, dieser Sturmvogel der Revolution, reist durch seine glühende Beredsamkeit das gute Wolf hin, auch den letzten Heller auf den Altar des Vaterlands zu legen.

Schweiz.

Der Berner „Verfassungsfreund“ theilt, Anfangs aus dem Briefe eines deutschen Republikaners in Frankreich an einen Freund in Deutschland mit, welche einen interessanten Blick in die innern Triebfedern des letzten badischen Aufstandes gewähren und uns mit den betheiligten Personen näher bekannt machen. „Du wirst,“ schreibt der Freund, „nach den Ursachen jenes Schwabenstreiches fragen. Man muß von vorne anfangen, recken und ein Theil des badischen Volkes hatten sich gegenseitig angeführt. Jener Falke trieb diesem als ein homerischer Held vor; dieser erzählte Zemen von Legionen kampfzustiger Achaier. Bei Kandern lernten sich beide Theile hinreichend kennen. Wenn nun Hecker auch nicht den Muth eines Achilles besaß, so hatte er doch etwas Anderes mit dem Helden gemein, nämlich den großen Zorn. Die Zürne lust in seinem Mutterwitz über die Feigheit und Unzuverlässigkeit der badischen Achaier; und diese stellten nun theils aus Furcht, um weitere Enthüllungen zu verhüten, theils aus Eitelkeit, um mit dem Manne des Tages auf gutem Fuß zu stehen, die bekannten Wallfahrten an, wo freiwillige Beiträge, Wechrauch und eine gute Portion Fabeln geopfert wurden. Man erzählte Hecken, um ihn zu beschmeicheln, was er gerne hörte, nämlich daß das badische Volk im Republikanismus vielfeitige Fortschritte mache, und ihn spaßig als Gründer erwarte. Die Leute ergötzten sich so oft, daß sie es am Ende selbst glaubten. Hecker aber zog sich nun als Logiker folgendes Dilemma: „Entweder es ist wahr oder nicht wahr. Im ersten Falle schickt du dich der Kriegerischen Diktatur nicht gewachsen; im anderen Falle willst du dich nicht noch ein Mal anführen lassen.“ Für diese Fälle gab es keinen besseren Ausweg, als eine momentane Reise nach Amerika. Gelt es in Baden traumm, so hat er doch Versicherungsscheine und seine Verpflegung an einer Lindenlegibelt verwiesen; gelingt der zweite Putsch, so ist er eben im Einverständniß mit der Sache über den Ozean gereist, um bei den Deutschen des andern Weltheils nachdrückliche Subsidien zu reklamiren. Wenn ein Doktor auf Reisen geht, müssen immer zwei Pferde gestattet stehen. Nach Heckers Abreise sist der Blitz der badischen Grundbesitzmillionäre natürgemäß auf Struve. Die beiden Abjutanten Hecker, unter denen er sein diesjähriges Reich getheilt, der Schwabe Mößling und der Koblenzer Doll, beharren das Vertrauen der Badener nicht. Von jenem wußte man, daß er schon früher einmal seinen Landesherrn, den König von Württemberg, um Begnadigung angefleht hatte, und daß in neuester Zeit sein alter Vater, höchst wahrscheinlich auf Bitte des Sohnes, diesen Schritt wiederholte, und dabei dem Herrn Sohn, der noch nicht 40 Jahre alt ist, eine kräftige Lektion zukommen ließ. Dieser mußte deßhalb sogar seinen früheren Wohnsitz in dem Hause einer Pariser Vorstadt als Achtzehnter verlassen. Struve hingegen ist badischer Bürger, ein bekannter und beliebter Volksmann und Volksredner, dabei ein guter Publizist und in seinem bürgerlichen Leben unbescholten. Er war nunmehr erloren, die Ovationen aber auch die Lügenbriefe aus dem Badischen hinzunehmen. Ihm zur Seite stand ein Dr. Fickler und Weiß, in deren Kopf der Gedanke an eine Jungfrau von Orleans oder wenigstens Madame Lerwegh II. spukte. Bei dem Betreben fand sie keine entschiedenern Gegner als die wahren Freunde ihres Mannes, die beiden andern Mitglieder des obersten Ausschusses, Becker und Heinzen, dann die Männer von der dritten Partei, die man als Mitglieder der Gesellschaft „Hilfbir“ bezeichnet, und die in ihrer Blichtarig als Zentralrepublikaner mit der badischen Republik des Herrn Seiter sich nicht viel zu schaffen machten. Dergleichen Männer setzten als Bedingung eines Zusammenwirkens mit dem Sturze Struve vom Verabredungsthrone und vom Kampfplatz. Das empfindliche Weib, deren Vorstellungen: man möge sie nicht als eine gewöhnliche Frau betrachten, sie solche keinerlei Todesart, wolle mit ihrem Manne zusammen sterben ꝛc., an den Verkündigungsbrief der Praktiker scheiterten, machte nun im Gatten Verdacht gegen den Ehrgeiz der Warmer rege, als ob dieß sich selbst an die oberste Stelle setzen wollten, es mit Struve nicht aufrichtig meinten ꝛc., und brachte selbst in Struve nicht aufrichtig meinten ꝛc., und brachte selbst in Struve nicht aufrichtig meinten ꝛc., und brachte selbst in

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Mittwoch den 18. Oktober 1848.

Neuestes aus Wien vom 15. Oktober.

* Wien, 15. Oktober. Die vom hiesigen Reichstage abgesendete Deputation, aus Abgeordneten aller Provinzen bestehend, hat ihren Zweck nicht erreicht. Alle ihre Bemühungen, eine bestimmte, ausführliche Erklärung auf die verschiedenen vom Reichstage beantragten Punkte zu erlangen, waren vergebens. Man bemerkt, daß die Zahl der in der Freischaarsammlung anwesenden Abgeordneten immer mehr zusammenschwindet. Von Löhner sind neue Briefe eingegangen; noch ist es ihm nicht gelungen, eine Audienz beim Kaiser zu erlangen. Die Adresse mit dem Verlangen eines sogenannten Völkerkongresses, der Oesterreichs innere Angelegenheiten entnehmen soll, ist inzwischen an den Kaiser abgesendet worden. Es ist wahrhaft unglaublich, durch welche große Lügen Aufregungsgründe man den Fanatismus der Massen hier fortwährend zu entflammen benützt ist. Da sprengt man Gerüchte aus, oder spricht sie gar als bestimmte Thatsache aus, ganz Ober- und Unterösterreich sei aufgestanden, Steiermark unter den Waffen, der Landsturm habe in der Umgegend wie im ganzen Lande sich erhoben, ja in Prag selbst sei ein Aufstand ausgebrochen. Zu letzter Lüge hatte man den Vorwand ausgebeutet, daß die Post aus Prag fehlt, aus dem einfachen Grunde, weil die Truppen unter Fürst Windischgrätz die Verbindungen dortihin abgeschnitten haben. Niemand darf es wagen, aus den Provinzen etwas zu berichten, das der Sache der hiesigen Terroristen ungünstig wäre. Man kündigt auf Morgen einen allgemeinen Angriff von Seite der Wiener auf die Truppen ringsherum an, während die Ungarn von der andern Seite durch und Auersperg angreifen würden. Die Ungarn sagt man hätten seit gestern in ein festes Lager in der Gegend von Schwechat bezogen. Was Wahres daran ist, vermag ich nicht zu entscheiden. Die sanatischen Haufen hier schrinen eben so kampfustig, als alle guten Bürger erschreckt sind. Ich höre der bekannte polnische Artilleriegeneral Bem, der seit 1832 als Flüchtling in Frankreich lebte, sei hier angekommen und diesem sei der Oberbefehl über die bewaffneten Massen übertragen, wenn es zum Kampfe kommt. Die Waffenlage ist wie alle, die am Kampfe im freien Felde Theil nehmen wollen, haben im Belvedere und im Garten des fürstlich schwarzenbergischen Palastes ihre Stellung genommen. Es wäre also nicht unwahrscheinlich, daß es morgen zu einem Kampfe kommt.

† Wien, 14. Oktober. Morgenpflanzung des Reichstages Peitler, Mitglied der an den Kaiser abgesandten Deputation berichtet über den Erfolg der Sendung: Sie ward am 12. in Setzwip empfangen. Der Abgeordnete Schmid überreichte die Adresse, welche der Kaiser nach flüchtiger Durchsehung dem Fürsten Lobkowitz übergab, und eine Antwort erließ, welche laut Aussage des Berichterstatters mit dem Manifeste von Schönbrunn am 6. Oktober gleichlautete. Nach der Verlesung zog sich der Kaiser mit seiner Umgebung in sein Gemach zurück. Später erklärte der Fürst Lobkowitz, daß der Kaiser sehr darüber erfreut sei, daß der Reichstag auf das kaiserliche Ansprechen antworte. Zugleich sprach der Fürst seine individuelle Absicht dahin aus, daß die Residenz auf keinen Fall angegriffen werden dürfte. In der Abendsitzung eröffnete Schuselka dem Hause, daß mehrere Seiten Zuzug versprochen sei. Von Steyer in Oberösterreich, Troppau, Mähren. Eine um am Morgen angetaugte Zusorist des Banns wird verlesen; sie lautet nach ihrem Hauptinhalte so: „Wir erklären, daß der hohe Reichstag bei Sr. Majestät Schritte zur friedlichen Ausgleichung gethan habe. Wir erachten in diesem Sinne als erste Bedingung, daß die ungarische Armee die österreichische Grenze nicht überschreite, sonst ist eine Schlacht unvermeidlich. Wir sind übrigens zur Feierstellung der Ruhe und Ordnung im Lande unter der Bedingung bereit, wenn man auch uns die freie Verfügung über unsere in den Kasernen befindlichen Gegenstände zugesteht." Hauptquartier Inzersdorf 14. Oktober. Auersperg. Jellachich. Der permanente Ausschuß beantragt folgendes Antwortschreiben: „An Se. Excellenz den Banus Jellachich: Der Reichstag hat eine Deputation abgesendet, um Se. Majestät zur Genehmigung zum schleunigen Vollzuge des Friedensvorschlags zu bewegen. In der Hoffnung auf einen befriedigenden Erfolg hat der Reichstag die Mittel angewendet, um eine Offensive von den Bewohnern der Residenz gegen Ihre Truppen zu vermeiden, und wurde in seiner Bemühung dadurch unterstützt, daß Se. Majestät dem Reichstage die Versicherung gaben ließ, daß die vor Wien stehenden Militär-Commandanten nicht angriffsweise verfahren werden. Allein die von Ihnen veranlaßte Einwaffnung der Nationalgarde einzelner Ortschaften, besonders der Zusatz zu Ihrem Befehle mitteln u. s. w. setzen mit Ihren Friedensversicherungen in so großem Widerspruche, daß, wenn sie nicht aufhören, der Reichstag dagegen aufs feierlichste protestiren muß. Der Reichstag hat die Ungarn nicht ins Land gerufen, er kann sie daher auch nicht hinaus verweisen. Der ungarische Reichstag hat uns angezeigt, daß er den Befehl gegeben hat, Sie zu verfolgen, und es ist kaum zu zweifeln, wenn Sie entwaffnet sind. Wir finden die Mittel zur friedlichen Ausgleichung einzig darin, daß Sie die weggenommenen Waffen zurückstellen, und unverzüglich den Rückzug nach Hause antreten. Nur dann kann der Reichstag die ungarische Armee zum Stillstande auffordern. Wird diese Bedingung nicht erfüllt, so beginnt der Kampf mit den Ungarn, den Ihre verantworten mögen, welche bisher Zustand herbeigeführt." Dieses Schreiben wird von dem Hause mit ungeheurem Beifalle angenommen, und ihre unverweilte Absendung beschlossen.

Pillersdorf will daß man einen Tag mit der Antwort warte. [illegible] wird die vom Banus verlangte Auflösung des Baron Reufey Regiments gekommen, „Hoher Reichstag! Auf der Antwort, welche ich gestern die Ehre hatte an Se. Excellenz den kommandirenden Grafen Auersperg aus Anlaß einer von Seite des hohen Reichstags an denselben gerichteten und zweifelsohne von demselben bereits erwiederten Zuschrift zu geben, wird der hohe Reichstag die Motive, welche mich von der Mauern Wiens geführt haben, zuverlässig mit Beruhigung entnommen haben. Ich erlaube in diesen nur noch die bestimmteste Erklärung hinzu zu geben, daß es mir eben so sehr meine eigene innigste Ueberzeugung als meine Stellung zur heiligsten Pflicht macht, die freien Institutionen unseres Vaterlandes mit allem nicht anzutasten, sondern mit allen meinen Kräften zu schützen. Allein jetzigen Verhältniß zu Innerösterreich und Ungarn ist es eben der Beweis für mein Streben nach Gleichberechtigung und gesetzliche Freiheit. Die Anarchie, die nahe Gewalt ist ein Fluch für alle Völker, und diese zu bekämpfen ist eines jeden Staatsbürgers Pflicht, und in diesem Sinne bietet ich mit aller Energie des Willens und der That jeder gesetzlichen Gewalt meine Hilfe an. Der hohe Reichstag erlaube mir am Schlusse noch die Bemerkung, wie bedauerlich es wäre, wenn bei einem etwaigen Ueberschreiten der österreichischen Grenze durch die ungarischen Truppen die Gegend um Wien der Schauplatz eines blutigen Kampfes und Wien selbst den Gräueln eines verderblichen Krieges preisgegeben würde, den ich im Interesse der Menschheit und des österreichischen Gesammtvaterlandes so gerne vermeiden und einen friedenbringlicher mitteln möchte, der auf feste Garantien gestützt, im Stande wäre, Ruhe, Ordnung und gesetzliche Freiheit, womit das glückliche Verhältniß des Kaiserthums und seiner Theile unter dem Scepter unsers konstitutionellen Kaisers und Königs bleibend zu sichern. Hauptquartier Roth-Neusiedl, den 13. Oktober 1848. Jellachich, Feldmarschallieutenant und Ban." — Der Nationalgarde-Kommandant Messenhauser hat die Errichtung der dritten Bataillone der Meidlgarde befohlen, ebenso eine Regung der Artilleriezweigen, so wie eine Abtheilung der Stadt in 3 Militärbezirke. Das Hauptquartier des Nationalgarde-Kommandanten ist in der Stallburg. Die Alarmirung erfolgt durch die Distrikts- und Bezirksschen. Unbefugter Alarm, der weder vom Nationalgarde-Kommandanten noch von dessen Adjutanten Fenner von Fennberg angesagt, wird streng geahndet. Ebenso ist die Beobachtung auf dem Stephansthurme unter den unmittelbaren Einfluß des Kommandanten der Nationalgarden gestellt. Schüsse und Leuchtkugeln auf den Basteien und den Glacis ist strenge untersagt. — Aus Mähren wird berichtet, daß Olmütz von Militär wimmle, daß man am 14. Windischgrätz und den Kaiser zugleich erwarte. Das Gerücht sei bereits nach Wien abgegangen. Jellachich hat sich gegen den Kaklenberg gezogen, um das Donauufer zu gewinnen, damit er die Stadt von dieser Seite einschließen kann. — „Wer weiß, was geschehen sürfte, wenn die amtliche Mittheilung in Budapest sein wird? Will man die ausgesandte Flotte auf die Alliance-Zeitung sand!" — Hafner, der Redakteur der ultra-radicalen Zeitschrift „Konstitution" ist bei Stein in die Hände der Soldaten gefallen. — In Pest ist selbst Kossuth im Repräsentantenhause am 10. eine Adresse an den Wiener Reichstag, worin 1) gesagt wird, daß die Oesterreicher die ungarischen Truppen, wenn sie auf österreichischen Boden kämen, als Feinde betrachten werden; 2) daß dieselben zu Besehl des österreichischen Reichstags stehen; 3) daß dieselben auf Kosten des ungarischen Staates zu leben haben. In derselben Sitzung wurde auch der Beschluß gefaßt, daß diejenigen, welche sich in diesen stürmbewegten Zeiten aus Pest flüchteten, binnen 15 Tagen daselbst bei Strafe der Konfiskation ihres Vermögens zurückkehren haben. Am 8. Oktober war noch folgende amtliche Mittheilung in Budapest bekannt gemacht: „Nachdem durch Gottes Gnade und das siegreiche Vordringen unserer tapfern Truppen die heilige Sache des Vaterlandes soweit sichergestellt ist, daß das ganze Armeecorps des Rebellen Jellachich, bei Stuhlweissenburg bereits tüchtig geschlagen, gegen Wien entsprengt; die aus 10,000 Mann bestehende Räuberhorde Roshe bei Ercsin Name: mit allen Lasttieren und Effekten zu Gefangenen gemacht worden ist, und binnen kurzer Zeit der ganzen Macht des Feindes entweder vollständig vernichtet, oder die schmählich entflohenen Haufen gänzlich aus dem Lande getrieben werden: somit wird im Namen des Königs und des Vaterlandes in Gemäßheit des Reichstags-Beschlusses hiermit unter strenger Verantwortung allen Festungs-Commandanten und sämmtlichen Militär in den Festungen von Ungarn, Siebenbürgen, Slavonien und Croatien aufgetragen, daß sie binnen 7 Tagen, nach Belaunmachung dieses Befehls, im Königreich die preiswürdige Fahne Ungarns unerläßlich aufstecken, und sowohl dies, als 2 ihre Treue gegen Ungarn und die verbundenen Länder, und ihren bereitwilligen Gehorsam gegen die Befehle der Landesvertheidigungs-Kommission unerläßlich kundgeben. Im entgegengesetzten Falle aber wird Jeder, der diese seine Pflichten unerfüllt läßt, als Verräther des Vaterlandes sofort außer dem Gesetze stehend erklärt, und kann von wem immer festgenommen und erschossen werden. Zugleich wird unwiderruflich erklärt, daß in dem Falle, als Jemand auch nur zögern sollte, den diesen oben bemerkten Pflichten zu gehorchen, sobald durch die Tapferkeit unserer Heere der Sieg der vaterländischen Sache gesichert und das Land von den Rebellenhorden gesäubert ist — alle Ungehorsamen in den Festungen aller Landesverräther ohne Gnade streng bestraft werden. Welcher Befehl zur Darnachachtung und Bekanntmachung in der Festung allen Festungs-Kommandanten zuzusenden angeordnet wird. Gegeben Ofen-Pest, 8. Oktober 1848. Im Namen der Königs und des Vaterlandes — in Gemäßheit des Beschlusses der Vertreter der Nation, die Landes-Kommission. Ludwig Kossuth, Präses.

Nr. 97.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Donnerstag den 19. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 19. Oktober.

Es wurden durch allerh. Entschließung vom 12. Okt. der Revierförster zu Wildhausen Kaspar Heid in den Ruhestand, und der Revierförster Friedrich Krapf zu Waldesster, beide auf Ansuchen, endlich der Revierförster Gebaß. Gerber zu Roßen an des letzteren Stelle versetzt; durch allerhöchste Entschließung vom 14. Oktober der Sekretär I. Klasse bei der Regierung von Oberbayern Wilhelm v. Packenreuth auf Ansuchen mit Zufriedenheitsbezeugung in den Ruhestand versetzt, und der bisherige funktionierende Kontroleur bei dem Waizenbierbräuhause in Nürnberg Friedrich Mayer an Packenreuth's Stelle provisorisch ernannt; durch allerhöchste Entschließung vom 15. Okt. der Salinenintendent Alfred Weidhaupt zu Reichenhall zum wirklichen Oberberg- und Salinenrath mit Belassung auf seiner bisherigen Stelle ernannt.

Se. Maj. der König haben unterm 15. Oktober beschlossen, den Austritt des Dekan Johann Haas aus dem Landrathe von Niederbayern seiner Bitte entsprechend zu genehmigen, und an dessen Stelle den Stadtpfarrer Franz Seraf zu Landshut zum Mitgliede des genannten Landrathes zu ernennen geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

(Sitzung vom 16. Oktober.) Anstatt des Verfassungswerkes, womit heute endlich begonnen werden konnte, eine Tagesordnung so lang wie ein Theaterzettel und überwiegend ausgefüllt von persönlichen Widerwärtigkeiten. Daß eine so große Versammlung genöthigt ist, sich mit dergleichen kleinlichen Angelegenheiten zu befassen? Die Sitzung wird von Heinrich von Gagern halb 10 Uhr eröffnet und wir erblicken die Zuschauerräume so wohl als die Plätze der Abgeordneten zahlreich und zeitig besetzt. Das Protokoll wird unter einer Unruhe verlesen, welche den berkömmlichen Mangel an Parlamentsernst des Hauses auf diesen Gegenstand noch bei weitem überwiegt. Unter den Ausstrittsanzeigen ist die von Compes aus Köln, die von der Versammlung mit Zeichen des Bedauerns aufgenommen wird. Ein Schreiben des Reichsministeriums erklärt den Belagerungszustand von Frankfurt von dem Tage an für aufgehoben, wo das Gesetz zum Schutze der Nationalversammlung hier und in der Umgegend in Kraft tritt. Der königl. niederländische Gesandte legt der Nationalversammlung eine Denkschrift über die Flußschiffahrtsakte vor, die an den volkswirthschaftlichen Ausschuß überaebt. Auch diese wieder eine bedeutende Lüge von Flottenbestreuen. Ein alter Soldat aus den Freiheitskriegen übersendet u. A. seinen ganzen Schmuck, aus zwei Ringen und einer Borstenadel bestehend. Förster aus Hünfeld interpellirt im Sinne der linken wegen Oesterreichs, Ungarns und der Wallachei. Detmold aus Hannover antragt ebenfalls in Bezug auf Wien, aber in einem ganz entgegengesetzten Geiste, indem er hauptsächlich den Mord Latour's hervorhebt. Schmidt aus Löwenberg: Haben die „Flugblätter“ unmittelbare Beziehungen zu dem Reichsministerium? v. Reden richtet eine Reihe von Fragen an den Handelsminister in Betreff der Verhältnisse des Zollvereins und der von diesem neuerlich ergriffenen Zollmaßregeln. Hierauf bemerkt der Reichsminister des Innern von Schmerling die Nothwendigkeit. — Mit übergroßer seine Gränzwunden soweit sie sich auf die auswärtigen Verhältnisse Deutschlands beziehen. Die Zentralgewalt habe es, erklärt er, als ihre Aufgabe betrachtet, in Oesterreich dahin zu wirken, daß der Bürgerkrieg, welcher sich entzündet, sobald als möglich beendigt werde, und daß auf friedliche Weise die entgegenstehenden Interessen zur Ausgleichung gebracht würden. Das einzige Mittel, welches bei der großen Entfernung Wiens möglich und angemessen, war die unverzügliche Bestellung von Reichskommissären, welche sich an Ort und Stelle von der Lage der Sache zu überzeugen und dann die zur Beendigung des Bürgerkriegs erforderlich scheinenden Maßregeln zu ergreifen haben. Die Wahl dieser Kommissäre, der Herren Welcker und Mosle geht dahin, sich mit den Räthen der ältern. Krone und, wenn erforderlich, mit dem Wiener Reichstage in Unterhandlung zu setzen. Reichsverweser sind für jetzt nach Oesterreich allerdings nicht beordert, allein sie können von den Kommissären sofort requirirt werden. Jahn's Berliner Wühlererschwörung anlangend, so verliest Schmerling den Aufruf zur demokratischen Versammlung für den 26. Okt., worin gegen das Fortbestehen der Frankfurter Nationalversammlung geradezu protestirt wird. Darauf hat das Reichsministerium an die preußische Regierung den Auftrag erlassen, den Berliner Kongreß sorgsam zu überwachen und jede etwaige Ueberschreitung der Gesetze mit aller Strenge zu bestrafen. Nachdem Schmerling's Mittheilungen unter dem Zeichen tiefen Unbehagens beendigt sind, nimmt Vogt von Gießen die Initiative ein, um den Reichsminister von Schmerling in den bärtigen Formen der „Zensur“ und des anmaßenden Eingreifens in die Rechte des Hauses zu beschuldigen, weil er den Ton der Vogt'schen Interpellation in Bezug auf die Schweiz nicht geeignet befunden, um sich zu einer Antwort darauf gemüssigt zu fühlen. Ja, Herr Vogt scheut sich nicht, unter dem Jubel der Galerie, die Warnung zu erheben, daß Reichsministerium möge sich „solcher Streiche“ künftig enthalten! Unerschöpfliche Anregung und die folgenden Interpellationen Venedey's, Wesendonk's, Schaffrath's, Schmidt's von Löwenberg, Marek's und Anderer, schließen sich als Trotz der vorangegangenen Bewegung Vogt's an und nöthigen der Versammlung ihre Zeit ab, bis es nach wiederholten Versuchen gelingt, das Vorschreiten zur Tagesordnung durchzusetzen. Zu bemerken ist zuvor die Erklärung des Justizministers v. Mohl auf Veranlassung der Heimsoth'schen Anfrage. Das Reichsministerium will sich zwar auf die Justiz- und Gnadensachen der Einzelnstaaten keinen unmittelbaren Einfluß erlauben. Allein es hat es für seine Pflicht erachtet, daß in Wien auf solgendes Moment aufmerksam gemacht werde, auf die Ungerechtigkeit nämlich, die für die Verheiligen selbst darin liege, wenn politische Handlungen in Einer Amnestie zusammengefaßt würden mit einem Verbrechen, wie die Ermordung des Grafen Latour. Reh aus Darmstadt beantragt: über den ersten und dritten Punkt der heutigen Tagesordnung 1) Berathung des vom Abg. v. Lindenau, Namens des Ausschusses für Geschäftsordnung, erstatteten Berichts über die vom Abg. Schaffrath und Genossen gegen den Vizepräsidenten v. Soiron, als Vorsitzenden der Nationalversammlung in den Sitzungen vom 7. und 8. Aug. l. J., angebrachten Beschwerden. 2) Berathung des vom Abg. v. Breuning erstatteten Berichts, Namens des Ausschusses für Beurtheilung des von den Abg. Schmidt aus Schlesien und Wiesner gemeinschaftlich in der Sitzung vom 5. Okt. 1848 gestellten Antrags, des dadurch hervorgerufenen Antrags des Abg. H. v. Gagern und des Verhaltens des Vorsitzenden, Vizepräsidenten Simson; ohne weitere Berührung derselben in der Hoffnung hinweg zu schreiten, daß sich ähnliche Vorfälle nicht wiederholen werden. Nachdem Hr. Reh seine Meinung in einigen Worten motivirt hat, wird darüber abgestimmt und die Versammlung entscheidet sich in der That für die Beseitigung der beiden Nummern. Mit Applaus wünscht sie sich darnach selbst Glück zu diesem mit großer Mehrheit gefaßten Beschlusse. Nach der unerwartet leichten Erledigung obiger beiden Punkte provisorischen Charakters auch den Punkt unter Nr. 2 der heutigen Tagesordnung, nämlich Langerfeldt's Bericht über die weiter mehrere Mitglieder der Nationalversammlung einzuleitende Untersuchung, durch eine rasche Abstimmung zu überwinden. Allein der Widerspruch gegen dieses Ansinnen ist allgemein und Zimmermann von Stuttgart erhält das Wort, um mit langgezogener Leichenbittermiene sinnlich den Lob Tschuwotsky's und Auerswald's, und darauf heftig länger das traurige Schicksal seiner politischen Freunde zu beklagen, die in Zukunft nicht zu schlagen, die so stimmig, so allgemein und so ungerecht verächtigt würden. Eine Wendung gegen einen Raben, der sein Gerächze für einen Schwanengesang aufgegeben habe, veranlaßt eine zurechtweisende Unterbrechung von Seite des Präsidenten und den Ruf der Versammlung: zur Sache. Zimmermann's Verlangen ist, daß die Versammlung zur Einleitung der Untersuchung ihren Gutanbuld versagen solle. Plathner tritt sehr schneidend dagegen: Es ist eben im Interesse der Angeklagten, daß sie von dem auf ihnen lastenden Verdachte durch ein freisprechendes Erkenntniß gereinigt werden, und somit ist die Untersuchung auch im Interesse der Nationalversammlung. Pogl, brohend, höhnend und mit ätzender Ironie, unterscheidet einen juristischen und politischen Standpunkt der Frage. Nur von dem letzteren will er reden, und von diesem aus führt er, daß die Motirung und die Revolution niemals herkomme von ihren Leitern, sondern vielmehr von Denen, gegen die sie gerichtet sei. Wer also bringe das Volk jetzt zur Verzweiflung und zu den Waffen? Das Gericht, welches die Untersuchung beantragt, hat sich ebenfalls nicht auf den juristischen Standpunkt, sondern auf den politischen gestellt. Wischen Sie den 18. Sept. hinweg und es wäre ihm niemals ein solcher Antrag in den Sinn gekommen. Die Brutalität der Revolution sind nur eine von oben nach unten durchfiltrirte Brutalität Derjenigen, die ihr ganzes Leben hindurch zur Ordnung und Ruhe aufgewiegelt haben. Mit Karikaturen greift man das Volk an — so greift denn das Volk zu seinen Mitteln — Lauer, Lichnowsky. (Beifallsklatschen links; Pfui von der Rechten.) Der Red-

ner schließt mit der Erinnerung an das Benehmen der französischen Nationalversammlung gegen Louis Blanc, Caussidière und Ledru Rollin, und das Verfahren gegen die letzteren bitter er sich zum Muster zu nehmen. Nachdem Vogt unter dem lauten Beifalle seiner Partei von der Bühne getreten, erscheint Bassermann auf derselben. Er versteht Action und Reaktion anders als Vogt, und deckt sicher und schonungslos die Trugschlüsse der Gegenpartei auf, welche die Tyrannei einer Minderheit unter dem Namen der Freiheit proklamiren will. Seinen Worten bleibt die Versammlung ihren enthusiastischen Beifall nicht schuldig. Die Linke nehme es über, sage er, mit den Rechten zu sympathisiren, welche sich zur Vereinbarung gezeigt zu werden. Allein in der Versammlungen, wo man den Mördern Lichnowsky's und Auerswald's ein Hurrah gerufen, eben dort habe auch allemal das zweite Hoch der Linken gegolten. Wem arbeiten diese Erschütterungen in die Hände? Unsern Feinden. Und was wird aus ihnen hervorgehen? Ein armes zerrissenes Vaterland. (Tiefe Bewegung, großer anhaltender Beifall.) Schaffrath mag ein geschickter Anklager sein; ein glücklicher Vertheidiger ist er nicht. Nachdem er sprach nach Bassermann, und seinem Vortrage folgte eine Rede Eberl's von Würzburg. Schaffrath eiferte natürlich gegen die Anklageversetzung, während sich Eberl für den Ausschußantrag erklärte. Hierauf wurde die Berathung geschlossen und nur noch den Vertheidigern und dem Berichterstatter das Wort vorbehalten, welches sofort dem Abgeordneten Itz und sodann dem Abg. Schlöffel ertheilt wurde. (Schluß folgt.)

Bayerische Verhältnisse.

** München, 18. Okt. Unter die Gegenstände, welchen man von Seite der Regierung schon seit geraumer Zeit besondere Aufmerksamkeit zugewendet wurde, ist auch die thunlichste, bereits in der Proklamation dd. 6. März d. J. erwähnte Verbesserung der Lage des niederen Dienstpersonals zu rechnen, dessen Anstellung bekanntlich nach den bisherigen allgemein geltenden Verwaltungsgrundsätzen fast durchgehends nur mehr in widerruflicher Eigenschaft stattfand, welches Personal aber zunächst durch diese immerwährende Unsicherheit seiner Lage sich gedrückt fühlte, wenn gleich schon in jedem einzelnen Falle Substentationen und Alimentationen zugestanden wurden. Am meisten Rücksicht bedingte dieses Verhältniß bei dem äußerst zahlreichen Personal der Post- und Eisenbahnverwaltung, zumal hier ganz vorzugsweise einzelne Dienstkategorien mit großer Verantwortlichkeit und Gefahr verbunden sind. Durch eine neuste allerhöchste Verfügung dd. 11. d. Mts. haben nun Se. Maj. der König dem gedachten Personal eine Verbesserung seiner Lage und zwar einerseits durch nicht unbedeutende Gehaltszulagen nach Maßgabe längerer Dienstzeit, andererseits durch Einräumung gewisser Stabilitätsrechte in einer Weise zu gewähren geruht, welche gewiß mit dem vollsten Danke von allen Betheiligten erkannt werden wird, und da gedachte Verordnung in ihren einzelnen Bestimmungen auch ein allgemeineres Interesse erregen dürften, so lassen Wir dieselbe hier vollständig folgen:

Maximilian II. König ꝛc. ꝛc. Von der Absicht geleitet, die Verhältnisse des niederen Post- und Eisenbahnpersonals mit Rücksicht auf die besonderen Anforderungen und Eigenthümlichkeiten der betreffenden Dienstzweige schon dermalen, in so weit es ohne unverhältnißmäßige Belastung der Staatskasse geschehen kann, zu verbessern, haben Wir hiezu hemogefunden hierwegen zu beschließen, was folgt: I. Dem nach allseitiger Prüfung revidirten Besoldungsstatuò, wie er in der Anlage enthalten ist, ertheilen Wir Unsere Genehmigung und ist derselbe vom Etatsjahre 1848/49 angefangen, in so weit ausschließlich in Anwendung zu bringen, als nicht bereits erworbene höhere Ansprüche und pragmatische Rechte zu berücksichtigen sind. II. Die Anstellungen im niederen Post- und Eisenbahndienste erfolgen auch künftig, wie bisher, auf Ruf und Widerruf. Die Vortheile der Stabilität und den Genuß der nach Art. IV. damit verbundenen Rechte wollen Wir jedoch eintreten lassen, nach Vollendung einer tadellosen Dienstzeit von zehn Jahren, welche in einer der nachbezeichneten Funktionen zurückgelegt worden ist: 1) Bahnmeisterdiener, 2) Wagenmeister und Stationsmeister, 3) Kondukteure und Konduktteure, 4) Lokomotivführer, 5) Bahnwärter, 6) Postpacker und Briefträger, in so weit diese Individuen vom Staate selbst angestellt, nicht aber von anderen Bediensteten auf deren Haft und Gefahr verwendet werden. Bei Berechnung obiger Dienstzeit können nur die im wirklichen kgl. Post- und Eisenbahnbetriebsdienste zurückgelegten Jahre in Anrechnung kommen. III. Das übrige Unterpersonal wird, nach Maßgabe seiner Befähigung und seines Wohlverhaltens durch Beförderung zu Stellen, womit die Aussicht auf Stabilität verbunden ist, thunlichst berücksichtigt werden. IV. Die Pensionen der im Art. II. benannten Bediensteten, dann die Alimentationen der Relikten derselben reguliren sich nach erlangter Stabilität analog den allgemeinen Bestimmungen der IX. Verfassungsbeilage in der Art, daß: a) im ersten Jahrzehente der erlangten Stabilität sieben Zehentheile, b) im zweiten Jahrzehente der Stabilität acht Zehentheile, c) nach dem Eintritte in das dritte Jahrzehent neun Zehentheile des Hauptgehaltsbezugs als Standesgehalt zu betrachten sind. V. Bei etwaigen Ableben eines Bediensteten der im Art. II. bezeichneten Kategorien, vor erlangter Stabilität, werden Wir für dessen Relikten, mit Rücksicht auf Art. XII. der Verordnung vom 28. November 1812 bis auf Weiteres entsprechende Unterhaltsbeiträge in jedem einzelnen Falle festsetzen lassen, sofeme die verordnungsmäßigen Voraussetzungen für derlei ausnahmsweise Berücksichtigung bestehen. VI. Im Falle des Verunglückens im Dienste und der dadurch herbeigeführten Funktionsunfähigkeit ist ohne Unterschied der Stabilität allen Bediensteten eine Pension von resinirten sechs Zehentheilen des Hauptgehaltsbezuges zugesichert. Eine weitere Berücksichtigung bleibt nach Beschaffenheit des Falles vorbehalten. Die Relikten werden bei gleicher Veranlassung nach den Bestimmungen der allgemeinen Pensionspragmatik vom Jahre 1805 alimentirt. VII. Eine Berücksichtigung des außerdem ohne eigenes Verschulden vor erreichter Stabilität untüchtig und erwerblos gewordenen Personals (Art. II.) wird durch Bewilligung von ständigen Unterstützungen eintreten, welche letztere in der Regel mit der Hälfte der nach Art. VI. sich berechnenden Pension festzusetzen sind. Nicht jede Bedienstete, im Allgemeinen, welche nach durchaus tadelloser Dienstzeit ohne eigenes Verschulden dienstunfähig und erwerblos geworden sind, erhalten nach Beschaffenheit des Falles Sustentationsbeiträge, welche im Verhältnisse zu den im ersten Absatze gegenübergestellten Artikeln vorgesehenen thunlichen Unterstützungen zu bemessen sind. VIII. Die Regulirung der Pensionen, Sustentationen und Alimentationen auf den Grund gegenwärtiger Verordnung hat von Seite der Generalverwaltung der Posten und Eisenbahnen in jedem einzelnen Falle nach vorausgegangener kollegialer Berathung stattzufinden, rücksichtlich der Berichtserstattung, wenn besondere Motive zu ausnahmsweiser Berücksichtigung bestehen. IX. Vorstehende Bestimmungen finden im Allgemeinen sofort auch ihre Anwendung auf die bei Unserer Donaudampfschiffahrt angestellten Bediensteten. Wegen definitiver Festsetzung des Besoldungsstatus für diese Personal so wie wegen ebenmäßiger Gewährung theilweiser Stabilitätsrechte für dasselbe bleibt Unsere Entschließung vorbehalten. X. Dem gesammten Unterpersonal sind die auf Hürlorge für dasselbe getroffenen Anordnungen sofort bekannt zu geben, und habt ihr das Weitere hiernach zu verfügen. Nymphenburg, den 11. Okt. 1848. Auf königl. allerhöchsten Befehl ꝛc. ꝛc.

Besoldungsstatus des niedern Post- und Eisenbahn-Personals.

Nro.	Dienstes-Kategorien.	Jahres-Bezüge. Geldgehalt.	fl.	kr.	Dienstkleidungsbeitrag.	fl.	kr.	Wohnungsbeitrag.	fl.	kr.	Fahrt-Entschädigung.	fl.	kr.	Bemerkungen.
1	Eisenbahnoperationsdiäten	300	—	—	30	—	—	—	—	—	I. 1/4			der Zahl.
		400	—	—	30	—	—	—	—	—	II. 1/3			
		350	—	—	30	—	—	—	—	—	III. 1/3			
2	Oberkondukteure	400	—	—					per Stunde					Über die Anspruchsfähigkeit der Oberkondukteure, dann der Condukteure, Konduktteure und Bahnmeisterdiener, dann der Wagenmeister und Stationsmeister, dann der Lokomotivführer, dann der Bahnwärter, dann der Postpacker und Briefträger, dann der Eisenbahnoperationsdiäten entscheidet der Tag der Courexpedition.
3	Kondukteure	350	36	—				3	I.	über 15 Jahre				Dienst-
		300	36	—				3	II.	die 15 Jahre				zeit.
		250	36	—				3	III.	bis 9 Jahre				
4	Postpacker	400	36	—				30	I.	bei dem Oberpostamte.				
		350	36	—				30	II.	über 15 Jahre				Dienst-
		300	36	—				30	III.	die 15 Jahre				zeit.
5	Briefträger	400	36	—				30	I.	Oberbriefträger.				
		350	36	—				30	II.	über 15 Jahre				Dienst-
		300	36	—				30	III.	die 15 Jahre				zeit.
6	Wagen- und Stationsmeister	400	36	—				30	I.	am Oberpostamts- oder Bahnamtssitze.				
		350	36	—				30	II.	erponirt.				
7	Bediensteter u. Paketenmacher	300	36	—				30	II.	über 5 Jahre				Dienst-
		250	30	—				30	III.	die 5 Jahre				zeit.
8	Stationsdiener	240	30	—				—	per Stunde					
		220	30	—				—	I.	für Bremsendienst				der Zahl.
9	Lokomotivführer	500	50	—	50	—	—	200	I.	nach	6			
		550	50	—	50	—	—	200	II.	„	4			Dienstjahre.
		500	50	—	50	—	—	200	III.	„	2			
		450	50	—	50	—	—	200	IV.	„	2			
		400	50	—	50	—	—	200	V.	bis	2			
10	Lokomotivführerlehrlinge	350	—	—				—	per Stunde					
11	Wagenwärter	300	36	—				3						
12	Dritzer	240	30	—				100	I.	1/4				der Zahl.
		220	30	—				100	II.	1/3				
13	Bahnwärter	400	36	—				30	I.	am Bahnamtssitze.				
		350	36	—				30	II.	erponirt.				
		220	30	—				—						

Deutschland.

Bayern. ** München, 18. Okt. Einem uns gütigst mitgetheilten Privatschreiben aus Sigmaringen v. 15. Okt. entnehmen wir folgende Thatsachen über den Einmarsch und den Aufenthalt der bayerischen Reichstruppen daselbst, so wie über die Stimmung im Fürstenthum: Am 10. Okt. früh vereinigten sich vor dem Städchen Scheer die in Ehingen und die halbe Batterie mit der Colonne des Hittmeisters v. Xylander vom 4. Chevauxlegerregiment, und begrüßten sich durch ein dreimaliges Hochrufen, worauf der Marsch und Einmarsch der Kolonne in Sigmaringen unter dem Befehle des Obersten Ermarth ohne den mindesten Anstand erfolgte, obwohl von den dortigen Schreiern das Gerücht verbreitet wor-

den war, nur über ihre Leisten würden sie fremde (!) Truppen ins Land lassen. Dieser einfachen Thatsache gegenüber mögen die schmählichen Lügen ihre Würdigung finden, welche schon am 8. Oct. in mehren bayrischen Blättern von „hartnäckigem Widerstand der Einwohner", „Todten und Verwundeten des Leibregiments" zu lesen waren, während, wie schon oben gesagt, der friedliche Einmarsch erst am 10. Oct. erfolgte! Sollten vielleicht gute Freunde der Hamarinsichen „Volksfreiheit" im Voraus schon ihre eigenen Wünsche damit haben ausdrücken wollen? Am 12. Oktober wurde die Feier des Namensfestes des Königs Max durch eine große Parade aller bayerischen Truppen glänzend begangen. Dieselben defilirten am Schlusse vor dem Fürsten, der an diesem Tage in seine Residenz zurückgekehrt war. Der Geist, welcher unter den Truppen herrscht, ist vortrefflich. Eben so wer, welcher die Gemeinden des Landes besucht, die unterwegen ihren Ehrbezeugungen für den Monarchen und seine Familie, so wie den regierenden Fürsten mit Liebe und Treue zugethan sind. Die Residenz allein macht eine unrühmliche Ausnahme, trogdem, daß der Fürst gerade auf sie mit größter Vorliebe beachtet war, und einen bedeutenden Theil seines ansehnlichen Privatvermögens zu ihrer Verschönerung und Hebung ihres Wohlstandes verwendet hat. — Der badische Regierungsrath Stephani benutzt sich als Reichscommissär für die Untersuchung des Vorgefallenen, und die täglich stattfindenden Verhaftungen beweisen, daß man mit Ernst gegen die anarchische Partei — denn man würde dem Gesindel eine zu große Ehre erweisen, wenn man es Republikaner nennen wollte — einschreitet."

Würzburg, 15. Oct. Nicht der 20. d. M., wie neulich gemeldet worden, sondern der 21. ist als der Tag festgesetzt, an welchem die Bischöfe Deutschlands in der alten Frankenstadt zur gemeinsamen Besprechung über sittliche Angelegenheiten zusammentreten werden. Die Berathungen sollen am 23. beginnen und wo möglich in 8 Tagen vollendet sein. Wie viele Bischöfe kommen werden, ist noch unbestimmt; bis jetzt sind, wie wir vernehmen, angemeldet die Erzbischöfe von Bamberg, Köln und München, dann die Bischöfe von Limburg an der Lahn und Speyer. (Würzb. Ztg.)

Baden. — In der Sitzung der II. Kammer am 16. Oct. befand sich unter den vorgelegten Petitionen eine Eingabe der Bürger von Ettlingen, in welcher dieselben gegen die von einer Anzahl Ettlinger Bürger unterzeichnete und von dem Abg. v. Itstein vorgelegte Petition, welche die Aufhebung des Belagerungszustands verlangt hatte, um für die Beibehaltung desselben sich auszusprechen. Darauf wurde die Berathung über die Einführung der Schwurgerichte fortgesetzt.

Konstanz, 14. Oct. Heute Vormittags stand der verantwortliche Redakteur der Seeblätter, J. N. Letour, vor Gericht, angeklagt der Majestätsbeleidigung, die ein dem Volksfreund entnommener Artikel dieser Blätter, betitelt: „Der Bürgerverein Jedweden, oder: so weit sind wir gekommen", enthalten haben soll. Der Angeklagte wurde nach dem Antrage des Staatsanwaltes, zu sechsmonatlicher Arbeitshausstrafe und Tragung der Kosten verurtheilt.

Sächsische Herzogthümer. — Nach Thüringen sind neue Truppen von Hamburg herbeigerufen. Nur durch rasche Truppendurchgänge können die aufgeregten und unverständigen Bauern im Zaume gehalten werden, welche unter Republik nichts Anderes verstehen, als Steuerfreiheit. (T. Z.)

Preußen. — ⊙ Berlin, 15. Oct. Der König ist heute Morgen von Potsdam hier eingetroffen und in einer offenen Chaise mit seiner Gemahlin unter dem Jubel des Volks die Linden entlang gefahren. Dem königlichen Wagen folgten die der Prinzen und des Hofstaates. Nachdem Se. Majestät im Dome dem Gottesdienst beigewohnt hatte, in der Kirche selbst mit den lebhaftesten Freudenäußerungen begrüßt worden war, haben Dieselben die Deputationen der Nationalversammlung, der Bürgerwehr und die der städtischen Behörden im Schloß Bellevue empfangen, welche dann zur königlichen Tafel gezogen wurden. — Der Ausbau des königlichen Schlosses, ein Thurm mit einer großartigen Kuppel, ist nunmehr äußerlich so weit vollendet, daß heute der Hüllen mit einem Theile der Kuppel fielen. — Man spricht davon, daß preußisches Militär in die anhaltischen Fürstenthümer verlegt werden soll. Unglaublicher scheint, daß das anhaltische Militär nach Lübeck kommen soll. — Bis heute Mittag sind als an der Cholera erkrankt 2134 Personen amtlich angemeldet. Davon sind gestorben 1384, genesen 449 und 301 in Behandlung.

Trier, 14. Oct. (Trier. Z.) Auf einem Dorfe in Deutschland von Köln und Düsseldorf eine zweite große Volksversammlung im Dorfe Worringen ausgeschrieben. Man darf dort einen sehr argen Skandal entgegen sehen, denn der morgende Tag ist der Geburtstag des Königs, und die Demonstration ohne Zweifel absichtlich auf diesen Tag verlegt. Der Aufenthalt der preußischen Truppen in Baden scheint so bald nicht abgekürzt werden zu sollen, denn gestern sind sogar Civilbauarbeiter dahin abgegangen.

Oesterreich. — **Wien**, 14. Oct. Zellachich hat sich mit seinem Zentrum unbedeutend von Wien entfernt und sein Hauptquartier in Kothneusiedel aufgeschlagen. Die übrigen Truppen stehen beim Neugelände, Inzersdorf, Brunn und Mödling mit dem Rücken gegen das Gebirg. Graf Auersperg befindet sich mit seinem Stabe in Schönbrunn. Die Nationalgarden der von den Kroaten berührten Orte mußten die Waffen ablegen und für Proviantirung Sorge tragen. Mödling allein mußte 2000 siebenpfündige Laib Brod und 100 Eimer Wein liefern. Die Fouragesendungen von Brod, Mehl ꝛc. welche durch Wien ins Lager gehen sollten, sind von den Studenten und Garden mit Beschlag belegt worden. Heute haben der englische und der russische Botschafter Wien verlassen. (A. Z.)

Brünn, 12. Oct. Der Kaiser wird heute Vormittag in Seelowitz erwartet. Eine Deputation, bestehend in 3 Kommunalausschuß-, 3 Repräsentationsmitgliedern und 6 Garden werden sich nach Seelowitz begeben, um ihm die Aufwartung zu machen und ihm zu danken, daß er Mähren dadurch beruhigt, um von da aus die konstitutionelle Freiheit zum dauernden Gemeingute für alle seine Völker begründen zu können. Der Kaiser erließ folgende Proklamation: „An die Völker meiner deutsch-czechischen Provinzen! Gleichzeitig mit meiner Adresse von Schönbrunn habe ich ein Manifest zur Kontrafinanzur und Verfassungsfrage nach Wien geschickt, in welchem ich meine höchste Entrüstung und Betrübniß über die traurigen und grauenvollen Ereignisse ausspreche, welche durch die leichen Liebesgriffe einer sehr Freiheit entrückenden, zwar kleinen, aber ungemein thätigen Partei neuerlich dort stattfanden, angerichtet ich mich unerschlossen habe, meine Gesinnungen als die liebe der Einwohnen, wohin zurückzukehren. Zugleich habe ich in selbem den vorzugsweisen Zweck meiner Reise erklärt; nemlich einen für den Augenblick geeigneten Standpunkt in der Monarchie zu gewinnen, von welchem aus ich die konstitutionelle Freiheit zu einem wirklichen und dauernden Gemeingute, für alle gleich wohlthätig wirkend, begründen könne, ohne die Vortheile, welche bereits meine Sanktion erhalten haben, zu gefährden. Da mich die bestigen Wirren dieses Manifest vielleicht nicht an seine Bestimmung kam und somit auch nicht zur allgemeinen Kenntniß gelangen könnte, wollte ich died denen Provinzen, und insbesondere denen Gegenden, welche ich durchziehe, zur Beruhigung bekannt geben. Herzogenburg, 8. Okt. 1848. Ferdinand."

Tulbach, 8. Okt. Aus Korfu vom 2. Oct. wedet das gestern in Triest eingetroffene Dampfschiff, daß auf der Insel Kefalonia bedeutende Unordnungen ausgebrochen sind, die bewaffneter Einschreiten nöthig gemacht haben. Schon seit längerer Zeit fühlten sich viele Bewohner dieser Insel, die meist zum griechischen Volke gehören, zu dem Königreich Griechenland hingezogen und äußerten offen den Wunsch, mit demselben sich zu vereinigen. In Theatern und bei allen öffentlichen Festlichkeiten sah man nur blaue und weiße Farben. Am 26. Sept. erschienen auf einmal etwa 500 bewaffnete Bauern vor Argostoli, der Hauptstadt jener Insel, und da der englische Resident nur über wenig Truppen verfügen konnte, mußten 12 Mann den ganzen Tag über eine Brücke vertheidigen, die den Zugang zur Stadt bildet. Tags darauf erneuerten sich die Angriffe und es schien darauf abgezielt, die Stadt zu plündern, weil man den dortigen Kaufleuten Schutz gab, den Rest der Korinthen beraubt und verbrannt hatte. Da erschien zu rechter Zeit das englische Kriegsdampfboot Spitfire mit 4 Kompagnien Landvolkaten und 4 Kanonen von Korfu, was jedoch nicht hinreichte, die Emeute zu unterdrücken. Es sollten Tags darauf weitere 200 Mann und 4 Kanonen hinübergesandt werden, wodurch die Garnison auf 1300 Mann gebracht wird. Außerdem soll Allen, welche die Waffen niederlegen, volle Amnestie gewährt sein, mit Ausnahme der Rädelsführer. (Fr. O.-P.-A.-Ztg.)

Italien.

Turin. Der „Piemontesischen Zeitung" vom 11. Okt. zufolge hat Hr. Hescher am 9. eine Privat-Audienz beim König gehabt, in welcher er seine beim Beglaubigungsschreiben als außerordentlicher Minister gesandter der deutschen Zentralgewalt einreichte.

Frankreich.

△ **Paris**, 14. Oktober. Der zu Nantes erscheinende „Indépendant de l'Ouest" bringt eine kleine aber bedeutungsschwere Note die offenbar von dem Prinzen von Joinville und seinen Brüdern selbst ausgegangen oder doch wenigstens veranlaßt worden ist. Der Prinz erklärt, unter keiner Bedingung gegen die in seinem Betreff aufgetretenen Gerüchte, nie eine Ermächtigung gegeben zu haben, daß man sich seines Namens bediene, um die Spaltungen zu vermehren, von denen Frankreich heimgesucht ist, und daß man ihm in der öffentlichen Meinung Ansprüche unterstelle, die eben so sehr seinen Gesinnungen, als den wahren Interessen seines Landes zuwider seien. — Der Augenblick wird kommen, wo er seine weiter — wo er die politischen Lebenschaften nicht mehr das Urtheil Frankreichs und Europas unmeben und Frankreich und Europa anerkennen werden, daß Ludwig Philipp 1830 in eine Stellung, die er nie sich gerbäumt hatte, gezogen wurde durch Ereignisse, die mächtiger waren als sein Wille, und daß er die Krone nur annahm und seine Familien-Zuneigungen nur zum Opfer brachte in der Ueberzeugung, daß sein ältester Sohn, der Herzog, sein Vaterland von den Schrecken einer neuen Anarchie von 1793 zu bewahren. Er büßt jetzt in einer schmerzlichen Verbannung diesen Irrthum seines Patriotismus und die langen Anstrengungen, die er gemacht hat, um den zerstörenden Strom zurückzuhalten, der im Februar 1848 losgebrochen ist und jetzt seine Verheerungen über die zivilisirte Welt verbreitet. Angeklärt durch eine Erfahrung, wie seinem Hause und ihrem Vaterlande es theuer zu stehen gekommen ist, — äußerten sie einer ganz nahen Stellung sich beständig, als jene, in welcher 1830 ihr Vater sich befand; vollkommen fremd dem was in jener Epoche geschehen ist; durchdrungen von dem Gefühle ihrer Pflichten gegen Frankreich; wissend, daß sie kein Recht auf die Nachfolge in einer Gewalt haben können, welche eine Revolution gefabelt hatte, und eine andere Revolution für immer zerstört hat; begreifend, daß nur eine rechtmäßige (legitime) und unbestrittene Autorität allein den Frieden in Frankreich und in Europa wiederherstellen kann, wünschen der Prinz von Joinville und die Prinzen seine Brüder, daß man ihre feststehende Absicht kenne, unter keiner Bedingung die Rolle anzunehmen, zu welcher einige Freunde durch ein Uebermaß von Treue sie einladen mach-

ten nach den Februar-Ereignissen, um welche jetzt ein Theil des Landes ihnen beigemessen fortfährt." Unmittelbar darauf bringt das genannte Blatt von Namen den folgenden Artikel: „Die „Emancipation Belge" spricht von einem Vertrage, der zwischen der ältern und der jüngern Linie der Familie der Bourbonen abgeschlossen worden wäre, und welcher demnächst durch eine deutsche Zeitung zur Oeffentlichkeit gebracht worden würde. Nachdem sie diese Nachricht mitgetheilt, ohne sie zu verbürgen, sagt die „Emancipation:" „Es sei zu ihrer Kenntniß gelangt, daß die Herzogin von Orleans für den Frieden von Paris durchaus keine Annäherung dieser Art habe unterschreiben wollen." Wir sind in der Stellung, dieser letzteren Angabe des belgischen Blattes ein förmliches Dementi zu geben. Das Verhalten der Frau Herzogin von Orleans seit dem 24. Februar war durchaus, wie es sein mußte, d. h. übereinstimmend mit den Gesinnungen der andern Mitglieder des Hauses Orleans und in jeder Beziehung würdig einer durch Geist und Herz so hervorragenden Prinzessin. Die Frau Herzogin von Orleans hatte keinen Anlaß Anträge zu unterschreiben, die ihr nicht gemacht worden waren; aber sie bedurfte nicht der Rathschläge von irgendwem, um die Pflichten zu begreifen, welche sie und ihrem Sohne, dem Interesse ihres Sohnes und ihre Hingebung für Frankreich ihr Adoptivvaterland vorzeichneten. Was den fraglichen Vertrag anlangt, so genügt es zu sagen, daß der Hr. Graf von Chambord der Herzog von Bordeaux oder Heinrich V.) nichts hinzuzufügen hat zu dem Briefe, den er am 1 Juni geschrieben hat, der in der Nationalversammlung vorgelesen worden ist, und der hinreichend andeutet, welches seine Gesinnungen sind und welches stets seine Verhaltungslinie sein wird." Der Leser wird sich den Kommentar zu diesen Erklärungen von selbst bilden.

** Paris, 14. Oktober. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde dem Finanzminister ein Kredit von 522019 Fr. 83 Ctd. zur Bezahlung der Halbsäkularfeiern des griechischen Anlehens bewilligt: desgleichen dem Minister des Ackerbaus und des Handels ein Kredit von 6,700,000 Fr. für nichts weiter als die Anfertigung von 130,000 Schächten und 43,000 Fahnen, zu welcher kraft eines Dekrets vom 4. April nach Lyon von der provisorischen Regierung Auftrag gegeben war, um den dortigen Arbeitern Beschäftigung zu geben. Der Finanzminister erklärte übrigens, daß die Gemeinden, unter welchen diese Schärpen und Fahnen vertheilt wurden, den Preis dafür zurückzuzahlen haben. Dann wurde bei Berathung des Art. 79 der Verfassung ein Amendement des Hrn. Rouher verworfen, wonach auch alle zuchtpolizeigerichtlichen Vergehen vor die Geschwornengerichte gebracht werden sollten, mit 421 gegen 301 Stimme verworfen.

Paris, 14. Oktober. Die neueste Revolution in Wien hat unsere Regierung mehr erfreut, als überrascht. Man hofft hier, Oesterreich werde durch diese innern Stürme genöthigt werden, sich in der italienischen Frage dienstlings in die Müllion der „vermittelnden" Mächte zu fügen. Indessen geht man noch nicht recht mit Farbe heraus, so lange die deutsche Reichsgewalt noch nicht zu erkennen gegeben hat, welche Stellung sie gegenüber den österreichischen Verwicklungen einzunehmen gedenkt. Ein kräftiges, entschiedenes Auftreten von Seiten der deutschen Reichsgewalt kann manche kühne Hoffnung unserer Rothen zunichte machen. Ich sage absichtlich: unserer Rothen, weil meiner Ueberzeugung nach die neueste Wiener Revolution mit den Bestrebungen der hiesigen Rothen in innigem Zusammenhang steht. Zum Beweise davon will ich eine höchst bezeichnende Thatsache anführen, die ich als Augen- und Ohrenzeuge bestimmt kann. Als am 9. d. M. das Dekret, wodurch der Kaiser von Oesterreich den Banus von Kroatien zum Generalkommandanten in Ungarn einsetzt, in Paris bekannt wurde, begegnete ich gegen 4 Uhr Nachmittags auf den Boulevards des Italiens einigen Publizisten und Politikern, die mit einander stritten. Einer derselben wettete in meiner Gegenwart, daß an diesem Tage (9. Okt.) die Wiener Revolution, die auch in Wien ausgebrochen, Fortschritte machte, indem er die zuverlässigsten Angaben hierüber besitze. Am 5., sagte der Wettende, werden die demokratischen Klubbs sich vereinigen, und am folgenden Morgen wird es losgehen. Fünf Tage später brachte ihm die Wiener Post die Bestätigung seiner Worte, und die mit den Gewinn seiner Wette, welcher letztere in einem Gabelfrühstück in „Café de Paris", der eleganesten unserer Restaurationen, bestand. Kein Kommentar zu dieser Thatsache überlasse ich dem deutschen Publikum.

(Karls. Z.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 16. Okt. Oesterr. 5proz. Metall. 68½, 4proz. 55, 3proz. —, 2½proz. 35½. Bankaktien 1160. 9. 500 fl.-Loose 111. 250 fl.-Loose 72½. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 88½. 9. — 9. Staatsschuldscheine 3½proz. 73½. — Bayer. 3½proz. 77. Ludwigs-Berbach. 66½. — Württemberg. 3½proz. 74½. 4½proz. 91½. — Bad. 3½proz. 72½. Lotto-Anlehen à 50 fl. 44¾. 35 fl.-Loose 24½. — Darmstädt. 3½proz. 74. 4proz. 82½. Lotto-Anlehen von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 20½. — Kurhess. Prinz.-Wilh.-Nordb. 41½. 40 Thlr.-Loose 24½. — Nassau. 3½proz. 80. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 5proz. 77, 3½proz. 90, 85½. Taunusbahn 269. — Holländ. Integr. 44½. — Span. 3proz. innere Schuld 17½. — Pol. 300 fl.-Loose — 500 fl.-Loose 66½. — Sard. 36 Fr.-Loose 25½. Dlc. 2.

Paris, 14. Okt. 3proz. 44,35. 5proz. 68.80. Schatzsch. 23. Bankaktien 1560.—. Staatsobligationen 1110.—. Bier Kanäle 845.—. Comptoir. von Algier 1575. Belg. 5proz. von 1840 77½, von 1842 77½. 4½proz. 70½. 3proz. —. 2½proz. —. Belg. Eisenb. 645. Rhein. 5proz. 81.—. Rhein. 3proz. 63½. Span. 5proz. 23½. Minen 13½. Posen 2½. Piem. 875.—. Pabst —. St. Germain 68.10. Versailles (rechte) 105.—. (link) 95.—. Orleans 625.—. Rouen 387.—. Havre 185.—. Martell. 190.—. Basel 85.—. Bierzon 238.—. Boulogne —.—. Bordeaux 371.25. Nordbahn 362.50. Montereau 112.50. Lyon 362.50. Straßburg 336.50. Rauden. 318.—. Dieppe —.—. Seaux —.—. Montpellier —.—. La Teste —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Donnerstag, 19. Okt.: „Die Schweizerfamilie", Oper von Weigel.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. v. Bartels, Konsul, von Köln. Bötticher, Kabinetsrat, aus Sachsen. Joy und Harry, Rentiers, aus England.

Hotel Maulik. Gyles, Rentier, von London. Grüsling, Privatier, von Wien. Langeloth, Privatier, von Mannheim. v. Briffol, Kapitän, von London. Präger, Gutsbesitzer, von Hannover.

Blaue Traube. v. Taubenroth, Rittergutsbesitzer, von Posen. Schmitt, Grubendirektor, von Wiesbach. v. Klinkwerth, Kommandant, von Klinkwerth.

Getraute in München.

Die Herren: Johann Georg Reif, Kupferdruckergehilfe dahier, mit Anna Katharina Merl, Pfarrmesners- und Rentamtsboten-Tochter von Burglengenfeld. Sebastian Fischer, Zeugarbeiter dahier, mit Zäzilia Gebhmayr, Baumeisterstochter von Bruversorf, Bzgk. München. Gerhard Thoren, Dachschmied von Dolmayrauc (in Frankreich), mit Franziska Spöckner, Königl. Kapellmusikus-Tochter von Aibling. Johann Georg Rahner, Hofverdeb und Unteroffizier im Königl. Hauptlandesgarnison der Armee, mit Anna Katharina Schätl, Taglöhnerstochter von Hilten, Bzgk. Weilheim. Rudolph Standacher, Polizeifunktionär von hier, mit Katharina Uffinger, Frauenkleidermacherstochter von hier.

Gestorbene in München.

Klara Peintl, Polizeiexekutivs-Tochter von Andach, 39 J. 4. Theresia Derkum, Kanzelistenswitwe von Landshut, 81 J. 4. Andreas Münz, Zimmermann, 42 J. 6. Christoph Schier, Funktionär von Lichtenfels, 25 J. 2.

168. Ein junger Mann, im Besitze guter Zeugnisse, welcher das Gymnasium besucht, und seit mehreren Jahren in einem Rentamte gearbeitet hat, wünscht als 1. Amtsgehilfe in einem solchen unterzukommen.

Auch wäre derselbe gerne bereit, wenn ihm Anfangs nur einige Anleitung gegeben würde, das Fixirungs- und Ablösungsgeschäft nach den neu erschienenen Gesetze zu bearbeiten. Briefe sub Lit. C. X. durch die Expedition dieses Blattes.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Zur deutschen Verfassungsfrage.

Wir haben bereits der kleinen Schrift erwähnt, welche unter dem Titel „Betrachtungen über die neue Verfassung Deutschlands und deren Ausführung von dem W. Weber, Ministerialrath im bayerischen Staatsministerium des Aeußern, jüngst hier erschienen ist. Wir lassen nun heute den I. Abschnitt derselben hier folgen, welcher die auf Erfahrung beruhenden Ansichten des Verfassers über die Organisation der Reichsministerien andeinandersetzt. Derselbe spricht sich in folgender Weise über diese Frage aus:

Deutschland hat seine bisherige Bundesverfassung nicht blos der Form, sondern auch dem Wesen nach geändert. Die Zentralgewalt ist nicht blos an die Stelle des ehemaligen Bundestages getreten, sie hat außerdem durch die Uebertragung der Gesammtrepräsentation gegen Außen einen wesentlichen Theil der Rechte der einzelnen Staaten überwiesen erhalten, und sie bildet daher, in welcher Form sie auch späterhin definitiv konstituirt werden möge, schon gegenwärtig in der Thät den Repräsentonten der Gesammtsouverainetät Deutschlands. Die Fragen über die materielle Begründung, über ihre Befugnisse und Stellung zu den einzelnen Regierungen sind noch nicht gelöst, allein in welcher Weise diese Lösung auch künftig erfolgen mag, so ist doch so viel klar, daß die Zentralgewalt bereits besteht, daß sie sabin auch zu ihrer Thätigkeit, zur Aeußerung ihrer Lebenskraft formell kanstituirt und geordnet sein müsse. Die erste Aufgabe, welche sonach unstreitig zur Allen gelöst werden muß, ist die Formation derjenigen Behörden, durch welche die Zentralgewalt die äußert, der Reichsministerien und ihre Attribute. Allerdings ist diese Lösung im vollen Umfange erst dann auszuführen, wenn auch die Kompetenzgrase entschieden ist, allein jetzt schon lassen sich alle diejenigen Einrichtungen treffen, welche entweder natürliche Konsequenzen der bisherigen Beschlüsse sind oder ihrer Natur nach von der eigentlichen Kompetenzfrage unabhängig, und sabin unter allen Umständen nothwendig sind. Hieher gehört vor Allem die Formation der Reichsministerien. Man hat dazu den Anfang gemacht, indem nach den Prinzipien konstitutioneller Verfassung die Vorstände dieser Ministerien aus den hervorragendsten Mitgliedern der Majorität der Nationalversammlung gewählt wurden. Dieses ganz richtige und auch für die Zukunft nothwendige Verfahren setzt jedoch Einrichtungen voraus, die hier alle noch vollständig fehlen und deren Mangel dem neu gebildeten Ministerium nicht nur jede wirkliche Thätigkeit fast unmöglich machen, sondern auch eine Reihe von Verlegenheiten bereiten mußte, deren Gesammtwirkung eine höchst ungünstige werden konnte. Jede größere Verwaltung, vor allem aber der völkerrechtliche und diplomatische Verkehr, setzt eine Menge von Kenntnissen und Erfahrungen voraus, welche weder mit einem Male gesichert, noch auch in dem gewöhnlichen Laufe der Dinge und Verkehr vollständig erworben werden können. Gerade die Natur konstitutioneller Ministerien bringt es mit sich, daß zur Leitung derselben häufig Männer berufen werden müssen, welchen zwar große parlamentarische Fähigkeit, allgemeine politische Kenntnisse und Einsicht in die Bedürfnisse des Landes, nicht aber spezielle Geschäftskenntniß zur Seite stehen. Letzterer das ganze Erfordernis sich findet, ist in der Regel selbst der Minister von einer solchen tüchtigen Leitung des innern Dienstes abhängig, um so erwünschter muß ihnen die Beihilfe ganz geübter, fähiger, durch tüchtige Spezialkenntnisse, lange Uebung und vielfache Erfahrungen ausgezeichneter Geschäftsmänner sein. Darum wird in allen größeren Staaten mit konstitutioneller Verfassung die größte Sorgfalt auf die Heranbildung und Auswahl eines solchen Personals verwendet, welches unabhängig von der politischen Parteistellung die nöthigen Aushaltungspunkte mit speziellen Kenntnissen des Gegenstandes vom objektiven Standpunkte aus liefert und dadurch der ganzen Verwaltung jene Sicherheit, Schnelligkeit und Gediegenheit gewährt, der sie zur Erhaltung des öffentlichen Ansehens und Vertrauens bedarf. Eine solche Einrichtung ist neben der Nothwendigkeit unzweifelhaft tüchtiger Kräfte auch aus allen Gründen für die Reichsministerien unter allen Umständen unerläßlich, und so sehr man auch jedem Uebermaaße bureaukratischer Formen entgegentreten mag, so ist so viel unzweifelhaft, daß ohne die Beihilfe ganz tüchtiger, mit speziellen Kenntnissen und Erfahrungen ausgerüsteter Geschäftsleute jede Wirksamkeit der Reichsminister höchst mangelhaft, wo nicht ganz unmöglich sein wird, und daß alle anderweitigen Versuche zu einer Heilung von Mißgriffen und Uebelständen unerläss

der verschiedenartigsten Geschäfte, namentlich durch die Verretzung der Reklamationen einzelner deutscher Angehöriger, zuflossen. Die Besorgung dieser Geschäfte erfordert genaue Kenntniß der inneren staatsrechtlichen Verhältnisse von ganz Deutschland, so wie diesen Gesandtschaften obnedieß neben den eigentlichen politischen Angelegenheiten, dem Abschlusse von Staatsverträgen u. dgl. die vielseitigsten Nachweise über Handel, Industrie, Verkehr rc. obliegen werden. Hier muß faß durchgängig durch ganz tüchtiges Hedenpersonal ausgefolsen werden, und wer die Natur und eigenthümlichen Schwierigkeiten solcher Geschäfte, die üblen Folgen eines Versehens oder Mangels an richtiger Kenntniß näher kennt, wird gerne zugeben, wie schwierig eine solche Aufwahl, und wie ganz unmöglich es oftmals ist, die nöthigen Kräfte ohne lange und sorgfältige Vorbereitung aufzufinden. Eine der ersten Aufgaben für das Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten wird es daher sein müssen, für die Heranbildung solcher jüngerer Kräfte Sorge zu tragen und die Bedingungen festzustellen, welche als der Nachweis genügender Befähigung zum Eintritte in diese Dienste gelten sollen.

Ganz besonderer Aufmerksamkeit bedarf endlich noch das Konsulatswesen. Die Mängel des Konsulatwesens saß aller deutschen Staaten sind bekannt, allein vergebens ist man bisher bemüht gewesen, denselben gründlich abzuhelfen, weil eine solche Abhilfe Mittel voraussetzt, die jeder einzelnen Regierung bisher fehlten. Nur eine tüchtige wissenschaftliche wie administrative Vorbildung, eine selbstständige Stellung der Konsuln in den größern Emporien des Auslandes, eine ganz sorgfältige Leitung dieses wichtigen Dienstzweiges wie Deutschland mit der Zeit die Möglichkeit verschaffen, sich hierin andern größern Nationen an die Seite zu stellen.

Diese Bemerkungen geben eine kurze Uebersicht der großen Aufgabe, die in der Organisation der Reichsministerien, wenn selbe eine kräftige Thätigkeit äußern sollen, noch zu lösen ist. Es sollen keineswegs die Uebel des Ueberwuchses bureaukratischer Einrichtungen auf das Reich übertragen, nicht demselben ein Heer unfruchtbarer Beamter aufgebürdet, sondern es soll weniger die freiere Bewegung im Staatsleben durch lästige Formen und Einrichtungen beengt oder erschwert werden; wohl aber gilt es, der Zentralgewalt so sicherung als nur immer möglich diejenigen Vorbedingungen zu gewähren, unter welchen allein sie eine kräftige Lebensthätigkeit zu äußern und mit Achtung gebietender Wirksamkeit sogleich unter die ersten Staaten Europa's einzutreten vermag. Es muß dahin getrachtet werden, faule, veraltete, unbrauchbare und unthätige Elemente von ihr ferne zu halten und ihr dagegen die eifrige Mitwirkung aller tüchtigen, durch Kenntniß, Geist und Charakter ausgezeichneten, der neuen Richtung aufrichtig ergebenen Kräfte zu sichern.

Die Zuckungen der Revolution durch Deutschland.

(Eingesendet.)

Wenn der wahre Vaterlandsfreund nur mit Wehmuth die wühlerischen Bestrebungen beobachten kann, wie sie die deutschen Rechtszustände immer wieder erschüttern und eine geregelte Ordnung der Dinge nicht mehr zu Bestand kommen lassen wollen; wie sogar als einzelne Effektpunkte Ausbrüche der wildesten Anarchie hervorgerufen werden, die nimmer in einem gesitteten Lande möglich gehalten wurden, am allerwenigsten in unsern guten, ehrlichen Vaterlande, — dann muß der denkende Geist wohl begierig nach der gefährlichen Ursache forschen, die noch immer dieses gewaltige Fieber den Staatskörper durchsoben läßt. Die nächsten Veranlassungen sehen wir wohl Alle klar; denn wie theils unreife Ansichten politischer Schwärmer, theils böse Gelüste sogenannter, aber in der That sehr unlauterer Patrioten fortwährend zuwiderliche Demonstrationen, Straßenskandale und unerquickliche Unruhen hervorrufen, so ist bei und leider nichts Neues mehr. Aber daß bei dem durchaus als richtig und ruhig anerkannten Sinne der Deutschen solches Beginnen nach immer Theilnahme finden konnte, und nicht schon längst allgemeine Entrüstung alles dieses Treiben erdrückt und unmöglich gemacht hatte, — dieß Frage scheint noch nicht von jener Seite aufgeklärt und gründlich worden zu sein. Ich weiß bieber auf den Mittelstand unseres gemeinsamen Vaterlandes hin, wie derselbe bereits seit einer Reihe von Jahren in seiner Basis erschüttert, aus theils schon mehrfach angegebenen, theils noch nicht gehörig ermittelten Ursachen sich gegenwärtig im Stadio seiner Auflösung zu befinden scheint. Wenn der Familienvater bei allem Fleiße der Macht der Umstände unterliegend sich nicht mehr zu halten weiß; wenn der unabwendbaren Verarmung mit Schauder entgegensieht und eine Stellung nach der andern von seinem ehemaligen Wohlstande verlassen muß; wenn in nicht mehr weiter Ferne schon das Hungertuch ihm als Panier entgegenwinkt, — dann wird man vergebens an seinen Patriotismus appelliren; er wird gleichgiltig gegen alles sein, was ihm sonst erhaben und edel dünkte; er wird nicht mehr suchen, als sein Ideal, und selbst Brüchen er findet, als die Gegenwart. Daß eine solche Situation wahrhaftig sei, wird dem ruhigen Beobachter unserer Zeitverhältnisse nicht entgangen sein; daß ein großer Theil unserer Mitestandes sich in solcher Situation schon befindet, oder nahe daran ist, kann leider nicht geläugnet werden. Es dürfte demnach leicht sein, darauf zu kommen, wie die Wühler so kodeses Spiel haben und so wenig Mühe haben, an den Grundfesten der Staaten mit so vielem Erfolge zu rütteln. Die Regierungen werden sicher auch hier Hülfe wissen; um so mehr aber möchten wir es der bezeichneten Klasse der Staatsbürger ertragend ans Herz legen, sich lieber ganz dem Vertrauen, nimmer der Verzweiflung hinzugeben, ihrer selbst und des Vaterlandes wegen!

M.

Deutschland.

Bayern. — *† München, 19. Okt. S. Maj. der König ist vorgestern Abends 10 Uhr von Regensburg wieder nach Nymphenburg zurückgekehrt.

Hohenzollern-Sigmaringen. — Sigmaringen. Das Verordnungsblatt enthält eine Proklamation des wieder zurückgekehrten Fürsten, datirt Schloß Inzigkofen den 14. Oktober. Es heißt in derselben: Ich halte es für meine heilige Pflicht, vor Allem ein offenes und freies Wort mit dem Volke zu reden. Der kräftigen Einschreitung unserer Zentralgewalt verdanken wir zunächst die Wiederherstellung des gesetzlichen Friedens und die freudig begrüßte Wiederkehr der Ordnung und des Vertrauens. Meiner Regierung aber werde Ich nicht nur zur Pflicht machen, diese kostbarsten Güter des Volkswohls fest und unerschütterlich zu hüten und zu pflegen, sondern Ich werde auch sorgsam wachen, daß wir fortan nur unter der schützenden und zugleich unumschränkten Herrschaft der Gesetze das Ziel unserer weiteren politischen Entwicklung erstreben werden. Mit der Liebe und dem Zutrauen wünsche Ich zu regieren und ohne alle Anwendung rechtswidriger Gewalt. — Ferner eine Ansprache des zur obersten Leitung der Verwaltung des Fürstenthums berufenen Konferenzdirektors v. Sallwürk. — Weiter eine Verordnung der Geh. Konferenz, wonach der am 26. v. Mts. von einer Volksversammlung erwählte Sicherheitsausschuß nach dem von dessen Vorstand selbst erklärten Zweck, einer von der Staatsregierung oder der deutschen Zentralgewalt etwa angeordneten Truppenverlegung in das Fürstenthum mit allen nöthigen gesetzlichen den bisherigen Mitteln sich widersetzen, aufgelöst und jeden Theilnahme an demselben nach den bestehenden Gesetzen zu bestrafen ist. — Endlich die Bekanntmachung, daß bei der am 23. Sept. stattgehabten Wahl von den 5712 abgegebenen Stimmen Hofgerichtsadvokat Würth in Sigmaringen die größte Stimmenzahl mit 5054 erhielt, und demnach als Abgeordneter zur deutschen Ständeversammlung erwählt ist.

Oesterreich. — Krakau, 16. Okt. Ueber das so eben durch Steiermark nach seiner Heimath zurückkehrende Korps unter G. M. Theodorovich erfuhren wir gestern aus dem Munde seines Adjutanten, des Oberlieutenants Wagasch, der einen Abstecher nach Grab machte, Folgendes: Dieses Korps ist bei 15,000 Mann mit 6 Kanonen stark, besteht blos aus irregulären Truppen des kroatischen Landsturmaufgebotes und wurde vom Banus auf entbehrlich nach Hause geschickt. Der Weg durch Steiermark wurde, wenn auch aus Grunde vorgezeichnet, um den Ungarn alle unnöthige und unausbleibliche Verwüstungen zu vermeiden; in Steiermark treten sie als Freunde auf und sind angewiesen, sich aller Exzesse zu enthalten und ihre Bedürfnisse zu bezahlen. Als diese Truppe die Grenze Steiermarks betrat, dankte sie dem Himmel, endlich wieder auf neutral bekenndetem Boden zu stehen. Sie beobachtet auch die strengste Mannszucht. Gebrüngt aber flüchtig jedoch ist sie nicht, sondern hat nach kurz vor ihrem Abrücken aus Ungarn bei Schügen zwei siegreiche Gefechte gegen die Ungarn bestanden. Der Banus wollte dieses Korps, das nur für den Guerillakrieg paßt, und vor Wien leicht Anlaß zu Konflikten hätte geben können, nach Wien nicht mitnehmen, und dieß ist der Grund seiner Rückkehr nach Kroatien.

Oesterreichische Monarchie.

Lombardei. Armee-Befehl, unterm 12. Okt. aus Mailand an die I. Armee in Italien erlassen bat: Soldaten! Ihr habt mich oft Euern Vater genannt, als solcher möchte ich heute das Wort an euch. Es haben blutige Auftritte in Wien stattgefunden, veranlaßt durch die unglückliche Zwietracht, die heute unter gemeinschaftlichen und theuren Vaterland in Parteien spaltet. Der Kriegsminister Graf Latour, ein alter tapferer Soldat aus unserer Mitte, ist von einem wilden Pöbelhaufen in den Straßen Wiens ermordet worden, weil der Kaiser und seine Familie sind nicht mehr unter seinen Truppen umgeben. Soldaten! laßt euch nicht durch falsche Gerüchte und Lügen irre machen, seid fest in dem Vertrauen, daß Ihr mir stets bewiesen, seid unerschüttert in Eurer Treue gegen den Kaiser und in der Liebe zum Vaterland, dessen Wohl uns allen gleich stark am Herzen liegt. Weniger mit Schmach und Verachtung Jeden zurück, der eure Treue zu versuchen wagen sollte, der auch dem Feiger in so vielen Schlachten zumuthen sollte, durch Treulosigkeit eure Ehre zu besudeln. Eure Thaten haben die Welt mit Bewunderung erfüllt. Könige und Völker haben mir dieses schriftlich ausgedrückt, ich habe mich für die Fortdauer Eurer Treue und Tapferkeit verbürgt. Ihr werdet mein Wort nicht zu Schanden machen. Tapfere Kriegsgefährten meiner alten Tage! wir stehen in einer schweren verhängnißvollen Zeit, aber glänzender wird der Thron des Kaisers, glücklicher und mächtiger das Vaterland aus diesen Kämpfen hervorgehen. Vergesset nie, daß wir alle Kinder eines Vaterlandes sind, das durch Bande, die Jahrhunderte heiligten — zusammengehalten ist. Die frevelnde Hand einiger Empörer soll nicht dieses schöne Verhältniß lösen. Mein Vertrauen in Euch steht unerschütterlich fest — an Eurer Spitze stehe ich ruhig der Zukunft entgegen, denn wir haben Kampf und Sieg noch nicht verlernt. Es lebe der Kaiser! Es lebe das Vaterland! Radetzky, Feldmarschall.

Nachschrift. *Es geht diesen Vormittag das Gerücht, es sei bei Wien zum Kampfe gekommen, in welchem Jellachich ein Korps von 7000 Wienern geschlagen oder gefangen haben soll.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung.“

Donnerstag den 19. Oktober 1848.

An alle guten Bürger.

** München, 18. Oktober. Die Anarchie hat heute einen Augenblick auch bei uns frech das Haupt zu erheben versucht. Eine Rotte von feilen Frevlern gegen Gesetz und Ordnung hat die straßwürdigsten, bei uns unerhörtesten Gewaltthaten gegen Personen und Eigenthum verübt; das Haus eines unserer geachtetsten Mitbürger ist diesen Mittag der Schauplatz der empörendsten Auftritte, der maßlosesten Verheerungen geworden; auch andermärts wurden Excesse der ruchlosesten Art begangen. Raub und Plünderung nicht allein, auch der Mord deckte die Straßen unserer Stadt. Menschenleben sind die Opfer geworden. In einem andern Theile unseres Blattes finden unsere Leser Näheres über diese beklagenswerthen Vorgänge. Wir haben keine Worte, um dergleichen Akte nach Gebühr zu brandmarken. Alle guten Bürger theilen unsere Entrüstung und verlangen mit uns energischen Einschreiten, Entwicklung der äußersten Kraft, daß der Platter gleich im Aufkeimen der Kopf zertreten werde, und er wird ihr zertreten werden. Mit halben Maßregeln ist aber da nicht geholfen; hier gilt es der frechen Gewalt, die des ruhigen Bürgers Leben und Eigenthum bedroht, die ganze Macht des Gesetzes, alle Mittel, welche dieses zur Verfügung stellt, entgegenzusetzen. Die Regierung hat dies begriffen. Alle Anordnungen sind getroffen, daß dem Gesetze Kraft gegeben, daß ihm Achtung verschafft werde. Sie hat heute gezeigt, daß sie den Willen, die Mittel, also auch die Kraft dazu hat. Sie hat lange, vielleicht zu lange Nachsicht und Langmuth geübt, die Zeit ist gekommen zu raschem, durchgreifendem Einschreiten. Sie ist der Unterstützung aller guten Bürger im vollsten Maaße gewiß: alle haben zu mit ihr das gleiche Interesse. Alle müssen wir wünschen, alle müssen wir zusammenwirken, auf daß die Freiheit, die wahre gesetzliche Freiheit nicht begraben werde unter dem Schutte der von den Anarchisten angerichteten Zerstörungen. Wenn die Bürger nicht einer für Alle, Alle für einen stehen, eine feste unzerreißliche Kette bilden zum gemeinsamen Schutze, wenn sie nicht in entschlossener Bereitwilligkeit für Gesetz und Ordnung mit der Regierung Hand in Hand gehen, so erstehen sie selbst den Abgrund, der uns am Ende alle verschlingen wurde. Wir setzen ihnen das feierlichste zu bedenken. Wir wiederholen das schon hundertmal Gesagte: Eine Freiheit ohne Herrschaft des Gesetzes, ohne Ordnung, ist ein Unding, eine Unmöglichkeit. Der Regierung ist es ernst mit den Freiheiten des Volkes, mit dem Fortschritte: es liegt also in der Bürger eigenem höchsten Interesse, auf jede Weise ihr in Erreichung des Zieles, und besonders in Bekämpfung der Anarchie zur Seite zu stehen. Wer Ungesetzliche der Anarchie gleichgültig oder feige die Hände in den Schooß legt, der arbeitet, ohne es zu wollen, der Reaktion in die Hände. Bürger von München! Zu eurer Ehre sei es gesagt, ihr habt heute abermals gezeigt, daß ihr eure Stellung, eure Aufgabe, eure Interesse begreift. Landwehr, Landwehrfreikorps, Studenten, Künstler, alle ohne Unterschied erschienen, als der Generalmarsch ertönte, auf ihren Sammelplätzen, alle waren durchdrungen von dem Gefühle, begeistert zu den Kampfe und Siege der Ordnung des Gesetzes, der Civilisation gegen die Barbarei und den Vandalismus einer rohen Horde. Im thätigsten Zusammenwirken mit unsern trefflichen Truppen von der der Linie waren sie auch bald der rasenden Meuterer Meister. Landwehr und Studenten waren es vorzüglich, welche mit größter Entschlossenheit die von dem Landwehrfreikorps im Pschorr'schen Hause eingeschlossenen Meuterer herauszuholen, festzunehmen und in sichern Gewahrsam brachten. Ihr Verhalten war über jedes Lob erhaben. Bürger von München! ihr habt heute gesiegt, was die Anarchie ist, ihr habt sie heute geschaut in ihrer scheußlichsten Gestalt, wollt ihr mit euren Familien, eurer Habe, eurem Leben einer elenden Rotte von Vandalen zur Beute werden? Ihr habt heute gesiegt, daß ihr ihnen zu begegnen, sie zu treffen wisset: bleibt euch selbst treu, bleibt was ihr stets wart, brave deutsche, bayerische Männer, und die Versuche der modernen Barbaren werden zerschellen an eurer Kraft eurer Einigkeit, eurem Bürgermuthe!

**München, 18. Oktober. Die Zahl der im Laufe des heutigen Nachmittags und Abends verhafteten Theilnehmer an den Verwüstungen im Pschorr'schen Brauhause beträgt gegenwärtig (8 Uhr Abends) an sechzig. Wenn auch diese Leute gestehen haben, um die Schandthaten zu begehen, deren sie sich schuldig gemacht, es sind meist junge Burschen, den Stempel der sittlichen Verkommenheit, der Liederlichkeit unverkennbar auf den Gesichtern tragen. Es [illegible] eben, was im gemeinen Leben, Umordnung liefern, mag diese nun politischer Natur sein oder einer andern. Die meisten Verhafteten gehören der Klasse der Handwerksburschen an; über die wohren Hebel und Treibfedern ihrer verbrecherischen Handlungen kann erst das Ergebnißder gerichtl. Untersuchung Aufschluß geben. Bis jetzt scheinen die Auftritte einen stark kommunistischen Anstrich zu haben: denn im Thale und in einigen andern Orten der Stadt ließen sich diese guten Freunde der Bürger bei den Brauern Bier, bei den Bäckern Brod, bei den Handelsleuten Tabak und Cigarren geben, Alles ohne daß es ihnen einfiel, etwas dafür zu bezahlen; nicht genug, die modernen Spartacus plünderten auch mindere großes Geld zu haben, als die ehemaligen Raubritter: sie nahmen die Kassen auch noch mit. Bei Pschorr sind bedeutende Werthe an Geld, Papieren, Pretiosen u. dgl. geraubt worden. Aber gegen 3 Uhr wendete sich das Blatt. Wie immer, folgsam dem Rufe der Pflicht, sah man da überall die Soldaten ihren Kasernen zueilen, und bald erschienen sie in Reih' und Glied unter Waffen. In langem Zug der Schaumlustigen einen Zeitlager. Dort standen mehrere Schwadronen Kuirassiere, eine halbe Batterie Artillerie und starke Abtheilungen der Linie. Dort waren auch auf die erste Kunde von diesem Vorgange die Minister des Innern, der Finanzen und des Kriegs, der Letztere in Uniform, erschienen; außer ihnen der Regierungspräsident von Oberbayern, der königl. Polizeivikrtor u. s. w. Generalmajor Minter hatte die Leitung der militärischen Bewegungen. Von allen Seiten drangten sich Abtheilungen der Linie, der Landwehr und der verschiedenen Freikorps, und nun wurden die Straßen, welche der Schauplatz der Unordnungen gewesen waren, besonders die Kaufingerund Neuhausserstraße, gesäubert, die Frevler, die im Pschorr'schen Hause so große Verwüstungen angerichtet hatten, von den unerschrocken eindringenden Landwehrmännern und Studenten festgenommen und unter starker Bedeckung sogleich nach dem Polizeigebäude gebracht, wo sie unter sicherer Bewachung blieben. Aber Plünderung, Raub, gewaltsame Zerstörung des Eigenthums war vorgefallen; in dem Angriffe der Rubestörer auf das Pschorr'sche Haus war einer (nach andern Angaben zwei) von den muthvoll ihren sich entgegenwendenden Brüskirten erschlagen worden; ein Offizier an der Spitze seiner Mannschaft soll einen Messerstich, noch einen andern Hieb einen beigebogenen Schuß mit einem enormen Kaliber erhalten haben. Solche Vorgänge erheischten außerordentliche Maßregeln. Solche wurden sofort auch getroffen, die Kraftgesetzlichen Bestimmungen gegen Tumult und Aufruhr wurden öffentlich verkündet mit dem Zusatze, daß die bewaffnete Macht Ermächtigung und Befehl habe, überall, wo sie in ihren Bewegungen zur Herstellung der Ordnung auf Widerstand stoße, von ihren Waffen Gebrauch zu machen, endlich mit der Androhung, daß jeder, der sich gegen das Standrecht verfündet und rücksichtlos vollzogen werden solle. Alle guten Bürger zollten der Entwicklung solcher Energie Beifall. Die Rubestörer, die nach mehrfachen Anzeichen zu schließen, (sie hatten unter andern auch bereits das flache Dach eines Hauses besetzt, um eintretenden Falles von da aus ihre Geschosse auf die Truppen zu schleudern) noch weiter zu gehen gedacht hatten, gaben nun die Hoffnung auf, in den ganzen Tag ersehr in allen Straßen der von Patrouillen in allen Richtungen durchrenzten Stadt vollommenste Ruhe. Wie zuversichtlich auch nicht, daß sie die Nacht hindurch fortdauern wird. Wir hoffen, daß Allen, die etwa noch mit Krawallgedanken sich tragen sollten, nach den Erfahrungen des heutigen Tages die Lust daran vergehen wird. Die trefflicher Haltung und der Geist der Einmüthigkeit, wie der Landwehr und aller Freikorps, wird ihnen schon sagen, die sie sich im eigenen Interesse zu Herzen nehmen werden. — Nachts 11 Uhr, die Stadt ist vollommen ruhig, man hört nur den Schritt der sich beständig erneuernden Patrouillen. — Eine in nördlicher Richtung am Himmel aufgestiegene Röthe hatte gegen 8 Uhr die Besorgniß eines Brandes in der Umgegend erregt: es scheint jedoch nur ein Nordlicht gewesen zu sein.

***München, 18. Oktbr. Ich regreife die Feder, um Ihnen als Augrnzeuge über das so eben hier (heute am 18. Oktober, einem deutschen Ehrentage) vorgefallenen trübseligen Straßenereignisse zu berichten. In Folge eines Worstampfes, bei dem auch Thätlichkeiten mituntergelaufen sein sollen (der genaue innere Hergang ist mir unbekannt), war um Mittag ein Zugvon etwa 24 Liniensoldaten unter einem Lieutenant von der Kaserne herausrückt, um unserer ersten Bürger, Georg Pschorr, in der Neuhausergasse vor Gewaltwache aufgestellt worden. Ein Pöbelhaufe sammelte sich ihnen gegenüber, und reizte die Soldaten unaufhörlich, bis sie endlich wirklich über den Einen herstürzten, ihn packten und unregiimmt mit ihrem Gefangenen fortzogen.

Soldaten aus dem Gefecht verloren hatten, versammelten sie sich rasch wieder, und nun ging ein Bombardement von Pflastersteinen gegen das mächtige Gebäude los, das, ich glaube, fünfzehn Fenster in der Breite zählt. Keine Scheibe blieb ganz, so weit der Arm der Steinschleuderer reichen konnte. Ich sah es von meinem Fenster aus, es waren meistentheils ganz junge Augenblicke und nur sie und da ein Erwachsener. Anfangs etwa 20 bis 30, die sich betheiligten, Zuschauer in Menge. Auf diesen Angriff kehrten im Sturmschritt die abgezogenen Linientruppen zurück, welche aber zu meiner großer Verwunderung nun nicht auf die feig entteilenden Tumultuanten losstürzten, sondern an dem Hause des Bischofs vorüber und zum Karlsthor hinauseilten, und mithin der stets zahlreicher werdenden Gassenmenge das Feld einräumten und das Haus ganz schutzlos ließen. Nun war die Rechte der Rotte hoch gestiegen, und mit einem höhnischen Uebermuthe und wildem Geschrei, nachdem sie die vor den Häusern stehenden Bräu- und andere Wagen umgestürzt und Barrikaden gebildet hatten, drangen sie durch die zerstörten Thüren und zerbrochenen Fenster, und nun ging ein Werk der fürchterlichsten Zerstörung und Verwüstung im Innern an. Kein Meubel blieb unzertrümmert, Spiegel wurden zerschlagen, Schränke erbrochen, die werthvollsten Gegenstände vernichtet, Betten und Wäsche auf die Straße geschleppt, die Federn ausgelassen, die schönste Leinwand zerrissen: der ganze Boden der Straße war weiß, wie mit Schnee bedeckt, dazwischen die Trümmer der Meubel überall angehäuft. Die Geschäftsbücher, die Rechnungen und andere Papiere lagen auf der Straße in tausend Stücke zerfetzt. Und dieser soziale Vandalismus dauerte zwei volle Stunden, ohne daß das Militär grommen wäre und einschritt. Das inzwischen angekommene Landwehr-Freikorps stellte sich zu beiden Seiten auf, und, zu schwach, mußte es dem frevelhaften Unwesen zusehen. Doch schloß es wenigstens den Schauplatz, so daß die Tumultuanten später, als die Landwehr anrückte, von dieser verhaftet werden konnten. Es haben ungefähr 36—40 Arrestationen Statt gehabt. Endlich zwischen 3 und 4 Uhr war hinreichende Mannschaft in die innere Stadt eingerückt, nachdem um ½3 Uhr Generalmarsch von der Linie und von der Landwehr geschlagen worden. Gegenwärtig um 5 Uhr sind alle Hauptplätze besetzt, und die strengste unnachsichtliche militärische Einschreitung steht zu erwarten, wenn die Ruhestörung heute Abend sich wiederholen sollte.

** Es sind gestern Abend schon und heute wiederholt Versuche vorgekommen, die Soldaten zur Pflichtvergessenheit zu verleiten; aber vergebens. Wir überlassen diesen Umstand, so wie die Thatsache, daß an mehreren Orten der Versuch zum Bau von Barrikaden gemacht wurde, der Würdigung unserer Leser, die daraus selbst ihre Schlüsse ziehen werden. Als die Kunde von den Vorgängen im Bischorf'schen Hause in der Neuhauserstraße sich verbreitete, schlossen sich schnell alle Läden auch in einem großen Theile der übrigen Stadt und die Verbindungen wurden von der bewaffneten Macht abgesperrt.

Unsere Wiener Briefe vom 16. sind aus heute Abend nicht angekommen.

Nachschrift vom 19 Morgens 8 Uhr. Die ganze Nacht hindurch und diesen Morgen herrscht die vollständigste Ruhe.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei

Nr. 98.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 8 fl.
Halbjährig 4 fl.
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Freitag den 20. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, 20. Oktober.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 18. ds. Mts. allergnädigst bewogen gefunden, den ersten Direktor des Kreis- und Stadtgerichts München Dr. Joseph Barth, seiner gestellten Beförderungsbitte entsprechend, zum zweiten Direktor außer dem Status bei dem Appellationsgerichte von Oberbayern zu ernennen, die sich hiedurch erledigende Stelle des ersten Direktors an dem Kreis- und Stadtgerichte München dem Oberappellationsgerichtsrathe Klement Steyrer, unter Vorbehalt seines Ranges, zu verleihen, und demselben auch zugleich die Stelle des Vorstandes des Wechsel- und Merkantilgerichts I. Instanz in München zu übertragen; unter demselben Tage den Kreis- und Stadtgerichts-Direktor Karl Burger in Augsburg mit Bezeigung der allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner vieljährigen treuen und eifrigen Dienstleistung mit Belassung seines Titels, seines Funktionszeichens und seines Gesammtgehaltes nach §. 22 lit. D der Beilage IX. zur Verfassungs-Urkunde auf sein Ansuchen in den definitiven Ruhestand zu versetzen, und die hiedurch erledigt werdende Stelle des ersten Direktors am Kreis- und Stadtgerichte Augsburg dem Appellationsgerichtsrathe Karl Grafen v. Guiot du Ponteil in Amberg zu verleihen, und demselben zugleich die Direktorstelle des Wechselappellationsgerichts zu Augsburg zu übertragen.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 18. ds. Mts. allergnädigst bewogen gefunden, den am Kreis- und Stadtgerichte Aschaffenburg in Erledigung gekommene Assessorstelle außer dem Status dem Rechtspraktikanten und Landgerichtsfunktionär Wilhelm Wolf von Obernburg zu verleihen, und die am Kreis- und Stadtgerichte Memmingen erledigte Direktorstelle dem Appellationsgerichtsrathe Georg Dörfler in Amberg, sowie die Stelle des Direktors am dortigen Wechselgerichte zu übertragen.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 18. ds. Mts. allergnädigst bewogen gefunden, den Friedensrichter Phil. Hofeus zu Waldmohr auf sein Ansuchen nach §. 22 lit. C der Beilage IX. zur Verfassungs-Urkunde für immer in den Ruhestand treten zu lassen, auf die hiedurch erledigte 2. Friedensrichterstelle in Waldmohr den Friedensrichter Karl Kämpf in Dahn, bezig auf seine Ansuchen zu versetzen, dann auf die durch solche Versetzung offen gewordene Friedensrichterstelle in Otterberg den Friedensgerichtsschreiber daselbst Karl Joseph Schuler zu befördern, und die zu Pirmasens erledigte Friedensrichterstelle dem funktionirenden Staatsprokurator-Substitutem Friedrich Ludwig Munzinger in Zweibrücken zu verleihen.

Deutsche Reichsversammlung.

(Sitzung vom 16. Okt.) [Schluß.] Die letzte Vertheidigungsrede war die Simon's von Trier, und zugleich war sie die bewegendste. obschon wir nicht sagen können die beste. Denn wir können nichts Bessers anerkennen, wo und die Voraussetzung des Guten fehlt. Die Mordszenen in Frankfurt und Wien sind Hrn. Simon nichts als ein blutiges Händewinden des Volkes nach der verlorenen Freiheit, und mit theatralischem Schlußabgange endet er: „Nehmen Sie mir meine politische Ehre, meine Freiheit, nehmen Sie Alles, ich ist wenig gegen Ihre bevorstehenden Anstrengungen des Volkes.“ (Anhaltender Beifall von der Linken und der Gallerie.) Langerfeldt wies als Berichterstatter nach, daß die Versammlung vor der Hand nichts weiter zu thun veranlaßt werde, als dem Gerichte die Möglichkeit zu geben, daß es die allgemeine Untersuchung zu einer klaren Entscheidung bringe, und erst von dem Ausgange dieser Untersuchung würden etwaige weitere Schritte gegen die Angeschuldigten abhängig sein. Dann erfolge die namentliche Abstimmung, mit Abweisung eines Zimmermann-Zell'schen Verdrunsgsvorschlags, über den ungetheilten Antrag des Ausschusses: Die hohe Nationalversammlung wolle beschließen: die von dem Appell.-Gerichte, als Kriminalgerichte der freien Stadt Frankfurt, in dem an das Reichsministerium der Justiz unter dem 4. d. M. gerichteten Schreiben beantragte Zustimmung zur Einleitung der Untersuchung gegen die Abgeordneten Lbg. Schlöffel und Simon von Trier zu ertheilen: das gegen den von dem gedachten Gerichte nur vorsorglich gestellten Antrag: die Zustimmung zu der Verhaftung der genannten Abgeordneten, wenn solche im Laufe der Untersuchung nöthig werden könnte, schon jetzt zu ertheilen, abzulehnen. Dieser Antrag wird mit 245 gegen 140 Stimmen genehmigt.

(Sitzung vom 17. Okt.) Tagesordnung: 1) Berathung über den vom Abgeordneten Dröge, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Bericht über die von den Vorstehern der Kaufmannschaft in Stettin, Stolp rc. eingegangenen Petitionen. 2) Berathung über den vom Abgeordneten v. Buttel, Namens des Prioritäts- und Petitionsausschusses, erstatteten Bericht über den Antrag des Abgeordneten Breßgen, die Stellung der Abgeordneten betreffend. 3) Berathung über den vom Abgeordneten Adams, Namens des Prioritäts- und Petitionsausschusses, erstatteten Bericht über eingekommene Adressen, die Beschlüsse der Nationalversammlung betreffend. 4) Berathung über den vom Abgeordneten Rödinger, Namens des Prioritäts- und Petitionsausschusses, erstatteten Bericht, wegen der Staatsschuld des ehemaligen Königreichs Westphalen. 5) Berathung über den vom Abgeordneten Gustav Fischer, Namens des Ausschusses für Geschäftsordnung, erstatteten Bericht über mehrere Anträge auf Abänderung des §. 41 der Geschäftsordnung, die Art der Abstimmung betreffend. Den Vorsitz führt Vizepräsident Simson, Schlöffel vermißt eine persönliche gegen den Reichsminister v. Schmerling gerichtete Erklärung im Protokoll, die er aufgenommen sehen will. Biedermann weist dies Verlangen ab als wider den parlamentarischen Brauch, worin ihn Bassermann unterstützt. Die Erklärung Schlöffel's besteht sich auf eine angebliche Auslassung des Reichsministers, außerhalb der Tribüne und außerhalb seines Amts gethan. Daher beantragt von Saucken-Tarputschen, daß, wenn der Schlöffel'schen Anmuthung entsprochen würde, dieß mit dem Beisatze geschehen möge, „erhoben und gestrichen.“ Auch die „Stricke“, die Vogt von Gießen dem Ministerium für ein ander Mal untersagen will, sind Gegenstand einer Berufung. Die Versammlung scheidet aber weitere Erörterungen dieser Art ungebuldig und entrüstet ab, und es kommen verschiedene Ausschußanträge zur Anzeige. Die Reihe der Anträge eröffnet der Venedey's: daß die Nationalversammlung das Reichsministerium auffordere, die deutschen Interessen in Oesterreich mit allen Kräften Deutschlands in Schutz zu nehmen und daß durch die Reichskommissäre dafür gesorgt werde, daß die österreichischen Truppen ausschließlich dem verantwortlichen Ministerium und dem Wiener Reichstage geborsamen. Ferner soll nach dem hieran anschließenden Antrage Zell's in kürzester Frist eine Kommission von 15 Mitgliedern aus der Mitte des Hauses für die österreichischen Angelegenheiten niedergesetzt werden. Venedey's Antrag wird nicht als ein dringlicher anerkannt, dagegen erhält Zell das Wort dringlich, um für die schleunige Niedersetzung der von ihm vorgeschlagenen Kommission zu sprechen. Venedey will die Sache binnen spätestens 48 Stunden erledigt wissen. Die Versammlung geht auf die Diskussion v. Linde's ein, so dringend auch in Tage der Dinge in Oesterreich sei, so könne er doch keine andere Majorgel als zweckmäßig anerkennen, als die von dem Reichsministerium bereits ergriffene. Einem fünfzehner-Ausschusse widerspreche auch das Gesetz über die Zentralgewalt, denn bei dieser allein sei die Vollziehung. Für das Ministerium dürfte es freilich sehr bequem sein, von einer ohnmächtigen Stellung so schwierigen Verhältnissen gegenüber in eine rein exekutive übergehen. Allein das sei durchaus unkonstitutionell Reichsminister v. Beckerath findet dagegen die unmittelbare Theilnahme der Versammlung durch einen Ausschuß an den unüberschbaren Ereignissen in Oesterreich höchst wünschenswerth, ja nothwendig. Auch sei in einer solchen mitberathenden und unterstützenden Theilnahme des Hauses noch keineswegs eine Beseitigung der Verantwortlichkeit und der Kompetenz des Ministeriums enthalten. Auf diese Erklärung entschieden sich die Versammlung für den Zell'schen Antrag. Die Abtheilungen werden noch heute den Ausschuß von 15 Mitgliedern für die österreichischen Angelegenheiten wählen. Zugleich wird an diesen Ausschuß die Eingabe des Vereins der Deutschen in Oesterreich verwiesen, welche die Anzeige enthält, daß der Bund Jellachich mit einem Kroatenheere die deutsche Reichsgrenze überschritten habe. Ein einschlagender Antrag Raumer's erledigt sich hiedurch und ein Antrag Wardt's auf Errichtung eines Journalisikums für die Mitglieder der Nationalversammlung erhält seine Unterstützung. Zur Tagesordnung gelangt wird der Gegenstand Nr. 1 nach dem Antrage des Ausschusses durch einfache Abstimmung entschieden. Dieser Antrag lautet dahin: die Nationalversammlung wolle über die Gesuche der Vorsteher der Kaufmannschaft v. zu Stettin, Stolp und Wismar zur motivirten Tagesordnung übergehen. Der weite Gegenstand betrifft die Uebernahme von Staatsämtern oder die Beförderung zu höheren Stellen von Mitgliedern des Hauses, während der Dauer ihrer Abgeordnetensitzt für die Nationalversammlung. Der Ausschuß empfiehlt in Bezug auf dies Verhältniß folgenden Gesetzesvorschlag zur Annahme: „Jeder Abgeordnete zur Nationalversammlung, welcher während dem Zeitraume seiner Wahl bereits Staatsamt oder eine Amtsbeförderung im deutschen Reiche oder in einem einzelnen Staate des Reiches annimmt, muß sich einer neuen Wahl unterwerfen, und er

schreibet aus, insofern er wieder gewählt wird." Mösler aus Dels findet die Stellung der Bevollmächtigten für die Einzelstaaten bei der Zentralgewalt durchaus unvereinbar mit der Eigenschaft eines Abgeordneten und Kolb von Speier spricht für das Erachten der Minderheit des Ausschusses, wodurch die obigen gesetzlichen Bestimmungen bis dahin verschärft werden sollen, daß sie auch rückwirkend für alle Abgeordneten gelten würden, die seit ihrer Wahl für Frankfurt ein Staatsamt über eine Dispensirung annehmen haben. Biedermann entwickelt die gesetzlichen Mißlichkeiten, die aus der Annahme des obengenannten auch in der Fassung der Ausschußmehrheit für die Versammlung hervorgehen würden und räth zu dessen Ablehnung. Simons ist wenigstens gegen die rückwirkende Kraft. Vogt will den Satzen will die Fäden, „aus denen die Majoritäten gesponnen werden" für immer zerrissen sehen. Diese Fäden seien Korruption durch Bestechung und „Brod" so erhebt Vogt seine Rede in edlem Geist und sauberem Ausdruck, „wenn man Jemanden ein Ordensband über den Hals würfe, so könne man ihn führen, wohin immer, und wenn es über den Gänsestrod wäre." Empfindlich scheint eine Bemerkung Biedermann's getroffen zu haben, daß doch die linke ihrem eigenen Grundsatze folgen und daß die Mitglieder derselben demnach austreten möchten, wenn Mißtrauensvoten von Regierungen gegangen seien. Vogt will nämlich auf ein so erstaunliches Ansinnen nur eingehen, wenn zugleich die ganze Versammlung ihre Wahlen erneuern lasse. Endlich greift Vogt mit seinem bittersten Spotte die Aemterhäufungen auf den Schultern einzelner Abgeordneten an, die zugleich bei der Zentralgewalt und von dieser bei der Krone Schweden bevollmächtigt, Mitglieder des Verfassungsausschusses u. s. w. sein. Basserman: Der alte Staat und die alten Staatsbeamten forderten die Verfassungen freilich zu Mißtrauensmaßregeln heraus. Aber unsere Zeit ist eine neue und die Anstalten der Vergangenheit können nicht für die veränderte Gegenwart Geltung haben. Der Charakter von Männern, die ihr ganzes Leben lang für die Freiheit und das Recht gestritten, ist doch wahrlich zuverlässiger als die wandelbare Volksgunst! Wollen Sie auf Oesterreich, Wer stand noch vor Kurzem dort in der Meinung der herrschenden Menge höher, als Bach, als Schwarzer u. A., die eben jetzt am tiefsten in den Staub getreten werden! Einen Welcker, einen Havenar wollten Sie nöthigen, nochmals an das Vertrauen ihrer Wähler zu appelliren, weil sie sich den Aufträgen der Zentralgewalt unterzogen? Auf diese Versammlung drückt keine nächtige Dynastie, sie hat keine Vorsichtsmaßregeln, wie sie im Gegentheil bigotten, nöthig. Ich stimme für Uebergang zur Tagesordnung. (Beifall, und Schluß der Verhandlung gefordert.) Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt die Versammlung die Verhandlung über den Gegenstand für erschöpft, und es kommt hierauf der nachfolgende Antrag Biedermann's (auf Mösler's von Dels und Kolb's Verlangen) zur namentlichen Abstimmung: „In Erwägung, daß die Natur der provisorischen Zentralgewalt und die Stellung der verfassungsgebenden Reichsversammlung zu ihr, eine Uebereinstimmung in der Gesetzgebung als vorgeschlagene Zeit nicht als nothwendig erscheinen läßt; in Erwägung, daß dessen Ausführung mancherlei Schwierigkeiten und Konflikte mit den bestehenden Wahlgesetzen und den Geschäftsformen der Versammlung herbeiführen würde; in Erwägung endlich der schon vorgerlichen Zeit der Versammlung, geht dieselbe über den Antrag des Ausschusses zur Tagesordnung," die sich mit 87 bejahenden gegen 156 verneinenden Stimmen für den Biedermann'schen Antrag und mithin für die Verwerfung des Gesetzvorschlags entscheidet. Die Linke empfängt das Ergebniß dieser Abstimmung mit dem höhnischen „Bravo", welches sein einiger Zeit bei ihr üblich geworden. Die Nro. 3 der Gegenstände heutiger Tagesordnung tritt sogleich hier anstatt Nro. 3 in die Berathung ein. Unter mehreren Vorschlägen zur Abkürzung der Berathung bei den namentlichen Abstimmungen wird auch für die Zukunft ein Mobiliar- und blauen Stimmzettel beliebt, von denen die weißen beziehen, die blauen verneinen. Was den von Adams erstatteten Bericht des Prioritäts- und Petitions-Ausschusses anlangt, so werden nach dessen Antrage eine Reihe von Adressen durch einfache Abstimmung zu den Akten genommen. Ueber den Bericht desselben Ausschusses in Betreff der Staatsschuld des ehemaligen Königreichs Westphalen wird die Verhandlung mit einer Rede Zieger's begonnen, die sich wieder den Ausschußantrag: „Es sei die Zentralgewalt zu ersuchen, dem Reichs-Justizministerium aufzugeben, der Beschwerde auf den Grund zu sehen und nachdrücklichst dafür zu sorgen, daß ein Maßstab der Betheiligung der einzelnen Staaten an der westphälischen Staatsschuld festgestellt und dem Beschwerdeführer, zum Behuf der Geltendmachung seiner Ansprüche, der Rechtsweg eröffnet werde" aussprich, worauf Justizminister v. Mohl erklärt, daß das Ministerium Alles daran setzen werde, um den Betheiligten zu ihrem verklimmerten Rechte zu verhelfen. Nur der Berichterstatter Rödinger ergreift noch das Wort. Die Versammlung entscheidet sich sodann nach Gravelli's Vertheidigungsvorschlage für die einfache Ueberweisung der Sache an das Justizministerium, womit die Tagesordnung erledigt und die Sitzung beschlossen wird. (D. Z.)

Die für Berichterstattung über Zell's Antrag in Betreff der österreichischen Verhältnisse nach der Sitzung gewählte Kommission besteht mit Ausnahme eines einzigen Mitgliedes aus Oesterreichern, Preußen und Bayern, nämlich aus den H.H. Wattai von Grätz, v. Schrenck aus München, Jg. Kaiser aus Wien, Arnetz aus Wien, v. Sonnaruga aus Wien, Schubert von Königsberg, Weiß aus Salzburg, Reitter aus Prag, Franck aus Schlesewig, Neumayr aus München, Kirchgeßner aus Würzburg, Löw aus Posen, Jenetti aus Landshut, Venedey aus Köln, Beisler aus München.

Deutschland.

Die „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" meldet in ihrem amtlichen Theil die Absendung von Reichskommissären nach Oesterreich in folgender Weise: „Die Vorfälle in Wien und der dort entstammte Bürgerkrieg haben die provisorische Zentralgewalt veranlaßt, den Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung und Bevollmächtigten bei der provisorischen Zentralgewalt Karl Welker und den Obersten von Gravenreuth zu ihrer provisorischen Zentralgewalt Karl Welker und den Obersten von Gravenreuth zu ihrer persönlichen Kenntnißnahme Ludwig Mosle als Reichskommissär für alle österreichischen Gebietstheile des deutschen Bundesstaates zu bestellen, um alle zur Beendigung des Bürgerkrieges, zur Herstellung des Ansehens der Gesetze und des öffentlichen Friedens erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. Diese Reichskommissäre sind bereits am 13. October 1848 nach Wien abgereist."

Frankfurt, 16. Okt. Hr. Simon von Trier sagte heute in der Nationalversammlung: „Viele Mitglieder der Versammlung betrachteten ihre Sitze wie Königthümer, von denen sie nicht weichen, wenn sie nicht vertrieben würden." Ferner sagte er: „Ich betrachte es als eine Ehrenpflicht jedes Abgeordneten, seine Stelle aufzugeben, sobald die Majorität seiner Wähler ihm entrathen, daß sie mit seinem Wirken nicht mehr zufrieden sind." Die Linke hat diesen Behauptungen applaudirt. Nun gut! so möge sie auch danach handeln! Es ist notorisch, daß mehreren Mitgliedern der Linken ihr Mandat von ihren Wählern gesündigt worden ist; ich nenne ausdrücklich die drei Herren. Reinstein von Naumburg, Scharre von Stretzka, Titus von Bamberg. Vielleicht gibt es noch Andere, bei denen dasselbe stattfindet. Man darf wohl erwarten, daß die Linke, die so eifrig dem Grundsatze des Herrn Simon applaudirt, alle jene ihrer Mitglieder, denen das Mandat von ihren Wählern gekündigt ist, sogleich zum Mandat verzichten und nicht einen Tag länger, als sie müssen. Erst dann, wenn sie dies gethan, wird sie das Recht haben, auf die Besolgung jenes Grundsatzes auch von Seiten anderer Mitglieder zu dringen. Oder sollte etwa auch hier wieder, wie allerdings bei manchen andern Gelegenheiten an der Linken jener bekannte Vers aus Geller's Fabeln sich bestätigen: „Ja, Bauer, das ist ganz was Andres." (D. Z.)

Frankfurt, 17. Okt. Gestern ist Hr. Camphausen aus Berlin hierher zurückgekehrt. Die Unterhandlungen mit gutem Erfolge zwischen Frankfurt und Berlin ist jetzt sehr lebhaft. Der preußische Name hat neuerdings, besonders seit man die Preußen näher kennen gelernt, in hiesiger Stadt und Umgegend, ja überhaupt in Süddeutschland einen besseren Klang bekommen. — Robert Blum ist, wie in der Stadt erzählt wird, von Regensburg wieder hier eingetroffen. Das würde ein neuer Beweis seiner politischen Klugheit sein, die vielleicht noch größer, wäre sie nicht so bemerklich gewesen wäre, wenn er sich gar nicht auf die Reise begeben hätte.

Bayern. — ** München, 19. Okt. Ruhe und Ordnung sind in Folge der endlich getroffenen kräftigen Maßregeln zu deren Schutz sind den empörenden Auftritten von gestern Mittag nicht mehr gestört worden. Morgen werden diese Maßregeln bestehen, haben wir bereits heute morgen in unserer außerordentlichen Beilage gemeldet. Dieselben wurden seierlich in allen Theilen der Stadt verkündet. Polizeibeamte, denen ein Zug Kavallerie vorantritten, und je eine Kompagnie Linien-Infanterie folgte, durchzogen die Straßen, begleitet von Trommlern und von Zeit zu Zeit machend lasen sie nach jedesmaligem Trommelwirbel, wo weitere vernehmlicher Stimme die folgende Bekanntmachung ab, welche auch an allen Straßenecken öffentlich angeschlagen wurde:

„Im Namen Seiner Majestät des Königs von Bayern. Die vorgestern und gestern stattgehabten Unruhe veranlassen die k. Regierung von Oberbayern auf die Bestimmungen der Strafgesetzbuch über das Verbrechen des Tumults mit dem Beisatze neuerdings hinzuweisen, daß die bewaffnete Macht den gemessensten Befehl erhielt, bei vorfallenden Angriffen auf Personen oder Eigenthum, und bei Widersetzungen sofort von den Waffen und zwar von der blanken, wie von der Schießwaffe unnachsichtlich Gebrauch zu machen, und daß bei dem nächsten tumultuarischen Angriffe das Standrecht in Wirksamkeit treten wird. Wornach den 18. Oktober 1848. Kgl. Regierung von Oberbayern. Freiherr v. Godin, Präsident. Dubois, Sekretär."

Jedermann zollt diesem kräftigen Auftreten der Behörde den entschiedensten Beifall, und nur eine Klage ertönt aus jedem Munde, daß nicht früher erfolgte, als nach den empörenden Akten der Zerstörung, namentlich im Pschorr'schen Hause, denen nicht vorgebeugt, da wir doch Mittel genug hierzu werden konnte. Alle wir hören, ist heute Nachmittag ein aus den H.H. Hähnle, Förster und Mayer bestehende Abordnung des Bürgervereins für Freiheit und Ordnung mit einer Sendung dieses Bereins an Se. Maj. den König nach Nymphenburg abgegangen, nicht um eine Klage gegen irgendwen zu führen, sondern um einfach die Thatsachen Sr. Majestät darzulegen. In der That sprechen diese laut genug für sich selbst. Wir erklagen einstweilig, daß das Einschreiten der bewaffneten Macht nicht früher und rechtzeitig erfolgte; wir müssen gestehen, daß es uns nicht begreiflich ist, wie gegenthum überrauschte, jetzt in dieselbe Klage auch diejenigen einstimmen zu sehen, die bisher, und noch vor Kurzem erst, jedesmal einen ganz gerechtigten Lärm erhoben, wenn das Militär in ähnlichen Fällen bewaffnet einschritt. Kaum sind einige Wochen verflossen, seit dieselben Organe der Münchener Lokalpresse, welche jetzt so laut sich über das nicht erfolgte Einschreiten des Militärs beschweren, nicht minder heftig darauf drangen, daß man die Erhaltung von Ruhe und Ordnung hier ausschließlich der Landwehr überlassen solle. Leider erschien dieses vorgestern Abends, als die

ersten Kroworte und Angriffe auf die Brauer verstellen, sich in der nothwendigen Stärke, und dabei sehr kalt, daß die aufgerichteten schwachen Abtheilungen einen so schweren Stand hatten. Alle freuen und, die bisher so eifrigen Gegner des Militärs so plötzlich besetzt zu sehen. Nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, würde das augenblickliche Einschreiten der Linientruppen gestern ein nicht minder heftiges Gescheret von Seite derselben Organe hervorgerufen haben, die jetzt das Gegentheil in so lebhaften Ausdrücken verlegt. Wir können uns jetzt Glück wünschen, daß das Militär so einträchtig als energisch für die öffentliche Ordnung und Ruhe zusammenwirken zu sehen, und haben die Ueberzeugung, daß beide von der nun ihnen ertheilten Machtvollkommenheit stets mit Mäßigung, aber wo es nöthig auch mit aller Kraft Gebrauch machen werden. Die ganze Bevölkerung Münchens theilt diese unsere Ansicht wir unsere Wünsche. — Zu den bereits gemeldeten Thatsachen von gestern haben wir nur noch wenig nachzutragen. Alle der Plünderung sind selber sogar in einer so belebten Straße wie es die Dienergasse ist, nicht ferne von der Post vorgekommen. Im Pfhorr'schen Hause hatten die Kannibalen bereits auch den Versuch zur Brandstiftung gemacht, als sie endlich von den entschlossenen Landwehrmännern und Studenten festgenommen wurden. Ein Soldat ist dadurch nicht getödtet worden, der einzige Gebliebene ist ein Schutzmannsgeselle, der von dem in dem Falle so äußersten Nothwehr sich befindenden Schützenmeister Born heim Eindringen der wilden Horde in das Haus erschossen wurde. Ein diesen Nachmittag erschienener Maueranschlag, unterzeichnet von den H-H. Aschorr und Born selbst, gibt darüber bestimmte Erklärung. Daß gestern unter den Frevlern auch eine Anzahl mehr betrunkener Soldaten sich befanden, ist eine bedauerliche Thatsache; aber verhindern, die noch blieben, durch nachtheiligen Generalmarsch erdröhnte, waren nur einige wenige. Ein Fall aber, daß von denen die unter die Waffen traten und dann auf den Platz zurückten, auch nur ein einziger den Gehorsam verweigert hätte, wie der Korrespondent der Allg. Ztg. als „wahrscheinlich" hinstellt, also bloß muthmaßt, ist nirgends vorgekommen. Wahrhaft unverantwortlich dünkt es uns überhaupt, dergleichen Beschuldigungen auf bloße Muthmaßungen hin in die Welt zu schicken. Wir enthalten uns, ein solches Verfahren zu qualifiziren.

Württemberg. — Ulm, 18. Okt. Gestern Abend gab es hier einen Militärkrawall. Württembergische Infanteristen verfolgten in allen Wirthshäusern die auf der Wilhelmsburg liegenden österreichischen Artilleristen (2 Kompagnien, jede zu 180 Mann, Feuerschlöndnen und Aschechen), weil eine Anzahl dieser Oesterreicher vergangenen Montag in der Schützenwirthschaft auf barbarischer Weise den Rock-Aufschlag der Württembergern meherer Infanteristen mit dem Säbel verwundet, besonders aber einen Schützen vom 2ten Infanterieregimente dergestalt zusammengehauen hatten, daß man an seinem Aufkommen zweifelte. Dieser blutige Streit hatte nun die traurige Folge, daß die württembergischen Infanteristen in ihrer Erbitterung den Entschluß faßten, sich an sämmtlichen hier garnisonirenden Artilleristen, die sich gestern hatte in allen Aufschein, als ob es zu schweren Exzessen kommen würde. Einzelne Oesterreicher, vielleicht gerade die unschuldigsten, wurden mißhandelt. Vor mehreren Wirthshäusern, in denen Oesterreicher erblickt wurden, hatten sich große Massen Volks, übrigens als müssige Zuschauer, versammelt, während Soldaten und Schanzer (auch zuweilen diesen und den Oesterreichern kommen häufige Rohungen von Seiten gegen sie) mit Steinen bombardirten und in sie hinein einzudringen suchten. Das Erscheinen der Zivil- und Militärbehörden steuerte indeß bald dem Unfuge und stellte die Ordnung wieder her. Die Oesterreicher wurden durch starke Bedeckungsmannschaft nach der Wilhelmsburg, ihrer Kaserne, begleitet Gegen 9 Uhr Abends war wieder Alles ruhig. Diesen Exzessen liegen keinerlei politische Beweggründe zu Grunde. Eine Bestrafung wurde hier noch nicht bekannt. Der Kanonierist der erste Rädsprecher in öffentlichen Schulwirthshäusern verhandelt, übrigens noch nach unserem alten viel angefochtenen Strafgesetzbuche. Indessen **waren weder der Angeklagte noch** sein Vertheidiger erschienen, was auf das zahlreich anwesende Publikum einen heiteren Eindruck machte. Die Verhandlung nahm demnach ihren regelmäßigen Verlauf, und der Angeklagte, Karl Ignaz Schubert, Bedekirat des württemb. Artillerie-Regiments Prinz Weimar, wegen Vorbereitung des Hochverraths und wegen Majestätsbeleidigung" zu einjähriger Festungsstrafe und in sämmtliche Kosten verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte auf zweijährige Festungsstrafe angetragen; allein die Richter scheinen bei Bestimmung des Strafmaßes in Betracht gezogen zu haben, daß Schubert die gravirten Artikel andern Blättern entlehnt hatte, so wie, daß er erst 24 Jahre alt, also noch minderjährig ist. (Augsb. Postz.)

Baden. Der Großherzog hat zur Anerkennung der von dem badischen Armeekorps in den Gefechten von Kandern, Günterstthal, Freiburg und Staufen bewiesenen Tapferkeit eine Anzahl von Orden für die Offiziere und silberne wie Feldeisenmedaillen für die Unteroffiziere und Soldaten verliehen, und den Kommandeuren die Ausheilung der letzteren unter die würdigsten Soldaten überlassen, deren Namen sodann noch besonders veröffentlicht werden sollen.

Zu Rastadt wurde am 17. Okt von den daselbst liegenden österreichischen Truppen ein Trauergottesdienst für den ermordeten F.M.L. Grafen Baillet Latour abgehalten, dem außer den Oesterreichern noch eine große Anzahl einheimischer Militär- und Zivilpersonen beiwohnten. (Karlsr. Z.)

Großherzogthum Hessen. Alzei, 13. Okt. Das hiesige Gericht verurtheilte heute den Redakteur der „Neuen Zeit" wegen eines Artikels, der in diesem Blatt erschien, und der nach dem Urtheil des Gerichtes eine Verletzung der Amts- und Dienstehre des Ministers Jaup enthalten soll, zu 3 Monaten Gefängniß. (M. Z.)

Mecklenburg. — Mecklenburg, 8. Okte. Es läßt sich nun mit ziemlicher Gewißheit ein Urtheil über die Zusammensetzung des künftigen Landtags aussprechen. Das Uebergewicht ist den Reformern geblieben, da die Konstitutionellen im Anfange zu zahrlästig und energielos waren, erst im letzten Augenblick etwas Leben zeigten und noch dem Vorgehen der Reformer in Rostock ein gleiches Verfahren. Der konstitutionelle Verein — spät genug — zu bilden beschlossen. Leider ist es bei den Wahlen auch zu tumultuarischen Auftritten gekommen, indem in Neustadt dem besonders durch ländliche Stimmen siegreichen Ammann Weber von den Reformern, welche ihren Kandidaten nicht hatten durchsetzen können, das Haus unter dem Ruf: „Wir wollen keine Staatsdiener zu Deputirten" bemolirt wurde. Auch die Fenster anderer Bürger wurden eingeworfen, und die Scheune eines solchen (Fabricius) durch Brand zerstört, als durch absichtliche Anlegung oder Unvorsichtigkeit, ist nicht ermittelt. Die angestandenen Bürger haben endlich dem Tumulte und dem Feuer ein Ende gemacht. An einigen Orten haben auch Ehrgeiz und Eigennützel bei der Wahl ihr Spiel getrieben. Die Mehrzahl der Abgeordneten sind Advocaten; Gutsbesitzer wurden wenige gewählt, Prediger noch weniger. Es fragt sich nun, ob der Landtag nach dem Wortlaut der Einberufung ein vereinbarender bleiben, oder nach dem Vorbilde anderer Staaten sich zur souverän-konstituirenden Versammlung selbst deklariren wird. Geschieht das letztere, so werden auch wir den üblen Folgen solcher Ausschreitung nicht entgehen, zu wir werden ihrer vielleicht in noch größerem Maße als andere Länder, gemäß noch schneller und vielhaltig werden. Wo immer ein bestimmter Hochmuth an die Stelle der Gelassenheit und Besonnenheit und der Reaktion und Fehl überlassen; es wird in solchem Falle auch bei und nicht anders sein. (A. Z.)

Oesterreich. — △Wien, 17. Oktober. Die Ungarn bleiben aus, die Telegraphen der Sternwarte, durch welche man sie erblickt haben wollte, wie die Auflagen derer, die sogar durchs ungarische Heerlager gegangen sein wollten, kommen nur leichtgläubige täuschen; man mag wünschen, das glaubt man, so ging es auch hier. Die ganze Farce, welche die Abgeordneten des ungarischen Reichstags hier spielten, zeigt sich täglich mehr in ihrer vollen Nachtheit. Möglich, daß an der ungarischen Grenze einige ungarische Truppen stehen, in der Nähe von Wien stehen keine, das ist gewiß; sollte dem mehr kaiserliche Truppen, und diese nehmen täglich und beobachtete Haltung an. Die ganze Komödie treibt alsdann in sich selbst zu zerfallen. Man fährt hier hier, die Theurung nimmt imposiren überhand, die Muthlosigkeit nicht minder. Die gut kaiserlich Gesinnten fangen schon an sich zu regen.

Olmütz, 12. Oktober. Gestern war eine öffentliche Aufforderung an sämmtliche Garden ergangen, sich „wegen einer Ergebenheits-Adresse" in den Wiener Reichstag versammeln. Auch die Studenten herabschlagen in der Aula, und es fanden sich viele Entschlossene, die bewaffnet nach Wien ihren Kollegen zu Hilfe ziehen wollten. Doch hindert sie daran das Militär, das seit einigen Tagen die Bahn besetzt hält. Die Eisenbahn ist bis Brünn gesperrt, die andern erst um 10 Uhr. Der Flüchtlinge aus Wien gibt es an allen Stationen in Masse, und oft kommen Trains hier an, wo der Unterschied der 1., 2. und 3. Klasse durch einen völligen Kommunismus ausgeschlossen ist.

Olmütz, 17. Oktober ist in Olmütz angekommen. Der Olmützer Kreisbaumann hat darüber dem Prager Gubernialvizepräsidenten mittelst einer telegraphischen Depesche Folgendes mitgetheilt: „Seine Majestät sind unter dem größten Jubel des Volkes heute (14.) um 4 Uhr 15 Minuten Nachmittags in Olmütz eingetroffen. Durch ganz Mähren begleiteten denselben die lautesten Beweise der Liebe, Anhänglichkeit und Dankbarkeit der Städte und Dörfer, die er durchlief, denen Se. Majestät selbst durch ihre Huld, so wie durch die allerhöchste Sanktion erhalten haben, ungeschmälert belassen werden. Der Wagen Seiner Majestät des Kaisers wurde in Olmütz vom Volke gezogen."

Proklamation. Die letzten Ereignisse in Wien beweisen leider einen Zustand höchstlig hervorgebrachter Aufregung, welcher alle Ordnung stört, und dem gesetzgen Zweg hindert und zu vereiteln macht. Die Mittel und Gesetze angemessen auszuarbeiten und das Eigenthum zu schützen. Dieser Zustand erfordert im Interesse eines jeden Staatsbürgers eine baldige Beendigung, die nur durch kräftige Maßregeln herbeigeführt werden kann. Die zu diesem Zwecke getroffenen militärischen Vorkehrungen sollen daher keineswegs die von Sr. Majestät unserem allergnädigsten Kaiser verliehenen Rechte schmälern oder rückgängig machen, sondern im Gegentheile jedem Einzelnen den Genusse derselben und den Staat vor Anarchie schützen. Ich fordere daher alle redlich Denkenden auf, jedes hier zu unbegründete Mißtrauen zu beseitigen und durch ruhiges Verhalten die zur Förderung des allgemeinen Wohles unumgänglich nöthigen Maßregeln nicht zu stören. Olmütz, am 11. Oktober 1848. Im Auftrage Sr. Durchlaucht des kommandirenden Herrn Generals in Böhmen, Fürsten Windischgrätz: v. Wohlgemuth, Generalmajor. Sunstenau, Feldmarschall-Lieutenant und Festungskommandant.

Innsbruck, 16. Okt. Eben geht hier die Nachricht ein, daß unsere auf dem Heimmarsche begriffenen Schützenkompagnien Befehl erhalten haben, umzukehren. Man spricht von ausgebrochenen Unruhen in Südtirol — wahrscheinlich aus Anlaß der Wiener Nachrichten. (Tirol. B.)

Oesterreichische Monarchie.

Wie es dem Jellachich in Ungarn ergangen und wie es in seinem Lager aussieht, darüber lagen bis jetzt nur ungarische Berichte vor; nunmehr erhalten wir auch eine Darstellung von der entgegengesetzten Seite durch ein Privatschreiben eines deutschen Offiziers in der Armee des Banus, d. d. Kaiser-Ebersdorf bei Wien, 10. Okt., welches die O.-P.-A.-Z. mittheilt und dem wir Folgendes entnehmen: „Wir wollten erst den Ungarn, die unter Kossuth und Messaros sich uns sehr näherten, eine Schlacht zwischen Raab und Presburg liefern, und unsere ganze Armee freute sich schon darauf, als plötzlich der Befehl kam, 7. Abends die Kunde von den Wiener Ereignissen durch einen Offizier, der Tag und Nacht durchgeritten war, erhielt. Sogleich brachen nun gegen 12,000 Mann, die am Weitesten vorwärts standen, unter des Banus persönlichem Befehle auf und marschirten in Gilmärschen und mit Zurücklassung alles Gepäckes, während die übrigen 23,000 Mann und wohl bald folgen werden. Die Wiener Rebellion ist dem Kossuth wohl gelückt, und seine Dukaten, mit denen er das Volk und die Studenten bestach, haben Zinsen getragen. Dennoch saßen wir ihn wohl noch, und aufgeschoben ist nicht aufgehoben. In allen slavischen Komitaten von Ungarn bereitet sich der Landsturm gegen diese übermüthigen Magyaren, die Alles nach ihrer Willkür beherrschen wollen, vor, und auch in Siebenbürgen werden die dort stehenden Regimenter schon vereinigt und den Ungarn von Süden aus in den Rücken fallen. Dazu hat der Banus von hier aus einen als Bauer verkleideten Offizier an die kroatische Grenze geschickt, der das letzte Aufgebot aller Grenzregimenter allarmiren und alle dort lebenden pensionirten kaiserl. Offiziere, die nur irgend noch dienen können, auffordern soll, zum Heere zu stoßen. Auch Radetzky wird uns 20,000 Mann Grenzer senden, denn er ist dann noch stark genug, die Italiener im Zaume zu halten. Die Ungarn sind circa 50,000 Mann stark, darunter ungefähr 9000 Mann früherer regulärer Truppen, unter den andern einige gute Freiscorps, sonst aber viel in den Strassen von Pesth zusammengerafftes Gesindel. An Offizieren fehlt es ihnen sehr, denn von den meisten ungarischen Regimentern, die auf ihrer Seite stehen, ist die Mehrzahl Offiziere vorher ausgetreten, und nur die eingeborenen Ungarn sind geblieben. Sonst kommandiren ungarische Exellenze die meisten Schaaren, denn trotz ihres Aufstandes sind sie doch viel zu stolz, Anderen als Excellenze zu machen. Wenn es so fortgeht, wird, wie seien von den Ungarn geschlagen, so sind dies lauter Lügen, die Du nicht zu glauben brauchst. Bloß kleine Vorpostengefechte, bei denen keiner recht siegte, sind bisher vorgefallen, weiter nichts. Resolut bei (ein unleserlicher Name) fließen wir mit ihrem Vorrath zusammen und hatten ein prächtiges Reitergefecht. Wie es hier vor Wien werden wird, weiß ich noch nicht. Folge der Banus unserm Wunsch, so stürmen wir noch heute Wien, denn es ist kein Mann im ganzen Heere, bis auf den geringsten Trainsoldaten, der nicht voll Wuth gegen die Wiener wäre, die unsern Kaiser mißhandelt und unsern Kriegsminister ermordet haben. Da aber ein solcher Sturm zu viel Unschuldige treffen würde, so werden wir Wien wohl so lange zernirren, bis die Uebergabe erfolgt ist und die Schuldigen ausgeliefert werden. Graf Auersperg sieht mit 10,000 Mann seinen Truppen, größtentheils von böhmischen und polnischen Regimentern, im Schwarzenberg'schen Palais in sehr günstiger Stellung. Nordwärts werden in diesen Tagen von Prag, Olmütz und aus Nordungarn noch 50,000 Mann anrücken, so daß wir zusammen an 90,000 Mann gute Truppen hier haben werden. Sehr zu statten kommt uns, daß wir im „Neugebau" viel Munition aller Art gefunden haben und hierin sehr gut versehen sind. In Wien selbst muß es fürchterlich aussehen; wer nur irgend kann, sucht noch zu fliehen, zumal schon mehrere Mordthaten dort verübt und namentlich auch viel Nothzucht an Frauen begangen worden sein soll. Heute Nachmittag kamen vierzig Grenadiere von Hess-Infanterie, die sich am 6. d. Mts. dem Volke angeschlossen haben, zu uns. Die Leute weinten sehr und baten demüthig um Gnade und wollten gern ihr Leben lassen, wenn sie nur wieder zu Ehren kämen. Sie erzählten uns, man habe sie die ganze Nacht herumgetrieben gemacht, jedem Mann einen Gulden Zwanziger und jedem Korporal einen Dukaten gegeben und ihnen gesagt, sie sollten sich ja dem Ausmarsche gegen die Ungarn widersetzen; auch von den übrigen Soldaten wollten gestern die meisten noch kommen; allein man mache sie in der Aula Tag und Nacht betrunken, so daß sie gar nicht ordentlich nüchtern würden. Ueberhaupt habe man alle Weinkeller in Wien erbrochen und Alles trinke den ganzen Tag auf den Straßen. Die Soldaten, die nach Wien sind, waren größtentheils Rekruten vom Depotbataillon von „Deutschmeister", einer Wiener Kappelbuben, die diesen Sommer erst eingerexten sind, dann Italiener vom Regiment Ceccovieri, und einige hundert Grenadiere von Heß und Hrabowsky. Dann hat man das Militärkrafthaus, wo an 140 Gefangene wegen Diebstahls u. s. w. saßen, und auch die anderen Zuchthäuser geöffnet. So eben kommt ein Bataillon Grenzer mit Trommelschlag noch bei uns an. Dadurch war von uns in Ungarn schon abgeschnitten gewesen, hat sich aber mit geringem Verlust durch große Haufen insurgirter Bauern durchgeschlagen."

(Aus dem Feldlager zu Tomasschac (an der Temes), 2. Oktober Abends.) Gestern Nachts brachte uns ein Kurier aus Karlowic ein Schreiben des Patriarchen mit der Nachricht, daß der serbische Wojwod General Supilzac in zwei oder drei Tagen aus Karlstadt über Agram in Karlowic eintreffen und unverzüglich den Befehl über die serbischen Truppen übernehmen werde. Heute ward diese Kunde durch den Protopresbyter Stamatovic im ganzen Lager publizirt und erregte die freudigste Sensation. Das Hoch-Vivat wollte gar nicht enden. Mit dem meisten Jubel empfingen diese Nachricht die in unserem Lager stehenden zwei Bataillone des Deutschbanater Regiments, in dessen Reihen der Wojwode einst durch mehrere Jahre als Kompagnie- und Bataillonschef stand und die aufrichtigste Liebe seiner Untergebenen genoß. — Unser Lager hinter dem Dorfe Tomasbevac, auf einer von drei Seiten von der Temes umfließenen Anhöhe, ist das beste und stärkste im Banat und beherrscht die ganze Umgegend. Der rechte Flügel dehnt sich gegen Botos aus, der linke bis Orlovat. Wir haben hier Kanonen genug, selbst Achtzehnpfünder. Die Kriegsmannschaft besteht aus mehr als 6000 Mann, alle waffenfähige, die Mehrzahl bewährter wehrkriegerischer Grenzsoldaten. Die riesige Freiwilligenlegion bildet ein ungemein interessantes Gemisch von Nationalitäten und Trachten, wie man es nicht leicht sehen kann. Neben Serben, Bosniaken, Hertzegowinern, Montenegrinern befinden sich hier viele Arnauten, über dreißig Türken und drei Araber. Lagerkommandant ist der Oberst Ritter Stepchan Knicanin, ein Held, den schon mehrere serbische Heldenlieder feiern; unter ihm stehen die Majore Milojevic (früher in russischen Diensten) und Barcic. Scharmützel und Vorpostengefechte haben wir fast alle Tage. Am Donnerstag schlugen wir uns bei einem Rekognoszirungszuge mit zwei Kavallerieskadronen und einer ungarischen Infanteriekompagnie in den benachbarten Orlovater Weingärten. Der ungarische Nationalgarde-Hauptmann, 5 Offiziere und einige Gardisten sind gefallen, sieben nahmen wir gefangen. — Sonntag, den 1. Okt., wollten die Magyaren das Dorf St. Janosz angreifen; die Besatzung von Albunar schlug sie aber mit Verlust zurück. — Eben wird uns die Nachricht gebracht, daß Oberst Voballe an demselben Tage (Sonntag) von der Weißkirchner Besatzung, welche durch starken magyarischen Zuzug verstärkt war, in seinem Lager am Bache Karaš angegriffen worden sei. Zu so Gefecht wir blutig, seine Schlacht, ein Schlachten war's zu nennen. Lieutenant Besarabic fiel dem Feinde mit 1000 Insurgenten in den Rücken und machte so die Niederlage der Weißkirchner vollständig. Gegen 400 Weißkirchner sollen todt und verwundet am Platze geblieben sein. Spahe ist von den Serben gefangen genommen worden.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Freitag, 20. Okt.: „Bürgerlich und romantisch", Lustspiel von Bauernfeld.

Fremdenanzeige.

Hotel Maulik. Marquis de Catalo, Rentier, am Mailand. Bolling, Rentier, von Wien. Weigl, Privatier, von Wien. Vogel, Kaufmann, von Schnittach. Weigel, Kaufmann, von Frankfurt. Dollmann, Partikulier, von Wien.

Gold. Kreuz. Glaubner, Studierender, von Innsbruck. Andreä und Donner, Rentiers, von Innsbruck. Mad. Wölly, von Zillerthal. Packerman, Kaufmann, von Frankfurt.

Blaue Traube. Pollick, Partikuller, von Neu-Jork. Lieb, Bauquettrauch und Pfingstkraut, Studierende der Theologie, von Dillingen. Stoll, Dr. med., von Wien. Kopp, Polizeiassessor, von Steinbach.

Stadthögarten. Kreisler, Privatier, von Lobmüdt. Schüler, Privatier, von Grösdorf. Walther, Fabrikant, von Neuburg. v. Rod, Studierender der Medizin, von Bamberg. Magenthal, Privatier, von Main. Albrecht, Kunstdrechslast, von Rantenbach. Maier, Studierender, von Dillingen.

Gestorbene in München.

Karolina Arnold, Hausmeisterstochter, 30 J. a. Marianna Spitz, Witwe, geb. Mittelsteiß-Getreidegattin, 24 J. 11 M. a. Ursula Würmser, Tagelöhnerstrau von Brunnthal, 79 J. a.

190. (2a) Eine Partie angefangener Stickereien, vorjähriger Muster, werden zu herabgesetzten Preisen verkauft bei Jos. Großzaun, Perussagasse Nro. 2.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Politisches Associations- und Petitionsrecht.

= Von der Donau. Die Tage des Ringens um bürgerliche Freiheit brachten dem Volke die Genugthuung, diese Palladien der Volksentwickelung endlich erreicht zu haben. Aber nichts mehr hiebei Ereignisse mit Freude begrüßen, welched das Mutter und Pflegerin der größten Bürgerlichen Tugenden, der Einsichtung der edelsten Talente zu werden beurtheilen ist? Wer möchte verkennen, daß die vernünftige Uebung dieser Rechte am meisten geeignet ist, den höchsten Regierungsorganen den Blick in die Zustände des Volks, in seine Bedürfnisse und Wünsche, in die Gebrechen der Verwaltung zu eröffnen, welche dann nicht mehr schwierig zu verbessern, zu beseitigen, zu heilen sind, wenn man sie richtig erkannt hat? Wer möchte läugnen, daß gerade hierin der wahre Staatsmann am Steuer des Staatsschiffes seinen besten Beurtheigenschaften finden wird, jenes heilsoje Schleichgift einer papierenen Verwaltung, jenes stets sich erneuende Reizmittel der öffentlichen Unzufriedenheit, den Tümel und die Regierssucht, jenes mit dem Wuchthaben das wahre Recht moderner Freiheit, dem der Geist des Beamtenthums allmählig zu verfallen droht, endlich zu beseitigen und es dahin zu bringen, daß das Regieren nicht mehr gleichsam als Zweck, sondern als Mittel zur Beförderung der Lage des Volkes gehandhabt werde?

Für dem großen Mechanismus der Staatsverwaltung ist das Recht der Vergesellschaftung und Antragstellung vielleicht noch unpassend mit der Macht der Dampfkraft im Gebiete des technischen Lebens zu vergleichen. Eben deßhalb kann es aber auch Niemanden entgehen, daß diese Riesenkraft nicht dem Kinde, nicht dem Leichtsinne und der Unbedachtsamkeit nicht dem Verbrechen zum willkürlichen Gebrauche überlassen werden könne, soll nicht Wohlfahrt und Ordnung Gesellschaft der größten Gefahr blosgestellt sein. Weise Gesetze müssen vor der Freiheit des Gebrauches sichern und regeln, den Mißbrauch aber verbieten und wenn er dessenungeachtet erfolgte, im Interesse der Ordnung und des Gesetzes behandeln. Dasselbe wird auch von den genannten politischen Berechtigungen gelten. In einem Momente nun, wie der gegenwärtige, wo vielleicht ein Fingerlein des Strafrechtspflege gegen diejenigen Personen erfolgen müßte, die bisher an der Spitze politischer Associationen sich zeigten und sich in unklarer Voestellung nicht begreifen, daß die Staatsregierung, welche das Vergesellschaftungsrecht ganz offen anerkannte, nicht Gewalt für Recht übe, wenn sie gegen solche Personen einschreitet, ist daher wohl nicht unpassend, mittelst der Tagespresse zur Läuterung der Begriffe auf die naturnothwendigen Grenzen der in Frage stehenden politischen Berechtigungen hinzuweisen. Es scheint dies um so mehr Bedürfniß, als schon in der nächsten Zukunft auch mit diesem Gegenstande die Gesetzgebung sich wird beschäftigen müssen, nachdem mit den bisherigen gesetzlichen Normen in fraglicher Hinsicht nirgends etwas klares und ausreichendes festgestellt ist. Jene bekannte Aeußerung, „daß Associationsrecht besitze faktisch und sei es rechtlich kein bedingtes Verbieten," spricht so sonnenklar für sich selbst, daß es gewährten," könnte wohl manchem geeigneter erscheinen, die Masse älterer polizeilicher Vorschriften als obsolet darzustellen; allein Niemanden kann entgehen, daß hiemit keine Garantie gegeben ist, daß die richterliche Gewalt, die nur nach Gesetzen entscheiden darf, solche Aeußerung als verbindliche Norm betrachten werde, oder in einem Falle der Mißbrauch des politischen Gesellschaftsrechtes gegen den Mißbrauch des Associationswesens eine gesetzliche Sicherheit geboten sei. Der dermalige in fraglicher Beziehung nahebei anarchische Zustand wird eben deßhalb nicht länger geduldet werden können. Das Vergesellschaftungsrecht wird dann in doppelter Form geübt werden, indem entweder für eine dauernde Zweckverfolgung sich aus der allgemeinen Bevölkerung ähnlichetende Vereine auf eine längere ausgemessene Zeitdauer bilden; oder für momentane Unternehmungen eine unbestimmte ungewählte Menschenmenge sich in vorübergehender Weise zu einer Vereinigung zusammenthut. Man kann sonach das Vereinsrecht im engeren Sinne von dem Versammlungsrechte unterscheiden. Da indessen beide an sich auf gleicher Basis beruhen, so werden sie auch beide in der Hauptsache nach gleichen Grundsätzen beurtheilt werden können. Die Grenze alles Vergesellschaftungsrechtes im allgemeinen ergibt sich aus dem Umfange der Möglichkeit desselben innerhalb eines geordneten Staates. Wo demnach mit Rücksicht auf die Prinzipien der Verfassung eines Staates die Unordnung beginnt, da ist nothwendig auch die Grenze jenes Rechtes. Die Prinzipien der Verfassung eines Staates sind nun erweder allgemeine, d. h. solche, die selbstverständlich jedem Staatswesen und überhaupt der menschlichen Gesellschaft zu Grunde liegen; oder sie sind besondere, d. h. solche, welche in einem bestimmten Staate nach seiner Eigenthümlichkeit zur Geltung gelangt sind. Zu den ersten oder allgemeinen Prinzipien jedes vernünftig geordneten Staatslebens muß gezählt werden: a) Freiheit der Person, sowohl die Sicherheit der Person und alles dem anklebenden Rechte, dann die Freiheit des Wandels des Aufenthaltes und Berufes, des Gewissens, der Wissenschaft und der Mittheilung hervorgeht; b) Gleichheit aller Staatsangehörigen, worauf hervorgeht, daß nach Erfüllung der für alle gleichmäßig bestimmten Verbindungspflichten jeder gleichen Anspruch auf alle Würden, Ehren und Belohnungen, und eben so jeder gleiche Pflicht hat, zu allen Lasten nach gleichem Maßstabe des Seinige beizutragen; c) Heilighaltung des Eigenthums jedes Einzelnen, d. h. der freien und ausschließenden Verfügungsbefugniß eines jeden Einzelnen über die Summe der Werthe, welche er als Früchte seiner Arbeit angesammelt hat, oder ihm von anderen übertragen worden sind; d) Heilighaltung der Ehe als die nothwendigen, aber auch allein vernunftgemäßen Anstalt zur Erhaltung und würdigen Erziehung des menschlichen Geschlechtes; e) Heilighaltung der Religion, mit Achtung der vollen Gewissensfreiheit eines Jeden ohne Unterschied des Bekenntnisses. Die besonderen Prinzipien eines Staates, welche von Niemanden, der denselben angehört, verletzt werden dürfen, gehen aus der seierlich errichteten eigenthümlichen Verfassung desselben hervor. Dieselben sind meistens in schriftlichen Urkunden aufgezählt, welche unter dem Namen allgemeine Gesetze jedem Staatsangehörigen bekannt sind. Dieselben sind dreierlei Art, nämlich I. einfache Gesetze, wodurch den Staatsangehörigen verboten ist, in gewisse Unternehmungen sich einzulassen, Strafgesetze; oder II. solche Normen, eigentliche Verfassungsgesetze, worauf die Ordnung der gesammten Staatsregierung beruhet, gegründet ist, daß eine Aenderung derselben von Niemanden als nur von der höchsten Staatsgewalt selbst beantragt, und außer diesem Falle von Niemanden eine solche in Berathung genommen werden kann. Jede Vergesellschaftung, welche einen Zweck verfolgt, dessen Durchführung die Verletzung eines dieser Prinzipien zur Folge haben müßte, übersch reitet demnach auch die Grenze der Ordnung des Staatslebens, somit auch die Grenze der Möglichkeit innerhalb eines geordneten Staates, und kann deßhalb nicht mehr als statthaft erachtet werden. Das an sich erlaubte Vergesellschaftungsrecht darf sonach keine Zwecke verfolgen, welche A. gegen die Grundsätze aller vernünftigen Staatsordnung (contra bonos mores) sodann B. gegen die besondere Staatsgesetzgebung, und C. gegen jene Verfassungsgesetze des bestimmten Staates verstoßen, welche der höchsten Staatsgewalt das ausschließende Recht, über einzelne Verfassungsfragen Berathungen und Beschlußfassungen zu veranlassen, vorbehalten. Wo nach den Gesetzbestimmten B und C das Vergesellschaftungsrecht nicht Platz greift, liegt für jeden den bestehenden Gesetzen des Staates eine Schwierigkeit entnehmen; dagegen verhält es sich anders in Beziehung der unter A. aufgestellten allgemeinen Staatsgesetzlichkeit.

Das Moment dieser Staatsgesetzlichkeit, das Beetsoßen gegen die guten Sitten, kann nicht casuistisch in vorhinein für jede möglichte, irgend einmal aufzutretende politische Form festgestellt werden, sondern es kann hier für jeden Fall nur ein gewisses Maß einer eigenen Gesetzlichkeit als geordneten Wege erkannt, das Vereins- oder Versammlungsrecht für den fraglichen Zweck, in eine gewissen Richtung, aufhebt, und mit diesem Verbote den fernern Gebrauch dieses Rechtes in fraglicher Richtung als Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates bezeichnet und bedroht. Als unstatthaft erscheint sonach und ist des Verbindnisse wegen, die nicht zu verleugnen, die Anmaßung irgend einer Vereinigung, vermach sie ihre Manifestation oder Petition als eine solche des Gesammtvolks, das den Staat bildet, hinzustellen versuchen wollte Die Annahme der Souveränetät des Volkes, das einen Staat bildet, soll hier nicht in Frage gestellt werden; allein auch sie hat jedergeit voraus, daß es nicht jeder beliebigen Menge aus dem Volke einfallen könne, sich als souverain darzustellen. Dieß kann vielmehr stets jedergeit nur dem Gesammtvolke, wozu auch die Gesammtregierung des Staates gerechnet werden muß, an, und kann nur von dem in gesetzlich vorgeschriebener Weise versammelten Volke in Anspruch genommen; somit auch nur in der gesetzlich berufenen Volksversammlung unter ungetrennem Zusammenwirken mit der höchsten Regierungsgewalt des Staates erkannt werden. Eine solche Anmaßung wird sich stets als die öffentliche Sicherheit gefährdend, als ein Angriff auf die Verfassung des Staates schon im gemeinen Strafgesetze bestraft, und demgemäß geahndet werden müssen. Erscheinen die nach klarem Gesetze unerlaubten Vereinigungen (vergl. oben B und C) schon im ihrer Eingebung wegen unerlaubt und kraftlos, so sind sie durch in jedem Falle erfolgenden Beitritt des als Staatsgesetzbruch bezeichneten nur erst bestätigtes Ihres Fortbestandes aber ihrer Fortsetzung. Ist aber dieser Ausspruch gesetzt, dann stehen die sämmtlichen als unerlaubt charakterisirten Vereinigungen sich völlig gleich, und sollen nothwendig in gleicher Weise der strafrechtlichen Beurtheilung anheim. Noch ist übrigens eine Reihe politischer Vorschriften nothwendig, um die Staatsgewalt in den Stand zu setzen, ihrer gesetzlich gebotenen Einschreitung den nöthigen Erfolg zu sichern. Somit wird nicht nur Subpenalion des Vergesellschaftungsrechtes für jeden einzelnen Fall einzutreten haben, wo für denselben einmal auf Anklage erkannt ist, sondern es wird auch nothwendig sein, daß keine Vereinigung, keine einzelne Versammlung benutzt werden dürfe, ohne daß angemessene Zeit vorher der zuständigen Polizeibehörde davon Anzeige und mit genauer Angabe des Zweckes Mittel, daß jeglichen diese Anzeige nur von selbstständigen Staatsbürgern erstattet werden kann, welche die volle solidarische Verantwortlichkeit für die Beobachtung der gesetzlichen Gränzen auf sich haben, neben denen alle Ehrlustrmer gleichwohl ebenfalls haftbar bleiben; daß ferner die Unterlassung der Anzeige oder die Abänderungen von den angekündigten Zwecke als eine wenigstens polizeiliche strafbare Handlung erscheine, daß Missbräuche auf die materielle Bedeutung der stattgefundenen Vereinigungen selbst; und daß endlich sowohl das Führen von Waffen bei allen Vereinigungen als die Wahl des Orts derselben von der Genehmigung der Staatsbehörden abhängig gemacht werde.*) Betrachtet man übrigens den Zweck alles

*) Das Führen von Waffen bei solchen Anlässen kann und darf unserer Ueberzeugung nach nie und nimmer gestattet werden. In diesem Sinne hat bekanntlich auch die Nationalversammlung zu Frankfurt sich ausgesprochen.

Anm. d. Red.

Associationswesen, so soll hierin einem Theile der Staatsangehörigen die Gelegenheit geboten werden, seine Meinung über öffentliche das Staatsleben berührende Gegenstände auszusprechen, und nach Umständen hierin Anträge an ein Publikum oder die Regierung des Staates zur Erreichung gewisser Absichten zu knüpfen. Die Resultate einer Association sind daher Manifestationen und in vielen Fällen auch Petitionen. Das Petitionsrecht ist soviel eine Wirkung als ein Ausfluß des Associationsrechtes' aufzufassen, wovon die natürliche Folge, daß es an diesseben Gränzen gebunden sei, welche diesem durch die Gesetze gezogen sind. Der Missbrauch wird daher in beiden Beziehungen eine gleiche Strafe nach sich ziehen müssen. Jeder Form der Ausübung, welche mit dem Charakteristischen Namen der „Sturmpetition" bezeichnet wird, bedarf einer besonderen Würdigung. Wenn die Macht der Gründe eines Antrages durch die Masse und Schlagfertigkeit derjenigen verstärkt werden soll, welche dasselben vorbringen, so wird man leicht begreifen, daß hierin eine gefährliche Drohung liegt, durch welche die Freiheit des Urtheils verringert werden soll, die sie Gesetzgebung einer Petition auszusprechen gesetzlich berufen sind. Der Begriff einer Sturmpetition beruht daher auf dem Merkmale der ausbrechlichen oder stillschweigenden Hinweisung auf die physische Stärke derjenigen, von welchen sie angebracht wird. Soll daher eine Petition nicht in eine strafbare Handlung ausarten, so darf es dieselbe nicht von 10 oder mehr Personen unmittelbar vorgebracht werden; b) die, welche sie vorbringen, dürfen nicht bewaffnet sein; und c) die Versammlung derjenigen, in deren Namen ein Petition gestellt wird, darf während dieses Aktes in dem Gemeindebezirke des Ortes, wo dieselbe vorgebracht wird, nicht stattaben. Alle Folgerungen aus den in vorstehender Betrachtung enthaltenen Grundsätze zu entwickeln, ja selbst die Wirksamkeit der letzteren unmittelbar darzulegen, kann natürlich nicht Aufgabe dieser für ein Zeitblatt bestimmten Zeilen sein, welche einzig und allein gewissen Worten, wie sie unserem früheren Staatsleben völlig fremde Erscheinung und die Nothwendigkeit, dieselbe durch weise Gesetze zu ordnen, die Aufmerksamkeit derjenigen hinzulenken, welche hiefür thätig zu sein berufen sind. Nicht präventive aber entschieden den verschuldeten Missbrauch repressive Maßregeln kann eine geordnete Staatsregierung kaum länger entbehren.

G.

Ueber die Rohmer'sche Broschüre.

Ueber die Rohmer'sche Broschüre bringt die Allgemeine Zeitung in einem Artikel aus Oberfranken, wie in diesem bemerkt wird, einige einfache Gedanken, welche sich ganz prosaisch auf dem praktischen Standpunkte halten." Wir theilen diese Gedanken ohne Zusatz wie ohne Abstrich auch unseren Leser mit. Es heißt in dem Artikel der Allg. Ztg.: „Rohmer will tüchtige Staatsmänniich ausgezeichnete Minister. Es menne die Männer, denen er diese Eigenschaften zutraut. Einen gibt er zu verstehen, sich selbst nämlich; wohl denn, er nenne die andern, denn wir brauchen mehr als einen. Es klingt trivial, aber man muß es doch sagen: taseln ist auch hier leichter, als besser machen. Für den Augenblick ist das allerdringendste Bedürfniß die Herstellung der Ruhe und Ordnung in Deutschland. Dieser Zweck ist in den letzten Wochen mit gutem Erfolg angestrebt worden, die Verwirrung der politischen Gedanken fängt an sich zu lösen, einer Masse von Verblendeten ist der Nebel vor den Augen gefallen, die große Anzahl der bei der Ordnung interessirten Bürger und Bauern bildet eine Unterstützungsschaar für die Regierenden, und sieht ein, daß sie sich vortheilhaft auf die bestehenden stützen muß, weil in diesen allein, der organisirten Macht der Demokraten gegenüber, eine gleichfalls organisirte Macht ist. Die guten Bürger, die Vertreter der Ordnung und der gesetzlichen Freiheit, mit den Regierungen müssen Deutschland retten, wenn es irgend zu retten ist. Was nütz es die gegenwärtig, seit dem März, Regierenden zu verstehen? Hat man nicht die Männer des Volks in die Ministerien gezogen? Kann man annehmen, daß den Regierungen nicht selbst am allermeisten daran gelegen sei, ausgezeichnete Staatsmänner zu Ministern zu haben? Woher soll man sie aber nehmen? Die Zeit seit 1815 war ihrer Bildung nicht förderlich. Wo sind sie nun aufzutreiben? Man nenne sie; die Regierungen werden nicht anstehen zuzugreifen. Immer aber würden sie sie fruchtlos, auch wenn man ihnen Namen nennen, es doch darauf ankommen würde, wie es ausfiele, weil sie die Bewährung doch immer erst abwarten müßten. Man hat in der jüngsten Zeit parlamentarisch bewährte Männer in die Ministerien gerufen. Rohmer verhorreszirt diesen sonst allgemein anerkannten Bewährungsmodus. Daß die schriftstellerische Bewährung nicht ausbreche, daß zwischen dem ausgezeichneten politischen Schriftsteller und dem praktischen Staatsmann eine weite Kluft bestehtzt sein könne, das haben wir, glaube ich, in den letzten Monaten zur Genüge erfahren. Wenn man aber keine ständischen Berührungsreiten, keine schriftstellerischen Ausgeichnungen nehmen soll, so steht man sich auf die Männer in den Bureaux gewiesen. Diese sind aber alle Knechte des Systems, das von vornherein verdammt. (Und doch kennen wir in ganz Bayern nicht einen Mann, nicht einen — der den Ferm. v. Lerchenfeld an Adel des Charakters, an Festigkeit und Unabhängigkeit, die in schlimmster Zeit die Feuerprobe bestanden, überträfe, während wenige solchen heißen Eifer für das parlamentarische Leben mit solchem gewissenhaften Studium der Verwaltungszustände des Landes verbanden.) Wenn es damit stehen wäre, das man sagte: „Wenn wir daran wären, würde es besser gehen" so wäre bald Rath geschafft. Wir haben aber leider auch darüber unsere Erfahrungen gemacht. Nicht um die Mittelmäßigkeit in Schutz zu nehmen, sondern weil und der Augenblick das Wort aufdrängt, sagen wir es: wenn man nicht die allerunbrauchbarsten Werkzeuge hat, so muß man mit den mindervollkommenen das mögliche wirken, so ist kein anderer Weg. Daß man ganz unbrauchbare in die Gesetzstelle, versteht sich von selbst. Die lassen sich allenfalls leicht erkennen, es braucht keines Fallenauges, um zu wissen, wie man mit ihnen daran ist. Wenn man daran verzagt, mit dem Gegebenen zum Ziele zu kommen und auf das Beste wartet, das nicht zur Hand ist, so wird, fürchte ich, während des Wartens das Schlimmste kommen. Die Zuversicht ist auch ein Element im Staatsleben."

Die Industrie im Zollvereinsgebiete.

Bei Vielen scheint noch die Ansicht zu herrschen, daß der Zollverein auf der Stufe seiner Ackerbaugebiets stehe, und auf den Standpunkt eines Manufakturgebiets erst gehoben werden müsse. Solche Leute glauben, daß wir uns das Ausland sehr wenig Fabrikate abgeben, im Verhältniß zu der Menge, womit wir von außenher „überschwemmt" werden, und daß wir hauptsächlich mit Getreide, Wolle, Vieh und anderen Bodenprodukten, nebst einem beträchtlichen Zuschusse an baarem Gelde, der Werthbetrag unserer Einfuhren entrichten. Diese Voraussetzungen bestimmen natürlich die Ansicht Vieler über die Frei und zu bringende Handelspolitik. Sind sie irrig, so wird dieß zu berichtigen sein. In einer ständigen Schrift über „den Fortschritt des Zollvereins" berechnet Hr. Jungkunz, auf den amtlichen Zollregistern, den resp. Werthbetrag unserer Ein- und Ausfuhren. Nach dem Durchschnitt von fünf Jahren, 1838 bis 1843, führte der Zollverein jährlich in runder Zahl an Kolonialwaaren für 27½ Mill. Thaler mehr ein als aus; dagegen an Ackerbauprodukten und Nohstoffen nur für etwa 14 Mill. Thaler mehr aus als ein. Von Bodenerzeugnissen und den wenig verarbeiteten Gütern blieb wir demnach beyyeit so viel an Werth, als was wir davon liefern können. Ferner führen wir an Halbfabrikaten und Materialien zur Verarbeitung für 59½ Mill. Thaler mehr ein als aus, wodurch die Bilanz, die wir für diese Rubriken zusammengenommen zu saldiren haben, auf 73½ Millionen wächst. Wie gleichen wir dieß aus? Dadurch, daß wir für etwas über 70½ Mill. Thaler an Fabrikaten mehr aus- als einführen. Daß ein nach durchschnittlicher Schätzung angelegtes Generalkonto, dessen Totalsumme über 220 Millionen beträgt, um 3 Mill. nicht stimmt, darf uns nicht zu dem Schlusse verleiten, daß eine Bilanz baar aus Ausland zu entrichten sei; denn die eingeführten Gegenstände sind meistentheils zu hiesigen Marktpreisen berechnet, welche den Profit des Importeurs mitenthalten. Für das Jahr 1845 finden wir Ausfuhrverträge auf dem Zollvereins, nun nur die Hauptsachen in runder Zahl zu ermähnen, an Baumwollwaare 7½ Millionen, Bücher und Kupferstiche 2 Mill., Eisenwaaren 4 Mill., Glaswaaren 2 Mill., Holzwaaren 4 Mill., Kurzwaaren 13½ Mill., Lederwaaren 1 M., Leinenwaaren 14 M., seidenen und halbseidenen Waaren 14 M., Zuckerfabrikaten 1½ M., Thonwaaren 2½ M., und Wollenwaaren (welche die am wenigsten beschützen sind) 25 Mill. Thlr. Ausserdem gingen in's Ausland, für bereinnte Sunemen, Kupfer-, Messing-, Blei-, Zinn- und Zinnwaaren, Bürstenbinder-, Siebmachenwaaren, Instrumente, Kleier, Lichte, Papier, Tapeten, Buchbinderarbeiten, Kürschnerwaaren, Schießpulver, Seife, Steinarbeiten, Wachsleinwand, Wachswaaren ꝛc. Der Totalwerth der ausgeführten Fabrikate betrug 100 Mill. Thaler. Wielen dürfte es unbekannt sein, daß bei der Zollvereins in Folge seiner festgesetzen Tarife, einen Artikel, seinen eigenen Bedarf an Wolle betreffend, z. B. 1846 etwa 104,000 Ztr. aus, dagegen 149,000 Ztr., freilich meiß geringerer Qualität, ein. Nach diesen Ausschlüssen, welche die allgemeinste Verbreitung verdienen, wird man hoffentlich eine bessere Meinung von der Konkurrenzfähigkeit vereinländischer Industrie dem Ausland gegenüber gewinnen. Wie es gekommen sei, daß diese sich so gering gedacht haben, läßt sich erklären. Die fremden Waaren sie wie einführen, werten in Kaufläden ausgestellt, damit sie uns in die Augen fallen, und einheimische Fabrikanten lenken durch ihre Beschwerden noch mehr die öffentliche Aufmerksamkeit darauf hin. Die ausgeführten deutschen Waaren werden unseren Augen entzogen, und unsere Industriellen pflegen nicht aus, wo sie sich Kunden verschafft haben. Aber alle von der Lebens- und Befriedigungsweise entfernter Völker nicht spezielle Kenntniß, wer von den deutschen Fabrikaten, die in allen Weltheilen verbraucht werden, keine Vorstellung hat, der neigt sich leicht zu der Annahme hin, daß keine dort verbraucht werden.

(F. H.-W.-N.-Z.)

Deutschland.

Bayern. — ** München, 20. Okt. Mehrere Blätter enthalten die Nachricht, daß Individuen, welche von Regensburg aus unentgeltlich zu Wasser nach Wien reisen wollten, sich zu Regensburg im Gasthause zum „Hecht" bei dem dortigen Gastgeber melden mögen. — Was amtlicher Quelle können wir nun versichern, daß obige Nachricht gänzlich grundlos, und wenn sie nichts Schlimmeres bezielt, jedenfalls auf eine Mystifikation des Publikums berechnet ist, indem weder Hr. Gastwirth Graser zum „Hecht," noch sonst Jemand in Regensburg von einer solchen Fahrgelegenheit auch nur die geringste Kunde hat.

Würzburg, 18. Okt. Unser Landrath schloß heute seine diesjährigen Sitzungen. Im Schlußprotokoll sprach er, im Hinblick auf die bisherige ruhige und gesetzliche Haltung des unterfränkischen Kreises, die

Hoffnung auf, die Regierung werde den anarchischen, von reaktionären Bestrebungen kräftig entgegentreten. Dem Königs wurde ein dreifaches Hoch ausgebracht. (N. Pr. Z.)

Preußen. — Berlin, 15. Okt. (Staatsanzeiger:) Se. Majestät der König waren heute Morgen um 9 Uhr mit Ihrer Majestät der Königin und mit den Prinzen des königlichen Hauses auf der Eisenbahn von Potsdam hier eingetroffen und begaben sich, nachdem Allerhöchstdieselben zur Feier Ihres heutigen Geburtstages den Gottesdienst in der hiesigen Domkirche beigewohnt hatten, nach dem Allerhöchstdenselben bestimmten Schloß Bellevue. Auf dem Bahnhofe, vor der Domkirche und in der Straßen, durch welche Se. Majestät fuhren, wurden Sie vielfach von dem jubelnden Zuruf des versammelten Volkes begrüßt. Vor dem Schlosse Bellevue war eine Kompagnie Infanterie als Ehrenwache aufgestellt. Es hatten sich daselbst eine durch Beschluß der National-Versammlung abgeordnete Deputation, bestehend aus dem Präsidenten Grabow, den vier Vice-Präsidenten Jüttnig, Jonas, Waldeck und von Unruh und 25 durch das Loos gewählten Mitgliedern der National-Versammlung, eben so Deputationen des Magistrats und der Stadtverordneten von Berlin und der hiesigen Bürgerwehr eingefunden; ferner waren zugegen die Mitglieder des Staats-Ministeriums, die Generalität, Deputationen der Akademie der Wissenschaften und der hiesigen Universität, und die Präsidenten und Vorsteher der anderen königlichen Behörden. Se. Majestät der König empfingen zuerst die Glückwünsche der Deputation der National-Versammlung und des Staats-Ministeriums. Der Präsident Grabow hielt dieselbe folgende Rede: „Majestät! Die versammelten Vertreter Ihres treuen und treuen Volkes, von demselben auf Allerhöchstirem Ruf entsendet, um mit Ihr, Sire, das Verfassungswerk Preußens zu begründen, haben und an dem heutigen bedeutungsvollen Tage, der dem Lande seinen König gab, daufgrag; Ihr, Majestät zum erstenmale ihre ehrfurchtsvollen Glückwünsche zu Allerhöchstirem Geburtstage darzubringen. Durchdrungen von dem Ernste der Gegenwart und im freudigen Hinblick auf die große Zukunft unseres theuren Vaterlandes, sprechen wir im Namen unserer Wähler und constituirenden Versammlung offenen und treuen Sinne, mit der ehrfurchtsvollsten Hingebung von Männern, welche Treue gegen ihren König und Treue gegen das Volk nimmer zu trennen wissen, den innigsten Wunsch aus, daß Ew. Majestät in thatkräftiger Rüstigkeit der heutige Tag zum Heil des Vaterlandes, zum Segen Ihres Volkes noch viele Jahre wiederkehre, und daß Allerhöchstdieselben Sich noch lange mit Ihrem königlichen Hause und Ihrem treuen Volke vereint erfreuen Majestät vergönnt sein, die Institutionen vollständig in das Leben treten und gedeihen zu sehen, von denen wir gewiß sind, daß sie die Bande, welche die ruhmvollen Thaten Hohenzollernscher Fürsten zwischen Ew. Majestät und dem Volke geknüpft haben, fester und fester knüpfen werden." Hierauf erwiderte Se. Majestät in improvisirter Rede freundliche dankende Worte, und indem Sie Ihrer Freude und Genugthuung über die freudige Theilnahme, welche Ihnen von allen Seiten kundgegeben wurde, Ihre Majestät die Königin haben sich gleichfalls mit den Abgeordneten der National-Versammlung und mit den übrigen Anwesenden mit gewohnter Huld und Freundlichkeit unterhalten.

Oesterreich. — Folgendes ist die bereits erwähnte „Adresse des Reichstags an den Kaiser" in Betreff eines Völkerkongresses: Ew. Majestät! Ein Zeitraum von nur drei Tagen liegt zwischen der letzten und der gegenwärtigen ehrfurchtsvollen Adresse des konstituirenden Reichstages an Ew. Majestät, und dennoch hat seitdem jede Stunde für Millionen Staatsbürger, welche die aufopfernste Liebe für Volksfreiheit mit unerschütterlicher Treue gegen den konstitutionellen Monarchen und mit vollster Gerechtigkeits-Erzeugung gegen jede Nationalität Oesterreichs vereinen, den drohenden Zerfall des Staates immer näher gerückt; denn nationale Zwitten durchdrungen jede der Freiheitsverwirklichung und der Naturconstituirung gewidter Streben. Es ist nun dahin gekommen, daß das alleinige, letzte so lange unbeachtet gebliebene Mittel, Völkerwünschen die gebührende Rechnung zu tragen, jetzt inmitten der in Sturmwogen aufbrausenden Fluthen der letzte Hoffnungsanker bleibt. Nur ein internationaler Völkerkongreß des österreichischen Gesammtvaterlandes, dessen Ihre zum Heile Aller, aber mehr durch die Macht der materiellen Interessen und des Bedürfnisses gegenseitiger Schirmung der Volksfreiheit, wie der Nationalitätsrechte, verwirklichbar ist: — nur ein solcher Völkerkongreß bietet als letztes Rettungsmittel sich dar. Die Armee, deren Bestimmung es ist, das Vaterland gegen auswärtige Feinde zu schützen, kann noch manchen durch Völkerzwist zu ihrer bezahlten Sieg in gräßlichen Bürgerkriege erfechten, aber ein Lieber nicht beziehen, welches sie vielmehr vergöttern muß, weil endlich die durch sie bekämpften überwältigten Interessen in ihr selber sich geltend machen, und sie in feindliche Heere spalten. Ew. Majestät! Die Völker vertrauen auf jetzt noch ihrem konstitutionellen Monarchen, und können nicht, wollen nicht glauben, daß Ew. Maj. liebevoller Herz sich werde abhalten lassen, den Völkern zu vertrauen, und einen Friedenskongreß der blutigen Waffengewalt vorzuziehen. Ew. Majestät erhabener Name wird ein von den Herzen der Völker gebeiligter; ein unsterblicher sein in der Geschichte, wenn Ew. Majestät dieser dringenden Bitte des Volks vorgefenden Reichstages Gehör geben! Es wird wahrhaft lohnet Reichstag darf es zu seiner Aufgabe nicht unfreiwilligen Anlaß geben, und muß namentlich in Bezug auf das Königreich Ungarn die wahre Deutung auf das entschiedenste ablehnen, als wolle der österreichische Reichstag als friedliches Werkzeug denselben Zwecken dienen, welche bisher durch Waffengewalt in Ungarn angestrebt worden, und wodurch eben der Bürgerkrieg auch in den westlichen Kronländern Ew. Maj. aufzuloderen beginnt. Der konstituirende Reichstag hat einzig und allein den Zweck im Auge, die Brandfackel des Bürgerkrieges zu löschen, um die dem Reichstage obliegenden Pflichten erfüllen zu können, um in Wahrung der internationalen Interessen zwischen der Krone Ungarn und der im konstituirenden Reichstage vereinigten Provinzen jenen völkerverbrüderungsbund zu ermöglichen, der durch die Selbstverfassungsfrei Aller geboten ist, wovon nicht die Rechte des erblichen Thrones, der Volksfreiheit, der Nationalitäten und die durch gemeinsame materielle Interessen bedingte Vaterlandswohlfahrt gefährdet werden soll. Der konstituirende Reichstag beschwört demnach Ew. Majestät auf das Feierlichste: einen Friedenskongreß der Völker des Königreichs Ungarn und seiner Kronländer durch frei von ihnen gewählte Abgesandte unverzüglich in Wien eröffnen zu lassen unter Zugrundlegung eines internationalen Ausschusses, bestehend aus Abgeordneten des konstituirenden Reichstages, und unter Mitwirkung der beiden verantwortlichen Ministerien von Oesterreichischer und ungarischer Seite. Möge dieser Friedenskongreß den Anlaß bieten, mit thunlichster Beschleunigung auch das lombardisch-venetianische Königreich beizuziehen. Der Reichstag schließt seine ehrfurchtsvolle Adresse mit der Versicherung, daß er alle Maßregeln des Gesammtwohl aller Völkerschaften des österreichischen Kaiserthaues vor Augen hatte, der innerhalb seiner Grenzen der internationalen Verhältnisse Rechnung tragen muß, um fast bedenklich baren alten Staatsbaues einen neuen, den durch kaiserliches Wort garantirten Errungenschaften entsprechenden aufführen zu können. Es ist der letzte Moment eingetreten, wo noch Oesterreich und Wien die vielleicht letzte verbrüderungsbereiten Bürgerkriegen, zuletzt dennoch früh einstellende Nothwendigkeit zur Grundlage von Völkerfreiheit und Völkerglück machen können. Der konstituirende Reichstag legt hiermit das Wohl oder Wehe von Millionen Menschen an das für sie gewiß in Liebe schlagende Fürstenherz, und wird, wenn minder bedrängter Zustände der Sachlage sich hr stehend zwischen Ew. Majestät und den legalen Reichstag stellen, wenn sie diese mit dem erblichen Throne und der Volksfreiheit es gleich treu meinende Adresse zu einer vergeblichen machen sollten, sein Wirken dem Urtheile der Nachwelt anheimstellen. Gott segne Ew. Majestät und durch allerhöchst deren Gnadthat die Völker Oesterreichs! (W. Z.)

— Gratz, 17. Okt. Der schwell erregte Enthusiasmus ist vorüber, die ruhige Ueberlegung an dessen Stelle getreten. Alles dreht sich jetzt für die nothwendige Erhaltung des Gesammtstaates aus. Man will weder den Magnaren noch den Slaven huldigen, aber man will Gleichberechtigung aller Nationalitäten im Gesammtstaate. Man ist allerdings über die Oktoberrevolution noch nicht ganz im Klaren, sieht aber bereits so viel ein, daß, wenn eine edle Grundlage der Bewegung vorhanden war, dieselbe durch das Uebergreifen der Masse bereits verloren ist. Man hat die unerdrückte Partei in Wien das Militär vor der Stadt bald selbst zu Hilfe rufen dürfte. — Die öffentliche Meinung scheint sich selbst mit den Kroaten auszusöhnen, nachdem man ihre ausserdatte Disziplin kennen gelernt und erfahren hat, daß sie unter sich Ehrenklubbs bilden, die auch den geringsten Diebstahl unnachsichtlich strafen. Die Kroaten selbst sind erstaunt über die Zivilisation der Gegenden, in welchen sie sich jetzt aufhalten, im Gegentheile zu Ungarn, wo selbst an den Kranken und Verwundeten der kroatischen Armee die empörendsten Grausamkeiten begangen worden sein sollen. — In Görz ist man verstimmt über das tolle Treiben in Wien; man schreibt alles dem Reichstage zu Last, der die Wiener Anarchisten ruhig gewähren ließ. Man scheint den Südtirolern, welche die Wiener Abgeordneten zu ihrem eigenen Gunsten entwerfen, durchaus keinen Glauben, weil man glaubt, daß dieselben nicht nöthig gehabt hätten, in den Provinzen umherzureisen und sich zu vertheidigen, wenn sie von vornherein redlich gehandelt hätten. — Anders ist die Stimmung in Klagenfurt. Briefe wie Zeitungsnachrichten berichten das Umsichgreifen der öffentlichen Meinung, welche zwar dem Banus so günstig gewesen. Man ist dort der Ansicht, er werde sein Vorhaben nicht durchführen können. Der Landtagsaustschuß hat daselbst aus Anlaß der Wiener Zustände den Landtag einberufen und dem Reichstage in Wien vorläufig sein unbedingtes Vertrauen ausgesprochen. — In Fürstenfeld steht Feldzeugmeister Augent mit 5000 Mann österreichischer Truppen zum Schutz der ungarischen Grenze gegen einen etwaigen Einfall der Magyaren.

Schweiz.

Mit Kreisschreiben vom 9. Okt. hat der Vorort sämmtlichen Ständen das Ansuchen der deutschen Reichsgesandtschaft mitgetheilt, die des Mordes an dem Fürsten Lichnowsky und dem General Auerswald Verdächtigen im Betretungsfalle zur Haft zu bringen.

(Basl. Z.)

Frankreich.

** Paris, 16. Okt. Während alle gewöhnlichen Blätter ihre Besteidigung über die eingetretene Veränderung des Ministeriums ausdrücken, zeigen die Blätter der Republikaner nun gestern, selbst der National, Mißtrauen gegen die drei neu eingetretenen Mitglieder die HH. Dufaure, Bixio und Freslon. Die Organe der Männer des Berges aber, der Rothen, kennen in ihrer Wuth über diese Wendung der Dinge keine Grenzen mehr. Die ganze altrepublikanische Partei aber scheint dem Ministerium Schwierigkeiten über Nr. in den Weg werfen zu wollen. Sie begeht darin eine große Inkonsequenz. Denn erst kürzlich führten diese Leute ganz erbittert her über die Republikaner von Hautz, weil sie es wagten, das Ministerium des Hrn. Senard anzugreifen: in so schweren kritischen Zeiten, sagten sie damals, dürfe kein guter Bürger der Kräftigung Hindernisse in den Weg legen durch eine unzeitige Opposition. Was sie damals sagten, haben sie heute schon vergessen. — Die Mitglieder des neuen Ministeriums kamen gestern Abends beim General Cavaignac zusammen und blieben einen Theil der Nacht hindurch bei ihm in Berathung. Gestern erhielt Hr. Dufaure zahlreiche Besuche von Abgeordneten, darunter von den HH. Thiers, Mole, A. Marraft, Barazuay d'Hilliers, Lacrosse, Lebreton. Der Vertrin der Rue Poitiers aus den ehemaligen Dynastikern vorzugsweise bestehend, blieb auch einen Theil der letzten Nacht über versammelt. Man erschlaß, das jetzige Ministerium zu unterstützen, und es wurde zugleich angeregt, daß ein Theil des Vereins im Inklut das Gleiche thun wolle. Der gemäßigtere Theil der Männer vom Berge will ein Klub bilden unter dem Namen der „Freunde der Republik.“ — Der bisherige Minister Hr. Senard, früher zu Rauen Redakteur des dortigen republikanischen Blattes „Journal de Rauen,“ hat nun seine Einschreibung in die Liste der Advokaten am Appellhof von Paris nachgesucht. — Die Regierung soll beschlossen haben, demnächst die Einstellung von Algerien in Departemente und Bezirke nach dem Muster Frankreichs vor der Nationalversammlung zu beantragen.

* In der Nationalversammlung stellte am 16. das neue Kabinet die Vertrauensfrage, indem Hr. Dufaure 100,000 Fr. zu geheime Gelder verlangte, über deren Verwendung eine Kommission der National-Versammlung Rechenschaft abgelegt werden soll. Hr. Dufaure legte das auf Verstärkung und Herstellung des Vertrauens im Innern und nach Außen lautende, im Uebrigen aber in sehr allgemeinen Ausdrücken gehaltene Programm des Ministeriums dar. Man schritt sogleich zur Verbantimg, in welcher das Kabinet von der Linken durch die HH. Flandin, Portalis und Pedru Rollin heftig angegriffen wurde. General Cavaignac, der bisherige Minister Senard und General Bedeau sprachen von der anderen Seite. Die Sitzung wurde zuletzt sehr stürmisch. Bei Redaktion begann Hr. Dufaure zu sprechen. (Morgen Nähreres nach einem Berichte unseres Δ Korrespondenten).

Nachschrift.

X Frankfurt, 18. Okt. Aus glaubwürdiger Quelle erfahre ich so eben, daß heute Nacht Erzherzog Stephan Palatin von Ungarn hier angekommen ist, und daß der König von Preußen in einem eigenhändigen Schreiben dem Reichsverweser die ganze preußische Armee zur Verfügung gestellt hat. Man hatte auf den 18. Oktbr. Unruhen vorausgesagt, so ist aber nicht das Mindeste vorgefallen, um die offenbar böswillig ausgesprengte Prophezeiung zu bewahrheiten.

Berlin, 16. Okt. (Lithogr. Korresp.) Wie beginnen drut unseren Bericht unterm Donner der Musketen und des Generalmarsches. Ein Kampf zwischen den Kanalarbeitern vor dem Köpeniker Thor und der Bürgerwehr hat sich bis in die innere Stadt hineingezogen. Schon sind viele Opfer gefallen. Man spricht von zehn Arbeitern und einigen Bürgerwehrmännern als Opfern dieses Konflikts. Die Einstellungsarbeit wird uns folgendermaßen berichtet: Die Kanalarbeiter vor dem schlesischen oder Köpeniker Thore feierten heute, wie sie zu thun pflegen, wenn sie einen Schacht ausgearbeitet haben, das Ende eines solchen Arbeitsabschnittes, indem sie, von etlichen Musikanten geleitet, dem Schachtmeister und anderen Arbeitern ein Hurrah brachten. Ein Bürgerwehr-Bataillon (das 80.) befand sich zufällig vor dem Thore gelagert. Ueregierlaufs, mit militärischen Uebungen beschäftigt. Die Arbeiter, wir es den Anschein gehabt haben soll, um sich mit den Bürgern in Betreff der am Freitag stattgehabten Konflikte zu versöhnen, zogen auch vor das Exerzierhaus, brachten daselbst ein Hurrah der Bürgerwehr. Einige sollen sich auch in den inneren Raum des Hauses begeben und die Bürgerwehrmänner aber ein Theil derselben hiervon Anlaß genommen haben, die Arbeiter mit Gewalt zu entfernen. Welche Thatsachen einen so raschen Gebrauch der Waffen herbeigeführt haben, ist uns nicht bekannt geworden. Unter den Arbeitern wird ein Wächtermeister Schulz als derjenige Bürgerwehr-Offizier bezeichnet, welcher Feuer kommandirt habe. So viel ist sicher, daß mehrmals und namentlich von den zu jenem Bataillon gehörenden Friedrichsfelderischen Schützen gefeuert wurde. Es gesellte sich in unglaublicher Schnelle von den in der Nähr jenes Thores befindlichen Bauten eine Menge anderer Arbeiter drum zur Theil im Kampfe betheiligten Haufen zu. Fortwährend rückten, durch den Generalmarsch zusammengerufen, neue Bürgerwehrabtheilungen nach der Gegend des Kampfes vor. Die Bürgerwehr ist in das Innere der Stadt durch die sehr lange Köpernickerstraße bis nahe an die Königsstadt zurückgedrängt. Nach der neuen Roßstraße, die an der Köpernickerstraße stößt, wurden so eben (Nachmittags 4 Uhr) hier Arbeiter verhaftet gebracht. Einen Bürgerwehroffizier sehen wir auf einer Droschke, dem Anscheine nach gefährlich verwundet, in das Zentralbureau der Bürgerwehr bringen. Dahin bringt sich auch der Abg. Berends in diesem Augenblicke, um mit dem Kommandeur Rücksprache zu nehmen. Detailse ist jedoch dort nicht anwesend. Unter den zunächst betheiligten Arbeitern herrscht eine große Erbitterung gegen den Kommandeur. Man beschuldigt ihn, das Kommando zum Feuern veranlaßt zu haben. — Das Gefecht ist in den Innern der Stadt. Friedrichs-, Jäger-, Königsstraße, Schloßplatz, sind sämmtlich geschlossen. Das Hauptverkehrsleben zieht so eben durch die Oberwallstraße vor der Bürgerwehrkommandatur vorüber nach dem Brandenburgerthor zu, das bewaffnete Künstlerkorps rückt nach dem Schloß zu, wahrscheinlich um daselbe zu besetzen. Es geht das Gerücht, daß die Stadtregierung angegriffen werde. An der Roßstraßenbrücke ist eine Barrikade gebaut. Soeben bekannte Gerüchte ist es gelungen, die Volksbewaffnung zu dreuseln von der Stimmung jenseits der Barrikade zu unterrichten. Ein Zweck ist nicht abzusehen, da der Polizeipräsident in der Sache nichts thun kann. (5 Uhr.) In der Breitenstraße und in der Jägerstraße ist ein Versuch gemacht worden, Waffenläden zu erbrechen. Die Bürgerwehr hat indrß die Ausführung zu verhindern gewußt. Die Börse wurde durch den Generalmarsch auseinander getrieben. Die ermähnten vier Brücken sind in das Schloß gesperrt worden, sowie Gitterthore gesperrt sind. Auch der sagen. Scherbelsbauschuß, ein Verein königlicher und städtischer Behörden, ist im Schloß zusammengetreten. Unter den gefallenen Arbeitern soll sich auch ein Salbat des 20. Infanterieregiments befinden. Es wird erzählt, daß Soldaten des 20. Regiments den wenigen mit Gewehren versehenen Arbeitern die Gewehre gliehen haben.

Charlottenburg, 7 Uhr. Abends. Noch brennt die Barrikade in der Roßstraße fort zwar noch, allein sie wird nicht angegriffen und ist nur von wenigen Leuten besetzt. Die Bürgerwehr hält die Straßen in der Umgebung des Schlosses inne. Die Einstellungsarbeite wird mit unwesentlichen Abweichungen überall so erzählt, wie und dieselbe berichtet wurde. Der Abg. Waldeck hatte sich auf die genannte Barrikade begeben und beschäftigte zu den Leuten gesprochen. Um das Schauspielhaus, in dem jetzt die Abtheilung zur Wiederherstellung stattfindet, stehen zahlreiche Gruppen, doch ohne feindliche Absicht.

Nach einem Berichte der D. A. Z. vom 16. Oktbr. 9 Uhr wurde 7 Uhr Abends die Barrikade an der Roßstraßenbrücke nach von der Bürgerwehr erstürmt; es fielen dabei der Bürgerwehrmajor Vogel und mehrere Wehrmänner, so wie vier Arbeiter. In der Teodenstraße brannten um halb 9 Uhr der Kampf wieder lebhafter. Die meisten Barrikaden erstürmt und zum Theil unter Gewehrfeuer von den Bürgern wieder genommen. Die Aufregung war groß, die Arbeiter trugen ihre Fahnen, Gharäle fingend, mit Fackeln durch die Stadt.

Nach dem zu Lugano (im Schweizerkanton Tessin) erschienenden „Republicano“ wären schon vor etwa acht Tagen drei ungarische Abgeordnete nach Mailand gekommen, um den dort liegenden ungarischen Truppen den Befehl zur Rückkehr in ihre Heimath zu überbringen. Dieselbe habe sich Oberst Zanardelli verbaten lassen, worauf die ungarischen Offiziere eine Deputation an den Feldmarschall abgeschickt hätten, um ihr Fechtlassung ihrer Landsleute zu verlangen. Diesem Begehren sei nicht entsprochen worden, was bedeutende Aufregung verursacht habe. Wir haben in unserer heutigen außerordentlichen Beilage gemeldet, daß von Pesth ein Manifest erlassen worden ist, welches wirklich die Zurückberufung der in Italien sowie überhaupt der auswärts stehenden ungarischen Truppen anordnet. Demnach erschint die Angabr des Republicano im Wesentlichen als wahrscheinlich, wenn auch manches daran gekünstelt übertrieben sein mag. Daß bei den ungarischen Truppen in Italien zu Mantua, Mailand, Brescia u. s. w. Meuterie gemacht worden sind, um sie aufzuwiegeln, schrint auch durch die jetzt von schon eingetroffene Proklamation des Feldmarschalls Radetzky bestätigt zu werden. Die Angabe der italienischen und Schweizer Blätter aber, als sei wirklich ein Aufstand unter diesen Truppen ausgebrochen, bedarf bis jetzt noch der Bestätigung.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 18. Okt. Oesterr. 5proz. Metall. 65½, 4proz. 54½, 3proz. — 2½proz. 34½. Bankaktien 1100. P. 4 500 L.-Loose 110½, 250 L.-Loose 72. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 86½ B. Großherzoglich-hessische 31/2proz. 73¼. — Bayer. 3½proz. 77. Ludwigs-Berbach. 66¼. — Württemberg. 3½proz. 74¼. 4½proz. 91. — Bad. 3½proz. 72½. Baden-Loose à 50 fl. 44¼. 35 fl.-Loose 24½. — Darmstädt. 3½proz. 74. 4proz. 82½. Leopolds-Loose von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 20½. Herzoglich Nassau. Prämien-Anleihe-Loose 40 Thlr.-Loose 24½. — Nassau. 3½proz. 80. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3proz 77, 3½proz. 90, 85½. Taunusbahn 270. — Holländ. Integr. 44½. — Span. 5proz. innere Schuld 17½. Pol. 300 fl.-Loose — 500 fl.-Loose 66½. — Sard. 36 fl.-Loose 25½. Diese 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Wiener Zeitung."

Freitag, den 20. Oktober 1848.

Neueste aus Wien vom 16. und 17. Oktober.

Wien, 16. Okt., Vormittags. Die verflossene Nacht war ungestört; bennoch sortwährende Pikanten der Nationalgarde, ein bewaffnetes Aufgebot Akademiker und Kriegsdienste ist aus bereits schon so zur Gewohnheit geworden, daß es als Ruhestörung nicht mehr beachtet werden kann. In der Stellung der beiden, vor unsern Mauern lagernden Heere ergab sich gestern Nachmittags eine wesentliche Veränderung. Jellachich verwechselte nemlich seine Position mit jener Auersperg's. Ersteren nun die Ungarn an, so mußten sie, um Jellachich umgehen zu können, gegen Auersperg baugemein werden; denn die kroatische Armee ist jetzt durch Auersperg gegen einen Angriff der Ungarn sehr gut gedeckt. — Die Preise der Lebensmittel sind im Steigen. Die vom Generalbefehle veranstaltete Zufuhr von Schlacht- und Stechvieh, so wie die Aufhebung der Verzehrungssteuer scheinen nicht in genügen den Maaße zu wirken oder die Zufuhr zu vermindern; weil besonders das Letztere mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, indem die Viktualienhändler von den Linien gewöhnlich durch die Soldaten geplündert werden. Der sehnlichst erwünschte Angriff der Ungarn hat sich bis jetzt noch nicht realisirt. Die neuen Einmärsche der Truppen aus Galizien in Ungarn werden für letzteres abermals gefährdrohend. Die Truppenmärsche aus Böhmen und Mähren gegen Wien gehen regelmäßig und ununterbrochen vor sich. — Gestern Nachmittags wollte sich eine Schaar von beiläufig 300 Arbeitern aus Steyermarf durch die Vorposten der Kroaten nach Wien begeben. Die dortige Nationalgarde wollte ihren Durchmarsch unterstützen, kam aber zu spät. Die Kroaten hatten die Arbeiter bereits zur Flucht genöthigt. Letztere hatten nur Schanzzeug und Gewehre zu ihrer Vertheidigung. Die Nationalgarde hat sich daran gemacht, die jetzigen Hilfen im Prater, welche durch das fortwährende Feuern verspreugt wurden, und da sie das Futtern gewöhnt sind, jedenfalls ihrem Untergange entgegen gingen, zu erschiessen. Das Fleisch dieser Thiere wird an arme Leute vertheilt. — Die Kaufmannsdiener der Stadt, so wie jene der bedeutsten Vorstädte sind noch immer in Waffen. Es ist daher der edle Handel, der für Wien ohne allen Verkehr vernichtet ist. Während dieser Zustand noch länger, so wird bald eine allgemeine Noth gräßlich fühlbar werden. — Der Mangel an Silbergeld wird wieder so groß, daß man selbst bei kaiserlichen Kassen nur selten im Besitze einiger zum Geldwechseln bestimmter Zwanziger ist; dagegen wurde im Lager der Kroaten aber ein großer Ueberfluß an Gold- und Silbermünzen bemerkt. — (Nachmittags.) Eine Kundmachung des Nationalgarde-Kommandanten Messenhauser eilert gegen die eingestreuten Gerüchte, daß Arbeiter und Garden entwaffnet in den Häusern beerdmieten und Beiträge zu ihrer besseren Verpflegung sammeln. — Windischgrätz steht mit starken Militärmassen bereits in Mähren an der österreichischen Grenze, und der Vorgeben, den General Auersperg in seiner Ankunft anbieten wird, diese ein Waffenstillstand, Verschränkung der Posten, Einstellung der Werbung und der Lebens und der Waffenzufuhr der Nationalgarde sein.

(A. Z.-Ztg.)

Der Journal des österreichischen Lloyd von 17. Okt. sagt in einem langen Artikel über den Zustand der Stadt: „Unser Zustand ist noch immer ein durchaus fortgestreckter, der Zwang unserer Lage ist groß. Während im Innern die gebildeten Massen den Bewaffnetsinn so kräftig gestellt und allmählig organisirt, während außer den Wällen auch die bedeutenden strategischen Punkte, wie das Belvedere und der Leopoldsberg zu festen Positionen umgestaltet werden: ziehen sich von Osten und Westen mächtige Truppen-Corps aus Böhmen, Mähren, Schlesien, den Nieder- und Ober-Oesterreich um die Stadt zusammen, und nehmen immer bedrohtere Stellungen ein. Die Erwartung aller Massregeln sowohl zur Vertheidigung der Stadt als für den Angriff ist in den Händen des Oberkommandanten der Nationalgarde, Messenhauser, und des Chefs von dem neu gebildeten General-Stabe, des General-Lieutenants Bem, dessen militärische Tüchtigkeit sich schon vielfach, aber besonders glänzend in der Schlacht bei Chrisseldorf bewährte. Beide arbeiten mit unermüdlicher Thätigkeit, und beide gemessen — was unter den obwaltenden Umständen gewiß eine seltene Eigenschaft ist — das allgemeine Vertrauen. Messenhauser hat sich dasselbe besonders durch die Oeffentlichkeit erworben, welche er allen seinen Schritten und Maßregeln gibt. — Die National-Cadetten, Studenten und die benachbarten Arbeiterlager, welche jetzt seit acht Tagen bei meist rauhem Wetter beständig unter Waffen waren, erhalten endlich durch die neue Organisation des Pikets- und Wachtdienstes einige Zeit zur Ruhe; aber ihre Umgebung übte die fortdauernde Unruhestiftet, worin wir leben, ist schon bis zur Unruhe und zur Unzufriedenheit gesteigert. Auch sind leider von Seiten des bewaffneten Proletariats, welches sich in den ersten Tagen so lobenswerth ausgezeichnet, einzelne Gewaltthätigkeiten vorgefallen, welche, wir wollen hoffen, vereinzelt bleiben werden. — Der Feind sei gestern plötzlich unter der Stadt zurückgegangen und somit die Plänkergefechte aufhören, beginnt im Innern sowohl wie in den Vorstädten ein schwaches Widerauferstehen des Verkehrs; die Läden sind größtentheils wieder geöffnet und die unbewaffnete Bevölkerung zeigt sich von Stunde zu Stunde zahlreicher in den Straßen. Auch sind Communikationen nach außen, der Post- und der Personenverkehr nach in einer Richtung unterbrochen. — Auf dem linken Ufer der Donau mehren sich die dort liegenden Truppen von Stunde zu Stunde; die Vorhaben ist die Landenburg militärisch von Windisch-Grätz besetzt; d. h. bei jedem Wächterhäuschen ist ein Posthen aufgestellt, um die Bahn zu schützen und den Truppen-Transport zu sichern. — Die ungarische Armee, deren Ankunft man schon vorgestern erwartete, hat noch nicht die Grenze überschritten. Die Ursachen davon sind wohl, weil erstlich die Ungarn nur mit einer zum Siegreichen Angriffe hinreichend starken Armee kommen wollen, und weil zweitens unter den Offizieren einzelne Regimenter viele offen erklärt haben sollen, daß sie es mit ihrem Eide unvereinbarlich finden, die österreichische Gränze zu überschreiten. Auch muß man wohl bedenken, daß die Ungarn von allen Seiten noch von Gefahren bedroht sind, in den Nordcomitaten, im Trentschiner, Kaschauer und Arader-Komitat durch den Aufstand der slawonischen Bevölkerung, welcher noch keineswegs völlig gedämpft ist, in der Zipps durch die schwierige Stimmung der Bergstädte; im Osten durch die fortdauernden Einfalle der Serben und Rumänen, und im Süden durch den rechten Flügel der Armee von Jellachich, welcher jenseits des Plattensee's noch immer eine mehr oder minder drohende Stellung einnimmt. Unter solchen Umständen auch nur 40—50,000 Mann für Wien hervorhol zu machen, ist eine nicht so leichte Aufgabe, als es die meisten Wiener zu glauben scheinen. Daß sie aber wirklich im Vorrücken zur Gränze und über dieselbe begriffen sind, sehen wir aus einem uns soeben zus Preßburg zugekommenen Manifeste. — Unsere ausmerksamen Leser werden an dem militärisch-strategischen Charakter, welchen unsere Berichte von Tag zu Tag mehr annehmen, schon ersehen, daß der Zustand der Stadt und an Mannszahl sich in Verringerung verliert, und ein rein kriegerischer — ein strategischer — geworden ist."

Unter der Aufschrift: „Neueste Nachrichten" berichtet das Journal des österreichischen Lloyd folgendes: Reichstagsleitung vom 16. Okt. Die Sitzung wird um 4 Uhr eröffnet. Smolka berichtet, daß 221 Diäten-Quittungen der Reichstagskasse eingereicht worden, daß somit der Reichstag stets in der Lage sein werde, vorjährig zu seyn. Es sind Nachrichten von der Deputation an Se. Maj. nachgekommen, daß selbe erfolgreiche Berichte: Es ist eine telegraphische Depesche angelangt. Gestern 6 Uhr 30 Minuten Abends war die Audienz. Die Antwort lautet: Aus der mir übergebenen Adresse ersehe ich mit Vergnügen, daß der Reichstag das Wohl der Völker im Auge hat, und der Aurzehe entgegen zu treten sucht. Ich werde meinerseits Ruhe und Sicherheit in der Hauptstadt wieder herstellen, wenn den konstituirenden Reichstag die freie Berathschlagung für seine fernern ungestörten Berathungen verschaffen. — Omch Schreiber ist aus Bielitz das Anerbieten angelangt, daß der Reichstag über die dortigen Kasse verfügen möge. Aus Kommetau ist eine Vertrauensadresse eingesandt, eben so aus Leitmeritz, Rzeschow. Aus Merkendorf kamen Gratulationen für die Vertagung. Aus Ausseig: Es ist noch Hoffnung hin, daß sich die Verhältnisse friedlich lösen werden. Demnach will er für den Gegfen Fall die Vertheidigung ermöglichen. Er hat sich mit Sachkennern in Verbindung gesetzt, welche aussagen, daß Wien, wenn es sich auf eine Vertheidigung beschränken werde, sich behaupten werden könne. Es ist aber notwendig, daß man vorher schon diesen Plan ausführe. Begreift sich eine Vertheidigung auf einen friedlichen Angriff werde nomentlich durch die Anwesenheit Sr. Maj. befestigt. Aber dennoch wäre es Zeitgeist, deshalb die Vertheidigung für den Fall des Angriffes anzugehen. — In der Stellung der Armee haben sich nur einzelne Veränderungen ergeben, zum Theil wegen Militärungsverhältnissen. Die ungarische Armee steht auf ungarischem Boden und hat mit Auersperg Unterhandlungen begonnen. Jellachich hat eine Note an den permanenten Reichstagsausschuß gesandt, worin er den Rath gibt, sich direct an den Reichsverweser in Frankfurt zu wenden zur Schlichtung der obwaltenden Wirren. — Es verlautet, die Ungarn hätten den Wienern zur Unterstützung 200 Centner Pulver und 200,000 fl. übersandt.

Wien, 16. Oktober, Abends 10 Uhr. Der Oberkommandant der Nationalgarde erschien heute persönlich in der Abordnung des Gemeinderaths und erklärte, daß die Ungarn unter Anführung der Generale Csiapy und Moga bereits morgen bei Fischament sein werden; zugleich forderte er alle Mittel, die zur Errichtung eines 15 000 Mann starken Lagers vor der Stadt erforderlich sind.

Die Allgem. Zeitung vom 19. d. M. hat Nachrichten aus Wien bis zum 15. (die neueste Post von da hatte auch ihr keine Berichte gebracht). Wie entnehmen denselben noch einige Thatsachen, welche unsern Lesern von Interesse sein dürften. „Der neue Kommandant der Nationalgarden, Messenhauser, früher Literat, entwickelt eine allseitige sonnenwerfe Thätigkeit. Die akademische Legion ist die Seele und Leiterin aller Bewegungen und Anordnungen. Am 15. bezog das mehrjährige Korps desselben ein Lager beim Belvedere. Diese Legion allein kann noch den Ungefümm zügeln, mit welchem das Volk hinaus — und angreifen will. Allein auch der Stab der Nationalgarde äußert sich dahin, daß ein Kampf im offenem Felde keinen günstigen Erfolg haben würde." Alles erwartet die ungarische Armee — sie ist der Messias, von dem man Erlösung hofft! Man weiß aber immer noch nicht bestimmt, wo sie sich befindet. Einige sagen, sie stehe bei Fischament, die Andern dagegen behaupten, daß sie die

Grenze noch nicht überschritten haben hatte. Selbst der permanente Ausschuß wußte nichts Gewisses hierüber. Aus ziemlich verlässiger Quelle wird die Zahl der vor Wien stehenden Truppen auf 80,000 Mann angegeben. — Nach Briefen aus Pesth in demselben Blatte soll in den ungarischen Regimentern der italienischen Armee eine Stimmung herrschen, welche dem Manifest des ungarischen Ministeriums, das sie zurück berufe, wenig Hindernisse entgegen setzen dürfte. Man ist in Pesth sehr darauf gespannt, wie die Reichsgesinnung den Einmarsch kroatischer und ungarischer Truppen auf deutsches Bundesgebiet aufnehmen werde. — Die Generale Rott und Philipovich scheinen wirklich von den Ungarn gefangen zu sein, denn man meldet ihr Einteffen in Pesth unter der Eskorte der Wiener Freiwilligen. Sie sollen sich dem Oberst Perczel auf Gnade und Ungnade ergeben haben.

° Wien, 17. Oktober. Ich gebe Ihnen hiemit eine kurze Uebersicht der Plakate, die vom Oberkommando der Nationalgarde ausgegangen sind. Der Sudetenausschuß fordert den Reichstag zu schleunigster Organisirung des Landsturmes auf. — Messenhauser, Oberkommandant der Nationalgarde, richtet die dringlichsten Vorstellungen an die bewaffneten Garden und Arbeiter, seine Sammlungen in Privathäusern für ihre bessere Verpflegung anzustellen. (Soll wohl heißen: Erpressungen.) Eben so eifert er gegen das Niederschießen des Wildes im Prater. — In einer andern Proklamation bittet er um Unterstützung in seinem Amte, denn „eine eiserne Gesundheit müßte brechen," wenn er alleie alles besorgen sollte. — In einem weiteren Plakate heißt es, daß alle Schritte bei Oberkommandanten veröffentlicht würden. Die Signalraketen auf dem Stephansthurme dürften Niemand beunruhigen, weil, wenn Grund dazu vorhanden, es jedermal bekannt gemacht werden würde. Sämmtliche Mitglieder der Volkswehr sind gestolten, sich den Befehlen des Nationalgarde-Kommandanten unbedingt zu fügen. — Die Aufgabe der Briefe nach Mähren, Schlesien, Galizien und Böhmen ist auf 4 Uhr Nachmittags, die der übrigen Posten auf 2 Uhr festgesetzt. — Nach einem Gerüchte, deren hundette täglich wechseln, ist Kossuth im ungarischen Lager angekommen und der Angriff ist bis jetzt nur durch die Unzulässigkeit der ungarischen Offiziere verhindert worden. — Bei Wolkersdorf und Neumarktdorf wird ein Lager für 26,000 Mann vorbereitet. Bei der Spinnerin am Kreuz wird das Militär Schanzen auf; auch die Kroaten haben bei Simmering an der Donau vier Kanonen aufgepflanzt. — Baron Sitka soll seine 33 Befugungen in Ungarn verlieren, weil er mit Jellachich einige Briefe gewechselt hat! — Aus Linz vernimmt man, daß dort sehr viel Militär liegt. Aus Salzburg und Lindwes sind dort Truppen eingerückt. Sämmtliche Thürme sind besetzt und mit Munition versehen. Graf Wrbna ist Kommandant und für Wien sind dort sehr geringe Sympathien.

° Wien, 17. Oktober. Die schon erwähnte Verwahrung sämmtlicher auswärtigen Gesandten gegen die gewaltsame Einrichtung ihrer betreffenden Landsleute unter die bewaffnete Macht hier hat Wirkung gethan. Dieselben sind dem Waffenaufruf entlassen worden und erhalten zu diesem Zwecke eigene Karten vom Oberkommandanten der Nationalgarde. Einer der fünf oder sechs Oberkommandanten dieser sitzt jetzt in Haft: man erklärt ihn als einen Volksverräther, der mit Jellachich in geheimem Einverständniß gestanden sei. Dieses eingestandene Mißtrauen ist das sicherste Zeichen der nahen Auflösung. Auch der immer mehr zusammenschmelzende Reichstag wird dieser nicht vorbeugen. Es ist weder kalt noch warm, den Einen zu demokratisch, den Andern zu monarchisch, und er verdirbt es daher mit beiden Parteien. Unlängst, Jellachich und Anerspera werden eines Angriffs gar nicht bedurfen, die Zeit selbst wird mit den Aufständern hier fertig. Inzwischen haben sie einen starken Arbeiterzuzug, der vom Simmering herkam und in die Stadt zu gelangen suchte, fast bis auf den letzten Mann gefangen genommen. Das hat die Entmuthigung hier nur noch erhöht. Die Hülfe von Außen bleibt aus, während das Heer einer verderbenschwangern Gewitterwolke gleich immer enger um Wien sich zusammenzieht. Auch die noch hier zurückgebliebenen Soldaten machen sich einzeln aus dem Staube und kehren zu ihren Regimentern zurück. Einige Scharmützel abgerechnet ist nichts Ernstliches vorgefallen. Die Generale außen wollen Wien durch ihr Zaudern aufreiben und Alles deutet darauf hin, daß sie ihren Zweck erreichen werden. Einige Kroatenoffiziere sollen in den erwähnten Scharmützeln gefangen worden sein. Unsere Verbindungen nach Außen lassen nur von der Gnade der Truppen um Wien ab. Die Nachrichten aus Mähren klingen sehr ungünstig für die Wiener wie die aus Böhmen und Oberösterreich. Alle Geschäfte liegen gänzlich darnieder. Wien wird sich lange nicht erholen von dem jetzigen Schlage. Die Dresdener Demokraten haben ihren guten Freunden hier einiges Geld geschickt; einen Tropfen im Eimer. Die Aussicherheit hier ist im Zunehmen.

In der „Wiener Zeitung" veröffentlicht der Professor Etlingshausen den Inhalt eines Gespräches, das er am 12. Okt. im kroatischen Lager, wo er einen Bruder besuchte, mit Jellachich führte. Dieser Besuch wäre dem Professor fast theuer zu stehen gekommen, denn bei seiner Rückkehr in die Stadt zeigte das Volk große Neigung, ihn als Spion zu maßfahren. Der Banus äußerte im Verlauf der Unterhaltung: Ich bin kein Feind der Freiheit, ich habe zu einer Zeit gerebt und gehandelt, als Premadr in Wien es wagte, dafür auch nur den Mund aufzuthun. Ich dulde keine Knechtung. Weil man das Volk, dem ich angehöre, kachten wollte, hielt ich es als Banus für heilige Pflicht dieses Volk zu den Waffen zu rufen. Für die Freiheit habe ich das Schwert in der Hand, nicht für die Knechtung. Ich will eine Reaktion in Wien weder selbst durchführen, noch als Mittel dazu für Andere dienen. Ich bin kein Diener der Camarilla . . . . Warum ich vor Wien stehe? Meine militärische Operationen in Ungarn haben mich an die Gränze des Landes geführt, welches gegen Oesterreich ihn liegt. Ich bin nicht geschlagen worden, meine Bewegung beruht auf strategischen Grundsätzen. Auf meinem Wege vernehme ich, daß Wien sich im Aufstande befindet, daß Anarchie eingerissen, daß der Kriegsminister schändlich ermordet und seine Leiche beschimpft worden, daß der Kaiser die Flucht ergriffen. Ich bin k. k. General, ich kommandire k. k. Truppen; obgleich ich als königl. Kommissär zu Ungarn, der ich noch bin, vielleicht eine andere Richtung hätte einschlagen können, als General meines Kaisers durfte ich unter solchen Umständen nicht die Hände in den Schooß legen; wer nur einen geringen Begriff von militärischer Ehre hat und von Anhänglichkeit an die Gesammtmonarchie wird einsehen, daß ich, der ich ein wohlgeordnetes, kaiserliches Heer kommandire, mich in die Nähe Wiens begeben mußte, so wie Einer, der einen Brand sieht, in die Nähe desselben eilt, um zu helfen. Deswegen stehe ich da, nicht gerufen, aber bereit, die Befehle meines Kaisers, dem ich angezeigt habe, daß ich dasselbe zu vollziehen. Ich habe noch keine Feindschaft gegen Wien gehbt und werde keine üben. Was ich thun werde, soll nur Hülfe seyn u. s. w. —

Aus Ungarn meldet das Journal des österreichischen Lloyd, daß noch einem Beschlusse des Repräsentantenhauses der Sitzl des Palatins für heer zu erklären sei. — Man hat in Pesth auch die Juden in die Nationalgarde aufgenommen. — Aus dem Kömaer Distrikte wird berichtet, daß sammtliche Wallachen im Aufstande begriffen sind; eben so im Kreuznaer Komitate. Sammelplatz derselben ist Nagyob. In diesem Platze sollen bereits 10,000 Mann beisammen sein. Die Ungarn flüchteten sich nach Nagy-Banya. In Mosendorf hatte General Schuller alle Waffenfähigen aufgefordert; Sachsen und Wallachen hatten am 2. d. M. in Hermannstadt sich gegenseitig Treue gegen die Ungarn geschworen. Am 30. September wurden die ungarischen Gesetze, so wie alle Anordnungen des ungarischen Ministeriums und der Komitate feierlich verbrannt.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 99.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 8 fl. Halbjährig 6 fl. Vierteljährig 1 fl. 24 kr.

Sonnabend den 21. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Preise und Gelder frei.

München, 21. Oktober.

Se. Maj. der König haben unterm 14. Okt. den Landwehrobrstlieutenant Georg Christoph Förderer zu Fürth zum Obersten und Kommandanten des Landwehrregiments Fürth zu ernennen geruht.

Se. Maj. der König haben vermöge allerhöchster Entschließung die Anstellung eines zweiten Beamten bei der Bibliothek der Hochschule Würzburg zu genehmigen, und demgemäß den bisherigen Skriptor bei genannter Universitätsbibliothek Karl Mus aus Kopenhagen zum Kustos zu ernennen geruht.

b: (Pfarrei-Erledigung.) Kathol. Pfarrei Baltzhausen, Diözese Augsburg, Lg. Krumbach, Reinertrag 920 fl. 27½ kr.

Deutsche Reichsversammlung.

⊙ Frankfurt, 19. Okt. Was ich Ihnen unlängst andeutete, ist jetzt zur Verwirklichung gekommen, die äußerste Rechte oder der Vinckesche Klub hat in der österreichischen Frage angefangen, sich gegen das Ministerium zu erklären. Es war von Zell aus Trier, einem der Führer der linken Mitte, der Antrag gestellt, einen Ausschuß von 15 Mitgliedern niederzusetzen, um in kürzester Frist über das, was der Reichsversammlung Wien gegenüber zu thun obliege, Bericht zu erstatten. v. Beckerath erklärte sich im Namen des Ministeriums damit einverstanden, aber Vincke suchte unter verschiedenen sehr wenig stichhaltigen Gründen den Eingriffen der Reichsgewalt in die österreichischen Angelegenheiten zu hintertreiben, blieb indeß, wie vorauszusehen war, bei der Abstimmung mit seinem Anhange allein. Der Ausschuß wurde noch gestern erwählt, und besteht in seiner großen Mehrheit aus «Schwarzgelben", wie die Rothen klagen, das heißt, aus Männern, welche es mit Deutschland vollkommen ehrlich meine, keine rein sei, jede mehr oder weniger, in Gedanken, Worten und Werken gesündigt habe, am meisten freilich die Magyaren, deren Einfall auf deutsches Reichsgebiet, falls er sich bestätigen sollte, von Frankfurt aus nicht anders angesehen und wenn irgend thunlich nicht anders behandelt werden würde, als der Struwesche Raubzug in das badische Oberland. Unterzeichnet hat man die Ueberzeugung, daß trotz der übermächtigen Anstrengungen seiner der sich feindlich gegenüberstehenden Heerhaufen stark genug sein werde, um einen vollständigen Sieg zu erfechten, demnach eine Vermittlung durch die Reichsgewalt, ein Beiegen Wiens durch Reichstruppen das unzweimeilichste Ende der hiesigen Verwirrung sein werde und müsse(?). Daß zu diesem Behufe schon Truppen in Bewegung gesetzt seyn sollen, wird von verschiedenen Seiten behauptet, 6000 Hannoveraner hätten Befehl in Thüringen einzurücken, während das dort befindliche Kriegsvolk weiter gen Südosten sich ziehe; auch den Berichten und Anordnungen der nach Oesterreich gesandten Reichskommissäre wird sich das Genauere ergeben. v. Gagern glaubt man tritt zu Ende des Monats in das Ministerium, um dessen Präsidentschaft oder die Leitung der inneren Angelegenheiten zu übernehmen. v. Radowitz, der sich seit 4 Wochen auf seinen Gütern in Mecklenburg befindet, wird nächster Tage hier zurückerwartet; von dem Klubb im steinernen Hause, dem er bisher vorstand, erwartet man dann wieder neue Lebenskräften. Mit Unrecht setzt man diesen Klubb auf die äußerste Rechte, er ist reichsgesinnt, wünscht aber sein Ziel auf dem Wege der Vereinbarung mit den Regierungen der Einzelnstaaten zu erreichen. Die auf dem Württemberger Hof ausgetretenen Abgeordneten versammeln sich jetzt im Augsburger Hof; bei der vorgestrigen Abstimmung über den Antrag des hiesigen Appellationsgerichts, die drei bekannten Redner von der Pfingstweide in Untersuchung nehmen zu dürfen, zeigte sich die Folge dieser im linken Zentrum eingetretenen Spaltung, die Ueberreste des Württemberger Hofes hielten mit der linken Seite des Hauses, und brachten es in dieser Weise auf etwa 150 Stimmen, während der Augsburger Hof sich für das Ministerium und den von demselben eingebrachten Untersuchungsantrag erklärte und ihm dadurch eine Mehrheit von etwa 100 Stimmen gewann.

Deutschland.

Die „Frankfurter Obrpostamts-Zeitung" meldet in ihrem amtlichen Theile: Am 14. Oktober haben die Herren Reichskommissäre Teichert und Möhring die Fregatte „Deutschland", das Kanonenboot „Sanct Pauli", die Dampfer „Hamburg", „Lübeck" und „Bremen" sammt den darauf befindlichen Mannschaften ganz, die Korvette „Frankfurt" aber unter Vorbehalt der Genehmigung des Reichsministeriums, für die deutsche Zentralgewalt unter entsprechender Feierlichkeit übernommen.

Bayern. — **München, 20. Okt. Das Resultat der gestern erwähnten Sendung einer Deputation des Bürgervereins für Freiheit und Ordnung an Se. Maj. den König erhellt aus der folgenden Bekanntmachung desselben, welche heute an allen Straßenecken angeschlagen war:

In Folge der beklagenswerthen Ereignisse vom 18. d. Mts. hat der Ausschuß des Bürgervereins für Freiheit und Ordnung es im Interesse der Stadt und Bürgerschaft für seine Pflicht erachtet, unverzüglich eine Deputation an Se. Maj. den König zu senden, um Allerhöchstdemselben mit aller Offenheit und Wahrheit die Vorgänge zu schildern, die Veranlassung und die begleitenden Umstände darzulegen, sowie die in Folge davon nothwendiger Weise eingetretene Stimmung der Einwohnerschaft von München kund zu geben, und Se. Majestät sie die unter den obwaltenden Umständen bei wiederholten Versuchen der Art der Anarchie Preis gegebene Stadt um Schutz und Vorsorge vertrauensvoll zu flehen. Se. Maj. der König hat die Deputation sogleich zu empfangen die Gewogenheit gehabt, mit warmer Theilnahme ihre Berichte angehört und die Versicherung gegeben, die genaueste Untersuchung des Vorgefallenen anordnen und gewiß Vorsorge treffen zu wollen, daß ein ähnlicher Fall sich nicht wieder ereigne, wobei Er sich gern der Hoffnung hingebe, ganz auf den treuen Beistand der Bürger von München rechnen zu dürfen. Dieß zur beruhigenden Mittheilung. München, den 20. Oktober 1848. Der Ausschuß des Bürgervereins für Freiheit und Ordnung.

Wie wissen noch auf einige Einzelnheiten aus den beklagenswerthen Vorgängen des 18. zurückkommen. Wir müssen namentlich eine sehr bezeichnende Thatsache hervorheben. Es ist nun zu wahr, daß man hier wie zu Paris, wie zu Berlin Leute in den Soldatenrock gesteckt hat, die dann unter den Pöbel sich mischten, und durch ihre Uniformen glauben machten, die wirklichen Soldaten seien Theilnehmer und Mitbeförderer an den verübten Gewaltthaten an Personen und Eigenthum. Unter den Verhafteten befinden sich 4 oder 5 Individuen in Soldatenuniform; aber die in den Kasernen vorgenommenen genauen Erhebungen haben gezeigt, daß nicht ein Mann beim Appell fehlte. Wir enthalten uns jedes Kommentars zu dieser Thatsache. Wir melden sie erst jetzt, obgleich uns schon vorgestern und gestern Anbeutungen darüber zugekommen waren, denen wir aber nicht sogleich Glauben schenken mochten. An der Angabe des -|- Korrespondenten der Allg. Ztg., als seien auch anderwärts (außer dem Hofbräuhause) an 30 Soldaten festgenommen worden, ist kein wahres Wort. Daß übrigens nicht blos Pöbel bei den Auftritten des 18. betheiligt war, ist erwiesen. Zu einem Mitgliede des Landwehrfreikorps, einem durch seine Stellung in der Gesellschaft wie durch seinen Charakter gleich ehrenwerthen Manne, auch dessen eigenem Munde wir dieß erfahren haben, trat am 18. Mittags, als derselbe mit seinen Kameraden vom Freikorps vor dem Hofschauspielhause Hause stand, ein sehr gut gekleideter Individuum und redete ihn mit den Worten an: ob er sich nicht der infamen Rolle schäme, die er in diesem Augenblicke spiele. Diese infame Rolle aber bestand lediglich darin, daß dieser Ehrenmann mit seinen braven Kameraden zur Beschwichtigung der Anarchie auf dem Platze erschienen war. Der Leser wird daraus selbst seine Schlüsse ziehen. Die Anwesenheit von Fremden, deren Dialekt sie als Wiener erkennilich machte, unter dem todenden Pöbel wird uns von einer Seite berichtet, über deren Glaubwürdigkeit nicht der geringste Zweifel bestehen kann. Dabei sind sehr bezeichnende Aeußerungen und Rufe laut geworden, namentlich im Thale, wo wirkliche Soldaten und Handwerksbursche, die man herunten gemacht hatte, zu Lebehoch auf Hecker und Struve verleitet wurden. Ein Korre-

spondent der Allg. Ztg. berichtet gleichfalls diese Thatsache. Darin liegt die beste Antwort auf die Artigkeiten, mit denen und der Korrespondent eines andern Augsburger Blattes, der „Abendzeitung“, wegen unserer Berichte über die Vorgänge des 18. bedrt. Wir sind gewohnt, auf jeden Angriff so zu antworten, wie es sich gebührt. Für schamlose Verdächtigungen haben wir nichts als die tiefste Verachtung. Zum Schlusse nur noch eine Bemerkung, die wir allen unsern Lesern zur Beherzigung empfehlen. Am 6. Oktober weitete man zu Paris, daß an deutschen Lage zu Wien eine blutige Umwälzung ausbrechen werde: am 6. wurde Latour zu Wien ermordet. Am 13. stürmten die Pariser radikalen Blätter den Ausbruch einer Umwälzung zu Berlin für den 15., am 16. wir erfolge der Ausbruch. Am 17. begannen zu Wien die Unordnungen und Krawalle: jedermann mag daraus seine Schlüsse ziehen.

K. Hannover. — Hannover, 14. Okt. Zu dem in Thüringen zusammenzuziehenden Reichsarmeekorps sind 6000 Mann Hannoveraner (an Stelle der ursprünglich dazu bestimmten Österreichischen Truppen, welche durch die Wiener Ereignisse in ihrer Heimath zurückgehalten worden) beordert. die zum Theil schon ihre Marschroute erhalten haben. (H.-Mrgnt.)

Braunschweig. — Braunschweig, 13. Okt. Heute wurde Sr. Hoh. dem Herzoge durch eine Deputation von Landleuten aus dem Amte Wechelde im Namen von 28 Ortschaften eine Adresse überreicht, in welcher es unter Anderm heißt: „Die Unterzeichneten fühlen sich unter diesen Zeitumständen gedrungen, ihre unerschütterliche Anhänglichkeit an Ew. Hoheit Person, wie an die verfassungsmäßigen Einrichtungen des Herzogthums offen kund zu geben. Wir haben uns überzeugt, daß Alle, denen das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt, gegen die immer drohender werdenden Gefahren innerer Zerrüttung zusammentreten müssen; wir erkennen die dringende Verpflichtung, welche im Erlaß des Reichsverwesers vom 22. September d. Js. wahnt, die von Sr. Hoheit anvertrauten Soldaten „zur Vertheidigung der Ordnung und der Gesetze“ zu erheben. Wir geloben es hierdurch feierlich, daß wir Gut und Blut daran setzen wollen, um feindseligen Wühlereien zum Umsturze der rechtmäßigen Regierungsgewalt, bei denen das Wohl des friedlichen Bürgers und Landmannes nicht gedeihen kann, kräftig ein Ende zu machen.“ (Schdz.)

Schleswig-Holstein. — Kiel, 10. Okt. Ein ehemaliger Kandidat der Rechte, Namens Springborn, welcher in letzterer Zeit sich in Kiel aufhielt, wo er den Agitator machte, hatte heute Morgen Einige auf sich lud, den Milsträuberreitungen am 7. September nicht fremd geblieben zu sein, ward vorgestern eben dieser Ursache wegen auf Requisition der zur Leitung der Kriminalunterfuchung von Glückstadt herübergekommenen Obergerichtsräthe Walmrod und Thade verhaftet. Der demokratische Verein, dessen Mitglied er ist, wollte ihn um jeden Preis befreit wissen. Noch gestern es gelegt, die Versammlung zu bewegen, zuerst den gesetzlichen Weg der Kautionsleistung zu betreten. Der Versuch mißlang. Es wurden auf dem Papiere bald zusammengebracht; aber der Versammlung fehlte die gesetzgebende Kraft, dem Papiere Kurs zu verschaffen. Die Obrigkeit wies diese Kaution zurück. Jetzt erneuerten sich die Drohungen gewaltsamer Befreiung aus der Wache. Die Bürgerwehr ließ Generalmarsch schlagen, doch erfüllten sich die Drohungen nicht. Gestern, wo bald und bald ein neuer Krawall angesagt war, blieb Alles ruhig. (Pl. Korr.)

Preußen. Berlin, 16. Okt. Nachdem in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung ein Schreiben des Ministerpräsidenten, welches das Patent vom 14. Okt., das ein Belagerungszustand über Wien verhängt, publizirtes Gesetz über die Unverletzbarkeit der Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung und das Verfahren gegen sie zur öffentlichen Kenntniß bringt, sowie ferner ein Schreiben des Präsidenten der Petitionskommission, worin mitgetheilt wird, daß dieselbe eine Petition des hiesigen Bürgerwehrkommando um Enthebung des Generals Wrangel von seiner Stellung nicht zu der Dringlichkeit gemacht habe, verlesen war, schritt die Versammlung zur Tagesordnung, auf der die Berathung der Verfassung stand. Der Präsident bemerkt, daß, da der dritte Theil der Debatte über die Einleitung (über den Titel Großherzog von Posen) bis zum Art. I. aufgehoben sei, man zum vierten Theile, zur Frage: ob die Verfassung zu vereinbaren oder zu beschliessen sei, gelange. Es waren hierzu folgende Amendements eingebracht worden: vom 6ten Abgg. Mäpke und Sung: Statt der vorgeschlagenen Publikationsformel ist zu sagen: „verkündigen hiermit folgende von den Vertretern des Volks beschlossene Verfassung;“ Abg. Parisius' Amendement verlangt folgende Fassung: „Wir Friedrich Wilhelm, König von Preußen, verkünden hiermit folgende mit den Vertretern des Volks vereinbarte Verfassung.“ Abg. Siebert wünschte, die Publikationsformel möge also lauten: „verkünden hiermit die nach dem Willen der Vertreter des preußischen Volks festgestellte und von und angenommene Verfassung.“ Abg. Riehl will folgende Publikationsformel: „verkünden hiermit die von den Vertretern des Volks durch Vereinbarung mit uns festgestellte Verfassung.“ Sämmtliche Amendements sind hinreichend unterstützt. Nach längerer Debatte, in welcher zur Abstimmung darüber geschritten, und zwar zuerst über das Jung-Mäpke'sche Amendement: „Wir ꝛc. verkündigen hiermit folgende von den Vertretern des Volks beschlossene Verfassung.“ Sie geschieht unter Namensaufruf. 216 stimmen gegen, 110 für das Amendement. Das Amendement des Abg. Siebert wird hierauf gleichfalls verworfen, dagegen das Amendement des Abg. Riehl: „Wir verkünden hiermit die von den Vertretern des Volks durch Vereinbarung mit uns festgestellte Verfassung“ unter Namensaufruf mit 284 gegen 43 Stimmen angenommen. Nachschrift. In der heutigen Abendsitzung der Nationalversammlung wurde Abg. Grabow mit 231 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Abg. Waldeck hatte nächst ihm die meisten Stimmen.

Berlin, 17. Okt. Die Antwort, welche der König auf die Anrede des Präsidenten der Nationalversammlung ertheilte, lautete nach der „Spenner'schen Zeitung“ ungefähr wie folgt: „Ich sind dies schöne Wünsche und liebe Worte, die Sie mir bringen. Ich danke Ihnen herzlich dafür. Sagen Sie Denen, die Sie entsendet haben, daß Ich die Bedeutung ihrer Wünsche zu würdigen wisse, und ich dafür aufrichtig Dank sage. Ja es ist ein großes, stolzes und weltgeschichtliches Werk, zu dessen Aufbau wir berufen sind. Wahrlich Ich bringe ein redliches Herz, zu dessen Willen, das wollen Sie wissen, die größte Liebe zu dem Vaterlande, das Ich auf diesen großen Bau. Gebe Gott, daß heut übers Jahr das große Werk vollendet sei zum Segen unserer theuern Vaterlands! Es ist manches Gefahrvolle in unserer Lage, aber Eines beflügt wir, um das uns andere Völker beneiden; wir haben noch, und darauf mache Ich besonders aufmerksam, angesammte Dbrigkeiten von Gottes Gnaden, die mit großer Macht ausgerüstet sind, weil sie das Vertrauen des Volks besitzen. Auch sie werden uns helfen zur Vollendung unsers Werks, daß wir es aufbauen auf dem ungerstörbaren Fundament der Treue. Und brauchen Sie, Meine Herren, eine Stütze, einen wohlmeinenden Freund, so wenden Sie Sich vertrauensvoll an Mich. Sie werden Mich immer bereit finden, Ihnen entgegenzukommen.“

Die „Deutsche Reform“ (der jetzige Titel der früheren Neuen Berliner Zeitung) vom 16. schreibt über die Arbeiterunruhen vom 3 Uhr Nachmittag 8: Arbeiterhaufen zogen mit einer rothen Fahne nach der am Köpnicker Felde aufgestellten Pumpmaschine, zerstörten sie und umschlossen das in der Nähe befindliche Exerzirhaus, in welchem sich Bürgerwehr gesammelt hatte. Als sie der Aufforderung, sich zu entfernen, mit Hohn geantwortet, fällten die Bürger das Bayonnet. Als aber die Arbeiter mit einem Gitterbagel erwiderten, wurde geschossen und dann scharf geschossen. Es blieb ein Arbeiter todt, sieben wurden verwundet nach Bethanien getragen. Von den Bürgern sind mehrere erheblich durch Steinwürfe verletzt. Die Arbeiter zerstreuten sich für den Augenblick; aufgeschickte Boten riefen aber die Feldarbeiter vom Rhönfelde, von den Rebbergen und aus der Umgegend zur Hilfe herbei. Im Herantziehen drangen diese überall gewaltsam in die Häuser und bewaffnigten sich der vorgefundenen Waffen und Munition. Der Schauplatz verlieg, dann sich auf beiden Köpnicker Felde eine Art von Tirailleurfeuer zwischen Arbeitern und Bürgern entspannen. Man will anständig gekleidete Herren aufreizend in den Reihen der Arbeiter gesehen haben.

Köln, 16. Okt. Die demokratische Versammlung in Worringen ist ohne weitere Fährlichkeiten verbindert worden. Es hatten sich schon am frühen Morgen einige Gauen, die sich zu dem kleinen Akte aus dem demokratischen Notabilitäten von Köln und Düsseldorf, vielmehr der Masse nach aus den ländlichen Kirmesgästen von Worringen und Umgegend selbst bestanden, an Ort und Stelle eingefunden, und die Aufforderung des Landraths zum Auseinandergehen war fruchtlos geblieben. Da rückten zunächst die Infanen in Strirt gegen den Ort heran, und nicht lange hielten die Spitzen ihren Einzug schlecht, als die ganze Versammlung, der anwesende Freiligrath voran, in größter Eile auseinanderfloh. Im Laufe des Tages soll man freilich noch einmal in einem geschlossenen Lokale zusammengekommen sein, und allerlei Reden gehalten und Beschlüsse gefaßt haben, über die mir noch keine Nachrichten vorliegen; allein sonst hat sich Nichts ereignet, und wenn sie nicht wirklich zusammengekommen sein, so ist man ihr ruhig gewähren lassen und in keiner Weise behelligt. Das Vaterland zu retten. Um halb 6 Uhr war das Militär wieder in Köln zurück. Heute Morgen wurde von den gegenwärtig verhandelnden Assisen ein Greis von 84 Jahren wegen Diebstahls mit Einbruch verurtheilt. Sein Urtheil lautet auf 3jährige Zwangsarbeit. (Kalv. Z.)

Königsberg, 13. Okt. In ungehenne Kalamität einer höchst bösartigen Cholerarepidemie, die uns betroffen hat, leidet mir, dessen Posten Tag und Nacht am Bette meiner leidenden Brüder war, ein längeres Stillschweigen auf. Noch jetzt ist das Gefühl düsterer Trauer der Physiognomie der Stadt aufgedrückt; überall Särge und Leichenzüge, überall Leidtragende. Die Krankheit wüthet mit solcher Heftigkeit, daß die meisten der Befallenen binnen 8—10 Stunden hingerafft werden. Die tiefliegenden Theile der Stadt und der Häfen werden furchtbar heimgesucht; einzelne Kaufhäuser werden ihrer ganzen Bevölkerung beraubt. Was aber diese Epidemie, die dritte, die wir kennen gelernt, besonders auszeichnet, ist ihre weite und mörderische Verbreitung unter den sogenannten höheren Ständen. Ganze Familien unter diesen werden befallen. Der Oberdirigent gemeister ist das Opfer der Krankheit geworden. Da keine Sperrmaßregeln angeordnet sind und die Kommunikation nirgends unterbrochen wird, so sind wir auch von jener Panik vergont, der arbeitenden Klassen befreit, die sonst heftige Choleraepidemien begleitet und im Jahre 1831 hier zu einer Revolte Veranlassung gab. Die Stadt sorgt unter großen Opfern für die armen Erkrankten; überall sind in den befallenen Stadttheilen Befehlshaber angestellt. Rezepte für zahlungsunfähige Kranke müssen auf Kosten der Stadt serner respektirt werden. Die Aerzte sinken unter der Last ihrer Arbeit fast zusammen und haben sich nothgedrungen sämmtlich vom öffentlichen Leben zurückgezogen, wodurch einzelne Klubbs, deren Präsidenten Aerzte waren, merklich stagnirten. Unter diesen Umständen ging der vorgestern hier abgehaltene Provinziallongreß demokratischer Klubbs der Provinz Preußen geräuschlos und unbemerkt vorüber. Die Plakatanlieferung, die in letzter Zeit hier sehr lebhaft war, verstummte fast gänzlich. (K. v. u. f. D.)

Oesterreichische Monarchie.

Der Redaktion der „Grazer Zeitung" wird von ihrem gewöhnlichen Korrespondenten aus Czernowitz geschrieben, daß einem Gesetze der ungarischen Ministerium zufolge den Postämtern die Beförderung von Korrespondenzen an Behörden des österreichischen Auslandes, unter welche auch Zeitungsredaktionen gerechnet werden, strenge untersagt ist. „Wir bewegen uns hier auf einem gefesselten Boden", sagt der Korrespondent, „wo jede Meinungsverschiedenheit, jede Veröffentlichung der inneren Zustände als Hochverrath betrachtet werden kann; ich darf mich nicht rühmen, der bis zum Eintreten einer von allen Gutgesinnten sehnlichst erwarteten Aenderung der Regierungsverhältnisse, wo ich es ohne persönliche Gefahr werde thun können, meine Berichte einstellen." Die genannte Redaktion fügt hinzu, daß auch ihr Korrespondent in Pesth seit längerem, und wahrscheinlich aus gleichem Grunde geschwiegen habe; sonach sei sie quter Stunde über Ungarn einzig und allein zu berichten zu können, was die ungarischen Blätter nichts weniger als verläßig seien. — Es wäre überflüssig hierzu eine andere Bemerkung zu machen, als daß die überreichenen pomphaften Freiheitsphrasen des Grafschrecken Kossuth und seiner Partei in und außerhalb Ungarn dadurch in ihrer erbärmlichen Lügenhaftigkeit dargestellt werden, daß der innere Zustand Ungarns außerordentlich trostlos und verwirrt sein muß, und daß der Ernennung Pulsky Englands den Czikator Kossuth von seiner erschwindelten und usurpirten Höhe herabstürzen müßte. Das ungarische Ministerium muß die Oeffentlichkeit scheuen und zu Lügen seine Zuflucht nehmen — ein sicheres Zeichen seines baldigen Sturzes, den es durch Gewaltmaßregeln allerdings eine Zeitlang noch aufhalten kann, der aber dann um so gewaltiger und zerstörender hereinbrechen muß.

*Görz, 13. Okt. Allegen Nachrichten zufolge ist der Kriegszustand für von Ilsine an, welcher die Nachricht brachte, daß die Veste Osoppo heute sich durch Kapitulation ergeben habe. Sie erhalten freien Abzug mit Kriegsehren, die näheren Bedingungen sind noch nicht bekannt; man weiß nun, daß sie 60 Kanonen, ihre Munition, Mundvorräthe mitnehmen wollten, und zudem noch begehrten, nach Venedig geführt zu werden, was jedoch verweigert wurde. Einige andere Forts sollen schlüssig, auch einige weitragende Bomben mögen die Besatzung überzeugt haben, daß sie sich jetzt, wo die Veste enge cernirt, das Dorf am Eingange abgebrannt war, sie daher von dort nicht mehr Succurs haben konnten, wie es bisher war, durchaus nicht mehr länger halten konnte. Bei der letzten Erstürmung des Dorfes fand man auch 2 Verwundete von Radowsky, welche man als solche vermißt gehalten hatte; sie wurden von den Dorfinsassen zwar gut behandelt, allein warum ließen sie sie nicht zum Bataillon? da steht man die Gesinnung der österreichischen Unterthanen, sie hielten, wo sie konnten, mit den Piemontesen. Die Leinefer, die früher so viel Wesen machten, als der Befehl zur Waffenablieferung erschien war, und von denen man Widerstand erwartete, ließen sich wie Lämmer dazu herbei, alle außer den Schießgewehren, die sie behalten durften, noch einige Mörser mit der Mündung gegen die verdächtigen Häuser gerichtet war; sie lieferten willig alle Waffen ab, sogar die Schrotte und Kapsel, sie hatten sehr viele Gewehre und durchaus schöne.

Italien.

Aus Oberitalien, 11. Okt. In den letzten Tagen sind sowohl in Mailand als auf dem Lande, wobin sich jetzt ein Theil der Aerzten zurückgezogen hat, zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. Man soll neuen Umtrieben auf die Spur gekommen sein, die darauf berechnet sind, bei Wiederbeginn der Feindseligkeiten zwischen Oesterreich und Sardinien eine allgemeine Volkserhebung in der Lombardei vorzubereiten. Nachdem die Wiederernennung des bekannten Zigarrenkrieg durch das entschiedene Auftreten Radetzky's unterdrückt worden ist, sucht man jetzt darauf hinzuarbeiten, daß seine deutschen Kleidrstücke mehr getragen werden. Der alte Marschall hat davon bis jetzt seine Perle genommen, obschon er die Urheber und Verbreiter dieses Planes recht wohl kennt. Sie werden dagegen bei einer andern Gelegenheit bedacht werden. Radetzky geht nämlich damit um, eine Kriegsdenker auszuschreiben, welche darauf berechnet ist. Oesterreich für die ungeheuern materiellen Verluste, die es durch den lombardischen Aufstand erlitten, einigermaßen schadlos zu halten. Diese Steuer soll nicht das Volk, sondern besonders die bekannten Aufwiegler, die Fanatiker, und Verführer treffen. Der Grad der Schuld wird den Maßstab dafür bilden, was jeder Einzelne zu erlegen hat, und die Bühler auf der neuesten Zeit werden dabei schwerlich vergessen werden. Die Italiener wollen in dieser Maßregel den Beweis erblicken, daß Oesterreich im äußersten Fall entschlossen sei, die Lombardei aufzugeben. Ich meines Theils kann daran noch nicht glauben. (Karlsr. Z.)

Frankreich.

△ Paris, 16. Oktober. Hr. Dufaure, der neue Minister des Innern, hat heute in der Nationalversammlung die Vertrauensfrage gestellt, indem er einen Kredit von 100,000 Fr. für geheime Ausgaben verlangte. Die von ihm verlesene Auseinandersetzung der Motive zu diesem Verlangen gibt zugleich das Programm des neuen Ministeriums. Hr. Dufaure sagte: M. M. H. H.! Sie haben den politischen Gedanken des neuen Ministeriums zu erfahren gewünscht. Auch uns drängt es mit der vollsten Offenheit und vor Ihnen auszusprechen. Frankreich hat im Monat Februar 1848 die Republik proklamirt. Schon der Name der Republik allein hat darum nicht minder Unruhe und Besorgniß im Lande erregt, Besorgnisse, die man der Erinnerung an eine verdängnißvolle Epoche zuschreiben muß, deren Wiedertreter der Zustand unserer Gesellschaft zu erfahren wähnte. Diese Besorgnisse sind indessen die größte Gefahr der Lage, weil sie die Thätigkeit des Bürgers lähmen, und zur Folge haben, daß er sich nicht der Zukunft anzuvertrauen wagt. Es muß dahin gestrebt werden, alles begreiflich zu machen, daß die Republik nicht nothwendig eine Regierung der beständigen Agitation, eine Revolution in Permanenz ist. Die Republik kann und muß eine Regierung der Ordnung und der Freiheit sein, wo jeder Bürger des Schutzes und der schirmenden Sorgfalt der Regierung sicher ist. In seiner Einheit darf hat Frankreich nichts zu fürchten von Außen, es gestattet vielmehr den Völkern die gleich und eine politische Wiedergeburt trachten, den Fortschritt sicher zu erringen. Das ist der Grundsatz wird die Geschicke Europas entscheiden. Das ist das Programm des neuen Kabinets. Aber Sie werden und nach unsern Handlungen richten, welche sie auch sein mögen. Wir stehen Ihnen dafür, daß sie stets nur eingegeben sein werden von aufrichtiger Liebe für die Republik und Frankreich. Aber auf daß wir sicheren Weges auf dieser Bahn voranschreiten können, bedürfen wir Ihrer Mitwirkung, so wie von Ihnen in Anspruch nehmen. Dieser Kredit — die geheimen Gelder — haben nicht denselben Charakter wie jene, die unter der früheren Ordnung der Dinge verlangt wurden, weil wir einer Kommission der Versammlung darüber Rechenschaft ablegen werden. Wir wünschen darüber die unverzügliche Verhandlung, wenn nicht die Kammer es vorzieht, die Sache erst an ihre Bureaux zu verweisen. (Muse: nein, nein!) Die sofortige Verhandlung wird verschieben. Hr. Flandin (v. d. L.) erachtet es für seine Pflicht, die Beweggründe der Partei, welche das zurückgetretene Kabinet behartlich unterstützte, darzulegen, warum sie dem neuen Kabinette ihre Zustimmung nicht geben könne. Es gehe in diesem Saale zwei wohl unterschiedene Tendenzen. Alle wollen die Republik, aber nicht Alle verstehen sie auf dieselbe Weise. Ein Theil will sie mit allen Folgen, die aus der Februarrevolution erwachsen zu müssen scheinen. Ein anderer Theil dagegen kämpft gegen diese Tendenzen an, und sein Programm des Widerstandes erscheine nicht bestreitegend. Er sei weit entfernt, alle diese Männer von sich zu stoßen, und einer Verjöhnung im Wege zu stehen; aber es gebe Männer, deren Namen zu bezeichnen kein, daß sie in den Augenblicke, wo der Kampf noch nicht zu Ende sei, unmöglich zur Leitung der Angelegenheiten werden können, welcher sie so lange entgegen gewirkt. „Das vorige Kabinet besaß vorzüglich auch unseren Freunden, auch den Männern, die man jetzt der Unmacht beschuldigt, welche indessen nach einem mehr als achtzehnjährigen Kampfe der Republik den Triumph zu erringen wußten; im neuen Kabinet dagegen wird die Uebrheit aus den Männern gebildet sein, welche die Republik nicht gewollt, obgleich sie sie jetzt angenommen haben. Darum können wir ihnen unsere Zustimmung nicht geben. Man wird uns erwiedern: wartet unserer Akte ab, um und zu richten;" wir aber antworten darauf: handelt, bevor ihr unser Vertrauen in Anspruch nehmt, sucht es zu verdienen. (Bravo links.) Hen. Cavaignac: „Der vorige Minister findet die Worte, die ihm bestimmen, sein Vertrauensvotum zu verweigern, vorzüglich im Hinblicke auf die neuen Mitglieder des Kabinets. Ich kann diese Unterscheidung zwischen den verschiedenen Ministern nicht annehmen. Ich überlasse dem Minister des Innern die Sorge, im Namen der Regierung darauf zu antworten. Die Versammlung erwartet ohne Zweifel, daß ich ihr die Beweggründe angebe, die mich zu einer Abstimmung in der Zusammensetzung des Kabinets bestimmt haben. Wer immer ohne die Majorität gehen zu können glaubt, begeht einen großen Irrthum. (Beifall rechts.) Ich habe vielleicht nach den Zumtagen nicht vollkommen dieser Regel gemäß gehandelt; aber damals befand sich das Land, wie Sie wissen, in einer schwierigen Lage, es mußte Hand gelegt werden auf die wahre Urheber der Unruhen, auf diejenigen, die glaubte nicht, daß für diese schwierige Aufgabe Männer geeigneter waren als die vorigen Minister." Der General erklärt, daß er stets der Souveränetät des Volkes gehuldigt habe, aber — sagte er — ich bin nicht geneigt, es als meinen Meister zu betrachten. Ich habe nicht gewollt, daß mein Votum in der Präsidentschaftsfrage als eine Schmeichelei desselben betrachtet werden solle. Ich habe mit der Minderheit gestimmt, obgleich ich überzeugt davon war, auf welcher Seite die Mehrheit stand. Bei Bildung des neuen Ministeriums war mein Zweck Versöhnung. Ich bin überzeugt, daß das Land die Versöhnung will (Muse links: nein! nein!) Jene welche sagen nein, täuschen sich, und was auch kommen möge, ich werde niemals bereuen, wod ich gethan. Ich bin überzeugt, daß diejenigen, die in ihrer Leidenschaftlichkeit beharren, sich täuschen und unser Ziel ihrer Bekehrung im Lande verlieren werden. (Sensation.) Hr. Portalis wünscht vollständig aufgeklärt zu sein über die wahren Beweggründe zur Veränderung. Das vorgelesene Programm gebe dieselben nicht an. Der Styl desselben sei zwar sehr zu loben, allein es lage nicht, warum gewisse Minister geblieben sind, andere austraten. Er wünscht, daß einer der zurückgetretenen Minister Aufklärung gebe. Hr. Senard erklärt ganz offen sich aussprechen zu wollen, was seine Person betreffe. Er sei durch die Worte des Gen. Cavaignac durchaus nicht verletzt. Derselbe habe gesagt, Männer über deren Grundsätze kein Zweifel bestehen konnte, waren die Einzigen, welche es wagen durften, an unsere theuersten Freiheiten Hand zu legen. Er (Senard) habe in der Niederzeugung, dadurch das Land zu retten, seinen Anstand genommen, es zu thun. Alle er in's Amt getreten, sei seine Absicht gewesen, mit seiner Hand die Fahne der Republik zu halten, gegen die Faktionen anzukämpfen, die sie erschüttern möchten. Er sei dafür von entgegengesetzten Seiten angegriffen worden, in den Pariser Blättern und besonders in denen der Provinzen. Die Einen hätten ihn einen reaktionären Royalisten, die andern einen rothen Republikaner, einen Mann des Bergen genannt. (Eine Stimme links: das hat nicht zu sagen.) Das habe ihn aber nicht abgehalten, die Männer zu vertheidigen, die sich aufrichtig

der Republik angeschlossen, obgleich sie nicht zu deren Herbeiführung mitgewirkt hatten. Andrerseits unterstütze er ebenwenige Beamte, die man ihres revolutionären, oder besser gesagt republikanischen Ursprungs wegen verdächtigen wollte. In diesem Gedanken der Versöhnung sei es ihm gelungen, ein Verwaltungspersonale zusammenzubringen, das sehr gute Resultate wirken dem Lande die Ordnung und Sicherheit zu verschaffen im Stande sei. Der Redner sagt nun die Beweggründe für seinen Rücktritt auseinander. Zweimal habe er es für seine Pflicht erachtet, sein Portefeuille niederzulegen. Das erstemal auf Anlaß des Votums über die Kommissäre, welche die Regierung in die Departements hatte schicken wollen, das zweitemal über die Verhandlungen des Banketts von Toulouse. Der Conseilspräsident habe ihm bemerkt, es sei nicht der Augenblick zu seinem Rücktritte, daher blieb er. Darauf kam das Votum in Betreff der Präsidentschaft und dies war die wahre Ursache der Auflösung des Kabinets. „Ob war im Rathe beschlossen worden, daß wir die Ernennung durch die Versammlung vorschlagen würden." Gen. Cavaignac: „ohne mein Wissen. (Lärm.) Hr. Senard: Wir hatten diesen Beschluß gefaßt, obgleich wir wohl wußten, daß der Chef der vollziehenden Gewalt im Schooße der Versassungskommission sich für das allgemeine Stimmrecht ausgesprochen hatte. Nach der Abstimmung der Versammlung, wo 600 Stimmen gegen 200 gegen unsern Plan sich ausgesprochen hatten, wollte das ganze Kabinet austreten. Dann beschränken wir, dieser Gesammtrücktritt könnte für die Versammlung eine Verlegenheit werden, und einen jener einstimmigen Voten hervorrufen, die nichts entscheiden. Nach reiflicher Ueberlegung hielten wir es für gerathener, dem Conseilspräsidenten zwar unsere Gesammtentlassung einzugeben, es jedoch ihm zu überlassen, diejenigen von uns in der neuen Verwaltung beizubehalten, welche er für die geeignetsten zu einem Versöhnungsdiene hielte. Dieser Schritt wurde von uns am Donnerstag Morgens gethan, und seitdem habe ich an nichts mehr theilgenommen. Ich habe wieder meinen Platz in der Versammlung eingenommen, bereit, der Regierung meinen treuen Beistand zu leisten, wenn sie, wie ich glaube, muthig an der Begründung der theuren Republik arbeitet, der ich mein Leben gewidmet habe. (Beifall.) Hr. Dupont (v. Bussac) glaubt die wahre Veranlassung zum Ministerwechsel noch immer nicht aufgeklärt. Das vorgelesene Programm könne eben so gut von Hrn. Senard, als von Hrn. Dufaure aufgegangen sein. Ein Programm aber, das Jedermann unterzeichnen könne, beweise offenbar nichts. Die angeführten Thatsachen seien also offenbar nicht hinreichend zur Aufklärung. Auf die zurückgetretenen Minister könne die Verantwortlichkeit nicht zurückfallen. In Betreff des Bankets von Toulouse habe Hr. Senard hier eine Ansicht ausgesprochen, welche er als die des Kabinets ausgab. Dessen ungeachtet habe General Cavaignac eine entgegengesetzte geäußert. Da hier es abweichende war, so hätte er sich zurückziehen sollen. Dasselbe gilt von der Verbannung in Betreff der Kommissäre. Diese Idee gehörte dem ganzen Kabinete an. Gen. Cavaignac: Das ist ein Irrthum. Ich allein muß die Verantwortlichkeit für mich in Anspruch nehmen. Hr. Senard: Es war nur zwischen dem Hrn. Conseilspräsidenten und mir davon die Rede gewesen. Hr. Dupont: Und doch hat Hr. Marie den Antrag mit Energie vertheidigt, selbst eine Kabinetsfrage daraus gemacht, und Sie wissen, welche Verwirrung dadurch in die Versammlung geschleudert wurde. Der Redner fragt, warum die Herren Recurt, Senard und Daulabelle auch die Verantwortlichkeit für dieses Votum tragen sollen? Aehnliche Bedenken äußert der Redner in Betreff des Votums über die Präsidentschaft. Er begreift nicht, warum die drei genannten Mitglieder zurücktraten gezwungen wurden, während die übrigen blieben. Der Conseilspräsident sind sein Kabinet, die sich zusagt für die Wahl durch das allgemeine Stimmrecht ausgesprochen, haben plötzlich ihre Meinung geändert; warum dieser Widerspruch? Die Modifikation des Kabinets hat also ihren Ursprung nicht in den vollbrachten Thatsachen. Die Regierung hatte sonach für gerathen erachtet, sich auf die Seite der Majorität zu neigen im Hinblick auf die Interessen der Präsidentschaft. Er wolle nicht wiederholen, was man sich im Club raune, im Uebrigen werde man das Kabinet nach seinen Werken beurtheilen. Der Redner gegen dasselbe durch die blauen Stimmzettel protestiren. General Cavaignac: Ich habe persönlich im Schooße der Verfassungskommission die Ansicht der Präsidentenwahl durch allgemeines Stimmrecht unterstützt, aber nicht durch eine Beweisführung. Ich glaubte mich nicht kompetent dazu, eine gutachtliche Meinung darüber in diesem Augenblicke abzugeben, und doch habe ich mit der Minderheit gestimmt. Hr. Dupont: offenbar glauben Sie die Wahrheit auf dieser Seite zu finden. General Cavaignac: ohne Zweifel; und ich habe so lange als möglich der Auflösung des Kabinets Widerstand geleistet. Hr. Ledru-Rollin sucht nun in langer, oft unterbrochener Rede nachzuweisen, daß noch immer die Wahrheit nicht zu Tage gebracht sei, und will nichts von einer Versöhnung wissen, von welcher man die alten Republikaner ausschließe. Er wird endlich durch den formwidrigen Lärm gezwungen, die Tribüne zu verlassen. Ein wirrer Durcheinander entsteht. 5—6 Abgeordnete wollen zugleich sprechen. Hr. Taschereau wirft dem Präsidenten vor, er thue seine Pflicht nicht und wird deßhalb von diesem zur Ordnung gerufen. Hr. Senard protestirt gegen die Auslegung die Hr. Ledru-Rollin seinen Worten geben wolle. General Bedeau: Das neue Ministerium wird mein vollstes Vertrauen haben. Es sind in demselben allerdings Männer, welche ich nicht gekannt hatte, aber alle schienen mir Bürgschaften der Hingebung und der Unzigennützigkeit darzubieten. Ich zweifle nicht, daß sie nöthigenfalls ihre Interessen ihren Meinungen opfern würden, und eben so würden sie auch das Land retten auf Kosten ihrer Interessen. (Bravo Rechts.) Ich habe Vertrauen zu dem neuen Kabinet, weil es mir durchdrungen scheint von den wahren Interessen des Landes. (Eine Stimme links: und der Republik?) Hr. Lacrosse: Man sollte nicht vergessen, daß der Redner sein Blut für sie vergossen hat. (Bravos rechts.) Gen. Bedeau: in einem Augenblicke, wo es sich darum handelt, in Frankreich die Republik zu gründen, die ehrliche und konservative Republik (Ausrufe und Murren links. Bravos rechts), schien es mir von Wichtigkeit, daß die Mehrheit des Landes . . (Stimme links: Mehrheit der Royalisten. [Murren.]) Gen. Bedeau: Ich wiederhole es mir von Wichtigkeit, daß die Mehrheit des Landes Vertrauen habe zur Regierung. Das schien mir von Wichtigkeit für das Innere, wie nach Außen. Ich hoffe, wir werden die wenigen Wochen, die uns noch von der Einsetzung einer definitiven Regierung trennen, ohne Schwierigkeiten durchbringen. Ist diese Regierung, das ernstliche Resultat des allgemeinen Stimmrechts, einmal begründet, so zweifeln Sie nicht, daß auch die Ruhe im Innern und mit ihr die Kapitalien wiederkehren werden; man werden auch die Schmerzen und Leiden des Elendes aufhören, für welche ich aus vollem Herzen eben so viel Theilnahme hege, als irgend wer. (Lange Sensation, Aufregung links.) Bei Postschluß besteigt Hr. Dupont die Tribüne.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 22. Dkt.: „Katharina Cornaro", Oper von F. Lachner.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Baron Pleiten, von Neuburg. Graf Bismark, von Wiesbaden. Frau v. Knutbach, von Hirschenhof. Gysin, Gutsbesitzer, aus der Schweiz. Heerer, Privatier, von Landau. Mack, Oberlieutenant, und Emele, Lieutenant, von Augsburg.

Gold. Hirsch. v. Zwidall, k. k. Major, von Wien. Pöschl, Ingenieur, von Nürnberg. Richard, Kaufmann, aus Frankreich.

Hotel Maulik. Gräfin Zugger, von Rordendorf, v. Pippins, Gutsbesitzer, aus Friesland. Stadtmar, Privatier, aus Friesland. Dr. Elias, von Paran. Matte, Gutsbesitzer, aus Jütland.

Gold. Hahn. Eberle, Kooperateur, aus Tirol. Baron v. Sontry, von Brüssel. v. Marty, Kapitän, von Ing. Frau v. Perter, von Wien.

Blaue Traube. Baron v. Zhünefeld, geh. Rath, von Augsburg. Dr. Burhardt, von Regensburg. Baron v. Handel, von Braunau. de Lredzigny, k. k. Oberlieutenant, aus Mailand. von der Kerkhoff, Fabrikant, von Crefeld. Dr. Dezrel, von Erlangen.

Glashüttgarten. Daubler, Stubbrenner, von Augsburg. Preier, Privatier, von Memmingen. Bauer, Zollamtskontroleur, von Reichenhall. Müller, Rentenverwalter, von Landsberg.

Gestorbene in München.

Barbara Obermaier, Betriebenstochter, 22 J. a. Franziska Settele, Schuhmacherstochter, 33 J. a. Anna Maria Arnold, Zoll-Rechnungsassistentenwittwe von Erlangen, 67 J. a. Joseph Roier, Bahngerl. Meyser, 54 J. a.

Bekanntmachung.

Die Kunstausstellung betreffend.

191. Die Ausstellung von Werken lebender Künstler, welche in dem der Glyptothek gegenüber liegenden Kunstausstellungsgebäude statt findet, ist ohne Ausnahme täglich von 10 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags geöffnet. Der Schluß der Ausstellung ist am 25. Oktober.

190. (26) Eine Partie angefangener Stickereien, vorjähriger Muster, werden zu herabgesetzten Preisen verkauft bei Jos. Großjean, Perujagasse Nro. 2.

Ediktalladung.

192. Der Bauernsohn Joseph Meßer von Oberland, d. St., wird auf Antrag des Andrä Meßer von Oberland beauftragt, die gemäß Bergleichs vom 7. April 1843 dem Andrä Meßer schuldigen 200 fl. Baarschuld sammt 5 Prozent Verzugszinsen hievon seit 4. Juni 1843 und 3 fl. 11½ kr. Kosten innerhalb 4 Wochen um so gewisser zu bezahlen, als außerdessen Andrä Meßer im Wege der Hilfsvollstreckung für den Betrag seiner Forderung an Hauptsache, Zinsen und Kosten in jene Fahrnißpfändungsgegenstände sich immittirt würde, welche auf dem Anwesen des Bauern Simon Meßer in Oberland im Hypothekenbuche für Joseph Meßer eingetragen ist, und sofort der beiderseitige Betrag des Joseph Meßer'schen Forderungsantheils dem Andrä Meßer eingenommen und im Hypothekenbuche auf ihn umgeschrieben würde.

Am 14. Okt. 1848.

Königl. Landgericht Wohenstrauß.

F. Kohler.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Ausdehnung und Dauer der Monarchien, im Vergleich zu jener der Republiken.

Wie lehrn in einer Zeit, wo Alles anzustiften, gewogen und nur alsdann definitiv angenommen wird, wenn das Zünglein, nicht der Wage, sondern der Abstimmenden, auf einer, oder der anderen Seite der Gabel sich blicken läßt.

Da nun bei Behandlung eines politischen Prinzips, bald mit geschichtlichen, bald mit vorhistorischen Thatsachen operirt wird; so will ich nur in den politischen Boden wühlen und untersuchen, wie lange die Monarchie oder die Republik bei den uns bekannten Völkern bestanden, und was dieselbe gewirkt haben.

Die Geschichte führt uns zuerst zu den Hebräern. Welche Verfassung hatte wohl vor Moses Zeiten dieses, in sich unbekannt. Erst unter Moses bekamen sie Gesetze, welche Hebräer geschrieben Gesetze. Ihre Verfassung war patriarchalisch. Jeder Stamm bildete gleichsam einen Staat; darauf aber waren die Kräfte zersplittert, was den Feinden gut zu Statten kam, um Zwiespalt und Unmuth zu stiften, um einen Stamm nach dem andern unterjochen zu können. Dieser Zustand dauerte über 400 Jahre: während welcher Zeit große Männer sich bemühten, dem Volke Ruhe und Frieden im Innern und nach Außen zu stiften. Bei dieser Sachlage aber blieben den Hebräern Kultur, Künste und Wissenschaften unbekannte Dinge. Männer von Ginsicht, Klugheit und Vaterlandsliebe erkannten die Gefahr, die dem Vaterlande drohte, und durch die Vergangenheit belehrt, sahen sie wohl ein, daß nur die Vereinigung aller Stämme unter einer und derselben Herrschaft sie von gänzlichem Untergange retten könnte.

Diese Wahrheit fand Anerkennung, und Saul wurde gegen den Willen Samuels, der ihn selben wollte, vom ganzen Volke als König anerkannt. Saul war es, welcher in den Herzen der Hebräer Sinn für Ruhm und Kriegsmuth anfachte. Ob war aber David vorbedachten, und den zersplitterten Völkern einen Staat zu gründen, sühig alle seine Feinde zu besiegen und die Grünze des Reichs auszudehnen. Obschon beständig durch Kriege im Innern und von Außen beschäftigt, fing doch den Vater an Geschmack an Künsten und Wissenschaften zu empfinden. Poesie und Musik wachten in kurzer Zeit erstaunliche Fortschritte. Kriegs- und bürgerliche Verfassung wurden gesetzlich geordnet. Unter der Regierung seines Sohnes Salomon Rica der israelitische Ruhm zu einer nie gekannten Höhe! Unter Salomonß Regierung blühten alle Zweige der Künste und Wissenschaften und nur die Unbestimmtheit der Chronologie brachte diesen, so gut geordneten Staate den Todesstoß zu.

Ganz Asien wurde immer und wird noch von Königen beherrscht. Die Gesetzkunde der einzelnen Monarchien ist uns noch unbekannt. Gewiß ist es, daß in China vor uralter Zeit alle Zweige der Künste und Wissenschaften geblüht haben, daß das Gesetz, ordne und beschränke den Reich der ganzen bekannten Welt. Niegends wird die Kultur so geehrt, wie in China. Industrie und Handel, vom Kaiser geschützt, erfreuen sich des besten Erfolg.

Aegypten sagt Herodot, „war nie ohne Könige.“ Aegypten war aber auch die Wiege alles Wissens. Griechenland verkaufte Aegypten nicht nur seine Gesetzgebung, sondern auch Künste und Wissenschaften, welche die Griechen fleißig pflegten und zur höchsten Ausbildung brachten.

Moses lernte seine Weisheit in Aegypten unter Pharao! Wenn ganz Griechenland unter einem Könige gestanden hätte, so würde Rom seine große Rivale nicht gefühlt haben, und ersteres würde vielleicht noch heute bestehen! Allein seine Zerstückelung in viele kleine Republiken, ihre Eifer- und Herrschsucht brachte es nach ungefähr 1100jährigem Bestand unter die Herrschaft Roms!!

Der Begründer Roms war König, oberster Priester, Richter und Feldherr zugleich! Nach 250 Jahren wurde der König Tarquinius verjagt, und eine Republik gegründet, welche nach 460 Jahren wieder unter die Gewalt eines Kaisers fiel. Das Schöne, Prächtige und Große, welches während der Dauer dieser beiden Regierungsformen erstand, ist aller Welt bekannt, und wäre die Erhöhung durch Gesetze bestimmt und geordnet gewesen, die vielen Empörungen, Mordthaten und Greuel wären gewiß nicht vorgefallen, und die Kaiser Roms würden vielleicht noch heute herrschen!

Nach dem Verfall Roms blieb das Land in Italien viele kleine Freistaaten, welche fortwährend sich bekämpften und somit ihren Untergang beschleunigten. Was die Kalifen in Konstantinopel Gutes hervorbrachten, wurde durch das viele Böse verdunkelt!

Wie überall, auch hier war die unbestimmte Erhöhung die Ursache vieler Greuel und Empörungen und des endlichen gänzlichen Unterganges. Wie barbarisch die Republik Karthago, namentlich die eroberten Länder beherrschte, ist natürlich. Als die Karthager die Sicilia verlassen mußten, verwüsteten sie Alles, was lebte, Thiere, Menschen und Vieh! und selbst die Bäume, Weinberge ꝛc. ꝛc. wurden nicht geschont. König Hiobwig führte das Frankenreich. Zu welcher-Höhe Karl der Große sein Reich brachte, ist bekannt; aber die Herrschsucht seiner Nachfolger zerstückelte es!

Was sich hervorthun in Spanien, Frankreich, England, Deutschland ꝛc. zugetragen hat, weiß ein jeder; und wer jeder über das Alles lesen wird, daß, wäre das deutschrömische Kaisereich erblich gewesen, so hätten wir heute kein Parlament in Frankfurt nöthig. Deutschland würde groß, mächtig, einig dastehen, wie sonst kein Staat in der Welt gedanden hat. Frankreich würde es nicht untersucht haben!!

Wie tyrannisch die Republiken Venedigs, Pisa und Genua u. a. m. waren, ist weltbekannt. Venedig war die erste, welche die schändliche Inquisition einführte, und Silvio Pellico hat uns die grausamen Kerker Venedigs beschrieben. Wie grausam die Republik Genua in Korsika herrschte, zeigt und die Geschichte! Genua war es, welches die grausame Venderta in Korsika stiftete, damit sich die Korsen gegenseitig vernichten möchten!

Die Freistaaten Hollands und der Niederlande haben viel Gutes, namentlich in merkantilischer Hinsicht geleistet, sind aber endlich doch wieder Monarchien geworden.

Geräuge man nun die Größe jener Länder, welche von Königen regiert wurden und noch regiert werden, dazu aber auch ihre lange Dauer und die Größe der Brodlosigkeit derselben, so werden die Länder der gewesenen und gegenwärtigen Freistaaten in jeder Hinsicht sehr klein und unbedeutend erscheinen. Legt man nun Monarchie und Republik sire in eine Wagschale, so wird gewiß das Zünglein auf die Seite der Monarchie sich neigen — also die absolute Stimmennetzheit für sich haben. F. N.

Deutsche Reichsversammlung.

A **Frankfurt**, 18. Okt. In der Schmidt-Wiedner'schen Sache ward wieder einmal das Speichwort anschaulich: „Parturiunt montes etc.“ Es ist, wie ich glaube, von Interesse, Ihnen den Ausgang, den sie genommen hat, wenigstens erklärlich zu machen. Nachdem in Besonderer Ausschuß niedergesetzt war, waren so viel ich weiß alle Mitglieder des Ausschusses mit den bekannten Anträgen einverstanden; nur eines war bedenklich. Als diese Anträge der Versammlung bekannt wurden, stimmte ihnen die überwiegende Mehrzahl der Nationalversammlung bei. Einzelne mildere Anträge, die da auftauchten (von Mühlfeit, Somaruga u. A.) fanden keinen Anklang. Am Abende vor der Sitzung, in welcher die Angelegenheit zur Verhandlung kommen sollte, wurde ein später mildernder Antrag im Kaffeehaus vorgeschlagen und verbreitet, der dahin ging, „daß die Nationalversammlung das unwürdige Benehmen der Herren Schmidt und Wiesner ernstlich mißbillige.“ Die Gründe, welche man für diesen Antrag anführte, waren vorzüglich gegen das Präjudiz, das der Ausschuß gestellt hatte, gerichtet. Man wollte nämlich nicht zugeben, in den Befugnissen der Nationalversammlung, einen vom Volke gewählten Abgeordneten, sei es auch nur zeitlich von der Ausübung seiner Funktionen auszuschließen; man strebe ja damit die Wähler, nicht die Gewählten, es solle unten an jeder gesetzlichen Vorschrift, durch welche die Reichsversammlung berechtigt würde, jene Strafe auszuerkennen. Andererseits fürchtete man, der Antrag des Ausschusses könne in einer Ausdehnung zu neuen Konflikten und zu noch ärgeren Auftritten führen, als jene waren, welche die Veranlassung der Verhandlung bildeten. Ich will nun hier nicht untersuchen, in wie weit diese Gründe stichhaltig waren; genug, sie überzeugten die Mehrzahl der Mitglieder des Kasino's, und da wie natürlich auch die Fraktionen der Linken gegen den Ausschußantrage waren, so war auf eine Mehrheit für dieselben nicht mehr zu rechnen. Dadurch sahen sich auch die übrigen Fraktionen der Centren, welche bis dahin fest einstimmig der Ansicht waren, daß die Ausschußantrage anzunehmen seien, veranlaßt, dem Antrage des Kasino's beizutreten, um wenigstens dafür eine imposante Majorität zu gewinnen. Alle aus anderen Tage die Sache in der Sitzung zur Verhandlung kam, brachten die Mitglieder der Mehrheit den Antrag auf Tagesordnung ein, der ohne Debatte von der Mehrheit der Versammlung, insbesondere auch von der Fraktion des Kasino, angenommen wurde. Gar viele, die anfänglich der strengen Ansicht gehuldigt hatten, stimmten diesem Antrage aus dem Grunde bei, weil sie es für unedler hielten, in einer Haltung über die Sache wegzugehen (sie gleichsam für zu unbedeutend ansehen, als daß es die Zeit lohne, die darauf verwendet werden mußte), als einen neuen Beschluß zu fassen, der den Ausschuß und die Versammlung kompromittirte. Wie wollen diesen Beschluß gerne billigen, falls die Erwartung, die man dabei aufsprach („daß solche Szenen nicht mehr vorkommen werden“) sich bewahrheitet. — Die Motive zu dem Entwurfe der beiden ersten Abschnitte der Verfassung sind seit gestern in den Händen der Mitglieder der Reichsversammlung. Sie füllen 29 Seiten in 4° und sind zu einer Hälfte (Einleitung und §§. 1 bis 20) von Mittermaier, zur anderen von Droysen verarbeitet. Bereits wird in den verschiedenen Klubs über die §§. 1, 2, 3, 4 bis 1. Abschnittes lebhaft debattirt. Von Seite der österreichischen sind mehrere Anträge zu diesen Paragraphen in Aussicht gestellt, worunter der Beirrie Oesterreichs in gewisser modifizirter Weise erklärlich werden soll. Einem unbedingten Anschluß auf Grundlage dieser §§. hierjen soll Alle für unthunlich.

Deutschland.

Hohenzollern-Sigmaringen. — Sigmaringen, 16. Okt. Von den Verbastten wurde Kaufmann G. Müller wieder auf freien Fuß gesetzt. Von einem Abzuge des Militärs hört man nichts, obwohl

Innsbruck, 12. Okt. Der ständische Ausschuß in Innsbruck trennt das Gubernium haben im Einverständnisse mit allen Aemtern und dem Magistrate beschlossen, weder Kommissäre noch Beschlüsse von Reichstage anzunehmen, sondern sie nicht vom Kaiser ihre Beglaubigung und Bestätigung erhalten.

(Volksbl. f. Tirol.)

= Innsbruck, 19. Okt. Der „Bote für Tirol und Vorarlberg" bringt heute mehrere wichtige Aktenstücke. Aus Anlaß der Wiener Ereignisse berufen eine Bekanntmachung vom jüngsten Ausschusse des engeren Landtags, mit dem Datum vom 16., und unterzeichnet vom Präsidenten Wolkenstein, den im Juli vertagten Landtag wieder ein. Die Eröffnung desselben ist auf den 26. Okt. l. J. festgesetzt. Derselbe soll mit 52 stimmberechtigten Vertretern(stimmführern aus Deutsch- und Welschtirol, wie auch Vorarlberg, von denen jeder Wahlbezirk vier zu ernennen hat, verstärkt werden: „um sich in diesem ernsten Augenblicke der Gesinnung der Bevölkerung möglichst zu versichern, und zugleich den Uebergang von der bisherigen Vertretungsform zur Durchführung des Prinzips der Volksvertretung einzuleiten." Das zweite Dokument (das wir morgen vollständig nachtragen werden) ist ein gleichfalls vom 16. datirter Aufruf, den der k. k. Gub.-Präsident Glanvell und der Präsident des Landtags Wolkenstein an ihre „lieben Landsleute auf Tirol und Vorarlberg" erlassen haben. Sie brandmarken darin die Wiener Vorgänge energisch und erklären, der Reichstag zu Wien könne nicht mehr frei berathen, nachdem die Gewalt in die Hände von Menschen übergegangen, welche die Freiheit im Munde führen, aber tyrannische Treiber üben, um nach Auflösung aller Bande der Ordnung und Gesetze, Zerrüttung der Monarchie und den Ueberresten eine Republik zu gründen. Deshalb fordern sie die Tiroler und Vorarlberger auf, sich treu zu scharen um den konstitutionellen Thron des Monarchen, seinem Rufe zu folgen, ihm Gut und Blut zu geben, mit ihm zu stehen und zu fallen. Als was die Tiroler wollen, wird bezeichnet: Fortbestand der konstitutionellen Monarchie, Erhaltung des Kaiserhauses und der uralten Verbindung seiner Völker durch die gesetzliche Macht des Wortes, Gleichberechtigung aller Völkerstämme des Kaiserthanes, enge Verknüpfung Tirols mit Deutschland und leiser Zentralgewalt, Freiheit gegründet auf Recht und Achtung vor dem Gesetze, Beachtung der religiösen, geistigen und materiellen Interessen Tirols, Aufrechthaltung seiner provinziellen Selbstständigkeit. Zuletzt wird vorzüglich Einigkeit anempfohlen. — Ein Aufruf in gleichem Sinne und Geiste ist unterm 17. „von provisorischen Komite des Vereines der treuliebe-vorarlbergischen Landesstämme unter der konstitutionellen Monarchie" ausgegangen. — Gestern wurde dem k. k. Ministerialrathe Dr. Fischer eine Petition des Stadtmagistrats und des Bürgerausschusses überge-ben, in welcher die Wünsche desselben ausgesprochen sind. Sie erklären sich unter anderm entschieden gegen die administrative und repräsentative Trennung Nord-Tirols von Süd-Tirol, für Aufhebung an Tauriskam und den deutschen Zollverein, Aufhebung des Tabakmonopols, gegen jede Gewerbefreiheit, aber auch für Vermeidung unpassenden Zwangsbezwanges und Zuweisung der Gewerbsverleihungen an die Gemeinden; für Kapitulationsrecht der Kaiserjäger auf vier Jahre: Schiffbarmachung des Inns bis ins Weichbild von Innsbruck; endlich schließt sich die Stadt Innsbruck dem allgemein ausgesprochenen Wunsche des Landes an und protestirt gegen Aufhebung der noch bestehenden Klöster und geistlichen Korporationen, so wie gegen Einziehung ihrer eine solche Belastung bedingenden Vermögens, durch welche das Gehalten der Stiftungsverbindlichkeiten unmöglich würde und gegen die Trennung der Schule von der Kirche.

Botzen, 15. Okt. Heute ist hier nachstehender gedruckter Manifest an folgen: Die letzten Wiener Ereignisse haben mehrere Bürger der Stadt Botzen zum Wunsche veranlaßt, die unterfertigte Adresse an Se. Majestät zu richten, und es werden daher alle jene, welche die Gesinnungen der treuen Tirolerbezirke für Se. Maj und für die Konstitutionelle Freiheit auf diese Weise an den Tag legen wollen, eingeladen, die um Mittwochsabends nur die nächsten Tage aufliegende Adresse offenend mit ihrer Namensunterschrift zu versehen. — Ihre k. k. Majestät! Die Herzen der treuen Tyroler sind tief erschüttert durch die Nachricht von den neuesten beklagenswerthen Ereignissen der Hauptstadt Wien, und das große Wort im Manifeste Eurer Maj. tönt durch das ganze Land. Treu und einmüthig scharen wir uns alle um den ungenommen Mehrpfad Entgegnungen des weiten Kaiserreiches um die gesetzliche Person Eurer Maj. Wir sieben in unserem konstitutionellen Kaiser, in seinem erhabenen Hause das Vaterland und die Freiheit; wir wollen in niemals wankender Treue diese höchsten Güter um jeden Preis uns erhalten und schirmen. Darum legen wir hiermit ausgeschüttet der neuen Wiener Ereignisse die feierliche Erklärung um Eurer Maj. niederer, daß unsere Anhänglichkeit durch kein böses Beispiel geschwächt werden kann, daß jeder Versuch der Anarchie und ihre Freunde, komme er woher er wolle, den Schwur der Treue und des Festhaltens am Kaiser und den von ihm gegebenen Freiheiten in uns nur wiederum kräftige, und daß wir für immerdar fest und sicher stehen werden wo was immer für Erfolgen der Umsturz, wie der Rückschrittsparteien, die beide den Untergang des Kaisers und der Volksfreiheit, je wütheuder sie sich bekämpfen, nur um so rascher und gewisser herbeiführen. In dieser Ueberzeugung stellen wir uns dicht geschaart um den konstitutionellen Thron des einigen und ganzen Oesterreichs, hatten mit der vollen Kraft des Vertrauens an den von Eurer Maj. zugestandenen Rechten und Freiheiten, und wollen als deutscher Volksstamm durch unser deutsches Kaiserhaus den innigen, zur Erhaltung der Einheit und Größe Oesterreichs unerläßlichen Anschluß an Deutschland. Und dieser hochwichtigen Rücksicht dürfen wir auch die dringende Forderung der Umstände nicht verhehlen, daß die Ordnung der arg gestörten Verhältnisse der Hauptstadt, an deren Schicksal — weil sie das Zentrum der Reichsinteressen bildet — das Wohl und Wehe der Provinzen gekünpft ist, ohne Anwendung von Kriegsgewalt und Hervorrufung eines Bürgerkrieges so viel möglich im Wege der Verständigung, durch Vermittelung des Ministeriums und des Reichstages erzielt werde. Daß wir jedoch diese beiden Staatsinstitute ihre wohlthätige Wirksamkeit in der angedeuteten Richtung zu entfalten vermögen, ist es der lebhaftester Wunsch aller Gutgesinnten, daß selbige von jeder feindartigen und illegalen Gewalt freigestellt werden, um so den Völkern des Reiches in der Unabhängigkeit ihrer Berathungen und Beschlüsse die Garantie eines wahrhaft gedeihlichen Waltens dadurch zu können, wobei selbige der aufrichtigen Unterstützung aus des Gegenwirkes der unermeßlichen Mehrheit aller Völker Oesterreichs sich freudig versichert halten mögen. Oesterreichs Kaiser und seine Völker die vom Schicksal der Wiedergeburt des Vaterlandes entgegengestellten Hinderniße nur neue Stürme im Innern siegreich bewältigen, und der Welt das großartige Schauspiel des edelsten Wettirens der erhabenen Dynastie und ihrer Völker zum Segen von Millionen fur alle Zeiten gewähren. Botzen, den 12. Okt. 1848." Voranschlich wird diese Adresse nicht nur hier mit zahlreichen Unterschriften bedeckt werden, sondern aus allen Theilen des Landes werden gleichartige Loyalitätsbezeugungen, wie wir hören, demnächst an das Kaiserliche Hoflager abgeschickt werden. (A. Z.)

Verona, den 15. Oktober. Die letzten Ereignisse in Wien und dem dortigen Rechtsakte wurden, wie ich Ihnen schon geschrieben, von der hiesigen revolutionären Partei sehr gut zu benutzen gewußt, und weiterhin in ihren Sinne ausgebeutet. Nicht zufrieden mit dem, was die Wiener Blätter und andere erzählten, verbreitete sie mit angeblichen Briefen aus jener Stadt in der Hand, um der Sache mehr Nachdruck und Glaubwürdigkeit zu geben, daß der Kaiser, auf seiner Flucht ergriffen, nach Wien abgeführt, Jellachich aufs Haupt geschlagen worden sey, daß Kossuth mit seinen Magyaren in vollem Anzuge gegen Wien ist, um der dortigen demokratischen Partei beizustehen; daß bereits die demokratische Regierung eingetreten ist, und diese allen Civilbehörden in Italien den Befehl ertheilt hat, den hiesigen Militärbehörden und dem kaiserlichen Kommissär und Bevollmächtigten Grafen Montecuculi keine Folge mehr zu leisten, daß jedoch die hiesigen Civilbehörden diesen Befehl bis jetzt unterdrückt hätten, daß folglich hier nur Willkür und militärische Tyrannei gebandhabt wird. Auch seien sich seit den vorigen Tagen auf den Straßen häufig übermüthiges Geschrei und patriotisches Lieder vernehmen. Es ist Thatsache, wie jene revolutionäre Partei mittels ihrer Helfershelfer nunmehr eifrigst bemüht ist, die hiesigen ungarischen und italienischen Truppen mittelst Geld, Essen und Trunk und oberschiedenartiger Versprechungen zum Meineid und Abfall zu bewegen. Nicht genug, seit ein paar Tagen sind Humoristen, Modekünstler u. dergl. beschäftigt mit Anfertigung von Hüten gewisser Form (Calabresen), von Cocarden und andern politischen Abzeichen. Endlich kam der gestrige schrittliche Mauerausschlag dazu, welcher alle Bouni auffordert, heute um 8 Uhr früh auf dem Grasplatze (piazza delle erbe) bei der Säule Sto ju sammeln, zu welchem Zwecke wird nicht gesagt, jedoch kann er leicht errathen werden. Daß dies alles Aufregung im ganzen Volke erwecken mußte, hat sich an den vorigen und heutigen Stunden gelehrt. Die Ankunft der Wienerpost wurde, ist ganz natürlich, nämlich ist es aber auch, daß in Folge alles dessen von dem Festungsbefehlshaber Feldmarschall-Leutenant Gravdi strengere Maßregeln getroffen wurden, und Niemand sollte draußen Kriege führen, was aber nicht geschehen wird, im Gegentheil kann man versichert sein, daß selbe wieder als eben so viele Werberen und militärische Willkürmaßregeln werden verschrieen werden. Schon gestern Nachts begann große und außerordentliche Patrouillen durch die Gassen, und heute liest man an den Mauern den Militärbefehl, daß von nun an um 10 Uhr Abends alle öffentlichen Betriebsgewerbe geschlossen, alle Einwohner um selbe Stunde in ihre Haus sein müssen; schreiender Lärm und Gesang auf den Straßen, Zusammenrottung von mehr als drei Personen, Bestellung, Fabrikation, Anstheilung und Tragen jedes Abzeichens mit politischer Bedeutung und das Halten öffentlicher Reden mit vorliegenden Inhalte strengstens untersagt ist, und Uebertretern dem Kriegsgerichte zu übergeben sind. In einem andern Befehl ist es den Gossgebern verboten, Passagiere länger als 24 Stunden zu beherbergen ohne spezielle Bewilligung des Festungskommando's. Auch heute ziehen Patrouillen durch die Gassen, theils zu Pferd, theils zu Fuß, diese letztern auch in verschiedener Weise, d. h. ohne Obergewehr und ohne bestimmte etsichtliche Ordnung. Auch solchen Lärm und auch solchen militärischen Vorkehrungen, was ist in der vergangenen Nacht und heute (es ist Abend) Außerordentliches geschehen, fragt man allgemein. Die Antwort lautet: Nichts und wieder Nichts. Der Markt am grünen Platze hatte seine gewöhnlichen Schwaren, Käufer und Verkäufer ihr gewöhnliches Treiben; Niemand erschien dort oder anderswo mit politischen Aeußerungen oder Abzeichen, im Gegentheil Knaste man sagen, daß die Gassen etwas weniger von Soldaten und Volk

die Quartierlast der kleinen Stadt beschwerlich zu werden beginnt; dagegen sollen mehrere Abtheilungen abwechslungsweise in verschiedene Orte verlegt werden. Auf guter Quelle will Ref. dann wissen, daß unser Kontingent auf die angebotenen zwei Prozente der Bevölkerung (800 Mann) gebracht und in die Festung Landau verlegt werden solle, wogegen eine ähnliche k. bayerische Garnison von gleicher Stärke hier bleiben würde. — Um Erspare zu verhüten, wurden die üblichen Kirchweihbelustigungen untersagt. (K. Z.)

Baden. — Karlsruhe, 18. Okt. (85. Sitzung der 2. Kammer.) Brentano verliest die Forderungen, welche am 16. d. M. in einer zu Mannheim nach der Anla zusammenberufenen Bürgerversammlung hätten berathen und durch eine Deputation der Kammer übergeben werden sollen. Er bemerkt dabei, daß diese Nichtzerstammlung von dem Stadtamt zu Mannheim verboten, die Aula geschlossen, und mehrere Bürger, die sich darüber beschweren wollten, von der Gendarmerie zurückgewiesen worden seien. Auf eine von diesen bei dem Stadtrichter, von dessen muthigem Benehmen man während der Märztage er (Brentano) Nichts gehört, erhobene Beschwerde sei ihnen kurz, und ohne die Beschwerde, wie verlangt, zu Protokoll zu nehmen, erwidert worden, die beabsichtigte Versammlung sei staatsgefährlich und könne nicht gestattet werden. Der Redner sucht nun in einem längern Vortrage das Verfassungswidrige dieses Benehmens von Seite der Lokalbehörde nachzuweisen, und stellt an die Regierung die Bitte, es möge diese den Bürgern zu Mannheim zu ihrem Rechte verhelfen und den Stadtamts-Vorstand zur Strafe ziehen. Zugleich fragt derselbe ferner, ob dem Präsidenten des Ministeriums des Innern zweyer Verbot bekannt geworden, und welche Schritte er dagegen gethan worden? Staatsminister Bekk: Erst gestern habe er von diesem Vorgange Kenntniß erhalten, aber keine „Schritte" gethan, indem den Betreffenden der Weg des Rekurses frei stehe, und sie, wenn solcher in gesetzlicher Weise aufgeführt werden sollte, Entschließung erhalten würden. Uebrigens habe er von dieser Sache eine ganz andere Ansicht, als Brentano, und könne die von letzterem aufgestellte Theorie nicht billigen. Die Regierung, wie sie so eben verlesen worden, entwerfen (und zwar insbesondere die beiden letzten) eine Konfpiration zu Verbrechen, die überall verboten seien; auch liege in der Art und Weise, wie die Petitionen im ganzen Lande vorbereitet und der Kammer als Sturmpetitionen hätten übergeben werden sollen, eine Aufforderung zu Massenbewegungen, um dadurch Regierung und Kammer zu zwingen. Erstere habe sich nicht zwingen, letztere sich zu Gewaltsmaßregeln genöthigt gesehen, die nothwendig als Pluderzeigen herbeigeführt haben würden, weßwegen das Stadtamt zu Mannheim wohl daran gethan habe, die Sache in ihrem Keime zu ersticken. Nachdem der Redner das Gesetzwidrige des Verlangens näher auseinandergesetzt, macht er noch auf den jetzigen Zustand unseres Landes aufmerksam, in welchem die Aufregung kaum noch unterdrückt worden, und Beunruhigung, Mißtrauen und Furcht Derjenige, welcher das Unglück des Volkes wolle, solche Massenbewegungen wünschen könne. (Beifall.) Brentano sucht seine früher aufgestellten Behauptungen zu vertheidigen, und bemerkt ironisch, das Volk werde sich freuen, solche Theorien, wie sie der Präsident des Ministeriums des Innern aufgestellt, zu vernehmen. Staatsrath Bekk: Die Ansicht, welche Brentano von der Sache habe, werde von demselben als jene des Volkes bezeichnet, indem Jeder Das, was er denke, aus sich herausträge; man solle aber auch einmal den umgekehrten Fall nehmen, und sich vorstellen, daß durch solche Sturmpetitionen der Fürst aufgefordert werden sollte, die Verfassung aufzuheben und eine unumschränkte Monarchie einzuführen, was würde dann Brentano dazu sagen? Präsident: Es hätten sich bereits fünf Redner gemeldet; er wolle daher die Kammer fragen, ob einer weitere Diskussion stattfinden, oder solche bis zur Berichterstattung verschoben werden solle? Kapp will sprechen, wogegen sich viele Stimmen vernehmen lassen, worauf Christ den Antrag stellt, die Diskussion bis zur Berichterstattung zu verschieben. Kapp läßt sich aber das Wort nicht nehmen, vertheidigt Brentano's Ansichten, und spricht sodann von Verboten, die als eine Schmarze über im ganzen Lande bestehen und Gut und Blut zwingen ergungen; darauf folge die Regierung ihr Augenmerk richten und diese verbieten. (Heiterkeit.) Staatsrath Bekk theilt hierauf mit, daß auf dem Schwarzwalde eine Versammlung von entgegengesetzter Richtung wie die Mannheimer gehalten werden sollte, aber von der Regierung ebenfalls verboten worden sei. Die Kammer verlangt durch allseitigen Zuruf Abstimmung, stellt die Diskussion, und geht zur Tagesordnung, Fortsetzung weise zur Fortsetzung der Berathung über den Gesetzentwurf in Betreff der Errichtung und des Geschäftskreises der Verwaltungsbehörden über.

(Karlsr. Z.)

Freiburg, 16. Okt (N. Fr. Z.) Wir haben seiner Zeit berichtet, daß während des Struwe'schen Aufstandes das deutschen Gesindel von einer Rotte Freischärler gebrauchsweise wurde, welche beiläufig 1600 ft. erpreßten. Dieses Geld nahm ein gewisser Arnold von Buggingen (unweit Müllheim) in Empfang, und verschwand damit. Vor einigen Tagen warf der Rhein, bei Bellingen, den leichnam dieses Menschen aus. Er war von zwei Kugeln durchbohrt.

Königr. Sachsen. — Dresden, 16. Okt. In der Sitzung der II. Kammer erklärte heute Abg. Tzschirner, es sei ihm mitgetheilt worden, daß bei den Städten Auerbach, Treuen und Oelsnitz eine Truppenmasse zusammengezogen worden sei. Man habe jedoch keine Kunde von Tumulten und Exzessen von dort her erhalten, welche eine derartige drückende Maßregel nöthig machten. Er stelle daher die Frage, ob dieselbe von der Regierung allein oder von der Zentralgewalt ausgegangen sei. — Staatsminister Braun entgegnete hierauf, diese Maßregel sei auf Ansuchen der konstitutionellen Behörden zur Aufrechthaltung der Ruhe und Verhütung von Exzessen getroffen worden. Die Aufstellung der 500 M. sei eine bloße landespolizeiliche Maßregel. Hr. Tzschirner: Solche Anstalten riefen nur Erbitterung hervor, und er müsse dringend auf Zurückberufung des Militärs bestehen, wenn nicht eine drängende Veranlassung zu dessen Bleiben vorhanden sei. Staatsminister Braun: Die Truppen seien zur Imponirung aufgestellt; andere können drohende Exzesse nicht verhindert werden. Erst nach vorgekommenen Exzessen einzuschreiten, sei gewiß nicht rathsam. Die Regierung stütze sich jedoch auf Thatsachen, deren Ergebniß die Absendung der Truppen an die bezeichneten Orte nöthig machten. Diese Thatsachen aber zu veröffentlichen, sei nicht rathsam.

(D. A. Z.)

Frankreich.

△ Paris, 17. Okt. Das Ergebniß der Abstimmung über die von dem neuen Ministerium geforderte Summe von 100,000 Fr. zu geheimen Zwecken ergab bei einer Anzahl von 725 Stimmenden eine Majorität von 570 Stimmen gegen 155. Etwa 100 stimmten nicht ab. Das neue Kabinet darf sonach als fest begründet betrachtet werden.

Straßburg, 15. Okt. Diesen Morgen sind die der Theilnahme an der gewaltsamen Tödtung der Frankfurter Expeditten beschuldigten deutschen Flüchtlinge unter Gendarmeriebegleitung von hier nach Metzen abgegangen. Trotzdem nicht neue erschienende Ausländer in Bezug auf das denselben zur Last gelegte Verbrechen ein, so werden sie, allem Anschein nach, in Verdun freigelassen werden, und dort die Weisung erhalten, im Doubs-Departement ihren vorläufigen Aufenthalt zu nehmen. (A. Z.)

Nachschrift.

Mähren. — Olmütz. Proklamation. Die letzten Ereignisse in Wien bewiesen leider einen Zustand böswillig hervorgebrachter Aufregung, welcher alle Ordnung stört, den Gesetzen Trotz bietet und es unmöglich macht, Verfassung und Gesetze angemessen auszuarbeiten und das Eigenthum zu sichern. Dieser Zustand erfordert im Interesse eines jeden Staatsbürgers eine baldige Beendigung, die nur durch kräftige Maßregeln herbeigeführt werden kann. Die zu diesem Zwecke getroffenen militärischen Verfügungen sollen daher keineswegs die, von Sr. Majestät unserem allergnädigsten Kaiser verliehenen Rechte schmälern oder rückgängig machen, sondern im Gegentheil jeden Einzelnen im Genusse derselben und den Staat vor Anarchie schützen. Ich fordere daher alle rechtlich Denkenden auf, jedes bier so unbegründete Mißtrauen zu beseitigen, und durch ruhiges Verhalten die zur Förderung des allgemeinen Wohles unumgänglich nothwendige Maßregeln zu hüten. Olmütz den 11. Okt. 1848. Im Auftrage Sr. Durchlaucht des kommandirenden Herrn Generalen in Böhmen, Fürst Windischgrätz: Fustenau, Feldmarschall-Lieutenant und Festungskommandant. von Wyß, General-Major.

Am 15. Okt. erschien folgendes kaiserliches Manifest: „An meine Völker! Angekommen in Olmütz, wo Ich vor der Hand zu verweilen gesonnen bin, sei es Meinem väterlichen Herzen Bedürfniß, die wohlthuenden Beweise treuer Anhänglichkeit, welche Ich auf Meiner Hierherreise von dem Volke allenthalben erhalten habe, anzuerkennen. Wenn Ich in Mitte Meiner Soldaten reiste, so geschah es darum, weil Ledigesinnte das Land durchziehen und Ich nicht allenthalben Mich von Meinem treuen Volke umgeben finden konnte. Landleute Meiner Staaten! vertraut auf Euren Kaiser, — Euer Kaiser vertraut auf Euch. Die Verleumdungen, welche das bereits erlassene Gesetz bezüglich der früheren unterthänigen, auf Grund und Boden gehafteten Leistungen, als Robot, Zehent ꝛc., Euch ungefragt hat, sind Euch geschreckt und Ich erneuere Euch diejenige Mein kaiserliches Wort, sowie Ich es während Meiner Reise mehre Male mündlich kund gegeben habe. Es ist mein fester Entschluß, Euch diese Verleumdungen zu wahren. Gebet also nur ruhig und unbesorgt, Meine treuen Landleute, und wehret es Menschen gibt, welche das Wort Eures Kaisers in Euren Augen zu verdächtigen suchen, so setzet sie als Verräther an Mir und Eurem eigenen Wohle an und benehmt Euch hiernach. Ferdinand. Wessenberg."

Aus Böhmen, Gallizien und Mähren marschiren Truppen gegen Wien. Doch vermögerte die hiesige Eisenbahnexpedition den Transport des Regiments Lobkowitz, welches daher zu Fuß marschirt.

Ostrau. Auch hier hat die Eisenbahnexpedition den Transport breier Bataillone auf der Nordbahn verweigert. Der kommandirende Oberst soll sich dieserhalb durch Auffahrung von Kanonen gegen den Bahnhof erzwungen haben.

Von der böhmischen Grenze meldet die „Leipziger Zeitung", daß in allen Grenzstädten und Dörfern Böhmens die ausgehobenen Rekruten zurückgehalten wurden. Den deßhalb aufgeschickten Exekutionstruppen tritt die Nationalgarde oder Bürgerwehr entgegen und erklärt, wenn man Truppen für den Adel oder die jetzigen wechselnden Regierungen verlange, werde man keine Rekruten stellen, wohl aber für den Kaiser, doch müsse man zuvor sagen, wer der Kaiser, wo seine Regierung sei. Auf die Drohung, Gewalt zu brauchen, antwortet die Nationalgarde mit schaaf geladenen Gewehren, daß auch ihr Gewalt zu Gebote stehe. So mußte die Exekution unverrichteter Sache sich entfernen, ohne in diesem ganzen Exekutionsbezirke einen Rekruten zu erhalten. Man sieht mit Spannung dem Erfolge entgegen.

Prag, 18. Okt., 2½ Uhr Morgens. Mit dem eben anlangenden Wiener Personentrain kamen auch die Deputirten unserer Stadtverordnetenkollegiums aus dem k. Hoflager zu Olmütz zurück. Sie wurden auf das freundlichste von dem Kaiser empfangen, bezüglich ihrer Vermittlungsanträge aber erklärte er ihnen, daß in dieser Angelegenheit an einen Vermittlungsweg nicht mehr zu denken, und sein Entschluß fest gefaßt sei. Ihm liege gewiß das Wohl aller seiner Völker am Herzen, und eben deßhalb zur Erhaltung dieses Wohles seien entscheidende Schritte nöthig. — Fürst Lobkowitz versicherte die Deputirten, daß der Kaiser mit besonderer Freude aus ihrem Munde die Beweise unverandelbarer Loyalität vernommen habe, daß an den Errungenschaften des März und Mai auch nicht das Geringste geschmälert werden solle, daß die Maßregeln gegen Wien kein Bombardement und keine Kriegsschrecknisse herbeiführen, sondern daß man blos durch eine enge Zernirung die Bürgerschaft zwingen wolle, die Proletarier und die akademische Legion selbst zu entwaffnen, und den Frieden und den geregelten Zustand herzustellen. Ungarn allein sei es, um Pest insbesondere, gegen das mit aller Strenge verfahren werden soll. Bis zum 19. soll die Zernirung Wiens durch 30 Bataillone Linientruppen, 22 Eskadrons Kavallerie und 8 Batterien Artillerie, nebst den kroatischen Schaaren bewerkstelligt werden, und um dieselbe Zeit auch die Belagerung Pest's beginnen. Zu diesem letztern Zweck werden sich die polnische und serbische Armee konzentriren, und auch das Truppenkorps des Generals Roth, das nicht gefangen sei, zu ihnen stoßen. — Im Laufe des morgigen Tages erwartet man ein kaiserliches Manifest, worin die Beschlüsse des Reichstags anerkannt und die Einführung gegeben wird, die vollständige Freiheit der Völker aufrecht zu erhalten.

Offenbach, 18. Okt. Ein Bataillon bayerischer Jäger von beiläufig 1100 Mann, 50 Ehrenanlegers und ein Zug pfeifendamfindischer Artillerie sind seit zehn Tagen hier bei den Bürgern einquartiert. Man ist mit der Disziplin und dem Betragen dieser Reichstruppen sehr zufrieden. Dem Vernehmen nach werden sie die Folge 800 Mann Reichstruppen hier Infanterie werden, und den Winter über hier bleiben. (F. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 19. Okt. Nachmittags 2½ Uhr. Die in der heutigen 99. Sitzung der Nationalversammlung begonnene Berathung über den Verfassungsentwurf schloß mit der Annahme der von dem Ausschusse beantragten Fassung des Artikel I (Abschnitt I: das Reich): „Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiet des bisherigen deutschen Bundes. Die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig und die Grenzbestimmung im Großherzogthum Posen bleiben der definitiven Anordnung vorbehalten."

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 19. Okt. Oesterr. 5proz Metall. 64½, 4proz. 54. 3proz. —. 2½proz. 33½. — Bankaktien 1090. P. 500 fl.-Loose 109½. 250 fl.-Loose 73½. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 88½. P. — G. Staatsschuldscheine 31proz. 74. — Bayer. 3½proz. 76½. — Luxemburger Bedach. 66. — Württemberg. 3½proz. 74½. 4½proz. 91¾. — Bad. 3½proz. 72. Loos-Anlehen à 50 fl. 44½. 35 fl.-Loose 24½. — Darmstädt. 3½proz. 74. 4proz. 82½. Loos-Anlehen von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 20½. — Kurhessl. Prämien-Anleihe-Scheine 40½. 40 Thlr.-Loose 24½. — Nassau. 3½proz. 79½. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3½proz 77. 3½proz. 90¼. 86. Taunusbahn 278. — Holländ. Anlegt. 44½. — Span. 3proz. innere Schuld 17½. — Pol. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 66½. — Sard. 36 Fr.-Loose 25½. Diskr. 2.

Paris, 17. Okt. 3proz. 44,45. 5proz. 68,85. Staatsch 23. Banklatten 1555.—. Südwestbahnen 1120.—. Vers. Kanäle 842.—. Compt. von Algier 1575. Belg. 5proz. von 1840 77½. von 1842 77½. 4½proz. 70½. 3proz. —.—. 2½proz. —.—. Belg. Bank 854. Neap. 5proz. 80,50. Röm. 5proz. 62½. Span. 3proz. 23½. Aktiva 13¼. Passiva 2½. Piem. 875.—. Paul —.—. St. Germain 6840. Versailles (rechte) 105.—. (linke) 100.—. Orleans 621,25. Rouen 387,50. Havre 185.—. Marseill. 195.—. Basel 81,25. Bierzon 237,50. Boulogne —.—. Bordeaux 371,25. Nordbahn 360.—. Montereau 112,50. Lyon 362,50. Straßburg 335.—. Kanteb. 3,81.—. Dieppe —.—. Creaux —.—. Montpellier —.—. La Teste —.—.

Berlin, 17. Okt. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunal-Papiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch 73½. P., 73½. G. Pr. Präm. Sch. 88½. P. 87½. G. K. u. Nm. Schuldv. — P. — G. Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. 81½. P. 80½. G. Großherzogth. Posen Pfandbr. 4proz. 95½. P. — G., 3½proz 77½. P. 76½. G. Ostpr. Pfandbr. — P. 86½. G. Pomm. Pfandbr. 89½. P. — G. Kur- u. Nm. Pfandbr. 88½. P. — G. Schlesische Pfandbr. — P. — G. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. — P. — G. Preuß. Bk.-Anth. Sch. 84½. P. 83½. G. Friedrichsd'or 13½. P., 13½. G. And Goldm. à 5 Tl. 13 P., 12½. G. Disconto 3½. P., 4½. G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt. A. 84½. P. Berl.-Hamburg 64 P. Berl.-Stettin-Stargarder 87 bz. u. P. Berl.-Potsdam-Magdeb. 54½. bz. u. G. Magdeb.-Halberstadt 102 G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 50½. P. Köln-Minden 73½. bz. Köln-Aachen 52½. P. Bonn-Köln —. Düsseld.-Elberfeld —. Steele-Vohwinkel 30 G. Niederschles.-Märk. 68 P. Niederschles.-Märk. Zweigbahn —. Oberschles. Lit. A 88 G. Lit. B 88 G. Kosel-Oderberg —. Breslau-Freiburg —. Krak.-Oberschles. 42 P. Berg.-Märk. 56½. P. Stargard-Posen 65½. bz.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 83½. P. Starg.-Posen —. Brieg-Neisse —. Magd.-Wittenberg —. Aachen-Mastricht —. Thür.-Verbind.-Bahn —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 84 P. Berlin-Hamburg 89 bz. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. — P. 77½. G., 5proz. 86 bz. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 82 P. Köln-Minden 88½. P. Rhein. v. Staat gar. —. Rein. u. Prior. —. Rein. Stamm-Prior. 68 G. Düsseldorf-Elberfeld —. Niederschles.-Märk. 4proz. 81½. bz., 5proz. 93½. bz. III. Serie 88 bz. Zweigbahn 4½proz. —. 5proz. —. Oberschles. —. Kosel-Oderberg —. Steele-Vohwinkel —. Breslau-Freiburg —.

Die Stimmung an der Börse, anfangs günstiger als am Sonnabend, wurde, wie überhaupt das Geschäft, durch unruhige Aufreize, welche auf dem Köpnicker Felde vom Redeltzen veranlaßt wurden, sehr gestört, und die Kurse blieben gedrückt.

J. V. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung.“

Samstag, den 21. Oktober 1848.

Neuestes aus Wien vom 18. Oktober.

* Wien, 18. Oktober. Ich kann Ihnen die zuverlässige Nachricht geben, daß Freiherr von Wessenberg seinen Posten als Ministerpräsident an der Seite des Kaisers noch wie zuvor einnimmt. Er hat unterm 14. d. von Olmütz aus an den englischen Botschafter Lord Ponsonby hier eine Depesche gerichtet, worin er als Minister des Auswärtigen, demselben, mit der Bitte: auch dem ganzen diplomatischen Corps davon Kenntniß zu geben, anzeigt, daß der Kaiser persönlich seine Residenz zu Olmütz aufgeschlagen habe. Es soll dem diplomatischen Corps weitere Mittheilung gemacht werden, sobald der Kaiser für einen festeren Wohnsitz sich entschieden haben wird. Die Hoffnung, Wessenberg an der Spitze des Staatsruders erhalten zu sehen, geht also in Erfüllung. Man nennt als seine künftigen Collegen, sobald die jetzigen Verwicklungen auf die eine oder andere Weise sich gelöst haben werden, den Grafen Stadion und den Innern, den Fürsten Felix Schwarzenberg für den Krieg. Wer sind hier in diesem Augenblicke bereits von mehr als 80000 Mann von trefflichem Geiste beseelter Truppen umgeben, die nun sämmtlich unter den Oberbefehl des Fürsten Windischgrätz gestellt sind. Dieser ist zum Civil- und Militärgouverneur in Oesterreich mit unumschränkter Vollmacht so eben ernannt worden. Bei Zellobich's Ernennung zum Generalkommandanten bleibt es, vielleicht wird dadurch zurückgenommen, und er wird mit seinem Armeekorps zur Uebergabe von Wien mitwirken. Es ist fest-ein rasch einem größtentheils aus Freiwilligen bestehenden ungarischen Korps, dessen Stärke 10000 bis 20000 Mann angegeben wird, noch Schwechat zu auf der Straße nach Bruck an der Leitha entgegenrückt. Kommt es dort zum Kampf, so ist der Ausgang nicht zweifelhaft. Hier bauen der Fanatismus auf der einen, die höchste Entmuthigung auf der andern Seite fort. Der polnische General Bem ist es, der die Vertheidigungsarbeiten hier leitet. Andere polnische Offiziere die schon im Großherzogthum Posen und in Galizien eine Rolle gespielt, stehen ihm zur Seite; sie organisiren und fanatisiren die bewaffneten Haufen. Die Polen sind auch hier wie überall der Hauptforderer der Anarchie, mit Schrecken sieht der eigentliche Kern der Wiener diese fremden Elemente in die Stadt gewiegt, die man als eine Lawine ansehen will. Der Reichstag ist zurückwendig in Permanenz. Es ist in der fatalsten Stellung, gegen den Kaiser wagt er sich nicht aufzulehnen, und während er dadurch die eigentlichen Männer des Umsturzes unfreiden macht, sind ihm die Anhänger des Kaisers eben so wenig hold. Der Reichstag sucht die Entfernung der Wien umringenden Truppen vom Kaiser zu erlangen, aber er will weder die Entwaffnung des bewaffneten Pöbels noch auch die Auflösung der akademischen Legion eingehen, in Wahrheit gesagt, er kann dies nicht thun, schon der persönlichen Sicherheit seiner Mitglieder willen und wegen der Unmöglichkeit der Durchführung. Wer soll die Masse entwaffnen? Das ist die erste Frage. Alle Nachrichten vom kaiserlichen Hoflager bestätigen, daß man dort mit der Entfernung der Truppen nicht zugestehen will, daß man sich vielmehr in Vertheidigungszustand zu setzen sucht, und während er dadurch die eigentlichen Männer des Umsturzes unfreunden macht, sind ihm die Anhänger des Kaisers eben so wenig hold. Der Reichstag sucht die Entfernung der Wien umringenden Truppen vom Kaiser zu erlangen, aber er will weder die Entwaffnung des bewaffneten Pöbels noch auch die Auflösung der akademischen Legion eingehen, in Wahrheit gesagt, er kann dies nicht thun, schon der persönlichen Sicherheit seiner Mitglieder willen und wegen der Unmöglichkeit der Durchführung. Wer soll die Masse entwaffnen? Das ist die erste Frage. Alle Nachrichten vom kaiserlichen Hoflager bestätigen, daß man dort mit der Entfernung der Truppen nicht zugestehen will, daß man sich vielmehr in Vertheidigungszustand zu setzen sucht, und während er dadurch die eigentlichen Männer des Umsturzes unfreunden macht, sind ihm die Anhänger des Kaisers eben so wenig hold. Der Reichstag sucht die Entfernung der Wien umringenden Truppen vom Kaiser zu erlangen, aber er will weder die Entwaffnung des bewaffneten Pöbels noch auch die Auflösung der akademischen Legion eingehen, in Wahrheit gesagt, er kann dies nicht thun, schon der persönlichen Sicherheit seiner Mitglieder willen und wegen der Unmöglichkeit der Durchführung. Wer soll die Masse entwaffnen? Das ist die erste Frage. Alle Nachrichten vom kaiserlichen Hoflager bestätigen, daß man dort mit der Entfernung der Truppen nicht zugestehen will, daß man sich vielmehr in Vertheidigungszustand zu setzen sucht, und während er dadurch die eigentlichen Männer des Umsturzes unfreunden macht, sind ihm die Anhänger des Kaisers eben so wenig hold.

Neuestes aus Wien vom 17. Oktober.

* Heute ist reges Leben auf die Aula. Eine deutsche Fahne mit der Aufschrift: Vorbedpt der Nationalgarde, ist aufgerstanzt und Trommelwirbel laden zu Zeit zu Zeit zur Einschreibung ein. Morgen soll es vor der Stadt zur Schlacht kommen; man will vom Stephansthurme aus das hervor des Donau gegen Schwechat in Bewegung gesetzen haben und denket dieß als eine angriffsweise Bewegung gegen die Ungarn. — Zwei kranke kroatische Offiziere welche zum Gebrauch der Bäder sich nach Baden begeben wollten, wurden von den Vorposten aufgegriffen und ins Hauptquartier gebracht, wo sie in Verdächtigung ihres Zustandes sogleich frei gelassen, und mit Geleite über die Linien Wiens hinausgebracht wurden. Auf dem Wege dahin wurden sie von Garden angefallen und schwebten eine Zeit lang in Lebensgefahr. Der Oberkommandant hat sich hierüber sehr mißbilligend ausgesprochen. Derselbe verlautbart auch heute, daß die ungarische Armee unter dem Kommando der General Csanyi und Mogg die Grenze überschritten haben. Auf den Flügeln kommandiren die Obersten Frank und Perczel. Aus diesem Grunde wird die Bildung eines Lagers dem Belvedere beschlossen. Die mobilen Garden unter General Bem werden es beziehen. — Aus Frankfurt ist Robert Blum mit drei Gesinnungsgenossen hier eingetroffen. Die Lebenslmittel steigen merklich im Preise. Bereits zahlt man per den Metzen Kartoffen 3 fl. CM. So eben kommt uns auch guter Dolle die Nachricht zu, daß e.n ungarischer Vorposten, west in Bruck war, daselbst 500 Panduriaren verwiesen, aber ohne einen Heller dafür zu bezahlen, gleich wieder zurückkehrte. Dem Vernehmen nach soll in Pesth eine russische Note eingelaufen sein, worin gegen den Einmarsch der ungarischen Truppen auf österreichischen Boden protestirt wird. Ich wundere mich nur, daß man dieses Gerucht hier verbreiten darf, ohne sich Insulten auszusetzen.

Wien, 16. Okt. Aus dem militärischen Lager hören wir wichtige Mittheilungen. Windisch-Grätz, der von Prag bereits abgereist ist und sich nach Olmütz begab, wird jede Stunde erwartet. Er wird das Oberkommando des gegen Armeekorps übernehmen. Jellachich wird die Avantgarde gegen Ungarn dirigiren, Roth wegen der Besatzung der vor dem Lager befindlichen Schanzen zu besitzen. Das Armee-Corps soll auf 80,000 Mann erhöht werden. Mit Wien gedenkt man — es passant gesetzt — zu rechnen." Der Hauptschlag ist auf Pesth gerichtet. Sobald Windisch-Grätz eingetroffen ist, wird ein Kriegsrath entscheiden, ob das ganze Heer so lange vor Wien bleiben soll bis sich die Stadt ergibt, oder ob der Vormarsch gegen Ungarn sogleich eröffnet wird. Beide Ansichten haben starke Vertreter.

Während der Wien, 14. Okt. Seit dem Jahre 1832 war Baden nicht so überfüllt wie jetzt durch Flüchtlinge aus Wien, deren Zahl man auf 20,000 schätzt. Kein Dachstübchen ist mehr zu bekommen, und Hunderte müssten weiter ziehen, die nicht mehr unterzubringen. So sieht es aber in allen Ortschaften aus, von Wien längs dem Gebirge bis hieher, und Niemand kann hinein. Es ist nicht unterlassen worden, Jedermann Wien verlassen haben. Zwei Tage lang warten wir von aller Postverbindung abgeschnitten, seit gestern Abends haben wir aber eine „Estafette“ etablirt, drei Mal wöchentlich zweimal Nachrichten bringt. Ueber die Armee sind wir natürlich besser unterrichtet als die Wiener es sein dürften. Der Hauptcorps der Reichstags Truppen ist in Kraft am Montag (den 9) Abends von Wien nach Schwechat gerückt. Wenn man 20,000 Mann rechnet, dürfte wohl Gott. Am selben Montag wollte ich Abends in die Stadt und traf bei Inzersdorf auf den linken Flügel von mindestens 8000 Mann, wie er eben von der Chaussee dahereilte auf die Felder beorderte; die äußersten Vorposten standen auf dem Wienerberg im Angesichte von Wien. Ich setzte um, weil es möglich gewesen wäre, daß ich nicht mehr aus der Stadt hätte herausgelangen können. Dienstag (10) besah ich das Lager der Croaten, die indessen auf 16000 Mann dort angewachsen waren. Ein hundertes Gemenge ist nicht denkbar, ein Schauspiel malerisch wie wenige! Drei Divisionen Chevauxlegers, Wrdna-Polen und Kreß-Italiener: eine Division Bauberiallhusaren aus Ikrom; zwei Regimenter nichtuniformirte Gemeiner; zwei Regimenter regulare, darunter das breite Oguliner, das in

Pechhiera war; endlich ein Bataillon der gefürchteten Screfzaner, der leidhaftigen Rothmäntler. Ich sprach Stabsoffiziere. Der Banus verkündete seinen Truppen durch Tagsbefehl, „er sei gekommen weil die Wiener den Kaiser vertrieben hätten“ — und mannigfaltverbet schwuren die Truppen dem Kaiser unverbrüchliche Treue. Von der Glacielle bei Schönbrunn zieht sich der Wienerberg südlich von Wien bis zur Donauniederung, welche die Simmeringer Haide heißt. Dort steht auf dem äußersten Abhang beherrschend das Nebengebäude, ein kolossales Werk, Artilleriemagazin, einst kaiserliches Lustschloß und Menagerie, erbaut auf der Stelle, wo 152 Suleimans Zelt gestanden. Südlich an dem Wienerberg zieht die Straß, von der Ansicht durchschnitten, in der Wiener tiefsten Straße durchschnitten; von dieser an bis zum Nebengebäude lagert der Banus mit 50000 Mann, sage 50000. Wie er gekommen? Es ist ein Räthsel, wie alles was mit der ungarisch-croatischen Armee zusammenhängt. Geschlagen wurde er nicht. Thatsache ist es, daß seine Truppen zwei Tage lang in Wieselburg lagerten und dann plötzlich in einem Gewaltmarsch von 15 Stunden bis Traumansdorf eilten, wo sie Sonntag den 6. ankamen. Auf Verpflegung wurde natürlich nicht gedacht. Die Truppen waren erschöpft und hatten im Nu die Vorräthe der Dörfer aufgezehrt, wo sie aber alles baar bezahlten. Trotzdem verbreiteten sie den einen panischen Schrek, und was flüchten konnte, floh. Der Bauer gab Hab und Gut preis, er fürchtete für sein Leben, zieht lehren die Leute aber schon wieder zurück. Montag kam der Banus an und erst Donnerstag vormittag sich der Wiener Garnison mit ihm — Ursache ist einige Flucht ihm eine Position im Belvedere verschanzen. Jetzt erst stellt sich heraus, daß auf die Garnison zu einem großen Theil nicht zu zählen war — wovon später mehr. Gestern gegen sich die Truppen längs des Wienerberges auseinander und sperren zum Wien südlich ganz ab, von der Donau bis Schönbrunn, wo heute der Banus sein Hauptquartier aufschlug. Die Nationalgarde aller Distrikten auf dieser Strecke wurde entwaffnet und nach Baden zum gestern Abend Regiment Hammerstein, dem Grenzbataillon und eine halbe Compagnie Rothmäntler. Die hiesige Nationalgarde blieb bewaffnet — eine große Anzeichnung — und macht Patrouillen nach wie vor. Vorgestern kam der ungarische Graf K..... hier an, und erzählte sehr redselig auf dem Platz der versammelten Menge „die Ungarn hätten den General Roth mit 16,000 Mann und 12 Kanonen gefangen — wir kennen die ungarischen Bulletins, die Ungaben schwanken. Noch sollen Verstärkungen höchstens 2000 Mann gehabt zu haben. Der ungarischen Blätter sprechen von 6000.) Die Grenadiere waren gestern eher im hiesigen Bahnhof eingetroffen, als ein Train 300 Arbeiter brachte, von drei Sitdenten den Wienern vom Eisenbahnbau am Semmering zu Hülfe gehalt. Die Studenten wurden die Calabreserhüte weg als sie die Grenadiers erblickten, zogen Arbeiterkittel an, wurden aber von den Arbeitern selbst hervorgezogen und — verrieten einer den andern. Die Arbeiter, welche Ueberlegen hatten, wurden entwaffnet, aber treue wieder mit einer derben Lection entlassen, die Studenten allgemein unbarmherzig. Bei einem Moritz Kohn aus Mähren, Techniker, Jude, fand man 100 fl. und sehr wichtige Papiere: eine förmliche Prozessinstruktion — ein Verzeichniß der demokratischen Agenten in Steiermark — und eine falsche Bollmacht des dortigen Gouverneurs, welche ihn ermächtigen sollte, den Landsturm aufzubieten! Er mit seinen Genossen wurde heute früher Besetzung im Hauptquartier abgeführt. In der Nacht marschirte noch ein Bataillon nach Neustadt, um einen zweiten Zug Arbeiter aufzufangen, ehe er etwa Wind bekäme, und es gelang; auch dert wurden zwei Studenten gefangen. (Wir theilen die obigen Angaben mit, natürlich ohne sie verbürgen zu können.) (Allg Ztg.)

Neuestes aus Berlin vom 17. Oktober.

⊙ Berlin, 17. Oktober. Gegen 8 Uhr Abends entspann sich gestern an der Barrikade der Roßstraße und an der Jakobsstraßenecke abermals der Kampf. Ein junger Mann in schwarzem Sammtrock stand oben auf der Barrikade, keck oder tollkühn dem Feuer der Scharfschützen sich aussetzend bis er von mehreren Kugeln durchbohrt fiel. Mehrere der Scharfschützen hatten sich in die benachbarten Häuser gewerfen, und feuerten von da aus auf die Aufrührer. Endlich wurde die Barrikade mit Sturm genommen. Leider hat man bei dieser Gelegenheit den Tod eines Ehrenmannes zu beklagen, den Tod des Bürgerwehrmajors Vogel. Die Aufrührer suchten nun das Schießhaus, als sie in demselben, wie sie sagten, Kugeln seiner eigenen Mannschaft gefallen! Auch der Bergolder Schneider ist gefallen. Um die Aufregung noch mehr zu vergrößern haben die Aufrührer ihre Todten unter Fackelschein und Trauergesängen durch die Straßen getragen. Im Schlosse war der Sicherheitsausschuß zusammen getreten und hatte beschlossen, das Militär zu requiriren, weggegen aber der Bürgerwehrkommandant Einspruche that; zur Unterstützung der Bürgerwehr hatte man aber die Kavallerie mit Feuergewehren aufgeboten. Sie nahmen diesen Antheil und ihr Hauptmann Haldern, ein energischer willenskräftiger Mann, früher schon Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und Hauptmann der Bürgerwehr wurde heute einigen andern Kanonieren tödtlich verwundet. Im Schloßhofe sollen bereits gegen 25 Leichen aufgehäuft sein. — Wenn man den gewissgrossen Anlaß hatte trauren Kampfes bedenkt so kann man sich des Gedankens nicht entschlagen, daß dieselbe gefloffentlich herbeigeführt wurde! Man will wohlgesinnte Manner unter den Arbeitern gesehen haben, welche dieselben aufreizten; auf einer Barrikade bemerkte man eine rothe Fahne und bei dem heute stattgehabten Einzuge der Arbeiter, angeblich gegen 12 Uhr, bemerkte man gleichfalls rothe Fahnen. Sie stellten sich vor der großen Freitreppe des Schauspielhauses auf und erwarteten eine Antwort auf eine der Nationalversammlung überreichte Petition. Der Abgeordnete Berends trat unter sie, versprach ihnen die mögliche Mühle und brachte sie dahin, daß sie sich ruhig entfernten. Wie man vernimmt, wird über diese Petition in der Nationalversammlung Bericht erstattet werden. Plakate des Bürgerwehrkommandos wie der demokratischen Verein ermahnen zur Ruhe und Verföhnung. — Noch wurden heute früh vom Volke verschiedene Angriffe auf das Haus des Bäckers Schultze in der Rosenthalerstraße versucht, dem man den ersten Befehl zum Feuern zur Last legt. Die Bürgerwehr wußte jedoch durch kräftiges Einschreiten Exzesse zu verhindern. Uebrigens ist der Barrikadenkampf, der seit gestern Abend 10 Uhr bis jetzt — Mittags — ununterbrochen fortdauert, die beste Mittel gegen jeden Krawall.

Die Spenersche Zeitung vom 17. erzählt die Vorgänge des Straßenkampfes vom 16. in folgender Weise: Der gestrige Tag bietet einen traurigen in der jungsten Bewegung, ja den traurigsten seit längerer Zeit. Am Morgen um 8 Uhr wurden bereits mehrere Bürgerwehr-Compagnien alarmirt und es gelang ihnen auch, sich des größten Theils der Barrikaden, die auf dem Königsplatze und besonders in der Alexanderstraße, welche in der vorigen Woche sich bei der Zerstörung der Bagger-Maschine betheiligt hatten, wieder zu nehmen, was dadurch erleichtert wurde, daß in der Nacht Verstärkungen gegeben. Einige Compagnien der letzteren waren in dem, am Ende der Schäferstraße belegenen Exerzierhause aufgestellt. Ein großer mit Fahnen versehener Arbeiterzug begab sich, unter klingendem Spiel, dorthin, verlangte Waffen und Munition, welche man auch sogleich in Empfang nahm. Die Eingezogenen zu bewirken, wobei es zu Reibungen gekommen sein soll. Diese waren das Zeichen zum Kampfe. Die Bürgerwehren reichten nicht aus, und die in der Sechandlung aufgestellten Compagnien des 3. und 16. Bezirks rückten nun zur Hilfe an. Wie sie aber erschienen, wurden sie von einem Steinhagel und mit bald bis zehn Schüssen empfangen. Dieser Hagel von Bürgerwehr, welcher nur wenig Munition hatte, mußte nun zur Roth Feuer geben, und fünf der Arbeiter mußten diese Weise geödtet werden. Jetzt wuchs der Ingrimm und die Erbitterung. Wie sich Bürgerwehrmänner einzeln oder in kleineren Abtheilungen fehen ließen, wurden ihnen die Gewehre entrissen, und die Arbeiter machten nun Chargen. Die Dreedenerstraße und die anliegenden Straßen waren dicht angefüllt, und der Verkehr gesperrt. Die Gesahr wuchs stündlich und gegen 2 Uhr wurde Generalmarsch in den ganzen Stadt geschlagen. Der Commandant der Bürgerwehr, Hr. Rimpler, war oft im höchsten Gedränge und großer Gefahr ausgesetzt, Mittags war er mit dem gesammten Commando im Schloß, wohin auch eine Abtheilung des 9. Infanterie-Regiments und Bürgerwehr-Compagnien darunter auch der Handwerker-Verein rückten. Die auf dem Komplotz verbliebenen Bürgerwehren mußten, da der Zugang nicht schnell herankommen konnte, allmälig auf den Rückzug bedacht sein, und so hatten diejenigen, unter beständiger Verfolgung der aufgeregten Massen, welche diese Bürgerwehrmänner verwunderen. Auch Schüsse fielen auf die Bürgerwehr, ja aus Fenstern der Roßstraße wurde auf die Bürgerwehr gefeuert! So gelangten letztere auf ihre Sammelplätze. Inzwischen eyed sich an der Ecke der neuen Roß- und alten Jakobsstraße eine Barrikade. Der Kampf um diese Barrikade wurden, nachdem sie Bürgermänner gestürmt waren, gleichfalls gegen 5 Uhr Nachmittags Barrikaden aufgerworfen, doch war keine Bürgerwehr zur Stelle. Nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr wiederholte auf das Feuer Generalmarsch, da die Massen sich nach dem Mittelpunkte der Stadt zu wälzten, und unter großem Geschrei, auf Bahren die fünf unbedeckten Leichname der Erschossenen durch die Stadt führten und Verwünschungen gegen die Bürgerwehr ausstießen. In der Stadt gesandte Bücher waren dabei, wie am 14. Juni, zur Aufstachelung und Erbitterung der Massen, an Stangen gebunden und dem Zuge vorangetragen worden. Die Bürgerwehr sammelte sich auf ihren Alarmplätzen und wurde von da vertheilt; man fürchtet nächtliche Ueberfälle. Abends um 7 Uhr wurden die Schutzmänner mit Gewehren bewaffnet. In der Roß- und den umliegenden Straßen war um 9 Uhr großes Gewehrfeuer. Die Versammlung hat Abends 6 Uhr ihre Sitzung behufs der Erneuerung des Bureau nugetrost gethan. Zu den Minister hatten sich verschiedene Deputationen begeben. Nach 7 Uhr Abends sand noch ein sehr bedrohender Auftritt in der Roßstraße Statt. Dort hatten die Arbeiter an der alten Jakobsstraßen-Ecke eine Barrikade erbaut und hielten dieselbe besetzt. Ein Mann mit einer Fahne stand hoch oben in Mitte der Barrikade, rechts und links Gewehrfeuer. Das alte Bataillon der Bürgerwehr rückte heran. Während des Parlamentirens fiel ein Schuß, wie es schien, nicht von der Höhe der Barrikade, sondern von der Straßenecke und traf den Major der Bürgerwehr, Vogel, in den Leib, so daß er umsank und schwer verwundet hinweggetragen worden mußte, Es fielen dann noch etwa sunfzig Schüsse von beiden Seiten. Der Arbeiter, welcher die Fahne hielt, ein anderer Mann von der Barrikade, der zufällig die Straße gekommen sein mochte, und ein Bürgerwehrmann wurden erschossen, mehrere andere Personen verwundet. Die Barrikade wurde von der Bürgerwehr genommen und hinweggeräumt. Die Leichen der zwei an der Barrikade Gefallenen wurden mit Fackelbegleitung unter Gesang durch die Straßen getragen. In der Rosenthalerstraße blieb noch spät Abends das Haus des Bäckermeisters Schultz, welcher das erste Feuer kommandirt haben soll, von der Bürgerwehr gerettet, um es vor Angriffen zu schützen. — Der Sicherheits-Ausschuß hatte die Lage der Stadt so bedenklich erachtet, daß er um 7 Uhr Militär requirirte. Sobald indeß die Bürgerwehr davon Nachricht erhielt, protestirte sie dagegen, und die auf dem Marsch befindlichen 2 Bataillone erhielten auf Ansuchen des Hrn. Rimpler Gegenbefehl.

Nr. 100.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 9 fl. Halbjährig 4 fl. Vierteljährig 2 fl. 36 kr.

Sonntag den 22. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 22. Oktober.

Es wurden durch allerhöchstes Reskript vom 7. Okt. der geh. Sekretär im k. Staatsministerium der Finanzen Johann von Gott Karl zum Regierungsfinanzrath in Regensburg ernannt; durch allerhöchstes Reskript vom 18. Okt. der Oberrechnungsrathskontrolleur in Augsburg Michael Seeelmeyer als solcher nach München versetzt; und dessen Stelle dem Regierungssekretär 1. Klasse in Regensburg Karl Schwemmer verliehen; durch allerhöchstes Dekret vom 20. Okt. der Revierförster zu Triedorf Johann Wilhelm Hitelfinger unter Anerkennung seiner treuen Dienstleistung in den Ruhestand versetzt.

Der höherige temp. pensionirte charakterisirte Oberst Carl Purkart wurde unter Ernennung zum zweiten Kommandanten der Festung Landau als wirklicher Oberst reaktivirt. Die Hauptleute Philipp Van der Monden. vom 3. Inf.-Regim. Prinz Carl, Michael Angerer, vom 4. Inf.-Regim. Gumpenberg, Carl Haas, vom 14. Inf.-Regim. Zants und der Rittmeister Joseph Böhm, vom 4. Chev.-Regim. König, wurden auf Nachsuchen in den Ruhestand versetzt. Der pensionirte Hauptmann Franz Hoffmann wurde in seiner Charge als Platzadjutant in Germersheim reaktivirt. Der Militär-Fiskal, Stabsauditor Friedr. Dorrer wurde zum Oberauditor bei der Militärsonderkommission befördert.

Deutsche Reichsversammlung.

(Sitzung vom 19. Okt.) Tagesordnung der 99 öffentlichen Sitzung. 1) Berathung über den vorgelegten Absatz des Verfassungs-Entwurfs. 2) Stegwahl der Mitglieder des Zentral-Wahlausschusses. Vorsitzender der Präsident H. v. Gagern. Namens des neugewählten Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten berichtet Schubert, daß sich die Meinung desselben in eine Mehrheit und eine Minderheit theile. Die Mehrheit von zehn Mitgliedern billigt die Maßregeln des Reichsministeriums, die Minderheit von fünf hingegen macht den Antrag Venedey's (vergl. unsere Mittheilung über die Sitzung von vorgestern, Nro. 98 der N. München. Zeit.) zu dem ihrigen. Franke interpellirt das Reichsministerium wegen Schleswig's und solcher Maßregeln Dänemarks wider das Land, die dem Waffenstillstande von Malmö widersprächen. v. Beden interveilirt wegen des Brandreichens „dänisch Eigenthum" an schleswigschen Schiffen und anderer auf die Widerrufung Schleswig's begründeten Verordnungen Dänemarks. Schwerling vertagt eine umfassende Auskunft auf nächsten Montag und versichert inzwischen nur, daß unverzügliche Anweisungen der bestimmtesten Art an den Reichsgesandten in Kopenhagen noch heute abgehen würden. Mölling interpellirt in ähnlicher Weise in betreffen schleswig'schen Angelegenheit. Jahn will die Truppen von Preußen und Sachsen, von Hannover und Nassau, Namens des Reichs zum Schutze Nährens aufgeboten sehen. Die Dringlichkeitsbegründung seines Antrags wird ihm jedoch verweigert. Libelt verlangt, daß die polnische Frage noch einmal und in einer der nächsten Sitzungen zur Berathung gezogen werde. Nur wenige Mitglieder der Linken erheben sich zur Unterstützung der Dringlichkeit und anstatt den Antrag an einen Ausschuß verweisen zu lassen, giebt er ihn zurück. Eine Protestation, die Libelt im Namen der polnischen Mitglieder des Großherzogthums Posen gegen die Einverleibung in'd deutsche Reich hinzufügen will, wird ihm vom Vorsitzenden abgeschnitten. Eine folgende Anfrage Damms betrifft die Wahl des aus Baden landflüchtigen Advokaten Werner in Offenburg für die deutsche Nationalversammlung. Präsident v. Gagern erklärt, daß die Wahlakten von der badischen Regierung einzureichen und nach dem Gebrauch derselben über den Eintritt Werner's in die Nationalversammlung zu entscheiden sei. Der Präsident verkündet, als sich die Verhandlung zur Tagesordnung wendet, daß von dem Verfassungsausschusse die HH. Wary, Wiesermann und Riesser zu Berichterstattern und Vertheidigern des Entwurfs ernannt seien. Dann werden mehrere zum Theil sehr umfängliche Verbesserungsanträge zu Artikel 1 §. 1 verlesen *). Eine ganze Kreiseintheilung Deutschlands mit Ausführung aller der Länder und Staaten, welche diese Kreise bilden sollen, von Schlosser und Genossen eingebracht, ist darunter. Von den fünfzehn für den Entwurf eingezeichneten Rednern ist Claussen der erste. Gilt Mitglieder haben sich gegen den Vorschlag des Ausschusses angemeldet. Claussen spricht dafür, daß das Herzogthum Schleswig sofort im ersten Paragraphen als deutsches Reichsland bezeichnet werde. Oder solle etwa, wenn demnächst eine Zollgesetzgebung für ganz Deutschland zu Stande käme, die Mauthlinie zwischen Holstein und Schleswig hindurchlaufen und diese Länder auseinander reißen? Die Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund sei bereits von den alten Ständen verlangt worden. Die provisorische Regierung der Herzogthümer aber habe ausdrücklich erklärt, Schleswig-Holstein sei ein untheilbar zusammengehöriges mit Deutschland eng verbundenes Land. Nicht um das Aussprechen eines neuen Grundsatzes also handle es sich, sondern um die Anerkennung einer Thatsache. Würde aber Schleswig nicht, die Grenzbestimmungen vorbehältlich, schon jetzt in's Reichsgebiet fest aufgenommen, so gäbe man den ganzen Zweck des dänischen Krieges auf. Dem Absperrungsrecht aus Kiel folgt unmittelbar ein andere Schleswig-Holsteiner, der Regierungspräsident Franke auf der Rednerbühne. Die Behauptungen seines Landsmannes findet er übergreifend und leugnet, daß die Einverleibung Schleswigs schon eine vollzogene Thatsache sei. Eine werdende sei sie vielmehr. Die Ruhe, welche Schleswig-Holstein in Folge des Malmöer Waffenstillstands genieße, sei dem Lande so nothwendig als erwünscht. Dänemark selbst habe den Gedanken der Einverleibung Schleswigs mit seinem Reiche aufgegeben, allein ein einseitiger in Frankfurt gefaßter Ausnahmebeschluß wurde gegen die Bedingungen von Malmö und nur geeignet sein, die Besonnenheit und Mäßigung die dänischer Seits immer deutlicher zur Geltung gelange, in die frühere Leidenschaft zu verwandeln. Das wahre Interesse Schleswigs verlange daher die Sache in der Schwebe zu lassen, damit die Reichsgewalt und die Friedensunterhändler freiere Hand behielten, die Angelegenheit nach den Sympathien Deutschlands zu ordnen. Er schließt mit einem deutlichen Seitenblick auf seinen Vorredner mit dem bekannten Stoßseufzer Gustav Adolph's: Herr behüte mich vor meinen Freunden! unter dem beifälligen Zurufe der Rechten und aus der Mitte des Hauses. Nachdem die schleswig-holsteinischen Abgeordneten und Sachsen die ganze erste Verhandlungsstunde mit Einwurfe in Anspruch genommen, erwidelt Jacobi aus Hersfeld in kurzen Worten einen Absätzerungsvorschlag zu §. 1, dahin lautend: daß Reichsgebiet nach dem Umfange der deutschen Bundesländer anzunehmen, wie sie am 28. Juni 1848 waren und die deutschen Einzelnstaaten durch Medialisirungen zu vertragen und schon heute Jacharia aus Göttingen an deutschen schleswig-holsteinischen Fahne wieder an. Seine Meinung kommt mit den von Francke ausgesprochenen Ansichten überein. Das Verhältniß Schleswig's zu Deutschland sei derzeit noch ein vorläufiges, welches zu seiner endlichen Feststellung einer zweifeinigen Erklärung, eines vertragsmäßigen Abschlusses bedürfe. Daher solle die Nationalversammlung den Friedensverhandlungen mit Dänemark durch keinen entscheidenden Beschluß vorgreifen. v. Wallo empfiehlt folgende, freilich über die Maßen allgemein gehaltene Fassung des ersten Paragraphen, durch welche er jedoch alle Schwierigkeiten zu umgehen hofft: „das wiederhergestellte Reich der deutschen Nation umfaßt das ganze bisherige Gebiet des deutschen Bundes, so wie alle Länder, die bereits einverleibt sind oder noch einverleibt werden. Welcker berger ist zwar schon wieder bei der Schleswig-Holstein'schen Angelegenheit, beginnt sich aber damit, daß er sich den Erörterungen Jacharia's, Franke's und somit dem Ausschußantrage anschließt. Hagen behandelt die Aufgabe zwar allgemeiner, aber zugleich auch viel zu bestimmt für eine staatsmännische Versammlung. Die Frage ist, sagt er, wie das einheitliche mit dem individuellen Elemente unserer Volks harmonisch zu verbinden wäre. Das individuelle Element ist in Deutschland über das Bewußtsein der Persönlichkeit hinausgegangen und hat sich in Staaten verkörpert. Das Grundübel aber ist, daß die deutschen Einzelstaaten nicht natürlich, sondern künstlich und willkürlich entstanden. Dies Uebel hat das Fürstenthum zu verantworten, welches einzig seine dynastischen Interessen verfolgte. Hier geräth der Redner auf einen Weg, auf dem ihn die Linke um so lebhafter ermuntert, je öfter von andern Seiten das Schlagwort Centralisation erschallen, wie „Länder", „Einheit" und „Ein Ausgangspunkt" ist das Amendement von Schaffrath, Schlosser und Genossen, wonach das Reich in 21 Kreise eingetheilt werden soll. Die Revolution von 1848 ist stärker als es jemals ein fremder Eroberer war. Darum möge die Versammlung nicht zurückschrecken vor einer so nothwendigen Umgestaltung. Beifall von der Linken. v. Linde spricht innerlich die Rednerbühne, und ist die schon durch erschlaffte Aufmerksamkeit des Hauses sei scheine sich etwas zu erfrischen. Jetzt schon zu Medialisirungs- und Uniformungsmitteln der Art zu greifen, wie sie Schlosser, Schaffrath und

*) Der Entwurf Lautet: Abschnitt I. Das Reich. Artikel 1. §. 1. Das deutsche Reich besteht aus den Gebieten des bisherigen deutschen Bundes. Verhältnisse des Herzogthums Schleswig und die Grenzbestimmung im Großherzogthum Posen bleiben der besonnen Anordnung vorbehalten.

Andere vorschlagen, das sei des deutschen Volkes nicht würdig. Auf Schleswig im Besonderen übergehend, so ist es das bereits Gesagte, was wir Beckerath wiederholen hörten, und er schließt mit einer Mahnung zu frommer und rechtschaffener Politik. Gémarch sagegen, ebenfalls ein Holsteiner, widerspricht den Franke'schen und Zachariä'schen Behauptungen auf das Allerbestimmteste. Im Tone der Bestimmtheit und Entrüstung begreiflich er die billigen Absichten, die Franke dem Kopenhagener Kabinet zuschreibe. Nur ihm ist's vielmehr eine gebieterische Forderung der deutschen Interessen und der deutschen Ehre, daß die Angehörigkeit Schleswigs in's Reichsgebiet sofort und unbedingt ausgesprochen werde. Wie Franke vorher mit dem Beifalle der Rechten, so scheidet jetzt Gémarch unter vereinzelten Bravo's der Linken von der Tribüne. Beseler versucht ein Wort der Ausgleichung zwischen seinen entzweiten Landsleuten. Der Entrüstung Gémarch's darüber, daß sich Holstein in Deutschland und Dänemark wieder freundlich nähern, kann er nicht beipflichten. Er hat vielmehr den dänischen Krieg von jeher beklagt als einen traurigen Zwiespalt mit einem verwandten germanischen Stamm. Die Frucht des Friedens mit Dänemark küssten wir nicht antipfirinen und dadurch den Waffenstillstand von Malmö unrecht zu verlegen. (Beifall.) Theils eine Pause, theils eine Unterbrechung empfiehlt noch Grävell in Vorschlag, der entweder unverständlich spricht, oder wenn er verstanden wird, von der Sache so komisch abwirren scheint, daß die Ruhe endlich nicht mehr zu bewahren ist und die Mitglieder den Saal trupweise räumen. Biedig erwartet, daß bis zur weiten Lesung des Gesetzentwurfs die Verhältnisse Posens definitiv entschieden sein würden, und Michelsen kommt auf die schleswigsche Frage im Sinne Gémarch's zurück. Einige Spannung bringt das Auftreten Fiedler's hervor, an dessen Antheil an den Posener Wirrstande Posens wir bereits erinnerten. Er sieht mit den bekannten Gründen für das Prinzip der Nationalitäten, und was die nichtdeutschen Volksstämme im deutschen Reiche anlange, so solle ihre Anstaltung von der Urabstimmung der Anfassmenden selbst abhängig gemacht werden. Trotz der vorgerückten Zeit und Unglucht gelingt es Jordan von Berlin der Aufmerksamkeit des Hauses vollkommen wiederzuverschaffen und an seine Auseinanderlegung zu fesseln. Er verbreitet sich zuerst über die schleswig-holsteinische, dann über die posen'sche Frage. In Folge der letzteren erwähnt er, daß überall wo sich die Fahne der rothen Republik erhoben, Polen unter ihren Kämpfern gewesen und daß sich Herr Fiedler täuscht, wenn er in Deutschland noch auf die frühere Schwärmerei für die Wiederherstellung Polens rechne. Lauter Beifall begleitet die Rede Jordan's, aber Fiedler nimmt das Wort in Anspruch, um eine persönliche Berichtigung zu geben, die sich darauf beschränkt, daß er im Namen seiner Landsleute gegen die rothe Fahne protestirt. Vizepräsident Rieffer spricht sodann noch zur Verbreitigung des Entwurfs, worauf zur Abstimmung geschritten und §. 1 nach dem Vorschlage des Ausschusses angenommen wird. (D. Z.)

Die Zustände in Wien und den Provinzen.

**Ueber die Wiener Zustände gibt der folgende Brief aus Wien vom 15. im „Tyroler Boten", der von einem Journalisten herzurühren scheint, folgende Ausschlüsse: „In diesem Augenblick wird ganz Wien, der Gemeinderath, das Ministerium, ja selbst der Reichstag (er leugnet es zwar, weil er muß) terrorisirt von der obwohl kleinen, aber durch ihre unglaubliche Thätigkeit gefürchteten sogenannten demokratischen oder Umsturzpartei. Um Eine Errungenschaft — die Preß- und Redefreiheit — hat sie und bereits gebracht, denn sie hat faktisch eine Zensur eingeführt, so daß es kein Blatt wagen darf, den schauervollen 6. Oktober in seinem wahren Lichte darzustellen. Da sie in Wien nur Pöbel und Feiglinge und Knechte hat, und jede andere Meinung terrorisirt, so nehme ich meine Zuflucht zu den Provinzialblättern, um doch unsere Brüder in den Provinzen von der wahren Sachlage in Kenntniß zu setzen. — Die Ursache alles bisherigen Uebels und unseres gegenwärtigen qualvollen Zustandes ist der hiesige demokratische Klubb. Nachdem er früher alle Klassen der Bevölkerung in und um Wien — vorzüglich aber das rohe und ungebildete Proletariat durch Plakate, Volksversammlungen, Flugschriften, Gelobestegungen und andere erlaubten und unerlaubten Mittel für seine ruchlosen Zwecke bearbeitet hatte, ließ er eine Flugschrift drucken, worin er die hiesige Garnison zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten, zur Demoralisation und endlich zum Abfalle aufforderte. Diese Flugschrift wurde durch acht Tage auf jegliche mögliche Weise in die Kasernen eingeschwärzt und den Soldaten in die Hände gebracht. Der rechtliche Theil der Mannschaft überbrachte selbst mit der größten Entrüstung dieselbe ihren Kommandanten, die sogleich den Kriegsminister hievon in Kenntniß gesetzt. — Was konnte der Kriegsminister anderes thun, als ein paar Tage abwarten und zu beobachten, bei welchen Truppentheilen diese Flugschrift eine Wirkung zeigen werde? Diese äußerte sich bei den italienischen Grenadieren, bei den Czaszichmeistern, Hess- und Baden-Infanterie. Da der Kriegsminister sah, daß sich auf die genannten Truppenkörper nicht zu verlassen sei, blieb ihm wohl nichts anderes übrig, als diesen Theil der Garnison zu wechseln. Das italienische Grenadier-Bataillon marschirte demnach schon am 5. d. M. in aller Ruhe ab; am andern Tage d. i. am 6. früh war der Abmarsch der andern Unverlässlichen bestimmt. Der Befehl hiezu wurde ihnen Tags zuvor Nachmittags bekannt gegeben; allein statt sich zum Zapfenstreich einzufinden, blieb die Mannschaft die ganze Nacht hindurch in Wirthshäusern und demnächstige sie sympathisirenden Nationalgarden von dem anbefohlenen Abmarsche. Daß davon der demokratische Klubb sogleich Kenntniß erhielt, ist natürlich; die Soldaten wurden durch Geld gewonnen, reichlich bewirthet, alles betrunken fraternisirte mit einander, und weigerte sich entschieden dem Abmarsche. So kam der unglückliche 6. Okt. (den die Demokraten in einem Plakate ungelehrt ihr Werk und die Bewegung eine glorreiche nennen) und mit ihm alle die entsetzlichen Folgen, die Sie schon aus anderen Berichten wissen. Alle nicht eben unglücklichen, von einer wahrhaften Räuberbande gemordete, einzig energische Latour war die Ursache des unsäglichen Jammers, der über unser schönes Wien gekommen ist, sondern wieder der von Gott und dem größten Theile der Wiener Bevölkerung verfluchte sogenannte demokratische Klubb, der durch seine Thätigkeit die rohen und politisch ganz ungebildeten Massen, und einen großen Theil leider höchst verblendeter Nationalgarden als blinde Werkzeuge im Schlepptau hat. Da hier der Herr unser fürchterlichen Partei ist, und im entgegengesetzten Sinne Niemand sich zu erheben wagen darf, so fegen die Gutgesinnten Wiens ihre einzige Hoffnung auf den guten und gesunden Geist ihrer Brüder in den Provinzen, die sie in so gefahrvoller Lage nicht verlassen werden, und erwarten Hilfe von ihrer und militärischer Seite."

Genug ähnlich spricht sich ein Wiener Berichterstatter in der „Grazer Zeitung" aus, wie man denn überhaupt nur in den österreichischen Provinzblättern noch frei und unumwunden die Wahrheit über die Wiener Zustände zu sagen wagt. Der terroristische Absolutismus der zu Wien herrschenden Massen hat dort jeden offenen, selbstständigen Meinungsausdruck unterdrückt, und selbst die früher gemäßigten Blätter sind gendrigt, mit den Massen zu feanentiren. Wie vor dem 13. März muß man jetzt zu Wien selbst das Wahre nur aus den von aufwärts eingeschmuggelten Blättern lesen, und wie damals muß man sich scheu um sich blicken, ehe man es wage, ein* offenes Wort dem Papiere anzuvertrauen. Auch der Berichterstatter der Grazer Zeitung sagt mit eigenthümlicher Ausdrucksweise: „die jüngste Bewegung sei nach der Elle mit magyarischem Gelde erkauft worden." Wir hatten schon einmal auf die kolossalen Lügen aufmerksam gemacht, welche die dem gutmüthigen Publikum in ganz Deutschland von Wien aus jetzt aufgetischt werden und leider trotz ihrer augenscheinlichkeit immer noch Glaubige finden. Auch die Grazer Zeitung hebt nun dieses ins Große getriebene Lügensystem hervor, indem sie sagt: „Monströs sind in der That die Lügenberichte unserer sogenannten Oppositions-Journale, besonders der ungarischen. Sie übertreffen noch bei weitem die bekannten Bulletins Karl Moors." Sie führt dann eine Reihe von schlagenden Beispielen an; wie man Schlachten buchstäblich geschlagen, sein Heer bei Schlachtverzeichnung gänzlich aufgelöst sei, und der ganzen Welt bekannt ist, mit einem wohldisziplinirten und tüchtigen Korps unter den Mauern Wiens erschien und über'ies 15,000 Mann entbehrlicher Truppen in die Heimat schicken konnte. Daß ganze Provinzen sich erheben, um den Banus zu vernichten, versteht sich von selbst, und daß man in Wien unter anderen auch den Minister Doblhoff erschlagen, ist eine Neuigkeit, von der Wiener erst aus Pesth erfahren. Interessen heißen die radikalen Wiener Blätter ihren magyarischen Kollegen nicht nach. Der „Freimüthige" z. B. hat einmal ganz sichere Kenntniß, daß Windischgrätz schon in Wien sei, ein andermal wieder, daß Windischgrätz auf Prag um Truppen nach Wien geschrieben habe, weil alle deutschen Bezirke Böhmens in vollem Aufstande seien! Am 8. Oktober waren im Ganzen Reichsbrüder aus Graz den Wienern zu Hilfe geeilt, und der ganzen Welt haben sie mit einem Wiener Zuwachs erhalten, und doch waren sie nach den Wiener Blättern 1500 Mann stark in der Hauptstadt angekommen! Wie leben in der That in einer Zeit der Wunder. Ein zweiter Transport Grazer Garden und Akademiker hat sich — immer nach den Wiener Lügenberichten — durch ein ganzes Regiment durchgeschlagen, und ähnliche Märchen mehr. Es ist eine selbst von den Wiener Blättern und Korrespondenzbureaux nicht mehr zu läugnende Thatsache, daß der Aufruf zu Widerstand eines Landsturms bei Wien gar keinen Erfolg hatte. Worin liegt der Grund? Eine pure Kleinigkeit für die Wiener Journalisten. Da wird schnell eine Historie von reaktionären Gmisfärren, die als Legionäre verkleidet das Land durchstreifen, aufgetischt, und der Grund ist gefunden. Wenn man nach solchen Flugschriften urtheilt die Stabsarzt der Schützenvogt-Leistelen kann, welche uns diejenigen Blätter über die Wiener Zustände liefern, so dürfte das Urtheil nicht sehr erbaulich ausfallen.

Von allen Seiten wird uns von der steigenden Noth in Wien berichtet. Die Stadt ist nur auf 14 Tage verproviantirt, und die Lebensmittel steigen daher außerordentlich im Preise. Zwischen den Garden und den Arbeitern beginnt Unzufriedenheit sich kundzugeben. Die Garden aus Wien zu entfernen suchen, so wird sagt der strengste Aufsicht geübt.

Von mehreren Seiten ist den Deputirten Böhmens der Vorwurf gemacht worden, als hätten sie durch das Verlassen des Reichstages wegen der Vorfälle vom 6. d. Mts. ihre Pflicht verletzt. Seitdem haben zwar auch die Deputirten anderer Länder dieses Beispiel befolgt: allein da sie Niemand hierzu das Beispiel gegeben, so dürfte wohl die Verantwortlichkeit für diesen Schritt vorzüglich auf sie. Folgender dürfte wohl geeignet sein, Jedermann, der für Recht und Freiheit fühlt, von der Nothwendigkeit dieses Schrittes zu überzeugen. Schon vor dem 6. d. M. hatte sich insbesondere der Abg. Violand geäußert, es sei der Linken des Reichstags unmöglich, die Mehrheit zu erlangen, es bleibe nichts übrig als eine Revolution. Unter diesen Umständen waren die Ereignisse des 6. ein. Da die für diesen Tag bestimmte Sitzung nicht angelagt war, mußten die Abgeordneten zusammenberufen werden, wobei insbesondere die aus eigenem Antriebe bereits versammelten Deputirten, größtentheils von der Linken, thätig waren, daher auch nur größtentheils Deputirte dieser Seite erschienen.

Diese, obwohl nicht in beschlussfähiger Anzahl versammelte, verlangten von dem Monarchen die Auflassung des von der Mehrheit gebalteten Ministeriums. Auf den Gallerien der rechten Seite des Reichstages gegenüber erschienen mit Gewehren bewaffnete Personen, und legten dieselben auf die Mitglieder der Rechten an. Abg. Pribil, der dieß mit dem Ausbrucke rügte, daß der Reichstag unter solchen Umständen nicht wordendeln könne, wurde vom Abg. J. mit den Worten zurückgewiesen: „Jene Bewaffneten, welche sich auf den Gallerien finden, sind zur Wahrung für die Freiheit gekommt; sie, die sie und entrissen haben, müssen sich dieß gefallen lassen." Zu das Burreau des Reichstagspräsidiums wurde wirklich geschossen, obwohl zum Glück der ehrenwerthe Präsident bereits abwesend war. "Böhmische Abgeordnete, welche es noch am Samstage den 7. d. M. wagten, an öffentlichen Orten zu erscheinen, wurden ohne Schonung beschimpft. Am Sonntag den 8. d. M. machte ein gallizischer Abgeordneter aus dem Bauernstande bei dem das Präsidium führenden Abgeordneten Smolka die Anzeige, daß er einen Antrag wegen der persönlichen Sicherheit der Abgeordneten stellen werde, weil ihm seiner politischen Meinung wegen mit dem Tode gedroht wurde, wie Smolka selbst einem böhmischen Abgeordneten erzählte. Aber unter solchen Umständen noch einen Zweifel haben kann, ob die Abgeordneten der Rechten ihre Pflicht erfüllt haben, der kann nicht mehr überzeugt werden.

Zu dem Kapitel der von Wien aus verbreiteten Lügen gehört auch die angeblich allgemeine Erbebung des ganzen Landsturms in Steiermark. Wir haben direkte Berichte aus Gray vom 18. vor uns liegen, welche von dort von den gemachten Bemühungen dazu, aber auch von ihrer Erfolglosigkeit sprechen. Man hat kürzlich einige, darunter gelaufen, aber das Landvolk ließ sich dadurch nicht verleiten. Mit seinen einfachen, klaren Sinn wußte es den Trug von der Wahrheit zu sichten, und hielt sich in treuer Anhänglichkeit an Kaiser und Konstitution, und sein Verhalten hat auch die einen Augenblick ihre gemachten Städter wieder zur Besinnung gebracht Man schmäht nun offen zu Gray über jene Hitzköpfe, die durch den Landsturm bald einen Bürgerkrieg hervorgerufen hätten. Die viel verschrieenen und darum viel gefürchteten Kroaten und Panduren, durch einige Fanatiker als feindliche Würger und Bluthunde verdächtigt, zeigen unangefochten durch Steiermark, und immer klarer wird es dem Landmann, daß man seine leichtgläubigkeit für unlautere Zwecke ausbeuten mochte. Um so gemüthlicher tritt er jetzt dem heimziehenden Kroaten entgegen und sucht ihm seine Mückkehr ins Vaterland zu erleichtern. Am 16. wurden von dem Korps des Generals Theodorovich über 2000 Wagen schwer Verwundete nach Gray gebracht, die ein rührendes Beweis gaben, mit welcher Grausamkeit der ungarisch-kroatische Krieg geführt wurde. Das Wimmern und Klagen der Verwundeten war herzzerreißend. Und doch hrach aus den blassen, abgemagerten Gesichtern noch der ungebrochene Muth der Verzweiflung. Mit Gierde suchten die ermatteten Krieger nach Möglichkeit durch Speise und Trank zu laben.

Gleichwie in Tirol spricht sich auch in Steiermark und Illyrien die öffentliche Stimme in und außer der Presse energisch gegen das Treiben in Wien aus. Die Wiener Erklärungen in diesem Sinne angefüllt. „Wenn das Volk in Wien — sagt eine solche Erklärung in der Grazer Zeitung — sich die Mühe geben wollte, die Stimmung in den Provinzen zu erforschen, so würde es erfahren, daß diese, vielleicht mit Ausnahme einer verhältnißmäßig winzigen Fraktion von Leuten, die das Ziel ihrer Wünsche noch nicht festgestellt haben, mit seinem Thun nicht einverstanden." Folgt eine Auseinandersetzung gegen die Wiener Volksherrschaft, die nur rohe Gewalt sei, dann heißt es weiter: „Für's Zweite hegen wir keine absonderlichen Sympathien für die Ungarn, die jene traurigen Auftritte in Wien herbeigeführt haben . . . Sie verfolgen seit März nur ihre Zwecke, die Hinneigung zu uns ist Schein und bloßes Mittel zum Zwecke . . . . Den Typpat der Kamarilla, des Absolutismus, Pfaffenwesens und aller sonstigen Schreckbilder, verkörpert man, um ein leichtgläubiges Volk zu bethören, und zu fanatisiren, fürchten wir nicht, und so wie die Provinzen jetzt jede Einseitigkeit Wiens feierlichst desavouiren, würden sie in dem Falle, als Wien durch die gedachten Potenzen ja unterjocht werden wollte, wie ein Mann aufstehen für die Aufrechthaltung der errungenen Freiheit. Endlich möge man bedenken, daß Wien nicht Paris, daß die österreichischen Provinzen der ewigen Wirren in Wien müde werden und sich am Ende die Frage erlauben könnten, ob denn ihre Bestimmung keine andere sei, als zuzusehen, wie man in der Residenz ein Spiel mit ihrer Freiheit und Wohlfahrt treibt."

Aus Laibach (Illyrien) kommt uns ein anderes Dokument ähnlicher Art zu. Der slowenische Verein daselbst hat nemlich eine Belehrung in sehr populärer Weise an das Landvolk ergehen lassen, in welcher es unter Anderem heißt: „Slowenen! bei uns bedarf es keiner Mahnung, daß wir unter allen Wechselfällen einer traurig bewegten Zeit unserem Kaiser, der und die konstitutionelle Freiheit gab, treu bleiben sollen bis zum letzten Tropfen Blutes, denn wahr sind die Worte unseres Dichters, der da spricht: „Mag Berg und Gicht wanken, unerschüttert bleibt der Slowenen Treue!" „Allein, jetzt ist die Zeit, daß wir uns um so entschlossener schaaren um den Thron unseres Kaisers, — daß wir nicht dulden, daß ihn Böswillige kränken, — daß wir Alle für Einen und Einer für Alle stehen, daß wir Aufwiegelern sein Gehör schenken, daß wir als gute Staatsbürger unbeirrt Gehorsam leisten unseren bestehenden Obrigkeiten. Und daß wir Alle Kaiser eingesetzt haben, daß wir sonach in unserer Treue gegen alle Anordnungen protestiren, die etwa nicht von unserer gesetzlichen Regierung kommen sollten. Nur Das, was von der gesetzlichen konstitutionellen Regierung kommt, sei uns heilig, — eine andere gewaltsame Macht werden wir niemals anerkennen! Alles für unsern Kaiser und die gesetzliche Freiheit! ist der Ruf der Slovenen, die wir von jeher zu den treuesten Völkern Oesterreichs gehörten. Dieß werden wir, wie auch die anderen Slaven unseres Kaiserthumes, neuerdings beweisen, die durchaus nichts gemein haben wollen mit den deutschen, ungarischen und italienischen Republikanern! Der Himmel gebe, daß in Wien sich bald Alles wieder zur Ruhe gestaltung wende! Dieß aber wiederholen wir im Angesichte der Welt: Die Stadt Wien an und für sich ist nicht unser Herr. Der konstitutionelle Kaiser nur ist es, er mag residiren, wo er will! Gott erhalte unsern Kaiser und verleihe einen vollständigen Sieg den Kämpfern für die Erhaltung eines konstitutionellen, wahrhaft freien Oesterreichs! Der slovenische Verein in Laibach."

Nach solchen Thatsachen mag der Leser ermessen, was von den angeblichen Sympathien zu halten ist, welche die Sache des Wiener Aufstandes nach der Versicherung der Wiener Lügenberichte in allen Provinzen Oesterreichs findet.

Folgendes ist der kernige Aufruf, welchen in unserer Beilage erwähnte Aufruf an die Tiroler und Vorarlberger: Liebe Landsleute aus Tirol und Vorarlberg! Der Kaiser ist aus der Burg seiner Väter gestoben. Er hat seine Hauptstadt verlassen, deren Straßen Aufruhr und Mord mit Bürgerblut besteckte, wo Verbrecherrotten seinen Minister erwürgten, und Vereine, die nur durch den Umfang alles Bestehenden sich die Herrschaft zu erringen trachten, durch Bestechung und Verführung einen großen Theil der Bolkswaffen sich gut gemachen und bewaffnet haben. Unter solchen Umständen kann auch der Reichstag nicht mehr frei berathen. Die Gewalt ist übergegangen in die Hände von Menschen, welche die Freiheit im Munde führen, aber schrankenlose Tyrannei üben. Ihr letztes Ziel ist die Auflösung aller Bande der Gesetze und die Zerrümmerung der Monarchie, um auch den Ueberresten eine Republik zu gründen. Landsleute von Tirol und Vorarlberg! Als der Kaiser flüchtete, hat er durch ein Manifest uns alle aufgefordert, sich um ihn zu schaaren und mit ihm die Monarchie und die Freiheit zu retten. Wo kann der Ruf des guten tief gebeugten Monarchen, der seinen Völkern gerne und von Herzen Alles gab, was er geben konnte, einen wärmern Anklang, eine tiefere Erwiederung finden, als in der Brust der Tiroler und Vorarlberger, die ein halbtausendjähriger, mit dem Blute des besiegten Feindes besiegelter Bund an den Kaiser knüpft! Unsere Feinde nicht schwanken, wir schaaren uns um den konstitutionellen Thron des Monarchen, wir folgen seinem Rufe, wir geben ihm Gut und Blut, mit ihm wollen wir stehen und fallen. Der jüngste Landtag-Ausschuß hält es für seine Pflicht, in dieser schwierigen Zeit die Landesvertretung einzuberufen, und im Einklange mit den Behörden einstweilen jene Maßregeln zu treffen, welche die Noth des Augenblicks erheischt, zugleich aber auch eine Deputation an Se. Majestät den Kaiser zu entsenden. Zu diesem Zwecke wird gleichzeitig der vertagte Landtag einberufen, und derselbe mit stimmberechtigten Vertrauensmännern nach der Volkszahl verstärkt werden, damit die Volksvertretung auf eine Weise eingeleitet, die Verbindung Vorarlbergs mit Tirol in Kämpfen für Freiheit angebahnt, und eine beklagenswerthe Zerwürfniß mit unsern Brüdern in Wälschtirol gehoben werde. Landsleute! Wir rechnen auf Eure Liebe zum Kaiser, auf Eure bisher unerschütterte Treue, auf Euren bewährten Rechtssinn, auf Eure Mitwirkung zur Erhaltung des Friedens und der Ordnung, die uns bisher beglückten. Lasset es und ausbrechen vor den Provinzen Oesterreichs, vor Deutschland und Europa, daß wir treu sind! Wir wollen den Fortbestand der konstitutionellen Monarchie, wir erkennen in ihr den Hort der Rettung aus den Stürmen der Gegenwart. Wir wollen die Erhaltung des Kaiserstaates und die innige Verbindung seiner Völker durch die geheiligte Person des Monarchen. Wir wollen die Gleichberechtigung aller Völkerstämme des Kaiserstaates, keine Nation unterdrückt die andere, sondern sie leben friedlich vereint zum Wohlergehen Aller, und als deutsche Provinz enge Verbindung mit Deutschland und seiner Zentralgewalt, an deren Spitze durch des Volkes Stimme gerufen, unser alter Freund aus dem Kaiserhause, der Erzherzog Johann steht. Wir wollen die unverkümmerte Freiheit, wie sie uns durch das Wort des Kaisers verbürgt ist, aber wir wollen sie gebaut auf die Grundvesten des Rechtes und der Achtung vor dem Gesetze, weil ohne sie keine Freiheit dauthar ist. Wir wollen die Beachtung unserer religiösen, geistigen und materiellen Interessen. Wir wollen die Aufrechthaltung unserer provinziellen Selbstständigkeit, sie ist das Erbtheil eines Jahrtausends, das kostbare Vermächtniß der Väter, das kein Volk ohne Selbstmord geben kann; sie ist stehen wir, wie jemals, Mann an Mann. Laßt uns, liebe Landsleute! auf Gott vertrauen, der die Geschicke der Völker lenkt. Laßt uns festhalten an den Geboten der heiligen Religion, sie führt uns sicher auf den Weg zur Rettung. Laßt uns einig sein! Denn Eintracht giebt allein Stärke, sie macht das Kleine groß. Laßt führen in dieser schwer bedrängten Zeit kleinliche Zwiste und Meinungsverschiedenheiten, wo es nur Hilfe giebt, wenn Einer für Alle, und Alle für Einen stehen. Laßt uns einander hilfreich sein wie Brüder. Laßt uns wandeln auf der Bahn des Gesetzes, auf ihr ruht Gottes Segen. Laßt uns Selbsthilfe und Gewalt verschmähen, sie führen zur Unterdrückung. Treten wir entgegen den Wühlern, denen kein Mittel zu schlecht ist, zur Erreichung ihrer schmachvollen Zwecke, die unter dem Vorwande der Volksbeglückung, Gesetzlosigkeit und Anarchie wollen, sie führen uns dem Schiffbruche unserer Güter und Ehre zu. Laßt uns Muth fassen in dieser bedrängten Zeit, denn Muth und Tapferkeit, das Recht und die Ehre gesetze wahren, sind mit Gottes Hilfe Rets-

tagsbilder. Geben wir, liebe Landsleute! entschlossen auf diesen Wahn, und glauben wir fest und sicher, daß uns diese Sterne leiten werden durch die schwarze Gewitternacht, bis der Tag des Friedens und der Freiheit anbricht, der uns lohnen wird für die mythische Ausdauer. Innsbruck, den 16. Okt. 1848. Benz, k. k. Gub.-Vizepräsident. Wolkenstein, Präsident des Landtages.

Deutschland.

Durch die stenographischen Berichte über die Verhandlungen der Nationalversammlung erhalten wir nachträglich Kunde von dem Wortlaute des Schreibens, welches das bayerische Gesammtministerium aus Anlaß der in Folge des dänischen Waffenstillstandes drohenden Zerwürfnisse an die Zentralgewalt unterm 5. September gerichtet hat. Dasselbe ist folgenden Inhaltes: „Das Gesammtstaatsministerium des Königreichs Bayern erkennt in einer möglicherweise aus den Verhandlungen der Nationalversammlung über den Waffenstillstand mit Dänemark hervorgehenden Spaltung zwischen der Zentralgewalt und einzelnen deutschen Regierungen die größte Gefahr für das gesammte Vaterland, zu deren Abwendung Alles aufgeboten werden muß. Die bayerische Regierung erklärt demnach feierlich, daß sie nicht nur die Zentralgewalt anerkenne und bereit sei, den Beschluß der Nationalversammlung vom 28. Juni b. J. in allen Punkten zu vollziehen, sondern, daß sie auch außerdem alle ihre Kräfte aufbieten werde, um die Einheit Deutschlands in Verbindung mit dem konstitutionell-monarchischen Prinzip der Einzelstaaten herzustellen, zu befestigen und zur friedlichen Vermittelung der widerstreitenden Interessen auf jede mögliche Weise beizutragen. Die Zentralgewalt möge zu diesem bopvelten Zwecke der aufrichtigsten Mitwirkung und kräftigsten Unterstützung Bayerns versichert sein."

* **Bayern.** München, 21. Okt. Heute ist ein k. k. österreichischer Kabinetskourier mit Depeschen nach Frankfurt hier durchpassirt.

Großherzogthum Hessen. — Mainz, 18. Oktober. Unsere Stadt erfreut sich seit den bedauerlichen Ausgestreitigkeiten einer tiefen Ruhe; das Element des Hasses ist gewichen, und an dessen Stelle eine friedliche Versöhnung getreten. Viele Fremde, welche sich entfernt, scheinen wieder dorthin zurückkehren und den Winter hier zubringen zu wollen. Der demokratische Verein wird jetzt auch von Militär besucht. Die vielen Neubauten der Festung in einer großen Ausdehnung längs des Rheins schreiten rasch ihrer Vollendung zu. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Hannover.

Besorgnisse, 15. Okt. Das deutsche Kriegsdampfschiff „Lübeck", Kapt. King ist hier eben auf der Rhede vor Anker gegangen. Es führt die deutsche Zentralgewaltsflagge und sind die Herren Reichs-Kommissäre: Major v. Reichert und Handelsmann Mörling an Bord, um morgen früh die amerikanische Fregatte „St. Lawrence" zu begrüßen; das Fort „Wilhelm" wird mit 21 Kanonenschüssen die deutsche Kriegsflagge ebenfalls morgen früh salutiren.

— **Preußen.** 18. Okt. Der gestrige Abend und die Nacht verging ruhig. Das Haus des Bäckers Schulze wurde in einem unbewachten Augenblicke dennoch beschädigt. Nach Plakaten des Polizeipräsidiums ist die Schuhmannschaft nicht am Kampfe betheiligt gewesen. Die Bewaffnung derselben mit Gewehren ist in Folge der Zerstörung ihrer Wachhäuser erfolgt. Eine Untersuchung der traurigen Vorfälle der letzten Tage wird angeordnet. Die Schuhmannschaft wurde bei ihrem Befreden den Verwundeten zu Hilfe zu eilen, mit Schüssen empfangen und dabei sind Verwundungen vorgekommen. In Betbanien liegen 13 Verwundete, von denen 10 dem Tode nahe sind. In der Charité liegen 8 Todte. Man ist dahin übereingekommen, die auf beiden Seiten gefallenen Todten feierlich gemeinsam zu bestatten. — Die Regierung hat an das hiesige Polizeipräsidium, wie an sämmtliche Kreisregierungen ein Rundschreiben erlassen, worin sie thätigeres aufzufordern, eine genaue Ueberwachung der in den resp. Bezirken bestehenden politischen Vereine mit Angabe deren Tendenz, Statuten, Beschlüsse, Einfluß auf das Volk, Zahl der Mitglieder und Verbindungen mit andern Vereinen schleunigst einzusenden.

Münchener Schrannenanzeige vom 21. Okt. 1848.

Getreide-Gattung.	Einfuhr.	Zufuhr.	Ganze Stand.	Ganze Sch.	Verkauf.	Rest.	Mittelpreis.	Im Vergleich gegen die letzte Schranne:	
								mehr	minder
	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
Weizen	747	2374	3121	2592	329	13	7 —	— —	18
Korn	176	742	918	818	100	8	1 —	— —	1
Gerste	1101	6106	7207	3441	1766	6	50 —	— —	24
Haber	199	1090	1289	1254	35	4	17 —	— —	
Leinsamen	45	222	267	225	42	13	53 —	36 —	
Rapssamen	14	4	18	17	1	21	17 —	— —	1 43

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Sonntag, 22. Dkt.: „Katharina Kornaro", Oper von F. Lachner.

Fremdenanzeige.

Hotel Maillot. Graf Thunstell, von Augsburg. Graf Bowalow, von Turin. Brulin, Rentier, aus England. Mitterbacher, Gutsbesitzer, von Wien. Meyer, Partikulier, von Horlau.

Gold. Kreuz. Gräfin Sidanella, aus der Schweiz. Frey, Musikreisender, von Leipzig. Reiße, von Stuttgart.

Blaue Traube. Wittman, Gutsbesitzer, von Ingolstadt. v. Braun, Privatier, von Berlin. Vivalinno die Conti Bossi, aus Mailand. v. Wachter, Justizreferendär, von Stuttgart.

Stachusgarten. Meinzweig, Lieutenant, von Augsburg. Seltenspitzer, Ingenieurcorps, von Amberg. Isler, Negotiant, von Stuttgart. Heist und Schultze, Studierende, von Osnabrück.

Gestorbene in München.

Mathias Kunmaier, Fürbergeld von Geiselhöring, 40 J. a. Viktoria Kleinberger, kürzert. Nagelschmiedsfrau, 55 J. a. Regina Pögl, Maurkinersmittwe von Reichenhall, 80 J. a.

Stelle-Gesuch.

181. (2b) Ein junger absolvirter Kandidat der Philologie, der in den alten und neuen Sprachen und in der Musik gründlichen Unterricht zu ertheilen im Stande ist, und von mehreren hohen Familien bestens empfohlen werden kann, sucht eine Stelle als Hofmeister. D. Uebr.

Stelle-Gesuch.

164. (c) Ein junger Mensch von 30 Jahren, der schon 4 lateinische Schulen studirt hat, wünscht als Bedeuter bei einer Herrschaft, oder als Aufgeber in einem Bankierhause, oder in einer Handlung, oder sonst an geeigneter Stelle placirt zu werden. Das Nähere bei diesseitiger Expedition.

175. (2b) Im Hause No. 14 in der Promenadestraße ist eine sehr schöne Wohnung im 2. Stocke für das nächste Ziel Georgi zu vermiethen. Nähere Auskunft am Promenadeplatz No. 18 im Comptoir.

193. Es wünscht Jemand gegen wöchentliche Zurückbezahlung von fl. 2 ein Darlehen von fl. 50. D. Uebr.

Bekanntmachung.

Da der beklagte Michl Weinert, Häuslersohn von Schönbach, im Termin am 6. d. Mts. zur protokollarischlustigen Verhandlung der Sache nicht erschienen ist, so wird er auf Ansuchen der Klägerin Theres Urmann, ledigen Zimmermannstochter von Ilzstadt, und ihrer Kindsvormundschaft unter Bezugnahme auf das Defret vom 7. August l. Js. in die Kosten verurtheilt, und zum wegen Zwecke Kommission auf

Freitag den 22. Dezember l. Js.
Vormittags 9 Uhr,

anberaumt, wozu derselbe unter dem Rechtsnachtheile der Klagsobläugnung, des Einverständnisses und der Zulassung der Klägerin zum Beweise geladen wird.
Sign. 14. Okt. 1848.

Königl. Landgericht Hengersberg.
Obermaier,
Landrichter.

Bekanntmachung.

194. Auf Andringen einer Hypothekgläubigerin muß das Anwesen des Gütlermanns Andreas Korn von Eibling dem öffentlichen Verkaufe unterstellt werden. Dieses Anwesen besteht aus einem Wohnhause mit Stadel, Stallung, Backofen, Hofraum und einem Baumgarten, Plan-No. 310 zu 12 Dez und aus 19 Tagw. 55 Dez. hiezu gehörigen Gründe. Zur Beilegung dieses Gesammtbesitzthums wird demnach Termin auf

Montag den 20. November l. Js.
Nachmittags von 2 bis 4 Uhr,

im Orte Eibling anberaumt, und hiezu den allenfallsigen Kaufsluftigen mit dem Beifügen Kenntniß gegeben, daß die Kaufsbedingungen den sich einfindenden Kaufsliebhabern vor zu bezahlenden Siegerung kund gemacht werden sollen. Nur diejenigen, die anwärtigen und dem Gerichte nicht bekannter Kaufsluftiger bleibt hiemit zum Voraus bemerkt, daß diese mit legalen Vermögens- und Sittlichkeits-Zeugnissen versehen sein müssen, wenn sie zur Versteigerung zugelassen werden wollen.
Am 18. Okt. 1848.

Königl. Landgericht Neuburg.
Zeis.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

München, den 23. Oktober.

Se. Maj. der König haben unterm 18. Okt. den bisherigen Landwehr-Lieutenant und Bataillons-Adjutanten zu Ilz, Ignaz Foppelhammer, zum Landwehr-Major und Kommandanten des Landwehr-Bataillons zu Ilz zu ernennen; unterm 14. Okt. den bisherigen Landwehr-Major und Bataillons-Kommandanten zu Markt Biberg, kgl. Landrichter H. Bausenwein, die nachgesuchte Entlassung aus dem Landwehrverbande zu gewähren geruht.

Se. Maj. der König haben unterm 18. Okt. die erledigte 1. Landgerichts-Assessorstelle zu Rottenburg a. 3. dem rechtskundigen Magistratsrath Heinr. Tillmann zu Nördlingen zu verleihen, und den 1. Landgerichts-Assessor Gustav Bruno zu Eichstätt bei seiner nachgewiesenen Dienstunfähigkeit auf den Grund des §. 22, lit. D. der IV. Verfassungsbeilage auf die Dauer von 2 Jahren in den nachgesuchten Ruhestand treten zu lassen, und die hiedurch erledigte 1. Assessorstelle bei dem Landgerichte Eichstätt dem 2. Assessor Christian Graw zu Beilngries, seiner akzeruntertänigsten Versetzungsbitte willfahrend, zu verleihen, endlich auf die hiedurch eröffnete 2. Landgerichts-Assessorstelle zu Beilngries den Rechtspraktikanten Alois Braun aus Aschaffenburg, dermalen Advokaten-Concipient zu Rottenburg zu ernennen, und unterm 19. d. M. den bisherigen Patrimonial-Richter 1. Klasse, Hieronimus Ehrensberger, der Verwaltung der Justiz- und Polizeibehörde Jettingen zu enthoben und zum Assessor extra statum bei dem Landgerichte Schwabmünchen zu ernennen, und die Verwaltung der Justiz- und Polizeibehörde Jettingen dem vormaligen Patrimonialrichter 1. Klasse, Bader zu Amerdingen, zu übertragen geruht.

Aufruf eines bayerischen Soldaten an seine Waffenbrüder.

Ein Soldat aus Würzburg erließ an seine Waffenbrüder folgenden Aufruf:

Wer immer von euch hie und da einmal in die Zeitung schaut, wird sich wundern, wenn er die Schmeichelworte liest, welche nun auf einmal an dieselben Soldaten verschwendet werden, die von den nämlichen Blättern vor gar nicht langer Zeit noch mit den Ehrentiteln gemeine Söldner, verthierte Mordknechte u. kgl. mehr bedeckt wurden, er wird sich wundern, daß auf einmal Leute, die sich früher blutwenig um uns bekümmerten, ja uns gar oft mit Geringschätzung über die Achsel ansahen, nun auf einmal so zärtlich für unser Wohl besorgt sind, sich erinnern, daß der Herr Soldat doch auch ihres gleichen sei und beinahe den Hut vor ihm ziehen. Er wird denken müssen, es hat eine solche Bewandtniß damit, einen Grund haben muß, und auch der Stumpfsinnigste wird daran zweifeln, daß dieß Alles aus bloßer so über Nacht gekommener Menschenfreundlichkeit geschehe.

Kameraden! man braucht uns, und wen man braucht und gewinnen will, dem schmeichelt man. Die Partei der Ordnung und des Rechts im Staate, wie die des Aufruhrs und der Empörung haben gar zu gut hingesehen gelernt, daß wir allein im Stande sind, die Ginie aufrecht zu erhalten und das Andere zu hindern. Darum erhöht sich die Fürsorge für unser Wohl von Seite des Staates, darum bemüht sich aber auch die republikanische Partei, diese Treue wankend zu machen und das Heer für sich zu gewinnen. Wollen wir uns einmal saltblütig und unparteiisch umsehen, wo es für uns besser ist zu stehen, und da wir auch einen Vergleich in nächster Nähe haben, nach Frankreich hinüber blicken. Dort besteht nun die Republik. Ist der Soldat dort besser bezahlt, besser bequartiert, besser genährt als bei uns? Nein. Hat er dort weniger Dienst, weniger Strapazen, eine wärmere Fürsorge, wenn er krank oder dienstunfähig geworden? Nein. Hat er dort größere Freiheiten, braucht er weniger Zucht und Ordnung zu halten, und fällt er seinen Obern weniger auf, wenn er sich vergangen? Ebenfalls nein. Dort wie hier besteht die Konskription, dort wie hier stehen Hunderttausende Jahr aus Jahr ein unter den Waffen, aber dort, wohl gemerkt, fern von ihren heimathlichen Orten und ohne halbe Jahre lang bei des Urlaubes eintreum zu können, dort wie hier endlich werden gleichmäßig in die höheren Stellen junge aus den Militär-Instituten hervorgegangene Leute wie ältere Unteroffiziere befördert. Frankreich, von Niemand bedroht, hat seine Soldaten zu auswärtigen Eroberungskriegen, und obfert sie unter unsäglichen Strapazen in fremden Weltheilen; unser Heer steht nur zur Vertheidigung des Vaterlandes bereit. Wo ist nun der Vortheil des Soldaten der Republik vor dem der Monarchie in Deutschland? Ich kann ihn nicht finden.

Man schaue uns freilich vor, eine deutsche Republik, nach dem Zuschnitte der Herren Heck, Hug, Blum und Consorten wäre ein ganz anderes Ding werden. Nur wäre dann deren Wohlbefinden Jauchzen zu Paris, wir haben selbst inländische Proben daran im Badner Oberlande und in Frankfurt gesehen. Wer von uns unter den Mördern des hochherzigen Lagern, als er sich ihnen friedebiezend nahte, meuchlings niedergeschossen, dienen will; wer sich in die Reihen von Menschen stellen will, die blutdürstiger und roher als die wildesten Kannibalen einen betagten General und einen kräftigen edlen Offizier, beide heilig als freigewählte Vertreter des Volkes, dessen Rechte diese Menschen vorgeben, zu vertheidigen, zu Tode marterten, bloß weil sie anderer Meinung waren als sie, weil sie muthvoll das schmachvolle Treiben ihrer Führer am Licht zogen, wer, sage ich, sich in die Reihen solcher Menschen stellen will, der gehe hin; freuen wir uns, wenn er aus unserer Mitte scheidet, unser aller Ehre kann dabei nur gewinnen. Und seht, diese Menschen sind die Streiter der jungen deutschen Republik!!

Gesetzt auch, diese so gerühmte und gepriesene Staatsverfassung sollte unser Vaterland wirklich beglücken, meine Lust einer von euch, daß sein eigener Zustand darum besser würde? Ist einer thörichter genug zu glauben, daß die Führer dieser Partei, wie sie auch heißen mögen, aus Liebe zu euch, aus purer Weltbeglückungswuth sich so viele Mühe geben, so viel kosten lassen? Keineswegs. Sie möchten gerne eine allgemeine Anarchie herbeiführen, um sich sich im Trüben zu fischen, und wäre das gelungen, so sind, die man bloß gebraucht, um die Kastanien aus dem Feuer zu holen, würde Niemand denken, all die schönen Versprechungen, mit denen man uns jetzt ziren will, wären vergessen, ja die Herren würden, wenn sie sie auch erfüllen wollten, nicht im Stande sein, sie zu thun. Ist es ja doch keinem Staate der Welt möglich, jedem seiner Soldaten auch nur eine Maß Bier täglich am ortentlichen Sode zuzulegen, sie aber versprechen solchemag auch mehr als mehr. Und das sie so wohlfeile Republik in Frankreich kostet. Gerade die Hilfte der Steuern mehr als früher, und dabei liegen alle Gewerbe nieder, aller Handel und Verdienst stockt. Doch das ist ihnen gerade recht. Je mehr Heraßgekommene, Arbeitslose, Unglückliche und Verzweifelnde, desto mehr Rekruten für ihre Partei, darum die Unruhe fort und fort genährt, so lange sie teuflischer Plan.

Man malt und aber das Glück der Republik auch noch mit anderen glänzenden Farben. Man verheißt uns, daß wir ruhig nahen können Pflüge bleiben sollten. Aberne Verheißung! das kann doch wohl nur so lange geschehen, als uns kein Feind bedroht, und die Republik Deutschlands würde deren so viele haben als die Monarchie nimmermehr. Wir werden aufhören, Fürstenknechte zu sein. So mögen die Lakaien und Livreebedienten der Fürsten immerhin heißen, wer, vom Staat zum Letzten, und Besten des Staates und nur deßhalb auch des Fürsten, wer der Erste im Staate ist, er, wie wir, ist dem Gesetze unterthan, und das ist in einer Republik auch nicht anders und kann nicht anders sein, wenn nicht der furchtbarste Zustand der Anarchie eintreten soll. Wie werden den Wollgesinnt unserer bürgerlichen Rechte haben. O ja! wie aber diese Herren unsere Bürgerrechte verstehen, von denen sie uns so eifrig vorschwätzen, das verrathen sich sich die und da in ihren Blättern selbst, in denen einem erst ganz kürzlich Wort für Wort zu lesen war: „Ein Glück ist es, daß bei diesem Aufstritte kein Bürgerblut gefloffen ist, nur drei Soldaten sind geblieben.“ Hat ja doch Herr Blum in seinem Schandblatte, das er eine Reichstagszeitung zu betiteln beliebt, die Frechheit zu behaupten, zu den jüngsten Aufritten in Frankfurt habe die „rohe Soldateska“ Veranlassung gegeben, welche sich Stundenlange von den gemeinsten Gesindel mit beispiellofer Geduld verhöhnen und mit Steinen werfen ließ, einem Gesindel, das freilich von jenen Herren ausschließlich das Volk genannt wird, während ihnen der brave Bürger, Bauer oder Arbeiter nichts gilt, einem Gesindel, dessen „kokbares Bürgerblut“ freilich geschont werden muß, während das unsere als gemein und werthlos unbedenklich vergossen werden darf.

Und wie die Führer so auch die stets dreisten Diener. Seht euch doch einmal die Menschen recht an, die das Geschäft übernommen haben, auf den Bierbänken, bei Volksversammlungen und dergl. die Redner zu machen, und auch das neue Evangelium der Volksbeglückung vorzupredigen. Ist es nicht immer ein übelberüchtigtes Gesicht, ein Wurfel, dem alle Bezirk fremd geworden und der den ganzen Tag in den Wirthshäusen hinterm Branntweinglase liegt, ein ganzer oder halber Bankrottirer oder ein überjahrnter Narr, ein räuschsüchtiger Wirthshausbrat oder ein kopfloser Nachplapperer von unverdauten Zeitungsartikeln, ein aufgeblasener Gock oder ein liederlicher Schreiber, ein junger Phantast oder vielleicht auch ein sogenannter wohlhabender und solider Mann, der aber gerne auf wohlfeile Weise sich ein paar lecken Alltagsbraten sich zum Wolfmanne krapfen möchte, um bei der nächsten Wahl als Deputirter zu glänzen. Findet ihr einmal einen wackeren und wirklich geschätzten Mann, so war man einen Menschen mit praktischen gesunden Hausverstande nennt, unter all diesen Aeodigern, dann sollt ihm, dann will ich Unrecht haben. Ist aber dieß nicht der Fall, warum wollen wir denn gerade den Lehren der Schlechten und Verführten Gehör geben? Sie sind gerade, als ob die Gefängnisse und Strafstuben ganz besonders mit republikanischen Ideen vollgepfropft wären, denn die Kameraden, die sich das ganze Jahr über hier mit uns herumtreiben, sind sicher auch die eifrigsten Republikaner. Aber wahrlich, wäre uns dieses Glück wirklich beschert, auch die republikanischen Gesinnungslose würden dieselben alten Bekannten bald wieder sehen, denn Ordnung und Gehorsam, die nun einmal überall sein müssen, wo Menschen zusammenwohnen, sind solchen Gesellen unter allen Verhältnissen und allen Staatsformen zuwider.

Wenn wir es aber, wie ich auch nun klar bewiesen, nicht besser bekommen, warum sollen wir denn zu einem Wechsel beitragen? Wir wissen, was wir haben, nicht was und erwartet, und wir wollen wahrlich nicht die Narren sein, die Treue zu brechen und das Vaterland zu verrathen, um die herrschsüchtigen Gelüste jener Herren zu befriedigen.

Und nun noch ein Wort an jene unter uns, die noch an das, freilich atmosphäre Wort Königthum genannt, glauben. Wir haben Treue geschworen dem König, der Verfassung und dem Gesetze, und diese vor Gott geschworenen Eide, denke ich, wollen wir denn auch redlich halten. Liebe Kameraden! laßt uns zusammenstehen vom Ersten bis zum Letzten, laßt nichts Feindliches in unsere geschlossene Reihen dringen und sie teennen, dann sind wir die Herren, die Dinge in der Welt mögen sich gestalten, wie sie wollen."

Deutsche Reichsversammlung.

(100. Sitzung vom 20. Oktober. 1. Fortsetzung der Berathung über den vorgelegten Abschnitt des Verfassungs-Entwurfs, uns zwar über die §§. 2 und 3. 2. Urlaubsgesuch eines Mitgliedes in den Ausschuß für Geschäftsordnung.) Zur gefälligen Sitzung ist nachzutragen, daß Hübner am Schlusse derselben seinen Protest der angeblichen Mehrheit des Großherzogthums Posen wider die Einverleibung in Deutschland zu Protokoll gab, nach dessen Verlesung Koch von Posen erklärte, da Herr Hübelt nur Einen Kreis der ehemals polnischen Landestheile vertrete, so behielten sich die Abgeordneten der übrigen Bezirke ihre Erklärungen in einem ganz entgegengesetzten Sinne vor. Dem Vorsitz führt Hr. v. Wagern. Nach wenigen kurzen Anzeigen, die kaum einige Minuten hinwegnehmen, wendet sich die Versammlung zum Gegenstande der Tagesordnung. Die drei gleichzeitig zur Berathung aufgestellten Paragraphen des Artikels II. des Verfassungs-Entwurfs lauten nach den Mehrheitsbeschlüssen: Artikel II. §. 2. Kein Theil des deutschen Reiches darf mit nicht-deutschen Ländern zu einem Staate vereinigt werden. §. 3. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen. §. 4. Das Staatsoberhaupt eines deutschen Landes, welches mit einem nicht-deutschen Lande in dem Verhältniß der Personalunion steht, muß entweder in seinem deutschen Lande residiren, oder in demselben eine Regentschaft niedersetzen, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen. Die hierzu mitzutheilenden mannigfachen Unter- und Verbesserungsanträge haben ausschließlich Oesterreich und dessen schwierige Lage im Auge. Die eine Gruppe dieser Anträge will demnach die Entscheidung über die österreichischen Verhältnisse für jetzt vertagt wissen. Ein anderer Antrag hingegen sucht nach der Form einer Ausnahmestellung Oesterreichs zum deutschen Reiche. Noch gibt die lange Rednerliste der einzelgeschienen Meiner Veranlassung zu einem Streite, dann wird die Debatte eröffnet, indem Fritsch von Wien das Wort ertheilt. Seine Vorträge sollen alle romantische Stimmung und vermag deßhalb so wenig Aufmerksamkeit dafür zu erregen, daß er in dem Gerüusche der Versammlung kaum vernehmbar bleibt. Fritsch spricht gegen den Vorschlag des Verfassungsentwurfs, der Oesterreich auseinanderreißen und so auf tausend Wunden bluten machen würde. Auch ist es der Meinung, daß Deutschland kein Recht zu solcher Trennung der österreichischen Lande habe, deren Verband durch die pragmatische Sanktion bereits fest und durch die Verträge von 1815. Noch ihm verbieten die politischen Rücksichten ebenfalls die Annahme des Verfassungsvorschlags. Denn nur durch Gewalt würde die Umgestaltung durchgesetzen und für Deutschland selbst vom größten Nachtheile sein, indem es damit die großen Nebenländer des Ostens von sich stoße. Auf Fritsch folgt Eisenmann von Nürnberg. Gleich seine ersten Sätze, in denen er die Unterschiede der Freiheit und Ordnungen Deutschlands mit den Schweizerlichen vergleicht, die jetzt das ganze Einigungswerk mit Oesterreich zu vereiteln drohen, rufen den lebhaften Beifall der linken Seite des Hauses auf. Die pragmatische Sanktion, auf die man zu seiner Ueberraschung zurückkomme, ist ihm nichts als das Instrument eines Hofkommissärs für das Haus Habsburg-Lothringen-Habsburg. Eine historische Bedeutung kann er ihr nicht beimessen. Haben wir so manch Anderes unter den Tisch gewerfen — warum nicht auch dies Papier? Dann entwirft Eisenmann eine Geschichte der neuen ungarischen Verfassung und der Verwickelungen mit Jellachich, wie er denn eben diese Verhältnisse von seinem Standpunkte aus auffaßt. Treulos sei die österreichische Kamarilla gegen Ungarn gewesen, treulos werde sie auch gegen Deutschland verfahren. Er polemisirt dann eifrig in einem gewissen Humor gegen die deutschen Zeitungen, und namentlich gegen die leitenden Artikel der O.-P.-A.-Ztg. Von seinen lieben Freunden, den Ungarn, behauptet der Redner, daß sie für die Personalunion und, er könne versichern, auch bereit seien, einen Theil der österreichischen Staatsschuld zu übernehmen. Das feste Herangehen Oesterreichs an Deutschland werde unter Andern auch gefordert des nöthigen Gegengewichts an Preußen liegen, dem sonst zur Klientere Staaten zur Seite ständen. Ob ein Abgeordneter glaube, das Recht zu haben, 8 Millionen deutscher Brüder preisgugeben? Er habe weder die Vollmacht der Wähler, noch den Muth dazu. „Schaffen Sie die Einheit Deutschlands — das Andere wird Alles folgen!" (Beifallsklatschen und Brava.) Dann das unterschiedliche Talent Eisenmanns, aber mit klarer Uebersicht der Verhältnisse und mit Schärfe der Motive die Auffassung forbert Arnek von Wien Modifikationen zu dem Gesetzvorschlage der §§. Ohne diese Modifikationen sei keine Vereinigung mit Oesterreich möglich. Von den Eisenmann'schen Behauptungen greift er namentlich die heraus, welche Deutschland des Einbruchs gegen Ungarn beschuldigt, um sie geschichtlich zu widerlegen und nachdrücklich zurückzuweisen. Der Einfluß Oesterreichs auf seine nicht-deutschen Provinzen sei unumgänglich nöthig, damit deutsche Gesittung und Freiheit gegen Osten hin verbreitet und damit den russischen Fortschritten an der unteren Donau begegnet werde. Ein Beschluß der National-Versammlung, wie ihn der Verfassungsausschuß beantrage, würde die Sultanmündungen nach Preßburg verlegen, und daß die Behauptung der deutschen Schiffahrt von Seiten der Ungarn nicht glimpflicher sein werde, als von Seiten der Russen, dafür sprächen bereits Beispiele. (Hört!) „Sie haben kein Recht, durch die Annahme eines solchen Beschlusses Oesterreich von Deutschland zu schrieben. Denn zur Scheidung würde Ihr Beschluß drängen. Stoßen Sie nicht das schönste der deutschen Länder von sich!" (Bewegung im Hause.) Reiter von Wien hat sich wieder auf den Protestantismus eingeschrieben, also auf dem des unbedingten Anschlusses von Oesterreich. Seine Hauptgründe entlehnt er den Gefahren, die Deutschland von den Slaven drohen, wenn es zugibe, daß Oesterreich, anstatt eines streng-deutschen Reichslandes, ein vorzugsweise slawisches Reich werde. „Lieber die russische Knute, als die deutsche Freiheit," habe Einer der slawischen Häuptlinge in Prag gesagt, dem gegenwärtig der Oesterreichische Hof sein besonderes Vertrauen schenke. Die Slaven hätten Monate hindurch auf Oesterreich gewartet, sie hätten das gedultigen Zusehens sei vorüber, und endlich müsse Europa überzeugt werden, daß das neue Deutschland kein offensiches Nebelreich sei. Die Beispiele von der Bedrängnis des deutschen Elements in Böhmen, welche Reiter aufzählt, werden von dem wiederholten „Hört! Hört!" der Linken begleitet, und der Redner sucht nicht nur nachzuweisen, daß man sich täusche, wenn man den deutschen Geist vorherrschend glaube in den gemischten Ländern, denn die Slawen seien Meister derselben, sondern auch, daß die Schwierigkeiten der völk-rechtlichen Auseinandersetzung durch die Personalunion eher vermindert als vermehrt würden. Ja, diese Personalunion sei die einzige Rettung für die Dynastie und Monarchie Oesterreichs. Schließlich bitter Reiter, die Frage bei Leibe nicht als eine Parteifrage zu betrachten. Sie sei eine rein nationale, über der sich alle politischen Fraktionen in die Hände zu reichen hätten. (Oefalls.) Eine großartige Kundgebung aus dem Hause dringt das Erschienen Wiesner's auf der Rednerbühne hervor. Mit wollen dennoch sein gestreichtes Wortspiel nicht unerwähnt lassen, womit er den heutigen Zustand Deutschlands zu bezeichnen meint. „Früher habe der Spruch geluutet: Kein Oesterreich und kein Preußen. Jetzt habe aber Preußen die Erlaubniß von dem schwarz-gelben Oesterreich, Deutschland zu verschlingen, und so heißt es denn: „Kein Oesterreich, aber Ein Preußen!" Wahr, unser dessen Vorrrage sich die Räume nach und nach wieder zu füllen beginnen, erinnert daran, daß die Bestimmungen des §. nicht blos auf Oesterreich Beziehung hätten, daß es auch ein Limburg, ein Posen, ein Schleswig-Holstein gebe. Nicht aus theoretischem Behagen, sondern, um zu ersahren, woran Deutschland mit seinen Angehörigen sei, müsse die Nationalversammlung auf den Vorschlägen des Verfassungsentwurfs bestehen. Ueberdieß sei die vielgepriesene Zusammensetzung Oesterichs die seltsamste geschichtliche Erscheinung, allein eben dies Reich werde auch von Stimmen der verschiedensten Seiten her schon jetzt als ein überwiegend slawisches Reich bezeichnet, mit welchem Deutschland ins Klare kommen, wovon es wenigstens die unzweideutige Kunde her soll an sich halten müsse. Seien nach Böhmen die Völker nicht erst durch Oesterreich zu Deutschland gekommen, sondern umgekehrt habe Oesterreich durch das Reich diese seit Jahrhunderten vorher schon deutschen Länder gewonnen. Ein von uns abgelöstes mächtiges Oesterreich würde wohl auf Deutschland seinen Einfluß äußern, nicht aber Deutschland auf dies Oesterreich. Dabingegen versprich sich Waiz den ersprießlichen Erfolg von der Erfüllung der Forderungen des §. von der Personalunion, die er durchaus für eine unmittelbare halte. „Wir müssen," schließt er, „das Zutrauen in Oesterreich zeigen, daß sie ihre Stützen nicht blos auf den Wiener Barrikaden und in der Unzufriedenheit Ungarns haben. Das deutsche Oesterreich bleibt bei uns." Unterstaatssekretär Bürck hält die Personalunion nicht für unvereinbar auf ein Großreich von europäischer Stellung. Eben so sei die pragmatische Sanktion kein Familienvertrag, sondern sie sei auch von allen ständischen Körpern Oesterreichs anerkannt worden. Alle Ausstände Ungarns gegen Oesterreich seien mit französischem Gelde bestritten worden — und würden vielleicht noch heute damit bestritten. (Unterbrechung und Widerspruch von der Linken.) Wenn Oesterreich durch die Abtrennung der deutschen Provinzen in Trümmer gesprengt würde, würden sich die Bruchstücke zu slawischen und magyarischen Reichen konstituiren. Wer möchte die Verantwortung eines solchen Zwiespaltes übernehmen! Als Ausweg schlägt Bürck vor, daß die Zentralgewalt beauftragt werde, sich mit dem Wiener Ministerium über die unumgänglich als nothwendig erachteten Modifikationen in Vereinbarung zu setzen. Da die Verhandlung noch fort währt und für heute keine Abstimmung zu erwarten steht, so geben wir morgen den Schluß.

(P. Z.)

Deutschland.

Bayern. — München, 23. Okt. Hier liegt die folgende Adresse an Se. Majestät den König zur Unterzeichnung auf: „Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König! — Die Tage des 16., 17. und 18. Okt. waren Jungen feveelsafter Angriffe auf Leben und Eigenthum unserer Stadt. Niemals hat Bayerns Metropole solchen Gräuel der Verwüstung geschaut, aber auch nie eine solche Schwäche und Rathlosigkeit jener Behörden, denen der Vollzug der Gesetze anvertraut ist. Das Gefühl der Unsicherheit ist allgemein. Majestät! Wir wollen rechtgläubige und treftige, wir nicht minder humane Handhabung der Gesetze, damit wir für Leben und Eigenthum wahrhaften Schutz haben, und nicht nach Gesährdung dieser großen Güter noch der Herrschaft des Staudrechts verfallen. Diejenigen Personen, denen

in den verflossenen Tagen der Gefahr die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit Pflicht war, — die diese Pflicht in mehr als bekwendener Weise versäumt haben, sind sofort zu entfernen und zur Rechenschaft zu ziehen. Aber auch für die Zukunft muß eine bessere Bürgschaft der öffentlichen Sicherheit geschaffen werden. Wir wollen diese selbst übernehmen. Es kann kein Zweifel sein, daß sich der bisherige Verwaltungs-Organismus zum Schutze unserer Leben und Eigenthume als unbrauchbar erwiesen hat. Wir zweifeln deßhalb, daß der Chef der Sicherheitspolizei mit voller Verantwortlichkeit unabhängig gestellt und der bewaffnete Schutz dessen, was uns neben dem Vaterlande das Theuerste ist, unter allen Umständen dem sogleich frei zu wählenden Kommandanten der Landwehr und Freikorps anvertraut werde. Der nächste Landtag muß unserem Stadtbehörden die Handhabung der Sicherheits-Polizei zurücknehmen und ein Gesetz schaffen, wonach jene Gemeinden für allen Schaden haftbar ist, der aus Vernachlässigung der öffentlichen Ruhe entspringt. Es ist ein unabweisliches Bedürfniß, daß dem im Landtagsabschiede vom 23. Mai 1846 § 8 Nr. 1 durch die Stände des Reichs gestellten Antrage unverweilt Folge gegeben werde. Für alle unsere Mitbürger aber, welche durch die traurige Katastrophe der jüngsten Tage zu Schaden kamen, fordern wir von der Staatsregierung sofortige volle Entschädigung, weil durch einigermaßen rechtzeitige Vorkehrungen von Seiten ihrer Organe die schaudererregenden Angriffe auf Leben und Eigenthum ohne allen Zweifel hätte abgewendet werden können. Majestät! Die Freiheit hat nichts gewonnen mit dem Verbrechen. Sie will Gesetze, gestützt auf die Ueberzeugung — auf den Willen der Bürger. Wo ihre Verschsuht walter, da ist Freiheit, — wo sie ist unterdrückt, da ist Willkühr. Und Gesetze und die Kraft, für dasselbe einzustehen. Wer diese Bürgschaft des Friedens schafft, dem wird das Volk die Krone der Liebe, — die Geschichte den unverwelklichen Kranz unbewoller Vergeltung aufs Haupt setzen!"

Die Landwehr und die Freikorps werden noch im Laufe dieser Woche ihre nun vollständig hergerichtete Hauptwache im Magdeburgerdüre Nr. 1 im Thal beziehen. — Se. Maj. der König Max hat am vergangenen Freitag den Bierbrauer Hrn. G. Pschorr in seinem Hause besucht. Se. Maj. besichtigte die sämmtlichen beschädigten Lokalitäten und ließ sich den ganzen Hergang der Dasselbe vorgefallenen Ereignisse erzählen.

Baden. — **Karlsruhe**, 19. Okt. (56. Sitzung der I. Kammer.) Staatsminister v. Dusch legt auf den in der Sitzung durch den Abg. Sachs wegen Aufhebung des Ministeriums des Auswärtigen und wegen Zurückberufung der Gesandtschaften gerichtete Interpellation folgende Erklärung ab: „Die Regierung, meine Herren, hat schon seit längerer Zeit einige Gesandtschaftsposten, welche erledigt waren, unbesetzt gelassen. Sie hat nach dem Erscheinen des Gesetzes über die Errichtung einer provisorischen Zentralgewalt für Deutschland Vertretungen getroffen, um die Auflösung der wenigen noch bestehenden Gesandschaften vorzubereiten, und auf das Raunsscheiben des Reichsministeriums vom 20. September, das Ihnen durch die öffentlichen Blätter bekannt geworden ist, eine vollkommen entsprechende und anschließende Anwort geben lassen. In ganz kurzer Zeit werden die noch bestehenden Gesandtschaften bis auf den Berner Posten aufhören. Die gänzliche Einziehung dieses letzten Bandes mit dem von Beybandlungen mit der Zentralgewalt und von der Möglichkeit der lieberndme sämmtlicher internationalen Geschäfte durch den Reichsgesandten, welche die Grenzverhältnisse und zahlreiche Interessen unserer Landesangehörigen betreffen, ab. Sobald dieß geschehen ist, wird der Gesandte zu Paris auch abberufen werden. Derselbe in Bezug auf die Vertretung nach außen durch die Zentralgewalt in der Regierung die bereitwilligste Mitwirkung und Unterstützung aller Staaten für wesentlich. Denn nur in der Zentralgewalt bieten sich alle vereinten Kräfte zu einer wahren politischen Weltmacht ersten Ranges, — und als solche müssen wir uns der Welt gegenüber stellen und unwandelbar darstellen, als eine solche müssen wir uns zur Vertretung unserer großen gemeinschaftlichen Interessen im Gegensatze gegen alle Welt betrachten, soll die Entwicklung unserer politischen Freiheit und unserer nationalen Wohlfahrt dauernd gesichert sein. Nur dadurch auch, daß überall deutsche Reichsgesandte im Namen des Bundesrechts auftreten und dieser politischen Gesammtmacht persönlichen Ausdruck verleihen, in ihren freundschaftlichen Beziehungen zu andern Staaten, in der Verhandlung ihrer Interessen, in der Mitwirkung bei den Verhandlungen über allgemeine europäischen Fragen, mit denen wieder unser eigenes Schicksal auf's innigste verwebt ist, kann da gerechte Verlangen der deutschen Nation befriedigt werden, und wird das Mißbehagen einer unsichern politischen Stellung in der Welt in ein beruhigtes, wohlbegründetes Selbstgefühl übergehen. Wieles hat die Zentralgewalt dazu schon in den wenigen Monaten ihrer Dauer, zur Beseitigung großer Dinge, meine Herren, mitten unter Sorgen von Schwierigkeiten, gehört Zeit und Ausdauer, und ohne die Begeisterung dafür zu verlieren, muß man die Ungeduld bezähmen, die nichts fördert. Die Zeitereignisse haben Ungeheures auf einmal auf die neuentstandene Zentralgewalt gewälzt; wir dürfen sohl sein auf die feste, edle Haltung, die sie bewährt, und wer es mit seinem Vaterlande redlich meint, wird ihr Dank wissen und sich doppelt freudig und vertrauend an sie anschließen. Was die weiter gestellte Frage wegen Auflösung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten betrifft, so kann wohl unter den jetzigen Umständen nicht die Rede davon sein. Nicht blos bestehen die Geschäfte dieses Ministeriums fort, sondern sie haben durch die Zeitereignisse sich noch bedeutend vermehrt und vermehren sich von Tage zu Tage durch die Gesetzesvorschriften und durch die immer mehr sich ausdehnenden Beziehungen zu der Zentralgewalt." Sachs will sich mit den schönen Worten des Ministers des Auswärtigen, welche von hablgster und bewundchgster Rücksichtung sprechen, nicht beruhigen und glaubt, es werfe ein schiefes Licht auf die Zentralgewalt, wenn jeder Staat auch noch besondere Gesandte habe. Er stellt den Antrag, den Gegenstand an die Abtheilungen zu verweisen und eine Kommission zu ernennen, welche solchen in nähere Berathung ziehen und der Kammer geeignete Vorschläge machen möge. Kapp verbreitet sich über das Verhalten der Zentralgewalt und der Reichsversammlung, und will, daß diese ihre Macht nicht nur nach unten, sondern auch nach oben, nämlich gegen die hohe Aristokratie entwicke, indem man sonst glauben müßte, es sei der alte Bundestag wieder da. Nachdem er diese seine Ansicht in längerer, feuriger Rede zu begründen versucht hatte, verlangt er ferner Schutz für die kleineren Staaten Deutschlands, damit sie nicht von den größeren verspielt werden, und daß in dem jetzigen Augenblicke die Zurückberufung der Gesandten aus diesem Grunde für gefährlich. Helmreich und Blankenhorn sprechen in ähnlichem Sinne wie Sachs. Metz eben so, wir aber bei seinem nähern Eingehen auf die Wirksamkeit der Zentralgewalt von Jittel durch die Bemerkung unterbrochen, daß letztere nicht anwesen sei und sich also auch nicht vertheidigen könne. Bissing beantragt, es möge die Kammer durch einen Beschluß zu Protokoll und allbaldiger Rückberufung der Gesandten beschließen. Nachdem auch noch Schmitt, Helbing und Kieser gesprochen, erklärt sich Schaaff für den durch Sachs gestellten Antrag, und wünscht um so mehr eine gründliche Berathung der Frage wegen Rückberufung der Gesandten, als ein Vorgang jüngster Zeit dieses nothwendig mache. Der Redner spielt auf eine Erklärung an, welche durch einen Abgeordneten der Nationalversammlung, der zugleich Minister eines benachbarten Staates sei, abgegeben worden, die wohl geeignet wäre, die kleineren Staaten vorsichtig zu machen. Was übrigens das von der Nationalversammlung seither eingehaltene Verfahren betreffe, so glaube er, daß sich dieselbe zu viel mit Nebensachen beschäftigt und dadurch selbst verschulde, wenn der günstige Zeitpunkt unbenützt vorüber gehe. Der Antrag Bissing wird bei Antrag von Sachs angenommen und die Sitzung geschlossen. (K. Z.)

Aus dem Oberlande. Das heiligenswerthe Benehmen des Lörracher Gemeinderaths und der Bürgerwehr bei dem Struveschen Einfall ist bekannt; man weiß, daß der dortige Bürgerwehrsturm schon am Donnerstag den 21. Sept. in der Frühe von der Absicht jenes Ausführers, der Stadt Lörrach einen Besuch zu machen unterrichtet war, ohne daß von der Staatsbehörde Nachricht zu geben; bekannt ist, daß als Struve gegen Abend jenes Tags mit nur etwa 25 Hesserabführern daselbst eintraf, schon alles zu seinem Empfange vorbereitet, die Beamten bereits verhaftet waren. Offenkundig ist ferner geworden, wie Bürgerwehren umliegender Gemeinden, vor allen die von Steinen, der aufgestellten rothen Fahne sofort freiwillig zugezogen, und unsere sich zum Theil ohne ein weiteres zwingen im Ernste völlig terrorisiren ließen. Das gibt leider keinen Beleg, daß unser Volk überall wahrhaft fiel und selbstständig handelt. Doch von diesen trüben Bildern ist es erfreulich, den Blick auf andere Gemeinden zu wenden, die sich weder durch abenteuerliche Versprechungen verführen, noch durch Drohungen schrecken ließen, vielmehr ihr Haupterbt gegen solche Eindringlinge treulich zu wahren wußten. Unter diesen hier die Gemeinde Hof zu; welche trotz aller Exekutionen keinen Mann zum Zug schickte; wir nennen Zällingen, dessen Bürgermeister, noch ein junger Mann und erst seit kurzem im Dienst, zweimal eine bewaffnete Schaar, welche in der Absicht, die Grenzaufseher zu entwaffnen, gekommen war, zum Orte hinaustrieb; noch andere Gemeinden haben sich auf solche anerkennenswerthe Weise benommen. So danken wahrhaft freie Männer, die jeder Tyrannei, in welcher Form sie sich zeigen mag, die Thüre weisen. (M. Frkh. Z.)

H. Braunschweig. In Braunschweig zogen eine große Anzahl Handwerker zu dem Volksredner Lucius und verlangten von ihm Arbeit, um die er sie gebracht habe. Da er sagte, er könne ihnen nicht helfen, so rückten sie ihm auf den Leib, daß er zum Fenster hinaussprang. Dann gingen sie zum Bürgermeister ihn, den Bürgermeister ein Gnade zu machen, sonst würden sie die Thüre herstellen; im Nothfall könne er auf sie rechnen.

Anhalt-Bernburg. — **Bernburg**, 13. Okt. Heute hat sich der Landtag für permanente erklärt, die exekutive Gewalt an sich genommen und einen Landesbauschuß niedergesetzt. Im heutigen Regierungsblatte stehen sich mehrere Erlasse des Landtags, in denen erstem er den Behörden befiehlt, bis auf weiteres keinen Ministerialbefehlen Folge zu leisten. Im zweiten erklärt er sich für permanent. In zwei weiteren ist der Beschluß enthalten, die Bürgerwehr zu verpflichten (bereits geschehen) und ebenso die Verpflichtung des Militärs (gleichfalls geschehen). Ferner wurde beschlossen, daß sowohl die herzoglich-Lauenburgerregierung, wie die herzoglich Kammer um vom Landtage oder besser Ausschusse, nicht aber vom bisherigen Staatsministerium Befehle entgegenzunehmen haben. Auch soll gegen den etwaigen Einmarsch von Reichstruppen protestirt werden. Ueberall erblicken wir leider in diesen kleinen Ländchen, denen offenbar die Lebensfähigkeit durch eigene Kraft abgeht, dieselben traurigen Erscheinungen. Hier muß energisch eingegriffen, das Uebel in der Wurzel abgeschnitten werden.

Sächsische Herzogthümer. — **Koburg**, 19. Okt. Der herzogl. Landtagskommissär geh. Staatsrath Brehmer machte in der heutigen Sitzung den Landständen die Mittheilung, daß nach so eben empfangener Anzeige des Reichskommissärs v. Wydenfels auf Befehl des Reichsstatthalters 6000 Mann hannoversche Truppen auf dem Kommissär besonderen freundlichen Rücksichten nach Meiningen, Hildburghausen und Koburg reisen und in der allernächsten Zeit einrücken würden. Diese Mittheilung er-

regte unter den Abgeordneten und dem anwesenden Publikum lebhafte Sensation. Abg. Dietz fragte, ob in Anbetracht der ungestörten Ruhe und des durchaus gesetzlichen Zustandes im hiesigen Herzogthume die Landstände nicht gegen eine solche Truppenzusammenziehung protestiren wollten. Der Landstandsdirektor benannte zur Besprechung dieser Angelegenheit eine außerordentliche Sitzung auf morgen an. (K. v. u. f. D.)

Preußen. — Berlin, 19. Okt. Die gerichtliche Untersuchung wegen der traurigen Vorgänge am 16. ist bereits eingeleitet. Viele Zeugen sind vernommen. Der Präsident des sogen. Lindenklubs, Müller, ist am 16., unter einer Linden in der Nähe des Kampfplatzes hyernd, verhaftet worden. (Berl. N.)

— Nach der „National-Zeitung" bildet die Militärmacht, welche um Berlin herumgelagert ist, eine beträchtlichere und in jedem Augenblick schlagfertige Armee. Besonders stark ist die Artillerie, welche bis in die neueste Zeit noch verstärkt worden ist. Im Ganzen befinden sich 45 Batterien mit 360 Geschützen in der Nähe der Hauptstadt; und jede Batterie ist mit 242 Schuß versehen. In Zossen, einer Stadt von 2000 Seelen, liegen allein 2 Batterien. Die Infanterie ist beständig mit 60 scharfen Patronen versehen. Ueberall auf den Dörfern, wo Infanterie liegt, sind auch zugleich Kavallerieposten stationirt, um die beständige Verbindung mit den einzelnen Kantonirungen zu unterhalten.

Frankreich.

** Paris, 17. Okt. Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung war eine der beruhigendsten, die seit dem Februar gehalten worden sind. Wenn auch einige alte Republikaner systematische Opposition gegen Hrn. Dufaure machten, so hatte derselbe doch eine ungeheure Mehrheit für sich, und die 75—100 Mitglieder welche nicht mitstimmen will sie erst die Handlungen des neuen Ministeriums prüfen wollen, werden in sehr kurzer Zeit auf der Seite desselben stehen und für alles stimmen, was das Ministerium vorlegt, wenn es nur irgend zum Wohle des Landes gereicht. — Heute ist ein Befehl des Kriegsministers erschienen, welcher die Truppen, die bisher unter Zelten in verschiedenen Lagern um Paris kampirt hatten, in ihre Kasernen zurückbeordert. — Nach der Februarrevolution wurden bekanntlich Bedouin aufgeboten und von den Bäckern die zu ziemlich hohen Preisen angenommen. Jetzt wollen sie diese Leute auf diese Weise dem Staate gewachten Vorschüsse noch nicht zurück erhalten! — Ein ziemlich verbürgtes Gerücht nennt Hrn. Taschereau als neuen Generalpolizeidirektor im Ministerium des Innern. — Die Legitimisten scheinen seit einiger Zeit mit außerordentlicher Rührigkeit Unterschriften zu einem Ansehen von 30 Mill. Fr. zu sammeln, welche der Herzog von Bordeaux aufrechnen will, allein man glaubt, daß die Legitimisten allein nicht im Stande sind die genannte Summe aufzubringen. — Ein Gerücht, als sei die Cholera hier ausgebrochen erweist sich Gott sei Dank als falsch.

** Paris, 18. Okt. Gestern Abends fand an der Barriere Poissonniere ein Bankett der rothen Republikaner statt, dem etwa 1000 Köpfe beiwohnten. Die Theilnehmer waren in zwei verschiedene Lokale vertheilt, die größere Zahl unter dem Vorsitze des Hrn. Pierre Leroux in dem einen, die kleinere unter dem Vorsitze des ehemaligen Pairs d'Alton Shee im andern. Man hatte angekündigt, es würde eine große Zahl von Volksvertretern beiwohnen. Zuerst sprach man von wenigstens 200, dann von 150, und zuletzt glaubte man wenigstens alle Mitglieder vom Berge anwesend zu sehen. Lammennais sollte als Präsident, Ledru-Rollin als Vizepräsident dabei auftreten. Aber keiner von beiden erschien, und von den verheißenen Volksrepräsentanten waren im Ganzen drei anwesend, nämlich Pierre Leroux, Proudhon und Greppo. Dieß Ausbleiben machte auf die Anwesenden natürlich keinen guten Eindruck. Nachdem sie etwa 1½ Stunden vergeblich nach gewartet, setzten sie sich endlich doch zu Tische, und daß es an zahlreichen Toasten nicht fehlte, versteht sich von selbst. Darunter waren folgende: auf die Revolution (von Proudhon), dem ehemaligen Berge (von Pierre Leroux), auf die Wiener Revolution (von Wander de Monjau den Altern), auf die Einigung der Demokraten (von Cabet). Auf die demokratische und soziale Republik (von Alton Shee). Pierre Leroux, Proudhon und Cabet begaben sich begleitet von einer Anzahl ihrer Freunde gegen 7 Uhr von der größern Abtheilung zu der kleinern und hielten auch dort Reden. Bald darauf ging Alles auseinander. Volkshaufen, fast durchweg mit Gewehren versehend, die eben von der Revue heimkehrten, hatten sich allmälig in der Straße gesammelt, verliefen sich aber ruhig und die Ordnung wurde nicht gestört. Die Behörde hatte übrigens ihre Maßregeln getroffen, um jeder Störung derselben vorzubeugen. — Der Moniteur widerspricht heute den Gerüchten, als sei eine Demonstration gegen die Regierung im Werke, die übrigens bereit sei, jedem aufrührerischen Versuch mit Nachdruck und Strenge zu begegnen.

* Paris, 19. Okt. Die Antwort von Palmerston auf die Erklärung des sardinischen Botschafters Ricci, daß Sardinien den Krieg wieder aufnehmen würde, indem die Friedensunterhandlungen erfolglich nicht den gewünschten baldigen Erfolg hätten, ist für diesen wenig tröstlich. Der edle Lord hat ihm mit zuckersüßen aber deutlichen Worten vorgestellt, daß die englisch-französische Vermittlung ihren ruhigen Gang gehe, unbeirrt durch die neuesten Wiener Ereignisse. Habe England schon früher den König Karl Albert von dem ungleichen Kampfe abzuhalten versucht, so habe der Erfolg des Kampfes Englands richtige Voraussicht bestätigt. Die Wiederaufnahme des Kampfes könne nur zu einem Vertilgungskriege führen, da Radetzky seinen letzten Mann daran setzen werde, um seine Stellung am linken Ufer des Ticino zu behaupten. Das englische Kabinet würde sich alsdann genöthigt sehen, von dem Vermittlungswerke zurückzutreten und dem König Karl Albert volle Freiheit zu handeln, aber auch für alle Folgen die Verantwortlichkeit zu übernehmen, für den Fall, daß die piemontesische Armee neue Niederlagen erlitte. Das französische Kabinet hat eine ähnliche Antwort gegeben — Mehrere hohe Stabsoffiziere, welche die französische Regierung nach Sardinien gesandt hatte, mit dem geheimen Auftrage, die tragische Situation Karl Alberts zu erforschen, so wie den wirklichen Zustand seiner Armee, für den Fall einer Wiederaufnahme des Krieges mit Oesterreich, haben darüber ausgesprochen, daß der piemontesische Soldat als solcher alle Anerkennung verdiene, daß aber die Armee wichtigen Mangel an tüchtigen Offizieren und Generalen habe, so wie überhaupt die Organisation mangelhaft sei und alle Bedingungen eines zu hoffenden glücklichen Erfolges fehlten. — Unter solchen Umständen theilt das französische Kabinet keineswegs das Vertrauen, des sardinischen Kabinets, und kann es um so weniger zu einem Kriege ermuthigen, da eine Zahrestheit eintritt, welche durch die häufigen Ueberschwemmungen, welche sie in ihrem Gefolge hat, die Führung des Krieges unendlich erschwerte. — Die Schnelligkeit, mit der die Nationalversammlung die 15 letzten Artikel der Verfassung beraten hat, läßt hoffen, daß sie in der morgigen Sitzung diese Berathung beschließen wird. Die zweite Lesung wird noch der Form wegen in den ersten Tagen der nächsten Woche stattfinden, wo die Versammlung, wie man vermuthet, sich der Präsidentenwahl halber vertagen wird, und die Abgeordneten sich in ihre Wahlorte begeben werden, um dort die Gemüther für die Wahl des General Cavaignac zu stimmen.

Nachschrift.

*† München, 23. Okt. Dem Vernehmen nach ist der Ingenieur-Korps-Kommandant Oberst v. Lüder zu Ingolstadt zum Stadtkommandanten in München unter Beförderung als Generalmajor ernannt worden. — Graf Bray hat sich auf kurze Zeit in Urlaub begeben, während welcher der k. Staatsrath Frhr. v. Strauß dem Departement des Auswärtigen vorsteht.

* Der Belagerungsstand zu Frankfurt ist durch Kundmachung des Reichsministeriums des Innern vom 20. aufgehoben worden. Alle Maßregeln für Aufrechthaltung der Ruhe, Ordnung und öffentlichen Sicherheit bleiben fortbestehen.

Berichtigung. — In einer Anzahl der zuerst abgedruckten Nummern unserer vorgestrigen Beilage ist durch ein in der Eile gemachtes Versehen in der Druckerei unseres Blattes die dritte Seite an die Stelle der zweiten gestellt gewesen. Der Leser wird übrigens die Verwechslung leicht erkannt haben.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 21. Okt. Oesterr. 5proz. Metall. 64, 4proz. 54, 3proz. —, 2proz. 33½, Bankaktien 1090. P. 500 fl.-Loose 109¾, 250 fl.-Loose 72. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine — P. G. Staatsschuldscheine 3½proz. 74½, — Bayer. 3½proz. 76½, — Luxemburger Verbah. 66. — Württemberg. 3½proz. 74½, 4½proz. 91¼, — Bad. 3½proz. 71¾. — Loto-Anlehen à 50 fl. 44½, 35 fl.-Loose 24½, — Darmstädt. 3½proz. 74. 4proz. 82½, — Loto-Anlehen von 50 fl. 60, 25 fl.-Loose 20½, — Kurhessl. Friedr.-Wilh.-Nordb. 40½, 40 Thlr.-Loose 24¾, — Nassau. 3½proz. 79½, 25 fl.-Loose 20½, — Frankf. 3proz. 77, 3½proz. 90½, 86. Taunusbahn 272. — Holländ. Anlehen 44¼, — Span. 5proz. innere Schuld 17½, — Pol. 300 fl.-Loose — 500 fl.-Loose 66¼. — Sard. 36 fr.-Loose 24½. Disc. 2.

Paris, 19. Okt. 3proz. 44.40, 5proz. 68.55. Schatzsch. — Bankaktien 1535.30. Stadtobligationen 1120.—. Vier Kanäle —. Compt. von Algier —. Belg. 5proz. von 1840 76½, von 1842 76½, 4½proz. —. 3proz. —. 2½proz. —. —. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 79.—. Röm. 5proz. 62. Span. 5proz. 23½. Rivva —. Passiva 2½. Piem. 885.—. Pabst —. St. Germain 300.—. Versailles (rechte) 103.—. (links) 97.50. Orleans 610.—. Rouen 382.50. Havre 185.—. Montell. 197.50. Beziers 227.50. Boulogne —. —. Bordeaux 370.—. Nordbahn 357.50. Montereau —. Lyon —. —. Straßburg 332.50. Nantes. 316.25.— Dieppe —.—. Seeaux —.—. Montpellier —.—. La Teste —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Sonntag, den 22. Oktober 1848.

Im Namen des deutschen Reichsverwesers.

Der Reichsverweser von Deutschland, Erzherzog Johann von Oesterreich, in Betracht seiner Pflicht, über die Sicherheit und Wohlfahrt in allen deutschen Landen zu wachen, sendete uns, die Unterzeichneten, als Reichscommissäre nach Oesterreich. Er beauftragte uns, so viel möglich zur Wiederherstellung der friedlichen Verhältnisse in den deutsch-österreichischen Landen zu wirken. Wir erachten es daher für unsere Pflicht, die hiesigen Bewohner dieser Lande offen um freundliche Aufnahme und Unterstützung unserer Sendung zu bitten. Dieselbe beziehet sich auf die Sicherung ihrer konstitutionellen Freiheit, ihres Lebens und Besitzstandes gegen die allergefährlichsten Störungen. Durch diese Botschaft will die unter Mitwirkung österreichischer Abgeordneter mit Zustimmung der österreichischen Regierung entstandene neue deutsche Reichsgewalt, deren ehrwürdiges Haupt wir Oesterreich und seinem glorreichen Fürstenhause verdanken, den österreichischen Stammlanden ähnliche Theilnahme erwidern, wie sie früher oftmals kaiserliche Vermittlungsconferenzen unseren Ahnen bei allen deutschen Reichseinsturzen Staaten in unheilvollen innern Zerwürfnissen mit glücklichem Erfolge leisteten. Unsere Sendung ist eine Mission des Friedens und der Versöhnung. Wir kündigen dieselbe bei unserem Eintritte in die österreichischen Lande feierlich als eine solche an. Sie nimmt nur das Vertrauen und die besonnene und rechtliche Ueberzeugung und Mitwirkung der öffentlichen Behörden und der Bürger in Anspruch. Billig unwahr sind alle Gerüchte, als seien preußische und bayerische oder andere Truppen zum Einmarsche in Oesterreich aufgeboten, als könne diese Mission, von Männern übernommen, welche schon seit den deutschen Freiheitskriegen lange als ein Vierteljahrhundert ohne Wechsel der Grundsätze und ohne Wanken ihr Leben dem Siege gesetzlicher deutscher Freiheit widmeten, jetzt realisirbar gegen diese Freiheit, zu feindbalt gegen die deutsche Nationalsache in Oesterreich und gegen Oesterreichs Verbindung mit Deutschland gerichtet sepn.

Der Mangel vollkommener constitutioneller Freiheit ist gerade das höchste bisherige Unglück Deutschlands und auch die Quelle der unheilvollen Zerwürfnisse in Oesterreich, ihre realisirende Unterdrückung würde beide zum Untergange führen. Die deutsch-österreichischen Lande aber sind durch Gott, durch das Vaterland und ihre Geschichte mit Deutschland verbunden. Beide gehören so unzertrennlich einander an, wie das Glied dem Körper und der Körper dem Glieder. Ihre völlige Zerreißung wäre Zerstörung der Lebensgesundheit für beide, wäre Anfang des Bürgerkrieges und Unterjochung aller sinnlichen Gelüste in Ost und West, in Nord und Süd.

Wir aber fordern von Euch, wackere, wahrhaftige Oesterreicher, feierlich auf, es besonnen zu überlegen, ob nicht gerade die Fortdauer Eurer unglückseligen Zerwürfnisse, ja ob nicht ein blutiger Sieg, wie eine blutige Vernichtung der einen oder der andern der in Eurer vielfach verwickelten Lage zegt einander gegenüberstehenden Parteien, für die Freiheit, für die Verbindung der deutsch-österreichischen Stämme mit den deutschen Gesammtvaterlande, für die Ehre, Würde und Macht aller unter dem kaiserlichen Oberhaupte vereinigten Völker gleich verderblich wirken müßte! Darum hört die Stimme des deutschen Reiches und des deutschen Reichsverwesers, vertauschet, noch ehe er weiter entbrennt, den blutigen Kampf der Waffen mit der friedlichen Unterhandlung und nehmt, so weit ihr derselben irgend Vertrauen schenken könnet, unsere freundliche Vermittlung an, welche wir persönlich Euch anzubieten im Begriffe stehen.

Es lebe Oesterreich und sein ruhmvolles Kaiserhaus! es lebe Wien! Möchte Oesterreich und möchte Wien baldmöglichst und immer mehr Wohlstand und heiteren Lebensgenuß, gleich den freien Breiten und ihrer blühenden Hauptstadt, mit einer voll-ändigen aber gesetzlichen und mit männlicher Reife gehandhabten constitutionellen Freiheit vereinigen!

Passau, den 19. Oktober 1848.

Die Reichscommission.

Welcker. Mosle.

Neuestes aus Wien vom 19. Oktober.

**Wir glauben bestimmt sagen zu können, daß die Wiener-Komödie bald ausgespielt sein wird. Wir haben die Wiener Blätter vom 19. erhalten, die Korrespondenz auf gewöhnlichem Wege aber ist ausgeblieben. Dagegen erhielten wir auf außerordentlichem Wege den folgenden Brief, welchem wir einige sehr bezeichnende Anzüge aus den Wiener Blättern folgen lassen.

J Wien 19. Oktober. Ich bin seit längerer Zeit hier, was soll ich Ihnen aus dieser Stadt noch sagen, was Sie nicht schon früher empfunden und gefühlt haben. Noch kann ich mich aus der Betäubung kaum erholen, in die mich der 6. Oktober stürzte. Seit jenem Tage sieht es in Wien so aus, wie eine Kaiserl Juneren aufgesehen haben mag. Ueberall Entsetzen über die eigene That, und Erkenntniß, aber verzweiflungsvolle des fast rettungslosen Zustandes. Indessen stehen Truppenmassen auf allen Gegenden um die Stadt herum sich zusammen. Jellachich an der Leitha reißt sich an Auersperg, dieser an die Truppen aus Mähren bei Klosterneuburg, jenseits die Truppen aus Böhmen. Von Böhmen, Mähren und einem Theile Galiziens sind 45000 Mann im nahen Anzug, und Hammerstein droht aus Galizien mit einem Einfall in Ungarn. Dies ist der Grund des Rückzugs der ungarischen Armee, die den Bau unter den hiesigen Mauern hätten angreifen und nerttigen sollen. Die Nachricht davon ist officiell. Dieses Verfahren der Ungarn hat die Rebellen Wiens ganz niedergeschlagen, aber auch mit der höchsten Entrüstung erfüllt. Man demerkt bereits, wie sie steinlaut werden. Nun soll mit aller Gewalt der Landsturm aufgeboten werden, um die Truppen zu vertreiben; vielleicht zwingt man sogar den Reichstag zu diesem Aufruf, gegen den er sich übrigens standhaft weigert. In jedem Falle aber sind alle Anzeichen vorhanden, daß das Landvolk weit und breit sich durchaus nicht zu dieser Maßregel herbeileistet, sondern nur Ruhe und endlichen Genuß jener Freiheiten wünscht, die ihnen Niemand vorenthalt als eine, die das Volkert Freiheit stets im Munde führen. Wir sehen hier einer vollständigen Belagerung entgegen. Seit mehreren Tagen werden die Zufuhren vom Lande immer spärlicher, obwohl nicht die Truppen, die mit aller Humanität versahren, den Verkehr besonders erschweren. Es ist eine große Lüge, daß von den Truppen um Wien Erpressungen oder gar Plünderungsakte vorgekommen seien, das Bewehmen derselben kann allgemein, wohlverdientes Lob; nur unsere Demokraten verfolgen ihren Verschwörungsplan. Und wenn ich von den Truppen spreche, so begreife ich die alter Jungen, also auch die Kroaten darunter.

** Wir entnehmen der Allg. Zeitung vom 21. Okt folgende Nachrichten aus Wien vom 15. 16. 17. und 18. Okt. Die Ungarn haben sich wieder auf ungarisches Gebiet zurückgezogen; sie waren nicht bis über Petrouell am rechten Donauufer hinausgekommen. Grund des Rückzugs soll sein, daß die ungarische Armee trotz ihres Vorrückens keine Aufforderung weder vom Reichstage noch vom Gemeinderathe erhalten weiter vorzugehen und den Wienern zu Hülfe zu kommen. (Wir verweisen in dieser Beziehung auf unsere Wiener J Korrespondenz.) In Wien selbst werden einzelne Stimmen gegen den Reichstag laut, und warnen vor erkannten Verräthern! Ein Bataillon Latour ist im Lager eingetroffen. Es sahrt eine schwarze Fahne und soll sich verschworen haben, keinen Pardon zu geben. In der Nacht ist es namentlich sehr unruhig, aber Handel und Gewerbe liegen darnieder, und Jeder fühlt, daß der jetzige Zustand nicht lange mehr dauern darf, wenn nicht die furchtbarste Anarchie hereinbrechen soll. Der Gemeinderath besitzt nicht die Geldmittel, die vielen Tausende zu ernähren, die unter Waffen stehen. Mit der Organisirung des Landsturms geht es stockend. Die Bauern wollen nicht gegen den Kaiser zu Felde ziehen. — In der Reichstagssitzung vom 18. wachte Schuselka die überraschende Mittheilung, daß Hr. v. Pulszky der öffert. Reichsversammlung den guten Rath gegeben, in dem schwebenden Streite die Vermittlung oder das Einschreiten des deutschen Reichsverwesers anzurufen! — Von der sleyerischen Grenze meldet das Wiener Blatt unter dem 14. Okt., daß die Stadt auf einige Tage von zwei Seiten vernirt und jede Eisenbahnverbindung abgebrochen sei. Von Fr. M. Auersperg wurden zwei Proklamationen an das österreichische und steyrische Landvolk veröffentlicht, in denen er dasselbe zur Ruhe auffordert, sie über seine friedlichen Absichten und die strengste Mannszucht von Seiten der Truppen beruhigt. In Hetz soll angeblich eine Note des Prinzen Windischgrätz an Jellachich sein, des Inhalts, daß die Ungarn zur Zeit sich von Oesterreich losgerissen habe, der Czar es bis zur Ordnung der Verhältnisse mit dem Kaiser als ein selbstständiges Land betrachte, und erkläre, daß in dem Augenblicke, wo die ungarischen Truppen die österreichische Grenze überschritten, alsogleich eine russische Armee in Ungarn einrücken werde.

**Den Wiener Blättern vom 19 Oktober entnehmen wir ohne Commentar, den der Leser sich selbst machen wird, folgendes: Das Journal des Oesterr. Lloyd sagt unter der Rubrik „Zustände in Wien" (Gemeinderath) 17. Okt.: „Wir wollen unsern Bericht über die Abendsitzung des Gemeinderathes unter diese Rubrik stellen, da hier nicht nur alle hiesigen Vorgänge zur Sprache kommen, sondern weil wir in der heutigen Abendsitzung die Ueberzeugung gewannen, daß die Vertrauensmänner der Wiener Gemeinde, alle Wien selbst, durch Schuld der Umstände davon kein klares Bewußtseyn haben, ob Wien für sich selbst oder für die Interessen der Monarchie in die Schranken treten und in welcher Weise dies geschehen müsse. Unter anderen zeigen die Direktoren der Mühlenzeugfabrik an, daß bewaffnete Arbeiter bei ihnen eingedrungen, und Geld gefordert haben. Das Nationalgardenkommando der Leopoldstorstadt ersucht um Verstärkung der Wachen im Provinzialstrafhause, weil sich die dortigen Sträflinge empören wollen. Die Direktoren des Versatzhauses bitten um Geldzuschüsse. Dr. Beer verliest einen Antrag: der Gemeinderath möge eine Deputation mit einer Adresse an den Kaiser schicken, in welcher die loyalen Absichten Wiens auseinander gesetzt werden sollen und an ihn die Bitte gestellt werden soll, mit Rücksicht auf die Konstitution,

und Gut des Reiches, durch die gräßlichen Drohungen Wien von der peinlichen Lage seiner Lage befreien, in der es sich befindet. Zugleich soll der Kaiser um Rückkehr gebeten werden. — Die Versäße des 6. Oktober giengen nur aus einem Mißverständniß hervor. Hätte es dem Kriegsministerium beliebt, zu erklären, daß die Truppen nur zu einem Beobachtungskorps bestimmt seien, so wäre nichts vorgefallen! Zuletzt wurde beschlossen, eine Deputation abzusenden mit einer Adresse, zu deren Abfassung die HH. Stift, Wartiel, Kaiser, Freund, Borr rc. beauftragt sind. — Am 19. herrschte nach dem genannten Journale vollkommene Ruhe in Wien, wenn auch der Verkehr ziemlich flau war. — Heute früh hörte man eine Kanonade. Man sagt, die. Kroaten hätten den 18. Okt. gefeiert; die an der Sk. Marxer Linie postirten Gorden hätten dieß aber mißverstanden und mit scharfen Schüssen geantwortet. Im Ganzen warden 38 Schüsse gewechselt. Die verheißene ungarische Armee (der neue Messias) ist (wie wir stets vorausgesagt haben) ausgeblieben. Nichts ist komischer als die Art, wie die bisher so äußerordentlich magyarisch gesinnten Blätter ihren Unmuth über diese Enttäuschung auslassen. Die allg. österr. Zeitung, hervorragend durch ihren magyarischen Fanatismus steht sich jetzt in die traurige Lage versetzt, Aeußerungen machen zu müssen, wie die folgenden: „Mit allgemeiner Entrüstung wurde die Mittheilung empfangen, daß die Ungarn trotz aller schönen Phrasen, die sie uns geschickt haben, trotz aller Berichte über Vorpostengefechte, mit welcher die ungarische Partei das Publikum täglich amüsirte, nicht vor Wien erscheinen werden. Glücklicherweise brauchen wir die Magyaren nicht, — ihre Handlungsweise wird die Geschichte richten." Das Journal des österr. Lloyd, das bisher dem Terrorismus sich beugen mußte, wagt jetzt schon weder eine offenere Sprache und sagt in demselben Betreff: „Die bereits gestern mitgetheilte Nachricht, daß die Magyaren kein Heer über die Grenze schicken, bestättigt sich. Wir knüpfen an diesen Umstand keine weitere Betrachtung; wir bemerken nur, daß viele erfahrene Leute, welche in der Politik den Verstand und nicht das Herz zu Rathe ziehen, von vornherein bezweifelten, daß die Magyaren den Wienern etwas anderes senden würden, als boshaftrabende Phrasen und bombastische Versprechungen; wir begnügen uns mit der Anführung der nackten Thatsache, daß die Ungarn kein Heer über die Grenze geschickt haben.

Wien, 17. Okt. (A. Z.) Gestern verließ ich Linz mit der Freischaar, die sich dort in Eile gebildet hatte, den Wienern zu Hülfe zu eilen. Eine ungeheure Menge Volks geleitete sie zur Abfahrt, und unter dem Schmettern der Trompeten und Posaunen, unter dem Jubelruf der am Strand versammelten Massen flog sie die Donau hinab. In Linz herrscht unglaubge große Sympathie mit der Wiener Bewegung, denn auch dort ist es den Wühlern und verblendeten Wortführern gelungen, alle gesunden Begriffe über die Idee des Kaiserstaats total zu verwirren. Die Fahne, welche die Freischaar schwenkte, trug die Inschrift: für Deutschlands Freiheit! Unterwegs wurde zum Schrecken der partikulären Freiheitler ein Schreiben des Präsidenten Strobentz an den Schiffsführer verlesen, worin derselbe eröffnet: daß der Militärkommandant von Krems Befehl erhalten habe, daß das Schiff, wenn es die Fahrt durch die Brücke erzwingen sollte, in den Grund zu schießen. Diese im bestimmten Ton gegebene Drohung wirkte. Nur einige der heißesten Köpfe der Freischaar riethen, die Fahrt durch die Kremser Brücke trotz der aufgestellten Kanonen zu erzwingen. Die Mehrzahl fügte sich den Umständen, stieg bei nächster Rast ans Land und verfolgte über die Berge den Weg nach Wien mitten durch die Belagerungsarmee zu finden. Ob das Wagestück gelungen, werden wir morgen erfahren. Der Militärkommandant von Krems zeigte einen starren Kopf, und bildete sich ein, unser Schiff müsse noch die Freischärler in seinem Banche verbergen. Als wir zur Brücke fuhren und dort zu landen, begrüßte er uns gleich mit Kanonenkugeln. Zum Glück trafen dieselben nicht, sondern tanzten durch das Donauwasser. Endlich wurde der Irrthum erkannt. Wir landeten und durften die Fahrt fortsetzen. In der heutigen Reichstagssitzung sahen wir auf der Fremdentribune die Abgesandten der Linken in Frankfurt, die HH. Blum, Fröbel und Moritz Hartmann. Wir hoffen, sie sind nicht gekommen die Sympathie mit den Mördern Latours im Namen ihrer Partei auszudrücken! Außer den Proklamationen des kommandirenden Generals Auersperg wurde in der ganzen Umgegend auch folgende beruhigende Ansprache des Banus Jellachich veröffentlicht: „An die Oesterreicher! Die schrecklichen Ereignisse des 6. Oktober, wo sich eine Partei, die unabhängig an dem Zerfallen der schönen österreichischen Gesammtmonarchie arbeitet, nach Anordung der blutigsten Gräuel der Herrschaft bemächtigte, haben mich mit den meiner Führung anvertrauten kaiserlichen Truppen vor die Mauern der Hauptstadt gerufen. Biedere Oesterreicher! Hegt keine Besorgnisse weder vor mir, noch vor meinen Truppen, und laßt euch durch die lügenhaften Gerüchte, welche Böswillige über mich und meine Ansichten ausstreuen, nicht täuschen. Ich will ein freies, ein nach innen und außen starkes, mächtiges Oesterreich unter unserm konstitutionellen Kaiser und König, ich will Aufrechthaltung der und verliehenen und von Sr. Majestät garantirten Rechte, die das Volk von manchen bisher drückend gewesenen Lasten der Besteuerung, Frohne u. s. f. befreit haben, und ich will, daß alle Nationen ohne Unterschied an diesen Begünstigungen gleichen An heil haben sollen. Dieß, Oesterreicher, ist in wenigen Worten mein Glaubensbekenntniß. Nehmt zugleich die Versicherung hin, daß ich als k. k. österreichischer General es als meine besondere Pflicht ansehe, unter meinen Truppen militärische Ordnung und Disciplin aufrechtzuerhalten, sowie ich überhaupt eure erlangten Rechte und Freiheiten ebenso zu achten als zu schützen stets bereit seyn werde. Bleibt daher ruhig bei euern Häusern und Geschäften, damit in der jetzigen, von jedem Rechtlichen obnehin so schwer empfundenen Zeit eure Drangsale nicht noch mehr vermehrt werden. Rothenthurn, 13. Okt. 1848. Jellachich m. p. Feldmarschalllieutenant und Ban."

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 101.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Ganzjährig 9 fl. Halbjährig 4 fl. Vierteljährig 2 fl. 30 kr.

Dienstag den 24. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 19. Einrückungsgebühr: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 24. Oktober.

Se. Maj. der König haben unterm 21. d. M. den bisherigen Kommandanten der Haupt- und Residenzstadt München, Generalmajor Friherrn v. Wintzer, dieser Stelle vorbehaltlich anderweitiger Verwendung zu entheben und an dessen Stelle den Kommandanten des Genie-Regimentes Oberst Ludwig Lüder mit der für dieselbe bestimmlichen Zulage allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. Maj. der König haben unterm 19. Okt. den Landgerichtsarzt Dr. Christoph Raphael Schleiß von Löwenfeld zu Amberg bei seiner nachgewiesenen gänzlichen Funktionsunfähigkeit auf den Grund des §. 22 lit. D der IX. Verfassungsbeilage und unter Bezeugung der allerhöchsten Zufriedenheit mit seinen langjährigen und treu geleisteten Diensten für immer in den Ruhestand treten zu lassen geruht.

(Pfarrei-Erledigung.) Kathol. Pfarrei Berngau, Diöz. Eichstädt, Lkg. Neumarkt, Reinertrag 801 fl. 11 kr.

Als Mitglieder der Verwaltung der katholischen und der zwei protestantischen Pfarreien der Stadt Erlangen wurden allerhöchst bestätigt: I. Für die Kirchenverwaltung der katholischen Pfarrei: die gewählten Gemeindeglieder 1) Müllermeister Georg Schmidt, 2) Zimmermeister Joh. Hadner. II. Für die Kirchenverwaltung der protestantischen Pfarrei Altstadt Erlangen: 1) Bierbrauer Konrad Erich, 2) Bäckermeister Mathias Barthelmeß, 3) Ziegeleibesitzer Leonhard Schultheiß von Spardorf. III. Für die Kirchenverwaltung der protestantischen Pfarrei Neustadt Erlangen: 1) Strumpffabrikant Wilhelm Elfländer, 2) Gastwirth David Hartmann, 3) Kaufmann Karl Ferdinand Weinmann.

Als Mitglieder der Kirchenverwaltungen der katholischen und protestantischen Pfarrei der Stadt Fürth die nachstehenden gewählten Gemeindeglieder: I. Für die Kirchenverwaltung der katholischen Pfarrei: 1) Bergolder Joseph Schmitz, 2) Drechsler Paulus Borst. II. Für die Kirchenverwaltung der protestantischen Pfarrei: 1) Kaufmann Friedrich Gaberlein, 2) Zeugfabrikant Konrad Ott, 3) Gastwirth Johann Leonhard Löde, 4) Privatier Martin Münch.

Durch allerhöchste Entschließung vom 18. ds. wurde der vierte geistliche Rath des protestantischen Oberkonsistoriums, Dr. Isaak Rust, mit Beibehaltung der widerruflichen Funktion eines zweiten Hauptpredigers an der protest. Pfarrkirche zu München, in den zeitlichen Ruhestand versetzt.

Deutsche Reichsversammlung.

(100ste Sitzung vom 20. Okt. Schluß.) Gistra, mit besonderem Worte und lebendigstem Ausdrucke für den Anschluß Oesterreichs nach dem Verfassungsentwurfe und alle anderen Vorschläge als „schwarzgelbe" von sich schleudernd: „Wie so sei denn," fragt er im Laufe seiner Rede, „Oesterreichs Angelegenheit bis jetzt nach dem Osten gerichtet gewesen? An der Donau fänden die Russen und in Stambul sei der österreichische Einfluß gleich Null gefunden. Wir werden gerarrt, die Sultansmündung nicht bis Preßburg heraufrücken. Aber wie? wenn Sie Oesterreich nicht unbedingt an Deutschland anschließen, so rücken Sie die Sultansmündung sogar bis Passau. Der Kampf der Nationalitäten Oesterreichs ist unvermeidlich worden. Zum Bürgerkriege also verurtheilen Sie die Deutschen Oesterreichs, wenn Sie sie nicht fest an sich brauchen. Der pragmatischen Sanktion messen Sie einen sehr großen Werth bei. Aber was ist das Beweisgan geblieben, welches nach ihr bei Oesterreich sein mußte, wo Belgien? Die pragmatische Sanktion ist ein vergilbtes Pergament und keine virgo intacta mehr. Den Ungarn, als sie ihre Säbel zur Vertheidigung dieser Sanktion schwangen, jubelten Sie Beifall zu, und von den Ungarn, die jetzt ihre Säbel für ihre Freiheit schwingen, wollen Sie sich abwenden?" Gistra sucht hierauf darzuthun, daß die Ungarn wirklich nach nichts weiter greifen in allen ihren neueren Forderungen als nach ihrem guten Rechte. Die Personalunion findet nach ihm ihre wesentlichen Schwierigkeiten nur im Staatsschuldenwesen, denn die Gesetzgebung und Verwaltung sei bisher schon nach den verschiedenen Ländern Oesterreichs verschieden gewesen. Für diese Länder sei endlich das natürliche Bindemittel, das einig bleibende an den Thron eines Föderativstaates. Das Verlangen nach einer österreichischen Gesammtmonarchie sei nicht so allgemein, als es dargestellt werde. Die Lombardei habe es nicht, auch nicht Galizien und Ungarn. Von den Slaven gehe es aus, die ihre Rettung dabei zu finden hofften. Der Unterhandlungsreferate wolle die Zentralgewalt mit der österreichischen Krone über Modifikationen unterhandeln lassen.

Nimmermehr habe der Redner gehofft, von einem deutschredenden Beamten des Reichs einen solchen Vorschlag zu vernehmen. „Halten wir zusammen, was zu Deutschland gehört, und wenn alle Throne darüber stürzten." — Die Rede, die über eine Stunde gedauert hat und mehrmals von rauschendem Beifall unterbrochen worden ist, endet hier unter anhaltendem Applaus. Auf den Ruf zur Vertagung wird die Verhandlung darauf abgebrochen und nachdem noch ein Gegenprotest der polnischen Abgeordneten gegen den Libellschen verlesen worden, die Sitzung Nachmittags 3 Uhr geschlossen.

⊙ Frankfurt, 21. Oktbr. Die Verhandlungen über den Gntwurf, das Reich und die Reichsgewalt betreffend, haben begonnen, der erste Paragraph ist bereits angenommen, ohne zu wichtigen Debatten Veranlassung gegeben zu haben. Zwar versuchten die Gegner des Malmoer Waffenstillstandes, wogegen daß durch den bekannten Franckenschen Aenderungsantrag die billigen Forderungen des deutschen Nationalgefühls befriedigt wurden, nochmal ihr Heil, und ebenso bemühte sich der Pole Liebelt in einer wenig besagenden Rede die Posener Angelegenheit zum zweitenmal zur Erörterung zu bringen, beides scheiterte aber an dem festen Willen der Mehrheit des Hauses; — um so folgenschwerer möchte sich dagegen der zweite Paragraph herausstellen, der über Oesterreichs Sein oder Nichtsein, über sein Verbleiben oder Ausscheiden aus dem deutschen Reiche entscheiden soll. Hier wird Theorie und Praxis, Schulbegriff und Lebenserfahrung in buntem Kampfe gegeneinander stehen, und leider läßt sich der Sieg der letzteren noch nicht mit Bestimmtheit voraussagen, obgleich einige der bedeutendsten Mitglieder des Reichsministeriums sich offen gegen den Ausschußantrag erklärt haben. v. Schmerling hat einen Aenderungsantrag unterschrieben, der dahin geht, die österreichische Frage nur mit Rücksicht auf die eigenartigen Verhältnisse dieses Landes zu entscheiden. Dadurch wird in verschiedener Fassung von einer Menge anderer Abgeordneten der Reichsverfassung verlangt, daß Oesterreich von den Provinzen und Ländern, selbst Wiener mit einem Theile der Linken traut sich hier von seinen Kollegen; und deunoch zeigt das souveräne Professorenthum, welches offenbar aus bloßer Rechtsbaherei an der ganzen Verwirrung schuld ist, keine Lust zum Nachgeben: es erklärte gestern durch Waitz aus Göttingen, daß man endlich einmal wissen müsse, ob sich Oesterreich den slavischen Interessen, er verkennt aber wie auch andere in seinem Feuereifer für deutsche Interessen, daß gerade den Slaven durch eine Trennung Oesterreichs in die Hand gearbeitet würde, denn kann kämen die Deutschen entschieden in die Minderheit, nicht nur in Ungarn, wo ihrer doch mehrere Millionen leben, sondern auch in Deutsch-Oesterreich. Aber wie Venedey, der Polenfreund, kein Ohr hatte für die Klagen der deutschen Grenzbewohner, so der Rede und Warte, so hören die deutsch-böhmischen Abgeordneten, und unser guter Eisenmann, den die Magyaren jeden Tag in die angenehme Lage versetzen, authentische Siegesberichte aus Ungarn mittheilen zu können, nicht auf den Hilferuf, den auf den deutschen Ostseeküsten Ungarns und Siebenbürgens gegen die Herrschsucht und Roheit der Stammvettern der Daksischen zu wiederholtenmalen schon nach Frankfurt gelangt ist. Ein aufgezeichneter Redner aus Wien, Arneth mit Namen, exkl heuslich eingetreten, hat gestern seine Zungenfertigkeit gezeigt; ich gestehe selten etwas Besseres über österreichische Dinge gehört zu haben, und dazu in einem Vortrage, dessen Klarheit und Rundung von Wenigen in der Paulskirche erreicht, wohl von keinem übertroffen wird. Würth, der Unterstaatssekretär, sprach ebenfalls vortrefflich, wenn gleich

*) In Bezug auf Waitz verdient bekannt zu werden, daß er es war, der in der Malmoer Frage die heiße Rede gegen den Waffenstillstand hielt; wenn ihr Berichterstatter von der Unabhängkeit dieses Vorgangs durch irgend eine solche exkl hatte überzeugt werden müssen, so wäre es diese gewesen, und dennoch stimmte Waitz schon den Tag darauf für Ratifizirung der Waffenstillstands.

seine Stimme nicht Arnethß reinen Klang besitzt. Beide singen auf eine Weise, die jeden nur halbwegs Unbefangenen überzeugen muß, daß der deutsche Einfluß im ganzen Osten Europa's zu Grabe gehe, wenn Oesterreichs Marken von dem Mündungslande der Donau an die deutsch-ungarische Gränze zurückverlegt werden sollte; die Versanzung der Salzamündung werde dann sechs Stunden unterhalb Wien beginnen: Ungarn, daß noch jedergeit mit französischem Gelde seine Aufstände gegen Wien oder in Wien zu Stande gebracht habe, werde sich, ohne auch nur einen Tag zu verlieren, so gut wie Polen, den Feinden Deutschland zugesellen, und wie jenes nach kurzem Freiheitstaumel in die Hände Rußlands fallen. — Gegen den Unwurf haben sich auch Bassermann, der in Ivetter Zeit mehrere tüchtige Reden hielt, die durch ihr entschlossenes Auftreten gegen die Anarchie großen Beifall ernteten) und Reichensberger, dann v. Vincke und der alte Jahn einschreiben lassen. Die Debatten werden noch mehrere Tage dauern, und voraussichtlich mit einer neuen Zersetzung aller Parteien endigen.

Deutschland.

Der amtliche Theil der „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" enthält folgende Kundmachung: „Da mit dem heutigen Tage das Gesetz vom 10. d. Mts. zum Schutze der verfassungsmäßigen deutschen Reichsversammlung und der Beamten der provisorischen Zentralgewalt in der ganzen Ausdehnung von Frankfurt in Kraft getreten ist, wird der Belagerungszustand der Stadt Frankfurt hiermit für aufgehoben erklärt. Uebrigens wird das Reichsministerium alle jene Maßregeln, die es für die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung und der öffentlichen Sicherheit am Sitze der Reichsversammlung für nöthig erachtet, in ihrem vollen Umfange fortbestehen lassen. Frankfurt a. M., den 20. Oktbr. 1848. Der Reichsminister des Innern. Schmerling. Dr. Robermacher."

Bayern. Vermöge einer Ministerialentschließung ist eine General-Synode für die protestant. Kirche diesseits des Rheins anberaumt worden. Eine Bestätigung der Wahl der geistlichen oder weltlichen Mitglieder ist nicht erforderlich. Nach beendigter Wahl wird sogleich Tag und Ort der Eröffnung bekannt gemacht werden.

* Bamberg, 22. Okt. Gestern sind die drei Geschütze, welche mit unsern Truppen nach Meiningen gegangen waren, wieder hier eingetroffen. Auch die Infanterie ist zum Theil zurück; ein anderer Theil bleibt noch, da die hannoverschen Reichstruppen eintreffen. Die aufgestreuten Gerüchte über Insubordination unter den bayerischen Truppen sind falsch; allerdings waren sie anfangs mit der allbekannten Schlechtigkeit sächsischer Quartiere, Butterbrod, Kubstreich und Schnaps, unzufrieden, äußerten sich darüber gegen ihre Offiziere, und es mögen einzelne Brandweinrauschexzesse vorgekommen sein; aber als die Soldaten sahen, daß die Landleute nichts anderes hatten und zu geben vermochten, beruhigten sie sich leicht. Der Geist derselben war und ist durchweg vortrefflich, allem anarchischen Wühlen fremd.

Baden — Rastatt, 21. Okt. Heute Mittag sind Struve und Blind unter Bedeckung einer Abtheilung preußischen Militärs von Bruchsal wieder hierher gebracht worden, um vorerst in den hiesigen Festungsgefängnissen verwahrt zu werden. (Karlsr. Z.)

Großherzogthum Hessen. Darmstadt, 19. Okt. Die heute erschienene Nr. 60 des großherzogl. Regierungsblattes enthält folgende Bekanntmachung des großherzogl. Staatsministeriums, den Mißbrauch der Presse und der Volksversammlungen betreffend. „Die großherzogl. Regierung hat mit Schmerz und Besorgniß wahrgenommen, wie immer kühner und verderblicher der Mißbrauch sich der Presse und der Volksversammlungen für verbrecherische Zwecke, zum gewaltsamen Umsturze der bestehenden Verhältnisse, bemächtigt. Wenn Fesseln gelöst worden sind, welche die freie Aeußerung der Gedanken unterdrückten, so darf darum die Presse nicht das Werkzeug werden, dessen sich der Frevler ungescheut bedienen könnte; wenn Volksversammlungen der Aufklärung und Verständigung über öffentliche Angelegenheiten und daraus sich entwickelnde Wünsche freigelassen sind, so dürfen sie nicht auch Veranstaltungen zur Verhöhnung und zu Angriffen gegen alle gesetzliche Autorität, ja zur Vorbereitung und Anbietung des Aufruhrs werden. Was zum Gewähr der Freiheit gegeben ist, verkehrt aber der Mißbrauch, der durch Vermessenheit sich Straflosigkeit zu sichern wähnt, zu Mitteln einer Schreckensherrschaft, welche die Erfolge einer gesetzlichen und friedlichen Umgestaltung öffentlicher Verhältnisse zu vereiteln droht. Solchem Wahn, solcher Verkehrtheit zu begegnen ist die Pflicht der großherzogl. Regierung, die warnende ihre Stimme dagegen schon erhoben hat. In Erfüllung dieser Pflicht und ausdrücklich dazu veranlaßt durch die provisorische Zentralgewalt für Deutschland, an welche sie sich ausschließlich in Bezug auf alle gemeinsame Angelegenheiten des Vaterlandes anschließt, besteht die Regierung allen Behörden und Beamten des Großherzogthums hiermit nachdrücklich an, gegen Verbrechen, welche durch die Presse und bei Volksversammlungen verübt werden, die gesetzliche Verfolgung angeklagt eintreten zu lassen. Wie sie hierin den Absichten der Zentralgewalt entspricht, die verlangte Mitwirkung eintreten läßt, ist sie auch deren kräftiger Unterstützung gewiß. Es möge den Frevlern fühlbar werden, es möge die Freunde der Ordnung beruhigen und im treuen Zusammenhalten kräftigen, daß ein Organ deutscher Einheit, daß das Recht Kraft und Macht, mit den Regierungen wahre Freiheit Allen zu sichern bewährt ist."

Sachsen-Weimar. Weimar, 17. Okt. Das Auftreten eines Oberpostamtskorps von Seiten der Zentralgewalt und die zum Weimarischen erfolgten Verhaftungen haben tückischerlich Thüringens so viel Aufsehen gemacht, daß eine zusammenhängendere Mittheilung der Veranlassungen und Umstände, Ergangen, als bisher erfolgte, von hiesiger Seite sein wird. Aus guter Quelle aber folgendes. In Folge der Beschlüsse auf dem demokratischen Kongresse zu Frankfurt a. M. hatten sich schon vor mehren Monaten in Jena, Weimar, Apolda und an einigen andern Orten des Großherzogthums demokratische Vereine gebildet, deren veröffentlichtes Programm auf ein „Streben der Republik" gerichtet war. Der fenatische Verein war zugleich Zentralverein für ganz Thüringen und unterhielt als solcher mit den deutschen Vereinen, wie diesseit Landsbrücks lebhafte Verbindungen. Nach der Gesetzgebung des Großherzogthums konnten diese Vereine, so weit sich deren Wirksamkeit übersehen ließ, als straflos nicht angesehen werden, wenn gleich deren gefährliche Tendenz vom Anfang an offen vorlag und die Staatsregierung eben deshalb deren Thätigkeit sorgfältig im Auge behielt. Nach mehrwöchentlicher Ruhe, welche wohl nur einer recht tüchtigen Organisation vorzubereiten schien, brachte die Vereine ihre Thätigkeit Anfang August mit Abhaltung von Volksversammlungen in mehrer oder minderer Entfernung von Weimar. In diesen allwöchentlich für den Sonntag ausgeschriebenen Versammlungen, an welchen sich die Landleute zahlreich betheiligten, wurden von den auftretenden Rednern die Vorzüge der Republik gepriesen, die Nachtheile der Monarchie hervorgehoben, beiden Richtungen mit ebenso viel Leichtsinn als Keckheit unwahre Behauptungen aufgestellt und wahre Thatsachen verschwiegen, kurz, alle Mittel angewendet, um die Zuhörer zu Republikanern umzuschaffen. Der Zweck wurde erreicht. Mochten auch einzelne ruhige Männer bei den gemachten Verheißungen unglaubig den Kopf schütteln: die große Masse zeigte sich für die gegebenen Lehren empfänglich, genoß im Geiste die Früchte der künftigen Republik und bereitete sich zu thätiger Hülfe vor, für deren Leistung man sich, wie man ihr angedeutet hatte, daß man äußersten Falles auch mit Gewalt das Ziel zu erreichen suche müsse. Der Staatsregierung entging das Gefährliche dieses Treibens nicht, allein sie unterließ, gewiß mit Recht, ein thätiges Einschreiten, so lange die gesetzlichen Grenzen nicht überschritten wurden. Dies vermieden im Allgemeinen die Führer längere Zeit sehr sorgfältig, und wenn sich in Folge einzelner die Verschreitungen die Justizbehörden einen gerechten Grund zum Einschreiten darin und deshalb erblickten, so konnte dies doch die angenommene Richtung im Ganzen nicht aufhalten. Mehr und mehr wurde aber das leichtsinnige Spiel gefährlich, die Aufregung allgemein, und wer einige Kenntniß der Menschen und der Dinge hatte, konnte sich sagen, daß es bald zu einem offenen Bruche mit dem Gesetz kommen werde. Die Frankfurter Ereignisse und die beren Folge von der Zentralgewalt getroffenen Anordnungen führten diesen Bruch schneller herbei, als sich erwarten ließ. Der Befehl, daß das erste Bataillon des weimarischen Kontingents zu dem Observationskorps bei Altenburg stoßen solle, traf ein; die nach der Rückkehr aus Holstein zum Theil beurlaubte Mannschaft wurde eingezogen. Sie kam, aber theilweise mit andern Gesinnungen, als denen nämlich ihren Führern bisher Ausdruck gegeben. In Schleswig republikanisirten Angehörigen. Die Demokraten pflegten den Keim des Verderbens, und in der That, ein Theil der Truppen zeigte sich schwierig, wenn auch noch keineswegs entschlossen, der Pflicht untreu zu werden. Da erschienen am 29. September die Vorsteher des demokratischen Vereins in Jena und überbrachten in Gemeinschaft mit ihren hiesigen Gesinnungs- und Sachgenossen dem Staatsminister v. Watzdorf einen Protest gegen den zugewiesenen Auswurfs. Sie wurden von dem Minister zurückgewiesen, die Soldaten an ihre Pflicht erinnert. War der Protest auf Seiten der Demokraten, welche stets für die Einheit gestritten hatten, sobald dies ihren Zwecken diente, ein Beweis traurigster Inkonsequenz, so war er auf Seiten der Soldaten ein offenbares Verbrechen, denn er entsteht eine förmliche Auflehnung gegen Befehle. Daß die Letztern von den Ersteren nicht zurückgewiesen wurden, daß sich im voraus annehmen und ergab sich auch nachträglich aus mehreren dringenden Anzeichen. Die Pflicht der Staatsregierung, gegen solch strafbarer Beginnen energisch einzuschreiten, lag auf der Hand und wurde um so dringender, als man auf einer Reise von Umständen folgern mußte, daß die Absicht darauf gerichtet war, den Ausmarsch selbst, welchen man terkümmlich erst am 2. Oktober erwartete, unter Befehle der aufgewiesenen verwaisten Landwehr mit Gewalt zu hindern. Für den Fall des Gelingens dieses Planes hatte man wohl noch Schlimmeres im Sinne und möglichst vorbereitet haben. Der Ausmarsch erfolgte aber schon am 1. Okt. und der vorabredete nächste Plan ließ sich nunmehr nicht ausführen. Der bereits auf dem Wege befindliche Truppenzug aus dem neuständer Kreise wurde von den jenaischen Demokraten wieder zurückgeschickt, seine Mitwirkung für eine spätere Zeit vorbehalten. Die Staatsregierung hatte zunächst die Pflicht, die Mittel herbeizuschaffen, um ein kräftiges Einschreiten auch kräftig durchführen zu können. Sie durfte, bevor sie dessen gewiß war, nicht vorschreiten, da sie äußerdem nicht blos sich selbst, sondern auch noch allen Anderen gegenüber das großherzogl. Haus und die Residenzstadt in große Gefahr gebracht haben würde. Als sie aber dieser Mittel sicher war, wurde am 4. Oktober gleichzeitig gegen alle Personen, gegen welche die Justizbehörde ein kriminelles Verfahren einleiten zu lassen für nothwendig erkannt hatte, mit dem Befehl zur Verhaftung vorgeschritten. Mehrer derselben, Hauptschuldigten wurden in Jena nicht anwesend gefunden, darunter selben, der Literat Jäde von hier, wurde bei verstecken, aber vom Pöbel wieder befreit, da man unbegreiflicherweise der zur Assistenz gegebenen

militärischen Hilfe sich nicht bedienen. Die Flüchtigen benutzten ihre Freiheit, um in zwei Proklamationen offen Gewalt zu predigen. Für Sonntag den 8. Okt. wurde eine große Volksversammlung nach Jena ausgeschrieben; aufgerufene Boten forderten auf, daß man bewaffnet erscheine. Die Aufforderung scheint Anklang zu finden. Man spricht von großen Massen, welche bewaffnet kommen und sich zur Disposition der Führer stellen würden. Immittelst waren aber auf Requisition der gesammten Staatsregierung schon am 6. Okt. Mittags 2000 Mann Reichertruppen in Jena eingerückt, und das Kriminalgericht hier hatte sich dorthin begeben, um die Untersuchung einzuleiten. Das Staatsministerium erließ am 8. Okt. sich ein Verbot, mit Waffen bei der Volksversammlung zu erscheinen, gleichzeitig wurde aber auch die letztere von dem Ausschusse des demokratischen Vereins wieder abgesagt. Rädelsführer mochten wohl einige Tausend Menschen erschienen sein, welche sich jedoch friedlich in und bei der Stadt bewegten. Wie unter diesen plötzlich der Liberal Jähe auftreten ist und zu Anfängen des Minsterismus und Steuerverweigerungen aufgefordert hat, wie er immittelst darauf verfahren worden ist, das ist den folgenden Nacht auch die übrigen Inkulpaten in dem altenburgischen Dorfe Sulza zur Haft gebracht worden sind, ist bereits bekannt. Die sämmtlichen Inkulpaten sind am 10. Okt. in die hiesigen Gefängnisse eingeliefert worden. Der Prozeß ist im Gange und wird durch Geschwarene entschieden werden. Die Verhandlungen werden interessante Resultate liefern; jedenfalls dürfen wir annehmen, daß das Graßbrüderthum mit ihm auch das Häuptlinge einer großen Sache entgangen ist. (Z. A. 3.)

Sächsische Herzogthümer. Altenburg, 18. Okt. Die Landesbewegung macht bekannt, daß nach dem Reichsministerialerlasse vom 24. Sept. das Vereins- und Versammlungsrecht dem deutschen Volke unverkürzt erhalten, dem Mißbrauche desselben aber mit aller Strenge des Gesetzes entgegengetreten werden soll. Die Regierung warnt daher alles Ernstes dagegen, daß in Vereinen und Volksversammlungen Behörden und Beamte beschimpft, die Umfturz der bestehenden Verfassung gepredigt, das Volk zur gewaltsamen Empörung gegen die gesetzlichen Zustände aufgefordert werde, und weist auf den Grund des gedachten Reichsministerialerlasses sämmtliche Polizeibehörden des Landes gemessenst an, bei in den Gerichtsbezirken bestehenden Vereine und abgehaltenen verbotenen Volksversammlungen fleißig polizeilich zu überwachen und die Verbrechen, zu denen das Vereins- und Versammlungsrecht gemißbraucht wird, ohne welche bei Ausübung desselben begangen werden, bei den betreffenden Criminalbehörden unverweilt zur Anzeige zu bringen. (Z. A. 3.)

Gotha, 19. Okt. Gestern war hier das Gerücht verbreitet, unter den Bayreuth des Demokraten 3 Uhr in Meiningen habe man sichere Anzeichen gefunden, daß für den 18. Okt. ein neuer Putsch der Demokraten, dabei aber auch die Einardung der Fürsten beabsichtigt gewesen sei. Schützen, Bürgergarde und Schutzwachen waren konsignirt; die Aufregung stieg, als der Bahnzug von Erfurt, in Folge des Ausbleibens von Waggons aus den Gruben zwischen Apolda und Buttelstedt, Stunden über die festgesetzte Zeit ausblieb. Man vermuthete Unruhen in Erfurt. Es erschienen viele von der Bürgergarde ꝛc. am Bahnhofe, aber „die Bummler", wie man in Thüringen sehr allgemein die Republikaner nennt, fielen nichts von sich hören. So viel ist übrigens ganz entschieden, daß „die Bummler" nirgends ein unterstützendes und deßhalb unbändiges Feld für ihre Bestrebungen finden möchten, als gerade in Gotha und zwar eben so auf dem Lande wie in den Städten. Der Gothaische Bürger dem anderweitig ein hoher Grad von Bildung zugeschrieben werden muß, weiß recht gut zu unterscheiden zwischen den möglichen Farmen der Demokratie, und er erklärt einfach, man sei dort für die Farm der Republik zu gebildet; in Stadt und Land sagt man aber einstimmig, mehr kann der Herzog gar nicht thun, als er gethan hat. Möchte man es nur mit den „Bummlern" nicht zu leicht nehmen. (Frankf. Journ.)

Preußen. ⊙ Berlin, 20. Oktober. Die „Rothen" benützen das Begräbniß der am 16. auf ihrer Seite Gefallenen heute zu einer Demanstration. Ihr ganzer Anhang zieht in Masse unter Vorantragung zahlreicher rother und schwarzer Fahnen nach dem Friedhofe vor dem Halle'schen Thore. Man sieht dabei viele Frauen von den demokratischen Frauenklubbs, auch etwa 30—40 Mitglieder der Linken der Nationalversammlung. Einer von ihnen, Waldeck, will auf seinem Sterbebette gesagt haben: Das ganze Leichenbegängniß ist in der Art seiner Veranstaltung recht eigentlich darauf berechnet, die Käpfe der Massen zu erhitzen und aufzuregen. Der Zug ist jetzt in Bewegung, wird aber nicht vor Einbruch der Nacht an seine Bestimmung gelangen. — Die Vorbereitungen zu dem Demokratenkongreß am 24. gehen vor sich, ohne daß bis jetzt etwas dagegen geschehen wäre, trotz der von den Unternehmern selbst klar ausgesprochenen aufstehenden Tendenz gegen die Reichsverfassung zu Frankfurt. Wird das scandalöse Exzessen der 6. Aug. und Kanserien wirklich geduldet werden? Waldeck und Esser haben auch in der Nationalversammlung selbst einen Antrag gestellt, der geradezu auf eine Aufstehung gegen die laut gefaßten Beschlüsse hinauslauft, indem dieselben in Preußen nur dann gesetzliche Geltung haben sollen, wenn sie von der Nationalversammlung in Berlin angenommen oder genehmigt sein werden. Ein neues Beispielchen wie die Linken die ordentliche Umsetzung unter die Reichsgewalt und Reichsversammlung zu Frankfurt verstehen. — Das Landund Stadtgericht zu Pleschen (Posen) verlangt von der Nationalversammlung Genehmigung zu Einleitung einer Criminaluntersuchung und Verhaftung des Abg. v. Bisteki wegen Theilnahme am Aufstande in Posen und Majestätsbeleidigung.

Berlin, 17. Okt. Unsere Zeitung meldet als gewiß, daß in und um Kalisch 60,000 Mann russischen Militär aller Waffengattungen steht, worunter besonders viel Artillerie. Die Truppen seien aus den entlegensten Theilen des großen Czarenreichs zusammengezogen und es befanden sich namentlich die reich bekoerten Tscherkessen darunter Die Offiziere begleiten sich gegen die Saiaten sehr freundlich, sie gingen ungemein in civilen Winterröcken und unterhielten sich mit Jedem vertraulich, und in einer solchen Unterhaltung habe ein Hauptmann geäußert: „Jetzt werden wir nach nicht nach Preußen marschiren; wenn es aber drüben noch etwas anders werden sollte, so gehen wir ohne Weiteres über die Grenze." Indeß ist zu bemerken, daß dieser Hauptmann keineswegs die russische Armee zu kommandiren hat und ohne dieß Ober-Kommando nicht ohne Befehl über die Grenze gehen kann. Die Posener Zeitung spricht sich auch in einem leitenden Artikel in der Beilage für das Fortbestehen des Belagerungszustands in Posen aus, wenigstens bis nach vollzogener Demarkation. — Am 15. und 16. sind über 35 Menschen an der Cholera erkrankt und 28 gestarben. Man rechnet, daß hier bereits an tausend Menschen an der Cholera gestorben sind. Gestern zählte man allein 10 den besseren Ständen angehörende Cholerafälle. — Man verbreitet hier das Gerücht, Wrangel soll wieder hier sein und alle einen neuen Aufruf erlassen, man soll auch polizeilich auf ihn fahnden. — In einem Doefe bei Ostrawo hatten die Bauern sich einreden lassen, daß am 15. Oktober, Mittags 12 Uhr, die polnische Republik proklamirt werden solle, und als nun an demselben Tage in Ostrowo die Stadtuhr wegen Reparatur abgenommen wurde, erschien sie, man habe dies deshalb gethan, damit die Polen nicht wissen sollten, wann es 12 Uhr sei.

Schweiz.

Tessin. Der Berner Verfassungsfreund schreibt: „Wir erfahren, daß der eidgenössische Oberst Ritter allen italienischen Flüchtlingen das Waffentragen verboten hat. Der Staatsrath hatte aber die Gefälligkeit, den lieben Freunden Jagdpatente zu ertheilen. Das eidgenössische Grenzcommando versteht aber solchen Spaß nicht, und fängt die Jäger gehörig ab, wie es recht und billig ist."

Baselland. (Eidg. Z.) Der Landrath hat sich durch die Petition von 13 Landesbürgern genöthigt gesehen, seinen Beschluß gegen die deutschen Flüchtlinge dahin zu ändern, daß — mit Ausnahme derjenigen Flüchtlinge, welche schon das Bürgerrecht genossen und an der letzten Erhebung im Großherzogthum Baden sich wieder betheiligt haben — allen übrigen Flüchtlingen ohne Unterschied auf diesseitigem Kantonsgebiete, abwalt in einer Entfernung von 2—3 Stunden von der Gränze, der Aufenthalt falle gestattet werden. Die Entziehung des Asyls für die „provisorische Regierung der deutschen Republik" muß somit aufhören. Also neuer Staff zu Verwicklungen!

Frankreich.

△ Paris, 19. Okt. Herr Armand Marrast ist heute mit 485 unter 630 Stimmen wieder zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt worden. — Hr. Francisque Bouvet fragte, was die Regierung thun werde, wenn Karl Albert jetzt nach den Vorgängen in Wien das Neuem das Schwert zöge? Hr. Bastide Minister des Aeußern erklärte, die Politik der Regierung habe sich nicht geändert, in Mitte der äußern Verwicklungen könne er aber auf weitere Erklärungen sich nicht einlassen. Es wurde mit großer Mehrheit die Etaubnis zur weiterer Interpellation verweigert und zur Tagesordnung geschritten.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Dienstag, 24. Okt.: (Zum Erstenmale.) „Zipphia", Trauerspiel von L. Zwergiahn. (Hr. Anst. König Ralph, als Gast.)

Fremdenanzeige.
Bayer. Hof. Friedrich, Kaufmann, von Koslang. Obermeyer, Bankier, von Augsburg. Cramer, Kaufmann, von Glauchau.

Hotel Maulik. Ralph, Rentier, aus England. Lopez, Rentierr, aus England. v. Slavenatry, Rentier, von Konstantinopel. Bamberg, Kaufmann, von Crefeld. Mercier, Kaufmann, von Dellbrück. Feldbach, von Frankfurt. Hamley, Rocco und Hälfe, Rentiers, von London. Döring, Bankier, von London. Kaufmann, Dr. jur., von Stgt. Mah. Klarp, von Solothurn. Dubois, Kaufmann, von Paris.

Gold. Kreuz. Bethmann, Kaufmann, von Linz. Meyer, Buchhändler, von Wien. Herrmann, Studirender, von Heidelberg.

Gold. Hahn. Beringer, Rechtspraktikant, von Freising. Frau v. Schmaul, Majorsgattin, von Ingolstadt. Mad. de Crignis, von Pfaffenhofen. Dreiß, Architekt, von Frankfurt. Frei, Kaufmann, von Pforzheim. Frau Kaufmann, von Frankfurt. v. Braun, Offizier, von Mainz.

Blaue Trauben, Claus, Privatier, von Innsbruck. Thoer, Professor, von Innsbruck. Dunkers und Pfaffenodt, Gutsbesitzer, von Hoten. v. Schellborn, Baumeister, von Memmingen. Zünser, Stadtgerichtsassessor, von Memmingen. Schuster, Portikulier, von Marchau. Löwengart, Kaufmann, aus Mailand.

Stachusgarten. Höppel und Fritsch, Studirende, von Nürnberg. Riel, Studirender, von Laufbeurern. Unterberger, Privatier, von Kempten. Keler, Privatier, von Lindau. Wirnsch, Pfarrer, von Schwab. Rieshurst, Schuhmacher, von Mörsfeld.

Gestorbene in München.

Kretzer, Schiff, Silberarbeiter, von Bayreuth, Lgs. Starnberg, 37 J. a. Bartholomäus Steible, prof. Sergeant von Hallbach, Lgs. Schrobenhausen, 66 J. a. Jakob Deib, Schuhmachergesell von dort, 51 J. a.

Königliche Akademie der bildenden Künste in München.

201. Die Studien für das Winterhalbjahr 18[illegible], beginnen Montags den 6. November.

Die Anmeldungen zur Aufnahme wie zum Wiedereintritt haben am 2., 3. und 4. November zwischen 11 und 2 Uhr im Sekretariate Statt.

Für Diejenigen, welche neu als Schüler einzutreten wünschen, wird bemerkt, daß sie, außer dem vorschriftsmäßigen Aufnahmegesuch, zugleich die erforderlichen Sitten- und Studien-Zeugnisse sowie von ihnen angefertigte Arbeiten aus dem Kunstfach, welchem sie sich zu widmen gesonnen, vorzulegen haben.

München den 18. Okt. 1848.

Zu Ertheilung der Direktorsstelle:
der Professor **H. v. Hess.**

Als Sekretär:
Professor **Dr. Margraff.**

200. An der landwirthschaftlichen Zentralschule in Schleißheim beginnt der Unterricht für 1848/49 am 15. des nächsten Monats November. Die Aufnahmsbedingungen bestehen für die Eleven darin, daß sie das 16. Lebensjahr zurückgelegt und den 11. Kurs einer vollständigen Landwirthschafts- und Gewerbe-Schule oder die 4 Klassen einer lateinischen Schule absolvirt haben, oder eine ähnliche Vorbereitung nachweisen können. Refer. von Pfister, Hauptvorstehern der Anstalt.

Für die Ausbildung in allen Zweigen der Landwirthschaft sind besondere Gelegenheiten gegeben, in der Bierbrauerei und Branntweinbrennerei sowohl, als im Kunstreischen den ausschließlichen theoretischen und praktischen Unterricht zu nehmen. Zine Gewerbe haben hier im ausgedehnten Betrieb, und die Wiesen-Wässerungskanäle bedauen sich auf 2000 Tagwerk Moorwiesen aus. Die Eleven haben übrigens für Unterricht und ganz Verpflegung per Kopf für ein Semester 100 fl., und die Pofitionen, welche auch freier Wahl Vorträge besuchen können, oder ausschließlich der Ausbildung in der Landwirthschaft sich widmen wollen, für ein Semester 25 fl. Honorar voraus zu bezahlen.

Schleißheim den 17. Okt. 1848.

Königl. Direktion der landwirthschaftlichen Zentral-Schule.

Bekanntmachung.

199. Es wird hiemit bekannt gemacht, daß die durch Verfügung vom 29. September l. Js. anberaumte, auf

Donnerstag den 26. Oktober l. Js.,

Vormittags von 10 bis 12 Uhr,

festgesetzte Versteigerung des Kanzlers Nik. Lyb'schen Kastelier Frau Ott an der Passauerlandstraße auf Antrag der Gläubigern zur Zeit unterbleibt.

München den 20. Okt. 1848.

Königl. Landgericht München.
Ebert.

Bekanntmachung.

197. Auf Anbringen eines Hypothekargläubigers wird das Anwesen der Sebastian Apollonia Maier von Gerretshausen wiederholt dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und Versteigerungstagfahrt auf

Donnerstag den 30. November l. Js.,

Vormittags zum Leichen 9 und 12 Uhr,

im Wirthshause zu Gerretshausen anberaumt.

Dieses Anwesen besteht:

a) aus dem halb gemauerten, halb aus Balken gezimmerten zweistöckigen Wohnhaus sammt Stallung, Stadl und Hausgarten;

b) Acker zu 18 Tagw. 44 Dez.,

c) Wiesen zu 2 Tagw. 46 Dez.,

d) Waldung zu 3 Tagw. 95 Dez.,

e) Oedung, 13 Dez.,

und hat nach gerichtlicher Schätzung vom 18. Febr. v. Js. einen Werth von 3020 fl.

Der Ersteher erlegt diese Kaufschrift auf den Schätzungswerth an den Meistbietenden.

Diese werden Versteigerungslustige mit dem Bemerken eingeladen, daß sich dem Gerichte unbekannte Kaufsliebhaber über Leumund und Vermögen durch legale Zeugnisse auszuweisen haben.

Am 18. Okt. 1848.

Königl. Landgericht Landsberg.
Dreher.
coll. Graffinger.

Gant- und Versteigerungs-Proklama.

Gant der Martas Bast
von Berg bei.
196 (2x) Nakrum 20. Mai 1846 wurde gegen Martas Bast, ledigen Brauhausdiensters von Berg, die Eröffnung des Gantverfahrens beschlossen, jedoch blieb dasselbe bisher wegen der eingelegten Rechtsmittel suspendirt.

Nachdem nun von ihm unterm 12. d. Mts. der Bericht hierauf erstattet worden, und jener Beschluß sonach die Rechtskraft beschlitten hat, werden die gesetzlichen Ediktstage hiemit ausgeschrieben, und zwar:

a) zur Anmeldung der Forderungen und deren Nachweisung auf

Dienstag 19. Dezember l. Js.,

b) zur Vorbringung der Einreden auf

Dienstag d. Februar 1849,

c) zu den Schlußverhandlungen:

für Replik auf

Donnerstag 22. Februar 1849,

für Duplik auf

Donnerstag 8. März 1849,

jedesmal Vormittags 9 Uhr,

bei unterfertigtem Gerichte, angesetzt, und sämmtliche bekannte und unbekannte Gläubiger des Gemeinschuldners unter Androhung des Rechtsnachtheiles hiezu vorgeladen, daß das Ausbleiben am 1. Ediktstage die Ausschließung der Forderungen von der Konkursmasse, das Ausbleiben an den übrigen Ediktstagen aber den Ausschluß mit den an denselben vorzunehmenden Handlungen zur Folge hat.

An alle diejenigen, welche von dem Vermögen des Gemeinschuldners etwas besitzen, ergeht die Aufforderung, es unter Verwendung nochmaligen Erlasses vorbehaltlich ihrer Rechte bei Gericht zu übergeben.

Das Aktivvermögen besteht:

A. in den zu Berg 9 Hs. gelegenen Brauerei- und Wirthschafts-Gebäuden mit realer Tafern-, Brunerei-, Stroh- und Metzger-Gerechtigkeit, nebst einem Grundstücke von 55 Tagw 16 Dez. Aeckern, Wiesen, Baduung mit Gemeindevieh und Forstrecht in der Königl. Waldung Thürnwald, welche Realitäten mit Gerechtigkeitsrn im Dezember 1845 sämmtliche gerichtet worden auf . . . 15135 fl.

B. in den auf . . . . . 2694 fl.

einzuvertheilen Mobilien,

C. in Aktivforderungen in heilläufigen Beträge von . . . . . 500 fl.

D. in einem gerichtlichen Depositum von . . . 1012 fl.

Summe . 19341 fl.

Dagegen besinden sich die bis jetzt bekannten Passiven auf 37795 fl. (darunter 24026 fl. privilegirte und Hypothekarforderungen) so daß sich eine Ueberschuldung von 18454 fl. ergibt.

Sämmtliches Immobiliar- und Mobiliar-Vermögen wird dem öffentlichen Verkaufe in Versteigerungstage- und Satz-Wege

Montag den 18. Dezember l. Js.,
Vormittags 9 Uhr,

in loco Berg angesetzt.

Bezüglich der Immobilien wird nach §. 84 des Hypothekengesetzes und §§. 98—101 der Projektsverfe vom 1837 verfahren werden.

Zur Versteigerung der Mobilien, bestehend in Mobles, Betten, Haus- und Feld-Geräthschaften, Futterei und dem zum Gewerbsbetriebe nöthigen Geschirr und Geschirre kann übrigens noch dann übergegangen werden, wenn schon in diesem ersten Termin das auf die Immobilien gefallene Meistgebot den Schätzungswerth erreicht haben wird.

Versteigerungslustige, von welchen sich alle dem Gerichte unbekannte, sowie solche, deren Zahlungsfähigkeit zweifelhaft, über diese durch gerichtliche Zeugnisse auszuweisen haben, ladet man zum Versteigerungsakte hiemit ein und bemerkt, daß die betreffenden katastralischen Grundsteuer-Katasterauszüge nebst gerichtlichen Schätzungsprotokolle täglich hierorts eingesehen werden können.

Bezüglich der näheren Kaufsbedingungen ist am Versteigerungstage selbst zu erwarten, sowie unmittelbar nach gelungenem Verkaufe auch der Besuch, das Gantverfahren am 1. oder 2. Ediktstage durch Abrechnung abzuschließen.

Diejenigen will man auch hier schon aufmerksam gemacht haben, daß falls es zu einem zweiten Versteigerungstake kommen sollte, dieser auf den Tag unmittelbar vor dem 2. Ediktstage ausgeschrieben werden wird.

Füssen am 30. Sept. 1848

Königl. Landgericht Füssen.
Schöer,
Landrichter.

Erledigte Oberschreiberstelle.

195. (3a) Die Oberschreiberstelle bei dem Königl. Rentamte Regen in Zwiesel wird mit Schluß November d. Js. erledigt.

Bestätigig befähigte, insbesondere im deutschen Staatsrechten wohl erfahrne Bewerber wollen sich unter Anlage ihrer Zeugnisse an das bezeichnete Königl. Amt wenden.

198. Von den ihrer ganz vorzüglichen Kraft und Wirksamkeit wegen rühmlichst bekannten

Goldberger'schen

Galvano-elektrischen

halte ich ausschließlich auf diesem Platze zu den Fabrikpreisen stets Lager

Ruhen und die heilthätige Wirksamkeit dieser Ketten geht namentlich auch

gratis ausgegeben wird und die eine große Anzahl der hiesigen Inquisite

Goldberger'schen Rheumatismus-Ketten, insbesondere bei **nervösen,**

Das Stück kostet fl. 1. 45 kr. und darüber fl. 2. 30 kr.

K. K. patentirten

Rheumatismus-Ketten

und empfehle dieselben zur geneigten Abnahme. Der wohlthätige große aus einer gedrückten **Arterienspannung** hervor, welche bei mir berühmter Aerzte und glaubwürdiger Privatpersonen über die Heilkraft der **rheumatischen** und **gichtischen** Leiden aller Art enthält.

F. A. Novizza, in München.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Ueber die Redaktion der Civillisten.

Die Nationalversammlung ist über den Schoder'schen Antrag auf Herabsetzung der Civillisten zur Tagesordnung übergegangen, und gewiß mit vollem Recht, da der Gegenstand nur die Exmissionäre betrifft. Es wäre zu beklagen, wenn der Deutsche seinen natürlichen Sinn für Recht und Gerechtigkeit ganz und gar verleugnete und der Meinung sich hingäbe, daß die Civillisten eine Art von Gesichent seien, welches die Völker den Fürsten machten. Die Wahrheit würde eher in dem umgekehrten Verhältniß zu finden sein. Die Geschichte lehrt, daß in allen deutschen Staaten, in welchen die Fürsten sogenannte Civillisten, d. h. auf der Staatskasse, eine stillstimmte Summe zur Bestreitung ihrer Kosten ihres Hofhaltes beziehen, sie dagegen ihre Domänen, das Unbewegliche, in Gütern, Waldungen, Grundgefällen, mayhaften Berechtigungen u. s. w. u. s. w. bestehende Fideikommiß- oder Stammvermögen ihres Hauses oder ihrer Familie dem Staat zur Verwaltung und Besiehung der Einkünfte überlassen haben. Allenthalben, wo dies geschehen ist, bezogen die der Staatskasse abgetretenen Einnahmen bedeutend mehr, wie sie dafür zu entrichtenden Civillisten. Die Abtretung war eine neue vertragsmäßige, aus welcher den Fürsten Privatrechte erwachsen sind, deren einseitige Verletzung ein schwerer Unrecht sein würde. Sie wurde den Regenten nicht im eigenen, sondern im Interesse des Volks zugestanden, damit nicht die Rücksicht auf den Vor- und Nachtheil der Domänen dem Erlassen von Gesetzen entgegenwirke, welche wie die Ablösungsordnungen im allgemeinen Interesse lagen, aber den Besitzern der sogenannten Feudalrechte Schaden brachten. Es sollten die Regenten in den Fall gebracht werden, nur in jener Eigenschaft dazustehen und die einen großen Grundbesitzers aufzugeben, damit sie keine andere Sorgen, als die um das Wohl des Volkes kämen, mit diesen nicht Rücksichten auf ihre Privatvermögens-Angelegenheiten in Kollision kämen. Deßhalb mußten auch die Staatsdiener, die Apanagen der Regentenhäuser, Glieder des Regentenhauses übernehmen, weil die rechtliche Verpflichtung zu ihrer Entrichtung auf dem an den Staat abgetretenen Fideikommiß- oder Stammgut haftete. Wollte daher die Nationalversammlung oder irgend eine Ständeversammlung mit gänzlicher Verlassung des Rechtsbodens also unter Gewaltanwendung den seitherigen Regentenfamilien die verfassungsmäßig und durch Verträge ihnen garantirten Zivillisten aus Staatsgeldern entziehen oder auch nur ohne deren Zustimmung schmälern, so würde nothwendig dieser Rechtsbruch den Fürsten die Befugniß geben, zu verlangen, daß der frühere Zustand wieder hergestellt werde, sie also wieder in den Besitz und Genuß ihres Eigenthums, welches sie bei der Abtretung ausdrücklich vorbehalten haben, gesetzt würden. Das künftige Reichsgericht könnte nicht umhin einen solchen Spruch, als vollkommen mit dem Recht begründet, anzuerkennen. Daß übrigende die Fürsten bereit sein werden, freiwillig, d. h. mit Rücksicht auf die Zeitbedrängniß und die ungeheuren der Steuerpflichtigen und allen Besitzenden aufzulegenden Opfer, ihre Zivillisten zu ermäßigen und die Ausgaben für ihren Hof- und Haushalt einzuschränken, ungeachtet hierunter wieder viele Armee verstehen müssen, setzt nicht zu bezweifeln, es gibt auch dafür hier und da die Festsetzung des Verhältnisses pumkte. Ein anderweiter Neuner in der Nationalversammlung hat bemerkt: durch die Reduktion der Civillisten werde der Rest des Volks nicht abgeholfen, sondern nur durch großartige Meistaltung. Auch wir wünschen diese, weil auf keinem anderen Weg Deutschland zu einer festigen Regierung gelangen kann, und haben es oft besprochen, daß in den Staaten, Arin des Rhein- und kann des deutschen Bundes über republische Familien und andere kleinliche Rücksichten die Machthaber sich wegzusetzen haben; aber mit den Civillisten hat diese Frage keinen Zusammenhang, weil das deutsche Volk doch in seinem Gerechtigkeitsgefühl nicht hinter Napoleon zurückstehen, also den neu zu mediatisirenden Fürstenhäusern keine Domänen als Privatergentum überlassen wird, nicht aber als Staatsgut, wie angenommen dürfte, die Einkünfte davon aber immer zu den Civillisten übertheilen würden, so bedeutete sie auch durch die Aufhebung und Ablösung der sogenannten Feudallasten geschmälert worden sind. (F. O.-P.-A.-Z.)

Zellachich und die kroatische Armee.

Der folgende Aufzug aus dem Privatschreiben eines deutschen Offiziers in der Armee des Banus Jellachich, welchen die Frkfr. O.-P.-A.-Z. bringt, dürfte, obgleich schon von älterem Datum, aus Interesse bei Wien vom 14. Okt. Abends, auch jetzt noch mit Interesse gelesen werden. Er lautet wie folgt: „Wieder erhielt Zu einige Zeilen von mir, denn wir haben jetzt Zeit zum Schreiben, da wir schon zwei Tage ruhig hier im Orte stehen. Wie hoffen am 11. d. M. Wien angreifen zu können; allein der Banus gab diesen Plan auf und ließ uns mehr rechts nach Mödling zu aufbrechen. Wir waren in unserer früheren Stellung nicht stark genug, der ungarischen Armee unter Moga (die, 44,000 Mann stark, den Boten Oesterreichs schon betreten haben soll, obgleich wir bisher noch keinen Soldaten davon gesehen haben) und den Wienern zugleich die Spitze zu bieten, und haben und daher hierher zurückgezogen, um die nöthigen Verstärkungen, die ständlich eintreffen, abzuwarten. Aus Böhmen sind schon Jäger und fünf Bataillone Infanterie zu uns gestoßen; sechs andere Bataillone Infanterie, ein Kürassier-, ein Dragoner- und ein Ulanenregiment werden in zwei bis drei Tagen eintreffen. Aus Galizien rückt Graf Schlick mit 8 Bataillonen Infanterie in Eilmärschen heran, und aus Oberösterreich und Steiermark erhalten wir auch noch Truppen. So sind wir hoffentlich am 19. schon an 90,000 Mann tüchtiger, zuverlässiger Truppen stark, und dies ist für unsren Zweck genug. Der Geist, sowohl bei unseren Soldaten, die mir ihrezeit unter dem Banus sieben, als auch unter denen, die der Graf Auersperg kommandirte, der aber sein Kommando schon an Schwarzenberg abgetreten hat oder doch abtreten wird, ist der beste. Daß der Kaiser dem Fürsten Windischgrätz das Hauptkommando über alle in Oesterreich stehenden Korps übergeben hat, freut uns sehr; denn dies ist ein energischer, tüchtiger Führer, zu dem die ganze Armee unbedingtes Vertrauen hat. Hätte er am 6. in Wien kommandirt, gewiß die letzten Ereignisse wären nicht eingetreten. Den provisorischen Befehl über unser Korps wird aber natürlich der Banus, für den wir Alle durchs Feuer gingen, behalten. Das kleine Vorpostengefecht, was am 11. d. M. kleine Patrouillen eines kroatischen Grenzregiments mit Wiener Nationalgardisten hatten, war unbedeutend und ganz zufällig, sogar gegen des Banus ausdrücklichen Befehl entstanden. Wir haben an Todten und Gefangenen 7 Mann verloren, dagegen auch 4 Nationalgardisten gefangen genommen, die wir übrigens wieder haben laufen lassen, nachdem sie uns versprochen, nicht wieder gegen uns schießen zu wollen. Ob sie dies halten werden, ist abzuwarten. Vorgestern kam uns ein ganzes Paket Wiener Zeitungen an, die ersten deutschen Blätter, die ich seit 7 Wochen gesehen habe. Komisch ist es, daß die Ungarn der übrigen Welt einbilden wollen, sie verfechten das Prinzip des liberale Prinzip des Kaiserthum, und daß wirklich unsere guten Patrioten in Wien, zu in ganz Deutschland zumüthig oder schwachköpfig genug sind, ihnen dies so ohne Weiteres aufs Wort zu glauben. Die Herren sollten einmal erst ungarische Zustände unt ungarische Edelleute (sonst gute Soldaten und treffliche Kommandanten, wie Du ja selbst weißt) kennen lernen, dann würden sie anders urtheilen. Dieser rohe ungarische Adel kennt das Wort Freiheit kaum, oder legt es mißbräuchlich so aus, daß er unbedingter vom Gesetz des Kaisers unbeschränkt über die 4 Mill. Wallachen, Slaven und Deutsche, die auch noch in Ungarn wohnen, herrschen, und die ganze Militärgrenze, die nicht mit Ungarn zu schaffen haben will, und in ihrem guten Rechte ist, unter sein Joch bringen will. Durch wen anders als die Ungarn, die in ihrem maßlosen Uebermuth ihre besten Freistaate gar zu gern unterjochen möchten, und täglich neue Forderungen stellten, ist dieser unglückselige Krieg hervorgerufen? Wahrlich, der Banus war in seinem vollen Rechte, als er endlich zu den Waffen griff, um die Freiheit Croatiens und die ungerechte Macht des Kaiserthrones möglichst zu retten. Alle Deutschen in Ungarn, Siebenbürgen und der ganzen Militärgrenze wünschen uns inständig den Sieg, denn sie wissen recht gut, daß Kossuth, so wie Er nun für sie ein Unterdrücker und Bedauberer alter ihrer Rechte ein, ähnlich dem, wie ihn die Juden früher in Polen hatten. Aber man hat die Sache in ein ganz anderes Licht zu setzen gewußt: wir werden als barbarische Horden und Bringer der Sklaverei, die Ungarn aber als Helden der Freiheit angesehen. Nun, wenn Deutschland seine Freiheit aus den Händen der Magyaren erhalten soll, dann bedanre ich es. Komisch ist es auch, daß der Verlust der Kassenscheine Reichstages, die beim Banus war, vorgekommen. Demnach sollen wir nur 2000 Mann zerlumpten Gesindels sein. Ob diese lügen Herren grade mehr als 2000 Mann gesehen haben, weiß ich nicht, sie hätten aber sich besser erkundigen sollen. Freilich unser Aeußeres ist gerade nicht mehr elegant und die Uniformen und Stiefel der Mannschaft zeigen viel Flicken und Löcher. Wenn man aber seit Monden schon solche Märsche macht und solche Strapazen aber Alt ausstehet, wie wir es gethan haben, dann kann man nicht mehr so elegant aussehen, als wenn man nur in Wien herumparadirt, jede Nacht im guten Bette schläft, sich die Kleider von der Magd ausbürsten und die Stiefel sein blank putzen läßt und die Schneidermagazine des „Grafen" in Gebrauch nimmt. Gott sei Dank, daß diese Herren des Reichstages haben, unsere größtentheils von der Besatzung der Festung Peschiera, die bei uns sind stehen, da sie ihrem Worte getreu nicht mehr gegen die Italiener fechten dürfen. Ob aber diese wackeren Soldaten, die jenes Nest so lange Wochen gegen die weit überlegene savdinische Macht vertheidigten, und erst kapitulirten, als der letzte Bissen Brod schon drei Tage vorher aufgegessen und die letzte Patrone verschossen war, zerlumptes Gesindel ist, weißt Du wohl selbst. Wir haben ihnen diese Zeitungen überlegt, und wie man von ihnen in Wien denke, und Du kannst Dir vorstellen, was sie für grimmige Gesichter machten. — Gestern kamen 9 Offiziere, die bei ungarischen Regimentern gestanden, unter Kossuth aber keinen Dienst hatten nehmen wollen, bei uns an. Sie hatten sich in Verkleidung und unter vielen Gefahrnissen zu uns durchschleichen müssen, zwei davon sind Landsleute (folgen die Namen), die Du auch wohl noch kennst. Wir sitzen viel von einem großen Machtzeuer zusammen, und es macht und Spaß, hier mitten unter all dem Croatischen, Polnischen und Ungarischen, was und umröht, und in unserer alten plattdeutschen (?) Sprache zu unterhalten, die hier natürlich kein Mensch versteht. (Es folgen nun viele Einzelheiten ohne weiteres Interesse.) So eben kommt eine Husarenpatrouille meiner Schwarzen und meldet, daß Truppen auf uns zumarschirten. Ob es Verstärkungen oder Feinde sind, kann man noch nicht unterscheiden. Jedenfalls sattle ich rasch satteln, um besser vorbereitet zu sein. Daher behüte dich Gott. Nächstens hoffentlich Mehreres. — Es sind keine Ungarn, sondern Streifpatrouillen von dem Regiment Nassau gewesen, welche die Bauern der Dörfer entwaffnet haben.

Sie melden, bei Ihnen sei alles gesund und gurer Dinge. Bei uns auch, unsere Husaren und Grenzer tanzen seit den ganzen Tag und wissen nichts von Müdigkeit, auch unsere Pferde halten sich gut."

Deutschland.

Bayern. — *Bamberg, 22. Oktober. Vor einigen Tagen wurde das vom Appellationsgerichte gefällte Urtheil in der Untersuchung über den bekannten Tumult bei der Hauptwache und die körperliche Mißhandlung des Kaufmannes J. B. Silbermann den drei Angeschuldigten eröffnet. Es lautet gegen den Lokalmaler Dreistel, welcher Hrn. Titus immer auf seinem Gerichtsreisen fuhr, auf 5 Monate doppelt geschärftes Gefängniß als Anstifter des Tumults aus grober Jahrlässigkeit, gegen Schuhmachermeister J. Jagemann als Theilnehmer am Verbrechen des Tumults auf 15 Monate, und gegen Beutlergesellen K. Weber als desgleichen Theilnehmer auf 2jähriges Arbeitshaus. — Dr. Wirth, Weber Vater und Sohn, sind noch in Untersuchungshaft. Gestern Abend wurden auch der praktische Arzt Dr. von Schallern und vor einigen Tagen der Schneidergeselle Dorsch, beide von hier, auf Befehl des diesigen Kreis- und Stadtgerichts verhaftet. Sie sind beschuldigt, dieser in Auracy, jener in Strullendorf, eine Stunde von hier entfernten Dörfern, mit rothen Fahnen die rothe Republik, also Verjagung von Fürsten, Beamten, Geistlichen, gepredigt zu haben. Hr. v. Schallern war ein sehr thätiges Mitglied des hiesigen Volksvereins und hatte, wie man sagt, unter dem Ministerium Berks um ein Physikat vergeblich supplizirt. — Dr. Heinkelmann, der bekanntlich vor einigen Monaten von hier nach Straßburg sich entfernt hatte, ist von da zurückgekommen. Seine sanguinischen Hoffnungen auf die französischen Republikaner und seine Illusionen von ihrer Wirksamkeit in ihrer neuen Republik sollen sehr abgekühlt und herabgestimmt sein. Seine Stelle am spitzischen Irrenhause ist vor nicht lange dem Dr. Schwoppach vom Mogilitrate übertragen worden. Hr. Heinkelmann wird sonach, wenn er hier bleibt, eine neue ärztliche Praxis sich schaffen müssen, falls er nicht etwa seine Kräfte ganz dem diesigen Volksverein widmet, in dem er seine Freunde findet. Dieser demokratische Verein sucht ungemein thätig zu sein. Präsidium desselben ist seit Kurzem Hr. Advokat Preuß, welcher nicht ermüdet, neben den wöchentlichen allgemeinen Versammlungen im Gasthaus zum schwarzen Adler auch kleinere Konvente in verschiedenen Wirthshäusern, numerirte „Kränzchen" abzuhalten und von Zeit zu Zeit persönlich oder durch Abjentlige aus dem Vereine auf benachbarten Dörfern Versammlungen der Landleute zu veranstalten. Einigermaße ist sich jedoch mäßiglich, so z. B. in dem großen wohlbehabenden Orte Breitengaßbach — Gastwirthsnation —; dahin war von hier eine Volksversammlung in den Blättern des Hrn. Dresch für Wahrheit, Freiheit und Gesetz, welche an die Stelle von Dr. Würth's Wahrheitsfreund ganz in gleicher Richtung würdig getreten sind, ausgeschrieben mit dem Beisatze, die Gemeinde alda sorge für Bier, Tribüne u. A. Sagt darauf machte aber der Gemeindevorwaltung in den Blättern bekannt, daß sie für solchen Zweck durch nichts und weder Bier noch Tribüne dafür hergebe. Die Versammlung unterblieb. In den Ortschaften Hirschaid — an der Eisenbahn — und Geisfeld, im Hauptmoorwald, erklärte man den Aufsendlingen, als rubige Biergäste werde man sie unangefochten lassen, wenn sie aber ihre Versammlungen und Reden halten wollten, können den Rückweg nach Bamberg deutlich zeigen. — Der konstitutionelle Woldverein zählt beginnt ebenfalls gegen 1000 Mitglieder überschritten zu haben.

Gestern Abend fand eine Versammlung statt eine Zuschrift an das Reichsministerium beschlossen, worin diesem sine seine energische Einschreitung zur Niederwerfung der anarchischen Bestrebungen im Vaterlande gedankt und ihm dafür, wie aber auch für die kraftvolle Bewahrung und Fortbildung der Freiheit und Einheit Deutschlands die entschiedenste Unterstützung zugesichert wird. Ferner genehmigte sie den von dem Ausschusse vorgelegten Entwurf eines sofort zu eröffnenden Subskriptionsbogens, welcher die Aufforderungen an die Kandidaten zu bemessen aufgestellte sind. Auch soll die Verbindung mit den andern konstitutionellen Vereinen in Oberfranken zunächst und deren Vermehrung möglichst und durch persönliche Verwendung bestrebt werden.

Folgendes ist die Adresse, welche der hiesige konstitutionelle Verein an das Reichsministerium gerichtet hat: „Hohes Reichsministerium! Als am 18. Sept. J. eine unzugängliche Rotte von Aufrührern einen schmachvollen Angriff gegen unsere freigewählten Vertreter unternahm, und damit nicht blos die Freiheit des Wortes und der Abstimmung in der Reichsversammlung, sondern in weiterer Folge auch die Meinungsfreiheit der weitüberwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes zu knechten, die gesetzliche Ordnung zu zerstören versuchte, da war es ein hohes Reichsministerium, welches diesen frevelhaften Beginnen mit dem entschiedensten Nachdrucke entgegentrat und auf diese Weise die Gesichtszüge der Anarchie in ihrem Keime vernichtete. Haben auch unsere Vertreter dem Reichsministerium zu seiner hohen entwickelten Umsicht und Festigkeit bereits ihre Zustimmung ausgesprochen, so halten wir es doch auch für eine dringende Pflicht aller Gutgesinnten, den Ministern denjenigen Dank darzureichen, welchen sie vom Vaterlande verdient haben. Indem wir diese Pflicht, so viel an uns liegt, hiemit erfüllen, erklären wir zugleich in Uebereinstimmung mit der Majorität der Reichsversammlung, daß das Ministerium auch in Zukunft auf unsere kräftigste Unterstützung in allen seinen auf Erhaltung der Einheit und Freiheit Deutschlands gerichteten Maßregeln rechnen kann. Möge deßhalb das Reichsministerium fortfahren, mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften den wilden Anstrengungen politischer Fanatiker, den frechen Bestrebungen communistischer Abenteurer, den niemals ruhenden Anstrengungen herzjoser Ehrsüchtiger die Spitze zu bieten, möge es aber auch einstweilen Fürsten mit ehrsüchtiger Politik den kleinen Völkerfürsten engherziger Diplomaten, den rückwärts trebenden Bemühungen ehemaliger Privilegirter Ruhe und den egoistischen Sonderbestrebungen volksfeindlicher Regierungen entgegentreten; denn so sehr wir die Anarchie hassen und fürchten, ebenso sehr hassen und fürchten wir auch die Reaction, indem beide sich gegenseitig immer in die Hände arbeiten, die wahre Freiheit des Vaterlandes untergraben. Möge es einem hohen Reichsministerium gelingen, diese beiden furchtbaren Feinde Deutschlands auf ewig niederzuschmettern, und es wird sich einen hohen Dank verdienen, als wir, als menschliche Zungen überhaupt ihn auszusprechen vermögen!"

Ueber denselben Gegenstand berichtet ein Artikel aus Oberfranken vom 21. in der Augsburger Postzeitung, wie folgt: Unsere Republikaner entwickeln eine immer größere Thätigkeit. Theils das Mainthal, theils die Forster und Fürther Haide sind voller der Schauplatz ihrer Bemühungen, das Volk für die rothe Republik zu gewinnen. Vorzüglich sind es Buchbinder Dresch und Advokat Preß, Freunde des bisher nur durch sein wildes Geschrei angezeichneten Parlamentsmitgliedes Titus, die diese Gegenden bereisen und regelmäßig erblickt werden, wo eine Demonstration im republikanischen Sinne geschieht. Offenbar hat die Partei einen Schlag vor und erwartet hierzu nur die Nachricht von einem günstigen Ausgange der Wiener Ereignisse, um zur That zu schreiten. Der Hr. Heinkelmann, welcher wie Titus be Bater Hecker gewesen und dann in den Septembertagen sich in Frankfurt herumgetrieben, ist, wie uns geschrieben wird, in Bamberg wieder angekommen, und man bringt das Erscheinen dieses Sinnwogels in Verbindung mit unaufdeidlichen Versuchen, die öffentliche Ruhe zu stören. Vor der Hand wird große Demokratenversammlung auf der Fürther Haide gehalten werden, wozu der Zuzug der Fürther und anderer Kriegsheld aus dem brüllenden Lager der Linken zu Frankfurt erwartet wird. Allgemein wird von einer zweiten Proscriptionsliste gesprochen, die von dieser Partei in Bamberg entworfen wurde, und die Sache fündet um so mehr Anklang, als die Häupter unserer Republikaner, wo sie auch auftreten, aber ganz besonders hier zu Lande, an Vermögen, Geist und Körper einen sehr heruntergekommen Leute sind, denen, schon um aus ihrer Ueberschuldung herauszukommen, kein anderer Ausweg übrig bleibt, als den Staat umzuwälzen und diejenigen, welche noch etwas haben, dessen mit Gewalt zu berauben; die Frage bleibt nur immer, woher diese abgehungerten Personen das Geld zu ihren Fahrten, Plakaten und sonstigen Unternehmungen bekommen.

Baden. — Karlsruhe, 20. Okt. (87. Sitzung der zweiten Kammer.) Als nach Uebergabe einiger Petitionen um Aufhebung des Kriegszustands und um Auflösung der Kammern zur Fortsetzung der Berathung über den Gesetzentwurf, den Geschäftskreis der Verwaltungsbehörden betreffend, übergegangen werden sollte, erfolgte von Seite der Regierungscommissäre die Erklärung, daß dieselben bereit seien, auf Kiefer's Interpellation wegen Verlegung und Verpflegung der Truppen im Oberlande sogleich zu antworten. Die Kammer geht darauf ein, und es bemerkt Staatsrath Bekk: Der Abgeordnete Kiefer habe in einer frühren Sitzung hauptsächlich drei Fragen gestellt, nämlich, ob die Bundestruppen bei uns wohl überwintern würden, ob und welche Einschädigung um auf welche Weise die Quartierträger zu erwarten hätten, und ob endlich den letztern nicht von dem Kriege der Staatskasse Vortheile zugewendet worden seien, welche ihnen könnten. Hierauf habe er zu erwidern, daß die Verlegung des Landes oder einiger Bezirke von der Zentralgewalt zur Aufrechthaltung der Ordnung im südwestlichen Deutschland und theilweise auch zur Beobachtung der Schweizergränze angeordnet worden; daß es sonach nicht in der Macht der badischen Regierung liege, diese Truppen wieder zurückzuziehen oder für sie Quartiere anderwärts anzuweisen. Es würde auch eine solche zeitige Zurückziehung zur Zeit noch erheblichen Bedenken unterliegen. Dagegen habe die Regierung sich bei der Zentralgewalt dahin verwendet, daß eine theilweise Verlegung der Bundestruppen bei Mannheim in das Hessische und Rheinbayerische, so wie eine Dislokation jener um Freiburg und eine theilweise Verlegung der letztern an die Schweizergränze beschlossen worden sei. Die Einquartierungsbelastung betreffe so jenen solche früher zum größten Theile bezahlt worden und würden noch bezahlt; für die durch die neuesten Ereignisse verursachten und von der Zentralgewalt angeordneten Truppenbewegungen und die dadurch nothwendig gewordenen Einquartierungen aber könne keine Baarentschädigung geleistet werden, weil es der Bundesklasse zur Zeit an Geld fehle, das Militär sonach den Einquartierungen Scheine ausstellen müsse, deren Realisation vorbehalten bleibe. Es habe zwar die Regierung alle ihr möglichen Schritte bei der Zentralgewalt gethan, um sofortige Bezahlung zu erhalten, es sei bis jetzt nicht weiter als bis zur Zusicherung gebracht, solche werde im Wäre erfolgen und einstweilen eine Vorschußzahlung für arme Gemeinden gestellt werden. Die Verpflegungszeugnisse aber der Staatskasse vorzuschießen, sei reine Unmöglichkeit, weil diese in der jüngsten Zeit schon bedeutende Ausfälle hatte, und viele außerordentliche Ausgaben bestreiten mußte. Es sei am räthlichsten, wenn die Regierung Namens der Quartierträger, statt für die Staatskasse, bei der Zentralgewalt Reklamationen zu erheben fortfahre. Kiefer schildert die Armuth eines Theiles der Quartierpflichtigen, die kaum noch das erforderliche Salz und Brod kaufen könnten, daher nicht im Stande wären, Vorschüsse zu leisten. Überhaupt sei die Gewerbe stocken still, so es könnten nicht einmal mehr die Steuer-Exekutionsgebühren bezahlt werden, und so sei eine allgemeine Verarmung unausbleiblich. Er

habe deßwegen früher schon an die Regierung eine ihm bis jetzt noch nicht beantwortete weitere Frage gestellt, ob nicht die Aktivren und Oberreinnehmereien angewiesen werden könnten, die von Militär ausgestellten Scheine an Zahlungsstatt anzunehmen. Sei auch dis nicht der Fall, so möchten am Ende, um einer allgemeinen Verarmung zu begegnen, die Truppen zurückgegangen oder in kleinere Kantonirungen verlegt werden. General-Lieutenant Hoffmann: Auch wir wünschen eine Verminderung der Truppen, und haben solche früher auch durch Beurlaubung stattfinden lassen; die Vorwürfe, welche uns deßhalls gemacht wurden, sind bekannt. Jetzt aber liegt eine Reduktion derselben nicht in unserer Macht, indem darüber nur die Zentral-gewalt zu entscheiden hat, bei welcher wir auch schon wiederholt Anträge stellten. Uebrigens sind wenigstens für die hiesigen Truppen Quartierzeddel-Einschädigung geleistet; mehr als Dies zu thun, ist die Staatskasse außer Stand. Finanzministerialpräsident Hoffmann spricht in ähnlichem Sinne, und setzt noch bei, daß von der Zentralkasse ein Vorschuß für ärmere Gemeinden zugestimmt worden. Stantenhorn: Die Bauerbeschwerden bestanden darin, daß die Einquartierungslast nur einzelne Gemeinden und Bezirke treffe und nicht eine gleiche Verhältnißlast der Truppen-zum Kattonirte; auch habe namentlich ein Wahlbezirk noch 10- bis 12,000 fl. Entschädigungsansprüche für die letzte Einquartierungsperiode zugut, auf deren Bezahlung er bestehen müsse. Scheffelt schließt sich dem Abgeordneten Rieter an, und spricht für Vorsicht. General-Lieutenant Hoffmann: Wenn Vorsicht Alles bezahlen müßte, was es verspenden habe, so hätte es noch viel mehr zu bezahlen. Wir glauben, daß unsere Ansicht über Verschädigung nicht so genau bemessen könne, und bemerkt, daß ihn die Erklärung der Regierung theils befriedigt, theils traurig gestimmt habe. Ersteres, weil er deren guten Willen daraus ersenne, Letzteres aber, weil dieselbe den Entwurfe der Beschäftigung nicht bestimmen könne. Er würde in gemeinschaftlichen Berathungen eine bedeutende Erleichterung finden. Kapp führt in einem längeren Vortrage aus, daß die Bewaffnung viel mehr Militär, als nothwendig gewesen, herbeigerufen, und spricht seine Besorgungen hierüber wiederholt mit dem Bemerken aus, es wäre besser gewesen, solche bedeutende Streitkräfte gegen Norden zu entwickeln. Die bekannte Note der schweizerischen Tagsatzung bezeichnet es als eine solche, welche sehr ruhig gehalten sei, und glaubt, man müsse jetzt das Volk schonen, damit es sich nicht zu Thätlichkeiten aufreizen lasse. Scheffel stimmt Metz bei, und stellt an die Regierungsbank die Frage, ob wirklich eine Abberufung der Schweizergränze für Personen und Waaren, wie das Gerücht gehe, im Werke sei? Staatsrath Helf: Die vermaligen Verhandlungen mit der Schweiz seien eine deutsche Angelegenheit, es habe sonach die Zentralgewalt einzuleiten. Hiernit verbreitet sich der Redner sowohl über die bekannte Note, als auch über die Verhandlungen, welche man nehmen der Schweiz gegen Baden, und schließt mit der Bemerkung, daß der Regierung von einer Waarensperre Nichts bekannt sei, daß aber Etwas vorliege, den Personenverkehr mit mehr Strenge zu überwachen, um die nachdrücklichen Einwühlungen der Flüchtlinge an der Gränze abzuhalten. Sachs stellt den Antrag, daß die Beschädigungsfrage der Zentralgewalt zu beantragen, dort eine größere Quartierzeddel-Entschädigungssumme zu fordern. Helbing und Baum theilen Kieser's Ansichten, während Kuenzer in einer langen Rede sich des Schweizervolkes annimmt, und dessen feitherigen Verhalten und Unterstützen der Freiheitsbestrebungen neuerer Zeit vertheidigt. Staatsrath Wolf widerlegt den Redner in mehreren Punkten durch Thatsachen, und bemerkt schließlich, daß er nicht glauben könne, Kuenzer habe unter den von ihm vorbehaltenen Freiheitsbestrebungen den jüngsten Struve'schen Einfall gemeint; denn wer bei diesen furchtbaren und terroristischen Gewaltthaten von Freiheitsbestrebungen spreche, dem müsse der gesunde Menschenverstand verloren gegangen sein. (Allgemeines Bravo!) Kuenzer erwidert, es habe sich seine Aeußerung auf die Vorgänge in den Märztagen bezogen. Lebhaft unterstützt das durch Sachs gestellten Antrag, und kommt wieder auf die Amnestiefrage zurück mit dem Bemerken, wenn diese Amnestie früher schon erdeilt worden wäre, so wären den viele Flüchtige wieder zurückgekehrt sein, und hätten dann nicht mehr nothwendig gehabt, in das Land einzufallen. (Allgemeine Heiterkeit.) Erläuternd über denselben, daß die Flüchtigen durch eine Amnestie bezüglich wegen Hochverrath, und seinen Antrag mehr verstanden haben möchten. Nachdem auch noch Richter, Schaaff, Lamey und Helmreich gesprochen, welcher Letztere sich gegen eine Amnestie erklärte, beschließt die Kammer, den Wunsch in das Protokoll niederzulegen: es möge die Regierung durch ihren Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt dahin wirken, daß von dort aus eine baldige Regelung der Quartierzeddel-Entschädigungen erfolge, und eine zweckmäßige Dislokation der Truppen angeordnet werde. (Karlsr. Z.)

Mannheim, 16. Oktober. Unsere Umstürzler hatten heute wieder einen Anlauf genommen. Es war — von wem? das blieb verschwiegen — eine Bürgerversammlung angesetzt, die nichts Geringeres bezwecken sollte, als die Zurückziehung der Militär-Requisition, den Kriegszustand, sofortige Auflösung der Kammern und Wahl einer konstituirenden Versammlung. Zuletzt sollte in der Versammlung selbst der Antrag auf allgemeine Amnestie dem Programme angereiht werden. Auf den Namen der Bürgerschaft Mannheims sollte, wie schon so oft, das ganze Land in Bewegung gesetzt werden — Sturmpetitionen in allen Orten zu Stande kommen. Das Verhaben zerfiel sich aber an einem Polizeiverbote, und die am bezüglichen Lokale aufgestellte Dienstmannschaft suchte vergebens Gelegenheit, unter dem herangekommenen wenig zahlreichen Publikum die Mannheimer Bürger herauszuspähen. Uebrigens wäre die präventive Maßregel vielleicht besser unterblieben; denn, wie wir jetzt erfahren, rüstete sich zu gleicher Zeit die auf die Freiheit im Bund mit Ordnung und Gesetz haltende Bürgerschaft, indem sie endlich den Vorsatz faßte, eine Gegendemonstration zu veranstalten. Es scheint derselben nun lange genug auf ihren Namen gespielt worden zu sein. Wenn dieser löbliche Vorsatz zur Ausführung kommen sollte, wird sich die politische Richtung unseres Landes bald in einem anderen Lichte zeigen. Daß erwachende Selbstbewußtsein der Bürgerschaft wird hoffentlich dem nächsten bevorigen Falle zu Gute kommen. Die daßier anwesenden preußischen Truppen begingen das Geburtsfest ihres Königs durch eine feierliche Parade, wovon auch die baierischen Dragoner theilnahmen, und werden diese Festlichkeit drei Tage lang in Wirksamkeit versetzen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Großh. Hessen. — Mainz, 13. Okt. (Hess. Ztg.) Einige hiesige Republikaner gründeten vor einigen Wochen in Budenheim einen demokratischen Verein. Von 10 Uhr Abends bis 1 Uhr dauerte die Verhandlung; heftige Reden wurden gehalten, die Fürsten und der Gagern für das viele Geld hergenommen, das sie nutzlos verschlingen, während das souveräne Volk darbe und die Linke in Frankfurt lassbare Reden halte, ohne zum Ziele zu kommen wegen der Rechten. Dem konservativen Volke in Budenheim wurde viel Lob gespendet wegen seiner politischen Mündigkeit und austerordentlichen Klugheit, und es beschloß, in Anbetracht der gerechten Bürtigung seiner Tüchtigkeit einen demokratischen Verein zu bilden, d. h. alle Monat 3 kr. an die Vereinskasse zu zahlen. Es wählte sich dann einen Wüstenden und einen Bürgermeister. Der erstere ist Anton Hock, Schuhmacher, welcher im Jahre 1841 wegen Mordversuches von den Assisen zum Tode verurtheilt wurde. Diese Strafe wurde ihm im Wege der Begnadigung in 10jährige Zuchthausstrafe verwandelt und bis 1847 theilweise abgebüßt, wo er begnadigt wurde. Der andere ist ein Zuhrmann, welcher nicht lesen und schreiben kann. Darnach läßt sich bemessen, was es auf sich hat, wenn die Redner im Frankfurter Hofe die Bündnisse des Volkes in politischen Dingen erheben und seinen Scharfsinn und seine Einsicht loben, sobald es übergläubwirt werden soll. Zugleich steht man aber auch, wie sich das souveräne Volk auf Schwung zu gewissen Parteien findet. Das kluge Volk läßt sich mit wenigen Redensarten übertölpeln, geht in das Feuer, wenn seine Redner das Weite suchen, übt seinen Buckel her, wenn diese die Prügel verdienen, zahlt und verpeguet seine Zeit, um zu hören und zu sehen, daß Demagogen ein feiwoles Spiel mit seinem Wohle getrieben haben.

Oesterreich. — Innsbruck, 20. Okt. Heute treibe eine Deputation von hier nach Olmütz ab, um Sr. Maj. folgende Adresse zu überbringen: Guere Majestät! Allergnädigster Herr! Die ehrerbietigst unterzeichneten Glieder des ständigen Ausschusses im tyrolischen Landtage, im innigen Vereine mit den treugesinnten für Tirol und Vorarlberg und den Bewohnern von Innsbruck, fühlen sich durch die beklagenswerthen Ereignisse, welche seit dem 6. d. M. die Residenzstadt Wien zum Schauplatze zügelloser Anarchie und rathloser Verwirrung gemacht haben, unwiderstehlich getrieben, ihren Empfindungen und Entschlüssen auch auf der Unterwelung Worte zu geben. Mit erschütternder Ueberzeugung sehen sie in diesen Ereignissen den Beginn und den Uebergang der Zerstörung und die Entwürdigung der Rechten, Gutgesinnten in dem Mittelpunkte der Monarchie, wie in einzelnen Bestandtheilen derselben, die unsichtbaren Gefahr gesührdet, welche die Liebe Guerer Majestät den Bedürfnissen und Wünschen Ihrer Völker durch eine Konvention angesichtsen und verderblich gemischt hat. Sie sehen selbst die Freiheit in den Bestrebungen des Reichstages und in den Verhandlungen der verantwortlichen Minister beeinträchtigt, und alle Ehrfurcht gegen die geheiligte Person Guerer Majestät und die Würde des Thrones verletzt. Doch wie beklagenswerth und beunruhigend diese Zustände immer sein mögen — in Tirol und Vorarlberg können sie nur Eine Wirkung äußern. Es ist uns Sr. Majestät des Kaisers und Abschied; es ist die einheilige Gesinnung aller Stände zum muthigen Ausharren im alten Gottvertrauen, in alter Treue, in alter Hingebung an Guere Majestät, und an das liebe Vaterland zur unbefleckten Erhaltung seiner Ehre. Wie die Väter so manche schwere Prüfung muthig und glücklich bestanden, so wollen und werden auch wir allen Versuchungen widerstehen, welche diese Provinz und ihre biedern Bewohner auf Irrwege verleiten können, und dessen zuversichtlich, auf diesem gesetzlichen Wege, unterstützt von würdigen Seelsorgern, redlichen Beamten und gesinnungstüchtigen Gemeindevorstehern, Achtung des Eigenthumes und der wechselseitigen Rechte, Ruhe im Innern, achtungsgebietende Haltung nach Außen so lange zu bewahren, bis Eure Majestät, umgeben von einem in seinen Berathungen nicht gehörten Reichstage und frei gewählten Ministern in Ihre Hauptstadt sein werden, Ihren treu gebliebenen Völkern die zugesicherten Wohlthaten zu verwirklichen und Ihren väterlichen Willen kund zu geben. Diese Ueberzeugungstreue, ob der Verhandlungen des Reichstages, des Verfügungen der Minister in Wien den Absichten und Entschlüssen Guerer Majestät entsprechen, ist das Beunruhigendste für Ihr getreues Tyrol und Vorarlberg, und beschwert die dringende Bitte um eigenes, eine authentische Kundgebung des kaiserlichen Willens. Der konstitutionelle Thron ist nur dort, wo Guere Majestät Sich befinden, und unsere Herzen sind nur bei Guerer Majestät! Möchten Allerhöchstdieselben in diesem einfachen Ausdrucke von Gefühlen, die — wir wissen es! auch Nachrichten aus allen Thälern — Ihr treues Volk in Tyrol und Vorarlberg beseelen, einigen Trost für das durch Unland Anderer tief gebeugte Vaterherz finden, bis es dem Allmächtigen gefallen wird, Guerer Majestät väterliche Absichten und unser kindliches Vertrauen nach seinen ewigen, gewiß weisen Rathschlüssen zu belohnen! Innsbruck, am 15. Oktober 1848.

Erklärung. Nachdem in Folge der beklagenswerthen Ereignisse

beb 6. Oktobers und durch den gewaltsamen Sturz des Ministeriums, dessen Grundsätze jene der Majorität des Reichstages waren, dieser unfreiwillig in eine ganz veränderte Stellung geworfen wurde, — nachdem die nur zur Verfassung der Reichskonstitution berufene Versammlung die Leitung der Exekutiv-Gewalt auf sich genommen, glaubten wir unterzeichneten Vertreter durch unser Mandat nicht mehr berechtigt zu sein, an seinen ferneren Beschlüssen Theil zu nehmen. Wir faßten daher gemeinschaftlich den Entschluß Wien zu verlassen und in unsere Wahlbezirke zurückzukehren. Dazu fühlten wir uns um so dringender bestimmt, als wir nach den bekannten Gesinnungen unserer Wähler voraussehen mußten, sie würden unser Verbleiben im Reichstage auch aus dem Grunde nicht billigen, weil der Kaiser, als er sich aus Wien entfernte, Alle, die es mit der Monarchie und mit der Freiheit redlich meinen, aufgefordert hat, sich um ihn zu scharen. In Folge der bedrohenden Einflüsse hatte eine große Anzahl der Mitglieder den Reichstag schon verlassen, und die Stadt, in welcher die Volksvertreter frei tagen sollten, hatte sich in ein Kriegslager der bewaffneten Partei verwandelt. Solche Zustände machten nach unserer innigsten Ueberzeugung die freie Selbstbestimmung der Abgeordneten unmöglich. Diese Gründe unserer Heimkehr öffentlich anzeigend, nehmen wir die unerschütterliche Ansprache mit unseren Wählern in Vorbehalt. Innsbruck, am 18. Okt. 1848. Dr. A. Pfretschner, Abgeordneter des Wahlbezirkes Hofgastein. Ferd. Stödl, Abgeordneter des Wahlbezirkes Neuberg. Dr. Haßlwander, Abgeordneter des Wahlbezirkes Silian. Dr. v. Klebelsberg, Abgeordneter der Stadt Innsbruck. Ingram, Abgeordneter des Wahlbezirkes Bozen. Alois v. Oefterlin, Abgeordneter des Wahlbezirkes Brunec. Aay, Abgeordneter des ersten Wahlbezirkes in Vorarlberg. Luk. Zwirle, Abgeordneter des zweiten Wahlbezirkes in Vorarlberg.

Die in obiger Erklärung auseinandergesetzten Gründe meiner Herren Kollegen würden auch mich, wenn ich am 6. Okt. noch in Wien gewesen wäre und nicht schon am 3. d. M. meinen 14tägigen Urlaub angetreten hätte, bestimmt haben — an den Berathungen und Beschlüssen einer Versammlung, die unter dem Einfluß der direkten Gewalt steht, und für die Mörder des Kriegsministers Latour Amnestie beantragte, seinen Antheil zu nehmen, weßhalb ich nach gepflogener Rücksprache mit dem größten Theile meiner Wähler, die als wackere Tiroler die wahre Volksfreiheit und die konstitutionelle Monarchie, sowie den Anschluß an Deutschland, aber keine Herrschaft wüstlerischer, anarchischer, die Zerrüttung Oesterreichs, und in Hintergrunde die rothe Republik anstrebender Klubs und Vereine wollen, hiemit öffentlich erkläre, nicht mehr nach Wien zurückzukehren, obwohl mein Urlaub bereits ausgelaufen ist. A. Strasser, Abgeordneter des Wahlbezirkes Wilten.

Aus Cilli vernimmt man, daß 21 Mann des steyrischen Schützenkorps auf ihrer Flucht aus Laibach auf dem Wege nach Gonowitz vom Militär aufgehrochl, entwaffnet und gefangen worden sind. — Die Stadt Temesvar ist von dem dortigen tüchtig gesinnten Festungskommandanten entwaffnet und in Belagerungszustand erklärt worden. — Die Ratzen erheben sich gegen Ungarn und haben bereits der Cseg ein Dampfboot weggenommen. — Im Thuroczer Komitate desarmirt man einen Aufstand gegen die Partei Kossuths. — Aus Pesth wird berichtet, daß Kossuth es dem Kommandanten der ungarischen Armee freigestellt habe, nach eigenem Gutdünken zu handeln, d. h. Wien zu Hilfe zu eilen oder in Ungarn zu bleiben. — Die Landesvertheidigungs-Commission hat sämmtliche in Ungarn liegende Güter und Einkünfte des Erzherzogs von Agram als Landesgüter, nähere in Sequestration genommen und einen Theil der Ländereien dem Stein am Anger'schen Bisthume einverleibt. — Tausenan hat am 15. in einer Volksversammlung in Pesth eine Rede gehalten und wurde von der jubelnden Volksmenge im Triumphe zu seinem Wagen getragen. Ein Mann rief, empört über dieses Treiben aus: „Ein solches Volksaufgeziehe verdiene doch gleich gehängt zu werden!" Kaum waren diese unbedachten Worte ausgesprochen, als das wüthende Volk ihn packte und an die nächste Laterne hängen wollte. Nur der Nationalgarde gelang es, ihn zu retten

Oesterreichische Monarchie.

Mailand. (Wost. J.) Die letzten Mailänder Briefe (vom 16. Okt.) melden uns, daß von Aufwiegelung viele beunruhigende Gerüchte verbreitet werden, daß aber keinerlei Thatsachen vorliegen. Dieselben Briefe versichern, die österreichische Armee sei so einträchtig und zusammenhaltend, daß es den Italienern schlecht ergehen würde, wenn sie wieder Etwas anfangen wollten.

Schweiz.

Unter den Anzeigen der „Bersfrei." erscheint folgende: „Ein Artikel der Helvetie enthält die Angabe, welche auch in mehrere Schweizerblätter übergegangen ist, als habe ich bei Ueberreichung der Note vom 4. d. M. dem Ansinnen des hohen Vororts erklärt, „daß ich deren Sprache nicht billige." Ich weise diese mir in den Mund gelegte Aeußerung als unwahr zurück. Bern, den 18. Okt. 1848. F. Fivaeaut."

Italien.

Neapel. Italienische Nachrichten aus Sizilien melden, daß die königl. Truppen sich in Melazzo und Scaletta befinden gegenüber den Vorposten der Sizilianer. Die Feindseligkeiten haben noch nicht begonnen. Die Kommandanten der französischen und englischen Spitze erklären, daß sie keine Instruktionen hätten für den Fall eines Wiederausbruchs der Feindseligkeiten, sie fahren aber fort sich einzuschiffen, sich der Verstärkung anzuwenden. Truppen und Munition langen vorwährend von Neapel an. In Sizilien wurden auf Befehl der Regierung 20,000 Pfken verstärkt. Die Städte Trapani, Syrakus, Palermo und Girgenti sind gut befestigt, Catania so gut als es seine topographische Lage zuläßt. Palermo ist mit Provision versehen, um eine Belagerung von 50 Tagen aushalten zu können. 3/5 von Messina sind in Ruinen, man schätzt den Schaden auf 6 Millionen Dukaten. Die Bibliotheken, die Universität und des Benediktinerklosters sind mit abgebrannt. (Auch der schweizerische Konsul in Messina entwirft in einem Bericht an den Vorort das schrecklichste Gemälde von dem Zustand dieser Stadt).

Frankreich.

Paris, 19 Oktober. Die Kommission, welche zur Begutachtung des Antrags des Hrn. Z. Favre — die Orleans'sche Privatdomäne zum Staate zu schlagen — niedergesetzt war, hat ihren Bericht erstattet, dessen Verfasser Herr Berryer ist. Dieser Bericht lautet ablehnend, und stellt dann eine Reihe Anträge, um zur Liquidation zu gelangen. Einstweilen soll der Finanzminister ermächtigt werden den verschiedenen Mitgliedern der Familie Orleans ihre Heirathsgüter, Wittwengelinge und Mobiliarwerthe, so wie die Gegenstände ihres persönlichen Gebrauchs zu verabfolgen. Nur das Grundeigenthum bleibt unter Sequester, inzwischen soll aber jedem der Betheiligten eine jährliche Unterhaltungssumme auf den Ertrag angewiesen werden. Die Schulden der Civilliste belaufen sich auf ungefähr 30 Mill. Fr. und als Gläubiger will einer Forderung von 25 Mill. Fr. für unbrerechtigte Holzfchläge in den Staatswaldungen tritt der Schatz auf. Der Werth der Güter der Privatdomainen wird auch jetzt noch zu 100 Mill. Fr. geschätzt, der Ertrag würde jedoch kaum hinreichen die Zinsen der Schuld zu decken. Das Einkommen daraus wird also angegeben. Privatdomänen 3,200,000 Fr., Eigenthum der Königin 200,000 Fr., Güter der Prinzessin Adelheid 1½ Mill. Fr., zusammen 4,900,000 Fr., oder nach Abzug der Verwaltungskosten ungefähr 3 Mill. Fr. Die Privatgüter des Herzogs von Aumale und des Prinzen von Joinville sind hier nicht eingerechnet. (Allg. Z.)

Nachschrift.

* Wien. — In der Sitzung des Reichstags vom 21. zeigte der Finanzminister Krauß an, daß der Minister Wessenberg ihm ein kaiserliches Manifest (Fassbelle, welches unter „Korrespondent in seinem Schreiben vom 20. hievon ankündete) geschickt habe. Der Kaiser spricht darin sein schmerzliches Bedauern aus, über die traurigen Ereignisse in Wien, Wien zu verlassen und sich nach Olmütz zu begeben, dann zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung militärische Kräfte ringe um Wien entfalten und anwenden zu müssen. Diese sollen nur so weit gehen, als es zu Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung unumgänglich nothwendig ist. Durch kaiserliches Wort wird den Völkern Oesterreichs die ungehinderte Aufrechthaltung der ihnen zugesicherten freien Institutionen verbürgt, eben so die der Beschlüsse des Reichstags in Betreff Aufhebung der Unterthanslasten. Des Kaisers fester Wille sei es, daß das Verfassungswerk durch den Reichstag vollendet werde. Das Manifest ist auch Olmütz vom 19. datirt. — Der General Graf Auersperg hat auf die Zuschriften des Reichstags wegen Entwaffnung der Nationalgarde der Eingegangenen und Absperrung der Lebensmittel gleichfalls am 21. geantwortet, man möge sich an den Fürsten Windischgrätz wenden, den jetzigen Oberbefehlshaber, der jeden Tag eintreffen müsse. — Die noch einmal angefundenen Ungarn fließen noch immer nichts von sich hören.

Wir erhalten die Pariser Post vom 20. Okt. so spät, daß wir nur das allerwichtigste herausheben können, und dies ist die durch den Moniteur vom 20. verkündigte Auflösung des Belagerungszustandes von Paris.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Paris, 20. Okt. 3proz. 44,35, 5proz. 68.50 Staatsch 221. Bankaktien 1505.—. Staatsobligationen 115.— Bier Canäle 840.— Compt. von Algier —. Belg. 5proz. von 1840 76½. von 1842 76½. 4½proz. —. 3proz. —. 2½proz. —.—. Belg. Bank —. Neap. 5proz. —.—. Röm. 5proz. 62½. Span. 3proz. 23. Altiva 13½. Passiva —. Piem. —.—. Holl —.—. St. Germain —.—. Versailles (rechte) 103.—. (Linke) 95.—. Orleans 585.—. Rouen 375.—. Havre 185.—. Marseill. 195.—. Basel —.—. Bierzon 227.50 Boulogne —.—. Bordeaux 368.75. Rordbahn 355.—. Montereau —.—. Lyon 361.25. Straßburg 330.—. Nantes. 315.— Dieppe —.—. Sceaux —.—. Montpellier —.—. Le Teste —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Dienstag, den 24. Oktober 1848.

Neuestes aus Wien.

** Unsere gewöhnliche Korrespondenz aus Wien vom 21. Oktober ist uns nicht zugekommen, vielleicht weil die Einschließung der Stadt durch die Truppen vollständig ist, und keinen Brief mehr durchläßt. Ein klares Bild von der Lage Wiens gibt der folgende Brief vom 20 der auch ganz neue Aufschlüsse über die sogenannte ungarische Armee bringt.

† Wien, 20. Okbr. Allem Anschein nach werden in wenigen Tagen hier die Würfel fallen, die Krise zur Entscheidung gekommen sein. Das Heer, welches die Stadt einschließt, rückt immer näher heran, immer seiner schließt sich der Gürtel, den die Truppen bilden, und jeden Augenblick erhalten dieselben noch neue Verstärkungen. Alle Verbindungen sind abgeschnitten, die Taboebrücke und der obere Theil des Praters bis zum Lusthaus besetzt. Morgen soll der Fürst Windischgrätz in Person eintreffen, um den Oberbefehl über das ganze versammelte Heer zu übernehmen. Er ist zum stellvertretenden Kommandirenden aller Truppen mit Ausnahme jener in Italien ernannt. Von der Eventualität eines Kampfes der mit den Ungarn in der Nähe Wiens zu bestehen wäre, ist keine Rede mehr, nachdem dieselben fur gerathen erachtet haben, sich selbst wieder zurückzuziehen. Die Wuth unserer Demokraten, die sich so von den Magyaren in Stiche gelassen sehen, nachdem sie vorzüglich auf den Beistand derselben rechnend und durch sie angefeuert losgebrochen waren, kennt nun gegen dieselben keine Grenzen mehr. Morgen erwartet man ein neues Manifest des Kaisers, das allen Zweifeln ein Ende machen, Alles klar stellen soll. Der Reichstag schmilzt täglich mehr zusammen und ist in äußerstem Verlegenheit dadurch, wie durch die Stellung die er anfangs nach dem 6. Oktober eingenommen hat. Er fühlt nur zu gut, daß dieselbe nicht beizubehalten genannt werden kann. Jetzt sucht er zu lavieren, zwischen der ultra-demokratischen und der conservativen Partei, um aus der schwierigen Lage herauszukommen. Von allen Seiten sieht man außen die Vorbereitungen zum Angriff sich zu vervollständigen; ein wohlorganisirtes und disziplinirtes Heer, in welchem viele persönlich exaltirte Wuthid hier zu rächen haben, steht bereitend vor den Thoren, jeden Augenblid bereit um zu stürmen, und während diesen greift innen die Verzweiflung zur Entwicklung um sich. Die Reihen der Garden, Legionäre und Proletarier lichten sich täglich mehr, die Begeisterung ist erkaltet, das Elend und der Hunger zeigen ihr schreckendes Antlig. Die lange gemachten Lugen und Besprechungen von der Erhebung aller Provinzen zu Gunsten Wiens finden keinen Glauben mehr, und die ganze Kunstlich auf Lug und Trug aufgeführte, und mit dem durch edlen Widerstand vergossenen Blute gefärbte Gebäude fällt morsch zusammen. Die Demagogen fühlen, daß ihre Lage eine verzweifelte ist, aber gerade dis kann sie auch zu verbrecherischen Exzessen treiben, zu Plünderung und Mord. Die ungarische Armee ist deinahe im Zustande gänzlicher Auflösung. Der ungarische Kriegsminister, der Kaiser Alexander, Großfürst Thronfolger und Württemberg sind zum Banus Jellachich übergegangen. Auch heute liegt einer der Hauptgründe des schnellen Rückzugs der Ungarn. Wie die Dinge jetzt stehen, ist an der nahen Unterwerfung Wiens nicht mehr zu zweifeln, und das wird auf die Wiederkehr der Ordnung günstig einwirken. — Die Linien von Krantfurt, Blum und Consorten haben sich in die akademische Legion aufnehmen lassen. Deutionen werden ihnen gebracht, Reden und Zweifessen werden ihnen zu Ehren gehalten u. s. w. Seit mehreren Tagen schon fehlen uns die Posten aus Leoln und mit Spannung sieht man den Nachrichten von dort entgegen. In Brünn ist es gestern auch zu einer Bewegung eines Theils der Nationalgarde gegen die Garnison gekommen, auf die Nachricht, daß die Abberufung der Freiwilligen von Brünn, welche den Wienern zu Hülfe kommen wollten, von der Armee an der Eisenbahn zu Floridorf entwaffnet und wieder heimgeschickt worden ist. In der Umgegend von Wien, fahren die Generale Jellachich und Auersperg fort mit der allgemeinen Entwaffnung, und die Nationalgarden sind sehr zufrieden damit, des lastigen Militairdienstes, der sie ihren Arbeiten entzieht, los zu werden.

* **Oesterreich.** Wien, 18. Okt. Bisher leiten wir in einer Art von Traumwandeln die Gränen zweifelten an dem Rechtszustande der diesigen Ereignisse, die Andern haben mit Säbel und Sporengeklirr grimmige Antwort auf diese natürlich sehr gehörig gedeutete Zweifel. Nun sind wir Gott sei Dank aller Zweifel los. Die Antwort der Herren Robert Blum, Fröbel, Schramm und Jordan auf die Frankfurter Nationalversammlung hat alle Zweifel gelöst. Die Frankfurter Linke ist mit uns! Was kann uns da noch fehlen? Was schadet es, wenn die Rechte die uns überbrachte Adresse nicht unterzeichnet hat? Wissen wir doch seit langer Zeit, daß nur die Linken hier wir dort, die wahren Volksvertreter enthalten! Die Rechte versteht ohnehin nichts, was dem Volke frommt, das haben uns die Linken seit langem zur Genüge gesagt. Das Studentencomite hat deshalb die Deputation abzusteigen als Ehrenmitglieder aufgenommen und die Aufforkaten in der Frankfurter Versammlung werden gewaltige Augen machen, wenn die genannten Herren mit Kalabresern und wallenden Strausfedern, mit dem deutschen Rocke und weißen Hembekragen ihre Sitze in der Paulskirche wieder einnehmen werden! Wir sind außerordentlich begierig, welch' ungeheuren Eindruck die überbrachte linke Adresse hier machen wird! Obwohl die Wähler der genannten Herren denselben heraufgr Demonstrationen aus aufgetragen haben? Wir übertassen denselben die Antwort hierauf. Hier erklärt man Adressen auf Adressen an den Kaiser, und fordert natürlich daß man das Militär von der Stadt entferne. Wir können das den Leuten am Rader nicht verdenken, denn die ungeheure 80,000 M. vor den Linien sind sehr unbequem. Auch die Ungarn sind nicht so bei der Hand, wie man es wünscht, obgleich täglich neue verschiedenartigsten Plakate ihre Ankunft verkünden. Man munkelt sogar, daß die Generale Rott und Philippovich nicht gefangen sondern im Anzuge gegen die Stadt seien! Entsetzlich! Wir sind sehr begierig, wie lange sich noch das Wiener Volk durch Lügen und bombastische Proklamationen betrügen und bethören lassen wird! Das Fieber, welches die diesige Bevölkerung ergriffen hat, kann unmöglich lange anhalten; entweder kommt es zu einem Angriffe von Seiten der Wiener, oder eine Abfahrt nach muß eintreten. Jeder Folgen ein sehr unvernünftiges Resultat erwarten lassen. Soviel ist klar: ein Angriff in freiem Felde wird offenbar zu Gunsten des Militärs ausfallen, und eine längere Gerrirung der Stadt wird im Innern Unruhen hervorrufen, da schon jetzt alle Lebensmittel im Preise gestiegen sind. Hoffen wir auf eine gütliche Ausgleichung, die sich auch nach der Gesinnung des Kaisers erwarten läßt.

Die „Wiener-Ztg" vom 21. Okt. bringt eine Adresse des Reichstags an die „Völker Oesterreichs" in welcher er seine „bisher leider vergeblichen Bemühungen" für die Erhaltung des Friedens und der Verschnung erwähnt, sich über den Anmarsch der kroatischen Truppen und die Entwaffnung der Nationalgarde in den von den Kroaten besetzten Orten x. beklagt, und seiner vergeblichen Protestationen dagegen erwähnt; die historische und natürliche Bedeutung Wiens hervorhebt und sein Wirken, sowohl der Anarchie als der Reaktion entgegenzuwirken, darlegt. Um dies aber bewirken zu können, müsse Wien frei sein; deßhalb müssen die Völker Oesterreichs den Kaiser beschwören, durch Einsetzung eines volksthümlichen Ministeriums, Zurückziehen der Truppen aus Niederösterreich, Beruhigung des Militärs auf die freien Volkerrechte (?), der Stadt Wien und dem Reiche den Frieden zu geben. (Dabei ist nur der Umstand übergangen, daß Wien nicht Oesterreich ist.) Auch der Gemeindeausschuß hat an den Kaiser eine Adresse erlassen in der das Verhältniß Wiens zu den k. k. Truppen, die es umlagern, die vergeblichen Unterhandlungen mit dem Kommandanten derselben, und die Folgen, welche das Erscheinen des Banus vor Wien nach sich ziehen müsse (!) auseinander gesetzt werden. Die spricht den Wunsch aus, als welle man Wien nachgeben. In Wien ist übrigens die Ordnung einer relagerten Stadt. — Nur auf persönlichem Wege könne erstickt werden, was der Kaiser selbst wünsche Derselbe möge daher die Entfernung des Banus veranlassen, die Truppen so vertheilen, daß der Verkehr nicht mehr gehemmt werde, eine allgemeine Amnestie, wie sie im Antrage des Reichstags ausgesprochen, und daß ein volksthümliches Ministerium hilfen. — In der Sitzung des Gemeinderathes vom 19. Oktober wurde auch die Absendung einer Deputation an den Erzherzog Reichsverweser beschlossen, mit einer Adresse, worin seine Vermittlung nachgesucht wird. — Die Nationalgarde verlangt in einer Adresse an den Kaiser, welche durch eine Deputation überbracht wird, sieben Punkte, darunter: 1) Sämtliche Truppen sind mit nicht mehr als 10,000 Mann; 2) Bezahlung des Militärs auf die §. Patente vom 15. März und 15 Mai; 3) Ernennung von 6 k. k. Adjutanten aus der Nationalgarde; 4) Entfernung von Jellachich und Windischgrätz und der Regimenter Latour, Nassau und Wrbna Chevauxlegers von Wien; 5) Organisirung der Volkswehr auf Grundlage des tadellosen Gesetzes vom Jahre 1808, jedoch ohne die Offiziere; 6) Bildung eines volksthümlichen Ministeriums; endlich 7) allgemeine Rückkehr des Kaisers nach Wien.

In der Allgem. österreichischen Zeitung vom 21. Oktober liest man unter Anderm: Das Zögern des Gemeinderaths mit der Absorderung an die ungarische Armee, die österreichische Grenze zu überschreiten, macht viel unangenehmes Aufsehen. . . . Heute Abend kam die Nachricht von Windischgrätz in Floridorf eingetroffen. Die Volkswehr hat einen Theil der dortigen Brucke abgebrochen. . . . Ueber ein Plakat, welches abermals den Herzang der Ungarn anzeigt, herrschen verschiedene Ansichten. Die Meisten glauben nicht daran und besürchten, daß die kampfsustige Menge dadurch zu einer übereilten Handlung hingerissen werden könnte. Der polnische General Bem hat einen Aufruf an die Nationalgarde zu Pferde erlassen, in dem er unter Anderm, in Bezug auf die Nationalgarde, sagt: Um Offizier zu werden muß man Mannschaft angeworben haben, und zwar: ein Lieutenant 50 Mann, ein Hauptmann 100, ein Major 250, ein Oberstlieutenant 450 Mann. Man engagirt sich auf einen Monat.

Wir entnehmen einem Schreiben aus Baden bei Wien vom 17. Oktober in der Allgem. Zeitung noch folgende Einzelheiten: Jellachich benützte den mit den Ungarn abgeschlossenen Waffenstillstand zu seinem Beyheile, indem er schnell und in aller Stille durch den Bakonyer-Wald sich nördlich gegen Oesterreich zog, von wo er Verstärkung erwartete. Auf diesem Marsche vereinigte er sich mit dem Korps Roßner, wodurch seine Macht in ungarisch Altenburg auf 70,000 Mann anwuchs, wovon er je-

doch den Landsturm, 20,000 Mann stark, nach Hause schickte. Während der Ruh in Altenburg vernahm er die Kunde der in Wien angebrochenen Revolution und marschirte aus eigenem Antriebe in einem Eilmarsche von 18 Stunden bis Trautmannsdorf. — Der russische Gesandte in Wien hat erklärt, daß, sobald die Ungarn die österreichische Grenze überschreiten, die Russen in Ungarn einrücken werden. — Hatzfeld wurde nicht in Brünn, sondern bei der Abtei Gottweig gefangen, wo er mit drei Kanonen sofort das Landvolk aufwiegelte. — Von Budweis zieht ein Park von 60 Geschützen gegen Wien Anch in der Nacht vom 16. auf den 17. zogen 24 Geschütze durch Baden aus Steiermark und Neustadt nach Wien. Eine Deputation aus Graz, welche am 16 durch Baden kam, überbringt dem Kaiser die Versicherung, daß seine und des Banus Proklamationen die Steiermark vollkommen beruhigt haben und daß sich dort kein Landsturm erheben werde. Die hartige Bewaffnung wirklige es, daß eine kleine Anzahl von Studenten und Garden nach Wien gezogen sei. — Die Gegenziger Bahn ist für den Militärtransport in Beschlag genommen. Sonst gehen keine Trains mehr. Zwischen Hetzendorf und Meidling hat das Militär die Schienen aufgehoben. — Mit Gewißheit weiß man jetzt, daß die Wiener Garnison am 6. Oktober ihre Schuldigkeit nicht gethan hat, und die Offiziere mehrerer Bataillons von der Kriegsgerichte gestellt werden. Diese widmlichen ist das Benehmen eines kleinen Postens von 50 Mann bei den Pulvertürmen auf der Türkenschanze. Derselbe blieb 36 Stunden ohne Lebensmittel und wies jeden Versuch zur Uebergabe mit der Drohung zurück, die Magazine lieber in die Luft sprengen zu wollen! — Dr. Schütte wurde am 15. Oktober in Leobersdorf gesehen, wo er das Landvolk aufwiegelte, gleichzeitig mit Dr. Hammerschmidt, der bei Bisklau agirte, wo viele Landleute nicht übel Lust zum Zuzug nach Wien zeigten, aber von Graf Fried davon abgehalten wurden.

Prag, 18. Oktober. Mit dem eben anlangenden Wiener Personentrain kamen auch die Deputirten unseres Stadtverordnetenkollegiums aus dem kaiserlichen Hoflager zu Olmütz zurück. Sie wurden auf das Freundschaftlichste von dem Kaiser empfangen, bezüglich ihrer Vermittlungsanträge aber erklärte er ihnen, daß in dieser Angelegenheit an einen Mittelweg nicht mehr zu denken und sein Entschluß fest gefaßt sei. Ihm liege Oesterreich Wohl aller seiner Völker am Herzen, und eben zur Erhaltung dieses Wohles seien entschiedene Schritte nöthig. Fürst Lobkowitz versicherte die Deputirten, daß der Kaiser mit besonderer Freude aus ihrem Munde die Beweise anwandelbarer Loyalität vernommen habe, daß an den Errungenschaften des März und Mai auch nicht das Geringste geschmälert werden solle, daß die Mißregeln gegen Wien kein Bombardement und keine Zerstörungswerke bezwecken, sondern daß nur durch eine energische Trennung die Bürgerschaft zwingen wolle, die Proletarier und die akademische Legion selbst zu entwaffnen und den Frieden und einen geregelten Zustand herzustellen. Ungarn allein sei es, und Pesth insbesondere, gegen das mit aller Strenge verfahren werden soll. Bis zum 19. soll die Cernirung Wiens durch 30 Bataillone Linientruppen, 22 Cesadrons Kavallerie und 8 Batterien Artillerie nebst den kroatischen Scharen bewerkstelligt werden und um dieselbe Zeit (?) auch die Belagerung Pesth's beginnen. Zu diesem letztern Zweck werden sich die polnische und serbische Armee konzentriren und auch das Truppenkorps des Generals Roth, das nicht gefangen sei(?) zu ihnen stoßen. — Im Laufe des morgigen Tages erwartet man ein kaiserliches Manifest, worin die Beschlüsse des Reichstages anerkannt und die Ernennung gegeben wird, die vollständige Freiheit der Wahlen anheimzugeben. — Fürst Windischgrätz besindet sich am kaiserlichen Hoflager in Olmütz.

Prag, 19. Oktober. Gestern begaben sich die Deputirten Tyl und Stanek als Gesandte der hiesigen Reichstagsdeputirten nach Brünn, um sich mit den dort zusammenkommenden Meinungsgenossen der Rechten über den fernern Ort des Reichstages, und alle weiteren Schritte zu gegen die Wiener Majorität einzuleiten, zu vereinbaren. Wir sind sehr begierig zu hören, welche Stadt in Vorschlag kommen wird. (Prager Bl.)

Olmütz, 17. Oktober. Heute wurde Fürst Windischgrätz mittelst Handbillets Sr. Maj. des Kaisers zum Feldmarschall ernannt. — Heute kam eine große Deputation Honveds, alle zu Pferd und eine Musik an der Spitze, um Sr. Majestät für ihre ihnen soeben mündlich als Herrscher gegebene Versicherung der Aufhebung der Robot, des Zehents u. s. w. zu danken. — Am 19. tritt der Rest der böhmischen Truppen den Marsch nach Lundenburg an, wohin auch das Hauptquartier des Feldmarschalls verlegt wird. — Es sollen ungarische Deputirte hier sein, doch kann es nicht verbürgt werden.

(Const. Bl. aus Böhmen.)

Pesth, 15. Okt. Zeh erhebe Ihre Blätter dem 10. und 11. dieß mit der wiederholten Aufforderung, Ihnen schnelle und partellose Berichte, frei mindestens dreimal die Woche, zu geben. Vergebens kann sie Ihnen nicht bestimmt versprechen. Parteiisch aber, glaube ich, waren auch meine früheren Berichte nicht. Ich werde indeß trachten, Ihren Wünschen zu genügen. Die letzten wichtigen Beschlüsse des hiesigen Reichstages, bezüglich der Zurückziehung aller außer Landes befindlichen Ungarn, so wie des außerhalb Ungarn stehenden ungarischen Militärs, werden Sie bereits kennen. Seitdem waren die Verhandlungen von keinem besonderen Interesse. Man ist in der Kammer, so wie im Publikum, auf den Ausgang der Wiener Revolution gespannt, wornach sich auch das weitere Verfahren der ersteren richten wird. Die ultra-magyarische Partei mag an den Wiener Ereignissen keinen kleinen Antheil haben. — Der „Ellenzéjsi“ sagt in seiner vorgestrigen Nummer unter Anderem, daß der größte Theil seiner Mitarbeiter gegen wärtig in der Gegend von Wien im Interesse des Vaterlandes thätig sei— ? In derselben Nummer wird über den hiesigen Kriegsrath losgezogen, der sich noch gegen Aegydius und u. dgl. zu Schulden kommen lasse, als dieß je unter der früheren Verwaltung der Fall gewesen sei. — Man wird „aus Mißverständniß von der Festung aus eine kurze Zeit beschossen und das sich verbarrikadirt. In der Gegend von Theißholz herrscht unter den Slovaken eine große Aufregung, und es ist jetzen Augenblick ein Ausbruch zu befürchten. Von Neuerungen hört man ganz und gar nichts mehr.

(Presb. Z.)

Italien.

Aus Italien bringen die letzter Tage Nachricht, die an sich von entschiedener Wichtigkeit wäre, aber als Einzelnachrichten zusammen werfen die Ueberzeugung, daß in der patriotischen Gesammtheit Italiens, in der vielleicht auch ohne die Vorgänge in Wien aufgebrochen wäre, eine sehr unvermeidliche scheint. In Neapel und Rom (unsere römischen Nachrichten gehen bis zum 12. Oktbr.) wußte man von den Wiener Ereignissen noch nichts. Die römischen Blätter beschäftigen sich viel mit dem Gedanken der italienischen Einigung. Die römische Presse rom 10. behauptet, aus sicherer Quelle zu wissen, daß von Rom bereits vor einem Monat der Plan einer italienischen Föderativ mit nationaler Vertretung den übrigen italienischen Höfen vorgelegt sei. Ausgegangen sei derselbe, etwa prunzip Tage vor dem Ministerium Rossi, von einem böhern Orte als dem Ministerium Pabst. Die Formulirung und Weiterführung des Plans verdanke man denselben Prälaten, der die Unterhandlungen der Zollvereinigung führte. Toscana habe den Plan zugleich angenommen (ob er in Toscana gleichzeitig wie in Rom gefaßt war, bleibt unbestimmt), Piemont habe bis zum 7. Okt. noch keine Antwort auf seine Zusage erhalten. Die piemontesische Regierung, in allem was den Krieg betrifft so thätig, verjahre doch in allem was die italienische Liga und die Harmonie mit den andern italienischen Staaten angehe, unbegreiflich rathselhaft. Ueber das Ministerium Rossi verbreiten sich weiter das Gerücht, daß es bald fallen werde, da es die Finanzschwierigkeit ohne Anzahen der zeitlichen Güter nicht heben könne, und Pius ein solches nur in sehr beschränkten Maße zugeben wolle. Aber der Umsturz ist in Bologna, wie am 8. Okt. berichtet, bis jetzt von minderer Bedeutung stattfanden, die Nachricht eingetroffen, daß das Fort von Commachio auf Befehl des römischen Ministeriums ersöder werden soll. Die Verhältnisse in Sardinien waren schon vor dem Eintreffen der Wiener Nachrichten mehr zum Krieg als zum Frieden angelegt. Die Lauenen dort befestigten Lombarden, dass sich der National Savoisien vom 12. aus Turin sprechen: „Kommen zum Kampf: in ihren Schlachtreihen stehen Turiner italienische Versammlung ein, und die Nachrichten aus Wien versetzen die Vorkämpfer der italienischen Nationalität in eine fieberhafte Aufregung. Das Alleszündende theilt sie mit als „excellente Neuigkeit aus Wien.“ Der Genueser Handelscourier vom 13. leitet sie ein mit den Worten: „mit unendlichem Jubel schreiben wir die Befreiung des gegen aus Wien Mitgetheilten aus Oesterreich 1848 sich, ist wirklich sehr anerkannt. Eine geheime Verbindung besteht unter Gleichen, ein neuer und glänzenderer Heerzug öffnet sich dem bedrängten Italien u. s. w.“ Im Klubb der italienischen Emigration in Turin wurde am 13. Okt. eine Adresse des Klubbs an die Ungarn vorgelesen, welche hierin zu ihren Siegen glückwünscht, zwischen Ungarn und Italien ein ewiges Bündniß erklärt u. s w.; bei einer Heerschau, die Karl Albert am 11. in Turin hielt, rief ihm eine Menge Volks entgegen: Krieg! Krieg! Die Tage des Königs ist so, daß er, wenn nicht außerordentliche Ereignisse eintreten, bald nur zwischen einem wenigstens theilweisen Kampf gegen seine Unterthanen, oder einer Wiedereröffnung des Kriegs mit Oesterreich zu wählen hat. Wohin er greifen wird, darüber lassen seine Vorgänge keinen Zweifel. In der Sitzung des italienischen Kongresses zu Turin am 12. Okt. zeigte Graf Casati, das fruhere Haupt der provisorischen Regierung in Mailand, an, daß Lombardei und Venedig die Wahl der Turiner zum Könige beguden und ihn gebeten, die Friedensliguidaten zu beginnen, wenn nicht die Vermittlung einen raschen, der italienischen Sache günstigen Ausgang in Aussicht stelle; der König habe diesen Wunsch mit tiefer Bewegung aufgenommen und gezeigt, wie er auch der seine sei. Der National Savoisien will aus Turin vom 12. wissen, daß das sardinische Ministerium Englands und Frankreich eine Note überzeben habe, der es den letzten Waffenstillstand, daß die Feindseligkeiten wieder aufgenommen würden, wenn nicht die Oesterreich in einem ehrenvollen Frieden bereyen können. Der europäische Krieg steht uns näher als im März.

Der italienische Kongreß in Turin hat sich in drei Abtheilungen geheilt: die politische, ökonomische und militärische. An der Spitze der ersten steht als Präsident Gioberti, an der der zweiten Sterbini, an der der dritten General Riccha. Manniani in vom Kongreß beauftragt, eine Adresse an Karl Albert zu entwerfen, in welcher dieser gebeten werde, „die gegenwärtige Zerrüttung Oesterreichs zu benützen und die unverletzte Niederlage unsers tapfern Heers zu rächen.“ Die Mitglieder des Kongresses gehören nach dem Turiner Korrespondenz der gebildetsten Klasse Italiens an, der Livorneser Courier begeichnet (ein republikanisches) nennt sie „Litettanten in der Politik und unterthänige Knechte eines Fürsten und eines Priesterd.“ Wenn von neuem ein Kampf Italiens mit Oesterreich ausbricht, so könnten wir sehr leicht erleben, daß sich mit ihm ein Bürgerkrieg der Republikaner gegen die Konstitutionellen in fast ganz Italien verwickelt. Am 10. langten in Alessandria sechsundzwanzig Kanonen und fünf Mörser von dem großen Artilleriepark, der sich in Peschiera befand, an.

(A. Z.)

Nr. 102.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 4 fl.
Einzelnblatt 4 kr.
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Mittwoch den 25. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, 25. Oktober.

Es wurden durch allerhöchste Entschließung vom 17. Okt. der Regierungsfinanzrath von Oberpfalz und Regensburg Johann von Gott Kaul in gleicher Eigenschaft zur Staatsschuldentilgungs-Kommission versetzt; an dessen Stelle zum Regierungsfinanzrath in Regensburg der Rentbeamte in Fürth Friedrich Erhart ernannt; an Erhard's Stelle der Rentbeamte Julius Sax in Römersdag versetzt; durch allerhöchste Entschließung vom 18. Okt. der quiescirte Grenzkontrolleur Ludwig Pöhner zum Sekretär 1. Klasse bei der Regierung von Oberpfalz und Regensburg ernannt; durch allerhöchste Entschließung vom 19. Okt. der Finanzrathsaccessist von der Regierung von Oberbayern Ludwig Grabner zum Finanzrechnungs-Kommissär in Baireuth provisorisch, der Finanzrechnungskommissär Heinr. Woehlmann zum Rentbeamten in Königshofen ernannt; der Rentbeamte in Radolzell auf Ansuchen auf das Rentamt Dillingen und an seine Stelle zum Rentbeamten in Radolzell der Rentkassa-Gehilf Schwarz in Königshofen versetzt; durch allerhöchstes Dekret vom 20. Okt. der Postamtsoffizial Ernst Wochinger in Baireuth in gleicher Eigenschaft zum Oberpostamte Nürnberg versetzt.

Die Lage in Wien.

** Die Schilderung, welche das „Journal des österreichischen Lloyd“ vom 21. von den Wiener Zuständen entwirft, stimmt ganz mit derjenigen überein, welche unsere Leser in dem Briefe unseres † Korrespondenten vom 20. (in unserer gestrigen außerordentlichen Beilage) gefunden haben. Je mächtiger sich die Heersäulen aufführen, welche von allen Seiten Wien einer gewitterschwangern Wolke gleich umlagern, desto mehr fangen auch die gemäßigten Organe der Wiener Presse, welche bisher durch moralischen und materiellen Zwang genöthigt waren, in das Geschrei der auf den ganzen bewaffneten Aufruhr sich Hinreißenden einzustimmen, an, sich wieder zu emancipiren von dem gewaltsamen Druck, der ihnen das freie Wort, den unabhängigen Meinungsaustausch seit dem 7. Okt. versperrt, unmöglich gemacht hatte. Sie fangen wieder an, die Wahrheit ungeschminkter zu sagen. Man höre wie der österr. Lloyd sich ausspricht. „Die Ungewißheit über die nächste Zukunft — sagt er — lastet wie ein Alp auf allen Gemüthern. Lähmend jeden Flug des Gedankens, jede Regung des Gedankens, jede Regung der Thatkraft, jedes entschiedene Gefühl der Freude oder der Furcht. Wie eine finstere, unfaßbare, dämonische Macht, deren Wesen, deren Absichten, deren Kräfte unbekannt, schleicht und immer fester und fester in ihre eisernen Arme, die von Westen, Norden und Süden herbreitende Gewalt der Bajonette und Kanonen; es ziehen sich immer enger und enger der Gürtel, welcher um die Stadt gelegt ist. Die erste wilde Begeisterung, welche am 6. und 7. die Jugend und die Massen in den Kampf und unter die Waffen trieb, — sie ist erblichen und gewichen; das strahlende Auge und welchem Kampflust und Thatendrang leuchtete, schaut matt und düster in die nächste Zukunft; das Waffengetümmel und Trommelgewirbel der Straßen ist verstummt, und das einer Bewegung Raum gemacht, wie man sie sonst nie in den lebhaften Wien kannte und nur in den Städten gesunkener Größe oder in verfallenden Residenzen bemerkt; die Werkstätten unserer Gewerbthätigkeit sind verödet, die zum Theil geöffneten Läden ohne Käufer, und alle Adern des Verkehrs nach Außen unterbunden. Die Menschen gehen zum Theil wie betäubt umher, weil sie sich schon Tage lang in dem engen Kreise nur eines einzigen Gedankens bewegen, zum Theil voll Grimm im Herzen, zum Theil voll banger Besorgniß um die Mittel der physischen Existenz für die nächsten Tage. Der Gemeinderath (in welchem sehr thätige Radikale das große Wort führen, während die Konservativen entweder gar nicht zu erscheinen wagen oder wenn sie erscheinen, überschrieen und nicht gehört werden) steht mit Schrecken die bevorstehende Leere aller Kassen, die nicht mehr gefüllt sind, sich täglich die Stadt aufbürdet, und die Unmöglichkeit sich guten Kaufs aus dem Wege zu helfen, welches er anfangs selbst mit so viel Beredsamkeit spinnen gehofft. Mit trüber Ahnung sieht er, wie die Bewaffnung des ganzen Volkes ohne Unterschied (dort und hebertzigt diese warnende Lehre meine bayerischen Landsleute) eine Entwaffnung für die nächste Zukunft unmöglich machte; während eine friedliche Auflösung ohne dieselbe nicht gedacht werden kann. Wie Göthe's Zauberlehrling, der rathlos hin und her rennt, ruft er auch schon jetzt:

Die ich beschworen, die Geister,
Nimmer werd' ich ihrer Meister.

Wohin er sich auch wendet, — rothe Fetzen. In Olmütz ein fürnehmer Monarch; in Wien ein Volk, welches täglich mehr an Spannkraft, Lust und Vertrauen verliert; um Wien sämtlich wachsende Schaaren grüner Truppen; — im Osten, von Ungarn her, erlöschen der Strahl der Hoffnung. — Der Reichstag ist kaum in einer bessern Lage. Wie ein Damoklesschwert hängt bei jeder Abstimmung über seinem Haupte die Gefahr der Beschlußunfähigkeit, da die immer mehr zusammenschmelzende Zahl seiner Mitglieder kaum um eins oder zwei die zum Beschluß nöthige von 193 übersteigt, und jedes Hinausgehen auch nur eines Deputirten eine ganze Verhandlung unnütz machen kann. Dabei ist ihm die Freudigkeit, die Energie, mit welcher er anfangs die Bewegung in die Hand nehmen zu wollen schien, schon völlig ausgegangen, weil er selbst an dem Sieg zu vergreifeln anfängt und nicht den Muth hat, nach Unten oder nach Oben zu brechen. (Der Leser wird bemerken, wie genau auch hierin diese Schilderung mit der unseres † Korrespondenten übereinstimmt. Unten folgende Auszüge aus den Berichten des Wiener Korrespondenten der Grazer Zeitung zeigen die Lage ganz in demselben Lichte.) Jene Halbheit, welche alle unsere bis jetzt gefallenen Ministerien charakterisirte und alle bis jetzt erlebten Reisen verdrießlicher, zeigt sich Schauern mit allen Parteien, um es mit keiner zu verderben, jener bekannte Wankel deutschmännischer Weisheit und mannhaftigen Wollens, sie lasten wie ein Fluch lähmend und erdrückend auf der Versammlung der Reichsrathe. Wenn man die großartigen Bilder der unermeßlichen und andauernden Kraftäußerung einer Bevölkerung von mehr als einer halben Million Menschen, die großen Opfer welche gebracht sind und noch gebracht werden sich vor die Augen führt, und dann in den Reichsrath tritt, und jenes fade Geschwätz anhört, welches 200 Menschen unter sich führen, denen das Geschick von 20 Millionen in die Hände gelegt ist, so muß jeder Oesterreicher schamroth werden über seine Armuth an energischen und zu gleicher Zeit intelligenten Bürgern, so muß er dreifach die Zeit und das System verfluchen, welches ein solches Geschlecht erzogen.“

Wir lassen nun noch einige weitere bezeichnende Mittheilungen österreichischer Blätter über den Zustand Wiens und die Stimmung in den Provinzen folgen. — Ein Brief aus Wien vom 18. Okt. in der „Grazer Zeitung“ spricht es unumwunden aus, daß in Wien Plünderungen von Seiten des bewaffneten Pöbels vorgekommen sind. Die bezeichnende Stelle lautet: „Das fremde Eigenthum bis jetzt heilig, verliert die Kraft der Achtung! Nun werden die Orte oft erst heilig geachtet, wenn man sie bis auf den Athem der allgegenwärtigen Gottheit, d. h. bis auf die Luft geleert hat. Dann erst zeichnen große Lettern die Worte: heilig ist das Eigenthum!“ — Das „Journ. des österr. Lloyd“ sagt in seinem Berichte über die Abendsitzung des Wiener Gemeinderaths vom 19. Okt.: „Herr Joseph Bitermann macht die schriftliche Anzeige, daß seinem Mitschnecht, als er zum Burgthor hinausgeritten, von den Lieutenant der Mobilgarde, Merlischek, das Pferd weggenommen wurde. Angeblich auf Befehl des Chefs des Generalstabes. Der Reitknecht brachte seinem Herrn folgende Quittung: Kauf Befehl des Chefs des Generalstabes wird hiemit über ein Pferd quittirt. Eduard Merlischek, Lieutenant. — Von einem Gewehrfabrikanten wird Beschädigung für 30 Kisten ihm gestohlener Jagdgewehre verlangt, welche er aus Belgien erhalten hatte, wobei ein Mitglied des Gemeinderathes bemerkt, daß die Entschädigung groß ausfallen dürfte, indem er (das Mitglied) gesehen habe, wie eines dieser Gewehre von einem Nationalgardisten um 70 fl. verkauft worden sei!“ Bedauf es bei solchen Thatsachen noch eines ferneren Beweises, daß der Pöbel in Wien plündert? Ueber die Geistesstörschaft enthält dasselbe Journal eine über alle Maßen traurige Schilderung! Derselbe Korrespondent der Grazer Zeitung, den wir im Eingange anführten, spricht sich über die jetzigen Gesinnungen des besseren Theiles der Nationalgarden in folgender Weise aus: „Tief in's Herz drangen mir oft Blicke wahrer Patrioten, und man findet deren nicht wenige sowohl auf der Aula, als in den Reihen der Garde, die mit dem einen heiligen Grundsatz durchdrungen, den verbrecherischen halfen, nun aber entmüthigt an der Leiche ihrer Hoffnungen stehen! Mit schwimmenden Augen sah ich schon das entmenschte Treiben jener Megären, die den nackten Leichnam Latours höhnend umstanden, oder gingen nur schnelleren Schrittes an den Haufen schwer Krankener vorüber, welche von gerobten an Weine barbarisch dahin tamelt, auch den letzten Rest des Menschlichen in ihnen vergewerten sich benühten! Manche brave Männer wallfahrten auch noch bleichen Angesichtes nach dem Sterbehause, um starren dort die sichtlichen Blutspuren mit Entsetzen an, wobei sie das Hohngelächter entmenschter weiblicher Gestalten verfolgt!“ Es ist eine beruhigende Bemerkung, daß sich in Lagen und Auftritten, wie die Wiener gegenwärtig sind, bei den weib-

lichen Geschlechte eine so unselige, bestialische Lust an Mord und Gräuel zeigt! Nicht die Revolution vom 93 in Paris allein habe ihre Damen der Halle, wir sehen sie heute wieder in Wien! Lassen wir den Korrespondenten der „Gr. J." über diesen Gegenstand weiter sprechen: . . . . „man wird sich des am Stephansplatze am 6. Okt. stattgefundenen Kampfes zwischen den Garden des Kärntner und Wimmer- und denen des Wiednerviertels erinnern. Die entfesselte Wuth, oder vielleicht auch die bier leider nur zu geschickte Hand brachten das Gerücht hervor, es sollen alle Gärten der erbrenn sogenannten deutschnationalen Kompagnien ermordet werden. Ich selbst hörte da anderen Tages ein Weib, welches nicht der Kleidung, wohl aber seinem Herzen nach dem Pöbel in seiner tiefsten Verderbtheit angehört, gegen die Feigheit der Männer mit der Wuth grenzenloser Leidenschaft eifern, weil man obigen schrecklichen, ja wahrsinnigen Entschluß nicht ausgeführt habe. — Täglich sammeln sich Knäuel von Weibern, wenn man davon politische Demonstrationen machen will mit dem Namen Weib noch ehren darf! Riesenreputationen werden beschlossen, und es ist kein politischer Traum zu hoch, aber auch wieder keine politische Verderbtheit zu tief, zu denen diese weiblichen Gestalten in dem Ueberrausche ihrer entfesselten Leidenschaft nicht wie betrunken, ohne jedes Bewußtsein hinauf und hinab taumeln! Solche Bilder lassen uns mit Ernstesen den tiefen Riß schauen, den unser sozialed Leben in der neuesten Zeit erlitt!" Gewiß ist diese beherzigenswerthe Betrachtung desselben Korrespondenten dürften sich — wenn es nicht schon zu spät ist, wozu es leider allen Anschein hat, — die Wiener Bewegungsmänner zu Gemüthe ziehen: „Sie (die Bewegungsmänner) haben derzeit ihr Ziel erreicht. Nun zumalen sie sich herum in der Jade der Volkssouveränetät, schaudern aber bleichen Angesichtes vor dem Gespenste, wie sie die selbst heraufbeschworene rohe Gewalt des Pöbels, drohend wie das Schwert des Damokles, über ihren Häuptern schweben sehen. Mag ist für sie die Materie gesorgt, noch ist Nahrung vorhanden, noch schreit das hungernde Volk nicht um Brod! Aber was dann, wenn auf die sieben fetten Jahre die mageren folgen werden? Glauben sie vielleicht, daß man dann die schlaffen Wagen mit der einzigen Nahrung der eingebildeten Volkssouveränetät wird aufrischen können?" — Um weiterer Beweis, wie sehr die Köpfe der österreichischen Frauen und Mädchen von all dem wilden Treiben verrückt sind, ist es, daß eine „Wiener Putzillon" ein Mädchen aus Brünn, in allem Ernste zur Bildung einer Amazonenschaar auffordert, und es als ihren und ihrer Freundinnen sehnlichsten Wunsch bezeichnet, „Barrikaden zu vertheidigen und Verwundete zu pflegen!" Es kann diese Abnormität vielleicht auch Nachahmungstrieb sein — hatte doch Paris im Februar seine Vesuvinnens!

Am 20. Abends hatte man zu Wien einen Schreck, — Die finsternden Muth der Massen durch abermalige Ankündigung des nahen Anrückens der Ungarn aufzufrischen. Der Oberkommandant der Nationalgarde Hr. Messenhauser hatte ein Plakat angeschlagen, wonach ihm eine „Erklärung der ungarischen Armee" bekannt, darin „aus dem ungarischen Feldlager den 19. Oktober" (aber ohne irgend eine bestimmte Angabe des Orts, wo dieses Feldlager sich befände) und unterzeichnet „Dionys Szapandi, Präsident der ungarischen Ministerconferenz, Mayer, Befehlshaber der ungarischen Armee, Bad. Cany, bevollmächtigter Landeskommissär, Sam. Bonis, bevollmächtigter Landeskommissär und Luzsenby Pal, Landeskommissär, zugekommen sei. Dieses Aktenstück war dem Plakate beigebracht, und auch dem Reichstagsausschuß überbracht worden, welcher aber sogleich Zweifel an der Aechtheit desselben hegte, da außer der näheren Angabe des Orts des ungarischen Feldlagers auch kein Siegel unter der Erklärung sich befand. Die Authentität der Ueberschrift des Paszwards soll jedoch von einigen Mitgliedern erkannt worden sein, und der Kurier, welcher die Erklärung nach Wien überbracht hatte, verschierte am 20. Abends schon würde die ungarische Armee (mit 35000 Mann im Vordertreffen, und 15000 Mann Nachhut darunter 8000 Mann irregulärte Truppen) im Fistamente eintreffen, am 21. aber bei Schwechat und Simmering stehen, wo dann eine Schlacht geliefert würde. All das machte auf die so oft schon durch dergleichen Angaben getäuschte Bevölkerung nur wenig Eindruck, und die gehegten Zweifel wurden vollkommen gerechtfertigt. Denn vom Stephansthurme waren wohl den ganzen Tag bei 21. die Telescope nach der Richtung hin gewendet, woher die Ungarn kommen sollten: aber sie ließen sich so wenig sehen als früher. Statt ihrer erblickte man überall so weit das Auge reichte, die Feldlager der kaiserlichen Truppen, und sah mit Schrecken wie ihre Massen sich immer dichter schaarten und sichtlich näher der Stadt zudrängten. Da man einen Angriff von der Nordseite, der Taborbrücke her befürchete, so waren die Posten nach jener Seite hin bedeutend verstärkt und riesige Barrikaden aufgeführt worden. Allein denen, die so ihrer Vertheidigung sesten sollten, ist nie wie oben auch den Schilderungen des Wien und Grazer Zeitung gesehen haben, der Muth entwichen, und es klingt schon oftenen Eingeständnissen gegenüber wie bitterer Hohn, wenn man die Organe der ultrademokratischen Partei noch immer lügenhafte Versicherungen machen hört, als brenne die ganze Bevölkerung vor Kampflust. Die Lüge ist da um so fecker, als dieselben Organe unmittelbar daneben die Wahrheit nicht verbergen können, wie sehr sie sich auch Mühe geben, dieselbe in verhüllenden Formen einzumischeln.

Die Abschneidung aller Zufuhren von Lebensmitteln hatte den provisorischen Oberkommandanten der Nationalgarde Messenhauser veranlaßt, unterm 20. Oktober auch ein Schreiben an den Fürsten Windischgrätz, als „Befehlshaber der am linken Donau-ufer sich songentrirenden Truppen" zu richten. Man ersieht daraus, daß die unter dem neuernannten Feldmarschall heranziehenden Truppen hauptsächlich in die Linie an der Nord- und Westseite der Stadt einrücken. Messenhauser ersucht zuerst den Fürsten, die Zufuhr von Lebensmitteln nicht hemmen zu wollen. Dann zeigt er an, daß eine Deputation des Gemeinderaths und der Nationalgarde an das kaiserliche Hoflager am 19. abgegangen sei, daß man Gewährung der Bitten verselben hoffen dürfe, weshalb der Fürst nach Kräften dazu beitragen möge, das nahende Beruhigungswerk nicht durch vorgreifende Akte zu stören. Schließlich bittet er den Fürsten um Zusicherung, daß sein Heer schone Mäßigkeit, und ihme nur maßvolle Aufregung zur Folge haben. Er (Messenhauser) habe nichts unterlassen nach allen Seiten hin versöhnlich zu wirken. Werde das nahe Friedensziel nicht erreicht, so wälze er die Verantwortung auf diejenigen, welche durch „offenbaren Verfassungsbruch" (welcher Verfassung? denn bis jetzt besteht noch keine) und Gröffnung von Feindseligkeiten, die das Wiener Volk nur vertheidigungsweise erwidere, die schöne Friedenserndtung der erwähnten Deputation gewaltsam stören würden. Die Antwort des Fürsten Windischgrätz läßt sich leicht voraussehen.

Reichstagssitzung vom 20. Okt. Schuselka eröffnet, daß in Brünn Unruhen zwischen Militär und Nationalgarden ausgebrochen seien; der Gemeinderath habe eine Adresse an den Kaiser durch eine Deputation abgesendet. Auf Vieling berichte die dortige Nationalgarde, daß sie entwaffnet worden sei. Mehrere Anträge über Ordnungsfrage, und der Kommissionsantrag wird angenommen, welcher dahin lautet, den Vorfall dem Kommandirenden anzuzeigen, mit dem Bemerken, daß die Zuschreibung Sr. Maj. bezüglich der Bewaffnung noch nicht zurückgenommen sei, daß also dieses Recht nicht willkührlich verletzt werden dürfe. — Schuselka zeigt ferner an, daß nunmehr an der Laborbrücke die Zufuhr der Lebensmittel abgetrieben sei. Der Ausschuß hat für nöthig gefunden, dem Kommandirenden zu bedeuten, daß die Zufuhr der Lebensmittel die vollkommene Anerkennung für die Aufrechthaltung der Ordnung und Sicherheit an den Tag gelegt habe. Würden aber die Lebensmittel abgeschnitten, so wäre dieß nicht länger mehr möglich, und der Ausschuß mache hiefür den Kommandirenden verantwortlich. Feodorowich: Diese Maßregel sei eine Belagerungsmaßregel. Wer kann und darf Wien belagern?" Er verlangt zu wissen, auf wessen Befehl Wien belagert sei? (Beifall.) Schuselka: Die Generalität. Dieselbe sei gegenwärtig zu wissen, was sie wollen. (?) Ausweichende Antworten habe man genug empfangen. Die Gemeinde habe bereits eine Deputation an Sr. Maj. mit der Anfrage, auf wessen Befehl die Truppen vor Wien zusammengezogen worden, abgeschickt. Man möge nur dem Kommandanten bedeuten, daß er dem kaiserlichen Willen entgegenhandle. Dieß sei energischer, weil es ein Befehl des Reichstags sei. Der Antrag des Ausschusses und Feodorowich Antrag werden angenommen. Schuselka berichtet weiter, daß die bereits bewilligten 200,000 fl. verbraucht, und der Gemeinderath um fernere 200,000 fl. bitte. Bewilligt. Dilewski meint, daß Briefverbrechungen nur hie und da vorgekommen und nicht von Belang seien. (Murren.) Die Proklamation an die Völker Oesterreichs wird vorgelegt. Die Adresse an den Kaiser angenommen, und mittelst Kurier an den bei dem Kaiser befindliche Ministerium abgesendet. (Schluß der Sitzung.)

Folgendes ist die bereits in unserer außerordentlichen Beilage vom 24. d. Mts. erwähnte Proklamation des Reichstags: Proklamation. Völker Oesterreichs! Durch Euer Vertrauen zu dem friedlichen Werke der Konstituirung unserer Freiheit berufen, ist der Reichstag durch die Gewalt der Ereignisse plötzlich mitten in den Kampf der Zeit geschleudert. Der Reichstag muß in diesem Kampfe vor Allem seinem Friedensberufe getreu bleiben, deßhalb hat er bis zu dieser Stunde alle seine Kräfte aufgeboten, um das Losbrechen des Gewaltkampfes zu verhindern, um aus den verworrenen Verhältnissen des Augenblicked den Pfad der Versöhnung und des Friedens zu finden und zu zeigen. Die Bemühungen des Reichstages sind bis jetzt ohne den erwünschten Erfolg geblieben. Zwar hat das edle Gefühl von tiefer seine Ordnungung und Kampfesluft bezähmt, und den Angriff auf die offenbar feindlich gesinnten Truppen verhindert, zwar haben selbst Seine Majestät der Kaiser allem, was der Reichstag zur Hinanhaltung der drohenden Anarchie verfügt, die volle Anerkennung gezollt; aber nichts desto weniger ist Wien noch immer in derselben kriegerisch bedrohten Lage, und nur dadurch allein ist die Möglichkeit aufrecht erhalten, daß der blutige Kampf und in Folge dessen die Auflösung der gesetzlichen Ordnung vermieden werden. Der Reichstag hat den konstitutionellen Boden Oesterreichs fremden kroatischen Heeres bedrohte unmittelbar die Thore Wiens; vergebens bot der Reichstag unter Mitwirkung des verantwortlichen Ministeriums alles auf, um den Rückzug dieses Heeres durchzusetzen. Vielmehr bildete dasselbe nur den Vorrad immer größerer Truppenmassen, welche bereits die Hauptstadt Wien eng umschlossen haben. Ihre Vorposten stehen bis in die Straßen der zu Wien gehörigen Dörfer, bis an die Linien der Stadt. Die auf des Kaisers Wien gesetzmäßig organisirte Nationalgarde der Umgebung Wiens wird entwaffnet, friedliche Arbeitende werden gefänglich zurückgebracht, Briefe erbrochen und vorenthalten, die Zufuhr von Lebensmitteln abgeperrt, Kanonenkugeln flogen bereits in die Straßen der Vorstädte, ja selbst Abgeordnete zum Reichstage wurden festgehalten und unwürdig behandelt; kurz mit jedem Tage erfährt Wien mehr und mehr das schwere Verhängniß einer belagerten Stadt. Vergebens hat der Reichstag mit dem ganzen Gewichte seines Ansehens dagegen protestirt. Solchen Thatsachen gegenüber mußte der Reichstag das Bestreben des Wiener Volkes sich in Vertheidigungszustand zu versetzen, als eine Nothwendigkeit anerkennen. Wien ist die durch das Ansehen der Jahrhunderte geweihte Hauptstadt des Reiches, und keine andere Stadt kann

es sein. Wien ist der Mittelpunkt der Interessen aller Völker Oesterreichs und jedes Unglück, welches Wien trifft, wird bis in die fernsten Theile des Reiches schmerzlich nachempfunden. Wien ist der einzig mögliche Sitz eines Reichstages, welcher der Gleichberechtigung so verschiedener Völker entsprechen soll. Wien ist die Wiege und Burg unserer Freiheit. Völker Oesterreichs! Ihre alle seid in der Bevölkerung Wiens vertreten. Wien ist auch allen stets eine gastliche Hauptstadt gewesen. Wer daher für das Vaterland, wer für den Constitutionellen Thron, wer für die Volksfreiheit ist, der muß für Wien sein. Der Reichstag erkennt es daher als seine heilige Pflicht, sowohl der Reaktion, als der Anarchie entgegen zu wirken. Die Reaktion soll und nicht den kleinsten Theil unserer Freiheit rauben, die Anarchie nicht den ganzen Schatz derselben vernichten. Dieß will der Reichstag, dieß will er für alle Völker und für alle Stände des Volkes, für den freien Bürger, wie für den tapferen Krieger des Vaterlandes. Aber um dieses vollbringen zu können, muß Wien gerettet, muß es in seiner Kraftfülle und Freiheit erhalten werden. Völker Oesterreichs! vertraut denen, die ihr zur Wahrung euerer und euerer Kinder Rechte erwählt habt, vertraut denen, die euren Boden von Robot, Zehent und allen übrigen drückenden Lasten befreiten, und die so eben im Begriffe sind, jene Gesetze zu schaffen, durch welche eure volle Freiheit auf feste Grundlage gesichert wird. Kräftigt und daher mit euer ganzen moralischen Kraft für das bedrängte Wien, unterstützt unser offenes Wort durch die Allgewalt euerer Stimme, helfet uns den Kaiser beschwören, daß er durch Gutsagung eines neuen volksthümlichen Ministeriums, durch Zurückziehung der Truppen aus Niederösterreich, durch Beeidigung des Militärs auf die treuen Volkswehren, der Stadt Wien und dem Reiche den Frieden gebe, damit im Segen des Friedens das neue Heil des Vaterlandes gedeihe. Vom konstituirenden Reichstage. Wien, den 20. Oktober 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 21. Okt. Prinz Adalbert von Preußen ist heute Vormittag hier angekommen und hat bald nachher dem Erzherzog »Reichsverweser« seinen Besuch abgestattet. Auch Graf Alexander Mensdorf, direkt aus dem kaiserl. Hoflager zu Olmütz hier eingetroffen, hat sofort Sr. kk. Hoh. Erzherzog Johann seine Aufwartung gemacht. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 16. Okt. Unsere Marine-Angelegenheit wird jetzt in kürzester Frist eine sehr entreulie Gestaltung annehmen. Die Unterhandlungen, welche man darüber mit den »Vereinigten Staaten von Nordamerika« geführt hat, sind nun fast geendet und haben ein glückliches Resultat gewährt. Mit Bewilligung der Regierung werden ein nordamerikanischer Kommodore und mehrere andere Seeoffiziere auf einige Jahre interimistisch in unsere Dienste treten. Ebenso hat die amerikanische Regierung gestattet, daß auf den dortigen Kriegswerften für unsere Rechnung größere Kriegsschiffe erbaut werden können, da wir dies aus Mangel an den nöthigen Arbeitalen noch nicht selbst zu thun vermögen, während die kleinen Schiffe auf unseren Werften erbaut werden sollen. Auch mehrere tüchtige deutsche Seekadetten werden auf amerikanischen Kriegsschiffen aufgenommen, um dort den nöthigen Dienst zu lernen. Auch ein englischer Fregattenkapitän, ein Deutscher von Geburt, und ein dänischer höherer Seeoffizier, ein gebornter Attonaer, sollen schon für unsern Dienst gewonnen sein. Mit diesen Vorbereitungen hängt zusammen, daß jetzt die ersten 3 Millionen Thaler für die deutsche Kriegsflotte an die einzelnen Staaten ausgeschrieben sind und in kürzester Frist eingezahlt werden müssen. So werden wir bald die ersten tüchtigen Anfänge einer Flotte erhalten und rüstig immer weiter in der Ausbildung derselben fortschreiten. — Die Zahl der bei der Nationalversammlung eingegangenen Bittschriften beträgt bereits 11,816. (B.-H.)

Bayern. ± München, 24. Oktober. Die bayerische Armee hat durch die Zeitereignisse gestern eine beträchtliche Truppenzahl unter Waffen, welche gegenwärtig wohl 50,000 Streitbare überschreitet. Außer dem vermehrten Pikettstand in manchen der gewöhnlichen Besatzungsorte steht eine Division von beiläufig 12,000 Mann auf Requisition der Zentralgewalt an der Iller. Zur Schonung den Quartierträger wurden diese Truppen schon auf den Gegend der obern Iller mehr gegen die Donau gezogen, und dürften aus diesem Grunde noch weitere Kantonirungswechsel bevorstehen. Die Truppen, wo sie auch waren, haben durch gute Mannszucht die Liebe der Einwohner zu erlangen und zu erhalten gewußt. Auch wo sie jenseits der Grenze verwendet wurden, war dieß der Fall; — im Eigmaringischen sind Soldaten wie Quartierträger zufrieden, und im guten Benehmen zuwunden. Eine kleine Mirre hat sich zwar in Hildburghausen zugetragen, die aber — nicht von dem in manchen Zeitungsberichten dargestellten Belang war, und sich auf Unzufriedenheit einzelner Soldaten mit ihrer Verpflegung in den Quartieren zu beschränken scheint, und worüber Untersuchung geführen wird. Da übrigens jetzt eine Militärmacht in Thüringen von Seite der Reichsgewalt konzentrirt wird, so werden die bereits berufenen bayerischen Abtheilungen wieder in ihre Garnisonen einrücken können, und wo es die Verhältnisse gestatten, theilweise beurlaubt werden. Die übrigen Truppen Bayerns befinden sich faß durchgängig in ihren Friedensgarnisonen, den sanftesten Dienst leistend, versteht sich.

Das Intelligenzblatt für Oberfranken enthält folgende Bekanntmachung: »Nach eingekommenen Anzeigen wird in verschiedenen Bezirken von Oberfranken das Gerücht zu verbreiten gesucht, daß die Brandsteuerkuranzheiträge auf 3 Jahre voraus erhoben und daß dieselben so wie der Maljaufschlag beteutend erhöht werden sollen. Jedem mit den gesetzlichen Bestimmungen einigermaßen Vertrauten muß ohnehin einleuchten, daß diese Angaben falsch sind, indem die Brandsteuerkuranzbeiträge lediglich auf dem Grunde der Brandsteuerauszordnung alljährlich und zwar nach der Größe der stattgefundenen Brandfälle ausgeschlagen und erhoben werden, und daß nicht eine im verfassungsmäßigen Wege zulässige Erhöhung der Maljaufschlagsgefälle nicht beabsichtigt wird. Demohngeachtet sollen diese Gerüchte hin und wieder viele Beunruhigung verursachen, und es möchte kaum zu bezweifeln sein, daß dieselben in boshafter Absicht ausgestreut sind und darauf abzielen, Auftregung und Mißtrauen gegen die Staatsregierung hervorzurufen."

Baden. — Von der westlichen Schweizergrenze, 18. Okt. Es ist bekannt, daß die verschiedenen Kantonsregierungen dem Vororte und dieser der Reichsregierung in seiner Antwortsnote die bestimmte Erklärung gegeben haben, daß diejenigen Flüchtlinge, welche das Asylrecht mißbrauchte, aus der Schweiz fortgewiesen, die übrigen aber von den Grenzen entfernt und in das Innere gewiesen würden. Diese gerechten Zusagen sind aber bis jetzt nur in sehr beschränkten Maaße in Erfüllung gegangen. Mit Bestimmtheit wird behauptet, daß Flüchtlinge schon wieder ihre Zusammenkünfte in dem dem Bezirksammann Engelberger angehörenden und von ihm verrichenen Gasthause zum Adler in Grostaufenburg abgehalten haben, von wo aus auch der letzte bewaffnete Ueberfall nach dem blos durch die Rheinbrücke getrennten badischen Gränzdorfe Kleinhaüsenberg stattgefunden hat. Die Verleihung einer Wirthschaft durch einen Bezirksammann ist an und für sich schon durch das Gesetz verboten; da aber der Ammann zur herrschenden radikalen Partei gehört, so hat die aargauische Regierung angesichts der Notorietät und ungeachtet selbst offizieller ihr gemachter Anzeigen noch nie für gut gefunden, dem Gesetze Achtung zu verschaffen, und somit wird diese bezirksammtliche Wirthschaft seit Jahren gesetzwidrig ausgeübt. Es ist auch nicht zu kennen, daß dem Gesetze so bald Gehör verschafft werde. Thatsache ist es ferner, daß sich in der aargauischen Ortschaft Sissetn — eine halbe Stunde von Säckingen, und von der badischen Grenze zur durch den Rhein getrennt — eine ziemliche Anzahl Freischärler in dortigem Wirthshause aufhält und ihre Besuche nach Belieben bald da- und bald dorthin abstattet. Am 15. waren von Säckingen her ziemlich viele Soldaten und hessische Gendarmen auf das aargauische Gebiet hinübergegangen, welche in dem Wirthshause zum Adler in der ganz nahe liegenden Ortschaft Stein sich dann gütlich thaten, und ein ganz ruhiges und anständiges Benagen beobachteten. Bald aber kamen verschiedene Freischärler, welche sich sogleich mit den Soldaten einließen, in Uebertrift ihnen Wein zu trinken gaben, denselben dann die Aufforderung machten, daß sie auf die Freischärler künftig nicht mehr schießen würden und mit Beschädigung deßen von ihnen einen Eid verlangten. Diese Thatsache ist eine durchaus verbürgte. Der Name des Freischärlers, welcher bei diesem Anlasse den Sprecher machte und von den Soldaten den Eid verlangte, ist in Zeeermanns Munde. — Es wäre zu wünschen, daß die von mehreren Oberzivilkommissären Kantonsregierungen gegen die aargauischen, in ihren offiziellen Erlassen ausgesprochenen Verschwerungen mit der Wahrheit sich ötter in besserem Einklange befänden; dieß würde ihnen zu größerer Ehre gereichen, die Bürger aber dürften sich dann auch der Hoffnung hingeben, daß die nachbarlichen Verkehrsverhältnisse und das gegenseitige gute Einvernehmen nicht länger getrübt oder gar in noch höherem Maaße gefört werden würden. (Pf. Kurier, Bl. 1.)

Schleswig-Holstein. — Das Schreiben des Reichskommissärs Hrn. Steemann an die provisorische Regierung über die Einsetzung der Interimsregierung lautet, wie folgt: „Hohe provisorische Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein! Auf Befehl Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzog »Reichsverwesers« habe ich einer hohen provisorischen Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu eröffnen, daß der Augenblick eingetreten ist, in welchem Hochdieselbe die im Namen Sr. Maj. des Königs-Herzogs seit beinahe 7 Monaten mit mannhafter Ehre ausgeübte Gewalt niederzulegen hat. Die deutsche Reichsregierung hat nicht den mindesten Grund, es zu bezweifeln daß die Wahrung der nationalen staatlichen und volksthümlichen Rechte und Interessen der einzige Beweggrund gewesen ist, welcher sechs der achtbarsten Männer des Landes bewogen hat, in den schwierigsten Zeitumständen der laut ausgesprochenen Stimme des Landes einen Ausdruck zu verleihen und, unter Zustimmung nicht blos der angesehensten Einwohner, sondern der ganzen Bevölkerung, zu Vermeidung einer offenbar drohenden Anarchie, im Interesse der öffentlichen Ordnung die Leitung der Regierung zu übernehmen. Sie selbst haben oft mit dankbarer Rechtlichkeit öffentlich und feierlich anerkannt, daß Sie mit den Rechten des Landes zugleich die Rechte des Herzogs aufrecht erhalten und die übernommene Gewalt zurückgeben wollten, sobald die deutsche Zentralgewalt Ihr Zurückziehen fordern werde. Die provisorische Zentralgewalt spricht im Namen von ganz Deutschland, indem sie mich beauftragt, der hohen provisorischen Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein, welche durch den Bundesbeschluß vom 12. April v. Js. unter Vorbehalt der Rechte des Herzogs, anerkannt ist — ihren und des ganzen deutschen Vaterlandes Dank auszusprechen für die Vaterlandsliebe und Festigkeit, die Weisheit und Mäßigung, mit welcher Hochdieselbe unverjährbare nationale und politische Rechte des schleswig-holsteinischen Volks, gesichtlicher Rechte Sr. Maj. des Königs-Herzogs, die Volksfreiheit und gesetzliche Ordnung, und zum Ruhme der ganzen Nation die deutsche Sache vertreten hat. Die Männer, welche die drohende Gefahr nicht gescheut und die schwersten Opfer

gebracht haben, um von ihrer Heimath die größten Uebel und von Deutschland den Verlust eines seiner theuersten Glieder abzuwenden, haben sich um das ganze Vaterland verdient gemacht. Die deutsche Nationalversammlung hat den zwischen der Krone Preußen in Vertretung der deutschen Zentralgewalt und der Krone Dänemark am 26. August zu Malmoe abgeschlossenen Waffenstillstand unter gewissen, in der Verwirklichung begriffenen, Modifikationen genehmigt, und die Regierung des Reichsverweses sich mit der königl. preußischen Regierung in wie letztere mit der königl. dänischen Regierung verständigt über die Personen, welche auf den zehn im ersten Zusatzartikel des Waffenstillstandsvertrags genannten aufzunehmen sind, um auf die beiliegende Weise die im Art. 7 desselben Vertrages in Aussicht gestellte gemeinsame Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu bilden. Es sind: Joh. Fr. Ernst Baron v. Heintze, Amtmann zu Bordesholm; Adolph Bernhard Wilhelm Ermann v. Molsté; Alexander Friedr. Wilhelm Prinz, Oberappellationsgerichtsrath; Theodor Graf v. Reventlau zu Preetzkau und Friedrich Christian Hansen in Kiel. Der Reichsverweser wird nach dem im Einvernehmen mit der Reichsregierung getroffenen Uebereinkommen den Vorsitz führen. „Ich hatte mich überzeugt, daß die genannten fünf Herren das Vertrauen des Landes besitzen und verdienen, und fordere sich im Namen Sr. kaiserl. Hoheit des Reichsverwesers unter Beischluß eines mir zurückzustellenden Schreibens des königl. preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, die Herren Mitglieder der hohen provisorischen Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein auf, die genannten Personen der Landesversammlung kund zu geben und mich von dieser Kundgebung zu benachrichtigen. Schleswig, den 16. Oktober 1848. Stetmann, Reichskommissär." (Allton. Merk.)

Preußen. △Berlin, 21. Okt. Der gestrige Abend brachte uns noch einen improvisirten Fackelzug. Man hatte nämlich für den Fall, daß die Reden am Grabe der am 16. Gefallenen bis in die tiefe Nacht sich hinein ziehen würden, Fackeln mitgenommen. Da aber die rasche Beerdigung noch vor Dunkelwerden erfolgte, und Diogenes-Lindenmüller für seine Berlinaden keine Zuhörer mehr finden konnte, so zog man mit den Fackeln zum Schauspielhause, um dort der Linken ein Vivat, der Rechten ein Pereat zu bringen, womit man natürlich Niemand mehr erfreuen oder belehigen konnte, da, wenn auch nicht das Haus, so doch der Sitzungssaal der Deputirten leer war. Selbst Gr. Temme, der am 16. Abends 9 Uhr noch die Ehren der daselbst anwesenden Deputirten mit dem Rufe: „Bürger" requirirte, daß Vaterland ist in Gefahr, wir müssen uns permanent erklären! in Angst und Schrecken versetzte, würde keinen Deputirten mehr vorgefunden haben.

Posen, 17. Okt. (S. Uhr Abends.) Ein- soeben außerordentgerade Volksversammlung, die ungewöhnlich stark besucht war, hat sich einmüthig dafür entschieden, daß sofort an das Staatsministerium eine Adresse abgeschickt werde, mit dem Antrage, den Belagerungszustand von Posen im wohlverstandenen Interesse beider Nationalitäten bis nach erfolgter gesetzlicher Regelung der Verhältnisse, resp. endlich rechtskräftig festgestellter Demarkation, unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Eine Monsterpetition zu diesem Behufe wird vorbereitet und soll morgen abgehen, damit das Ministerium noch vor dem 20. Okt. über die Ansichten und Bedürfnisse der hiesigen deutschen Bevölkerung gehörig informirt sei. (P. Z.)

Belgien.

⊙Brüssel, 21. Okt. Durch königl. Erlaß sind die Kammern auf den 6. Nov. einberufen. Die Königin wird erst nächste Woche von Ostermont, wohin sie bekanntlich zum Besuche ihrer Eltern gegangen war, zurückerwartet. Das schlechte stürmische Wetter, das seit mehreren Tagen schon herrscht, und die Ueberfahrt über den Kanal sehr beschwerlich, nicht selten sehr gefährlich macht, hat die frühere Rückkehr verhindert. — Die indirekten Steuern haben in den ersten neun Monaten dieses Jahrs gegen die entsprechende Periode von 1847 3,132,376 Fr. 43 Cts. weniger ertragen. Davon kommen 1,321,350 Fr. 20 Cts. auf die Zollertragsrate, Folgewirkung der politischen Krise, in welcher sich gegenwärtig ganz Europa befindet, und von welcher wir, Dank unsren konstitutionellen Institutionen und der Einsicht unserer Bürger, noch am wenigsten berührt worden sind.

Großbritannien.

*Dondon, 19. Okt. Von Dublin vermimmt man, daß der Lordlieutenant einer Deputation, die ihm eine Petition zu Gunsten O'Briens überreichte, erklärt habe, er könne vor der Hand nichts Bestimmtes darüber sagen, da die Spezialkommission in Clonmel noch beisammen sitze, wegen eines Writ of error zu Gunsten O'Briens. Man glaubt sonach, daß O'Brien begnadigt werden dürfte. (Konsols 85.).

Frankreich.

△ Paris, 20. Okt. Der Belagerungszustand ist endlich aufgehoben. Gestern Abends wurde in der Nationalversammlung der Bericht der Kommission verlesen, welche mit Entgegennahme der Regierungserklärungen dieses Betreffs beauftragt war, und darauf sogleich das Dekret, welches die Aufhebung des Belagerungszustandes ausspricht, ohne Widerspruch von irgend einer Seite votirt. Die Regierung selbst hatte sich sehr bestimmt für die Aufhebung aufgesprochen, wie aus dem Berichte des Hrn. Aylies hervorgeht. Es wird sich nun zeigen, ob die guten Absichten, von denen das neue Ministerium bei dieser Maßregel geleitet ist, auch ihren Zweck erreichen werden. Jedenfalls, wie viele befürchten, der Zustand wieder ein, wie ihn vor den Junitagen sahen, dann gute Nacht Freiheit! Dann ist's wohl für immer mit ihr aus. Daß es nicht dahin kommt, kann verhütet werden, wenn die Regierung mit Festigkeit ihr Gesetze vollziehen läßt, mit welchen sie bewaffnet ist; wenn andererseits die Presse den Abgrund nicht vergißt, in welchen sie fast gefallen war, indem sie der Chimäre der absoluten Freiheit nachjagte und der sie jetzt auch in Deutschland nachjagt. Es gibt keine absolute Freiheit. Wie die absolute Gewalt ist niedere weiter als zügellose Freiheit, und diese Zügellosigkeit führt unausbleiblich und unvermeidlich rasch zur Diktatur und zum Despotismus. Vom 24. Februar bis 24. Juni wollte man hier die absolute Freiheit verwirklichen. Die jedes Zügels entledigte Presse hat unerhörte Exzesse sich erlaubt; sie hat es schwer büßen müssen durch den Druck einer Diktatur von vier Monaten, der auf ihr lastete. Möchte die Presse nitzgends und nie vergessen, daß sie die Gesetze, welche sie zum Zügeln, zu Bewahren, die sein Schutzwache ihrer Freiheit sind. Die Rolle, die Aufgabe der Presse ist: zu erörtern, zu belehren, aufzuklären, aber nicht zu beunruhigen, zu schmähen, zu verläumden, anzuschwärzen, grobe leidenschaften anzuregen und aufzustacheln, welche immer die Klippe bilden werden, an welcher das Recht scheitern wird. Ich sage dies, damit man auch in Deutschland und die Nutzanwendung davon nehmen möge. Die einzigen wahrhaft gefährlichen Exzesse für die Freiheit sind jene, welche sie zum Vorwande nehmen, um sie selbst zu Grunde zu richten. Die Exlaterung hat bis zum Ueberfluße diese Wahrheit dargethan. Die Julitordonnanzen waren auch gegen die Freiheit der Presse gerichtet; aber damals hatte die Preßfreiheit von ihrem Rechte keinen Mißbrauch gemacht, und darum triumphirte sie auch über die Julitordonnanzen. Nach den Junitagen von 1848 dagegen sahen wir den Belagerungszustand und die Unterdrückung der Journale vom Publikum nicht bloß mit Gunst, sondern mit wahrer Freude aufgenommen. Dahin hatte es die Presse durch ihre Frechheit bei allen Gutgesinnten, ja bei allen Vernünftigen gebracht. Man kann sich denken, daß alle Blätter ohne Unterschied die Aufhebung des Belagerungszustandes freudig begrüßen. An der Börse brachte die Maßregel keinen Eindruck hervor. Die Wiener Nachrichten wirken dort im Augenblick vorzugsweise ein, und verursachen auch gelegentlich wieder ein Sinken aller Papiere. Man will wissen, die Regierung werde von der Nationalversammlung einige ausgedehntere Vollmachten zum Einschreiten gegen Exzesse der Klubbs und der Presse verlangen, doch gewiß ist nichts darüber. Die Ernennung der HH. Pujauer und Vivien zu Ministern ist von den Klubbs sehr ungünstig aufgenommen worden, wie die dort gehaltenen Reden zeigen; dagegen hat die Umwälzung zu Wien den vollen Beifall der Klubbs, und mehrere haben sogar Begrüßungsadressen an die Wiener erlassen. Natürlich: die Sache ist ja eine und dieselbe, hier wie dort. Das Blatt „la Reforme" (das Organ Ledru Rollin's), enthält sich aller Betrachtungen über die Aufhebung des Belagerungszustandes. — Der heute veröffentlichte Wochenbericht über den Stand der Bank lautet nicht günstig, das Portefeuille derselben zeigt abermals eine Abnahme von über 3 Millionen für Paris und die Succursalen in den Provinzen. — Dreißig Mitglieder des Vereins der Männer vom Berge, in der Straße Taibout, werden aus demselben austreten, so daß er nur noch 40 Mitglieder zählen wird. — In den Provinzen beginnt man bereits eifrig mit der Wahl des künftigen Präsidenten der Republik sich zu beschäftigen. Die „Rothen" werden für Ledru Rollin und Gaussidiere stimmen; zu Lyon wird Raspail mehrere tausend Stimmen erhalten. Ludwig Napoleon dürfte besonders auf dem Lande viel Gunst finden in einigen Theilen Frankreichs. General Cavaignac hat ebenfalls Aussichten auf seine Wahl seit der Aenderung des Ministeriums. Auch Lamartine hat trotz seines schwankenden Benehmens noch Anhänger in einigen Provinzen, und das hat er vorzüglich seinen Auksimsen gegen die rothe Fahne zu danken. Von gewissen andern Kandidaturen in Westen und Süden, wo die Legitimisten noch die Oberhand haben, geht gleichfalls die Rede. Frankreich gleicht jetzt dem Berge in Wehen: wenn es nur nicht ein Mäuslein zur Welt bringt.

Spanien.

*Madrid, 14. Okt. In Barcelona wurden drei Offiziere erschossen, welche bei der durch General Cordova entdeckten Verschwörung betheiligt waren. Der Sekretär des General Narvaez war unter dieser Zahl: er starb mit dem Rufe: „es lebe die Republik!" — Der Prinz von Capua ist mit seiner Familie hier angekommen, als auf Besuch, ob mit einer diplomatischen Sendung ist nicht bekannt. — Die königlichen Truppen haben in der letzten Zeit wieder einige Vortheile über die Banden Cabreras davongetragen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 23. Okt. Bayer. 3½proz. Obligationen 76 P. — G. 4proz. 86 G. Bankaktien II. Semester 574 P. Promessen 35 P. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. — P.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Rede des Unterstaats-Sekretär F. Bassermann, Abgeordneten für Stadtprozelten (Bayern).

(Abdruck aus den Stenographischen Berichten. Nro. 98. 97. Sitzung am 16. Oktober 1848.)

Bassermann von Mannheim: Meine Herren! Ich werde dem Wunsche und der Aufforderung des ersten Redners entsprechen: ich werde weder verdächtigen, noch anklagen, noch aufregen, obschon weder er, noch sein politischer Freund, der eben diese Stelle verließ, tiefer Aufforderung genugt hat. Denn eine Verdächtigung ist es, wenn hier gegen die Organe der Presse aufgetreten wird. Ist sie seine erkauft, ja, ist es mehr, es ist eine Anschuldigung. Ist es seine Verdächtigung, wenn man hier wagt, einem Gerichtshof vorzuwerfen, er handle nicht aus juristischen, er handle aus politischen Gründen? Ist es etwa seine Verdächtigung, wenn man, wie neulich erst geschehen, von derselben Seite der Zentralgewalt vorwirft, sie habe absichtlich die Barrikaden am 18. Septbr. erstehen lassen, um sie nachher niederschießen lassen zu können, und ich frage, nennt es etwa nicht zur Aufregung, wenn der Abg. Vogt gleichsam höhnisch und mitleidig von dieser Versammlung sagt, sie werde keinen Konvent abgeben können? (Gelächter auf der Linken.) Wahrlich, meine Herren, daß Sie hierüber lachen können, ist mir für Sie ein trauriger Beweis. Diese es nicht zur Aufregung, wenn hier, da man von Waffengewalt sprach, der gesäßlichste aller Grundsätze aufgestellt ward, „was Gewalt recht sei, sei dem Volke unrecht?“ Ist es nicht auch ein Satz im Staate, und der Widerstand dagegen unrecht, sonst könnte mit demselben Recht der Mörder auf der Landstraße sagen: Ich stoße mit gleichem Recht den Dolch in die Brust, mit dem der Landjäger daherkommt, das Gesetz mit seiner Waffe zu schützen. (Einige Stimmen: Sehr gut! Unruhe auf der Linken.)

Das ist aber eben der Fehler unserer Zeit, unserer unmittelbaren Gegenwart, daß man zu Worte sich hält, und die Dinge nicht unterscheidet; daß man zwischen Revolution und Revolution, zwischen Aufregung und Aufregung keinen Unterschied macht, und nicht fragt, gegen was der Widerstand, gegen was die Aufregung, wober der Sturm, und wohin er bläst. Weil im Frühjahre 1848 ein System von 33 Jahren gestürzt wurde, deshalb glaubt man nun, Alles stürzen zu sollen, was besteht; weil die Waffengewalt oder die Aussicht darauf und die Furcht davor und die Freiheit gebracht, glaubt man nun, jede Anwendung der Waffen, jede Gewalt that sei gerechtfertigt. Ich frage Sie, wenn ein Gewaltshaber in früherer Zeit, wenn er, ich will beim Kleinsten beginnen, seine Banden geschickt hätte vor die Wohnung eines Bürgers, dessen Gesinnung ihm unlieb, wenn er dessen Wohnung bedroht und verletzt hätte, wenn dies systematisch geschehen wäre gegen Bürger einer und derselben Gesinnung, die dem Gewaltshaber mißfällt, was würden wir Alle gethan haben? Wir würden Alle geklagt haben über die Verletzung der Freiheit. Und geschieht jetzt nicht Dasselbe, wenn auch im Namen der Freiheit? Wenn aber die Person, die dem Machthaber im Wege stand, ein Vertreter des Volkes, wenn gar gegen einen Abgeordneten in einer gesetzgebenden Versammlung Drohungen ausgestoßen werden und Thatsachen folgen würden, meine Herren, hätten wir nicht Alle gerufen: Hier ist die ärgste Tyrannei, sie muß vernichtet und beseitigt werden, im Nothfalle durch Gewalt? Und wenn diese Verfolgungen straflos geblieben wären, hätten wir nicht überall ausgesprochen, überall, wo das Wort verpönnt ist, und haben wir es nicht früher Alle gethan, daß dann keine Freiheit besteht, daß Unterdrückung waltet, und die Tyrannei gefunden sind jetzt, wo Zeitschriften sind, wo es fast täglich zu lesen ist, wie hier die Wohnung eines Abgeordneten zerstrümmert, wie er verfolgt wird, wo man bis zur Gewalt gegen die Majorität der Volksvertretung sich erstreckt, um die Minorität zur Herrschaft zu bringen, setzt sollen dieselben Frevel im Namen der Freiheit geschehen? jetzt soll die Tyrannei nicht mehr Tyrannei sein, weil sie von anderer Seite kommt? Meine Herren! Das Reaktion sein, weil man früher als Wahrung der Freiheit betrachtet und gepriesen hat? Meine Herren! Wir lassen und nicht irre machen durch das Wort Reaktion. Wenn die Aktion darin besteht, daß man die Freiheit der Meinung durch Gewaltthaten einschüchtern und vernichten will, wenn die Aktion darin besteht, wo man vor elf Jahren in Hannover unter Hrn. v. Scheele war, der auch mit Minoritäts-Wahlen regieren wollte, oder unter Hrn. v. Wirtz, der unter dem alten naffauischen Regimente, das durch sünf Abgeordnete Steuern verwilligen ließ; wenn die Aktion, sage ich, darin besteht, daß man zu demselben alten Mittel der alten Tyrannei zurückgreift, und die Minderheit als den Willen des Volks proklamirt, dann, meine Herren, ist die Reaktion gegen diese Aktion das größte Verdienst, und wenn ich in diesem Sinne den Namen Reaktionär annehmen sollte, werde ich ihn mit der Ehre rechnen. (Beifall.) Und nun, nachdem diese Erscheinungen von Niemand geleugnet werden können, nachdem es so weit gekommen, daß Justizbeamte an ihre Regierungen berichten mußten, sie können dem Gesetze keine Achtung mehr verschaffen, das Verbrechen sei frei und die Freiheit werde von der Masse so verstanden, daß man thun könne, was man wolle, auch das Entsetzlichste, wie der Mörder des Latour in Wien unlesbich angeklagt hat, er habe der Freiheit gedient, als er in den Saal der Studenten trat, mit der blutigen Eisenstange, und zweimal fragte: „Habe ich nicht recht gethan?“ Meine Herren! Ich frage, ist Das die Freiheit, ist Das das Symptom eines gesunden Zustandes, daß unter den jungen Leuten kein Einziger es wagte, mit Entrüstung „Nein“ zu sagen, daß der Mörder frei den Saal verlassen durfte? Meine Herren! Wenn wir die Freiheit so meinen, daß das Verbrechen frei sei, dann freilich gehen, wie Herr Vogt sagt, die Wellen hoch, dann freilich ist es Zeit, die Segel einzuziehen, dann allerdings bleibt Nichts weder übrig, als wie Drangel die Flinten zu laden und die Schwerter zu schärfen, um die Freiheit zu schützen vor dem Untergange in Tyrannei mit neuem Namen. (Lebhaftes Bravo rechts und in der Mitte.) Darum habe ich aber auch neulich im Stillen dem Hrn. Vogt Recht gegeben, als er von der Tribüne sagte: „Ich sehe die Freiheit nicht“ Ja wohl, meine Herren, so weit ist es beinahe gekommen, daß man die Freiheit nicht mehr zu sehen vermag. Die Gitter sind eingeschüchtert, Keiner wagt gegen einen Verbrecher Zeugniß zu geben, und wer Zeugniß gibt, verfällt einem geheimen Vehmgerichte, an welches zu glauben ich alle Ursache habe. — Die Festung der Freiheit bleibt aber dieselbe, ob sie von Süd oder Nord angegriffen wird, und die Männer, welche sie vertheidigen, bleiben dieselben, ob sie auch von dem nördlichen Wolle nach dem südlichen hineilen, um die Mauern zu vertheidigen. Und wenn der Feind anfangt in falscher Uniform, was in der politischen, wie in der soldatischen Kriegsgeschichte häufig als Strategie gelobt worden, und wenn er sich meldet als ein Angehöriger der Besatzung, so ist es Pflicht des Befehlshabers der Festung, zu schauen, ob auch der anrückende sogen. Freund wirklich ein Freund sei, und wenn er entdeckt, es stecke unter dem Verkleidungsmantel auch ein feindlicher Geist, so muß er seinen Truppen gegen diesen anrückenden falschen Freund, wie wir die Waffen gegen Diejenigen, welche jetzt unter dem Namen der Freiheit anrücken gegen die Festung der wahren Freiheit. Mögen sie nicht zu viel vertrauen darauf, daß der Name die That heiligt! Ich wiederhole, die alte Tyrannei ist wieder im Anzuge, wenn auch unter neuem Namen, und wer die Freiheit vertheidigen will, der stehe mit uns zusammen gegen diese moderne Tyrannei! (Bravo.) — Auf das Materielle der vorliegenden Sache gehe ich nicht ein. Ich glaube, es ist durchaus nicht Sache der Versammlung, die Gründe eines Gerichtshofes zu prüfen, das ist Sache des Gerichts allein, und wir würden allerdings ein „Urtheil“ fällen, wie dieser Ausdruck Hrn. Vogt entschlüpft ist, wenn wir auf diese Gründe eingingen. Wir haben über kein Urtheil zu fällen, wir haben nur zu erklären, hier soll kein Privilegium gelten. Wenn ein Mitglied dieses Hauses die schweren Verbrechen begangen hat, wegen welches es jetzt angeklagt ist, so soll es vor demselben Richter stehen und in demselben Maße, wie der geringste seiner Mitbürger. Diese Gleichheit vor dem Gesetze müssen Sie selbst wollen, und wahrhaftig, als ich heute Morgen in diesen Saal trat und mich als Neuer einschreiben ließ, habe ich gedacht, ich werde mich sogleich gegen die eilige Annahme gegen den Antrag auf Immersuchung sich einschreiben liesen. Sie, die selbst bei der Debatte über die Zentralgewalt den Reichsverweser nicht unverantwortlich haben wollten, Sie wollen jetzt selbst unverantwortlich sein? Sie wollen dem Richter nicht Rede stehen? Sie sind doppel verantwortlich; denn wenn ein gewöhnlicher Mann auf die Bänglinrede tritt, und weiß zu Verbrechen an, wie sie am 18. Sept. erfolgt worden, so haben seine Worte das Gewicht nicht, als wenn ein Mitglied dieses Hauses vor die Menge tritt, welche in den Mitgliedern dieses Hauses Leute von politisch höherer Bildung erwartet. Um so weniger darf dieses Haus die Mitglieder aus seiner Mitte, welche solcher Verbrechen beschuldigt werden, dem Richter entziehen.

Zum Schlusse noch ein Wort auf die Aeußerung des Herrn Zimmermann, auf seine Verwahrung, man solle die Linke nicht in Verdammung bringen mit dem Morde, der hier begangen worden. Meine Herren! Ich bin weit entfernt davon, gegen Jemand eine Anschuldigung auszusprechen, das ist Sache des Gerichts; aber eine Thatsache darf ich aussprechen, und es ist eine Thatsache, meine Herren, daß die Banden, die hierher gezogen, mit den Waffen in der Hand; daß Die, welche einen Aufruf erhoben, nicht gegen eine tyrannische Gewalt, sondern gegen die frei Gewählten des Volks, also gegen die Souveränetät des Volkes selbst, daß diese Banden, die gegen die Paulskirche gezogen nicht um das Gesetz zu handhaben, sondern um den souveränen Willen dieser Versammlung zu beugen und zu vernichten, daß diese Banden, sage ich, die da gewordet haben unsere Kollegen schändlich und v. Auerswald, und jene, welche zu Moritzgen Hurrah schrieen gegen Niederen, es ist Thatsache, sage ich, daß diese Banden Niemand anderz zue Herrschaft bringen wollten, als die linke Seite dieses Hauses. (Einige Aufregung.) Ja, in derselben Volksversammlung, wo man den Mördern ein Hurrah rief, rief man ein Hoch der linken Seite dieses Hauses. (Einige eine Stimme: Wer kann dafür?) Das ist eine Thatsache, meine Herren, diese ist nicht zu leugnen. (Einige: Nein! Eine Stimme: Ruhe, Sie haben Niemand sprechen lassen.) Ich frage, ob wir wenn ich, ein politischer Mann, stehend auf der Stelle, wohin ich kommen bin, um das Vaterland zu retten aus der Gefahr, in der es schwebt, sähe, daß Robbeit und Mordlust sich zur Herrschaft bringen wollen, wenn ich auf solcher Seite Sympathien fände, wahrlich, ich würde mich bergen in den entferntesten Winkel des Vaterlandes, und würde mit mir Jeder sehen, der ich auf dem rechten Wege sei, und ich glaube, ich müßte zur Erkenntnis kommen, daß ich nicht auf dem rechten Wege sein könne, denn der rechte Weg kann nur der sein, auf dem ich die Sympathien erndte von sittlicher, von patriotischer und vaterländischer Gesinnung; denn was ist die

Freiheit Anderer, was wollen wir Anderes für unser Vaterland erringen, als den Zustand, wo die Besten, wo die Edelsten herrschen! Das ist die beste Verfassung, die die Besten und Bluter bringt. Wenn aber die absolute monarchische Gewalt der Rohheit und Wuthgier hervordringt, um zu perrlichem Wenn das Symbol dieser neuen, sogenannten Freiheit die Farbe des Blutes ist, meine Herren, dann möchte ich von solchen Sympathien begleitet, nicht ist, meine Herren, dann möchte ich von solchen Sympathien begleitet, nicht mehr auf dieser Seite stehen. Jetzt muß es selbst dem Fanatischsten klar werden, wohin der eine Weg führt, und wohin der andere. Jetzt gilt es, endlich, zu unterscheiden zwischen Recht und Unrecht. Jetzt ist es da, nicht länger zu entschuldigen die Brutalität, wie dies hier von dem Oben geschehen, entschuldigen, sage ich, mit der Brutalität, die von den Oben nach Unten sich übte. Wenn die alte Bundestag, wenn die alte Metternichsche Politik Brutalität zu ihrem Grundsatze gemacht, da war allerdings die Anwendung der gleichen Waffe, da war eine gewisse Brutalität, aber eine heldenmüthige, keine meuchelmörderische, gerechtfertigt gegen das alte System, um es zu stürzen; aber jetzt mentet sich die neue Brutalität gegen diese Versammlung, gegen ihre Beschlüsse, und darum hat eine solche Brutalität keine Rechtfertigung. Mit Heuchelei schreit freilich diese Partei auf ihre Fahne: „Heilig ist das Eigenthum.“ Wir lasen es hier an den Kaufläden mit Kreide geschrieben von den Verbleuteten des 18. Sept. Bedenken sie doch nicht, daß das Leben auch ein Eigenthum, bedenken sie nicht, daß die Ueberzeugung, die Freiheit der Ueberzeugung das höchste Eigenthum ist! Also nicht höchstes Eigenthum wollten sie und raubten, sie wollten die freie Ueberzeugung dieser Versammlung beugen unter die Gewalt, und somit war ihnen das Heiligste nicht heilig. Und so schließe ich denn damit, daß ich sage: Die Freiheit verheißigt jetzt Derjenige, welcher die Geister führt, damit die Bestimmung zurückkehre bei der verführten Masse, welche nicht unterscheiden kann zwischen Aufregung und Aufregung, welche weil sie eine Revolution anstrebt, auch gerechtfertigt war, nun die gesetzliche und eine immer fortwährende Revolution für berechtigt hält. So wäre denn nach Ihrer Theorie nichts begreiflicher, als daß, wenn Ihre Grundsätze an das Ruder kämen, sofort jede Revolution gegen die neue Herrschaft wieder ihre Berechtigung hätte. (Mehre Stimmen auf der Linken: Ja freilich!) Glauben wir denn nicht, dieser Frühjahr eine Revolution zu machen, um dem Vaterlande eine feste, sichere, dauernde Freiheit zu geben, glauben wir nicht, die Bewegung dazu benützen zu sollen, um einen bauernden, soliden und großen Bau aufzuführen, unter welchem wir Alle sicher und friedlich wohnen, unter welchem alle schönen Kräfte des Vaterlandes sich entfalten können; oder glauben wir etwa eine Revolution zu machen, nur um ihr wieder eine neue folgen zu lasen? Soll auf Erschütterung immer wieder Erschütterung folgen? Nehmen Sie, wie Sie wollen, dann ein meistens treu? Darüber freuen sich am meisten Diejenigen, welche da voraussehen, die Masse des Volkes werde dieser ewigen Revolution überdrüssig werden, man werde am Ende den früheren Zustand vorgiehen mit dem festen und sich fragen: Haben wir denn unter dem alten Regiment Fürchten müssen, daß man uns in den Häusern aufsuche; haben wir fürchten müssen, daß man uns „wie die Hasen nicht“ (Bravo! Sehr gut!) Ich habe in hitzlichen kuchtlichen Zeiten auf der politischen Tribüne gestanden, und ein freimüthiges Wort gesprochen, aber ich hatte doch wahrlich Das nicht zu fürchten, weßen man sich jetzt in der gerühmten Freiheit versehen muß; und ich warne Sie, daß man solche Vergleichungen nicht bald laut aussteht. Als ich am 18. September in Mannheim war, und leider hier nicht anwesend sein konnte, um meine Ansichten zu unterstützen, da war auch in Mannheim eine Volksversammlung. Da ließ man auch heute Einige durch leben, und erklärte alle Diejenigen, die für den Mainzer Waffenstillstand gestimmt hatten, den doch selbst Herr Vogt für ganz passabel hielt, wenn nur nicht Preußen ihn abgeschlossen hätte . . . (Vogt vom Platze aus: Nein!) Das haben Sie auf der Tribüne gesagt. (Vogt: Nicht!) Sie haben es gesagt; sitzen Sie recht! Also meinetwegen „nicht recht!“ — Da auf jener Volksversammlung erklärte man auch diesen Mann für Alle für Volksverräther, und in einer der Gruppen faßte man sich: „Was brauchen wir nach Frankfurt zu ziehen? Einen von dieser Majorität haben wir ja unter uns.“ — So war ich gewarnt; allein ich konnte nicht glauben, daß der politische Fanatismus in Deutschland, daß die Gesinnungslosigkeit in meiner Vaterstadt soweit gediehen sei, daß man mich allein aber schlugen die Mörderthämme an meine Thüre. Vielleicht waren diese Männer sonst ehrliche Leute; aber es ist ja der Wahn, der sie treibt, es sind die Wogen, die sie tragen, und die jetzt von Herrn Vogt gelobt und gepriesen worden als solche, die nur noch weiter führen müssen, und immer weiter. Ich warne Sie, und ich meine, es sollten die Sympathien, die Sie in hiesen Scharen des Verderbens finden, wahrlich jeden ehrlichen Mann von selbst genugsam warnen. Es ist Zeit zur Umkehr, es ist hohe Zeit. Aber Nichts schlimmer, als jetzt die Gerichte verdächtigen, weil sie endlich dem Gesetze wieder zum Schutze der Freiheit ihre Gewalt leihen. Es ist jetzt hohe Zeit, zurückzukehren und die verwirrten Begriffe in den Massen von Dem, was Freiheit, was Tyrannei, wieder zu heilsame Ordnung zu setzen. Möchten wir Alle dazu beitragen! Wenn wir aber nicht Alle dazu beitragen, wenn fort und fort neue Erschütterungen auf Erschütterungen, neue Revolutionen auf Revolutionen folgen, dann verlangen Sie nicht, daß die Zentralgewalt Deutschlands fort sei und ihren schützenden Arm ausstrecke, süß, wie Sie wollen, bis an die Molsau und Wallachei. Erwarten Sie nicht, daß das Nationalbewußtsein Freude Deutschlands sich heimlich die Hände reiben und frohlocken über Ihre Verwirrungen, weil sie im Voraus sehen, was so mancher trüber Blick auch unter uns erblickt, aus dieser Revolution, die so gründlich begonnen und zu dem schönsten Ziele schon berechtigt war, werde am Ende nichts hervorgehen, als ein zerrissenes, armes Vaterland. (Rauschender, anhaltender Beifall von der Versammlung.)

Deutschland.

Württemberg. — Ulm, 22. Okt. Heute feierte die Ulmer Bürgerwehr ihre Fahnenweihe. Es waren zu dieser Festlichkeit der König, der Kronprinz und die Kronprinzessin eingeladen worden, die auch wirklich erschienen: die hiesigen Gymnasiasten hatten alles aufgeboten, um die Stadt geschmackvoll zu dekoriren. Mächtige schwarz-roth-goldne Bahnen wechselten mit schwarz-rothen württembergischen und schwarz-weißen Ulmerfahnen in buntem Gemische ab. Dazwischen grüne Guirlanden und kunstreiche Teppiche. Leider konnte des Regenwetters halber die Fahnenweihe, zu der sich auch auswärtiges Bürgermilitär von Neu-Ulm, Memmingen, Biberach, Blaubeuren, Geislingen, Heidenheim u. s. w. in ansehlicher Anzahl eingefunden, nicht in der schönen Friedrichau, wie das Programm besagte, abgehalten werden, sondern man mußte sich zu diesem Zwecke auf das Münster beschränken. Die Einweihungsrede hielt Dekan Vanderer, und die Verpflichtung der Bürgerwehr auf ihre Fahnen nahm der Minister des Innern, Staatsrath v. Duvernoy vor. Hr. v. Duvernoy erntete durch seine freisinnige, zugleich aber auf die gesetzliche Ordnung hinweisende Ansprache allgemeines Brave, und den hohen Gästen aus Stuttgart wurde bei ihrem Austritte aus dem Münster ein brausendes Hoch gebracht. Der König sah sehr heiter aus; er machte Freude sichtlich an der Gemüthlichkeit der Ulmer. Unmittelbar nach der Fahnenweihe verfügten die fürstlichen Gäste, die unter Glockengeläute und dem Jubel der Volksmenge eingezogen waren, die Stadt wieder. Der Nachmittag verging unter fröhlichem Fraternisiren der hiesigen und auswärtigen Bürgerwehrmänner. Die hiesige Bürgerwehr ist, beiläufig gesagt, gegen 2000 Mann stark und hat ein sehr kriegerisches Aussehen. Ihr Uniformirung scheinen findet allgemeinen Beifall. Auch ihre neuen Fahnen sind sehr schön. (Ausgsb. Postz.)

Preußen. — △ Berlin, 21. Okt. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung hatte den Vorrang von der Tagesordnung der Antrag des Abgeordneten v. Meusebach, betreffend den Schutz der Mitglieder vor Beleidigungen beim Betreten und Verlassen des Sitzungssaales. Nachdem er die Dringlichkeit seines Antrages begründet, beantragt er namentliche Abstimmung, wobei indeß mit 171 gegen 160 Stimmen die Dringlichkeit verworfen wird. Gegen die Dringlichkeit waren die äußerste Linke und das linke Zentrum: sie würden aber gewiß nicht mit ihrer Ansicht durchgedrungen sein, wenn die rechte Seite zahlreicher besetzt gewesen wäre, denn von den 89 fehlenden Abgeordneten gehörten die meisten eben der Rechten an. Nun erhebt sich ein gewaltiger Sturm in der Versammlung, da v. Meusebach in der Form einer persönlichen Bemerkung in dem Ministerio das Vertrauen ausspricht, daß es seine Schuldigkeit thun und dafür Sorge tragen werde, daß die Abgeordneten in Zukunft von Insulten geschützt seien; andernfalls müsse er im Namen seiner Freunde erklären, daß das Ministerium in Zukunft nicht mehr auf diejenige Partei zählen könne, der es am Freiheit und Ordnung im Lande zu thun sei. Minister Eichmann: daß Ministerium werde, trotz der eigenthümlichen Lage, in welcher es sich befinde, in Uebereinstimmung mit der Versammlung unter den Schutz der Berliner Bevölkerung gestellt habe — dennoch seine Pflicht thun. Schreckiger Sturm auf der Linken. — Waldeck greift v. Meusebach an, weil er unter der Form persönlicher Bemerkungen Materielles vorgetragen. Wh. hat allerdings Grund, einen solchen Einwand zu erheben; er scheint vergessen zu haben, wie oft er selbst bereit unter dem Titel persönlicher Bemerkungen und thatsächlichtigungen Materielles vorgetragen hat. — Du auf (Breslau) in einem längern Vortrage: Er müsse sich wundern, wie früher Lichnowski und jetzt v. Meusebach derartige Anträge einbringen könnten. Bei einer andern Gelegenheit habe er gehört, wie ein Volksredner sein Auditorium dahin harangirt habe: „die linke der Nationalversammlung sei bad-haupt, sie, seine Zuhörer die rechte Seite. Diese müsse für sie denken, ihre Sache sei dann, zu handeln;“ — daher sollten die Herren doch selbst die Ueberzeugung gewonnen haben, daß solche Anträge nichts helfen könnten, indem die Glieder draußen nicht anders handeln könnten, als das haupt hier drinnen vordenke.— Die Linke schweig. Der Abg. Krause äußerte sich in dieser Angelegenheit nach dahin: er sei nach von keinem Klub gerührt worden, die Herren möchten nun ihre Schuldigkeit thun, dann würden sie nicht zu besorgen haben. — Was heißt das „Schuldigkeit thun?“ Etwa den Launen des Volks sich fügen? oder will der Abgeordnete gewisse Fraktionen verdächtigen, oder ihnen zumuthen, aus Besorge für ihre persönliche Sicherheit ihre Ueberzeugung aufzugeben und lediglich den Launen des Volks zu machen? — Nach diesem haben Siege sich die Linke sich an, einen vollständigen zu verschen. Waldeck interpellirt das Ministerium über einen Erlaß, nach welchem der Bauvath H... in höherem Auftrage den Arbeitern im Köpnicker Felde angezeigt hat, daß in Folge der Zerstörung der Maschine heute (21. Okt.) hundert Arbeiter entlassen werden sollen. Er besorgt daraus neue Aufregung und neue Gefahr, wenn so mehr, als nur gestern erst unter allgemeiner Theilnahme Berlins die Opfer der Reaktion zu Grabe geleitet worden, ein wahrlich beklagenswerthes Ereignis, nach welchem man alles aufbieten müsse, um Verzöhnung zwischen Volk und Bürgern zu Stande zu bringen. (Wie

kommt Hr. Waldeck nur dazu, immer und ewig den Gegensatz zwischen Volk und Bürgern oder Bürgerwehr aufzureißen? Bilden denn nicht alle Staatseinwohner das Volk?) W. dringt auf sofortige Zurücknahme der Verordnung. Der Minister verwiegert sie, weil gerade in Folge der Zerstörung der Maschine nicht so viel Arbeiter beschäftigt werden können, als das Ministerium wünsche. — Die Majorität ist gegen die Diskussion des Antrags, und soll nun ein neuer Antrag geschmiedet werden. — So ist also wieder eine ganze Sitzung, bloß mit dem Verfertigungsakte, mit der Berliner Arbeiter-Angelegenheiten ausgefüllt worden, als ob die Nationalversammlung nur der Berliner Arbeiter wegen berufen wäre, als ob die Provinzen ihren sauren Schweiß in die Staatskassen schicken, nur um die Arbeiterbörse Berlins zu erhalten und in der Gesetzlosigkeit zu bestärken. — Wee Abgeordnete Behrends hat wirklich einen neuen Antrag in aller Eile zusammengestellt und bringt ihn als äußerst dringlich ein. Es fassen noch viel äußerjende Redensarten, der Antrag wird aber mit 198 gegen 128 Stimmen verworfen. So hat die Vernunft gesiegt! Wie wäre auch, wenn solcherlei Dinge duechgingen, eine gewissenhafte gezegelte Verwaltung möglich? — Die Bürgerschaft der Stadt Lennep hat der Nationalversammlung eine Adresse überreichen lassen, in welcher der dringende Antrag gestellt wird, die Berathung der Verfassung mit allem Eifer zu fördeern, damit der provisorische Zustand mit seinem nachtheiligen Einflusse auf Handel und Gewerbe endlich einmal aufhöre. Die guten Lennepper hätten besser gethan, die Linke allen Ernstes zu vermahnen, der nutz- und zwecklosen Interpellationen sich zu begeben, da durch diese vorzüglich der Bau des Verfassungswerkes gehemmt wird. — Der Major Hönigmann, tapferer Kämpfer aus der Freiheitskriegen, Mitglied der Bewerkstelligungscommission, ist zum innigsten Bedauern seiner vielen Freunde an den Folgen eines Schlagflusses gestorben.

⊙ **Berlin**, 21. Oktober. Der Bericht der Zentralabtheilung der Nationalversammlung über den zweiten Titel der Verfassungsurkunde ist jetzt gedruckt und aufgegeben. Er erstreckt sich auf die Art. 3—17 (von den Rechten der Preußen). — Die Kirche und Schule betreffenden Artikel sind einem späteren Berichte vorbehalten. Die behandelten Artikel lauten in der von der Zentralabtheilung vorgeschlagenen Redaktion wie folgt: „Art. 3. Die Verfassung und das Gesetz bestimmen, unter welchen Bedingungen die Eigenschaft eines Preußen und die staatsbürgerlichen Rechte erworben, ausgeübt und verloren werden. — Art. 4. Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Es gibt im Staate weder Standesunterschiede noch Standesvorrechte. Ehre und Würden haben keinen Stand. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. — Art. 5. Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Eine Verhaftung darf außer dem Falle der Ergreifung auf frischer That nur kraft eines schriftlichen, die Beschuldigung so wie den Beschuldigten bestimmt bezeichnenden richterlichen Befehls bewirkt werden. Dieser Befehl muß entweder bei der Verhaftung oder spätestens binnen 24 Stunden zugestellt werden. — Art. 6. Bei jeder Verhaftung ist in gleicher Frist das Erforderliche zu veranlassen, um den Verhafteten dem zuständigen Richter vorzuführen. — Art. 6. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmsgerichte und außerordentliche Commissionen sind unstatthaft. Keine Strafe kann angedroht oder verhängt werden, welche nicht durch Gesetz bestimmt ist. — Art. 7. Die Wohnung ist unverletzlich. Das Eindringen in dieselbe und Haussuchungen sind nur in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen gestattet. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf, außer bei einer Verhaftung oder Haussuchung nur auf Grund eines richterlichen Befehls vorgenommen werden. — Art. 8. Die Todesstrafe ist abgeschafft; Ausnahmen im Kriegs- und Belagerungszustande bestimmt das Gesetz. Der bürgerliche Tod und die Strafe der Vermögenseinziehung finden nicht statt. — Art. 9. Die Freiheit der Auswanderung ist von Staatswegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. — Art. 10. Jeder Preuße hat das Recht, durch Worte, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Gedanken frei zu äußern. Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise, namentlich durch Censur, durch Konzessionen und Sicherheitsbestellungen, weder durch Staatsbaargen noch durch Beschränkungen der Druckereien und des Buchhandels, noch endlich durch Postverbote, ungleichmäßigen Postsatz oder durch andere Hemmungen des freien Verkehrs, beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden. — Art. 11. Vergehen, welche durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung begangen werden, sind nach allgemeinen Strafgesetzen zu bestrafen. Ein erfolgten Revision des Strafrechts bestimmt darüber ein besonderes vorläufiges Gesetz. — Art. 12. Ist der Verfasser einer Schrift bekannt und bei Herausgabe derselben in Preußen wohnhaft oder anwesend, so dürfen Verleger, Drucker und Vertheiler nicht verfolgt werden. Auf der Druckschrift muß der Verleger oder Drucker genannt sein. — Art. 13. Alle Preußen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Von Volksversammlungen in ungeschlossenen Räumen muß der Ortspolizeibehörde vorher Anzeige gemacht werden. Eine solche Versammlung darf nur verboten werden aus Rücksichten für die Freiheit und Sicherheit des Verkehrs, oder wenn sie ausdrücklich zu verbrecherischen Handlungen berufen ist. — Art. 14. Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwider laufen, in Gesellschaften zu vereinigen. — Art. 15. Die Bedingungen, unter welchen Korporationsrechte ertheilt oder verweigert werden, bestimmt das Gesetz. — Art. 16. Das Petitionsrecht steht allen Preußen zu. Petitionen unter einem Gesammtnamen sind nur den Behörden und Korporationen gestattet. — Art. 17. Das Briefgeheimniß ist gewährleistet. Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen. Das Gesetz bezeichnet die Beamten, welche für die Verletzung des Geheimnisses der per Post anvertrauten Briefe verantwortlich sind." — Die Motive sind sehr umfangreich. Sie umfassen mit Einschluß einer vergleichenden Zusammenstellung des Entwurfs mit den Entwürfen der Regierung und der Verfassungscommission 91 Seiten. Bei Art. 4 hatte in Betreff der Stellung der adeligen Familien, der Minister des auswärtigen Reichsverweser hingewiesen, daß dieselbe durch Verträge mit den übrigen deutschen Mächten und den Großmächten Europas garantirt sei und eine Abänderung, die überdieß nur in der Kompetenz der deutschen Reichsversammlung liegen könne, für Preußen möglicherweise Verwicklungen mit dem Auslande herbeiführen könne. Die Zentralabtheilung hielt indeß die Kompetenzfrage durch den Artikel des Vorschlags Preußens zu Deutschlands Verfassung für beseitigt, das andere Bedenken aber aus dem Grunde für unerheblich, weil auch der Garantie der Wiener Schlußakte Seitens der außereuropäischen Großmächte für diese nicht die Bezugnahme gefolgert werden könne, sich in eine rein innere deutsche Frage zu mischen. Zahlreiche Präderenzfälle, wie die Umgestaltung der deutschen Bundesverhältnisse, Gründung der Zentralgewalt, Verwerfung der Grenzen des deutschen Bundesgebiets, zeigten überdieß, daß jene Großmächte ihre Betheiligung bei der Wiener Schluß-Akte selbst so auffassten, daß ihnen dadurch ein Recht zu irgend welcher Mitwirkung bei der Ordnung der inneren Angelegenheiten Deutschlands nicht eingeräumt ist. — Ebenso liegt auch der Bericht der Zentral-Abtheilung über Art. VII. des Verfassungs-Entwurfs vor. Dieser Titel, die Finanzverfassung betreffend, hat in der Zentral-Abtheilung wenig Aenderungen erfahren, der von dieser vorgeschlagene Entwurf lautet wörtlich: Art. 96. Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen für jedes Jahr im Voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden. Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt. Art. 97. Steuern und Abgaben für die Staatskasse dürfen nur, soweit sie in den Staatshaushalts-Etat aufgenommen oder durch besondere Gesetze angeordnet sind, erhoben werden. Art. 98. In Betreff der Steuern können Bewerjungen nicht angestellt werden. Die bestehende Steuer-Gesetzgebung wird einer Revision unterworfen und dabei jede Bevorzugung abgeschafft. Art. 99. Gehörten können Staats- oder Kommunal-Beamte nur auf Grund des Gesetzes erhoben. Art. 100. Die Aufnahme von Anleihen für die Staatskasse darf nur auf Grund eines Gesetzes geschehen. Dasselbe gilt von der Uebernahme von Garantien zu Lasten des Staates. Art. 101. Zu Cassen-Ueberschreitungen ist die nachträgliche Genehmigung der Kammer erforderlich. Die Rechnungen über den Staatshaushalt werden von der Ober-Rechnungs-Kammer geprüft und festgestellt. Die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt jedes Jahres einschließlich einer Uebersicht der Staatsschulden wird von der Ober-Rechnungs-Kammer der Regierung und der Kammern vorgelegt. Ein besonderes Gesetz wird die Einrichtung und die Befugnisse der Oberrechnungs-Kammer bestimmen.

Oesterreichische Monarchie.

* Folgendes ist die Proklamation, welche Feldmarschall-Lieutenant Simunich bei seinem Einrücken in Kossuthien in Ofenungarn erlassen hat: „Ueber allerhöchsten Auftrag Sr. Maj. des Kaisers und Königs rücke ich mit einem Truppen-Detachement aus Galizien nach Oberungarn, um unter den gegenwärtigen Ereignissen an der Donau, welche die Gemüther auch in den andern Theilen Ungarns aufregen, dieß zu beruhigen, so wie die konstitutionelle Freiheit im Lande und die Treue gegen den König aufrecht zu erhalten. Ich gebe mir die Ehre, daß alles beruhigen Gesinnungsgenossen mit dem Ersuchen bekannt zu geben, der unter meinem Befehlen dahin rückenden Truppen die zeitgemäß im Voraus angekündigt werdenden Erfordernisse an Unterkunft und Lebensmitteln in den betreffenden Marschstationen gefällig beistellen zu wollen. Ich rechne übrigens auf ein freundschaftliches Entgegenkommen von Seite der löblichen Gemeindevorsteher und Bewohner der Landesmutter gegen die mit unserer guten Armee, welche überseits durch die k. k. Armee eigens Disciplin dem Landmanne die Lasten ihrer Aufnahme möglichst erleichtern werden. Karnow, 10. Okt. 1848."

* **Temesvar** im Banat, 12. Oktober. Sogleich nach dem Eintreffen der k. k. Manifeste vom 4. d. M. durch welche ganz Ungarn den Kriegsgesetzen unterworfen und Banal Jellachich zum Civil-Gouverneur ernannt wird, wurde die hiesige Stadt und Festung in Belagerungszustand erklärt und das Martialgesetz verkündet. Gleichzeitig gingen Kouriere mit den Manifesten in die Militärgrenze ab. Es ist bekannt, daß die Garnison der hiesigen Festung dem Kossuthen, auf Seite der Ungarn zu treten standhaft sich widersetzte, und es wird ihr im Verein mit den seither eingerückten bedeutenden Verstärkungen ohne Zweifel gelingen Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten trotz den Bemühungen der magyarischen Sendlinge, welche durch die überdrachten Lügen ihre verrätherische Sache als die siegreiche darzustellen suchen. — Heute steht es nun sehr kriegerisch aus. Der Generalmarsch tönt, die Truppen besetzen die Hauptplätze, gegen das Magistrats- und Komitatsgebäude sind Kanonen aufgeführen, die Thore werden gesperrt und die Zugbrücken aufgezogen. Grund dieser militärischen Vorkehrungen ist die hartnäckige Weigerung der Civilbehörden und Nationalgarden, den Kriegsgesetzen zu gehorchen. Das Festungskommando hat aber ihnen bedeuten lassen, falls nicht bis 10 Uhr eine gütliche Unterwerfung statt finden sollte, so würden die beiden mit Kugeln gefüllten Gebäude zusammengeschossen, die Nationalgarden mit Gewalt entwaffnet, alle

Waffen in Privathäusern weggenommen und Verheimlicher derselben kriegsrechtlich bestraft. Das wirkte. Sogleich erklärten Deputationen, daß man binnen einer Stunde alle Waffen ausliefern wolle, was auch bereits geschieht. Die Stimmung der Einwohner ist übrigens außerordentlich erbittert, allein, nicht weniger gereizt ist auch das Militär!

Von Arad verneh me ich, daß daselbst am 7. d. Mts. der Festungskommandant eine Stunde lang von 12 bis 1 Uhr die Stadt bombardiren ließ, weil die Einwohner sich weigerten, der Garnison Lebensmittel verabfolgen zu lassen, und die Garden die Festung zu stürmen versuchten. Letzteres geschah deßhalb, weil der Festungs-mmandant, Feldmarschall-Lieutenant Perger sich weigerte, den Befehlen des ungarischen Ministeriums zu gehorchen. Das Bombardement soll gewirkt haben und die Einwohner auf andere Gesinnen gebracht haben. Zu alledem ist auch eine Verstärkung von 6 Eskadronen Schwarzenberg-Husaren und 1 Kompagnie Leinigen Infanterie in Arad eingetrickt.

Frankreich.

△ Paris, 21. Okt. Die Nationalversammlung hat gestern bei Fortsetzung der Verhandlung über die Verfassung in äußerst lebhafter Debatte darüber berathen, ob die Frage in Betreff der Stellung von Ersatzmännern im Heere sogleich zur definitiven Entscheidung kommen, oder durch ein besonderes Gesetz geregelt werden solle. Die Kommission hatte die Vertagung derselben beantragt, und General Lamoricière sprach sich in gleichem Sinne aus. Aber die HHrn. Landesfinanzminister Thiers und de Morman beklämpften diesen Antrag, und die Versammlung entschied bei der Abstimmung durch Theilung mit 503 Stimmen gegen 259 gegen die Vertagung. Hr. Thiers fündete sogleich an, daß er heute darüber das Wort nehmen werde. Im Laufe der Sitzung hatte der Justizminister ein Defret vorgelegt, welches beschleunigte Wirksamkeit der täglich votirten Repressivmaßregeln gegen Preßvergehen bezweckt. Das Maßregeln zu diesem Behufe nöthig sind, kann niemand mehr läugnen, und deßhalb wird das vorgelegte Defret auch von den meisten Organen der Presse ruhig angenommen. In der heutigen Sitzung nun kam die Frage der Einstandsmänner im Heer zur Verhandlung. Hr. Thiers sprach sich in längerer Rede mit großer Energie für Beibehaltung des bisherigen Systems aus, welches die Stellung von Ersatzmännern zuläßt. (Der neue Verfassungs-Entwurf will sie untersagen.) Auch die Zulässigkeit des preußischen Landwehrsystems in Frankreich bestreiten er; er hält die Landwehr überhaupt nur für kurze Kriege der Begeisterung, nicht aber für längere, politische Kriege brauchbar. Er wies nach, wie die älteren Soldaten der Linie den eigentlichen Kern eines Heeres bilden, und führte aus der Geschichte der Feldzüge des Kaiserreichs Beispiele dafür an. Nach seiner Rede, die großen Eindruck gemacht hatte, blieb die Sitzung fast eine halbe Stunde lang unterbrochen. Dann nahm General Lamoricière das Wort, um die Ansichten des Hrn. Thiers zu bekämpfen. Er sprach noch bei Poschluß. — Die Behörde hat so eben einen der bestehenden Klubbs schließen lassen. Auch eine Verfügung in Betreff der demokratischen Bankette ist erlassen worden, wodurch sie einer schärfen Ueberwachung unterstellt werden. — Die Wiener Nachrichten wirken noch immer nachtheilig auf die Börse ein. (Vgl. die Kurse.)

Nachschrift.

*†Münchyen, 25. Okt. Heute Vormittags 10 Uhr fand unter dem Vorsitz Sr. Majestät des Königs Staatsrathssitzung statt. — Die neueste Nummer des hiesigen Polizeianzeigers bringt einen Erlaß betreffs der (demnächst bevorstehenden) bayerischen Landtagswahlen. Da nach Art. 4 des neuen Wahlgesetzes nur derjenige zur Wahl zugelassen werden kann, welcher erweislich den Verfassungseid abgeleistet, so werden alle, bei welchen diese Ableistung nicht notorisch, wie bei Staats- und Militärbeamten und bei ansässigen Bürgern und Insassen ist, aufgefordert, sich zur Ableistung des Eides auf dem hiesigen Rathhause zu melden. Beträgt hiezu ist jeder Volljährige, welcher eine direkte Steuer (Grund-, Haus-, Dominikal-, Gewerbe-, Einkommen- und Kapitalsteuer) entrichtet.

Bamberg, 23. Okt. (B. Z.) Nach uns zugekommenen Nachrichten unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß die Stadt Erlangen, Landgerichtsbezirk Erlangen, Landgerichte Baunach und Ebern dem Kreise Oberfranken demnächst zugetheilt werden und sich dieser daher bedeutend vergrößert. — Dadurch wird der Antrag des kürzlich versammelten Landraths, die oberpfälzischen Landgerichte Kemnath, Waldsassen, Weiden, Tirschenreuth und Eschenbach dem oberpfälzischen Kreise wieder einzuleiben nicht in Erfüllung gehen, was sehr zu bedauern ist. (Wir lassen die Richtigkeit dieser Angaben dahin gestellt.)

Würzburg, 23. Oktober. Zu den bereits gemeldeten Zusammentheilte der Bischöfe Deutschlands sind bis jetzt hier angekommen: die Erzbischöfe von Köln, Münster, Bamberg und Freiburg; dann die Bischöfe von Regensburg, Eichstädt, Speyer, Augsburg, Würzburg, Rottenburg, Limburg, Münster, Paderborn, Osnabrück, Dresden, Ermeland und Köln. Mainz ist durch einen Generalvikar, Breslau durch einen Domherrn vertreten. Der Kardinal-Erzbischof von Salzburg, Fürst Schwarzenberg wird morgen hier eintreffen. Die Sitzungen beginnen heute „Montag" früh 9 Uhr im Refektorium des Priesterseminars. (W. Z.)

Mannheim, 21. Okt. Die preußischen Truppen, welche hier und in der Umgegend zelegen, treten wieder den Rückmarsch an; vorerst werden sie Daxeiteren in Worms und Bingen belegen. Als heute in der Frühe das Bataillon des 26. Regiments aufgestellt war und sich schon zum Abmarsch anschickte, hielt der kommandirende Major eine Anrede an seine Mannschaft, welche ihre Bewegen, rührte die Gutsinnschaft und das herzliche Entgegenkommen der Bewohner Mannheims und brachte ein dreimaliges Hoch auf die Stadt aus, welches von den Soldaten auf das Bestelle erwidert wurde. Morgen wird uns der Rest der preußischen Besatzung verlassen, dagegen ist heute in der Mittagsstunde das Frankfurtische Bataillon eingetroffen, und unser viertes badische Infanterie-Regiment wird stündlich erwartet. (S. M.)

Freiburg, 21. Okt. Sicherem Vernehmen zufolge wird uns nächsten Donnerstag das Generalkommando des am Oberrhein stationirten Reichs-Truppenkorps verlassen und nach Donaueschingen übersiedeln. Die Bayern werden eine Stellung gegen Memmingen zu einnehmen. Man will bringt diese und andere militärische Maßregeln mit Anordnungen in Zusammenhang, die der Zentralgewalt in Folge des bisherigen und weiterhin möglichen Verhaltens der Schweiz gegenüber von Deutschland nöthig erschienen.

(M. Frnk. Z.)

= Bad Homburg, 22. Okt. Die Winterssaison ist sehr gut, und außer vielen Engländern, die hier überwintern, sind in den letzten Tagen auch viele Wiener Flüchtlinge hier eingewroffen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 23. Okt. Oesterr. 5proz. Metall. 66⅛, 4proz. 54. 3proz. —. 2proz. 34½. Bankaktien 1120. 5 — 500 fl.-Loose 113. 250 fl.-Loose 77. — Preuß. 50 Thl.-Prämienscheine — Bayer. 3½proz. 75. Staatsschuldscheine 3½proz. 74⅞. — Bayer. 3½proz. 75⅞. — Luxemb. Berdach. 67½. — Württemberg. 3½proz. 75. 4½proz. 92½. — Bad. 3½proz. 71⅞. Lotto-Anlehen à 50 fl. 44¼. — 35 fl.-Loose 24⅞. — Darmstädt. 3½proz. 74. 4proz. 82. Lotto-Anlehen von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 20½. — Kurhessl. Prämien-Anleh.-Obligat. 41½. 40 Thlr.-Loose 24½. — Nassau. 3½proz. 79½. 25 fl.-Loose 20¼. — Frankf. 3proz. 78. 3½proz. 90½. 86. Taunusbahn 272. — Holland. Integr. 45. — Span. 3proz. innere Schuld 17½. — Poln. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 67½. — Sard. 36 Fr.-Loose — Dän. 2.

Paris, 21. Okt. 3proz. 41.25. 5proz. 93.45. Schatzsch. —. Bankaktien 1500. — Siebenbürgischen 1110. — Wien. Kredit 840. — Comptr. von Anzler — Belg. 5proz. von 1840 76½. — von 1842 76½. 4½proz. — 3proz. — 2½proz. —. — Belg. Bank — Neap. 5proz. —. — Röm. 5proz. 62½. — Span. 3proz. 23. Aktiva — Passiva —. Piem. — Hamb. —. — St. Germain 290 —. Versailles (rechte) —. — (Linke) 97.50. Orleans 577.50. Rouen 370 —. Havre 185. —. Nantes. 190. — Basel —. — Bierzon —. — Boulogne —. — Bordeaux 365. — Nordbahn 353.75. Montereau —. — Lyon 361.25. Straßburg 330. — Rentes. 317.25 Dieppe —. — Creaux —. — Montpellier —. — La Teste —. —

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Mittwoch, den 25. Oktober 1848.

Neuestes aus Wien.

*Wien, 21. Oktober. Wien gleicht einem offenen Grabe, zu welchem die künftigen Jahrhunderte selbst die Deckel bauen. Dieser Gedanke beschleicht einen, wenn man die dumpfe, düstere Grabesstille sieht, die Niedergeschlagenheit auf allen Gesichtern, und daneben wieder Tausende von Händen, welche die Barrikaden umbauen, um sie sicher zu machen, nach einem Plane des polnischen Generals Bem. Dieser aber hat bereits die Zuversicht selbst verloren. Man spricht auch von der Absicht Messenhausers, den Befehl über die Nationalgarde niederzulegen; begreiflich, da er nicht die schwere Verantwortlichkeit der Führung im Kampfe auf sich laden will, dessen Ausgang seinem Verwünschtsein mehr zweifelhaft sein kann. Jedermann sieht, daß, wenn nicht bald die Besonnenen die Oberhand wieder gewinnen, was dem brauchbaren Proletariate gegenüber nichts leichter ist, jedes Linguetel der blutige Kampf beginnen kann. An den Barrikaden hatte man die letzten Tage über Geldspenden gesammelt, das ist nun aber eingestellt worden. Die Proletarier sind meist in die Mobilgarde eingetreten. Man sucht das arme Wiener Volk auch immer mit fabelhaften Lügen über allgemeine Erhebung in Steiermark und andern Provinzen zu täuschen; aber es glaubt daran so wenig mehr, als an das Erscheinen der Ungarn. Man hat es schmählich betrogen, die Augen gegen ihn jetzt auf darüber, und wehe den Betrügern, wenn es zur vollen Klarheit der Einsicht kommt. — Der Aufruf der beiden Reichstagsmitglieder Welker und Mosle an die Oesterreicher wurde in der heutigen Reichstagssitzung verlesen, schien aber wenig Eindruck zu machen. Derselbe wurde auch an den Straßenecken angeschlagen. Es heißt, durch Fürst Schwarzenberg sollte Kriegsminister, nun bis dahin Abgeordnete Czajetan Mayer und Brünn (welcher zum großen Verdruß der Herren der Linken so eben auf's Neue gewählt worden ist, obgleich er sich so derb über die hiesigen Vorgänge dort ausgesprochen hatte,) Minister des Innern werden; nach einer andern Angabe würden beide schon ernannt vom Kaiser. Der bewirrte Reichstag will nun für die ausgeschiedenen Deputirten neue Wahlen ausschreiben. Bei der Stimmung der Provinzen wohl eine vergebliche Mühe. — Das Justizministerium hat die Frist zur Annahme und Zahlung der vom 22—31. Oktober einschlägig einlaufenden und verfallenden Wechsel für Wien und dessen Polizeibezirk bis 1. Nov. verlängert. Die früher gemeldete Verlängerungsfrist für den Wechsel-Termin bis 27. Oktober erstreckt sich auch auf Ausständigungen. Die Geschäfte liegen ganz darnieder, Niemand an Lebensmitteln hören allmälig auf, da wir ganz eingeschlossen sind. Gestern standen 5", Metall. 75", Nordbahn-Aktien 103—104 bezahlt, Lloyrwaser 64 — 64", Bankaktien 1020.

*Wien, 22. Oktober. Die Deputation des Gemeinderaths ist beim Kaiser nicht vorgelassen worden. Minister Wessenberg gab ihr die schriftliche Weisung, sich an den Fürsten Windischgrätz zu wenden, der unumschränkte Vollmachten habe, in Olmütz sey für die Deputation nichts weiter zu thun. Auf die Frage des Reichstags, wer das Abschneiden der Zufuhr geboten habe, antwortete Auersperg einfach: Fürst Windischgrätz, ein Name, der die hiesigen Radikalen vor Wuth schäumen macht. Windischgrätz, den die Gutgesinnten verehren und von dem sie allein Rettung hoffen. Man sagt unverdrossen über die Ankunft der Ungarn; Jvanka soll die Vorhut kommandiren, 20 Kanonen sollen auf seinem rechten Flügel stehen. 3000 Cyklos, Mörder, Räuber versichern haben, daß sie, da man sich lebendig oder todt in ihre Gewalt zu bekommen, Kossuth rücke mit 15,000 Mann und 16 Kanonen der Hauptarmee nach; deren Lage und Stellung trotz der letzten mit „wahrscheinlicher" Unterschrift versehenen Depesche an den Reichstag, von diesem selben sehr bezweifelt wird. Man war schon von jeher gewohnt, jedweder Lüge hier den Ungarn auf den Hals zu schieben. Die Lüge ist einmal schlau und die Gläubigen der Wiener nur allzusehr rechtfertigen zu wollen! Man sieht, daß alle derartigen Erfindungen nur darauf berechnet sind, um den sinkenden Muth des Volkes aufrecht und um dasselbe von den gröbsten Exzessen abzuhalten. — Aller Verkehr mit Wien von Raasen ist gehemmt.

Folgendes ist das in unserer gestrigen Beilage bereits im Auszuge erwähnte Manifest des Kaisers: Wir Ferdinand der Erste, konstitutioneller Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn ꝛc. ꝛc., entbieten Unseren getreuen Völkern Unseren väterlichen Gruß. Durch die blutigen Ereignisse, welche seit dem 6. dieses Monats Haupt- und Residenzstadt Wien in einen Schauplatz anarchischer Wirren umgewandelt haben, auf das tiefste betrübt, und in Unserem Innern erschüttert, sahen Wir Uns genöthigt, Unseren Sitz zeitweilig nach Unserer l. Hauptstadt Olmütz zu verlegen. Mit gleicher Betrübniß erfüllt Unser Herz die eintretende Nothwendigkeit, zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung auch zum Schutze der an Gräueln des Aufstandes nicht theilnehmenden Staatsbürger militärische Maßregeln zu ergreifen; doch wollen Wir, daß in der Anwendung dieses Uns abgedrungenen äußersten Mittels nur so weit gegangen werde, als es zur Herstellung der Ruhe und Sicherheit und zum Schutze Unserer getreuen Staatsdiener, so wie zur Aufrechthaltung der Würde Unserer konstitutionellen Thrones nöthig sein wird. Es ist Unser steter unveränderlicher Wille, daß die Unseren Völkern verheißenen Rechte und Freiheiten, wenn sie auch von einzelnen Böswilligen oder Verblendeten mißbraucht worden sind, in ihrer ganzen Ausdehnung ungeschmälert bleiben, und Wir verbürgen solche wenerdings durch Unser kaiserliches Wort. Auch wollen Wir, daß die von dem konstituirenden Reichstage bereits gefaßten und von Uns sanctionirten Beschlüsse, namentlich jene über die Aufhebung des Unterthanverbandes, der Entlastung und Gleichstellung des Grundbesitzes gegen die im Prinzipe vom Reichstage anerkannte billige Entschädigung aufrecht erhalten, und Unserer bereits erlassenen Anordnung gemäß in Vollzug gebracht werden. Eben so ist es Unser sicher Wille, daß das begonnene Verfassungswerk von dem konstituirenden Reichstage in einer der vollen Gleichberechtigung aller Unserer Völker entsprechenden Weise ungestört und ununterbrochen fortgesetzt werde, damit solches in Bälde Meiner Sanktion unterlegt, und einem gedeihlichen Ende zugeführt werden könne. Dieses möglich zu machen, wird der Gegenstand Unserer ernsten Sorgfalt sein, und wir rechnen dabei auf die Einsicht, Anerkennung und bewährte Loyalität Unserer treuen Völker. Gegeben in Unserer l. Hauptstadt Olmütz, den 19. Oktober 1848. Ferdinand m. p. Wessenberg m. p.

*Botzen, 21. Okt. Der Feldmarschall Graf Radetzky hat aus dem Hauptquartier Mailand den 16. Okt. an die Soldaten der Garnison von Wien folgende Worte gerichtet: „Ich bin nicht Euer kommandirender General, Ihr seid nicht gewohnt auf meine Stimme zu hören und ihr im Kampfe zu folgen; aber als Feldmarschall und ältester Soldat der Armee steht mir das Recht zu, ein ernstes Wort an Euch zu richten. Unerhörte Dinge haben unter Euern Augen stattgefunden, Oesterreichs makelloser Fahne ist durch Verrath und Blut befleckt. Zum zweitenmale hat Euer Kaiser aus treuer Fürsorge seinen Thron verlassen, der Kriegsminister Feldzeugmeister Graf Latour ward grausam und schändlich ermordet, sein Leichnam entehrt. Ein zweiter General sei, wie man sagt, durch die Hand eines Grenadiers! Ein Grenadierbataillon vergißt in Ordnen und schändlicher Trunkenheit seine Pflicht, verweigert den Gehorsam, und feuert, o ewige Schmach! auf seine eigenen Waffenbrüder. Soldaten der Wiener Garnison, sagt mir, — im Namen der Armee von Italien, Euer Waffenbruder, frage ich Euch — habt Ihr Euer Pflicht gethan? Wo war die Wache die den Feldzeugmeister Graf Latour vertheidigen sollte, die eher zu seinen Füßen sterben mußte, als ihn der Wuth eines blutdürstigen aufgereizten Pöbels preisgeben? Wo weilen die Verräther, die unsere Fahne mit Schmach bedecken? Hat sie die gerechte Strafe schon ereilt? Oder schweben sie ihr verdächtiges Treiben noch an den Reihen der Empörung fort? Soldaten! Schmerz ergreift mich, Thränen erfüllen mein altes Auge, als ich die Kunde dieser in den Annalen der österreichischen Armee unerhörten Schandthaten erfuhr. Ein Trost blieb mir noch: daß es nur ein kleiner Haufe war, der seine Ehre so schändlich vergaß, seine Pflicht so schmählich verkannte. In Euch, Ihr treugebliebenen wackern Männer, ist es nur, den Ihren Eures Kaisers und die freisinnigen Institutionen zu schützen, die seine väterliche Güte seinen Völkern verlieh, und die eine Horde von Empörern so schändlich mißbrauchte. Soldaten! öffnet die Augen vor dem Abgrunde, der sich vor Euren Füßen auftut; alles steht auf dem Spiele, die Grundfesten der bürgerlichen Ordnung sind erschüttert, das Besitzthum, Ehre und Religion mit Untergang bedroht, alles was dem Menschen heilig und theuer ist, was die Reiche gründet und erhält, will nun vernichten — das, und nicht die Freiheit ist der Zweck jener Aufwiegler, die Euch mit in Schande und Verderben reißen wollen. Soldaten! In Eurer Hand liegt jetzt der Schutz des Thrones und mit ihm die Erhaltung des Reiches. Möge Gottes Gnade mit gesegneten den Tag zu erleben, der uns liegen wird: „Die Armee hat Oesterreich gerettet," dann, erst dann wird der 6. und 7. Okt. dieses unheilschwangeren Jahres gesühnt sein und in Vergessenheit sinken, dann reicht Euch die Armee von Italien, die zeigt die Gränzmarken der Monarchie gegen äußere Feinde schützt, die Bruderhand. (gez.) Radetzky, Feldmarschall."

Ein zweiter Armerebefehl, Hauptquartier Mailand den 18. Oktober 1848, lautet wie folgt: „Soldaten! Ich habe Euch den Auftrag bekannt gemacht, daß ich an die Garnison von Wien eilen. Ihr werdet daraus ersehen haben, daß das Grenadierbataillon Richter im Rausche seiner Pflicht vergaß, den Gehorsam verweigerte und auf seine Waffenbrüder feuerte. Es ist mir die Nachricht zugekommen, daß dieses Bataillon traurigen zu seiner Pflicht zurückgekehrt und, damit es seine Reue durch die That beweisen könne, den Commandirenden gebeten habe, es an die Spitze der ersten Sturmkolonne zu stellen. Soldaten! Ich habe euch mit der Schmach dieses Bataillons bekannt gemacht, ich muß Euch auch seine Reue mittheilen. Ich bin dieses inständigsten der Ehre der ganzen Regimenter schuldig, aus denen dieses Bataillon zusammengelegt war. Zwar hat diese späte Reue die Makel nicht auslöschen, die dieses Bataillon seiner Fahne, die auch die Eure ist, aufgedrückt hat, aber doch thut es einem alten Soldatenherzen wohl zu hören, daß die Pflicht über den Verrath die Oberhand gewonnen. Bald hoffe ich Euch sagen zu können, daß Eure unglücklichen und verführten Kameraden ihren Fehler mit Blut und Leben auszulöschen haben. (Gez.) Graf Radetzky m. p. Feldmarschall." Das Grenadierbataillon Richter befand sich Oberösterreich der Regimenter Hohenlohe, Heß und O. H. Baden.

(Allg. Ztg.)

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Nr. 103.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnements: Ganzjährig 8 fl. Halbjährig 4 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Donnerstag den 26. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 26. Oktober.

Se. Maj. der König haben unterm 24. Okt. den für die erledigten Stellen der bürgerlichen Magistratsräthe gewählten Gemeindemitgliedern Kaufmann Franz Paul Lechner, Apotheker Ludwig Widemann, Weinhändler Benno Lungkmair, Privatier Karl Bögler, Kaufmann Aloys Schwaiger und Kondukteur Joseph Teichtein die Bestätigung zu verleihen geruht.

Oesterreich und Deutschland.

Es treffen bei den Parteien in Wien so mannichfaltige und ungleiche Interessen zusammen, daß es sehr schwer ist, einen sichern Standpunkt einzunehmen. Der Hof, der Adel, die Geistlichkeit, die Schwarzgelben, die Armee, die Böhmen und Kroaten auf der einen, die Schwarzrothgoldenen, die Demokraten, die Legion, die Rothen, das Proletariat und die Magyaren auf der andern Seite! Die Hauptfrage, von der alles Andere abhängt, bleibt immer die: Kann und soll Oesterreich ein Gesammtstaat bleiben? ist es wahrscheinlich? und sollen wir vom deutschen Standpunkt die Auflösung wünschen oder nicht? Und diese Frage hängt von der weiteren ab: Wird Oesterreich, wenn es beisammen bleibt, ein Slavenstaat werden, in welchem das deutsche Element unterdrückt zu werden Gefahr läuft? und werden im Fall einer Auflösung die deutsch-österreichischen Provinzen in der Weise, wie wir es wünschen, zu Deutschland kommen? Man kann nicht anders, als diese beiden Fragen verneinen. Es ist nicht wahr, daß Jellachich für das Slaventhum gegen das Deutschthum kämpft, sondern er kämpft für die Erhaltung eines österreichischen Bundesstaats, in welchem alle Nationen gleichberechtigt sind; er kämpft darum, daß die Kroaten und Slaven in Ungarn mit dem deutschen Oesterreich in Verbindung bleiben und bei einer Lostrennung Ungarns nicht den Magyaren preisgegeben werden; er steht im Zusammenhang mit Wien die Burgschaft für die Unabhängigkeit seiner Nation und streitet also kaum, wo den Deutschen nicht geradezu zu nahe getreten wird, demnach für und nicht gegen ein deutsches Interesse. Die Gefahr, daß die Slaven in Oesterreich zur Herrschaft über die Deutschen und Ungarn kommen werden, ist ganz und gar zum Lachen. Die Slaven sind gar keine zusammengehörige Nation, wie etwa die Deutschen, die Franzosen, sondern ein Völkerstamm, wie die Germanen, Romanen. Polen und Czechen sondern sich nicht wie Schwaben und Franken, sondern wie Spanier und Italiener, wie Deutsche und Schweden, wie Ungarn und Finnen; sie verstehen einander nicht, außer wenn sie deutsch sprechen; sie hängen nicht miteinander zusammen, außer über Wien. Die deutsche Bildung, das deutsche Kaiserhaus, die Armee, die Hauptstadt sind die Bande, welche die verschiedenen Slavenvölker überhaupt dort in Verfassung miteinander bringen. Der Panslavismus ist eine Abstraktion, ein Professorengedanke, was sich in dem Einen Umstand schlagend herausstellt, daß man auf dem Prager Slavenkongreß in deutscher Sprache verhandeln mußte, um überhaupt verhandeln zu können. Die Böhmen wollen den österreichischen Gesammtstaat, weil sie von Frankfurt Gefahr für ihre Nationalität fürchten, weil sie dort nichts gelten würden, in Wien und in der Verbindung mit den nichtdeutschen Provinzen die Bürgschaft ihrer Freiheit und ihrer materiellen Wohlfahrt sehen. Die Polen wollen ihn, weil sie, von Wien getrennt, so lange es kein großes Polen gibt, nur Rußland in die Arme fallen oder ein haltloser, unselbstständiger Zwitterstaat sein würden. Die Südslaven in Ungarn, die Walachen, die Sachsen in Siebenbürgen, alle setzen in der Auflösung des Kaiserstaates Gefahr für ihre ganze politische Existenz. Nur die Magyaren nicht. Dieses Volk, das von den Eigenschaften, welche eine Nation groß machen, mehr den Uebermuth, das trotzige Selbstgefühl, als die soliden Unterlagen der Größe, den Fleiß, die Ausdauer, die Bildung und Betriebsamkeit hat, das gerne nach Art der Fürsten die Rolle des Großherrn fortspielte und vom Schweiße seiner Leibeigenen, von slavischer Arbeit, von der misera contribuens plebs (dem einzigen Deutschen Volk sich nähren ließe, das die deutschen Einwanderer, die deutschen Freistädte fürchtet, das nur wünscht die Trennung, und nur die verworrene, kurzsichtige Politik, wie sie den Wiener Studenten und in der ersten Kindheit der Freiheit zu verzeihen ist, im Bunde mit Kossuth'schem Gelde, hat eine unnatürliche Allianz, wie die zwischen den Wienern und Magyaren, zu Stande gebracht. Kann das im Ernst Jemand für den Sinn dieser Bewegung halten, daß Wien aufrühre soll, in Zukunft die alte Kaiserstadt, der Mittelpunkt für 36 Millionen Menschen, die herühmte, hoffnungsreiche Weltstadt des europäischen Morgenlandes zu bleiben? Wie soll die Lösung Ungarns auf dem Reichstverband im Interesse der Oesterreicher und vollends der Wiener liegen? Eine deutsche Partei in dem Sinne, wie wir es und kennen, die das deutsche Oesterreich zu einem von Frankfurt aus regierten Land, Wien zu einem verlorenen Grenzposten machen, die mit uns einen vollkommenen Bundesstaat bilden wollte ohne alle Selbstständigkeit, ohne eigene Vertretung im Ausländ, ohne den Oberbefehl über ihr Heer, die alle besonderen Ansprüche auf die nichtdeutschen Provinzen aufgäbe, die ist es in Oesterreich nicht und wird es nie geben. Man sagt, Oesterreich sei ein durch Zufall, durch Heirathen und Erbschaften zusammengewürfelter Staat, ohne Sinn und tiefere Bedeutung, der nichts Besseres thun könne, als in seine disparaten Elemente sich wieder auflösen. Das ist gewiß ein sehr oberflächliches und ungeschichtliches Urtheil. Vorthin, an die Ufer der Donau, wo die größte deutsche Stadt an der Grenzscheide von vier Nationen in einem vorliegenden Winkel deutscher Zunge liegt, hat die Geschichte eine handgreifliche Aufgabe gelegt, deren Lösung bis jetzt kaum begonnen hat. Dort soll in einem großen freien Völkerbund auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Nationen, nicht durch äußere Herrschaft, sondern durch die friedliche, neidlose Prosperität der Bildung, des Handels, der Kolonisation, der geistigen Ueberlegenheit, das deutsche Volk eine Eroberungen machen. Da fragt sich nur, geschieht dies leichter und besser, wenn Oesterreich sich auflöst und seine deutschen Provinzen und zufallen, oder wenn es als mächtiger Kaiserstaat beisammen bleibt? Der Unwille gegen den Hof und einen Minister, die auch eine gute und gerechte Sache, wie die Erhaltung der Monarchie, mit den alten schlechten Mitteln und Schleichwegen betrieben, statt offen und ehrlich zu handeln, ist ein gerechter, und man kann Niemanden das Mißtrauen verdenken, daß eine solche Partei nicht blos in diesem Sinne das Alte erhalten wolle. Dagegen die Verbindung der deutsch-demokratischen Partei mit den Magyaren läßt sich nur aus der Verwirrung aller Verhältnisse, aus politischer Kurzsichtigkeit und daraus erklären, daß überhaupt den Anarchisten jedes Mittel und jeder Verbündete willkommen ist. Die völlige Lösung Ungarns, die Herrschaft der Magyaren über die Deutschen und Slaven in Ungarn freitet offen gegen die deutschen Interessen, und wenn es heute gelänge, müßten wir morgen anfangen, das Verlorne wieder zu gewinnen. Eine deutsche, im reinen Sinne des Wortes schwarz-roth-goldene Bewegung ist die Wiener Revolution in keinem Falle; man könnte sie eher eine schwarz-gelb-rothe nennen, denn auch die Rothen in Oesterreich sind schwarz-gelb, und nicht in unserm Sinne deutsch. (E. M)

Die in Köln erscheinende „Rheinische Volkshalle“ bemerkt über die österreichischen Wirren: Die Nachrichten aus Wien schneiden durch Herz und Seele. Dieselben großen Kinder, welche vor wenigen Monden Barrikaden bauten, blos um auch einmal Barrikaden gebaut zu haben, obschon an einen Angriff derselben kein Mensch dachte, sie fahren jetzt fort, die Scheusel und Greuel der ersten französischen Umwälzungen ins Deutsche zu übersetzen. Mit viehischer Grausamkeit schlachten sie einen Greis ab, verstümmeln den Leichnam, und denken ihn an die Laterne, morden sich unter einander, und zwingen ihren Kaiser abermals zur Flucht. Nachdem Metternich mit seiner starren Polizei, dem Hebrheil des alten Kaunitz und des aufgeklärten Joseph II., auch ein Menschenalter hindurch niedergedrückt, habt ihr wie vernünftige Leute euch begnügt, ihn fortzujagen. Latour aber hat euch nicht so viele Wochen lang geärgert, als Metternich Jahre verwandte, euch zu drücken und zu beschimpfen, und Latour wußte das Opfer vorher Leidenschaft werden. Latour hatte noch dazu Recht, denn er handelte zum Wohl des deutschen Gesammtvaterlandes, das deutsche Oesterreich mit inbegriffen, gerade so gut, als Jellachich, vielleicht ohne selbst es genau zu wissen, für Deutschland die Waffen trägt — oder trug, denn zur Stunde wissen wir nicht, ob er nicht etwa, zum größten Nachtheil des deutschen Reiches und der europäischen Gesittung, das wackere Schwert zu führen aufgehört hat. Eine Verblendung, wie die der Wiener, ist kaum zu begreifen, und bösartiges aus einer Art von Fieber zu erklären. Sie führen das Wort „Freiheit“ stets im Munde, sie begehren die Freiheit mit allen ihren Folgerungen, nämlich wenn man sie reden hört; doch jetzt, da wir sie handeln sehen, nehmen sie Partei für das magyarische Junkerthum gegen die Freiheit mit ihren natürlichen Folgerungen. Wie der hochmüthige, starrköpfige, rohe Magyar die Freiheit verkehrt, wissen wir nur allzugut. Er will das Vorrecht der Ungedunkenheit für sich allein, und wenn Jedermann soll sein Leben und Blut dafür setzen, daß ist die Freiheit, die er meint, und von welcher er immer mit Begeisterung redet. Unter den Mitbewohnern seines Heimatlandes, die er in fortdauernder Knechtschaft halten möchte, befinden sich auch in sehr bedeutender

Anzahl Männer deutschen Stammes. Mehr als ein Rathsherr dieser deutschen Brüder hat schon an unser Ohr geschlagen, und uns das Herz im Leibe umgekehrt vor Zorn und Scham, — uns Deutschen im Westen, nicht an den Deutschen zu Wien. Ist denn dieses Wien eine leichtfertige Dirne, welcher der schlanke Huszar mit den blitzenden Augen und dem altgermanen Gewand das Herz abgewonnen? Das Herz? Nicht das allein. Der Herrlichkeit ist reich und freigebig, und seinen verschmeichelnden Händen strömt ein Goldregen. Mit dem Gefühle der tiefsten Demüthigung werden wir inne, daß magyarisches Gold die Verschwörung angezettelt hat, zu welcher allerdings die Grundstoffe bereit lagen. Erkauft waren die Soldaten, welche die Bürgerwehr niedgeheim aufforderten, sich ihrem Abzug zu widersetzen, und das Möblirthum zu Wien zeigt sich für Kremnitzer Dukaten gerade so tugendlich, wie für die Imanig-Franken-Stücke aus Rothschilden. Der Magyar zahlt den Sündenlohn, streicht sich den Schnauzbart, und sagt schmunzelnd: „Der Umsturz zu Wien errettet uns aus den Händen des Banus.“ Zu Wien aber bietet der angeführte Krotz gedankenlose den bestochenen Führern das eingekernte Sprüchlein nach: Jellachich sei ein Rückschrittler, Latour ein Verräther, und der Sieg der Magyaren der Sieg der Freiheit. Diese Staatsweisheit der Werkaut ist freilich lächerlich genug, aber wir können zu Hause, Allen Staatsmännern nicht zu winken, von wo sie zu beziehen wäre. Vielmehr erfüllt sie uns mit Entrüstung, mit Beschämung, und mit Gram, denn die Verblendung Wiens setzt das Dasein des österreichischen Kaiserstaats auf ein gewagtes, auf ein sicher zum voraus verlornes Spiel, — und Oesterreichs Fall wäre für Deutschlands Macht und Ruhm der allergefährlichste Stoß. Wie für die deutsche Einheit, so ist der Bestand Oesterreichs in Gefahr; auch bedürfte die deutsche Freiheit. Er öffnet dem Sonderthum Thür und Thor, und wenn unsere Einheit zu Stande geht, bevor sie nur recht zu Stande gekommen, so ist der Rückschritt fertig; es müßte denn der Vorsehung gefallen, und durch die Schrecken der Auflösung dem Reste zuzuführen, wo der Kaiser den alten Weissagung, sener „Friedrich selbschweg“, die Zügel der Regierung in seine starke Hand nehmen soll.

Deutsche Reichsversammlung.

(105te Sitzung vom 23. Okt.) Tagesordnung: Berathung über den Namens des Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten, über die Anträge der Abgeordneten Wesendonk und Bauwerk auf Wahrung der Interessen Deutschlands in den gegenwärtigen Zuständen Oesterreichs enthaltenen Bericht des Abgeordneten Schubert aus Königsberg; 2) Fortsetzung der Berathung über Art. II. §§. 2, 3 und 4 des Verfassungsentwurfs. Vorsitzender Heinr. v. Gagern. Der Abgeordnete Brunck aus Fürstl. im Großherzogthum Hessen, ist nach kurzem Krankenlager in der Nacht vom Freitag zum Samstag in Frankfurt gestorben und wird Montag begraben. Der Präsident setzt voraus, daß die Reichsversammlung worde der Leiche folgen und zeigt die Zeit der Bestattung an. Sekretär Jucho interpellirt in Betreff der deutschen Gesandtschaft für Petersburg: ob ein diplomatischer Verkehr der Reichsgewalt mit Rußland angeknüpft sei oder welche Hindernisse einem solchen entgegenständen. Kerst richtet im Sinne der Rechten einige Anfragen an das Reichsministerium in Bezug der Wiener Bewegung, und beim Letzteren besonders hervor, daß trotz der polnischen Unruhen dem ein Kommando übernommen haben solle. Schmerling erwidert auf frühere Anfragen zuerst in der Schleswig-Holstein'schen Angelegenheit, daß das Reichsministerium in der Wiederherstellung des Brandzeichens an den schleswig'schen Schiffen einen Bruch des Waffenstillstandes von Malmoe erblicke und der Gesandte der Zentralgewalt in Kopenhagen demgemäß instruirt werde. Da die Preußische Flagge von der Schleswiger Handelsmarine derzeit noch nicht geführt werden könne, so sei Einleitung getroffen, daß sie deutschen unter englischer Flagge fahre, um die dänische zu vermeiden. Sodann erklärt er in Bezug auf eine Interpellation Möllinghs, daß die formelle Anerkennniß des Gesetzes vom 28. Juni in Sachsen, Kurhessen und Hessen-Darmstadt dadurch erfolgt sei, daß diese Gesetz von den Einzelregierungen den verfassungsmäßigen Gründen vorgelegt worden sei. Ausdrückliche Anerkennnisse seien außerdem eingegangen von Hannover und Bayern. Thatsächlich anerkannt worden sei ferner das Recht der Zentralgewalt von allen betheiligten Regierungen durch die Vollziehung der kriegerischen Maßregeln gegen Schleswig-Holstein sowohl, als im Innern des Reichs. Die Regierung des Königs von Preußen sodann hat neuerdings die bestimmte Erklärung eingelaufen, sie betrachte sie ganzes Heer von 360,000 Mann als eine zur Verfügung der Zentralgewalt stehende Reichstruppenmacht (lebhaftes Bravo!) Der völkerrechtliche Verkehr der Reichsgewalt ist in fester Entwickelung begriffen; sogar ein Gesandter für Konstantinopel aussehen, und an allen den wichtigeren Punkten des Orients sollen Reichskonsulate errichtet werden. Ob der diplomatische Verkehr trotzdem noch nicht nach allen Richtungen hin in Gang sei, so liege dies zum Theil daran, daß in den provisorischen Zuständen des Vaterlandes. Deshalb sei es auch im Interesse der deutschen Staatsbürger, daß noch nicht alle deutschen Sondergesandtschaften aus dem Auslande zurückgezogen würden. Ueberhaupt aber gehe der Widerstand, den die Zentralgewalt hier und da noch finde, nicht von den deutschen Regierungen, sondern im Gegentheil von partikularistischen Kammern aus, wie z. B. von der Ahlenburger gesehen. Ueber die Ernennung des polnischen Generals Bem ist das Ministerium ebenfalls nur durch Zeitungen unterrichtet, durch welche die Ernennung den Wienern bekannt gemacht worden. Mit Folgendem beantwortet darauf der Handelsminister Duckwitz die Fragen v. Reden's: Eine Vorbereitung zur Umgestaltung des Zollvereins wird in keinem Staate getroffen, es sei denn, daß man damit die Berathung derjenigen Umgestaltung meine, welche von hier aus beschlossen werden wird. Eben so sei keine Abänderung zu Gunsten einzelner auswärtigen Staaten an den Sätzen des Zollvereins getroffen worden, und der Zollverein wolle überhaupt nur so lange fortbestehen, bis eine neue Ordnung der Dinge von hier aus eintrete. Von den Maßregeln des Zollvereins, die Hr. v. Reden erwähnt habe, würden alle deutschen Staaten, welche nicht zum Zollverein gehörten, getroffen, aber schwach, weil alle Staaten im Norden von Deutschland, der Steuerverein in Mecklenburg und Schleswig-Holstein und die Handelsstädte von den einschlagenden Artikeln nichts pronuzirten. Der einzige deutsche Staat, der empfindliche Belastigungen werde, sei Oesterreich. Aber die ganze Berfügung hier aus Ende des Jahres ohnedin aus, so daß es nicht der Mühe lohne, deshalb noch auf Verhandlungen einzugehen. Im Allgemeinen erklärt sich Francke durch die Antwort des Ministers befriedigt, will jedoch den schleswigschen Schiffen anstatt der vorgeschlagenen englischen Flagge die holsteinische gegeben sehen. Reichsminister v. Beckerath: die badische Regierung, die einzige, welche den Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung ihre Vollmachtbestätigt verweigert hat, hat sie durch manuigfache Kundgebnisse, daß selbst die Korrespondenz des großherzoglichen Hauses nicht vorenthalten worden sei. Darin und weil kein Antrag von der Reichsversammlung bedarf, sei die badische Regierung gelangt ist, liegt die Ursache, daß Baden den Fransurter Abgeordneten keine Vorportefeuille gewährt hat. Darauf gibt Beckerath eine Uebersicht der Finanzbedürfnisse der Zentralgewalt und die Art und Weise, wie dieselben werden sollen. Zu Anleihen, Zollerhöhung, für die Zentralgewalt selbst war sie in den Zweck des deutschen Bundestages während der Periode vom 1. September bis 31. Dezember bis. Is. Diese Bedürfnisse nehmen 10,468,466 fl. 59 kr. in Anspruch. Sekretär Jucho kommt noch einmal auf seine heutige Interpellation im Betreff der deutschen Gesandtschaft für Rußland zurück, worauf v. Schmerling bemerkt, daß er eine ausführlichere Antwort für liefere nicht zu geben habe. Bei dem Uebergange zur Tagesordnung — Ausschußbericht in der österreichischen Frage — übernimmt Präsident Simson den Vorsitz. Das Mehrheitsgutachten des Ausschusses (resp Stimmen gegen sünf) heißt die von der Reichsgewalt ergriffenen Maßregeln gut und fordert daneben das Ministerium auf, nach Maßgabe der von den Kommissären eingehenden Berichte sofort weitere Schritte besonders zum Schutze der etwa in Frage gestellten deutschen Interessen zu thun und der Reichsversammlung sofortigen Bericht zu erstatten. Minderheitsgutachten: Die Reichsversammlung möge beschließen: 1) das Reichsministerium aufzufordern, bei den gegenwärtig eingetretenen Zuständen in Oesterreich alle hier in Frage gestellten Interessen Deutschlands in Schutz zu nehmen, und sie mit allen Kräften Deutschlands zu unterstützen; 2) das Reichsministerium aufzufordern, Sorge dafür zu tragen, daß alle deutsch-österreichischen Truppen nur zu solchen verfassungsmäßigen und ordentlich verantwortlichen Organen zur Verfügung stehen; 3) das Reichsministerium aufzufordern, die Ausführung und Verwirklichung dieser Beschlüsse unmittelbar den von der Zentralgewalt abgesandten Kommissarien zu übertragen, sind dringenden die zahlreichsten Redner eingezeichnet, von denen zuerst Reitzen von Preg das Wort ergreift. Die Bewegung in Wien sei eine nationale, keine demokratische. Sonst hätte man die Truppen nicht zurückgehalten, sonst wären die Minister nicht im Amte geblieben. Auch Latour's Ermordung sei keine demokratische That. Daß aber der Reichstag die Vollziehungsgewalt in die Hand genommen, sei den Umständen nach unvermeidlich geworden. Wäher die demokratische Tendenz des Reichstags spreche auch die Wahl Wilersdorf's zum ersten Vizepräsidenten. Nennen sie die jetzige Aufregung in Wien eine Frucht der Regierung „Anarchie“, so sei sie wenigstens nicht neu und nicht allein in Wien vorhanden. Wir könne sonst Lobkowitz Proklamationen durch einen Reichshauptmann erlassen, ohne Minister des Kaisers zu sein! Die Aula sei demokratischen Aufforderungen mit Entschiedenheit entgegengetreten und aus Wien entschlüpfen die Einwohner nicht aus Furcht vor dem Wiener Volke, sondern auf Zweetter Durch vor Jellachich und dessen Horden. (?) Wozu hetzen die deutschen Studenten Kanonen mit Blumen beträng, die zur Bekämpfung Wiens abgeführt worden seien, wie wäre die Spaltung in das Österreichische Heer selbst eingetrungen, wenn die Bewegung keine nationale wäre? Das „etwa“ bei den in Frage gestellten deutschen Interessen sei Mehrheitsgutachtens muß Reitter daher für einen Irrthum erklären. Es sei eine „Schmach“, daß man Rußland Hilfe zur Unterdrückung deutscher Bewegungen — (Unterbrechung. Der Vorsitzende warnt vor Aeußerungen, die einen Ordnungsruf zur Folge haben müßten.) In Anbruch nehmen wolle. Fichter erklärt, daß er nicht auf die Versammlung den Verdacht der russischen Hilfsforderung wälze, aber die Oberpostamts-Zeitung schreibe in diesem Sinne — und es sei zu beklagen, daß diese Zeitung nicht besser überwacht werde. Waisel: Daß Jellachich's Bewegung eine deutsch-feindliche sei, habe hätte es sich erst bei Pesth gezeigt, daß die in deutschen Fahnen von den kaiserlichen Schlössern habe reißen lassen. Ganz Wien werde man doch nicht für erkauft halten von ungarischem Gelde und ganz Wien stehe unter den Waffen. Der Redner schildert hierauf in einem äußerst düsterlichen Tone die Stellung Jellachich's zu den österreichischen Wirren, indem er den Ban mit einem Taschenspieler vergleicht. Was wolle er in Wien, als die Freiheit worten? Waisel räth nur zur Annahme des Mehrheitsrachtens, aber mit dem Zusatze, daß alle in Oesterreich befindlichen österreichischen Truppen sofort unter die ausschließlichen Befehle der gesetzlichen Organe, mithin des Reichstags, gestellt werden. Berger kann

nicht begreifen, wie die Mehrheit des Ausschusses die Politik des Reichsministeriums zu billigen vermöge, und der einzelne Bericht sei so sicherthat als zerfetzt. Der russische Gesandte v. Meyern habe den ungarischen Ständen mit einem russischen Armeekorps gedroht, wenn die Ungarn die Freiheit überschritten. Dann verspottet Berger die Reichskommissäre für Oesterreich, ihre langsame Reise, ihre Proklamation. Demokratischer Natur sei aber die Wiener Bewegung allerdings und dessen freue er sich, denn wenn die Demokratie bei den Slaven wäre, bei den Deutschen aber nur ein niedriges Maß von Freiheit, so würde er es (hört, hört!) mit den Slaven halten. (Unruhe.) Schließlich spricht noch Simon (aus Trier) v. Sommarug ist der Seele, welcher die Wiener Verhältnisse von einer anderen Seite auffasst. Deshalb doch selbst die Wiener Journale die Herrschaft der Anarchie ein. Daß die Bewegung eine demokratische sei, wäre von ihm. Berger anerkannt und die deutschen Fürsten in Wien locker zur Bahn und Umfangen mißbraucht worden. Der Charakter der jetzigen Freiheit sei ein durchaus bürgerlicher. Nur der Lumpen, Pöbel im Reichsgesetz zu Recht, die wahren Leute contribuiren, selbst die Kapitalisten und Intelligenzien seien von der Vertretung ausgeschlossen. Den ungarischen Feudalschaftsverhältnissen stehe Nikolitschenes sei auch die Behandlung der Deutschen in ihrem Lande „dieser so sehr verachteten Schwaben.“ Jellachich habe, indem er sich an die Spitze der Bürgerlichen stellte, eher die gefränkten Rechte der Quotanität verfochten, als daß er vor Despotie und Barbarei beschuldigt werden könne. Die Kamarilla fürchtet Sommaruga nicht so sehr, als sie ausgesehrten wird, und Jellachich nehme keine willkürliche Stellung ein, sondern sei durch vollständig gegengezeichnete, konstitutionelle Befehle unter Ministerschutz gestellt. In Betracht der obwaltenden Umstände findet er das Verfahren des Reichskommissariums gant angemessen und Denen gegenüber, mit welchen Vorschläge eingreifen wollen, einmert er daran, daß früher Gutenberg Rom gerettet. Auf Schmidt von Schiesten, der physischen gestorben sei, folgt ein Vortrag v. Binckels, der die Reden für die Wiener Bewegung schwebt, als die Bewegung selbst einer ebenso bedeutenden als praktischen Kritik unterbreitet. Ein deutsches Prinz und Händelsächter sei Italien erwiesen er damit, daß er sich freut, daß man sich auch auf dieser Seite für die konstitutionelle Leben zu interessiren anfange, und trotz aller höhnischen Unterbrechungen empfiehlt er nachdrücklich das Trachten der Majorität. Vogt von Giessen erklärt zwar dem Eindrucke von Binckels Rede gegenüber, daß er unklüglich sei, Witze zu machen in dem Augenblicke, wo über das Schicksal eines großen deutschen Volksstammes entschieden werde. Indessen müsse es ihm wohl unwillkürlich gelachen, daß ein sein Haß gegen das Ministerium wirzig macht. Denn die verschiedene Meinung der bisherigen ministeriellen Handlungen und gelegentlich der Handlungen der Nationalversammlung selbst, die er darauf gibt, erregt wiederholt das Gelächter der Linken, der Galerie, und ihr Beifallklatschen. Das Mißverhältnisverhalten des Ausschusses enthalte nämlich ein Vertrauensvotum für das Ministerium, und die ganze Rede Vogts ist ein ergötzlich Widerspruch dagegen. (Schluß folgt.)

Deutschland.

Die „Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung“ meldet in ihrem amtlichen Theil: Frankfurt, 22. Okt. Der Reichsverweser hat heute Mittags den königl. schwedischen Generalleutnant v. Wansdorff eine besondere Audienz ertheilt, und sich darauf von diesem ein Schreiben des Königs von Schweden und Norwegen entgegengenommen. Dieses königl. Schreiben, welches hierher durch den genannten Generalleutenant in der Eigenschaft eines Gesandten in besonderer Sendung überbracht wurde, beantwortet in verbindlichster Weise die seiner Zeit durch den Gesandten Welcker nach Schweden überbrachte deutsche Benachrichtigung wegen der Errichtung der provisorischen Zentralgewalt.

Bayern. — ** München, 23. Oktober. Wir haben (in unserer Beilage vom Montag) den Text einer Adresse mitgetheilt, welche eine Anzahl hiesiger Bürger und Einwohner auf Anlaß der Vorgänge des 16. Oktober unterzeichnet und an Se. Maj. den König gerichtet haben. Im Gegensatze zu dieser Adresse (welche in einer Kotrespondenz der Allg. Ztg. aus München als „Ausdruck der Gesinnungen der hiesigen demokratischen Partei“ bezeichnet wird), hat nun der konstitutionell-monarchische Verein gleichfalls eine Adresse an Se. Maj. den König aus demselben Anlasse gerichtet, und diese lautet wie folgt:

„Allerdurchlauchtigster Großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr! Die beunruhenden Ereignisse, welche hier zwischen dem 16. und 18. Oktober sich kundgaben, haben Tausende von Bürgern und Einwohnern Münchens hingerissen Anlaß gegeben, Eurer Majestät ihre Entrüstung über diese gräulichen Vorfälle, wie über die Nachlässigkeit und Schwäche der Behörden in einer Adresse auszusprechen. Der konstitutionell-monarchische Verein, welcher nicht minder das frevelhafte Treiben jener Tage kennen lernte, und dessen Zahl bereits 1000 Mitglieder zählt, muß sich übrigens entschieden gegen den Ton erklären, in welcher die oben erwähnte Adresse gehalten ist. Anerkennend, daß sich allerdings seit den angeführten Ereignissen der Einwohner Münchens ein gewisses Gefühl der Unsicherheit bemächtigt habe, weil von Seite der pflichtigen Behörden eine unverantwortliche Lässigkeit die Unordnungen bis zum Aeußersten kommen ließ, legen wir ohne Bedenken die Versicherte öffentlicher Sicherheit zurückgestellt in die Hände Eurer Majestät, überzeugt, daß nicht nur diejenigen Männer, die, ihren Eid treu haltend, nicht ermüden, entfernt, sondern auch an deren Stelle solche gesetzt werden, welche mit jener Treue ihn den gerechten Anforderungen entsprechen, denn wer seine Pflicht heilig hält, seinen Amtseide gerecht handelt, ohne Rücksicht auf irgend eine Gefahr und im Sinne wahrer Freiheit, der wird auch jedenfalls mehr Bürgschaft gewähren, als irgend ein Sicherheitsausschuß, der — unter welcher Form er sich auch immer darstellen möge — nur Unsicherheit und Besorgniß hervorbringt. Wir halten dafür, daß wahre Freiheit und Gesetzmäßigkeit nur in Verbindung bestehen können. Billig und gerecht scheint auch uns, daß den jüngst durch die traurige Katastrophe zu Staaten gekommenen Bürgern Entschädigung ermittelt werde, da man sie schuldlos gelassen. Mit vollem Vertrauen legen wir dem Könige die Bitte ehrfurchtsvoll vor, der wahren Freiheit und Gesetzmäßigkeit seiner Schutz und Sicherheit gewähren, alle die berechtigten Anforderungen der Zeitverhältnisse berücksichtigen zu wollen. Dem königlichen Ermessen wollen wir nicht Raum geben. Eure Majestät als Lenker der Freiheit und Gesetzmäßigkeit und in Erwägung dieses selbstgewählten Wahlspruches werden Sie die belohnende Vergeltung finden. In allertiefster Ehrfurcht der konstitutionell-monarchische Verein.“

„Wie wir so oben aus der ganz klaren Quelle vernehmen, ist der königl. strafrechtliche außerordentliche Gerichtshof, der Ministerium des Innern, Hofe, Marquis Pallavicini von seinem Hofe abberufen, und an seine Stelle Chevalier Verdolt, bisher im Ministerium des Aeußern zu Turin beschäftigt, in gleicher Eigenschaft am bayer. Hofe ernannt worden.

Die neue „Fränkische Zeitung“, sonst der „Nachbar aus Franken“ hat ihre Laufbahn mit einem Artikel aus Würzburg, überschrieben: „Der Aengstlichen in Frankfurt“, begonnen, der so schändliche Lügen enthält, daß er das Gefühl eines wahrheitsliebenden Mannes empören muß. Es ist namentlich der Abgeordnete von Aufrin, Hr. Clemente aus Lüttich, gegen den der genannte Artikel das Gift seiner Verläumdung speit. Eine infame Lüge ist die Behauptung, daß der genannte Abgeordnete die Zeit der Linken zur Besprechung und Klugerung benutzte. Der Abgeordnete hatte seine Ansicht mit möglichster Ruhe und mit derselben Ueberzeugungstreue, die er schon in früheren Jahren im Kerker bewährt, den stürmischen (und leinswegs geschlossen) Parlamentssitzungen des 16., 18 und 19. September in Frankfurt beigewohnt, wie sich Jedermann aus den stenographischen Berichten überzeugen kann. Letztere hat erst, nachdem des Aufrin vollkommen fertig und alle Gefahr vorüber war, Hr. Clemente mit dem Gifthauch der Frankfurt verlassen. Wenn man überdies weiß, daß der genannte Abgeordnete schon am 30. oder 31. August seinen Urlaub erhalten und blos wegen der Gefahr, in der das Vaterland schwebte, so lange seinen Gebrauch davon gemacht hatte, so kann man den Vorwurf der Feigheit mit den Anderen, einen solchen Mann gemacht, nur der höchsten Lügen, Verleumdung zuschreiben.“ (Frk. J.)

Baden. — Mannheim, 20. Okt. (Mannh. Z.) Das vierte Infanterieregiment, welches in diesem Augenblicke noch in Eitlingen und Achern liegt, wird in nächster Woche, wenn nähtens dessen kein neues Hinderniß eintritt, hier einziehen, um diesen Winter hier in Garnison zu bleiben. In der Uniformirung der Infanterie treten wahrscheinlich schon mit nächsten Veränderungen ein. Die Waffenröcke, von denen man einzelne schon als Probe tragen sieht, erhalten dasselbe Blau, wie die jetzigen Uniformen, allein keine Aermelaufschläge. Als Abzeichen der Regimenter werden verschiedenfarbige Kragenaufschläge getragen, und zwar das Leibregiment roth mit Tipen, das erste Regiment roth, das zweite weiß, das dritte blau, das vierte blau. Die Knöpfe werden gran ohne rothen Vorstoß. Was die Kopfbedeckung betrifft, so soll diese den preußischen gleich gemacht werden, nur statt der Spitze eine Kugel; auch ist sie etwas leichter. Das jetzt hiesige Kontingent auf 27,000 Mann gestellte Soldaten soll, so steht die Errichtung der vierten Bataillone bevor. In der hiesigen Bürgerwehr sind bereits die Kompagnien eingeübt. Wegen Wahl der Offiziere glauben Mehrere es sei abgemacht, die Sache sei bei den Exerzierübungen, welche man mit dem Einzelnen bei diesem Regiment so beginnen beabsichtigt, die einzelnen Befähigten besser entwickeln können.

Schleswig-Holstein. — Aus Schleswig-Holstein. Der Übergewinne Gefecht theilt in Apenrade am 15. d. eine Volksbewaffnung, beschlossen aus den Bewohnern von Hadersleben, Lombern, Hygumkloster, Angeln, bei Kare-Kloster und Horst-Höchung und Schlusterre, welche über 500 Personen besucht war. Der Gräfin Reventlow Hund, das er beaufsichtigt sei, mit ihnen die Theilung Schleswigs zu berathen, und zwar die von England besonders unterstützte Idee, die Theilung von der Gjennerbucht nach Romöe, eine Idee, die gerade der Diplomatie am meisten zugesagt habe. Ein anderer Plan wünsche eine Demarkationslinie von Rendsburg nach Londern und künftiger Seite sei die Stadt vorgeschlagen, die Idee, eine Plan ohne alle Berücksichtigung gehörten. Die Diplomatie gegenüber sei der Wunsch nach geworten, die Bevölkerung selbst zu fragen und er thue dies hiermit. Dr. Marcus schlug folgende Erklärung vor, die allgemein angenommen und an die Zentralgewalt zu schicken beschlossen wurde: „Nachdem wir von dem Abgeordneten zur Frankfurter Nationalversammlung, Hr. Gülich, davon in Kenntniß gesetzt worden sind, daß es deabsichtige werde, die zwischen Dänemark und Deutschland in Betreff des Herzogthums Schleswig-Holstein obschwebenden Streitfrage durch eine Theilung des Herzogthums Schleswig und Einverleibung des nördlichen Theiles desselben in das Königreich Dänemark zu erledigen, sowie daß eventuell die Bewohner des nördlichen Schleswigs durch eine Distrikts-

weise vorzunehmende Abstimmung darüber zu entscheiden haben würden, welche Theile des Herzogthums dem Königreich einzuverleiben wären, erklären wir: 1) daß wir gegen jede Theilung des Herzogthums aus dem Gesichtspunkte des Rechts feierlichst protestiren müssen. 2) daß wenn die Nat.-Vers. beschließen sollte, von dem strengen Recht der Herzogthümer abzuweichen und eine Abstimmung der Bevölkerung über die Theilung des Herzogthums zuzulassen, diese Abstimmung von dem ganzen Herzogthum durch die Landesversammlung eventuell durch eigens zu dem Zweck gewählte Vertreter vorgenommen werden müsse, da es der Billigkeit entspricht, daß sowohl der Süden und die Mitte Schleswigs über die Abtrennung des Nordens, als der Norden über die Abtrennung des Südens und der Mitte gehört werde. 3) daß wenn die Nationalversammlung beschließen sollte, die fragliche Abstimmung nur im Norden des Herzogthums stattfinden zu lassen, dann doch nur, da es sich um eine Territorialfrage handelt, die mit Grundbesitz angesessenen Bewohner des Herzogthums zur Abstimmung zuzulassen, und jedenfalls alle geborenen Dänen, sofern sie nicht etwa 10 Jahre im Herzogthum ansässig, von der Abstimmung ausgeschlossen werden müßen. So ist denn dieser Streitpunkt in ein neues Stadium getreten, und wird hoffentlich bald zu einem ernstlichen Resultate führen. In der Schleswig-Holsteiner ist leider zu einer Spaltung gekommen, die linke hat sich getrennt in ein linkes Zentrum und in die äußerste Linke, letztere hat bedeutend verloren, 14 derselben sind in Folge der jüngsten Beschlüsse der äußersten Linken in's linke Zentrum übergetreten, wie Steindorf, Matthiessen, Amim. Jakobsen, so daß das Zentrum jetzt 20—30 Mitglieder zählt. Der Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Minister ist nun angenommen, es werden fünf Ministerien sein, der Justiz, des Krieges, der geistlichen- und Medizinal-Angelegenheiten, des Innern und der Finanzen ernannt, der Beschluß lautet: daß bis zum Abschluß des Friedens die den Landesherrn vertretende Regierung verantwortliche Departementschefs zu ernennen und die Ministerialgeschäfte unter diese zu vertheilen haben, daß die Regierung einen Departementschef mehrere Abtheilungen des Ministeriums übertragen könne, daß jeder Chef der Regierung von einem Departementschef zu unterzeichnen sei, daß ein Reglement über Vertheilung und Behandlung der Geschäfte in den einzelnen Abtheilungen bekannt gemacht werden solle. Zu Ministerialvorständen sind designirt, Landvogt Jensen von Lyk, Ammann Jakobsen von Flensburg, Landvogt Rathgen von Pinnberg, Regierungsrath Harbou von Schleswig und Syndikus Prehn von Altona. (D. Z.)

Kopenhagen, 19. Okt. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung erschienen sämmtliche 4 Mitglieder der provis. Regierung. Der Präsident Bessel-Hagen kündigte, selbst ergriffen, der Versammlung in einer ergreifenden Rede an, daß die Wirksamkeit der provis. Regierung ihrem Ende nahe, womit er den Antrag verband, daß die Landesversammlung die provis. Regierung entlassen und zugleich der Regierung, welche in Folge des Waffenstillstands nach dem Willen der Zentralgewalt das Land verwalten solle, ihre Zustimmung ertheilen möge. Er bezeichnete die zur Mitwirkung einer neuen Regierung berufenen Personen als Männer, welche das Vertrauen des Landes verdienten und rechtfertigen würden. Er sprach dinselbigen der Zukunft und einer erfreulichen Gestaltung derselben nicht bloß Hoffnungen, sondern die bestimmteste Erwartung aus. Schließlich gab er den Wunsch zu erkennen, daß die Landesversammlung über den gestellten Antrag, wenn irgend thunlich, schon morgen beschließen möge. Später legte der Departementschef für das Innere noch einige Dokumente vor, namentlich eine von dem Grafen Döhnhof am 13. d. M. ausgefertigte Akte, wodurch Preußen die fernere Ausführung des Waffenstillstandes dem Reichskommissär Stetmann überträgt, und ein von dem Grafen Döhnhof preußischer, dem Hrn. v. Reedz dänischer Seits am 12. d. M. zu Berlin unterzeichnetes Protokoll, die Personen der neuen Regierung betreffend. Zum Schluß der Sitzung widmete die Landesversammlung zur Begutachtung des von der provis. Regierung gestellten Antrags einen neuen Ausschuß. (B. C.)

Literarische und Kunst-Nachrichten.

[] München, 25. Okt. — Gestern wurde auf der königl. Hofbühne zum erstenmal das Trauerspiel „Liphonia“ von Karl Zwengsahn (eigentlich Langenschwarz, wie man wenigstens behauptet) aufgeführt. Bei einer gewissen Frische und Originalität der Handlung und der poetischen Behandlung der gegenwärtigen Zeitideen konnte dem Stücke ein ziemlich lebhafter Beifall nicht entgehen. Im Einblick aber auf die vielen Unwahrscheinlichkeiten, an denen es leidet, sowie auf die Oberflächlichkeit der ganzen Behandlung und Durchführung und den gänzlichen Mangel an Wahrheit und Tiefe in der Charakterzeichnung dürfte demselben wohl in keinem Fall eine lange Lebensdauer zu verschreiben sein. Unter den Darstellenden erwarben sich Dem. Decker, Herr Dahn, auch Herr Bültgen verdiente Anerkennung.

„Wie wir vernehmen, wird in Kurzem von dem durch sein langjähriges Wirken in Griechenland rühmlich bekannten königl. bayer. Hauptmann Fr. v. Gartner ein interessantes Werk: „Griechenland, Syndroffe“ unter gefälliger Mitwirkung mehrerer mit dem Verfasser gleichzeitig in diesem Lande in technischem Dienste gestandener Männer, die Presse verlassen. So viel uns davon bekannt geworden ist, hat die angekündigte Schrift zum Zweck, alle Zweige der seit der Regierung König Otto's I. in Griechenland eingeführten und gehobenen Industrie, der allgemeinen Kenntniß zu bringen. Besonders Jenen dürfte die genannte Schrift zu empfehlen sein, welche mit regsamen Händen die junge Schöpfung angelegen, und für ihr Fortkommen und Gedeihen sich interessiren.

*Die am 15. d. Mts. am Geburtsfeste unserer allverehrten Königin Marie in der St. Michael-Basilika so vortrefflich aufgeführte Messe von Chelard, sowie die am 12. d. Mts. bei Gelegenheit des Namensfestes Sr. Maj. des Königs Max aufgeführte Messe von C. M. v. Weber gewährten den hiesigen Kunstfreunden einen eben so seltenen wie vollendeten Genuß; und wir sprechen dem unermüdlichen, wackern Musikmeister Hrn. Streck hier im Namen Vieler für seinen rastlosen Eifer für die Hebung der Musikkunst hiemit, als für sein Sorgfalt, mit der er bemüht ist, immer nur Meisterwerke zum Vortrag zu bringen, unsere vollste Anerkennung aus.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 24. Okt. Bayer. 3½ proz. Obligationen 76 P. — G. 4proz. 86 G. Bankaktien II. Semester 574 P. Promessen 35 P. — G.

Oesterreich. 5proz. Metall. — P.

Amsterdam, 21. Okt. 2½ proz. Integr. 44⅞ — 3proz. Schuld 52⅛. Arbozen 5proz. 3. a. 510 P. 5proz. 6⅞ — Span. Inländ. 6000 fl. — Coupons — — Portug. 3proz. — , 4proz. — — Russische 4proz. bei Hope — — ditto bei Stieglitz —. — 5proz. Metall. 60⅛ — 2½ proz. ditto —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 26. Okt.: „Die Zauberflöte“, Oper von Mozart.

Fremdenanzeige.

Gold. Hahn. Graf v. Bissa, von Turin. Graf Carrega, von Turin. Marquis de Ville de France, von Florenz. Panjka, Professor der Theologie, aus Steiermark.

Blaue Traube. v. Böselendorf aus Röhmer, Studierende, von Köln. Dr. Beinhart, Professor, von Freiburg. Liese, Maler, von Karlsruhe. Frhr. v. Zeger, von Innsbruck.

Stachusgarten. Helferich, Privatier, von Nördlingen. Lache, Kaufmann von Augsburg. Zimmermann, Privatier, von Ganzenhausen. Mayhard, Pfarrer, von Brunnen. Mintler, Stiftungspfleger, von Brunnen.

Gestorbene in München.

Katharina Bettinger, Knopfmachers-Tochter von Rhens-berg, 36 J. a. Xaver Augustin, Milchmann, 59 J. a. Ursula Diemer, Bombardierwittwe, 62 J. a. Elisabetha Bucher, königl. Hartschierers-Wittwe, 74 J. a. Katharina Mang, Bureaudiener-Wittwe von der Au, 47 J. a.

Anzeige.

202. Der Vollzug der Gesetze, durch welche das in den bayerischen Landestheilen diesseits des Rheins geltende Strafgesetzbuch vom Jahre 1813 abgeändert wird, heißt besser.

An die Stelle des bisherigen geheimen inquisitorisch schriftlichen Strafverfahren ist das Staatsfachen wird der in der Pfalz längst bestehende mündlich-öffentliche Anklageprozeß treten, und bei den mit Todes-, Zeitaber Zuchthaus-Strafe bedrohten Verbrechen, dann bei Verbrechen aus Vergehen, welche durch Mißbrauch der Presse verübt werden, wird die Abutheilung durch Schwurgerichte erfolgen.

Das pfälzische Adverfahren als Grundlage der neuen Gesetzgebung in gerichtlichen Akten dargestellt zu sehen, und sich hieraus über die förmlichkeiten zu verständigen, in welcher sich der künftige Strafvorgang zu bewegen hat, dürfte einem ausgedehnten Kreise, vorzüglich aber den praktischen Juristen sehr willkommen sein, welche in irgend einer Stellung bei Handhabung der Strafrechtspflege mitzuwirken berufen sind. Der Unterzeichnete hat deßwegen mit gnädigster Genehmigung des königl. Staatsministeriums der Justiz eine von Höchstdemselben gehörige Auswahl von freigerichtlichen Akten aus der Pfalz, nach Vergehen und Verbrechen angeschieden, als Musterakten abdrucken lassen, und es kann diese Sammlung von ihm die Mitte November laufenden Jahres brosch. gegen Bezahlung von drei Gulden abgegeben werden.

Die erste Abtheilung bezüglich der Vergehen können übrigens Abnehmer des ganzen Werkes auch schon mit dem 1. Nov. d. Js. beziehen.

Bestellungen werden portofrei erbeten.

München am 20. Okt. 1848.

Adolph Oberst,
Appellationsgerichts-Accessit und Hilfsarbeiter im Staatsministerium der Justiz.
(Herrenstraße Nro. 22.)

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Manifest des Kaisers von Oesterreich

aus Ollmütz vom 16. Oktober.

An meine Völker! Als Mich die zu Wien am 6. Okt. verübten Frevelthaten bewogen, eine Stadt zu verlassen, welche der Lummerplatz der wildesten und verwerflichsten Leidenschaften geworden war, konnte Ich Mich noch der Hoffnung hingeben, daß der verbrecherische Wahnsinn einen Theil ihrer Bevölkerung nicht von Dauer sein würde. Ich konnte von dem innig so gesunden und redlichen Sinne der treuesten Meiner Haupt- und Residenzstadt erwarten, sie würden selbst nach Kräften dazu beitragen, damit dem verlaufenen Gesetz Achtung, den Verbrechern die verdiente Strafe, der Stadt die bedrohte Sicherheit für Leben und Hab und Gut in kürzester Frist wieder werden möge — Diese Erwartung ist getäuscht worden. — Nicht nur, daß es den Urhebern des Aufruhrs in Wien gelang, der an sich getroffene Gewalt durch eine Schreckensherrschaft, die in der Geschichte nur Ein Beispiel kennt, über die Theils durch Furcht gelähmte, theils in wilden Rausch versetzte Stadt zu brüstigen, und dadurch die Rückkehr zur Gesetzlichkeit innerhalb der Mauern Wiens zu verreiten, — auch über diese Mauern hinaus erstreckte sich mit steigendem Erfolge die unheilvolle Wirksamkeit ihrer anarchischen Bestrebungen. Mit einer in offenen Aufstande begriffenen Rebellion verwirrten sich hochverrätherische Verbindungen angeknüpft, nach allen Theilen Meiner Staaten Boten entsendet, um unter dem gleißnerischen Vorwande, als gelte es, die bedrohte Freiheit zu wahren, auch dort, wo die Ordnung bisher nicht gestört worden war, das Banner der Empörung aufzupflanzen, und Meine eben noch so friedlichen, einer gesetzlichen Entwicklung freier Zustände entgegensehenden Lande dem Gräuel der Anarchie, den Bürgerkriege zu überliefern. — Seit Meiner Thronbesteigung, war das Wohl Meiner Völker Meine Lebensaufgabe. Die Geschichte Meiner Regierung, die Geschichte der letzten sieben Monate insbesondere, wird dieß klar bezeugen. Aber es drohe den Mir von der Vorsehung anvertrauten Pflichten unterworfen, wollte Ich länger einem Treiben gewähren lassen, welches den Thron und die Monarchie an den Rand des Verderbens stürzt, und an ihre Stelle der von Mir gewährleisteten verfassungsmäßigen Freiheit einen Zustand schrankenloser Gewaltherrschaft zu setzen beginnen ist. — Dieser Pflichten eins ist es auch, sehr Ich Mich dabei mit blutendem Herzen gedrängt, dem sein Hauptstadt nunmehr ohne Scheu abtrünnen Aufruhr in Meiner Residenzstadt zuvorzukommen, wo er sich gegen sollte, mit Anwendung der Waffengewalt, die Ruhe und Ordnung, und zwar in solcher Ausdehnung, die er gänzlich wiederherstellt, und die Mörder Meiner treuen Diener der Strafen Landrecht und Latour den verdienten Arme der Gerechtigkeit überliefert sind. — Um diesen Zweck zu erreichen, entbinde Ich aus verschiedenen Theilen der Monarchie Streitkräfte gegen Wien, der Stadt der Insurrection, und ernenne Meinen Feldmarschall-Lieutenant Fürsten v. Windischgrätz den Oberbefehl über sämmtliche Truppen im ganzen Bereiche Meiner Staaten, mit alleiniger Ausnahme der unter dem Kommando Meines Feldmarschalls Grafen Radetzky stehenden italienischen Armee. Zugleich wende Ich Meine Gnade Gnaden mit den entsprechenden Vollmachten, damit er das Werk des Friedens in Meinem Reiche nach eigenem Ermessen schnell kurzer Zeit vollführen könne. Nach Wiederherstellung des constitutionellen Zustandes und Wiederherstellung der Ruhe wird es die Aufgabe Meines Ministerium sein, im Einklange mit den Mitgliedern des konstituirenden Reichstages durch gesetzliche Regelung der bisher mit zügellosem Mißbrauche gehandhabten Presse, des Vereinsrechtes und der Verbrecher einen Zustand herbeizuführen, der, ohne der Freiheit mehr zu nehmen, dem Gesetze Kraft und Achtung sichern soll. — Andere Ich bleibt, im Vertrauen auf Meines Völkern und Meiner Rechte mit unerschütterlicher Festigkeit gestützt Beschlüsse Meinen Völkern kund gebe, versehe Ich Mich der aufrichtigen und kräftigen Mitwirkung aller derjenigen, welchen das Wohl ihres Kaiserl. ihres Vaterlandes, ihrer Familien und die wahre Freiheit am Herzen liegt, und die in Meinem gegenwärtigen Entschlusse das einzige Rettungsmittel erkennen werden, um die Monarchie vor dem Falle, sie selbst vor der Zerstörung der Anarchie und der Auflösung aller gesetzlichen Bande zu bewahren. Ollmütz, den 16. Okt. 1848. Ferdinand m. p. Weissenberg m. p.

Deutschland.

Sächs. Herzogth. — Leipzig, 21. Okt. Auf Specialbefehl des Herzogs ist ein Ministerialverordnung erschienen, betreffend die Vertheilung der Naturallieferungen für deutsche Reichstruppen, wobei der Antrag der Landstadt, daß unter Beseitigung der bei der Militäreinquartierung üblich gewesenen Besteuerung sämmtliche Landeseinwohner zur Mitleidenheit gezogen werden möchten, insoweit berücksichtigt worden ist, daß alle bisher stattgefundenen Besteuerungen von Naturallieferungen für das Militär und namentlich von der Einquartierungsstadt, mit Ausnahme des Domanialeigenthums, der Staatsgrundstücke, der Kirchen- und Schulgebäude, aufgehoben, daß aber die Grundstücke der bisher befreiten Kammer-, Ritter-, Pfarr- und Freigüter vor der Hand nur bis zur Hälfte ihres wirklichen Realbetrags zu jenen Lasten beizuziehen sind. Ob und wie eintretenden Falls die zehrer von der Pflicht zu Naturallieferungen für das Militär rechtsgültig Befreiten wegen des Wegfalls dieser Befreiung auf der Staatskasse zu entschädigen sind, darüber wird die Entscheidung und Vereinbarung mit der Landstadt vorbehalten. Gleichzeitig macht das Ministerium bekannt, daß auf den Grund eines neuerdings unter gelangen Allerhöchsten Reichstruppenministeriums der Verpflegungsstab für die den einquartierten Reichstruppen zu verabreichende Beköstigung und Verpflegung auf 7½ Ngr. für Unteroffiziere und Gemeine, 15 Ngr. für die Offiziere vom Hauptmann an abwärts und 22½ Ngr. für alle Offiziere höheren Ranges per Tag festgesetzt worden ist, und daß das Reichsministerium die Nothwendigkeit anerkannt, für Reichstruppen die Gestattung, welche zum allerhöchsten Befehl des für die Reichstruppen aufgestellten Corps gehören, dienen, ungestümt Vorkommen zu lassen. Das Ministerium beabsichtigte, durch Errichtung einer Aushrechtsumgslasse den minder bemittelten Einquartierungspflichtigen, denen der Verlag des Verpflegungsaufwandes bis zum Zeitpunkt des aus Reichsmitteln zugeflossenen Betrags schwer fällt, eine wünschenswerthe Erleichterung zu verschaffen, sich sich aber durch die bestimmte Weigerung der Landstadt, zu diesem Zwecke Gutmittel zur Verfügung zu stellen, verpflichtet, zu dieser Einrichtung zu schreiten. Es vertraut daher zu dem Sinne der Landeseinwohner für Gesetz und Ordnung, daß sie den Verpflegungsaufwand, bei welchem auf möglichste Gleichstellung und Gleichstellung der Vertheilungen, sowie auf die Leistungsfähigkeit der Kommunen und Privaten Rücksicht genommen werden soll, auch fernerhin lassen und einen Widerspruch gegen diese Einrichtung, welche die Rücksichtnahme militärischen einzuschreiten sich genöthigt sehen würden, gegen das klare Interesse des ganzen Landes den Erfolg herbeiführen werden, das diese Truppen nicht mehr als Observationstorps, sondern als Exekutionstruppen zu betrachten sein und der zugesicherte Gesetz des Aufwandes in Zweifel gezogen, vielleicht gar verweigert werde.

Koburg, 14. Okt. Das hiesige Ministerium hat so eben den Staatsrath Brödner zum Reichskommissär von Mühlenfels in Thüringen abgeschickt, um die Besetzung des hiesigen Landes durch Reichstruppen zu unterstützen und doch deren Unfreiheit möglichst abzukürzen. Der hiesige Bevollmächtigte bei der Zentralgewalt Dr. Koblenzer zu Frankfurt hat einen ähnlichen Auftrag erhalten. Der Protest der Stände und die Aufregung, welche die Nachricht von dem Einmarsch der Reichstruppen hervorriefen, haben die Regierung zu diesem Schritte bestimmt. (B. Z.)

Mecklenburg. — Schwerin, 18. Okt. Gleichzeitig mit dem Dankschreiben des Senats der freien und Hansestadt Lübeck an die hiesige Regierung wegen schleunige Gewährung der erbetenen militärischen Hülfsleistung ist auch eine Zuschrift des Reichscommissars des Innern an das preußische Kriegsministerium mit dem Ersuchen erlassen, dem Gesuche von Lübeck, falls es sich wegen Gewährung militärischer Hülfe an dasselbe wenden sollte, die von ihm zur Aufrechterhaltung der Ruhe erforderlich besonderen Truppen der verschiedenen Waffengattungen zur Verfügung zu stellen und den genannten Senat in Verbindung aller von ihm getroffenen Maßregeln kräftigst unterstützen zu wollen. — Der Großherzog hat bei den Land, das von Seiten der Reichsregierung als Beitrag zu der für die deutsche Kriegsmarine in Rostock zusammenlegen Beiträge zum Bau einer Dampfcorvette dadelbst mit dem nöthigen Zuschuß bewilligt würde, eine Beihilfe von 15,000 Thlr. in Geld oder Baumaterial in Aussicht gestellt; beschränkt hat sich der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz in derselben Weise zu einem Beitrage von 1000 Thlr. bereit erklärt. (D. A. Z.)

Preußen. — ⊙ Berlin, 22. Oktober. Das energische Auftreten der Bürgerwehr am 16. hat unverkennbar gute Früchte getragen. Unter den Volksaufwiegern selbst zeigt sich ein gedrückter Geist und größere Gerichtsscheue, während der „Reichen", welchen Einen auch ihre früheren Versuche zu der Aufreizung der Massen und Einzweiung der Bürgerwaffnungen sind, sichtbar kleinlauter werden. Die Entlassung der Kanalarbeiter hat keine weiteren Folgen gehabt, und die von Manchen besorgten Ruhestörungen sind nicht eingetreten. Der Beschlußfasser der Bürgerwehr hat einen neuen Aufruf an dieselbe erlassen, worin er zu treuem Festhalten an dem am 16. so Ehren bewährten Geiste der Ordnung und der Eintracht ermahnt. Eine erfreuliche Erscheinung ist das sichtliche einiger sich gestaltende Verhältniß zwischen den Bürgern und den Militär; seine erkennen endlich, daß sie in diesem die verlässigste Stütze der Ordnung und der Sicherheit finden, und das Militär seinerseits sucht in jeder Weise das Zutrauen der Bürger zu rechtfertigen. In dieser Thatsache liegt eine große Bürgschaft für die Zukunft. Die Klubs waren über gewaltig verschreien, aber der Rebel beginnt sich zu verlieren. Der 16. Oktober hat vielen Verblendeten die Augen geöffnet. Hoffen wir, daß bald Allen das Licht aufgehe: dann wird auch der Tag der wahren Freiheit leuchten, dessen Anbruch das wilde Treiben der Demagogen allein bisher verzögert hat. — Ihrer Bursche, die am 17. mit einer rothen Fahne in den Straßen der Stadt erschienen, aber alsbald festgenommen wurden waren, sind vom Polizeigericht jeder zu acht Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Ihr Vertheidiger hat eine Berufung an das Kammergericht eingelegt, wo ihnen aber schwerlich ein mildernes Urtheil zu Theil werden dürfte. — Zum besondern Schauplatze ihres Wirkens haben die Wühler Schlesien ausersehen, und dort haben sie an mehreren Orten die einbrausenden Land-

wehren zur Widerspenstigkeit verleitet. Aber selbst dort haben die Besseren noch die Oberhand. Die Regierung entwickle Thatkraft und sie wird siegen, dafs ihr Tausende von Armen guter Bürger zur Hülfe bereit stehen. — Der bekannte Arnold Ruge hat seine Stelle als Abgeordneter für Breslau zur deutschen Reichsversammlung niedergelegt. Als Unsittlichkeit vom reinsten Wasser hat er seine Waschsämmer aufgeschrieben; seine Wahl mehr für Frankfurt zu treffen, da von Frankfurt nichts mehr, von Berlin dagegen Alles zu hoffen sei. Ruge ist der reinste Ausdruck jener heillosen Partei, welche selbst die offene Auflehnung gegen die freigewählte Vertretung von ganz Deutschland nicht scheut, und die Frechheit hat, als eine kleine Minderheit der immensen Majorität von ganz Deutschland ihren Willen aufdringen zu wollen. Aber die Hoffnungen der „Rothen" auf Berlin werden eben so zu Schanden werden, wie jene, die sie auf Frankfurt und dann auf Wien setzten. — Bis heute Mittag sind im Ganzen hier an der Cholera erkrankt 2273 Personen, davon sind gestorben 1443, genesen 519, noch in Behandlung 211. Auch in Breslau ist diese Krankheit ausgebrochen. Am 19. sind drei Fälle daselbst vorgekommen.

Italien.

△ **Turin**, 20. Octobr. Die Kriegsbarrikaden zu diesen gehören alle Radikalen aller Theile Italiens, die in Piemont noch den letzten Halt für ihre Hoffnungen erblicken — drängt und treibt auf alle Weise zum Wiederbeginn des Krieges, seit die Nachrichten aus Wien und den dortigen blutigen Ereignissen hier eingelaufen sind. Daß man mit italienischer Färbung alle Nachrichten von Wien auffrägt, ist natürlich. Die Armee des Banus läßt man geschlagen, aufgelöst, ganz Ungarn in offenem Aufstande gegen den Kaiser sein, in der Lombardei die Ungarn mit den Kroaten in offenem Kampfe liegen u. dgl. m. Wenn alle Angaben eben so wahr sind, als die letzte, so ist Einiges Alles erlogen. Sie sind nur Schaupfage der Ereignisse in Oesterreich selber als wir, und werden also das Wahre vom Falschen wohl zu sichten wissen. Ich beschränke mich daher darauf, Ihnen anzudeuten, wie hier der Barometer steht. Die Radikalen, das junge Italien, wollen durchaus und unverzüglich den Wiederanfang des Kriegs, weil sie den Augenblick, wo zu Wien Verwirrung herrscht, baar günstig glauben. Aber sie machen die Rechnung ohne den Wirth; und der Wirth, der seine Leute gut zu machen weiß, ist der minsterielle Kandidat, der von Genua her bekannte General Durando zum Vizepräsidenten erwählt worden war (mit 69 Stimmen gegen 59, welche Hrn. Ratazzi dem Oppositionskandidaten zufielen) antwortete der Minister des Innern Hr. Pinelli auf die schon am 17. angekündeten Interpellationen. Seine Antwort lief darauf hinaus: er könne die von der englisch-französischen Vermittlung gestellten Bedingungen nicht mittheilen; aber das Ministerium erachte seinen Frieden für annehmbar noch ehrenvoll, der nicht Italien seine Nationalität, Autonomie, Freiheit und den Bestand des Königreichs Oberitalien zusichere. (Also immer wieder die piemontesische Anmaßung auf die Lombardei und Venedig!) Bis jetzt habe Oesterreich noch keine Antwort auf die letzten Vorschläge gegeben, nach denen Brüssel oder Innsbruck der Ort des Kongresses für die Friedensunterhandlungen sein sollte. Inzwischen habe die Waffenstillstands-Uebereinkunft verlegt (?), das Ministerium Einspruch erhoben, der von den vermittelnden Mächten unterstützt worden, aber es konnte vom Wiener Kabinet nichts erlangen. Darauf habe die Regierung des Königs erklärt, sie werde ihrer Zusage gemäß den Ausgang der Vermittlung abwarten, aber mit der Hand am Schwerte. Die vermittelnden Mächte sichtigen die Verlängerung des Waffenstillstandes auf 30 Tage vor. Oesterreich antwortete, es werde nicht angreifen, wenn es nicht angegriffen werde. Das Ministerium antwortete mit Hinweisung auf die Bestimmungen des Waffenstillstandes selbst. Derselbe wurde daher nicht erneuert, sondern nur von acht Tagen zu acht Tagen verlängert, mit der Bestimmung, daß vor Wiederaufnahme der Feindseligkeiten vorgängig Anzeige gemacht werde. Der Minister schloß mit der Erklärung, das Kabinet wolle den Ausgang der Vermittlung abwarten; erweise sich dieselbe aber als nutzlos oder führe sie nicht zu einem ehrenvollen Frieden, so werde das Kabinet die Feindseligkeiten wieder aufnehmen, behalte sich aber die Wahl der rechten Augenblicks dazu vor. Der Minister gab dann noch weitere Ausschlüsse über das, was seit der letzten Schließung der Kammern in der innern Verwaltung geschehen sei. Die Kriegspartei, zu welcher die ganze Opposition gehört, zeigte sich mit diesen Erklärungen nicht befriedigt. Buffa, ein noch ziemlich junger Mann, stellte die bestimmte Anfrage: wollt ihr Frieden oder Krieg? indem er auf unverzüglichen Beginn des letzteren drang. Jetzt, wo die Revolution in Wien die Oberhand habe, der Banus von den Ungarn geschlagen sei (?), Zwietracht unter Ungarn und Kroaten im Lager Radetzky's herrsche, ganz Deutschland in Bewegung, die Lombardei zu neuem Aufstande bereit sei, müsse man losschlagen. Lebender Beifall von den Gallerien begleitet die Worte des Redners, während den Rednern der Gegenseite Tola und Pinelli durch den Hallenklärm derselben Gallerien das Sprechen fast unmöglich gemacht wird. Der Advokat Brofferio sprach im Sinne Buffa's, und stellte sogar einen Antrag, wonach die Kammer dem Kabinet ihre Mißbilligung darüber aussprechen soll, daß es den Ausgang der Vermittlung abwarte, um einen Beschluß über Krieg und Frieden zu fassen; dagegen für augenblickliche Kriegserklärung ihren Beistand zusagt. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit mißfällig aufgenommen und Brofferio zog denselben wieder zurück, mit der Erklärung, es sei blos der Ausdruck seine Privatmeinung gewesen.

Nachschrift.

Die Frankfurter O.-P.-A.-Z. meldet in ihrem amtlichen Theil: Dem Reichsverweser ist in Erwiederung der amtlichen Benachrichtigung wegen Errichtung der prov. Zentralgewalt für Deutschland, ein von Balmoral-Schloß in Schottland, 18. v. M., datirtes Schreiben Ihrer Maj. der Königin von Großbritannien und Irland am 21. d. M. übereicht worden. Dieses königliche Schreiben ist in Ausdrücken gefaßt, die eben so sehr dem zwischen beiden Nationen bestehenden Verhältnisse der Freundschaft und Hochachtung, als den persönlichen Gefühlen entsprechen, welche die Königin schon im Juli d. J. dem Reichsverweser bezeigt hatte.

* Der Reichstag in Wien hat den Belagerungsstand für das Innere der Stadt selbst aufgehoben.

* Nach anderen Angaben soll Fürst Windischgrätz den Belagerungszustand und Standrecht erklärt haben, und der Reichstag habe in seiner Abendsitzung vom 22. diese Maßregeln für ungesetzlich erklärt und diesen Beschluß dem Fürsten mitgetheilt.

* Nach neuesten Briefen aus Oberösterreich hat der bekannte Kudlich trotz aller Vorspiegelungen die Bauern zu einem Landsturmzug nach Wien dort nicht zu bewegen vermocht.

(Basl. Ztg.) Von italienischen und französischen Blättern werden fortwährend die lügenhaftesten Angaben über Mailand verbreitet. Die Stadt soll im vollen Aufstand, das Volk Begeisterung, Radetzky auf der Flucht sein u. Unsere direkten Briefe aus Mailand, weit entfernt, diese Märchen zu bestätigen, melden vielmehr, daß, trotz den Versuchen, das Volk zum Aufstand zu reizen, dort die größte Ruhe herrsche. Der Adel sei durchaus abgeneigt, sich an neuen Insurrektionsbewegungen zu betheiligen, indem er die Ueberzeugung habe, daß das Schicksal der Lombardei in oder bei Wien entschieden werde.

Stettin, 19. Okt. Es ist vor Kurzem eine Kommission unter Leitung des Geh. Oberfinanzrathes Oesterreich nach Swinemünde gesandt worden, um festzustellen, ob der dortige Hafen sich zum Kriegshafen eignet. Die Untersuchung soll ein nicht ungünstiges Resultat ergeben haben. Zur weitern Verfolgung dieser Angelegenheit ist daher die Ausarbeitung des desfallsigen Projekts angeordnet worden. Die Kosten würden sich nach einem ungefähren Ueberschlag auf 2 Millionen Thaler belaufen. Die Kommission wird demnächst auch den Danziger Hafen einer gleichen Untersuchung unterwerfen.

Danzig, 17. Okt. Gestern Abend kam es hier zu einem Exzeß. Eine Anzahl Sachsgänger drangen nämlich in das Lokal am Langenmarkte ein, in welchem der demokratische Klub seine Sitzungen hielt, und verlagten die Mitglieder.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 24. Okt. Oesterr. 5proz. Metall. 67½, 4proz. 54. 5proz. 2proz. 35½. — Bankaktien — p. 500 fl.-Loose 113. 250 fl.-Loose 78½. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine — p. — G. Staatsschuldscheine 3½ proz. 74½. — Bayer. 3½ proz. 75. — Badische Loose 50 fl. — Württemberg. 3½ proz. 74½. 4½ proz. 92½. — Bad. 3½ proz. 71½. Loose-Anlehen à 50 fl. 44½. 35 fl.-Loose 25. — Darmstädt. 3½ proz. 74. 4proz. 82. Loose-Anlehen von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 20. — Nassau. Hessen. Friedr.-Wilh.-Nordb. 41½. 40 Thlr.-Loose 24½. — Nassau. 3½ proz. 79½. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3proz. 78. 3½ proz. 90½. 86½. — Taunusbahn 272. — Holländ. Integr. 45½. — Span. 5proz. innere Schuld 17½. — Pol. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 67½. — Sard. 36 Fr.-Loose —. Diese. 2.

J. P. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Donnerstag, den 26. Oktober 1848.

Bayern.

* München 25. Okt. Die heute Vormittags nach Nymphenburg abgegangene Deputation, welche die in unserer Beilage vom 23. gegebene mit 2796 Unterschriften versehene Adresse Sr. Maj. dem Könige übergeben sollte, ist nicht vorgelassen worden, und hat von dem Oberst und Flügeladjutanten Hartmann folgendes Schreiben erhalten: „Meine Herren! Ich habe die Adresse annehmen gelesen. Sie ist in einem solchen Tone gehalten, daß Se Maj der König dieselbe nicht persönlich entgegennehmen kann und die Deputation auch nicht empfangen wird. Ich bitte, diese Nachricht als eine offizielle zu betrachten. — Nymphenburg 25. Okt. 1848." (Folgt d. Unterschrift.) Die Deputation bestand aus den HH. Schmerber, P. Paur, Heinr. Meyer, A. Zingerl und Dr. Haltreiter.

Neuestes aus Wien.

** „Münchner. 25. Oktober. Heute Abend treffen keine Wiener Blätter vom 23. ein, da dieselben am Montag nicht erscheinen. Die Briefe, welche uns vom 23. aus Wien hätten zukommen sollen, sind ausgeblieben: es scheint demnach von den Wien einschließenden Truppen nichts mehr durchgelassen zu werden. Indessen bringt uns der folgende, erst heute uns zugekommene Brief unsers † Korrespondenten vom 22. noch manches, bisher nicht Bekannte von hohem Interesse, wie der geehrte Leser aus dessen Inhalt selbst ersehen wird.

Wien, 22. Oktober. Wir leben am Vorabend der Entscheidung der Krise. Das Manifest des Kaisers aus Olmütz ist vom Frauenmuster Krauß dem Reichstage gestern früh bereits mitgetheilt worden. Jeder Freund der wahren Freiheit kann dadurch nur erfreut sein, und darum hat es auch bei der Partei des Umsturzes so große Bestürzung erzeugt. Sie stehen den Boden unter ihren Füßen entweichen. Fürst Windischgrätz hatte gestern sein Hauptquartier zu Gänserndorf, vier Stunden von hier an der Nordbahn. Heute wird er zu Inzersdorf eintreffen. Für morgen erwartet man eine Proklamation des Feldherrn an die gesammte Armee und eine andere an die die Wiener. Gestern ist vom Minoritenplatzchen Freiherrn von Wessenberg, durch Vermittlung des Baron Lebzeltern, eine Depesche an das diplomatische Korps hiesiger Stadt worden, datirt aus Olmütz, 19. Oktober. In demselben wird als Grund, warum dem diplomatischen Korps noch keine Einladung, sich nach Olmütz zu begeben, bezeichnet, daß noch nichts entschieden sei über die Dauer des Aufenthaltes des Kaisers daselbst, noch über den Ort, wohin er sich begeben werde, im Falle er diese Stadt verließe. Auch wurde das diplomatische Korps in Olmütz nur schwer die nöthigen Lokalitäten in passender Umgebung finden. Da indessen dem Ministerpräsidenten Alles daran gelegen ist, die Mitglieder des diplomatischen Korps vor jeder Gefährdung unter den gegenwärtigen Umständen sicher gestellt zu wissen, so werde Baron Lebzeltern beauftragt, sich mit demselben ins Benehmen zu setzen, um sich mit ihnen über die geeignetsten Maßnahmen für ihre Sicherheit und Ruhe zu verständigen. Der Ministerpräsident setzt am Schlusse seiner Depesche voraus, daß es denselben wohl am angenehmsten sein werde, an irgend einem, von Wien nicht entfernten Orte bleiben zu können, da die Gefahr jedenfalls nicht von langer Dauer sein werde. Nach einer in Folge dieser Mittheilung stattgefundenen Besprechung haben sich die Mitglieder des diplomatischen Korps sich entschlossen, Wien für den Augenblick zu verlassen und ihren Wohnsitz in der Umgebung, außerhalb der Donau zu nehmen. Die meisten Gesandten werden in und um Schönbrunn wohnen, besonders auch zu Hietzing, wo der preußische Minister sich bereits befindet. — Ob ich Ihnen von hier aus noch weitere Berichte werde zukommen lassen können, weiß ich noch nicht; wo möglich verlasse ich die Stadt auch. — Der Aufruf der Reichstagsmajorität HH. Wetter an die Welt ist heute an allen Straßenecken angeschlagen; er kommt zu spät. Die Dinge haben eine solche Wendung genommen, daß eine gütliche Ausgleichung kaum mehr möglich erscheint. Die Partei des Umsturzes will ihr Heil in der Flucht suchen. Die Truppen wissen brennen vor Kampfbegierde. Die Ankunft des Fürsten Windischgrätz hat sie vollends entflammt. In allen Lagern herrschen nun Ordnung, wo Truppen stehen, ist ein nach Umständen angemessener Feldlagerplatz und Reihe und Glied alles im Umkreis, die eine durchaus feste und positive Sprache führt, wie sie von dem Manne zu erwarten war, von dem sie ausgeht. Wien ist darin „eine rebellische Stadt" genannt, und „wenn nicht eine schleunige und vollständige Unterwerfung erfolgt", sind militärische Maßregeln angekündigt, bei denen die Kanonen die ultima ratio (das letzte Beweismittel) sein werden.

* Nachschrift. Nach einem uns gefälligst mitgetheilten Handelsbriefe ist in Wien der Belagerungszustand erklärt worden.

Wien, 22. Okt. Der Gemeinderath, der sich um alles kümmert, vergißt ganz, daß die Hungersnoth an unsere Thore klopft. Die Patres patriae (Väter des Vaterlandes) brechen mit Andacht auf die Oratestherrliche des rebellischen, den halben Tag Adressen und Proklamationen schreibenden Obercommandanten Hrn. Wenzel Messenhauser, und glauben, daß unter seinem Schutze die Stadt Wien gegen jeden Angriff von außen und innen sicher sei. Indessen aber auch nicht der Mühe werth gehalten, zu erwägen, ob wir auch genug Nahrungsmittel besitzen, um die dringendsten Anforderungen des Magens zu befriedigen. Die Zufuhren sind auf einzelnen Seiten völlig abgeschnitten, und werden es auch auf den anderen zwischen heute und morgen seyn. Der Mangel an Milch ist schon jetzt sehr fühlbar, und wer da weiß, daß das Kaffeegetränk einen Hauptbestandtheil der Nahrung der niedrigsten Schichten der Bevölkerung bildet, wird begreifen, welchen Mißmuth die Entbehrung der Milch hervorrufen muß. Mehl soll zwar noch auf acht Tage vorhanden seyn, aber Müller und Bäcker halten mit ihren Vorräthen zurück, und das Brod wird in dem Verhältnisse kleiner, als der Preis steigt. Wir können nicht ohne Schaudern an den Moment denken, in welchem wirklicher Mangel an allen Lebensmitteln eintreten und das Volk nach Brod schreien wird. Der Gemeinderath schemt hieran gar nicht gedacht zu haben. Die Stimmung ist fortwährend sehr gedrückt, und alles sehnt sich nach einer baldigen Erlösung aus dem wie ein Alp drückenden Zustande. Es scheint sich alles gegen uns verschworen zu haben. In der Stadt herrscht Muthlosigkeit; die Posten kommen theils sehr verspätet, theils gar nicht an, und von manchen Seiten ist man gehässig, beunruhigende Gerüchte zu verbreiten. Seit vier Tagen kein aus den Berichte aus Berlin wie überhaupt aus dem Norden. Das hiesige Herbivetter hält die meisten Bewohner ab, sich im Freien zu bewegen, und wenn man durch die öden Straßen wandelt, so überkaltet es einen kalt. So weit ist es in dem lebenskräftigen, gemüthlichen Wien gekommen, und doch zögern wir noch gegenseitig, entscheidende Schritte der Versöhnung zu thun. Die Halsbrecht, mit der man hieher immer verfahren, waltet auch immer vor; möge man endlich von ihr lassen! Es ist die höchste Zeit, wenn das Unheil, das wir erfahren, nicht den höchsten Grad erreichen soll. Im Studenten-Comité wurde angeblich aus „authentischer Quelle" berichtet, daß den Gesandtschaften die Weisung zugekommen sein soll, sich aus der Stadt zu entfernen und in der Nähe derselben, z. B. in Hietzing ihren Wohnsitz zu nehmen. Sollte dort keine passende Wohnung sich vorfinden, so finden ihnen die Lokalitäten von Schönbrunn zu Gebote.

(A. Z.)

Die Nachrichten der Allgem. Zeitung aus Wien vom 22. stimmen im Ganzen gleich den unsrigen darin überein, daß Wiens Lage eine hoffnungslose ist. Auf Ungarn kann es unter keiner Bedingung mehr rechnen, und Kossuth reibt sich vergnügt die Hände, daß ihm seine List so glückt, sich gelungen und Jellachich aus Ungarn entfernt ist. (Streitig nicht für immer, wie wir glauben.) Ungarn hat jetzt mehr als hinlänglich im eigenen Lande zu thun, um sich der allenthalben entbrennenden Kriege zu erwehren. Die nicht ungarischen Stämme schreiten immer weiter vor. Die Linienregimenter, Wlachen und Deutschen aus Siebenbürgen, angeblich 20,000 Mann, sind auf Debreczin, die polnischen Linienregimenter unter Hammerstein über Kaschau ins Land gerückt, die Serben dringen unbefugt gegen die Theiß. Die ungarischen Linienregimenter scheinen sich zu zerstreuen, den Kaiser in seinem Lande anzugreifen; bei Waradein stehen 48,000 Mann Landsturm, und der alte Nugent soll mit 4000 bis 6000 Mann regulärer slavischer Bataillonen bei Pirkenfeld; endlich scheint es ungweifelhaft, daß Rußland gegen das Einrücken der Ungarn in Oesterreich Einsprache erheben hat. In diesen Thatsachen liegen die wahren Motive des Rückzuges der ungarischen Armee. Der Reichstag d. h. die noch in Wien zur Noth in beschlußfähiger Anzahl anwesenden Mitglieder desselben, wie der Gemeinderath, ergehen sich in unnützen, nichtssagenden Schwätzereien; ohne

Halt und ohne Vertrauen helfeln sie sich von einem Tage auf den andern fort, unfähig, das mit so großer Anmaßung Begonnene durchzuführen. Das demokratische Centralkomite — permanent; natürlich, denn die Permanenz ist die Losung des Tages für eine gewisse Partei, mit der sie allzeit fertig wird, — von welchem großentheils die Revolution ausging, ist republikanischer Natur, ohne aber befähigt zu sein, die Leitung der Bewegung fest zu behaupten. Hr. Robert Blum hat in seiner Mitte Platz genommen und es steht zu erwarten, daß er auch an dieser Stelle der Einheit Deutschlands hindernd in den Weg tritt, wie er es zu Frankfurt gethan; — dem förderlich kann es ihr nicht sein, wenn man z. B. im Café français sagt, man müsse das Frankfurter Parlament sprengen! (Wir sind begierig, was die Wähler des genannten Herrn zu dessen Benehmen sagen werden, ob sie damit einverstanden sind, daß er, statt seine Pflicht zu erfüllen, es vorzieht, sich in Wien von den dortigen Toll- und Hochöfen feiern zu lassen! Einer unserer Wiener Korrespondenten hat schon einmal die Frage aufgeworfen, ob es in den Mandate irgend eines der Frankfurter Abgeordneten enthalten sei, Unordnungen zu begünstigen, Trennung und Spaltung im deutschen Volke hervorzurufen und zu nähren? Wir wiederholen es: was werden die Wähler des Hrn. Blum zu seinem jetzigen Benehmen sagen?) — Der Kommandant des mobilen Korps bei Floridsdorf ist von den k. k. Vorposten gefangen worden. Hornbostl lebt in größter Zurückgezogenheit in Oberösterreich. Das diplomatische Korps ist eingeladen worden, sich von Wien zu entfernen, und sich „während der Dauer der Gefahr“ in die Nachbarschaft zu begeben. Die k. k. Armee ist bereits 100,000 Mann stark und soll auf 120,000 Mann gebracht werden. Ihre Aufgabe ist zugleich, Ungarn zu „pacificiren.“

Oesterreichische Monarchie.

Mantua. Erklärung. Die vom Agitator Ludwig Kossuth an die ungarischen Krieger geschleuderten verrätherischen Aufforderungen (A magyar Kationussighoz) werden hier mit voller Indignation und mit dem Beifügen zurückgewiesen, daß wir, obwohl mit Leib und Seele Ungarn, für unser Vaterland den gesammten und mächtigen österreichischen Staat halten, und daß wir als Soldaten unserm Eide stets treu verbleiben und niemals eine die pragmatische Sanktion verletzende wahnsinnige und nur zum Sturze der Einheit hinarbeitende Partei unterstützen werden. Das Offiziercorps der ungarischen Regimenter in Mantua. Den 20. Oct. 1848. (M. Z.)

Türkei.

Aus Konstantinopel vom 12. Oct. erhalten wir wieder die Nachricht eines verheerenden Brandes. Fast ganz Pera lag in Asche. Sonderbarer Weise erwähnen diese Briefe nichts von dem Tode der persischen Schah, der indeß, wie bemerkt, von St. Petersburg aus bestätigt wird. (A. Z.)

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei

Nr. 104.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Freitag den 27. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, 27. Oktober.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 17. d. allergnädigst bewogen gefunden, die bei dem Wechselgerichte I. Instanz in Würzburg erledigte Rathsstelle dem Kreis- und Stadtgerichts-Rathe Bernhard Wilhelm zu übertragen.

Die Lehrstelle der Dogmatik und Exegese an dem Lyceum zu Amberg, wurde in provisorischer Eigenschaft dem ehemal. Professor und Religionslehrer an dem Gymnasium zu Bamberg, Pr. Johann Sporrlein, allergnädigst übertragen.

(Erledigung.) Frühmeßbenefizium zu Alburg, Lgs. Straubing, Reinertrag 419 fl.

(Besetzungen.) Protestantische Pfarrei Beierberg, Dekan. Wasserträubingen, dem bisherigen Pfarrer zu Oberröthlau, Dekan. Wunsiedel, Johann Bayer. Protest. Pfarrei Großbundenbach, Dekan. Homburg, dem Pfarrer zu Münsterappel, Dekan. Obermoschel, Johann Georg Haak.

Auf den von den Vertretern der protest. Kirchengemeinde in Dünkelsbühl für die protest. Ill. Pfarrstelle daselbst präsentirten 3 Kandidaten, wurde dem Pfarramtskandidaten und bisherigen Assistenten am Gymnasium zu Baireuth, Georg Wilhelm Wolff aus Dinkelsbühl die landesfürstl. Bestätigung allergnädigst ertheilt.

Deutsche Reichsgewalt.

(Rundschreiben des Reichsministers des Innern an die Ministerien des Innern der deutschen Einzelstaaten.) Die verfassungsgebende deutsche Reichsversammlung hat bei der ersten Berathung des Entwurfes der Grundrechte des deutschen Volkes, Art. VII. nachstehende Beschlüsse gefaßt: „§. 25. Das Eigenthum ist unverletzlich. Das gesammte Eigenthum steht unter dem Schutze der Reichsgesetzgebung. Jeder Grundeigenthümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden und von Todes wegen ganz oder theilweise veräußern. Es bleibt den Einzelstaaten überlassen, die Durchführung des vorstehend ausgesprochenen Grundsatzes der Theilbarkeit alles Grundeigenthums durch Uebergangsgesetze zu vermitteln. §. 26. Beschränkungen des Rechts, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, sind für die todte Hand im Wege der Reichsgesetzgebung aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten, nur auf Grund eines Gesetzes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden. §. 27. Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf. Ohne Entschädigung sind aufgehoben: 1) die Patrimonialgerichtsbarkeit, die grundherrliche Polizei, sowie alle anderen, einem Grundstück oder einer Person zustehenden Hoheitsrechte; 2) die aus diesen Rechten fließenden Befugnisse, Exemptionen und Abgaben jeder Art; 3) die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande entspringenden persönlichen Abgaben und Leistungen. §. 28. Alle übrigen, unzweifelhaft auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen sind ablösbar, ohne Rücksicht auf die Person und das Verhältniß der Berechtigten oder des Verpflichteten insofern die Gesetzgebung nicht die unentgeltliche Aufhebung einer oder der anderen begründet findet. Die näheren Bestimmungen hierüber und über die Art der Ablösung bleiben den Gesetzgebungen der einzelnen Staaten überlassen. Es soll fortan kein Grundstück, weder durch das Gesetz, noch durch Vertrag, noch durch einseitige Verfügung mit einer unablösbaren Rente belastet werden. Alle Jedermann sind auf Antrag des Belasteten ablösbar. Die Normen der Ablösung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, die dem bisher Berechtigten dafür oblagen. §. 29. Die Jagdberechtigkeit auf fremden Grund und Boden, Jagddienste, Jagdfrohnden und andere Leistungen für Jagdzwecke sind ohne Entschädigung aufgehoben. Jedem steht das Jagdrecht auf eigenem Grund und Boden zu. Der Landesgesetzgebung ist es vorbehalten, zu bestimmen, wie die Ausübung dieses Rechts aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zu ordnen ist. §. 31. Die Familienfideikommisse sind aufgehoben. Die Art und Bedingungen der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Die Bestimmungen über die Familienfideikommisse der regierenden fürstlichen Häuser bleiben den Landesgesetzgebungen vorbehalten. Gleiche Bestimmungen, wie für die Familienfideikommisse, gelten für die Stammgüter. §. 32. Aller Lehensverband ist aufgehoben. Das Nähere über die Art und Weise der Ausführung haben die Gesetzgebungen der Einzelstaaten anzuordnen. §. 33. Die Privilegien, welche [illegible] finden." Wenn gleich diese Bestimmungen einer nochmaligen Erlung und Beschlußnahme unterliegen, bevor sie für ganz Deutschland als Gesetz verkündet werden können, so ist doch mit aller Wahrscheinlichkeit vorauszusetzen, daß die Hauptgrundsätze, welche bei der ersten Berathung aufgestellt wurden, und theils die unentgeltliche Aufhebung, theils die Ablösbarkeit verschiedener Reallasten aussprechen, im Wesentlichen auch bei der zweiten Berathung ungeändert, jedenfalls ohne weitere Beschränkungen zum Nachtheile der bisher Verpflichteten werden angenommen werden. Es können nur mehr wenige Wochen verfließen, bis die zweite Berathung der Grundrechte des deutschen Volkes beendet sein wird. Das Reichsministerium des Innern sieht sich hierdurch, um die Durchführung dieser Beschlüsse, wodurch viele auf dem Landvolke haftende, zum Theil sehr beschwerliche Lasten, ihrer völligen Aufhebung oder doch Ablösung entgegengeführt werden sollen, so viel als möglich zu beschleunigen, veranlaßt, an alle deutschen Regierungen die dringende Aufforderung zu stellen, daß schon jetzt in allen deutschen Einzelstaaten die Vorbereitungsarbeiten begonnen werden, welche zur möglichst schnellen Verwirklichung jener Beschlüsse hinreichen können. Das eigene Interesse aller deutschen Regierungen fordert, daß der großen Masse des deutschen Volkes jene materiellen Erleichterungen, die es in Folge der Märzrevolution zu hoffen berechtigt ist, so bald als möglich zu Theil werden, daß der Bauernstand in Deutschland von dem Drucke, der Jahrhunderte lang auf ihm gelegen, völlig befreit und durch den unmittelbaren Gewinn, der dadurch für seinen Wohlstand erwächst, zur Ueberzeugung gebracht werde, daß der friedliche und gesetzmäßige Weg, welchen die deutsche Reichsversammlung eingeschlagen, für ihn nicht fruchtlos gebliehen ist. Es wird aber auch die möglichste Beschleunigung aller zur Durchführung jener Beschlüsse erforderlichen Maßregeln das Interesse der bisher Berechtigten befördern, indem dadurch allein jene Unsicherheit des Besitzstandes und des Werthes von liegenden Gütern aufgehoben werden kann, die seit Monaten andauert und den Realkredit in seinen Grundfesten erschüttert. Das Reichsministerium des Innern glaubt sich der sichern Erwartung hingeben zu dürfen, daß alle deutschen Regierungen eifrigst bemüht sein werden, dieser Aufforderung zum Wohle der großen Zahl aller Grundeigenthümer bereitwillig zu entsprechen und sich dadurch in der Zufriedenheit der zahlreichsten Volksklasse die sicherste Bürgschaft der Fortdauer eines geordneten Rechtszustandes zu verschaffen. Frankfurt a. M., den 22. Okt. 1848. Der Reichsminister des Innern. Schmerling.

Deutsche Reichsversammlung.

(101ste Sitzung vom 23. Okt. Schluß.) Nach einer kleinen Zwischenverhandlung über die Reihenfolge der Redner nimmt Eisenmann das Wort, sodann Venedey, der sich für das Minderheitsverlangen, und sein Bedauern darüber ausspricht, daß aus der behandelten Frage eine Frage der Parteien gestaltet worden sei. Auch tadelt er die Art, wie heute hier der Ungarn gedacht worden, deren Freiheitsluft er sorgfältig gehegt haben will. Dies Haus ist wie die einzige Stätte der Freiheit in Deutschland. Es hat die Rebellion und Anarchie besiegt im Interesse der Revolution. Fügen Sie diesem noch einen Sieg hinzu: für die Freiheit und Einheit Deutschlands. Das bezweckt der Minderheitsantrag. Unterstaatssekretär Bassermann bemerkt, daß die Oberpostamts-Zeitung in keiner anderen Beziehung zum Ministerium stehe, als daß man sich derselben zur Veröffentlichung der amtlichen Schreiben bediene. Dann geht er auf den Gegenstand der Berathung selbst ein. In Ungarn habe das Sprachgesetz die Rechte der nicht magyarischen Völker hinter gethankt; auch auf dem Wiener Reichstage sei das ausgesprochen worden und Hr. Löhner habe gesagt: was die Kroaten wollen, wisse er und sie hätten Recht. In ähnlicher Weise habe sich Schuselka erklärt, gleichfalls ein unverdächtiger Zeuge. Daß sie für gutes Recht vertheidigen, wisse man ihnen doch nicht verargen, etwa darum, weil sie Kroaten seien. Der Redner führt dann Thatsachen aus Wien an, die es doch mehr als bedenklich erscheinen lassen, jene Bewegung unbedingt als eine deutsche Bewegung und als eine großartige Erhebung anzuerkennen. „Wo die Presse frei ist, wo sie gesetzmäßigen Vertreter versammelt sind, da ist jede gewaltthätige Bewegung ein Verbrechen und keine Erhebung." Redner kommt noch daran, von der Wiener Ereignisse zur Frage gereicht hätten — den Piemontesen und Franzosen. Wenn Sie wollen, schließt er, daß wir stark gegen Italien seien, [illegible] daß ihr Banner Ruhe und Ordnung

gebandhabt werde. Beifall von der Mehrheit des Hauses. Nachdem der Schluß der Debatte angenommen, erhält nach Schilling das Wort einer persönlichen Angelegenheit beweglich. Er sagt: Wenn etwa die vorhinige Bemerkung des Baron Sommaruga, es sei ihm nicht vergönnt gewesen, im Hofstaget die Kamarilla zu belauschen, auf ihn gerichtet gewesen, so weise er sie mit Verachtung zurück. Im Dienste Deutschlands habe er sich in dem Hofstaget des Kaisers befunden. Sommaruga erklärt seinen seine Person bei jener Aeußerung im Sinne gehabt zu haben. Schreit von Königsberg sieht allerdings die den Polizeiberichte und den Mehrheitsrachten gemachten Vorwürfe zu einer kurzen Schlußverlegung zusammen und es erfolgt über das Mehrheitsrachten die (auf v. Vattai's Antrag) namentliche Abstimmung. Sie entscheidet sich mit 250 gegen 166 Stimmen für die Annahme des Mehrheitserachtens, welches wir deshalb in seiner wörtlichen Fassung geben: Die Nationalversammlung beschließt: 1) die von der provisorischen Centralgewalt für Deutschland ertheilte Abordnung von Kommissären nach Wien, — in welcher die Nationalversammlung sowohl ein Mittel zur Abwehr des Bürgerkriegs und zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung, als auch gleichzeitig eine Gewähr der Sicherung der Interessen Deutschlands wahrnimmt, — gut zu heißen; 2) das Reichsministerium aufzufordern, nach Maßgabe der von den Kommissären eingehenden Berichte, sogleich die weiter etwa erforderlichen Schritte zu thun, insbesondere aber mit aller thunlichsten Eile zum Schutze eines die Frage gestellter Interessen Deutschlands nothwendige Maßregel zu ergreifen, und über dieselben der Nationalversammlung Mittheilung zu machen. Ein Zusatz Maifelt's, die österreichischen Truppen ausschließlich für den Wiener Reichstag zu verpflichten, wird abgelehnt und ebenso ein Unteranstrag Eisenmann's. Gegen 4 Uhr erst wird die Sitzung geschlossen.

(102te Sitzung vom 24. Oktbr.) Tagesordnung: 1) Fortsetzung der Berathung über Artikel I. §§. 5. und 6 des Verfassungsentwurfs. 2) Ergänzungswahl in den Ausschuß für Geschäftsordnung. Vorsitzender Vizepräsident Simson. Unter den Ausschußberichten ist hervorzuheben, die Anzeige des Verfassungs-Ausschusses, daß auch der Abschnitt über das Reichsgericht vollendet und zum Druck befördert sei. Eine Interpellation von Jahn betrifft „einige aus der Paulskirche verschwundene Mitglieder der Versammlung, die nach Wien gereist, dort, wie es heiße, auch angekommen seien" und für deren glückliches Verkommen uns persönliche Sicherheit sich Jahn besorgt zeigt. Die Interpellation erregt die Heiterkeit des Hauses unter dem lauten Widerspruche der Linken. Auf eine Interpellation wegen Posens und der dort festzustellenden Demarkationslinie erwidert v. Schmerling: Auf die Anfrage des Abgeordneten Sänger ist mir heute Nachricht zugekommen, daß auch der Reichskommissär für diese Angelegenheit, nämlich zur Ermittelung der zukünftigen deutschen Grenze im Großherzogthume Posen, der bisherige Oberst-Generalstabs-Chef ernannt ist und daß dieser sich auch erklärt hat, das Amt zu übernehmen. Der Beginn seiner Wirksamkeit hängt nur davon ab, daß das Reichsministerium von Berlin die Mittheilung erhalte, daß sämmtliche auf diese Angelegenheit bezügliche Materialien geordnet sind. Zur Verlesung der protokollarischen Erklärung Maifels's, durch welche er die gestern ihm verzagte Mittheilung von der Rednerbühne zu reißen sucht, verweigert die Versammlung ihre Erlaubniß. Bei der Tagesordnung angelangt, ergreift Schreit das Wort zu einer in's Einzelne gehenden Schilderung der österreichischen Zustände, indem er nach der Reihe die Länder und Bevölkerungen mustert, aus denen die österreichische Monarchie zusammengesetzt ist. Selbst den deutschen Provinzen spricht er die Neigung ab zu einem Anschlusse der Art an Deutschland, welcher ein „Untergang in Deutschland" sein würde. Ohne bringende Veranlassung solle man es doch nicht darauf ankommen lassen, einen Staat von 39 Millionen Menschen zu zerstückeln, und diese dringende Veranlassung sei nicht gegeben. Oesterreich sei schon jetzt seinen Pflichten gegen das Reich gerechter geworden, als mancher andere Staat (Oho! von der Linken), es werde sich auch ferner eng anschließen, dem deutschen Zollverbande beitreten und auch die Einführung der Frankfurter Gesetze werde in den deutschen Provinzen auf keine Hindernisse treffen. Wie solle man sie aber zwingen, aufhören Oesterreicher zu sein, was sich namentlich die Slaven unter ihnen nimmermehr gefallen lassen würden. Ja, ganz Oesterreich werde sich erheben wie Ein Mann wider eine Zerreißung mitten im Frieden und durch seine Freunde. Der Redner endet mit einer dringend bittenden Warnung vor den Gefahren des Schritts, den die Reichsversammlung zu thun im Begriffe sei. Wagner von Steyer glaubt nicht, daß die Gefahr der Trennung Oesterreichs erst durch die Personalunion hervorgerufen werde, wie er überhaupt den panischen Schrecken vor einer solchen Trennung nicht theilt. Die Lostrennung der deutschen Provinzen von den nichtdeutschen betrachtet er sogar als ein Glück, als eine Befreiung von einem schweren Hemmnisse. Schon jetzt sei einer deutschen Dynastie absoluter Herrschaft bei der deutschen Einfluß im Reiche gering gewesen, in einem konstitutionellen Oesterreich von einem überwiegend slavischen Reichstage werde er ganz unterdrückt werden. Ein mächtiges Deutschland werde die Freundschaft der Donauländer nicht zu suchen haben, sein Bündniß werde gesucht, die dort vorhandenen deutschen Sympathien würden im Osten durch Auswanderungen nach der Moldau, nach der Walachei hin gefördert werden. Auch Tyrols Anhänglichkeit an Oesterreich, die der Vorredner so hoch angeschlagen, sei nicht auf das ungarische und galizische Oesterreich, sondern auf das deutsche gerichtet. Jetzt sei die Zeit, es mit Bestimmtheit auszusprechen, daß das deutsche Oesterreich zu Deutschland gehöre, jetzt und vielleicht nie wieder, und es wolle zu Deutschland, wohin es Sinn, Bildung, Sprache, wohin es seine Abstammung, sein Staatsrecht, seine Geschichte weise. Die Nothwendigkeit sei die ultima ratio nicht blos gegen einzelnen, sondern auch gegen populorum, sie fordere den Anschluß. Was dagegen eingewendet werde, komme nicht auf dem Volke, sondern von den Umgebungen des Hofs, von selbstsüchtigen Beamten, vom Militär. Die Zukunft des deutschen Oesterreichs ist die deutsche, des slavischen der Osten. Mit dem letzteren lassen Sie uns Hand in Hand gehen, zu Schutz und Trutz verbunden. Aber Deutsch-Oesterreich nehmen wir zu uns. Rechnen Sie darauf, daß Ihnen alle Herzen entgegenschlagen für solchen Beschluß. Rechnen Sie die Sympathien auch auf unsere Armee! — Die Seite der Speeches für den unbedingten Anschluß ist die bei weitem mehr populäre, ist die die bei jetzt einzig dankbare Seite der Frage. Der Redner geht daher unter lebhaftem Beifall von der Tribüne, während schon die Ankündigung eines entgegengesetzten Antrags, zu dessen Vertheidigung Kaiser von Wien das Wort ergreift, ein Gemurmel des Unwillens erregt. Er slavisches deutsch-feindliches Reich entwickelt in Folge der Personalunion aus dem Donau entstehen, oder die Bruchstücke des Kaiserstaates würden in Rußland ein Beute der Franzosen, in Galizien eine Eroberung Rußlands sein. Kaiser richtet seine Rede besonders gegen die hiendenden Behauptungen Gföhra's in der Freitagsitzung. „Ausnahmen von der Reichsverfassung, soweit solche Oesterreich wegen seiner eigenthümlichen Verhältnisse zugestanden werden müssen, bleiben künftiger Gesichtsbildung vorbehalten" — das ist der Inhalt §. 2 §. 2 des auf heute zur Berathung zum Berichterstatter v. Wydenbrugk hält die Zwecke, welche Deutschland und Oesterreich vereint zu verfolgen haben, nur für erreichbar in der Form des Staatenbundes, der aber nicht blos eine militärisch-politische Vereinigung sein, sondern auch eine nationale, kommerzielle und übrige erweiterte Zwecke umfassen solle. Er entwickelt diese Meinung auf thatsächlichem Grunde und auch der pragmatischen Sanktion windigirt er eine andere und stärkere Bedeutung, als ihr von Seiten Wiens und Gföhra eingeräumt worden. Die östliche Verbindung Schleswigs mit Holstein wie eine Zerreißung sei fürstlen hier als ein unthunlich geschildert worden. Ein um wie weit größeres Unglück aber würde eine solche Trennung für Oesterreich sein! Auch haben nicht die deutschen Provinzen vorzugsweise bis jetzt die Staatsschulden-Interessen getragen, sondern Mühlfeld belegt die verhältnißmäßige Theilnahme der übrigen Länder durch Zahlenangaben. Dann erinnert er an die neueste geschichtliche Mission Oesterreichs gegen Osten. Diese sei die Bereitschaft und könne nur durch Erfüllt werden durch ein mächtiges festgeschlossenes Reich, beruhend auf der Gleichberechtigung der Nationalitäten. Wenn Sie die Idee eines deutschen Bundesstaates begeistern kann, gegründet auf die Zertrümmerung der österreichischen Monarchie, warum kann Sie nicht begeistern ein Staatenbund mit einem mächtigen, Ihnen eng befreundeten Oesterreich? Der Eindruck der Rede v. Mühlfeld's wird festgehalten und verstärkt durch v. Wydenbrugk. Die Anwendung eines Zwangsmittels gegen Wien, die ihm die Zertrümmerung der österreichischen Monarchie und der deutschen Macht gegen Osten. Denn die Personalunion zerschlage den Kaiserstaat unausbleiblich in verschiedene Staaten und setze damit selbst die deutsche Zukunft am Mittelmeere in Gefahr. Unser Interesse gebiete daher eine andere Politik. Man habe uns vorgemalt, eine neue Staatengruppe um Ungarn werde sich erheben und werde mit diesem Lande eine Art von freier „Schweiz" darstellen, auf die Deutschland stets den unmittelbaren Einfluß ausüben werde. Das ist jedoch ein Gedanke, der sich unter Wände's Beleuchtung zu einem phantastischen Nebel verflüchtigt. Wollen wir der Uebermacht der Russen entgegen arbeiten, so dürfen wir ihnen wahrlich nicht die Südslaven durch die Auflösung Oesterreichs geradezu in die Arme treiben. Nicht blos einen völkerrechtlichen Vertrag, sondern einen engen staatsrechtlichen Verband mit Oesterreich verlangt der Redner, aber um dem gegenwärtigen Parteikampf in Oesterreich nicht eine neue Nahrung hinzuwerfen, räth er von voreiligen Bestimmungen ab und pflichtet daher dem Amendement Kaiser's bei, welches die nöthigen Ausnahmebewilligungen auf eine künftige Entscheidung hinausschiebt. Endlich verwahrt sich Winke mit edler Wärme gegen den Verdacht, daß er hiermit irgendeinen andern als den deutschen Standpunkt vertrete. Denn gerade wenn er ein preußisches Sonderinteresse kennte, so würde er die unbedingte Annahme der Paragraphen empfehlen. Dann sei Oesterreich von Deutschland ausgeschieden und Niemand werde ihm bestreiten, daß dann das Prinzipat bei Preußen sei. Aber weder er, noch seine preußischen Freunde hätten etwas Anderes im Auge, als die Größe, Herrlichkeit und Macht des deutschen Vaterlandes. (Anhaltender Beifall von der großen Mehrheit. Zischen von der Linken.) Schreiter aus Wien setzt wieder auf's Neue entgegengesetzten Partei, indem er für die Aufrechthaltung der Paragraphe und für die Personalunion spricht. Die deutschen Provinzen würden nach seiner Berechnung gegen 30 Millionen jährlich erparen; das Salz-, das Tabaks-Monopol, das Lotto, und die Verzehrungssteuer könnten sofort aufgehoben werden, wenn diese Länder nicht mehr für die Lasten der österreichischen Gesammtmonarchie mit zu tragen hätten. Die Trennung ist jedoch kaum noch bei Aufmerksamkeit und dem erschöpften Gegenstand sind nicht leicht neue Seiten abzugewinnen. Clemens aus Bonn würde zwar einen Krieg um Oesterreichs willen und um jene acht deutschen herrlichen Länder bei'm Reiche zu führen, vollkommen gerechtfertigt finden. Und man solle sich nicht täuschen, ohne einen Krieg sei die Einverleibung nicht durchzusetzen! Wolle man aber keinen Krieg und das für Deutschland unentbehrliche Oesterreich dennoch nicht aufgeben, so müsse die Hinausscheidung der thatsächlichen Durchführung der Paragraphen gestattet werden. Biedermann aus Leipzig spricht sich dahin aus, Oesterreich die Bedingung zu stellen, wenn es die Paragraphen nicht unbedingt angenommen könne, daß es dann über eine völkerrechtliche Verbindung mit dem Reiche

sofort mit Zugeständnissen verworrtete, wie sie zur sichern Grundlage eines Unionsvertrages mit Deutschland dienen könnten. Reichensperger: Die Annahme des Paragraphen würde den Knoten zerhauen, nicht lösen. Aber kein Entweder — Oder sei hier am Platze, sondern es müßten Vermittlungen und Uebergänge gesucht werden. Die wachsende Unruhe im Hause läßt die Redner kaum noch vernehmlich werden, und auf das Verlangen der Mehrheit wird die Vertagung ausgesprochen. Die heutige Wahl zur Ergänzung des Geschäftsausschusses ist auf Bauer von Bamberg gefallen. Die Fortsetzung der Berathung über die Verfassung findet nächsten Donnerstag Statt.

Deutschland.

Sächsische Herzogthümer. Hildburghausen, 20. Oct. (Corr.) Noch stehen die bayrischen Truppen hier und in einigen Dörfern, und leben mit den Einwohnern im besten Vernehmen, und man rühmt das gute Betragen und die Freundlichkeit der bayrischen Gäste. Dem Vernehmen nach werden diese und aber in einigen Tagen verlassen und dafür hannoversches Militär in Koburg, Hildburghausen und Meiningen einziehen.

Anhaltische Herzogthümer. — Bernburg, 19. Oct. — So eben trete folgender Erlaß unseres Herzogs vertheilt: „An Meine getreuen Anhalt-Bernburger. Zweimal habe Ich bereits in Augenblicken großer politischer Aufregung und Besorgniß für die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung, die allein Leben und Eigenthum zu schützen vermag, in einfacher, derzlicher Weise unmittelbar zu Euch gesprochen, und Ihr habt damals diese Ansprache mit Freude und Dank aufgenommen. Jetzt versuche Ich es nochmals. Möge dieses Land, wie die ganzen Lande und alle seiner Bewohner geschehen! Euch allen sind die Vorgänge in der Landtagssitzung vom 13. d. M. von Seiten der nicht stimmberechtigten Anwesenden zur Genüge bekannt. Viele von Euch haben darüber unverholen ihre Entrüstung ausgesprochen. Es ist Euch ferner bekannt, wie Ich in Folge jener Ereignisse unterm 14. d. Mts. Meinen Geheimenrath Dr. von Kersten beauftragt habe, ein neues Ministerium zu bilden, und das bisherige angewiesen habe, bis dieses geschehen, die Regierungsgeschäfte zu besorgen. Ich habe Mich dabei dahin ausgesprochen, daß das neue Ministerium für jetzt aus drei Mitgliedern gebildet werde, wozu Ich Mich nicht allein durch die Betrachtung, daß sonst alle Zweige der Staatsverwaltung nicht gehörig würden gemacht werden können, sondern auch durch laut ausgesprochene Volksmünsche bewogen gefunden habe. Inzwischen hat Mir als deutschem Reichsfürsten auch die Pflicht obgelegen, das Reichsministerium von den Zuständen des Landes bis auf die neuesten Vorgänge in Kenntniß setzen zu lassen. Es darf erwartet werden, daß Seitens der deutschen Zentralgewalt darauf möglichst schnell das Weitere veranlaßt werden wird; und Ich richte daher an alle Angehörigen des Landes die eben so wohlmeinende als dringende Aufforderung, bis dahin die Bahn der Ruhe, Ordnung und Gesetze nicht zu verlassen, sondern nach allen Kräften dahin zu wirken, daß der Friede in seiner Weise gestört und ruhige Besonnenheit überall zur Herrschaft gelange. Treue Anhalt-Bernburger! seid eingedenk Eurer alten Liebe für Sitte, Ordnung und Recht und Eurer bewährten Anhänglichkeit an Euer Fürstenhaus! Ballenstedt, am 18. Oct. 1848. Alexander Carl, Herzog zu Anhalt." Merkwürdig muß es erscheinen, daß diese höchst Kuntmachung in einem konstitutionellen Staate ohne Gegenzeichnung erlassen ist, da doch schon gestern das neue Ministerium: Kersten, Jacharia u. v. Diez, ernannt worden ist. Am Uebrigen erfreuen wir uns hier in jeder Beziehung der größten Ruhe. (Mgb. Z.)

Mecklenburg Schwerin. Schwerin, 21. Oct. Das Wochenblatt enthält nachstehende Großherzogliche Verordnung: „Friedrich Franz, von Gottes Gnaden, Großherzog von Mecklenburg ꝛc. Wir haben beschlossen, die in Folge unserer Proklamation vom 23. März und der Verhandlungen auf dem außerordentlichen Landtage im Frühling d. J. zur Vereinbarung einer neuen Verfassung zu bildende Versammlung gewählter Vertreter des ganzen Landes am 31. Okt. d. J. in Unserer Residenzstadt Schwerin zu eröffnen und die in Gemäßheit des provisorischen Wahlgesetzes vom 13. Juli d. J. erwählten Abgeordneten dazu einberufen. Gegeben durch Unsere Regierung, Schwerin am 19. Oktober 1848. Friedrich Franz. L. v. Lüpow."

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 25. Okt. Bayer. 3½ proz. Obligationen 76 P. — G. 4proz. 86 G. Bankaktien II. Semester 574 P. Promessen 35 P. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. — P.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag, 27. Okt: „Doktor und Fritzer, oder: die Bucht nach Abenteuern", Posse mit Gesang von F. Kaiser.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. v. Schöpler, von Augsburg. Grosshoff, Kaufmann, von Hamburg. Porrede, Rentier, von London.

Gold. Hirsch. Baron v. Lüneberg, Gutsbesitzer, aus Franken. Berendsen, von Petersburg. Tyrrel, Lieutenant, von Augsburg. Graf v. Besarval, von Pesth.

Hotel Maulik. v. Brosti, Rentier, von Turin. Vallaur, Rentier, von Trieburg Schleier, Privatier, von Passau. Frhr. v. Meichelt, von Dresden. Stille, Rentier, aus Amerika. Dornauer, Kaufmann, von Düsseldorf. v. Dahlopf, Privatier, von Stettin.

Gold. Krug. Hoffmann, Rentier, von London. Frhr. v. Gilsfried, von Lieg. Mad. Tillnay, von Wien.

Gold. Hahn. Frhr. v. Köfer, von Landshut. Schifman, Appellationsgerichtsrath, von Freising.

Blaue Traube. Streffian, Oberst, von Frankfurt. v. Merl, k. k. Landrath, von Innsbruck. Drnitwitz, Ingenieur, Wiesenthal, v. Wiskerl, Lampart, Diller, Ditenger, Mayer, Zhener und Leiner, Deputirte von Augsburg. Stiffel, Konsul, von Frankfurt. Dr. Pfreischuer, von Kufstein. Fräulein Betti und Fräulein Rodl, von Wien. Verdunkan, Rentier, von Aulmerjer. v. Jagerman, geh. Rath, von Wertheim. Adam, Expeditus, von Dornbuchen.

Stadt Augsburg. Helderreich, Kantor, von Schwabmünchen. Gretzel, Brauer, von Prag. Neubauer, Brauer, von Pest. Schreiber, Kaufmann, von Pöttmes. Schmid, Pfleger, von Pöttmes. Bauer, Hauptzollamtsoberinspektor, von Reichenhall. Zichtner, Maler, von Bonn. Maurer, Maler, von Donauwörth. Dr. Deppich, Professor, von Würzburg.

Getraute in München.

Die Herren: Eduard Föterer, Professor im königl. Konservatorium, mit Elisabetha Lydan, bürgerl. Handelsmannstochter von hier. Joseph Anton Payrl, Brauermeister in der Au, mit Viktoria Steinmüller, Zimmermannstochter von Berbing. Johann Max Joseph Knorr, Hausbesitzer von hier, mit Fräulein Katharina Rothmanner, königl. Polizeikommissariatsrechnungsführer von Pfaffenhofen. Franz Xaver Seibold, Schauerwandner in Landshut und Witwerbahnhauer in Aubing, mit Elisabetha Rinkelhofer, Maurerstochter von der Au. Joseph Zeil, Dr. med. und prakt. Arzt in Furth, bzgs. Cham, mit Fräulein Magdale Stadtmann, königl. Staatsrathspräsidentenstochter von hier. Joseph Spieß, Zimmergeselle von hier, mit Anna Bleichner, Zimmermannstochter von hier. Anton Joachim Maier, königl. Postpostillon, mit Thekla Henrietta Graf, Gärtnerstochter von hier. Johann Baptist Müller, Sattlermeister von hier, mit Rosina Seidlmayer, Bauerstochter von Unterdrunn, bzgs. Starnberg. Franz Xaver Eichhöch, Marktmipetter von hier, mit Johanna Renner, Schuhmacherstochter von der Au. Johann Baptist Soyrer, Bäckermeistersohn, und Barb. Hartmayer, Schneidermeisterstochter von hier. Johann Michael Hänlein, Minsterialdiener von hier, mit Margarethe Barbara Lamm, Sattlermeisterstochter von Freudwangen. Johann Nepomuk Huber, Postamt von hier, mit Barbara Stahl, Bauerstochter von Berg am Laim.

Gestorbene in München.

Franziska Heldreich, unverh. Zollreinvehmerstochter von Linkau, 81 J. a. Karl Brunner, Landwehrfeldzeugs-Regimentssattlar, 35 J. a. Franz Joseph Fünderburg, Steuerkassier-Assistenzt von Zolz, 42 J. a. Ignaz Merz, ehemal. Glasgriechtsbot, 74 J. a. Katharina Sigo, königl. Hauptmannswittwe, 53 J. a. Viktor Des Portes, Sprachlehrer von Paris, 48 J. a. Anton Mühleis, Wagnergeselle von Rechdenhausen (in Württemberg), 50 J. a. Maria Huber, Postkonsulatsrestrau, 34 J. a.

Pfändervauslösung und Versteigerung.

206. (3a) Donnerstag den 16. Nov. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Oktober 1847, und zwar von Nro. 1 bis 8760.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verlegt, umgesprochen und ausgelöst werden; nur am Auslösstage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr Statt.

Hiernach Dienstag den 21. November 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 25. Okt. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthor.

F. Angrisli, Man.-Rath.

Schang, Kassier. Offenbrunner, Kontrolleur.

208. **Un Précepteur français,** longtemps attaché à une des premières maisons de l'Autriche, désire entrer dans une bonne famille à Munich. — Il possède toutes les branches d'enseignement qui constituent une bonne éducation: telles que la langue française, les éléments de la langue anglaise, la Géographie, l'histoire, les mathematiques, l'art du dessin classique, les figures et le paysage aquarelle à un certain degré de perfection. En outre il peut témoigner par les certificats les plus honorables, de sa moralité et de ses antécédents. Adresse Hotel blaue Traube 3. Stock.

Bekanntmachung.

Im Namen Seiner Majestät des Königs von Bayern.

Die Eröffnung der Eisenbahn von Neuenmarkt bis Hof, resp. die Herstellung der Eisenbahnverbindung zwischen Nürnberg und Hof betr.

Vom 1. November d. Js. angefangen wird die Eisenbahn von Kulmbach und Neuenmarkt bis Hof in der Art in regelmäßigen Betrieb gesetzt, daß täglich von Hof um 10½ Uhr Vormittags ein Wagenzug (zum Anschluß an die zweite Fahrt nach Nürnberg) nach Kulmbach abgefertiget wird, und ebenso täglich um 12½ Uhr Mittags ein Wagenzug von Kulmbach nach Hof abgeht. — Bei beiden Wagenzügen findet an den Stationen Neuenmarkt, Münchberg, Marktschorgast, Schwarzenbach, Personen- und Gepäck-Aufnahme, an den Bahnhöfen Stammbach und Oberkotzau Personenaufnahme Statt.

In Folge vorstehender Einrichtung wird vom 1. November l. Js. an die eine der täglichen Eilwagenfahrten zwischen Hof und Kulmbach, bisher abgehend aus Hof um 7 Uhr früh, aus Kulmbach um 1 Uhr Mittags, aufgehoben, dagegen die Eilwagenfahrt, abgehend aus Hof um 8 Uhr Nachts, aus Kulmbach um 10 Uhr Nachts auch unverändert beibehalten.

München den 24. Oktober 1848.

General-Verwaltung der königl. Posten und Eisenbahnen.

v. Goeb. Tauber.

Bekanntmachung.

Gesuche um Anstellung oder Verwendung im Eisenbahndienste betr.

205. Nachdem fortwährend Gesuche um Anstellung oder Verwendung im königl. Eisenbahndienste als Kondukteur, Stationsdiener, Bahnwärter u. s. w. an die unterfertigte Stelle gerichtet werden, so wird hiemit bekannt gemacht, daß die Anstellung der Bahnwärter lediglich den königl. Bahnämtern zusteht, und daß von den königl. Bahnämtern die qualifizirten Bahnwärter zu Stationsdienern und die dazu geeigneten Stationsdiener zu Kondukteuren u. s. w. vorgeschlagen werden.

Es sind daher alle Gesuche, um Verwendung im niedern Eisenbahndienste an die treffenden königl. Bahnämter zu richten, sowie auch alle demungeachtet an die unterfertigte Stelle gelangenden derartigen Gesuche lediglich dem treffenden königl. Bahnamte zur gutfindigen Würdigung und Bescheidung mitgetheilt werden.

Außerdem wird noch ausdrücklich bemerkt, daß sämmtliche Stellen des niedern Post- und Eisenbahn-Dienstes vollständig besetzt sind, und daß noch über 2000 Gesuche um solche Stellen vorliegen, welche bisher nicht berücksichtiget werden konnten.

München den 16. Oktober 1848.

Generalverwaltung der königl. Posten und Eisenbahnen.

---

204. (2a) Im Brunnendorfhof im Hause Nro. 17 an der Sonnenseite ist eine schöne, große, herrschaftliche Wohnung, bestehend in 14 Zimmern, Stallung auf 4 Pferde, Remise für mehrere Wägen, Keller, Speicher und allen übrigen Bequemlichkeiten für Ziel Georgi 1849 zu vermiethen und Näheres ebener Erde zu erfahren.

Stelle-Gesuch.

164. (l) Ein junger Mensch von 30 Jahren, der schon 4 lateinische Schulen absolvirt hat, wünscht als Bedienter bei einer Herrschaft, oder als Ausgeber in einem Bankierhause, oder in einer Handlung, oder sonst an geeigneter Stelle plazirt zu werden. Das Nähere bei diesfälliger Expedition.

Gant- und Versteigerungs-Proklama.

Gant des Markus Buhl von Berg betr.

196. (2b) Unterm 20. Mai 1846 wurde gegen Markus Buhl, ledigen Brauknechtsstieg von Berg, die Eröffnung des Gantverfahrens beschlossen, jedoch blieb dasselbe bisher wegen der eingelegten Rechtsmittel suspendirt.

Nachdem nun von ihm unterm 12. d. Mts. der Bericht hierauf erstattet worden, und jener Beschluß sonach die Rechtskraft beschritten hat, werden die gespflichten Editotage hiemit ausgeschrieben, und zwar:

a) zur Anmeldung der Forderungen und zu dem Rathsweisling auf

Dienstag 19. Dezember l. Js.,

b) zur Vorbringung der Einreden auf

Dienstag 6. Februar 1849,

c) zu den Schlußverhandlungen:

für Replik auf

Donnerstag 22. Februar 1849,

für Dupplik auf

Donnerstag 8. März 1849,

jedesmal Vormittags 9 Uhr,

bei unterfertigtem Gerichte angesetzt, und sämmtlich bekannte und unbekannte Gläubiger des Gemeinschuldners unter Androhung des Rechtsnachtheiles hiezu vorgeladen, daß das Ausbleiben am 1. Editstage die Ausschließung der Forderungen von der Konkursmasse, das Ausbleiben an den übrigen Editstagen aber den Ausschluß mit den an denselben vorzunehmenden Handlungen zur Folge hat.

Als alle Gläubiger, welche von den Vermögen des Gemeinschuldners etwas besitzen, ergeht die Aufforderung, es unter Vermeidung nochmaligen Erfolges vorbehaltlich ihrer Rechte bei Gericht zu übergeben.

Das Aktivvermögen besteht:

A. in den je Berg'n Gt. gelegenen Brauerei- und Wirthschafts-Gebäuden mit realer Tafern-, Brauerei-, Brenn- und Mehger-Gerechtigkeit, nebst einem Grundbesitze von 55 Tagw. 16 Dez. Aeckern, Wiesen, Baldung mit Gemeindrecht und Forstrecht in der königl. Waldung Ostermald, welche Realitäten und Gerechtigkeiten im Dezember 1845 sämmtliche gerichtlich worden auf . . 18135 fl.

B. in den auf . . . . . 2694 fl. eingewerthten Mobilien,

C. in Aktivforderungen im beiläufigen Betrage von . . . . . 500 fl.

D. in einem gerichtlichen Depositum von 1012 fl.

Summe . . . 19341 fl.

Dagegen belasten sich die bis jetzt bekannten Passiven auf 37795 fl. (darunter 24628 fl. privilegirte und Hypothekforderungen) so daß sich eine Ueberschuldung von 18454 fl. ergibt.

Sämmtliches Immobiliar- und Mobiliar-Vermögen wird dem öffentlichen Verkaufe im Versteigerungswege aus- und zum Termin auf

Montag den 18. Dezember l. Js.,

Vormittags 9 Uhr,

in loco Berg angesetzt.

Bezüglich der Immobilien wird noch §. 64 des Hypothekengesetzes und §§. 98—101 der Prozeßnovelle vom 1837 verfahren werden.

Zur Versteigerung der Mobilien, bestehend in Möbles, Betten, Haus- und Feld-Geräthschaften, Futtervorräthen und dem zum Gewerbsbetriebe nöthigen Gespann und Geschirr kann übrigens nur baaren übergegangen werden, wenn schon in diesem ersten Termin das auf die Immobilien gefallene Meistgebot den Schätzungswerth erreicht haben wird.

Steigerungsantäge, von welchen sich alle dem Gerichte unbekannte, sowie solche, deren Zahlungsfähigkeit zweifelhaft, über diese durch gerichtliche Zeugnisse ausgewiesen haben, findet man zum Versteigerungsakte hiemit ein und bemerkt, daß die betreffenden gerichtlichen Grundbuchs- Katasterauszüge nebst gerichtlichem Schätzungsprotokolle täglich hierorts eingesehen werden können.

Die Bekanntgebung der näheren Kaufsbedingungen ist am Versteigerungstage selbst zu erwarten, sowie auch allenfallsige nach gelungenem Verkaufe auch der Versatz, das Gantverfahren am 1. oder 2. Editstage durch Akkordament abzuschließen.

Diebstadt will man auch hier schon aufmerksam gemacht haben, daß falls es zu einem zweiten Versteigerungsakte kommen sollte, dieser auf den Tag anmittelbar vor dem 2. Editstage ausgeschrieben werden wird.

Füssen am 30. Sept. 1848.

Königl. Landgericht Füssen.
Schicker,
Landrichter.

Bekanntmachung.

203 (3a) Der auf Namen des Joseph Lauter ausgestellte Bankschein der königl. bayer. Bank zu Nürnberg vom 19. September 1834 Nro. 20,329 über 75 fl. Kapital zu 2½ Prozent verpfändet, ist zu Verlust gegangen.

Es wird daher der unbekannte Inhaber desselben aufgefordert, diesen Bankschein binnen 6 Monaten a dato gegenwärtiger Bekanntmachung vor dem unterzeichneten Gerichte vorzuweisen, und seine Rechte hierauf geltend zu machen, widrigenfalls der Bankschein für kraftlos erklärt wird.

Aibling den 19. Okt. 1848.

Königl. Landgericht Aibling.
Der k. Landrichter:
Kienast.

Gaß.

Erledigte Oberschreiberstelle.

195. (3b) Die Oberschreiberstelle bei dem königl. Rentamte Regen in Zwiesel wird mit Schluß November d. Js. erledigt.

Vollkräftig befähigte, insbesondere im defizilichen Steuerwesen wohl erfahrne Bewerber wollen sich unter Anlage ihrer Zeugnisse an das bezeichnete königl. Amt wenden.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Der Sicherheitsausschuß in Wien und seine Folgen.

= München, 26. Okt. In Folge der letzten so sehr bedauerlichen Auftritte in unserer Stadt sind die und da, bald vereinzelte, bald offene Stimmen und Fragen aufgetaucht, welche vorsichtig sondierend die Stimmung der hiesigen Bürger erforschen zu wollen schienen, ob vielleicht einem allenfallsigen „Sicherheitsausschusse" günstig sei oder nicht. Ohne uns hier auf die Nothwendigkeit oder Nichtnothwendigkeit eines derartigen Institute einzulassen, wollen wir einfach versuchen, in wenig Zügen ein Bild des Entstehens und der Thätigkeit des Wiener Sicherheitsausschusses zu geben, Jedermann mag dann selbst beurtheilen, ob auch München der „Segnungen" Folgen solch eines Ausschusses sich erfreuen soll.

Oesterreichs verwerflichste Regierungsmaßregeln war durch die drei Märztage gestürzt worden, und der 25. April hatte die von allen es mit der Monarchie wahrhaft wohlwollenden Freisinnigen mit Jubel begrüßte Verheißung der Konstitution gebracht. — Nicht lange aber, so erhoben sich schon zweifelnde Stimmen, ob ein und dieselbe Konstitution für alle Theile der Gesammtmonarchie gültig sein könne. Die Italiener waren bereits im offenen Aufruhr begriffen, die Ungarn, ohne Zweifel im geheimen Einverständnisse mit dem Stadenkönige, suchten die Gelegenheit zu benützen, um das geträumte magyarische Weltreich zu gründen. Beiden Nationen mußte alles daran gelegen sein, den österreichischen Staat in die möglichst größte Verwirrung zu stürzen, und Gerade setzten mehrere Worte noch Oehl, um im Herzen der Monarchie, in Wien, eine formwährende Aufregung zu unterhalten und ihre Agenten haben dies leichtlich zu bewerkstelligen gewußt. Unter diesen Umständen bildete sich in Wien der Sicherheitsausschuß, und zwar hauptsächlich aus solchen Männern, welche niederträchtig genug gewesen, fremden Einflüsterungen und fremdem Golde sich hinzugeben und jene heillosen Verwirrungen anzuzetteln, unter denen Oesterreich so unendlich leidet!

Man warf damals den Männern, welche das schwankende Staatsschiff leiteten, Schwäche vor, und mit Recht. Dieser Schwäche sollte der Sicherheitsausschuß kräftigend zur Seite treten. Allein dazu dieß zu thun, statt an die Stelle jener schwachen, den Anforderungen der Zeit nicht mehr genügenden Männer andere, erleuchtete, erfahrene, energische Männer zu berufen, Männer des allgemeinen Vertrauens, das war der Sicherheitsausschuß in kleinlicher, kindischer Eifersucht vor, selbst herrschen zu wollen, und zwar unumschränkt! Statt die Regierung zu stützen, ihr Ansehen zu heben, suchte der Sicherheitsausschuß jede Maßregel der Regierung zu verdächtigen, teat ihr in allen ihren Handlungen hemmend und lähmend entgegen, erweiterte den Kreis seiner angemaßten Befugnisse bis auf die freundschaftlichen Tingen, ja er suchte sogar den Gang der allgemeinen europäischen Politik einzugreifen. So wurde Schritt für Schritt das Ansehen der Regierung vernichtet, die Thätigkeit der Zivil- und Militärbehörden zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung gelähmt, oder gar als gesetzwidrig bestraft. Natürlich, denn in einem geordneten Staate war ja ein Sicherheitsausschuß eine Unmöglichkeit, und letzteren wollte man um jeden Preis aufrecht erhalten, aus dem einfachen Grunde, um eine Zeitlang regieren zu können. Was kam auch darauf an, ob Ordnung und Ruhe, ob Wohlstand und Gewerbe, ob Kredit und Handel, ob selbst die Monarchie darüber zu Grunde ging? — Fragen wir weiter, hat der Sicherheitsausschuß die Pflicht erfüllt, welche in seinem Namen liegt, um derentwillen er angeblich einzig und allein sich stützte? Nein, und aber mals nein! Er war nicht einmal im Stande, den schändlichen Mord der Sicherheit und Eigenthum bedrohenden, allnächtlich wiederkehrenden Raubmußten abzustellen, und als gerade durch seine unheilvolle Thätigkeit alle Verhältnisse täglich beroobldeer sich gestalteten, die allgemeine Verwirrung aufs höchste gesteiget, aller Verkehr und alle gewerbliche Thätigkeit vollends zerstört waren, als die Gemeindeverwaltung gänzlich war auf Kosten der Gemeinde Tausende vom Sicherheitsausschusse willkürlich gebildete durch seine widersinnigen Maßregeln so außerordentlich vermehrte ländlose Arbeiter, — allzeit fertige Satelliten des Sicherheitsausschusses — zu ernähren, als der Ausschuß es so weit gebracht, sich verhaßt und verächtlich gemacht hatte, da fand er selbst seine Auflösung für nothwendig!

So viel über den Wiener Sicherheitsausschuß und sein Treiben, Folgen die speziele Kritik findet, ja beinahe ganz Oesterreich im gegenwärtigen Augenblicke zu schwer, auf eine so entsetzliche Weise tragen muß! Haben Münchens Bürger etwa auch Lust, einen solchen Baum zu pflanzen, der solche Früchte trägt?

Der kroatische Landsturm auf der Heimkehr.

Welch scheckbare Schilderungen haben und nicht ungarische und mit ihnen harmonierende deutsche Blätter von den kroatischen Schaaren des Banus Jellachich gebracht. Manches der diese Berichte las, mochte sich vielleicht verleitet fühlen, die Kroaten für nicht viel besser, als halbe wo nicht ganze Barbaren und Menschenfresser zu halten. Die nachstehende Schilderung der aus Ungarn in die Vaterland auf Befehl des Banus selbst heimgehenden Schaaren dürfte so manches falsche Urtheil berichtigen und wird gewiß mit hohem Interesse gelesen werden.

Marburg, 20. Okt. Vorgestern den 18. Okt. erreichten die Landsturmtruppen des Banus Jellachich auf dem Rückmarsche aus Ungarn in ihre Heimath unsere Stadt und übernachteten im Feldlager zwischen der Magdalena-Vorstadt und dem Teufelwalde. Heute Morgens 10 Uhr brachte und die Ankunft des Brigade-Generals v. Theodorovic und der zur Abspeisung des Lagers beauftragten Offiziere die Gewißheit des baldigen Einrückens jener bewaffneten Landleute der Militärgrenze, welche der Banus als für einen regelmäßigen Krieg weder geordnet, noch gebörig gerüstet, trotz ihrer Anhänglichkeit, und man kann sagen: feuriger Stimmung, von den Maeken Oesterreichs zurückzusenden sie gut befunden. Von Seite der Stadt waaren zur Gegnahme des hungerigen, durch Wetter und 17 Nachtlager unter freiem Himmel hart hergenommenen Waffenvolkes 1 Stück Ochsen, 9000 Pfund Fleisch, 40 Klafter Holz ꝛc. nach dem Feldlager in der Straßau, welche Oertlichkeit Kreisbauptmann Eder im Einverständnisse mit dem Stabsoffiziere der Vorhut, mit Rücksicht auf die nahen Brunnenquellen und dem Obdach gewährenden Forst gewählt hatte, verfügt worden. Die schwankenden Gerüchte, welche noch am 18. Früh die Grenze über Marterskraut gehen ließen, und die Sage, welche unsere meisten Landsleute besitzer seine heil, waren die Ursache, daß die gewaltige Menigenge, mit welcher seit den Märztagen jede österreichische Kriegerschaar gelabt wird, diesen tapferen Kämpfern beim Einmarsche nicht gereicht werden konnte, und Abends bei der Lagerung auf den Wunsch der Offiziere unterblieb. Von 3 Uhr bis 6 Uhr Abends bewegten sich in dunklen Gruppen, bunt in Waffen und Tracht, 17,000 Mann vom rieftgen Seerfaner bis zum sonnlichen barfüßigen Hirten, von Sämmtlichen weitergekommen Gastfreibis zum zitternden Greise und schwachen Knaben durch unsere Stadt. Der völlig lautlose Tritt der Dpanken auf dem regenerweichten Boden, das ernste Schweigen, nur in manchen Truppe vom melancholischen Refrain eines alten serbischen Kriegsliedes auf den Lagen des Königs Marko unterbrochen, das Gemenge der Waffen von der zweifpitzigen Hatchka und der unpraktischen Pike der einen, bis zum reichverzierten türkischen Handyar, den silberfunkelnden Pistolen, dem kostbaren Handjar mit elfenbeinernem Griffe der Andreen flanken seitsam zu den 13 Fahnen, von denen einige in hundert Fetzchen zerfetzt, nur mehr die Reste des österreichischen Adlers als wieren Bild unserer Vieren gezogen, andere ohne Emblème aus schwarzem und gelbem Stoffe, wie ihn die Gegend gab, um die Stangen sich wanden. Von 4 Stabs- und 20 Oberoffizier Zahl blieben nur 3 vom Stabe die Uebrigen vom Wenssonsthande) hielten die ganze, ein Bild der Völkerwanderung — oder durch die leitende Idee richtiger, eine perspätete Exfode aus den Kreuzzügen darstellende Volksmenge in Ordnung — und zwar in so musterhafter Ordnung, wie sie kaum bei der regelmäßigsten, auch den besten Gehorsam einen gebildeten Volke zugegeben Armee nach so langen Leiden — Statt finden kann. Artig und freundlich gegen Jedermann, eine kleine Gabe, ein Stück Brod, einen Apfel, eine Rübe, ein Glas Wein mit dem innigsten Danke vergeltend, jeden Kaufgegenstand baar und richtig bezahlend, gab die Truppe, welche Hunderte von fleißigen Familienvätern auf Ungarn Boden begeud, die Ueberzeugung, was strenge Ordnung und Zucht, und eine heinahe spartanische Gehorsamkeit vermögen. Ohne Beschwerde oder leichte Beleidung, die elende Beschuldung, das bleiche Antlig der Meisten des tiefste Mitleid, so konnte man der lüftigen Haltung, dem eisernen Widerstande solcher abgehärteter Naturen, andererseits die gerechte Bewunderung nicht verfagen. Diese verrufenen, gefürchteten Menschen ehrten das offene Vertrauen, mit welchem hier Jeder unter ihnen Wagen seinen gewohnten Gelüchten pflag, mit welchen die reichen Kaufleute unserer Kaufleute und Gobrabetter unverschlossen und unverdeckt blieben, durch das rüstige Isbenöwerthe Benehmen, und doch wußten sie Alle, daß sie in einer Stadt, welche trotz der Apathie des Landvolkes kaum festes Taze früher über ein halbes Hundert ihrer Gaedsten den bedeutenden Bürgerbrüdern in Wien zu Hilfe geschickt, in einer Stadt, deren Männer keinen Tag sich scheuen, von ihren Rechten für Konstitution und Recht Gebrauch zu machen. Ein faß schauriges, wehmüthigst Bild bot das Feldlager, als Abends die hellen Pechfeuer der Bettauer Straße und der Drau die Hunderte von Wachfeuern gegen den schwer umwölkten Himmel ihren matten Schimmer warfen, als das von den Wenigsten noch nicht gesehene Schauspiel der Lealnfarben dieste Gruppen mit blumenter Miene umwanderte, als unter windverstummten Laubdächern am hölzernen Spießen nach Bäuerlee Weiseste von Hühnern dahingar gebraten und von den Hungerigen in brüderlicher Eintracht verzehrt wurden; endlich, als später über dem Lager rasche Bilge den Wolkenschleier durchfurchten, dumpf der Donner grollte, und in Regen in Strömen goß, Thogdom brummten gutmüthig die Rüden, wickelten sich, das Fell über die Schene gezbend oder den breiten Hut über die Augen drückend, in die barchbfeuchte Loha, und schliefen mit dem Bewußtsein, wie sind die ebenlichen Lande der Gastfreundschaft, so süß und sanft unter Gottes Wetter, als lägen sie in den Betten der weichlichsten Großstädter. Wir verweilten bis tief in die Nacht unter diesen merkwürdigen Menschen, kein Laut des Unmuthes, höchstens die Klage: „unsere Leiber bliebeu zu Hause unbefellt, denn wir hoffen in Pest zu übernintern, und der Weg über den Velebit ist noch weit ins Land der Lisaner" oder „ja hätten wir Munition gehabt," und so weiter waren die Aeußerungen; bei den Meisten aber ein Zivijo ihrem Josef (dem Banus). Ihre Batterie (sechs Stück, ziemlich gut bespannte Deckpfünder) eine Menge Wägen und Pferde, schmucke Waffen, in Ungarn erbeutet, bringen sie unversehrt in ihre Heimath, bis an deren Grenze gestern den 19. der Marburger Kreiskommissär, Herr v. Aebsfer,

sie begleitete. Der Abzug geschah von halb 7 bis 8 Uhr Früh ruhig und wohlgemuth noch einer gräßlichen Stuemnacht, welche viele den Kopf unter den Vordächern der städtischen Kaufläden, die Füße im Regen gebrachten, während die zahlreichen Patrouillen von Kinkly und von der Nationalgarde, welche die Stadt durchzogen, nicht Eine Störung zu ahnden hatten. G. Z.

Die Lage der Dinge in Venedig.

** Die Lage dieser Stadt muß selbst nach den italienischen Berichten eine unbeschreiblich traurige sein. Die Zuriner „Concordia“ entwirft davon ein äußerst düsteres Bild nach offiziellen Briefen aus Venedig vom 8., welche an die venetianischen Kommissäre für das Nationalbarlehen zu Turin gelangt sind. Die österreichische Flotte liegt drohend an den Küsten und blokirt das Land. Zu der Verwirrung und Noth in den Finanzen gesellt sich jetzt auch noch die Seltenheit der Lebensmittel, besonders des frischen Fleisches, und die Preise sind in Folge davon natürlich bedeutend gestiegen. Die reichen Familien müssen Opfer auf Opfer bringen, um die jetzige Regierung und die Diktatur Manins aufrecht zu halten. Zuerst wußten vierzig Familien zusammen drei Millionen beischaffen, und es klingt wie eine dustere Sage, wenn man diese Expreffung als „freiwilliges Anlehen“ bezeichnet hört. Aber es scheint hier drei Millionen sind bereits verschlungen, denn bereits ist 150 anderen Familien die Aufbringung und Einzahlung von weiteren zwei Millionen befohlen worden. Dieß mal hat man aber doch wenigstens nicht die Schwindsüchtigkeit, die Seche unter einem ligenthümlichen Ausdängnichts verstecken zu wollen. Man hat ihr den wohren Namen eines „Zwangsanlehens“ gegeben. Als Garantie für diese fünf Millionen gibt die diktatorische Regierung dieser sogenannten freien Republik eben so viel „patriotischen Gold.“ d. h. mit blutrothen Warren Papier, das gleichfalls erzwungenen Kurs hat, und dabei auch von Allen angenommen wird, aber nur in Venedig selbst; außerhalb der Stadt würde es vergebliche Mühe sein, es anbringen zu wollen. Denn an der klingenden Münze hängt der Italiener mehr als irgendwer, und die Leute der Umgegend von Venedig wie anderwärts nehmen wohl österreichische Banknoten an mit dem kaiserlichen Adler, aber wollen nichts wissen von einem Papierfeld, für das in Turiner „Concordia“ Anzeigen haben als den Namen des expremeren Diktators Manin. Die italienischen Blätter haben auf alle Weise sich bemüht, patriotische Gaben für Venedig aus allen Theilen Italiens zu veranlassen. Wenn schöne Phrasen Gold wären, so müßten bereits Millionen dahin gestossen sein: aber die Phrasen in den Zeitungen sind eben nur Phrasen, mit dem italienischen Patriotismus aber scheint es zu Ende, sobald der Geldbeutel oder der Mund dabei in Anspruch genommen wird. Die Turiner „Concordia“ klagt zwar wiederholt, daß Italien nicht gleichgültiger Zuschauer bleiben dürfe bei den edelmüthigen Opfern, welche Venedig bringe. Aber sogleich darauf muß sie mit Bedauern gestehen, daß bis jetzt die Geldunterstützungen, die aus andern Theilen Italiens nach Venedig gestossen sind, sehr unbedeutend waren. Die venetianischen Kommissäre des Nationalvereins zu Turin wollen nun diesem Kurzsinn eine Uebersicht der bis jetzt eingegangenen Gaben veröffentlichen, um Geringfügigkeit zu zeigen, und dadurch zu reichlicherem Zufluße derselben Veranlassung zu geben. Genug hat eine Million versprochen, auf dem Papier steht sie geschrieben: aber noch soll der erste Lire eingezahlt werden. Freilich hoffen die venetianischen Kommissäre, daß Genua sein Versprechen halten werde. Von wirklich eingegangenen Summen sind nur nennenswerth von der Lombardei als Parlehen 100,000 Fr., und ein Antwerpen, Namens Busch, brachte durch Sammlung 17,000 Fr. zusammen, welche er als Geschenk nach Venedig brachte. Die „Concordia“ sucht für diese schlechten Gefolge einigen Trost in der Ankündigung des Kabinetchefpräsidenten Perrone, wonach die sardinische Flotte wieder zum Schutze Venedigs zurückgekehrt sein soll. Die direkten Berichte erwähnen bis jetzt nichts davon, daß sie sich den österreichischen Blokadegeschwader gegenüber gezeigt oder dieselb gar von seinem Posten vertrieben hätte. Nöthigenfalls wird die österreichische Flotte ihre Pflicht zu erfüllen wissen, und hinter ihren tapferen Waffengefährten zu Lande an Muth und Hingebung nicht zurückstehen.

Deutschland.

Baden. — Karlsruhe, 24. Okt. In der heutigen Sitzung der II. Kammer begründete Bissing seine Motion auf Beschleunigung des deutschen Verfassungswesens, und stellt den Antrag, Se. K. Hoh. den Großherzog in einer Adresse zu bitten, durch Ihren Bevollmächtigten zu Frankfurt dahin wirken zu lassen, daß die Berathungen über das neue Verfassungswerk schleunigst fortgesetzt werden. Auch möge die Regierung sogleich das Zoll- und Herrwesen, sowie die Vertretung bei auswärtigen Regierungen durch Gesandtschaften an die Zentralgewalt übertragen und veranlassen, daß Dies auch von andern deutschen Regierungen geschehe. Wenn demzufolge die Verwesung dieser Motion in die Abtheilungen und wird durch Kopp unterstützt, welcher Letztere sich wieder über das zum Schutze der Nationalversammlung erlassene Gesetz verbreitet und einer Zentralisirung Deutschlands auf politischem, nicht aber auf polizeilichem Wege das Wort spricht. Ersterer sei es allein, welche Vertrauen erwerbe, während er letzterer mit einer Saibe vergleicht, welche die „Krähe“ nur hineinhelle, aber nicht vertreibe: sie werde wieder ausbrechen. Zittel stimmt auch für Verweisung in die Abtheilungen, und bemerkt, es sei jetzt, nachdem so viele Vorgänge hinter und liegen, viel leichter darüber zu urtheilen, wie Dieß vom Motionsteller geschehen, ob man zuerst die Grundrechte oder aber das Verfassungswerk hätte berathen sollen. Der Zweck des Motionsantrages könne wohl kein anderer sein, als der Zentralgewalt durch bereitwilliges Entgegenkommen von Seite der Einzelstaaten einen größeren moralischen Schuppunkt zu geben; doch sollten bei diesem Entgegenkommen die größeren Staaten vorangehen. Helbing unterstützt ebenfalls Baum's Antrag. Staatsrath Welk. Daß die Regierung den aufrichtigsten Willen habe, zur Beschleunigung des neuen Verfassungswerkes das Ihrige in ihren Kräften stehe, beizutragen, werde Herr Bissing ihren seitherigen Erklärungen vernommen und ihre Handlungsweise beobachtet, wohl nicht bezweifeln. Was nun den Antrag selbst betreffe, so halte er den ersten, formellen Theil nur in so fern von Erheblichkeit, als dadurch dem Volke klar werden solle, welche Meinung seine Vertreter von der Zentralgewalt haben. Gegen den zweiten Theil aber, welcher von Uebertragung von Regierungsrechten spreche, müsse er in so lange Bedenken erheben, als nicht ausgemacht sei, wer diese Regierungsrechte zu übernehmen habe. Lebkach spricht sich ebenfalls für die Einheit Deutschlands aus, mahnt jedoch zur Vorsicht und glaubt ebenfalls, die Regierung solle nicht eher Rechte aus Handen geben, als bis klar sei, wer solche bekomme, damit am Ende durch die Einheit nicht die Freiheit unterdrückt werde. Metz ist gegentheiliger Ansicht und verlangt eine Umverweisung unter die Zentralgewalt ohne alles Bedenken, weil er die Einheit über die Freiheit setze. Schmitt ist gleicher Ansicht, wie Metz, und zweifelt nicht, daß wir einmal Einheit haben, auch die Freiheit nicht fehlen werde. Schoaff ist im Wesentlichen mit Schmitt einverstanden und beantragt ferners den Vorwurfe der Missingschen Motion. Er denkt dem Motionssteller und hält die Herstellung der Rube und gesetzlichen Ordnung für nothwendiger, als den Kampf mit Mißverhältnissen, welche mit einer gesetzlichen Reaktion. Welcker erklärt sich ebenfalls für Baum's Antrag und spricht sich für die vorerst zu erstrebende Einheit Deutschlands aus, glaubt jedoch, daß die jetzige Kommer nicht mehr ganz auf dem Boden des Vertrauens stehe. Böhme hält diesen Ausspruch für einen vorschnellen. Es sei allerdings richtig, daß mehrere Petitionen um Auflösung der Kammern eingekommen; man möge aber erwägen, durch wen und durch welche Benützungen solche zu Stande gebracht worden; zudem seien solche im gegentheiligen Sinne vor. Er stimme auch den Motionsantrag betreffe, ebenfalls für Verweisung in die Abtheilungen, und erwarte, daß bei den bleibenden Berathungen und in dem zu erwartenden Kommissionsbericht eine andere, noch nicht berührte Seite in nähere Erwägung gezogen würde, nämlich das oppositionelle Verhalten sowohl in der Bauernkammer als in den verschiedenen Klubbs. Wenger gibt nun der Ansicht Raum, daß bis zur Stunde Verfassungswerk noch nicht vollendet, und beantrage, die vorliegende Motion in abgekürzten Verfahren zu berathen. Kieser tritt der von Helmreich ausgesprochenen Ansicht, daß die Kammer das Vertrauen verloren habe, bei, und beruft sich auf Mittheilungen aus seinem Wahlbezirk. Staatsrath Welk: Dies werden eben die Ansichten Derjenigen gewesen sein, mit welchen Kieser gerade gesprochen. Jungmann ist ebenfalls für Berathung in den Abtheilungen, jedoch sollten darunter die wichtigen Geschäfte nicht leiden. Zittel unterstützt Kuenzer's Antrag auf Berathung in abgekürzter Form. Staatsrath Welk widersetzt sich demselben, indem es sich nicht nur um Beschleunigung des Verfassungswerkes, sondern auch darum handle, daß die Regierung sogleich gewisse Rechte abtreten solle, ohne zu wissen, wer dieselben übernehme. Comey und Zentner stimmen in Zittel's Ansicht ein, und es werde die Kammer bei der Abstimmung die Motion in die Abtheilungen (Korler. Z.)

Preußen. — △ Berlin, 23. Okt. Die Urwähler des Kreises Hagen haben eine Bittschrift an die Nationalversammlung gerichtet, des Inhalts: die Versammlung möge sortan den Verfassungsentwurf wöchentlich in 4 Plenarsitzungen berathen. — Der Abg. Dr. Sommer von Arnsberg legt sein Mandat nieder. Gestern vereinigten sich sämmtliche Deputirte Westphalens, die durch treue Zusammenhalten mit den Ihnen aller übrigen Provinzen sich auszeichnen, zu einem Festessen im Hotel de Russie, um diesem alten, bewährten Vorkämpfer für Recht und Freiheit einen öffentlichen Beweis ihrer Hochachtung zu geben. Die vollste Anerkennung wurde dem Gefeierten zu Theil. — Privatbriefen zufolge ist der Unterstaatssekretär im Justizministerium, Müller, zum Abgeordneten des Kreises Siegen an die Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Hombach gewählt. — Für den 24. Okt. steht ein dringender Antrag von Waldeck und Esser (Geb. Rev. R.) auf der Tagesordnung, wonach in Preußen kein Erlaß Gesetzeskraft haben soll, welcher nicht von der Nationalversammlung beschlossen, angenommen und genehmigt ist; eben so kein Erlaß der Zentralgewalt oder der deutschen Nationalversammlung, welcher innere Angelegenheiten, namentlich Polizeiwesen und Strafgesetzgebung betreffe. Sie sollen nun durch Genehmigung der preußischen Nationalversammlung gesetzliche Geltung erlangen können. Hat Hr. Waldeck schon vergessen, was er am 11. Juli von der Unterwerfung der preußischen unter die deutsche Nationalversammlung in der Singakademie gesprochen, oder geht's ihm noch nicht links genug im Vaterlande her? — Gleich zu Anfang der heutigen Sitzung der Nationalversammlung nahm Hr. Min. Eichmann das Wort: die Diskussion sei auf den Punkt gediehen, daß auch die Regierung über die Posener Frage sich aussprechen müsse. Die Regierung befinde sich mit der Versammlung auf gleichem Standpunkte. Sie habe dieselben Rücksichten gegen den preußischen Staat, wie gegen Deutschland und die in Frankfurt gefaßten Beschlüsse. Er sei der Ansicht, daß

es sich hier nicht eigentlich handle um die Verträge von 1815. Rücksichtlich der Demarkationslinie werde die Versammlung den Bericht ihrer Kommission zu erwarten haben. Er mache daraus aufmerksam, wie gerade in diesen Tagen in Frankfurt die Frage über das Verhältniß außerdeutscher Landestheile der Eingeklassen zu Deutschland beraten wurde, und sei anzunehmen, daß man in Frankfurt in dieser Beziehung keine Real-, sondern nur eine Personal-Union zulassen werde; den von dort ergehenden Beschlüssen werde sich Preußen zu unterwerfen haben. Einen Widerspruch mit diesen Beschlüssen zu vermeiden, empfehle er das Amendement Auerswald. — Die Abtheilungen hatten verschiedene Ansichten darüber, und zwar waren die Polenverbältnisse in Veranlassung des Tit. I. Art. 1 an der Tagesordnung. Neben von Bedeutung seien nicht: Pösers Phrasen ertönen beifallslos. Der Abgeordnete Kanonikus Richter behauptete, die Angaben der Behörden über die Anzahl der polnischen und deutschen Bewohner des Großherzogthums Posen seien falsch; nicht 500,000, sondern 1½ Million Polen befänden sich unter mehr als 1 Million Deutschen; das gehe hervor aus einem Berichte des Erzbischofs. Allein der Herr Kanonikus überstehet, daß der erzbischöfliche Bericht nur zwischen katholischen und nicht-katholischen Einwohnern unterscheidet, unbekümmert darum, ob sie Polen oder Deutsche sind. Hr. Richter scheint seine westphälische d. i. deutsche Heimath schon vergessen zu haben, aber ist ihm etwa gleich den übrigen Westphalen im Großherzogthum Posen jede polnische, protestantisch und deutsch identisch? — Frankfurt, meinte Hr. R. weiter, könne nicht entscheiden, es sei irregeleiter durch die Regierungsberichte. Auch nach den Polen in Westpreußen, gegen deren Germanisirung er wahre Donnerworte ertönen ließ, gelüstet den polnerretterischen Germanen. Es ist wahrlich ein Wunder, daß er noch deutsch spricht dieser polonisirte Westphale: beinahe ein Wunder, daß er größer sich fand, daß ihm sein weiland Lehrer der vaterländischen Geschichte die Thatsache entgegen gehalten werden mußte, daß Westpreußen erst preußisch und dann durch gewaltsame Eroberung polnisch war. Eine wahre Flutz von Berichtigungen ergoß sich über Hrn. Richter. — Seger, Deutscher aus Posen, wünscht den Herd der Revolution so klein als möglich zu machen. Schließlich sprach noch v. Berg gegen das Demarkationsbedürfniß und das Amendement Auerswald und für das Amendement Phillips. Der Kampf müsse heendigt werden; ein Minister dürfe keine Privatmeinung haben (!); diesseits und jenseits der Demarkationslinie sollen die Nationalitäten geachtet werden. Endlich verlor er sich in seine Kinderjahre, wo ihm Protestant und Preuße gleichbedeutend waren u. s. w. Schöne, unschuldsvolle Kinderzeit! Dagegen herrlich sind die Reminiscenzen aus Frankfurter Bundestagen v. Berg: die Demarkationslinie ist eine Verwaltungs- und keine nationale Scheide. — Siedlowski interpellirt den Minister: die Maßregeln seien auf Grund zahlreicher Petitionen vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung gefaßt worden. — Sommer findet die polnischen Ansprüche nicht in der Adressdebatte vom 24. März begründet und ist für die Frankfurter Beschlüsse und gegen das Amendement. — Naumann und Heine zur Rechtfertigung der Beamten gesprochen, wird der Schluß beantragt und durch Stimmenzählung angenommen. Der Berichterstatter bleibt dem Kommissionsbericht treu. — Der Kommissionsbericht wird angenommen; über das Amendement Phillips durch namentlichen Aufruf abgestimmt: es ergeben sich 171 Nr., 170 gegen. Hierauf wird darüber zur Tagesordnung und Eisenbleben abgestimmt. Daran hatte auch Köbler aus Marienwerder Theil genommen, bei der namentlichen Abstimmung aber entfernte sich derselbe und hatte somach nicht den Muth, seinen Kommittenten seine Abstimmung zu dokumentiren. Unter den 171 befanden sich von der Rechten auch die Herren Flemming, Hahn und Widuus, ferner die gesammte katholische Geistlichkeit. Die Linke zeigte sich tadellos und würdig. Indem sie alle ihrer Partei, die sich entfernt hatten, zum Namenabgeben herbeitrommelte. Der Abgeordnete Riebe, der die Frage nicht gehörig verstanden, änderte während der Zählens seine Abstimmung, was der Präsident Grabow ganz gegen den frühern Gebrauch nicht zugeben wollte, ein Verfahren, das die Unparteilichkeit des Präsidenten in Frage stellen muß.

† **Berlin**, 23. Oct. Vielfach ist dieser Tage davon die Rede gewesen, v. Pfuel und Kisker haben ihre Entlassung eingereicht. Von dem ersteren glauben wir es verbürgen zu können, müssen aber zugleich verstehen, daß die Entlassung nicht gewährt, sondern zurückgenommen ist. Die Reden des Königs am Geburtstage sollen die Veranlassung gegeben haben. In dem Bleiben v. Pfuel's sieht man wie bei der Ernennung wie bei seinem nur anfänglich Glück wünschen. Wie sehr er auch bei seinem Eintritte ins Ministerium mit Vorurtheilen zu kämpfen hatte, es kann sich nicht denken lassen, daß der ergraute preußische Krieger ernstlich in eine konstitutionelle Bahn eingehen werde, so scheinen doch diese Vorurtheile jetzt überwunden zu sein, wobin selbst Aeußerungen, die man von der Linken hört, deuten. Die folgende Anekdote aus der nächsten Vergangenheit v. Pfuels dürfte nicht uninteressant sein. Als in der Nacht vom 18. auf den 19. März die Deputation der städtischen Behörden vom Könige die bekannten Zugeständnissen erhalten hatte, wollte sie sich wieder entfernen. v. Pfuel, welcher anwesend war, hielt sie mit den Worten zurück: Wollen Sie sich, meine Herren, damit nun begnügen und sich nicht etwas Schriftliches geben lassen? Auf die deßfallsige Bitte der umkehrenden Deputation antwortete der König: Ja, meine Herren, es ist nur der Minister v. Botticschwingh nicht hier. Wiederum, daß der Minister nicht auf seinem Posten hier sich befindet, Zugleich diese kleine Notiz vielleicht als Berichtigung dienen zu der viel verbreiteten Nachricht, als habe Bodelschwingh tagelang die vom Könige verfreiten Verheißungen in seiner Tasche zurückbehalten, auf einen etwa möglichen Umschwung der Verhältnisse hoffend. — Bodelschwingh hat übrigens in diesem Augenblick im Teltower Kreise die größte Aussicht gewählt zu werden. Ob hier und ähnliche Wahlen ihren Grund in der schwarzweißen oder rothen Reaktion ihren Grund haben, wäre eine der Unterschung würdige Frage. Wir möchten sie als eine Folge der rothen Reaktion bezeichnen. In Bodelschwingh würde die Rechte ein gewiegtes Mitglied gewinnen. Sollte v. Pfuel wirklich aus dem Ministerio ausscheiden, so bleibt er dem Lande doch in der Nationalversammlung erhalten, wo er im Brandenburger Kreise gewählt ist. Ein einsichtsvoller, für die Freiheit und Aufhebung der Lehn- und Fideikommisse berrsfend, wirkt in diesem Augenblick durch einen ausgezeichneten Rechtsgelehrten und Abgeordneten beacbeitet. — Die Bergwerkskommission hat sich für das Finderecht entschieden. So eben wird ein Plakat von den Volkswühler Karde: Das Ministerium Pfuel ist gestürzt. Was sollen wir nun thun? an den Ecken angeschlagen und verbreitet.

⊙ **Berlin**, 23. October. Die Gerüchte vom Rücktritte des Ministerpräsidenten v. Pfuel scheinen nicht ganz ohne Grund gewesen zu sein; jetzt soll jedoch sein Bleiben am Ruder entschieden sein. Für den Fall seines Rücktritts bezeichnete man einerseits den General Grafen Brandenburg (von Breslau), andrerseits den Oberpräsidenten von Westphalen v. Flottwel als bestimmt, an die Spitze eines neuen Kabinets zu treten. — An das Kommando der hiesigen Bürgerwehr ist aus Anlaß ihrer Verhaltens am 16. d. der folgende Tadel ergangen: Die Bürgerwehr Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin hat bei den beklagenswerthen Ereignissen des gestrigen Tages sich wirksig gezeigt ihres Berufes, Meinen Vertrauens und der Ehre, die Ich ihr erzeige, als Ich ihr im März die Waffen in die Hand gab, zur Vertheidigung des Thrones, unserer Stadt und des gesetzlichen Ordnung. Ich gebe Ihnen auf, der Bürgerwehr Meinen anerkennenden Dank dafür in Meinem Namen auszusprechen; Ich spreche ihn aus mit dem schönen Gefühle Meiner erfüllten Hoffnung, Meines gerechtfertigten Vertrauens und einer trostreichen Aussicht in die Zukunft. Sanssouci, den 17. Oktober 1848. Friedrich Wilhelm IV. (gez.) Eichmann. An den Major a. D. und Oberst der Bürgerwehr, Rimpler.

Der „demokratische Bürgerwehrverein", freilich nur ein sehr kleiner Theil des gesammten Korps, hat nun durch einen in den schwülsigsten Ausdrücken abgefaßten Maueranschlag diese Anerkennung, welche der ihr immensen Mehrheit den besten Eindruck hervorbrachte, sehr absehnen zu sollen gegluabt — eine Demonstration, die geradezu lächerlich erschien. — Die vier fliegenden Korps der Bürgerwehr, nemlich die der Studenten, der Künstler, der Handlungscommis, und der Handwerker haben dagegen einen Beweis ihres gelunden Sinnes gegeben. Dieselben haben beschlossen sich zu einem gemeinsamen Korps zu vereinigen, und um Genehmigung des Bestehens dieses Korps unter dem Namen „fliegende Wehrschaar" nachzusuchen. Einige Stimmen hatten den Namen „akademische Legion" vorgeschlagen; aber dieser Vorschlag wurde sogleich mit größter Mehrheit zurückgewiesen, weil man nicht einen Namen annehmen will, der an die ecken nicht sehr empfehlenswerthe Rolle erinnert, welche das gleichnamige Korps in Wien gespielt hat und noch spielt.

Italien.

△ **Turin**, 21. Oktober. Ich glaube Ihnen noch einen kurzen Auszug aus der Rede mittheilen zu müssen, welche Baron Tola gestern in der Kammer im Sinne des Friedens gehalten hat. Dem Redner vor ihm, Valerio, war weit und breit die Nationalbewaffnung und Zweckmäßigkeit sowie augenblickliche Wiederaufnahme des Kriegs dargethan gewesen; Valerio hatte aus den eigenen Argumenten desselben die Unhaltbarkeit seiner Ansichten nachweisen zu wollen. Aber das souveräne Volk der Gallerien mit seinem Geschrei und die nicht minder leidenschaftlichen Ausbrüche des Zorns der kriegslustigen Opposition machten es ihm sehr schwer seine Gedanken zu entwickeln. Doch trotz er muthig vor die Kammer, ließ sich nicht und nunmwunden seine Meinung vollständig sagen zu wollen. Er halte den Krieg für nicht an der Zeit und für gefährlich. Lassen wir unser Urtheil — sagte er — nicht durch bloße Wünsche und Illusionen der Einbildungskraft bestimmen, sondern stützen wir dasselbe auf die Thatsachen! Wo ist denn das Italien, welches den Krieg führen soll? Etwa die Neapolitaner? (Murren.) Nein, jene Regierung ist anderen Gedanken zugewendet. Eben so wenig die Romagna, die mit Fanatismus, die unter dem Schwerte des Feindes seufzt. Wir werden allein stehen, und es mit einem zwiefmalstärkeren Heere zu thun haben, als das unsere ist. (Lärm und Geschrei von den Bänken der Opposition und den Gallerien.) Der Redner läßt sich aber nicht irre machen und fährt fort in seinem Nachweise der Unzweckmäßigkeit des Kriegs. Der Krieg wäre seiner Ueberzeugung nach der Ruin der italienischen Unabhängigkeit; man solle nicht unmöglerweise neuen Bund vergiessen. Er sei ein so warmer Freund dieser Unabhängigkeit, als Irgendwer, aber man müsse die rechte Zeit und bessere Gelegenheit abwarten, um sie zu erringen. Er zählt die ernstlichen Hindernisse auf, welche entgegenstehen, daß man nochmals das Schwert ziehe. Man spreche von Spaltungen in Oesterreich und zwischen diesem und dem deutschen Bund; das seien aber nur Gemüthsregungen, jetzt zanken sie sich mit einander, morgen aber werden sie vereint dastehen, um das Ausland zu bekämpfen. Die Lage Oesterreichs sei nicht so schlimm, als man sie darstellen wolle. Wenn der Krieg das Wohl Italiens wirklich befördern könne, dann würde auch Niemand mehr als Redner selbst denselben gewünscht und thun. Das Ministerium habe mit bester Umsicht gehandelt;

er glaube man solle einen ehrenvollen Frieden annehmen, der Versöhnung danken und schweigend abwarten (Wiederholte Zeichen des Mißfallens). — Und der Rede des Abg. Brofferio ist auch noch einiges hervorzuheben. Er hält Piemont für stark genug, um ins Feld zu rücken; es werde auf die Hilfe der Lombardei und Toskanas zählen können. Auf die Intervention Frankreichs sei nach dem jetzt dort herrschenden liberalen System nicht zu zählen; wenn aber die piemontesische Armee den Ticino überschreite, dann werde Frankreich nicht mehr die Hand ziehen. Der Redner deutet zuletzt auf Rüstungen hin, die in der Lombardei jetzt vorgenommen werden von andern Italienern, welche zwar auch Freiheit und Unabhängigkeit wollen, aber unter einer andern Fahne, die nicht die unsrige sei, unter der republikanischen. Wenn diese — sagt er — vor und den Kampf beginnen, so wird die Lombardei ihnen Aufnahme gewähren, und dann wird Piemont eine Republik zur Nachbarin haben mit allen Gefahren einer solchen Nachbarschaft. Darauf hielt er den schon früher gestellten wähnten Antrag, den er sogleich wieder zurückzog. Der Minister Pinelli: Das Kabinet habe energische Maßregeln getroffen, um Oesterreich zu nöthigen, (costringere) sich über die Bedingungen der Vermittlung zu entscheiden, aber das Ministerium allein sei Richter über die Zweckmäßigkeit des Krieges oder des Friedens. Die Thatsachen allein können darüber entscheiden. Die Thatsachen seien aber noch nichts weniger, als gewiß. Noch nicht man nicht, ob nicht Mailand in die Hände der Oesterreicher gefallen sei, ebensowenig, ob wirklich im Heere Radetzkys Streit ausgebrochen sei zwischen Slaven und Magyaren. Es sei also zu bekürchten, daß man beim Eintücken in die Lombardei auf ein Heer stoßen könnte, das nicht nur nicht gefallen, sondern weit besser disziplinirt wäre, als das piemontesische. (Großer Lärm von den Gallerien.) Montezemolo machte dem Ministerium zum Vorwurfe, daß es in seinem Rechenschaftsberichte die Anerkennung des Königreichs Oberitalien mit Schweigen übergehe, nicht gegen die militärische Besetzung von Piacenza und Parma protestire, sowenig, als gegen die durch Oesterreich geschehene Wiedereinsetzung des „gnädigen Herzogleins“ (il grazioso duchino) von Modena auf seinen Thron. Der Minister Pinelli unterbrach hier den Redner mit der Versicherung, das Kabinet habe allerdings gegen diese militärische Besetzung protestirt, und der Kabinetsvorsitzende Perone habe sich in diesem Betreff mehrere Druckschiefe aus einer Depesche vor, die er auf Anlaß der Blokade Venedigs von Seite Oesterreichs erlassen, und zeigt an, daß dem Befehlshaber der sardinischen Flotte der Befehl ertheilt worden sei zur Vertheidigung der glorreichen Stadt herbei zu eilen und zwar hoven noch die neue Revolution von Wien bekannt war. Montezemolo findet alle gegebenen Aufklärungen noch immer dunkel und wünscht den Ministern zu, nie ein Gedanke beschränkter und erschrecke sie: die Furcht vor den Republikanern. — Damit schloß die Sitzung. — Vorgestern ist das Regiment Savona ausmarschirt und auch das Regiment Savoyen soll Befehl haben sich marschfertig zu halten. An einigen Straßenecken fand man in den letzten Tagen geschriebene Maueranschläge, durch welche das Volk aufgefordert wurde, in Masse den Ruf zu erheben: „nieder mit dem Ministerium.“

Frankreich.

** Paris, 22. Okt. Die Nationalversammlung hat trop der Rede des Generals Lamoricière gegen das Einstehersystem im Heere, die Aufrechthaltung desselben mit großer Mehrheit votirt. Es liegt kein eine Schlappe für den General und das Gericht geht, er wolle seine Entlassung geben, woran ich jedoch nicht glaube, da Hr. Thiers, sein Gegner in dieser Frage, gleich anfangs selbst die Erwartung ausgesprochen hatte, daß die Minister hierauf keine Regierungsfrage machen würden, und General Lamoricière selbst die Frage in dieser Weise annehmen zu wollen erklärt hatte. Andererseits hat General Lebreton Interpellationen an den Kriegsminister angekündet, der also jedenfalls hiefe zuerst wird beantworten müssen. Es hantelt sich dabei um mehrere in der Armee vom Kriegsminister gemachte Anstellungen, und dabei sprach General Lebreton vom General Lamoricière als von einem Offizier, der lediglich dem Glück und dem Zufall sein Emporkommen zu danken habe. Die beiderseitig gefallenen Aeußerungen schienen zu einem Duell führen zu sollen, als General Cavaignac dazwischentrat und vor der Nationalversammlung mit Entrüstung sich gegen die von General Lebreton gebrauchten Ausdrücke erklärte. — Die Regierung soll entschlossen sein, nach dem Votum der Verfassung ein Dekret zur Annahme vorlegen zu wollen, kraft dessen die Wahl des Präsidenten der Republik auf den 10 Dezember festgesetzt werden soll.

Nachschrift.

△ Wien, 24. Okt. (Nachmittags.) Gott gebe, daß die Entscheidung rasch komme, unser Zustand ist wahrhaft unerträglich. Die Feder sträubt sich, die schrecklichen Bilder der äußersten Emtfindlichung wiederzugeben, denen das Auge überall begegnet. Das Laster übt öffentliche Schaustücke, an den Wachtfeuern unserer sogenannten Freiheitsheiden gehen Dinge vor, die sonst auch der Verworfenste in den Schleier des nächtlichen Dunkels zu hüllen sucht. Wien wird auch nach Zurückführung eines gesetzlichen Zustandes noch lange die hohen Nachwirkungen der jetzigen Lage führen: man reißt nicht ungestraft in solcher Maßlosigkeit alle schützenden Schranken zusammen, mit welchen das Sittlichkeitsgefühl die Gesellschaft zusammenhält. Dem moralischen Krebs hat sich auch die physische Verderbniß beigesellt, überall begegnet man bleichen, eingefallenen Gesichtern, deren Züge unzweideutig das fressende Nebel verraten, das an diesen Gliedern nagt. Mit einem Worte, die sittliche und physische Verkommenheit hat einen Grad hier erreicht, der kaum mehr gesteigert werden kann. Zu Wien, die Zierde der Schöpfung, ist hier zur Abscheu und Edel erregenden Megäre geworden. Dahin ist es in der vielgepriesenen schönen Kaiserstadt gekommen! Ich spreche in fernen Ausdrücken, wie mir sie mein empörtes Gefühl, die tiefste Entrüstung eingiebt: aber die Farben des Gemäldes sind nicht zu stark aufgetragen, sie könnentnie die abscheckende Wahrheit erreichen. Die theilweisen Zusammenstöße mit den Truppen außen, welche gestern vorgekommen sind, sind durchaus zum Nachtheil der bewaffneten Haufen der Stadt ausgefallen, welche überall zum Theil mit beträchtlichem Verlust zurückgetrieben wurden. Entmuthigung beginnt daher selbst unter den bisherigen Fanatikern einzureißen, die Möbelhaufen suchen mit Brannwein ihren sinkenden Muth aufzufrischen. Dem Reichstage ist eine Antwort vom Fürsten Windischgrätz zugekommen. Der Fürst erkennt dem Reichstag durchaus kein Recht zu, die Milizlerung aller Waffen zu fiel zu treiben, also auch nicht die Zustände Wiens, seine (des Reichsrathschalb) Maßregeln als ungesetzlich zu erklären. Er will daher nur mit dem Gemeinderathe verhandeln. Den Finanzminister Kraus betrachtet er als unter moralischem und materiellem Zwange stehend, also der Freiheit des Handelns beraubt. Eine neue Proklamation des Feldmarschalls verlangt nun Unterwerfung binnen 48 Stunden mit Androhung von Waffenzwalt im Weigerungsfalle; außerdem schreibt er vor 1) Ablieferung alles Waffen an sich zu treiben, also auch nicht die Zustände Wiens, seine (des Reichsrathschalb) Maßregeln als ungesetzlich zu erklären. Er will daher nur mit dem Gemeinderathe verhandeln. Den Finanzminister Kraus betrachtet er als unter moralischem und materiellem Zwange stehend, also der Freiheit des Handelns beraubt. Eine neue Proklamation des Feldmarschalls verlangt nun Unterwerfung binnen 48 Stunden mit Androhung von Waffenzwalt im Weigerungsfalle; außerdem schreibt er vor 1) Ablieferung alles Waffen an sich zu treiben, also auch nicht die Zustände Wiens, welche Privatgesetzthum sind; 2) sofortige Auflösung der akademischen Legion und aller besondern Korps, dann Auslieferung der Führer der akademischen Legion, und 12 weiterer Mitglieder derselben als Geiseln; 3) einstweilige Unterdrückung aller Zeitungen mit einziger Ausnahme der Wiener Zeitung, die nur die amtlichen Bekanntmachungen aufzunehmen hat; 4) zeitweilige Schließung aller Klubbs; 5) Ausweisung aller Ausländer, welche sich nicht gesetzlich das Recht zum Aufenthalte hier nachweisen können; und 6) Auslieferung einer Anzahl näher zu bezeichnender Individuen. Widerstand gegen diese Verfügungen wird mit dem Standrechte bedroht.

Prag, 21. Okt. Der Postrain von Wien langte um 7½ Uhr Morgen an. Aus verläßlicher Quelle haben wir nachstehende Mittheilungen aus Wien: Vom 22. angefangen ist der Personen- (Früh-) Train auf der Nordbahn ganz eingestellt, der Post- und Lastzug jedoch verkehrt zwischen Oberberg, Floridsdorf und Brünn wie gewöhnlich. Auf der Staatsbahn verkehren alle Züge. Sowohl von der ärarischen Taborbrücke, als auch von der Eisenbahnbrücke wurde von den Wienern ein Loch ganz abgerissen und das rechte Donauufer ist mit Kanonen der Oberbefehlshaber das linke vom Militär. Wien ist nun vollständig zernirt. Die Wiener sollen jetzt 120 Kanonen besitzen. — Heute sind wieder 19 Munitions- und Rüstwägen sammt Bespannung unter Bedeckung einer Division Infanterie auf der Eisenbahn nach Olmütz abgegangen. Von Olmütz aus sind nun schon mehrere Trains mit Militär auf der Nordbahn gegen Wien befördert worden. (Konst. Bl.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 25. Okt. Oesterr. 5proz. Metall. 67½. 4proz. 54. 3proz. —. 2proz. 35½. Bankaktien 1115. 250 fl.-Loose 114. 250 fl.-Loose 78½. Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine — P. — G. Staatsschuldscheine 31, proz. 74½. — Bayer. 3½ proz. 75½. — Ludwigs-Berbach. 67½. — Württemberg. 3½ proz. 74½. 4½ proz. 92½. — Bad. 3½ proz. 71½. Lotto-Kasschen à 50 fl. 44½. 35 fl.-Loose 25. — Darmstädt. 3½ proz. 74. 4proz. 84½. Lotto-Kasschen von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 20½. — Kurhessl. Friedr.-Wilh.-Nordb. 41½. 40 Thlr.-Loose 25. — Nassau. 3½ proz. 79½. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3proz. 78. 3½ proz. 90½. 86½. Taunusbahn 272. — Holländ. Integr. 15½. — Span. 5proz. innere Schuld 17½. — 4 pCt. 300 fl.-Loose —. 300 fl.-Loose 67½. — Sard. 36 Fr.-Loose 25½. Disc. 2.

Paris, 23. Okt. 3proz. 44.50. 5proz. 68.65. Staatsschuldscheine 221. Bankaktien 1520. — Stadtobligationen 1110. — Vier Kanäle 842.50. Compt. von Algier —. Belg. 5proz. von 1840 76½, von 1842 76½. 4½ proz. 70½. 3proz. —. 2½ proz. —. Belg. Bank 645. Neap. 3proz. 79. —. Röm. 5proz. 63. Span. 3proz. —. Elliva —. Passive —. Piem. —. Paul —. Rothschild 121. Germain —. Versailles (rechte) —. (linke) 97.50. Orleans 585. — Rouen 380. — Havre 186.25. Marseill. 185. — Basel 83.75. Bierzon —. — Boulogne —. — Bordeaux 367.50. Nordbahn 356.25. Montereau —. — Lyon 362.50. Straßburg 331.25. Kanteen 315. — Dieppe —. — Strasne —. — Montpellier —. — La Te ste —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Freitag, den 27. Oktober 1848.

Neuestes aus Wien.

*Folgendes ist die bereits erwähnte Proclamation des Fürsten Windisch-Grätz.

An die Bewohner Wiens! Von Sr. Majestät dem Kaiser beauftragt, auch mit allen Vollmachten ausgerüstet um dem in Wien herrschenden gesetzlosen Zustand ein Ende zu machen, rechne ich auf den auftretigen und kräftigen Beistand aller wohlgesinnten Einwohner. Bewohner Wiens! Eure Stadt ist besetzt worden durch Truppen, welche die Brust eines jeden Ehrenmannes mit Entsetzen erfüllen. Sie ist noch in diesem Augenblicke in den Händen einer Handvoll Verbrecher. Gemeinde, folgt dem Rufe der Pflicht und der Vernunft. Ihr werdet in mir den Willen und die Kraft finden, euch aus ihrer Gewalt zu befreien, zum Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Es werden hiemit Stadt, Vorstädte und ihre Umgebung in Belagerungszustand erklärt, alle Civilbehörden unter die Militärbehörde gestellt, und gegen die Uebertreter meiner Verfügungen das Standrecht verkündet. Alle Wohlgesinnten mögen sich beruhigen. Die Sicherheit der Personen und des Eigenthums zu schienen wird meine vorzügliche Sorge sein. Dagegen aber werden die Uebersprünglichen der ganzen Strenge der Militärgesetze unterworfen. Landenburg, 20. Okt. 1848. Gez. Fürst zu Windisch-Grätz, Feldmarschall.

*Wien, 23. Okt. In der heutigen Vormittagssitzung verlas Schaffelka unter andern eine Proklamation vom Präsidium des Tyroler Landtages worin im Hinblick auf die Wiener Zustände sogleich der Landtag noch Innsbruck einberufen wird. — Die Kommission erklärt dieß als eigenmächtig und ungesetzlich gehandelt. Nachdem einige Abgeordnete aus Südtyrol erklärt, daß Zeit und Verortes dieses Landtag nicht bekannt worden, wird der Kommissionsantrag mit Ausnahme von 4 Stimmen (Zu zurückgebliebenen 4 sischechischen Abgeordneten) einstimmig angenommen. Podlewsky stellt den Antrag: „In Anbetracht, daß seit 5 Tagen in Wien keine Posten mehr eintreffen, welle der Reichstag dem Fürsten Windischgrätz durch die Minister Kraus und Wessenberg bedeuten lassen, er möge die Besetzung und den Zurückzug von Truppen seinen Truppen strengstens untersagen, widrigenfalls er die strenge Verantwortlichkeit für die Verletzung des Briefgeheimnisses tragen müßte." Goldmark will diese Aufforderung blos an den Minister Kraus gerichtet sehen; indem man Wessenberg nicht mehr als Minister anerkennen könne. Auch Pillersdorf (3) verlangte, daß der Reichstag nur mit demjenigen Minister in Verbindung treten solle, der seinen Sitz im Reichstage einnehme (es bezog wie Goldmark gerechtes Mißtrauen gegen die Minister in Olmütz (!) Nie habe ein Minister seinen Monarchen so blos gestellt wie Wessenberg. — Der Antrag Podlewsky wird mit dem vorgeschlagenen Amendement angenommen. Hierauf wurde die Sitzung bis auf den nächsten Mittag vertagt.

*Wien, 23. Oktober. Wie wir bereits in unserer gestrigen Beilage berichteten, hat Fürst Windischgrätz die Stadt Wien in Belagerungszustand erklärt und das Standrecht verkündigt. Die Proklame, welche auf seinen Befehl dieses veröffentlichen, wurden vom erhitzten Pöbel sogleich wieder abgerissen. In der Nachmittags abgehaltenen Sitzung des Reichstages wurde beschlossen: In Betracht, daß die Herstellung der Ruhe und Ordnung, wo sie wirklich gestöhrt sein sollten, nur den ordentlichen konstitutionellen Behörden zukommt, und nur auf ihre Requisition das Militär einschreiten darf; in Betracht, daß auch wiederholtem Ausspruche des Reichstages und des Gemeinderathes die bestehende Aufregung in Wien nur durch die beobachten Truppenmassen unterhalten wird; in Betracht endlich, daß das kaiserliche Wort den 19. d. M. die ungeschmälerte Aufrechthaltung aller errungenen Freiheiten, so wie ganz besonders die freie Berathung des Reichstages verbürgt, erklärt der Reichstag die vom Fürsten Windischgrätz angeordneten Maßregeln des Belagerungszustandes und Standrechtes für null und nichtig. Von diesem Beschlusse wurden Windischgrätz und Wessenberg durch sogleich abgehende Eilboten verständigt. Vom Nationalgarde-Oberkommando erschien heute nachstehende Kundmachung: „Mitbürger! Ein Platat, gezeichnet „Fürst zu Windischgrätz, Feldmarschall", ist heute an den Straßenecken auf kurze Zeit gesehen worden. Der hohe Reichstag, gerufen seiner Aufgabe: das konstitutionelle Wohl der Völker zu vertreten, hat das Mandat des Fürsten Windischgrätz mit dem angedrohten Belagerungszustande und dem daran sich knüpfenden Standrechte für ungesetzlich, folglich für ungültig erklärt. Wir müssen erwarten, ob der Ausspruch der aus unserer freien Wahl hervorgegangenen Vertreter und Gesetzgeber von dem Minister Herrn Wessenberg in Olmütz und von dem Herrn Fürsten Windischgrätz respektirt werden wird. Mitbürger! noch ist der Kampf nicht unvermeidlich; noch ist eine friedliche Lösung der Dinge möglich; aber das Wohl unseren schönen Stadt, die Zukunft seiner Bewohner dem abscheulichen Greife bis zum bewußtlosen Kinde, unsere Ehre, unsere Freiheiten erfordern doppelte Wachsamkeit, verdoppelten Eifer! Zeigt erst trete ich in den Mittelpunkt meines Auftrages: die Stadt Wien sammt Umgebung in Vertheidigungszustand zu setzen. Mitbürger! Es werden die größten und umfassendsten Maßregeln genommen werden. Jeder Zaudern, jede Halbheit fällt hinweg. Sie waren unser offenbares Verderben. Was nur meine aufrichtige Friedensliebe Verschmähen, in die Hand gab, ist von allen unseren Körperschaften versucht worden. Blickt jetzt auf das Beispiel der hochmüthigen Bewohner an Bayabepsk! Männer, Frauen, Kinder aller Alter und Geschlechter haben gezeigt, wie man zwischen Morgen und Abend Wälle baut. Hauptquartier: Schwarzenberg-Palais, 22. Okt. Messenhauser"

In der heutigen Reichstagssitzung theilt der Präsident ein Schreiben des gewesenen Ministers Bach mit, wonach derselbe anzeigt, als Abgeordneter des Reichstags, wegen Krankheit seinen Pflichten nicht nachkommen zu können, aber der Hoffnung sei, daß sein Zustand ein baldiges Erscheinen in der Kammer zulassen werde. Der permanente Ausschuß durch Schaffelka eine von dem Städtchen Ausschusse Tyrols erlassene Proklamation vor, welche die Wiener Ereignisse enstellt bringt, und einen Landtag für Tyrol einberuft. Gegen diese Landtagseinberufung wurde heftig gesprochen, und sie dürfte, denn bis Posstabgang kam es zu keinem Beschlusse, wahrscheinlich gesetzwidrig erklärt werden. — Heute Vormittag kam es bei der Hofwache hinter an einen blutigen Auftritt. Militär versolgte eine Truppe Arbeiter, welche, die von der Nationalgarde glücklich in Empfang genommen wurden. — Windischgrätz nimmt von dem Beschlusse des Reichstages, wornach die Belagerung Wiens ungesetzlich ist, keine Notiz, der blutige Kampf wird also beginnen, wenn die Eilboten von Wessenberg nicht günstigere Nachrichten bringen.

Wien, 23. Oktober. An der Nußdorfer Linie fand heute ein Vorpostengefecht statt. Die Veranlassung soll der Uebergang einiger Soldaten gewesen sein, auf welche die Vorposten Kanonen feuerten. Da der Kanonendonner einen Angriff fürchten ließ, wurden in den Vorstädten die Sturmglocken geläutet, und Tausende von Proletariern erschienen im Augenblick an dem bedrängten Punkte in Waffen. Ich war zufällig in der Vorstadt Thury, welche zunächst bedroht war. Die Scene, die der wildtobende bewaffnete Pöbel, der Mehrzahl nach höchst schmutzig und zerlumpt, dort aufstellte, bleibt mir unvergeßlich; die Barrikadenwälle, die worin im Augenblicke mit der Gefahr wie belagerte Ameisenvölker schaffen, sie sich vor Mark eintranken, zeigten eine Wildheit, einen Trotz selbst gegen die Nationalgardisten, der das traurigste für die Zukunft weissagt, wenn einmal diese schrecklichen Stammvölker über das Schicksal der Stadt Wien gebieten werden, was unfehlbar kommen dürfte, wenn der überstürzenden Reaktion nicht baldigst Einhalt geschieht. Ob Fürst Windisch-Grätz der rechte Mann ist? Er hat wohl den ersten Willen, aber schwerlich Sicherheit genug den kommenden Ereignissen die Stirne zu bieten. Noch bemerke ich, daß einzelne Kanonenfeuerln in die Vorstadt Thury gefallen sind, drei ziemlichen Schaden angerichtet haben. Ein Theil der Bewohner war darüber in panischem Schrecken. Dagegen sah ich alte Männer, die von Steinen herab den Bewaffneten Muth einredeten und den tollsten Commando was verbrühten.

(Allg. Ztg.)

△ Wien, 24. Oktober, Morgens. Unser Zustand hier ist ein entsetzlicher. Ich weiß nicht, ob mein Brief Ihnen zukommt, und es ist überhaupt ein großes Wagniß, jetzt hier die Wahrheit zu sagen. Eine solche Schreckensherrschaft hat Deutschland noch nie gesehen, wie wir sie jetzt hier haben. Die Hälfte wenigstens der Nationalgarden sind ausgewandert, oder halten sich versteckt. Von den Reichstagsmitgliedern sind mit Noth noch so viele gegenwärtig, um einen Beschluß fassen zu können, und dann ist mindestens ein Drittheil nur noch hier, weil sie nicht die Möglichkeit mehr fanden, zu entkommen. Alle stehen unter der eisernen Faust wilde eines entfesselten Pöbels, der jetzt die Waffen in der Hand hat und daher von seiner Souveränetät vollen Gebrauch machend, allein das Regiment führt. Es war noch eine verhältnißmäßig glückliche Zeit, als die Studenten den Ton angaben; jetzt sind auch sie überflügelt, und eine wilde Zeit hat den Platz eingenommen, der sie nur zu bereit Werkzeug waren. Es scheint, gewehnten Stadt gesucht, und die zurückgebliebenen, kaum mehr als 500, müssen eben mit dem großen Haufen Chorus machen. Was sagen Sie zu Beschlüssen des Reichstags, die gefaßt werden unter den Drohungen einer zügellosen nicht selten beaustwinderanschten Masse gegen jeden, der es wagen würde, nicht in ihrem Sinne zu sprechen und zu stimmen? Nimmermehr können derzleichen des Beschlüsse das kann bindende Kraft haben. Gestern war Alles den ganzen Tag über in Allarm, an der Nußdorfer Linie, und an der Eisenbahnbrücke am Tabor hatten sich Vorpostengefechte entsponnen, wobei auf Seite der Wiener mehrere Offiziere getödtet oder verwundet wurden. Die bewaffneten Haufen eilten in ziemlicher Unordnung bald dahin, bald dorthin, wo eben Lärm entstand. Dies war noch vor Mittag. Dem Fürsten Windischgrätz war eine weitere Antwort auf die Protestation des Reichstags eingelaufen. Die von diesem abgesandten Parlamentäre sind entweder gefangen andern zurückbehalten worden, oder sie haben die Gelegenheit benutzt, aus Wien zu zu entkommen: zurückgekehrt ist wie ich höre Keiner. Ich vermehre eben, daß unter den am Tabor diesseits Gebliebenen ein Hauptmann

Thurn sich befindet, einem andern Verwundeten mußte der Fuß abgenommen werden. Einige Stunden hatte das Schießen aufgehört, als um 4 Uhr Abends neuerdings Kanonendonner und Gewehrfeuer sich vernehmen ließ, abermals von der Nußdorfer Linie bei Döbling und Heiligenstadt her. Die Truppen des Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz haben gegenüber von Nußdorf bei der schwarzen Lacke eine Schiffbrücke geschlagen. Man hörte von verschiedenen Seten her Sturmgeläute, in der Stadt nannte Alles wild durcheinander den bedrohten Punkten zu. Gegen halb 5 Uhr warden auf Befehl des Generals Bem 4 Kanonen nach dem Tabor geschafft, zur Verstärkung der dortigen Stellung. Das Krachen der Kanonenschüsse und das Rollen des Kleingewehrfeuers hielt den ganzen Abend die Bevölkerung in Angst und Spannung. An mehreren Punkten sah man auch Feuersäulen aufsteigen; es sollen einzelne Häuser gewesen sein, die auf Befehl des Generals Bem selbst in Brand gesteckt wurden, weil er sie der Vertheidigung hinderlich erachtete. Er soll die Absicht zu einem Ausfall haben. Auf beiden Seiten sind abermals Leute getödtet und verwundet worden. Man erbricht seit gestern hier an der Auferstehung von Leichen für schweres Geschütz, um es verwenden zu können. Alle Pferde in der Stadt, und die aus den kaiserlichen Stallungen, sind weggenommen worden für den Dienst der Artillerie. Kurz es herrscht eine fieberhafte Thätigkeit, Furcht und Angst verbreitend unter den ruhigen Bewohnern der unglücklichen Stadt, die jetzt von allen Schrecken eines Sturmes von Außen, und der Himmel weiß welcher Gräuel im Innern in Folge dessellen sich bedroht sehen. Rings um Wien sind Verschanzungen von den Truppen aufgeworfen, aus denen die Kanonen ihre verderbenschwangeren Mundungender Stadt entgegenrecken. Tausende von Wachtfeuern bilden bei Nacht um Wien ein grausig schönes Schauspiel. Immer noch sieht man vom Stephansthurme neue Truppen im Heerlager der Feldherren Außen einrücken. Was uns der heutige Tag bringen wird, weiß der Himmel. Der Fanatismus der Proletarier, der von den fremden Aufwieglern an ihrer Spitze stets genährt wird, läßt das Schlimmste befürchten! Im besten Falle ergeht es uns in der Stadt schlecht: denn die fanatisirten Haufen wollen nicht nachgeben, und Fürst Windischgrätz ist nicht der Mann, der sich von ihnen imponiren läßt. Das Manifest der Reichskommissäre HH. Welker und Mosle hat im Ganzen wenig Wirkung hier gethan, aber doch den Leitern der ganzen Bewegung hier sehr mißfallen: denn so viel sehen sie wenigstens daraus, daß diese Frankfurter Abgesandten nicht von ihnen sich Sand in die Augen streuen lassen wollen. Gestern erschien noch ein Aufruf des Gemeinderaths, wonach mit Gewißung darauf, daß die Reichskommissäre, so wie der öfterr. Reichstag die friedliche Lösung der Wiener Angelegenheiten eingeleitet haben, dringend ans Herz gelegt wird, jeden feindlichen Zusammenstoß mit dem k. k. Militär zu vermeiden, damit nicht durch voreiligen Entschreiten das große Friedenswerk in Vorhinein unmöglich gemacht werde."

|| Wien, 24. Oktob. Morgens. Das Drama nähert sich seiner Katastrophe. Der letzte Akt beginnt, er ist überschrieben: Hungersnoth! Furchtbares Wort! Man schaudert, wenn man seine wahre Bedeutung in der Nähe sieht! Und sie beginnt jetzt in Wien sich zu verwirklichen. Acht Tage noch, höchstens acht Tage kann Wien sich halten, und was dann geschieht, weiß Gott! Die Antwort des Gemeinderathes an den Fürsten Windischgrätz, worin sich derselbe auf den Frieden des Reichstages gegen die Anklagandungen des Fürsten beruft, nebst der Erklärung, daß der Gemeinderath nur vom Ministerium des Innern Befehle zu empfangen habe, sowie die Zurückweisung der vom Fürsten dem Gemeinderath auferlegten Verantwortlichkeit, verändern oder bessern nichts an der Sachlage. Windischgrätz hat den Belagerungszustand der Stadt ausgesprochen, und man weiß, daß er der Mann ist, welcher seinen Worten Nachdruck zu geben versteht! — Der Reichstag beschäftigt mitunter merkwürdige Dinge! So hat er heute den Minister Kraus beauftragt, alle Civil- und Militärbehörden dahin zu bestimmen, daß der Postverkehr nach allen Richtungen wieder hergestellt werde! Es ist sehr zu vermuthen, daß Fürst Windischgrätz diesem Beschlusse dieselbe Folge leisten dürfte, wie dem früheren Beschlusse des Reichstages, daß keine Truppen auf der Nordbahn befördert werden dürfen, oder, daß Jellachich augenblicklich von Wien abzuziehen habe! Man möchte es beinahe rührend nennen, wenn man es als ein Zeichen der Freiheit der Berathungen des Reichstages auffaßt, daß ein Beschluß mit 4 Stimmen Opposition gefaßt worden sei! — Allmählig fängt man an für den Gesundheitszustand der Stadt zu fürchten, da, wie man sagt, im Lager außer der Stadt, besonders bei den Croaten Wechselfieber und choleraähnliche Ruhr sehr häufig sein sollen. Das fehlte noch, um die Verwirrung in der Stadt auf den höchsten Punkt zu treiben! Doch bereits die Noth groß, sehr groß ist, beweist der Umstand, daß mehrere Garden ihre Gewehre in das Versatzamt getragen haben!!! — Gestern hat man wieder einmal die Ungarn erscheinen lassen; man sah nemlich einen dichten Rauch und schloß logisch ganz richtig, daß dieser von den Ungarn herrühren müsse, und beantwortete vom Stephansthurme aus das angebliche Hilfssignal. Die Hilfe der Ungarn, dieser Strohhalm, an dem sich die Ertrinkenden verzweifelt anklammern, ist allerdings bisher nur in Rauch bestanden. „Worte, nichts als Worte," sagt Hamlet — „Rauch, nichts als Rauch" können die Wiener von den ungarischen Schönrednereien sagen. Allein statt der Ungarn ist andere Hilfe eingetroffen: ein Scharfschütze aus München hat sich durch die „feindlichen" Linien zu schleichen gewußt und kündigt an, daß 50 weitere Scharfschützen ihm folgen werden. Was wird wohl Windischgrätz zu dieser den Wienern geworbenen Verstärkung sagen? Ich hoffe, daß er auf diese Nachricht hin entlich den Nachzug antreten wird! — Herr Robert Blum hat gestern in der Aula eine Rede gehalten, in welcher die Zuhörer ganz neue Dinge erfuhren! Wir wußten bis auf diesen Augenblick nicht, daß vor den Linien eine feindliche Armee stand. Um uns dieses zu eröffnen, ist, wie es scheint, Hr. Robert Blum eigens hieher gereist. Er theilte uns die unerhört merkwürdige Entdeckung mit, daß Wien von Außen und innen Feinden bedroht sei: — die äußeren Feinde seien „diejenigen, welche in diesem Augenblicke mit Kanonen und Bajonetten vor den Thoren stünden". Die Inneren seien Furcht, Muthlosigkeit, rc. und eine gewisse Partei, welche die Rückkehr der Ordnung (!) wolle und selbe es unter der Herrschaft der Bajonette sein! Bei dem Worte „Bajonette" sahen wir, wie dem tief ergriffenen Redner die Gesichtshaut anfing! Lie Zunge ist natürlicherweise versch, durch und durch. Sie ist abermals versch, als nochmals versch — und zum drittenmale versch! Hr. R. Blum allein ist nicht versch — o! Daraus ist ein ehrenwerther Mann! Schlußlich glaubte Hr. R. Blum uns noch eine Entdeckung machen zu müssen: der Einzug des vollsständigen Heeres sei das Todesurtheil der ganzen Bevölkerung — denn wenn auch alle Einwohner am Leben blieben, so wären sie doch moralisch todt, indem ein Leben in Knechtschaft kein Leben sei! Er und seine Genossen in Frankfurt z. B. die äußerste Linke würde mit Wiens Heldensöhnen stehen und fallen." Nun frage ich, ist es nicht eine Schmach, wenn ein Mitglied der deutschen Reichsversammlung statt seinen Platz in der Paulskirche einzunehmen, ein solch unsinniges Treiben, wie es gegenwärtig in Wien an der Tagesordnung ist, nicht allein gutheißt, sondern sogar durch die Erklärung des Beitritts seine Partei unterstützt! Die matte und fade Rede desselben hat übrigens den Enthusiasmus für den Redner bedeutend abgekühlt, die wiedergegebenen Worden, welche er uns zum Besten gab haben keine Wirkung gemacht, und Hr. R. Blum wäre ein Philosoph geblieben, wenn geschwiegen, und noch mehr, wenn er gar nicht hieher gekommen wäre.

Börse flau. 5 procent. Metall. 73½. Anlehen von 1834. 115 G., 1839, 82 G. Nordbahn 103 — 4.

J. B. Bogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 105.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Monatstag 6 kr. Halbtägig 3 kr. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Sonnabend den 28. Oktober 1848.

Expedition: Fortunatenhof Nro. 10. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 28. Oktober.

Nach einer Bekanntmachung des königl. Oberst-Kämmerer-Stabs vom 27. d. Mts. haben Se. Maj. der König in Folge der erhaltenen Anzeige des Ablebens Ihrer Majestät der verwittweten Königin beider Sicilien, Maria Isabelle, eine Hoftrauer von drei Wochen — nämlich vom 28. Oktober bis einschlüssig den 17. November — anzuordnen geruht. Die hofbefähigten Herren nehmen zur gewöhnlichen Uniform mit langen weißen Beinkleidern den Flor am Arme. Die Hof- und Stadt-Damen tragen zum schwarzen Kleide weißen Kopfputz.

Se. Maj. der König hat unterm 24. Okt. den Präsidenten der Regierung von Oberbayern, Bernhard Frhrn. v. Gobin unter dem Ausdrucke der allerhöchsten Anerkennung seiner langjährigen, treugeleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen, und zum Verweser der Stelle des Präsidenten der Regierung von Oberbayern den dermaligen Ministerialrath im Staatsministerium des Innern, Theodor v. Zwehl, zu ernennen geruht.

Se. Maj. der König haben unterm 24. d. Mts. allergnädigst geruht, die bei dem Appellationsgerichte von Unterfranken und Aschaffenburg erledigte Sekretärsstelle dem l. Assessor am Landgerichte Orb Herm. Schäfer zu verleihen.

Deutsche Reichsversammlung.

⊙ **Frankfurt**, 25. Okt. Meinen heutigen Bericht muß ich mit der Erklärung beginnen, daß die Verdächtigung, welche man gegen den Binckelschen Klubb ausgeschwenkt und so ziemlich auch allgemein für wahr angenommen hat, als beabsichtige er, in der Reichsversammlung eine schwarze Politik zu verfolgen, sich geistern als gänzlich unbegründet herausstelle. Die Rechte ist mit Entschiedenheit für die Erhaltung Oesterreichs in seinem Gesammtbestande, natürlich ohne Ausscheiden seiner deutschen Provinzen aus dem deutschen Reichsverbande aufgetreten, und die sublime Idee, unsere Ohnmacht zu theilen und deren größere Hälfte den Russen auszuliefern, bleibt somit unbestrittenes Eigenthum unserer Professorenthums, das im Zentrum des Hauses Posten gefaßt hat, und von da die Lichtstrahlen seiner staatsmännischen Gesichtszahlen über die Versammlung ausgießt. Binde hat gestern gesprochen wie ein Mann, dem sein Vaterland, das ganze Deutschland am Herzen liegt, und dessen Blick über das Tagesgerede unserer politischen Kannegießer weit hinausreicht. Nicht minder gut und treffend waren aber auch die Aufführungen eines Beidtel, eines Reichensperger6 und so vieler Anderer, welche sämmtlich den kolossalen Widersinn nachwiesen, der in dem Verfahren einer Versammlung liegen würde, welche zur Herstellung der Einheit, der Macht und Größe Deutschlands und zum Schutze seiner Angehörigen in und außerhalb Europas nach Frankfurt geschickt wurde, und welche damit begänne, Deutschland zu spalten, seine Bewohner auseinander zu reißen, Deutsch-Oesterreich den Slaven und alles Uebrige den Magyaren, oder wer sonst noch Appetit zum Zugreifen haben würde, hinzuwerfen; und all' dieses warum? einer schalen Idee, einer aus dem Französischen übersetzten Staatsformel zu lieb, die für die Pariser Zentralisationsbrüder einen Sinn haben mag, aber für Deutschland nun ein und allemal nicht paßt. Wir haben in unserem Vaterlande verschiedene Staaten, die zu klein sind, um militärisch irgend etwas leisten zu können, sie werden in „dieser" Beziehung unmittelbar unter die Leitung der Reichsbehörden gestellt werden, wie der Wehrverfassungsentwurf mit vollem Rechte begehrt. Diese gewissermaßen reichsunmittelbaren Landschaften liegen ihrer großen Mehrzahl nach im Herzen Deutschlands, um sie herum dehnen sich die mittelbaren Staaten rein deutschen Blutes, als da sind Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Sachsen und Hannover; einen dritten Wall bilden Preußen, Deutsch-Oesterreich, Holstein und Limburg-Luxemburg; ihr Verhältniß zu den mit ihnen verbundenen Landesherrlichen in Posen, Ungarn, Italien, Schleswig und Holland macht schon Rücksichten eigener Art nothwendig, und endlich reihen sich in noch weiteren Kreisen die Deutschland durch Vermittlung der vorigen Gruppe — zugewandten Gebiete unsere Schutz-, Vor- und Nebenländer an. Ein jeder von diesen das deutsche Herzland rings umwallenden Kreisen fühlt den Wellenschlag unserer Gesammtkräfte, aber um so stärker oder schwächer je enger oder weiter er vom Mittelpunkte entlegen ist, bis, um mit Reichensperger zu reden, das Kreuz auf der Sophienkirche zu Konstantinopel als Marke deutschen Einflusses und als Hort gegen die Barbarei des Ostens wieder aufgerichtet sein wird. Eine solche Politik ist nicht einfach, wie das Einmaleins, nicht faßbar in zwei oder drei Schulbegriffen, wie unsere Staatsrechtslehren Dogmatiker wollen, aber sie ist groß und würdig eines Volkes, das, in der Mitte Europas gelegen, seine weltshistorische Aufgabe begreifen wird, trotzdem, daß für den Augenblick zu befürchten steht, unsere Faustfriche werde mit einer Mehrheit von vielleicht anderthalb Stimmen in die Fußstapfen der Ideologie der vorigen Jahrhunderte treten, welche bekanntlich die schönsten Reichsländer jenseits des Rheinstromes an seinen Quellen wie an seiner Mündung gleichfalls einem souveränen Dogma zu lieb hinopferte. Es gibt nichts Neues unter der Sonne, dies heißen die alten Doktoren der Gottesgelahrtheit jetzt Professoren der Staatsgeheimkunst. Sie werden es mir nicht übel nehmen, daß ich so oft auf diesen wunden Fleck unserer Zustände zurückkomme; aber wahrhaftig, es thut Noth, wenn nicht Alles eine schiefe Wendung nehmen soll; denn wahrhaftig unsere Feinden sind hiegegen ganz ungefährliche Leute; daß sie Oesterreich wie jeden andern Großstaat in Fetzen reißen möchten, um sich daraus zu theilen und in aller Gemüthlichkeit ihre Sonderrepubliken herrichten zu können, steht jedes Kind rein; ihre Vorbereiten und Verbrechen haben bis jetzt nur dazu gedient, die Reichsregierung zu stärken, und unsere Soldaten im Feuer zu exerzitzen, dagegen sind es die Waiz und die Mittermaier, welche durch ihr überschwengliches Vielwissen und Vielreden die Gemüther der Mittelklassen bethören und auf Irrwege führen. In den alten Jahn ist wieder sein Jugendfeuer gefahren, wie er einst das deutsche Volk gegen Napoleon in die Waffen brachte, so schlägt er jetzt mit Donnerwetter auf die neuen Rheinfündler los, die unter dem Vorgeben, für die Republik zu wirken, ihr Vaterland den Fremden in die Arme spielen. Den neugebackenen Maulaffen, wie er das Ding nennt, den Herren Blum und Konsorten hat er gestern wieder eine angehängt, worüber die ganze Kirche in Lachen ausbrechen mußte. Wie wohl wäre uns, wenn die jungen Freiheitskämpfer nun den gehörigen Takt des festtäglich deutschen Sinnes hätten, welchen der alten Recke bis in seine späten Tage gewahrt hat.

Die Wahlen zum nächsten bayerischen Landtage.

* **Aus Franken**, 25. Okt. Wie in München durch den Verein für Freiheit und Ordnung, so beeifern sich auch in Franken die konstitutionellen Vereine, in Franken Vorgänume für die Wahlen zum nächsten bayerischen Landtage bekannt zu machen, und dadurch auf diese Einfluß zu gewinnen. Solches Bestreben ist eben so gesetzlich, als in andern konstitutionellen Staaten längst in wohlthätiger Uebung. Die Männer, welche diesen Vereinen angehören — und es sind von den Besten im Volke — geben dadurch ihre eigene politische Gesinnung kund, fordern damit zur öffentlichen Besprechung der wichtigsten Fragen des staatlichen Lebens auf und veranlassen dadurch die Wahlmänner einerseits, ihre Aufgabe als Vertreter des Gesammtvolks bei der Wahl seiner Abgeordneten sich klar zu machen, andererseits eben deßhalb nur die wirklich tüchtigen, verläßlichen Kandidaten zu solcher Stelle zu suchen und zu ernennen. Nicht minder wird hierdurch das Volk selbst in allen seinen Bestandtheilen über seine nächsten wahren, nicht eingebildeten oder künstlich erregten Bedürfnisse wie über die eigentlich wirksamen, unter den gegebenen Umständen möglichen, nicht marktschreierisch vorgepriesenen Mittel zur Abhülfe als Bereiten. Darin kann solalich keinerlei Eingriff in die Freiheit der Wahlen, vielmehr nur eine Förderung derselben mittels Aufklärung über ihren Zweck, ihre Aufgabe und die dafür geeigneten Personen gefunden werden. In allen Ländern, die in politischer Bildung vorangeschritten und im Besitz freier Wahlrechte zu ihren repräsentativen Versammlungen sind, treten Wahlkommitee und Wahlstandkarten auf. Natürlich, daß hiebei die politischen Parteien alle ihre Kräfte gegenseitig aufbieten, um ihre Gesinnungsträger in die Wahl zu bringen; aber gerade aus diesen Wahlkampfe entsteht die freie Regung und der Sieg, wenn auch manchmal in einzelnen Wahlen zweifelhaft oder entrückt, im Ganzen für die Partei, welche die entschiedenere Mehrheit des wirklich zählenden Volkes hat, also die rechte und gute ist. Denn das muß man der menschlichen Vernunft und Einsicht zugestehen, daß sie zuletzt immer, mehr oder minder willig und rasch, das Rechte und Gute herausfinden und diesem Treue hält, und darum ist im Staatsgesellschaftlichen Leben die Bestimmung der Mehrheit stets das leitende, maßgebende Prinzip. — Hoffen wir, daß solche echte, wahre

Majorität auch bei den bevorstehenden Landtagswahlen sich rührig und siegreich erweise. Die weitaus größte Mehrheit des bayerischen Volkes hängt fest an dem Glauben nicht nur, sondern auch an der gerüsteten und wohlbegründeten Ueberzeugung, daß nur unter der konstitutionellen Form nachhie seine Freiheit und Wohlfahrt gedeihen, daß nur sie ihm die Früchte der Errungenschaften der Neuzeit gewähren und sichern, die Bahn erspriesslichen Fortschrittes offen halten, ohne und erfolgreich machen kann. Die Republik findet bei der allergrößten Mehrheit keine Anhänger, ja man kann mit Recht behaupten, daß die ihr — aus allerlei, aber höchst selten aus lauteren Gründen — Anhängenden, vielmehr im Trotze Nachtauenden in Bayern eine äußerst kleine Zahl ausmachen. Die Demokraten, deren in Bayern eine äußerst kleine Zahl ausmachen. Die Demokraten, deren in Bayern sehr wenige Kräfte, aber eine Rührigkeit, der keine Mittel und Personen zu schlecht sind. Die wahrhaft Freiheit und Ordnung liebenden Bürger werden ihrer überall leicht Meister, wenn sie sich zusammenhalten, sich von den Schreiern nicht einschüchtern lassen, und auf den kräftigen Beistand der Gesetze zählen können. Die Zeit der Terrorisirung durch jene radikale wühlerische Minderheit ohne moralischen Halt ist vorüber. Das hat sich in Bamberg erprobt, wo man nur noch in einzelnen Kneipen im vertrauten Kränzchen die alten Lieder und Reden sich gegenseitig obsleiert, in den allgemeinen Versammlungen sich wohl hütet, die rothe Seite herauszukehren, höchstens noch etwas davon vorschlüren läßt. So wird es in Nürnberg gehen, wo man zwar noch gegen den Ehrenmann Fraß Eilaue zu machen sucht, aber in den Reden und Anprax

sanprriestern abgehaltenen Missionen auf dem Laude, in den Städten, wie Dieß schon längst anterwärts, z. B. in Frankreich, geschieht, durch Konferenzen das rechte Mittel gefunden sein."

Günzburg, 23. Okt. Seit gestern ist das Hauptquartier des Hrn. Generallieutenanant Frhrn. v. Gumppenberg, als Kommandirenden des seit mehreren Wochen an der Iller aufmärts gestandenen bayerischen Armeekorps von 12,000 Mann von Memmingen hieher verlegt, und das ganze Korps weiter rechts geschoben worden, so daß es jetzt zwischen Iller und Ulm, und von der Donau bis Illerissen und Roggenburg steht. Die Ursache dieser Dislocirung ist nur darin zu suchen, daß man die schon lange belegt gewesenen Ortschaften hat erleichtern wollen. Zu diesem Korps gehörende Truppen sollen sich im Württembergischen hinter befinden, Sigmaringen aber noch von ihnen besetzt sein. (Schw. Mrk.)

Württemberg. Ulm, den 24. Oktober. Gestern Abend feierte ein Theil unserer württembergischen, österreichischen und bayerischen Besatzung auf dem Siegelschen Festsaalleller ein großartiges Verbrüderungsfest. Gegen 7 Uhr zogen die Betheiligten, einige Hundert Mann stark, Fackeln voran, auf den Markt und brachten der Ulmer Bürgerwehr, den württembergischen und österreichischen Soldaten ein Hoch, worauf Alle ruhig auseinanderzingen.

Sächs. Herzogthümer. Altenburg, 18. Okt. Die sächsischen Reichstruppen sind seit 14 Tagen bei uns einmarschirt, ohne daß sich in unserem wahrhaft erstlosen Verhältnissen auch nur das Mindeste geändert hätte. Die gänzliche Unthätigkeit unseres Ministeriums und unserer Regierung geht so weit, daß man selbst an der Seite einer so imponirenden Macht nicht einmal die Besetze des Reichsministeriums auszuführen wagt, sobald dieselben etwa der Zügellosigkeit unserer republikanischen Horde eine Grenze setzen wollen. So setzen sich die konstitutionellgesinnten Bürger, immer noch eine große Zahl, in unserem Lande alle Mittel konstitutionell-republikanischer Herrschaft, der rothen Fahne, der Landwehr, die im Ministerium, in der Regierung, in unserer Ständekammer überall Sitz und Stimme hat und nur auf den günstigen Augenblick lauert, um vollends alles Recht und alles Gesetz über den Haufen zu stürzen, gänzlich preisgegeben. Gleich nach dem Einmarsch der Reichstruppen trat eine große Zahl unserer Bürger zusammen, um einen wahrhaften Bericht über unsere Zustände an das Reichsministerium gelangen zu lassen. Dieser Bericht war die Bitte um Aufhebung der Neuorganisirung der sogenannten Bürgergarde beigefügt, die in ihrer gegenwärtigen Gestalt und unter ihrem derzeitigen Führer für weiter nichts als die bewaffnete Macht der Republikaner zu betrachten ist. Wir wissen, daß sofort von Seiten des Reichsministeriums eine dieser Bitte entsprechende Aufforderung an das hiesige Ministerium um die Regierung ergangen ist. Unserem Ministerium Grutzner, einem entschiedenen Republikaner, der statt des souveränen Willens seiner Partei im Monat Juni den Platz auf der Barrikade mit dem Sitz im Ministerium vertauscht hat, ist es gelungen, die übrigen Mitglieder des Ministeriums und der Regierung gegen die Nothwendigkeit einer Auflösung oder Umgestaltung der Bürgergarde zu stimmen. Die konstitutionelle Partei hier steht somit fest hinter der Regierung, in dem Fall, sich zu allen Parteigreueln der rothen Republikaner mißbrauchen lassen zu müssen. Getreisten sie sich, dem Trommelschlage der Republikaner nicht Folge zu leisten, so werden sie zuletzt von mit Sensen bewaffnenten Handwerksburschen (ein Theil unserer sogenannten Bürgergarde) aus ihren Häusern gerissen, wie Dieß bereits sowohl zu dem beabsichtigten Putsch unserer Rothen an Tage des Einmarsches der Reichstruppen, als auch schon früher an unseren Parteileuten Barrikadenmord geschehen ist. Die Mißstimmung über diesen neuen Beweis, wie der konstitutionelle sinnte Bürger von unseren Behörden durchaus nichts zu hoffen hat, ist eine so tief gehende und verzweifelte, daß es wirklich kein Wunder wäre, wenn ein gänzliches Aufgeben gesetzlicher Gesinnung, ein Anschluß an die Rotten der konstitutionellen Partei als das einzige Mittel für ihre persönliche Sicherheit erschiene.

Altenburg, 23. Okt. Zur ungewöhnlichen Stunde heute Morgen riefen die Signalhörner der Schützen, viel Trommelwirbel unsere Reichstruppen zusammen. Zugleich gaben drei Alarmschüsse der auf den benachbarten Dörfern liegenden Kavallerie das Zeichen zum Einrücken in die Stadt. Unter dem heftigsten Volke gingen nämliche Gerüchte von Verhaftung unserer drei Abgeordneten Oefer, Todtschik und Schaffrath. Es bethätigte sich indessen bloß die Beobachtung des bekannten Dr. Douai, Verfassers des republikanischen Volkskatechismus. Als derselbe von unserm Stadtrichter unter starker militärischer Bedeckung nach dem Rathhause gebracht wurde, machte das Volk einen Versuch zu dessen Befreiung, welcher aber von einer Abtheilung sächsischer Schützen zurückgewiesen wurde. Dr. Douai ist bis jetzt, Nachmittags 3 Uhr, noch in Haft, wo verlautet auf ausmärtige Requisition. Das Volk ist, den obigen Versuch zur Befreiung desselben abgerechnet, bis jetzt ruhig geblieben. Die sächsischen Reichstruppen bewähren eine musterhafte Haltung.

Koburg, 24. Oktober. Die in die hiesigen Gegenden bestimmten bannöver'schen Reichstruppen sind gestern von Gotha aus nach Altenburg gesendet worden. Es ist für gut befunden worden, die seither in Altenburg stationirten königlich sächsischen Reichstruppen von dort zu entfernen und in die westlichen thüringischen Staaten zu vertheilen.

Schleswig-Holstein. Auf Antrag Friederici's hat die Landesversammlung am 20. ein Gesetz angenommen, wonach alle im letzten Kriege erwiesenermaßen gewesenen Invaliden, so wie auch die Wittwen und Waisen der Gefallenen Anspruch auf Unterstützung aus der diesseitigen Staatskasse erhalten. Vorläufig sind zu diesem Zwecke 15,000 Thaler Courant ausgesetzt und deren Verwendung der Regierung anheimgestellt. Die Annahme des Gesetzes wurde sehr beschleunigt, um sie von der landesherrlichen Zustimmung unabhängig zu machen. — Die Anerkennung der neuen Regierung seitens der Londoner-Conferenz unterliegt seinem Zweifel mehr. Durch Verfügung der provisorischen Regierung vom 17. d. M. werden die dänischen Schiffe in den Häfen der Herzogthümer den Schiffen nicht privilegirter Nationen gleichgestellt.

In Kopenhagen ist nach den letzten Berichten die Kriegspartei höchst unzufrieden über die Beseitigung der schleswig-holst. Immediat-Kommission und einer für einen abermaligen Einmarsch in Schleswig. Die in Fünen und Seeland herrschende Uneinigkeit, meint sie, begünstige eine solche Expedition ausnehmend. „Fäderlandet" sagegen meint, man möge die zum Frühjahr warten, da man jetzt die Flotte nicht gebrauchen könne.

Preußen. △ Berlin, 24. Oktober. Die Wahl v. Bodelschwingh's für den Lehower Kreis bestätigt sich; sie macht gleich der von Winke und Bardeleben die Lüge zu Schanden, die vorauszusehen, daß alle drei der Rechten ein bedeutendes Gewicht zugetragen werden. — Heute in der Nationalversammlung wurden zuerst Proteste der Deutsch-Polen gegen den gestern gefaßten Beschluß in Betreff Posens eingelegt. Dann kam der Waldeck-Eisersche Antrag zur Berhandlung, nach welchem in Preußen kein Gesetz der Zentralgewalt oder der Nationalversammlung in Frankfurt Gesetzeskraft erhalten soll, wenn er nicht von der preußischen Nationalversammlung mit gesetzlich genommen und genehmigt ist. In der Begründung des Antrags gab Waldeck wieder einen recht sprechenden Beweis von der Gleichheit dieser Herren der Linken. Wer erinnert sich nicht, wie Waldeck selbst am 11. Juli die Regierung mit Vorwürfen überhäufte, weil sie seiner Behauptung nach der Zentralgewalt und den Beschlüssen der Reichsversammlung zu Frankfurt nicht in dem von seiner Partei verlangte unbedingte Unterwerfung versage. Freilich hoffte sie damals noch die Oberhand zu erlangen, und da paßte es natürlich ganz in ihren Kram, von den Einzelregierungen unbedingten Gehorsam zu verlangen; seitdem aber hat sich das Blatt zu Frankfurt gewendet, und unser „Berg" hat nun gewaltige Furcht vor der Rechten seit sie am Ruder ist. Fleischer beantragt Verweisung des Antrags in die Abtheilungen. Er spielt dem Waldeck einen üblen Streich, indem er in mehrere Stellen der am 11. Juli von demselben gehaltenen Rede vorliest, mit dem Bemerken, er werde ihm hier schwerlich einen Schreibfehler nachweisen können. Waldeck (sehr gereizt): das deutsche Volk (d. i. der Theil mit dem Hr Waldeck es hält, mit andern Worten die „Rechten") sieht nicht mehr nach Frankfurt. (Heftiger Widerspruch.) v. Berg spricht für die Dringlichkeit des Antrages, Duncker in derselben Weise. Er soll glühenden Patriotismus besitzen. Immer (von der Linken) blöst natürlich in Waldeck Horn; er verlangt nicht nur Prüfung aller Frankfurter Gesetze in Berlin, sondern auch Vorbehalt des Rechts, Krieg und Frieden zu schließen u. s. w. Schulz (Delitzsch) beantragt Schluß der Debatte, Reichensperger bebt noch einmal den schreienden Widerspruch hervor, in welchem Waldeck mit seinen früheren Reden stehe. Waldeck, als Antragsteller zuletzt das Wort nehmend, bewegt durch sein Auftreten, wie Fleischer, Duncker und Reichensperger den wunden Fleck getroffen hatten, als sie seine Inkonsequenz zeigten. Er vergißt sich so weit, die Gesinnung Kotzebues auf eine Linie zu stellen mit der Abschlachtung Lichnowsky's und Auerswalds. Die namentliche Abstimmung ergab 212 gegen 171 für, 174 gegen die Dringlichkeit, womit also eine beträchtliche Zahl von Abgeordneten für die Dringlichkeit nur gestimmt hatten, um den Antrag selbst so bald als möglich zu verwerfen. Eine Anzahl Mitglieder der Rechten und des rechten Zentrums waren abwesend.

⊙ Berlin, 24. Okt. Am kommenden 5. Dezember feiern Z3. K. MM. ihre silberne Hochzeit. Es heißt, von jenem Tage an würden diejenigen unserer ihren bauernden Aufenthalt in Berlin nehmen. Am Augenblicke verschwinden unsere eigenen Angelegenheiten, die wahrlich Stoff genug zum ernsten Nachdenken geben, vor der Spannung, mit welcher von allen Seiten die Blicke nach Wien sich richten. Alle Parteien fühlen, daß es dort einen Kampf der Entscheidung für alle gilt. Unsere „Rothen" scheinen nur den Ausgang dort abzuwarten, um, wenn er ihrer Sache günstig ausfällt (wozu allerdings die Aussichten schon jetzt in ziemlich geschwunden ist), auch hier noch einmal ihr Glück zu versuchen. Wundersam ist ihnen ein Dorn im Auge, und dessen Entfernung ist ihr Hauptziel, nach welchem jetzt ihre Freunde in der Nationalversammlung vorzüglich hinstreben.

Oesterreich. Linz, 21. Okt. Die Reichskommissäre wurden gestern durch ihre Ankunft von Seiten der Linzer Nationalgarden sehr freundlich empfangen. Die Garden hatten von 4 bis 9 Uhr Abends auf die Ankommenten gewartet, begrüßten sie mit einem Fackelständchen und gaben ihnen eine Ehrenwache. Auch bei ihrer Abreise wurden dieselben von Offizieren zum Landungsplatze geleitet, wo eine Kompagnie Nationalgarden präsentirte, wie es auch das Linienmilitär auf der Hauptwache Dieß gethan, und die Abschiednehmen wurden mit Musik und den lauten Hochrufe der zahlreich versammelten Zuschauer nach der Abfahrt begrüßt. — Die Proklamation der beiden Herren hatte die beste Wirkung auf die hiesige Bevölkerung hervorgebracht und man knüpft die schönsten Hoffnungen an die Bemühungen der beiden Herren. (A. Z.)

Gratz, 23. Okt. Der Landeshauptmann hat auf den 30. Okt. den Landtagsbeschluß um auf den 15. Nov. einberufen. Dem Vernehmen nach wird mit der oberösterreichischen Landtag in verschiedenen Fragen mit dem Steyrer Landtage sich vereinigen. (Dr. Z.)

Die „Kraker Zeitung" vom 24. d. M. hat Berichte aus den Karpathen vom 3. Oct. über die politischen Wirren in Ungarn. Diese Berichte lassen sich in wenig Worten zusammenfassen: Der Aufstand ist durchaus keine nationale Erhebung, sondern er ist gemacht von Kossuths Emissären. Die Bauern, welche indeß nicht so leicht durch ein paar Schlagworte zu berücken sind, wie dies bei dem hochgebildeten Städter der Fall ist, müssen sehr häufig mit Gewalt zur Einreihung in die Nationalgarde gezwungen werden: es sind Fälle vorgekommen, wo dieser Zwang blutige Händel, selbst Todtschläge hervorgerufen hat. Wenn auch der Bauer auf die Slaven erbittert ist, so hängt er doch mit der alten unverbrüchlichen Treue an seinem Kaiserhause, und es würde den augenblicklichen Sturz Kossuths herbeiführen, wenn er die Entwerfung des Hoheitsrechten Ferdinands V. in Ungarn aussprechen würde. Blas in Pesth, eben und die Selbstständigkeit Ungarns aussprechen würde. Blas in Pesth, am frontisch-ungarischen Kriegsschauplatze, was in Wien vorgeht, weiß der Berichterstatter nicht, denn die ungarischen Zeitungen verdienen „nicht viel Glauben" und unparteiische Briefe kommen selten in das Gebirge ꝛc. ꝛc.

Frankreich.

Paris. Die Pariser Blätter vom 23. melden: 1) Einen blutigen Zusammenstoß in München „zwischen der Armee einerseits und der Nationalgarde und dem Volke andererseits", wobei sehr viel Blut geflossen sei. 2) Den Ausbruch von Unruhen gleicher Art in Stuttgart. 3) Einen Aufstand in Como, wo das Volk die österreichische Garnison vermieden habe, so daß Radetzky sofort 10,000 Mann habe marschiren lassen. Die letzte Nachricht nicht richtiger ist, als die beiden ersten, so hat man die Pariser wieder einmal blau anlaufen lassen. (Karlsr. Z.)

Vermischte Nachrichten.

+ München. (Theater.) Die Aufführung der alten, und doch ewig jugendfrischen „Zauberflöte" am vergangenen Donnerstag gab uns Gelegenheit, das freudig zu begrüßen, was wir schmerzlich in unserm sonst so sonoren Opern-Ensemble seit langer Zeit vermissen, nemlich einen jugendlichen Tenor. Ein solcher war der Gast, Herr Brandel, vom Hofopernthenter zu Wien, der den Tamino mit trefflich jugendkräftiger, sonorer Stimme sang, und zugleich bewies, daß er schon, trotz seiner Jugend, ein gut gebildeter Sänger sei. — Herr Diez — wir wollen seinen früheren Verdiensten nicht zu nahe treten — verliert uns bei seinem jedesmaligen jetzigen Auftreten in eine Stimmung des ängstlichen Mitleidens; wir bedauern ihn normals so unverdienten Gaster, jetzt fast als eine Karrikatur seiner künstlerischen Aufgabe erscheinen zu sehen, und wußten mit jedem Freunde unserer Oper den Wunsch theilen, zu seinem, zu unserm und des Publikums Besten, ihn von der Todesqual seiner sterbenden Stimme erlöst zu wissen. Dieser Eindruck und Erfolg trifft uns nun in dem Gaste aufs glänzendste entgegen; — wie sich überzeugt, daß der praktische Blick unserer Intendanz diesen Tenorsang für unsere Bühne nicht verfehlen lassen, und durch seine Fesselung unsere Oper zu dem gestalten wird, was sie nach Ausstellung dieser bis jetzt fühlbar gewesenen Lücke werden dürfte, nemlich: die erste Deutschlands. —

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Berlin, 24. Oct. Inländische Fonds. Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Sorte. St. Schuld-Sch. 74⅔ P., 73⅓ G. Seeh. Prām. Sch. — P. 92 G. K. u. Neum. Schuldv. — P. — G. Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. — P. 80⅓ G. Großherzogl. Posen Pfandbr. 102½ P. — G. 3% prog. 77⅓ P. — G. Pommersche Pfandbr. — P. 86⅓ G. Kur- u. Neum. Pfandbr. 89½ P. — G. Schlesische Pfandbr. — P. — G. Schlesische Lt. B. gar. 89⅔ P. 88⅓ G. Preuß. Bk.-Anth. Sch. 86⅓ P. 85⅓ G. Ostpreuß. Pfandbr. — P. — G. Rur- u. Neum. Schuldv. 81 G. Märkische 81 G. Pfandbr. — P. — G. Pomm. 3½ P. — G. Ostpreuß. 3½ P. — G. Pos. 3½ P. — G. Schles. 3½ P. — G. Gold al marco 109⅔ P. — G. Neue Ducaten 95⅔ P. — G. Friedrichsd'or 13⅓ P. 13⅓ G. Aud. Goldm. à 5 Tlr. 13 P. 12⅓ G. Disconto 3½ P. 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt A. 84 bz. Berl.-Hamburg 63 P. Berl.-Stettin-Stargarder — G. 87 P. Berl.-Potsdam-Magdeb. 53½ P. Magdeb.-Halberstadt 102½ G. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 51 bz. Köln-Minden 74 bz. u. G. Köln-Aachen 52½ G. Bonn-Köln — Düsseld.-Elberfeld — Steele-Bohwinkel 30 bz. u. G. Ribnitzer-Märk. 68 G. Niederschles.-Märk. Zweigbahn — Oberschles. Lit. B. 89½ bz. u. G. Lit. B. 89 bz. u. G. Kosel-Oderberg — Breslau-Freiburg — Krakl.-Oberschles. 42½ G. Berg.-Märk. 57 G. Stargard-Posen 68⅓ G. 67 P.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 83½ P. Starg.-Posen — Brieg-Neisse — Magd.-Wittenberg — Aachen-Maastricht — Thür.-Berdaer-Bahn — Obpr.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 84 B. Berlin-Hamburg. 89 P. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. — P. 77½ G. 5proz. 87—87½ bz. Berl. Stettiner 96⅔ u. P. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 81 G. Köln-Minden 88⅓ G. Rhein. v. Staat gar. — Rhein. I. Prior. — Rhein. Stamm-Prior. 67½ P. Düsseldorf-Elberfeld. — Niederschles.-Märk. 4proz. 82 G. 5proz. 93⅓ G. III. Serie 88⅓ G. Zweigbahn 4½proz. — 5proz. — Oberschles. — Kosel-Oderberg 94⅔ P. 94½ G. Steele-Bohwinkel — Breslau-Freiburg —.

Augsburg, 26. Oct. Bayer. 3½proz. Obligationen 76 P. — G. 4proz. 86 G. Bankaktien II. Semester 574 P. Prämien 35 P. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. — P.

Amsterdam, 23. Oct. 2½proz. Integr. 44½. — 3proz. Schuld 32½. — 4proz. 68¾. — 3½proz. ditto — Hardelsmaatschappy — —. Rhoins 3proz. à 510 ℔. Bl. 61½. — Syan. inländ. à 6000 fl. — Convents — — Portug. 3proz 21⅞. 4proz. — — Russische 4proz. bei Hope — ditto bei Stieglitz — 5proz. Metall. 60½. — 2½proz. ditto —.

München, 27. Okt. Die heutige Wiener Post vom 25. ist bis jetzt, 11 Uhr Abends noch nicht eingetroffen.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 29. Okt.: „Zayder", Oper von Auber.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Fürst Zugger, von Babenhausen. Limer, Privatier, von Nürnberg.

Gold. Hirsch. Peters, Kaufmann, von Crefeld. v. Puhechen, von Wien. Honorer, Kaufmann, von Paris.

Hotel Maulik. Sir Pole, Rentier, aus England. Bhyte, Oberst, aus England. Eisenbach, Privatier, von Nürnberg. Portmann, Partikulier, von Hanau.

Gold. Kreuz. Feierlein, Rentier, von Wiesbaden. Kauth, Brauer, von Landsberg. Winkler, Pfarrerswerter, aus der Pfalz. Windisch, Studirender, von Pegnitz.

Gold. Hahn. Graf Stollkoff, Ingenieurgeneral, von Petersburg. Baron v. Stachelberg, Adjutant, von Nürnberg. Deidner, Rentier, von Dresden. Baron v. Wangenheim, Oberlieutenant, von Küstrin.

Blaue Traube. Christern, Gutsbesitzer, von Schwaz. Major Kunz, Gutsbesitzer, von Innsbruck. Schön, Ober-Grenzkontrolleur, von Passau. Eller, Kapellmeister, von Wien. Ihr. Rall, Stadtgerichtsassessor, von Nürnberg. Bod, Verwalter, von Thereresienfeld.

Stachusgarten. Weiß, Kaufmann, aus der Schweiz. Friedrich, Buchbinder, von Dillingen. Rucker, Weißgerber, von Andling. Schwandl, Kommis, von Frankfurt. Keller, Kaufmann, von Tübingen. Dr. Ohlenburg, von Augsburg.

Gestorbene in München.

Sirtus Bichler, Jagdgehilf von Parsberg, Lbgs. Miesbach, 39 J. a.

Wichtig für bayerische Staatsbürger und Juristen!

(Die neuen Gesetze über das Strafverfahren betr.)

209. Bei Unterzeichneten erscheint im Laufe des Novembers und werden Bestellungen angenommen:

Anmerkungen zu dem neuen bayerischen Gesetz, die Abänderungen des II. Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend, auf Grundlage der Kämmlichen Ausschuß-Verhandlungen darüber verfaßt von Professor Dr. **A. v. Scheurl.** Mit Abdruck der betreffenden Gesetze. Preis circa 1 fl. 12 kr.

Es wird dieses Werk um so sicherer jedem Staatsbürger willkommen und jedem Juristen unentbehrlich sein, als der Herr Verfasser Mitglied des Kämmlichen Ausschusses für Gesetzgebung ist und in dieser Eigenschaft eine besondere Befähigung für diese Arbeit besitzt.

Buchhandlung von Christian Kaiser, in München.

Stelle-Gesuch.

210. (2a) Ein im Tax-, Hypotheken-, Notariats-, Kontributions-, Brandversicherungs-, Gemeinde- und Stiftungs-Rechnungs-Wesen, sowie sonstigen Administrativgeschäften vollkommen routinirter Landgerichts-Oberschreiber, sucht in gleicher Eigenschaft anderweite Stellung, und könnte allenfalls sogleich eintreten. Das Nähere durch die Expedition.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Welche Mitglieder der deutschen National-Versammlung in Frankfurt vertreten den Willen der deutschen Nation?

* **Pfalz**, 20. Okt. Die Neue deutsche Zeitung, das Organ der Demokratie, oder deutlicher das Organ der stark durchschimmernden rothen Republik sagt in ihrem Blatte Nr. 95: „daß eine National-Versammlung „nur dann den Namen „Volks-Vertretin" verdiene, wenn die Mehrzahl „der in ihr figurirten Abgeordneten auch die wahre Willensmeinung der „Mehrzahl des ganzen Volkes repräsentire" und folgert nun ganz nach der Lust der rothen Republik, daß die heutige Majorität der deutschen National-Versammlung in Frankfurt nicht die Willensmeinung der Mehrzahl des deutschen Volks repräsentire, welche nur in der Partei der Linken vertreten sei, und ebendeßhalb auch die heutige Majorität der National-Versammlung von Frankfurt abdanken werden müße.

Das Demokraten-Organ gibt zwar zu, daß zur Zeit der Wahl der fraglichen Abgeordneten, die Wähler und die Gewählten gleichen Willen können gehabt haben; nimmt dann aber weiter an, daß im Laufe der letzten 6 Monate die Ansicht der beiden Theile so sich geändert haben könnten, daß pflichtgemäß diejenigen Mitglieder der National-Versammlung ausscheiden sollten, welche nicht mit der Willensmeinung ihrer Wähler übereinstimmten.

Wenn wir einen Augenblick diesen Grundsatz der Demokraten gelten lassen wollen, und die Frage weiter erörtern, welcher Theil der Volksabgeordneten dem obigen System zufolge heute aus der deutschen National-Versammlung in Frankfurt pflichtschuldigst austreten müsse, — so liegt die Antwort hierauf sehr nahe, daß in diesem Falle nämlich die meisten Mitglieder der Linken die Rathe in der Hölle der Rothen alsbald zurückzuziehen verbunden wären, indem sehr viele Mitglieder dieser Partei daß öffentlich in Versammlungen und Schriften, daß heimlich durch die Demokraten-Vereine dahin wirken, alle bestehenden staatlichen Einrichtungen in Deutschland umzustoßen und politische Verklärlinste herbeizuführen, welche sämmtliche Bestrebungen weiter früher noch heute mit dem Willen der Wähler in Uebereinstimmung stehen.

Wenden wir zu dem Ende einen ruhigen Blick auf den Moment der Wahlverhandlungen zurück, und untersuchen wahrheitsgetreu, welchen Willen das deutsche Volk damals in politischer Beziehung ausgesprochen, und in wie weit die heutigen Gewählten, damals noch als Kandidaten, diesem Willen sich unterwarfen, dann werden wir finden, daß diese Theile namentlich in Beziehung auf die Frage, welche Regierungsform für das deutsche Volk die passendste sein dürfte, darüber mit einander einig gewesen, daß eine konstitutionell-monarchische Regierungsform die geeignetste sei. — Das deutsche Volk erklärte, mit seinen Fürsten Hand in Hand gehen zu wollen, um vereint ein freies, einiges und starkes Deutschland zu schaffen, ohne jedoch die Individualität der einzelnen Staaten zu zerstören.

Daß nur der Inhalt des Mandats, dem Willen eines solchen angenommen werden kann, welches die Gewählten vom Volke erhielten, ein Mandat klar nach Wort und Sinn, und welches von beiden Theilen heute nicht mehr weggeläugnet werden kann, ebenso wenig als daßelbe aufgehoben ist.

Werfen wir nun einen weiteren Blick auf die Gewählten, und nehmen, um auf dem Boden der strengsten Wahrheit und des strengen Rechts zu bleiben, die sämmtlichen Gewählten für Bayern, insbesondere aber für die Pfalz, seit ins Auge, und fragen, welches politische Glaubensbekenntniß dieselben vor 6 Monaten öffentlich vor dem Volke, theils mündlich theils schriftlich abgelegt haben, dann werden sowohl die Gewählten als auch alle Wähler auslagen müssen, daß die Deputirten als Kandidaten aufgetreten, daß sie, wenn gleich die republikanischen Staatsformen als eine schöne Idealform anerkannten, dieselbe darum doch nicht für das deutsche Volk in Vorschlag bringen würden, weil voraussichtlich die Mehrheit der deutschen Nation mit den Wählern eine konstitutionell-monarchische, als dem Geiste des deutschen Volks entsprechendere wünscht, und es versprachen deßhalb alle pfälzischen Abgeordneten, mit Ausnahme eines Einzigen (von den zufällig eingetretenen Ergänzungs-Deputirten nicht zu reden), daß sie in Frankfurt dafür wirken wollten, daß diese Staatsform die vollste Geltung erhalten solle.

Wähler und Gewählte waren also vor 6 Monaten sowohl in der Pfalz, in Bayern, und man darf sagen, in ganz Deutschland, mit wenigen Ausnahmen über den Zweck der Sendung nach Frankfurt und das Ziel, das dort erstrebt werden sollte, mit einander einig, und vertrauensvoll überliefs das deutsche Volk seinen Abgeordneten die Art und Weise, das vorgesteckte Ziel zu erreichen.

Allein noch waren die Deputirten nicht lange in Frankfurt versammelt, als ein Geist sich daselbst kund gab, der seinen Zweifel darüber mehr übrig ließ. daß namentlich die pfälzischen Deputirten total ihr Ziel aus dem Auge verloren hatten. Von unseligen Ideen benebelt, die keinen geschichtlichen Boden in den besonnenen Theile der Wähler finden, näherten dieselben sich jener Partei, die auf ihren Fahne nur Dünkel und Hochmuth zur Schau trägt, wie sich diese mancher Menschen zu bemächtigen und sie zu berühren pflegen, in dem Augenblicke, wo sie aus ihrem früheren natürlichen Berufe heraus und in einen solchen getreten, in welchem nur Gebrauch des Wissens und des Charakters sein Stelle finden kann. — Anstatt nach Männerpflicht und Ehre, ihrem Versprechen gemäß, das sie dem Volke gegeben, zu handeln, wenden sie die Redensart ihrer Wahl um, und sprachen zum Volke: „Volk, du mußt wollen, was wir wollen — nur wenn das rothe Fähnlein aufgesteckt wird, dann mußt du es auch thun, denn diese Partei weiß alleir, was zu deinem Heil dienlich ist; und willst du nicht gutwillig folgen, so werden dir schon Leute gesendet, die das edle Geschenk der rothen Republik mitbringen — denn nur in dieser allein ist das Glück des Volkes begründet — und diejenigen, welche dich abhalten, dem Fähnlein zu folgen, sind Landes- und Vaterlands-Verräther, — aber wehe ihnen, die Schergen der Rothen werden schon mit ihnen fertig werden — mit jenen Vaterlands-Verräthern, die in und außer der Paulskirche gegen die edle rothe Republik eifern.

Noch nie kam das Blut eines braven deutschen Mannes, das meuchlings bei Kandern gefloßen, vernacht — noch das Blut der durch die Schergen der Rothen gemordeten Auerswald und Lichnowsky warm, kaum die neuen Opfer bei Lörrach zur Erde bestattet, als dieselbe Klasse von Meuchelmördern, einen greisen Lamberg und einen braven Latour, mit kannibalischer Roheit hinmürgen. Diese Klasse von Wüthrichen mit ihrem Gefolge, deutsches Volk! soll die Freiheit, soll — wir Heil bringen! aus einer solchen Hand soll Segen erwachsen!! Nie und nimmermehr!! — Schmach und Schande denjenigen, welche auf eine Weise heute dem Volke die rothe Republik als heilbringend verkünden, welche, um Boden im Volke für diese schlechte Saat zu gewinnen, täglich die Einzel-Regierungen schmähen, welche täglich wo immer nur Gelegenheit sich darbietet, die Zentralgewalt durch Angriffe auf deren Ministerien zu schwächen und wo möglich zu stürzen suchen, — Schmach und Schande diesen, deutsches Volk! sie heißen mahrer Freund sein, nie sie sich deine Freunde nennen. Diese Klasse von Menschen haben bereits unsäglichen Unglück über Deutschland gebracht, indem sie jeder Besonnenheit lediz, jeden Rechtsgefühl, jeder Moral, jedem religiösen sittlichen Gefühl Hohn sprechen — und von Hochmuth, Aberwitz und stupidem Parteihaß besangen, — jedes Mittel und sei es auch noch so schlecht, für erlaubt halten, um das Volk irre zu machen und von der Bahn des Rechts und der bürgerlichen Tugenden abzuwenden.

Diese Partei ist es, die hinter dem Verdächtigungssystem mit ächt jesuitischer Manier sich versteckt hält und aus ihrem Versteck dann die teuflischsten Lehr- und Grundsätze in das Volk schleudert. Dieselbe Partei ruft in einem Athem dem deutschen Volke zu: „Traue nicht, denn auch Knechtet, „wehe muß sich drücken, — allein ich weiß, es muß und kann kommen; bis zur Verzweiflung muß man dich bringen, gesammtdeutsches Volk!; erst wenn deine Fürsten dir das Mark aus den Knochen genommen, wirst du sehen, wer es gut mit dir gewollt, indem man die zusief: „Hilf dir selbst" Dieß sind die Hebel dieser Partei, um das Band, das bisher zwischen Volk und Fürsten bestanden, zu lockern, und das Vertrauen zwischen Volk und Regierung zu zerreißen. Um nun sicher dieses Ziel zu erreichen, suchen sie unvermerkt das Volk von dem Rechtsboden abzulenken und das religiöse sittliche Gefühl in demselben schwanken zu machen; sie zeigen dem Besitzlosen die Herrlichkeiten der Welt, und bezeichnen dieselbe als Preis für die Besitzlose, die man von ihnen fordern wird; durch tausend trügerische Vorspiegelungen suchen sie den schlichten Sinn des Bürgers und seine Gutmüthigkeit: Freiheit, Bildung, Wohlstand, zu stürzen und ihn unversehend an jenen Abgrund hinzuführen, wo ihm kaum mehr die Rückkehr auf die Bahn der Ehre, des Rechts und der Tugend möglich ist, und wo dann das Volk in die Lage der Verzweiflung geräth, in der es ohne zu wollen, als Werkzeug sich hingeben muß, und dem schlechtesten und verwerflichsten Zwecken zu dienen, wo das Volk sich Parteiführern unterwerfen muß, die jedes Gefühl für Sittlichkeit, Moral und Religiosität der Parteiwuth geopfert, und weder an Gott noch an eine ewige Weltenregierung glauben.

Zu dieser Klasse gehören die Meisten, welche täglich wiederklagen, daß die heutige Majorität der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt das Vertrauen des Volks nicht besitze, während gerade diese Klasse es ist, die fortwährend das Vertrauen des Volks getäuscht, und täglich die Volksmeinung zu verrotten sucht, indem sie anfant den Volkswillen auszusprechen, dem Volke ihren Parteiwillen aufzudringen sich bemüht und zur Erlangung dieses Ziels kein Mittel und keinen Weg unversucht läßt.

Würde die Partei der Rothen sagen: daß die Majorität der deutschen Nationalversammlung sich nicht der Sympathien des irregeleiteten Theils der deutschen Nation erfreue, nicht der Gunst jener demoralisirten Klasse, die als Scherge der Parteileidenschaft dient, und die stets bereit sind, wie zu Kandern, Frankfurt, Pesth und Wien, als Werkzeuge der rohesten und entmenschten Handlung sich gebrauchen zu lassen, dann hätte dieselbe vollkommen recht und wahr gesprochen, freilich dann aber auch damit zugleich den Stab über Jene gebrochen, die solche Verbrechen brandmarkt haben, so wie über die Partei, die für solche Standarbaten stets Gutschuldigungen in Bereitschaft hat, und deßhalb auf keiner höhern moralischen Stufe steht, als die Werkzeuge selbst.

Wahrlich der Ruhm ist nicht fein, und das Glück nicht beneidenswerth, solche feine Freunde zu nennen, die durch Handlungen, wie oben bezeichnet, beweisen, daß in ihnen keine Spur von Menschlichkeit mehr zu finden ist, solche, die aller Sittlichkeit und edleren menschlichen Gefühle

das sind, bedeutungsvoller aber täglich dem Volke sich als dessen Befreier darstellen wollen.

Nein, ihr Männer auf der Rechten! bis jetzt genießt ihr nicht den Ruhm, von Mördern und Wüterichen mit Hoch begrüßt zu werden, wohl aber könnt ihr euch des Zutrauens jenes Theils des deutschen Volks erfreuen, welcher die gestörte deutsche Freiheit als ein schönes Geschenk der Zivilisation anerkennt; jenes Theils der deutschen Nation, welcher die Entwicklung der Freiheit mit der Bildung des Volks gleichen Schritt gehen sehen will; jener Deputirten, die nicht in dem Umsichsehen der bisherigen staatlichen Verhältnisse in Deutschland das Heil der deutschen Nation finden, sondern in dem offenen, vertrauungsvollen Begegnen der Völker und Fürsten, in dem Unterordnen unter jene Gewalt, die mit den deutschen Fürsten Hand in Hand gehend im Stande ist, die vielen deutschen Brudersstämme in ein Ganzes zu vereinigen, zu einem einigen, freien und starken Deutschland, ohne die Eigenthümlichkeit der einzelnen Staaten zu zerstören.

Die Zeit der Täuschung wird hoffentlich bald ihr Ziel erreicht haben, es wird sich die künftlich erregte Aufregung des besitzlosen Theils des deutschen Volks bald legen, sobald auch in diesem Theil des Volks das Rechtsgefühl zurückgekehrt sein wird, mit der Einsicht, daß Besitz ewig heilig bleiben muß. Der Besitzende wird bald klar einsehen, was er von den phrasenreichen Reden der Rechten zu halten, wenn er sinnlichen, wo diese Partei angefangen hatte, sich praktisch zu zeigen, und Raub und Plünderung dem vorgeschrichten Wahlspruch: Wohlstand, Bildung und Freiheit für Alle! auf der Ferse folgte.

Die Männer von Deutschland, welche mit Ernst stets der wahren deutschen gestörten Freiheit ihre Kräfte gewidmet, werden nicht müde werden, für dieselbe zu arbeiten; allein die Regierungen müssen eben so die Ueberzeugung gewinnen, daß wenn die gestörte deutsche Freiheit wiederhergestellt und erstarken solle, sie alles aufbieten müssen, um die Verdächtigungen zu Schande zu machen; sie müssen alles aufbieten, um die geistige und materielle Entwicklung des Volkswohls zu fördern; sie müssen durch Gründung von Erziehungs- und Bildungsanstalten auf der einen Seite und durch Hebung der Gewerbe, des Ackerbaues, von Handel und Wandel andererseits, Bildung und Wohlstand zu erzielen und zu verbinden suchen; die Regierungen müssen offen aussprechen, daß sie das Volkswohl nicht befördern wollen; müssen aber auch wieder eben so kräftig gegen die organisirten Wühlereien und frechsten Gesetzesübertretungen einschreiten; denn sobald die Achtung der Gesetze verschwunden, dann ist auch das Vertrauen zu den Regierungsgewalten verloren, und leider an vielen Orten von Deutschland der Fall ist, ja sogar von einem badischen Minister am 8. Oktober öffentlich ausgesprochen worden ist, eine Behauptung, die alle Gewalten in Deutschland bekämpfen müssen. — Nein, die Regierungsgewalten sind nicht gelähmt, sie sind nur nicht mit Nachdruck geübt, allein auch die Milde hat ihre Grenze, und diese ist an vielen Orten überschritten worden.

Kehrt das Vertrauen zu den bestehenden Regierungsgewalten durch energisches offenes Auftreten der Regierung wieder zurück, dann ist auch zugleich der Hebel gefunden, eine Masse von Zerwürfnissen im heutigen Volksleben zu heben und zusammenführen muß dann das Trugbild der rothen Republik, das jeder sittlichen Grundlage bar ist, das Gebäude, das weder das positive Recht noch Tugend oder Religiosität anerkennt, sondern nur auf Leidenschaften beruht, und deßhalb in seinem Einsturze dann auch diejenigen begraben wird, die ihm blindlings gehuldigt, ohne auf die Stimme der Vernunft, der guten Sitte, des Rechts und der Religiosität zu achten.

Aufschlüsse über die Wiener Zustände.

* Das folgende Aktenstück ist wohlgeeignet zur Aufklärung über die Wiener Zustände. Der Verfasser, längere Zeit hindurch Mitredakteur des „Freimüthigen," eines Organs der radikalen Partei in Wien, darf immerhin als ein Mann gelten, der authentische Aufklärungen zu geben im Stande ist.

Erklärung von Joseph Čubora.

Die Ereignisse, welche in Wien Statt fanden und deren Gipfelpunkt noch immer nicht erreicht zu sein scheint, veranlassen mich, feierlich Verwahrung gegen jede mir irgendwie zugemuthete Theilnahme an selben einzulegen. Wohl weiß ich, daß mein Name öfters in Verbindung mit der demokratischen Partei genannt wurde; allein der öffentlichen Meinung von Wien ist es auch bekannt, daß ich mich seit mehr als vier Monaten ziemlich anfallend, seit sechs Wochen nämlich ganz und gar von dem in's Bodenlose ausgearteten Treiben dieser Partei zurückgezogen habe. Mein politisches Glaubensbekenntniß lautet nämlich ganz einfach dahin: daß mit dem Zusammentreten des konstituirenden Reichstages in einer Kammer die Bewegung der Hauptstadt geschlossen war. Das Feld der Sturmvetition mußte unbedingt verlassen und nur mit den Waffen des Geistes unter Benützung der konstitutionellen Formen durch Schrift, Rede und Petition fernerhin erstrebt werden, was den Parteien nützlich und wünschenswerth erscheinen mochte. Als ich sah, daß dieser Weg leichtsinnig und frevelhaft verschmäht wurde, als ich erkannte, daß nicht der Geist Oconnells, sondern blinder, wüthiger Maratismus die Führer der Massen bewegte, und der demokratische Verein seinen Namen auch dann noch beibehielt, nachdem das Banner der rothen Republik in den gleichnamigen Vereinen Deutschlands neubekränzt entfaltet worden war: da beschloß ich, die erste sich darbietende Gelegenheit zu ergreifen, um mich von einer Partei loszusagen, die mir im tiefsten Herzen verächtlich geworden. Als ich vollends sah, daß jene Idee, der ich seit jeher mit der innigsten und hingebendsten Liebe zugethan war, die Idee der herzlichen Verbrüderung aller im Kaiserstaate zusammenhausenden Nationalitäten auf der Basis gleicher Berechtigung scheitern werde, als sich das Bündniß der ultrademokraten und ultramagyarischen Fanatiker zogänzlich auffallender Brauselleute: da brach ich offen mit der Verirrungspartei, und bekämpfte schriftlich und mündlich ihre verderblichen Richtungen. Zwar blieb ich noch als Mitredakteur des „Freimüthigen" genannt; allein dieß geschah nur der Convenienz wegen, und wenige Tage nach dem Ausfalle der letzten Quartalpränumeration sollte mein Name von der Spitze des Blattes verschwinden. Die drängendsten Aufforderungen des Redakteurs vermochten mich nicht mehr, eine einzige Zeile für sein Blatt zu schreiben. Ich bekenne es offen und mit Freude, daß ich jetzt, wie meiner Ahkunft, so meiner politischen Gesinnung nach, ein Slave war. Am allerwenigsten konnte ich es dabei über mich gewinnen, die ritterliche und glänzende Erscheinung des Banus Jellachich anzugreifen; mit Hochachtung und gerechtem Staunen folgte ich den Schritten dieses Mannes, der so plötzlich der Vertrauensmann von Millionen geworden war. Das plump ausgebrachte Mißverthen, er sei der Anführer einer sinnbetäubenden reaktionairen Reaktion, konnte bei mir, der ich die Ansichten des Wiener Radikalismus genau kannte, am wenigsten Glauben finden. Und so beschloß ich denn bei mir treu und fest, mich an die große, von ihm vertretene Partei anzuschließen und niemals und unter keiner Bedingung von ihr zu lassen. Ich übse diesen Schritt nicht ohne große Opfer, nicht zurückrechnend von dem Verluste einer angenehmen materiellen Existenz. In diesem Sinne mache ich den letzten dieser Zeilen die Größe meiner Opfer kund, und sie gelangen zur Ehre eines hohen österreichischen Ministerium in ehrenvoller Beziehung zu stehen, daß ich es war, welcher ihm den Gedanken einflößte, die Wiener Abendzeitung als halb offizielles Blatt zu benützen, und daß die meisten der seit etwa sechs Wochen darin enthaltenen leitenden Artikel aus meiner Feder herrührten. Mit diesem offenherzigen Geständnisse geht ich mich der Wuth und dem Hasse der zu Wien herrschenden Faktion ganz und gar Preis; allein ich thue es um mein gutes Recht zu gerechten Sache, um der heiligen Sache der Ordnung, der wahren Freiheit, des Menschenrechtes und der Menschenwürde willen, die an jenen Männern so schändlich mit Füßen getreten wurde. Noch ist, Gott Lob, die österreichische Monarchie groß genug, um mehr als ein Asyl zu bieten, von welchem aus die Stimme der Wahrheit furchtlos ertönen mag. Oesterreich ist nicht Frankreich, das empfindliche Beispiel des Jahres 1792 wird mir wahrlich bleiben bei dem gesunden Sinne der österreichischen Völker, und der Schatten jener Schreckensgluen, welche die terroristische Faktion in Wien aufzurichten gedenkt, wird nicht hinausreichen über die Wälle der unglücklichen Stadt. Was meine geringe Persönlichkeit betrifft, so habe ich bloß noch zu bemerken, daß ich diese Erklärung unbefangen, unbemüßigt, noch vor der ungewissen, jedenfalls traurigen Katastrophe des entsetzlichen Trauerspieles abgebe, welches immer noch außerhalb der Mauern Wiens sich entwickelt, und daß ich Wien im selben Augenblicke wahrscheinlich für immer verließ, als ich die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß der letzte Schein der Gesetzlichkeit verblichen war. Es sei mir nun noch verstattet, einige Betrachtungen über den jetzigen Stand der Dinge zu machen. Der Streit, welchen die radikale Partei führte, war ein Verzweiflungsstreich; sie wird ihn schwer und bitter büßen. Wollte sie das Feuer der rothen Republik zu entzünden, so dürfte sie sich arg verrechnet haben, weil die Völker Deutschlands besonnen sind, weil sie die ruhige und geregelte Entfaltung ihrer Zustände dem wirren, licht- und planlosen Treiben der Anarchie vorziehen. Der edle Deutsche kann keines Mannes, keiner Partei Freund sein, die freventl ihre Hände in Blut taucht und mit der gräßlichen Brandfackel des Bürgerkrieges ihre Irrtungen Andrer Andersgesinnten weckt durch die Schauerthaten des unvergeßlichen 6. Oktober selbst den besonnenen Republikfreund in sehr schlechter Gesellschaft erweisen. Welche Macht immer in Deutschland gebiete, niemals und unter keiner Bedingung kann es ihr gleichgiltig sein, daß durch das Schwert der Gewalt- und Bluthat die Verbindung, wodurch die zahlreichen österreichischen Volksstämme mit den Interessen des westlichen Europa's zusammenhängen, zerrissen werde — und das geschah, indem diejenigen Männer, welche sich als Vertreter der reinen Volksinteressen gerirten! Glaubten sie vielleicht den Gesammtmonarchie durch ihr schändes, die Freiheit der Regierung und des Reichstages untergrabendes Benehmen zu imponiren? Glaubten sie 38 Millionen Menschen durch ihr „sic volo, sic jubeo" zu bestimmen? Meint die Aula, die Diktatur an sich reißen zu können, und flüchtete sie nicht, erdrückt zu werden von dem gewaltigen Nichtachtungsgefühle der naturverwandten in den Provinzen erfolgen mußte? Ist es gekenkbar, daß Böhmen, Tyrol, Steiermark, Illyrien, Mähren, Galizien je von den Wiener Terroristen sich einschüchtern und knechten lassen werden? Nimmermehr! Der 6. Oktober hat also nicht die friedliche Entwicklung irgend eines Problems angebahnt; sein blutiges Morgenrooth wird nicht durch den Schimmer einer Idee verklärt; er ist ein reines Machwerk, eine durch ungarisch-italienisches Geld angezettelte Intrigue, eine plumpe Falle, welche gewissenlose Verschwörer dem leichtsinnigen, leichtgläubigen Volke legten, um es gleichfalls zu Verbrechen zu bilden und den politischen Selbstmord der Stadt Wien zu bewirken. Ja, Wien hat dem magyarischen Gauner Kossuth zu Gefallen Hand an sich selbst, an seine Größe, an seine Würde und Bestimmung gelegt. Wenn irgend ein Mensch, irgend eine Partei, irgend eine Nation sich über die ungarische Politik des gefallenen

Ministeriums zu befragen hatte, so war sicherlich Wien nicht in diesem Falle. Damit das Wagauernthum seine hervorgute Stellung Allen ausschließend ausbeute, damit es den Verband mit der Gesammtmonarchie, folglich auch deren Kraft und Bestand beharrlich negiren, damit es nächstend durch Zollschranken sich abjondern könne, um sich auf eigenem Boden eine selbstständige Industrie zu schaffen, damit es fortwährend seinen pluwen Tyrannenhaß auf den Nacken harmloser Nationen legen könne: deßhalb wurde Wien in eine Stätte blutigen Grauels und der Vernichtung verwandelt werden. Welche Verblendung, welche politische Unreife! Ino eine Bevölkerung, die solchem Wahnsinne sich hingeben konnte, war von ihren Schmeichlern für mündig, für politisch gereift und gebildet, zur Demokratie im vollsten Umfange des Wortes befähigt erklärt. Demokratie ist Selbstbeherrschung des Volkes. Selbstbeherrschung ist aber in allen Fällen eine schwierige Kunst und kann blos in der Schule ernster Erfahrungen erlernt werden. Von dieser Erkenntniß geleitet, erklärte ich mich in dem letzten Artikel, welchen ich vor mehreren Wochen für ein Wiener Blatt geschrieben, nicht für sofortige unbedingte Demokratie, sondern für die demokratische Heranbildung der österreichischen Völker. Habe ich früher in diesem und jenem geirrt, so freue ich mich jetzt des reinen Bewußtseins, zu den letzten furchtbaren Ereignissen nicht nur nicht beigetragen, sondern selbst abwehrend gewirkt zu haben. Und in den Kreisen des Unheils die Ilias überstieg und die Worte des Dichters abermals zur Wahrheit machte:

„Das ist der Fluch der bösen That,
Daß sie fortzeugend Böses muß gebären!"

B . . . am 11. Okt. 1848. J. Tupora.

Deutschland.

Von der Weser, 13. Okt. Wir haben uns nicht gewundert, daß der größte Theil der Republikaner und alle Anarchisten voll Ingrimm den Stein gegen die Zentraigewalt schleuderten, von dem Augenblicke an, als diese eine Wahrheit wurde. Hier wollte man Ordnung und Erhaltung, dort Anarchie und Zerstörung. Diese Wege sind sehr verschieden, und wo sich die auf ihnen Wandernden begegnen, kann ein empfindlicher Zusammenstoß, unter Schmerzen und Klagen, nicht fehlen. Je entschiedener der bei diesem Zusammentreffen Verletzte, desto gemeiner und roher die Ausdrücke des ohnmächtigen Zornes gegen den Sieger. Nicht ist einfacher, Nichts deßhalb weniger überraschend. Das Feuer brennt, der Hund bellt, und der rohe Mensch schimpft. Gründliche Naturgeschichte, gegen die man Nichts einwendet, denen man sich nur möglichst entziehen will. Mit andern Empfindungen stehen wir dem bei Gelegenheit der Diskussion in der Paulskirche über die beantragte Berfassung des Abg. Zitz und Konsorten von den Mitgliedern Schmidt und Wiesner gefeilten Antrag gegenüber: „In Erwägung, daß es wünschenswerth ist, daß die Nationalversammlung in ihrem wahren Charakter von dem Volke und der ganzen Welt anerkannt werde, die Nationalversammlung möge ohne weiteres die verlangte Verfassung genehmigen." Ferner der Aeußerung des Abg. Schmidt, „daß die Nationalversammlung und die Zentraigewalt nichts Anderes als der Brennpunkt aller reaktionären und volksfeindlichen Umtriebe sei." Bei dieser von Abgeordneten in dem Vollsitzen der Paulskirche gegen die Nationalversammlung und die Zentralgewalt geschleuderten Verdächtigung gibt es, und mit dem ganzen sittlichen Ernste zu waffnen, und über dieses Attentat auf die deutsche Ehre unsere volle Entrüstung auszusprechen. Darf sich ein Abgeordneter ungestraft eine solche Sprache in einem Hause erlauben, aus welchem das Volk Stärkung des Vaterlandes, Frieden und Einigung der verschiedenen Interessen zu einem großen Ganzen hervorgeren zu sehen hofft? Sind Deputirte des Volkes sind es, die in dieser Weise sich erlauben so unerhörte Verdächtigungen beschimpfen, was Deutschland das Heiligste ist, — die den Samen der Zwietracht zwischen dem Volk und seinen Repräsentanten und der von ihnen gewählten höchsten Gewalt ausstreuen! Können diese Vertreter glauben, daß ihre Richtung dem Volke Vertrauen einflöße; daß dies der Weg sei, den das deutsche Volk einzuschlagen gedenke? Armes Volk! wenn dem so wäre!! Das Volk will Ruhe und Ordnung; es will nicht den Umsturz mit all seinen Gräueln, ja furchtbaren Konsequenzen, — mag auch die Linke in der Paulskirche noch so laut das Gegentheil verkünden. Das Volk in seiner Masse will eben so wenig jenen Umsturz, als es, wie die neuere Zeit bewiesen, in Baden und Württemberg die Republik will. Doch waren gerade diese Länder der Boden, in welchen jene Partei mit dem meisten Vertrauen ihren Hoffnungsbau aufführen zu können. Der Zentraigewalt und der Rechte in der Paulskirche mögen fest ausharren auf dem betretenen Wege. Je mehr die Linke gegen sie anlobt, desto fester können sie überzeugt sein, ihre Schuldigkeit zu erfüllen. Man kennt die politische Richtung der Linken und die Leidenschaft, mit welcher sie ihre Pläne verfolgt, so wie in welchem Grade sie sich verletzt fühlt, so oft sie dieselben durchkreuzt sieht. Eine Partei, die tief verletzt ist, ist aber, daß die Nationalversammlung Erwartungen, welche das Volk an ihren Zusammentritt knüpfte, bis jetzt nicht befriedigt hat und nicht befriedigen konnte. Aber durch wessen Schuld? Wer hemmt stets alle Berathungen durch unnöthige, leidenschaft erregende Einwürfe und Interpellationen? Die Linke! Wer sucht das Ansehen des Parlaments bei dem Volke zu zerstören? Wer sucht das Volk aufzureizen zur offenen Revolution, durch die Presse und durch Reden in der Paulskirche, ja auf offenem Markte? Mitglieder der Linken! Wer scheuerbt die emporwendigen Verdächtigungen gegen die Reichsversammlung und die Zentraigewalt? Wer endlich hat sich der Anstiftung des offenen Aufruhrs verdächtig gemacht? Mitglieder der Linken! Wer endlich hat Deutschland schon Millionen gekostet und die Steuern vieler Länder fast bis zum Unerschwinglichen gesteigert? Die Anarchie, ermuthigt und ermuntert durch Schrift und Wort von Mitgliedern der Linken! Und trotzdem soll die Linke das deutsche Volk repräsentiren. Wir weisen diese Beschuldigung entschieden zurück, und appelliren an die Stimme des Volkes, daß es rechte zwischen uns und jenen sich ausdringenden angeblichen Repräsentanten. Der Zeitpunkt ist da oder gekommen, in welchem das Volk sich entschieden aussprechen muß, daß es der Linken nicht mehr länger gestatten will, sich stets mit seinem angeblichen Vertrauen zu brüsten. Die Stunde hat geschlagen, wo sich auch außerhalb der Paulskirche Trug von Wahrheit unterscheiden muß. Die wahre Liebe zur Freiheit, für das wahre Wohl Deutschlands, ergreife endlich die Zügel bei der Leitung des Volks, und verkünde eine neue und bessere Zeit. Kann sie aber jene Maßregeln ertragen, welche gesetzliche Freiheit mit allen ihren folgenreichen Konsequenzen will, nicht endlich ermannen, dulden sie noch länger ein politisches Treiben, dessen verderbenbringende Tendenzen sonnenklar zu Tage liegen: dann wird das schmählich vergossene Blut von Lichnowsky und Auerswald bald nur ein Tropfen des Blutstromes sein, welcher in der Geschichte Deutschlands eine der traurigsten und unglücklichsten Revolutionen bezeichnen wird; ja, dann wird unser Vaterland in einen Abgrund gestürzt werden, der das Grab der germanischen Bildung und der ehrenvollen Aufgabe, welche die Vielgeschichte dem germanischen Namen stellte, werden könnte. Der Augenblick ist ernst; er führt zu baldigem unsäglichem Unglück, wenn er nicht richtig verstanden und benützt wird. Die Presse die heilige Aufgabe begreifen, welche die ihr verliehene Freiheit ihr in diesem Augenblicke stellt!

Baden. — **Konstanz**, 25. Oktober. Die seit 14 Tagen hier anwesenden österreichischen Truppen verlassen und und kehren nach Bregenz zurück. Das Jägerkorps ist bereits heute abgegangen, die übrigen folgen morgen und übermorgen nach. Der General bat, wie verlautet, Befehl erhalten, seinen Abmarsch zu beeilen, weil im Vorarlbergischen oder in beiden Nachbarschaft unruhige Bewegungen wahrgenommen werden. Auch ist die Anzeige eingelaufen, daß sich in der Gegend von Chiavenna oder Sondrio ein italienischer Korps von 6000 Mann zusammengezogen (?) habe, das dem Anscheine nach mit einem Einfall ins Tyrol drohe. Sowahrscheinlich nun solches ist, so ist es doch zweckmäßig, sich auf die Hut zu stellen. Die Truppen, welche uns verlassen, und die noch einen Theil der österreichisch-italienischen Armee ausmachen, haben diese Aufgabe. An ihrer Statt kommen württembergische und badische Truppen in den Seekreis. Der Einmarsch der letzteren in Konstanz ist auf Freitag angezeigt. (S. M.)

Aus dem Wiesenthale, 22. Okt. Eine willkommene Gegenwirkung unserer letzten Ereignisse war heute eine sehr zahlreiche Versammlung aus den umliegenden Gemeinden des Wiesen- und Kanderthales. Die Versammlung, geleitet von Altbürgermeister Schanzlin, ungefähr 4 bis 500 der angesehensten Bürger zählend, beklagte allgemein, daß, weil die Männer allzulange die Hände in die Hosentaschen gesteckt, die Buben den Meister spielen konnten. Um ähnlichen Unfugen einen Riegel zu stoßen, soll nun, Schopfheim im Wiesenthale, das Oberland mit Vereinen überdeckt werden zu militärischem Schirm gegen die Rotten. — Die Mißstimmung gegen die äußerste Linke in Frankfurt, bezeichnungsweise ihre Intriganten- und Hegelsterei che gab sich auch bei dieser Versammlung deutlich genug zu erkennen. Einige Adressen in diesem Sinne werden verlesen einen kleinen Beitrag zur Kenntniß des souveränen Volkes in Bäde liefern.

(Karlsr. Z.)

Preußen. — Die folgende Adresse des konstitutionellen Vereins für Hirschberg und Umgegend ist an den Abgeordneten des Hirschberg-Schönauer Wahlbezirks bei der deutschen Nationalversammlung, Hrn. Schlöffel ergangen: „Herr Abgeordneter! Der Zweck, zu welchem Sie von uns als Mitglied des deutschen Parlaments abgeordnet worden sind, ist der Aufbau einer Verfassungswerkes, welches Deutschland fest und geordnet im Innern, groß, stark und geachtet nach Außen machen soll. Treffen wir gleich nicht alle Ihre politischen Grundsätze, so mußten wir doch voraussetzen, daß Sie, wo es das Wohl des Vaterlandes galt, alle Parteirücksichten bei Seite setzen, und daß Sie voll reiner Begeisterung sich dieser Sache selbst mit Aufopferung gewisser Lieblingsideen ganz und ungetheilt widmen würden. Sie haben zu wiederholten Malen erklärt, für das Wohl Alles thun zu wollen, seinen Wünschen nach den besten Willen und seinem gewissenhafte Rechnung tragen zu wollen. Was aber ist das heiligste, das sehnlichste Streben des Volkes? Freiheit, Ordnung, Gesetz, begründet in der konstitutionellen Monarchie. Diesem gerechten Verlangen aber haben Sie bis jetzt keine, wenigstens uns nicht bekannte Hilfe gewährt. Wir haben Sie jederzeit bei Anträgen und Abstimmungen im Lager Derer gefunden, welche demokratische Ideen verfolgt, verbreitet und eine Republik anstrebten, obwohl der allergrößte Theil des deutschen Volkes, wenigstens jetzt wieder in Baden, oft uns klar genug seine Antipathie gegen diese Staatsform ausgesprochen hat: Sie haben gegen die Unverantwortlichkeit des Reichsverweser gestimmt, obwohl diese doch die allein richtige Konsequenz des konstitutionellen Prinzipes ist; Anträge zur wahrhaften Einheit Deutschlands, zur Beglückung Ihrer Mitbürger sind von Ihnen nicht ausgegangen. Ihre Erklärung dagegen: Preußen habe durch den hämischen Waffenstillstand ein Attentat auf die Ehre Deutschlands gemacht, trug dazu bei, auch den teutschen Namen zu verdächtigen, und aber mußte sie mit Entrüstung aufnehmen, die wir wissen, daß es eben so wenig ein starkes,

freie Deutschland ohne Preußen gehen kann, als umgekehrt, und denen die Opfer nicht unbekannt sind, welche dieses geschmälte Preußen im dänischen Kriege gebracht hat. Mit Männern, wie Vogt, der eine für Preußen gleich ernstdringende Aeußerung gethan, Blum, Zitz, Simon von Trier, Ruge, der die Niederträchtigkeit als den Charakter des Deutschen bezeichnet, mit Brentano, der dem Vaterlandsverräther Hecker ein Hoch bringt und ein Mitglied der preußischen Königsfamilie mit ihm auf gleiche Stufe stellt, mit diesen haben wir Sie bisher traurenswerthen sehen. Die Mehrheit der Nationalversammlung glaubt, daß Sie durch Reden und Umtriebe mittelbarer Urheber der traurigen Ereignisse des 18. Septembers gewesen, die Briefe, welche man, an Sie gerichtet, unter Struve's Papieren fand, sind nicht geeignet, diesen Verdacht zu vertilgen. Ob wir nach solchen Vorgängen noch das Vertrauen hegen können, daß Sie künftig nicht gewillt sind, das wahre Heil des Vaterlandes begründen zu helfen, diese Frage zu beantworten, überlassen wir Ihrem Gewissen." (Bresl. Z.)

Frankreich.

Paris, 21. Oct. Während die Turiner Blätter in Folge der neuesten Wirren in Wien mit vollen Backen in die Kriegsposaune stoßen und auf Erneuerung der Feindseligkeiten gegen Oesterreich von Seiten Karl Albert's dringen, verdient ein Artikel im gestrigen National, dem vertrauten Blatte des Hrn. Bastide, als Gegenstück dazu hervorgehoben zu werden. Als ein den deutschen, wie den österreichischen Interessen feindseliges Ereigniß war der letzte Wiener Aufstand natürlich von dem National mit ungeheurem Jubel begrüßt worden, um so mehr, als wir es verstehrte, Pariser Hände dabei mit im Spiel gewesen; (was fagt dazu Herr Venedey und seine Meinungsgenossen im Schooße der deutschen Reichsverfammlung?) — and; fordert er jetzt nach die Italiener auf, sich gegen Oesterreich zu erheben und das deutsche Joch abzuschütteln, allein, was bemerkenswerth ist, er überzeugt sie zugleich mit dem lästigen Bewußtsein, daß sie von Frankreich keine andere Unterstützung, als die einer „stummen Vermittlung" zu gewärtigen haben. Das heißt auf deutsch, die französische Regierung hat zu viel in ihrem eigenen Lande zu thun, als daß sie daran denken könnte, sich in einen außwärtigen Krieg verwickeln zu lassen. Unter der Hand jedoch (médiation muette) ist sie bereit, den Wühlereien und Aufhetzungen in Italien Vorschub zu leisten. Wird man in Deutschland den Wink auflassen, den sich der National in seinem Freudentumult über die Italiener „Brüder" entschlüpfen läßt?

(Karlsr. Z.)

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 13. Oct. Der General Lesso ist bei Hofe vorgestellt worden. Der Kaiser hat ihn auf eine Weise empfangen, wie er immer einen Soldaten, der seine Uniform mit Ehre trägt, empfängt. Aber dem Gebrauch getreu, den er stets gegen die Abgeordneten Ludwig Philipp's beobachtete, hat er sorgfältig jede Anspielung auf die politischen Ereignisse vermieden. Dieser Umstand bestätigt das in wohlunterrichteten Kreisen allgemein verbreitete Gerücht, daß, sobald ein französisches Regiment die Grenze von Piemont überschritten haben wird, die russischen Armee nach Italien marschirt. Das Kabinet von Petersburg ist mehr als jemals entschlossen, das europäische Gleichgewicht nicht stören zu lassen, ohne das ganze Gewicht seiner Kräfte in die Wagschale zu werfen.

(Allg. Preuß. Ztg.)

Nachschrift.

† **Wien**, 25. Oct. Der folgende Reichstagsbeschluß gefiern gefaßt mit 194 gegen 2 Stimmen wurde diesen Mittag öffentlich angeschlagen:

Reichstagsbeschluß. Da der Feldmarschall Fürst Windischgrätz im offenen Widerspruch mit dem kaiserlichen Worte vom 19. Oktober und in offener Nichtachtung des Reichstagsbeschlusses vom 22. Oct. in einer neuen Proklamation d. d. Hegendorf, 23. Oct. 1848 Maßregeln über Wien verhängt, die nicht nur die vom Kaiser sanktionirten konstitutionellen, sondern auch die allgemeinen Gesetze und Menschenrechte völlig aufheben, so erklärt der Reichstag, daß das Verfahren des Fürsten Windischgrätz nicht nur ungesetzlich, sondern eben so sehr gegen die Rechte des Volkes, so wie des erblichen konstitutionellen Thrones feindlich sei. Wien, 24. Oct. 1848. Das Gericht von Absberung des Fürsten nach Olmütz scheint sich nicht zu bestätigen. — In der Reichstagssitzung von heute berichtete der Präsident, daß Feldmarschall Windischgrätz den Minister Krauß zu einer Besprechung ins Lager eingeladen habe: Letzterer erfuche den permanenten Ausschuß um einen Begleiter aus dessen Mitte. Der Abg. Brestl wird dazu ernannt. Ferner theilt er die Ankunft einer Deputation aus Olmütz mit, über welche der Ausschuß berathe. Der Inhalt der Depesche soll sein, daß der Reichstag von Wien nach Kremsier in Mähren verlegt werden solle.

Bayern. — Kronach, 22. Oct. So eben rücken die mit mehreren anderen Truppen von hier aus unlängst zur Herstellung der Ruhe nach Meiningen beordert gewesenen zwei Kompagnien vom 13. Infanterie-Regiment hier ein, und haben vor der Hand den Winter hier zuzubringen: dieselben bilden mit den in Kulmbach und Hof stationirten Divisionen ein Bataillon, unter Kommando des Hrn. Major Heckl, und stellen eine fliegende Kolonne dar. — Vor einigen Tagen traf vom Kriegsministerium die Weisung ein, unsere Festung Rosenberg solle auf 4 Wochen sich verproviantiren und alles Geschütz auf den Wällen aufgeführt werden. Zugleich wurden Handwerker zur Anfertigung der abgängigen Lafetten hierher beordert. (N. K.)

Herzogthum Limburg, 21. Oct. Mehrere Bürger der mittleren und wohlhabenderen Klasse aus den Umgegend von Broekhüysen beabsichtigten, sich vorgestern in Broekhüysen zu versammeln, um über eine Eingabe an das Reichsministerium zu berathen, durch welche sie sich Rechtsschutz über den Stand der mit der niederländischen Regierung wegen Limburgs gepflogenen Unterhandlungen erbitten wollten. Bevor sich aber noch Mitglieder dieser Versammlung in dem dazu bestimmten Wirthshaus eingefunden hatten, erschien ein Korps von drei Brigaden berittener Gendarmen in vollständiger Kriegsrüstung, als gelte es einen gewaltigen Aufstand zu unterdrücken, welches sich theils in dem beziehungsweisen Wirthshause einquartirte, theils die anderen Häuser durchsuchte, und die Umgebung scharfen Patrouille. Als Zweck des Erscheinens dieses schreckenerregenden Korps in einem stillen Dörfchen von kaum 600 Einwohnern wurde angegeben, man wolle den deutschen bund mitwinnen. Die friedliebenden Bürger, welche nicht anders als auf gesetzlichem Wege ihre politische Rage zu verbessern streben, und jedem Konflikt mit der bewaffneten Macht sorgfältig auszuweichen suchen, überließen den Gendarmen ihr Versammlungslokal und blieben ihnen ferne. So verstärkt die Regierung des Herzogthums Limburg; wo sich nur Sympathie für das deutsche Reich kund gibt, ist man gleich bei der Hand, dieselbe durch Furcht vor den Bayonnetten zu unterdrücken; und das geschieht in einem deutschen Lande, welches unter dem Schutze der deutschen Reichsgewalt steht. (Köln. Z.)

△ **Paris**, 24. Oktober. Hr. Grandin hat heute in der Nationalversammlung für morgen Interpellationen an den Minister des Innern in Betreff einer vorgestern zu Pfalzburg gehaltenen Rede angekündigt, bei welchem mehrere Mitglieder der Versammlung, namentlich Hr. Th. Bac (von der „Partei der Rothen) anfreizende Reden gehalten haben. Die Versammlung gab ihre Zustimmung zu den Interpellationen, die also morgen stattfinden. Dann wurden die Artikel eines Dekrets angenommen, kraft dessen die Druckerei des Moniteur in den Palast der Nationalversammlung selbst verlegt werden soll. Ein Dekret, wodurch dem Präsidenten der Nationalversammlung 6000 Fr. Zulage zu seinem bisherigen Aufwandes für die von ihm zu gebenden Gesellschaften (im Interesse der Industrie und des Handels) bewilligt werden sollen, wurde gar nicht zur speziellen Debatte zugelassen. Zuletzt vor Postschluß kam das Dekret in Betreff der Vorlegung der Rechnungen und Belege dazu über die Ausgaben des Schapes vom 24. Februar bis 4. Juni zur Verhandlung. Dieselben belaufen sich auf 160 Millionen. Die Hh. Wagnerie, Gouin und Garnier Pagès haben bis jetzt gesprochen. — Morgen wird Hr. Flocon bei einem Zweikeffen der Weinschenker im Chateau Rouge den Vorsitz führen.

** **Paris**, 24. Oct. Nach den letzten Gerüchten sollte die Wahl des Präsidenten am 10. Dez. vor sich gehen; heute hört man, daß von gewisser Seite dahin gearbeitet werde, die Wahl bis zum nächsten Frühjahre hinauszuschieben. Hr. Dufaure sucht in diesem Sinne auf die Nationalversammlung zu wirken, und sonach dürfte Frankreich die provisorische Regierung noch bis zum März oder April behalten. Heute sprach man auch davon, daß Ludwig Philipp eine jährliche Rente von 100,000 Franken zu seinem und seiner Familie Unterhalt bekommen solle. — Als ziemlich bestimmt wird behauptet, daß das englische Kabinet dem König Karl Albert erklären werde, daß wenn er den Waffenstillstand brechen und die Feindseligkeiten von Neuem beginnen würde, sogleich alle Vermittlung von Seite der Großmächte aufhören wird.

* **Nanbuin**, 23. Oct. Morgen oder Uebermorgen findet ein Kabinetsitzung im Ministerium des Auswärtigen statt. — Von Clonmel hört man, daß die Jury auch über O'Meagher ihr Verdikt ausgesprochen hat. Zugleich aber ist der Verurtheilte wegen seiner Jugend und anderer Umstände der Gnade der Königin dringend empfohlen worden. — Börse. Konsols 84¼.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 26. Oct. Oesterr. 5proz. Metall. 67⅞, 4proz. 54, 2proz. —, 2proz. 35¼. Bankaktien 1120. Pr. 500 fl.-Loose 114⅞, 250 fl.-Loose 80. Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine — P. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 74⅞, 4proz. —. Bayer. 3½proz. 75. Badische Lotto-Anlehen 35 fl.-Loose 35. Württemberg. 3½proz. 74⅞, 4½proz. 92⅛. Bad. 3½proz. 77½. Darmstädt. 3½proz. 74. 4proz. 81½. Lotto-Anlehen von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 20½. — Kurhessl. Prämien-Anleh.-Loose. 42½. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½proz. 80. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3proz. 78. 3½proz. 90½, 86⅞. Taunusbahn 272. — Holländ. Integr. 45½. Span. 5proz. innere Schuld 17⅛. — Port. 300 fl.-Loose. — 500 fl.-Loose 67½. — Sard. 36 Fr.-Loose 23½. Dtsc. 2.

Paris, 24. Okt. 5proz. 44,65. 3proz. 69.— Sächsische Bankaktien 1530.— Staatsobligationen 1110.— Bier Kanäle 845.— Compt. von Algier —. Belg. 5proz. von 1840 77. von 1842 —. 4½proz. —. 3proz. —. 2½proz. —. Belg. Bank —. Neap. 3proz. 78.— Röm. 3proz. 64. Span. 3proz. —. Minos —. Passive —. Piem. 885.—. Paidt 195.— St. Germain —. Versailles (rechte) —. (linke) 98,75. Orleans 610.— Rouen 390.— Havre 285,25. Marseill. 186,25. Basel 83,75 Bierzon 235.— Boulogne —. Bordeaux 368,70. Nordbahn 358,75. Montereau 112,50. Lyon 362,50. Straßburg 332 50. Nantes 317,50 Dieppe —.— Sceaux —.— Mouzyvellier —.— La Teste —.—

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Samstag, den 28. Oktober 1848.

Neuestes aus Wien.

** München, 28. Oktober. Die Wiener Post ist aus diesem Morgen zugekommen und wir beeilen uns, unsern Lesern sogleich das Wichtigste aus den uns zugekommenen Nachrichten mitzutheilen. Die Blätter vom 25. sind mit Ausnahme der „Wiener Zeitung" nur in Bruchstücken zugekommen.

Wien, 25. Oktober Morgens. Wir haben einen harten, schweren Tag hinter uns. Den ganzen Tag über dröhnte der Kanonendonner in unsere Ohren, und das Gewehrfeuer hallte von verschiedenen Seiten wieder. Es hieß am Morgen, zu 70—80 Soldaten seien zu den Städtischen übergegangen, jetzt zeigt es sich, daß es im Ganzen zwei oder drei waren. An den Äußporstir Linien war der Kampf hartnäckig, aber die Truppen blieben überall im Vortheil, und an der großen Donaubrücke haben sie die die innen sich entgegenwendenden Haufen mit Verlust zurückgeschlagen. Von der Äußporster Linie wie von der äußern Taborlinie sind Verwundete hereingebracht worden, die Todten scheint man auf dem Platze liegen gelassen zu haben. Das Militär hatte in der Nacht auf den 24. die Schiffbrücke über die sogenannte schwarze Lacke vollendet, und dieselbe alsbald mit Truppen aller Waffengattungen, auch Geschütz und Bagagewagen überschritten, wo sie dann Nachmittags 4 Uhr unter heftigstem Geschütz- und Gewehrfeuer weiter über die Donau an das Äußporfer Ufer geschafft wurden. Die Städnischen unterhielten aus dem Währinger Kirchhofe und von der Äußporfer Linie aus ein beständiges Feuer auf die Truppen, die sich aber dadurch vom immer weitern Vorrücken nicht abhalten ließen. Dort dauerte der Kampf zuletzt von dieselbst nur schwach unterhalten, bis in die Nacht fort. Von diesseits hat man nun, um der Truppen wenigstens etwas aufzuhalten, die Brücken, soweit es angieng, in Brand gesteckt. In der Gegend Leopoldstadt war gegen Abend Feuer ausgebrochen, und die Flammen loderten furchtbar und grausig, das erschreckende Schauspiel unter beleuchtend, zum Himmel. Eine ganze Reihe von Häusern schient niedergebrannt zu sein. Noch 7 Uhr Abends standen die Truppen am jenseitigen Ufer der sogenannten kleinen Donau. Um 8 Uhr hörte man nur noch vereinzelte Kanonenschüsse. Die Straßen der Stadt waren beleuchtet, aber eine dumpfe Stille herrschte überall. Die Nacht hindurch scheint der Kampf geruht zu haben. Die Entmuthigung in der Stadt greift immer mehr um sich, ganze Kompagnien der Nationalgarde weigern sich zum Kampfe auszurücken. Die Besitzer betheuren fast nur aus sanatistrem Pöbel und einigen Soldaten, 27 im Ganzen, welche vom Kommando Deutschmeister in Ungarisch-Weißkirchen desertirt sind, bestehe der Aufstand. Sollte dieß selbst sie erwartet, wenn sie den Truppen in die Hände fallen. Der Brzelsch'sche von Fünfhaus soll die dortigen Garden aufgefordert haben, die Waffen zu strecken und zum Heere überzugehen. Einzelne Abtheilungen haben dies dort und anderwärts, wo es ihnen möglich war, wirklich gethan. Dagegen haben sie eingetroffen Haufen an andern Orten neue Barrikaden. Die Ober-Waidlinger Garde hat ihre Waffen ins Städten-Komite zurückgeschickt, angeblich, damit sie nicht dem Militär in die Hände fallen. Aber jedermann begreift die eigentliche Bedeutung dieses Verhaltens. Nach dem Fünfhaus wurde eine Kommission des Studenten-Comité geschickt, um über den Stand der Dinge dort sich zu unterrichten und Bericht zu erstatten. Vom Erzbischofthume wurden die Bewegungen der Truppen ununterbrochen beobachtet. Zwischen Äußporf, Oberdöbling und Lichtenthal war der Kampf gestern am heftigsten. Das Haus außerhalb der Spitelau bei der kleinen Linie, so wie das Haus zum „Auge Gottes" außerhalb der Äußporfer Linie sind abgebrannt. Ein großer Theil der Mariahilfer Garden soll sich dem Militär angeschlossen haben. In jener Vorstadt fehlt es an Wasser, da die Truppen die Wasserleitung sich bemächtigt haben. Das Verhalten der Garden, welche offene Widersetzlichkeit gegen Vorsetzung des Kampfes zeigen, hat zum Ausbruch von Zwitracht im Innern geführt. Die Studenten und Proletarier schrien über Verrath, und haben einen Offizier der Garden, den sie dessen beschuldigten, festgenommen. Ich weiß nicht, ob man ihn wirklich, wie man gestern ankündigte, standrechtlich erschossen hat. Es hieß, auch ein Swion sei gefangen worden, lauter Gerüchte, auf welche nicht viel zu geben ist. Auch unsern feindlichen Offizier wollte man gefangen haben. Alle Bemühungen, etwas Näheres darüber zu erfahren, waren fruchtlos: ich habe daher allen Grund, die Wahrheit der Angabe zu bezweifeln. Gestern Abend sagte man, Fürst Windischgrätz sei nach Ollmütz berufen worden. Auch hierüber weiß man nichts Verlässiges. Ich schreibe Ihnen mitten in der herrschenden Verwirrung und Unsicherheit, mein mein Brief wird wohl erst nach Eintritt geordneter zugehenden Zustände. Ob ich mir gelingt, denselben fortzubringen, weiß ich noch nicht. Der Feind im Innern ist gefährlicher für uns als die von Außen andringende Heeresmacht. Der Oberkommandant der Nationalgarde hat bekannt gemacht, daß alle, die vor dem Feinde sich widersetzlich zeigen, ihren Posten verlassen, oder Raub und Plünderung begehen, kriegsgerichtlich abgeurtheilt werden sollen. Ein oberstes Kriegsgericht ist zu diesem Behufe eingesetzt. Alle Lebensmittel steigen fortwährend im Preise, manche sind zu schwerem Gelde nicht mehr zu haben, nur an Mehl und Brod ist noch kein Mangel. Ueberall klopft man auf Familien, die mit ihren Habern eine schützende Zufluchtsstätte suchen. Jeden Augenblick werden sie wieder verstrieben; überall Elend und Jammer, Noth, Verwirrung und Schrecken. Das ist das Bild, welches Wien jetzt bietet. Wie wird das enden?

Börsebericht von gestern. Von Geschäften kann jetzt natürlich wenig die Rede sein. Mehrere waren gestern, aber auch nur zu haben. — Wechselkurs: Amsterdam G. 152, Augsburg gemacht 110, Frankfurt G. 111, Hamburg G. 163, Livorno gemacht 107, London G. 11 fl 30 kr, Mailand G. 109, Marseille G. 133, Paris G. 134, Konstantinopel gemacht 405. — Staatspapiere: 5% Metalliques gemacht 723, Anlehen von 1834 Br. 118, G. 120, von 1839 gemacht 83 — 84, Bankaktien gemacht 1015, Nordbahn 103 — 104, Livorno 63 ½ 64. — Das Tag der Angabe der Allgem. Zeitung bestehen die Streitkräfte des Fürsten Windischgrätz aus folgenden Truppen: 1 Bat. Landwehr, 2 Bat. Kheevenhüller, 1 Bat. Wocher. 2 Bat. Palombini, 2 Bat. Wellington, 1 Bat. Grenadiere, 1 Bat. Hohenegg, 1 Artillerie-Regiment mit 6 Divisionen Kavallerie, 15 Celadrons Kavallerie, 3 Bataillone aus Klagenfurt. Folgende zweite Proklamation der Fürsten Windischgrätz war im Laufe des 24. bekannt gemacht worden: Proklamation. Im Verfolge des von mir in meiner ersten Proklamation vom 20. d. M. verfürdeten Belagerungszustandes und Standrechts für die Stadt Wien, die Vorstädte und nächste Umgebung habe ich befunden, als fernere Ordnung zu stellen: 1) Die Stadt Wien, deren Vorstädte und die nächsten Umgebungen haben 48 Stunden nach Erhalt dieser Proklamation ihre Unterwerfung auszusprechen und liefern over compagnieweise die Waffen an einen zu bestimmenden Ort an eine Kommission abzuliefern, so wie alle nicht in der Nationalgarde eingereihten Individuen zu entwaffnen, mit Verzichtung der Waffen, welche Privateigenthum sind. 2. Alle bewaffneten Korps und die Studenten-Legion werden aufgelöst, — die Aula gesperrt, die Vorsteher der akademischen Legion und 12 Studenten als Geisseln gestellt. 3. Mehrere von mir noch zu bestimmende Individuen sind auszuliefern. 4. Auf die Dauer des Belagerungszustandes sind alle Zeitungsblätter zu suspendiren, mit Ausnahme der Wienerzeitung, welche sich blos auf offizielle Mittheilungen zu beschränken hat. 5. Alle Ausländer in der Residenz sind mit legalin Nachweisungen der Ursache ihres Aufenthaltes nambaft zu machen; die Pässoten zur allgemeinen Anwerfung anzuzeigen. 6. Alle Klubbs bleiben während des Belagerungszustandes aufgehoben und geschlossen. 7. Ein Jeder sich in obigen Wahrregeln entweder durch eigenes Lesen oder durch aufmerksames Vorlesen in den nächsten 24 — wer b) des Aufrufes oder der Theilnahme an demselben überwisen, oder c) mit Waffen in der Hand ergriffen wird — verfällt der standrechtlichen Behandlung. Die Erfüllung dieser Bedingungen hat 48 Stunden nach Verossentlichung die Proklamation einzutreten, widrigen Falls ich mich gezwungen sehen werde, die allernachdrücklichsten Maßregeln zu ergreifen, um die Stadt zur Unwerfung zu zwingen. Hauptquartier Hegendorf am 23. Oktober 1848. Fürst zu Windischgrätz, Feldmarschall.

Die traurige Nachricht, welche wir schon früher gegeben haben, daß in Wien Plünderungsversuche vorgefallen, wird durch folgende Kundmachung des Nationalgarde-Oberkommandanten nur zu sehr bestätigt. Mitbürger! — In einem sürchtigen Augenblicke, wo allen gesetzlichen Gewalten durch Militärherrschaft Gefahr droht, ist es doppelt nothwendig, die Gesetze innerhalb der eigenen Mauern zu achten. Wir müssen die Beachtung an Recht und Gerechtigkeit, wodurch unsere Gegner und unter die Waffen zwingen, nicht nachahmen. — Garden der mobilen Corps! — Unser Zustand ist der einer belagerten Stadt. Zu allen Zeiten hat man in Kriegsgerichtlichen Plünderung, von Verzweifelten angestellt, mit dem Tode bestraft. Es ist trotz aller öffentlichen Ermahnungen an einem Staatsgebäude Plünderung verübt worden. Die Schuldigen werden ermittelt und der verdienten strengen Ahndung unterzogen werden. — Gestützt auf den §. 6 der von dem hohen Reichstage unter dem 15. Oktober erlassenen Belagerungs-Verordnungen, welche das Oberkommando der Nationalgarde für die Dauer der Besitzerung der obigen Verordnung hiermit öffentlich macht, macht ich bekannt wie folgt: — „Wer von heute an Plünderung verübt, wird sofort vor das Kriegsgericht gestellt." — Das Kriegsgericht hat für die Dauer der außerordentlichen Verhältnisse in Permanenz zu bleiben. — Die Strafe für den Verbrechtlichen lautet auf Tod durch Pulver und Blei. — Das Urtheil muß binnen 24 Stunden vollstreckt und darf durch das Oberkommando nicht aufgehoben werden. — Mitbürger! Garden der mobilen Korps! — Nur wenige Rachlose ohne Leichtsinnige ständen unsere ehrenhaften Reihen, sie müssen die heilsame Strenge des Gesetzes achten lernen. — Wien am 23. Oktober 1848. — Messenhauser, provisorischer Oberkommandant.

* Wir entnehmen nachträglich zu unsern Berichten vom 24. Oktober der Allgem. Zeitung noch folgende Thatsachen. Der Abend und die Nacht des 23. gingen ruhig vorüber. Fürst Windischgrätz hatte auf die Zusichrift des Ministers Krauß wünschenswerth, er erkenne den Reichstag blos als legislativen, nicht aber als exekutiven Körper an. In dieser Beziehung wollte er einzig mit dem Gemeinderathe verhandeln, dem er somit bedeute,

daß, wenn die Stadt Kanen 24 Stunden sich nicht unbedingt übergebe, er zum Aeußersten zu schreiten entschlossen sei. Er müsse übrigens schmerzlich bedauern, daß Minister Kraus von den Herrschern der Fraktion in Wien dominirt, eine solche Zuschrift an ihn richten konnte. — Der Fürst selbst ist, wie bestimmt versichert wird, nach Olmütz zum Kaiser berufen worden, und bis Freitag ein Waffenstillstand vereinbart. — An der Roßdorfer Linie bestanden am 23 die ersten Reihen der Vertheidiger aus den Kasernen des Regiments Hammerstein. Ohne Zweifel werden diese wie die Löwen kämpfen, da sie vom Fürsten Windischgrätz auf keinen Fall Pardon zu erwarten haben. — Dr. Schütte ist beinahe wie verschwunden. Er hat das Vertrauen verloren, auch Taufrau's und Konsorten Schimpfreden behagen dem Pöbel besser als die gewählten und feinen Wendungen des Weißhaaren. Den Herren Taufenau und seinen saubern Kollegen wäre übrigens zu rathen, jetzt, da es noch möglich, sich aus dem Staube zu machen, auf daß sie nicht in die Hände des Fürsten Windischgrätz fallen, der mit ihren Ansichten und ihrem Treiben durchaus nicht einverstanden ist! — Um 2 Uhr Nachmittags **zerstörten** die Truppen an der Roßdorfer Linie die **Wasserleitungen**, so daß in mehreren Vorstädten bereits **Wassermangel** herrscht. — Der Pöbel in seiner blinden Wuth hat sich an die **Zerstörung** des **Frauenmonuments** gewacht, und bereits äußerer Ornamente davon abgerissen. — Die Augsburger Abendzeitung sagt in einer Korrespondenz aus Wien vom 24: Der Belagerungszustand nimmt eine ganz ernsthafte Miene an. Heute schon war der Mangel an Lebensmitteln sehr fühlbar, morgen dürfte er unerträglich werden. (Vergl. unsere außerordentl. Beilage vom 27. Oktober, Wien, 24. Okt.) Das Entfernen aus der Stadt ist Jedermann verboten. — Ein großer Theil der Nationalgarde hält sich jetzt schon neutral. Eine Kompagnie derselben wurde entwaffnet, weil sie sich nie zum Dienste stellte. Die Anarchie ist im Anzuge. (Sie ist schon da!) Das Oberkommando wußte bereits Befehle gegen Plünderungen wegen vorgekommener Fälle erlassen. (Wir haben schon **früher** einiger solcher Fälle erwähnt.) — Von Olmütz berichtet die Prager-Zeitung, daß der dortige Fürstbischof in der Metropolitankirche öffentliche Gebete angeordnet habe, „damit der Herr der Heerscharen die für sämmtliche Völker wohlmeinenden Absichten des Kaisers mit dem erwünschten Erfolge segnen und die gegenwärtig obwaltenden Wirren zu einem für den Kaiser und die österreichische Monarchie gedeihlichen Ziele gnädig lenken möge!" — Eine am 2ᵗᵉⁿ in Olmütz eingetroffene Deputation von Wiener Nationalgarden mit Vermittlungsvorschlägen brachte im Prerauer Bahnhofe den dort anwesenden k. k. Offizieren und der gesammten k. k. Armee ein brüderliches Hoch und sprach die zuversichtliche Hoffnung aus, daß die jetzigen Wirren auf eine befriedigende Weise gelöst würden. Die k. k. Offiziere nahmen den Toast dankbar an und erwiderten ihn in gleichem versöhnlichen Tone. — Die Stimmung des Landvolkes ist eine sehr gute; es ist gut kaiserlich gesinnt und sendet Deputationen zu dem Kaiser, theils ihn seiner Treue zu versichern, theils um sich für sein an die Landleute erlassenes Manifest zu bedanken. Die Brünner Nationalgarde hat sich musterhaft benommen. — Am 20. hatte abermals eine Loyalitätsdemonstration der Hannaken statt. Mehr als 1000 Mann mit schwarz-gelben und weiß-blau-rothen Farben geschmückt, zogen zu Pferde vor die Residenz des Kaisers, um ihm für sein Manifest zu danken und ihn ihrer unverbrüchlichen Treue zu versichern. Die Hannakanen brachten Riesenfahnen mit Blumen geschmückt dem Kaiser zum Geschenke.

Aus dem Salzkammergut, 21. Okt. In Wien spricht man von einer deutschen Bewegung und beruft Polen und Ungarn sie zu leiten. Während nicht ein legaler Schritt, sondern nur Uebergriffe das Werk gesetz worden, sprecht man von Freiheit, Gesetz und Errungenschaften. Wer heute noch irgend von Rechtszustand fabelt, und nicht einzig die Thatsachen zur Richtschnur seiner Ansichten nimmt, wird weit irre gehen. Dabei schlagt man wieder die panslawistische Lärmtrommel, den Popanz mit Kindesschreck, den die revolutionären Juden ausstecken, während in diesem Augenblick alle diese Dinge gar nicht in Erwägung kommen können, solange man Scharen von Flüchtigen begegnet, die das nackte Leben retten möchten und den Proscriptionen entfliehen. Ich sehe noch immer nur die dunkelste Zukunft, selbst wenn eine augenblickliche Verständigung oder Bewältigung eintreten sollte. Die Pflugschaar ist aber alle Verhältnisse, aber alle Ursachen gegangen, und eine Saat ist nicht möglich so lange man den Boden noch fortwährend aufwühlt. Davon werden aber die Demokraten nicht eine Minute abstehen, und das Volk ist wie im Wirbel gedreht, hat alles verloren, und meint es bekomme das Verlorne wieder durch immer größere Anarchie. Und nach diesem Wien will Borrosch seinen Völkerkongreß berufen. Wollte man eine solche Maßregel ergreifen, von der übrigens eine Verständigung über die wild durcheinander gewogenen Interessen schwerlich sobald zu erwarten wäre, so müßte man eine Provinzialstadt dazu wählen, damit die Deputirten ruhig und kraft berathen könnten. Aber wie gesagt, die jetzt scheinen mir daß fromme Wünsche und die Idee ein Nothschuß des Herrn Borrosch, der, nun er oben ist, nicht vom Strom fortgerissen werden möchte.

(A. Z.)

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 106.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Sonntag den 29. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einschaltungsgebühr: die gespaltene Petitzeile einer freien Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 29. Oktober.

Kriegs-Ministerium. (Personal-Veränderungen.) Der höheren Bevollmächtigte bei der Bundesmilitärkommission, Oberstlieutenant Joseph Ritter v. Reisander, wurde zum Obersten im Ingenieurkorps befördert; der Unterlieutenant, Anton Trapp, vom 4. Jägerbataillon, wurde bei wieder erlangter Felddienstfähigkeit mit seinem frühern Range zum Oberlieutenant befördert; der temporär pensionirte Oberlieutenant, Reinhard Moritzhaft Frhr. v. Weißenstein, wurde mit seinem frühern Range im 13. Inf.-Reg. Fürstig reaktivirt; die Hauptleute Friedrich v. Herrmann vom 7. Inf.-Reg. Karl Papprenheim, und Joseph Müsiq vom 11. Inf.-Reg. Pfeuding wurden unter Verleihung des Majors-Charakters in Ruhestand versetzt, ferner wurden die Hauptleute Max v. Kienle vom 3. Inf.-Reg. Prinz Karl, Joseph Kellermann vom 9. Inf.-Reg. Wrede und Kajetan Frhr. v. Feurt vom 4. Jägerbataillon, dann der Oberlieutenant Karl Cleffin vom 7. Inf.-Reg. Karl Papprenheim, dieser unter Verleihung des Hauptmann-Charakters pensionirt; dem kgl. Kämmerer und Ehrenritter des Militär-Max-Joseph-Ordens, Karl Frhr. v. Gagern zu Bockenheim, wurde der Charakter eines Generalmajor à la Suite der Armee verliehen.

Se. Maj. der König haben unterm 25. Okt. den für die erledigten Stellen bürgerlicher Magistratsräthe gewählten Gemeindegliedern in der Stadt Ansbach 1) Kaufmann Christian Matthäus Lotter, 2) Privatier Johann Schwarzbeck, 3) Seifenfabrikant Friedrich Birkmaier, 4) Apotheker Friedrich Wilhelm Rau und 5) Seilermeister Georg Lindau die Bestätigung zu ertheilen geruht.

Se. Maj. der König haben unterm 28. Okt. den für die erledigten Stellen bürgerlicher Magistratsräthe in der Stadt Fürth gewählten Gemeindemitgliedern 1) Kaufmann Friedrich Kreukel, 2) Apotheker Eduard Meier, 3) Apotheker Andreas Barthel, 4) Kaufmann Georg Michael Jurisch und 5) Pinselfabrikant Peter Junker die Bestätigung zu ertheilen geruht.

Se. Maj. der König haben unterm 26. Okt. den für die eröffneten Stellen bürgerlicher Magistratsräthe gewählten Gemeindemitgliedern in der Stadt Bamberg 1) Kaufmann Johann Georg Totterweich, 2) Konditor Eberhart Dörfer, 3) Privatier Adam Rauchdinger, 4) Seifensieder Ambrosius Hoh, 5) Schreinermeister Schaff, Sack und 6) Privatier Kaspar Schmidt die Bestätigung zu ertheilen geruht.

Deutsche Reichsgewalt.

(Rundschreiben der Reichsministerien des Innern und des Krieges an die Regierungen aller deutschen Einzelstaaten.) Da Zweifel darüber entstanden sind, in welcher Weise die Verpflegung der Reichstruppen im Reichsgebiete bestritten werden solle, hat das Gesammtreichsministerium den Beschluß gefaßt, daß die Verpflegung von Reichstruppen, die sich im unmittelbaren Reichsgebiete befinden, von dem ganzen Reiche bestritten werden müsse. So lange ein allgemeines Militärverpflegsreglement für ganz Deutschland nicht besteht, und in so fern nicht besondere Verträge unter den einzelnen Staaten bereits abgeschlossen sind, hat daher die Verpflegung und der Transport für die Reichstruppen auf einem anderen Gebiete als ihrem unmittelbaren Heimatlande nach den Gesetzen und Gebräuchen des Landes zu geschehen, in welchen die Reichstruppen verwendet werden, und die Vergütung der ortsmäßigen Naturalverpflegung der Reichstruppen und der Transportkosten hat nach dem Maßstabe zu geschehen, welcher für die eigenen Truppen des betreffenden Einzelstaates bei Märschen und Einquartirungen bestimmt ist. Das Reichsministerium des Innern und des Krieges ersuchen demnach die Regierungen aller Einzelstaaten, in welchen Reichstruppen verwendet werden, dafür zu sorgen, daß die tarifmäßige Naturalverpflegung von der Bevölkerung vorschußweise gegen Empfangsbestättigungen von Seite der Truppenkommandanten unweigerlich geleistet werde, und denselben die nachträgliche Vergütung dieser Verpflegung auf der Reichskasse nach den oberwähnten Sätzen zusichern. Zugleich werden alle deutschen Regierungen ersucht, Sorge zu tragen, daß von Seite ihrer Behörden einerseits mit der zur Verhütung von Unterschleifen erforderlichen Genauigkeit, andererseits aber auch mit thunlicher Beschleunigung vorgegangen werde, damit die Staatsbürger, welchen die Einquartirung auferlegt werden muß, so schnell als möglich die ihnen gebührende Vergütung erlangen. Frankfurt, 23. Okt. 1848. Der Reichsminister des Innern: Schmerling, Der Reichsminister des Krieges: Peucker.

Deutsche Reichsversammlung.

(103te Sitzung vom 26. Okt.) Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über Art. II. §§. 2, 3 und 4 des Verfassungsentwurfs. Die Sitzung wird gegen dreiviertel auf 10 Uhr von Heinrich v. Gagern eröffnet. Ausgetreten sind nach der Anzeige des Präsidenten die Herren v. Rönne und v. Hagenow. Sodann richtet der Vorsitzende die Anfrage an die Versammlung, wie über die von den Deutschen in Newyork durch den nordamerikanischen Konsul hierher gesandte bedeutende Geldsumme von mehr als 9000 fl., die urspünglich für die Nachgelassenen der in den deutschen Revolutionskämpfen, namentlich für die in Wien und Berlin gefallenen Opfer bestimmt, dann der Marinekommission zugewiesen war, durch die Entschließung der Geber aber neuerdings seinem frühreren Zwecke zurückgestellt worden ist, zu verfügen sein werde. Es wird entschieden, die Summe zu gleichen Hälften den Gemeindebehörden von Wien und Berlin zur Verwendung nach dem Sinne der Geberurkunden durch das Bureau des Hauses zuzumitteln. Auf Veranlassung des Reichsministeriums wird ein Antrag des Frankfurter Polizeigerichts mitgetheilt, welches die Ermächtigung dazu verlangt, die Abgeordneten Jürgens, Löw aus Magdeburg und Bernhardi wegen eines Artikels in den „Flugblättern" in Untersuchung zu ziehen. Obschon Hr. Jürgens erklärt, daß ihn allein die Verantwortung, als den jetzigen einzigen Redakteur der „Flugblätter", treffe und er ausdrücklich auf jedes persönliche Privilegium verzichte, indem er die Erlaubniß ohne Weiteres zu ertheilen ersucht, so wird doch von der Versammlung die Verweisung der Angelegenheit auf den Ausschußweg beschlossen. Unter den Flottenbeiträgen wird unter Anderm der Ertrag eines von den Frankfurter Damen veranstalteten Bazars von 2100 fl. mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Nachdem noch einige Mittheilungen erfolgt sind, wird zur Tagesordnung geschritten. Vizepräsident Simson übernimmt den Vorsitz und Ludwig Uhland erhält das Wort: Wir sind nicht hierhergekannt, um große Gebiete, die von uralters her mit dem Reiche zusammenhangen, vom Vaterlande loszureißen. Seit 5 Monaten haben die österreichischen Abgeordneten mit uns im Sinne des deutschen Bundestaats gestagt und beschlossen. Sie haben mit uns das Gesetz über die provisorische Zentralgewalt angekprochen, nach welchem sich der Staatenbund in einen Bundesstaat verwandelte, der von allen deutschen Regierungen anerkannt und in Folge dessen ein Mitglied des österreichischen Regentenhauses durch das Reichsverweser erwählt ward. Mag die Zentralgewalt auch nur eine provisorische sein, ihr Grundsatz ist ein definitiver, eben so wie die Aufbedung des Bundestags ein definitiver ist. Demnach wird jetzt bei der Berathung über die Verfassung an diesem Grundsatze gerüttelt und uns dafür ein völkerrechtliches Bündniß mit Oesterreich empfohlen — dies Bündniß wäre die Bruderhand zum Abschied (Bravo!). Die politische Staatenbildung ist pragmatischen Sanktion war eine dynastisch-monarchische. Aber die deutsche System ist zur Neige gegangen und die Geschicke deutscher Völker würden in die Hand der slavischen Mehrheit gelegt werden, wenn wir ihre Minderzahl nicht schützten. Wie könnte das deutsche Oesterreich die Freiheit nach Osten bringen, die Macht üben, wenn es nicht mehr deutsch ist? Mag es eine Laterne sein für den Osten. Es hat aber darüber den höheren Beruf, eine Vulsader zu sein für Deutschland (Bravo!). Oesterreich hat sein Herzblut gemischt in den Strom der deutschen Freiheit, es muß mit uns sein und bleiben. Sie haben ein Gesetz zum Schutze der Nationalversammlung gemacht, wollen Sie darnach mehr als hundert Abgeordnete in die Verbannung eines Slavenreichs schicken? Der Antrag Uhlands geht daher noch weiter als die Verfassungsparagraphen. Nicht blos ihre Annahme, auch ihre sofortige unverkürzliche Setzung und Veröffentlichung für Oesterreich fordert er. Die Reichsstimmen in Wien müßten wissen, worauf sie zu beharren hätten. Diplomatische Verhandlungen ohne feste Grundlage seien gefährlich. Doch behält sich der Redner vor, seinen Nebenantrag zurückzuziehen, wenn er dem Hauptantrage gefährlich werden könne. Für die Verschiebung könne man anführen, daß in Oesterreich große Störung herrsche. Allein gerade aus dieser Störung werde das Gesetz und soll in die Form stehmen, auf der die vollendete Germanisirung vorgehen solle" (Bravo, enthusiastischer Beifall von der Linken, achtungsvoller von der Rechten.) Beda Weber stimmt mit den Wünschen

des Dichters überein, dessen Lieder seine Jugend entzückten. Allein nicht mit dessen Mitteln. Die Aeußerung des Kenners über Gildas, der gelobet eben habe in dieser Frage wie ein Minister der Zukunft, rief den Widerspruch der Linken hervor, dann fährt Weber fort: Noch ist Oesterreich nicht verloren. Selbst in Italien halten die Bauern fest an dem Kaiserhause. Die liebe Eisenmann's zu den Ungarn sei eine romantische, die um so lebhafter sei, je weniger Grund sie habe. (Allgemeine Heiterkeit.) Denn auch in Ungarn sei Oesterreich längst beschäftigt die Bauern und die Bürger zu emancipiren. Wie aber diese Verheißungen, wie die neuen zweckmäßigen Einrichtungen bis jetzt zu hindern gewußt. Gisbra habe Throne und Kronen gestürzt. Sie könnten fallen, aber ein siegreicher Feldherr werde sie aufheben. (Beyfall.) Auch er stehe auf dem Boden des Nachtheils, den Deutschland, aber auf breiter Basis, nicht auf dem schmalen Streifen, auf den sich Gisbra gestellt. Was die Sympathien für den Kaiser und die Gesammtmonarchie anlangt, so falle man in der Baierischen nicht so niedrig anschlagen, denn die oberländische Rechnung könnte sich trügen. Schon habe ein Theil des Hauses zu viel Theil genommen an der Wiener Bewegung. Auch das Wort Kamarilla habe eine andere Bedeutung in Oesterreich als hier. Lieber die Kamarilla als den Aufruhr wollten die Bauern. Für die Gesammtmonarchie würden Alle für Einen stehen. Oesterreich habe Mittel genug sich auf dem kürzesten Wege zur Einheit zu gestalten und er sei nicht von der Absicht, Gemeinschaft mit dem Slawischen Elemente. Selbst der größte jetzt lebende Slawist werde einmal einen ernsten Ehrgeiz darein setzen, Slawe für seinen Stamm, die treueste Dankbarkeit für das Deutschland, dem er seine Bildung verdanke. Weber ist für alle Amendements, welche die Frage verschieden. Der Thronie haben wir genug hier gehabt, in der Politik muß man aber mit das Möglichste erstreben. Hauptein Sie nicht für Russland, treiben Sie die Slawen nicht selbst zu ungerechten Anmaßungen. (Beyfall von der Rechten, Zischen von der Linken.) Stremayr aus Gratz vertheidigt wiederum die entgegengesetzte Ansicht. Das Volk in Oesterreich habe instinktmäßig geahnt, daß die Gesammtmonarchie nur durch die Mittel des Absolutismus vorbestehen könne. Daher die vielleicht unbegründete Beschuldigung „Reaktion" wider alle Diejenigen, die sich Oesterreich lebhafter als Deutschland angenommen. Selbst die Tyroler wollten nur, wie eine neuere Urkunde der Landesvertreter beweise, nur die unauflösliche Verbindung der österreichischen Völker „durch die Person des Monarchen." Die österreichische Frage in der Schweiz halten, heiße Oesterreich zu Grunde richten. Keine Vertagung! Wir müssen die Ereignisse leiten, nicht uns von den Ereignissen leiten lassen. Es werde eine Ausnahmestellung für Oesterreich beantragt. Aber welche? Kein einziger Antragsteller dieser Gruppe habe das bisherige Verhältniß genauer zu bezeichnen gewußt, welches er meine. Sprechen Sie den Ausdruck ich hochmüthig Sie, Nur aus. Sind Modifikationen nöthig, so mag Oesterreich solche zum Vorschlag bringen. Die Nachwelt würde erstaunen, wenn Sie, die Sie heuten sind, die Einheit Deutschland zu gründen, mit einer Theilung begännen. Graf Deym: Mein Standpunkt ist der deutsche, ganz allein der deutsche. Es ist hier nicht genug unterschieden worden, daß es ein Staatsrecht, ein Naturrecht, ein Revolutionsrecht gibt. Das letztere werde dasjenige Verfahren, im Namen des letzteren begründen wir ein neues Staatsrecht. Wie dürfen aber die deutsche Politik nicht enger auffassen, als unsere Altvordern, die den Babenberger gegen Osten vorstandten, Oesterreich zum Markgrafenthum erhoben und Böhmen als einen Kurstaat einverleibten. Vertheilungen kommen und gehen; höher als sie steht mir die Macht und Größe Deutschlands. Die Vorangehenden höher als sie haben sie gethan mit dem ganzen Gewichte ihrer Zukunft. Das mittelalterliche Reich von 70 Millionen. Dann ist Deutschland berufen, die Gründung dieses Reichs ist unsere Aufgabe. Aber ein solches Riesenreich faßt sich nicht in Einem Parlamente zusammen. Es bedarf zu seiner Herstellung einer andern Gliederung, und die einzige Möglichkeit derselben erblickt der Redner darin, daß Oesterreich in ein Staatenbündliches Verhältniß zu Deutschland trete. Keine Verkrüppelung Oesterreichs, die auch eine Verkrüppelung Deutschlands sein würde. Ich schließe mich daher zunächst dem vertagenden Antrage Kaiser's an. Wichmann erinnert an die verweigerte Huldigung, an den Mangel der deutschen Farben im Heere und eines Bevollmächtigten Oesterreichs bei der Zentralgewalt. Das Gelbzaufzuverbot sei nicht aufgehoben und die deutsche Vermittlung in Bezug auf Italien unfreundlich empfangen worden. Meine Herren, das ist die Politik des Hauses lich empfangen worden. Meine Herren, das ist die Politik des Hauses Habsburg, durch welche die Schweiz dem Reiche für immer verloren gegangen, die Strasburg den Franzosen überlassen, Lothringen u. s. w. gegangen, die Strasburg den Franzosen überlassen, Lothringen u. s. w. gegangen ist. Von dieser Politik müssen wir uns befreien und dazu dienen die §§. der Verfassung. Was wir Oesterreich für seine Länge zum Bunde gebrigen Länder nachliefern, das dürfen wir doch wahrlich nimmermehr fordern für Länder, wie Posen und Schleswig, oder wir fordern es dann für Länder, wie Posen und Schleswig, oder wir fordern es dann mit dem schlimmen Rechte des Stärkeren. Vergeben wir auch unsere Allianz nicht in Betreff der slavischen Völker Oesterreichs. Sorgen Sie vielmehr einzig und vor Allem dafür, daß eine einheitliche Politik in Deutschland heimisch werde. Berger aus Ellen: Nicht ob Sie uns in Ihren Bundesstaat aufnehmen, sondern ob Sie uns darauf in den Bundesstaat aufnehmen wollen, darum handelt es sich. Der Redner geht demnach hinaus, ob die Redner der entgegengesetzten Seite los, daß der dann so scharf auf die Redner der entgegengesetzten Seite los, daß der dann so scharf auf die Redner der entgegengesetzten Seite los, daß der dann so scharf auf

Die Adreßfrage in München.

** Wir hören so viel von unsern Fortschritten in der politischen Bildung täglich sprechen, und lesen täglich so viel davon gerade, daß wir am Ende selbst daran zu glauben und versichert zu fühlen. Die Vorgänge der letzten Tage hier haben und einen großen Theil der schönen Selbsttäuschungen, in denen wir befangen waren, benommen: gestehen wir es uns nur offen, daß wir noch immer beim ABC im Verständniß und in der Uebung des konstitutionellen Systems stehen. Wir würden uns freuen wenn dem nicht so wäre, wenn man uns mit vollgültigster Beweise des Gegentheils stehen würde: aber vorläufig müssen wir im Gegentheil auf die Thatsachen, wenn auch mit Bedauern, bei unserer vorerwähnten Ansicht beharren. Wir haben lange Jahre in Frankreich, England, Belgien gelebt, dort Gelegenheit gehabt, aus eigener Anschauung einige Kenntniß zu erlangen von der Art, wie man dort das konstitutionelle System begreift und übt, und wir glauben daher versichern zu können, daß Verkommnisse, wie wir sie im Laufe dieser Woche hier gesehen haben und noch sehen, nimmermehr in den genannten Ländern möglich gewesen wären. Gehen wir etwas näher auf die Thatsachen ein, auf welche unsere Meinung sich stützt.

Am 18. Oktober kamen die bekannten traurigen Auftritte in München vor: von allen Seiten erhoben sich Klagen über den Mangel an nachdrücklichen Einschreiten der Behörden, durch welchen ein großer Theil der angerichteten Unbilden hätte verhütet werden können. Wir selbst haben in diesen Klagen gleich vom ersten Augenblicke an einstimmen. Die öffentliche Meinung war in ihrem vollkommensten Rechte, mit Schmerz, und gegen die Möglichkeit der Wiederkehr solcher Exzesse Sicherheit zu erhalten, sagen sie der Natur der Sache. Es kam nur darauf an, in welcher Weise diese Schritte geschehen. In der großen konstitutionellen Landern, die mit Recht als unsere Vorbilder und Muster in dergleichen Dingen gelten, hätte man sofort den Weg der Petition oder der Beschwerde bei denjenigen Behörden eingeschlagen, über deren Fehler man sich zunächst zu beklagen hatte. Diese Petitionen, wenn gleich an die Krone gerichtet, mußten aber durch das Organ der obersten verantwortlichen Räthe verfaßen, d. i. durch Vermittlung der konstitutionellen Minister an ihre Bestimmung gelangen, von denen auch die gleichfalls von ihnen zu verantwortenden Maßregeln zur Abhülfe anzugeben haben. Wollten sie dazu Widerstand oder Erfolg, fanden sie kein Gehör, wurde gerechten Wünschen nicht die erwartete Befriedigung, so stand der Weg der Beschwerde bei den Kammern, als den gesetzlichen Organen des Landes offen, auf daß diese je nach Befund der Sachen die festlenden oder ihre Ansicht vernachfolgsgewordenen Minister zur Rechenschaft ziehen. So wäre kann es in England, in Belgien gemacht haben. Bei uns scheint es anders zu gehen. Die Einwohnerschaft hat vorgestern mehrere Tausend wohlgemeinter Abstrift von ehrenwerthen Männern berufener Versammlung. Hier einer der Führer des demokratischen Vereines eine Adresse unmittelbar an die Krone selbst vor, deren Inhalt von dem größten Theile der Anwesenden — wir haben dies nun von zu vielen Seiten vernommen, als daß wir die Thatsache bezweifeln können — von wenigstens zwei Dritteilen derselben durch Verneinung ihrer Zustimmung zu kennen gegeben wird. Aber im patriotischen Eifer wird sofort die Zustimmung erklärt. die Adresse wird zur Unterzeichnung aufgelegt und es findet sich in einigen Tagen 2796 Unterschriften dazu. (Wir haben diese Adresse in unserer Beilage vom letzten Montag mitgetheilt.) Die öffentliche Stimme hat seitdem über die Fassung dieser Adresse gerichtet. Wir haben daher nichts nöthig, auf das Unrichtige der Form und der Form und der Form und torische Weise sich aussprechen zu machen, in welcher darin der Krone gerade zu förmlich Weisungen ertheilt wurden. Es genügt die Anführung der Thatsache, daß vielleicht zwei Drittheile der Unterzeichner, die sich in ersten Eifer zur Unterschrift hatten verleiten lassen, dieselbe alsbald selbst desavouirten. Aber die gegebene Unterschrift war eben nicht mehr rückgängig zu machen; es war zu spät. Eine am fünf Tage nachher festberufene Abordnung begibt sich hierauf, um dem Abgeordnetes, um der Adresse dem König direkte zu überreichen. Der vierundzwanzigstellige tant erklärt ihnen, daß er eine in solchen Ausdrücken abgefaßte Adresse dem König nicht übergeben könne. Die Herren lassen sich aber dadurch nicht abwendig machen, dringen im Vorzimmer des Königs über Dreiviertelstunden lang in den Flügeladjutanten, daß sie entweder vorgelassen werden müßten, oder wenigstens die Adresse unterschreiben müsse. Der sie gutmüthigen Bedeutete begibt sich endlich zu Sr. Majestät und erhält die bekannte Antwort, welche er ihnen auf ihr Verlangen in der Gile so niederschrieb, wie sie zur Oeffentlichkeit gekommen ist. Aus dieser Gile erklärt sich natürlich auch das Mangelhafte in der Fassung. Wir tragen nun jeden Unbefangenen, was von einem solchen Benehmen zu halten ist, ob es ein konstitutionelles genannt werden kann? Ja es konstitutionell, wenn man mit Umgehung der verantwortlichen Minister dem Monarchen sich aufdringen, ihn zur Entgegennahme einer Adresse nöthigen will, welche nach dem laut und allgemein ausgesprochenen öffentlichen Urtheil in unbemessenen diktatorischen Tone abgefaßt ist, und die der gebildeten Person des Monarchen schuldige Ehrfurcht mehr oder weniger außer Augen setzt? Nicht der Mangel der Wahrheit, welchem nirgends eine hemmende Schranke entgegensteht, sondern nur die ungebührliche Sprache, der befehlende Ton der Adresse, hat offenbar ihre Zurückweisung veranlaßt, mußte sie unserer Ueberzeugung nach veranlassen, und wir sind sicher, daß diese unsere Ueberzeugung von der immensen Majorität der Bürger und Einwohner Münchens getheilt wird. Wer aufrichtig die konstitutionelle Monarchie erhalten wissen will, wem es mit dem Wunsche und Streben nach diesem hohen Gute Ernst ist, der muß auch die Mittel dazu wollen: aber in unehrerbietiger Sprache, in moralischem und fast materiellem Zwang gegen die Person des Monarchen können wir wenigstens kein Mittel sin den genannten Zweck erblicken. Wenn äußerem der Mönch gewöhnlich wenn könne, so muß noch so ungebührliche Adresse Inschrift und ihre Träger zu empfangen, Antwort darauf zu geben, kann wäre es über daran als der letzte Bettler des Landes, der sich auf das Recht nehmen lassen wird, Weise oder Personen zurückzuweisen, die unter dem Vorwande die Wahrheit ihm zu sagen seinem Selbstgefühle zu nahe treten wollten. Wie sagen ganz einfach, ob Bayern will, daß sein ruhig wenniger Recht und Freiheit genieße als der letzte auf der Steuerleiter des Gesellschaft? Die Antwort auf diese Frage kann nicht zweifelhaft sein; die allgemeine Entrüstung, welche die tragische Adresse erregte, hat sie bereits gegeben, und diese Entrüstung hat auch in allen bedeutenderen Organen der bayerischen Presse einmüthigen Wiederhall gefunden.

Das Vorstehende war bereits geschrieben als uns ein Maueranschlag zu Gesichte kam, worin das Münchner in Kenntniß gesetzt wird, daß die am 25. zurückgewiesene Adresse gestern (27.) durch die Post an den König nun abgegangen sei, begleitet von folgendem von G. Schwerber, Aug. Gumpenmeier, Dr. Halbreiser, S. Jüngst und Heinr. Meyer unterzeichneten Schreiben:

„Allerdurchlauchtigst-er Großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr! Die ehrerbietigst unterzeichneten haben die Ehre, Ihrer Majestät eine Adresse an die Stelle Eurer Königl. Majestät niederzulegen. Sie wählen den Weg der Zustellung, weil ihnen ein Schreiben des Königl. Oberstall- und Flügeladjutanten Hartmann vom 25. Oktober den Zutritt zu ihrem Monarchen verlegt hat. Der Text der Adresse wurde als Ursache bezeichnet. Wir glauben sicher die Stimme unserer Kommittenten zu hanhelm, wenn wir hiemit vor Eurer Königl. Maj. Thron feierlich die feste Ueberzeugung aussprechen, daß allen Unterzeichnern der Adresse ohne Ausnahme der Gedanke fremd war, als könne die Sprache der Wahrheit eine nachtheilige Beziehung auf die Gefühle der Treue und Ehrfurcht zulassen, die wir für unsern Königs Majestät immerdar im Herzen tragen. Offenheit gegen Eure Maj. ist uns heilige Pflicht: — Bestimmtheit schien die Sache — der Ernst der Ereignisse zu fordern. Die Freiheit und das Glück des Vaterlandes — Güter, Eurer Majestät vielleicht nicht weniger theuer als den geringsten Bürger, sind und waren der Zielpunkt unseres Handelns. Mißdeutung schreckt uns nicht. Der Augenblick der That, nicht das leichtverletzte Wort mag einst entscheiden, wer wahr und treu gehandelt hat."

Wir erblicken in diesem Schreiben den besten Beweis, daß die Einsender desselben selbst zu den Einsichten von der Unschicklichkeit des Tones gekommen sind, in welchem die Adresse gehalten war; sonst würden sie nicht entschuldigende Verbeugungen in Betreff ihrer Gefühle der Liebe und Ehrfurcht für des Königs Majestät zeig beizufügen für nothwendig erachtet haben. Wir wünschen den Unterzeichnern des Schreibens aufrichtig Glück zu der erlangten Gelegenheit, wenn diese auch noch nicht so weit gediehen ist, um sie für den Wiedertritt solchen in welchen sie nie sich selbst nun versetzen, darum sie auf der einen Seite Liebe und Ehrbrecht dem König versichern, auf der andern aber durch abermalige Zusendung der Adresse dabei beharren, dem König Gesetze ertheilen zu wollen. Wir können freilich nicht verlangen, daß der Grad der Einsicht und des feinen Gefühls bei jedermann der gleiche sei. „Offenheit" und „Bestimmtheit" nach Oben wie nach Unten, überhaupt nach allen Seiten hin; lieben auch wir: darum haben wir und auch die Freiheit genommen, unumwunden hier unsere Meinung zu sagen; wir hoffen daß sie überall gnädige Aufnahme finden werde.

Deutschland.

Sächsische Herzogthümer. — Aus Gotha, 18. Okt., wird der „Leipziger Zeitung" berichtet: Der für die thüringischen Staaten ernannte Reichskommissär Mühlenfels hat heute von hier aus „an die Bewohner von Thüringen und Nürnberg" einen sehr anbrechenden, wohlwollenden Aufruf erlassen. Der Schluß desselben lautet: „Mein Aufruf ist offen wie meine Sprache. Die Einheit und Macht des deutschen Vaterlandes ist abhängig von der Stärke seiner Glieder: die Anarchie der Freiheit gefährdet die Freiheit und die Einigung des Ganzen. Die Unterstützung der Patrioten darf meiner Aufgabe nicht fehlen; jetzt oder nie wird die Einheit Deutschlands errungen; Sonderegoiste müssen verstummen, damit der Ausbau der deutschen Freiheit und Einigung gelinge. Die Liebe zu ihr, die Ehre und Macht des Gesammtvaterlandes muß Alle vereinen. Darum wachet und seid rüstig!"

München, 28. Okt. Die heutige Wiener Post vom 26. ist bis jetzt 11 Uhr Abends noch nicht eingetroffen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 26. Okt. Bayer. 3½ proz. Obligationen 75¼. — Proz. 4 proz. 85 ⅜. Bankaktien II. Semester 572 ℔. Promessen 35 ℔. — ⅜. Oesterreich. 5 proz. Metall. — ℔.

Amsterdam, 24. Okt. 2½ proz. Integr. 44. — 3 proz. Schuld 51⅞. — 4 proz. 68¼. — 2½ proz. ditto 65⅞. — Handelsmaatschappy —. — Arbeits 5 proz. à 510 ℔. St. 6⅝. — Span. inländ. à 6000 ℔. — — Coupons —. — Portug. 3 proz. 21⅞. 4 proz. —. — Russische 4 proz. bei Pope —. — ditto bei Stieglitz —. — 5 proz. Metall. 60¼. — 2½ proz. ditto —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Münchener Schrannenanzeige vom 28. Okt. 1848.

Getreide-Gattung.	Voriger Markt.	Zufuhr.	Ganzer Stand.	Verkauft.	Rest.	Mittelpreis.	Im Vergleich gegen die letzte Schranne mehr		weniger	
	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	529	2411	2940	2665	275	13	32	—	25	—	—
Korn	100	564	664	652	12	8	29	—	28	—	—
Gerste	1766	4432	6198	5861	337	7	4	—	14	—	—
Haber	35	154	189	151	38	4	34	—	17	—	—
Leinsamen	42	116	158	110	48	13	48	—	—	—	5
Repssamen	1	2	3	1	2	16	—	—	—	5	17

(Eingesandt.) Die unterm Verlautbarungen und Tagesgerede, welche sowohl in schwäbischen als bayerischen Blättern über das königl. bayer. Infanterie-Leib-Regiment und dessen Herrn Kommandanten, Oberst Ernst, verbreitet worden, machen es den Unterofficieren und der gesammten Mannschaft zur Pflicht, sich wie Ein Mann gegen alle derartigen, niederträchtigen Unverschämtheiten zu erheben, und gegen selbe die nachdrücklichste Verwahrung einzulegen. In sämmtlichen auf den Umsturz wahrer Kriegerehre hinarbeitenden Artikeln suchten diese Blätter kurz nach dem Ausmarsche des Regiments selber Kriegsuntüchtigkeit anzustellen, und da ihnen dieses nicht gelang, verlästerten sie das schöne Verhältniß, welches alle Grade des Regiments zu Einem tüchtigen Ganzen verbindet, mit ihrem Gifte zu betrüben, und besonders unsern allverehrten Chef und Kommandanten als einen ungerechten Tyrannen und Knechter seiner Untergebenen hinzustellen. Diesen tückischen, aller Wahrheit baaren Verdächtigungen gegenüber, erklären wir Unterofficiere des Regiments insgleich im Namen sämmtlicher Mannschaft, daß wir nie uns wissentlich Unrechtes haben zu Schulden kommen lassen, daß wir im Gegentheile sein Bestreben, um den Dienst zu erleichtern, seine väterliche Fürsorge und strenge Unparteilichkeit dankbar anerkennen, und daß wir, wie wir bisher bei allen Gelegenheiten gethan, auch ferner trotzbieten werden, demselben unsere Liebe und Anhänglichkeit auf jede Weise zu bethätigen. Ferneren Verläumdungen und Schmähartikeln werden wir mit schweigender Verachtung entgegentreten, verfehren aber allen Mitarbeitern am Umsturze der gesetzlichen Ordnung mit Festheit, daß es ihnen nie gelingen wird, in unserem Regimente die Treue an unsern allgeliebten König, die Anhänglichkeit an unsern Befehlshaber und an unsere Herren Officiere, sowie unsere Kriegerehre zu untergraben.

Das Unteroffiziers-Korps des königl. Infanterie-Leib-Regiments, im Namen sämmtlicher Mannschaft.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 29. Dkt.: „Zaydee", Oper von Auber.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. Benjamin, Rentier, aus England. Weinberg, Kaufmann, von Berlin. Müller, Kaufmann, aus Sachsen.

Hotel Maulik. Roßyn, Rentier, von Chinburg. Zeiser, Partikulier, von Nürnberg. Rauch, Privatier, von Dellbronn. Rabus, Privatier, von Mannheim.

Blaue Traube. Stiefel, Kaufm., von Frankfurt. v. Hohmann, Studirender, von Amberg. Seitz, Studirender, von Ansbach. Winkler, Privatier, von Amberg. Reiner, Revierförster, von Gunzenhausen.

Elisabiengarten. Braun, Privatier, von Dinkel. Reiser, Studirender, von Staufen. Gruber und Eisenhofer, Studirende, aus Vorarlberg. Steinbrückel, Studirender, von Ansbach. Schwarz, Gutsbesitzer, von Gelsdorf. Lunkly, Lehrer, von Solnhofen.

Gestorbene in München.

Josefy Heger, Oberkanonier von königl. 3. Artillerieregiment, 25 J. a. Eugenie v. Horaberg, königl. Oberrechnungs-Rathstochter, 16 J. a.

Bekanntmachung.

212. Es wird hiemit eröffnet, daß in der Konkurssache des vormaligen Spielwaarenhandlungs-Besitzers Max Joseph Schneider dahier das Prioritätsverkenntniß am 13. d. Mts. erlassen worden ist, und daß hiezu am 6. November l. J. an die Gerichtstafel angeheftet werden wird.

Concl. am 13. Okt. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Direktor:
Siegert.
Mayler.

213. In Nro. 202 der „Neuesten Nachrichten" findet sich ein kleiner „Von mehreren Schützen" unterschriebener Aufsatz in Betreff der Erbauung einer neuen Schießstätte, welcher, ohne geradezu meinen Namen zu nennen, doch offenbar wider mich gerichtet ist und nur zu deutlich die Absicht verräth, mein Verhalten in dieser Angelegenheit in einem gehässigen Lichte darzustellen.

Im Hinblick auf diejenigen meiner Mitbürger, welche meinen Charakter und meine Handlungsweise weniger genau kennen, erlaube ich mir, auf diese zum Theil in der That plump zu nennenden Angriffe zu erwiedern, daß ich in dieser Sache von starrem Eigensinn durchaus mich nicht leiten lasse, sondern nur diejenigen Schritte verfolge, welche sowohl rechtliche Mann, welchen wohlerworbenes Eigenthum in Gefahr ist, eine schwere Verletzung zu erleiden, einschlagen wird.

Es ist nicht die Störung, welche aus der nächsten Nähe der Schießstätte bei meinem Garten, für mich und die Meinigen hervorgehen müßte, die mich zu einer Opposition veranlaßt, sondern vielmehr die bedeutende Schmälerung des Werthes meines Eigenthums und der große Schaden, der hieraus im Fall der Verurtheilung mir selbst oder meiner Familie sich ergeben würde. Welcher Unparteiische aber könnte mir hierin Unrecht geben?

Sollte indessen, ungeachtet solcher gesetzlichen Opposition, die Entscheidung von Seite der höhern und höchsten Behörden in dieser Angelegenheit dahin ausfallen, daß ich und meine Familie jenen Schaden zu tragen haben sollte, so weiß ich sehr wohl, daß ich mich diesen Beschlüssen zu fügen hätte. Doch redet dieser Fall, nach den Ergebnissen der bisher angestellten Untersuchungen noch keineswegs so nahe, als die Verfasser jenes Aufsatzes das Publikum gern glauben machen möchten.

Habe ich mich hier über jene Angelegenheit mit der Offenheit und Aufrichtigkeit ausgesprochen, wie sie dem Manne geziemt, so glaube ich wohl schließlich noch den Wunsch äußern zu dürfen, daß diejenigen Herren Schützen, welche einen Aufsatz den „Neuesten Nachrichten" eingesendet haben, ebenfalls mit ungeschminkter Bezeichnung ihrer Namen hervortreten möchten. Sollte dieß unterbleiben, so wäre es hiemit zwar nicht erwiesen, aber doch ziemlich nahe gelegt, daß derselben ein Anderssein — aus sicherlich nicht reinen Absichten, jene Unterschrift zur mißbräuchlichen Weise in Anwendung gebracht habe.

Gustav Schultze.

204. (2b) Am Promenadeplatz im Hause Nro. 17 an der Sonnenseite ist eine schöne, große, herrschaftliche Wohnung, bestehend in 14 Zimmern, Stallung auf 4 Pferde, Remise für mehrere Wägen, Keller, Speicher und allen übrigen Bequemlichkeiten für Zit Georgi 1849 zu vermiethen und Näheres ebener Erde zu erfahren.

211. (3a) Der Ausschuß der mechanischen Baumwoll-Spinnerei- und Weberei in Augsburg beehrt sich hiemit bekannt zu machen, daß die, durch Beschluß der Generalversammlung vom 23. Mai d. Js., ausgesetzte Zulage des am 1. Juli d. Js. fälligen gewesenen Actien-Coupon, nunmehr am kommenden

15. November mit fl. 55 per Stück

geleistet werde.

Augsburg den 26 Okt. 1848.

Fr. Schmid,
Vorstand.

Erledigte Oberschreiberstelle.

195. (3c) Die Oberschreiberstelle bei dem königl. Rentamte Regen in Zwiesel wird mit Schluß November d. Js. erledigt

Vollständig befähigte, insbesondere im definitiven Steuerwesen wohl erfahrne Bewerber wollen ihre unter Anlage ihrer Zeugnisse an das bezeichnete königl.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

München, den 30. Oktober.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 7. Okt. allergnädigst bewogen gefunden, dem kgl. Landgerichtsarzte Dr. Zimmermann das Ritterkreuz des kgl. Verdienstordens vom heil. Michael zu verleihen.

Deutsche Reichsversammlung.

103. Sitzung vom 26. Okt. (Schluß). Vogt von Giessen macht darauf aufmerksam, daß doch ja der staatsmännische Standpunkt nicht verlassen werden möge, um den er zwar selbst keinen Anspruch mache, auf welchen er aber doch hinweisen wolle in Bezug auf Posen u. s. w. In anderen Versammlungen habe das Ministerium bei großen politischen Fragen eine Meinung ab. Hier habe sich nur der Unterstaatssekretär Br. v. Würth vernehmen lassen und er möchte wohl wissen, ob Würth damit die Ansicht des Ministeriums vertreten habe. Eine gewaltige und Freiheitspartei stimmen sich gegenüber und Vogt bemüht sich zu zeigen, daß nur nach der Ansicht der zweiten, der gewaltsamen Partei, die österreichische Monarchie unter einer Personalunion nicht bestehen könne. Die „absolute" Herrschaft freilich werde unmöglich dadurch, aber nicht die konstitutionelle. Dann spricht der Redner den Verdacht aus, daß der Eintritt Oesterreichs ins Reich noch vielleicht verhindert werde, um einer zentralisirenden Hegemonie Gefolg zu sichern. Es würde gesagt, daß es Oesterreich schwer fallen werde, sich Deutschland unbedingt anzuschließen. Das sei freilich wahr, je nach der jetzigen Beschaffenheit und Haltung der Zentralgewalt. Wir (Vogt und Partei) folgen nur unserem Prinzipe, in allen solchen unseren Prinzipe. Wir können sehr Nationalität ihre Freiheit, den Polen, den Ungarn, den Italienern. Die Kroaten sind weiter gegangen, als ihre Freiheit zu verbedingen, sie suchen die Freiheit anderer Nationalitäten zu unterdrücken (?) Daher unsere Verdammung gegen sie. Die Tyroler wären konstitutionell geworden, als die Konstitution da war, ungefähr wie jene Neyobilitäner in Frankreich, als die Republik einmal bestand. So würden sie sich auch dem Anschlusse an Deutschland fügen. Schweizer Sie eine Oesterreichische Gesammtmonarchie mit dem Bande der Gewalt zusammen und jedes Besonderen in derselben wird gänzlich fein, welches auf die Trennung berichtet ist. Der Redner kann mithin nichts dringender empfehlen, als zu Deutschland zu nehmen, was zu Deutschland gehört und die übrigen Völker ihrer freien Selbstbestimmung zu überlassen. Obschon unter Vogt's Rede mehrmals nach dem Schlusse verlangt und am Ende derselben von zwanzig Mitgliedern der Antrag gestellt wird, so resolvirt sich die Versammlung doch für Fortsetzung der Debatte, worauf Marcks auf Gewalt und Gross aus Prag die Rede der Vorredner für den unbedingten Anschluß Oesterreichs und damit nur die ungetheilte Zentralmacht des Hauses verwerfen hin sich bei dem Grafen Heinrich von Gagern auf der Rednerbühne die Absprechung in Anwesenheit verwandte und die unsinnige Bewegung in Wien als Beispiel anführte. Unser Volk war viel gesunden, wir suchen nach den Mitteln es zu erheben. Was waren die Hauptkundmisse der Gegner unserer Vaterlandes? Unter ihnen oben an stand das gemischte Verhältniß der Staaten, welches Deutsch- und Slawen unter einer Regierung, zu einem Staatsleben verband. Der Verfassungsausschuß mußte daher hier Schwierigkeit besonders ins Auge fassen. Es bestehe aber der Antrag Unterkirchers darauf ab und verbinde Deutschland das deutsche das Hauptland ist, oder das fremde. Wo das deutsche das Rebenland ist wie Limburg, da muß das Verhältniß gelöst werden, denn es ist ein unwürdiges. Aber es fügten sich auch an deutsche Hauptländer nicht-deutsche Nebenländer. Preußen hat dies Verhältniß vermuthen im Interesse Deutschlands aufgelöst, daß wir schon jetzt sagen können, es ist in Deutschland ein aufgegangen. Anders in Oesterreich, dem ein seiner Erhaltung erkennen, daß wir die deutschen Länder von den nichtdeutschen trennen. Denn so steht die Frage, die ich bereits für erledigt hielt, daß die Personalunion eine Trennung für Oesterreich ist. Bei einem selbstständigen Staatsleben der einzelnen Körper ist die Verbindung mit andern eine zufällige. Die Möglichkeit der Stellung der §§ 2 und 3 in Oesterreich vorausgesetzt, so ziehen wir die deutsch-österreichischen Provinzen ins deutsche Reich und trennen sie von den übrigen. Die südslavischen Länder, einmal von ihrem Zentrum abgerissen, werden sich dann, unabhängig von einander und ungewiß wohin sie sich wenden, gestalten. Sollen wir nun zu dem bedenden Frucht des Bürgerkriegs in Oesterreich noch Badurung hinzutragen? Oder sollen wir nicht einmal die gewöhnliche Weisheit eines guten Nachbars erfüllen? Warten wir eine ganze Zeit des Einlebens, wollen wir ein unerwünschtes Reich, einen ungeheuren Boden der nationalen Entwickelung von uns stoßen? Wenn Nationen nichts weiter mehr mit einander gemein haben, als die Personalunion, so haben sie überhaupt nichts mehr mit einander gemein. Wir würden durch diese Personalunion viererlei Oesterreichische Gesandte, vierfache österreichische Heere in das europäische Chaos hinabschleudern. Unsere erste Verpflichtung aber ist, daß wir die Verwirklichung der Völker auf den Frieden unter den Schutz der Freiheit erstellen. Dann dürfen wir nicht selbstständige Staaten aus Völkern bilden wollen, die zum Theil noch gar nicht fähig und reif sind zu einer selbstständigen Existenz. Betrachten wir und im Verhältniß zu Europa, so wollten wir das das Völkerrecht wenigstens nicht schwende, ja es sogar verletzende Handlung begehen durch die Annahme der §§. 2 und 3 in Bezug auf Oesterreich. Ich habe mir Deutschland als eine weltherrliche Macht gedacht und daß eine mächtige Idee von unserer Zukunft, als daß ich jene Völker aufgeben möchte, welche als Trabanten unserer planetarischen Bewegung zu folgen bestimmt sind. Wir haben den Beruf, und das aristarische Wort zu erhalten, mit aller Kraft unseres Volkes. Den Italienern können wir ihre Freiheit, wenn sie sich dieselbe durch den Bund, den sie errichten, in Wahrheit zu begründen wissen, die selbstständige Organisation gestatten hingegen würde ein Kriegsfall mit Rußland sein und eben so gefährlich wäre das Losreißen der Südslawen, die wir dann ohne Richtung, ohne fremden Einfluß sind den Russen zu unterwerfen. Es ist hier wirklich auch Oesterreich nicht zumuthen, daß es das Recht der Provinzen verletze, die bis jetzt mit ihm verbunden waren, denn ich meine, diese Provinzen haben ein Recht auf den Fortbestand des zusammenhängenden Verhältnisses. Um was es sich handele, ist, ob eine so locke Verbindung für ganz Deutschland zweckmäßig sei, daß sie auch Oesterreich die volle Angehörigkeit erlaube, oder ob wir nicht vielmehr das lösen Deutschland aufs Innigste zusammenschließen und für Oesterreich eine Nebenstellung suchen müssen. Die Beantwortung dieser Frage ist für den Redner keinem Zweifel unterworfen, worauf er fortfährt: wenn Deutschland sich festzustalten, wenn sich Oesterreich neubildet mit Ausscheidung der Elemente seiner Verwaltung, die es bis jetzt von und entfernten, so ist die Politik Deutschlands und Oesterreichs eine gemeinsame. Wollen wir es nicht aufgeben, die Wohlthaten deutscher Kultur und Gesittung in die Länder des Ostens zu tragen, so müssen wir Oesterreich erhalten. Mit dem werden wir unsere Macht wie einen Keil gegen das schwarze Meer treiben. Die Völker an der Donau sind uns zugezogen, die Länder daselbst gezimet, den Strom deutscher Einwanderer aufzunehmen, wenn er sich nach Osten wendet, anstatt gegen Westen, und wenn wir nicht an der Donau herrschen, so müssen wir an der Elbe und Oder herrschen. Gegen die Verbindung Oesterreichs zu Deutschland sofort definitiv gezogen sehen. Dies hoffe er zu erreichen durch folgenden Antrag: „Oesterreich bleibt in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nichtdeutschen Ländern und Provinzen mit dem übrigen Deutschland in dem bestehenden und anzuhoffenden Bunde. Die organischen Bestimmungen für dieses Bundes-Verhältniß, welche die veränderten Umstände nöthig machen, werden Inhalt einer besonderen Bundes-Akte." Er glaubt damit die strengen Konkurrenzen der §§ der Verfassung für Deutschland, und zugleich für Oesterreich die Möglichkeit eines Ausnahmeverhältnisses zu retten. Wenn wir Bestimmungen träfen, die Oesterreich von uns stießen, so hätten wir nicht die Einheit des Vaterlands begründet, sondern deren Zerrissenheit! So lange wir zwei Mächte von überwiegendem Umfange in Deutschland haben, müssen wir eine in Gemeinschaft schaffen, der die Kräfte beider Mächte nach Einer Richtung zusammenfaßt und einheitlich konzentrirt. Der Bundesstaat bleibt unsere Aufgabe, das andere ist Uebergang. Keine Zwangsjacke soll uns einengen. Thun wir vielmehr ein breites Thor auf, durch das hineintreten könne ein deutsche Familie, weil sich ihr zu vereinigen brausen ist. Nach Osten ist das Thor offen, die unter dem Schutze der österreichischen Waffen beliebig, will die Versammlung für heute seinen Vortrag weiter hören und nachdem der Antrag auf den Schluß der Debatte verworfen worden, wird drei Mal, Nachmittags, die Vertagung auf Morgen beliebt.

(104. Sitzung vom 27. Oktober. Fortsetzung der Berathung über Art. II. d. 2. 3. und 4 des Verfassungsentwurfes.) Der Vorsitzende, Wiesnäthener Simon, zeigt den Austritt des Abgeordneten Berger-Aldstadt zur Tagesordnung übergehend, soll das Bier an Wurm enthellt werden, nach ihm an Wesenfeld. Da Beide noch abwesend sind, so wird Stefenat Riehl auf die Tribüne gerufen. Er macht darauf aufmerksam, daß gerade die Slawen, namentlich die Czechen, es seien, die jetzt in Oesterreich das konservative Element vertreten. So wie aber die Slawen in zentral Masse der Monarchie seien, ihre Zahl nach, so würden sie auch eine zentrale Macht bilden in ihrem dem deutschen Geist niederdrückenden Einfluß. Daß Völkerrecht verlange daher eben, daß die Deutschen in Oesterreich losgetrennt würden von dem slawischen Uebergewicht. Die Realunion sei an sich für die Zukunft unmöglich, und es beiße die Oesterreicher dem Zufalle übertassen, wenn man ihnen nicht über Trennung bei Deutschland an. Sie würden dann, 8 Millionen zerstreuter Bevölkerung und ohne kompakten Kern, dem slawischen Element zum Opfer fallen. Der Beruf, eine Leuchte und Trägerin der Kultur für den Osten zu sein, sei ein für ganz Deutschland gemeinschaftlicher, den sie beide Oesterreicher, den slawischen Verhältnissen preisgegeben, gar nicht erfüllen könnten. Die durch die Personalunion eintretende Schädung der Länder dem Reiche weiter zu trennen, als für ihre gedeihliche Existenz, noch irgend schädlich. Denn die Verbindung der natürlichen Interessen und des gegenseitigen Bedürfnisses werde fortdauern. Die Annahme der Versammlung fordert wiederholt die Klingel des Präsidenten heraus, und der Vortrag des Redners ist nur mühsam und durchsichtweise zu verstehen. Riehl erklärt sich gegen alle Anträge, die Oesterreich auf eine völkerrechtliche Verbindung mit Deutschland hinweisen. Klebt sei ein Deutschland vom Oesterreich so wenig denkbar, daß es heiße, Deutschland in Preußen aufgehen lassen, wenn man Oesterreich nicht soll in den Bundesstaat einordne. Vergebend versucht eine Minderheit den Antrag auf Schluß der Debatte durchzusetzen. Es erhebt sich nicht die hinreichende Anzahl von Mitgliedern dafür und Maisel behauptet, daß es eine Tactel in Deutschland und in der Paulskirche gäbe, die allerdings Oesterreich berechnung hatte suchen möge, Oesterreich als ein Ausland neben Deutschland hinzustellen. Allein

er wurde es nicht wagen, zu seinen Wählern zurückzukehren, ohne gegen ein solches Bestreben protestirt zu haben. Dieser Protest gälte allen Anträgen auf ein blos völkerrechtliches Bündniß, auch dem Gagern'schen. Die verschiedenen Anträge seien von der Art, daß sie die Bezeichnung dieser konstituirenden Versammlung bis dahin beabsichtigten, daß sie eine „aufgehoben" würde. Wenn aus Hamburg gegen alle Zusätze, gegen alle Abänderungen der Verfassungsparagraphen, Zertrümmern wir damit die Ehre. Monarchie, wie man uns überreden will, so werde ich mit dem Worte Niebuhrs erwidern, womit er Friedrich den Großen rechtfertigte: Der, welcher die Freiheit begräbt, sei darum nicht auch der, welcher den Mann erschlagen habe. Sei aber Oesterreich, wie sich der Redner überzeugt halte, noch lebensfähig, schwimme das stolze Schiff Austria noch stolz und unerschüttert auf dem Meere, so könne es nicht sein, daß man die Initiative der Trennung gäbe. Ein solches Beispiel würde unerhört in der Geschichte sein, daß sich ein großes Volk durch eine solche Maßregel zerspalte. Welches Mittel wir haben, unsere Beschlüsse durchzusetzen? Er trage vielmehr, welche Mittel wir haben würden, die slawische Gesammtmonarchie zu einem innigen Bunde mit Deutschland zu zwingen? Das Gesetzesunwesen auf diesem Gebiete, welches Schicksale mit sich brächte, Element dem slawischen Reichstage gegenüber anzeigen, das Getraidesperrverbot, welches unerschütterlich geblieben in einer Zeit des höchsten Einhaltsgebotes für Deutschland! Welche Hilfe die Deutschen in den Ungarn finden würden, davon hätten Wurm ein anschauliches Bild, aus Reuß'schen Kossuth's zusammengetragen. Daß aber eine ungarisch-deutsche Monarchie nicht blos die Idee der Klugen sei, zeigt auch eine Broschüre von Gaug, worin die Begründung eines solchen Reichs mit einem Minderjährigen „Karl in Ungarn" besprochen wird, bei welchem „Preußen und Deutschland bald um Hilfe bitten" würden. Oesterreich aber, bisher ein Buch mit sieben Siegeln, ist uns jetzt aufgeschlossen. Ein Polizeibrief zwischen ihm und uns. Sollten uns die österreichischen Abgeordneten je verlassen müssen, so soll wenigstens das furchtbare Wort des Scheidens nicht von uns ausgehen. Was die Mission Schwerin's gegen Dänemark anlange, so müssten die Verhältnisse an der Donau und gegen die Türkei auf eine ganz neue Grundlage gestellt werden, denn seit 1835 habe sich Oesterreich überall von den Russen aus dem Felde treiben lassen. Machen Sie Deutschland stark, das ist das einzige Mittel zu einer nächtigen Wirkung gegen das schwarze Meer, gegen die Levante hin. Der Jugend gehört die Zukunft, deßhalb vertrauen Sie mir mit dem deutschen Schwerte der österreichischen Jugend. Wir haben und auch hier an diesen Donnerspruch zu halten, so sie dem Kaiser die deutsche Fahne in die Hand gab und zu Metternich sagte: „Fort mußt Du, Deine Uhr ist abgelaufen." Stürmisches Bravo zur Linken, erneuter Antrag auf Schluß der Debatte und endliche Annahme dieses Schlusses, worauf Wichmann namentliche Abstimmung über die §§. des Entwurfs und Jahn Kaiser namentliche Abstimmung über seinen Verfassungsantrag verlangt. Hierauf ergriff als Berichterstatter des Ausschusses, bezeichnet als den maßgebenden Sammelpunkt, der die Verfasser des Entwurfs geleitet, daß ein wirklicher Bundesstaat aus dem bisherigen Staatenbunde Deutschlands gebildet werde. Ohne Widerspruch sei der Ausschuß darüber einig gewesen, daß dazu die in den oben berührten Paragraphen aufgestellten Bedingungen unumgänglich erforderlich seien. Von der Unzulänglichkeit derselben auch in Bezug auf Oesterreich sei der Verfassungsausschuß in seiner Mehrheit überzeugt. Die Ansicht einer Minderheit habe keine Unmöglichkeit, nur Gefahren und Schwierigkeiten in der Durchführung erblickt. Eine Macht insofern, die auf Freiheit und Gerechtigkeit, die auf dem Volksrechten beruhe, wie die der Versammlung, dürfte auch einen Schritt zurückgehen, wenn sie die Nothwendigkeit eines solchen Schrittes erkennete. Würde ein solcher der Lage der Sachen in Oesterreich nicht nöthig, so könnten wir den Ausschuß ehren, ohne ihm wie uns beschimpften eine Schmähren. Aber ich fürchte nicht, daß er nöthig wird. Unsere §§. sind eine innere Nothwendigkeit, über die sich Oesterreich wird erklären müssen. Sei das deutsche Element daselbst so stark oder so schwach, wie es uns geschildert worden, jedenfalls müssen wir auf den Paragraphen beharren, wenn auch nicht nach Uhlands Reformvorschlage, wonach den Oesterreichern jede Erklärung und Vorbereitung abgeschnitten wurde. Was Gagerns Antrag anlangt, so stimmt Riesser mit der großartigen Grundanschauung überein, aus welcher er hervorgegangen. Allein vor Allem müßten wir die Ueberzeugung haben, ob auch die deutschen Oesterreicher wirklich den dornenvollen Beruf übernehmen wollen, den ihnen die Gagern'sche Ausscheidung zumute, und von ihnen, nicht von uns müsse also die Initiative ausgehen. Riesser stellte den Antrag darüber, daß Oesterreich vorläufig nicht zu berücksichtigen sei. Die wahrhaft verschonenden, an alle Parteien und Meinungen gerichteten Worte der Mahnung, womit Riesser seinen Vortrag schließt, rufen den allseitigen Beifall des Hauses hervor. Die Versammlung ändert eine frühere Entscheidung dahin ab, daß sie, anstatt mit der Debatte über §. 4 gleich den anzuknüpfen, sofort zur Abstimmung über §. 2 und 3 vorschreitet. Ludwig Uhland nimmt seinen Antrag zurück. Ihm tritt Abgeordneter Jahn bei. Abgeordneter Gagern zieht seinen Antrag zurück und ebenso ergreift Heinrich v. Gagern das Wort. Er wisse, daß sein Antrag die Majorität des Hauses nicht haben werde, und wolle daher, da namentliche Abstimmung darüber stattfinden solle, die Zeit nicht verschwendet haben. Die Versammlung werde bis zur zweiten Lesung des Verfassungs-Entwurfs Gelegenheit haben, seine Ansichten zu prüfen und sich ein Urtheil über seine Voraussetzungen zu bilden. Für diese weite Lesung behalte er sich seinen Antrag vor. Wir haben kürzlich gemeldet, daß sich das Haus eine Erleichterung seiner Abstimmungen von der Einnahme eines neuen Modus — durch weiße und blaue Zettel — versprach. Heute, wo dieß Verfahren zum ersten Male in Anwendung kommen soll, reichen die vertheilten Zettel nicht aus und gibt der Vorsitzende dieses Weges nur eine der zahlreichen Hindernisse mehr ab, welche die heutige Abstimmung zwischen Fragestellung und Entscheidung länger als eine Stunde hinhalten. Ueber §. 2 erfolgt namentliche Abstimmung, die sich mit 340 gegen 76 Stimmen für dessen Annahme entscheidet. Der §. lautet: „Kein Theil des deutschen Reichs darf mit nicht-deutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein." Die Ablehnung des Minderheitsantrages zu §. 2 mit 375 gegen nur 38 Stimmen wird mit Applaus begrüßt, der Kaiserliche Zusatz ebenfalls mit 318 gegen 104 Stimmen verworfen. §. 3 aber in der Fassung: „Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen," angenommen, so daß also selbst der Antrag Mittermaier, sowohl jener Abänderung als jedem Zusatze, nach dem Vorschlage der Mehrheit des Verfassungsausschusses zum Beschlusse der National-Versammlung erhoben sind.

Deutschland.

Baden. — Karlsruhe, 25. Okt. (90. Sitzung der II. Kammer.) Generalauditor v. Jagemann übergibt einen Gesetzentwurf über die Anwendung des Standrechts mit dem Bemerken, daß dieser eine Reproduktion des diesfälligen frühern provisorischen Gesetzes sei, welches letztere jedoch einige Abänderungen erlitten habe. Als eine der wesentlichsten bezeichnen wir die in §. 3 angeordnete Zusammensetzung des Kriegsgerichts. Nach dem frühern drei. Gesetze bilden dasselbe drei Hofgerichtsräthe und drei Offiziere, jetzt sind 7 Mitglieder und darunter 6 Militärs ernannt, nämlich 3 Hofgerichtsräthe und 4

Theile von Deutschen bewohnt ist, und dennoch beständig ein Hauptziel-punkt der polnischen Bewegung war. Seine Stimme allein hat den Anschlag für das Phillipsche Amendement gegeben. Stimmte Wolff dagegen, so standen die Stimmen und das Amendement war reglementsmäßig verworfen. Drei Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. — Während des Scrutiniums nahm das Anlaß die Botume von Müller (Sulingen) Herr von Berg das Wort und erklärte, nach der Rechten gewendet: Man möge sich endlich so unwürdiger Mittel enthalten, um auf die Abstimmung einzuwirken; er und seine Freunde werden darüber kein Wort mehr verlieren. Präsident Grabow bemerkt hierauf. Es seien und heute wieder Aeußerungen von beiden Seiten gefallen, die nicht in der Ordnung wären, er bitte um Mäßigung. v. Berg rief vom Platze aus: Gilt mir das, so verlange ich die Cassirung der Versammlung, ob der Präsident mit den Ordnungsruf zu ertheilen berechtigt war. Der Präsident befragt die Versammlung, das Resultat ist zweifelhaft. Das Scrutinium wird vorgenommen. Berg steht auf der Tribüne neben dem Sekretär und zählt emsig mit. Es ergeben sich hundertsiebenzig für, hundertzweiundsiebenzig gegen den Präsidenten. Nachdem dies publicirt, wird dem Reglement gemäß auf namentliche Abstimmung angetragen. Grabow übergeht die Präsidenten dem Vorgesitzenden Jonas, nimmt zu einer persönlichen Bemerkung das Wort und erklärte seine Präsidentur niederlegen zu wollen. Die Abstimmung ging unter großer Aufregung vor sich. 174 haben bereits für den Präsidenten gestimmt von 345 Anwesenden. Kaum wurde von B. seine gewisse Niederlage, als der schlaue Jesuit seinen Protest zurückzunehmen erklärte; zu spät, um die Angelegenheit den Gerichten entziehen zu können. Es erledigen, denn leider hat Grabow seine Abdication vor der namentlichen Abstimmung, die auch klarste bewies, daß er die Majorität nie gegen sich gehabt, bereits ausgesprochen. Aus dieser namentlichen Abstimmung, so wie aus dem ganzen Hergange möge das Land seine Leute kennen lernen. Es möge erfahren, wer von den Abgeordneten es anfrichtig mit Förderung der Verfassung meint, wer nicht. Die Polen-Angelegenheit hat den Reichstag zu einem positiv schlechten Montag gemacht, was bemerkt werden, daß während der Abstimmung über das Amendement Philips der Abgeordnete v. Unruh nicht zu sehen war und seine Partei ohne ihn dagegen stimmen mußte. Der gute Mann will für alle Fälle möglich bleiben. — Montag, Dienstag und Mittwoch sind für die Verfassungsberathung bestimmt; anfangen soll Mittwoch um Sonntag Arndt für diverse Gegenstände Sitzungen anberaumt. — Von der Wehr, der sich mit Amendement Philips angenommen (mit 181 gegen 179) Titel II. Artikel 3 ist einstimmig angenommen (ein von Wechsel gestelltes Amendement wurde nur wenig unterstützt. Artikel 4 ist eingeleitet und steht morgen zur Debatte nebst mehreren Amendements zur Abschaffung des Adels. Kurz vor Schluß der Sitzung wurde noch ein Schreiben Grabow's verlesen, worin er um längern Urlaub und um Entbindung seiner Präsidentur bittet.

Köln, 25. Oct. Der zweite Proceß wegen Preßvergehen ist seit gestern Abends spät beendigt worden. Der Angeklagte war Herr Buchdrucker Alexander Broder-Everaertz, Drucker des „Arbeiter-Zeitung." Derselbe hatte denselben Artikel in seiner Zeitung abgedruckt, wegen dessen Morgens Hr. Bernh. Dirx verurtheilt worden, und außerdem einen Original-Artikel gebracht, der die Verhaftung Gottschalk's und Anwalts in ähnlicher Weise besprach. Die Anklage lautete auf Beleidigung des Ober-Prokurators Zweifel und der Gendarmen bei Gelegenheit der Ausübung ihres Dienstes. Der Vertheidiger, Advokat-Anwalt Schumacher, machte zunächst geltend, daß die Anklage: „in einem Artikel beleidigt zu haben," gar nicht haltbar sei, da die einzelnen beleidigenden Aeußerungen im Anklageakte genannt sein müßten, damit der Angeklagte sich auf seine Vertheidigung vorbereiten könne. Der Assisenhof verwarf diese Einrede, die Verhandlungen nahmen ihren Fortgang. Der Angeklagte erklärte, er sei weder Verfasser des einen, noch des anderen Artikels; den einen habe er aus den „Freien Volksblättern" abgedruckt, der andere sei ihm von einem auf flüchtigem Fuße befindlichen Mitglieds des Arbeiter-Vereins gebracht worden; er sei auch nicht Verleger des Blattes, welches von den hiesigen Arbeitervereine herausgegeben werde, er sei blos Drucker, da er habe die incriminirten Artikel gedruckt, ohne sie gelesen zu haben. Die Vertheidigung führte diese Umstände näher aus. Da indessen das Gesetz, wenn zu den Verfasser oder Verleger eines incriminirten Artikels nicht erreichen kann, auf den Drucker zurückgeht, so erklärten die Geschworenen mit einfacher Stimmenmehrheit (7 gegen 5) den Angeklagten für schuldig, indem sie so die eigentliche Schuld in die Hände des Gesetzes legten, der in diesem Falle den Ausschlag gibt. Der Assisenhof erklärte darauf den Angeklagten für schuldig und verurtheilte ihn zu einem Monat Gefängniß und einer Kautionsstellung von 4000 Thaler für den Fall des Forterscheinens der „Arbeiter-Zeitung." (Köln. Z.)

Oesterreich. — Innsbruck, 26. Oktbr. Einer aus Schabarer Hand uns soeben zugekommenen Privatmittheilung aus Verona zufolge, ist daselbst ein Complott entdeckt worden, welches darauf berechnet war, das mit 10 Kanonen besetzte und die ganze Stadt beherrschende Fort St. Pietro in die Hände der Aufrührer zu bringen, welche zu diesem Behufe sich bereits eine große Anzahl österreichischer Militäruniformen mit blauen und orangegelben Aufschlägen hatten anfertigen lassen. Glücklicherweise kam man zur rechten Zeit dahinter und die Rädelsführer wurden eingestleckt.

Innsbruck, 27. Oktober. Der heutige hiesige Provinzial-Landtag ist gestern unter den üblichen Förmlichkeiten wieder eröffnet worden, und zwar verstärkt durch eine Anzahl Vertrauensmänner nach der Volkszahl. Aus Südtyrol sind keine Abgeordneten erschienen, auch Vorarlberg dagegen fanden sich 2 Vertrauensmänner ein, deren Mission jedoch nur dahin geht, eine beobachtende Stellung einzunehmen, ohne sich bei den Berathungen des Landtages selbstthätig zu betheiligen.

Oesterreichische Monarchie.

Tomdarbei. Die „Botter-Zeitung" schreibt, indessen bald unglaubig: „Vorgestern Abend den 25. d. war in Luzern das Gerücht verbreitet, der Aufstand in der Lombardei sei aufs Neue ausgebrochen. Diese Nachricht wird bestätigt durch einen Brief aus Zürich, laut welchem das Postamt Chur erfahrt, daß weiten keine Poststücke nach Mailand abgesendet, indem sie einstweilen in Chur liegen bleiben, da der italienische Krieg wenigstens im Distrikt Chiavenna aufs Neue losgebrochen sei." Briefe von Bergamo vom 23. dagegen melden, daß wenigstens in Mailand alles ruhig sei, obgleich hier das Gerücht sich verbreitet, die Kanonen in Turin hätten Feuergang des Krieges beschlossen. Dagegen will der Alpenbote wieder von einem Meinden aus Bergamo wissen, daß sämmtliche österreichische Truppen gegen den Mincio aufbrechen. Das Kastell in Mailand sei bereits geleert; in mehreren Garnisonsstädten sei das Militär im Aufbruch begriffen. In Kleven, das von österreichischen Truppen verlassen ist, ziehen sie bereits wieder mit Trikoloren im Städtchen herum und proklamiren die Republik; auch sollen in letzter Zeit in verschiedenen Städten Mirandolas ausgebrochen sein, welche die Abreise der Truppen beschleunigen. Das meiste an diesen Nachrichten ist sicher unrichtig. (N. Bl. Z.)

Nach einem Berichte der Allg. Zeitung vom Mincio 23. Oct., regt sich in Folge der Wiener Ereignisse allenthalben wieder die Thätigkeit der italienischen Brüder. Von Venezig aus wurden Istruzioni ai Lomb. Veneti in Tausenden von Exemplaren auf das Festland geschleudert, in welchen ungefähr Mord, Brand und Meuchelmord gepredigt wird. Verschiedene ungarische Emissäre die in der Nähe des Militärs gesehen. Ihre Zumuthungen sind von den Offizieren mit Entrüstung zurückgewiesen worden. Das Landvolk ist ruhig und der einzige Aufwiegelungen müde. Die Lügenhaftesten Gerüchte über angebliche Siege der Ungarn über die Kroaten werden ausgestreut.

Italien.

Aus Oberitalien, 19. Oct. Bis jetzt ist trotz aller aufregenden Gerüchte und trotz mannigfacher Versuche, das ungarische Militär zu Widersetzlichkeiten zu verleiten, die Ruhe in Mailand noch keinen Augenblick ernstlich gestört worden. Einige kleine Krawalle und einzelne Reibungen, welche in der letzten Zeit zwischen Offizieren und der mailändischen Jugend vorkamen, wurden durch das entschiedene Auftreten Radetzki's ohne weitere Folgen unterdrückt. Die Mailänder möchten sehr gerne Revolution machen, aber es fehlt ihnen der Muth dazu, und sie suchen sich durch allerlei ärztlicher Umtriebe, gleichsam durch Radelstiche, die sie den Oesterreichern zudringen beibringen, zu entschädigen. Auf Plement schallt noch immer der Kriegslärm zu uns herüber. Am 23. geht der Waffenstillstand zu Ende, und da sollen die Feindseligkeiten wieder beginnen. Karl Albert, der jetzt wieder der „Hochherzige" heißt, hat an seinen „getreuen" Turinern zu versprechen. Ob er aber Wort halten wird, muß ich noch immer bezweifeln. Eine ganz eigenthümliche Erscheinung inmitten dieses heißen Kriegsgeschreis ist das Verhalten der piemontesischen Truppen. Diese legen nämlich ganz offen und laut ihren Widerwillen gegen die Fortsetzung des Krieges an den Tag. Ihre Abneigung geht so weit, daß sich in Turin mehrere Male zwischen ihnen und den Soldaten vor der Wohnung des Kriegsministers sammelten und mit wilden Geschrei dagegen protestirten, daß man sie abermals ins Feld führen wolle. Der Regierung scheinen diese Kundgebungen als ein Gegengewicht gegen die herrschende Kriegswuth gar nicht unwillkommen zu sein; bis jetzt wenigstens ist man gegen die Unmuthsmänner nicht eingeschritten. Gleichzeitig werden sich unter den an der Grenze aufgestellten Truppen die Desertionen. Von Demjenigen, welche nach der Schlacht bei Goito das Weite suchten, ist ein großer Theil noch nicht zu seinen Fahnen zurückgekehrt. Die Regierung hat sich deshalb veranlaßt gesehen, eine neue Aufforderung unter Androhung der strengsten Strafen ergehen zu lassen. Der italienische Bundeskongreß zu Turin setzt seine Berathungen fort. Er ist eben jetzt mit der Abfassung einer Bundesakte für sämmtliche italienische Staaten beschäftigt. Auffallender Weise werden die Verhandlungen von den Italienern mit großer Lauheit aufgenommen. Die dynastischen Interessen des Königs Karl Albert sind in der Versammlung durch Giobertl vertreten. Seine Vorschläge finden aber nach dieser Richtung hin sehr wenig Anklang. Man will seinen Partikularismus zu Gunsten einer Persönlichkeit, sondern verlangt eine unbedingte Einheit der italienischen Interessen. (Karlsr. Z.)

Frankreich.

* Paris, 25. Oct. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung reklirt der Finanzminister Goudchaux eine Schlappe. Es handelte sich um Prüfung der Ausgaben der provisorischen Regierung. Garnier Pages hatte im Interesse der provisorischen Regierung selbst für die Prüfung gesprochen; da trat der Finanzminister Goudchaux auf, und suchte die Unmöglichkeit einer solchen Prüfung darzuthun, indem er darin nur eine neue politische Untersuchung erblicke. Seiner Ansicht zufolge könnte diese Prüfung nur in der gewöhnlichen Weise durch den obersten Rechnungs-

bot vorgenommen werden. Nun verlangten aber auch die Herrn. Duclerc und Lehrn Mollin diese Untersuchung, und die Versammlung beschloß in der That dieselbe, so daß also der Finanzminister binnen zwei Monaten einen besondern Rechenschaftsbericht über die Ausgaben der provisorischen Regierung vom 24. Februar bis 11. Mai vorzulegen hat. Es heißt nun, Hr. Goudchaux wolle in Folge dieser Schlappe abtreten, und man nennt bereits Hrn. Trouver-Chauvel als seinen Nachfolger, anderereits aber arbeiten die gemäßigten Mitglieder, die Republikaner von der Nuance, Hrn. Marie, Achille Fould oder Hrn. Leon Foucher aus Ruder zu bringen. Thatsache ist, daß Hr. Goudchaux heute nicht auf der Ministerbank saß. Hr. Granier hin stellte die von ihm gestern angekündeten Interpellationen auf Anlaß des Bankerz der Rothen zu Passy. Die Zahl dieser sozialistischen Zweckessen nehme täglich zu. Am vorigen Montage habe vor der Neuilly Barrière Bar einen Aufstruch aufgebracht auf die Arbeiter-Brüder von Elbeuf, Rouin und Limoges, sie wie auf den Wolfsein der Schreckensherr, wie auf der Tiese ihres Kerkers ihre Herzen mit den unsrigen verbindern. Grandin fürchtet, daß derartige Zwrdessen nothwendig zum Bürgerkriege führen müßten, denn sie hetzen die Minoritäten gegen die Majoritäten. Er habe von der Unzunft der Minoritäten nichts zu fürchten; er sei mit großem Stimmenmehr in Elbeuf gewählt worden. Allein die Minoritäten seien gewaltshätig, darum frage er, ob und welche Maßregeln gegen diese Aufregungen getroffen seien? Er klagt vor Allem darüber, daß die Bankette nicht verboten seien. Der Redner sich an den Minister des Innern gewandt, so leuchte doch Jedermann ein, daß seine Interpellationen gegen ihn (Bac) gerichtet seien. Er könne Grandin keineswegs das Recht zugestehen, Interpellationen gegen ihn zu richten. Marrast unterbrechend: Aber sie sind ja nicht an Sie, sondern an den Minister gerichtet. Bac: Er habe nur von einem Rechte Gebrauch gemacht, das jeden Bürger freistehe, um so mehr in einem Augenblick, wo man sie des Vollsthums schlesse. Die Bankette seien von jeher erlaubt, das von Chateaurouge (für die Wahlreform, Anstoß der Bankette zu Ende letzten Jahres) habe dem von Lisieux (Guizot zu Ehren) entsprochen. Der Redner vertheidigt seinen Trinkspruch, so wie überhaupt die Freiheit der politischen Meinungsäußerung. Dufaure: Die Bankette seien gefährlich, sie entsprechen der Mahnung eines der in Binennes Eingekerkerten: Wählt, beunruhigt, hindert, daß kein Verrauen entstehe. Aber die Behörden wachen, und die Bankette werden erfolglos sein. Er durchgeht die Akten, denen gerichtlich nichts anzuhaben sei. Ihren Beamten verbiete die Regierung die Theilnahme. Er kommt auf L. Napoleon zu sprechen, welchem er auf kürzlich von ihm geschehene Anzeige über angebliche bonapartistische Wühlereien geantwortet habe: Sie irren sich, zu Ihren Gunsten bereitet sich keine Emeute vor. Heftigen Sturm erregt Cl. Thomas durch seine Erzählung von Sendlingen im ganzen Lande, um für L. Napoleond Wahl zu wirken. Mit Dufaures Antwort beruhigt sich Grandin. — Lamoriciere legt einen Gesetzentwurf über 10jährige Deportation für Insurgentständigen nach Algerien vor. — Im Namen der Verfassungskommission legte gestern Armand Marrast ein Dekret vor, durch welches die Wahl des Präsidenten der Republik auf den 10. Dezember festgesetzt wird.

Nachschrift.

In einem offiziellen Berichte des schweizerischen Konsuls in Messina über die Eroberung dieser Stadt durch die Neapolitaner findet sich folgende Stelle: „In einer Stadt des eigenen Landes, deren waffenfähige Einwohner theils getödtet, theils zerstreut, sind die Gräuel, welche statt gefunden, nicht zu entschuldigen. Der k. bayerische Konsul, Herr Kilian (ein geborner Augsburger), ein Mann von 74 Jahren, wurde in seinem eigenen Hause von Schweizern, welche plündern wollten, angetroffen. Dergebens stellte der ehrwürdige Greis ihnen seine Würde vor; er war in Uniform. Auf die brutalste Weise wurde er gemißhandelt; ein Säbelhieb über den Kopf, zwei Bajonetstiche und eine Menge Kolbenstöße auf die Brust brachten sein Leben in die größte Gefahr. Unter diesen Mißhandlungen wurde er auf die Citadelle geschleppt, wo er freilich sei kam; mittlerweile wurde aber sein Haus rein ausgeplündert."

△ Paris, 26. Oktober. Das Moniteur bringt und heute die Ernennung des bisherigen Seinepräfekten Hrn. Trouve-Chauvel zum Finanzminister. Man sagt, Hr. Recurt, früher Minister des Innern, dann der öffentlichen Arbeiten, werde Seinepräfekt werden. Ludwig Bonaparte hat heute in der Nationalversammlung ausdrücklich anerkannt, daß er als Kandidat für die Präsidentschaft auftrat. Andererseits hat auch Marschall Bugeaud die von vielen Seiten ihm angebotene Kandidatur dafür angenommen. Das Gleiche verschert man von Marschall Soult. — Ein Gerücht bezeichnet Hrn. Leon Faucher als Unterstaatssekretair der Finanzen. — Das Dekret, die Rückgabe der Privatgüter des Königs Ludwig Philipp und der Prinzen seiner Familie betreffend ist gestern ohne Verhandlung angenommen worden.

*London, 25. Oktober. Die heutige „Morning Post" bringt die folgende höchst bemerkenswerthe Notiz, die sie aus glaubwürdiger Quelle erhalten haben will: „Man versichert uns, eine gegenwärtig in London befindliche Deputation der Nationalgarde von Paris habe sich zum Grafen von Neuilly (Ludwig Philipp) nach Claremont begeben, um dem königlichen Verbannten ihr Beileid auszudrücken über den Wechsel seines Glückes. Die Nationalgarden wurden sehr gnädig empfangen, der Graf hat sein Bedauern ausgedrückt, sie nicht seiner erlauchten Gemahlin vorstellen zu können wegen des Unwohlseins dieser erhabenen Frau. Er sagte hinzu: da er wisse, daß sie London erst in einigen Tagen verlassen wurden, so würde es ihm das größte Vergnügen machen, sie bei einer andern Gelegenheit der Gräfin von Neuilly vorstellen zu können. Nach ihrer Rückkehr in die Stadt (London), versichert man uns weiter, beschlossen die Mitglieder der Deputation, dem Grafen bei der nächsten Zusammenkunft mit ihm eine Adresse zu überreichen, worin sie ihm ihre Ergebenheit für seine Person und ihr Bedauern über sein Mißgeschick aussprechen. Diese Adresse ist, wie wir vernehmen, bereits abgefaßt und zwei einem neuen Besuche zu Claremont, welcher wahrscheinlich heute stattfinden wird. Man hat uns die Namen mehrerer Mitglieder der Deputirten mitgetheilt, aber der gegenwärtige Stand der Meinung zu Paris muß sie uns augenscheinlich ein peremptorischer Grund sein, diese Namen nichtzu veröffentlichen." (Wir bemerken dazu, daß in der That in diesen Augenblicke eine starke Anzahl von Nationalgardisten der 10. Legion von Paris, die dem Stadtviertel St. Germain angehört, auf Besuch zu London sich befindet, und daß sonach wahrscheinlich von dieser die vorerwähnte bedauernde Kundgebung ihrer Gesinnungen stattgefunden hat, wenn die Angabe der Morning-Post wirklich gegründet ist. Anm. d. Rd.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 28. Okt. Oesterr. Sproz Metall. 67½, Sproz. 54. Sproz. —, 2proz. 35½, Bankaktien 1120. P. 500 fl.-Loose 113. 250 fl.-Loose 80 — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine P — B. Staatsschuldscheine 3½proz. 75. — Bayer. 3½proz. 75½. — Luxemburger Bernbach. 68½. — Württemberg. 3½proz. 74½. — 4½proz. 92½. — Bad. 3½proz. 71½. — Loose-Anlehen à 50 fl. 45. — 35 fl.-Loose 25½. — Darmstädt. 3½proz. 74. — 4proz. 81½. — Loose-Anlehen von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 20½. — Kurhess. Friedr.-Wilh.-Nordb. 42½. — 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½proz. 80. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3proz 78. 3½proz 90½. — 85½. — Taunusbahn 272. — Holländ. Integr. 45½. — Span. 3proz. innere Schuld 17½. — Port. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 67½. — Sardin. 36 Fr.-Loose 25½. Disc. 2.

Paris, 26. Okt. 3proz. 44.65. 5proz. 68.90. Staatsschuldscheine — Bankaktien 1510. — Eisenbahnaktien 1120. — Vier Kanäle 845. — Comptoir von Aktier — Belg. 5proz. von 1840 77½. — von 1842 — 4½proz. — 3proz. —. — 2½proz. —. — Holl. 5proz 650 Neap. 5proz. 79. — Röm. 5proz. 84. Span. 5proz. 22½. — Rhein. — Passive — Piem. 880. — Haiti 200. — St. Germain —. — Versailles (rechte) —. — (linke) 98.75. Orleans 613.75. Rouen 385 — Havre —. — Marseill. 175. — Basel 83.50 Bierzon 213.75 Boulogne —. — Bordeaux 368.75. Nordbahn 356.25. Montereau —. — Lyon 362.50. Strasburg 431.25. Nantes 316.25 Dieppe —. — Sceaux —. — Montpellier —. — La Teste —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Montag, den 30. Oktober 1848.

Neueste aus Wien vom 26. Oktober.

** Wir theilen nachstehend unseren Lesern einen uns bereits gestern Mittags auf außerordentlichem Wege zugekommenen wichtigen Brief mit, den wir leider wegen der Sonntagsfeier erst heute Morgens zum Druck befördern konnten.

* Ueberaus bei Schönbrunn, 26. Oktober Nachmittags 3 Uhr. Heute Morgens haben die militärischen Operationen gegen Wien begonnen. In diesem Augenblick erdröhnt der Kanonendonner von allen Seiten, und Feuer ist überallhin wahrnehmbar. Von 10 Uhr Vormittags bis jetzt habe ich auf dem Belvedere der „Gloriette" von Schönbrunn das fürchterliche Schauspiel persönlich mit angesehen, und den Angriffe der Truppen auf Wien beigewohnt. Feldmarschall Fürst Windischgrätz hat sein Hauptquartier in Hetzendorf, eine halbe Stunde von hier, eingenommen. Unter ihm commandiren die Generale Zeisberg, Auersperg und Jellachich. Die ganze, in diesen drei Hauptabtheilungen vereinigte Armee schätzen authentische Berichte auf hundertausend Mann. Die Aufständischen in Wien, der Reichstag und der Gemeinde-Ausschuß mit der akademischen Legion haben sei drei Tagen durch Parlamentäre und besondere Botschafter fortwährend Zeit zu gewinnen gesucht, in der Hoffnung, durch ungarischen Succurs oder durch eine Erhebung des Landvolkes im Rücken der kaiserlichen Armee (Landhaun) oder durch den Ausfall im Heere vor der Stadt Rettung zu erhalten. Nichts von alledem ist eingetroffen. Die von Windischgrätz äußerst gelassen Bedingungen sind hart! — Der Reichstag ist bis zum 15. November vertagt und hat sich nach dem Befehl des Kaisers von da an in dem Schlosse Kremsier bei Olmütz zu versammeln. Dieses Schloß ist die Residenz des Erzbischofs von Olmütz.

— Es ist sehr gerathen und geeignet zur Aufnahme der constituirenden Versammlung. Alles deutet darauf hin, daß der Widerstand der Aufrührer nicht länger als 24 Stunden sich werde behaupten können, und daß es in allen Zweifel spätestens übermorgen, am Sonntag den 29. die Stadt entweder mit Sturm genommen sein, oder im Wege der Capitulation sich ergeben haben wird. Die Studenten und Arbeiter, geführt von ungarischen und polnischen Officieren, schlagen sich wie wahrend, wenigstens bis zur Stunde, aber in der Stadt fürchtet man die ärgsten Greuel der Plünderung und Zerstörung. Es ist nicht zu denken, daß die Wiener Bevölkerung gegen das vereinigte Heer des Kaisers siege. Die österreichische Monarchie hat ihren Cavaignac gefunden und es geht auch zum Ende zu kommen. um einer überwundenen und verzweifelten Partei nicht die Hauptstadt des großen österreichischen Reiches preisgegeben zu sehen. In dem unglücklichen Monarchie sind die Reichstagsverordneten Wetter und Mosle hier eingetroffen. Was können sie wirken, da, wo die „ultima ratio" gesprochen worden, zu sprechen bereits begonnen hat? Der Sieg des Kaisers ist von unberechenbarer Bedeutung, aber ich darf Ihnen voraussagen, daß er mit großen Opfern bezahlt sein wird.

Wir entnehmen den Berichten des Korrespondenten der Allgem. Zeitung aus Baden vom 22. und 23. d. M. folgende höchst interessante Thatsachen: Das Landvolk in den Umgegend Wiens befand sich allerdings in sehr aufgeregtem Zustande, indem die Sendlinge aus Wien den Bauern unablässig eingeredet hatten, daß sie ihre empfangenen Freiheiten wieder verlieren würden, nämlich die Befreiung vom Zehent und Robot. Die kaiserlichen Manifeste wurden leider nur zu wenig unter ihnen verbreitet, und wo dies geschah, ging es von Privaten aus. — Es stellt sich jetzt heraus, daß die Truppen anfangs nicht so stark waren, wie man glaubte; bei Nonbaus hatte nicht mehr als 35,000 Mann, die Wiener Garnison mit den aus Kremsier und St. Pölten herbeigezogenen Truppen war kaum 15,000 Mann stark, also im Ganzen gegen 50,000 Mann, worunter die zum Theil doch demoralisirte Garnison Wiens. Erst in der Nacht vom 21. auf den 22. rückten Windischgrätz's letzte Kolonnen an die Donau, im Ganzen 30,000 Mann. An der Leytha liegen 2,000 Mann, alle Kroaten, theils Truppen des Steyermark. Jurschan ist dagegen die Artillerie, welche zusammengezogen wird, und hauptsächlich auf dem Wiener Berge, bei der Svinnerin am Kreuze in dominirender Stellung lagert, wo auch eine Kesselbatterie eingeführt ist. — In Wien ist man theilweise zur Besinnung gekommen. Die Arbeiter in der großen Maschinenfabrik der Gloggnitzer Bahn sind sämmtlich zurückgekehrt, und am 23. sollen die Arbeiten wieder beginnen. Das gleiche soll bei der Nordbahn der Fall sein. Diese Arbeiter gehören zu den Cartätschenfesten und sind durchaus mit musikalischen eisernen Spießen bewaffnet. — Daß die Masse der Bürgerschaft das Militär als Retter begrüßt ist natürlich. — Am 19. hatte die Legion große Musterung und war nur 900 Mann stark von 5000! — Auf der Parendorfer Haide an der Leytha stehen wirklich bei 30,000 Mann Ungarn, wobei jedoch kaum 5000 reguläre Soldaten. Zu diesen werden die Odenburger Nationalgarden nebst den wenigen dort liegenden Truppen, im ganzen 12 — 1500 Mann mit 4 Kanonen stoßen. Weniger verbürgt ist die Nachricht, daß die k. k. Strandbatterie bei Fischament das ungarische bewaffnete Dampfschiff „Mészaros" in den Grund geschossen habe und nur 13 Mann von demselben sich retten konnten. — In gutgesinnten Städten wurde die Nationalgarde nicht entwaffnet und bezieht noch wie vor mit dem Militär die Wachen. So in Neustadt, wo das polnische Regiment Baumgarten bei seinem Einzuge die Stadtgarde abgelöst hatte. Tags darauf aber hielt Feldmarschall-Lieutenant und Artilleriedirektor Augustin eine Musterung über die 1000 Mann starke Garde, erinnerte sie an die allbewährte Treue Neustadts (es führt den Beinamen „die allzeit getreue") und übergab ihnen auf die stets bewährte gute Gesinnung ihn die Wachen wieder und bat sie, dieselben fernerhin zu versehen, um sich so sehr ausgestrengte Militär zu schonen. Am Samstag wurden die Pontonbrücken aus der Marxschleife bei Groß-Enzersdorf in die Lobau-Insel und herüber auf die Simmeringer-Haide nach Kaiser-Ebersdorf geschlagen. Dadurch wurde die Verbindung des Armeekorps vollständig hergestellt und am 23. war die Einschließung der Stadt vollendet. — Drei Vorstädte sollen erklärt haben, das Militär einziehen zu lassen: Rosau, Leopoldstadt und Landstraße. Die innere Stadt wird wahrscheinlich die Thore öffnen, wenn es zum Ernst kommt, und die Insurgenten nicht einlassen, denn die Stadtgarde ist gemäßigt. Sonach dürften nur die am Wienerberge gelegenen radikalen Vorstädte Wieden, Gumpendorf, Schottenfeld die Birkung des Geschützes zu fürchten haben, wenn sie sich nicht eines Bessern besinnen. — Die innere Stadt soll wie aufgestorben sein und die Stimmung gressentheils umgeschlagen haben. Die Täuschung der Ungarn, die nicht kommen, hat den Wienern die Augen geöffnet und Windischgrätz dürfte auf seinen besonderen Widerstand stoßen. Ein Haufen Studenten und anfangen Pöbel kommt mich vielleicht einen tollkühnen Ausfall machen, um sich nach Ungarn durchzuschlagen, weil sie wissen, was sie von Windischgrätz zu erwarten haben, und daß das Militär jeden Kalaboreer den Tod geschworen hat. Die Serenschauer zeigen ihren Lagerfässen ihren scharfgeschliffenen Handschar und sagen: „Für Rafal" Sie glauben nämlich, ein Herr Rafa habe all das Unheil angestiftet und haben ihm feierlich den Tod geschworen. — Einen nur fürchtet der Korrespondent für Wien, und daß sind die — Weiber.... Die Prostituirten hat einen Grad erreicht, der einen Theil der Jugendgeneration vergiftet hat, und Weiber sind es, welche die wüthendsten Reden in diesen Tagen führten und am meisten Mord und Blut herbeigeschworen! Diese Weiber werden aus den Fenstern schießen, wie sie es an 6. gethan, und was weiß bei der unbeschreiblichen Erbitterung der Soldaten dann geschehen? Den Offizieren selbst vor Ihnen graut, daß sie dieselben nicht werden zurückhalten können. An vergangenen Freitag war die kroatische Nachbut mit den Ungarn an der Leytha im Gefecht, und Letztere sollen mit einem Verluste von 300 Mann heimgeschickt worden sein. — Ein Schreiben aus Wien vom 25. Oktober in demselben Blatte spricht davon, daß drei mit Gelde beladene Postwagen, die aus der Stadt abgingen, von der Legion angehalten und zurückgebracht wurden. Die Stimmung in den Vorstädten sei noch immer kampfmüthig, unter der Nationalgarde der Stadt aber sei Muthlosigkeit eingerissen.

Aus einem Schreiben von St. Pölten vom 21. Okt. „In einer jüngsten Nummern der Allgem. Ztg. ist die Nachricht übergegangen daß der Kaiser auf dem Wege, den er von Wien sich entfernend nahm, eine so freudige und aufgeregte Stimmung des Landvolks getroffen, daß man mehrmals hohe Kanonen aufführen müssen. Diese Angabe ist durchaus unrichtig: das Landvolk bezeugte die aufrichtigste Sympathie auf der ganzen Reise, von der ersten Nachtquartierstation an, die nur 2 Posten von Wien entfernt ist, bis zu seiner Ankunft in Brünn und Olmütz. In der Umgebung von Siegharstkirchen, wo der Kaiser das erste Nachtlager im Viertel ob dem Wienerwald nahm, brannten allenthalben auf den Bergen Freudenfeuer, während der schon früher von der radikalen Presse zuversichtlich erwartete, durch Feuersignale aufzurufende Landsturm durchaus sich nicht zeigen wollte und auch jetzt noch nicht erschein. Das einzige, freilich bedeutende Hinderniß, welches man der Reise des Kaisers legen wollte, war die von einem Gastwirth (Namens Eder) des Donaupfadchens Stein beabsichtigte Abtragung einer Donaubrücke, welche die Reisenden daselbst hätte aufhalten und in den diesseits gelegenen Mauern verbindet. Der edle Mann fühlte sich von einem Lüstchen angewandelt, den Dronet Oesterreichs zu spielen. Er veranlaßte eine Sendung von zweien seiner gleichgesinnten Freunde, nach dem diesseits gelegenen St Pölten, um die Bürgermeister anzuordnen, daß sie den Kaiser durch eine Deputation zur Rückkehr bewöchten, wo nicht, ihm zur gewaltsamen Durchführung seiner beantragten Maßregel behilflich zu sein. Indeß scheiterte der an sich schon lächerliche Plan an der Weigerung der St. Pöltner Bürger, sowie an dem Zuvorkommen von Seite des nahegelegenen Militärs, welches die beiden Brückenenden besetzte und jeden Zerstörungsversuch unmöglich machte. Der Kaiser zog ungehindert über die Brücke. In Stein nun war es, wo er, wohl weniger aus Besorgniß, als aus gerathenem Gefühle, seinen durchrollenden Wagen dicht mit Militär umgab, das auch sonst die Straße entlang und jeden Zugang sperrend, stand, und seinem Wagen voran einige Kanonen führen ließ. In dem anfosenden Krems angelangt, entfernte er angeblicklich diese freiergesinnte Bedeckung und trat in die Mitte des Volks, das laut ihn umjauchzte. Häufig waren diese Theilnahmsbezeugungen von Thränen begleitet. Wenn der vorherrschende Einfluß der in Wien gebietenden Partei in der Nähe der Hauptstadt allgemein das Gefühl der Entmuthigung und ängst-

lichen Erwartung hervorgebracht hatte, so verwandelte sich in größerer Entfernung von Wien die stille Klage in lauten Jubel; und Sie haben wohl erfahren, wie die vorwiegende Stimmung Währens auf die verfassene Residenz wirkte. Die Schuld vergangener Zeiten rächt sich schwer in der Gegenwart. Es wäre thöricht und ungerecht die negativen Geister insgesammt der Unredlichkeit und Gewissenlosigkeit zu zeihen. Das ist eben das Traurige für die Gegenwart, daß die strebendsten politischen Talente unter dem Drucke des vorigen Systems fast alle in die rein negative Richtung geworfen worden sind. Wenn ihnen eines gewissen Hofnero Journal „Constitution“ bekannt wäre, und Sie erfuhren, daß Minister Doblhoff mit diesem Journal sympathisire, so wurde Sie vielleicht mit Stannen bemerken welche geistige Potenzen es sind, die uns beherrschen. Und Dobl hoff galt für einen vielköpfinnigen Minister!

(Allgm. Ztg.)

* Wir lassen nachstehend eine Erklärung des slavischen Reichstagsabgeordneten v. Thinnfeld folgen, welche die Ansicht, daß die Berathung des Reichstags in Wien umgehen von Soldnerten und einem drohenden Proletariat, keine freie unabhängige sein kann, vollkommen bestätigt.

Erklärung. Seit der Revolution vom 6. Oktober d. J., welche im Interesse der magyarischen Partei durch Gewaltthaten ein Ministerium stürzte, das von der Majorität des Reichstages getragen wurde, ist letzterer in eine Stellung gerathen, die mit dem Zwecke, zu welchem er einberufen wurde, und mit dem Wesen eines constituirenden Reichstages nicht im Einklange steht Von den Arbeiten an der Constituation, von der Berathung der Gesetzentwürfe, deren unser höchst dringende dem Reichstage vorliegen, von der Unterjochung des Staatsvoranschlags für das Jahr 1849, welcher ebenfalls dem Hause bereits mitgetheilt wurde, ist keine Rede mehr. Der Reichstag sieht aus seinen Mitgliedern einen Sicherheitsausschuß zusammen, der im Namen des Reichstages die Maßregeln beschließt, welche zur Vertheidigung Wiens gegen die kaiserlichen Truppen nothwendig erschienen, der Reichstag erläßt Proclamationen, schickt Deputationen an den Kaiser, unterhandelt mit den das kaiserliche Militär befehligenden Generalen u. s. w.; mit einem Worte: er hat sich aus einem gesetzgebenden Körper in eine Executivbehörde umgestaltet. Wenn man ferner in Betrachtung zieht, daß gegenwärtig in Wien die physische Gewalt in den Händen des bewaffneten Proletariats liegt, dessen Leidenschaften unausgesetzt durch eine Presse aufgestachelt werden, welche durch ihre Schamlosigkeit, Lüge und Verläumdung Alles überbietet, was die Geschichte in dieser Art aufzuweisen hat, daß ferner die Stadt Wien ganz vom Militär umzingelt, und gleichsam in Belagerungszustand versetzt ist, so dürfte es wohl Jedermann einleuchtend sein, daß unter diesen Verhältnissen eine freie Berathung und freie Beschlußnahme nicht wohl denkbar ist. Unter diesen Umständen habe ich mich für verpflichtet gehalten, den Reichstag zeitweise zu verlassen, da mich mein Mandat zur gegenwärtigen Wirksamkeit desselben nicht bevollmächtigt; und ich glaube es meinen Committenten und mir selbst schuldig zu sein, mich von einer Versammlung ferne zu halten, welche thatsächlich in Gefahr steht, durch die Gewalt der Umstände zu Beschlüssen hingerissen zu werden, die von dem gesetzlichen Boden abweichen, und mit dem Wohl des Gesammtvaterlandes oder den Interessen der Provinz, die ich zu vertreten die Ehre habe, im offenbaren Widerspruche stehen können. Von diesen Ansichten geleitet, hat auch eine große Anzahl, und worunter viele der achtbarsten Deputirten, den Reichstag verlassen. Wie Ruhe und ein gesetzlicher Zustand in Wien wieder hergestellt ist, oder der Reichstag auf eine andere Weise in die Lage versetzt wird, seine Arbeiten ungestört und in voller Freiheit wieder aufzunehmen, werde ich mich angelegentlich an den Ort meiner Bestimmung begeben, und meine Pflichten als Reichstags-Deputirter mit vollem Eifer und nach meinen besten Kräften erfüllen. Freistrig am 22. Oktober 1848. Ferdinand v. Thinnfeld, Deputirter für die Landgemeinden in der Umgebung Brag.“

* Es liegen uns Briefe aus Tyrol vor, welche sämmtlich über die wühlerischen Umtriebe der dortigen italienischen Sendlinge in Südtyrol sich aussprechen. Dieselben suchen um jeden Preis die administrative Trennung der beiden Kreise von Deutsch-Tyrol, d. h. die gänzliche Lostrennung von Oesterreich zu bewirken. Obgleich die Bevölkerung im Ganzen noch sehr gut österreichisch gesinnt ist, so ist doch hier, wie überall die Partei der Revolutionirenden zu muthig und ohne allen Zusammenhalt, so daß die von den im Wiener Reichstag sitzenden südtyrolischen Abgeordneten kräftig unterstützten Aufwiegler täglich mehr Boden gewinnen! — In dieselben gehen so weit, daß sie von der Nothwendigkeit einer provisorischen Regierung sprechen! Auch den Präsidenten derselben nennt man bereits, und eines schönen Morgens wird der Plan durchgeführt sein trotz der großen Mehrheit der Gesinnten, welche am Ende sich mit Kopfschütteln in die neue Ordnung der Dinge werden ergeben müssen! — In Innsbruck und Deutschtyrol erwartet man sehr gespannt, ob die Vorarberger den tyrolischen Landtag beschicken werden, oder ob sie sich lieber den Magyarenfreunden und in die Arme werfen wollen.

Von der galizischen Grenze. 20. Okt. Aus Galizien sind nachstehende Truppen in Eilmärschen nach Oesterreich abgegangen, nämlich zwei Bataillone des Infanterieregiments Parma, ein Bataillon von Fürstenwärther, das Chevauxlegersregiment Hohenzollern, dann der in Schlesien gestandenen Artillerierpark. Krakau ist noch von drei starken Infanteriebataillonen, einem Regimente Kavallerie und einer sehr starken Artilleriebatterie besetzt, und das ebenfalls starke Schloß so befestigt, daß wenigstens 20000 Mann zu einem Angriff erfordert werden. — Von einem Einmarsche von Russen ist keine Rede; augenommen die Städte, herrscht auf dem Land in Galizien keine Aufregung. Die in Lemberg liegenden zwei ungarischen Regimenter welche Miene machten, nach Ungarn durchzubrechen, dann das daselbst garnisonirende Infanterieregiment Hoch- und Deutschmeister, welches ohne Zweifelhafte für Wien äußerst, wurden in Kriegszustand versetzt. Die Garnison in Lemberg ist 17000 Mann stark. Bei Sandyschz, wodwischen Kreises, unweit der ungarischen Grenze, dem nördlich gelegenen arvater Comitate, sind 4000 Mann zusammengezogen. Man sagte, sie seien bestimmt, nach Ungarn einzurücken, doch ging soeben ein Offizier als Kourier nach Olmütz ab, um weitere Befehle einzuholen. Durch die übermäßigen Vorspannsleistungen sind die Bauern ganz mißgestimmt, da sie in Bestellung ihrer Felder gehindert werden. Die galizischen Bischöfe erleiden ungeheure Verluste, sie klagen außerordentlich, daß man ihr Oberhirtrieder nicht mehr nach Wien läßt. Unsere Lage ist wirklich der Art, daß sie so nicht lange wird bestehen können. — Die Cholera ist durch ganz Galizien verbreitet, die Sterblichkeit groß. (D. A. Z.)

Preußen. — Berlin, 25 Oktober. Der Antrag von Mensebach und Genossen auf Berathung der Verfassung in vier wöchentlichen Sitzungen, wie der Sperling-Wenger'sche, welcher drei Tage beansprucht, wurden heute von der Nationalversammlung fast einstimmig als dringlich anerkannt. v. Mensebach begründete den seinigen, die Feststellung der Verfassung für spezielle Aufgabe der Versammlung; nicht eher werde Ruhe und Ordnung ins Land zurückkehren, bis sie zu Stande gekommen. Waldeck befürwortet den Antrag im Namen der Linken; auch auf dieser seiner Rede sah man wieder recht klar, daß die Linke gar keine Verfassung, überhaupt nichts zu Stande kommen lassen will, daß sie nur den Wierwarr zu unterhalten strebt, weil er ihrem Plane Vorschub leistet. Derselbe Mann, der mit seiner Partei früher so heftig auf die Vorlegung des Entwurfes gedrungen, erklärt jetzt, das Land denke vor der Hand gar nicht an die Verfassung; Beseitigung zahlreicher Beschwerden über Behörden interessire dasselbe weit mehr. Als ihn aber Minister Bonin aufforderte, diese angeblich ihm zugekommenen Beschwerden mitzutheilen, damit gegen die betreffenden Beamten eingeschritten werden könne, retzet sich Waldeck, der offenbar gelogen hatte, damit hinaus, die Beschwerden seien mehr genereller Natur, und er finde keine Veranlassung zur Mittheilung. Es sprechen noch mehrere Redner für und gegen den Antrag. Endlich wird ein Amendement dazu von Arnkts, wonach künftig drei Tage per Verfassung zu widmen, für Erledigung der übrigen Gesetze aber noch 2 besondere Abendsitzungen zu halten seien, fast einstimmig angenommen.

⊙ Berlin, 25. Okt. Die Gerüchte, als habe General Pfuel abermals seine Entlassung eingereicht, und als wäre dieselbe sogar angenommen worden, erweisen sich heute. Das Dringen der Nationalversammlung auf Verkündung des Jagdgesetzes, dem aber der König seine Sanktion zu geben Anstand nehmen soll, wird als Grund angegeben. Man begreift den Justizminister Herrn Kisser abermals als gewißt, seinem Beispiele zu folgen. — Heute Abend beginnen die Vorberathungen des Demokratencongresses, eine Anzahl Abgesandter dazu sind eingetroffen. — General Wrangel wird sein Hauptquartier von Charlottenburg nach Potsdam verlegen.

Bekanntmachung.

215. Nach der so eben erfolgten k. Regierungs-Entschließung vom 25. d. M., Nro. 47,128, hat die diesjährige ordentliche Gemeinderats-Wahl die Genehmigung erhalten. Es wird daher Dienstag, den 31. Oktober l. J., nach vorausgegangener Constituirung des Gemeinde-Collegiums die Verpflichtung der gewählten Magistrats-Räthe und Constituirung des Magistrats, sodann die erste öffentliche magistratische Sitzung, am zwar um 10 Uhr Vormittags im großen Prüfungssaale des Schulhauses im Rosenthale stattfinden.

Diese Sitzungen werden in der Regel wochentlich am Dienstag und Freitag, Morgens 9 Uhr, in demselben Locale eröffnet werden.

Den 28. Oktober 1848.

Der Magistrat der königl. Haupt- und Residenz-Stadt München.

Der 1. Bürgermeister:
Dr. Bauer.

Lachmayer, Secretär.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 107.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Dienstag den 31. Oktober 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 4a. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 31. Oktober.

Se. Maj der König haben Sich vermöge allerhöchster Entschließung vom 25. h. allergnädigst bewogen gefunden, als Mitglieder der Kirchenverwaltungen der drei katholischen Pfarrein und der protestantischen Filialgemeinde in der Stadt Passau nachstehende Gemeindeglieder: I. Für die Kirchenverwaltung der katholischen Pfarrei St. Paul: a) zur Ergänzung der ersten Hälfte 1) den Färber Johann Nepom. Maus; b) zur Erneuerung der zweiten Hälfte 2) den Gastwirth Max Birett; 3) den Fragner Johann Nepom. Wenzinger; 4) den Gastwirth Joseph Niedermayer, und 5) den Gastwirth Joseph Unverdorben. II. Für die Kirchenverwaltung der katholischen Pfarrei St. Severin: a) zur Ergänzung der ersten Hälfte 1) den Gastwirth Joseph Ziegler; b) zur Erneuerung der zweiten Hälfte 2) den Lederer Ign. Sittl; 3) den Fragner Ant. Fröhlich; 4) den Lederer Franz Kuchler, und 5) den Kaufmann Math. Rosenberger. III. Für die Kirchenverwaltung der katholischen Pfarrei St. Bartholomä: 1) den Bäcker Joseph Kreidlberger; 2) den Gastwirth Kaspar Duschl; 3) den Seilermeister Anton Baumanner, und 4) den Gastwirth Peter Huber. IV. Für die Kirchenverwaltung der protestantischen Filialgemeinde: 1) den Schneider Christian Hutsch, und 2) den Buchhändler Karl Pleuger. Ferner unter gleichem Dato als Mitglieder der Kirchenverwaltungen der Stadt Ansbach die Gemeindeglieder und zwar: I. Für die Kirchenverwaltung der katholischen Pfarrei: a) zur Ergänzung der ersten Hälfte 1) den Kaufmann Johann Kolb; b) zur Erneuerung der zweiten Hälfte 2) den Bräuhausbesitzer Xaver Deuringer, und 3) den Kaufmann Johann Wacker. II. Für die Kirchenverwaltung der protestantischen Pfarrei St. Johannis: 1) den Bräuhausbesitzer Albr. Störzenbach; 2) den Kaufmann Achatius Beltzner, und 3) den Gastwirth Mathias Steinsberger. III. Für die Kirchenverwaltung der protestantischen Pfarrei St. Gumbertus: 1) den Stadtsekretär Joh. Kaspar Rupprecht, und 2) den Färbereibesitzer Friedrich Eberl. IV. Für die Verwaltung des den beiden protestantischen Pfarreien gemeinschaftlichen Pfarrsenats und Sing-Kassa: 1) den Bräuhausbesitzer Mathias Käffershöfer, und 2) den Stadtsekretär Johann Kaspar Ruppredt allergnädigst zu bestätigen.

Se. Maj. der König haben unterm 27. Oktbr. dem Appellationsgerichtsaccessisten Adam Fischl aus Eichenbach, dermalen zu Abensberg, die erledigte Aktuarstelle bei dem Landgerichte Vohenstrauß zu verleihen geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

⊙ **Frankfurt**, 27. Okt. Das Unglaubliche ist geschehen, die erste Lesung und Abstimmung über die beiden §§. 2 und 3 des Verfassungsentwurfes, welche die reine Personalunion deutscher mit nichtdeutschen Ländern beliebten, ist im Sinne der linken Seite des Hauses ausgefallen, trotz der Protestation einer großen Anzahl Oesterreicher, welche dem Frankfurter Parlamente das Recht absprachen, über den uralten Verband deutsch-österreichischer Lande mit Ungarn und Kroatien entscheiden zu wollen, trotz v. Gagern's gewaltiger Rede, die er gestern am Schlusse der Sitzung hielt und worin er mit klaren Worten die Unmöglichkeit der Anwendung dieser Paragraphe auf Oesterreich zeigte, trotz der offen zu Tage liegenden Tendenz der Jakobinerpartei, durch Anreizen zu übereilten Beschlüssen die Reichsversammlung in solche Aufregung zu bringen, um damit von dem Beweis zu liefern, daß sie so wenig die Freiheit als die Einheit des Vaterlandes zu schaffen im Stande sei; die große Mehrheit ist in die Falle gegangen, und wir haben nun ein zweieiniges Deutschland, oder den Bürgerkrieg, oder eine Auflösung der großen Ohnmacht, und die Russen vor Pesth und vor Preßburg. — Sollte es das Schicksal anders fügen, und der Bundestreue zum Trotz noch eine friedliche Vereinbarung möglich machen? Wir wollen es hoffen, wenn selbst Mieser, die Seele aller meuchlings gemachten Hauptverbeder der unbedingtzwangenen Entscheidung, höchstens die Versammlung damit, man beabsichtige ja nichts, als einen allgemeinen Satz auszusprechen: wenn Oesterreich denselben nicht annehmen könne oder wolle, so sei es immer noch Zeit, davon nach Umständen nachzulassen. Da dies mehr diplomatisch als kommerziell gedandelt sein mir, lasse ich dahin gestellt, erbebend und begeistrend ist ein solches Verfahren wahrhaftig nicht. Die Böhmen haben sich bisher zum großen Theile beharrlich geweigert, Wahlen in die deutsche Reichsversammlung vorzunehmen; werden sie sich mehr ellen, wenn derselbe jetzt offen für ihre Todfeinde, die Magyaren, Partei ergreift? Wenn aber Oesterreich außerhalb Deutschland stehen bleibt, oder seinen Zutritt von neuerquälenden Verhandlungen und förmlicher Vereinbarung abhängig macht, mit welchem Rechte und mit welchem Nachdruck will nun die Reichsversammlung ein gleiches den andern Staaten verweigern? Dem vorigen Parlament, das jetzt in Berlin zusammengetreten ist, hätte man wahrlich nicht besser in die Hand arbeiten können; o Ruge, wie gewaltig ist innerhalb dreier Monate dein Anhang gewachsen, nur 90 Stimmen haben sich in der deutschen Reichsversammlung gefunden, die den Muth hatten, Deutschlands Zukunft höher zu stellen als die leere Doktrin, als das schnöde Klubs- und Parteiinteresse, als das Gelehrdunkel unverständiger Tagesblätter. Selbst Wem, der seine Gelegenheit unterläßt, Deutschland Wohl und Größe allen andern Rücksichten in Worten wenigstens weit voranzustellen, gab auf den Einwurf, die untern Donauländer und der ganze Handel mit dem Orient gehe durch eine Auflösung Oesterreichs zu Grunde, den feinen Bescheid, das werde Deutschland wohl alles wieder zu ersingen wissen! Als wenn ein solches Gegenmittel nicht sicherer und einfacher zu erlangen wäre, wenn man, statt sie zu zerreißen, die Bande Oesterreich, behält, was man hat. Aber es ist im ganzen nördlichen Deutschland, so sehr man auch dort gegen allen Particularismus lostobelt, wenig Sinn für südenschen Leben, für südteutsche Anschauungsweise; an dem Gedanken, Preußen an die Spitze zu bringen, selbst auf die Gefahr hin Deutschland zu spalten, an diesem sonderbündlerischen Gedanken, den wir nicht qualifiziren wollen, dem selbst die Reden in Berlin sich hingeben, wenn sie den König dort zum republikanischen Kaiser aufrufen wollen — an diesem unseligen Gedanken droht das ganze Verfassungswerk zu scheitern. Freilich haben 150 Abgeordnete bei der Abstimmung gefehlt, freilich hat der geringste Theil der Zentren den Muth, auf irgend einer Abstimmung zu beharren, wenn eine schiefe Wendung der Dinge in Aussicht trate, wie die verschiedenen Abstimmungen in der Malmorer Frage bewiesen, aber der erste Fehler ist gemacht und seine Folgen werden nicht ausbleiben.

⊙ **Frankfurt**, 28. Okt. Ueber die beliegenswerthe Abstimmung von gestern glaube ich Ihnen noch einige Erläuterungen nachtragen zu müssen, um dieselbe in ihrem wahren Lichte zu zeigen. Meinaus die Mehrzahl der rec, welche mit Ja antworteten, wußten nicht, was sie thaten; glauben Sie mir, ich habe noch gestern Abend und diesen Morgen mit verschiedenen von ihnen gesprochen, seiner dachte daran, im Ernste Oesterreich auseinandertreiben, oder gar den Russen in Ungarn, oder dem Partikularismus der Schwarzgelben Vorschub leisten zu wollen, — geschieht dies in Folge der unseligen Abstimmung dennoch, jenun, so war es eben ein Schwabenstreich, und zwar nicht der erste, der in der Paulskirche begangen wurde. Wir sind Deutsche und werden es in Gottes Namen auch bleiben; haben wir doch vor zwei Jahrhunderten einer puren Doktrin zu lieb uns dreißig Jahre lang herumgeschlagen, und als uns das Ausland die schönsten Länder am linken Rheinufer und in Pommern abnahm, Bravo gerufen, warum sollte es heute anders gehen, heute, wo im Münsterl zu Straßburg ein tendenziöser Volksfreund das Andenken an seine Unterjochung durch Freudenfeuer feiert. Wie kann man von einer Versammlung, die fast ausschließlich aus Doktoren, Professoren, Hofräthen, Geheimenräthen, Assessoren, Advokaten, Philosophen, Literaten, Referendaren, geheimen Kommerzienräthen, Philologen, Privatdozenten, Theologen und Schullehrern besteht, Sinn für praktische Politik verlangen? Hört man, wie die Herren sich verantworten, so fangen sie mit Dr. Rieser aus Hamburg: Auf die Erörterung von Thatsachen und bestehenden Verhältnisse können wir uns nicht einlassen, wir stellen unsere Theorie auf, ob sie anwendbar sei, ist oder wird kamp möglich. Anderes sehen, wie sie zurechtkommen. Ein solch doktrinärer Absolutismus klingt fabelhaft, aber er ist wörtlich wahr. Daß auch die Sondergelüste bei dieser Abstimmung eine bedeutende Triebfeder für eine Anzahl Abgeordneter waren, kann nach den Aeußerungen, die ich darüber von mehr als Einem vernommen, gleichfalls keinem Zweifel unterliegen. Es muß gesagt werden, daß man in den Augenblick an, wo das Bündniß in der Paulskirche ausgesprochen wurde bei gar zu Vielen „unbiasirten“ in der Versammlung wie leichter Dunst dahin flog, und mannigfach bei Großen wie bei Kleinen die schädde Eigenliebe als Bodensatz zurückblieb. Kein Ländchen ist so winzig, daß es nicht durch seinen Nachbar vergrößert werden möchte, keines so groß, daß nicht sich umschauen könnte, um noch größer zu werden; — und das liebe deutsche Reich! — an dieses wirft man, wenn es so fortgeht, bald nicht mehr denken, die Zeiten von 1806 kehren wieder, wir werden ein Dutzend Staaten weniger haben, aber Deutschland wird nicht vereinigt sein! Nur Eines ist jetzt anders als damals, im Jahre 1806 gab es keine „Rothen.“ — So stehen hier die Dinge — für den Augenblick wenigstens; wie sie sich gestalten werden, wenn die Kof

sulsche Komödie in Wien, in Pesth aufgespielt ist, wird die nahe Zukunft lehren.

Deutschland und Oesterreich.

(Kann Oesterreich nicht anders ein Bestandtheil Deutschlands sein, als wenn sein Verhältniß zu den österreichischen nichtdeutschen Ländern nur in reiner Personal-Union besteht?) Diese seit dem Erscheinen des Entwurfes über den zweiten Theil der künftigen deutschen Reichsverfassung — (von der Reichsgewalt) — vielfach beivrochene Frage wird heinahe allseitig mit Nein beantwortet, und selbst Jene, welche das Verhältniß Gesammtösterreichs zu Deutschland auf dem Wege des völkerrechtlichen Vertrages gestalten wissen wollen, geben von dieser Verneinung aus. Und dennoch scheint ein Mittelweg zwischen gänzlicher Ausscheidung Oesterreichs aus dem Gebiete des neuen Deutschlands und zwischen der bloßen Personalunion der österreichischen deutschen und nichtdeutschen Bestandtheile möglich, folglich die schroffe Verneinung der obigen Frage nicht hinreichend begründet. Mit einigen kurzen Worten soll hier die Andeutung eines solchen Mittelweges versucht werden, und zwar vorbeingen, auf welchen der österreichische Reichstagsabgeordnete Fritsch gegen den Schluß seiner Rede am 20. d. M. kurz hingedeutet hat.

Die Eingliederung der bisher zum deutschen Bunde gerechneten Provinzen Oesterreichs in das neue Deutschland und deren staatliche Unterordnung unter die Reichsgewalt ist der Ausgangspunkt dieser Andeutung. Diese Eingliederung und Unterordnung schließt für diesen Theil Oesterreichs so wenig wie für die anderen deutschen Staaten jene Selbstständigkeit in der Verwaltung der innern und alles nicht der Reichsgewalt vorzubehaltenen Angelegenheiten aus, welche mit der Einheit, Stärke und Wohlfahrt des ganzen Deutschlands verträglich ist und jeder Einzelstaat sich mit Recht gewahrt wissen will. Eine so beschränkte Selbstständigkeit gestattet jedem deutschen Staate, — die kleinsten etwa abgerechnet — und somit auch Oesterreich für den besondern Bestandtheil die eigene Gesetz- und Finanzverwaltung für den von der Reichsgewalt ihnen offen gelassenen Bereich, und hindert also auch nicht, daß sowohl diese, sowie die innern Angelegenheiten Gesammtösterreichs nach dem Ermessen der dortigen verfassungsmäßigen Gewalten entweder gemeinsam, und dann für die nichteinzelnen Theile unabhängig von der deutschen Reichsgewalt, oder getrennt verwaltet werden; ja sie behindert diese Monarchie sogar nicht, bezüglich dieser Theile ihre besondere Verwaltung der äußern Angelegenheiten zu besitzen, fremde Gesandtschaften bei sich zu haben und sie an deren Staaten Gesandtschaften zu bestellen, und Verträge mit andern Mächten zu schließen. Dieses Verhältniß wird es ebenso gestatten als erheischen, daß Oesterreich sein eigenes Heer besitze, jedoch mit der Beschränkung, daß von dem aus seinem deutschen ehedem stammenden Heeresbeide die seinem Bereiche entsprechenden Corps sowohl bei deutschen Reichsgewalt untergeordnet und nach deren Vorschriften gebildet werden, als auch für die Reichsverfassung und Reichsvertragsehre angeordnet werden, und auch für die anderen größeren deutschen Staaten Pflicht sein wird.

An dem, Oesterreich bezüglich der nichteinzelnen Staatstheile nicht adzuverschenden Rechte, die auswärtigen Angelegenheiten unabhängig von der deutschen Reichsgewalt zu ordnen, und an dem weitern Rechte, Verträge mit andern Mächten zu schließen oder Kriege zu führen, welches nun immer diejenigen Anfolgt, welche die oben gestellte Frage entschieden verneinen, und hieraus leiten sie auch die Gründe ihrer Behauptung, daß eine andere als die bloße Personalunion zwischen den österreichisch-deutschen und den nichtdeutschen österreichischen Staatstheilen mit der Eingliederung der ersteren in Deutschland unverträglich sei. — Nun ist aber zu solcher Verträglichkeit offenbar nicht mehr erforderlich, als daß Oesterreichs Kaiser im Namen seiner nichtdeutschen Staaten mit Zustimmung ihrer verfassungsmäßigen Gewalten gegen die Reichsgewalt die Verpflichtung eingehe, mit andern Staaten keinen Vertrag von größerer Tragweite als der reinen innerer, sowie bloßer local- oder Provinzial-Angelegenheiten abzuschließen, oder Krieg zu erklären, ohne vorher die Zustimmung der deutschen Reichsgewalt eingeholt zu haben. Man würde Unrecht haben, wollte man diese freiwillige Beschränkung des Oberhauptes der nichtdeutschen österreichischen Länder mit einem österreichischen Bündnisse auf gleiche Linie stellen, denn es steht entgegen, daß die oben erwähnte und dort genau begränzte gemeinschaftliche Verwaltung der inneren, der Kriegs- und der Finanz-Angelegenheiten schon dann das Verhältniß eines bloßen Bündnisses hinaus und in das der Real-Union hineingreift. Vielleicht spricht man einer solchen freiwilligen Verpflichtung die Bürgschaft der Dauer ab und legt ihr keine größere Bindekraft bei, als Staatenverträge bisher, die wir schon mehrfältig haben verletzen sehen. Es scheint jedoch, daß es dennoch ein Mittel gebe, stark genug, um die Einhaltung dieser Verpflichtung dauernd sicher zu stellen und sie der Willkür der beiden vertragenden Theile zu entrücken: ein Mittel sogar, das durch organische Kraft und Wirksamkeit in der Gesammtheit und der Gesammt-Unausöslichkeit belebe. Dieses Mittel liegt einfach in der Einziehung der nichteinzelnen österreichischen Staatsgebiete in die allgemeine deutsche Zolleinheit, welcher ja auch das deutsche österreichische Gebiet in Folge seines Aufgehens in Deutschland angehören, und welche zu der Kraft des gegebenen deutschen Wortes und der öffentlichen Treue auch noch den Kitt der Gemeinsamkeit und des daraus folgenden organischen Verwachsend der materiellen Interessen der nichtdeutschen österreichischen Länder mit denen des gesammten Deutschlands als Bürgschaft für die Dauer der obigen Verpflichtung fügen wird. Daß dieß so kommen müsse, wie kräftig eine solche Gemeinsamkeit werden, ja wie sie sogar in ein organisches Durchdringen und Verwachsen der materiellen Interessen und Existenzen übergehen könne, beweiset auf das Ueberzeugendste der bisherige deutsche Zollverein. Ungeachtet seiner noch kurzen Dauer sehen wir durch ihn die gewerblichen, die Fabrik- und die Handels-Interessen der darin begriffenen Staaten so verwoben und verfilzt, daß bei der in den künftigen Jahren aus bekannten Zoll-Differenzen zwischen Preußen und den süddeutschen Vereinsstaaten nur leise erklungenen Andeutung der Auflösung des Vereins gleich tausend Stimmen dagegen laut wurden, und so der Verein als unauflöslich erscheint. Sind erst die nichteinzelnen österreichischen Länder Bestandtheile des deutschen Zollgebietes geworden, so ist ein solches Verwachsen aller materiellen Interessen mit denen Deutschlands, die

sachen und Verlauf man noch immer zu keiner Klarheit über die klärenden Aufschlussgewinnen gelangen kann, entrüstet zu sein. Allein wozu hat man in Bayern verantwortliche Minister, welche die Kammer zur Rechenschaft ziehen kann, wenn sie gefehlt haben, wenn man doch daneben die Regierung beim Könige — das heißt im Grunde den konstitutionellen König beim selbstherrschenden Könige verklagen will? Ist es nicht das oberste Prinzip der konstitutionellen Staatsform, den König als solchen nie in die Regierung zu mischen; wie konnten sich nur diejenigen, die sich Abgeordnete dieser Staatsform nennen, vermittelst jener Adresse mitten in den Kampf der Parteien ziehen? Aus diesen Gründen hat es uns ganz recht geschienen, daß die Adresse nicht angenommen wurde, aber freilich die Zurückweisung durch einen Flügeladjutanten, welcher noch auch kein konstitutioneller Beamter ist, und das „kultrolle" Entgegennehmen der andern Adresse scheinen jene Mißstimmung nicht als Folge konstitutioneller Ansichten, sondern der Sprache des Manifestes zu erklären."

Deutschland.

Die Fr.-O.-P.-A.-Ztg. meldet in ihrem amtlichen Theil: Das Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten bringt hiermit das am 22. Oktober d. J. auf dem Schlosse Gottorff über die Einsetzung der neuen gemeinsamen Regierung für Schleswig-Holstein aufgenommene Protokoll zur öffentlichen Kenntniß.

Auf dem Schlosse Gottorff hatten sich am heutigen Tage eingefunden: der Kommissarius der deutschen provisorischen Reichszentralgewalt, Herr Carl Steemann, Abgeordneter zur konstituirenden deutschen Nationalversammlung, und der königl. dänische Bevollmächtigte, Herr Holger Christian v. Reedz, Kammerherr, Kommandeur des Danebrogordens und Danebrogsmann, Kommandeur des königl. schwerinschen Nordsternordens, des französischen Ordens der Ehrenlegion und des königlich sächsischen Leopoldordens, um die in Gemäßheit der zu Malmö unterm 26. August d. J. abgeschlossenen Waffenstillstandskonvention und der zu Berlin zwischen dem königl. preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Grafen v. Dönhoff, in Vertretung der deutschen Reichszentralgewalt und dem Herrn Kammerherrn v. Reedz, resp. am 27. September und am 12. Oktober d. J. getroffenen Vereinbarungen für die Dauer des Waffenstillstandes eintretende gemeinsame Regierung für die Herzogthümer Schleswig und Holstein zu installiren und in ihr Amt einzuführen. Die Herrn Bevollmächtigten theilten sich die ihnen angestellten, in Abschrift diesem Protokolle angehefteten Vollmachten gegenseitig mit, und befanden dieselben in gehöriger Form. Der dort Bevollmächtigte Steemann legte ferner vor: ein gleichlaßs in Abschrift diesem Protokoll angeheftetes Schreiben des königl. preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen v. Dönhoff, vom 13. Oktober d. J., durch welches die im Art. VIII. des Malmöer Waffenstillstandsvertrags vom 26. August d. J. dem von St. Maj. dem Könige von Preußen zu ernennenden Kommissär beigelegten Befugnisse und Gewalten mit Zustimmung der königl. dänischen Regierung dem Herrn Carl Steemann als Bevollmächtigten des Kaiserl. Hof- des Herzogthums-Reichsverwesers übertragen werden. Es hatten sich ferner eingefunden: die in Gemäßheit des Art. VII. des Malmöer Waffenstillstandstraktats vom 26. August d. J. und der oben gedachten Vereinbarungen vom 27. September und 12. Oktober. d. J. zu Mitgliedern der gemeinsamen Regierung für die beiden Herzogthümer bestimmten Herrn, nämlich: Paul Johann Friedrich Beseler, Landrath zu Heide; Josias Friedrich Genz, Bürgermeister zu Meldorf; Ammann zu Bordesholm; Adolph Bernhard Wilhelm Hermann v. Moltke; Alexander Friedrich Wilhelm Preußer, Oberappellationsgerichtsrath zu Kiel; Theodor Graf von Reventlow zu Jersbeck. Die Herrn Bevollmächtigten erklärten, daß sie kraft der ihnen ertheilten Vollmachten und in Gemäßheit des Malmöer Waffenstillstandstraktats vom 26. August d. J., so wie der am 1. September zwischen der Krone Preußens und der Krone Dänemarks ausgewechselten Ratifikationen und der 16. September d. J. erfolgten Genehmigung Seitens der deutschen Nationalversammlung die genannten fünf Herrn in die gemeinsame Regierung der Herzogthümer hiemit einsetzen und eingesetzt haben, und zwar dergestalt, daß dem Herrn Grafen Theodor v. Reventlow zu Jersbeck das Präsidium der gemeinsamen Regierung übertragen wird. Die vorbezeichneten fünf Herrn erklärten darauf, daß sie auf Grundlage des Waffenstillstandes Traktats wie derselbe ratifizirt und genehmigt ist, die gemeinsame Regierung für die beiden Herzogthümer übernehmen und im Namen St. Maj. des Königs von Dänemark, in Ihrer Eigenschaft als Herzog von Schleswig und Holstein, führen werden. Dessen zur Urkunde ist dieses Protokoll von den Anwesenden unterzeichnet und von den beiden Kommissarien Preußens und Dänemarks auf dem Schlosse zu Gottorff, den 22. Okt. 1848. Gez. Steemann. Gez. Reedz. Gez. H. Reventlow. Gez. Boysen. Gez. Hetze. Gez. A. v. Moltke. Gez. Preußer.

Frankfurt, 28. Okt. Wir erfahren aus sicherer Quelle, daß im Falle eines plünderungssüchtigen Angriffs auf die k. k. Bank in Wien, sämmtliche darin deponirte Banknoten durchgeschlagen, mithin unglültig gemacht werden sollen. Ferner sind die Vorkehrungen in der Art getroffen, daß sämmtliche Gebäude der Bank unter Wasser gesetzt werden können. Wir veröffentlichen diese Mittheilung zur Beruhigung des Handels und aller übrigen Betheiligten. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Bayern. *) München, 30. Okt. Gestern Vormittag ist Seckendorf, Prinz Wilhelm von Preußen, Vater Ihrer Maj. der Königin, zu höflichen längeren Besuche an unserem Hofe angelangt. — Die in mehreren Blättern enthaltene Nachricht, daß das Reichsministerium des Innern wegen der hiesigen Vorfälle vom 18. Oktober Auskunft verlangt habe, kann ich auf empfangene Erkundigung nur bestätigen. Das Reichsministerium, die dem Höbelhaufen gelungenen Verwüstungen nur dem verspäteten Einschreiten der zum Schutze der ruhigen Bürger bestimmten bewaffneten zuschreiben, hat der provisorischen Regierung gedrohet, daß gegen die Schuldtragenden mit strenger Ahndung vorgegangen werde.

Preußen. △ Berlin, 26. Okt. Der Ministerpräsident von Pfuel war gestern zum Drittenmale dem Könige seine Entlassung eingereicht, angeblich, weil sich der König noch immer weigere, das neue Jagdgesetz zu sanktioniren. Sein Rücktritt würde in diesem Augenblicke von unberechenbaren Folgen sein. — Schon seit langer in einem Plakate die Gutsbesitzer Berlins aufgefordert, sich auf drei Wochen mit Lebensmitteln zu versehen, da möglicher Weise Berlin dasselbe Loos treffen dürfte, wie Wien. Demjenigen Vorschlag hatte gestern Jansen im demokratischen Klubb gemacht. — So eben wird die Bürgerwehr alarmirt, weil das Volk am Zeughause sich zusammen rottet, um das Fortschaffen von Waffen und Munitionsmunition zu verhindern. Rumpler ist bereits auf den Platz geeilt und hat durch einige Kompagnien Bürgerwehr die Volkshaufen zerstreuen lassen.

Berlin, 26. Okt. Wenn es auch nur ein irriges Gerücht war, daß die Regierung gegen den hier versammelten demokratischen Zentralkongreß einschreiten würde, haben wir doch allen Grund, anzunehmen, daß sie Regierung ein Einsehen des Kongresses in die Befugnisse der gegenwärtigen Parteien Deutschlands, namentlich die Konstituirung einer Art revolutionären Vorparlaments, mit aller Kraft zurückweisen würde. Es sollen darüber Unterhandlungen mit Frankfurt gepflogen worden sein, und wie und verstehert wird, hätte Preußen den Auftrag erhalten, im Interesse der Ruhe und der gesetzlichen Entwickelung des Vaterlandes solchem Beginnen sofort entgegenzutreten. Der Zentralkongreß hat nach einer gestrigen Vorversammlung heute seine eigentlichen Berathungen, und zwar in einer geheimen Sitzung, begonnen. Es sollen auch öffentliche Sitzungen gehalten werden, zu denen bereits Einlaßkarten an Zeitungsredaktionen und Privatpersonen ohne linterschied des politischen Bekenntnisses ausgegeben sind. Bis jetzt sind gegen 200 Abgeordnete angelangt. Von diesen kamen gestern Abend ungefähr 60 mit dem Zuge der Magdeburger Eisenbahn, zum großen Theile Rheinländer und Westfalen. (D. Z. H.)

Berlin, 24. Okt. Heute ist der erste Widerspruch nach der Emanation des Gesetzes, welches alle Preßvergehen der Beurtheilung der Geschworenen überweist, vor den hiesigen Assisen verhandelt worden. Vor den Schranken stand der Herausgeber der „freien Volksblätter", angeschuldigt, in einem Artikel seines Blattes den k. Oberprokurator und die zur Verhaftung von Gruschak und Anneke verwendeten Gendarmen in Berug auf ihr Amt und ihre dienstlichen Handlungen beleidigt zu haben. Nach einer kurzen und dennoch langweiligen Debatte zogen sich die Geschworenen in ihr Berathungszimmer zurück und sprachen nach einer mehr als halbstündigen Abwesenheit das Schuldig aus. Das „öffentliche Ministerium" stimmte sofort seinen Strafantrag, und der Assisenhof, nach einer Berathung, die auch eine ganze Stunde in Anspruch nahm, erkannte auf diesem Antrage in allen Stücken entsprechende, das Urtheil, welches den Angeklagten zu fünf Wochen Gefängniß und in sämmtliche Prozeßkosten verurtheilte, außerdem aber die Bestellung einer Kaution von 2000 Thlrn. auferlegte, und bis zur Bestellung derselben das fernere Erscheinen der „freien Volksblätter" untersagte. Das Urtheil hat um so mehr Sensation gemacht, als man nach manchen neueren Entscheidungen anderer rheinischen Geschworenen, mit Recht oder Unrecht, der Freisprechung des Angeklagten ziemlich allgemein entgegen sah. (Karlsr. Z.)

Oesterreich. Folgende Proklamation des Kaisers von Oesterreich ist in Olmütz am 22. Okt. erschienen: Wir Ferdinand der Erste, konstitutioneller Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn ꝛc. ꝛc. Die unserm Herzen so schmerzlichen Ereignisse in der Hauptstadt der Monarchie, und die Vorgänge des anarchischen Zustandes daselbst, haben und zur Wahrung des Thrones und des Glückes unserer Völker in die traurige Nothwendigkeit versetzt, die offene Empörung durch die Gewalt der Waffen zu unterdrücken, wie wir bisher in unserm Manifeste vom 16. und 19. Oktober l. J. unseren Völkern verkündiget haben. Bei dem gestörten Zustande der gesetzlichen Ordnung in der Hauptstadt, und bei dem bevorstehenden Eintritte militärischer Maßregeln ist für den Reichstag unmöglich geworden, daselbst seine Berathungen fortzusetzen. Wir finden uns daher bewogen anzuordnen, daßber Reichstag seine Sitzungen in Wien aufgelöst habe und wir ihn zu einem denselben auf den 15. Nov. l. J. nach der Stadt Kremsier, wo er in der Lage sein wird, sich ungestört und ununterbrochen seiner großen Aufgabe, der Ausarbeitung einer den Interessen unserer Staaten entsprechenden Verfassung, ausschließlich widmen zu können. Es werden demnach alle zum konstituirenden Reichstage erwählten Volksvertreter aufgefordert, sich bis zum 15. Nov. in der Stadt Kremsier zuverlässig einzufinden, um daselbst die unterbrochenen Berathungen in Beziehung auf die Verfassung fortzusetzen, und solche mit Beseitigung aller

*) Kremsier, Stadt von 4600 Einwohnern an der March, in Mähren. Das dortige gräfl. Schloß ist der gewöhnliche Sommersitz des Erzbischofs von Olmütz, von welcher Stadt Kremsier 4½ Meilen südlich gelegen ist.

Nebenrücksichten im Bälde einem gedeihlichen Ende zuzuführen. Wir versehen uns, daß alle zum konstituirenden Reichstage gewählten Vertreter des Volkes, ihrer Pflichten gegen das Vaterland eingedenk, sich angelegen sein lassen werden, pünktlich zur obem bestimmten Zeit an dem bezeichneten teilweiligen Sitze des Reichstages zu erscheinen, um sich daselbst ungesäumt mit der baldigen Lösung der ihm gewordenen großen Aufgabe ernstlich zu beschäftigen. Olmütz, den 22. Okt. 1848. Ferdinand. Wessenberg.

** Unsere Leser erinnern sich, daß bei dem Ausbruche der Unruhen in Wien am 6. Oktober auch ein Theil der Truppen einen Augenblick abgefallen und auf die Seite der Aufrührer getreten war. Vorzüglich die Grenadiere des Bataillons Richter waren es bekanntlich gewesen, die sich einen Augenblick in ihrer Treue hatten wankend machen lassen. Wir haben schon früher bereits gemeldet, daß die große Mehrzahl sehr bald wieder zu ihrer Pflicht zurückkehrte, so zwar daß am 9. schon nur noch 50 Mann fehlten. Es wird uns nun aus vollkommen glaubwürdiger Quelle ein Privatschreiben mitgetheilt, das ganz neue höchst merkwürdige Aufschlüsse über die Mittel gibt, die man angewendet hatte, um die Soldaten von ihrer Pflicht abzuhringen. „Dieselben scheinen, wie das erwähnte Privatschreiben sich ausdrückt — einer teuflischen List unterlegen zu sein. Denn als sie einen Theller der Taborbrücke abgetragen fanden, daher Halt machen mußten, und einem andern Regimente (Nassau?) gegenüberstanden, fiel ein Schuß von dieser Seite auf sie, wahrscheinlich — nein gewiß! — von verruchter Hand abgefeuert, wie in Berlin und anderen Orten, und nicht von einem Soldaten. Die sie umgebenden Studenten u. s. w. ermangelten nicht, sie zur sogenannten Vertheidigung anzueifern, und so geschah das Unerhörte. Daß es ihrerseits kein abscheulicher Verrath war, erhellt schon daraus, daß sie sich willig, wenn auch vielleicht ungern auf den Weg nach Ungarn führen ließen, zuerst zur Eisenbahn, und als sie diese zerstört fanden, zur Taborbrücke, und selbst die Barrikaden, die ihnen den Weg zu letzterer verrammeln sollten, beseitigen! Das hätten sie doch nimmermehr gethan, wenn sie dem Zuruf der sie begleitenden Menge hätten folgen wollen."

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Dienstag, 31. Okt.: „Wallas," Trauerspiel von Ed. v. Schenk. (Hr. Rud: Wallas, als letzte Gastrolle; Hr. Wellosa, Schüler des Hrn. Lang: Mamir, als ersten theatralischen Versuch.)

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Graf Zuggar, von Badenhausen. v. Tavel, von Bamberg. Wiskgrill, Privatier, von Wien. Leichinger, Privatier, von Straubing. Rohler, Bankier, von Augsburg. Baum, Kaufmann, von Eichersch. Wolfsberger, Gastgeber, von Augsburg. Pschmann, Kaufmann, von Eberfeld.

Hotel Maulik. Dr. Kern, aus der Schweiz. Hahnbacher, Privatier, von Augsburg. Dubois, Privatier, von Augsburg. Glo, Kaufmann, von Rhein. Prinzier, Kaufmann, von Manchest. Jan, Kaufmann, von Lyon. Wedinger, Gutsbesitzer, von Minden. Mit Blinshull, Rentiere, aus England. Kern, k. k. Geschäftsträger, aus der Schweiz. Tobler, Bankier, von Zürich.

Gold. Kreuz. Graf Schaffgotsch, aus Schlesien. Maier, Beamter, von Innsbruck. Stauff, Privatier, von Augsburg. Merkens, Kaufmann, von Augen. Schmitz, Fabrikant, von Elberfeld. v. Marx, königl. Oberlandgerichtsassessor, von Berlin. Koller, Privatier, von Salzburg.

Gold. Hahn. Lachermann, Rentenverwalter, von Bink. Erhart, Gutsbesitzer, von Passau. v. Ehlingenberg, von Regensburg. Gräfin v. Hutten, von Dresden. Frhr. v. Ichtritz, Majorsgattin, von Prinzig. Braine und Latten, Offiziere von Dublin. de Crignis, Kaufmann, von Pfaffenhofen.

Blaue Traube. Graf, Fabrikant, von Hanau. Braunschweig, Fabrikant, von Neuschied. v. Cantorl, Privatier, von Salzburg. Dr. Kidd, Professor, von Prag. Pode, k. k. Hauptmann, von Roverebo. Bieland, königl. Rentbeamter, von Burghausen. Doerner, von Straßburg. v. Reuß, Direktionsrath, von Rastatt. Grevius, von Kaiserslautern. v. Lange, Kreis- und Stadtgerichts-Rath, von Augsburg. Dr. Gemeiner, von Aschaffenburg.

Stachusgarten. Ruppert, Kaufmann, von Iserlohn. Mahl, Gutsbesitzer, von Berlin. Bauer, Techniker, von Innsbruck. Wessinger, Maler, von Stuttgart. Leverer, Studierender, von Augsburg. Abröll, Waisenaufseher, von Mindelheim. Heber, Buchbinder, von Haag. Pirmingham, Kaufmann, von Köln. Weiß, Brauer, von Aichach.

Gestorbene in München.

Augustine Blasowitsch, dürgerl. Schiffersrelikt, 40 J. a. Zeitlz Weber, königl. Landrichtersgemahlin von Landau, 46 J. a.

Der Unterstützungsverein für israelitische Ackerbau- und Handwerkslehrlinge in Bayern

fordert diejenigen bayerischen Israeliten, welche den Ackerbau oder ein Handwerk zu erlernen gesonnen sind, und die Unterstützung dieses Vereines dabei ansprechen wollen, auf, sich unter Beibringung von Zeugnissen über bisher gepflogene gute Aufführung und über ihre Mittellosigkeit von heute bis längstens 3 Monate portofrei anher zu melden.

Wegen der nähern Bestimmungen beliebe man die §§. 3 bis 7 der Statuten nachzusehen, welche bei den vorherigen Raddinaten vorliegen.

Der Verwaltungs-Ausschuß.

München, den 29. Okt. 1848.

H. Rub, Rabbiner.

214. Arnold Marx.

218.

Unterricht

in der

französischen und englischen Sprache

ertheilt unter billigen Bedingungen der Unterzeichnete nach einer leichten und schnell faßlichen Methode, welche vollkommene Gründlichkeit keineswegs ausschließt.

Wer Theilnehmer wünscht, läßt sich vormerken bei

Borchardt, Sprachlehrer,

Windenmachergasse Nro. 4, 2 Stiegen links.

Bekanntmachung.

216. Bei dem königl. Polizei-Kommissariate Kaisheim ist die Stelle eines funktionirenden Polizei-Aktuars erledigt. Bewerber, die ihre Befähigung nachzuweisen vermögen, wollen sich an das genannte königl. Polizei-Kommissariat ungesäumt wenden.

Avertissement.

Aufforderung an Studierende.

217. Von den Stipendien, welche der zu Dinkelsbühl verstorbene Magister Abraham Zeplin von hier für 4 dürftende Jünglinge der Zeplin- und Gradenschen Familie gestiftet hat, sind durch Austreten 1 auf der Zeplinischen und 2 auf der Gradenschen Seite vakant geworden.

Es werden diejenigen diesenigen, welche dermalen Anspruch auf den Genuß der erwähnten Stipendien machen zu können glauben, aufgefordert, sich über ihre Ansprüche binnen 30 Tagen bei der unterzeichneten Stelle auszuweisen.

Schwäbisch-Gmünd den 28. Okt 1848.

Stiftungs-Rath.

Die Vorstände:

Stadtrath Stefan Meier. Stadtschultheißenamts-Verweser Cohn.

Stelle-Gesuch.

210. (2b) Ein im Tax-, Hypotheken-, Notariats-, Konkurs-Prinzipien-, Brandversicherungs-, Gemeinde- und Stiftungs-Rechnungs-Wesen, sowie sonstigen Kommissariatsgeschäften vollkommen routinirter Landgerichts-Oberschreiber, sucht in gleicher Eigenschaft anderweite Stellung, und könnte allenfalls sogleich eintreten. Das Nähere durch die Expedition.

Stelle-Gesuch.

164. (3) Ein junger Mensch von 30 Jahren, der schon 4 lateinische Schulen absolvirt hat, wünscht als Bayerisch bei einer Herrschaft, oder als Aufgeber in einem Bankierhause, oder in einer Handlung, oder sonst an geeigneter Stelle placirt zu werden. Das Nähere bei diesseitiger Expedition.

211. (3b) Der Ausschuß der mechanischen Baumwoll-Spinnerei- und Weberei in Augsburg beehrt sich hiemit bekannt zu machen, daß die, durch Beschluß der Generalversammlung vom 23. Mai d. Js. angesetzte Zahlung des am 1. Juli d. Js. fällig gewesene Actien-Coupon, nunmehr am kommenden 15. November mit fl. 55 per Stück geleistet werde.

Augsburg den 26 Okt. 1848.

Fr. Schmidt, Vorstand.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Die bisherige Thätigkeit der provisorischen Zentralgewalt.

Seit dem 29. Juni, wo Erzherzog Johann als Reichsverweser an die Spitze Deutschlands berufen worden, sind nahezu vier Monate verflossen. Ein Rückblick auf die Thätigkeit der Zentralgewalt ist nun wohl gerechtfertigt. Will man aber diese Thätigkeit einem Urtheil unterwerfen, so muß man die Mittel erwägen, welche der prov. Zentralgewalt zu Gebote, und darf die Schwierigkeiten nicht verkennen, welche ihr entgegen standen. Thut man dies nicht, so wird das Urtheil ein ungerechtes. Wer die Geschichte kennt, was zugeben, daß noch nie eine Regierung in einer ähnlichen Lage war. Kaum „provisorisch" constituirt schon an, daß das Reichsministerium nicht mit derjenigen Macht ausgerüstet sein konnte, welche einer definitiven Gewalt zu Gebote steht. Dazu die Verschiedenheit der Größe der einzelnen deutschen Länder und somit die Verschiedenheit in der willigen Unterordnung oder in dem Festhalten an den Partikularsouveränitätsmus. Dann die Nachtheit des Uebergangs, das Ungewohnte einer Zentralleitung in Deutschland, die fortwährenden Erschütterungen im Innern, der Krieg im Norden ohne Flotte, die Gefahr, welche aus dem Kampfe in Italien drohte, die Ungewißheit über den Entwicklungsgang in Frankreich — alles das darf bei einer Beurtheilung nicht außer Betracht bleiben. Will man aber gar die Thätigkeit der prov. Reichsregierung mit derjenigen der Regierungen irgend eines Nachbarlandes vergleichen, so vergißt man oder weiß es nicht, daß Manches, da das Meiste, was dort und als schöpferische Handlung begann, Monate, Jahre lang vorher hat vorbereitet werden müssen. Wenn auch erst eine spätere definitive Regierung die Früchte der Vorbereitungen ernten sollte, welche die jetzige provisorische getroffen, so behalten diese Vorbereitungen darum nicht minder ihren vollen Werth.

Solcher Vorbereitungen und Einleitungen hat das Handelsministerium sehr wichtige getroffen. Es hat wegen des Zollanschlusses alles deutschen, noch nicht zum Zollgebiet gehörenden Länder Vorbereitungen mit den betreffenden Bevollmächtigten gepflogen, und wo Verträge von deutschen Einzelstaaten mit außerdeutschen Staaten im Wege stehen, deren Beseitigung vorbereitet. Schon vor Wochen hat es der Nationalversammlung die Grundzüge seines brabbeständigen Verfahrens in Zoll- und Handelssachen vorgelegt. Obschon die Nationalversammlung diese Vorlage noch nicht berathen, hat dennoch das Handelsministerium seine Thätigkeit fort gesetzt und neuerlich für die Errichtung von Reichskonsulaten sowohl was die Sache, als was die Personen betrifft, Vorbereitungen getroffen. Nicht minder sind die Einleitungen zu Handels- und Schiffahrtsverträgen (z. B. mit Nordamerika) gemacht, und auch der jungen deutschen Kriegsflotte und dem Heranziehen von tüchtigen Kräften für die künftige Uebernahme der Marineangelegenheiten hat das Handelsministerium einen Theil seiner Thätigkeit gewidmet.

Für diese zu schaffende Marine, wie für alle sonstigen gemeinsamen Bedürfnisse des deutschen Bundesstaates die Gelegenheit herbeizuschaffen, ist Aufgabe des Reichsfinanzministeriums. Es hat die verschiedenen Seiten der früheren Bundesversammlung übernommen, der Nationalversammlung genauen Bericht darüber erstattet und derselben vor Kurzem das erste deutsche Budget vorgelegt. Die größten Summen desselben sind bestimmt für die deutsche Kriegsflotte, den Ausbau und die Unterhaltung der Reichsfestungen, und für die Reichstruppen. Die Voranschläge für die Ministerien selbst sind die zeigt niederer als in irgend einem Staate. Die Gehalte der Minister und Unterstaatssekretäre zu bestimmen, ist der Versammlung selbst überlassen

zu Gunsten einer mit Gewalt zur Herrschaft emporgehobenen Minderheit. Aber nicht bloß die Freiheit ward an diesen Tage gerettet, auch die Gestung, deren Feinde in dem Raubzuge Struve's, in den kannibalischen Morde zweier Abgeordneten und in der an verschiedenen Orten darüber laut gewordenen entsetzlichen Freude jedem Vaterlandsfreunde nun warnend genug vor Augen schweben müssen. Das solchen Grundsätzen, deren Symbol nach eigener Wahl die Farbe des Blutes ist, nicht die Zukunft gehört, dafür müssen alle Rechtsstaffen zusammenstehen. — Wollen wir aber die Thätigkeit des Reichsministeriums des Innern verfolgen, so liegt es in der Natur dieser Thätigkeit, daß sie aus allzu vielen Einzeloerfügungen besteht, daß sie in diesen Spalten genauer dargestellt werden könnte. Es bleiben daher nur einige Anordnungen allgemeinern Interesses zu berühren übrig. Wir erwähnen hieron die Regulirung des Verkehrs der Zentralgewalt mit den Bundesbehörden der Einzelstaaten, die Abschaffung aller Titel für den amtlichen Verkehr mit der Zentralgewalt, die mit Erfolg gekrönten Verhandlungen mit Hannover über die unbedingte Anerkennung der Zentralgewalt und die Aufforderung an die Einzelregierungen, die von der Nationalversammlung beschlossene Befreiung von Grund und Boden schon jetzt vorzubereiten. Die wichtigste Aufgabe, die dem Reichsministerium des Innern in Verbindung mit dem des Justiz geworden, ist aber unstreitig die Gesetzgebung der Anarchie und die Herstellung eines gesetzlichen Zustandes. Die Freiheit der Ueberzeugung, der Person und des Eigenthums muß geschützt sein nicht bloß gegen Unterdrückung von Oben, sondern auch gegen Gewaltthätigkeit von Unten. Die Deutschen würden sich der Freiheit unwürdig erweisen, wenn damit die Freiheit des Verbrechens proklamirt wäre, wenn es einer freveltaten Partei freistehen dürfte, diejenigen zu verfolgen, die nicht ihrer Meinung sind. Was von Meinungen nicht ertragen wurde, wollen wir nun auch nicht von neuen Tyrannen ertragen. Die wahre Freiheit besteht nur, wenn sie für Alle besteht, und die Freiheit Aller schützt nur das Gesetz. Wer das Gesetz stärkt, stärkt die Freiheit und darum hat es das Reichsministerium des Innern wie der Justiz als seine wichtigste Aufgabe erkannt, die Regierungen zur Handhabung der Gesetze aufzufordern, und sie da in dem Aufrechthaltung von Reichsgesetzen mit Militärstaffen zu unterstützen. Aber nicht bloß zur Erlangung einer gesetzlichen Freiheit hat sich das deutsche Volk im März erhoben; auch nicht bloß die Einheit sollte damit errungen werden — Deutschland sollte auch ein mächtiger Staat werden, geachtet und noth wendig, gefürchtet vom Ausland. Ein solches Verlangen steht das deutsche Volk. Wie könnte aber ein Staat stark werden gegen Außen, wenn in seinem Innern beständig Aufruhr und Bürgerkrieg geschürt werden dürften? — Das früher mächtige Polen ging an innerem Streite zu Grund. Wie lange waren Frankreichs Armeen durch den Aufruhr in der Vendée gelähmt! Die verbrecherische Wühlerei, die kein Mittel der Lüge und Verläumdung scheut, Gesetzlosigkeit als Freiheit predigt, Schandthaten zu Heldenthaten verkehrt und alle edlere Sitte und Religion verleugnet, sie ist es, die nicht allein, weil sie alles Vertrauen untergräbt, Handel und Gewerbe vernichtet und das ganze Land verarmt, sondern sie ist es auch, die Deutschland an dem Aufschwunge zu Stärke und Macht nach Außen hindert. Russen und Franzosen mögen sich über unsere innern Erschütterungen freuen, aber alle guten Deutschen sollten endlich zusammenstehen, um sie für alle Zukunft unmöglich zu machen.

Monarchie und Republik.

(Eingesendet.)

Es ist wahrhaft sehr schmerzlich für den ächten Freund der Freiheit, der Ordnung und des Friedens, zu sehen, zu hören und zu lesen, wie im Allgemeinen die Hauptsache hinausgetrieben wird, um allein die Personen und Parteien zu bekämpfen, zu verdächtigen und zu Grunde zu richten.

Nicht die politischen Grundsätze, nicht die Prinzipien, nicht die Meinungen werden unterjucht, beleuchtet oder auch bekämpft; sondern nur die Personen, als wenn nur diese und nicht die Sache unserer Beachtung würdig und werth wären. Es wird nicht gestritten wegen der Vorzüge oder Nachtheile des monarchischen Regierungssystems, in Vergleich zu jenen des republikanischen, sondern nur gegen die — Anhänger derselben. Diese allein sind das Ziel aller Kämpfe und Streitigkeiten. Würden die Ansichten und Meinungen der Parteien mit ruhiger Fassung und ohne Vorurtheil gepräft und erörtert werden, so würde man gewiß zu der gewünschten Einigung gelangen! Niemand kann es läugnen, daß sowohl die Monarchie, wie die Republik ihre Vor- und Schattenseite habe! Das Ziel aber, nach welchem alle redlichen Männer aller Parteien streben sollen, ist, das leibliche und geistige Wohl ihrer Mitmenschen dauerhaft zu begründen und zu befestigen. Wer nach andern Zwecken zielt, der ist weder ein Freund des Volkes, noch des Vaterlandes!

Ich habe mich bemüht zu beweisen,*) daß die meisten und größten Nationen der Welt vor uralter Zeit nach monarchischen Prinzipien regiert wurden und noch werden, und daß jene Völker, welche unter republikanischem System regiert werden, nur einen kleinen Theil des Ganzen ausmachen. Die Geschichte erzählt uns nur von Monarchien, und wie die Republiken aus kleinen Monarchien entstunden; z. B. Griechenland, Rom u. a. m., und wie sie später wieder in Monarchien sich verwandelten.

Selbst die alten Germanen, Sachsen, Skandinavier ic. behielten ihre republikanische Freiheit nur so lange, als sie in dem Naturzustande lebten, aber mit Einführung der Civilisation, Kultur, Künste u. Wissenschaften, verlosren sie dieselbe und nahmen das monarchische System der benachbarten Völker an. Das Leben- und Feudalwesen ist germanischer Erfindung. Bei Entdeckung der neuen Welt fand man überall Könige! so in Peru, Mexiko ꝛc.

Als die Portugiesen nach Indien kamen, fanden sie überall geregelte Monarchien, ausgezeichnet mit vortrefflichen Institutionen und Gesetzen. Ackerbau, Handel, Künste und Wissenschaften waren bei den Indiern schon bekannt, als die Griechen sich noch mit Thierfellen kleideten und Wurzeln und Eicheln aßen, schon lange vorher, als die Römer mit List und Gewalt sich Weiber raubten!

Der erste Paragraph des Civilgesetzbuches der Indier befahl u. a.: den König muß man lieben und hochachten. Er muß unterrichtet werden, sich selbst, d. h. seine Leidenschaften, zu beherrschen. Er muß seine Unterthanen lieben und gut behandeln, wie seine eigenen Kinder; muß die Wissenschaft beschützen und die Jugend belehren. Er darf weder spielen, noch jagen, und beschützt und vertheidiget er sein Volk nicht, so wird er in die untere Hölle gehen!

Wenn also tausend Millionen Menschen seit mehreren tausend Jahren das monarchische System dem republikanischen vorzogen, warum wird in neuerer Zeit dieß bestritten und das Gegentheil gewünscht?

Es ist leider wahr, daß es zu jeder Zeit Könige gegeben hat, die ihre Gewalt mißbrauchte, ihre Völker unterdrückt und unglücklich gemacht haben; allein auch Republiken haben dasselbe gethan! Wie viel Väter und Mütter stürzen nicht ihre Familie in's Unglück? Soll deshalb das Familienleben abgeschafft werden? Es ist bald keine wahre Ehe?

Aber es ist falsch und grundlos ist auch die Behauptung, als wolle das Volk nicht in einer monarchischen Regierung wissen; denn es ist allgemein bekannt, daß das Volk denjenigen Vater nennt, der ihm seine Nahrung und Fortkommen sichert, und daß es sich gerne und freiwillig von demjenigen regieren läßt, der seine Person und sein Eigenthum am besten beschützt. Die eigentlichen Feinde des Thrones sind nicht selten unter jenen zu suchen, die demselben am Nächsten stehen, und wenn das Volk zuweilen Antheil nimmt an Revolutionen und Umwälzungen, so dient es oft nur als Werkzeug in verschiedenen und dahsüchtige Menschen, welche ihr persönliches Glück in dem Unglücke Anderer suchen. Beispiele dieß können zu tausenden angeführt werden. Es bedarf aber auch keiner hohen Philosophie noch Politik, es ist auch die Versicherung eines Talleyrand's, noch eines Metternich's nicht vonnöthen, um zu gestehen, daß das heutige Europa kein Boden ist, wo die Republiken fruchten könnten. Es bedarf dazu noch der Zungen viel!

Aber eben so wenig kann eine despotische Regierung sich einer langen Dauer in Europa, vorzugsweise in Deutschland, erfreuen, und alle Kanonen und Bajonnete der Welt vermögen nicht, das gerechte Verlangen nach einer naturgemäßen gesetzlichen Freiheit und Gleichheit zu unterdrücken.

Mögen die Fürsten und Völker diese Wahrheit wohl beherzigen und sich dahin vereinigen, um ein solides, dauerhaftes Gebäude aufzurichten, das geeignet ist, Allen und Jedem Schutz und Sicherheit zu gewähren: ohne Vereinigung der verschiedenen Kräfte kann Nichts dauerhaftes entstehen. Nur vereint können die Elemente Nützliches hervorbringen!

Nur eine volksthümliche, konstitutionelle monarchische Regierung ist jetzt nicht nur möglich, sondern vielmehr das wünschenswerthefte.

Die Abneigung, die gewisse Personen gegen ein erbliches Oberhaupt hegen, beruht nur auf Vorurtheilen und Leidenschaften. Wie manchmal in Ausnahme ist es faft nicht denkbar, daß ein König, sei er von Gottes Gnaden oder vom Volke als erbliches Oberhaupt gewählt, ein Feind seines Volkes werde. Wie ein Vater sein Glück in Jenem seiner Kinder findet; so wird und soll ein König sein Glück in jenem seiner Unterthanen suchen und finden.

Da aber der König nicht Alles selbst besorgen noch leisten kann, und daher vieler Gehülfen bedarf, so wird es Aufgabe seiner ernstesten Sorgfalt und heiligsten Pflicht für ihn sein, dieselben aus Männern zu wählen, welche allgemein als wahre Freunde des Königs und des Volkes und als Beförderer des Volkswohles anerkannt sind.

Des gesammten Volkes heiligste Pflicht ist aber auch Männer zur künftigen Ständeversammlung zu wählen, welche den selben Willen und die erforderlichen Fähigkeiten besitzen, mit den Rechten der Krone Gesetz zu machen, die dem Zeitgeiste und den Bedürfnissen aller Staatsangehörigen anpassend sind. Eine schwere, aber auch heilige Aufgabe!

Edle Bayern Alle, die ihr Anfprucb machet auf den bedeutungsvollen Namen eines Volksfreundes, sieds biedern Deutschen! reichet Euch die Hand! Vergesset das Vergangene, um allein das Gegenwärtige und Zukünftige im Auge zu behalten. Die Zeit ist kostbar, laßt sie nicht unbenutzt vorbeigehen!

Vergesse man aber nie, daß je freier ein Volk lebt, desto mehr bekämmte, energischte Gesetze vonnöthen sind: denn das Gesetz muß die Quelle sein, aus welcher Friede, Ruhe, Eintracht, daher auch Wohlstand und Bürgerglück hervorquillen soll! Freiheit und Gleichheit sind nur geistig denkbar. Das Gesetz allein kann dieselben verkörpern.

Wenn aber das Gesetz eine Wahrheit werden soll, so muß daffelbe dem Könige, als Wächter und Vollstrecker deffelben, eine Ehrfurcht und Achtung gebietende Würde, einen gesetzlichen Gehorsam und wo nöthig, imponirende Kraft und Gewalt verleihen!

F. V.

*) Beilage zu Nr. 99 der Neuen Münchner Zeitung vom 21. Okt. 1848.

Die protestantische Generalsynode der Pfalz.

Speyer, 24. Okt. Die ersten vier Sitzungen der protestantischen Generalsynode, welche am 16. Okt. eröffnet wurde, liegen vor. Die erste Sitzung beschäftigte sich fast ausschließlich mit den Wahlen zu den Ausschüssen für den neuen Wahlmodus, für Berathung der Trennungsfrage und für Petitionen. Anwalt Böcking, Berichterstatter des Ausschusses für den neuen Wahlmodus, eröffnete die zweite Sitzung (am 19.) durch die Erklärung, daß die Kommission eine Organisation der ganzen Wahlordnung anzuordnen nöthig befunden habe. Nach kurzer allgemeiner Diskussion wurden die vorgeschlagenen §. 1 und 2 unverändert angenommen. Sie lauten: „In jeder einzelnen Kirchengemeinde besteht ein Presbyterium. Dieses hat in Gemeinden bis zu 500 Seelen 4, bis zu 1000 6, bis zu 2000 8, bis zu 4000 10, und in solchen von größerer Seelenzahl 12 Mitglieder, ausschließlich sämmtlicher Pfarrer, welche als solche ebenfalls Mitglieder des Presbyteriums sind." §. 2: „Wahlberechtigt ist jeder selbstständige, volljährige Ortsbewohner, der seinen religiösen Pflichten gehörig nachkommt, der nicht durch Verbrechen oder Vergehen der Fälschung, des Betrugs, des Diebstahls, der Unterschlagung oder der Sittenverletzung verurtheilt worden ist. Das Urtheil über die Religiosität, Kirchlichkeit und Unbescholtenheit bleibt dem gesunden und religiösen Sinne der Wähler anheimgestellt." Die übrigen mehr formellen Bestimmungen der Wahlordnung wurden in der 4. Sitzung (20. Okt.) fast unverändert angenommen. Man kam dann auf die Bezirkssynoden übergang, beschloß man Zulassung der Pfarrverweser, sowie daß die Presbyterien in Kirchengemeinden bis zu 1000 Seelen 1 Mitglied zur Bezirkssynode und in gleichem Verhältniß steigend je einen wählen. In Bezug auf die Generalsynode wurde, während noch vorgehendem Beschluß in den Bezirkssynoden die weltlichen Mitglieder ein Uebergewicht von zwei Drittheilen gewinnen, einstimmig beschlossen, daß dieselbe aus gewählten Mitgliedern gebildet werde, welche zur Hälfte dem geistlichen, zur andern Hälfte dem weltlichen Stand angehören, und zwar so, daß jede Bezirkssynode auf je 15,000 Seelen ihres Sprengels ein geistliches und weltliches Mitglied wähle. Hiernach würden also künftig etwa 44 Mitglieder die jetzt aus 45 bestehende Generalsynode zusammensetzen, alle aber gewählt sein, während bisher nur 30. Die 4. Sitzung beschäftigte sich mit der Trennungsfrage und einigen Petitionen. In Bezug auf erstere beantragte der Ausschußbericht (Berichterstatter Pfarrer German) unbedingte Aussprechung der Kostrennung und ein Gesuch an die Staatsregierung zur Bestellung eines der unirten Kirche angehörigen Referenten im Ministerium des Innern für die Kirchen- und Schulangelegenheiten der vereinigten Kirche der Pfalz. Anderem wurde ein Beschluß vom 18. Okt. verlesen, wonach der Oberkonsistorialrath Dr. J. Ruft in Rudesland versetzt ist und die Synode zur Bezeichnung von Geistlichen für diese Stelle aufgefordert wird. Für diese Geschäftsstände wurde die 5. und wahrscheinlich letzte Sitzung bestimmt. Dagegen wurde einstimmig beschlossen, daß die nächste Generalsynode sogleich nach Ostern zusammentreten solle, alle Generalsynoden ihren Vorsitzenden und dessen Stellvertreter wählen, den König zu bitten, daß der Generalsynode die Befugniß zur Feststellung ihrer Geschäftsordnung gegeben werde, eine Vorbereitungskommission für die nächste Generalsynode zu wählen, und endlich das Konfirmationsjahr aller protestantischen Knaben auf das 14. Lebensjahr zu bestimmen.

(Allg. Ztg.)

Deutschland.

Baden. — **Freiburg**, 27. Okt. Mit Bedauern geben wir die Nachricht, daß Herr Hofrath Stromeyer, dieser ausgezeichnete Lehrer und Operateur und verlassen wird. Derselbe hat einen sehr vortheilhaften Ruf an die Universität Kiel erhalten und wird zugleich Generalstabsarzt der schleswig-holsteinischen Truppen. (N. F. Z.)

Nassau. — **Wiesbaden**, 21. Okt. (Nass. A. Z.) Am letzten Donnerstage haben diejenigen unserer Landesabgeordneten, welche nicht bei den hier zurückgebliebenen Ausschüssen beschäftigt sind, die Rückreise in ihre Heimat angetreten. Dieser vorher wohl ziemlich allgemein bekannt gewordene Umstand hat nun in Kirberg eine Anzahl mit Prügeln bewaffneter Buben (im sostimmten Sinne des Wortes) veranlaßt, sich an diesem Tage der Eilwagen auf seiner Durchfahrt von hier nach Limburg dort anhielt, dessen Thüre aufzureißen mit den Worten: „Wo ist der Zollmann, den schlagen wir todt; dem soll kein Zahn mehr weh thun, der verethut unsere Sache schlecht!" Erst als sie sich zu ihrem großen Verdruß überzeugt hatten, daß der Landtagsabgeordnete Zollmann dessen Schicksal unter den angegebenen Verhältnissen nicht zweifelhaft erweisen würde, sich nicht unter den Passagieren befinde, zogen sie sich zurück. Als jedoch gleich darauf der Wagen von Kirberg abfuhr, wurde derselbe vor dem Orte von einem dort aufgestellten zweiten Trupp Buben, welche offenbar noch keine Nachricht von der Nichtanwesenheit Zollmann's hatten, mit einem so furchtbaren Steinhagel bombardirt, daß die Pferde und die Passagiere in die größte Gefahr geriethen. Scheiben sind wie in Frankfurt, Pesth und Wien weiblichen Scheußlichkeiten, sowie die ehr- und gewissenlose Haltung einer gewissen Partei unserer Tagesliteratur, welche zwar solche Thaten an sich nicht geradezu billigt, aber sie so natürlich, so menschlich, so entschuldbar und als eine so nothwendige Folge der immer steter auftretenden Reaktion findet, daß sie von den ruchlosen Thätern nicht als Verbrechern, sondern nur als Unglücklichen (namentlich wenn sie verhaftet sind, im andern Falle wird zu milden Gaben für sie aufgefordert) redet, auch bei und bereits ihre Früchte getragen, und nur einem Zufall haben wir es zu danken, daß unser, in der allgemeinen Meinung Deutschlands obnehin nicht am Besten angeschriebenes Land, nicht ebenfalls mit einem solchen unauslöschlichen Schandfleecken gebrandmarkt worden ist, wie die obengenannten Städte!

Schleswig-Holstein, 23. Okt. Die Proklamationen des abgetretenen provisoreschen und der neuen interimistischen Regierungen sind die folgenden: I. Die der provisorischen Regierung. Mitbürger! Sieben Monate sind verflossen, seitdem wir die Leitung der Staatsgeschäfte übernommen. Es war die Stimme des Gewissens, welcher wir folgten; wir konnten und kann nur treu Ihnen bewahren, eine Beute der Gesetzlosigkeit und äußerer Feinde zu werden; wir vertrauten der Begeisterung, welche alle edlen Gemüther im deutschen Vaterlande ergriffen hatte, der Begeisterung für Erringung staatsbürgerlicher Freiheit, für den Wiedereauf bau der Macht und des Ruhmes unseres deutschen Volks. Theure Landsleute! Ihr habt uns treu zur Seite gestanden in den Tagen der Gefahr. Wie dadurch fest zu einander gehalten, haben einmüthig gehandelt, wir wir es vor dem ganzen deutschen Volke und eingedenk der Pflicht unseres Landes verantworten können; wie wir es verweten können als Männer, welchen die Achtung vor dem Gesetze unzertrennlich ist von der Liebe zur Freiheit. Das Ziel unseres Strebens war der Anfrechterhalten und Opfer würdig; sind wir auch nicht zu diesem Laufes an das Ziele gelangt, so haben wir doch die Zuversicht fest, daß wir es erreichen werden. Die Gesetzlosigkeit hat keinen fest zu einander gehalten, haben einmüthig gehandelt, wir wir es vor dem ganzen deutschen Volke und eingedenk der Pflicht unseres Landes verantworten können; wie wir es verweten können als Männer, welchen die Achtung vor dem Gesetze unzertrennlich ist von der Liebe zur Freiheit. Das Ziel unseres Strebens war der Anfrechterhalten und Opfer würdig; sind wir auch nicht zu diesem Laufes an das Ziele gelangt, so haben wir doch die Zuversicht fest, daß wir es erreichen werden. Die Gesetzlosigkeit hat keinen fest und die Gerechtigkeit unserer Sache, auf den Beistand Deutschlands und auf die Festigkeit unseres eigenen Willens. Die provisorische Regierung ist ihrer Pflichten gegen das Land enthoben. Nach Anordnung der deutschen Reichsgewalt und im Einverständnisse mit der schleswig-holsteinischen Landesversammlung haben wir heute die uns anvertraute Gewalt in die Hände derjenigen Männer niedergelegt, welche fast der geschlossen Vertrauge die weiter die Regierung des Landes führen werden. Indem wir in das Privatleben zurücktreten, danken wir Euch, Mitbürger, für die treuige und aufopfernde Unterstützung, welche Ihr der provisorischen Regierung gewähret habt. Schenkt den Männern, welche an unsere Stelle getreten sind, das Vertrauen, welches Ihr uns in so reichem Maße bewiesen; unterstützt sie, wie Ihr uns unterstützt habt, in der Erfüllung ihrer schweren Pflichten, damit sie das von uns und begonnene Werk der Vollendung entgegenführen können. Schleswig, den 22. Okt. 1848.

Besekow. F. Reventlow. M. T. Schmidt. J. Bremer. — II. Proklamation der interimistischen Regierung. Schleswig-Holsteiner! Dem an uns ergangenen Ruf, während der Dauer des mit Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstandes, von der provisorischen Waffenstillstandsrath, die gemeinsame Regierung der Herzogthümer im Namen Se. Maj. des Königs von Dänemark in Ihrer Eigenschaft als Herzog von Schleswig und Holstein zu übernehmen, wobei Ihre Machtvollkommenheit, unter Ausschluß der einstweilen ruhenden, gesetzgebenden Gewalt und übertragen ist, sind wir mit Zustimmung der Landesversammlung gefolgt. Es mit nur hiebei allein von der innigsten Liebe zu unserem theuren Vaterlande geleitet worden sind, so werden wir auch unablässig bestrebt sein, innerhalb der durch die Waffenstillstandskonvention und deren Ratifikation gezogenen Grenzen das Wohl des Landes nach Kräften zu fördern. Bei der Schwierigkeit der Verhältnisse, unter welchen wir diese Regierung antreten, erbitten wir in dem Vertrauen der aus den Wahlen des Volkes hervorgegangenen Landesversammlung, in Ihrer durch vielfache Opfer bethätigten Vaterlandsliebe aller Bemühung des Landes und in der Anerkennung dieser Regierung von Seiten der betheiligten Mächte, eine sichere Gewähr für die Lösung der uns gestellten Aufgabe. Anerkannt als die für die Zeit des Waffenstillstandes allein rechtmäßige Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein, werden wir es als unsere heilige Pflicht ansehen, die unveräußerlichen Rechte des Landes nicht minder als die der Krone zu wahren und für die unparteiische Anwendung der Gesetze zu Gunsten der dänisch, wie deutsch redenden Bevölkerung Sorge zu tragen. Wie hegen den lebhaften Wunsch, die Verhältnisse des Landes baldmöglichst durch einen ehrenvollen Frieden geschlert zu sehen. Wo dahin wird unser Augenmerk darauf gerichtet sein, die Sicherheit, welche der Waffenstillstand auf längere Zeit gegen äußere Störungen in Aussicht stellt, unter steter Vervollständigung der noch immer ungewissen Zukunft des Landes, für die Entwickelung der Kraft und des Wohlstandes desselben, fruchtbringend zu machen, und die Stockungen zu beseitigen, welche die Macht der Verhältnisse in der Verwaltung, in der Freiheit des Verkehrs, so wie in der Benutzung der gewohnten Erwerbsquellen theilweise herbeigeführt hat. Dabei werden wir es und zur unabweichlichen Aufgabe machen, den Frieden zu befestigen und die begonnene freiere Entwicklung des öffentlichen Lebens, wie sie im Staatsgrundgesetz vorgezeichnet ist, durch eine kräftige Handhabung der öffentlichen Ordnung gegen unheilvolle Störungen sicher zu stellen. Unsere Bekanntmachung vom heutigen Tage ergibt, in welchem Umfange wir die Aufrechterhaltung der seit dem 17. März d. J. erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln, unbeschadet der Bedingungen eines künftigen Friedens, für unerläßlich erachtet haben. Schleswig-Holsteiner!

An Euch ist es nun, durch besonnene Haltung und bereitwillige Unterstützung unserer Bestrebungen das begonnene Werk zu fördern und der Regierung durch Euer Vertrauen auch im Innern Stärke zur Ueberwindung der Schwierigkeiten zu verleihen, welche sich ihr in den Weg stellen möchten. Flehet mit uns zu dem Allmächtigen, daß er beschütze unser theures Vaterland, daß er Kraft gebe und und allen seinen Bewohnern in unserm einigen Bestreben für das allgemeine Beste Gedeihung, den 22. Oktober 1848. Die zur gemeinsamen Regierung Schleswig-Holsteins Verordneten. Th. Reventlow. Boysen. Heintze. A. Moltke. Preußer.
(Wesser-Z.)

Preußen. — △ Berlin, 27. Okt. Die gestern gemeldete Aufregung des souveränen Volks beim Zeughause verlief ohne weitere Folgen. Der mit Waffen ꝛc. abgehende Kahn mußte von der Bürgerwehr, die indeß auf den Allarm sehr spärlich sich einfand, bis zur Aichnischen Schwimm- und Badeanstalt geleitet werden. Namentlich bei der Vorlage der Brücken war der Schutz nothwendig. Die Unterbaumbrücke mußte sogar vollständig geöffnet, wurde aber sehr bald, als die Bürgerwehr erschienen war, wieder geschlossen. Das Zeughaus war von einem Kommando Jäger und anderer Infanterie besetzt. Von den ersteren soll einer, wie das Volk bemerkt haben will, während des Auszuges auf einen der Volksredner angelegt haben.

Oesterreichische Monarchie.

Mailand, 22. Okt. Außer einem Tagesbefehl, durch welchen das Heer von falschen Nachrichten gewarnt wird, hat der Feldmarschall so eben Sr. Majestät dem Kaiser eine Ergebenheitsadresse im Namen der italienischen Armee übersendet. Sie lautet: „Majestät! Mit Entrüstung hat die Armee in Italien die Ereignisse von Wien vernommen! Tiefer Schmerz ergriff die wackeren Männer derselben; Soldaten der österreichischen Armee haben ihre Pflicht vergessen, ein tapferer General früherer Zeiten wurde vor den Augen der ihm beschützen sollenden Wache feige gemordet, sein Leichnam geschändet! Kaiser und Völker haben sie unerschütterliche Anhänglichkeit und Treue Eurer Majestät kundgegeben — sie schaaren sich um ihren Kaiser, der wie sie Oesterreich und seine Freiheit liebt! Die Armee von Italien, begeistert im Hinblick auf jene Güter, hat siegreich die Angriffe eines frechen Feindes zurückgewiesen, und steht zu fernerem Kampfe bereit — eine starke Schutzwehr — an der Grenze des Reiches. Nicht Zwietracht, nicht Haß und Zerstreuung herrschen in ihren Reihen: Der Gedanke an Kaiser und Vaterland beseelt die Gliederen dieser großen Familie, einem Zeichen nur, dem alten Aar Oesterreichs, dem Zeugen so vieler herrlicher Thaten, folgen sie im Kampfe, folgen sie zum Siege. Im edlen Wetteifer in Treue und Aufopferung für den gütigsten Monarchen, werden unsere Brüder dem Beispiel der Armee von Italien folgen — und Oesterreich und seine Freiheit werden glänzend aus diesem Kampfe hervorgehen. Genehm Ew. Majestät diese Gesinnungen der Armee von Italien, welche ich als deren Organ, alter Führer und ältester Genosse aussprechen mußte — huldvollst den täglichen Beweisen von Treue und Ergebenheit der Völker aller Länder des Reiches — anzureihen: Radetzky, Feldmarschall.
(A. Z.)

Italien.

Sardinien. — * Die Deputirtenkammer zu Turin hat am 21. mit einer Mehrheit von 19 Stimmen (77 gegen 58) zu Gunsten des Friedens und für Verlängerung des Waffenstillstandes sich ausgesprochen. — Durch kgl. Ordonnanz vom 22. ist der General Bava zum Oberbefehlshaber des kgl. Heeres, der polnische Generallieutenant Chrzanowski zum Chef des Generalstabs, der Generallieutenant Olivieri zum Generalkommandanten der Truppen der Division von Alessandria, der General Ramorino zum Oberbefehlshaber der lombardischen Truppen ernannt.

Frankreich.

△ Paris, 27. Oktober. Die Nationalversammlung hat gestern die Debatte über die Zeit der Präsidentenwahl begonnen. Das vorgelegte Dekret setzt bekanntlich den 10. Dezember dafür an. Für Festhaltung desselben sprachen O. Barrot und General Cavaignac. Graf Molé dagegen ist der Ansicht, daß man dazu erst schreiten solle, wenn die ganze Verfassung, nicht allein das schon votirte Grundgesetz, sondern auch die organischen Gesetze vollendet sein würden, weil sonst Reibungen zwischen der Nationalversammlung und der neuen unabhängigen Gewalt des Präsidenten zu befürchten wären. Diese Besorgniß wurde zumal im Hinblick auf die Möglichkeit, daß ein Bonaparte Präsident werden könnte, geäußert. Auf diesem sprach auch Hr. Dupin für den 10. Dezember. General Cavaignac entschiedene Sprache machte einen günstigen Eindruck auf die Versammlung, welche mit 587 gegen 232 Stimmen für den 10. Dezember entschied. — Heute wurde die Berhandlung der übrigen Artikel des Dekrets fortgesetzt, welche die Abstimmungsweise bei der Präsidentenwahl regeln. — Der Moniteur bringt heute noch nicht die Ernennung des Hrn. Recurt zum Seine-Präfekten. — Der heutige Wochenbericht der Bank lautet abermals nicht günstig; ihr Portefeuille hat abermals in der abgelaufenen Woche um 2 Millionen sich vermindert. Die Kurse sind deßhalb an der Börse gewichen. — Am Allerheiligentage wird an der Barriere Monts-Parnasse abermals ein Bankett der „Rothen" unter dem Vorsitze Ledru-Rollins stattfinden.

Paris, 24. Okt. Nachdem nun Graf Teleky bereits seit einem Monate vergeblich hier ist, nun von der französischen Regierung einen thatsächlichen Beweis der „Sympathien" der Republik für die Sache der Magyaren zu erweisen, hat Kossuth vor einigen Tagen einen seiner Vertrauten, dessen Namen mir entfällt, hierher geschickt, um dringend französischen Schutz zu verlangen, wenn Ungarn im Kampfe gegen Oesterreich nicht unterliegen solle. Ich brauche wohl kaum beizufügen, daß der neue Abgeordnete Kossuth's nicht glücklicher sein wird, als sein Vorgänger. So sehr es die französische Republik gern gesehen hätte, wenn die Ungarn aus eigener Kraft die Lodreißung von Oesterreich durchgesetzt hätten, nun sich unter den Schutz und die Gönnerschaft Frankreichs zu stellen, so sehr streng das französische Kabinet jetzt, wo es die Niederlage der Ungarn als unvermeidlich ansieht, jeden Schein von sich zu wälzen, als ob es diesen Feuer hätte schüren helfen. Was die Magyaren betrifft, so mögen sie sich aus der Klemme ziehen, wie es ihnen beliebt. Selbst der National, bisher der Vorkämpfer der magyarischen Interessen in der hiesigen Presse, schickt sich nun an, den Magyaren den Rücken zu kehren. Ueberhaupt, seit Girardin's „Presse" die lügenhaften Berichte der Magyaren durch wahrheitsgetreue Meldungen aus Wien zu widerlegen beginnt, zeigen sich die hiesigen Blätter im Ganzen wenig geneigt, der Sache der Magyaren das Wort zu reden. Seltsam genug, aber Sie finden in unsern hiesigen Blättern gegenwärtig keine einzige jener Lobhudeleien, womit sich deutsche Zeitungen, wie die Berliner Zeitungshalle, die Breslauer Zeitung, und ähnliche Blätter den Magyaren zu Füßen legen. Hier nennt man die Magyaren jetzt die „Okkupanten der Donau." Wer in Frankreich lächerlich geworden ist, der ist in der öffentlichen Meinung für immer vernichtet; die Lächerlichkeit „schlägt todt", wie das alte Sprichwort sagt, und diesem Schicksal sind hier die Magyaren und ihre Schleppträger verfallen. (K. Z.)

Großbritannien.

* London, 26. Okt. In dem gestern stattgehabten Kabinetsrathe wurde, wie man aus guter Quelle vernimmt, die Begnadigung der wegen Hochverrath verurtheilten Irländer verhandelt. Die Grundsätze der Humanität sollen gesiegt haben. — Die hier anwesenden Nationalgarden von Paris sind auch dem Lordmayor durch den Gesandten der französischen Republik vorgestellt worden. Die Aufnahme soll eine sehr freundschaftliche gewesen sein. — Von Dublin vernimmt man, daß die Regierung dort alle Maßregeln getroffen hat, einen etwaigen Versuch zur Befreiung des Herrn Gavan-Duffy unmöglich zu machen. — Konsols: 85, 85⅛ G.

Nachschrift.

Bayern. — * Haag, 30. Oktober. Bei der heute stattgehabten Wahl zur deutschen Nationalversammlung ist der bekannte Hofrath Dr. Buß aus Freiburg (in Breisgau) zum Abgeordneten an des ausgetretenen Dr. Rubwandl Stelle gewählt worden.

Prag, 28. Okt. Heute veröffentlicht das Landespräsidium folgende Kundmachung: „Ueber meine Anfrage kam mir heute um 7 Uhr Abends vom Minister Wessenberg folgende telegraphische Depesche zur Gesten um 11 Uhr Morgens sind ein Angriff auf die Truppen in der Leopoldstadt statt, dessen Resultat unbekannt. Fürst Windischgrätz hat einen neuen Termin von 24 Stunden gegeben. Morgen hoffe ich Näheres zu liefern." Vom k. k. böhm. Landespräsidium. Prag am 27. Okt. 1848. Wessérz, k. k. Gub. Vizepräsident."

Berlin, 28. Okt. Es geht seit heute Nachmittag in der Stadt das Gerücht, daß der Ministerpräsident eine Depesche erhalten, wonach Wien nach sechsstündigem Bombardement kapitulirt habe. (N. K.)

Schleswig-Holstein. — Es ist eine Proklamation der neuen Regierung an die Bewohner Alsens und Arröes erschienen, veranlaßt dadurch, daß beide Inseln sich seit dem Frühjahr d. J. im Besitz der Dänen befunden haben, das Regiment auf denselben jetzt aber auf die neue Regierung übergehen soll. Es ist nämlich zufolge der Waffenstillstandskonvention den Dänen zwar gestattet, zum Schutz ihrer auf Alsen befindlichen Hospitäler dort eine Truppenabtheilung zu halten, dagegen aber kein Theil der Herzogthümer vom Wirkungskreis der gemeinsamen Regierung ausgeschlossen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Paris, 27. Okt. 3proz. 44.45. 5proz. 68.50. **Schuld** —. **Bankaktien** 1505.—. **Stadtobligationen** 1120.—. **Vier Kanäle** 842.50. **Compt. von Algier** —. ⅝ **Belg.** 5proz. von 1840 77⅞. von 1842 77½. 4½proz. — 3proz. — 2½proz. —.—. **Belg. Bank** —. **Neap.** 5proz. 79.—. **Röm.** 5proz. 63½. **Span.** 3proz. 22½. **Aktiva** —. **Passiva** —. **Piem.** 885.—. **Paris** —.—. **St. Germain** —.—. **Versailles (rechte)** —. **(linke)** 97.50. **Orleans** 607.50. **Rouen** 380.—. **Havre** —.—. **Marseille** 175.—. **Basel** 82.50 **Bierzon** 233.75. **Boulogne** —.—. **Bordeaux** 368.75. **Nordbahn** 353.75. **Montereau** —.—. **Lyon** 362.50. **Straßburg** 330.—. **Rantes** 315.—. **Dieppe** —.—. **Creaux** —.—. **Montpellier** —.—. **La Teste** —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Dienstag, den 31. Oktober 1848.

Aus Wien.

** Wir haben diesen Abend (30. Oktbr. wieder einige Wiener Blätter brauchbaresweise erhalten. Die Wiener Zeitung vom 27. das Journal des Oesterr. Lloyd vom 25. Okt. in einem halben Bogen, dann das Abendblatt der Oesterr. Allg. Ztg. vom 25., so wie die Morgenausgabe desselben Blattes vom 26. Wir entnehmen denselben noch einige Nachträge. Die Wiener Zeitung bringt in ihrem amtlichen Theile das in unserm heutigen Hauptblatte schon mitgetheilte kaiserliche Manifest vom Oktober vom 22. mit folgendem Begleitschreiben des Ministerpräsidenten Wessenberg. „An den Herrn Präsidenten des Oesterr. Reichstages. Ich habe die Ehre dem Herrn Präsidenten des Reichstages beiliegenden Erlaß Seiner kaiserlich königlichen Majestät mit dem Ersuchen zu übersenden, davon alsbald die hohe Reichsversammlung in Kenntniß zu setzen, und mit den Empfang zu bescheinigen. Für den Fall aber, als der Reichstag seine Sitzungen unterbrochen haben sollte, wäre der Befehl Seiner kaiserlich-königlichen Majestät mittelst öffentlicher Kundmachung den Mitgliedern der Reichsversammlung zur Kenntniß zu bringen. Olmütz, den 22. Oktober 1848. Der Ministerpräsident, Wessenberg m. p." — Die oberste Hofpostverwaltung macht unterm 25. bekannt, daß die am 23. und 24. von ihr abgefertigten, vor der Linie aber angehaltenen Züge, 31 an der Zahl, von der Wiener Staats-Zentralkasse für die Provinzial-Einnahmskasse in Triest aufgegeben worden waren, und nur Staatsdruckerei im Ganzen 9020 fl. enthielten, welche den zu Triest äußerst fühlbaren Mangel an Ausgleichungsmünzen in Triest zum Zwecke hatten. — Am 26. Morgens erschien eine neue Proklamation des Oberkommandanten Messenhauser, worin er seine „Beruhigung" über die Einsicht und den Eifer ausdrückt, mit welchem der Barrikadenbau und die Aufwerfen anderer Verschanzungen geschehen, die Wohlgesinnten der rohesten Forderung dieser Arbeiten hervorhebt, und den „Eifrigen und Erfahrungsreichen" öffentliche Belobung verspricht. Er glaubt nach dem Eintreffen einer festen Erklärung des Feldmarschalls werde es nicht zu einem ernstlichen Gefechte kommen, die Pfahlketten können vielleicht auch auf eine leichte Kanonade hinanstanden, und darüber setzt er dann den Kommandanten der Linien mit allem Nachdruck als militärische Gewissenspflicht an das Herz": „Man muß eingelne Schüsse hinnehmen ohne sie zu erwidern, solches ist maaßige Festigkeit, solches ist der Beweis wahren Muthes. Ohne Zweck und ohne Befehl vom Oberkommando fechten, ist Leichtsinn; wenn bedeutende Munitionen verschossen werden in Aubetracht unserer Mittel sogar Verbrechen. (Demnach steht es an hinreichendem Kriegsbedarf.) Man muß die Zahl der Wohlgarte nicht überladen. Wer sich in Linien nach Vertheidigung schreien, so muß es wohl geschehen; daß ich dorthin keine Unterstützung schicken kann, wo sie ammeisten Noth thut. . . . . Ich ersuche die Herren Kommandanten in dieser Hinsicht ihren Mannschaften zuzusprechen, sie auf die tiefe Bedeutung meiner Worte aufmerksam zu machen und das Ober-Kommando nicht mit Gewalt zu der Ansicht zu bringen, daß es hier nur um Munition und Menschen vor der Zeit zu verschwenden."

Das Journal des Oesterr. Lloyd vom 25. berichtet unter der Ueberschrift „Unfähde in Wien," daß in der Sitzung des Gemeinderaths am 24. der Oberkommandant Messenhauser mit General Bem erschien, wie man glaubte, um auf wichtige Vertheidigungsmaßregeln aufmerksam zu machen. Allein nach einem ungemein pomphaften Schweigen erklärte der Bürgerausschuß Stiffft, General Bem, der stillschweigend dasaß, sei uns gekommen um sich vorzustellen, daß der Oberkommandant irgend einen Vortrag zu halten habe, erwiderte dieser, er und General Bem seien eingeladen worden in den Gemeinderath zu kommen. Das war nicht der Fall, und die beiden Herren empfahlen sich wieder. Aus den Permanenzprotokollen erhellte, daß Hauptmann (von der Garde) Thurn in der Nacht vom 24. auf den 25. das kaiserlichen Schloß Hetzendorf von fünften Windischgrätz empfangen worden war. Dieser habe zu den sich eben empfehlenden Generalen geäußert: „Meine Herren, ich muß die Ruhe in Wien wieder herstellen." Dabei sprach er von seinen 100 Kanonen, von seiner ganzen Militärmacht u. s. w. Nachdem sich die Generale empfohlen hatten, übergab der Fürst dem Parlamentär 100 Exemplare der zweiten Proklamation und erklärte ausdrücklich, daß er befriedet sei, das Manifest vom 19. und die Errungenschaften bis zum 26. Mai einschließlich aufrecht zu halten. Am 24. Morgens 10 Uhr erschien General Mattauschek in der Permaarny, und beklagte sich über einen Offizier der Nationalgarde Namens Fenaeberg, der ein Dokument zerrissen habe. Der Oberkommandant wurde zu einer Zurechtweisung des Fenaeberg aufgefordert. Es entspann sich darauf eine Debatte über Krieg oder Frieden, in welcher Baron Wachdorf energisch für diesen, dagegen die Demokraten Stiffft, Wessely u. s. w. heftig für jenen sich aussprachen. Angenommen wurde ein Antrag Freund's an den Fürsten Windischgrätz ein schriftliches Memorandum sammt Protest zu richten, und der Antrag Dr. Bellmezzi's, in Berichtung Aufforderung an den Fürsten Beschluß dem Fürsten Windischgrätz zu berichten. In der Morgensitzung am 25. wurde darauf beschlossen das Memorandum durch zwei Abgeordnete (Minter und Brotbuber) dem Fürsten zukommen zu lassen. — Im Stadtentaloge wire wurde am 25. beschlossen, das Landvolk durch Estaffetten von der Lage der Reichsangelegenheiten zu unterrichten. Die Studenten haben einen „dringenden Aufruf" erlassen zu allgemeiner Theilnahme an den Vertheidigungsarbeiten, Verschanzungen, Barrikaden u. s. w.

Die Allg. Oesterr. Zeitung bringt eine lange Protokollation des Oberkommandanten Messenhauser vom 25., die eben so schwülstig gehalten ist als seine früheren, uebrigens aber Anordnungen für die Vertheidigung der Stadt, das Verhalten und den Dienst der Garde gibt. Wien 25. Oktober 9 Uhr Abends" an wurde die Stadt in Belagerungszustand (nach einer späteren berichtigenden Proklamation blos in Vertheidigungszustand) erklärt, die Vorstädte in acht Bezirke getheilt, sur jeden ein Führer ernannt, die vom General Bem ihre Weisungen erhalten; jeden dieser Vertheidigungsleiter ist ein Adjutant von der akademischen Legion beigegeben, welche auch jeder Kompagnie die Waffen einem Offizier beigibt. Zu je zwei Bezirken hat das Loos der Tschirner ein entschiedenes Individuum angewiesen, das als Ersatzmann des kommandirenden Offiziers zu gelten hat. Bei jedem Bataillon sind 24 Arbeiter angeworben, mit Schaufeln und Aexten versehen. Vom 26. Oktober an findet die Verpflegung der gesammten Garde ohne Ausnahme aus der Operationskasse des Oberkommandanten statt, dessen Hauptquartier von 25. Abends an wieder in der Stadtburg sich befand, während das des Generals Bem im Birkeberg blieb. Es ist viel um 26. Morgend, dieser sei im Prater erschossen worden, aber es zeigte sich, daß ihm nur das Pferd unter dem Leibe getödtet worden. Auch die Zuhaben an Kalk für die Gasbeleuchtung sind abgestimmt. Am 25. hatten 4 Bataillone der mobilen Garde ihren Eid abgelegt. — Börse vom 25.: Metall. 73, Bankaktien 1030 B., Nordbahn 103 G., Livorno 63 ¼ G. — Die Wiener Post vom 28. sagt noch:

Nachstehender Bericht der Gardekommandanten an den Reichstag bewiest, daß dieselben, zum Theile weaigstens, Anstand nahmen, die Stadt gegen die k. k. Truppen zu vertheidigen. Die Antwort des Reichstags auf denselben ist auch belanat, und es wäre jedenfalls interessant zu wissen, wie der Reichstag die Loyalität gegen den Kaiser und die Widerseglichkeit gegen die von demselben gegen Wien beorderten Truppen zu vereinigen gewußt habe. — An den hohen constituirenden Reichstag! Es haben sich bei der Nationalgarde Wiens Zweifel erhoben, ob der hohe Reichstag die Verantwortlichkeit der Vertheidigung der Hauptund Residenzstadt gegen die k. k. Armee bei Seiner Majestät dem Kaiser übernehme. Da die bedrängte Lage der Garden Wiens und ihre Aufopferung während der letzten 16 Tage die Anfrage weder rechtfertigt, als auch dem Aufopferungsgeiste zu bilden: Ein hoher Reichstag möge das Beschluß fassen, daß die Nationalgarden ihr constitutionelles Recht mit den Waffen in der Hand gegen die belagernde Armee zu vertheidigen berechtiget sind, ohne damit ihre Loyalität gegen den constitutionellen Kaiser zu verringern. Hochmann m. p., Chef des 9. Bezirks. Braun m. p., Chef des 4. Bezirkes. Haug m. p., Chef des Generalstabes. Höß m. p., prov. Chef des Bezirks. Braun m. p., Chef des 8. Bezirks. Aigner m. p., Legions-Commandant. Kurtz m. p., Artillerie-Corpscommandant. Mortinen m. p., Cavallerie-Divisions-Commandant. Schaumburg m. p., Commandant des Bürgerregiments. Brouta m. p., prov. Chef des 10 Bezirkes. Platten-gen m. p., Chef des 6. Bezirkes. Fleischl m. p., Chef des 2. Bezirkes. Estettenbauer m. p., Chef des 11. Bezirkes. Lange m. p., Chef des 9. Bezirkes.

† Wien, 26. Oktbr. Der Finanzminister Krauß hat wie ich bereits gemeldet habe aestern den 25g. Brestl als seinem Begleiter, eine Unterredung mit Fürst Windischgrätz gehabt, über deren Resultat er sich in der gestrigen Sitzung dahin erklärte, daß der Fürst so gesinnt sei, eine Deputation des Reichstags zu empfangen und auf die Vorstellungen in der Proklamation vom 23. ausgesprochenen Bedingungen hin zu unterhandeln. Der Ausschuß glaubte jedoch eine solche Unterhandlung nicht beantragen zu dürfen. — Ein Schreiben der Reichscommissäre ist an das Reichstagspräsidium gelangt, worin dieselben mittheilen, daß sie sobald als möglich nach Wien kommen würden. — Auf den durch Minister Wessenberg mitgetheilten kais. Erlaß vom 22. Okt. die Verlegung des Reichstages bis zum 15. Novbr. betreffend, wurde beschlossen, eine Adresse an den Kaiser zu verfassen, des Erlasses zu rügen und die Abg. Pillersdorf, Potesky, Fischer und Borrosch mit der Ueberbringung zu beauftragen, so wie auch diese Adresse dem Fürsten Windischgrätz mitzutheilen und der Aufforderung, die Feindseligkeiten bis zur Rückkehr der Deputirten einzustellen. Heute Morgens 9 Uhr ist die Deputation nach Olmütz abgegangen.

Ich lasse hier einen Auszug aus dem Nachtrage zum Frühbefehle des provisorischen Oberkommandanten Messenhauser v. 25. Oktbr. folgen. In demselben wird befohlen, daß jeder, der seinen Vorgesetzten nicht anerkennt, in Folge dessen, sogleich zu verhaften und ins Hauptquartier abzuschicken ist. Eben so jeder, der u. a. gegen Reden führt, die Beschlüsse des Reichs-

sagt, des Gemeinderaths und Oberkommandanten durch „nachtheilige Auslegungen“ — gleichviel ob aus Leichtsinn, oder böser Absicht zu „entrathen sucht.“ Wenn Gefahr auf Verzug, kann jeder Kommandant sogleich an solchen „Elenden“ zum „abschreckenden Beispiel“ summarisch verfahren. — Wer Waffen tragen kann, muß auswärts, Waffenunfähige werden zum Barrikadenbau und zu den Befestigungen an den Linien und den äußersten Walle Tag und Nacht verwendet. Jeder der 8 Bezirksräthe hat in seinem Bezirke einen Sammelplatz zu bestimmen, wo sich die Unterstützungsmannschaft Tag und Nacht einzufinden hat. Diese Sammelplätze sind sogleich dem Feldadjutanten Fenneberg anzuzeigen. Bei einem Hauptangriff wird die große Glocke von St. Stephan geläutet. Dann muß mit allen Kräften und aller Hingebung gestritten werden.

Zur Geschichte der Ereignisse vor Wien in den letzten Tagen liefert der Korrespondent der Allg. Zeitung aus Baden fortwährend die interessantesten Beiträge. Wir entnehmen denselben folgendes: Am 4. früh wurden nun man in Baden wieder deutlich eine kleine Kanonade, und Offiziere aus dem Lager wollten an demselben Tage Vormittags ein heftiges Gewehrfeuer in der Stadt gehört haben. Man wollte nämlich behaupten, die radikale Garde in Wien habe die konservative zwingen wollen, sie abzulösen. Letztere habe jedoch erklärt, sie werde ihren Beruf nicht verlassen, und hierauf sei es zum Gefecht gekommen, in welchem die Wiederzurückgeschlagen worden sein. (Die 8. J. bemerkt hiezu, daß dieß ein falsches Gerücht zu sein scheine, denn ihre Briefe vom 24. und 25. meldeten hievon nichts.) Das Geschütz, welches am Wien aufgefahren ist, erreicht eine furchtbare Anzahl. Auf der Südseite, bei Jellachich und Auersperg stehen 8 Raketenbatterien, 2 Kesselbatterien, 10 Reservebatterien, und am 24. ist eine vollständige 12 Pfünderbatterie wahrscheinlich mit einbrechender Nacht aus Steyermark im Lager eingetroffen. Im Marchfeld stehen 72 Geschütze, welche Windischgrätz aus Böhmen mitbrachte. — Die Erbitterung der Truppen ist durch einen in vielen tausend Exemplaren verbreiteten Aufruf Radetzky's, der der Wiener Garnison ihre Schmach vorhält auf das höchste gestiegen. — Alle drei Feldherren haben jetzt ihr Hauptquartier südlich am Wienerberge, Jellachich in Rothneusiedel, Auersperg in Inzersdorf, Windischgrätz im kaiserl. Schloß Hetzendorf. — General Roth soll in der That nicht gefangen sein, wenigstens versichern alle Offiziere bestimmt das Gegentheil. Er soll glücklich im serbischen Lager bei der Römerschanze angekommen sein; General Welden soll bereits bei Fünfkirchen stehen, und beide Korps operiren nun gemeinschaftlich die Donau herauf gegen Budapest. — Die k. k. Staatsbaterie bei Fischament hat am 23. wieder zwei ungarische Dampfschiffe zurückgewiesen. — Aus Mailand schreibt ein kaiserl. Offizier, daß Radetzky eine Korrespondenz aufgefangen haben soll, welche eine bedeutende Anzahl von Personen bloßstelle, die von Karl Albert bestochen worden, um in Wien Unruhen anzustiften, und hauptsächlich am 6. Okt. thätig gewesen sein.

Die „Konstitutionellen Blätter aus Böhmen“ melden aus Landenburg, daß am 25. Vormittags die Kanonade aufs Neue begann, und zwar in sehr großer Ausdehnung, welche man dem Gehöre nach von der Skt. Marrer- bis zur Auspforterlinie annahm. Auch aus der Gegend von Kaiser-Ebersdorf glaubte man eine Kanonade zu vernehmen. Des Nachmittags stieg das Feuern zu einer schaudervollen Heftigkeit; der Boden zitterte und einzelne Schüsse waren kaum mehr zu unterscheiden. In Floridorf wollten Leute die auf die Dächer gestiegen waren, in der Richtung gegen die Stadt ein furchtbares Gewehrfeuer, wie bei einer heftigen Bestürmung vernommen haben. — Die Eisenbahn ist bis Floridorf ganz unbeschädigt, und in Landenburg findet keine militärische Durchsuchung mehr statt.

Berichte aus Prag vom 28. in bemerkten Blatte wollen wissen, daß ein Bataillon von Baumgarten sich aufgerieben sei, eben so seien von einem Bataillon Jäger nur 130 Mann zurückgekommen. Nach Aussagen von Reisenden und einer in Olmütz eingelaufenen telegraphischen Depesche befand sich die Vorstadt Leopoldsstadt in den Händen der Truppen. — Die kroatischen Truppen, anfangs halb nackt, fechten nun in den zweckdienlichsten Monturen, sind aber alle bis an die Zähne bewaffnet. Bei dieser Gelegenheit erwähnen wir eine interessante Notiz der Allg. Zeitung, welche über die vielen Uniformen unter den Vertheidigern Wiens Aufschluß gibt. Das Volk hat nämlich das k. k. Monturdepot geplündert. — Die Erwirrung Wiens war noch den Cour. Bl. aus B. so arg, daß nicht einmal Briefe und Geldsendungen in die Stadt gelassen werden.

Prag, 24 Oktober. Die heutige Sitzung der slowanka lipa wurde damit eröffnet, daß der Vorsitzende zwei Gäste aus Krakau, die Professoren Maxkowsky und Skobel aufsuhrte, welche mit einem freundlichen slava empfangen wurden. Die bisherige ruhige Verhandlung erhielt durch das Erscheinen eines vom Banus an die slowanska lipa gesandten Couriers, des hier bereits bekannten Berlic, einen lebhaften Aufschwung. Er wurde mit einem wiederholten: „Zivio!“ empfangen. Mit wenigen Worten sagte dieser: er bringe dem Vereine und der Nation einen herzlichen Gruß des Banus; dieser wolle versichern, daß derselbe kein Reactionair, sondern daß er mit wahrer Begeisterung für Freiheit und Recht beseelt, und fur das Slaventhum ersüllt sei; das Schreiben, das er ihnen überreiche, enthalte übrigens seine eigenen Worte. Hierauf wurde dieser Brief auf Ansuchen des Vereins vom Ueberbringer selbst vorgelesen. Wir sind in der Lage hier eine wortgetreue Uebersetzung desselben zu bieten. Er lautet folgendermaßen: „Theure Genossen, liebe Brüder! Meine bisherigen Thaten zeugen euch, wohin mein Bestreben geht und was ich wünsche. Sowie ich von Liebe zum Slaventhum beseelt bin, so bin ich auch im Innersten meines Herzens überzeugt, daß das Slaventhum die festeste Stütze Oesterreichs, daß aber auch Oesterreich fur das Slaventhum eine notwendige Bedingung ist; wenn es kein Oesterreich gäbe, so müßten wir eines schaffen. Es gibt gewiß keinen vernünftigen Menschen, der nicht wüßte, daß das Bestehen Oesterreichs mit dem Bestehen des Slaventhums, und dieses mit jenem am innigsten verknüpft ist. Es war demnach meine, als eines treuen Slaven Pflicht, die anti-österreichische Partei, die sich feindlich gegen das Slaventhum erhob, in Pesth zu demüthigen und zu vernichten. Als ich aber gegen Pesth, das Nest der magyarischen Aristokratie, zog, da erhoben unsere gemeinsamen Feinde ihr Haupt, und wenn sie in Wien gesiegt hätten, wäre mein Sieg in Pesth nur halb, und die Stütze unserer Feinde nach Wien vernichtet. Ich wandte mich demnach mit meinem Heere gegen Wien, damit ich den Feind der Slaven in der Hauptstadt Oesterreichs bändige. Groß war meine Freude, als ich sah, wie die böhmischen Brüder, von derselben Ueberzeugung geleitet, die durch die Rückkehr ihrer Reichstagsdeputirten noch gekräftigt wurde, die siegreichen Banner vor Wien brachten, daß sie mir als meinen Kriegern die Bruderhand reichen, um dort entweder heldenmüthig zu siegen oder ruhmvoll zu fallen. Nur die Ueberzeugung, daß ich gegen den Feind des Slaventhums ziehe, führe mich vor Wien, und ich hege die Hoffnung, daß ihr Männer nicht nur meine That verstehe, sonde.n auch unterstützen werdet. Gegeben im Hauptlager des croatisch slawonischen Heeres in Zwolfning, den 22. Oktober 1848. Meinen Gruß! Jellachich, Ban m. p.“ Ein mehrfaches Zivio! unterbrach den Vorlesenden. Hr. Sawijek stellte hierauf den Antrag, ein Comité zu wählen, welches in einer Adresse an den Ban den Dank und die Sympathien der slowanska lipa auszusprechen hätte, wozu wo das Amendement Seidels kam, den Ban darin anzugehen, daß er sich der Slowaken warm annehme. Herr Berlich führte mehrere Facta an, welche bewiesen, daß ihm das Wohl der Slowaken sehr am Herzen liege. Beide Anträge wurden einstimmig angenommen, und beschlossen, daß sämmtliche Ausschußmitglieder der slowanska lipa die Adresse unterzeichnen. (Forts. f.)

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 108.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnements:
Vierteljährig 2 fl. 24 kr.
Halbjährig 4 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Mittwoch den 1. November 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, 1. November.

Es werden durch allerhöchstes Dekret vom 23. Okt. die Oberpolizeikommissäre in Fürth vom Hauptzollamtsoberrevisor in Kissingen Joh. Bapt. Dollhofer verliehen; durch allerhöchstes Dekret vom 25. Okt. der Forstamtsaktuar in Kelheim Max Knitl zum Revierförster in Tuschberg provisorisch ernannt: der Revierförster zu Eichofsgrün Karl Heerwagen zum Forstwiesser I. Klasse in Baireuth befördert; die Funktion eines Kassiers bei der neugebildeten Ablösungskasse bei der königl. Staatsschuldentilgungskommission dem quiescirten Spezialkassier Johann Buchner übertragen; der Dienstbetausch der beiden Finanzrechnungs-Kommissäre Franz Xaver Vital in Augsburg und Ferdinand Wacherer in München genehmigt; durch allerhöchstes Dekret vom 26. Okt. der Kreis- und Stadtgerichtsrath Johann Bapt. Leimbach zu Aschaffenburg auf sein alleruntherthänigstes Gesuch nach §. 22 lit. D der Beilage IX. zur Verfassungsurkunde mit Vorbehalt seines Titels, Funktionszeichens und Gesammtgehaltes, dann unter Belegung der allerhöchsten Zufriedenheit mit seinem langjährigen ausgezeichneten Diensten in den definitiven Ruhestand versetzt; die Maria Josepha Franz, verehelichte Huber zu Pfaffenhofen, ihrem alleruntertthänigsten Gesuche entsprechend, für großjährig erklärt; zur Wiederbesorgung der am Handelsgerichte I. Instanz zu Nürnberg erledigten Stelle der ersten technischen Assessors die drei jüngeren technischen Assessoren dieses Gerichts Johann Georg Martin Obermeyer, Georg Friedrich und Georg Karl in die erste, zweite und dritte Stelle vorgerückt, und die bisdurch bei gedachter Stelle eines technischen Assessors aber dem Kaufmann und Marktadjunkten Karl v. Forster in Nürnberg übertragen; durch allerhöchstes Dekret vom 27. Okt. die Ernennung eines Bahnamtes in Hof als Verwaltungs- und Aufsichtsbehörde genehmigt, und zum Bahnamtsvorstande der bisherige Betriebsinspektor Dr. Georg Löhner bestimmt, dann zu Offizialen daselbst die bisherigen Offizialen Joh. Baumeister in München und Franz Wirth in Kaufbeuren provisorisch ernannt, und der Eisenbahnassistent Albert Goffinger von Kulmbach nach Hof versetzt; dem Assessor und Maschinenmeister Karl Exter bei der General-Verwaltung der Posten und Eisenbahnen unter Zufriedenheitsbezeigung mit seinen bisherigen Diensten der Titel als Obermaschinenmeister verliehen; der Inspektions- und Eisenbahnkasse wegen Geschäftsmehrung ein Offizial in der Person des bisherigen Postoffizialen III. Klasse Ignaz Kosner in München beigegeben; die Spezialklassirerstelle sahrender Posten bei dem Oberpostamte Augsburg dem Postoffizialen Max Gueber in München verliehen; an Huebers Stelle der Postoffizial Eugen Eigeethausen in Augsburg versetzt, und Eigeethausens Stelle in Augsburg dem Postcarefisten und Funktionär Ferdinand Mittmer in Bamberg provisorisch verliehen; weiter durch allerhöchstes Dekret vom 27. Okt. die Spezialklassirerstelle fahrender Posten bei dem Oberpostamte Regensburg dem Postoffizialen Joseph Bauer in Regensburg verliehen; der Offizial Friedrich Tännermann vom Bahnamte München zum Oberpostamte Regensburg, der Offizial Moriz Legrand vom Bahnamte Nürnberg zu jenem in München beide auf Ansuchen versetzt.

München, 1. November.

Mit dem heutigen Tage beginnen nach den Anklindigungen der Post- und Eisenbahn-Verwaltung die regelmäßigen Fahrten auf der Eisenbahn von Neuenmarkt nach Hof, die wahrscheinlich in Kurzem ihre Fortsetzung über die Landesgrenze nach Plauen finden werden. Dieser Moment ist für die Geschichte der bayrischen Eisenbahnen doppelt wichtig, einmal weil durch diese Strecke die Verbindung mit dem Auslande erzielt ist, und zum Andern weil nunmehr die größten Terrainschwierigkeiten überwunden sind und eine Möglichkeit gefunden ist, welche vielfaches bedeuten mag. Die Ueberleitung des Dichtelgebirges ist in der That auf eine so befriedigende Weise gelungen, daß diese Bahnführung mit ihren Resultaten nicht verfehlen wird, auch die Aufmerksamkeit auswärtiger Techniker auf sich zu ziehen. Allerdings ist die bis zur Fahrbarmachung ursprünglich bestimmte Zeit um 10 Monate überschritten worden. Allein bei Abschließung des Staatsvertrages mit Sachsen, wornach die ganze Strecke von Leipzig nach Nürnberg in 6 Jahren hätte sollen vollendet sein, konnte man offenbar die in Mitte liegenden Schwierigkeiten nicht. Der Beweis hiervon liegt in dem Umstande, daß man später die ursprünglichen Baunormen änderte, und die diesfälligen Techniker nach 1½jähriger vergeblicher Arbeit, die Projektirung nach ganz abweichenden Grundsätzen von Neuem beginnen mußten. Die Baubeamten haben daher an der Verzögerung keinen Theil; sie haben vom Frühjahre 1843 in 5½ Jahren die Bahn fahrbar hergestellt, und sonach das Übrige gethan. Indessen soll wie auch weit entfernt, den Organen der Staatsregierungen, welche bei dem Abschlusse des Vertrages mitwirkten, einen Vorwurf zu machen. Dieser Zweig der Bautechnik ist noch neu, und mit jenen Jahre mehrt sich die Summe der Erfahrungen. Allerwärts macht die Noth erfinderisch, und so reichten wir es, und nach zwischen Neuenmarkt und Hof bei den Probefahrten gemachten Erfahrungen für keine Schwierigkeit mehr, in so weit es nemlich Steigungen und Krümmungen anbelangt, eine Bahn über den Brenner nach Italien zu führen.

Der erste Anfang in der Erbauung von Eisenbahnen wurde in solchen Gegenden gemacht, wo die Natur die geringsten Hindernisse in den Weg legte, also in den Ebenen. Die Ebenen von Nordeutschland zeigen und das ausgedehnteste Eisenbahnnetz, weil dorten die Anlagen den größten pekuniären Nutzen versprechen, und gegen das Gebirgen von langen, geraden Linien mit seinen Verkümmungsschwierigkeiten auf geringen Steigungen ein Bedenken niegends obwaltete. Allein nicht alle Gegenden unseres Vaterlandes sind so beschaffen, daß sie allenfallsen ähnliche Anlagen zulassen, außer mit einem ganz unverhältnißen Aufwande. Dieses ist namentlich in Bayern der Fall. Hier sind die Terrainhindernisse ungleich größer, und Ebenen, wie zwischen Kaufbeuren und Donauwörth, dann zwischen Nürnberg und Bamberg gehören zu den Seltenheiten. Es wurde z. B. bloß in dem ½ Stunde langen Einschnitt bei Lichtenfels fast ebenso viel Erdmasse bewegt, als auf der ganzen Taunusbahn, obschon derselbe auf die äußerste Grenze der Praktikabilität gebracht wurde. Bei der im Allgemeinen so ungünstigen Gestaltung der Terrainverhältnisse zur Anlage von Eisenbahnen war es Aufgabe der bayrischen Techniker, alle Mittel der Wissenschaft und Mechanik anzuwenden, die nach den bis jetzt bekannten Erfahrungen und nach den Naturgesetzen mit einem verhältnißmäßig nicht allzu hohen Kostenaufwand ein günstiges Resultat in Aussicht stellten. Welche Abänderungen in der Bauweise von Eisenbahnen im Gebirge und in den Ebenen hier eingeführt wurden, möge Nachstehendes bezüglich der Eisenbahn von Neuenmarkt nach Hof zeigen.

Nachdem für eine Eisenbahn die Richtung im Allgemeinen nach staatswirthschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt ist, muß der ausführende Techniker neben den Flußübergängen u. s. w. vorzugsweise die Richtung im Einzelnen und die Steigungsverhältnisse im Auge behalten. In ebenen Gegenden, wo man im Voraus weiß, daß die Steigungsverhältnisse kein Hinderniß bieten, wird er möglichst langen geraden Linien folgen, und diese durch Krümmungen mit großen Halbmessern zu verbinden suchen. In solchen Fällen ist die Richtung der Bahn, — die horizontale Projektion, als das primitiv Gegebene zu betrachten, und es richten sich die Einzelsteigungen, die vertikale Projektion der Bahn, nachdem in der gewählten Richtung gefundenen Längenprofil des natürlichen Bodens. Der 1812 galten Steigungen von 1 Fuß auf 200 höchstens 150 Fuß Länge ($^1/_{200}$ bis $^1/_{150}$), dann Halbmesser von 1000 Fuß, als diejenigen Grenzen, welche nicht überschritten werden sollten. Auf dieser Basis wurde der Staatsvertrag mit Sachsen errichtet, und hiernach auch im Jahre 1841/42 das erste Projekt ausgearbeitet, welches aber auf der Strecke von Neuenmarkt nach der nördlichen Reichsgrenze zu so abschreckenden Summen führte, daß man anfänglich sich entschloß, lieber von Culmbach aus eine Verbindung zu erstellen. Auf einen Vorschlag des technischen Vorstandes der Eisenbahnbaukommission wurde nemlich von einer Lokomotivbahn aber nach anderen Bau- und Fahrsiems-Normen anzulegen. Eine Pferdebahn hätte in der That bei dem voraussichtlich zur Zeit der Leipziger Messen ausrorordentlich lebhaften Verkehr nie den Anforderungen der Zeit entsprechen können. Auf der andern Seite waren die oben berührten Grenzen der Steigungen und Krümmungen nur hervorgerufen durch die bisher übliche Fahrgeschwindigkeit. Jedem Sachkundigen ist sofort klar, daß wenn die Fahrgeschwindigkeit verdoppelt wurde, man auf Zugar Erzielung einer größeren Zugkraft verwenden kann, d. i. bei gleicher Ladung zur Ueberwindung stärkerer Steigungen, wodurch die Ausführung der Bahn wesentlich erleichtert ward. Die Ermäßigung der Fahrgeschwindigkeit hatte indessen noch im weiteren Gefolge, daß kleinere Bahnkrümmungshalbmesser zugelassen werden konnten, was für die Anlagssoften in so coupirtem Terrain von höchster Bedeutung war. — Es wurde sonach beschlossen, für die Gebirgsstrecke als normale Maximalsteigung $^1/_{100}$ und als kleinsten Krümmungshalbmesser 1000 Fuß einzuhalten. Die Folgen dieser veränderten Normen sind, so weit sie sich jetzt schon übersehen lassen, eine Reduktion der Fahrgeschwindigkeit von 8 Stunden in

einer Zeitdauer auf 6, heute ausschließlich des Aufenthalts, und der Anlagekosten unter die Hälfte der früher berechneten; es wurde eine allen billigen Anforderungen der Verkehrs entsprechende Eisenbahn erzielt und dabei 7 bis 8 Millionen erspart.

Nebstdem waren aber noch zwei Punkte zu bereinigen, über welche damals die Ansichten schwankten, nemlich das Lokomotivsystem, und die Art des Betriebes der schiefen Ebene bei Neuenmarkt, von deren Unvermeidlichkeit weiter unten die Rede sein wird. Im Bau der Locomotive und Wägen bestehen bekanntlich zweierlei Systeme, das englische, bei welchem alle Räder eines Wagens oder einer Lokomotive an dem Gangtrahmen dergestalt befestiget sind, daß sie ihre gegenseitige Lage nicht zu ändern vermögen; dann das amerikanische, wo die Lage der Achsen veränderlich ist, ähnlich wie sich bei den Landwägen das Vordergestelle gegen das Hintergestelle um den Reibnagel drehen läßt. Bis in die neueste Zeit bestand die Ansicht, daß man Krümmungen von 1000 Fuß Halbmesser ohne beweglichen Vordergestelle an Lokomotiven und Wägen nicht befahren könne. Sr. k. k. Hoheit der Herr Erzherzog Albrecht auf der südlichen Staatsbahn, wo Krümmungen dieser Art vorkommen, nur aus dieser Besorgniß das amerikanische System, obschon man jetzt mit Bedauern erkennt, daß durch das unabläßige Schwanken Schienen und Räder außerordentlich leiden. Nachdem der Maschinenmeister der bayrischen Eisenbahnen durch Bereisung der verschiedenen deutschen und ausländischen Bahnen von dem verhältnißmäßig unruhigen Gange der Züge amerikanischer Bauart sich überzeugt hatte, wählte man einen andern Weg. Es ist den Sachkundigen bekannt, daß die kegelförmige Verjüngung der Radkränze nicht blos dazu dient, bei den gerade gehenden Strecken rollenden Wagen das Bestreben zu erhalten, sich in den geradlinigen Lauf zurückzukehren, wenn aus was immer für einer Ursache eine seitliche Bewegung eingetreten sein sollte, sondern daß diese Verjüngung auch die Bewegung in Kurven erleichtert, besondere Eigenschaft hängt bei gegebenem Spielraum zwischen den Schienen und Spurkränzen von der Größe des Verjüngungs-Winkels ab. — Dadurch nun, daß man die Verjüngung der Radkränze verstärkte und zugleich die Räder der sechsräderigen Lokomotiven möglichst nahe zusammenstellte, ist es in Bayern gelungen, auch die Kurven von 1000 Fuß Radius mit Leichtigkeit zu befahren, obschon Maschinen und Wägen für Gestelle haben.

Wenn man bei Eisenbahnen von Maximalsteigungen spricht, so ist darunter nicht zu verstehen, daß bei größeren Steigungen der Zug absolut stille steht. In die Mitte der vorgenannten Zuges ist ein Wagen von dem Dampf bereits gelöstes Perlmutt angebracht. Man nennt diese angesammelte Arbeit gewöhnlich „Schwung", in der Mechanik „lebendige Kraft". Vermöge des Schwunges nun läuft ein Zug manche kurze abnorme Steigung hinauf, und wird überlassen an den Passagieren zwischen Bamberg und Eichenfels an dem Gange des Zuges jene Stellen zu entdecken, wo dorten zur nambaften Ersparung der Bauksste kurze abnorme Steigungen angenommen worden sind. Die größte Steigung dürfte 1/60 betragen und berücksichtig, wie z. B. jene über das Wernachthal bei Augsburg (5600 Fuß lang bei 1/64 anstatt 1/100) so ist die Abnahme der Geschwindigkeit allerdings merkbar; sie wäre auch hier nicht angenommen worden, wenn nicht am oberen Ende derselben der Bahnhof situirt wäre. — Bei der schiefen Ebene bei Neuenmarkt ist jedoch der Fall ein anderer. Die Terrainverhältnisse nöthigten hier bei einer Entwicklungslänge von 24216 Fuß, eine Höhe von 540 Fuß zu erreichen, was im Durchschnitt 1/45 beliefe. Selbst nachdem für das Gebirg als normale Maximalsteigung 1/100 angenommen war, mußte hier zu außerordentlichen Hilfsmitteln gegriffen werden. Solche Strecken, wo die gewöhnlichen Reisemaschinen die Züge allein nicht gewältigen können, nennt man schiefe Ebenen. Zum Betrieb von schiefen Ebenen waren vor 5 Jahren dreierlei Systeme aufgestellt, welche der nähreren Prüfung und Erwägung unterstellt werden mußten. — Auf der Bahn von Köln nach Belgien, bei Aachen und Lüttich, sowie an mehreren Orten in England, wurden die schiefen Ebenen durch stehende Dampfmaschinen mit Seilen in der Art betrieben, daß die Züge hinaufgehaspelt wurden. Eine solche Anlage setzt aber die Möglichkeit voraus, die Bahn in geraden oder doch sehr sanft gekrümmten Linien zu führen, was bei uns mit ungeheuren Schwierigkeiten verbunden gewesen wäre. Außerdem erfordern solche Einrichtungen ein sehr großes Anlagekapital für Gebäude und Maschinen, und einen sehr beträchtlichen Betriebsaufwand. — Das zweite System war das der atmosphärischen Bahnen. Dieses wurde im Winter 18[41]/[42] von dem Vorstande der Eisenbahnbau-Kommission in Irland untersucht, und auf seinen Antrag als im Prinzip verfehlt verworfen, wie dasselbe denn auch in England nach sorgfältigen Versuchen größtentheils wieder aufgegeben ist. — Als drittes Mittel bot sich der Betrieb mittelst vorgespannter Lokomotiven. Eine Beschäftigung der Verhältnisse, unter denen in England auf der Bahn von Birmingham nach Gloucester die schiefe Ebene, genannt Lickey incline, von 11717 Fuß Länge und 1/37 Steigung betrieben wird, übergenge den genannten Techniker, daß der Lokomotivbetrieb für den in Bayern vorliegenden Fall der passendste sei, zumal als dort ausgezeichnete Erfolge vorgelegen, wo daß die Betriebsstörungen mittelst Lokomotiven ungleich geringer sind, als die mit jedem anderen Mittel. — Die Möglichkeit einer solchen Methode als erweisen angenommen, so muß es jedem Laien einleuchten, daß je einfacher die Anstalten, desto sicherer die Wirkung. Bei den Seilvorrichtungen wie bei dem atmosphärischen Prinzip ist aber die Maschine so, daß wie die ganze Bahn; wenn irgendwo ein Theil in Unordnung ist, gebt die ganze Maschinerie nicht. Bei dem Lokomotivsystem dagegen ruht die ganze Maschine auf sechs Rädern, kann unter Dach und Fach gebracht werden, und wenn je an einer Maschine etwas fehlt, so kann schnell eine andere vorgeführen, und der Betrieb ist nicht bis zur hergestellten Reparatur aufgehalten. Nach Erörterung aller dieser Verhältnisse wurde der Betrieb der schiefen Ebene mittelst Lokomotiven bestimmt, und hiernach das Gefälle so vertheilt, daß von Neuenmarkt ab die ersten 5700 Fuß Länge eine Steigung haben von 1/71, der Rest aber 1/60 erhielt.

(Schluß in der heutigen Beilage.)

Deutsche Reichsversammlung.

λ. **Frankfurt**, 28. Okt. Die Ersatzwahlen zur verfassungsgebenden Reichsversammlung betreffend. Es sind in jüngster Zeit in verschiedenen deutschen Staaten Ersatzwahlen für erledigte Sitze in der Reichsversammlung nothwendig geworden. Da, so viel mir bekannt, kein Wahlgesetz für solche Fälle ausdrückliche Bestimmungen enthält, so sind die Grundsätze, nach welchen diese Wahlen vorzunehmen sind, lediglich aus Analogien und aus der Natur der Sache zu schöpfen. Aber eben daraus erklärt es sich auch, daß man über diese Grundsätze sowohl in, als außerhalb der Reichsversammlung uneinig ist. Es haben sich die politischen Parteien bereits der Frage bemächtigt, und sie für ihre Zwecke zu benützen gesucht; in Folge dessen ist eine Reihe von Reklamationen bei der Versammlung eingelaufen, deren Bescheidung nothwendig wird. Um für die zukünftig solche Reklamationen abzuschneiden, habe ich mir für nützlich gehalten die Grundsätze, welche die Reichsversammlung diebei in Anwendung bringt, kurz mitzutheilen. Da, wo direkte Wahlen gesetzlich geboten sind, unterliegt die Sache keinem Zweifel; die sämmtlichen zur Zeit der Neuwahl wahlberechtigten Staatsbürger treten als Wähler auf und nehmen die Wahl in den gesetzlichen Formen vor. Schreibt das Wahlgesetz indirekte Wahlen vor, so sind es die bei der ersten und ursprünglichen Wahl bestellten Wahlmänner, welche zur Vornahme der Ersatzwahl berechtigt sind: es ist nicht nöthig, in nicht einmal zulässig, daß für einen solchen Fall neue Wahlmänner ernannt werden. Der Grund hievon liegt, abgesehen von allen politischen Erwägungen, welche für diese Ansicht sprechen; in der Natur der Sache, in dem Mandate der Wahlmänner. Sie wurden schlechthin dazu bestellt, um den Vertreter ihres Bezirks in der Nationalversammlung zu ernählen, nicht blos dazu, um den ersten oder zweiten zu ernennen. Darum steht ihnen das Recht zu, wenn etwa der zuerst Erwählten die Wahl ablehnen, oder sonst ausscheiden, und dasselbe Recht muß ihnen auch dann zukommen, so oft während der Dauer der Nationalversammlung ihr Bezirk unvertreten ist. Die entgegengesetzte Ansicht, derzufolge in solchen Fällen auch die Wahlmänner zu erneuern wären, geht von dem Satze aus, daß die Urwähler die eigentlich und einzig Wahlberechtigten seien, die Wahlmänner das erhaltene Mandat nicht weiter ausdehnen dürfen, als es das Gesetz ihnen ausdrücklich einräumt. Gesetzt nun, das Wahlgesetz, wie dieß in der That bei den meisten der Fall ist, den Wahlmännern nicht ausdrücklich auch das Recht der Vornahme von Ersatzwahlen zu, so sind sie dieß nicht berechtigt. Sie sehen, die Argumentation geht von einem schief gestellten Vordersatze aus; denn Niemand wird es bezweifeln, daß die Urwähler es sind, um deren Vertretung es sich handelt; aber man behauptet bei indirekten Wahlen zuviel, wenn man sagt, sie seien in Bezug auf den Abgeordneten die Wahlberechtigten. Allein, auch wenn der Vordersatz vollkommen richtig wäre, so würde daraus für unsere Frage Nichts folgen. Denn Niemand wird es bezweifeln, daß die Wahlmänner eines Bezirks die Befugniß haben, einen Abgeordneten für die ganze Dauer der Reichsversammlung zu bestellen; also muß ihnen auch das Recht zukommen, bei dem Abgange der einen Person eine andere für diese selbe Zeit, aber auch nur für diese zu ernennen. Es wie ihre erste Wahl für die ganze Dauer wirkt, so muß auch ihr Wahlrecht für diese Zeit wirksam bleiben. — Gestützt auf die oben erwähnten Grundsätze hat der Legitimations-Ausschuß bereits mehrere Reklamationen, welche sich auf die zuletzt angeführte und bekämpfte Ansicht stützen, als unbegründet zurückgewiesen, so daß auch die Praxis des Hauses bereits als festgestehend angesehen werden kann.

Deutschland.

Bayern. Würzburg, 28. Okt. Soeben ist die Anzeige hieher gelangt, daß Se. Emin. der Fürst-Erzbischof von Salzburg, Fürst Friedr. v. Schwarzenberg, nächsten Dienstag in Begleitung eines Sekretärs hier ankommen werde, um an der Versammlung der Bischöfe Deutschlands Theil zu nehmen. Gottbekleiten werden in dem bischöflichen Hause absteigen, wo bereits die Erzbischöfe von Köln und München ihre Wohnung genommen. Wie verlautet, wird die hiesige Bürgerschaft es nicht unterlassen, ihre Freude über die unserer Stadt von Seiten des deutschen Episkopats gewordene höchst ehrenvolle Auszeichnung öffentlich auszusprechen. Es wird an einem noch besonders zu bezeichnenden Tage ein solenner Gottesdienst in der Marienkapelle auf dem Markte abgehalten werden, dem die Ersetzung von 100 Armen folgen soll, deren Kosten durch freiwillige Beiträge gedeckt wird. Man hatte nämlich einen zu Anfang projektirten Fackelzug oder sonstige mehr geräuschvolle Festlichkeiten für weniger der Gesinnung der Hochwürdigsten Versammlung entsprechend erkannt. (Aschaff. Z.)

Sächsische Herzogthümer. — Altenburg, 26. Oktbr. In Folge der heftigen Angriffe in mehreren hiesigen Journalen auf den General v. Holtzendorf hat derselbe folgende Ansprache an die Soldaten veröffentlicht: Soldaten! Das diesige „Volksblatt“ und die „Altenburger Zustände“ enthalten Angriffe gegen mich, auf welche etwas zu erwidern ich unter meiner Würde halte. Wenn ich auf eine zweiundvierzigjährige Dienstzeit zurückblicke, kann ich sie ohne Anmaßung fleckenlos nennen. Es sind Wenige von euch geboren gewesen, als ich schon die Beschwerden des Kriegslebens mit freudigem Muthe ertrug, als ich für König, Vaterland und Waffenehre blutete. Mein Bewußtsein sagt mir, daß mir jener meiner Kameraden, bis zum jüngsten derselben, am Herzen liegt und daß ich im ensisehenden Augenblicke gern für ihn mein Leben einsetzen würde. Ich wende mich an die Ehrenhaftigkeit der mir zur Führung Anvertrauten. Es lasse sich Keiner durch Einflüsterungen und Verführungsversuche vom Wege der Pflicht, des Gehorsams und der Treue verlocken. Bedenkt, daß unser hochverehrter König, unser Heimatland, ja ganz Deutschland auf euch blicken. Rechtfertigt das in euch gesetzte Vertrauen und erhaltet in eueren Reihen den alten Geist der Treue, des Gehorsams und der Mannzucht; das Gegentheil würde euch mit Schmach bedecken (D. A. Z.)

Preußen. ⊙ Berlin, 27. Okt. In der heutigen Morgensitzung des Demokratenkongresses erstattete Krige Bericht über die bisherige Wirksamkeit des demokratischen Zentralausschusses, der jedoch nicht sehr zur Befriedigung der Anwesenden ausfiel, sondern bewirkte, daß man einen ganz neuen Ausschuß zu wählen, sowie eine Reorganisation des Ganzen vorschlug. Es wurde demgemäß beschlossen dringend den letzte gegen Held und dessen Zulassung eingelaufen sein. — Die Hh. Robert Blum und Schlöffel befinden sich gegenwärtig auch hier um, an dem sogenannten neuen Vorparlamente der Linken Theil zu nehmen. Wie sie von Wien durchgekommen sind, wissen wir hier noch nicht — jedenfalls scheint ihre Mission daselbst vollendet gewesen zu sein, die keineswegs in etwas anderem bestand, als sich und ihre Partei blosszustellen, denn sollten diese Herren wirklich geglaubt haben, ihr Auftreten könne hemmend auf den Gang der Ereignisse in Wien einwirken? Oder ist wirklich ihrer Reise nach Wien nichts anderes zu Grunde gelegen, als die momentane Befriedigung kleinlicher Eitelkeit und verächtlicher Selbsthsucht? Oder ist es die Aufgabe eines Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung, bövrilliger Weise die Einwohner einer von Aufregung ohnehin schon ins Verderben gelenkten Stadt noch mehr zu verwirren, die Russischen Aussichten zu bestärken, sie in ihrem Wahnsinne noch zu bestätigen? Wir wissen Niemanden in Berlin nichts Bestimmtes, was seit einigen Tagen in und um Wien vorgeht, allein wir wissen, daß es ein Recht gibt, welches älter ist, als die flunkernden Phrasen und hohlen Deklamationen der neuen Weltverbesserer, und daß ein Mann wie Windischgrätz bereit ist, dieses Recht zu beweisen.“ Leider, daß die Köpfe so verwirrt sind, daß man den Beweis mit Kanonen führen muß!“ — So viel scheint gewiß, daß die genannten Herren Wien nicht gerettet haben, sie würden sich sonst nicht so schnell aus dem Staube gemacht haben, sondern die Früchte ihres Triumphs mit süßer Ruhe genießen. Welche Thätigkeit sie hier, in Berlin entwickeln werden, wird die Zukunft lehren — den Frieden wird sie und schwerlich bringen!

△ Berlin, 28. Okt. Die gestern stattgehabte erste Sitzung des demokratischen Kongresses hat die republikanische Demokratie in ihrer vollen Gehalts- und Hilflosigkeit gezeigt. Deutsche Bärte aller Formen, jeden Zuschnitts; aber kein Geld. Minister des Innern und des Aeußern, aber kein Finanzminister; und wenn auch ein Finanzminister sich fände, woher soll die Kasse genommen werden? Vom sauren Schweiße der Arbeiter, eine Kapitzteuer, wenn möglich nur 1 Sgr. Armer Krige! der in Hamburg sein Brod mit Vorlesungen verdienen mußte. Armer Kriege mit der reichen Frau Landrath-Tochter!“ Wäre doch, gleich den Bärten, auch das deutsche Eigenthum im Kongresse repräsentirt. Aber noch schlimmer. Hr. Kriege sprach öffentlich aus, daß die Berliner März-Bewegung mehr von Fremden als von Berlinern gemacht sei. Daß ist das offenbare Verläugnung der Revolution. Unsere Revolution ist allerdings das Produkt dieser Revolution, die Frankfurter „Gesellschaft“ verläugnet hat. Auch der Zwiespalt ist in die Reihen des Kongresses gedrungen. Eines der ehrenwerthesten Mitglieder, Hötzner aus Bautzen, hat schriftlich sein Ausscheiden angezeigt und zwar im Namen seines Vereins, weil weder er, noch der von ihm vertretene Verein die republikanischen Tendenzen des Kongresses theile. Hötzner ist bereits abgereist, nachdem er darüber einen warmherzigen Brief an einen seiner hiesigen Freunde erlassen. Er sagt darin unter anderm: Die Aufgabe des ächten Demokraten sei es, das Band zwischen Regierung und Volk zu befestigen, nicht es aufzulockern, wie die Mehrzahl der im Kongresse versammelten Demokraten thun. Uebrigens scheint der Kongreß sehr die Oeffentlichkeit zu fürchten, da er auch zu seinen Abendzusammenkünften nur Eingeweihte und Eingeladene zuläßt. Die Eckensteherwitze ist heute wieder in Blüthe. Ein Plakat mit der Inschrift: Wir, wie er, in der Linken seine Ehre, mit der Rechten einen Esel führt, dessen Reiter die Fahne der Republik trägt. Hinter dem Esel wandelt R. Blum auf allen Vieren in Anschauung der Welt zwischen den Beinen durch versunken.

† Berlin, 28. Oktober. Aus dem Konzertsaal. Noch einmal ist eine große Gefahr für das Land vorüber gegangen. Seit Wochen scheidet sich die Nationalversammlung in zwei große Hälften: die Linke und das linke Zentrum auf der einen — das Zentrum, rechte Zentrum und Rechte auf der anderen Seite. Der Kampf um die Majorität ist dabei ein Kampf des Zufalls, ein Wettstreit der besseren oder schlechteren Parteidisziplin. Die Linke in letzterer Beziehung fast immer im Vortheil. Die wichtigsten Fragen sind in den letzten Tagen durch Majoritäten von 1 oder 2 Stimmen entschieden worden. Daher die leidenschaftliche Haltung der Versammlung in den letzten Sitzungen, als natürliche Folge der schwankenden Majoritäten. In Achtung vor der Majorität schwindet, wenn diese so wenig kompakt und von Spiel des Zufalls abhängig ist. — Grabow, schon neulich bei der Debatte über den Schutz der Versammlung fest entschlossen, Präsidium und Mandat niederzulegen, wenn auf seine Schutzerklärung seitens der linken Widerspruch erfolgt wäre, trat vorgestern von dem Präsidium zurück um eines Mannes willen, der den linken in der Versammlung schon oft erregt hat durch den Mißbrauch seines Talentes zu boshaftesten Invektiven. Hr. Wrisky, ist Stellvertreter für Zülich: Herrn v. Mylius, dem Vertreter jenes Kreises — augenblicklich in Frankfurt — wird es im Interesse des Landes zur dringenden Gewissenspflicht, seine Stellvertretung nicht ferner in solchen Händen zu lassen. — Der Kampf der Parteien hat sich heute wiederholt: die linke Parteigruppe hat unterlegen. Hr. v. Unruh, Führer des Zentrums, ist mit 227 Stimmen gegen 174 (Wisliceny) zum Präsidenten erwählt. Für die (äußerst) Rechte erhielt Waldeck 177, Auerswald-Rodenberg 174 St. — Das Zentrum hat bei den Vorwahlen in der Fraktion gestern entlich entschieden mit dem linken Zentrum gebrochen, diesen unnatürliche Verbindung mit der äußersten linken jede Transaktion mit ihm ebenso unmöglich macht, wie die Transaktion des Konstitutionalismus mit dem Republikanismus oder mit der anarchistischen Demokratie. — Ein Antrag der Abgeordneten Hoppe und Bucher: „daß der Stärke und Aufstellung der Truppen in der Provinz Brandenburg Auskunft geben,“ — ein Antrag, der in der gewählten Form an das immer wieder hervortretende Gelüste, diese Versammlung zum Konvent zu erheben, erinnert — wurde heute vom Ministerpräsidenten aufsichdenk beantwortet. Waldeck benützt die Gelegenheit zu einem Angriff auf das Ministerium, indem er die Truppenzusammenziehungen als ein Gelüst in der Kette der verfehlten Maßregeln der Regierung (natürlich unter Widerspruch der Ehrfurcht- und Ordnungliebenden Parteien) bezeichnet. Er nimmt dabei Bezug auf einen gleichlautenden Protest des konstitutionellen Vereins zu Graudenz. (?) Eine Interpellation wegen der königlichen Sanktion des Jagdgesetzes wird von der Majorität nicht zugelassen, weil sie es nicht für schicklich erachtet, in solcher Weise die Krone anzugreifen und zu drängen und in das Recht ihrer freien Entschließung einzugreifen. Den letzten Theil der Sitzung füllt der Bericht der Petitions-Kommission aus.

* Berlin, 28. Okt. Gestern wurden die Bürger und Handwerker Berlins durch ein Plakat zu einer Versammlung aufgefordert, um gemeinsame Schritte gegen die Gewerberechtheit zu berathen, da die Gewerbe täglich mehr und mehr dem Drucke der Geldverhältnisse und dem Wucher erliegen. — Folgendes ist ein Probestücklein der Berliner Judenfrechheit: Gestern um 6 Uhr erbeh sich vor dem Wachtlokale in der Mauerstraße ein rumpfes Geräusch, als ob ein Emeutegewitter ausstiege. Von Minute zu Minute wächst der Lärm: gellende Stimmen, kampfkustige Worte, erhobene Hände und Stöcke, Hüte mit Hahnenfedern sind Attribute dieses drängenden Menschenknäuels. Ob das souveräne Volk die Wache stürmen will? Ach nein! Die Bummler präsumieren sich nur zu einer Nationalversammlung, um solche mit Wuchern den Fremden zu übertaffen. Durch dies Geschäft ist das Leben für breit gefristet und es bleibt nur noch übrig zum Dank die Mitglieder der Rechten auszupfeifen. Das sind die Helden, die den Dank des Vaterlandes verdienen.

Schweiz.

Im Kanton Freiburg haben nach Berichten der schweizerischen Blätter am 24. ds. Mts. Unruhen stattgefunden. Starke Haufen von Bauern überfielen in Chatel St. Denis das Schloß, nahmen den dortigen Oberamtmann gefangen, und bemächtigten sich der dortigen Kanonen. Zu gleicher Zeit erhoben sich in den Bezirken von Rue und Romont 7—800 Männer, verbreiteten zwei Gerüchte unter zwei Bürger und zogen gegen das Städchen Romont. Dort stießen sie auf Widerstand, und zogen weiter bis gegen Villay St. Pierre, lösten sich aber am Morgen, wie von einem panischen Schrecken ergriffen wieder auf. In Chatel St. Denis sammelten sich die Liberalen, bestellten den Oberamtmann und nahmen die Kanonen wieder. Vom Waadtland aus zog indeß schon am 24. Nachmittags 1 Uhr der Regierungsstatthalter von Lausanne mit Bataillon Reserven des Bezirks Mivis nebst einer halben Batterie in Chatel St. Denis ein. Auch von Peterlingen und Moudon aus wurden Truppen gegen Rue und Romont abgeschickt. Der deutsche Bezirk des Kantons Freiburg, welcher immer als der am meisten fanatisirte bezeichnet wurde, und von dem man in Freiburg einen Ueberfall befürchtete, ist ruhig geblieben. Der Kanton wird von waadtländischen und Bernertruppen besetzt. — Die Ursache der Bewegung scheint in dem Konflikte zwischen dem Bischof und der Regierung zu liegen. Dabei ist aber der Basler Zeitung wenige an einer Betheiligung des Bischofs an Herbeiführung dieser Unruhen sehr zu zweifeln, obgleich derselbe verhaftet wurde. Nur so viel scheint sicher, daß der Streit zwischen dem Bischof und der Regierung den Ausbruch der Unzufriedenheit des Volks beschleunigte, welches noch immer äußerst erbittert ist über das Sprüchterschen der Kapuziner, in dessen Mißbilligung selbst die radikale Presse einstimmig war, und daß die „Basler Zeitung“ auch jetzt noch für einen Schandfleck der Schweiz erklärt. Dieses Blatt meint, den Nachbarkantonen, welche mit vollem Rechte ihren Beistand zur Unterdrückung des Aufstandes geleistet haben, sollte nun auch das Recht zustehen, die

Freiburger Regierung zur Zurücknahme des Spoliationsdekrets zu nöthigen, und damit die Ruhe aller Unruhstiftenheit abzuschneiden.

Freiburg. Der Kanton ist fortwährend von eidgenössischen Truppen besetzt und es werden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Der Bischof soll nach dem Vorf.-Frd. zu Lausanne im Hotel du grand pont, von 12 Landjägern bewacht, und werde, bei den vielen Anzeichen, die gegen ihn vorliegen, wahrscheinlich vor die Gerichte gestellt werden. (?)

Frankreich.

△ **Paris**, 27. Okt. Die gestrige Entscheidung der Nationalversammlung, traft welcher nun die Präsidentenwahl wirklich am 10. Dezember vor sich gehen wird, ist ein wahres Vertrauensvotum, das dem General Cavaignac gegeben wurde. Er allein war es, der durch die einfachen aber energisch ausgesprochenen Worte: „jeder Aufschub in der Wahl des Präsidenten der Republik wäre eine öffentliche Gefahr.“ die Uebelheit der Versammlung kostete, nachdem dieselbe mit dem selben Vorsatze in die Kammer gekommen war, dafür zu stimmen, daß die Wahl erst nach dem Votum der organischen Gesetze vorgenommen werde. Daneben hat wohl auch die Erklärung Ludwig Napoleons am Anfang der Sitzung nicht wenig dazu beigetragen, die Mehrheit der Versammlung umzustimmen. Ludwig Napoleons Agenten und Stimmwerber sind zahlreich und überall im Lande beschäftigt und entwickeln eine große Thätigkeit, um seiner Kandidatur, die er nun offen eingestanden hat, Eingang zu verschaffen. Diese man denselben noch mehrere Monate Zeit für ihre Bestrebungen, so wäre allerdings zu besorgen, daß dieser Aufschub ihrem Patron von bedeutendem Vortheil sein könnte. Die Mehrheit der Nationalversammlung will aber durchaus nicht den Absichten des abenteuerlichen Prätendenten in die Hände arbeiten, und auch hieraus mag sich ihr gestriges Votum erklären. General Cavaignac's Aussichten auf seine eigene Ernennung gewinnen bei der gestrigen Entscheidung wohl kaum. Vor zwei Monaten standen sie unzweifelhaft besser als jetzt. Daß er einen Anhang hat an der Nationalgarde des Kabinets gezeigt hatte, genügt ihm viele Anhänger im Lande, weil man ihn für fähig hielt, sich mit der rothen Republik in ein Bündniß einzulassen. Jetzt, nachdem er die Herren Dufaure und Pinien zu Ministern nahm, kann über seinen Entschluß zum Beharren auf der Bahn einer gemäßigten Politik kein Zweifel mehr sein, und ein Aufschub der Präsidentenwahl hätte daher nur dazu dienen können, ihm wieder viele Stimmen zuzuführen. Um so schöner steht sein Verhalten da, indem er das allgemeine Interesse höher stellte als das eigene. Was Ludwig Bonaparte betrifft, so muß seine absolute Unfähigkeit und Nullität nun auch dem Blindesten sonnenklar geworden sein. In mehreren Departementen des Nordens und des Ostens soll man deßungeachtet genetzt sein, demselben viele Stimmen zu geben.

Der verantwortliche Herausgeber des Proudhon'schen Blattes „Repräsentant du Peuple“, Hr. Gauthier, ist gestern zu einem Jahre Gefängniß und 2000 Franken Geldbuße verurtheilt worden.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 30. Okt. Bayer. 3%, proz. Obligationen 75½. — G. 4proz. 85 G. Bankaktien 11. Emsseer 572 G. Prometsen 35 P. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. — P.

J. B. Wagl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. v. Leistler, Generallieutenant, von Ansbach.

Hotel Maulik. v. Holtwein, Partikulier, aus Pommern. Röder, Rentier, von Triest. Mateh und Rad. de Grisk, von Lemberg. Pinkel, Privatier, von Triest.

Gold. Hahn. Braun, Assessor, von Beilngries. Schwemmer, Advokat, von Regensburg. Dillmins, Rentier, von Roveredo. Baron v. Geisert, Stadtgerichtsrath, von Meiningen. Graf Bolleluzi, Lieutenant, von Ingolstadt.

Blaue Traube. Heinzelmann, Bankier, von Augsburg. Frau Kast, Leihhausbesitzers-Gattin, von Landshut. Frau v. Feig, von Stuttgart. Wagner, Privatier, von Wertheim. Frau Prombeta, Mittmeisters-gattin, von Freising. Blumenfinger und Mayer, Kaufleute, von Amberg. Lehner, Bürger von Amberg.

Stachusgarten. Müller, Lehrer, von Hildburghausen. Höpfl, Rechtspraktikant, von Miesbach. Geer, Kaufmann, von Dettingen. Schubert und Wolf, Gastwirthe, von Augsburg.

Gestorbene in München.

Anna Palandre, Botenlohner von Deggendorf, 22 J. a. Theres Stoiber, Oblierswittwe von Haldorfen, 76 J. a. Walburga Jochner, Sägmüllerswittwe, 74 J. a.

219. Ein oder zwei Bierverschüler können in ihren Lehrgegenständen gegen sehr billiges Honorar gründlichen Privatunterricht ertalten. Näheres in der Expedition dieses Blattes.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

206. (3b) Donnerstag den 16. Nov. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Oktober 1847, und zwar von

No. 1 bis 8760.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verlegt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Dienstag den 21. November 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 25. Okt. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

F Negrioli, Maz.-Rath.

Schaez, Kassier. Offenbunner, Kontrolleur.

Lieferungs-Akkord.

220. (2a) Am Donnerstag den 16. künftigen Monats Vormittags 9 Uhr wird von der Oekonomie-Kommission des königl. 1. Artillerie-Regiments Prinz Luitpold in der Topelkaserne ein Akkord des Bedarfes für das Etatsjahr 1848/49 an dunkelgrauen und dunkelblauen Tüchern zur Lieferung in Akkord gegeben. —

Die näheren Bedingnisse hierüber werden vor der Verhandlung den anwesenden Lieferungs-Uebernehmern bekannt gemacht.

München den 29. Okt. 1848.

Bekanntmachung.

100. (3b) Das Wechselhaus Heinzelmann & Comp. dahier hat am 21. Febr. l. J. einen Primawechsel von 900 fl. Current gezogen von Fid. Ma. Frigo in Vicenza am 1. Febr. l. Js. und am 1. 7. Juni jahlbar, auf sich selbst an die Ordre der Gerolamo Baubri aus Vicenza und von diesem girirt erhalten.

Dieser Wechsel konnte jedoch von dem Wechselhaus Heinzelmann & Comp. dahier nur mit 480 fl. Current bezahlt werden, und es wurde daher wegen des Restes von 420 fl. Current durch den hiesigen Notar Advokaten Schirmer Protest eingelegt, und dieser von genanntem Handlungshause sammt Wechselbrief und Retourrechnung unter dem 8. Juni an Azolo Morosi in Vicenza gesendet, um von dem Giranten oder Aussteller die Retourrechnung mit 430 fl. Current bezahlt zu verlangen, oder auf sonstige Weise sich den Wechselregreß zu sichern.

Nachdem nun aber diese Zusendung mit an den Ort ihrer Bestimmung gelangt, sondern verloren gegangen ist, so wird auf Antrag des Wechselhauses Heinzelmann & Comp. der unbekannte Inhaber des oben bezeichneten Wechsels aufgefordert, innerhalb sechs Monaten dieses Wechsel dahier bei Gericht zu produziren und seine Ansprüche an denselben geltend zu machen, ansonsten dieser Wechsel für kraftlos erklärt werden würde.

Augsburg am 29. August 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht.

B. l. a.
Der königl. Rath:
v. Langen.

Vorbrugg.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Neuestes aus Wien vom 29. Oktober.

** Ueber den Ausgang des Kampfes in Wien erhalten wir so eben die folgende telegraphische Depesche, welche nach Olmütz an Se. Maj. den Kaiser ergangen, und durch einen Kurier auch Ihrer Maj. der Kaiserin Mutter zu Salzburg mitgetheilt wurde. Von Salzburg eilte der Kurier sogleich weiter nach Mailand, um die Kunde auch dem Feldmarschall Radetzky zu überbringen.

Telegraphische Depesche.

An Seine Majestät den Kaiser.

Wien, 29. Oktober, früh 7 Uhr. Gestern hat ein allgemeiner Angriff auf Wien stattgefunden. Meine tapferen Truppen sind nach einem 9stündigen Barrikadenkampfe der Disposition gemäß, in die Vorstädte Landstraße, Rennweg, Leopoldstadt und Jägerzeile eingedrungen, und haben dieselben bis an die Wälle der Stadt besetzt. Es wurden bereits Unterhandlungs-Anträge gemacht.

Fürst Windischgrätz, Feldmarschall.

Folgendes ist die in unserer heutigen außerordentlichen Beilage bereits erwähnte Proklamation des Fürsten Windischgrätz vom 27. Abends:

An die Bewohner Wiens!

Da die Frist, welche ich den Bewohnern der Stadt Wien zu ihrer Unterwerfung gegeben habe, so wie der ihnen auf ihr Ansuchen gewährte Verlängerungstermin erfolglos verstrichen, ja noch gestern Abend auf meine Truppen geschossen worden ist, so erübrigt mir nichts Anderes, als jetzt die Gewalt der Waffen eintreten zu lassen.

Diese soll aber nur die Uebelgesinnten treffen, welche den dermaligen unheilvollen Zustand herbeigeführt haben durch ihre Umtriebe; den ruhigen Bürgern bringe ich den Schutz eines gesetzlichen Zustandes wieder, nach dem sie sich selbst sehnen. Ich warne daher alle Gutgesinnten, daß sie sich von Jenen nicht überreden lassen, an dem Widerstande gegen meine Truppen Theil zu nehmen, da Niemand Schonung zu erwarten hat, der mit den Waffen in der Hand betreten wird.

Eben so warne ich alle Hausbesitzer, die Thore und Fenster während des Kampfes geschlossen zu halten und das Eindringen von Bewaffneten zu verhindern, da in jedem Hause, aus welchem auf meine Truppen Schüsse fallen, Alles niedergemacht, das Haus selbst der Zerstörung Preis gegeben wird.

Der Bessergesinnte, dem Treiben jeder Partei abhold, der Theil der Bevölkerung Wiens möge ruhig und furchtlos bleiben, da ihnen mein kräftiger Schutz nicht fehlen wird, sobald sich die Gegner der Ordnung und Gesetzlichkeit in ihre Schranken gewiesen haben werde.

Hauptquartier Heyendorf am 27. Oktober.

Fürst zu Windischgrätz, Feldmarschall.

Weitere uns zugekommene zuverlässige Mittheilungen aus Salzburg besagen, daß Fürst Windischgrätz am 28. Morgens 9 Uhr die Beschießung der Stadt und der Vorstädte nebst deren Bestürmung begonnen und bis 7 Uhr Abends unausgesetzt damit fortgefahren habe. Das Feuern war so heftig, daß es eine Unmöglichkeit gewesen, einen einzelnen Schuß unterscheiden zu können. Die Vorstädte Mariahilf, Lichtenthal und Leopoldstadt waren genommen. Die Vorstadt Wieden wurde beschossen, aber der Ausgang war beim Abgang der Depesche noch nicht entschieden. — Aus Graz vernehmen wir, daß von Seiten eines Theils der dortigen Nationalgarde und eines Haufens Gesindel der Versuch gemacht worden sei, das Militär in seiner Kaserne zu entwaffnen. Der Oberst des Regiments ließ die Thore der Kaserne weit öffnen mit dem Befehle, Jedermann herein zu lassen, allein, er stehe Niemand dafür, daß er auch wieder hinaus käme.

Nach Handelsbriefen aus Linz vom 30. wäre die Kapitulation von Wien noch im Laufe des 29. erfolgt.

Neue Aufschlüsse über den Wiener Aufstand.*)

*Vom Main, 27. Okt. Die Deputation des Gemeinderathes von Wien, welche zum Reichsverweser Erzherzog Johann entsendet wurde, befand sich dem Präsidenten des Gemeinderathes Dr. Bondy und den Mitgliedern Erb und Huber. Personen, welche Gelegenheit hatten, sie zu sprechen, erhielten interessante Aufschlüsse über die neuesten Wiener Zustände und deren künftige Gestaltung. Wenn der deutschen mäßigeren Demokratie hat die ungarische, die polnische und die italienische zahlreiche Sendlinge und bereuende Geltmittel nach Wien geschickt, um da eine neue Revolution zu organisiren. Keineswegs aber, wie den guten, freiheit-, aber auch ordnungsliebenden, konstitutionell-monarchisch gesinnten Bürgern vorgespiegelt wurde, um ihre Stadt und den Staat vor der Reaktion, der Kamarilla zu schützen, ihnen die Errungenschaften der jüngsten Zeit zu erhalten, sondern nur, um Anarchie und Verlassenheit den Lebensnerv abschneiden, und so für Italien, Ungarn und Polen — das wiederherzustellende — die Freiheit in ihrem volksfeindlichen, sonderbündlerischen Sinne zu ersinnen. Nie sah man so viele mit vollen Geldbeuteln versehene Freunde zweideutiger Haltung, politische und andere Proletarier, in Wien, wie kurz vor dem 6. Oktober, und deren Bund mit dem Gesindel, wovon man in Wien früher gar nichts wußte, das auf den Vorstädten und der Grenze herbeigetrieben war, schlug sich in bewaffneter Frieder, gleichwohl sehr leicht begreiflicher Schnelligkeit. Hatte man ja im September und vorher dasselbe Getriebe in Frankfurt in Gang gesetzt, eben so in Berlin, also leicht hier nachahmen können. Die Gewaltherrschaft einer kecken, aller schlechten Mittel kundigen und ergebenen Minderheit brach so unversehens über Wien herein; der Bankiersclique mit Katour auch dem Muster des mit Lamberg, auch in Frankfurt — zur ewigen Schmach für Deutschland und seine angeblichen Freiheitsmänner der äußersten Linken — zuerst glücklich ausgeführt, der Handstreich auf das Zeughaus, lieferten die Waffen für das Proletariat, und nöthigten dieses der Stadt als Garden auf, gegen die nun die eigentliche Bürgerwehr nicht mehr aufkommen konnte; denn sie bestand aus Besitzenden, die vor neuen Gewalt der aufgeschreckten, in Massen organisirten Massen überlegt größtentheils fremder Bajonette sich nicht verlieren hatten, während diese nur gewinnen konnten. Tebrigen blieb denn auch der Gemeinde, dem Gemeinderathe nichts mehr übrig, als einstweilen bis zur Wendung der Dinge von Außen, die Horden der Proletarier unter dem — an die Pariser Mobile der Junitage stark erinnernden — Namen der mobilen Garden**) in ihren Sold zu nehmen, um so die Bürgerschaft inzwischen gegen konmunistische und sozial-republikanische Plünderung zu schützen. Nicht bloß 25 fr. Kow. Münze erhält ein solcher Gardist täglich, sondern täglich sich wohl ausgleichen. Diese Deputation zweifelte nicht daran, daß das Machwerk des neuen Aufstandes leicht in sich selbst zusammenbrechen werde, wenn die Regierung ihre Kräfte klug und mäßig, zunächst durch Einschließung Wiens gebrauche; nur fürchteten sie, daß die Terrorisen in der Stadt vorher noch auf ein paar Tage die Herrschaft zu sich reißen und mit dem rohesten Kommunismus für sich und ihre vertrauetsten Genossen ausbeuten würden, um dann wenn möglich Reißaus zu nehmen, aber nicht mit leeren Taschen. — Von der Aula, der „akademischen Legion" bemerkten jene Männer, die eigentlichen wirklichen Universitätsstudenten seien die allergeringste Zahl derselben, allerdings zum Theil aus jugendlich unerfahrener, ungeklärterer Begeisterung mit in der Spitze, aber neben ihnen das literarische Proletariat die Hauptmasse. Aber sogenannte Techniker, d. h. jener Schlosser-, Schmid-, Tischler-, Zimmergesellen und dergleichen Handwerker, der sich meldete, wurde unter der Firma „Techniker" in die Aula aufgenommen; eben so gehörten dazu die medizinischen Handlanger, die vielen Hunderte von Barbiergesellen u. dgl., und bad den Namen Studenten unwürdigente Gesindel von sitzengebliebenen oder halbfaulen Leuten, Pamphletisten, nebst dem Zuzug der „Janitscharen", der schuftsbübischen Klopffechter aus Ungarn und der in Banditenkünsten wohl bewanderten scheinheiligen lombardischen „Zugenh". — Und mit solchen Leuten fraternisirten Männer (?) des deutschen Volkes, Mitglieder der deutschen Reichsversammlung, Blum, Fröbel!! Doch das ist begreiflich, sobald man diese, ihre Absichten, ihr Verhältniß zur Republik um jeden Preiß, als Unordnung, Auflösung, Umsturz überall um jeden Preis — nähert sich jedes und wäre, welche Mittel, denen keines sie zu scheuen ist, sie für solche Zwecke anwenden. Die sogenannte Deputation der Linken, d. h. der äußersten Linken in Frankfurt an die „bestenmüthigen" Wiener hatte bekanntlich die Vermessenheit, sich als solche auch dem Gemeinderath vorzustellen. Bei dem damals herrschenden Terrorismus konnte er dieser Aufrührlichkeit nicht ausweichen, mußte sie empfangen. Blum hielt die Ansprache, im Wesentlichen dahin lautend

macht — und damit war die Vertheilung geregelt. Später, so erzählt man mit Verlässigkeit, trafen die Herren Linken im Gasthause mit dem Präsidenten und mehreren Mitgliedern des Gemeinderaths zusammen, und hier soll Hr. Blum jenen gefragt haben, warum er solche ausweichende Antwort gegeben, oder was er eigentlich damit gemeint, und der Präsident habe ihm erwidert: was er dort nur andeuten gekonnt, wolle er ihm hier erklären; die blutigrothe Woche, die in Frankfurt heraufgezaubert, — Lichnowsky, Auerswald — sei von da nach Wien gekommen. Hier sei zuerst geworden — Lamberg — und habe sich von da über Wien — Latour — entladen, so sei der Mord zum Mord gewandert und habe am 6. Oktober seine Stätte in Olmütz aufgeschlagen, und Mord und Mörder könnten unmöglich um die Freiheit des Volkes sich verdient machen, unmöglich von deutschen Männern Anerkennung und Dank erhalten... Hr. Blum und Genossen sollen über diese Worte des Präsidenten erst sehr verdutzt, dann etwas aufgeregterisch gewesen sein, jedoch sich alsbald eines Besseren besonnen und an einen andern Ort, in der Aula sich begeben haben, wo sie denn auch sofort als „Ehrenmitglieder" aufgenommen wurden. Man ist nun sehr begierig, wie die Herren Fröbel, v. Trützschler, Blum ihre neue Stelle als Ehrenmitglieder der Aula in Verordnung bringen mit ihrer Stellung in der Reichsversammlung, zumal sie dort in Wien mit ihren akademischen Ehrenmedien geschmückt sich gezeigt, als Genossen der dem Kriegsgesetz und Standrecht verfallenen Aufrührer angesehen werden könnten. Man hofft indeß, sie werden nach jener Weise den Waffenschmuck nur als Kinderei betrachtend noch bei rechter Zeit den Rückzug und hinter dem Hintertreffen Klug genommen oder sich ganz davon gemacht haben, also mit einigem unglimflen Schrecken weggekommen sein, der übrigens bei Hrn. Blum, welcher kein Freund von wirklichen Mannesmuth sonderlichen Lagen sein soll, nicht geringen Grad möchte erreicht haben.

Die Wiener Presse vom 25. apostrophirt Hrn. Robert Blum, wegen der Rede, die er in der Aula gehalten, folgendermaßen: „Hr. Robert Blum spricht in seiner Rede, wie die öffentliche Post und das Journal des Oberceremonienschen Lords berichten, von den inneren Feinden, der Zaghaftigkeit, dem Mangel an Muth und Audauer; sollte es aber außer diesen inneren Feinden auch andere geben — er hoffe es gebe deren nicht, oder sollten noch Leute in der Stadt existiren, die den Sieg der Militärs lieber wollten als den Sieg der Freiheit, so müsse sich der Vernichtungs-Kampf gegen die Schauren vor der Stadt mit schärfer Waffe auch gegen sie kehren.*) Wir sind weit entfernt eine Partei vertheidigen zu wollen, welche die Militärherrschaft der Freiheit vorzieht. Wir wollen die Freiheit, die volle unverkürzte Freiheit und Ordnung. Im Interesse dieser Freiheit aber müssen wir eine solche Sprache, wie sie Hr. Robert Blum führt, mit Abscheu zurückweisen, die Gutgesinnten aller Parteien ohne Ausnahme müssen darin übereinkommen, daß Humanität und Gesittung von der Freiheit unzertrennlich sind. So wenigstens hat man heutzutage allenthalben die Freiheit begriffen. Unter der Republik in Frankreich genießen Legitimisten denselben Schutz der Gesetze, wie die Anhänger der Schreckensherrschaft von 1793. Aber Gesinnungen und Meinungen mit scharfer Waffe bekämpfen, den Gegner durch rohe Gewalt zu Boden schlagen, ist nicht blos Verrath an der Freiheit, es ist politische Kurzsichtigkeit. Noch jederzeit haben die Gräuel politischer Rachsucht der Freiheit das Grab gegraben, und der Knechtung Thür und Thor geöffnet. Unsere Lage ist ungemein. Niemand kann bestimmen, ob und wie sich das Blatt wenden wird. Nur Eines ist gewiß: Belagerung aufgehoben oder nicht, die Bombe, durch welche der äußere Feind den Brand in die Stadt wirft, ist das schrecklichste, das uns bedroht; der innere Feind, der die Fackel der Zwietracht, der Verdächtigung und des politischen Hasses im Momente der Krisis in die Gemüther wirft, ist mehr zu fürchten. In Hrn Robert Blum Rede liegt der Wahnsinn eines Brandstifters, die Verrücke der politischen Denunciation. Die unbedingten Gleichheit des Elendes und Gemüthlosigkeit — vielleicht auch die ehrlichen und besten — darunter begriffen erschrinen. Gräuel und Verbrechen sind nicht geeignet, die Partei der Gegner zu schwächen; sie stärken sie. Und wir stehen seinen Augenblick an diese Wahrheit demjenigen, welcher auch dem Kampfe als Sieger hervorgehen wird — welcher Partei er auch angehören möge — warnend zuzurufen. Hat Hr. Robert Blum den Muth, den Dämon zu fürchten, der ihn dahin treibt, daß er hier die Geister der blutigen Gewaltherrschaft theile, die er verdeiglichtigt. Hr. Blum ist in Wiens Mauern als Fremder, als Mitglied des deutschen Parlaments unverletzlich — er hat die Mittel zu Handen, dem Sturme, den er heraufbeschwören will, jeden Augenblick zu entweichen.**) Darum ist sein Verrath an der heiligen Sache der Gesittung ein doppelt feiglicher. Wiens Bevölkerung hat in den letzten Tagen eine unerkennungswerthe, eine bewundernungswürdige Haltung gezeigt: sie hat die Freiheit begriffen, denn sie hat sie mitten unter den Leidenschaften der Parteien aufrecht zu erhalten gewußt. Wer hat Hrn. Robert Blum das Mandat gegeben, das Volk Wiens zum Wahnsinn des Terrorismus aufzustacheln, damit den Blättern der Geschichte, auf welchen die Ereignisse der letzten Tage verzeichnet stehen, Flecken von Blut und Schmach aufgedrückt werden? Hat Hr. Robert Blum diese Worte gesprochen, dann hat er — wir sagen es unumwunden — sich entehrt."

(Allg. Ztg.)

München, 1. Nov. (Schluß.) In unserem heutigen Hauptblatte abgebrochenen Artikels über die Eisenbahnen.) Wir gehen nun über zur Beschreibung der Terrainverhältnisse, und wie dieselben zur Lösung der vorliegenden Aufgabe benützt wurden. Die Aufgabe war eine Eisenbahn zu führen von Kulmbach nach Hof, also aus dem Maingrunde in das Saalethal, und es mußte die Wasserscheide zwischen Main und Saale überschritten werden. Zuvörderst mußten die Gewässer aufgesucht werden, zwischen welchen diese Wasserscheide überschritten werden konnte. Diese sind gegen Südosten der Haidberg bei Zell, von wo die Wasserscheide auf den Rabenstein und gegen den Schneeberg zu sich erhebt; gegen Nordwest die Höhe bei Schödlas, indem jenseits derselben ein neues Flußgebiet, das der Selbitz sich dibet, welche erst weit unterhalb Hof mit der Saale sich vereinigt. Der niedrigste Punkt dieser Strecke der Wasserscheide ist am Fuß des Haidberges; sie erhebt sich nur hier ab bis Schödlas um circa 60 Fuß. Die Ursache zu dieser Wasserscheide sind nun der Mainfluß der ungleich tiefergelegt als jene im Saalgebiete. Denn bekanntlich liegt Kulmbach noch im Gebiete des Keuper-sandsteines, und in einer Entfernung von circa 2 Stunden erhebt sich plötzlich das Uebergangsgebirge hoch empor, so daß von Kulmbach bis zur Wasserscheide 1050 Fuß Höhe zu ersteigen waren. — Unser solchen Verhältnissen war ein genauen Terrainstudium, eine sorgfältige Prüfung aller Anordnungen die wichtigste Aufgabe des Ingenieurs. Zwischen Untersteinach und Berneck mußte der Punkt gesucht werden, wo man das Thal zu verlassen hatte, um sich nach der Wasserscheide hin stetigend zu entwickeln und zwar wo möglich, ohne inzwischen wieder sallen zu müssen, indem jede solche verlorene Steigung den Verlust einer zweifachen Länge an der ohnehin so spärlich vorhandenen Entwicklungslänge zur Folge hatte. Diese letzte Eigenschaft bieten sie meistens der vorgeschlagenen Richtungen vermißen; so die Richtung über Untersteinach und Haidberg nach Schödlas, jene durch den Kimlasgrund nach Wasserknoten u. s. w. Die meiste Gleichförmigkeit hat das Thal der Schorgast, welche bei Schödlas entspringt und bei Wiesberg in das Hauptthal sich ergießt. Allein neben überaus großen Bauschwierigkeiten sprach noch, wie bei allen übrigen Richtungen der Umstand dagegen, daß eine Station dahin, mit den Lindenmühlen Fichtelgebirge unterbrochen. Die Steigung müßte daher durch Wasserspannung bewältigt werden, was nur durch Anwendung der Locomotive möglich ist. Höchstens einer maschinenmäßigen Steigung von $\frac{1}{100}$ dürfte man sich bedienen, ohne Gegensteigung weiter fahren zu können. Es mußte aber die Entwicklungslänge so weit als zulässig ausgedehnt werden, was nur möglich war, indem man den Ausspunkt der großen Steigungen gegen Süden hinschob, und die Wasserscheide am nordwestlichen Ende zu erreichen suchte, indem sonst alle Wasserläufe die Richtung von Nordnordost nach Südsüdwest einhalten. Hiezu war eine sehr günstige Gelegenheit die sekundäre Wasserscheide zwischen der Schorgast und der Selbitz, so daß parallel laufenden Affluenten des Mains, welche beide unsern Schödlas entspringen. Diese sekundären Wasserscheide entlang senkt sich die Bahn von der Hauptwasserscheide aus gegen das Mainthal; sie kreuzt diese sekundäre Wasserscheide in ihren Gränzen zweimal und schmiegt sich mit den angenommenen Radien von 1000' vorgestalt an die günstigsten Gehänge an, daß wo das Längenprofil dieser 3½ Stunden langen Strecke sich mit Schorgast sieht, unmöglich daraus schließen würde, daß die Bahn über ein Gebirg wegzieht. Es kommen hier weder große Aufnämmungen noch bedeutende Einschnitte vor, da alle kleineren Wasserläufe saft an ihrem Ursprunge überschritten und die Hügel in Schlangenlinien umgangen werden. Gerade Linien von ½ Stunde Länge sind dort eine Seltenheit.

Die Thalsohle dieser Ebene, zusammengedrängt zwischen Gebirgs- und Rennenwarth, auf einen 2 Stunden Länge, bei dagegen in ihrer oberen Hälfte bedeutende Bauschwierigkeiten, indem sie längs einer Felsen Bergseithe in Windungen hinaufgeführt werden mußte. Das Gebirg besteht dort aus Grauwackenschiefer der zur Abrundung der Thalwindungen führt, an einer Stelle bis zu 70 Fuß Tiefe, ausgesprengt werden mußte. An fünf Stellen ist die Bahn über das Saarthal oder Grenzschluchten auf Viadukten geführt, welche an einer Stelle 110 Fuß hoch sind. Zu diesen sokassalen Stützmauern war die Herstellung von 1587000 Kubikfuß Mauerwerk erforderlich; sie sind alle auf festem Felsen gegründet. Zur Kostenersparung wurden die zum Glück sehr lagerhaften Blöcke eines nahen Steinbruches ohne alle Bearbeitung verwendet, und durch einen weit ausgreifenden hohlen Anlauf an Höhenstandsöffnigkeit erspart, was der Mangel an Bindemitteln nicht vermissen ließ. Der Grauwackenschiefer ist hart, bricht immer in rhomboedrischen Formen und läßt darum saft gar keine Bearbeitung zu. Die ungewöhnlich großen Mauermassen an einer steilen Bergleithe, aus rauhen Steinblöcken, dann wieder die massigen Felsenein-schnitte machen auf die Besuchenden stets einen angenehmen Eindruck, und haben die schiefe Ebene zu einer Art Berühmtheit gebracht, daß ein Redner in der verlegten Ständeversammlung behauptete, sie sei nur angelegt worden zum Glanz der Ober-Ingenieure und habe sich leicht umgehen lassen. Mit Hoffen derselbe Herr Abgeordnete wird sich in seiner neuen Stellung als Staatsminister überzeugt haben, daß mit den bayerischen Eisenbahnbau gewissenhafte Männer betraut sind, die nicht

*) Der Lord gibt diese Stelle einmal anders, er sagt: so müsse diese Partei unerbittlich verfolgt und mit scharfer Waffe bekämpft werden.

**) Robert Blum soll bereits in Berlin eingetroffen sein, obgleich er der Wiener akademischen Legion versprochen hatte mit ihr zu siegen oder zu fallen!

und seinem Endziele Landshut durch die Staudammlinie und das Donaumoos, Isarbrücke, nun noch langem Studium alter Standlinie und in der rechten Ren, heute noch festzuhaltenden Uebergangs, daß nur auf dem eingeschlagenen Wege die Aufgabe auf eine spätere nicht zu verwende Weise gelöst werde, anschließt man sich zur Führung dieselbe mit vielen Sorgen verbundenen Bauch. Wenn ob dem Publikum gefällt die Anlage zugleich schön zu sein kann, so können die Techniker sich dessen wohl gefallen lassen.

An der Weiterstrecke bei Schödlad mußte ein ansehnlicher Einschnitt in Gneis hergestellt werden, um die Bahn auf Steigung zu ermäßigen. Von da aus senkt sich die Bahn an dem Gehänge des Pullacherthales, anfänglich mit einer Steigung von $^{1}/_{50}$, dann mit $^{1}/_{100}$ auf 21.698 Länge bis nach Münchberg. Diese Stadt liegt am linkseitigen Thalgehänge, und nimmt dieses ganz ein. Nachdem aber die Bahn mit dem mindesten Aufwandte von Schödlad aus, gleichfalls an den sonnigeren, linken Thalseite geführt werden konnte, so war man genöthiget ober- und unterhalb Münchberg das Thalschwingthal zu überspringen, und der Straße gegenüber, auf der rechten Thalseite, die Station anzulegen. Zwei mächtige Brücken aus Granit führen über die Pullachig und drei andere gleichfalls massive, über Straßen, die von Münchberg nach verschiedenen Richtungen ausgehen. — Etwa eine Stunde unterhalb Münchberg ergreift sich die Pullachig in die Saale. Die Bahn folgt den linken Ufern dieser Gewässer bei Steilh, bis sie in drei schiefen, gewölbten Brücken das Thal überspringt, und hat dann auf der rechten Thalseite über Fördau nach Schwarzenbach verstehe. Dieser Uebergang geschah, weil von hier an die rechte Thalseite im Winter stets freier ist von Schneeverwehungen. Die Aufzählung der Anstalten und Vorsorgen gegen Schneeverwehungen im Einzelnen würde die Grenzen dieser Mittheilungen überschreiten. Es genüge daher die Bemerkung, daß, um die Bahn gegen Schneeverwehungen zu schützen, an vielen Stellen Einschnitte erweitert, stellenweise Wänden und Lehnen gesprengt wurden, und zu hoffen steht, daß Unterbrechungen des Verkehres wegen Schnee selten eintreten werden, zumal da der Betriebsverwaltung eine entsprechende Anzahl großer Schneepflüge zur Verfügung gestellt ist, welche durch die Lokomotive bewegt werden, und sich bisher als gut bewährt haben. Von Schwarzenbach aus verfolgt die Bahn das rechte Ufer der Saale über Fattigau und Oberkotzau bis Weidenberg, wo sie auf einer massiven Brücke auf Granit die Saale überspringt, um alsdann auf der linken Seite nach Hof hinaufzusteigen. Auf dieser Strecke wurden, trotz der kleinen Radien von 1000 Fuß, manche Felsenparthien durch Sprengen beseitiget und die Saale mittelst Durchstiche verlegt werden; indessen wurde namentlich der Markt Oberkotzau durch die Saale-Korrektionen von Ueberschwemmungen befreit, denen er früher stets unterlag.

Hof liegt bekanntlich auf einem steilen Hügel, zungenförmigen Abhange der Saale. Die Möglichkeit der Fortsetzung der Bahn nach Sachsen, gestattete nicht, dieselbe im Saalthal zu belassen. Der Bahnhof mußte daher auf dem Rücken hinter der Stadt angelegt werden, und hat dort eine thalabwärts steile, dominirende Lage circa 110 Fuß über der Saale. Wegen der zungenförmigen Gestaltung des Terrains mußte in Hof der Bahnhof als Kopfstation behandelt werden, an beiden einem, der Stadt zugekehrten Ende die Einfahrt zu stehen kommt, indessen am entgegengesetzten Ende die Bahnen sich nach Sachsen und Bayern verzweigen. Als Wechselstation für die bayerischen und sächsischen Züge hat derselbe einen sehr großen Umfang. In Gebäuden sind die bayerischen Lokomotivremise und Reparaturwerkstätte, die Laderhalle und zwei Wagenremisen unter Dach und größtentheils massiven Façaden mit Ausnahme der Laderhalle und das Wachlocal sind im Bau begriffen. Eine $1^{1}/_{2}$ Stunden lange Quellenleitung versieht den Bahnhof reichlich mit Wasser, was auf der trockenen, windigen Höhe ein unumgänglich Bedürfniß für Unglücksfälle war.

Auf der Bahnstrecke von Hof an die drei Stunden entfernte sächsische Grenze lagen die bedeutendsten Schwierigkeiten wieder zunächst Hof. Zwei bedeutende Einschnitte mußten durch den Felsenberg mittelst Pulver bewerkstelliget werden, bis man etwa $^{1}/_{2}$ Stunde unterhalb Hof bei Unterkotzau zur Saale gelangt. Auf der rechten Thalseite an die Felsen anlehnend, erhebt sich eine massive Brücke 80 Fuß hoch über den Thalgrund und trägt auf seinen Bögen auf Granit den Eisenbahnzug sicher über den Abgrund. Von da aus bis zur Grenze bei Hödreing hatte die Bahn fleet mit 1 auf 100, meist großen Krümmungshalbmesser von Hof bis Werrau an der Pleiße angewendet worden ist. Das Terrain von Hof bis zur Grenze war so beschaffen, daß man ohne wesentliche Kostenmehrung nach dem Wunsche des Nachbarstaates Krümmungshalbmesser von 2000 Fuß anwenden konnte.

Ob nun, wie oben dargestellt, die Eisenbahn von Nürnberg bis zur nördlichen Grenze — einige Bahnbogenstücke ausgenommen — solid und auf eine der Wichtigkeit der großen Verkehrslinie würdige Weise vollendet, so können wir bei diesem Anlasse nicht umhin zu erwähnen, daß auch den Fahrrequisiten gleiche Sorgfalt sowohl in der prinzipiellen Disposition, als auch in der Ausführung zugewendet worden ist. — Es verdient hier erwähnt zu werden, daß es erst eine Lokomotive mit verstellbarer Expansion auf die Schienen gekommen war, die bayerischen Techniker nach sorgfältiger Prüfung die Ansicht dieses Systemes wegen der großen Brennmaterial-Ersparung bei der Staatsregierung beantragten. Die Einführung desselben auf der bayerischen Staatsbahn that seiner Verbreitung wesentlichen Vorschub, und ausmärtige Maschinenbauer, die anfänglich unglaubig die Sache verhöhnten, haben es indessen angenommen. Eben so verdient die Einführung der Torffeuerung bei den Lokomotiven im südlichen Bayern bemerkt zu werden, eine Maßregel von großer staatswirthschaftlicher Bedeutung, die im Inlande noch wenig gekannt zu sein scheint.

Um die Bildsamkeit der Betriebsmaterialien und ihre Unterhaltung möglichst zu erleichtern, hat man die Bahn von Lindau bis zur nördlichen Reichsgrenze nach den allgemeinen Terrainbeschaffenheiten in drei Abtheilungen gebracht; die Strecke von Lindau nach Kaufbeuren ist in der Projektion als Gebirgsbahn behandelt, mit Neigungen bis zu $^{1}/_{100}$ und Radien bis zu 1000 Fuß; die Strecke von Kaufbeuren bis Neuenmarkt dagegen hat alle normale Maximalsteigung bis $^{1}/_{200}$ (über angegebenen Steine $^{1}/_{300}$ und Krümmungen bis zu 2000 Fuß Halbmesser; die Strecke von Neuenmarkt bis zur Grenze ist, wie umständlich dargestellt, als Gebirgsbahn zu betrachten. Mit dieser Eintheilung harmonirt die Zahgeschwindigkeit von 8 Stunden und 6 Stunden in der Zeitstunde, so wie die Vertheilung der Lokomotive. Die Lokomotivklasse A mit einfachen Triebrädern ist bemessen für die leichteren (Personen) Züge in der Ebene; die Klasse B mit 4 gekuppelten Triebrädern für die schweren Züge in der Ebene und für die leichteren Züge im Gebirge; endlich die Klasse C mit 6 gekuppelten Rädern für schwere Züge im Gebirge und als Vorspannmaschinen auf der schiefen Ebene. Da alle Maschinen derselben Klasse gleich sind, so kann stets eine im Nothfall den Dienst der andern versehen. Bei weiten die meisten der Lokomotive sind in Bayern gebaut, in dem Etablissement des Herrn von Maffei dahier, und es gereicht die Ausführung derselben dem Etablissement sehr zur Ehre. — Wie für die gleichmäßig prompte Fortschaffung durch den Bau der Lokomotive, so wurde auch für schnellen und sicheren Anhalten gesorgt durch die allgemeine Einführung der neuen von dem Maschinenmeister der bayerischen Eisenbahnen Herrn Exner erfundenen Bremsen, mit deren Hülfe es möglich ist, den schwersten Zug selbst auf der schiefen Ebene in kürzester Zeit zum Stillstand zu bringen.

Möge nun eine höhere Hand das vollendete Werk schützen, und wie bisher, so auch fernen Alle vor Unglück bewahren, die ihr Leben ihm anvertrauen.

Schulwesen betreffend.

(Eingesendet.)

F Bei dem Beginne des Schuljahres möchten wir einen Umstand besprechen, welcher, wie es scheint, bisher nur von einer Seite aufgefaßt, beinah zum Mißbrauch geworden. Es ist dieß die Anordnung, daß die Schüler der deutschen und lateinischen Schule täglich vor der Schule in der Kirche der Messe beizuwohnen haben. Schreiber dieses ist katholisch und haben auch der strengen Ansicht, daß die Form von Dienen nicht zu trennen sein dürfte; allein er kann sich mit vielen anderen Eltern, mit welchen er sich benommen hat, nicht überzeugen, es finde bei Knaben von 10 bis 12 Jahren ein so warmes religiöses Gefühl statt, daß nicht in ihrem jugendlichen, unentwickelten Innern neben die odenermüdende Pflicht nur als eine lästige Gewohnheit aufgefaßt werden dürfte. Fragen wir die Altern, ob sie alle ein besonderes Verlangen haben, vor Beginn ihrer Amts- oder Berufsgeschäfte (wenn sie auch mit warmer Ueberzeugung sich zum katholischen Glauben bekennen) täglich Winters Frühmessen in die kalten Kirchen zu gehen? Und Knaben sollten wir solches zumuthen? Wird nicht das wahre, religiöse Gefühl durch diesen Zwang eher abgestumpft werden, da die kleinen Burschen früh aus dem Bette gehetzt, im unbehaglichen Gefühle der sträflichen Handlung beinahwhend nur daran denken müssen, daß sie bald zu Ende sei?

Abgesehen davon sind wohl auch die Gesundheitsrücksichten zu bedenken! Wie viele der Schüler haben des Morgens nicht einmal eine warme Suppe genossen! Und gerade diese ärmere Klasse findet weniger als die Kinder der wohlhabenden, warmwarmen Eltern einen Grund der Thränenlosen, da sie sie nicht gleich den Andern benöthigt, ein Zeugniß über „Anlage zu katarrhalischen Affektionen“ oder dergleichen auszustellen.

Mögen diese Andeutungen von den Verständen freundlichst in Erwägung gezogen werden. Ein kurzes, inniges Gebet vor Anfang der Klassenstunde im Schulzimmer wird die Jungen täglich erinnern, daß Alles mit Gott zu beginnen sei. — Der sonn- und feiertägliche Gottesdienst wird dann um so wirksamer die jungen Gemüther an Erfüllung ihrer kirchlichen Pflichten nachhaltig mahnen.

Die protestantische Generalsynode der Pfalz.

** Aus der Pfalz, 26. Okt. Von Montag den 16. bis Dienstag den 23. d. Mts. wurde zu Speyer die vielseitig begehrte außerordentliche Generalsynode für die unirte prot. Kirche der Pfalz, unter Leitung des k. Oberkonsistorialrathes Dr. Gabler und Beisitz des kgl. Oberappellationsgerichtsrathes Petersen als kgl. Kommissärs abgehalten. Die Sitzungen waren öffentlich. Gegenstände ihrer Berathung waren die Verabfassung eines neuen Wahlmodus für kirchliche Vertretung in den Presbyterien und Synoden, und die Frage über Lostrennung der prot. Pfalz vom k. Oberkonsistorium in München. Die Resultate derselben werden, gehen sie anders in's Leben über, der protest. Pfalz noch manche Stunden bereiten. Der Wahlmodus ist in ziemlich radikal-demokratischem Sinne angefallen. Die kirchliche Vertretung geht nach demselben zuletzt aus Urwahlen hervor, wozu als aktiv wahlfähig alle majorennen selbstständige Ortsbürger berechtigt sind, während passiv wahlfähig jeder 30 Jahre alten Glied der unirten Kirche ist, welches anderweitige erforderlichen Eigenschaf-

ten, religiöser und kirchlicher Sinn und Unbescholtenheit des Wandels, ganz den Ermessen der Wähler anheimgegeben sind. Diese Bestimmungen werden unzweifelhaft alle bedeutenderen Seiten der politischen Wahlumtriebe auf das Gebiet der Kirche herüberziehen und diese in die verschiedensten Parteien zerspelten und zerstreichen. Für die Generalsynode wurde eine gleiche Zahl von Geistlichen und Laien als Mitglieder bestimmt, was noch genügend ist; für die Diöcesan-Synoden hat man aber nach der Seelenzahl eine Vertretung des Laienstandes bei der Act beantragt, daß die Zahl der weltlichen Glieder oft mehr als zwei Drittheile dem geistlichen Stande gegenüber ausmacht, und manche Diöcesan- (Bezirks-) Synoden, deren wir in der Pfalz 15 besitzen, künftig 50—60, ja 70—80 Mitglieder zählen werden. Die Mißstände solcher Vertretung liegen jetzt schon klar vor Augen; sie werden aber, da in der Folge ohne Zweifel die Verfassung und die festen Grundlagen der Kirche vor die Synoden gezogen werden, erst recht in ihren verderblichen Konsequenzen erkannt werden — dann, wenn es zu spät sein wird. Ein gleiches bedauerliches Resultat ergab die Berathung über die Trennungsfrage. Diese war freilich schon zum Voraus von der Majorität entschieden. Man wollte um jeden Preis los vom Oberkonsistorium, welches seit der Vereinigung im J. 1818 die zwischen Lutheranern und Reformirten gemeinsamen Lehren als Schriftlehre und kirchliches Bekenntniß aufrecht zu erhalten und eine bessere Zucht und Ordnung als früher in die pfälzische Geistlichkeit hineinzubringen bemüht war. Für die Beibehaltung des Verbandes mit demselben schien anfangs eine Minorität von wenigstens 12—15 Stimmen sich ergeben zu wollen. Ihr stand eine Anzahl von Geistlichen zur Seite, welche in einer besonderen Eingabe an die Generalsynode erklärten, in dem bisherigen Verbande bleiben zu wollen, während manche andere, welche das Gleiche wollten, sich noch nicht ausgesprochen hatten, und von vielen anderen, welche eine entschiedene Stellung einzunehmen verschmähten, voraussichtlich dem auch sie den ferneren Verband mit dem Oberkonsistorium sich gerne würden gefallen lassen. Allein die Mißgriffe, welche gemacht worden, verderben Alles. Zu diesen Mißgriffen rechnen wir vor Allem, daß schon im Voraus von dem Ministerium bei den Ständen die Ermächtigung zur Trennung eingeholt wurde, falls eine Generalsynode sie wünsche. Die Kirchlich-Konservativen wurden dadurch in eine falsche Stellung gebracht. Sie konnten weder gegen die Majorität einer außerordentlichen Generalsynode sich erklären, ohne parteiisch zu erscheinen, so sehr auch die letztere Resultate erwarten ließ, die ihnen höchst unerwünscht sein mußten; noch konnten sie mit rechter Einigkeit und mit Ernst gegen eine Maasregel sich erklären, welche von oben her gebilligt, ja gewünscht zu werden schien. Dazu kam der ungünstige Eindruck, den die plötzliche, temporäre Quiescenz des k. Oberkonsistorialrathes Dr. Rust auf die Versammlung machte, und der Umstand, daß die Generalsynode einer Anzahl Männer ihr Vertrauen an seine Stelle bezeichnen sollte. Ein solches Oberkonsistorium, das zum obersten Vertreter der pfälzischen Kirche voraussichtlich ein Glied aus der rationalistischen Majorität der Synode haben würde, wollte auch die Minorität nicht. Dabei ließen es Glieder der Majorität an Einschüchterung und Versprechungen von künftiger Eintracht u. s. w. gegen sene nicht fehlen. Ebenso ließ man es zu einer Debatte über diese wichtige Frage gar nicht kommen; nicht einmal gegen das gewiß in vielen Punkten angreifbare Referat des Wadsschied, welches die Trennung beantragte, durfte ein Wort vorgebracht werden. Die obengedachte Eingabe von mehr als 40 Geistlichen wurde weder debattirt, noch verlesen. Auf die Stimmen der Gemeinden, welche in tausenden von Unterschriften sich für das Oberkonsistorium ausgesprochen, wurde nicht die geringste Rücksicht genommen. So wurde zuletzt die Trennung einstimmig beantragt, und, um wenigstens noch ein schwaches Band mit der jenseitigen Kirche zu erhalten, die gegenseitige Beschickung der Generalsynoden durch Abgeordnete mit berathender Stimme in Vorschlag gebracht und angenommen. Für die Pfalz aber ist damit überhaupt wieder ein Band geknüpft, welches sie an die jenseitigen Landeskirche knüpft. Zuletzt wünschte man baldigst wieder eine Generalsynode, aber wenigstens frühere Abhaltung der nächsten ordentlichen, und zwar sogleich nach Ostern, um eine neue Kirchenverfassung zu entwerfen, wofür man bereits eine Kommission gewählt hat. — Allein Anstehen nach werden wir in kirchlicher Beziehung eine Zeit lang Ruhe in der Pfalz haben, weil es der kirchlich-radikalen Partei darum zu thun sein wird, durch die That zu zeigen, daß alle Störungen nur vom Oberkonsistorium ausgegangen seien.

Deutschland.

Von der Weser, 26. Okt. Mag man auch bei uns in Norddeutschland noch so verschiedene Ansichten über die Frankfurter National-Versammlung und über ihre Stellung zur Centralgewalt haben, darin sind fast alle Parteien einstimmig: daß die erstere durch ihre unaufhörlichen Interpellationen, welche nach allen Seiten der inneren und äußeren politischen Windrose gerichtet sind, das Leben, d. h. die Wirksamkeit ungemein erschwert, während darüber die unendlich wichtigere Lösung und Beendigung der Hauptaufgabe immer weiter hinausgeschoben wird. Diese wahrhaft heillose Uebertreibung des Rechtes, die Minister um Aufschluß über „alles Mögliche und noch etwas darüber" anzugehen; diese wahre Interpellationsmanie über Sachen, Begebnisse und Eventualitäten, welche noch entschiedene Meinung oft theils noch unmöglich, theils sie auszusprechen unräthlich ist, zeigt recht, wie weit wir in Berlin und in Frankfurt noch hinter der politischen Bildung Englands und Frankreichs zurück sind. Um nur ein Beispiel aus dem letzteren anzuführen, wollen wir an die neuliche Antwort des Hrn Bastide erinnern, welche derselbe in der Sitzung vom 19. Okt. gab, als ihn ein ungeduldiger Repräsentant, Hr. F. Bouvet, mit Hinblick auf die Wiener-Ereignisse über die künftige Politik des Cabinets, über welche dieses noch immer das tiefste Stillschweigen beobachtet, interpellirte. Der Minister fertigte ihn kurz mit der Bemerkung ab: „die Politik des Cabinets habe sich nicht geändert, sonst würde er nicht mehr Minister sein; Hr. Bouvet möge so viel fragen, als er wolle, er (der Minister) werde nur auf so viel antworten, als er für nöthig halte, vorläufig aber gar nichts, da eine Diskussion über öffentliche Angelegenheiten jetzt unbesonnen, Gefahren heim könne." Und die Nationalversammlung stimmte dem Minister bei. Dafür werden aber die Franzosen auch mit ihrer Verfassung noch mit Ende dieses Monats zu Stande kommen, während man in Frankfurt und Berlin noch bei dem Anfange des Anfanges ist. (Köln. Z)

Preußen. Burg, 24. Oktober. Hier hat gestern ein Krawall wegen der Schlacht- und Mahlsteuer Statt gefunden. In einer Volksversammlung vor dem Schartauer Thore war der Vorschlag eingebracht, eine Adresse an die Stadtverordneten-Versammlung zu erlassen, worin sie aufgefordert werden, nun bald zu zeigen, daß sie es mit dem Volke redlich meinten, und sogleich den Beschluß, daß die Steuer wirklich abgeschafft sei, zu bewerkstelligen. Obwohl mehrere Redner die Versammlung ermahnt hatten, sich bei dem Einzuge in die Stadt ruhig zu verhalten, so war dies doch in so fern nicht möglich, als sich sofort ein förmlicher Jubel- und Triumphzug formirte. Voran fuhr ein schon bereit gehaltener grün angestrichener Leiterwagen, auf dem sich fünf Männer befanden, denen der Vorzug bestimmt war, im Triumphzuge, begleitet von Hunderten „aus den Volke", öffentlich als erste angenommene Meistücke in die Mauern Burgs eingeführt zu werden. Das vor dem Biehwagen befindliche Pferd wurde ausgespannt, und Menschen zogen den Wagen zum Magdeburger Thore hinein. Dort angekommen, erhob sich abermals lauter Jubel, und die Controlbücher wurden als Siegeszeichen vorgezeigten. Man legte Hand an den preußischen Adler, der als Amtsschild an allen Thor-Steuer-Expeditionen angeschlagen ist. Freilich riß man ihn ab, weil dieser Knickst, wie man sich ausdrückte, nun nichts mehr gelte. Ein Arbeiter hieit ihn, auf dem Biehwagen stehend, gleichfalls als Siegeszeichen empor, und so bewegte sich der jubelnde Zug durch die Stadt nach den übrigen vier Thoren, wo der gleiche Frevel wiederholt wurde. Alsdann zerriß man die erwähnten Controlbücher. So soll nun die Mahl- und Schlachtsteuer aufgehoben seyn. (Burg'sche Z.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 30. Okt. Oesterr. Spros. Metall. 67½, 4proz. 54½, 3proz. —. 2proz. 35½. Bankaktien 1118. P. 500 fl.-Loose 115. 250 fl.-Loose 79½. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine — P. — G. Staatsschuldscheine 3½ proz. 75. — Bayer. 3½ proz. 75½. — Luxemburger Verbach. 68½. — Württemberg. 3½ proz. 75. 4½ proz. 92½. — Baden. 3½ proz. 72½. — Loto-Anlehen à 50 fl. 45. — 35 fl.-Loose 25½. — Darmstädt. 3½ proz. 74. 4proz. 81½. — Loto-Anlehen von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 20½. — Kurhessl. Friedr.-Wilh.-Nordb. 42. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½ proz. 80. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3proz. 78. 3½ proz. 90½. 86½. — Taunusbahn 272. — Holländ. Integr. 45½. — Span. 3proz. innere Schuld 17½. — Pol. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 68. — Sard. 36 Fr.-Loose 25½. Diese. 2.

Paris, 28. Okt. 3proz. 44.25. 5proz. 63.45. Schatzb. — Bankaktien 1502.50. Staatsobligationen 1120.—. Bier Kanäle 842.50. Comptoir. von Alger — Belg. 5proz. von 1840 77½. von 1842 77½. 4½ proz. —. 4proz. —. 2½ proz. 39. — Belg. Bank —. Neap. 5proz. —. Röm. 5proz. 63½. — Span. 5proz. —. Aktien 13½. Passive —. Piem. 880.—. Hamb. 200 — St. Germain —.—. Versailles (rechte) —. (linke) —. Orleans 607.50. Rouen 385.—. Havre 180.—. Marseille 167.50. Basel 81.25. Bergen 227.50. Boulogne —.—. Dorrebar 368.75. Nordbahn 353.75. Montereau —.—. Lyon 361.25. Strasburg 330.—. Kanal 315.—. Dieppe —.—. Seeaur —.—. Montpellier —.—. La Teste —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung.“

Mittwoch, den 1. November 1848.

Allseitiges Bombardement von Wien.

** München, 1. November. Alle Zeitungen und Briefe aus Wien selbst vom 28. sind diesen Abend ausgeblieben. Der Grund davon erhellt aus dem nachfolgenden Schreiben aus Hetzing, welches allein uns zugekommen ist, und das Neueste über den Stand der Dinge mittheilt, wir lassen diesem Schreiben noch einige Nachträge von früherem Datum folgen.

†Hietzing, bei Wien, 28. Okt. Mittags 1 Uhr. Vorgestern hatte ich Ihnen den Beginn des Angriffs auf Wien durch das Heer Windischgrätz's gemeldet. Gestern schickten die Belagerten Deputationen ins Hauptquartier nach Hetzendorf, mit dem Verlangen einer Waffenruhe. Da jedoch der Feldmarschall die Ueberzeugung erlangte, daß dies nur eine Taktik war, um Zeit zu gewinnen, so entschloß er sich, der Sache mit einem Schlage ein Ende zu machen. Wien von allen Seiten zu bombardiren und Vorstädte und die Stadt selbst mit Sturm zu nehmen. In diesem Augenblicke ist man daran; seit 9 Uhr Morgens regnet es Bomben, Granaten und Raketen von allen Höhen auf Wien. Die Belagerten vertheidigen sich wie Löwen, sie haben den Muth der Verzweiflung, den die Gewißheit gibt, siegen zu müssen, oder zu fallen. In diesem Augenblicke, Nachmittags 1 Uhr, sind die Hauptstellungen um Wien in der Gewalt der k. k. Armee. Sie rückt vor und gewinnt Boden. Diesen Abend kann noch alles zu Ende sein. Ich habe Ihnen gestern die letzten Proklamationen des Fürsten geschickt, welche sowohl im Hauptquartier, als in der Stadt erschienen sind und die ich mir durch einen glücklichen Zufall habe verschaffen können. Ich hoffe, Ihnen auch noch mit diesem Briefe die letzte Proklamation des Fürsten Windischgrätz von gestern Abend mitschicken zu können. Alles läßt hoffen, daß die Entscheidung, von welcher das Bestehen der Monarchie in Oesterreich — vielleicht in Deutschland abhängt, unverweilt fallen wird. Die Gesandtschaften von Rußland, England, Frankreich und Preußen schicken fast jede Stunde Staffeten ab, um ihre Regierungen in fortlaufender Kenntniß des Standes der Dinge zu erhalten. Wie sind hier von der Welt gleichsam abgeschnitten. Die regelmäßigen Postverbindungen sind unterbrochen; Briefe gehen nur mit der Armeefeldpost aus dem Hauptquartier in Hetzendorf ab und seit 5 Tagen haben wir weder Briefe noch Zeitungen erhalten. Alles wird im Hauptquartier zurückbehalten. Wir vernehmen auch nichts Sicheres von der Stadt, obgleich wir nur eine kleine Stunde davon entfernt sind. Ich kann nur Gerüchte mittheilen: die Bank soll geplündert und zerstört worden sein, eben so das k. k. Schloß; Metzeleien seien vorgefallen, die Proletarier nehmen Rache an den Studenten, die sie verführt haben, und andere Gräuel mehr. Ich glaube nicht daran. Man übertreibt und lügt jetzt mehr, als je! (Wir werden die letzte Proklamation des Fürsten Windischgrätz in unserer heutigen Nachmittags-Beilage mittheilen.)

Hietzing, 26. Okt. Ich benütze die Durchreise eines von Konstantinopel nach Paris reisenden russischen Kouriers, um Ihnen schnell einige Zeilen zu senden. Nachdem die Bedingungen des Fürsten Windisch-Grätz nicht angenommen worden, ließ er nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist den Angriff beginnen. Die akademische Legion und die Arbeiter setzen lebhaften Widerstand entgegen, während die Nationalgarde an den Vorposten sich nur in geringer Anzahl zeigt. Ohne Unterbrechung hört man Kanonendonner, auch haben an verschiedenen Punkten Bajonnetangriffe stattgefunden. Die Truppen brennen vor Kampfeslust und halten sich trefflich. Eine Monarchie mit so tapfern und treuen Soldaten kann unmöglich zu Grunde gehen. Als der Kaiser sah, daß jede Hoffnung zur Verföhnung gescheitert sei, verzog er Thränen. Er wollte um jeden Preis seine Hauptstadt vor den Schrecken einer Erstürmung bewahren, aber das Wohl der Monarchie mußte berücksichtigt werden. Wie hart auch die äußersten Maßregeln sein mochten, zu welchen Fürst Windisch-Grätz sich genöthigt sah: es war nicht mehr erlaubt zu zaudern. Man mußte endlich dem wahnsinnigen Frevel einer noch Blut und Verderben dürstenden Faction eine Ende machen. Wäre die kaiserliche Familie in ihre Hände gefallen, so würde ihr ohne Zweifel das Schrecklichste widerfahren sein. Und wer wäre so blind und unredlich, behaupten zu wollen, daß es sich nur um die Fortdauer einer Dynastie handle? — das Losungswort ist vielmehr Civilisation oder Barbarei. Vor den Ausbrüchen einer wüthenden Bevölkerung muß menschliche Gesittung gerettet werden. Die Nationalversammlung soll sich dem Willen des Kaisers, der sie nach Kremsier berief, gefügt und Wien vor Beginn der Feindseligkeiten verlassen haben (?). So hat denn das revolutionäre Scandal einen gesetzgebenden Versammlung, welche sich Executivgewalt anmaßte, ein Ende genommen. (Augsb. Postz.)

Tarnenburg bei Wien, 22. Okt. (Aus einem Privatbriefe eines deutschen Offiziers in der Armee Jellachich.) Von dem ungarischen Heere ist noch immer kein Pferdehuf auf deutschem Boden zu sehen, obgleich manche Wiener Zeitungen uns schon zehumal haben von demselben schlagen lassen und uns noch zehumal auf dem Papier schlagen lassen werden. Ich bin erst von einer dreitägigen Patrouille, die mit 40 Husaren bis an die ungarische Gränze bei Hainburg und so längs derselben bis hinter Neusiedl machte, zurückgekehrt, habe aber auf österreichischem Boden keinen einzigen Ungarn gesehen und glaube auch schwerlich, daß sie hieher kommen werden. Nicht sehr weit von Bereck an der Leitha sah ich noch in Ungarn ein Detachement Comitats-Husaren mit bewaffneten Chios (Wohpitzen) unternimmt zu Pferde halten. Ein alter Mann, halb in ungarischer Magnaten-, halb in deutscher Handtracht, schien daselbe zu kommandiren und winkte mit mit dem weißen Taschentuch zu, ich möchte zu ihm kommen. Meine Husaren zurückfassend, ritt ich über die Grenze zu ihm und er erzählte mir, er sei früher Rittmeister gewesen, jetzt Gutsbesitzer und sei hier mit 300 Mann berittenem Aufgebot aufgestellt. Obgleich wir uns nun als Feinde eigentlich gegenüberstanden, gab er mir die Hand, nannte mich stets Kamerad und erzählte mir in seinem schlechten Deutsch und mit vielen ungarischen Flüchen unternimmt, auf ungarischem Boden hätte er uns angegriffen, in Oesterreich wolle er aber nicht gegen seine früheren Kameraden fechten und so dächten fast alle Ehrlente des ungarischen Heeres. Ich neckte ihn und sagte, er möge machen, daß er nach Wien komme und sich dort unter den Oberbefehl vielleicht eines Schneidermeisters oder eines Studenten stellen, welche daselbst das Kommando hätten. Hierauf sagte er mir: „will auch gar nicht hin, will mich fechten mit Soldaten und Schneider und Studenten gegen die Disziplinirte des Kaisers, wir Alle wollen das nicht.“ Zuletzt ward er immer freundlicher und schickte meinen Husaren ein großes Faß Wein, um es auf die Gesundheit des Palatinus Stephan zu trinken. Auch seine Leute grüßten mich sehr ehrerbietig, lobten mein Pferd, und waren gar nicht feindlich gesinnt. Ueberhaupt wird es mir immer klarer, daß ein großer Theil der Ungarn nur zu den Waffen gegriffen hat, weil man ihnen die schändlichste Lüge eingeblüet, unser Banus habe sich gegen den Palatinus empört und sich selbst zum König von Ungarn machen wollen. Jetzt fangen ihnen an die Augen aufzugehen, und besonders der schändliche Menschenmord an Latour hat sie sehr abgeschreckt und ein großer Theil ihrer Edelleute und Offiziere hat gar keine Lust, sich mit den Wienern zu vereinigen. Auch mögt ihrer Tage würde dieses Bündniß dauern, denn diese Ungarn sind viel zu stolz, um sich mit den Wiener Vorstädte-Legionen zu vertragen, aber sich gar unter die Befehle von Nationalgarden-Kommandanten zu stellen; auch von dem Lumpsinn der Wiener Umgegend, von dem so viel ge-

sobelt wird, habe ich auf meiner ganzen Patrouille nichts entdeckt. — Im Gegentheil waren die Bauern sehr freundlich gegen uns, gaben meinen Husaren oft mehr Wein, als diese forderten, und sagten, sie wollten mit den Wienern nichts zu thun haben, diese sollten ihre Sache nur allein ausmachen. Gegen 260 Mann Steiermärker, unter diesen aber fremde Handwerksburschen und Gesindel aller Art, die den Wienern zu Hülfe ziehen wollten, haben wir gefangen genommen. Wir nahmen ihnen die Waffen ab und ließen sie dann mit guter Ermahnung wieder laufen; einige Führer unter denen ein Pole und ein Italiener, haben wir mit ins Hauptquartier gebracht. Hier bei uns im Lager ist alles guter Dinge, und unsere Husaren singen fast den ganzen Tag, wozu ich ihnen oft Stunden lang auf der Mundharmonika vorspiele. Da wir jetzt hier um Wien mehr Truppen haben, als uns recht nöthig sind, so hat der Banus vor einigen Tagen 4000 Mann irregulare Soldaten, großentheils junge Burschen von den Uscaner- und Ogulinerregimentern, durch Steiermark nach Hause marschiren lassen; dort sollen sie sich neu organisiren, mehr Offiziere erhalten und dann, mit den alten Reservisten vermischt, den Ungarn in die Flanke fallen, wenn diese uns wirklich hier angreifen wollten. Plünderungen und Exzesse irgend einer Art fallen von unseren Truppen gar nicht vor, im Gegentheil, sie sind von einer Subordination und einer Hingebung an ihre Führer, wie man sie nur wünschen kann, beseelt. Für den Banus hegen alle die größte Liebe und Verehrung.

☞ Nachschrift. Wir werden in unserer heutigen Nachmittagsbeilage noch höchst bemerkenswerthe Aufschlüsse über die wahre Lage der Dinge in Wien seit dem 6. Oktober nach den Aussagen und Schilderungen der nach Frankfurt an den Erzherzog Johann gesendeten Mitglieder des Wiener Gemeinderaths mittheilen, und glauben daher unsere geehrten Leser in München selbst schon im Voraus darauf aufmerksam machen zu müssen.

J. B. Bogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 109.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 9 fl. Halbjährig 4 fl. Vierteljährig 2 fl. 24 kr.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 48. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

Donnerstag den 2. November 1848.

München, 1. November.

Durch allerhöchste Entschließung vom 28. Okt. wurden für die katholische Kirchenvorwaltung zu Augsburg die Gemeindeglieder 1) Weinwirth Alexander König, 2) Glasermeister Joseph Vogel, 3) Renntner Dr. Bayrisdorf Wittmann und 4) Renntner Anton Schmidtsauer als Mitglieder dieser Vermaltung allergnädigst bestätigt.

Se. Maj. der König haben unterm 28. Okt. d. Js. den für die erledigten Stellen bürgerlicher Magistratsräthe gewählten Gemeindeglieder der Stadt Würzburg: 1) Bankier Michael Bornberger, 2) Kaufmann Friedrich Wilhelm Geyd jun., 3) Apotheker Alexander Sippel, 4) Kirschner Johann Wahl und 5) Glashändler Oskar Reder die Bestätigung zu ertheilen geruht.

(Besetzungen.) Kathol. Pfarrei Falkenberg, Ldgt. Tirschenreuth, dem Priester Georg Müller, Kooperator-Cyprofitus zu Gnilesfeen, Ldgt. Eggenfelden; Kaplanei-Benefizium Riedersonthofen, Bez. Immenstadt, dem Priester Kaspar Röth, Kaplan zu Schölling, Bez. Sonthofen; Frühmeßkaplanei-Benefizium in Babingen, Bez. Schwabmünchen, dem Priester Sig. Cnbrer, Pfarrvikar in Langenreichen, Bez. Mertingen (vom hochw. Hrn. Bischof von Augsburg verliehen und allerhöchst bestätigt.)

Deutsche Reichsversammlung.

(105te Sitzung vom 30. Okt.) Tagesordnung: 1) Berathung über §. 4 und folgende des Verfassungs-Entwurfes, 2) Eriegswahl zweier Mitglieder in den Ausschuß für Gesetzgebung. Vorsitzender Heinrich v. Gagern. Unter den heute ausgegebenen gedruckten Vorlagen ist der Bericht des Ausschusses über den Antrag des Appellationsgerichts zu Frankfurt, daß ihm die Erlaubniß zu einer Untersuchung gegen die Abgeordneten Robert Blum und Gf. Gunther, als den Herausgebern der „Reichstagszeitung“, ertheilt werden möge. Es ward auch der vorläufigen Anzeige des Berichterstatters Zacharia schon bekannt, daß der Versammlung angerathen wird, dem Antrage des Appellationsgerichtes Folge zu geben. Auf den Antrag des Schriftführers Plathner, als des Berichterstatters des Legitimationsausschusses, beschließt die Versammlung, das Verlangen der badischen Regierung: den in Offenburg zur Nationalversammlung gewählten, aber noch nicht in das Haus eingetretenen Advokaten Werner in kriminalgerichtliche Untersuchung ziehen zu dürfen, dem bereits bestehenden Untersuchungsausschusse zur Begutachtung zu überweisen. Aus einer Mittheilung des Abg. Zacharia, als Berichterstatter für den internationalen Ausschuß, vernehmen wir, daß ganz Bücking gegen etwa beabsichtigte Mediatisirungen der kleinen Staaten in den bevorgestellten Adressen protestirt. Wenigstens sind die Unterschriften der betreffenden Eingabe so zahlreich, daß es scheint, als habe sie das ganze Volk von Bücking Mann für Mann unterzeichnet. Wigard will, daß diese Petition nicht zu den Akten genommen, sondern daß sie bei der Berathung von §. 5 des Verfassungsentwurfes in Berücksichtigung gezogen werde. Schiertenberg dagegen verweist die Petition an den Verfassungsausschuß, und die Versammlung tritt dieser Meinung bei. Die Verhandlung über den Bericht des internationalen Ausschusses über einen Antrag Zimmermann's, die beim Zumiaufstande gefangenen Deutschen betreffend, wird einer nächsten Tagesordnung zugewiesen. Schaffrath interpellirt wegen der für „die Freiheit kämpfenden Wiener Studenten,“ die von den Soldaten gefangen und aufgehenkt worden sein sollen. Ferner fragt er an, ob dem Kriegsminister bekannt sei, daß die beim Frankfurter Aufstande auf die Hauptwache gebrachten Verhafteten von Offizieren und Soldaten mißhandelt worden seien. Demel interpellirt wegen des volksfeindlichen (?) Heeres, das Fürst Windischgrätz gegen Wien geführt; Naumerck wegen des Verhaltens der Reichskommissäre in Oesterreich; Förster von Hünefeld vermißt das versprochene Programm des Ministeriums namentlich in Bezug auf seine auswärtige Politik. Beseler: Wegen Verpflegung der Reichstruppen, daß sie nicht gegen Empfangsscheine von den Quartierträgern, sondern gegen sofortige Baarvergütung geleistet werden möge. Joseph Rank: Was die Reichskommissäre in Oesterreich über den Erfolg ihrer Sendung berichtet, ob der Baron Jellachich auf gesetzliche Veranlassung das deutsche Reichsgebiet betreten habe, und welche Schritte zur gütlichen Antragung der österreichischen Wirren geschehen? Justizminister Mohl: Ich muß zuerst in Beziehung auf die Interpellation, die angebliche Mißhandlung von Gefangenen betreffend, erklären, daß sie mir nicht zugekommen ist. Ich bin aber dennoch bereit, darauf zu antworten, daß ich nichts davon gehört habe und daß daher von meiner Seite in der Sache nichts geschehen konnte. Was die anderen Interpellationen betrifft, nämlich die Ermordung von Wiener Studenten durch Soldaten, so lautet die erste Frage dahin, ob das Reichsministerium Kenntniß davon bekommen habe. Aber obgleich schon am 28. d. M. auf die erste Kunde von dieser Maßnahme Erkundigung eingezogen wurde, so ist doch leichter von der österreichischen Regierung noch keine Antwort erfolgt. Den nach Wien abgesendeten Reichskommissären ist von hier die Instruktion zugegangen, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß in diesem unglücklichen Kampfe die Gesetze der Menschlichkeit und des Rechts von beiden Seiten beobachtet werden. Inwiefern sie verfügt worden, daß, wenn die Thatsache von den Ermordungen wahr sei und noch keine Untersuchung eingeleitet worden, sogleich die Untersuchung und Bestrafung der Thäter veranlaßt werden soll. Zum Schlusse noch ein Wort. Wenn in dieser Interpellation die Verdächtigung ausgesprochen sein sollte, daß das Reichsministerium nach dem Stand der Parteien oder nach dem Rang der Personen ein begangenes Verbrechen behandeln werde, so gebe ich diese Insinuation dem Urtheil der Versammlung anheim. (Bravo und Applaus.) Bekanntlich nimmt das Wort Reichsminister Schmerling zur ersten Interpellation, die ich mir die Ehre geben werde zu beantworten, ist die Frage des Abgeordneten Peterß, ob überhaupt das Ministerium nicht geneigt sei, ein Programm über seinen ganzen Geschäftskreis vorzulegen, und ob es insbesondere das Versprechen ein Programm über die auswärtige Politik zu geben, „die wahrlich nicht den Glanzpunkt der Zentralgewalt bilde,“ erfüllen werde. Hinsichtlich der Vorlage eines Programms über den ganzen Geschäftskreis des Ministeriums, so bin ich kaum in der Lage, eine bestimmte Erklärung abzugeben, indem ich kaum weiß, was mit diesem Programme gemeint sein will. Die Uebersichts und der Name der einzelnen Ministerien bezeichnen, wie mir's scheint, insbesondere und genau die verschiedenen Geschäftskreise, wohrend das Allgemeine durch das Gesetz vom 28. Juni d. J. so festgesetzt ist, daß darüber kaum ein Zweifel entstehen dürfte. Inwiefern es und sind Monate vergangen. Was wir damals als zukünftig betrachten mußten, ist zur Vergangenheit geworden. Nicht auf ein Programm mehr, auf unsere Maßregeln haben wir zu verweisen. Ich berufe mich deßhalb auf die Darstellung, die ich Ihnen heute vor acht Tagen vortrug. Sie haben dabei von mir die Erklärung vernommen, daß der gegenwärtige provisorische Zustand Deutschlands und das Wirken der provisorischen Zentralgewalt mit eigenthümlichen und nothwendigen Hindernissen in den auswärtigen Politik zu kämpfen habe, und daß sich diese Politik nach dem Maße kräftiger gestalten wird, je nachdem wir von dem provisorischen Zustande heraus zu einer definitiven Gestaltung übergehen. Indessen zeigt der Umblick, den der Minister auf die Verhältnisse Deutschlands zu den auswärtigen Staaten wirft, namentlich in Bezug auf Dänemark, bereits sehr befriedigende Resultate. Gleich nahe befriedigt Ministerium der Krieg mit Italien. Der Minister versichert, daß sie Zentralgewalt mit Eifer bemüht sei, zu einer friedlichen Beseitigung dieser Frage beizutragen. Von Reichskommissären ist die letzte Depesche, die das Reichsministerium erhielt, aus Ollmütz und vom 24. Okt. Schon von Krems aus hatten sie sich an den Minister Kraus und an den Fürsten Windischgrätz gewendet. In Ollmütz wurden sie von Wessenberg und dann vom kaiserlichen Hofe auf das Zuvorkommendste empfangen und ihr Verhältniß geschieht sehr schön bestimmt durch den Befehl, gewissen in sein, weil Windischgrätz seinen in seinen feindlichen Schritten eingehalten hat. „Wir wollen die Anarchie in Wien brechen sehen, aber nicht die Freiheit beeinträchtigt.“ Daß die Reichskommissäre entschieden dahin instruirt seien, erforderlichen Falle auch der Reaktion zu wehren, erweist v. Schmerling durch das Vorlesen von Aktenstücken. Was die Verpflegung der Truppen anlange, so werde die Gleichgültigkeit von Weseler's Anfrage von den Budgetbewilligungen des Hauses abhängen. Auf die früher von uns mitgetheilte „lustige“ Interpellation Jahn's endlich erklärt der Minister, daß er in Bezug auf dieselbe von sei-

nen Rechte der Brot-Beamtenwürde Gebrauch machte. Auf eine Interpellation des Abgeordneten Esdorf erwiederte der Handelsminister Duckwitz: daß für nächstes Jahr eine Summe im Budget zur Errichtung eines statistischen Zentralbureaus ausgeworfen werden solle. Für's Erste habe man sich aber mit den bereitwilligen Mittheilungen sachkundiger Personen begnügt. Förster von Hünefeld, Löwe von Spandow und Naumer d sind von den ministeriellen Erwiederungen keineswegs befriedigt und namentlich will Naumer die Reichskommission zu weit energischeren Maßregeln bewegen, den Belagerungszustand in Wien weit er sofort aufgehoben sehen zu. Wird an den österreichischen Ausschuß verwiesen, desgleichen Rank's Antrag auf Entfernung der slavischen Heere von Wien und daß dem Wiener Reichstage ein Heer deutscher Reichstruppen zu seiner Verfügung gestellt werde. Vogt von Gießen spricht dem Reichsminister das Recht ab, eine Interpellation unbeantwortet zu lassen, und klagt den Präsidenten der Verletzung der Geschäftsordnung an. Zeug einer stürmischen Scene, welche die Linke an diese Anklage knüpft, verschreitet v. Gagern zur Tagesordnung und nachdem er die eingezeichneten Redner über §. 4 verlesen, ertheilt er das Wort an Rödler von Oels, der den Zusatz zu §. 4 beantragt hat, daß auch keine Ausländer als Beamten eines deutschen Staates angestellt werden dürfen und welcher das Minderheitsreferat vertheidigt, nach welchem kein nichtdeutsches Land in Personalunion verlegt werden dürfen. v. Linde kommt auf die Betrachtung der österreichischen Verhältnisse zurück und ist der Ansicht, daß Oesterreich nur dann zur Verwandlung der bisherigen Realunion seiner Länder in eine Personalunion verpflichtet sein werde, wenn sich ergäbe, daß auch die dortige Märzrevolution auf die Auflösung des bisherigen Staatenverbandes gerichtet gewesen. Die allgemeinen Bemerkungen über Revolutionen und die reichischen Mittheilungen über Revolutionen, die der Redner daran reihe, verletzen die ungebuldige und wenig zahlreiche Versammlung zu dem wiederholten und immer dringenderen Rufe: „zur Sache!“ v. Linde sagt, er gehe nur nach „Grundsätzen“ zu Werke, und die Erörterung dieser Grundsätze könne sich das Haus schon gefallen lassen, da er so selten spräche. (Oho!) Ueber das künftige Staatsverhältnis Oesterreichs zu Deutschland stehe die Versammlung nicht im Klaren zu sein. Dennoch zeigen wiederholte Unterbrechungen, daß das Haus nicht sehr dankbar ist für das Bestreben v. Linde's, ihm dieses Verhältnis genauer zu beleuchten. Vogt von Gießen vertheidigt das Minderheitsgutachten und den Antrag Rödler's von Oels. Es solle nicht mehr durch Verlegung der Truppen der einen Nationalität auf den Boden der anderen die Freiheit unterdrückt, es solle keine deutsche Fahne mehr beschimpft werden, kein Bon von Kroaten mit seinen Horden ungestraft die deutsche Grenze überschreiten dürfen. Auch in Italien sechten, nach Vogt's Meinung, die deutschen Truppen nur für ein dynastisches Interesse. Die Soldatenspflichten und dieser Soldatenunfug brauche weder aufhören, wenn das Minderheitsverachten angenommen würde. v. Soiron verweist die Bestimmung wegen der Anstellung von Ausländern in die Einzelverfassungen der deutschen Staaten. Eben so sind nach ihm die Bestimmungen hinsichtlich der der deutschen und nichtdeutschen Länder gemeinsamen Armee und eine Verwaltungsmaßregel und der Oberbefehl der Kriegsmacht künftig bei dem Reichsoberhaupte sein werde. Im Namen der Minderheit des Verfassungs-Ausschusses spricht Schüler von Jena, worauf der Schluß der Debatte beliebt, und nachdem Riesser als Berichterstatter noch einmal die Meinung der Mehrheit des Ausschusses vertreten hat, erfolgt die Abstimmung. Da inzwischen auch der Vorschlag, zur Erledigung der Belagerungsausschusses vertagt werden, so gibt dies Bonesen Gelegenheit, darüber zu klagen, daß seine Parteigenossen bei allen dergleichen Wahlen durchaus unberücksichtigt blieben und Schaffrath erklärt, sein politisches Gewissen verbiete ihm geradezu, irgend einem der vorgeschlagenen Kandidaten seine Stimme zu ertheilen. Michelsen wendet dagegen ein, §. 6. Zig zum Vierendeel von der linken Seite bestanden sich meistens in dem Ausschusse, und bei den Vorschlägen habe namentlich die juristische Befähigung entschieden. Die Annahme des §. 4 erfolgt sodann in der Fassung der Mehrheit des Verfassungsausschusses und nur mit einer kleinen von Rappard beantragten Abänderung: „Das Staatsoberhaupt eines deutschen Landes, welches mit einem nichtdeutschen Lande in dem Verhältnis der Personalunion steht, muß entweder in seinem deutschen Lande residiren oder es muß in demselben auf verfassungsmäßigem Wege eine Regentschaft niedergesetzt werden, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen.“ Die Linke sagt, er gehe nur nach „Grundsätzen“ zu Werke, und die Erörterung dieser Grundsätze könne sich das Haus schon gefallen lassen, da er so selten spräche. (Oho!) Ueber das künftige Staatsverhältnis Oesterreichs zu Deutschland stehe die Versammlung nicht im Klaren zu sein. Dennoch zeigen wiederholte Unterbrechungen, daß das Haus nicht sehr dankbar ist für das Bestreben v. Linde's, ihm dieses Verhältnis genauer zu beleuchten. Vogt von Gießen vertheidigt das Minderheitsgutachten und den Antrag Rödler's von Oels. Es solle nicht mehr durch Verlegung der Truppen der einen Nationalität auf den Boden der anderen die Freiheit unterdrückt, es solle keine deutsche Fahne mehr beschimpft werden, kein Bon von Kroaten mit seinen Horden ungestraft die deutsche Grenze überschreiten dürfen. Auch in Italien sechten, nach Vogt's Meinung, die deutschen Truppen nur für ein dynastisches Interesse. Die Soldatenspflichten und dieser Soldatenunfug brauche weder aufhören, wenn das Minderheitsverachten angenommen würde. v. Soiron verweist die Bestimmung wegen der Anstellung von Ausländern in die Einzelverfassungen der deutschen Staaten. Eben so sind nach ihm die Bestimmungen hinsichtlich der der deutschen und nichtdeutschen Länder gemeinsamen Armee und eine Verwaltungsmaßregel und der Oberbefehl der Kriegsmacht künftig bei dem Reichsoberhaupte sein werde. Im Namen der Minderheit des Verfassungs-Ausschusses spricht Schüler von Jena, worauf der Schluß der Debatte beliebt, und nachdem Riesser als Berichterstatter noch einmal die Meinung der Mehrheit des Ausschusses vertreten hat, erfolgt die Abstimmung. Da inzwischen auch der Vorschlag, zur Erledigung der Belagerungsausschusses vertagt werden, so gibt dies Bonesen Gelegenheit, darüber zu klagen, daß seine Parteigenossen bei allen dergleichen Wahlen durchaus unberücksichtigt blieben und Schaffrath erklärt, sein politisches Gewissen verbiete ihm geradezu, irgend einem der vorgeschlagenen Kandidaten seine Stimme zu ertheilen. Michelsen wendet dagegen ein, §. 6. Zig zum Vierendeel von der linken Seite bestanden sich meistens in dem Ausschusse, und bei den Vorschlägen habe namentlich die juristische Befähigung entschieden. Die Annahme des §. 4 erfolgt sodann in der Fassung der Mehrheit des Verfassungsausschusses und nur mit einer kleinen von Rappard beantragten Abänderung: „Das Staatsoberhaupt eines deutschen Landes, welches mit einem nichtdeutschen Lande in dem Verhältnis der Personalunion steht, muß entweder in seinem deutschen Lande residiren oder es muß in demselben auf verfassungsmäßigem Wege eine Regentschaft niedergesetzt werden, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen.“ Alle andern Anträge und auch das Minoritätsvotum (die mit nur 187 gegen 180 Stimmen) werden verworfen. Bei §. 5 verzichtet die Versammlung auf die Diskussion. Seine Annahme erfolgt hierauf mit Stillschweigen und ebenfalls nach den Vorschlägen des Verfassungs-Ausschusses. „Abgesehen von den bereits bestehenden Verbindungen deutscher und nichtdeutscher Länder soll kein Staatsoberhaupt eines nichtdeutschen Landes zugleich zur Regierung eines deutschen Landes gelangen, noch darf ein in Deutschland regierender Fürst ohne seine deutsche Regierung abzutreten eine fremde Krone annehmen.“ Die Beschlußnahme über das Minderheitsreferat zu diesem §. bleibt aufgesetzt und geht nebst den übrigen Mediatisirungsanträgen an den Verfassungsausschuß zurück. Die Diskussion von §. 6 wird auf morgen vertagt und nachdem noch die Dringlichkeit eines Antrags von Vogt und Genossen, auf eine förmliche Mißbilligung der Gagern'schen Geschäftsbandhabung hinauslaufend, verworfen worden, wird die Sitzung nach 2 Uhr geschlossen.

⊙ Frankfurt, 30. Oktober. Ueber den Stand der Dinge in und um Wien und über deren wahrscheinliche Entwicklung und Wendung gab Reichsminister von Schmerling in der heutigen Sitzung ziemlich beruhigende Aufschlüsse. Die Feindseligkeiten seien von Windischgrätz noch nicht mit vollem Ernste begonnen worden, weil man immer noch auf eine friedliche Ausgleichung durch Vermittlung der Reichskommissäre hoffe. Diese befänden sich für den Augenblick in Olmütz, wohin auch Windischgrätz berufen worden sei. — Die Anarchie müsse zwar um jeden Preis zu Boden geworfen und das Verbrechen bestraft werden, aber an eine Reaktion wider die Freiheit sei nicht zu denken, dagegen müsse sich das Reichsministerium feierlich verwahren: die Austräge, welche noch gestern den Reichskommissären gegeben worden seien, seien streng in diesem Sinne gefaßt, und es läge kein Grund vor anzunehmen, daß die österreichische Regierung in einem andern Geiste handeln werde. — Von dem Verfassungsentwurfe wurde §. 4 angenommen, nachdem v. Binde ein einer tüchtigen Rede den Satz durchgeführt hatte, daß der Reichsoberstammung zu Frankfurt nicht das Recht zustehe, über das Verhältnis der nichtdeutschen österreichischen Lande zu den deutschen Verfügungen zu treffen; ihre Aufgabe sei blos Deutschland, so ziehungsweise die Eingliederung Deutschösterreichs in das deutsche Reich; über Oesterreichs Nebenlande aber könne nur auf dem Wege der Vereinbarung etwas Rechtsgültiges festgesetzt werden. — Wie wenig man in der Paulskirche über die Bedeutung des Ausbruchs Personalunion im Klaren ist, zeigt sich am sprechendsten aus der Verwerfung des von der linken Seite des Hauses eingebrachten Antrages, der dem Staatsoberhaupte eines deutschen Landes, welches mit einem nichtdeutschen Lande durch Personalunion verbunden sei, die Berechtigung entziehen wollte, nichtdeutsche Truppen in seine deutschen Länder (außer im Reichskriege und auf Anordnung der Reichsgewalt) verlegen zu können. — Wenn die österreichische Regierung Magyaren und Kroaten nach Salzburg, Tyrol und in die Lombardei, und Czechen nach Siebenbürgen verlegen kann, so wird es wohl der bekannten reinen Personalunion, wenigstens was die Erhaltung des Ganzen und die Abwehr jeder Einzelbestrebung betrifft (und hierauf kommt es für uns Deutsche allein an), so ziemlich beim Alten bleiben. Der Wortlaut des §. 4, wie er angenommen wurde, ist mit Hinsicht auf die schleswig'schen und limburg'schen Verhältnisse abgefaßt, und in dieser Beziehung vollkommen zu billigen; darnach muß ein Staatsoberhaupt eines deutschen Landes, welches mit einem nichtdeutschen Lande in dem Verhältniß der Personalunion steht, entweder in seinem deutschen Lande residiren (zu deutsch bosbalten), oder es muß in demselben auf verfassungsmäßigem Wege eine Regentschaft niedergesetzt werden, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen. Sie sehen, ich bin nichts weniger als partheiisch, und so sehr ich die Annahme des §. 3 mit seiner beiläufigen „reinen“ Personalunion bedaure, ebenso freue ich mich über andere mit wahrhaft staatsmännischer Umsicht abgefaßten Theile des Entwurfes; namentlich ist der §. 5 dem Abschnitte, der von dem Reichsgerichte handelt, eine Idee vermirklicht, durch welche in glücklichster Weise die Würde und Machtvollkommenheit der Reichsgewalt neben der Unabhängigkeit der Einzelstaaten, in Bezug auf ihre Sonderangelegenheiten gewahrt wird durch die Bestimmung nämlich, daß jeder Zusammenstoß der beiderlei Gewalten vor diesem Reichsgerichte abgemendet werden soll. Das Fürstenthum Schaumburg-Lippe hat eine energische Verwahrung gegen seine Mediatisirung eingeschickt; dieselbe ist von fast allen Bewohnern des Ländchens unterzeichnet; sie wollen wohl dem Reiche unterthan sein, wie jeder andere Theil Deutschlands, aber nicht an einen fremden Fürsten sich verkaufen lassen. — Römers Andrahung „großartiger Mediatisirungen“ fängt an, ihre Früchte zu tragen: der Widerstand gegen organisirt sich in allen Ecken und Enden, und wenn in Deutschland in ein halb Dutzend Mittelstaaten zertheilt und zerrissen sein wird, möchte Moriz Mohls Vorschlag von der Befugniß der freiwilligen Unmittelbarkeitserklärung einzelner Landschaften und Staaten durchgeführt sein; das wäre von dem andere scheint aber selbst im Interesse des Gesammtdeutschland überflüssig, vorausgesetzt, daß das Reichsministerium die Sorge übernimmt, die Kriegsaufgebote zu Kleinstaaten zusammenzustoßen und gemeinschaftlich in gegneten Standquartieren aufzustellen.

Deutschland.

Frankfurt, 30. Okt. Hr. v. Bruck ist gestern mit einem Auftrage der Zentralgewalt direkt nach Olmütz zum Kaiser gereist. Wie man aus guter Quelle hört, ist im ministeriellen Conseil der Zuschnitte Eines Fürstlichen Antrag, die Zollbestimmung einiger Hauptartikel betreffend, mit großer Mehrheit angenommen, wird aber in der Paulskirche eine starke Opposition zu gewärtigen haben.

Bayern. Se. k. H. der Prinz Adalbert ist am 23. Okt. in Dover angekommen, und wird nach kurzem Aufenthalt in London zu Southampton nach Brasil sich einschiffen.

Die Augsb. Postzig. enthält einen Aufruf zur Bildung eines konstitutionellmonarchischen Vereines in Augsburg, um den „offenen und verkappten Republikanern oder politischen Chamäleonen, die unter der Firma: breite teste demokratische Basis, auch in Bayern ihr Unwesen treiben wollen, dabei aber nur ihr eigenes Interesse im Auge haben,“ entschieden entgegen zu treten. Zahlreiche Theilnehmer sollen sich bereits gemeldet haben und der Beitritt noch vieler in sicherer Aussicht stehen. Wir begrüßen die Gründung dieses Vereins mit nicht geringen Hoffnungen für die Zukunft. Zwar haben wir nie gezweifelt, daß auch in Augsburg die

Zahl der an der konstitutionellen Monarchie Festhaltenden die bei weitem überwiegende sei, allein in unsern Tagen, wo Alles sich vordrängt und gerade die Mittelmäßigkeit und politische Zweideutigkeit das Feld der Oeffentlichkeit allein in Pacht nehmen möchte, ist es dringender als je zur Pflicht geworden, die gute Gesinnung, die Vaterlandsliebe, die warme Begeisterung für die politischen Gaben des Märzen nebst dem entschiedenen Willen, sie weder durch absichtslose noch radikale Wirrsale und verführerische oder entreißen zu lassen, — nicht blos für sich im Guten zu bewahren, sondern vielmehr zur Ehre werden zu lassen, damit einerseits die Gleichgesinnten sich gegenseitig kennen lernen und, indem sie über sich Heerschau halten, an Muth und Kraft gewinnen, andererseits aber die noch Zagenden und Unschlüssigen aufgerichtet, die Unwissenden belehrt und die Egoisten, die schlimmsten Feinde aller sozialen Ordnung, in ihre von Natur aus isolirte und völlig ohnmächtige Stellung zurückgedrängt werden. Aber wir haben doppelten Grund und ohne Säumen um die konstitutionelle Monarchie zu schaaren, da in kürzester Zeit die Landtagswahlen ausgeschrieben werden und von dem Resultat derselben es abhängt, ob wir unser engeres Vaterland einer ruhig fortschreitenden gesetzlichen Entwicklung entgegenführen, oder gewissenlosen Demagogen es überlassen und nach Umsturz aller rechtlichen Verhältnisse und vielleicht Strömen Blutes der Militärdespotie preisgeben wollen. Die Wahl kann nicht schwer sein. Aber wir müssen uns einer wünschbaren Fortschrittsentwicklung nur dann, wenn wir zahlreich zusammentreten und in Uebereinstimmung handeln. Hoffen wir, daß der konstitutionell-monarchische Verein das Organ der biedern Bürger und des Volkes werde, welches sein Glück nicht in unerreichbaren Utopien, sondern in geregelten Zuständen erblickt, bei denen Handel und Wesen gedeihen, die Gewerbe blühen und die Wissenschaften und Künste eine sichere Stätte finden.

Schleswig-Holstein. Altona, 26. Oktober. Der Reichskommissär Stedmann ist bereits aus Schleswig nach Kopenhagen abgereist; man knüpft daran Friedenshoffnungen. Hr. v. Reedz, welcher ihn begleitet, hat gegen die Verbindungsstriche (-) zwischen „Schleswig“ und „Holstein“ einen Protest zu Protokoll gegeben. Der Immediats-Kommissär Wolfe ist ebenfalls von hier nach Kopenhagen abgereist.

Preußen. Berlin, 29. Oktober. Dem Gen. v. Wrangel ist jetzt das von dem deutschen Reichstag votirte Dankschreiben für die von ihm und den unter seinem Kommando in Schleswig gestandenen Truppen bewiesene Tapferkeit und Ausdauer, mit einem herzlichen Glückwunsch des Reichskriegsministers v. Peucker, zugegangen. — Die Nachricht, daß der Gen. Wrangel sein Hauptquartier von Glückstenburg nach Potsdam verlegen werde, soll sich, wie wir hören, nicht bestätigen. (Spen. Z.)

⊙ Berlin, 28. Oktober. Im Feldlager der hier anwesenden Demokraten ist bereits arger Zwiespalt ausgebrochen. Die Gemäßigten und Ultras haben sich geschieden, und Letztere, „die Dunkelrothen“ wie sie der Volkswitz bereits genannt hat, haben gestern Abends ungefähr 40 an der Zahl bereits eine Extrademokratenversammlung im Waisaussschen Garten-Lokale abgehalten. — Man sagt, daß die hier befindlichen Truppen bis übermorgen Montag näher an die Stadt herangezogen werden sollen, angeblich, weil an diesem Tage die Berathungen über das Lumpengesetz beginnen sollen, bei welcher Gelegenheit man Unruhen befürchtet.

Posen, 27. Okt. Unsere Stadt befindet sich seit vorgestern in einer so allgemeinen Aufregung, wie sie seit den verhängnißvollen Tagen dieses Frühlings hier nicht wahrgenommen worden ist. Es sind Truppen-Transporte sind wir deutsch, sind wir polnisch? ertönt von allen Lippen und wird, je nach der Nationalität der Befragten, so oder anders beantwortet. Die Reichsversammlung in Frankfurt hat zu Gunsten der Deutschen entschieden, die Berliner Nationalversammlung zu Gunsten der Polen. Die Polen jubeln und brhaupten, die Entscheidung in Frankfurt sei ungültig, die Deutschen dagegen beharren bei der Ansicht, nachdem die Frankfurter Versammlung eine Majorität für sie hat, müsse auch die hier in den großen deutschen Reichsförper wiederholt sich ausgesprochen, sei die posener Frage eine rein deutsche Angelegenheit geworden, über welche der Berliner Nationalversammlung kein Votum mehr zustehe. Die Polen sind gerüstet und warten nur noch die Aufhebung des Belagerungszustandes ab, um alle Hebel für ihre nationalen Zwecke wieder in Bewegung zu setzen. Seit das Pfyffi'sche Ministerium in Berlin durchgegangen, sehen die Polen die polnische Nationalität bereits wieder als die hier allein zu rechtigte an und fordern, auf die Wiener Verträge sich berufend, nicht nur die Integrität des ganzen Großherzogthums, sondern auch eine sofortige Reorganisation der ganzen Provinz in polnisch-nationalem Sinne, weil nur dadurch die Wiener Kongreßakte erfüllt würde. Die Deutschen protestiren gegen jede Konzession, die auf der Annahme des Pfyffi'schen Amendements gegründet werden könnte; sie verlangen sich als integrirenden Theil des deutschen Reichs und wollen alle Anmaßungen der Polen als Nichtdeutscher in einem deutschen Lande ernstlichst zurückgewiesen wissen. Eine solche energische Protestation war bereits heute früh an allen Ecken angeschlagen, und heute Nachmittag wurde eine von Tausenden besuchte große Volksversammlung abgehalten, in welcher eine gründlich motivirte Protestation, die in den nächsten Tagen nach Berlin abgehen soll, einstimmig angenommen ward. Die anwesenden Deputirten auch den benachbarten Kreisen schossen sich sofort im Namen ihrer sämmtlichen Komitenten an, und so dürfte diese Protestkarte gewiß mit 20 bis 30,000 Unterschriften bedeckt werden. Doch sind die Bewohner der neuerdings zu Deutschland geschlagenen Kreise unserer Provinz mit einer solchen Verwahrung noch nicht zufrieden, sondern haben sich auch, um auf jede Eventualität vorbereitet zu sein, bereits wieder, wie heute hier berichtet wurde, bewaffnet. — Die Cholera hat seit einigen Tagen, namentlich seit dem letzten Nordlicht bedeutend nachgelassen. (Fr.D.-P.-Z.-Stg.)

Oesterreich. — Wien. Der Berliner „Deutschen Reform“ entnehmen wir noch folgende Nachrichten aus Wien vom 25. Okt.: Der Reichs-Justizminister Robert Mohl hat ein würdig gehaltenes Schreiben an die Reichsverjammlung gerichtet, in welchem er sein Bedauern darüber ausdrückt, daß die Möder Latour's nicht nur straflos bleiben, sondern sich sogar unter dem Schutze einer Kommission des akademischen Legion ihrer That öffentlich rühmen dürfen. Er weist mit Ernst auf die schweren Folgen hin, welche die Straflosigkeit von Verbrechen für ganz Deutschland haben müsse. Mehrfache Versuche, die Soldaten zum Uebergange zu verführen, sind fehlgeschlagen. Ein als Offizier verkleideter Student, welcher bei diesem Bemühen ergriffen wurde, ist sofort standrechtlich gerichtet worden.

Olmütz, 26. Oktober. Heute — an einem Tage, an dem wahrscheinlich das Geschick Wiens, das Geschick der Monarchie entschieden wird — ertönten an unserm Dome schon um 4 Uhr früh die Trauerglocken, um das um 10 Uhr abzuhaltende Traueramt für Latour anzukündigen. Es wird wir aller möglichen kirchlichen und militärischen Feierlichkeit begangen. Der Erzbischof singt selbst und alle Domherren führen die weissen Sonnerrenmäntel. Unwohnen heute Gäste. Bei'm Dompropsten Puteani wohnen Erzherzog Franz Joseph, Graf Grünne, Graf Mendorf, Baron Wessenberg der Minister, Dr. Flamm; bei'm Kanonikus Mattenelott Erzherzog Ferdinand und Karl, Graf Coudenhove; bei'm Kanonikus Chrenburg Lanckstronkh; bei'm Kanonikus Holle Grafin Schönborn, Fürstin Auersperg, Graf St. Julien, Graf Traida; bei'm Kanonikus Lepary Gräfin Fürstenberg und Wallis; bei'm Kanonikus Schreiber Gräfin Spinzifin Wasa. So sollen auch in Krumsier alle Kanonici ihre Residenzen verlassen, um sie zu Wohnungen für Deputirte herrichten zu lassen. Auch das Piaristenkollegium wird dort geräumt und die Mehrzahl der erzbischöflichen Beamten bezieht ihre Wohnungen auf einer nahe gelegenen Herrschaft des Erzbischofs, damit auch ihre schönen und großen Wohnungen dem Reichstag zur Verfügung stünden. (F. Bl.)

Gratz, 29. Okt. Hauptmann Mayer (früher Adjutan in Gratz) ist heute als Kurier von Siebenbürgen kommend, nach Wien hier durch, und hat sich beim FML. Spanocchi gemeldet; wahrscheinlich dürften nach der Okkupirung Wiens die militärischen Operationen gegen Pesth von 4 Seiten, nämlich von Norden durch Hammerstein, von Osten durch Buchner und die Serben, von Süden durch FML. Dahlen und von Westen durch Windischgrätz und Jellachich mit Entschiedenheit geführt werden. — FML. Dahlen hat bereits ein Korps von 16,000 Mann regulären Truppen beisammen, mit denen er verläßlicher Nachricht zu Folge, heute die sogenannte Murinsel zwischen der Drau und Mur besetzen, und dann vielleicht im Verein mit dem Korps des FZM. Nugent, das gleichfalls schon über 8000 Mann zählt, weiter gegen Pesth operiren wird. — Fürst Windischgrätz hat allen k. k. aktiven und pensionirten Offizieren, die gegenwärtig in der Insurrektion in ungarischen Diensten stehen, Auftrag, sie in den Reihen der Nationalgarde und Freiwilligen wo immer gegen k. k. Truppen dienen, eine Frist von 14 Tagen zur Rückkehr in den zukömmlichen Dienstverband gegeben, nach deren fruchtlosen Verstreichung diese Offiziere ihres Charakters entsetzt und ihrer Pension verlustig erklärt werden.

Aus Pettau, vom 28. Okt. Oberst Berczel hat unterm 26. aus Gjakabvar eine Proklamation erlassen, wornach in einen Steiermarf nichts Feindseliges vorhabe. Das ganze Korps Hugents ist bereits kampfgerüstet bis an die äußerste Grenze vorgerückt, und es fand am 27. zwischen den Parlamentairen beider Kommandanten eine Unterredung Statt. (Ö. Z.)

Am 26. Okt. wurde die erste Sitzung des tyrolischen Landtags zu Innsbruck eröffnet; anwesend waren 37 Abgeordnete und 26. Vertrauensmänner aus Tirol, und 2 Abgeordnete aus Vorarlberg. Präsident Graf Wolkenstein eröffnete die Sitzung mit einer Rede, in der er seine Freude über die so zahlreiche Versammlung der Abgeordneten Tirols und Vorarlbergs, sowie die Hoffnung aussprüche, die leider noch jetzt abwesenden Mitglieder recht bald an den Sitzungen Theil nehmen zu sehen. Alle werden hier dasselbe Gefühl altvererbter Treue gegen den konstitutionellen Kaiser, dieselbe Ehrfurcht vor dem Gesetze, und der ernste Wille, die Rechte und Pflichten des Staatsbürger achten zu machen. Am Schlusse der Sitzung überreichte Dr. Kaftmaner einen Entwurf über die Ablösung der Grundlasten, dessen Beratung in Vorbehalt genommen wurde. — In der zweiten Sitzung am 27. kamen verschiedene Verwaltungsfragen an die Tagesordnung. — In der dritten Sitzung am 28. wurde in Folge einer Anzeige, daß im Landgerichte Sterzing von einem Theile Militärpflichtiger die Loosung verweigert worden sei, ein Aufruf gemessungs, in welchem die Tyroler mit Entrüstung auf ihre uralte dem Kaiserhause bewiesene Treue erinnert werden, nicht den Schimpf auf sich zu laden, daß man von ihnen sagen könne, auch sie hätten ihren Kaiser verlassen. Gut und Blut für Gott, Kaiser und Vaterland sei immer der Wahlspruch Tyrols gewesen und solle es bleiben. Der Landtag wolle alsd aufbieten, daß die Kapitulationsziffer für das Jägerregiment auf vier Jahre herabgesetzt werde.

Italien. Aus Triest. Die Fahrt. Flotte hat sich von Venedig wieder zurück gezogen, da der am 22. abgeschlossene Waffenstillstand einen Uebersall durch die sardinische Flotte besorgen ließ.

Chur, 28. Okt. In Chiavenna ist wieder Alles in vollem Aufstande. Die österreichischen Truppen haben sich zurück nach Mailand gezogen. Die Wappen sind auf öffentlichem Platz den Feuerflammen übergeben worden. Die Briefe von Mailand kommen jetzt über Chiasso durch

den Kanton Teffin, auch der Waarentransport geht nicht mehr auf dem gewöhnlichen Wege. (Schw. Mrk.)

Schweiz.

Teffin. (Eidgen. Ztg.) Wir entnehmen dem Schreiben eines Zürcherd, der beim Bataillon Gmür sich befindet, nachstehende Stellen: „Merkwürdige Thaten außer den Kastanienverhaue, als Wein verzehren haben wir seit unserer Ankunft in unsern Standquartieren noch keine verübt. Die Mädchen sind schön, mit sehr schwarzen Augen versehen, treten prächtig und herausfordernd, fingerlosen Blickes her, sind aber gegen uns bei weitem nicht so gefällig, als wir es gegen sie sein möchten. Der Wein begegnet ist äußerst gut und lieblich, und wundet und berrächtlich. Das Landvolk ist, ungeachtet der vorrerflichen Weine, sehr kurzsichtig, einfältig und mißtrauisch. Ohne Zweifel verdienen die die ausgezeichnete Natur, die sie umgibt, den Luxus der Vegetation und die südliche Sonne nicht, die ihre vergelten, ausgedörrten Gesichter beschein. Das Bataillon Geny ist über den ganzen südlichen Zipfel des Kantons Teffin, von Lugano über Monte Trefa, Mendrisio, Figornetto, Arzo, Stabbio, Novazzano und ähnliche Nester ausgebreitet bis nach Chiasso, wo sich die Unionen mit den Oberreichischen Truppen freundlich unterhalten und sich in Bruderreden gegenseitig an übertreffen suchen. In Folge der neuesten Ereignisse in Mailand wird die Aufmerksamkeit der Grenzposten verschärft und auf die lombardischen Flüchtlinge, von denen es hier wimmelt, genau geachtet, daß sie nicht bewaffnet die Grenze überschreiten. Diese lombardischen Flüchtlinge, meist Barone, Marchesen u. dgl. haben fast alle Kaffeehäuser und Wirthschaften besetzt, und schimpfen über Karl Albert, die Franzosen und die ganze Welt wie die Rohrspatzen. Der größte Theil ist äußerst phantastisch ausstaffirt, mit Federbüschen, Flittern und Borten bewaffnet."

Freiburg, 25. Oktober. (Berner Ztg.) Bereits gestern rückten 4 Bataillone Waadtländer und eine Artilleriekompagnie an zwei verschiedenen Stellen in den Kanton Freiburg ein. Beim Erscheinen der Truppen warfen die Insurgenten die Waffen weg und zerstreuten sich, so daß die Ruhe hergestellt ist. Heute Morgen gab ein falscher Lärm, daß die Bauern im Lamarschje gegen die Stadt seien, den Grund zur Errichtung einer Barrikade an der großen Drahtbrücke; — wohl die erste in der Schweiz. — Dem Bischof wurde heute Nacht der Wagen vor seine Wohnung geführt, mit dem Vorbeuten, daß er den Kanton sofort zu verlassen habe, was er auch sofort that, indem er den Wagen bestieg und seinen Weg nach Peterlingen nahm.

Frankreich.

Paris, 26. Oktober. Unsere Polistiker scheinen einstimmig darüber, daß Ludwig Napoleon als Präsident sich schon allzu viele Blößen gegeben habe, um nicht unter dem Fluch der Lächerlichkeit zu leiden. Allein dessen ungeachtet dürfte man sich nicht verhehlen, daß dieß Erfahren, wenn auch den Präsidentschaftskandidaten „in seiner ganzen Armseligkeit" darstellend, doch nur auf den intelligenten Theil der Bevölkerung wirke, und daß Landvolk nach wie vor seine Stimmen dem Namen Napoleon geben werde. Man sieht darauf, daß nicht nur die verwünschte Regierungsform, sondern auch das verwünschte Wahlsystem in Europa beseitigen. — Im Elsaß feiert man gegenwärtig ein Jubiläum wegen der zweihundertjährigen Vereinigung mit Frankreich; zum Theil bistorisch unrichtig, da z. B. Straßburg nicht 1648, sondern erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts durch Verrath an Frankreich kam. Unsere Franzosen lächeln, wenn man dabei an die Lombardei erinnert, und ich glaube fast, sie kennen die Schattenseiten der menschlichen Natur besser, als wir. Wenn Oesterreich in der Lombardei zu Werke gegangen wäre, wie Frankreich im Elsaß, wenn es blos deutsche Truppen in das Land gelegt, blos deutsche Beamte angestellt, überall die Lombarden ausgeschlossen, deutsche Sprache bei Gericht und in der Schule zwangsweise eingeführt, und mit deutschen Steuerzetteln verbrieflachte Abgaben eingefordert hätte, und Dies Alles ohne Nachsicht und Barmherzigkeit, — nun, dann würden die Lombarden sich vielleicht ebenfalls „attachirt" haben. (Karlsr. Z.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 31. Okt. Bayer. 3½ proz. Obligationen 75½ p. — G. 4proz. 85 G. Bankaktien 11. Gemeiner 572 G. Preußen 35 p. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. — p.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 2. Nov.: „Ein Diavolo", Oper von Auber.

Fremdenanzeige.

Hotel Maulik. Mistreß Braun, Rentiere, aus Amerika. Braun, Privatier, von Gera. Gebrüder Seelig, Kaufleute, von Berlin. Bischoff, Privatier, von Augsburg. Dupuis, Rentier, von Paris.

Gold. Kreuz. Bollmann, Rentier, von Salzburg. Bögel, Gisenbahninspektor, von Augsburg. Becker, Kaufmann, von Hamburg. Pircher, Studirender der Medizin, von Meran. Richter, Postverwalter, von Pronsel. Krenzer, Techniker, von Tetlang.

Gold. Hahn. Hapdeck Gibson, Rentier, aus England. Mad. Miller, Privatiere, von Landsberg.

Blaue Traube. Schwön, l. Bürgermeister, von Hof. Röder, Apotheker, von Pol. Peterman, Kaufmann, von Bol. Landgraf, Rechtsrath, von Mainkof, Meinel, Königl. Konsul, von Bayer. Dürrschmid, Königl. Advokat, von Wunsiedel. Leisring-Langsfeld, Partikulier, von Halle. Dr. Ad. Cornill, von Frankfurt. Stuhlendreger, Partikulier, von Torndach. Fräulein Reichold, von Amberg.

Stachusgarten. Preier, Privatier, von Memmingen. Franz, Privatier, von Pirmasens. Dr. Altemayer, von Innsbruck. Gattler, Studirender, von Schwetzkirch. Aulanz, Studirender, von Speyer. Soyer, Postpraktikter, von Speyer. Franz, Besitzer eines anatomischen Kabinets, von Pirmasens. Lube, Architekt, von Biesbaden. Hoalet, Daguerreotypist, von Poschenhofen.

Getraute in München.

Die Herren: Leonhard Gloß, Papiermachergeselle von hier, mit Katharina Beitmayer, geb. Mayr, Pappendeckelmacherswittwe von hier. Anton Jakob Baierlacher, Aktuar bei der Advokaten-Witwen- und Waisen-Pensionsanstalt dahier, mit Katharina Louise Geiß, bürgerl. Kaufmanns- und Lederhändlers-Tochter von Ansbach. Johann Nepomuk Kirchgeßner, Bäckermeister dahier, mit Josepha Schelzle, Wechmeistersstochter von Rumpfenhaus. Joseph Schnitzmann, bürgerl. Gürtlermeister in Zogelsdorf, mit Viktoria Angermaier, Krautjunkersstochter von hier. Karl Mez, bürgerl. Weber, mit M. Kaiser, geb. Dora, Webermeisterwitwe von hier. Peter Arlety, Sattlergeselle von hier, mit Magdalena Brandl, Schönerstochter von Kürz. Pfarrer Pettenreuty, Dpgs. Regensburg. Anton Wilhelm Schehmaier, Pistolenmacher von hier, mit Emilie Josepha Antonia Stangl, Schuhlehrerstochter von hier. Joseph Sturm, Königl. Landgerichtsdienerdiener von hier, mit Kreszentia Butter, Maßgerstochter von Wechsch. Dpgs. Wasserburg. Johann Georg Schleißer, Bauerssohn von Oberzeidelbach, mit Anna Maria Hecker, Tagslöhnerstochter von Taubersied, Dpgs. Aichach. Franz Xaver Kreiterer, bürgerl. Lastetier, mit Ludwig Federmann, Uhrmacherstochter von Krumbach.

Ausgewärts Getraute.

In Augsburg: Hr. Franz Xaver Frhr. v. Lobkowitz, mit Maria Therese Schmid, bürgerl. Traiteurstochter von Augsburg.

Gestorbene in München.

Georg Kronberger, Maurer von der Au, 69 J. a. Anna Maria Diepold, ehemal. herrschaftl. Gesellschaftsfräulein von hier, 60 J. a.

Holzversteigerung.

222. Freitag den 17. November d. Js. Vormittags 8 Uhr kommt die Versteigerung nachstehender Eichenholz-Sortimente im Walde statt, womit darauffolgenden Tags fortgefetzt wird.

152 Eichen-Ruhstücke von verschiedenen Dimensionen.
21 Klafter Eichen-Scheitholz 1. Qualität, zu Tannlein geeignet.
206 Klafter Eichen-Scheitholz 11. Qualität.
131 Stück stehende Eichen, Nutz- und Werk-Holz enthaltend.

Käufer werden unter dem Anfügen dieß eingeladen, daß Saarzahlung bedungen und die Zusammenkunft bei dem Fischmeister in Possenhofen bestimmt ist.

Am 30. Okt. 1848.

Herzogl. bayer. Gutsadministration Possenhofen.
Fr. Urban.

Rentamtsgehilfen-Stelle.

221. (2a) Bei dem königl. Rentamte in München wird bis 1. Dezember l. Js. ein in den rentamtlichen Geschäften erfahrner Amtsgehilfe aufgenommen.

Bewerber, welche sich über Befähigung, Fleiß und sittliches Betragen ausweisen können, wollen sich unter Anlage ihrer Zeugnisse an den Rentamtsvorstand wenden.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Neuestes aus Wien.

*Wir erhalten aus Salzburg von gestern Mittag, 1. Nov., die zuverlässige Nachricht, daß ein dort eingetroffener Kurier die Kunde von dem am 30. Morgens erfolgten Einrücken der kais. Truppen in Wien überbracht hat. Die Stadt hatte sich auf Gnade und Ungnade ergeben. Zu Salzburg wurde diese Nachricht durch Plakate veröffentlicht.

Die Rede- und Abstimmungsfreiheit der Abgeordneten.

(Eingesendet.)

In allen freien Verfassungsstaaten ist der Grundsatz anerkannt, daß kein Mitglied der Reichs- oder Ständeversammlung für die Stimme, welche es in dieser geführt hat, anders als in Folge der Geschäftsordnung durch die Versammlung selbst zur Rede gestellt werden kann, — ein Grundsatz, deßen unbedingte Nothwendigkeit — wenn je freie Berathung und Freiheit der Ueberzeugung der Abgeordneten bestehen soll — so einleuchtend ist, daß jede weitere Erörterung hierüber unnöthig sein wird. Mit Recht erfuhr es daher den strengsten Tadel, wenn Minister unter der Herrschaft des Absolutismus diesen Grundsatz verletzten, und Abgeordnete, die gegen sie und gegen ihr System gesprochen oder gestimmt hatten, durch Chikanen und verletzende Maßnahmen verfolgten. Was sollen wir aber von dem Verfahren jener heute denken, die fortwährend die unbedingte Gedanken- und Meinungsfreiheit predigen und jeden Akt der Unverträglichkeit, der Heiligkeit für die Abgeordneten ihrer Farbe beanspruchen, sich aber nicht scheuen, jenen Abgeordneten, der nicht zu ihrer Partei hält, oder auch nur in einzelnen Fragen nicht in ihrem Sinne stimmte, ohne weiteres des Verrathes an der Sache der Freiheit, an der Sache des Volkes zu bezüchtigen — ihn geradezu als vogelfrei zu erklären, gegen ihn die Massen ihrer fanatisirten Anhänger zu hetzen, sein Haus zu bestürmen, sein Eigenthum, seine Person, sein Leben in frechster Art zu gefährden! Wer es wagt, den gebeiligten Grundsatz der Unverantwortlichkeit der Volksvertreter in so schmählicher Weise zu verletzen, der beweist, daß in ihm keine Ahnung von wahrer Freiheit schlummert; er ist — trotz aller Freiheitsphrasen — ihr offener, erklärter Feind — ein Verräther an der Sache des Volkes, an der Sache der Wahrheit und der Freiheit! Der öffentlichen Verachtung, der Rache der Gesetze muß ein solcher alle, welche — gleichviel welcher Partei sie angehören — gegen Abgeordnete des Volkes jene schmählichen Manifestationen veranlassen ausführen oder sie begünstigen, die mit bestialischem Gebrule beginnen, um mit brutalen Angriffen auf Eigenthum und Person der Opfer solch strafbaren Uebermuth zu enden; und mit Schande und Schmach bedecken sich jene Blätter, die sich nicht entblöden, ihren Lesern mit Worten kurzsiger Theilnahme und des Wohlgefallens solche Bubenstreiche zu erzählen!

y

Der Demokratenkongreß zu Berlin.

* Der mit so großem Pombast angekündigte Demokratenkongreß zu Berlin, der Deutschland sogar mit der Gefahr eines Gegenparlaments bedrohen zu wollen schien, ist auf eine Weise ausgegangen, die einigermaßen an die bekannte Fabel von dem Frosche erinnert. Wir wollen unteressirte nicht dem Gelege zuwider handeln, das von Verfassern nur Gutes zu sagen gebietet. Wir überlassen es daher einem erklärten Organe der demokratischen Partei selbst, zu der Berlin erscheinenden „lithographirten Korrespondenz" das Wild zu entwerfen, welches diese in sich selbst zerfallene Versammlung bot. Die urtraradikale Korrespondenz berichtet darüber in folgender Weise

Berlin, 29. Okt. Der Demokraten-Kongreß geht nach mehrtägiger Berathung seiner Auflösung entgegen. Die Spaltungen, derer wir schon gestern Erwähnung thaten, haben zu einem entschiedenen Bruche geführt. Ein großer Theil der Kongreßmitglieder, namentlich fast sämmtliche Schlesier, der hiesige Sachsenverein, die Mecklenburger, die Halberstädter (Wiethenus), einige pommersche Mitglieder, haben ihren Austritt erklärt. Diese alle gehören zur gemäßigten Fraktion, zur sogenten Republik. Die äußerste Partei wird durch die Mehrzahl der hiesigen Klubbs repräsentirt. Bis spät Abends dauerte die gestrige Sitzung. Ihr nächstes, vielleicht einziges Ergebniß ist eine heute Nachmittag vor den Zelten stattfindende Volksversammlung, zu deren Leitung eine Kommission von 5 Mitgliedern gewählt ist. Gegenstand der Verhandlung mit dem Volke soll die Wiener Sache bilden. Muthmaßlich wird sich an die Volksversammlung irgend eine Demonstration zu Gunsten des bedrängten Wiens knüpfen. — In der heutigen Sitzung wurde die Robespierre'sche Deklaration des Menschenrechte vorgelegt. Ein Beschluß ist in Betreff derselben nicht zu Stande gekommen.

Die Zahl der zur Konferenz der demokratischen Partei in den deutschen konstituirenden Versammlungen eingetroffenen Mitglieder ist nicht viel größer geworden, als wir gestern angaben. Abends wurde der Beschluß gefaßt: 1) Die Versammlung mache die Sache Wiens zu der ihrigen; 2) Es ward sofort ein Aufruf im Namen der Versammlung erlassen. — Simon (Trier), Jacobi und Löster wurden beauftragt, den Aufruf zu verfassen. Der Beschluß war in Anwesenheit mehrerer Mitglieder gefaßt worden. Als der vollzähligen Versammlung der Entwurf vorgelegt wurde, erhoben sich Lebensen gegen dessen Annahme. Wie wir hören, wird jede weitere gemeinsame Kundgebung der versammelten Mitglieder unterbleiben. Von der hiesigen Linken hingegen wird ein Manifest erlassen werden. Die fremden Deputirten verlassen Berlin wahrscheinlich noch heute oder morgen. Die Einberufung in der demokratischen Partei entspricht den Resultaten der beiden Versammlungen, welchen die Partei mit so sanguinischen Hoffnungen entgegengesehen hatte. Verledigt durch den Ausgang sind außer den Reaktionären nur Hr. Held und sein Anhang. Hr. Held verkündete einer Arbeiterversammlung gestern das Resultat des Kongresses mit der Bemerkung, das Volk habe nur auf die reine Anarchie seine Hoffnung zu richten. Die Sicherheitsbehörden schienen von jener Versammlungen zu besonderen Vorkehrungsmaßregeln Veranlassung genommen zu haben. Wie verschert wird, seien sogar an den Eisenbahnen Einrichtungen getroffen worden, um äußersten Falles Zuzüge abschneiden zu können."

Deutschland.

Württemberg. (Gesetz betreffend die Folterlebung der Steuern.) Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Württemberg. Da der Termin, für welchen nach §. 114 der Verfassungsurkunde die für die vorige Finanzperiode verwilligten Steuern fortzuerheben sind, demnächst ablauft, die Berabschiedung des neuen Finanzetats aber noch nicht zu Stande gekommen ist, so verordnen und verfügen Wir, nach Anhörung Unserer Geheimenrath und unter Zustimmung Unserer getreuen Stände: daß der Zeitraum der provisorischen Steuererhebung bis zum 31. Januar 1849 verlängert sein soll. Unser Finanzministerium ist mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt. Gegeben Stuttgart den 30. Okt. 1848. Wilhelm. Der Chef des Departements der Finanzen: Goppelt. Auf Befehl des Königs: Der Kabinetsdirektor: Maucler. (Schw. M.)

Baden. — Karlsruhe, 28. Okt. (93. Sitzung der 2. Kammer.) Lehlbach übergibt eine Petition von Weinheim, welche die Abschaffung der ersten und Auflösung der zweiten Kammer, sowie Einführung einer neuen Basisart zur Bildung einer konstituirenden Versammlung verlangt. Metz erstattet Berichte wegen Unterstützung des Uhrenmacherzeugerbedarf auf dem Schwarzwalde, und über den durch Helmreich in Vorschlag gebrachten Webefleiß zur Förderung der Handarbeit im Odenwalde und auf dem Schwarzwalde. Die Kommission beantragt eine Ueberweisung an die Regierung zur näheren Prüfung durch Sachverständige. Die Kammer stimmt bei. — Herauf Erstattung von Berichten der Petitionskommission. Zittel berichtet über eine Beschwerde des Gemeinderaths und Bürgerausschusses von Ettlingen wegen des dortigen Kriegszustandes, sodann über eine ähnliche Beschwerde mehrerer Bürger von dort, sowie über eine Beschwerde von Bürgern aus demselben Orte, jedoch im entgegengesetzten Sinne. Die Kommission beantragt, in der Voraussetzung, daß die Regierung, was sie seither bewiesen, nicht weiter gehen werde, als zur Aufrechthaltung der Ordnung unumgänglich nothwendig ist, den Uebergang zur Tagesordnung. Nachdem Staatsrath Bekk in thatsächlicher Beziehung noch berichtigt hatte, daß mittlerweile sowohl der Kriegszustand, als auch die exekutive Truppeneinlage aufgehört habe, beschwert sich Kiefer gegen das Verfahren der Regierung und gegen jenes der hessischen Truppen, welche sich anfänglich willkürlich einquartirt hätten. Ullrich gibt über den Stand der Sache Auskunft, nimmt das Verfahren der Regierung sowohl, als das Kommandanten der hessischen Truppen in Schutz und erklärt, daß ohne eine Truppeneinlage die Untersuchung wegen Zerstörung der dortigen Eisenbahn und die Verhaftung der hiezu Verdechent Verdächtigen nicht möglich gewesen wäre. Brentano macht der Regierung die bittersten Vorwürfe, uns sucht nachzuweisen, daß sie zu außerordentlichen Maßregeln zu schreiten nicht nöthig gehabt hätte. Ebenso ist er wegen der Verhaftung des vorigen Sonnenwirthes Thibaut sehr aufgebracht, indem ihn doch nichts zur Last liege, als daß er einem Abgesandten Struves schon in diesem Sommer gesagt haben solle, im dortigen Bezirke sei der größte Theil der Bevölkerung republikanisch gesinnt, und man solle ihn, wenn Struve ihn brauche, nur rufen. Er habe zwar keiner auch noch in einer Volksversammlung erklärt, die zweite badische Kammer sei so schlecht, daß man Alles auflösen müsse, um sie mit Gewalt auseinander zu sprengen, allein auch diese Aeußerung könne nicht als Hochverrath qualifizirt werden, da ein zurechnender Grund betrachtet werden, denselben festzunehmen u. s. w. Am Schlusse seiner Rede stellt Brentano den Antrag: die Kammer wolle, indem die Beschwerde den Kriegszustand (was der Kenner Belagerungszustand nennte) betreffe, zur Tagesordnung übergehen, dabei aber erklären, daß kein Grund vorhanden gewesen, einen solchen Kriegszustand zu erklären. Was aber die Beschwerde wegen der Exekutionstruppen betreffe, so verlange er empfehlende Ueberweisung an das Staatsministerium. Staatsrath Bekk vertheidigt auf würdige und gründliche Weise unter mehrfachem Beifallszuruf von Seite der Kammer das seitherige Verhalten der Regierung, der man bald zu große Strenge, bald zu große Nachsicht vorwerfe, und weist Brentanos Angriffe entschieden zurück, worauf die Kammer, nachdem noch mehrere Redner theils für, theils gegen den Kommissionsantrag gesprochen, letzterm mit bedeutender Stimmenmehrheit annimmt.

(Schw. M.)

Sächf. Herzogth. — Altenburg, 27. Okt. Die sächsischen Reichstruppen haben heute unsere Stadt verlassen, um weiter nach Thüringen, zunächst wohl nach Hildburghausen und Gotha zu marschiren. Offiziere und Gemeine haben durch ihr schlichtes und freundliches Wesen überall einen guten Eindruck gemacht und sich bei der Wehrpflicht der Bevölkerung ein freundliches Andenken erworben. Nicht ganz so freundlich ist freilich die Stimmung unserer Republikaner, die heute durch einen ganz eigenthümlichen Morgenzug ihrer Einbildungen vertrieben gingen. Noch in Folge eines gegen den kommandirenden General Grafen Holtendorf gerichteten Schmähartikels der „Altenburger Zustände" erschien heute in aller Frühe folgender Anschlag: „Wenn der Redakteur der „Altenburger Zustände" sich wieder erlaubt, derartige Aufsätze, wie in den letzten Tagen über die Person unseres geliebten Kommandanten, des Generalmajors Grafen von Holtendorf, aufzunehmen oder selbst zu fertigen, so werden wir gegen dessen unmöglistige Waffen andere gebrauchen. Sämmtliche Soldaten der in und um Altenburg stehenden sächsischen Truppenabtheilungen." „Da soll nicht böses Leumund reden wirer deinen Nächsten!" auch ein Gebot, welches in den berühmten altenburger republikanischen Volkstaxe stimmt nimmer ganz mit ersterem, aber mit einer gewissen bedächtigen Verdrossenheit aufgenommen wurde. Nicht mit Juhel, wie Sie, elender und vielleicht auch guten Gründen anonymer Pasquillant, verweinen, nein! sondern mit Entrüstung und wohrer Thaten lasen wir in dem Blatte „Altenburger Zustände" Nr. 34 das schändliche Machwerk Ihrer verstandeslosen Gehetzungsgesucht. Sie gerade wären der Letzte, der uns wankend zu machen verstände, Sie gemiß der Altenburgerstadte, den wir glauben können, nachdem Sie und in dem altenburgischen Blatte Ihre, alles andere als liebe Gesicht verklagnende schwarze Seele zeigten. Die Verehrung und Achtung, die wir unserem hochgeehrten Herrn General, sowie allen übrigen Offizieri unseres Korps zollen, werden sie, Elender, nicht untergraben. Nur fester gemeinsam hat bei und der Gnschluß: treu unserem Könige! treu dem Vaterlande! treu der Pflicht zu bleiben, wie alle bisdern Sachsen. Wie scheiden von Altenburg! Für die vielen braven Leute mit einem freundlichen Lebewohl! Für Sie aber, elendes Subjekt, und der freundlichen Warnung: Hüten Sie sich vor sächsischen Fäusten. Die Unteroffiziere und Mannschaften des königl. sächsischen mobilen 1. Linien-Infanterieregiments Prinz Albert." Es wurde von unseren Republikanern vergebens der Versuch zum Abreißen dieses Anschlags gemacht. Die sächsischen Soldaten übten sofort Volksjustiz, sobald sie Jemand überraschen konnten, der gegen ihr gutes Recht, die freie Presse gleichfalls in Anspruch nehmen zu dürfen, sich Gewaltthätigkeiten erlaubte. Als Opfer für die sächsischen Truppen hatte das Bataillon Hammerstein sich ausersehen, das Quartier hier eingerückt. — Dr. Douai befindet sich noch immer in Haft. Auch gegen den Advokaten Dölitsch und den Literaten Pelz ist eine Untersuchung eingeleitet. (D. A. Z.)

Schweiz.

Freiburg. Der bekanntlich in Folge der jüngst ausgebrochenen Unruhen verhaftete Bischof Marilley ist nach Lausanne gebracht worden. Nach dem radikalen „Solothurn Volksblatt" begleitete ein Freiburger Offizier denselben bis Bulden, von wo er von dem Regierungsstatthalter nach Lausanne gebracht wurde. Dort betrachte den Skandal am Ende der hohen Höhels ernste Gesahr. Er war kaum im Postbaute angekommen, als eine Masse von mehr als 1200 Individuen sich davor zusammenrottete unter dem kannibalischen Geschrei: „Herunter mit dem Bischof, herunter mit Marilley! an die Laterne! an die Laterne!" Achtzehn Gendarmen wurden ihm als Sicherheitswache beigegeben, waren aber nicht im Stande, die Masse zurückzuhalten. Das Geschrei wurde Staatsrathe, worunter der bekannte Druey, machte endlich dem Skandal ein Ende; nicht ohne viele Mühe gelang es ihnen endlich, den wilden Haufen etwas zu besänftigen, der endlich um 2 Uhr Morgens auseinandergieng. Nach dem Nouvelliste Vaudois ist der Bischof nunmehr als Staatsgefangener (ohne Prozeß und Urtheil!) ins Schloß Chillon transportirt worden. — Aus Anlaß der Bewegung im Kanton Freiburg hat auch die Regierung von Genf ein Bataillon des Ausjugs aufgeboten. Indessen ist in Freiburg Alles wieder ruhig.

Frankreich.

** **Paris**, 28. Okt. Die Nationalversammlung hat gestern das Dekret bezüglich der Wahl des Präsidenten der Republik angenommen. Folgendes sind nun die Hauptbestimmungen desselben. Das Wahlgeschäft beginnt in ganz Frankreich am 10. Dezember. Alle Bürger, welche in den für die Ernennung der Volksvertreter angelegten Listen eingeschrieben sind, haben gleichmäßig das Recht der Theilnahme an der Wahl des Präsidenten der Republik. Sie geben ihre Stimmen ab am Hauptorte des Kantons oder in denjenigen Gemeinden, welche die Lokalbehörde ihnen bezeichnet haben wird. Es findet geheimes Skrutin statt. Jeder Stimmgettel muß auf weißem Papier geschrieben sein. Die Militäre geben ihre Stimme an demselben Tage, wie die anderen Bürger am Hauptorte des Kantons ab, in dessen Bezirk sie wohnen. Sie werden durch den Major unter die verschiedenen Wahlsektionen eingetheilt. Um zum Präsidenten der Republik erwählt werden zu können muß man gebornter Franzose, wenigstens 30 Jahre alt sein und niemals die Eigenschaft als Franzose verloren haben. Die Stimmzettel werden an jedem Kantonshauptorte, und in jeder außerhalb derselben errichteten Sektion geöffnet. Das Ergebniß dieser ersten Oeffnung und die Protokolle werden nach dem Hauptorte des Departements gebracht, wo die Zählung vorgenommen wird. Das Ergebniß dieser 86 partiellen Zählungen, sowie ein Duplikat der Protokolle wird einer besonderen Kommission von 20 durch die Nationalversammlung ernannten Repräsentanten übergeben, um dann zur allgemeinen und definitiven Oeffnung zu schreiten. Um deshalb durch die allgemeine Stimmung des Volkes genaßlt werden zu können, muß der Präsident über die Hälfte der abgegebenen Stimmen und wenigstens 2 Millionen haben. Sind diese beiden Bedingungen der absoluten Majorität und des Minimums von 2 Millionen nicht erfüllt, so wählt die Nationalversammlung den Präsidenten aus den 5 Kandidaten, welche die größte Zahl von Stimmen erhalten haben. Das Skrutin bleibt offen während der beiden Tage des 10. und 11. Dezember. Das Oeffnen der Stimmzettel in den Kantonen und Kantonssektionen wird verzögert die zwei Tage des 12. und 13. in Anspruch nehmen. Die am Hauptorte des Departements vorgenommene Zählung dürfte allen Anschein nach die zwei Tage des 14. und 15. beschäftigen. Rechnet man hiezu die unumgänglich nothwendige Zeit für die Ankunft der Protokolle zu Paris und das umfangreiche Geschäft der allgemeinen und definitiven Zählung, welche von der Kommission der Nationalversammlung vorgenommen wird, so läßt sich voraussehen, daß das Resultat der Präsidentenwahl in Paris früher als am 20 Dezember bekannt sein kann. Dem Präsidenten wird laut Art. 57 der Konstitution das Recht zustehen, eine nochmalige Berathung und Beschlußfassung über Gesetzentwürfe zu verlangen, die von der Versammlung bereits angenommen sind. — Die jetzige Nationalversammlung wird bis zur Einsetzung der folgenden gesetzgebenden Versammlung alle Machtvollkommenheit behalten, mit der sie jetzt bekleidet ist, mit Ausnahme der vollziehenden Gewalt, welche die Konstitution dem Präsidenten der Republik zuweist. Dieser leistet im Augenblicke seiner Einsetzung den Eid der Treue auf die Konstitution. (Diese Bestimmung, vorgeschlagen von Hrn. Bugeo und lebhaft unterstützt vom Bischof Favet von Orleans wurde mit der starken Majorität von 436 gegen 281 Stimmen angenommen.) Das ganze Dekret, die Präsidentenwahl betreffend, von welchem Vorstehende die Hauptbestimmungen enthält, besteht im Ganzen aus 7 Artikeln.

Nachschrift.

Die „Grazer Zeitung" vom 30. Oktober enthält in ihrer Rubrik „Neuestes" folgende interessante Beiträge zur Geschichte des letzten Kampfes vor Wien: Das Regiment Nassau hat sich in Wien bei Errichtung der Barrikaden besonders ausgezeichnet und allein 30 Barrikaden genommen. — Am 30. Okt. 10 Uhr Vormittags war in Gratz die Nachricht von der Erstürmung der Vorstädte Wieden und Gumpendorf durch die Truppen eingetroffen. Der gedrängte Bericht eines Augenzeugen aus dem Hauptquartiere Hetzendorf, den wir demselben Blatte entnehmen, gibt einen klaren Ueberblick über die Stellung und die Operationen der Truppen am 28. Okt. „Hauptquartier Hetzendorf den 29. Oktober 1848, Am 28. d. M. war die Stellung der verschiedenen Korps folgende: Armeekorps des Feldmarschall-Lieutenants Graf Auersperg; von Jugenhorf gegen Roth-Neustadt. Armeekorps des Feldmarschall-Lieutenants Baron Jellachich von Roth-Neustadt bis Klosterneuburg, also eine Schiffbrücke ist. Armeekorps der Feldmarschall-Lieutenants Fürst Reuß und Graf Seckendorf: Zwischen Nußdorf bis Heiligenstadt. Reserve-Korps des General-Major von Schütte. Die ganze Macht ist bei 80,000 Mann in 62 Bataillons, 60 Eskadrons und 150 Geschütze, ungerechnet den Belagerungspark. Die gemachten Bewegungen wurden nicht angenommen, alle Unterhandlungen zurückgewiesen. Am 28. Früh 10 Uhr allgemeine Vorrückung gegen Wien. Erstürmung der Hundsthurmer-, Mapleinsdorfer- und St. Murxer-Linie, Besetzung der Leopoldsbadt, der Jägerzeile bis zum Theater durch Kroaten. Erstürmung des Nimmwegs, der Landstraße, Stadt, Belvedere Linie, incl. der Gumpendorfer-Kaserne bis an das Glacis. Abgebrannt sind beide Bahnhöfe, zwei Zuckerfabriken, mehrere Häuser, die große Dampfmühle, worin 54,000 Säck Getreide vorgefunden wurden. Am 29. sollte der Angriff fortgesetzt werden, und zwar hauptsächlich gegen Gumpendorf und die Wieden. Mit Kanonen wurde im Ganzen mäßig geschossen. Grobes Geschütz wurde keines vermendet. Daher mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die Absicht war, mit möglicher Schonung zurzugehen, in der Hoffnung einer günstigen Sinnesänderung von Seite der Stadtbewohner. Bei Brück an der Leitha stand ein Korps Ungarn von 8000 bis 10,000 Mann, welche sich gegen Preßburg zurückzogen. Diesen entgegen stehen bei Schwadorf 34 Eskadronen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 31. Okt. Oesterr. 3proz. Metall. 67¼, 4proz. 54½, 3proz. — , 2½proz. 35¼. Bankaktien 1120. P. 500 fl.-Loose 115¾, 250 fl.-Loose 79. Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 92. P. — . Staatsschuldscheine 3½proz. 75. — Bayer. 3½proz. 75¼. — Sächsisch-Bayer. Bahnact. 68. — Württemberg. 3½proz. 74¾, 4½proz. 92¾. — Bad. 3½proz. 72¼. — Loto-Anlehen à 50 fl. 45. — 35 fl.-Loose 25¼. — Darmstädt. 3½proz. 74. 4proz. 81½. — Loto-Anlehen von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 20½. — Kurhessl. Prämien-Anleihe-Obligationen 40 Thlr.-Loose 23¾. — Nassau 3½proz. 80. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3proz. 75. 3½proz. 90½. — Holländ. Integr. 43½. — Span. 3proz. innere Schuld 17½. — Poln. 300 fl.-Loose 500 fl.-Loose 68½. — Sard. 36 Fr.-Loose 25½. — Disc. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung.“

Donnerstag, den 2. November 1848.

Aus Wien.

** München, 2. November. Die Posten aus Wien (auf regelmäßigem Wege) vom 29. und 30. sind noch im Rückstande. Was uns auf außerordentlichen Wege gestern zukam, haben wir bereits mitgetheilt. Wir können daher unsern Lesern noch nichts Näheres über die Kämpfe des 28. und die darauf gefolgten Unterhandlungen wegen der Unterwerfung Wiens melden.

Es sind uns noch jedoch mancherlei ins Einzelne eingehende Berichte über die Begebnisse, welche dem entscheidenden Kampfe vom 28. vorangingen, zugekommen. Wir heben daraus noch einige bezeichnende Momente und Thatsachen hervor. Am 26. hatten die Städtischen mehrfache Angriffe auf die kaiserlichen Truppen gemacht; am Breiten-See und in der Vorstadt Lerchenfeld war jedesmal gekämpft worden. In Folge dieser Herausforderungen war ein Theil des Mährischen Armeekorps vorgerückt, aber bei dem Schmelzer Kirchhofe mit starken Kartätschen-feuer von den Städtischen empfangen worden, worauf eine solche Verbitterte Batterie der Truppen dieses Feuer zum Schweigen brachte, und der Kirchhof von den Fusilieren genommen wurde. Später wurde derselbe als zu sehr ausgesetzt wieder verlassen. Auf der Rußdorfer Seite waren die Städtischen vollständig in die Linie zurückgedrängt und alle Punkte der Umgegend besetzt, so auch Fünf- und Sechshäusen. Der Fürst Windischgrätz hatte Befehl gegeben, das Feuer überall einzustellen, wo dasselbe nicht durch Angriffe von der Stadt unterhalten sei. Am 26. waren auch in die Stadt selbst noch keine Bomben geworfen worden. Der Bastau hatte das Hasenhaus inne, unter und die Polytechnik besetzt, und lehnte sich an die Donau unterhalb der Stadt. Die Wasser- und Gasleitungen waren der Stadt abgeschnitten; erstere waren auf der Ausfahrtsstraße von den Städtischen mit großer Tapferkeit durch einen energischen Angriff genommen, aber bald darauf wieder an die kaiserlichen Truppen verloren worden. Auf der Stadt kamen fortwährend Deputationen an den Fürsten Windischgrätz; an der Spitze einer derselben soll sich der Abg. Pillersdorf befunden haben, und darauf die unten folgende Proklamation „an die Bewohner Wiens“ vom Fürsten Windischgrätz erlassen worden sein. In der Nacht vom 26. auf den 27. hörte man von mehreren Seiten den Donner des Geschützes, auch am Morgen des 27. hier und da vereinzeltes Feuern; aber am Mittag des 27. herrschte vollkommene Stille, und es hieß, daß sich wieder eine Deputation beim Fürsten befinde. Nachmittags waren der Nordbahnhof und der Prater schon bis nahe an die Leopoldsbrücke besetzt, und 50 — 60 Gefangene aus der Stadt waren ins Hauptquartier abgeführt worden. Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß die Städtischen sich mit dem Muthe der Verzweiflung schlugen, und die Polen unter ihnen wollte man besonders an ihrem guten Erschießen erkennen. Die Erbitterung der Truppen war aufs Höchste gestiegen, da sie die wiederholt auf sie gemachten Angriffe damals noch nicht erwidern durften.

Folgendes ist die vorerwähnte Proklamation des Fürsten Windischgrätz:

An die Bewohner Wiens!

Es ist mir der Antrag gestellt worden, eine friedliche Vermittelung mit der Stadt einzugehen und mit meinen Truppen nach Wien einzurücken, um die von mir vorgeschriebenen Bedingungen selbst in Ausführung zu bringen.

Ich appelliere an den Rechtlichkeitssinn einer gewiß großen Theils der Bewohner Wiens und frage sie, ob es möglich ist, daß ich nach allem Vorgefallenen, nachdem auf meine Truppen ohne allen Anlaß gleich bei ihrem Erscheinen gefeuert wurde, mit denselben nach Wien einziehen könne, in die Stadt, die nach Anlage Aller von bewaffneten Uebelgesinnten wimmelt, ehe diese Menge entwaffnet ist, ohne einen mörderischen Straßenkampf herbeizuführen. Ich frage, ob diejenigen, welche mir Frieden anbieten, welche mich auffordern, ungesichert nach Wien einzuziehen, auch wenn sie es gut mit mir meinten, im Stande wären, denen Ruhe und Mäßigung zu gebieten, die nun schon seit Wochen mit Waffen in der Hand die Stadt terrorisiren.

Es ist meine Pflicht, den guten Theil der Bewohner Wiens von dem in Kenntniß zu setzen, was seit der kurzen Zeit meines Erscheinens und vor derselben geschehen ist, da diese Vorfälle gewiß auf das höchste entstellt werden. Seit mehreren Tagen finden stete Angriffe auf meine Truppen statt, die den Befehl haben, nur im dringendsten Falle dieselben zu erwiedern, was denn auch bereits an mehreren Orten geschehen ist. Die Partei, welche für die Urheber jener unerhörten Schandthat, die an den Kriegsminister Grafen Latour und selbst noch an seiner Leiche begangen wurde, von Sr. Majestät Amnestie begehrt, welche die Entfernung der Truppen, die so schändlich angegriffen wurden, verlangt, einen Antrag auf Verbannung mehrerer Glieder des Kaiserlichen Hauses stellte, noch vor Kurzem gegen bei mir von Sr. Majestät dem Kaiser ersiehene Botmacht protestirte und meine ganze Sendung als ungesetzlich erklärte, — diese Partei sprickt Friedensworten zu mir, um mich mit meinen Truppen ohne alle Garantie in die Stadt zu ziehen!

Fern ist von mir der Gedanke unnöthiger Gewalt-Maßregeln; es erfüllt mich mit Schmerz, gegen die Hauptstadt der Monarchie feindlich auftreten zu müssen; doch ich trage nochmals die reichlich gefüllte Bewohner bereiteten: ist Vermittelung in der mir angetragenen Form unter solchen Voraussetzungen möglich?

Hauptquartier Heddorf, den 25. November 1848.
(Gez.) Fürst zu Windischgrätz.

Zur Ergänzung dessen, was wir schon in unserer gestrigen außerordentlichen Beilage von Wien gemeldet haben, lassen wir nachstehende Auszüge aus verschiedenen Blättern folgen. Die „Louf. Blätter aus Böhmen“ melden aus Wien vom 26. Oktober, daß an diesem Tage vom frühen Morgen an bis 3 Uhr Nachmittags ununterbrochen gefeuert wurde. Bis 4 Uhr wurde das Feuer ausgesetzt, um von da an bis zum Abgang der Eisenbahn 7½ Uhr und später von neuem zu toben. Auf der Mitte der kaiserlichen Brücke waren Kanonen aufgefahren, welche ihr Feuer gegen die Nordseiten. Gegen Abend sah man zwei große Feuerbrünste, eine in der Richtung nach der Dampfmühle, die andere, wie es schien, im k. k. Lustschlosse im Augarten. — Die Zahl der Todten war bedeutend, besonders hatte das Militär gelitten: am meisten litt das 5. Jägerbataillon. Nach Berichten aus Floridsdorf vom 27. Oktober war das k. k. Lustschloß, so wie die Dampfmühle nicht abgebrannt. Die steyrischen Scharfschützen hatten dem Minister viel Schaden an das Gebäude, aus welchem sie schossen, das große Echaus der Jägerzeil und Franzenbrückenallee, wurde dagegen mit Kanonen beschossen. Die Zuckerfabrik des Hrn. Zimmer in der Nähe des Donaukanals soll niedergebrannt sein. — An demselben Tage kamen Pillersdorf, Kraus und Fischhof unverrichteter Dinge vom Kaiser zurück. — Dem „Tiroler Boten“ zufolge soll auch das Regiment Hein Prinzel sehr gelitten haben. Mittelst Feuerspritzen hatte man die Studenten mit Vitriol begossen; das Proletariat hätte in Wien sürchtbar gehaust! Die „Prager Zeitung“ vom 26. Oktober berichtet, Fürst Windischgrätz habe die Taborbrücke genommen und die Vorstädte Leopoldstadt und Landstraße sammt Barrikaden gegen Wien errichtet. Unter demselben Datum wird dem genannten Blatte aus Brünn berichtet, daß der Courier die Nachricht des Kriegsministers eines weiteren Waffenstillstandes zwischen Radetzky und Karl Albert gebracht habe. — Aus Prag berichten die dortigen Blätter, daß die dort anwesenden böhmischen Deputirten mittelst einer Zuschrift bei dem Kaiser und dem Ministerium gegen die Punkte 2, 3 und 4 der jüngsten Proklamation des Fürsten Windischgrätz als inkonstitutionell protestirt haben.

Die folgende Korrespondenz der Allg. Zeitung aus Baden am 27. Okt. enthält eine ausführliche Beschreibung der Kämpfe, welche am 25. und 26. vor und in den Vorstädten Wiens stattfanden. Wir geben dieselbe zur Ergänzung unserer gestrigen Nachrichten über die Lage der Dinge in und um Wien. Baden, bei Wien, 27 Okt. Aus dem Hauptquartier theile ich Ihnen folgende Nachrichten mit. Am 25. Abends suchten die Wiener den Truppenmarsch bei Nußdorf abermals zu hindern. Die Dreifaltigkeits-Linie und Sechshaus, zwischen der Mariahilfer-Linie und Schönbrunn, wurden vom Militär genommen nach heftigem Kampfe, wobei ein großes Wirthshaus vor der Linie abbrannte. Die Flamme war weithin sichtbar, tödtete eine große Wolkenpartie und verbreitete das Gerücht, Wien stehe in Flammen. Gleichzeitig sollen die Garden unter Sch bandgewonnen geworden sein, was hatte sonstiges Getreide ein Haus in Brand. Die Mariahilf, und auch dort (Mariahilf) ertreib ein Haus in Brand. Die äußerste Grenze ist vollkommen ruhig. Der Donau bezog mit seinen Truppen den Prater. Alle Truppen rückten vor. Gefangene wurden rückwärts transportirt, nach Neustadt u. s. w. (Unter denen die hier durchkamen, war auch jener Technifer Kohn, von dem ich Ihnen schrieb, der also nicht gehängt wurde). Der Fürst bewilligte Verlängerung des Termins bis gestern um 10 Uhr Vormittags zur Waffenstreckung. Um so überraschender war am 7 Uhr früh der Beginn einer Kanonade, welche bis Abends 7', Uhr ununterbrochen fortdauerte. Die Wiener wachten mehrere Ausfälle, welche zwar sämmtlich zurückgeschlagen wurden, aber sie entwickelten eine Todesverachtung, die der besten Sache würdig gewesen wäre, und beiderseits fiel eine beträchtliche Anzahl. Man schätzt den Verlust der Wiener auf 600, den des Militärs auf 30 d. Windisch-Grätz ließ keinen Schuß auf die Stadt abfeuern, das ganze fürchterliche Feuer beschränkte sich auf die Ausfälle und die Barrikaden. Die Wiener verschwendeten das Pulver, indem die Kanonen auf den Linienwällen selbst

auf einzelne Patrouillen abgefeuert wurden, natürlich ohne großen Schaden anzurichten. Das Militär seinerseits benützte jede Gelegenheit die Wiener Kanonen zu demontiren. Bei den Ausfällen selbst wich das Militär jedesmal schreiende zurück, um die Wiener ins Freie zu locken, wo sie dann ins Kreuzfeuer genommen wurden. Die Wiener müssen ausgezeichnete Offiziere haben; man vermuthet es sei eine große Anzahl Polen bei ihnen. Abends 6 Uhr entstand an drei Orten ein bedeutender Brand. Man vermuthet, daß die hölzernen Hütten am Prater einerseits, auf der entgegengesetzten Seite in der Brigittenau das Colosseum abgebrannt sei, ein großes hölzernes Gebäude für verschiedene Spectakel. Die Trupben sind fortwährend kampfbegierig, und sagten, diese Gefechte seien nicht der Rede werth. Bei der günstigen Witterung ist der Krankenstand noch immer gering, aber die Verpflegung wird bereits schwierig. Ueber einen der gestrigen Gefechte bin ich im Stande, Ihnen den Bericht eines Augenzeugen mitzutheilen. Nördlich von Schönbrunn zieht die Linzer Straße (Reichsstraße) zur Mariahilfer Linie. Von dieser steigt die Schmelz hinan, eine Anhöhe mit einem breiten Rücken, die Vorstädte Neubau, Schottenfeld beherrschend, und sich nach Norden zu dem Ottakringer Bache abdachend, an welchem das büchtige Neu-Lerchenfeld liegt. Unweit der Linie befindet sich der große Friedhof, mit Mauern umgeben, in dem unter andern die Opfer der Maytage ruhen. Diesen Kirchhof hatten die Garden besetzt, unter den Kanonen der Linienwälle. Auf der Schmelz stand das Militär, dessen anscheinende Schwäche die Garden zu einem Ausfall verwocht zu haben schint. (Nach einer andern Erzählung mußte das Militär den Kirchhof nehmen, um die Cernirung vollenden zu können). Die Garden hielten sich aber so tapfer, daß sie einen Sturm zurückschlugen, nachdem die Artillerie die Mauer eingeworfen hatte. Nun rückten Grenadiere vor und nahmen den Kiechhof mit Sturm. Haufenweise sollen die Todten in demselben liegen, zumeist Garden. Die Garden zogen nun in vollkommen geordneten Massen Schritt für Schritt sich gegen das Lerchenfeld zurück, durch das Geschütz von den Wällen so gedeckt, daß das Militär innehalten mußte. Auf der Höhe der Schmelz stand aber eine Positionsbatterie, welche die jenseitige bald zum Schweigen brachte, und Militär nahm den Ort in die Flanke. Nach einem wiederholten Kampfe, wobei Haus für Haus genommen werden mußte, wurden die Garden auch hier geworfen. Das Gefecht auf der Schmelz dauerte volle zwei Stunden, ein Beweis für die Hartnäckigkeit des Kampfes. Aehnliche Ausfälle wurden zur Wäheinger Linie hinaus gegen die Türkenschanze, vor der Nußdorfer Linie gegen die über die Donau nachrückenden Truppen, im Prater und vor der St. Marxer Linie gegen das Neugebäude gemacht, und gegen den dortigen Kirchhof, den die Croaten besetzt haben. Dergestalt bildeten diese Ausfälle einen Bogen um die ganze Stadt nördlich herum; blos die Linie des Wienerberges blieb unangefochten, wo Windischgrätz selbst steht. Aus der Belgiritenau oder dem Prater wurden Granaten und Raketen in bedeutender Anzahl geworfen, doch keine Brandraketen. Bomben wurden durchaus keine geworfen, wie überhaupt von keiner Seite ein Angriff durch das Heer erfolgte. In Folge der zurückgeschlagenen Ausfälle aber erfochten die Truppen bedeutende Vortheile. Der Bauns soll die ganze Leopoldstadt-Insel genommen haben. Mariahilf und Landstraße sollen zur Hälfte genommen sein, wo die Garden nur unbedeutenden Widerstand leisteten, so auch die Rossau. In letzterer Vorstadt wurde aber heftig gekämpft, weil dort vorzugsweise mobile Garde stand. Briefe und Zeitungen aus Wien bleiben gänzlich aus, und die Stadt ist vollkommen abgesperrt. Warum aus aber die Allg. Zeitung fehlt? Die Reichspost kommt täglich von der Poststation Purkersdorf um 9 bis 10 Uhr früh in's Hauptquartier: warum wird dort nicht expedirt? So eben kommt die (unverbürgte) Nachricht, Wien habe sich ergeben. Wenigstens ist bis jetzt, 1 Uhr Mittags, noch kein Schuß gefallen, und um 10 Uhr war der Termin zu Ende. Die Post geht ab.

J. B. Bogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 110.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Freitag den 3. November 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die erspaltene Zeitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 2. November.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 30. Okt. allergnädigst bewogen gefunden, die bei dem Wechsel- und Merkantilgerichte II. Instanz von Ober- und Niederbayern, dann der Oberpfalz und von Regensburg erledigte Direktorstelle dem ersten Direktor des Appellationsgerichts von Oberbayern Mathias Obermüller zu übertragen.

Deutsche Reichsversammlung.

(106te Sitzung vom 31. Okt.) Tagesordnung: Berathung über Abschnitt I. §. 6 und Abschnitt II. §. 7 und folgende des Verfassungsentwurfs. Vorsitzender v. Gagern. Die Herren Raumer, Schaffrath, Fallmerayer und zahlreiche Genossen derselben Partei erklären feierlich und Angesichts der deutschen Nation, daß es nicht an ihnen liege, wenn für Wien nicht energische Maßregeln ergriffen und namentlich die Kroaten nicht vom deutschen Boden entfernt worden seien. Seit 14 Tagen hätten sie sich vergebens darum bemüht. Unter den Flottenbeiträgen ist einer in Rubeln und Kopeken von einigen in Petersburg lebenden Deutschen. (Brave!) Ferner ungefähr 300 Rthlr. von in Bombay wohlangt, daß er auf eine der nächsten Tagesordnungen gesetzt werde. Schriftführer Biedermann richtet in seinem Namen und im Namen Laube's, Mieser's, H. Raumer's, sowie mehrerer Anderen folgende Interpellation an das Reichsministerium der Rechtspflege und des Innern: „Sächsischen Blättern zufolge hat die königl sächsische Regierung ihren Ständen ein Dekret vorgelegt, worin sie den Grundsatz aufstellt, daß das deutsche Verfassungswerk vor seiner Einführung in Sachsen der Begutachtung und Genehmigung der dortigen verfassungsmäßigen Gewalten zu unterstellen sein werde. Die zweite sächsische Kammer hat diesem Dekrete ihre Zustimmung gegeben. Eben so ist im Laufe darüber gepflogener Verhandlung von den Organen der Regierung die Ansicht geäußert worden, daß, falls der Regierung gegen einen Beschluß der Nationalversammlung Bedenken beigingen, sie die Erwägung der Gründe zu Rathe ziehen werde. Da nun diese von der sächsischen Regierung amtlich geäußerten und von der Kammer genehmigten Ansichten mit dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 27. Mai, desgleichen mit dem Gesetze vom 23. Sept., die Veröffentlichung der Reichsgesetze betreffend, in Widerspruch stehen, da von der Zentralgewalt zu erwarten ist, daß sie dagegen einzuschreiten unbedingt für ihre Pflicht erachten wird, in Betreff der Aufrechthaltung des Beschlusses vom 27. Mai aber, obgleich nicht direkt zu ihrem Ressort gehörig, dennoch ihre Mitwirkung als vollziehende Behörde der Nationalversammlung darzubieten sich aufgefordert fühlen dürfte, fragen die Unterzeichneten an, ob die obgenannten Ministerien von den erwähnten Vorgängen Kenntniß genommen haben und was sie in Folge davon zur Wahrung der Stellung der Nationalversammlung und zur Durchführung der oben bezeichneten Beschlüsse bereits getan zu thun gesonnen seien? (Beifällige Bewegung im Hause.) Reichsminister der Justiz, Robert v. Mohl, erklärt darauf, daß er sich bereits an die sächsische Regierung gewendet und das Protokoll der betreffenden Kammersitzung eingefordert habe, dasselbe sei noch nicht eingegangen. Nächsten Montag aber etwa hoffe er, nähere Auskunft zu ertheilen im Stande zu sein. Höfken interpellirt in der Limburger Frage: welche Schritte bisher von der Zentralgewalt geschehen seien, um die Beschlüsse der Nationalversammlung dort in Vollzug zu setzen? wie das Reichsministerium zu dem niederländischen Herzogthum bekandelt werde, in welchem Limburg als ein niederländisches Herzogthum behandelt werde, zu verfahren gedenke? Die Interpellation ist dem Reichsministerium des Auswärtigen bereits vom Präsidium des Hauses mitgetheilt. Förster von Hünefeld kommt unverdrossen wieder auf das gestern verlangte Programm des Reichsministeriums zurück. Sein Antrag ist von der linken zahlreich unterzeichnet, aber die Versammlung lehnt dessen Dringlichkeit ab. Hiernach zur Tagesordnung kommend, theilt der Vorsitzende eine ansehnliche Reihe von Anträgen zur von über §. 6 eingeschriebenen Rednern mit, von welchen Letzteren Moritz Mohl das Wort erhält. Er spricht sich gegen die Fassung des Entwurfs aus: „Die einzelnen deutschen Staaten behalten ihre Selbstständigkeit, soweit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, soweit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind.“ Denn die den Einzelstaaten zugeschriebene „Selbstständigkeit“ stehe der Begründung eines Bundesstaates entgegen. Man bewies ja meint ebenfalls, die Fassung des § 6 könne zu Mißverständnissen Veranlassung geben, und deshalb habe er mit seinen politischen Freunden eine schärfere Redaktionsweise vorgeschlagen, wodurch das Prinzip der Volkssouverainetät deutlicher hervorgehoben werde. Er empfehle mithin diese Verbesserungsvorschläge zur Annahme. Auch Claussen stimmt, daß die Annahme des Paragraphen, wie ihn der Entwurf gibt, die Reichsgesetzgebung in bedenkliche Verwicklungen mit dem Partikularismus führen würde. Die Preßgesetzgebung z. B., oder die Kriminalgesetzgebung sei keineswegs den Einzelstaaten zu überlassen. Die Gesetzgebungsgewalt des Reichs müsse daher unbeschränkt sein, damit in einem Einzelstaate niemals Zweifel über die Gültigkeit ersselben entstehen können. Er hat ebenfalls einen bestimmten Verbesserungsvorschlag zu empfehlen. Schiertenberg ist der Erste, und da nach ihm der Schluß der Verhandlung beliebt wird, so bleibt er der Einzige, welcher für den Verfassungsentwurf und für die Erhaltung der Selbstständigkeit der Einzelstaaten, auch der kleinen, spricht. Man bemerkte, daß die Redner, die für die Beschränkung der Selbstständigkeit der Einzelstaaten und mit der Einstreuung von Mediatisirungswünschen auftreten, den großen und größern Staaten angehören. Wohl ist uns Würtemberg, Makowicza ein Oesterreicher, Claussen ein schleswig-holstein'scher Abgeordneter. Schiertenberg dagegen vertritt Lippe-Detmold. Nach ihm nimmt Mittermaier als Berichterstatter des Verfassungsausschusses das Wort. Er widerlegt die Bedenken, ob auch die Reichsgewalt ihren Verfügungen und Gesetzen allenthalben ihn den nöthigen Nachdruck werde verschaffen können durch den Hinweis auf den großen politischen Vorzug, den das zu errichtende Reichsgericht bilden werde. Eben so protestirt er im Namen seines Ausschusses dagegen, daß durch das Wort „übertragen“ die Vereinbarung mit den Einzelstaaten, in die Verfassung eingeschmuggelt werden solle. Die Fragestellung veranlaßt eine ziemlich ausgedehnte Erörterung unter den verschiedenen Antragstellern, indem die Mediatisirungsstellung den Vorschlägen, die der Reichsgewalt den weiteren Umfang zuertheilen, bei der Abstimmung den Vorrang zu verschaffen suchen. Während die Versammlung durch Zettelabstimmung (mit 200 gegen 190 Stimmen) diese Frage bejahend entscheidet, verkündet der Präsident, daß in Folge der gestrigen Wahl die Herren Langerfeldt und Kierkuff in den Gesetzgebungsausschuß getreten sind. Sodann wird zwölfstreff. auf v. Beden's Antrag, durch Beschluß der Mehrheit des Hauses die Gültigkeit zu Protokoll gegeben, daß die Abstimmung über § 6 der Entscheidung über die dem Verfassungsausschusse vorliegenden Mediatisirungsanträge nicht vorgreifen solle. Mit Ablehnung aller andern Anträge und Verbesserungsvorschläge wird darauf der § 6 in der unveränderten Fassung des Ausschusses, wie wir ihn oben mitgetheilt haben, angenommen. Des folgende Abschnitt II. des Verfassungsentwurfes handelt von der Reichsgewalt. Nr. I. §. 7 lautet: „Die Reichsgewalt übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten ausschließlich aus. Die Reichsgewalt stellt Gesandte und Konsuln an. Sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande namentlich auch die Handels- und Schifffahrtsverträge sowie die Auslieferungsverträge ab. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an.“ Die Diskussion darüber wird verbunden mit der Diskussion über §. 8. „Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, Bündnisse einzugehen oder solche zu halten, mit Ausnahme ihrer bevollmächtigten beim Reichsoberhaupte.“ Es sind fünf Redner für, dagegen eben so viele eingezeichnet. Von den letzteren spricht zuerst Wigard von Dresden. Die Abgeordneten üben die wenig schmeichelhafte Kritik über diesen Vortrag aus, daß sie ihre Klage in solcher Zahl verlassen, daß der saglig leeren Kirche nur sehr selten solche unaufmerksame Auditorien theilig stellt, welchen der Redner das folgende zu §. 8 von Ahrens, Blum, Schüler und Wigard selbst gestellte Minderheitsberathen empfiehlt: „Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, Gesandte zu empfangen oder solche zu halten.“ v. Linde, der, wie er gestern erklärte, so selten spricht, daß wir ihn erst heute wieder auf der Tribüne erblicken, vermag es nicht, die verlornen Zuhörer wieder zusammenzubringen, es scheint sogar, als verminderten sie sich noch. Er stimmt aus geschichtlichen und politischen Gründen mit der Fassung der Paragraphe nach dem Vorschlag der Mehrheit des Ausschusses überein, eine Uebereinstimmung freilich, die so allgemein in der Versammlung zu herrschen scheint, daß eben darum jede Beredsamkeit zu spät und

vergeblich kommt. Wurm empfiehlt das Minderheitserachten zu §. 8, da nach seiner Meinung nicht blos fändige, sondern alle Souvergensandtschaften überhaupt zu verbieten sind. Schubert aus Königsberg dagegen erinnert daran, daß wir einen Bundesstaat, kein Zentralreich begründen. Daher genügt ihm die Abstellung dauernder Sondergesandtschaften. Wenn sich die deutschen Regierungen untereinander mit Gesandten beschicken, so werde ihnen dies unverwehrt sein, auch dürften die nachbarlichen Verhältnisse der Grenzstaaten häufig wenigstens eine ständige Mission oder ein kommissarisches Verbandeln mit dem Ausland nöthig machen. Zahlreicher Ruf nach „Schluß“ erfolgt nach dem Abreden Schubert's, unter welchen Jordan von Gollnow auf die Begründung seines Antrags verzichtet, nach welchem im §. 8 die Worte: „mit Ausnahme der Bevollmächtigten beim Reichsoberhaupt“ wegfallen sollen. Mittermaier macht noch als Berichterstatter auf den Kostenpunkt aufmerksam, indem für die Beschränkung der Gesandtschaften auch die Kosten mit in Betracht kommen. Nach Verlesung des Wortes „fändige“, indem er das Verbot vorübergehender Gesandtschaften als eine Uebertreibung ins Lächerliche zieht. Unter dem unwilligen Murren der Versammlung, die sich unter dem Vorrrage des Berichterstatters zur Abstimmung wieder in der früheren Zahl eingefunden hat, beantragt Wigard namentliche Abstimmung über das Minderheitserachten. Einstimmig erfolgt darauf die Annahme des §. 7 nach dem unverändert gebliebenen Vorschlage des Verfassungsausschusses. Dagegen wird §. 8 nur bis dahin zum Beschluß erhoben: „Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, fändige Gesandte zu empfangen oder zu halten.“ Das gegen den Zusatz „fändige“ gerichtete Minderheitserachten wird mit nur 197 gegen 194 Stimmen verworfen. Mehrere Stimmen erheben zwar den Ruf „Vertagung“, allein die Mehrheit erklärt sich für die Fortsetzung der Verhandlung. Die Versammlung verzichtet auf die Diskussion sowohl von §. 9 als 10 und schreitet zu namentlichen Abstimmungen rüstig vorwärts, daß noch in der heutigen Sitzung beide Paragraphe und somit der ganze Artikel I. erledigt werden. Sie lauten in der beschlossenen Fassung: §. 9. Die einzelnen deutschen Regierungen sind befugt, Verträge mit anderen deutschen Regierungen abzuschließen. Ihre Befugniß zu Verträgen mit nichtdeutschen Regierungen beschränkt sich auf Gegenstände des Privatrechts, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei. §. 10. Alle nicht rein privatrechtlichen Verträge, welche eine deutsche Regierung mit einer andern deutschen oder nichtdeutschen abschließt, sind der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme und, insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen.“ Die nächste Sitzung findet Donnerstag den 2. Nov. statt. Präsidentenwahl und Fortsetzung der Verfassungsberathung.

Das bayerische Heer und die Zeitungsberichte über dasselbe.

Die militärischen Verhältnisse in allen ihren Beziehungen sind seit längerer Zeit ein stehender Artikel der Tagesliteratur geworden, und wenn wir auch die vorgetragenen Ansichten nicht immer als sichere Grundlagen und Leitsterne für künftige Reformen zu empfehlen vermögen, so wollen wir doch keineswegs läugnen, daß die verschiedenen Blätter, indem sie dem Heere eine sonst nicht gewöhnliche Aufmerksamkeit zuwenden, von einem richtigen Blick und Gefühl geleitet werden, denn in einer Zeit, wo die Versuche einer allgemeinen politischen Auflösung oft sehr augenfällig sind, wird die Bedeutung eines noch fest gegliederten, durch Eid, Ehre, Gemeingeist und durch die Erinnerungen einer glorreichen Vergangenheit treu verbundenen Körpers am wenigsten verkannt werden. Wir finden bedrogen die sorgsamste Beachtung alles desjenigen, was das Heer berührt, von jeder Seite nicht nur sehr begreiflich, sondern halten sie auch für eine nothwendige Folge der übrigen Ereignisse, und sind dabei billig genug, um selbst einen unbequemen Eifer in dieser Richtung zu entschuldigen und die vielen Mißverständnisse und Irrthümer, die hier nicht fehlen können, nicht allzuhoch anzuschlagen. Etwas müssen wir aber allerdings von jenen öffentlichen Stimmen, die sich mit unsern Angelegenheiten beschäftigen wollen, bestimmt und vor allem fordern: eine lautere, ehrliche Absicht und als Zeugniß dafür strenge Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit bei der Mittheilung des Thatsächlichen. Leider wird aber dieser gerechten Forderung nur zu selten genügt; mit wenig mir die vielen Berichte, die seit einigen Monaten als Beweise von herrschender politischer Aufregung und Unzufriedenheit, von Zuchtlosigkeit und Widersetzlichkeit im bayerischen Heere in die Welt gesendet wurden, mit der Wirklichkeit vergleichen: so können wir nur schwer den Argwohn fernhalten, daß die bekannte Voltaire'sche Maxime, fest und immer fester zu lügen, weil doch immer etwas hängen bliebe, der leitende Gedanke solcher journalistischer Thätigkeit sei. Im Seekreise, in der Pfalz, in Schwaben, in den Sächsischen Herzogthümern — überall sollten unsere wackern Soldaten böse Dinge verübt haben, überall, sogar in München, sollten sie mit ihren Vorgesetzten unzufrieden, ja selbst meuterischen Verbindungen schuldig geworden sein. Und nicht etwa von irgend einem vereinzelten Excesse, wie sie in keinem Heere und in seiner Zeit zu vermeiden sind, war die Rede, sondern von der Masse, von dem Geiste des Ganzen. Wie haben sich nun diese Verdächtigungen dem wahren Bestande gegenüber bewährt; welche Beweise dafür liegen vor? Darauf dienen als entscheidende Antwort die Erklärungen, welche theils als amtliche Gründe, theils als Zeugnisse wahrheitliebender Privatpersonen veröffentlicht worden sind. Wir zählen hieher die verschiedenen Attenstücke aus dem Seekreise, aus Mannheim, aus der Pfalz und aus Schwaben, in welchen allen die ehrenvollste Anerkennung der bayerischen Truppen ausgesprochen ist, und wir sind im Stande, heutzutage auf die neuesten Verhältnisse in den Sächsischen Herzogthümern denselben ein neues Zeugniß beifügen zu können. Der herzoglich Meiningischen Zivilkommissarius, der geheime Referendär und Regierungsrath Dr. Schulze erklärt amtlich: „Das hier eingerückte bayerische Truppenkorps hat bei vorkommender Dienstführung der Krisen des herzogl. Zivilkommissariats in jeder Hinsicht mit dankenswerther Bereitwilligkeit und angemessener Energie entsprochen, so daß durch die anerkennenswerthen Leistungen der Herrn Offiziere und der Soldaten dem Zwecke der Requisition vollkommen entsprochen worden ist. Das Benehmen des ganzen Truppenkorps muß als musterhaft anerkannt werden.“ —

*Wenn durch solche urkundliche Belege die leichtfertigen und böswilligen Beschuldigungen für jeden redlich Denkenden schon als nichtig bewiesen sind, so glauben wir noch auf einen andern Thatsache aufmerksam machen zu müssen, die, wie es uns dünkt, gerade dadurch, daß sie der bestehenden Regel nicht entspricht, eine besondere Geltung hat. Verdächtigte Truppentheile selbst — die Unteroffiziere und Soldaten des 2. Inf.-Reg. Kronprinz vor einigen Wochen und jene des Leib-Inf.-Reg. in neuester Zeit — haben sich nämlich im Unmuthe über den kränkenden Mißbrauch der freien Presse und im verletzten Gefühle ihrer Kriegerehre zu öffentlichen Erklärungen bewogen fassen, die man von dem gewohnten streng militärischen Geschäftsgange aus allerdings nicht als zulässig betrachten könnte, die aber unter den gegebenen Umständen und bei der offenkundigen Schuldlosigkeit gegen solche freche Verläumdungen wohl begreiflich sind. Wenn einem pflichttreueren Regimente öffentlich etwas aufgebürdet wird, was es als das schmählichste Verbrechen gegen seinen Eid und gegen seine Ehre erkennt; etwas, was es, wenn jemals ein Unglücklicher in seiner Mitte verführt würde, als trunkener Soldat, als treuer Bayern, Franken, Schwaben und Pfälzer zusammengefaßt, hat es auch in dieser verhängnißvollen Zeit den wohlverdienten Ruhm, den es so oft mit dem besten Blute erkämpft und besiegelt hat, rein erhalten. Es wird sich immer und überall treu seinem königlichen Kriegsherrn, gehorsam dem Gesetze und achtend die Verfassung bewähren, als seinen ersten und liebsten militärischen Glaubensartikel aber den alten ritterlichen Sinnspruch „In treu sein!“ *) fort und fort im frischen Soldatenherzen tragen. —*

*) „In Treue fest!“ Der Sinnspruch des königl. bayer. Militärhundsbuchs nach der Legende des St. Hubertusordens.

Deutschland.

Frankfurt, 31. Okt (D. Z.) Herr v. Bruck ist. wie Sie bereits gemeldet, nach Ollmütz abgereist. Er ist nicht von der Reichsgewalt gesandt, sondern berufen vom österreichischen Ministerium, das heißt, Herrn v. Wessenberg. Herr v. Bruck, Direktor am Lloyd in Triest, ist ein sehr gewandter Mann, der sein Vermögen und Stellung lediglich seiner eigenen Geschicklichkeit verdankt. Er ist ohne Zweifel zum Minister bestimmt. — Man vermuthet, daß die Deputation angekommen ist, welche der Gemeinderath an den Großherzog Johann abgeordnet hat. Sie schildert den Zustand in Wien als sehr ungeordnet — Die O.-P.-A.-Z. meldet: Auf morgen Vormittag ist eine große Revue sämmtlicher hier und in der Umgegend stehenden deutschen Reichstruppen vor dem Erzherzog-Reichsverweser anberaumt.

Bayern. — Se. k. Hoh. der Prinz Adalbert von Bayern ist am 26. begleitet vom bayr. Gesandten Baron Cetto mit der Eisenbahn von London nach Southhampton abgereist, um sich daselbst auf dem Postpaketdampfboote nach Lissabon einzuschiffen.

Nürnberg, 1. November. Unsere Stadt ist gestern Abend der Schauplatz, zwar nicht eines Krawalls, wohl aber solcher Auftritte gewesen, welche, namentlich in gegenwärtiger erregter Zeit, leicht in einen Krawall ausarten können. Den Anlaß dazu hatte ein, bis jetzt noch nicht aufgeklärter Vorfall bei der am Nachmittag auf dem Rathhaus'saale stattgefundenen Ziehung des Lotto gegeben. Hier ereignete sich nemlich das Unerhörte, daß eine Nummer (17) zweimal aus dem Glücksrade hervorging. Wie Das gekommen, darüber muß erst eine anzustellende Untersuchung Aufschlüsse geben; so viel ist Thatsache, daß die Nummern, wie gewöhnlich, vor der Ziehung in Gegenwart des Publikums genau von den dazu bestellten amtlichen Personen geprüft und in das Rad gezählt worden waren. Die statt der zweiten 17 fehlende Nummer (78) soll sich später auf dem Fußboden unter einem Tische gefunden haben. Dieser Vorfall konnte nicht verfehlen, unter dem zahlreichen Publikum Aufregung hervorzurufen; der Verdacht eines thatsächlichen Betruges wurde bald innerhalb und außerhalb des Saales laut. Gegen Abend sikteten sich Gruppen vor dem (der Hauptwache gegenüber liegenden) Rathhause, welche

nach und nach lebendiger wurden: es wurden einige Fenster am Rathhaus eingeworfen, von Zeit zu Zeit Hoch's auf die Lutetia, die Republik, Hecker und andere Rufe ausgebracht, in welche dann jedesmal einige Dupend meist sehr jugendlicher Stimmen einfielen. Diese Demonstrationen dauerten einige Stunden lang fort, ohne jedoch einen ernstlicheren Charakter anzunehmen. Inzwischen rückte zahlreiches Militär auf, welches den Platz zwischen dem Rathhause und der Hauptwache, dann die angrenzenden Straßen besetzte. Die Tapfere wurde dadurch der nicht abgeneigt, einen Putsch versuchen zu können. Sie hielten sich jedoch ganz ruhig. Vor dem Rathhause wurde es nun allmälig ruhig; dagegen ging es auf dem Platze bei der Frauen-Kirche noch eine Weile lebhaft her. Hier soll sogar ein Versuch gemacht worden sein, mittelst der in der Nähe befindlichen hölzernen Krambuden die Kommunikation zu unterbrechen, was aber von dem Militär ohne Mühe vereitelt wurde. Auch gegen das Lottogebäude am Frauenthore strömen stärmende Massen, ohne daß es jedoch auch hier zu besonderen Exzessen gekommen wäre. Gegen Mitternacht erstreckten allmälig die Ansammlungen, und es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Um 11 Uhr war die Ruhe vollkommen hergestellt, und da um diese Zeit zugleich ein sehr ergiebiger Regen eintrat, so hatten die Straßen bald ihr gewöhnliches Aussehen wieder gewonnen. (K. u. k. D.)

Schleswig-Holstein. Kuvben, 20. Okt. Seiner Zeit haben wir berichtet über das Verfahr eines Kandidaten, welcher Ch- und Nordse sich verbinden und einen neuen Seeweg nach Amerika möglich gemacht werden kann. Das Nivellement ist sichern Nachrichten zufolge gemacht, der Kostenanschlag auf circa 11 Millionen berechnet und das Projekt an den Marineausschuß in Frankfurt gelangt. Der Kanal würde eine geräumige Breite und Tiefe für die größten Kriegsschiffe erhalten, von Eckernförde ausgehend, aber nicht, wie früher der Plan war, in den Hafen, sondern vorbeigehend, am Ausflusse der Elbe, auch Rendsburg berühren. (Fr.-O.-P.-A.-Ztg.)

Preußen. △ Berlin, 30. Okt. Die Berliner wünschen nichts sehnlicher, als die Rückkehr des Königs nach Berlin, und zwar des Königs im Bürgerrocke: und wir gestehen, die Berliner haben Recht, ein solcher Schritt des Königs, begleitet von nur einigem Entgegenkommen gegen die freien Richtungen der Zeit, deren Dasein doch nun einmal nicht mehr negirt werden kann, würde, wie nichts anderes, die verderblichen Wühlereien der schwarzweißen und rothen Reaktion nicht mit einem Schlage vernichtete, doch diesem Treiben einen Damm entgegensetzen, zu dessen Unterwühlung sie eine lange, lange Zeit gebrauchen würde. Und warum soll nicht die aufrichtig konstitutionelle Partei auch für sich das Sprichwort: Zeit gewonnen, Alles gewonnen, in Anwendung zu bringen suchen? Die Aussichten hierzu, den König nach Berlin zu bringen, sind sehr, sehr schwach; noch viel weniger aber wird es möglich sein, ihn zur Anlegung des bürgerlichen Rockes zu bewegen, so unendlich viel auch damit gewonnen wäre. Der König ist unzugänglicher als jemals. Diese Unzugänglichkeit fällt nicht dem Ministerium zur Last. Den Räthen im Kabinete des Königs ist sie beizumessen und diese Herren werden dafür dem Volke, der Geschichte Rechnung legen müssen. Es ist den Anlagen, daß der Adjutant, welcher mein der größte Einfluß auf die Person des Königs zugeschrieben wird, der Hr. v Humboldt, diesen Einfluß nur benutzt, um Gelehrten und Künstlern eine Unterstützung zu erwirken. Sehr schön allerdings und für manchen sehr angenehm; aber die erste Pflicht des Mannes gehört dem Vaterlande! — In den Reihen des demokratischen Kongresses ist die Zweifelsuchtlosen ausgebroden Hörner's Austritt dabe ich Ihnen bereits gemeldet. Der Dr. Stein folgt ihm, aber ist bereits gefolgt. Er hat es selbst in der Sonnabendsitzung des demokratischen Vereines der Königsstadt ausgesprochen, da der Kongreß seiner Erwartung nicht entsprechen und in seinen Sitzungen nur Langeweile erregt. Der bessere Theil überhaupt, leider aber der kleinere, verläugnet die biesigen Demokraten und deren Wühlereien öffentlich und giebt sich zurück. Wie sollen wir damit die Beschleunigung der Civil- und Comp. erimen, daß Berlin der Sitz der deutschen Demokratie sei? Die Provinzen bestand haben dem Terrorismus das Wort gereden, sind aber damit abgefahren. Kurz die Auflösung ist vollständig und das Vaterland mag denen Dank wissen, welche die Blüthe der demokratischen Ritterschaft hieher berufen und sich wechselseitig auf dem Sattel zu heben. — Die mit Fortschauung des Neujahrsfestes im Köpnicker Felde beschäftigten Arbeiter verdienen wöchentlich 3 Thaler. Vor dem Festbau sind jetzt noch 600 Arbeiter beschäftigt, welche sämmtlich in 4 Wochen entlassen werden. Dabei wird sich's zeigen, ob sie in der Zeit an die Noth gedacht und etwas zurückgelegt haben, oder ob sie der Kommunekasse zur Last zu fallen gedenken. — Held wird heute von Gobiseles-Budelmeier in einem Makate gegeißelt, das den Titel führt: Berlin, verrvoblanitre dir, der große Schuft hat Hunger.

⊙ Berlin, 30. Okt. Die gestrige vom demokratischen Kongresse, d. h. von den noch in Berlin anwesenden Mitgliedern desselben angelegte Volksversammlung unter den Zelten war gegen Erwarten nicht außerordentlich zahlreich besucht. Die Wiener Verhältnisse bildeten die Frage des Tages, und wenn den Wienern mit Reden zu helfen wäre, so können sie sich gratuliren, und die HH. Bayerhofer aus Marburg, Berlepsch, Gilbertein aus Wien und Mage hätten Wien gerettet. Das Volk aber meinte, mit Adressen könnte hier nichts mehr gemacht werden, das sei wahrscheinlich zu spät, und es wollte auch gar zu keinem gehörigen Enthusiasmus kommen, sondern blieb beinahe theilnahmlos. Vielleicht dringt doch die gesunde Natur durch und das Ueberma der bisher abgeschafften Reden, die immer und ewig dasselbe sagen, erzeugt einen naturgemäßen Ekel. — Heute sind die HH. Stein und Silberstein gegen ihren bei der gestrigen Volksversammlung gehaltenen Reden verfahren worden. Brackow hat sich seiner Verhaftung durch die Flucht entzogen. — Schlüßlich noch die Nachricht, daß der König das Jagdgezeg sanktionirt hat.

† Berlin, 30. Okt. Hr. v. Bodelschwingh's Wahl im Teltowerkreise (oft bezweifelt) soll nun doch gesichert sein. Einige dort einflußreiche bäuerliche Gutsbesitzer erklärten auf die dringenden Abmahnungen vieler Deputirten der linken Seite sehr laut: Der Hr. v. Bodelschwingh müsse durch eine sehr bedeutende Majorität siegen, so man sich die viele Mühe gebe, seinen Eintritt in die Nationalversammlung zu verhüten, und dies sei gerade ein Grund, um so mehr auf seiner Wahl zu bestehen. In einer Beziehung möchte es allerdings vielleicht wünschenswerth sein, Hrn. v. Bodelschwingh in der Versammlung zu sehen Die bisherigen Fraktionen umsichtigen zum Theil Mitglieder von sehr abweichenden Ansichten, und es macht sich das Bedürfniß einer Neubildung jetzt um so mehr geltend als bei einer gegenwärtigen Minorität der Stimmen auf den beiden äußersten theilen der Versammlung die Entscheidung aller wichtigen Fragen von 1 oder sehr wenigen Stimmen abhängt. Mit einer solchen Majorität kann weder die Versammlung selbst auf die Dauer bestehen, noch weniger irgend ein Ministerium regieren. Es muß daher jeder Anlaß zu einer Umgestaltung dieser Verhältnisses erwünscht sein, und es ist wahrscheinlich, daß eben der Herr v. Bodelschwingh in irgend eine Fraktion das Signal zu tiefer Umgestaltung sein würde.

Oesterreich. Brünn, 25. Oktober. (Prag. Z.) Die Antwort Sr. Majestät des Kaisers auf die Adresse des mährischen Landtages lautet: „Mit Vergnügen sehe Ich, daß der mährische Landtag Meinen väterlichen Gesinnungen und Absichten für Meine Völker volles Vertrauen schenkt. Ich thue Meinem Herzen ungemein weh, daß die Hauptstadt Wien der Schauplatz so gräßlicher Unordnungen geworden und daß Mir unter einer die Pflicht gebietet, strenge Maßregeln zum Schutze der Ehrbegriffenen und zur Herstellung der Sicherheit und gesetzlichen Ordnung anzuordnen. Indessen kann und will Ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß es noch möglich sein wird, ohne zu den äußersten Mitteln zu schreiten, Meine Hauptstadt zur Ruhe und zum Gehorsam gegen das Gesetz zurückzuführen.“ Diese Antwort ist mit seuriger Ueberraschung begrüßt worden, denn bis her gelang es allen wienen Deputationen nicht, bei Sr. Majestät vorgelassen zu werden, und die des mährischen Landtags ist nicht nur von dem Monarchen und dem Erzherzoge Franz Karl huldvoll empfangen worden, sondern ihre Adresse hat eine Antwort hervorgerufen, welche eine mildere Beurtheilung Wiens in Aussicht stellt. Fremer hat der Bizepräsident Wagkowskis in Bezug auf die zur Begründung des Kaisers auf vaterländischem Boden nach Serbiens gesandte Deputation sich dahin ausgesprochen, daß nachstehende Adresse Kundmachungen erhalten: „Ueber Ritter Wagkowskis! Hat der Empfang Meines mährischen Volkes schon im Allgemeinen Meinem mit Kummer erfüllten Herzen wohlgethan, so gereicht es Mir noch mehr zum Troste, den Ausdruck der Treue, und Anhänglichkeit desselben durch die Repräsentanten des versammelten Landtages auf eine so loyale und herzliche Weise erhalten zu haben. Indem Ich den versammelten Repräsentanten des Landes für diesen Beweis der Ergebenheit Meinen Dank aussprechen, wünsche Ich denselben überzeugt sein, daß die Erinnerung an jene unerschütterliche Treue und Anhänglichkeit, mit welcher das Markgrafenthum Mähren in allen verhängnißvollen Epochen der Vorzeit Meinen Vorfahren mit treuer Hingebung zur Seite gestanden ist, Mich lebhaft erfüllt, und daß Ich denselben auch jetzt vertrauend Mich in die Mitte des mährischen und schlesischen Volkes begeben habe. Mögen auch die Repräsentanten Meinem Kaiserlichen Worte vertrauen, mit dem Ich ihnen hiermit erneuert die Aufrechthaltung der von Mir sanktionirten Freiheiten und Meine Kaiserliche Huld versichere. Olmütz, den 18. Oktober 1848. Ferdinand.“ Dieses Handschreiben wurde vom Landtage mit freudigem Jurufe aufgenommen und einstimmig beschlossen, dasselbe durch den Druck zu veröffentlichen und auch unter die Deputirten zu vertheilen.

Triest, 28. Okt. Vorgestern Abends und gestern war hier das Gerücht verbreitet, eine Flotte unter Kriegsdampfer „Imperator“ vom venezianischen „Pio IX.“ genommen worden sei. Der „Imperator“ hat nur vier 12 Pfünder, während der venezianische Dampfer viele schwere Geschütze führt. Das Gerücht hat sich zwar nicht erwahrt, da der Imperator diese Nacht in unserm Hafen die Anker geworfen hat, doch bringt er keinesweges gute Nachrichten. Um die Stellung der sardinischen Flotte zu beobachten, war er gegen Ankona gesteuert, von wo sich jene Flotte entfernt hatte. Nach vielem Hin- und Herfahren entdeckte er sie endlich auf der Höhe vor Venedig, wo sie, 9 Segel und 9 Dampfschiffe stark, vor Anker lag. Kaum bemerkt, wurde er von zwei Dampfern verfolgt, denen er jedoch glücklich entschlüpfte. Heute früh langte ein sardinischer Dampfer mit Depeschen hier an; bereits ist er mit der Antwort wieder fort. (A. Z.)

Italien.

△ Turin, 24. Okt. Ich glaube Ihnen die folgende Aeußerung des Kabinetspräsidenten in der Senatssitzung vom 21. noch nachträglich berichten zu müssen. Er sagte: „M. HH. man hat uns in der letzten Sitzung gefragt, ob Verträge bestehen in Betreff der italienischen Liga. Ich will Ihnen mit wenig Worten sagen, was das Ministerium in dieser Beziehung gethan hat. Als wir in's Amt traten, war der Abbe Rosmini eben von vorigem Ministerium nach Rom geschickt worden. Unser Programm, in welchem unsere Absichten und die Grundlagen der Liga niedergelegt waren, stellte als erste Bedingung die Unabhängigkeit Italiens auf; aber das Ministerium Sr. Heiligkeit erklärte und, daß es sich nie in einen Krieg

von Christen gegen Christen einlassen, und daher die Idee der Unabhängigkeit von sich weise, eine Idee, welche die Regierung des Königs durchaus einmal verwirklichen will, weil außerdem es für uns weder Ehre noch Ruhm gebe. Das toskanische Ministerium hat großentheils sich unseren Ansichten angeschlossen, und das Werk der Verträge ist schon weit vorgeschritten. Wenn sie zum Abschluß gekommen sind, werden wir und beiden sie dem Parlament vorzulegen." Der Kabinetspräsident gab hierauf einige Erklärungen über die Frage der Erhebung des Volks in Masse. Er drückt sich darüber folgendermaßen aus: „Bei einem Aufstande d. i. bei einer Massenerhebung, welche bestimmt ist, sich mit regelmäßigen Truppen zu schlagen, werden Waffen wie Hugabeln, Piken, Pistolen wenig ausrichten. Gewehre und Kanonen braucht man, man braucht außerdem Offiziere, die im Stande seien diese Waffen zu führen. Aber wenn dies nicht an Ordnung und Zucht wohl gewöhnt sind, so werden sie dem regelmäßigen Heer, welchem sie zur Stütze dienen sollen, nur zur Last fallen und dasselbe um die Mittel des Unterhalts bringen. Zum Kriege braucht man Geld, und Geld und wieder Geld; aber man braucht auch Lebensmittel. Nun zehren aber die Massenerhebungen bei gleicher Anzahl zweimal mehr Lebensmittel auf als regelmäßige Truppen. Bei den Massenerhebungen muß jedermann von gleicher Ansicht sein, sonst taugen sie nichts. Der Sold darf nicht einen Augenblick anstehen, seine Mutter, seinen Vater, seine Frau und seine Kinder zu verlassen. Der letzte polnische Krieg hat ein schönes Beispiel in dieser Hinsicht gegeben (ich erlaube mir einen gerechten Zweifel daran hier einzuschalten); wenn je der Augenblick kommen sollte, wo wir zum Massenaufstande unsere Zuflucht nehmen müßten, so würden wir denselben bestmöglichst zu benützen suchen, und wir würden nicht eines der Mittel vergessen, welche wir anwenden müßten zur Vernichtung des Feindes."

△ Turin, 28. Oktober. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer zeigte der Minister des Innern eine Modifikation des Ministeriums an, kraft welcher das Kriegsportefeuille dem General Alfonso La Marmora übertragen worden ist. Einige Aeußerungen des bisherigen Kriegsministers Dabormida gegen das Heer, in einer Sitzung der Kammer jüngst gemacht, scheinen sein längeres Verbleiben auf seinem Posten unmöglich gemacht zu haben. — Das Veltlin soll im Aufstande, die Brücke über die Adda abgebrochen sein, und in einer Anzahl Gemeinden Sturmgeläute ertönen.

Dänemark.

Am 23. Okt. wurde in Kopenhagen der konstituirende Reichstag durch den König eröffnet. Die Thronrede, welche derselbe bei dieser Gelegenheit sprach, enthielt keine Bezugnahme auf Schleswig-Holstein. Dagegen trug nach beendigter Zeremonie der Minister Molke eine Darstellung der Verhältnisse des Reichs vor, in welcher auch die schleswig-holsteinische Angelegenheit vom dänischen Standpunkte aus erörtert wurde. Von den Friedensunterhandlungen sagte er, daß die Regierung sie mit dem aufrichtigen Bestreben fortsetze, einen Frieden zu erlangen, der mit der Ehre und dem Wohle des Volkes vereinbar sei: ob derselbe zu erlangen, sei indeß noch ungewiß, und es sei daher nothwendig die Rüstungen Hand in Hand mit den Unterhandlungen gehen zu lassen. Schleswig wird fortwährend als Bestandtheil von Dänemark angesprochen: daß die Regierung die Zusammenkunft der Reichsversammlung nicht eifriger betrieben habe, sei nur gescheben, weil es wenig wünschenswerth sei, eine Verfassung anzunehmen, welche „wie wir behaupten und hoffen," auch Schleswig umfassen solle, ohne daß Schleswig's Gewählte daran Theil nähmen. Könne nun auch Dieses nicht länger aufgeschoben werden, so könne es doch nur unter dem bereits im Wahlgesetz vom 7. Juli d. J. erwähnten Vorbehalt geschehen, daß es seiner Zeit von einer schleswig'schen Volksversammlung abhängen müsse, ob sie dieses Grundgesetz annehmen oder die erneuerte Berathung desselben auf einer gemeinschaftlichen Reichsversammlung verlangen wolle. (K. v. u. f. D.)

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag, 3. Nov.: „Giftige Lieder", Lustspiel von Lederer; hierauf: „Der Zehlschuß", ländliche Szene von H. M.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Baron v. Schäfler, von Augsburg. Breton, Privatier, von Augsburg. Baron v. Hunolstein, von Augsburg.

Hotel Maulik. Hyde und Bort, Rentiers, von Liverpool. Dillon, Proprietär, von Paris. Murray, Hutfabrikant, von Turin.

Gold. Hahn. Trautner, Privatier, von Leipzig. v. Schlegel, Gutsbesitzer, von Oppenheim. Graf v. Janoff, Staatsrath, von Olsdorff. Dr. Rickard, von Barmen. Benig, Professor, von Leipzig.

Blaue Traube. v. Semmer, Kaufer, von Tegernsee. Sauer, Amtmann, von Bamberg. Römer, Privatier, von Augsburg. Schrand, k. k. Landrath, von Salzburg. Cuisa, Gouvernante, von Genf Groß, Studirender, von Crefelden. Groß, Fabrikantier, von Bamberg. Gugi, Maler, von Augsburg.

Drachensgarten. Leonhard, Studirender, von Lauterbach. Frey, Studirender, von Großsg. Mayer, Regierungsfekretär, von Rosbach. Benzinger, Lieutenant, Zehnder und Käß, Studirende, aus der Schweiz.

Gestorbene in München.

Theres Peters, Maurersfrau, 78 J. a. Magdalena Bichler, Taglöhnersfrau, 56 J. a. Katharina Leipold, Buchmachersdochter von Graseau, 42 J. a. Anton Zachert, Brauknecht von Altomünst. Bpts. Cham, 22 J. a. Heinrich August Koch, Mechanikus von Giesing, 42 J. a.

Bürgerwehrdienst, Cholera und Lebensversicherung.

223. In einer Zeit wie die jetzige, in welcher durch den Dienst der Bürgerwehr, durch das Wiedererscheinen der Cholera vermehrte Gefahr für das Leben der Menschen entstanden ist, dürfte sorgsamen Familienvätern die Versicherung ihres Lebens nicht dringend genug anzuempfehlen sein. Ich mache daher auf die

Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Leipzig,

welche diese Gefahren ohne Beitrags-Erhöhung übernimmt, hierdurch aufmerksam und erbiete mich, Auskünfte zu ertheilen und Anträge unentgeltlich zu besorgen.

Georg Franz, Buchhändler in München.

Pfandauslösung und Versteigerung.

224. (3a) Donnerstag den 23. Nov. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Oktober 1847 und zwar von:

Nro. 1 bis 9701.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verlegt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 28. Novemb er öffentliche Versteigerung.

München, den 31. Okt. 1848.

Königl. privileg. Pfand- und Leih-Anstalt I. der Stadt München.

L. Negrioli, Magistratsrath.

Hannes, Kassier. o. Zeech, Kontrolleur.

Rentamtsgehilfen-Stelle.

221. (2b) Bei dem königl. Rentamte in Mühldorf wird bis 1. Dezember l. J. ein in den rentamtlichen Geschäften erfahrner Amtsschreiber aufgenommen.

Bewerber, welche sich über Befähigung, Fleiß und sittliches Betragen ausweisen können, wollen sich unter Anlage ihrer Zeugnisse an den Rentamtsvorstand wenden.

Stelle-Gesuch.

164. (b) Ein junger Mensch von 30 Jahren, der schon 4 lateinische Schulen studirt hat, wünscht als Bedienter bei einer Herrschaft, oder als Aufgeher in einem Bankierhause, oder in einer Handlung, oder sonst an gezeigneter Stelle placirt zu werden. Das Nähere bei diesseitiger Expedition.

211. (3c) Der Ausschuß der mechanischen Baumwoll-Spinnerei- und Weberei in Augsburg beehrt sich hiemit bekannt zu machen, daß die, durch Beschluß der Generalversammlung vom 23. Mai d. J., festgesetzte Zahlung des am 1. Juli d. Js. fällig gewesenen Aktien-Coupons, nunmehr am kommenden 15. November mit fl. 55 per Stück geleistet werde.

Augsburg den 26. Okt. 1848.

Fr. Schmid,
Vorstand.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Neuestes aus Wien.

* Die Unterwerfung von Wien auf Gnade und Ungnade wurde vom Fürsten Windischgrätz verkündet durch die folgende telegraphische Depesche:

„Fürst Windischgrätz an Oberst Horvath zu Neustadt! Wien hat sich unbedingt unterworfen. Heute besetzen meine Truppen die Stadt." — Diese Nachricht ist sogleich nach Graz und von dort in der Art, wie gestern, weiter bekannt zu geben."

Von Graz gelangte diese Depesche über Bruck an der Mur an das k. k. Stadt- und Festungskommando zu Salzburg, wohin sie übrigens auch der gestern erwähnte Kurier direkt überbracht hatte.

Die „Grazer Zeitung" gibt nachstehende die folgenden „Nachrichten aus dem großen Hauptquartier."

„Hetzendorf, 30. Okt. 1848. Ich war eigentlich nicht in der Absicht des Hrn. Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz an dem gestrigen Tag den Kampf fortzusetzen, sondern den Weg der Unterhandlungen nochmals zu versuchen; doch die Kampflust der bereits am gestrigen Tage sehr weit vorgerückten braven Truppen, trieb selbe unaufhaltbar zum erneuerten Kampfe, und so wurden im Laufe des gestrigen Tages alle noch übrigen Vorstädte Wiens genommen, und die Truppen waren fast von allen Seiten bis an die Wälle der innern Stadt vorgedrungen. Es kamen Deputationen aus der Stadt, welche jedoch noch immer Bedingungen vorschlagen, die der Feldmarschall zurück wies, und endlich jede weitere Verhandlung entrüstet abbrach. Endlich kam am heutigen Tage Früh eine Deputation, welche die Uebergabe der Stadt unbedingt zusagte. Heute noch sind zum Stadtthore 33 Kanonen unter dem Kommando des Fürsten Lichtenstein und einem Theil der Armee des Feldmarschall-Lieut. Baron Jellachich der ungarischen Heeres-Abtheilung, die bis Stir Neustedel vorgedrungen, entgegengezogen, um selbe über die Grenze zurückzuschlagen."

Nach einer andern, und zuversommenen Mittheilung hatte am 30. ein Theil des bewaffneten Proletariats in Wien auf die Nachricht, die Ungarn seien im Anzuge, einen Versuch zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gemacht. — Dies scheint jedoch nur eine Variante der in unserer heutigen außerordentlichen Beilage gegebenen Nachricht zu sein, daß die Wieden und Gumpendorf noch nicht genommen worden seien. Man vergleiche damit die vorstehenden Nachrichten aus dem großen Hauptquartier zu Hetzendorf.

Am Abend des 28. verschiedene eine Deputation aus der Stadt noch eine Vermittlung und mildere Bedingungen zu erhalten. Intern sie zugleich dem Fürsten vorstellte, Wien betze noch hinlanglich Macht, um zu siegen. Allein der „Mann mit dem eisernen Character" wich keinen Zoll breit, und so zerschlugen sich die Unterhandlungen. Am 29. Morgens erschienen abermals Abgesandte aus der Stadt, und der Fürst wollte um ihrer willen das Vorrücken der Truppen einstellen, — allein diese ließen sich nicht mehr zurückhalten und nahmen in die Wieden und Gumpendorf. Die Stadt war nun völlig erzirkelt, aber es wurde nur eine Schanze mit eigentlichem Belagerungsgeschütz aufgeworfen, da der Marschall so viel als nur immer möglich schonend zu Werke gehen wollte. Am 30. Früh kam eine dritte Deputation aus der Stadt zum Fürsten, welche unbedingt den Bedingungen des Fürsten sich unterwerfend die Truppen des Marschalls zu Hülfe rief gegen das im Innern der Residenz gegen die Barrikaden der Stadt kämpfende Proletariat, welches zu rauben und zu morden begonnen hatte! Um 9 Uhr Vormittags hatten die Truppen ihren Einzug in die Stadt gehalten, nachdem dieselbe 24 Tage lang der Schauplatz der wildesten Leidenschaften gewesen'.

Ueber die Stimmung der österreichischen Provinzen erfährt man, daß die Provinz Krain gegen Wien ungünstig gestimmt ist. Von Linz ist eine Adresse von Seite des ständischen Verordnetencollegiums an den Kaiser abgegangen, welche in kurzen aber bestimmten Sätzen als Feinde Oesterreichs die „unreifen Ansichten, die Selbstsucht und gemeine Verführung" bezeichnet, welchen alle Ordnung zuwider sei. Diesem müsse durch eine kräftige Regierung abgeholfen werden, die dem Treiben der Umsturzpartei entschieden und mit Macht entgegentritt. Der Bürgerkrieg müsse aufhören, und Wien, das verführte, so schwer leidende Wien wird der Gnade und Gerechtigkeit des Kaisers empfohlen.

* In Linz sollen in Folge der letzten Vorgänge in Wien unter einem dortigen italienischen Regimente Meuterein ausgebrochen sein, indem das Regiment den Wienern zu Hülfe ziehen wollte. Man soll genöthigt gewesen sein, gegen die Meuterer Waffengewalt zu gebrauchen, worauf dieselben zur Ordnung zurückkehrten. — Auch zu Salzburg sollen die letzten Nachrichten aus Wien unter einem gewissen Theile der Bevölkerung große Aufregung erregt haben.

Prag, 29. Okt. Wir erfahren nachstehende in Olmütz am Hoflager brantragte Ministerkombination: Hofrt Kraus, der das Portefeuille behält, Wessenberg als Ministerpräsident ohne Portefeuille, Fesix Schwarzenberg Aeußeres, Bach Innered, Schönhammer (Gofrath) Krieg, Graf Breda Justiz, Mayer öffentliche Arbeiten, Brud Handel, Helfert, Unterricht.

(Böhm. Bl.)

Die deutschen Interessen in Oesterreich.

Wien, 21. Okt. Ich glaube, der deutsche Kannegießer hat eine Art von Instinkt für das, was den deutschen Interessen entgegen ist, — nicht um es von sich zu stoßen, sondern um es mit Vivat, Vive, Evviva und Eljen zu empfangen. Dießmal spreche ich nicht von unsern gemüthlichen Wientern, teren gutes Herz es manchmal ihrem Kopfe abgewinnt, sondern von den deutschen Journalern aus Nord und West, welche und die Magyarenbegeisterung in zweiter und vermehrter Auflage hierher zurückbringen. Es ist immer das alte Stücken wieder. Sie wie die Briten sind reiche nach englische, französische, italienische, polnische, kurz aller West Interessen nachbeteten, je nachdem man es ihnen vorsagte (im Jahr 1828 auch die russischen, die man damals griechische hieß), so finden wir sie jetzt als ein getreues und gedankenloses Echo für die magyarischen in Beschlag genommen. Ein Papagai kann nicht gelehriger nachsprechen, und von welcher Art die Worte sein sollen, das hängt von dem Zufall, von dem Belieben des Vorsprechers ab.

Verstehen Sie mich recht: ich begreife ganz wohl, daß man in dieser vielgehaltigen Welt sehr verschiedene Meinungen haben, aber ich begreife nicht, daß Jemand von seinem eigenen Standpunkt aus so gänzlich inkonsequent sein und in so schreiende Widersprüche mit sich selber verfallen kann, wie man es in dieser magyarischen Frage tagtäglich vor sich sieht. Zum Theil mag es allerdings von Unwissenheit herrühren: denn so wie bei deutsche Vorparlament trat vor den Augen des Publikums zu entdecken schien, daß in dem angeblich „polnischen" Posen zufällig 500,000 Deutsche wohnen, so scheint auch in der vorliegenden Streitfrage gar Mancher mitzusprechen, der niemals gewußt hat, daß die Magyaren, um die es sich handelt, nur etwa den dritten Theil der Bevölkerung Ungarns ausmachen, und daß unter den andern zwei Drittheilen, deren Sprache und Nationalität der Magyar unterdrücken will, sich auch eine beträchtliche Anzahl Deutscher befindet. (Mit Hinzurechnung Siebenbürgens und der Militärgrenze 2 Millionen.) Schon diese einfache Ziffer, sollte man denken, hätte genügen müssen, um darzuthun, daß der Magyar im Unrecht ist, wenn er mit seinen 5 Millionen die 10 übrigen Millionen knechten und zu seiner Sprache zwingen will, und daß dasselbe Prinzip der Nationalität, welches er feindselig gegenüber dem deutschen Oesterreich anrief, in Ungarn sich wieder ihm selbst kehrt, und von Kroaten, Serben, Walachen, Teutschen ꝛc. mit demselben Rechte gegen das Magyarenthum angerufen wird. Aber wer logisch kein Drittes möglich. Entweder gilt das Prinzip der Nationalität, oder es gilt nicht: — gilt es, so ist Jellachich, so sind die sämmtlichen 10 Millionen nicht-magyarischer Ungarn im vollsten Rechte gegen das Magyarenthum, das sie von Volk und Besitzthum zu vertilgen will: gilt es nicht, so hatte das Magyarenthum schreiendes Unrecht in Olmütz, was es seit einer Reihe von Jahren im Namen der magyarischen Nationalität unternahm.

Es wäre nicht leicht gewesen, Deutschland über ein so klares Sachverhältniß irre zu führen, wenn die deutsche Presse, wie sie der Masse nach nun einmal ist, etwas mehr Verstand, etwas mehr Nationalsinn und etwas weniger Ignoranz besäße. Allein, wie gesagt, der deutsche Kannegießer scheint für alles, was den deutschen Interessen entgegen ist, eine fort von Instinkt zu haben, der ein Pereat mit Bücklingen bezahlt, und so gelang es, in Deutschland eine „Sympathie" für das Magyarenthum zu erregen, indem man die deutsche Presse mit magyarischen Artikeln überschwemmte. Ein ziemlich plumper Kunstgriff dabei, obwohl sein Gelingen für Sie, die Sie welche er berechnet war, lag darin, daß man die Sprache der Magyaren, eines bloßen Drittheils der Ungarn, ohne weiteres die „ungarische Sprache" nannte, und so die Streitfrage auf die bequemste Art zum voraus entschied. Es war ein Taschenspielerstückchen: allein der deutsche Kannegießer, vollkommen „unterrichtet" dadurch, fand nun nichts auf der Welt natürlicher, als daß die Ungarn sämmtlich ungarisch sprechen sollten, und wenn er es doch brachte, so verwundete er sich, daß dieß in Ungarn auf so viele Schwierigkeiten stieß.

Auch Fürst Metternich hatte stets die Magyaren begünstigt; — aus welchem Motiv, ist schwer zu errathen, wenn man den Erklärungsgrund nicht in seinen magyarischen Verwandtschaften suchen will. Daß er dabei die Absicht gehabt hätte, durch Begünstigung des Magyarenthums einen Uebergewichter der Slawen entgegenzuarbeiten, läßt sich nicht wohl annehmen; denn einerseits wurden die Deutschen und die Walachen in Ungarn, welche eben so gut eine Sicherung gegen ein slawisches Uebergewicht darboten, sa ebenfalls den Anmaßungen des Magyarenthums preisgegeben, und anderseits konnte nichts geeigneter sein, den slawischen Theil der Ungarn zu verstimmen, zu reizen, und am Ende den russischen Umtrieben zugänglich zu machen, als gerade die Zulassung einer so schreienden Ungerechtigkeit, wie sie von den Magyaren ausgeübt ward. Genug, die Magyaren erhielten Begünstigungen auf Begünstigungen, bis zum Fürsten Metternich eingenommt, und in Folge dessen war, noch ehe die Wiener Revolution ausbrach, die Erbitterung des Sprachenkampfes in Ungarn auf eine bedenkliche Höhe gestiegen.

Was die eingetretene Konfusion noch etwas in Schranken hielt und die magyarische Junkerwirthschaft minder schädlich werden ließ, als es in ihrer Gurmichtung lag, war der Umstand, daß Siebenbürgen mit seinen drei Nationen, so wie der Kroatien und Slawonien unter seinem Banus (Statthalter), obwohl es den ungarischen Reichstag mitbeschickte, seine

eigenen Institutionen besaß, welche den magyarischen Uebergriffen ein geregeltes Hinderniß entgegensetzten, und daß die Militärgrenze, diese wundervolle Kolonie eines aufsässigen und stets schlagfertigen Heeres, von den magyarischen Experimenten unabhängig war. Diese Gegengewichte des Magyarenthums nun, zu denen man sich hätte Glück wünschen sollen, hat die Wiener Mäßervolution aufgerissen. Die Magyaren, ohne eigenes Verdienst dabei, kamen nach Wien, um die dortige Revolution für sich auszubeuten, und erlangten durch die Beihülfe der Wiener, die in ihrer politischen Kindheit Ehren dazu riefen, das Zugeständniß eines besondern Kriegsministeriums, einer bloß unter magyarische Befehle zu stellenden Armee und einer eigenen diplomatischen Vertretung im Auslande, d. h. die thatsächliche Losreißung eines magyarischen Staates, welchem man bis dieß auch noch Kroatien und Slawonien, Siebenbürgen und die Militärgrenze als gehorchende Bestandtheile zugeschlagen werden sollten. Was die österreichische Staatsschuld betraf, so blieb dieselbe bei dem Reste des österreichischen Kaiserthums, wahrscheinlich als Belohnung für das Elsen; die in Ungarn gelegenen Domänen hingegen zogen die Magyaren an sich. So war denn eine Bevölkerung von 15 Millionen von Oesterreich losgerissen, die früher gemeinsame Staatsschulden zu beaufsichtigen, zu „bluten" zugewiesen, und unter großer Begeisterung der „herrlichen Wiener" dem neuen Sonderstaate das Recht eingeräumt, sich nach Belieben auswärtige Allianzen zu suchen, je nach Befund der Umstände auch Krieg gegen Oesterreich zu führen, jedenfalls aber z. B. ein feindseliges Zollsystem einzurichten, seine Grenzen gegen österreichischen Handel und österreichische Industrie abzusperren, und das begeisterte Wien in ihre österreichische Grenzhaft zu verwandeln. Dieß war der bittere Gehalt, das das Geschrei der Lostrennung, welches man Ungarn geben ließ, auch auf andere Bestandtheile des Kaiserstaates verlockend wirken, und zunächst Böhmen darin eine Aufmunterung zu gleichem Beginnen erblicken machte. Mit andern Worten, unter dem Elsen der Wiener war ein Signal zu völliger Zerstückelung des Kaiserstaates gegeben worden!

Glücklicher Weise meinte das Schicksal es besser mit Oesterreich, als die gutmüthigen Wiener, und das Interesse der Einheit wurde andermärts heller eingesehen, als in der Hauptstadt derselben. Weder die Kroaten und Slawonier, noch die Militärgränze, weder die Sachsen und Walachen in Siebenbürgen, noch alle die verschiedenen Stämme im eigentlichen Ungarn, welche dem Magyarenthum fremd waren, wollten sich eine magyarische Oberherrschaft gefallen lassen; die Truppen insbesondere, mächtige Stützen der Größe und Einheit, zogen es darüber weg, den impulsiven Bestrebungen eines Kaisertheils, als einer fremden Abtheilung anzugehören. So blieb das unnatürliche Zugeständniß, welches die Magyaren in Wien erpreßt hatten, thatsächlich vorerst unausgeführt. Jellachich, der Banus von Kroatien, trat an der Spitze seiner Stammesgenossen für deren verletzte Rechte auf, und die Sache, die er versocht, war die Sache aller nichtmagyarischen Ungarn, war die gerechte Sache der großen Mehrheit der ungarischen Bevölkerung gegen eine kleine Zahl, die eine unbefugte Herrschaft anmaßte. Man darf es dem Wiener Ministerium zum Verwurfe gemacht, daß es die Bewegung Jellachichs nicht verhindert habe; allein einerseits hatte es weder die Macht noch das Recht dazu, und anderseits, wenn es auch Beides gehabt hätte, konnte man ihm nicht zumuthen, deutschösterreichische Streitkräfte gegen das klare Interesse Deutschlands und Oesterreichs ins Feld zu schicken. Es hatte die Macht nicht, weil Niemand wie man auch den von den Magyaren aufgetragenen und veröffentlichten Briefen erstehen, einschlossen war, auch gegen den Willen des Wiener Ministeriums für die Einheit des Kaiserstaates zu kämpfen, und weil er dabei entschieden die Armee auf seiner Seite hatte. Es hatte das Recht nicht, weil überdauert das Zugeständniß, das man den Magyaren genauer hatte, von Seiten der Wiener Regierung ein völlig unbefugtes war. Weder in Kroatien noch in Siebenbürgen war der Kaiser absoluter Herrscher gewesen, und er hatte daher keinerlei Befugniß, den Magyaren, welche alle Verträge zerrissen, auch die verfassungsmäßigen Freiheitsrechte jener Länder zum Opfer zu bringen; die Konzessionen, welche in dieser Beziehung den Magyaren gewährt wurden, waren von vorn herein null und nichtig. Die Mißbräuche überfeels, wenn auch zuvor nicht in einem konstitutionellen Verhältnisse stehend, hatte auch der Verfassung der Freiheit in Wien doch offenbar einen Gewinn, nicht einen Verlust natürlicher Rechte abgezielten, und für sie konnte vernünftiger Weise die neu verkündete Freiheit nicht darin bestehen, daß sie sich gegen ihren Willen der Herrschaft eines fremden Staates (denn das war Ungarn nach der magyarischen Neugestaltung) zu unterwerfen hätte. Auch hier war das klare Recht auf der Gegenseite des Magyarenthums. Hatten die Magyaren Recht gehabt gegen Wien, so hatten die Gränzer Recht gegen Pesth; hatten die Magyaren dort Unrecht gehabt, so hatten sie auch keinen Anspruch darauf auf die Militärgränze. Aus welchem Grunde sollte nun das Wiener Ministerium gegen Jellachich auftreten? Sollte es den Magyaren zu Hülfe kommen, die sich von Oesterreich losgesagt hatten? Konnte es die Rechte der Ungarn, welche eine Revolution gegen Pesth machten, zwingen wollen, sich zu unterwerfen, weil diese eine Revolution gegen Wien gemacht?

Auf welcher Seite endlich das Interesse Deutschlands lag, wird kaum mehr als einer Andeutung bedürfen. Deutschland hat ein naheliegendes, sich von selbst verstehendes Interesse, den Lauf der Donau bis zur Mündung, wenn nicht unter seiner Oberherrschaft, so doch unter seinem Einflusse zu haben; was sich diesem Einflusse als Hemmung in den Weg stellt, das ist eine Barrikade gegen die Interessen der Nation. Eine solche Barrikade nun würde der ungarische Sonderstaat sein, wie ihn die Magyaren im Auge haben; eine Barrikade gleich der, welche die Russen an der Mündung der Donau aufwerfen, und der letzteren die Hand reichend. Weder Oesterreich noch Deutschland kann eine derartige Beeinträchtigung und Entfremdung seiner Handels- und Verkehrsinteressen zugeben; im Gegentheil, Oesterreich hat den natürlichen Beruf, hierin zugleich die Interessen Deutschlands zu wahren, und wenn es unter der alten Regierung wohl nicht Alles gethan hat, was zur Erfüllung dieses Berufes wünschenswerth gewesen wäre, so folgt daraus mit nichten, daß man jetzo die Aufgabe gänzlich fallen lassen soll. Ein magyarischer Sonderstaat wäre nichts Anderes, als eine Anmerkung auf blutige Kriege, die wir in Zukunft um den Besitz der Donau zu führen hätten. Und jetzt, da die Mehrheit der ungarischen Bevölkerung das Bewußtsein darlegt, daß das Interesse Oesterreichs und Deutschlands auch das ihrige ist, daß sie zur Entwicklung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt der Einheit des großen Kaiserstaates bedürfen, und daß nur in diesem Mittelpunkte die Freiheit und gleiche Berechtigung ihrer verschiedenen Nationalitäten eine sichernde Bürgschaft zu finden vermag, — jetzt sollen wir den Magyaren diese Volksrechten unterdrücken helfen, und uns für einen magyarischen Sonderstaat, unsern natürlichen Widersacher, in Begeisterung verlieren?

Der Wiener Aufstand, in blindem Wirrsal, hat diese Frage bejaht. Er hat nicht nur den Prinzip der Freiheit, welches für den Kroaten eben so gut als für den Magyar gilt, sondern er hat auch dem deutschen Interesse, welches er deutlichersie aber überdrückt zu vertreten vorgab, geradezu ins Gesicht geschlagen. An Treue des Herz an Herz mit dem Wiedernen nicht; sie sind Neulinge im großen Völkerleben, politische Kinder, denen man seine kolossale Verbindlichkeit gegen Freiheit und Nationalinteresse nicht so ganz genau hingehen darf. Das aber auch alle . . . Republiken im Reich draußen in eine so plumpe Schlinge fallen machten, — daß deutsche Blätter, welche uns an unsere nationalen Pflichten mahnen sollten, statt dessen von widernationalen Artikeln wimmeln, — kurz, daß das Salz der Presse dumm wird, und dieselbe Schaafsmiene, womit man früher englische und französische Interessen nachbetete, nunmehr ein magyarisches Bimsum absiert, — das, muß ich gestehen, ist vor den Augen Europas ein seltsames Denkmal für den deutschen Nationalverstand. (K. Z.)

Deutschland.

Württemberg. — Im der 19. Sitzung der zweiten Kammer am 30. Okt. interpellirte Abg. Römer den Justizminister wegen der Vorfälle in Tuttlingen, dessen Bürger sich an einem Jung nach Cannstadt nicht betheiligt hätten, und wo die ersten Exzesse erst nach Verhaftung des Buchhändlers Kapff, der allein etwa nach Cannstatt habe ausziehen wollen, aber wieder heimgezogen sei, vorgefallen seien. Dieser sei allerdings von Soldaten, die sich im Weine erhitzt, betreit worden, im Uebrigen aber liegen Mißhandlungen nicht vor, um die Regierung zu bitten, schonend gegen die Tuttlinger zu verfahren, welche keine Verführer, sondern nur Verführte gewesen. Staatsrath Römer: Die Regierung habe die Stadt Tuttlingen noch nie eines Mangels an Loyalität beschuldigt; die einzelnen Exzesse zu bestrafen, sei lediglich Sache der Gerichte, welche Milderungsgründe gewiß berücksichtigen werden. Er für seine Person habe auch die vorigen Exzesse von nicht zu großer Bedeutung, und hoffe, daß im Wege der Milde und der Gemüthlichkeit verfahren werde. Als auf Schüler und Vogel für die politischen Gefangenen auf dem Asberg strafen, Jener mit dem Wunsche nach möglichster Beschleunigung der Untersuchung, indem dort alle Käfige voll seien, und es anstehe wie eine Menagerie von Menschen, Dieser, damit doch die Unschuldigen möglichst bald befreit würden, Trotter aber hinzugesetzt hatte, sie seien dort der Strafe entzogen raubt, so gibt Staatsrath Römer die Erklärung, daß die Untersuchung bei Verwicklung so vieler Personen in so verschiedenen Oberamtsbezirken nicht so schnell gehen könne, als man wünsche, daß aber zum Behuf besonderer Unschuldsbeweise ein eigener Beamter aufgestellt sei, und die Versicherung, daß der ihm bisher gänzlich unbekannten Klage über Mißgestaltung der Bewegung im Freien schleunigst werde abgeholfen werden. (Schw. M.)

Tübingen, 30. Okt. Heute hat Kanzler Wächter vor einem sehr zahlreichen Auditorium von nahe an 200 Zuhörern seine Vorlesungen über Pandekten eröffnet. Man will bemerken, daß unerwartet viele Studirende, auch Ausländer, sich in diesem Semester eingefunden haben. (Schw. M.)

Preußen. — **Berlin**, 27. Oktbr. Der Abgeordnete Jung ist wegen seiner Aeußerung in der Nationalversammlung, daß ein preußischer General Geld und Pulver unters Volk vertheilt habe, vom Staatsanwalt vorgeladen worden, um zu zeugen, wer der General gewesen, damit derselbe zur Untersuchung, resp. Strafe gezogen werden könne. Da Jung nun zweimal bereits nicht erschienen war, so ist er jetzt zum drittenmal unter Androhung einer Strafe von 10 Thlrn. im Falle Nichterscheinens wieder vorgeladen. — Berliner Blätter schreiben: Der Rektor der Berliner Universität, Nitzsch, erklärt, daß die Zurückgabe der im Universitätsgebäude bisher aufbewahrten Waffen an das Artilleriedepot auf Befehl des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten unter Einverständniß mit dem Kommandeur des bewaffneten Studentenkorps erfolgt sei. — Die Erdarbeiter am Kanalbau auf dem Köpnicker Felde verhalten sich durchaus ruhig; sie fangen jetzt schon an, einzusehen, daß ihnen durch die Zerstörung der Maschine der größte Schaden geschehen ist.

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 24. Okt. Mit Glockengeläute und Illuminationen wird Kossuth — wie ein gekröntes Haupt — überall auf seiner Reise zum ungarischen Heer empfangen, und die Raab sollen sich ihm bereits 10,000 kampfmuthige Männer angeschlossen haben. Auch sonst von allen Seiten wird über den Fortgang der Rüstungen gemeldet, die Jazygen und Kumanen stellen 10000 Reiter, genannt nach dem alten Jazygenführer die Lebelschaar, die Eyeller, die Haiduken rüsten Korps, denen sie die geleierten Namen Matyas und Bocskay geben, in Preßburg weckt Pretiger Rajza die Kriegslust und verspricht selbst mitzugehen: muß da der Feind nicht zurückschaudern? Gutmeinen hören wir, daß unsere Levita-Armee bereits die Grenze überschritten hat: von ihren Kriegsthaten will jedoch bis jetzt nichts verlauten. Der Reichstag behandelt die Frage, was man mit den gefangenen Generalen Rott und Philippovich beginnen solle, und da wir einmal im Terrorismus sind, so sprechen natürlich viele fürs Hängen: vorläufig jedoch wird die Sache dem Komite überlassen. Dumrik, der von Kossuth für vogelfrei erklärt wurde, hat sich bei Zeiten von Gisek, wo jetzt die ungarische Irekolore weht, verloren, man weiß nicht, ob nach Bozega oder Agram, jedenfalls auf sicheren Boden. Aus dem Süosten laufen fortwährend Schlacht- oder vielmehr Megeleiberichte ein, ihr neuester Schauplatz ist die Gegend von Bezkerek und Kikinda, welches letztere wieder von den Magyaren genommen ist. Nagy-Kikinda wurde am 15. ein Raub der Flammen, von 3000 Häusern blieb nur ein Viertheil stehen, der Schaden wird auf Millionen angeschlagen. Viele wollen den Ratzen den Brand in die Schuhe schieben. Die Stadt Arad wurde am 20. früh vom Festungskommandanten wieder mit einigen Schüssen begrüßt, die jedoch, so weit meine Nachrichten reichen, keinen andern Schaden anrichteten, als daß einer der Kugeln einem Lehrjungen beide Füße wegrig. Dagegen wurden die ungarischen Aufwiegelungs-, wollte sagen Regierungskommissäre Török und Hajdicé bei Arad vom k. k. Militär festgenommen, aber — nachdem man den ersteren der Mühe sich mit seiner Privatbaarschaft von angeblich 10,000 fl. K. M. herumzuschleppen enthielgt — wieder der auf freien Fuß gesetzt. Doch mußten für Török außerdem drei gefangene Blomberg-Ulhlanen freigelassen werden. In denselben Briefen, welche dieses melden, wird auch von einem Bauernaufstand bei Koraszing gemeldet, der durch Garden, z. B. die Debrediner, gedämpft wurde. Man spricht von 100 erschlagenen Bauern. (Prager Bl.)

Schweiz.

Bern, 28. Okt. Die eidgenössischen Truppen, die in Tessin liegen, vertragen sich nur schlecht mit den Tessinern; Händel sind nicht ganz selten, und da die eidgenössischen Repräsentanten mit der Tessiner Behörden auch nicht wohl zurechtkommen, so liegt der Grund dieser Unemigkeiten offenbar nicht bloß in etwas zuklätschern. Bekannt man, wie sich schon seit längerer Zeit die Staatsmänner der französischen Schweiz mit Oberembeln verstanden haben, weil dieser so zu sagen Repräsentant der diplomatischen Schweiz war, und beachtet man einzelne Andeutungen der schweizer Blätter, so zeigt sich: die Einheit der Schweiz, ursprünglich eine bloß historische, hat in den letzten Zeiten einen neuen Riß erhalten; bei den Parteien beginnen die Nationalitäten eine Rolle zu spielen, und wenigstens die jetzt dieser Riß nur noch klein ist, könnte er doch binnen wenig Jahren schon ziemlich breit geworden sein. Nicht ohne Einfluß auf seine etwaige Erweiterung wird die Wahl der Bundesstadt werden; begreiflich sind bis jetzt als solche laute deutsche Orte: Bern, Zürich, Luzern oder auch ein vom Kanton Aargau an den Bund abzutretendes Waffeingutgebiet: Zofingen oder Baden. Gegen Bern spricht jetzt die französische Schweiz sicherlich im Vorgefühl, daß eine Verlegung des Bundessitzes nach Bern der „deutschen Hegemonie" ein zu großes Gewicht gäbe. Wie weit die Wahlen in den Nationalrath frei seien, wird wohl seiner Zeit im Nationalrath selbst zur Sprache kommen. Auffallend ist es wenigstens, daß in Freiburg, wo drei Liberale, und ein Konservativer gewählt wurden, die Wahl gerade dieses Konservativen „wegen Ungeeignlichkeiten" kassirt ist, und in Genf sämmtliche auf Konservative gefallene Wahlen aus einem Grund kassirt sind, der selbst liberalen schwerer Bürden auffällt. Die neuen Wahlen für Genf sind auf den 28. Okt. festgesetzt, und bereits hat die Genfer Regierung erklärt, wenn sie so ausfallen sollten, wie die jüngst kassirten, sie sich veranlaßt sehen könnte, abzutreten. Ueber den Geist, in dem die Nationalrathswahlen bis jetzt im allgemeinen ausgefallen sind, spricht sich der Nouv. W. tadelnd aus. Es seien in den Rath zu viel Regierungsmitglieder, Mitglieder von Appellationsgerichtshöfen, alte Magistrate ernannt, zu viel Spezialitäten, Männer die in Verwaltungsideen alt geworden sein. Es fehle an Radikalen. Bekanntlich ist der Nouv. Band. das Organ von Druey. Einer klärlichen Erkennung zufolge zählt der eidgenössische Stab 204 Offiziere, die sich auf die Kantone so vertheilen, daß z. B. auf Zürich 46 fallen, auf Bern 29, auf Luzern 12, Uri keiner, Unterwalden nid d. W. keiner, Appenzell A.-Rh. keiner, Waadt 40, Wallis 3, Genf 11, Baselland 4, Aargau 32.

(Allg. Z.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 1. Nov. Oesterr. 5proz. Metall. 67½, 4proz. 54⅞, 3proz. —. — 2½proz. 35½. — Bankaktien 1120. B. 500 fl.-Loose 115, 250 fl.-Loose 79. — Prinz. 30 Thl.-Prämienscheine 92. B. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 75. — Bayer. 3½proz. 76. — Ludwigsberbach. 68. — Württemberg. 3½proz. 75½, 4½proz. 92½. — Bad. 3½proz. 72½. — Loto-Anlehen à 50 fl. 45. — 35 fl.-Loose 23½. — Darmstadt. 3½proz. 74. — 4proz. 81½. — Loto-Anlehen von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 20½. — Kurhessen. Prämien-Anleihe-Nordb. 41½. — 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½proz. 80. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3proz. 78, 3½proz. 90½, 86½. — Taunusbahn 272. — Holland. Integr. 45½. — Span. 3proz. innere Schuld 17½. — Pol. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 68½. — Sard. 36 Fr.-Loose 25½.

Diöc. 2.

Paris, 30. Okt. 3proz. 44,15. 5proz. 68.40. — Schufsch —. Bankaktien 1500.—. Staatsobligationen 1120.—. Vier Kanäle 840.—. Compt. von Algier —. Belg. 5proz. von 1840 77½, von 1842 77½. 4½proz. —. 3proz. —. 2½proz. —. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 79.—. Röm. 3proz. 63¾. Span. 3proz. —. Aktive 13¾. Passive —. Piem. 880.—. Hamb. —.—. St. Germain —.—. Versailles (rechte) 105.—. (linke) —. Orleans 602.50. Rouen 380.—. Havre 180.—. Marseill. 156.25. Basel 80.—. Bierzon 227.50. Boulogne —.—. Bordeaux 366.50. Nordbahn 352.50. Montereau —.—. Lyon 361.25. Straßburg 328.75. Rantes 315.75. Dappe —.—. Seaux —.—. Montpellier —.—. La Teste 35.—.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

225.

Bekanntmachung.

Geraume Zeit ist es Mein Vorsatz, wegen Meiner erschütterten Gesundheit, die Führung der Regierung niederzulegen.

Jetzt bei den Anstrengungen der Neuzeit, in die ich vom Krankenlager geworfen ward, ist es gebieterische Pflicht.

Und — schwarzer, unerwarteter Undank von mancher Seite hat Mein Wirken abgeschnitten.

Deshalb — habe Ich schon im April am rechten Orte Meinen unwiderruflichen Entschluß ausgesprochen, auszuscheiden.

Dießfallsige Vereinbarung ist endlich! erfolgt.

Ich lege, Kraft dieses, zum Besten Meines verfassungsmäßigen Nachfolgers, Ihro des regierenden Fürsten von Schleiz, Durchlaucht und Liebden, die Regierung nieder.

Treu glaube Ich 26 Jahre lang mit Aufopferung für Meine Wahlsprüche:

„Volkes Wohl ist Fürstenlust!"
„Reform, nicht Revolution!"

gewirkt zu haben.

Wenn Mir's nicht ganz möglich ward, wenn Mein öffentlicher Charakter verschleiert, so wirkten dazu ungünstige Umstände, d. i. unsere starren Gemeinschaftszustände, starre Bundes- und Protokollen-Nacht.

Nun, die große Zukunft wird Alles bessern!

Mein Trost über Bitteres ist die feste Hoffnung, die Ich schon am 21. März öffentlich aussprach:

„Ein freies, großes, starkes Teutschland, soweit seine Sprache."

Für das — der letzte Blutstropfen!

Mein herzliches Lebewohl Denen Meiner theuern Landsleute, die Mir einen Rest von Liebe schenken.

Urkundlich Meiner eigenhändigen Vollziehung und Beidrückung Meines fürstlichen Wappens.

Den 1. Oktober 1848.

Heinrich der 72. Fürst Reuß.

Meinen zahlreichen auswärtigen Freunden und Bekannten die Anzeige, daß ich die Regierung niedergelegt habe. Aus meiner Entlagungsurkunde das Nähere; für Diejenigen, die mich kennen, ein deutlich Bild!

Ich füge hinzu:

Nicht das Auferstehen Teutschlands — ich glaube nicht, daß ein Teutscher mehr demselben huldigt und jedes Opfer für Teutschlands Größe zu bringen bereit — sondern die Masse von Erbärmlichkeit, die in der Flachsenfingerei eines kleinen Staates mit dem März auftauchte und an die Stelle wahrhaft glücklicher Zustände trat, hat mich vertrieben.

Im Anfang gänzliche Unkunde und Schwäche der Civilbehörden, durch die die Wühlerei recht ordentlich groß gezogen ward, welche von zwei Städtchen ausgehend nach und nach natürlich weiter fraß und Alles ansteckte.

Mein im Kleinen ausgebildetes Wehrsystem, das das ganze Land mit Linie, Landwehr und Landsturmschützen umfaßte, unbenutzt.

Dazu der unmoralischste und irreligiöseste Undank und Hohn, nachdem man mich so viele Jahre und noch bei meinem 25jährigen Regierungsjubiläum im vorigen Jahre auf den Händen getragen und — wohl nicht ganz unverdient!

Denn mein Wirken strebte in der Zeit, wo es gefährlich, freisinnig zu sein, unverwandt und entschlossen Fortschritt und Bildung an.

Von einer Unzahl Schritte abgesehen die theils seiner Zeit öffentlich, theils noch in Aktenstaub vergraben, blos Das: Ich habe im Jahre 1831, ohne Erfolg in unsrer starren Gemeinschaft, eine freisinnige Verfassung verlangt; die Steuern waren die geringsten in Teutschland; Beamtenwillkür von mir rücksichtslos verfolgt.

Ein Paar Beispiele jenes Undanks:

An einem schönen Märztage beendige ich eine Conferenz mit meinem Oberforstmeister mit den Worten: „Nun, Herr Oberforstmeister, wir haben heute das Waldwerk begraben!" (d. h. auf dem ruhigen und den Gesetzen der Natur folgenden Wege.)

Statt dessen raubt man mir's mit Gewalt in 8 Tagen!

Ich berufe im April wiederholt die Beurlaubten der dem Bunde gehörigen Linie und die von mir geschaffene Landwehr ein, um gegen einen der vielen damaligen, kurz nach dem Schloßbrand von Waldenburg eintretenden Stürme Front machen zu können.

Die Gemeinden halten auf Befehl der Wühler die bis dahin unbescholtene Mannschaft mit Gewalt zurück!

Und das Alles nach meinem schweren Krankenlager, und zum Schluß, möchte ich sagen, der Genesungsfeste!

Da ist mein Dableiben unmöglich, weil ich nichts halb sein will, und überhaupt der Ueberzeugung, daß Teutschland eine Einheit sein soll und die kleinen Herrscher eine Unmöglichkeit.

Ich spreche den unwiderruflichen Entschluß, die Regierung niederzulegen, im April am rechten Orte aus. Dieser Entschluß wird um so eiserner, als die bekannte infame Sturmpetition bei G . . . unser ältestes Schloß entwürdigte. Dort dieselbe Traurigkeit der Behörden; die Bürgerwehr, 1200 Mann stark, läßt mich im Stich!

Mögen Sie nun, meine zahlreichen Freunde und Bekannte im Auslande, fortwährend die Freundschaft und Theilnahme mir schenken, die ich oft erprobt, und welche mir Vorliegendes diktirt!

Gureborn, in der Lausitz, Regierungsbezirk Liegnitz, den 1. Oktober 1848.

Heinrich der 72. Fürst Reuß.

Druck der Dr. Carl Wolffschen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung.“

Freitag, den 3. November 1848.

Neuestes aus Wien vom 30. Oktober.

* Hietzing bei Wien, 30. Oktober Nachmittags 4 Uhr. Wien hat sich endlich ergeben unter den Bedingungen, die der Feldmarschall Fürst Windischgrätz der Stadt anfangs hatte. Der Sieg hat große Anstrengung, große Opfer gekostet. Die Truppen bewiesen unerschütterliche Tapferkeit. Fürst Windischgrätz ist mit der äußersten Schonung zu Werke gegangen, indem er alles that, der Stadt die Schrecken einer Einnahme mit Sturm zu ersparen. Die Aufständischen haben mit einer unerhörten Erbitterung und Hartnäckigkeit sich geschlagen. Zwei Vorstädte, Gumpendorf und Neu-Lerchenfeld, halten sich noch, werden aber aufs höchste im Laufe des Tages noch genommen werden. Hoffentlich werden in wenig Tagen alle Wege wieder offen stehen und die Verbindungen frei sein. Ich hoffe, Ihnen dann Nähres mittheilen zu können. — Dem Banus Jellachich gebührt der bedeutendste Antheil an dem Ergebnisse des Tages. — Man spricht von Neuem davon, daß die Ungarn Miene machen, herbeizukommen.

** Zufolge sind einige Nachträge aus den uns bis jetzt zugekommenen Nachrichten über die der Uebergabe von Wien vorangegangenen Kämpfe. Das Fahrpersonal der Wiener Eisenbahn hatte am 29. Oktober 4 Uhr Nachmittags die Abschrift der folgenden nach Ollmütz telegraphirten Depesche nach Breslau übrebracht (beim Architekt wir aber nicht verbürgen können): „General Wind an den Minister Wessenberg in Ollmütz. Gestern (28. Oktober) 11 Uhr hat Feldmarschall Windischgrätz von allen Seiten angegriffen. Das Bataillon Schönfels, welches am Eingange der Jägerzeil die erste mit 12 Kanonen besetzte Barrikade erstürmt hatte, ist zurückgeschlagen worden (!). Die Barrikade wurde später von den Jägern und Grenadieren genommen. Das Militär ist bis an das Karlsthor vorgedrungen. — Die Vorstadt Louisenstraße und Trangasse stehen in Flammen. Die Aufrührer der Stadt will suchten.“ — Als zuverlässig können wir melden, daß Fürst Windischgrätz die Bedrohung zweimal verlängert hatte, die letzte erst war am 27. Abends abgelaufen. Erst nachdem der Feldmarschall die Ueberzeugung erlangt hatte, daß von nur Zeitgewinn suchte, ihn hinhalten wollte, erst als man wiederholt trotz der Waffenruhe auf seine Vorposten von Seite der Städtischen gefeuert hatte, da erließ er die von uns in unserer Nachmittagsbeilage vom Mittwoch mitgetheilte drohende Proklamation. Der Fürst hatte dem Gemeinderath angezeigt, er werde ihn für allen Schaden, welcher der Stadt aus den nothwendig werdenden Gewaltmaßregeln erwachse, verantwortlich machen. — Im Laufe des 27. sah man in der Stadt oder im unmittelbarer Nähe brennen zwei Feuerbrünste. — Einzelne Personen, denen es mit großer Mühe gelungen war, die Stadt zu verlassen, erzählten, daß daselbst das heraffinirte Volk selbst in die Gasthäuser dringe und die Fremden zur Theilnahme am Kampfe zwinge. — Wie unsere Leser aus einem unten folgenden Berichte aus Baden bei Wien sehen werden, war es besonders das einen Augenblick am 6. durch teuflische Künste irregeleitete Grenadierbataillon Richter, welches mit Entwicklung der größten Tapferkeit den Schmelzer Kirchhof erstürmte und dadurch den Feldzug 6. wieder sühnte.

Aus guter Quelle erfahren wir nebst dem bereits Mitgetheilten aus Salzburg noch, daß Feldmarschall Fürst Windischgrätz in der k. k. Burg zu Wien sein Hauptquartier aufgeschlagen hat.

Nachfolgender Brief der Allg. Zeitung aus Baden vom 28. Okt. gibt unter anderm auch merkwürdige Aufschlüsse über die innere Lage der Stadt während des Kampfes. Wir lassen den Bericht selbst folgen: „Heute mit Schlag 10 Uhr begann neuerdings das Feuer, welches bis jetzt, 1 Uhr Mittags, mit gleicher Heftigkeit fortdauert. Nach Anslage der Officiere ist es ein allgemeiner Angriff. Beim Magistrat hörte ich folgende Angaben. Fürst Windisch-Grätz wolle nur im äußersten Nothfall die Stadt beschießen. Die Nationalgarden sind bereit zur Uebergabe, werden aber vom bewaffneten Proletariat verhindert, welches 26,000 Mann zählt. Bei der ersten Bombe haben die Banden gedroht die Burg in Brand zu stecken und die Schatzkammer zu plündern. Vorgestern brannte es an vier Orten. Die Dampfmühle am Donaukanal wurde von den Kroaten in Brand gesteckt, weil aus den Fenstern geschossen worden war. Die Holzvorräthe vor dem Invalidenhause am Bassin des Neustädter Kanals gingen in Flammen auf, ebenso das Rolosseum in der Brigittenau, endlich noch ein paar Häuser in der Rossau; an den letzten drei Orten soll der Brand gelegt worden sein, um während dessen plündern zu können. Gester Abend kam hier ein Nationalgardist an, der sich in der Morgendämmerung glücklich herausgeschlichen hatte. Es herrscht die vollendetste Anarchie, kein Befehl wird beachtet. Die Nationalgarde rückt trotz aller Alarmirung nicht aus, außer sie wird einzeln mit Gewalt aus den Häusern geholt. Die mobile Garde und das unregelmäßig bewaffnete Proletariat beherrschen alles. Die meisten Anführer sind Mitglieder des demokratischen Klubs oder der akademischen Legion. Diese wollen von Ergebung nichts wissen. Die Nationalgarde schickte eine Deputation an Windisch-Grätz (die aber weislich nicht zurückkehrte) mit dem Verbieten die Thore zu öffnen — die Einwohner mußte sie aber ihm überlassen, sie sei es nicht im Stande. Darauf erfolgte die gestern bereits erwähnte Proklamation. Ueber den Kampf von 26. erfahren wir wenig Details, da die Stadt auf das strengste abgesperrt ist. Der erste Sturm auf den Kirchhof der Schmelz soll abgeschlagen worden sein, dann aber stürmte das Grenadierbataillon Richter (das am 6. Okt. zum Volke übergegangen war) und nahm die Position mit dem Bajonnet, ohne einen Schuß zu thun; dabei wurde kein Pardon gegeben. Gewiß ist, daß die Truppen nirgends in die Vorstädte selbst einrücken, obwohl sie die Aufgestellenen eine Strecke weit einwärts verfolgten. Der Fürst hatte es streng verboten um einen Straßenkampf auszuweichen. Außer der Schmelz war der Prater der Schauplatz des heftigsten Kampfes. Die Sophienbrücke war durch sechs Kanonen vertheidigt, sie wurde genommen. Auf dem Praterstern am Ende der Jägerzeile, wo die Alleen auseinandergehen, waren sechs oder acht Geschütze in einer Verschanzung, die gleichfalls genommen wurden. Die Donaubrücke und der Nordbahnhof wurden erstürmt. Wo aus Gebäuden geschossen wurde, ließ man alle Männer über die Klinge springen. () Man zählte bis 15 Schüsse in der Minute, rasch der wüthigsten Vertheidigung fielen an 3000 Schüsse aus den beiderseitigen Geschützen, aber unverhältnißmäßig mehr aus der Stadt, wo sie das Pulver wahrhaft verschwendeten, und mit geringem Erfolge. Im Haubtgemenge bewiesen die Wiener aber umsonnte Tapferkeit. Sobald sich Wien ergibt und auf dem Stephansthurm die weiße Fahne aufsteckt, ziehen Locomotive auf den beiden Bahnen mit weißen Fahnen die zu den beiden Endstationen. Uebrigens ist aller Verkehr seit drei Tagen unterbrochen. Von hier nach Steyermark jedoch ist die Post wie gewöhnlich im Gang. — Der heutige Tag beleuchtet die furchtbare Scene. Wie wird die Nacht werden!“

Aus Olmütz meldet die Allgem. Zeitung vom 28. Oktober daß die Deputationen des Landvolkes an den Kaiser immer noch andauern. Haufen von 200 Bewaffnen, mit schwarz-gelben Bändern, Fahnen und Musik durchziehen fortwährend die noch der Residenz führenden Gassen. — Der Abgeordnete Rieger ist ein Verfechter der ergriffenen energischen Maßregeln von Seite der Regierung. — Man hat bereits Beweise, daß der 6. Oktober ein Werk Kossuths war und ist überzeugt, daß nach Unterwerfung von Wien und Pest die Fäden der ganzen Machination aufgefunden werden.

Die Allgem. Ztg. vom 2. November enthält einen Brief aus Prag, welcher die dortige Stimmung über die neuesten Wiener Nachrichten als eine erbitterte bezeichnet. Die Slovanska Lipa hatte sich in Folge dessen mit dem deutschen Verein verbindet, und beide haben mit dem Abendzug eine Deputation nach Olmütz abgesendet, welche aus 28 Personen bestand, um dem Kaiser eine Adresse zu überreichen, in welcher gegen die strengen

Maßregeln des Fürsten Windischgrätz, als mit den milden Gesinnungen des Kaisers im Widerspruche, protestirt wird. Sie bittet den Kaiser, alle Mittel zu erschöpfen, die zu einer friedlichen Lösung führen können, bevor die äußersten Maßregeln in Anwendung gebracht werden „Männer des allseitigen Vertrauens" sollen, mit kaiserlicher Vollmächtigung versehen, die Friedensunterhandlungen ungesäumt beginnen.

* Wir können nicht umhin, unsern Lesern ein kleines Pröbchen von der Gewissenhaftigkeit zu geben, mit welcher der ungarische Held und Großsprecher Kossuth die Finanzen seines Vaterlandes verwaltet. Wir haben diese Nachrichten aus einer Quelle, welche in Beziehung auf Ungarn und die dortigen Verhältnisse die völligste Glaubwürdigkeit beanspruchen darf. — Der neue Diktator Ungarns hatte, in Uebereinstimmung mit seinen Ministern, unter Anderm 35,000 Stück Dukaten mit ungarischem Stempel prägen lassen. Es entstand nun die Frage, wie dieses neue Geld am schnellsten in Zirkulation gesetzt werden könne. Kossuth behauptete, es würde sogleich aus dem Verkehr verschwinden, indem jeder Ungar aus Patriotismus sich einen oder mehrere dieser Dukaten einzuwechseln bestrebt sein würde, um sie zum Andenken an die eben beginnende Größe Ungarns ewig aufzuheben! Man solle vielmehr diese Dukaten dazu anwenden, um die in England und Belgien gemachten Einkäufe damit zu berichtigen. — Dieser Vorschlag fand den Beifall der Minister und es wurde nicht weiter mehr von der Sache gesprochen. — Nach einigen Wochen machte man in Wien die überraschende Entdeckung, daß die HH. Schutte, Lanfenau und Konsorten alle Taschen voll von den neuen ungarischen Dukaten hatten, und schon geraume Zeit mit ungarischen Dukaten ausbezahlten. — Die Moral von der Geschichte ist, wenn auch nicht erbaulich, doch lehrreich.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 111.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Vierteljährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Einzelnstücke 1 kr.

Samstag den 4. November 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 10. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 3. November.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 30. Okt. allergnädigst bewogen gefunden, den Kreis- und Stadtgerichtsrath Anton Lechner zu Regensburg, seiner gestellten allerunterthänigsten Bitte entsprechend, auf den Grund des §. 22 lit. B des IX. Edikts zur Verfassungs-Urkunde mit Belassung seines Titels, Funktionszeichens und Gesammtgehaltes in den definitiven Ruhestand zu versetzen, und demselben hiebei die Zufriedenheit mit seinen vieljährigen treu geleisteten Diensten auszudrücken.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 31. Oktober allergnädigst bewogen gefunden, dem Major à la suite Walther Frdr. v. Grainger das Ritterkreuz des königl. Verdienstordens vom heiligen Michael zu verleihen.

Se. Maj. der König haben unterm 1. November l. J. dem durch Allerhöchste Entschließung vom 13. Oktober l. J. in den nachgesuchten Ruhestand versetzten k. Landgerichtsrath Dr. Zimmermann zu Frankenthal, zur Anerkennung seiner ausgezeichneten, durch ein halbes Jahrhundert fortgesetzten tugendreichen Dienstesleistungen das Ritterkreuz des Verdienstordens vom heiligen Michael zu verleihen, unterm 30. Oktober l. J. dem Landgerichtsaktuar Jakob Fischer zu Vohenstrauß die erledigte II. Assessorstelle zu Wildshofen zu verleihen, unterm 30. Oktober l. J. den Rentbeamten Johann Baptist v. Walther zu Zwiesel zum Landrentmeister und Kammerdanten des Landgrafenschlosses Regen zu ernennen, am 31. Oktober l. J. den Landgerichtsarzt Dr. Johann Paul Gauernhofer zu Bayreuth auf den Grund des §. 22 lit. B und C der IX. Verfassungsbeilage für immer in den nachgesuchten, wohlverdienten Ruhestand treten zu lassen geruht.

Deutschland.

Frankfurt, 31. Okt. Die „Ober-Post-Amts-Zeitung" enthält im amtlichen Theile Folgendes: Sr. kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog-Reichsverweser sind seit der Uebernahme der Zentralgewalt und insbesondere zum Anlaß verschiedener von dieser getroffenen Maßregeln, so zahlreiche Ergebenheits- und Zustimmungsadressen von ganzen Provinzen, Städten, Landgemeinden, Vereinen und einzelnen Personen zugegangen, daß die Beantwortung jeder einzelnen derselben nicht wohl stattfinden konnte, sondern nur für jene Zuschriften verfügt ward, wo besondere Gründe eine Erledigung nothwendig machten. Seine kaiserliche Hoheit fühlen Sich jedoch gedrungen, den Einsendern dieser Adressen Ihren wärmsten Dank für die darin ausgesprochenen Gesinnungen auszudrücken, und haben des unterzeichnete Reichsministerium des Innern beauftragt, dies in ihrem Namen öffentlich bekannt zu geben. Frankfurt, den 31. Oktober 1848. Das Reichsministerium des Innern.

⊙ **Frankfurt**, 1. Nov. Von dem Verfassungsentwurfe sind nun bereits 10 Paragraphen durchgesprochen und angenommen; morgen wird über das Recht des Krieges und Friedens und über die Einrichtung des Reichsheeres zu verhandeln begonnen werden; nähre die österreichische Frage in gedeihlicher Weise gelöst werden, so scheint man sich über die bisherigen Ergebnisse nur beipflichtend aussprechen; denn in sämmtlichen Paragraphen mit Ausnahme des zweiten und dritten ist das Prinzip des Bundesstaats festgehalten und trotz des Widerspruchs unserer Linken, welche eine Republique une et indivisible verlangten, auch bei der Abstimmung durchgeführt worden, freilich oft mit sehr geringer Mehrheit. Mittermaier, dessen heiligen Eifer für Abschaffung der Todesstrafe wir, zum Theil wenigstens, die Einstellung einer kannibalischen, in Deutschland bis jetzt unbekannt gewesenen Marotte zu verdanken haben, hat diese und verschiedene andere kleinere Sünden gestern damit wieder gut gemacht, daß er in sehr überzeugender Weise darthat, wie für Deutschland keine andere Verfassungsform denkbar sei, als eben die des Bundesstaats, und daß eine solche Form unabweislich die Aufstellung eines obersten Reichsschiedsgerichts zur Schlichtung aller Konzertenkonflikte zwischen Reich und Einzelstaat nothwendig mache. Ein solcher Zusammenstoß kam erst gestern wieder zur Sprache, Biedermann machte die Anzeige, daß die sächsische Regierung ihren versammelten Landständen die Zusicherung gegeben habe, die Reichsverfassung auch ihnen zur Berathung und Annahme vorlegen zu wollen, und siehe da, die sächsischen Kammern gingen darauf ein. Der Reichsjustizminister wußte hierauf keine andere Antwort zu geben, als er habe sich um Auskunft an die sächsische Regierung selbst gewandt, aber noch keine Antwiederung erhalten. Warum es gerade Sachsen ist, welches jetzt gegen die Reichsversammlung in Opposition tritt, darüber gehen verschiedene Meinungen, eine davon will deren Grund in einer alten innigen Freundschaft von Seiten eines Nachbarstaates finden, das in der Paulskirche vorneg faß über die Hälfte der Stimmen verfügt. Wenn nach dem angenommenen sechsten Paragraphen die einzelnen deutschen Staaten ihre Selbstständigkeit in Bezug auf ihre Sonderangelegenheiten behalten sollen, so folgt daraus mit juridischer Notwendigkeit, daß, um einen Zweifel über das, was unter diese Sonderangelegenheiten zu rechnen sei, schlichten zu können, der einseitige Ausspruch der Zentralgewalt streng genommen nicht genüge; denn sonst würden wir unaufhaltsam in den unbedingten Einheitsstaat, wie ihn die kleinere Hälfte der Reichsversammlung jetzt schon will, hinübergleiten; trotzdem daß jedes Kind nachweisen kann, daß ein solches System in Deutschland nur zu Bürgerkriegen und zu noch größerer Ohnmacht der Zentralgewalt führen würde als in den verschiedensten Zeiten des alten Bundestages der Fall war. Gleich nun sich doch jetzt schon an die Idee zu gewöhnen, Oesterreich als nicht mehr in Deutschland gehörig zu betrachten, — ein köstlicher Fortschritt, um welchen uns selbst die alte Diplomatie beneiden wird; denn hat dieselbe auch die Hülfe von Luxemburg an Belgien vergeben, so geschieht hat sie es doch nicht einzuschälen gewußt, ganz Oesterreich zu verlieren. Was das Verhältniß dieses Landes zum übrigen Deutschland und die Tendenzen des letzten Aufruhrs betrifft, so ist man hier noch in der Lage, genaue und unwiderlegliche Aufschlüsse zu ertheilen; der Abmarsch des Wiener Gemeinderathes ist hier, um die Vermittlung der Reichsgewalt in Anspruch zu nehmen; er gehört, wie die Mehrzahl seiner Kollegen, der Partei der „Schwarz-roth-goldenen" an, glaubte aber doch seine Vermunderung darüber aussprechen zu müssen, daß man dieser Partei hier die Tendenz unterschieben wolle, als gebe sie mit einer Theilung Oesterreichs um; an einen solchen Selbstmord sei nicht zu denken; die Wiener Extravaganzen, zu welcher sie ganz unbewußt mit Hilfe Ihrer Gegner gekommen habe, sei eine deutsch-konstitutionelle gewesen, man habe innigste Verbrüderung mit dem übrigen Deutschland gewollt, den Oktoberaufruhr aber hätten blos die Magyaren und zwar durch Geld gemacht: kein Wiener Bürger habe daran Theil genommen, Niemand als Pöbel und Studenten. Der Generalstab der Aufrührer bestehe durchweg aus polnischen Emigranten, während der größere Theil der Legionen, und zwar eben des deutschgesinnten Mittelstandes sich auf der Flucht befinde, und mit Schrecken den Untergang seines Wohlstandes sehe. Man fürchte den Einmarsch der Kroaten wegen deren Raubsucht, noch mehr aber den der Magyaren, und endlich drittens eine Reaktion im Sinne der Schwarzgelben, wenn Windischgrätz vollständig die Oberhand behalte. Die Gegenwart wie die Zukunft Wiens sei trostlos, wie ein Dazwischentreten des Reichsverwesers könne die Stadt und Oesterreich retten.

(Deutsche Zeitung.) Der außerordentliche Fünfzehner-Ausschuß der Nationalversammlung für die österreichischen Verhältnisse hat Gelegenheit gehabt, seinen Unterricht über den Charakter der Wiener Bewegung aus unmittelbarer und bester Quelle zu schöpfen. Es ist bekanntlich eine Abgeordnetenschaft des Wiener Gemeinderathes hieher an den Erzherzog Reichsverweser gelangt und diese Abgeordnetenschaft ward in eine Sitzung des genannten Ausschusses mit dem Ersuchen gelade, dort auf einige Fragen Auskunft zu ertheilen. Hr. Bondi aus Wien, Mitglied und wenn wir nicht irren sogar Vorstand des Gemeinderaths, war es, welcher der ergangenen Aufforderung gemäß die vorgelegten Fragen beantwortete. Die erste derselben richtete sich dahin, ob die Bewegung in Wien als eine demokratische zu betrachten sei? Der Allem, erwiederte Hr. Bondi, ein kaum dreißigjähriger Mann von dem offenstes Wesen und auch in der kraftigen Gestalt und im kärtigen Aeußern ganz ein Kind unserer neuen Zeit, — diesen Ausdruck erklären, daß er selbst Demokrat, als solcher in seiner Vaterstadt bekannt und darum an die Spitze des Gemeinderathes gestellt worden sei. Aber die Demokratie habe mit dem Wiener Aufstande nicht das Mindeste zu schaffen gehabt, sondern Alles das ungarische Geld. Die zweite Frage galt dem gegenwärtigen Zustande Wiens und ob dort Anarchie herrsche, wie die Gegner, oder gesetzmäßige Ordnung, wie die Freunde der Stadt versicherten? Hr. Bondi lehnte eine bestimmte Antwort darauf ab, allein er gab anstatt einer solchen einige Thatsachen zu vernehmen. Den Arbeitern wurde in den Bäckerläden Brod verabreicht. Sie verschmähten es aber häufig und forderten Geld dafür. Selbst in den Bäckerladen, der gerade im Angesichte des Gemeinderathshauses liege, hätten sie das Brod zurückgewiesen und auf Geld bestanden. „Von Besiegwerden der Bevölkerung über Verdächtigungen durch die sie Feststehende Wacht ginge in diesem Tage sämtlich dem Gemeinderathe zu. Die Studenten seien den Bürgern einzuordnet, wo für ihre Bedürfnisse, wie für die von Fa-

willungsliedern gefingt werde. Sie würden nach Befinden auch mit Geld unterstützt. Aber das hatte sie nicht von unsinnverletzlichen Forderungen ab, und die Beispiele, die Hr. Bondi erzählt, gleichen Erpressungen auf ein Haar. Auch betragen sie sich in den Familien so, wie es, nach dem verblümten Ausdrucke des Berichterstatters, der Erhaltung „eines patriarchalischen Verhältnisses“ durchaus nicht entspricht. Von großen Gewaltthätigkeiten höre man nicht, wohl aber von Vorfällen der Art, daß z. B. einem Stallknechte ein schönes Reitpferd abgenommen wird und er dafür mit einem Zeltel nach Hause geschickt wird, wo er das Weitere sehen soll. So dem Herrn R. R. ein eingeliebtes Pferd quittirt. Hr. Bondi wurde auch befragt, ob denn von den Wiener Bürgern das Einrücken von Truppen gewünscht werde? Allerdings, entgegnete er, aber von deutschen Truppen. d. h. von deutsch-österreichischen Regimentern. Und eine starke Garnison werde Wien in Zukunft nöthig haben!

Endlich nahm, anstatt des Hofrichters Fraydesleben im Ausschusse, dessen Schriftführer Hr. Deneberg das Wort. Dieser ihm, von Pattai, von Reitter, von Ignaz Kaiser und Kirchgessner rührte das Minderheitsverachten her, welches die Wiener Bewegung unbedingt als eine deutsch-nationale betrachtet und unter den Schutz der Reichsgewalt gestellt sehen wollte. Man kann sich demnach denken, wie empfindlich diese Minorität des Ausschusses von den Eröffnungen des Wiener Gemeinderathsmitgliedes betroffen worden war, besonders als Hr. Bondi noch erklärte, er sei an den „Vetter herzog Johann“, den Freund der Wiener Stadt, an den sie sich in ihrer Noth wende, nicht aber an den Reichsverweser geschickt und das etwaige Erscheinen nichtösterreichischer Truppen — seien's Bayern, Sachsen oder Preußen — würde ein bedenkliches Aufsehen in seinem Heimathlande erregen. Hr. Deneberg also fragte darnach, was die Meinung des Herrn Bondi sei, welche Maßregeln die Reichscommissäre zur Herstellung des Friedens in Oesterreich zu ergreifen hätten? Das Mitglied des Wiener Gemeinderaths erwiederte nicht ohne diplomatische Feinheit: er müsse sich begnügen, einfache Thatsachen zu berichten. Die daraus hervorgehenden Konsequenzen möchten, das habe er einem Jeden nach seinem Standpunkte zu überlassen. — Wie wir hören, will Hr. Schubert aus Königsberg (zweiter Vorsteher des Ausschusses für Oesterreich) die Ausschüsse bei Hrn. Bondi der Nationalversammlung nicht verwahren. Wir haben aber geglaubt, daß Ihre Veröffentlichung so rasch als möglich und für die weitesten Kreise gegeben dazu dienen könne, die mannigfach beirrten Urtheile über die Wiener Zustände und Stimmungen auf eine richtigere Bahn zu lenken.

Die Berathungen der Verfassungsausschüsse über das Staatenhaus werden, wie es heißt, heute zu Ende gehen werden. Für die Mediatisirung ist, auf Anregung der Reichsregierung, ein engerer Ausschuß, bestehend aus den Herren Beseler, Mittermaier und Hergenhahn, niedergesetzt, und kann diese bedeutungsvolle Frage noch als eine offene betrachtet werden. Es war, wie es heißt, die Absicht, die kleinsten deutschen Staaten, von den anhaltischen Fürstenthümern abwärts, denen noch eine gemeinschaftliche Stimme eingeräumt wird, im Staatenhause ohne Vertretung zu lassen. Wenn in den größeren Staaten eine verhältnißmäßige Zahl von Mitgliedern (Preußen etwa 40, Oesterreich 36, Bayern 16) zur Wahl für den Regierungen, zur anderen Hälfte von der Volksvertretung gewählt wird, und zwar aus den Einwohnern der betreffenden einzelnen Staaten, so geht daraus allerdings eine Versammlung hervor, welche ein wünschenswerthes Gegengewicht gegen das aus ganz Deutschland ohne Unterschied der besonderen Heimat frei vom Volke gewählte Volkshaus bilden kann. Es ließe sich hierüber streiten, ob jenes dann im eigentlichen Sinne, im Sinne wie der amerikanische Senat, ein Staatenhaus bilden werde. Jedenfalls wird es einen Senat bilden, welcher den schwebenden Fragen die so wünschenswerthe zweite reifliche Erwägung zu Theil werden läßt. Die Regierungen der einzelnen Staaten äußerten noch auf eine besondere Weise, etwa durch den vorgeschlagenen Reichsrath vertreten zu lassen, scheint das Staatsgetriebe der deutschen Reiches unnöthig zu komplisiren. Jedenfalls würde durch einen solchen Reichsrath der Stoßseufzer von dem alten Bundestage erneuert werden. Wenn wir also sein besonderes Kollegium von Gesandten der einzelnen Staaten wünschen, so schließt das nicht aus, daß die einzelnen Staaten Gesandte, auch ständige Gesandte nach Frankfurt schicken. Man geht in der Einsicht gegen die einzelnen Staaten freilich so weit, daß man ihnen das Recht ständiger Gesandtschaften auch in Frankfurt freilig machen will. Aber wie diese sich ein solches Verbot durchführen? der Zutritt der Sache läßt sich allenfalls verbieten, aber doch nicht die Sache selbst. Mit unserer Seite halten es nicht einmal für wünschenswerth, daß die einzelnen Regierungen nicht solche näheren Beziehungen mit dem Reiche unterhalten.

Frankfurt, 1. Nov. Es ist so eben eine Adresse des Posener Permanentkomités an den Abgeordneten der Stadt Posen zur Ueberreichung an die Nationalversammlung gelangt, welche in demselben Sinne abgefaßt ist, wie der Monsterprotest der deutschen Bevölkerung gegen den Beschluß der Berliner Landesversammlung. Diese Adresse enthält den Antrag, die deutsche Nationalversammlung möge die Bewohner Deutschposens in ihren Rechten schützen und die Abgrenzungslinie als Reichsgrenze endlich definitiv durch die Zentralgewalt feststellen lassen. (D. Z.)

vorgewarnt sind und sich vielfach feindlich gegenüber stehen. Bereits ist eine Kriminaluntersuchung gegen einige der bauwüthigen Sprecher auf jener Versammlung im Gange und zwar, wie das Gerücht geht, gegen den Studiosus Julius Schanz aus Oelsnitz, der in humoristischer Weise das Volk zu belehren suchte. Schanz sitzt übrigens seit einigen Wochen bereits auf dem Voigtsberg bei Oelsnitz, wegen Preßvergehen und Bruch des Hausgeldinhibitoriums. Er hatte sich nemlich nach schon eingeleiteter Untersuchung ohne Erlaubniß der sächsischen Behörden nach Hof zu Volksversammlungen begeben, war aber dort neuerdings festwillig festgehalten. Das Volk wollte ihn gewaltsam aus seiner Haft befreien, da es vermuthete, daß der Angeklagte nach dem Königstein abgeführt werden würde, doch im Vertrauen auf seine Fürsprechung mahnte Schanz selbst von gewaltsamen Befreiungsversuchen ab. Gegen den Studiosen Gröpel von Erlangen, der auf derselben Versammlung gleichfalls in etwas leidenschaftlicher Weise gesprochen hat, soll ebenfalls eine Untersuchung eingeleitet sein. Auch gegen den Bürgermeister Meyer von Treuen soll wegen der Art, wie er auf der erwähnten Versammlung den Struve'schen Freischaarenzug besprach, eine Untersuchung eingeleitet sein. (Bamb. Ztg.)

Baden. — **Karlsruhe**, den 31. Okt. (96. Sitzung der zweiten Kammer.) Der Vorsitzende der Petitionskommission zeigt an, daß der Bericht über mehrere Gesuche um Amnestirung politischer Verbrecher bereits erstattet sei, jedoch nach der Geschäftsordnung vorerst noch auf den Archivariate zwei Tage lang aufgelegt werden müsse. Der Berichterstatter (Zittel) verliest den Antrag, der dahin geht, die Amnestirung zwar politischen Verbrecher, welche an dem ersten Hecker'schen Aufstande Theil genommen, dem Staatsministerium zu empfehlen, davon jedoch die vorzüglichsten Anstifter und Leiter des Unternehmens und jene, welche schon einmal amnestirt worden, sich aber an einem ausführerischen Unternehmen wieder betheiligt haben, auszunehmen. Die Kammer stellt den Antrag der Eröffnung des Berichtes, und der Präsident gibt die Zusicherung, denselben in möglichster Bälde zur Berathung auflegen zu wollen. Hiernach ist also von den Theilnehmern an dem letzten Struve'schen Raubzuge keine Sprache. — Hierauf werden mehrere Berichte der Petitionskommission, welche kein allgemeineres Interesse darbieten, erstattet. (S. M.)

Nonstanz, 31. Okt. Man ist, wie es scheint, auf nachdrücklichere Verwenden von der Absicht zurückgekommen, eine so namhafte Truppenmasse im Seekreis anzuhäufen; wenigstens ist mit dem Einreffen des badischen Korps auch wieder der Befehl zum Rückmarsch desselben angelangt. Es sind deßhalb gestern die zwei badischen Kompagnien die hier standen, nach zweitägigem Rasttag von hier abmarschirt, und auf dem Weg nach Freiburg begriffen. An ihrer Statt trafen Württemberger ein, mit welcher die ganze Stadt heute erbärmlichen Mißbrauch treibt und sich verstehen hielt, daß alle aufgesinnten Bürger es als eine Sache der Ehre und des Gewissens ansehen würden, die edlen Gäste mit Leib und Leben gegen jede Unbill zu schützen. (Frkf. J.)

Oesterreich. Aus Olmütz bringen die Prager Blätter Nachrichten vom 28. und 29. Am 27. Abends waren die vier Wiener Reichstagsdeputirten Wilkershof, Fischhof, Berger und Borocki mit einem Extrazug der Eisenbahn wieder nach Wien abgefahren. Die Aussichten um mildere Bedingungen war fruchtlos; aber sie hatten auch noch eine Doppelpetition: die erste, den Reichstag gar nicht zu vertagen; die zweite, ihn wenigstens nicht nach Kremsier zu verlegen, sondern ihn in Wien zu belassen. Die Erste wies der Kaiser förmlich ab; es bleibt bei der Vertagung auf den 15. November. Ueber die Zweite werde der Kaiser erst den Ministern fassen, wenn Wien selbst entschieden sein wird. Es bleibt daher den Wienern noch immer einige Hoffnung, den Reichstag in ihren Mauern zu behalten. Die Deputirten selbst bezeugen durch ihre Aeußerungen, daß sie den Fall Wiens voraus sahen, und gestanden, daß es vorzüglich die vielen Fremden in Wien seien, welche die Bewegung bis zum Aeußersten leiten wollten, und dadurch den Wienern die Sachlage sehr erschwerten. Nur eine Partei in Wien kämpfe gegen die k. k. Truppen, und in dieser Partei wiegen polnische Aristokraten vor. Diese meinen in der allgemeinen europäischen Anarchie sich wieder zu einem einigen Polen frisiren zu können, vergessen aber dabei gänzlich, daß gerade sie heutzutage das Volk zum Feinde haben. In Galizien sind die Bauern so gegen die Gutsbesitzer erregt, daß jeden Tag Auftritte wie 1846 zu befürchten sind. Aus mehren empört es die Bauern, daß ihre Aristokraten nun mit den magyarischen Aristokraten im selben Verkehr stehen. Diese Gährung erstreckt sich bis nach österreichisch Schlesien. Dort sind die Bauern von Bludowice, 2 Meilen nordwestlich von Teschen, gegen ihre Herren in volem Aufstande, so daß am 25. d. Mts. Militär von Teschen aus gegen sie geschickt werden mußte. Auf der andern Seite bearbeiten die demokratischen Vereine das Volk für ihre Zwecke und die magyarischen Tendenzen, ohne jedoch viel Anklang zu finden.

Bayern. Aus dem baierischen Vogtlande, 26. Okt. Die am 1. d. M. in Hof abgehaltene, von circa 8—10,000 Menschen besuchte Volksversammlung ist Ursache, daß die Parteien in hiesiger Gegend offen her-

Am 28. Nachmittags war der Minister Krauß wieder von Olmütz nach Wien zurückgereist. Am Abend desselben Tages wurde zu Olmütz in einer Versammlung der Rechtstagsdeputirten, von denen bereits sehr Viele, selbst von der Linken angekommen waren, der Beschluß gefaßt, das Ministerium möge in einem Zusatze zum Manifeste vom 22. aussprechen, daß der Reichstag sogleich wieder nach Wien zurückkehren würde, wenn die gehörige Sicherheit gegeben sei, daß er dort frei tagen könne; über Kremsier waren die Meinungen getheilt; doch scheint die Ansicht vorherrschend, daß erst von dort aus der volle Reichstag über die Zulässigkeit fernerer Berathung in dieser Stadt beschend oder verneinend entscheiden solle. Dem Kaiser gedenkt Jeder zu folgen, wenn die Konstituirung eines freien Staatslebens am Herzen liegt. Auch ganz deutsche Deputirte gestehen selbst ein, daß sie nicht mehr konstituirt werden zu sein. Auch das wurde vorläufig festgestellt, daß der Reichstag in Kremsier sich mehr mit Organisationsgegenständen, als mit dem Konstitutionswerke selbst beschäftigen solle. Die Zuträge von Hannaken dauerten immer fort, auch am 29., sowie die Opferkuchen der Hannahinnen ohn' Unterlaß vor den Hof gebracht wurden. Auf den 31. Oct waren wieder viele hannakische und auch die ersten deutschen Gemeinden angesagt, um dem Kaiser zu danken. Feldmarschall Windischgrätz ist von den Olmützer Bürgern zum Ehrenbürger ernannt worden. Auch Prinz Wasa und sogar eine schwedische Prinzessin befanden sich zu Olmütz. In aller Hast arbeitete man an Ausbesserung der Festungsmauern; selbst Brücken, die nur aus Brettern und Balken bestanden, wurden abgenommen, und gewölbte Ziegelbrücken an ihre Stelle gesetzt. Der eigentliche Zweck dieser Vorbereitungen war unbekannt. Am 29. war bereits vom Minister Krauß, der am 28. Abends 8 Uhr nach 5stündiger Rede in Wien angelangt war, Anzeige zu Olmütz eingetroffen, daß der Brand der Dampfmühle und der andern Fabriken unwahr sei. Fürst Windischgrätz hatte nach dem Sturme am 28. Abends die Auslieferung verlangt: von General Bem, der fluchbeladenen Fackel des ganzen Unglücks Pulitzky, und Schütte. — Von Innsbruck war eine Loyalitätsdeputation in Olmütz angekommen. —

Ueber die Kämpfe in Wien geben die heute vom Telegraphen bis 29. Abends nach Olmütz gelangten Berichte noch folgendes Nähere: „Nachdem der Kampf in den Wiener Vorstädten am 28. gegen 7 Uhr Abends war eingestellt worden, begann derselbe am 29. in der Früh mit erneuerter Wuth. Zwei telegraphische Depeschen vom 29. gegen Mittag, welche auch von der Regierung durch Plakate veröffentlicht worden, lauteten (nach der Allg. Ztg.) in ihrem kurzen Inhalte wie folgt: „Feldmarschall Fürst Windischgrätz an den Gen. Ministerpräsidenten Baron Wessenberg. Die Vorstädte Leopoldstadt, Jägerzeile, Landstraße und Rennweg mit Einschluß des Schwarzenbergischen Gartens und des Lagers im Belvedere sind von den k. k. Truppen genommen. Dieselben sind ganz an die Wälle der inneren Stadt vorgerückt. Mehrere Unterhandlungsanträge wurden mit bereits gemachter Eröffnung der Waffenruhe getreten ist." Mit der Wegnahme der Vorstädte und des Lagers im Belvedere war die Hauptstärke der Vertheidigung gefallen. Der Sturm auf die Leopoldstadt dauerte von früh 9 Uhr bis Abends 5 Uhr am 28. Oktober. Haus für Haus mußte erstürmt werden. Das Proletariat zwang die Garden in erster Reihe zu kämpfen und stand mit gefpanntem Gewehr hinter seinen Kriegern, in welchem Kampfe eine große Liberalität herrschen soll. Es mag dies zur möglichst großen Schonung Wiens gereichen, denn der Hauptschlag soll gegen Pesth gerichtet sein, gegen welches von Norden General Simonovich und vom Süden die Siebenbürger heranrücken.

Oesterreichische Monarchie.

Die „Breslauer Zeitung" berichtet aus **Pesth** vom 22. Oct., daß der Landesvertheidigungsausschuß die im temeser Komitate gelegenen Güter des ermordeten Kriegsministers Latour mit Beschlag belegt habe! — Der Kommandant von Eßeg wurde wegen Verbindungen mit dem Banus als ein „außer dem Gesetze stehender Landesverräther, der von Jedermann festgenommen werden kann" erklärt. — General Simonich (Simonovich?) zieht über Bielitz nach Wien, um sich mit Windischgrätz zu vereinigen. Aus Temesvar und Südungarn hört man keine für Ungarn tröstliche Nachrichten. — Die „K. Bl. a. B." enthalten einen Bericht aus Pesth vom 24. welcher die Heimkehr vieler Nationalgarden von der Armee Jellachichs meldet. Man rüstete sich jedoch allenthalben in Folge der Nachricht, daß Fürst Windischgrätz zum Feldmarschall und Oberbefehlshaber aller in der Monarchie befindlichen Truppen ernannt worden sei. Auch auch in Siebenbürgen und dem Umgegend rüstet man sich — nicht für Ungarn, sondern gegen dasselbe. Es scheint ein Plan vorzuliegen, die Ufer der Theiß und der Marsch abzuverteren. Siebenbürgen, das Banat, die Militärgrenze und das basser Komitat dürften sich zu einem Ungarn bedrohlichen Ganzen vereinen. — Die Szekler haben auf der agnoslaver Haide eine große Versammlung gehalten, wo angeblich 60,000 Mann (man denke an den ungarischen Reichstagsstaat) vereinigt gewesen sein sollen, das anwesende Militär nicht mitgerechnet, welche den Eid der Konstitution und dem König schwuren, sodann beschlossen, alle männliche Bevölkerung zu einer Nationallandwehr zu vereinen, deren provisorisches Kommando bis zur Ernennung eines ungarischen Ministeriums, Nikolaus Vay nebst den andern im Szeklerlande fungirenden kaiserl. Kommissären und der Oberst der Szeklerhusaren, Alex. Zsombori führen werden; endlich wurde der Baron Vay aufgefordert, die Festung Komlosch wie die andern wehrhaften Plätze im Lande mit Szeklergarnisonen zu versehen, und Mittel zu ergreifen, daß das fremde Militär aus Siebenbürgen entfernt werde. — In den walachischen Bezirken hat bereits der Bürgerstreig begonnen, und auf beiden Seiten hat man Vortheile und Schlappen erhalten. Dieser walachischen Bewegung haben sich auch die siebenbürger Sachsen angeschlossen.

Temesvar, 21. Okt. Von der Kriegslage ist eine strenge Verfügung erlassen worden gegen alle jene Kroaten und Slawonier, welche sich den Magyaren angeschlossen oder überhaupt das Vaterland verlassen und der geschehenen Aufforderung zur Heimkehr nicht Folge geleistet haben: ihnen ist jetzt die Rückkehr ins Vaterland strengstens untersagt, so lange das Zerwürfniß mit den Magyaren währt. Eigne Grenzwächter werden an allen Plätzen aufgestellt, um auf jeden Verdächtigen wachsamst Auge zu haben, kein Fremder darf daher ohne Paß eingelassen werden. Jeder Verdächtige wird über die Grenze zurückgeschafft, und wenn er ein zweites Mal zurückkehrt, auf so lange in Haft gesetzt, bis der Banalrath ihn für unschädlich erkennt. Das Stehlen, Rauben und Aufwiegler wird aus neue publizirt und für alle Gegenden Sicherheitskommissäre mit den ausgedehntesten Vollmachten ernannt. In Folge dieser Verordnungen hat das agrauer Komitat bereits die Verweisung aller Fremder, welche auf Aufforderung nicht zurückgekehrt sind, mit Sequester belegt. Die an den Drave bisherigen Truppen sind auf den Kriegsfuß gesetzt. (C. Bl. a. B.)

Aus der Lombardei schreibt die Bas. Zeitung: Die letzten Briefe aus Mailand melden, daß daselbst immerfort Alles ruhig sei; in Chiavenna dagegen sei ein Versuch gemacht worden, die Republik zu proklamiren. Radetzky hat seine Maßregeln getroffen, um dieser Demonstration baldmöglichst ein Ziel zu setzen.

Chur, 31. Okt. Der verheißene Aufstand im Veltlin und am Comersee hat, wie leicht vorauszusehen war, ein klägliches Ende genommen. 4000 Oesterreicher sind nach dieser Gegend beordert worden; einstweilen wissen wir nur daß man in Cleven stündlich dem Einrücken eines Theils dieser Truppen entgegensah, und daß beinahe sämmtliche männliche Bewohner gefloben sind. Die Mailänder Zeitung hat bis zum 28. des ganzen Vorgangs noch mit keiner Silbe erwähnt. (K. Z.)

Italien.

△ **Turin**, 28. Oktober. Nachdem die Deputirtenkammer die neue Rekrutenaushebung aus der Altersklasse von 1829 bewilligt hat, wurden nun die Provinzialräthen der Klassen von 1830 und 1831 Urlaubsgesuche mit Urlaub auf unbestimmte Zeit entlassen. Doch steht in diesen Soldaten, die wegen Annäherung des Winters, oder aus sonstwelchen Gründen immer, lieber unter ihren Fahnen bleiben wollen, frei, dies zu thun. Die Regierung hat nicht die geringste Furcht, den Krieg mit Oesterreich noch einmal aufzunehmen, trotz alles Drängens und Treibens der Opposition und ihrer Organe. Das Ministerium findet für seine Friedenspolitik eine entschiedene Stütze in der zwar nicht sehr starken, aber stets kompakteren Majorität der Deputirtenkammer. Auch am 25. stieß ihm diese treu, und gab ihm mit 79 Stimmen gegen 62 der Opposition ein Indemnitätsvotum für sein Verhalten bei Anrufung der Vermittlung Englands und Frankreichs. Der Kabinetspräsident Pinelli verlas in dieser Sitzung eine Depesche vom 1. August des frühreren Ministers Pareto an den sardinischen Gesandter zu London, worin dieser beauftragt wurde, Lord Palmerston zu ersuchen, daß er seine „guten Dienste" der italienischen Frage gewähren möge. Die Opposition wollte darin, daß jener Schritt ohne Zurathziehung der Kammern geschah, eine Ungesetzlichkeit und Verfassungsverletzung erblicken, fiel aber wie oben gezeigt damit durch. Die Kriegspartei erhebt im Augenblicke gewaltiges Geschrei darüber, daß man den berüchtigten Garibaldi habe fortziehen lassen, ohne ihm eine Stelle im Heere zu übertragen. Nichts ist komischer als die komödiantischen Titel des „Unbesiegten," des „Helden von Montevideo" (wo er nebenbei gesagt das Banditen- und Räuberhandwerk trieb), dann „des unbesiegtesten und glorreichsten Generals des letzten Kampfes," des Generals „dessen Name noch jetzt Schrecken verbreitet unter den Kroatenhorden," mit welchen man den getwiesenen Garibaldi ausschmückt. Die „Concordia" fordert „feierlich" das Ministerium auf, unverzüglich dieser Helden zur Rückkehr einzuladen und ihm in Piemont einen Oberbefehl zu übertragen, „wo seine Einsicht und sein unbezähmbarer Muth ein weites Feld haben sich zu zeigen." Inzwischen hat sich derselbe mit etwa 70 seiner würdigen Genossen zu Genua am 24. auf dem Dampfschiffe Pharamond nach Sizilien eingeschifft.

Schweiz.

Freiburg. Die Berner Blätter schweigen von diesem Kanton, die N. Z. Z. bringt mehr oder weniger glaubhafte Anekdoten, wonach das Riesenkomplott auf kleine Dimensionen zusammenschmilzt. Von der Kolonne von Rue wird berichtet: „Die ersten Angaben über die Stärke der Kolonne von Rue waren so übermäßig stark, daß es zweckmäßig sein wird, dieselben zu berichtigen. Aus den amtlichen Untersuchungen ergiebt sich, daß sich keine 200 Mann dahin befanden, und daß ihren von Viertelstunde zu Viertelstunde immer weniger waren. Als die Uebriggebliebenen, ermuthigt, den Rückzug antraten, da traten sie vor ihre Gefangenen, erklär-

ten denselben, daß sie bestochen und verführt worden und baten sie um Verzeihung, indem sie hinzusetzten, nun, werthe Herrn, sind wir eure Gefangenen." Solche Thatsachen lassen schließen, daß es an Plan und gemeinder Leitung gefehlt habe. — Daß man aber eine solche herauszubringen sucht, ist ganz natürlich, da R. J. J. schreibt: „Bis jetzt ist die Mißwirkung zweier aristokratischer Familien Thatsache, nämlich die Maillard'sche von Rüe und Gotrau von Leschelles, bei welch letzterer Hr. Marilley Haushälterer gewesen und von welcher er neulich ein Geschenk von zehntausend Franken erhielt. Die Herren beiden Namens haben sich gestichtet." Wir erinnern, daß diese beiden „Familien" keinen nach dem neuesten Rechtsgrundsätzen straf man die Familien. Vater, Mutter, Brüder, Schwestern, Töchter, für die politischen Vergehen ihrer Verwandten) im s. g. Amnestiedekret mit hohen Summen bedacht sind. Ja es vielleicht darauf abgesehen, ihnen auch noch das Uebrige zu nehmen, das man im Vergessenheitsdekret ihnen zu nehmen vergessen hat! (Basler Ztg.)

Frankreich.

* **Paris**, 30. Okt. Es war während fünfzehn Jahren eine Hauptliebhaberei der Republikaner, der Legitimisten und ihrer blinden Verbündeten unter der Fahne des weithin tönenden Barrot die Monarchie mit der sprmwährend zunehmenden Wohlfahrt, die allerdings in den verschiedenen Abonnerden ein bischen zu oft und zu wohlgefällig erwähnt worden sein mag, durch Aufzählung aller Bankerotte, durch Ausmalen der Handelskrisen mit Schgrinne und Kohlschwarze und durch Uebertreibung der geringsten Ausfälle in den öffentlichen Einnahmen zu necken und zu ärgern. Nun sind sie am Ruder und es ergibt sich, daß die Pariser Kleinhändler, deren Geschäft durch die glorreiche Februarrevolution zerrüttet wurde, gegenwärtig von den Steuerämern der Republik mit zahlreichen Ausständungen bedroht werden. Zettel, welche den Verkauf von Hausrath und Waarenvorräthen wegen rückständiger Steuerzahlung anzeigen, finden sich allenthalben an den Fenstern und Thüren der kleineren Buden angeschlagen. Ist es, da die Revolution solchen Segen bringt, ein Wunder, wenn aus dem Departement Calvados geschrieben wird Hr. Guizot hätte bedeutende Aussichten bei den nächsten allgemeinen Wahlen in dem genannten Departement zum Repräsentanten des Volkes gewählt zu werden? — Während Guizot wieder auftaucht, läßt sich Ludwig Napoleon feiern und hofiren, als wenn er schon in Notre Dame zum Kaiser gesalbt worden wäre. So wurde er in St. Germain en Laye mit Blumen, Blumenstrauß u. s. w. empfangen. Die Armen wurden mit Kaffee freigebigkeit bedacht; kurz daß er noch nicht Sire angeredet wird, ist Alles. Um den Wirkungen solcher Festlichkeiten, mehr aber noch dem Zauber entgegenzuarbeiten, der dem Namen Napoleon innwohnt, soll in der Nationalversammlung der Vorschlag gemacht werden, von der Präsidentschaft alle Mitglieder von Familien auszuschließen, die je über Frankreich regiert. Hoffentlich wird Nichts daraus; es ist gut, daß der Held von Straßburg und Boulogne das Suez Frankreichs in die Hand bekomme, damit das Land von dem bonapartistischen Koller geheilt werde, nachdem es von dem republikanischen Fieber schon halb und halb geheilt ist.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 2. Nov. Bayer. 3½proz. Obligationen 75½ B. — G. 4proz. 86 G. Bankaktien 11. Semstter 572 G. Promessen 35 B. — G. Oesterreich. 5proz Metall. — B.

Die Berliner Abendpost vom 31. Oktober ist uns heute nicht zugekommen.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 5. Nov.: „Don Juan," Oper von Mozart.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. Chevalier Unvarsky, aus Italien. Delmerre, Banker, von Paris. Scott und Brown, Rentiere, aus England.

Blaue Traube. Morsiaro, Ingenieur, von Köln. Schwarz, Direktor, von Miesbach. Achleitner, Bezirksrather, von Ling. Illiat, Gutsbesitzer, von Paradis. Dr. Bartenstein, von Hildesheimsen. De Paris, Kaufmann, von Innsbruck. Boerzg, Studirender, von Bamberg. Dr. Billing, von Fürth. Fräulein Mollarad, von Paris.

Stachusgarten. Schaude, Studirender der Philosophie, von Birsen. Albrecht, Studirender, von Sargens. Schirk, Studirender, von Luzern.

Gestorbene in München.

Maria Anna Stader, königl. Mundbäckerswittwe, 72 J. a. Johann Lackner, Gutsbesitzer im königl. 1. Artillerieregiments-Fuhrwesen, 22 J. a. Johann Mogg, bürgerl. Galanteriesiedler, 65 J. a.

228. (6a) Man sucht einen Tätelmeyer an einer englischen Stunde, welcher drei Gulden monatlich zu bezahlen hat. D Uebr.

Bekanntmachung.

227. Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das den Josepd und Elisabetha Schreiber'schen Ehleheleuten zu Neulohen, königl. Landgerichts Freising, gehörige Dobrunder-Anwesen zu Beuerberg, bieß Gerichts, im Wege der Zwangsvollstreckung in toto Beuerberg am

Montag den 11. Dezember l. Js.,
Vormittags zwischen 11 und 12 Uhr,

zum wiederholten Male öffentlich versteigert, und zwar mit den Bemerken, daß, — nachdem es der zweite Versteigerungstermin ist, — der Zuschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt.

Das fragliche Anwesen ist im Ganzen auf 11,569 fl. 12 kr. geschätzt, und besteht

1) aus dem halb gemauerten, halb zgzimmerten 2Stöckigen Wohnhause nebst Stadel und Stallung, einer Wagenremise und Backhäuschen;
2) aus dem Hausgarten zu etlichen 40 Dez.;
3) aus 41 Tagw. 70 Dez. Aecker und Wiesen;
4) aus 8 Tagw. 95 Dez. theils Wiesen, theils Waldgrund;
5) aus 21 Tagw. 70 Dez. Holzgrund, und
6) aus 4 Tagw. 84 Dez. Weiden-Schalgrund.

Die darauf ruhenden Steuern, Lasten und Gilten, sowie Kaufsbedingnisse können inzwischen und am Steigerungstage eingesehen werden.

Kaufslustige werden mit dem Bemerken hievon verständigt, daß sich gerichtsbekannte Gläubiger über Leumund und Vermögen auszuweisen haben.

Am 27. Okt. 1848.

Königl. Landgericht Wolfratshausen.
Martin,
Landrichter.

Höchst wichtige Erfindung für Bäcker Hefenhändler, Bierbrauerei- und Branntweinbrennerei-Besitzer, Konditoren, Kaufleute u. s. w.

226. Die erprobte, sehr deutliche, practische Anweisung zur Anfertigung einer in England ganz neu erfundenen, sehr weißen Kunsthefe oder Bärme, welche im trockenen und flüssigen Zustande, ohne Besorgniß einer Brauntweinbrennerei, in jedem Lokal und in jeder Quantität von Jedem selbst sehr billig gefertigt werden kann, trägtiger wie jedes andere Gährungsmittel wirkt, und sich Jahre lang, ohne zu verderben und ohne an ihrer Leichtkraft zu verlieren, hält, ist gegen portofreie Einsendung von 3 Thlr. preuß. Cour. oder 5 fl 15 kr. Reichsmünze (vorbehaltlich der Geheimhaltung) bei dem Unterzeichneten zu haben und durch sehr Nachahmung nur von demselben zu beziehen. Bemerkt wird noch, daß dieser Erwerbszweig besonders vortheilhaft und gewinnbringend ist, da sehr überall Mangel an guter Hefe ist und dieselbe zu guten Preisen bezahlt wird.

Schultz in Berlin,
Alexanderstraße Nro. 63, Königl. preuß. approbirter Apotheker, Chemiker und praktisch-technischer Fabrikant.

229. (2a) In eine vielbesuchte Modewaaren-Handlung wird ein gebildetes Frauenzimmer, welches schon als Verkäuferin in einem derartigen Geschäfte diente, sogleich aufzunehmen gesucht. D. Uebr.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Neuestes aus Wien.

* Die bereits in unserer heutigen außerordentlichen Beilage gemeldete Niederlage der Ungarn wurde von dem Feldmarschall Fürst Windischgrätz nach den Provinzen verkündet durch die folgende

Telegraphische Depesche.

Angelangt in Wiener-Neustadt 31. Oct. 9 Uhr Früh.

Fürst Windischgrätz an Oberst Horvath zu Neustadt.

„Die ungarische Insurrektions-Armee ist gestern Früh bis Schwechat vorgerückt, wurde aber von meiner Armee angegriffen, und bis Schwadorf zurückgeworfen. In Wien benützt man die Bewegung der Ungarn, u. die Kapitulation zu brechen, und die Unterwerfung zu verweigern. Dieser Versuch scheiterte an meinen Maßregeln, und die Besetzung der Stadt wird heute geschehen."

Angelangt zu Graz am 31. Oct. 1848, halb 7 Uhr Abends.

Spannocchi.

Die „Grazer Zeitung vom 1. Nov." meldet den am 31 Oct erfolgten Einzug der k. k. Truppen in Wien, nachdem zuvor die Magyaren zurückgeschlagen worden waren. Wien hatte auf letztere Nachricht hin, nachdem man zuvor aus der Stadt mittelst Ballonen und anderer telegraphischer Werkzeuge mit den Magyaren korrespondirt hatte, freiwillig seine Thore geöffnet, und die Truppen begannen mit äußerster Vorsicht den Einzug: sie gehen nämlich ganz langsam vorwärts, und betreten eine Straße erst dann, wenn selbige vorerst entwaffnet worden ist. Messenhauser, der Oberkommandant der Nationalgarde, soll gefangen sein.

† Hietzing bei Wien, 31. Oct. Der demokratisch-magyarische Aufstand von Wien darf von diesem Augenblicke als vollständig ertrückt betrachtet werden. Niemand hat die Aktivität der Anarchisten eine solche Widerstandskraft entwickelt, nirgends einer so großen Mittel verfügt: ein Wunder, daß der Kampf so heftig, blutig und barnäckig war. Ist nicht noch mehr Unheil zu beklagen, so haben wir dies allein dem besonnenen Vorschreiten des Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz zu danken. In einer verhältnißmäßig kurzen Zeit von 9. bis zum 24. Oct. wußte er eine so bedeutende Heeresmacht um Wien von allen Seiten bei zusammenzubringen. Der schwierigste Punkt war der an meisten Schonung und Umsicht erforderte, war die Vorbereitung einer so großen Truppenmasse im eigenen Lande. Doch alle Schwierigkeiten wurden überwunden. Die imposante Militärmacht Oesterreichs hat sich bei diesem Anlasse in ihrem vollen Glanze wieder gezeigt. Man darf sie wohl gegenwärtig auf volle 400,000 Mann anschlagen, wenn nun die italienische Armee auf wenigstens 100,000 Mann berechnet, die Besatzungen der Festungen, die in Galizien, Krakau, Tirol, Siebenbürgen, Illyrien und Mähren befindlichen Truppen, dann die bewaffneten Scharen im südlichen und nördlichen Theil von Ungarn (Kroaten, Serben, Slavonier u. s. w.) in Anschlag bringt. Und diese Truppen sind von der vortrefflichen Beschaffenheit der jüngsten Tage vom trefflichsten Geiste beseelt, wohl disziplinirt und an ihrer Spitze befinden sich ausgezeichnete Führer. Besonders in letzterer Beziehung steht Oesterreich keinem europäischen Staate nach. Heerführer wie: Radetzky, Windischgrätz, Jellachich, Wohlgem. Hch., Prinz Karl und Felix Schwarzenberg, Franz und Friedrich Lichtenstein, Clam-Gallas, Zerbeloni, Wist, Hartlieb, Schönhals u. s. w. haben ihre Tüchtigkeit erprobt, und besitzen ganz die Eigenschaften, um das Vertrauen und die Liebe der Soldaten zu gewinnen. Eine Art von Freimaurerei herrscht in der österreichischen Armee in allen Graden derselben. Ueber die Ehre der Waffen wacht der letzte Soldat nicht minder eifersüchtig, als der Oberbefehlshaber. Dies hat sich auch bei den traurigen Wiener Ereignissen gezeigt. Die Wiener Demagogen hatten alle Künste und Mittel aufgewendet, die Soldaten zum Meineid zu verleiten. Diejenigen Abtheilungen mehreren deutscher Grenadierbataillone und Artilleristen, welche am 6. Oct. in den Aufrührern übergingen, wurden in den Gefechten vom 26. bis 28. Oct. von den Studenten und Mobilgarden in erster Linie vorangetrieben und da von den erbitterten k. k. Truppen ohne Gnade nies dergemacht. Mehrere solcher Abtrünnigen, welche verwundet, oder sonstfällig um Pardon, jedoch vergebens. Die Besorgniß vor einer Demoralisation der Armee durch die bestandene Bearbeitung von Seite der Demagogen ist jetzt gänzlich verschwunden. Die Truppen aller Zungen wetteifern wieder in Treue und Pflichteifer. Die frühere Besatzung von Wien unter Feldmarschalllieutenant Graf Auersperg that es ganz gleich den böhmischen Regimentern wie den Kroaten u. s. w. Der Verrath der Magyaren hat in dieser Beziehung nur Gutes gewirkt. Sind auch einzelne ungarische Husarenabtheilungen wie von Saaz in Böhmen durchgebrochen, und in geradem Wege nach Ungarn entwichen, so sind dagegen auch andere ungarische Husarenregimenter in ihrer Vollzahl treu geblieben, oder zu Jellachich übergetreten. Der Banus ist der Held des Tages, ein wahrhaft antiker Charakter. Voll Feuer, mit der Gabe der Beredsamkeit, und kühn im Vorangehen wie Keiner, ekletisirt er die unter ihm fechtenden Truppen. Am 28. hatte er in wenig Stunden alle Linien gegen die Leopoldstadt, die Landstraße und das Belvedere hin durchbrochen, alle Barrikaden erstürmt, die wichtigsten Stellungen genommen; und wäre am 29. so fortgefahren worden, so war schon an diesem Tage der Fall Wiens unausbleiblich. Allein Fürst Windischgrätz gab sich in einem Gefühle milder Schonung noch immer der Hoffnung hin, daß die Wiener sich freiwillig unterwerfen würden. Und indem er die Hauptstadt, wo die k. k. Burg, die Bank, alle Archive, Schätze und Kunstsammlungen vereint sind, schonen wollte, gab er noch am 29. Beranlaßt, ließ sich durch Deputationen und Parlamentaire des Gemeinderaths und der Nationalgarde, die leider in Wien nicht mehr Herr waren, hin halten. (Den weiteren Verlauf vom 30. Morgens an bis nach der gänzlichen Niederlage der Ungarn an demselben Tage, so wie die am 31. erwartete Auslieferung der Rädelsführer haben wir bereits in unserer außerordentlichen Beilage von heute Morgen gemeldet.) Die Einzelheiten und näheren Umstände der ganzen Belagerung von 22. bis 31. Oct. werden ohne Zweifel allmählig bekannt werden. Der Feldmarschall wird selbst nicht nach Wien gehen, sondern sein Hauptquartier in Schönbrunn aufschlagen. Der Reichstag in Wien besteht thatsächlich nicht mehr, da die nothwendige Anzahl von Mitgliedern zur gültigen Beschlußfassung nicht mehr vorhanden ist.— Vom Aufgeben der Lombardei und Venedigs wird wohl jetzt noch weniger als je die Rede sein können, denn der Ausgang der Dinge hier kann nicht verfehlen, wie überall in ganz Europa, so besonders in Italien, den mächtigsten Einfluß zu üben. Was Oesterreich jetzt vor Allem noth thut, ist die Bildung eines tüchtigen Ministeriums. Die Namen, welche nebst Wessenberg genannt werden, sind: Graf Stadion, Bach, Brud, Felix Schwarzenberg, Mayer. Vor Allem müssen die Finanzen in tüchtige Hände kommen. Die erste und dringendste Aufgabe ist jetzt die Wiederherstellung von Frieden und Ordnung in Ungarn. Dortthin wird sich auch alsbald die ganze verfügbare Truppenmasse wenden. Von Reaktion kann und wird keine Rede sein!

Die Stellung der Völker Oesterreichs zur Monarchie.

(Aus dem Tiroler Boten.) *)

Ich will mich mit dem Kapitel befassen, inwiefern die Völker und Stämme der österreichischen Monarchie ein Verständniß ihrer Stellung zeigen. Tirol, das gewissermaßen seinen eigenen Weg geht, bleibt außer dem Bereiche. Die ersten, die ein treffendes Verständniß offenbarten, waren die Slovaken, Kroaten und Illyrier u. s. w. Gerade diesen, die der Civilisation am fernsten stehen. So wie die magyarischen Separationsgelüste die Masse fallen ließen und eine Haltung annahmen, die mit dem fernern Bestande der Gesammtmonarchie ganz und gar unverträglich war, und in einem noch unerträglicheren Maße praktisch gehandhabt wurde, seitdem sie sich dem entgegen, denn sie erkannten alsbald, daß für das ganze Völkerkaiserthum Oesterreich und seine Nebenländer seine Zukunft sei, als bei Oesterreich. das sie, wenn Oesterreich zerstreut wird, zu schwach, für sich zu bestehen, in sich zerrissen und zerspittert, keinem andern Looke entgegen gehen würden, als in einem wüsten Chaos zerrieben eine Beute der Fremden, wahrscheinlich des russischen Kolosses zu werden.

Seit dem haben sie treulich zu denen gehalten, die Oesterreich, das große thätige Oesterreich, nicht aus der Geschichte verwischen lassen wollen. Sie haben Ihnen gehelft in einer Zeit, die an die alten Heldichten macht und worüber die civilisirte Welt staunen muß: treu und fest halten sie in einer zerrissenen Welt an ihren Führern; sie haben unsere Schlachten in Italien geschlagen, sie standen vor Pesth, und stehen nun vor dem meuterischen Wien; bis nach Bosnien und Montenegro und in die Donau-Provinzen zieht sich die Bewegung in analoger Richtung.

Es gehört die ganze kurzsichtige Vornirtheit unseres spießbürgerlichen Liberalismus dazu, um eine Bewegung der Völker in dieser Breite und Tiefe von einer Hof-Intrigue herzuleiten.

Hat aber der Hof mitgewirkt, so zeigt er eben dieselbe richtige Erkenntniß für das, was dem ganzen Oesterreich noththut, und eine gesund urtheilende Nachwelt wird ihm dafür Dank wissen.

Gehen wir auf die nördlichen Slaven über, so haben sich diese im Norden Ungarns im Ganzen bisher noch ruhig verhalten, aber sie scheinen nur des Signales zu warten, um sich der Fahne ihres südlichen Stammes anzuschließen.

Der galizische Bauer und der Ruthene halten fest an Oesterreich, sie haben freiwillig Steuern antizipirt, sie haben ihre Kontingente zur Armee mit Freuden gestellt, während Wien nicht errothete, im Momente der größten Bedrängniß für sich ein Privilegium der Rekrutirungsfreiheit zu erzwingen.

*) Wir theilen hier die Ansichten eines hochgestellten Mannes, der indessen den Gesichtspunkt seiner Stelle, über die wichtigste Frage der Gegenwart in Oesterreich mit. Man wird seine Anschauungen mitunter scharf finden, aber man wird ihnen nicht das Verdienst eigenthümlicher, freier Auffassung absprechen können, und sie haben jedenfalls das weitern Bedenkens werth halten, auch wenn man sie in ihrer ganzen Schärfe nicht theilt. (Die Red. d. Tyr. Boten.)

Der antiösterreichische polnische Edelmann nährt in Prag und Wien Aufruhr und Meuterei, aber daheim findet er für sein Säudengelb keine Banditen, er darf sich kaum selbst lassen, denn er läuft Gefahr, erschlagen zu werden.

Der slavische Bürger, ein noch einfacher Schlag Menschen, fand sich nicht minder abgeneigt in seiner Stellung zurecht. Als Böhmen separatistische Tendenzen verfolgte, sprach sich der gemeine Bürger auf das bestimmteste dagegen aus. Die Versuche zahlreicher Emissäre, Geld, fruchtlicher Fanatismus prallten an ihm ab, er wollte Bürger bleiben und zum großen Kaiserthume gehören, aber nicht Knechte werden.

Nicht so stark — und unbegreiflich war in einem ersten Griffe der Epoche, der civilisirende unter den Slaven, wo die gebildete Klasse und literarische Eitelkeiten die Sache in die Hand nahmen.

Man träumte von einem Slavenbunde unter czechischer Hegemonie, wobei jene Notabilitäten ihre Stelle fänden, und verfolgte daher vorerst den majorisirenden Festsetzen des Fürsten Windischgrätz.

Im Lande zeigte sich bei weitem nicht die Sympathie, die man erwarten haben mochte bei dem Landvolke nähren zu können.

Wien aber that abermals das Seine redlich, um wo möglich Böhmen wieder zu verlieren. Selbst scheint man die Czechischen Deputirten fest zusammen haben. Bei dem Reichstag standen die czechischen Deputirten fest zusammen, um die Monarchie in ihrem Ganzen zu halten. Sie wollten weder Italien, noch Ungarn aufgeben; ihren Widerstand suchten die Linke und deren Satelliten (die letzteren meist habe und vaterlandslose Gesindel, jüdische Literaten u. f. w.) durch die legte Revolution zu brechen. Die seitherigen Ministerialen der Prager Statthalterei wurden und der nach Prag emigrirten Ministerialen der Prager Statthalterei wurden und der nach Prag emigrirten Reichstagsdeputirten sind bekannt; die Stimmung scheint entschieden gegen Wien, man wollte den Fürsten Windischgrätz auch einen Fackelzug feiern, zu Ehren der abrückenden Garnison wurde zu Tabor und Königsgrätz feierlich gelautet u. f. w. Die ganze slavisch-österreichische Welt schrint nun einerstanden, sie könne ein schwgendes Dach nur in dem österreichischen Kaiserthume finden. Die Bestrebungen des Magyarismus sind durch seine Thaten offenbar; daß er im unbesiegbaren Spiele nicht — gewiß nicht für die Dauer gewinnen könne, scheint zweifellos, was sollen die wenigen Millionen in dieser Stellung? Werden sie das Doppelte bis Dreifache mannhafter Bevölkerung, die sie unschließt, zu einem Heldenmuth zwingen, der selbst den Gebrauch der Muttersprache verbieten?

Würde diese etwas anderes sein, als ein Dorn im Fleische, um beständig Geschwüre zu nähren? Wenn konnte dem Wiannisse noch den Anfrich literarischer Selbsterhaltung geben, stünde an einer Spitze ein anderer Mann als ein antüchtiger, bankrotter Flokal, une wären seine Waffen offene und nicht Lüge, Betrug, Bestechung und Verleitung zum Meineide und Meuchelmorde, wie sie es sind.

Die deutsche Bevölkerung aufsrhalb Wien hat bisher, wenn man Triest und Tirol ausnimmt, weder That noch Unbildlichkeit bewiesen.

Gedankenlose Nachäfferein Wiens, Kasperunfiken, Spiel mit deutschen Fahnen, mit Monarchie auf demokratischer Basis, banaler Enthusiasmus für ein einziges Brunschrade ohne irgend einen festen Begriff, was man damit wolle, ob Oesterreich in die deutsche Einheit realiter einreten könne, ohne darin aufzugehen, ob es in den einzigen Deutschland aufgeben und doch Oesterreich bleiben könne, was mit jenen Provinzen Oesterreichs geschehen soll, die keinenfalls deutsche werden können, und was mit denen, die es nicht werden wollen, wie der größere Theil Böhmens, und derlei Fragen, auf welche man klägliche jeder Antwort ausweicht.

Ich komme man auf die Wiener, dieß verhängnißvolle Mischvolk, das nichts anderes thun, als daß es seine gemeinen Verzwängungen auf ein anderes Feld übertzt.

Es hat für nichts Sinn, als für die seiwole Lust an maßloser Lazivität, die sie Freiheit nennen, keinen andern Ehrgeiz, als, was Irrigen und Revolutionäres zeichcht, wo möglich mit Ueberstreibung nachzuahmen. Es will nicht republikanisch werden, aber es weiß auch nicht konstitutionell zu sein, denn es konnte weder parlamentarische Majorität, noch das durch seine Volksmänner gebildete, von seiner Majorität entschieden unterstützte Ministerium auch nur wenige Wochen ertragen. Es spricht von deutscher Gesinnung, offenbar ist ihm eben so wenig damit Ernst; am wenigsten will es Oesterreich sein, und jedes Bubenstück, welches das alte Kaiserthum zerspringen soll, wird dort mit Akklamation angezeigt, findet dort seine beredtesten Helfer und Helfershelfer und nirgends mannhaften Widerstand. Es nennt sich durch und durch demokratisch, und rumort im Solde landsklavischer, polnischer Aristokraten und italienischer Nobili.

Nachdenker will es Galizien, Böhmen, Italien und Ungarn trennen, und selbst nichts weiter werden, als ein verfassenen Gränzort, dort an den Marken eines nebelhaften Magyaren-Reiches. Es hat keinen Sinn für die Ehre unserer Waffen, keine Sympathie für unsere Siege, keine Männer für unsere Armee, aber um Geld und rohe Genüsse ist es für alle zu haben, die es brauchen. Ich weiß nicht, ob eine solche Verblendung, ein solches Verkommen alles besseren Instinkte in der Geschichte, wo anders seines Gleichen findet, als in den schmachvollen Blättern des byzantinischen Verfalles.

An dieß Gesagte knüpfe ich zwei Bemerkungen:

a. Die Völkerkämme, wie man rohe nennt, zeigen richtiges Verständniß, wirkige Thatkraft, je näher sie dem stehen, was man Civilisation nennt, desto näher stehen sie dem entgegengesetzten Zentrum.

In großen Momenten tritt aber nur das genuine Gefühl das Rechte, und steht mannhaft dafür, ein zugetheilter Verstand und das ausgelaugte Gemüth aber verkommen in schmählicher Nacht- und Thatlosigkeit.

b. Wir steht der Gedanke der deutschen Einheit jetzt doch, aber Oesterreich wird deutsch werden, es soll mit Deutschland in näherer, in reich tann nicht deutsch werden, es soll mit Deutschland in näherer, in mehr als allgemein völkerrechtlicher Beziehung stehen, aber aufgehen kann es darin nicht.

Es kann verfallen, und Deutschland kann einige Provinzen gewinnen, aber um welchen Preis? Italien geht damit verloren, und an der östlichen Gränze, ja bis in sein Herz hinein — Böhmen — erleben wir eine chaotische Bewegung kräftiger, durch ihre Absonderung Deutschland feindlicher Stämme, die bereits gevorden, sich nicht zurecht finden können.

Sie können nicht selbstständig sein, und werden sich weder unter sich vereinigen, noch Deutschland unterwerfen, und dahinter steht der russische Kolos, der sich nitgnügt die Hände reibt.

Die Pariser Nationalgarden zu London.

** Unsere schönen und anwesenlosen Feierinnen haben vielleicht in dem Sturm und Drang der letzten Weltereignisse auch die pikante Tagesbegebenheit nicht ganz überseben, daß das weiland perfide Albion seit einiger Zeit von ganzen Schwärmen französischer Bürgerwehrmänner besucht wurde, welche das alte monarchische Symbolum des herzlichen Einverständnisses durch republikanische Spaziergänge in den Straßen Londons, wie durch abrechselnden Genuß der Marseillaise und des God save the Queen zu erneuern und zu verherrlichen sich bemühten. Die englischen Blätter haben über diese internationalen Wallfahrten, wie sonst über dasst und allerhöchste Visiten ausführliche Berichte und erbauliche Betrachtungen geliefert, in denen die altenglische Gastfreundlichkeit mit dem derben, den Landsleuten Shakspeares geläufigen Humor Hand in Hand gehen. Wir theilen aus dem Morning Chronicle einen der feineren dieser Aufsätze als Kuriosität und Beiusligungsquelle mit: „Wenn ein Engländer einen wirklichen und leibhaftigen Nationalgarden mit seinem Tschako, seinen Epauletten und dem Uebrigen sich unter die Menge von Lustgatehli mischen und in einem Omnibus ruhig seinen Platz nehmen sieht, so ist das erste Gefühl, das er empfindet, mit einigem Erstaunen verbeis Mitleid. Dieser Herr sieht aber doch zu sehr wie ein Soldat aus, als daß man ihn für einen verkleideten Sochen (Gaffer) halten sollte, er thut gewiß zehnmal fürchterlicher als ein englischer Veteran, dessen äußere Erscheinung gewöhnlich die eines ernsthaften, ernsten, entschlossenen, fest einberschreitenden, bochgetragenen und wohlgeleiteten Individuums ist. Der Franzose ist vielleicht nicht sehr groß und einigermaßen unterseyt (???), allein er macht sich ein martialisches Gesicht, wenn die Umgebungen seiner Statur etwas ausgelegirten ist. Aber das wenn wirklich diese Stirne, über welche der Tschako so natürlich thront, ist man zu fragen geneigt, sich je über das Buch, wo Soll und Haben verzeichnet stehen, gebeugt? Diese Hände, die so gerne nach einer Muskete greifen, konnten sie je, wenn ihr Besitzer zu seinen Penaten zurückgekehrt war, zur Handhabung des Ellenmaßes und zum Wägen eines halben Pfundes Reigen sich entschließen? Können aber wir denken so ist nicht, wenn der Gedanke sich in seinen ehrlichen Ladenkönig in einen Kriegs- und Waffenmann verwandelt? Wer hat ihn denn den vermünschten Streich gespielt, seine Hadre böbartig zu verkürzen, seinen Hals in eine Strangulationsmaschine einzuschliessen und ihn von Kopf bis zu Fuß in eine militärische Verummung einzuzwängen? Was hat doch dieser brave Mann, daß er zu zur Unzeit eine to kriegerische und so nuplos fürchterliche Miene macht? Hat er während der Märsche und Gegenmärsche, die er in dieser militärischen Eigenschaft ausführt, doch wenigstens einige Vorsorge getroffen für seinen Laden, für Besorgung seiner Kunden und zur Ueberwachung seiner Leute und Dienstboten? Und was mag genau ausgerechnet die Summe der Verluste in seinem Geschäfte sein, in der höchstens nur zu Dreivierteilen Handelsmann und zu einem Viertheile Kriegsmann ist? Wie hoch mag sich dieß belaufen, ausgerechnet zu Pfunden Sterling, Schillingen und Pence? Danach fragt ein Engländer. Wenn wir auf den andern Seite Hrrrbrrrbe sehen, eintreten, hinein dürfen, den diese friedliche Invasionstruppe aus Frankreich in ihren Besuche in ihre Heimath zurückgebracht haben werde, so möchten wir sagen, daß ihr nichts so fehr aufgefallen sein dürfte, als die völlige Abwesenheit alles kriegerischen Apparats und aller Entfaltung militärischer Macht. Denn, nimmt man etwa eine rothe Uniform, die man da und dort unter den Spaziergängern des St. Jamesvark entdecken kann, dann zwei Militärfalten bei den Horse-Guards und eine ungeheure Schildwache aus, die gegen die Entstehung der National-Galerie aufgestellt und selbst in das Geländer dieses so traurig aussehenden Gebäudes eingezwängt ist; mit Ausnahme also dieser Militärgestalten werden die französischen Nationalgarden schwerlich auf ihren Spaziergängen etwas entdeckt haben, was wie das Spielzeug, das man Kriegsrüstung nennt, aussieht. Der Unterschied, den sie in dieser Hinsicht zwischen dem Aussehen in der Hauptstadt Englands und dem jeder andern Hauptstadt des Festlandes zu beobachten nicht unterlassen konnten, wird ohne Zweifel in den Augen unserer kriegerischen Gäste einen Kapitalschler begründet haben. Sie werden die Abwesenheit dieser kriegerischen Zurüstungen bemerkt haben, die dem Geiste des Friedens so angenehme Ideen einflößt, und obgleich der Publicd des Ueberfluses und des Reichthums einer blühenden Industrie, so wie der Zustand friedlicher Sicherheit sie zu einer, für ihre revolutionäre Hauptstadt einigermaßen ungänstigen Vergleichung veranlassen mochte, so wären wir doch

nicht überrascht zu erfahren, daß sie bei ihrer Rückreise das bekannte Liedchen geträllert hätten:

Les Anglais sur leurs trottoirs
Font de belles promenades,
Mais ils font mieux les rasoirs
Que les barricades. *)

Aber es hilft nichts: der Engländer ist einmal aus einem andern Teiche gebacken; er hat zum Soldatenspiel von Natur aus wenig Hang, und es muß sich um etwas Großes und Wichtiges handeln, damit er sich zum Schulter's Gewehr! entschließt. Wenn es sich dagegen blos um einen Ausflug zum Vergnügen handelt, so zieht er es in seiner Prosa vor, denselben nicht in der Form eines Infanteriebataillons zu machen. Für unsern Theil wären wir in diesem Falle ganz der Ansicht jenes Mandarinen, der in einer englischen Gesellschaft Herren und Damen eine Quadrille tanzen sah, und austief; „Allerliebst! in der That allerliebst! Aber warum läßt ihr denn nicht eure Patienten das Ding an eurer Stelle thun?"

---

* Zu Augsburg las man dieser Tage einen Maueranschlag, (Abdruck eines Artikels aus dem Lechboten,) unter der Ueberschrift: „Ein paar Worte an die Presse des Umsturzes." Wir theilen aus demselben folgende Stellen mit: „Unheilvolles Bestreben einer undeutschen Presse, die mit allen Mitteln für die verabscheuungswürdigen Plane einer blutlechzenden Partei kämpft, für eine Sache in die Schranken tritt, die, wird sie erzielt, den Ruin des Vaterlandes unabweisbar herbeiführen müßte: die alles Glaubens, aller Liebe, aller erhebenden Hoffnung baar, auch das deutsche Volk zu entmenschen, und durch glatte, gleisnerische Redensarten der im Hinterhalte lauernden Schreckensherrschaft in die Arme zu führen bestrebt ist. — Ihr nennt euch Deutsche? Deutsch und Ihr, welch' ein ungeheurer Kontrast! Nie war der Deutsche ein Verräther am eigenen Vaterlande, nie der Mörder des Glückes, der Treue und des Glaubens seiner Brüder! Aber Ihr seid es, seid es offen und heimlich, seid es mit jeder Faser eures haßerfüllten, rachebrütenden Herzens! Bublet ihr nicht seit lange schon um die Sympathien des Auslandes, um die Unterstützung eurer Gesinnungsgenossen im friedenlosen Westen? Habt nicht Ihr den fremden Räuberhorden die Thore geöffnet zum Einfall in des Vaterlandes Gauen? War't nicht Ihr es, die das Proletariat bis zum Wahnsinn aufgestachelt und zu blutdürstigen Kannibalen gemacht? Habt nicht Ihr unablässig gehetzt und gewühlt und verdächtigt und obenangestellt euer egoistisches Ich, eure fluchwürdigen Theorien, die allem Bestehenden, allem, was Zeit und Sitte und Natur geheiligt, den Untergang droht? Und Ihr wollt euch des Ehrennamens Deutsche bemächtigen? Ihr, in deren Adern kein Tropfen deutsches Blut rollt, in deren Herzen nicht wohnt die kleinste Sympathie für Deutschlands Größe, Einheit und Freiheit! Zwar sprecht Ihr von Freiheit, von Einigkeit, Brüderlichkeit. Aber diese Zauberworte sind nur der Köder, durch den die Massen gelockt und verführt werden sollen! Ja, Ihr wollt frei, mit Eurem Gelichter einig und brüderlich sein, bis Ihr das unerträglichste Joch auf den Nacken der leichtgläubigen Menge gelegt! Ihr wollt außer dem Gesetze und Rechte stehen, aber die Freiheit der anderen Parteien, die politischen Ueberzeugungen Andersgesinnter sind Euch ein leerer Schall, ein Wahn, für Euch gar nicht da! Und Eure eigentlichen Plane, Euer Ziel? O, wir kennen beides! Habt Ihr ja dessen nicht allzugroßes Hehl: — Ihr wollt Anarchie, Bürgerkrieg und — die rothe Republik! Und glaubt Ihr, es wird Euch gelingen? Wähnt Ihr, das große deutsche Volk, die gesinnungstüchtige, ehrenhafte Mehrzahl desselben wird sich so schnell unterjochen, so rasch sich dem Untergang zuführen lassen? Eure Mittel sind zwar wohl gewählt und tief berechnet, Ihr seid schlau, sehr schlau — aber sie sind, wie Ihr selbst, schlecht und verrätherisch! Man wird Gegenmittel finden, Euch und Eure Plane unschädlich zu machen. — Wie Ihr zur schlechten Sache Euch geneigt und zur Vernichtung aller Bestände Euch verschworen habt, so werden auch wir einen festen, unauflöslichen Bund schließen gegen das Laster und das hereinbrechende Verderben. Wo Ihr untergrabt, werden wir zu stützen, wo Ihr wühlt, werden wir zu bernhigen, und wohin Ihr den Feuerbrand schlendert, werden wir zu löschen suchen! Verdächtiget immerhin die Nationalversammlung, scheltet die Majorität „Vaterlandsverräther", ihre rechtlichen Führer „Volksfeinde", — meint Ihr, dieß vernichte sie, oder mache uns verstummen? Wir überzeugen dagegen leicht die Welt, daß Ihr alles dieß in der That seid, was Ihr Jenen nur anzudichten sucht, aber nimmermehr beweisen könnt! Und ruft Ihr uns das beliebte, längst verbrauchte „Fürstenknechte," oder das nicht minder abgenützte „Reaktion" entgegen, so sagen und beweisen wir Euch wieder durch die That, daß wir die Freiheit, die wahre, beglückende Freiheit für Alle erstreben, daß Ihr aber für Euch allein sie wollt, für uns alle Andern aber eine Knechtschaft in Bereitschaft habt, wie sie noch kein Despot der Erde übte, wie sie nimmermehr das eiserne Joch des eisigen Nordens zu erzeugen vermochte ꝛc. ꝛc."

*) Die Engländer machen wohl schöne Spaziergänge auf ihren Fußwegen, aber sie machen die Rasirmesser besser als die Barrikaden.

Die Verhältnisse de
d

** Wir haben vor einigen
richt über die Ergebnisse der pr
getheilt, dessen Verfasser die Ti
Wir erhalten nun von geehrter
Mitglieder der Generalsynode a
richtet haben und welche lautet
ordentlichen Generalsyn
bensgenossen in der Pf
Großes an uns gethan, daß sin
hundert Jahre, daß ein gesegn
Stande gekommen ist. Am 2
Friedensschluß der dreißigjährig
christlichen Kirchen in Deutschla
selben hergestellt worden. Als
sehen wir es an, daß an demsel
für unsere vereinigte Kirche in
gelegt worden ist, welches bei
wir zuversichtlich hoffen, die leit
bringen und dauernd erhalten w
ersehnte Ziel zu erreichen, haben
Verbindung der vereinigten Kirc
in München gelöst worden soll.
durch von der evangelischen Kir
len; vielmehr haben wir versuch
Verbindung mit derselben dadur
sittigen Synoden in einen unmi
den sollen. Um zugleich darzule
evangelischen Kirche Deutschlands
fortwährend stehen wollen, habe
des Gustav-Adolph-Verei
serer Kirche ein, sich demselben
Glaubensgenossen, lasset uns vor
Zank und Streit sei ferne von
und Vater, und nur einen H
„Daran wird Jedermann
seid, so ihr Liebe unter ei
1848. Die Mitglieder der Ge
Böhm. Böhnlein. Braun.
Franz. Fröhlich. German.
lenteiner. Hosens. König.
Müller von Meklingen. Müll
Saul. Schimper. Schellhaas.
weiler. Vogt von Nennkirchen.
genheim. Weber von Pirmasen
Finkenbach. Weißmann. Zimm
fällig war, uns das vorstehende
kanntes Freund der Ordnung, s
einigung von sehr günstiger Wirk
auf kirchlichem, sondern auch a
geben dürften. Die Trennung
chen wird als das Ergebniß ein
Richtungen sich wieder unter
in Hand gehen können. Wir kö
nungen sich verwirklichen, die v
Pfalz geäußerten Besorgnisse als

De
Großh. Hessen.

beutigen Sitzung des konstitution
kanntlich mehrere tausend Mitgl
aber sehr viele hiesige Bürger,
fermann's, von ihm am 16.
furt mit so großem Beifall geha
anlaßt durch die Frage der zu g
die Abgeordneten Zitz, Schlöffel
mein die größte Anerkennung ge
ein Dankadresse an den Abg. B
beschlossen, dieselbe in folgender
Freiheit durch eine besondere De
furt zu übersenden:

Die von echtem Muthe zeug
verehrtester Mann, jüngst wieder,
für das Wohl unseres geliebten
hat in den Herzen aller wahren
und erhebenden Eindruck machen
Erhaltung der Freiheiten und
Gesetzes und der Ordnung, in
narchie glänzend und siegreich ver
gethan, daß die Einheit, die Ehr
landes, dieses hohe Ziel der Seh

die Vereinigung der verschiedenen deutschen Stämme unter einer kräftigen Reichsgewalt zu erlangen sei. Sie haben fernt frechen anarchischen Bestrebungen, die Deutschland schon so viele Wunden geschlagen und sein Glück in den Blut einer dem Volke wider seinen Willen aufgezwungenen Revolution zu untergraben brauchbichten, ohne Scheu ans Licht getragen, und Das Alles haben Sie nach Ereignissen und unter Vorgängen gethan, in deren Nähe nur der wahre, aus der heißesten Liebe zum Vaterlande entspringende Muth solche Bekennnis abzulegen die Kraft verleiht. Deutscher Mann, nehmen Sie dafür den wärmsten Dank gleichgesinnter deutscher Männer hin. Wo deutsche Herzen schlagen, da schlagen sie auch ihnen. Möchte nur die Noth des Vaterlandes überall gleiche Kämpfer für sein Wohl erwecken, die mit Ihrem Muthe und mit Ihrem Eifer für Deutschlands Freiheit, Ordnung, Kraft und Blüthe das Schwert des Wortes führen. Dann Heil dem Vaterlande!

Oesterreichische Monarchie.

Lombardei. — In Beziehung auf die Ausstände, welche hier ausgebrochen sein sollen, wird der R. Z. Z. aus Lugano berichtet, die Bewohner des Intelvithales hätten am 22. die dort befindlichen österreichischen Zollgarbisten und Gendarmen entwaffnet, 400 Oesterreicher seien in Folge dessen am 25. in Aragogo gelandet, um das Intelvithal zu besiegen, wären aber auf lebhaften Widerstand gestoßen und hätten sich mit Verlust auf dem Thale zurückziehen müssen. Mittlerweile sei auch die Bewaffnung des Veltlins aufgestanden, es habe sich zwischen ihr und den österreichischen Truppen ein Kampf entsponnen, die Oesterreicher seien von Como aus verstärkt worden ꝛc. Nach der Berichten der Gbuzer-Z. steht es mit diesem Aufstand im Veltlin nicht halb so gefährlich aus. Ein gewisser Spediteur in Cleven, Namens Dolzino, sei es, der an der Spitze von höchstens ein paar Dugend Männern die Fahne der Aufruhrs erhoben. Seine Helbenthaten beschränken sich darauf, daß er einige Schlagbäume und Brücken unbrauchbar gemacht und die österreichischen Adler in Cleven verbrannt hat. Die Dolzino'schen Proklamationen strotzen von Lügen. (Basl. Z.)

Venedig. Die Assemblea hat mit 105 gegen 13 Stimmen die diktatorische Regierung der Bürger Manin, Cavedalis und Graziani bestätigt und sie ermächtigt, unter Ratifikationsvorbehalt an diplomatischen Unterhandlungen Theil zu nehmen und Traktate abzuschließen. Da vor der Hand auf eine bewaffnete Intervention nicht zu rechnen sei. Die Vertheidiger der Bergfestung Osopvo wurden als um das Vaterland wohl verdient erklärt; den Verwundeten, Wittwen und Waisen derselben wurden Unterstützungen zuerkannt. — Die Finanznoth nimmt überhand. Seit dem Beginn der Revolution hat Venedig 26 Millionen Lire ausgegeben: eben wird ein neues gezwungenes Anlehen von 2 Millionen Lire ausgeschrieben. Die Geldverlegenheit in Italien kommen nur spärlich: Ferrara hat 1041 Lire gesandt. Lebensmittel kommen noch immer in Borken an; doch ist der Preis des Fleisches schon 90 Prot. höher als in gewöhnlichen Zeiten. Die Zahl der Truppen, die in den Forts liegen, beträgt 13,733 Mann einheimische und 6122 Mann Hülfstruppen. Die Seemacht umfaßt 96 bewaffnete Fahrzeuge jeder Art. (Basl. Z.)

Italien.

Genua, 24. Okt. Die wiederholten Versuche der republikanischen Partei dahier, die obschon sehr zeitig an Zahl, doch sehr thätig und rasch ist, sind kläglich ganz besonders darauf gerichtet gewesen, das Heer abwendig zu machen. Es war ihr gelungen, einen theilweisen Aufstand in der Brigade Regina vor etwa 12 Tagen zu erregen, welcher aber schnell durch das muthige und weise Verfahren des Divisionsgenerals de Trotti beschwichtigt wurde. Natürlich aber haben jene Aufregungen keineswegs aufgehört; und um sowohl ihre Gesinnung an den Tag zu legen als auch, um die Unvorsichtigen über Gefinnung an den Tag zu legen als auch, um die Unvorsichtigen über Gefahr aufzuklären vor der Strafe zu schützen, welcher mehrere der meuterischen Soldaten an jenem Tage verfallen sind, hat die hiesige Garnison ein Schreiben an die Mitglieder des Circolo Italiano dahier erlassen, worin jene Aufwiegelerien gebrandmarkt werden. Diese Zuschrift, deren Verfasser ein Hr. Grillo, Feldprediger bei dem Bataillon Real Navi sein soll und deren Druck derselbe jedenfalls besorgt hat, ist die Ursache eines gänzenlosen Auflaufs vor jenem Manin gewordenen, welcher bereits vor einigen Tagen auf offenlicher Straße insultirt worden ist wurde. Nur mit Noth gelang es ihm, dem auf ihn aehetzten Pöbel zu entgehen, und mehrere Nächte wagte er es nicht in sein Quartier zurückzukehren, sondern suchte in den Gemächern des Gouverneurs. Dadurch aufs äußerste gebrachten, begaben sich etwa 20 Offiziere jenes Korps am Samstag Abend in die Sitzung des Circolo Italiano, wo es ihnen nicht schwer fiel einen heftigen Streit herbeizuführen und mit gezogenen Säbeln richtig auf die Mitglieder jenes Circolo loszustürzen. Bald den Offizieren mischten sich mehrere verwundet, wobei aber mehrere von den Republikanern bei ihrer nächsten Sitzung einen ähnlichen Besuch verworfen haben. Da der Circolo heute seine Sitzung gehalten, so ist die Ruhe der Stadt nicht gestört worden. Uebrauf wo sich Truppenbetachements befanden, erschollen von Zeit zu Zeit unter der versammelten Menge laute Lebehoch. Von Tag zu Tag befürcht sich jedoch die Meinung, daß ein sehr ernstes Einschreiten der Staatsbehörden durchaus nothwendig sei, um die so sehr gestörte Sicherheit der Stadt wiederherzustellen, was mit der fernern Existenz jenes Circolo ganz unvereinbar scheint. (Allg. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 30. Okt. Vergangenen Donnerstag wurde den Gefangenen und zum Tode verurtheilten H-S. Smith O'Brien, Meagher und O'Donohoe die offizielle Nachricht mitgetheilt, daß die über sie ausgesprochene Todesstrafe in lebenslängliche Deportation verwandelt worden ist.— Konsols 85½, 86.

Frankreich.

** **Paris**, 31. Okt. Unsere Klubbs sind wieder in voller Thätigkeit. Jetzt beschäftigt sie vor allem die Präsidentschaftsfrage. Je rothe die Farbe des vorgeschlagenen Kandidaten, desto größer der Beifall, mit welchem der Name begrüßt wird. Die schwulstigsten Drohungen gegen die gemäßigten Männer fallen wieder in diesen Versammlungen. Ledru Rollin wird eine Rundreise im Süden machen, um zu Lyon, Marseille, Toulon, Toulouse u. s. w. für seine Kandidatur zu werben. Seine rothen Freunde bereiten schon Alles zu seinem Empfange vor. Aber Ledru Rollin angenommen, wird er nirgends viel erzielen. Der Moniteur bringt heute das Verbot politischer Maueranschläge kraft der Ordonnanz vom 10. Dez. 1830 in Erinnerung. Gestern war nemlich deren einer in großer Zahl an den Straßenecken gefunden. sogleich aber auf Befehl der Behörde abgerissen, und der Justiz zur Einleitung der Untersuchung übergeben worden. — Die gestern begonnene Verhandlung über das rektifizirte Budget zeigt auf Neue, wie traurig es mit den Finanzsüchten Frankreichs steht. Heute wurde die Debatte darüber fortgesetzt. — Der Konstitutionnel erklärt heute in der Präsidentschaftsfrage neutral bleiben zu wollen. Er hält aber die Erneuerung Ludwig Napoleons für wahrscheinlich.

Nachschrift.

* Es sind erst diesen Mittag zugekommene Abendpost vom 31. und Morgenpost vom 1. November aus Berlin bringt und die Nachricht von einem dort in der Nacht versuchten Putsche gegen die Nationalversammlung, um sie zu einem Schritte zu Gunsten der Wiener zu nöthigen. Der Handstreich mißlang. Die Bürgerwehr versagte nach Mitternacht die den Konterei-ß mit belagerten Mauern, wobei eine Anzahl Meuchtenbauer, die sich zwischen die Bürgerwehr und das Volk gestellt hatten, bedeutend verwundet wurden. Auch einer jener ominösen Schüsse war wieder aus der Menge gefallen, doch ohne weitere Folgen. Die Nationalversammlung beschloß, die Regierung aufzufordern, bei der Zentralgewalt schleunige und energische Schritte zu thun, damit die in den deutschen Ländern Oesterreichs gestiftete (?) Volksfreiheit und die bedrohte Existenz (?) des Reichstags in Wahrheit mit Ernst in Schutz genommen und der Friede hergestellt werde. Morgen Näheres.

In Brünn fanden am 29. Okt. Unruhen statt. Das Volk verlangte Organisation des Landsturms zur Hilfe Wiens. Die Ruhe ist jedoch wieder hergestellt worden.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 2. Nov. Oesterr. 5proz Metall. 68½, 4proz. 53½, 3proz. —, 2½proz. 35⅞. Bankaktien 1130. Pr. 500 fl.-Loose 117, 100 fl.-Loose 80 —. Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 92. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 75. — Bayer. 3½proz. 76. — Ludwigsb. Berbach. 68½. — Württemberg. 3½proz. 75½, 4½proz. 93. — Bad. 3½proz. 72½. Lotto-Anlehen à 50 fl. 45. 35 fl.-Loose 26. — Darmstädt. 3½proz. 74. 4proz. 81½. Lotto-Anlehen von 50 fl. 60½. 25 fl.-Loose 20½. — Kurhess. Frieder.-Wilh.-Nordb. 41½. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½proz. 80. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3proz 78, 3½proz. 90½, 86½. Taunusbahn 272. — Holländ. Integr. 45½. — Span. 3proz. innere Schuld 17½. — Port. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 68½. — Sard. 36 fr.-Loose 25½. Diste. 2.

Paris, 31. Okt. 3proz. 43.90. 5proz. 68.30. Staatsch. —. Bankaktien 1500.—. Stadtobligationen 1120 —. Bier Kanäle 840.—. Comptt. von Algier —. Betsp. 3proz. von 1840 77½. von 1842 77½. 4½proz. 72½. 3proz. —. 2½proz. —. Belg. Anl 655. Neap. 5proz. —. Röm. 5proz. 63½. Span. 3proz. —. Aktiva —. Passiva —. Piem. —. Holl. —. St. Germain —. Versailles (rechte) 107 50 (linke) 97.50. Orleans 603.75. Rouen 380 —. Havre 150.—. Marseill. 157.50. Basel 80.—. Bierzon 228 75 Boulogne —. Bordeaux 367.50. Nordbahn 331.25. Montereau —. Lyon 361.25. Straßburg 328 75. Rauen 313.75. Dieppe —. Creaux —. Montpellier —. La Teste —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen W

Samstag, den 4. November 1848.

Gänzliche Niederlage der Ungarn.

†Hietzing bei Wien 31. Oktbr. Gestern früh war die förmliche Uebergabe der Stadt erfolgt, der Gemeinderath hatte alle Bedingungen des Feldmarschalls, allgemeine Entwaffnung u. s. w. angenommen. Allgemein glaubte man damit den Kampf entschieden und beendigt. Die Entwaffnung hatte auch eben begonnen als in den Nachmittagsstunden die Kunde nach Wien gelangte, ein ungarisches Heer rücke zum Entsatze heran. Dieß gab Anlaß zu einem neuen verrätherischen Kampf von Seite der Aufrührer. Sie ergriffen wieder die schon abgelegten Waffen, und auf der ganzen Linie erdröhnte bald wieder der Kanonendonner und das Kleingewehrfeuer gegen die k. k. Truppen. Inzwischen war der Feldmarschall Fürst Windischgrätz mit dem Banus Jellachich an der Spitze von 40,000 Mann den Ungarn gegen Kaiser-Ebersdorf, Schwechat und Zwölfaring entgegengezogen. Man hatte den Fall eines Anrückens der Ungarn vorausgesehen und daher alle Anordnungen im Voraus getroffen. Auch hier sollte Jellachich die Palme davon tragen. Er umging die Ungarn, fiel ihnen in die Flanke, und so wurden sie von allen Seiten umzingelt, und was nicht niedergemacht wurde, suchte in wilder Flucht zu entkommen. All das war das Werk weniger Stunden. Der General der Kavallerie, Fürst Franz Liechtenstein verfolgt sie mit 6 Kavallerieregimentern rastlos, während das Fußvolk sogleich im beschleunigten Marsche vom Schlachtfelde nach Wien zurückkehrte. Dort waren übrigens noch mindestens 30,000 Mann zurückgeblieben, und vertheidigten die eingenommenen Stellungen. Die Anhöhen waren mit Batterien, darunter schweres Belagerungsgeschütz, besetzt geblieben. Heute 31. Oktober läßt sich mit Sicherheit erwarten, daß die schon gestern früh zugesicherte Uebergabe der Stadt, die Unterwerfung aller Vorstädte, sowie die Auslieferung der Haupträdelsführer erfolgen wird. Nach der eben so schmählichen als vollständigen Niederlage der Ungarn ist jeder fernere Widerstand der Wiener Empörer eine Unmöglichkeit geworden. — Der Feldmarschall hat den Verlauf und Ausgang des gestrigen Kampfes gegen die Ungarn durch eine amtliche Kundmachung veröffentlicht. — Der Enthusiasmus aller Truppen für den Feldmarschall und den Banus ist unglaublich und grenzt an Vergötterung.

Ueber die Lage der Dinge in Ungarn, von woher die Wiener bekanntlich Hilfe erwarteten, lauten die Berichte der Allg. Zeitung wenig tröstlich für die Sache Koffuths. Die Angelegenheiten derselben stehen schlechter denn je. Da die ganze Bewegung mehr eine aristokratische ist, schon in Folge ihrer Tendenz auch beim ungarischen Landvolk keine Unterstützung findet, so ist nicht zu verwundern, daß trotz der gemeinen und grausamen Mittel, welche Kossuth zur Durchführung seiner Plane anwendete, und bei denen der Strick die Hauptrolle spielte, der Erfolg so gering war. Vom Norden dringt General Simonovich, vom Süden her die Serben und Croaten siegreich vor, und in einigen Tagen wird auch Jellachich mit einem starken Theile der österreichischen Truppen gegen Pesth vorrücken. Eine Kavalleriemasse von 60 Schwadronen mit 6 reitenden Batterien stand im Marchfeld, hart an der ungarischen Grenze, aufgestellt, und schwebte wie das Schwert des Damokles über der ungarischen Armee, falls sie die Grenze überschreiten möchte. Wir hatten daher noch allen Grund, die über Salzburg gemeldete Nachricht von dem wirklichen Anrücken der Ungarn gegen Wien in Zweifel zu ziehen, zumal wenn ihre Stärke nicht mehr als 10—15,000 Mann betragen soll, wie sie die Magyarenfreunde selbst angeben. Dazu kommt noch, daß die ungarische Sache durchaus keine Sympathie im Lande hat, da man endlich zur allgemeinen Ueberzeugung gelangt ist, daß die ungarische Aristokratie offen und heimlich an dem Zerfall der Monarchie arbeitete, während von freisinnigen Ideen in Betreff des Gesammtstaates, oder auch nur gegenüber den Ländern, welche die ungarische Krone vereinigt, keine Spur vorhanden war.

Ein aus Italien am 29. in Olmütz angekommener Kourier meldete, daß die Ereignisse in Wien auf den Geist der Truppen dort einen großen moralischen Eindruck hervorgebracht haben. Der schmähliche Mord des Kriegsministers Latour hat bei allen Truppen den größten Abscheu erregt. Die Gerüchte von Unzufriedenheit der ungarischen Truppen sind durchaus unwahr. Sie selbst haben 12 Emissäre Kossuths ausgeliefert.

Wir schließen uns
chenen Wunsche an, da
von Mailand und Wien
dens und der Versöhnu
daß es das Beste ist, d
halten. Dagegen könn
genannte Blatt dem F
Stunde die kaiserlichen
stituirende Stände in V
Maßregeln in dem Aug
dabei selbst und farbi
Neuem die Brandfackel
Aufstand hervorzurufen,
terliegen. Der greise F
daß er Milde mit Festig
Zeit und des lombardisch
nicht überzeugt sein sollt
friedigung der Wünsche
und nicht unbenützt vorü

Baden, bei Wien,
die letzten Kanonenschüsse
stärker und stärker am H
Feuerfänalen die Gegend
kam der letzte Wagenzug
massen in banger Sorge
menden, das Feuern sei
terhandelt werde. Die g
hat der Banus eingenomm
das Belvedere und die
Truppen, also etwa die
stadt und Landstraße leist
vermuthet Einverständniß
Stadt nehmen. Man er
riern verschließen und d
Wällen auf jene herabge
folge sollen aber die Pr
selbst die Vertheidigung
Linien geschickt haben, a
und der Domherrnhof ge
ein sehr zuverlässiger Au
hat, folgendes mit. An d
aus dem Prater, dann d
Wienerberge gegen den
Linie (Triester Hauptstra
sind einig über die schlec
Bahnhof so lange besetzt
ten den Damm mit K
Zweimal wichen die Tru
erst den Flammen wicher
Aber aus dem festen Wo
vertrieben, und von dort
hartnäckig wurde die M
auf den Wällen verstum
rien; als aber die Bat
mörderisches Kartätsch
den und die Truppen
teten auf's neue, ein
Wallgeschütze demontirt,
men. Allsogleich aber n
heftigen Feuer empfange
Nach dem Gange des F
Abtheilungen überlassen
colonne aber durch die b
möglich, man wollte beh
die Truppen sich wieder
feste Stellung. In eine
zwungen gewesen waren
lich in Stücke gehauen.
bile Garde zu verstehen
Mehrzahl nur gezwunge
benützt; täglich kommen
Punkten war so hartnäc
Truppen würden weiche
Gefecht. Alle Stimmen
rung der Wiener und d
hof soll dem Militär a

ist eine Ruine und die großen Vorräthe von Holz neben demselben ein einziges Flammenmeer. Auf der Wieden brennt es an fünf Orten, und im ganzen will man gegen 13 Feuersäulen bemerkt haben! Die Dampfmühle am Donaukanal soll aber nicht brennen, sondern die daneben stehende Zuckerraffinerie. Die Arbeiter der Maschinenfabrik der Glogganitzer Bahn, welche vergangenen Montag wieder anfingen zu arbeiten, wurden sämmtlich zur Garde gepreßt, und zwar zur Artillerie, da sie meistens gediente Artilleristen sind. Die Erbitterung auf beiden Seiten ist aufs höchste gestiegen. Bemerkenswerth ist das Gerücht: bei den kaiserlichen Kanonen sei die Bedienung aus zwei verschiedenen Artillerieregimentern genommen, weil dem einen (Nr. 1.) das immer in Wien liegt, nicht zu trauen sei. So steht auch das Bataillon von Deutschmeister, das den Werbbezirk in Wien hat, in Praßdorf und nicht beim Belagerungscorps. Windisch-Grätz erließ gestern abermals eine Proklamation; aber wie sie in Wien bekannt wurde, mag der Himmel wissen — ebenso was die Wiener thun können, da der Oberkommandant Weyersbauser streng besetzt die Thore offen zu lassen damit beim Rückzug die Garden hinein können. Windisch-Grätz soll nachträglich die Auslieferung folgender Personen verlangt haben. Dr. Schütte, General Bem und Hrn. v. Pulszky (dem man vorwarf den 6. Okt. durch die ausgetheilten Summen hervorgerufen zu haben, demzufolge Kossuths „eine Million für einen Aufstand in Wien!"), endlich des Mörders des Grafen Latour. Ich vergaß anzuführen, daß der Angriff auf die Schmelz gegen Mariahilf nur ein Scheinangriff war, um die Garden dorthin zu locken, was auch dem Mitgetheilten nicht gelungen scheint So stehen die Sachen heute. Der Himmel öffne den Wiener Kämpfern die Augen, daß sie die Unmöglichkeit des Widerstandes endlich einsehen! Die Postverbindung ist natürlich unterbrochen. Allgemein geht das Gerücht, General Hammerstein rücke mit 60,000 Mann vor Pesth, darunter 20,000 Siebenbürger Gränzer, der Rest Landsturm der oberungarischen Slowaken. Offiziere bequemen jetzt, General Roth sei sammt Kilisprorich und einigen tausend Mann doch wirklich gefangen worden, aber durch seine Verrätherei! Nur zum Schein sei er dann in Pesth vor ein Kriegsgericht gestellt, aber angeblich in Anbetracht seines Alters frei gelassen worden. Die Offiziere des Banus haben ihm den Tod geschworen. Das Ganze ist jedoch sehr unverbürgt Vorgestern kamen die Ungarn bei Bruck wieder einmal zum Vorschein, wurden aber derb zurückgewiesen. Windisch-Grätz hat an die Leitha die ganze Cavallerie geschickt, die er bei Wien nicht brauchen kann, 13 Regimenter, welche man auf 70 Schwadronen schätzt.

R. Z.

Baden, 29. Okt. Früh. Ich sprach den Ingenieur der hiesigen Bahn, der heute am frühen Morgen mit einer Lokomotive bis zur nächsten Bahnstation vor Wien fuhr, ½ Stunde vom dortigen Bahnhofe. Der Bahnhof bildet ein Dreieck, mit dem Scheitel gegen Norden, den östlichen Schenkel bildet der Brucker Bahnhof, den westlichen der Glogganitzer, zwischen beiden das massive große Administrationsgebäude. Die Basis bildet die Verbindungsbahn, und an derselben stehen die Gebäude der Maschinenfabrik ꝛc. Die Bahndämme selbst sind 3 bis 4 Klafter hoch, das Terrain dazwischen immer noch 1 Klafter gegen das Feld erhöht. Welch' eine Position! Und diese hatte Auersperg preisgegeben! Nicht zwei-, sondern dreimal wurde vom Militär vergebens gestürmt. Die Regimenter Latour (es kam mit schwarzem Flor an den Fahnen und die Offiziere mit Trauerbinden am Arm) und Wasa (das am 6. Okt. soviel gelitten) nahmen endlich den Damm mit Sturm. Die Wiener zogen sich an das Hauptgebäude zurück und hielten sich. als die Truppen anderseits schon den Linienwall bewältigt und das Belvedere besetzt hatten. Von dorther wurden endlich Brandraketen in das Gebäude geworfen, und alles, was darin war, kam in den Flammen um, was heraus wollte, wurde niedergemacht. Der ganze ungeheure Complex von Gebäuden ist eine rauchende Ruine; die kostbaren Maschinen in der Fabrik, alles ist vernichtet. Millionen an Werthen Unzählige Massen sind unter den Trümmern begraben. Die Offiziere selbst erzählten, daß der Soldat unmenschlich wüthete — sie vermochten ihn nicht mehr zurückzuhalten. Der Straßenkampf war mörderisch, und auch das Militär verlor sehr bedeutend. Heute Morgens ist in den Händen der Truppen gewiß das Belvedere, und von da hinab alles über den Schwarzenberg-Garten bis zur Heumarktkaserne am Glacis, von hier herüber die ganze Landstraße. Der Baum soll im Invalidenhaus die Nacht zugebracht haben. Die Leopoldstadt soll nicht ganz genommen sein, das Kratztheater sei abgebrannt. Auf der Wieden sind die Truppen nur über das Theresianum hinaus. Die übrigen Vorstädte sind noch nicht genommen. Die Brände nahmen gegen Mitternacht bedeutend ab. Kleingewehrfeuer dauerte fast die ganze Nacht durch. Heute hörte man noch keine Kanonen. Von der innern Stadt weiß man gar nichts. Es bestätigt sich, daß eine zahllose Menge Fremder in Wien ist, welche die rastloseste Thätigkeit entwickeln. Auch hier in Baden sielen Verfassungen vor; es soll von hier eine bedeutende Geldsendung an den demokratischen Verein geschickt worden sein. Vorgestern Abends und am 25. flammen auf mehreren Bergen Feuer auf, welche als Signale angesehen wurden und große Bestürzung erregten. Militär wurde an Ort und Stelle geschickt, es fand niemand und löschte die Feuer aus; aber man hat bereits mehrere Individuen eingezogen. So eben läuft die Nachricht ein, daß die Ungarn die Gränze sperren und keine Lebensmittel herüber lassen für die ganze Gegend ein sehr empfindlicher Schlag. Ich schließe um 12 Uhr Mittags. (A. Z.)

Z. V. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 11

Neue München

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Sonntag den 5. Novemb

München, 4. November.

Durch allerhöchstes Dekret vom 30. Okt. wurde der Forstmeister und Forstrath August Freiherr v. Bothmer in Baireuth unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienstleistung in den Ruhestand, und der Forstmeister vom Forstamte Sebaldi zu Nürnberg Karl Ferd. Seippel an des Erstern Stelle versetzt; der Zentralstaatskassezahlmeister in München Joseph Pettenkofer auf Ansuchen unter Zufriedenheitsbezeigung in den Ruhestand versetzt; an dessen Stelle der Kontroleur der Kreiskasse von Oberbayern Nikolaus Joseph Dreher befördert; an Dreher's Stelle der Kreiskassekontroleur in Würzburg Michael Mayerhofer auf Ansuchen versetzt; an Mayerhofer's Stelle der Kreiskassezahlmeister in Augsburg Friedrich Wilhelm Kester ernannt; Kester's Stelle dem 1. Kreiskassoffizianten in Augsburg Joseph Einsiedler, und dieses Letztern Stelle dem 2. Offizianten Johann Mich. Johannes daselbst, dann Johannes Stelle dem vormaligen funktionirenden Rechnungsführer bei der Eisenbahnbausektion in Kulmbach Friedrich Alt provisorisch verliehen; der Finanzrechnungskommissär in Speier Emil Stetter zum Rentbeamten in Römershag, an Stetter's Stelle zum Finanzrechnungskommissär in Speier der Finanzrechnungskommissariatsfunktionär Philipp Wolff daselbst provisorisch ernannt; der Funktionär bei der Staatsschuldentilgungsspezialkasse Nürnberg Sebastian Anton Engelbrecht zum Offizianten bei derselben provisorisch ernannt; der Forstamtsaktuar in Rimpar Christian Hofmann zum Revierförster in Batten provisorisch befördert; der Revisionsbeamte beim Hauptzollamte in Passau Joseph Lobenhofer für die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt, und der Grenzoberkontroleur Karl Straub in Passau an Lobenhofer's Stelle ernannt.

Se. Maj. der König haben unterm 1. Nov. die erledigte II. Landgerichtsassessorsstelle zu Rothenburg a. T. den Stadtgerichtsaccessisten Heinrich Friedr. Sigm. Killinger aus Erlangen zu verleihen geruht.

(Pfarreien-Besetzungen.) Kathol. Pfarrei Wolfertschwenden, Ldg. Ottobeuern, dem Priester Andreas Prestel, Pfarrer zu Krugzell, Ldg. Kempten; kathol. Pfarrei Waltertshofen, Ldg. Krumbach, dem Priester Ignaz Koller, Kurat und Schulbenefiziat zu Eurasburg, Ldg. Friedberg; kathol. Pfarrei Wiedergeltingen, Ldgs. Türkheim, dem Pfarrer zu Probstried, Ldgs. Grönenbach, Priester Johann Evang. Endreß; kathol. Pfarrei Hofstetten, Ldg Gmunden, dem Priester Valentin Kehrer, Benefiziumsvikar zu Aschaffenburg (vom hochw. Hrn. Bischof von Würzburg verliehen und allerhöchst bestätigt.)

(Pfarreien-Erledigungen.) Kathol. Pfarrei Regen, Diözese Passau, Ldgs. Regen, Reinertrag 1317 fl. 30½ kr.; kathol. Pfarrei Eibelstadt, Ldg. Ochsenfurt, Reinertrag 469 fl. 4½ kr.; kath. Pfarrei Illmünster, Ldg. Pfaffenhofen, Reinertrag 864 fl. 43 kr.

Deutsche Reichsversammlung.

(107te Sitzung vom 2. Novbr.) Tagesordnung: 1) Wahl des Präsidenten und der beiden Vizepräsidenten, 2) Berathung über Abschnitt II., Artikel 2 und 3 des Verfassungsentwurfes. Vorsitzender Heinrich v. Gagern. Unter den ausgetretenen Mitgliedern ist der Frauenburger Bischof Hr. Geritz und Hr. Pagenstecher. Drei ausgetretene Mitglieder aus Tyrol sollen nach der Meinung des Wiener Ministeriums nicht ersetzt werden, weil dort 17 Abgeordnete für Frankfurt erwählt worden seien und nach der Bundesmatrikel nur 14 hierher gehörten. Der Fall wird dem Legitimationsausschusse zur Begutachtung zugewiesen. Das königl. preuß. Inquisitoriat zu Grünberg will Bescheid darüber haben, ob eine gegen Dr. Levysohn schwebende Untersuchung, der inzwischen als Abgeordneter der Nationalversammlung eingetreten ist, fortgesetzt oder eingestellt werden soll. Geht an den Untersuchungsausschuß. Eisenstuck aus Sachsen kündigt einen Bericht des volkswirthschaftlichen Ausschusses an, den er mit einer Uebersicht des ganzen Geschäftsumkreises des Ausschusses und dessen bisher entwickelter Thätigkeit einleitet. Dieser Ausschuß hat nämlich zahlreiche Verbesserungsanträge und Zusätze zu den Artikeln über die Reichsgewalt in Vorschlag zu bringen, durch deren Annahme er neben der politischen Einheit auch die Einheit der materiellen Interessen des deutschen Volks zu begründen hofft. Der Bericht wird dem Hause gedruckt vorgelegt werden. Ein dringlicher Antrag wegen Wiens wird auch heute wieder eingebracht von Wigard aus Dresden. Er verlangt, daß dem Hause die Korrespondenz des Reichsministeriums mit den nach Oesterreich gesandten Kommissären vorgelegt werde. Die Dringlichkeit wird jedoch abgelehnt. Desglei-

chen trag
Angelegen
ses erklär
ten Antr
tragen.
morgen
des Wahl
keit verw
einsamme
hervorgeh
hier und
sie." Nac
unbestritte
dazwischer
da wir el
der Zweif
schäftsfüh
glied des
sodann H
den erste
anhaltend
knüpft v.
werde ich
nicht zu
men vert
Trützschle
Nach den
Riesser
definitiv
408 Sti
auch dies
den erste
burg (14
dowitz, v
Gabriel
dem Präs
größte S
Wien sei
Wahl zu
Art. II.
ter erstre
Krieges
sungsaus
stande a
Gegen-
wöhnliche
diese Ve
und der
hagen (d
lebhaften
sungsaus
von der
zichtet u
Antrage
der Erle
langt, da
kurzes V
für Gese
Deutschl
fang der
Abschnitt
ben dem
folgender
die Berat
Debatte
ausschuß
Schwe
chem M
lung vo
fungsau
gen Ver

Nach einigen Erörterungen über die Ausdehnung der übrigen Gegenstände der morgenden Tagesordnung wird darauf und ungewöhnlich früh (Nachmittags 1½ Uhr) die Sitzung geschlossen. (D. Z.)

⊙ **Frankfurt**, 2. Nov. Daß Heinrich v. Gagern noch immer der erste Mann der Paulskirche ist, zeigte sich wieder bei der heutigen Präsidentenwahl, er erhielt von 407 anwesenden Abgeordneten die Stimmen von 310, sein Gegenkandidat Heinrich Simon von Breslau nur 82. Die übrigen Stimmen zersplitterten sich. Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten erhielt Kirchgeßner auf Würzburg 140 Stimmen, der bisherige zweite Vorsitzende, Simon von Königsberg, 250. Zum zweiten Vizepräsidenten wurde Riesser wieder gewählt mit 255 Stimmen, sein Gegner Simon von Breslau brachte es diesmal auf 149. v. Gagern war entschlossen, die Wahl nicht mehr anzunehmen, ließ sich aber durch mehrere Redner an ihn abgegangene Deputationen anders bestimmen. Sonst bot die heutige Sitzung wenig bemerkenswerthes dar, ein Paragraph der Verfassung, welcher der Reichsgewalt das ausschließliche Recht des Krieges und Friedens übertragt, wurde als solch von selbst verstehend, ohne alle Verhandlung und einstimmig angenommen.

* Unser ⊙ Korrespondent brachte es diesmal auf das folgende Aktenstück:

„An unsere Wähler. Die Beschlüsse der konstituirenden deutschen Nationalversammlung vom 27. Oktober 1848 sind für unser österreichisches Gesammtvaterland so wichtig in ihren Folgen, daß wir uns, gegenüber unsern Wählern und ganz Oesterreich gedrungen fühlen, darüber frei und offen zu sprechen. Nach diesen Beschlüssen lauten die §§. 2 und 3 der künftigen Reichsverfassung:

„§. 2. Kein Theil des deutschen Reiches darf mit nicht deutschen Ländern zu Einem Staate vereinigt sein."

„§. 3. Hat ein deutsches Land mit einem nicht deutschen Lande dasselbe Staats-Oberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen."

Damit soll, in Anwendung auf Oesterreich, dieser Gesammtstaat getheilt, das Band, das seine deutschen und außerdeutschen Länder verbindet, gelöst, und jede Gemeinschaft einzig und allein auf die Person des Staats-Oberhauptes eingeschränkt werden. Damit sollen, was den geschichtlichen Bestand, die Macht und Größe Oesterreichs begründet, aufgehoben, das mit vereinter Kraft nach einem gemeinschaftlichen Mittelpunkte sich bewegende staatliche Leben seiner Länder zerstört, und diese in Recht und Gesetz, in Verfassung und Verwaltung gänzlich von einander gestrieben werden. Die Völker Oesterreichs, früher durch Verschiedenheit, jetzt durch Brüderlichkeit, unter Gleichberechtigung aller Stämme zu Einem Ganzen vereinigt, würden getrennt von einander, nach neuen und unbekannten Richtungen hingetrieben, der Gefahr des Untergangs preisgegeben, wogegen sie der durch die Verschiedenheit der Räthe der Krone in den gesonderten Theilen gespaltene Wille des konstitutionellen Regenten nicht zu schützen vermöchte. Jede österreichische Gesammtstaat, der Name Oesterreich würde aus der Geschichte verschwinden. Unser gewissenhafte Ueberzeugung könnte hierin nur ein schweres Unrecht erkennen an den Grundgesetzen der österreichischen Völker nicht blos, sondern auch an ihrer gemeinsamen Geschichte, an ihren fest verschlungenen Interessen und an ihrem starken Willen, der sie zusammenhalten ließ in Zeiten ihrer höchsten Noth und Gefahr. Ist solches Unrecht Bedürfniß für Deutschland? Soll Deutschland frommen, was Oesterreich vernichtet? Nimmermehr! Deutschlands Zukunft beruht auf Oesterreich — Oesterreich, den alten Bollwerke Deutschlands gegen Osten, Oesterreich, dessen Wirken am Westen für Deutschland lnabhängigkeit gestritten, Oesterreich, das im Frieden deutsche Sitte, deutschen Geist an die fernen Ufer der Donau trug, Oesterreich, das mit Deutschland im Bunde, nach jenen Gegenden auch deutsche Freiheit bringen, und so die deutsche Nation zu ihrem weltbistorischen Beruf führen will. Wenn uns daher auch das lebhafteste Bestreben für die einige Verbindung Oesterreichs mit Deutschland beseelt, wenn wir auch die hohe Wichtigkeit einer beiden gemeinschaftlichen Politik anerkennen, wenn wir auch die Nothwendigkeit der Beseitigung aller Schranken zwischen beiden, so wie der einheitlichen Leitung aller ihrer materiellen und geistigen Interessen im vollsten Maße fühlen, so konnte uns dies doch nicht zur unbedingten Annahme obiger §§. und zum Beitritt zu dem darin ausgesprochenen Grundsatze der nur auf die Personalunion zu führenden Trennung Oesterreichs bestimmen. Indem wir demgemäß unsere Erklärung abgaben, glaubten wir dem Wunsche der österreichischen Wähler ebenso, wie dem Vertrauen unserer Wähler gemäß gehandelt zu haben, und sehen deren Ausspruche hierüber entgegen. Frankfurt a/M. den 1. November 1848. Die österreichischen Abgeordneten bei der konstituirenden deutschen Nationalversammlung. Wenedikt (von Spittal in Kärnthen). Czörnig (von Friedland in Böhmen). Fr. Graf v. Deym (von Schönbeule in Böhmen). Egger (von Wien). Engelmayer (von Gmünden in Oesterreich ob der Enns). Fritsch (von Wels in Oesterreich ob der Enns). Fügert (von Korneuburg in Niederösterreich). Göbel (von Jägerndorf in Schlesien). v. Gold (von Aelsberg in Illyrien). Gspan (von Rattenberg in Tirol). v. Haydn (von Kirchdorf in Oesterreich ob der Enns). Herzig (von Gablonz in Böhmen). Höchsmann (von Sternberg in Mähren). Kagerbauer (von Linz in Oesterreich ob der Enns). Kienbacher (von Salzburg). v. Mayern (von Wien). v. Mühlfeld (von Wien). J. G. Neumann (von Karlsbad in Böhmen). Peyer (von Brunecken in Tirol). Piringer (von Gisersing in Oesterreich ob der Enns). S. v. Pretis (von Cles in Süd-Tirol). Polanšček (von Weißkirch in Mähren). Raßl (von Mies in Böhmen). Reindl (von Gmunden in Oesterreich ob der Enns). Renger (von Böhmisch-Kamnitz in Böhmen). Riegler (von Budweis in Mähren). Scheiesnigg (von St. Veit in Kärnthen). Schmidt (von Steyrling in Oesterreich ob der Enns). Schrott (von Gottschee in Krain). v. Sommaruga (von Eger in Böhmen). Stein (von Görz im illyr. Küstenlande). Stülz (von Vorarlberg). Weiß (von Gretz in Oesterreich ob der Enns). Wolf (von Wildon in Steyermark). Beda Weber (von Meran in Tirol)."

Deutschland.

Die „Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung" meldet in ihrem amtlichen Theil: Die in Paris erscheinende Zeitung „La Presse" enthält in ihrer Nummer vom 28. Oktober l. J. einen als Mittheilung bezeichneten Artikel über die Schritte der provisorischen Zentralgewalt, hinsichtlich der Friedensvermittlung in Italien. Dieser in mehrere andere Zeitungen, unter anderm auch in das „Journal de Francfort" übergegangene Artikel, ist in wesentlichen Punkten unrichtig

Frankfurt, 2. Nov. Der k. k. österreichische Ministerpräsident, Freiherr v. Wessenberg, hat an alle österreichischen Gesandten an den deutschen Höfen nachstehende Kundschreiben erlassen: „Die letzten Wiener Ereignisse haben in Deutschland eine zum Theil irrige Auslegung gefunden. Zur richtigen Beurtheilung derselben dürften folgende thatsächlichen Umstände zu beherzigen sein. Die in diesem Augenblicke unter den Mauern Wiens stattfindenden militärischen Operationen haben nur einen Zweck: die Bekämpfung der Anarchie und die Wiederherstellung eines gesetzlichen Zustandes. Die gewährleisteten Freiheiten zurückzunehmen, den unter dem Namen „Reaktion" von der Umsturzpartei als Schreckbild aufgestellten Popanz zu vernichten, oder gar für eine der österreichischen Nationalitäten über die andern die Hegemonie zu erobern, liegt außer der Absicht des Kaisers und seiner Regierung. Es ist kein Kampf der Nationalitäten, keine Umbildung der Monarchie in ein slavisches Oesterreich, wie die deutsche Presse glaubt, oder zu glauben vorgibt, sondern der Kampf der Ordnung gegen die Anarchie, der gesetzlichen Gewalt, ohne die es keine Regierung gibt, gegen die Schreckensherrschaft, der Erhaltung gegen den Umsturz. Wir müssen es als eine Verwirrung der Begriffe, als eine Verkennung der Thatsachen bezeichnen, wenn man diesem Kampfe eine andere Deutung gibt. Die Revolution hat ein deutsches Gewand angelegt. Die deutschen Farben sind die Wahrzeichen der Partei des Umsturzes geworden. Nicht der Freiheit, der Größe und dem Wohle Deutschlands, welche zu wahren der Kaiser von Oesterreich sich vorzugsweise für berufen hält, gilt es, mit Waffengewalt entgegen zu treten, sondern nur gegen die jene Farben und jene Fahnen zu ihren verderblichen Zwecken mißbrauchende Partei sind die Bestrebungen der Regierung und der Armee Sr. Majestät gerichtet. Ich ersuche Euer rc., diesen Gesichtspunkt fest zu halten und in Ihrem Wirkungskreise nach Möglichkeit geltend zu machen. Se. Maj. der Kaiser und die Regierung sind entschlossen, diesen Kampf zu führen mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln. Diese Mittel sind in den denenselben durch die Zirkulardepesche vom 21. d. M. mitgetheilten kaiserlichen Manifesten vom 16. und 19. d. M. näher bezeichnet worden. Ein militärischer Theil hat bereits seine Aufstellung gefunden. Eine Armee von mehr bei 60,000 Mann, in Person geführt von dem Feldmarschall Fürsten von Windischgrätz, der sein Hauptquartier dermalen in Heyendorf genommen hat, hält die Hauptstadt hermetisch umschlossen und ich habe Grund zu hoffen, daß der nächste Zweck dieser Operationen binnen Kurzem erreicht sein wird. Gleichzeitig hat sich Se. Majestät bewogen gefunden, den Reichstag aus Wien zu entfernen, und sie hat den 15. November nach Kremsier einzuberufen. Olmütz, den 26. Oktober 1848. (gez.) Frhr. v. Wessenberg."

Bayern. ** **München**, 4. Nov. In der Beilage zu Nr. 106 unsers Blattes haben wir der schweren Mißhandlung erwähnt, welche der bayerische Konsul zu Messina, Georg Kilian, am 7. Septbr. d. Js. bei der Einnahme der Stadt von den neapolitanischen Truppen erlitten, und der Eigenthum nicht zu schützen vermochte habe, sondern die Bande selbst von alles plünderndem Soldaten fortgeschleppt worden sei. Die bayerische Regierung hat zwar schon im ersten Augenblick nach erhaltener Kunde durch ihren Gesandten in Rom für sich selbst bei dem Gouvernement zu Neapel auf volle Genugthuung für diesen Bruch des Völkerrechts bestimmten Antrag gestellt, nunmehr hat aber auch das Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Frankfurt in dieser Sache daselbst befindlichen außerordentlichen Gesandten Neapels, Baron Antonini, für diesen Fall in Anspruch genommen, und im Namen der provisorischen Zentralgewalt genaue Untersuchung, Bestrafung der Schuldigen, vollständigen Schadenersatz und persönliche Genugthuung für die verletzte Ehre des genannten bayerischen Konsuls verlangt. Wir glauben, daß das Verfahren der Reichsgewalt nur allseitigem Beifalle begegnen werde.

Kurhessen. — Kassel, 29. Okt. Zu Rinteln hatten am 24. und 25. einige Unordnungen in Folge von Unzufriedenheit der Militärpflichtigen statt, welche mehrere Meilen weit herbei gekommen waren, während früher die Rekrutirungskommission in jedes Amt kam. Als der Lärm zu arg ward, schritt die Bürgergarde ein, und warf mit gefälltem Bajonette

die Tumultuanten gegen das Rathhaus, mehrere wurden verwundet, im Rathhaus die meisten Fenster eingeschlagen, aber die Ruhe ist hergestellt.

Sächsische Herzogthümer. — **Koburg**, 1. Nov. Ein gestern hier eingetroffener königl. sächsischer Offizier hat den Einmarsch von Reichstruppen angekündigt. In das meiningen'sche Gebiet rücken königl. sächsische, in das Herzogthum Koburg großherzogl. weimarische Truppen. Das nach Koburg bestimmte weimarische Bataillon, bestehend aus 960 Mann Infanterie und 20 Offizieren, wird am 3. ds. in Sonneberg und nach gehaltenem Rasttage am 5. d. hier eintreffen. Einige Kavallerie (144 Pferde) soll später nachfolgen. Die noch in Hildburghausen und Umgegend verweilenden königl. bayerischen Truppen werden in nächster Woche zurückkehren. (K. v. u. f. D.)

Preußen. △ **Berlin**, 31. Okt. Heut ist wieder einmal ein Tag souveräner Volksbewegung. Der demokratische Kongreß, der durch den Selbstmord in seinen Sitzungen beinahe schon ganz in Vergessenheit gerathen war, bringt die Arbeiter um einen halben, vielleicht um mehre ganze Taglöhne. Bereits gestern hatte er in einem, wie gewöhnlich schwelenden und uebelnden Plakate an das deutsche Volk aufgefordert, den Wienern zu helfen, ohne aber irgend ein Mittel anzugeben. Bereits gestern hatte er in den verschiedenen Klubbs, insbesondere im demokratischen Bürgerwehr-Klubb, anzeigen lassen, das er zu heut 1 Uhr einen großartigen Volkszug vom Alexanderplatz aus nach dem Schauspielhause beabsichtige, um den gestrigen Waldeck'schen Antrag: „Die Nationalversammlung wolle das Staatsministerium ersuchen, alle Mittel und Kräfte aufzubieten, die in Wien bedrohete Volksfreiheit zu schützen", dessen Berathung zu heut Abend 5 Uhr ansteht, möglichst kräftig zu unterstützen. Sie haben endlich einmal Wort gehalten, die Herren. So eben gegen 1 Uhr bewegt sich der Zug vom Alexanderplatze aus, durch die Königsstraße, über die Schloßfreiheit und den Opernplatz nach dem Gensdarmen Markt. Voran ziehen Arnold Ruge, Diogenes Müller und Karbe nebst einigen Andern. Im Zuge selbst wehen die Fahnen des souveränen Lindenklubbs und der politischen Ecke; eine dritte Fahne sollte die des demokratischen Kongresses vorstellen, war aber in der Wirklichkeit die des demokratischen Bürgerwehrvereins; sie war deshalb nicht entfaltet, sondern verhüllt. Der Abgeordnete Waldeck, der Bauern- vielleicht bald auch Arbeiterkönig, nahm die Adresse des souveränen Volks entgegen. Es waren aber zwei Bitten oder Befehle. Denn die Arbeiter hatten nicht allein an Wien, sie hatten auch an sich selbst und ihren Magen gedacht. Sie gedachten die Gelegenheit zu benützen, um auf eine nachdrückliche Weise Erhöhung der Akkordlöhne zu erzielen. „In dieser Sache, meinte aber der Bauernkönig, würden sie mit einer solchen Demonstration nichts ausrichten." Minister Reichenbach und Schulz-Delitzsch gingen ihrem Könige in Austheilung der Parole hülfreich zur Hand. Das souveräne Volk ließ sich indeß draußen von der Treppe des Schauspielhauses herab von seinen Adonissen und Ganymeden unterhalten. Zuerst theilte Ruge mit: Die Adresse ist dem Präsidenten überreicht; der Abgeordnete d'Ester hat sie zu der seinigen gemacht und übergeben, damit sie heut Abend 5 Uhr berathen werde. Zu morgen Abend 4 Uhr möge man sich vor den Zelten versammeln, um den Bescheid entgegen zu nehmen. Es erschallt der stürmische Ruf: Wir gehen nicht vom Fleck! Wir wollen gleich Bescheid haben. Nun gaben sich Diogenes Müller und Karbe Mühe, dem souveränen Volke begreiflich zu machen, daß zu allem Zeit gehöre, also auch hierzu; von einem Baum, der eben gepflanzt sei, könne man nicht gleich Früchte brechen. O Unglück! die Lieblinge werden ausgezischt und dem souveränen Volke Wiens und Berlin's werden Vivat's gebracht. Dennoch zieht es ein Theil des Volkes vor nach Hause zu gehen; ein anderer, meist Arbeiter, bleibt; Karbe, der vom demokratischen Kongreß ausgeschlossene, zeigte sich in seiner Rede übrigens praktischer als die Kongreßmitglieder. Er gab wenigstens ein Mittel an, den Wienern zu helfen. Wir wollen Freischaaren bilden, rief er, wir zahlen dem Staate keine Steuern mehr und verwenden das Geld zur Besoldung dieser Kämpfer für Freiheit und Recht. Dann haben wir dem Staate die Möglichkeit zu existiren genommen und es geht Alles nach dem souveränen Willen des Volkes. Diogenes Müllers Stimme war etwas bier- oder schnappsbelegt, und dennoch mußte der Arme sie zum zweiten Male anstrengen. Denn eine halbe Stunde später trafen die Maschinenbauer mehre tausende, ihre Fahnen vorantragend vor dem Schauspielhause ein, um sich nach der Lage der Dinge zu erkundigen. Von der einen Seite aufgefordert zu bleiben, von der anderen, nach Hause zu gehen, befolgt der größere Theil das Letztere. Die Zurückbleibenden aber mußte Diogenes von Neuem mit seiner cynischen Weisheit haranguiren. In diesem Augenblicke, etwa 3 Uhr, werden nun Maulaffen auf dem Gendarmenmarkt feilgeboten. An sämmtliche Soldaten der Garnison ist der Befehl ergangen, keine Klubbs insbesondere nicht den Militärreformklubb mehr zu besuchen. Der Abend bringt uns vielleicht noch etwas. Möglich daß man bei der Abendsitzung der Nationalversammlung das Einschüchterungssystem fortgesetzt. So werden freie Verfassungen frei gemacht!

⊿ **Berlin**, 31. Okt. — 1. November. 12—1 Uhr Nachts. Mein Nachmittagsbericht schloß mit den Worten: Der Abend bringt uns vielleicht noch etwas. So ist es geworden. Um 5 Uhr versammelten sich im Konzertsaale die Abgeordneten. Zu gleicher Zeit und noch früher war das souveräne Volk erschienen voran die politische Ecke und der souveräne Lindenklubb mit ihren Fahnen. Karbe und Diogenes Müller halten Reden von der Treppe des Schauspielhauses herab, von denen man aber des vielen Geräusches und der Bierintonation wegen sehr wenig verstehen kann. Dieselbe Bierintonation verhindert den Abgeordneten Behrends sich verständlich zu machen. Die Bürgerwehr rückt heran; das souveräne Volk läßt sich durch dieselbe n
Ausgänge des Schauspielh
sen. Gegen 8 Uhr versu
was ihm auch gelingt, so
vergenagelt wird. Natürli
Häuses sehr zahlreich verst
ruhig zusehen; indeß rück
heran und säuberten die
gelegenen Straßen, wobei
sind. Diese Verletzungen
die sich ihrem früheren Ve
unbewaffnet gestellt hatten
um das Volk zum Ausein
harrlich. Endlich fällt ein
kam aus dem Volke, Alles
gerwehr die angrenzenden
bauer mit ihrer weißen F
wiederzukehren. Während
legenheit sich zu entfernen;
was im Innern vorgefallen
stellt, von Berlin direkt au
wiesen wurde. Sodann st
aus eine Vermittelung eint
Endlich stellte Rodbertus
nach Wien zu wirken, w
Wer hat nun eigentlich die
Die Bürgerwehr oder das
fassung!!!???

Berlin, 31. Okt. D
Zirkulars vom 14. d. M. di
ren Verfügung vom 26. O
genügenden Berichterstattun
tern Reskript — zu meiner
die Landespolizeibehörden ir
stände nicht die gebührend
entweder an der Fähigkeit o
ihre Schuldigkeit in vollem
Vereine werden die Regier
erstatten. — Ein zweites
uns so wichtig, daß wir da
an vielen Orten hervorgetre
durch öffentliche Auffordern
einen so bedenklichen Char
und Ordnung dadurch erw
kundete, große und weit ve
bestehenden staatlichen Ver
dieser Partei, in der nächst
in der am 16. d. M. sta
sammlung zur Sprache ge
bekannt geblieben sein. Je
samkeit der Polizeibehörden
deutschen Nationalversamm
selben namentlich eine ge
der Verordn. v. 6. April
freiem Himmel, welche fü
gefahrbringend sind, von de
zu machen. Die Kgl. Re
Bestimmung überall vollstä
solche Versammlungen, de
chen Interesse nöthig ersch
zu diesem Zwecke versucht,
der Gewalt in Anwendung
Fall zunächst die Bürgerw
dieselbe aber fehlt oder n
allgemeinen, dieserhalb z
mando's getroffenen Verab
muß in Erwägung gezoge
lungen auf Grund des §
allgemeine Strafandrohung
drohung von Geld- und G
ten §. gezogenen Grenzen
drücklich ermächtigten. —
den Inhalt des bereits du
vom 10. d. M. anmerk
Verfügung v. 4. d. Bezu
ster des Innern. (gez.) Gic

⊙ **Berlin**, 1. No
gestrigen Vormittagssitzun
schaffung des Adels, aller
fassung aufgenommen. D
lichen Botschaft, die Sau
während des Tages und in
ser △ Korrespondent be
respondenten noch neue
den Ministerpräsidenten
präsidentschaft sowie das

Morgen werde der Nationalversammlung davon Mittheilung gemacht werden. Man will wissen, Hr. v. Canin werde das Präsidium übernehmen.

Aus Niederschlesien, 19. Okt. In diesem Augenblicke findet eine bedeutende Zusammenziehung von Truppen in der Gegend von Liegnitz statt. Sechs Bataillone, vier Eskadrons, 16 Geschütze stehen auf den Dörfern um Liegnitz herum. Die Infanterie bilden besonders das 5., 10. und 20. Linienregiment; die Kavallerie besteht aus Kürassieren und Husaren. Die zwei Batterien sind aus Glogau und Sagan gekommen. Der General v. Colomb, welcher in diesen Tagen Glogau besuchte, scheint zum Oberbefehlshaber dieses Truppenkorps von 10,000 Mann bestimmt zu sein. Natürlich erschöpft man sich in Muthmaßungen über die Bestimmung desselben. Die von Oesterreich ziehen wollen? Wünsche. Daß die Stadt, um eine Intervention anderer Truppen entweder nöthig zu machen, oder zu dulden. Also nach Oesterreich ziehen unsere um Liegnitz versammelten Truppen gewiß nicht, was auch das Gerücht darüber sagen mag, welches schon zum Umtausch österreichische Truppen bei uns einziehen läßt. Wahrscheinlich sollen unsere zusammengezogenen Truppen der Anarchie steuern, welche die entlassene oder, wie sie sich selbst nennt, demokratische Partei in Liegnitz und Umgegend verbreitenden sich bemüht. Daß die Liegnitzer Demokraten neulich das ganze Regierungsgebäude durchsuchten, ist aus den Verhandlungen der berliner Versammlung bekannt. Daß sie die Landwehr des dortigen Bezirks dahin gebracht hatten, daß dieselbe dem Staate den Dienst verweigerte und, obwohl zu den Waffen gerufen, denn doch wieder nach Hause ging, ist auch in dieser Zeitung (Nr. 297) erwähnt worden. Jedenfalls wird demnach die zusammengezogene Militärmacht bestimmt sein, den irregeleiteten Willen der liegnitzer Landwehr zu brechen, ehe dieses gefährliche Beispiel die Landwehren anderer Kreise und Provinzen anzustecken vermag. (D. A. Z.)

Hesmiedeberg in Hohlesten, 31. Okt. Gestern Abend um 10 Uhr kam durch unser Städtchen eine Estafette (ein Ereigniß für unseren Ort), wenige Stunden nachher rinnen die bisher in Eschmannsdorf stehenden Kürassiere im Gilmarsch hier durch und zwar auf dem Wege nach Liebau, dem Grenzorte auf der großen Straße von Prag nach Breslau. Heute früh erfuhr ich von mehreren Landleuten übereinstimmend, daß eine Abtheilung ungarischer Insanterie und Husaren (man sagt 300 Infanteristen und 150 Husaren) über die preußische Grenze gerückt seien. Sie sollen von der ungarischen Armee verstoßen worden, von den böhmischen gut slavisch gesinnten Bauern überall barmherzig verfolgt, endlich hierher geworfen sein. Sie sollen 3 Tage und 3 Nächte nicht abgelatzelt haben und gänzlich ausgehungert und abgerissen sein, die Pferde zum Theil total ruinirt. Man sagt, daß man sie bis zu der ungarischen Grenze nach Oberschlesien eskortiren werde. (D. A.)

Vermischte Nachrichten.

München. Theater. (Schauspiel). In Schaus. am 31. v. M. gegebenen Schauspiele, „Bellar", beschäftigt Herr Kunst den vorklassischen Cyclus seiner Kastspiele. Wir haben ihn als „Wallenstein", als „Kalpy" in der Tiphonia, nun er uns für sich auf eine würdige Grundlage des Lebens Bildet, und zum Heute in Schack's trefflicher Dichtung, die wohl ein Bayern der neuern Tragödien an Gehalt, Ideen und poetischer Ausführung, aufwiegen dürfte, gestehen und sind zu dem Urtheile gelangt, in Kunst einen würdigen Nachfolger unseres unvergeßlichen Mortheus Eckart begrüßen zu können. Kunst ist vielleicht weniger grübelnder und darum nicht in Aktklichkeiten sich verlierender Künstler, doch der glücklichste Naturalist, der aus gegebenen in seinem Bereiche auf der Bühne vorkommen. Alle seine Vorzüge machten sich in allen gegebenen Rollen geltend, — entschieden mit der ausgebildetsten, antiken Plastik aber wohl als Bellar, ein vom Hauch des poetischen Lebens beseeltes, makelloses Marmorbild! Es ist darum kein undergründeter Wunsch, Kunst für unsere, in das leere Monotonen sich mit aufgungenwerther Regsamkeit tragenierende Bühne, von der Intendanz gewonnen zu sehen, die ja nach allen Seiten hin dem Institut eine wirksame Thätigkeit widmet. — Die Irene, von unserer heimischen Künstlerin Mad. Dahn gegeben, vor allem in der Szene mit dem blinden Vater mit einer wahrhaftrrührenden Innigkeit, erfüllt uns mit Bewunderung für das immer zugenommene Talent der anmuthigen Irene. Gemüth und Verstand eines sich in all ihren Darstellungen zu einem wohlverdient verschmolzenen Ganze. — In Herrn Bellofa, Schüler des Herrn Lang, der seinen ersten theatralischen Versuch als „Alamire" machte, liegt ein beachtungswerther Anfang und die Zukunft sehr Erfreuliches versprechender Talentkeim, verdienen mit schonen äußern Mitteln. Die Aufmunterung Seitens des Publikums war eine verdiente, und mag dem jungen Mann als Sporn zum rüstigen Fortschritte nützen. —

Münchener Schrannenanzeige vom 4. Nov. 1848.

Getreide-Gattung.	Gestern Rest.	Zufuhr.	Heute Summa.	Verkauft.	Rest.	Mittelpreis.		Im Vergleich gegen die letzte Schranne	
								mehr	minder
	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	—	275	2296	2571	2482	8	14	—	28
Korn	—	12	914	926	918	8	9	—	31
Gerste	—	317	6310	6647	6216	4	31	7	10
Haber	—	38	1221	1259	1221	3	42	—	8
Leinsamen	—	48	66	114	104	10	15	26	—
Reps-Samen	—	—	2	2	—	16	—	2	—

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 5. Nov.: „Don Juan", Oper von Mozart.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Christie, Rentier, aus Amerika. Tarrow, Rentier, aus England. Zinday, Rentier, aus Schottland.

Gold. Hirsch. Turring Ferrier, Offizier, von Stuttgart. Gerlach, Kaufmann, von Marseille. Mierzl, Kaufmann, von Paris.

Hotel Maulik. Erdmann, k. k. Hofsekretär, von Wien. v. Rinsberg, Hauptmann, von Bamberg. Stanley, Kaplän, von London. Bowmar, Partikulier, von Hamburg.

Gold. Kreuz. Miaja Alan, Rentier, aus England. Dundean, Offizier, aus Amerika. Baron v. Bent, von Wien. Wengel, Studirender, von Bohen.

Gold. Hahn. Widenbeck und Bay, Studirende, von Regensburg. Mayer, Studirender, von Stamsmhof. Weidenberg, Rentier, von Radelzg. Sonnenberg, Reisender, von Spreudelsheim.

Blaue Traube. Seefana, Gutsbesitzer, aus Oesterreich. Wichman, Professor, von Berlin. Frhr. v. Perfall, Gutsbesitzer, von Regensburg. Rily, Partikulier, von Augsburg.

Stachusgarten. Pfeffer, Mechanikus, von Luzern. Kiel, Studirender, von Landau.

Gestorbene in München.

Joseph Melchior Schmid, Maler von Schwyz (in der Schweiz), 17 J. a. — Katharina St. George, königl. Post-Rechnungskommissärs-Gattin, 63 J. a.

In der Plenarversammlung des historischen Vereines wird von und für Oberbayern am 2. November wurde, nach erfolgter Vorlage der seit der letzten Plenarversammlung gemachten Erwerbungen an literarischen Werken und Zeitschriften, von den Vereinsausschußmitgliede, dem königl. Hof- und Staats-Bibliothekskustos, Herrn Zöringer, ein vom Herrn Dr. Fr. Sieman Meirner verfaßter „historisch-staatsrechtlicher Nachweis, daß die Familie Steinheim vom Jahre 1590 bis 1806 zu den kreisständischen und vom Jahre 1592 bis 1806 zu den reichsständischen fränkischen gräflichen Häusern gehörte", in Auszuge vorgelesen.

Amortisations-Erkenntniß.

Verlassenschaft der Weinwirthstochter Klara Rien dehr.

Nachdem die zu Berlust gegangene, in der öffentlichen Aufschreibung vom 18. Juni d. Js. näher bezeichnete Original-Schuld-Urkunde über das bei der königl. Staatsschulden-Tilgungs-Kasse anliegende Kapital des pfeffer Armenpflegschaftsrathes per 400 fl. Nro. 1217 bei der vorgetretenen Feil ohngeachtet des der Exikatiadung vom 18. Juni d. Js. gesetzten Rechtsnachtheiles bei unterzeichnetem Gerichte nicht provozirt, überdauert auf dieses kapital keine Ansprüche von einem Dritten angemeldet worden sind, so wird nunmehr auf Antrag der Magistrats- als Verwaltungsbehörde des Armenpflegschaftsrathes die in erwähnter Ausschreibung aufgestellte Urkunde hiemit für kraftlos erklärt.

Conel. den 13. Okt. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Direktor:
Steyrer.

Zottmayr.

Bekanntmachung.

228. Zur Bewerbung für die hiesels erledigte Polizeisoldaten-Stelle wird ein Termin von drei Wochen von heute an festgesetzt, innerhalb welchen allenfallige Gesuche mit amtlichen Belegen über die das 40. Lebensjahr noch nicht überschrittenen Alter, über einen gesunden, rüstigen Körperbau, über vollständige Befähigung im Lesen, Schreiben und Rechnen, über etwa schon früher im Sicherheitsdienste geleistete Funktionen und über eine gute Conduite, sowie über den ledigen Stand hierorts zur Vorlage zu bringen sind.

Kinberg den 31. Okt. 1848.

Stadtmagistrat.
Rezer,
rechtskundiger Bürgermeister.
Lengfelner.

Druck der Dr. E. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Deutsche Reichsversammlung.

(108. Sitz. v. 3. Nov. Tagesordnung.) 1. Wahl eines Schriftführers an die Stelle des ausgetretenen Hrn. v. Möring. 2. Berathung des vom Abg. Siehr, Namens des Finanzausschusses, erstatteten Berichts, baldige Verzeichnung und Aufnahme der Bevölkerung durch ganz Deutschland betreffend. 3. Berathung des vom Abg. Naumann, Namens des Ausschusses für die Geschäftsordnung, erstatteten Berichts, über den Antrag von Wichmann und Genossen, auf zusätzliche Bestimmung zu §. 42. der Geschäftsordnung. 4. Berathung des vom Abg. Röben, Namens des Marineausschusses, erstatteten Berichts, das Gesetz über die deutsche Kriegs- und Handelsflagge betreffend. 5. Fortsetzung der Berathung über Abschnitt II. des Verfassungsentwurfs, und beziehungsweise: 6. Berathung des vom Abg. Böcler, Namens des Ausschusses für Gesetzgebung, erstatteten Berichts, über die Anträge von Wiesner, Brentano ꝛc., auf sofortige Aufhebung der Strafe der körperlichen Züchtigung bei den Reichstruppen. 7. Berathung des vom Abg. Carl, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Berichts, über verschiedene Anträge und Petitionen, das Eisenbahnwesen betreffend. 8. Berathung des vom Abg. Lette, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Berichts, über die demselben fernerhin zugegangenen Petitionen, wegen Aufhebung der Feudalverhältnisse. 9. Berathung des vom Abg. Leue, Namens des Ausschusses für Gesetzgebung, erstatteten Berichts, über den Antrag des Abg. Schaffrath und Genossen vom 20. Sept. 1848, Aufhebung des Belagerungszustandes betreffend. 10. Berathung der vom Abg. Compes, Namens des Prioritäts- und Petitions-Ausschusses, erstatteten Berichts: a) über die Eingabe des Mechanikus Joh. Jos. Graß zu Düsseldorf, die Gefangenen zu Bruchsal betreffend; b) über die Eingabe des Obergerichtsanwalts Sternberg in Marburg, die Wahlen zur Reichsversammlung betreffend; c) die Ausweisung des Literaten Diezel betreffend.) — Vorsitzender von Gagern. Zunächst berichtet Mittermaier für den Verfassungsausschuß über die demselben gestern zugewiesenen, die Geschäftsbehandlung der §. 12 ff. des Art. II. von der Reichsgewalt betreffenden Anträge. Es können nach der Meinung des Ausschusses in diesen §§. nur allgemeine Grundsätze aufgestellt werden, daher wird von ihm beantragt: sogleich in die Berathung der §§. 12—20 der Verfassung einzugehen, die Anträge des volkswirthschaftlichen und des Wehrausschusses wie die Anträge einzelner Abgeordneten bei den einschlagenden Paragraphen in Betracht zu ziehen Dann verliest Venedey den eben erst gedruckt vertheilten, ziemlich umfänglichen Bericht des Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten. Seine Darstellung geht mit dem leichten Satze über die Eröffnungen der österreichischen Deputation (vergl. deutsche Ztg. Nr. 292. Beilage 1) hinweg: „Ein Mitglied der Deputation erschien auch im Ausschusse und entwarf, nach seiner subjektiven Ansicht, ein dunkles Bild von den Wiener Zuständen.“ Die Linke betont eine Menge von Stellen dieses Berichts durch ihr: „Hört! hört!“ Auch ein heftiges „Pfui!“ kommt von eben dieser Seite zum Vorschein, als in einer Depesche der Reichskommission die Ansicht ausgesprochen wird, daß ihnen die fortgesetzte Einschließung Wiens das Vermittlungswerk erleichtern werde. Eisenmann's ungarische Sympathien brechen bei einer Erwähnung der Stimmung der slavischen Bevölkerung mit einem vereinzelten Zwischenruf hervor, der Heiterkeit erregt. Die Schroffheit des Fürsten Windischgrätz und seine Weigerung, die Vollmacht der Reichskommissäre einzusehen, bleibt ebenfalls nicht unbemerkt und ungerügt. Die einstimmig beschlossenen Anträge des Ausschusses sind folgende: Das Reichsministerium soll aufgefordert werden, alle mögliche und nachdrückliche Sorge darauf zu wenden: 1) daß die Reichskommissäre das Ansehen und die Anerkennung der deutschen Zentralgewalt überall kräftigst zur vollen Geltung zu bringen sich angelegen sein lassen; 2) daß sie die Interessen Deutschlands in Oesterreich überall zu schützen suchen; 3) daß sie ihren vollen Einfluß aufbieten, die fernere Entwicklung der österreichischen Wirren auf friedlichem und unblutigem Wege herbeizuführen; 4) daß sie endlich, wie diese Entwickelung auch ausfallen möge, die in den Monaten März und Mai zugestandenen Rechte und Freiheiten der österreichisch-deutschen Völker gegen alle Angriffe in Schutz nehmen. Nachdem noch einige Ausschußberichte von geringerer Bedeutung erstattet sind, eröffnet Eckert von Bamberg die Reihe der vier auf einander folgenden, sämmtlich auf Posen bezüglichen Interpellationen. Ihm folgt Jordan von Berlin, Dunker von Halle und Kerst von Posen. Wir geben davon wörtlich die Anfragen Jordans von Berlin: 1) Welche Maßregeln hat das Ministerium ergriffen, die Demarkationslinie zwischen den deutschen und polnischen Theilen Posens in Gemäßheit des Reichstagsbeschlusses vom 26. Juli d. J. zur endgiltigen Entscheidung zu bringen? 2) Sind bereits Schritte gethan oder wenigstens vorbereitet, um die Deutschen im reichsangehörigen Theile Posens, welche durch den Beschluß der preußischen Nationalversammlung vom 21. Okt. in große Bestürzung versetzt sind und sich durch denselben in ihren wichtigsten Interessen, in ihrer Nationalität gefährdet glauben, zu beruhigen und dahin aufzuklären, daß jeder den Beschlüssen der Reichsversammlung entgegenstehende Beschluß der Versammlung eines Einzelstaates als an und für sich null und nichtig angesehen und erforderlichen Falles als ungesetzliche Auflehnung zurückgewiesen werden wird. Ferner die Interpellation Kerst's von Posen: Die behufs Vereinbarung einer Verfassung für Preußen in Berlin tagende Versammlung hat in ihrer Sitzung von drei Stimmen den Art. 1 der p angenommen: „Alle Landestheile Umfange bilden das preußische G herzogthums Posen werden die i thums Posen mit dem preußische gewährleistet. Ein gleichzeitig u des organisches Gesetz wird diese daß den Polen in dem Großherzo Seitens der Krone Preußen gew der deutschen Reichsversammlung Volksstämme auf deutschem Bun die deutschen Bewohner Deutsch für inkompetent halten, ihnen a ganz Deutschland und die übrig wägung, daß der in Rede steh Reichs, wie sie in Posen durch 2. Mai d. J. festgesetzt und durch den Reichsversammlung vom 27 ändert; in Erwägung, daß jene des Beschlusses der deutschen Rei Kompetenz der letzteren betreffend Lesung mit großer Majorität ang verfassung in grellem Widerspruch schlusse die Abgeordneten aus dem haben, wodurch eben die Mehr worden ist; in Erwägung endlich, öffentlichen Blätter und Privatbri regung im deutschen Posen erzeugt kriegs daselbst hervorzurufen geei sterium die Fragen: 1) hat dass gerichtet, daß dem Beschlusse de Deutschland gehörigen Theil Pos werde? 2) Hat es den Reichsk Grenze in Posen bereits abgesand welche geeignet sind, den Wieder verhindern? 4) Ist es entschloss alle Ausnahmsgesetze, womit die sowie gegen jede Beeinträchtigung minister wird auf alle vier in übereintreffenden polnischen Interp Ziegert und mehr als zwanzi Venedey'sche Bericht, in de des sofort auf die heutige Ta sammlung erklärt sich für dies nachdem dieser Beschluß gefaßt w Hauses umringt, die sich als R den. In der eintretenden Pause eines Schriftführers an Mörings Berichte werden mehrere Anträge, sten Art übergeben. Von der ein sogar die einfache Tagesordnung dern (von Bauernschmidt) unter sitzung der Reichskommissäre Welc sonen. v. Pattai fragt, ehe d Ministeriums seit dem 24. Okt. k kommissären erhalten. v. Schme Ausschuß mit Vergnügen vorgele das Wort: Der Schergendienst, d heit anderer Nation zuzumuthen sten Städte in der Welt herbeiz Wien gelegt worden, werde das werden. Seine Beschuldigung, Ministeriums habe mit Wohlgefal üben Scheußlichkeiten geblickt, n wozu auch noch mehrere andere Politik, wie freundlich sie auch v Veranlassung geben. Er verlangt der Linken die Abberufung der B der österreichischen Regierung als behandelt werde. Schneer W gierender Körper. Nur bei der d in die Verwaltung mischen. D „Convent“ erwähnt, daß sich alle denschaftlicher Frage, die Leidens mann hat gefragt, warum wir nicht thun? Die Entfernung hat uns d kommissäre abzusenden Dann ko welch's die Wiener Deputation de entworfen Dem Vernehmen nach ratbs. ein durchaus ehrenwerther der Aufstand sei durch ungarischen Aufklärung. Im Uebrigen stim

in allen vier Punkten überein. Löwe von Calbe mit breitem, schwerem Tone dagegen: So gewiß, wie sich der Protestantismus von den Arminern von Magdeburg erhoben hat, so gewiß wird auch die Freiheit aus den Händen von Wien wieder erstehen. Was uns seit dem März geschadet hat, das ist, daß die Worte herrschte, anstatt der That. Auch die Anträge des Berichts enthalten nur Phrasen. Was haben die Reichskommissäre in Oesterreich bis jetzt gethan? Nichts. Was wird ihnen an neuen Aufträgen zugewiesen? Unbestimmte, nichts besagende Instructionen. Die Versammlung der Abgeordneten in Berlin läßt die Zentralgewalt zum Schutze Wiens auffordern. Preußen will Oesterreich nicht aus dem deutschen Reiche getrennt, es will es erhalten sehen. Letzteres wird vor den Berlin gegebenen Anregung. Daß wir einen aufrichtigen Feldherrn zum Vertheidigungsplan zogen, daß wir auch die österreichische Regierung der Zentralgewalt unterworfen, die gesetzlichen Beschlüsse des Wiener Reichstages in ihrer Gültigkeit gesichtigt sehen wollen, kommt vielleicht Manchem kom.sch vor. Allein wenn dies unerreichbare Ziele sind, so kommt mir die ganze Einheit komisch vor. (Bravo von der Linken.) Die Bauernschmiers'schen Anträge sind es daher, die Löwe zur Annahme empfiehlt. Reitter von Brag setzt der Bewegung in Wien ihren deutschen Charakter zu retten. Die Wiener Deputation war durchs Loos aus dem Gemeinderath gewählt, und außerdem erklärt Herr Bonhi vorwährend, daß er nur seine individuelle Meinung darlege. Der Wiener Presse, die ganz anders spreche, dürfe man trauen, denn sie sei unabhängig geblieben, wie der Artikel eines dortigen Blattes über Blum bewiesen. Jellachich's Brief an Windischgrätz sei wirklich dersorauirt worden und wo habe somals ein österreichischer General eine solche Sprache geführt? Aber in Prag hätten sich dennoch die entgegengesetzten deutschen und slavischen Parteien vereinigt, um in Olmütz für Wien einzuschreiten. Reitter ist Mitglied des Ausschusses, aus welchem der Bericht hervorgegangen. Er rechtfertigt daher dessen Anträge und spricht gegen den Bauerschmidtschen Antrag. Wiesner's Ankunft auf der Rednerbühne hat, wie gewöhnlich bei Erscheinen dieses Redners, einen Aufruhr in Masse zur Folge. Der ehrenwerthe Abgeordnete wartet ruhig, bis sich das Gerücht der Aufwandungen etwas gelegt hat, und beginnt dann seinen Vortrag mit einer selbstgenügsamen Unbefangenheit, um die er wohl zu beneiden ist. Sein Ausgreifen bis in's siebenzehnte oder sechszehnte Jahrhundert der Wiener Geschichte erlassen wir ihm. Die Ungarn, behauptet er dann, hätten den Wienern kein Hehl gemacht aus demselben Grunde, und dem ihr Herr entgegenhielten. Sie hätten ihn oft. Dann kritisirt Wiesner das Benehmen der Reichskommissäre Welcker und Mosle und es wird diese Männer nicht wenig beführen, wenn sie erfahren, daß ein Wolkiller von der beiden Begabung Wiesner's von ihrem Benehmen, von ihrem Takte und ihrer staatsmännischen Einsicht die allergerinnste Meinung hegt. Ja, er möchte sie bei einem Haare des Landesverraths beschuldigen. Die Linke ruft Brava bei Wiesners Abgang und von der anderen Seite überrascht und der Ruf „Schluß." Denn wir glauben gar nicht, daß Wiesners Vortrag irgend Jemanden dort übrig gelassen. Rüder widerlegt die von Eisenmann, Reitter und selbst einige der von Wiesner aufgestellten Behauptungen. Namentlich den Landesverrath, dessen der letztere Welcker und Mosle bezüchtigt. Das Mitglied der Wiener Deputation an den „Erzherzog Johann" hält Rüder allerdings für glaubwürdig und er dasst mit dem Abgeordneten von Aalbe, die Freiheit werde zum Siege kommen. „Aber über die Aleeriage der Anarchie!" (Die Linke giebt ihm Namen der beleidigten Anarchie.)

(Schluß folgt.)

Ist es möglich?

Also auch jetzt noch glaubt die linke Seite der Paulskirche den Eindruck verwischen zu können, den der blutige 18. Septbr. auf Deutschland hervorgebracht? So fragt man sich unwillkürlich, wenn man die Broschüre gelesen, die Hr. Vogt im Auftrage des Klubbs der Linken vom „deutschen Hofe" unter dem „Donnerdege" verfaßt. Trotz Allem, was auf der Pfingstweide von dem „Frakturreden," von dem „vor die Leiber rücken," von dem Blutverspritzen an den Wänden der Paulskirche gesprochen worden, trotz dem Versuche eines Volksbaufens, in die Paulskirche einzudringen, dem noch jüngst der Vicepräsident Hr. Riesser öffentlich auf der Rednerbühne als Augenzeuge gesichert hat, trotz der Erinnerung jener Abgeordneten, die Vertheidigung Jahns und der Todesbedrohung Gagerhern soll der bewaffnete Aufruhr doch keinerlei Angriff auf die Volksvertreter bezweckt haben! Nach der Broschüre zu urtheilen, soll man meinen, die Schändlichkeiten seien alle nur aus den unschuldigsten oder gar ebelsten Beweggründen verübt worden. Da werden zuerst genannt „die sittliche Entrüstung eines großen Theiles des deutschen Volkes über die Verurtheilung der schleunig-holsteinischen Angelegenheit" (während doch nachschlich Herr Vogt selbst sich mit dem Inhalte des Malmöer Waffenstillstandes zufrieden erklärt, und nur die Vermittlung Preußens getadelt hat); „ferner die Ungeduld, womit das Volk den Früchten der Märzrevolution entgegenharrt" (während bekanntlich nur die Linke durch ihre ewigen Interpellationen und Dringlichkeitsanträge Schuld trägt an der Verzögerung der Verfassungsberathung, auch, wie wir täglich sehen, beharrlich dafür stimmt, daß über jeden einzelnen Paragraphen „gebrochen" wird." Ferner nennt Hr. Vogt den Bau der Barrikaden „ein Fest der Straßenjugend," die Steine wurden „ganz harmlos" herbeigetragen, das Gange war nur „ein Muthwillen" und man hätte können die Barrikaden an ihrer „Lächerlichkeit" zu Grunde gehen lassen, was aber Hrn. Vogt in seiner bekannten Logik doch nicht abhält, zu berichten, was er eben nicht leugnen kann, daß die bekannten Barrikaden erst nach mehrmaligem Sturme und die letzten erst in der Nacht und am Morgen genommen werden konnten. Aber Hr Vogt scheint doch selbst zu fühlen, daß „heißer Straßenkampf" und „Muthwillen" einen solchen Kampf nach nicht hinreichend rechtfertigen, er gibt also noch weitere Gründe, die besonders da zu Tage kommen, wo er doch erklären muß, warum die Aufrührer während der Waffenruhe sich nicht bewogen ließen, die Barrikaden zu verlassen und abzuziehen. Dreierlei Gründe finden wir hier aufgeführt: 1) Schuß gegen das Mißtrau, während Hr. Vogt es doch den Mitte zum Vorwurf macht, so lange gar nicht angegriffen zu haben, während doch Niemand von Bewaffneten Schuß gefallen, bevor Brentano kommt, um sich dort durch Barrikadenbau auf der Straße gegen das Militär zu schützen. 2) Haß gegen die Preußen. Weil einer derselben, die mit Gewalt in die Paulskirche einstürmen gewollt, durch den Bajonnetstich eines Preußen verwundet worden! Die Kunde von dieser Verwundung, Morgens 11 Uhr geschehen, muß man in Hanau und Mainz schon worher gehört und schon in diesem Vorgehöft man von dort die Preußen gehaßt haben, wie hätte man sonst Kunden an kriegliche Thaten dieses Volkes in Frankfurt sein! Der dritte Grund, aus welchem nach Vogt's Broschüre die Aufrührer den Barrikadenkampf kämpften, ist „die Ehre." Man sieht es der ganzen Broschüre an, sie hat ihre Freude an dieser „Ehre;" mit dramatischem Aufwande werden die Worte berichtet, die tragigen Mienen geschildert, mit denen man der Aufforderung zum Gutwillen des Kampfes begegnete, und wenn man sich nun Hrn. Vogt täglich und schon zum Ueberdruß seine Theorie entwickeln hört, daß wir Aufrührer jenen Augenblick auf's Neue berechtigt sei, selbst gegen die gewählten Vertreter des Volks? Aber darüber kann man sich billig wundern, daß Herr Vogt, der nicht gegen „die Ehre" der Aufrührer einzuwenden hat, es doch unverzeihlich findet, daß das Ministerium es mit der militärischen Ehre nicht verantwortlich hielt, die Truppen vor den Barrikaden abziehen zu lassen, vor den Barrikaden, wo denen und ja Hr. Vogt versichert, sie seien schon beigegangen. Wahrlich durch die ganze Broschüre weht nur einzig die männliche Antwort des Reichsministers Hrn. v. Schmerling, womit er die Deputation der Linken abwies, die das Zurückziehen der Truppen verlangte, „dann möge das Volk die Barrikaden wegräumen," wofür sie indeß nicht einmal eine „Bürgschaft übernehmen wollten." Daß Hr. v. Schmerling erwiderte, „erst müssen die Barrikaden von den Vertheidigern abgeräumt werden," versteht sich von selbst. Wann es ist, wie lange die verrückten Banden freilich wünschen, der so gutmüthig wäre, Straßosigkeit zuzusichern, sobald der Erfolg des Aufruhrs zweifelhaft wird, und der die Ehre braver Truppen geringer anschlägt, als den „Muthwillen" rothgeschminckter Bursche. Freilich wird ihm dafür zugerufen, er wolle „Fortsetzung des Bluterzeigiesens!" Er war wohl nicht zum Blutvergießen, daß die Aufrührer Büchsen, Pulver und Blei nach Frankfurt brachten? Aber Herr v. Schmerling stand ja selbst schon hinter den Barrikaden, wie ihm sein Vorgat bezeugt. „Ja," antwortete Schmerling, „aber für eine andere Sache" und Hr. Vogt, der uns dies selbst berichtet, scheint gar nicht zu fühlen, welch ein Unterschied besteht zwischen dem Kampfe gegen Wetterlich und zwischen dem gegen die Vertreter des Volks. Daß es aber eben der Unterschied, wie ihn auch neulich Hr. Bassermann klar gemacht, daß man mit Gewalt die Freiheit damals erobrte und jetzt vertheidigt. — Am widerlichsten, am herrübrendsten fällt dem Leser aber die Ausführlichkeit auf, mit welcher der Verfasser über eine Obrfeige berichtet, die auf der Hauptwache vorgekommen sein soll, während er kalt erzählt, wie die Vertheidiger des Gesetzes von den Kugeln der Verbrecher hingestreckt worden. Da ist nur die Soldaten! Ja, nur die Soldaten! Hr. Hermersdorf von Auerswald und Lichnowsky" hat er blos das Wort „Frevelthat," für welche es der Geschichte noch obliege, die ursächlichen Momente aufzusuchen," während er „das Benehmen" des Fürsten zu tadeln weiß, einen Vorwurfes mit einem „Bewaffneten" ausführlich berichtet, und „den Mangel aller menschlichen Wortsitz" den Ermordeten zum Vorwurf macht. Wer so über einen Aufruhr, wie die tolle Fahrt vorantrieb, wer so über die Ermordung preußischer Volksvertreter berichten kann, der hat sich in Deutschland hoffentlich selbst gerichtet, und wir haben ihn wohl durch diese Zeilen schon zu viel Ehre angethan.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Aus dem österreichischen Heerlager.

Aus dem Heerlager bor Wien vom 25. Okt. bringt die „Konstit. Ztg. aus Böhmen" folgenden Bericht: „Die Soldaten hatten surze und scharfe Märsche; ehe sie aus Königgrätz bis ins Marchfeld kamen, waren die Schuhe schon gesprungen und zerrissen. Die Herbstnebel stellten sich ein und die Nächte sind frösteind. Durch Böhmen und Mähren gingen die Truppen wohlgemuth, aber im Oesterreichischen kannte man die Gesinnung der Landbevölkerung nicht, und anfangs wurden Maßregeln ergriffen, als ging es durch Feindesland. Bald überzeugten sich aber Offiziere und Mannschaft, daß sie freudig aufgenommen und sogar gut bewirthet wurden, obwohl der Einmarsch all dieser Tausende keine geringe Beschwerlichkeit für den Landmann nach sich brachte. Bis zum Uebergang über die geschlagene Brücke beim Kahlenbergerdorfel, nächst dem Steinbruch bei Nußdorf ereignete sich nichts besonderes. Der Zug des Kaiserl wurde mannigfach erzählt, und manche schöne Szene ergab sich dabei. Am bedeutendsten ist, daß das Bataillon Hoß Infanterie, welches mehrere Tage in Siegbardskirchen lag, bereits am 5. Okt. die Nachricht erhielt, mitgehe in Wien mit dem Plan um, den Kriegsminister zu ermorden. Ein

Oberlieutenant, der dort stationirte, erzählte es selbst. In der Nacht vom 6. auf den 7. marschirte diese Abtheilung bis Penzing und ein Theil nach Schönbrunn, wo sie um 3 Uhr früh anlangten; aber kaum hatten sie die Pferde gefüttert und die Offiziere etwas in der Hofküche genommen, mußten sie mit Sack und Pack wieder denselben Weg zurückmarschiren. Die Avantgarde erfuhr erst spät, wer sich in der Mitte der Truppen befinde; als jedoch Halt gemacht wurde, machte man es den Soldaten bekannt, und nun begann ein Hurrah und Hütefchwenken, daß die kaiserliche Familie sich bewogen fand, die Wagen zu verlassen und mit den Umstehenden über die Ursache der Abreise zu sprechen. Kaiser und Kaiserin waren ganz verweint, die Erzherzogin Sophie konnte vor Schluchzen keine Sylbe hervorbringen. Die Raftplätze sind bereits bekannt; eine Lüge ist es aber, daß beim Durchzug der Truppen irgendwo das Standrecht verkündet wurde, oder brennende Lunten bei Kanonen geführt wurden. Das einzig wahre ist, daß sich die Scharfschützen nicht nehmen ließen, neben dem Wagen des Kaisers zu marschiren, und wenn er auch schneller fuhr, trabten auf jeder Seite acht Mann mit scharfen Augen und noch schärfern Ladungen einher. In Eggenburg kamen die Mädchen entgegen, alle mit schwarzgelben Bändern geziert; aller Orten aber drängten sich die Bauern an die Wagen, denen der Kaiser in seiner schlichten und herzigen Weise sagte: „Kinder, was ich versprochen hab', das halt' ich; Robott, Zehend und das andere hat aufgehört, ich hab's sanktionirt, unterschrieben, und dabei bleibts, euer Kaiser gibt euch sein Wort darauf; und glaubts dem Kaiser, ich meins gut mit euch; aber in Wien gibt's Leut', die's nicht gut mit mir meinen, und die euch auch verführen wollen: und da kann ich mir nicht helfen, ich werd' leider Militär hinschicken müssen u. s. w." Es sind dieß die eignen Worte des Kaisers, welche natürlich unendlichen Jubel erzeugten; Studenten, die noch vor Ankunft des Kaisers mit allem Aufgebot die Landleute haranguirten, verschwanden plötzlich, und wo sich ein Calabreser blicken ließ, war er den Insulten der Bauern ausgesetzt. Das Militär, so erbittert es war, benahm sich in den meisten Fällen dieser Art mit Schonung; denn nur Schonung kann man es nennen, wenn zwei Studenten mitten im Hoflager mit rothen Kappen und rothen Halstüchern erscheinen, und den gemeinen Soldaten von den 25 kr. Taglohn der Wiener Mobilgarde vorerzählen — und diese Studenten nicht allsogleich niedergeschossen werden. Ein Offizier rettete sie, indem er ihnen die rothen „Hauben" vom Kopfe und die rothen Binden vom Halse nahm, den Soldaten die Bedeutung derselben erklärte, und als diese darauf mit Wuth über die Studenten herstürzen wollten, diesen 5 Minuten Zeit gab, sich zu entfernen. Daß sie lange Schritte machten, rettete sie davor, am nächsten Baume als Wahrzeichen zu hängen. Vielleicht gibt es Leute, die einen solchen Streich als Muth und Gesinnung auslegen; das Militär hält es für die krasseste Frechheit und eine totale Unkenntniß des Geistes, der in der Armee herrscht. Man frage die Offiziere aller Korps, ob nicht jeder Mühe hat, die Erbitterung seiner Leute gegen die Studenten, die nun einmal als die Herbeiführer der jetzigen Zustände gelten, zu zügeln. Aber nicht bloß das Militär, auch der Bauer und Kleinstädter im Erzherzogthum Oesterreich ist voll Erbitterung. Der Bauer ist konservativer Natur, sobald er ein Besitzthum hat, und Kamarilla und Reaktion kümmert ihn gar wenig, wenn er nur nicht zu roboten hat, und einen Herrn über seinem Hrn. Amtmann zu finden weiß. In all den Gegenden, welche die verschiedenen Truppenkörper durchzogen, zeigte sich der entschiedenste Widerwille gegen das Treiben in Wien, und sonderbar, in den entlegensten Weilern wußten die Bewohner die Namen jener Tagshelden, welche in den Klubbs und in den Journalen der Residenz das Feuer schüren. Schlimm erginge es jenen Leuten, kämen sie einmal in diese Hände. Häfner und ein Kompagnon verließen das Dampfschiff, welches sie in Nußdorf bestiegen, nur darum, weil sie in Gefahr waren, von den Bauersleuten oder vielmehr oberösterreichischen Schiffern, welche gewöhnlich mit dieser schnellen Gelegenheit zurückkehren, ins Wasser geworfen zu werden. Nur der Kapitän rettete sie, und sie stiegen unter Flüchen und Verwünschungen in Kralskirchen ans Land. Wie so der Reichstagsdeputirte Kudlich mit diesen Leuten gemeinschaftlich reiste, ist wohl ein Räthsel. Ich kann nicht angeben, ob dieser wirklich den Landsturm aufbieten und hereinführen wollte, aber er wurde bereits an der nächsten Station mit seinen Reisegefährten aufgegriffen und unter Militäreskorte vor den nächsten Amtmann gebracht. Dort wies er sich freilich als Abgeordneter aus, aber auf die Frage des Offiziers: warum er nicht an seiner Stelle im Reichssaale sei und was er hier auf Dörfern zu thun habe? wußte er keine genügende Antwort zu geben. Dennoch wurde er freigelassen, Häfner aber und der unbekannte Genosse unter scharfer Bewachung nach Znaim, und von dort auf den Spielberg gebracht. Ein Leiterwagen mit gehöriger Mannschaft, in deren Mitte der eine Studiosus, fuhr voran, in der Kutsche saß obenan ein Offizier mit gespannter Pistole und einem Dolch, auf dem Rücksitz Häfner, und zwischen dessen Füßen ein Soldat, auf dem Bock neben dem Kutscher ein Infanterist mit geladenem Gewehr. Hinterdrein wieder ein Leiterwagen mit Soldaten. Der Zug machte natürlich Aufsehen, und noch mehr der trüppelhafte Inquisit. Ob aber Häfner wirklich schuldig ist, d. h. ob er das Volk aufwiegeln wollte, ob er Proklamationen auszustreuen suchte u. dgl., kann Niemand angeben. Ist dieß nicht der Fall, so müßte er alsobald freigegeben, und könnte höchstens vor ein Preßgericht gestellt werden. In Wien herrscht die Ansicht vor, daß Häfner aus Furcht vor den Uebergriffen seiner eigenen Partei sich wegbegeben habe. Sonntag traf der Fürst Windisch-Grätz, welcher in einem Tage zum Feldzeugmeister und Feldmarschall avancirte, in Stammersdorf ein; dieser Ort liegt an der Straße nach Mähre
Klosterneuburg. Von dor
meinderath, worin er, als
Belagerung erklärte, die Ci
und das Standrecht für a
erklärte dieß alles in einer
der dieß dem Marschall übe
Klosterneuburg, und Monta
brücke vollendet wurde. G
Grenadierbataillone, der Ku
Munitionswägen und Wage
stadt und Döbling rechts al
zing, Sievering, Putzelsdor
dem Kahlenberge durch Me
Märsche begann an der Nu
drei Straßen in einander:
nauarm, der die Brigittenau
umschließt, hügelauf zieht;
einschließt, und jene vom
Schanze sich hinschlängelt.
Währinger Straße befinde
Die Linie ist fest verbarrika
durch Sandsäcke geschützt.
rechts einbiegt, stellte sich da
die Bäume der Allee, theilé
schobener Militärposten, wel
erste Anlaß gewesen sein, d
ging es los bis zum Wed
mit geringer Unterbrechung
Ludwig-Infanterie blieb t
wie viel innerhalb der Linie
erste Kanonenschuß demontir
Feuern heraus so ungeschickt
weit über das Militär weg
gen, so matt jedoch, daß ste
trommel führte eine Masse
Infanterie von Ludwig, N
und 2 Haubitzen und eine
nant beim Heraufreiten an
der Brigittenau an der linke
Der Kampf war aber von
augenscheinlich hatten die O
fahren, denn sonst hätten
halten können, und Mannsc
stürmen. Die Nacht blieb
den lagernden Truppen Effe
len. Nur für die Pferde m
standen 80 Rosse, darunter
genug aufzutreiben. Auch a
Klafter unter dem Schutze e
der Nußdorfer Linie hinau
das Feuern neuerdings und
Gräß ritt über Grinzing un
von den Dorfbewohnern, w
wohner sind, mit jubelndem
dieser Applaus wohlzuthun,
uno Enttäuschung an sich,
nahme und Bewirthung thr
fürchtet, als Feinde behandel
Verbbezirk in Niederösterrei
in den Ortschaften, die sie
Ingrimm gegen die Wiener.
trefflich gerathen; aber die
Niemand von den Wirthen
chen. Jetzt schneidet man
ganze Gegend um Klosterne
den Gemüsehändlern, kurz d
satz ab; denn nicht die Bel
vermögenden Einwohnern
werden wir schier verhunger
an diesem Vormittag hatte
rechten Donauufer von Nu
genannten schwarzen Lacke
Brigittenau zu besetzen.
Nußdorfer Linie die Kanone
das Militär auf der Nußdo
von hier aus die Brigittena
2 Kompagnien Infanterie n
und das Gesträuch besetzten.
nächst der Dampfwasserleitu
und später flackerte auch da
tentischen und Stüblen emp
noch um 8 Uhr Abends die
andern Seite ein noch inte
stehen neben neben den Tab

Abend bemerkte man mitten auf der Eisenbahnbrücke, welche sich nächst dem Nordbahnhof befindet, Rauch und endlich Flamme. Die Stadtvertheidiger hatten beide Brücken angezündet und spie brannten stundenlang in lichter Lohe. Wenn man sieht, daß kaum 200 Schritte davon ein Kind durch den seichten Strom waten kann, so muß man dieses Feueranlegen der bloßen Zerstörungswuth zuschreiben. Die Stadt war größtentheils erleuchtet; ganz ferne, wie über der Simmeringer Haide, hörte man vereinzelte Schüsse, sonst blieb es ziemlich ruhig. Mittwoch früh bedeckte dicker Nebel die ganze Gegend. Man sieht keine zehn Schritte weit. Dennoch beginnt, eben als dieß Schreiben auf gut Glück einem Boten übergeben wird, wieder das Kanoniren. Offiziere meinten, es wäre auf heute ein Angriff bestimmt. Sicheres weiß Niemand. Windisch-Grätz soll über Nacht in Inzersdorf gewesen sein.

Deutschland.

Bayern. — *München, 5. Nov. Ihre kgl. Hoheit die Frau Herzogin von Modena, gebotne Prinzessin von Bayern, ist am 19. v. M. zu Bozen von einer Prinzessin glücklich entbunden worden, welche in der heil. Taufe die Namen Anna Beatrix Therese Marie erhalten hat. — Heute Morgens 4 Uhr verschied daher der k. Staatsrath im außerordentlichen Dienste und Vorstand des Reichsarchivs Frhr. v. Hormayr. Derselbe war geboren am 20. Jänner 1781.

Nürnberg, 3. Nov. Gestern ist hier folgender Aufruf zur Theilnahme an einem Bürgervereine für Freiheit und Ordnung erschienen: „Mitbürger! Unsere Stadt, die so lange durch Eintracht und friedliches Zusammenwirken ihrer Bürger dem Vaterland ein nachahmungswerthes Beispiel gegeben, deren Bewohner in Deutschland als Muster einer klaren, nüchternen Besonnenheit, eines ruhigen Fleißes, eines gemessenen Strebens nach Freiheit und Fortschritt gegolten haben: sie bietet seit einigen Monaten ein niederschlagendes Bild von Parteikämpfen, welche die Gemüther mehr und mehr zu entzweien drohen und, wenn sie andauern sollten, auch auf den materiellen Wohlstand in dieser ohnehin bedrängten Zeit nur noch drückender einwirken werden. Fast scheint es, als solle die Bürgerschaft zu keiner Ruhe mehr kommen, als solle sie sich nach und nach in feindliche Lager abtheilen und allen Denen der Aufenthalt in unserer Stadt verleidet werden, die, ohne durch Geschäfte an sie gebunden zu sein, einen friedlichen Aufenthalt in ihr suchten. Wir wollen nicht fragen, wer diesen Zustand veranlaßt habe; aber laut muß es ausgesprochen werden: er muß aufhören, als Wohlgesinnten sind dieser unablässigen Aufregung satt! Wir wissen, daß ein Umschwung der Dinge, wie der gegenwärtige, nicht ohne ungewöhnliche Bewegung der Gemüther vor sich gehen kann; aber etwas Anderes ist es, wenn die Ereignisse auf die Stimmung des Volkes wirken, etwas Anderes, wenn die Aufregung durch künstliche Mittel gesteigert werden soll. Auch wir wollen Freiheit, Einheit und Größe des Vaterlandes; aber gewiß wird für die wahre Freiheit durch gemessene Ansichtenheit und Festigkeit der Bürger, durch ein seltenered Auftreten in wirklichen Momenten der Nothwendigkeit mehr gewirkt, als durch unablässige Aufrufe und Plakate, die zuletzt weder auf die Regierung noch auf das Volk mehr Eindruck machen und unter denen noch und nach auch der freiheitsliebende Mann ermatten muß, so daß er überhaupt sich jeder Aeußerung mehr, wenn es vielleicht früher einmal gelten sollte, widerwärtig zu werden. Denken wir doch bei diesen ehemwerthen Kämpfen um Freiheit und Einheit des Vaterlandes auch an die Ungeduldigung unserer Existenz und Wohlfahrt, an das materielle Wohl der Bürger; vergessen wir nicht, daß auch die wühlerischen Demokraten zwar schöne Redensarten, aber nimmermehr Brod geben werden, wenn endlich auch das Wenige vom Geschäftsleben noch vorhanden ist, was sich bis jetzt unter den Stürmen erhalten hat. Der Handel ist gelähmt, die Gewerbe stocken; überall hört man laute Klagen: wenn nur das Vertrauen und mit ihm der Verdienst wiederkehre! Kann es aber wiederkehren, wenn Niemand jenen Leuten entschieden gegenübertritt, die sich in Deutschland zum bleibenden Geschäft gemacht zu haben scheinen, Mißtrauen zu säen, die Aufregung zu erhalten und wo möglich eine Auflösung aller bestehenden Verhältnisse herbeizuführen? Es thut Noth, daß bei einem solchen Zustand der Dinge auch in unserer bedeutenden Stadt, nach dem Vorgang von München, sich ein Verein bilde, der sich nicht bloß die Freiheit, sondern auch die Ordnung zum Ziele setzt, und es geschieht mit der vollsten Uebereinstimmung einer großen Zahl der achtungswerthesten Bürger, wenn die Unterzeichneten hiermit ihre geehrten Mitbürger einladen, einem solchen Vereine recht zahlreich beizutreten. Der Verein wird die Zeit seiner Mitglieder nur selten in Anspruch nehmen, er will nur existiren, um, so oft es erforderlich ist, seine Stimme zu erheben und sein Gewicht in die Wagschale zu legen. Er wird daher monatlich nur einmal eine regelmäßige Versammlung halten, bei außerordentlichen Fällen aber seine Mitglieder besonders zusammenrufen. Es leben hier so viele wackere Bürger, die noch keinem Vereine beigetreten sind, deren Stimme aber in den jetzigen ernsten Verhältnissen nicht mehr verloren gehen darf: mögen sie zunächst sich unserem Vereine anschließen! Mögen ihn aber auch solche durch ihren Beitritt verstärken, die bereits auch anderen Vereinen angehören, falls sie unsere Statuten anerkennen; denn es ist durchaus kein Hinderniß vorhanden, an zwei Vereinen Theil zu nehmen, deren Tendenzen sich nicht widersprechen." (Folgen die Unterschriften des, fast ausschließlich aus Mitgliedern des Handels- und Gewerbsstandes bestehenden prov. Komite's.) — Die Statuten des Vereins lauten: §. 1. Der Zweck des Vereins ist ein doppelter: 1) Lebendige Mitwirkung zur Herbeiführung einer wahren Einheit und Freiheit Deutschlands auf konstitutionell-monarchischer Grundlage, und 2) Wirksamkeit für die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung in gegenwärtiger Zeit der Bewegung. §. 2. Was Bayern speziell anlangt, so erklärt der Verein, daß er die Regierung unterstützen werde, so lange sie aufrichtig an der Verwirklichung der Bürgerrungenschaften arbeitet und gewalzt ist, auf jene schwerwiegenden Rechte für die Krone zu verzichten, deren Aufgeben der deutsche Reichstag zur Herbeiführung einer festigten Einheit Deutschlands für nothwendig erachtet. §. 3. Als Mittel für seine Zwecke bedient sich der Verein 1) seiner numerischen Stärke an Stimmen, z. B. bei Wahlen, und 2) des Wortes und der Presse, durch welche er sowohl die Freiheit und Einheit des Vaterlandes gegen jede reaktionäre Bestrebung auf das Entschiedenste wahren, als auch 3) ungerechten, wühlerischen, aufhetzenden Bestrebungen gegenüber öffentlichen Versammlungen entgegentreten werd. §. 4. Als Organ für seine Bestrebungen benützt der Verein eine der bissigen politischen Zeitungen oder gründet, falls diese es verweigern sollten, ein neues wohlgesinnt politisches Blatt. §. 5. Mitglied des Vereins kann jeder unbescholtene majorenne Deutsche sein §. 6. Der Verein beabsichtigt nicht, die Zeit seiner Mitglieder durch häufige Versammlungen in Anspruch zu nehmen; er wird monatlich nur Eine regelmäßige Versammlung halten, dagegen bei außerordentlichen Vorkommnissen außerordentliche Versammlungen berufen. Die Vereinsversammlung entscheidet durch Stimmenmehrheit. Damit jedoch die Mitglieder öfter in Verbindung kommen und sich gegenseitig aussprechen können, wird man eine größere Wirthschaftslokalität und einen gewissen Tag in der Woche bestimmen, wo man sich Abends zur geselschaftlichen Unterhaltung zusammenfindet. §. 7. Die Versammlung wählt aus ihrer Mitte einen Ausschuß von 12 Mitgliedern auf 3 Monate; dieser wählt aus sich einen Vorstand, der in den Sitzungen des Ausschusses und in der Vereinsversammlungen den Vorsitz führt. Der Ausschuß versammelt sich jede Woche an einem Abend und bespricht sich über die etwa nothwendig gewordenen Aeußerungen des Vereins; er vertheilt die Ausarbeitung der Aufsätze für die Presse entweder unter sich oder unter dazu geeignete Mitglieder. Die für solche Arbeiten geeigneten Mitglieder machen sich verbindlich, wenn es nöthig werden sollte, im Auftrag des Vorstandes in jedem Monat einen kleinen Aufsatz für die Presse zu liefern. §. 8. Der Verein tritt sich auf, sowie die deutschen Verhältnisse vollkommen ins Reine gebracht sind und Ordnung und Ruhe sich wieder befestigt hat. (Nürnb. Korresp.)

Nachschrift.

* In Genua haben am 29. Unruhen stattgefunden, welche jedoch bald wieder gedämpft wurden.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 4. Nov. Oesterr. 5proz Metall. 70, 4proz. 58. 3proz. — 2½proz. 37. Bankaktien 1150. p 500 fl.-Loose 118. 250 fl.-Loose 81. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 92. p — Staatsschuldscheine 3½proz. 75½. Bayer. 3½proz. 73½. — Badenser Herzog. 68. — Württemberg. 3½proz. 73¼. 4½proz. 93½. — Darmst. 3½proz. 72½. 4proz. 82½. Loose-Anleihen à 50 fl 45½. 35 fl.-Loose 26½. — Darmstädt. 3½proz. 74. 4proz. 82½. Loose-Anleihen von 50 fl. 60½. 25 fl.-Loose 21. — Kurhessl. Prämien-Anleihen 40½. 40 Thlr.-Loose 25½. — Russan. 3½proz. 80. 25 fl.-Loose 21. — Frankf. 3proz. 78 3½proz. 90½. 4proz. 96½. Taunusbahn 272. — Holländ. Integr. 46. — Span. 3proz. innere Schuld 17½. — Port. 300 fl.-Loose — 500 fl.-Loose 68½. — Sard. 36 Fr.-Loose 25½. Disc. 2.

Paris, 2. Nov. 3proz. 43.55. Spproz. 67.65 Spanische — Bankaktien 1495.—. Stadtobligationen —.—. Vier Kanäle 840.—. Compt. von Algier —.—. Belg. 5proz. pon 1840 77½. von 1842 71½. 4½proz. 72½. 4proz. —.—. 2½proz. —.— Bank 630 Rezp. 5proz. 79.—. Röm. 5proz. 64½. Span. 3proz. —.— Atpoz. —. Passive —. Piem. 80.85. Bank 200. Se Germain —.—. Serrailles (recipe) 103.— (Linke) —.—. Orleans 602 50. Rhein 373 75. Paoee —.—. Marseill. 161.25. Basel 90.—. Bierzon 217.50 Bordogne —.—. Bordeaux 367.50. Nordbahn 348.75. Moatereau 111.25 Lyon 390 — Straßburg 347.50. Rouen 313.75. Dieppe —.—. Seeaux —.—. Montpellier —.—. La Teste —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen M

Sonntag, den 5. November 1848.

Neuestes aus Wien vom 2. November.

† Wien, 1. Novmbr. **Gestern Abends 5 Uhr sind die k. k. Truppen nach einer lebhaften Kanonade vom Glacis aus durch das Burgthor in die Stadt eingerückt.** Ueber die Vorgänge vom 30. bis heutigen, trage ich folgendes nach: Der Oberkommandant Messenhauser hatte sein Kommando niedergelegt, ward aber vom Gemeinderath veranlaßt, dasselbe beizubehalten, und erklärte sofort, daß er es bis zur Vollendung des begonnenen Friedenswerkes fortführen werde. Die Studenten durchzogen fortwährend mit Mobilgarden und bewaffneten Proletariern die Stadt, und forderten zur Fortsetzung des Kampfes auf. Das Garde-Oberkommando von den Mobilgarden hart bedrängt, welche die Fortsetzung des Kampfes verlangten, flüchtete aus der Stallburg in das von Nationalgarden stark besetzte Landhaus. Noch um ½3 Uhr hörte ich in der Herrengasse in der Nähe der Nationalbank einen Studenten die Menge haranguiren und zur Fortsetzung des Kampfes auffordern, da die Ungarn als Sieger vor den Thoren stünden, und alles was man von ihrer Niederlage verbreite falsch sey; er wurde aber festgenommen, da an diesem Platze die für die friedliche Lösung gestimmten Nationalgarden stärker waren. Indessen vermochte das Oberkommando mit der Nationalgarde nicht, die von den Studenten angeführte Mobilgarde auf allen Punkten von den Basteien zu entfernen, zur Entwaffnung zu bewegen, die Thore zu öffnen, und die weiße Fahne aufzustecken. Als gegen 3 Uhr Nachmittags die k. k. Truppen von den Vorstädten her auf das Glais rückten, ward sofort das Feuern und die Kanonade wieder begonnen. Gegen 4 Uhr gerieth der Dachstuhl oberhalb der Bibliothek in der kaiserlichen Burg in Brand, der sich in der Richtung gegen das Körnthnerthor verbreitend den Dachstuhl oberhalb des Mineralienkabinets, die Augustinerkirche und den Thurm dieser Kirche ergriff und verzehrte. Das Augustinergebäude selbst, so wie das darnebenstehende Palais des verstorbenen Erzherzogs Karl, nun Eigenthum des Erzherzogs Albrecht sind unversehrt, die hohe Kuppel über dem Mittelstock der Fronte auf dem Josephsplatze verwehrte den Flammen das Weitergreifen nach der andern Seite gegen den Hauptstock der k. k. Burg. Die Stimmung der Stadt ist eine ruhige und Jedermann athmet freier, da der Terrorismus der Studentenherrschaft und des Proletariats nicht mehr besteht.

†† Wien, 2. Nov. Der Feldmarschall Fürst Windischgrätz hat aus dem Hauptquartier Hetzendorf eine von gestern, 1. November datirte amtliche Darstellung der Vorgänge bei Einnahme der Stadt Wien, so wie unter demselben Datum eine Proklamation, bezüglich der durch den Belagerungsstand hervorgerufenen Anordnungen und Maßregeln, erlassen. Beide Dokumente sind in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei gedruckt. (Wir werden die beiden Dokumente in einer zweiten außerordentlichen Beilage heute Nachmittag unsern geehrten Lesern mittheilen. Für jetzt nur so viel, daß auf die Truppen noch am 31. Oktober bei ihrem Erscheinen auf dem Glacis von den Wällen der innern Stadt, in welche sich die Aufrührer alle zurückgezogen hatten, lebhaft geschossen wurde. Die Wälle wurden von den Truppen Nachmittags eng umschlossen, das stark verbarrikadirte Burgthor eingeschossen, sodann von zwei Bataillons erstürmt und acht Kanonen erobert. Die Proletarier hatten bereits Feuer in das kaiserliche Bibliothekgebäude gelegt, von dem das Dach abbrannte, der übrige Theil dieses Gebäudes aber, so wie die ganze Burg wurden durch das Einrücken der Truppen gerettet. Das Militär hat nunmehr die ganze Stadt besetzt, welche durch die Eingangs erwähnte Proklamation mit ihrer Umgebung bis auf zwei Meilen im Umkreise in Belagerungszustand erklärt ist.) — Messenhauser hatte in einer Proklamation vom 29. an seine Mitburger schon erklärt, daß nur für 4 Stunden allgemeiner Vertheidigung Munition vorhanden sei, man es also auf einen Sturm nicht ankommen lassen könne. Am 30. hatte er dies wiederholt, und die Minorität aufgefordert, sich dem Wunsche und Verlangen der Majorität nach Uebergabe zu fügen.

Vom Gemeinderathe der Stadt Wien war am 31. Okt. folgender Aufruf erlassen: Mitbürger! Der Gemeinderath der Stadt Wien hat von jenem Zeitpunkte an, als der hohe Reichstagsausschuß demselben aufgetragen hatte, in Vereinigung mit dem Nationalgarde-Oberkommando die Stadt in Vertheidigungszustand zu setzen, alle strategischen Maßregeln dem Oberkommande überlassen, ohne dasselbe in irgendeiner Weise hierin zu beirren, vielmehr dasselbe auf jede ihm zustehende Weise auf das Kräftigste unterstützt und in Allem dem Wunsche seiner Mitbürger zu entsprechen gesucht. Bereits am 26. Abends wurden die Vertreter der gesammten Volkswehr um ihre Ansicht über die Lage der Stadt befragt und namentlich am 29. Abends der Oberkommandant eingeladen, sich nach dem Kampfe des 28. über die Lage der Stadt zu erklären. Nachdem derselbe erklärt hatte, nur ein oder zwei Stunden die innere Stadt mehr halten zu können, nachdem sich die Vertrauensmänner der sämmtlichen Volkswehr für den Frieden ausgesprochen hatten, die Vorsteher des Handelsstandes und mehrerer Innungen ebenfalls auf Uebergabe der Stadt drangen, hiemit alle hiezu berufenen Vertheidiger der Stadt und der größte Theil des Bürg und die Stadt von Fürst war der Gemeinderath verp Willen seiner Mitbürger Wunde fühlt, welche durch stände der Freiheit geschla Mitbürgern wenigstens n leichtern. Sogleich begab Abgeordneten der gesamm um demselben die auf die kundzugeben, welche ders geschlossen anzusehen war. des 30. bei ihm eingetrof gungen mitgetheilt, welch

Die Proklamation Windischgrätz vom 23. Ok Gemeinderath erlassenen G vollen Wirksamkeit, sind vo den derselben nachstehende phanthurme ist vor Alle ziehen, und bei allen Ve friedlichen Unterwerfung Ressey und alle in Gewa allen Ehren nach Hetzend sen Entwaffnung sind die der Vorstädte, welche am der Straße der Spinnerin tilleriekaserne, jene, welch ner Schloßhauptwache al einzelnen Korps bezirksw venirung in der Stadt in Gemeindehause längstens der nächsten vom Militär sein werden. Sämmtliche gegenwärtigen Niederlegu des des Schönbrunner Leopoldstadt zu übergeben sich in den Händen der sammt den Rechnungen men und vom Uebergeb Von der im Absatze 3 e der Nationalgarde auszur durch den Gemeinderath ten und der öffentlichen G nungsmäßig abzulösen fo der Gemeinderath im Int aufzustellen für nothwend 6) Die Waffen der aus licher Führung anwesen und es werden die ihnen schickt werden. 7) Der G 1848 die Annahme der U ungen bei sonstiger Fort Se. Durchlaucht den Fü dieser Annahme längsten vollständige Durchführun ten Proklamation und stehenden Punkte ange 30. Okt. 1848, um 3 Durchlaucht des Herrn Cordon. m. p.

Nachdem der Hr. ungarischen Armee keine schlagen und das Feuer keine Veränderung in d sicht auf eine Verbesseru rath bis 8 Uhr Abends Bedingungen ausgespro städte beschossen und in genöthigt, seine Mitbür chenen Willen nachzuko störung möglich zu mac ung der Waffen werden Kenntniß gesetzt. In F zu veranlassen, wobei H hat, dieselben zu bezeic gern Wiens zurückgeste lich versichert wird, da

durch den vorübergehenden Belagerungszustand nicht geschmälert oder aufgehoben werden, wofür das kaiserliche Wort bürge. Wien, 31. Oktober 1848. Vom Gemeinderath der Stadt Wien.

Die mährischen Zentralblätter melden aus Floridsdorf vom 30. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, ebenfalls die unbedingte Unterwerfung Wiens. — Aus Brag enthalten dieselben Blätter vom 31 Oktober, Abends 9 Uhr, aus „sicherer Quelle" die Nachricht, daß die Magyaren am 30. wirklich angegriffen haben, aber von einem sächsischen Kartätschenfeuer empfangen und von vier Reiterregimentern „ganz zermalmt" worden seien. „Was nicht auf dem Schlachtfelde blieb, wurde in die Donau gesprengt." —

Die Allgem. Ztg. enthält aus St. Pölten eine Privatmittheilung, nach welcher am 30. Oktober, Vormittags 10 Uhr, der Gemeinderath im Namen Wiens kapitulirte, und zwar nach folgendem Plakate:

„Mitbürger!

Nachdem der Herr Lieutenantcommandant so eben dem Gemeinderathe die Nachricht überbracht hat, daß die stadtile und mobile Nationalgarde, so wie die akademische Legion sich entschlossen haben, die Waffen niederzulegen und in die vom Herrn Fürsten Windischgrätz gestellten Bedingungen sich zu fügen, ist sogleich eine aus Gemeinderäthen und Mitgliedern der gesammten Volkswehr bestehende Deputation zum Herrn Fürsten abgegangen, um ihm die betreffende Mittheilung zu machen.

Wien, den 29. Oktober 1848.

Vom Gemeinderathe der Stadt Wien.

Auch das Oberkommando hatte, laut einem Plakate, kapitulirt. — Um 12 Uhr sollten die Gewehre am Glacis abgegeben und die Kanonen zusammengeführen werden. Da verkaudeten die auf dem Stephansthurme weilenden Sidenten das Annahen der Ungarn, worauf die Legion gegen die Uebergabe protestirte. Da noch nicht übergrenen Vorstädte Mariahilf, Gumpendorf und Windmühle begannen wieder ihr Feuer aus den Häusern heraus mit schwerem Geschütz. . . . Irländische Hauptamortier war im Josefinenpalais. — Ein Privatbrief aus Linz vom 2. November in der Allgem. Ztg. will wissen, daß man am 1. November auf der Straße nach Linz noch kanonirten hörte. In Wien soll grünzenlose Verwirrung herrschen. General Bem in Frauenkirchen regrissen worden, Messenhausen verschwunden sein.

Die Korrespondent der Allgem. Ztg. aus Baden will wissen, daß der Banus bei seinem Einzug in die Vorstadt Laabstraße mit Jubel begrüßt worden sei; diese Vorstadt soll nicht gepflündert worden sein. Desto ärger sollen die Kroaten in der Jägerzeile gehaust haben, deren nördliche Häuserreihe bis zum Theater niedergebrannt ist. Auf den Wieden wurde arg geplündert. Ein Badener Bürger, welcher wegen verdächtiger Aeußerungen verhaftet worden war, hatte einen italienischen Brief an eine in Wien wohnende Dame bei sich, der denselben von bewaffneten Klubs der Empfang einer bedeutenden Summe (18,000 fl. in Staatspapieren) bestätigt wird. Die Dame wurde verhaftet. . . . Allgemein wurde in Baden die Verlegung des Reichstages beklagt, und die Möglichkeit der Ausführung dieser Maßregel bezweifelt. . . . Der Verlust des Militärs am Glogauiger Eisenbahnhofe wird auf 400 Todte und Verwundete angegeben. — Den Verlust der Wiener schätzt man auf 1500 Todte und Schwerverwundete. Gefangen waren deren bis 1000. — Unter dem 30. Oktober schreibt derselbe Korrespondent: Wien hat sich ergeben, worüber große Freude in Baden war. . . . Zugleich wurde in Baden erzählt, daß in der Stadt die Bürger und Proletarier gegeneinig im Kampfe seien. . . . Auf den Kampf gegen die Ungarn freut sich jeder Soldat; gegen Wien zogen sehr viele nur mit schwerem Herzen . . . Man ergibt sich hier der Hoffnung, daß ein allgemeiner österreichischer Reichstag, den auch Ungarn beschicken werde, zu Stande kommen dürfte.

Zu Prag war am 31. Oktober, Abends 7 Uhr, folgende telegraphische Depesche veröffentlicht worden: „Die Prager Deputation wurde bei S. M. dem Kaiser am 31. Oktober, 12 Uhr 30 Minuten Mittags, zur Audienz vorgelassen, und hat sich in Folge derselben bestimmt gefunden, zur Erzielung einer bestimmten Antwort weitere Schritte einzuleiten." — Unter demselben Datum meldet das k. k. böhmische Landesgubernium bekannt, daß im Viertel ober dem Wiener Wald falsche schriftliche Manifeste verbreitet worden seien, nach welchen Zehnten, Roboten u. s. w. wieder eingeführt sein sollen. Man solle auf das strengste darauf sehen, daß diese falschen Manifeste nicht weiter verbreitet werden, und statt derselben die wirklichen k. k. Manifeste, welche die angeschwärzte Gewährung aller bereits vom Reichstage gestützten und sanktionirten Beschlüsse enthalten, in jeder Gemeinde austheilen.

Brünn, 30. Okt. Halb 8 Uhr Morgens. Die ganze Nacht war es weiterns in den Vorstädten sehr unruhig. Die Finanzwache wurde bei allen Linien entwaffnet, auch soll die nach da geplündert worden sein. Um 1 Uhr Nachts wollte man in das Kapuzinerkloster zu Altbrünn eindringen, konnte jedoch nicht die Thore erbrechen. Alle Kaufmannsladen, selbst die Kaffeehäuser sind gesperrt — es sammeln sich neuerdings große Volksmassen auf den Plätzen. Eine telegraphische Depesche wird aus Olmütz publizirt: „Die Stadt Brunn wäge sich ruhig verhalten, weil zwischen Windischgrätz und Wien bereits vermittelt wird." Um Morgend. Man will neuerdings die Sturmglocken läuten, und sucht gestützt wird. Halb 10 Uhr. Die Volksmassen sind so stark, wie gestern Nachmittag. Der Fürster Skarda wird herumgetragen, weiß aber nichts vernünftiges zu sprechen. Das weibliche Proletariat ist nicht sichtbar. Die Rathsklugheit der wehrfähren ist enorm. Betrunkene Arbeiter mit Gewehren, Säbeln und langen Hölzern versehen, gewähren einen grausenerregenden Anblick. Die erste und reine Tendenz des Aufstands geht verloren, es ist ein starker Krawall. Hätte man noch gestern die Quelle des Uebels an der Stadt gelegiet, den fürmenvolkeden Haufen mit Gewehr aufgestellt und seinem Schicksal überlassen, wir hätten Ruhe. Die Zahl der Aufwiegler ist 8 5 bis 600 Mann, nur sie sie Begleitungen mehrere Tausend. Man schießt Nacht 1 Uhr Nachmittag. Die Garde wird allarmirt. Es wird promulgirt daß jedermann binnen einer halben Stunde die Plätze und Gassen zu verlassen habe. Das Militär rückt im Sturmschritt vor. Die Stadt ist plötzlich gesäubert, alle Gassen vom Militär gesperrt. Eine Schwadron Kuirassiere rückte in die Vorstädte. Die Aufwiegler werden gänzlich zerstreut. 1 Uhr 10 Minuten. Das Bataillon Schöpfhaltt zieht auf dem großen Platze um zwei Linge Cavallerie, mit auch einige Kanonen der Garde. Der Kommandirende Renß tritt vor und spricht, Furst Windischgrätz ließ mir jetzt telegraphiren: „Wien hat sich unbedingt unterworfen. Heute beziehen meine Truppen die Stadt." Ein Hurrah ohne Ende ruft das Militär, die Garde schweigt. Halb 2 Uhr. Der Krawall hat ein Ende. Die Nachricht von der Unterwerfung Wiens macht das Gegtehene ungeheim. Nirgends ein Zeichen freudiger Ueberraschung. Das Militär und Garde werden gefangen. Die Gefangenen aus den Vorstädten eingebracht. Die Windischgrätzsche Depesche findet wegen der unbedingten Unterwerfung im Publikum keinen rechten Glauben.

Italien.

[] **Aus Oberitalien**, 30. Oktober. Die Oesterreicher arbeiten jetzt mit Eifer daran, ihre Stellungen am Mincio noch besser zu befestigen und dadurch zu sichern. An den Mühlen von Volta werden Verschanzungen aufgeworfen, um drei Front am Flusse erbaut, die bereits begonnen sind. Alle drei besinden sich auf dem westlichen Flußufer gerade an den Pnakten, wo im letzten Feldzuge Brücken geschlagen und die Uebergänge bewerkstelligt wurden. — Der zu Turin versammelte Nationalsöderationscongreß hat in seiner Sitzung vom 23. d. mit Acclamation beschlossen, daß Rom der Sitz des ischen National-Congresses sein solle. Aus Rom vernehmen wir vom 19., daß die päpstliche Regierung neuerdings 2000 Schweizer auf drei Jahre anzuwerben hat. Also eines Monats werden diese Truppen zu Rom sein. Der brasilianische Minister Sardiniens soll bei der römischen Regierung angefragt haben, welche Haltung sie bei etwaiger Wiedervermenerung des Krieges und in dem Falle annehmen würde, daß eine sardinische Armee den Tessin überschreiten würde. Die Antwort war ausweichend. Es hieß zu Rom der Abbé Rosmini solle zum Kardinal und Minister ernannt werden. — Die Nachrichten aus Toskana lauten noch immer sehr erfreulich. Die Ordnung ist daselbst vollkommen sichers und so zufriedenen Lund immer mehr um sich. Eine Handvoll kecker Leute erregt überall und unaufhörlich Unruhen, Tumulte, Volksaufläufe, so zu Livorno, Pisa, Lukka, Pistoja, und selbst die Hauptstadt ist durch diese kecke Minderheit in beständige Aufregung versetzt. Mehrere gemäßigte Blätter waren in Folge des herrschenden Terrorismus der anarchischen Partei und der wühlenden Trobjungen, die ihnen namentlich zu Livorno zu schaffen machten, am Erscheinen gehindert worden. In Livorno hat diese Partei sich sogar erfrecht, förmliche Preßexpropriationen zu enwerfen. So verstehen die Helden der rothen Republik die Freiheit! Wenn es in Florenz selbst noch nicht zu ernstlichen Unruhen gekommen ist, so ist blos die Anwesenheit einer 1200 Mann starken piemontesischen Besatzung die Ursache, welche die Aufwiegler und den mit ihnen verbündeten Pöbel noch in Respekt hält. Mit dem Tage, wo die Truppen die Stadt verlassen würden, hätte man auch in Florenz dieselben Auftritte wie zu Livorno. Der Großherzog ist in der traurigsten Lage, und gänzlich entmuthigt. Alle möglichen Zugeständnisse hat er bereits gemacht, er hat nichts weiter zu gewähren, und doch erlaubt ihm seine Herzensgüte nicht, zu strengen Maßregeln zu schreiten. Jetzt hat man ihm ein durchaus demokratisches d. i. „rothes" Ministerium aufgenötigt, in welchem Guerazzi neben Anfangern aller Unruhen zu Livorno das Innere, Montanelli Fremde und Gesinnungsverwandter das Aeußere mit der Präsidentschaft, Mazzoni die Justiz, der Professor Zanelli den öffentlichen Unterricht haben wird. Die Besetzung der andern Portefeuilles kennt man nicht. Die erste Bedingung, welche die neuen Minister bei ihrem Eintritte stellten, war die Berufung einer konstituirenden Versammlung für ganz Italien. Der Großherzog besteht nur noch zu Heeren der Rothen. Diese sind mit wüthenden Anfeindungen gegen Frankreich und England in Folge der Depeschen, welche vom Marquis Ridolfi, toskanischen Minister aus London, eingetroffen sind. Er schreibt, daß von Frankreich und England nichts mehr zu hoffen sei. Lord Palmerston soll erklärt haben, wenn Oesterreich edelmüthig genug sei, seinen italienischen Staaten eine Konstitution zu geben, so müsse man sich glücklich schätzen und damit sich begnügen. Ruberseits schreibt der französische Minister des Auswärtigen, Herr von Bastide, Briefe auf Briefe nach Turin, um Karl Albert von Wiederbeginn der Feindseligkeiten abzuhalten, wodurch der Erfolg der obschwebenden Unterhandlungen nur gefährdet würde. Die piemontesischen Blätter schreien zwar fort und fort nach Krieg; aber dis jetzt, und nach dem die Mehrheit der Deputirtenkammer zu Turin besetzenden friedlichen Geiste, deutet nichts darauf hin, daß Karl Albert so bald wieder ins Feld rücken werde.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Mittags 12 Uhr wird eine zweite außerordentliche Beilage ausgegeben.

II. Außerordentliche Beilage Zeitung.

Sonntag, den 5. Nov

Näheres aus Wien.

** Folgendes sind die bereits in unserer ersten außerordentlichen Beilage von diesem Morgen erwähnten amtlichen Aktenstücke über die Einnahme von Wien und die Folgen derselben.

„Absichtliche Entstellungen und Verdrehungen aller Thatsachen sind gegenwärtig so sehr an der Tagesordnung, daß es den Freunden der Wahrheit willkommen sein muß, nachstehend eine getreue Darstellung der Fürgänge bei der Einnahme der Stadt Wien durch die k. k. Truppen zu erhalten. Am 23. Oktober Abends war der mit außerordentlichen Vollmachten versehene k. k. Herr Feldmarschall Fürst Windischgrätz zu Hetzendorf nächst Wien eingetroffen. Se. Durchlaucht erließen eine Aufforderung an die Bevölkerung der Stadt, die Waffen abzuliefern und sich unbedingt dem kaiserlichen Befehle zu unterwerfen, widrigenfalls die Stadt mit Gewalt der Waffen dazu gezwungen werden würde. Zur Bekanntmachung der gestellten Forderungen wurden der Stadt 24 Stunden, und zur Ausführung weitere 48 Stunden, nämlich bis zum 26. Oktober Abends, eingeräumt. Obschon dieser Termin nicht nur erfolglos verstrichen, sondern auch am 26. während der vollendeten Einschließung der äußern Umgebungen der Stadt aus derselben ohne Anlaß auf die k. k. Truppen gefeuert wurde, ließen Se. Durchlaucht der Feldmarschall auch noch den 27. Okt. ohne Anwendung von Gewaltmaßregeln verstreichen. Einigen Deputationen aus der Stadt, welche mit dem Fürsten über seine gestellten Forderungen verhandeln und Konzessionen machen wollten, konnten diese nicht gewährt werden. Obwohl mittlerweile die Nachricht von dem Anmarsche eines ungarischen Heeres zur Unterstützung der Wiener Rebellen eingetroffen war, welche den Fürsten nöthigte, einen Theil seiner Truppen gegen selbes zu entsenden, so wurde dennoch mit den übrigen für die Verwendung gegen die Stadt schon im Voraus bestimmten Truppen am 28. Oktober der Angriff gegen dieselbe unternommen. Während nämlich alle Zugänge der Stadt mit Geschützfeuer beschäftigt wurden, lag es bloß in der Absicht des Feldmarschalls, an diesem Tage die Vorstädte Landstraße und Leopoldstadt einzunehmen. Diese Aufgabe wurde auch bis zum Abende dieses Tages nach Erstürmung der äußern Linienthore, vieler Barrikaden und Eroberung von 4 Kanonen von den von Muth und Zuversicht durchdrungenen Truppen ohngeachtet der verzweifelten Gegenwehr der Insurgenten so vollständig gelöst, daß sie noch vor dem Eintritte der Nacht auf dem Glacis vor der innern Stadt und am Donauarme standen, der diese von der Leopoldstadt scheidet, und das Invalidenhaus, das Münzgebäude, die neue Hauptmauth, die Heumarkt-Kaserne und den fürstlich Schwarzenbergischen Sommerpalast besetzten und behaupteten. Allenthalben wurden die Truppen von den friedlichen Bewohnern dieser Vorstädte als Erretter und Befreier von dem Terrorismus der Anarchisten und ihrer Werkzeuge, der bewaffneten Proletarier, mit Jubel empfangen. Se. Durchlaucht der Feldmarschall gaben sich der Hoffnung hin, daß die Stadt nach solchen Erfahrungen von der Ueberlegenheit einer wohldisziplinirten Streitmacht über zahlreichere Insurgentenschaaren die Ueberzeugung erlangt haben mußte, rechnete daher auf ihre nunmehrige Unterwerfung und ließ den 29. Oktober, um ihr Zeit zu lassen, zur Besinnung zu kommen, ohne Anwendung weiterer Gewaltmaßregeln, ruhig vorübergehen. Es kam auch wirklich in der Nacht vom 29. auf den 30. Oktober eine Deputation des Gemeinderathes der Stadt mit der schriftlichen Erklärung zum Feldmarschall, daß sie sich unbedingt unterwerfen und den auferlegten Belagerungszustand annehmen wolle, wornach somit am 30. Oktober die Stadt und die Vorstädte von den Truppen besetzt werden sollten. — Es wurde demnach eine Kommission zusammengesetzt, welche die Modalitäten über die Ausführung dieser Maßregeln genauer bestimmen sollte. Mittlerweile bestättigte sich am 29. Morgens die Nachricht von dem Anmarsche der ungarischen Rebellen, gegen welche sich nunmehr der Feldmarschall zu wenden genöthiget war. Er fand den Feind in einer günstigen Aufstellung hinter der Schwechat, 2 Meilen von Wien, ließ denselben sogleich durch das Armeekorps des Banus von Kroatien und die ihm beigegebene zahlreiche Kavallerie des 3. Korps angreifen, warf ihn noch an diesem Tage bis über die Fischa zurück, und ließ ihn am 31. bis an die Gränze von Ungarn verfolgen. Durch das von der Höhe des Stephansthürmes beobachtete Anrücken der ungarischen Bundesgenossen ließen sich die Wiener Aufrührer zu neuen Hoffnungen und zum treulosen Bruche der eingegangenen Kapitulation verleiten. Der Ober-Kommandant der Nationalgarden, Messenhauser, erließ von dem hohen Observatorium herab zwei Aufrufe, in welchen er die k. k. Truppen von den Ungarn geschlagen erklärte und zur wiederholten Ergreifung der Waffen aufforderte. Es wurden demnach auch von Seite der Stadt in dem Augenblicke die Feindseligkeiten wieder begonnen, in welchem die eingegangene Kapitulation in Erfüllung gehen sollte. Dieser Treubruch mußte somit auch durch das Wiedereröffnen des Bombardements einiger, wegen ihrer feindlichen Gesinnung bekannten Vorstädte be-

Sechstens. Die im §. 5 der Proklamation vom 23. Oktober d. J. enthaltene Verfügung, wornach die sich in der Residenz ohne legale Nachweisung der Ursache ihrer Anwesenheit aufhaltenden Ausländer ausgewiesen sind, wird auf alle in gleicher Lage befindlichen nach Wien nicht zuständigen Inländer ausgedehnt.

Die Ausführung dieser Maßregel wird der Stadthauptmannschaft übertragen, welche sich durch nominative Eingaben der Hausbesitzenthümer über ihre Inwohner die Ueberzeugung von der Zahl der in die oben bezeichnete Kathegorie gehörigen Personen verschaffen wird.

Der Hausbesitzenthümer, welcher vorsätzlich einen seiner Inwohner verschweigt oder den Zuwachs eines solchen nicht innerhalb des in den Polizeivorschriften festgesetzten Termins anzeigt, wird eingezogen und vor das Militärgericht gestellt.

Siebentens. Wer überwiesen wird.

a) unter den k. k. Truppen einen Versuch unternommen zu haben, dieselben zum Treubruch zu verleiten,

b) wer durch Wort oder That zum Aufruhr aufreizt, oder einer solchen Aufforderung werkthätige Folge leistet,

c) wer bei einer etwaigen Zusammenrottung auf die erste Aufforderung der öffentlichen Gewalte sich nicht zurückzieht, und

d) wer bei einer aufrührerischen Zusammenrottung mit Waffen in der Hand ergriffen wird — unterliegt der standrechtlichen Behandlung.

Achtens. Alle Barrikaden in der Stadt und den Vorstädten sind durch den Gemeinderath allsogleich spurlos wegzuräumen, und das Pflaster herstellen zu lassen.

Neuntens. Während der Dauer des Belagerungszustandes bleiben zwar alle öffentlichen Behörden in der Ausübung ihrer Funktionen ungestört; nachdem aber die Militärgewalte für diese Zeitperiode alle jene Geschäfte übernehmen wird, welche auf die Aufrechthaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit der Hauptstadt und ihrer Umgebung abzielen, so haben von nun an der mit diesen Geschäften bisher vertraute Gemeinderath und die Stadthauptmannschaft dann nur in jener Weise mitzuwirken, welche die Militärbehörde für zweckmäßig erachten wird.

Zehntens. Um den Zweck des Belagerungszustandes zu erreichen, der kein anderer sein kann, als den Uebergang von der Anarchie zu dem geregelten konstitutionellen Rechtszustande herzustellen, wird eine gemischte Zentralkommission unter dem Vorsitze des Hrn. General-Majors Baron Cordon, welchen ich gleichzeitig zum Stadtkommandanten ernenne, die oberste Leitung der durch den Belagerungszustand bedingten Geschäfte führen, und sowohl die niederösterreichische Landes-Regierung als auch die Stadthauptmannschaft an ihre Anordnungen gewiesen.

Hauptquartier Hetzendorf, 1. Nov. 1848.

Fürst zu Windisch-Grätz,
k. k. Feldmarschall.

†) Wien, 2. Nov. Heute endlich haben die Postbeamten die Zuschreibung des richtigen Abgangs der Briefpost so wie der möglichst baldigen Vertheilung der eingetroffenen auswärtigen Korrespondenz gegeben. Bis diesen Mittag aber wurde noch nichts ausgegeben, da der größere Theil des Postpersonals in den Vorstädten wohnt, und wegen der noch immer andauernden Absperrung der inneren Stadt von den Vorstädten durch das Militär nicht in das Bureau gelangen kann.

Aus Berlin.

† Berlin, 1. Nov. Der gestrigen schmachvollen Vormittagssitzung folgte eine noch schmachvollere Abendsitzung. Die demokratische Partei hatte im Laufe des Tages alle Mittel angewendet, die Volksmasse aufzuregen. Indessen war noch unentschieden, ob der Antrag der Abgeordneten Waldeck und Reuter selbst, welcher eine unmittelbare preußische Intervention zu Gunsten der Wiener Insurgenten forderte, nicht durchgehen werde. Auf unbedingte Verwerfung hatte aber Niemand den Muth anzurathen. Es handelte sich daher nur um die Wahl zwischen 2 Amendements, entweder „im Einvernehmen mit den Kammern Zwangsmaßregeln zum Beistande der in Wien gefährdeten deutschen Freiheit zu veranlassen," oder „im Allgemeinen im Benehmen mit der Zentralgewalt gemeinsame Maßregeln zu ergreifen." Der Antrag Waldeck's wurde zwar verworfen, dagegen das erste Amendement (von Roodbertus) mit großer Stimmenmehrheit angenommen, und zur allgemeinen Ueberraschung stimmte auch der Minister-Präsident von Pfuel für dasselbe. Die Sprache der Redner war im höchsten Grade leidenschaftlich, und selbst gegen die Person des Kaisers von Oesterreich fielen die beleidigendsten Ausdrücke.

Während dieß in der Versammlung vorging, hatten sich viele Tausende von Arbeitern und Proletariern auf dem Gendarmen-Markte gesammelt, wo ihre exaltirte Stimmung durch die aufreizenden Anspruchen bekannter Volksredner (Müller, Rarde) neue Nahrung erhielt. Donnerwetter hörte man im Saale das Geschrei und Gebeul her auf dem Platze wogenden Volksmasse, und die Frechheit der im ultra-demokratischen Sinne sprechenden Deputirten ward dadurch noch gesteigert. Endlich besetzte der Volkshaufe, der sich nach und nach mit Fackeln versehen hatte, alle Ausgänge des Schauspielhauses, und erklärte Niemanden heraus zu lassen, bis die Versammlung einen Beschluß gefaßt haben würde.

Leute von finsterm Aussehen zeigten Stricke und bedrohten damit alle, die gegen die Freiheit" stimmen würden. Einige hundert Mann Bürgerwehr, die sich im Innern des Gebäudes befanden verbarrikadirten die Hauptein-gänge, so daß die ganze Versammlung, das Ministerium, und ein großer Theil des diplomatischen Korps, die auf der Tribüne der Sitzung beiwohnten, sich förmlich blokirt fanden. Unglücklicher Weise war auch der Bürgercommandant, Major Rimpler, im Hause anwesend, und dadurch verhindert, Befehle zum Einsatze desselben zu geben. Endlich konnte er durch einen kleinen Jungen, in einem Viertuge verkleidet, eine schriftliche Ordre an einige bereits konsignirte Wehrbataillone gelangen lassen. Doch dauerte es noch bis gegen 9 Uhr, bis 3 Bataillone herbeikamen und im Sturmschritt unter Trommelschall und Hörnerklang vorrückend die eine Seite des Gebäudes gegen die Charlottenstraße frei machten. Vor dem Haupteingange der Konzertsaalseite behauptete jedoch ein Haufen Maschinenarbeiter, in dessen Mitte eine rothe Fahne wehte, seine Stellung mit Hartnäckigkeit, und konnte durch die Bürgerwehr, die kein Blut vergießen wollte, nicht verdrängt werden. — Erst später kam es auf der Mitte des Gendarmen-Marktes, wo eine Kompagnie Bürgerwehr umring und der Gewehre fast beraubt wurde, zum Handgemenge, wo zahlreiche Verwundungen vorfielen. Am Schlusse der Sitzung hatte der Volkshaufen bis wenigen Wehrbataillone von allen Seiten wieder umstellt, und der Auszug der Deputirten der Rechten fand sich daher sehr gefährdet. Die meisten derselben wurden über der Bühne durch eine Versenkung gelassen, und durch eine kleine Hinterthüre bei der Charlottenstraße ins Freie gebracht. General v. Pfuel vertraute sich dem Schutze der Demokratenführer Jung und Schramm an, welche ihn mitten durch die tobenden Volkshaufen geleiteten. — Die ohnehin schwankende Stellung des Ministeriums ist heute unhaltbar geworden und bedeutende Aenderungen stehen bevor.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Ne

Montag, den 6. November

Oesterreich.

Der Korrespondent der Allg. Zeitung aus Baden bei Wien, 31. Oktober, meldet unter Anderm Folgendes: „Die polnische Legion war es, welche das Proletariat zu neuem Widerstand aufgehetzt hatte, 5000 bereits abgelieferte Gewehre wurden wieder genommen, und die Aufrührer nahmen ihre Stellung in den höher gelegenen Vorstädten Mariahilf und Gumpendorf. An 200 übergegangene Soldaten, welche entschlossen im Kampfe zu fallen, da sie Schlimmes erwartet, wenn sie in die Hände des Feldmarschalls fallen, haben auch zur Wiederaufnahme des Kampfes mächtig beigetragen. — Die Parlamentärdeputation bestand aus 4 Nationalgardeoffizieren und 10 Gemeinderäthen, von denen 4 im Hauptquartier blieben und nicht mehr zurückwollten. — Der Schaden am Glogganitzer Bahnhof ist bei weitem nicht so bedeutend als man zuvor geglaubt hatte. Die Maschinenfabrik ist unversehrt. — Zur Uebergabe der Stadt am 30. Oktober soll vorzüglich das erste Bürgergrenadier-Bataillon und die Studentenlegion die kaum mehr 300 Mann stark ist, gerathen haben. Von einem Brande in der Stadt, der durch Bomben entstanden wäre, verlautet nichts.

Die der allgemeinen Zeitung zugekommenen Wiener Briefe besagen, daß die Truppen sich in der Stadt keinerlei Gewaltthätigkeiten erlaubt haben, sie wurden bei ihrem Einzuge von vielen Wienern mit „Gott segne euch, Gott segne euch!" bewillkommt! — Robert Blum ist doch in Wien zurückgeblieben, scheint aber Zwiespalt in die Reihen der Legion geworfen zu haben, indem er ein Mißtrauens-Votum für Messenhauser bewirkte, worauf Fenner von Fenneberg von den Studenten zum Oberkommandanten erhoben wurde! Nicht zufrieden damit, erklärte Robert Blum auch den permanenten Reichstagsausschuß für eine Rotte schwarzgelber Verräther und rieth der Legion, selber die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen. Daß Arbeiter und Pöbel in den letzten Augenblicken zu Brandstiftung und Plünderung geschritten, wird widerrufen. — Auf das Bestimmteste wird versichert, daß die allgemeine Stimme in Wien sich dahin ausspricht, man danke Gott, daß der Terrorismus vorüber, und Ordnung und Sicherheit zurückgekehrt sei. — Die Kommunikation war am 2. November noch immer gehemmt; in die Stadt durfte Jedermann, hinaus wurde aber ohne ausdrückliche Befugniß Niemand gelassen. Die Plätze sind mit starken Militärposten besetzt, die Kaufläden fast alle geschlossen. Indeß hofft man mit Gewißheit auf die baldige Rückkehr des Vertrauens.

Wir entnehmen der „Passauer Zeitung, der Ausgb. Abendzeitung und dem „Preuß. Staatsanzeiger" nachfolgende interessante Einzelnheiten über die Vorgänge in Wien. Ersteres Blatt sagt, daß die Bank, die Sparkassa und Staatsschuldenkassa gerettet seien. Das Zweite meldet in einer Privatkorrespondenz vom 2. November unter anderm, Messenhauser habe bereits am 29. Oktober erklärt, der in Wien befindliche Pulvervorrath sei so gering, daß er in zwei Stunden verschossen werden könnte! Der Reichstagssaal ist am 1. November geschlossen worden, und die Sitzungen sollten am 15 November in Kremsier wieder beginnen. — Nach dem Preuß. Staatsanzeiger hätten die Garden in Wien den Truppen, welche die Mauern der Häuser durchbrachen, um die Barrikaden im Rücken anzugreifen, bereits in die Hände gearbeitet gehabt, indem die Truppen die Feuermauern bereits durchbrochen vorgefunden hätten. Die Wiener Bewegung hätte in den letzten 14 Tagen eine solche Richtung genommen, daß Windischgrätz dieselben Elemente zu bekämpfen gehabt, wie Cavaignac im Juni zu Paris! — Die K. Z. a. B. will wissen, daß ein Greisler, Namens Ullmeier, welcher kurz nach den Märztagen ein Plakat gegen den Wiener Magistrat verbreitete, durch welches Letzterer als des Galgens würdig erklärt wurde, in die Hände des Militärs gerathen und augenblicklich standrechtlich behandelt worden sei. (Vor einigen Wochen wurde hier, in München, ein derartiges Schandflugblatt mit einer Vignette, drei Männer am Galgen hängend vorstellend, verkauft, welches die maßlosesten Schmähungen gegen den Wiener Magistrat enthielt — sollte dieses dasselbe gewesen sein, von welchem oben die Rede ist?) — General Bem wird vermißt, er soll mit 40,000 fl. durchgegangen sein. — Aus Pesth meldet die N. P. Z. vom 23. Okt., daß die Serben am 16. Okt. Kikinda in Asche gelegt hätten.

Ueber die Ungarschlacht wurde dem Korrespondenten der Allg. Zeit. aus Baden von einem Offizier berichtet wie folgt: „Es lag im Plane, die Ungarn so weit heraufzulocken, als möglich, ihnen dann den Rückzug abzuschneiden, und sie in die Donau zu sprengen. Der Plan gelang nur halb. Sie gingen wirklich bis Prellendorf vor, (drei Stunden von Wien) merkten aber die Falle, und zogen sich zurück, worauf sie dann angegriffen wurden, ehe noch die Reiterei die Umgehung bewerkstelligt hatte. Kreb-Chevauxlegers wurden beim ersten Anrennen geworfen und 4 Kanonen gingen verloren; auch die Kroaten wichen im ersten Augenblick; aber dann eröffneten 2 Batterien grobes Geschütz ein furchtbares Kreuzfeuer, die Kroaten drangen vor und das Regiment Auersperg-Kuirassiere hieb unwiderstehlich ein. — In wilder Flucht warfen sich die Schaaren die doch an 30000 Mann zählten, — aber nur 4 Regimenter Reguläre, sonst Landsturm und meist blutjunge Leute. Sechs Kavallerieregimenter verfolgen sie

(wie wie w
burgerstraße
ten machten
bare Macht
Puchner, au
ben, aus S
aus Jellach
Generale a
Rest rückt
Lung folgen
wort Sr. M
den ständ
desbehör
30. Oktober
Hingebung
konnte mich
hat Tirol
sonderem D
tiefbetrübte
rend in ar
nung ausg
reist ist,
ter fortlebe
her nichts
treue Liebe
der Gefahr
halten sind
vom 16.,
störte Ord
ten, und m
bau des
merksamkeit
ihm die mö
sichern. U
dergeburt d
ten baldigs
Regierung
die zugleic
ben, wird
Versammlu
rufe unbeir
Ich, daß d
gelingen w
hen können
Gratz
terims 2.
viso ist na
schall-Leut
ha'en die
einen sehr
ihnen, Me
wieder vor
über Pont
alle nöthig
gewinnen
die Meldu
uns besetzt
Sgra
von Seite
nischen un
Volk zum
die magya
publicirt.
Bres
im Gebiet
nördlichen
Banden,
wachposten
Abenteurer
bündten u
gano folch
viel Unhe
Viele gut

ungenten, aber ein großer Theil lief sich durch die zahlreich verbreitete Aufrufe ire fahren, und schloß sich dem lolkthümen Unternehmen an. Da gelangte die Nachricht hieher, daß in Chiavenna die Republik ausgerufen worden sei, und daß man an mehreren Stellen die Straße unsicherer gemacht, und die Gallerien verbarrikadirt habe. Die Militärmacht, die sich zu Colico befand, war nicht stark genug, um die Insurgenten zu vertreiben, welche in bedeutender Anzahl die Anhöhe des Gebirges an beiden Ufern des Sees von Mezzola zwischen Chiavenna und Varenna besetzt hatten. — Am 28. aber sammelten sich in Colico 10 Kompagnien mit einer halben Raketenbatterie, und am frühen Morgen wurde zum Angriffe geschritten. Die Feinde wurden von den Abhängen des nördlichen Ufers vertrieben und einige gegen Varenna gerichtete Raketen und ein rascher Angriff auf der Straße nach auf dem See mittelst Barken bewirkte, daß die Insurgenten eiligst die Flucht ergriffen. Haudurchsuchungen, die in Varenna vorgenommen wurden, führten zur Entdeckung zahlreicher Munitionsvorräthe und ließen keinen Zweifel darüber, daß die Bewohner sich im Einverständniß mit den Insurgenten befanden, worauf der Ort nebst einigen vereinzelten halbverfallenen Häusern in Brand gesteckt wurde. Die Einwohner des benachbarten Novate schickten sogleich eine Deputation an den die Truppe befehligenden F. M. L. Hainau, um ihre Unterwerfung zu verschern und um Gnade zu bitten, und am 29. zog der genannte General an der Spitze seiner Truppen in Chiavenna ein, wo er eine die aufrührerische Gesinnung dieser Stadt scharf tadelnde Proklamation erließ und ihr zur Züchtigung eine Kontribution von 20,000 österreichischen Lire binnen 24 Stunden zahlbar auferlegte. Zugleich hat sie den sämmtlichen Truppen für die ganze Dauer der Unternehmung außer den vorschriftsmäßigen Etappen noch als besondere tägliche Zulage der gemeinen Mannschaft 20 kr. zu Kopf und den Offizieren die systemmäßigen Diäten nach ihren respektiven Graden zu erfolgen; die Postkurse bis an die Adda, so wie die Brücke über diesen Fluß auf ihre Kosten wieder in den alten Stand herzustellen und die Gallerien zu säubern und wieder frei zu machen. Franz Dolzino, ein angesehener Einwohner der Stadt, der Hauptverleder der vorgefallenen Exzesse, hat sich mit einigen andern flüchtigen kompromittirten Stadtbewohnern dem Heranmahen der kaiserl. Truppen eiligst in die Schweiz geflüchtet. (T. B.)

Aus Berlin.

*)Berlin, 2. November. 4 Uhr Nachm. Die heute Morgens unterbrochene Sitzung ist heute Nachmittags gegen 2 Uhr wieder aufgenommen worden. Die Minister außer Pfuel waren auf ihren Plätzen. Eichmann erklärte, daß sie bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Geschäfte fortführen wurden Es wurden zwei Anträge gestellt, einer von Waldeck, Jacoby und Temme, dahin gehend, es möge eine Kommission von 21 Gliedern gewählt werden, um die zum Heile des Vaterlandes nöthigen Maßregeln der Versammlung vorzuschlagen, und diese solle so lange permanent bleiben, bis Beschluß gefaßt sei; der andere von Berg, Rodenstein etc., die Versammlung möge an den König eine Deputation mit einer Adresse senden, um ihre Vorstellungen gegen die neuesten Verfügungen zu machen. Der erste Antrag wurde verworfen, der zweite beinah einstimmig angenommen. Der Präsident ernannte die Kommission, welche die Adresse entwerfen und die in einer Stunde der Versammlung vorlegen soll. Große Aufregung. Alle Truppen der Hauptstadt haben sich marschfertig zu halten.

△ Berlin, 2. November. Der Minister Eichmann hat heute eine Bekanntmachung erlassen, wonach in Folge der vorgefallenen Ereignisse die betreffenden Behörden angewiesen sind, in allen ähnlichen Fällen, sobald die zunächst zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung berufene Bürgerwehr dieser ihrer Aufgabe nicht rechtzeitig und vollständig genügt, sofort die bewaffnete Militärmacht zu requiriren und in Thätigkeit treten zu lassen. Aus der Nationalversammlung. Nach Verlesung des Protokolls, das noch einigen kleinen Debatten genehmigt wird, kommt ein Schreiben des Ministerpräsidenten v. Pfuel zum Vorlesen, worin derselbe seinen Austritt aus dem Ministerio aus Gesundheits-Rücksichten anzeigt; sodann ein Schreiben des Grafen v. Brandenburg, welches der Versammlung die Mittheilung macht, daß er von Sr. Maj. mit Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt sei. Es wurde nun die Frage aufgeworfen, ob diese beiden Aktenstücke, die von Niemand contrasignirt worden, als offiziell zu betrachten seien. In der darüber entstandenen Debatte bemerkte v. Berg, man möge das Schreiben Brandenburgs an die Petitionscommission verweisen. — Phillips stellte den Antrag auf Vertagung bis Nachmittags 1 Uhr, wozu v. Berg das Amendement stellte: die Minister werden aufgefordert, gegenwärtig zu sein. — Reichensperger stellte das Amendement, sich von Tage zu Tage zu vertagen; Pilet, bis morgen sich zu vertagen. Bei der folgenden Abstimmung wurde der Antrag von Phillips und das v. Bergsche Amendement angenommen Dagegen stimmten die Rechte und das rechte Centrum. Darauf wurde ein Schreiben des Bürgerwehr-Commandeurs vorgelesen, worin derselbe um die Autorisation, die Versammlung schützen zu dürfen, nachsucht. In Folge dessen stellte Lorsius den Antrag, den Präsidenten zu ermächtigen, die Bürgerwehr zu requiriren. Der Antrag wurde angenommen; dagegen stimmten die Rechte und das rechte Centrum, weil der Antrag unvereinbar mit dem Bürgerwehrgesetz sei. Darauf trennte man sich und die Parteien traten unmittelbar darauf in ihren Lokalen zusammen zur Berathung für die Sitzung um 1 Uhr. Nachmittagssitzung. Sammtliche Minister mit Ausnahme des Ministerpräsidenten sind auf ihren Plätzen. Waldeck et Comp. stellt den Antrag, sofort eine Deputation zu ernennen, um die gegenwärtige Lage des Landes zu untersuchen, und die nöthigen Mittel vorzuschlagen. So lange bleibt die Kammer permanent, bis die Kommission Bericht erstattet hat. Phillips und Genossen stellt den Antrag, sofort 25 Mitglieder zu ernennen, welche eine Adresse an die Krone, einen Protest gegen die Ernennung des Grafen Brandenburg zum Ministerpräsidenten enthalten, entwerfen, und sofort damit nach Potsdam zum Könige abreisen sollen. Der Waldeck'sche Antrag wird verworfen; der Phillipsche angenommen. Die Kommission wird aus den 5 Fraktionen heraus sogleich gebildet, indem jede Fraktion 5 Mitglieder dazu ernennt. Die Kommission ist in Thätigkeit. Während der Sitzung bemerkte man, daß der Abgeordnete Reichenbach heraustgerufen wurde. Draußen unterhielt sich derselbe mit einer demokratischen Deputation.

○ Berlin, 2. November, Abendsitzung vor Postschluß. Es schreint nicht, daß bis jetzt Truppen Befehl erhalten haben zum Einrücken in die Stadt. Das königl. Schloß, so wie die Plätze des verlorenen Königs und der Fürsten Liegnitz sind von der Bürgerwehr stark besetzt. Auf dem Gendarmenmarkt stehen zahlreiche Gruppen, welche durch die Bürgerwehr von den Zugängen zum Schauspielhause fern gehalten werden. Das Bürgerwehr-Kommando ermahnt in einer von ihm erlassenen Proklamation zur Ruhe und Besonnenheit. Bis jetzt ist die Ruhe noch nicht gestört worden. In der Nationalversammlung wurde diesen Abend um 5 Uhr die Adresse an den König von der mit Abfassung derselben beauftragten Kommission verlesen. (Wir werden diese Adresse morgen nachtragen.) Sie wurde fast einstimmig angenommen. Am Schlusse derselben wird die dringende Bitte an's Herz des Königs gelegt, „ein Herz, das stets für das Wohl des Volkes geschlagen hat, dem Lande durch ein volksthümliches Ministerium eine neue Bürgschaft dafür zu geben, daß Ew. Majestät Absichten und die Wünsche des Volkes in Einklang stehen." — Ein „dringender" Antrag von d'Ester und Temme: den Minister des Innern zur Zurückziehung der mehrfach erwähnten Proklamation aufzufordern, wird mit 160 gegen 154 Stimmen als „nicht dringlich" erklärt. — Schulze (Delitzsch) und Pilet beantragen: Die heutige Sitzung nicht eher zu schließen, bis die mit Ueberreichung der Adresse an Se. Majestät den König gesandte Deputation zurück sei. Pilet und Schramm sprachen dafür, Rösfeld und Schimmel dagegen. Auf Antrag von Schneider und Parrisius wurde namentlich abgestimmt, und es ergaben sich 189 für, 122 gegen die sofortige Diskussion. Eben um 7 Uhr Abends wird nochmaliger Namensaufruf vorgenommen, weil sich Zweifel darüber erhoben haben, ob die zu gültigen Beschlüssen nöthige Anzahl von Mitgliedern anwesend ist.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr.

Neue Münche

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Dienstag den 7. N

München, 7. November.

Das neueste Regierungsblatt vom 3. Novbr. enthält folgende allerhöchste Verordnung: Max II. ꝛc. Da über eine für ganz Deutschland gemeinschaftliche Zollgesetzgebung gegenwärtig Berathungen zu Frankfurt a. M. stattfinden, so wird der Erlaß eines neuen berichtigten Vereinszolltarifs für die mit dem Jahr 1849 beginnende neue Tarifsperiode ausgesetzt; es bleiben vielmehr der für die Jahre 1846, 47 und 48 erlassene Zolltarif, sowie die denselben ergänzenden Verordnungen, als: 1) vom 31. Okt. 1845 (Reggsbl. von 1845 Stück 39), betreffend die besondere Uebereinkunft wegen fernerer Beibehaltung der Eingangszoll-Erhöhung für gewisse Gegenstände; 2) vom 12. Mai 1846 (Reggsbl. von 1846 St. 13), betreffend die Erleichterung der Waarendurchfuhr, zugleich mit der unter dem 17. Dezbr. 1846 ausgesprochenen Modifikation des Absatzes C dieser Verordnung, der zufolge auf den Straßen, welche von den Rheinhäfen oberhalb Mainz auf der linken Rheinseite über die Grenzlinie von Neuburg a. R. bis Halskirchen, beide Orte eingeschlossen, führen, nur eine Kontrolgebühr von einem halben Kreuzer vom Zollzentner als Durchgangsabgabe in Erhebung kömmt; 3) vom 4. Nov. 1846 (Reggsbl. von 1846 Stück 38), betreffend die beim 1846er Zollkongresse zu Berlin vereinbarten und mit dem 1. Jan. 1847 in Kraft tretenden Bestimmungen des Zolltarifs für die laufende Tarifsperiode 1846/48; 4) vom 16. Juni 1847 (Reggsbl. von 1847 Stück 32), betreffend den Vollzug des zwischen dem Zollverein und dem Königreiche beider Sizilien abgeschlossenen Handels- und Schifffahrtsvertrags, hier insbesondere den Eingangszoll auf Oel in Fässern eingehend auch vom 1. Januar 1849 an bis auf weiters in Kraft. Unser Finanzministerium ist mit dem Vollzuge beauftragt. Nymphenburg, 28. Okt. 1848. Max. (Gegengez.) Lerchenfeld. — Außerdem macht das Ministerium des Innern bekannt, daß durch die Brandunglücksfälle, welche im Verwaltungsjahr 1847/48 sich außerordentlich gehäuft und im Regierungsbezirk der Oberpfalz und von Regensburg allein die enorme Summe von mehr als 600,000 fl. in Anspruch genommen haben, nicht blos die Vorschußfonds der allgemeinen Immobiliar-Versicherungs-Anstalt, sondern auch die aus der Staatskasse geleisteten namhaften Vorschüsse vollständig erschöpft sind. Es ist deßhalb nothwendig, unverzüglich in den 7 Regierungsbezirken diesseits des Rheins die Brandassekuranzbeiträge für das abgelaufene Verwaltungsjahr zu erheben, welche sich nach einer Ermittelung der approximativen Ausgabengröße und des Standes der Versicherungskapitalien von jedem Hundert des Versicherungskapitals in der I. Klasse zu 14 kr. 5 Heller, in der II zu 16 kr. 2 Heller, in der III. zu 17 kr. 7 Heller und in der IV. Klasse zu 19 kr. 4 Heller berechnen. Die Regierungen haben wegen Erhebung dieser Beiträge sofort die nöthigen Einleitungen zu treffen.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 3. d. M. allergnädigst bewogen gefunden, den Rath außer dem Status bei dem Kreis- und Stadtgerichte Aschaffenburg Adam Lindner in den Status vorrücken zu lassen und die hiedurch in Erledigung gekommene Rathstelle außer dem Status dem I. Landgerichtsassessor Friedrich Thelemann zu Obernburg auf sein allerunterthänigstes Ansuchen zu verleihen.

Se. Maj. der König haben unterm 3. Novbr. dem bisherigen Landwehrmajor und Kommandanten des Landwehrbataillons Mindelheim Franz Ignaz Schmerold im Hinblicke auf den §. 7 Nro. 2 der Landwehrordnung die nachgesuchte Entlassung vom Landwehrdienste zu gewähren geruht.

Als Mitglieder der Kirchenverwaltungen der Stadt Nürnberg wurden nachbenannte gewählte Gemeindemitglieder allerhöchst bestätigt: I. Für die katholische Kirchenverwaltung: 1) Gastwirth Ferdinand Schmidt, 2) Kaufmann Johann Bapt. Schmidt, 3) Kaufmann Max Zimmermann, 4) Schneidermeister und Schenkwirth Christ. Bücker. II. Für die vereinigte protestantische Kirchenverwaltung: 1) Buchhändler Karl Mainberger, 2) Essigfabrikant J. A. Thomas Heinlein, 3) Wagnermeister G. Matthäus Singer, 4) Kaufmann Joachim Birkner, 5) Apotheker Lorenz Wilhelm Diehl. III. Für die protestantische Kirchenverwaltung in der Vorstadt Wöhrd: 1) Großpfragner Georg Kleinlein, 2) Bäckermeister Simon Auernheimer. IV. Für die protestantische Kirchenverwaltung St. Johannis: 1) Gärtner Johann Michel, 2) Bauer Johann Leonhard Schaller V. Für die protestantische Kirchenverwaltung St. Peter: 1) Gastwirth Joh. Gg. Fuchs, 2) Ziegeleibesitzer Gg. Brunner. VI. Für die reformirte Kirchenverwaltung: 1) Kaufmann Ferd. Gonermann, 2) Seifensieder Johann Karl Falkeisen.

land wünschenswerthes Ziel errungen werden kann. Wenn Sie aber weiter gehen, wenn Sie sich dem einen oder andern der beantragte Amendements anschließen sollten, was ich nicht hoffe, so sage ich, daß dann die hohe Versammlung, den Standpunkt weiser Mäßigung, der zugleich von wahrer Festigkeit zeugt, den sie bisher kund gehalten hat, in diesem Fall nicht beobachten würde. (Beifall.) Wogt von Gießen leert darauf sein ganzes Arsenal von ingrimmigen Anschuldigungsgeschossen, wobei das Pfeifen und Zischen so stark ertönt, daß man die Anklagen, so stereotyp, wie Vogts Ton, wie seine Hilfsmittel. Wenn das Ministerium seine Erlasse in eine Klotke werfe, sagt er, mit Bezug auf das vorhin erwähnte Organ des Ministeriums, so dürfe es sich nicht wundern, sie beschmutzt daraus hervorzuziehen. Er könne nicht umhin, er müsse das Betragen der Reichsbommissäre kritisiren. Verbrechen am Vaterlande seien sie. In Innsbruck hätten sie gesessen, während sich die Aerzte um Wien zusammenzogen. Ueber diesen dortigen unterirdischen Aufruhr halt gäbe vielleicht die Zeitungsnotiz Aufschluß, die bayerische Truppen für Italien versprache. Dem Fürsten Windischgrätz gegenüber hätten sie die Würde der Zentralgewalt und der Nationalversammlung verrathen. Und sei es etwa konstitutionell, daß dieser Fürst Windischgrätz den ministeriellen Verfügungen einen Kraut u. s. w. nicht gehorcht habe? In Olmütz seien die Reichskommissäre mit einer kaiserlichen Tafel und einigen Hofleuten Weffendorf's abgespeist worden. Sie seien Sie (zu der Minister.) doch ehrlich, sagen Sie es grad heraus, daß nicht Sie, sondern daß die Einzelstaaten regieren, nach wie vor. (Donnerndes Bravo von der Linken.) Allenfallsigen reaktionären Bestrebungen, heiße es, sollten die Reichskommissäre entgegenreten. Nun, wenn das was in Oesterreich gegen Wien geschähe, seine Reaktion sei, so könne das Ministerium vergessen und mit einer Lauterne in Rußland umhergehen und nach Freiheit suchen. Aber wen treffen diese Vorwürfe eigentlich? Das Ministerium ist der Sündenbock für die Gebrechen der Versammlung. Die Geschichte wird sich darüber aussprechen, daß wir mehr als 14 Tage warten konnten, ohne unsere Macht in Wien in die Waagschaale zu legen. Und dies wird sich rächen. Wir werden Macht und Vertrauen verlieren. Die Wiener Deputation verdient nach Vogt's Meinung durchaus keinen Kredit. In Debatten und Wien fürchtet Vogt nemand mehr, er selbst. Der klägliche Freischaarenzug in der Schweiz habe sich zwei Jahre später in den glorreichen Sonderbundskrieg verwandelt. „Der Weg zur Freiheit geht durch Blut!“ Gläkra's Rede spruduelt so schnell, daß es schwer ist, ihr mit dem Ohre zu folgen, geschweige denn mit der Feder. Er appellirt an das deutsche Nationalgefühl und an die Menschlichkeit, an alle die edelsten Leidenschaften, denen ein Gott Hohn nach seiner Auffassung werden in Wien die heiligen Rechte Deutschlands und Oesterreichs mit Füßen getreten. Die Reichskommissäre haben auch nach seiner Meinung ihre Pflicht unverantwortlich verletzt. Zum Reichstage hätten sie gehen und dort die Souveränität des Volkes anerkennen müssen. Anstatt dessen hätten sie es mit der fürstlichen Souveränität gehalten. Aber die Throne würden nicht mit Bürgerblut gestützt, auf dem Thron Wiens würden vielmehr zu knieen die freiheitbaren Kämpfer der Freiheit sitzen. Gläkra will den Wiener Reichstag in seiner konstituirenden Thätigkeit und in Wien geschützt wissen. Staatssekretär Bassermann: Daß man uns jetzt noch, nach 14 Tagen, die Wiener Erhebung als eine glorreiche schildern will, das ist's, was ich nicht begreife. Sind die Wiener Deputirten, denen man hier den Glauben abspricht, nicht Mitglieder derselben Behörde, bei der in diesem Tage sinstig Plünderungen angezeigt wurden? Herr Gläkra mann mag in Wien bereits die Krone eines Kriechbeck erblicken, wie sie in Warschau herrschte nach der Einnahme der Russen. Wohin gehört dann das verschwenste Manifest von Wessenberg? „Ich möchte, wär's auch nur zur Probe, einmal Deutschland acht Tage lang von jener Seite regiert sehen (allgemeine Heiterkeit),“ fährt Bassermann fort, sich gegen Lärm von Rabe wendend. Sollen wir mit einem gebietenden Worte unsere Männer herumjagen? Herr Welker hatte seiner Zeit Recht, stehen für ihre gewährlichen Zweifel an seinem Muthe Whitschgrätz gegenüber. Auch hat und die Berliner Versammlung nicht den Rang in der österreichischen Frage abgelaufen, wie von eben vorther behauptet worden. Wer könnte es bilden, daß sich eine rebellische Stadt der Staatsleitung bemächtigt, wie Wien es gethan? Welcher Regierung? Bei welcher? Vogt kann es Herr Vogt verantworten, daß er hier die Blutrache vertritt und durch verlangt, der Kaiser und Fürst Windischgrätz sollten Wien unblutig einnehmen? Dies könnte nur geschehen, wenn sich alle Bethenerungen des Wiener Heldenthums und Heroen, „die mit ihm siegen oder sterben“ wollen, als Lügen erwiesen. (Heiterkeit.) Es ist sehr offendar, daß die Ungarn nicht die pragmatische Sanktion aufrecht halten, sondern sich sobreiren wollen mit Hintansetzung aller ihrer Pflichten gegen Oesterreich. Wie würde sich ein politisch gross Volk, wie wirken sich die Engländer an unserer Stelle benehmen? Keine Phrasen, aber Thaten würde es haben. (Bravo!) Die Rede Bassermann's schreitet noch weiter und in einem so scharfen Sange, unbeirrt um die Widersprüche der Linken, vorwärts, daß sie den tiefsten Eindruck auf die Versammlung hervorbringt. Wir behalten uns eine vollständige Mittheilung in diesem Blatte vor. Nachdem Bassermann geendet, wird der Schluß der Debatte verlangt, mit großer Mehrheit angenommen und Venedey nimmt das Schlußwort. Er vergleicht sehr unzeitig Bassermann's einschneidende Rede mit der scharfen Rede Guizot's, die dessen letzte in der Kammer war, und wünscht unserm Ministerium ein besseres Schicksal. Eine persönliche Erklärung Reiter's veranlaßt eine andere Erklärung Schubert's und Königsberg, aus welcher hervorgeht, daß Hr. Bondi auch ausgesagt hat, der Kern der Wiener Demokratie sei in der Bürgerschaft enthalten. Aber aus einer einzigen Vorstadt Wiens seien 500 Familien gerade dieser Bürgerschaft, in Folge der neuesten Ereignisse, ausgewandert. Eisenmann reklamirt vergebens gegen den wider ihn verhängten Ordnungsruf; seine Beschwerde wird an den Geschäftsordnungs-Ausschuß gewiesen. Dann erfolgt die Abstimmung, ob sie soll vielmehr erfolgen, als sie immer wieder durch neue Zwischenfälle aufgehalten wird. Für Nauk, der einen Antrag gestellt hat, gibt Vogt von Gießen das Wort, und Vogt von Frankfurt, Jucho, Vogt von Hall, Vormund Nauk's sel. (Lärmen auf der Linken.) Vogt findet die Vormundschaftsrage „unsichtlich“ und beruft dagegen an die Versammlung. Präsident v. Gagern: „Wenn es auf Unsichtlichkeit der Ausdrücke ken. Vogt gegenüber ankommt, so provozire ich an die ganze Nation!“ (Stürmischer Beifall im Hause.) Zuerst kommt zur Abstimmung, ob über den Bericht zur motivirten Tagesordnung vorgeschritten werden solle. Die namentliche Abstimmung ergibt 290 Stimmen dafür und 256 dagegen. Dann wird durch Namensaufruf über den Bavernschmidt'schen Antrag: auf unumwundene Anerkennung der Zentralgewalt in allen deutsch-österreichischen Volksrechte, auf Aufhebung des Belagerungszustandes in Wien, Esterreich der Kroaten, Aufrechthaltung der gesetzlichen Freiheit und der erworbenen Volksrechte, Abberufung von Welker und Mosle und Absendung anderer Reichskommissäre — eventuell auf Durchführung aller dieser Beschlüsse durch Reichstruppen abgestimmt und versetzte mit 305 gegen 108 verworfen. Desgleichen werden die Anträge Eisenmann's und Makowicza's, ferner Wigard's (Zusatz auf Anauklagerversetzung des Fürsten Windisch-Grätz) abgelehnt, dagegen aber der Antrag des Ausschusses unverändert in allen vier Punkten angenommen. Auch Gläkra's Antrag, daß der Wiener Reichstag geschützt werde gegen jede willkürliche Verlegung und Vertagung wird schließlich noch zum Theil zerlegt, zu kaum berührt worden, da die erste Nummer nur eine Wahlhandlung umfaßt. Nach dem Ergebniß der letzteren ist zum Schriftführer gewählt Hr. Neumeier von München. Die nächste Sitzung findet Montag d. 6. und zum ersten Mal in der deutsch-reformirten Kirche Statt. (D. Z.)

⊙ **Frankfurt** 4. Nov. Von dem Augenblicke an, ab der Sieg der kaiserl. Truppen in Wien feinen Zweifel mehr unterworfen war, hat die auch in Frankfurt sich kundgebende Reaktion gegen den Aufstand Oesterreich wesentlich geändert; die Theilungsprojekte werden auf die lange Bank geschoben, und die Feuerbrünke Gläkra's, welche er gestern noch nachträglich in die alte Kaiserburg zu schleudern versuchte, werden dort sicher eben so wenig die gelöschte Gluth wieder anzufachen vermögen, als sie hier im Stande waren, die abgekühlten Gemüther der Mehrheit unserer Nationalversammlung zu einer heftigen Anklage gegen Windischgrätz, welche von Seite der Linken gestellt waren, und auf nichts weniger ausgingen, als Windischgrätz für seine Entschlossenheit in Anklagezustand zu versetzen, dem österreichischen Ministerium die Verlegung der Wiener Versammlung nach Kremsier zu verbieten, und endlich die Reichskommissäre Welcker und Mosle augenblicklich zurückzuberufen, weil sie ihre Pflicht nicht gethan und dem permanenten Verfassungsausschusse in Wien seine Reichsarmee zur Verfassung gestellt hätten. Ein wahres Glück für die Panikstriche war die Ankunft der drei Abgeordneten des Wiener Gemeinderaths, denn ihre Aufsagen kamen ganz gelegen, um auf sie gestützt einen ehrenvollen Rückzug antreten zu können, und sich, so gut es gehen will, aus den faulnichten Pfützen der Abstimmung über die Personalunion zu ziehen. Bassermann entwickelt sein staatsmännisches Talent mit jedem Tage glänzender, auch seine gestrige Rede hat er wieder einmal mit ganzen Feuerbränden einer Anschuldigungen, die Vogt in bekannter, schade nur zu oft schon dagewesener Weise gegen das Reichsministerium aufzustellen suchte, in die Pfanne gehauen. Die zwei gehenkten Studenten, welche man im Belvedere nach dem Abzug Auersperg's gefunden haben will, und deren Leichname, wenn überhaupt etwas an der Sache ist, nachträglich schreckenerregend verstümmelt worden sein sollen, erklärten in der gestrigen Sitzung eine große Rolle, namentlich in der Phantasie des Hrn. Eisenmann, dessen Verzweiflung über die schlechten Aussichten, welche jetzt nach der Herstellung der Ordnung in allen seinen Freunden, den Magyaren, zu leuchten scheinen, sich gestern in fast komischer Weise kund machte; während sein Doppelgänger Venedey allgemach zu der Einsicht kommt, daß der blinde Enthusiasmus für fremde Nationalitäten weiter nichts als ein Uebelwollen sei und den Hochflug des vorigen Jahrhunderts ist. Von welchem Standpunkte aus unser Reichsministerium das Verhältniß des Wiener Landtags zu dem österreichischen Ministerium in Olmütz betrachtet, darüber geben einige Worte v. Beckerath's genügenden Aufschluß; es sei inkonstitutionell gewesen, daß die gesetzgebende Versammlung zu Wien sich auch die vollziehende Gewalt beigelegt habe; beides in einer Hand vereinigen zu wollen heiße gegen die wichtigste Grundlage der Freiheit, und sei unbedingt gefährlich; darum hätten auch die Reichsbommissäre sich in keine nähere Beziehung weder zum Reichstage, noch in dem permanenten Ausschusse einlassen können. — Ein von Gfrörer herrührender Artikel in der „Rheinischen Volkshalle“ unter der Aufschrift „herunter mit der Larve“, der gestern hier ankam, macht hier gewaltiges Aufsehen.

Deutschland.

Baden. **Aus Donaueschingen**, 29. Okt., berichtet die „Allg. Ztg.“: „Einem in Folge eines Reichskriegsministerialbeschlusses erlassenen Befehle des Kommandanten des 7. und 8. deutschen Armeekorps, des Prinzen Karl von Bayern, gemäß, sind die Truppen des deutschen Armeekorps am Oberrhein in der letzten Woche aus ihren Kantonnirungen in der Gegend von Freiburg aufgebrochen, um an die Schweizergrenze zu marschiren. Das Hauptquartier wird am 30. von Freiburg nach Donaueschingen, wo Graf Wilhelm von Württemberg, der württembergische Brigadegeneral, schon eingetroffen ist, verlegt werden. Durch die Württemberger, die den linken Flügel bilden, wird Konstanz, Stockach, Engen und Waldshut besetzt; mobile Kolonnen werden den Seekreis durchziehen. Die Uebergangspunkte über den Rhein werden bewacht, die ganze Schweizergrenze durch starke Streifparteien beobachtet werden. Ob eine Personensperre eintreten wird, ist noch ungewiß. Die Badener besetzen unter denselben Umständen wie die Württemberger den Rhein von Waldshut an aufwärts bis Schliengen. Es ist Befehl, daß alle noch im Seekreise sich befindenden österreichischen Truppen abgelöst werden und nach Bregenz zurückmarschiren sollen.“

Preußen. †† **Berlin**, 2 November. Wir stehen auch hier auf vulkanischem Boden, und der Rückschlag der Ereignisse zu Wien macht sich so fühlbar, daß man jeden Augenblick auch hier auf einen Ausbruch der von den Aufwieglern auf alle Weise bearbeiteten Massen gefaßt sein muß. Das Verhalten unserer Linken, mit welcher das linke Zentrum sich jetzt enge verbündet hat, ist so ziemlich dasselbe wie das der Linken zu Wien war, hier hat sie noch den Vortheil einer größeren numerischen Stärke. Die Haupttaktik der Aufwiegler aller Klassen besteht besonders in ununterbrochener Nährung des Mißtrauens gegen den König und den Hof überhaupt, denen man reaktionäre Absichten unterschiebt, die sie nicht haben, und jede auch noch so natürliche Maßregel der Regierung im Interesse der Ordnung muß als Folie dienen für diese immer neu sich wiederholenden Verdächtigungen. Wenn nun auch die Regierung entfernt nicht beabsichtigt, den konstitutionellen Boden zu verlassen oder die bewilligten Rechte und Freiheiten zu beschränken, so ist doch der Name des mit Bildung eines neuen Ministeriums beauftragten Grafen Brandenburg eine Bürgschaft dafür, daß man nunmehr der Anarchie energisch entgegenzutreten entschlossen ist. Graf Brandenburg ist freilich neu auf dem staatsmännischen Felde, aber als tüchtiger Militär und ehrenwerther Charakter bekannt, und sein Programm wird ein von dem des Generals Pfuel ganz verschiedenes sein. Als künftigen Kriegsminister bezeichnet man den General Stockhausen, ehemaligen Chef vom Generalstab des Prinzen von Preußen, einen gleichfalls ganz energischen Mann. Bonin würde die Finanzen, Eichmann das Innere behalten, doch hat sich letzterer noch nicht bestimmt erklärt. Doch läßt die Thatsache, daß Hr. Eichmann die Bekanntmachung unterzeichnete, kraft welcher bei allenfallsigen neuen Zusammenstößen zwischen der Bürgerwehr und Ruhestörern die Militärgewalt sogleich zum Schutze der ersteren berufen werden soll, annehmen, daß er sich dem Programm des Grafen Brandenburg anschließen werde. Er würde sonst schwerlich die Verantwortlichkeit für die Unterzeichnung dieses Erlasses erst am Vorabend seines Rücktritts mit übernommen haben. Es muß sich nun zeigen, ob die Linke in der Nationalversammlung entschlossen ist mit dem Königthum zu brechen, welche Absicht aus ihren Aeußerungen der jüngsten Tage hervorzugehen schien, oder ob sie noch zuwarten will. Erfolgt der offene Bruch, so kann der Straßenkampf nicht ausbleiben, dessen Ausgang wohl nicht zweifelhaft sein kann, der aber jedenfalls bei der auf beiden Seiten herrschenden Erbitterung sehr heftig und zerstörend sein würde. Auch hier wie in Wien sind der Pöbel — und wir haben hier ein wahres Mustereremplar desselben — und die Arbeiter durch die beständigen Aufreizungen der Demokraten außerordentlich kampflustig; es ist, als ob der Ehrgeiz ihnen keine Ruhe ließe, und als dürfe Berlin nicht hinter Wien zurückbleiben. Von der Bürgerwehr harmonirt kaum ein Drittheil mit ihnen, die andern zwei Drittheile aber werden das Einschreiten des Militärs freudig begrüßen, und sehnen sich nach dem Augenblick, wo sie statt beständig die Muskete zu tragen, wieder in Ruhe ihren Geschäften nachgehen, und der Ordnung genießen können. Die Mitglieder der Rechten haben einen Protest gegen die vorgestern der Nationalversammlung zugefügte Schmach eingelegt, und auf Sicherheit der Personen der Mitglieder und Wahrung der Freiheit der Verhandlungen gedrungen.

⊿ **Berlin**, 2 November Mitternacht. Als diesen Abend 7 Uhr zum Namensaufruf der Mitglieder der Nationalversammlung geschritten wurde, um die Beschlußfähigkeit der Versammlung herauszustellen, hatte die Rechte fast ganz den Saal verlassen, und es zeigte sich in der That, daß nur 187 Mitglieder anwesend waren, die Versammlung sonach nicht mehr beschlußfähig war. Der Vizepräsident Phillips, der in Abwesenheit v. Unruh den Vorsitz führte, erklärte so lange bis die Deputation zurück sei, bleiben zu wollen. Finde er dann die Kammer beschlußfähig, so solle weiter verhandelt werden. — Die Rechte und das linke Zentrum sind in sich zerfallen. Die Rechte und ein großer Theil des Hotel Russie ebenso wie das rechte Zentrum machten von diesem äußersten Mittel — die Nichtbeschlußfähigkeit der Versammlung herbeizuführen — Gebrauch, weil ihnen bei den gelichteten Reihen der Rechten kein anderes Mittel blieb, um den Beschluß einer falschen Majorität zu hindern, der als Vorspiel der Permanenzerklärung die Bahn gebrochen haben würde zu dem Verlassen des gesetzlichen Bodens, welcher festgehalten werden muß, wenn in einem so kritischen Moment die Nationalversammlung nicht das Vertrauen des Landes einbüßen soll. — Gegen 10 Uhr finden sich die Deputirten zahl-

und gewissermaßen in Belagerungszustand versehen und, theilweise mit Feuerspritzen versehen, den heftigsten Drohungen ausdrosen, endlich in das Stiegenhaus selbst eindringen u. s. w., gegen die gesetzliche Ordnung sind, welche die Bürgerwehr zu schützen hat. Dennoch hat sich dies Alles gestern hier zugetragen, und es ist erst so spät dagegen eingeschritten worden, daß es leicht zu noch größeren Excessen hätte kommen können. Dem Kommando der Bürgerwehr war es bekannt, daß sich bereits um Mittag ein großer Zug auf dem Alexander Platze gesammelt hatte und demnächst auf dem Rendezvousplatze eine Menge von mehreren Tausend Personen zusammengekommen sei, welche sich nach einigem Hin- und Her mit dem aufgestrichenen Vorsatze zurückzog, um 5 Uhr Nachmittags wieder hier einzutreffen und die Antwort der Nationalversammlung auf eine Petition zu Gunsten des Wiener Volkes abzuwarten. Von dieser weiten Versammlung waren die ernstlichsten Störungen der gesetzlichen Ordnung zu fürchten. Um die letztere zu schützen, war die Aufstellung ansehnlicher Abtheilungen der Bürgerwehr auf dem Rendezvousplatze erforderlich, mit welchen man erwarten konnte, den Massen zu verbieten oder doch den Platz zu säubern vermochte. Es scheint nun zwar an bewaffneter Macht nicht gefehlt zu haben, denn das Schutzrittbaus ist mit 2 Bataillonen besetzt gewesen und außerdem sind 3 oder 4 Bataillone zusammengezogen worden; aber man hat die Menge, welche anfänglich aus etwa tausend Personen bestand und sich an den Eingängen der Abgeordnetenzusammendrängte, Hacken anzuhauen und sich dann, allmälig zunehmend, auf dem Platze hin und her bewegte, der Nationalversammlung die Drohungen einzuschüchtern suchte, mehrere Stunden hindurch ungehindert gewähren lassen. Inzwischen war die Haltung der Volkshaufen, die von mehreren Rednern angefeuert wurden, nicht zu weichen, bis ihren Forderungen genügt sei, immer bedrohlicher geworden. Schaaren mit rothen Fahnen, Hacken und Stricken versehen, hatten die sämmtlichen Thüren des Schauspielhauses besetzt und ließen Niemand hinaus. Endlich erschienen die schon lange zusammengezogenen drei oder vier Bataillone vor dem Hause und machten die Eingänge frei. Dies hielt jedoch, wiewohl außerdem noch drei andere Bataillone allarmirt, also im Ganzen acht oder neun Bataillone Bürgerwehr auf den Beinen waren, nicht lange an. Die Abgeordneten, welche um 10 Uhr Abends die Sitzung verließen, mußten sich durch die Menge hindurchdrängen; mehrere derselben sind dem Vernehmen nach dabei insultirt und sogar körperlich mißhandelt worden. Erst als sich hierauf schon ein großer Theil des Volkes verlaufen hatte, schritt die Bürgerwehr mit mehr Energie ein und stellte, nach einem Zusammenstoß mit Maschinenarbeitern, welche dazwischenreiten wollten, in Fustrer Nacht die Ruhe her. Die Verhinderung oder sofortige Unterdrückung solcher tumultuarischer Auftritte ist nirgend dringender und unerläßlicher, als in der Hauptstadt, zumal, wenn sie den Charakter des Terrorismus gegen die Volksvertretung annehmen. Leider sind hier schon mehrere Vorfälle ähnlicher Art vorgekommen, welche dazu führen müssen, das Ansehen der Regierung und die Achtung vor der bewaffneten Macht, welche die gesetzliche Freiheit und Ordnung schützen soll, zu untergraben. Nimmt diesen Unfänden Niemand die Regierung ihre Verpflichtung, für die Sicherheit der Personen, für die Unabhängigkeit der Volksvertretung und für die öffentliche Ordnung zu sorgen, nicht anders erfüllen, als dadurch, daß bei Ruhestörungen in hiesiger Stadt, sobald die zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung zunächst berufene Bürgerwehr dieser ihrer Aufgabe nicht rechtzeitig und vollständig genügt, sofort militärische Hülfe requirirt, und nach §. 57. des Bürgerwehrgesetzes in Thätigkeit gesetzt werden ist. Ich wünsche, daß der Ernst dieser leichen stets bedauerlichen Nothwendigkeit nicht verkannt werden möge, habe ich den Magistrat und das Polizeipräsidium von diesem Erlasse zur Nachachtung in Kenntniß gesetzt. Berlin, 1. Nov. 1848. Der Minister des Innern. (gez.) Eichmann. An den Kommandeur der Bürgerwehr, Herrn Rimpler Hochwohlgeboren, hier. II. Bekanntmachung. Die Vorgänge des gestrigen Tages während der beiden Sitzungen der Nationalversammlung legen der Regierung die unabweichbare Pflicht auf, zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und zur Verhütung und Unterdrückung ähnlicher Exzesse alle ihr zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung zu bringen. Es sind demgemäß die betreffenden Behörden angewiesen worden, in allen derartigen Fällen, sobald die zunächst zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung berufene Bürgerwehr dieser ihrer Aufgabe nicht rechtzeitig und vollständig genügt, sofort die bewaffnete Militärmacht zu requiriren und nach §. 78. des Bürgerwehrgesetzes vom 17. v. M. in Thätigkeit treten zu lassen. — Es wird dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Berlin, den 1. November 1848. Der Minister des Innern. Eichmann.

Oesterreich. Am 2. Nov. eilte ein Kurier aus Olmütz durch Boyen, welcher dem Feldmarschall Radetzky die kaiserliche Genehmigung brachte, die Waffen nach Sagt, auf drei Monate verlängerten Waffenstillstandes binnen. (A. B.)

J. D. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Dienstag, 7. Nov.: (Zum Erstenmale:) „Dunkle Wolken", dramatische Kleinigkeit nach einer französischen Idee von Tournier; hierauf (zum Erstenmale): „Badeluren", Lustspiel von G. zu Putlitz. Zum Beschluß: „Alt und Pflegma", Bauerviele von Angely

Fremdenanzeige.

Hotel Maulé. v. Düsen, Gutsbesitzer, aus Preußen. Olsen, Privatier, von Stuttgart. Seffrat, Proprietär, von Paris. Zuld, Kaufmann, von Frankfurt. Ritter v. Mosland, aus Ungarn. v. Drüssel, Assessor, von Münster. Schmitz, Rentier, von Luxemburg. Raur, Privatier, von Aachen.

Gold. Kreuz. Perrot, Rentier, aus Amerika. Fisch, Partikulier, von Zürich. Leyer, Gutsbesitzer, aus Graf. Barnetz, Privatier, von Wien. Bach, Privatier, von Karlsbad. Zöpfer, Lieutenant von Berlin. Müller, Offizier, von Düsseldorf. Sedlmayer, Studierender, von Bozen.

Gold. Hahn. Dreßler, Proprietär, von Paris. Sammthaer, Kaufmann, von Bremen. v. Godeau, Rittmeister, von Königsberg. Frey, Negotiant, aus Mailand. Frau v. Klein, von Nürnberg. v. Nobling, Industrieller, aus Pommern. Manheimer, Kaufmann, von Fürth. Gutmann, Kaufmann, von Hamburg.

Blaue Traube. Graf Ricci, aus Neapel. Rupner, Kaufmann, von Neumarkt. Heufer, Ingenieur-Kandidat, von Kaiserslautern. Leudenbinner, Architekt, von Meisenheim. Von Rasty, Rentier, von Korfu. Billinger, Fabrikant, von Stockam. Fischer, Regierungspräsident, von Augsburg. Fischer, Rechtspraktikant, von Ottmoning. Wittman, Gutsbesitzer, von Ingolstadt. Steinharte, Privatier, von Augsburg. Heydenreich, Landrichter, aus Oberfranken.

Stachusgarten. Renner, Faktor, von Augsburg. Stand, Lieutenant, von Zug. Stiglmair, Schäffermeister, von Landshut. Lieb, Aktuar, von Guttenberg.

Gestorbene in München.

Joseph Sylbi, ehem. bürgert. Schuhmacher, 68 J. a. Ursula Baumeister, bürgert Schlossersfrau, 72 J. a. Alois Maier, Brauknecht von hier, 22 J. a.

Lebensversicherungen und Leibrenten bei der bayer. Hypotheken- und Wechselbank in München.

230. (2a) Jedem die unterfertigte Administration diese beiden gemeinnützigen Anstalten in Erinnerung bringt und zur Betheiligung an denselben einladet, glaubt sie deßhalben zu müssen, daß die Lebensversicherung im gegenwärtigen Augenblick mehr als je die Aufmerksamkeit eines jeden um das Wohl seiner Angehörigen besorgten Familienvaters erheische, da nicht nur die verheerende Seuche der Cholera in einem Theile von Deutschland wieder aufgetreten ist, sondern auch bei vorkommenden Unruhen das Leben des ordnungsliebendsten Bürgers leicht bedroht werden kann. In beiden Fällen ist die Versicherung des Lebens das beste Mittel, um die Hinterlassenen von Noth und Elend zu bewahren, und man wird um so eher danach greifen dürfen, als die Bank sowohl für das durch die Cholera, wie das durch den Dienst in der Bürgerwehr und den damit verbundenen Freikorps vermehrte Risiko des Todes keine Erhöhung der Prämie verlangt. Zum Beweis, wie wohlthätig dieser schon die bayer. Lebensversicherung in die bürgerlichen Verhältnisse eingegriffen hat, möge die Anführung dienen, daß durch sie, in der verhältnißmäßig kurzen Zeit ihres Bestehens bereits gegen fl. 240,000 an die Erben von verstorbenen Versicherten ausbezahlt worden sind.

Mit der Lebensversicherung verbunden ist auch eine Leibrentenversicherung, vermittelst welcher man durch Hingabe einer Summe Geldes sich selbst oder einer andern Person eine lebenslängliche Rente sichern kann, und welche namentlich Solchen zur Benützung empfohlen zu werden verdient, deren Vermögen nicht hinreicht, um von den hohen Zinsen rechtzeitig leben zu können, oder welche der Sorge der eigenen Verwaltung enthoben zu sein wünschen.

Die Leibrente bestimmt sich nach dem Alter des Rentners zur Zeit der Anfassung, und bleibt die ganze Lebensdauer hindurch gleich. Sie beträgt bei einem 30jährigen fl. 5. 28 kr., einem 40jährigen fl. 6. 6 kr., einem 50jährigen fl. 7. 24 kr., einem 60jährigen fl. 9. 22 kr. und einem 70jährigen fl. 11. 46 kr. von jeween Hundert der Versicherungssumme.

Die Grundbestimmungen für die Lebensversicherungen wie für die Leibrenten werden bei allen Banksagenten unentgeltlich abgegeben.

München den 2. November 1848.

Die Administration der bayer. Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Franz Xaver Riegler, Direktor.

231. Einladung zum Abonnement auf

Scherz und Ernst

oder

die politische Plauderstube.

Abonnementspreis: ganzjährig 1 fl. 36 kr., halbjährig 48 kr., vierteljährig 24 kr., monatlich 8 kr., Kolporteure erhalten von 50 Stück 40 kr Rabatt. Die Expedition ist im Albertsgäßchen Nro. 24 bei der Frauenkirche.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute gegen Mittag.

Das Parlament in Frankfurt und die Rothen der Linken.

(Eingesendet.)

Das Reichsministerium hat bereits das Gesetz über die deutschen Grundrechte veröffentlicht, die nächstens zur schlüßlichen Berathung kommen sollen. So manche Punkte dieser Grundrechte, wie sie in der ersten Berathung angenommen wurden, finden vielseitige Mißbilligung, weil man hiebei augenscheinlich den Rothen einen zu überwiegenden Einfluß eingeräumt hat. Die deutschen Völker erwarten von ihrem Parlemente Gesetze, die vernünftige Fortschritte beurkunden, die der errungenen Freiheit kein neues Beet eröffnen, sich in die offene See der Anarchie neuerdings zu stürzen; keine Ueberstürzungen, keinen Umsturz ihrer Verfassungen, keine Eingriffe in ihre inneren sozialen Lebensverhältnisse, keine Aufhebung ihrer Landesgesetze, die ihren provinzialen und lokalen Rechten und Observanzen entsprechen, keinen Raub an dem Eigenthum des einen um dem andern zu gefallen, keine Freiheitsgesetze, die sie ihrer eigenen Freiheit berauben, und endlich keine amerikanischen Wahlgesetze und eine Republik, als Ausgang unserer bisherigen Zustände nach ihrem Sinn.

So manche Punkte dieses Grundgesetzes aber, würden sie definitiv angenommen, müßten nothwendig zu dem führen, was die deutschen Völker nicht wollen, zu dem zerstörenden System der rothen Republik des verflossenen Jahrhunderts in Frankreich. Welcher wahrhafte Patriot aber wird für unser Deutschland einen Zustand herbeiführen wollen, wie ihn das damals in allen seinen moralischen Elementen verfaulte Frankreich darbot?

Die deutschen Völker, welche Verfassungen haben mit einer Wahl- und einer erblichen Kammer, müssen dieselben festhalten, und erkennen wohl, daß dieß ihr Stützpunkt ist, um nicht die Beute der Rothen zu werden. Wir stellen hiemit die Frage, warum soll das zukünftige Reichs-Parlament ein Staatenhaus aus erblichen Elementen, und ein aus der freien Wahl des gesammten Volkes hervorgegangenes Repräsentantenhaus erhalten?

Gerade aus dem nämlichen Grunde. Wenn also das Reichsparlament nicht der Republik den Weg anbahnen soll, so muß man auch in den einzelnen Staaten, was nach gleichen Grundsätzen aufgebaut ist, nicht einreißen wollen. Die deutschen Völker sind in ihrem vollen Rechte, wenn sie gegen solche Freiheitsgeschenke der Rothen protestiren, deren Absicht nur allein dahin geht, sie zu täuschen, zu überlisten. Sie durchschauen deren Plan: und wollen daher auch keine Einmischung in ihre Volksfamilienangelegenheiten, wie z. B. die Aufhebung aller Kaufverträge, Testamente, Stiftungen und Schenkungen, welche die fideikommissarische Eigenschaft haben, weil gerade hierdurch ihre zwei Kammern verloren gehen,*) weil hierdurch der Wohlstand vieler Familien untergraben wird, ohne daß ihnen hievon ein Nutzen, im Gegentheil vielen ihrer Mitbürger der größte Schaden geschieht.

Sie wollen keine jakobinischen Freiheitsgesetze, nach welchen jeder unumschränkt sein Eigenthum zersplittern und veräußern kann, während Kinder, Geschwister und Verwandte die nächsten gegenseitigen Ansprüche auf das Eigenthum des einen oder des andern schon von undenklichen Zeiten her besessen haben, weil das römische Recht schon seit mehr als einem Jahrtausend dem germanischen Boden einverleibt ist; weil bereits in mehreren deutschen Ländern vor vielen Jahren der Versuch gemacht wurde, die freie Verfügung über das Eigenthum in solchem Sinne zu gestatten, hiedurch in mehreren Gegenden eine förmliche Verarmung eingetreten ist, die man nur durch große Opfer beseitigen konnte; weil es im Interesse der Rothen liegt, das Korps der Proletarier möglichst zu vergrößern, um die Zahl ihrer Arbeiter an den Laufgräben zur Republik zu vermehren.

Diese Grundrechte enthalten auch Bestimmungen, unter anderen die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, der grundherrlichen Gefälle, der Zehentablösungen u. s. w. Dieses und noch mehreres, wie der Verzicht auf alle Vorrechte der bisher privilegirten Stände, der Siegelmäßigkeit ꝛc. sind bereits in den meisten Staaten durch freiwillige Uebereinkunft ihrer Stände mit den Regierungen in Vollzug gesetzt, und sie bedürfen wahrhaftig nicht der Rothen, um all dasjenige, was ihnen frommt, was ihren inländischen Zuständen entspricht, auf dem offenen und loyalen Weg auch in ihrem Innern auszumachen.

Die Geduld und Nachsicht der Mehrheit der Paulskirche gegen die Rothen ist in der That bewundernswerth, um so mehr, wenn man sieht, wie die Rücksichten, welche sie denselben treu dem Grundsatze, daß man auch die Ueberzeugung Anderer ehren müsse, zugesteht, so wenig Erwiederung finden.

Die Rothen ehren in der That sehr wenig die Meinung der Mehrheit, sie verhöhnen, hintergehen sie und antworten ihnen außer der Paulskirche mit Krawallen, Aufständen und Revolutionen, die sie in allen Theilen von Deutschland durch ihre Helfer hervorrufen. Wer hat die Meuchelmorde eines Auerswald, Lichnowsky, Lamberg und Latour verübt? Die Einbrüche zügelloser Banden auf deutschem Boden? Bedarf es weiterer Beweise? Was thaten und was thun die Herren in neuester Zeit in Wien und Berlin?

*) Zwischen der Freiheit fideikommissarische Verfügungen zu treffen, von der auch wir wünschen, daß sie unangetastet bleibe und der Durchführung des Zweikammersystems, dem wir gleichfalls zugethan sind, können wir jedoch den nothwendigen Zusammenhang nicht einsehn. (D. R.)

wer die Partei zersplittert, die Vereine aufgelöst: Rau sollte sie unter irgend einem Vorwande zusammenbringen. Er zog von Ort zu Ort und hielt Volksversammlungen ab; es zeigte sich viel Enthusiasmus: Rau vertraute demselben und glaubte, es stehe sich in Würtemberg ein Versuch mit Aussicht auf Erfolg machen. Daher nahm er die Sache zur Hand, blieb aber leider sehr weit hinter den Hohenasperg sein vorseiligen Beginnen.

„Fröbel sandten wir nach Oesterreich, damit er sich in Wien über-zeuge, ob der Anschluß der deutsch-Oesterreichischen Provinzen an die allgemeine deutsche Bewegung zu erwarten sei, oder ob die österreichischen Staaten als ein Föderativganzes zusammenbleiben würden. Letzteres schien damals noch eine erhabene Möglichkeit; diese freilich zweint das Auseinanderfallen sicherer. Fröbel hat sich in Wien mit den verschiedensten Persönlichkeiten der österreichischen Bewegung in Verbindung gesetzt, ist aber nicht klarer zurückgekehrt, um uns Bericht zu erstatten. Er ist jetzt abermals von der Frankfurter Linken nach Wien geschickt und ist noch dort, um in der Stunde der Noth seine Pflicht zu thun.

„Endlich wollten wir nun auch den Norden an uns heranziehen, und zu diesem Behufe machte ich eine Reise durch Hamburg, Hannover, Westphalen bis nach Köln. Die Art, wie ich mich durchgesteckagen, wie ich durch Vorlesungen in Hamburg Aufsehen erregen mußte, will ich weiter nicht berühren. Ich habe Freunde in Hamburg und in Schleswig-Holstein als Mögliche gethan, um im Interesse der demokratischen Partei zu wirken. Aber wie mich auf dieser Reise, so hat überhaupt den Zentralausschuß der Mangel an Geld in aller Thätigkeit gelähmt."

Deutschland und die Schweiz.

In Bezug auf das Jubiläum, welches dieser Tage im Elsaß als Festfeier der Unterwerfung unter französische Herrschaft begangen wurde, sagt die Basler Zeitung in einem größern Artikel unter Anderem:

In diesen Tagen feierte das Elsaß das zweihundertjährige Erinnerungsfest seiner Verbindung mit Frankreich. Es war den 24. Oktober 1648, als zu Münster in Westphalen der Friede zwischen dem deutschen Reiche und Frankreich geschlossen und letzterem das Elsaß als Beute seiner ränkevollen Politik zugestanden ward.

Auch die Schweiz war bei dem westphälischen Friedensschlusse betheiligt; sie betrachtete denselben als die Garantie ihrer völkerrechtlichen Unabhängigkeit. Wir haben aber selbst in dieser so festlustigen Zeit keine Stimme vernommen, welche zur Feier des Tages aufgefordert hätte. Aber das Elsaß feiert dieses Fest, wodurch es seine Unabhängigkeit erwarb, sondern nur von einem Herrn zu dem andern übergieng. Das ganze Theil protestantische Elsaß feiert das Ereignis, durch welches es unter die Herrschaft des Despoten übergieng, an dessen Namen die Aufbebung des Edikts von Nantes und die Dragonaden haften. Das deutsche Elsaß feiert dieses Ereignis, wodurch es einem fremden Volk einverleibt und seiner nationalen Eigenthümlichkeit in mancher Beziehung beraubt wurde. Es feiert ein solches Fest in einer Zeit, wo andererseits der Ruf nach Gleichberechtigung der Nationalitäten sich laut und lauter erhebt, in einer Zeit, wo in dem Elsasse selbst auf löbliche Weise für Belebung deutscher Sprache und Literatur, für Erfreischung von Denkmalen deutscher Vorzeit sich Strebungen kundgeben.

Aber in der Schweiz hat sich keine Stimme erhoben zur Feier des Festes der Unabhängigkeit. Sie hat das Bewußtsein, daß sie ihre Unabhängigkeit schon lange vor jenem Frieden faktisch erworben hatte, daß sie in Münster bloß noch für einige Städte Befreiung von den langweiligen Schikanen des unsterblichen Kammergerichts erwarb. Sie hat sich losagerissen von Deutschland, aber nicht um sich einen fremden Stempel aufdrücken zu lassen, sondern um die Eigenthümlichkeiten ihrer Städte und Länder ungehindert entwickeln zu können. Diese Eigenthümlichkeiten werden nun mehr und mehr vernichtet: die Schweiz, welche in ihrem Entstehen Mittel war, als ein Sonderbund in den obern Landen, welche in scharfer kantonaler Absonderung Jahrhunderte lang ihre Freiheit und ihr Glück gesucht hatte, sie ist nun in dem Prozesse begriffen, das Besondere zu beseitigen und zentrale Gewalten zu begründen. Glück sie aber Das werden, was sie erstrebt: ein starkes, tüchtiges Volk? Sie ist sein fein ihrer Absonderung vom deutschen Reiche vielfach in weniger ebendahin Abhängigkeit, in die Abhängigkeit von diplomatischen Intrigen gerathen; wird sie in Zukunft von diesen frei bleiben?

Aber ungeachtet dieser Isolirsucht ist sie in lebhaftem geistigen Verkehr mit Deutschland geblieben; sie hat mitgearbeitet an Deutschlands geistiger Wiedergeburt, ihre Bodmer und Breitinger, Iselin und Hasler, Gessner und Lavater, J. Müller und Pestalozzi stehen zukunftreich unter den Heroen deutschen Geistes. Die Schweiz blieb daher auf den 24. Oktober 1648 nicht als auf einen Tag, der eine große Wendung in ihrem Schicksal bestimmte, sondern nur dem, was Jahrhunderte vollbracht hatten, den Stempel aufdrückte, auf einen Tag, der das feste geistige Band, das sie an das große Mutterland knüpft, nicht zerstört hat. Wie sich die Schweiz freut, ihre provinziellen Eigenthümlichkeiten dem deutschen Reiche gegenüber gewahrt zu haben, so hat sie noch viel mehr Grund, sich zu freuen, nicht Beute einer fremden Nationalität geworden, sondern in enger geistiger Verbindung mit ihren großen deutschen Volke geblieben zu sein!

Deutschland.

Bayern. — München, 3. Nov. Dieser Tage verweilte der bayerische Konsul in Havre, Hr. Meinel, ein gebornen Bayer (aus Simbach) in unseren Mauern; ein Mann, dessen Name sich an eine der wenigen Thatsachen knüpft in welchen deutsche Regierungen einen erfreulichen Gemeinsinn bekunden, und dessen Wirken möglich ist, sich von den vertretten Grundsätzen des Laissez-faire loszusagen und dem deutschen Namen im Auslande eine Anerkennung zu verschaffen, welche er sehr verdient. Als die Folgen der französischen Februar-Revolution allen Handel und Verkehr in Frankreich ins Stocken brachten und die aufgeregte Arbeiterbevölkerung vor allem darauf drang, den fremden Arbeitern die bisherige Gastfreundschaft zu kündigen, traf diese Maßregel bekanntlich am härtesten die zahlreichen deutschen Arbeiter in Havre, von denen die größte Anzahl (circa 6000) aus Bayern und zwar zum ausschließend aus Bayern übrigen der Pfalz bestand. Die Noth dieser armen Leute war ungeheuer, und zahlreiche Stimmen erhoben sich laut für in der Presse. Die weißen dieser Familien waren heimlich auszuwandern, und hätte unsere Regierung nur ihre alten politzlichen Grundsätze zu Rathe gezogen, so hätte sie sich sehr wohl aus formellen Gründen einer Unterstützungsleistung entziehen können, die außerdem auch durch die Höhe des erforderlichen Betrages manche Schwierigkeiten bot. Sie fanden in dem Konsul Meinel, der schon früher in seiner Geschäftsführung die ungewöhnliche Proben von Umsichtigkeit und Thätigkeit an den Tag gelegt hatte (so daß es allgemein als einer der tüchtigsten Konsulatsbeamten betrachtet wurde), einen eifrigen und bereiten Fürsprecher, und die bayerische Regierung schenkte seinen Anträgen eine Beachtung, die alle Anerkennung verdient. Sie setzte mit einem Aufwande von 16,000 fl. (der zum Theil durch Kollekten zu Stande gebracht wurde) den Konsul in die Lage allen denjenigen, welche aus obiger Zahl die Auswanderung nach Amerika bei Dürftigen nach Bayern oder dem Berbleiben in Frankreich vorzogen, es möglich zu machen, ihre neue Heimath zu erreichen. Bis Anfang Oktobers waren bereits 511 auf diese Weise befördert worden, die übrigen erhielten so namhafte und zweckmäßige Unterstützungen, daß jeder Anlaß zu weiterer Sorge vorerst gehoben ist. Diese entschiedene und wirksame Fürsorge für Angehörige, welche außer ihrem deutschen Namen wohl nur wenige wirkliche Ansprüche an die Vaterlandsliebe zu machen scheinen, hat in Frankreich allgemeine und laute Anerkennung gefunden, und letztere wurde ihm, Meinel von allen Seiten, namentlich von Seiten der französischen Behörden in einer Weise bezeigt, welche den Beweis liefert, daß solche thatsächlichen Aeußerungen des Patriotismus sich immer Achtung verschaffen. Ich ergreife gerne diesen Anlaß, um auch Ihnen Obiges von Dasjenigen das Ergebniß zur Oeffentlichkeit zu bringen und ihnen großen Dank für den freundlichen Anerkennung gegen jenen Mitbürgern zu sagen, deren reiche Spenden (1200 fl. von der königlichen Familie) der bayerischen Regierung den größern Theil der erforderlichen Geldmittel gewährten. In ähnlicher Weise wie die unsrige, haben auch andere süddeutsche Regierungen vollständig für die verhältnißmäßig geringe Zahl ihrer Angehörigen in Havre gesorgt, und dermalen befinden sich dort nur noch ungefähr 150 Preußen in dürftiger Lage, welche nach solchen Vorgängen wohl auch zu gut einstige Fürsorge werden dürfen. Allgemeinen Dank aber verdient ein Mann, der seit vielen Jahren ohne andere Vergeltung als die ihm von der bayerischen Regierung gewordene Ehrenanszeichnung sich deutscher Ehre und deutscher Interessen, oftmals mit vielen persönlichen Unannehmlichkeiten annahm, und der wohl am ersten der Ehre würdig sein dürfte, das bayerische Konsulatswappen mit dem deutschen zu vertauschen.

(Allg. Ztg.)

Schleswig-Holstein. — Hamburg, 1. Novbr. Vom Kanal hier aus Kopenhagen die Nachricht, daß die dänische Regierung auf der sofortigen Wiederaufhebung der von den beiden Kommissären (Kammerherr v. Reedtz für die dänische Regierung, Abgeordneter Stedmann für die deutsche Zentralmacht) für die Zeit des Waffenstillstandes eingetretzen Regierungskommission besteht, weil dieselbe durch ihre am 24. Okt. erlassene Proklamation und durch die Bestätigung der von der Statthalterschaft schleswig-holsteinischen Ständeversammlung nach dem Abschlusse des Waffenstillstandes beschlossenen Gesetze ihre Kompetenz überschritten. Sir Henry Wynn, der englische Geschäftsträger in Kopenhagen, an welchen man sich von deutscher und dänischer Seite gewendet, hat erklärt, er sehe in der Verweigerung seinen Ausweg mehr und verstehe nur so viel, daß alle seine Bemühungen in Kopenhagen und Mainze umsonst gewesen und man niederer da stehe, wo man vor Abschluß der Waffenstillstand gestanden. Er hat indessen sofort einen Kurier mit einem Memorandum nach London gesendet, um sich neue Instruktionen von Lord Palmerston einzuholen. Was Hr. Stedmann, der erst nachdem die neue Regierung in Schleswig ihre Proklamation erlassen, und der doch aller Wahrscheinlichkeit nach von dieser Proklamation und von der Bestätigung der schleswig-holsteinischen Staatsgrundgesetzes gewußt, von Schleswig abgereist ist (in Geschäftsdes sofort gegen jene Proklamation Protest einlegenden dänischen Kommissärs), dazu sagt, weiß man noch nicht. Jedenfalls war nach den geschraubten Erklärungen, welche Graf Knuth, der dänische Minister des Auswärtigen, am 27. Okt. dem ihn dringenden Reichstage gab, an jenen Tag noch nichts ausgemacht, und scheint also jedenfalls die Nachricht der Kopenhagener Morgenblatres Flyveposten (das, nachdem die Berlingsche Zeitung und Fädrelandet als ministerielle Blätter in Folge der Unterhandlungen einige Aufklärung nehmen müssen, Organ der Kriegspartei in Kopenhagen geworden ist) als verfrüht zu betrachten, daß Stedmann im Namen der deutschen Zentralgewalt und Reedtz im Namen Dänemarks einen Ku-

rier nach Schleswig geschickt mit dem Befehle, „daß die vom [illegible] Kommissären eben eingesetzte neue Regierung Schleswig-Holsteins sofort ihre Funktionen einzustellen habe und die von derselben bestätigten Gesetze über die Verfassung, die Wahlen, das Reichsbankgeld, die schleswig-holsteinische Flagge und das Nationalzeichen (Nationalmaerket, das bekannte den Schiffen eingebrannte Dansk eiendom, jetzt: Schleswig-holsteinisches Eigenthum) zu annulliren sein!" Wir hoffen, daß diese Nachricht falsch ist und Hr. Stedmann sich nicht von dem dänischen Ministerium, das in dieser Sache um seine Existenz als Ministerium kämpft, hat überrumpeln lassen.

Preußen. — Posen, 1 Nov. Wenn es bei uns neuerdings zu ernsten Reibungen zwischen den Polen und Deutschen noch nicht gekommen ist, so verdanken wir dies großentheils dem Fortbestande des Belagerungszustandes unserer Stadt, ohne welchen es hier bei der jetzt herrschenden Erbitterung unfehlbar schon zu Nationalitätskonflikten hätte kommen müssen, zumal die Polen den Sieg ihrer Sache nach den letzten Abstimmungen in der Berliner Nationalversammlung für ausgemacht ansehen und sich demnach bereits offenkundig als Herren des Landes geriren. Daß die Deutschen unter solchen Umständen hier die Hände nicht in den Schooß legen, läßt sich voraussetzen; sie entwickeln vielmehr in der That eine unglaubliche Energie und haben bis in die niedrigsten Gesellschaftsschichten hinab das nationale Bewußtsein dergestalt aufgeregt, daß alle auf das Aeußerste gefaßt sind. Mag demnach das Berliner Parlament dekretiren, was es will, zur Ausführung wird es, sofern es die deutsche Bevölkerung irgendwie beeinträchtigt, nicht kommen, denn wer sollte die Exekution übernehmen? Mit den Polen werden die Deutschen allein leicht fertig, und deutsche Soldaten, welche die Mission haben, die Deutschen hier unterdrücken zu helfen, wird man doch wohl nicht herzuschicken wagen! Darum sind die hiesigen Deutschen auch ohne Besorgniß. Inzwischen wird nichts versäumt, um durch alle gesetzlichen Mittel die neue, durch die Berliner Nationalversammlung hervorgerufene Verwirrung zu heben. Von allen Seiten gehen Proteste nach Berlin und Frankfurt, und allen ist die bestimmte Versicherung hinzugefügt, daß man fest zu Deutschland halten werde. Auch die hiesigen Kommunbehörden werden sich, wie ich höre, noch heute versammeln, um einen Protest gegen die Annahme des Phillips'schen Amendements zu beschließen. Wie ich eben höre, sind in den Städten Wronke und Obarnik Unruhen ausgebrochen, doch ist etwas Näheres darüber bis jetzt nicht bekannt geworden. — Aus Polen berichten die letzten Briefe, daß die ganze russische Armee in Bewegung zu sein scheine, indem der größere Theil derselben jetzt nach der galizischen Grenze zu marschire. (D. A. Z.)

Schweiz.

Der deutsche Reichsgesandte, Hr. Raveaux, hat am 2. Nov. Nachmittags 4 Uhr durch seinen Stellvertreter, Ritter v. Neuwall, eine neue vom 23. Okt. datirte Note überreichen lassen, als Antwort auf die Erwiederung des Vororts vom 5. Okt. Den von dem Vororte verlangten Nachweis für ihre Behauptungen, daß selbst Beamte einzelner Kantone dem badischen Aufstande Vorschub geleistet haben, will die Reichsgewalt nicht übernehmen, „da es gegen die völkerrechtliche Ehre und Gebauch sei, ein kontradiktorisches Verfahren zwischen Regierungen einzuleiten und die Beweiskraft über Thatsachen zu übernehmen, die weltkundig seien." Die Reichsgewalt sagt, daß sie von Unterhandlungen nichts mehr hoffe und daher zu Entschließungen geschritten sei, die jedoch aufhören sollen, wenn die Eidgenossenschaft billig entgegenkomme. Die Entschließungen selbst werden nicht mitgetheilt. (Berner-Z.)

Rheinfelden, 31. Okt. Die drohende Wolke der „badischen Republik", welche sich im vorigen Monat an den Grenzen der Schweiz gesammelt, ist schnell zerflossen. Die Beschreibung ihres Zuges haben die öffentlichen Blätter hinlänglich geliefert; aber in Beziehung auf die Betheiligung der sogenannten radikalen Schweiz an diesen Vorfällen werden einige nachträgliche Angaben dennoch nicht ohne Interesse sein, um so mehr, da sie als Berichtigung dienen können, auf die „energische" oder besser gesagt, trotzige Antwortsnote, welche der eidgenössische Vorort an das deutsche Reichsministerium richten zu müssen glaubte. Gewisse Rücksichten mögen allerdings sowohl die radikalen Staatslenker als die radikalen Blätter der Schweiz bestimmt haben, einige Thatsachen, namentlich solche, durch welche die Loyalität der Versicherungen der schweizerischen Regierungen in Bezug auf getreue Handhabung der Neutralität in Frage gestellt werden konnte, entweder zu übersehen oder abzuleugnen, oder überhaupt nicht der Wahrheit gemäß zu deuten. Es ist unter andern behauptet worden: „Man habe von Seiten der schweizerischen Behörden in der dem badischen Aufstand vorhergehenden Zeit unter den hierorts befindlichen deutschen Flüchtlingen keinerlei feindliche Bewegungen wahrgenommen;" ferner: „Es habe im Grunde gar kein bewaffneter Einfall in deutsches Gebiet stattgefunden;" endlich: „Die Behörden der schweizerischen Grenzgemeinden hätten, nach dem Befehle ihrer Regierungen, die besten Maßregeln zur Aufrechthaltung der Ordnung und des Friedens getroffen." — Nun aber war es hier gar kein Geheimniß, daß die Flüchtlinge Vorräthe von Munition und Waffen sammelten, indem sie ungescheut, bei hellem Tage von Haus zu Haus gingen, um solche aufzufassen; daß sie rühriger als gewöhnlich sich umtrieben, daß sie häufig ihre Kundschafter auf deutschen Boden beorderten, die dortige Bevölkerung zu bearbeiten. Die Vorsteher unserer Gemeinden, Bezirksammann, Stadtammann, Gemeindeammänner, Geistliche ꝛc. fanden sich täglich mit diesen deutschen Flüchtlingen als mit vertrauten Freunden zusammen, Besuche wechselnd und in öffentlichen Wirthshäusern mit denselben verkehrend. Wie? diese innigen Freunde,

gewesen, aber es mangelte ihnen, der revolutionären Minderheit gegenüber, der Muth, sobald es zur Entscheidung kam. So zweifle ich sehr, ob sie diesmal fest bleiben und abermals ihre Kantonalen durchsetzen werden. Thun sie es, so müssen sie sich schlagen, denn ihre Gegner werden zur Gewalt schreiten; das „Volk“ wird nicht dulden, daß die Mehrzahl der Bürger, daß die „Bourgeoisie“ den „Aristokraten“ Dufour wählt. — Geben die Konservativen nicht nach, so haben wir eine Revolution, die wahrscheinlich ihre Flammen über die ganze welsche Schweiz wälzen wird, vielleicht selbst in Savoyen und Frankreich zündet. Weichen sie aber auch diesmal zurück, so haben sie nur eine Galgenfrist genommen. Gent ist der Hauptsitz des in Sozialismus umgetauften Kommunismus, hat gegenwärtig dem Taufend nach unbeschäftigte Arbeiter, daneben eine beträchtliche Anzahl großer Kapitalisten, es ist der Sammelplatz französischer, italienischer und deutscher „Demokraten,“ — daher muß es einmal zur Entscheidung kommen; die neue Verfassung von 1846 hat das Volk bisher nicht „reich und glücklich“ und die Bourgeoisie noch nicht arm gemacht: also muß ein neuer, radikalerer Versuch gemacht werden, wie dem Uebel einmal wirklich abgeholfen werden kann.

Freiburg. Das Schreiben, Volksblatt theilt folgenden Auszug aus einem Privatbrief mit, das erste, was und von konservativer Seite über die letzte Bewegung vor Augen kommt: „Gestern, bei meiner Rückkehr, fand ich den Kanton mit eidgenössischen Truppen überzogen, und dieß in Folge eines Aufstandes, der von der Regierung eigentlich absichtlich provozirt wurde. Ich will auf begreiflichen Gründen nicht näher darüber eintreten, denn unter solchen Umständen darf man sich auf das Briefgeheimniß nicht allzuviel zu gute thun. Es werden überall Arrestationen vorgenommen. Die Soldaten sind auf Befehl der Regierung ausschließlich bei den Konservativen einquartiert, und ein jeder hat seinen guten Theil. Die Kosten der gegenwärtigen Okkupation — Gott weiß, wie lange sie andauern wird — werden ebenfalls fast bei Einquartierung vorausgesehen zu haben müssen. Die Polizeibeamten, welche den Soldaten die Quartierzettel austheilen, empfehlen ihnen ganz besonders, sich recht gut bedienen zu lassen.“ Die Thatsache, daß auch in der Stadt Freiburg, wo gar keine Störung der Ordnung stattgefunden hat, die Truppen ausschließlich bei Konservativen einquartiert werden, wird auch von radikalen Blättern gerühmt. — Daß man in Orten, wo die Ruhe gestört worden ist, fast bei Einquartierung vorzugsweise auf die Ruhestörer legt, ist etwas, das häufig vorkömmt. Daß man aber in ganz ruhig gebliebenen Orten diese Last bloß Leuten einer politisch mißbeliebigen Meinung auflegt, und zwar bloß wegen ihrer Meinung, das ist ein Verfahren, das sich keine ehrenhafte Regierung, sondern bloß eine gemissenlose und leidenschaftliche Partei erlaubt. (Bast. Z.)

Tessin. Der Grütlier bringt folgende höchst bezeichnende Militärkorrespondenz aus hiesiger Kanzlei. Daß der Tiroler ist hier ungemein beliebt. Der Staatsrath beklagt sich über Alles was befohlen wird. Es zeigt sich nur zu deutlich, daß es in der Neutralitätsfrage keinen guten Willen hat. Zudem behelligt er die Repräsentanten mit allerhand Dikkilinsfehlern, welche die Soldaten begangen haben sollen. Der Ton der tessinischen Behörden ist in den amtlichen Aktenstücken sehr beleidigend. Die Bevölkerung ist auch sehr gegen „die Deutschen“ (die Schweizertruppen) eingenommen. Es soll sogar eine Petition im Umlauf sein, worin die Entfernung der „deutschen Truppen“ begehrt wird, unter zwar unter der Androhung, sie aus dem Kanton zu jagen, wenn nicht entsprochen werde. Das thun hier die Schützengesellschaften. Nicht wahr, die sind doch radikal genug! Es ist empörend, welch eidgenossischer Sinn sich hier kund gibt. Sollte es zum Ausbruch kommen, die Schweizertruppen würden nicht zu halten sein. Wären die Aeffner ehrlicher und redlicher gewesen, wir müßten nicht hier sein, und die Radetzkischen Plackereien wären alle nicht gekommen.

Italien.

Genua, 30. Okt. Die Stadt hatte bis um Mitternacht ganz das Ansehen eines von Feinde stark besetzten Platzes. Die in den Straßen stationirten Truppen brieben sich mindestens auf 4000 Mann. Mehrere der Hauptstraßen waren gesperrt, namentlich die Strada Nuova, wo sich das Hauptquartier der Bürgergarden befindet. Dessenungeachtet war viel Volk in den Nebenstraßen versammelt, und es herrschte im Allgemeinen eine düstere ängstliche Stimmung unter der neugierigen Menge. Im angesagten Schreiben fehlte es zwar nicht, und diese setzen hier und da die Massen in Schrecken. Sonst fanden aber keine Unruhen statt, und gegen Mitternacht kehrte das meiste Militär in die Kasernen zurück. Bei allem dem fehlte es nicht an neuen Aufstachgetteln. Auf einem derselben wurde besonders gegen die Reichen gestürmt, und um sich der im Fiasco ungeübten Menge einigermaßen auch verständlich zu machen, trug der Zettel eine Guillotine, wo ein Reicher in unermeßlichen Schlagen wühlte. Da es nicht möglich ist, die Ruhe der Stadt durch bestimmtes Auftreten der Mannschaft zu erkaufen, so ist man allgemein gewärtig, daß morgen eine Estaffette von Turin den Befehl bringen werde, Genua in Belagerungszustand zu erklären. Der Aufenthalt in Genua ist für Fremde so unangenehm und unsicher geworden, daß fast alle diejenigen es verlassen haben, welche hier keine festen Etablissements besitzen. Ein junger Deutscher, welcher vor etwa zwei Monaten nebst zweien seiner Landsleute von einem rohen Haufen angegriffen und unter erhichteten Beschuldigungen ins Gefängniß geschleppt wurde, wo man ihn acht Tage lag festhielt, ehe man seine Unschuld anerkannte, hatte über den Schreck und Aergen den Verstand verloren. Nach mehrwöchentlicher Pflege ist es seinen Aerzten zwar gelungen, ihn von dieser Himkrankheit zu heilen, das Uebel hat aber nur seinen Sitz verändert, indem es sich auf den Rückgrat geworfen hat, so daß dieser junge Mann ganz unfähig ist, sich auf den Beinen zu erhalten. Die Wachsamkeit von jehn bis zwölf Polizeidienern war noch vor einem Jahre hinreichend, um Jedermann vor böswilligen Angriffen auf offener Straße zu schützen und der gesetzlichen Stadt die so unentbehrliche Ruhe zu sichern. Jetzt sind 4000 Mann Truppen kaum hinreichend, um einen oder das andere zu erlangen, und man darf sich daher nicht wundern, wenn alle Gutgesinnten wünschen, daß die Regierung endlich zu außerordentlichen Mitteln schreite, um die Ordnung wieder zu Ehren zu bringen. Unter diesen Mitteln werden wahrscheinlich das Schließen der Clubs und eine Beschränkung der zuweisen Presse der Flugschriften und öffentlichen Anschlagzettel die ersten sein.

(Allg. Ztg.)

Dänemark.

Kopenhagen, 27. Okt. Hr. Mynolm interpellirte in der gestrigen Reichstagssitzung den Minister des Auswärtigen wegen der unerwarteten Ankunft der HH. Kommissarien Reedy und Stedmann in Kopenhagen, da diese allgemeine Betrübniß und Unruhe erwecke. Graf Knuth, der Minister des Auswärtigen, entgegnete: „Er habe bereits gestern die Bereitwilligkeit der Regierung zu solchen Aufklärungen erklärt, wenn man nur wisse, welcher Art und welcher Ausdehnung die verlangten Aufklärungen seien. Es liege inzwischen in der Natur der Sache, daß je öfter gerade bei Sachen von großer spannender Wichtigkeit die Reichsversammlung Aufklärung wünsche, die Regierung sie um wenigstens geben könne. Das sei nun auch gerade der Fall mit der vorliegenden Frage. Die Regierung habe bereits durch öffentliche Blätter vorläufige Nachrichten gegeben, und werde das ausführlichere folgen lassen. Alles, was er jetzt mittheilen könne, sei, daß da die neue Regierungskommission bei weitem ihre Kompetenz überschritten, Kammerherr Reedy sich sogleich bestimmt habe, Schleswig zu verlassen, woran er vollkommen Recht gethan, und Einheit zwischen sie, zwischen seinem und seinem Regierung Auftreten herbeigeführt habe. Der Minister sah es dabei als günstig an, daß der deutsche Regierungskommissär sich an den dänischen angeschlossen. Nähere Aufklärungen sei er nicht im Stande, vor zwei bis drei Tagen mittheilen.“

(A. Z.)

Vereinigte Staaten von Nord-Amerika.

(Weitere.) Ueber Hecker's Empfang in New-York bringen die deutschamerikanischen Zeitungen ihsalautlange Berichte. Hecker ist von Mayor und Aldermen (Bürgermeister und Gemeinderath) der Stadt feierlich bewillkommnet worden, was bei den Ideen, welche die Aristokraten von unsern Zuständen haben, nicht eben bezeugen kann. Die guten Aldermen von New-York glauben wahrscheinlich, daß wir von unsern dreißig Tyrannen aufs Blut gemartert werden, und daß Hecker uns auf der unerträglichsten Sklaverei habe befreien wollen. Wenn sie wüßten, daß er sich aufsehnt gegen „The People of the United States of Germany in Congress assembled“ (das Volk der vereinigten Staaten Deutschlands, versammelt im Kongreß), so würden sie in ihm wohl einen Monschenfeind, aber nicht einen „Republikaner“ bewillkommnet haben. Am 7. hatten, wie schon erwähnt, etwa 1000 Deutsche in New-York (wo von unsern Landsleuten über 70,000 wohnen) zu Ehren Hecker's eine Versammlung in Tammany-Hall veranstaltet, bei der es laut genug herging. Hecker selbst donnerte in einer langen Rede gegen die „geknöchten Schulen“ und die „Schwätzerversammlungen in Frankfurt und Berlin,“ worauf seine Zuhörer eine Reihe Beschlüsse faßten, deren Zweck sich dahin ausspracht, daß Hecker als dem Vertreter des deutschen Republikanismus die kräftigste Unterstützung geleistet werden solle, damit er sich in den Stand gesetzt finde, „das blutrothe Banner des sozialen Republikanismus, welches er zuerst in Deutschland aufgepflanzt habe, über den Ozean zurück tragreich in sein Vaterland zu bringen.“

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Paris, 3. Nov. 3proz. 43.15. 5proz. 67.35. **Staats-A.** —. **Bankaktien** 1440.—. **Stadtobligationen** 1120.—. **Bkr. Kanäle** 837.50. **Compt. von Algier** —. **Belg. 5proz. von 1840** 77½. von 1842 77½. 4½proz. 72½. **Sproz.** —. 2½proz. —. **Belg. Bank** 650. **Neap. 5proz.** —. **Röm. 5proz.** 64½. **Span. 5proz.** —. **Aktien** — **Passive** —. **Piem.** —. **Holl.** —. **St. Germain** —. **Versailles (rechte)** 103. — **(linke)** 95 — **Orleans** 587.50. **Rouen** 370.— **Havre** —. **Marseill.** 162.50. **Basel** 80.— **Bierzon** —.— **Boulogne** 140 —. **Bordeaux** 366.25. **Nordbahn** 348 75. **Montereau** 110.—. **Lyon** 360.—. **Straßburg** 327.50. **Nantes** 312.50. **Dieppe** —.— **Seeaux** —.— **Montpellier** —.—. **La Teste** —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „N

Dienstag, den 7. Novem

Aus Wien.

** München, 6. Oktober. Wir erhalten diesen Abend endlich auch wieder die „Wiener Zeitung" (bekanntlich das einzige Blatt, das für jetzt in Wien erscheinen darf) in drei Nummern, vom 29. Oktober und 3. und 4. November. Das sonst so umfangreiche Blatt ist sehr dünnleibig geworden, und enthält außer einigen amtlichen Kundmachungen nichts als öffentliche und Privat-Anzeigen. Neues bringt nur die Nummer vom 4. November. Sie enthält zuerst einen kaiserlichen Erlaß aus Ollmütz vom 20. Oktober, gegengezeichnet von den Ministern Wessenberg und Kraus, durch welche einem Reichstagsbeschluß, der Forterhebung der bisherigen direkten und indirekten Steuern, so wie der Aufhebung der Urbarial- und Zehentsteuer, der Judensteuer u. s. w. die kaiserliche Sanktion ertheilt wird. — Dann folgt eine Stelle aus einem kaiserl. Handschreiben aus Ollmütz vom 28. Oktober, das in der Reichstagssitzung vom 30. verlesen worden war, und in welchem folgende Stelle vorkam: „Die zeitweilige Verlegung des Reichstags nach Kremsier habe ich in der besten Absicht für die ununterbrochene Thätigkeit des Reichstags beschlossen und ich wünsche, daß die Rückkehr vollkommener Ordnung in meiner Hauptstadt Wien bald gestatte, daß derselbe wieder in ihrer Mitte seine Berathungen fortsetzen können."

Eine Proklamation des Fürsten Windischgrätz noch aus Hetzendorf vom 1. Novbr. „An die Bewohner von Nieder- und Oberösterreich" kündet denselben an, daß Wien und dessen Umgebung auf zwei Meilen im Umkreise in Belagerungszustand erklärt, daher alle Ortsbehörden dort unter die Autorität der Militärgewalt gestellt seien. Der Feldmarschall spricht die Erwartung aus, daß die Provinzen Oesterreichs ob und unter der Enns in ihrer bisherigen Treue an das Kaiserhaus und die konstitutionelle Monarchie unerschütterlich verharren, alle bösen Einflüsterungen und Vorspiegelungen zurückweisen, und ihm die Nothwendigkeit ersparen werden, noch andere Orte gleichfalls in Belagerungsstand zu erklären. Am Schlusse sagt der Feldmarschall: „Ich warne somit die Bewohner dieser Provinzen auf das Eindringlichste vor jenen Aufwieglern, welche unter täuschenden Vorspiegelungen nur die Auflösung aller Bande der Ordnung und Gesetzlichkeit beabsichtigen, unabsehbares Verderben verbreiten und der fortschreitenden Entwicklung jeder wahren Freiheit nur entgegenwirken können."

Der Justizminister macht bekannt, daß die Präsentation zur Acceptation und die Erhebung des Protestes bei Verweigerung derselben, in Ansehung derjenigen Wechsel, welche in dem Zeitraume vom 6. Okt. bis einschließlich 5. Nov. 1848 zur Annahme hätten präsentirt werden sollen oder noch zu präsentiren wären, auch noch am 6. Nov. vorgenommen werden können. — Eine Verordnung des Gemeinderathes befiehlt, daß in Folge der Zerstörung des Gasometers jeder Hauseigenthümer in der Stadt und den Vorstädten eine helleuchtende Lampe vor seinem Hause aufzustellen habe, und zwar so, daß jedes Haus jeden zweiten Tag mit dieser Beleuchtung abwechsle, und soll diese Beleuchtung die ganze Nacht hindurch bis zu Tagesanbruch unterhalten werden.

Eine zweite Verordnung des Gemeinderathes befiehlt im Auftrage des Militärkommandos, daß vom 3. November früh 10 Uhr an das Burg-, Kärnthner-, Rothenthurm- und Schottenthor, dann die St. Marxer-, Matzleinsdorfer-, Mariahilfer-, Lerchenfelder-, Nußdorfer- und Taborlinie eröffnet, die übrigen Thore und Linien aber gesperrt seien. — Der Verkehr zwischen den Vorstädten ist ganz frei, die Passage zwischen der Stadt und den Vorstädten, sowie in und außer den Linien nur gegen Vorweis gültiger Passirscheine mit bestimmten Farben erlaubt. Von den sämmtlichen nach Würmler eingepfarrten Gemeinden sind für das Truppenlager zu Inzersdorf 208 Laib Brod und 4 Metzen Kartoffeln unentgeldlich eingeliefert worden, für welche patriotische Gabe das Armeegeneralkommando seinen Dank ausspricht.

Gratz, 4. Nov. Ein heute aus Wien hier eingetroffener Gratzer erzählt über die gegenwärtigen Zustände Wien's Folgendes: In die innere Stadt wird Niemand eingelassen, die Vorstädte und Glacien aber sind militärisch besetzt, allenthalben sieht man Truppen aufgestellt und Kanonen aufgepflanzt. Von Nationalgarden und Legionären nirgends eine Spur. Gegenwärtig ist die Militärbehörde eben damit beschäftiget, durch Hausdurchsuchungen jene Häupter der Umsturzpartei hohhaft zu werden, die ihr vom Feldmarschall zur einstweiligen Einziehung bezeichnet wurden. Messenhauser und sein Adjutant Fenneberg sollen bereits verhaftet sein. Die Gratzer Freiwilligen befinden sich entwaffnet in der Schwarzenberg'schen Reitschule auf der Wieden, und warten auf die Bewilligung zur Rückkehr in die Heimath, die ihnen auch nach vorheriger kurzer Einvernehmung über die Art und Weise ihrer Betheilung ertheilt werden wird. Gefallen ist von den steierischen Freiwilligen, so viel man bis jetzt weiß, Niemand. Die Wiener Bürger danken dem Himmel für die Erlösung von dem Proletariate, das ihnen schon vollends über den Kopf gewachsen und zu jeder Gewaltthat fähig war. Im Ganzen sind durch die Truppen aus

unmittelbar nach Vorlesung des Protokolls wieder, worauf die auf den heutigen Tag selbst treffende begann. Der Präsident theilte zuerst die Resultate der nach Sanssouci gesendeten Deputation mit. Ich habe — sagte er — zwischen 4½ und 5½ Uhr die Minister davon in Kenntniß gesetzt, daß wir uns um 4 Uhr mit einem Extrazuge nach Potsdam begeben werden. Ich glaubte es der konstitutionellen Pflicht der HH. Minister überlassen zu müssen, ob sie sich gleichfalls dahin begeben wollten. Wir begaben uns um 7 Uhr nach Sanssouci, fanden jedoch keinen der HH. Minister anwesend. Ich ersuchte den anwesenden Flügeladjutanten Major Mantauffel um bei Sein. Maj. zu melden, erhielt jedoch den Bescheid, daß schon seit dem Marz hiesiger Befehl erlassen sei, keine Deputation vorzulassen, wenn nicht die Minister zugegen seien. Darauf ersuchte ich den Major Mantauffel mich persönlich zu melden. Dies geschah, und gleichzeitig erhielten wir die Mittheilung, es sei so eben eine Depesche der Minister eingegangen, in welcher der König dringend gebeten werde, die Deputation zu empfangen. Wir wurden empfangen, Sein. Maj. erklärten jedoch, nach Berathung mit den Ministern, die er zu sich beschieden habe, morgen antworten zu wollen. Nur die Deputationsmitglieder Gierke, Kuhlwetter und Mölgke haben im Laufe des Abends bei einer Privatgelegenheit in einem Gespräch, was jedoch keinen offiziellen Charakter hatte, von Sein. Maj. die Aeußerung vernommen, daß er es mit dem konstitutionellen Prinzip, welches er bis in die kleinsten Details ausrecht zu halten wünsche, unverträglich finde, der Deputation außer Beisein der verantwortlichen Minister irgend eine Antwort zu ertheilen. — Der Präsident schlägt nun Vertagung der Sitzung vor. Parrisius macht darauf aufmerksam, daß von den Herrn Ministern leicht erwartet werden könne, daß dieselben die Antwort des Königs etwa in 8 Tagen gelegenheitlich mittheilen werden (Lärm rechts), der Präsident möge die Minister deshalb zur unverzüglichen Mittheilung der königlichen Resolution veranlassen. Die Sitzung wird hierauf bis 3 Uhr vertagt. Oester ergänzt noch den Bericht des Präsidenten: Als Seine Majestät die Adresse empfangen hat der Thüre zuwenden. trat der Abgeordnete Jacoby vor mit den Worten: „Majestät! Wir sind nicht blos hierher gekommen, eine Adresse zu übergeben, sondern um Sie von der Lage des Landes in Kenntniß zu setzen. Wollen Eure Majestät uns nicht Gehör schenken?“ Seine Majestät haben hierauf mit „Nein“ geantwortet und traten über die Schwelle der Thüre. Da ersuchte sich der Abgeordnete Jacoby dem abgehenden Könige die Worte nachzurufen: „Das eben ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!“ — Bredt: diese Erzählung sei vollkommen richtig, der Abgeordnete Jacoby habe dadurch seine Befugniß überschritten (Lärm links), das sei von allen Mitdeputirten erkannt worden, und dieselben hätten sich fast sämmtlich auch dahin ausgesprochen. — Pelzer: Ich habe Herrn Jacoby zu jenen Redensarten nicht den Auftrag gegeben, ich verwahre mich dagegen. Die Bataillone, die rohesten Araber verletzen das Hausrecht nicht (Lärm links, Beifall rechts). — Jacoby erklärt, er habe nicht unmittelbar nach dem Verlesen der Adresse jene Worte gesprochen und sich dazu durch das Stillschweigen seiner Mitdeputirten veranlaßt gesehen. Er glaube seine Befugniß nicht überschritten zu haben. Man möge bedenken, daß ein Unterschied sei zwischen Gehör geben und Antworten. Gehör geben könne der König auch ohne Verletzung der konstitutionellen Sitte. — Waldeck widerspricht der Behauptung, daß fast alle Deputirten oder auch nur die Majorität Jacoby desavouiret hätten. — Rodbertus: er habe dem Adjutanten gesagt, der König werde zu unterscheiden wissen zwischen den Worten eines Mitgliedes der Deputation und dem Ausdrucke der Adresse. — Kunth beantragt: die Versammlung möge erklären, daß Jacoby seine Befugniß überschritten habe. — Rechts Lärm. Jacoby sucht sich zu rechtfertigen. — Auf Arnim's Vorschlag läßt die Versammlung die Angelegenheit fallen. (Schluß 11 Uhr.)

☉ Berlin, 3. November Abends. Aus der National-Versammlung. Nachm. 3½ Uhr. Vorsitzender: v. Unruh. Von den Ministern sind gegenwärtig die HH. Eichmann, von Bonin und Graf Dönhoff. Es ist eine k. Botschaft eingegangen, welche verlesen wird. Ihr Inhalt ist etwa folgender: „Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. haben in am gestrigen Tage Uns durch eine Deputation überreichte Adresse der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung in reiflicher Erwägung gezogen und erwidern darauf Folgendes: Fest entschlossen, den in Uebereinstimmung mit den Wünschen Unseres Volkes betretenen konstitutionellen Weg unverrückt zu verfolgen, haben Wir den Generallieutenant Grafen Brandenburg mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, weil Wir auch seinen Uns wohlbekannten Gesinnungen überzeugt sind, daß er sich der festen Begründung der konstitutionellen Freiheiten widmen werde. Wenn ihm dies gelingt, wird er sich, wie Wir hoffen, das Vertrauen des Landes erwerben. Einem andern Minister als einem solchen, von welchem Wir das erwarten können, werden Wir, davon durfen sich die Vertreter Unseres getreuen Volks überzeugt halten. niemals die Regierung des Landes anvertrauen. Wie können Uns daher auf die ohne nähere Begründung angedeuteten Gerüchte durchaus nicht entschließen, den dem Grafen Brandenburg gegebenen Auftrag zurückzuziehen. — Mit Genugthuung haben Wir übrigens die Anerkennung vernommen, daß Unser Herz für das Wohl des Volkes stets geschlagen hat, und hoffen Wir, daß Wir Uns in der gewissenhaften Verfolgung dieses Ziels stets im Einklang mit den Wünschen Unseres getreuen Volks befinden werden, und daß die Vertreter desselben Uns darin unterstützen werden. — gez. Friedrich Wilhelm. gegengez. Eichmann.“

Der Präsident bemerkt: er habe mit dem Grafen Brandenburg eine Unterredung gehabt, in welcher derselbe sich nach den obwaltenden Verhältnissen erkundigt und gesagt habe, daß er es nicht als amtlich betrachte. — Einem dringenden Antrage von Waldeck, Temme, Schulze (Wanzleben), Jacoby hat die Prioritäts-Commission den Vorrang vor der morgigen Tagesordnung eingeraumt. (Der Antrag wurde nicht verlesen. Er ist muthmaßlich kein anderer, als der gestern verworfene auf Niederlegung einer Kommission.) v. Berg stellt den Antrag: die heutige Sitzung auf morgen 10 Uhr zu vertagen, und für die Sitzung morgen die Anwesenheit der Minister zu verlangen. Er bemerkt, daß er und sine Freunde mit aller Zähigkeit die Rechte des Volks wahren würden, daß sie aber auch die großmöglichste Mäßigung obwalten lassen wollten. Der Antrag wird zum Drittheil erhoben. (Nur die äußerste Linke stimmt dagegen). Schluß der Sitzung 4½ Uhr.

† † Berlin, 3. Nov. So eben erfahre ich, daß man für das neue Ministerium folgende Kandidaten nennt: Graf Brandenburg als Präsident, Baron Manteuffel das Innere, Stockhausen Krieg, Bonin oder Kühne Finanzen, Wenzel (aus Breslau) Justiz.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 1

Neue Münche

Abonnementspreis:
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Mittwoch den 8. N

Der Patriotismus.

(Eingesandt.)

Je nachdem das Schöpfrad der Geschichte bald dieses oder jenes Weltereigniß vor unsern Gesichtskreis bringt, werden wir sogleich an uns selbst in mehr oder weniger gesteigertes Interesse hieran wahrnehmen, und dieses wird, wenn die Erscheinung aus unserer eigenen und nächsten Umgebung emporsteigt, sofort als patriotisches Gefühl sich kundgeben. Freilich und leider hört man gar zu häufig im gewöhnlichen Leben die Redensart: „so weit geht mein Patriotismus nicht.“ Er geht auch wirklich gewöhnlich nicht weit; ob aber jene, welche so sprechen, auch wissen, was sie sagen, möchte noch die Frage sein.

Die Vaterlandsliebe ist in den Zeiten tiefster Ruhe und des Friedens eine so bequeme Tugend, daß Niemand Anstand nimmt, ein Patriot zu sein. Bricht aber nur Krieg über das Land herein, so denkt Mancher sogleich daran, wie er aus dem Schlimmen das Beste ziehen könne, oder wie er die fatale Pflicht der Landesvertheidigung für seinen Theil einem Andern überlassen möge u. s. w. Ist der Feind, den man mit vereinter Kraft und Aufopferung hätte zurückhalten können, endlich im Lande, so macht man zum bösen Spiele gute Miene, zeigt sich als freundlichen Wirth, hofft auf den Unbestand alles Irdischen, und auf bessere Zeiten. Nur wenige Beispiele von wahrem Patriotismus bringen ein anderes Licht in dieses Gemälde. Wenn dann erst noch Staatsumwälzungen Gang und Ordnung der Dinge verwirrt und geändert haben, dann finden sich die Wenigsten mehr zurecht. Die Einen haben ihre Richtung ganz verloren, und taumeln planlos im großen Getümmel umher; sie können ihr Fähnlein nicht mehr finden, an das sie sich drängen wollen; sie verstehen die Zeichen nicht mehr, die ihnen sonst als Symbole der Ordnung und Gesetzlichkeit galten; sie vermehren nur die Massen, ohne sich oder sonst Jemanden zu helfen; sie tragen höchstens, wenn auch unfreiwillig, zur Vergrößerung der allgemeinen Verwirrung bei. Solche wären gerne Patrioten, wenn sie nur könnten! —

Im Gegensatze zu diesen finden wir eine Klasse, die sich in dem dunklen, wogenden Treiben der Revolutionen an ihren Zeichen allenthalben erkennt; deren Glieder in dem großen Gewühle der Parteien nie ihr Banner aus dem Auge lassen, die immer sich finden, wenn sie zusammenzuwirken haben, und die wissen, was sie wollen. Es sind diese die sogenannten Volksfreunde und Volksführer, richtiger gesagt Volksverführer. Sie erzählen so manches Freundschaftsmährchen dem Volke, auf daß es sich desto lieber von ihnen führen lasse. Wie sehr lieben sie das Volk, welches sie mit ihrer Führung und Regierung beglücken möchten? Ist das wohl nicht Patriotismus? —

Die neueste Zeit hat auch hier für die Definition dieses Wortes noch mehrfache Verknüpfungen angebracht, bei deren Lösungsversuchen man zu allerlei Betrachtungen und Zweifeln veranlaßt wird. Und sonst gibt es keine Patrioten?

Gewiß, es gibt deren Viele, die wissen, das Wahre und Gute vom Falschen und Schlimmen zu unterscheiden; die ihr Vaterland lieben und dessen Freiheit, und die unter der Fahne der Gesetzlichkeit und Ordnung wandeln möchten mit ihren Brüdern. Aber diese Schaar voll Einsicht und guten Willens ist nicht so streitfertig, wie ihre Rivalin; wenn sie jede schlimme Kriegslist verachtet, so hat sie doch noch nicht Muth genug, ihre Kraft zu entwickeln. Der Terrorismus der Uebelwollenden hält die wahren Vaterlandsfreunde noch befangen, deren dringende Pflicht es im Augenblicke wäre, muthig zu zeigen, daß die wahre Liebe zur Freiheit von der zur Gesetzlichkeit und Ordnung unzertrennlich ist; daß das Vaterland aber jenes Gutes nur theilhaftig werden kann, wenn der gute Patriot es auch wagt, sich als solchen zu bekennen, und dadurch seinen Gleichgesinnten die so nöthige Zuversicht einflößet, die auch bei der besten Sache nur durch die Gewißheit der gegenseitigen Unterstützung und Hilfe hervorgerufen wird.

M.

Deutschland.

λ. **Frankfurt**, 4. Novbr. Ihr Hr. ⊙ Korrespondent hat in seinen beiden Artikeln vom 27. und 28. Okt. über die Abstimmung vom 27 bezüglich der §§. 2 und 3 der Verfassung die Mehrheit der Nationalversammlung in einer Weise beurtheilt die mich zu einigen Gegenbemerkungen*) veranlaßt. Wenn er unter anderm bemerkt, daß der geringste Theil

*) Wir geben auch dieser Entgegnung unsers Hrn. λ Korrespondenten Raum, obgleich wir im Wesentlichen den Ansichten unsers Hrn. ⊙ Korrespondenten beipflichten müssen. D. R.

v. Pfuel das Kommando anzuvertrauen. Dieser hat sich hierbei seine patriotischen und ehrenwerthe Gesinnung das allgemeine Vertrauen der Stadt und des Landes erworben, so daß auch seine Wahl gewiß eine allgemeine Befriedigung eintreten wird. Aufserdem darf bei jener Stelle nie vergessen werden, daß sie nur einem tüchtigen, erprobten Militär anvertraut werden kann, weil nur er im Stande ist, gerade in den schwierigsten Punkten richtig zu entscheiden und namentlich den Augenblick anzugeben, wenn die Kraft der Bürgerwehr nicht mehr ausreicht. — In Folge der letzten Ereignisse haben abermals viele bemittelte Familien, aus Besorgniß vor noch gröfseren Unruhen, Berlin verlassen.

Die „Spener'sche Zeitung" bringt mitunter durch ihre Inserate viel bezeichnendere Schlitterungen der Berliner Zustände als in ihren leitenden Artikeln. Wir lassen hier eines dieser Inserate selbst folgen: „Es wäre sehr wünschenswerth, wenn die Bezirke Berlins öffentlich erklären wollten, ob sie mit dem Zustand, der jetzt in unserer Residenz in Beziehung auf Ruhe herrscht, zufrieden sind?? was sehr zu bezweifeln ist! Man würde daraus gewiß ersehen können, daß die Mehrheit ihrer Bewohner aus ruhigen und friedliebenden Bürgern besteht, denen die Tyrannei, unter der sie jetzt erliegen, empörend erscheinen muß, und nicht länger mehr zu ertragen ist! Also auf! Ihr Gutgesinnten, zeigt der Welt, daß hier noch Treue dem Könige und Patriotismus im Volke wohnen! S..." — Einen feinmeinigen übertrascheuden Aufschluß über die Ohnmachtsfigkeit und Gehaltlosigkeit der Reformatorischen Powiat erhalten wir durch eine Erklärung desselben in der „Spener'schen Zeitung"; sie lautet: „Ich ersuche die Zeitungen, bei Nennung meines Namens, das Prädikat „deutsch-katholischer Prediger" wegzulassen. Ich habe die religiöse Bewegung stets nur als Mittel zu sozial-politischer Agitation betrachtet. Jetzt ist die Maske uns folglich die ganze religiöse Bewegung unnöthig; ich habe nicht das Geringste mehr mit derselben zu thun. Hochachtungsvoll. Powiat." — Die Moral mag sich Jedermann selbst daraus abziehen.

Erfurt, 3. Nov. Ich beeile mich, Ihnen die wichtige Nachricht mitzutheilen, daß die hiesige (preußische) Grenzfestung von königl. sächs. Truppen besetzt worden ist, während die unsrigen nach Wurzburg beordert worden sind. (Frankf. Journ.)

Oesterreich. — Olmütz, 31. Oktober 1848. Hier kann man die Wandelbarkeit der Dinge lernen — ich rede hier nicht im politischen Sinne, sondern ganz einfach im alltäglichen. — Olmütz, eine hübsche, freundliche, — aber wenig belebte und Rolle spielende Festungsstadt — wimmelt von Menschen und Lebhaftigkeit. Die Fremden sind einheimisch, die Einheimischen fremd geworden in der Erhaupstadt von Mähren. — Das Grab, das so üppig an vielen Stellen auch dem Straßenpflaster den Anschein von Kulturleben gab, verschwindet unter dem Tritte geschäftiger Menschen, alle Gasthöfe — so schlecht sie sind — alle Weinausschenken sind übersüllt. Man kennt Olmütz nicht mehr, und wenn man ein wenig in der Gesichte des verflossenen Jahrhunderts bewandert ist, fühlt man sich momentan nach Koblenz versetzt. Hier stocken ankommende Wagen, aus denen obachtlose Reisende nach Unterkunft rufen, dort sammelt sich vor einem Kaffehause eine kleine Gruppe — ein Zug Grenadiere zieht auf eine Wache — ein Küchlein Offiziere umflicht ihren schnurrbärtigen, eben angekommenen Kameraden, ein Plakat versammelt ein mobiles Lesepublikum an einer Straßenecke — hier geht taschen Schrittes ein junger Kavallerieoffizier ohne Begleitung durch die Menge und verschwindet in einem beschildwachten Hause, einige Umstehende ziehen den Hut, es sind Wiener Flüchtlinge, die ihn erkannt haben; es war ein Erzherzog, — dort stehen ein Paar Reichstagsabgeordnete, die sich zufällig auf der Straße mit einem: „Sind Sie auch da?" gefunden haben, bestimmen und ziehen politischer Gespräche, — es tönt von der Hauptwache ein weithin schallender Ruf in's Gewehr und ein Hofwagen rollt vorüber. Eine Deputation kommt an, man steht sie bald da bald dort — u. s. w. Das kann man alle Tage sehen seit der Anwesenheit des Hofes in Olmütz. Plötzlich tönt Musik — zieht die Wache auf? Nein: Ein Trupp Reiter bewegt sich auf jener Gasse nach dem Platze, eine kurrirende Staffelbande scheint es — es werden dreifarbige Hüte flüchtig, über ihnen wehende Tücher an Stangen, — weiße, schwarzgelbe, rothblauweiße — auch ganz einfache bunt gesprenzelte Sacktücher, dann dunkle und gestickte Jacken und rothe Beinkleider, den wohlgenährten Leib stattlicher Pferde umklammernd, mit einem Worte ein Trupp trikkter Landleute auf der gestgarten Hanna zieht im hoch zu Roß nach dem Hoflager des Kaisers, ihm zu danken für die mit seinem Worte und seiner Unterschrift verbürgte Freiheit. — Solche Scharen ziehen zu 60 bis 100 Mann von verschiedenen Seiten herbei — kreuzen sich mit verschiedenen Musikbanden in den Straßen. Jemand, der sich die Mühe nahm, sie zu zählen, schätzte die Zahl der am 21. Oktober solcher Art eingezogenen hannakischen Reiter auf mehr als 1000 Mann, sämmtlich schön bewaffnet und von einer edlen Haltung, die dem Freunde des Volkes den erfreulichen Anblick wohlhabender, sich selbst bewaffnender Männer gewähren mußte. — Mag auch Mancher achselzuckend dieser Miesenadresse des Landvolks an den Kaiser nachgeblickt und darin gelesen haben, daß die Bauern dieser Gegend andere, als die erwarteten Begriffe von Landsturm besitzen, so muß doch der Unbefangene zugestehen, daß die ganze Sache durchaus nicht wie eine gemachte Demonstration aussah, sondern das Resultat natürlicher Motive war. Schreiber dieses weiß, daß wenige Tage zuvor in der Hanna Bauernversammlungen Statt fanden, in denen sie unter sich sich über die Ereignisse und Zeitverhältnisse verständigten. Auch ist nichts natürlicher, als daß der besitzende Landmann, in der Monarchie die Garantie des Bestandes seines Längstbesessenen sowohl als des Jüngsterrungenen erblickend, eine Gelegenheit gern benützte, sein Vertrauen in den Fürsten, dessen Unterschrift ihm seine neue Freiheit verbürgte, darzulegen und mit leicht verständlichen Symbolen den Sinn seines Bodens — „des rossenährenden" — zu produziren vor den in Olmütz versammelten Fremden. Von den berittenen Deputationen ist keine absolutistische Bande zu fürchten, sie halten an der neuen Freiheit fest — aber auch mit praktischem Sinne an Garantien des Bestandes — an Ordnung und Ruhe, ohne welche die Errungenschaften leere Worte bleiben, und die gegenwärtigen Wirrungen zu Grunde gehen. Ungestört sind, wenn Anarchie und Bürgerkrieg die kaum befreiten Fluren bedrohen. Das ist der Sinn dieser Monstre-Begrüßung, darin ist der Unterschied von Olmütz und Innsbruck. Die Aehnlichkeit der Szenen ist da — in ihren Motiven liegt die Verschiedenheit. — Wir wünschten, daß Höstinge sowohl als Wühler den feinen Unterschied nicht unbeachtet lassen. Die Hannaken sind zu selbstständige Leute, um sich blos leicht zum blosen Werkzeuge Anderer oder der unsinnigen Partei hergeben — ihren politischen Leben wäre Vieles und Weniges zu melden. Vieles, wenn man es wüßte und hinter die Koulissen sehen könnte, Weniges, wenn man sich auf Reelles beschränken und nicht Gerüchten nachjagen will, um eine klein Mangel ist. — Im Allgemeinen aber dürfte konstitutionelles Verständniß in höheren Regionen nicht so gänzlich unverreten sein, als man allgemein meint, wenigstens habe ich aus sehr verlässiger Quelle mit (eigenen Ohren nämlich) Worte fallen hören, die mir auch dem Munde, dem sie entflossen, unerwartet kamen und mich wahrhaft erfreuten. Es ist nicht zu läugnen, daß viele Uebel noch auf den Höhen lagern, und daß freiheitsliebende und gemäßigte Männer, die irgenwie in der Lage dazu sind, eine heilige Pflicht erfüllen, wenn sie in jenen Höhen zum Hervorbrechen der wohlthätigen Sonne mitwirken. Solchen Männern sollte nichts zu schwer sein, um die Sache des Rechtes, der Freiheit, der verfassungsmäßigen Ordnung zu verfechten, die Absichten der Ereignisse aufzuklären, die sinstige Ausgleichung unserer tief beklagenswerthen Wirren anzubahnen und unbekümmert um das Geschrei der einen, um die Gunst der anderen Partei zu wirken, wie der vir justus et tenax, von dem Horaz sagt:

Dem festen Manne, dem Gerechten
Kann nicht der Menge Drang zum Schlechten,
Nicht Hohepunkt sie frechten
Den ungebeugten Sinn — —

Zum Beweise des Gesagten diene Ihnen noch eine Aeußerung des Fürsten Windischgrätz, die unbezweifelt ist: „Wenn vom Hofe auch nur ein Schritt auf unkonstitutionellem Wege versucht wird," sagte der Feldmarschall, „lege ich meinen Degen Seiner Majestät zu Füßen." Ist dieß die Sprache eines Reaktionärs? (Br. Ztg.)

Oesterreichische Monarchie.

Von der ungarischen Grenze, 29. Oktbr. Sicherem Vernehmen nach hat der k. k. General Simonich in der Gegend von Trenschin über die Ungarn ein siegreiches Gefecht bestanden. Der ungarische Landsturm ist theils vernichtet, theils zerstreut. Bedeutende Haufen von Freiwilligen sammeln sich an der Grenze, um unter den Slowaken den Landsturm gegen die Magyaren zu organisiren und diese mit denselben Waffen zu bekriegen, welche sie selbst anwenden.

Pesth, 27. Okt. Das „Kossuth-Hierlapja", nunmehr halboffizielles Organ, erzählt in der heutigen Nummer nachstehenden frei übersetzten Vorgang in Siebenbürgen, über den man von ganzem Herzen lachen möchte, hanterte es sich nicht um zwei Menschenleben. Der siebenbürgische Stabsoffizier Urban hatte nämlich auf den Kopf des Königl. Kommissärs Buda im Kövarer Distrikt einen Preis von 20 Dukaten gesetzt, mit dem Beifügen, daß diese Summe verdoppelt werden würde, falls man den besagten Kommissär lebend in seine Hände liefere. Buda, ein reichbegüterter Edelmann, erließ nun die Proklamation, daß er hiemit einen Preis von hundert Dukaten, oder ein Gehöft nebst Grundstücken, aufsetzem ein Meierhof und ein Schlachtschwert auf das Haupt seines Gegners setze. Dafür verspreche er, wenn lebendig geliefert zu werden, so wünsche er 6 M. von diesem Blutbonorar zu Gunsten des Henkers und des Strickes abgezogen werden, welcher den Stabsoffizier in das Jenseits spedirten sollten. Dieses Faktum bewieht leider nur zu deutlich, daß die Kämpfe in Siebenbürgen zu einem Vertilgungskrieg ausarten werden. (C. Bl. a. B.)

Aus Pesth wird geschrieben, einer von den Führern des ungarischen Landsturmes, Warga, von Geburt ein Rumune (Walache), soll die ungarische Partei verlassen und sich zu den Kaiserlichen geschlagen haben. (D. A. Z.)

* Nachstehende höchst interessante Nachrichten der „Grazer Zeitung" aus dem Banat und Serbien liefern einen gewichtigen Beitrag zur Beurtheilung der Verhältnisse Ungarns mit seinen feindlichen Grenznachbarn, und von dem einmüthigen Geiste, welcher letztere — worunter auch die Deutschen in Siebenbürgen — durchdringt und leitet. „Das ganze Banat hat sich für Kaiser und Reich erhoben; die romanisch-kanaiserischer Grenzregiment marschirt bereits, um vereint mit den Serben die Städte Versec und Weißkirchen zu unterwerfen und um dann weiter an der Grenze der Wojwodschaft zu operiren. Die Festungen Temesvar und Arad sind in freundschaftliche Verbindung mit uns Serben getreten, von wo wir 300 Kanonen, 10,000 Gewehre und die nöthige Munition erhalten haben. Das zweitenige Verhalten der Festungen Peterwardein und Essek macht uns zwar noch einige Besorgniß, bei allem dem hegen wir aber die Hoffnung, daß die Kommandanten dieser Plätze der serbischen Bewegung nicht lange mehr entgegenstehen, sondern im Gegentheil als treue Generale ihres Kaisers, nach dem bekannten kaiserlichen Reskripte, die Serben unterstützen werden. Wir erwarten stündlich, daß dieselben

die magyarischen Fahnen herunternehmen und die kaiserlichen aufpflanzen und somit mit uns in freundschaftliche Verbindung treten. In Verbindung mit unserer Bewegung haben sich auch die Romanen und Sachsen in Siebenbürgen gegen die Magyaren erhoben und dieselben mit bewaffneter Hand angegriffen. Unser Wojwoda hat alle unsere Lager besucht und wird sich nun in Panesova verweilen, wo er mit diktatorischer Gewalt, welche ihm das Volk eingeräumt hat, die Kriegsoperationen leiten wird. Die Volksversammlung ist beendet und aufgelöst; Alles geht in bester Ordnung. Einer der Hauptbeschlüsse ist, daß man die nöthigen Gelder zur Deckung der Kriegskosten vom Volke regelmäßig einsammle, und daß der Patriarch und der Wojwoda vom Volke bevollmächtigt sind, Geld für Rechnung der Nation aufzunehmen. Den Fall einer Pacifikation mit den Magyaren, so wie auch die Regelung unserer Verhältnisse zur Gesammtmonarchie, hat die Volksversammlung gänzlich dem Patriarchen und dem Wojwoda überlassen. — Gräfin Wenkheim, Tochter des Feldmarschalls Grafen Radetzky, soll von der ungarischen Regierung als Geißel festgehalten werden, und zwar aus dem wahrhaft niederträchtigen Vorwande, weil ihr Vater zur Unterdrückung eines mit der ungarischen Nation verbrüderten und wie diese nach Unabhängigkeit ringenden Volkes den Kommandostab führe. Die „ritterlichen Magyaren" erklären auf diese Weise den Krieg auch gegen wehrlose Frauen; Schmach über diese entmenschten Pußtenritter! Aber wehe ihnen, wenn der alte Löwe seine Mähnen schüttelt! Das Kartenhaus der Kossuth'schen Tollhauspolitik wird bald vor dem von allen Seiten sich erhebenden Sturm zerstäuben."

Lombardei. Am 31. Oktober sind die Oesterreicher auch in das Intelvithal eingerückt. Viele Bewohner desselben haben sich mit Weib und Kind, Habseligkeiten und Vieh auf das tessinische Gebiet geflüchtet. (Basl. Ztg.)

Mailand, 3. Nov. Armeebefehl: Soldaten! Ich gab euch bekannt, daß verabscheuungswürdige Gräuelscenen die Straßen Wiens besudelten, daß unser Kaiser genöthigt ward, aus der Burg seiner Väter zu fliehen. Wien — das einst so treue, von seinem Monarchen so geliebte und begünstigte Wien, an dessen Wällen die Macht des Orients sich brach, das die Christenheit vom Untergange rettete, hatte — verleitet durch fremde Eindringlinge und Abenteurer aller Nationen, durch fremdes Geld verführt, die Fahne der Empörung aufgepflanzt. Der Kaiser sah sich genöthigt ein mächtiges Heer zusammenzuziehen, denn es galt die Erhaltung des Thrones und der Monarchie. Die Stimme des Friedens verhallte, die angebotene Versöhnung ward zurückgewiesen. Unsere tapferen Waffengefährten unter den Befehlen des Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz haben am 29. Okt. nach einem 9stündigen Barrikadengefecht alle Vorstädte erobert, die Empörer in die Stadt zurückgedrängt. In Folge dieses Sieges hat sich Wien unbedingt unterworfen. Soldaten! Bürgerkrieg ist ein großes Unglück, aber das schrecklichste aller Uebeln ist Anarchie. Wenn die Gesetze keine Geltung mehr haben, wenn Blut die Altäre Gottes befleckt, wenn die Bande der Familie zerrissen sind, Laster und Immoralität frei das Haupt erhebt, und mit frecher Stirn in den Straßen der Städte einhergeht, dann ist es Zeit mit Waffengewalt die Menschheit vom Rande des Verderbens zurückzuhalten. Das war der Fall in Wien. Die Empörung ist besiegt, und die freisinnigen Institutionen, die der Kaiser mit beispielloser Güte seinen Völkern verlieh, werden nun segenbringend emporblühen können. Gelüstet es unserer Jugend nach Thaten der Waffen, dann eile sie dorthin, wo auswärtige Feinde die Grenze des Vaterlandes bedrohen; dort wird sie ihr Blut rühmlicher verspritzen können, wie in den Reihen der Empörer. Radetzky, m. p. Feldmarschall.

Schweiz.

Freiburg. Ein Waadtländer Militär schreibt der „Basler-Zeitung": „So wären wir denn unsers Hatschier-, Gensdarmen- und Landjägerdienstes in Freiburg wieder ledig. Insurgenten oder Bewaffnete fanden wir nirgends, sondern nur eine Bevölkerung, die uns um Romont herum wie in Greyerz überall mit einem verbissenen Ingrimme ankommen sah. Nur mit Mühe, mit Drohungen erhielten wir Quartier, einige Lebensmittel. Denken Sie sich nun dieser üblen Disposition der Bevölkerung gegenüber unsere Mission, Verhaftungen vorzunehmen, die Verhafteten abzuführen, (oft unsere Quartiergeber selbst), die dem Soldaten ertheilte Vollmacht „à discretion" d. h. wie er wolle zu verfahren, die von den Anhängern des Regierungssystems in Freiburg ausgehenden Anreizungen, so können Sie sich auch vorstellen, wie verfahren wurde. Ein paar Beispiele mögen statt vieler genügen. In Chatel St. Denis wurde im „konservativen" Wirthshause zum Kreuze beim Einmarsche tüchtig getrunken, hingegen nicht bezahlt, nun gab es Wortwechsel. Einige radikale Freiburger hetzten die Soldaten auf, worauf alle Mobilien zertrümmert und zu den Fenstern hinausgeworfen wurden, so daß nichts als die nackten Mauern übrig blieben. In Greyerz wurde einem armen Wirthe binnen ein paar Tagen sein Weinvorrath bestehend in 4—6 Fudern ausgetrunken, ohne daß er einen Batzen Entschädigung erhielt. Im Allgemeinen wurde die Einquartierung als Exekution zu den Gegnern der Regierung verlegt, gleichviel, ob dieselben an dem Aufstandsversuche Theil genommen hatten oder nicht, so daß in einzelne Häuser 20, 30 bis 40 Soldaten kamen. Fragte man Einzelne, wie sie denn so unsinnig gewesen sein können, an Aufstand zu denken, so lautete die verzweifelte Antwort gewöhnlich: Wir werden ja jedenfalls ruinirt, so oder so, durch Zwangssteuern oder durch Exekution, es kömmt Alles auf Eines heraus. Wo wir weggezogen, folgten uns Verwünschungen nach. Auf diese Weise kann man anscheinend

Großbritannien.

†London, 2. Nov. Das Parlament ist neuerdings bis zum 19. Dez. vertagt worden. Kaum haben und die Pariser Nationalgarbisten von der 10. Legion verlassen, so wird bereits wieder eine andere Deputation von der 3. Legion angekündigt, die aber zunächst Manchester zu besuchen denkt. — Ueber den Abfall der Sikhs in Indien gehen verschiedene Meinungen. Manche glauben, daß dieselbe günstig wirken dürfte, indem dadurch eine schnellere Regelung der Verhältnisse daselbst eintreten müßte.

Aus Ostindien ist die Nachricht eingegangen, daß die Engländer mit ihrem letzten Versuch, das Pendschab zu erobern, nicht glücklich gewesen sind. Die Festung Multan, schon seit längerer Zeit von der Armee des Generals Wish regelmäßig belagert, sollte am 12. Sept. mit Sturm genommen werden. Allein der Serdar Mulraisch wehrte sich so verzweifelt, daß die Engländer unverrichteter Dinge sich zurückziehen mußten. Ihr Verlust wird auf 200 Todte und Verwundete angegeben; fünf Offiziere, darunter ein Oberst, sind geblieben. Nicht wenig zu diesem Erfolg trug der Umstand bei, daß zwei Regimenter Scheikhs, 4000 Mann, die unter dem Befehl von Shere Singh als Hilfstruppen bei den Engländern waren, desertirten und in Masse zum Feind übergingen. General Wish zieht nun von überall Verstärkungen an sich, um einen neuen Angriff glücklicher ausführen zu können.

Frankreich.

Paris, 2. Nov. Gestern sowie vorgestern bildeten sich einige Zusammenrottungen in der Vorstadt Poissonnière; es waren Vorsichtsmaßregeln getroffen, um jeder Unordnung zuvorzukommen. — Radpail erklärt von Vincennes aus, daß er keineswegs zu Gunsten von Ledru-Rollin auf die Kandidatur der Präsidentschaft verzichtet habe.

△ **Paris**, 3. Nov. Es heißt, etliche und zwanzig Mitglieder der Nationalversammlung wollen bei Marschall Bugeaud und den HH. Thiers und Changarnier einen Schritt thun, um dieselben zu vermögen, von ihrer Kandidatur für die Präsidentschaft abzustehen, und zugleich alle ihre Anhänger zu bewegen, das sie für General Cavaignac stimmen. Soll in der That nicht Ludwig Napoleon selbst von seinen Gegnern der Weg zur Präsidentschaft, die er anstrebt, angebahnt werden, so ist vor Allem nöthig, daß diese alle ihre Kräfte zusammenrotten, statt sie unter eine Menge von Kandidaten zu zersplittern, von denen am Ende keiner auch nur die geringste Aussicht hätte durchzudringen. Gelingt es, die Sache wahrhaft zu bringen, und nur noch zwei ernstliche Kandidaturen da sind, die des Generals Cavaignac und Ludwig Napoleons, so ist doch nicht so ganz sicher, ob der erstere die nothwendigen 2 Millionen Stimmen erhält. Selbst Ledru Rollin kann, trotz aller Mühe die er sich gibt, entfernt nicht hoffen, eine hinreichende Stimmenzahl zusammenzubringen. Er wird zwar unzweifelhaft die Stimmen seiner Anhänger zu Paris, Lyon, Limoges, Toulouse, und einer Anzahl anderer bedeutender Orte erhalten; allein alle diese Stimmen zusammengenommen werden im günstigsten Falle 500,000 nicht erreichen. Indem sind nicht einmal alle Sozialisten und Kommunisten für ihn: den „Dunkelrothen" ist auch er noch zu gemäßigt. Radpail ist der Mann dieser Leute, und derselbe hat bereits seinen bestimmten Entschluß kundgegeben, daß er von seiner Kandidatur nicht abstehen wolle zu Gunsten Ledru Rollins. Die Provinzblätter haben bisher meist zurückgehalten mit dem offenen Auftreten der Meinung über diesen oder jenen Kandidaten. Sie wollen offenbar erst abwarten, was der auf den 15. Nieder zusammenberufene Kongreß der Departementalpresse beschließen wird. Interessen ist schon jetzt so viel erschichtet, daß die Mehrzahl der Provinzblätter sehr schlecht auf Ludwig Napoleon zu sprechen sind, während sie eine dem General Cavaignac günstige Stimmung kundgeben, und die Aussprüche hervorheben, die er sich von Dank des Landes erworben hat. Die Presse bringt heute ein Gedicht, das Lamartine selbst auf platter Hand liegt. Sie spricht von einem angeblich bestehenden Plane zu einer neuen Auflage des 18. Fructidor: man gehe damit um, eine gewisse Zahl von Volksvertretern und Zeitungsredakteuren unversehens festzunehmen und — zu deportiren!! Man wäre geneigt, die ganze Geschichte lediglich als die Ausgeburt irgend eines verbrannten Gehirns zu betrachten, wenn nicht die andere Annahme näher läge, daß Hr. Emile Girardin selbst das Vereinst dieser schönen Erfindung habe, der sie wohl nur gemacht hat, um dann mit hochtrabenden Worten erklären zu können, daß er selbst vor einer solchen Gefahr nicht verstummen, selbst durch Drohungen sich nicht abhalten lassen werde, offen seine Meinung zu sagen. — Eben höre ich, die Regierung habe beschlossen, durch vertrauliche Rundschreiben die Präfekten, Unterpräfekten sowie die andern höchsten Verwaltungsbeamten von Verwendung ihres ganzen Einflusses für die Kandidatur des Generals Cavaignac aufzuforderen. — Gestern früh gegen 10 Uhr hatten eine große Anzahl von Weibern auf dem Bastilleplatze sich versammelt, um von dort nach der Nationalversammlung zu ziehen, und dort eine Petition zu Gunsten der Juniverbrechten zu übergeben. Um 1 Uhr Mittags kamen wirklich ihrer etwa 2—300 am Eingang der Concordebrücke an; dort aber wurde ihnen von den Stadtwächtern von Paris, an deren Spitze sich der Polizeikommissär der Nationalversammlung befand, der Weg versperrt. Arbeiter kamen dazu und suchten diese Weibern freien Durchzug zu erlangen; allein der Polizeikommissär widerstand mit Festigkeit, nur dann ließ er sich herbei, die Petition selbst anzunehmen und sie dem Präsidenten der Nationalversammlung zu übergeben. Darauf gingen die versammelten Haufen von selbst auseinander. — Das Banket der Weinschenker hat vorgestern am Allerheiligentage an der Barriere du Maine ganz im rothen Geschmacke, aber kaum bemerkt, stattgefunden. Etwaige hatte den Vorsitz führen sollen, sich indessen mit Entschiedenheit entschuldigt. Auch kein anderer Volksvertreter, nicht einmal einer von den Rothen selbst war zugegen. Die Zahl der Anwesenden mag 6—700 gewesen sein. Die steif sich wiederholenden Toaste wurden gebracht; als neu führe ich nur einen an „auf Abschaffung aller Tagliöhne!" — Der heute früh im Moniteur veröffentlichte Wochenbericht über den Stand der Bank lautet abermals ungünstig. Es scheint, der Verfasser des 31. Oct. hat sehr schlimme Ergebnisse gefürchtet. Denn die nicht begründeten Effekten, welche am 26. nur 963,922 Fr. 45 Cts. betragen hatten, sind plötzlich in der neuen Abrechnung bis auf 4,021,838 Fr. 77 Cts. gestiegen, während andererseits das Portefeuille von Paris abermals um 4 Millionen abgenommen hat. Das Portefeuille der Departements hat nur um 1 Million zugenommen. Der Baarvorrath der Bank ist allerdings um 2½ Millionen gewachsen, allein auch der Umlauf der Banknoten hat bei der Zentralbank um 9 Millionen zugenommen. Freilich hat der Umlauf der Succursalbanken um 8½ Million sich vermindert. Aber am meisten Aufmerksamkeit muß der Stand der laufenden Rechnung des Schatzes erregen. Dieselbe hat im Laufe dieser Woche um nicht weniger als 8 Millionen abgenommen, so daß der Schatz in diesem Augenblicke nur 1,755,365 Fr. 03 Cts. bei der Bank hat.

Paris, 3. Nov. General Cavaignac hat heute in der Nationalversammlung das Amendement des Hrn. Antony Thouret zu Art. 44 des Dekrets über die Präsidentenwahl, wonach kein Mitglied der Familien, die über Frankreich geherrscht haben, weder zum Präsidenten noch zum Vizepräsidenten der Republik soll gewählt werden können, beksämpft, mit der Erklärung, daßselbe sei weder der Würde der Versammlung noch der Würde des Landes angemessen. Er sprach zuletzt seinen heißen Wunsch aus, die Meinung des Landes kennen zu lernen. Das Amendement wurde bei Postschluß mit starker Mehrheit verworfen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 6. Nov. Bayer. 3½ proz. Obligationen 75½ p. — G. 4proz. 86 G. Bankaktien II. Semester 572 G. Promessen 35 P. — G. Oesterreich. 5proz Metall. — P.

Berlin, 4. Nov. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunalpapiere und Geld-Kurse. St. Schuld-Sch. — P., 74½ G. Pr. Präm. Sch. — P. 91½ G. K. u. Nm. Schuldv. — P. — G. Berl. Stadt-Obl. — P. — G. Westpreuß. Pfandbr. — P. 81½ G. Großherzogl. Posen. Pfandbr. 4proz. 95½ — G. 3½ proz. 77½ P. 77½ G. Pomm. Pfandbr. — P. 86½ G. Pomm. Pfandbr. — P. 89½ G. Kur- u. Nm. Pfandbr. 89½ P. 89 G. Schlesische Pfandbr. — P. 89½ G. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. — P. — G. Preuß. Bk.-Anth. Sch. 86½ P. 85½ G. Friedrichsd'or 13½ P. 13½ G. Ausländ. Gold m. a. 5 Zl. 13 P. 12½ G. Disconto 3½ P. 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 80½ G. Berl.-Hamburg 61 G. Berl.-Stettin-Stargarder 86½ G. Berl.-Potsdam-Magdeb. 52½ G. Magdeb.-Halberstadt 102½ G. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 80½ G. Düsseld.-Elberfeld — Minden 74 G. Rhein-Aachen 52½ P. Bonn-Köln — Düsseld.-Elberfeld — Steele-Vohwinkel 29½ G. Niederschles.-Märk. 68½ bz. u. G. Niederschles.-Märk Zweigbahn — Oberschles. Lit. A 88½ G. 89 P. Lit. B 85½ G. 89 P. Köln-Mindener — Breslau-Freiburg — Krak.-Oberschles. 42½ P. Berg.-Märk. — Stargard-Posen 66 G.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 80½ P. Starg.-Posen — Brieg-Neiße — Magd.-Wittenberg — Aachen-Mastricht — Thür.-Berdwind.-Bahn — **Prioritätsaktien:** Berlin-Anhalt. 82½ G. Berlin-Hamburg. 88½ G. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 78 P. — G. 5proz. 87 bz. Berl.-Stettiner 96 bz. Magdeb.-Leipziger — Halle-Thüringer 81½ P. Köln-Mindener 88½ a 89 bz. u. G. Rhein. v. Staat gar. — Rhein. I. Prior. — Rhein.-Stamm-Prior. 67½ P. Düsseldorf-Elberfelder — Niederschles.-Märk. 4proz. 82½ B., 5proz. 93½ bz. u. G. III. Serie 88½ G. Zweigbahn 4½proz. — 5proz. Oberschles. — Ostel-Oderberg 95 P. Steele-Vohwinkel — Breslau-Freiburg —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Die englische Politik und die Wiener Studenten.

(Aus der deutschen Zeitung.) *)

In einem seiner leitenden Artikel über Oesterreich's wirre Lage bezieht sich das „Morning-Chronicle" unter andern auf einen Ausspruch Schuselka's, wonach es in Europa nur drei Hauptvölker gibt: Deutsche, Engländer und Franzosen, während alle übrigen Völker diesen dreien untergeordnet und von der Vorsehung bestimmt seien, als Satelliten Licht und Wärme von jenen zu borgen, sich um das eine oder das andere derselben in der Runde zu gruppiren, und, in Folge einer unwiderstehlichen Anziehungskraft, sich von ihnen Gang und Bewegung vorschreiben zu lassen. Nun aber weiß man, daß die Engländer eigentlich nur zwei weltherrliche oder wie sie sich auszudrücken lieben, „leitende" Völker anerkennen, sich selbst und die Franzosen, die sie nur mit einer gewissen Herablassung als zweite herrschende Macht neben sich dulden, im Bewußtsein, daß England durch seine unverhältnißmäßige Uebermacht zur See, durch seine kluge, ausdauernde und auf einen Punkt gerichtete Politik, durch die auf die industrielle Entwickelung des Kontinents furchtbar drückende Wucht seiner Kapitalien, durch die im Innern geordneten und lange häusliche Ruhe versprechenden Verhältnisse bei weitem der Republik Frankreich, die sobald nicht aufhören wird, ein Zwitterding von Republik und Monarchie zu sein, überlegen ist. Frankreich, mit sich selbst nur zu sehr beschäftigt und im Gefühl, daß im Falle eines allgemeinen Kriegs seine Kolonien und namentlich das mit so vielen Opfern von Blut und Geld erkaufte Algerien, eine leichte und willkommene Beute des zur See gewaltigen Englands sein würden, hat die Leitung der europäischen Politik für den Augenblick fast so gut wie in die Hände Englands niedergelegt, das, seitdem Frankreich die konstitutionelle Monarchie von sich gestoßen, eher den Czar von Rußland als den künftigen Präsidenten Frankreichs zu seinem Busenfreund erwählen würde. England macht, wie Nordamerika, republikanische, im ausgesprochensten Sinne konstitutionelle Propaganda, daher seine überall aufregende und anspornende, die Völker gegen ihre Herrscher in Schutz nehmende Politik zu der Zeit, als Europa noch in den Banden des Absolutismus lag, daher jetzt die fast ultra-konservative Politik Englands, wie sie sich wenigstens theoretisch in der mächtigen „Times" ausdrückt, welche als Universalmittel gegen die Rebellion überallhin den Militärdespotismus und den Belagerungszustand empfiehlt und die zwischen den Regierten und Regierenden entstandenen Risse mit Kartätschen und Paßkugeln zu stopfen anräth.

Freilich ist diese Politik der Times vielleicht nicht so ganz die Politik der englischen Regierung oder vielmehr Lord Palmerston's, in welchem diese Politik zu Fleisch und Blut geworden. Es gibt Individuen, denen die Neigung, überall zu intriguiren, die Hände im Spiele zu haben, zu hetzen und Feindschaft und Verwirrung zu stiften, allmälig so zur zweiten Natur geworden ist, daß sie im höheren Alter von dieser Leidenschaft selbst zu ihrem eigenen Schaden nicht lassen können. Zugleich ist es Art und Laune dieser Naturen, gelegentlich wieder Versöhnungsscenen zu veranstalten, zu vermitteln und den Rathgeber zu spielen, ohne doch je ernstlich eine aufrichtige und haltbare Versöhnung zu beabsichtigen. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit an das ewige Vermittelungsgeschäft der englischen Regierung in den Angelegenheiten der La Plata-Staaten, an Englands Betheiligung bei den innern Händeln Portugals, wodurch es ihm freilich gelang, dieses unglückliche Land in einen Zustand vollkommener Handelsabhängigkeit zu bringen, an seine Intriguen in Spanien wegen der Angelegenheit der Doppelheirathen, Intriguen, die vielleicht zum Sturze Guizot's, den man wollte, aber auch zum Sturze Ludwig Philipp's, den man wohl nicht beabsichtigte, das Ihrige beitrugen; wir erinnern an die zweideutige Rolle, welche die englischen Gesandten zu verschiedenen Zeiten an den Höfen von Konstantinopel und Athen, und noch neulich gewisse Agenten bei dem jüngsten Aufstande in Patras gespielt haben; wir erinnern daran, wie gleich nachdem die neapolitanische Regierung, um die Waffensendungen von Malta nach Sicilien zu erschweren, die englischen Schiffe mit Quarantäne zu belegen drohte, der Aufstand in Palermo zum Losbruch kam; wir erinnern endlich daran, wie den Zerwürfnissen mit Spanien wegen der brüsken Wegsendung Hrn. Bulwer's sehr bald Aufstände in Katalonien und der Einbruch Cabrera's folgten.

Wenn auch die von den unabhängigeren und freisinnigeren Zeitungen Englands selbst schwer angefeindete Persönlichkeitspolitik Palmerston's, der ohne Zweifel mit großem Talent und staatsmännischer Umsicht ausgerüstet ist, zumeist an den schweren Anklagen Schuld hat, welche in dieser Hinsicht gewiß nicht ohne die deutlichsten Verdachtsgründe gegen England gerichtet werden, so lag es doch von jeher im Interesse Englands und war das Hauptstreben seiner Politik, die Völker nach außen zu schwächen, indem es jedes Trennungsgelüst in deren Innern unter seinen Schutz nahm und heimlich begünstigte. England duldete, wie bereits gesagt, Frankreich als zweite nebenbuhlerische Macht neben sich, und es geschieht

*) Wir glauben den vorstehenden Artikel als jedenfalls bemerkenswerthe Andeutungen enthaltend unsern Lesern mittheilen zu sollen, wenn wir auch nicht alle darin ausgesprochenen Ansichten und Besorgnisse zu theilen vermögen.
D. R. d. N. M. Z.

gewiß nicht
Frankreich n
reich und E
Hälfte Engl
der Civilisat
Diese ceremo
denn freilich
erbärmlichste
delt wird. E
reich in einer
oder ferneren
zweiten Welt
gegen dasselb
kommen. Z
und einseitig
trieben des
Völker strebe
Deutsche. E
und hetzende,
in den italie
schwerlich vo
wir ahnen u
bestissen Eng
Preußen, da
die Zentralbe
in unserer G
legenheiten u
bei der Kron
genommen,
nur dazu be
machen.

Jetzt unl
platz im Ju
kommen für
Deutschland
vinzen vollko
Länder beisa
einer Weltm
an der Münd
sichert sein.
kommen gült
größter Fein
Spiel zu ba
gisch aufgetre
worfen haben
auswärtigen
die Beschuldig
das bewußtlo
die Freiheit u
tungen ergre
Tschechenthun
gnade den P
zu erheben,
Windischgrätz
und das „Mi
Weltmacht in
reiche von D
lands auf de
roth-gelb-grü
werde, Reichs
zeichner bei d
träumen ließ

Wir fre
die ihre poli
sozialistischen
den Proletar
muthig" gest
bankerotts in
nach der lar
für den Zerf
oder für die
Handhabe bo
Freiheiten ar
für den aufg
achteten Helo
artigen Opan
an die Nebel
oder für die
zugleich für
russisches Va
einschieben, l
adriatischen
Ostsee und

soll? — Oder werden die von einem energischen Instinkt nach dem Westen getriebenen Obodriten, ein ganzer Weltheil in Waffen, die Schlauen und herrschsüchtigen Slawen als bahnbrechender und wegweisender Vortrab voran, unter einem neuen Attila mit ihren Familien und Heerden eine abenteuerliche Wanderung antreten um sich über den Westen ergießen, weil es möglicherweise vom Schicksal beschlossen sein könnte, auch diese Stämme für Kultur und Zivilisation zu gewinnen und zu neuen Völkerstiftungen mit der zerfallenden germano-romanischen Welt zu verwenden? Oder werden wir im Gegentheil in diesem Kampfe einer Welt gegen eine Welt Sieger bleiben und durch die mit dem Schwert geöffneten Pforten des Ostens ferne weiten Gebiete und unterworfen und so für unsere drängende Thatkraft einen unbegrenzten Raum und für unsere gesteppte Bevölkerung Absätze nach allen Richtungen der Windrose finden? Es sind dies viele dunkle und weite Fragen, auf die weder die Weisheit der Kamarilla noch die martialische Philosophie der Aula Antwort zu geben vermag. Selbstam aber wäre es, wenn die kriegerischen Studenten Wiens an Fäden gezogen würden, deren Enden, freilich zu entgegengesetzten Zwecken, auf der einen Seite bis in den kaiserlichen Palast zu St. Petersburg, auf der anderen bis in die Downing-Street zu London reichten.

Nochmal der Kongreß der Demokraten zu Berlin.

Die „Verfassungszeitung“ enthält folgende beachtenswerthe Erklärung, welche auf den Demokratenkongreß in Berlin ein charakteristisches Licht fallen läßt: Wir unterzeichnete zum zweiten demokratischen Kongreß Deputirte haben uns genöthigt gesehen, in der Morgensitzung vom 29. d. M. unsern Austritt aus dem Kongresse zu erklären und legen im Folgenden die Gründe für diesen Schritt unsern gesammten deutschen Mitbrüdern vor: 1) Der Beginn des Kongresses zeigte uns und sofort, daß von dem Verlangen äußerlich, dem zu Frankfurt a. M. vom ersten Kongreß errichteten Zentralausschuß Bericht zu erstatten sei, der Mangel an äußeren Vorbereitungen, sowie an allen Vorarbeiten für die Berathungen, legte die Unthätigkeit dieses Ausschusses bei und stellten eine üble Vorbedeutung für den Gang der Verhandlungen. 2) Die Debatten und Beschlüsse der Versammlung haben in den vier Tagen, in denen wir ihnen beigewohnen Gelegenheit gehabt haben, bewiesen, daß eine Angahl der Deputirten nicht die sittliche Würde, den männlichen Ernst besitzen, den man bei der Berathung, wie sie ein Kongreß noch demokratischer Demokraten erfordert, nothwendig verlangen muß. Armselige Personlichkeiten, leere Formalitäten machten sich mit unausbleiblicher Wichtigkeit breit. 3) Während dieses Kleinigkeiten so viele Zeit gewonnen wurde, benutzte sich eine an Schreiern — wenn auch nicht an Kapazitäten — reiche Partei, jene materielle, das Wohl der Demokratie in ihrem innersten Wesen berührende Debatte zu beseitigen, wenn Sie nach Schluß jene Debatte wiederzugeben gemeinsamer Ueberzeugungsmitteln jede nicht lediglich äußerliche Einigung abzuschneiden, was um so unklüger erscheint, als in diesem Falle die Minorität nur durch Ueberzeugung, nicht durch Stimmenmehrheit gewonnen werden konnte. — Jedes Mittel, eine günstige Entscheidung für sich herbeizuführen, war der Mehrheit der Versammlung ein willkommenes, und die Herren, die Gleichheit vor dem Gesetz predigen, spielten die Despoten auf eine Weise, die in einem wahrhaft freien Manne unwillkürlich erschreckt ließ, sich solchen Terrorismus länger zu unterwerfen. 4) Während es darauf ankommt, die Stellung der verschiedenen Parteien sich klar vor Augen zu halten, ist von Seiten mehrerer für die verschiedenen Kreise auftretender Berichterstatter über die Ausdehnung republikanischer Gesinnung in ihren Kreisen, dem Kongresse ein offenbar falscher Bericht, ob absichtlich, ob irrthümlich? bleibe dahingestellt, gegeben worden, ein Bericht, dem größtentheils der maßlose Schwindel wie der Deputirten zuzuschreiben ist. 5) Diese unsittige Verirrung allein kann es erklären, daß die „rothe Republik“ — freilich nur ein leerer, aber für unverständige oder halbgebildete Ohren ein höchst gefährlicher Schall — offen und mit erstechtlicher Selbstgefälligkeit gepredigt werden durfte, daß man vermünftigen Menschen verstrechen konnte, gegen Kreise huldigten dieser schon so thörichten als unsittlichen Richtung. 6) Jener Rausch dieser Deputirten, jenes selbstgenügsame Vertrauen auf ihre Einsicht, ihre Befähigung, ihre Kraft ließ sie ferner die Gefahr verkennen, die in einer Spaltung der demokratischen Partei liegt. Wir hatten drei Tage lang auf die Darlegung eines Prinzips gedrungen, man ging nicht darauf ein, hielt uns stets mit Formfragen hin, und schraute sich dann am vierten Tage plötzlich, ohne alle und jede Debatte durch den Beschluß, daß nur die demokratischen Republik sei für den Sozialismus Heil zu erwarten, nicht nur die konstitutionellen Demokraten, sondern auch alle die Demokraten zurückzustoßen, welche die Frage: ob Republik, ob Monarchie? der ruhigen Entwickelung des aus innerer Kraft sich selbst Form selbst schaffenden demokratischen Gistes überlassen wollen, weil sie nur das zunächst Erreichbare, die Begründung volksthümlicher Institutionen, die Vermittelung der Klassengegensätze, die Erschaffung und Erhaltung der Volkswohlfahrt, nicht aber fernliegende und für jetzt inhaltslerre Kategorien im Auge hatten. Aus diesen Gründen und weil wir Unterzeichnete, selbst die augenblickliche Möglichkeit der Republik voraussetzend, diese Staatsform so lange für ein Unheil halten müssen, als noch Männer so mangelhaft politischer Gesinnung, so voll Eitelkeit und Dünkel, so aller parlamentarischen Tactes baar, wie sie und bei jedem Schritte auf dem Kongresse begegnet sind, an der Spitze der republikanischen Bewegung in Deutschland stehen können, aus diesen Gründen konnten wir Unterzeichneten dem Kongresse deutscher Demokraten nicht länger beiwohnen, und wir schreiben mit der Ueberzeugung, daß in neuester Zeit sich vielleicht kein mächtigerer Hebel für die Reaktion dargeboten hat, als dieser Kongreß deutscher Demokraten. Wir fühlen die Wichtigkeit des Augenblicks, die besonnenen Elemente der demokratischen Parteien einen schweren Kampf zu bestehen, sie werden von zwei Seiten angegriffen, auf der einen Seite stehen die Rückschrikler, auf der andern die Fanatiker der sozial-demokratischen Republik. Darum seid einig und stark. Berlin, den 29. Oktober. Dr. jur. Bronkelm aus Braunschweig. Dr. Rodenberg aus Demmin. Dr. Eh. Burchardt aus Nordhausen. E. W. L. Graffau aus Braunschweig.

Deutschland.

Mecklenburg. — Schwerin, 31. Okt. (Mecklenk. Z.) Die feierliche Eröffnung des Landtags fand heute Vormittag statt. In der Thronrede, welche der Großherzog an die Versammlung richtete, wies er zunächst auf die Wichtigkeit der Stände hin, wo darüber und Volksbegehrende Mecklenburge gemeinsam zu einer Berathung festzustellen haben. Die Bedeutung und Wichtigkeit gerade dieser Zeit zu diesem Behufe durch den Umstand noch besonders deutsche Vaterland. Die gegenwärtige Neugestaltung desselben sei wie Niemand bezweifle. Diese Umgang und Kräftigung lasse nur durch eine innige Verbindung der einzelnen Theile sich erstreben, und nie wolle Mecklenburgs Vorkommen es entgehen, daß Mecklenburg einen Theil Deutschlands bilde. Mit dem vollen Vertrauen trete der Großherzog zu den Ständen, berief, um ihnen die vollständigste Berathung zu verschaffen, die Mecklenburg in der Hoffnung, daß Verfassung zu verständig

gum, von dem dänischen General auf Alsen zurückgewiesen worden ist. — Dabei wollen wir schließlich nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß in der den dänischen Ständen vorgelegten Verfassung Schleswig ausdrücklich aufgenommen ist; während man eine solche Aufnahme in die deutsche Verfassungs-Urkunde in Frankfurt als einen Bruch des Waffenstillstandes bezeichnen wollte. Man wird es bei den Gegnern doch nicht anders ansehen können. Es soll nach jenem Entwurf jedes Mitglied der dänischen Volksvertretung schwören: die Verfassung für Dänemark und Schleswig zu beobachten und zu halten! — Aufmerksame Beobachter der dänischen Verhältnisse wollen wissen, daß von dort wahrscheinlich noch weiter: Friedseligkeiten zu erwarten sind; und man wird Grund haben, in Deutschland gegen alle Eventualitäten gerüstet zu sein. (D. Z.)

Schweiz.

Freiburg. Die radikalen Bernerblätter sind nun mäuschenstille in Betreff Freiburgs, vergebens sahen wir bisher den so pompös angekündigten Aufschlüssen, welche das große Pfaffenkomplott beweisen sollten, entgegen, was um so mehr Mißtrauen erregen muß, wenn man sich erinnert, wie vorschnell sonst die radikale Faktion ist im Ausposaunen von aufgefundenen Fäden von Reaktionskomplotten. — Von dem ganzen Lärm bleibt nicht viel mehr als eine rasche Execution der Waadtländer, mit besonderem Zuspruch an die freiburgischen Weinkeller, eine Razzia gegen die freiburger Konservativen, eine Stützung des dortigen kläglichen Regiments durch eidgenössische Bajonette. Daß es auch ein Volk in Freiburg gebe, das unter Gewaltthaten der Regierung leide, das Anspruch habe auf Gerechtigkeit, auf Freiheit, auf Schutz des Eigenthums gegen die willkührlichsten Spoliationen, das scheint man ganz vergessen zu haben, wenigstens haben wir kein Wort gelesen, woraus geschlossen werden dürfte, daß die Kommissäre des Vororts und der Regierung von Waadt die freiburgischen Gewaltthaten an solche unbequeme Dinge erinnert hätten. Ein solcher Zustand ist ein Schandfleck für die Eidgenossenschaft. Und doch findet er auch seine Vertheidiger. Der St. Galler Erzähler hat die schwere Arbeit übernommen, er hat sie sich aber leicht gemacht, und ganz im Geiste des rothen Jesuitismus eine Abhandlung geliefert über den Text: der Zweck heiligt die Mittel. Freiburg, so sagt er, ist in einer exceptionellen Lage, der Kanton ist durch und durch jesuitisirt, die Regierung hat keine Wurzel im Lande, sie muß also durch ungewöhnliche Mittel zu regieren suchen, die von ihr angewandten Regierungsmittel seien zwar tadelnswerth, aber die exceptionelle Lage! „Der Kanton Freiburg ist einer Stadt im Belagerungszustande zu vergleichen, einem Gemeinwesen, einer Familie, die einige Zeit unter Kuratel gesetzt sein und bleiben müssen, einem wie die Deutschen sagen, reichsunmittelbaren Land.“ Also ein Belagerungszustand, der schon ein Jahr dauert, der, wie der Erzähler neulich andeutete, neun Jahre andauern dürfte, bis die Sendung der Freiburger Moseſe vollendet sein wird! — Wir können unserer Entrüstung ob solcher frechen schamlosen Sophistik keine Worte geben, jeder Despotismus wird auf solche Weise gerechtfertigt werden, jede Schandthat, jede Verruchtheit wird sich solcher Beschönigung bedienen können. Wie? die Jesuiten sind fort, ihre Rückkehr ist nach dem neuen Bunde unmöglich, aber weil das freiburgische Volk lieber nach ihren Grundsätzen als nach denen des Radikalismus selig werden möchte, ist es seiner politischen Rechte zu berauben, und unter Kuratel zu setzen! Gibt es wohl einen krassern, einen ausgeschämtern Despotismus? Und solche Brutalität nennt sich liberal! — Aber noch mehr, wenn die Eidgenossenschaft es verantworten kann, wenn sie es über sich nimmt, die Souveränetät eines Kantons zu konfisziren, ein braves und tüchtiges Volk, das, wenn es auch bigott, doch sittlich unverdorbener ist als das mancher anderer Kantone, unter Kuratel zu stellen, dann sorge sie auch für rechtliche Kuratoren, und lasse nicht die ersten besten, die sich nach dem Bruche der Kapitulation und unter eidgenössischen Bajonetten zugedrängt haben, nach Willkühr schalten über Hab und Gut, über Freiheit, Ehre und Recht des Freiburger Volkes! — Sie erkläre den Kanton Freiburg für eidgenössisches Unterthanenland, sie stelle ihn unter eidgenössische Oberverwaltung, und übernehme die Verantwortung dessen, was dort vorgeht. Bei einer solchen gänzlichen Konfiskation der kantonalen Unabhängigkeit wird das Volk von Freiburg mehr Freiheit genießen können als unter der aufgedrungenen Herrschaft von Menschen, die von der großen Mehrheit ihrer Mitbürger gehaßt und verachtet sind! — Ja wir wiederholen es, die jetzt in der Schweiz herrschende Partei entzieht sich vergebens der Verantwortung für alle die Ungerechtigkeiten und Willkürlichkeiten, die jetzt in diesem Kantone an der Tagesordnung sind, sie kann nicht das Volk von Freiburg in die Fesseln verhaßter Tyrannen schlagen und zugleich ihre Hände waschen und ausrufen: ich bin unschuldig an allen verübten Ungerechtigkeiten. (Basl. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 3. Nov. Die englischen Blätter fahren gutnachbarlich fort, die französischen Zustände zu beleuchten. Die geringsten Witterungsveränderungen, die in dem Staatsleben und besonders dem Staatshaushalt Frankreichs vorkommen, finden an ihnen die aufmerksamsten Beobachter, und ich möchte nicht behaupten, daß der Kurs der 5prozentigen Rente ein eben so sicherer Barometer der französischen Angelegenheiten sei, als die Artikel der Times und des Chronicle. Obgleich nun die Engländer lange Zeit Feinde Frankreichs waren und von den Franzosen gewiß nicht angebetet werden, so meinen sie es doch mit letzteren sehr gut, denn sie schmeicheln ihnen wahrhaftig nicht. Dieses Verfahren beobachten sie gegen die Massen, wie gegen Einzelne, und Hr. v. Lamartine kann heute wieder

selbst in der Morning
Lamartine, sagt die
hat, wie es scheint,
gen Grabschrift zu
einem ernsten Werk,
leute geschrieben, hat
er auf seinem Grabste
eines solchen Grabste
möge bloß aus den
Kurzem machen die
Besuch auf seinem La
Rede, was Niemand
lich wieder auf seinen
Verlangen, die oben
gesend, erklärte er nu
folgenden, daß er nu
wünsche, nämlich den
Republik gegründet u
der Humanität und de
Ihat wanzigmal sein
sich nun Hrn. v. L
Testamentsexekutoren,
Grabschrift beschäftigt.
ter oder als Staatsm
oder die Republik. die
gelten? Die Frage ka
ten Hrn. Lamartine e
den Steinschneider ni
weil die Morningpost.
martine ein Poet oder
dem Schluß berechtigt
der Poesie noch in de
etwas Rechts, ein Sch
als Amen sagen.

St. Petersburg
hält folgende Nachr
Juli d. J. wurde zu
in den Donau-Fürste
einstweilen eine Trup
mit den Truppen der
Durch das Einrücken
nach Jassy, Byrlat u
erreicht und diese G
in der Wallachei n
Emissäre verließen die
die Türken in die W
Bucharest besetzt. Un
den Sereth und mar
vom Commandeur des
Folkschani, an der wall
gleitet von den Ein
tragung von Fahnen,
Flügeladjutant Oberst
Beobachtung eines in
orbert. Er entdeckte
und schickte sogleich d
Diese griffen so schn
Zeit hatten, einige S
theils sich mit der bl
sie jedoch bald; pop
fangen genommen.
Truppen, welche vo
waren, um den gebir
nigen, entsandte Gene
Hasford mit 3 Bata
dronen achtyrkischer
Artillerie-Brigade u
Marsch nach Bucharc
jetzt folgender Bericht
„Die Vorhut der
und die Hauptmacht
Generallieutenants H
Truppen bezogen ein
Ufer der Dembowiza
hut unter dem Komm
Wege nach Bucharest
zusammen, die von
seitig Freundschaftsbe
Detaschements forder
pen auf dem Marsch
aresst ankam, wurde
empfangen, der mich
der Stadt liegende

Regierungsmitglieder und die angesehensten Bojaren erwarteten. Der Metropolit hielt eine Anrede (siehe weiter unten), in welcher er im Namen des walachischen Volkes die Gefühle des tiefsten Dankes gegen Se. Majestät den Kaiser für die den Walachen bewiesenen Wohlthaten aussprach. Generaliissimus Fürst Jasoffy ist der ihm gewordenen Ehre gefolgt und berichtet, daß die unter seinem Befehle stehenden Truppenabtheilung am 8. Oktober nach Pitesch in und das Land vom Buseo ab überall ruhig sei. Als die Truppen sich Pitesch näherten, kam ihnen das Volk, die Geistlichkeit mit dem Kreuze und mit Fahnen entgegen, Salz und Brod bringend. Drei Professoren, die in den Aufstand verwickelt sind und sich bei der Propaganda thätig betheiligt haben, wurden verhaftet. In Krajowitz erhielt Generalissimus Fürst Jasoffy die Nachricht, daß der Aufwiegler Mager von seiner befestigten Stellung bei Rymnick an der Olta 200 Mann nach Pitesch entsandt habe, um den neuen Zuwachs von dort zu vertagen. Demzufolge wurde der Führer der Vorhut, Flügel-Adjutant Oberst Sikaratin, mit den Kosaken nach Pitesch beordert, wo er am 11. Oktober ankam. Diese schnelle Bewegung hatte die Wirkung, daß die Aufständischen, als sie das Anrücken unserer Truppen erfuhren, Furcht bekamen und von ihrem Anschlage gegen Pitesch abließen. Ihr Hauptführer Magor entfloh mit seinen Genossen nach Siebenbürgen. Die Miliz hatte mittlerweile den veröffentlichten Aufruf des Kaimakam, in ihrer Pflicht zurückzukehren, empfangen und erschien vor Obersten Sikaratin mit Unterwürfigkeits-Bezeigungen, an Zahl eine Eskadron mit 6 Geschützen und einer Abtheilung Infanterie. Von Pitesch wandte sich Generalissimus Fürst Jasoffy nach Rymnik an der Olta. Zur Herstellung der Ruhe in der Kleinen Walachei wurde, unabhängig von den türkischen Truppen, die von Widdin und Bucharest nach Krajowa von Omer-Pascha geschickt waren, noch eine Abtheilung nach Rymnik entsendet. Diese verein ten Operationen unserer und der türkischen Truppen werden ohne Zweifel einen großen moralischen Einfluß zur Beruhigung der Gemüther in der Kleinen Walachei ausüben. Ich besuchte gestern den Kommissär der Pforte, Fuad-Effendi, und den Befehlshaber der türkischen Truppen, Omer-Pascha, die freundschaftliche Gesinnungen für uns an den Tag legten. Nach beiderseitigem Uebereinkommen wurde abgemacht, daß die Dembowitza die Grenze zwischen dem Theile Bucharests, der von unseren Truppen besetzt, und dem Theile, der von den Türken besetzt wird, bilden solle. Der Stadttheil auf dem linken Ufer wird von den Unserigen, der auf dem rechten, wo sich jetzt das Lager der Türken befindet, von Letzteren eingenommen. Zum Kommandanten des für uns bestimmten Stadttheils habe ich den Kommandeur der 15. Artillerie-Brigade, General-Major Rehfeldt, ernannt, und am morgenden Tage wird der Generalstab des Korps in die Stadt verlegt. Die Truppen werden unverzüglich in der Stadt, den Umgegenden und in den Kreisen Ouartiere beziehen. Seit der Erscheinung unserer Truppen sind die Landleute, zumal verschiedene Distrikte, durch welche wir marschirten, zu den Feldarbeiten zurückgekehrt. Gestern musterte ich beim Einrücken in die Stadt die Ulanen-Brigade der fünften leichten Kavallerie-Division, welche unter dem Kommando des General-Lieutenant Fürsten Bagration-Imeretinski aus Kischinew nach Bucharest (450 Werst) in 19 Tagen marschirt war, und fand dieselbe in ausgezeichnet gutem Zustande; ungeachtet des forcirten Marsches waren die Pferde geschont und nur 16 Mann krank." „Anrede des walachischen Metropoliten an den General der Infanterie Lüders: Der Geist der Bewegung, des Aufruhrs und der Anarchie, der sich durch einige unruhige Köpfe während dreier Monate im Lande verbreitet, hat leider die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung erschüttert. Se. Majestät der Kaiser aller Reußen, unser erhabener Beschützer, der im Laufe so vieler Jahre unserem Geburtslande beständig Beweise seiner väterlichen Fürsorge gegeben, ist auch jetzt nicht ein gleichgültiger Zeuge des revolutionären Sturmes geblieben, welcher die Walachei mit dem Untergange bedroht. Im Einverständnisse mit Sr. Majestät dem Sultan, hat der Kaiser von Rußland Ew. Excellenz beauftragt, die ottomanischen Truppen zu unterstützen bei Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung, Sicherung der Volksruhe und Vertilgung der Spuren des Aufruhrs. Indem wir Sie in unserer Mitte erblicken, erfüllt uns dieser neue Beweis der Allerhöchsten Gnade mit einem freudigen Gefühle, und wir bitten Ew. Excellenz, Sr. Majestät dem Kaiser die tiefste Dankbarkeit auszudrücken, von der das walachische Volk beseelt ist, und welche in seinem Namen gegen Sie auszusprechen ich mich glücklich schätze." (Preuß. Staatsanz.)

Nachschrift.

Die Frkf. O.-P.-A.-Z. meldet in ihrem amtlichen Theil: Um bei der fernern Entwicklung der Ereignisse in Oesterreich die mit dem Beschlusse des verfassunggebenden deutschen Reichstags vom 3. d. M. übereinstimmenden Absichten der provisorischen Zentralgewalt durchzuführen, hat der Reichsverweser nach dem Vorschlage des Ministerraths den Fürsten Karl v. Leiningen zum Reichskommissär für das deutsch-österreichische Gebiet mit umfassenden Vollmachten ernannt. Derselbe wird sich ungesäumt dahin begeben und bis zur Herstellung eines befriedigenden Zustandes dort verweilen.

* München, 8 Novbr. Mit werden von Seite des königl. Rektorates der Universität München zum Aufnahme folgenden „Berichtigung und Erklärung" ersucht:

„Die Augsburger Abendzeitung bringt in ihrer Nummer 312 vom Gestrigen eine Korrespondenz aus München vom Vorgestrigen über heutige Universitätsverhältnisse, in welcher auch nicht ein wahres Wort enthalten ist. Weder hat das k. Staatsministerium des Kultus eine Entschließung erlassen, „nach welcher es bei den bisherigen Statuten sein Verbleiben haben solle," noch ist „im Falle der Verweigerung des Immatrikulationseides mit Schließung der Universität gedroht worden," sondern es ist den an die höchste Stelle gebrachten Wünschen der Studirenden theils bereits befriedigenden entsprochen, theils eine fernere zeitgemäße Umgestaltung der bisherigen Satzungen in nächste Aussicht gestellt worden, und ist die betreffende Ministerialentschließung durch Anschlag am schwarzen Brette den akademischen Bürgern am Vormittag desselben 6. November bekannt gegeben worden, unter welchem der Augsburger Abendzeitung und wie es scheint gleichzeitig auch anderen Blättern, die fragliche Korrespondenz von hier zugeschickt worden ist, die wir zur Beruhigung aus. würtiger Eltern u. s. w. hiesiger Studirenden hiermit nochmals ausdrücklich für eine wahrheitswidrige erklären. München am 8. November 1848. Dr. Stadtbaur, z. Z. Rektor."

** Paris, 4. Nov. Die Nationalversammlung hat heute die neue Verfassung in ihrem Ganzen mit 739 Stimmen gegen 30 angenommen. Die Verfassung soll nach Hrn. Dufaure's angenommenem Vorschlag feierlich verkündet werden. Eine Kommission wurde ernannt, um über die Art der Feier Vorschläge zu machen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 6. Nov. Oesterr. 5proz. Metall. 70½, 4proz. 58. 3proz. —. 2½proz. 36¼. Bankaktien 1150. P. 500 fl.-Loose 118⅛. 250 fl.-Loose 81. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine — P. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 75¼. — Bayer. 3½proz. 75½. — Badische Verbach. 68. — Württemberg. 3½proz. 75½. 4½proz. 93½. — Bad. 3½proz. 72½. Lotto-Anlehen à 50 fl 45½. 35 fl.-Loose 26½. — Darmstädt. 3½proz. 74. 4proz. 82½. Lotto-Anlehen von 50 fl. 60¼. 25 fl.-Loose 21½. — Kurhess. Friedr.-Wilh.-Nordb. 40½. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau 3½proz. 80. 25 fl.-Loose 21½. — Frankf. 3proz. 78. 3½proz. 90½. 88½. Taunusbahn 275. — Holländ. Integr. 46. — Span. 3proz. innere Schuld 17½. — Pol. 300 fl.-Loose — 500 fl.-Loose 69½. — Sard. 36 Fr.-Loose —. Dièc. 2.

Paris, 4. Nov. 3proz. 43.35. 5proz. 66.75. Staatsch. 675. Bankaktien 1400.—. Staatsobligationen 1115.—. Bist. Rankie —/—. Compt. von Algier —. Belg. 5proz. von 1840 77½. von 1842 77½. 4½proz. 72½. 3proz. — 2½proz. —.—. Belg. Bank —. Neap. 5proz. —.—. Röm. 5proz. 64½. Span. 5proz. —. Aktiva —. Passiva —. Piem. —. Hamb. —. St. Germain —.—. Versailles (rechte) 103. — (linke) —. Orleans 580.—. Rouen 370.—. Havre —. Marseill. 162.50. Basel 77.50. Bierzon 222.50 Boulogne —. Bordeaux 365.—. Nordbahn 346.25. Montereau —.—. Lyon 338.75. Straßburg 326 25. Nantes 311.25. Dieppe —.—. Sceaux —.—. Montpellier —.—. La Teste —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur

Mittwoch, den 8. N

Aus Wien.

** München, 7. November. Die heute Abend eingetroffene Wiener-Post vom 5. bringt keine Veränderung im Zustande der Hauptstadt des Kaiserstaates. Vom Gemeinderath der Stadt war unterm 4. die folgende Kundmachung erschienen: „Auf hohen Befehl bringt der Gemeinderath der Stadt Wien folgende von der Central-Commission der k. k. Stadt-Commandantur angeordnete Maßregel zur allgemeinen Kenntniß: Unter den Bedingungen, welche der Herr Armee-Oberkommandant Se. Durchlaucht der Fürst zu Windisch-Grätz in seiner Proclamation vom 23. Oct. d. J. für die Uebergabe der Hauptstadt Wien festgesetzt hat, erscheint im §. 3 die anbefohlene Auslieferung der durch nachträgliche Zuschriften bezeichneten Individuen, als: des königlich Ungarischen Unterstaats-Secretärs Puleky, des Polnischen Emissärs Bem, des Nationalgarde-Obercommandanten Messenhauser, des bei diesem Commando verwendeten Fenneberg, und des als Aufwiegler bezeichneten Schütte. Wegen der besondern Gefährlichkeit dieser fünf Individuen, und weil sie als die Hauptursachen der letzten Empörung, die auf den Umsturz der Monarchie hingearbeitet hat, angesehen werden, wird von Sr. Durchlaucht dem Herrn Feldmarschall Fürst zu Windischgrätz mit unnachsichtlicher Strenge auf ihre Habhaftwerdung gedrungen, und hievon die Möglichkeit abhängig gemacht den freien Verkehr zwischen der Stadt und ihren Vorstädten herzustellen, und überhaupt die möglichsten Erleichterungen in dem Belagerungszustande eintreten zu lassen. Zu diesem Ende werden jene Wohnparteien bei denen sich etwa ein oder das andere dieser Individuen aufhalten sollte, dringendst aufgefordert, binnen 6 Stunden davon die Anzeige zu machen, weil sonst gegen den Dawiderhandelnden das standrechtliche Verfahren eintreten würde. Wien am 4. November 1848."

Am 3. schon war eine andere Kundmachung des Gemeinderaths erschienen, mit der dringenden Aufforderung an sämmtliche Hauseigenthümer und Haus-Administratoren, die ihrer Obsorge anvertrauten Häuser sogleich von den Boden- bis zu den Keller-Lokalitäten, insbesondere aber die in denselben befindlichen Magazine auf das sorgsamste zu untersuchen, und bei eigener Verantwortung alle daselbst vorgefundenen Pulvervorräthe, deren beträchtliche im Laufe der letzten Ereignisse in die Stadt gebracht worden sein sollen, an die Direktion des k. k. Zeughauses abzuliefern.

Der Stadtkommandant, Frhr. v. Cordon, drückt in einer Proklamation sein Bedauern aus, daß die getroffenen strengen Maßregeln auch jene Gutgesinnten berühren, welche an dem erschütterten öffentlichen Rechtszustande keinen Antheil genommen haben, und wünscht, daß alle zu den gewohnten rechtlichen Beschäftigungen zurückkehren, daß die Bewohner Wiens durch die That beweisen, daß es ihnen um die Erhaltung der Ruhe und Ordnung ernstlich zu thun sei; er werde dann die Kommunikation zwischen der Stadt und den Vorstädten wieder herstellen.

Zahlreiche Verhaftungen waren in Wien vorgenommen worden.

Die Allg. Zeitung enthält einen Brief aus Wien vom 4. November in welchem bitter über das Zurückhalten von Zeitungen und nevangekommenen Briefen geklagt wird.

Aus Berlin.

△Berlin, 3. Nov. Aus dem Concertsaal. Daß das Benehmen des Abgeordneten Jacoby bei dem gestrigen Empfange im Sinne der Parteizwecke ausgebeutet werden würde, darf nicht Wunder nehmen. Uns scheint es besonders darauf anzukommen, welch einen Eindruck das Betragen Jacoby im Momente der That auf die Deputation gemacht hat. Dr. Jacoby's stand nämlich auf dem linken Flügel der Deputation Nachdem der König die Adresse aus den Händen des Präsidenten empfangen hatte, und ohne von diesem angeredet zu sein, den Saal verlassen wollte, trat Jacoby einige Schritte vor und sprach die Worte: Majestät! Wir sind nicht blos hieher gesandt worden um eine Adresse zu übergeben. Wir wollen Ew. Maj. über die Lage des Landes Bericht erstatten. Wollen Eure Maj. uns nicht Gehör geben? — Nein! sagte der König! Darauf eilte Jacoby dem sich entfernenden Könige noch einige Schritte weiter nach und

(früher Ehepräsident in Frankfurt a/O.) Justiz-Minister; von Bonin, Finanz-Minister; Kühlwetter, Minister des Innern; v. Unruh, Handel und Gewerbe. Es scheint also, daß in der gestern gemeldeten Konferenz v. Unruh's mit dem Gr. v. Brandenburg nicht Unruh, wie er sich vorgenommen, den Gr. Brandenburg, sondern der Letztere den ersteren bekehrt hat. — Am vergangenen Dienstage haben Polen vor dem Schauspielhause einen Deputirten angegriffen. Er konnte sich nur dadurch retten, daß er seine Angreifer polnisch anredete. Der rothe Bart des Abgeordneten Behrends soll in der Nacht zum 1. November der Verabredung zuwider mit den Fackeln der Bummler in so unangenehme Berührung gekommen sein, daß er denselben um einige Zoll verkürzen mußte. — Als Donnerstag um ½12 Uhr die Deputirten der Rechten den Saal verließen, um den unter den obwaltenden Umständen nur zweckl zu nennenden Versuch der Permanenzerklärung zu hindern, stürzten Bürgerwehrmänner von der sog. Eisenwache im Hause mit dem Rufe: Laßt die Rechte nicht heraus! die Treppe hinunter. Gleich darauf hielten die Bürgerwehrmänner, welche die Thüre des Vorzimmers besetzt hielten, den Deputirten in der That die Gewehre vor, um sie am Ausgange zu verhindern. Später wurde dies zwar als ein Mißverständniß erklärt; das Land weiß nun aber, was es von den Zuthaten der Hauptstadt zu halten hat, wenn seine Vertreter nicht bloß draußen vor der Thüre den handgreiflichen Mißverständnissen ausgesetzt sind, sondern wenn man durch diese Mißverständnisse auch im Innern des Hauses die Bajonnette der zum Schutz aufgestellten Bürgerwehr gegen die Vertreter des Volkes sich richten sieht. Ein Deputirter, welcher um dieselbe Zeit in das Schauspielhaus eintreten wollte hörte, wie von einigen Bürgerwehrleuten der unten auf dem Platz im Quarré aufgestellten Bürgerwehr zugerufen wurde: „Es wird oben gewünscht, daß man die Rechte nicht fortgehen lasse!“ Natürlich betrat der Abgeordnete ein Haus nicht, in dem selbst die bewaffnete Macht im Dienst einer terroristischen Partei zu stehen schien. — Unsere demokratischen Klub's ꝛc. ꝛc., die immer mehr zu fühlen scheinen, daß in Berlin der Boden für sie nicht so recht feste mehr ist, wollen sich nun nach der zweiten Residenz Potsdam wenden. Sie haben zu morgen eine große Volksversammlung daselbst ausgeschrieben.

‡Berlin, 4. November. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung kam der dringende Antrag von Jacoby, Waldeck, Schulz (Wanzleben), Temme: „die hohe Versammlung wolle beschließen sofort durch das Plenum eine Commission von 21 Mitgliedern in der bei der Wohl des Vicepräsidenten vorgeschriebenen Art zu erwählen und derselben den Auftrag zu ertheilen, die bedrohliche Lage des Landes in Berathung zu nehmen und darauf bezügliche, geeignete Vorschläge innerhalb der Competenz mit darauf bezüglicher, geeignete Vorschläge innerhalb der Competenz der Nationalversammlung zu machen.“ zur Berathung. Es wurde in der Nationalversammlung zu machen.“ zur Berathung. Es wurde in wirklich unverschämter Weise mit den gewöhnlichsten Redensarten und Phrasen der Versuch gemacht, ihn zu begründen und durchzubringen. Er fiel aber, indem 247 gegen 114 gegen ihn stimmten. Die Geduld der Versammlung gegenüber den Fabrikanten solcher unbegründeter bringenden Anträge ist ist der Thot zu bewundern. — Als Cieskowski darauf Erklärung wegen der Wiener-Ereignisse forderte, wurde durch Schlußberantragung die Debatte abgeschnitten. Kampf beantragte Vertagung bis Montag; von v. Menseberch unterstützt, von v. Berg, Schramm, Parrisius langweilig bekämpft. Die Versammlung wird bis Montag vertagt.

⊙ Berlin, 4. Nov. In der öffentlichen Stimmung ist keine Veränderung eingetreten. Allgemeines Aufsehen macht jedoch Jakobys Aeußerung, die er dem König gegenüber gethan. Die Gutgesinnten nennen es rue Frechheit, die Ultrademokraten aber feiern hier einen Triumph „über die taktschlose Offenheit“ des „Volksmannes“ und Plakate mit Riesen-Lettern verkünden von allen Straßenecken die bekannten Worte, sogar ein Fackelzug soll dem Abgeordneten Jakoby heute Abend gebracht werden! Es ist wahrlich „neue scheene Zeiten“ das Berlin von heute. Robbertus, welcher gegen diese Ansprache Jakobys eine Verwahrung einlegegt hatte, bewirkte dadurch, daß 5 Mitglieder seiner Partei sich der äußersten Linken anschlossen. — Die Heeren dieser Partei kümmern sich wie man sieht außerordentlich wenig um das Land — ihre eigene werthe Person und Rücksichten ihrer Partei bestimmen sie zum Handeln und das nennt man Volksvertreter sein! Diese Herren Volksvertreter haben nun nichts Wichtigeres zu thun, als eine Adresse an Jakoby zu richten, worin sie sich mit jener heroischen Aeußerung vollkommen einverstanden erklären, und wer sollte es wohl glauben — selbst die Heeren Robbertus und Berg wollen diese Adresse unterzeichnen!!! „Da hört man alles uf“ sagt der Berliner!

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 1

Neue Münche

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Donnerstag den 9. N

München, 9. November.

(Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schul-Angelegenheiten.) Die Vorschriften für die Studirenden der Hochschulen betreffend. Se. Maj. der König haben allergnädigst zu genehmigen geruht, daß die Bestimmungen über Studentenvereine (§. 40—59 der Vorschriften für die Studirenden an den Hochschulen des Königreiches vom 13. Februar 1842 und Ziff. I. bis VIII. Seite 9—13 der am 13. Oktober l. Js. bekannt gegebenen Veränderungen, so wie die Ministerialentschließungen vom 18. Februar und 8. April l. Js. Nr. 1992 u. 3805) schon jetzt sogleich außer Wirksamkeit gesetzt werden und daß an ihre Stelle einstweilen und bis zur Verfündung der neuen Statuten, deren Bearbeitung bereits angeordnet ist, und unter dem Vorbehalte in den neuen Satzungen zu treffender Abänderungen folgende Normen zu treten haben. I. Den Studirenden, sowohl der allgemeinen, als der Fachstudien, ist freigegeben, unter sich Gesellschaften zu wissenschaftlichen und geselligen Zwecken zu bilden, und Abzeichen hiefür nach Belieben sich beizulegen. II. Die Bildung solcher Studentengesellschaften muß dem Rektor angezeigt, und es müssen demselben die Namen der Vorstände bei jedem Wechsel, auf Verlangen auch die der übrigen Mitglieder, mitgetheilt werden. III. Gestattet sind ferner allgemeine Versammlungen aller Studirenden der nämlichen Hochschulen in corpore oder durch Vertreter für allgemeine Angelegenheiten des akademischen Lebens. Auch von diesen Versammlungen ist dem Rektor jederzeit Anzeige zu machen. IV. Gesellschaften, welche zu andern als den eben bezeichneten Zwecken gebildet werden, sind nach den deßfallsigen allgemeinen Gesetzen zu beurtheilen, und Studirende, welche wegen Uebertretung dieser allgemeinen Gesetze von der zuständigen Gerichtsbehörde mit Strafe belegt werden, unterliegen auch noch der disziplinären Behandlung nach §. 93 Ziff. 2 der Vorschriften für die Studirenden an den Hochschulen ꝛc. ꝛc. München, den 4. Nov. 1848. Auf Sr. königl. Majestät allerhöchsten Befehl. v. Strauß. Durch den Minister der Generalsekretär Ministerialrath Hänlein. An den Senat der Universität München.

Se. Maj. der König haben die von der Akademie der Wissenschaften am 29. Juli l. Js. vollzogenen Wahlen zu genehmigen und demnach allerhöchst zu bestätigen geruht: I. Als ordentliche Mitglieder der kgl. Akademie der Wissenschaften für die philosophisch-philologische Klasse: 1) Dr. Johann Georg Krabinger, erster Kustos der Hof- und Staatsbibliothek, 2) Dr. Daniel Hanneberg, ordentlicher Universitätsprofessor. II. Als außerordentliche Mitglieder in München für die philosophisch-philologische Klasse: 1) Dr. Georg Thomas, Professor der Philologie und Geschichte im kgl. Kadetenkorps, 2) Dr. Karl Prantl, außerordentl. Professor der Philologie an der Universität München. III. Als außerordentliche auswärtige Mitglieder: A. der philosophisch-philologischen Klasse: 1) Franz Roissonade, Professor der griech. Literatur und Mitglied des französ. Instituts in Paris, 2) Dr. Anselm Feuerbach, Universitätsprofessor zu Freiburg im Breisgau, 3) Heinrich Leberecht Fleischer, Universitätsprofessor zu Leipzig, 4) Thomas Gaisford, Professor der griech. Literatur in Oxford, 5) Jakob Gnebel, Professor und Bibliothekar in Leyden, 6) Christian August Lobeck, Professor der alten Literatur in Königsberg; B. der historischen Klasse: 1) Dr. Heinrich Wilhelm Bensen, Studienlehrer zu Rothenburg a/T., 2) Dr. Karl Ritter, Professor an der Universität Berlin, 3) Dr. Ludwig Häusser, Professor an der Universität Heidelberg, 4) Beda Weber, Benediktinerordenspriester und Gymnasialprofessor zu Meran. IV. Als korrespondirende Mitglieder: A. der mathematisch-physikalischen Klasse: 1) Dr. Friedrich Walchner, Bergrath und Professor der Chemie und Mineralogie an der polytechn. Schule zu Karlsruhe, 2) Dr. Franz Heßler, Landgerichtsarzt zu Wemding, 3) Dr. Karl Theod. v. Siebold, Professor der Zoologie an der Universität Freiburg, 4) François Louis Pictet, Professor der Zoologie an der Akademie zu Genf, 5) Dr. Ritter v. Zipser, Professor zu Neusohl in Ungarn, 6) Dr. Johann Eduard Herberger, nun ordentl. Professor an der Universität Würzburg, 7) Elias Wartmann, Professor der Physik an der Akademie zu Genf; B. der historischen Klasse: Albert Jäger, Benediktinerordenspriester des Klosters Marienberg. Allerhöchstdieselben haben ferner zu genehmigen geruht, daß die bisherigen korrespondirenden Mitglieder Dr. Thomas Rudhard, Universitätsprofessor der Geschichte, und Dr. Friedrich Kunstmann, Universitätsprofessor des Kirchenrechts, — beide nunmehr zu München — in die Reihe der außerordentlichen anwesenden Mitglieder treten.

Se. Maj. der König haben unterm 28. Okt. den für die eröffneten Stellen bürgerlicher Magistratsräthe gewählten Gemeindegliedern der Stadt

dem er die Schritte der österreichischen Regierung gegen Wien den sorchtbarsten Gewaltthaten an die Seite setzt, welche die Geschichte der österreichischen Staaten kennt. Simons aus Breslau stellten Anfragen an das Reichsministerium haben dieselbe österreichische Angelegenheit zum Gegenstande. Francke aus Schlesien interpellirt wegen des Reichskommissärs Stedtmann in Bezug auf dessen Protest gegen mehrere Maßregeln der interimistischen Regierung der Herzogthümer und wegen der dänischen Immediatkommission auf Alsen. Reichsminister der Justiz v. Mohl hat erst gestern Abend das von der Königl. sächsischen Regierung eingeforderte Kammerstenographenprotokoll erhalten. Seine Anführungen aus den vorliegenden Aktenstücken erregen wiederholt die unruhige Bewegung des Hauses, indem aus ihnen hervorgeht, von welch' einem partikularistischen und unberechtigten Standpunkte aus die sächsische zweite Kammer die einzelnen Angelegenheiten betrachtet, eine Ansicht, in welcher ihr das sächsische Ministerium wenigstens zum Theil beipflichtet. Der Reichsminister wird in seiner Erwiederung auf die Widersprüche eines solchen Verhaltens mit den ausdrücklichen Beschlüssen der Nationalversammlung hinweisen. Vorläufig will er nur die Grundzüge bezeichnen, nach denen er zu Werke gehen wird. Sie sprechen sich kurz in Folgendem aus: Die Reichsstadt der Reichsgesetze ist für Jedermann bedingt durch das Gesetz vom 26. Septbr., sie ist von jedem deutschen Staate anzuerkennen und ihr Inhalt zu publiziren, gleich den verkündigungsmäßig veröffentlichten Sondergesetzen des einzelnen Bundeslandes. Biedermann erhält das Wort, um die Dringlichkeit eines an diese Antwort geknüpften Antrags zu begründen. Die Antworten des Ministeriums bethätigt ihn, aber der sächsischen Regierung gegenüber will er vorgeschritten wissen, ehe das betreffende Dekret derselben auch nach an die erste sächsische Kammer komme. Die Verfassungsfrage kümmere den Abgeordneten Matzerath seinen Plan schon in seinem gestrigen Tagebuchartikel ein. v. Schmerling als Minister des Auswärtigen gibt zuerst in Bezug auf Hoffen's Limburger Interpellation eine Darstellung der eigenthümlichen und verwickelten Verhältnisse dieses Herzogthums zu Deutschland. Limburg sei im Vertragswege zum Bunde gekommen, mithin auch eine Modifikation dieses Verhältnisses nur im Vertragswege geschehen könne. Zu diesem Ende haben mir, sobald der diplomatische Verkehr mit Holland angehakt war, unsern Reichsgesandten unter Mittheilung der Beschlüsse der Nationalversammlung den Auftrag gegeben, dieselben der holländischen Regierung mitzutheilen und sie aufzufordern, über diesen Gegenstand mit uns in Verhandlung zu treten. Wir haben, ungeachtet dieser Beschluß ein zweites Mal angeregt worden, von der holländischen Regierung noch keine Erklärung empfangen, wir wollen nicht verwunden, daß von Seiten der holländischen Regierung eine Ungefälligkeit oder daß eine Nichtwillfahrung eintrete, weil wir anerkennen, daß der Gegenstand schwierig und daß die Ausscheidung des limburger Theils aus dem holländischen Gebiete mit manchen Unzuträglichkeiten verbunden ist. Es werden daher Unterhandlungen eingeleitet werden müssen, weil wir zu Seiten Deutschland das Zunächst zu seine strengen Verkehrsmaßregeln gegen Belgien nicht eintreten wir, Niemand was die Handelspolitik betrifft, in freundschaftlichem Verkehr sein wollen. Auch werden Sie nicht verkennen, daß durch die Ibrahnahme jener europäischen Großmächte, die bei dem Vertrag von 1839 mitwirkten, die Sache verwickelt werden dürfte, wenn wir sie rücksichtslos angriffen. An die erste Maßregel hat sich eine zweite gereiht. Das Ministerium hat nämlich Kenntniß genommen von dem Verfassungsentwurf, der für das Königreich der Niederlande vorbereitet ist. Im §. 1 dieses Verfassungsentwurfs wird ausdrücklich Erwähnung gemacht, daß wenn auch das Herzogthum Limburg als ein Bestandtheil des Königreichs der Niederlande anerkannt wird, dies dennoch das Verhältniß zum deutschen Bunde unberührt und unverändert lassen solle. Demungeachtet ist in dem folgenden §. der festgesetzten Rechte des Königs der Niederlande das selbe nicht behalten worden, in der Folge neue Begrenzungen der einzelnen Gebietstheile vorzunehmen. Diese Bestimmung des §. 2 hat die Aufmerksamkeit des Reichsministeriums auf sich gezogen, weil darin die Möglichkeit liegt, daß von Seite der legislativen Gewalt des Königs der Niederlande auch für die Herzogthümer Limburg eine neue Begrenzung und Gebietsveränderung zum Nachtheile Deutschlands begründet werden könnte. Wir haben daher nicht nur mit Hinweisung auf diese Verhältnisse eine unständliche Erörterung an den Hof in dem Haag gerichtet, sondern haben auch, da der Gegenstand offenbar als ein innerer zu betrachten ist und unmittelbar an die Regierung des Herzogthum Limburgs gewendet und in dieser Beziehung weitere Aufklärung gefordert. Als Antwort darauf ist nun von Seite des Bevollmächtigten der Zentralgewalt der Entwurf einer Note, welcher des holländischen Hofes bei derselben ist, die, bestimmte Erklärung abgegeben worden, daß die niederländische Regierung mit diesem Wortlaute des Verfassungsentwurfes nicht im entferntesten beabsichtige irgend eine Verletzung des Verhältnisses von Limburg zu dem deutschen Bunde eintreten zu lassen und daß insbesondere von einer Veränderung in den Grenzen des Gebietes keine Rede sein könne. Dabei müsse er jedoch den Umstand bedenken, daß namentlich von Seite der Abgeordneten Limburgs in der Versammlung zu Holland (!) die allerentschiedenste Erklärung dahin abgegeben worden ist, daß der Limburger Bezirk eine eigentliche Trennung von Niederland unter allen Verhältnissen nicht wünschte, so daß, wenn mit die Sache mit Gewalt durchgesetzt werden sollte, Verbindung der Limburger selbst und gegen den Wunsch der Population ausgekämpfen hätten. Der Minister fügt jedoch hinzu, daß er diese Stimmung der Bevölkerung nur als eine Zuthatsche hinstelle, nicht nur als einen Umstand, welcher das Recht des Reiches schmälern könne. Was die persönlichen Interpellationen anlangt, so war der großh. hessische General Schäffer bekanntlich zum Reichskommissär nach Posen bestimmt. In Folge des Beschlusses der Berliner Landesversammlung vom 23. Oktober ist dem Berliner Ministerium von der Zentralgewalt eröffnet worden, daß derselbe als gar nicht ergangen betrachtet worden, vielmehr habe die Demarkation der deutschen und polnischen Bezirke unverzüglich und ungehört vor sich zu gehen. Der Reichsminister erklärt übrigens, daß er sich entschlossen sei allen ähnlichen partikularistischen Versuchen, wie der der Berliner Versammlung, mit voller Entschiedenheit entgegen zu treten. Die Wiener Interpellationen sind dem Ministerium erst gestern zugekommen, von Schmerling will jedoch darauf sofort antworten, was er kann. Alles was seit der letzten Verhandlung (am 3. d. M.) über die österreichische Frage an Nachrichten eingetroffen, bestärkt sich auf telegraphische Mittheilungen. Das die Reichskommissäre ihren Platz in Olmütz und nicht in Wien genommen, sichere durch die Thatsachen hinlänglich gerechtfertigt. Ihre neuesten Depeschen bestätigen die erste Kapitulation Wiens, deren Bruch und die Folge davon. Wiessenberg läßt jetzt wiederholt erklären, daß keine andere Beschränkung der Freiheit von Seiten der Regierung beabsichtigt werde, als die zur Unterdrückung der Anarchie unerläßlich nothwendigen Maßregeln. Der Beschluß der Nationalversammlung vom 3. ist den Reichskommissären jetzt zugesandt worden, äußerten aber wohl noch ein Bevollmächtigter der Zentralgewalt, ein Mann der sich des allgemeinen Vertrauens erfreut, nächster Tage nach Oesterreich abgehen, um dort bei zur Beitegung der Sachen zu bleiben. Endlich Francke's Interpellation, den Prozeß betreffend, den Stedmann gegen mehrere Anordnungen der Schleswig-Holsteinischen Regierung erlassen habe, so ist der Gegenstand bereits in der Verhandlung mit der dänischen Regierung begriffen. Die Auslunft muß daher vorerst noch. Von den Maßregeln der dänischen Kommission auf Alsen hat das Reichsministerium noch keinen näheren und amtlichen Bericht. Handelsminister Duckwitz eröffnet, daß eine Marineabtheilung, die einstweilen einem der bestehenden Ministerien beigegeben, ferner das eine technische Marinekommission, deren Organisation und Kompetenz der Minister spezieil auseinandersetzt, beschlossen worden ist. Der Marineabtheilung wird Duckwitz selbst vorstehen. Den Vorsitz der technischen Kommission hat Prinz Adalbert von Preußen übernommen. Der Minister empfiehlt die Angelegenheit der Flotte auch für fernerhin der lebhaftesten Theilnahme der Versammlung und der ganzen Nation. (Bravo!) Jordan von Berlin beantragt, daß, Angesichts der sächsischen und preußischen Kammerverhandlungen, eine Erklärung von Seiten der Nationalversammlung abgegeben werden möge, daß Zudahlen der einen Beschlüsse der Nationalversammlung entgegenstehenden Beschluß einer theilweisen Einzelversammlung als an und für sich null und nichtig zu betrachten und beziehentlich dagegen als wider eine ungesetzliche Anstehung einzuschreiten sei. Die Dringlichkeit auch dieses Antrags wird anerkannt und die Verhandlung darüber auf die morgende Tagesordnung neben Biedermann'schen Antrag angesetzt. Auerswald beantragt unterdessen die Tagesordnung Aufschiebung aller von jetzt an über die österreichischen Angelegenheiten an das Reichsministerium einzureichenden Aktenstücke. Die Dringlichkeit wird jedoch nicht zugestanden und der Antrag kommt auf den Ausschußweg, worauf Heinrich Simon beantragt: sofort ein Reichsheer aufzustellen, um in Oesterreich die Autorität der deutschen Zentralgewalt und des Wiener Reichstags nöthigenfalls mit Waffengewalt wieder herzustellen. Die Abstimmung über die Dringlichkeitsbegründung dieses Antrags ruft auf den Sitzen der Linken eine Szene hervor, welche nur zeigt, daß diese Partei nicht blos mit ihren Personen, sondern auch mit ihren Sitten und Maximen auf der Paulskirche bisher gewandert ist. Einem solchen Benehmen gegenüber ist freilich selbst der Ordnungsruf des Präsidenten unwirksam. Da Heinrich Simon die Dringlichkeit seines Antrags nicht begründen darf, so erhält Jordan die Genehmigungsagenossen das Verlangen, daß nun dennoch (und sogar namentlich) darüber abgestimmt werden solle, ob dem Antragsteller über den Gegenstand selbst das Wort zu ertheilen sei. Eine halbstündige Debatte, die sich darüber entspinnt, kann trotz des wiederholten Rufs nach „Schluß“ und trotz der Sehnsucht, welche die „tyrannischere“ Mehrheit nach dem Uebergange zur Tagesordnung äußert, nicht zum Schweigen bringen, als durch namentliche Abstimmung. Diese entscheidet sich mit 237 weiter 189 Stimmen dagegen, daß mit der Dringlichkeitsvorfrage von vorhin nicht auch über die Dringlichkeit der Sache selbst mitentschieden sei und Heinrich Simon's Antrag ist demnach endlich beseitigt. Simon von Trier wiederholt sofort in wenig veränderter Form den nämlichen Antrag, der nur eine Wiederholung des Reichsgesetzes über „Reichsfeindlichkeit“ in Wien und seinem Verkaufen auf namentliche (!) Abstimmung über die Vorfrage schließt sich Ziegert an. Das Haus kann sich einer so chikanösen Auforinglichkeit desselben abgehanen Gegenstandes nicht anders erwehren, als durch den Antrag auf Tagesordnung, wie ein solcher der Geschäftsordnung gemäß nicht erst zeigt, ich 1/4 Uhr. sondern schon eine Stunde nach Eröffnung der Sitzung gestellt worden. Dagegen protestirt die Linke wie gegen etwas Ungesetzliches! Auch Graf Schwerin protestirt, aber gegen das zeiverschleifende Verfahren der Linken und unter dem Grinnern, welche Summen die Verfammlung dem Vaterlande koste. Es muß durch Zettel abgestimmt werden, von denen sich 269 (gegen 122) für die Tagesordnung aussprechen. Die Linke hat sich bei dieser Abstimmung wiederholt die Linke den vorigen Protest schriftlich und mit der Erklärung, daß sie nur „der Gewalt“ gewichen sei. Vizepräsident Simson übernimmt den Vorsitz und Staatssekretär Fallati spricht gegen den Antrag des Finanzausschusses, daß in der zweiten Hälfte des Dezembers eine

Volkszählung durch ganz Deutschland erfolge. Die Frist bis dahin sei zu kurz für die Voranstalten und die Kosten schlägt der Redner auf 500,000 fl. an. Auch sei eine Volkszählung stets eine unpopuläre, belästigende Maßregel, die überdies gern auf eine beabsichtigte Steuererhöhung gedeutet werde. Eine annähernd genaue Volkszählung sei auch auf anderem Wege zu bewirken. Siehr will nicht zugeben, daß über den Ausschußantrag zur Tagesordnung übergegangen werde, wie Fallati es verlangt. Die Volkszählung solle eine Grundlage für das zu errichtende statistische Bureau bilden, sie könne der Vorbereitungen wegen auf Januar oder Februar verschoben werden, auch sei sie keineswegs so kostspielig, wie sie der Unterstaatssekretär angeschlagen, und was die Unpopularität anlange, so dürfte diese doch nicht über eine Regierungsmaßregel entscheiden. Nachdem hierauf der Antrag auf Tagesordnung mit der Majorität von nur Einer Stimme (177 gegen 176) verworfen worden, erhebt das Haus den Ausschußantrag: „Eine hohe Nationalversammlung wolle das Reichsministerium beauftragen, in der zweiten Hälfte des Dezembermonats d. J. durch ganz Deutschland auf zweckentsprechende, überall gleichmäßige Weise, eine möglichst genaue Zählung und Verzeichnung der Bevölkerung nach Kopfzahl, Familien, Geschlecht, Altersstufen und Wohnorten vornehmen zu lassen und das Ergebniß demnächst zu veröffentlichen" zum Beschluß. Die zweite Nummer erledigt sich nach kurzer Erörterung durch die Annahme eines Zusatzes zu §. 42 der Geschäftsordnung, die namentliche Abstimmung und die Abstimmung durch Zettel betreffend. Von mehr allgemeinem Interesse ist die Berathung über den Bericht des Marineausschusses über die deutsche Handelsflagge, in Bezug auf welche Michelsen nach Nauwerck das Wort ergreift. Der Redner hält zur praktischen Geltendmachung der deutschen Flagge nichts für nothwendiger als die Errichtung von Reichskonsulaten. Bevor aber die letzteren auf angemeßnem Fuße bestünden, hält er die Führung der Flagge nur für gefährlich, weßhalb er dem Ausschußantrage: „Die provisorische Zentralgewalt wird ermächtigt, bei Publikation des Gesetzes über die deutsche Kriegs- und Handelsflagge vom 31. Juli 1848 eine weitere Verordnung, wann die Bestimmungen über die Handelsflagge in Kraft treten sollen, sich vorzubehalten," beipflichtet, welchen die Versammlung darauf zu ihrem Beschlusse erhebt. Mit der Annahme (ohne vorgängige Diskussion) des Antrags vom Verfassungsausschusse: „sogleich in die Berathung der §§. 12—20 des Verfassungsentwurfs einzugehen, bei der Berathung jedes einzelnen Paragraphen sowohl dem Berichterstatter des Wehrausschusses, und den Mitgliedern des Verfassungsausschusses, welche Minoritätsanträge stellten, als jedem andern Abgeordneten es zu überlassen, in dem der Berathung unterliegenden Paragraphen die abweichenden Anträge oder nothwendig erachteten Zusatzparagraphen vorzubringen und zu begründen" schließt die heutige Sitzung. Damit wir jedoch noch einmal an die widerwärtigen Begegnisse erinnert werden, von denen der erste Sitzungstag in dem reformirten Berhause begleitet war, so wird hiernach ein zweiter Protest gegen die heutige Geschäftsführung von Seiten zahlreicher Mitglieder der Linken übergeben. (D.Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 6. Nov. Am 2. d. M. wurde dem eidgenössischen Vororte zu Bern, in Abwesenheit des Gesandten des deutschen Reichsverwesers, durch den Gesandtschaftsrath Ritter von Neuwall die nachstehende Note überreicht: „Die von dem hohen Vororte der schweizerischen Eidgenossenschaft am 8. d. M. dem unterzeichneten Gesandten des Reichsverwesers zugegangene Erwiederungsnote gibt zu einer Erklärung Anlaß, welche der Unterzeichnete im Namen der provisorischen Zentralgewalt für Deutschland Ihren Exzellenzen dem Präsidenten und Regierungsrath des eidgenössischen Vorortes Bern in Nachstehendem vorzutragen die Ehre hat: In einer vorzeitigen Veröffentlichung eines Theiles des Inhaltes der diesseitigen Note vom 4. d. M. hat der Unterzeichnete eine Abweichung von der Regel zu bedauern, welche nicht vorgekommen sein würde, wenn sich das Verlangen, daß die Schweiz an ihre völkerrechtliche Pflicht gemahnt werde, in Deutschland minder allgemein und dringend geäußert hätte. Die formgerechte Strenge, mit welcher der hohe Vorort jene, der öffentlichen Meinung zu früh gewährte Genugthuung rügt, wird übrigens sicherlich keinen Einwand erfahren, wenn sich daran die Hoffnung knüpfen läßt, daß die schweizerische Bundesbehörde künftig ihrerseits die Rücksichten gewissenhaft in Acht nehmen werde, welche die Oeffentlichkeit ihrer amtlichen Verhandlungen gegenüber dem Auslande auflegt. Es darf hier an die Thatsache erinnert werden, daß über die deutsche Note vom 30. Juni d. J. in der Tagsatzung mehrere Wochen hindurch, bevor irgend eine Antwort erfolgte, in einem Tone verhandelt wurde, welcher zu jener Zeit einem Vertreter Deutschlands den Aufenthalt in der Schweiz unmöglich gemacht haben würde. Die Regierung des Reichsverwesers hat keinen Grund, das Gefühl gerechten Unwillens zu verleugnen, welches sich in der Note vom 4. d. M. kund gibt. Sie hat thatsächliche Beschwerden, und ein auf diese begründetes Begehren der Genugthuung für das Vergangene und der Bürgschaft für die Zukunft vorgetragen, und sie hat erklärt, daß die Nichterfüllung dieser Forderungen ernste Folgen nach sich ziehen müsse. Sie that dieses mit offenen, unumwundenen Worten. Ihre Sprache war die der Geradheit, die sie im Völkerverkehre sich stets zur Pflicht machen wird. Ihre Vorstellungen gingen aus der Sachlage hervor; es lag ihnen aber dieselbe aufrichtige gute Meinung zu Grunde, mit welcher Deutschland

liches Ergebniß nicht mehr zu erwarten hat, in der Gewiederungsnote vom 5. d. M. eine beschleunigte Erledigung der dieserhalb Beschwerden nicht erkannt hat. Sie ist zwar sehr geneigt, die Mittheilung des Vororts, daß von den zunächst betheiligten Kantonsregierungen unaufgefordert gegen diejenigen Flüchtlinge, welche an dem zweiten Aufstande in Baden Theil genommen haben, die Entlassung des Asyls, und gegen die Uebrigen freiwillig politische Asylrecht angeordnet worden sei, als einen Anfang entsprechender Handlungsweise anzuerkennen. Aber abgesehen von der Frage, ob der Vollzug jener Anordnungen gestichert sei, was die Berichte bis in die neueste Zeit keineswegs bestätigen, geht der übrige Inhalt der Note in der Mißachtung der seitherigen vertrauensvollen Schritte und gerechten Anliegen Deutschlands so weit, daß die Zentralregierung ihrer Pflicht nicht mehr durch bloße Unterhandlungen Genüge thun kann. Sie hat sich zu ihrem lebhaftesten Bedauern genöthigt gesehen, Entschließungen zu fassen und Vorkehrungen zu treffen, deren Abwendung allein in den Händen der obersten Gewalt der Schweiz gelegen hat. Es wird von ihrer Seite nicht mehr geschehen, als die sichere Erreichung des Zieles fordert, aber auch nicht weniger. Sie wird nicht aufhören, hohen Werth auf die freundschaftlichen Beziehungen mit der schweizerischen Eidgenossenschaft zu legen, und diese Gesinnung überall zu bethätigen, wo nicht ihre Verpflichtungen für Deutschland gebieterisch dazwischentreten. Sie hegt den lebhaften Wunsch, jene Beschlüsse außer Kraft treten zu lassen, noch bevor ihre Folgen den Bewohnern beider Länder empfindlich sein werden; und der Unterzeichnete hat Befehl, auf der Stelle hierzu Anlaß zu geben, sobald ihm auf das dieserhalbige Verlangen, welches in seinem vollen Umfange wiederholt werden muß, eine bereitwillige und verbindliche Antwort zukommt. Der Unterzeichnete hat sich hiermit seiner Aufträge vollständig entledigt, und ergreift die Gelegenheit, mit dieser letzten Erklärung über die vorliegende Frage die erneuerte Versicherung ꝛc. zu verbinden.

„Bern, 23. Okt. 1848. (gez.) Raveaux." (Fr.-O.-P.-A.-Ztg.)

Bayern. *† München, 8. November. Heute Vormittags war Sitzung des Staatsrathsplenums. — Der kgl. Staatsminister Graf Bray ist von seinem Urlaube hierher zurückgekehrt, und hat das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten wieder übernommen. — In den verschiedenen hiesigen Klubbs fängt man an, Listen von Landtagskandidaten aufzustellen. Da jedoch mancherlei Zufälligkeiten dabei mitwirken, und unbedeutende Namen neben wirklich empfehlenswerthen Männern zu stehen kommen, so wird der Gesammteindruck solcher Listen immer dadurch beträchtlich geschwächt werden. — Die in hiesigen Blättern enthaltene Notiz über den Unzüglichkeitserklärung der Parlamentswahl zu Haag ist wohl nicht mehr als ein desiderium, indem die mitverbundene Frage, ob nicht eine neue Wahl der Wahlmänner hätte vorhergehen sollen, bereits durch die Nationalversammlung zu Frankfurt in ähnlichen Fällen verneinend, also im Sinne der vollzogenen Wahl zu Haag entschieden worden ist.

Preußen. Berlin, 5. Nov. Der Magistrat hat — wie er uns mittheilen läßt — der Nationalversammlung folgende Bitte ausgesprochen: Mit der größten Spannung harrt die Nation auf die Erledigung des Auftrags, welcher den von ihr gewählten Vertretern ertheilt worden. Auf die endliche Vereinbarung und Feststellung des preußischen Verfassungsgesetzes sind Aller Augen im Vaterlande gerichtet. Die Verfassung bildet den Grundstein für unser ganzes künftiges politisches Leben. Sie gewährt aber auch den sichersten Anhalt zur Wiederherstellung der fast in allen Theilen der Monarchie gestörten öffentlichen Ruhe und Ordnung. Diese ist eine unabweisliche Nothwendigkeit für die Entwickelung der wahren Freiheit, der ein jeder Patriot Opfer zu bringen bereit sein wird. Daher der sehnliche Wunsch, diese Freiheit baldigst fest begründet, alle entgegen arbeitende Bestrebungen jedoch vernichtet zu sehen. Eine Hohe Nationalversammlung hat nun zwar vor einigen Tagen den Beschluß gefaßt, wöchentlich drei Sitzungen der, Berathung des Verfassungsgesetzes widmen zu wollen Es könnte deshalb ungerechtfertigt erscheinen, wenn wir die Bitte um eine schleunigere Behandlung des Gegenstandes an Hochdieselbe richten. Allein die wider alles Erwarten seit Monaten andauernden traurigen Zustände, in welche sich die Nation versetzt sieht, welche Nahrungslosigkeit und Erwerbslosigkeit herbeigeführt und Verarmung in ihrem Gefolge haben, machen es uns zur dringendsten Pflicht, zur möglichsten Abwendung eines noch größeren Uebels Alles aufzubieten. In Berücksichtigung des Umstandes nun, daß das Material für die Verfassungsarbeit hinreichend vorbereitet ist, wird Eine Hohe Nationalversammlung gewiß unsere ebenso dringende als ganz ergebenste Bitte erhören, geneigtest mit noch größerem Zeit- und Kraftaufwande an die Berathung des Verfassungswerkes gehen zu wollen. Berlin, den 29. Oktober 1848. Der Magistrat. An Eine Hohe Nationalversammlung.

Der Anstifter des deabsichtigten Ausbruchs der Gefangenen aus dem hiesigen Arbeitshause am 2. Nov. Abends soll ein gewisser Gudian sein, der, nachdem der Tumult im Hause schon Statt fand, vom Fenster aus eine Ansprache an den auf der Straße versammelten Volkshaufen des Inhalts hielt, daß sie alle schuldlos eingesperrt seien, und damit die Auftorderung verband, mit der rothen Fahne zu ihrer Rettung herbei zu kommen. Ein Mann aus dem Volke, mit einer schwarzen Feder am Hute, nahm darauf das Wort und erklärte der Menge, dieser Mann — auf den vorigen Sprecher zeigend — und seine Genossen könnten von uns nicht begünstigt werden, da sie die Republik wollen, darum kehrt gemacht und fortgegangen — und der Volkshaufe begann sich zu zerstreuen. (Berl. Nachr.)

Oesterreichische Monarchie.

⊙Spalato (in Dalmatien), 29. Okt. Wir Deutsche haben hier seit dem Mai traurige Tage verlebt. Alle Tage war ein Tumult zu fürchten. Erst seit den Siegen Radetzki's athmeten wir freier. Nun kamen die traurigen Nachrichten aus Wien und sogleich trugen die sogenannten Marcolini (Republikaner don S. Marco) den Kopf höher. Am 23. dieß gab es wieder einen Krawall. Die Nationalgarde glaubte sich von einem kroatischen Offizier beleidigt; derselbe rettete sich in ein Haus, herrumfene Garden setzten ihm mit Messern und Keulen nach, um ihn todt zu schlagen, konnten aber das Hausthor nicht erbrechen. Hätten sie ihre Absicht erreicht, so würde ein bedeutendes Blutvergießen daraus entstanden sein, denn auch die Kroaten hätten sich dann nicht mehr zurückhalten lassen, den Tod ihres Offiziers, der obendrein ganz unschuldig war, furchtbar zu rächen. Jetzt sollen die Kroaten nach Lissa kommen. So ist für uns Deutsche der Aufenthalt in Dalmatien fortan eine mißliche Sache, denn die Eingeborenen pochen nun auf die ihnen verfassungsmäßig zugesicherten Nationalitätsrechte. Unser Heil hängt von Wien ab. Mit Zittern sehe ich der heutigen Post entgegen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 7. Nov. Bayer. 3½ proz. Obligationen 75½. P. — ⊖
4proz. do. ⊖. Bankaktien 11. Semmler 572 ⊖. Promessen 35 P. — ⊖
Oesterreich. 5proz. Metall. — P.

J. B. Wagi, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 9. Nov.: „Die Capuleti und Montagues", Oper von Bellini. (Hr. Brandes: Tybalt, als letzte Gastrolle.)

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Frau v. Salm und Geiger, Privatiere, von Frankfurt. Berg, Kaufmann, von Frankfurt. Court, Kaufmann, von Köln. Estenacky, Privatier, von Wien.

Hotel Maulik. London, Kapitän, aus Schottland. Jackson, Rentier, aus Schottland. Baron v. Egtoffstein, Rittmeister, von Augsburg. Metzger, Kaufmann, von Gedern. Turnier, Proprietär, von Lyon.

Gold. Hahn. Biesner, Privatier, von Passerl. Dettler, Privatier, von Pforzheim. Wenig, Rentier, von Speyer. v. Lipman, Appellationsgerichtsrath, von Darmstadt. Frhr. v. Gerstaun, von Riga.

Blaue Traube. De Trogt, königl. Postoerwalter, von Minderheim. Hoffmann, Jurist, von Rendsburg. Sündermann, von Frankfurt. Partig, Partikulier, von Sigmaringen. Cyrman, Fabrikdirektor, von Eßlingen.

Stachusgarten. Endres, Polizeichirurg, von Berneck. v. Stocker, Bauprakitant, von Würzburg. Stuntzing, Privatier, von Karlsruhe. Strauß, Privatier, von Ludwigshafen. Renner, Gutsbesitzer, von Erlangen. Hofman und Köstlin, Architekten, von Stuttgart.

Gestorbene in München.

Sophie Schallenhofer, quiesz. Damenstiftskanzlerstochter, 48 J. a. Maria Frey, Oekonomenstochter von Bollmannshofen, Bzk. Zusmarshausen, 20 J. a. Konrad Amon, Tischlergeselle von Dersdruck, 43 J. a.

228. (d) Man sucht einen Theilnehmer an einer englischen Stunde, welcher drei Stunden monatlich zu bezahlen hat. D Uebr.

229. (2d) In eine hiesige Modewaaren-Handlung wird ein gebildetes Frauenzimmer, welches schon als Lehrerin in einem derartigen Geschäfte diente, sogleich aufzunehmen gesucht. D. Uebr.

Stelle-Gesuch.

164. (i) Ein junger Mensch von 30 Jahren, der schon 4 lateinische Schulen studirt hat, wünscht als Bedienter bei einer Herrschaft, oder als Aufseher in einem Bankierhause, oder in einer Handlung, oder sonst an geeigneter Stelle placirt zu werden. Das Nähere bei diesseitiger Expedition.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Die Rede Bassermann's.

(S. unser Hauptblatt vom 7. Nov., Seite 2.)

Ob unser Ansehen, ob das Ansehen der Freiheit erstarken würde, wenn wir die Rathschläge befolgten, die uns von dieser (links deutend) Seite ertheilt werden, Das, meine Herren, bezweifle ich. Durch nichts ist das Ansehen der Freiheit mehr gesunken, und ein halb Jahrhundert hindurch in Mißkredit gekommen, als durch Das, was im Namen der Freiheit in den 90er Jahren geschehen ist; hätte man damals einen mäßigen Gang eingehalten, wie ihn zu meiner Freude die Mehrheit der Nationalversammlung einhält, die Freiheit wäre nicht bis zum Jahre 1848 begraben geblieben, und ich glaube, Diejenigen, welche diesen blutigen Weg nicht abermals einschlagen, sie allein sorgen dafür, daß die Freiheit nicht abermals Jahrzehnte darniederliege. — Nichts ist mir unbegreiflicher, als daß jetzt, nach 14 Tagen, wo die Wahrheit denn doch durchgedrungen, die Bewegung in Wien immer noch als eine deutsche, als eine freie geschildert werden kann; vor 14 Tagen, ja da konnte ich begreifen, daß jene Herren in dem ersten Feuer, welches der Styl der Reden und der Wiener Presse einflößen konnte, in der geschehenen Weise von jener Erhebung sprachen; aber nun, nachdem doch durch alle Blätter und durch mündliche Nachrichten, durch Augenzeugen die Erhebung in ihrem wahren Lichte uns geschildert wird, nun soll das immer noch dieselbe glorreiche Erhebung sein! Abgeordnete des Gemeinderaths, also wahrhaftig einer kompetenten Behörde, welche das Vertrauen ihrer Mitbürger genießt, kommen von Wien hierher, und berichten Ihnen einmüthig, alle Drei, daß die Erhebung in Wien weder eine demokratische, noch eine nationale sei, sondern daß sie eine gemachte ist, gemacht durch ungarisches Geld; sie berichten Ihnen, daß in 24 Stunden 50 Anmeldungen wegen Plünderung vorkamen. Ist das ein Zustand, den wir ein Interesse haben, als einen für die deutsche Sache oder für die Freiheit glorreichen zu vindiziren? Herr Eisenmann prophezeit Ihnen einen österreichischen Staatsbankerott. Ja, der wäre hereingebrochen, wenn wir diesen Zustand von Wien bestehen ließen; aber jetzt, nachdem die gesetzmäßige Gewalt in Wien wieder eingezogen, nun, meine Herren, heben sich die Papiere, nun haben Sie das Gegentheil von einem Staatsbankerott, und je mehr die gesetzliche Ordnung gestärkt wird in Deutschland, je weniger wird das Vaterland einen Staatsbankerott zu fürchten haben. Mit der Herstellung der Gesetzlichkeit retten wir den Staat nicht allein vor einem finanziellen, wir retten ihn auch vor einem moralischen und politischen Bankerott. Ich nehme es als einen Beweis großer Phantasie und gutmüthigen Glaubens, wenn Herr Eisenmann in Wien die Ruhe des Kirchhofs erblickt, wie dieß in Warschau im Jahr 1831 der Fall gewesen sei, wenn er alles Das für wahr hält, was in den Wiener oder schlesischen Zeitungen steht. Herr Eisenmann hat auch heute wieder von der Oberpostamts-Zeitung gesprochen. Meine Herren! Es wird der Redaktion zur hohen Ehre gereichen, daß Sie, meine Herren, fünftig die Tribüne eines Parlaments benützen, um ein Organ der Presse zu bekämpfen; dieses Organ kann in der öffentlichen Meinung nur steigen, wenn Sie ihm eine solche Bedeutung beilegen. Wenn nun aber doch Warschau zitirt wird, so frage ich, hat im Jahre 1831 ein russischer Minister ein Zirkularschreiben erlassen, wie Sie es von Wessenberg lesen? Hat der Kaiser von Rußland damals erklärt, er wolle nur die Anarchie bändigen, aber von irgend einer Freiheitsknechtung soll nie und nimmermehr die Rede sein? Ist überhaupt in Rußland von Freiheiten, wie sie jetzt Oesterreich besitzt, je die Rede gewesen? Dieser ganze Vergleich paßt nur für Diejenigen, welche sich an Phrasen halten. Herr Löwe hat gespottet über den Inhalt der Instruktion, daß sie des Inhalts sei, die Kommissäre sollten über die Freiheit und das deutsche Interesse in Oesterreich wachen. Es wurde weiter von dieser Tribüne aus gesagt, das sei nur geschehen, um den Angriffen von dieser (links deutend) Seite zu begegnen. Meine Herren! Wenn wir in die Instruktion nicht hineingesetzt hätten, daß der Sieg nicht möge mißbraucht, daß die Freiheit auch nach dem Siege möge geachtet werden, würden wir dann, meine Herren, von dieser Seite nicht die stärksten Angriffe, und mit Recht erfahren haben? Jetzt aber, nachdem wir dieß nicht unterlassen, soll dieses Verfahren ein Gegenstand des Angriffes sein? Eine solche Logik flößt mir den Wunsch ein, einmal zur Probe Deutschland auf 8 Tage von jener (linken) Seite regiert zu sehen! (Bravo auf der Rechten!) Ich erinnere mich der Diskussion, wo der Antrag gestellt war, das Gesetz zum Schutze der Nationalversammlung solle auch auf die übrigen deutschen Länder ausgedehnt werden. Damals sagte man von dieser Seite: „Thut Das nicht, die Nationalversammlung könnte sich damit blamiren, man würde das Gesetz in den anderen Ländern nicht beachten." Meine Herren! Damals, wo dieser Vorschlag unangenehm war, da glaubte man nicht an die Macht dieser Versammlung. Da sollte das Ansehen der Zentralgewalt im Vereine mit dem Ansehen der Nationalversammlung so gering sein, daß wir uns blamiren würden, und heute verlangen dieselben Herren, unsere Reichskommissäre sollen unbedingten Gehorsam finden bei den Befehlshabern der österreichischen Armee; sie sollen mit einem Wort, mit einem feurigen Blicke, mit drohender Stimme Wien auf einmal in eine feindselige Stadt umwandeln, und eine ganze Armee, die erbittert ist durch die Ermordung ihres Generals, zu Lämmern umschaffen! Meine Herren! Mögen Sie noch so viel gegen die Reichskommissäre vorbringen, kommen diese Männer erst zurück, dann ist es Zeit, den Abgeordneten Welcker zur Rede zu stellen, dann werden Sie erfahren, daß er eine schwierigere Aufgabe hatte, als die ist, auf diese Tribüne zu zu raisonniren. (Heiterk alle Die, welche so bereit ohne daß sie, wie Sie s keit jener Männer, ob von Würzburg und der Grätz mehr imponirt hä (Heiterkeit in der Versam ner Bewegung immer ne als wir von den Ereigniß Gelegenheit will ich doch wenn er glaubt, die Verl fen. Es ist heute nicht sprechen. Die Wiener B ich mir hier von dieser S und dächte mir, es lehnte das Ansehen des Gesetzes die Galerien des Reichsta herabrichten auf die Sit wahr! Unruhe) nach dem wenn ich mir einen Zust der des Wiener Gemeinde Vogt fragt: „Sind das S ner, es sind die gewählten sen Sie ihnen glauben; in welchem jene Herren d es dulden würden, daß den Waffen widersetzt? als der Konvent bedulde fehle des Konvents wider Lyon auch nicht ganz un ezwingen. (Stimmen a Windischgrätz im Namen wortlichen Minister unter zieht, und wenn er, mit die Stadt umzingelt, und fordert, und wenn er die er anders hätte handeln Blut vergießt, über den Bravo!) Wie kann Jem Reichskommissären, dem wurf machen, daß sie ni in welcher Latour ermor ich schon manchmal an Rechten.) Aber, wenn Schuld? Unblutig könnte vertheidigt hätte. (Heiter kein wahres Wort an d zum letzten Blutstropfen auf der Rechten.) Wenn so muß man zuerst über daß ein ganzes Heer zur boten werden mußte. H Verbrechen, einen Mini was haben denn die Wie was ein Franzose oder e ist kein Zweifel, daß die recht erhalten wollten. S Beweis! Andere: Ruhe!), am Ende was blieb denn sie Geld nach Wien fließ Gehorsam verweigern, u stützt das Bestreben eine reißen, und hier tritt m glorreiche That! Ich fra lische Parlament sagen, bäne steigen und den Sc land oder Irland von E ten.) Jene freien Völke als Phrasen, und wenn daß die Engländer in so lassen, die beste That Lassen Sie mich, um ein die Bemerkung des Herr Reichsgewalt ein bayer Herr Heckscher habe das Vogt diese Nachricht ge jedes Wort glaubt (Hei seinen Wahlspruch: „A für gut findet. Da hat die ungarische Armee ist besiegt, das wird zwangi den, da ist Mißtrauen

Ofen in der „Glocke“ nur ein paar Zeilen weiter gelesen hätte, so würde er im amtlichen Theil gefunden haben, daß gerade jener Artikel, von dem er gesprochen, amtlich desavouirt wurde; darauf kommt es aber nicht an. Hier ist er auf der Rednerbühne, wo man einen augenblicklichen Effekt hervorbringen kann, wo eine Phrase Beifall findet, und damit ist das Vaterland gerettet. (Bravo auf der Rechten.) — Ich möchte noch eine Warnung meinen Worten beifügen. Es ist heute wieder Slawendag auf dieser Seite gepredigt worden. Im Interesse der Slawen wünsche ich, daß ja nicht geschehe. (Beifall.) Die Slawen gehören überhaupt zu Deutschland, wir haben ihre Nationalität garantirt, und wenn ein slawischer General auf eine slawische Gesellschaft erbittert ist gegen die magyarische Herrschaft, welche das Slawenthum im Widerspruche mit unseren eigenen Grundsätzen unterdrückt hat, so wollen wir und daraus die Lehre nehmen, daß wir eine fremde Nationalität, so weit sie auf unserem Gebiete wohnt, nicht wie die Ungarn anfeinden, somit nicht gegen und eben so Mißtrauen und Feindschaft erwecken, wie man glaubt, aus Zellachisch Schreiben Feindschaft gegen das Deutschthum entnehmen zu können. (Beifall.) Meine Herren! Gerade darin, daß der deutsche Verein zu Prag im Verein mit der dortigen slawischen Gesellschaft einen gemeinschaftlichen Schritt gethan, sollten Sie ersehen, daß noch eine Einigung möglich ist, wenn sie nicht von dieser Seite (nach der Linken deutend) unmöglich gemacht wird, und auf diese Einigung sollten wir lieber hinarbeiten, als daß wir fort und fort die Slawen als Feinde des Deutschthums angreifen. — Es freut mich, daß Herr Vogt den Sonderbund als Beispiel citirte. Meine Herren! Der Freischaarenzug gegen Luzern hat auch meine Sympathien gehabt; allein der Sieg der guten Sache in der Schweiz konnte nicht ein dauernder und wirklicher Sieg werden, wenn er nicht auf legalem Wege errungen wurde, und ich frage ferneliehen Herrn, wer hat den Sonderbund besiegt, hat ihn die Revolution besiegt? (Stimmen auf der Linken: Ja!) Es hat ihn das Ansehen der gesetzlichen Behörde in der Schweiz besiegt, das Heer, welches der Vorort aufgeboten hat (eine Stimme auf der Linken: Durch die Revolution! Stimmen auf der Rechten: Ruhe!), und somit bin ich ganz mit ihm auf der gleichen Seite (Stimmen auf der Linken: Gewesen!), auf der gleichen Seite bin ich noch heute, ich will noch den Sieg des Gesetzes und der gesetzlichen Gewalten, und wenn das österreichische Heer eine gesetzliche Gewalt ist, so will ich den Sieg des österreichischen Heeres, und verstehe es hier nicht, daß ich nie etwas Anderes gewünscht habe, als daß die gesetzliche Gewalt, das österreichische Heer, die Wiener Anarchie besiege. (Beifall.) Wenn Sie mit einmal zeigen werden, daß die Preßfreiheit zurückgenommen wird in Oesterreich, oder daß der Reichstag kassirt werden kann, meine Herren, werde ich mich heute den Wort Reaktion und Camarilla entsprechenden aussprechen lassen. So lange Sie aber dieses Wort haben ohne Thaten, so werden Sie nicht verlangen können, daß ich nach den Worten gehe, während Sie selbst doch nur nach Thaten handeln zu wollen erklären. Herr Giskra macht dem Minister Wessenberg den Vorwurf, daß er davon gelaufen sei, und fragt: warum kam er nicht nach Wien zurück? Er konnte eben so gut fragen, warum hat sich Bach nicht fangen lassen? (Heiterkeit.) Solche Fragen sind wahrlich mehr als naiv. Nun lassen Sie uns, meine Herren, jum Schlusse noch einen Begriff fixiren. Es ist heute viel von konstitutioneller und allein berechtigter Behörde die Rede gewesen. Wenn es unkonstitutionell ist, daß ein Fürst ohne Contrasignatur eines verantwortlichen Ministers Befehlshaber ernennt und Truppen marschiren läßt, so ist es eben so wenig konstitutionell, daß ein Minister in Abwesenheit seines Fürsten, gegen dessen Willen die Hauptstadt seines Reiches anbietet, Befehlshaber ernennt, die Bevölkerung bewaffnet, um gegen das Heer seines Kaisers zu fechten. (Stimmen auf der Rechten: Sehr wahr!) Ein verantwortlicher Minister war dem Kaiser, und deshalb konnte der Kaiser Befehle geben, und seine Befehle waren konstitutionell. Es kann aber in einem konstitutionellen Staate, wo der Begriff der Exekutive noch bei dem Staatsoberhaupt ist, nicht zwei konstitutionelle Gewalten geben, die sich einander widersprechen. So wie es nicht unbeschränkte Freiheit gibt, sondern nur auf der einen Seite die Gewaltherrschaft, welche sich den bloßen Namen anmaßt, und und auf der andern Seite die wahre Freiheit unter dem Schutze der Gesetze, so gibt es auch nur eine wahre konstitutionelle Regierung, welche aber nicht darin besteht, daß ein Minister, der abhängt von der Gnade einer bewaffneten Bevölkerung, ohne seinen Fürsten, unumschränkt regiert, während das alleinige gesetzliche Staatsoberhaupt, umgeben von seinen Räthen, gar nicht mit ihm in Verbindung steht. So verstehen wir die konstitutionelle Freiheit nicht, und wollen sie auch nicht so verstehen, und wer sie anders versteht, der wird die konstitutionelle Freiheit zu Grunde richten. (Anhaltender lebhafter Beifall. Ruf nach Schluß.) (Z. B.)

Die deutsche Kriegszucht.

(Aus der Allgemeinen Militär-Zeitung 1848. Nr. 37.)

Wenn man die kriegerischen Tugenden, welche die deutschen Heere zieren, bildlich in einem Perlendiadem vereinigte, so würde die Perle der deutschen Kriegszucht in diesem Diademe die erste Stelle einnehmen.

Dieser Perle der deutschen Kriegszucht vorzüglich verdanken wir den Sieg der österreichischen Waffen in Italien, welcher uns heute mit freudigem Stolze erfüllt.

Es frohlet dieser Sieg um so glänzender, als derselbe unter schwierigen und man kann wohl sagen, unter moralisch gedrückten Verhältnissen von dem tapfern österreichischen Heere gegen eine Uebermacht erfochten wurde, deren Kern aus tüchtigen und geachteten piemontesischen Truppen bestand.

Eben jene deutsche Kriegszucht war es, welche im Norddosten unseres Vaterlandes den Polenaufstand bezwang und welche dann jener schwachen Zahl des tapfern preußischen Heeres den glänzenden Sieg gegen die Dänen erfocht.

Die deutsche Kriegszucht war es endlich, welche im Südosten unseres Vaterlandes jene für ganz Deutschland damal so gefahrdrohende republikanische Schilderhebung, beim ersten Zusammentreffen der Truppen mit den Aufrührern, fast ohne allen Kampf, siegreich zu Boden warf.

Die deutsche Kriegszucht ist ein sosthares Gemeingut aller deutschen Heere. Möge die gemeinsame Sorge Aller, dieses Gemeingut zu pflegen und unbefleckt zu bewahren, ihre Einigkeit in der bereitesten Hingebung für das gemeinsame Vaterland immer mehr befestigen.

Mögen Alle zu diesen Ziele in den Rus einstimmen: Die Perle der deutschen Kriegertugenden, die deutsche Kriegszucht, sie glänze unvergänglich fort und fort!!!

Die Seele, der Nerv der Kriegszucht aber ist die Subordination. Wie diese zu verstehen sei, darüber spricht sich das k. k. österreichische Dienstreglement in folgender treffenden Weise aus: „Die Subordination besteht in dem unbedingten Gehorsam, welchen ein jeder Geringere dem Höheren, stufenweise und mit Ehrerbietung, zum Besten des Dienstes, zu leisten schuldig ist. Das unabweichliche System dieser Ordnung ist die Seele der ganzen Kriegsmacht, und die Grundlage des Dienstes. Die Subordination umfaßt jene Rangstufe, vom Gemeinen bis zum Feldherrn, ohne auf die Vorzüge der Abkunft, oder auf andere Vortheile des Glückes Rücksicht zu nehmen. — Weit entfernt, die Subordination mit dem Begriffe einer sklavischen Unterwürfigkeit zu vermengen, ist sie eine edle, auf das allgemeine Wohl abgesehene, und zur Erreichung des gemeinschaftlichen Endzweckes wesentlich erforderliche Verbindlichkeit, die Pflichten seines Standes der Leitung der Vorgesetzten zu unterordnen.“

Deutschland.

Oesterreich. — Ein Brief aus Wien vom 5. Nov. in der Augsb. Abendzeitung meldet, daß seit diesen Tage die Kommunikation zwischen der Stadt und den Vorstädten gänzlich wieder hergestellt ist. Die Verhaftungen dauerten fort, obgleich die Hauptpersonen Hauck, Goltner und Jausenau noch nicht aufgefunden sind. Dagegen wurde ein Gmisier Kaufmann entdeckt und gefangen, so wie auch der Redakteur der „Gassenzeitung.“ Fürst Windischgrätz hatte bisher sein Amt ziemlich mild verwaltet, und man sieht mehrere seither versteckt gewesene Radikale wieder auf den Straßen. Am 6. hatte eine Abtheilung der kroatischen Armee bereits den Rückmarsch angetreten. — Die Reichstagsdeputirten haben sich größtentheils entfernt. Briefe der Allg. Ztg. aus Wien vom 8. Nov. besagen sich über die Strenge, mit der die Verhaftungen der Stadt mit den Vorstädten, die Haussuchungen ꝛc. gehandhabt werden. Die Verhaftung Robert Blums und Fröbels bestätigt sich. — Wagner, Kommandant der akademischen Legion soll sich erschossen haben. Eine Bekanntmachung des Grafen Wilchburg, Gouverneur von Steyermark in der „Grazer Zeitung“ zufolge hat Minister Kraus die Leitung der Geschäfte sowohl des Finanzministeriums als auch die Vertretung der Minister bei den nicht dem jetzigen Ministerium übernommen.

Wir glauben nachträglich noch aus dem k. Bl. a. B. vom 26. Okt. folgende interessante Einzelnheiten unsern Lesern mittheilen zu müssen: „Trotz der Nähe erfährt man wenig oder gar nichts auf der innern Stadt. Einige behaupten, daß die Bürger Dienstag schon die weiße Fahne auf dem Stephansthurm aufstecken wollten, allein Arbeiter und Studenten hätten sie daran gehindert und wollten sich bis auf den letzten Mann verschießen. Die innere Stadt ist, so weit möglich, ruhig, und allen Exzessen ist durch Verkündigung des Standrechts einstweilen vorgebeugt. Noch soll kein Unfug vorgekommen sein, bis auf die Plünderung der Josefskaserne. Fleischvorrath dürfte noch auf 3 Tage genügen, Mehl aber reicht auf 14 Tage aus, und die Dampfmühle ist Tag und Nacht in unausgesetzter Thätigkeit. Eier, Butter und Milch mangeln, wo hingegen in Betreff des Marschalls die Einfuhr solcher Nahrungsmittel für Kranke, Frauen und Kinder gestattet ist; jedoch darf unausgesetzes Schießen läßt es die Milchweiber nicht wagen, sich in die Nähe der Linien zu begeben. Schon vor 2 Tagen wurde ein Mann vom Militär eingebracht, der die Vorposten zum Desertiren verleiten wollte; obwohl ein kriegsrechtliches Protokoll mit ihm aufgenommen wurde, erfährt man doch nicht seinen Namen und sein weiteres Schicksal im Hauptquartier. Ein Jude wurde ebenfalls aufgegriffen, welcher für die magyarische Politik insbesondere wollte; aus der Schilderung, die man von dem Manne machte, namentlich daraus, daß ihn einige für Häfner hielten, weil er ebenfalls einen Buckel hat, erkannte ich den Hrn. Lazar Horvath Verschreich, den Redakteur des Pesther Honderü, das wandernde Salontenfelchen aller antifortschritlen Societés. Ferner wurde ein Arbeiter eingebracht, welcher Pistolen in den Hosentaschen versteckt hatte. Schließlich sind all' diesen dürfte es einigen Studenten und Gurden ergehen, welche die Uniform übergegangener Soldaten anlegten und unter dieser Maske sich in's Heerlager begaben. Sie wurden

alsobald erkannt, und dennoch schonte man bis jetzt ihres Lebens. Hingegen muß auch ein edler Zug der Stadtgarden erzählt werden. Unter den Soldaten d'rin befand sich auch ein junger Fuhrwesensmann, der um keinen Preis seinem Fahneneide untreu werden wollte; sie begleiteten ihn also vor die Linie und überschickten ihn dem nächsten Vorposten mit einem legalisirten Zeugnisse; der treue Soldat wurde mit Jubel aufgenommen. Militärexzesse sind bereits einige bekannt worden; nicht wegen Essen und Trinken, das die ganze Umgegend willig, vielleicht auch aus Furcht hergibt, sondern wegen politischer Gespräche und Tendenzen. Kein Stürmer darf sich blicken lassen, und selbst die Träger breitkrämpiger Hüte, wie sie in letzter Zeit als Vermittler zwischen Zylinder und Kalabreser in die Mode kamen, setzen sich unangenehmen Szenen aus. Am Aergsten ergeht es Jenen, die sich mit dreifarbigen Bändern sehen lassen: Das gilt den Soldaten als Zeichen der Republikaner und „der Buben" in Wien. Neuen Muth gewinnt die Truppe durch die Ueberzeugung, daß das Landvolk auch nicht im Geringsten mit den Wienern sympathisirt. Hie und da taucht die Furcht auf, daß es wieder zum Alten geht, daß wieder die Robot eingeführt wird u. dgl., aber die Raisonneurs werden alsobald zum Schweigen gebracht, indem sie sagen: „Der Kaiser hat's unterschrieben, und unser Kaiser hat no immer Wort g'holten; jo wonn's der Franzl wur, dem glaubet'n mer koan Wort, der hot gor viel versprochn und nix g'holt'n, aber der Ferd'l hot a gut's Herz, und wos er sogt, is wohr!" Sollte jemals die Reaktion es wagen, wirklich die Güter der Freiheit und des Volkes zu betasten, dann stünde ein Landsturm bevor, der Kron' und Thron in alle Winde zerstäubte; aber mit gutem Instinkte merkt es jetzt das Volk, daß es sich nicht um seine Güter, nicht um wahre Freiheit und mögliches Volkswohl handelt, sondern um Ideale vernebelter Politiker. Deshalb rührt sich auch keine Faust und kein Stock trotz aller Verlockungen. In der ganzen Umgegend, in Tuln, Krems, Stein und sogar in den kleinsten Dörfern, in Wolfpassing, Königstetten u. s. w. versuchten die Emissäre der Residenz ihre Lockpfeife. Wir haben Euch verschafft, daß Ihr kein Robot und Zehnt mehr habt, jetzt helft uns, sagte ein solcher. „Es sogt's ober nit, wo's e's wullts," erwiederten die Bauern. Und wie sie auch die Suada aufboten, den Bauern war nicht beizubringen, warum die Studenten und Wiener nicht zum Kaiser gehen, der doch Allen hilft. „Won's der Kaiser sogt, donn kümmen wir nocha Wian," war der Refrain, der freilich nicht in den Kram der Wiener Sendlinge paßte. Zuletzt wollten sich diese damit begnügen, daß die Bauern nur „hinten," hinter dem Militär stehen sollen; aber auch Dieß schlugen sie ab, indem sie gerade, wenn das Militär kömmt, zu Hause bleiben müßten. Endlich verlangten die Wiener vom Dorfrichter, daß blos die jungen Bauern zu Hilfe marschiren sollten, und er war nicht dagegen, „wonns wullen." Die jungen Bauern sagten jedoch: „won's der Kaiser b'fiehlt, müssen wir unter d'Soldaten geh'n; oder jo schlog'n wir uns nit mit dem Militär uma."

Oesterreichische Monarchie.

□ **Aus Oberitalien**, 3. November. Feldmarschalllieutenant Haynau hat nach seinem Wiedereinrücken in Chiavenna am 29. die folgende Proklamation erlassen: „Trotz der Erklärung Sr. Maj. des Kaisers, auch den italienischen Provinzen, wie allen andern der Monarchie eine liberale Verfassung ertheilen zu wollen; trotzdem daß er in seiner Milde durch eine allgemeine Amnestie diesen rebellischen Provinzen gnädigste Verzeihung gewährt hatte, hat doch die Stadt Chiavenna allein zum zweitenmale gewagt, innerhalb ihrer Mauern nicht nur die Fahne der Empörung aufzustecken, sondern auch noch (vermittelst eines ihrer angesehensten Bewohner, Francesco Dolcino) das Volk der Umgegend aufzureizen zum Aufstande und zur Ergreifung der Waffen. Meine Truppen haben die Empörer auf dem Lande geschlagen und zerstreut, ihre Schlupfwinkel zerstört und niedergebrannt. Es bleibt nur noch übrig, über diese Stadt die wohlverdiente Züchtigung zu verhängen, und nur die Reue und vollständige Unterwerfung, die sie mir durch eine an mich nach Novara gesendete Deputation ausdrücken ließ, sind Ursache, wenn ich mich entschließe, für dießmal die Strafe auf eine Kontribution von 20,000 österreichischen Lire zu beschränken. Außerdem ist meinen Truppen für die ganze Dauer der Expedition außer den vorgeschriebenen Etappengebühren noch eine tägliche Zulage zu verabreichen, für den Soldaten im Betrage von 20 Kreuzern an den Mann, für die HH. Offiziere, mit Ausnahme meiner Person, ist von der Behörde die Tageszulage je nach dem betreffenden Grade eines jeden festzustellen. Zu gleicher Zeit ist die Poststraße von hier an die Adda, so wie die Brücke über diese wieder in ihren frühern Stand herzustellen, und aus den Gallerien unverzüglich jedes Hinderniß (des freien Durchganges) zu beseitigen. Nur in der vollen Gewißheit, daß die Gemeinde alle diese Bedingungen pünktlich erfüllen und Ordnung und Ruhe in der Stadt nicht mehr werden gestört werden, entschließe ich mich, die andern Truppen, welche auf dem Marsche hierher sind, Halt machen zu lassen. Die Verminderung der gegenwärtigen Garnison wird endlich von den künftig hier obwaltenden Umständen abhängen. Chiavenna, 29. Oktober 1848. Der Kommandant des 3. Armeekorps, Haynau, F.M.L. m. p." — Francesco Dolcino, der Hauptanstifter des gescheiterten Aufstandsversuchs, ist mit mehreren anderen Haupträdelsführern in den Schweizer-Kanton Tessin entkommen, von wo aus alle Umtriebe zu Unterhaltung der Gährung in der Lombardei von den dort angesammelten italienischen Flüchtlingen unter den Augen und mit schweigender Zustimmung, ja unläugbarer Unterstützung der Regierung jenes Schweizerkantons ins Werk gesetzt werden. Die zur Bewachung der Grenze vom Vorort dahin
Schweiz sind trotz
genügen, und befind
schen Bevölkerung, n
det, als die Oesterre
angehören. Sie s
(Deutsche) als die
schen Schweizerteupp
im Tessin den Haß,
Zinsen zurückgeben,
für dieselben ganz o
genössischen Truppen
Grenze in steter Ber

|| **Paris**, 3. N
bilen und die Linie
junge Leute und gut
reiben sich gern an d
dafür mit dem Tite
aber nicht mehr bei
diesen Zwiespalt treff
bis es in hellen Flar
waren. Das war es
möglich werden, denn
die Soldaten im Jun
Rothen ist es immer
daten, mit denen d
„Fort mit den Schl
Dinge, die man mi
Wichtigkeit aber ist d
vaignac feindliche Sti
der Wahl am 10. D
Oheims winziger En
auf einer anderen S
Die Landleute in den
so sehr, als sie frühe
Erwählung zum Prä
würde, und werden
gleicht sich alles aus
nicht des Volkes de
und sonstwo — lieg
bessern Zustandes!
ahnderlich groß, n
ein Bankett ist wied
Weinhändler von Pa
hatten, einen Trunk
unmöglich glauben, d
an die guten Pariser
werden vorgesetzt hab
ab — Flocon, der v
sich plötzlich unwohl
des Berges zugegen.
nach dem andern sic
Noch ein paar derart
lich sein. — An der
Burleske eine sehr
len, die auf hiesige P
so z. B. bei der Ste
und Ausbreitung des
seiner Glocke bedient,
rufen! Auch Hr. L
(Greif zu!) in dieser
ren des Stückes gew
Olibrius, Meister K
wird Gouverneur der
ungestörte Ruhe, geg
austheilen, damit sie
des Olibrius einen
er von den Bedürfni
— Heute Morgens
finden, allein man
wußte, was dahinter
maßregeln von Seit
jüngst dem Hrn. F.
ziehen suchte, ein eh
ser Theorie nothwen
Unterstützung für F
3½ Franken täglich
den Nationalwerkstät
daß Jedermann, de
Theorie gefiel den
anderer Arbeiter, H
ein und nannte die
da sie die Einen tä

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Bremen, 1. Nov. Briefe und Zeitungen aus Newyork bemühen sich, die Demonstration, welche daselbst zum Empfange Friedrich Heckers stattgefunden hat, auf ihr richtiges Maß zurückzuführen und sowohl die amerikanische als die rechtlich denkende deutsche Bevölkerung gegen den Verdacht in Schutz zu nehmen, als stimmten sie zu der Verherrlichung eines Mannes, dessen Thaten und Worte dem amerikanischen Begriffe von Freiheit und Vaterlandsliebe schnurstracks zuwiderlaufen. Unter dem Auspicius, welcher die Versammlung in Tammany-Hall leitete, befindet sich nicht ein einziger Mann, der in Newyork Ansehen oder Geltung hätte; dagegen sind darunter mehrere, von denen geradezu das Gegentheil behauptet werden kann. Die Amerikaner halten es für die Aufgabe des freien Mannes, zunächst seine eigenen Geschäfte mit Redlichkeit, Fleiß und Verstand zu besorgen, dadurch die Achtung seiner Mitbürger zu gewinnen, um dann auch in öffentlichen Angelegenheiten dem Gemeinwohl zu nützen. Sie erkennen die Achtung vor dem Gesetze als die erste Pflicht des Bürgers eines freien Staates; sie wissen, daß Deutschland in den Ereignissen des Frühlingstagen den Druck politischer Bevormundung gebrochen, die Freiheitsrechte, deren sehr geübtes Nation bedarf, errungen und gegenwärtig die schwierige Aufgabe zu lösen hat, auf der Grundlage der Freiheit, die Einheit zu gestalten. Wie könnten diese nüchternen Amerikaner, bei denen Selbstbeherrschung und Gesetzlichkeit von dem Begriffe der Freiheit unzertrennlich sind, für einen Hecker schwärmen, sobald sie erfahren, daß derselbe sich von der edlen Erhebung der Nation losgerissen, gegen die gewählten Vertreter derselben die Fahne des blutigen Aufruhrs erhoben hat, wie einem Verbrecher gegen die gesetzliche Ordnung geschworen, die Freiheitsrechte, deren sehr geübtes Volk sich erfreut, mit Füßen getreten hat, wie einem Wortbrüchigen, welcher auf den andern Seite des Ozeans so wenig als dieseits zu finden ist. Kein anderes Gefühl als Mitleid oder Verachtung flößt dem Amerikaner eine Rede ein, wie jene, worin Hecker den kläglichen Ausgang seines verbrecherischen und tollen Unternehmens selbst erzählte, seine Freude an der meuchlerischen Ermordung zweier hervorragenden Parlamentsglieder in Frankfurt und die Hoffnung aussprach, daß andere ein gleiches thun würden. Anderen Ansichts ist weder entfernt von Heckers Ideal einer sozialen, rothen Republik. Er versuche es, daß für die Mittel in Bewegung zu setzen, die er in seiner Rede anpreist; er versuche es, den Parlamentsgliedern „den Strick um den Hals, das Schwert an den Nacken, den Schreckenspalen unter die Füße zu legen.“ die Männer, welche das Vertrauen des Volkes in Staatsämter gebracht, als Verräther anzufallen, Jedem, der an seinem Kreuzzuge nicht theilnehmen will, „die Haut vom Leibe zu reißen.“ einen Aufschrei ist weit entfernt von Heckers Ideal einer sozialen, rothen Republik. Er versuche es, dazu

Nr. 116.

Neue Münchener

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Freitag den 10. November 1848.

München, 10. November.

Durch allerhöchstes Dekret vom 2. Nov. wurde der Kommunalrevierförster zu Haßloch Karl Ludwig Besnard auf Ansuchen auf das Aerarialrevier Hardenburg versetzt; durch allerhöchstes Dekret vom 6. Nov. dem Nebenzollamtskontroleur in Füßen Karl Fink die Zollverwalterstelle in Oberstaufen, und Fink's Stelle dem Hauptzollamtsassistenten in Passau Zacharias Singer provisorisch verliehen; durch allerhöchstes Dekret vom 7. Nov. dem Hauptzollamtskontroleur in Zweibrücken Joh. Bapt. Antoine die Hauptzollamtsverwalterstelle in Waldmünchen übertragen; die Eisenbahnassistenten Franz Eschenloher zu Nürnberg und Ernst Baumann zu München zu Offizialen bei dem Bahnamte Nürnberg provis. ernannt.

Deutsche Reichsversammlung.

(110te Sitzung vom 7. November.) Tagesordnung: 1) Ersatzwahl eines Mitgliedes in den Ausschuß für die Geschäftsordnung; 2) Berathung über den Antrag des Abgeordneten Biedermann, das Verhältniß der königl. sächsischen Regierung und Ständekammer zur Zentralgewalt betreffend; 3) Berathung über den Antrag des Abgeordneten Jordan aus Berlin, die Posen'schen Verhältnisse betreffend; 4) Berathung des vom Abgeordneten Fischer, Namens des Ausschusses für die Geschäftsordnung, erstatteten Berichts, über Anträge auf Abänderung der §§. 24 und 32 der Geschäftsordnung; 5) Fortsetzung der Berathung über Abschnitt III. des Verfassungsentwurfs. Vorsitzender v. Gagern. Bemerkenswerth ist die Wiederanwesenheit Karl Welcker's im Hause. Der Präsident zeigt an, daß der in Frankfurt versammelte landwirthschaftliche Kongreß die Mitglieder der Nationalversammlung zu seinen Sitzungen einlade. Vom kgl. preuß. Stadtgerichte Rosenberg (Regierungsbezirk Oppeln) ist ein Schreiben eingegangen, welches unter Mittheilung eines Briefauszugs des Abgeordneten Minkus die Genehmigung der Nationalversammlung zur Einleitung einer Untersuchung gegen Minkus wegen Hochverraths und Aufforderung zum Aufruhr beantragt. An den Untersuchungsausschuß. Reichsminister v. Schmerling verkündet, daß er gestern eine sehr umfangreiche Depesche aus Olmütz, vom 27. Oktbr. datirt, von den Reichskommissären erhalten habe. Die Abendung sei ohne Schuld der Reichskommissäre verzögert worden. Die Depesche sammt den urkundlichen weitläufigen Beilagen wird zunächst dem österreichischen Ausschusse vorgelegt. Darauf verlangt und erhält Welcker das Wort. Bewegung im Hause bei seinem Erscheinen. Unter der gespannten Aufmerksamkeit der Versammlung erbittet sich der Redner in einer der nächsten Tagesordnungen den Raum, um das Benehmen der Reichskommissäre für Oesterreich zu rechtfertigen und sich auf die denselben hier gemachten Beschuldigungen zu verantworten. Zur Tagesordnung übergehend, wird nach einer Bemerkung des Präsidenten über die abzugebenden Stimmzettel folgender Antrag des Abgeordneten Biedermann aus Leipzig der Berathung unterbreitet: „Die Nationalversammlung wolle beschließen: Durch die Zentralgewalt die kgl. sächsische Regierung aufzufordern, ihr Dekret vom 28. August ds. Js.*), das deutsche Verfassungswerk betreffend, zurücknehmen, weil die demselben zu Grunde liegende Ansicht von einer Vereinbarung der deutschen Verfassung zwischen der Nationalversammlung und den gesetzgebenden Gewalten der Einzelstaaten mit dem vom Vorparlament ausgesprochenen und von der Nationalversammlung anerkannten Grundsatz: daß die Nationalversammlung einzig und allein die deutsche Verfassung zu begründen hat, im direkten Widerspruch steht." Schaffrath setzt dem Biedermann'schen von mehr als zwanzig Mitgliedern unterzeichneten Antrage einen anderen präjudiziellen entgegen, nach welchem er die sächsische Angelegenheit, zusammengefaßt mit mehreren and
rath namentlich die österreich
ten Raveaux'schen Ausschuß
gierung lasse sich eigentlich
Grundverfassung des Königr
Recht der Krone ohne Zusti
den dürfe. Von einer wirkl
Spur in ihrem Verfahren.
beschworen, keine Revolutio
könne der Zwiespalt nur du
aber durch einen Beschluß d
eines Dekrets. Dazu gehe
vember zu Ende. Die letzte
Es käme also überdies jede
sich, daß er mit den Ansichte
dürfe und namentlich in den
gesetz allen partikularistischen
gen werden müsse. Allein
nungen des Bundestags als
jetzt auch die Beschlüsse der
ihre verfassungsmäßigen Pfli
Weg einer Verfassungsverän
offen. Auch er erkenne in d
Schlimmeres als eine falsche
haftigkeit. Aber auf der D
denn er wolle damit erreiche
selbst ihre Maßregel zurück
Antrag ausgehe, zu seiner
stimmung entscheidet sich m
ziellen Antrag Schaffrath's.
ist mithin einem Ausschusse
chem Ausschusse? weichen d
einer die Ungeduld der Ve
Endlich wird ein besonderer
der Ausschuß für die Sache
mens des Marineausschusses
gen des Ministers Hrn. Du
lung ꝛc., denen er seine gan
gen Antrag zurückziehe. A
Nationalversammlung wolle
über den Raveaux-Werner'
einzelner Landesversammlun
versammlung übereinstimme
versammlung, im Hinblick
veranlaßt, nochmals ausdrü
entgegenstehende Beschluß
und für sich null und nich
gesetzliche Auflehnung energ
lich präjudizirlicher Antrag
durch die seltsame Stimme
das Zentrum, zur Geltung
mit demselben Glücke. D
Wesendonck, den Grafen
standen sehen, daß der Jor
schuß zu verweisen sei, so
Berathung des Gegenstand
geres und ein weiteres
deutsche Bevölkerung in
Versammlung feindliche V
schlagen, die sie plötzlich
frühern Antrag der linker
auf unbedingte Unterwer
preußische Regierung der
gegengekommen, ändere d
Kräften die gegenbeilige
lung vom 23. Okt. hat
und Entrüstung erfüllt.
Posen vor, welche in d
Empörung gegen den
der Berliner Versammlu
haben wir unserer Pflich

*) Die einschlägige Stelle lautet wörtlich so: „Aber auch zwischen den gesetzgebenden Organen des Bundesstaates und der Einzelstaaten wird eine Einigung für die Feststellung der neuen Verfassung Deutschlands erforderlich sein, wenn diese auf eine Grundlage gebaut werden soll, welche die Bürgschaft der Dauer gibt. Die Regierung gebt dabei von der Ansicht aus, daß der § 2 der Verfassungs-Urkunde und die darin festgestellten Rechte der Stände (nach diesem Paragraph dürfen Rechte der Krone, Pobeitsrechte, nicht ohne Zustimmung der Stände veräußert werden) für sie maßgebend sind, wird jedoch immer eingedenk sein, daß der erstrebten Gestaltung eines kräftigen Bundesstaates Opfer zu bringen sind, und daß ohne dringende Gründe den Beschlüssen der Nationalversammlung die Anerkennung nicht zu versagen, Regierung und Stände in gleicher Weise für ihre Aufgabe erachten müssen."

zu halten gegen eine Regierung, die wir zur unbedingten Unterwürfigkeit unter Deutschland nöthigten und gegen einen gewaltthätigen Volksbeschluß, der an die Stelle der Mehrheitsherrschaft der Nationalversammlung ihre Minderheit legen wollte. Welche Partei des Hauses war es, welche die Souveränetät dieses Hauses am weitesten ausgedehnt, die Macht der Zentralgewalt am unbeschränktesten gestaltet sehen wollte? Die selbst den Hurrah'g der Huldigung am 6. Aug. eine zeremonielle Ordnung vorschrieb? Man könnte sagen die, Wirklich gelehrten, wenn wir noch in der Zeit der Wunder lebten — (Gelächter und Applaus) denn es ist bisexliche Partei, die heute den Parlamentarismus als ihr Banner erhebt — (Unterbrechung, dann zur Linken:) Meine Herren, ich rede zu nicht von Ihnen — die Partei ist's, die, nachdem es ihr fehlgeschlagen, sich durch eine Meuterei in den Besitz und ans Ruder des Fahrzeugs zu setzen, jetzt also ausbietet dies Fahrzeug zu wenden, damit es scheitere. Seitdem die Frankfurter Pfingstwoche vergebend versucht hat, ihre Grundsätze in blutiger Praxis durchzuführen zu debretiren, seitdem ist Frankfurt ein Dorf und an uns Hopfen und Malz verloren. Die Linke findet ihren Zustand so unbehaglich unter dem Einbruche der Jordan'schen Rede, daß sie alle Arten von Unterbrechungen versucht.) Die Berliner Versammlung scheint nun dem Auge dieser Partei mehr behaglich, die blutige Frankfurterstadt der Pfingstwoche in Vollzug zu setzen (Tumult: „Zur Ordnung" will Wenden, der Redner gerufen haben, was der Präsident verneigert.) Ich will damit sagen, daß sich unter den Berliner Linken der zweite Akt der Frankfurter Pfingstwoche vorzubereiten scheint. (Gehört das zur Sache? von der Linken. Ja wohl, aus der Mitte des Hauses). Dann schildert Jordan die Beleidigungen, Drohungen und Mißhandlungen, denen die Berliner Landesversammlung täglich preisgegeben ist von Seiten des, grad herausgesagt, „des Berliner Gesindels". Eine Versammlung, so behandelt, eine Versammlung, in ihren Beschlüssen in anderschwankend von einem Extreme zum andern, wie die Berliner, ist nicht frei und die Anarchie steht in Berlin nicht an der Schwelle, nein sie ist fest mitten in Deutschland und schreitet ihr blutiges Medusenhaupt. „Wie sind die letzte Bollwerk der Freiheit" schließt er; „der Freiheit soll wohl Nacht unten als noch oben hin. Sehen Sie zu, meine Herren, daß den Bureaukratie gleich Polizei erhalten bleibt." (Sturmglocke, lang anhaltender Beifall.) Müller von Oels und mehrere Preußen (Buf: Rahmen!) wollen nach Analogie des Falles mit Bertand Jordan zur Ordnung gerufen wissen wegen der Beleidigungen, die seine Rede gegen die gesetzlichen Vertreter des preußischen Landes enthalte. Graf Reichenbach wünscht in schwerfällig klopfender Sprache, daß seine Freunde von der Linken mehr Ruhe unter Jordan's Rede behauptet hätten, denn Ruhe sei Macht. „Das Berliner Volk ist ebenso gut wie die Mehrzahl des übrigen preußischen Volkes, als das Frankfurter, denn für das erstere hätten die Mehrzahl mit größerer Sorgfalt gewählt. Eine Aeußerung Reichenbach's über die haßbarzische Politik der Zentralgewalt veranlaßt den Präsidenten zu einem Ordnungsruf. Preußen, das bisher eine europäische Großmacht gewesen, strebe natürlich darnach, „seine Freiheit für sich zu haben!" (Zischen von allen Seiten.) Die Berliner Versammlung hat den Beschluß vom 23. Sept. ohne Bedenken gefaßt, und sie hat nur gethan, was sie noch dem Willen der Zentralgewalt zu beugen? Wenn das Haus Hohenzollern seine alte Politik der Reformation und der Freiheit vergäße, wenn es nicht den Absolutismus zerbricht, der noch in seinem Herzen sitzt, dann wird Berlin, dann werden die Massen, dann wird ganz Deutschland für die preußische Nationalversammlung, der Bürgerfreieg entzündet und Deutschland zum Schauplatze der frechsten Greuel werden. Europa's gesammte Reaktion mißbilligt den Berliner Beschluß nicht, er räth ihn aufrecht stehen zu lassen. Er sei ein Deutscher, habe aber slavisches Blut in den Adern — (Gelächter) von der Mutter her. Weil er wisse, daß die Slaven dankbar seien, solle man sie sich zur Dankbarkeit verbinden. Schriftführer Platzner ist der Meinung, daß von dem heutigen Beschlusse das Schicksal Deutschlands abhänge. Auch er meine die linke Seite darauf aufmerksam, wie sie früher einen Irrthum, sei es ein Fürst oder sei er auf dem Volke, für einen Rebellen erklärt habe, der „zermalmt werden müsse". Die Fahne des Parteilarismus sei aber erhoben worden nach dem Prinzip, daß die Freiheit höher zu achten sei, als die Einheit. Diesen unpatriotischen Grundsatz unterziehen er seiner Kritik und weist der Linken nachsichtig nach, in welche Widersprüche sie sich täglich durch ihren Mangel an allen Konsequenz verwickele, durch ihren Mangel an Inhalt und durch die Macht unerlaubter Mittel. Der Reichsminister des Innern hat erklärt, daß er den Berliner Beschluß als gar nicht verbanden betrachte. Seine Maßregeln müssen mit voller Kraft unterstützen und vertrauen wir dem Volke, es wird bald erkennen, daß die Reinde seiner Einheit, auch die Feinde der Freiheit sind. Reh von Darmstadt hält seinen neuen Beschluß der Versammlung für nöthig; denn es seien die früheren, alle meinen, bestimmt genug gegen Beschlüsse vorhanden. Die Zeit werde nur vergeudet durch dergleichen müßige Berathungen, in denen Inhalt er nichts zu erkennen vermöge, als Parteileinbeitsgelüsten. Er brauchrage daher Uebergang zur einfachen Tagesordnung. v. Brenning aus Anchen weist die Aeußerung des Grafen Reichenbach auf und Schließen wenigstens in Bezug auf seine Beschlusse beharren werde, gleubt Breuning nicht. Dazu habe der Berliner Beschluß noch keine Gültigkeit, wohl aber der Beschluß der deutschen Nationalversammlung. Um dem Reichsministerium die moralische Unterstützung zu gewähren, deren es bedürfe, empfiehlt er die „motivirte" Tagesordn

Bayern. — München, 9. Nov. Gestern verstarb dahier der Generalmajor Deyrer, der sich besonders im Fache der Artillerie Verdienste erworben hatte.

Regensburg, 8. Nov. Im Jahre 1749 am 8 Nov. kam Alexander Ferdinand Fürst von Thurn und Taxis als kaiserlicher Prinzipalkommissär nach Regensburg und seit dieser Zeit hatte dieses fürstliche Haus dahier seinen ständigen Sitz. Heute am hundertsten Jahrestage dieses für unsere Stadt wahrhaft segensreichen Aufenthaltes brachten die beiden Gemeindegremien Sr. Durchl. dem Herrn Fürsten Maximilian von Thurn und Taxis den Dank der Bürgerschaft, so wie die Wünsche für das Wohl des fürstlichen Hauses dar. Es war dies gewiß der Gesinnungsausdruck der gesammten Einwohnerschaft. Die Offizierkorps der Linie und der Landwehr machten hierauf die Aufwartung, und die Gewerbsinnungen der Stadt bezeugten ihre Anhänglichkeit durch einen festlichen Zug. (Regb. Z.)

Württemberg. — Stuttgart, 7. Nov. Wir hören, daß in den letzten Tagen die bayerische Regierung ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, zu einer Verbindung der bayerischen und württembergischen Eisenbahnen bei Ulm die Hand zu bieten, unter der Bedingung, daß auch Baden endlich zur Verbindung seiner Bahnen mit den württembergischen sich herbeilasse; da Bayern auf die nächste Verbindung seines Hauptlandes mit Rheinbayern das höchste Gewicht lege. Ebenso hören wir, daß die Vermessungen für eine doppelte Eisenbahnlinie nach Baden hin, für eine östliche: Stuttgart-Pforzheim über Leonberg, und eine nördliche: Heilbronn-Wiesloch-Heidelberg vollendet seien, und als Resultat die Ausführbarkeit jedoch mit bedeutenderen Kosten als die einfache Verbindung (wie früher im Plan war, blos über Bretten) ergeben haben. Möge endlich einmal die Hand an die Verbindung gelegt werden!

Bürrach, 6. Nov. Heute ist das 4. k. bayerische Jägerbataillon hier eingerückt und wird morgen über Salgau nach Sigmaringen abmarschiren, um das dort in Besatzung liegende k. bayerische Leibregiment abzulösen. (S. M.)

Reußische Fürstenthümer. Nach Berichten aus Gera scheinen die Einwohner des Fürstenthums Reuß jüngerer Linie, nach Abdankung ihres seitherigen Fürsten Heinrich 72., keineswegs geneigt, die Herrschaft des Fürsten von Reuß-Schleiz älterer Linie anzuerkennen. Man trägt sich nämlich mit dem Plane, das Land für reichsunmittelbar zu erklären. Der konstituirende Landtag zu Gera hat in diesem Sinne folgende Beschlüsse gefaßt: „Das Fürstenthum Reuß j. L. bildet einen unmittelbaren, selbstständigen Theil des deutschen Reichsgebietes. Die für die Verwaltung des Staates nöthig werdende Organisation wird durch das Gesetz bestimmt." (Bamb. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Laut der Ofen-Pesther Zeitung vom 2. November fährt die provisorische Regierung fort, Bataillone zu errichten, Stabs- und Oberoffiziere zu ernennen, und alles Dieses im Namen oder vielmehr gegen nachträgliche Genehmigung des Königs. Die ungarischen Festungskommandanten, welche die Festungen für den König vertheidigen, und an die ungarischen Streitkräfte nicht übergeben wollen, werden als Rebellen bezeichnet. — Der ungarische Unterstaatssekretär Franz Pulszky zeigt aus Parendorf unterm 27. Oktober der provisorischen Regierung in Pesth an, daß der vom Präsidenten Kossuth in das Hauptquartier des Fürsten Windischgrätz abgeschickte Parlamentär Oberst Ivanka von Seite des Marschalls mit den Worten; „mit Rebellen unterhandle ich nicht" wieder entlassen und sodann im Hauptquartier des Banus Jellachich mit dem Bedeuten, daß auch der kroatische Parlamentär Flügeli im ungarischen Lager als Gefangener behandelt wurde, zurückbehalten worden sei. Die Depesche, welche Ivanka dem Marschall überbrachte, ist aus dem Hauptquartier des ungarischen Armee zu Parendorf (an der österr. Grenze) vom 25. Oktober und durch Kossuth unterzeichnet. Dieses weitläufige Dokument bezeichnet den Vorgang gegen Ungarn als gesetzwidrig, den Banus Jellachich als einen Verräther und Empörer, den Fürsten Windischgrätz, weil er das Korps des Banus in seine Armee aufgenommen, als Theilnehmer der Empörung, und protestirt sowohl gegen die Ernennung des Marschalls zum Befehlshaber der in Ungarn stehenden Truppen als überhaupt gegen jede feindselige Operation gegen Ungarn mit der schließlichen Aufforderung an den Feldmarschall, die Belagerung Wiens sogleich aufzuheben und die Armee des Banus zu entwaffnen. —

In der Repräsentantensitzung vom 31. Oktober berichtet der Präsident, daß 96 ungarische Husaren 8000 Wallachen in die Flucht gejagt, 200 von ihnen niedergemacht, jedoch die Uebrigen wegen Müdigkeit nicht weiter verfolgt haben. Selbst den Landtagsdeputirten schien dieser Vorfall nicht ganz glaubwürdig. — Ueber den aus Gallizien nach Ungarn eingedrungenen kaiserlichen General Simonich, der gleichfalls als Rebell bezeichnet wird, meldet der Landesvertheidigungsausschuß, daß derselbe bis nach Trentschin vorgerückt sei, während die Preßburger Zeitung vom 30. Oktober bereits sein Eintreffen in Neustadt an der Waag (auf der Heerstraße nach Preßburg zwischen Trentschin und Tirnau und von letzterer Stadt nur einige Stunden entfernt) bestätigt.

Szegedin, 19. Okt. Rozsa Sandor, der berüchtigte Räuberhauptmann, wurde, wie wir erwarteten und hofften, pardonirt. Als dieß vorgestern dem Volke bekannt gemacht wurde, weilte Rozsa schon in unsern Mauern. Auf jedem Schritt folgen ihm Tausende von Menschen; Jeder will den gewesenen Räuberhelden sehen. Sein Aeußeres ist durchaus nicht bewundernswerth, aber seine Geschicklichkeit und sein Verstand rettete ihn oft aus den Händen der Gerechtigkeit. Gebe Gott, daß er der Abd-el-Kader Ungarns werde, denn wird mit 150 Mann in das Zeitung." — Wenn man Vaterlandes Räuber den Hä dann wissen wir nicht, wer gerettete Land der Magyaren

In Nordungarn erregte 14,000 Mann sei im Anmar Truppenmacht, hieß es, we Donau vorrücken. General S rate eingefallen, und behaup Hartmann genommen worden

** Bei Bergamo, 4. Brescia die Nachricht von troffen. In den hiesigen Ver Das Gebirg wird durch zer In der Stadt ist keine Ruhe Comersees kommandirt Gener von der Division Fürst Fr 3½ Bataillons und 1½ B wo die Thäler von Chiavenn lichen Ufer kommandirt G. D korps, sein Hauptquarter dür schiffe ganz zur Disposition Sardinien und mit Frankreich zu einem Ende zu kommen Ereignisse wegen verloren, sollten uns wohl die englisch denn man verlangt der Wa tervention nicht gebroche von Mailand kommt, sagte, druck gemacht haben. Di Brüder zur Rettung der Mo und wahrer Freiheit. Die f

Die Grenzzeitung von führung des außerordentliche Hrn. Heckscher, beim Kön

Bern, 5. Nov. Soeb Eröffnung der eidgenössische Zug ging unter dem Geläut durch Spaliere von Studen Rathhause weg. Aus sehr Fahnen, mitunter uralte, an Alterspräsident, Hr. Landamm

* Paris, 3. Novemb ſpuckt, trotz aller Exorzisation Proudhons, Ledru Rollins Horizont uns noch immer h mel dieses unglücklichen Lan Zustände, doch glauben sie n zu unterscheiden, nenne. We oder weniger Erfolg in den sind alle Zeitungen voll Nationalversammlung ein von sich gegeben. Hr. Feli somit Landsmann der h Dudevant, vulgo Georges übernommen, den das Jour keit als akademischen Unver ein mittelmäßiger Litterator, großes Genie hält. Er hat ger Poesie als revolution Stück „der Lumpensammle theatralischen Lumpen aus Thalia herrschen, ist, und du worden und vorzüglich gute der Dummheit die „darin er Respekt vor dem spuerenäer ler machte ungeheures Fur krawall die Republik herbeif schen Künste zum Deputirt in dem ehemaligen Palais ab. Gestern legte er in Le bot er die ganze Kunst ein besprochene Recht auf die vortrefflich uniformirter Ph haben seit dem Februar zähligen Masse von Phraje Milizen eben so wenig Crociati. Er

aber bei Phrasen bleiben wird, ob die zur Verzweiflung getriebenen Rothen nicht noch einmal eine Schilderhebung versuchen werden, dafür kann gewiß selbst Hr. von Cavaignac nicht, geschweige ein einfacher Korrespondent der Neuen Münchner Zeitung steh'n.

|| **Paris**, 4. Nov. Ich kann nicht umhin, Ihnen die folgende Thatsache mitzutheilen, welche auf die Hoffnungen der Napoleonisten ein sehr klares Licht wirft. Wir haben heute den 4. November; am 10. Dezember soll die Präsidentenwahl vorgenommen werden, und — setzen schon jkrulitte in der Nationalversammlung eine Ministerliste, für den künftigen Präsidenten Ludwig Bonaparte! Es ist in diesem Jahre allerdings des Erstaunlichen viel vorgekommen, sowie auch viele Ministerkombinationen gemacht worden sind; allein, der Fall, daß man bereits für einen erst in 5 Wochen zu wählenden Präsidenten eine Minister bereig in der Tasche hat, und noch mehr, daß man in der Nationalversammlung an die Möglichkeit der Minister in spe glaubt, das übertrifft alles, was bis jetzt in der politischen Hexenküche Paris gebraut und gekocht worden ist! Hier ist die Liste! Odilon Barrot Vizepräsident. Auswärtiges: Molé: Krieg: Marschall Bugeaud; Finanzen: Achilles Fould: öffentlicher Unterricht: Tocqueville: Justiz: Berryer: Inneres: Léon de Malleville; öffentliche Arbeiten: Remusat; Marine: Dupetit-Thouars. Sie sehen, daß sämmtliche Herren, mit Ausnahme Berryers von Louis Philipp nicht schöner hätten vereinigt werden können!!! Diese unerkannten Royalisten sollen das Ministerium des künftigen Präsidenten der Republik bilden! Allein nicht genug, daß man bereits das Ministerium des künftigen „Herrschers" bildet, man setzt ihm bereits Gränzmarken für die Zukunft gemacht haben! So sollen Herr Abbatucci, aber Herr Portes, oder Herr Boulay (v. d. Meurthe) zum Seinepräfekten, Changarnier zum Kommandanten der Nationalgarde, Oudinot zum Kommandanten der mobilen Garden, Marschall Molitor zum Großkanzler der Ehrenlegion, Lamoricière zum Gouverneur von Algier ernannt sein! Bei der Geschichte, will mir Sancho Pansa und die Insel Barataria gar nicht aus dem Kopfe, so sehr ich auch davon überzeugt bin, daß Ludwig Napoleon auf eine bedeutende Anzahl von Stimmen rechnen kann. Die Oberflächlichen, zum Theil die Linke, die eigentlichen Napoleonisten, und diese Bauern, die unruhigen Köpfe, sind für ihn — allein es ist bei der stolzen Siegesbotschaft des Prinzen nur eines außer Anschlag geblieben — daß es noch andere Parteien im Lande gibt, daß wohl eine der zahlreichsten den Gen. Cavaignac als Kandidaten aufstellen wird, und daß es endlich noch eine legitimistische Partei gibt, die für den Fall eines voraussichtlichen Unterliegens, ihre Stimmen lieber dem General Cavaignac, als dem Napoleoniten geben wird!! Interessen, was der Mensch wünscht, das glaubt er, und auf diesen guten Glauben hin, hat man Minister, Präfekten und Generale ꝛc. ernannt! Am Ende wäre das gleichgültig, allein der Punkt, daß die Nationalversammlung die oben erwähnte Ministerliste für annehmbar hält, ist für die Zustände in Frankreich bezeichnend! Schließlich nur noch das, daß man neben dem General Changarnier gleichfalls als Kandidaten für die Präsidentschaft aufstellt.

** **Paris**, 5. Nov. Furcht und Schrecken ergriff gestern Abends die Pariser, als um 6 Uhr auf einmal Kanonendonner erdröhnte. Man hielt die Schüsse für Alarmzeichen. Unruhe, Bestürzung malte sich auf allen Gesichtern des zahlreich in den Straßen verbreiteten Volkes: aber es sollten nur Freudenschüsse sein aus Anlaß der Annahme der Konstitution. Das Publikum hatte an diese gar nicht mehr gedacht, und wurde durch diese im ersten Augenblick bestürzende Ueberraschung erst wieder daran erinnert. Das Mißverständniß ist also aufgeklärt, aber immerhin ist es ein schlimmes Ding, den Leuten Schrecken einzujagen, wenn man ihnen eine Freude zu machen gedenkt. — Die hier versammelten Rothen aus allen Theilen Europa's, Polen, Franzosen, Italiener und Spanier, eine gute Zahl Deutsche nicht zu vergessen, hatt der leitende Ausschuß für alle Unternehmungen aller politischen und sozialen Umwälzungen in ganz Europa, tafeln heute zusammen an der Barriere du Mont-Parnasse unter dem Präsidium des Hrn. Ledru Rollin Die Rothen vom reinsten Wasser aller Länder sind da vereinigt. — Hr. Thiers hat offen von seiner Gemeinschaft mit Ludwig Bonaparte sich losgesagt.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag, 10. Nov.: „Die Valentine", Schauspiel von G. Freytag.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Breusing, Kaufmann, von Herford. Rodha, Kaufmann, von Düren.

Gold. Hirsch. Graf v. Breton, aus Italien. Bauer, Kaufmann, aus Italien. Robert, Kaufmann, aus Frankreich.

Hotel Maulik. Graf und Gräfin Crisolfi Serbelloni, aus Mailand. Graf v. Zuzger, von Blumenthal. Weber, Bürgermeister, von Neuburg. Graßenegger aus Unterberg, Partikulier, von Neuburg. Siegismayer, Apotheker, von Neuburg. Mad. Jaquet, Partikulière, von Wien. Baron v. Münchhof, Hüttenbesitzer, von Wien. v. Hartman, Gutsbesitzer, von Landau. Schäfer, Kaufmann, von Frankfurt.

Gold. Kreuz. Victorelli und Riaste, Studirende, von Bozen.

Gold. Hahn. Brandeis, Rentier, von Regensburg. May, Assessor, von Wiesbaden. Schwarz, Kaufmann, von Frankfurt. Brüsling, Partikulier, von Osterbach. Geisler, Künstler, von Florenz. v. Crailsheim, Kommissär, von Berlin. Fräulein v. St. Georg, von Genève.

Blaue Traube. Guthard, Kaffier, von Bigmarionen. Kahl, Gerichtsdiener, von Kleinschebach. Reichert, Gerichtsdiener, von Stelzagaden. Harrison Page, Rentier, aus England. Achenbach, Privatier, von Smyrna Schell, Beamter, von Rosenheim. Hasenberg, Privatier, von Gotha. Wentzing, Rentier, von Wien. Baron a. Münch, von Augsburg. Baron v. Stravenroth, von Posen. Menger, Kaufmann, von Hanau. Hertel, Kaufmann, von Nürnberg.

Stadtwaggarten. Pettenberger, Bierbrauer, von Meiningen. Meisterhofer, Kaufmann, von Nürnberg. Endres, Kaufmann, von Würzburg. Müller, Studirender, von St. Gallen. Fürstenberger, Pfarrer, von Ebersdorf. Mosbeck, Privatier, von Rentier, von Kreiner, Studirender der Mathematik, von Ellingen.

Getraute in München.

Die Herren: Michael Friedrich Wilhelm Steinberger, königl. Staatsrath-Substitut von hier, mit Wolfburga Theresia Stieler, Ordonanz-Offiziers-Tochter von hier. Hermann Julius Robert Franz Seraph von Stich, königl. Grenzobertontroleur in Neubeuern, mit Frl. Josefa Christina Maria Amalia v. Goeb, General-verwaltertochter der königl. Posten und Eisenbahnen von hier. Anton Probstmeier, Badwärter von hier, mit Maria Theresia Göppl, Braumeisterstochter von Kelheim. Johann Nepomuk Lorenz, Gutsbesitzer zu Dalsenhofen, Lgs. München, mit Katharina Wallet, Inwohnerstochter von Erlenstein. Franz Xaver Perl, bürgerl. Tuchscherer, mit Melanda Troger, Maschinenstochter von der St. Anna Vorstadt. Ludwig Dalser, Funktionär bei der königl Salinen-Administration dahier, mit Maria Kitzl, Professorstochter von Neuburg. Johann Baptist Schmaus, bürgerl. Hausbesitzer von hier, mit Barbara Biedermann, bürgerl. Maschinen-Schlossermeisterstochter von hier. Karl Leutner, Weber von hier, mit Katharina Kölzig, Weberswittwe von hier.

Gestorbene in München.

Johann Maierhofer, Privatier von Friedberg, 67 J. a. Xaverius Seidel, Schneidersgeselle von Thalkirchen, 16 J. a. Anna Maria o. Mößenhausen, pens. königl. Truchsessgattin, 71 J. a. Katharina Bolanbäs, bürgerl. Gartnerswittwe, 61 J. a. Michael Herzog, Kranzlhändler, 56 J. a. Friederike Bopetius, königl. Fortmeisterswittwe von Weißingen, 87 J. a. Katharina Barzaffaller, königl. Hofkastellerstochter, 70 J. a. Josef Wittenberger, ehemal. maschinister Thorwärter, 66 J. a. Josef Fetz, a. Dompaper, königl. Kämmerer, geheim. Rath und Staatsrath ꝛc. ꝛc., 66 J. 9 M. a.

Bekanntmachung.

233. Die unterfertigte Kommission hat aus spezziellem Auftrage des königl. Appellationsgerichts-Direktoriums den Schreibmaterial-Bedarf des königl. Appellationsgerichts von Oberfranken für das Jahr 1848/49 im Wege der öffentlichen Akkorde von dem Wenigstnehmenden zu bethätigen, weßhalb zu diesem Zwecke auf

Donnerstag den 23. November l. Js.,

in einem Kommissionszimmer des königl. Appellationsgerichts dahier Vormittags 10 Uhr Termin anberaumt ist, wozu die Akkordanten mit dem Bemerken eingeladen werden, daß wenigstens 14 Tage vor dem Termine Proben von allen nachzuannamen zu kaufenden Gegenständen, und zwar von bester Qualität vorzulegen sind, damit nach der zu geschehenden Auswahl der Strich begonnen werden kann.

Die Genehmigung des königl. Direktoriums bleibt vorbehalten, und die Vornahme geschieht sogleich nach erfolgter Genehmigung.

Der Bedarf besteht in folgendem:

a) 4 Buch vom sogenannten „pro patria"
b) 4 Ris 3 Buch Briefpapier;
c) 112 Ris 12 Buch Betin-Kanzleipapier, zweierlei Gattung;
d) 35 Ris 6 Buch Konzeptpapier;
e) 24 Ris 3 Buch Packpapier;
f) 12 Ris 6 Buch Lektirpapier;
g) 175 Stangen Siegellack;
h) 220 Stück Bleistifte;
i) 106 Stück Rothstifte;
k) 390 Buch Federn;
l) 868 Knauf Bindfaden (etwa 124 Pfd.);
m) 62 Federmesser (dreierlei Quantität);
n) 84 Pfund Stipp;
o) 2 Pfund Blauen und weißen Faden.

Bamberg, den 5. November 1848

Königl. Appellationsgerichts-Kommission.
Zeichler,
königl. Appellationsgerichts-Sekretär.
Schrel.

193. Es wünscht Jemand gegen wochentliche Zurückbezahlung von 2 fl. ein Darlehen von 50 fl. D. Uebr.

Berichtigung.

232. Der Aufsatz: „Das Parlament in Frankfurt und die Rothen der Linken" (in der Beilage Nro. 113 der Neuen Münchener Zeitung) enthält einen auffallenden Druckfehler, und zwar in der Zeile, welche eine Anmerkung der Redaktion veranlaßte. Jene Zeile heißt: „weil gerade hierdurch ihre zwei Kammern verloren gehen", soll aber heißen: „weil gerade hierdurch ihre erblichen Kammern verloren gehen".

Druck der Dr. G. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint diesen Nachmittag 14 Uhr.

Die österreichische Armee.

S „Den Tag möcht' ich erleben, wo die Armee Oesterreich rettete," sprach der alte Radetzky.

Wir setzen ab von der manchmal aufgeworfenen politischen Frage, ob der bisherige Verband eines Reiches, dessen Auflösung eben nur sein ultima ratio entgegen zu arbeiten im Stande ist, überhaupt noch gerettet werden kann, und geben uns ganz dem herzerschütternden Gefühle hin, zu hören, wie jener Ausbruch so vollständig, so formgetreue mitten hineinklingt in das wirrseitige Getümmel der die teutsche Kaiserherrschaft durchschwärmenden journalistischen Nachwuchs und parlamentarischen Abstraktionen.

Wir sind auch so engherzig nicht, daß wir, wie die römischen Augurien, unsere Auspizien darauf stellten, ob die Vögel von rechts oder von links vorkommen; nein, gestehen wir es offen, auch von der rechten Seite und dem Zentrum wankt so mancher blinde Lärmdrink in die Luft gelandt, dessen hohler, einnervirter Klang und an die allgemeine Krankheit unserer Zustände erinnert. Wie hätte es jemals so weit kommen können, als es kam, ohne die totale Kopflosigkeit der Konservativen? Auch sie trifft ein Theil der Schuld daran, daß die vier Oefer, deren Blut nach Sühne ruft, gemordet werden konnten.

Während die Thüren in ihrem Idealismus so treit gehen, daß sie in den verhängnißvollen §§. 2 u. 3. der besseren Anordnung eines als lombardirt Ganzes bisher nur in dem, wenn auch noch so reinen Enthusiasmus ihrer Abstraktion bestehenden Reiches zu biebe, die Hauptstütze eben dieser ihrer Lieblingsidee, den neuerstandenen Reiche ein kräftiger Wall gegen seine barmächtigsten Feinde werden sollte, absichtlich zerrinnern, so wagt der Realismus der Andern in seinen verschiedenen Farben, in der Spannung des Demokratenkongresses in Berlin seinen Jüngern verkündete „das Volk habe nur auf die reine Anarchie seine Hoffnung zu segen." Seken wir dagegen, wie eine aus den verschiedensten, sich im Augenblick zum Theil feindlich gegenüberstehenden Volksstämmen — um mich des ironischen Ausdrucks zu bedienen — zusammengelaufene Masse, deren Meinung das getannen Wachsen nicht auf der glänzenden Seite steht, in deren oberster Leitung bis vor Kurzem die Pedanterie und der Nepotismus fast spruchwörtlich waren, die in ihren Unternehmungen von den schlimmsten Prophezeiungen begleitet und mit den mannigfachsten Verleidungen zum Abfall angegriffen wurde, trotzdem von einem so einmüthigen Geiste beseelt ist, daß sie bei allgemeiner Rathlosigkeit aller übrigen Kräfte auf Erhaltung des äußern und innern Integrität ihres bedrohten Vaterlandes mit eiserner Konsequenz beharrt, so halten wir eben hierdurch die anfangs angedeutete Frage für entschieden; denn ein Reich, dessen mannigfache Elemente in einem so gewaltigen Kampfen Ganzen, wie Oesterreich's Armee ist, zu der gesteigertsten Festigkeit und Einmüthigkeit sich verbinden, ein solches Reich in seinen verschiedenen Elementen nicht willkürlich zusammengetrieben, diese zusammen durch eine innere Nothwendigkeit, durch die Gemeinsamkeit ihrer Aufgabe in der großen Wechselkette der Geschichte, durch gleichmäßige politische Erziehung zu einem Ganzen verbunden sein, und wer ihre staatliche Vereinigung eigenmächtig ungestallen wollte zu dem mongolischen Prinzip gegen Personalunion, der gerathe sich an den Gelegen der Geschichte, irregeleitet durch die angeblische Gefährdung der nationalen Entwicklung, welche im Gegentheil durch eine eigenmächtige Trennung in ihrem naturgemäßen Lauf gestört würde, denn in Oesterreich ist jener eigenthümlich modifizirte Gesammtstaat gerade das Wolksthümliche und eine Trennung nach Nationalitäten nur die Abstraktion einzelner Köpfe.

Als im Februar 1810 in Paris Murat seine Verwunderung ausdrückte, daß Oesterreich ein so leichtes Fieleen, daß ihm überhaupt noch ein Friede vergönnt worden, sahr Bonaparte ihn an: „Schweigt! Ihr habe die Oesterreicher von Ayern nicht gesehen, also habe Ihr gar nichts gesehen"

Und zu Frankfurt hatte man die Oesterreicher von Rivoli um Sommacampagna nicht gesehen.

Es liegt wirklich und sag zu allen Zeiten in diesen Schaaren eine wahrhafte volksthümliche Kraft, sie selbst des Hoffnungsstrahles Kopflosigkeit nicht gänzlich schwächen und die bewunrenen Fesseln des alten „Regolamento" von Hofkriegsrathsstylisten nicht ganz erstarren können. Es lebe in ihm auch in den trostlosesten Momenten ein nie verzweifelnder Muth, ein soldatischer Geist par excellence, der in den Reihen der Armee selbst da nicht erlosch, als Friedrich's II. Genie mit der „Potsdamer Wachtparade" die Rathlosigkeit des Feldherrnrathes bis zum Wahnsinn steigerte und Kürst Lobkowitz erklärte, Kanonen und Ungarn habe er 6500 Mann und 2500 Reiter beisammen, aber ohne englisches Geld könne er keinen Mann mehr aufstreiben," — eine kameradschaftliche Gesinnung, die auch im höchsten Glück des unglücklichen Waffenbruders nicht vergißt, wie der edle Schwarzenberg auf dem Leipziger Siegesboden seines unglücklichen Lehrers Mack mit einer Bitte beim Kaiser gedachte.

Der Ingrimm, mit welchem die angemaßte Gegenwie Wiens alle Reihen der österreichischen Armee erfüllt, ist nicht das begreiflichste Zeichen der Söhnerschaft, welche mit dem Sturz ihres Brodherrn auch sich vernirt sieht; auch ist es nicht slawische Intrigue, noch vermöchte die schlauste Kamarilla mit aller ihrer Kunst in eines Menschen Herz so tiefen Haß anzufachen — es ist der gesunde Geist der Oesterreicher, welcher eben in dem Herrenband eine Schutzwehr fand gegen das anstrebende Gift der modernen Demagogie, wie es auch in ihm eine finden wird gegen die Verlockungen panslawistischer Umrieche, welche in ihren Organen bereits gegen das hereinbrechende Säbelregiment in die Lärmpositune stoßen. Es ist der in ungetrübter Gesundheit lauter und rein erhaltene Wachsinn, der sich hier empört gegen den ungeheuren, durch die moderne Pest angesteckten feiner Mitbürger und auch das Gift ausbrüten wird bis auf den letzten Tropfen. Und dieser durch und durch gesunde Geist, dieß ist der Schlüssel zu dem sprichwörtlich gewordenen „Märrchen des Hauses Oesterreich," das auch jetzt wieder Oesterreich retten wird, wie so oft in frühern Zeiten.

Aber auch dieses allein nur wird es können, ohne ihn werden alle konstitutionellen Experimente Oesterreichs Untergang nur beschleunigen.

Glauben Sie nicht, diese Zeilen seien eingegeben durch den kolossalen Eindruck der Feuerschlünde des Fürsten Windischgrätz, ohne sie sind entsprungen der reinen Freude darüber, die leren Abkömmlinge unserer Ahnen-Bollwerker, deren Hochmuth die organisch sich entwickelnde Geschichte in das felsbizmachte Geleise ihrer nächternen Phantasie eingwängen möchte, durch ein kräftiges Argumentum ad hominem auf ihr Recht zurückgeführt zu sehen. —

Deutschland.

Frankfurt, 5. Nov. Der Entwurf zum Reichsgericht lautet wie folgt: Artikel I., §. 1. Die dem Reiche zustehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichsgericht ausgeübt. §. 2. Zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören: a) Streitigkeiten zwischen der Reichsgewalt und den Einzelstaaten über den Umfang ihrer Befugnisse. b) Streitigkeiten über Verfassung und politische und rechtliche, zwischen den einzelnen deutschen Staaten. Gewährte Austräge sind nur zulässig, in soweit durch die Entscheidung der Streitfragen ein Reichsinteresse nicht berührt wird. c) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den einzelnen Staaten. d) Streitigkeiten zwischen der Regierung des Einzelstaats und dessen Volksvertretung über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfassung. e) Beschwerden der Angehörigen eines Einzelstaats gegen die Regierung desselben, wegen Aufhebung oder verfassungswidriger Veränderung der Landesverfassung. f) Klagen gegen den Reichsfiskus. g) Klagen gegen deutsche Staaten, wenn die Verpflichtung, der Forderung theilige zu leisten, zwischen mehreren Staaten zweifelhaft oder bestritten ist, dergleichen, wenn die Vollstreckung mehrere Staaten betrifft nicht. h) Streitigkeiten über die Anklagen gegen die Reichsminister wegen Verletzung der Reichsverfassung, sowie wegen aller im Gesetze über die Verantwortlichkeit der Reichsminister genannten Verbrechen. i) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Minister der Einzelstaaten wegen Verletzung der Landesverfassung, insofern nicht ein Gerichtshof des Landes angeordnet worden kann. k) Strafgerichtsbarkeit mit Urtheilsfindung durch Geschworne über die Dienstverbrechen und Vergehen sämmtlicher Reichsbeamten. l) Strafgerichtsbarkeit mit Urtheilsfindung durch Geschworne in den Fällen des Landes- und Hochverrathe gegen das Reich. m) Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn die Landesgerichte Artikel verschöpft sind. n) Streitigkeiten zwischen dem Staatenhaus, dem Volkshaus und der Reichsregierung, welche die Auslegung der Reichsverfassung betreffen, wenn die streitenden Theile sich vereinigen, die Entscheidung des Reichsgerichts einzuholen. §. 3. Ueber die Einsetzung und Organisation des Reichsgerichts, über das Verfahren und die Vollziehung der richtigen rechtlichen Entscheidungen und Verfügungen wird ein besonderes Gesetz ergehen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 5. Nov. Verein zum Schutze deutscher Arbeit und Arbeiter. Diese Bezeichnung haben sich die hier versammelten Industriellen in ihrer gestrigen Versammlung beigelegt. Zum Präsidenten des Vereins ist der junge Fürst von Hohenlohe-Oehringen ernannt, und in den Staaten die Aufnahme von Handwerkern und Arbeitern beschlossen. (Nach dem „Mannheimer Journal" sind auch Dr. v. Kerdorff und Dr. Vögel von Augsburg in den Vorstand gewählt.) « Wir zweifeln nicht, daß besonders dieser letzte Beschluß von Seiten der zahlreichen Arbeiter gebührend gewürdigt werden wird. Sie sollen mit den übrigen Vereinsmitgliedern gleichberechtigt sein, und haben also das Recht, Anträge für ihre Wünsche und Beschwerden zu stellen. Außerdem wurden von einem Mitgliede, auf Veranlassung des Hrn. Gustav Bleibtreu, ein Antrag auf Errichtung von Hülfskassen für Arbeiter gestellt. Hr. Bleibtreu will, wie er in seinem schriftlich mitgetheilten Antrag erörtert, die engen Beziehungen zwischen der sozialen Frage und der volkswirthschaftlichen bei den Berathungen nicht aus Auge gefaßt sehen. Er weiset die Unbrauchbarkeit des Theilnahme des Arbeiters an den Geschäftsergebnissen nach, räumt aber eine gewisse solidarische Verpflichtung der Arbeitgeber ein, den Arbeiter vor den gröbsten Wechselfällen des Lebens sicher zu stellen, und verlangt erhebliche Beiträge Seitens der Arbeitgeber und des Staats, so wie eine gesetzliche Bestimmung über ein Minimum des Tagelohns. Es verdient wohl bemerkt zu werden, daß der Antragsteller selbst Arbeitgeber, Herr Bleibtreu ist Alaunbergwerksbesitzer aus Bonn. (Frkf. J.)

Bayern. — Würzburg, 6. Nov. Gewiß ist in keiner Stadt der katholischen Welt das jährliche Dankfest so hochfeierlich abgehalten worden, als in der alten Frankenstadt. Schon am frühen Morgen strömten die Gläubigen zahlreich dem Dome zu, wo um 7½ Uhr Pontifikalamt

und Dompfarrer Dr. Göz eine die hohe Bedeutung des Tages in begeisternden Worten umfassende Festrede hielt, die sicherlich in den Herzen aller Anwesenden den lebhaftesten Anklang fand. Nach 8 Uhr erschien Se. Eminenz der Kardinal und Fürstenbischof von Schwarzenberg, und wurde vom hohen Domkapitel in gebührender Weise empfangen. Alsbald setzte nach dem Pange lingua der festliche Zug sich in Bewegung, voran in andächtiger Stille die Kleinen, die der Herr auch selbst zu sich gerufen, dann ein Theil der Bruderschaft, die Zünfte mit ihren Fahnen, die Zöglinge des Schullehrerseminars, die Ordenschristlichen, die hier anwesenden Alumnen des bischöflichen Seminars, die bischöflichen Kapläne, die Theologen und Domkapitularen der verschiedenen Diözesen, das hiesige Domkapitel, der hochwürdigste Celebrant mit dem Sanktissimum, begleitet von einer Abtheilung des hiesigen Bürgermilitärs. Unmittelbar hinter dem Celebranten erhielte man in tiefer Andacht die ehrwürdigen Gestalten der anwesenden Erzbischöfe und Bischöfe, die Pfarrgeistlichkeit unserer Stadt, während die übrigen Bruderschaften und die unabsehbare Reihe der Gläubigen den Zug schlossen. Majestätisch tönten die Glocken von den Thürmen des Domes herab, während der festliche Zug sich durch die Straßen der Stadt bewegte, und in ihren hellen Klang mischten sich die Jubels und Dankgefänge der Gläubigen. — Beim Eintritte in die Domkirche waren unmittelbar die Ertheilung des Segens an der Hauptwache und die feierliche Absingung des Te Deum am Schlusse der Prozession. Unvergeßlich wird dieser Tag den Bewohnern Würzburgs bleiben und den vielen Tausenden, welche vom Lande hereingeströmt waren. Bemerken will ich noch, daß wegen des Einzuges der Alumnen die Sitzungen der Bischöfe nächstens nicht mehr im Akrikalseminar, sondern im Residenzsaale des Franziskanerklosters gehalten werden. — Auch wird der seitherige Stadtpfarrer zu Kassel Dr. Köhr, welcher vom heil. Vater als Bischof von Fulda bestätigt ist, in wenigen Tagen hier erwartet. (Aschaffenb. Ztg.)

Baden. — Karlsruhe, 6. Nov. (98. Sitzung der 2. Kammer.) Allgemeine Berathung über Tennigs Kommissionsbericht, das Budget des Eisenbahnbaues für das Jahr 1848 und 1849 und die Nachweisungen über den Bau-Aufwand bis zum 31. Dez. 1847 betr. Die Kommission vorlage enthält unter anderm eine Zusammenstellung aller auf die badische Hauptbahn sammt Zweigbahnen bezüglichen Einnahmen und Ausgaben vom Beginne des Baues bis zum Schlusse des Jahres 1847, also für einen zehnjährigen Zeitraum, so wie auch für die Budgetperiode 1846 und 1847. Hiernach betragen die Gesammteinnahmen 1,810,941 fl. 1 kr., die Gesammtausgaben 28,401,201 fl. 40 kr., also Mehrausgaben 26,593,260 fl. 39 kr. für die Budgetperiode 1846 und 1847, die Einnahmen 408,900 fl. 58 kr., die Ausgaben 8,845,162 fl. 11 kr., Mehrausgabe 8,436,261 fl. 13 kr. Schaff erklärt für die Eisenbahn keinen weitern Kreuzer mehr bewilligen zu wollen, bis nicht auch für Anlegung und Verbesserung der Straßen in denjenigen Landestheilen, wo die Eisenbahn nicht durchführe, also insbesondere im Oberwalde, Sorge getragen sei, und sucht diese seine Ansicht ausführlich zu begründen. Mez spricht in ähnlichen Sinne und kommt im längeren Vortrage auf die Luxusbauten, welche an der badischen Eisenbahn stattfanden, zu sprechen, so wie auf die verschiedenartigen Kosten, die dabei gemacht worden. Im ähnlichen Sinne lassen sich noch viele Redner vernehmen, während Staatsrath Bekk und zum Theile auch der Berichterstatter die Techniker in Schutz nehmen, und letzterer noch insbesondere bemerkt, daß man bei Berathung des Gesetzes nach dem Zeitpunkt, in welchem sie ausgeführt worden sind, nicht die gehörne Gegenwart im Auge haben müsse. Bei diesen größtentheils fruchtlosen auf die Vergangenheit bezüglichen Debatten wurden aber auch zwei Anträge gestellt und von der Kammer angenommen, die eine Verbesserung für die Zukunft bezwecken. Bis jetzt war die Eisenbahnbaubehörde und Verwaltung von der Eisenbahnbetriebsbehörde und Verwaltung auf eine Weise getrennt, daß dieß zu vielen überflüssigen Schreibereien, Informiezungen und zu Beamten-, also auch zu Kostenvermehrungen die Veranlassung gab. Die Kammer verlangte daher die Vereinigung dieser beiden Behörden, und es wird die Regierung die Sache in Ueberlegung ziehen. Eben so hatte die Eisenbahnbaubehörde ganz unabhängig von der Forstbehörde sich das zu den Schwellen erforderlich Holz angeschafft und dabei den bösen Stand in den Staatswaldungen nicht berücksichtigt, was am Ende dazu führen könnte, daß die Forstbehörde später das Bedürfniß der Eisenbahn nicht mehr befriedigen könnte. Die Kammer hat daher auch in dieser Beziehung den Wunsch ausgesprochen, daß zwischen diesen beiden Behörden in Zukunft ein Einvernehmen statt finden und ein entsprechender Hiebsplan nach dem wahrscheinlichen Bedürfnisse entworfen werden soll. (Schw. Merkur.)

Schwarzburg. — Rudolstadt, 3. Nov. Gestern rückte ein Bataillon sächsischer Schützen unter Major von Reizenstein hier ein. Auf dem Lande liegt Kavallerie und Artillerie. Die Leute benehmen sich musterhaft und erwerben sich bald das Vertrauen ihrer Wirthe. Auch der Reichskommissär von Wydenfeldt ist seit einigen Tagen hier. Unser Landtag wollte erst energisch gegen jedes Einrücken fremder Truppen protestiren, besann sich jedoch eines Andern.

Oesterreich. — Privatnachrichten aus Wien vom 1. Nov. schreiben: Ueber den hartnäckigen Widerstand, welchen die Truppen bei dem Sturm auf die Leopoldstadt zu überwinden hatten, und wobei wohl an tausend Mann auf Seite des bewaffneten Proletariats gefallen sind, lauten die Berichte übereinstimmend. Nur der Mangel an Artilleristen, so wie an Munition jeder Art führte die Einstellung des Feuers von Seite der Stadt herbei. Die akademische Legion, von der wohl nur der kleinere Theil auf dem Kampfplatze erschien, hat ungeheuer gelitten, noch mehr die radikalen Freischärler aus Linz, Graz und Brünn, die beinahe bis auf den letzten Mann umgekommen sein sollen. In den Reihen der insurgirten Proletarier erblickte man auch Hrn. Robert Blum, der als Oberbefehlshaber einer Kompagnie der Mobilgarde und vollständig als Proletarier gekleidet auf einer Barrikade gegenüber der Rasumowskirche Posto faßt. Nach Aeußerungen eines bei dieser Kompagnie gestandenen Kellners soll Jener viel Muth und Entschlossenheit im Feuer bewiesen und seine Mitkämpfer zum Standhalten aufgemuntert haben. Als einen Beitrag zu Blums Verhalten bemerkt der Berichterstatter auch noch, daß er, als vor der Barrikade ein Croat schwer verwundet niedergeschossen war und wehrlos da lag, seine braven Brüder mit den Worten anspracht: „Gebt Einer hin und erschieße diesen croatischen Hund!“ Keiner folgte jedoch dieser unmenschlichen Aufforderung; ein Jeder ergriff sein Gewehr für Proletariat! (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Schweiz.

Aus Tessin vom 2. Nov. enthält die Neue Züricher Zeitung weitere Berichte über den neuerdings in Folge italienischer Flüchtlinge ins Leben gerufenen Putsch. Die Eingedrungenen hatten eine furchtbare Stellung am Monte Bisbino, wo mit wenig Mannschaft hätte verhindert werden können, ergreifen aber, als die Oesterreicher von Como aus unter dem Landrathen von Fürstenberg anrückten, nach Gewohnheit bald das Hasenpanier Die Stellung wurde nach kurzem Kampf genommen. Auch Restimer nahmen auf Seite der Flüchtlinge daran Theil und sind gefangen nach Lugano gebracht worden. Selbst die N. Z. Ztg. urtheilt nun Mißtrauen zur Aufrechthaltung der schweizerischen Neutralität.

Spanien.

Madrid, 30. Okt. Kaum hat die ministerielle Presse versichert, daß ganz Arragonien der ausländischen Banden los und ledig sei, so kommt aus Calatayud nicht nur die Bestätigung, daß Cabrera in diese Provinz eingerückt sei und Fortschritte mache, sondern es wird auch aus Huesca vom 26. Okt. gemeldet, daß der Insurgirung Cabrera's etwa von 1200 Reitern und Fußgängern, sich der Burgbecken Grano und Castro bemächtigt. Zugleich ist zu Borja in Aragon unter einem gewissen Modesto Roverter eine republikanische Faktion aufgetaucht, die jedoch kaum 50 Mann stark sein soll. In Saragossa selbst scheint es zu gähren. (A. Z.)

Nachschrift.

* Unsere Briefe aus Wien vom 7. melden bereits eine zweite Niederlage der Ungarn. General Simonich hat sie bei Tyrnau geschlagen, und soll bereits im Vorrücken gegen Ofen begriffen sein. Andererseits stellt sich eine neue Lüge der Ungarn heraus. Ihre Truppen sollen bekanntlich bereits in Warasdin (Kroatien) eingerückt sein. Nun hat man aber durch Briefe und Berichte aus Agram (in der Gratzer Zeitung) die zuverlässige Nachricht, daß Feldmarschall-Lieutenant Dahlen mit den kaiserlichen Truppen daselbst steht, während Ungarn noch immer bei Fiume steht. Beide erwarten die Befehle des Marschalls Windischgrätz. Am 5. Nov. wurden zu Triest dem Gemeinderath, der zu Ehren des Namensfestes Karl Alberts die italienische Trikolore ausgehängt hatte, alle Fenster eingeschlagen. In Venedig herrscht Verzweiflung über die Einnahme Wiens, auf Wien hatte ganz Italien seine Hoffnung gesetzt.

* Erding, 9. Nov. Gestern wurde das allgemein geachtete Mitglied der bayerischen Deputirtenkammer Freiherr von Fraunhofen auf der Jagd bei Aufstandsohn durch den Schuß eines unvorsichtigen Schützen verwundet. Die Verletzung ist jedoch der Art, daß keine lebensgefahr Folgen zu befürchten sind, was wohl den zahlreichen Freunden des Verwundeten aus bester Quelle zur Beruhigung mitgetheilt können.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 8. Nov. Oesterr. Spros. Metall. 60, 4proz. 57, 3proz. —. 2½proz. 36½. Bankaktien 1115. G. 500 fl.-Loose 117 B. 250 fl.-Loose 75½. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine —. P. — 6 Staatsschuldscheine 3½proz. 75½. — Bayer. 3½proz. 75½. — Luxemburger Bethsch. 68. — Württemberg. 3½proz. 75½. 4½proz. 93 — Bad. 3½proz. 72½. Lotto-Anlehen à 50 fl. 45¼. 35 fl.-Loose 25¾. — Darmstädt. 3½proz. 74. 4proz. 82¼. Lotto-Anlehen von 50 fl. 69½. 25 fl.-Loose 21½. — Kurhess. Frieder.-Wilh.-Nordb. 40. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau 3½proz. 79½. 25 fl.-Loose 21½. — Frankf. Sproz 78. 3½proz. 90½. 86¾. Taunusbahn 272. — Poln. Pfandbr. Intzgr. 46. — Span. 5proz. innere Schuld 17¾. — Port. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 69. — Sard. 36 Fr.-Loose 25½. Dice. 2.

Paris, 6. Nov. 3proz. 41.55. 5proz. 65.75. Spanische 665. Bankaktien 1390.—. Stadtobligationen 1110.—. Vier Kanäle 935.—. Comptt. von Algier —. Belg. 5proz. von 1840 77½. von 1842 77½. 4½proz. 72½. 5proz. —. 2½proz. —. Belg. Bank —. Neap. 5proz. —.—. Röm. 5proz. 64½. Span. 5proz. —. Aktive —. Passive —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Freitag, den 10. November 1848.

Aus Wien vom 7. November.

† Zwei der Wiener Zeitschriften: das „Journal des österr. Lloyd" und die „Presse" dürfen wieder erscheinen und zwar ohne Censur. Wie empfehlen Ihnenit allen denen, welche noch immer der Meinung sind, als habe die deutsche Freiheit in Wien eine Niederlage erlitten, folgenden leitenden Artikel des österreichischen Lloyd vom 7. Nov.. der mit großer Freimüthigkeit sich aussprich, zur Ausklärung über den wahren Sachverhalt in Wien:

„Wir können heute auf einen Monat der Geschichte Europa's Epoche gemacht hat. Die Einzelnheiten der Ereignisse der jüngstverflossenen Zeit konnten von keinem Menschen vorausgesehen werden, das Gesammtresultat derselben ist von Tausenden von beobachteten, einsichtsvollen Männern, welche auf die Gabe der Prophezeihung gar keinen Anspruch machen, vorausgesagt worden. Seit dem 26. Mai hatte sich ein Volkshaufen, welcher theilweise in der Stadt Wien, theilweise in dessen Vorstädten wohnte, als die österreichische Nation proclamirt, und hatte sich als solche über den Thron, über den Reichstag, über das Ministerium und jede gesetzliche Gewalt gesetzt. Uebermüthig gemacht durch seine Erfolge konnte man die Schritte im Voraus berechnen, welche er ihun würde, ein jeder zum Verderben des Staates oder zu seinem eigenen Verderben. Die letztere Alternative ist eingetreten, und der Staat ist gerettet worden. Der Volkshaufe hatte dem Volke den Krieg erklärt und das Volk ist Sieger geblieben. Es ist jetzt ausgemacht, daß noch Oesterreich ist, daß die rohe Gewalt von ein paar tausend Leuten, welche jedes Gesetz mit Füßen treten, Regierungsmaßregeln nicht länger erzwingen oder verhindern kann, und daß die Mitglieder jener Rotte aufgehört haben, welche erst Hrn. v. Pillersdorf und dann Hrn. v. Doblhoff terrorisirten.

Die sogenannten demokratischen Clubbs — sogenannt, weil von wahrer Demokratie bei ihnen keine Spur zu finden war, — die Republikaner, welche die rothe Fahne und die Guillotine als ihre Symbole aufstellten, die Menschen, welche in der Aufwiegelung des Eigenthumerechts den Grund aller gesellschaftlichen Uebelstände suchten und zu finden glaubten, sind am 31 Oct. aus dem Felde geschlagen worden, und tief und schmerzlich werden sie die Niederlage empfunden von den Grenzen Rußlands bis zur Hauptstadt Frankreichs, von den Ufern der Spree bis an den Ufern der Tiber. Die Freunde der Ordnung und des Fortschritts aber, welche in der Erfolglosigkeit die Unsterblichkeit, in wahnsinniger Anarchie den Nachbarn erkennen, werden jenen Tag als einen begrüßen, von dem eine neue und bessere Aera in Deutschland, in Europa beginnen wird, eine Aera, in welcher die Errungenschaften des Volks gegen die aufrührerische Gewaltthat des Volkshaufens, gegen das freiheitvernichtende Zerr der Emeute gesichtigt sein werden.

Wir freuen den Freunden der wahren Freiheit, des legalen Fortschrittes hier und anderwärts zu, daß die Sache der Freiheit in Wien und in Oesterreich seine Niederlage erlitten, sondern einen Sieg erfochten hat. Die Regierung und die Volksvertreter sind jetzt emancipirt von der Pöbelherrschaft, welche neben der Freiheit auch die Ordnung vernichtet hatte. Die Intrigue eitel Schwarzseherei der Theorie, Einfältigkeit der Schwachen, und Intrigue der Anarchisten, welche das Gescherei, als werde eine Reaction eintreten, erhebt. Die Action des Souveräns, des Reichstages und des Ministeriums, gerade weil sie eine freie und entfesselte geworden ist, wird und kann nicht zur Reaction werden. Mögen diejenigen trauern, welche in aufrührerischen Clubbs, in tumultuirenden Versammlungen eine Gewähr für die Volksfreiheit suchten; wir, welche andere Garantien derselben kennen, freuen und in dem Bewußtsein, daß die Sache des Volkes jetzt auf einem Boden gestellt ist, wo wir sie sicher wissen, auf den Boden der gesetzlichen Ordnung.

In dem Belagerungszustande, welcher über Wien verhängt ist, erkennen wir eine beklagenswerthe, aber eine unabwendbare Maßregel. Wenn es wahr ist — und wir sagen, es ist wahr — daß von dem Morgen des 6. Oktober bis zum Abend desselben Tages eine Reihe von Verbrechen in Wien begangen wurde, so folgert sich als eine moralische Nothwendigkeit die Strafe für Vergehen. Das Verbrechen macht anfrei, und darum ist Wien zu strafen. In den civilisirten Staaten der Welt wird ein Mann, der raubt oder mordet, ins Gefängniß gesperrt, und in den freiesten Staaten wird, so lange die Welt stehen wird, eine Stadt, welche in Empörung ausbricht, von der siegenden Macht des Gesetzes in den Ausnahmszustand der Belagerung versetzt werden müssen. Wie aber finden in der Strafe, welche dem Vergehen folgt, eine Garantie und nicht ein Grab für Freiheit und Ordnung.

Als er am Grabe die Wahrheit verkündete und der Wolf wirklich zum Vorschein kam, glaubte Niemand dem Lügner auf sein Geschrei und Keiner eilte auf seinen Hülfsruf zum Beistande herbei.

Die Rolle des Buben in der Fabel ist hier in Wien von Vielen übernommen worden, welche rechtlich Leute nun zu oft mit dem lügnerischen Ruf: Wolf! Wolf! Reaction! Reaction! um ihre Ruhe betrogen haben. Es müssen jetzt wahrheitliebende Männer und nicht schlechte Buben zu Wächtern gegen den Wolf, zu Vertheidigern der Freiheit gegen die Reaction berufen werden. Sollte der Wolf der Reaction jemals sein Haupt innerhalb unsers Geschichtskreises erheben, so wird es nicht an wachsamen und ehrlichen Männern fehlen, welche seine Ankunft verkünden und seiner Raubluft wehren werden. Das gutmüthige Volk von Wien und von Oesterreich wird aber schwerlich noch lange sich zum Spielball der Gesinnungsgenossen des Buben in der Fabel machen lassen.

Dieses Journal hat stets die Sache der Freiheit verfochten und sich auf den Boden der constitutionellen Errungenschaften und gesetzmäßiger Ordnung gestellt. Dort wird es stehen bleiben, jetzt und immerdar. Seit dem 26. Mai hat es einen unabhängigen Kampf geführt gegen die verblendeten stürmischen Zuflüge, und als diese am 6. Oktober Gesetz und Ordnung verdrängten, war die einzige Concession, welche es ihnen machen durfte und machen wollte, die Concession des Stillschweigens, welches zu jener Zeit beredter war, als irgend Worte, welche wir brauchen lassen konnten. Seit jenem Tage hat es hierüber verschiedene wir darauf, seinerde Artikel für dieses Blatt zu schreiben. Jetzt, bei der Wiedereinsetzung unserer journalistischen Thätigkeit, steht der Entschluß so fest in uns, wie je, die gesetzmäßige Freiheit zu vertheidigen, und Anarchie wie Reaction, wo sie sich auch zeigen mögen, von Unten oder von Oben, mit gleich schafer Waffe zu bekämpfen"

Die „Wiener-Zeitung" vom 7. November bringt in ihrem amtlichen Theile einen Erlaß des Kriegs-Ministeriums vom 6. mit der Meldung, daß Se. Majestät der Kaiser durch Handschreiben vom 3. seinem für Wien ausgesprochenen Belagerungszustand zur Leitung aller für die Stadt und deren Umgebung erforderlichen Maßregeln, den Feldmarschall-Lieutenant Fehrn. von Welden mit dem Titel eines Gouverneurs von Wien allergnädigst zu berufen geruhet habe. Durch kaiserliche Entschließung aus Olmütz vom 4. d. wurde weiter dem Unter-Staatssecretär beim Ministerium des Innern unter Zufriedenheitbezeigung mit seiner bisherigen Dienstleistung die nachgesuchte Entlassung ertheilt. — Auf Ansuchen der Großhändler und des Handelsstandes hat das Justizministerium in Betracht der noch fortdauernden Verschränkung des Verkehrs, in Folge der Ereignisse, die Verfügung getroffen zur Acceptation und die Erhebung des Protestes bei Verfallzeit der Wechsel, welche in dem Zeitraume vom 6. Oktober 1848 bis einschließlich 9 November 1848 zur Annahme hätten präsentirt werden sollen oder noch zu präsentiren wären, auch noch am 10. November 1848 mit voller Rechtswirkung vorgenommen werden können. Eben so können die in Wien und in den zum Postgebiete von Wien gehörigen Ortschaften zahlbaren Wechselschulden, welche zufolge der Verfügung vom 30. Oktober in den Zeitraum vom 6. November bis einschließlich 9. November zu bezahlen wären, auch noch am 10. November bezahlt werden. — Am 8. November wird die ausnahmsweise Verlegung der Leitung der Lotterie-Staatsschuld in dem für die Personfragen bestimmten Locale in der Singerstraße vorgenommen. — Der Gemeinderath fordert unter'm 5. jene seiner Mitglieder, „welche sich in ihren Verrichtungen gegen die Commune minder eifrig bewiesen haben und vielleicht auf den Linien Wiens befinden, bei sonstiger Ahndung und Pflicht auf, sich sogleich in den Geschäften des Gemeinderathes zu betheiligen," damit die Last der Geschäfte nicht immer denselben Mitgliedern dieses verstärkte Zahl durch Deputationen und Commissionen sehr zusammen geschmolzen sei) die zu Erschöpfung ihrer Kräfte aufgebürdet werden müsse. Ferner macht der Gemeinderath bekannt, daß, nachdem der Verkehr zwischen der innern Stadt und deren Vorstädten von 5 Uhr früh bis 7 Uhr Abends streng überwacht aufgestellt ist, nun auch sämmtliche Bauarbeiten inner den Linien Wiens ungehindert fortgesetzt werden können. Desgleichen daß den durch die gegenwärtigen Verhältnisse im Nothstand versetzten Individuen bieder Geschäftsleiter, welche dermalen minder- und arbeitslos sind, Arbeit angewiesen, und wo dieß nicht sogleich möglich, vom 2. zu bis 16. d. Unterstützungen, und zwar den männlichen Individuen täglich 15 Kr. C. M., den weiblichen, minder Kinder haben, gleichfalls 15 Kr. C. M. täglich, allen übrigen täglich 10 Kr. C. M. ausbezahlt werden sollen. Das Armee-Generalcommando dankt in der Wiener Zeitung öffentlich für patriotische Gaben, die für die verwundeten Krieger (aus Baden und Wiener-Neustadt allein 657 fl. 14 kr. C. M.) freiwillig gesendet worden. Wien selbst darunter auch eine von dem kgl. Bayer. Gesandten Hrn. Grafen von Lerberg. — Vom 23. Oktober bis 4 November hatten die in die Sparkasse gemachten Einlagen im Ganzen 18177 fl. 13 kr. C. M. (von 165 Personen), die von der Sparkasse geleisteten Rückzahlungen aber (an 555 Personen) 42133 fl. 23 kr. C. M. betragen

Wir liegen uns Briefe und Berichte aus Wien vor, denen wir in gebrängten Umzuge ein Bild bot der dermaligen Lage der Stadt zu entnehmen verstehen. Die Communikation der Stadt mit den Vorstädten ist hergestellt, und zahlreiche Lebensmittel wurden in Folge dessen zu Markte gebracht, die zum Theil noch mit hohen Preisen bezahlt wurden. In Folge der wiederkehrenden Ordnung fehren auch schon viele der geflüchteten Familien zurück, ein Beweis, daß man der Bestimmigkeit derselben Vertrauen schenkt. In der That hätte man keinen besseren Stadtkommandanten wählen können, als den General Corbon, der eben so tüchtig als vollsthumlich bekannt ist. So will und zugezogen sich auch ein Theil der Soldaten

beim Sturme auf die Stadt benommen hatte, so ruhig und gewürfigt benehmen sie sich jetzt. Auch ist bereits ein Theil derselben, das erste Armeekorps nach Preßburg und Pest aufgebrochen, deren Kommando Fürst Windischgrätz übernommen haben soll. Dadurch hat auch die Stadt ein freundlicheres Aussehen gewonnen, und wenn das Proletariat Beschäftigung will, so findet es deren laut einer Bekanntmachung des Gemeinderathes hinlänglich bei der Wiederherstellung der vielen beschädigten und zum Theil zerstörten Häuser in den Vorstädten, an der Eisenbahn und bei den unumgänglich nothwendigen Brückenbauten. — Die fremden Truppen gehen auf Brag, Znaim, Linz ꝛc. hat man bereits nach Hauf geschickt. Die Hauptagitatoren Bem, Schütte und Fenneberg sind noch nicht entdeckt; Messenhauser dagegen hat sich freiwillig gestellt. Pulszky ist nach Ungarn entkommen. In Mädling ist Fässer verhaftet worden nebst sechs seiner Begleiter. Als man Blum und Fröbel verhaftete, bezog sich ersterer auf seine Qualität als Reichstagsdeputirter, was aber nicht fruchtete. Wir fürchten sehr, daß sich Blum durch sein Betragen so sehr kompromittirt hat, daß ihm seine Stellung als Reichstagsabgeordneter wenig nützen dürfte. Auch Fröbel ist arg kompromittirt. — Man hat gegenwärtig hinlänglich Grund, anzunehmen, daß die Unterschlagung von Briefen von den Wiener Terrorristen ausging, in deren Interesse es lag, daß die Kunde von der wahren Sachlage im Auslande, wie auch hauptsächlich in Oesterreich nicht bekannt werde. — Graf Stadion ist am 5. von Wien nach Olmütz zurückgekehrt, er soll das Portefeuille des Innern mit der Präsidentschaft erhalten. Neben ihm nennt man Felix Schwarzenberg für den Krieg. Ferner nennt man Mayer und Bend als Kandidaten für das Ministerium, welches allerdings die Hoffnung hinglibt, daß noch ein gesetzmäßiger Zustand für Wien und die Monarchie zu erwarten ist, zumal, wenn in Ungarn erst die Partei Kossuth gebrüßt ist, welche, wie in Wien die Aula, allenthalben terroriserend auftritt, und deren der vernünftige, gutgesinnte Theil der Ungarn längst überdrüssig ist. Die 5000 Jn. den, welche zu Kossuth gestoßen sind, werden ihn nicht retten!

In Lemberg war am 3. Nov. von den dortigen Radikalen eine Schilderhebung versucht worden. Es gab Todte. Die Aufstände sollen bestanden sein aus Studenten, Proletariern, verschulbeten Polnischen Adeligen und einem Theile der Nationalgarden. Sie bemächtigten sich sämmtlicher Gebäude, und die Sache war im besten Gange, bis General Hammerstein durch ein dreistündiges Bombardement der Rebellen Herr wurde.

Die „Schlesische Ztg." berichtet, daß am 31. Okt. Nachts 10 Uhr gegen 15,000 sluchtige ungarische Truppen in Preßburg eingetroffen wären. Auch Kossuth war unter ihnen und hielt im „grünen Baum" eine Art Kriegsrath, worin er erklärte, daß er sich mit dem größten Theile der Armee auf Komorn, Ofen und Pesth zurückziehen werde. — Bei Neuhäusel sind die Ungarn vom General Simavich geschlagen worden, der auch die Stadt besetzte. — In Brünn ist seine weitere Ruhestörung vorgefallen.

Es hat bisher an genauern Berichten über die Verfassungsurkunden des Roth'schen Corps durch die Ungarn gefehlt. Nach der Narodni Novin ging es damit folgendermaßen zu: Der k. k. General Roth hatte vom Ban den Befehl erhalten, am 18. September die Drave zu überschreiten. Es war die Zeit genau bestimmt, wo und wann er mit seinem aus 6—7000 Mann bestehenden Truppencorps zu der Hauptarmee stoßen sollte. Der Ban rastete auf seinem Zuge acht Tage, um ihn zu erwarten, allein vergebens, denn Roth bewegte sich so langsam wenn überhaupt, weiter nachdem sich der Ban gegen Raab gewendet hatte, war Roth in der Nähe von Stuhlweißenburg. Hier stieß dieser auf das ungarische Heer, und statt raschen Schrittes zum Ban sich durchzudringen, wich er zurück. Er schlug einen Waffenstillstand von 18 Stunden, den der Feind zur vollständigen Umzingung des ganzen Corps benutzte. Roth hat, ohne einen einzigen Schuß gethan zu haben, mit der Stadt Ofen capitulirt. Das nicht alle Offizier an dieser schändlichen That Antheil nahmen, sieht man daraus, daß der Oberstlieutenant der Gradiskaner, wie ein Löwe sich vertheidigte, und als er verwundet vom Pferde fiel, sterbenlich bat, daß man ihn todte und nicht lebend in des Feindes Hand fallen lasse; der Hauptmann Haas, welcher ein Bataillon befehligte, schlug sich einen halben Tag mit den Magyaren, und erzog sich erst dann, nachdem ihm ein Offizier gerathet und zwei verwundet, sein Pferd unter ihm erschossen und 50 Mann theils umgekommen, theils verwundet waren; und so retirte er die Ehre des Regiments von Brod. Die Magyaren entwaffneten das Corps und schicken es nach Hause; unterwegs nahm ihnen der Bischof von Petinh den Eid ab, daß sie nie mehr gegen die Magyaren kämpfen wollen. Die Offiziere wurden nach Pesth abgeführt, wo nun die Magyaren über sie wie über Räuber richten.

Wien, 6. Nov. Die Börse war heute sehr gut besucht, im Laufe des gestrigen Tages waren die meisten unserer Bankiers zurückgekehrt. Das Geschäft war zwar nicht lebhaft, doch wurde ziemlich viel, besonders in 5%. Metall. umgesetzt. Es wurden 5% 78 gemacht, sie gingen sodann auf 74½, und schließen 77. Bankaktien 1030 à 1040, Lose à 1860, 4%. 62 à 64, 34ger 120 à 125, 39ger 82 à 84; Nordbahn 104 à 104½; Mailänder 65 à 67; Pesther 62 à 64.

(Allg. Z.)

Aus Berlin.

△ Berlin, 7. Novbr. Noch haben wir kein neues Ministerium. In der Nationalversammlung hat man heute wieder von allerlei Combinationen gesprochen: aber ich verschone Sie damit, da doch nichts Sicheres daraus ist. Wenn man heute die geringe Zahl der anwesenden Abgeordneten kennen die Hälfte mochten zugegen sein — ruhig und langweilig auf ihren Bänken dasaßen und Bericht über Petitionen anhörten sah, die allerdings zum großen Theil selbst langweilig genug waren, so hätte man kaum glauben sollen, daß dies die nemliche Versammlung war, die erst vor wenigen Tagen mit dem kecken Gedanken umging, die ganze Regierungsgewalt an sich zu reißen. Dies war wenigstens in der Versammlung eingelaufenen unserer Linken gewesen. Die Zahl der bei der Versammlung eingelaufenen Petitionen beträgt seit baßhäftlich Legion: sie beträgt ungefähr 10,000, und von diesen sind die jetzt 145 erledigt! Unter den eingelaufenen Petitionen sind auch sehr viele von wahrer Wichtigkeit, welche die höchsten moralischen und materiellen Interessen des Landes berühren; aber unsere Volksvertreter haben anderes zu thun, als sich um die Interessen des Volkes zu kümmern; die Herren der Linken müssen die demokratischen Klubs besuchen, den „Riesenden Buchhändler Dir" und den bei der Versammlung eingelaufenen Bittschriften halten, mit Diagenes Mäuler, Kaebe und anderen gleichwürdigen Parlamentern der rothen Republik Feldzugspläne beraberden, und wenn sie im Conversaale erschienen, die Zeit mit unglaßen Interpellationen und sogenannten „dringlichen" Anträgen vergenden. — Da mögen dann die angeführten Gimpel in den Provinzen, welche nain genug sind, von ihnen die Berathung und das Zustandekommen der künftigen Bundesverfassung und Verfassung zu erwarten, sich Locken Bild zu erwarten, laufen, bis ihnen, endlich ja hat die Augen aufgehen über den wahren Werth der Männer in denen Hände sie Preußens Zukunft gelegt haben. Aber um gerecht zu sein, muß man sagen, daß die Herren des linken Centrums wetteifern mit ihren noch linkischeren Collegen. Da hat Herr v. Berg der sich seit der neulich votirten Abschaffung des Adels mit sichtlicher Affektation schlechtweg „Berg" unterschreibt wörtlich folgende Anfrage an Minister Manteuffel: „Wahrheitsgetreue Berichte sind eingelaufen: Der Minister des Innern, Graf Stadion ist am 5. Nov. M. Abends in Olmütz angekommen, um die Leitung des Ministeriums wieder zu übernehmen. Wollen Sie mir sagen, ob diese Nachricht bei Sr. Maj. dem Könige zugegen gewesen, um die Deputation der Nationalversammlung zu empfangen?" Dann noch eine andere: „Was das Ministerium in Ausführung des Beschlusses vom 31. Oktober gethan habe im Betreff der Wiener Angelegenheiten?" So versteht man es in unserer Nationalversammlung die Zeit zudzuschlagen! Ich habe oben von den fliegenden Buchhändlern gesprochen. Diese ehrenwerthen Kameraden haben in den letzten Zeit, wo sie wenig zu thun hatten, die Erfindung des Verlaufs aller erdenklichen aufsprechen Flugschriften und Bulletin ganz ausgebildet betrieben haben, mit der Pelzei Handel betrieben. Die auf den §. 48 der Ewerbeordnung gestützt auf einmal sich herausnimmt ihrem „souveränen" Unfug einen Damm entgegenzetzen zu wollen. Es versteht sich, daß das souveräne Volk der fliegenden Buchhändler sich nicht dagu hat versetzen will, dem Gesetze sich zu unterwerfen, wo sie verkehrt, daß man zu Ausübung derartiger Gewerbe besondere Erlaubniß nahme. Wer von Gesetz spricht, ist bekanntlich nach der neuesten Theorie ein „Reaktionär", und Männer wie Jung und Behrends (der nach immer auf Rache sinnt für den Beelust bei ihm neulich abgedeonnten Dutzbrüls seines rothen Bartes) können es natürlich nicht über's Herz bringen solche reaktionäre Wasthirnen, wie der augeführte Paragraph des Gewerbeordnung, länger bestehen zu lassen. Sie haben deshalb den Zuschnitt ihrer wichtigen Rede, die fliegenden Buchhändler einen wie immer „dringenden" Antrag gestellt auf Abschaffung des ihnen anßäßigen Paragraphen, weil derselbe den „so nothwendigen Detailverkehr der Geistesmerke" und welcher Geistes Werke!) hemme. Die fliegenden Buchhändler werden dafür morgen ein Flugblatt verlaufen, in welchem die angezogenen Abgeordneten als große Männer und weitverdient ums Vaterland erklärt werden. Die Herren Jung und Behrends können ohne Zweifel nicht ruhig schlafen bei den Lorbeeren und Ovationen, welche sich Jacoby durch seine berüchtigte Anfrerung beim König erworben hat. Gestern wurde diesem von seinen würdigen Verehren ein Fackelzug gebracht, der freilich nur 2—300 Fackeln zählte. Eine Rede an ihn und Antwort darauf seinerseits kannten bisher nicht hören, und somit ist sein Werth der Letzteren seinen Freunden verloren gehe, wie Jacoby's Antwort heute gedruckt verkauft. Jacoby macht so schon im Voraus seinen Collegen Jung und Behrends Conkurrenz; kein Wunder wenn ihm diese neidig sind. Die Donnerworte Jacobys an die 200 Fackelträger waren übrigens, nachdem er zuvor sich selbst das gebührende Lob für seine Heldenthat gegen den König gespendet, darzugewisse gegen Frankfurt gerichtet. Er sprach von der „Mission" die ihm Berlin nicht hören, und somit ja kein Wunder daß seine

Nr. 117.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Sonnabend den 11. November 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.

München, 11. November.

Se. Majestät haben sich allergnädigst bewogen gefunden, unterm 12. Okt. l. J. dem k. Ministerialrathe im Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeußern, Dr. Franz Sebastian Daxenberger höchsteigenhändig das Ritterkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael zu verleihen.

Se. Maj. der König haben unterm 7. Nov. das Physikat Mallersdorf dem Landgerichtsarzte Dr. Joseph Schmid in Grafenau auf sein Ansuchen zu verleihen, und unterm 6. Nov. dem vormaligen freiherrl. v. d. Tann'schen Herrschaftskommissär Christian Friedrich Otter zu Tann die erledigte II. Landgerichtsassessorsstelle zu Hilders zu verleihen, und dem Landwehrbezirkslieutenant im Landwehrregimente München Dr. Jgn. Zauzger die nachgesuchte Entlassung vom persönlichen Landwehrdienste zu gewähren geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

(111te Sitzung vom 8. November.) Tagesordnung: 1) Ersatzwahlen in die Ausschüsse für die Geschäftsordnung, für die Zentralgewalt und den volkswirthschaftlichen Ausschuß; 2) Uebergang der von den Abgeordneten W. Jordan und Gerstner, Namens des Marineausschusses erstatteten Berichte, die Bildung einer Zentralmarinebehörde betreffend; 3) Fortsetzung der Berathung über Abschnitt III. des Verfassungsentwurfs. Den Vorsitz nimmt Heinr. v. Gagern ein. Vom Ausschusse für Volkswirthschaft ist der vier Bogen starke Bericht vertheilt worden, welcher die Motive der zahlreichen, von diesem Ausschusse zum Verfassungsentwurfe gestellten Verbesserungsanträge enthält. Wer solche zu knüpfen an die Amendirungsanträge mehrerer Abgeordneten im Begriffe ist, möge diese Rücksicht von Abgeordneten zugleich der Stellvertreter mit als in Megfall gekommen betrachtet und zu einer Neuwahl geschritten werden möge. An den Legitimationsausschuß. Der in Folge des Biedermann'schen Antrags gestern gewählte Ausschuß hat Jordan von Marburg zum ersten, v. Sauden-Tarputschen zum zweiten Vorsitzenden und Gistra zum Schriftführer gewählt. Unter den Mitgliedern des Ausschusses befindet sich ferner Jordan von Berlin, der Unterstaatssekretär Wittenmann, H. v. Raumer aus Dinkelsbühl, Werner aus Koblenz, Hergenhahn. Rösler von Oels interpellirt das Reichsjustizministerium wegen des Uebertritts ungarischer Soldaten in preußische Gebiet (Schlesien) und daß sie nicht an die österreichischen Behörde habhaft ausgeliefert, sondern nach Ungarn entlassen werden möchten. Antwort darauf soll nächsten Montag erfolgen. Engel beantragt in Bezug auf Schleswig-Holstein, daß die Zentralgewalt veranlaßt werde, die von der provisorischen Regierung der Herzogthümer erlassenen Verordnungen aufrecht zu erhalten und Hrn. Stedmann demgemäß zu instruiren. Der Antrag wird nicht als dringlich anerkannt. Zur Tagesordnung übergehend verfügt der Präsident die Einsammlung der Stimmzettel zur Ergänzung der drei oben bezeichneten Ausschüsse. Die zweite Nummer der Tagesordnung erledigt sich dadurch, daß in Folge der von der Zentralgewalt errichteten Marine-Abtheilung und der technischen Kommission die früheren deßfallsigen Anträge des Marineausschusses zurückgezogen werden. Die Versammlung pflichtet dem bei, indem sie über jene Anträge zur Tagesordnung vorschreitet. Ueber Abschnitt III. des Verfassungsentwurfs, die Befugnisse der Reichsgewalt im Bezug auf das Heerwesen betreffend, wird eine allgemeine Besprechung zugelassen." Für den Entwurf sind nur fünf Redner angemeldet, dagegen mehr als zehn, und unter letztern General v. Radowitz. Zuerst erhält Thâm das Wort. Er geht von dem Standpunkte aus, daß der Zentralgewalt so viel Macht wie möglich eingeräumt werden müsse und daß sie diese etwa zur Unterdrückung der Freiheit, daß sie die Heeresmacht als blosse Polizeimittel mißbrauchen könne, glaubt er nicht befürchten zu müssen. Er erachtet deßhalb den §. 12 des Entwurfs: „der Reichsgewalt steht die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung" als unerläßlich nothwendig. Tellkampf mustert sächtig die einzelnen Bestimmungen des ganzen, neun Paragraphen umfassenden Artikels und warnt vor dem Fehler, der bisher als Staatenbündnisse zu Grunde gerichtet, nämlich davor, daß die Zentralgewalt mit einer theils zu geringen, theils zu schwer beweglichen Macht ausgestattet werde. Die Anfündigung, welche den General v. Radowitz auf die Rednerbühne ruft, hat die aufmerksamste Stille im Hause zur Folge. Zum Verständniß seiner Rede ist erforderlich, sich die verschiedenen Vorschläge theils des Verfassungsentwurfs selbst, theils der Verbesserungsanträge vor Augen zu halten, die in nicht wenigen Bestimmungen auf ein vollständiges Verwischen der bestehenden Heereseigenthümlichkeiten hinauslaufen und welche die deutsche Kriegsmacht selbst mit durchgehenden Regimentsnummern zu einem uniformen Ganzen gestalten möchten. Radowitz: „Mit dem 2. Artikel des Verfassungsentwurfs haben wir das Gebiet betreten, auf dem die eigentliche Schwierigkeit des ganzen Verfassungswerks liegt. Wie verhält sich die Zentralgewalt des Reichs zu der Gewalt seiner einzelnen Glieder? Ich werde umsomeniger versuchen für diese umfassende Frage eine allgemeine Antwort zu finden, als diese mit manchen bereits gefaßten Beschlüssen in Widerspruch treten würde. Aber ich darf auch jetzt noch voraussetzen, daß die faktische und rechtliche Existenz der einzelnen Staaten nicht weiter beschränkt werde, als es der höhere Zweck der Gesammtstaats erwünscht und wirklich erheischt. Daß hiebei die Frage über das Heerwesen in erste Linie tritt, leuchtet ein. Jeder, der mit dem Zustande des bisherigen Bundeskriegswesens bekannt war, wird zugeben, daß es die beste Seite des Bundes war. Was auf den anderen Gebieten, auf dem des Rechtsschutzes, der materiellen Interessen, über den engherzigen Partikularismus nicht hat errungen werden können, das war auf diesem Gebiet in weit höherer Weise errungen. Das Jahr 1840 mit seiner drohenden Kriegsgefahr kam hinzu und machte manche egoistische Rücksicht verstummen. Das Werk, das im Jahre 1820 hatte unvollkommen hinterlassen werden müssen, wurde neuerdings aufgenommen, wurde in ernste Erwägung gezogen und mit Eifer ergänzt. Ich kann es bestimmt sagen, das deutsche Bundeskriegswesen ist ein gutes; wenn die deutsche Armee zur That berufen worden wäre, so würde sie ihre Stelle unter den europäischen Armeen gewiß mit Ehren eingenommen haben. Dennoch aber kann ich vollständig und unumwunden zugeben, daß noch Vieles und Großes zu thun übrig bleibt. Die Aufgabe, die deutschen Truppenkörper zu größerer Uebereinstimmung in Organisation, Führung und Disziplin zu bringen, kann und muß gelöst werden; immer aber ist dabei große Vorsicht nöthig. Die bereits vorhandenen, durch ihrere Erfahrungen in Krieg und Frieden geprüften Vorzüge der einzelnen deutschen Truppentheile dürfen dabei nicht in Trümmer geworfen werden, um zu versuchen, wie sich etwa das auf diesem Schutthaufen zu errichtende Gebäude ausnehme. Nirgend tritt die moralische Triebfeder stärker hervor, als bei solchen Thaten, die Nationen an die ruhmvollen Thaten eines Heeres, an seine Siege, wie an seine ehrenvollen Leiden sind ein großer Schatz, der in die Wagschale eines zukünftigen Krieges geworfen wird. Nicht blos die großen Heere zehren von ihren Erinnerungen, auch die kleinen. Ein Heer ist eine nie sterbende Körperschaft. Jeder Einzelne genießt die Früchte der Ehre, die seine Vorgänger unter deutschen Fahnen errungen haben. Die badische Artillerie nährte ihre Erinnerungen an Talavera um keinen Preis aufgeben, die hessischen Truppen an ihre Siege, die sächsischen Dragoner an Collin, wo sie den Ausschlag gaben. Dies ist ein Schatz, der mehr als alles Andere die zukünftigen Siege eines deutschen Heeres verschert. Er darf nicht zerstört, nicht nutzlos vergeudet werden. Der bayerische, der würtembergische, der badische, der hannoveranische Soldat soll sich als solcher fühlen, und von der innigsten Ueberzeugung durchdrungen werden, daß er ein lebenvoller Theil einer großen Gemeinschaft sei. Das ist unsere Aufgabe, sie kann nicht gelöst werden durch eine dürre Systematik. (Bravo von der Rechten und den Zentren.) Meine Herren, bedenken Sie, daß wir nicht abstrakte Begriffe vertreten, wir wollen nicht die einzelnen Völkermassen zusammenfügen, wir wollen organische Glieder in eine Gemeinschaft bringen, wo jedes sich wiederfinden mit allem, was es hat. (Bravo.) Was ich hier von den kleineren Truppenkörpern hervorhebe, gilt natürlich noch in weit höherem Maaße von den größeren deutschen Heeren. Nicht blos ein preußisches Interesse, sondern ein wahrhaft deutsches Interesse erheischt diese Armee als solche zu bewahren und ihr den gebührenden Rang anzuweisen. Deutschland neuer Aufbau wird nicht gewinnen, sondern verlieren, wenn statt des glorreichen Heeres der großen Russischen und Preußischen II. nur 300,000 Soldaten in die neue Gemeinschaft einreten. Wollten Sie mich deßhalb zeihen, daß ich diese Betrachtungen bloß von einem preußischen Standpunkte aus anstelle, so glaube ich, Sie thäten mir Unrecht; aber ich bin davon durchdrungen, daß derjenige die Interessen seines Vaterlandes am besten fördert, der in Berlin sehr deutsch und in Frankfurt sehr preußisch spricht. (Lebhafter Beifall.) Vergleiche ich nun den Entwurf, wie er uns vorliegt, so erkenne ich vollkommen an, daß er den in den einzelnen Paragraphen manche Mehrbedeutigkeiten, die mich veranlassen müssen, mich für die Verbesserungsvorschläge des Wehrausschusses zu erklären. Ja, ich habe auch zu diesen noch einige Zusätze zu machen und bitte um die Geduld, sie jetzt vorzubringen. Die im §. 13 vorgeschlagenen

Bestimmungen, Wonach die Truppen der Staaten, welche aus mehr als 5000 M. bestehen, der Zentralgewalt unmittelbar überwiesen werden, kann ich nicht in der Natur-heißt es gerechtfertigt finden. Die militärische Notwendigkeit erheischt allerdings, daß zu kleine Truppenkörper sich zusammenfügen müssen, was aber hier geschehen kann, ohne in die rechtliche Existenz der einzelnen Regierungen einzugreifen. Es steht nichts entgegen, daß sich die kleinern Staaten unter sich in Kreise verbinden, die der Reichsgewalt gegenüber als eine vollkommene Einheit dastehen, nichts führt z. B. daß die Königreiche Sachsen, Hannover sich mit einzelnen Truppenkörpern verbinden, mit durchlaufender Nummer, gleicher Uniform nebst allem andern, was man in dieser Beziehung vom Militär fordern kann. Die Aufgabe muß aber vertragsmäßig gelöst werden, wie die einzelnen Regierungen ihr gutes Recht dabei gewahrt wissen wollen. Ebenso kann ich nicht zugeben, daß die in §. 15 gegebene Bestimmung gerechtfertigt erscheint. Meine Ansicht ist die Verpflichtung, welche Offiziere zu einem höheren Grade beurtheilen will, der muß ihn im Laufe seines ganzen Dienstlebens beobachtet haben, und eine solche Bestimmung würde entweder zu einer leeren Förmlichkeit herabsinken oder sie würde die Reichsgewalt zu einem Mißgriffe veranlassen. Es ist allerdings nicht möglich, daß jeder deutsche General stets bei der betreffenden Heeresabtheilung kommandire. Der Offizier wird schon im Frieden zu genaischen Kommando's verwendet, zu Inspizirungen ꝛc., aber diese Verhältniß läßt sich darstellen, ohne daß der General zu einer Anomalie in seinem eigenen Heere würde. Wenn es sich darum handelt, einen Obersten zum General zu befördern, so kann die Regierung der Einzelstaats dem Reichsministerium die Ernennung vorlegen und dann erfolgt die Ernennung als Reichsgeneral, wenn sie von hier aus keinen Anstand weiter findet. Erlauben Sie mir noch, daß ich einige Worte hinzufüge, in Erwägung auf die Minoritätsäußerungen, die die Herren Blum, Wigard und Schüler dem Antrage des Ausschusses gegenüber geltelt haben. Es scheint mir dieses um so angemessener, da ich nicht verkenne, daß diese Herren der im Volke weitverbreiteten Ansicht Stimmen geliehen haben. Meine Herren, jeder, der die großen Kosten beklagt, die die stehenden Heere veranlassen, beginnt in der Regel damit, daß er ein Projekt entwirft, wonach diese verschwinden und wonach sich die Soldaten im Frieden dem Ackerbau und den Gewerben zuwenden können, oder daß statt ihrer eine Volksbewaffnung eingeführt werde. Eine solche Einrichtung hat außerdem noch die zweite Seite, daß sie das Recht behauptet, bei Störungen des inneren Friedens der Regierung entgegenzutreten, was bei den stehenden Heeren allerdings nicht erwartet werden darf. Der Schöpfer eines solchen Projekts, wenn er es mit dem Vaterlande gut meint, pflegt zur Betrachtung zu kommen, daß, weil die stehenden Heere anderen Staaten bestehen bleiben werden, man das eigene nicht entbehren könne. Wenn er näher in das Kriegswesen eindringt, so überzeugt er sich bald, daß eine Volksbewaffnung, welche das Zutrauen sich erwerben will, der Leitung eines stehenden Heeres unerläßlich bedarf, ja daß seine Wirksamkeit um so größer ist, wo der Charakter solcher Kraft hervortritt. Blickt er in die Kriegsgeschichte zurück, so sieht er, daß Volksbewaffnungen, die sich an dieses Heer nicht anlehnten, gewöhnlich in Grunde gingen und ein schmähliches Ende nahmen. Einzelne Erscheinungen, wo ein kräftiger Widerstand möglich war, dürfen hierbei nicht ire leiten, eben so wenig die militärischen Institutionen in der Schweiz oder Nordamerika. Keine dieser Institutionen hat bisher Gelegenheit gehabt, geschlossenen Heeren gegenüber zu treten, keine. Diese Betrachtungen sind es, die selbst dem Nichtsoldaten die Ueberzeugung aufdringen, daß die sofortige Organisation, die von Cäsar bis Napoleon dieser Krieger für dienlich erachtete, nicht zweckmäßig sein könne. Wahrlich es wäre mehr als Vermessenheit unser Vaterland seinem östlichen und westlichen Ende gegenüber solchen Experimenten Preis zu geben. Niemand würde die Verantwortung davon übernehmen. Ich werde nicht von der Ueberzeugung lassen, daß über die höchsten Fragen von Wohl und Wehe des Vaterlands weder ein einzelner Standpunkt gilt, noch über die politischen Parteien stehe. (Allgemeiner Beifall.) Fucht aus Breslau hält nach Radowitz's Rede den Gegenstand derwaßen für erschöpft, daß er auf das Wort verzichtet. Bravo! und Ruf nach dem Schlusse der Debatte überhaupt. Wigard. dann Simson, welcher den Vorsitz übernommen hat, hält dies Verlangen derzeit noch nicht für gerechtfertigt und gibt das Wort an Scheller, der sich gegen die Verfassungsausschussicht erklärt, weil er in dem Vorschlag sei erkend nicht aufstrebende und zweitens nicht nothwendig. Bereits habe man den deutschen Großstaaten das Recht der Gesandtschaft genommen. Das Opfer werde zu groß, wenn man ihnen auch noch das Heer entziehen wollte. Die pathetische Schilderung Scheller's von der allgemeinen Wehrpflichtigkeit in Preußen, wo jeder Bürger Soldat und jeder Soldat auch Bürger sei," erregt die Langweile und der gemeinschaftliche „Feldzeisel sei den Fürsten- und Grafensöhnen neben Sohne des Tagelöhners" das Lachen des Hauses. Daß es nicht nothwendig sei, in der Zentralfassung so weit zu gehen, wie der Verfassungs-Entwurf, beweise das Beispiel des norddeutschen Bundesstaates. Zacharia aus Göttingen sucht die Vorschläge des Verfassungsausschusses als sehr gemäßigt zu rechtfertigen. Das Wesen des Bundesstaates erfordere einmal jener geheterstoß, daß die Einzelstaaten in der Zentralregierung hinsichtlich alles dessen verschwinden, was die Verhältnisse nach außwärts anlange. Nitze und Straffund beantragt, daß nach ihm die Besprechung mit Vorbehalt des Worts für ein Mitglied der Minderheit des Verfassungs-Ausschusses geschlossen werde. Ein zweiter Antrag von ihm berischt die gemeinsame Behandlung der §. 12, 13, 14, 17. Falk aus Ottelangsdorf verlangt von der Versammlung, daß mehr Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse genommen werde, daß man sich an das Historische und an die Majorität des Volks anlehnen solle. Nicht auf der Theorie here aus sollten wir konstruiren, sondern aus dem Praktischen. Wer werte denn ein übertretendes Gesetz annehmen? Die kleinsten Staaten höchstens, die nur dem Namen nach Staaten seien und die an sich demnächst aufgelöst werden müßten. Die größeren zu Maaren zu treiben möchte der Reichsgewalt scheuer werden. Kleinen Phantom solle man nachjagen, sondern eine Wirklichkeit erstreben. Eisenstuck (preußischer Major) spricht im Sinne seines Herrn Radowitz. Heftiges Aufbrausen im Saale. Schluß! Schluß! Duvernoy, alle zu besprechen, Abkürzungsversuche. Naumerk's leuchtender Zorn wendet sich gegen Radowitz, gegen den deutschen Bund, gegen die stehenden Heere. Den letzteren soll „das Vaterland der Reformation" den Krieg erklären, Deutschland soll seine stehenden Heere ausöden und Frankreich werde so vernünftig sein, diesem Beispiele zu folgen. (Sehr gut von der Linken. Ironisches Beare und Lachen von der Rechten.) Naumerk spricht auch von den Fürsten, deren Purpur immer in neues Blut getaucht werden müsse, und daß er es nicht beklagen werde, wenn sie etwa das Regieren langweilig fänden, sobald ihnen die gewohnte Soldatenspielerei entzogen würde, und sie deßhalb dem Throne entsagten. Die Linke ist entweder so geschmacklos oder so höflich gegen einen der Ihrigen, auch die extravagsten Gedanken des Redners zu bedenken. Die übrigen Theile des Hauses verfagen den Aufkommen seinen Raumerks, das preußische Heerwesen z. B. auf eine verabscheuungswerthe Tyrannei zu schildern, wenigstens in mittelbiger Interesse nicht. Hr. Naumerk's Nachfolger auf der Tribüne ist Wigard von Dresden, der die von ihm, Blum und Schüler zu §. 12 ff. gestellten Minderheitsvorschläge verarbeitet. Sein Vortrag bleibt unbemerkt, bis auf die Hoffnung, die Wigard ausspricht, daß sich das Volk der benaffneten Gewalt erforderlichen Falls zu erwehren wissen werde. Aber was Einigen wie eine Aufforderung zum Aufruhr gellungen hat, ist bei näherem Betracht ein gewöhnlicher Gemeinplatz, dem bei der Vorstehende daher im Flusse der übrigen Gemeinplätze ungestört Folge läßt. Mittermaier erklärt als Berichterstatter des Verfassungsausschusses, daß die Widerlegung des Einzelnen bei der Besprechung der einzelnen §§. der Prüfung der Versammlung anheim gegeben werden solle. v. Stavenhagen dagegen in Vertretung des Minderheitsschusses, das bisher im Prinzip mit dem Verfassungsausschusse viel mehr übereinstimme, als der Verfassungsausschuß selbst zu glauben scheine. Abweichungen fänden nur über Einzelnheiten statt, in denen überdies der Wehrausschuß das Prinzip der Einheit oft strenger wahrnehme als der Verfassungsausschuß selbst. Die Abstimmung über §. 12 wird, formeller Schwierigkeiten wegen, auf morgen vertagt. Von den heutigen Minderheitsvorschlägen zeigen mir das Gegenteil der wichtigsten, für den Zentralausschuß an. In die treten kommt die H.H. Laube aus Leipzig und Schoder aus Stuttgart. (D. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 7. Nov. Die „Ober-Post-Amts-Zeitung" enthält im amtlichen Theile Folgendes: Der Reichsvermeser hat heute um 1 Uhr dem von Sr. Maj. dem Könige von Dänemark in der Eigenschaft eines Gesandten in besonderer Sendung hierher abgeordneten Herrn Freiherrn Mussel von Tirckind-Holmfeld eine Audienz ertheilt, und auf dessen Händen das königliche Schreiben entgegengenommen, welches in ausserordentlicher Weise die, durch den Gesandten Herrn Bank nach Kopenhagen bestreete amtliche Benachrichtigung von der Errichtung der provisorischen Zentralgewalt für Deutschland beantwortet.

Frankfurt, 8. Nov. Seitdem Abend ist Hr. Unterstaatssekretär Bassermann im Auftrage des Reichsministeriums des Innern nach Berlin abgereist. Der Reichskommissarius in der polnischen Angelegenheit, Hr. v. Schäfer, ist ebenfalls seit gestern Abend hier, und reiste sich zur Abreise. — Dem Vernehmen nach werde der Parlamentsrede und der v. Beckerath's in Taufenden von Abdrücken durch die preußischen Abgeordneten in die Provinzen geschickt. (D. Z)

λ **Frankfurt**, 8. Nov. Der neue Vorkämpfer des Partikularismus, die radikal-demokratische Partei, tritt immer offener und entschiedener für seinen Schützling in die Schranken. Dieselbe Partei, welche vor Kurzem alles, was Partikularismus hieß, vernichten wollte, welche jedes Widerstreben gegen die Einheit als Hochverrath bezeichnete, nimmt nun diese Dinge in Schutz, stellt sich an die Spitze der Sonderbestrebungen und vertheidigt sie, gleichviel ob sie in Atenburg oder Berlin zum Vorschein kommen. Es ist für die Beurtheilung dieser Erscheinung von größter Wichtigkeit, die Zeit nicht zu vergessen, seit welcher die Demokraten diese Schwenkung gemacht haben. Als die Septembervereinigung durch das kräftige Auftreten der Zentralgewalt schnell unterdrückt war, da wendete man sich von ihr ab, und suchte sich Bundesgenossen, die wie die Demokraten ein Interesse daran hätten, die Zentralgewalt ohnmächtig zu machen oder ganz zu beseitigen. Daß die Freundschaft zwischen diesen beiden Parteien sofort zu Ende war, sobald die demokratische Partei ihren Zweck erreicht hat, ziemlich die Einheit wie sie von der Nationalversammlung in der provisorischen Zentralgewalt und in der fünfzi-

gen definitiven Verfassung aufgelöst wird, unwahlig zu machen, das braucht wohl keines Beweises. Mit den einzelnen Staaten hofft man dann leicht fertig zu werden, um so eher als man während der bestandenen Verbindung vielleicht Mittel und Wege findet, wie man auf ziemlich friedlichem Wege zu seinem Ziele kommt. — Eine zweite Frage, welche mit diesem Auftreten der Demokraten im innigsten Zusammenhange steht, ist: „Wird der Partikularismus den Bund mit der demokratischen Partei eingehen?“ Wir können diese Frage leider zur Zeit noch nicht mit der Bestimmtheit verneinen, mit der wir es im Interesse des Partikularismus selbst zu können wünschten. In mehr als einem Staate sind bereits Fälle von Sonderbestrebungen vorgekommen, welche sich die demokratische Partei zu Nutzen gemacht hat, um gegen die Zentralgewalt aufzutreten, ohne daß der bereitwillige Eingriff die Hilfe zurückgewiesen hätte. Doch geben wir darum unsere Hoffnung noch nicht auf, daß die Einzelstaaten jede Gemeinschaft mit einer Partei, welche der ärgste Feind ihrer eigenen Verfassungen ist, von sich weisen und sich offen und rückhaltlos dem Bundesstaate, wie er von der hiesigen Nationalversammlung zu gestalten ist, unterordnen werden. Denn auch sie müssen zu der Einsicht kommen, daß nur dadurch ihr eigenes Heil, so wie das des Gesammtvaterlandes begründet und gesichert sei, innern jene Parteien in der Nationalversammlung, welche die Einheit wollen, zugleich Gesetz und Ordnung erhalten zu sehen wünschen, und die Freiheit der Individuen sowohl als der Einzelstaaten gerade auf diesem Wege am besten fördern zu können glauben. Ich hoffe daß insbesondere Bayern in derselben offenen und männlichen Weise, mit der es das Gesetz vom 28. Juni anerkannt hat, auch fortan sich zur Zentralgewalt und zur Nationalversammlung stellen werde, daß und Deutschland zum Ruy und Frommen!

Bayern. — **München, 10. Nov. Die Gesetzgebungsausschüsse beider Kammern haben, wie bereits gemeldet, ihre Arbeiten geschlossen. Wer denselben aufmerksam gefolgt ist, wird den Mitgliedern das Anerkenntniß des regsten Pflichteifers, der ausgezeichnetsten Thätigkeit, ehrenhaften Freimuthes, und richtiger mit wärmster Vaterlandsliebe gepaarter Ehrsamkeit und Würdigung der wahren und bleibenden Interessen des Landes nicht versagen. Die vielen uns für die Neugestaltung unserer staatlichen und rechtlichen Zustände vorliegenden, und deren Einführung ins praktische Leben jetzt nahe bevorsteht, geben das schönste Zeugniß für die Einsicht und das dem wahren Fortschritt überall huldigende Streben der Gesetzgebungsausschüsse. Die bemerkt sind Leben reichenden Schwurgerichte insbesondere werden ein bleibendes Ehrenmonument bilden für die Männer, die zur Regung der Initiative unserer Regierung auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit berufenden Rechtspflege, im Zusammenwirken mit der Regierung, die ersten Bausteine beizuschaffen berufen waren. Wenn es gelang, das schwierige Werk in verhältnißmäßig sehr kurzer Zeit zu Stande zu bringen, so ist das vorzugsweise dem Geiste der Eintracht und des gegenseitigen Vertrauens zu danken, welcher unverbrüchlich zwischen der Regierung und den Ausschüssen der Kammern herrschte. Beiden schwebte nur ein Ziel vor Augen, das Wohl und Heil des Vaterlandes. Vorgestern vereinigten sich die Ausschußmitglieder noch im bayerischen Hofe zu einem gemeinschaftlichen Male, dem auch die hier anwesenden Minister und andere höhere Ministerialbeamte beiwohnten. Die Auflösung der bisherigen Kammer der Abgeordneten und die Anordnung der Wahlen zu einer neuen nach dem neuen Wahlgesetze haben nun nächstens zu erwarten. Für diese Wahlen rüsten sich bereits alle Parteien, und wir freuen uns der lebhaften Theilnahme, die sich für diesen für Bayerns Zukunft so wichtigen Moment auf allen Seiten kundgibt. Möge der Geist wahrer Vaterlandsliebe und richtige Erkenntniß dessen, was dem Lande Noth thut, bei diesen Wahlen überall vorwalten, gleichwie die vollkommenste Freiheit denselben gesichert ist. Unter Allen die Geschäfte durchlaufe, welche nach unserer Ueberzeugung von den bayerischen Wählern als leitend festgehalten werden sollten, bedarfen wir uns vor, ein anderemal darzulegen. Wir wir vernehmen, hat der hiesige Bürgerverein für Freiheit und Ordnung den Beschluß gefaßt, auf Bildung von konstitutionellen Kreisvereinen in Ober- und Niederbayern, dann Schwaben und Neuburg hinzuwirken.**

Sachsen-Herzogthümer. Koburg, 5. Nov. Der Herzog erklärt in einem Erlaß an die Abgeordneten-Versammlung des Herzogthums Gotha, er weise die Zumuthung, welche den Fürsten der kleineren deutschen Staaten gemacht werde, aus Rücksichten auf ihren Privatvortheil ihre Mediatisirung zu verlangen, entschieden von sich ab; mit Freuden habe er die Richtung der Neuzeit begrüßt, welche sich die Vereinigung der Einzelnen Deutschlands zum Ziele gesetzt habe, aber er halte bei der Folgenschwere der kleineren deutschen Staaten an der Möglichkeit ihres Fortbestehens als selbstständiger Theil Deutschlands nicht zweifelnd; gewohnt, jede persönliche Rücksicht dem öffentlichen Wohle unterzuordnen, werde er von seinem Rechte, auf seine Stellung als Regent nach freier Wahl zu verzichten, nur dann Gebrauch machen, wenn die fernere Behauptung dieser Stellung mit Ehre oder Pflicht nicht vereinbar sein könne; er spreche hiermit zugleich die Ansichten seiner in ähnlichen Verhältnissen befindlichen Standesgenossen aus. — Die angekündigten Reichstruppen sind gestern und heute in die Herzogthümer Koburg und Meiningen eingerückt. Das königl. bayer. Bataillon vom Regiment Prinz Luitpoldhaus, welches in Hildburghausen durch 450 Sachsen mit 3 Kanonen abgelöst wurde, hat die vergangene Nacht hier zugebracht und ist heute nach Lichtenfels abmarschirt. Heute Mittag rückten zwei Kompagnien Meiningener unter Major Kümpling in hiesige Stadt ein; drei andere weimarische Kompagnien sind in die koburgischen Aemter vertheilt. Fast überall wurden die militärischen Gäste freundlich empfangen; schon heute sah man an allen Bergeingängen Bürger und Soldaten in traulicher Nähe promeniren; wie Absprache hört man die letzteren von ihren Zuge nach Schleswig-Holstein reden. Nur im Amte Sonneberg sollen bei der Einquartirung einige Widerspenstigkeiten vorgekommen und deßhalb mehrere Zivilpersonen verhaftet worden sein. Hier haben die Weimaraner sämmtliche Wachtposten am Festungsschloß, an der Landesfahne u. s. w. bezogen; das koburgische Militär hat sich in seine Kaserne auf der Festung zurückgezogen. Von Oberdreisel über die Reichenbrunner Viehtrift nach Thüringenwalde hat der Lärm gedauert, daß General Holtzermann, der sich in Hildburghausen aufhält. Der Reichskommissär v. Mühlenfels wird am 11. d. hier erwartet. — Nach Zeitungsnachrichten ist bei der Erstürmung Wiens das koburgische Holzmagazin daselbst in Flammen aufgegangen. Diese Holzvorräthe, welche circa 12,000 Klafter betragen haben mögen, stammten auch der dem Herzog von Koburg gehörigen Herrschaft Greinburg in Oberösterreich, wo sie für das Verkaufs wegen auf der Donau nach Wien verflößt wurden.

(N. R.)

Oesterreich. † **Wien, 7. Nov. Fürst Windischgrätz hat nach immer rein Hauptquartier in Schönbrunn, wo er so lange sich aufhalten wird, bis die Pazifizirung Wiens vollendet sein wird. Binnen Kurzem wird er sich an die Spitze der gegen Ungarn operirenden Armee begeben, welche unter dem Kommando des Feldmarschall zu Zwid der Ungarn abgegangen ist. Von Gallizien her rückt General Simonich, von Siebenbürgen aus General Puchner gegen Pesth. Das Oberkommando über das Ganze hat Fürst Windischgrätz. Generallieutenant Welden, der jetzige Gouverneur von Wien ist ein energischer und äußerst gastfreier Mann. — Jedermann in Wien freut sich, nach der langen Schreckensherrschaft wieder Luft schöpfen zu können. Die Studenten, Proletarier und die kommunistische Rotte ist verschwunden — todt oder auf der Flucht! — Im Hof der Kaserne zu Gumpendorf begannen jetzt die leider unerläßlichen Exekutionen des Standrechts. Dort sind auch die am meisten betheiligten Individuen in Verhaft. Die Gesammtzahl der gefallenen und schwer verwundeten Soldaten beläuft sich auf 700 M. Auf der Seite der Aufrührer zählt man dagegen an 5000! — Am 6. d. Nov. wurde Latour durch den Strang hingerichtet. Heute früh Schwurgenberg geschossen. Gegenwärtig handelt es sich um die Zusammensetzung eines neuen Ministeriums. Vor allem scheint man einen tüchtigen Finanzminister! Man spricht vom Baron Kübeck.**

*** Wien, 7. November. Die heutige Wiener Zeitung veröffentlicht die Uebersicht der Standes der Oesterreichischen National-Bank am 31. Oktober. Im gegenwärtigen Augenblicke ist es für Viele von besonderem Interesse sein, diesen Stand darüber zu vernehmen. Unter den Aktiven finden wir die folgenden Posten: Bankmäßig ausgeprägte Konventions-Münze und Silberbarren 32,101,090 fl. 30 kr. Wechsel-Portefeuille (mit Inbegriff des Prager) 31,002,934 fl. 45 kr. Vorschüsse gegen staatsverpfändete inländische Staatspapiere, rückgebbar in längstens 90 Tagen 12,300,100 fl., hiergegen an die Herren Lloyd, an diverse Spartassen u. s. w. 1,295,000 fl.; fundirte Staatsschuld 79,771,024 fl. 23 1/4 kr., gegen Real-Hypothek eingetragene k. k. Zentral-Kassa-Anweisungen 50,000,000 fl., Vorschüsse an die k. k. Finanzverwaltung für Partial-Hypothekar-Anweisungen 23,809,450 fl., bezüglich deren sich k. k. Zentral-Kassa-Anweisungen à 3 %, 239633 fl. 22 1/4 kr., bezüglichen sie solche à 5 %, 1,000,000 fl., unverzinsliche Darlehen den Staate 6,000,000 fl., von Staate garantirte Darlehensfür Ungarn 867,936 fl. 34 kr., Bestand des Reserve- und Pensionsfondes in Staatspapieren und Bankaktien 5,922,865 fl. 87 kr., Werth des Bankgebäudes und anderer Aktiva 1,767,422 fl. 54 kr. Die Summe aller Aktiva betrug sonach am 31. Oktober 248,232,476 fl. 6 1/4 kr. Unter den Passiven finden wir aufgeführt: In Umlauf befindliche mit 200 731,396 fl., ten Reserve- und Pensionsfond mit 5,842,415 fl. 59 kr., die noch unbedobenen Dividenten, einquälfender Anweisungen, dann Saldi laufender Rechnungen mit 2,286,064 fl. 8 1/4 kr., den Bankfond durch 30,621 Aktien, zu der urprünglichen Einlage von 600 fl. Konventionsmünze per Aktie 30,372,600 fl., im Ganzen also wie bei den Aktiven 248,232,476 fl. 6 1/4 kr.**

*** Wir entnehmen aus den Berichten der uns zu Handen gekommenen österreichischen Blätter noch nachträglich, was zur Geschichte der letzten Tage in Wien irgend einen Beitrag liefern kann. Die Meisten stimmen darin überein, daß Fürst Windischgrätz bei der nothwendig gewordenen Erstürmung mit möglichster Schonung zu verfahren beiedien hatte, so wie auch bereits bekannt ist, daß sehr viele Soldaten, welche bei Plünderungen betroffen wurden, augenblicklich von den Offizieren erschossen wurden. — Alle Gebäude, in denen sich wissenschaftliche oder Kunstsachen befinden, sind beinahe unversehrt geblieben. — Die Entwaffnung der Nationalgarden erstreckt sich nicht auf die alte Garde Wiens; das Bürgerkorps behält seine Waffen und besteht in Gemeinschaft mit dem Militär mehrere Wachen. Dieser Garde bleibt für immer das Verdienst, der Plünderungslust und Mordernemerei des Proletariats kräftig entgegengetritt zu haben. Feldmarschall-Lieutenant Welden ist zum Militär- und Zivilgouverneur von Wien ernannt. — Als tragi-komisch verdient Folgendes noch der Erwähnung. Eine Menge Schuldenmacher hatte sich beim Einrücken des Militärs in die Stadtkanäle geflüchtet. Plötzlich fiel aber ein gewaltiger Platzregen ein, der im Verein mit dem Austreten der Wien die Flüchtlinge**

linge ihr Ziel zu verlassen zwang, wobei sie hundertweise gefangen wurden. Feldmarschall Fürst Windischgrätz wird sich in Kürze an die Spitze der gegen Ungarn marschirenden Armee stellen. Am 4. sind einige Grenzregimenter durch Steyermarkt zum Korps des F. M.L. Dahlen oder Nugent abgegangen. — Die Pesther Zeitung vom 3. November enthält einen Bericht Kossuths über die Schlacht bei Wien, in welcher zwar die Magyaren auf allen Punkten Sieger gewesen, jedoch nur aus dem Grunde sich in einiger Unordnung zurückgezogen haben sollen, weil die Komorner Sensenmänner gerade in dem Augenblicke eine Verwirrung machten, wo der allgemeine Rückzug des ungarischen Heeres nur aus dem Grunde kommandirt wurde, um beide Seitenflügel in eine einzige Linie zu bringen. Zugleich beklagt sich Kossuth darüber, daß die Wiener seinen Angriff nicht unterstützten. Die deutsche Zeitung aus Böhmen vom 2. November berichtet, daß die H.-H. Weidler und Mahle auf der Rückreise nach Frankfurt am 31. Oktober Prag passirt haben, woselbst sie mit Palacky und einigen Gliedern des deutschen Vereines Besprechungen hielten. Der Brünner Krawall wird als ein Plünderungs-Exzeß der Proletarier bezeichnet, welche in Weinkeller einbrachen, Bürger insultirten, Nationalgarden entwaffneten, und allerlei frechen Unwesen trieben. Bei dem Versuche, die Offermannsche Tuchfabrik und die Braccigliesche Gewehrfabrik zu nehmen, macht endlich die mit Steinbagel begrüßte Nationalgarde von der Feuerwaffe Gebrauch, gab zwei Dechargen auf die Arbeiter und machte auch einen Bajonetangriff unter Unterstützung des Fabrikpersonals. Unterdessen war auch das Militär zu Hülfe gekommen und der Aufstand ganz unterdrückt. Die Rädelsführer sind verhaftet. Ein Gardist und ein Tumultuant sind todt, bei 40 Personen verwundet.

Frankreich.

|| **Paris**, 5. Nov. Paris bietet in diesem Augenblicke das Bild eines siedenden, sprudelnden, schäumenden und wallenden Kessels, in dessen weitem Bauche die verschiedenartigsten und feindlichsten Elemente durch und gegeneinander toben und arbeiten, und aus all dem wirren Durcheinander soll der Prüfstein der Republik, die Ruhe und Wohlfahrt Frankreichs am 10. Dezember sie und fertig, wie Pallas aus dem Haupte des Zeus mit einemmale hervorgehen! — Das glaube wer mag — ich nicht! Unverbesserweise ist und trinkt man in der schönen Stadt Paris so ruhig und mit so gutem Appetit, als läge die Stadt im Schlaraffenlande und als gäbe es weder Rothe, noch Kommunisten, noch Sozialisten, noch Legitimisten, Republikaner, noch Republikaner — kurz, als wäre alles eitel Lust und ein Sinn, und Paris wäre so ruhig, wie es in diesem Augenblicke vielleicht irgend ein Negerdorf im innersten Innern von Afrika ist! Und doch weiß Jedermann, daß die Stadt jeden Tag die gräßlichsten Szenen der Junitämpfe sich kann wiederholen sehen, daß tausend und abertausend Hände geschäftig sind den Brand, der im Stillen schon glimmt, anzufachen, bis er plötzlich mit heller Lohe verderdenbringend den Parisern über den Köpfen zusammenschlägt! Die guten Pariser! — Hatten sie nicht ein herrliches Leben unter Louis Philipp? hatten sie nicht alles was ihr Herz begehrte? Neben wirklicher Freiheit hatten sie Spiele, Feste, Essen und Trinken, ja sogar von Zeit zu Zeit ihr Lieblingsgericht — eine Emeute — die aber eigend nur zu ihrer Unterhaltung gemacht schien, eine Unterhaltung die freilich dem Handel jedesmal theuer genug zu stehen kam — und als Extrabeilage zu dem Allen die Attentate auf den König. Die fünfprozentige Rente stand hoch über Pari, in Eisenbahnen wurden auch schöne Geschäfte gemacht, bis zu dem Augenblicke, wo es einigen „Gewissen" einfiel Republik zu spielen! Und die guten Pariser, statt den vorlauten Schreihälsen den Mund zu stopfen, wischten sich die Augen vor Rührung und schrien mit: „Republik!" Heute seufzt der gute Bürger, wenn er seine und des Staates Lage überdenkt im Stillen bei sich „ach wie dumm bin ich doch gewesen, daß ich im Februar nicht gestorben bin!" nimmt eine Prise, setzt den Hut auf und — geht in irgend einen Klub, um dort die aufreizendsten Reden, die wüthendsten Deklamationen gegen alles bisher bestehende, und die geschicktesten und abgeschmacktesten Lob- und — Anpreisungen des Sozialismus, Kommunismus und der rothen Republik mit anzuhören, und — weil er seiner pariser Natur nach nicht anders kann, — zu beklatschen! In einigen Wochen wird er sich mit ergrauten Kopfschütteln niederwerfen: „ach wie dumm bin ich doch gewesen, daß ich damals nicht gescheiter war!" — Was ich Ihnen übrigens schon vorgestern schrieb, muß ich heute wiederholen, Ludwig Napoleon verliert Terrain. Jetzt treten Ledru-Rollins Anhänger gegen ihn und natürlich für ihren eigenen Herrn und Meister auf und entwickeln in Paris, noch mehr aber in den Provinzen durch eine Masse von Sendlingen eine ungeheure Thätigkeit. Gestützen darauf alle diese Parteien gegen sich, die Reaktion, die Kommunisten die Napoleonisten. All diese Fraktionen hatten an Donnerstag und Freitag Versammlungen und Bankette, veranstaltet: An Donnerstag waren nicht weniger wie vier Volksversammlungen, und Bankette im Klub der Chaussee d'Antin, im Klub Roissin, in der Redoute, in der Chaussee des Marrayes im Salon de Mars statt. Am Freitag wurden sechs Versammlungen abgehalten, welche den bestigsten Charakter trugen. Ich will nur die Leute nennen, die dabei präsidirten: Viktor Hennequin, Dameth, Courtois, Leteller ꝛc. Alle diese Versammlungen mit Ausnahme der Letellers, wiesen die Candidatur Napoleons mit Heftigkeit, die Cavaignacs mit unsäglicher Bitterkeit zurück — Ledru-Rollin und Raspail sind ihre Kandidaten! Braucht es da noch mehr Beweise, daß wir auf einem Pulverfasse schlafen?

Spanien.

* **Madrid**, 31. Okt. Bei Figuera hat am 27. d. Mts. ein Gefecht zwischen den Republikanern und den K.'truppen unter General Nuvilas und Rius stattgefunden. Diese haben durch ein klug entworfenes Manöver die Banden des Ametller und Barrera total geschlagen, so daß sie sich in wilder Flucht zerstreuten. Cabecilla Barrera selbst mit sein Stabsmajor Altimira wurden gefangen. Von diesem Schlage dürfte sich die Partei auf eine lange Zeit hinaus nicht mehr erholen!

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 9. Nov. Bayer. 3½ proz. Obligationen — P. 75 G. 4proz. 86 G. Bankaktien 1100. Bauweber 575 G. Promessen 35 P. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 950 P.

Wien, 7. Nov. 5proz. Metall. 78. 4proz. 63. 3proz. 43. 2½ proz. —. 1834r 500 fl.-Loose 130. 1839r 250 fl.-Loose 89. Bankaktien 1090. Nordbahn 104½. Glogguitz 94. Benedig-Mailand 67. Budweis 65¾. Loorne 65. Pesth 55½. Siena —. Veroneserbahn —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 12. Nov.: „Die Hugenotten", Oper von Meyerbeer.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Graf Palermo, von Turin. Senger, Rentier, von England. Jouchay, Privatier, von Lübeck.

Hotel Maulik. Freiherr v. Eyters, von Wien. Brabant, Kaufmann, von Bierfen. Pfeffelmann, Kaufmann, von Barmen. Bruckmann, Fabrikant, von Pellbronn.

Gold. Kreuz. Marquesani, Studierender, von Bozen. Benteliter, Lehrer, von Wasserburg.

Gold. Hahn. Heidner, Rentier, von Lusbach. Benlocher, Brauer, von Dinkelsbühl. Dietrich, Kaufmann, von Düsseldorf.

Blaue Traube. Dr. Junghahn, Naturforscher, von Java. Dr. Potzelching, aus Steiermark. Baron Oyes-Sternberg, von Leipzig. Handel, Partikulier, von Florenz. Runge, Lehrer, von Breslau. Kamm, Privatier, von Nürnberg. Fehr, Techniker, aus der Schweiz. Fehr, Partikulier, aus der Schweiz. Passavant, Bankier, von Basel. v. Höslin, von Augsburg.

Brechhusgarten. Dr. Mai, prakt. Arzt, von Augsburg. Kabl, Brauer, von Untermaßfing.

Gestorbene in München.

Elisabetha Wagner, Taglöhnerswittwe, 49 J. a. Gerwand Pilsner, Lakenbruder der P. P. Franziskaner, 78 J. a. Johann Deyrer, königl. Artilleriegemeral, 63 J. a.

235. Bei Jos. A. Finsterlin in München ist so eben erschienen:

Bayerischer National-Kalender für 1849.

Groß Quart. Mit Schreibpapier durchschossen. Brochirt 24 kr. Gebunden 36 kr.

Auch dieser 29. Jahrgang enthält nebst allen gewöhnlichen Kalendernotizen noch verschiedene Aufsätze, als:

Humoristisches und ernstes, ökonomisches und technologisches Lesebuch in 47 Artikeln. — Bonifazius, der Stifter christlicher Ordnung und deutscher Volksthümlichkeit. (Mit einer Abbildung der Bonifazius-Kirche.) — Das gute alte deutsche Recht. — Retrolog H. Zschokke's. — Chronologische Uebersicht der wichtigsten Ereignisse von der Gründung der neuen französischen Republik bis zur Eröffnung der deutschen Nationalversammlung. — Was lesen wir heute? ꝛc.

Stelle-Gesuch.

234. (2a) Ein vollständig befähigter Rentamts-Oberschreiber, im Besitze sehr empfehlender Atteste, wünscht seinen Posten zu ändern und in gleicher Eigenschaft bis zum Monate Februar oder März wieder einzutreten zu können.

Hierauf bezügliche Schreiben unter Chiffre M. P. besorgt die Expedition dieses Blattes.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Die Tage vom 26. bis 31. Oktober in Wien.

** Wir haben bisher wohl über die Operationen der kaiserlichen Truppen während der obengenannten Tage gegen Wien so ziemlich genaue und authentische Berichte gehabt. Was aber in diesen für die Stadt so verhängnißvollen Tagen im Innern derselben vorging, darüber waren uns bis jetzt nur einzelnige und unvollständige Notizen zugekommen. Das „Journal des Österr. Lloyd", eines der ehrenwerthesten Organe der Wiener Presse, das selbst unter dem Druck Oelpeitschnot und der Anarchie jener Tage eine würdevolle Haltung zu behaupten wußte, bringt nun die folgende gedrängte Uebersicht, welche auch jetzt noch das Interesse unserer Leser erregen wird.

26. und 27. Oktober. Der Abend des 26. war für die Bewohner der Leopoldstadt einer der furchtbarsten. Die kaiserlichen Truppen hatten an diesem Tage die Taborlinie genommen und sowohl von Augarten als auch auf dem Eisenbahndamme Geschütz aufgefahren. Mit diesem entscheidenden Moment war nun die halbe Leopoldstadt so gut wie genommen; vom Augarten herein konnte die neue Straße bis zur Brücke, die auf's Glacis führt, bestrichen, vom Eisenbahndamm aus die erste Barrikade vom Praterstern demontirt werden. Am 26. Abends wurde das Gepäckmit zwischen den Vorposten der Garden und mobilen Korps und denen der Militärs längs den Häusern der Franzensallee und dem Donaukanale bis hinunter zur Rasumowskybrücke stärker. Das Schweizerbuch, die Taborbrücke, die Machsche Zuckerfabrik und andere daherbestehende Gebäude gingen in Flammen auf, eben so ein Theil der linken Seite der Franzensallee. Inzwischen feuerte das Militär vom Eisenbahndamm aus ununterbrochen auf die erste Barrikade, von der aus das Feuer zwar lebhaft erwidert wurde, aber gegen Anzugt von Munition bald matter und vereinzelt werden mußte. Die Mobilen zogen sich nach einstündiger Vertheidigung der Barrikade zurück. Nachdem frische Munition angelangt war, wurde das Feuer von der Barrikade aus gegen das Gebäude des Praters, wo Jäger und Kroaten standen, so wie gegen den Damm des Nordbahnhofes wieder eröffnet, verstummte aber bald, da auch die Gebäude des Militärs schwiegen. Die Dampfmühle, vertheidigt durch eine Kompagnie der akademischen Legion, wurde nach darnächtigem Kampfe von den Kroaten genommen. Die Nacht verging so ziemlich ruhig. Am Morgen des 27. hörte man Kanonendonner von der Mariahilferlinie her. In den Nachmittagsstunden feuerte das Militär vom Augarten aus die neue Straße herein auf die neue Brücke zu. Die am Eingang in die Straße hinter den Häusern postirte Batterie verhielt sich ruhig und erwiderte keinen der fallenden Schüsse. Beim Einbruch der Dunkelheit dauerte es noch in der vorigen Nacht angezündeten Häuser den Himmel. Die übrige Nacht verging ziemlich ruhig.

Der 28. Oktober war einer der furchtbarsten und entscheidensten der Revolutionstage. Schon am vorhergehenden Tage verlautete es, daß der Entscheidungskampf gegen Montag den 28. beginnen werde. Gewehl die Stellungen, welche die einzelnen angreifenden Truppenkörper nach und nach einnahmen, als auch eine (angeblich) von Fürst Windischgrätz an General Ramberg, welcher mit seinem Korps die ganze Linie des Praters längs der Leopoldstadt eingenommen, mitgetheilte und aufgefangene Depesche hatten dem Oberkommandanten über die Absichten der Armee hinreichende Aufklärung gegeben. Meisenhauser erließ daher mündlich seine schriftlichen Proklamationen, um das Volk unter die Waffen zu rufen. Dem wandte seine Aufmerksamkeit besonders den Eingängen der Leopoldstadt zu. Die Barrikaden wurden dort verstärkt, jedoch keineswegs mit hinreichender Mannschaft belegt: außerdem fehlte es den Vertheidigern an hinreichender Munition; hiezu kam noch, daß einige in die Jägerzeile führende Straßen nicht gehörig verbarrikadirt waren (besonders nach der Seite des Donaucanal hin, an der Franzensbrücke). Weit zahlreicher, ausgedehnter und stärker waren die Vertheidigungsmaßregeln an der Mariahilferlinie, wo die Lage des Ortes selbst die Vertheidigung erleichterte. Bei Erdberg, wo von der Donau bis zur St. Marxer-Linie der Zugang in die Landstraße ganz offen ist, waren zwar große Verschanzungen aufgeworfen, welche jedoch für einen ernsten Angriff unzulänglich schienen. Die ersten Stunden des Tages vergingen in dumpfer Ruhe, Schauer von Bewaffneten durchzogen meist in schlechter Ordnung, theils einzeln, theils truppenweise, die Straßen; kein wehrhafter Mann durfte sich ohne Waffen sehen lassen; alle Läden waren geschlossen, auf allen Gesichtern las man den Ernst des Tages. Endlich gegen 10 Uhr ertönte der erste Kanonendonner; es ward Generalmarsch geschlagen und auf den Thürmen der Vorstädte und von St. Stephan die Sturmglocken als Zeichen des ersten Angriffs geläutet. Kanonenrauch mit heißen Federbüschen durchzogen durch die Straßen, polnische Reiter von den mobilen Korps mit ihren weißen, roth verbrämten Mützen galloppirten aus den Vorstädten, besonders aus der Leopoldstadt, zum Oberkommando in die Stallburg und von da zurück; die Basteien füllten sich mit Bewaffneten, und die mobilen Freikorps, so viel ihrer noch in der Stadt waren, eilten auf die ihnen angewiesenen Posten in den Vorstädten. Der Kanonendonner wurde jetzt immer lauter und vielfeitiger; der Angriff wurde von vier Seiten gleichzeitig eröffnet — auf die Leopoldstadt, gegen die St. Marxer-Linie, gegen Mariahilf und auf die Nußdorferlinie. — Jedoch schien das Militär durch einen besonders starken Angriff auf St. Marx und Mariahilf die Aufmerksamkeit der Vertheidigung von dem Hauptpunkte des Angriffs, von den Grenzen der Leopoldstadt am Prater ablenken zu wollen, was ihm auch theilweise gelang, indem die Doppelbarrikaden am Praterstern außer Acht gelassen wurden. Gegen diese wandte sich um 12 Uhr plötzlich der Hauptangriff. Jäger, Grenadiere und Kroaten, welche sich in der Wallung des Praters verborgen hielten, drangen plötzlich nach einander und immer unterstützt von einer Batterie von 12 und 18Pfündern auf den Praterstern ein und nahmen nach schwachem Widerstand die erste vertheidigte gebaute Barrikade in der Jägerzeile. Viel hartnäckiger und anhaltender war der Widerstand der zweiten, etwas in der Mitte der Straßenlänge hinter welcher Abtheilungen der steirischen Jäger, des Linienbataillons unter Hauptmann Hauk und die beiden Kompagnien des demokratischen Freikorps unter Chaises standen. General Wem leitete hier die Vertheidigung. Der Kanonendonner war hier ein so anhaltender und furchtbarer, daß ältere Offiziere versicherten, dergleichen selbst in großen Schlachten nie gehört zu haben. Fast jede Sekunde durchsausten Granaten und Kanistchen die Luft; die Luftverschütterung war so ungeheuer, daß selbst in der innern Stadt fast alle Häuser bebten und die Fenster klirrten. Grenadiere und Jäger griffen zu verschiedenen Malen an. Der Versuch an Toten auf Seite der Angreifenden muß ein sehr bedeutender gewesen sein, während die Vertheidiger hinter den vorliegenden Barrikaden wenig Menschenleben einbüßten. Eine erdrückende Angst bemächtigte sich während des Kampfes der wiegenfreien Bewohner der Leopoldstadt; mit Sack und Pack eilten sie schauenzweise, weinend, jammernd und händeringend der innern Stadt zu, — ein herzzerreissender Anblick! — Zu gleicher Zeit wurde der Angriff gegen die Landstraße mit nicht geringer Kraft und Anstrengung betrieben. Die Nationalgarde dieser Vorstadt leistete nur geringen Widerstand; die mobilen Korps wurden auseinandergetrennt und nach einer halbstündigen heftigen Kanonade ist der größte Theil der Stadt in die Gewalt des Militärs, dessen einzelne Kolonnen bis an die Franzensbrücke vordrangen, und von hier aus den Vertheidigern der Barrikaden in der Leopoldstadt in den Rücken kamen. — Dieser Moment entschied das Schicksal der Leopoldstadt. Die Barrikaden, 3 Stunden hindurch mit Muth vertheidigt, wurden in eiligster Hast verlassen, und Kroaten, deutsche Grenadiere und polnische Jäger waren bald im Besitze der ganzen Vorstadt. Während dieses vielstündigen Kampfes verlegte ein anderes Ereigniß die ganze Bevölkerung der Stadt in Schrecken und Entsetzen. Fast rund um die Stadt herum sah man ein Feuer nach dem andern aufbrechen: zuerst wurden die äußersten Grenzen der Leopoldstadt heimgesucht; ein Theil der Augartenstraße, dann eine ganze Reihe von Häusern in der Franzensallee bis zu der Zuckerfabrik von Mack, welche zwei Abende vorher eingeäschert war, und die ganze große Dampfmühle in derselben Weise verschont blieb, so wie mehrere Gebäude im Prater loderten in hellen Flammen auf. — Bei einbrechendem Dunkel zeigten sich auch in andern Richtungen schreckliche Feuer. An der St. Marxer Linie brannte die Artilleriekaserne, weiter südlich die großen und schönen Gebäude des Schlagginer Etablissements, und endlich die Mariahilferlinie die Gasbeleuchtungsanstalt. Ganz Wien schien in Flammen und Feuer gehüllt zu sein und das ganze Firmament färbte sich dunkelroth. Unbeschreiblich war das Entsetzen der Zuschauer, welche in großer Menge auf den öffentlichen Plätzen und Basteien sich sammelten. Mit Anbruch der Nacht verhallte der bis dahin unaufhörliche Kanonendonner; das Resultat des Kampfes war ein für die Vertheidiger der Stadt ungünstiger. Die Landstraße und die Leopoldstadt waren ganz in den Händen des Militärs, die Barrikaden, Straßen, öffentlichen Plätze und Gebäude besetzt, und seine äußersten Vorposten bis an die Ferdinandsbrücke und das neue Mautthgebäude vorschob. Der große Kampf des denkwürdigen Tages war zu Ende; nur ein unbedeutendes Plänkelfeuer wurde noch zwischen den Vorposten des Militärs und der Besatzung der Basteien unterhalten.

28. Oktober. Das Plänkelfeuer zwischen den Vorposten der Truppen in der Leopoldstadt und der Besatzung der Rothenthurm-Bastei dauerte die ganze Nacht fort. Erst am Morgen trat völlige Ruhe ein. Der Tag verstrich allen Bewohnern der Hauptstadt in banger Erwartung. Man wußte, daß jeder verlängerte Widerstand zu nichts andern führen konnte, als zu neuem Unglück und vermehrtem Blutvergießen. Die große Mehrzahl der Bevölkerung war durch zu Uebergabe, aber auch durchdrungen von Widerstand der Proletarier und der übergegangenen Soldaten, welche sich hartnäckig weigerten, die Waffen niederzulegen. Man wollte Alles und konnte Nichts. Weder der Gemeinderath, noch das Oberkommando, welche beide recht gut wußten, daß es der Stadt sowohl an Lebensmitteln wie an Munition gebrach, besaßen Muth und Ansehen genug, um die Ausführung der Bedingungen durchzusetzen, an denen Niemand sie sich bereit erklärt hatten. Es wurde beschlossen, Vertrauensmänner aus allen Kompagnien der Nationalgarde zu berufen und durch diese über die Annahme oder Verwerfung der vom Fürsten Windischgrätz gestellten Bedingungen entscheiden zu lassen. Die große Mehrzahl sprach sich für sofortige Einstellung der Feindseligkeiten aus. Aber auch dieses Mal blieb es bei bloßen Worten. Das Resultat der Abstimmung durchfloß mit Blitzesschnelle die Stadt und brachte eine große Aufregung unter den die Straßen durchwogenden Massen hervor. Tausende von Bürgern hatten bereits am Morgen ihre Waffen niedergelegt, aber trotzdem erschien es, selbst nach Bekanntwerdung des Beschlusses der Uebergabe, noch gefährlich, auf offener Straße zu Gunsten des Beschlusses zu reden. Die Stimmung der einzelnen Volkshaufen machte sich hie und wieder in sehr bezeichnenden Aus-

drücken Luft. „Warum will man die Stadt übergeben?“ fragte ein neben mir stehender Gardist seinen Nachbar. — Wegen Mangel an Munition — antwortete der Gefragte. „Nein, wegen Ueberfluß an Verrath!“ fiel ein Dritter ein. Ueberall nannte man Meissenhausen einen liegen Verräther, Wenzel Meissenhauser, in welchem man wenige Tage zuvor noch einen auferstandenen Napoleon zu erblicken glaubte. Die Anderen der Nacht hatte das sonst unaufhörliche Waffengeklirr mit wenigen Ausnahmen aufgehört. Der friedliebende Theil der Bürger (die überwiegende, aber rath- und thatlose Mehrzahl) saß still in den schützenden Wohnungen, während die kampfmuthige Partei auf den Bastionen und den übrigen Sammelplätzen Anstalten zur Fortsetzung des unseligen Kampfes traf. Die ringsum loderanden Feuer, welche sein vier Tagen den Himmel rötheten, waren erloschen, und ein dichter Nebel lagerte sich verfinsternd über die ganze Stadt, gleich als ob der Himmel einen Schleier ziehen wollte über die Schreckniß der vergangenen Tage.

30. Oktober. Vormittags, nachdem die Kapitulation bereits geschlossen war, herrschte in der Stadt eine äußerst gedrückte Stimmung. Haufen von bewaffneten Arbeitern durchzogen lärmend die Straßen, rissen die Proklamationen des Oberkommandanten Meissenhauser, welche die nähern Erklärungen über die Kapitulation enthielten, von den Mauern herab und verspäuften sie unter Lachen und höhnendem Jubeltufe. Nur der Universitätsplatz war, fast langer Zeit zum Exerzemplatz, leer von Bewaffneten. Die Kolabretter mit den flatternden Federn waren verschwunden; einzelne Legionäre schlichen in Civil-Kleidung und mit allen Zeichen der Furcht nach Hause, die auf den Barrikaden so stolz getragen worden waren. Von Zeit zu Zeit hielten Wagen, mit den Waffen der Vorstadtgarden beladen, vor dem Komitégebäude Plötzlich hörte man wieder die Allarmtrommel durch die Straßen schallen. „Die Ungarn rücken an! die Ungarn sind an der St. Marxer Linie eingedrungen; zu den Waffen, zu den Waffen!“ erschall es von allen Seiten, und bleich war wieder der Universitätsplatz; die Legion, das Corps Lichnowsky, die Polenlegion rückten von allen Seiten herbei. Die Mitglieder des Exekutivs aufgelösten Studenten-Komitées betraten wieder den Versammlungssaal, und konstituirten sich aufs Neue. Jeden Augenblick kamen neue Deputationen der noch waffentragenden Korps und forderten das Komité auf: die Waffen nicht zu strecken. Es wurde ihnen geantwortet: sie möchten sich so lange ruhig verhalten, bis man Näheres über das Anrücken der Ungarn erfahren werde. Endlich, um 1 Uhr Nachmittags, erschien vom Oberkommandanten Meissenhauser unterschrieben, ein telegraphischer Bericht vom Stephansthurme, folgenden Inhalts: „Die Ungarn rücken Gegrelch vor, und man möge die Waffen behalten, da sich vielleicht ein geschlagenes Heer vor den Mauern der Stadt zusammenziehen könnte.“ Jetzt waren die Massen nicht mehr zurück zu halten: „Die Bastein besetzen!“ rief Alles und den Worten folgte alsbald die That. Das Komité wurde von allen Seiten bestürmt, in unserer Verschlage gemacht zu werden in Saus und Bogen zugenommen. Der wichtigste war folgender: man möge dem Oberkommandanten Meissenhauser ein Mißtrauensvotum schicken, und dem Feldadjutanten Fenneberg das Oberkommando übertragen, ferner: das Oberkommando solle nicht in der Stallburg bleiben, sondern in die Aula verlegt werden. Fenneberg wurde in's Komité gerufen. Auf den ihm gemachten Antrag, das Oberkommando zu übernehmen, antwortete er zwar nur dann darauf einzgehen, wenn Meissenhauser seine Abdankung schriftlich in die Hände des Komités niederlege. Hierauf schickte das Komité eine Deputation an Meissenhauser, welche ihm im Namen der akademischen Legion und verschiedener anderer bewaffneter Korps, die schriftliche Erklärung überreiche, daß er, da er das allgemeine Vertrauen verloren, abdanken möge. Meissenhauser erklärte: „daß er nur seine Abdankung niederlegen könne.“ Es wurde nenerdings eine Deputation an Meissenhauser abgeschickt, welche ihn daran erinnerte, daß es die akademische Legion war, die ihn vor 14 Tagen für das Oberkommando vorgeschlagen, und daß es überhaupt mit der militärischen Ehre nicht vereinbar wäre, daß er, nachdem er erfahren von mehreren Seiten Mißtrauensvoten erhalten, noch länger das Oberkommando führen wolle. Meissenhauser erklärte: „daß er nur Zusendung bei Komité, indem er sage: es sei gegen sein Gewissen, gegen das kaiserliche Heer zu kämpfen, wenn er nicht auf fichere Hülfe von Außen rechnen könne, indem er glaube, daß die Ungarn entweder geschlagen seien oder sich zurückgezogen hätten, da der Kanonendonner jetzt schweige. Diese Erklärung, welcher in direktem Widerspruche mit der vorhergehenden stand, erregte allgemeine Erbitterung. Fenneberg begab sich sogleich in Person zu der Vermanenz des Reichstages und des Gemeinderathes, um von ihnen die Bestätigung der Wahl Fennebergs zu erlangen. Die Vermanenz des Reichstages antworteten: „Sie könne die Wahl nicht bestätigen, da eine neue Wahl nur im Vereine mit dem Ministerium und dem ganzen Reichstage geschehen könne; sie werde übrigens ihr Votum dem ihm Fenneberg nicht vorenthalten.“ Der Gemeinderath Ertagen antwortete: „Sie könne in seinem Wirkungskreis, alle Tage neue Oberkommandanten zu wählen? ferner, daß es nur die akademische Legion, die übrigens nichts mehr zu diktiren habe und in die Schuld gehen solle, sei, welche die Abdankung Meissenhausers verlange, da eben jetzt dem Gemeinderath eine Erklärung, von allen Bezirksräthen unterschrieben, zugekommen sei, in welcher dieselben auf feierliche gegen die Abdankung Meissenhausers protestiren.“ Jetzt wurde von Seite des Komités ein Mittelweg versucht, welcher darin bestand, Meissenhauser möge mit Fenneberg das Kommando theilen, welcher Vorschlag auch von den beiden Herren angenommen ward. Die Nacht vom 30. auf den 31. verging ruhig. Am 31 um 10 Uhr Vormittags erschienen neue Proklamationen von beiden Kommandanten unterschrieben.

Die Bevölkerung wurde darin aufgefordert, die Waffen zu strecken, da es sich herausstelle, daß die Ungarn geschlagen seien. Die Gräber, welche bei der Hernaller Linie aufgeworfen waren, erschienen in dem Komité und zeigten dem strikischen Beschl von, die Linie zu verlassen und die weiße Fahne aufzustecken. Sie drückten aber ihre entschiedene Weigerung aus, sich der Zumuthung zu fügen. Das Komité antwortete: Sie mögen bauben wie es ihnen gut dünke. Da stürzt ein Mitglied des demokratischen Vereins herein, und ruft: das Komité möge ihm den Auftrag geben, die Sturmglocke läuten zu lassen, und im Falle die am Stephansthurme stehenden Garden sich widersetzen sollten, müsse der Thurm mit Gewalt genommen werden. Es wurde ihm erklärt: daß das Komité nie zu solchen Maßregeln seine Hand bieten könne, besonders da die Kapitulation geschlossen sei.“ Der stürmische Mann erwiederte: „Gut, feig ihr auch feig und schwarzgelb, so werden wir und selbst zu helfen wissen.“ Er eilte davon, und bald darauf schallte in dumpfen Tönen die Sturmglocke vom Stephansthurme herab, zum Zeichen der wiederanfnahme des Kampfes.

Der 31. Oktober war der Tag der endlichen Entscheidung. Gegen Mittag begann der Kampf zwischen den Truppen des Militärs auf die Stadt. Von allen Basteien der ernönte Kanonendonner. Bewaffnete Proletarierhaufen durchzogen die Straßen und zwangen einzelne Vorübergehende, sich ihnen anzuschließen. Der größte Theil der Einwohner hatte längst die Waffen abgeliefert und verhielt sich ruhig in den Wohnungen. Man wußte nicht mit Bestimmtheit, von welcher Seite das Militär eindringen werde, und Mancher Bewohner der an den Bollwerksthurm-Bastei grenzenden Gassen flüchtete theils in das Innere der Stadt, theils in die Nähe der Burg, wo man am wenigsten den Hauptangriff erwartete. Aber gerade das Burgthar war vom Militär zum Hauptangriffspunkte auserseben. Um 3 Uhr begann hier ein so furchtbarer Kanonendonner, wie wir nie im Leben desgleichen gehört; das dumpfe Rollen der einander unmerbrochen folgenden Schüsse wurde hin und wieder von dem Krach und Getöse der zusammenbrechenden Steine begleitet; Granaten und Kugeln flogen nach allen Seiten hin. Daß eine Menge Häuser dadurch mehr oder minder beschädigt wurden, bedarf wahl kaum der Erwähnung. Ueber zwei Stunden wüthete unaufhörlich das Feuer der Geschütze und nahm erst sein Ende mit dem Einzuge der Truppen in die Stadt. Das Dach der Bibliothek und der Thurm der Augustinerkirche gingen in Flammen auf und die hochlodernden Feuersäulen beleuchteten das neue Schauspiel, welche jene die erschütterungsmüde Stadt darbietet.

Deutschland.

⊙ Frankfurt, 8. Nov. Wer vor drei Monaten der Versammlung zu St. Paul die Befähigung hätte absprechen wollen, aus selbstgegeben Eingebung eine Verfassung für das neuzugestaltende deutsche Reich zu schaffen, den würde man wegen Majestätsbeleidigung vor die Schranken eines Strafgerichts gefordert haben, und nun in der 110. Sitzung der Reichsoberversammlung faßt dieselbe mit großer Mehrheit den Beschluß, in Anbetracht der „wesentlich geänderten Ansichten einen neuen Ausschuß zusammenzusetzen, der über die Basis, auf das Verfassungswerk in Einklang mit den Wünschen der Einzelstaaten zu Stande zu bringen sei, Bericht erstatten soll. Der Wortlaut ist zwar ein anderer, aber der Sinn genau der hier angegebene. Wo die Veranlassung zu einer solch wesentlichen Aenderung der Ansichten zu suchen sei, ist unschwer aufzufinden, sie liegt in der Treue des österreichischen Kriegers zu seinem angestammten Kaiserhause, in dem gesunden Sinn der Völker an der Donau, der Theiß und der Moldau, welche in der Erhebung des Gesammtstaates seine eigene bewahren zu können überzeugt ist; sie mag ferner zu suchen sein, in dem Entschlusse verschiedener deutscher Mittelstaaten, dahin zu wirken, daß das Zusammenreißen der Abzordneten des deutschen Volkes in der Absicht Deutschland zu stärken und zu einigen, nicht damit ende, es zu schwächen, und mehr zu entzweien, als dies je einmal der Fall war. Freilich sieht die Paulskirche von sich zu unter Verantwortlichkeit: sie hat es aber nicht anders gewollt, denn wer, um einen Einzelstaat groß zu machen, ganz Deutschland um die Hälfte verkleinert, hat in diesem Deutschland keinen Anspruch mehr auf Omnipotenz — Professor Bleekmann, welcher die Erklärung der sächsischen Regierung in Betreff der deutschen Verfassung zum Gegenstande seiner staatswissenschaften Untersuchungen gemacht hatte, kam gestern zu dem Resultate, daß diese Erklärung keine Ablehnung der Reichsversammlung sehe doch jedenfalls soviel Machtbefugniß zu, als dem so sich verschiedenen Bundestage, dessen Erbschaft man vor 6 Monaten doch unter seiner Bedingung antreten zu wollen sich entschließen konnte, und trotz solcher so sehr ermäßigter Ansprüche gelang es ihm nicht, die Versammlung zu einer sofortigen Beschlußnahme zu dem sächsischen Ministerium sondern einer Kommission zu bewegen, welche Gutachten darüber zu erstatten und linken Seite des Hauses der Schaffrathsche Antrag, über diese und verschiedene Erklärungen anderer Ministerien erst gründliche Berathung zu pflegen, mit ziemlicher Stimmenmehrheit angenommen. Damit hat die so verdammte Dokrin, welche sich in letzter Zeit vornehmlich in den Centrum festsetzte, einen unbestbaren Schlag erlitten. Unter den Erklärungen anderer Ministerien ist die Mecklenburgs vorzugsweise anzuführen, da sie in Frankfurter Versammlung ohne Rückhalt kein anderes Recht zu, als das Theorien aufzustellen und Vorschläge zu machen, über deren Ausführbarkeit jedann erst noch weiter beschlossen werden müßte. Ein neuer Redner bei sich gestern aufgetban, Graf Reichenbach, der als Stellvertreter des Bischofs von Breslau gewählt wurde, also von ein und demselben Wahlkollegium

wer sich auf der äußersten Rechten, Reichenbach nahm auf dem entgegengesetzten Ende Platz. — Seiner Art, die Verhältnisse aufzufassen, kann man nicht umhin den Grund der Reaktion zuzuschreiben; nach ihm war die Freiheit der Hochmögenden sowohl die der Freiheit, die absolutistische die der Einheit; Freiheit aber sei jetzt die Lösung der Welt, darum müsse Preußen oben an kommen, selbst gegen den Willen seines Königs; um den Berliner Landtag würden sich die Völker scharen und den Sieg erringen, — oder aber unterliegen; noch nach den Vorgängen in Ulm lieber eben noch nicht zu den Unmöglichkeiten gehöre, namentlich nicht die Berliner Völker, welche mit „Hanfstrumpfen“ in „Schuhen von dem Schauspielhause“ sich aufzupfänzen gewöhnt sind, aus weiter nichts, als, wie Jordan zeigte, aus dem niedrigsten, schamlosesten Gesindel bestehen. Graf Reichenbach hat, wie er bemerkte, polnisches Blut in seinen Adern, aus diesem Grunde trat er gegen die Grenzsicherung Deutschpossens von Polnischposen auf, es gelang ihm aber nicht, die Reichsversammlung zum Ihren früheren Beschlusse abwendig zu machen, trotzdem das auch Vogt des Wort ergriff und neben vielem Unzutreffenden auch den, übrigens nicht in seinem Garten gewachsenen Satz aussührte, daß, wenn das ungetheilte Posen eine seinen eigenartigen Verhältnissen entsprechende Verfassung erhalte, es zu Deutschland beziehungsweise Preußen in dieselbe Linien treten könne, wie Ungarn zu Oesterreich. Es war dies bekanntlich die Ansicht, welche von verschiedenen Rednern bei der ersten Berhandlung über die Posenerfrage versochten ward, damals aber als „ultramontan“ selbst von der Linken weit weg zur Seite geworfen wurde. Heute kommt ein Theil der Wehrverfassung zur Berathung, bei welcher Gelegenheit wohl General von Radowitz, der seit Kurzem aus Berlin wieder hier anlangte, das Wort ergreifen wird; er ist zum Vorsitzenden der Verfassungsausschuß-Sitzungen ernannt. (Vergl. den Sitzungsbericht.)

Baden. — Aus Baden, 5. Nov. Die „Deutsche Zeitung“ berichtet vor ein paar Tagen von einer bedrohlichen Stimmung in unserem Oberlande. Dies hat hier erstaunt, da im Gegentheil allgemein bekannt ist, wie vollständig seit Struve's Einfall die Stimmung umgeschlagen. Jetzt steht man endlich ein, was man besitzt, und trägt sich, wie man nicht anders Ende noch die konstitutionelle Monarchie mehr wahre Freiheit gewähre als die Republik. Obendrein hat die Vorlage des Budgets der französischen Republik den Wahn zerstört, diese Staatsform sei so sehr wohlfeil. Die Abgaben sind doppelt so schwer als unter Ludwig Philipp und dennoch ein Defizit von 300 Millionen. Gegen diese Erfahrung hilft auch Heinzen's „Rechtsstaatspolizei“ nichts. Der Bauer dankt auch der Großherzog seit einiger Zeit fast täglich Adressen der Anhänglichkeit aus Gemeinden erhält, die noch vor kurzem sich hatten bethören lassen; so namentlich kürzlich auch Lörrach selbst. — Auch Hecker's Reise in Newyork, von der „Mannheimer Abendzeitung“ mitgetheilt, hat Viele der guten Sache wieder zugewendet. Hatten unsere Republikaner Struve verbannt und sich von dem Frankfurter Parlamente Recht sprechen lassen, so hat auch an den ächten Republikanismus, wie er in Hecker perfonifizirt sei. Wie solchen Verbrechen würde Hecker nichts gemein gehabt haben. Und nun rühmt Hecker jenseits des Meeres den Menschenmord und bedauert, daß er nicht auch noch „ein Dutzend Andere getroffen!“ Seine Anhänger dürfen sich danach, daß sie verführen, die Maske fallen lassen. (Fr. Ob.-P.-A.)

Preußen. ⊙ Berlin, 7. Nov. (Nationalversammlung.) Man sieht die einzelnen Fraktionen der Versammlung vor Beginn der Sitzung in sehr lebhafter Diskussion. Um 9½ Uhr eröffnet Hr. v. Unruh die Sitzung. — Von den Ministern ist nur Hr. Kisker anwesend. — Nach Verlesung des Protokolls nimmt Hr. v. Reichenbach (Frankfurt) das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Aus den stenographischen Berichten habe er ersehen, daß der Abg. Jacobs sich dahin geäußert, daß die gegenwärtige unglückliche Lage des Landes ein Erbtheil dreier Ministerien sei, welche entweder nicht den Muth oder nicht die Fähigkeit gehabt, den politsfeindlichen Bestrebungen der Kamarilla entgegenzutreten. Wenn diese Phrase einen Inhalt haben solle, so sei es der, die Minister seien hätten einen, andern, den rechten Einfluß auf die Staatsverwaltung geübt. Er habe einem jener drei Ministerien angehört und er weise jene Verdächtigung mit Verachtung zurück. Er lasse sich weder durch eine Hoffkamarilla bestimmen, noch schmeichle er einzelnen Klubbs. (Lautes Bravo rechts, sehr heftiges Zischen links.) Jacobs: Ich werde mich nicht wie mein Vorgänger hinreißen lassen, die parlamentarischen Grenzen zu überschreiten, ich erkläre ganz einfach, daß ich den Beweis zu führen bereit bin. (Lebhafter Beifall links.) v. Auerswald: Ich erwarte den Beweis. — Man geht zu dem Bericht der Petitionskommission über. Abg. Bauer (Berlin) erstattet Bericht. Dr. Bruda und Konsorten beantragen: die hohe Versammlung wolle beschließen, daß im ganzen preußischen Staate die Urwähler in geeigneten Versammlungen zusammenberufen und befragt werden, ob Preußen mit Bezug auf den Erlaß des deutschen Reichsverweserministers vom 6. Juli d. J. ein selbstständiger Staat bleiben, oder als mediatisirtes Land im neuen deutschen Reiche untergehen solle. Nach dem Ergebniß der Abstimmung möge dann den preußischen Deputirten in Frankfurt anderweitige Instruktion ertheilt werden. Die Petitionskommission beantragt in Uebereinstimmung mit den Ministerpräsidenten in der Plenarversammlung vom 28. Juli d. J. den Uebergang zur Tagesordnung. Behufch verlangt in einem Amendement, die in der Petition vorgeschlagenen Urwähler-Versammlungen sollen berufen werden und erklären, ob sie die von der Zentralgewalt ausgeübten Handlungen als mit der deutschen Einheit und Freiheit im Einklang stehend ansehen. Wie die Zustimmung (Einheit) unterfällt das Amendement, die Majorität erklärt sich für Tagesordnung. Auf den Antrag von Kirchmann wurde dann beschlossen, morgen die Tagesordnung wieder aufzunehmen und in Berathung des Gesetzes wegen unentgeltlicher Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben fortzufahren, auch wenn ein neues Kabinet in Mitte der Versammlung noch nicht ersehen. Ferner wurde das Amendement von Wachsmuth angenommen, wonach die Minister (die bisherigen?) aufgefordert werden sollen, den Berathungen beizuwohnen. Pfüster und Temme hatten auch einen dringlichen Antrag gestellt, wonach der Minister des Innern aufgefordert werden sollte, seine Bekanntmachung vom 1. Nov. die Requisition des Militärs betreffend zurückzunehmen. Doch zogen sie ihn wieder zurück auf die Bemerkung des Ministers Kühnemann, daß der Minister des Innern nicht anwesend sei, man aber doch nicht füglich über den Antrag berathen könne, ohne daß derselbe gehört werde. Die weitere Verhandlung hat nicht allgemein Interessantes dar. Das Unwesen mit den ewigen Unterbrechungen dauert noch immer fort. Schon wieder sind mehrere angeklagt.

Der Oberpostamts-Zeitung schreibt man aus Posen: Verwunderung hat im diesigen Publikum die Rechnungsablegung des demokratischen Kongresses in Berlin erregt, weshalb die Posen der lauen Betheiligung bei den Geldbeiträgen beschuldigt wurden. Es ist hier eine bekannte Thatsache, daß ziemlich regelmäßig von hier aus allmonatlich 1000 Rthlr. an Herrn Blum nach Frankfurt, dem Vernehmen nach zu demokratischen Zwecken, abgingen; die letzte Sendung erfolgte noch in den ersten zehn Tagen des Oktobers und dürfte ihn deßhalb nicht in Frankfurt getroffen haben.

Oesterreich. — Das k. k. Justizministerium in Wien hat von dem Reichsministerium der Justiz in Frankfurt folgende Note erhalten: „Es geht durch alle öffentlichen Blätter die Erzählung, daß in Folge der jüngsten Ereignisse in Wien ein Arbeiter in einer öffentlichen Versammlung (es wird sogar der Reichstag selbst genannt) erschienen sei, sich seines Ausdheilen an der Ermordung des Generals Latour zu rühmen. Derselbe soll in der Versammlung nicht nur unangefochten verblieben, sondern am Schlusse sogar Beifall erhalten haben. Sollten diese Thatsachen sich bestätigen, so würde ein solches Benehmen einer Versammlung nicht nur unanständig, sondern auch einer Billigung gewinnen wird. Ob diese Thatsachen wahr sind, ist natürlich hier in der Entfernung und bei der Verwirrung aller Nachrichten nicht zu ermessen. Wenn dem aber so wäre, so hält sich das Reichsministerium in einer sehr die Sicherheit und das Wohl ganz Deutschlands so verhängnißvollen Sache für eben so berechtigt als verpflichtet, nachstehende Erwägungen dem kaiserlichen Justizministerium mitzutheilen. Die provisorische Zentralgewalt ist natürlich an sich weit entfernt, sich irgend einen Einfluß auf die Rechtspflege und Justizangelegenheiten der Einzelstaaten in der Ausübung derselben anzumaßen; allein sie kann doch nicht unbemerkt lassen, daß die Art und Weise der Ausübung dieses Rechtes in der vorliegenden Sache einen höchst verderblichen Einfluß auf ganz Deutschland ausüben könnte. In den letzten Wochen sind wiederholt Morde an politisch hervorragenden Personen begangen worden, zum Theil unter Umständen, welche einen besonders gravirende zur Schmach gereichen würden. Eine Strafsolgeleist dieser Verbrechen müßte den verderblichsten Einfluß auf das Rechtsgefühl der ganzen Nation ausüben, alle Begriffe von Schuld und Strafbarkeit verwirren. Uebereilest ist es ja bekannt, daß Beispiele von Mordthaten nur allzu leicht Nachahmung finden, namentlich wenn sie gar, wie dies jetzt leider in Deutschland nicht selten geschieht, wo nicht gerabezu gebilligt, doch wenigstens entschuldigt und als etwas sich von selbst Verstehenes dargestellt werden. Die provisorische Zentralgewalt für Deutschland könnte es daher nur tief beklagen, wenn die verantwortlichen Räthe einer deutschen Regierung politische Begnadigungen und Amnestien auch auf solche schauderhafte gemeine Verbrechen ausdehnen wollte, anstatt alle Kraft der Gesetze zu deren schleunigster Entdeckung und rechtlichen Bestrafung anwenden zu wollen; davon gar nicht zu reden, daß ein Zusammenwerfen politischer Handlungen und ihrer Begnadigung mit den gräulichsten Missethaten nichts weniger als gerecht gegen die Urheber der ersteren ist, welche man doch für entschuldbar hält oder verzeihen will. Das Reichsministerium ist überzeugt, daß das kaiserliche Justiz-Ministerium diese Ansicht völlig theilt, und es liegt daher auch einer Erklärung des Wunsches mit Vertrauen entgegen: daß das kaiserliche Justiz-Ministerium ihm über den Thatbestand, welcher obigen Nachrichten zu Grunde liegt, gefällig baldige Mittheilungen macht und daß es bei seinen Anträgen auf Begnadigung und Amnestirung diejenigen Grenzen beobachten möge, bei deren Aufrechthaltung allein die Rechtssicherheit in Deutschland aufrecht erhalten und das Vertrauen zum Verfahren in die Gerechtigkeit der Strafe bewahrt werden kann. Frankfurt, 14. Okt. 1848. Der Reichsminister der Justiz. R. Mohl m. p. Dr. Mettenius m. p. (Oesterr. Lloyd.)

Zu Wien ist mitten im Belagerungsstande die Aufmündung eines neuen Blattes, betitelt „Schild und Schwert,“ von Dr. Endlich erschienen. Andererseits soll auch zu Olmütz der zeitweiligen Residenz des Kaisers, eine Zeitung erscheinen unter dem Namen „der Hirt. Kernpunkt.“

Bivouac bei Luino, 3. November. Ueber ein neues Gefecht bei Luino erhalten wir so eben aus geschlter Hand folgenden Bericht, den wir unsern Lesern nicht vorenthalten zu dürfen glauben: Am 30. vorigen Monats wurden unsere Vorposten von Luino und Cremenago nach Gbitta zurückgezogen, da bei Como die Insurgenten eine bedeutende Macht und einen starken Geschütze aber zugleich bei Varese und Luino von uns verlassen, als 250 Insurgenten landeten und sich auf der Straße nach Cremenago verbarrikadirten und die Brücken zerstörten. Gestern

wurden 4 Kompagnien von uns und 4 Oquliner Kompagnien nebst 4 Geschützen zu deren Vertreibung dahin beordert. Um 5 Uhr stiegen unsere Vorschüsse auf den Kamm, der natürlich hinter einer Barrikade stand. Unser Major Graf Castiglione stürmte mit den Jägern eine Barrikade nach der andern. Als die sechste genommen, wurde der Feind bis Luino verfolgt, woselbst ein Theil sich einschiffte, der Rest aber in die Gebirge floh. Der eingetretenen Dunkelheit wegen konnten wir den Feind nicht weiter verfolgen. Heute rückte die 23. und 24. Kompagnie zu dessen Verfolgung von hier ab. Ob ihn bei dieser Expedition, und wenn, wenn sich hiebei etwas Interessantes ereignet, gleich berichten. Unser Gefecht von gestern dauerte zwei Stunden, und trotz des heftigen Feuers feindlicher Seits hatten wir keinen Verwundeten. Wir schossen wenig, desto mehr wurde mit dem Bajonnet gewirkt. (Wotz f. Tyrol u. Vorarlb.)

Schweiz.

Bern, 7. Nov. Zum Präsidenten des Ständerathes ist Bürgermeister Furrer von Zürich ernannt, zum Vizepräsidenten Briatte von Neuchâtel. Der Bericht hat bereits seine Antwort auf die neue Note der Zentralgewalt ertheilt. (Allg. Ztg.)

Tessin. Die N. Z. Z. berichtet aus Lugano, 1. Nov. „Ueber ein zwischen den Flüchtlingen und den österreichischen Truppen am 30. Okt. stattgehabtes Gefecht vernimmt man folgendes: Am Freitag und Samstag verließen die Flüchtlinge jenseits ihre bisherigen Aufenthaltsorte und begaben sich auf den verschiedenen Saltenwegen, die hier sich finden, nach der Brenna. Wie es scheint hofften sie, es werde in der Lombardei eine allgemeine Erhebung, von der man immer sprach, stattfinden. Diese erfolgte nicht, was ihren Anführer bewog, die 3—400 Mann starke Schaar in eine Niederung am Fuße des Berges Plotino zu führen, um hier, an einem wie er glaubte, geschützten Orte zu biwouakiren. Allein die Oesterreicher umzingen den Ort, griffen etwa 1000 Mann stark die Flüchtlinge an, welche nach einer kurzen Gegenwehr die Flucht ergriffen. Die Flüchtlinge hatten einige Todte und Verwundete, auch gerathen die Oesterreicher 50 Gefangene, unter welchen sich der Graf Cridelli befanden soll. — Dieser zum mindesten gelagt sehr unbesonnene, in seinen Folgen unglückliche Streich hatte das Vorrücken der Kroaten im Thale Intelvi zur Folge, die nun auf nicht sehr menschliche Weise dort verfahren. — Ein Vorwurf kann weder die ehrgesinnlichen Repräsentanten noch die Truppenkommandanten treffen; sie haben das Möglichste gethan, um hiesen vorzubeugen, allein auf die Weise, wie der Einfall geschehen, hätte man ihn nicht hindern können." (Man wird solche Dinge erst hindern können, wenn einmal das Intermiren der Flüchtlinge mehr als ein bioßes Possenspiel ist, am Tessin wie am Rheine.)

Waadt. Der Curat. Suisse erzählt: Nachzügler einer Reservekompagnie haben den Freiburgischen auf Murten 52Kreuzer Geld, der nöthig war seiner Kaustheile, 70 Schritte von der Straße war, angelegt, niederen Kugeln flogen vorbei, eine ging durch Hand und Schenkel; der Getroffene dürfte seiner Wunde erliegen. — Nicht von Rothmündern bei Banus Jelachich nach wuthaufregendem entmenschendem Kampfe wird solches erzählt, sondern von sogenannten hiesen Eidgenossen aus Waadt in einem Holzwage, wobei sonst kein Schuß ging. (Basl. Ztg.)

Frankreich.

** Paris, 6. Nov. Die Glieder der vertriebenen Königsfamilie waren nach einer Mittheilung, die dem hiesigen Blatte „l'Assemblée Nationale" aus London zugekommen ist, zu Claremont nahe daran, durch Vergiftung sich sämmtlich umzukommen. Alle fühlten plötzlich heftige Schmerzen, welche alle charakteristische Zeichen einer Vergiftung an sich trugen. Beim Herzog von Nemours zeigten sich dieselben Symptome, obgleich er nur ein Glas Wasser genommen hatte. Es war sonach augenscheinlich, daß dieß Wasser die Ursache der krankhaften Erscheinungen bei allen war, und die vorgenommene chemische Analyse zeigte auch wirklich, daß es eine ziemlich starke Dose Gilftstoffes enthielt, der sich in den kupfernen Röhren und den Behältern der nach Schloß Claremont führenden Wasserleitung angesetzt hatte. Die von Dr. Claret, Leibarzt Ludwig Philips, rasch angeordneten Gegenmittel hatten den gewünschten Erfolg und bewirkten erschlichen Folgen vor. Noch den letzten Nachrichten hat der Gesundheitszustand der Königlichen Familie durchaus keinen Grund zu Besorgnissen mehr dar. Der Bibliothekar des Königs, Hr. Watout, ist, wie es scheint, in Folge heftigen Erbrechens, das auch er getrunken hatte, gestorben.

Dänemark.

Kopenhagen, 2. Nov. In dem bereits fertigen Adreßentwurf heißt es hinsichtlich Schleswigs: „Wir wollen nicht versuchen, die Stimmung auszuberechnen, mit welcher wir Jungen sind von dem gesetz- und rechtlosen Verfahren, dem unsere Brüder und getreue Mitunterthanen in Schleswig preisgegeben sind, nachdem der Waffenstillstand abgeschlossen und von dänischer Seite alles erfüllt ist, was das Gesetz der Ehre fordert. Die dänische Reichsversammlung und das dänische Volk durch dieselbe hofft durch die That an den Tag zu legen, wie wir alle mit dem gewaltsam behandelten Lande leiden und leiden. Denn sollte es nicht gelingen, im Wege des Friedens eine Erledigung zu erlangen, sowie die Ehre und das Wohl des skandinavischen Volkes sie fordert, so hält die Versammlung sich überzeugt, daß sie die Stimmung des ganzen Volkes darlegt, wenn sie den Wunsch und die Hoffnung ausspricht, daß Ew. Maj. alle Kräfte des Volks zur Erneuerung des Kampfes anbieten werden. Ew. Maj. haben die Sache, wofür gekämpft wird, eine heilige Sache genannt; ihre entscheidende Bedeutung für Europa und Nationalität erkennt jedermann im Lande an; ihre Bedeutung für den ganzen Skandinavismus werden das ihre Anerkennung bei den Brudervölkern gefunden, deren Treue das dänische Volk nicht vergessen kann. Aber ein solcher Kampf, mit aller Kraft geführt, die einem einträchtigen Volke innewohnt, welches für sein Leben, sein Recht und seine Ehre kämpft, wird auch mit Hoffnung auf die Macht gekämpft werden können, welche Helfer in der Stunde der Noth erwuchs und wenn die Zeit da ist der Hinterlist und der Ehrvergessenheit Einhalt gebot." (Allg. Ztg.)

Griechenland.

Briefe aus Athen, vom 29. Okt. bringen einen Ministerwechsel, ein Coalitionsministerium bestehend aus Kanaris, Anast Londos, Anast. Mauromichalis, Bulgaris, Kallikyhronos, Rhallis und Constl. Kolokotronis. (Allg. Ztg.)

Egypten.

Alexandria, 23. Okt. Abbas Pascha ist von Kahra nach Mecca abgereist; der Umstand, daß Pilgrim zu werten, soll von dem Ibrahim Pascha eingeführt worden sein. (!) — Am 20. s. ist Hr. D. Dumreicher (aus Bayern gebürtig), nach einem vielsährigen Aufenthalt in Aegypten, mit Tod abgegangen. Wir verlieren an ihm einen redlichen, vielseitig gebildeten Mann, der allen Deutschen, die Aegypten besucht haben, wegen seiner Gefälligkeit und Gastlichkeit in freundlichster Erinnerung sein wird. (A. Z.)

Nachschrift.

** Münchsen, 11. Novbr. Diesen Vormittag 10 Uhr erfolgte im Ständehause der förmliche Schluß der Arbeiten der Gesetzgebungsausschüsse beider Kammern durch den Hrn. Staatsminister des kgl. Hauses und des Aeußern Grafen von Brav. Wir werden den erhaltenen Abschied nachtragen.

Temberg, 2. Nov. Gestern 7 Uhr Abends geriethen Nationalgarden mit Artilleristen in Streit, der bald in eine förmliche Schlacht ausartete. Während ich dies schreibe, tobtzen die Kanonendonner von der Akademie; vor dem Einkehrhause George's fahren zwei Kanonen auf, welche Brandraketen in die Stadt senden, das Rathhaus ist in Flammen. Auf dem Thurme weht die weiße Fahne, dann eine zweite und dritte, eine Grenadierpatrouille trägt ebenfalls eine solche herum, das Feuer wird nach und nach seltener. 1 Uhr. Das Feuern hat ganz aufgehört, das Militär ist Sieger geblieben, man spricht von einer Kapitulation, deren Bedingungen bis 2 Uhr erfüllt sein sollen. Das Feuern galt vorzüglich dem Zentrum der Stadt. 4 Uhr. Das Gewehrfeuer ist eingestellt, dagegen lodern die Flammen aus allen Fugen des Rathhausthurmes hervor. Auch das alte Theatergebäude steht in vollen Flammen. 3. November. Das Rathhausgebäude ist eine Ruine, das alte Theater, die Universität nebst Bibliothek, die technische Akademie, die Normalhauptschule ein Schutthaufen. Die Kapitulationsbedingungen sollen sein: 1) Augenblickliche Auflösung der akademischen Legion. 2) Waffenablieferung der Legionäre und Entfernung der Fremden aus der Stadt. 3) Alle Ausländer sind dem Militär zur Wegschaffung übergeben. 4) Die Nationalgarde ist zu reorganisiren und hat alle polnischen Abzeichen, namentlich die weißen Adler, abzulegen. 5) Sie Artillerie und Uebrige die Waffen bleiben mit ihrem erworbenen Vermögen für den rasch durch Bombardement angerichteten Schaden verantwortlich. (Oester. Llayd.)

Turin. In der Sitzung der piemontesischen Deputirtenkammer vom 2. Nov. erklärte Minister Pinelli in Bezug auf die „Frankfurter Vermittlung": genau könne er üb·r diese Frage nicht antworten; aber das könne er versichern, daß das Kabinet durchaus nicht gesinnt sei, irgend eine Vermittlerrolle aufzunehmen, die von der Idee scheine angeboten worden zu sein, beiden Großmächte England und Frankreich verschieden sei, (nach einer andern Version: es werde nie eine andere Macht in die italienische Frage sich zu mischen haben als England und Frankreich.)

EX Die Pariser Post vom 7. war uns beim Schlusse unserer Blatter Nachmittags 2 Uhr noch nicht zugekommen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 9. Nov. Oesterr. 5proz. Metall. 68¼, 4proz. 56½, 3proz. —, 2½proz. 35⅝. Bankaktien 1195. G. 500 fl.-Loose 116 B. 250 fl.-Loose 78⅛. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine —. 5 proz. 91⅛ G. Staatsschuldscheine 3½proz. 75½. — Bayer 3½proz. 75½. — Badische Verbach. 65½. — Württemberg. 4½proz. 75½. 4proz. 93 — Bad. 3½proz. 72½. — Lotto-Anleihen à 50 fl 45½. 35 fl.-Loose 25½. — Darmstadt. 3½proz. 74. 4proz. 82½. — Lotto-Anleihen von 50 fl. 60½. 25 fl.-Loose 21½. — Kurhess. Friedr.-Wilh.-Nordb. 39½. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½proz. 79½. 25 fl.-Loose 21½. — Frankf. 3proz. 78. 3½proz. 90½. 86½. Zukunft. — Holland. Integr. 45⅞. — Span. 3proz. innere Schuld 17½. — Pol. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 79½. — Sard. 36 fl.-Loose 25½. Diese. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Hiebei eine außerordentliche Beilage.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung.“

Samstag, den 11. November 1848.

Aus Wien vom 8. November.

**München, 11. November. Seit dem 25. Oktober zum ersten Male ist uns heute auch unsere regelmäßige Korrespondenz aus Wien wieder zugekommen. Das Neueste von dort, wie noch einzelne Nachträge aus den vergangenen Tagen findet der Leser im Nachstehenden.

*Wien, 8. November. Die Abgeordneten der Linken scheinen ihren Vorsatz, gegen Verlegung des Reichstages nach Kremsier noch weiters zu protestiren, aufgeben zu wollen, da sie sich bedeutig unmöglich machen würden. Man spricht heute vom Eintritt des Grafen Stadion ins Ministerium an Bach's Stelle. — Von heute an ist der Verkehr zwischen den vor den Linien gelegenen Ortschaften und Stadt und Vorstädten frei gegeben. — Gestern sind zahlreiche Raketenpaks auf der Nordbahn nach Ungarn transportirt worden; die Truppen konzentriren sich bei Göding und es heißt, daß am 12. d. der Angriff beginnen soll. — In Südungarn ist Effegg in die Hände der Magyaren gefallen. — Der neu ernannte Gouverneur von Wien, Feldmarschall-Lieutenant v. Welden, wird zwischen heute und morgen erwartet; man fürchtet seine Strenge, die aus den Ereignissen vor Trevisio und Palma nuova bekannt ist, sobald er seinen Gerechtigkeitssinn. — Nach Juwelen, Gold und Silberwaaren sind nun eröffnet, die größeren Plätze gleichen aber alle Feldlagern. Die nächtliche Beleuchtung durch die Bivouakfeuer kömmt bei der mangelnden Gasbeleuchtung sehr zu statten. — Minister Kraus ist gestern nach Olmütz berufen worden, ein sicherer Beweis, daß er im Ministerium verbleibt. — Baron Anselm Rothschild weilt fortwährend in dem nahe gelegenen Penzing, wo er sich die ganze Zeit hindurch aufgehalten. Ein neues Anleihen steht wohl in ziemlich naher Aussicht. — Die Sendungen von Truppen und Kriegsbedarf nach Ungarn gehen ununterbrochen fort. — Die heutige Wiener Zeitung enthalte die Antwort Sr. Maj. des Kaisers auf die aus Tyrol überbrachte Loyalitäts-Adresse. —

*Wien, 8. Nov. Die Börse in Fonds und Eisenbahn-Aktien sehr belebt. Gold flau. Von fremden Devisen nur Amsterdam und italienische Plätze gesucht. Notirungen angeboten. 5% Metall. 80, 4 — 85, 2% 42, Bankaktien 1405, Loose von 1834 135, Loose von 1839 95, Nordbahn 101, Mailänder 67, Glogganitzer 97, Pesther 66, Livorneser 66¼.

Wien, 7. November. Der Gemeinderath hat folgende Kundmachung erlassen. Die bedrängten Umstände, die jeden Wehrpflichtigen zwangen, die Waffen zu ergreifen, und sich dadurch dem Betriebe seines Gewerbes zu entziehen, haben aufgehört. Es ist nun zugleich auf Befehl Sr. Durchlaucht des Herrn Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz sämmtliche bewaffneten Korper auf die Dauer des Belagerungszustandes aufgelöst worden sind, mithin jedweder Dienstleistung derselben beendigt ist, so macht der Gemeinderath bekannt, daß seit 2. November sämmtliche Auszahlungen von Löhnungsbeiträgen, sowie die Verabreichung von Brod aus Wien gänzlich eingestellt worden sind. Die Unbemittelten, welche nicht obnehin eine Unterstützung genießen, oder einen Erwerb haben, werden angewiesen, sich, wie dieß durch Kundmachung am 6. November d. J. bereits veröffentlicht wurde, bei der hierzu bestimmten Commission um Arbeit zu melden, und insoferne solche nicht sogleich ausgemittelt werden könnte, bei den betreffenden Armenvätern ihres Pfarrbezirks die bereits bekannt gemachte Unterstützung anzusuchen. (Ö. d. Oesterr. Lloyd.)

Wir entnehmen einem Berichte der Allg. Zeitung aus Wien vom 4. Nov. Folgendes: Die Lüge scheint wie die Cholera in der Luft zu liegen. Die glaubwürdigsten Personen haben die unwahrsten Dinge berichtet. Die Schätze der kaiserlichen Sammlungen haben durch das Feuer nicht, wohl aber durch das Wasser der Löschanstalten gelitten. Der Terrorismus der Volkspartei in den letzten Tagen war über alle Begriffe. Mehreren der wohlgesinnten Personen, welche Privatwohnungen zu bestheilen hatten, entgingen nur gift-stoffpersonen, welche Privatwohnungen zu bestheilen hatten, entgingen nur mit genauer Noth dem Tode. In den Sitzungen des Gemeinderathes fand sich immer ein halbes hundert Bewaffneter ein, und auf ein Mitglied war bereits die Pistole von der Gallerie angeschlagen, als es für die Kapitulation sprach; ein anderes sollte auf der Straße aufgehangen und gezogen werden. Daß nichts beabsichtigt wurde, als eine große demokratische Publizität zu proklamiren, wurde zuletzt offen und laut ausgesprochen. Eine unglaubliche Waffe von Papieren wurde gefunden, die Aufschlüsse geben, welche auch den Ungläubigsten überzeugen müssen. . . . . Das Militär ist gut verpflegt, überall lustig, zumal es wirklich von den Einwohnern als Befreier begrüßt worden. Ersteres sind hauptsächlich während des Sturmes vergessollen. Uebrigens ist das Märchen vom Köpfen weiter nichts als ein Märchen, und daß 12jährige Knaben getödtet worden, erklärt sich dadurch, daß wirklich 12jährige Knaben mit Büchsen in den Kampf gezogt wurden! . . . . Die nicht zu schwer Gravirten unter den Gefangenen werden zur Armee nach Italien geschickt. . . . . Man muß der Generalität soll ohne Ausnahme das Zeugniß geben, daß sie mit Menschlichkeit vorgeht und gegen Privatpersonen mit aller Rücksicht und Höflichkeit verfährt, was indeß von den Subalternoffizieren leider nicht immer gesagt werden kann. Mit dem Belagerungszustande wird es nicht allzuganau genommen. Statt höchstens 10 Personen sieht man oft gegen 20—30 anderer beisammen stehen, und die Polizeistunde wird auch nicht so streng gehandhabt. . . . . Die Post begann am 5. ihre Thätigkeit. 70 Packwägen sind auf einmal abzuladen! Am 1. sind 150 Zentner Briefe auf einmal aus's Hauptpostamt gekommen! — Von Ungarn wird berichtet, daß General Mogu sich durch das Betreten des österreichischen Bodens sich so wenig gekränkt fühlte, daß er sogar Quartier zu nehmen. — Der Reichstag wird ganz gewiß nach Kremsier verlegt. Bereits sind von Seiten des kaiserlichen Hofbauamtes Anstalten zur Einrichtung der Lokalitäten in Kremsier getroffen, so daß am 15. die Sitzungen beginnen können. — Robert Blum auf Fröbel sind noch in Haft — Von den in Wien anwesenden Truppen bleiben nur 30,000 Mann, und von diesen sollen bis Mitte dieser Monats 15,000 weggeführt werden, da bis dahin die Nationalgarde, welche auf der Grundlage des „Gesetzes und der Intelligenz“ organisirt wird, bis zum 15. die Wachen wieder bezieht.

Der folgende (der Kurier. Ztg. entnommene) Auszug aus einem Privatschreiben von einem deutschen Offizier in der Armee des Banus Jellachich, datirt aus der Vorstadt Leopoldstadt 30. Oktober, dürfte auch jetzt noch von unseren Lesern mit Interesse gelesen werden: „Wir sind in Wien. So hat unser Banus doch Wort gehalten, als er uns sagte, wir würden nicht allzulange vor der Stadt liegen, sondern bald in dieselbe einrücken. Erwarte noch keine ausführliche Schilderung der letzten beiden Tage mir, ich bin es wahrlich nicht im Stande, sie dir jetzt schon zu geben; denn ich sah nur den Theil des Kampfes, der sich in's Innere der Stadt zog. Am allgemeinen Ueberblick fehlt mir noch. Auch bin ich noch zu aufgeregt, um recht zu schreiben, habe auch keine Zeit dazu; ist es mir möglich, hole ich später nach, was ich jetzt versäume. Es war viel Gewalle in den letzten Tagen, viel wirklicher und mehr noch blinder Lärm, das Gange ging manchmal recht bunt durch einander. Wir waren vom Glacis vom Prater aus in die Vorstadt ein und hatten manchen Strauß zu bestehen. Unser Verlust an Todten und Verwundeten läßt sich noch nicht recht übersehen, da viele Abtheilungen detachirt sind, die Bewohner der Häuser sich auch viele Verwundete von den Straßen herauf zur Pflege gebeten haben. Ueberhaupt freut sich Alles, daß wir hier sind und dem fortdauern Treiben ein Ende gemacht haben. Wie Blumen werden wir bewirthet, Wein und Braten unseren Leuten vorgesetzt; die Burger wissen gar nicht, was sie uns an Gute thun sollen. Im Ganzen haben wir nicht viele Todte gehabt und auch Fürst Windischgrätz soll nicht viel Leute verloren haben. Die Insurgenten schossen schlecht, fochten ganz ohne Plan und Ordnung und in Beziehung auf Tapferkeit nur gewaltig; sonst hätten wir viel mehr Verlust haben müssen, da sie so sehr vom Terrain und ihrer Lokalkenntniß bezunstigt waren. Ueberhaupt kam das Ganze und, die wie die großen Schlachten des letzten italienischen Feldzuges mitgemacht hatten, nur wie Kinderspiel vor, obgleich es sonst schrecklich genug sein mochte. Wären unsere Soldaten nicht so ruhig vorgegangen, daß wir sie oft zu mäßigen hatten, so hätten wir gewiß noch viel weniger Verlust gehabt. So war ich bei einer Compagnie eines slawonischen Gränzregimentes, als diese eine Barrikade stürmen wollte. Der Hauptmann wollte sie warten lassen, bis mehr Munition komme, denn jeder Soldat hatte nur noch den Schuß im Gewehr bei sich; aber terrai, terrai, slavno, — Gospodine (vorwärts, vorwärts, in Gottes Namen, Herr) lief er an den Gliedern, und so gingen sie blos mit dem Bajonette vorwärts, ohne nur einen Schuß zu thun. Am meisten verloren haben einige Gränzregimenter und mehrere Abtheilungen der Jäger und des galizischen Regiments Schönfeld. Auch die Grenadiere, die am 6. im betrunkenen Zustande mit den Insurgenten freundschaft hatten, follen, um diesen Schandfleck wieder von sich abzuwischen, mit großer Kampfwuthe gestürmt und immer haben sie gesiegt haben. Jetzt wollen dem Radetzky zeigen, daß wir eben so brave Soldaten, wie die Kameraden in Italien sind.“ — Von den Insurgenten schlugen sich die vielen früheren polnischen Offiziere ausgezeichnet, dann auch einzelne Abtheilungen der Garde, wo namentlich auch die steyrischen Freiwilligen gut. Viele Haufen waren sehr unordentlich und bei der ersten Hitze Ihrer liefen bald davon. Es sind viele Flüchtlinge, besonders von der Aula, in der Umgegend aufgegriffen worden, oft als Banern, zu einige als alte Weiber verkleidet. Der Verlust, den die Stadt erlitten hat, muß sich auf viele Millionen Gulden belaufen. Die Insurgenten haben viele große Gebäude, die ihnen hinderlich schienen, abgebrannt, so auch das blosse Mauthhaus. General Bem ist verwundet gefangen; übrigens haben wir sehr viele Gefangene, dann auch sehr viele Waffen genommen. Der Banus war prächtig; oft mitten im Kugelregen hielt er so ruhig da, als wan es für ihn gar keine Kugeln gäbe. Wo er sich sehen ließ, erscholl trotz allem Kanonendonner ein jubelndes „zivio zivio“ (Lebehoch) über das andere. Unsere Posten in Schwechat haben am 29. einige Haufen ungarischen Landsturmes mit leichter Mühe gänzlich zersprengt. Viele ungarische Offiziere und Soldaten von den regulären Truppen sind schon zu uns übergetreten; andere Regimenter werden noch

folgen, und bitten, nach Italien marschiren zu dürfen. Es sind ihnen die Augen aufgegangen: sie sehen, was sie an Kossuth haben. Behüt' Dich Gott. Ich habe einen leichten Streifschuß am linken Beine bekommen."

Aus Berlin.

Berlin, 7. November. Mit der Bildung eines neuen Kabinets stehen wir vorläufig noch immer nur bei Gerüchten. Jetzt heißt es, und schon gestern Abend ging die Rede davon, Graf Brandenburg habe doch einen zu Stande gebracht, mit welchem er morgen in der Nationalversammlung erscheinen würde. Hr. v. Manteuffel würde darin das Innere, v. Ladenberg den Cultus, v. Schleinitz das Auswärtige übernehmen. Ja man will sogar schon wissen, welche Erklärungen dieses neue Kabinet morgen in der Nationalversammlung geben würde. Dieselben würden dahin gehen, daß den letzten Beschlüssen der Nationalversammlung, die unter dem Terrorismus des Berliner Pöbels gefaßt, oder richtiger gesagt, von demselben erzwogt wurden, die königliche Sanktion nicht ertheilt werden könne. Außerdem würde erklärt werden, die Nationalversammlung befinde sich unter den obwaltenden Umständen in einem Zustande der Unfreiheit, welcher unmöglich fortdauern könne, weßhalb dieselbe nach Brandenburg verlegt werden solle. Dort würden bereits Einrichtungen getroffen, und bis diese vollendet seien, werde dieselbe einstweilen auf 14 Tage vertagt werden. Was den letztern Punkt der Vertagung anbelangt, so gewinnen die Gerüchte darüber allerdings solchen Bestand, daß es saß den Anschein gewinnt, als sei etwas Wahres daran. In der Nationalversammlung selbst scheint man geneigt, der Sache Glauben beizumessen, und es gibt sich darüber bei den Einen Bestürzung, bei den Andern Ingrimm, bei einem großen Theile auch Befriedigung kund. Die Herren der gemäßigteren Linken und des linken Centrums sind in der größten Verlegenheit; würde die Vertagung wirklich ausgesprochen, so befänden sie sich in der schlimmen Alternative, entweder sich zu fügen, was sie nur ungerne thäten, oder offen sich zu widersetzen und eine erklärt revolutionäre Bahn zu betreten, was sie nicht mehr wagen, nachdem der Wind zu Wien umgeschlagen hat. Nur die äußerste Linke wäre heroisch genug zu einem solchen Entschlusse; sie würde nöthigenfalls die guten Proletarier noch einmal für sich ins Feuer hetzen, und die Haut zu Markte tragen lassen. Aber selbst da sind der wirklich Entschlossenen nur wenige, aber diese sind es auch zu Allem; allerdings ist man von Seite der Regierung auch auf Alles von dieser Seite gefaßt, das glaube ich Ihnen mit Bestimmtheit sagen zu können. Das Benehmen Johann Jacoby's bei dem ihm gebrachten Fackelzuge, an welchem nebenbei gesagt nicht viel über 100 Fackelträger Theil nahmen, hat allgemeine Entrüstung hier erregt. Diese spricht sich auch öffentlich aus. In den Inseraten der heutigen Spener'schen Zeitung können Sie den Beweis davon finden. So viel ist gewiß, daß der Ausgang der Dinge in Wien einen mächtigen Rückschlag hier geübt hat; wenn man die von den Anhängern von Profession fanatisirten Arbeiter abrechnet, so macht sich sonst bei denen, die bisher in das große Horn der Herren Demokraten bliesen, Nachdenklichkeit bemerkbar, und sie trauen, wie man so zu sagen pflegt, dem Wetter nicht mehr. Vorläufig beschränken sie sich darauf, den allmälig aus Wien auf der Flucht hier eintreffenden Gesinnungsgenossen — auch der bekannte Dr. Schütte soll darunter sein — Beweise ihrer Sympathien zu geben. Die Regierung scheint bis jetzt nur unter der Hand ihre Wachsamkeit über diese neuen angebetenen Gäste zu üben, ostensibel aber von ihrer Anwesenheit keine Notiz zu nehmen. Der namentlose und unbeschreibliche Zustand, in welchem wir uns in den letzten Wochen befunden, kann unmöglich länger währen, das fühlt Jedermann, welcher Partei er auch angehören mag. Wenn der fast entwichte Pöbel auf offener Straße bei hellem Tage die Stricke schwingt, mit welchen er die ihm mißliebigen Personen, Minister und Abgeordnete, bei der ersten Gelegenheit aufzuknüpfen sich rühmt, so ist das eine Verwilderung aller Sitten, eine solche Entmenschung — verzeihen Sie mir das ungewohnte Wort für eine noch nicht dagewesene Sache — daß die Dinge zum Bruche kommen müssen, wenn nicht unsäglisches Unheil entstehen soll. Ein solcher Terrorismus, wie wir ihn hier sehen, ist wohl noch nirgend gesehen worden. Seine Fordauer wäre das unerwendbliche Grab alles Wohlstandes, der obenhin in seinen Grundlagen auf's Tiefste erschüttert ist. Wien und Berlin mögen für ganz Deutschland als abschreckende Beispiele davor dienen, wohin es führt, wenn die Bürger aller Munizipalität sich begeben, von den Wühlern und Volksaufwieglern sich beherrschen und ins Schlepptau nehmen lassen und so zu unbewußten Werkzeugen der zu ihrem eigenen Ruine geschmiedeten Pläne der Rothen werden. — Zwischen Herrn von Auerswald dem frühern Minister und Jacoby ist es heute in der Nationalversammlung zu einem Wortwechsel gekommen, der allem Anschein nach zu einem Duell führen wird. Herr von Auerswald hatte in scharfen Worten die gegen die früheren Ministerien vorgebrachten Verdächtigungen Jacobys zurückgewiesen, worauf Jacoby nur mit neuer Verdächtigung antwortete. Herr Jacoby ist entschieden den H.H. Jung und Behrends nothig um die von diesen bereits errungenen Lorbeeren auf dem Felde der Ehrenhaftigkeit.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 118.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Sonntag den 12. November 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 12. November.

Das „Gesetzblatt" Nro. 24 vom 11. Nov. bringt den folgenden Abschied für die ständischen Gesetzgebungs-Ausschüsse: „Maximilian II., von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben ꝛc. ꝛc. Nachdem Wir in Folge des Gesetzes vom 12. Mai 1846 einige Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 berathen) bisher in Ständerat gewesenen Ausschüsse der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten die Prüfung sämmtlicher ihnen vorgelegten Gesetzentwürfe nunmehr beendiget und ihre Zusammung gegeben haben, so haben Wir Uns über die Verhandlungen derselben ausführlichen Vortrag erstatten lassen, und ertheilen hierauf nach Vernehmung Unseres Staatsrathes Unsere Königliche Genehmigung, wie folgt: Beistehende der Ausschüsse über die Gesetzentwürfe. §. 1. Die Einführung der Schwurgerichte betreffend. Wir haben den Gesetze über die Einführung der Schwurgerichte mit Genehmigung der von den Ausschüssen vorgeschlagenen Modifikationen unterm 3. August l. Js. Unserer Sanktion ertheilt, und solches durch das Gesetzblatt vom 8. des nämlichen Monats (Stück 22) bekannt machen lassen. §. 2. Die Abänderung einiger Bestimmungen des ersten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend. Der Gesetzentwurf, die Abänderung einiger Bestimmungen des ersten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend, in welchem die Bestimmungen des Gesetzes vom 3. August l. Js. über die Einführung der Schwurgerichte vollständig wieder aufgenommen sind — ertheilen Wir mit den von den Ausschüssen beantragten Modifikationen Unsere Genehmigung, und lassen das darnach ausgefertigte Gesetz durch das Gesetzblatt (Beilage I.) verkünden. §. 4. Die Abänderung der Verordnung vom 9 August 1806 über den Wilddiebstahl betreffend. Den Gesetzentwurf, die Abänderung der Verordnung vom 9. August 1806 über den Wilddiebstahl betreffend, erheben Wir in der von den Ausschüssen modifizirten Fassung durch Unsere Sanktion zum Gesetze, und lassen solches unter Zahlen II. hiebei folgen. §. 5. Die Zuständigkeit der Gerichte in Rechtsstreiten über den Ersatz des Wildschadens betreffend, ertheilen Wir mit der von den Ausschüssen beantragten Modifikation Unsere Genehmigung, und lassen hiernach das unterdem Gesetz (Zifter III.) durch das Gesetzblatt bekannt machen. §. 6. Die Untersuchung und Aburtheilung der Ausschlagsbefraudationen betreffend. Wir ertheilen dem Gesetzentwurfe, die Untersuchung und Aburtheilung der Ausschlagsbefraudationen betreffend, mit Genehmigung der von den Ausschüssen vorgeschlagenen Modifikationen Unsere Sanktion, und verordnen diesen Verkündung (Zifter IV.) durch das Gesetzblatt. Indem Wir die Wirksamkeit der Ausschüsse der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten für Gesetzgebung hiemit nach Art. 14 des Gesetzes vom 12. Mai 1848 (die Behandlung neuer Gesetzbücher betreffend) als aufgehoben erklären, sprechen Wir gerne denselben die verdiente Anerkennung und Unser besonderes Wohlgefallen wegen des von ihnen bethätigten regen Eifers, sorgen hierer gründlichen und gewissenhaften Berathungen und ihrer erfolgreichen Wirksamkeit aus. Mit bleiben denselben in Gnaden gewogen. Gegeben Memmelsburg, den 10. November 1848. Maximilian. v. Thon-Dittmer. Heinz. Berchenfeld Weishaupt. Graf v. Brav. v Strosk. Staatsrath. Nach dem Befehle Sr. Maj. des Königs: der geheime Sekretär des Staatsrathes, Ritt Sebastian v. Kobell."

Deutsche Reichsversammlung.

(112te Sitzung vom 9. November.) Tagesbekanntung: Fortsetzung der Berathung über Artikel III. §. 13 und folgende des Verfassungsentwurfs nach vorgängiger Abstimmung über §. 12. Vorsitzender v. Gagern zeigt an, daß er einen Brief des Abgeordneten Moritz-Hartmann, Wien vom 4. Nov., empfangen, worin ihm die Verhaftung der Abgg. Robert Blum und Julius Fröbel gemeldet wird. Wesendonk interpellirt in Folge dessen, ob in diesem Falles das Reichsministerium, indem er für die Verhaften den Schutz des Gesetzes vom 10. Okt. in Anspruch nimmt. Die Ministerbank ist noch nicht besetzt. Der Verfassungsausschuß zeigt also irgendwelchen unter dem heftigsten Zurufe des ganzen Hauses an, daß er der Reichsoberstamulung die unverzügliche Annahme der in Leipzig von den Bevollmächtigten aller deutschen Staaten berathenen Wechselordnung vorzuschlagen habe. Der deßfallige Bericht sammt dem Entwurfe des Einführungsgesetzes wird demnächst eingebracht werden. Dagegen soll dem Antrage Vogt's und Venedey's, wegen der an die Schweiz erlassenen und in der O.-P.-Z. vorellig veröffentlichten Note keine Folge gegeben werden. Eine Eingabe aus New-York, in Betreff der Besetzung des dort zu errichtenen Reichskonsulats sie Nordamerika, wird dem Minister des Auswärtigen überwiesen. Auch über den Antrag Zimmermann's von Spandow, das Benehmen Wrangel's bei der Niederlegung seines Kommando's als Reichsgeneral im schleswig-holstein. Kriege, einer Mißbilligung zu unterwerfen, wird von dem einschlägigen Ausschusse die einfache Tagesordnung angetragen. Kriegsminister v. Peucker beantwortet heute Mohr's Anfrage wegen der Reichstruppen in Rheinhessen. Es seien von der Zentralgewalt im vollen Einverständnisse mit der großherzogl. hessischen Regierung im Ganzen 4000 Mann (eine Brigade) auf das linke Rheinufer gelegt worden, aus deren Vertheilung über die Landschaft hervorgeht, daß Mohr mit großem Unrecht von einer Ueberschwemmung der Provinz durch Soldaten gesprochen, welcher die Anwesenheit der ihre Bedürfnisse baar zahlenden Truppen eher zum Vortheil als zu einer Last gereiche. Temnoch stellt Mohr darauf den dringlichen Antrag, daß die in die Provinz Rheinhessen gelegten nicht landesangehörigen Leuppen sofort zurückgezogen werden Die Dringlichkeitsfrage wird durch Acclamation verneint. Reichsminister der Justiz, v. Mohl, ist jetzt gegenwärtig nun erklärt, daß er sich bereits an das österreichische commandirende Ministerium der Justiz gewendet und unter Hinweis auf das Gesetz zum Schutze der Nationalversammlung beschleunigte Auskunft über die Verhaftung der Abgeordneten Blum und Fröbel verlangt habe. Einen Antrage Wiesner's, der Gefangenen Vertreter zur Aufklärung des Verhaftungsumstandes in Wien, Mitberichterstattung aller politischen Umerdungen ꝛc, wird die Dringlichkeits-Anerkennung ebenfalls verweigert und darauf zur Tagesordnung geschritten. Der Anblick der Galerien zeigt, daß die in Frankfurt stehenden Reichstruppen der so eben zu behandelnden Frage des Verfassungsentwurfs eine rege Theilnahme widmen. Die Zuhörerschaft nahme hieran eine reiche Musterkarte preußischer, preußischer Uniformen aller Grade und Waffengattungen dar. Die formellen Schwierigkeiten der Abstimmung über §. 12, welche die gestrige Vertagung herbeiführten, namentlich der Wunsch des Wehrausschusses, seine Vorschläge sogleich neben den Bestimmungen des Verfassungsentwurfs berücksichtigt zu sehen, sind durch beiderseitiges in dieselben Einvernehmen zu sehen, sind durch heute nicht so bald gehoben. Endlich geht die Tagesordnung in der Berathung vor sich, daß die Gruppe der Anträge, welche der Reichsgewalt den größten Machtumfang einräume, bei der Abstimmung den Vortritt erhält. In Folge davon wird mit fast einstimmiger Mehrheit der Antrag des Verfassungsausschusses angenommen: Artikel III. §. 12. „Der Reichsgewalt steht die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung." Alle Zusätze und Abänderungen werden abgelehnt. Ueber den folgenden §. 13 sind gegen zwanzig Reden, meist um gegen den Paragraphen nach dem Verfassungsentwurfe zu sprechen, eingezeichnet. Mittermaier bemerkter, daß sich die Mehrheit des Ausschusses zu folgender veränderter, mehrere Bestimmungen der Minderheit adoptirender Fassung des §. entschlossen. Er kommt demgemäß in nachstehender Form zur Verlesung: § 13. „Das Reichsheer besteht aus der gesammten zum Zwecke des Krieges bestimmten Landmacht der einzelnen deutschen Staaten. Der Reichsgewalt steht es zu, die Größe und Beschaffenheit derselben zu bestimmen. Diejenigen Staaten, welche als Kontingent weniger als 6000 Mann stellen, gehen in Bezug auf das Heerwesen ihre Selbstständigkeit auf, und werden in dieser Beziehung einander unter sich in größere Staate verschmolzen, welche dann unter der unmittelbaren Leitung der Reichsgewalt stehen, oder insofern diese Verschmelzung nicht für angemessen befunden wird, einem angrenzenden größern Staate angeschlossen. In beiden Fällen haben die Landesregierungen ihrer kleineren Staaten freie weitere Einrichtung auf das Heerwesen, als ihnen von der Reichsgewalt über ihren größeren Staate austheilt überlassen wird." Die Debatte bietet keine bedeutenden Momente dar und wird bald abgebrochen. Nach Wydenbrug's Ansicht soll es den kleinen Staaten überlassen bleiben, welcher andern deutschen Kriegsmacht sie sich anschließen wollen. v. Soiron erklärt sich gegen den Vorschlag des Wehrausschusses und empfiehlt dafür das Haus Baumerstle Amendement. Ein Reichsgesetz wird bestimmen, in welcher Weise diejenigen Staaten, und deren ersten Heerbann keine

Division gebildet werden kann, in Beziehung auf ihr Heerwesen unter sich in größere Ganze verschmolzen oder einem angrenzenden größeren Staate angeschlossen werden." Ich will den Absatz des Vorgängers, der über die kleineren Truppenkörper handelt, gestrichen wissen. Dadurch aber, daß später zu berathende Wehrgesetz werde dergleichen Einzelnheiten zu ordnen haben und dies thun, wenn zugleich über die Materialstrung näher entschieden sei. Auf nach Schluß der Besprechung und Annahme desselben. Stavenhagen vertheidigt noch die Ansichten des Wehrausschusses, namentlich die Bestimmung, daß statt 9000 Mann schon das Minimum von 5000 Mann hinreichen solle, um eine Erhöhung der Heeresfestständigkeit eines Staats. Ueber das nothwendige Maß „sei aus einem blosen Zentralisationsgelüste nicht hinauszugehen. Der sogenannte Professorenentwurf für die deutsche Verfassung habe eben wegen seiner Bestimmungen über die Kriegsmacht so viel unruhiges Mißfallen erregt. Aber auch der vorliegende §. 13 und der damit zusammenhängende §. 14 enthalte wieder die Landvorschläge der Zwietracht. Mittermaier's Schlußbetrachtung klingt ernste gereizt, in Folge der vielen Erfahrungen

nächst ist sie unbedeutender Sache der preußischen Regierung und das richtigste Vorbeugungsmittel gegen Unruhen besteht offenbar darin, daß sie selbst sich aufs strengste auf dem gesetzlichen Boden erhält. — Hr. Moritz Hartmann hat in seiner Eigenschaft als Abgeordneter zum deutschen Reichstage an den Präsidenten v. Gagern geschrieben und um Schutz gebeten. Der alte Jahn hatte gleich daran gedacht! (D. Z.)

Preußen. — Unsere eigene Privatkorrespondenz hat uns bereits die traurigsten Aufschlüsse über den gegenwärtigen Zustand von Berlin gegeben. Das betrübende Bild wird noch vervollständigt durch den folgenden Brief der Hr. D.-W.-A.-Z. aus Berlin, vom 2. Nov., der keines Kommentars bedarf. Der Leser mag selbst urtheilen. „Traurig steht es hier aus. Der Terrorismus der durch die Klubs aufgeregten und geleiteten rohen Menge nimmt täglich zu; Freiheit besteht nicht mehr; wer eine andere Meinung zu äußern wagt, als die von den Klubs verordnete und aufgedrehte, findet sich bedroht. So schon vor etlichen Wochen. Am Abend des 16. Okt., des Tages der blutigen Demonstrationen der Bürgerwehr mit den Arbeitern auf dem Köpeniker Felde, ging ein Mitglied des vom Vorparlament eingesetzten Fünfzigerausschusses mit einem anderen Herrn auf der Straße, in der Nähe des Schlosses; sie gelangten zu einem lebhaft aufgeregten Haufen Menschen; der zeigte unsanfte Lust, in die Verhandlung sich mischen zu wollen, mag sonst nur nicht Willen vorhanden, in roherer genauer wisse, wer geschossen habe, wer verwundet sei, wie der Zusammenstoß entstanden. Da hieß es, das sind zwei Reaktionäre, hängt sie an die Laterne: man packte sie an der Gurgel (etliche ruhige Zuhörer hatten sich feige entfernt), schleifte sie zur nächsten Laterne, doch Stricke waren nicht vorhanden, Bessergesinnte eilten herzu und so ward der Mord für diesmal verhindert. Jetzt ist aber, wie man bereits gestern hören wird, für Stricke zum Hängen hinreichend gesorgt, und als vorgestern Abend von den tobenden Massen die Abgeordneten in ihrem Sitzungslokal belagert und festgehalten, auch die Thüren vernagelt wurden, da sah man auf dem Platze vor dem Schauspielhaus Stricke genug schwingen, um die mißliebigen Abgeordneten aufzuknüpfen. Es war ja in der Freiheit der Berliner Demokraten, das ist ihr Ausdruck der äußersten Linken in der Nationalversammlung, Versammlung. Dieser brutale Terrorismus, unverschämter Weise die Freiheit zum Felzgeschrei nehmend, ist auch nicht ganz ohne Einfluß auf die Abstimmungen der letzten Sitzungen der Nationalversammlung gewesen. Zwar standen noch nicht Bewaffnete da, welche die Stücke auf den mißliebigen Redner anlegten, aber Drohungen war leicht zu sehen so gut gehen. Wie die Freiheit unter dieser Schreckensherrschaft begraben liege, das kann auch in sozialer Hinsicht die rohe sozialistische Republik und ihre Apostel Wohlstand und Gewerbsthätigkeit in Berlin furchtbar erschüttert. Fast alle Minister und eine sehr große Zahl der höheren Beamten wagen es nicht, ihre Familien in Berlin bei sich zu haben, von der Schützenstraße öffnet sehen fast alle Ladenthüren sich verbarrikadirt, verbretterte Damen sind so gut wie gar nicht mehr auf den Straßen zu sehen, der Verkehr in Luxus- und sonst nicht ganz zu dem Nothwendigsten gehörigen Gegenständen hat aufgehört. Die Theater stehen öde, in das Königsstädter Theater wagte man sich wegen seiner von den radikalsten Elementen eingenommenen Lage nur selten. Kurz Berlin ist ganz verödet. Aber Verwesung und Verkehr muß ja durch fortwährende Agitation unterdrücken werden, sonst würden ja Unzufriedenheit, Tumult und Rohheit nicht blühen. Um zu ihrem Sitzungslokal zu gelangen, büßen sich nicht einmal die Abgeordneten einer Drohsche bedienen, das hieß zu aristokratisch aus; Minister und Abgeordnete kommen zu Fuß, müssen sich übrigens, da namentlich ihnen Lebensgefahr droht durch die Menge gewöhnlich durch langes Parlamentiren erbitten und haben dabei bäufig nicht die angenehmsten Dinge zu hören. Auch wenn man als Zuhörer von einem Abgeordneten eine solche Eintrittskarte erhalten hat, kommt man selten mit dieser allein in das Sitzungslokal. Gewöhnlich muß man vor demselben noch eine Lebensgefahr bestehen, um sich Eintritt von den Belagerern mit einigen Silbergroschen erkaufen, und unter dem Schutze dieser gelangt man endlich ins Innere. — Nicht besser gebärdet sich die Linke der Nationalversammlung, deren getreue Organe die Tumultuanten draußen sind. Dies zeigte sich schon am 2. Novbr. in demjenigen Theile der Sitzung, welcher in die Stunden von 9 bis 11½ Uhr Nachts fiel. Alle Bänke der Rechten standen gedrängt voll Demokraten von der äußersten Linken der Versammlung, welches ihr doch gerade in einem solchen Momente eine ernste und feierliche Haltung hätte geben sollen, schien gänzlich von ihr gewichen. Die Versammlung hatte das Festgirt der Willkür genossen, und in Folge dessen sahen eine Art von parlamentarischer Demoralisation in ihr zu wüthen. Nicht allein in den Reden trat sie hervor (die unparlamentarischen Ausdrücke eines Gloner, Temme, Schramm und Anderer sind deß Zeuge,) und in der losen, hin und der fahrenden Haltung des Präsidiums (Abhilfe), sondern auch in der ganzen äußeren Haltung der Versammlung. Die Glocke vermochte nicht Ruhe zu stiften: man lief auf und ab, strömte durch die Thüren hinaus und herein; laute Rufe ertönten aus allen Theilen des Saales; heftige Zwiegespräche Einzelner gingen faß bis zum Zank; der größere Theil der Linken stützte das Gesicht auf die ausgebreiteten Arme oder lag gar auf den Bänken förmlich ausgestreckt, Andere waren (ich kann es nicht anders bezeichnen) so sinnlich, sich in die leeren Ministersessel hineinzuplanzen. die Stellungen der eben abgetretenen Minister nachzuahmen, die Schubsächer des verlassenen Ministertisches zu durschsuchen, und die zurückgebliebenen Notizen und Bücher zu durchstöbern. An diesen Taktlosigkeiten, welche unwillkürlich an eine von dem Lehrer verlassene Schulstube erinnerten, betheiligte sich namentlich Hr. Jung.

Berlin, 4 Nov. Der kürzlich geschlossene aber vielmehr aufgelöste **demokratische Kongreß** dahier scheint eine radikale Umgestaltung der veralteten sehr Sebote zu begweden. Mindestens zeigt ein gemüthliches Aktenstück einer „Kommission für die soziale Frage" diese Absicht in Bezug auf das siebente Gebot, welches in der That höchst überflüssig wird, sobald die Welt den hier in einigen Sätzen bündig begründeten Kommunismus thatsächlich anerkennt. Es wird hier somenklar demirsen, daß „das Eigenthum überhaupt kein privatrechtliches, sondern ein gesellschaftliches, also ein staatsrechtliches Verhältniß ist. An dieses Nichtvorhandensein der „demokratischen Rechte" knüpft die Erklärung der Kommission folgerecht eine Anzahl von Sätzen, von welchen wir nur einige zur Ueberzeugung der Ungläubigen, zumal der verhärteten Bourgoisie, hervorheben: „Sobald der Klasse kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zu Gunsten des ersteren entschieden ist — und erst mit diesem Moment treten wir in einen neuen sozialen (!) Zustand — sind die jetzigen bürgerlichen Eigenthumsverhältnisse von selbst aufgehoben. Wir treten alsdann auch dem Privateigenthum (gewiß!) in das Gesellschaftseigenthum (so?). Bis dahin aber ist es Aufgabe und Pflicht der revolutionären Partei, schon durch einzelne vorbereitende Maßregeln das auf Massenausbeutung beruhende Bourgeois-Eigenthum zu schwächen und zu vereinzern." Als Hauptmittel dieser Weise bezeichnen Plakat in den Lokalen unserer demokratischen Klubbs vor den Maßregeln der Taschendiebe und scheinen noch in den Vorurtheilen des „alten sozialen Zustandes" befangen, oder werden hier keine Bourgeois unter den Besuchern voraussetzen? (K. Z.)

Oesterreich. △ Wien, 8 Nov. Wien gleicht, obschon ein große Stadt, seit den Zwisten bereits gegen Ungarn abgezogen ist, noch immer einem Feldlager. In den Straßen der Stadt ladern noch überall die Wachtfeuer und die Soldaten lagern darum her. Nirgends hört man mehr von Klagen über das Militär, zu welchen nur in den ersten Momenten nach der Erstürmung hie und da Anlaß gegeben war. Im Allgemeinen bietet die Stadt auch äußerlich wieder ein bewegtes Bild dar, die düsteren Gesichter sind seltener geworden, die Thätigkeit, die Betriebsamkeit auch in Handel und Verkehr schon wieder viel Leben. Der Feldmarschall hat sein Hauptquartier fortwährend in Schönbrunn, der Baum das seinige im Maximiliansschen Palaste auf der Landstraße. Vom Belagerungsstande können wir wohl sagen, daß das Wort sozialismus klingt, als die Sache ist. Ueberall gibt sich die Freude kund über die Wiederkehr der Sicherheit, Militärmusiken spielen auf die Plätzen wieder erschienen, so die „Oberstiche Polk" von Kuranda. Die Wiener Bürger sind voll Lobeserhebungen für den fürsten Windischgrätz, der Festigkeit mit Mäßigung zu paaren weiß. Die einigen standrechtlich erschossenen Individuen sind ein von Hof-Zusanterie übergelaufener Trommler und ein Schneidergeselle aus Mähren, der mit den Waffen in der Hand beim Eintritte gefangen genommen wurde. Die Individuen auf welche gefahndet wird, dürften jetzt, wo man wieder frei von der Stadt und den Vorstädten mit der Umgegend verkehren kann, wohl die meisten entkommen, die nicht schon in Haft sind: denn man nimmt es an den kleinen mit der Aufsicht nicht sehr genau. Was mit Robert Blum mit Fröbel geschehen wird, weiß man noch nicht, überall hört man unter den Bürgern Verwünschungen gegen sie als Hauptverheer und Beförderer der Uebel der letzten Tage. In der That haben diese beiden Individuen auch vorzüglich dazu beigetragen den Fanatismus der bewaffneten Proletarier immer von Neuem anzufachen, und so den neuen Kampf am 30. brobeizuführen, der noch so viel Unheil über die Stadt brachte. Misserstem kreisen auch gegen den früheren Vater Fröbel eine unglaubliche Erbitterung, und welches auch sein loos sein möge, so darf er hier nur auf geringe Theilnahme rechnen. Vorläufig sitzt er noch im Stadthockhause zu Wien. Auch Dr. Becher ist festgenommen worden, und das Messenhauser sich freiwillig gestellt hat, wissen Sie wohl bereits. Von dem Leiter einer Zeitung Wem, den das leitende Revolutions-Komité vorm Paris dieber gesichert hatte, ist bis jetzt keine Spur aufzufinden. Wahrscheinlich hat er bereits das Weite gesucht. — Es schein auser Zweifel, daß der Feldmarschalllieutenant Puchner, zegt Kommandirender in Siebenbürgen, das Kriegsoberrecolle übernimmt. — Das künstlich aufgeführte Kartenhaus des Fossutschen Magazinerrichtes wird binnen Kurzem zusammenfallen. Es ward auf lug und Trug gebaut ist, kann unmöglich Bestand haben.

Aus Herjezmarik, 8. Nov. An den provisorischen Landtag der Provinz Steyermark waren zwei Noten bei oberösterreichischen und des tyrolischen Landtages eingelaufen, deren erstere eine gemeinschaftliche Besprechung der altösterreichischen Provinzen mittelst eigener Deputirter über die wichtigsten Staats- und Provinzialinteressen den Gegenwand beantragt und in sechs Hauptpunkte als Vorschläge zerfällt, die als Basis der gemeinschaftlichen Besprechung dienen sollen: 1) die künftige Konstituirung Oesterreichs als eines einigen Staates"; 2) den Anschluß an Deutschland, unbeschadet den Prämissen des 1. Punktes; 3) Anhänglichkeit an das Kaiserhaus; 4) Bewahrung der konstitutionellen Freiheit; 5) Erhaltung der möglichsten inneren Selbstständigkeit der Provinzen, und 6) Unterstützung der Länderchefs und Behörden zur Erhaltung der Ordnung. — Mit Rücksicht auf den 3. und 4. Punkt wurde von dem Präsidium der Abg. Dr. Hasler mit der Abfassung einer Loyalitätsadresse beauftragt, in der auch die Erhaltung der Integrität des ganzen Kaiserstaates als Aufgabe des Landtages erscheint und das feste Vertrauen auf volle Genehmigung eines in den März- und Maitagen gegebenen Versprechungen angedeutet werden soll. —

Statt bes in der Zuschrift vorgeschlagenen Ortes der Zusammenkunft: Salzburg, wurde Klagenfurt beliebt, und dieser Vorschlag dem Antwortschreiben beigefügt: da Klagenfurt nicht nur durch seine geographische Lage, sondern auch durch seine gemischte, deutsch-slavische Bevölkerung sich als Ort der Zusammenkunft eigne. — Der Note des tyroler Landtags lag eine Proklamation an das Volk von Tyrol und Vorarlberg bei und der Antrag des Ausschusses des provisorischen Landtags für Steiermark, eine ähnliche Proklamation an das Volk Steiermarks zu erlassen, wurde angenommen. — Zu der von oberösterreichischen Ständen vorgeschlagenen Besprechung der Provinzen wurden 2 Deputirte und 2 Ersatzmänner zu wählen beschlossen. Der Deputirte v. Kalchberg hat um sich über die Grundsätze der von den unirten Provinzen gewünschten Stellung im Staate zu verständigen einen Entwurf ausgearbeitet, dessen Grundzüge wir hier folgen lassen: „Einbildung des Gesammtstaates in möglichst gleich große Ländergruppen mit Beibehalt der bisherigen Provinzialgrenzen. — Die Zentralregierung bestände aus dem Monarchen, dem ein Senat mit gleicher Anzahl der Repräsentanten von jeder Gruppe und eine Kammer nach der Volkszahl gewählter Volksvertreter nebst einem Reichsobergerichte zur Seite stehen würde. Diesem obersten Gerichte würden allfällige Streite zwischen der Staatsgewalt und den Ländergruppen und zwischen letzteren unter einander zugewiesen. Die Gruppen behalten Landtage mit einer nach der Volkszahl gewählten Kammer, die auch die Senatoren in den Senat wählt. Der vom Landesfürsten ernannte Statthalter jeder Ländergruppe hätte die Exekutivgewalt mit verantwortlich. Die Reichsgewalt hätte alle äußeren Staatsbeziehungen und so viel von dem Innern, als zur Einheitlichung der Kraft nöthig erscheinen würde. Die Zoll- und Zahlsteuerlinie fallen zwischen der Reichsgewalt und den Repräsentanten der Ländergruppen nach dem Prinzipe der Selbstregierung neben einer kräftigen Zentralgewalt getheilt werden." (Gr. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Hermannstadt, 16. Okt. Aus den Mittheilungen unserer magyarischen Blätter ist zu entnehmen, daß die Erhebung des romanischen Volks immer mehr an Stärke, Ausdehnung und Kraft gewinnt. Auch in dies der Fall in der Mezőség, im löwaner Distrikt und im kükuller Komitate. Die romanischen Bewohner unsers Stuhls fangen an sich zu bewaffnen und einzuüben. Ihre sowie der Sachsen Absicht ist keinedwegs die eines feindlichen Angriffs oder Unterjochung unserer Mitnationen, sondern lediglich unsere eigne Vertheidigung, die Aufrechthaltung des Gesammtstaats und der Ruhe, Sicherheit und die Errungung voller Freiheit und Gleichheit für alle Nationen und Bürger des Kaiserthums. (Sieb. B.)

In Hlauseburg wurden am 14. Okt. zwei junge romanische Hauptleute der Nationalgarde, Namens Watrenenau und Simonis, und ein Geistlicher, der Aufwiegelung beschuldigt, mit dem Strange hingerichtet und an demselben Tag in Maros-Vasarhely ein junger Romane buchstäblich gefreuzigt und ihm kannibalischerweise die Füße und Ohren abgeschnitten, die Augen ausgestochen und er dann gehängt. Oberstlieutenant Urban soll mit zehn Kompagnien des zweiten Romanenregiments Maros-Vasarhely besetzt und die Honved (Nationalgarde) entwaffnet haben. Heute sind den hier wohnenden Magyaren die bei ihnen vorgefundenen Waffen in größter Ordnung abgenommen worden. In Stadt und Dorf wird der Ausnahmezustand organisirt, um in Gemeinschaft mit dem k. k. Militär zu operiren, wenn und der Kriegsbandenhaufe geworfen wird. — Der berüchtigte Aufwiegler Fobotap ist gefangen genommen und in festen Gewahrsam gebracht worden. — In gleicher Zeit, 4 Uhr Nachmittags, treffen Estaboten ein mit der Nachricht, Wundna und Aiamor ständen in Flammen: die Ungern stürmten in der Richtung gegen Salzburg heran. Gestimmte Nachrichten fehlen noch. (Sieb. B.)

Frankreich.

Straßburg, 7. Nov. Abends. Telegraphische Depesche. „Paris, 7. Nov. Der Minister des Innern an die Präfekten. Die Verfassung der französischen Republik wird dem Volke, feierlich bekannt gemacht (promulguée). Ein Dekret der Nationalversammlung ladet die Nationalgarden aller Departements ein der Feierlichkeit durch Abordnungen beizuwohnen." (L. Z.)

Vermischte Nachrichten.

+München. (Theater.) Der 7. November brachte zwei Neuigkeiten. Die erste: „Dunkle Wolken, dramatische Kleinigkeit in 1 Akt von Feuerriegel, ist eine feine, geistreiche, französische Bluette, worin der Beweis für die Verwandtheit der Pariser Lustspieldichter, aus Nichts Etwas zu schaffen. Nur zwei Darsteller erfordert die Kleinigkeit, die sich auf einen Dialog und ein paar Monologe beschränken; und dennoch entwickelt sich daraus eine interessante Handlung und ausgesprochene Charakteristik. Gefreut wurde das Stückchen von Hrn. und Mad. Dahn mit einer Feinheit, einer Schärfe, die wir sonst nur an Pariser Schauspielern bewundern haben. Spiel und Leben bei deinen in jedem Wort, in jeder Bewegung! — Die darauffolgenden: „Backeuren, Lustspiel in 1 Akt von Putlitz", sind derbere, deutsche Hausmannskost. Weder dem Versuch, die Lächerlichkeit der Pariser Lustspielchen, lobenswerth jedoch das kleine Stück an einer gesunden grammatischen Zähigkeit, die sie den Stoff um die Pointe zu lang ausgedreht ist. Unter den Darstellern ergezlirte das eminente Talent des Hrn. Ehrlich, dem die Damen Hahn und Denker gewandt sekundirten. Für das alte Haus ist die letztere eine sehr beachtenswerthe Schauspielerin, während ein gewaltsamer Zurückringen in die entschwundene Jugendvielseit uns nicht zu diesem Lobe bewegen könnte.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 10. Nov. Bayer. 3½ proz. Obligationen — P. 75 G. 4proz. 86 G. Banksetien 11. Semester 575 G. Promessen 85 P. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 95 P. G.

Wechsel, 7. Nov. 3proz. 40.—. 5proz. 63.80. 6proz. 63.50. Bankaktien 1230. Partialobligationen 1110 —. Bier Kanäle 830.—. Comptt. von Augsb. —. Bayer. Obligationen von 1840 77½ pr. von 1842 77½ 4½ proz. 72.—. 3proz. —.—. 2½ proz. —.—. Belg. Bank —. Neap. Sproz. 77.50. Röm. 5proz. 64. Span. 5proz. —. Aktien —. Passive 2½. Piem. —. Dukat —. St. Germain —. Versailles (rechte) 95.—. (Linke) 90.—. Orleans 565.—. Rouen 355.—. Havre 170.—. Marseille 143.75. Basel 75.—. Bierzon 215.—. Bonsonne —.—. Burdeaux 360.—. Nordbahn 332 50. Montereau —.—. Lyon 357 50. Straßburg 32375. Rouen 307.50. Dieppe —.—. Genua —.—. Montpellier —.—. Le Lotte —.—.

Münchener Schrannenanzeige vom 11. Nov. 1848.

Getreide-Gattung.	Zufuhr.	Zufuhr.	Gegen Samstag.	Gegen Samstag.	Preismaß.	Preismaß.	Mgz.	Mgz.	Im Vergleich gegen die letzte Schranne			
									mehr		minder	
	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	80	2652	741	2529	212	13	54					6
Korn	8	1065	1073	980	93	8	58					2
Gerste	431	6758	6689	6259	430	7	3					7
Haber	38	1738	1776	1717	59	4	25					17
Heidekorn	10	143	139	142	11	13	8					20
Kreuzsamen		8	8	7	1	20						

J. O. Vogl, Schrannenschreiber Protokoll.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Sonntag, 12. Nov.: „Der Advokat des Teufels", Oper von Auber.

Fremdenanzeige.

Hotel Maulik. v. Gerzgi, Partikulier, von Hamburg. Baron v. Brenkerward, Gutsbesitzer, von Hanau. Heydeman, Kaufmann, von Mannheim. Frey, Kaufmann, von Stuttgart.

Gold. Hahn. Berger, Kaufmann, von Frankfurt. Frau v. Niger, von Nürnberg. Affelder, Kaufmann, von Fürth.

Blaue Traube. Karlen, Kaufmann, von Bern. Mathy, Kaufmann, von Elberfeld. Dralgen, Kaufmann, von Hanov. Schrank, k. k. Lavarab, von Salzburg.

Deutschegarten. Mollenier, Schiffmeister, von Ling. Lauferer, Fabrikant, von Urach.

Gestorbene in München.

Georg Schweiger, Steinhauergeselle, 43 J. a.
Johann Moosmann, Maurer von der Au, 33 J. a.
Margaretha Siedinger, Schuhmacherslochter von Salzdorf, Bzgs. Donauwörth, 22 J. a.

Erklärung.

Die Nro. 189 des dahier erscheinenden „Volksboten" vom 11. November enthält in einem Artikel vom 10. November eine Warnung an die Wähler des Landtager Wahlbezirkes, den vorigen Regierungsdirektor Herrn Scherer bod ja nicht zum nächsten Ständeversammlung zu wählen, und das genannte Blatt entblödet sich nicht, in seiner gewohnten Weise den religiösen Charakter des Herrn Regierungsdirektors Scherer zu verdächtigen.

Aber damit nicht zufrieden, sucht der Redakteur des Volksboten, Hr. E. Zander, auch anderweitig die Ehrenhaftigkeit des Hrn. Regierungsdirektors durch den ähnlichen Zusatz: „der unter dem Lola-Regime befördert worden ist", schmälich zu bezeichnen. Wenn Hr. Zander damit sagen will, daß Hr. Scherer seine Beförderung zum Regierungsdirektor dem Einflusse der bekannten Lola zu verdanken habe, so erklärt der Unterzeichnete, welcher den Hrn. Scherer, aber auch den Hrn. Zander genauer zu kennen die Ehre hat, letzteren für einen ehrlosen Verläumder.

Einen verschrienen und aufrichtigen Vertreter der wahren Volksinteressen, als Hrn. Regierungsrotter Scherer, der kein Liberaler von Gestern ist, möchte der Landsbuter Wahlbezirk schwerlich finden.

München, 11. Nov. 1848.

Dr. J. B. Hofmann.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute Mittags.

München, den 13. October.

Das k. Regierungsblatt Nr. 59 vom 11. November enthält folgende „Königlich Allerhöchste Verordnung, den Getreidhandel betreffend. Maximilian II von Gottes Gnaden König von Bayern ꝛc. ꝛc. Nachdem die ungemein drückende Theurung der Brodfrüchte, wo die durch Mißwachs der letzten Jahre herbeigeführt war, wieder aufgehört hat, so haben Wir beschlossen und verordnen, daß von nun an wieder jedem anständigen Inländer gestattet sein soll, das erkaufte so wie das selbst erzeugte Getreide, ohne an eine Schranne gebunden zu sein, in das Ausland zu verkaufen. Nymphenburg, den 8. Nov. 1848. Maximilian. Freiherr v. Zu-Rhein. Heinr. Weidenbusch. v. Strauß, Staatsrath. v. Weigand, Staatsrath. — Vor königlich Allerhöchstem Befehl, der General-Sekretär: Fr. v. Kobell."

Uebersichtlicher Rückblick auf die Wiener Ereignisse.

I.

Wien, 3. Nov. Gewiß ein wir vor Allem den politischen Zustand vor dem 6. October. Es ist unläugbar, daß die Regierenden seit dem 13. März es eben so an Offenheit wie an Energie fehlen ließen, die unvermeidlichen Reformen in der Besteuerung, in der Justiz, im Militärwesen und anderen Zweigen durchzuführen, das insbesondere das Ministerium Pillersdorff mit den verschiedenen Nationalitätsansprüchen mäßelte und sich dieselben dann auf revolutionärem Wege abringen ließ, daß man später zu unklugen Mitteln griff, um die Faktion Kossuths in Ungarn niederzudrücken, und daß hierdurch in der Bevölkerung Wiens und andern Orten ein höchst gefährliches Mißtrauen in die Absichten der Regierung genährt ward. Während die Gemüthlichen heroischer Thaten und Mißhilligung aussprachen, schrie die radikale Literatur fortwährend über Reaktion und Verrath, und wählte endlich höchst verdammliche Mittel, um eine Aenderung dieses zweideutigen Zustandes herbeizuführen.

Eben so trug andererseits der Reichstag bei, die schwierigen Verhältnisse Oesterreichs noch schwieriger zu machen, indem seine Deputirte die kostbare Zeit nur mit einem leeren Wortgeklingel vergeudeten, durch endlose Interpellationen das Ministerium zu necken und herabzuwürdigen suchten, durch Verwerfung der Entschädigung bei Ablösung der Urbarallasten das Eigenthumsrecht und die ganze soziale Ordnung in Frage stellten und nach dem Beifalle einer Faktion lüsternen mehr ihren Ehrgeiz zu befriedigen suchten, als auf praktischem Wege das Wohl des Staates zu fördern, obgleich um mehr als Einen Deputirten Gefahr und Gesetzlosigkeit, wie der Kappzaum der Gesetzlosigkeiten, und das Wuth des Fanatismus zu hemmen, und leeres Gepränge zur Tagesordnung zu machen. Die Masse, durch die radikale Presse aufgehetzt, suchte die Ursache der Verzögerung jeden Reform und des Verfassungsbaues bei der Regierung, während sie doch auch bei den Sitzungen des Reichstages Zeuge waren.

Die Oktoberrevolution wurde endlich durch den in der Nacht des Todes fehlenden Sinn für Gesetz, Ordnung und Freiheit möglich gemacht. Die Kapernmassen arteten auf einer politischen Demonstration in wahren Verbrechen aus. Man brachte Kanonieren, welche ihren Zug sodann ein, Bäcken und Fleischhauern, welche ihre Sagung hielten, oder anderen unbeliebten Personen Arzneimitteln, demolirte ihre Häuser und gefährdete ihr Leben. Häufig wurde die Menge gar nicht den Grund dieser Emeuten, welche nicht bloß den Besitzlosigen, sondern die ganze Bürgerschaft in Gefahr setzten. Die Nationalgarde rückte theils gar nicht aus, theils schein sie nicht mit der nöthigen Energie eines muthvollen Bajonnetangriffes ein, das Gesetz und die Ruhe wurden so zum Spotte. Der Verfall dieser Feuile war so wenig, daß sie die Gefahr der Selbstsucht für die öffentliche Sicherheit überhaupt nicht einsahen; ihr Muth war so erbärmlich, daß sie wohl aus wollen Hasse über die Regierung schwätzten, aber sich nicht getrauten, einen unbeliebten Mitbürgers Eigenthum zu schirmen; ihre Gesinnung war so groß, daß sie stets über Truppenkonzentrirungen Zeter schrien, und lieber die gesetzliche Freiheit niedertreten sahen, als die Hilfe des Militärs anzurufen. So griff das Uebel der Selbstsucht mehr um sich, eine civilgerichtliche Exekution war in vielen Fällen gar nicht realisirbar, weil der Exekut mit Mord drohte, die Nationalgarde viel zu vornehm und freiheitsliebend war, um dem Gesetze Achtung zu verschaffen, und die Bedürfnisse der Armee litten. An dieser Unterwühlung der rechtlichen Ordnung trugen auch die allgemeine Noth und die Presse Schuld. Der Adel flüchtete aus der Residenz, die Gehalte der Beamten wurden reduzirt, die Staatspapiere und Aktien sanken immer tiefer, das baare Geld wanderte in die Koffer. Jeder schränkte sich möglichst ein, durch diese Alles erkannte der Gewerb und Verkehr, Noth und Elend nahmen überhand. Die verblendete Masse klagte dieser traurigen Zustandes wegen die Regierung an, und wurde so für die Umtriebe der Hetzer desto empfänglicher. Zu einem wahren Fluche wurde jedoch die Presse. Ein Theil derselben, der Radikale, die Konstitution, der Freiheitsfeind sich darin, durch Lügen und Verdächtigungen die Regierung und einzelne Individuen herabzuwürdigen, die Opposition nicht zum Mittel, sondern zum Zwecke zu machen, statt durch praktische Vorschläge zu nützen, lieber durch Gassenbubenschimpf der Gemeinheit zu kuitzigen und endlich mehr oder minder deutlich zu brutalen Gewaltthaten aufzuforderen. Ein anderer Theil der Presse, wie der Demokrat, die Nationalzeitung verfiel zwar nicht so in's Extreme, zog es aber ebenfalls vor, zu schmälen und albernes Zeug zu plaudern, statt zu begründen und zu belehren. Andere Blätter, wie die Presse und Wiener Zeitung beobachteten zwar den literarischen Anstand, waren jedoch zu schwerfällig, zu vornehm, zu weitläufig, zu einseitig und zu wenig anziehend, um in die Massen zu dringen. Die Geister und der Zuschauer endlich waren in ihrer Darstellung eben so pöbelhaft und gefällig unerquicklich wie die radikale Presse. So lebte dem Volke eine geistige Nahrung, ihm wurde nur das Gift der Verleumdung, der Verdächtigung, der oberflächlichen Schmähsucht gereicht, dabei der innere Gesammtgrund oder die Revolution.

II.

„Die revolutionäre Partei hatte ihren Mittelpunkt im demokratischen Klubb, der zwar manche Männer von Bildung und reellen Tendenz, aber auch viele Strauchritter, ehemalige Polizeidiener, die sich rächen mit dem Criminale Bekanntschaft gemacht hatten, und ähnliche unsaubere Individuen zu seinen Mitgliedern zählte. Hier war dies Bündniß mit der Faktion Kossuths geschlossen und der Plan ausgedreht, auf revolutionärem Wege das Ministerium zu stürzen, Ungarn zur Selbstständigkeit zu verhelfen und die Republik anzubahnen. Man versteiste das deutsche Grenadier-Bataillon, welches zum Abmarsche nach Ungarn bestimmt war, durch Geschenke, Getränke und Dukaten zur Widersetzlichkeit, und dieß hatte den vorhittägigen Kampf des 6. Okt. am Tabor zur Folge. Der nachmittägige Kampf am Stuerbarplatze, am Graben und Hof wurde wieder durch ein unseliges Mißverständniß und leidenschaftliche Uebereilung herbeigeführt. Eine kleine Abtheilung der mit der Legion zusammenhaltenden Arbeiter zog in die Stadt, wollte am Stephanskirthurme Sturm läuten, wurde jedoch von den dort aufgestellten Garden des Kärnthnerviertels ohne Gebrauch der Waffen daran gehindert, und zog dann mit der Drohung: Hinter uns kommen schon Mehrere — fort zur Universität. Bald darauf kam wirklich ein Bataillon Wiener Garden in der Leiben Absicht mit ungeladenen Gewehren, und wurde von entsetzten Kärnthnerviertel mit Schüssen empfangen, wodurch das weitere Gemetzel entstand. Der nächtliche Kampf am Zeughause endlich war ein Kampf gereizten Gregrieses oder roher Kampfeswuth und blinder Rache; er endete mit der Kapitulation des dortigen Wachpostens, mit der Plünderung des Zeughauses und mit der Bewaffnung des Proletariats. Am 7. Okt. konzentrirte sich das Heer für die Schwarzenbergischen Palais und Belvedere, wurde von hurch Schüsse auf einzelne Vorposten, durch Bestechungsversuche und Aufreizungen der Garden zum Angriffe bewogen, verließ daher diese Stellung nach wenigen Tagen und vereinigte sich mit dem inzwischen herangezogenen Jellachich.

Faßt man die Vorgänge des 6. Okt. nicht abgesondert auf, legt man in sie nicht eine bestimmte Idee hinein, sondern betrachtet man den Vergang des 6. Okt. in seiner leidenschaftlichen Wirklichkeit, so kann man denselben keinen Kampf für eine politische Idee, sondern nur ein durch Trunkenheit, Mißverständniß und blinde Wuth herbeigeführtes Gemetzel nennen. Er war kein Kampf der Freiheit gegen Reaktion, kein Kampf des Deutschthumes gegen slavische Uebergriffe, keine rechtliche Nothwehr der gesammten Bevölkerung gegen unerträglichen Druck, sondern die erkaufte, wie eine Kugel fortrollende Emeute einer fanatischen Partei. Hätte es nicht an einer Lügen und energischen Führung der Truppen gefehlt, so wäre wohl auch Lawine gerettet und die aufständische Faktion nicht so übermächtig geworden. Was hätte der Reichstag bei dieser Sachlage thun sollen? Er hätte nach dem Beispiele der Nationalversammlung in Paris und Frankfurt den Monarchen einerseits zur Herstellung der gesetzlichen Freiheit mittelst Konzentrirung einer Armee, Reorganisation der Garde, Entwaffnung des Proletariats, gerichtlicher Untersuchung und Bestrafung der Mörder Latours und der andern Häupter des Aufstandes unterstützen, andererseits aber ihm die Nothwendigkeit einer offenen und ehrlichen Politik und Trennung eines andern Ministeriums mit entschiedenem Nachdrucke an das Herz legen sollen. Der Fehler war auf beiden Seiten, nach beiden Seiten hin mußte daher auch gebolzen werden.

Was hat der Reichstag dagegen gethan? Er trug auf Amnestie der Mörder Latours an, er verbot die Herbeiziehung von Truppen, er befahl die Sperrung des Zeughauses, als dasselbe bereits aller Waffen beraubt war, er mußte sich konstitutionswidrig die vollziehende Gewalt an, er machte dem Kaiser Vorwürfe, daß er das anarchische Wien verlassen habe, er höhnte den Kaiser, indem er ihn durch Adressen und Deputationen der gesetzlichen Ordnung in Wien versicherte und das zarte Kind der Oktoberrevolution in die Falten seines Reichstagsmantels hüllte. Der Rumpf des Reichstages sank zum erklärten Haupte einer Faktion herab, deren ist die Verbreitigung Wiens gegen die zur Herstellung der Ordnung vom Kaiser berufene Armee anordnete, und dadurch die Last riesiger Ausgaben, das Elend vieler tausend Familien, den Fluch der Anarchie und des förmlichen Bürgerkrieges heraufbeschwor, die Existenz des Thrones und der gesammten Monarchie in Frage stellte. Der Reichstag war freilich treu seiner gegenheitigen Erklärung nicht frei, sondern vom Terrorismus der Massen und ihrer Führer abhängig; allein jene Deputirte, welche noch einen Sinn für Recht und Gesetz hatten, hätten ihre Ueberzeugung offen aussprechen oder eine aufrührerische Stadt verlassen sollen, wo nur ein muthloses Märtirerthum zu holen war. (S. f.)

Hecker in Amerika.

Aus dem Wiesenthal. 1. Nov. Die badische liberale Presse beginnt gegenwärtig ihre tröstlichen Neuigkeiten aus Amerika: wo der große Hecker abgeblieben, wo er geblieben, wo er zu empfangen gedroht. Theils mit Wuth, theils mit Hochempfindung werden Station für Station denn alten, verstockten Deutschland alle Sechs Tagewerke des gottvollen Verdammten unter die Nase gerieben: Sieh, Amerika weiß ihn zu schätzen, wenn du für einen Windbeutel gehalten wirst. — Etwas ist an der Sache; allein es ist doch auch Folgendes zu bedenken. Man muß es den Amerikanern nicht übel nehmen, daß sie ihr Wesen so mit Hecker treiben; so haben sie es gerade mit den zusammengewachsenen Siamesen, mit der großen Giraffe, mit dem kleinen General Tom Thumb, und mit der göttlichen Fanny Elsler gemacht. Es sind eben eigene Kauze, die driben. Hoffentlich führt sich unser Landesvater Hecker auch vernünftiger auf, als driben, und läßt Nichts gegen die „Gelbmenschen“ und „Bourgeois“ fallen. Bruder Jonathan läßt in der Hinsicht nicht mit sich spaßen. Der Dollar geht ihm über Wesen und die Propheten; er würde Christum um 29 Silberlinge verkauft haben. Anderseits geht er wieder steifig zur Kirche, und vermeidet alle unanständigen Redensarten, ganz wie die — Heckerlinge nicht. Was vollends die Freilassung der Sklaven anbelangt, so darf man dafür gar nicht einmal einen Anlauf stehen lassen, aber schlage er seinen besten Freund todt: — Hecker wäre nicht der Erste. Fragt man ihn schließlich über die Wohlseligkeit und Einfachheit seiner Regierung, so erwiedert er, es seien noch keine 10 Jahre, daß fast alle Einzelstaaten Bankerott bei ihnen gemacht hätten, und sie hätten auch schon zwei Dutzend Regierungen, große und kleine, und wenn er Nichts an sie bezahle, so verlange er auch Nichts von ihnen. Das werden die gegenwärtigen Kosten machen unseres großen Landsmannes wohl meist Deutsche sein, die bei Bruder Jonathan schon ganz andere Schwappenhauereien erfragen gelernt haben, als wir Hampelmänner da oben beim Schlüsselzwirb zu Muthen. Uebrigens wünschen wir gut Heil. Auch eine neue Idee ist in dem Rosengärtnern der badischen fürstlichen Werfe aufgegangen, und allerdings gleich in baare Münze umgesetzt worden. Nach dem Manifeste unserer der Zentralregierung vom 18. Sept, hat nämlich das Ministerium Welk gleichfalls den Struve'schen Einfall selbst angezettelt, den Struve selbst gestockt, und, wer weiß, durch dritte Hand ihn dafür bezahlt, sich von General Hofmann klopfen und tanzen zu lassen. Hör es, Volk! Oder ist die Reaktion nicht Alles sühig? Oder will man es leugnen, daß der alte Maskotte Pascor, der Dieb, so to weit reich, sich hängen zu lassen, — sagt uns den Millionen den Winterich-Orden um den Schlund und den Leib zu legen und den edlen Robert Blum in Wien absangen zu können? Und das Volk sollte noch einer Regierung trauen? Nichts da. Das Volk soll Niemand trauen, auch sich selbst nicht. Oder wer garantirt denn den Franzosen z. B. dafür, daß sie nicht in ein oder zwei Jahren sich selbst einen König setzen? Eben darum darf es keine Ruhe und keine Ordnung geben, und sind eben darum die Barrikaden Schutzwehr, und gehören noch vor die Grundrechte. Die wahre und soziale Republik, die man dem halbbarbarischen Deutschland beibringen muß, besteht nur zwei Gesetze: Nicht zu wenig klöpfen und nicht zu sehr theilen. Was drunter oder drüber ist, schmeckt nach übermundenem Standpunkt, und wird ebenfalls gehängt, — je eher, je lieber. (Karlsr. Ztg.)

Deutschland.

Bayern. — Würzburg, 9. Nov. Die Stadt Würzburg, die Ausschmückung und das Vertrauen ins Auge fassend, womit sie vom deutschen Episkopate geehrt wurde, glaubte es ihren hohen Gästen, sowie sich selbst schuldig zu sein, dem so seltenen Ereignisse einer bischöflichen Versammlung aus allen Gauen Deutschlands, die nach einer Reihe von Jahrhunderten zum ersten Male wieder innerhalb ihrer Mauern Statt fand, einen Akt der Dankbarkeit beizufügen, wie er eben für Ehrenbezeugungen gegen Kirchenhirten am passendsten schien und auch wirklich war. Es wurden demgemäß sämmtliche Bischöfe zu einem feierlichen Gottesdienste eingeladen, der heute in der Marienkapelle auf dem Markte um 10 Uhr begann. Es war indeß um diese Zeit bereits unmöglich, noch in die enge schöne kleine Kirche zu gelangen. Der Hochamt wurde von dem hiesigen Jubelpriester und Generalvikar Wörner gehalten. Se. Eminenz, der hochw. Kardinal-Erzbischof, die übrigen hochw. Erzbischöfe und Bischöfe, deren Begleiter, das hiesige Domkapitel, die Stadtdignitarzergesellschaft, eine große Anzahl von Landgeistlichen, der Magistrat, die Gemeindebevollmächtigten ꝛc. nahmen die Räume des Presbyteriums ein. Nach dem Hochamte folgte das öffentliche Hochgebet, wie solches blieb. Um 12 Uhr fand dann im großen Theatersaale die Speisung von mehr als 200 Armen Statt, wozu die ganze Stadt beigesteuert hatte und wobei es einen höchst rührenden Anblick gewährte, die vielen Kirchenfürsten gleichsam ihr Diakonenamt, d. i. das Amt der Armenpflege öffentlich üben, an allen Tischen umhergehen und mit jedem einzelnen Armen sprechen zu sehen. Es erschien hier Wohlthat wie eine Art Gottesmahl der ersten Christen, denn die guten Armen saßen eine solche Zutraulichkeit zu ihren hohen Besuche, daß sie mit Fürst, Graf und Ebelmann in alter Treuherzigkeit redeten, sie bei der Hand ergriffen und es nun lange erzählen werden, wie sie mit dem Kardinal und so vielen Erzbischöfen und Bischöfen gesprochen haben. Gegen das Ende des Mahles traten zwei arme Mädchen ein passendes Gedicht vor, worauf ein brennadigst Hoch auf dem Munde aller Anwesenden folgte. Se. Eminenz sprach darauf mit seierlicher Stimme beifällig Folgendes: „Wir Bischöfe haben uns lange gefreut, und umgesehen, um einen Ort zu unseren Besprechungen zu finden; da fiel endlich unser Wahl auf Würzburg. Diese gute Stadt hat uns unser Vertrauen geschenkt; sie hat heute abermals ihren christlichen, katholischen Sinn durch ein Werk der Liebe an den Tag gelegt, und, was sie uns Bischöfen zu Ehren that, eigentlich dem Heilande selbst gethan. Der Herr Jesus sagt ja, was den Armen gegeben werde, sei ihm selbst gegeben. Möge deshalb Gottes reichlichster Segen über Würzburg walten und uns einst alle am Throne des ewigen Richters versammeln. Ich versichere Euch als Bischöfe, die reichlich Gesinnungen aber tragen noch manche Ischöberbleibsel sein mit schönen Erinnerungen nach Hause. — Der historische Verein beabsichtigt, sich die Handschrift sämmtlicher Bischöfe zu erbitten, um das Andenken an ihre Versammlung dahier auch hierdurch der Zukunft zu überliefern. — Ein tüchtiger bissiger Maler wird, wie wir hören, ihre Porträte, auf einen Bogen gezeichnet, in Kupfer stechen lassen. (W. Bl. M.)

Baden. — Karlsruhe, 9. Nov. (101. Sitzung der 2. Kammer.) In der heutigen Sitzung wurde die seitdem abgebrochene Berathung über Titels Kommissionsbericht, die Amnestirung politischer Verbrecher betreffend, fortgesetzt, und dauerte wieder bis gegen Mittag 3 Uhr, indem noch eine Menge Redner für und gegen den Kuenzer'schen Antrag, so wie den der Kommission auftraten und in ausführlichen Reden ihre Ansichten entwickelten, bis endlich die Kammer ihre Einstimmigkeit unterbrach zu sehen erklärte und die Abstimmung verlangte. Die äußerste Linke wollte die Amnestie so viel wie möglich und selbst auch auf den Struve'schen Zug ausgedehnt wissen, während man anderseits darauf bestund, daß die Ihrigen nehmen an dem letzten Zuge, zumal nur zwei Petitionen dießfalls vorlagen, in die Amnestirung gar nicht aufgenommen und auch bei dem am Heckerschen Aufstand Betheiligten noch manches zu wünschen bei Einstimmung nicht bestraft Ausnahmen gemacht werden sollen. Letztere bezogen sich auf solche, welche sich des Landesverraths durch Einverständnisse mit Ausländern schuldig gemacht, auf öffentliche Diener, die bei der Dienstfeid, und auf Soldaten, die bei Fahnenflucht gebrochen, so wie endlich auf solche, welche rücksällig geworden Lamey machte im Einverständniß mit dem Berichterstatter zu dem Kommissionsantrag Verbesserungsvorschläge und Mez beantragte einen weiteren Zusatz, so daß der Antrag nunmehr folgt lautet: „Es wolle die Kammer die vorliegenden Petitionen um Amnestirung sämmtlicher wegen politischer Verbrechen angeschuldigten Personen in Baden in Beziehung auf die Theilnehmer an dem Heckerschen Aufstande und übrthaupt an den vor dem 1. Juli d. J. begangenen politischen Verbrechen, mit Ausnahme der vorzüglichsten Anstifter und Leiter derselben, so wie aller derer, die rücksällig geworden sind, dem Großh. Staatsministerium empfehlend überweisen, und habe demnach den Wunsch auszudrücken, daß die Untersuchungen gegen die beim Struve'schen Aufstande Betheiligten mehr, als bei denen, die wegen des Hecker'schen Unternehmens vor Gericht gezogen worden, beschleunigt, auch die schwereren Verbrecher sofort ausgeschieden werden.“ In namentlicher Abstimmung, welche Kiefer in Bezug auf den Kuenzer'schen Antrag verlangte, wurde dieser verworfen, der von Mez in Verbindung zur Berathung gar nicht gekommen, also auch nicht zur Abstimmung gebracht, dagegen der Kommissionsantrag in obiger Fassung mit der deutender Stimmenmehrheit angenommen. — Hierauf kam noch der Kommissionsbericht über das provisorische Gesetz vom 27. Sept. d. J., die Vermehrung der Zahl der Richter zur Untersuchung und Entscheidung hochverrätherischer Unternehmungen betreffend, zur Berathung, und es wurde dieses Gesetz mit allen gegen eine Stimme (Welker) ohne alle Debatte angenommen. Dasselbe ermächtigt das Hofgericht zu Freiburg, welches als entscheidendes Gericht für alle in jüngster Zeit begangenen politischen Verbrechen unter Zuzug von Geschworenen ernannt ist, die Zahl der Untersuchungsrichter nach Bedürfniß zu erhöhen. (Schw. M.)

Preußen. — Berlin, 10. Nov. Der Staatsanzeiger meldet in seinem amtlichen Theile: Auf Ihren erfolgter Entlassung hat der bisherigen Minister-Präsidenten und Kriegsministerd, General der Infanterie v. Pfuel, will Ich sie hierdurch zum Ministerpräsidenten ernennen und Ihnen zugleich bis zum Eintreffen des neu ernannten Kriegsministers die interimistische Leitung des Kriegsministeriums und bis zur Ernennung eines neuen Chefs für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die interimistische Leitung dieses Ministeriums übertragen. Sanssouci, den 8. November 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (Contzel.) Eichmann. An den Generallieutenant Grafen v. Brandenburg.

II. Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. ꝛc. Nachdem schon früher zu wiederholten Malen einzelne Mitglieder der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung wegen ihrer Abstimmungen thätlich gemißhandelt worden waren, ist am 31. v. M. von aufgeregten Volkshaufen die Sitzungshalle der Versammlung stürmisch belagert und unter Entfaltung der Zeichen der Republik der Versuch gemacht worden, die Abgeordneten durch verbrecherische Demonstrationen einzuschüchtern. Solche beklagenswerthe Ereignisse beweisen nur zu deutlich, daß die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung, auf deren Schooße die Grundlagen einer wahren, die allgemeine Wohlfahrt bedingenden Freiheit hervorgehen sollen, der eigenen Freiheit entbehrt, und daß die Mitglieder dieser Versammlung bei der zu Unserem tiefen Schmerze nicht selten wiederkehrenden anarchischen Bewegungen in Unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin nicht denjenigen Schutz finden, welcher erforderlich ist, um ihre Berathungen vor dem Scheine der Einschüchterung zu bewahren. Die Erfüllung Unseres lebendigen, von dem Lande getheilten Wunsches, das ermiesen sobald als möglich die auf Grund Unserer Verheißung zu erbauende konstitutionelle Verfassung ge-

"er hier werde, kann unter solchen Umständen nicht erfolgen, und daß von n Maßregeln nicht abhängig gemacht werden, welche geeignet sind, in gesetzlichem Wege die Ordnung und Ruhe in der Hauptstadt wieder herbeizuführen. Wir finden uns daher bewogen, den Sitz der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung von Berlin nach Brandenburg zu verlegen, und haben unser Staatsministerium beauftragt, die dazu nöthigen Vorkehrungen so schleunig zu treffen, daß die Sitzungen vom 27. d. M. ab in Brandenburg gehalten werden können. Wir sagen wird die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung hiermit vertagt. Wir fordern daher die Versammlung auf, ihre Berathungen nach geschehener Verlesung unserer gegenwärtigen Botschaft sofort abzubrechen und zur Fortsetzung derselben am 27. d. M. in Brandenburg wieder zusammenzutreten. Gegeben Sanssouci, den 8. November 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (gegengz.) Graf v. Brandenburg. Vorstehende Botschaft ist Veranlassung der Vertagung unserer Versammlung.

⊙ **Berlin**, 9. Nov. Morgens. Sitzung der Nationalversammlung. Nach Verlesung des Sitzungsprotokolls erscheinet der Ministerpräsident Graf Brandenburg, nebst den Ministern von Ladenberg, v. Manteuffel und v. Strotha. Nach Verlesung der königl. Botschaft begründet der Vorsitzende den Sitzes der Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg, erkläre der Ministerpräsident, das sonach die Versammlung bis zum 27. dr. Mts. geschlossen sei. Der Präsident will Unruh bedeutet jedoch den Ministerpräsidenten, daß er das Wort nicht habe, uns daß er (von Unruh) sich nicht defuge halte, die Versammlung zu schließen. Nach erhaltenem Worte erklärte hierauf der Ministerpräsidente, daß er nach der eben verlesenen ligl. Botschaft die Versammlung für vertagt ansehe, jede weitere Berathung für gesetzwidrig halte und dagegen im Namen der Krone protestire, nach welcher Erklärung der Ministerpräsident mit den Ministern den Saal verlasse. Präsident von Unruh erklärt hierauf, der Versammlung stehe das Recht zu, ministerielle Akte zu prüfen, und sie werde sich dasselbe nicht nehmen lassen. Unterdessen hat ein Theil der Rechten den Saal verlassen, worauf die Thüren geschlossen werden. Eine namentliche Abstimmung über den Schluß der Berathung ergab die Verwerfung des Schlusses der Sitzung wird (11 Uhr) die 12 Uhr vertagt. Bei Wiedereröffnung der Sitzung um 12 Uhr waren etwa 280 Mitglieder anwesend. Der Präsident verlas 2 Anträge: 1) von Bornemann: „das Ministerium zu ersuchen, die Zurücknahme der in der allerhöchsten Botschaft verfügten Verlegung des Sitzes der Nationalversammlung zu veranlassen," 2) von sämmtlichen Mitgliedern der Linken, der Centren und einigen der Rechten, zu beschließen, a) daß die Versammlung für jetzt seine Berathungsfähig habe, den Sitz ihrer Berathungen zu ändern, sondern diese in Berlin fortsetzen werde; b) daß sie der Krone nicht das Recht zugestehen könne, die Versammlung wider ihren Willen zu vertagen, oder aufzulösen; c) daß sie diejenigen verantwortlichen Beamten, welche an der Verfassung der eben verlesenen Botschaft den Rath ertheilt haben, nicht für fähig erachte, der Regierung des Landes vorzustehen, vielmehr dafür halte, das dieselben schwerer Pflichtverletzungen gegen die Krone, gegen das Land und gegen die Versammlung sich schuldig gemacht haben. — Bornemann's Antrag wurde verworfen, der zweite mit großer Majorität angenommen. Nach diesen vorherigen Debatten wurde beschlossen, die Vollthätigkeit der Versammlung zu prüfen: die Zahl der Anwesenden beträgt 253 Mitglieder. Am Schlusse geht eine Botschaft des Königs ein, welche die Ernennung des neuen Ministeriums unter Kontrasignatur von Eichmann meldet. Die Sitzung wird auf eine halbe Stunde vertagt, und gegen 2 Uhr wieder eröffnet. Nach Verlesung des Protokolls von Donnerstag beantragt Jacoby, dasselbe die Akte Waldeck, Behrends, Gläser, Jacoby und Schulz (Wanzleben): „Der Präsident solle das Kommando der Bürgerwehr requiriren, das Schauspielhaus vorwahrend besetzt zu halten." Ferner berichtet Behrendt, er habe erfahren, der Intendant der Schauspiele, Hr. v. Küstner, beabsichtige, wenn die Versammlung das Haus verlassen habe, dasselbe schließen zu lassen. Der Präsident will erklärt hierauf, daß dieß ein Gegenstand der Versammlung nöthig sei. Die Linke beantragt hierauf: „zu beschließen, daß die Versammlung in jedem Lokale, wohin das Präsidium sie berufe, ihre Sitzungen fortsetzen wolle." Die Antwort des Präsidenten lautet, daß durch diese Erklärung die Anträge als erledigt zu betrachten sein. Rodbertus stelle hierauf den Antrag auf Tagesordnung als nothwendige Konsequenz des heute früh gefaßten Beschlusses. Schulz (Minden) erklärt, er und seine Freunde wollten mit der kompakten Majorität, die gegenwärtig die Beschlüsse der Nationalversammlung gestalte, so weit gehen, als sie nur immer können. Allein es sein nur Wenige noch übrig. Man möge ihnen das Mitgehen erleichtern, man möge die Rechte nicht ganz ausschließen! Den Rechten sei die Krone alle so wenig wegen, weil sie den Rechten des Volkes. Allein er bitte, seinen Strebt weiter zu gehen, als es die dringende Nothwendigkeit gestattete. Der Zweck der heutigen Sitzung sei erfüllt, die Versammlung habe der Krone gezeigt, was sie wolle, sie möge ihre Sitzung nunmehr vertagen. Hr. v. Berg erklärt hierauf den anwesenden Mitgliedern der Rechten, sie sollen alles Mögliche gethanen, was sie über die Schritte der Linken bewilligen könne. Sie sollten überzeugt sein, daß kein Uebergriff von der andern Seite (von Seiten der Krone) die Linke zu einem Uebergriff von ihrer Seite verleiten soll, aber sie werde auch eben so wenig nachgeben. Rodbertus Antrag auf Tagesordnung wird fast einstimmig angenommen, und die Versammlung auf Antrag zweier anderer Mitglieder auf drei Stunden vertagt. Ende der Nachmittagssitzung um 2½ Uhr.

Aus Niederschlesien, 6. Nov. Was wir als Zweck der Konzentrirung eines Truppenkorps in Liegnitz und Umgegend angaben, hat sich bestätigt. Es galt lediglich der Unterdrückung der Anarchie, welche von Liegnitz aus die Landwehr bedrohte und dieselbe bereits zum Ungehorsam gegen die Staatsbehörden verleitet hatte. Es mußte nemmehr zunächst auf die Liegnitzer und untere Raststaken überhaupt durch das unerläßliche Mittel, durch die Furcht, eingewirkt werden. Dies geschah auf die einfachste Weise. Das ganze Truppenkorps zog mit seiner Artillerie zu einem Thore von Liegnitz herein nnn zum andern wieder hinaus. Auf diesen Anblick überzeugte die Bürgerwehr der zusammengezogenen Garnison von 1500 Mann sämmtliche von der bewegte Waffen. Die übrigen Truppen kommunizirt auf den umliegenden Dörfern und werden von den wohlhabenden Bauern auch beste verpflegt. Die Landwehrmänner sind theils einzeln zum Militair abgeholt worden, theils haben sie sich freiwillig gestellt. Die Rädelsführer erwarten dafür, daß sie ihre Offiziere gemißhandelt und ihre gutgesinnten Kameraden durch die gewaltthätigsten terroristischen Drohungen zum Ungehorsam verleitet haben, ihre Strafe. Jene Landwehrmänner, welche sich beim Aufrufe freiwillig zum Dienste stellten, hat man zum Lohne für ihre Treue in die Heimath entlassen. Die andern werden jetzt detachementsweise gesammelt und eingekleidet. Dies geschieht ohne allen Widerstand. Aber nicht in Liegnitz, sondern in den kleinen Städtchen Bolkenhain, wohin die Armaur- und Kleidungsstücke von Liegnitz transportirt worden sind. Ob die Regierung von Liegnitz noch nach Görlitz oder Glogau verlegt werden wird, dürfte von der fernern Haltung der Liegnitzer abhängen. Wahrscheinlich werden diese ihren materiellen Wohlstand einer abwiegenden Demokratie nicht zum Opfer bringen wollen. Die neue Gränzlinie Landwehr soll zwischen nach Glogau zur Stellung kommen. Wahrscheinlich ist sie bereits Anfangs zur Stellung eines neuen Truppenkorps zur Ueberwachung der Provinz Posen. Nach allem, was man von dort her über die Bühlereien des polnischen Adels und der katholischen Geistlichkeit hört, die ihr Wesen wieder öffentlich in Volksversammlungen zu treiben anfangen, droht der Bürgerkrieg zwischen Polen und Deutschen aufs neue aufgerührt zu werden. Dem muß vor der Anarchie bewilligt. Wir werden aber von neuem das Wort Wergeniaud's in der ersten französischen Revolution bestätigt sehen: „Wir gehen von Verbrechen zur Amnestie, und von der Amnestie zu Verbrechen über!" Diesmal dürfte indeß der Kampf ein leider viel blutigerer werden, denn unsere Landwehr ist so nachgiebig müde, der polnischen Insurrection gegenüber nachsichtig mehrmals unter die Waffen gerufen zu werden, und spricht sich sehr unwillig aus.

(D. Z.)

Oesterreich. — * **Wien**, 10. Nov. Die Hinrichtung R. Blum's dauerte während des ganzen gestrigen Tages das Stadtgerücht und beschäftigt noch fortwährend die Gemüther. Die Ausdeutschweise darüber ist verschieden. Die deutsche Wiener Zeitung gibt die offizielle Kunde dieses Ereignisses. — Montag den 6. d. soll beim Grafen Fries Rath gehalten worden sein. Dem soll auch in Gegenwart des Fürsten Windischgrätz, Jellachich, Latour, Schwarzenberg, Baumgarten, Fürst Fries und Fürst von dem Kriegsgerichte Beigezogenen worden sein. Weiterhin sollen heute nach 12—15 Hinrichtungen statt gefunden haben. — Bach hat sich entschieden geweigert, das Ministerium wieder zu übernehmen; dennoch will man an dem Eintritt des Grafen Stadion zweifeln. Letzterer soll erklärt haben, daß er sich im jetzigen Augenblick nicht für geeignet erachte. Graf Breda und Krauß sind von Olmütz zurückgekehrt. — Die eingetretene schlechte Witterung hat das Kampiren der Truppen auf freier Strahe zum Theil eingestellt und sucht den Operationen gegen Ungarn sehr im Wege. Heute ist wieder „Bürgerl's Abentertheuer" und nur Gräfliche „Schwert und Schild" erschienen. Die Theater sollen nächstens wieder beginnen; das Opernpersonal ist schon beisammen. — Die abgeliefterten Gewehre verbleiben nicht im Zeughause, sondern werden an einen sichern Ort abgeführt. — Von den verhafteten Studenten sind wieder viele frei gegeben worden. — Die ungarische Sperre wird vertheurend auf alle Lebensbedürfnisse, wie für andererseits den Fabrikserzeugnissen Wiens fühlbar. — Die Briefe und Zeitungen treffen noch immer sehr unregelmäßig ein und die neuesten Nachrichten werden zwar bekannt; dadurch verlieren die allländischen Zeitungen sehr an Interesse. — Das wiederholt verbreitete Gerücht der Brandlegung Kremsier's hat sich nicht bestätigt.

Die „Wiener Zeitung" vom 10. Nov. enthält folgende amtliche Bekanntmachung: „Mittelst Hofkanzleidekret Zahl 1 vom 8. d. M. ist Robert Blum, Buchhändler aus Leipzig, überwiesen durch sein eigenes Geständniß, wegen aufrührerischen Reden und bewaffneten Widerstand gegen die kaiserlichen Truppen in Folge der von Sr. Durchlaucht dem k. k. Herrn F.-M. Fürsten zu Windischgrätz unterm 20. und 23. Oktober erlassenen Proklamationen zum Tode verurtheilt, und das Urtheil am 9. Nov. 1848 Morgens um halb acht Uhr in der Brigittenau mit Pulver und Blei vollzogen worden."

† **Wien**, 9. November. Börsenzustände. Das Vertrauen hat sich über Erwartung Vieler sehr rasch wieder hergestellt. Verschiedene Besorgnisse der bedenklichsten Art sind gleichzeitig verschwunden. Die Staatsgewalt erscheint stärker als je, um Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten, um Leben und Eigenthum zu schützen. Die Worte: „Heilig ist das Eigenthum," werden immerdar zur Ehre gereichen jenen, die sie schrieben, und jenen, die sie lasen und achteten; aber man empfand es, namentlich in den letzten Tagen genugsam, daß sie mit verwüstender Kreide geschrieben. Die Börse, die unter allen öffentlichen Meinungsorganen gewiß die wenigsten Komplimente macht, fühlte sich am ersten heraus und mochte schon lange nicht am Rande eines Kraters, aus welchem fetzt neue Eruptionen hervorgingen, pflanzen und bauen. Jetzt ist

tiefer aufgebraunt und deßt erschienen jene Worte in Erz gegraben, wenn auch — gewiß zu allseitigem tiefem Schmerz — mit Hilfe des Grieß. Es ist aber nicht nur der Hinblick auf die materielle Stärke, welche das Vertrauen hervorruft, sondern die unerschütterliche Zuversicht auf eine immer mehr hinzuerwerbende moralische, die ihm zu noch besserer Grundlage dient. Zugleich aber wächst die Hoffnung, den Rechte zur Wiederherstellung der reichlichen Hilfsquellen in Bälde die Gestung wiederum zu leben. So finden denn viele Kapitalien keinen Grund mehr, sich der Zirkulation zu entziehen und wenden sich zum Theil den Öffentlichen Fonds zu, die ihnen eine unbedenkliche Marge zu bieten scheinen. Anderseits existirt keine Spekulation weder in Fonds noch in Eisenbahnaktien, wenigstens keine, die diesen Namen verdient, da das sauve qui peut die einen wie die andern Effekten in feste Hände brachte. So kömmt es denn, daß das Geld an der Börse bereits abundant ist und selbst eine mäßige Nachfrage vorerst höhere Preise hervorruft. Auch für die so sehr vernachlässigten Lotterie-Effekten beginnt dieselbe und namentlich sind die Alten Lose von 1834 begehrt. Gold zeigt sich sehr reichlich am Platze in fremden und einheimischen Sorten. Wir notiren einige der ersteren, um bei wesentlichen Veränderungen wieder darauf zurückzukommen. Engl. Souveraigne 10 fl. 45.—50. Römische Doppien 7 fl. 45.—50. Kluß. Imperiale 9 fl. Dukaten stellen sich jetzt auf 5 fl. 4.

Wien, 10. Nov. Der Umzug in Fonds und Devisen beschränkt 5% Metall. sehr fest; Eisenbahn-Aktien hingegen flau. Auch Gold hat heute wieder angezogen. 5% Metall. 78¼, 4% 64, 2½% 41, Bankaktien 1080, Loose von 1834 131, detto von 1839 90, Nordbahn 102½, Mailänder 64, Glogguitzer 93, Pesther 64, Livorneser 65.

Das Journal des Hörn. Lloyd vom 9. entwirft folgendes Bild von der gegenwärtigen Physiognomie der Stadt Wien: „Unsere Stadt bietet in diesem Augenblicke ein interessantes Bild dar. Wie nach einem schauerlichen Gewitterstume, wenn die unglückschwangeren Wolken sich entladen und die Sonne wieder ihre erwärmenden Strahlen hernieder-sendet, Alles aus seiner Behausung und aus jenen Orten, wo die erschrockten Wesen eine Zuflucht, ein Asyl gesucht, hervortritt, um zu schauen, was dem Geschicke zum Opfer gefallen, um sich zu sammeln und zu finden, um zu sichten und aufzuräumen, eben so erwacht nun in Wien ein regeres Leben. Die Straßen wimmeln von friedlichen Bewohnern wie von Soldaten. Alleenbäume begegnen man Familien mit Wägen und Einkehrungsflüchten vollgefüllten Wagen Jener, welche die drohende Gestalt der Zustände Wiens in die Ferne getrieben und nun im Vertrauen auf Ordnung und Gesetzlichkeit an den heimatrlichen Herd zurückkehren. Getrennt gewesene Familien, Freunde und Bekannte finden und grüßen sich freudig wieder, froh des Wiedersehens nach beständener Gefahr. Mißtrauung der Erlebnisse und gegenseitige Mitstheilung an den Durchlebten erfüllen das Gemüth, und die bekannte Gemüthlichkeit der Wiener tritt wieder mächtig hervor. Die Öfen werden betrauert, die Verschonten beglückwünscht. Auf allen Plätzen schaarrn sich zwischen den Gewehr-Pyramiden die bärtigen Krieger um die Wachfeuer. Und nicht ohne Bangen blicken Manche auf die sonnverbrannten Züge der Grenzer und auf die athletischen Gestalten der mit Mützen umgürteten Rothmäntler. Doch beruhigt blicken die Freunde der Ordnung und Gesetzlichkeit auf diese jungen Soldaten als die Grenzer aus den Gefahren der Pöbelherrschaft. Die Verkaufsläden sind allseits geöffnet, der Gewerbsmann ist wieder thätig in seiner Arbeitsstätte, der Geschäftsmann eilt, um das monatsange Versäumniß nachzuholen. Verkehr und Zufuhr entwickeln sich mehr und mehr, um in den gewohnten Gang zu kommen. Die erschöpften Vorräthe der Lebensmittel ergänzen sich durch die geöffneten Transportwege. Die Dampfschiffahrt nach oben beginnt bereits. Auch die Eisenbahnen sind thätig, um den Waarenverkehr wieder aufnehmen zu können. So bringt und jeder neue Tag den Trost und die Hoffnung, das bürgerliche und geschäftliche Leben unter dem Schutze der Ordnung und der Gesetze in das gewohnte Geleise zurückfehren und die tiefgeschlagenen Wunden unserer schwerbedrängten Stadt vernarben zu sehen.

Oesterreichische Monarchie.

Wir lesen in der „Grazer Zeitung“ eine Erklärung der Garnison von Temesvar, datirt vom 16. Okt. Sie ist ein fernerer, glänzender Beweis der unwandelbaren Treue und Anhänglichkeit der österreichischen Armee an ihr altes Kaiserhaus. Folgendes ist der Wortlaut derselben:

„Erklärung. Ein Erlaß vom 8. d., welcher angeblich im Namen des Königs und des Volkes von Ludwig Kossuth als Präsident geleitet ist, legt den Festungskommandanten in Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien und Slavonien die Pflicht auf: 1) Binnen 7 (sieben) Tagen nach Veröffentlichung dieses Befehles durch den Königlichen Kommissär die Irrfahne (ungarische Fahne) auszustecken, und 2) ihre Treue gegen Ungarn und die damit verbundenen Länder, so auch die bereitwillige Folgeleistung gegen die Befehle des Landesvertheidigungs-Komité's während dieser Zeit dem Landesvertheidigungs-Komité schriftlich einzulenden. Im Unterlassungsfalle sollen die Betreffenden als Landesverräther betrachtet und als außer dem Gesetze stehend für vogelfrei erklärt werden.“ — Die Garnison Temesvar fühle sich hierdurch in folgender Erklärung verpflichtet: Das Manifest Sr. Majestät des konstitutionellen Kaisers und Königs ddto. Schönbrunn am 3. d., dem die Kontrasignirung eines Ministers nicht fehlt, hat Ungarn sammt den angrenzenden Ländern: Siebenbürgen, Kroatien und Slawonien unter die Kriegsgesetze gestellt, worauf die Festung Temesvar vom hiesigen Festungskommando in Belagerungszustand versetzt wurde. Da demselben allerhöchsten Manifeste ist das Mißlob des Gehorsams gegen das ungarische Ministerium, welches gleichzeitig aufgelöst wurde, entkunden, der ungarische Reichstag aufgelöst und der gewesene Finanzminister Kossuth als Ausweigler des Volkes bezeichnet: — wenn aber ein von Sr. Maj. dem Kaiser und König als solcher Bezeichneter Edikte erläßt, wie das oben angeführte, so vermag sich wohl einem Jeden, wie mehr zu geben, daß er der ihm zuerkannten Vertretung würdig sei, es kann ihm aber dadurch keineswegs das Recht eingeräumt werden, im Namen seines Königs und Volkes zu mißbrauchen, um Diener des Staates, die ihrer Pflicht, ihrem Eide treu ergeben und bereit sind, für den konstitutionellen Kaiser, König und Vaterland den letzten Blutstropfen zu opfern, zu Vaterlandsverräthern zu stempeln und sie außer dem Gesetze für vogelfrei zu erklären. Wir zweifeln zwar nicht, daß in einer Zeit, in welcher der Menschenmord durch die jedem Völkerrechte widerstreitende Ermerdung eines Königlichen Kommissärs ein fluchwürdiges Beispiel gegeben — in einer Zeit, wo das schönste Geschenk, welches ein gütiger Monarch seinen Völkern gab, „die freie Presse,“ dazu mißbraucht wird, dem Meuchelmorde das Wort zu reden — sich nicht Leute finden werden, die das Geschäft eines Banditen übernehmen, und daß selbst vielleicht mancher Brave, indem er seine Pflicht erfüllt, durch die Hand eines Meuchelmörders fallen werde, — aber Niemand möge glauben, daß und diese Gefahr einen Augenblick wanken machen wird auf dem Pfade der Ehre und Pflicht, den wir bisher gegangen — nein! wir erklären vielmehr einstimmig und fest, daß wir Temesvar, in so lange die allgemeine Wirrnis nicht vollkommen geordnet und eine feste, auf unerwungene Gesetze basirte Regierung hergestellt ist, an Niemanden übergeben, hierüber von Niemandem Befehle annehmen, sondern diesen wichtigen Vollwerk dem Monarchen und der Dynastie mit Aufopferung aller uns zu Gebote stehenden Mittel mit Blut und Leben bis auf den letzten Mann zu erhalten beschlossen haben. Temesvar den 16. Oktober 1848. Die Garnison der Festung Temesvar.

Schweiz.

Tessin. Herr Munzinger schreitet gegen den unverantwortlichen Leichtsinn, womit die italienischen Flüchtlinge das Asylrecht verletzen, kräftig ein. Diejenigen, welche am Aufstand im Intekoltal und im Veltlin Theil genommen, werden bei ihrer Rückkehr in Kasernen gesperrt und vom eidgenössischen Militär bewacht. General d'Apice ist am 1. d. an der Grenze von Mendrisio verhaftet und unter Bedeckung hierher in eine Kaserne gebracht worden, wo ohne besondere Erlaubniß Niemand zu ihm gelassen wird. Der „Republikano“ will natürlich die Rechtmäßigkeit solcher Maßregeln gar nicht einsehen. — Einer Korrespondenz der N. Z. Z. aus Lugano entnehmen wir, daß die eidgenössischen Repräsentanten die Megwesslung aller Flüchtlinge verfügt, und, nachdem der Staatsrath nur theilweise entsprochen, diesem mit Vermehrung der Ordonnanzbewaffnung gedroht haben.

(Eidg. Z.)

Nachschrift.

† **Wien**, 9. November Abends. Daß neue Ministerium in Olmütz ist formirt: 1) Fürst Felix Schwarzenberg, Ministerpräsident mit den Auswärtigen. 2) Graf Stadion, Minister des Innern. 3) v. Krauß, Finanzminister. 4) Justizminister noch unbekannt. 5) v. Bruck, Handelsminister. Hr. v. Wessenberg und Bach treten aus. — Der Ausritt des Generals Bem ist heute früh erschossen worden

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 10. Nov. Oesterr. 5proz. Metall. 67⅞, 4proz. 55½, 3proz. —. 2½proz. 35½. Bankaktien 1090. G. 500 fl.-Loose 115 B. 250 fl.-Loose 77½. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine — B — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 73½. — Bayer. 3½proz. 75½. — Ludwigsb. Verbach. 64½. — Württemberg. 3½proz. 74½. — 4½proz. 92½. — Bad. 3½proz. 71½. Lotto-Aktchen à 50 fl. 35 fl.-Loose 25½. — Darmstädt. 3½proz. 74. 4proz. 82½. Lotto-Aktchen von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 21. — Kurhess. Feiere.-Bills-Kredit. 37. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau 3½proz. 79½. 25 fl.-Loose 21. — Frankf. 3proz. 78. 3½proz. 90½. 86½. Taunusbahn 269 — Holland. Anleat. 45. — Span. 5proz. innere Schuld 17½. — Pol. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 78 — Sard. 36 Fr.-Loose 25½. Dese 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Hiebei eine außerordentliche Beilage.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Sonntag, den 12. November 1848.

Aus Wien.

Wien, 9. November. Es sind heute zwei Kundmachungen erschienen: Die 1. verbietet auf das strengste das Ausrufen und den Verkauf von Zeitungen und Flugschriften auf öffentlicher Straße; die 2. bestimmt den Rayon der Vorstädten um Wien (2 Meilen im Umkreise), innerhalb welchen die Waffenablieferung statt zu finden hat. — Es will sich immer mehr bestätigen, daß Graf Stadion ins Ministerium tritt. Man unterhält sich heute von einem Briefe Cavaignacs an den Fürsten Windisch-Grätz. Es soll darin gesagt sein, daß Fürst Windisch-Grätz nicht nur die österreichische Monarchie, sondern ganz Europa gerettet habe. — Die Ernennung des Hofraths Schöttlhamb zum Unterstaatssekretär im Departement des Kriegs wird unerkennend aufgenommen, indem derselbe sowohl wegen seines Charakters, wie als seinem Fache vollkommen gewachsen gerühmt wird. — Die heutige Revue des Tages ist, daß der schon früher in Gewahrsam gebrachte Robert Blum heute standrechtlich erschossen worden ist. So allgemein diese Nachricht verbreitet ist, so bedarf sie dennoch um so mehr der Bestätigung, als Rechtskundige es bezweifeln wollen, daß das Verfahren innerhalb der standrechtlichen Befugnisse liege. — So eben erscheint eine neue Kundmachung, der Gemeinderath macht eine Zuschrift des G. M. Cordon bekannt, warin es verwiesen wird, daß Nationalgarden und andere Glieder von aufgelösten Corps in Uniform umhergehen und auch von den ehemaligen Beurlen selbstständige Taxe ausgehen. Noch mehr bedauf das unbewaffnete Gerücht der Bestätigung, Messenhauser sei heute erschossen worden. — Der hiesige fürstlich-politische Verein, welcher wegen seiner bekannten schwarzgelben Gesinnung in früherer Zeit wiederholt Unannehmlichkeiten ausgesetzt war, hat zum größten Erstaunen auf sein Ersuchen zur Wiedereröffnung die Weisung erhalten, daß derselbe vorerst auf unbestimmte Zeit zu schließen sei. Es wird eine Reclamation hiergegen vorbereitet. — Brod und Fleisch werden theurer, was besonders dem mit Unwillen gefwerten Bäcker sehr beigemessen ist. — Heute und Morgen gehen wieder Truppen dahin ab und die Truppenanzahl in und um Wien soll auf 40000 Mann reduzirt werden. — In Ungarn ist noch Nichts von Bedeutung vorgegangen und die umlaufenden Gerüchte über diese- und jenseits erfochtenen Siege verdienen keinen Glauben; eben so wenig die Nachricht gestern verbreitete Nachricht, daß Kremsier an vier Seiten angezündet worden sei. — Der seitherige Polizeidirektor und nachmalige Stadthauptmann Born war in der letzteren Zeit abgesetzt worden; jetzt ist derselbe wieder in die vordere Wirksamkeit getreten.

Wien, 9 Nov. Die Fonds sind heute etwas zurückgegangen, was jedoch nur dem raschen Steigen und eingetretenen Reaktionszeichen zuzuschreiben wird. Alle Devisen, so wie auch Gold sind etwas angezogen. 5%. Metall. 79¼, 4%. 66, 2½%. 41¾, Bankaktien 1102, Loose von 1834 132, betto von 1839 92, Nordbahn 103¼, Mailänder 67, Glogganer 95, Prager 66, Lwanerser 66¾.

Ueber Hrn. Bruck, der nach Wiener Berichten Mitglied des neuen österreichischen Ministeriums gewesen sein soll, geht uns die interessante Mittheilung zu: Derselbe habe in der preußischen Armee gedient, sei als Unteroffizier aus derselben geschieden und als Handelsreer in den Dienst eines namhaften Kaufmanns zu Triest getreten. Er hatte hier Gelegenheit, sich von den Handelsverhältnissen zu unterrichten und erhielt durch das Zutrauen seines Prinzipals Gelegenheit, eine bedeutende Gewandtheit in der Leitung verwickelter kaufmännischer Geschäfte zu entwickeln. Diese Kenntniß benutzte hat er sich denn ausschließlich gewidmet und ist seiner Thätigkeit die Gründung und außerordentliche Hebung der großartigen Institute des österreichischen Lloyd vorzugsweise zuzuschreiben. Dieses Institut, dem auch Hr. v. Schwarzer als Hauptredakteur der Journale angehörte, hätte sowohl dem österreichischen Kaiserhaat seit dem März den zweiten Minister geliefert.

Wir entnehmen den neuesten Berichten der Augsburger Blätter und Wien vom 8. November nachstehende Notizen. Von verschiedenen Seiten wird behauptet, der Kaiser denke ernstlich daran, sein Hoflager nach Prag zu verlegen, und da in den letzten Tagen verschiedene Hofrarame nach Prag abgingen, so findet man darin eine Bestätigung des Gerüchtes. — Auf gleiche Weise wird versichert, der Kaiser habe die Anordnung getroffen, daß die bei dem letzten Wienerausstande betheiligten nicht der feldgerichtlichen Behandlung unterworfen, sondern dem ordentlichen Kriminalrichter übergeben werden sollen. Für Messenhauser hat sich der Gemeinderath am möglichste Schnelle bei dem Fürsten Windischgrätz verwendet. — Fürst Stadion, welcher seit einigen Tagen in Wien ist, scheint offenbar mildere Ansichtennen aus Ollmütz dem Fürsten mitgebracht zu haben. — Von den Rebellionen der rebellen Blätter sind mehrere, darunter Deyky, Becher, Engländer, Silbe stein ꝛc. verhaftet. Von den auf dem k. k. Zeughause gewaltsam Waffen schein eine große Menge nach Ungarn abgesendet worden zu sein.

In einem Bericht des Kriegsk. Bl. a. D. wird über die Kämpfe bei Meidling und am Glogganiger Bahnhof, die in den blutigsten Scenen des Wiener Trauerspiels gehörten, Folgendes erzählt: Studenten und Arbeiter setzten den Beamten die Bajonette auf die Brust, damit sie allen Theer und alles Pech anzündeten, daraus wurden Pechkränze gemacht und später brennend auf die schönen Gebäude geschleudert. Ein Theil der in der Stadt gebliebenen und so arg kompromittirten Nichter-Grenadiere fand den Weg, wieder zur Truppe hindurchzudringen, und erbat sich vor der Beurtheilung vom Marschall die Gnade, den Meidlinger Bahnhof stürmen zu dürfen, und sie wurde ihnen gewährt. Ein furchtbares Blutbad war die Folge, zugleich aber die Erstürmung des Meidlinger Bahnhofes, des verschanzten Eisenbahndammes und der verbarrikadirten Hundsthurmer Linie. Auf diese Thaat verspracd der Fürst, die Begnadigung dieser Grenadiere beim Kaiser bevorworten zu wollen. Beim Glogganiger Bahnhof und bei der Augelendsaufer Linie wüthelen die Rabiwüthe, besonders als sie sin der Frieskof erstürmen mußten. Der Wahnsinn, von dem sie nicht anders nennen, der Gamperdorfer und Wiedner Garden ging so weit, daß sie selbst bei diesen Truppen Verführungsversuche anstellten; sie naherten sich mit vertraulichen Mienen den Kroaten, und diese waren pfiffig genug, durch Daumenreden an den vier Fingern der rechten Hand, wie üblich anzudeuten, daß sie Geld haben wollen. Die Garden nahmen ihren Silberstücke zu und winkten, mit der Gesse des Viertrinkens und Schmausirens, auf die Taschen pochend, sie möchten übertreten. Die Serenschauer blieben bei ihrer einfach verständlichen Fingermimik, und wenn die Garden pantomisch anzeigten, daß sie nichts mehr hatten — schoß sie der Soldat nieder! Augenzeugen erzählen es, die zugleich die Hunderte und Hunderte Leichen sahen, denen vorher die Soldaten alle Wäsche und Kleidung abgenommen und am Spottpreise den Nächstbesten verkauft hatten. Man muß diese Grausamkeiten schelten, aber andererseits das aller Humanität hohnsprechende Verfahren des Proletariats in die richtende Wage werfen. Sie zwangen die Frauen aller Häuser, siedendes Wasser zu kochen und auf die Soldaten zu gießen. Der Gemeinderath erfuhr es und lief es abstellen, aber die Arbeiter erwurgten die Hausmeister, welche den Befehlen des Gemeinderaths nachkommen wollten, und die Frauen mußten mit den Töpfen an den Fenstern stehen. — Ein eigentlicher Kampf, Mann gegen Mann, kam nur dann vor, wenn die Soldaten ein Haus stürmten, woraus man auf sie geschossen, dann gab es auch keinen Pardon, und aus einem einzigen Gebäude auf der Wieden wurden über dreißig verdächtige Leichen fortgeschafft. Unter den Todten befanden sich nur auf der Wieden und auf Mariahilf viele Garden, erkennbar durch die Ziffer 7 als Bezeichnungen auf dem Tschako, und wenige Studenten, deren überhaupt kaum 500 am Kampfe Theil nahmen. Hoch sonderbar kömmt es vor, unter den Soldaten eingelne Corden, und sehr viele mit Schärpen versehen zu sehen, denn sie fielen unter den Mänteln die Kleider der Gefangenen an sich, ebenso statt der schweren die leichten Tschako's auf. Die Abendröthe dieser Massetode fand sich in der Stadt. In der Alserstaerne wurde die Doppelmontur gefunden, und sehr viele Arbeiter kleideten sich damit, während die Mobilen weggingen, es seien übergegangene Garden. Indeß ist wenigstens an dieser Seite (Hetzing), ein einziger Kanonier, ein Büchsenmacher, überzeugen, dem aber den nächsten Tag wieder. Mit Perspektiven konnte man deutlich wahrnehmen, daß sagar weiße Reiteruniform gebraucht wurden, während kein einziger Kürassier auf dem in der Schußlinie der Wälle kam und noch weniger über die Schanzen reiten konnte.

Oesterreichische Monarchie.

Ein Schreiben aus Lemberg vom 3. Nov. (in d. K. Bl. a. B.), so wie Briefe aus Olmütz bestätigen, daß die Unruhen in Lemberg durch den Eindruck der Wiener Ereignisse hervorgerufen worden. Die akademische Legion ward aufgelöst und entwaffnet, die Nationalgarde einer Reorganisation unte worfen, die Fremden wurden angewiesen — Die Bauern der Umgegend zogen in Scharen herbei, stellten sich aber zur Verfügung des Generals Hammerstein, um gegen die Russisch-Polen zu fechten.

Hermannstadt, 18. Okt. Auf die Nachricht von dem Ausbruche bedenklicher Unruhen in dem benachbarten Salzburg zusichern der dortigen magyarischen und walachischen Bevölkerung ist gestern eine Campagnie der hiesigen Besatzung dahin abgegangen, um daselbst Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Gestern ist auch eine Compagnie des Grenzinfanterieregiments Urrakapitän angekommen, welche die hierher bestimmten 6 Stück Positionsgeschütze von Karlsburg exkortirte; der Rest des Bataillons wird morgen erwartet. — Wie man hört, nimmt die sehr Volksversammlung in Agyagfalva einen vollkommen geregelten Gang. Vielleicht geht sie in Ruhe und Ordnung aus einander, was zur Beruhigung der Gemüther sehr wünschenswerth wäre. Denn allgemein und besonders groß ist die Entrüstung des Militärs über den schmählichen Zuschimpf des Hauptmanns Zöller von Preußen Infanterie, der von Wien an das hiesige Generalkommando abgesendet worden — Welcher Mittel sich die Magyaren in Ofenbesonders, um sich aus der Noth zu helfen, geht auch daraus hervor, daß sie sogar Akrobatie verstehen, um Sachsen und Walachen gegen einander zu reizen. So z. B. sehen sich jetzt die Stimmführer der hiesigen Walachen genöthigt, eine beim magyarischen Ministerium von der walachischen Volksversammlung in Blasendorf eingegangene Petition für eine niederträchtige Machination zu erklären, worin die Walachen versprochen haben sollen, sie

würden, wenn sie gegen die Unterdrückung der Aristokratie und vorzüglich gegen jene der Sachsen geschützt und einige walachische Oberbeamte in den Comitaten ernannt würden, sowie 20,000 Mann zur Verstärkung des magyarischen Ministeriums stellen. Uebrigens sind magyarische Emissäre überall verstreut um sachsen besonders die Soldaten durch Verbreitungen über den Geldern und Herabsetzung der Dienstzeit sür sich zu gewinnen. Die magyarischen Behörden lassen es an Handreichungen Exekutionen nicht fehlen, obgleich dieses Verfahren die Gemüther der Walachen, die es am meisten betrifft, nur um so furchtbarer erbittert. Kämpfe zwischen Walachen und Magyaren, die bisher friedlich in einem Orte wohnten, sind sehr häufig und können vom Militär nur mit Mühe beigelegt werden. — Aus der Walachei kommen seit einiger Zeit sehr zahlreiche Flüchtlinge hier an, meistens sind es Bojaren mit ihren Familien oder hochgestellte Militärpersonen. Unter den Angekommenen befinden sich auch Eland und Tell aus Bukarest.

(D. Allg. Ztg.)

Aus Oberitalien, 7. November. Sie haben ohne Zweifel schon von der brandstiftenden Flugschrift gehört, welche unter dem Titel Istruzioni agli Italiani" von der demokratisch-republikanischen Partei der Umwälzer und Aufstörer vom Handwerk in ganz Oberitalien in Hunderttausenden von Exemplaren in Umlauf gesetzt worden ist. Der Feldmarschall-Lieutenant Welden hat sich dadurch zu der folgenden Proklamation veranlaßt gesehen: „Soldaten der italienischen Armee! Eine zügellose Partei, der sich nur allzu sehr be und der der Name Italien unsinnig hat im verflossenen Monat März mit der niederträchtigsten Verräthere die österreichischen Truppen und den Stellungen im lombardisch-venetianischen Königreiche verbrechen. Euer Muth, eure Tapferkeit hat unter der Leitung unseres glorreichen Feldherrn die Feinde wieder erobert, die von Wohlstand überströmen unter dem väterlichen Scepter Oesterreichs. Jetzt wäre die Zeit gekommen, euch mit dem Lorbeern der Vergangenheit als Preis für das vergossene Blut, wenn auch Oesterreich nicht allein, sondern ganz Europa von einer fiebrhaften Gährung erschüttert ist, von welcher es alsbald zur Ruhe und Ordnung wiederkehren wird, ohne welche die Staaten und noch viel weniger die sanftmüthigste Freiheit bestehen könnten. Die österreichische Regierung hatte dem bereits loyal die Hand geboten; aber die Verblendung einer unsinnigen Partei hat es gewollt, und nun also seht leben wir noch im friedlichen Lande. An allen Ecken der Stadt, in der Tasche eines jeden dieser Verräther könnt ihr die Unterweisungen lesen, die zu unserm Ruin führen sollen, indem wir nicht mehr im offenen Felde, sondern verrätherischer Weise, wie diese Tyrannen es gewohnt sind, dagegen worden sollen. Diese verrätherischen Unterweisungen empfehlen besonders an: „den Feind von allen Seiten zu befehligen, ihn weder Ruhe noch Rast lassen, alle seine Bewegungen auszuspionieren, ihn unvermuthet zu überfallen, und ohne Barmherzigkeit, namentlich die Offiziere, zu ermorden. Aufstehen sie die Mauern der Städte und Dörfer, gesprengen auf die Thüren der Kirchen (um sogar die heiligen Orte zu entweihen), auf dem Lande auf die Haushörnervieh tödtet auf die Bäume. Bei Nacht Alarmschüsse, Geschrei und unverschämtes Sturmläuten, schändliger Lärm, damit der Feind gänzlich werde, seine Streitkräfte zu zersplittern. In den Städten und Gegenden, wo der geheime Anschluß noch nicht errichtet ist, hat dies unverzüglich zu geschehen. Alle Absende versammle sich das Volk in den Kirchen zum Gebete, auf daß Gott es befreie vom Uebel (so lästern sie Gott unter dem Anschein der Pietät und Frömmigkeit). Wer es kann, verursache dem Feind Verlegenheiten in seinen Linien, Lasten, Lagern und Hospitälern. Alles, Alles sei zur Hand und werde angewendet; man spränge die Pulvermühlen in die Luft, stecke die Kasernen in Brand. Es ist eine heilige Sache, Ungehemmt solcher Art von der Erde auszurotten." Ihr kennt jetzt das Lood, welches die Verräther euch zu bereiten gedenken, ihr werdet euch darnach zu verhalten wissen. Bisher ließen die Kriegszucht und das Ehrgefühl, bei euch immer dieselbe, Treffe und willkürliche Beleidigungen nicht zu; wenn künftig deren verübt werden sollten, so wem läge die Schuld? Nicht wir sind es mehr, die solchen Kampf sind zum letzten Blutstropfen hervorgerufen haben, aber wir nehmen ihn an. Baron Welden, k. k. Feldmarschall-Lieutenant."

Preußen.

Berlin, 9. November. (Preuß. Staatsanz.) Nachdem der bisherige Ministerpräsident und Kriegsminister, General der Infanterie von Pfuel, so wie der Staatsminister Eichmann und von Bonin auf der Wirklichen Geheimrath, Graf von Dönhoff, von Mir auf die Ansuchen von der Leitung der ihnen anvertrauten Ministerien entbunden worden sind, habe Ich 1) den Generallieutenant Grafen von Brandenburg zum Ministerpräsidenten, 2) den bisherigen Ministerresident zu Lodenberg zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, 3) den bisherigen Direktor im Ministerium des Innern, von Manteuffel, zum Minister des Innern und 4) den Kommandanten von Saarlouis, General-Major von Strotha, zum Kriegsminister ernannt. 5) Die Verwaltung des Justizministeriums wird einstweilen der bisherige Justizminister Kisker beibehalten. Zugleich habe Ich dem Generallieutenant Grafen von Brandenburg die interimistische Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und dem als ernannten Minister des Innern die interimistische Leitung des Ministeriums für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten übertragen. Mit der Wahrnehmung des Finanzministeriums habe Ich vorläufig den Generalsteuer-Direktor Kühne und mit der Wahrnehmung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vorläufig den Wirklichen Geheimen Oberfinanzrath von Pommer-Esche beauftragt. Mein gegenwärtiger Erlaß ist durch die Gesetzsammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Sanssouci, den 8. Nov. 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. kontr. Graf v. Bradenburg. An das Staatsministerium.

⊙ Berlin, 8. November. Zuverlässigen Angaben zufolge befindet sich die Anzahl der um Berlin kasionierten Truppen auf 25000 Mann mit 150—60 Kanonen. Die Verstärkung der Truppen in den Stadt hat aufgehört; gestern sind aber (sagt Bauern, sur den Mann 60 Stück, unter die Truppen vertheilt worden. Die Schlösser zu allen königl. Gebäuden, selbst die zu den Gittertheren der Residenz befinden sich in den Händen der Militärbehörde. Die Furcht eines Angriffes von Seiten der Truppen auf die Stadt hat sich als unbegründet heraus gestellt.

Berlin, 9. November. Wie schon in außer Zweifel, daß unseren Lesern tagen etwas Zuverlässiges über die Bildung des neuen Ministeriums mitzutheilen. Die widersprechendsten Gerüchte waren gestern darüber im Umlauf, fanden indeß nur geringen Glauben. Die Abgeordnete Duncker, Waghmuth, Brebt und viele andere Mitglieder des Centrum, haben einen Gesetzgenwurf eingebracht, welchem die Prioritäts-Commission das Vorrang in die heutigen Abendsitzung zuerkannt hat. Derselbe ist gegen die Zusammenrottungen und Versammlungen in der Nähe des Sitzungslokals der Nationalversammlung gerichtet. Danach sollen tausend Schritte im Umkreise des Schauspielhauses Volksaufsammlungen nicht stattfinden dürfen. Angriffe sollen mit 5-bis 10jähriger Festungsstrafe geahndet und die Abgeordneten auch sonst noch gegen äußere Angriffe sichergestellt werden. Die in Frankfurt beliebte Strafe des Hochverrathe kommt hier, wo dieses Verbrechen noch mit dem Tode bestraft wird, nicht angewandt werden.

(Berl. N.)

Die Beiträge zur freiwilligen Anleihe hatten bis zum 5. d. die Höhe von 10 Mill. 700,000 Thlrn erreicht. Aus Berlin sind dazu 3 Mill. 36,000 Thle, darunter 611,000 Thlr. für auswärtige Rechnung und das an die k. Münze aus dem ganzen preußischen Staat eingelieferte Silbergeräth im Werth von 588,000 Thlr. eingegangen. Jetzt muß der beiden letztgenannten Summen von den Bertiner Beiträgen ab, so vermindern sich diese auf 1 Mill. 917,000 Thr.

Magdeburg, 5. November. (Köln. Z.) Fast in jeder Nacht kommen jetzt mit dem von Berlin nach Köln durchgehenden Eisenbahnzuge hier bedeutende Summen in Gold und Silber an, die, in Fässchen verpackt, nach der hiesigen Münze geschafft werden. Heut in besonders dazu verfertigten eisernen Kisten deponirt werden. Dem Vernehmen nach sind es die Baarvorräthe der königl. Banken zu Berlin und Breslau, die allerdings, zuschütz von den hohen, mit Kanonen wohl versehenen Mauern und einer zahlreichen Besatzung, vor jedem angebührlichen Begehren, sich ihrer zu bemächtigen, hier besser verwahrt sind, als in den gewaunten Städten.

Frankreich.

△ Paris, 7. November. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung richtete Hr. Franciscus Bonn an den Minister des Aeußerlichen die Frage, welchen gegenwärtig die Lage der Republik gegenüber der auswärtigen Mächten sei. Herr Bastide antwortete dem Redner (der wiederholt ausgelacht worden war): die Vermittlung Frankreichs in Italien dauere fort, und die Regierung vertraue, daß sie zu einem befriedigenden Ergebniß führen werde, zu der Herstellung des Friedens in Italien. Die Regierung vergesse sehr nicht, daß heute dieß erfolgen könne ihrer Besorgniß. Die Entscheidung dieser wichtigen Angelegenheit sei nur durch den Wiener Aufstand verzögert worden, dessen Resultat so eben erst bekannt geworden sei. Die Unterhandlungen werden aber kräftig wieder aufgenommen werden, und binnen kurzem hoffe die Regierung der Nationalversammlung alle diplomatischen Aktenstücke vorlegen zu können, welche zeigen werden, daß die Regierung keinen Augenblick von dem Programm abgegangen sei, welches die Nationalversammlung ihr vorgezeichnet habe. Schließlich erklärte der Minister unter allgemeinem Beifall, daß Ganze der äußeren Politik der Republik sei nie günstiger gestanden als eben jetzt. Dann wurde ein Antrag des Hrn Marchal auf Vertagung der Nationalversammlung bis 15. Dezember mit 507 gegen 224 Stimmen verworfen. Der meist aus ehemaligen Deputirten und Angehörigen bestehende Verein der Rue Poitiers hat offenbar, wie aus einer dort gehaltenen Rede des Hrn. Thiers, so wie aus dem Schreiben des Hrn. Degouse, durch welches derselbe seine Vierpräsidentenstelle des Vereins niederlegt, endlich aus der Antwort des Vereinspräsidenten Generals Baraguay d'Hilliers hervorgeht, nur deshalb bestanden, daß sie gute Leute Landsleuten zur Präsidentschaft der Republik zu reklamen, weil er den General Cavaignac als entschiedenen Republikaner nicht unterstützen, dem Prinzen Ludwig Napoleon aber als besonders Gegner nicht entgegen wirken will.

J. B. Bogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 119.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 4 fl. Einzelnnummer 6 kr. Quartalpreis 1 fl. 36 kr.

Dienstag den 14. November 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einschaltungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 14. November.

(Königlich allerhöchste Erklärung, die Auflösung der Kammer der Abgeordneten betreffend.) **Maximilian II.**, von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben ꝛc. ꝛc. Nachdem Wir unsere Entschließung über die Verhandlungen der bisher versammelten Gesetzgebungsausschüsse unserm 10. L. M. durch das Gesetzblatt kundgegeben haben, hiedurch aber die Wirksamkeit der Kammern selbst als beendigt sich erachten, so erklären Wir auf den Grund des Titel VI. §. 13 und Titel VII. §. 23 der Verfassungs-Urkunde im Hinblick auf das unterm 4. Juni 1848 erlassene neue Wahlgesetz für die Kammer der Abgeordneten und in Erwägung, daß die dermalige Bildung der Kammer der Abgeordneten mit den zum Staatsgrundgesetze erfolgenden neuen Bestimmungen nicht mehr im Einklange steht, dieselbe hiemit für aufgelöst, und ihre verfassungsmäßige Wirksamkeit für beendigt. Zugleich verordnen Wir, daß nach dem erwähnten §. 23. des VII. Titels der Verfassungs-Urkunde ohne Verzug eine neue Wahl nach dem Wahlgesetze vom 4. Juni 1848 vorgenommen werde, und werden zu diesem Ende die entsprechenden Bekanntmachungen demnächst erlassen. Gegeben Neuenburg, den 12. November 1848. Max. v. Thon-Dittmer. Heinz. Lerchenfeld. Weishaupt. Graf v. Bray. v. Strauß, Staatsrath. Auf Königlich Allerhöchsten Befehl: der General-Sekretär, Fr. v. Kobell.

Das königl. Staatsministerium des Innern hat bezüglich der Aufrechterhaltung der körperlichen Züchtigung als Polizeistrafe gegen Raufhändel und andere Excesse an die sämmtlichen königl. Regierungen K. d. J. bisheriges des Rheins unterm 29. Juli 1848 folgendes Reskript erlassen: „Seine Majestät haben Allerhöchster Entschließung vom 23. Okt. zu verfügen geruht, daß die Strafe der körperlichen Züchtigung bei Polizeiübertretungen gestattig außer Anwendung gesetzt werde. Dieses Reskript ist daher künftig nur noch dem vor dem 19. Jan. 1838 ausschließend angewendeten gesetzlichen Bestimmungen, insoferne und gegenüber Individuen, welchen insbesondere gemäß der allerhöchsten Verordnung vom 22. Febr. 1814, die Unterziehung und Bestrafung der geringeren körperlichen Mißhandlungen betreffend, zu bestrafen; auch ist gegen beurlaubte Soldaten in Gemäßheit der allerhöchsten Entschließung vom 11. Okt. d. J., die Aufhebung der Strafe der körperlichen Züchtigung im Heere betreffend, die Verurtheilung in diese Strafe künftighin unzulässig. Bereits zuerkannte, aber noch nicht vollzogene Strafen der körperlichen Züchtigung sind in entsprechende Arreststrafen umzuwandeln. Die allerhöchsten Entschließungen vom 19. Jan. 1838 und 2. Dez. 1840 erscheinen hiedurch außer Wirksamkeit gesetzt. Die allgemeine Verordnung vom 28. Nov. 1816, das Bettler- und Vagabundenwesen betreffend, wird auf dem Weg der Gesetzgebung modifizirt und darüber dem nächsten Landtag Vorlage gemacht werden müssen. Die königl. Regierung wird hiemit beauftragt, sämmtliche Polizeibehörden zur Darnachachtung sogleich hievon in Kenntniß zu setzen und sich selbst in Rekursfällen hienach zu achten."

Se. Maj. der König haben unterm 8. Nov. dem vormaligen fürstl. Thurn und Taxis'schen Herrschaftsrichter Gallus Jäger zu Eggmühl die erledigte Landrichtersstelle zu Mitterfels zu verleihen; den Landrichter Friedr. Regelsberger zu München berg, seiner Bitte willfahrend, auf das erledigte Landgericht Erding zu versetzen; den Landrichter Gustav Karl Gemmer auf seine allerunterthänigste Bitte von dem Amreite der Landrichterstelle zu Kipfenberg zu enthehen und demselben die erledigte Landrichterstelle zu Mark-Oelsach zu verleihen, und auf die hiedurch eröffnete Landrichterstelle zu Kipfenberg den Zivilassistenten Georg Babo zu Burghausen zu befördern; den II. Landgerichtsassessor Johann Weber zu Erding, seiner Bitte wohlfahrend, auf die erledigte Landgerichtsakkuratorsstelle zu Aichastenburg zu versetzen, und die hiedurch eröffnete II. Assessorsstelle bei dem Landgerichte Königshofen dem Kreis- und Stadtgerichtsprotokollisten Philipp Pornberger zu Schweinfurt zu verleihen geruht.

Ueber die hesslichen Einzahrwahlen zu den Kirchenvertretungen in der Stadt Regenburg wurden durch allerhöchste Entschließung nachstehende Gewählte für die einzelnen Kirchenvertretungen allergnädigst bestätigt: I. Für die katholische Kirchenvertretung St. Rupert: 1) Bierbrauer Jos. Zellinger, 2) Bierbrauer Michael Schmidt, 3) Buchdruckerei-Inhaber Christoph Krag. II. Für die katholische Kirchenvertretung St. Ulrich: 1) Kaufmann Xaver Strasser, 2) Bierbrauer Johann Niedermayer. III. Für die protestantische Kirchenvertretung der oberen Stadt: 1) Glasermeister Adam Münster, 2) Rentner Gottlieb Friedl, 3) Posamentier Matthäus Ketterer. IV. Für die Kirchenvertretung der protestantischen Pfarrei der unteren Stadt: 1) Zinngießer Adam Friedrich Wiedemann, 2) Seifensieder Christoph Martin Senestrey, 3) Rentner Friedrich Eugen Beerl.

(Pfarreien-Erledigungen.) Kathol. Pfarrei Krugzell, Dizk. Augsburg, Lgz. Kempten, Reinertrag 589 fl. 33½ kr.; kathol Pfarrei Giebing, Dizk. München-Freising, Lgd. Dachau, Reinertrag 902 fl. 26½ kr.; kathol. Pfarrei Probstried, Dizk. Augsburg, Lgs. Ordnenbach, Reinertrag 785 fl. 42½ kr.

Deutsche Reichsversammlung.

(113. Sitzung vom 10. Nov.) Tagesordnung: Berathung über Artikel IV. und V. des Verfassungsentwurfs. Vorsitzender: Heinrich v. Gagern. Abgeordneter Arnold Ruge hat seiner Ordnungs-Anfrage vom 4. Oktober die nähere Erklärung nicht folgen lassen, ja der Hr. des Präsidium aufgefordert. Es sagt sich mithin, ob Hr. Ruge als ausgetreten zu betrachten. Der Zentral-Legitimationsausschuß wird dem Hause einen Bericht zur Berathung vorlegen, der prinzipiell über dergleichen Fälle, namentlich über das Verhältniß der Stellvertreter entscheiden soll. Fast gibt im Bureau Ruge's die Auskunft, daß dieser seinen Breslauer Wählern die Frankfurter Geschäfte bereits zurückgegeben habe und nicht darum etwa weil ihm ein Urlaub bis 1. Januar verweigert worden, sondern, weil er alles Vertrauen zur Reichsversammlung verloren habe. Auch einer kurzen Debatte bedürfen wird die Frage: ob Arnold Ruge als ausgetreten zu betrachten sei, gestellt und von einer von Seiten der Linken selbst mit verstärkten Mehrheit bejaht. Berger aus Wien eilet eine Interpellation an das Reichsministerium des Innern, zu der ihn ein Gemeindeschreiben in Bezug auf die österreichischen Staaten Stoff verantaßt. Aus diesem Aktenstücke, wenn es als ächt anerkannt werden müßte, würde hervorgehen, daß die österreichische Regierung ihren Beamten bei den Wahlen mit Wortlicht und Klugheit zu Werke zu gehen rieth, damit wo möglich Männer von erprobter Gesinnung und kleine Mitredner aufkommen und der Linke sämen. Das Gemeindeschreiben besteht sich dabei auf eine Aufforderung der Zentralgewalt zur Wahrnehmung eines solchen Wahleinflusses. Hr. v. Schwerling ist aber im Hause noch nicht anwesend und so bleibt denn die Bergerische Anfrage vor der Hand ohne eine andere Wirkung, als daß sie eine erstaunte Bewegung und von der Linken wiederholte und nachdrückliche Hört! Hört! hervorruft. Wir stehen nun im Art. IV des Verfassungsentwurfs. Die §§. 21—24 davon handeln von den Schiffahrts-Anstalten an den Küsten, Flußmündungen u. s. w. Die Berathung eröffnet Hildebrand aus Marburg, der im Namen des volkswirthschaftlichen Ausschusses über die Anstalten zur Meeres- und Flußschiffahrt mich blos die Oberzustimmung des Hauses fordert, wie der Verfassungsentwurf, sondern als stets Anstalten gegeben zur Beförderung zu erheben, beantragt. Graf Wartensleben begnügt entwickelt seine Meinung dahin, daß es im Gegentheile darauf ankomme, die Zentralstation, die durch solche Vorschläge erstredt werde, zu vermindern. Die Oberzuschuß selbst, die am Ende wegen eines Plusses in Memel einen Kommiß. von Frankfurt absende, ist ihm ein Greuel, er erwartet nichts von der Beamtenwirthschaft nach französischer Einheitsmanier, aber das Heil von den einzelnen Uferstaaten, von den Gemeinden und der freien Konkurrenz. Eisenstuck aus Sachsen stellt sich hinwiederum ganz auf den Standpunkt des volkswirthschaftlichen Ausschusses, wie derselbe auch der gedruckt vorliegenden Motiven zu dem zum Verfassungsentwurfe gestellten Verfassungsantrage bereits hervorgehoben hat. Dieser nehme den Alles der einzelnen Staaten und die Vortheile der freien Konkurrenz, allein es erblickt Gefahr in ihre Eifersucht. Als ein Beispiel der letzteren schildert er das Verhältniß Harburgs zu Hamburg. Würden die §§ nach dem Vorschlage des Verfassungs-Entwurfs angenommen, so erhalte man keinen Bundesstaat, sondern nur einen reformirten Staatenbund. Merck verhindert die nehmliche Besorgniß, die Herr Eisenstuck der Stadt Hamburg in Bezug auf Harburg beigemessen, mit mehr Sitz als geschmackvollen Witze. Von Wichtigkeit sind hingegen die mit Thatsachen und Zahlen belegten Mittheilungen des Redners, aus denen hervorgeht, wie die deutsche Marine die jetzige Handelsmarine in Europa in immer noch steigendem Fortschritte getrieben, ohne irgend welche Zentralisation der Verwaltung ihrer Seeanstalten und ohne Begünstigung der einheimischen Rhederei vor der

fremden. Dagegen sei die französische Handelsflotte, trotz des Gesetzes aller Vortheile einer einheitlichen und bevorzugenden Gesetzgebung immer tiefer gesunken. Mit diesen und einer Reihe statistischer Angaben tritt er zugleich den schutzzöllerischen Gelüsten entgegen, die sich in dem Verlangen nach einem Differentialzolle aussprechen, während alle deutschen Seehäfen beispielsweise, mit Ausnahme Bremens, nichts weiter zu ihrem Gedeihen und nichts für nothwendiger dazu erachten, als die volle Freiheit. Grundbrecht aus Hannover trifft in seiner Ansicht mit der Meinung Merck's überein, indem er mit Lebhaftigkeit und auch vom juristisch-staatsmännischen Standpunkte den Vorschlägen des Verfassungsausschusses beitritt, wie dies auch von der Minorität des volkswirthschaftlichen Ausschusses selbst geschehen sei. Grumbrecht weiß mit Recht darauf hin, daß gerade diese Minderheit die sachkundigsten Autoritäten des behandelten Gegenstandes (Gerefoht, Pröge, Veit, Francke, Gönnig, Merck, Sprengel, Stadt) enthalte. Noch sprechen Nitze aus Stralsund (für die Vorschläge des Verfassungsausschusses und gegen die übertriebene von Eisenstuck vertretene Mehrheit des volkswirthschaftlichen Ausschusses), Schulz (Oberzollinspektor aus Holstein in Schleswig), v. Binde (für den Verfassungsausschlag der Reichsgewalt, wo neben den Einzelstaaten die besondere Verwaltung der Schiffahrtsanstalten unbeschränkt verbleibe, und somit auch Denen die Last der Erhaltung, welche davon den unmittelbaren Nutzen hinnehmen). Der letzte Redner schließt mit dem Hinweise auf die grossartige Staatskorruption, die Frankreich aus seiner Zentralisation geschöpft und will, daß nicht blos gesetzlich mehr für das Recht, sondern auch in viel all möglich "durch" mit Blut Boll. Nachdem die Debatte geschlossen worden, erhält Moriz Mohl (als Berichterstatter der Mehrheit des volkswirthschaftlichen Ausschusses) das Wort. Er findet einen bedeutenden Unterschied zwischen den heutigen Ansichten des Hauses und jenen im Mai, wo Niemand z. B. an einem gemeinschaftlichen Zoll- und Nothsysteme für Deutschland einen Zweifel gehegt habe. Seine Meinung gilt kann zunächst dem Einspruche, den der handelsministerielle Duckwitz geltend zu machen suche, worauf er die verschiedenen Einwendungen gegen die Mehrheitsvorschläge zu beseitigen sucht. So setzt er den Zahlenangaben Merckes andere Zahlenangaben entgegen und spricht Hamburg nicht allein den Sinn für deutsches Interesse ab, sondern gibt auch dem Hafen von Harburg durchaus den Vorzug vor dem Hamburger. Triftig mehr imponiren Mohl die französischen Gründe, namentlich der Kriegsfluß von Ulrsburg. Er sucht auch darzuthun, daß die Verwaltung der See- und Flußanstalten durch das Reich die Beamtenkategorien nicht vermehren, sondern vereinfachen werde und nachdem er noch auf einige unzulässige Bestimmungen der authentischen Gesetzgebung in Bezug auf die deutsche Schiffahrt hingewiesen, schließt er mit einer feierlichen Berufung auf die deutsche Einheit und unter dem Applause der linken Seite des Hauses. Wait, als Berichterstatter des Verfassungsausschusses. Die glücklichen Momente unseres Vaterlandes liegen darin, daß wir niemals zentralisirt haben. Nur den Nachtheilen dieses Mangels an Zentralisation haben wir vorzubeugen. Aber gerade auf die Schiffahrtsanstalten würde eine strenge Zentralisation am wenigsten anwendbar, ja schädlich sein. Die erste Abstimmung (durch Zettel) hat den nachstehenden Mehrheitsvorschlag des volkswirthschaftlichen Ausschusses zum Gegenstande. Der §. 20. durch setzten alle §§. 21—24 des Verfassungsentwurfs in Wegfall gebracht werden sollen, lautet: Die Schiffahrtsanstalten am Meere und in den Mündungen der deutschen Flüsse (-Häfen, Seetonnen, Leuchtschiffe, das Lootsenwesen, das Fahrwasser u. s. w.) sind Reichssache und werden durch Fürsorge der Reichsgewalt unterhalten. Die Reichsgewalt bestimmt die dafür zu erhebenden Abgaben, insbesondere welcher alle deutschen Schiffe gleichmäßig heranziehen sind. Ob in der Reichsgewalt übertassen, fremde Schiffe höher zu belegen, als die deutschen. Ueber das Nähere der Ausführung ergeht ein Reichsgesetz." Dieser Antrag wird mit 286 gegen 145 Stimmen abgelehnt. Dagegen werden die §§. 21 bis 24 nach dem Vorschlage des Verfassungsausschusses und in folgender Gestalt angenommen: §. 21. „Die Schiffahrtsanstalten am Meere und in den Mündungen der deutschen Flüsse (-Häfen, Seetonnen, Leuchtschiffe, das Lootsenwesen, das Fahrwasser u. s. w.) sind der Fürsorge der einzelnen Uferstaaten überlassen; sie unterhalten dieselben aus eigenen Mitteln." §. 22. „Die Reichsgewalt hat die Oberaufsicht über diese Anstalten und Einrichtungen. Es steht ihr zu, die betreffenden Staaten zu gehöriger Unterhaltung derselben anzuhalten, auch dieselben aus den Mitteln des Reichs zu vermehren und zu erweitern." §. 23. „Die Abgaben, welche in den Seeuferstaaten von den die Schiffahrtsanstalten benutzenden Schiffen und deren Ladungen erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung dieser Anstalten nöthigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung der Reichsgewalt." §. 24. „In Betreff dieser Abgaben sind alle deutschen Schiffe und deren Ladungen gleichzuhalten. Eine höhere Belegung fremder Schiffe und ihrer Ladungen darf die Reichsgewalt zugeben. Die Mehrabgabe von fremder Schiffsart fließt in die Reichskasse." Nach der Erledigung des Artikels IV. wird die Berathung über den Verfassungs-Entwurf vertagt. Präsident Riesser trägt einige Urlaubsgesuche vor, worunter eins des Herrn v. Preen in Wien, der auch dort zu dem Reichstage gehört. Er wird gleich den übrigen bewilligt. Endlich gibt noch der österreichische Ausschuß in Folge einer Interpellation Auskunft über seine Thätigkeit; dann wird 1¼ Uhr die Sitzung geschlossen. (D. Z.)

⊙ **Frankfurt** 10. Nov. Zu den endlosen Verwicklungen noch eine neue, die Verhaftung Blum's und Fröbel's in Wien, welche durch einen Brief Hartmann's, des Abgeordneten von Leitmeritz, gestern während der Sitzung dem Vizepräsidenten angezeigt wurde. Kam Windischgrätz offene Thatrühret, seine Schuld notorisch ist und welche eben so gut auf frischer That betreten wurden, als Struve oder Hecker, falls dieser auf seiner Flucht von Kandern nach Basel eingeholt worden wäre, wieder lassen lassen, um erst die Genehmigung zur Verhaftnahme in Frankfurt einzuholen, wie das Reichsjustizministerium anzunehmen scheint, da es nach Mohls Erklärung sogleich bei Empfang der Nachricht dem österreichischen Ministerium den diesfallsigen Beschluß der Paulskirche in Erinnerung brachte, einen Beschluß, trotz dessen kein Abgeordneter zur Reichsversammlung, er möge gethan haben, was er wolle, ohne Zustimmung der letzteren verhaftet werden dürfe. Von der Betretung auf frischer That war nicht die Rede, ein Uebersehen, welches wie Rob. Mohl's ganze Erklärung in den Augen jedes Unbefangenen einer Uebertretung sehr ähnlich sah — Die Grundzüge der künftigen Reichsmetverfassung sind gestern und vorgestern nach vielen Berathungen von der Versammlung angenommen worden. Das Ergebniß der Abstimmungen kann betriebigend genannt werden, der Bundesstaat hat durchweg über den Partikularismus wie über die unbedingte Einheitsthorie den Sieg davongetragen. Für letztere hatte wieder der gute Biedermann aus Leipzig eine Lanze eingelegt, indem er in einem besonderen Antrag sämmtliche deutsche Regimenter mit fortlaufenden Reichsnummern verleihen wissen wollte, aber von verschiedenen Rednern damit nach Hause geschickt wurde. Die Idee ist bekanntlich eine Uebersetzung aus dem Französischen, und stand ursprünglich in dem Professorenentwurf, der vor einigen Monaten gegen den Willen seiner Urheber an das Tageslicht gezogen wurde, jetzt aber dergestalt in Mißachtung gerathen ist, daß Mittermaier sich doch die Neuer gegen seine theilweise Wiederaufnahme zu verwahren für nöthig fand, worauf Jucho und noch mit Bohlmann und Beseler vor Jedem beseldem. Das Beste, was aber das Heerwesen gefagt wurde, kam aus dem Munde des Generals v. Radowitz, der sich entschieden für Beibehaltung der einzelnen auf Stammesbesigenthümlichkeiten und geschichtliche Erinnerungen gebaute Heeresübrger aussprach, und zwar nicht blos der größeren, wie Preußen und Bayern, sondern auch der kleineren, wobei er an die Thaten der holsteinischen Artillerie bei Idstedt und der Hessen-Darmstädter, der Sachsen bei Costlin erinnerte. Das Andenken an die besondere Geschichte eines einzelnen Korps hatte dessen Ehrgefühl rege, und mahne zur Bewahrung des alten Waffenruhmes. Staaten, welche weniger als 6000 Mann zum Reichsheere stellen, sollen zu diesem Zwecke mit andern kleineren, oder wo dies nicht für angemessen befunden werde, auch mit größern vereinigt werden, der Wehrausschuß hatte sich mit 5000 Mann begnügt, weil dies zur Bildung einer Division von 4 bis 5 Bannern Infanterie und einer Abtheilung Reiterei und Geschütz hinreiche; weiter zu gehen verrathe, wie der preußische Obrist v. Stavenhagen bemerkte, ein Gelüst zu zentralisiren; demungeachtet erzaug Mittermaier, der erfahrne Kriegshaupimann, mit seinen 6000 Mann eine, wenn gleich sehr geringe, Stimmenmehrheit. Unter den Anträgen, welche nicht berathungen, ja nicht vollendem Gebäcker zurückgezogen wurden, befand sich der Vorschlag, die Offiziere zu Land und zu Wasser durch ihre Untergebenen, ja durch ihre Matrosen wählen zu lassen; die herrliche Idee war unterschrieben unter andern von Titus aus Bamberg, Graf Reichenbach, Professor Hagen aus Heidelberg, Minkus aus Schlesien, der jetzt dort in Kriminalunterstuchung genommen ist, und dem bekannten Estlarschalter Peter von Konstanz.

Deutschland.

Bayern. Würzburg, 9. Nov. Gestern ist der neue Bischof von Fulda hier angekommen, somit sind nun alle deutschen Bischöfe, mit Ausnahme des meistens österreichischen, versammelt; interessant doch gerade drei österreichische Gebischöfe daran Theil, und zwar der von Salzburg persönlich, der von Olmütz durch einen Stellvertreter, und der von Prag sendete ein sehr schönes Schreiben. Brixen ist gleichfalls durch einen Abgeordneten vertreten, und Linz wollte einen solchen schicken. Wenn wir recht berichtet sind, hat der Erzbischof von Wien seinen Suffragauen die Zusammenkunft bei Strafe des Verlustes ihrer wenigstens nicht rechtzeitig bekannt gemacht. Die Sitzungen werden jetzt gestern im Franziskanerkloster gehalten; zu Anfang der nächsten Woche werden die Verhandlungen ihr Ende erreichen. (W. Bl. Z.)

Landau, 6. Nov. Bei der heutigen Wahl, veranlaßt durch den Austritt von Glaß aus der National-Versammlung, wurde Anwalt Eisenmann aus Zweibrücken mit 65 Stimmen zum Abgeordneten, Dr. Hepp von Neustadt mit 85 Stimmen zum ersten, und Dr. Schurp von Landau mit 62 Stimmen zum zweiten Ersatzmanne gewählt. (N.Sp.Z.)

Württemberg. Stuttgart. Das Reg. Blatt vom 11. Nov. enthält eine Bekanntmachung des Justizministeriums, wonach Seine Königliche Majestät zu verfügen geruht haben, daß die Verstettelung der Beseitigung der auf dem Grund und Boden ruhenden Lasten vom 14. April 1848.

Sächs. Herzogthümer. Altenburg, 6. Nov. Stadt und Land sind zwar ruhig, aber diese Ruhe ist keineswegs eine natürliche; im Stillen gährt es heftig fort, und diese Gährung wird noch mehr verstärkt durch die Besetzung des Landes mit Reichstruppen, welche allerdings eine sehr große, aber wohlverdiente Last ist, wobei freilich nur zu bedauern ist, daß diese Last gerade die Unschuldigen trifft; denn die Revolutions-

männer sind zum größten Theil Proletarier, welche als solche nicht zur Einquartirungslast besteuert werden können. Mancher Bauer hat bis auf 30 Soldaten im Quartier. Eine Folge dieser starken Belegung ist, daß an manchen Lebensmitteln bereits Mangel eingetreten ist, und daß sich mindestens die Preise derselben sehr erhöht haben. Mit den sächsischen Truppen war man im Allgemeinen weit zufriedener, als dieß mit den hannoverschen der Fall ist. Letztere machen nicht nur größere Ansprüche auf Verpflegung, sondern treten auch weit energischer auf; im Mäßig agiren sie, als wenn sie in Feindes Land wären. Mehre Aerzte auf den Hüten dürfen sich nicht sehen lassen; sie werden augenblicklich von den Soldaten abgezischt; das Wort „Republik" ist durchaus verpönt; wer es dennoch ausspricht, an dem wird sofort Justiz geübt. Ueberhaupt sind die jetzigen Zustände im Altenburgischen um so trauriger, wenn man bedenkt, wie viel in unserem Lande in materieller und geistiger Hinsicht früher geschehen ist, und wie glücklich und zufrieden die Bewohner waren, in welch hohem Wohlstande dieselben sich befanden. Diese glücklichen Verhältnisse sind wie mit einem Schlage verschwunden. Was das Trostloseste ist, die jetzige Kammer macht Gesetze, die zum Theil aller Gerechtigkeit und der gesunden Vernunft hohn sprechen und die bestgesinnte Klasse immer tiefer in Noth versetzen. (L. Z.)

Altenburg, 9. Nov. Der Kommandant der hannoverschen Truppen, Generalmajor v. Wyneken, hat folgende Bekanntmachung erlassen: „Da es sich ereignet hat, daß einzelne Mannschaften der Reichstruppen muthwillerisch angegriffen worden sind, so sind die unter meinem Befehle stehenden Truppen angewiesen, ihre Waffen stets in der nöthigen Bereitschaft zu halten, um dann in Nothfällen zur Zeit zu ihrer Vertheidigung den zweckerlichen Gebrauch zu machen. Es wird dieß hierdurch bekannt gemacht, damit Jeder, der sich etwa an einem Militär körperlich vergreifen möchte, die daraus entstehenden nachtheiligen Folgen sich lediglich selbst beizumessen habe." — Nach einer erstgestrigen Verordnung behält sich der Senat die Ernennung der Militärbeamten und Kommandanten der Bürgerwehr in den Städten vor. — Minister v. Thümmel, müde der gehäuften Anfeindungen, hat seine Entlassung genommen, wird aber die Geschäfte bis zur Ernennung eines neuen Ministers fortführen. Ohne Zweifel wird Graf v. Beust erster Minister. — Die Verhaftung des Hofadvokaten Wiedemann bestätigt sich nicht. Dowai wird dagegen auf das strengste bewacht. — Die Gräfin Reichenbach-Lessonitz und Lenz sind bereits gestern. Nach diesem Gesetze hat nämlich jeder Grundbesitzer das Recht, auf seinem Besitzthum die Jagd auszuüben. Viele Gemeinden sind so einstehenwohl gewesen, die Jagd auf ihren Fluren für Rechnung der Gemeindekasse an Einen zu verpachten, in andern Gemeinden jagt dagegen jeder einzelne Grundbesitzer nicht mehr, sondern die ganze Gemeindeversammlung und da ist man seines Lebens nicht sicher. (Es scheint sonach an polizeilicher Anordnung oder Aufsicht zu fehlen.) (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. 500 Bürger von Schleswig haben eine Eingabe an das Nationalministerium gerichtet, worin sie erklären, daß sie zu Gunsten Stedmanns, nachdem in Gemeinschaft mit dem Landesdirektorium Commissär gegen die gesetzmäßigen Schritte der Regierung der Herzogthümer Einsprache erhoben, alles Vertrauen verloren haben, und seine Abberufung und Ersetzung durch einen andern Kommissär beantragen. In der Versammlung in welcher diese Eingabe beschlossen wurde, war auch der Deputirtenmeister der Justiz Hr. Mannigen gegenwärtig. Er machte die interessante Mittheilung, daß die preußische Regierung bereits auf Einlassung eines entschiedenen Gegenprotests (gegen den Neetz-Stedmann'schen) Bedacht genommen habe, der demnächst veröffentlicht werden solle. (Dieser Gegenprotest ist bereits nach Frankfurt abgegangen.)

Preußen. — **Berlin**, 9. Nov. (Abends 10 Uhr.) Es ist Alles ruhig geblieben. Nach der Uebergangsbestimmung der Nationalversammlung, die um 7½ Uhr Abends beschlossen wurde, trug die Bürgerwehr vom Gendarmenmarkte ab. Ein kleiner Theil ist zum Schutz des im Sitzungssaale zurückgebliebenen Präsidiums und der Mitglieder, die, 50 bis 60 an der Zahl, gleichfalls beschlossen haben, die Nacht im Saale zuzubringen, vor dem Eingange aufgestellt, weist Mitglieder der fliegenden Korps. Die Versammlung bei der Majorin der Bürgerwehr hat sieben bereiten Konferenz den Beschluß gefaßt: wenn der moralische Einfluß der Bürgerwehr dem sich ihr etwa entgegenstellenden Militär gegenüber nicht ausreichen sollte, sich hinter die Barrikaden zurückzuziehen, die das Volk inzwischen errichtet haben würde. (Leipz. Z.)

Berlin, 10. Nov. Die bis 6 Uhr Abends gestern vertagte Sitzung der Nationalversammlung ward um 6½ Uhr aufgenommen. Präsident v. Unruh läßt die Antwort verlesen, welche er dem Minister des Innern auf dessen Reskript an die Bureauvorsteher geschickt. Er erklärte darin, daß er auf den Grund der ihm zustehenden Polizeigewalt den Beamten Befehl ertheilt habe, dem Reskript nicht nachzukommen, wenn er ihnen auch nicht gesetzlichkeit zugestanden habe, ein Votal zu versagen, um sich frei über Vorgelegten zu berathen. Diese Mittheilung wird mit allgemeinem Bravo begrüßt. Der Präsident ersucht hierauf den Berichterstatter, in seinem Berichte über das Abgabengesetz fortzufahren. Mehrere Pläter verliest hierauf die Nrn. 12 nebst Motiven, worauf die Abgeordneten v. Berg und Philipps den Antrag stellen, daß die Versammlung sich bis heute 9 Uhr vertage. Abgeordneter v. Berg: Der Präsident unserer Versammlung hat sich heute durch sein energisches Benehmen um das ganze Land so verdient gemacht, daß ich Sie auffordere, durch Aufstehen ihm Ihren Dank auszusprechen. Die Versammlung erhebt sich einstimmig. Präsident v. Unruh: Er habe nichts als seine Pflicht gethan. Die Sitzung wird hierauf bis 9 Uhr heute vertagt.

Die Stadtverordneten haben soeben nachstehende Adresse höchsten „Majestät" der Konstikt, in welchen die durch das Vertrauen der Nation gewählte Versammlung mit dem Ministerium der Krone getreten ist, hat die Vertreter der Hauptstadt mit tiefer Besorgniß erfüllt und drängt dieselben zu der ehrerbietigsten Bitte, es möge Ew. Majestät gefallen, ein mit dem entschiedenen Willen der gesetzlich bestehenden Versammlung in Widerspruch gerwenes Ministerium konstitutionellem Gebrauch gemäß zu entlassen und der Einsicht der Nation vertrauend, ein neues Ministerium zu ernennen, welches durch seinen politischen Standpunkt die Majestät der Nationalversammlung besitzt. Auch die Ehre und das Recht Ew. Majestät Residenzstadt, welche der neuen Zeit schon so große Opfer gebracht hat, werden gleichzeitig durch die von dem Ministerium des Grafen v. Brandenburg beantragte Verlegung hart bedroht, und legen und die Pflicht auf, die Verwahrung unsers Gesuchs und die Zurückhaltung jeder Mahregeln Ew. Majestät zu bringen als ehrerbietigst auch Herz zu legen."

Oesterreich. Wir entnehmen den Kosh. Bl. a. B. noch folgende Notizen über die Wiener Vorfälle: Die durch das Burgthor einrückenden Soldaten fließen auf gar keinen Widerstand, sondern wurden mit jubelnd improvisirten weißen Fähnchen, Hurrahrufen ꝛc. empfangen. Die Niederung der Waffen geschah so schnell, daß man kaum Wagen genug auftreiben konnte, um sie fortzuschaffen. . . . Als Gegenstück zu dem Verhalten der Kroaten wird eine Aeußerung R. Blums erwähnt, die er auf dem Stephansplatze vor allem Volke gethan: „Ihr müßt noch 200 Lateruisten!" . . . Hauptmann Braun, Kommandant der Wiedner Nationalgarden, ist in Ferdinand Hauptbefehl erschossen worden. Sie bleichet sehr Meisenhauer, der Kommandant der Wiedner Bürgerwehr, vor, wenn sie ergriffen werden sollten. Am 5. hatte Hauptmann Latour, Sohn des ermordeten Ministers die Wache auf dem Stephansplatze. Er soll sich erbeten haben, überall hin, nur nicht auf den Hof kommandirt zu werden. An demselben Tage ist Dr. Jellinek verhaftet worden. Briefen der Wiener Ztg. aus Wien vom 6. u. 10. Nov. entnehmen wir folgendes: Gen. Bem soll in einem Satze aus der Stadt entfernt worden sein, jetzt Kommandant von Preßburg sein. . . . R. Blum wurde von ungefähr 1000 M. Jägern in die Brigittenau geleitet. Unterwegs entrangen sich ihrer schwere Seufzer seiner Brust: an Nichtrlage angekommen hatte er aber seine ganze Ruhe wieder gewonnen. Er gab es nicht zu, daß man ihm die Hände binden, und sprach mit der Fassung und der Ferkunion wahre er noch eine Andre an die Truppen halten, allein das Militär erfuchte ihn es zu unterlassen, da er ohnehin unter ihren keine Zuhörer finden würde. Am 10. Nov. Morgens wurde Oberst Jelowitzky, der unter Bem die Artillerie befehligte, im Stadtgaben am neuen Thore erschossen. Eine andere Quintikung wurde zwischen dem Glogs- und Franzenthore vorgenommen. Meßenhauser soll es gewesen sein. — In der Nacht vom 9. auf den 10. vermahm man von der ungarischen Grenze her eine Kanonade. Man weiß aber bis jetzt noch nichts Näheres hierüber. — Prager Blätter melden daß einer telegraphischen Depesche zufolge, die General Khevenhüller erhielt, die vereinigten Truppen des General Simonich und Puchner die Ungarn bei Göding angegriffen und auf Haupt geschlagen haben sollen. Die ungarische Armee soll zerstreut, und ein großer Theil derselben gefangen worden sein. Man spricht davon, daß der General Simonich Dimitz gebracht worden sein.

Schweiz.

Bern, 8. Nov. Der Nationalrath hat mit 50 von 92 Stimmen Hrn. Ochsenbein zum Präsidenten gewählt. Der nächste an der Stimmenzahl war, bezeichnend genug, Hr. Neuhaus, mit 42 Stimmen. Vizepräsident wurde Dr. Escher von Zürich, aber erst im vierten Wahlgange.

Italien.

Kirchenstaat. Stadt vom 23. Okt. ist das Ghetto (Judenquartier) zu Rom in Belagerungszustand erklärt worden, weil die Juden mit bewaffneter Hand dort eingebrochen, um zu plündern und Kontribution einzufordern. Als der Minister Rossi zu energischen Maßregeln schritt und die Dragoner und Karabinieri aufstirten, stieben die Unruhestifter rasch auseinander. Die Haupträdelsführer der Meute sind festgenommen worden.

Dänemark.

Kopenhagen, 4. Nov. Die Verfte des Reichstags an den König ist ohne Debatte und einstimmig angenommen worden. Heute wird das Ministerium dem Reichstag in einer geheimen Sitzung Bedenkschaft über den Stand der schleswigischen Frage abtegen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 10. Nov. 3proz. Metall. 78⅛, 4proz. 64, 5proz. —, 2½proz. 41. 1834r 500 L.-Loose 132. 1839r 250 L.-Loose 90. Bankaktien 1089. Nordbahn 102½. Gloggnitz 93. Benetzig-Mailand 66. Budweis —. Livorno 65½. Pesth 63. Siena 54. Anlehenbonds —.

Paris, 8. Nov. 3proz. 42.—. 5proz. 64.75. Spanische —. Bankaktien 1375.—. Staatsobligationen 1100.—. Nat. Anleihe 815.—. Comp. von Algier —. Belg. 3proz. von 1840 77½, von 1842 77½, 4½proz. 72.—. 5proz. —. 2½proz. —. Belg. Bank —. Piem. 3proz. 77.50. Röm. 3proz. 63½. Span. 3proz. —. Aktien —. Portug. —. Piem. —. Pakt —. St. Germain —. Versailles (rechte) 100.—. (linke) 95.—. Orleans 570.—. Rouen 360.—. Havre 170.—. Marseille 150.—. Basel —. Bierzon 220.—. Montauge 135.—. Versailles 362.50. Nordbahn 340.—. Montereau —. Lyon 357.50. Straßburg 327.50. Rouen 312.50. Dieppe —. Sevran —. Le Teste —.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Dienstag, 14. Nov.: (Zum Erstenmale.) „Jean Bart am Hofe". Pfiffkopfisches Lustspiel von C. P. Berger.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. Graf v. Fraterno, Sekretär, von Turin. Napolo, Medaillist, von Hamburg. Baron v. Rosenberg, Gutsbesitzer, von Berlin.

Hotel Meunik. a. Wien. Jurkat, Advokat, von Dillingen. Dorringer, Gutsbesitzer, von Dillingen. Klein, Dorringer und Pochgrall, Privatiers, von Dillingen. Frau v. Bernard, von Antwerpen. v. Medem, Militär, aus Rußland. Lorde, Kapellm., von London. Daus und Woerna, Kaufleute, von Frankfurt. Pelin, Kaufmann, von Leipzig.

Gold. Kreuz. Perlroth, Kaufmann, von Nürnberg. Carriere, Handlungsreisender, von Paris. Weiß, Kaufmann, von Wien. Mohn, Fabrikbesitzer, von Karlsruhe. Linn, Kaufmann, von Weiden. Seiler, Kaufmann, von Augsburg.

Gold. Hahn. Heymann, Offizier, von Brünn.

Blaue Traube. Beyer, Ingenieur, aus Sachsen. Dumelsieger, von Augsburg. v. Mowach, Gutsbesitzer, aus Polen. Frhr. v. Scheben, Forstmeister, von Regensburg. Merz, Fabrikbesitzer, von Augsburg. Zauber, Bahnhofwirt, von Kreuth. Strauß, Kaufmann, von Frankfurt. Rosenbacher, Berichtsarzt, von Poppenheim Pfeffermeister, k. Assessor, von Ebersberg. Chollet, Partikulier, aus der Schweiz. Mod. Burger, Revierförstergattin, von Bischofsheim. Mißlicer, Kandidat, von Neuötting.

Stachusgarten. Oem Eber, von Tegernsee. Bernstein, Kaufmann, von Würzburg. Brendel, Rentamtsbote, von Moosburg. Ritter, Privatier, von Immenstadt.

Gestorbene in München.

Karl Röger, quiesz. Königl. Generalstabskanzlei- und Oberpfleghofpost-Sekretär. 78 J. a. Franz Bär, Landarztmeisters-Sohn von Pier, 44 J. a. Katharina Widmer, Taglöhnerin von der Au, 76 J. a.

Pfandauslösung und Versteigerung.

224. (3b) Donnerstag den 23. Nov. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Oktober 1847 und zwar von:

Nro. 1 bis 9701.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verlegt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 28. November öffentliche Versteigerung.

München, den 31. Okt. 1848.

Königl. privileg. Pfand- und Leih-Anstalt I. der Stadt München.

F. Negrioli, Magistratsrath.
Hannes, Kassier. v. Jeeck, Kontrolleur.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

206. (3c) Donnerstag den 16. Nov. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Oktober 1847, und zwar von den

Nro. 1 bis 8760.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verlegt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Dienstag den 21. November 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 25. Okt. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

F. Negrioli, Mag.-Rath.
Schuez, Kassier. Offenbrunner, Kontrolleur.

Bekanntmachung.

178. (2b) Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das Anwesen der Hausbesitzerseheleute Anton und Therese Filgertshofer, Nro. 10 an der Heilgasse, am

Mertwoch den 27. Dezember l. Js.

Vormittags um 10 bis 12 Uhr

Geschäftslokale Nro. 14 zum erstenmale der öffentlichen Versteigerung unterstellt. Das fragliche Anwesen, welches der Brandsteuerung mit 1000 fl. einverleibt, und mit 7900 fl. Hypothekkapital belastet ist, besteht:

1) Aus einem laut des Erbschaftsvertheilungsscheins theils zweistöckig erbauten Wohnhause, einem einstöckigen Waschhause, einem gemauerten zwei Stock hohen Dienstergebäude; sämmtliche Behausichkeiten sind mit Schindeln eingedeckt; ferner findet sich bei diesem Anwesen eine gemauerte Bierschenke, zwei Holzhütten nebst Hofraum und Pumpbrunnen, gerichtlich geschätzt auf 6750 fl., dann:
2) Aus einem an obige Behausichkeite des Anwesens anstoßenden Garten, der einen Flächeninhalt von 3 Tagwerken, 8640 □ hat, und auf 5576 fl. gerichtlich gewerthet ist.

Kaufsliebhaber werden hiezu mit dem Anhange eingeladen, daß sich der Hinschlag nach §. 64 des Hypothekengesetzes, und den §§ 96—102 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837 richtet.

Berf am 5. Okt 1848

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Direktor:
Barth.

Eucumus.

Lieferungs-Akkord.

220. (2b) Am Donnerstag den 16. künftigen Monats Vormittags 9 Uhr wird von der Oekonomie-Kommission des Königl. 1. Artillerie-Regiments (Prinz Luitpold) in der Lehellaserne ein Theil des Bedarfes für das Sommerjahr 1848/49 an dunkelgrauen und dunkelblauen Tüchern zur Lieferung in Akkord gegeben.

Die näheren Bedingnisse hierüber werden vor der Verhandlung den anwesenden Lieferungs-Uebernehmern bekannt gemacht.

München den 29. Okt. 1848.

Stelle-Gesuch.

234. (2b) Ein vollständig beschirmter Rentamts-Oberschreiber, im Besitze sehr empfehlender Atteste, wünscht seinen Posten zu ändern und in gleicher Eigenschaft bis zum Monate Februar oder März wieder eintreten zu können.

Hierauf bezügliche Schreiben unter Chiffre M. P. befördert die Expedition dieses Blattes.

(2c) Ein im Polizei- und Kommissariats-Fache, vorzüglich im Registraturwesen routinirter Subjekt sucht bei einer Gerichtsbehörde in Ober- oder Unterfranken Beschäftigung. Das Nähere bei der Expedition.

228. (6c) Man findet einen Theilnehmer an einer englischen Stunde, welcher drei Gulden monatlich zu bezahlen hat. D. Nebr.

Bekanntmachung.

236. In der Konkursache der Söldners- und Krämers-Eheleute Joseph und Josepha Fällenbök von Pfronten-Dorf, wird auf Antrag der Gläubiger das Anwesen der schuldnerischen Eheleute am

Montag den 11. Dezember l. Js.,

Vormittags 9 Uhr,

im Orte Pfronten-Dorf durch eine landgerichtliche Kommission, welche zur bezeichneten Stunde im Wohnhause des Fällenbök daselbst etatisirt wird, an den Meistbietenden öffentlich versteigert.

Das Anwesen besteht:

a) Plan-Nro. 1290 Wohnhaus mit angebauter Nagelschmiede, Nebengebäude und Hofraum per 0,05 Dez. sammt Gemeindsrecht, geschätzt auf . . . . 2000 fl.
b) Plan-Nro. 1290½ Werg-, Obst- und Grad-Garten per 0,08 Dez., geschätzt auf . . . . 64 fl.
c) Plan-Nro. 266 Acker unterm Rotwor per 0,56 Dez. werth . . . . 336 fl.
d) Plan-Nro. 1449 Krautgarten auf dem Wengle per 0,01 Dez. Schätzungswerth . . . . 32 fl.
e) Plan-Nro. 1192 Wiese auf der Schwarzwand 0,50 Dez. und
f) Plan-Nro. 1193 Baltang auf der Schwarzwand, zusammen werth . . . . 220 fl.
g) Plan-Nro. 1634⅞ Wiese zu 1 Tagw. 66 Dez.,
h) Plan-Nro. 1634¼ Wiese zu 0,45 Dez.,
i) Plan-Nro. 1634⅛ Wiese zu 0,78 Dez., zusammen geschätzt auf . . . . 320 fl.
k) Plan-Nro. 1634⅜ und ⅞ Gemeindsrecht auf dem Kuhschrail, Antheil an der ganzen Fläche von 103 Tagw. 83 Dez., werth . . . . 100 fl.
l) Plan-Nro. 1750 Acker in der unteren Ob, per 0,49 Dez., werth . . . . 294 fl.

Der Hinschlag erfolgt nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 99 bis 101 der Prozeßnovelle vom 1837. Kaufsliebhaber, wovon sich dem Gerichte Unbekannte mit legalen Vermögens- und Leumunds-Zeugnissen ausgewiesen haben, werden zu dieser Versteigerung andurch vorgeladen, mit dem Eröffnen, daß die Kaufsbedingungen so wie die auf dem Gute haftenden Lasten und Abgaben am Versteigerungstermine öffentlich bekannt gemacht werden, und den Käufern frei stehe, hierüber die nöthigen Aufschlüsse zu erholen.

Zugleich wird bemerkt, daß am demselben Tage Nachmittags 2 Uhr auch die Mobiliarschaft der schuldnerischen Eheleute, bestehend in einigen Bett-, Küchen- und Oekonomie-Gerätschaften, dann 3 Kühen und Nachschmalzverwertungen an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung versteigert werden.

Füssen den 26. Okt. 1848.

Königl. Landgericht Füssen.

Seiler,
Landrichter.

Lest, coll.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Ueberschlichlicher Rückblick auf die Wiener Ereignisse.

(Schluß)

III.

War die Vertheidigung Wiens gegen die Armee vom juridischen Standpunkte ein Unrecht, so war sie vom faktischen Gesichtspunkte ein aufgelegter Unsinn, und die Bevölkerung sicht selbst über die epidemische Verblendung, von welcher sie sich forreißen ließ.

Zum Oberkommandanten wurden in 3 Tagen fünf Individuen, zuletzt Wenzel Messenhauser ernannt, der im Gemeinderathe erklärte: Meine Herren, ich bin zwar noch nie im Feuer gestanden, aber ich bin ein Held. Ungefähr eben so beruhigend, als wenn ein Mensch sagte: Ich habe zwar noch nie einen Kranken gesehen, aber ich werde ihnen die Spitäler einrichten und alle Kranken heilen. Der Herr Oberkommandant bezog täglich 200 fl. CM. Taglgeld, hielt sich während der gefährlichen Momente, wo ihn Alles suchte, bei einem italienischen Früchenhändler und hinter Gardinen auf, erließ ein großes Plakat nach dem andern gegen den innern Feind, und als es an den Feind kam, mit Buchstaben Krieg führen wollte. Stellte junge Leute als Kommandanten an, welche dazu eben so befähigt waren, als ein Mensch, dem man einen Pinsel in die Hand gibt zum Malen, und brach endlich auf perfide Weise die Kapitulation, welche Namens der Stadt abgeschlossen war, während der Schlacht des Belagerungsheeres mit den Ungarn.

Messenhauser ernannte, wie es nur der Verfasser eines Theaterstückes kann, Generale, Oberste, Majore, Generalstabsoffiziere mit weißen und grünen Federhüchen. Diese militärischen Schaufpieler klirrten mit dem Säbel, paradirten mit der Binde, ritten wie bressen in der Straße herum, und blieben schön sein vom Kampfplatze weg. Ebenso wurden die Provisorier und über manche Insolenz unwillig, weil diese mit dem Gewehre lebhaftig von einer Hand in die andere gingen. — Die Polen, die Brünner, viele Wiener Garden und die Arbeiter überhaupt sollen heldenmüthig im Feuer gestanden sein, allein es fehlte an tüchtigen Offizieren, und so war an einen geordneten Kampf nicht zu denken. Manche Garden waren so ungeschickt, sich selbst zu erschießen, sie thaten dem Militär mit ihren Waffen beinahe gar keinen Schaden, den Wienern insbesondere ging bald die Munition aus, die Patronen waren mit grobkörnigen Pulver, welches nicht zündete, theilweise sogar mit Sand gefüllt, die beste Wirkung thaten noch die Kanonen, allein die Stadt hatte deren viel zu wenige, um einem Heere von 100.000 Mann widerstehen zu können. Alle diese Betrachtungen schrecken den Reichstag, Gemeinderath und die Herrn Oberkommandanten nicht, um einen Kampf zu wagen, und dadurch den unzweifelhaften Tod vieler hunderte Bürger und einen Schaden von vielleicht vierzig Millionen auf sein Gewissen zu laden.

IV.

Es war theilweise komisch, wie sich die Wiener seit dem 6. Oktober täglich herumstritten: Haben wir Anarchie oder haben wir keine Anarchie? Der hohe Reichstag sammt dem Proletariate stellte jede Anarchie in Abrede. Wir führen zur Beurtheilung des Zustandes bloß folgende Thatsachen an: Die Proletarier drangen in Häuser, um Lebensmittel, so wie in Weinvorrathungen ein, und die Männer aus den Betten zu reißen, und durch Androhung des Erschießens und Zertrümmerns aller Möbel zum Kampfe wider ihre Ueberzeugung zu zwingen. Man organisirte in den Gassen eine förmliche Menschenjagd und trieb harmlose Personen unter Todesdrohungen und mit den Kraftworten: du Lump, du Schuft, du Hund auf die Linienwälle. Wieder, denen diese Autritten gelungen waren, gaben nun auch andern Männer an, damit auch diese zur Schlachtbank geschleppt würden. Diese Spionieren wurde mit dem technischen Ausdrucke: „herausklopfen" bezeichnet. Manche dieser Hetzhunde mochten in den Straßen herumgezogen sein, um selbst nicht im Feuer stehen zu müssen. Am Linienwall selbst fanden Bewaffnete im Rücken, um die Entfernung der Getretenen durch die scheußlichsten Beschimpfungen, durch Niederstechen und Niederschießen zu hindern. Zwei Damen trugen beim Oberkommando förmlich auf Errichtung einer Guillotine für die Schwarzgelben an. Robert Blum, der Deputirte der deutschen Nationalversammlung, forderte in der Aula zur Vernichtung des inneren und äußeren Feindes, zur förmlichen Errichtung einer Schreckensherrschaft auf. Garden stehen ihren Offizieren die Bajonnete auf die Brust, der Polizeichef ihren Wächtern, der Parlamentskommandant Messer und Andere waren wiederholt in der größten Lebensgefahr, weil man sie des Verrathes beschuldigte. Die Garden titulirten ihren Kommandanten: Du böhmischer Spitzbube, du niederträchtiger Kerl. Der Kommandant erwiderte: Ihr seid, meine Herren. Bei solcher Einheit und Disziplin hat man am Sieg Wiens wohl nie zweifeln können. Der Reichstag erklärte durch Plakate ein öffentliches Gebäude nach dem andern in seinen papierenen Schutz, weil ein reeller Schutz des Eigenthumes unmöglich war. In der Stadt war eine Reihe von Häusern bezeichnet, welche zur Plünderung bestimmt waren. Wiederholtig sprach man von Proskriptionslisten, was ungefähr so viel heißt, als den Meuchelmord sanktionirten. Zuletzt ward der Plan ausgeheckt, die Staatsbeamten und andere Schwarzgelbe in der inneren Stadt einzusperren und als Kanonenfutter gegen das Militär vor sich herzutreiben. Diese Grausamkeit unterblieb jedoch durch die Feigheit der Führer, welche keinen Anstand nagten. Welche Motivenen, welche Räubereien, welche Gütereonfiskationen hätten wir erst erlebt, wenn die Volksfreunde und Freiheitshelden gesiegt hätten!

V.

Wir wollen zur Charakteristik der Oktober-Revolution noch einige Momente besonders hervorheben. Offenbar trug zur ungeheuren Massenverblendung der Reichstag und Gemeinderath das Meiste bei. Zauberende glaubten für eine gerechte Sache zu kämpfen, weil diese beiden Autoritäten die Rebellion in ihren unmittelbaren Schutz nahmen, man gerieth in eine wahnsinnige Angst vor dem Gespenste der Reaktion und konnte sich durch die kaiserlichen Manifeste vom 16. und 19. Oktober um so weniger beruhigen, als dieselben einen verdächtigen Gestalt athmeten. Vereinzelte Stimmungen, wie den durch Lügen irregeführten Arbeitern ließen gar keinen Zweifel aufkommen, daß es die Freiheit gegen den Absolutismus gelte. — Eine Viele ließen sich ferner durch den hohen Sold verlocken, die Waffe zu ergreifen. In dieser anarchischen Zeit stockte fast jeder regelmäßige Verdienst, man griff daher, durch den Hunger gezwungen, nach den 25 kr. CM., welche nebst Brot, Wein und Tabak jeder Mobile erhielt. Gleich doch waren die Schulte der Führer. Ein Hauptmann erhielt täglich 4 fl. CM. Während der Oktobertage wurden mindestens 600,000 fl. CM. herausgabt, und Messenhauser stellte sich sehr verwundert, als der Gemeinderath von ihm Rechnungslegung verlangte. — Viele glaubten, weil seit dem 13. März bieder das Militär immer das Kürzere gezogen hatte, auch jetzt mit Wahrscheinlichkeit bald fertig zu werden. Man rechnete auf den Abfall der Truppen, auf den Landsturm, auf die Hilfe der Ungarn, und berechnete nicht die militärische Unfähigkeit der Neugeworbenen, den Mangel wahrer Offiziere, den Mangel an Kanonen, Munition, Lebensmitteln. Wir hörten in dieser Beziehung Urtheile, welche geradezu blödsinnig klangen. Die Region durch die Entfernung der Besserkenntnis von etwa 6000 auf vielleicht 1200 Mann herabgeschmolzen, übte mit dem Proletariate einen Druck der Führung ausländischer Glücksritter einen Terrorismus aus, gegen welchen die Gemäßigten um so weniger aufkommen konnten, weil sich viele entfernten, weil es zu einer Ehrensache des männlichen Muthes gemacht wurde, der Rebellion zu dienen, weil die Gemäßigten eben wegen ihrer Mäßigung sich mehr passiver verhielten, als energisch entgegen zu treten, weil es der Reaktion an jeder Organisation fehlte, und weil sie in Hinsicht des Verbandes ein förmliches Straßengemetzel sammt Brand und Plünderung provozirt hätte. Dadurch läßt es sich erklären, wie sich die Bürger Wiens, die freilich selbst noch in den politischen Kinderschuhen stehen, von Schuljungen meistern ließen. — Die Anarchie auf die Truppen wurden trotz der Warnungen Messenhauser's fast überall verhindert von den Garden geöffnet. Reichenwirtig mußten die Truppen überdem erklären lernen, so wie die enge Cernirung wieder den Hunger und Grimm der Städter nährte. Das Begehren von Geiseln, und die verlangte Auslieferung später zu bezeichnender Individuen waren Bedingungen, welche die Stadt im Interesse der Ehre nicht eingehen zu können glaubte, und so mußte das Bombardement dauerte ebben. Tausende zu Krüppeln machen, Jedermann verlieren, oder gar an den Bettelstab bringen. Ihr beklagenswerthen Wittwen, die ihr eure Männer sucht, ihr mutterlosen Waisen, die ihr hungernd um Brod schreit, ihr Bettler, die ihr euer ganzes Habe verloren habt, klagt den Reichstag und Gemeinderath an, der die Furien des Bürgerkrieges und der Anarchie entfesselte und eben so sehr als Verräther Wien dem Feinde entgegen schleuderte. Mich Mitschuldthalb trifft die Schuld, er mußte die Anarchie bändigen, um den Thron, um die Monarchie, um die Gesellschaft zu retten, er zauderte lange und forderte Wien zu friedlicher Unterwerfung auf, er verfuhr selbst dann noch äußerst gelind die kapitulationsbrüchige Stadt schonend, und kann nicht dafür verantwortlich sein, wenn die Kriegsgesetz Tausende von Unschuldigen traf.

VI.

Möchte die Regierung aus diesem blutigen Drama die ernste Lehre ziehen, daß es in unserer Zeit rein unmöglich ist, die Völker durch diplomatische Zweideutigkeiten und versteckte Kabinetskünste auf die Dauer zu narren, möchte sie die Reform des ganzen Staatsorganismus offen, ehrlich und energisch in's Werk legen, möchte sie nicht auf die zweideutige Basis der Kamarilla gestützt, gleichfalls zur Partei herabsinken, und eine unglaube, verderbliche Rache üben, möchte sie eben so die wahre Freiheit fördern, wie dem Gesetze Achtung verschaffen und den vielleicht nicht wiederkehrenden Zeitpunkt zur Thierbergkurt Oesterreichs schnell und wohl benützen.

Möchte das Volk aus diesem blutigen Drama die Lehre ziehen, daß die Revolution ein Heilmittel ist, welches meist verderblicher wirkt, als die Krankheit, daß die Revolutionsheldeu einem Chirurgen gleichen, der und den Kopf abschneidet, um und vom Zahnweh zu heilen, daß die Revolution die ganze Ordnung der Gesellschaft unterwühlt, indem Kinder gegen ihre Eltern, Gesellen und Dienstboten gegen ihre Meister und Dienstgeber, Bürger gegen Bürger aufstehen, und alle Bande des Rechtes, der Treue und der Menschlichkeit freventlich zerreißen. In Revolutionen erstickt die Hydra der Selbstsucht und Entartung in ihrer scheußlichsten Gestalt. Der Friedliebende wird zum Mörder, der Freund zum Verräther, das Weib zum eckelhaftesten Wesen, welches die Schöpfung kennt. Revolutionen sind die beste Schule der Menschenverachtung.

(Graz. Ztg.)

Deutschland.

Frankfurt, 10. Nov. Der von dem Abg. Federer in der Nationalversammlung gestellte Antrag, daß die Zentralgewalt die oberste Leitung und Beaufsichtigung des öffentlichen Kredits-wesens von der gesammten deutschen Bundesmasse übernehmen soll, so daß schon von jetzt an in keinem deutschen Einzelstaat künftliche Werthzeichen ohne ihre ausdrückliche Genehmigung ausgegeben werden sollen, wurde gestern in dem Finanzausschusse berathen und einstimmig hauptsächlich aus dem Grunde abgelehnt, weil, abgesehen von der Frage, ob eine solche Befugniß der Zentralgewalt werde zugestanden werden und können, dergleichen in die Finanzverwaltung der einzelnen Staaten viel einschneidende Fragen von diesen selbst am besten behandelt werden, und weil eine solche Maßregel an und für sich ohne tieferes Eingehen in die Finanzverhältnisse der einzelnen Staaten von Seiten der Zentralgewalt gar nicht getroffen werden könne. — Ein von dem Klubb Westendahl unterstützter Antrag Federers, daß die in Leipzig von einer gemischten Kommission von Rechtsgelehrten und Kaufleuten schon vor längerer Zeit entworfene Wechselordnung in möglichster Zeitfrist als deutsches Reichsgesetz verkündet werde, war schon früher an den Gesetzgebungsausschuß verwiesen worden, welcher durch Mittermaier in der gestrigen Sitzung bereits darüber Bericht erstattet hat, nachdem derselbe einstimmig dem gestellten Antrag beigetreten ist. — In der gestrigen Sitzung wurden die §§. 12 bis 20 des Verfassungs-Entwurfs, also 9 Paragraphen, über das Reich und die Zentralgewalt, die Gesetzverfassung betreffend, meist ohne Erörterung erledigt, und es wurden die Anträge des Verfassungs-Ausschusses im Wesentlichen angenommen. Nur gelang es der äußersten Rechten (Café Milani) und der Kasino-Gesellschaft statt des §. 17, welcher Detailbestimmungen über das Reichsoberhaupt enthielt, den Antrag des Wehrausschusses mit geringer Mehrheit durchzusetzen, daß nämlich über eine allgemeine, für das Reich und gleiche Wehrverfassung des verbündeten Reichsheeres erlassen werden solle, dessen Zustandekommen natürlich in weiter Ferne hinausgerückt ist, als selbst Jedem Alten bleibt.

(Schw. M.)

Frankfurt, 10. Nov. Der Commodore Paulding, welcher nebst drei andern Offizieren der nordamerikanischen Fregatte St. Lawrence seit einigen Tagen hier verweilte, ist gestern wieder von hier abgereist, um sich nach Bremerhafen zu begeben und mit seiner Fregatte die Rückfahrt anzutreten. Tags zuvor hatte der Marineausschuß der Nationalversammlung dem Commodore zu Ehren ein Festessen im Gasthause zum Russischen Hofe veranstaltet, welchem auch Prinz Adalbert von Preußen, Präsident der Organisationskommission der deutschen Kriegsmarine, beiwohnte. — Zur Verherrlichung der silbernen Hochzeit des Erzherzogs Reichsverwesers und der Frau Baronin v. Brandis ist war die hiesige theaterfreundliche Militärmusik von heute an bereits auf mehrere Tage dem durchlauchtigsten Jubelpaare am Abend zuvor eine schön ausgeführte Musik. Morgen soll endlich die Parademusterung der hier und in der Umgegend stehenden Reichstruppen vom Erzherzoge Reichsverweser abgehalten werden; bereits ist unsere Stadtwehr für den ihr kumitelt zu verschenden Wachtdienst, den sie heute Vormittag antritt, beschligt worden.

— Vorgestern fand die erste Probefahrt von preußischen Main-Neckar-Bahnzug in Sachsenhausen über die neue Mainbrücke bis zu dem auf dem Gallusfelde errichteten Bahnhofe statt; es nahmen an derselben der Senat und viele andere Notabilitäten Theil. Bis zum 10. d. M. soll dieser Bahnhof dem Gebrauch des Publikums überwiesen werden. — Die verfassungsgebende Versammlung der freien Stadt, welche am letzten Montag eröffnet wurde, hat seitdem noch keine weitere Sitzung gehalten. Es soll dieselbe bis jetzt noch an keinem Sitzungslokale, welches geräumig genug ist, um eine so zahlreiche Versammlung nebst Zuhörerschaft mit Bequemlichkeit aufzunehmen.

(Schw. M.)

Bayern. — *München, 14. November. Es ist eine schöne Sache um die Freiheit der Meinungen und die Freiheit des Ausdrucks derselben. Wir haben lange Jahre darum gestümpft und gelitten, und wir glauben sie endlich errungen zu haben. Wir haben freilich nicht daran gedacht, daß eine Partei die sich ausgelebt das Wort Freiheit im Munde führe, dieselbe nur als ein Monopol für sich betrachtet, jedem Andersmeinenden aber sie verfagt. Wir machen an uns selbst die traurige Erfahrung davon. Schmähbriefe, Drohungen (mündliche und schriftliche) und selbst Akte der gemeinsten, schmutzigsten Brutalität, werden angewendet, um uns einzuschüchtern; Personen so wenig als uns das Eigenthum werden geachtet, um uns und wie man meint zum Verstummen, zum Schweigen zu bringen. Wir enthalten uns jeder Qualifikation eines solchen Verfahrens, es richtet sich selbst. Um eine Partei, die zu solchen Mitteln ihre Zuflucht nimmt, muß es wahrlich noch schlechter stehen, als wir selbst vermuteten, und die Geringschätzigkeit ihrer Zahl anerkennen ließ. Jeder sieht natürlich am liebsten mit den Waffen, die seinen Feind und seinem Ehrsalter am meisten zusagen. Die Neue Münchener Zeitung aber wird sich durch die Anfeindungen, deren Zielpunkt sie von Seite der erwähnten kleinen Partei ist, stets nur geehrt fühlen, wie sie sich andererseits nie dadurch von ihrer Bahn abwendig machen lassen wird. Die ehrenwerthen Männer aller Parteien, denen die Freiheit mehr ist als ein bloßer leerer Schall, werden mit uns das Gefühl der Verachtung theilen, das ein solches Benehmen unserer Gegner einflößt.

* Bamberg, 11. Nov. Das Bataillon des 10. Infanterieregiments, welches nach Meiningen gezogen war, ist vor einigen Tagen hieher zurückgekommen. Eine Kompagnie blieb in Staffelstein, zwei kamen wieder nach Forchheim in Besatzung. In Staffelstein, wo bekanntlich ein Theil der sonst so friedsamen Einwohnerschaft durch die hiesigen Demokraten umgestimmt worden, so daß es mitunter derbe Reibungen zwischen ihm und dem besonnen gebliebenen Theile absetzte, ist ein junger Wirthssohn verhaftet, und der von der Kanzlei Linz Dr. Otto hat sich vorgeschobene Haupt der dortigen Demokraten, wird vom Landgerichte Lichtenfels wegen Hochverrathsstoffbrieflich verfolgt. Auch gegen Karl Heger, den ehemaligen Redakteur des in seinem blinden Republikanissirungseifer untergegangenen fränkischen Merkur hat das Kreis- und Stadtgericht Steckbriefe erlassen, worin er des nächsten Versuch des Hochverraths, der Majestäts- und Amtsehrenbeleidigung beschuldigt ist. — In Folge der Berufung des Dr. v. Schallern ist die Kammigung des hessischen Gerichts um Dr. Eisenlendorf anwesend, um hier, am Schauplatz der republikanischen Predigten, die Vernehmungen zu pflegen. Der seit Monaten verhaftet gewesene Dr. Wirth ist kürzlich der Haft gegen Kaution entlassen; die Untersuchung wider ihn ist aber noch im Gange. Der Volksverein wollte, wie man erzählt, zu dem großen Demokratenkongresse in Berlin — Näglichen und auch deßhalb erforderlichen Ausgangs — seine Deputirten senden; es soll auf Antrag des Präsidenten Hrn. Prell lebhaft darüber in der Versammlung debattirt, einige Aufsicht, dieses selbst dahin zu bewirken, gewesen, dann aber am Kostenpunkt das Vorhaben gescheitert, und der Beschluß ergangen sein, daß hiesige Mandat dem durch seine ungemeine Thätigkeit hervorragenden Nürnberger Volksverein — der übrigens jetzt auch ruhiger und gemäßigter zu werden scheint — zu übertragen. Hr. Dr. Siegel, der Frankfurter Kongreß- und Vorparlamentsdeputirte, war man selber die Demokraten-Blamage nennen könnte, diesen Nürnberger Verein repräsentirt haben. — Uebrigens muß man dem hiesigen Volksverein, die seine Mitglieder noch nicht, wie der konstitutionelle, öffentlich bekannt gegeben hat, zugestehen, daß er sich großer Rührigkeit für seine Zwecke befleißigt, und in dieser Beziehung können die nicht demokratischen oder nicht republikanischen Vereine von ihm, wie von allen andern Vereinen gleicher Richtung, sehr Vieles lernen. Dieß ist es auch, was ihm bis jetzt zum Theile noch der große Fehler der Männer der Freiheit in der konstitutionellen Monarchie, daß sie im sichern Vertrauen auf die Güte und Stärke ihrer Sache die Gegner zu schwach und gering achteten, ihnen nicht von Anfang mit voller Energie entgegen traten, und gerade dadurch ihnen Zeit und Muth, sich zu sammeln und vorzuschreiten, gewährten, so daß es zu einer Macht entwickelten, welche hier beim Volke sehr viel Zutrauen und in bedrängten Zeiten in festen Vertrauen ihre Wühlerei bestehen hatten. Sobald und wo die ächten Bürger Festigkeit zeigten, Unterstützung fanden, war der Sache dieser Leute die Spitze gebrochen. — Doch verlassen wir diese überall, also auch hier ausgezauchten Schattenfeisten des jetzigen vollisschen Lebens; wir finden erquickende Lichtseiten genug. Dahin gehören zunächst jene Erfolge der Regierung von Oberfranken an den hiesigen konstitutionellen Verein und Bamberg, welche dieser bei ihr erhoben hatte. Die eine war gerichtet gegen Beschluß und Bekanntmachung des Gemeinderwahlausschusses der Stadt, der in der Aufgebung von Namenslisten für die Wahl der Wahlmänner zu den Gemeinde-Ersatzwahlen von Seite des Vereins, nach Verbrechung in seiner öffentlichen Versammlung, gesetzwidrige Beschränkung der Wahlfreiheit, Umtriebe gegen diese Anstalten und bestand in Folge dessen ganz mit dem Gesuche zu öffentlicher Untersuchung demungeke hatte. Man würde dergleichen nicht für möglich halten, wüßte man nicht, daß in dem Wahlausschusse Mitglieder der demokratischen Partei das Uebergewicht besaßen, und bekanntlich diese Partei die Freiheit nur für sich und in ihrem Sinne ausbeutet. Der konstitutionelle Verein zeigte in seiner kräftigen Beschwerde der Regierung die gänzliche Gesetz- und Rechtslosigkeit jenes Schaltens; nach Gesetzesrecht und der Verfassung ist jedes republikanische Wahlen kassirt, und die Regierung hob den Beschluß der Bekanntmachung des Wahlausschusses als durchaus gesetzwidrig und ungeeignet auf, indem sie diesen Mitglieder sehr umständlich über ihr Verfahren belehrte, mit dem besondern Beifügen, es gehe daraus sehr deutlich hervor, daß dieselben den Geist der Oeffentlichkeit, der jetzt alle staatlichen Verhältnisse, und namentlich auch die Wahlakte durchdringe, noch nicht begriffen und sich deutlich gemacht. Gewiß ist es recht pikant, wenn die Demokraten ihre Lektion in der Freiheit und Oeffentlichkeit bei den Staatsangelegenheiten, zumal den Wahlgeschäften, von den Staatsbehörden sich müssen geben lassen. — Die andere Entschließung betraf die Beschwerde des konstitutionellen Vereins gegen das Verfahren eines benachbarten demokratischen Vereins alten Schlag, der dem Bürgermeister des Städtchen-S., welcher einen konstitutionellen Verein nach den Statuten des Bamberger gründen wollte, die weise Verfügung zugehen ließ, diese Statuten seien ohne Namensunterschriften, und der Bürgermeister möge sich in Acht nehmen, daß er nicht mit der Polizei in Konflikt komme. Die Regierung erröffnete, sie habe dem Landrichter bedeutet, daß er sich in diese Sache nicht zu mischen gehabt, daß die Statuten nicht das mindeste Bedenkliche enthielten, und daß er künftig sich an den bestehenden Grundsätzen und Gesetzen bemessen solle. — Diese offene kräftige Sprache und Handlungsweise der Regierung konnte nicht verfehlen, günstigen Eindruck zu machen. — Ein noch erfreulicheres Begehnis hat die Adresse, welche der konstitutionelle Verein an das Reichsministerium erließ — die in diesen Blatte schon mitgetheilt wurde — hervorgerufen. Die Adresse ging an den Abgeordneten Mev. Burkart von hier, obwohl dieser nicht Abgeordneter des Wahlbezirks Bamberg ist, zur Uebergabe ab. Derselbe brachte sie in Begleitung eines eben in Frankfurt anwesenden Mitglieds des Vereins zum Reichsministser des Innern v. Schmerling; dieser berach-

teile beide Herren als eine Deputation des Bamberger Vereins an das Reichsministerium, und führte sie ohne Weiteres in die eben stattfindende Plenarversammlung desselben ein mit den Worten, eine Deputation von Bamberg wünsche dem Reichsministerium eine Adresse zu übergeben. Diese übergabe wurde mit den Worten begleitet: „Der konstitutionell-monarchische Volksverein zu Bamberg, über tausend Mitglieder aus allen Klassen der Bürger- und Gewerbetreibenden zählend, habe es seinen Grundsätzen gemäß für wesentliche Pflicht erachtet, dem hohen Reichsministerium dankende Anerkennung auszusprechen für die kräftigen Maßnahmen, welche dasselbe zur Niederschmetterung der Anarchie und zum Schutze der gesetzlichen Ordnung im deutschen Vaterlande ergriffen. Dieses Land habe hiermit übergebene Zustimmungsadressen, zugleich aber auch nicht minder lebhaft die bestimmteste Hoffnung und Erwartung, daß das hohe Reichsministerium mit gleicher Thatkraft die Errungenschaft der Neuzeit, die Freiheit, Einheit und Größe des deutschen Vaterlandes überall schützen, erhalten und fördern werde.“ Herrn Schmelzing Unwohl lautete: „Das Reichsministerium, in dessen Namen er hier spreche, empfange mit wahrer Freude und innigem Danke solche Zustimmung von einem solchen hochachtbaren Vereine; es erblicke darin eine lohnende, ermunternde Anerkennung seines Bestrebens. Dieses sei gerichtet nicht nur auf Erhaltung der gesetzlichen Ordnung, sondern auch und hauptsächlich auf feste Begründung der Freiheit in Deutschland, welche es ein einiges, freies, großes und mächtiges werden. Da das Reichsministerium bestehe, werde es niemals diese seine erste Pflicht und Aufgabe verkennen, sie stets mit allen ihm möglichen Mitteln kräftvoll zu erfüllen trachten. Er bitte, nebst dem aufrichtigsten Danke für die dem Reichsministerium hier kund gegebene Gesinnung dem geehrten Vereine und allen seinen Mitgliedern dasselbe zu überbringen, das Land habe ein anderes Ziel habe, als die Ordnung so für die Freiheit unseres gemeinsamen Vaterlandes zu wirken.“ Hr. v. Schmelzing soll die auf die Freiheit des einigen Deutschlands betreffenden Worte mit besonderm Nachdrucke gesprochen haben. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß der Bericht über diese Huldigung seiner Adresse von der Versammlung des konstitutionellen Volksvereins mit lebhaftester Beifallsbezeugung aufgenommen wurde.

Preußen. — ⊙ Berlin, 10. Nov. (Sitzung vom 10. Nov. Außerordentliche, 5 Uhr Morgens.) Präsident von Unruh eröffnet die Sitzung mit Abverlesung auf die Nachrichten des Bürgermeister-Kommandos. v. Daniels zeigt an, daß er am 27. Juli in Brandenburg einfinden werde und daß er einen Urlaub gegen die Verfassung nicht nachsuchen werde. Der Brief des Schreiben des Ministerpräsidenten Grafen Brandenburg an Hr. v. Unruh wird verlesen. — Der Präsident theilt mit, daß er im Besitze des Vier-Präsidenten Bornemann, Philipps und Waldeck eine Deputation des Magistrates empfangen habe, welche mittheilte, daß der Magistrat eine Adresse an Se. Majestät gerichtet habe, worin derselbe gebeten habe, die Truppen Brandenburg zurückzunehmen und den Konflikt, der seit gestern eingetreten sei, zu beseitigen. Die Deputation sprach den Wunsch aus, daß von der Nationalversammlung verlohnende Schritte geschehen möchten und namentlich möge die hohe Versammlung dahin wirken, daß Bürgerzeigen vermieden werden. Er habe nun die Deputation geantwortet, daß er nur seine persönliche Ansicht mittheilen könne, was den letzten Theil ihrer Aeußerung anbetraffe, so stimme er damit vollkommen überein, die Ruhe, die gestern in Berlin geherrscht, habe das Interesse der guten Sache gefördert, er sei der Ansicht, daß hier nur passiver Widerstand geleistet werden könne, und daß jede weitere Gewaltthätigkeit nur die sogenannte Reaktion, welche ihren Rückhalt der Krone beizumachen sei, in der Hand des Landes liege. So lange die Presse, das freie Vereinigungsrecht nicht von Neuem gehemmt sei, habe das Land die Mittel in den Händen, selbst ohne Blutvergießen den Sieg über die jetzigen Bestrebungen der Reaktion herbeizuführen. (Rauschender Beifall). Wenn die Rechten, wenn alle Aristokraten, wenn alle Waffenträger, wenn alle Bajonette auf das Pflaster geworfen erklären, wenn sie unserer Ansicht beitreten, wenn sie Proteste gegen das Vorgehen des jetzigen Ministeriums erlassen, wenn dies vom ganzen Lande geschieht, dann ist kein Zweifel, daß das Ersolg haben muß. Ist das Land aber ein großer Theil desselben dieser Meinung nicht, nun dann meine Herren hat das Land es zu verantworten, wenn die eben ausgesprochene Ansicht sich verwirklicht. Wieder verbreitet sich ein Theil der Aeußerung des Magistrats dahin sich erwiedert, daß ich es nicht der Würde der Nationalversammlung angemessen finde, irgend einen Schritt zu thun, welcher auf ein Nachgeben der Nationalversammlung hindeutete. (Rauschender Beifall.) Der Präsident bringt nach zur Kenntniß der Versammlung „daß er es für seine Schuldigkeit gehalten habe, in Gemeinschaft mit dem Vizepräsidenten Hrn. Bornemann, am verflossenen Freitage sich bei Se. Maj. melden zu lassen. Er hätte so dem Könige abermals Gelegenheit bieten wollen, wahre und bestimmte Nachrichten sowohl über die Lage des Landes als über die Ansichten der Nationalversammlung zu vernehmen, um seinen anschirrenden Strudel zu Konsilien zu berufen. Er hätte dies auch gethan, wenn er nicht aufgerufen gefaßt, und gehetzt, die Abgeordneten Bornemann und Unruh zu melden. Wilhelm habe geantwortet, daß Se. Maj. verhindert sei, uns zu sprechen. Hr. v. Unruh führt unter dem Beifall der Versammlung fort und erklärt, daß er den Beschluß vom 2. Nov. zum Schutze der Versammlung nicht so verstehe, als sei er verpflichtet, die Bürgerwehr zum Kampfe für sie regierende zu veranlassen. Wenn seine Ansicht richtig sei, so frage er, ob sie, meine Herren sich umgeben wollten mit einer Mauer bewaffneter Bürger, welche nach der Ansicht tapferer, aber einsichtsvoller Männer, der überlegenen rohen Gewalt nicht zu widerstehen im Stande sind. Dasselbe werden wir erreichen, wenn wir nur passiven Widerstand leisten, wenn wir und hier nur durch die Gewalt von unseren Plätzen vertreiben lassen (allgemeinen Beifall) und das Vaterland wird es erkennen, daß wir zwar bereit sind, für die Freiheit des Landes und des Volkes unseren letzten Blutstropfen zu vergießen, daß wir aber Bürgerblut für zu hoch, für zu kostbar achten, um unnütz auch nur einen Tropfen zu vergeuden. (Lauter Beifall.) Die Beschlußfähigkeit der Versammlung wird konstatirt. Es sind 218 Mitglieder zugegen. Nach und nach wächst die Zahl. — Nachdem die Beschlußfähigkeit der Versammlung somit festgestellt ist, wird der Antrag eingebracht, daß der Präsident diejenigen Mitglieder, welche ohne Urlaub oder ohne ihren Krankheit verbindert zu sein, sich der Sitzung nicht bei der Eröffnung anzeigen haben, aufzeichnen möge, unverweilt ihrer Pflicht nachzukommen. Alle Dringlichkeit wird nicht bestritten. Schulz (Delitzsch) will dem Lande gegenüber die Motive des Antrags angeben: Durch die Entfernung vieler Mitglieder ist ein bedeutender Theil des Landes nicht vertreten. Wer gehen durch unsere Anfrage in legaler Weise den Wählern Rechenschaft über das Verweilen seiner Abgeordneten. Der Abstimmung kommt Niemand auf. Man behandelt uns als Verbrecher, die gebrochen müssen. Wir müssen zeigen, daß wir die Vertreter von 16 Mill. sind und daß wir unser Ansehen zu wahren wissen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Der Präsident: Da Weiteres im Augenblicke nicht vorliegt, so gehe ich, da ich die Berathung der gewöhnlichen Tagesordnung in diesem Augenblicke nicht für geeignet halte, den Mitgliedern anheim, sich zu vereinigen, wenn die Sitzung zu unterbrechen. —

⊙ Berlin, 10. Nov. 5 Uhr Abends. In der vergangenen Nacht hat der hiesige Magistrat eine Adresse an den König beschlossen, worin um Zurückziehung der Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg gebeten wird. In derselben Nacht wurden die Fraktionen und die Nationalversammlung von den Fall eines gewaltsamen Angriffs auf die Versammlung sich über folgende Anträge vereinigt: 1) Alle Zivil- und Militärbeamten, welche zu einem solchen Verfahren mitwirken würden, für Hochverräther zu erklären; 2) das Ministerium Brandenburg zur Umsyansgnahme von Steuerzahlungen für nicht berechtigt zu erklären. Um 12 Uhr Mittags wurde der Gendarmerieposten im Bürgerverein angefüllt, und der Nationalversammlung bekand sich der Abg. Baffermann aus Frankf. auf der Tribüne. — Man wollte wissen, daß der König einen Juristenrath nach Potsdam berufen habe, um die Frage, ob der König die Versammlung auflösen berechtigt sei, zu besprechen. Die Antwort soll einstimmig auf „Nein“ gelautet haben. Gegen Mittag verbreitete sich das Gerücht, daß Ministerium sei ein Aufruf an die Bürgerwehr in Breslau zu Hülfe nach sich, um gegen Berlin zu ziehen. — Die hiesigen Bauhandwerksmeister haben gegen die Einquartierung protestirt, weil sie dieselbe für ungesetzlich halten. Die Nationalversammlung hat gegen das Auftreten der Soldaten um das Sitzungszebäude protestirt und sich bis morgen vertagt, wo sie wieder zu Potsdam zusammentreten wird. Der Empfang der Deputation wird wenn sie anders nicht durch das Militär daran verhindert wird. Nach der Vertagung entfernte sich die Versammlung, den Präsidenten an ihrer Spitze. Die Bürgerwehr brachte denselben ein einhallendes Hurrah! Für den Fall, daß der Versammlung der Konsenssal verweigert werden würde, wird dieselbe höchst wahrscheinlich in den Saal des Verwaltungen zusammen. 7 Uhr Abends. Die Stadt ist vollkommen ruhig. Auf dem Gendarmenmarkte stehen noch immer starke Infanterieabtheilungen; an der Nordwestseite einige Kanonen. — Der Abg. Wittgenstein von Köln ist heute über angekommen und hat sich wegen seines Nichterscheinens in der Nat.-Versammlung durch Krankheit entschuldigt.

Der Spenersche Zeitung zufolge hat sich die Bürgerwehr Berlins in überwiegender Mehrheit für inkompetent in der Sache der Nationalversammlung und dem Könige erklärt, indem sie auch nicht den Versuch machen wird gegen die Militärmacht einen ungleichen Straßenkampf zu beginnen, am Berlin dadurch dem Schicksale Wiens anheimgegeben. Dagegen hat der Bürgerausschuß von der Erklärung Bürgerwehr nicht Kenntniß genommen, sondern er hat, daß er die Nationalversammlung mit seinem Blute schirmen und ihre Beschlüsse ausführen werde. — Wie man aus guter Quelle vernimmt, soll an den in der deutschen Reichsversammlung befindlichen Präsident Dr. Scholer die Aufforderung ergangen sein, statt des Hrn. Reichen an die Spitze des provis. Justizministeriums zu treten. — Der bisherige Oberpräsidenten General von Pfuel hat zum Widerherstellung seiner Gesundheit Berlin verlassen.

Oesterreich. — * Wien, 11. November. Die Wiener Zeitung kündet heute amtlich die auf Standrechtlichkeit lautend „mit Pulver und Blei“ vollzogene Hinrichtung des Grafen Zelowitz und Jubkat im russischen Antheile Polens „wegen blutiger Theilnahme an dem bewaffneten Aufruhr in Wien und Widerstand gegen die k. k. Truppen“ an. Der Hingerichtete war Adjutant des Generals Stem gewesen. Anderem ist amtlich nichts von weiteren Hinrichtungen bekannt gemacht worden, und die Gerüchte von der Vollstreckung von 20—30 weiteren Todesurtheilen, die gestern Abend hier umhergingen an verschiedenen Orten flüsterweise haben. Eben daher noch Zweifel an. Niemand vermag auch etwas über die Namen der angeblich Erschossenen zu sagen. In der nächsten Woche sollen, so versichert man, die sämmtlichen Protokolle des Kriegsgerichts durch die Wiener Zeitung veröffentlicht werden, und daraus erst wird man vollständigen Aufschluß schöpfen können. Dem Messenbauniter soll gestern sein Todesurtheil publizirt worden sein. Die Gerüchte über die Standrechtlichkeit haben gestern Abend gehört zu haben, daß man ein Todesurtheil gegen ihn vollstrecken werde: sei es Trotz oder sei es Hohn gewesen, er machte so bestimmte und umfassende Geständnisse über sein Wirken hier vor seinen

Rückzeit, daß diese gar nicht anders über ihn entscheiden konnten, als sie gethan. Eine Stunde vor seinem Tode sagte er noch in einem Briefe seiner Gattin Lebewohl für immer, und gab ihr Vorschriften über die Erziehung seiner Kinder im Geiste ihres Vaters. Bis zum letzten Augenblicke noch rechnete er bestimme auf Begnadigung. Als ihm das unwiderrufliche seines Schicksals angekündigt wurde, schien er einen Augenblick seine Freiligkeit verloren zu haben, doch gewann er sie bald wieder und ging ziemlich entschlossen in den Tod.

Das Ministerium ist definitiv zusammengesetzt, und es ist gewiß, daß Graf Stadion zum Minister des Innern ernannt ist und Bach den Eintritt abgelehnt hat. Ob Wessenberg die Präsidentschaft des Conseils behalten oder ganz austreten werde, ist noch zweifelhaft. Sämmtliche Minister sind gestern Abend aus Olmütz hier angelangt. Fürst Felix Schwarzenberg hat sich auf sehr wichtige Weise um Oesterreich verdient, daß er sich eben so nach Olmütz, wie nach Unten verfehen und den Einfluß einer Camarilla nicht zugeben werde. — Es ist gewiß, daß der Reichstag zu Kremsier bis 20. oder 25. M. vertagt wird. — Wiederholt versichert man, daß die Kriegsoperationen gegen Ungarn Morgen beginnen sollen, was sich jedoch mit dem fortwährenden schlechten Wetter kaum vereinbaren läßt. — Heute ist zum erstenmal wieder Theater. Hofburg eröffnet in seinem an der Wien den Reigen mit dem „Rechnungsrath und seinen Söhnen“

*Wien, 11. Nov. Handelstage. Der gefürchtete 10. Novbr., als letzter Reibetag dahin verlängerter Wechselzahlungen ist so weit ruhig vorübergegangen, daß man von keiner notablen Zahlungseinstellung gehört hat; dagegen scheinen viele kleinere Handelsleute durch die Umstände außer Stande gewesen zu sein, ihre Wechselzahlungen bis heute auf sie angewiesenen Domizilien zu honoriren. Alle Berieg hierüber dient, daß ein einziges Wiener Haus an jenem Tage 120 Protests erheben ließ. — Schlechte Pariser Nouvungen, die während der Börse anlangten, drückten dieselbe, wozu noch forcirte Verkäufe in Nordbahn-Actien kamen. Gold und Devisen beliebt und besser bezahlt. 5%. Metall. 77½, 4%. 94, 2½%. 41, Bankactien 1089, Loose von 1834 131, betto von 1839 90, Nordbahn 100, Mailänder 84, Glogganitzer 91, Pesther 64, Livornoser 65.

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 3. Nov. Der commandirende Graf v. Hammerstein hat heute folgende Bekanntmachung erlassen: In der Capitulation vom gestrigen Tage waren Bestimmungen aufgestellt mit der Bedeutung, daß, wenn sie nicht pünktlich angehalten werden oder ein anarchischer Zustand wie in den jüngsten Tagen wieder eintreten sollte, die Stadt Lemberg in den Belagerungszustand erklärt werden wird. Da aber in der letzten Nacht, als auch heute Vormittag, auf meine Truppen aus Fenstern und Kellern geschossen worden ist, so habe ich daraus die Ueberzeugung gewonnen, daß der anarchische Zustand nicht aufhören will, und ich erkläre sonach die Stadt Lemberg sammt den Vorstädten in Belagerungszustand. Es wird in Folge dessen angeordnet: 1) Allgemeine Entwaffnung; 2) Aufhebung sämmtlicher Clubs und des Associationsrechtes; 3) außer der deutschen und polnischen Gazeta Lwowska kann keine andere Zeitung während des Belagerungszustandes gedruckt werden; 4) die Presse im Allgemeinen wird dahin beschränkt, daß ohne meine Censur kein Placat gedruckt und veröffentlicht werden darf; 5) eine Commission wird die Haussuchung wegen der Waffen vornehmen; 6) alle Ansammlungen auf öffentlichen Plätzen werden untersagt; 7) alle Diejenigen, welche mit den Waffen in der Hand Widerstand leisten, als auch Die, welche zum Aufruhr auffegen, werden Standrechtlich verurtheilt.

(Brst. Z.)

Von dem Kriegsschauplatze in Ungarn bringt die Donau-Zeitung im Telegramm folgendes Schreiben aus Pest vom 2. Nov. gestern: „Unbeschreibliche Ereignisse brachten mich vor die Mauern der kaiserl. Residenzstadt Wien, und ich bin in sicherer Hoffnung, daß das Schicksal der Monarchie bald entschieden und die Feinde vom Grund aus vernichtet sein werden. Unser Vaterland, in seiner Selbstständigkeit durch so lange Zeit seine Rechte und Nationalität wahrend, hat jeder Gefahr muthig die Stirn; erringen noch kurze Zeit geduldig die Dörfer, wofür euch sicherlich einstgroße Belohnung erwartet. Das Unheil, daß die Magyaren durch ihre Anfälle vielleicht in unserm lieben Heimatlande anrichten können, ist nur vorübergehend, ertragbar, es muthig, denn bald ist der Sieg unser. In jenem Lande, wo unter dem Volke Einigkeit, Entschlossenheit und Ehrenhaftigkeit zu Hause ist, kann der Feind keine Kraft entwickeln; in Bälde werde ich auch in unsere Mitte treten und in Bälde wird unser sesten Anadaner Belohnung zu Theil. Ich bin in der Hoffnung, euch bald und glücklich wiederzusehen. Jellachich, Ban.

(Agr. Z.)

Der Feldmarschalllieutenant und kommandirende General Anton Freiherr v. Puchner hat eine Proklamation an sämmtliche Behörden und Bewohner Siebenbürgens erlassen, worin er ihnen mittheilt, daß er, da Ungern dermalen faktisch eigentlich keine gesetzliche Regierung besitze, beschlossen habe, bis zu der Zeit, wo ein gesetzlicher Zustand in der Regierung Ungarns und der Nebenländer durch den Landesfürsten wieder sanktionirt sei, die Zügel der Regierung Siebenbürgens zu ergreifen und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln und Kräften für die Aufrechthaltung der gestörbeten öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu handeln. Am Schlusse fordert er alle wahren Freunde des Rechts und des Vaterlandes auf, ihn bei diesem seinem Bestreben so wie bei dem, die constitutionelle Freiheit und Gleichheit aller Nationen zu sichern, zu unterstützen.

Frankreich.

|| Paris, 7. Nov. Ich kann nicht umhin, heute von einer unerquicklichen Thatsache zu sprechen, von den großen Ersparungen der Republik. Achtzehn Jahre lang hatte man den guten Franzosen in alle möglichen Variationen vorgesungen, wie unendlich wohlfeiler eine republikanische Regierung im Vergleiche zu einer monarchischen sei; und nun, da man sich der Segnungen der Republik erfreut, ziehen die leichtgläubigen Franzosen sehr scheie Gesichter über die außerordentliche Wohlfeilheit ihrer republikanischen Regierung. Sie glauben, wenn ihre Republik sehr wohlfeil besteben, wenn sie einen Käufer finden — allein, da liegt es — sie müssen sie nolens volens behalten; mit all ihren Segnungen und außerordentlichen Lasten und Steuern. So viel sieht selbst der einfältigste Franzose ein, daß er durch die Republik keine andere Veränderung in den Abgaben verspürt hat, als die Erhöhung der Steuern, die Steuer von 45 Centimes! Selbst der gläubigste Republikaner bedauert, dieses zugeben zu müssen, daß statt einer Verminderung der Abgaben, eine Erhöhung derselben eingetreten ist, daß das Jahr 1848 sämmtliche Hilfsmittel, die für 1849 bestimmt waren, aufzehrt, und daß das Jahr 1849 ein sehr beträchtliches Deficit in Aussicht stelle. Das hat aber allez nichts zu sagen. Erwiesenermaßen hat die Republik eine Ersparung von 6 Millionen gemacht, wenn auch eine Mr. braussade von 2—300 Millionen nöthig geworden ist — man sieht es? 6 Millionen sind erspart worden, und zwar auf die einfachste Weise — man hat den Beamten von ihren Gehalten abgezogen. Von jeder hatte der Grundsatz gegolten, daß die geringstbesoldeten Beamten in einem der Ministerien 1500 Fr. Gehalt bezogen — diesen Gehalt hat man auf 1200 Fr. (nicht ganz 550 fl.) herabgesetzt; die Magistrate vom letzten Range bezogen bisher 1800 Fr. und das mit Recht, denn bieser Gehalt war nothwendig, um ihre Stellung in der Gesellschaft beizubehalten, es war ein geringer Gehalt für das Knabenalter, das sie aufwenden mußten, um die Befähigung für diese Stellung zu erhalten — allein die Republik hat in Anbetung der nothwendig vereinfachten Lebensart eines Republikaners ihren Gehalt auf 1600 Fr. herabgesetzt — und aus diesen Verminderungen der Gehalte der Unterbeamten hat man 6 Millionen Ersparungen gewonnen — natürlich kommen hier die Zulagen der obersten Behörden für Bälle ꝛc. nicht in Anbetracht — denn diese Bälle werden zur Hebung der einheimischen Industrie, alle zum Wohl des Landes veranstaltet! Die Unterbeamten mögen sich einer republikanischen Sparsamkeit befleißen — sollen sie einst das Glück haben, höhere oder höchste Stellen zu erhalten, so können sie sich nach Herzenslust satt essen, trinken, tanzen und zurücktreten, bis dahin — wird ihnen die strengste Mäßigkeit als echte republikanische Tugend dringlichst empfohlen! — Es ist sehr offenkundig, daß die Monarchie die Ausgaben und den Muth des Landes systematisch vertieb, und daß Ersparungen höchst nothwendig sind, und d-bhalb hat die Republik auch höchst weislich alle öffentlichen Arbeiten einstellen lassen, obgleich man von gewissen dickköpfigen Leuten hartnäckig behaupten hört, daß dadurch dem Lande eine unschätzbare Quelle des allgemeinen Wohlstandes verstopft würde. Es ist erkaunlich, daß man nach einem dreimonatlichen Bestand der Republik, und nach den öffentanzigen Ersparungen, die sie dem Lande gebracht hat, noch immer an dem reaktionären Glauben festhält, daß ein Deficit von 300 Millionen ein jedesfalls Zeugniß für die Wohlbeliebt der Republik sei. — Nun den Leuten werden wohl die Augen noch aufgehen, und das Jahr 1849, welches ihnen jedenfalls die Erkenntniß ihrer Gedeihwelt vermittelst neuer Steuern bringen wird, verleiht zu dauch allen noch übrig gebliebenen Zweifel an der Vortrefflichkeit einer republikanischen Staatsverfassung, denn — es ist ein bewährter Satz, daß Jahren nicht lügen, — sie werden sich durch das ungeheure Deficit, welches die Staatskasse ergeben wird, endlich belehren lassen, daß die Republik um so den Preis der Monarchie vorgezogen werden muß, uns setze auch Alles über die Aufrechthaltung der Republik — d. h. der Ordnung, welche durch dieselbe gewonnen, zu Grunde gehen! — Ich glaube jedoch nicht, daß die Franzosen einer Theorie all ihren Wohlstand zum Opfer bringen werden.

*Paris, 8. Nov. Man sprach heute auf der Börse von dem Austritte Dufoure's aus dem Ministerium. Der jetzige Abendmoniteur erklärt jedoch sogleich dies Gerücht für eine Erfindung. In der Nationalversammlung hat der Kriegsminister einen Detretentwurf vorgelegt, bezüglich einer Aushebung von 80,000 Mann aus der Aktivklasse von 1845, wozu gegen 55,000 Mann, von denen die erst gegen Ende dieses Jahres ausgehoben haben, schon jetzt entlassen werden sollen.

Börsen- und handels-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 11. Nov. Oesterr. 5proz. Metall. 68½, 4proz. 56½, 3proz. —. 2½proz. 36. Bankaktien 1120. G. 500 fl.-Loose 115½, P. 250 fl.-Loose 80 — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine —. P. G. Staatsschuldscheine 3½proz. 75½, — Bayer. 3½proz. 75½, — Sächsischer Verbach. 65. — Württemberg. 3½proz. 75. 4½proz. 93 — Sdn. 3½proz. 72. Lotto-Anlehen 31 fl. 45 kr. 35 fl.-Loose 25½, — Darmstädt. 3½proz. 74. 4proz. 82½. Lotto-Anlehen von 50 fl. 60½, 25 fl.-Loose 21 Karlsruh. Prior.-Obl.-Nordb. 38½, 40 Thlr.-Loose 25. — Augsburg-Ulm 79½, 25 fl.-Loose 21. — Frankf. Spreg 78. 3½proz 90½, 86½. — Taunusbahn — 270 — Holländ. Integr 45½, — Span. 3proz. innere Schuld 17½, — Port. 300 fl.-Loose. — 500 fl.-Loose 68 — Sard. 36 Fr.-Loose —. Disc. 2.

J. B. Vogel, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Hiebei eine außerordentliche Beilage.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Montag, den 13. November 1848.

Aus Berlin vom 9. Nov. Abends.

Berlin, 9. November 3 Uhr. Die Kunde von der Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg hat bei den einen Beifall, bei den andern Furcht, bei der demokratischen Partei große Aufregung hervorgerufen. Als Graf Brandenburg den königlichen Erlaß in der Nationalversammlung verlesen hatte, verließen zahlreiche Abgeordnete der Rechten sogleich den Saal. Die HH. Reichensperger und Baumstark bemerkte man jedoch noch unter den Zurückgebliebenen. Die äußerste Linke beabsichtigte einen äußerst extravaganten Antrag in acht Punkten einzubringen gegen die Vertagung und Verlegung der Versammlung; doch ist dies bis jetzt nicht geschehen. Dieser Antrag ging auf Anklage gegen die Minister, Erklärung als Hochverräther aller Civil- und Militairbeamten, welche zum Vollzuge des königl. Erlasses mitwirken würden u. s. w. Dagegen haben die Abgeordneten der Linken folgendes Schreiben an ihre Wähler erlassen: „Mitbürger! das Vaterland ist in Gefahr! Gegen den, am 2. d. Mts. fast einstimmig ausgesprochenen Willen der Versammlung ist heute das Ministerium Brandenburg ernannt worden und hat seine Wirksamkeit mit einem Staatsstreiche begonnen. Die Versammlung der Volksvertreter soll vertagt werden, um spätter an einem andern Orte zusammenzutreten. Mitbürger! die Nationalversammlung, berufen Euern Willen zu vertreten, kann weder vertagt, verlegt, noch aufgelöst werden. Wer sind sei entschlossen, solchen Gewaltstreichen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln energischen Widerstand entgegenzusetzen. Vertraut auf uns, sind einig in der Wahrung der errungenen Freiheit und bedenkt, daß besonnener Muth jede Gefahr überwindet. Berlin, den 9. Nov. 1848."

Die Bürgerwehr steht auf dem Gendarmenmarkte und an den Ausgängen der dahin ausmündenden Straßen aufgestellt, so daß die Zugänge zum Schauspielhause abgesperrt sind, sur auch, die nicht zum Eintritte berechtigt sind. Das Kommando der Bürgerwehr hat sich unter die Befehle der Präsidenten der Nationalversammlung gestellt. Militairposten steht man von Zeit zu Zeit durch die Straßen ziehen. Bemerkenswerth ist, daß die das Schauspielhaus besetzt haltenden Abtheilungen der Bürgerwehr durchweg aus den ihrer demokratischen Gesinnungen wegen bekannten Bezirken genommen sind. Ob solche dahin gestellt, ob dies absichtlich geschah. Auch die Maschinenbauer und ein Theil des Handwerkerkorps stehen dort. Ein Theil dieser bewaffneten Macht ging heute um, Gewehr an den neuen Ministern zu üben, sich ihrer zu bemächtigen, als sie diesen Vormittag die Nationalversammlung verließen. Es bedurfte eines förmlichen Befehls des Präsidenten v. Unruh, diese Gewalt zu verhindern. Ein neuer Beweis von dem hier herrschenden Zustande der Anarchie und des Terrorismus. Bis jetzt ist die materielle Ruhe zwar nicht gestört worden, aber überall stehen Volkshaufen in den Straßen, man liest den Bericht über die heutige Morgensitzung und einen Maueranschlag an die Bürger des Inhalts: Das Vaterland sei in Gefahr, ein Ministerium der Contrerevolution sei gebildet, habe die Nationalversammlung aufgefordert, sich nach Brandenburg zu begeben. Nur wenige „Verräter" seien seinem Rufe gefolgt, über 250 Mitglieder blieben hier. „Auf dem Kreuzberge — heißt es dann weiter — und vor Cuxen Thoren lagern Truppen. Eure Freiheit ist in Gefahr. Verfahrt nicht angreifend, aber schauet Euch dicht um die Nationalversammlung und seid gerüstet zum letzten Kampf, für Vaterland, Recht und Freiheit!"

Nachmittags 4 Uhr. So eben wird folgender „Protest der constitutionell-monarchisch gesinnten Abgeordneten, die von Sr. Majestät den König ausgesprochene Verlegung der National-Versammlung betreffend," publicirt: „Die unterzeichneten Abgeordneten halten es dem Lande und der Versammlung gegenüber für ihre Pflicht, die Gründe anzugeben, die es ihnen unmöglich machen, der heutigen Sitzung länger beizuwohnen oder an einer spätern Sitzung in Berlin Theil zu nehmen. Das Gesetz vom 8. April d. J., auf Grund dessen die Versammlung zur Vereinbarung einer Verfassung zusammengetreten ist, enthält keine Bestimmung darüber, wo der Sitz der Versammlung sein solle. Die Wahl des Versammlungs-Ortes ist somit der Krone überlassen. Sie hat davon Gebrauch gemacht, indem sie die Abgeordneten nach Berlin einberief, und sie übt dasselbe Recht, indem sie die Versammlung jetzt nach Brandenburg verlegt.

Doch nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zu einer solchen Verlegung ist unserer Ueberzeugung nach vorhanden, weil unter den obwaltenden Umständen diese Maßregel das einzige Mittel ist, die Versammlung dem Terrorismus, der hier gegen sie geübt wird, zu entziehen und mit der Freiheit der Berathung die Würde derselben wiederherzustellen. Daß mit dieser Verlegung bis zu dem Augenblick, in welchem die Auflösung derselben möglich ist, eine Vertagung verbunden werden mußte, folgt daraus, daß die Regierung mit sich selbst in Widerspruch treten würde, wenn sie die einmal erkannte Unfreiheit auch nur auf eine kurze Zeit dulden würde.

Ist hiernach das Recht der Krone zu der heute eröffneten Anordnung unserer Ueberzeugung nach außer Zweifel, so ist es die Pflicht der Versammlung derselben durch sofortige Schließung der Sitzung Folge zu geben. Thut sie dieß nicht, so halten wir sie von dem Augenblicke an für eine ungesetzliche, an welcher Theil zu nehmen, die Pflicht und verbietet. Sollte dessen ungeachtet die Versammlung ihre Berathungen fortsetzen, so protestiren wir gegen die etwa zu fassenden Beschlüsse und erklären, daß wir sie weder für das Land noch für uns als verbindlich ansehen können. Berlin, den 9. Nov. 1848. (Folgen die Unterschriften.) — So eben geht uns die Nachricht zu, daß an das Bürgerwehr-Kommando Seitens des Ministers Manteuffel die Aufforderung ergangen sei, die Versammlung im Schauspielhause als eine ungesetzliche aufzulösen.

Berlin, 9. November. 4½ Uhr Abends. Das Gerücht, das Kommando der Bürgerwehr habe die Eisenbahnhöfe besetzen lassen, erweist sich als falsch. Die zufällige Anwesenheit einer Abtheilung Bürgerwehr auf einem Bahnhofe hatte es veranlaßt. Auch kein Militär steht daselbst. In der heutigen Nachmittagssitzung der Nationalversammlung bemerkte man mehrere Mitglieder der Rechten auf der Tribune der Zuhörer; im Saale selbst waren etwa 25—30 Mitglieder aller Bruchtheile der Rechten. Die Stimmung in der Versammlung hat seit diesen Morgen bedeutend umgeschlagen; das linke Centrum namentlich spricht gut von Mehr und Verschiedenes. Als der Abgeordnete Schulz von Minden der übersten Schichten warnte, gab Herr von Berg (vom linken Centrum) eine zustimmende Antwort, welche klar das gesunkene Selbstvertrauen der Opposition zeigte. Der Gedanke, es bis zum offenen Kampfe mit den Waffen zu treiben, erscheint Jedermann als abenteuerlich. Selbst die Exaltirtesten erkennen an, daß die Stadt nicht in der Lage ist, einem nur halbwegs ernstlichen Angriffe zu widerstehen, um so weniger, als nur ein verhältnißmäßig geringer Theil der Bürgerwehr demokratisch gesinnt ist. Der Präsident der Nationalversammlung hat, wie ich höre, dem Bürgerwehr-Kommando durch ein Schreiben erklärt, es dürfe dem allenfallsigen Einmarsch der Truppen in die Stadt kein Hinderniß in den Weg gelegt werden. Man erwartet daselbst für die Nacht. Ein Gerücht sagt, die Gesandten von England und Frankreich hätten sich zum König nach Potsdam begeben, um dort zu vermitteln; daselbst hätten die Abgeordneten Harkort, Mevissen (der frühere Minister), Hartmann und Touissaint gethan.

5½ Uhr Abends. Die Ruhe dauert materiell fort, aber noch immer steht zahlreiches Volk in den Straßen. Man versichert, es sei von Potsdam die Botschaft angelangt, Berlin solle in Belagerungszustand erklärt werden, falls die Nationalversammlung auch morgen noch sich versammeln wollte. Man sieht mit Spannung dem Ergebnisse der heutigen Abendsitzung entgegen.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Dinstag, den 14. November 1848.

Aus Berlin.

†† Berlin, 10. Nov. 11 Uhr Vormittags. In der gestrigen Morgensitzung bot die Erscheinung der beiden Männer, welche im Momente die Hauptrollen spielten, einen bemerkenswerth-n Kontrast. Die Haltung des Grafen Brandenburg war durchaus ruhig und würdig; dagegen trug jedes Wort des Präsidenten der Versammlung (v. Unruh) das Gepräge der Leidenschaft an sich. Nicht minder bemerkenswerth und lehrreich ist es, wie in Mitten der allgemeinen Aufregung die materielle Ruhe doch wiegends gestört wurde, in derselben Stadt, welche seit Monaten der Schauplatz mitunter der empörendsten Auftritte von Seite der Pöbelhaufen gewesen war, und nicht eine Spur den Zusammenstoßungen und Tumult sich bemerkbar machte. Es liegt darin ein neuer Beweis dafür, wie die disziplinirt diese Massen sind, und wie sie stets nur den Befehlen gemäß handeln, die ihnen von den eigentlichen Anstiftern aller Ruhestörungen, ich sage es gerade heraus, von der linken aus der Nationalversammlung selbst zugehen. Dieser Punkt verdient die vollste Beachtung. So oft es gilt, die Regierung anzugreifen, oder von der Nationalversammlung ein Votum zu erzwingen, da waren jedesmal, und hätte man den Bogwand vom Zaun brechen müssen, Tausende wie durch einen Zauberschlag herbeigerufen auf den Straßen. Und Exzesse dieser Art sind nicht vorgekommen. Erst gestern abends, da in der Lage ihrer Sache geändert. Der jenseitgebliebene Theil der Nationalversammlung trat fortwährend im Konzertsaale zusammen, ein Theil der Bürgerwehr ist zu ihrem Schutze aufgestellt. Nach der gestrigen Abendsitzung waren der Präsident und 15 Mitglieder die ganze Nacht über im Sitzungssaale geblieben. Die Bürgerwehr wurde entlassen, nur eine Abtheilung des siegenden Korps blieb im Gebäude selbst zurück. Diesen Morgen aber trat die Versammlung aufs Neue zu einer Sitzung zusammen und auch die Bürgerwehr ist wieder auf dem Platze. Was die Regierung thun wird, ist noch nicht bekannt. Es scheinen Unterhandlungen statt zu finden. Das Kommando der Bürgerwehr zeigt sich störrisch, und an die Stelle des pasiven Zusehens treten nun schon Aufforderungen. Insbesondere sind es die Offiziere der Mehrzahl der Bürgerwehrbezirke schon in der verflossenen Nacht die Erklärung gegeben, daß sie an einem Kampfe gegen die Truppen nicht Theil nehmen werden. Eben vernehme ich den Klang der Allarmhörner der Bürgerwehr. Es heißt, das Militär sei im Anzuge. — Mittags 1 Uhr. Das Gerücht vom Anrücken des Militärs war vorläufig begraben. Den allen Seiten rücken die Truppen der Hauptstadt näher, und eben kündigt man an, daß General Wrangel in spätestens einer Stunde mit 25000 Mann Fußvolk und 60 Kanonen durch 5 Thore zugleich einrücken und die Stadt besetzen werde. Die Kavallerie und 50 Stück Geschütze bleiben im Umkreise der Stadt. Schon sind die Quartiermacher der einzelnen Regimenter eingegangen. An Widerstand ist nicht zu denken, und dem Anschreine nach denkt auch Niemand daran. Die Bürgerwehr hat erklärt, daß sie protestire, sich aber zurückziehen werde.

⊙ Berlin, 10. Nov., Nachmittags 2ʳ, Uhr. Berlin ist im Augenblicke vollkommen ruhig, es darf auch heute die Haltung des gestrigen Tages. — Eine Antwort Sr. Majestät auf die Adresse der Bürgerwehr bevoderen (s. den Bericht von heute morgen) ist bis jetzt noch nicht eingegangen. So eben erschien folgende Proklamation an den Ecken: „Auf Anordnung des königl. Staats Ministeriums wird hiermit Nachfolgendes zur Kenntniß der Bewohner Berlins gebracht: Objekt Sr. Majestät der König mittelst Allerhöchster Botschaft vom 9. M. die Verlegung der zur Berathung der Verfassung berufenen Versammlung nach Brandenburg und deren Berlegung bis zum 27. d. M. angeordnet hat, fährt ein Theil jener Versammlung dennoch fort, hier beisammen zu bleiben und Beschlüsse zu fassen. Die Regierung Sr. Majestät beschloß daher, in der Voraussicht, einem solchen, die Rechte der Krone beeinträchtigenden Verfahren auf das Entschiedenste entgegen zu treten und hat zu dem Ende beschlossen, die die Bürgerwehr, als die zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung verpflichtete Instanz, ihre Mitwirkung bestimmt versagt hat, die hiesige Garnison so bedeutend zu verstehen, daß nicht nur die Behufs Aufrechthaltung des königl. Befehls wegen Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg und wegen ihrer Vertagung erforderlichen Maßregeln durchgeführt werden können, sondern daß auch die überhaupt frei längerer Zeit im hiesigen Orte vorgekommenen Störungen der öffentlichen Ordnung und Beeinträchtigungen der Freiheit kräftig unterdrückt werden können. Das Einrücken der Truppen, welche zur Verstärkung der Garnison bestimmt sind, wird schon heute stattfinden, und darf von den gesetzlichen Sinne der Bürgerschaft, welche anerkennen wird, daß Gesetz und Ordnung die Hauptbedingungen der Wohlfahrt der Stadt und des Staates sind, mit Zuversicht erwartet werden, daß sie den einrückenden Truppen in keiner Weise entgegentreten werde. Ausdrücklich und auf das Feierlichste wird zugleich versichert, daß Sr. Majestät Regierung diese Maßregel nur ergriffen hat, um die Erhaltung der Verfassungen, welche dem preußischen Volke zur Besestigung seiner Freiheit und zur Erlangung einer wahrhaft volksthümlichen Verfassung gemacht sind, und welche heilig gehalten werden sollen, zu beschirmen, keineswegs aber die Rechte oder Freiheiten des Volkes in irgend einer Weise zu beeinträchtigen. Berlin, den 10 Nov. 1848. Der königl. Polizei-Präsident. gez. v. Bardeleben.

Nachmittags 3ʳ, Uhr. So eben rückt zum Brandenburger Thor Militär in die Stadt, Artillerie und Infanterie, sehr beträchtlicher Anzahl. Man will Seitens des Militärs die Schloßwache besetzen, den Bürgerwehr, die dieselbe inne hat, verlangt aber hierzu die Vorzeigung eines ausdrücklichen Befehls; es wird hierüber im Augenblick unterhandelt. — Von dem Gouvernement und dem Polizeipräsidium ist folgende Bekanntmachung ausgegangen, die jetzt an die Ecken angeheftet wird: „Bei der Besetzung mehrerer Wachen in der hiesigen Hauptstadt durch Truppen, wird es erforderlich, das Publikum auf die betreffenden Bestimmungen des Gesetzes über den Waffengebrauch des Militärs vom 20. März 1837 aufmerksam zu machen. Dieselben lauten: §. 1. Das in unserem Dienste zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit aufgebotene Militär ist berechtigt, auf Wache und Posten, bei Patrouillen, Transporten und anderen Kommandos, und wenn solche aus Mannschaften oder zum Beistande einer Zivilbehörde gegeben werden, in den nachstehenden §§. 2 — 6 bezeichneten Fällen von seinen Waffen Gebrauch zu machen. — §. 2. Wird das kommandirte Militär gefährlich bedroht, oder findet es Widerstand durch Thätlichkeit oder gefährliche Drohung, so bedeutet es vorher seine Waffen, um sie sofort abgewehren und den Widerstand zu überwältigen. §. 3. Wenn das Militär bei einer solchen Dienstleistung zur Ablegung der Waffen, oder anderer zum Angriffe oder zum Widerstande geeigneter, oder sonst gefährlicher Werkzeuge auffordert und es wird dieser Aufforderung nicht sofort Folge geleistet, oder es werden die abgelegten Waffen oder Werkzeuge wieder aufgenommen, so macht sich Militär wieder seine Waffen Gebrauch, und den ihm deshalb Gegenstand zu erzwingen. § 6. Jede Schildwache (die Ehrenwache mit eingerechnet) hat sich zum Schutze der ihrer Bewachung anvertrauten Personen oder Sache nöthigenfalls der Waffen zu bedienen. Berlin den 10. Novbr. 1848. Königliches Gouvernement: Für den Gouverneur: gez. v. Thümen, Generalmajor und Kommandant. Königl. Polizeipräsident: gez. v. Minutoli.

Die nachfolgende Bekanntmachung der Bürgerwehr gibt Zeugniß über die dieser bewußtesten Macht von ihren Führern zurückgelegte Stellung in den gegenwärtigen verwickelten Verhältnissen. Wie vielen dieselbe wörtlich mit: „In Einverständnisse mit der hohen Nationalversammlung, die unter Schutze der Bürgerwehr die Berathungen zu einem Abschlusse zu bringen vermeinen wird, hat das unterzeichnete Kommando, die Majore der Bürgerwehr und der siegenden Korps ein stimmig beschlossen, der in unserer Stadt rücken den Militärmacht sich nicht gewaltsam entgegenzustellen. Sie fordern das Volk, welches ihnen so viele Beweise seines Vertrauens gegeben auf, ein gleiches dieser Weise zu verfahren. Dieser friedliche Widerstand gegen eine nicht berechtigte Uebermacht, wird sicher der Sache der Freiheit zum endlichen und gewissen Siege verhelfen. In diesem Sinne bekwören sie dahe hier Mitbürger, auch diesmal mit der Bürgerwehr Hand in Hand zu gehen. — Berlin, 10. November 1848 — Das Kommando der Bürgerwehr: die sämmtlichen Majore der Bürgerwehr und die sämmtlichen Führer der siegreichen Korps. — Nimpfel, gez. Nimpfel.

Die Kommandantschörden haben von Sr. Majestät auf ihre Adresse die Antwort erhalten, daß Se. Majestät von dem Benehmen der Stadt Berlin am heutigen Tage und insonders der Bürgerwehr seinen Entschluß abhängig machte werde. Die Truppen, an deren Spitze Wrangel rangiren ist, sind im Augenblick zum Theil am Schloß zum Theil auf dem Platze vor dem Schauspielhause aufgestellt. — Die Bürgerwehr wird heute das Sitzungsgebäude.

[] Berlin, 10. Nov Sitzung der Nationalversammlung. Eröffnung 2ʰ, Uhr Nachmittags. Ein Antrag der Abgeordneten: Waldeck, Jacoby, Berends, Philipps, Hildebrandt, Plötz und Wachsmuth auf Erlassung einer Proklamation an das preußische Volk „über die von der Staatsregierung ersolge Beeinträchtigung der Rechte des Volkes", wurde mit sehr großer Majorität (nur 10 Mitglieder stimmten dagegen) angenommen und in die Kommission zur Abfassung der Proklamation werden die Abgeordneten: Moritz, Eisner, Füst, Zachariä und Schulz aus Wuben gewählt. Eine Zählung der anwesenden Mitglieder ergibt die Anzahl von 252. — Die zur Entwerfung der Proklamation beauftragte Kommission kehrt zurück und verliest den Entwurf derselben. Der Entwurf lautet: „An das preußische Volk! Das Ministerium Brandenburg, welches gegen die fast einstimmig angesprochene Erklärung der Nationalversammlung die Leitung der Geschäfte des Landes übernommen, hat keine Thätigkeit darin begonnen, daß es einseitig die Verlegung des Sitzes der Versammlung nach

Brandenburg und die Vertagung befohlen hat. Die Versammlung der preußischen Volksvertreter hat diesen Eingriff in ihre Rechte dadurch zurückgewiesen, daß sie mit großer Majorität den Beschluß gefaßt hat, ihre Berathungen in Berlin fortzusetzen. In gleicher Zeit hat sie erklärt, daß der Krone das Recht nicht zustehe, die Versammlung wider deren Willen zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen, und daß sie diejenigen verantwortlichen Beamten, welche der Krone zu jener Anordnung gerathen haben, nicht für fähig erachte, der Regierung des Landes vorzustehen, vielmehr dafür halte, daß dieselben sich schwerer Pflichtverletzungen gegen die Krone, gegen das Land und gegen die Versammlung schuldig gemacht haben. Das Ministerium Brandenburg hat in Folge dieser Ereignisse die Versammlung für eine aufgelöschte erklärt, und durch Androhung militärischer Zwangsmaßregeln die Fortsetzung der Berathungen zu hindern versucht. Mitbürger! In dem schweren Augenblicke, wo die gesetzliche Vertretung des Volkes durch Bajonette auseinandergesprengt werden soll, rufen wir Euch zu: Haltet fest an dem errungenen Freiheiten, für die wir mit unserem Leben und unserem Blute einstehen. Aber verfasst auch keinen Augenblick den Boden des Gesetzes! Die ruhige und entschlossene Haltung eines mit Festigkeit und Mäßigung nach Freiheit ringenden Volkes, wird der Freiheit mit Gottes Hulfe den Sieg sichern!" — (Donnerader, lang anhaltender Beifall von der Versammlung an den Tribünen.)

Der Calomb wird einstimmig angenommen, und der Druck derselben in 40,000 Exemplaren beschlossen. Robert Blum beantragt die Tagesordnung, und das Abgeordnetenfest wird bis gegen 4 Uhr berathen. — Man hört Hornsignale von der Straße. — 4/4 Uhr. Präsident v. Unruh nimmt seinen Sitz wieder ein. v. Unruh: ich habe der Versammlung zu eröffnen, daß mir von dem Commandeur der Bürgerwehr mündlich mitgetheilt ist, es hätten sich Truppen in der Umgegend des Sitzungslocales aufgestellt. Auf die Anfrage: welche Veranlassung hierzu vorliege, hat der Gouverneur Generallieutenant v. Thümen dem Commandeur zu dem nächsthohern Vorgesetzten General v. Wrangel gewiesen. General v. Wrangel erklärte: er wünsche lebhaftest, seine Truppen in ihre Quartiere zurückzubringen. Auf die Erwiederung des Commandeurs: dem stände ja nichts im Wege, — fragte Herr v. Wrangel: Wieviel die Bürgerwehr hier stände? — Der Commandeur entgegnete: Die Bürgerwehr sei hier, um die National-Versammlung zu schützen. General v. Wrangel erklärte: dann sei er wolle die National-Versammlung schützen. Endlich fragte Herr Rimpler: Wie lange er denn hier zu stehen gedenke? Er erwiederte: Seine Truppen seien gewöhnt zu bivouaquiren, und wenn es 8 Tage dauern solle. Ich habe hierauf schriftlich dem Commandeur der Bürgerwehr erklärt: daß die National-Versammlung seinen andern Schutz wünsche, als den der Bürgerwehr, namentlich keinen militärischen. Ich erwarte die Antwort. — Neue Pause 4 Uhr. — Präsident v. Unruh: Die mündlich ertheilte Antwort lautet dahin: die Truppen werden unter keinen Umständen zurückgezogen werden. Die Antwort aus diesem Local sei Jedem gestattet. Dagegen würde der Eintritt des AD. vorbereiten nicht zugelassen werden, da der General eine National-Versammlung nicht mehr kenne, sie sei vertagt. Das Schreiben des Präsidenten der National-Versammlung an den Commandeur der Bürgerwehr könne er nicht entgegennehmen, weil er auch einen Präsidenten der National-Versammlung nicht kenne. (Unruhe; eine Stimme ruft: Verräther!) Das Haus werde geschlossen werden, sobald die Herren, die sich hier befänden, dasselbe verlassen hätten. — Der Commandeur der Bürgerwehr hat mir hierauf erklärt: Es erfordere die Ehre der Bürgerwehr und die Rücksicht auf die von mir hier ausgesprochenen Ansichten, daß die Bürgerwehr diesen Platz nicht verlasse, so lange ein Abgeordneter sich in diesem Hause befindet. — Ich bin anm der Meinung, daß durch diese Erklärungen des Truppenführers der Act militärischer Gewalt gegen uns vollzogen ist. Wir sind cernirt. Unter diesen Umständen hat die Versammlung meines Erachtens nur zu erklären: daß sie vor der militärischen Gewalt gewichen sei; sie hat ferner gegen diese Zwangsmaßregel Protest einzulegen und sich demnächst nach Vertagung der Sitzung mit der Bürgerwehr gemeinschaftlich von hier zu entfernen. — v. Berg: Ich würde mich dem Antrage nur unter der Voraussetzung anschließen, daß wir morgen früh ausere Sitzung hier fortzusetzen versuchen. — Präsident erklärt sich hiermit vollkommen einverstanden und verliest folgenden Protest: „Die Nationalversammlung protestirt gegen die wider dieselbe angewendete militärische Gewalt und erklärt, daß sie den Sitzungsfaal heute nur in Folge der militärischen Zwangsmaßregeln verlassen hat." — Wird einstimmig angenommen. — Präsident: Ich vertage die Sitzung bis morgen 9 Uhr; sie wird in diesem Locale fortgesetzt werden; wenn nicht gesetzwidrige Zwangsmaßregeln uns daran verhindern. — Unter Vortritt des Präsidiums verläßt die Versammlung, in Reihen geordnet, den Sitzungssaal. — (Schluß 5 Uhr.) —

△ Berlin, 10. November, 4 Uhr Nachmittags. Wir wissen noch nicht, welches Verfahren die Regierung dem passiven Widerstande gegenüber einhalten wird, den ihre Maßregeln eben so sicher finden müssen wie, wenn die Linke mit ihrem republikanischen Gelüste wieder zum Vorschrine kommen wird. Für den Augenblick hat sie es bedeckt mit einem breiten Fachsschwanze, der namentlich dem Hotel de Russie gegenüber wedelt, da dieß auf's bestimmteste seinen Austritt aus der Versammlung angezeigt hat, wenn die Linke irgend inkonstitutionelle Schritte sich erlauben sollte. Grund genug für die Linke zur größten Vorsicht und Klugheit, indem sie sonst sehr bald allein auf den Bänken des Kouzertsaales sitzen würde. Die Abschiedes der Regierung fallen nicht schwer zu erraten. In diesem Augenblicke läßt der Magistrat den Einmarsch von 15,000 Mann Soldaten, die bei den Bargern einquartirt werden sollen, durch Ecksanschlag anzeigen. Berlin wird sie mit entschlossener Ruhe empfangen. — Heute Morgen um 4 Uhr wurde die gesammte Bürgerwehr alarmirt. Um 5 Uhr trat die National-Versammlung in einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Um 9 Uhr versammelte Antwort der Bürgerwehrkommando's — mitgetheilt und vorgelesen. Endlich wurde mitgetheilt eine Adresse des Bezirkskomite der deutschen Arbeiterverbrüderung, unterzeichnet von dem Vorsitzende und den Vorstehern sämmtlicher Gewerke, worin sie mit Gut und Blut für die Versammlung einzustehen versprechen. Nachdem beschlossen die Versammlung den Maßregeln der Krone nur passiven Widerstand entgegenzusetzen.

Aus der Allheizung habe ich nur hervor, daß 253 Mitglieder anwesend waren, und daß nach einem Antrage Bornemann's die Berathung mehreiteller Gesetze ausgesetzt und Petitionen vorgenommen wurden. Das versprochene Militär ist da. In diesem Augenblicke, 3, Uhr Nachmittags, besetzt es den Platz am Schauspielhause. Die Bürgerwehr steht kompagnienweise, Gewehr bei Fuß, auf ihren Sammelplätzen mit Ausnahme der Abtheilung, die seit gestern in einem Quarree das Schauspielhaus umgibt.

†† Berlin, 10. Nov. Abends 6 Uhr. Die Truppen sind um 4, Uhr, an 13,000 Mann stark, mit klingendem Spiele eingezogen, durchaus Fußvolk mit 60 Geschützen. Wrangel selbst zog durchs Halische Thor ein, besetzte sogleich den Gendarmenmarkt, in dessen Mitte das Schauspielhaus liegt, umritt mit seinem Generalstabe den ganzen Platz, und schickte dann 5 Offiziere mit einem offenen Schreiben an den Präsidenten v. Unruh mit der Aufforderung, daß die in angeschlicher Weise tagende Versammlung das Schauspielhaus räume, sonst werde es militärisch besetzt werden. In der That verließ die Versammlung um 5 Uhr das Haus in Begleitung des Kommandanten der Bürgerwehr und mit der Ankündung, daß sie sich bis morgen 9 Uhr vertage. Nun zog auch die Bürgerwehr mit klingendem Spiele ab. Nur ein Bataillon von Kaiser Franz Grenadiere blieb auf dem Platze zurück. Nirgends fand das Militär Widerstand. Eigentliche Ruhestörungen fielen nicht vor, obgleich die Massen in Bewegung waren und an einigen Orten über Freudenbezeugungen, die von anderer Seite laut wurden, schimpften, während sie den abziehenden Abgeordneten und der Bürgerwehr Hurrahs ausbrachten. Die in herrlicher Haltung einrückenden Truppen boten einen prächtigen Anblick. Die Schloß- und Thorwachen sind bereits wieder vom Militär besetzt.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 120.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Ganzjährig 9 fl. Halbjährig 4 fl. Vierteljährig 2 fl. 30 kr.

Mittwoch den 15. November 1848.

Expedition: Perusastraße 1a/3 Nro. 4. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 15. November.

Se. Maj. der König haben unterm 10. Nov. den zu den erledigten Stellen bürgerlicher Magistratsräthe gewählten Gemeindegliedern der Stadt Baireuth: 1) Hafner Christoph Dorfmüller, 2) Uhrmacher Theodor Wagner, 3) Fabrikant Georg Kraus, 4) Schneider Georg Herold, 5) Fabrikant Heinrich Langheinrich die Bestätigung zu ertheilen geruht.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 13. d. M. allergnädigst bewogen gefunden, an dem Vegierungsrichter zu Kaiserslautern bis zum Wiedereintritte des bei der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt abwesenden Staatsprokuratorsubstituten Philipp Umbscheiden einen Substituten auf dem Status anzustellen, und hiezu den Friedensrichter Theod. Föll in Waldsischbach zu befördern, dann die hiedurch in Erledigung kommende Friedensrichterstelle in Waldsischbach dem Polizeikommissär Johann Nikol. Duy in Speyer zu verleihen.

Antwort des eidgenössischen Vororts auf die Note der deutschen Zentralgewalt.

Die Erwiederung auf die vordrische Note vom 5. vorigen Monats, welche Eure Exzellenz im Namen der provisorischen Zentralgewalt für Deutschland an den schweizerischen Vorort bereitet unterm 23. Oktober abhin zu richten im Fall gewesen waren, ist durch den Herrn Legationsrath v. Beurmann am 2. d. M. Nachmittags abgegeben worden, weshalb die Antwort darauf, um die sonst der eidgenössische Vorort nicht verlegen sein konnte, erst heute mit Gegenwärtigem erfolgt.

Nach den unumwundenen und loyalen Eröffnungen, welche bereits auf die frühere Note Euerer Exzellenz von Seite der schweizerischen Eidgenossenschaft abgegeben worden waren, mußte der eidgenössische Vorort in der Erwartung stehen, es würden dieselben geeignet gewesen sein Vorurtheile aufzuklären, und im Wesentlichen zu beruhigen. Er durfte sich dessen nicht verhehlen, daß seine Note in Vorahnungen dann ausgebeutet würde, längst wiederlegte Vorwürfe zu erneuern und in verletzendster Sprache vor Anschuldigungen hervorführen. Zur sich der eidgenössische Vorort in seinen Erwartungen getäuscht gefeben, so liegt es vermalen vollkommen in seiner Stellung, auf die vorliegende Erwiederungsnote nur in wenigen allgemeinen Zügen zurückzukommen, indem es nachgerade klar ist, daß man auf seine Auseinandersetzung nicht näher eingehen will, sondern auf der Behauptungsweise, wie man sich dieselbe von vornherein gebildet hat, ohne weitere zu beharren gesonnen ist. Der eidgenössische Vorort hätte zwar Grund und Ursache genug, auf manche Kränkungen hinzuweisen, welche abermals in so hohem Maße in der Erwiederungsnote gegen die Schweiz angehäuft sind. Es fühlt sich derselbe jedoch erhaben über den vorherrschend verletzenden Ton in derselben, und auch er hat die bestimmte Ueberzeugung gewonnen, daß der Wechsel bitterer Worte zu keinem Ziele führen kann, und daß wenn ein gedeihliches Resultat gewonnen werden soll, man sich auf bestimmte Thatsachen zu beschränken habe: während er hinwieder gegen die Art und Weise, wie der Gedankengang in seiner Note vom 5. v. M. in der neuerlichen Depesche wieder gegeben und bis zur Unkenntlichkeit entstellt wird, Angesichts der schweizerischen wie der deutschen Nationen auf das bestimmteste sich verwahrt.

Wenn Eure Exzellenz sich veranlaßt fanden, die Behauptung aufzustellen, daß Anklagen der Saumseligkeit, der Nachgiebigkeit, ja der Mitschuld schweizerischer Behörden an den gesetzwidrigen Thaten der Flüchtlinge in den Archiven der Schweiz Raum genug einnehmen, so muß dieses abermals als eine völlige Verkennung der Verhältnisse, und wenn nicht geradezu als eine absichtliche doch als eine auffallende Außerachtlassung aller derjenigen Schritte berichtet werden, welche nach den unzweideutigsten Nachweisen der Gerichthe von der schweizerischen Eidgenossenschaft gegenüber den Flüchtlingen und zur Aufrechthaltung der internationalen Verpflichtungen selbst mit großen Opfern gethan worden sind. Hingegen hat die schweizerische Eidgenossenschaft sich der nämlichen loyalen Politik von Seite ihrer Nachbarn und namentlich auch von Seite gewisser Staaten, in deren Namen die deutsche Zentralgewalt auftritt, nicht immer zu erfreuen gehabt: wenn man sich nur daran erinnern will, daß vor kaum einem Jahr eine gegen die rechtmäßige Bundesgewalt ausländische Partei durch alle möglichen Mittel, durch Geld, Waffen, Munition, selbst durch Heerführer und andere Kampfbehülfen unterstützt worden ist. Diese letztere Bemerkung wird jedoch keineswegs deßhalb vorgebracht, um das Recht der Wiedervergeltung zu beschönigen, wenn die Schweiz bedauf der Beschönigung nicht, weil sie sich bewußt ist, in guten Treuen stets gehandelt zu haben; es soll damit nur der beiderseitige Rechtsboden genauer festgestellt und ein unverdienter Angriff gerechtfertigt zurückgewiesen werden.

Der eidgenössische Vorort hat in seiner frühern Depesche mit aller zweideutigsten Willen aufgesprochen und bethätigt, nach Maßgabe seiner Kompetenz überall da einzuschreiten, wo von Seite einer schweizerischen Kantonalregierung eine Verabsäumniß des Völkerrechtes, eine Konnivenz gegen rubelderischen Treiben der Flüchtlinge zu Tage getreten sein sollte; er hat hiezugegen aber auch die Zumuthung abgelehnt und ablehnen müssen, auf bloß allgemeine Gerüchte hin gegen Regierungen einzuschreiten, deren ehrenhafter Charakter über allen Zweifel erhoben ist und die in einem entgegengesetzten Verfahren mit Recht eine Beleidigung ihrer Würde hätten erblicken müssen. Der eidgenössische Vorort darf es mit Zuversicht dem öffentlichen Urtheile anheimstellen, ob er zu weit gegangen, wenn er zu Begründung der so schweren Anklagen nähere Nachweisungen verlangen zu sollen geglaubt hat, und ob es die Würde des großen Deutschlands versetzt hätte, wenn die Daten, in deren Besitz man zu sein behauptet, wirklich auch angegeben worden waren. Statt hierauf sich einzulassen, wiederholt die Erwiederungsnote lediglich nur die früheren ganz nackt und in ihrer Unthatsächlichkeit nachgewiesenen Klagen mit dem Beifügen, daß ein kontradiktorisches Verfahren zwischen Regierungen über weittragende Dinge nicht in der Sitte der Völker liege. Es soll hier gar nicht in Abrede gestellt werden, daß die Flüchtlinge in Muttenz Versuche erhalten haben: im Gegentheil weist als bestimmt angenommen, daß unter jenen Umständen, wie Eurer Exzellenz Note sie zu nennen beliebt, sich Korpyphäen der ersten deutschen Kammern und selbst Mitglieder der deutschen Nationalversammlung befunden haben, denen der Eintritt auf das Schweizergebiet ohne Beeinträchtigung der nachbarlichen Gastfreundschaft nicht hätte verjagt werden können; es ist aber auch Thatsache, daß diese Versuche denjenigen seiner des ersten Auftauchens überführten, welcher vor einer zweiten Schilderhebung mit aller Entschiedenheit abgemahnt und jeder Mitwirkung dazu durch freiwillige Verbannung sich entzogen hat.

Von Flüchtungen der Flüchtlinge längs der Grenze des Kantons Aargau zum Zwecke der Invasion, kann umso weniger im Ernste die Rede sein, als es amtlich ermittelt ist, daß im Kanton Aargau zur Zeit des zweiten Aufstandes im Ganzen nur 25 Flüchtlinge sich befanden, von denen wiederum nur 10 sich zur Theilnahme an der zweiten Insurrektion im Großherzogthum Baden verleiten ließen, welche jedoch sämmtlich unbewaffnet und sogleich vom schweizerischen auf das badische Gebiet übergetreten sind. Selbst in sind die in der früheren Note bereits angedeuteten Maßregeln gegen die Flüchtlinge, so viel dem Vorort bekannt, überall genau zur Vollziehung gekommen, und es liegen hinlängliche Beweise vor, daß die Reklamationen der großherzogl. badischen Bezirksämter bei den zuständigen schweizerischen Behörden alle Berücksichtigung gefunden haben, während Anfragen von den jenseitigen Stellen die verlangten konventionsmäßigen Bedingungen selbst in der obschwebenden Angelegenheit nicht allemal erfüllt worden sind. Wie sehr es sowohl den Kantonsregierungen, als dem eidgenössischen Vorort Ernst ist, die völkerrechtlichen Verpflichtungen getreu zu erfüllen, dafür mögen die von den Gerichten des Kantons Bern gegen die Theilnehmer am ersten badischen Aufstande ausgefällten Strafurtheile, welche bis im Kanton Zeffin zur Aufrechthaltung der Neutralität getroffenen Maßnahmen vollgültiges Zeugniß abgeben. Mit Rücksicht auf alle diese Umstände muß daher der eidgenössische Vorort die Insinuationen, als hege er eine den Nachbarstaaten und insbesondere Deutschland feindselige Tendenz, mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Abermals hat der eidgenössische Vorort die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß die Quellen, aus welchen die jenseitige Note ihre Thatsachen geschöpft hat, keineswegs zu den verläßlichen gehören, sondern daß die Berichte von solchen Personen eingegeben sein müssen, welche ein Interesse daran hatten, die Schweiz und ihre Behörden in einem möglichst gehässigen Lichte darzustellen, ihre Verfolgungswuth als eine den Nachbarstaaten feindliche zu charakterisiren, die Flüchtlinge auf alle mögliche Weise zu unaufrechtlichen Schritten zu provoziren, selbst von solchen Individuen, großherzoglich badischen Beamten, Zollwächtern, Gensdarmes u. s. w, welche in Augen, die sie für sich unsicher glaubten, sich selbst, Weib und Kind auf das schweizerische Gebiet retteten, die nun aber keinen besseren Dank müssen, als in unerschöpflichen, wenn gleich haltlosen Klagen sich gegen dasjenige Land anzulassen, welches ihnen muthlos Existenzen z. B. eine gesicherte Stätte bereitwillig gewährt hatte. Zum Beweise auch, wie selbst da, wo vollkommene Oeffentlichkeit herrscht, die Vorkommenheiten auf eine

schiede und unrichtige Weise geschildert werden, hebt der eidgenössische Vorort in der Erwiderungsnote die Stelle hervor, in welcher dieselbe sich folgendermaßen vernehmen läßt: „Es darf hier an die Thatsache erinnert werden, daß über die deutsche Note vom 30. Juni d. J. in der Tagsatzung mehrere Wochen hindurch bevor irgend eine Antwort erfolgte, in einem Tone verhandelt wurde, welcher zu jener Zeit einem Vertreter Deutschlands den Aufenthalt in der Schweiz unmöglich gemacht haben würde. Es ist nun aber die Gegenheit als unwiderlegbare, auf den Akten zu erhärtendes Faktum, daß über diese tragische Note im Schooße der h. Tagsatzung ein einziges Mal verhandelt, und daß dieselbe sodann bis zur Berichterstattung durch die Kommission nicht weiter zur Sprache gekommen ist.

Der Schluß sei sich die Erwiederungsnote dahin aus, daß die deutsche Zentralgewalt sich zu ihrem lebhaften Bedauern genöthigt gesehen, Entschließungen zu fassen, und Vorkehrungen zu treffen, deren Abwendung allein in den Händen der obersten Gewalt der Schweiz liege; sie trage aber den sehnlichsten Wunsch, eine Beschließung außer Kraft treten zu lassen, nach deren ihrer Folgen den Verwohnern beider Länder empfindlich sein werden, und Eure Exzellenz hatten Befehl auf der Stelle hiezu Anlaß zu geben, sobald auf das jenseitige Verlangen, welches in seinem vollen Umfange wiederholt werden müsse, eine bereitwillige und versöhnliche Antwort zugekommen sein werde.

Diese beleidigende und versöhnende Antwort glaubt der eidgenössische Bauer thatsächlich gegeben zu haben, theils indem er mit Bezugnahme auf seine frühere Note die erhobenen Anklagen in ihrer Unbegründetheit zurückweist, und theils indem er auf die Garantien aufmerksam macht, welche zur Verhütung von Beunruhigung der Nachbarstaaten von sämmtlichen schweizerischen Regierungen mit aller Bereitwilligkeit aufgestellt worden sind. Auch seinerseits wußte es der eidgenössische Vorort sobald dahin bewenden, wenn die freundschaftlichen und wohlwollenden Beziehungen, in welche zu den neuerdings gestörten Nachbarstaaten, gleich wie vor den jüngsten Unruhen gestört werden sollten, und wenn in den abgegebenen ruhigen Erklärungen nicht hinlänglichen Grund sich finden ließe, ein gutes internationales Verhältniß wieder anzubahnen. Allein feinerseits gerecht es dem eidgenössischen Vorort zu hoher Beruhigung, daß nicht aus seiner Handlungsweise der Ursprung des Zerwürfnisses hergeleitet werden kann. Der eidgenössische Vorort, von jeher des Einschüchterungspolitik fremd, wird auch fernerhin, so lange er noch zur Leitung der schweizerischen Angelegenheiten berufen ist, nur die Gebote der Ehre sich zur Richtschnur dienen und niemals durch andere Rücksichten von dieser seiner Lebensmaxime sich abbringen lassen.

Nach den Grundsätzen des Völkerrechts kann die Achtung, welche eine Nation der andern schuldig ist, weder nach der geographischen Größe des Landes, noch nach der numerischen Stärke der Volksmassen bemessen werden; eine Nation ist der andern gegenüber vollkommen ebenbürtig, und jede hat auf das nämliche Maaß von Rücksicht Anspruch, welches sie auch der andern angedeihen lassen soll. Die schweizerische Nation, stark durch ihre Einigkeit, durch ihren glücklich geordneten innern Staatshaushalt, wird auch fernerhin die Forderungen an sie gestellt sind über ungerechtfertigte und zweifelhafte Vortheile zu pegen wissen. Sie will allzeitigen Prüfungen, die über sie verhängt sein sollten, mit jenem Starkmuthe entgegen gehen, der sie schon trübere Tage, ihrer Ursprungs und providentieller Bestimmung würdig, hat überwinden lassen. Sollte jedoch die Schweiz durch unbillige Zumuthungen ihrerseits zu Maßregeln gezwungen werden, welche mit den Grundsätzen der Humanität im Widerspruch stehen, so müßte der eidgenössische Vorort die Verantwortung dieser beklagenswerthen Folgen von der schweizerischen Eidgenossenschaft, Mit- und Nachwelt, auf sich Feierlichste ablehnen und denjenigen nach ihrer ganzen Inhaltschwere überlassen, welche gerechten Gegenvorstellungen kein Gehör schenken zu sollen geglaubt hatten. Der eidgen. Vorort benützt den Anlaß ꝛc. Bern, den 4. November 1848.

Deutschland.

Frankfurt, 10. Nov. (D. Z.) Die Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung, daß die Bundesausstände solcher Staaten, welche unter 6000 Mann stellen, entweder zu selbstständigen Truppenkörpern mit der unmittelbarer Leitung der Reichsgewalt vereinigt werden oder ihre Rechte in Bezug auf das Heerwesen einem größeren Staate übertragen und sich diesem anschließen," wird wohl auf die letztere Weise stattfinden, da die Bildung eines Heertheiles aus den Ausätzigen, z. B. von Schaumburg-Lippe, Lichtenstein, Mecklenburg-Streitz geographisch unthunlich, in der Verwaltung ebenso kostspielig als die bisherige Einrichtung sein, und bei der Unmöglichkeit ihrer Vereinigung auch kein zusammenstimmendes Pflichtgefühl Gutes liefern würde. Wird der zweite Weg eingeschlagen, so ergeben sich folgende Heeresstheile: 1) Oesterreich mit Lichtenstein; 2) Preußen mit Dessau; 3) Bayern; 4) Niedersachsen: Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Lippe, Bremen; 5) Obersachsen; 6) Württemberg; 7) Baden mit den beiden Hohenzollern; 8) Hessen-Darmstadt mit Homburg, Nassau und Frankfurt; 9) Kurhessen mit Waldeck; 10) Thüringen: die großherzoglich und herzoglich sächsischen Länder, Reuß, Schwarzburg (Weimar Vorort); 11) Nordalbingien: Holstein, Lauenburg, Schleswig, Hamburg; 12) Mecklenburg und Lübeck (Mecklenburg-Schwerin Vorort).

Bayern. — **München, 14. Nov. In einem Artikel der Allgemeinen Zeitung aus München vom 12. November wird mitgetheilt, der „Bürgerverein für Freiheit und Ordnung" habe beschlossen, in einer Eingabe an das königl. Ministerium des Innern das „Betreuben" des Vereins über die noch nicht erfolgte amtliche Verkündung der Reichsgesetze in Bayern, so wie die Hoffnung auszusprechen, daß dieselbe unverzüglich geschehen werde. Wie glaubten darauf aus zuverlässiger Quelle versichern zu können, daß die bayerische Regierung nicht erst irgend einer besonderen äußeren Anregung bedurfte, um die königliche Verkündung anzuordnen. Der förmliche Beschluß dazu war schon eher gefaßt, als die Sache im Bürgerverein für Freiheit und Ordnung zur Sprache gebracht wurde, und das Regierungsblatt war gleichfalls mit der bereits erlassenen Reichsgesetzen belangen.

Großh. Hessen. — Anfang November. Das Abweichen ist eine ziemliche Anzahl preußischer Reichsstimmen einquartirt, was wohl einerseits seinen Grund in den republikanischen Hetzereien hat, die in einigen Gegenden nicht ohne Anklang geblieben sind, ohne indeß in erheblichen Thatsächlichkeiten zu führen, theils auch mit der Bildung des Lagers bei Kreuznach zusammenhängt. Am meisten demokratischen Wesen aber Unwesen ist wohl in Worms anzutreffen, wo ein Schlosser und gewanter Agitator, Dr. v. Löhr, an der Spitze steht und verwöge seines ausgezeichneten Organisationstalentes alle seiner Richtung ergebenen Elemente zusammenzufassen und fast unumschränkt zu beherrschen versteht. Unter seiner Fahne streiten Bamberger in Mainz und Haas in Alzei, zwei junge, kaum der Universität entwachsene Menschen. Ihr Figurant in Frankfurt ist der Abgeordnete Wyh, der nun bem nächst viel zu sagen ist, weil daß er dort auf den Bänken der äußersten Linken sitzt und stimmt, und gelegentlich die Aufträge dort expedirt, welche ihm von den obengenannten Herren zugehen. Der letzten einer ging dahin, daß man doch das „fremde" Militär aus Rheinhessen entfernen möchte, was seine Freunde sehr wünschten. Die wünschten es auch, aber aus einem andern Grunde, nämlich, damit die Revolutionsarbeit ungestörter vor sich gehen könne. Die Provinz Rheinhessen ist jetzt gesunder Sinn, daß allen Wühlereien zum Trop eine bedeutende Störung der Ordnung möglich ist. Selbst wie dem kürzlichen Demokratenlarm gerade es schon bezeugt. (N. Freib. Z.)

Kurhessen. — Kassel, 9. Nov. Ersteren wurde hier Alarm geschlagen; Militär und Bürgerwehr traten unter Waffen. Bei der Nachtwache in der Nachbarschaft zu der reichsfeindseligsüchtigen Gesinnung des Kommandanten hatten sich arge Scenen und Unordnungen bei zu dem Ende im Stadthause sitzenden Kommission ereignet, in deren Folge es zu Thätlichkeiten gegen einen öffentlichen Beamten gekommen ist. Starke Demonstrationen der Bürgergarde haben die Gegend des Stadthauses und dessen Räume besetzt, die Menge entfernt und einige Personen zur Haft gebracht. Weitere Verhaftungen haben bis jetzt nicht stattgefunden. „Kassler Zeitung" theilt seit einigen Tagen den Landtagsabschied vom 1845 mit. In demselben erhalten die Beschlüsse der eben geschlossenen Ständeversammlung die landesherrliche Bestätigung; zugleich ist darin die Anerkennung der Zentralgewalt unumwunden ausgesprochen.

Königr. Sachsen. Leipzig, 12 Nov. Der Stadtrath hatte auf die Interpellation von der Gesangsabtheilung M. Blum's eine Adresse an das Ministerium des Auswärtigen um (freilich zu späte) Verwendung desselben für R. Blum und etwaige andere in Wien verhaftete Leipziger erlassen. Sie lautet, wie folgt: „An das k. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu Dresden. Eingegangenen Nachrichten zu Folge soll unser Mitbürger Rob. Blum, welcher sich vor Allerhöchst Ihrer Regierung, deßhalb verhaften worden sein. In der Möglichkeit vorhanden, daß dieses Loos noch anderer unserer Mitbürger betroffen. Aufgehend nun von dem Grundsatze, daß es Pflicht der Vertreter einer jeden Gemeinde sei sich ihrer im Auslande befindlichen Angehörigen anzunehmen und dieselben nach Kräften vor sie gefährenden Maßregeln zu schützen, richten wir an das königl. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die ehrerbietige Bitte, diesen Gegenstand mit allen uns zu Gebote stehenden Wege sofort sichere Aufkunft über jene Nachrichten zu erlangen suchen, und dafern sich ergeben sollte, daß Angehörige unserer Stadt in Folge der jüngsten politischen Ereignisse zu Wien wirklich verhaftet worden, sich nach Besinden für deren alsbaldige Freilassung kräftigst verwenden. Leipzig, den 9. November 1848. Der Rath und die Stadtverordneten.

Schleswig-Holstein. Der Reichskommissär Stedmann hat folgendes Schreiben an die Regierung erlassen: „Einer hohen gemeinsamen Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein erwiedere ich auf das so eben erhaltene Schreiben vom heutigen, daß nachdem Art. 7 des Waffenstillstandes sämmtliche Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln, welche seit dem 17. März sowohl in Dendsburg und Schleswig als in Kopenhagen für die Herzogthümer erlassen worden sind, im Augenblick der Amtsantritues der gemeinsamen Regierung ohne Ausnahme ihre Gültigkeit verloren haben, daß aber nach den Art. 7 und 11 des gedachten Staats-Vertrages durchaus keine Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln weder mit noch ohne Klauseln wieder in Kraft gesetzt werden konnten, welche irgend etwas dem Frieden Vorgreifendes enthielten. Ich kann daher nach meinem Auftrage, über die Ausführung des gedachten Vertrags zu wachen, nicht anerkennen, daß alle in der Verordnung vom 22. d. M. wieder in Kraft gesetzten Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln auch mit den hinzugefügten Klauseln für die Dauer des Waffenstillstandes in ihrer Rechtsgültigkeit „nicht beeinträchtigt" sein sollen, wie der Ausdruck im heute erhaltenen verehrlichen Schreiben lautet. Ich bin aber bereit, nach der mit dem dänischen Kommissarius unter dem 28. v. M. getroffenen Vereinbarung, welche ich wie alle Verträge heilig halten muß, Alles

thatsächlich und unverzüglich als Verwaltungsmaßregel gelten zu lassen, was die hohe Regierung anordnen wird und irgendwie als mit den Verträgen und Reichsgesetzen vereinbar und für das Wohl der Herzogthümer, welches der Reichsregierung und der gesammten deutschen Nation so theuer ist, nach Art. 7 des Wiener Schlußacts „unerläßlich und erspießlich“ erkannt werden kann. Es wird der hohen, gnadenreichen Regierung einleuchten, daß wohl die letztgedachte Verordnung vom 28. auch die thatsächliche Aufrechthaltung mancher Anordnungen wenigstens dänischer Seits zu klagen hätte Veranlassung geben können, welche jetzt unzulässig sind. (gez.) Stedmann, Reichskommissarius.“

Schleswig. 6. Nov. Das Bureau der Landesversammlung trat heute Abend in Veranlassung des Stedmann'schen Protestes, wie sich erwarten ließ, zu einer Berathung über die etwa nöthig gewordene Berufung der Landesversammlung zusammen.

Hamburg, 6. November. Der Reichskommissär Hr. Stedmann, von seinem Gesandten, Hrn. Mahl, begleitet, ist heute angekommen und gestern nach Lübeck weiter abgereist. Man sieht in Lauenburg erwartet, um die gemeinschaftliche Regierung zu installiren. Der Herzog von Augustenburg ist von 60 jungen Leuten breiten eingeholt, wieder in Gravenstein eingetroffen; seit vielen Monaten sieht er zum ersten Male einen Theil seiner verloren geglaubten Güter wieder. Die vorzunehmende neue Wahl nach Frankfurt regt nicht nur den zweiten Wahlbezirk, sondern das ganze Land auf, es klagt sich, wer wird gewählt werden oder Oldenburg, einer von beiden wird es gewiß, da das Land keinen dritten den beiden Vorzuziehen gegenüber zu stellen hat. (D. A. Z.)

Preußen. Berlin. Folgendes ist das gestern erwähnte an H. v. Unruh von dem Ministerpräsidenten Grafen Brandenburg gerichtete und im Laufe der Nacht vom 9. auf den 10. überreichte Schreiben:

„Ew. Hochwohlgeboren haben in Ihrem Circularschreiben an den Schreiben vom heutigen Tage von dem Inhalte mehrerer Beschlüsse Mittheilung gemacht, welche die National-Versammlung gefaßt haben soll, nachdem die Vertagung bereits erfolgt war. Ich halte mich verpflichtet, Sie darauf hinzuweisen, daß derartigen Beschlüssen nicht nur völlig ungesetzliche und nichtige sind, sondern auch die Eigenschaften, welche darum Ihnen genommen sind, der Anmaßung von Hoheitsrechten und eines Vergehens wider die Verfassung strafbig gemacht haben. Indem ich Ew. v. überlasse, den Inhalt dieses Schreibens zur Kenntniß der Abgeordneten zu bringen, welche die gesetzlichen Schranken überschritten und dem Befehle Sr. Maj. des Königs den schuldigen Gehorsam verweigert haben, gebe ich Ihnen zu erwägen, daß die sowohl mit den Abgestrafen, welche die Regierung des Königs zu schwer verletzt haben, die volle Verantwortung trifft wegen der aus diesen ungesetzlichen Schritte etwa entstehenden unglücklichen Folgen. Berlin, 9. Nov. 1848.“

Oesterreich. • Wien, 11. Nov. In der Nacht vom 9. auf den 10. d. Mts. ging der Banus Jellachich mittelst eines Cavallerie der Gisenbahn über Gloggnitz nach Ungarn ab, um das Commando statt des F. M. L. Dahlen dort zu übernehmen. — Die Ruthenen aus Galizien haben dem Kaiser eine Loyalitätsadresse nach Olmütz übersendet. — Die Bürgerschaft von Kornneburg bei Wien hat am 4. Nov. eine Danksagung an den Fürsten Windischgrätz abgeschickt, worin die Bewunderung über die Tapferkeit der Mannszucht der Truppen ausgesprochen und dem Marschall für die Erlösung von der Schreckensherrschaft einer rebellischen Faktion der wärmste Dank mit dem Versatze gezollt wird, daß nächst dem Monarchen vorzugsweise ihm und seinen braven Truppen die Rettung der Monarchie zu danken sei. Mit dieser Adresse überbrachte die Deputation auch ein namhaftes Geschenk an Lebensmitteln für die Truppen.

Die neuesten Nachrichten aus Krakau vom 6. bringen Gerüchte aus Lemberg bis 4. Morgens. Nach ausgebrochenem Aufstand der Aula, welche die Hetze des Pöbels aufgehetzt hatte, entschloß sich Feldmarschall-Lieutenant Baron Hammerstein alsogleich zu einem Bombardement, welches 3 Stunden dauerte, wo die Insurgenten geflüchtet. Hierauf wurden das Stadthaus, das alte Theater, die polytechnische Schule nebst vielen Privathäusern ein Raub der Flammen. In Folge dieses Bombardements entschloß sich die Stadt zu kapitulliren unter nachstehenden Bedingnissen: „Die Skutentenlegion ist aufgelöst, der polnische Adel, der überall aufgestanzt war, bleibe abgeschafft, die Nationalgarde wird aufgelöst und treugesinnter, und die polnischen fremden Truppen, meistens Emissäre des Kossuth, auf südslavische Kosten abgeschafft.“ Sonach hat die österreichische Armee auch diesen Theil der österreichischen Monarchie für die Gesammtmonarchie erhalten. Das Feuer dauerte am 4. bis 4 Uhr Morgens fort, und viele höhere Häuser sind von Grund aus abgebrannt. — Eben eingehenden direkten Nachrichten aus Lemberg vom 5. zufolge dauert das Feuer in der ganzen Stadt gänzlich, die Nationalgarde und der Ueberrest der akademischen Legion entwaffnet, und die strengsten Maßregeln ergriffen, um die fremden Aufwiegler festzunehmen. Die vom Land herbeigeeilten Bauern, welche den k. k. Truppen zu Hülfe eilen wollten, ziehen sich zurück und fangen alle revolutionären Flüchtlinge auf, um sie dem Feldmarschallieutenant Hammerstein auszuliefern. (Wien. Ztg.)

Schweiz.

Freiburg. Der radikale Freiburger Conseiller erzählt nun den großen Aufstand in Chatel St. Denis, welcher das Werk einer weitverzweigten Verschwörung sein sollte, folgendermaßen: Am 23. war Jahrmarkt in Chatel, Alles wartet ruhig und Morgens 2 Uhr (n. 24.) war noch keine Spur von Bewegung da. Um halb 4 Uhr vernahm man plötzlich, die Insurgenten hätten sich des Schlosses bemächtigt und das Haus des Regierungsstatthalters sei von ungefähr zwanzig mit Sensen und Flinten bewaffneten Männern umringt. Als er an einem Fenster bemerkt wurde, ging ein Schuß auf ihn, der ihn nicht traf, ein Dutzend Menschen traten nun bei ihm ein, erklärten ihm, er sei gefangen und führten ihn Namens der provisorischen Regierung nach dem Schlosse. Inzwischen sammelte sich auch dem ersten Schrecken die Bürgerwache in der untern Stadt, hielten gemäß die Insurgenten in Schranken und trieben sie zusammen. Die Bürgerwache schickte sich an, sie im Schlosse anzugreifen, als auf den Zuspruch von Altschultheiß Desgilz sie bewogen wurden, Alles zu Gute! Die wenigen dieser Insurgenten waren aus der Gemeinde Attalens nahe bei Chatel St. Denis. — Wahrlich ein parlurimt montes! —

Großbritannien.

• **London,** 8. Nov. Man spricht davon, daß Lord Auckland an die Stelle des Grafen Clarendon zum Lordstatthalter von Irland ernannt werden soll. — Lord Palmerston hat mit dem Präsidenten der Republik Liberia einen Freundes- und Allianz-Vertrag abgeschlossen. — Die Cholera scheint an ihrer Intensität zu verlieren. Die Zahl der Erkrankungen nimmt täglich ab. — Konsols.: 85 1/4—86.

Frankreich.

△ **Paris,** 9. Nov. Die Präsidentschaftsfrage nimmt eine immer einfachere Gestalt an, es wird ein Kampf zwischen drei Kandidaten werden. Was nicht zu den „Rothen“ gehört wird größtentheils für Ludwig Napoleon oder den General Cavaignac stimmen, und die Rothen ihre ganze Kraft für Ledru Rollin aufbieten. Die Generale Bedeau und Changarnier sind bereits von ihren Kandidaturen zurückgetreten, Marschall Bugeaud hat bereits in Briefen, die hier wie in den Departements im Umlauf sind, das Gleiche gethan, und seine Freunde aufgefordert, ihre Stimmen auf den Namen des Kaisers zu vereinigen. Marschall Bugeaud war schon früher in Afrika mit General Cavaignac zerfallen, und wenn er daher jetzt gegen denselben wirkt, mag sich das leicht erklären. Von einer ernstlichen Kandidatur des Hrn. v. Lamartine kann wohl auch kaum mehr die Rede sein. Sein Blatt das „Bien-public“ zeigt sich Ludwig Napoleon entschieden feindselig, um so freundlicher für den General Cavaignac. Dieser hatte gestern einige seiner vertrauten Freunde zu sich zu Tische geladen, und ihnen bei dieser Gelegenheit sein Manifest vorgelesen, das am nächsten Sonntag im National erscheinen soll. Indessen glaube ich mit Bestimmtheit jetzt sagen zu können, daß der passive General sich vergebliche Mühe gibt. Die Franzosen wollen wieder einen Herrn und Meister, und als solchen nehmen sie den General Cavaignac nicht ernst. Nehmen wenig Napoleon kann ihnen freilich auch nicht bieten als seinen Namen, an den sich die Erinnerung von mehr als einem schönen Streich, keine von einer wirklich großen That knüpft: aber in Frankreich thut ein Wort, ein Name mehr als anderwärts, und wenn die Erwartungen, die man an diesen Namen knüpft, gerechter werden, wie wahrscheinlich, so steht bereits ein neuer Name bereit, der in den Herzen von Millionen stets fortlebte und im entscheidenden Augenblicke all der eines Meineid und alter Noth freudig begrüßt und anerkannt werden wird. Die Phrasenschaft Ludwig Napoleons — das steht jeder der die Augen vor dem Tagelicht nicht verschließen will — ist nur die Stütze für die Rückkehr des Gutzgen zum Vorbrauch. Ludwig Napoleon will den Kaiser spielen wollen, oder fängt damit vielmehr jetzt schon an, und da er nicht der Mann dazu ist, der solcher Rolle gewachsen wäre, so wird er binnen Kurz ausgespielt haben. Ludwig Napoleon wohnt auf dem Wendonerplatze. Vor einigen Tagen erschienen da zwei Abgesandte der Nationalgarde, sprachen mit ihm von seiner wahrscheinlichen Erwählung und von den Mitteln, deren Anwendung zu gerathen wäre, um den Erfolg seiner Kandidatur sicher zu stellen. Ludwig Bonaparte dankte ihnen sehr freundlich für ihren Eifer; ihre Rathschläge aber nahm er weder an noch lehnte er sie ab, sondern er führte sie ans Fenster, und sprach blos, indem er auf die auf der Vendomesäule stehende Bildsäule des Kaisers deutete, die Worte: „der große Mörder, sehr sieht da oben.“ Andererseits erzählt man, daß Ledgerorente aus den Vorstädten zu ihm gekommen seien, um ihn einzuladen zum Vorsitz bei einem Bankett von 10000 Arbeitern zu übernehmen. Aber er lehnte sämmtlich ab unter dem Vorwande, Ruhestörer könnten die Sache zu Demonstrationen gegen die Ordnung benützen. — Zu dem Kongresse der Provinzialdrevse, auf welchem gleichfalls die Wiederherstellung des Kaiserthrones beraten soll, sind bereits zahlreiche Vollmachten von Gemeinden aus den Departementen eingetroffen. Der Kongreß wird bekanntlich am 15 eröffnet. — Die Regierung soll sich in Folge schlimmer Nachrichten aus dem La Plata zur Absendung zweier Kriegsschiffe mit 900 Mann Landungstruppen an Bord dahin entschlossen haben. — Nach einem weiteren Gerüchte hätte der Kaiser Nikolaus zum Generalissimus, französischen Minister zu St. Petersburg, das große Band des St. Michaels-Ordens verliehen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 13. Nov. Bayer. 3 1/2 proz. Obligationen 75 1/2 pr. 75 G. 4proz. 86 G. Bankaktien 11. Gemeiner 575 G. Prämeschein 35 P. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 950 G.

Wien, 10. Nov. In der vielemal nun eine Woche später erfolgten 195. Verlosung der ältern Staatsschuld wurde die Serie 23 gezogen, welche Bankobligationen zu 5 Prozent nah zwar von No. 16847 bis 17485 inclusive und 2 Prozent in 6. Domestikalobligationen von No. 15 bis 49 inclusive enthält. Diese Obligationen betragen zusammen ein Kapital 973459 fl. und an Zinsen

nach dem herabgesetzten Fuße 24574 fl. 11½ kr. Die heutige Börse war nicht sehr belebt.

Paris, 9. Nov. 3proz. 42.30. 5proz. 64.85. **Sachsen.** —. Bankaktien 1365.—. Staatsobligationen 1102.50. Wien Kourse 365.—. Hanau 170.—. Marseille 155.—. Basel 77.50 Bierzon 220.— Boulogne 135 —. Bordeaux 363.75. Nordbahn 342.50. Montereau —.—. Lyon —.—. Straßburg 327.50. Nantes 310.—. Dieppe —.—. Seraux —.—. Montpellier —.—. La Teche —.—.

Lyon. —. Paris —. St. Germain —.—. Versailles (rechte) —.—. (linke) —.—. Orleans 580.—. Rouen 365.—. Havre 170.—. Marseille 155.—. Basel 77.50 Bierzon 220.— Boulogne 135 —. Bordeaux 363.75. Nordbahn 342.50. Montereau —.—. Lyon —.—. Straßburg 327.50. Nantes 310.—. Dieppe —.—. Seraux —.—. Montpellier —.—. La Teche —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Verkehr auf den königl. bayer. Eisenbahnen im Monat Oktober 1848.

Bahnstrecken.	Personen.		Frachtgüter.		Bagage, Equipagen, Vieh ꝛc.	Gesammt-Summe der Einnahmen.
	Zahl.	Einnahme.	Gewicht.	Einnahme.	Einnahme.	
		fl. kr.	Ctnr. Pf	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
München - Donauwörth - Kaufbeuern	14412	37482 22	34917 8	11457 35	4289 50	53229 47
Nürnberg - Neumarkt	37819	23984 47	51530 26	8721 54	1965 29	34672 10
Summa:	51931	61467 9	86447 34	20179 29	6255 19	87901 57

München, den 12. November 1848.

Bekanntmachungen.

Fremdenanzeige.

Hotel Manlik. Baron v. Bieg, Rentier, von Wien. v. Somerois, Privatier, von Magdeburg. Römer, Fortifikator, von Oldenburg. Michel, Kaufmann, von Osnabrück.

Gold. Kreuz. Sings, Rentier, von London. Chergeni, Propriétär, Milan. Mad. Siegell, Hauptmannsgattin, aus Slavonien. Linn, Kaufmann, von Berlin. Bender, Kaufmann, von Mannheim. Spitta, Kaufmann, von Nürnberg.

Gold. Hahn. Brooks, Rentier, aus England. Frhr. v. Stamm, preuß. Major, von Greifswalde. Schäller, Kaufmann, von Braunschweig.

Blaue Traube. Dreyer, Fabrikant, von Bargheim. Doran v. Schönstein, Hofrath, von Wien. Maier, Privatier, von Augsburg. Stulina aus Mariewicz, Privatiers, von Wien.

Stachusgarten. Bug, Privatier, von Crolzheim. Scheil, Zeichnenlehrer, von Göttingen. Mayer, Advokat, von Augsburg. Kfd. Kaufmann, von Schwabmünchen.

Gestorbene in München.

Joseph Ober, Taglöhner, 74 J. a. Dr. Andreas Ludwig, kaiserl. königl. Universal von Arnberg a. D., 34 J. a. Ferdinand Frhr. v. Ebner von Eschenbach, kaiserl. kön. Oberlieutenant, Hofs. Adjutant, 24 J. a. Wolfgang Zollner, Taglöhner, 59 J. a. Katharina Jörg, Taglöhnerstau, 56 J. a. Anton Gienger, Schneidergeselle von Dürrmoosen, 20 J. a. Matthias Meierhofer, Maler von Friedberg, 21 J. a.

Bekanntmachung.

Verlassenschaft der Franziska Sellmair von hier, jetzt Bindlerin von Leben zum Gute Thann betr.

338. Nachdem sich in Folge der öffentlichen Bekanntmachung vom 22. September l. Js. (vid. Kreis-Intelligenzblatt für Niederbayern Stück 45 S. 720. Allgemeiner Anzeiger Stück 79 S. 703 und Neue Münchner Zeitung Stück 82 S. 332) innerhalb der darin vorgesetzten 30tägigen Frist Niemand gemeldet hat, so werden alle jene, welche auf den Paßiger Zehent aus dem Rechtstitel der Erbschaft Ansprüche zu machen haben, dieser Ansprüche hiemit für verlustig erklärt.

Am 10 Nov. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht Landshut.

Der königl. Director:
Leiendecker.

Gareis.

237. Vom

Königl. Bayer. Landgericht Günzburg.

Nachverzeichnete Urkunden sind dem rechtmäßigen Besitzer Aron Schwab, Tabakfabrikanten in Jchenhausen vor Kurzem abhanden gekommen.

Die unbekannten Inhaber dieser Urkunden werden hiemit aufgefordert, innerhalb eines Termines

von sechs Monaten

von heute an um so gewisser dieselben bei unterfertigtem Gerichte vorzuweisen, als die Urkunden widrigenfalls für kraftlos erklärt werden würden.

I.

Königl. Bayer. Hypotheken- und Wechselbank-Aktien à 500 fl.

Nro.	3703	9060	7295	7528	13249
	4166	4039	9777	8030	7298
	7297	7296	4080	4756	7294
	5514	13248	4288	8340	

II.

Königl. Bayer. Hypotheken- und Wechselbank-Promessen à 100 fl

Nro.	6315	6316	6317	6318	6319
	6320	6321	6322	6323	6324
	6325	6326	6327	11734	11735
	11736	11737	11738	11739	11740
	14998				

III.

Eine Obligation zu porteur der Gemeinde Ochenbrunn zu 500 fl. Nro. 43.

IV.

Eine gräflich Sandor'sche Obligation Lit. C. Nro. 218 zu 250 fl. cl.

V.

Großherzogl. Darmstädter-Loose vom 25. August 1825 à 50 fl.

Nro.	5014	21201	31816	19002	69230
	29374	29375	29376	29377	29381
	29384	23600	24822	24825	24826
	37197	29379	29382	23594	82849
	23597	23599	23596		

VI.

Nassauer Loose vom 10. Oktober 1837 à 25 fl.

Nro. 47545 60928

VII.

Ein badisches Loos vom 1. September 1840 à 50 fl.

Nro. 63361 Serie 834

VIII.

Ein badisches Loos vom 1. Mai 1845 à 35 fl.

Nro. 93560 Serie 1672

IX.

Hessische Loose vom 15. Okt. 1834 à 25 fl.

Nro. 25906 26135 70784

X.

Oesterreichische Metalliques à 1000 fl.

Nro. 4153 und 4387

XI.

Obligationen vom neuen bayer. 1848r Anlehen

Nro. 54789 à 50 fl.				
		2371		
Nro.	34717	34718	34719	34720
	1507	1507	1507	1507
	34721	34722	34723	34724
	1507	1507	1507	1507

Günzburg, den 10. November 1848.

Königlich Bayerisches Landgericht.

Wurzer, Landrichter.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Die Klubbs in den Vereinigten Staaten Nord-Amerika's.

Von Michel Chevalier.

So ist zwar ein trauriger Erfahrungstag, daß nur der eigene Schaden klug macht. Sollte dieß und Tentsche aber abhalten in der Lage, in welcher gegenwärtig unser Vaterland sich befindet, nach den Erfahrungen anderer steier, glücklicher Völker hinzublicken, um ihre Erfahrungen zu nützen, um zu lernen, auf welche Weise sie gleiche Gefahren wie die, welche und jetzt bevorstehen, überwunden haben; um wie sie, und der errungenen Freiheit endlich zu jenem Wohlsein zu gelangen, die wir und so vieler Bildung rühmen, nicht wenigstens so viel Bildung, ja so viel gewöhnlichen Verstand beweisen, um durch fremde Erfahrung ohne eigenen Schaden klug zu werden? Wie sollten es wenigstens versuchen, besonders da wir ja bei eigenen Spareni nun seit Monaten bereits gesnug erfahren. Wir wissen Vorsätze wie unseren keinen nachstehen den Ausspruch einer Versammlung der Franzosen Maßel Chevalier, der die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die wir uns ja in so vielen Stücken zum Muster nehmen, auf vielfährige Anschauung kennt und seinen Landsleuten Bericht über die Art und Weise erstattet, wie die Nordamerikaner ihre Freiheitsbestrebe, und insbesondere das Vereinsrecht, gebrauchen. Seine Darstellung ist daß wörtlich auch auf Deutschland anwendbar und sollte demnach für uns lehrreich sein.

„Die amerikanische Verfassung garantirt allen Staatsbürgern die Freiheit des Wortes und der Presse; sie gestehet ihnen das Recht zu, sich zu versammeln und über die öffentlichen Angelegenheiten zu berathen. Gestrecken sich aber etwa diese jenen Einzelnen eingeräumten Rechte so weit, daß sie die anderen kann, wie es will, ohne eine Aenderung von Seiten des Gesetzes beschränken zu dürfen? Nein. Die Verfasser der Konstitution der Vereinigten Staaten haben nichts weiter gewollt, als daß kein Bürger sich durch eine vorbeugende Maßregel in dem Rechte, frei zu reden, zu schreiben, sich mit Anderen zur Erwägung der öffentlichen Angelegenheiten zu vereinigen, gehemmt sehen sollte. Allein für den Gebrauch, den er von diesen seinen Rechten machen will, ist und bleibt er dem Gesetze verantwortlich. Die einfache politische Gewicht lehrt, daß es nicht anders sein kann. Freiheit und Verantwortlichkeit sind die beiden Schalen einer Wage, die gleich belastet sein müssen, wenn sie im Gleichgewicht bleiben sollen.

Welcher Gebrauch nun macht man in Amerika von diesen Rechten des freien Mannes?

Was die Freiheit der Presse betrifft, so ist dieß ein Gegenstand, den ich bei meiner heutigen Besprechung nicht näher berühren will. Er verdient eine besondere Abhandlung.

Hinsichtlich des Vereinigungsrechtes war es nöthig, daß sich die Sitten durch die Gesetzgebung bitteren, um die Grenzen festzustellen, die nicht überschritten werden dürfen.

In den Vereinigten Staaten treten die Bürger, so oft eine politische oder Verwaltungsfrage von Bedeutung zur Sprache kömmt, in den größeren Städten und selbst in Dörfern von geringem Umfange zusammen, um zu berathen, die Neuen der politischen Tagesblätter zu verneinen und eine motivirte Billigung oder Mißbilligung unter der Form aufzuzeichnen, welche man Resolutionen (Beschlüsse) nennt.

Ebenso, wenn der Augenblick nahe, einen Präsidenten zu wählen, oder auch nur den besonderen Gouverneur eines Staates, dann treten Abgeordnete verschiedener Staaten der Union oder verschiedener Grafschaften des Staates in einer Hauptstadt zusammen, um die Wünsche der verschiedenen Kandidaten über der beiden Parteien zu beherrschen.

Diese Versammlungen sind jedoch wesentlich vorübergehender Art und haben einen besonders ausgesprochenen Zweck, von welchem man sich in keiner Weise entfernt. Amerika hat keine Klubbs oder Vereine, d. h. organisirte politische Gesellschaften, die sich regelmäßig in oft wiederkehrenden Zeitabschnitten versammeln, um die öffentliche Meinung aufzuregen, die ihre regelmäßigen Vorzweigungen haben, eine mit der anderen in Verbindung stehen, Demonstrationen verabreden, die Staatsgewalten wie das Publikum zu beherrschen suchen und die endlich gar wie bei uns (in Frankreich) der Jakobinerklubb, einseitigen Anderungen, einen so großen Einfluß*) erlangen.

Allerdings haben es die Amerikaner auf ihre eigenen Kosten bereits früher erfahren, was dergleichen Gesellschaften, wie unsere Klubbs, zu bedeuten haben, und ohne daß jetzt das Gesetz etwas gegen diese gesetzlichen Vereine besagt, sind sie durch den Einfluß der Sitte unterdrückt.

Im Jahre 1794 und den folgenden Jahren hatte wenig daran gefehlt, daß auch Nordamerika durch die Klubbs in Anarchie und Elend gestürzt worden wäre.

Es war dieß ein trauriges Geschenk, das ihm Frankreich 1793 gemacht hatte.

Die französische Republik war damals bei der Bundesregierung durch Herrn Genet vertreten. In Philadelphia angekommen, fand Herr Genet nichts Dringenderes zu thun, als daselbst einen Verein nach Art der Jakobiner zu begründen, und daß entstanden auch durch seinen Einfluß an anderen Orten des Landes ähnliche Verbindungen. Sie erwarben sich bald einen ähnlichen Ruf, wie der, den in Frankreich zu unserem Unglück der Jakobinerklubb besaß. In kurzer Zeit war Nordamerika nicht wieder zu erkennen. General Washington hatte nicht lange vorher eine Rundreise durch das Land gemacht, um dessen Zustände kennen zu lernen. Uebrall war er mit dankbarer Bewunderung und liebe aufgenommen worden. Er hatte Alles mit dem aufgezeichnetem Urtheil beobachtet, das ihm eigen war, so daß er bei seiner Rückkehr schreiben konnte:

„Ich bin außerordentlich erfreut, diese Reise gemacht zu haben. Das Land scheint außerordentlich zu gedeihen. Arbeitsamkeit und häusliche Tugenden werden immer häufiger: unter dem Volke herrscht Ruhe, verbunden mit einer guten Gesinnung gegen die Gemeingelegung, welche sie aufrecht erhalten soll. ... Der Landmann findet für seine Erzeugnisse leichten Absatz, und der Kaufmann rechnet mit großer Sicherheit auf seine Zahlungen.

Aber mit Genet, dem Gesandten der französischen Republik, war der schreckliche Wirbelwind in das Land gekommen; der Geist der Unordnung und der Gewalt, der im Jahre 1793 die französische Revolution charakterisirte. Auf dringende Reklamationen des Präsidenten wurde Genet zwar bald nach Frankreich zurückberufen; aber er ließ den Geist der Aufwiegelung zurück, welchen er angefacht, und die Volksversene, die diesem Geiste alle Ehre leisteten.

Die amerikanische Nation hatte von dieser Zeit ab in ihrem Schooße eine revolutionäre Partei, der es darum zu thun war, die Regierung und die gesellschaftlichen Zustände über den Haufen zu stürzen. Alle Mittel waren ihr dazu gut genug. Alle die, welche den General Washington, den Begründer amerikanischer Freiheit, in seinen wohlmeinenden Bestrebungen unterstützen, wurden schmählich verleumdet. Washington hatte es in dem Interesse der Republik für recht befunden, seine Person als die des Präsidenten mit einigem Ceremoniel zu umgeben, welches ihn von anderen Bürgern ausgezeichnete. Er hatte gewisse, eben nicht sehr prunkvolle Empfangsfeierlichkeiten eingeführt, welche man seine Levees nannte, ferner einen vier- oder sechspfännigen Staatswagen bei außerordentlichen Gelegenheiten. Mehr bedurfte es nicht, um die Freunde der Regierung als Royalisten und Monarchisten zu brandmarken. Verläumderische Lehrentreibungen und Lügen waren zu allen Zeiten und sind jetzt noch die logischen Waffen der Faktionen. Bald kam es dahin, daß man Washington selbst mit der größten Unverschämtheit angriff.

„Ich hätte es nicht wohl für möglich gehalten," schrieb er damals, „daß, während ich mit die größte Mühe gab, unser Land vor Kriegsdrangsalen zu bewahren, alle Handlungen meiner Verwaltung absichtlich verkehrt, auf die gehässigste Weise entstellt und in so übertriebenen und pöbelhaften Aeußerungen angegriffen werden würden, daß man sie kaum auf einen Neger, auf einen notorischen Uebelthäter und Gauner anwenden möchte."

Diese Worte waren es, die diese systematischen Verläumdungen in ihren Blättern organisirt und die, nachdem sie das Feuer entzündet hatten, es mit einem Eifer anfachten, wie ihn die Freunde der Ordnung und der Gesetze selten zur Beförderung des Guten anwenden. Einen Augenblick ließen sie rechtschaffenen Leute, die etwas verblüfft und außer Fassung gebracht worden, sie gewähren. Von den beiden Häusern des Kongresses schien sich sogar das eine, die Volkskammer, von der Bewegung hinreißen zu lassen. Aber Washington ließ sich nicht irre machen, und bei Gelegenheit der Brannweiu-Revolte in Pennsylvanien bezeichnete er seinen Mitbürgern in amtlicher Weise die Quelle des Uebels. In seiner Eröffnungsbotschaft drückte er sich folgendermaßen aus: „Das wahre Wort, welches sich gelegentlich versammelt, um seine Meinung über politische Gegenstände zu erkennen zu geben, ist nicht zu verwechseln mit diesen permanenten Vereinen, welche sich anmaßen, die eingesetzten Behörden zu kontrolliren und sich der öffentlichen Meinung aufzuerlegen. Solche Vereine sind mit der Existenz jeder Regierung unvereinbar, und unter ihren Einflusse sind nur zwei Resultate möglich: entweder sie werden durch den öffentlichen Unwillen beseitigt, oder sie stürzen die bestehende Ordnung."

Der Senat und das Repräsentantenhaus antworteten ihm zustimmend. In seiner Privatkorrespondenz sprach sich Washington ebenso über die Klubbs aus, und mit energischen Worten schilderte er ihre aufwiegelerischen Absichten. „Kann es wohl," schreibt er, „Etwas geben, was mehr geeignet ist, den Menschenverstand unter die Füße zu treten, anmaßlicher und für den öffentlichen Frieden unheilvoller wäre, als jene Vereine, die ihre Vollmachten nur durch sich selbst besitzen, die sich als permanente Censoren aufgeworfen, die sich herausdrängen, Abstimmungen und Beschlüsse von Volksvertretern, nach deren reiflicher Erörterung in Landmarken, von Vertretern, welche die einzigen berechtigten Organe der Volksmeinung sind; ja, die alle möglichen Mittel hervorsuchen, um ihrer persönliche Laune zum Nationalwillen zu stempeln? Niemand besteitet dem Volke das Recht, sich gelegentlich zu versammeln, um zu petitioniren und Vorstellungen gegen einen Akt der Gesetzgebung zu machen; daraus aber geht keineswegs hervor, daß sich permanente Vereine Vollmachten anmaßen, die sie nur durch sich selbst besitzen, daß sie das Recht haben, zu erklären, dieser oder jener Akt des Kongresses sei verfassungswidrig oder dem öffentlichen Interesse nachtheilig, und Jeder, der nicht ihrer Meinung sei, handle aus egoistischen Motiven oder sei ein Diener des Auslandes, ja, was sage ich, ein Vaterlandsverräther! Kann eine solche furchtbare Anmaßung wohl aus einer löblichen Gesinnung hervorgehen?"

*) Oder wie in Deutschland die demokratischen Vereine.

Einige Jahre vorher hatte er in seiner unsträflichen Saufzahl für die Ruhe seines Vaterlandes die Gefahren der Klubbs in seinen Briefen an einen Neffen, bei Gelegenheit eines ähnlichen Anlasses in Virginien, darstellen gesucht. Und als er sich, nachdem er die Ehre einer dritten Kandidatur für die Präsidentenwahl abgelehnt hatte, auf sein Gut Mount-Vernon zurückzog, richtete er an seine Mitbürger jenes Abschiedswort, welches zu Nordamerikas Glück das Handbuch aller Staatsmänner dort geblieben und in welchem ebenfalls einige Nachschläge in der gedachten Beziehung niedergelegt sind. Hören wir ihn selbst:

„Jede Opposition gegen die Ausführung der Gesetze, alle unter irgend einem Vorwande zusammentretenden Verbindungen und Vereine, deren Zweck ist, die regelmäßigen Beratungen der konstituirten Gewalten zu dirigiren, zu hindern oder einzuschüchtern, sind dazu geschaffen, das Grundprinzip der Verfassung zu zerstören, und haben demzufolge eine unbedingt verderbliche Tendenz. Diese Verbindungen können dazu, Faktionen zu organisiren, ihnen die künstliche, aus der Verabredung und Wache zu verstehen, dem Willen der Nation denjenigen einer Partei unterzuschieben, welche oft nur eine sehr kleine, aber geschickte und dreiste Minderheit repräsentirt, und so kann dem wechselnden Siege der Parteien dienen sie dazu, aus der Staatsverwaltung ein Werkzeug sich beraubter und ungnädigen Projekte zu machen. Wenn nun auch Verbindungen, wie ich sie eben beschrieben, zufällig einmal einem Volksinteresse die Wahrheit aussprechen können, so ist es doch darum nicht minder wahr, daß es mit der Zeit auch die Bestimmung dieser ist, gesetzliche Werkzeuge in den Händen ehrgeiziger und grundsatzloser Intriguanten zu werden, ihnen dazu zu dienen, die zum Volke eingesetzte Macht zu stürzen und sich der Zügel der Regierung zu bemächtigen, um demnächst dieselben Werkzeuge zu verbrechen, die ihnen zu einer ungerechten Herrschaft verholfen haben.“

Alle Washingtons diese Zeilen niederschrieb, gleich einem Weisen, der unter dem Diktate seines Gewissens schreibt, in Gegenwart der Vorsehung, die er als Richterin anruft, und des Vaterlandes, dem alle seine Gedanken angehörten, war er weder in den Stand des Privatmannes zurückgetreten. Der gesunde Verstand des Volkes und die Vaterlandsliebe der Amerikaner, die einen Augenblick getrübt waren, machten sich von neuem geltend. Aber unter John Adams, Washington's Nachfolger, fingen die demagogischen Umtriebe wieder an, und die Klubbs erlangten auf kurze Zeit ihre Herrschaft wieder.

Ein jugendhafter Mann, ein Bürger voll Hingebung für das Vaterland, hatte doch Adams weder die Autorität Washington's, noch dessen Ruhe. Er verlangte und erhielt vom Kongresse im Jahre 1798 das Gesetz, die mit Bezug auf das, was unter seinen Vorgänger geschehen war, ein reaktionäres Gepräge trugen; es waren dieß das Gesetz über die Fremden (alien law) und das Gesetz gegen die Aufwiegler (sedition law). Am Motiven zur Unterstützung des einen wie des andern Gesetzes fehlte es nicht. Ausländer, hauptsächlich Franzosen*), waren die thätigsten Anstifter der Unordnung; Aufwiegelungen gegen die Regierung lagen nur zu sehr zweideutig vor, und zwar von den Volksgesellschaften angefacht. Jene drei Gesetze sollten nach der Idee des Präsidenten Adams und des Kongresses, der sie votirt hatte, nur provisorisch sein; sie sollten, wie es darin ausdrücklich hieß, nur bis zum Monat März 1801 in Kraft bleiben. Inzwischen erregten sie gleich anfangs starken Widerwillen und hinderten die Wiederherstellung von Ruhe. Derselbe schlechte Geist, welcher ihn hervorrief, im Geiste der Insurgenten gesetzlichen Freiheit, und bis auf den heutigen Tag sind alle Präsidenten in die Fußstapfen Jefferson's getreten. Man hat niemals mehr daran gedacht, die Vereine zu beschränken. Man hat sich allein an die Sitte gehalten, und die Sitte hat mit richtigem Gefühl, sowie mit dem Abschiedswarte Washington's, dessen man stets emanirt ist, im Glutkampfe ihre Schuldigkeit getan. Nichts hat in Amerika der Eröffnung von Klubbs im Wege, aber man — (diese geheimnißvolle Wesen, welches die Sitte personifizirt) — man will sie nicht, und darum gibt es auch dergleichen nicht.

Zu bemerken ist übrigens, daß sich Nordamerika hinsichtlich der Klubbs nach den Ueberlieferungen des Mutterlandes richtet, von welchem es seine Sitten, sein Gebrümmt, seine gemeinsamen Grüße, überkommen. Die Engländer haben ebenfalls keine Klubbs nach französischer Art. Das Wort Klubb stammt allerdings von der anderen Seite des Kanals (von England) her, aber es hat bei der Ueberfahrt seinen Begriff verändert. Die Gesellschaften, die in Großbritannien diesen Namen tragen, sind keine politischen Vereine. Die Mitglieder der englischen Klubbs sind Männer, die sich kennen und schätzen, und die sich zusammenthun, um ein Lokal zu haben, in welches Jeden einzeln das Bedürfniß, Andere zu sehen, seine Meinungen mit ihnen auszutauschen, sich durch Unterhaltung und Lektüre die Zeit zu vertreiben, hinführt. Die politischen Versammlungen in England und Amerika tragen den Namen Meetings, und da wir dort sind die verfassungsgebenden und finden nur so nach den Gesetzanfängen statt.

In jedem Lande wird die Frage, die man rücksichtlich der zu gestattenden Ausdehnung der Klubbs zu entscheiden hat, nicht so wohl sein, ob die Freiheit politischer Manifestationen überhaupt gut, ob sie eines der Attribute der vorgezeichnetesten Civilsitten sei. Es wird sich vielmehr darum handeln, zu erkennen, ob zu welchem Grade das Land, wie es eben ist, eine solche Ausdehnung verträgt, d. h. ob die Sitte so viel Macht und Wachsamkeit besitzt, als nöthig ist, um Mißbräuche zu verhüten oder sie in gewissen engzezogenen Schranken zu halten. Denn wenn die Sitte nicht die Elastizität besitzt, so wird es einem Häuflein von Intriguanten und Leuten ohne Grundsätze und Gewissen stets möglich sein, die Gesellschaft zu unterjochen, indem sie sich jener furchtbaren Werkzeuge bemächtigt.

Die Amerikaner sind, nachdem sie sich gewöhnt, der Anstoß geworden, daß sie selbst nicht im Stande seien, solche Volksvereine zu ertragen. Sie haben ihnen daher den freien Lauf entsagt. Nicht das Gesetz, sondern die Sitte hat sie verbannt. Wahrlich, es gewährt ein schönes Schauspiel, wenn eine Nation freiwillig, ohne Einmischung des Gesetzgebers, sich des Gebrauches einer Freiheit beraubt, weil sie sie für gefährlich erachtet.

Sollten wir nun uns für stärker halten, jene politischen Verbindungen zu ertragen, als die Amerikaner? Dieß ist eine Frage, die sehr wohl zu verneinen ist.

Die nächste Zukunft muß entscheiden, ob auch in Deutschland eine gute Sitte den Mißbrauch zu beseitigen vermag; ob wir Deutsche in dem gesellschaftlichen Zustande, in welchem wir uns befinden, das freie Vereinsrecht ertragen oder ob bei uns der freie Staat durch andere Bande zusammen gehalten werden muß, als durch die freie Sitte.

Die bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern.

Aus der Oberpfalz, 10. Nov. Die nahen Landtagswahlen für Bayern, sie sind mit Recht der Gegenstand gespannter Aufmerksamkeit aller Parteien, und kein Wunder, wenn sich in Folge des neuen, auf den freisinnigsten Grundlagen gebauten Wahlgesetzes ein bei uns seit 1819 nie gesehenes Interesse an den Wahlresultaten zeigt. Auf der unsterblichen König Max Josesph I. an die Spitze unserer Verfassung die allgemeinen, unverwegerlichen Menschenrechte stellte, mochte Er wohl einen herrlichen Baum, ein Werk der Achten, wahren Freiheit im Sinne haben, und indem er diesen Bau mit Arabesken schmückte, die das Auge immer fest über die schöne Südpfalz hinglitten ließen, da mochte der gute Max seiner Zeit Rechnung getragen haben. Mag 30 Jahren sind nun die Arabesken verwittert, die Verfassungsstütze, diese lähmenden Fesseln, sie sind zum größten Theile hinweggefallen, und der hehre Bau des edlen Königs, er steht frei in seiner Urform vor unseren Augen, der Dom unserer Verfassung, fest stehend auf den Pfeilern der Freiheit, er ist geräumt von den verunstaltenden Gerüsten der Vorzeit, und was ihm zum Ausbaue gebrach, das thatenreiche Jahr 1848 hat es ersetzt und vervollendet. Der beste Garantie gesichert. Unser staatliche Leben ist nun in eine neue Phase eingetreten, und es liegt nun an uns, ob wir glücklich, ja ob wir glücklicher werden wollen, als das freie Volk England, oder ob wir durch Mißbrauch der Freiheit ein Opfer der Reaktion und zwar einer nie gesühnten Reaktion werden. Im gesammten deutschen und im engeren bayerischen Vaterlande hat die in den Stürmen dieses ereignißvollen Jahres die ungeheuere Mehrzahl für die konstitutionell-monarchische Staatsform entschieden, und Jeder, der nicht blaser Idealist oder von bösen Absichten getrieben ist, bekt vor dem Gedanken an eine deutsche Republik für unser Zeitalter zurück und wer sich dessen noch nicht bewußt wäre, den weisen wir nach dem unglücklichen Wien, das mag er sich in Bälde in seiner neuen Freiheit besehen, wie sie von Unfinnigen, von der Hefe des Volkes ausgebildet wird! Es darf uns nicht bekren, wenn bei einem so gewaltigen Umschwunge, wie der des Jahres 1848, die und da der Strom aus seinen Ufern tritt und mit sich fortreißt, was der Nennung werth gewesen wäre: Saichos muß uns vielmehr in dem Grundsatze bestärken, unverrücken Blickes die Bahn des gesetzlichen Fortschrittes zu gehen, treu zum Ihr der Staat ein ewig neuernder Verein, weil er in sich alle Elemente, alle Bürgschaften der Entwickelung trägt. Bei den kommenden Landtagswahlen gilt es nun Männer auszuwerfen, welche die gehörige Wissenschaft besitzen, das Gute, das Nutzbringende vom Bösen, vom Nutzlosen zu unterscheiden, Männer, die von den Segnungen einer gesetzlichen Freiheit durchdrungen, Muth und Beständigkeit genug haben, für Recht und Wahrheit zu sprechen und zu handeln, die da sind das Gute gerne aufnehmen, es aber nun von der Regierung geboten werden, oder aus dem Schooße der Kammer hervorgehen, Männer, die nicht auf Grundsatz Opposition machen, sondern treu ihrer Ueberzeugung, treu ihrem Eide, nur das Landes Bestes im Auge behalten. Fürwahr ein schweres Werk! Fallen die Wahlen zum kommenden Landtage im Sinne der Besonnenheit aus, so gehen wir einer ruhigen, aber sicherstellenden Entwicklung des Proletariats gegen den Besitz, der Anarchie gegen Gesetz und Ordnung entgegen, und der Hohn, der laut genug, schon da und dort gegen jede Obrigkeit sich ausspricht, er wird sich fürchterlich an seinen eigenen Kindern, an jenen Bürgern unseres Vaterlandes rächen, die in ihrer Kurzsichtigkeit, die in ihrer rohen Verblendung den Geist der Widersetzlichkeit gegen Jedes, was Gesetz heißt, nicht zu bannen vermochten, daß in ihrem Kreise die Strafgerichte sie vereint unter den rauchenden Trümmern ihrer Wohnstätten verschüttet werden! — Die Errungenschaften unserer Zeit, sie werden zweifelsohne wenigstens momentane Gelasser fordern, und wenn die Regierung, die Fürstlichkeit in der Hand, zur die Stände des Reiches hinterten und ihnen unerläßlich einen erhöhten Bedarf für die nächste Finanzperiode beanspruchen wird, dann mögen die Vertreter des Volkes erwägen, daß dieses es war, welches mit unerhörter Beschleunigung Einrichtungen begehrte, welche ohne Geldopfer nun und nimmermehr ins Leben treten können. Nimere Regierung, sie hat in kurzer Zeit Ungeheueres geleistet, und daß bleibt noch Mehreres zu wünschen übrig, das materielle Wohl des

*) In Deutschland auch Polen.

Volks hat bei der ganzen großartigen Bewegung bisher so viel als Nichts gewonnen. Es gibt arme, Männer zu wählen, die, von Gerechtigkeitssinn erfüllt, unsere bürgerlichen und bäuerlichen Verhältnisse, welche unseren Staatshaushalt, unsere Kräfte kennen, welche Talent, guten Willen und Darstellungsgabe besitzen, um nicht aus der Freiheit eine Anarchie und aus dieser den Track der Reaktion hervorgehen zu lassen! Es mag Zeiten gegeben haben, in denen das gedankenlose Staatsleben des Mannes weiten Weg hatte — wir wird weit jetzt nach solchem gehen? Darum wird es Sache der reellen Abgeordneten sein, Leuten, die mit den Regierungsbegierungsgeschäften betraut sind, ihr bestes Amt nicht um seinen Preis zu erschweren, sondern zu prüfen, was Recht ist und darnach zu entscheiden. Lächerlich winkesine es ist, wenn man liest, daß die besten Minister aus den Kammern hervorgehen, und daß für den einen Staatsmann unumgänglich nothwendige Geschäftstalent so schwer von Hand gehe: Mann, eine tüchtige umfassende Geschäftskenntniß gibt sich nicht von selbst, sie will mühsam, sie will in öffentlichen Aemter errungen sein, ohne sie zieht es von vornherein keinen Staatsmann. Darum gilt es freisinnige Männer zu wählen, die, das Verfassungsgesetz im Kopf und im Herzen, nur in ihrem Wirkungskreis erkennen, und nur mit diesem ihre Thätigkeit üben wollen. Männer, welche, der Monarchie ergeben, die breiten Grundlagen der Volksrechte festhalten und enge abgrenzen verstehen, was der Krone, was des Volkes ist? Möchte doch unter jedliches bayerisches Vaterland nicht ein weiterer Schauplatz der Szenen werden, welche Berlin und Wien in ihren Mauern sahen, möchte ein guter Geist über Bayern in jener ernsten Stunde wachen, die das Volk seine Vertreter zum konventen Landtage wählen heißt! Nur dann werden wir, wenn wieder ein März kömmt, eine freudige Gerächtnißfeier begehen, und nur dann werden wir Ursache haben, und der tagenden Männer in Frankfurt und unserer ständischen Volksrepräsentation zu rühmen; — zeigen sich aber die blutigen Gebilde nach der rothen Fahne auch auf den einen oder andern unserer friedlichen Thürme, dann wird ihr feierlich Geläute uns nicht zur Freude, sondern zur Furcht und zum Schrecken stimmen. So mögen denn Regierung und Volk dem kommenden Landtage in ernster entschiedener Gesinnung, in dem festen Vorsatze einträchtigen Zusammenwirkens entgegen gehen, und Gottes Segen wird größer sein, als es uns unsere Kleingläubigkeit erwarten läßt. (N. Z.)

Deutschland.

Bayern. — Die Allg. Ztg. meldet aus München vom 12., daß außer der bereits dem Verkehr übergebenen Neuenmarkt-Hofer Bahnstrecke, in den nächsten Tagen schon durch die Anstrengungen der bayerischen Regierung auch die Eröffnung eines regelmäßigen Betriebs auf der ganzen Linie zwischen Nürnberg und Leipzig möglich werde. „Am 10. d. M. wird nämlich die schon längst fertig gewordene Bahnstrecke zwischen Hof und der bayerischen Grenze an die sächsische Regierung übergeben werden, weil künftig der Wechsel der Züge in Hof selbst stattfinden soll. Bereits ist eine Verständigung über die nothwendigen Einrichtungen des Fahrplans erzielt, und es wird ein regelmäßiger Betrieb zwischen den zwei Plätzen im Sächsischen schon im Laufe dieses Monats ins Leben treten. Von Planen bis Reichenbach halten die bekannten Terrainschwierigkeiten die Vollendung des Bahnbaues noch für einige Zeit auf. Die sächsische Regierung hat sich jedoch mit der bayerischen wegen eines regelmäßigen Eilwagenverkehrs für Reisende und Gütchen auf dieser Strecke verständigt, so daß vom Anfang des nächsten Monats an ununterbrochener Eilzug zwischen Nürnberg und Leipzig in Gang kommen wird. Es ist wohl kaum nöthig, auf die große Bedeutung dieser neuen Verkehrsstraße aufmerksam zu machen, durch welche (mit Ausnahme der erwähnten kleinen Strecke zwischen Plauen und Reichenbach) Nürnberg in direkten Eisenbahnverkehr mit Leipzig, Dresden, Berlin, Hamburg ꝛc., kurz den nordischen und nordwestlichen Bahnen Deutschlands tritt. Wir knüpfen daran die Hoffnung, daß Bayern mit gleicher Ausdauer nunmehr alle verfügbaren Kräfte auf die Vollendung der Nürnberg-Augsburger Bahn, so wie auf die so wünschenswerthe, ja dringend gebotene Vervollständigung seines Eisenbahnsystemes in der Richtung nach Westen und Osten verwenden werde."

Oesterreich. — * Wien, 12. November. Gestern Abend ward v. Stermar erschossen. — Heute langten 6 Batterien aus Böhmen an, welche zur Operationsarmee gegen Ungarn gezogen werden. Es scheint sich daselbst ein hartnäckiger Widerstand vorzubereiten. Presburg ist sehr stark befestigt und dadurch auch das Vorrücken gegen Oedenburg erschwert worden. Nichtsdestoweniger kann der Ausgang nicht zweifelhaft erschienen, und es bleibt nur tief zu bedauern, daß ein so unheilvoller Krieg geführt werden muß: wenigstens erscheint dies von Seite Oesterreichs unabweislich. — Kossuth hat alle Vorräthe in Wieselburg, welches die Hauptstadt mit Korn versorgt, aufgekauft und nach der Festung Komorn bringen lassen. Dadurch ist eine momentane Theuerung in Korn und Mehl eingetreten, die jedoch bei den überaus gesegneten Ernten in allen andern Nachbarländern und bei den gehäuften Vorräthen von seiner Dauer sein kann. Vorzüglich erwartet man bei der noch offenen Schiffahrt baldige Zufuhren auf der Donau. — Die Bastein um Wien werden nun wirklich an zwei Punkten gegen das Kärnthner- und Rothenthurmthor durch Benützung der schon früher daselbst angebrachten Redouten so stark als möglich gegen den äußern und innern Feind befestigt. — Messendauer, der sich freiwillig gestellt hatte und dem sein Todesurtheil bereits vorgelesen worden war, wird, da ein Befehl aus Olmütz vorerst einen Aufschub erwirkt hatte wahrscheinlich begnadigt werden. Fröbel, zum Strange verurtheilt, ist vom Fürsten Windischgrätz begnadigt, Füster freigesprochen worden. In den letzten 3 Tagen sind 622 Verhaftete wieder freigegeben worden. Dafür sausen wieder neue Verhaftungen statt. — Der Reichstag ist (laut amtlicher Verkündigung in der Wiener Zeitung) bis zum 22. d. verschoben. Es wird dennoch zu Kremser stattfinden, aber wohl nur für dieses mal, da das Verlangen, Wien als ersten Sitz beharren zu lassen, laut und allgemein ausgesprochen worden wird. — Die heute kund gegebene finanzielle Uebersicht weist ein Defizit von 60 Millionen in einer 11monatlichen Periode aus. Es entstand aus den Einnahmsausfällen vorzüglich in Ungarn und Italien, so wie aus dem vermehrten Militärstat, und mußte größtentheils durch Kredit gedeckt werden. Konfiskation sich jedoch nur die innern, jetzt krampfhaft durchgeführten Verschärfungen der Monarchie, so ist an den Finanzen derselben durchaus nicht zu verzweifeln. — Die Fonds sind heute abermals gewichen; 5%, Metall. bis 75, Nordbahn-Aktien bis 96, weil üble Nachrichten aus Berlin und Paris anlangten. — Gestern fallirte ein griechisches Handlungshaus G. M., mit 250,000 fl.; sonst lief der gestrichene Tag ziemlich ruhig ab. — Morgen wird das Hofoperntheater mit „Lucretia Borgia" eröffnet.

Wien, 9. Nov. Vertreter der sächsischen Nation in Siebenbürgen sind dieser Tage in Wien angelangt, um den Bund von Kroatien den Austrud der die dortigen Deutschen beseelenden treuen und anhänglichen Gesinnung für das Kaiserhaus und die Erhaltung der Integrität der österreichischen Monarchie zu überbringen. Während der Mahlzeit, welcher die Vertreter beigezogen waren, brachte der Banus einen Toast auf das Wohl der sächsischen Nation aus, worauf der eine Vertreter derselben, Prof. Heinrich Schmidt, sich erhob und unter anderm sprach: „Bis zu dem gegenwärtigen Jahre hat kein Volk unter Oesterreichs Scepter und haben nun sehr wenige Nationen Europa's eine so freisinnige Verfassung und so viele politische Rechte gehabt als wir, und wir besitzen sie seit siebenhundert Jahren. Aber wir gingen nach weder. Wir achten und ehren, wir kennen die Tugenden aller Nationen, welche mit Ihnen aufgewachsen und mit ihnen in der Hand jeglichem Verhängnisse zu begegnen bereit ist: denn es gibt Perioden in der Weltgeschichte — und die unsrige ist eine — wo selbst Kaiser und Könige nicht immer helfen können, wo ein muthiges Volk, sich selbst bestimmend, sich und andere retten kann. Auch uns steht es nicht mehr zu, es steht uns aber zu Gebote. Einst, noch vor hundertvierzig Jahren standen wir sie in der Hand. Wir wir sie wieder erhalten, müssen wir uns begnügen, diejenige Nation zu ehren und zu achten, welche Muth und Macht hat, mit Selbstbestimmung ihr und das Schicksal einst großen Ganzen entscheiden zu helfen. Es ist nicht nöthig, daß ich weitläufig auseinandersetze, welche Nation ich meine. Ich nehme mir die Ehre, auf das Wohl der kroatischen Nation diesen Becher zu leeren. Sie leeren, Hochgeehrte der zweite Vertreter der sächsischen Nation, Friedrich v. Sachsenheim, den auf den Banus ausgebrachten Toast mit den Worten: „Als in der jüngsten Zeit die Völker Ungarns, die Jahrhunderte lang unter dem Druck eines Volksstammes standen, diesem schuglos hingegeben und ihre Vertheidigung gestellt wurden, da blickten sie nach einem Manne, der ihrem Bestreben nach Freiheit den Sieg erringe. Sie fanden ihn nicht, bis in Kroatien ein Mann mit Geist und Muth an die Spitze einer edlen Nation gestellt wurde. Und ich wage als Vertreter der sächsischen Nation zu erklären, daß, als vor wenig Monden dieser Mann in Wien, begrüßt von einer glückwünschenden Volksmenge, die Worte sprach: „Wir wollen ein einiges, mächtiges Oesterreich, der Quelle aller Macht und Größe" der Sachsen gedrochen hatte. 'Während die Sachsen mit Feuer und Wort für ihre Nationalität, Verfassung und den Verband mit der konstitutionellen Gesammtmonarchie kämpften, haben sie mit Begeisterung auf den Mann, der ein gleiches Streben durch die That kräftigst beförderte. Wir hoffen und wünschen, daß uns der Bund durch den Sieg seiner Waffen den Segen des Friedens gewinnt, vereint mit der Freiheit und Selbstständigkeit unserer uns seier andern Nation dringe. „Darum sei dem edlen Ban ein dreimaliges Lebehoch dargebracht!" Die auf diese beiden Ansprachen von dem Banus gebrachte Erwiderung lautete: „Mit Vergnügen sehe ich hier die Repräsentanten einer Nation, welche sich seit Jahrhunderten durch Intelligenz, durch Tapferkeit, durch Vaterlandsliebe und die treueste Anhänglichkeit an unser allerdurchlichtest Kaiserhaus ausgezeichnet. Ich begrüße Sie als unsre Verbündeten im Streben nach Erhaltung unsrer Gesammtmonarchie, im Streben nach Gleichberechtigung aller in ihr vereinten Nationalitäten, im Streben nach einem großen, glücklichen, freien und gemeinsamen österreichischen Vaterlande. Gott erhalte die edle sächsische Nation!"

(Wiener Ztg.)

Die Allg. Ztg. meldet aus Wien vom 10. Nov., daß Fröbel, Messenhauer und Bunn sich noch in kriegsrechtlicher Untersuchung befinden. Neuneberg soll noch nicht aufgefunden sein. Füster befindet sich gegen Revers und das Versprechen, Wien ohne Erlaubniß der Militärbehörde nicht zu verlassen, auf freiem Fuße. — Auf den 20. Nov. ist eine Zusammenkunft der Vertrauensmänner der deutsch-böhmischen Vereine in Eger angelagt; sie soll drei Tage dauern und mit einem Verbrüderungsfeste enden.

Kremsier, 4. Nov. Jetzt wo der Kampf der letzten Tage und die Stellung der Parteien die Fortsetzung der Reichstagsverhandlungen in Wien für die nächste Zukunft unmöglich machen, konnte ich der Versuchung nicht widerstehen die für den Reichstag bestimmten Räume in Kremsier zu besichtigen. Die Lokalitäten für die Reichstagssitzungen, die Abtheilungen

und Ausschüsse, die Appartements der Minister werden im erschöpflichen Palast eingerichtet. Man gelangt über eine breite Treppe in zwei geräumige Vorsäle, wovon der hintere mit wortvollen Kunstgemälden gezieret ist und die Aussicht über den ausgedehnten geschmackvoll angelegten Schloßpark bietet. Der daranstoßende große Lebensaal wird zum Reichstagtsaal eingerichtet. Die Stize werden nach beliebigen Abtheilungen wie im Wiener Reichstagsaal geordnet, und amphitheatralisch übereinander gebaut. Die Galerie wird auf der dem Präsidentensitze gegenüberliegenden Seite des Saals errichtet und gerade so fein gegen innen verschlossen zu sassen. Auch die Journalistenbänke werden dort aufgestellt werden. Ein kleinerer Saal wird zum Leseszimmer dienen. Das Schloßgebäude welches über 200 geräumige Zimmer zählt, und von dem Olmützer Erzbischof bereitwillig zur Disposition des Reichstagsconress Zelen gestellt wurde, ist so ausgedehnt und vortheilhaft gebaut, daß die Reichstagsmitglieder für ihre Bezahlungen alle Bequemlichkeit finden werden. Die Ausmittlung der Wohnungen für die Abgeordneten geht mit Eifolg vor sich. Aus der Staatsdruckerei sollen drei Pressen nach Kremsier übertragen werden. Die Stadt Kremsier hat übrigens ein gesälliges Aeußere und eine politisch gebildetere Einwohnerschaft, als man sonst gewöhnlich in Landhäusern findet. Hr. Violand mag sich daher über die im Reichstage gemachte Aeußerung beruhigt haben: daß die Linke in Kremsier wegen der niederen Bildungsstufe der Bewohner werde ausgelacht werden (Oestr. C.)

Amerebesehl. Hauptquartier Mailand, 4. Nov. Se. Maj. der Kaiser und König haben an sein Heer in Italien einen Aufruf erlassen, den ich hiermit auf allerhöchsten Befehl zur Kenntniß der Armee bringe. Soldaten! Die heiligsten Töne, die das Ohr des Kriegers berühren können, sind die Worte des Monarchen. Er hat die Stimme seines Kaisers und Königs, die durch diese Worte zu euch spricht. Sein kaiserliches, sein königliches Wort verbürgt euch, was ich euch oft über die Lage unserer gemeinsamen Vaterlandes gesagt. Soldaten! unsere Feinde zählen auf unsere innern Zerwürfnisse, sie halten den Augenblick für günstig, um unsere sichere ruhmreiche Monarchie zu zerstückeln. Sie werden sich verrechnen. Die Armee ist einig, und diese Einigkeit wird sie in allen Zeiten. Wissen sie denn nicht, daß Nationen am Fürsten sind, wenn Treubruch des Friedens Vortheile aus innern Zerwürfnissen ziehen will; ein kurzer Zwiespalt bricht die Macht eines Reiches nicht, das Jahrhunderte alte Bande zusammenfügten. Schon hat das empörte Wien sich seinem Monarchen wieder unterworfen, und bald werde ich euch sagen können, daß Friede und Wirtrauch wieder hergestellt sind, und nur ein Wille, ein Wunsch, Erhaltung der Monarchie, die Brust aller Völker belebt, die in Ferdinand ihren einzigen und rechtmäßigen Herrscher erkennen. Dann mögen sie kommen, die und jetzt in Zwietracht gespalten glauben, an euer Spize sordere ich sie gekrost in die Schranken. Ein Heer von 100.000 tapfern Kriegern steht vor Wien, bereit sich sortdin zu wenden, wo Feinde die Grenze des Vaterlandes betreten können, und innerstarrend, wo sie den noch folgen, wenn die Stimme unseres Kaisers und Königs sich an die Liebe und Treue seiner Unterthanen wendet. Radetzky m. p. Feldmarschall.

An meine Armee in Italien! Die Partei des Umsturzes hat seit langem ihre Blicke auf euch geworfen, denn mit Recht erkennt sie in meinem Heere eine feste Stüze der konstitutionellen Thrones, und ein Bollwerk der bedrohten Monarchie, euch eurer Pflicht abwendig zu machen ist der Gegenstand ihrer Bestrebungen. Diese ruchlosen Versuche werden an der Treue und Anhänglichkeit scheitern, die ihr Mir und Meinem Hause stets bewiesen habt. An euch aber, geliebte Söhne Ungarns und Kroatiens, habe Ich heute insbesondere ein ernstes Wort zu richten. Höret die Stimme eures Königs, dem ihr durch euren und eurer Vaterlandes so sehr als euch am Herzen liegt. In Ungarn ist es einer verbrecherischen Partei gelungen, durch Umtriebe aller Art den Frieden zwischen den verschiedenen, dort seit Jahrhu derten in Eintracht lebenden Nationen zu stören, den Bürgerkrieg anzufachen, alle Bande der Ordnung und Gesetzlichkeit zu lösen und sogar einige eurer Waffenbrüder zur Theilnahme an der Empörung zu verleiten. Ich weiß, daß diesiese Partei, unter dem Vorwand, als sei euer Vaterland in Gefahr und eurer Hülfe bedürftig, sein Mittel unversucht läßt, um euch zum Treubruch an Mir zu bewegen, und den Sturz des ehrwürdigen Thrones herbeizuführen, den eure Väter so oft mit ihrem Blute vertheidigt haben. Laßt euch nicht täuschen durch die Worte dieser falschen Patrioten! Sie stehen im engsten Einverständniß mit den Feinden Oesterreichs, sie sind Hauptsächeber der gegenwärtigen Drangsale. Die von Mir den Ungarn ertheilten Freiheiten, die Gleichstellung aller Classen Meiner ungarischen Unterthanen sind durch Mein königliches Wort verbürgt. Ich werde dasselbe aufrechterhalten. Ihr aber wanket nicht und bleibt eingedenk der heiligkeit eures Eides. Meine Ausgabe wird es mit dem Beistande Gottes sein, die gestörte Ordnung und den innern Frieden Ungarns wieder herzustellen, die eurige das gemeinsame Vaterland gegen den drohenden auswärtigen Feind zu vertheidigen. Vertraut Mir und eurem greisen Feldherrn. Er hat euch zu Siegen geführt, die euch eine ruhmvolle Stelle in der Geschichte und den Dank des Vaterlandes sichern, er wird euch jetzt auf dem Pfade der Pflicht und der Ehre als Wegweiser dienen. Olmütz, 28. Okt. 1848. Ferdinand m. p. Wessenberg m. p.

(A. Z.)

* Der Feldmarschall Graf Radetzky und seine Armee an den Feldmarschall Fürsten Windischgrätz und sein tapferes Heer.

„Euer Durchlaucht und Ihr tapferes Heer haben in den Tagen des 29., 30., 31. Okt. und 1. Nov. die Anarchie gebrochen, die durch Verrath entwürdigte — durch Bürgerblut beidelte Residenz Oesterreichs zum Gehorsam zurückgeführt, vom Heere ihres ehrwürdigen Domes herab weht das kaiserliche Panier. Oesterreichs Völkern verkündend, daß sie vom Joche der Willkür und der Bluterherrschaft befreit sind Empfangen Sie, mein edler Kriegsgefährte, und Ihr braves Heer meine und meiner Truppen Glückwünsche zu Ihren tapfern Thaten. Sie haben den Muth Ihrer Sache, die Treue und Tapferkeit, aber nicht jene Freiheit, die einen blutdürstigen Pöbel beglückstigen, sondern die Freiheit, die die Herrschaft der Gesetze, die Sicherheit des Eigenthums und der Person dem friedlichen und treuen Bürger gewährt. — In ruhiger und würdiger Berathung, nicht mehr gestört durch das Gebrülle erkaufter Horden, wird sich nun die Verfassung entwickeln die die Güte des Kaisers seinen Völkern zusichere, daß, wenn Fürst! auch werden die Deputirte Ihrer Treue sepn, die Sie erkiesen, die Ihnen und Ihrem Wirken einen schönen Platz in Oesterreichs Jahrbüchern anweisen. Fahren Sie muthig fort in dem Werke der Befestigung der Monarchie, lassen Sie sich nicht in dem begonnenen Werke durch das Geschrei des Parteisasses stören, die Geschichte wird Ihnen Gerechtigkeit widerfahren lassen. Noch nie hat das Leben über die Jugend gesiegt, wo Stärke sonst die Grechtigkeit der Weltordnung? Sagen Sie dem Theil Ihrer Truppen, der die Wiener Garnison bildet, der 6. und 7. Oktober seyen gesühnt, gesühnt im Sinem des Barrikaden. — Groß war des Beewurf, der auf Einigen unter Ihnen haftete, aber auch edel die Reue. — Ich und meine Truppen reichen ihnen die Bruderhand, den Latour's Mauen sind nun verstummt. Hauptquartier Mailand, am 7. November 1848. Radetzky m. p. F. M.

Der „Oesterr. Korrespondent" bringt einige interessante Beiträge zur nähern Bezeichnung des Privatcharakters des Banus Jellachich, des „roben Baebarenhäuptlings": „Dieser Mann soll einen wunderbaren Zauber auf alle ausüben, die in seine Nähe kommen. Als er mit seinem Stab in die Stadt rit, ließ er von dem Thorestamm halten und den alten Norrier leisen. Er sagte ihn, er sei der 14. Sohn. Als dieser es bernein, sprach er: Ich bin der Jellachich, dem du im Jahre 1826 manche Gefälligkeit erwiesen. Indem er dem Greise einige Dukaten in die Hand drückte, wendete er sich zu seinen Begleitern mit den Worten: Diesem Hause habe ich alles zu verdanken, was ich weiß, darum hielt ich es für meine Pflicht, denselben meinen Dank zu bringen. — Bei einer Schwadron des Prager-Regiments Kheil (Jellachich) sagte er: Mein Vater war Soldat; meine Geburt, eine Abtheilung dieser Tapfern war es, die meinem Vater das Leben gerettet hat. Hoch die wackern Kreß-Dragoner! Als man ihn bat, sich nicht so sehr dem feindlichen Feuer auszusetzen, erwiederte er: Der Himmel denke ich, wird mich gütigst erhalten, bis meine Mission vollendet ist. Ist diese vollbracht, dann möge ich immerhin fallen. Sein Anneres lügt klar vor jedem. Gebieterisch ist er nicht. In Rothverstehet — dem Gute Ritters — seinem Hauptquartier, erzählte er krank und frei, wie ihm Karl Albert einige Millionen angeboten hatte, wenn er die Kroaten aus Wälschland nach Hause rufe. Seine Antwort wäre gewesen: Er behalte seine 20.000 fl. Schulden und seine Gage, und behalte der italienischen Millionen nicht."

Nachschrift.

* † München, 15. Nov. Wie wir eben vernehmen, haben S. M. der König unserm Gestrigen den Freiherrn von Thon-Dittmer auf sein Ansuchen von dem Vorsitze in der Finanzen zu enthoben, und zum Staatsrath im ordentlichen Dienste zu ernennen, den Finanzminister Freiherrn v. Lerchenfeld als Staatsminister des Innern zu bestimmen, und den Staatsrath v. Weigand unter Enthebung von der Vorstandschaft der Staatsschuldentilgungs-Kommission zum Finanzminister zu befördern geruht.

* München, 14. Nov. Heute Morgens verschied dahier einer unserer tüchtigsten Oberoffiziere, der Generallieutenant und Kommandant des Ingenieurcorps, F. K. Ritter v. Becker, Inhaber des Kommandeurkreuzes vom Verdienstorden der bayerischen Krone, des kgl. Ludwigsordens, des Armeedenkzeichens, Ritter der französischen Ehrenlegion und des russischen Sankt Anna-Ordens 2. Klasse, in dem Alter von nahe bei 80 Jahren

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Paris, 10. Nov. 3proz. 42.20. 5proz. 64.55. Spanische — Sanktaktien 1340.— Stadtobligationen 1110.— Bier Kanäle —. Compt. von Alger —. Belg. 5proz. von 1840 77½. von 1842 —. 4½proz. 72½. 4proz. 51.— 2½proz. 38½. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 77.— Röm. 5proz. 63½. Span. 5proz. —. Aktien — Passive —. Piem. — Bank 200. St. Germain — — Versailles (rechte) — — (links) 90.— Orleans 550.— Rouen 360.— Havre 165.— Marseille 150.— Basel 77.50 Bierzon 220.— Sonlagne 135 — Dordogne 363.— Nordbahn 340.— Montereau —.— Lyon —.— Straßburg 327.50. Rouen 310.— Dieppe —.— Seeuar —.— Montpellier —.— La Teste —.—

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Hiebei eine außerordentliche Beilage.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Mittwoch, den 15. November 1848.

Aus Berlin.

Berlin, 11. November. Der Staatsanzeiger bringt in seinem amtlichen Theile folgende königliche Ordre: Proclamation. Der in Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin seit geraumer Zeit herrschende gesetzlose Zustand, der das ganze Land in den Abgrund der Anarchie zu stürzen drohte, hat Mich genöthigt, auf den Rath Meiner verantwortlichen Minister, die zur Berathung der Staatsordnung berufene Versammlung nach Brandenburg zu verlegen und dieselbe, damit diese Maßregel ausgeführt werden könne, sich zum 27. dieses Monats zu vertagen. Aus demselben Grunde habe Ich die Truppenmacht in jener Meiner Haupt- und Residenzstadt ansehnlich verstärken, auch die dortige Bürgerwehr mit Rücksicht auf ihr ungesetzliches Verhalten in Gemäßheit des §. 3 des über die Errichtung der Bürgerwehr unter dem 17. Oktober d. J. ergangenen Gesetzes bis zu deren Reorganisation auflösen lassen. Ich bin Mir wohl bewußt, daß diese Maßregeln mannigfacher Widerrede aufgelegt und von einer Umsturzpartei dazu mißbraucht werden können, auch bei sonst gut gesinnten Staatsbürgern Besorgnisse über den Volksbeistand der Meinem Volke gewährten Freiheiten hervorzurufen. Ich bin Mir aber eben so klar bewußt, daß Preußens und Deutschlands Zukunft diesen Schritt von Mir und Meiner Regierung zu fordern berechtigt war. Ich wende Mich deshalb in dieser entscheidenden Zeit an das ganze Land, an Euch Meine treuen Preußen Alle, mit der Zuversicht, daß Ihr den ungesetzlichen Widerstand, den ein Theil Eurer Vertreter, anstatt der ihnen obliegenden Pflichten gegen Volk und Krone, der Berlegung der Nationalversammlung entgegenstellt, ernst und entschieden mißbilligen werdet. Ich mahne Euch, nicht Raum zu geben, den Aufstiftungen, die Euch glauben machen, Ich wolle Euch die in den Märztagen verliehenen Freiheiten verkümmern. Ich wolle weder ablenken von dem betretenen constitutionellen Wege! Preußen! Ihr, die Ihr noch festhieltet in dem alten guten Vertrauen zu Mir, Ihr, die Ihr noch ein Gedächtniß habt für die Geschichte Meines Königlichen Hauses und Seiner Stellung zum Volke, Euch bitte Ich, daß an festzuhalten, in guten wie in bösen Tagen! — Ihr aber, die Ihr Euren Beruf zu wanken beginnt, Euch beschwöre Ich, Euch zu suchen auf dem betretenen sichern Pfade und abzuwenden die Thaten, die da folgen werden! — Euch Allen aber gebe ich nochmals die unverbrüchliche Versicherung, daß Euch nichts vorenthalten werden soll an Euren constitutionellen Freiheiten, daß es Mein ernstes Bestreben sein wird, Euch mit Gottes Hulfe ein gerechter constitutioneller König zu sein, auf daß wir gemeinsam ein deutsches und insbesondere ein preußisches Vaterland zu Hoher, zum frommen Unseres preußischen und ganzen deutschen Vaterlandes, Unsere Nachkommen sich ruhig und einträchtig der Segnungen einer echten, wahren Freiheit Jahrhunderte lang erfreuen mögen! Dazu wolle Gott seinen Segen verleihen! Brandenburg, den 11. November 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (kont.) Graf zu Brandenburg. von Ladenberg. von Strotha. von Manteuffel.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. Nachdem Wir die Verlegung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung nach Brandenburg a. d. H. angeordnet, hat ein Theil dieser Versammlung dieser Anordnung zuwider in ungesetzlicher Weise hier die Berathung fortgesetzt. Die Bürgerwehr der Stadt Berlin hat aber nicht nur durch eine Erklärung ihres Kommandeurs die Weigerung ausgesprochen, den Maßregeln der Staats-Regierung gegen dieses gesetzwidrige Beginnen die erforderliche Unterstützung zu gewähren, sondern auch thatsächlich die ihrer ungesetzlichen und umkungslosen Berathungen fortsetzenden Mitglieder der Nationalversammlung fortgesetzt unter ihren Schutz genommen. So sehr Wir es nun bedauern, gegen die Bürgerwehr Berlins, welche bei einzelnen Gelegenheiten in anerkennenswerther Weise für die Ruhe und Sicherheit der Stadt gewirkt hat, mit den Uns obliegenden gesetzlichen Maßregeln vorausschreiten zu müssen, so sind Wir dennoch mrpflichtet, einem solchen, die Ordnung gefährdenden Widerstreben ein Ziel zu setzen. Wir verordnen daher auf die Antrag Unseres Staatsministeriums und in Gemäßheit des §. 3 des Gesetzes über die Errichtung der Bürgerwehr vom 17. Oktober d. J., welcher dahin lautet: „Durch Königl. Verordnung kann aus wichtigen, in der Ausführungsordre anzugebenden Gründen die Bürgerwehr einzelner Gemeinden oder Kreise ihres Dienstes enthoben oder aufgelöst werden. Die Dienst-Enthebung darf nicht länger als 6 Monate dauern. Im Falle einer Auflösung muß die Verordnung wegen der neuen Organisation der Bürgerwehr binnen 3 Monaten erfolgen." was folgt: Die Bürgerwehr der Stadt Berlin ist hiermit aufgelöst, und die betreffenden Behörden sind mit der sofortigen Ausführung dieser Verordnung beauftragt. Gegeben Sans'ouci, den 11. Nov. 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (kontr.) Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Strotha. v. Manteuffel. Verordnung.

Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: dem bisherigen Zuschlagsmäßer Rödler unter Ernennung desselben von der Leitung der Geschäfte des Justizministeriums seine frühere Stelle als Ehefpräsident des Oberlandesgerichts zu Naumburg wieder zu übertragen: und den Obertribunalsrath Nimtelen zum Staats- und Justizminister zu ernennen.

△ Berlin, 11. Novbr. National-Versammlung. Im Hotel de Russie wurde zuerst eine Kommission, bestehend aus von Kirchmann, Bloem und Jacobi ernannt, um einen Protest zu Protokoll zu nehmen gegen die ungesetzliche Schließung des der N.-V. überwiesenen Lokals. Der Abg. Duhne (von der äußersten Rechten) erklärte unter dem lauten Beifalle der Vers., daß die Nationalversammlung überall da versammelt sei, wo sich ihre Mitglieder eingefunden und nicht da, wohin der General v. Brandenburg sie zu berufen sich einen gebrauchen fühlen könne. Nach kurzer Berathung darüber, ob der Präsident die Sitzung sofort eröffnen, oder sie bis auf Nachmittag vertagen solle, weil noch nicht festgestellt sei, ob alle anwesenden Abgeordneten vom Präsidenten aufgefordert seien im Hotel de Russie zu erscheinen, beschließt die Versammlung den Präsidenten zu ersuchen, die Sitzung allerdings sofort zu eröffnen, weil der Augenschein lehre, daß sie beschlußfähig sei. Der Präsident eröffnet die Sitzung. Der Namensaufruf ergibt als Anwesende 241 Abgeordnete, zu denen im Laufe der Sitzung noch 2–3 hinzukamen. Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird verlesen und angenommen. Nach eröffneter Diskussion schlug der Abgeordnete Rukemann vor, die Versammlung bis nächsten Freitag zu vertagen, um bis dahin die Meinung der Provinzen zu hören. Es wurde dagegen eingewandt, eine so lange Vertagung könne für das Land von den unheilbringendsten Folgen sein, das Vaterland sei in Gefahr. Jeder Bürger müsse auf seinem Posten sein. Die Versammlung beschloß sich bis 3 Uhr zu vertagen um sich im Schützenhause, das ihnen von der Gilde angeboten, zu versammeln. Vor der Vertagung wurde noch berichtet, daß 2 Beamte des Hauses die Nacht hindurch gefangen gehalten seien, ebenso, daß die Bürovor der Versammlung sofort Abends militärisch gestanden und dem Schriftführer der Zutritt zu denselben nicht gestattet sei. Auf den Antrag von Wachsmuth wurde ein neuer Protest zu Akta genommen. D'Ester trägt an sofort aus 3 Mitgliedern eine Kommission zu ernennen, um die aus nahe gelegenen Orten und Kreisen bereits eingelaufenen und die aus entlegenen Orten stündlich und täglich zu erwartenden Adressen an die Versammlung entgegenzunehmen und dieser aus dem Volke darüber Bericht zu erstatten, damit das Land schleunigst über die Zustände hier unterrichtet werde. Nach dem Vorschlage des Präsidenten wurde die Petitionskommission damit beauftragt. Der Stadtverordneten Vorsteher Seydel stößt der Versammlung anzeigen, daß die Stadtverordneten ihr Gebäude der National-Versammlung zur Disposition gestellt hätten. Darauf die Vertagung ein. — Als die National-Versammlung heut morgen an der Thüre des Schauspielhauses angekommen und der Präsident an die Thürklinke gefaßt, um sie zu öffnen, sprang auch Jacobi kaltig hinzu, pochte heftig an und rief: Es muß geöffnet werden und wenn nicht anders, mit Gewalt! v. Unruh fragte ihn zurückgehend, und als ihm nicht gelingen wollte, sagte er ernst: Herr Jacobi, lassen sie das, das Präsidium hat hier die Rechte der Versammlung wahrzunehmen. Jacobi's Erbitterung war so groß, daß er nicht einmal, gleich den übrigen, den freundigen Gruß des Volks erwiderte. — Es hißt: der französische und englische Gesandte reisen in Potsdam vorüber, um dort den König Friedrich geboren nicht weiter zu gehen. Der ehemalige Präsident Grabow ist aus Preußen hier eingetroffen. Er soll sich vollkommen einverstanden mit den Beschlüssen der Majorität der National-Versammlung erklärt haben, und sofort nach Potsdam zum König gereist sein. Ihn betrachten wir gewiß als den geeignetsten Mann, die Vermittlung zwischen Krone und Volk in unbefangener Weise noch möglich zu machen.

Die Zahl der Abgeordneten, die sich am 9. vor der Abstimmung aus dem Saale entfernten, war 97. Wir haben bereits einen „Protest der constitutionell-monarchisch gesinnten Abgeordneten" gegen jede weitere Berathung der Nationalversammlung nach ihrer nem König ausgesprochenen Vertagung mitgetheilt. Nun haben die Mitglieder der Rechten folgende weitere Erklärung veröffentlicht:

„Die unterzeichneten Mitglieder der Nationalversammlung fühlen sich gedrungen, vor dem Lande die Beweggründe offen darzulegen, aus welchen sie am heutigen Tage der, durch die Krone neuberufenen, Berleg- und Vertagung der Nationalversammlung Folge leisten zu müssen geglaubt haben. Obschon wir es bedauern, daß der Graf v. Brandenburg, angeachtet der von der Nationalversammlung mit großer Stimmenmehrheit abgelaufgt beschlossenen Adresse, die Bildung eines Ministeriums abgenommen, und sich hierdurch sofort mit der Majorität der Nationalvertretung in einen direkten Widerspruch versetzt hat: so sind wir dennoch der Ueberzeugung, daß die Widersprüche, welche zwischen der exekutiven Maßregel formell und materiell Regierung sich hinsichtlich der angeordneten Maßregel formell und materiell in vollem Rechte befinden, und daß diese Maßregel, weit entfernt, die constitutionelle Zukunft des Landes zu gefährden, vielmehr wesentlich dazu beitragen wird, die Hoffnungen der Freiheit und der Ordnung zu verwirklichen. Es ist landeskundig, welche Reihen von Unbilden und Beeinträchtigungen ihrer Freiheit die Nationalversammlung, im Ganzen und ihren einzelnen Mitgliedern seit Monaten erlitten hat, und wie alle auf wirksamen geg

Majorität abgelehnt werden mußten, wenn die Voraussetzung der Antragsteller, daß die Versammlung unter dem lähmenden Einfluß der Fractionen in Wahrheit beruhte. Das Loos hat es mit gerechter Entrüstung vernommen, wie am 31. Oktober dies System der Einschüchterung sein höchstes Maß erreicht hat, indem die Peersfrage Nationalversammlung, während sie über den Belagerungszustand Wiens berieth, selber durch die Gewalthat aufgeregter Volksmassen einem Belagerungszustande unter drohenden Emblemen der rothen Republik unterworfen war. Die Bürgerwehr hat diesem Unfug nicht begegnen können, und es war daher höchste Pflicht der Regierung, die Widerkehr so schmachvoller Eingriffe in die freie Berathung der Volksvertreter für die Zukunft unmöglich zu machen. Es gab hier zwei Wege: entweder die Herausziehung eines Theils des schwachen Heeres, nachdem die Bürgerwehr sich ungenügend erwiesen, — oder die Verlegung des Sitzes der Nationalversammlung. Wir glauben, daß die Regierung den letztern Weg eingeschlagen, indem sie die Gefahr eines blutigen Conflictes vermieden und die Verlegung ausgesprochen hat. Wir müssen auch die Ueberzeugung festhalten, daß die Regierung hierbei nicht die Grenzen ihrer Gewalt überschritten hat. Denn das Waffengesetz vom 5. April 1. J., jene Grundlage unseres Mandates, hat Berlin nicht als Sitz der Nationalversammlung zum voraus bezeichnet, die Regierung muß also befugt sein, den einstelig bestimmten Ort aus überwiegenden Gründen zu verändern, — um so mehr, als gerade in Betreff einer derartigen Maßregel die freie Berathung der Nationalversammlung ausgeschlossen war; die hiermit verbundene lange Vertagung der Nationalversammlung erscheint als die wohlverdiente Folge der Majorgest. Ich. Sie sind wir Gründe, welche uns bestimmen, der Verlegung und Vertagung der Nationalversammlung gerichteten Königl. Botschaft Folge zu leisten; wir sind uns bewußt, hierbei unserer Pflicht entsprochen und der constitutionellen Standpunkt eingehalten behauptet zu haben. Wie sinden in uns und in den Gesinnungen des Landes die Bürgschaft dafür, daß wir auch bei unserer künftigen Wirksamkeit mit gleicher Energie allen verbrecherischen und anarchischen Bestrebungen entgegentreten und die Wiederherstellung vollenden helfen werden, welche die gerechten Hoffnungen des Landes zu erfüllen und Friede, Freiheit und Ordnung zurückzuführen im Stande ist.
Berlin, am 9. Nov. 1848. Reichensperger. C. Baumstark. Clauffen. Hesse (Solingen) Pelzer. Linguau. Müller (Sellingen). Gelsthorn. Gelkern. Schoelscheidt. Lohmann. Heffe (Mainzig). Schulz (Crefeld). Lensing. C. Feldkamp. Merle. Neuhardt. Bergrat. Overweg. Hartstock. Rolleck. A. Rombeg. Müllensiefen. Hermann. v. Schleicher. Dr. Funke. Jonas (Potsdam). Schmidt (Breslau-Storkow). Tollmann. Pieper. Mazke. Semrau.

⊙ Berlin, 11. Nov. Die Physiognomie der Stadt bleibt unverändert. Es sind nirgends auch nur die geringfügigsten Störungen der Ordnung und Ruhe vorgekommen. Dem Einvernehmen ist wurden gestern Abends noch die drei aufgestellten Truppen zurückgezogen und nur eine Abtheilung wurde heute Morgen 4 Uhr in den Conzertsaal des Schauspielhauses gelegt. Die Bürgerwehr, welche des Nachts über Wache am Schauspielhause hielt, entfernte sich auf Aufforderung des kommandirenden Offiziers, welcher die Soldaten in das Schauspielhaus führte. Die Königswache, wie die Schloßwache sind vom Militär besetzt. Eben so sind diesen verschiedene Ehrenwachen, besonders vor d. Gebäuden übergeben. — Heute Morgen 9 Uhr begab sich der Präsident v. Unruh an der Spitze der Nationalversammlung von der Tauentzienstraße aus nach dem Schauspielhause.
Über den Stimmgleichstand, welcher bei der Berieth, daß der kommandirende Offizier den Auftrag habe, den Posten zu halten. Man ist so genöthigt gewesen, der Gewalt zu weichen. Die Versammlung begab sich hierauf in geordnetem Zuge nach dem Hotel de Russie und hielt dort eine Sitzung, in welcher man einmüthig erklärte, daß man der gesetzwidrigen Gewalt gewichen sei. Es waren 243 Mitglieder anwesend. Die Herren v. Auerswald, Bium und Jacoby waren im Auftrage des Präsidiums ein Protokoll über den Vorgang im Schauspielhause auf. — Von der Sitzungsstube ist der Nationalversammlung vor der Saal des Schützenhauses zur Verfügung gestellt worden. Desgleichen werden die Stadtverordneten heut Nachmittag die Lokal zur Disposition der Nationalversammlung stellen; es ist hiervon durch den Stadtverordneten-Vorsteher, Hrn. Seidel, im Präsidium vorläufig Mittheilung gemacht worden. — Im Augenblicke sind Präsidium versäumt, dreißen an die Nationalversammlung eingegangen. Verschiedene hiesige Vereine, die Stadtverordneten zu Striegau, Magdeburg, Frankfurt a. O., die Bürgerwehr Magdeburgs, Spandau's u. A. haben sehr energische Adressen erlassen. In der Magdeburger wird die Nationalversammlung erschlafft, und für ersetzung, durch welches das Land aufgefordert werde, die Steuern zu verweigern. — Die von uns gestern mitgetheilte Proklamation der Nationalversammlung „an das preußische Volk" wird bereits gedruckt vertheilt, an die Straßenecken geheftet und in die Provinzen zahlreich versandt. — Die nächste Sitzung der Nationalversammlung findet heute Nachmittag 3 Uhr im Schützenhausesaale statt.

⊙ Nachmittag 2 Uhr.) So eben wird von Seiten der hiesigen Studentenschaft der Nationalversammlung eine Adresse überreicht. Aus Stettin ist eine Deputation eingetroffen. Die Adressen werden immer zahlreicher und wenn es so fortgeht, dürfte die Nationalversammlung bald ihren passiven Widerstand durch Erfolg gekrönt sehen. Eine so laute Aeußerung des Landes, wie sie zu erwarten steht, wird der Nationalversammlung eine der bedeutendsten moralischen und eine große materielle Macht zur Seite stellen. Die Adressen deuten darauf hin, den Widerstand hin, den die Nationalversammlung und das Land leisten können, — auf Steuerverweigerung. Sehr interessant und von sehr bedeutendem Gewichte ist der Inhalt einer Nachricht, die uns so eben aus beachtungswerther Quelle zugeht. Das geheime Obertribunal hat nämlich auf Antrag eines seiner Präsidenten, des Staatsministers Bornemann, sich über die Frage: ob der Krone das Recht zustehe, die gegenwärtige Nationalversammlung zu vertagen, zu vertagen oder aufzulösen? — dahin ausgesprochen, daß der Krone dieses Recht nicht zustehe. Von einem Gehülfen der Staats-Anwaltschaft ist bei dieser der Antrag gestellt worden, die Anklage auf Hochverrath gegen den Minister Grafen v. Brandenburg zu erheben. Der Antrag ist jedoch zurückgewiesen worden. — Man erzählt uns, daß Hr. Grabow hier eingetroffen sei und beabsichtige, seine Stelle in der Nationalversammlung wieder einzunehmen. — Ein Gerücht sagt, daß verschiedene Mitglieder der Rechten, welche weggeblieben, auch wieder in die Versammlung eingetreten beabsichtigen. (?) — Recht unterrichtet ist es, daß auch die deutsche Reform, das Organ des Hrn. Mitdue, der den Protest der ausgeschiedenen Mitglieder der Rechten mitunterzeichnet hat, sich ziemlich deutlich gegen die Verlegung der Versammlung erklärt. — Unsere Börse ist durch die politischen Verhältnisse in eine sehr unfreundliche Stimmung versetzt und das Geschäft ohne allen Belang. — 3 Uhr. Graf Brandenburg ist soeben von dem Kriminalgericht zu einer vernehmenden Gerichtsgrundsatz vorgeführt worden. Der Verhaft, auf den sich die Anklage gegen ihn gründet, (Aufforderung des Volkes zum Barrikadenbau) ist genugsam bekannt.

⊙ Berlin, 11 Nov. 5 Uhr Nachm. Die um 12 Uhr im Hotel de Russie geschlossene Sitzung der N. Versammlung wurde um 4½ Uhr im Saale des Schützenhauses wieder eröffnet. Die Abgeordneten wurden der über ihre Ankunft von dem Vorsitzenden Hrn. Grabow empfangen. Deputationen aus Breslau, Stettin und Frankfurt a. O. überreichten Adressen. Eine Deputation der hiesigen Stadtverordneten stellt der Versammlung sämmtliche Lokalitäten des Kollegiums der Stadtverordneten zur Verfügung. Als Gericht wurde im Saale er, ähl, die hiesige Kaufmannschaft habe dem Präsidenten die nöthigen Gelder zur Erstreitung der Kosten angeboten. Die Sitzung ist bis heute Abend 6 Uhr vertagt. Es wird versichert, daß gegen den Kommandeuren der Bürgerwehr, Hrn. Rimpler, von der Staatsanwaltschaft eine Kriminaluntersuchung wegen seines Verhaltens während der Vorfälle der letzten Tage beantragt sei. — 6 Uhr. Die Nationalversammlung hat sich bis jetzt noch mit Berieth der sehr ausführlichen Protokolle und dem Namensaufruf beschäftigt. Es liegt ein Antrag auf Niedersetzung einer Kommission vor, die über die Frage wegen Versetzung der Minister in den Anklagezustand begutachten soll.

Berlin, 11. November. An allen Straßenecken erblickt man heute zahlreiche Maueranschläge, welche fast durchgängig zur Bewahrung von Ruhe und Besonnenheit auf zu festhalten auf der gesetzlichen Bahn mahnen. Unter der Bevölkerung Berlins sind die Meinungen eben so getheilt, wie in der Nationalversammlung. Die Mehrheit dieser scheint wegen allgemeinen Aufruhr gefunden, wo man glauben machen will. Der Rechten fehlt es an der nöthigen Kraft, weil sie nicht genug disziplinirt ist, das Centrum ist schwankend, und in der Linken hat blinde Parteiwuth die Oberhand. Die ganze Frage dreht sich immer um den Punkt: hat die Krone das Recht, den Sitz der Nationalversammlung von Berlin auf so lange, wie nöthig, zu verlegen oder nicht? Die Linke behauptet, daß sie hierzu keine Befugniß habe, sondern, daß die Revolution in Permanenz will, kann es aber in Abrede stellen. Daß sich bedeutendes 263 Abgeordnete, also zwei Drittheile weniger 5, fanden, welche für das Hierbleiben und also passiven Widerstand gegen die Krone entschieden und dornitter auch Männer wie Bornemann und Gierke, frühere Minister, bewegt sich in der That sehr befremdende Übereinstimmung mit den Jrrthümern unserer Zustände.
Nachstehender, an den Minister des Innern von Manteuffel, gerichteter Bericht des Kanzleirathe Bleich, Vorstehers des topographischen Bureaus bei der Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung, geht uns so eben aus zuverlässiger Quelle zu: „Als ich eben im Begriffe stand, Ew. Excellenz Befehl vom heutigen Tage pflichtschuldigst auszuführen, erhielt ich von Herr Präsident von Unruh mit der Weisung, mich mit dem Bureau-Beamten ohne Umschweif nach Bürgerwehr im Schauspielhause zu begeben, um diesen Zustande behufs ich mich mit den anwesenden Beamten hier, ohne gegen die Gewalt etwas unternehmen zu können. — Berlin, den 9. November 1848.

† Berlin, 12. November. In der gestrigen Nachmittagssitzung verlas Waldeck den folgenden Antrag der Petitionals-Commission: „Die von dem Ministerium Brandenburg beschlossene Auflösung der Berliner-Bürgerwehr eine durchaus ungesetzliche Maßregel sei; 2) daß jeder Beamte, Civil oder Militär, der zur Ausführung dieses Befehls beitrage, sich der Verrathe am Lande schuldig mache; 3) daß diese Beschlüsse sofort gedruckt werden. Wachsmuth stellte hierzu als Zusatzamendement: 4) die Staatsregierung aufzufordern, den Befehl innerhalb der der Bürgerwehr gestellten Frist zurückzunehmen; 5) die Bürgerwehr aufzufordern, den Anordnungen dieser Frist in ruhiger Haltung abzuwarten. Alle fünf Punkte wurden einstimmig angenommen. — Die nächste Sitzung findet am Sonntag um 2 Uhr Nachmittags statt. — In der Stadt hat die Auflösung der Bürgerwehr große Aufregung verursacht. Das Kommando der Bürgerwehr hat bereits abgedankt. Letztere selbst war in ihren sonntägigen Versammlungen übereinigt, um sich über die Abgabe der Waffen zu berathen. — Der Magistrat hat den Minister des Innern gesamtwortet, daß wohl die Organisation, aber nicht die Auflösung der Bürgerwehr zu seiner, des Magistrats Competenz liege und er auch nicht mit seiner Stadtgemeinde in Conflikt kommen möchte.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Nr. 121.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 2 fl. Halbjährig 4 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Donnerstag den 16. November 1848.

Expedition: Promenadeplatz No. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 16. November.

Vermöge allerhöchster Entschließung vom 8. Nov. wurde dem ordentlichen Professor der Theologie an der Universität Marburg Dr. Heinrich Wilhelm Josias Thierich die fünfte ordentliche Professur der Theologie an der Universität Erlangen nach stattgefundenem Vorrücken der übrigen Professoren dieser Fakultät in provisor. Eigenschaft allergnädigst verliehen.

Durch allerhöchste Entschließung vom 10. Nov. haben Se. Maj. der König Sich bewogen gefunden, den Lehrer der III. Klasse des Gymnasiums zu Regensburg, Johann Georg Schmidt, unter Anwendung des §. 19 der IX. Verfassungsbeilage in den temporären Ruhestand treten zu lassen.

Se. Maj. der König haben unterm 5. d. M. der von den Freiherrn Georg Philipp und Georg Karl v. Redwitz als Kirchenpatronen für den Pfarramtskandidaten Karl Philipp Schneider aus Gärtenroth ausgefertigten Präsentation auf die protestantische Pfarrei Gärtenroth, Dek. Kulmbach, die landesfürstliche Bestätigung allergnädigst zu ertheilen geruht.

Se. Maj. der König haben unterm 5. d. M. der von der Gemeinde- und Kirchenverwaltung Sommerhausen Namens der protestantischen Kirchengemeinde aufgestellten Präsentation des Pfarramtskandidaten Christian Schwert aus Fürth auf die protestantische Pfarrei Sommerhausen, Dek. Würzburg, die landesfürstliche Bestätigung in der Art allergnädigst zu ertheilen geruht, daß derselbe, nachdem zugleich die von der gedachten Gemeinde- und Kirchenverwaltung erbetene Verweisung dieser Pfarrei noch bis 1. Juni 1849 genehmigt worden, solche an obengenannten Tage anzutreten habe.

(Erledigungen.) Kathol. Pfarrei Ettenbeuren, Diöz. Augsburg, Lbgs. Burgau, Reinertrag. 721 fl. 9½ kr.; Frühmeßbenefizium zu Freystadt, Diöz. Eichstätt, Lbg. Neumarkt, Reinertrag 404 fl. 51½ kr.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 12. Nov. Der landwirthschaftliche Kongreß, welcher im Laufe der vergangenen Woche seine Berathungen begonnen hat, fängt an die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen. Der Erbherzog Reichsverweser, so wie Prinz Adalbert von Preußen haben denselben mit Besuchen beehrt, und der erste Beschluß, der mit einer Majorität von 37 Stimmen gefaßt wurde, war eine Modifizirung des Prinzips der unbegrenzten Theilbarkeit der Bauerngüter, wie sie selber in §. 31 der Grundrechte von der Reichsversammlung beliebt worden war. Es haben sich Landwirthe aus allen Theilen Deutschland vom äußersten Norden bis in die Alpen Tirols gegen diese Kalamität, wie sie unlängst mit vollem Recht in der ersten Kammer der badischen Stände von Ministerialpräsidenten Bekk genannt wurde, ausgesprochen, weil nach dem Durchführalten des Ausschusses die wichtigsten Interessen der Landwirthschaft und der ländlichen Bevölkerung durch jenen Paragraphen in ihren Grundverhältnissen aufs heftigste und zum größten Nachtheile derselben in einzelnen Ländern bei bestehendem Rechte erschüttert werden müßten. Bei der wesentlich geänderten Stimmung der Paulskirche über verschiedene, anfänglich als ausgemachte Wahrheiten betrachtete Ansichten und bei dem wachsenden Widerstande, auf welche heilgte Theorie bei allen praktischen Oekonomen stößt, läßt sich erwarten, daß sie nicht minder als ihre Zwillingsschwester, die unbedingte Gewerbefreiheit, einer bessern Einsicht weichen werde. Beide sind aus der vor wenigen Jahrzehnten einseitig Finanzmänner, welche durch sie den Ertrag der Gewerbe und des Bodens, und dadurch den der Steuern zu erhöhen hofften, hervorgegangen; beide aber haben in den Ländern, wo sie in das Leben gerufen wurden, eine solche Uebervölkerung und Massenarmuth erzeugt, daß die erwarteten Ueberschüsse der Produktion über die Konsumtion bis auf Null herabgesunken sind, und daß ein mit seiner Lage unzufriedenes, und ehrlich gesagt, auch unbeschreiblich arme Proletariat in den Staat gesetzt wurde, durch Aufruhr und Greuel den unseligen Mechenfehler bis zur Handgreiflichkeit nachzuweisen. Rechtsanwalt Grumbrecht aus Lüneburg hat darum auch sehr wohl gethan, in der letzten Sitzung der Reichsversammlung nochmals auf diese Frage zurückzukommen, und dem volkswirthschaftlichen Ausschusse, durch dessen Bemühungen diese und verschiedene andere Ueberschwenglichkeiten in die Grundrechte übergegangen sind, gehörig den Text zu lesen. Auch würde es nicht schaden, wenn der Bauernstand sich das Beispiel der Gewerbsleute zum Vorbild nehmen wollte und durch zahlreiche Eingaben bei der Reichsversammlung gegen seine völlige Zugrunderichtung durch die „Hafmergerel“ Einsprache erhöbe. Wer besuzutage die Stände in den Hood legt, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn seine Interessen bei der allgemeinen Verwirrung mißachtet werden. — Die Berathung und Abstimmung über die künftige Reichsverfassung ging in der letzten Woche ziemlich rasch vorwärts, die Gegenstände sind von der Art, daß man ein Beharren auf der betretenen Bahn nur bringend wünschen kann. Artikel IV. handelt von den Schiffahrtsanstalten an Meere und in den Mündungen der Flüsse, vom Fahrwasser, Hafen- und Lootsenwesen, lauter Dingen, welche der Fürsorge der Einzelregierungen, jedoch mit Oberaufsicht der Reichsgewalt, vorbehalten bleiben. Letzterer wurde ferner das Recht ertheilt, die fremde Schiffahrt mit höhern Abgaben belegen zu können, ein Recht, wodurch nicht nur die Möglichkeit, Ausgleichungs- oder Differentialzölle gegen das Ausland einzuführen, geschieht, sondern auch der Reichskasse wie in den Schutzzöllen eine unmittelbare Finanzquelle eröffnet ist. Für die Schutzzölle aber diesmal zur Unzeit und daßenselbe ganz ohne Noth ereignete sich Eisenstuck aus Ehrenwig, gegen ersteres jedoch sehr erfolglos Kaufmann Wirk und Hamburg. Die Anträge des Ausschusses verdreidigte v. Wincke mit großem Geschick, um so unglücklicher war aber Moriz Mohl mit seiner Lobrede auf den napoleonischen Zentralcheprotektionsrat, den er in allem Ernste Deutschland zur Nachreiferung anempfahl. Die Anträge des Verfassungsausschusses werden wohl auch bei den folgenden Abschnitten ohne wesentliche Abänderungen angenommen werden, da sie mit ziemlichem Glücke zwischen den Klippen partikularistischer Bieblsanerei und der Chorsbüls hyperunitarischer Gleichmacherei (das ceterum censeo der österreichischen Frage abgerechnet) hindurchsteuern.

Bayern. — †München, 15. Nov. Am vergangenen Montag hat der bisherige königl. farnitische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am königl. bayerischen Hofe, Hr. Marquis Pallavicini, Sr. Maj. dem Könige in einer besonderen Audienz sein Abberufungsschreiben überreicht. An demselben Tage, Nachmittag 3 Uhr, überreichte der in gleicher Eigenschaft bei dem königl. bayerischen Hofe ernannte Hr. Chevalier Manfredo Bertone, Graf v. Sambuy, Sr. Maj. dem Könige seine diesfallsigen Beglaubigungsschreiben.

†München, 15. Nov. Gestern Abends 8 Uhr versieht dahier der berühmte Bildhauer Ludwig v. Schwanthaler. Er ist fabrelangen gichtischen Leiden im schönsten Mannesalter von 48 Jahren. Das bis in die Staatsministerium des Innern eingelaufenen Berichten der Kreisregierungen über die Wirksamkeit der in Bayern bestehenden politischen Vereine erhellt, daß nur einige sich geweigert, dem diesbezüglichen Reichsministerial-Erlasse Folge zu leisten. Bei weitem die Mehrzahl hat Statuten und Beschlüsse bereitwillig vorgelegt, überzeugt, daß die Absicht der Regierung keineswegs auf eine Beschränkung des Assoziations-Rechtes dabei gerichtet war, und daß es sich nur um sanitätische Erhebungen handelte, um die verwaltende politische Gesinnung des Landes kennen zu lernen. Protestationen wurden vorzugsweise von den pfälzischen und einigen fränkischen Volks- und Demokraten-Vereinen erhoben. Im Ganzen erscheint das rein konstitutionell-monarchische Prinzip überwiegend, mit Ausnahme der Regierungsbezirke der Pfalz, von Mittelfranken und einiger Theile Oberfrankens und Schwabens. In der Provinz Niederbayern hat sich bis jetzt, wie es scheint, kein Verein von eigentlich politischer Geltung gebildet; nur haben sich vorhandenen gewerblichen Vereinen politische Elemente beigestellt. In Oberbayern bestehen politische Vereine zu München, Dachau, Inderdorf; in der Oberpfalz zu Regensburg und Stadtamhof, Kelheim, Bamberg Tirschenreuth; in Oberfranken zu Bayreuth, Hof, Bamberg, Schwartzach, Gräfenberg, Hertogenaurach, Wunsiedel, Redwitz, Schwarzenbach an der Saale; in Unterfranken zu Würzburg; in Schwaben und Neuburg zu Augsburg, Kempten und Nördlingen; in Mittelfranken zu Ansbach, Dinkelsbühl, Erlangen, Fürth, Nürnberg, Schwabach, Altdorf, Weissenburg, Windsbeim; dazu kommen noch eine Anzahl Bauernvereine in den Landgerichten Erlangen und Nürnberg, welche zusammen mehr als tausend Mitglieder zählen; in der Pfalz endlich zu Speier, Zweibrücken, Kaiserslautern, Kirchheim, Neustadt, Dürkheim, Edenkoben, Frankenthal, Germersheim, Landsbeim. — Derjenigen, welche unverdaben die verfassungsmäßige Staatsform anzudahnen suchen, sind wenige; manche lassen die Frage der Staatsform offen; viele verlangen Durchführung der demokratischen Grundlage in der konstitutionellen Monarchie. Der letzteren Statuten beweisen übrigens, daß ihnen hierin die Begriffe äußerst unklar und schwankend (und daher die Tendenz der Vereine selbst wohl auch wandelbar) sind. Die meisten scheinen nicht den konsequenten äußersten Vorsatz der Grundsätze der Volkssouverainität zu wollen, sondern nur die natürliche Erbdeinfassung gewisser demokratischer Prinzipien im konstitu-

neuen Staate, nachdem nämlich das aristokratische Element in Deutschland durch die Märzbewegung gestürzt und beseitigt worden ist. Eine Demokratie, als die geistliche und rechtliche Betheiligung der Volksgemeinde am allgemeinen Staatswesen aufgefaßt, zählt auch Anhänger außer den „Demokraten"-Vereinen.

Günzburg, 11. Nov. Tod vor ungefähr drei Wochen von der mittleren Iller in unsere Gegend herabgetriebe bayerische Korps unter Generallieutenant Frhrn. v. Gumppenberg, dessen Hauptquartier fortwährend hier sich befindet, und welches seitdem zwischen Ulm, Burgau und Mindelheim kantonnirte, scheint noch längere Zeit daselbst verweilen zu sollen: zur Schonung des bereits in Ulm und Umgebung einquartirten Korps wird untergebracht werden, wozu sich sowohl hier als in Krugsburg und anderen ehemaligen Klostergebäuden wohl hinreichende Lokalitäten vorfinden, deren Instandsetzung zu Kasernen aber nicht unbedeutende Summen in Anspruch nehmen dürfte. Ebenso sollen auch die in den Festungswerken von Neu-Ulm befindlichen Barracken mit Truppen belegt werden. Man will die verlängerte Konzentrirung dieses Korps, so wie die der württembergischen Truppen im badischen Seekreise, welche sogar durch eine von Kriegsweil weggerückte Abtheilung verstärkt worden sind, in möglichermeise hervorbehenden ernsteren Konflikten mit der Schweiz suchen, denn die politische Stimmung ist im Bayerischen sowohl, wie im württembergischen Oberschwaben glücklicherweise von der Art, daß solche Truppenanhäufungen nicht nöthig sind. (Schw. Mkr.)

Württemberg. Biberach, 11. Nov. (S. M.) Gestern ist eine Schwadron von dem baier. Chevauleger-regiment König und heute das Leibregiment auf ihrem Rückmarsche von Sigmaringen hier eingerückt, und haben heute ihren Marsch nach Bayern fortgesetzt. Heute sind wieder ein Paar Kompagnien bayerischer Infanterie, sowie auch eine Abtheilung Artillerie mit zwei Kanonen und Munitionswagen, von Sigmaringen kommend, hier eingerückt, und werden morgen ihren Marsch nach Bayern fortsetzen. Das Leibregiment besteht aus schöner kräftiger Mannschaft, deren gute Haltung und die sehr schöne Musik des Regiments Freude erregte. — Wir haben ziemlich viel Schnee; die Posten kommen alle verspätet an.

Sächs. Herzogthümer. Altenburg, 11. Novbr. Seit dem Einmarsche der braunschweigischen Reichstruppen, die jetzt nahe an 6000 Mann stark theils in unserer Stadt, theils in deren Umgegend einquartirt liegen, ist bei unserer republikanischen Partei eine Art von Absyannung eingetreten, die wohl als natürliche Folge ihrer zeitherigen, seit 6 Monaten in seiner Weise gestörten rastlosen Thätigkeit zu betrachten ist. Verhaftungen von Volksmännern, welche noch vor wenigen Wochen einen großen Theil unserer Bevölkerung allermeist mit bewaffnete Aufläufe zur Folge gehabt hätten, werden jetzt von beiseiten ihnen, den eifrigsten Republikanern, mit einer Resignation hingenommen, die ihres Gleichen sucht. Die rothen Bänder fallen aus den Knopflöchern, die rothen Federn von den Mützen, die ganzen Anzügen der so eitrig exstreten Blutrepublik sind verschwunden, selbst die Seufzermänner haben ihre Sonntagsparade eingestellt und sehen ihren sämmtlichen Entwaffnung demnächst entgegen. Mehre Haussuchungen sind bereits hier Seite traurig zu Ende. Die meisten sind in Untersuchung, zwei verhaftet, was noch von ihnen hier übrig, ist ohne Bedeutung: das Haupt der ganzen hiesigen Bewegung, der Bürgerkommandant Adv. Erbe, ist zur Zeit noch nicht vom großen Demokratenkongreß zu Berlin beimgekehrt und dasselbe sich, wie es heißt, „auf Reisen." Unterdessen hat man die auf seinen Befehl gefertigten 60,000 Stück scharfe Patronen wieder sämmtlich eingenommen. 2000 Gewehren sich der Stadt auf einem Taubenschlage des verbuschten Dr. Duval, andere nicht unbedeutende Posten in den Wohnungen republikanischer Würger. Man sieht, für die Sicherheit unserer Stadt war seither vortrefflich gesorgt. Wir sind immer noch nicht so weit, um das, was wir bis jetzt hier erlebt haben, etwa für einen wüsten Traum halten zu können. Die Folgen des republikanischen Treibens sind überall sichtbar. Es wandert Gewerbe ist ruinirt. Auch erinnern noch dann und wann das republikanische „Volksblatt", die „Allgemeine Volkszeitung" des Hrn. Pelz, umlaufende Gerüchte an die schöne Vergangenheit. — Am 9. Nov. hat unser seitheriger Minister v. Planitz, ein Ehrenmann im vollen Sinne des Wortes, seine von ihm selbst mehrfach nachgesuchte Entlassung erhalten. An seine Stelle ist der bisherige Mitglieder der Schützengilde in ihrer Uniform, jetzo ohne Gewehr. Kurz vor 3 Uhr erscheint Hr. v. Unruh und wird an der Thür des Hauses von dem Kommandeur der Schützengilde, Hrn. Pahl, mit einigen so seierlichen, als herzlichen Worten begrüßt: Die Schützengilde sei stolz darauf, die Vertreter des Volks in ihrem Hause empfangen zu können. Nach und nach sammelt sich eine größere Menge Volks vor dem Hause, das sich als an die neue Königsreise ein Spalier und empfängt die ankommenden Deputirten mit begeisterten Hochs. Eine Deputation aus Stettin ist angekommen und spricht dem Präsidenten lebhaften Dank für die energischen Beschlüsse der Versammlung aus. Eine Deputation der Studentenschaft, bestehend aus den Herren Entrulat, Wehrmeister und Reiner, wird ebenfalls von dem Präsidenten empfangen und verlangt der Nationalversammlung, daß sich die Studentenschaft ihr ganz zu Gebote stelle. — Die Lokalität des neuen Sitzungssaales ist fast schöner, als die im Schauspielhause. Von allen Seiten umlaufen Galerien den Saal. Gegenüber dem Eingange befindet sich eine Erhöhung für das Büreau und die Tribüne. Am Fuß derselben Tische der Stenographen, davor die Ministerbank und parallel der Tisch der Unterstaats-Sekretäre und Regierungs-Kommissarien, sind so lange der Wand ein Tisch für die Journalisten angebracht, da die Galerien zu diesem Zwecke nicht schnell genug eingerichtet werden konnten. Um ½ Uhr eröffnet der Präsident v. Unruh die Sitzung. Nach Verlesung der Protokolle der zwei Sitzungen vom vorigen Tage verbreitet sich die Nachricht von Auflösung der Bürgerwehr im Saale. Der Namensaufruf ergibt 247 Anwesende. Den Stadtverordneten Derins, die der Versammlung alle ihre Lokalitäten zur Verfügung gestellt haben, so wie der Schützengilde für das dargebotene Lokal wird unter Zuruf durch Aufstehen aller Abgeordneten der Dank der Versammlung votirt; dasselbe geschieht auf Antrag Schramm's für die gesammte Bürgerwehr. Phillipp übernimmt den Vorsitz, da v. Unruh mit der Provisorischen Konseilen muß. Glowe erstattet Bericht über eingelaufene Adressen aus Berlin, Magdeburg, Striegau, Guben, Naumburg, Breslau, den Berliner Studenten, der Bürgerwehr von Spandau. Jakoby überreicht eine Zustimmungsadresse von 701 Bezirk aus Berlin. Hr. Bloem verliest die Zeugenaussagen des Assessors Wache und des Thürsteher's im Schauspielhause Beziram in Betreff der stattgefundenen Besetzung der Posten im Schauspielhause und ihre darauf erfolgte Verdrängung durch das Militär, das 200 Mann stark gewesen sein soll. Der bestellende Offizier soll die aufgestellten Bürgerwehrmänner ausgefordert haben, ihr Gewehr zu weichen. Nach Beziram's Aussage kann er bestätigende Offizier, als sich heute früh die Abgeordneten heim-Hause nähereten und das Volk Hurrah schrie, kommandirt die Gewehre zu laden, und die Soldaten hätten Zündhütchen angesetzt. Dasselbe bezeugt der Thürsteher Federbusch. Ein von Arnz, Bloem, Robbertus gestellter Antrag, dem sich ähnliche von Schulz (Wanzleben), Reuter, Brocker, Kämpf und Wesendonk anschließen, nämlich die Versammlung solle erklären, daß die Bürgerwehr sich durch ihr Verhalten gegenüber dem Ministerium und durch ihren freundlichen Empfang der Nationalversammlung den Dank des Vaterlandes erworben habe, wird ohne Verhandlung angenommen. Arnz, Robbertus und Brill stellen den dringlichen Antrag: die Versammlung solle eine Kommission aus den Präsidium und den 16 Mitgliedern ernennen lassen, welche eine öffentliche Denkschrift abfasse, in der sie die schwere Schuld, welche Ministerium Brandenburg durch Genehmigung und Verbündigung der k. Kabinetsordre, welche die Vertagung der Versammlung anordnet, auf sich geladen habe, dem Lande dargelegt werde. v. Berg begründet für den wegen Krankheit abwesenden Robbertus diesen Antrag, indem er den Malen Brandenburg beschuldigt, die Verfassung durch Militärgewalt zu stören zu wollen. Graf Lehndorff spricht gegen diesen Versuch, dem Gesetzwerk, der Graf Brandenburg sei also ein Hochverräther. Es wäre allerdings Recht, den Verbrecher den Gerichten zu übergeben, aber höhere politische Rücksichten halten davon ab, zumal noch keine Geschworenengerichte existiren. Auch Arnz spricht für den Antrag. Wachsmuth stellt das Amendement: „2) der Kommission aufzugeben in ihrem nach den bestehenden Gesetzen eine Anklage auf Hochverrath gegen die Minister zu begründen wäre. (Wird unterstützt.) Horaziowitz und Schulz (von Minden) sprechen für den Antrag, letzterer wünscht jedoch, daß man in der jetzigen aufgeregten Stimmung sich hüten müsse, durch Worte den zukünftigen Richter zu antizipiren und dadurch Folgen außen zu verursachen, die man vermeiden müsse. Auch gegen den Antrag der für das Amendement. Wachsmuth: nach seiner Ansicht sei die Anklage nach §. 330 Theil II. Titel 20 des Allgemeinen Landrechts zu begründen. v. Berg noch einmal für den Antrag. Er habe bohe Achtung vor den preußischen Richtern, aber neulich habe ein Gerichtshof entschieden, daß es seine Verfassung, sonst seinen Hochverrath gebe. Er sehe hier einen Gegensatz zwischen Kammer und Kommission. Grabow, für den Antrag, für das Amendement. Jung für das Amendement werden einstimmig angenommen. Hierauf verliest v. Kirchmann den folgenden dringlichen Antrag: „Der Präsident solle beauftragt werden: 1) die beurlaubten Abgeordneten einzuberufen, 2) an Stelle derjenigen Abgeordneten, welche sich am 9. und 10. ohne Urlaub aus der Versammlung entfernt haben, wenn sie bis Montag nicht eintreffen sollten, die Stellvertreter einzuberufen. Der Antrag wird unterstützt und gegen die Dringlichkeit sein Widerspruch erhoben. Hr. v. Kirchmann (für den Antrag): Nicht aus Furcht, daß die Versammlung beschlußunfähig werden könnte, sei der Antrag gestellt, sondern um seinen Kreis unverletzen zu lassen. Durch den zweiten Theil des Antrags solle Einstweigl Berücksichtigt werden, daß die Abgeordneten ihr Mandat verlieren. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Gr. Waldeck verliest folgenden Antrag der Prioritätskommission: 1) daß die von dem Ministerium Brandenburg beschlossene Auflösung der Berliner Bürgerwehr eine durchaus ungesetzliche Maßregel sei; 2) daß jeder Beamte, Civil- oder Militär-, der zur Ausführung dieses Beschlusses beitrage, sich der Verletzung seiner Pflicht und Eide schuldig mache; 3) daß derselbe sofort entlassen werden. Waldeck verliest das Schreiben des Ministers des Innern v. Manteuffel an den Kommandeur der Bürgerwehr, Hrn. Rimpler, welches die Auflösung der Bürgerwehr anzeigt. Der Redner will darin den Beweis der Reaktion sehen. Mit gewohnter heftiger Sprache donnert er, ihr solle es nicht gelingen, das Leichentuch der Freiheit von Wien nach Berlin auszuspannen. Diese „Brut" wolle um jeden Preis Bürgerzwistigkeiten hervorrufen. (Bravo von vielen Seiten, auch von den Galerien.) Wachsmuth stellt das Zusatz-Amendement: „4) die Staatsregierung aufzufordern, den Befehl innerhalb der der Bürgerwehr gestellten Frist zurückzunehmen; 5) die Bürgerwehr aufzufordern, den Absauf dieser Frist in ruhiger Hal-

tung abzuwarten". — Möge man der Regierung die Frist stellen, sich zu besinnen, welche sie der Bürgerwehr gestellt hat. Weichsel, Duncker und v. Kirchmann sprechen dafür, Waldeck schließt sich an, damit Einstimmigkeit herauskomme. Schulz (Minden) giebt einen von ihm gestellten Antrag auf Namensaufruf auf den Einwurf Brosts, daß es in diesem Augenblick keine Parteien gebe, zurück, mit die 5 Punkte werden dem einstimmig angenommen. (Phillips übernimmt den Vorsitz, da Hr. v. Unruh sich an der Debatte über den folgenden Antrag betheiligen will.) Ein dringender Antrag der HH. Jakoby, Löster, Waldeck wird nun verlesen, welcher dahin lautet: Die hohe Versammlung möge beschließen, daß das Ministerium Brandenburg nicht berechtigt sei, Steuern einzuziehen (Unterstützt.) Brodt stellt den Antrag auf Vertagung der Sitzung, Hr. v. Unruh das Amendement, diesen Antrag an eine Kommission zu überweisen (Beides unterstützt). Beide Herren sprechen für ihre Anträge, und weiten darauf hin, den passiven Widerstand so lange als möglich fortzusetzen, und ehe man weiter gehe, die Schritte der Regierung, die Stimmen des Landes zu erwarten. Hr. Löster hält jene Steuerverweigerung ebenfalls für passiven Widerstand, giebt aber zu Gunsten des hinsichtlich Amendements seinen Antrag zurück. Ebenso die beiden andern Antragsteller. Brodt zieht sein Amendement auch zurück. Das v. Unruhsche Amendement wird darauf einstimmig angenommen. v. Unruh erwennt nun die 10 Mitglieder der Kommission des Nodbertusschen Antrages, z. B. die HH. Waldeck, Jakoby, Reuter, Löster, Rodbertus, Arnp, Bornemann, Schulze (Minden) Gierke, Duncker, Wachsmuth, Kosch, und die 8 Mitglieder der in seinem Amendement zu dem letzten Antrag erwähnten Kommission. Die Sitzung soll nun geschlossen und Morgen 2 Uhr anberaumt werden. (Man ruft: Morgen ist Sonntag!) Weichsel spricht dafür, Berg dagegen. Endlich. Ja wir sind ja Christen, aber ich glaube, daß es auch Gottesdienst ist, dem Wohle des Volkes zu dienen (Brave!). Die Versammlung erklärt sich hierauf für die morgende Sitzung und der Präsident schließt die Sitzung um 7 Uhr. Nächste Sitzung: Morgen, Sonntag, 2 Uhr Nachmittags.

(Spenersche Zeitung.) Der große ernste Moment, vor dem wir stehen und dessen folgenreiche Entwickelungen Staat und Vaterland in ihren innersten Gefahren betreffen, fordert von uns eine aufrichtige und ehrliche Prüfung unserer thatsächlichen Lage. Die vorgestrigen Ereignisse sind uns nicht überraschend und keinesweges wie ein Blitz aus heiterm Himmel herabgekommen; sie sind vielmehr, wie sich jeder klar denkende und in seinen Ansichten von Gesetz, Recht und Freiheit gesund gebliebene Vaterlandsfreund längst gedacht hat, nur die nothwendige Folge der Art und Weise unserer ganzen Staatslage unvermeidlich gewordenen Rathlosigkeit hervorgegangen! Wer diese Verrückung eines innerlich so lebenthätigen und zukunftreichen Staats verschulde, welche unglücklichen, klaglichen und verabscheuungswürdigen Umstände zusammenwirken mußten, um in einem Staat, wie Preußen, eine Kluft zwischen Fürst und Volk, zwischen Regierungen die zu dem schmutzigen Punkt zu bewirken, auf welchem wir Berlin am Abend des 31. Oktober unter den Peitschenknall einer unmündigen Pöbelschaar zwangen sehen: darüber wird sich Jeder klar werden und in sich selbst bestimmte Entschlüsse fassen müssen, wer es mit der seiner Freiheit preisgegebenen Hauptstadt Preußens gut meint. Nur die National-Versammlung konnte in ihrem bisherigen Verhältniß zur Berliner Bevölkerung nicht fortbestehen: darüber muß man mit sich einig sein, wenn man die Thatsachen der letzten Monate, wenn man die Verblendungen der vielen Frattionen der Versammlung über sich selbst und über ihre in und mit dem Volke zu spielende Rolle kennt und ermessen hat! Die Regierung des Königs, wenn sie ihre Aufgabe endlich stark und würzig, wie sie es dem Thron und der Nation gleichmäßig schuldig ist, erfassen wolle die Regierung hatte zunächst die unabweisliche Pflicht, der National-Versammlung in ihrer eigenen Freiheit zu dem Ende zu kommen! In diesem Sinne haben wir vor Allem den Zweck der Königlichen Botschaft anzusehen, durch welchen der Versammlung fortan ihr Sitz in dem den bisherigen zweideutigen Verhältnissen entrückten Brandenburg bestimmt werden sollte. Es handelt sich darum, die Nationalversammlung von dem unreinen und unterwühlten Boden abzulösen, auf welchem die Verwüstung der Hauptstadtverhältnisse und das eitle gegenseitige Spiel gewisser Selbstsüchtigkeiten sie nun einmal gewonnen hat! Die äußere Freiheit der National-Versammlung bestand unter den bisherigen Gelüsten und Straßen-Intriguen nicht, die innere Freiheit der Abstimmungen und Beschlüsse war dadurch ein leichtsinniger Spielball des Augenblicks geworden, und die aus hiesiger wüsten Zerrissenheit hervorgehende Verfassung, das künftige Palladium Preußens, kann auf diesem Wege keine legale Gültigkeit im Lande zu beanspruchen! Das neue Ministerium mußte mit diesem in der That patriotischen Reinigungswerk vorangehn, wenn es der durch unsere ganze Staatslage als nothwendig gebotenen Aufgabe, an die es seine Existenz geknüpft hat, folgleich auf dem entscheidenden Punkt genügen wollte! Wir wollen daher nicht anstehn, den neuen Ministern vor allen Dingen die Anerkennung patriotischer Ehrenmänner zu zollen, wenn sie, woran nicht zu zweifeln steht, ihrer Bestimmung treu bleiben, ein wahrhaft freies und konstitutionelles Staatsleben für Preußen auf die einzig würdige Weise zu ermöglichen, und darin die unverbrüchlichen Verheißungen des Königs zu einer Wahrheit für das Volk zu machen! Sie sind es, so glauben wir mit Fug, Allen das Vertrauen, daß sie uns wirklich auf der Bahn eines freien, konstitutionellen Staatslebens zu wanken entschlossen ist, und daß es lediglich auch in diesem Sinne und zur Wahrung des legalen Charakters unserer künftigen konstitutionellen Verfassung die Verlegung der Nationalversammlung von Berlin beantragt hat. Dem Vernehmen nach werden bereits in Brandenburg die Anstalten zu einer angemessenen Aufnahme der Versammlung getroffen. Sie wird dort in einer stillen und wohlthuenden Abfriedigung zum wahren Heil des Vaterlandes berathen können! Sollte sich durch eine günstige Wendung der Dinge über die Verlegung anders bestimmen lassen, so würde auch der Moment, der über ihr Hierbleiben entscheiden, der geeignetste sein, um sie durch Gebieterung ihrer einzig und allein zulässigen Basis zur Vermeidung alles fernern Irrsale auf den festigen Standpunkt zum Thron, wie zur Nation, zu stellen. Der gute Genius Preußens sei diesen Beginnen gnenigt! Die in der Stadt bis zu diesem Augenblick herrschende Stimmung entspricht vollkommen der Anerkennung der obwaltenden friedlichen, gesetzlichen und durchaus freiheitsgemäßen Absichten, denen wir vertrauen dürfen! Auch die Weigerung der Bürgerwehr, sich in dem fraglichen Moment zur Beaufsicht der Staatsbehörden zu stellen, hat in dieser Stimmung bis jetzt noch keine unruhige Wallung bringen können. Wenn aber das Kommando der Bürgerwehr seine legale Mitwirkung in diesen entscheidenden Augenblick des Vaterlandes verweigert hat, so wird man daraus keinen Grund zu einem Mißtrauen gegen die Regierung sächsen können, welche sich dann zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit des Staats auf bessen eigne executive Macht, das Heer, stützt, und in der hinlänglich motivirten Zuberufung desselben doch auch nur einen wesentlichen Theil des Volkes zum Schutz seiner bestgesinnten und Errungenschaften entbietet."

Ferner erhalten wir in Bezug auf die gestrige Erklärung einer Anzahl Abgeordneten folgende Zuschrift: „Die unterzeichneten Mitglieder der National-Versammlung treten der Verlegung der Sitzung bei, auf welchen die Abgeordneten Reichensperger, Baumstark u. s. w. unter dem 9. d. M. erklärt haben, daß die Krone sich bei der angeordneten Verlegung der National-Versammlung formell und materiell in vollem Recht befinde, und daß diese Maßregel, weit entfernt, die konstitutionelle Freiheit des Landes zu gefährden, vielmehr vorzüglich dazu beitragen werde, die Hoffnungen der Freiheit und der Ordnung zu verwirklichen. Berlin, d. 10. Nov. 1848. Reichmeister. Hofer. v. Daniels. Scheidt. Schütze. Bidolun. Kleist." (Spen. Ztg.)

Es hatte sich am gestrigen Abend das Gerücht in der Stadt verbreitet, daß auf eine konstitutionelle Anfrage des ehemaligen Justizministers Bornemann an das gestrige Gesammtministerium, ob die Krone bei der Translation der National-Versammlung in ihrem Rechte sei, dasselbe, gegen eine Stimme, dahin sich ausgesprochen habe, es sünde der Krone dieses Recht nicht zu". Wir können aus der zuverlässigsten Quelle versichern, daß diese Nachricht aller Begründung entbehrt, indem weder eine Anfrage solcher Art gestellt worden, noch viel weniger daher eine Antwort ertheilen konnte. (Spen. Ztg.)

Frankreich.

△ Paris, 10. Nov. Eine Deputation der bereits hier anwesenden Journalisten aus den Departements hat gestern Abend den Gegenstand der Universalpost Theil nehmen werden, haben sich gestern früh zu den HH. Barroz, Thiers und Ludwig Napoleon begeben, um Aufschlüsse zu erhalten über die Kandidatur und die Tendenzen Ludwig Napoleons. Barroz erklärte ihnen, wie man hört, nicht gerade zu, gegen Ludwig Napoleon zu stimmen, dagegen äußerte er sich sehr bestimmt gegen Cavaignac. Er schreint zu fürchten, daß die Republik sich befestigen könnte, wenn Cavaignac gewählt würde. Hr. Thiers dagegen sprach sich sehr bestimmt für die Kandidatur Ludwig Napoleons aus, was manchen um so weniger erklärlich erscheint, wenn er wirklich beabsichtigt, sein Portefeuille unter dessen Präsidentschaft anzutreten. Meiner Ansicht nach bereitet dies nur die politische Nechenkunst des Herrn Thiers, der sich eine geschlertere Zukunft offen behalten will, als jene, die der ephemere Glückstern des Napoleoniden zu bieten verspricht. Von Ludwig Napoleon selbst sollen die Journalisten sehr freundlich aufgenommen worden sein; aber sonst bewies er sich eben so zurückhaltend wie in der Nationalversammlung. Er hütet sich wohl, irgend eine bestimmte Erklärung zu geben über seine politischen Grundsätze. Nur das sagte er, daß er Gegner der Zentralisation sei, und daß er im Falle seiner Ernennung zum Präsidenten alle etchirigen Köpfe um sich zu vereinigen suchen würde. — Die Blätter bringen heute auch das Schreiben, durch welches Marschall Bugeaud auf seine Kandidatur verzichtet. Er wird allem Anschein nach in der Nieder-Charente zum Repräsentanten für die Nationalversammlung gewählt werden. — Das Journal des Débats erklärt sich heute ermächtigt, die Angabe, als unterhandle Spanien mit den Vereinigten Staaten wegen Abtretung der Insel Cuba an dieselben, als ungegründet zu bezeichnen. — Der heute erschienene Wochenbericht der Bank lautet etwas günstiger als der letzte. Das Portefeuille derselben hat sich diesmal nicht vermindert.

Spanien.

* Madrid, 5. Nov. Heute sind der Prinz und die Prinzessin von Capua nach Frankreich abgereist. — Man spricht davon, daß der Herzog von Gor zum bevollmächtigten Minister Spaniens in Wien, und der Marquis von Valdegamas (Juan Donoso Cortes) in gleicher Eigenschaft in Berlin bestimmt seien. Die karlistischen und republikanischen Umtriebe dauern noch immer an. Oberst-Lieutenant Cafanova soll sich nach dem Gefechte bei Huesta nach Frankreich geflüchtet haben.

Rußland und Polen.

St. Petersburg den 21. Okt. Der russische Invalide meldet, daß der Kaiser durch einen Ukas vom 30. Sept. den Ordenskapiteln die Ernennung der österreichischen Feldmarschall-Lieutenants Wratislaw, d'Aspre und Heß zu Groß- Ordensrittern 4. Klasse mit dem Bemerken angezeigt habe, daß es zur Belohnung dienen solle für ihre glänzende Tapferkeit in den Schlachten von Sommacampagna und Custozza.

Der Gazeta Krakowska wird berichtet, daß Rußland mit dem Tscherkessenchef Schamil im Kaukasus einen Friedensvertrag abgeschlossen habe.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Paris, 10. Nov. 5proz. 42.20. 5proz. 64.55. **Schatzsch.** —. **Bankaktien** 1340.—. **Stadtobligationen** 1110.—. **Wien Kandle** —.—. **Comptt. von Nigier** —. **Belg. 5proz.** von 1840 77¼. von 1842 —. 4½proz. 72¼. 5proz. 51.—. 2½proz. 38¾. **Belg. Bank** —. **Neap. 5proz.** 77.—. **Röm. 5proz.** 63½. **Span. 3proz.** —. **Aktive** **Passive** —. **Piem.** —. **Hazil** 200. **St. Germain** —.—. **Versailles (rechte)** —.—. **(linke)** 90.—. **Orleans** 550.—. **Rouen** 360.—. **Havre** 165.—. **Marseille** 150.—. **Basel** 77.50 **Bierzon** 220.— **Boulogne** 135 —. **Dordeaux** 365.—. **Nordbahn** 340.—. **Montereau** —.—. **Lyon** —.—. **Straßburg** 327.50. **Nantes** 310.—. **Dieppe** —.—. **Secaur** —.—. **Montpellier** —.—. **La Teste** —.—.

J. v. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 16. Nov.: „Czar und Zimmermann", Oper von Lortzing.
Freitag, 17. Nov.: „Liphonia", Drama von Zwergensohn.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. Hayer, Prediger, von Wiesbaden. Baron v. Ulman, von Pesth.
Hotel Maulik. v. Meinloff, geh. Rath, aus Rußland. Pflugdorff, Partikulier, von Jaffy. Manvoyer, Kreiter, aus Frankreich.
Gold. Hahn. Roff, Ingenieurpraktikant, von Rosenheim. v. Hohenstreli, Partikulier, von Freiburg.
Blaue Traube. v. Klingworth, Kommandeur, von Hannover. v. Eibsig, Forstmeister, von Varinkirchen. Dr. Wagner, von Wien. v. Felber, Gutsbesitzer, von Zachan.
Stachusgarten. Bremer, Privatier, von Memmingen. Hölbrich, Privatier, von Schongau. Lang, Frankfurter, von Aschaffenburg.

Getraute in München.

Die Herren: Johann Weber, Früchtenhändler von hier, mit Katharina Bismann, bürgerl. Viersührerstochter von hier. Franz Schüler, Schuhlieferungsperson, mit Anna Maria Hammer, Bauerstochter von Hirschhaid. Benno März, Zimmermann, mit Theresia Steinberger, Söldnerstochter von Mötzing, Pfarramts Nieder, Dzsk. Regensburg. Lorenz Doll, Regierungsgehilfe bei der Königl. Staatsschuldentilgungs-Kommission dahier, mit Maria Krösing, Bauerstochter von der Vorstadt Au. Lorenz Gaab, Maurergeselle von hier, mit Elisabetha Bleicher, Zimmermannstochter von hier. Rudolph de Croze, Königl. Postverwalter von Mindelheim, mit Fräulein Franziska Freifräulein v. Brück, Königl. Kämmerers- und Oberstlieutenants-Tochter von Würzburg. Georg Roth, Schraunenarbeit, mit Maria Wagner, Bauerstochter von Pliening, Dzsk. Ebersberg.

Auswärts Getraute.

In Oberföhring: Hr. Georg Rottmüller. Kalkbrennereibesitzer in St. Emmeran, mit Anna Bock, bürgerl. Kochstochter von München.

Gestorbene in München.

Barbara Scheiber, bürgerl. Kornsänflerswittwe, 56 J. a. Konrad Hörman ehemal Hofwagenmeister von Augsburg, 63 J. a. Franziska Burghart, Taglöhnerswittwe von der Au, 70 J. a. David Königsfeder, Privatier, 88 J. a. Anna Zehetbauer, Maurermeisterstochter von Freising, 25 J. a.

(2b) Ein im Polizei- und Armluftrafis-Fach, vorzüglich im Registraturdienste routinirter Civilbeamter sucht bei einer Gerichtsbehörde in Ober- oder Unterfranken Beschäftigung. Das Nähere bei der Expedition

240. Im Verlag von Fr. Mauk in Jena ist so eben erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen: in München durch C. A. Fleischmann.

Zeitgenossen
in
Biographieen und Porträts.
Ein Volksbuch
unter Mitwirkung mehrerer Gelehrten
herausgegeben
von
Dr. J. Günther.

In Lieferungen, jede mit 4 Tafeln und 4 Bogen Text in 8. 4., deren 12 einen Band bilden. geh. Preis à 27 kr.

Die 1. Lieferung enthält: Erzherzog Johann, Segern, Wrangel, Cavaignac. Die 2.: Welcker, Hecker, Arndt, Zahn. Die 3.: Sybow, Heckscher, Schwetschke, Jacobi. Die 4.: Dahlmann, Schmeerling, Lichnowsky, Radowitz u. s. w. Alle 14 Tage erscheint 1 Heft. Sämmtliche Abbildungen sind treu und gut ausgeführt

228. (6b) Man sucht einen Theilnehmer an einer englischen Stunde, welcher drei Gulden monatlich zu bezahlen hat. D. Ueb.

Stelle-Gesuch.

164. (f) Ein junger Mensch von 30 Jahren, der schon 4 lateinische Schulen absolvirt hat, wünscht als Bediener bei einer Herrschaft, oder als Ausgeber in einem Waarenhause, oder in einer Handlung, oder sonst an geeigneter Stelle placirt zu werden. Das Nähere bei diesseitiger Expedition.

239.

Doktor Boß's
Galvano-elektrische Cholera-Ableiter
und dessen
Rheumatismus-Ketten,
einzig und allein ächt
in der
Fabrik der galvano-elektrischen Ketten
von
J. W. Lustig & Comp. zu Gleiwitz
an den Oberschlesischen Bergwerken.

Preis: 1 Thlr. für schwache, 1½ Thlr. für mittlere. 2 Thlr. für starke.

Diese, durch eine ganz neue, höchst wichtige Erfindung verbesserten galvano-elektrischen Ketten haben ihre außerordentliche Heilkraft und wunderbare galvanische Wirkung nicht nur bei Rheumatismen, Gicht und Nerven-Leiden jeder Art, sondern sogar bei Cholera-Epidemien als vorzügliches Präservativ (Schutzmittel), durch mannigfache, von mir und mehreren berühmten Aerzten schon seit dem Jahre 1830 angestellten Versuche, so sehr bethätigt, daß ich es für meine Pflicht hielt, der leidenden Menschheit durch eine allgemeine Verbreitung dieses so wirksamen Heilmittels zu Hilfe zu eilen. Die Fabrikation dieser galvano-elektrischen Ketten überließ ich den Herren J. W. Lustig & Comp., in deren Offizin sie nur allein ächt angefertigt werden.

Dr. J. Boß.
Doktor der Medizin und Chirurgie. Magister der Geburtshilfe und preuß. geh. Medizinalrath.

Einem geehrten Publikum machen wir, mit Bezugnahme auf das Obige, die Eröffnung unserer Fabrik bekannt, und bitten, unseren galvano-elektrischen Ketten die wohlverdiente Würdigung angedeihen zu lassen.

„Wer einen Cholera-Ableiter trägt und sich streng nach der Anweisung richtet, der ist vor der Ansteckung sicher; ebenso wird der von seinem rheumatischen Uebel gewiß geheilt, welcher eine Rheumatismus-Kette nach Vorschrift gebraucht." Jede unserer Ketten ist zum Unterschiede von allen andern mit unserem Fabrikstempel und mit einer vom Herrn Dr. Boß selbst angefertigten Gebrauchsanweisung versehen.

Auch haben wir die Absicht, in alle größeren Städte Niederlagen zu geben, und können wir unseren Herren Kommissionären bei sehr annehmbaren Bedingungen hohen Rabatt gewähren. Reelle und solide Herren, die geneigt wären, Kommissionen zu übernehmen, bitten wir, sich portofrei an uns zu wenden, wo wir ihnen alsdann das Nähere ebenfalls franko zukommen lassen werden.

J. W. Lustig & Comp., zu Gleiwitz in Ober-Schlesien.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

München, 16. November 1848.

Königlich Allerhöchste Verordnung, die veränderte Formation der Staatsministerien betreffend.

Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben ꝛc. ꝛc. Wir haben unter Verbehalt weiterer Verfügung über die Formation der Staatsministerien überhaupt, nach Vernehmung Unseres Staatsrathes beschlossen, bezüglich Unserer Staatsministerien des Innern beider Abtheilungen zu verordnen, was folgt: § 1. Das unterm 15. Dezember 1846 und 27. Februar 1847 gebildete Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten wird aufgehoben. Die demselben übertragenen gemischten Gegenstände der Religions- und Kirchenangelegenheiten der Erziehung, des Unterrichtes, der sittlichen, geistigen und künstlerischen Bildung, dann der Presse und des Buchhandels werden künftig bei Unserem Staatsministerium des Innern gleich den übrigen demselben zugetheilten Gegenständen behandelt. Die katholischen Kirchenangelegenheiten sind jedoch eben so wie die katholischen Schulangelegenheiten im katholischen Ministerialrathen, Ober-Kirchen- und Schulräthen vor Ministerial-Assessoren und die protestantischen Kirchen- und Schulangelegenheiten nach Vorschrift des § 14. des zweiten Anhangs zur zweiten Verfassungsbeilage den Ministerialräthen, Ober-Kirchen- und Schulräthen vor Ministerial-Assessoren protestantischen Glaubensbekenntnisses zur Bearbeitung zu übertragen. § 2. Das nämliche bleibt bei dem Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten unserer persönl. Personal, so wie die dem besagten Staatsministerium bewilligte Dotation wird dem Staatsministerium des Innern überwiesen. § 3. Zur Behandlung der bisher den Staatsministerien des Innern und der Finanzen überwiesenen flaatswirthschaftlichen Gegenstände soll ein eigenes für sich bestehendes Staatsministerium mit der Benennung „Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten" gebildet werden. § 4. Dieses Staatsministerium besteht unter der Leitung eines Staatsministers: 1) aus 5 Ministerialräthen, 2) aus 2 Ministerial-Assessoren, 3) aus 4 geheimen Sekretären, 4) aus 2 geheimen Registratoren, 5) aus 2 Rechnungsrevisoren, zugleich Cassabuchhaltern, 6) aus 2 Ministerialsekretären I. Klasse, 7) aus 3 geheimen Kanzlisten I. Klasse, 8) aus 2 Ministerialexpeditoren nebst Einem der Räthe nach Gutfinden des Ministers übertragen. § 5. Das nöthige Gehilfen-, Schreiber- und Botenpersonale wird von dem vorgesetzten Staatsministerium auf Ruf und Widerruf aufgenommen. Denselben wird zur Bestreitung der Kanzleibedürfnisse dieses Personals, dann für die sonstigen Regiebedürfnisse eine Aversalsumme ausgesetzt. § 6. In die in § 4 genannten Beamten soll der Eintritt nur nach Absolvirung jenen, welche den in gleicher Kategorie bisherigen Beamten des Staatsministeriums des Innern vorstehen ist. § 7. Der Wirkungskreis des Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten umfaßt: I. alle auf die Produktion, Fabrikation und Handel Bezug habenden Gegenstände, so wie die hierin bestehenden Anstalten, namentlich: 1) die Beförderung aller Interessen der Landwirthschaft (landwirthschaftlichen Vereine), insbesondere des Ackerbaues, der Viehzucht und der Kultur der Gründe, so wie die Aufsicht auf alle hierin wirkenden Anstalten, mit Ausnahme der Forst- und Heilpolizei; 2) das ganze Fabrik-, Manufaktur- und Gewerbswesen, einschließlich der Gewerbspolizei, der Gewerbsvereine, Gewerbskammern, polytechnische und Gewerbsvereine); 3) die Versicherungs-, Leih- und Kredit-Anstalten aller Art, insbesondere die bayerische Hypotheken- und Wechselbank, und die königl. Bank zu Nürnberg (beide gemeinschaftlich mit dem Staatsministerium der Finanzen), dann die Aktiengesellschaften überhaupt; 4) den Handel im Innern und mit dem Auslande, Aufsicht auf Maß, Gewicht und Münze, Handelsdirektorium; 5) die Aufsicht auf alle zur Beförderung des Handels wirkenden Anstalten in hiesiger und in politischer Beziehung, insbesondere die Aufsicht über den Verkehr auf Land- und Wasserstraßen, auf Messen und Märkten; 6) die Eisenbahn-, Wasser-, Straßen- und Straßenbauten, mit Ausnahme derjenigen, deren Aufwand durch Distrikts- oder Gemeindeumlagen oder auf Grundeigenthum und Gerechtigkeiten haftenden, und deren Leistung in nach dem Staatsministerium des Innern im Benehmen mit dem Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten zufließt; 7) die oberste Aufsicht über alle für die gewerbliche und landwirthschaftliche Bildung bestehenden Anstalten, namentlich: a) die polytechnischen, so wie die Gewerbs- und landwirthschaftlichen Schulen; b) die Baugewerks- und Gewerbsschulen; c) die landwirthschaftliche Zentralschule in Schleißheim und die Ackerbauschule in Triesdorf, und d) die Zentral-Veterinärschule in München; — II. die Landbauten des Staates, mit Ausnahme der Militärgebäude; die oberste Aufsicht auf das Bauwesen überhaupt; III. die Aufsicht auf die plastischen Denkmäler des Staates; IV. das gesammte Zollwesen, sammt der Aufsicht auf die Leitung und Beförderung der Weg- und Brückengelder im Benehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen; V. die oberste Leitung des gesammten Post- und Eisenbahn, dann des Ludwig-Kanal- und des Donaudampfschiffahrtsbetriebes; VI. die Herstellung einer vollständigen Statistik des Königreichs. § 8. Dem Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten sind außer den bereits angeführten Anstalten namentlich auch untergeordnet: 1) die oberste Baubehörde mit dem Baukunst-Ausschusse, vorläufig in demselben Verhältnisse, in welchem sie bisher zu dem Staatsministerium des Innern gestanden hat; 2) die Generalverwaltung der k. Posten und Eisenbahnen; 3) die General-Zolladministration; 4) das statistische Büreau; 5) die Kreisregierungen innerhalb des einschlagenden Ressorts; 6) die Eisenbahnbaukommission; 7) die Ludwigsonal-Bauinspektion und Verwaltung; 8) die Landgestütsverwaltung. § 9. Das Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten hat sich übrigens in seinem Verkehre mit den Handels- und Gewerbskammern, landwirthschaftlichen und polytechnischen Zentralvereinen zu erhalten, in wichtigen Fragen überdieß Männer praktischer Erfahrung und erprobter Kenntnisse in den einzelnen Zweigen beizuziehen, und hiebei auch auf die größeren Handels- und Gewerbsplätze des ganzen Landes Bedacht zu nehmen. § 10. Die über den Wirkungskreis der Staatsministerien im Allgemeinen, dann über den Geschäftsgang bei denselben durch die besiehenden Verordnungen, insbesondere durch jene vom 9. Dezember 1825 gegebenen Vorschriften finden auch bei dem Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten Anwendung. Insbesondere sind hienach die Grenzen seiner Zuständigkeit in allen Gegenständen des ihm zugetheilten Wirkungskreises zu bemessen, und es hat jederzeit in allen den Wirkungskreis anderer Ministerien berührenden Fragen das gegenseitige Benehmen mit denselben zu pflegen. § 11. Die Dotation des für das Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten zu bildenden besonderen Etats wird bis zum Schlusse der laufenden Finanzperiode aus den Dotationen des Staatsministeriums des Innern und der Finanzen geschöpft und mit Rücksicht auf die Beibehaltung des Kultus und Unterrichts ausgeschieden werden. Bezüglich des an das Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten von anderen Staatsministerien zu überweisenden Dienstpersonals bleibt Unsere weitere Bestimmung vorbehalten. § 12. Unsere Staatsminister des Innern und der Finanzen, dann des Handels und der öffentlichen Arbeiten sind mit dem Vollzuge gegenwärtiger, mit dem 1. Dezember laufenden Jahres in Wirksamkeit tretender Verordnung beauftragt. Gegeben Rymphenburg den 11. November 1848. Max. v. Thon-Dittmer. Heinr. Freiherr v. Lerchenfeld. Weishaupt. Graf v. Bray. v. Strauß, Staatsrath. Nach dem Befehle Sr. Maj. des Königs: der geheime Sekretär des Staatsrathes, Rath Seb. v. Kobell.

Ludwig von Schwanthaler.

=München, 15. Nov. Gestern Abends 8½ Uhr starb in seinem 47. Lebensjahre Ludwig von Schwanthaler. Schmerzlich ergreifen theilen wir die Traueskunde den zahlreichen Freunden und Verehrern des großen Künstlers mit. Seine hiesigen Freunde sahen schon seit Längerem mit tiefer Trauer die durch ein unheilbares Gichtübel herbeigeführte Auflösung der Stadt herannahen, die einen der edelsten und reichbegabtesten Genien unserer Jahrhunderts umschloß. Seine künstlerische Thätigkeit währte bis zu den letzten Wochen seines qualvollen Daseins, sagen kaum noch die Liebermacht seiner geistigen Kraft soll unterbrochen sein, und während noch immer neue Werke voll Schönheit und Lebensfülle den Ruhmeskranz Namens in die fernsten Länder trugen, lag längst schon der Meister gelähmt und hoffnungslos darnieder. Die glänzendste Periode seines Schaffens fiel, wie bekannt, in die Zeit der großen Schöpfungen, die unter König Ludwig in reicher Folge München zum Mittelpunkte der deutschen Kunstlebens erhoben. Die mitte Hand der Vorsehung hat ihn den stürmischen Tagen der Gegenwart entrückt, in denen vielleicht für lange die Interessen der Kunst vor den gewaltigen Bewegungen unserer politischen Wiedergeburt in den Hintergrund treten werden. Schwanthaler's plastische Gebilde werden aber um nichts weniger hell durch die seinem Jahrhunderte in diesen ungewöhnlichen Werke drücken. Kaum ist eine der bedeutenden Stätte Europa's, die nicht ein Werk von seiner Hand aufzuweisen hätte, und wir würden hier nicht Raum finden, einen Ueberblick seiner überaus zahlreichen Leistungen auf dem Gebiete der Skulptur zu geben. Schwanthaler war unstreitig der fruchtbarste und vielseitigste Plastiker der Neuzeit. Mit derselben Raumenswerthen Produktivität bewegte er sich auf dem Felde der Antike, wie auf dem der Romantik, und bewahrte die gleiche Gewandtheit und Leichtigkeit in der Anwendung der klassischen Formen und der monumentalen Charakterstik, wie in den fesselnden Malen einer rein dichterischen, nur sich selbst Maß gebenden Phantasie. Nirgends jedoch verläugnet sich in seinen Werken, wie verschiedenartig ihre Bestimmung und die durch den Stoff gebotene Auffassung und Behandlung sein mochte, das echt deutsche, herzliche Gemüth des Bildners, dem niemals kalte Formenglätte dürfen als das Wesen galt. Darum zog es ihn auch von früherer Jugend unwiderstehlich zu den Kunst- und Sagenschätzen des Mittelalters hin, und noch in seinen letzten Lebenstagen fand er darin seine liebste Erquickung und Erhebung. Wenn es überhaupt schwer ist, den Künstler von seinen Werken trennen, so findet dieß insbesondere bei Schwanthaler seine volle Geltung. Daß er bei aller Höhe seiner Bildung und seiner außerordentlichen Gabe ein Herz voll Liebe für die Seinigen, voll Treue für seine Freunde, voll Ehrerbietig gegen Jeden, der seine Hilfe in Anspruch nahm, in ungetrübter Reinheit sich bewahrte, wissen alle, die ihn aus dem persönlichen Umgange kannten. Aber auch Jene, die ihm ferner standen, mußten bei dem Anblicke seiner Gebilde schnell heraus fühlen, daß hier kein glänzender Schein, keine trügerische Zweideut walte, daß, was er gab, er selber war. Und wir wüßten wahrlich gerade jetzt,

wo auch in der Kunst die Mittel der Täuschung und der bloß äußerlichen Wirkung auf's höchste gelegen sind, für Schwantbalers Genius kein größerer Lob auszusprechen, als daß er ein Echter und wahrhafter war Dafür bürgen, wenn nicht Gyz und Marmor mit bereiter Zunge es künden würden, die schlichte, natürliche Einfachheit, Verachtet ein Offenbeit seines Wesens, seine allem gegenteil Künstlerische ferne Bescheidenheit und die Unmittelbarkeit, die allen seinen künstlerischen Hervorbringungen zu Grunde lag. Die Geschichte der Kunst wird Schwantbalers Namen in die Vorrerreihe der größten Meister aller Zeiten stellen Und lag nur ob, eine Blume des Andenkens dem Grabe des früh verblichenen, unersetzlichen Mannes zu weihen und dem Neuen Geschlechten auch jener Stadt, in der er geboren war, der er seine Thätigkeit und Kraft verdankte, um die er mit den Werken seiner Meisterhand schmücken half, das Lebewohl in jene bessere Welt, in die er mit der gläubigen Ergebung des Christen eingegangen ist, auch bewegter Seele nachzurufen. F. B.

Der Aufstandsversuch in Lemberg.

** Wir haben endlich zusammengehende genaue Berichte über die dortigen Ereignisse, über welche wir bisher nur brunstschwarze vereinzelte Notizen mittheilen konnten. Wir entnehmen daraus die folgende, alles Wesentliche umfassende Darstellung.

Unsere Leser wissen bereits, daß in Folge des Wiener Aufstandes, bei welchem nächst den magyarischen Emissären und bezahlten Werkzeugen Kossuths vorzugsweise wieder Polen sich besonders thätig gezeigt hatten, auch zu Lemberg die altpolnische, besonders durch den polnischen Adel und die Studenten geführte Partei wieder alle Hebel und Triebfedern in Bewegung gesetzt hatte, um den, wie sie glaubte, günstigen Augenblick zu einem Handstreiche gegen Oesterreich zu benützen. Zu dem Ende hatte sie Alles gethan, um die Gemüther des Volkes in Aufregung zu versetzen, und so Alles für den beabsichtigten Schlag vorzubereiten. Schon seit einem Monate wurde gegen die deutschen Beamten, das Militär und die deutschen Einwohner überhaupt der unerträglichste Terrorismus von Seite der fanatischen Polen geübt. Jeder Deutsche wurde verfolgt, verpfiffen. Das Militär wurde auf die schmählichste Art insultirt, und nur die ausdrücklichen Befehle des Kommandirenden, sich so weit als immer möglich passiv zu verhalten, vermochten die Soldaten von Allen der Selbstbilfe zurückzuhalten. Ununterbrochen stieg der Fanatismus der Polen seit den Wiener Ereignissen mit jedem Tage, und sie erliessen zuletzt eine Adresse an die Wiener, worin sie denselben Unterstützung mit Gut und Blut zusagten. Seit Mitte Oktobers wurde, wer nur immer verdächtig trugen konnte, zum Eintritt in die Nationalgarde gezwungen, Gesellen, Lehrjungen und überhaupt die Proletarier in Masse bewaffnet. Je unglaublicher die Nachrichten für den Wiener Aufstand lauteten, desto höher stieg die Erbitterung dieser Massen, und am 1. Nov. führte dieselbe zu offenen Thätlichkeiten gegen das Militär. Dieses wurde von der eine erwähnt zusammengezogten Nationalgarde auf allen Punkten der Stadt angefallen, auf's Aergste insultirt, vereinzelte Soldaten sogar von zügellosen Haufen förmlich angefallen. Man sah deutlich das Bestreben, einen Zusammenstoß hervorzurufen. Auf einem offenen Platze der Stadt wurden drei Kanoniere der Garnison von Civilisten und Nationalgarden angegriffen, setzten sich zur Wehre, und dabei wurde einem Nationalgarden der Kopf gespalten. Dies war endlich die von den Polen gewünschte Veranlassung zum Losschlagen. Rasch hatte sich ein bedeutender Volkshaufe gebildet, und schon eine Stunde nach der That, etwa um 7 Uhr Abends, zogen wüthende Haufen furchtbar in den Straßen der Stadt. Doch gelang es für den Augenblick noch den vereinigten Bemühungen des Militärs und des besseregesinnten Theils der Nationalgarden, die Gemüther etwas zu beschwichtigen durch die Verbreitung, daß der einzelne Vorfall keinen weiteren Sinn habe. Da, man war noch weiter gegangen: etwa um 9 Uhr Abends war, um wie man glaubte das Volk zu beschwichtigen, das Militär selbst von der Hauptwache zurückgezogen worden. Allein dies erhöhte nur die Keckheit der Aufwiegler. Auf ihren Betrieb zogen nun zwei Kompagnien Nationalgarde auf den Platz vor der Artilleriekaserne, und kaum hatten sie sich hier etklärten, um der vom Volke verlangten Waffenstreckung des bestehenden Kanonierd größeren Nachdruck zu geben, die Gewehre. Der Wachtposten beim rothen Kloster ward angegriffen, das dortige Hauptartilleriedepot war bedroht. Da feuerte der Artilleriepostenden Allarmschuß ab, worauf sogleich die ganze Garnison mit 30 Kanonen ausrückte und auf ihren Wege sämmtlichen sich anschloß, auf welchen sie nämlich den Anbruch des Tages abwartete. Drei Raketen-Batterien hatten rings um die Stadt Posto gefaßt. Militärweile waren in der Akademiegasse und den daran stoßenden Armenierc, Krakauer- und Langen-Gasse Barrikaden errichtet worden, und der Platzkommandant heimmerte war in die Hände der Aufrührer gefallen, entmuthet und auf die Hauptwache der Nationalgarde geführt, auf eine ihm nachgeschickte Ordonnanz aber geschossen worden. Die Volksmenge versammelte sich auf dem Ringe und bedrohte die Wache in der Weise, daß sie durch eine Abtheilung Grenadiere geschützt werden mußte. Viele Soldaten waren an verschiedenen Orten angefallen und verwundet. Deputationen verlangten vom General die Zurückziehung des Militärs, wogegen sie für Herstellung der Ruhe bürgen wollten. Der General taggen verlangte unverzügliche Verhaftung der Aufwiegler. Mündlich und schriftlich gab er die Versicherung, daß er, bevor das Militär nicht angegriffen werde, feinerseits nicht zum Angriff schießen lassen werde. So verging die Nacht, ohne daß es zu einem ernstlichen Zusammenstoß kam. Man gab sich der Hoffnung hin, es würden keine weiteren Barrikaden gebaut, die aufgeführten bald weggeräumt werden. Aber das Gegentheil trat ein. Gegen 6 Uhr Morgens am 2. Nov. fielen Schüsse, und der Barrikadenbau wurde verstärkenden Gassen wieder aufgenommen. Um 8 Uhr wurde durch Mauereinschläge und Kanonenschüssen angekündet, daß wenn die Barrikaden nicht geräumt, das Sturmläuten, welches begonnen hatte, nicht eingestellt, die Zusammenrottungen zu Störung der öffentlichen Ruhe nicht aufhören werden, der Herr Kommandirende alle militärischen Maßregeln ergreifen werde. Auch wurden Aufforderungen an den Vorsteher des Magistrats und an die Kommissäre-Ausschüsse schriftlich erlassen, daß sich mit Bewaffnung auf den §. 61 des 1. Theils des Strafgesetzbuches aufzufordern, zur Ruhe und Ordnung zurückzukehren. Einen Augenblick schien dies zu wirken. Aber plötzlich fielen gegen 9 Uhr aus einem Fenster vor dem Zeughause zwei Schüsse, welche zwei Kanoniere schwer verwundeten. Von diesem Augenblicke an begann das militärische Gin- breiben, ein lebhaftes Kleingewehr- und Geschützfeuer auf die Aufrührer eröffnet wurde. Die Kanonenkugeln zerschmetterten die errichteten Barrikaden, während die bewaffneten Volkshaufen sich in der Universität konzentrirten und auf der davor befindlichen Barrikade eine rothe Fahne aufpflanzten. Das Feuer war auf vielen Punkten der Stadt zugleich begonnen worden, so daß in einer Minute wohl 50—60 Schüsse fielen. Dies dauerte etwa dreiviertel Stunden, als in mehreren Gegenden der Stadt weiße Fahnen sichtbar wurden. Gegen 11 Uhr erschien endlich eine Deputation des Konvents- Ausschusses bei dem kommandirenden General mit der Bitte, das Kanonenfeuer möge eingestellt werden, indem die Bürger der Stadt gegen das Militär durchaus nicht feindlich gesinnt seien und die akademische Legion sammt dem Pöbel auf eine andere, die Bürger nicht in den Grade bedrohende Art zur Ruhe gebracht werden dürfte. Von Seite des Generalkommandos wurden die Bedingungen gestellt: 1) daß alle übrigen Barrikaden sogleich weggeräumt werden, 2) die akademische Legion sogleich die Waffen strecke, 3) die Nationalgarde unter Leitung eines k. k. Generals reorganisirt werde, 4) das Abzeichen der polnischen Adler abgelegt und 5) alle Emigranten sogleich ausgeliefert und über die Grenze der österreichischen Staaten geschafft werden. Parlamentärs von Seite der Stadt erschienen mit der Versicherung der Annahme dieser Bedingungen, und wenn sie nicht alle Schüsse am Rathhause aufgepflanzt. Allein als das Militär in die Stadt einzuziehen im Begriff war, wurde neuerdings auf allen Seiten und besonders von Seite der Akademiker auf kaffeehe geschossen. Dieser Verrath sollte der Stadt theuer zu stehen kommen. Von 11½ Uhr bis 12 Uhr donnerten aufs Neue die Geschütze von allen Seiten zusammendrechen und es mögen in dieser kurzen Zeit wohl an 400 Schüsse gefallen sein. Es wurde jetzt nicht mehr blos auf die Barrikaden gefeuert, sondern von allen Seiten die Gebäuden am Rathhause und in der Stadt geschleudert. Gyz als es im Rathhause, der Universität und den umher gelegenen Häusern brannte, erschien neuerdings eine Deputation des Gemeindeausschusses mit der Versicherung, daß sich die Nationalgarde getrennt habe, die Akademiker aber die Waffen niederlegen, zugleich aber auch der Bitte an den Kommandirenden, es möge das weitere Einschreiten des Militärs auf wenigstens 3 Stunden einstehe, inzwischen die Akademikern angegriffen worden; doch leichten 4—5 Karnatschenschüsse und die Weiterschaltung einiger Batatillone hin, sie zurückzutreiben. Nachdem auch diese letzte volle Ruhe wirklich hergestellt war, kam um 3 Uhr die Deputation des Gemeinderaths zurück mit der Bitt dieses, daß alle noterwerdenden Besetzungen angenommen seien. Die akademische Legion wurde sofort entwaffnet und verliest das Universitäts-Gebäude, und Tag und Nacht verzingen in gemlicher Ruhe, wenn auch natürlich noch große Aufregung herrschte. Da es blos die und da sogar noch vereinzelte Schüsse auf das Militär, die auch erwidert wurden. Von Seite der Nationalgarden und Studenten suchten sich vergeblich im Besitze der Waffen etwas zu halten. Am 3. Nov. dauerte die Aufregung noch fort; noch immer fielen auch Feuer und Schlußwinkeln die nur da Schüsse, wedhalb um weiteren Blutvergießen und größerem Unglück Einhalt zu thun, die Stadt durch das k. k. Generalkommando in Belagerungszustand erklärt wurde. Auf den Straßen sah man Leichen, man hat also todte, die mit Sad und Pack sicher verliessen. Die Nacht über dauerte es noch an mehreren Orten gebrannt. Gyz am Morgen löschte die eingetretene starke Regen das Feuer. Die Verbrennungen in der Stadt sind unbedeutend. Das schöne und große Rathhaus am Ringplatze ist abgebrannt, in demselben ging das Magistratsarchiv und ein Theil der Landesbuchhaltung zu Grunde, die Kasse wurde mit schwerer Mühe gerettet. Ueberdies wurden durch den Brand auch das Universitätsgebäude und die Bibliothek, die Normal-Hauptschule, das technische Institut mit dem ganzen Museum und allen Sammlungen, das alte Theatergebäude mit dem Redoutensaale und mehrere Privathäuser in der Nähe die Universität und Technik verbrennt. Der Belagerungszustand war durch folgende „Kundmachung“ erklärt worden: „In der Kapitulation vom 2. k., Punkt Sieben, wurde festgesetzt, daß bei nicht pünktlicher Erfüllung der Kapitulations-Bedingungen oder bei Rückkehr ähnlicher Zustände, wie selbe am obigen Tage stattgefunden haben, die Stadt Lemberg werde in Belagerungszustand versetzt werden. Nachdem in verflossener Nacht und auch heute Vormittags auf den Fenstern und Kellern neuerdings auf meine Truppen geschossen worden ist, so demnach die Uebergangung geschieht habe, daß die anarchischen Zustände von gestern noch weiter fortgesetzt werden wollen, so erkläre ich die Stadt Lemberg mit ihren Vorstädten hiermit in Belagerungszustand. Demzufolge verordne ich: 1) Die allgemeine Entwaff-

nung. 2) Die Einstellung aller Klubbs und des Assoziationsrechtes (mit-hin Aufhebung der Rada narodowa centralna.) 3) Soll außer der deutschen und polnischen Lemberger Zeitung für die Zeit des Belagerungszustandes keine andere gedulet sein. 4) Die Presse auch insoweit beschränkt sein, daß ohne meine Bewilligung kein Blatat hier gedruckt oder angeschlagen werden darf. 5) Soll eine Haussuchsuchung wegen Waffenniederlegung durch gemischte Kommissionen in allen Häusern, wo ich es für nöthig erachten werde, gepflogen werden. 6) Werden alle Zusammenrottungen an öffentlichen Orten untersagt. 7) Wird Niemand mit Waffen in der Hand thätigen Widerstand leisten, von Militär ergriffenen Civil-Individuen, eben so gegen sene, welche zum Aufruhr anreizegen, hiermit das Standrecht angeordnet und handgemacht. Lemberg am 3. November 1848. Hammerstein m. p.

Am 6. endlich erschienen folgende zwei weitere „Kundmachungen“:

I. Da wegen des großen Zudranges bei Uebergabe der Waffen der zugestandene vierte Kanonallarm unterbleiben kann, so verlängere ich die Zeit der Waffenübergabe bis zum 8. Nov. 1848. Lemberg, am 6. Nov. 1848. Zu dem Schlusse dieses Tages die Waffen in das k. k. Zeughaus aber abgeliefert haben wird, demselben werden die Häuser nie kontrolliert und er wird niemand gerichtlich bestraft. Lemberg am 6. Nov. 1848. Hammerstein, Feldmarschall-Lieutenant und kommandirender General in Galizien.“

II. Zur vollen Ueberzeugung, daß der von mir am 2. Nov. 1848 kundgemachte vierte Kanonallarm, welcher sämmtliche Einwohner, welche nicht österreichische Staatsbürger sind, und alle nach Lemberg nicht zuständigen und derselben seit dem 15. Oktober d. J. zugereisten die Stadt binnen längstens drei Tagen und erstere unmittelbar das Land zu verlassen haben, genau vollzogen worden sei, haben alle Hausbesitzer oder Hausbesorger binnen 48 Stunden, das ist bis zum Schlusse des 8. Nov. 1848 dem Vorstande des hiesigen Stadtmagistrats einzeln über den richtigen Vollzug dieser Anordnung die Anzeige zu erstatten, oder alle jene Individuen, welche sich dieser Anordnung bisher nicht gefügt haben, um so sicherer namhaft zu machen, als sie sonst in eine Geldstrafe von 100 fl. C.M. oder bei ihrer Mittellosigkeit in die gesetzliche Arreststrafe verfallen. Lemberg den 6. Nov. 1848. Hammerstein m. p. Kommandirender General.“

Wie treffich die Stimmung der Landleute in Galizien und zumal auch in der Umgegend von Lemberg für das Kaiserhaus ist, haben wir bereits früher gemeldet.

„So geht es“ und „was thut noth.“

Als Kuriosum reichnet es, daß die Eigenliebe und Eitelkeit des Menschen so wenig sich verletzt sieht bei den oft so plumpen Werbungen der Demokraten. Vermuthet doch gleich ein jedes Mädchen, welches weiß, oder nicht dubich ist, den Bewerber hiebei blos ihr Geld, — und je weniger schmeichelhaften Name kommt es nicht in den Sinn, wenn diese Volksbeglücker, d. h. eigennützige Gesellen, sie in ihre Reihen locken, daß man sie Sextens der Demokratie als nichts Anderes betrachte, denn als Nummern. Im Gegentheil zeigt sich oder auch der heimliche und innerlichste Zweck der Demokraten als hinreichend genug, wenn er sich mit solchen Hilfstruppen umgibt. Lee Demokratenkongreß hat den Berliner Volksverbrern kaum eine bessere Hilfe gebracht, als die tapferen Ungarn den verbrecherischen Wienern. Welch ein jämmerliches Bild hat die Demokratie in der nördlichen Hauptstadt von ihren Zuständen vor und enthüllt! Daß unter Anstrengung — wenn solche Bestrebungen überhaupt hat es Besorgniß!“ Dann — kann endlich wohl die gesunde Vernunft wieder so weit zum Siege gelangen, daß man einsieht, was jetzt vor Allem noththut? „schleunigste Herstellung der Ordnung und Beseitigung derselben.“ — So rief den Menschen Allaverdi, Tumultbett und Aberglauben darniederbeugen, so eilend ist er durch das andere System gefüge und zugleicher Freiheit. Mögen die Folgen den eingebrungenen Verschuldeten und bald zu energischen Gesetzen führen, und mögen durch die Folgen der Unordnung unsere Rechtsbegriffe wieder geregelt, um unsere Rechtszustände wieder gesichert werden, d. h. die Ordnung aus der Unordnung wieder hervorgehen, und das Sprüchlein: „Jedem das Seine“ wieder einmal zur Geltung kommen!

M.

Dankadresse an den Hrn. Abgeordneten Vogt.

Unter dieser Ueberschrift finden wir in der „Deutschen Zeitung“ die folgende von Burgern Leipzigs an den genannten Abgeordneten unterm 6. November ds. Js. gerichtete Zuschrift:

„Durch einen besonderen Abdruck in unserm Tageblatte ist uns Ihre am 23. Oktober in der Paulskirche gehaltene „Rede in der österreichischen Frage“ mitgetheilt worden. Sein der große Spruch verstummt ist, haben wir nichts so lebhaft verlangt, als Ihre Rede sagen. Sie haben nicht in der Stimmung gewesen, Ihre Stimme zu machen; was wäßten Sie es bieten können, wenn die Stimmung über Sie käme! Sie sagen: „Es gibt Leute, welche allemal glauben, die Freiheit sei da, wenn sie da sind.“ Wie sein deuten Sie damit auf die, welche stets die Freiheit vermissen werden, so lange sie nicht da, das heißt am Ruder sind. Eben so ganz sind Ihre Vorwürfe wegen der wenigen neuen Gesetze, die von der Zentralgewalt bisher ausgegangen sind. Denn wenn Sie auf die Ursache der Verschleppung, auf die überfüssigen namentlichen Abstimmungen und Aehnliches hätten eingehen wollen, so hätte das ja ausgereicht, als wollten Sie Jemand deshalb angreifen, weil er lieber recht lange seine Diäten in Frankfurt verzehren, als zu seinem Amte, z. B. nach Oels zurückkehren mag. Ihr Anschwärzen und Angeben ist so schön, daß Sie dafür allein Sapbir der Zweite genannt zu werden verdienen. Aber wenn Sie die Begriffe Anarchie und Revolution durcheinanderwirbeln, so nehmen Sie es mit Vielen auf. Und wie reißen Sie dabei die Sachen hinzurechten, wo sie Ihnen gerade passen, und wo ein Laie in der Taschenspielerkunst sie am wenigsten vermuthet! Sie sprechen von läppischer Furcht vor der bewaffneten Beunruhigung; Abenteuer, Ammenmährchen nennen Sie das mit solcher Sicherheit, daß man Auerswald, Lichnowsky, Lamberg und Latour vergessen und mit Ihnen sich nur vor der gesetzlichen Mordkunst suchten möchte. Man traue seinen eigenen Augen nicht, und das ist doch der größte Triumph des Taschenspielers. Die Anarchie, von der Sie reden, hat wohl immer ein wenig Hang zum Morden bewiesen, aber wie bildich verdecken Sie das mit dem Ausdruck: „die verdeckte Anarchie.“ Sie scheinen eben durch die Anarchie allein Alles bewirken zu wollen, und wenn Ihnen das auch nicht gelingt, so verdient doch Ihr Muth alle Anerkennung. Vaterlandsliebe kann Ihre Partei nicht besitzen, so sie es mit Franzosen, Italienern, Polen und Ungarn hält, mit den Deutschen nur, wenn sie sich für die Anarchie besonders thätig zeigen; staatsmännische Bildung hat man nicht bemerkt, Gerechtigkeit noch weniger. Da Sie nun ohne diese noch sonst für nöthig erachtete Stoffe die Bildung eines Staats von 40 Millionen Einwohnern herstellen verstehen, so wird Ihr Ruhm weit größer sein, als der jenes Gesetzbürgers, welcher in Ermangelung von Eiern, Butter, Mehl und Milch auf Wasser einen vierfachen backen wollte. Statt des Wäßens nehmen Sie Anarchie; Ihr Unternehmen würde aber allen Vergleich erhaben sein, wenn nicht der Schildbürger die Priorität hätte. Ihre Reden werden wir von nun an mit gesteigerter Aufmerksamkeit lesen. Den 6. November 1848. Bürger Leipzigs.“

Deutschland.

Preußen. — Nach Briefen aus Berlin vom 12. Nov. Abends 9 Uhr war die Bürgerwehr aufgeboten, aber es sollen bis dahin nur ein sehr kleiner Theil der Gemeine abgeeilet sein, und dieser sehr lau. Widerstand hatte keiner stattgefunden, aber man schwebte noch beständig in Besorgniß vor einem Ausbruch. Die Stadt war in Belagerungsstand erklärt, die Preßfreiheit und das Versammlungsrecht suspendirt worden. Damit war auch der Rechtsverfassmalung die Möglichkeit benommen, sich weiter zu versammeln. (Allg. Ztg.)

„Bei der jetzigen Lage der Dinge in Berlin, wie in Preußen überhaupt, halte eine Zusammenstellung von verschiedenen Aeußerungen hierselbe theils in Berlin theils in den preußischen Provinzen nicht ohne Interesse sein. Wir lasen neulichst aus dem Hauptorgane der preußischen Partei wörtlich: Die Kölnische Zeitung, die Berlinischen Nachrichten (Haude und Spenerische Zeitung) und den Westphälischen Merkur. Zunächst ist natürlich das Ministerium Brandenburg Gegenstand der Verwerfung. Die Kölner Zeitung sagt in diesem Sinne, ein von der parlamentarischen Mehrheit getragenes Ministerium wäre zwar sehr vortheilhaft, sei aber nicht mehr möglich in Folge der Zersplitterung der Parteien, der Entfremdung der Parteien und der gegenseitigen Anfeindungen. Diesen Worten unser ernster, der Berücksichtigung jener Blätter gewiß Genugthuung und Ehre, ohne welche gegenseitiges Vertrauen nicht möglich sei. Den wahren Mutchpunkt aber Ministerkrisen bilde der anarchische Zustand der Hauptstadt mit seiner einschüchternden Rückwirkung auf die Nationalversammlung, wozu auch die Bürgerwehr untreiet, indem sie am 2. Nov. schon gewaltsam mit vorgehaltenen Bayonnete die Mitglieder der Rechten zur Abstimmung habe zwingen wollen. Es gelte nun, entschieden Partei zu nehmen gegen die Haufen, welche den Versammlungsort der Volksvertreter umlagern, die Ihnen vermaßen und ganze Fraktionen lediglich um ihrer Ueberzeugung willen mit dem Tod bedrohen. Es müsse die freie Berathung der Volksvertreter gesichert werden, oder der preußische Staat seinem Untergange entgegen gehen. Ein Coalitionsministerium thrund-Robbertus aber würde die Aufgabe nicht lösen, die jetzt vorliege: „die Besammenkung des Ministeriums des Innern von J. Nov. (über das Aufgebot von Militär) um jeden Preis aufrecht zu erhalten, der Freiheit, Schlafsheit und Gesetzbeobachtung ein Ganze zu machen, und es zum Bewußtsein zu bringen, daß es in Preußen noch Gesetze gebe, um die Freiheit zu schützen und die Willkür zu zügeln, und daß es zugleich noch eine Regierung vor gibt, das Gesetz aufrecht zu erhalten — auch mit der Schärfe des Schwertes.“ (Die neueste Köln. Z meint, das Ministerium Brandenburg sei bloß ein Durchgangsministerium und werde einem Ministerium Unruh-Grabow Platz machen, wenn es seine Aufgabe erfüllt habe: „Jedenfalls wird das Ministerium Brandenburg die Aufgabe übernommen haben, die Geltung der Gesetze in Berlin herzustellen und der ganzen Welt gegenüber die aufständige Furcht vor möglicher Reaktion seine Berechtigung zu schenken, vor Furcht, die zuletzt alle Achtung vor den Gesetzen zerstören und alle Moralität der Behörden und des Heeres, der notwendigen Stützen der Ordnung, untergraben müßte. Wären die letzten Stützen der Ordnung auch in Preußen unzuverlässig geworden, so würde es in ganz Deutschland kein zuverlässiges Bollwerk gegen die rothen Demokraten und das mißbrauchte Proletariat mehr geben.“) Ganz anders urtheilen die Berliner Nachrichten. Sie sagen in einem längern Artikel: „Viele Stimmen haben gestern laut das Benehmen der Nationalversammlung getadelt, als sei es

rine strafliche Remiremy gegen eine Königl. Ordre, welche durchaus sich in den konstitutionellen Gränzen halte; indessen begreifen diese doch immer nicht, daß es sich jetzt nicht mehr um die Rechte der Krone allein, sondern endlich einmal wieder um die Rechte der Nation handle. Wer auch nach dem 18. März sich aus der gebückten und kriechenden Haltung gegen eine Ordre noch nicht hatte erheben können, auch ihren Inhalt an dem verbrieften Rechte des Volkes zu messen, der wird freilich nicht Worte genug finden, um auf die Nationalversammlung und ihren Präsidenten in gewohnter Weise zu schmähen und den Stein zu werfen. Andere meinen, daß sie für Ruhe und Ordnung besorgt sind, wenn sie es auch bis zum Belagerungszustande und einem Bombardement der Residenz bringen müßten. Auf derjenigen Rechten ist jedoch nur zu erwidern, daß, wer sie führt, durchaus noch keinen Beruf hat von dem, was das preußische und deutsche Volk für sich in Anspruch zu nehmen berechtigt ist. Wir hatten des Kabinettslebens und aller büreaukratischen Bevormundung am Ende genug, und die Nation in ihren Rechten vertreten, heißt Preußens und Deutschlands Erhebung wollen. Nicht Einer Stimme ist der Zutritt verstattet lassen, in dessen ersten Stadium nur mit dem gestrigen Tage getreten sind. Wie bedeutsam er ist, kann Jeder an dem einen Moment ermessen, daß die Bürgerwehr so ist, daß in ihrer überwiegenden Mehrheit, sich gleichsam für inkompetent in diesem Streit erklärt hat, indem sie auch nicht den Versuch machen wird, gegen die bewaffnete Militärmacht etwa einen ungleichen Straßenkampf zu beginnen und Berlin dadurch dem Schicksal Wiens auszusetzen. Was jetzt im Schooße der Nationalversammlung vorgeht, ist die freilichste Angelegenheit des ganzen Landes, und es gehört deshalb nicht der Hauptstadt allein, sondern den gesetzlichen Organen des Landes, ihre Stimme darüber unmittelbar laut werden zu lassen. Alle Adressen werden heute, folglich nachdem die drei Beschlüsse über das Hierbleiben gefaßt worden, sich an ihre Wähler gewendet, um ihre Genehmigung einzuholen, und sie denken keine andern Schritte zu thun, als solche, welche der Zustimmung des Landes gewiß sind. Wenn wir daher auch mit Erregung der weitern Entwicklung entgegensehen, so können wir es doch mit der Zuversicht thun, daß in der Nationalversammlung sich Männer befinden, welche sich als die wahren Vertreter der Nation ziehen und bewähren; wir wünschen aber von ganzem Herzen, daß die Räthe der Krone bei ihren weitern Maßregeln wohl erwägen, ob sie nicht bloß ein einzelnes Recht der Krone gefährden, und ob sie nicht Preußens ganze Zukunft unverantwortlich auf das Spiel setzen." — Der Westphälische Merkur schreibt in Ausſicht auf das Ministerium Brandenburg-Manteuffel: „Die Folgen dieses Schrittes sind nicht zu übersehen. Berlin zwar wird der Militärgewalt unterliegen — kann aber eine solche Gewalt dauernd in einem Staate aufrechten, wo die Presse frei, wo Vereine und Versammlungen grundgesetzlich gestattet, wo die Habeascorpusakte besteht? Die Antwort liegt nahe, auch man unterwasen lassen will, daß unsere reichhohe Staatsstatte andauernde Truppenaufkunfen nicht gestattet. Die demokratische Partei fühlt dies — sie wollte keine Adresse an den König — sie will kein gemäßigtes Ministerium und sie kennt — sie hat es bewiesen — nur einen sicheren Staatsstreich, der trotz aller Säbelherrschaft ihre Macht bald vernichten muß. Gott behüte Preußen!"

Oesterreich. — * Wien, 13. Nov. Die Schwierigkeiten, welche sich in der Zusammensetzung eines neuen Ministeriums ergeben haben, sind noch nicht beseitigt, da außer Graf Wrbna auch Hefferr und Kraus den Eintritt bestimmt verweigert haben. Die bisher dafür genommenen Personen werden besonders in Hinsicht ihrer administrativen Talente sehr gerühmt. — Man war sehr verwundert, zu vernehmen, daß ein nach Frankfurt gesandter Wiener Agent des Gemeinderaths Ueberarbeit des Proletariats anmahnt gemacht hat, von welchen hier Nichts bekannt geworden; andererseits aber hat der Gemeinderath selbst dagegen Eine Eingabe erhoben. — Das Gericht, daß Dr. Schütz sich in Gewahrsam befinde, hat sich nicht bestätigt; vielmehr werden noch Nachsuchungen nach demselben angestellt. — Der neue Gouverneur Wiens, Feldmarschall-Lieutenant Welden, ist schon vorgestern Abend angelangt und hat einen derartigen Aufruf an die rechtlich gesinnten Einwohner Wiens erlassen lassen. Gestern werden darin auf die Urheber der stattinnen Drohzettel zurückgreifen und um deren Ermittelung zu verhüten, ernstlich ermahnt, der Stimme der Vernunft und des Gewissens Gehör zu geben, um nicht diejenige der Geschütze herausfordernden. — Der Vorsitzer der Militär-Zentral-Kommission, G. M. v. Cordon, gibt kund, daß Ins- und Ausländer an öffentlichen Orten Reden führen, welche geeignet erscheinen, zum Aufruhr aufzureizen. Sie werden mahnt ernstlichst sich derzleichen zu enthalten, widrigenfalls nach dem Inhalte früherer Kundmachungen die Schuldtragenden der standrechtlichen Behandlung überliefert werden würden. — Nicht nur das Hofoperntheater und dasjenige an der Wien, sondern auch das Karlstheater in der Leopoldstadt ist heute eröffnet. Morgen soll auch das Burgtheater wieder eröffnet werden, ein Theil des Schauspielerpersonals aber zu Vorstellungen bei Hofe verwendet werden. — Der neue Gouverneur hat sogleich die Passage zwischen Stadt und Vorstädten frei gegeben. — Man erstößt hier, daß Berlin in Belagerungszustand gesetzt sei. — An der Börse hat sich das Vertrauen auf bessere Nachrichten von dort und Paris wieder erhöht.

* Wien, 13. Nov. Geschäftslage. Die Subskription des Hauses Ch. M wird bedauert, da der Ebel desselben seit Jahren durch seinen lebendigen Antheil an gemeinnützigen und humanen Bestrebungen sich ausgezeichnet hatte. Die Passiven belaufen sich auf 250,000 fl. C.M., die Aktiven sollen 150,000 fl. betragen. Hier ist nur Ein Haus G. bedeutend dabei interessiert. — Das gestrige bewilligte 30tägige Wechsel-Moratorium wird von vielen Groß- und selbst von mehreren Kleinhandlungen nicht in Anspruch genommen; einige Banquiers erklären Rangs finden sich dennoch veranlaßt, davon Gebrauch zu machen, weil sonst gerade durch ihre stärkeren Reservemittel ein erhöhterer Zinsenverlust durch früheren Eingang der meisten Rimessen gegen früher zu leistende Tratterzahlungen erfolgen würde. — Auf 1 bis 2% bessere Renten von Paris waren die Fonds- und Eisenbahn-Aktien heute durch besseren Courien gestragt. Devisen und Gold beliebt, London jedoch minder gesucht. 5% Metall. 78, 4% 64, 2½% 49⅞. Bankaktien 1049. Loose von 1834 131, belto von 1839 80. Nordbahn 98, Mailänder 67, Glogginger 91, Pester 67, Livornoser 65½.

Nach der Wiener Zeitung wurde das Staatsrechts-Urtheil über Eduard Pfeiffen, Gulen v. Sternau auf Wien gebürtig, 32 Jahre alt, „wegen Theilnahme an bewaffneten Aufstande" am 11. gefällt und an demselben Tage Abends durch 5 Uhr „durch Pulver und Blei" vollzogen. Jenes über Julius Fröbel aus Griesheim im Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt gebürtig, 43 Jahre alt) lautete auf Tod durch den Strang „wegen Beleidigung in dem bewaffneten Widerstand gegen die Truppen St. Maj. des konstitutionellen Kaisers durch Kommandirung einer Abtheilung des Citen-Korps bei den Barrikaden der Leopoldstadt vom 26.—28. Okt. d. J. „Es war um 10 gefällt, jedoch vom Fürsten Windischgrätz in Berücksichtigung der für ihn vorgekommenen Milderungsumstände mit Nachsicht der Todesstrafe" unbedingte Begnadigung ertheilt worden. Es stehenen bis jetzt nur drei Todesurtheile vollstreckt worden zu sein. — Von den seit 31. Okt. zur Haft gebrachten Personen waren am 7. Nov. 200, am 8. Nov. 178, am 9. Nov. 244, im Ganzen also 622 von der k. k. Militär-Zentral-Untersuchungskommission entlassen worden.

Nachschrift.

Frankfurt, 13. Nov. Das heute erschienene Reichsgesetzblatt enthält das Gesetz die Einführung einer deutschen Kriegs- und Handelsflagge betr. in Ausführung des Beschlusses der Nationalversammlung vom 31. Juli 1848. — Auf die telegraphische Anfrage aus Berlin, ob Hr. Arnold Ruge nach Mitglied der Reichsversammlung sei, ward von hier aus verneinend geantwortet. (D. Z.)

* Die ungarischen Insurgenten haben am 8 einen Einfall auf deutschen Boden in Steyermark gemacht, und in Fridau (wo ein Eisenhändler, Kanschammer, als Mitunterstandener in Haft ist), in Pulstrau und an andern Grenzorten geplündert und Brand gelegt. Der Schaden in Fridau wird auf 5—6000 fl. geschätzt. Die Ungarn wurden von den k. k. Truppen mit Verlust wieder vertrieben. (Morgen Mitbrod.) In ganz Ungarn scheint jetzt die Landsturm in Masse gegen die Ungarn. Diese stehen sich auch der Festung Essegk zurück. Pukovar ist in der Nacht vom 28. auf den 29. Okt. von den Serben eingenommen und größtentheils niedergebrannt worden.

Berlin, 13. Nov. Die Nacht ist ohne Ruhestörung vorübergegangen.

Die Pariser Post vom 11. (die von 12. fehlt noch) bringt nichts Erhebliches. Vom Demokraten-Verein von Berlin waren zwei Mitglieder mit einer Adresse desselben an seine „rothen" Freunde Ledru-Rollin, Proudhon, Pierre Leroux und Confisserant eingetroffen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 13. Nov Oesterr. Spros Metall. 69½, 4proz. 57½, 3proz. —. 2½proz. 36⅛. Bankaktien 1112. G. 500 fl.-Loose 119 B., 250 fl.-Loose 80½. — Preuß. 50 Thlr.-Preämienscheine — B. — Bayerische 31proz. 75⅛. — Badische 3½proz. 73½. — Hessische Bordach. 64½. — Württemberg. 3½proz. 79½, 4½proz. 93 — Dard. 3½proz. 72½. Lotto-Aniehen à 50 fl 45½. 35 fl.-Loose 25½. — Braunschweiger 31proz. 75½. — Nassau 3½proz. 73½. — Holländ. Integr. 45⅞. — Span. 3proz. innere Schuld 17½. — Port. 3proz. 30 fl.-Loose — 500 fl.-Loose 67½. — Sard. 36 fr.-Loose 25½. Diste. —.

Paris, 11. Nov. 3proz. 42.30. 5proz. 64.55. Staatsschuld — Bankaktien 1350.— Staatsobligationen 1110 —. Bier Kanäle 815.— Compt. von Algier — Belg. 5proz. aus 1840 76¼. von 1842 77⅛ 4½proz. 72¼. 3proz. — 2½proz. 58⅝. Belg. Bank —. Neap. 5proz. —. Röm. 5proz. 64. Span. 5proz. — Active — Passive — Piem. — Hamb. 200. St. Germain — Versailles (recht) — — (link) 90 — Orleans 575.— Rouen 365.— Havre 165.— Marseille 150 — Basel —. Bierzon 217.50 Bologne —. — Bordeaux 3625.0. Nordbahn 342.50. Montereau —. — Lyon 355 — Straßburg 327.50. Namur 311.25. Dieppe —. — Creaux —. — Montpellier —. — La Teste —.

J. B. Wolf, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung.“

Donnerstag, den 16. November 1848.

Preußen.

Berlin, 12. Nov. Der Staatsanzeiger bringt in seinem amtlichen Theil folgende Bekanntmachungen. Obgleich Se. Majestät der König dem Rechte der Krone gemäß, mittelst allerhöchster Botschaft vom 9. d. M. die Vertagung der, zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung nach Brandenburg und deren Vertagung bis zum 27. d. M. angeordnet hat, so fährt doch ein Theil der Abgeordneten zu dieser Versammlung noch fort — statt sich der Anordnung zu fügen und zur festgesetzten Zeit in Brandenburg, fern von dem Einflusse gesetzwidriger Einwirkungen, die dem Volke und der Regierung gestellte Aufgabe in würdiger Weise lösen zu helfen — ihre Sitzungen zu halten und Beschlüsse zu fassen, welche die beklagenswerthesten Folgen herbeiführen und den Frieden gewaltsam stören müssen, aus welchem allein nur die allseitige Wohlfahrt hervorgehen kann. Dieses gesetzwidrige Verfahren erscheint um so weniger gerech fertigt, je maßloser und ungerechtfertigter die Vorwürfe sind, mit welchen die Mitglieder des Staats-Ministeriums belastet werden. Bereits von dem ersten Streben, die, in der heutigen Proklamation Sr. Majestät des Königs wiederholt ausgesprochenen, Verheißungen auf das Gewissenhafteste zur Erfüllung zu bringen und die Wohlfahrt des Volkes auf dem Grunde einer wahren Freiheit hinterzubauen, muß das Staats-Ministerium jeden verläumderischen Angriff auf sein Pflichtgefühl und seine Absichten entschieden zurückweisen.

Das Staats-Ministerium sieht sich darauf das Verfahren der erwähnten Abgeordneten veranlaßt, hiermit zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß Verhandlungen und Beschlüsse, welche von Seiten jenes Theils der Versammlung, seit ihrer Vertagung, unternommen sind oder etwa noch ausgehen möchten, alter und jeder Gültigkeit entbehren, daher auch von der Regierung Sr. Majestät des Königs in keiner Weise anerkannt werden können. — Das Publikum wird deshalb in seinem eigenen Interesse wohlmeinend gewarnt, sich durch das ungesetzliche Verfahren der hier noch versammelten Abgeordneten nicht zu Handlungen verleiten zu lassen, wodurch die öffentliche Ordnung irgendwie gestört wird, und welche in seinem Falle nagehandhet bleiben worden.

Berlin, den 11. November 1848.

Das Staats-Ministerium.

Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Strotha. von Manteuffel.

Da der Magistrat hiesiger Residenz seine Mitwirkung bei der Ausführung der Allerhöchsten Verordnung vom 11. d. Mts. in Betreff der Auflösung der Bürgerwehr Berlins versagt hat, weil den Gemeinde-Behörden eine solche Obliegenheit durch das Bürgerwehr-Gesetz vom 17. Oktober d. J. nicht ausdrücklich auferlegt sei, so ist das Königliche Polizei-Präsidium von dem Ministerium des Innern beauftragt worden, die Niederlegung der der Bürgerwehr vom Staate gegebenen Waffen an gewissen Orten zu bewirken.

Es werden demnach alle Bürgerwehrmänner, mit Einschluß der Mitglieder der stehenden Corps, hiermit aufgefordert, die ihnen übergebenen Waffen in den nachstehend bezeichneten Orten im Laufe des heutigen Tages bis 5 Uhr Nachmittags einzuliefern:

1) Die Bataillons Nr. 2, 3, 4, 5 und die stehenden Corps im Zeughause;
2) die Bataillons Nr. 6, 7, 10, 14 und 15 in der Kaserne des Kaiser Franz-Regiments in der Kommandantenstraße;
3) die Bataillons Nr. 9. 11, 12 und 13 im Landwehr-Zeughause an der Communikation zwischen dem Potsdamer und Anhalter Thore;
4) die Bataillons Nr. 8, 16, 17, 18 und 19 in dem Landwehr-Zeughause in der Johannisstraße, und
5) die Bataillons Nro. 20, 21, 22 und 23 in der Kaiser Alexander-Kaserne in der Münzstraße.

Die Ablieferung wird durch eine Quittung des mit der Empfangnahme beauftragten Polizeibeamten und des zur Assistenz abgeordneten Offiziers bescheinigt, damit der Abgeber sich zur später legitimiren kann.

Die Waffen werden in den angegebenen lokalen bataillosweise zusammengestellt und mit der betreffenden Nummer bezeichnet, so daß sie bei der Reorganisation der Bürgerwehr den einzelnen Theilen in derselben Ordnung zurückgegeben werden können. Die Waffen bleiben nach Vorschrift des §. 3 der Verordnung, betreffend die Ausführung des Gesetzes über die Errichtung der Bürgerwehr vom 17. Oktober d. J., im Besitze der hiesigen Gemeinde und werden sie dieselbe in Verwahrung genommen.

Es darf gehofft werden, daß die betheiligten Einwohner dieser Aufforderung ungesäumt nachkommen werden, indem es die ernstesten Folgen herbeiführen wurde, wenn nicht eine vollständige Ablieferung der Waffen in der festgesetzten Frist stattfinden sollte.

Berlin, den 12. Nov. 1848.

Das Königliche Polizei-Präsidium.

Ferner enthält der Staatsanzeiger folgende Berichtigung. Die Beilage zur Berliner Zeitungs-Halle vom 1848 Nro. 263 enthält folgenden Artikel: Nachtrag zur Zeitung Berlin, 11. Nov. Wir erlauben uns eben, daß das Königliche Ober-Tribunal, nachdem Herr Bornemann demselben die Frage vorgelegt: Ob der Krone das Recht zustehe, die hier Namens des ganzen Landes versammelte Nation zu vertagen, zu verlegen oder zu schließen, einstimmig mit „Nein“ geantwortet habe. Als Chef-Präsident des genannten königlichen Gerichtshofes sehe ich mich hierdurch veranlaßt, zur Vermeidung von Mißverständnissen, pflichtmäßig zu erklären: „daß an dieser ganzen Zeitungsnachricht kein wahres Wort ist. Herr Bornemann hat dem geehrten Ober-Tribunal jene Frage nicht vorgelegt, das geehrte Ober-Tribunal hat daher keine Antwort ertheilt; es wurde auch eine Berathung über jene Frage völlig außer den Amtsbefugnissen desselben liegen. Berlin, den 12. November 1848. Der Chef-Präsident des Königl. Geheimen Ober-Tribunals. Müller.

△ Berlin, 12. November. Eine wahre Gewitterschwüle lastet auf der Stadt trotz des heiligen Bußtages. Es ist Sonntag, aber das Sonntagsleben und Treiben auf den Straßen ist verschwunden. Die Mehrheit so lebhafte Treiben auf den Straßen ist beschlossen, dem Befehle zur der einzelnen Bataillone der Bürgerwehr hat beschlossen, dem Befehle zur Ablieferung der Waffen keine Folge zu geben. Wenn es dem frühren Präsidenten der Nationalversammlung, Herrn Grabow, der sich in diesem Augenblicke zu Potsdam befindet, nicht gelingt, eine Vermittlung und beAugenblicke zu Potsdam befindet, nicht gelingt, eine Vermittlung und beMit eine friedliche Lösung des Zwiespaltes herbeizuführen, so scheint ein blutiger Kampf unvermeidlich. Die Besorgniß überwiegt bei den meisten die Hoffnung. Da der Magistrat es abgelehnt, die Abnahme der Waffen der Bürgerwehr zu übernehmen, und am Bestimmung einer andern Behörde dazu gebeten hatte, so ist, wie ein Manifest anfündet, das Polizeipräsidium dazu bestimmt worden. Bis 5 Uhr Abends sollen sämmtliche Waffen abgeliefert sein. Die königliche Proklamation, welche zum Gehorsam und Vertrauen auffordert, ist aber von Volkshausen, die sich allmählig gesammelt haben, theils beschmutzt, theils abgerissen worden, nad die Bekanntmachung des Polizeipräsidiums hatte dasselbe Schicksal, was hinreichend die Stimmung der Massen bekundet. Mitglieder der hiesigen und der Stettiner Kaufmannschaft sollen in der That den Abgeordneten und der Stettiner Kaufmannschaft sollen in der That den Abgeordneten der Nationalversammlung beschickliche Gesinnet zur Verfügung gestellt haben. Es heißt, das Militär rücke auf der Stadt; ich kann dieß nicht verbürgen. Bei der bis jetzt behaupteten Consequenz des Ministeriums muß man annehmen, daß dasselbe aufrichtig gegen die versammelten Abgeordneten, die es als Nationalversammlung nicht anerkennt, die Militärgewalt einschreiten lassen werde, und der Belagerungszustand wird also stattfinden müssen, wahrscheinlich noch heute erklärt werden. Der Himmel ist, wie Sie sehen, hier voll Gewitterwolken; wird aus wohl bald ein freundlicher Sonnenblick wieder Frieden und Ruhe zurückführen?

⊙ Berlin, 12 Novbr. Morgens 10 Uhr. Der heutige Sonntag wird jedenfalls in der Geschichte Preußens und zunächst Berlins einen denkwürdig werden. Die Bürgerwehr soll heute ihre Waffen ablisern. — Viele werden es thun, viele werden sich dessen weigern. Die Offiziere derselben haben sämmtlich abgedankt. — In diesem Augenblicke herrscht eine unheimliche Ruhe auf den Straßen, die jedoch weit entfernt ist von unser Sabbathruhe! Wer gestern Abend die Gespräche der zahlreichen Volksgruppen auf den Straßen, die Gruppen hörte, die in allen Kreisen verbreitet waren, dem die Besürchtungen zu Thren gekommen, die man allenthalben laut aussprach, und denen Niemand zu widersprechen wagte, der

wird diese ungewöhnliche Ruhe begreifen! Indeß befürchtet man erst für Morgen ernstliche Auftritte. Zur allgemeinen Aufreizung trug das allerdings falsche Gerücht, der Präsident Unruh und ein Theil der Abgeordneten seien verhaftet, bereitend bei: Ja eine große Zahl Deputirter hat auf dieses Gerücht hin die Nacht außer ihren Wohnungen zugebracht Es wird erzählt, das Kriminalgericht sei auf Veranlassung seines Dirigenten, des Abgeordneten Harassowitz zusammengetreten, und habe beschlossen, seine Funktionen einzustellen, da die Autorität des Gesetzes in diesem Augenblicke keine Geltung habe. – Man erzählt sich, der Prinz von Preußen sei gestern Abend abgereist und zwar wie die einen sagen nach Belgien, oder nach andern Aussagen nach Weimar. Die Nationalversammlung wird heute um 2 Uhr ihre Sitzung wieder aufnehmen. Sie wird sowohl über die Steuerverweigerung, als auch über eine an die Armee zu erlassende Proklamation berathen. – 12 Uhr. Die Straßen werden lebendiger. Der von dem Polizeipräsidenten v. Bardeleben erlassene Befehl zur Niederlegung der Waffen ist an den Straßenecken angeschlagen. Viele Bezirke haben sich bereits dahin erklärt diesem Befehle nicht gehorchen zu wollen. Einzelnen Bürgerwehrmännern sind die Waffen vom Volke abgenommen worden — Ueberall stehen Gruppen. — Man will wissen, daß die Maschinenbauer sich Kanonen gegossen haben. — Weiter Herr Grabow noch Herr v. Bornemann sind gestern in Sanssouci beim Könige vorgelassen worden. 500 Gewehre, die von einzelnen Bürgern an ihre Kompagnien abgeliefert worden waren, sollen sofort wieder an die Arbeiter abgegeben worden sein. Bei etwa 400 fand man die Pistons vernagelt. Bis jetzt bemerkt man noch bei keinem Depot, wohin die Waffen abgeliefert werden sollen, irgend eine Abgabe derselben. Der demokratische Klub und der Demokratenverein in der Königsstadt haben zwei Ansprachen an die Soldaten erlassen, um diese über die Zwecke, welche man mit ihnen vorhat, aufzuklären. Ein anderes Plakat derselben Vereine erklärt den General Wrangel für „einen Volksverräther, der auf gesetzlichen Schutz keinen Anspruch mehr habe!“ — Wie man vernimmt sollen aus mehren benachbarten Städten die durch die Eisenbahnen mit Berlin in Verbindung stehen, die Schützengilden als Zuzug hier eingetroffen seien. 12½ Uhr. Die Volksmassen auf den Straßen und Plätzen werden immer größer und aufgeregter. Das Militär tritt eben mit Sack und Pack auf seinen Sammelplätzen an. Viele wohlhabende Familien haben Berlin verlassen, oder sind im Begriff, dies sofortanig zu thun. 3 Uhr. Man sieht die Truppen durch die Stadt marschiren. Auf den größern Plätzen sind Infanterieabtheilungen aufgestellt; auch die Thore sind von Truppen besetzt. Das 24ste Regiment soll aus der Stadt gezogen werden.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 122.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Freitag den 17. November 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 17. November.

Se. Maj. der König haben unterm 14 Novbr. allergnädigst geruht, den Staatsminister des Innern, Freiherrn Gottlieb v. Thon-Dittmer, unter Enthebung von seiner bisher bekleideten Stelle, zum Staatsrath im ordentlichen Dienste; den bisherigen Staatsminister der Finanzen, Frhrn. Gustav v. Lerchenfeld, unter Enthebung von dieser seiner bisher bekleideten Stelle, zum Staatsminister des Innern, und den Staatsrath im ordentlichen Dienste, Moriz v. Weigand, unter Enthebung desselben von der Stelle als Vorstand der Staatsschuldentilgungskommission, zum Staatsminister der Finanzen zu ernennen.

Deutsche Reichsversammlung.

A. **Frankfurt**, 13. Nov. Die Verhältnisse Preußens sind durch die neuesten Ereignisse in ein Stadium getreten, bei welchem die Nationalversammlung sich nicht mehr passiv verhalten kann. Es waren daher in der heutigen Sitzung von den Fraktionen des Zentrums und der gemäßigten Linken (Westendhall-Klubb) Anträge*) in dieser Richtung eingebracht und als dringlich bezeichnet worden. Noch ehe diese der Versammlung mitgetheilt wurden, erklärte der Minister des Innern, daß bereits gestern Abend an den eben erwogen einer andern Angelegenheit) in Berlin anwesenden Unterstaatssekretär Bassermann in Veranlassung des zwischen der Krone und der Landesversammlung entstandenen Konflikts die geeigneten Instruktionen abgegangen seien, die im Allgemeinen dahin gingen, den Konflikt nun möglich auf gütlichem Wege zu lösen, und eben so die Rechte der Krone wie der Volksvertreter zu wahren. Das Ministerium sei bereit, falls die Nationalversammlung einen Ausschuß mit der Vorbereitung der Sache beauftragen sollte, demselben genauere Aufschlüsse zu geben, jede sich aber außer Stande, das Detail schon jetzt der vollen Oeffentlichkeit zu übergeben. Der Präsident gab hierauf der Versammlung die gestellten Anträge bekannt, und Heller dann die Frage an die Versammlung, ob dieselben als dringlich anerkannt wären? Die überwiegende Mehrheit der Versammlung — nur die Rechte (Linke der Partei) blieb ihnen — erhob sich Da stellt Beseler den Antrag, man möge beschließen, das sowohl die Erklärung des Ministeriums und die von ihm vorbehienen Vorlagen, als die eingekommenen Anträge an einen Ausschuß und zwar an jenen, der vor Kurzem für die Prüfung der von Biedermann angezogen Hochstein Frage niedergesetzt wurde**), zur Berathung verwiesen werden, daß der Ausschuß bis zur morgigen Sitzung zu berichten habe, und daß man dann sofort in die Berathung eintreten wolle. Diesem Antrage trat nach kurzer Diskussion die Mehrheit der Versammlung bei (ein Vorschlag Reiter's den Bericht in einer Abendsitzung anzuhören und darüber zu diskutiren ward abgelehnt) und man vertagte sich bis auf morgen. — Bereits gestern Abend war die preußische Frage in allen Klubbs Gegenstand der Berhandlung gewesen: man ist sich nicht blos der Wichtigkeit, sondern auch der Schwierigkeit derselben vollkommen bewußt, insbesondere wenn die Rechtsfrage mit in Erwägung gezogen wird. Man wird benützt sein, mit Umgehung der letzteren blos die politische Seite ins Auge zu fassen und darauf den Beschluß richten. — Die Instruktionen, welche das Reichsministerium an Bassermann erließ, gehen vorzugsweise dahin, daß Bassermann sich bemühe, einmal daß der König ein Ministerium berufe, dem das Vertrauen des Landes zur Seite steht, dann aber auch daß er es zu ermöglichen suche, daß die Landesversammlung in die vom Könige verfügte Vertagung und Vertagung willige gegen die Zusicherung, daß die Berathungen in Berlin fortgesetzt werden, sobald dort das Ansehen der Gesetze wieder hergestellt, und für die Freiheit der Versammlung hinreichend gesorgt sei. — Ich werde nicht ermangeln die weiteren entscheidenden Momente so weit es mir möglich ist, mitzutheilen. Das allein muß ich nur noch anführen, daß die Linke in dieser Sache eine ganz eigenthümliche Stellung genommen hat: sie hat keinen Antrag bis jetzt eingebracht! Warum, ermessen Sie wohl leicht.

*) Es waren deren 5, ausgezeichnet von P. Simon von Breslau, Jöpfen Bruxl, Biedermann, Mathiaß und Kalk.

**) Dasselbe besteht aus folgenden Mitgliedern: Daym, Sauden, Jacharis, v. Berger-Hahn, Schwarz, Hüpfer (aus dem Kasino-Klub); Kalk, Haun, Raumer, Widenmann (aus den Augsburger Hof); Kraffe, Jordan von Marburg (vom Landsberg); Berger und Gistra (vom Württemberger Hof). Sie ersehen daraus, daß weder das eine noch das andere Extrem hier vertreten ist.

⊙ **Frankfurt**, 13. Novbr. Nun das Drama in Wien beendet ist, beginnt die Bestellung in Berlin, und als Begleitung dazu, eine Reihe parlamentarischer Kämpfe in Frankfurt. Der erste Sturm, welchen heute die linke Seite der Reichsversammlung unternahm, um durch mehrere Anträge die Paulskirche zum entschiedenen Parteiergreifen für den Berliner Landtag zu vermögen, mißlang, nicht deshalb, weil die Reichsversammlung ein feindliches Verhalten in die politischen Erörterungen des Ministeriums Brandenburg setzt, im Gegentheil, man hört namentlich über die Herren Kühne und Pommersche sehr harte Urtheile, sondern darum, weil man einem Landtage, welcher sich noch unlängst in der Posenschen Frage gegen Frankfurt aufgelehnt hatte, nicht den geringsten Vorschub zur Durchführung von dessen Lowengelüsten zu gewähren, sich bemüßigt fühlt. Hr. v. Schmerling hatte erklärt, daß Bassermann noch gestern die nöthigen Vollmachten zugeschickt erhalten habe, um eine Vermittelung zwischen Krone und Landtag anzubahnen, und daß noch in später Nacht von demselben Depeschen aus Berlin eingetroffen seien, über deren Inhalt er sich heute noch nicht auslassen könne, welche er aber einem von der Reichsversammlung zu bestellenden Ausschusse vorlegen werde. Gegen letzteres erhoben sich verschiedene Redner, unter ihnen Simon von Breslau, und verlangten augenblickliche Eröffnung der Berathung, blieben aber mit 187 gegen 256 Stimmen in der Minderheit; morgen soll die förmliche Berathung beginnen: für den Berliner Landtag werden sich nach dem Ergebniß dieser Abstimmung blos die Klubbs der linken Seite von Württemberger Hof ab erklären, die Mehrheit dagegen für den schon von Reichsministerium eingeschlagenen Weg.

A. **Frankfurt**, 14. Novbr. Der Ausschuß, der über die preußische Frage zu berichten hat, kam zu keinem gemeinsamen Beschlusse. Eine freilich große Mehrheit von 12 einigte sich über folgende Anträge: „Die Nationalversammlung spricht in Uebereinstimmung mit den vom Reichsministerium getroffenen Maßregeln erklären, daß sie es für nöthig erachte 1) die königl. preußische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Verlegung aufhebe, sobald solche Maßregeln getroffen sind, welche ausreichend erscheinen, die Freiheit und Würde der Berathung in Berlin sicher zu stellen, 2) daß die preußische Krone sich alsdann mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt und die Bürgschaft vor reaktionären Bestrebungen und vor Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu entsernen geeignet sei." Eine Minorität von drei (Gistra, Werner von Koblenz und Kraft) will im Eingang die Worte „in Uebereinstimmung mit den Maßregeln" wegfallen um in Nro. 1 statt der Worte sobald sie treffen und daß zugleich solche Maßregeln getroffen werden ꝛc." Es ist, nach dem Ergebnisse der Vorberathungen zu urtheilen, kaum zweifelhaft, daß die Anträge der Majorität werden angenommen werden.

Deutschland.

Bayern. — *)München, 16. Nov. Der großherzogl. badische Ministerresident am hiesigen Hofe, Frhr. v. Rüdt-Collenberg, hat in hervorlicher Audienz Sr. Maj. dem Könige sein Abberufungsschreiben überreicht. Wie es scheint, wird die großherzogl. bad. Regierung einen neuen Gesandten am Münchener Hofe vorerst nicht beglaubigen. — Dem jüngsternannten Universitätsprofessor Dr. Blumschik aus Baiern ist nunmehr auch das zur Ausübung eines öffentlichen Amtes in Bayern erforderliche Indigenat des Königreichs mittelst allerhöchsten Reskripts verliehen worden.

Württemberg. — Der „Schwäbische Merkur" schreibt aus Stuttgart, 14. Nov. Vormittags: Man spricht hier viel von einer angeblichen Ministerkrise in Folge des Beschlusses unserer Abgeordnetenkammer in Betreff der Zivilliste und Apanagen. So viel wir wissen, ist die mißverstandene Gerüchte bis jetzt nicht begründet, und läßt sich etwas Bestimmtes nicht angeben. Gr. Staatsrath Römer ist hier, um nicht nach Frankfurt abzureisen. Wir wissen, daß er, sowie die Vorstände des Kriegs- und Auswärtigen-Ministeriums (vielleicht auch die Vorstände der anderen Departements) heute, daß auch der Präsident der Abgeordnetenkammer, Hr. Murschel, gestern zu Sr. Maj. dem König berufen worden. — Der „Beobachter" schreibt: „Man sagt, der König habe das Entlassungsgesuch der Minister nicht angenommen."

Königr. Sachsen. — Dresden, 10. Nov. Der von hier nach Wien geeilte Bataillonskommandant der Kommunalgarde, Heinz, ist zurückgekehrt, und theilte gestern im Kommunalgarden-Verein unter anderm mit,

daß die Bewegung in Wien durchaus keine allgemein deutsche gewesen sei. Der größte Theil der Wiener besinde sich im Zustande rathloser Ueberzeugungslosigkeit und ohne alles politische Urtheil.*) (Frankf. J.)

Lippe. — Detmold, 10. Nov. In der heutigen Sitzung des Landtags eröffnete der Präsident, es sei ihm durch den Regierungsvorstand angezeigt, daß, falls der Landtag den Fürsten auf eine Zivilliste beschränken würde, er sowohl wie der Erbprinz unabänderlich beschlossen habe, auf die Regierung des Landes zu verzichten. (H. M.)

Preußen. — Berlin, 12. Nov. Berlin ist, wie es allerdings schon seit einigen Tagen vorauszusehen war, in aller Form heut Abend gegen 6 Uhr durch folgende Kundmachung in Belagerungszustand erklärt worden: Die in hiesiger Stadt eingetretenen Ereignisse haben die ordentlichen Zivilbehörden außer Stand gesetzt, dem Gesetze die gebührende Geltung zu verschaffen. Das unterzeichnete Staatsministerium darf daher nicht Anstand nehmen, zu außerordentlichen Maßregeln zu schreiten, um wieder Ruhe, Ordnung und Sicherheit in unsere gesammelten Umkreis in Belagerungszustand. Die in dieser Beziehung zu treffenden nähern Anordnungen werden demnach fortan von dem General der Kavallerie v. Wrangel, welcher die Truppen in den Marken kommandirt, ausgehen. Berlin, 12. Nov. 1848. Das Staatsministerium. Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Strotha. v. Manteuffel.

General Wrangel hat sofort nun die Oberleitung der Stadt übernommen, wie er auch schon durch einen Anschlag die ersten nöthigen Anordnungen getroffen hat, welche bewiesen, daß wir dem Kriegszustande in aller Form anheimgefallen sind. Dieser Anschlag lautet: Im Vorfolg des Erlasses des Königl. Staatsministeriums vom heutigen Tage, wodurch die Stadt Berlin und ihr zweimeiliger Umkreis in Belagerungszustand versetzt worden ist, verordne ich hiermit: 1) Alle Klubs und Vereine sind verboten. Auch zu den Zwecken sind geschlossen; 2) bei Tage darf keine Versammlung von mehr als 20 Personen, bei Nacht keine von mehr als 10 Personen auf Straßen und öffentlichen Plätzen stattfinden; 3) alle Wirthshäuser sind um 10 Uhr Abends zu schließen; 4) Plakate, Zeitungen und andere Schriften dürfen nur dann gedruckt, öffentlich verkauft oder durch Anschlag verbreitet werden, nachdem das hierfür Polizeipräsidium die Erlaubniß dazu ertheilt hat; 5) alle Fremde welche sich über den Zweck ihres hiesigen Aufenthalts nicht gehörig legitimiren können, haben bei Vermeidung der Ausweisung binnen 24 Stunden die Stadt und deren Gebiet zu verlassen; 6) Fremden, welche bewaffnet ankommen, sind von den Wachen die Waffen abzunehmen; 7) die Bürgerwehr ist nach der Königl. Bestimmung vom 11. Nov. vorbehaltlich ihrer Reorganisation aufgelöst; während des Belagerungszustands kann diese Reorganisation nicht erfolgen; 8) während des Belagerungszustandes dürfen Zivilpersonen nur dann Waffen tragen, wenn es ihnen von mir oder vom Polizeipräsidium ausdrücklich gestattet ist. Wer sich mit Waffen betreffen läßt, ohne eine solche Erlaubniß erhalten zu haben, wird sofort entwaffnet; 9) die gesetzlich bestehenden Behörden verbleiben in ihren Funktionen und werden bei Ausübung ihrer Befugnisse von treffenden Maßregeln, insofern sie den vorstehenden Bestimmungen entsprechen, von mir auf's kräftigste unterstützt werden; 10) die Stadt Berlin hastet für allen Schaden, welcher bei Unterdrückung eines offenen oder bewaffneten Widerstandes gegen die bewaffnete Macht an öffentlichem oder Privateigenthum verübt wird; 11) der Betrieb der bürgerlichen Geschäfte, der Königl. und Privatbanken, des Handels und der Gewerbe wird durch Verhängung des Belagerungszustandes nicht weiter beschränkt. Berlin, den 12. Nov. 1848. Der Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken. General der Kavallerie v. Wrangel.

Schon heute Mittag wurde ein großer Theil der hier befindlichen Truppen mit einer beträchtlichen Anzahl von Geschützen aus der Stadt hinausgeführt und stellte sich in den nächsten Umgebungen von Berlin auf. Als entscheidendes Motiv für die Verhängung des Belagerungszustandes wird die Nichtablieferung der Waffen von Seiten der Bürgerwehr angegeben. Zur Zurückreichung dieser von dem Staatsministerium kategorisch gestellten Forderung waren bereits in der vorigen Nacht die umfassendsten Verabredungen getroffen worden. Die Nationalversammlung hielt heute Nachmittag im Schützenhause eine sehr stürmische und einundvierzig Stunden. Sie beschäftigte sich natürlich fast ausschließlich mit der Neuwahl ihrer Präsidenten und Vizepräsidenten. Die Zahl der anwesenden Abgeordneten betrug heute noch 248, unter denen 245 St. Uhr. Umrub wieder zum Präsidenten der Versammlung erwählten. Unter den heute an die Nationalversammlung eingegangenen Adressen machten die von den Kammern Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz ihr gefertetes Erscheinen. Großen Eindruck; es wird darin nicht nur eine unbedingte Zustimmung zu den Schritten der preußischen Nationalversammlung ausgesprochen, sondern auch jede irgend mögliche Hilfe verheißen. Die Frage von der Steuerverweigerung hat die Versammlung hinausgeschoben, da der dieselbe betreffende Kommissionsbericht heute noch nicht eingegangen war. Die Versammlung wird aber morgen, für welche Vormittagssitzung um 11 Uhr anberaumt hat, schwerlich mehr zu irgend einer Berathung gelangen. Um so mehr hätte sie heute die Zeit benutzen sollen, was man ihr in keiner Weise nachsagen kann. Auf den Antrag des Abg. v. Berg wurde eine feierliche Beantwortung der mecklenburgischen Adressen beschlossen. Abg. Grabow, der ehemalige Präsident der Nationalversammlung, der wieder hier angekommen ist, ohne jedoch an den Sitzungen der Versammlung Theil genommen zu haben, begab sich heute Nachmittag von hier nach Sanssouci, um dem König dringende Vorstellungen wegen der ergriffenen Maßregeln zu machen. Er kehrte jedoch zurück, ohne beim König Zutritt erhalten zu haben. (Falsch.) Der König empfängt überhaupt faß Niemand, doch wurde heute morgen eine Deputation aus Magdeburg bei ihm zugelassen.

— Die von der „demokratischen Reform“ verbreitete Nachricht, daß alle der tagenden Versammlung noch angehörig gebliebene Beamte auch ihren Aemtern entlassen worden seien, zeigt sich als unwahr. Die Nachricht konnte um so weniger begründet sein, da der Ausführung einer solchen Maßregel ein Dienstzurmarversuchen von sechs Wochen vorangehen muß. (D. A. Z.)

Der deutsche Volksverein in Breslau, sowie die Stadtverordnetenversammlung der Bürgerwehr und die Bürgerversammlung von Magdeburg, der Volksverein in Halle, eine Volksversammlung in Köln, sowie der konstitutionelle Verein, der demokratische Verein, das Kommando der Bürgerwehr und der Magistrat nebst den Stadtverordneten in Halberstadt haben zustimmende Adressen an die Nationalversammlung in Berlin gerichtet.

Posen, 10. Nov. Wir haben hier jetzt einen Krieg aller Deutschen gegen alle Polen in Aussicht, zu dem es unfehlbar kommen wird, wenn der Reichskommissär, General v. Scheler, nicht bald hier eintrifft und die politischen Verhältnisse unserer Provinz zum definitiven Abschluß bringt. Glücklicherweise vernehmen wir, daß derselbe bereits unterwegs sei, und wir dürfen daher seiner nemnächstigen Ankunft entgegensehen, wenn seine Mission, was unter den jetzigen Umständen freilich zu besorgen ist, nicht in Berlin noch auf Schwierigkeiten stößt. Die Polen schauen sich unter sich nach friedlichen Anhängschilde der Liga Polska zu einer furchtbaren Macht in unserm Großherzogthum zusammen, und sie sind in der That noch nie so stark gewesen als in diesem Augenblicke, wo die Organisation des Vereins fast vollendet ist und in allen Kreisen Posens steht. Auch an den nöthigen Geldmitteln fehlt es nicht, indem durch die allgemeinen Beiträge zur Liga sich bald ein beträchtlicher Schatz ansammeln muß. Unsere Deutschen, welche die Regelung unserer politischen Verhältnisse und die Abkehr der Demarkationslinie schneller erwarteten, achteten dieser neuen Bewegung der Polen anfangs wenig; jetzt aber, wo sie die nahe Gefahr vor Augen sehen, sind sie in höchster Aufregung, um den Polen den Spitze bieten und nöthigenfalls Gewalt mit Gewalt vertreiben zu können. Aller Orten bilden sich Schutz- und Trutzvereine gegen die Ausschreitungen der Polen, und alle diese Vereine sind eben im Begriff, zu einem allgemeinen großen Bunde aller Deutschen der Provinz sich zu vereinigen, weil sie nur in geharnischter Stellung den wahrscheinlich baldigen Erhebungsversuchen ihrer Gegner mit Ruhe entgegensehen können. Hoffentlich wird aber unsere Regierung die berliner Vorgänge benutzen, um der Verrath Posens als unzusammig verwerfen und unbeirrt von dem Geschrei der Linken die Beschlüsse des Reichsparlaments in Frankfurt zur Ausführung bringen. Wie die Stimmung gegen die berliner Nationalversammlung sich kund gibt, geht aus den zahlreichen Protesten aus allen Kreisen des Großherzogthums zur Genüge hervor. Einen übertriebenen Beweis gibt auch ein eigenes Schreiben an die Versammlung der Volksvertreter zu Berlin in diesem Sinne. (D. A. Z.)

Oesterreich. — †Wien, 12. Novbr. Unter dem heutigen hat F.-L. Welden, Gouverneur von Wien, folgende Proklamation erlassen: „An die rechtlichen und verständigen Bewohner Wiens. Alle Folgen einer verbrecherischen Anarchie sind in der unverschämten Gestalt, in welcher sie gedroht worden, in Erfüllung gegangen. Ein Handlungsdiener hat sich zum Kriegsminister erhoben, die Gesetzlosigkeit hat in Kanonenschüssen ihren Segen verbreitet. Ein solcher Zustand muß schnell enden, — das gute Prinzip, das Recht wieder seine Stelle behaupten, sonst sind wir Alle verloren. Denn der Haushalt jedes Einzelnen, wie jenes des Staates kann nur bestehen, wenn er auf Ordnung und Gesetz begründet ist. Auch nur auf kleine Zeiten Beraubung sich Ich habe, die Gott so gesegnet. Glücklich! wären die schmerzlichsten Erfahrungen, die wir bisher gemacht, hinlänglich, dieses Euch fest in die Seele zu prägen, — dann könnte ich mit Zuversicht auf Eure Unterstützung rechnen. Sie ist Bedingnis, soll mein Wirken gedeihen. Nur ein Band der Einen vermag den Staat und jeden rechtlichen Familienvater zu retten. Ohne Staat hat er auch kein schützendes Obdach. Was die Wiener wollen, ist klar — es ist Zerstörung und unser Aller Untergang. Darum biete ich Euch die Hand zum großen Werke. Beginnen wir es schnell, ehe eine gährende Zeit die Zerstörung mehrt. Stopft Sie nicht zurück diese Hand. Mit meiner letzten Kraft weihe ich mich dem erhaltenen Berufe. Vertrauen weckt Vertrauen! So komme ich Euch entgegen. Ihr müßt mich verstehen. Ihr werdet die Ehrenne Eures Gouverneurs und des Kaisers erkennen, um mich nicht zwingen, im Tonner der Geschütze die Ordnung zu verkünden. Wien, 12. Nov. 1848. Der kk. Gouverneur der Hauptstadt Wien: Welden, Feldmarschall-lieut.“

Olmütz, 8. Oktober. Wir theilen hier die Loyalitätsadresse der ruthenischen Deputation, deren wir bereits Erwähnung gethan, ihrem vollen Inhalte nach mit: „Eurer Majestät! Die Kunde von den traurigen Ereignissen in der Residenzstadt Wien, welche die Majestät des schmerzlichst beraubt, als nach den vielen Beweisen der Huld und Liebe Eurer Majestät von Ihren Völkern nur Dankbarkeit zu erwarten berechtigt waren. Diese treue ruthenische Nation konnte diese Kunde nicht vernehmen, ohne zugleich den Beschluß zu fassen, durch eine eigene erwählte Deputation Eurer Majestät von ihrer aufrichtigsten Anhänglichkeit an das erlauchte Kaiserhaus zu versichern. Und wurde die ehrenvolle Mission zu Theil, diese Gesinnungen der gesammten ruthenischen Nation Eurer Majestät zu hinterbringen. Eure Majestät! Wenn die Ruthenen zu ihrem Monarchen sprechen, so sollte die Sprache nicht ihr Mund, wohl aber ihr Herz führen; denn unsere Väter haben uns nicht gelehrt, unsere

*) Und die Blätter, welche diesen „Mißstellofen“ nachgedeutet haben?

Gefühle in schöne Redensarten zu kleiden, aber desto treuer haben sie uns diese Lehre eingeprägt, Liebe mit Gegenliebe zu erwiedern, und dem angestammten Monarchen eine unbedeckte Treue zu wahren. Diese Lehre haben wir stets befolgt, und wollen sie auch für die Zukunft treulichst befolgen. Für die Liebe unseres besten Monarchen, deren Beweise wir in der uns allergnädigst verliehenen Konstitution, in den dem Landmanne gewährten Erleichterungen und in der ausdrücklichen Gleichberechtigung unserer Nationalität mit jener unserer Kaiserstaaten erblicken, wollen wir treue und ungeheuchelte Gegenliebe bezeigen, und bei unserem geliebten Monarchen bis auf den letzten Lebenshauch treu, fest und unwandelbar ausharren. Wo immer Eurer Majestät verweilen mögen, überall wird dieselbe liebe Treue und Anhänglichkeit der Burkenen die geheiligte Person Eurer Majestät begleiten. Die Burkenen werden nichts schonen, alle ihre Opfrungen auch mit Thaten bereigen zu können. Geruhen Eurer Majestät diesen Ausdruck unserer loyalen Gesinnungen gütigst entgegenzunehmen, wie auch die Versicherung, daß die Burkenen, im festen Vertrauen auf Eurer Majestät gerechtes Wort, nur auf dem gesetzlichen Wege die Verwirklichung der ihnen zugesicherten Freiheiten und Berechtigungen anstreben wollen. Von der Allgnadenversicherung der Burkenen. Kaufberg den 28. Oktober 1848." — Seine Majestät geruhten der Deputation folgende Antwort zu ertheilen: Es freut Mich, den Ausdruck der Mir längst bekannten Anhänglichkeit an Meine Person und der auch in der schweren Zeit abermals bewährten patriotischen Gesinnungen der burkenischen Nation zu vernehmen. Sie in der Mireße enthaltenen Wünsche werde Ich bebergigen, und Meinen Ministerium deren Erfüllung, und so viel als möglich den Wünschen entsprechende Erledigung auftragen.

Gratz, 12. November. Aus der von dem k. k. Kreisamte zu Marburg an das Landesprästidium erstatteten Anzeige über den am 8. d. M. stattgefundenen Einfall der ungarischen Insurgenten in Friedau ist Folgendes zu entnehmen: Der Uebersall der ungarischen Truppen, welche aus 5 Bataillons Landwehr bestanden, mit 4 Kanonen der Karolyischen, kam als Insurrektion bei 4000 Mann stark gewesen sein mochten, erfolgte am 8. 9. Uhr, zwischen 7 und 8 Uhr Morgens und war so unerwartet, daß man die Truppen erst gewahr wurde, als sie sich nur mehr auf einige 100 Schritte vom herrschaftlichen, an der Polsdrauer Kommerzialstraße liegenden Meierhofe befanden, wo sie auf die Tirailleurs des Grafen Nugentschen Korps stießen. Der ermähnte Meierhof ist mit Mauern befriedet, da jedoch die Uebrigen auf Seite der in Masse eingedrungenen Ungarn war, so mußten sich die Vorposten in ihre Position hinter Friedau zurückziehen, während die Ungarn durch den herrschaftlichen Garten in Friedau selbst einrückten, ihr Gefolge, aus 4 Kanonen bestehend, anführten, und es gegen das Stadl- und herrschaftliche Gewalthaus spielen ließen. In das im ersten Stocke befindliche Zimmer des Verfassers wurden 30 Kugeln aus den Insanterie-Regimentes Baron Piret gewossen, konnte sich jedoch, nachdem es auch schon im Zimmer zum Hangemenge gekommen, ungeachtet tapferer Gegenwehr nicht halten, sondern wurde mit Verlust von 2 Mann unrückgedrängt. Mehrere Häuser wurden geplündert und im Zimmern zerstört. Drohungen und Zudringlichkeiten die Zerstörung des Hauses, heftiges Kanonen- und Kleingewehrfeuer. Da die Ungarn ihren Sieg und Verwundeten auf mehr als 18 Wagen eigenen, theils requirirten Wägen mit sich fortgenommen, so kann deren nunmerische Zahl nicht bestimmt werden, soll jedoch sehr bedeutend gewesen sein, während sich jene des Oesterreichischen Korps nur auf wenige Mann beliefen. Der Uebersall war für unsere Truppen umsobe mehr auch für die Bewohner der Stadt im gleichen Maße überraschend, für letztere um so mehr, als erst einige Tage vorher Percel in den fleischlichen Gemooren eine Schrift in Insulationen zu sehen wußte, in welcher sich die Versicherung der friedlichsten und freundschaftlichsten Gesinnungen aussprach. Es bestehen daher die Insulationen Anzeigen, daß dieser Einfall der Ungarn zum Vertrab vorbereitet war, wovon bei Zeiten sich der dortige Bürger und Eisenhändler Johann Kaufhammer vorzüglich betheiligt haben soll. Derselbe wurde demnach auch auf Grundlage der Aussage von 5 Zeugen von dem dortigen Kommandanten Baron Schantendorf unter strenge militärische Bewachung gestellt, in der Art, daß ein Hauptmann mit einem Zuge sich in seinem Hause befindet, in so lange, bis vom Hauptmanter die weitere Weisung über die Verfügung mit ihm erfolgt. Dessen Schriften und Papiere wurden unter Siegel gelegt. Die staatischen Gelder im Zollamtsgebäude wurden durch den Beamten in Sicherheit gebracht. Der Gesammtschade soll sich auf 5—6000 fl. belaufen, die Erhebungen hierüber werden durch die Bezirksobrigkeit Friedau gepflogen. Ueber Polstrau sollen fettere Nachrichten, den Gerüchte nach soll es zwar nicht abgebrannt, wohl aber ganz geplündert worden sein. Die Landleute der Umgebung von Friedau stehen mit ihrer besseren Habe in die Gebirge. Nun sollen die Ungarn über Luttenberg einzudringen versuchen und auch im Dorfe Pollenschach gesehen worden sein, daher gestern die beiden Brücken über den Pesnitzfluß im Bezirke Dornau abgetragen und militärisch besetzt wurden.

Italien.

Aus Oberitalien, 6. Nov. Die piemontesische Regierung hat so eben eine neue Ausbehung von 14 000 Mann angeordnet, und gleichzeitig ist ein Tagsbefehl des Herzogs von Savoyen erschienen, welcher sehr kriegerisch lautet, und von dem bevorstehenden Wiederbeginn des Kampfes spricht. Trotz all Dem wird Karl Albert nur im äußersten Fall die Waffen wieder ergreifen. — Die Stadt Genua ist aus Anlaß der letzten Unruhen, über die ich Ihnen berichtet habe, in Belagerungszustand erklärt. Es zeigt sich jetzt, daß die dortige Bewegung hauptsächlich von den lombardischen Flüchtlingen ausgegangen ist, die es auf Raub und Plünderung abgesehen hatten. Das Ministerium hat deßhalb der Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach die mittellosen Flüchtlinge, so wie jene von zweifelhaftem Charakter, an einigen Orten Italiens Orte gebracht und dort beaufsichtigt werden sollen. (Karlsr. Ztg.)

Frankreich.

△ Paris, 11. Nov. Die Mehrheit der Nationalversammlung scheint nun der Meinung einer Anzahl von Repräsentanten nachgeben zu wollen, welche nachdem sie es durchgesetzt, daß die organischen Gesetze noch vor den Amtsantretungen der Gewalten votirt werden müssen, nun darauf dringen, daß diese organischen Gesetze als ungertrennliche Anhängsel zur Konstitution betrachtet werden sollen. Ein solcher Beschluß wäre von der höchsten Bezeutung, denn die Konstitution würde dadurch den Charakter der Festigkeit verlieren, den ein Grundgesetz stets haben muß. Werden die organischen Gesetze als integrirender Theil der Konstitution betrachtet, so hat die Folge davon, daß nicht blos ganzen gesetzlosen werden können ohne eine vollständige Revision der Verfassung. Die Zahl der Gesetze aber, die den Charakter und Namen von organischen erhalten sollen, beträgt neun. Sie regeln Alles, was die Regierungsgewalt, die Wahl, das Gebiet, die Justiz, die öffentliche Macht, die Verwaltung, die öffentliche Stimmung und Meinung, die Fortschritte der Wissenschaft, den normalen und abnormen Zustand des Landes betrifft; kurz, diese neun Gesetze umfassen die ganze Zivil- und Militärverwaltung wie die Politik des Landes, Alles fällt in ihren Bereich, was Gegenstand der Thätigkeit kommender Versammlungen werden, und woran der bewegliche Geist des Landes sich versuchen kann. Die künftigen Versammlungen würden also dadurch, daß diese organischen Gesetze integrirende Theile der Verfassung würden, in die Alternative versetzt, entweder gar nichts daran abzuändern, oder Alles umzustürzen. Die Nationalversammlung muß aber doch bestrebt sein, der von ihr votirten Verfassung, dauernden Bestand zu sichern: diese organischen Gesetze aber wären für dieselbe in der Zukunft nothwendig ein gefesselndes, zudringendes Element. Je mehr es einer Verfassung an Einheit, Festigkeit, Kraft und innerer Aufsicht auf Dauer hat sie Gefahr nur Grundsätze, Grundsätze feststellen. Die Entwicklung und Fortbildung muß mit den Fortschritten der Zeit Hand in Hand gehen, den künftigen Legislaturen überlassen werden: sonst fehlt der Verfassung von vorneherein schon die Grundlage der Dauer. Freilich scheint es, daß gerade dies von der nicht wenigen als republikanisch gesinnten Mehrheit der gegenwärtigen Nationalversammlung sobald sie dieselbe nicht mehr in ihrer Wahl mit allgemeinem Stimmrecht (!) besteht wird, daß es ihr um nichts weniger als um eine dauerbafte Begründung der Republik zu thun ist, welche das Land schon mehr als zur Hälfte ruinirt hat. — Es heißt, ein großer Theil der Mitglieder des Vereins der Rue de Poitiers wolle Hrn. Odilon Barrot als Kandidaten für die Präsidentschaft der Nationalversammlung Hrn. Armand Marrast für die nächsten am 19. November stattfindende Wahl aufstellen. — Man hatte sich geschmeichelt, der Lordmayor und die Aldermen der Stadt London würden dem Feste beiwohnen, welches der Seine-Präfekt am 10. d. aus Anlaß der Verkündung der Verfassung geben wird. Diese Hoffnung soll sich als eitel erwiesen. Tagegen haben die den Fremdlingen nach der Guillotine zu einem Festessen Gäste angenommen, das ihnen einige Tage früher als Dankbezeigung für die freundliche Aufnahme der Pariser Nationalgarden zu London gegeben worden soll. — Ich habe Ihnen noch etwas mitzutheilen. Was Deutschland zu nächst angeht. Zwischen den Korrpdhen der Rothen hier, den Leuten, welche auf die Bande der Gesetzlichkeit, Ordnung, Familie und Eigenthum absichtlich bespreben sind, und den Demokraten in Deutschland herrscht ein wahrhaft rührendes Einverständniß und Zusammenwirken. Es versteht sich, daß auch da die Deutschen wieder die Nachreiter der Franzosen sind. Die Deutschen holen sich von hier das Losungswort und die Tagesbefehle, und das diese dann in Deutschland getreulich vollzogen werden, davon geben die neuesten Ereignisse in Deutschland nur zu sprechende Zeugniß. Verdrn-Rollin, Proudhon, Pierre Leroux und Consserant sind die Orakel für die Demokraten und Kommunisten von ganz Europa. Eben sind hier zwei Mitglieder des demokratischen Vereins von Berlin mit einer Hultigungsadresse desselben an die genannten Herren, ihre Meister, angekommen. Aehnliche Deputationen waren früher auch schon von Wien und andern deutschen Städten hier. Die Solidarität aller deutschen Demokraten aber unter sich ist eine von ihnen selbst nicht bestrittene Thatsache; ihre innigste Verbindung mit den rothen Republikanern Frankreichs ist also eben so unbestreitbar. Meine deutschen Landsleute werden sich also nicht länger durch den konstitutionellen Deckmantel täuschen lassen, den die Demokraten bei ihnen umhängen, um das blutrothe Band zu verstecken, das ihre wahre und ächte Verbindung ist.

|| Paris, 11. Nov. Wenn der Sap wahr ist, den man in der neusten Zeit so oft und bis zum Ueberdruß wiederholt hat, daß diejenige Regierungsform die beste sei, welche am wenigsten kostet, so ist gewiß die republikanische Regierungsform, wie sie heute in Frankreich auftritt, die allerschlechteste! Sie ist so grundsleckig, daß — sollte die Republik nur noch ein Jahr sich halten, Frankreich ruinirt ist! Sie glauben, daß ich übertreibe! Ich bin sonst gewohnt unabänderlichen Mißständen wo möglich eine humoristische Seite abzugewinnen, allein da wo die starren unwidersprechlichen Zahlen sprechen, hört aller Humor auf! — Wissen Sie was Frankreich seine Revolution und Republik kostet — vorausgesetzt, daß der süße Pöbel der Hauptstadt nicht einen Morgens abermals die Fahne des Aufruhrs zu erheben beliebt, was gar nicht so fern liegt, als man glaubt — wissen Sie wohl ungefähre Summe die Monate Februar bis November verschlungen haben? — Nahe an einer Milliarde!

So viel, als Frankreich die Invasion der verbündeten Armeen gekostet hat! Der öffentliche Schatz allein hat fünfhundert und neun Millionen verloren! Die Stadt Paris hat ein Deficit von 9,564000 Franken, da ihre gewöhnlichen Einnahmen von 43,000000 Fr. auf 33 ½ Million sich vermindert haben, wozu noch der Ausfall von 1,200000 Fr. an außerordentlichen Einnahmen kommt; die Ausgaben aber sind dieselben geblieben, ja sie haben sich vermehrt! Die Februarrevolution kostete der Stadt 6,252801 Fr.! Diese zu obigem Deficit hinzugerechnet ergeben für die Stadt Paris ein Deficit von 16,146801 Fr. Das Deficit, welches sich im Jahre 1849 ergeben wird, schätzt man bis jetzt schon auf 10,371746 Fr. So daß beide Jahre zusammengenommen ein Deficit der Stadtkasse von 26,518546 Fr. ergeben!!! Nun hat aber die Municipalkommission eine neue Summe von 9 Millionen Fr. für nothwendig erachtet zur Unterstützung hilfsbedürftiger Bürger der Stadt und des Departements für die Monate November bis April nächsten Jahres! Mit der Aufbringung dieser Summe hat sich die Nationalversammlung am 9. ds. Mts. beschäftigt, und einen Vorschlag angenommen, nach welchem ein Drittheil dieser Summe, 3 Millionen vom Staate beigesteuert werden sollen während zur Herbeischaffung der noch übrigen 6 Millionen das Departement in einer Anleihe ermächtigt wird. Sie sehen, daß man trotz der oben angeführten ungeheuren Ausgaben auch diese 9 Millionen noch hinauswerfen wird, denn jedermann, der nur über das Abc der Staatswirthschaft hinaus ist, weiß, daß man dem Volke nicht mit Gelduntersützungen sondern mit Arbeit helfen kann — daß aber die Arbeit fehlt, die noch vor dreivierteljahren reichlich vorhanden war, ist ein Beweis des emporenden Vertrauens auf die öffentlichen Gelder, das diese sind nicht von der Art, daß das Vertrauen so schnell wiederkehrte. Unsere Klubbisten sorgen eifrig für die möglichste Erhaltung des Mißtrauens und der Zerrüttung aller bürgerlichen Verhältnisse, da sie begreiflicherweise nur mit unzufriedenen und ruinirten Leuten etwas durchsetzen können, denn so lange einer seiner gesunden fünf Sinne mächtig ist und noch etwas zu verlieren hat, taugt er nicht zum Werkzeug der Umkömmlinge; deshalb müssen die Köpfe verwirrt, die bürgerlichen Verhältnisse zerstört, wo möglich alle dahin gebracht werden, daß sie bei neuen Revolutionen nur zu gewinnen hoffen können! Dieu protége la France!

** **Paris**, 12. Nov. 4 Uhr Abends. Das Fest der Verkündung der Verfassung ist ruhig und ohne Störung vorüber gegangen. Das Wetter war schlecht, die Legionen der Nationalgarde von Paris erschienen nicht sehr zahlreich, der Enthusiasmus stand auf dem Gefrierpunkt. Eben ist der Vorbeimarsch zu Ende. In den Straßen begegnet man überall dort den Abgesandten der Nationalgarden der Departements, welche von den Parisern beschmutzigt bewirthet werden. — Eine Anzahl Repräsentanten haben gestern in dem Palaste der Nationalversammlung sich versammelt, und erklären sich über den gestern gefaßten Beschluß entschieden für die Kandidatur des Generals Cavaignac. — Ludwig Napoleon läßt heute ankündigen, er sei gestern aufs Land gegangen, weil er erfahren hätte, daß seine Gegenwart beim Verfassungsfeste zu unlustigen oder gereizten Demonstrationen Anlaß geben könnte.

Straßburg, 13. Nov., 4 Uhr Abends. Telegraphische Botschaft. **Paris**, 12. Nov., halb 3 Uhr Nachmittags. Der Minister des Innern an den Präfecten des Niederrheins. Die Verfassung der französischen Republik ist feierlich auf dem Cirnachplatze verlesen, und durch den Präsident von Paris ein Zelt mit obgedachten worden. Der Vorbeimarsch der Nationalgarden von Paris und aus den Departements, so wie der Armee, begann um 10 Uhr und geht so in Ordnung. Kein Unfall störte die Ordnung dieser schönen und patriotischen Feierlichkeit. (Kourier.)

Donaufürstenthümer.

Berichten aus Galatz vom 30. Okt. zufolge sollte die russische Armee auf 60,000 Mann gebracht werden, von denen 42,000 Mann für die Wallachei bestimmt sind. Zu diesen russischen Truppen kommen noch 30,000 Mann türkische. Die Verpflegung dieser Truppenmasse hat die Regierungen beider Herzogthümer zu Lieferungsausgaben gezwungen, in deren Folge am 23. Okt. bereits in Jbraila bekannt gemacht wurde, daß mit dem 13. Nov. die Getreideausfuhr aus den Skalen der Wallachei verboten ist. — In den Fürstenthümern selbst finden fortwährende Truppenverlegungen von einem Orte zum andern statt, da bald da, bald dort unruhige Bewegungen vorfallen. — Durch die oben erwähnte Handelssperre erleidet der ohnehin so schwer getroffene Donaubandel einen äußerst empfindlichen Schlag.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag, 17. Nov.: „S'letzt Fensterln", Alpenscene von Gabriel Seidl; hierauf: „Badeurlaub", Lustspiel von C. zu Putlitz; zum Beschluß: „Drei Jahrln nach'm letzten Fensterln", Alpenscene von Gabriel Seidl.

Sonntag, 18., Nov.: „Die Hugenotten", Oper von Meyerbeer.

Fremdenanzeige.

Hotel Maulik. Heyly, Rentier, aus Amerika. **Rickmann**, Rentier, von London. Preuß'en, Privatier, aus Frankreich. Medi. Conbat, von Mep.

Gold. Hahn. Baron v. Reisyard, Hausmann, von Trier. Engelhard, Privatier, von Nürnberg. Baron v. Leyßron, Ministerialrath, von Gotzenburg. Droß, Kaufmann, von Hamburg.

Blaue Traube. Graf v. Trapp zu Trappenburg, von Innsbruck. Scheidlein, Fabrikant, von Memmingen. Steinlager, Privatier, von Gmünden. Pielefeld und Dann, Techniker, von Wien. Baille, Gutsbesitzer, von Montpellier.

Stadtwagarten. Palmano, Privatier, von Wasserburg. Greth, Stauer, von Bruck.

Gestorbene in München.

Ursula Pochsenhand, ehem. dürgerl. Sattlersfrau, 64 J. a. Maria Jeschinger, Schuhmachersfrau, 59 J. a. Rosina Meßinger, Gärtnerstochter von Straubing, 27 J. a. Anna Maierhofer, königl. Landgerichtsassessors-Wittwe von Landsberg, 56 J. a. Ludwig v. Schwandtner, Pensitzer an der königl. Akademie der bildenden Künste ꝛc., 46 J. a. Karl Peter Ritter v. Becker, königl. Generalleutenant und Ingenieurkorps-Kommandant ꝛc., 69 J. a.

Bekanntmachung.

241. Nachdem bei der am 27. April d. Js. angeberaumten Versteigerungstagfahrt ein Angebot auf das Anwesen des Johann Haider, Söldners von Ulterling, dies Gerichts, nicht erfolgte, so wird mit Bezugnahme auf die diesfällige Ausschreibung vom 15. März d. Js, dessen Anwesen wiederholt der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden unterworfen, hiezu auf

Freitag den 22. Dezember l. Js.

früh 10 Uhr.

in loco Ulterling Termin anberaumt und bemerkt, daß nach §. 99 der Novelle von 1837 diesmal der Zuschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt.

Dieses Anwesen besteht aus dem von Steinen erbauten Wohnhause mit Stallung unter einem Dache, Haus-Nro. 54, kleinem Stadel, Burgarten, dann Feld- und Holz-Gründen, zusammen mit 25 Tagw. 65 Dez.

Dasselbe ist erbrechtbar, theilt zum königl Rentamte, theils zur Filiale Ulterling, und wird davon jährlich verabreicht:

1) zum königl. Rentamte Landau außer dem steuerfreien Handolph

Schmerzholz	fl.	55	kr. — dl.
Stift	Sch.	M.	B. S.
	—	50	3 „
2) zur Kirche Ulterling außer dem Lauteramt			
zu 7½ p. c.	—	21	kr. 2 dl.
Stift	fl.	1	kr. 2 dl.

Getreidezins an

Korn	Metzen	—	B.
Haber	„	2	„

3) besonders Leistungen:
dem Meßner in Ulterling 3 Baizen- und Kornlaibgroben,
zur Pfarrkirche Niederbölling 1 Laib Weißbrod.

Das Gesammtanwesen ist mit 1300 fl. Hypothekschulden belastet, und unterm 15. Dezember 1847 auf 1350 fl. gerichtlich gewerthet worden.

Am 11. Nov. 1848.

Königl. Landgericht Landau.
Eber,
Landrichter.

Bekanntmachung.

Anna Dhner gegen Kolomann Pilgereriner, wegen Hypothekforderung.

212. Auf thätsächliches Ansuchen wird im Wege des Gerichtszwanges der z'ste Lebenhof des Kolomann Pilgereriner in der Gemeinde Dürrbach am

Donnerstag den 11. Januar 1849,

früh 9 Uhr,

im Wirthshause zu Gmund versteigert.

Das Anwesen, bestehend aus 46 Tagw. 26 Dez. Grund und Boden einschlüßig des zweistöckigen Wohnhauses sammt angebautem Stall und Stadel, ist am 28 v. Mts gerichtlich auf 5010 fl. geschätzt worden.

Die Versteigerung geschieht nach §. 64 des Hypothekengesetzes, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98—101 des Prozeßgesetzes vom Jahre 1837.

Kaufslustige haben sich ihrer Leumund und Vermögen auszuweisen.

Dien 9 Nov 1848.

Königl. Landgericht Tegernsee.
(L. S.) Zepf. v. Polzl.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Ein deutscher Vater an seinen die Universität beziehenden Sohn.

** Wir theilen nachstehend unsern Lesern ein Schreiben mit, das in mehr als einer Beziehung ihr Interesse erregen dürfte. Es sind väterliche Lehren, die ein durch und durch deutscher Mann seinem die Universität beziehenden Sohne mitgibt. So manche Punkte sind darin angeregt, die namentlich jetzt, wo nicht selten der, wenn auch von edlen Triebfedern geleitete, dabei aber unerfahrene Jüngling, selbst in Staatsfragen den Ton angeben möchte, als wahre Zeitfragen erscheinen müssen. Die Form, wie der Inhalt des Briefes, die derbe, beruhigende Gesinnung, die sich, zum Theil in wahrhaft origineller, überall in kräftiger Weise kund ausspricht, Alles das ist geeignet, Interesse zu erwecken, und zeigt uns, daß wir es hier mit einem Manne von echtem Schrot und Korn zu thun haben, wie sie leider in unserer Zeit so selten geworden sind, daß man die wenigen die und da noch uns begegnenden Gestalten solchen Schlages als wahre Phänomene betrachten muß. Der Brief mag den Mann, ist eine alte Wahrheit und darum glauben wir uns auch nicht erlauben zu dürfen, irgendwie aber wo die leitende Hand anzulegen an die eigenthümliche Redeweise, Alles wie wir sie von ihm gewohnt waren vernehmen, ist heute, aber auch nicht deutsche Kost, für die man, um das Mit festzustellen, auch einen gesunden, deutschen Magen haben muß. Dem Geschmacke eines an geglättete und fein gerechselte und nur recht abgemessene Phrasen gewohnten Gaumens mag sie vielleicht recht zusagen. Aber das Kind der Wahrheit ist eben in der Regel auch ein rauhes, und darum findet ihr glattes Gegenbild immer leichter Anklang und Widerspruch. Möchten wir auch den Ansichten des kräftigen Mannes vom Zweifamyfe nicht beitreten, so sind doch alle andere von ihm berührten Punkte eben so viele Wahrheiten, die wir Jung und Alt zur allgemeinen Beherzigung empfehlen möchten. Folgendes ist nun der Brief.

Frankfurt, im Oktober. Lieber Karl! Du wirst jetzt bald nach .... gehen. Es thut mir leid, daß ich nicht mitgehen kann und daß Du in einer Zeit hinaus mußt — von der geschrieben steht: „Schicket euch in die Zeit, denn es ist böse Zeit."

Es wird wohl lange nicht mehr sein, daß Ihr wie Euere Väter das herrliche Leben lebt, welches ein Haufe junger, übelicher, fröhlicher, früher Gesellen führte — in Unschuld sich freuend über die schöne Gotteswelt und ihr vollen Kraft, sie zu genießen. — Unsere Universitäten sollen unter Strolz bleiben in allen Ehren. — Mitgenoß war steter Pflege der Musen, Ritterlichkeit, nirgendwo wie Selbstgefühl treibt, gleicher gute gebildeter Jugend, die kein Gesetz kannte, als Muth und Ehre! — Die unbekümmert um der Zeiten schwere Noth und die profanischen Aengsten und Nöthen der Philister — den angebornen Sinn und das offene Herz mit hundert nahmen in die öder barrenden Klöster des Lebens. — Dennen sieht Du noch heut einen Abiturient auf der Straße, der Dich und was für einer — und Du am glänzen ihm noch die alten Augen — wenn er erzählt von der so guten Zeit und den lieben Kameraden! Daß was schon der Polizeistaat, Festungsbau und Bureaukratie das Leben wo kommen wollen — wir selber haben das doch nicht verstimmen — wir sprangen lustig weg über die hohlen Strohalmen und blieb einer hängen, „was war's ein!" — wir ließen es gehen und gehen durch unsere Zeit, aber alles in Ehren und auf Barbirmensuche, nicht mit weiberhaftgeringendem Abwartsgeschrei und der verrunzelten Anmaßung eines philosophischen Greisenthums erlaubes.

Die ganze Welt ist wol geworden, und daß die Jugend allein gestreift bleibt, ist nicht wohl zu verlangen — aber Jugend ist jetzt da noch bleiben und nicht aufgeben, wie einer Geschlechtsgefährte Ehre, Zeitgeschäft, die nach der Väter eines schwahlichen Strafen kaum, der behauptet: „es wär der Zeitgeist." Man sollte glauben, es gebören blutwenig Grütze dazu, um einzusehen, daß einer, der etwas gelernt hat, es besser wissen muß, als der, der's erst lernen will; man sollte meinen: das wäre ein ausgezeichneter Hokkopf, der behauptet: „was man nicht erfahren und probirt, verliehe man besser, als was man erfahren und probirt." Ja glaube auch steif und fest, daß ihrß große Ziel sind — aber sie glauben selber nicht und Du kannst alle Tage sehen und hören, wie ein so unbärtiger Fuchs, der Dir gerne zugehen wird, daß er den Geschäften eines Oberschreibers bei weitem nicht gewachsen ist — das deutsche Reich einrichten, regieren und retten will, als eine Uhr bau'.

Da sprengen sich solcher Lassen wie die Stadtevle und hoppeln gräßlich Late Arrossen voll mühselig herausgequälter Phrasen zusammen und schreiegen in ihrm Bewußtsein ihrer Größe und Bedeutsamkeit und ahnen vielleicht gar nicht, wie jedem vernünftigen Menschen so gar eitel im Magen und im Herzen wird, wenn er solch schalles Rondbitmengetuu anstehr, solch edelhaftes Arrogang von unzeitigen Lassen — zu ermessig zum Aergen, zu traurig zum Lachen. Ich verbitte mir, daß Du ein solcher erbärmlicher Narr wirst!! — Daß sich auch der Studio kümmert um Wohl und Weh des Vaterlandes, das muß sein und soll recht sein — aber nicht wir ein naseweiser Gelbschnabel, sondern herlich und natürlich. — Und wenn's zum Treffen kommt, da ist nicht sein Platz in der Schreibstube eines hungerleiderischen Journalisten, nicht in den Klubbs verrüchter, raubgieriger Republikaner, nicht in der Versammlung demokratischer Neid, hammel und bezahlter Pöbrenk — sondern draußen im Feld bei den ehrlichen Soldatenherzen — die nicht achten des schuftigsischen Gezänkes, noch der feigen demagogischen Rügenklapperei.

Die Alten sollen tagen und die Jungen sich schlagen! aber nicht umgekehrt! was soll das sein, wenn jetzt solche Burschen gleich eine Bürgerwehre verlangen, wenn sie ein Paar Tagemo Nächte auf der Wache waren, statt im Sommerhaus' und schon von Tyrten und Blutdranfeyen radomantiren, wenn sie einmal einem Haufen Lumpengesindel durch ein Paar Straßen patzen nachlaufen müssen? — Raufen soll sich der Bursche um sein Land, — das versteht er: — sonst nichts! Und der Streit ist sein Lohn, denn er soll seine Ehre sein. — Wenn er leben und Blut verspielt, so ist das nichts als seine Schuldzahlen und sein Gesang des Nächsten! Was aber den, der sein Blut braucht haben will, das ist eine Tyrdiete!!!

Dem Vaterlande gehört Ihr Jungen — aber nicht das Vaterland Euch! Wenn man euch braucht, wird man es euch sagen und dann sollt Ihr mit Gottes Hilfe da stehen bleiben. Es gibt kein Blut, was dann zu sollen ist? Gott und Gott, daß wirs in Frieden einrichten — gehts aber nicht — so muß es anders sein! und da wird Du auf der Seite der Ehre und Treue stehen und nicht deines Vaters Namen schänden, wie es die Kinglückseligen getan, die sich von Gott verlassenen Schurken narren ließen und nun den Zuchthäusel warten oder eines unehrlichen Todes, wie es allen ehrengrauen Leibern ungerathener Sohn, der mit den Schwalben zu Weihnachten die Schinken aufritt und Laufende unglücklichen Familien, Weiber und Kinder Väter unglücklich machen können — wenn nicht der Himmel über sie gewacht hätte! —

Lerne etwas! Ich habe zu wenig gelernt und verspüre es oft schmerzlich! Du bist nicht reich und kannst noch arm werden, — denn es ist mehr wie sicher auf der Welt als der Tod! — Raub und Diebstahl soll bestehen unter dem Namen der Gerechtigkeit, so will ich unsere Republik, wie noch ist's nicht aufgemacht, ob es Mord und Einsicht gewann geben wird im Lande, daß der Wahnsinn nicht Herr werde und die Schreckensjahre. — Freilich kann dieß nur sein auf kurze Zeit, aber Elend ist schnell fertig und arm macht man einen schneller als reich! Deine Geschwister können einmal deiner Hilfe bedürfen — Du kannst sort müssen in die Fremde! — Wenn Dich die Heimath brauchte, daß sie Dir Dich brauchen kann; — Wenn Du sie meinen wolst: rüste Dich, daß Du nicht fremdes Brandeinbrod essen mußt! — das schmeckt galbitter! —

Achte Deiner Gesundheit! Ohne sie ist der Reichste ein armseliger Tropf — mit ihr der Aermste ein Krösus. Ein flecker Kerl ist schon halb ein schlechter, denn der Gedanke, nur den Tamlaus sichten zu müssen, wenn einem all' die Gliedlein ihre Pflicht thun, ist dem Herrn Ketzlist vor dem Munde herumdumnelt — macht ein bittres Herz. — Wer das Unglück der Krankheit mit freundlicher Seele erträgt, ist nur auf Irrthum ein Mensch worden und war zum Engel bestimmt! — Die größte Sünde ist's, muthwillig und leichtsinnig ein kränkender Schwächling zu werden, denn das ist die größte Sünde wider den Himmel, können wir Fürsten wegwerfen und den Seinen und der Welt eine Last geworden zu sein, statt einer Freude und Hilfe.

Mache keine Schulden! Borgen macht Sorgen — bricht's seit die Welt steht. Schulden machen Lügen, Abhängigkeit, Feindschaft und Streit der feine Ehre bringt. Wer Schulden hat, ist kein freier Mann und wenn Du auch noch so reich bist Karl ganz noch nicht, wenn Du denken, der von Schulden zu Schwänken, von Schwänken zu Trug, vom Trug zum Stehlen, wenns auch ein verblümtes war und sonst, bis an den Abgrund kam — Wer das empfindlichste Ehrgefühl hat, fällt dann am schnellsten, weil er am meisten von Scham und Reue gequält wird und Verzweiflung und Haß kann am leichtesten verliert. —

Ich möchte, daß jede einer Verbindung angehörst Offizierstuben sind schlecht angesehen von Burschen und Philistern, und wer nichts gilt, wird nichts werth. Unter ihnen ist keine Freundschaft, keine Fröhlichkeit und keine Poesie — denn sinnen selbst die entschiedenst Richtung, das Selbstgefühl, das Bewußtsein der Geltung, das Gefühl treuer Kameradschaft und der lustige Stolz eines wahrhaften Burschen.

Sei kein Raufbold, aber laß nichts auf Dir sitzen. Wer sich schimpfen läßt, wird's bald werth! Laß dich acht Tage einen Lumpen heißen und am nennten glaubts alle Welt, daß Du einer bist, und am Ende wirst Du wir ein Lump behandelt. — Wer sein Blut nicht an seine Ehre setzt, der hat sein Ehr schon verwürfelt in den Wirfel. Das ist ein Bastard! Denn die Sitte des Zweikampfes ist nicht, wie die rhigen Männer sagen und schreiben, eine übergebliebene Rohheit der Väter, welche die moderne Thorheit der Söhne nicht los werden kann — nein! das ist eine gute, ehrliche und mannhafte Weise, den Streit zu schlichten, wenn er nicht ist über Gut und Geld und Dinge, die Maaß und Gewicht haben und wenn zwischen Brüder und ehrbarer Nachbarschaft, sondern über ein Ding, was tief im Herzen sitzt, und zwar am tiefsten dem Deutschen! Das ist die Ehre! ein wunderliches und wunderbares Ding, von dem die größten Philosophen nicht recht wirt wissen, wenigstens nicht so viel ob ein schlechtes, gutes, reines Weib! — Ich habe schon viel von Juristen und Christen, von Weltweisen und Professoren über den Unsinn des Duells gehört und gelesen, aber Eines haben sie mich nicht gelehrt: wie ich die Wirklichkeit und die Feigheit von einander unterscheiden soll! — Rauft dich also in Gottes Namen, wenn's gut ist und rapfer

denn ich will Dich lieber begraben sehen, als verachtet als einen Feigling. Hüte Dich aber vor ungerechten Streit und leichtsinnigen und muthwilligen Händeln: Ein gutes Gewissen macht den Arm stark, aber Zweifel an seinem Rechte hilft dem Feinde!

Werke Dir das, und was Dir der Brichmeister sagt, das merk auch! Und Gott sei mit Dir und mit allen!

Deutschland.

K. Sachsen. — Verhältniß der Einzelstaaten zur Nationalversammlung und Zentralgewalt.) Bekanntlich hat das sächsische Ministerium vor einiger Zeit in der II. Kammer unter Zustimmung derselben den Grundsatz aufgestellt, daß die Beschlüsse der Nationalversammlung über das Verfassungswerk den Ständen zur Kenntnißnahme und Genehmigung vorzulegen seien und, wenn die sächsische Regierung gegen ein Reichsgesetz Bedenken trage, sie zwar nicht einstellig den Vollzug desselben verweigern könne, wohl aber den Ständen freistehe Vorschläge zu machen gehalten sei. In der Reichsversammlung sah sich der Abgeordnete Biedermann dadurch zu einer Interpellation an das Reichsministerium veranlaßt, welche Justizminister Mohl dahin beantwortete, daß die Rechtskraft der Reichsgesetze für Jedermann, also auch für alle öffentlichen Behörden, mit dem Augenblicke ihrer Verkündigung im Reichsgesetzblatt eintrete. Wie sich darauf das Ministerium z. B. Preußen in Bezug auf Belgien, wo neuerdings, am 9. Nov. folgende Erklärung ab: Die sächsische Regierung halte sich für verpflichtet, solchen ihrer Ansicht ausdrücken, die dahin gehe, daß sie ihr Dekret vom 28. August d. Js., das deutsche Verfassungswerk betreffend, nicht zurückziehe, es möge beschlossen werden, was wolle. Die Regierung werde hierzu durch den Eid, den sie auf die Verfassung geschworen, genöthigt. §. 2. der Verfassungsurkunde spreche deutlich aus, daß jede Zuthümung der Stände kein Recht der Krone verkürzt werden könne. Es seien überhaupt drei Gesichtspunkte ins Auge zu fassen, die Zentralgewalt, das Verfassungswerk und die einzelnen Staaten, welche die Nationalversammlung erklärt. Was die Zentralgewalt betreffe, so sei dieselbe von Sachsen zuerst (am 3. Juli) vollkändig anerkannt worden, und die Regierung habe damals bereitwillig die Verpflichtung mit Zustimmung der Stände übernommen, die Verordnungen derselben anzuerkennen. Das deutsche Verfassungswerk wolle sie ebenso befördern, es könne aber ebenfalls nur unter Beistimmung der Regierung und der Stände daselbe gegründet werden, da es in die sächsische Verfassungsurkunde eingreife. Was endlich die einzelnen von der Nationalversammlung erlassenen Gesetze betreffe, so sei aber auch hier die Ständische Zustimmung in Bezug auf ihre Vollziehung nöthig. Die Gesetzgebung sei auch ein Kontrakt. Dieser zu entäußern, zu beschränken, was durch die Anerkennung jener Gesetze geschehe, sei nach §. 2 der Verfassungsurkunde ohne ständische Genehmigung unmöglich. Würden wohl die sächsischen Gerichte auf solche Gesetze hin erkennen können, namentlich in einer Zeit, wo die allgemeine deutsche Gesetzgebung noch nicht feststeht? Was also die Regierung gethan, dazu habe sie ihr Eid verpflichtet. Sie habe sich von ihrer Verfassungstreue nicht abwendig machen lassen, als ihr Zumuthungen auf eine konstitutionelle Vereinigung gestellt wurden. Der Erfolg habe bewiesen, daß sie recht gethan, man sei auf gesetzlichem Wege zum Ziel gelangt; so werde sie auch nach einer anderen Seite hin ihre Verfassungstreue bewahren. „Die Regierung steht und fällt mit der Verfaßung!“ Sie hoffe auch hier durch diese Treue zu einem schönen Ziele geführt zu werden. „Man gründe das Wohl eines ganzen Volks nicht auf Treubruch!“ Auch unserm Herzen wolle der sächsische König nicht zu Rathgeber die deutsche Einheit fördern helfen, es könne aber nur auf gesetzlichem Wege geschehen. Man möge die Regierung nach ihren Handeln beurtheilen, nicht nach den Prinzipienräsonnements! Habe die sächsische Regierung sich je Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung thatsächlich widersetzt? Sie sei nie hinter unseren Regierungen zurückgeblieben, ja in manchen Beziehungen habe sie allein in der Bundesversammlung den Standpunkt von Frankfurt dazestanden Er verweiste nur auf die Behandlung des Gesandtschaftswesens. Unmittelbar nach dem Empfang der Verordnung sei durch schriftliche Noten den sächsischen Gesandten mitgetheilt worden, daß die politische Vertretung Deutschlands in die Hände des Reichsgesandten zu legen sei. Er frage, welche andere Regierung habe Instruktion auf so formelle, hindernde Weise ertheilt habe? Die Regierung wolle die Nationalversammlung bei dem großen und schwierigen Werke, das sie zu fördern habe, unterstützen, sie werde es im Stande sein, durch die Ermächtigung der Krone, eine Ermächtigung, die man in Frankfurt zu übersehen scheine. Sie wolle jene aber nicht unterstützen auf Kosten ihrer Pflicht und ihres Eides. „Die Regierung geht nach Gewissen, Eid und Pflicht und steht ruhig Dem entgegen, was geschehen wird!“ (Allgemeiner Beifall.) — Hr. v. Posern forderte die Kammer auf, durch Erhebung von den Sitzen dem Ministerium ihre Bestimmung zu erklären, was auch von allen Mitgliedern geschieht. Nachdem noch die Herren v. Welck, v. Zehmen, v. Friesen, Bürgermeister Schaaf und Nestent in gleichem Sinne wie Staatsminister v. d. Pfordten gesprochen, ergreift Staatsminister Braun das Wort, um im Namen der Regierung der Kammer für die Anerkennung ihren Dank auszusprechen, und führt dann fort: Wenn irgend eine Regierung vom Streben beseelt und durchdrungen sei, daß das Verfassungswerk zu Stande komme, daß Deutschland einig und somit kräftig im Innern und stark nach Außen werde, so sei es die sächsische gewiß. Es sei Dieß keine bloße Phrase, es sei die konsequentiälste Politik der Regierung; dafür sprächen Beweise. Die sächsische Regierung habe die Zentralgewalt sogleich anerkannt, sich den Verfügungen derselben unterworfen, die Beschlüsse derselben ohne Widerspruch ausgeführt. Es sei nichts von derselben beschlossen worden, was die sächsische Regierung unbereitwilligst gelassen hätte. Er wolle nur ein Schlaglicht aufwerfen. Wer einige Monaten sei ein Sonderrecht gegen allen Raubmörder ausgesprochen worden, der seinen an Schlafe liegenden Freund ermordet. Einstimmig sei von allen Gerichten die Strafe des Todes erkannt worden. Kein Grund habe vorgelegen, diese Strafe zu mildern, und doch habe das Ministerium den König bewogen, das Todesurtel nicht zu vollziehen, weil zu jener Zeit in Frankfurt der Beschluß auf Aufhebung der Todesstrafe gefaßt worden. Die Regierung würde gleiche Achtung allen Beschlüssen der Nationalversammlung widmen, die nur zu fassen wäre, man sie nicht zu einem Verfassungsw., zu einem Gebrauche treibe. Die Frage sei eine staatsrechtliche, und da die Regierung noch nie in den Fall gekommen wäre, mit einem Beschluß in Widerspruch treten zu müssen, so sei sie eine rein theoretische, deren Anregung in Frankfurt ihr um so unerwarteter komme, als dieselbe nicht auch gegen größere Regierungen gerade genannt worden sei. Die sächsische Regierung sei frei von separatistischen Tendenzen, sie wolle nur, daß man den Besitzstand an die Staaten lege, nicht an bloße dürre Prinzipienkitzeleien. Geschehe Dieß, so würde auch Alles zum Guten geführt werden. Die I. Kammer möge nur immer den Beschlüssen der II. Kammer beitreten. Heraus theilt Staatsminister v. d. Pfordten eine ihm eben zugegangene Nachricht mit, daß der Biedermannsche Antrag nicht angenommen, sondern einer Deputation zugewiesen worden sei. Ein Beweis, in das auch die Zentralgewalt bezüglich der Gesetze eine begrüßte diese Minderung. Nachdem der Referent noch Einiges bemerkt hat, tritt die Kammer auf Vorschlag der Deputation den Beschlüssen der II. Kammer bei und genehmigt einstimmig die Gesetzvorlage. — Am 10. Nov. kam das Verhältniß der sächsischen Regierung zur Zentralgewalt auch in der II. Kammer zur Sprache, wobei sich die Linke wieder, der in neuester Zeit von dem Marcel in allen deutschen Landen angenommenen Taktik gemäß, in separatistischem Sinne auftrat. (Würtb. Kurrefp.)

Preußen. — * Wir haben in unserer außerordentlichen Beilage von heute morgen bereits das Wesentliche aus der Sitzung der Abgeordneten zur Nationalversammlung vom 13. November mitgetheilt. Wir tragen nun noch das Ausführlichere nach der lithographirten Korrespondenz nach. Die Sitzung findet statt im Schützenhause. Eröffnet um 12 Uhr. — Unsicher hat den Vorsitz Wesendonk verlegt die Vorsitzerin der Kommission über die gegen die Minister beantragte Anklage. Die Kommission stützte die Anklage wegen Hochverraths auf §. 92 Tit. 20 Thl. II. A. L. R. Da es an Organen fehle, um die Minister zu strafen und anzuklagen, so beantragt sie, die Verfassenklagung der Anklage zu beschliessen. Kühnemann will, daß für heute noch nicht auf den Antrag eingegangen werden soll. Er will Zeit haben, seine Ansicht zu dem Anklagevorschlage, der über Berlin verhänge sei; man möge das Urtheil des Landes abwarten. (Lärm. Widerspruch. Ruf nach Schluß.) Berg: Es sei eine Pflicht, die Wahrheit zu veröffentlichen. Moritz: Es fehle nicht an Organen zur Verfolgung eines hochverrätherischen Ministeriums. Noch ist die Wirksamkeit der Gerichte nicht gehemmt. Man möge sich nicht auf die Veröffentlichung der Anklage berufen. Er nimmt den Präsidentenwuth übergiebt. (Stürmischer Beifall.) Waldeck und Jacobi sprechen sich in gleicher Weise aus. Es wird hierauf zu stimmig beschlossen: den Inhalt der Denkschrift zu genehmigen, dieselbe zu veröffentlichen und dem Staatsanwalt zuzustellen. (Beifall aus der Versammlung und von den Gallerien.) Nach Proklamirung dieser Beschlüsse verläßt der Abgeordnete Berends den Saal, um dem von Berlin in unabsehbarer Menge zusammelten Volke Kenntniß zu geben. Der Eintretung wird durch endloses Hurradrufen aufgenommen. Es erfolgt hierauf der Namensaufruf zur Konstituirung der anwesenden Mitgliedergahl. Resultat des Aufrufs: 239 Mitglieder sind anwesend. Löster theilt mit: der Minister des Innern habe durch telegraphische Depesche den Provinzen angezeigt, die zurückgebliebenen Mitglieder hätten auf wiederholte Aufforderung den Saal verlassen. Wir müssen dem Minister diese Unrichtigkeit Kenntniß geben. (Furchtbarer Tumult.) Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß er ausdrücklich vor dem Verlassen des Saales gegen die Anwendung der Gewalt, der die Versammlung nun gewichen sei, protestirt habe. Müller (Brieg) übervreicht eine Adresse des Magistrats und der Stadtverordneten zu Brieg. Berends theilt mit, die Post sende alle an Abgeordnete eingehende Briefe an das Lokal des Tumults. Präsident: Er glaube versichern zu können, daß der Generalpostmeister v. Schaper seine Pflichten nicht verletze. — Elsner erstattet über eine enorme Anzahl neu eingegangener Adressen Bericht. Unter anderen erklärt ein Major a. D. v. Nordeck, sich zur unentgeldlichen Verfügung der Nationalversammlung zu stellen. Mehrere hundert Bürger Brandenburgs erklären sich auf Entschiedenste gegen die Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg. Magistrat und Stadtverordnete von Glogau theilen ein protestirendes Schreiben, das sie an den König gerichtet haben, mit. Adressen des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlungen von Breslau, Liegnitz, Gorgau waren noch dem Schlusse der Petitionskommission vollständig vorgelesen. Köster überreicht eine Adresse der Stadt Görlitz; Ludwig der Stadt Mühlhausen. Sierke theilt mit, daß die Bürgerschaft von Stettin in der Börse den Beschluß gefaßt habe, mit der Nationalversammlung zu stehen und zu fallen. Etwa 800 Personen haben diese Adresse überbracht, sind jedoch durch die bei Bernau aufgestellte Kavallerie angehalten worden. Siercke beantragt, daß der Konseilspräsident Auerswald über die Verhandlung der Versammlung mit Schauspielhause beigefügt werde. Dringender Antrag von Jakoby und

Phillips: die Berichte über die eingegangenen Adressen täglich dem Staatsministerium mitzutheilen. *Motive*: die Proklamation des Königs spreche aus, daß die gegen die 22. Versammlung und die Brüsseler Bürgerwehr ergriffenen Maßregeln vielfachen Mißverstandnissen dadurch sein und von einer Umsturzpartei benutzt werden möchten, das Vertrauen des Landes krankend zu machen. Die Adressen seien die Antwort des Volkes. Das Ministerium Brandenburg werde sich gegen die Anklage nicht mit der Unkenntniß des Volkscharakters entschuldigen können. — Brey glaubt, daß dem Antrage bei der jetzigen Lage der Dinge nicht stattgegeben werden könne. Nach den heute gegen das Ministerium gefaßten Beschlüsse, so wie nach dem Beschlusse vom 9. November darf die Nationalversammlung mit einem solchen Ministerium nicht mehr in offizielle Verbindung treten. (Vielseitige Zustimmung.) — Temme: die Thatsachen sind richtig, aber das Ministerium ist noch in voller Thätigkeit. Wir können Anklage erheben gegen das Ministerium, aber es nicht anerkennen, heißt Recht der Krone usurpiren. — Behnsch. Wo das ganze Land in einem Schrei der Entrüstung ausbricht, wird sich das Ministerium schwerlich mit Ministerien entschuldigen können. Mit Hochverrathern darf die Nationalversammlung nicht in Verbindung treten. - Die Antragsteller ziehen den Antrag zurück. — Dilgandner Antrag von Fischer (Münster): Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt an ihre Pflicht gegen die treugebliebenen Brüder in Wien während Krieges zu erinnern. — Blömicke: die Nationalversammlung müsse von selbst wissen, was ihre Pflicht sei. — Parrisius: Wir sind satt genug, und selbst zu schützen. Der Antrag findet keine Unterstützung. — Pause. — Präsident v. Unruh verläßt den Saal. Waldeck übernimmt den Vorsitz. Man vermißt im Saale das kühle Gesicht, verschiedene Minister-Präsidenten seien zum Besuch des Generalmarsches nach Berlin und: es habe sich heute früh nach dem Schauspielhause begeben, um aus dem Archive einige Bücher und Papiere zu holen. Die sämmtlichen Bureaus, in welchen die Papiere, Acten und Schriften der Nationalversammlung aufbewahrt sind, sind von Soldaten angefüllt. Nicht der geringste Schutz zur Conservirung der Papiere der Nationalversammlung ist getroffen. Die Soldaten plündern, daß sich nun den Bureaus wohl ich kaum mehr enthalte. Sie erklärten, daß ihnen nichts übergeben sei, sie haben auch nicht darauf zu achten. Meine Herren: Wenn es dem Ministerium Ernst gewesen wäre, uns nur zu vertagen, wäre es da nicht seine erste Sorge gewesen, unser Archiv zu schützen? v. Unruh (inzwischen zurückgekehrt) sagt hinzu, die Bureauvorsteher haben gestern Abend noch Ordre gegeben, ihnen zu gestatten, daß sie einige Ordnung in dem Bureau herstellten. Auch dieß hat der Herr v. Manteuffel abgelehnt. — v. Unruh theilt ferner mit, daß er von der Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten St. Maj. dem König telegraphischen Anzeige gemacht habe. (Brave.) Der Präsident schlägt Vertagung bis morgen früh vor: Schultz (Wanzleben) bis Montag 10 Uhr. — Temme: es sei jetzt bedenklich, in diesem Augenblicke laute das Gerücht durch die Stadt, daß das Militär bewaffnet sei, die Versammlung auseinander zu sprengen. Man möge jetzt die Wahl des Schriftführers an Stelle des zum Vicepräsidenten ernannten Secretär Wöhnlich vornehmen. — Behnsch-n, wissen noch einen Schriftführer und stellt Schneider zu wählen. — Jacoby: Ich bitte, die heutige Wahl der Schriftführer beschließt man die Sitzung, bis die Wiedereröffnung dem Präsidenten angewiesen erscheinen würde, zu vertagen. Alle meisten Abgeordneten entfernten sich und nur der Vicepräsident Phillips mit einigen Schriftführern verblieben im Saale. Gegen 3 Uhr wurden von allen Seiten laute Militärrufe laut, besetzten das Schützenhaus und halten dasselbe, ebenso wie die Linienstraße und die angrenzenden Straßen besetzt. (5 Uhr.)

Oesterreich. — * **Wien**, 14. Nov. Fürst Windischgrätz ist gestern nach Ungarn abgereist. — Nach der neuesten Ministerkombination ist Fürst Felix Schwarzenberg Ministerpräsident und erhält das Auswärtige, Graf Stadion das Innere, Gr. Bl. Baron Gorzen (zeit Kurzer der Militär-Zentral-Kommission) den Krieg, Baron Krauß die Finanzen, Bruck das Arieft Handel und öffentliche Arbeiten, Thienfeld (Deputirter aus Steyermark) Ackerbau, Helfert soll als Unterrichtsreferent für Kultus und Unterricht eintreten, Bratobevera oder Mitis das Justizministerium übernehmen. — Der juridisch-politische Lesevrein, vom Staatsrath Sommaruga nach unter der Metternich'schen Herrschaft gegründet, ist nun definitiv aufgelöst worden. Außer einer sehr reichhaltigen Bibliothek von Journalen und Zeitschriften, hatte derselbe sich auch während der kurzen Zeit seines Bestehens eine Bibliothek in den Fächern der Jurisprudenz und der gesammten Staatswissenschaften angelegt, welche ungleich mehr Hülfsmitteln, als die gesammten hier in der zurückgebliebenen öffentlichen Anstalt zu bieten. Es entsteht somit durch jene Schließung eine sehr empfindliche Lücke, selbst für diejenigen, die — ersten Studien obliegend — sich von allen politischen Diskussionen entfernt hielten. — Laut veröffentlicher Angabe sind bisher 1600 Personen zur Haft gebracht worden, wovon 1000 wieder entlassen worden sind. Es wird versprochen, die noch rückständigen Untersuchungen zu beschleunigen. — Der Wiener Gemeinderath hat die Landswehrer aufgefordert, die verarmten Bürger Wiens durch Geschenke von Lebensmitteln zu unterstützen. — In Triest hat man sich geweigert, die Wahl eines neuen Deputirten anzuordnen. — General Cordon ist nach Olmütz abgereist, weil seine Ernennung zum Kriegsminister bestätigt. — Die Verschanzungen um Wien werden mit großem Eifer betrieben; zugleich ist bereits ein elektromagnetischer Telegraph angebracht, welcher die verschiedenen Theile der ringe um die Stadt laufenden Bastei in Verbindung bringt. — Eine Kanonenmachung setzt den letzten Termin zur Waffenablieferung auf 24 Stunden fest, nach der n Verlauf Haudurchsuchungen statt finden sollen. Es werden noch 40,000 Gewehre als rückständig angegeben. — Heute wurden das Regiment Kaiser-Infanterie die Hauptstadt und schlägt den Weg nach Ungarn ein. — Die Magyaren haben die Straßen dergestalt unsicher gemacht, daß hieraus die Unmöglichkeit, die Operationen in diese Jahreszeit zu beginnen, hervorgehen dürfte. Es soll daher vorerst auf eine Centirung des jungen Landes und auf Absichnidung jeder Kommunikation abgesehen sein. — Der Gesetzentwurf zur Reorganisation der Nationalgarde setzt einen Steuerzensus von 10 fl. zur Zulassung fest, wobei aber nach tine Klassifikation nach Ausschätzung stattfinden soll. Die Uniformen werden verändert und die Offiziersstellen in Abgängen am Kragen umgeändert werden. — Die Chargen sollen nur bis zu der des Hauptmanns gehen und die höheren von Militär-Offizieren besetzet werden. — In Ungarn scheint man zu buchstäblichem Widerstande entschlossen und rüstet sich überall zur Vertheidigung. — Fonds bei Rothschild Anfang fest, in Wechseln seine Bedeutung. 5%, Metall. 79¾, 4%, 65, 2½%, 40¾, Bankaktien 1095, Lose von 1834 132, Lose von 1839 90, Nordbahn 98, Mailänder 66, Glognitzer 94, Pester 65, Livornoser 65½, Linz-Budweiser —.

Um alle ausgedehnten Gerüchte über vielfach stattgehabte militärische Hinrichtungen zu widerlegen, welche nur in der böswilligen Absicht verbreitet werden, um Aufregung und Unruhe unter der Bevölkerung hervorzubringen, erklärt man sich veranlaßt, in Erinnerung zu bringen, daß jede militärische Execution den Tag nach ihre Publizirung in dem amtlichen Theile der Wiener-Zeitung prompt ersicht wird. Es dient übrigens zur allgemeinen Beruhigung, das bisher nur 3 der Hochverrath-Verbrechens überwiesen Individuen mit dem Tode durch Pulver und Blei bestraft worden sind. Wien, 13. November.

(L. Z.)

Wien, 13 Nov. Der Kriegs- Stabkommandant von Wien, General v. Cordon, wird das Portefeuille des Krieges übernehmen. Diese Wahl dürfte eine in mehrfacher Beziehung glückliche genannt werden. Sein Nachfolger in der Kommandantur von Wien ist Generalmajor v. Frank. Es scheint nun übrigens ziemlich gewiß das Graf Stadion bei der neuen Kombination das Ministerium des Innern übernehmen wird. Gr. v. Thun, der wieder nach Olmütz gegangen ist, wird im Laufe dieser Tage zurückerwartet.

(Allg. Ztg.)

Wien, 9. Nov. Die Wiener fangen an, sich ziemlich in den Belagerungszustand zu schicken, die Gewehre öffnen sich wieder, Wagen mit Reisenden und Effekten gehen seit mehreren Tagen ein, und die Stadt gewinnt wieder das alte heitere Aussehen zum Theil. Die Bürgerwehr hat gestern Abend für durch die Herrschaft des Proletariats gestört worden waren. Hoffen wir, daß man sich von allen Seiten die Hand reiche, um das Wohl der Zukunft auf feste Grundlagen zu stellen. Für den Soldaten findet nur ein kurzes Innermerzge zwischen den eben vollendeten Kampf und dem neuen Kriegszug Rast. Mehr Ungarn rücken, wie ich höre, folgende Corps: Fürst Windischgrätz unter dem Ban, General Jellachich; Fest des Armeekorps, den Divisionären Kempen, Hartlieb, den Brigadierd Baron Grammont, General Neustädter, General Katzer, General Krigern, General Ettinger, mit 14⁴, Bataillonen, 20 Schwadronen, wovunter Walmoden- und Hartegg-Kuirassire, 24 Geschützen und einer Brücken-equipage. Zweites Armeekorps unter Fürst Otto Windischgrätz, Feldmarschalllieutenant Jellachich und Gregor, Obersten Lederer, Colorede, Oberst Jablonowsky, General Mik 15⁴, Bataillone (zu 6 Kompagnien), 7 Schwadronen, 54 Geschützen, 1 Brückenequipage. Drittes Armeekorps unter Feldmarschallliieutenant Serbellini, Edmund Schwarzenberg, Franz Liechtenstein, Generalmajor Pelegarde, Parrot, Oberst Liebert, General Schütze, 8⁴, Grenadiersbataillons stark, 25 Schwadronen Kavallerie, 108 Geschütze, 8 Brückenequipagen. Ist Wien bleibt, bis Wien den kommt, Auersperg, Feldmarschalllieutenant Fürstenberg, Zephirs. General Chizzola, Gerzinger, Sano 65, Frank, 17 Bataillone und 10 Schwadronen Kavallerie, worunter Wrbna-Chevauxlegers und 2 Schwadronen Kaiser-Kuirassire, 36 Geschütze, 4 Brücken-equipagen. Nebstdem steht General-Major Simonich (der sich nach Odenburg zurückzog, da sich die ganze ungarische Armee ihm entgegenwarf) mit 5 Bataillonen, 2 Schwadronen und 12 Geschützen an der Gränze Ungarns, und somit wird die Operation in einigen Tagen mit 42¹⁵, Bataillonen, 54 Schwadronen Kavallerie, 228 Geschützen und 10 Brückenequipagen beginnen. Fürst Windisch-Grätz geht, wie man bestimmt versichert, mit nach Ungarn.

(L. Ztg.)

Wien, 6. Nov. (Den einen der tapfersten Offizier in der Armee des Banus Jellachich.) Es ist eine schändliche Lüge, wenn man zu behaupten wagt, unsere Soldaten plünten wie Barbaren gehaust und geplündert und gemordet. Vielleicht in 3—4 Häusern der Leopoldstadt haben einzelne Soldaten, welche dieselben entkommen mußten, da vorwärtsend von den Insurgenten aus den Fenstern auf sie geschossen wurde, sich beim Sturm Eingang zu Schulten kommen liessen und mit Gewalt sich gewaltsam Eingang anderzogen. So wie die Schuldigen aber entdeckt wurden, haben sie die Strafen selbst wieder hinlangen müssen, und sind äußerdem sehr strenge bestraft worden. Gerade die Grenzregimenter bestehen, wie bekannt, aus lauter anständigen Männern, und es sind wenige Grenzsoldaten hier, welche zu Hause nicht ihr eigenes Haus und Heer dazu besitzen, ja oft ganz wohlhabend sind. Wissen sollen ihr Kreuzer ganz gewiß verpumpt außsteht, so muß man nur bedenken, daß die Meisten schon viele Monate fortwährend im Felde stehen, ja streckweise schon den ganzen italienischen Feldzug mitgemacht haben. Was ich Ihr aber versichern kann, ist, daß wir polnische Emissäre gefangen genommen haben, die sich als Soldaten, ja selbst als Offiziere verkleidet unter die Truppen schlichen, diese zu Plünderungen anzureizen, ja selbst ihnen mit gutem Beispiele vorangingen. Ueberhaupt erfährt man immer mehr Einzelnheiten, wie schrecklich hier theilweise von den Insurgenten gehaust wurde, welche Rolle

ungarisches Gold dabei spielte, und was für Summen hier thätig waren. Es sind in ganz Wien nicht tausend ansässige Bürger, die sich nicht von gutem Herzen freuen, daß Windischgrätz endlich diesem gräulichen Unwesen ein Ende gemacht hat. Unsere Soldaten werden daher auch beste empfangen. Mein Hausherr, ein Zivilermeister, der selbst Offizier in der Nationalgarde war, erzählt mir täglich die verschiedensten Züge, wie die sogenannte akademische Legion (es sind nicht zum zehnten Theil Studenten darunter gewesen), vermischt mit den liederlichsten Kerpelbuben aus ganz Wien, Alles trunkener Weise hätten, „Vieber den Gefangenen wieder, als solche Herren," meint er immer. Der kleinere und mittlere Bürgerstand hat durch diesen Aufstand furchtbar gelitten und wird noch Jahre lang daran denken. (Kaelbr. Z.)

Aus Wien. Der preußische Gesandtschaftsbefreite Krüger ist in seiner Wohnung in der Jägerzeile am 28. Okt durch einen Schuß schwer verwundet worden. Schon am 1. Okt hat die preußische Gesandtschaft, nach den Erörterungen eines Mitständers, der in einem Gasthause unfreiwillig Zeuge der Unterredung geworden war, den Mörder gegen vor einem gegen sein Leben gerichteten mordbrennerischen Attentat gewarnt. — Die Nachricht von der Hinrichtung des kaiserlichen Generals Pöllikowich, der in Pest kriegsrechtlich erschossen wurde, hat die Wuth in der österreichischen Armee neuerdings gegen den Magyarismus aufgestachelt, und die Truppen werden ohne Zweifel in Ungarn furchtbar hausen, während sie hier die strengste Mannszucht halten müssen. General Windischgrätz stark mit trockiger Gutsherrlichkeit, und sowohl während des Verhörs als auf der Richtstätte entschlüpfte den Lippen dieses eisernen Kriegsmannes nicht die kleinste Silbe. (Presse. Z.)

Frankreich.

△ Paris, 13. Nov. Die Unterhandlungen für die französisch-englische Vermittlung in der italienischen Frage sind in der That wieder aufgenommen. Hr. Bulwer eröffnete den Jugenfluß, wo die kaiserliche Armee steht zu Wien wieder Hoffnung ist, kann günstig, und Lord Palmerston bei Lord Palmerston anfragen, ob er nicht die Wiederanknüpfung der Unterhandlungen für angemessen finde. Lord Palmerston antwortete bejahend. Im Augenblicke, wo die Unterhandlungen durch den Ausbruch des Wiener Aufstandes plötzlich unterbrochen wurden, waren sie noch nicht sehr vorangeschritten; man hatte sich noch nicht einmal über den Ort vereinigen können, wo der Kongreß stattfinden sollte. Die feindschaftige Regierung hatte zuletzt Wien vorgeschlagen, die britische sich aber mit der Wahl von Paris oder Brüssel. Da aber beantwortet, diejenige erschwine ihr nicht angemessen, und zwar auf den Grunde, weil die Verbindungen zwischen dem Kabinette von St. James und dem preußischen Staat noch nicht offiziell abgebrochen seien. Lord Palmerston schlug Brüssel vor, wogegen auch die französische Regierung nichts einzuwenden hat, und man glaubt hier, auch Oesterreich werde kein Hinderniß dagegen haben, weil ich jedoch noch nicht in so unterrichtet bin. Ich wiederhole in Betreff der Grundsätze, wo die es sich handelt, was ich schon früher einmal Ihnen berichtete: Napoleon glaubt selbst hier im Grunde daran, daß sich Oesterreich dazu verstehen werde, auch nur einen Zoll breit von seinem guten Rechte in Italien zu weichen. — Die Kandidatur Ludwig Bonaparte's ist jetzt sicher der Lostimmung der HH. Thiers, Mole, Bugeaud und Odilon Barrot. Selbst der wiederentdeckte Jakobiner Ledru-Rollin soll sich mehr die Farbe des imperialistischen Präsidenten zurecht boben, doch läßt sich dies nicht vollkommen verbürgen. Hr. Thiers empfiehlt dringend allen seinen Freunden und Anhängern für den 2. Kaiserstimmen zu stimmen. Er thut dies mündlich und schriftlich, bisonders auch durch Briefe in die Provinzen. Marschall Bugeaud macht es gerade so. Graf Mole hat allen seinen Kommittenten in der Gironde geschrieben, daß er, weil entfernt diese Kandidatur zu bekämpfen, sie vielmehr aus allen Kräften unterstütze. Den Beweis werden übrigens bald die in der Gironde erscheinenden Blätter liefern, die bisher gegen Ludwig Bonaparte eben so feindselig waren, als gegen Cavaignac. Odilon Barrot erklärt sich überall ganz offen als Gegner Cavaignac's. Die Anhänger Ludwig Napoleons und jene Cavaignac's bekämpfen sich gegenseitig auf den Märkte; im Grunde haben beide Recht und strecken die Waffen. Die letztern sollen acht vollständige Ballen mit Schmähschriften und Karikaturen gegen Ludwig Bonaparte gefüllt nach allen Richtungen in die Provinzen abgeschickt haben. Auch von der Kampf soll wie es heißt, die Kandidatur desselben bekämpft werden. Bereits sind man an Wahlschlacht-Erscheinungen über den Ausfall der Abstimmung in den Departements anstellen. In Sten — sagen die Statistiker — wo die Köpfe am entgegesten und zugleich die Meinungen sehr scharf geschieden sind, wird Cavaignac wenig Stimmen erhalten. Die Provence und das Laoguedoc werden ihm Ledru-Rollin eine Anzahl Stimmen zubringen, der, wenn man der „Reforme" von gestern glauben darf, als Präsident nichts Gilligeres zu thun hätte, als die Präsidentschaft der Republik nach dem Verlangen seiner treuen Freunde ganz und gar als Überbauer umwälzen, dabei unmöglich, aufzuhören; wem aber die Majorität zufallen wird in den Provinzen, deren legitimistische Tendenzen außer Zweifel sind, die aber jetzt, wo die Namen, welche sie bevorzugen, nicht mehr ins Spiel kommen, nicht recht wissen, was sie thun sollen, das weiß Niemand. Mehr Aussicht soll endlich Bonaparte in den Departements in der Nähe der Pyrenäen haben. Im Norden und Osten Frankreichs und selbst in einigen Departements des Innern gestalten sich die Dinge etwas günstiger für den General Cavaignac, der den heißblütigen Söhnen der mittäglichen Departements bald als Reaktionär, bald als Jakobiner gilt. Aber auch in jenen Provinzen hat Bonaparte noch immer viele Anhänger, obgleich gerade sie seine frühesten Thorheiten in der Nähe gesehen haben. Die Legitimisten scheinen in der That Meine zu machen, an dem ganzen Wahlkampfe keinen Theil zu nehmen. Dies geht auch aus einer an den Herzog von Bordeaux gerichteten Zuschrift hervor, die gestern auf den Tribünen der Nationalversammlung im Umlauf war. Ohne den Herzog von Bordeaux auf die Bühne zu bringen, meint man darin aus seiner Meinung gelesen zu haben, daß die Kandidaten, gegen welche der Verfasser des Schreibens sich zwar mit Mäßigung, aber ohne seine Abneigung gegen die rothe Republik zu verhehlen aussprach. Der Verfasser glaubt nicht an die Wahrheit, daß Ludwig Bonaparte die Oberhand behalten werde; das Land — meint er — werde sich sagen, für die Monarchie sei dessen Ernennung zu viel oder zu wenig. Er schlägt die Stärke der legitimistischen Partei in der Nationalversammlung auf mehr als 200 Mitglieder an. Er führt eine Anzahl von Namen an, die unter allen Fraktionen der Versammlung ihren, sich kaum kennen, aber im entscheidenden Augenblicke, wenn der Prinz (der Herzog von Bordeaux) ihnen den Mann seiner Wahl bezeichnet, wie ein Mann stimmen werden. Dieses Manifest bezeichnet auch Hrn. Larochejaquelein als denjenigen, der in der letzten Sitzung der Deputirtenkammer am 24. Februar die für die längere Linie der Bourbonen so verhängnißvollen Worte: „es ist zu spät" ausgerufen haben soll. — Die Gründe sind so vollständig mit der Privatbriefschaft beschäftigt, daß außer den Streitschriften zwischen den Mobilgarden und den Linientruppen die materielle Ordnung durchaus nicht gestört wird. Angriffe auf Personen sind sehr selten. Die Diebe haben sogar so viel mit der Reaktion zu thun, daß sie die Zahlungsperioden darüber vergessen, und die Gerichtsschreiber sind jetzt nur darüber in Verlegenheit, wem sie ihre Stimme geben sollen.

Nachschrift.

*Frankfurt, 14. Nov. In Folge der durch telegraphische Botschaft an den Reichsverweser eingetroffenen Bestätigung der Nachricht von der in Wien erfolgten Standrechtlichen Erschießung Robert Blums sind heute vom 3. Nachmittag zwei Reichskommissäre nemlich die HH. Baue (aus Augsburg) und Pötl (aus München) zum Schutze der übrigen dort gesandten Abgeordneten und zur Aufrechthaltung der Gesetze nach Wien abgesendet worden. In der Reichsversammlung stimmte der Reichsjustizrath Mittermaier, Abg. v. Mohl die Note an. Der (bereits mitgetheilte) Mißvertrauensantrag in der gestrigen Frage wird ohne Zweifel angenommen werden. Nicht weniger als 40 Redner haben sich einschreiben lassen, da von 21 für, 39 gegen denselben. Bis jetzt 1½ Uhr, haben gesprochen H. Simon von Breslau, Welcker, v. Vincke, Müller von Würzburg, v. Wydenbrugk, v. Beckerath und Bietermann.

* Wir haben Nachrichten aus Berlin vom 14. Morgens. Die Stadt war ruhig. Die Truppen hatten aber Verschärfungen erhalten, zum Waffengebrauch gegen Individuen oder Gruppen, die sie verhöhnen. Die Stettiner Bürgerwehr erklärte sich gegen die Reuterei der Nationalversammlung. Die noch in Berlin anwesenden Mitglieder dieser wollten am 14. im Lokale der Stadtverordneten tagen.

Aus Krefeld, wo sämmtl alle Lokalen Blätter mit Gutschlag der offiziellen verboten sind, erfährt man daß ein Theil der Arbeiten ohne Lunkens in permanenter Revolution, die Hauptstadt Krefeld aber in Belagerungszustand erklärt ist. (Allg. Z.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 14. Nov. Oesterr. 5proz Metall. 68½, 4proz. 57, 3proz. 27, proz. 33. — Bankaktien 1095. G. 500 fl.-Loose 118 B. 250 fl.-Loose 79. Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine — P. — G. Staatsschuldscheine 3½ proz. 75. — Bayer. 3½ proz. 75¼. — Luxmiger Verbach. 63½. — Württemberg. 4½ proz. 79½. 4½ proz. 92½. — Bad. 3½ proz. 72. Lotto-Anlehen a 50 fl. 45½. — 35 fl.-Loose 25½. — Darmstadt. 3½ proz. 74. 4proz. 83½. Lotto-Anlehen von 50 fl. — 25 fl.-Loose —. Kurhess. Frkf.-Hilf.-Anl. 37. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½ proz. 79½. 25 fl.-Loose 21. — Frankl. 3½ proz. 78. 3½ proz. 91. 87. Landesbank 208. — Holländ. Integr. 45½. — Span. — Span. innere Schuld 17½. — Poln. a 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 67½. — Sardi. 36 fr.-Loose 25½. Disc. 2.

Paris, 13. Nov. 3proz. 42,05. 5proz. 64.40. Schatzsch. —. Bankaktien 1365. —. Stadtobligationen —. —. Bier Kanäle 817.50. Compt. von Aglier —. Belg. Anl. von 1840 76½. von 1842 —. 4½ proz. —. 3proz. —. 2½ proz. —. Belg. Nat.-Anl. 845. Neap. 3proz. 77. — Röm. 3proz. 63½. Span. 3proz. —. Aktive —. Passive —. Piem. 880. Paris —. St. Germain —. —. Versailles (rechte) 102 50. (linke) 90 —. Orleans 575. —. Rouen 363 50. Havre 165.25. Marseille 150. —. Besel 75. —. Bierzon 215. —. Bontoise —. —. Hordeaux 363.75. Nordbahn 345 25. Mauterren 105. —. Lyon 356 25. Straßburg 320 50. Kanes 310. —. Dieppe —. —. Creaux —. —. Montpellier —. —. La Teste —. —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Freitag, den 17. November 1848.

Aus Berlin.

△ Berlin, 13. November. Seit gestern Abend 6½ Uhr also befinden wir uns in Belagerungszustande; wie ich dieses aber beschreiben soll, weiß ich in der That nicht. Es sollen nicht zwanzig Menschen auf der Straße zusammen stehen, und die Straßen wogen von Auf- und Niedergehenden, die an den Ecken wie durch einen Zauber zu Hunderten sich gruppiren und ebenso plötzlich nach wenigen Minuten Aufenthalt weiter wandern, um an der nächsten Ecke sich von Neuem zu gruppiren. Die Presse ist unterdrückt und die aufgeregtesten Flugschriften werden heimlich auf offener Straße verkauft und verbreitet. Das Militär kommt dir mit sehr großer Mäßigung, man kann fast sagen Freundlichkeit. Mit der Ablieferung der Waffen von Seiten der Bürgerwehr sieht es noch sehr mißlich aus; bis gestern 5 Uhr Abends waren im Ganzen nicht mehr als einige 40 Stück eingeliefert, dagegen sollen mehr als 6000 Stück Gewehre in die Hände des Pro visoriums gekommen seyn, dadurch, daß sie den abtretenden Bürgern auf der Straße entrissen worden. Die einzelne Bataillone der Bürgerwehr haben sich beschlossen, die Waffen nur freiwillig abzuliefern, aber auch der gewaltsamen Abnahme sich nicht widersetzen zu wollen. Ferner ist man entschlossen, jeden Conflikt mit dem Militär aufs Sorgsamste zu vermeiden; dagegen, wenn dessungeachtet ein Conflict von anderer Seite herbeigeführt werden sollte, den Kampf mit aller Energie aufzunehmen. Ein fester Kampfplan ist entworfen. Alle haben sich mit Pulver und Blei versehen. In einer wichtigen Sache Daubing wurden gestern mehr als 3 Centner Pulver verkauft. Aber trog alledem glauben wir nicht, daß es zum Kampfe kommen wird, und wenn es durch die Arbeiter oder die fliegenden Corps wirklich dazu kommen sollte, daß die Bürgerwehr einen erfolgreichen Kampf führen wird, da eine Umfrage in den Bataillonen nur 2500 Mann, die auf einen Kampf sich einlassen wollen, ergeben hat*).

Wie verlautet, soll der Krone als letzter Ausweg aus dem gegenwärtigen Conflikte die Octroyirung der von der Central-Abtheilung beantragten Verfassung vorgeschlagen und einige Aussicht vorhanden seyn, daß dieses Ansinnen stimmt angenommen werde. Die jetzigen Minister haben einer Deputation der Stadtverordneten gestern erklärt, sie wurden gleich nach Vollziehung der eingeleiteten Maßregeln zurücktreten; der Belagerungszustand soll mit größter Milde gehandhabt und mit jedem Soldaten, der sich die geringsten Uebergriffe zu Schulden kommen lasse, skandrecktlich verfahren werden. Die Minister haben der Deputation wiederholt versichert, sie hätten nur die Absicht, die Ordnung herzustellen und alsdann ihre Entlassung einzureichen. Ein neues Ministerium soll sich bilden. Wahrscheinlich wird nun der Stadtrath selbst eine Proclamation erlassen, in welcher er selbst die Bürgerwehr zur Ablieferung der Waffen auffordert. — Die Nachricht der Vossischen Zeitung, der Prinz von Preußen sei nach Weimar gereist, beruht auf einem Irrthume. Aus bester Quelle können wir versichern, daß derselbe bei der gestern zwischen dem Könige und Graf Brandenburg stattgefundenen Unterredung zugegen war. Ein Konig soll in dieser Unterredung gegen Graf Brandenburg geäußert haben, er sehe die Gefahren für Krone und Dynastie in dem gegenwärtigen Conflikte sehr wohl, dennoch könne er von den begonnenen Maßregeln nicht zurücktreten und werde es vorziehen, ehrenvoll unterzugehen. —

Heute wurde eine Deputation von 1000 Berliner, die der Nationalversammlung die Sympathien Berlins andrücken sollten auf dem Bahnhofe in Potsdam angehalten und nicht weiter gelassen. Von sehr großer Bedeutung erscheint uns, daß heute der Generalpostmeister von Schaper der Nationalversammlung die seit der Absetzung aus dem Konzertsaale entzogenen Postbroncen wieder zur Disposition gestellt mit der Versicherung, daß die Briefe noch wie vor ungefährdet befördert werden sollten. Von der Regierung in Frankfurt an der Oder erzählt man mit großer Bestimmtheit, daß sie die Einverständniß mit den Schritten der Nationalversammlung (im Schützenhause) angetreten. — Gestern Abend nach Proklamirung des Belagerungszustandes trat die Nationalversammlung zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Sie sprach die Ungesetzlichkeit der Maßregel aus. Drohen hatte sich eine große Menge demokratischen Volkes eingefunden um die Versammlung gegen etwaige Angriffe zu schützen. Die Versammlung aber lehnte den bewaffneten Schutz ab und forderte die Menge auf ruhig sich zu entfernen, dem auch augenblicklich Folge gegeben wurde. — In der heutigen Sitzung hat die Versammlung das Ministerium Brandenburg des Hochverrathes angeklagt, die Anklageakte an den Staatsanwalt von Hertz gesandt mit der Aufforderung seiner Pflicht zu thun. Den 245 anwesenden Mitgliedern waren nur 6 gegen dieses Beschluß. Weiter wurde von Jakobi und Philipps beantragt dem Staatsministerio die Bestimmungsbefreiten des Landes an die Versammlung zu überstenden. Der Antrag wurde aber nicht angenommen, da es der Stellung der Versammlung nicht angemessen erscheine, mit einem in Anklagezand versetzten Ministerio in offiziellen Verkehr zu treten. — Endlich zeigte der Abgeordnete Pickert an, daß er heute in dem alten Sitzungslokal gewesen, um sich daselbst einige ihm zugehörige Bücher zu holen: Er habe die Bureaux offen und mit Soldaten besetzt gefunden. Der Abgeordnete Borowsan ist krank, hat aber anderweitig erklären lassen, daß er in der Versammlung erscheinen würde, sobald er nur etwas wohler sich befinde. — So eben geht uns die Nachricht zu, daß das Schützenhaus von 2 Bataillonen Infanterie besetzt ist, und daß bei der Universität die gereizten Soldaten auf das Volk eingedrungen und mehrere sehr bedenklich verletzt haben. Nur mit Mühe gelang es einem Offizier den Erbitterten Einhalt zu thun.

△ Berlin, 13. Nov. Ich eile, Ihnen das folgende Aktenstück mitzutheilen: „Denkschrift. Der Graf Brandenburg, von Sr. Maj. dem König mit der Bildung eines Ministerii beauftragt, hat sich trotz des fast einmüthig ausgesprochenen Mißtrauens der Nationalversammlung diesem Auftrag zu unterziehen gewagt. Am 9. Nov. erschien derselbe in der Nationalversammlung, begleitet von den Herren v. Ladenberg, v. Strotha, v. Manteuffel, den Mitgliedern dieses neuen Ministerii, deßen erster Schritt eine schwere Verfassungsverletzung war. Eine von dem Grafen v. Brandenburg kontrasignirte Kabinetsordre vom 8. Nov. sprach die Vertagung der Nationalversammlung aus, und verlegte deren Sitz nach Brandenburg. Die Nationalversammlung, deren Aufgabe es ist, in Gemeinschaft mit der Krone die Verfassung festzustellen, hat gegen diese Volle ein Mandat ertheilen, gegen welchen Gewalt ein Einschreiten gestattet ist, da es zugleich gefährlich, gehindert, zu nichte gemacht würde, wenn es in der Befugniß der Regierung läge, daßelbe, sei es auch nur zeitweise, auszuheben oder gegen den Willen der Vertreter des Volkes, letztere von dem Orte ihrer Versammlung entfernen zu wollen. Nicht zufrieden mit dieser, die Verfassung verletzenden Erklärung hat das Ministerium sich in andere längere Beschreibungen der Gewaltthätigkeit fortgesetzt. 1. Es erhohne sich der Graf Brandenburg im Namen des Ministerii, die Versammlung der Volksvertreter, als auf sein unberechtigtes Verlangen, die Sitzung zu schließen, von dem Präsidenten nicht eingegangen wurde, für eine ungesetzliche zu erklären, zu 2. in dem an den Regierungsrath v. Unruh abgefertigten Schreiben vom 9. Nov. aussprechen, daß der Inhalt der Nationalversammlung nach seinem Verhalten der Nationalversammlung mehr kenne. 3. Auch auf thatsächliche Weise wurden die Eingriffe fortgesetzt, indem die Bureauvorsteher und die Gebäude der Versammlung durch Verfügung des Ministers Manteuffel entzogen wurden. 4. Dann ergieng am 10. Nov. ein Erlaß des Ministerii an den Commandeur der Bürgerwehr Brandenburg, die Bürgerwehr aufzubieten, um die Mitglieder der Nationalversammlung bei Eintritt in den Sitzungssaal derselben zu verwehren. Es wurde eine Frist bestimmt, nach deren Ablauf angenommen werden sollte, daß die Bürgerwehr dem Beschlusse nicht folge leisten werde und die Herauziehung des Militärs auf den Grund eines Erlasses des Ministers Eichmann in Anspruch gestellt. 5. Eine Proklamation des Polizei-Präsidenten Hinkeldey Einsperrung bei Militärs an. Der General Wrangel sprach seine Absicht aus, auf dem Platze des Schauspielhauses mit den daselbst aufgestellten Truppen liegen zu bleiben und einen Zwang gegen die Vertreter der Nation anzuwenden, indem denselben der Eintritt in ihr Lokal verwehrt werden sollte. 6. Bei diesem Drohen der ungesetzlichen Gewalt versieß die Versammlung den Ort ihrer Berathungen, um sich am andern Morgen zu gewöhnlicher Stunde der Sitzung wieder dortsin zu begeben. Daran wurde sie jedoch gehindert, weil das Lokal verschlossen und, wie auch dem Innern derselben mitgetheilt wurde, militärisch besetzt war. Die Nationalversammlung protestirte durch das Organ ihres Präsidenten laut gegen diese Gewalt und begab sich zu einem Privatlokale, woselbst sie ihre Sitzung absielt und somit in einem andern Lokale fortsetzte. Das frühere Lokal der Nationalversammlung und die Bureaux derselben sind fortwährend militärisch besetzt und die Archive der Versammlung dabei ohne alle Aufsicht gelassen. 7. Die von den ernannten Ministern conrasignirte L. Verordnung vom 11. Nov. bezeichnet die von der Nationalversammlung sast mit Einstimmigkeit gefaßten Beschlüsse als neu einem Theile der Nationalversammlung aufgedrungen und als ungesetzlichen Widerstand; sie setzt das Land auf, sich gegen die Beschlüsse seiner Vertreter zu richten. 8. Als Fortsetzung der Gewaltmaßregeln erscheint die gleichzeitig verfügte Auflösung der Berliner Bürgerwehr lediglich auf den Grund gestützt, daß verbotene, ihrer Pflicht getreu, die Nationalversammlung und einander zu treuen gewiegert hatte, deren Schutz ihr oblag. Dem zufolge §. 5. des Bürgerwehr-Gesetzes hat die Bürgerwehr die Pflicht, die verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung zu schützen. Die Berufung auf den §. 3 des Bürgerwehr-Gesetzes kann eine solche Maßregel unter den obwaltenden Umständen nicht rechtfertigen, mielmehr nur die Größe der Vergehens noch klarer ins Licht stellen. 9. Während die Bevölkerung von Berlin zwar mit tiefster Entrüstung, aber mit entschlossener und ruhiger Haltung den vielfachen Gewaltstreichen zusah, ruhig blieb, als unerwartet die Truppen in großer Zahl wieder in die Stadt gerückt waren: da geschah eine entsche-

*) Der Widerspruch mit dem Vorausgehenden, wo von allgemeiner Kampfentschlossenheit gesprochen wird, ist hier auffallend. Die Redaktion.

deue Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürgerwehr dadurch, daß die Truppen sich gegen den erklärten Willen der Bürgerwehr mit Gewalt der Wachtposten bemächtigten, welche jene vorher belegt gehalten hatten. Nach §. 68 des Bürgerwehr-Gesetzes ist es ein Recht der Bürgerwehr, die Wachtposten einzunehmen, wenn sie solches für gut findet. Der Berliner Bürgerwehr war dieß Recht schon vor Erlassung des Gesetzes zugesichert. 10. Die vollkommenste Ruhe und Ordnung blieb in der Stadt aufrecht erhalten und kein Excess, keine Spaltung mit dem Militär trat ein. Dennoch erklärte das Ministerium den Belagerungszustand der Hauptstadt, beauftragte den General Wrangel mit der Ausführung desselben. Dieser General hat demzufolge eine Proklamation verlauben lassen, welche als Folge des Belagerungszustandes die freie Presse und das Associationsrecht diese Grundsäulen der Freiheit, diese durch die Verordnung vom 6. April, als verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte vernichtet. Nur auf gesetzlichem Wege, nur in Uebereinstimmung mit den Volksvertretern hätte möglicherweise eine solche Ausnahmebestimmung getroffen werden können. Die Nationalversammlung hat deshalb auch die ganze Maßregel des Belagerungszustandes für eine ungesetzliche erklärt. Diese Maßregel ist die Krone der Attentate, welche gegen die Vertreter des Volkes, gegen die binig errungene Freiheit, gegen Recht und Gesetz das Ministerium Brandenburg sich erlaubt. Die Verfassung ist schwer verletzt, die Freiheit der Volksvertreter gewaltsam bedroht, der Volksvertreter, deren ungestörte Wirksamkeit einen Bestandtheil der jetzigen Verfassung des Landes bildet. Die Reihenfolge dieser Attentate fällt daher schon auch den bestehenden Gesetzen unter den Begriff des Hochverrats welchen § 92 Th. II. Titel 20 Allgem. Landrecht dahin feststellt: „Ein Unternehmen, welches auf eine gewaltsame Umwälzung der Verfassung gerichtet ist Hochverrath.“ Berlin, den 13. November 1848. Die National-Versammlung.“

Vorstehende Denkschrift ist auf den ferneren Beschluß der Versammlung dem Staatsanwalt Seeth e hierselbst mit folgendem Schreiben zugestellt:

„Dem Herrn Staatsanwalt wird hierneben eine von der Nationalversammlung durch Beschluß angenommene Denkschrift, die hochverrätherischen Attentate des Ministeriums Brandenburg betreffend zugestellt, auf daß er seine Pflicht thue.“ So beschlossen in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung. Berlin, den 13. November 1848. Die National-Versammlung. Der Präsident: v. Unruh.

⊙ Berlin, 13 Nov. Der Belagerungszustand wird sowohl in Bezug auf die Presse, als auf das Zusammentreten einer bestimmten Anzahl von Personen nicht sehr streng gehandhabt. Ohne Scheu werden die bissigsten Flugblätter öffentlich verkauft, ja sogar solche, deren Inhalt sich auf General Wrangel bezieht. Die Thore der Stadt bleiben geöffnet, da der Belagerungszustand auch für den Umkreis von 2 Meilen erklärt ist. Nachmittags 4½ Uhr. In diesem Augenblicke hat man einige Zusammenkäufe mittelst Bayonnett auseinander getrieben. Indeß ist auch nicht der geringste Anschein vorhanden, daß es zu einem ernstlichen Kampfe mit den Truppen kommen werde. Die Zeit für die Ablieferung der Waffen ist bis morgen Nachmittag 5 Uhr verlängert worden. Da das Potsdamerthor zugleich benannt wurde, daß die Bürgerwehr binnen Kurzem reorganisirt werden dürfte, so beginnt man schon einzelnen. Gestern haben die übrigens, wie man bestimmt versichert, 70 Wiener Barrikadenhelden sich in einem der Waffendepots Waffen zu erzwingen gewußt. — Wie wir so eben erfahren, hatte Baßermann sich alle mögliche Mühe gegeben, den Präsidenten v. Unruh zur Nachgiebigkeit zu bewegen. — General Wrangel wurde vom „Volke“ für regelfrei erklärt, und auf Graf Brandenburgs Kopf ein Preis gesetzt! — Für den früheren Ministerpräsidenten, Abgeordneten v. Auerswald ist sein Stellvertreter, Hr. Glück hier eingetroffen.

Einer Mittheilung der Nürnberger Korrespondenten aus Berlin zufolge blieb die Stadt nach der Erklärung des Belagerungszustandes ruhig. — Die Nacht vom 12. auf 13. ging ohne Störung vorüber. Am 13. Mittags strckte ein Volkshaufe die Eisenbahnbrücke bei Nowawes, über die ein Bataillon Garde von Potsdam nach Berlin befördert werden sollte, in Brand. Das Bataillon ging zu Fuße über die Brücke und das Feuer wurde bald gelöscht. (Andere Blätter, so wie unsere Korrespondenzen aus Berlin erwähnen hiervon nichts.) Der Präsident v. Unruh hat in der Nachsitzung vom 12, nachdem er zum Schlusse die Tribunen hatte räumen lassen, die betreuliche Mittheilung gemacht, daß er die bestimmte Nachricht erhalten habe, es seien gegen 17 der bedeutendsten Mitglieder der Nationalversammlung Haftbefehle ausgefertigt. (Auch hiervon melden unsere Briefe aus Berlin nichts.)

Zur Ergänzung unserer heutigen Berichte aus Berlin lassen wir noch des Wichtigste aus den Berichten der Allg. Zeitg. von dort folgen. Alle Berichte kommen darin überein, daß man an seinen Widerstand denkt. — Baßermann befand sich am 11. bis spät in der Nacht in Potsdam. Er soll — wie er jedoch ausdrücklich bemerkte, als Privatmann — eine Deputation aus Magdeburg empfangen haben, d.r gegenüber er die Maßregeln der Regierung billigte und sie zweckmäßig fand. — Die Demokraten-Häuptlinge entwickelten eine eben so große Thätigkeit für die Erhaltung der Ruhe, als sie noch einige Tage zuvor alles mögliche gethan, um die Gemüther aufzureizen. Man empfangen sie auch ihren Dank dafür. Das souveräne Volk beschimpft sie jetzt, verlacht, verhöhnt sie als Feiglinge! Für allen Schaden der aus einem bewaffneten Widerstande entspringen könnte, haftet die Stadt. Die Wirthshäuser müssen um 10 Uhr Nachts geschlossen sein, bei Tag dürfen nicht über 20, Nachts nicht über 10 Personen beisammen stehen. Der Belagerungszustand wird indeß in nicht strenge gehandhabt. Manche Cafés waren noch um 1 Uhr Morgens offen. Die Reichsversammlung trat um 8 Uhr in ihrem gewöhnlichen Lokale zusammen. Es währte längere Zeit, bis die erforderliche Anzahl von Mitgliedern beisammen war. Erst nachdem man Boten in der Stadt umhergesandt, fand sich ein bedes Dutzend über die erforderliche Anzahl von 200 Mitgliedern ein.

Großbritannien.

† London, 11. November. Heute ist die Nachricht aus Clonmel (Zeland) von 9. angelangt, daß ein Versuch gemacht worden ist, um O' Brien und seinen Freunden zur Flucht zu helfen. Siebenzehn der Theilnehmer an diesem Plane sind bereits festgenommen — Anderen Berichten aus Irland zufolge sind mehrere ähnliche Distrikte im Aufstande begriffen, der hauptsächlich durch die Verzögerung des Urtheilsspruches über die Angeschuldigten von Seiten der Rothe der Krone hervorgerufen worde Man macht es den Ministern zum Verwurf, daß sie die Widerlegung dieser unsinnigen Vorgänge nicht durch wirksame Maßregeln verhütet haben man behauptet, Zeland hätte notwendigerweise unter das Kriegsgesetz gestellt werden müssen. — Konsols 86¼.

Spanien.

† Madrid, 6 November. Heute Abend unterzeichnet die Königin die Decrete, welche den Herzog von Gor und den Marquis de Valdegamas zum bevollmächtigten Minister von Seite Spaniens am Berner- und Berliner-Hofe ernennen. Der Prinz von Capua begibt sich nicht, wie wir gestern berichtet, nach Frankreich, sondern nach Gibraltar. Aus den Provinzen laufen beruhigende Nachrichten ein. Die Bevölkerung erklärt sich allenthalben gegen die Faktiosos, und diese unterwerfen sich in Masse. In Catalonien allein leisten sie noch Widerstand, allein General Cordova hat energische Maßregeln gegen sie ergriffen. Aus Barcelona wird gemeldet, daß Amettler vom Fort Lebriere Puße nach England verlangt habe. Man glaubt aber, daß er diese nicht erhalten werde. In Saragossa befürchtet man eine neue Schilderhebung.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 123.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Sonnabend den 18. November 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16.

Deutsche Reichsversammlung.

(115. Sitzung vom 14. November.) Tagesordnung: Berathung des vom Ausschusse für den Biedermann'schen Antrag erstatteten Berichtes über die preußische Angelegenheit. Im Hause wird das Gerücht verbreitet, Robert Blum sei am 9. November in Wien erschossen worden. So wenig Glauben es auf den meisten Seiten findet, so soll die Nachricht doch auf dem Briefe eines authentischen Zeugen beruhen. Den Vorsitz nimmt Heinrich v. Gagern ein. Nödinger richtet folgende Interpellationen an das Ministerium des Auswärtigen: Welcher genauere Sinn mit der an die Schweiz ergangenen Note vom 23. Oktober zu verbinden und was namentlich unter den dort in Aussicht gestellten „Vorkehrungen" zu verstehen sei. Naumwerk interpellirt in der italienisch-deutschen Kriegsfrage: Welche Schritte hat das Ministerium des Auswärtigen zum Vollzuge des Beschlusses vom 12. August gethan, damit die fernere Vergeudung deutschen Gutes und Blutes zur Unterdrückung eines nicht-deutschen Volkes verhütet werde? Simon von Trier: Hat das Reichsministerium des Innern Kenntniß von den Maßregeln der bayerischen Polizei gegen die Wiener Studenten? Ist der Minister geneigt, dieser „politischen Anarchie" zu steuern? Giskra interpellirt wegen der gewaltsamen Einreihung gen verdächtiger Personen in's österreichische Heer: Ob das Ministerium nähere Kunde über diese notorischen Vorgänge eingezogen und ob es dagegen Schritte gethan habe? Die ministerielle Antwort wird für den 17. d. M. zugesagt. Eine folgende Interpellation betrifft die angebliche Einrichtung Rob. Blum's im Augarten bei Wien, wozegen der Reichsminister der Justiz v. Mohl erklärt, daß er in diesem Augenblicke erst von der erschütternden Thatsache Kenntniß erhalte, daß er hoffe, die Nachricht werde sich nicht bestätigen, und natürlich im Augenblicke nicht schon im Stande sei, sich über sie eventuell zu irgend einen Maßregeln auszusprechen. Von dem Präsidenten wird darauf der ihm übereichte Brief verlesen, der die Nachricht vom Tode Blum's enthält und der eines authentischen Zeugen nur erwähnt, nicht aber selbst von einem solchen Augenzeugen geschrieben ist, was die Wahrscheinlichkeit noch mehr in Zweifel stellt. Eine Interpellation Schneider's wegen der Ausweisung der polnischen Deputirten der Kreation des bereits berathenen Theiles der Grundrechte. Zur Tagesordnung übergehend verliest der Abgeordnete Zacharia aus Göttingen den von dem Biedermann-sächsischen Ausschusse erstatteten Bericht über den Konflikt der preußischen Regierung mit der Landesvertretung. Den Thatbestand berichtet der Berichterstatter in folgenden Sätzen. Es sei notorisch: 1) Daß die Berliner National-Versammlung ihre Würde und ihre Freiheit beeinträchtigenden und die Freiheit der Berathung störenden Einfluß einer Theiles der Berliner Bevölkerung schon seit längerer Zeit gestanden; 2) daß sie nicht die nothwendigen Mittel ergriffen hat, sich den gegen sie gerichteten Drohungen und Gewaltthätigkeiten zu entziehen; 3) daß sie der von der Krone erklärten Absicht, durch den Grafen Brandenburg ein neues Ministerium zu bilden, mit einer protestirenden Adresse entgegentreten und dem noch nicht gebildeten Ministerium ein Mißtrauensvotum gegeben hat; 4) daß nach erfolgter Bildung dieses Ministeriums die preußische Regierung die Verlegung der National-Versammlung von Berlin nach der Stadt Brandenburg und die Vertagung derselben bis zum 27. November durchzusetzen unternommen hat; 5) daß die National-Versammlung gegen diese Maßregeln Protest eingelegt und nur der Gewalt weichen zu wollen erklärt hat. An diese Punkte knüpft der Ausschuß seine Erwägungen und auf Grund derselben die nachstehenden Mehrheitsanträge: Die Reichsversammlung wolle in Uebereinstimmung mit den von dem Reichsministerium beschlossenen Maßregeln erklären, daß sie es für nöthig erachte 1) die königl. preußische Regierung dahin zu festimmen, daß sie die angeordnete Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg zurücknehme, sobald solche Maßregeln getroffen sind, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Berathungen in Berlin sicher zu stellen; 2) daß die preußische Krone sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt, und die Besorgnisse vor reaktionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist. (Jordan aus Marburg, Zacharia, Hergenhahn, Jordan aus Berlin, Schwarz, Harm, v. Saucken, Baur aus Augsburg, Lüngel, Zaik, Wiedenmann, v. Raumer aus Dinkelsbühl.) Das Minderheitserachten dagegen lautet: Die unterzeichneten Mitglieder des Ausschusses, abweichend von der Majorität in der Würdigung der gegenwärtigen Verhältnisse in Berlin, und übereinstimmend mit den Ansichten der Minderheitsanträgen folgende Fassung: „Die Nationalversammlung wolle erklären, daß sie es für nöthig erachte: 1) die königlich preußische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Vertagung und Verlegung der preußischen Nationalversammlung, als mit dem Wesen und dem Rechte einer Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung unverträglich, aufhebe; 2) daß erforderlichen Falles Maßregeln getroffen werden, welche ausreichend erscheinen, die Würde und freie Berathung der Versammlung in Berlin sicher zu stellen; 3) daß die Krone Preußen sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt, und die Beseitigung der reaktionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist." (Werner aus Koblenz, Kraft aus Nürnberg, Giskra.) Mehrere andere Anträge, die der Präsident nach dem Verlesen dieses Berichtes mittheilt, fordern theils von der einen Seite des Hauses bei der motivirte Tagesordnung über den vorliegenden Berathungsgegenstand, (Gombart, v. Linde, Schott, v. Radowitz u. A.) theils wird von der anderen in Ueberbietung der Anträge des Ausschusses verlangt, daß die Reichsversammlung den Berliner Landesvertretern ihre Anerkennung aussprächen beschließe für ihr muthiges und pflichttreues Verfahren (v. Wagnorf, Naumerck, Titus rc.) Die Sitte der eingeschriebenen Redner ist die längste, deren wir uns bis jetzt erinnern. Robert v. Mohl zeigt nachträglich an: Es werden sich noch im Laufe des Tages zwei Bevollmächtigte aus unserer Mitte nach Wien begeben zum Schutze der übrigen dort gefangenen Abgeordneten und zur Aufrechthaltung der Gesetze. (Bewegung und Beifall.) Der Präsident verliest noch einen an den Abgeordneten Hrn. Berger gelangten Brief in der Blum'schen Angelegenheit. Er rühre auch derselben Quelle wie der vorige her und ist nicht bestimmter gefaßt. Nach dieser Unterbrechung der Tagesordnung erhält zuvörderst Heinrich Simon das Wort: In Oesterreich ist es zu spät. Verspätigen wir uns nun nicht auch noch an Preußen. Er gibt dann eine Schilderung der preußischen Zustände und der seit zur Leitung der Angelegenheiten berufenen Männer, deren Personen man nicht sürchte, wohl aber das System, dem sie angehören. Die Seele des Ministeriums sei Hr. v. Manteuffel, über dessen Vorgänge der Redner mittheilt, daß er auf dem vereinigten Landtage auf der äußersten Rechten gesessen. Die Maßregeln in Berlin seien nur hervorgerufen durch die vorrevolutionäre Wirkung der Wiener Ereignisse bei Fürsten Windischgrätz — (Widerspruch und Beifall) Die Verlegung der Landesversammlung werde motivirt durch einen „Versuch" des Volks, die Freiheit der Berathung zu stören. Dieser Versuch sei am 31 Oktober unter dem Eindrucke des Bombardements in Wien geschehen und was habe die Landesversammlung darauf beschlossen? Das Allerunsittlichste, was denkbar — sich nach Frankfurt zu wenden. Die nöthigen Resultaten, um sich vor Störungen zu schützen, seien schon von der Berliner Versammlung selbst ergriffen worden. In seinem Falle aber kann der Redner einer Logik darin erkennen, daß Gewaltmaßregeln mit Gewaltmaßregeln vertrieben würden, also ein Störungsversuch mit einer Verlegung der Versammlung. Selbst wenn das formelle Recht für den König spräche — nimmermehr kann es recht sein, das Loos Preußens, Deutschlands auf einen Würfelsieg setzen zu wollen. Ein Staatsstreich aber sei die Verlegung, denn sie sei wider das Gesetz, so daß Recht und Gesetz auf Seite der Nationalversammlung stünden. Daher die würdige Haltung der Vertreter, daher auch allen Theilen Preußens die Adressen; wenn aber das Volk also spricht, was ist dann noch der Thron: worauf stützt er sich? (Lebhafte Beifallsbezeugungen von der einen) Ist denn einer solchen Revolution vorzubeugen, oder einzugestehen, daß der Schreckgespenst Deutschlands nicht in unseren Händen liege. Noch blickt Berlin mit Hoffnung auf uns. Der Brief eines preußischen Abgeordneten erklärt, wenn Deutschland bloßmal getäuscht werde in seiner Erwartung, dann habe es sich vergriffen und nicht seine besten, sondern seine schlechtesten Söhne nach Frankfurt geschickt. (Stürmische Bewegung. Wiederholter Beifall) Nun der linken Seite des Hauses. Umwillen von der Rechten.) Heinrich Simon hat nur noch wenige Worte hinzuzufügen, dann erscheint auf der Tribüne: Welcker. Auch die Ordnung liebe er nur der Freiheit wegen. Aber weil die Männer bis jetzt die Hände in den Taschen hatten, deßhalb regierten die Bluhen. So ist's denn gekommen, daß der ruhige Bürger nicht mehr recht sei, ob er die Freiheit sichern, oder ob er sie verwüsten soll. Das Recht in Preußen sei bei der Krone. Sie habe die Minister zu ernennen und sie habe auch unzweifelhaft die Befugniß, die Landesversammlung zu vertagen und zu verlegen. Eine Parlamentsermächtigung, welche das Parlament unaufhörlich mache würde nur den Absolutismus in anderer Form legitimiren. Sogar also die Auflösung würde Welcker für statthaft erachten. Die preußischen Verhältnisse seien nur Verschärfung einer Verfassung mit dem Könige berufen. Was aber könne der König Anderes thun, wenn ihm die Mehrheit seiner Parlamente mit Willkür begegne,

als daß er es auflöse und an das Volk berufe! Er geht dann zu einer Betrachtung der Ereignisse in Berlin über, die ihm das entgegengesetzte Resultat von dem liefert, welches Heinrich Simon dort erblickt. Allein dennoch sei die Furcht vor der Reaktion einmal heraufbeschworen, die Personen des Ministeriums unpopulär und gefährlich, und aus diesem Grunde will Wesler, daß die Reichsversammlung mit schiedsrichterlicher Vermittelung in Berlin eingreife. Er empfiehlt das Mehrheitsgutachten des Ausschusses, welchem beigetreten er auch der äußersten Rechten räth. „Sie würden sonst ihrem Könige einen schlechten Dienst leisten, wenn dann würden die Beschlüsse der Linken durchgehen.“ Welcker's Vortrag schließt unter dem Zischen der Linken. v. Vincke stützt seine Meinung auf das Einberufungsrecht der preußischen Versammlung. Die Krone habe noch alle die Rechte, auf die sie nicht ausdrücklich verzichtet, alle stehe es ihr auch zu, die Versammlung zu vertagen. Dagegen habe die Landesversammlung kein anderes Recht, als die ihr ausdrücklich übertragenen Befugnisse. Es seien aber nicht blos Vertrauensadressen an die Berliner Versammlung abgegangen, sondern es sei auch die Krone aus allen Theilen des Landes dringend um eine Verlegung des Parlaments angegangen und bestürmt worden, daß sie der Anarchie steuere. Oberste die Vertreter der unbedingten Volkssouveränetät müßten nach Vincke's Ansicht dem Schritte des Königs beipflichten, wenn er von 250 Mandatairen durch eine Auflösung der Kammer abwälze und die 16 Mill. Mandanten. Auch bei der Vorgang durchaus nicht ohne Beispiele in der konstitutionellen Geschichte z. B. Engelands, daß ein Parlament aufgelöst werde, weil es dem Ministerium seine Unterstützung verlage. Es sei nicht zu leugnen, daß sich unter der Krone in der Meinung des Volks nicht ire. Auch die große Achtung vor dem Benehmen der Berliner Versammlung, die ihr hier von dem Mitglieder für Magdeburg (Heinr. Simon) gezollt worden, vermag der Redner nicht zu theilen. Sie habe z. B. gewisse Handlungen von Beamteten für einen Verrath am Lande erklärt. Das sei ein richterliches ihr nicht zustehendes Urtheil. Die erfahrenen Mißhandlungen und Bedrohungen seien ebenfalls nicht geeignet, ihr eine hohe Achtung zu sichern. Den Ausschußvorschlägen kann Vincke nicht beitreten, und daß sogar das Ministerium selbst eine Kritik seiner Handlungsweise provozire, daß es zur Niederstreyung eines Ausschusses zur Beurtheilung zu ergreifender Maßregeln veranlasse, findet er ganz unkonstitutionell. Die Regierung solle handeln und dann das Urtheil über die Maßregeln erwarten. Über habe denn übrigens am Frankfurter Parlament Worte wie preußische Ehre, noch die preußische Landesvertretung. Also solle man sich nicht einmischen; vielmehr sei der Krone zuzurauen, daß, wie sie bisher in ihrem Rechte verfahren, sie ebenso auch ferner von dem Boden über gesetzlichen Befugnis nicht weichen werde. Hrn. v. Mantenffel gibt Vincke das Zeugniß, daß er ihn, trotz seindlicher Gegenungen der allerpreußischsten Art, für einen wollen ehrenmann halte. Er glaube aber nicht an die Möglichkeit einer gemeinsame Wirksamkeit Mantenffel. Pflichte der Versammlung den Anerkennungsantrag bei, so thue sie den gesetzlichsten Schritt. Entweder sie bewirkthe dadurch die preußische Krone und rufe die Anarchie hervor, oder sie vermiede die Einheit Deutschlands. Keine Zweckmäßigkeits- und keine Popularitäts-Rücksichten sollten sein Votum bestimmen und auch von der Versammlung erwartet er, daß sie sich nicht durch Demonstrationen, wie sie sich Jedermann seine Schuldzieher thun werde.“ (Lauter Beifall von der grossen Mehrheit des Hauses.) Nach dem bedeutenen Eindruck, den die schwungvollen Reden Heinrich Simon's und v. Vincke's, über verschiedenen Richtung obnerachtet, hervorgebracht und nach der gestrannten Aufmerksamkeit, welche sie in Anspruch genommen haben, gewährt das Auftreten Wesler's von Glaubau eine Pause der Ruhe. Dem folgt v. Wydenbrugk, dem das Haus trotz der wiederholten „Hört!“ der Linken seine viel gehörte Abtheilung zweckt als seinem Vorgänger. Brollamationen gelten dem Renner nicht. Er erinnert an die Manifeste des Befreiungskrieges. Gehebe man der Krone das Recht der Vertagung zu, so sei dies ein augemessenes Recht. Sie könne dann vertagen auf 3 Tage nicht nur, sondern auch auf 14 Tage, oder die Versammlung auch einer preußischen Stadt in die andere vertagen. Eine Demüthigung des größten deutschen Landes könne er nicht erblicken in dem Einschreiten der Nationalversammlung und er beschwöre das Haus, seinen Ortnungsruf in die preußischen Wirren ergehen zu lassen ohne „Wenn und Aber.“ Sein Antrag ist es, die Reichsversammlung möge erklären sie von der preußischen Staatsregierung einseitig angeordnete Vertagung der zur Vereinbarung der Verfassung nach Berlin berufenen Versammlung um vierzehn Vertagung nach Brandenburg, so lange solches nicht im Einverständniß mit derselben geschieht, für unvereinbarlich mit dem Wesen und den Rechten einer solchen Versammlung; 2) sie fordert zugleich aber auch die provisorische Centralgewalt auf, für die Sicherheit der Versammlung und die volle Freiheit ihrer Berathung ungesäumt zu wirken. Borenbrugk schließt unter einem Applause, den ihm die Wendung verschafft, daß der Gornus Deutschlands erwartungsvoll auf die heutige Entscheidung blicke. (D. Z.)

(Schluß folgt.)

Den weiteren Bericht über den Schluß der Sitzung werden wir morgen nachliefern. Für heute theilen wir unsern Lesern nur die Resultate mit. Außer den bereits in der Nachschrift zu unserer gestrigen Beilage angeführten Reinern sprach nur noch der Abg. Löwe von Calbe, dann wurde zur Abstimmung geschritten. Der Antrag von Kaffaul auf einfache Tagesordnung wurde durch Aufstehen und Sitzenbleiben, jener von Vincke und Konsorten auf motivirte Tagesordnung durch namentliche Abstimmung mit 290 gegen 145, der erste Antrag von H. Simon und Konsorten mit 257 gegen 150, der zweite mit 272 gegen 172 verworfen, eben so der Antrag der Ausschußminderheit mit 241 gegen 198 Stimmen, dagegen, wie vorauszusehen war, der Antrag der Ausschußmehrheit mit 239 gegen 189 Stimmen angenommen. Ein von vielen Mitgliedern unterzeichneter Antrag, das Reichsministerium solle, nachdem die Erschießung Robert Blum's nunmehr bestätigt worden, und sich im Angesichte des Reichstagsfests vom 10. Oktober als ein Mord darstelle, mit der Ermittelung der Urheber dieser That kraftvoll werden, wurde, nachdem der Reichsjustizminister erklärt hatte, die nach Wien abgegangenen Mitglieder der Nationalversammlung würden alle zur Erhebung des Thatbestandes nöthigen Erkundigungen einziehen, nicht zu sofortiger Berathung zugelassen, vielmehr zur dringlichen Erledigung an den Ausschuß für die österreichischen Angelegenheiten verwiesen.

Deutschland.

Die „Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung“ enthält in ihrem amtlichen Theil folgendes Gesetz, betreffend die Einführung einer deutschen Kriegs- und Handelsflagge. Der Reichsverweser in Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung am 31. Juli 1848, verkündet als Gesetz: Art. 1. Die deutsche Kriegsflagge besteht aus drei gleich breiten, horizontal laufenden Streifen, oben schwarz, in der Mitte roth, unten gelb. In der linken oberen Ecke trägt sie das Reichswappen in einem viereckigen Felde, welches zwei Fünftel der Breite der Flagge zur Seite hat. Das Reichswappen zeigt in goldenem (gelbem) Felde den doppelten schwarzen Adler mit abgewendeten Köpfen, ausgeschlagener rother Zungen und goldenen (gelben) Schnäbeln und Fängen offenen Flug. Art. 2. Jedes deutsche Kriegsschiff, welches nicht Admiralsflagge oder Kommodores Stander führt, läßt vom Top des großen Mastes einen Wimpel fliegen. Derselbe ist roth und zeigt am oberen Ende den Reichsadler, wie oben beschrieben, in goldenem (gelbem) Felde. Art. 3. Die deutsche Handelsflagge soll aus drei gleich breiten, horizontalen, schwarz, roth, gelben Streifen bestehen, wie die Kriegsflagge, jedoch mit dem Unterschiede, daß sie nicht das Reichswappen trägt. Art. 4. Diese Flagge wird von allen deutschen Handelsschiffen als Nationalflagge ohne Unterschied geführt. Besondere Farben und sonstige Abzeichen der Einzelstaaten dürfen in dieselbe nicht aufgenommen werden. Dabei soll es jedoch den Handelsschiffen frei stehen, neben der allgemeinen deutschen Reichsflagge noch die besondere Landes- oder eine örtliche Flagge zu führen. Art. 5. Weitere Bestimmungen über die Größe der Flaggen, über die Unterschiede in den von verschiedenen Oberbeschlshabern zu führenden Flaggen, so wie über die Anordnung sonstiger Flaggen, z. B. beim Lootsen- und Zollwesen, bleiben vorbehalten. Art. 6. Die verbindende Kraft dieses Flaggengesetzes beginnt hinsichtlich der Bestimmungen über die Kriegsflagge, in Gemäßheit des Art. 3 des Gesetzes über die Verkündigung der Reichsgesetze vom 23./27. September 1848, mit dem 20. Tage nach dem Ablaufe desjenigen Tages, an welchem das betreffende Stück des Reichsgesetzblattes in Frankfurt ausgegeben wird. Art. 7. Dagegen bleibt die Festsetzung des Zeitpunktes, wann die Bestimmungen über die Handelsflagge in Kraft treten sollen in Anbetracht des Beschlusses der Reichsversammlung vom 6. November 1848, einer weiteren Verordnung vorbehalten. Frankfurt am 12. Nov. 1848. Der Reichsverweser Erzherzog Johann. — Der Reichsminister des Handels, Duckwitz.

Königreich Sachsen. — Nach den Berichten der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aus Leipzig und Dresden hat die Nachricht von R. Blums standrechtlicher Behandlung eine sehr große Gehürterung hervorgerufen. Die Stadtverordneten von Leipzig, denen Hr. Blum gleichfalls angehörte, hatten am 13. d. eine außerordentliche Sitzung. Der Vorsteher brachte seine tiefste Entrüstung über das Geschehene aus, und forderte die Versammlung auf, durch Erheben von ihren Sitzen, ihm beizustimmen, was auch geschah. Es wurde ferner mitgetheilt, daß in einer Morgensitzung des Stadtrathes an demselben Tage ein Plakat über das Vorgefallene zu veröffentlichen beschlossen worden sei. Der Inhalt desselben lautet dahin, daß der Stadtrath in Verbindung mit den Stadtverordneten sofort Schritte bei der k. sächsischen Regierung als auch bei der Zentralgewalt Maßregeln beantragen werde, wodurch die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Auch soll zu diesem Zwecke eine eigene Deputation nach Frankfurt abgesendet werden“. Das Kollegium der Gemeindeverordneten trat sofort allen Beschlüssen des Rathes einstimmig bei. Hr. Hofrath Haase glaubte den k. sächsischen Gesandten nicht ganz außer Schuld. Derselbe hätte Schritte thun können, um die Vollstreckung des Urtheils zu verhindern; er verlange deßhalb, daß der k. sächsische Gesandte sofort von Wien abberufen und in Dresden zur Verantwortung gezogen werden solle. Hr. Avenarius beantragte eine vollständige Mittheilung der Akten, um deren Inhalt ganz Deutschland vor Augen zu legen. Der Antrag des Hrn. Brockhaus wurde zwar einstimmig angenommen, ebenso der Antrag des Hrn. Avenarius und ein Antrag des Hrn. Brockhaus auf Revision des Prozesses. Am 14. Nov. veranstalteten mehrere Vereine in Leipzig eine Volksversammlung in der Thomaskirche. Dieselbe war erleuchtet und bald in allen ihren Räumen überfüllt, Blums Büstnip an der Kanzel umwunden. Mit dem Liede „ein feste Burg ist unser Gott“ wurde die Versammlung eröffnet. Hr. Albrecht wurde sodann zum Vorsitzenden gewählt. Die Anträge, die angenommen worden sind, lauteten: Es wird

eine Leichenfeier veranstaltet. Blums Freunde tragen ein Trauerzeichen. Der 9. November wird allsörlich in Leipzig als Trauertag gefeiert. Blums Leiche wird erklamirt. Der k. sächsische Gesandte in Oesterreich wird in Anklagestand versetzt. Der österreichische Gesandte erhält seine Päße zugestellt. Die sächsischen Abgeordneten in Frankfurt werden aufgefordert, und der Versammlung auszuschieden. Der Staat sorgt für die Familie des Todten. Zum Schluß wurde ein Komité zur Ausführung der angenommenen Anträge erwählt. Nach dem Schlusse der Volksversammlung wurde trotz aller Abmahnungen noch stürmischer Lärm, die wachen abgerufen, und einige Kabenmusiken mit obligatem Fenstereinwerfen fanden statt.

Preußen. — Berlin, 14. Nov. (Spenz.) Magistrat und Stadtverordnete Berlins haben bei dem General Wrangel gegen die Bestimmung, daß die Stadt, während des Belagerungszustandes, für Schaden daßten solle, Vorstellung eingelegt. — Der gestrige Tag verging unter großer Spannung. In den belebteren Theilen der Stadt sah man vormittags starke Abtheilungen Soldaten patrouilliren, auch öfters Schanzschläge abreißen, während von dem Volke ein Gleiches geschah. Eine unheimliche Gährung waltete vor, und es schien mitunter, als seien Konflikte unvermeidlich, doch abermals blieb das Volk in seiner ruhigen Haltung. Vormittags kamen die Meldungen, daß Polizeichef auf Polizeichef, wenn nicht beranfommen könnten, es gleich sich aber dieser Uebelstand Nachmittags aus. Die Schlesthore blieben geperrt und wiederum standen plaudernde Gruppen davor. Die Neuigkeiten drängten sich und man hörte von Viertelstunde zu Viertelstunde neue Nachrichten. Auf allen belebteren Plätzen und Straßen sah man starke Ansammlungen von Hören und Sehaltern. — Die Nationalversammlung, welche eine Nacht- und um 11 Uhr eine Sitzung gehalten hatte, hielt folgende Bekanntmachung veröffentlichen: „Die Nationalversammlung hat in ihrer Abendsitzung vom 12. November den Beschluß gefaßt: Daß die durch das Staatsministerium Brandenburg erfolgte Erklärung des Belagerungszustandes für Stadt Berlin eine ungesetzliche Handlung und demnach nicht als rechtsgiltig zu betrachten sei." — Gegen 2 Uhr schloß sie ihre Sitzung, die Zugänge zur Straße, wie diese und die neue Königsstraße waren abermals am Vormittage belebt und der Jubel für die Abgeordneten war ungeschwächt. In dem Schützenhause soll sie jedoch nicht mehr tagen, denn nachdem die Vormittagssitzung geschlossen, jedoch eine Versammlung der Patrioten in ihrer Mitte, dem Publikum gemäß, in dem Sitzungssaale zurückgeblieben war, kamen plötzlich mehrere Bataillone Militär marschirt und besetzten die Umgebungen von der Brenzlauer bis zur neuen Königsstraße, mit der Front gegen das Schützenhaus gekehrt; auch in der Schießgasse stellte sich eine starke Abtheilung auf. Bald darauf begab sich der kommandirende Offizier, mit mehreren anderen Offizieren und einer Anzahl bewaffneter Soldaten, in das Schützenhaus hinein. Es war eine wahre Lust, wie schnell da Jedermann entfernt oder sonst genug sich entfernte. Als endlich der Präsident der Nationalversammlung, von einem Soldaten am Arm geführt, herauskam, trat er auf der Freitreppe des Hauses, unter er das Haupt entblößte und den Hut doch emporhielt, mit lauter Stimme: „Ich protestire förmlich gegen die Gewalt, die hier unrechtlich geübt wird!" Dann verschwand er. Die übrigen Abgeordneten, ebenfalls von Soldaten gefolgt, folgten ihm mit dem Rufe: „Es lebe der Präsident!" Als sie dem Portaldurchgehen in die neue Königsstraße einlenkten, wurden sie von dem dort versammelten Volke mit lautem Jubelrufe empfangen, der ihnen noch weit nachhallte, als sie mehrere Gassen durchgingen und verschwanden. Der Magistrat hat Maßregeln getroffen, um überall, wo es nöthig sein kann, schnell Hülfe entgegen. — Die Stadtverordneten hielten gestern Nachmittag wieder Sitzung und äußerten sich dahin, daß sie pflichtlich der Waffenablieferung die Bürgerwehr nur von offenem Widerstande ab- und dazu ermahnen könne, die Waffen nicht in die Hände Unbefugter kommen zu lassen. Die Wachen am Rathhause, Schloßwache und Gendarmerie sollen wenn möglich noch von Bürgern besetzt werden. Der Stadtverordneten-Vorsteher theilte auch mit, daß der Präsident der Nationalversammlung bei ihm gewesen, und letztere wegen der Zernirung des Schützenhauses, in dem Sitzungssaale der Stadtverordneten zusammenkommen werde. In dem Gute bleiben auch während der Nacht zwei Bataillone im Saale, um ihn sofort der Nationalversammlung zur Verfügung zu stellen. Gegen Abend waren die Versammlungen des Polizeipräsidenten erschienen, und man muß nun abwarten, welches Ergebnis die Ablieferung der Waffen heut haben werde. Die Stadt blieb gestern ganz ruhig, obgleich viele Familien, selbst unbemittelte, dieselbe verlassen hatten. — Die Nachricht, daß die Stadtverordneten sich erboten haben, den hier geschlossen Abgeordneten der Nationalversammlung aus städtischer Kasse die Diäten verabfolgen, ist unbegründet. Bekanntlich überlegen sie dem 18. März die Ausgaben der Stadt bei Weitem deren Einnahmen, so daß nie ein Ueberschuß in der städtischen Kasse vorhanden ist, um dergleichen Vorschüsse zu leisten. — Ungeachtet man noch immer hofft, daß die bis zum 27. d. M. vertagte Nationalversammlung nicht nach Brandenburg werde vertagt werden, so werden doch bereits in der hiesigen Demokratischen Vorbereitungen getroffen, um auf eine Verlegung der Nationalversammlung dorthin sachlichen Druck zu üben. — Auf der Eisenbahn von hier nach Magdeburg sollen vorgestern Abend an mehreren Stellen die Schienen auseinander worden sein, wodurch sich die Ankunft der Züge verspätete. — Aus Stettin wird und die Mittheilung, daß von Seiten der Bürgerwehr ein Komité und den konstitutionellen Klubs, die Bürgerwehr zu bewaffnen und die Reinigung der Nationalversammlung ihre Zustimmung ertheilen" zurückgewiesen worden ist. Anfangend die von mehreren Klubs in Stettin und nächster Umgebung durch ein Plakat veröffentlichte Zustimmung, so verwahrenen diese Klubs nur einen verhältnismäßig geringen Theil der Bevölkerung. Die Unterschrift des patriotischen Klubs beruht nicht einmal auf stattgefundenem Beschluß der Mitglieder.

Die „Kölner Zeitung" enthält Berichte aus Köln, Breslau, Elberfeld und Aachen, nach welchen in den genannten Städten von einem mehr oder minder großen Theile der Einwohner zustimmende Adressen an die Nationalversammlung beschlossen worden sind. Der Gemeinderath der Stadt Köln trat mit 17 gegen 16 Stimmen für die Stimme des Präsidenten, der mit der Majorität stimme, doppelt gerechnet — der Adresse, die in der Volksversammlung am 11. beschlossen worden war, bei. Am Abend wurden einige Mitglieder des in der Minorität gebliebenen Theiles des Gemeinderaths mit Kabenmusiken beehrt. Eine gleiche Ehre wurde mehreren von Denen nach Köln zurückgekehrten Abgeordneten zu Theil. Mehrere Gemeinderathsmitglieder, welche den Beschlüssen über die Adressangelegenheit nicht beiwohnten, haben einen Protest gegen den Beschluß des Gemeinderathes veröffentlicht. — Aus Trier berichtet dasselbe Blatt, daß der dortige Festtendort wie von den zehn der Zerstörung des Plateau'schen Hauses angeklagte Personen, jenen zu fünfjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt, die übrigen sechs aber freigesprochen hat. — Von mehreren Seiten wurde über einen ernstlichen Aufstand in Berlin berichtet, da aber die „Breslauer Zeitung" dieses angeblichen Aufstandes mit keiner Silbe erwähnt, so dürften diese Nachrichten wohl als reine böswillige Erfindungen zu betrachten sein. — Aus Breslau berichtet die dortige Zeitung, daß der dortige Magistrat und die Stadtverordneten eine Adresse an den König, worin derselbe um ein volksthümliches Ministerium und Zurückziehung der Vertagung und Verlegung der Nationalversammlung ersuchen wird, und eine zweite Adresse an die Nationalversammlung erlassen hat, welche der Versammlung die volle Zustimmung der Stadtverordneten ausdrückt, denn der Magistrat ist der zweiten Adresse nicht beigetreten.

Oesterreich. Die Loyalitätsadresse, welche der steiermärkische Landtag an den Kaiser übersendete, lautet: Euere Majestät! Die unerschütterliche Treue von allen Seiten herausströmender Gefühle, gleichmäßig den konstitutionellen Thron wie unsere junge Freiheit betrohten, machen es uns zum Bedürfnisse und zur Pflicht, Euerer Majestät in dieser Adresse unsere Gesinnungen, Wünsche und Gefühle mit steiermärkischer Offenherzigkeit auszudrücken. Wir thun dieß in der vollen Ueberzeugung, daß die ungebeuchelte Wahrheit des steiermärkischen Volkes mit Dem, was wir hier an den Tag legen, übereinstimme, und auch mit jedem Laute, der Euer Ohr einstmalen gerecht ist. Geleitet von Liebe zu Euerer Majestät und zu Ihrem Hause und von Liebe zum Rechte, halten wir fest an der pragmatischen Sanktion, welche die unzertrennliche Vereinigung aller österreichischen Länder sowohl unterhalb als innerhalb Deutschlands als ein festandiges und unerschütterliches Gesetz aufstellt. Eingedenk der Leiden unserer Väter hielt von den Stürmen aller Provinzen angenommen, von allen Großmächten und auch von dem deutschen Reiche verbürgte Hausgrundgesetzes des österreichischen Staates in einem achtjährigen Kriege gegen das verschworene Europa vertheidigt, und aufrecht soll dieses Gesetz mit Gottes Hilfe und durch unsere Treue auch aus den Stürmen der Gegenwart hervorgehen. Im Einklange hiemit betrachten wir es als eine heilige Pflicht, innerschaftlich mit den übrigen, unsere Gesinnungen theilenden Völkern die Integrität und Selbstständigkeit des konstitutionellen österreichischen Kaiserstaates aufrecht zu erhalten, und mit Aufbietung aller Kraft gegen jeden äußeren wie inneren Feind zu vertheidigen. So wie wir Steiermärker als Glieder Oesterreichs jeder Einmischung fremder Völker in unsere und des Reiches freuen, mit ihnen gemeinschaftlich unter Habsburgs Banner in hundert Schlachten gegen gewaltige, an Zahl weit überlegene Feinde gleichgestig im Osten wie im Westen die Freiheit Europas siegreich gewahrt zu haben, eben so fühlen wir uns auch durch diese hingezogen zu dem großen Deutschland, mit dem wir auch ein Jahrtausend alle Wechsel durch unserer

Bewahrung aller durch das kaiserliche Wort verbürgten Freiheiten die schwerste und die beschämendste Strafe sein. Genehmigen Euere Majestät die Gesinnungen Ihrer treuen Steiermärker, die in dem konstitutionellen Throne und in der Erhaltung der ihm unentbehrlichen Würde und Rechte die sicherste Bürgschaft ihres auf die erworbenen Freiheiten gestützten Glückes finden. Vom steiermärkischen provisorischen Landtage. Graz, den 8. November 1848.

Ueber den in unserem gestrigen Hauptblatte erwähnten Einfall der Ungarn in Steiermark berichtet die „Grazer Zeitung" aus Friedau noch einiges Nähere. Am 26. Okt. hatte der Kommandant der ungarischen Armee bei Mura Kőj, Major Perczel einen Aufruf erlassen, in welchem er die bestimmte Erklärung gab, daß „die unter seinem Kommando stehende ungarische Armee weder die Bestimmung noch die Absicht habe, einen Einfall in Steiermark zu machen, daß er hiezu sich fest sich halten an den Befehle Gottes nachkommen werde, der da heißt: Was du nicht willst das man dir thue, das sollst du auch keinem Andern thun." Angesichts dieser seiner Erklärung fiel aber der Hr. Major in der Nacht vom 7. auf den 8. Nov. mit mehr als 5000 M. und 12 Geschützen in Steiermark ein! Seine Truppen verübten in Oberdrosttau große Exzesse, stahlen, plünderten und mordeten. Sie waren erfüllt und niederträchtig genug, zwei junge Mädchen, gleichsam zum Spaß zu erschießen! — Was indeß das Traurigste bei diesem ganzen Vorfalle bleibt, ist der Umstand, daß es Mitglieder der Wiener akademischen Legion waren, welche raubten und in schändlichem Uebermuthe sogar das Vieh im Stalle erschossen! Ueber die Mehrzahl der Gefangenen und Verwundeten welche den österreichischen Truppen in die Hände fielen, sind Deutsche! auf der Wiener Aula für Ungarn geworben! — Ein sehr charakteristischer Zug begleitet noch die obigen Thatsachen: — Der Zug Perczels nach Friedau war von wenigstens 18 Wägen mit Weibern begleitet, welche dort zu plündern gedachten!

§ Triest. 13. Nov. Ungeachtet durch den letzten Abzug des sardinischen Admirals Albini aus den Gewässern von Venedig ganz klar zugestanden war, daß auch die piemontesische Regierung es anerkenne, wie die Inselstadt im Waffenstillstandsvertrage mit einbegriffen sei, so liegt doch das italienische Geschwader abermals in Pelorosso vor Anker und die österreichische Blokadestotille hat ihre Winterstationen auf der Rhede von Triest und in den Häfen Istriens gesucht. Zwar geht uns die Nachricht vom Abschlusse eines neuen Waffenstillstandes zu: Albini müsse, wie er schon einmal auf den Dannspruch Deutschlands gewichen, auch gegenwärtig einen andern Ruhepunkt und namentlich an nicht-österreichischer Küste suchen, allein, er ist nicht bisher weit davon entfernt dieß zu vollführen, sondern er sucht uns sogar näher zu kommen. Die Scirocostürme, welche bereits mit all ihrer Macht beginnen, werden den Sardinern den Aufenthalt in Venedigs Nähe verleiden, und die Lage nach Ancona bringt sie um den Vortheil Triest nahe zu sein und auf diese Art mögen sie auf den Gedanken gekommen sein, sich einen Hafen Istriens und zwar den uns nahe gelegenen von Pirano als Ueberwinterungsplatz von unserem Militärkommando zu erbitten. Daß diese Bitte rund abgeschlagen wurde, versteht sich von selbst. Indeß scheint man unserer Seits zu glauben, daß für den Augenblick auch sonstige Vorsichtsmaßregeln nöthig seien. Die Batterien von Pirano wurden verstärkt und Landtruppen hingeschickt. Ueberdieß hat das hiesige k. k. Hafenamt allen Schiffen, welche seit einiger Zeit wieder vor unseren Strandbatterien lagen, die Weisung gegeben, sich seitwärts zu ziehen. Gestern ist der Kriegsdampfer „Vulcano" mit Depeschen an Albini abgegangen. Wahrscheinlich verlangt man dessen Entfernung von Venedig. Aus den Gangen geht so viel hervor, daß in den italienischen Angelegenheiten viel — sehr viel Unsicherheit herrscht. Venedig, der Stein des Anstoßes auf der Siegesbahn der Oesterreicher, kann nun abermals über alle unsere Bemühungen lächeln. Die Geldsummen, welche man in ganz Italien zusammentreibt, theilt durch Sammlungen von Seite patriotischer Frauen, theils durch die Straßenpredigten des P. Gavazzi, um die Erhebung in Venedig zu erhalten, und seitweise Besuche Albinis, welche das ihm nicht gewachsene Blokadegeschwader zum Rückzuge nöthigen, geben der Lagunenstadt immer wieder die Mittel und die Gelegenheit, sich frisch zu verproviantiren. Muß Albini abziehen, versteht sich erst nach vielen Protesten und Gegenprotesten, so können dann unsere Leute, wenn sie noch weiter Lust haben, ihre Aufgabe wieder von vorne beginnen. Eben wieder ein politisches Intermezzo, das unsere Zeit und die streitenden Parteien in jeder Rücksicht charakterisirt — Bei uns soll nun zur neuerlichen Wahl eines Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung geschritten werden, da Hr. Burger sein Mandat niedergelegt hat; und da nunmächtens zu erwarten stehe, daß auch unser zweiter Abgeordneter v. Brud aus der Nationalversammlung förmlich scheiden wird, da ihm der Ruf ins Ministerium werden dürfte, so wird noch eine zweite Nachtragswahl nöthig werden. Leider scheint in der Sache eine große unbegreifliche Gleichgültigkeit zu walten. Wenn die deutsche Bevölkerung unserer Stadt so wenig für Deutschland sympathisirt, was können wir von der italienischen fordern? — Wir haben es weit gebracht mit unserem Deutschthume.

Oesterreichische Monarchie.

In Siebenbürgen erliegen die Magyaren und Sekler entschieden den aufgestandenen Wallachen (Romanen) und Deutschen. Der Krieg ist furchtbar grauelvoll. So wurden am 12. Oktober in Klausenburg zwei junge romantische Hauptleute der Nationalgarde und ein Geistlicher von den Romanen mit dem Strange hingerichtet, und an demselben Tag in Maros-Vasarhely ein junger Romane buchstäblich gekreuzigt, wobei man ihm kannibalischer Weise die Füße und Ohren abschnitt und die Augen ausstach. Oberstlieutenant Urban soll mit 10 Kompagnien des 2ten Romanen-Regiments Maros-Vasarhely besetzt und die Nationalgarde entwaffnet haben. Auch den Klausenburger Magyaren sind die Waffen abgenommen. In Stadt und Dorf wird der Landsturm organisirt, um in Gemeinschaft mit dem Militär zu operiren.

Aus Klein-Enisjed, Siebenbürgen, 20. Okt. Seit vier Tagen fingen die ungarischen Ebelleute dieses Ortes unter Flüchen gegen den Kaiser und Drohungen gegen ihre Mitbewohner, die Romanen, an, stark bewaffnet sich in das Schloß zu ziehen. Die Romanen bemerkten den Abzug, traten ihnen entgegen und verlangten die Ablegung der Waffen. Dies gab zu einem Konflikt Anlaß und das Feuer der Gewehre zündete einige Hausthore und Fruchthäuser. Dies nahmen die Nachbarörfer für ein Allarmzeichen und eilten nach dem Orte. Die Ungarn sperrten die Thore des Schlosses und fingen an, durch die Fenster auf das versammelte Volk zu schießen. Vier Individuen wurden getödtet und mehrere verwundet. Nach niedergelegtem Parlamentiren, wegen Ablegen der Waffen, erklärten die Ungarn, daß sie alle Waffen ablegen würden, in der That bedeiten sie jedoch manche versteckte Pistole, wovon sie bald Beweise gaben, denn ein junger Ungar schoß beim Defiliren einen Mann nieder. Die Romanen geriethen darauf in Wuth und mehelten alle Ungarn nieder.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 16. Nov. Bayer. 3½ proz. Obligationen 75½. 5 proz. 88½. G. Bankaktien 11. Semester 580 G. 575 G. Promessen 35 G. — G. Oesterreich. 5proz Metall. — G.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Sonntag, 19. Nov.: „Die Hugenotten", Oper von Meyerbeer.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. Mad. Genaval, Musikdirektorsgattin, von Berlin v. Meyerbeer, von Berlin. Fräulein Berkan, von Berlin.

Hotel Manlik. v. Zavayer, Staatsrath, von Bordeaux. Mier, Partikulier, von Bordeaux. Erich, Privatier, von Lüttich.

Gold. Kreuz. Robert, Partikulier, von Lyon. Schalk, Gutsbesitzer, von Diakelshöhl. Förster, Professor, von Hannover. Leibinger, Privatier, von Strasding. Schrod, Bürger, von Wien.

Gold. Hahn. Manheimer, Kaufmann, von Fürth.

Blaue Traube. Schmid, Maler, von Bamberg. Dr. Ereke, Professor, von Dannenberg. Bibel, Privatier, von Rendsburg. Cassingy, Privatier, von Klagenfurt. Banda, Verwalter, von Grendach. Salzer, Herrschaftsbesitzer, von Grendach.

Gestorbene in München.

Franz Gersabeck, bürgerl. Tischler, 58 J. a. Theres Eich, Hoftheater-Choristengestrau, 34 J. a. Karl Ziegler, Steingutverleger von Ludwigsburg, 49 J. a. Franz Seraph Auffschätzer, ehem. Pfarrer von Unterbrunn, 81 J. a. Maria Anna Kirchmaier, Porzellanmalerswittwe, 37 J. a.

Verschiedene Anzeigen.

243. Man sucht noch zwei Theilnehmerinnen an einer französischen Stunde, wobei die Theilnehmerin 1 fl. monatlich zu bezahlen hat. D. Uebr.

228. (Ge) Man sucht einen Theilnehmer an einer englischen Stunde, welcher drei Gulden monatlich zu bezahlen hat. D. Uebr.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

München, den 18. November.

Durch Allerhöchstes Dekret vom 11. Nov. wurde der Rentkamte Heinrich Adam Degenhard in Karlsruhe auf Ansuchen für die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt, und an dessen Stelle zum Rentkammten in Karlsruhe, der Finanz-Rechnungs-Kommissär von Oberdorfer, Heinrich Sommer ernannt; dann an Sommer's Stelle der Finanz-Rechnungs-Kommissär in Bayreuth, Friedrich Vogel, auf Ansuchen versetzt; durch allerhöchstes Dekret vom 14. Nov.: der Revierförster in Aschaffe, Eugen Sauerbrunn, zum Forstkommissär II. Klasse in Landshut befördert; der substituirte Oberkonservator Heinrich Achilles in München, zum Konservator bei dem Hauptsalzamte Miltenberg ernannt, der Revierförster in Neuhaus in Pirch, Johann Christoph Schmidt auf Ansuchen mit Zurückbehaltung seiner Zuweisung in den Ruhestand versetzt; der Rentkamte Heinrich Honig in Sulzbach, auf Ansuchen für die Dauer von 2 Jahren quieszirt; an Honig's Stelle, auf Ansuchen, der Rentkamte Jakob Birzer in Waldmünchen versetzt und an Birzer's Stelle der Expeditor und Tardamte des Kreis- und Stadtgerichtes Regenburg, Andreas Bibel ernannt. Durch Allerhöchstes Dekret vom 15. Nov.: Dem als Vorstand der Zeitungs-Expedition bei dem Oberpostamte München verwendeten Offizialen I. Klasse, Hinderich August Cramer, in Anerkennung seiner bisherigen Dienstleistungen den Titel und Rang eines Spezial-Kassiers verliehen; der Post-Funktionär Michael Hiltmeyer in München, zum Offizialen 3. Klasse bei dem Oberpostamte München provisorisch ernannt.

Die Reichsverfassungs-Aufgabe.

* **München, 16. Okt.** *) Als die Römer unter Brutus die Tyrannei vertrieben hatten, gelang es, ein freies Gemeinwesen auf die Dauer zu gründen. Fünfhundert Jahre waren vergangen; und ein anderer Brutus rettete den Usurpator Cäsar, um die Freiheit des Vaterlandes zu retten. Der Erfolg war nicht die Rettung, sondern der Untergang der Freiheit, die Gründung einer Alleinherrschaft, in welcher auf Augustus die Tiberius, Caligula, Claudius und Nero folgten. Die Ursache der Unfreiheit im Römischen Reiche lag darin, daß nur die Tyrannis das römische Volk noch nicht verdorben, in der letzten Zeit der Republik aber sehr verrohen war. Machiavelli macht diese Bemerkung in einem Kapitel seiner Discorsi (I. 17), welches die Ueberschrift trägt: für ein verdorbenes Volk, wenn es zur Freiheit gelangt, ist die Bewahrung der Freiheit eine sehr schwierige Sache. Hat die Freiheit, welche den Deutschen in Folge der Barrikadenerhebungen (per accidente) zu Theil geworden ist, Römer erst zugelassen, ein noch unverdorbenes oder ein vorerst noch Volk gefunden? Sind die an den freien Römern der alten Zeit gerühmten Tugenden der Gottesfurcht, Sittenstrenge, Wahrheitsliebe, Rechtsstandhaftigkeit, Gemeinsamkeit, Selbstbeherrschung und Aufopferungsfähigkeit, ausdauernde Thatkraft und Charakterfestigkeit, der Treue gegen einander und unerschütterlichen Vertrauens in ihren Staat, — sind diese Tugenden trotz mächtiger Gegensätzlichen der Deutschen unserer Tage? Treten nicht vielmehr Gottlosigkeit oder doch Religions-Gleichgiltigkeit, Sittenlosigkeit und Genußsucht, Eigennutz und Gewinnsucht, Gleißnerei und Sucht zu glänzen, Mißachtung von Recht und Wahrheit, Parteieifer und Parteihaß, Anmaßung und Ueberhebung der unreifen Jugend, Charakterlose Hingebung an sklavische Einflüsse — überall in unseren Erscheinungen hervor! — Faßt die Macht ins Auge, welche die zahlreichen Demagogen der schlimmsten Sorte in allen Theilen von Deutschland erlangen konnten und noch fortwährend üben; erwägt den Mangel an männlicher ausdauernder Thatkraft, welcher sich bei der großen Menge der sogenannten Gutgesinnten, der Ordnungsfreunde zeigt; bringt alle die zahlreichen Fälle des Mißtrauen vorgekommener Thatsachen in Rechnung, welche an Mißbrüche Prophezeiung von der drohenden Barbarei mahnen; vergleicht damit die Erscheinungen in den Zeiten des Verfalls der Freiheit von Athen und Rom, und ihr werdet die Zweifel über die Zukunft der deutschen Freiheit für wohlbegründet halten. — Gewährung eines größeren Maßes von Freiheit, als ein Volk nach dem Zustande der Sitten vertragen kann, hat seine Strafe und nach einer Periode anarchischer Verwirrung neue Knechtschaft im Gefolge. Möge die Reichsversammlung die Grundrechte, welche dem deutschen Volke gewährleistet werden sollen, bei der Revision der gefaßten Beschlüsse auch aus dem in vorstehenden Zeilen angedeuteten Gesichtspunkte einer gewissenhaften Prüfung unterziehen; mögen ihre Mitglieder, wenn sie sich von der Unhaltbarkeit dieser oder jener Rechts-Einräumung überzeugen, das Wohles ihrer Mitmenschen bei der Abstimmung nicht entehren! — Die Kette ist um so gefahrvoller, als sie eine doppelte ist; von dem nichts weniger als jugendkräftigen Volke soll gleichzeitig mit der Freiheit auch die Einheit staatlicher Einrichtung begründet und festgestellt werden; es gehöre ein Wunderzauben dazu, um, wie die Sterne fehlen, das Gelingen der Radicalkur mit einiger Zuversicht zu erwarten. Man hat, (im Gebiete der Einheitsfrage) das Bestehende eingestehen, ohne vorher den Plan des Neubaus umschrieben, mit Berechnung aller Schwierigkeiten und Hindernisse, entworfen und sich mit den Betheiligten darüber verständigt zu haben; von der bestehenden Voraussetzung, die Volkssouveränetät zu repräsentiren, ausgehend hat die Reichsversammlung den Vereinbarungsweg zu schlagen, obschon vorherein keinen Unbefangenen entgehen konnte, daß ohne übereinstimmende Willensfreiheit wenigstens der stattlichsten Großmächte ein friedliches Zustandekommen unmöglich sei; unbeirrt durch die bisherigen Erfahrungen jene illusorische Voraussetzung festhaltend, führt sie fort, ihre Autorität durch Beschlüsse zu gefährden, deren Unausführbarkeit von den Urheber selbst in nächsten Tage anzuerkennen gewachte wird. Jede Hoffnung des Heils muß verschwinden, wenn die Reichsversammlung nicht Kraft in die Schranken zurückkehrt, über welche sie nie hätte hinausgehen sollen; wenn nicht wohlerwogene Ueberzeugung von der Ausführbarkeit die Voraussetzung jedes künftigen Beschlusses ist, wenn nicht der Weg der Vereinbarung überall, wo er zur Vermeidung von Friedensstörungen unverweislich, mit Offenheit eingeschlagen und überhaupt das Ziel der Verfassungsstaat, also auf das nach den Anfängen und Erfahrungen Erreichbare bezüglich wird. Die Berathung über den Biedermann'schen Antrag wird demnächst eine passende Gelegenheit darbieten, in diesenige Bahn einzulenken, durch deren Einhaltung die Reichsversammlung das sehr gesunkene Vertrauen wiederherstellen und zur Vollbringung des großen Werkes, so weit es in Finden möglich, mit Besonnenheit fortschreiten kann.

*) Der vorstehende Aufsatz ist die Stimme eines Mannes, der nicht erst seit gestern als wahrer Patriot und Freund der Freiheit in reinsten und edelsten Sinne des Wortes sich bewährt hat, und dessen gewichtiges Mahnwort unter allen Umständen die vollste Beachtung und Beherzigung verdient.
D. Red.

Der landwirthschaftliche Kongreß zu Frankfurt.*)

(Fortsetzung.)

△ **Frankfurt, 14. Nov.** In der 3. Sitzung am 5. Novbr. zeigte der Präsident nach Verlesung des Protokolls der Versammlung den Einlauf von 7 neuen Anträgen: Die permanente Ausschußmahl, die Kommissionsreihenfolge, die Geschäftsordnung, Güterzerstellung, das landwirtschaftliche Volksschulwesen, Behandlung der landwirthschaftlichen Statistik, Abhaltung der künftigen Versammlung für deutsche Lande und Forstwirthe betreffend an. Hierauf wurde die Kommission für §. 1 (Wahl einer permanenten Ausschusses betreffend) zusammengelegt; und wurden die Herren v. Kürfinger aus Salzburg, v. Schlicht aus Preußen, v. Kleist aus Pommern, v. Kirchner aus Hannover, Hr. Walz aus Rheinbayern und v. Babo aus Heidelberg gewählt. Der Präsident theilte ferner der Versammlung eine Einladung des hohen Senats der freien Stadt Frankfurt zu einer freien Fahrt nach Höchst, wozu sich die Versammlung die vorigen ausgezeichneten Freibillets für ihre Berathung nicht uninteressant erscheinen dürften. Schluß der Sitzung.

4. Sitzung am 8. Nov. Verlesung und Genehmigung des Protokolls, Einlauf und Vertheilung verschiedener Schriften der ländlichen Arbeiter-Vereine und Proletariat, den preußischen Zollverein betreffend. Das Präsidium verkündete folgende neugestellte Anträge: 1) Ueber Devastation der Wälder: 2) die Wahl landwirthschaftlicher Ausschüsse; 3) über allgemeines deutsches Maaß und Gewicht: 4) über Mitel von Seite der Versammlung für Freiheit und Ordnung: 5) Gesuch deutscher Thierärzte um Schutz gegen Quacksilberei: 6) mehrere rheinischer Vereine um Gesuch für Flachs und Hanf: 7) über Mehlmagazinirung: 8) über forstpolizeiliche Anordnungen: 9) über Herabsetzung der Salzsteuer, wovon der 1., 2., 3., 6., 8. und 9. Antrag an die betreffenden Kommissionen gewiesen, der Antrag 4 als nicht hierher gehörig bei Seite gelegt, dagegen für den 5. eine Kommission, bestehend aus den Herren v. Brandenstein von Münster, Dr. Fraas von München und Rath aus Rheinpreußen erwählt wurde. Eben so wurde für den 7. eine neue Kommission aus Hrn. v. Alten aus Hannover, Delius aus Rheinpreußen und Glaß aus Altenburg ernannt. Hierauf erstattete Hr. Landrath v. Simons im Auftrage der Kommission für die Frage §. 4 Bericht, der dahin lautet: „Die Kommission hat nach genauer Durchsicht der modifizirten Fassung der Grundrechte des deutschen Volkes gefunden, daß in den gegebenen Kreis ihrer Berathung zunächst der §. 31 gehöre, welcher sich folgendermaßen ausspricht: Jeder Grundeigenthümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden und von Todeswegen ganz oder theilweise veräußern. Den Einzelnstaaten bleibt überlassen, die Durchführung des Grundsatzes der Theilbarkeit des Grundeigenthums durch Uebergangsgesetze zu vermitteln. §. 25. Absatz 3. Für die todte Hand sind Beschränkungen des Erwerbs, Eigenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, im Wege des Gesetzes und aus Gründen des öffentlichen Wohles zulässig. §. 28 Absatz 1. Der Bericht der Kommission geht nun darauf hin: daß es der verehrlichen Versammlung gefallen wolle, der deutschen Nationalversammlung gegenüber den Wunsch auszudrücken, daß diese letztere sich veranlaßt sehen möge, den §. 31 (30) der modifizirten Fassung zu streichen, damit nicht so wesentliche Interessen der Landwirtschaft und der ländlichen Bevölkerung durch diese Bestimmung auf das heftigste in ihren Grundpfeilern und zum größten Nachtheile derselben in einzelnen Ländern des deutschen Reiches erschüttert werden möchten. Die Kommission hält zwar auch die Aufhebung der Jagdrechte und der Fideikommisse in der Weise, wie sie in den Grundrechten

*) Vgl. Nr. 118 (vom Sonntag 12. Novbr.) der neuen Münchener Zeitung.

abgefaßt sind, in mannigfachen Hinsichte für bedenklich, glaubt jedoch, daß diese Bestimmung nicht innerhalb des begrenzten Kreises ihrer Aufgabe liege, um weiter auf diese Materie einzugehen. Die Hierauf ersönende Diskussion war äußerst lebhaft und endete damit, daß der Antrag der Kommission mit großer Majorität (alle gegen 17 Stimmen) angenommen wurde. Ein seiner eingebrachter Antrag: Schutz des Eigenthums an Zügen ufen, und die Allwissenrechte betreffend, worüber Hr. Mittner im Namen der Kommission ebenfalls Bericht erstattet, wurde dagegen verworfen.

Deutschland.

Bayern. △München, 17. Nov. Heute Nachmittags 4 Uhr wurden Schwanthaler's Reste zu ihrer Ruhestätte geleitet. Die Theilnahme der ganzen Einwohnerschaft an dieser traurigen Feier war eine so lebhafte und außerordentliche, wie sich bei der allgemeinen Verehrung und Liebe, die der große Künstler genoß, erwarten ließ. Zöglinge der Akademie, (Schwanthaler gehörte ihr bekanntlich seit langem als Professor der Bildhauerkunst an), trugen den mit einem Lorbeerkranze, Kränzen und zahlreichen Ordens-Insignien geschmückten Sarg. Ihm folgten die Professoren der Akademie, Staatsbeamte, Künstler, Gelehrte und Bürger, Leidtragende jeden Ranges und Standes, in kaum übersehbarem Zuge nach. Die Beisetzung erfolgte vorläufig bis zur Vollendung der Gruft, die — wie man sagt — König Ludwig für Schwanthaler auf dem neuen Friedhof herstellen läßt, in dem Gruftgewölbe des Domkapitels. Nachdem der Geistliche den kirchlichen Akt mit einer kurzen Rede zum Andenken des edlen Todten beschlossen, richtete Hr. Maler Teichlein einige ergreifende, kräftige Worte an die „Freunde und Kunstgenossen", und mahnte in der ernsten Stunde und in der ernsten Zeit, in der wir leben, zum muthigen Ausharren in dem großen Kampfe des Geistes, den Schwanthaler wie Wenige durchmachte, ja, in den Kampf mit all jenen Hemmnissen, mit denen die trübe irdische Welt vorzugsweise die zur Kunst Berufenen umschließt. Als er geendet, tönten die Trauergesänge der von Kunz dirigirten Liedertafeln weit über die stillen Räume des Friedhofes hin; die aufgelöschten Fackeln loderten hoch auf in den Händen, und hinterließen Abend; die schweigende Rührung zerstreute sich die Menge. Wie wir hören, hat Schwanthaler durch eine letztwillige Anordnung in dem von ihm erbauten Museum, das die Modelle seiner bedeutendsten Arbeiten enthält, der hiesigen Akademie der bildenden Künste ein Vermächtniß hinterlassen, das für die Kunst und unsere Stadt von unschätzbarem Werthe ist.

Württemberg. Stuttgart, 15. Nov. Zu Anfang der heutigen Kammersitzung kündigt Schorr einen Antrag in Betreff der gegenwärtigen Lage Berlins, Steger in Betreff der stattgefundenen Eröffnung des Reichstagsabschiedes an. Blum für morgen an. Darauf Berathung eines Berichts der Adreßangelegenheit über die Thronrede. Man theilt sich in der Kammer mit daß die Ministerkrise zu Ende sey. Der König soll Wilhans sein 300,000 fl. an der Civilliste nachzulassen, und zwar die bereits gewährte nachgelassen zu haben. Dafür soll ihm künftig für jede Lebenszeit, und weiter 100,000 fl. wiederum zustehen. (Beob.)

Gr. Baden. Eine Verordnung im neuesten Regierungsblatt hebt im Verkehr der Behörden untereinander die Bezeichnungen: höchstpreislich, hochpreislich ꝛc, sowie im Geschäftsverkehr die auf den persönlichen Rang bezüglichen Bezeichnungen: Excellenz, Hoch- und Wohlgeboren u. s. w. auf. (K. Ztg.)

Schleswig-Holstein. — Aus Kendsburg, 9. Nov. berichten die Hamb. Nachrichten: „Die dänische Armee, welche 28,000 Mann fart in der letzten Hälfte des vorigen Monats schlagkräftig an der schleswig-holsteinischen Grenze stand, hatte, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, den Befehl am 23. v. M. über die Königsau zu gehen und nach Nordschleswig zu dringen. Allzusehr aber kam aus Kopenhagen ein Gegenbefehl, in Folge dessen die Truppen in Jütland dislocirt und ein großer Theil der Mannschaften bis auf weiteres beurlaubt wurde. Es soll dem kriegslustigen dänischen Ministerium durchaus an pekuniären Mitteln fehlen. In unserem Kriegsdepartement auf Gottorf herrscht große Thätigkeit. Auch die Schleswig-Holst. Ztg. (welche urtheilt, daß sie vom 14. d. M. an in Altona erscheinen werde) schreibt man aus Schleswig, daß die Dänen das dänische Gebiet diesseits der Königsau besetzt, die Gränze jedoch nicht überschritten hätten.

Die Schleswig-Holst. Ztg. meldet aus Kiel 9. Nov. Graf Otto Rantzau, Klosterpropst zu Uetersen, früher Gesandter in St. Petersburg, geht in diesen Tagen nach London, um in England die Interessen Schleswig-Holsteins zu vertreten. Natürlich nicht als affectivirter politischer Agent (Gesandter), da in dieser Beziehung das Reich uns vertritt.

Preußen. — Berlin, 14. Nov. Man liest in der heutigen Spener'schen Zeitung: „Ob gehen und folgende zwei Artikel mit dem Austrage zur Veröffentlichung zu, und wir kommen diesem Antrage nach: 1) Berlin, 12. Nov. Wenn man auf den Grund von Bemerkungen zurückgeht, um die es sich in diesen ernsten Tagen in der Hauptstadt handelt, so wird man zunächst nicht anders sagen können, als daß es eine rein formelle Frage ist, die den ersten Anlaßgangspunkt dieser unerquicklichen Katastrophe bildet: Die Regierung beschließt die lokale Verlegung der preußischen National-Versammlung, um dieselbe dadurch gegen die anarchischen Einflüsse sicher zu stellen, welche ihr Wirken in Berlin zweideutig erscheinen lassen mußten. Durch die Verlegung an einen andern Ort wird aber das freie gesetzliche Princip, auf welchem die Nationalversammlung beruht, noch in keiner Weise alterirt oder beschädigt; es kann vielmehr nur die Absicht sein, es um so ungestörter in einem Akt der Gesetzlichkeit, nicht in einem Akt, sich entfalten zu lassen. Der gesetzliche Charakter, welcher die wahre und einzige Ehre einer Nationalversammlung ist, kann nicht an eine bestimmte Lokalität, noch an den Glanz und die Größe der Hauptstadt gebunden sein, die geeignet sein mag, kleine Persönlichkeiten zu augenblicklichen Gelten der Straße zu machen, die aber einer gesetzgebenden Versammlung keinen Zollbreit Bedeutung zusetzen kann, wenn sie dieses nicht aus sich selbst zu entwickeln im Stande ist. Dagegen kann — um mit dem Abgeordneten Berg im Hôtel de Russie zu reden — die „organisirte Anarchie" lediglich an eine bestimmte Lokalität gebunden sein, an welche sie alle ihre schmutzigen Saugzüge methodisch angiebt hatte. Hier wird die lokale Frage allerdings zu einer Gewissensfrage, aber nicht zu einer solchen, durch die das gesetzliche Princip zerstört, sondern durch die es allein wahrhaft zu Recht und Geltung gelangen kann! Ueber das Recht der Verlegung einer solchen Versammlung existiren keine staatsrechtlichen Normen, und können nicht existiren, sondern es gibt hier nur eine Staatsrechtliche Konvenienz, die nach den, aus das Wohl des gesammten Vaterlandes zu nehmenden Rücksichten von dem gesammten Staats-Ministerium gefaßt werden hatte muß. Es kann aber unser Unbefangenen keine Frage sein, daß eine Versammlung auf demselben Wege, auf dem sie äußerlich entstanden, auch äußerlich weiter bestimmt und auf einen andern lokalen Standpunkt dirigirt werden kann! Wenn das Wahlgesetz und das Königl. Einberufungsschreiben mächtig und berechtigt genug waren, um die Versammlung nach Berlin zusammen zu bringen, so müssen dieselben Motive, die sie seinerzeit auf Berlin ausschließlich lauten, auch wohl hinreichen, um die Idee der Versammlung noch einige Meilen weiter in das gute Brandenburgische Gebiet und unseres Königshauses hineinzuführen, desonders wenn man sich dadurch in der That „um das Vaterland wohl verdient machen" kann. Wenn das Prinzip der Versammlung durch die Verlegung nicht angetastet worden, so kann sie ferner darauf ausschließlich sich berufen, daß sie Recht und Gesetz wollen, und sie kann weder in staatsrechtlicher noch in patriotischer Meinung ein Steigern ihrer Stellung über ihr Recht und ihr Prinzip hinaus darauf begründen. Man muß es daher mit Erstaunen sehen, wie unsere Nationalversammlung (oder vielmehr die übrig gebliebene Freischaar von 252 Mitgliedern derselben) jetzt plötzlich bei dieser Gelegenheit mit ihren alten revolutionären Regierungs-Gelüsten hervortritt, als ob sie wieder Macht denkt! Auf Einmal hört man sie sich zum Führer des souveränen Volkes erklären, und ihr Präsident, Hr. v. Unruh, äußert sich von der Treppe des Hotel de Russie heraus noch großmüthig genug dahin: „daß man alle gesetzlichen Mittel erst erschöpfen wolle, daß man aber mit der Freiheit zu Reden und zu fassen wissen werde." Man muß über diese Sprache um so mehr erstaunt sein, da sie in dem Munde dieser ganzen Opposition mit der Versammlung, wie die Rathwendigkeit und die höhere Staatsgesetzung sie auferlegten, in keiner Weise um einen Angriff auf die Freiheit des Volkes handeln konnte. Die von Hrn. v. Unruh proklamirte Erschöpfung der gesetzlichen Mittel ging aber heute in der gestrigen feierlichen Abendsitzung im Schützenhause so weit, daß zu einer Anklage und Misstrauens auf hochverrath und zu einer Kommission für das vielbesprochene Thema der Steuer-Verweigerung geschritten wurde. Wie es mit den Beschlüssen dieser außer dem Gesetz tagenden Gesellschaft steht, darüber wird die Regierung freilich bald dem Lande die nöthigen gesetzlichen Aufschlüsse gewähren müssen; ebenso wird sie leicht im Stande sein, ein gesetzwidriges und freiheitstörisches Treiben, wie es etwa durch diese Berathungen hier und da erweckt worden könnte, mit Milde und Nachdruck wieder in seine Grenzen und dem deutschen Volksgeist natürlichen Geleise zurückzuführen. Diese ersten Proben von der Wirksamkeit unserer Versammlung in einem Berliner Privatlokal sind aber genügend, um auf sie gesetzlichen Mittel, welche noch ferner durch dieselbe erschöpft werden können, den gesunden Sinn unseres Volkes hinzuweisen. Man kann nur wünschen, daß jene friedlichen Missetaten" und von „sittlicher Erbebung" sprechen, und wenn es damit wirklich Ernst ist, wenn die Maschinerien der Straßen-Emente, deren Fäden von gewissen Fraktionen der hohen Versammlung gezogen wurden, wirklich auf einem besseren Bewußtsein, nicht aber nach einer neuen Intrigue, ins Stocken gerieten: so wird keine Gefahr für das Vaterland sein, sondern die Regierung wird, so kann man hoffen, die erste sein, welche an dieser ihr entgegentretende Bewußtsein des Volks anknüpft und daraus mit starker Hand die wahre Freiheit und Sicherheit des Staates in ächt konstitutioneller Vereinigung zwischen Thron und Volk zu gestalten im Stande sein wird. 2) Berlin, 13. Nov. Die Nationalversammlung des Schützenhauses hielt gestern Nachmittag eine Sitzung ab, von welcher die demokratische Partei große Entschlungen, vielleicht sogar Thaten sich versprochen hatte! Als die Wunder-Aussen zur Heilung aller krassen Volkswünsche schwebt nämlich dieser Partei noch immer die Steuer-Verweigerung vor, dieses höchst problematische Mittel, durch welches der Aufruhr an den menschlichen Eigennutz zu appelliren gedenkt, durch welches man endlich dem armen Volke einige Silbergroschen meint, um ihm dafür Millionen an Werth, nämlich seine Ruhe, sein gesetzliches zum Gewissen, zu stehlen! Die Gesellschaft des Schützenhauses wurde auch gestern bereits ohne Zweifel die „Steuerverweigerung" „debattirt" haben, wenn sie nicht dafür suchten müssen, dadurch in ihrer eigenen Mitte eine Einzweiung hervorzurufen und sich so schon so früh in ihrer Blöße und ihrer inneren Ohnmacht den Volke zu zeigen. Wie hätten gestern satt so schadenfroh sein mögen, dieß zu wünschen, denn da wir an den ehrlichen und unzerstörbaren Kern des preußischen Volkscharakters niemals den Glauben verloren, so hätten wir es auch ihm zu Nutzen und Frommen gern gesehen, daß alle diese Gaukeleien durch sich selbst und durch ihre eigene Lüge ihre

rasches Ende gefunden. Es läßt sich nämlich nicht länger als Geheimniß bergen, daß der National-Klub des Schützenhauses über die „Erschöpfung der gesetzlichen Mittel“ um mit dem Bürger-Präsidenten Unruh zu reden, mit sich uneinig geworden ist! Aus diesem Grunde wurde gestern der Kommissionsbericht über die Steuer-Verweigerung noch zurückgehalten, und man beschäftigte sich den ganzen Nachmittag über mit den Neuwahlen des Präsidenten und des Vice-Präsidenten, wodurch eine merkliche Lücke in der begeisterten Stimmung aller souverainen Freunde der Versammlung entstand. Es war Sonntag, an welchem auch der strengste Republikaner-Sinn sein Vergnügen will, und in der ganzen Linkenstraße sprach man von nichts, als von der Steuerverweigerung. Daß die Versammlung im Ballhause, statt diese Steuerverweigerung zu beschließen, mit Klamm-Ehrenfeld spielen und mit Wahlperiodenschwätzchen beschäftigte, kam dem Volke draußen so vor, als wenn der arme Mann, der nichts zu hinterlassen hat, die kostbare Zeit seiner Sterbestunde, in der er an sein vergangenes Leben zurückdenken sollte, mit den Formalien seines Testamentes verschwendet. Die als Botschaft übrig gebliebene Nationalversammlung konnte also auch mit dem Volke diplomatisiren, denn sie wußte wie ihre Zeitgenossen, daß Niemand mit Nichts rennen, wozu sie in einem so verhängnißvollen Augenblick nur schreit, um ihre letzte nur äußerste Prinzipfrage hinauszuschieben. Mehrere einflußreiche Mitglieder, die ihr die jetzt noch neu gebliebene, haben nämlich privatim erklärt, daß sie austreten würden, wenn sich zur Steuerverweigerung schritte. Unter Denen, welche die Steuerverweigerung mit ihren Ansichten von Recht und Freiheit nicht vereinbart finden, soll sich namentlich der Präsident Bornemann befinden. Daher diese ungeheure Klammheit, welche man gestern in der National-Gesellschaft bemerkte, und der selbst durch den Aufschwung nicht abgeholfen wurde, welchen das Mitglied Temme nahm, der plötzlich und zur Verwunderung aller eine Gloriosformel ausstieß, die lautete: „Wir Alle schwören, nicht treulos von dieser Stelle zu weichen!“ Diese Formel ist bekanntlich das Gelübnß in der Versammlung selbst sind, dann dem Volke beweisen, wie es bereits mit dem Muth dieser seiner Vertrauensmänner steht! Es wird daher wohl nichts Anderes übrig bleiben, als sein Vertrauen anderswohin zu richten, und der Wiederherstellung einer wahren gesetzlichen Freiheit und Staatsbewegung, die nicht anders wie als durch außerordentliche Maßregeln dem Schlamm der Anarchie und den Fluthen der sogenannten Volksmänner zu entwinden war, die Gemüther berubigt zuzuwenden!“

⊙ Berlin, 14. Nov. Die Abgeordneten zur Nationalversammlung hielten ihre heutige Sitzung im Saale des Königlichen Rathhauses. Präsident v. Unruh eröffnete die Sitzung um 1½ Uhr. Der Namensaufruf ergiebt, daß 298 Mitglieder anwesend sind. Nach Verlesung des Protokolles der gestrigen Sitzung tritt der Abg. Schulze in die Rednerbühne und beantragt, dem heutigen Sitzungsprotokolle Anzeige gemacht sei, damit die Berathungen nicht den Schein der Heimlichkeit hätten? Schulz (Wanz.) protestirt gegen jeden Verkehr mit einem Ministerium, welches die Volksvertreter mit brutaler Gewalt aus einem Lokal in das andere treibe. Der Präsident bemerkt: das Protokoll habe die Anzeige nicht enthalten, weil dieselbe erst in gehörige Form habe gesetzt werden können. Also der Stadtverordneten-Vorsteher Seidel gerlagt habe, wie man dazu komme, das Sitzungslokal der Stadtverordneten militärisch zu besetzen, erwiederte der kommandirende Offizier, einer Sitzung der Stadtverordneten stehe nichts im Wege. Nachdem derselbe auf die Stadtverordneten ihre Sitzung abgehalten, habe Herr Seidel auf ausdrückliche Veranlassung des Präsidenten den Saal Kommandanten v. Thümen die Anzeige gemacht, daß die Stadtverordneten-Versammlung, ihrem früheren Erbieten gemäß, der Nationalversammlung ihr Sitzungslokal überlassen habe. — Das über das gestrige Einreingen des Militärs ins Schützenhaus aufgenommene Protokoll wird verlesen. Bürnis und Genossen verlesen: zur Ehre unserer Offiziere und Braven im Heere hatte sich der gestrigen Willkür zum zweitenmale die brutale Gewalt gegen uns angewendet. Ich betrachte, so lange diese Gewalt hier herrscht, die heutige Sitzung als die letzte. Ich bitte Sie, sämmtlich im Bezirk zu verbleiben, um sich im geeigneten Augenblick zu konstituiren. Aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen können es mir die Diäten meiner Vertretung und des Landes zumuthen, die Sitzungen fortzusetzen. Gleichzeitig bedt mit die Meldung zu, daß abermals Militär im Anmarsch ist, um uns zu vertreiben. (Allgemeiner Ruf: wir bleiben hier!) Waldeck: Der Herr Präsident hat ganz richtig gesagt, wir müssen zusammenhalten: aber wenn wir zusammenhalten sollen, so müssen wir auch zusammenkommen. Es ist unsere Pflicht, nicht vom Platz zu weichen. Also es ist ein Lokal genommen ist, müssen wir ein neues suchen. Täglich müssen wir, trotz aller Gewalt, zusammenzukommen suchen. v. Unruh erklärt sich mit Allem, was die Versammlung in dieser Beziehung beschließen werde, einverstanden. Bei Allem, was uns heilig ist, bei der Liebe zum Vaterlande, verlasse Niemand diese Stadt! (Bravo.) — Auf Schulz (Minden) Antrag erklärt die Versammlung einstimmig ihre Genehmigung zu den in den letzten Tagen gefaßten Beschlüssen. Präsident schlägt vor: eine Erklärung an das Land zu erlassen über die Gründe, aus welchen die Sitzungen abgebrochen werden sollen. Waldeck: es bedarf keiner Erklärung. Was wir verhandeln, was hier vorgeht, geschieht öffentlich, soweit es der Raum gestattet. Alles kommt zur Kenntniß des Landes, und die Ueberzeugung, daß wir in dieser Krisis die einzige gesetzgebende und beschließende Gewalt sind, hat das Land bereits ausgesprochen. — Präsid. v. Unruh: Eine dringende Angelegenheit liegt vor. Es wird mir die Anzeige gemacht, daß der Abg. Schramm (für Striegau) gestern Abend verhaftet sei. Es soll dies geschehen sein, weil er ein Plakat in den Händen hatte, das auf die Straße getragen werden sollte. Ein Plakatenträger soll es ihm auf der Straße übergeben haben. Ein Offizier sei herangetreten mit der Frage: was das sei? Herr Schramm soll dem Offizier das Plakat mit den Worten übergeben haben: wenn ihn der Inhalt interessire, so möge er es lesen. Der Offizier habe hierauf seine Verhaftung bewirkt. Ich habe mich sofort an den General v. Wrangel gewandt und auf seinen Befehl den Adjutanten Oberst v. Treskow des Arrestlokales des Abgeordneten verwiesen. Wie jetzt bin ich noch ohne Antwort. — Zenker: nach §. 3 des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit der Abgeordneten muß die Freilassung eines verhafteten Abgeordneten, wenn die Versammlung es verlangt, sofort erfolgen. Ich beantrage: hierüber zu beschließen und die Freilassung zu verfügen. — Wird ohne Diskussion beschlossen. — Elsner erstattet Bericht über den in vorgestrigener Stimmungsadresse. Es sind deren über hundert, namentlich auch von den Magistraten und Stadtverordneten-Versammlungen vieler Orte, unter Anderen von Frankfurt, Brandenburg, Landsberg a. W. u. s. w. Auch von den Gemeinderäthen der Städte Köln und Düsseldorf. Der Präsident sagt hinzu: es seien Deputationen angelangt von vielen Orten, namentlich von Köln, Brandenburg, Stettin und Potsdam. Der Bauerschaft der Herrschaft von Dicherslehen und Neubaldenslehen, einer Gegend, die völlig frei geblieben sei von aller Wühlerei, habe eine Anzahl Landleute hergeschickt, mit dem Auftrage, zweierlei zu erklären: sie würden ersilich keinen Groschen Steuer mehr bezahlen, bevor nicht ein neues vollsthümliches Ministerium vorhanden sei; sodann gordern sie, wie sie sagen, ihre Kinder zurück. Sie hätten ihr Vieh, das Heer treten sie nicht an. (Allgemeine Heiterkeit. (Allgemeiner Beifall.) — Bergmann überreicht eine Adresse „der Bevölkerung des uralten Stammlandes von Brandenburg,“ von der Stadt Salzwedel. — Es wird noch mitgetheilt, daß Grün mit 163 Stimmen zum Sekretär und Schulz (Minden) mit 105 St., Moritz mit 68 St. zu Stellvertretern gewählt sind. — Phillips überreicht eine Adresse aus Elbing, Marcinkus gibt eine Erklärung ab. Waldeck: Der Herr zeigt sich thätlich an: er habe sich bisher begeben, er könne sich jedoch nach sorgfältiger Erwägung aller Gründe nicht entschließen, an den Berathungen Theil zu nehmen. — Ein dissentirendes Votum von Seidel und Diethy gegen den Beschluß v. 12. Nov. wird verlesen: die Versammlung, welche der Krone das Recht abgesprochen habe, den Sitz der Berathungen zu verlegen, habe auch überschritten das Recht mit in Berathungen zu treten. — Präsident macht Mittheilungen über den Ertrag der von der Reaktion der National-Zeitung veranlaßten Subskription. Auch von andern Seiten seien Geldmittel zur Verfügung gestellt; unter Anderm von dem früheren Abg. Zachariäs 2000 Rthlr. Da die erforderlichen Mittel von Mitgliedern der Versammlung verfügig bestellt seien, so könne eine Gehaltsumsatz einstweilen abgelehnt werden. — Moritz beantragt: für den zum Justizminister beförderten Abg. Rintelen (Meschede) die Neuwahl zu veranlassen. — Berends beantragt: den Bericht der Kommission über die Steuerverweigerung jetzt vorzunehmen. Reuter: die Kommission habe sich leider mit 5 gegen 3 Stimmen für Ablehnung des Antrags ausgesprochen; er beantrage sofort Diskussion. Rettig: die Versammlung sei jetzt zu aufgeregt; man möge sich hüten, die Rechtsordnung zu durchbrechen (Unruhe); man möge die Einigkeit der Versammlung nicht stören. Waldeck: Wir sind einig und werden immer einiger werden. Sie haben gehört, was einsache Landleute gesagt haben. Es versteht sich ganz von selbst, daß einem bochverrätherischen Ministerium keine Steuern gezahlt werden. Es bedarf keines Beschlusses von uns, nur einer Erklärung für die Schwachen. — Beschlossen: die Berathung bis morgen auszusetzen. (Schluß 3¼ Uhr.)

Oesterreich. — Wien, 9. Nov. (Von einem Offizier.) Noch kurz die verspronenen Nachrichten, denen ich aufs Kürzeste folge, denn später sind Tinte und Papier mehr wenig Gelegenheit sind. Die Sieger Windischgrätz und des Grafen Auersperg vom 6. — 31. Okt. betragen: an Todten 8 Offiziere und 132 Unteroffiziere und Soldaten. Am meisten verloren haben die deutschen Grenadiere, die am 6. in Wien selbst gefochten hatten, dann Wallisch Infanterie, Ludwig Infanterie, Erzherzog Albrecht Infanterie und die Jäger. Die Gesammtzahl der Todten verloren 3 Offiziere und 47 Soldaten. Der Verlust derselben, obgleich gerade sie mit am meisten im Feuer gewesen sind, ist deßhalb so gering, weil der Grenzer so ganz bewundernswürdig die Kunst versteht, sich in Einzelkampfe zu decken, und deßhalb der brave Soldat für das Straßengefecht ist. Er schießt gewöhnlich ganz flach auf den Bauche liegend und den Tornister als Schutz von sich hingelegt, springt so schnell wie eine Katze von einer Ecke zur andern, kurz, ist hierin, wie auch in gleichmüthiger Ertragung jeder Strapatze, ganz unübertrefflich, dabei muthig und von der besten Subordination. An Verwundeten haben wir zusammen gehabt: 33 Offiziere und 403 Soldaten, größtentheils aber nur ganz leicht. Das Gefecht mit den Ungarn am 30. bei Schwechat kostet uns an Todten und schwer verwundeten 3 Offiziere und 47 Soldaten, gebtenenhalb von Auersperg, Wallmoden, und Hardegg Kürassiere, und von Khevenhüller Infanterie. Von den Wiener Insurgenten sind an 800 Mann geblieben. Unter den 600 Mann, die jetzt von der sogenannten akademischen Legion gefangen sind (viele wurden freund-

wieder entlassen) sind nur 118 wirkliche Studenten, sonst viele Winkelkondidanten, Mitglieder einer Seiltänzer-Truppe, Orgeldreher, Wirthshausjünger, kurz aller möglichen freien Künste Befliffene. Polnische Emissäre und Literaten verbreitet sind. Hier bleiben vorläufig 16 Bataillone Infanterie, 8 Schwadronen Chevauxlegers und 2 Schwadronen Kürassiere als Besatzung. Größtentheils sind es böhmische, deutsche und gallizische Truppen, und 2 Bataillone reguläre Grenzer (Ottochaner, Licaner und Oguliner), die theilweise schon in Italien waren und jetzt sich etwas erholen sollen. Wie übrigens marschiren größtentheils heute noch fort. Namentlich auch 22 Schwadronen Kürassiere ziehen mit gegen Ungarn. Von dem regulärten ungarischen Militär kommt immer mehr zu uns. Auch General Moga will dem Kossuth nicht mehr dienen. (K.Z.)

* **Wien**, 16. Nov. Morgen werden die drei Mörder Latours nebst Messenhauser auf dem Glacis gehangen werden. Ob Letzterer unter dem Galgen Pardon erhält, steht noch dahin. Als quittirter Offizier mußte er die eidliche Verschwörung abgeben, die Waffen nicht gegen österreichische Truppen zu ergreifen, dabei hat er gräuelvolle Vergehen die verschärfte Strafe nach sich zog. — Der Gemeinderath hat dem Gouverneur Welden seine Aufwartung gemacht. „Sie haben, meine Herren," sagte ihnen derselbe, „nicht das gethan, was Ihnen oblag; sorgen Sie dafür, daß Ruhe und Ordnung sich herstellen; denn meine Kanonen verstehen keinen Unterschied zwischen den guten und bösen Bürgern der Stadt zu machen." — Man versichert, daß General Bem zu Pesth, wohin er sich begeben, meuchlings ermordet worden sei; er war nicht auf der Stelle todt geblieben, lag aber hoffnungslos darnieder. — Kossuth hat alle Getreide- und sonstigen Victualienvorräthe aus Wieselburg und Raab — zwei Millionen an Werth — in die Festung Comorn, und seine eigene Familie über Hamburg nach England in Sicherheit bringen lassen. — Der Schloßberg in Presburg und die andern Vertheidigungspunkte der Stadt sind mit Kanonen besetzt; dennoch glaubt man nicht, daß dieselbe im Stande sei, sich zu halten noch selbst ernstlich daran denke. — Ungarn zählt jetzt 220,000 Mann Waffentragende, worunter 100,000 M. reguläre Truppen; die Festungen Temesvar und Arad befinden sich in österreichischem, dagegen Ofen, Presburg, Neterwardein in ungarischen Händen. Pesth soll von der Wasserseite unangreifbar sein. Die eingetretene strenge Kälte begünstigt die Kriegsoperationen, welche deßhalb morgen ihren Anfang nehmen sollen. — Kossuth's Aufruf von grauen, blauen und braunen Tüchern nach Ungarn ist eben so streng, als diejenige von Waffen verboten. — Die österreichische Armee ist so gut mit allem Bedarf versehen, daß Jellachich dieser Tage an die Militär-Montourskommission um schleunige Lieferung von 22,000 Montouren schreiben und selbe noch am selben Nachmittag erhalten konnte. Dieß ist ein verbürgtes Faktum. Die Kirche bei Debenburg ist nun auch für Passagiere, welchen sie bisher offen gestanden, streng geschlossen worden. — Gestern Abends wurden neuerdings drei Zivilpersonen erschossen (?), darunter ein ungarischer Schuhmacher, welcher in einer Vorstadt als Nationalgardehauptmann fungirt hatte. — Die Nationalgarde soll bei ihrer Reorganisation auf die Zahl von 8000 Mann beschränkt werden. — Gestern Abends erschien Jellachich im Kärntnerthortheater und wurde mit ungeheurem Applaus begrüßt. Die Worte: Norman Lichfield und Rädermacher einigten sich in Absingung der Volkshymne. Morgen wird das Burgtheater mit „Leichtsinn aus Liebe" eröffnet. — Die Abgeordneten Smolka, Violand, Borrosch, Fischhof und Brestl sind zu Zeugenaussagen wegen des Mordes Latours vorgeladen und mit außerordentlicher Artigkeit hiebei behandelt worden. — Das Programm des Grafen Stadion soll von der Art sein, daß sich darauf eine Vereinbarung mit der Kammer in ihrer jetzigen Zusammensetzung kaum gewärtigen läßt. Justizhofrath Glocuier wird zum künftigen Justizminister designirt.

Nach einer Mittheilung der Grazer-Zeitung aus Wien soll Fröbel, als man ihm das Todesurtheil vorlas, wie vernichtet gewesen sein. Als er aber die am Schlusse anzehängte Begnadigung vernahm, soll er mit gebrochener Stimme gesagt haben: „Meine Herren, Sie haben menschlich an mir gehandelt, ich danke Ihnen!" Als ihm hierauf die Kommissionsmitglieder erwiderten: „Wenn Sie in einer anderen Absicht die österreichischen Staaten wieder betreten, so werden wir Ihnen mit Freuden die Bruderhand reichen, sprach er: „Ich finde nicht Worte, meine Gefühle auszudrücken." — v. Sternau hat sich viel muthvoller benommen.

Oesterreichische Monarchie.

Kroatien. Feldmarschall-Lieutenant Dahlen ist dienstlichen Nachrichten zu Folge von Warasdin nach Czakathurn und die Vorhut des General-Majors Burits nach Novile vorgerückt, und es ist sonach die sogenannte Wurinzel von drei Brigaden besetzt, was strategisch sehr wichtig ist. (O. Z.)

Sombardei. Durch Proklamation vom 11. macht Marschall Radetzky bekannt, daß er zur Schonung der ruhigen und bisher treuloyalen Bürger sich genöthigt sehe, außerordentliche Contributionen auszuschreiben: 1) auf die Mitglieder der gewesenen provisorischen Regierungen; 2) auf die Hauptbetheiligter der sogenannten Comitati; 3) auf die, welche sich an die Spitze der Revolution gestellt, und mit ihren materiellen oder intellectuellen Mitteln dazu beigetragen haben. Das Betreffniß eines jeden wird demselben eröffnet und soll binnen 6 Wochen in die Kriegskasse abgeliefert werden. (Bol. Ztg.)

Schweiz.

Die Berner Ztg. meldet vom 13. Nov.: Heute Morgen hat der sardinische Gesandte dem Präsidenten des Vorortes eine Note übergeben, worin gegen Einfälle der italienischen Flüchtlinge aus dem Kantone Tessin reklamirt wird. Jenes Blatt knüpft allerlei Reaktionsbefürchtungen an diese Thatsache.

(Brsl. Ztg.)

Tessin. (Basl. Z.) Der Regubl. berichtet wieder von einer Territorialverletzung von Seite der Kroaten. Den 6. d. sollen zwei Tessiner auf der Brücke von Tresa mit nichts dir nichts unter den Augen eines eidgenössischen Wachtpostens und der Bevölkerung des Dorfes überfallen und auf die Hauptwache geschleppt worden sein. Bald aber wurden diese Unglücklichen wieder freigelassen. Die Gesandte reklamirte Tagsdarauf schriftlich förmlich. Ausnahme solcher Nachrichten auf. — Anderseits beklagt sich General Mobilgemuth, daß am 1. Nov. etwa 60 bewaffnete Individuen, von denen nur 3 Lombarden, die andern alle Schweizerbürger (?) gewesen seien, die Grenzen überschritten, in Stivio die Kaserne der Finanzsoldaten so zu sagen geplündert und einen Finanzsoldaten nach dem Schweizergebiet mit hinüber geschleppt hätten. Er verlangt natürlich Satisfaktion. Die Tessiner haben fort. — Eidgenössischen Truppen auf das Schönheste zu behandeln, und verweigern ihnen sogar Quartiere. Selbst im Hause des „edeln Eidgenossen" Oberst Lavini ist dieses geschehen.

Waadt. Nach dem „Nouvelliste Vaudois" wurden an der Diözesankonferenz in Freiburg folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Bischof Stephan Marilley soll keine bischöflichen Funktionen in der Diözese Lausanne und Genf mehr ausüben. 2) Der Aufenthalt in den zum Bisthum gehörenden Kantonen soll ihm untersagt sein. 3) Der Staatsrath von Freiburg soll die nöthigen Maßregeln zur provisorischen Verwaltung des Bisthums treffen und Vorschläge zur Reorganisirung des Bisthums hinterbringen.

Frankreich.

** **Paris**, 14. Novbr. Der hier versammelte permanente Ausschuß des Kongresses der Departementalpresse hat nun durch ein erlassenes Rundschreiben sich offen zu Gunsten der Kandidatur Ludwig Napoleon Bonaparte's ausgesprochen, während er nicht minder entschieden die Kandidatur des General Cavaignac verwirft. Die ganze Departementalpresse wird aufgefordert, in diesem Sinne zu wirken. Von General Cavaignac wird gesagt, er habe den auf ihn gesetzten Hoffnungen durchaus nicht entsprochen, und seine Bewerbung mit Mißtrauen aufzunehmen. Es wird davor gewarnt, die Wahl nicht in die Hände der Nationalversammlung kommen zu lassen, weil dann Cavaignac alle Aussicht hätte, dort gewählt zu werden. In der That ist er in dieser noch eine 500 Stimmen für sich, die jetzt auch zu seinen Gunsten zu wirken suchen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die nordamerikanischen Blätter enthalten einige sehr bemerkenswerthe Einzelnangaben über den Binnenhandel der Ver. Staaten, worauf erhellt, daß der Handel der Stadt Cincinnati (Staat Ohio) in den letzten zwei Jahren dem auswärtigen Handel von New-York gleichkam, welches bisher als das größte Emporium des Landes galt; die Einfuhr in Cincinnati im 3. 1847 betrug nämlich: 51,933,559, im 3. 1848 62,784,278 Dollars, die Ausfuhr 1847: 55,791,394, 1848: 64,194,582 Dollars. Dieß ein Beispiel von den ungeheuern innern Hülfsmitteln eines Staatenbundes, der so zu sagen noch im Anfang seiner Entwicklung steht!

Nachschrift.

** **München**, 18. Nov. Sicheren Vernehmen nach habe Sich Se. Maj. der Königin Mutter gefunden, das bisher bestandene königl. Kabinetssekretariat aufzuheben. Der königl. Kabinetssekretär Dr. Schlicher wurde zum Ministerialrath im Ministerium des Aeußern ernannt.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 15. Nov. Oesterr. 5proz. Metall. 68¼, 4proz. 57, 3proz. — 2½proz. 35⅞. Bankaktien 1105. G. 500 fl.-Loose 117 B. 250 fl.-Loose 79. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine — B. Staatsschuldscheine 3½proz. 75. G. Bayer. 3½proz. 75½. — Luxemburger Verbahn 63¼. — Württemberg. 3½proz. 79½, 4½proz. 92½. — Bad. 3½proz. 72. Lotto-Anlehen à 50 fl. 60. 35 fl.-Loose 21½. — Darmstädt. 3½proz. 74. 4proz. 84. Lotto-Anlehen von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 21½. — Kurhessl. Prämien-Anleihe-Nordb. 37. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½proz. 79½. 25 fl.-Loose 21. — Frankf. 3proz. 78, 3½proz. 91, 90½. — Taunusbahn 266 — Holländ. Integr. 45½. — Span. 5proz. innere Schuld 17¼. — 5proz. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 67½. — Sard. 36 Fr.-Loose 23½. Dist. 22.

Paris, 14. Nov. 3proz. 41.41. 5proz. 84.60. Schwfch. —. Bankaktien 1315.—. Staatsobligationen 1110. Bier Kanäle 815.—. Comptr. von Algier — Belg. 5proz. von 1840 76½. — Rente 4½proz. 72. 3proz. — 2½proz. —. Belg. Bank — Neap. 5proz. 77. Röm. 5proz. 62½. Span. 3proz. Aktive — Passive — Piem. — Hall — St. Germain —. Versailles (rechte) 100 —. (Link) 90. — Orleans 570.—. Rouen 360.—. Havre 165.— Marseille 147.50. Bale 75.25 Bierzon 215.— Bestogne — —. Bordeaux 363.75. Nordbahn 336.25. Monterean —. Lyon —. Strasburg 326.25. Nanzes 310.— Dieppe — Seeaux — Montpellier — La Teste —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Samstag, den 18. November 1848.

Aus Berlin.

Der „Staatsanzeiger" vom 15. Nov. enthält in seinem amtlichen Theile folgende Bekanntmachungen:

I. In der auf Grund des Staatsministerialen Erlasses vom 12. d. M., wodurch der Belagerungszustand für Berlin ausgesprochen wird, ergangenen Bekanntmachung des Oberbefehlshabers in den Marken von demselben Datum, werden die Versammlungen auf der Straße von mehr als 20 Personen bei Tage, von mehr als 10 Personen bei Nacht, deutlich untersagt. Dem ungeachtet dauerte die Straßen-Attroupements fort; den anrückenden Truppen wird für den ungeübten Blick gemacht, um unmittelbar nachher dieselben neckend und höhnend zu umschwärmen. Dies unwürdige Benehmen, an welchem sich eine Masse dergeblich gewarnter Neugieriger betheiligt und welches die heftigen mehr oder minder anarchischen Zustände seit 8 Maa'en erhält, insbesondere aber die zur Herstellung der Ordnung auftretenden Kräfte recht absichtlich ermüden will, muß endlich zum Wohl der Stadt Berlin sein Ziel finden. Gleichzeitig mit dem Erscheinen dieser letzten Verwarnung ist den Truppen daher der Befehl ertheilt worden, gegen die sie in der angegebenen Weise verhöhnenden Volksmassen die Schußwaffe in ihrem ganzen Umfange in gebrauchen, sobald nach erfolgtem Signal zum Auseinandergehen nicht augenblicklich dem Befehle gefolgt wird.

Berlin, den 13. Nov. 1848. v Thümen, Gen. Major u. Kommandant.

II. Im Auftrag des hen. Ministers des Innern wird nachfolgende Bekanntmachung desselben hiedurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht: Die auf den Grund des Gesetzes vom 17. Dt. d. J. angeordnete Auflösung der Bürgerwehr in fürstiger Zeit, soll unter den bei der allerhöchsten Verordnung vom 11. d. M. enthaltenen, dieselbe vorzugsweise veranlassenden Gründen, unter den neuesten Umständen auch behufs vorhandig, weil sie bei etwa eintretender bewaffneter und massenhafter Auflehnung gegen Gesetz und Ordnung, die zum Schutze der Rechte der Krone in der treuesten Absicht gebildeten Bürgerwehrmänner in ihrer bürgerlichen Kleidung von den Militär-Kommandeurs nicht sicher genug erkannt werden, nicht immer von einer aufrührerischen Menge unterschieden und daher in den Falle des Waffengebrauchs leicht von einem beklagens erthen unverschuldeten Unglück betroffen werden könnten. Nach Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und unter Beobachtung der gesetzlichen Frist-Bestimmungen wird die Reorganisation der Bürgerwehr mit möglichster Beeilung erfolgen, und Niemand wird ausschließlich als der treuen Diener des Staatsoberhaupt, daß die Maßregeln, welche in Folge der Ereignisse des Commandirung der Bürgerwehr Namens derselben gegen das Corps im Allgemeinen zur Aufrechthaltung der Rechte der Regierung ergriffen werden mußten, auf demjenigen Theile der Bürgerwehr nicht lange haften mögen, dessen Treue und Eifer die, bereits in der allerhöchsten Verordnung vom 11. d. M. ausgesprochene Anerkennung verdient, und von dem mit Zuversicht erwartet werden darf, daß er in seinem bewährten Bürgersinne auch ferner verharren werde. Berlin, den 13. Nov. 1848. K. Polizeidirektion. v. Bardeleben.

III. Zu der Bekanntmachung vom gestrigen Tage angeordnete Auflösung der Linien sowohl der Bürgerwehr ist an vielen Orten erschwert und theilweis verhindert worden, indem man Waffen, welche der Auflösung folge leisten wollten, die Waffen auf dem Wege gewaltsam nahm, oder Insulten anthat, oder dieselben doch an der Auslührung ihrer Vorhabens hinderte. Es soll deshalb der Termin zur Ablieferung der Waffen bis auf morgen den 14. November Nachmittags 5 Uhr verlängert und zugleich von heute an durch fortdauernde Militär-Patrouillen in den Straßen Sorge getragen werden, daß solche Hindernisse nicht mehr eintreten können. Die Annahme der Waffen erfolgt von heute Nachmittags 2 bis 5 Uhr und am morgenden Tage von 7 Uhr früh bis 5 Uhr Nachmittags an den durch die gestrige Bekanntmachung genannten Orten, nämlich: 1) Die Bataillone Nro. 2, 3, 4, 5 und die sämtlichen Corps im Zeughause, 2) die Bataillons Nro. 6, 7, 10, 14 und 15 in der Kaserne des Kaiser-Franz-Regiments in der Kommandanten-Straße, 3) die Bataillons Nro. 9, 11, 12 und 13 im Landwehr-Zeughause an der Commanication zwischen dem Potsdamer und Anhalter Thor, 4) die Bataillons Nro. 8, 16, 17, 18 und 19 in dem Landwehr-Zeughause in der Johannisstraße, and 5) die Bataillons Nro. 20, 21, 22 und 23 in der Kaiser-Alexander-Kaserne in der Münzstraße. Die Ablieferung wird durch eine Quittung bei mit der Empfangnahme beauftragten Polizeibeamten und des zur Assistenz abgeordneten Offiziers bescheinigt, damit der Abgeber sich später legitimiren kann. — Im Falle höheren Auftrages wird Solches bekannt gemacht. Berlin, den 13. November 1848. Das Kgl. Polizei-Präsidium. v. Bardeleben.

IV. Nachbenannte Blätter: 1) die Reform, 2) die Zeitungshalle, 3) die Lokomotive, 4) die Republik, 5) die Volkstribüne, 6) die enige Lampe, 7) der Krakeeler, 8) der Kladderadatsch sind während der Dauer des Belagerungszustandes suspendirt. Berlin, den 13. Novembre 1848. Der Ober-Befehlshaber der Truppen in den Marken. General der Kavallerie, v. Wrangel.

V. Der Aufstieg, so wie jede andere Art der Veröffentlichung und Verbreitung von Plakaten und Flugschriften wird während des Belagerungszustandes hiermit bei Vermeidung gerichtlicher Bestrafung untersagt. Ausgenommen sind allein obrigkeitliche Bekanntmachungen, Anzeigen von öffentlichen Vergnügungen, Auctionen, Verkäufen, gefundenen oder verlorenen Sachen. Berlin, den 13. Nov. 1848. Der Ober-Befehlshaber der Truppen in den Marken. General der Kavallerie v. Wrangel.

Berlin, 14. Nov. (Staatsanzeiger.) Das Verfahren der Regierung in den letzten Tagen ist Gegenstand vielfacher Angriffe gewesen. Vorsolgen wir dies Verfahren mit ruhig prüfendem Blick Schritt für Schritt und bilden wir dann unser Urtheil. Die Regierung sprach die Verlegung und die damit nothwendig verbundene Vertagung der bisher in Berlin vereinigten National-Versammlung aus. Die Krone glaubte dabei, wie in der bisherigen Wirksamkeit unumwunden gesagt war, im Interesse der Versammlung, im Sinne des Landes und in ihrem eigenen guten Rechte zu handeln. Eine Mehrheit der Versammlung erkannte dies nicht an, und machte diese ihre Ansicht sofort dadurch geltend, daß sie sich, der königlichen Botschaft zuwider, selbstständig konstituirte. Konnte die Regierung nun die ausgesprochene Vertagung zurücknehmen? Sie konnte es nicht; denn sich selbst wenn sie unter Umständen auch von ihrer früheren vorherwogenen Entschließung hätte zurücktommen wollen, so wurde sie dies doch völlig unmöglich gemacht durch die ihre Berathung fortsetzende Fraction der National-Versammlung selbst, welche, weit entfernt, den Weg einer Verständigung auch nur zu versuchen, zu den extremsten Beschlüssen sich fortreißen ließ, die Rechte der Krone als Oberverkäufer bezweifelte, gleichzeitig aber auch den Convent sich konstituirte. Regierungsrechte sich anmaßte u. s. w. Solchen Anstreitungen gegenüber nachzugeben, wäre Feigheit und Schwäche gewesen, als Pflicht der Regierung mußte es vielmehr erkannt werden, derartigem Beginnen zu wehren. Aber die zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung berufene Bürgerwehr versagte hierzu nicht nur ihren Dienst, sondern stellte sich sogar den versammelt gebliebenen Abgeordneten zum Schutze. Die Regierung mußte daher ihre Macht in der Stadt verstärken; dies that sie, indem sie Truppen heranzog. Am Montag den 11. d. M. hielten sie sie an und öffentlich ihren Einzug in die Stadt und wurden von der Mehrzahl der Bürger mit Freude und Freundlichkeit empfangen. Man erwartete, daß nun die Versammlung und die Bürgerwehr anderen Sinnes werden würden, allein diese Hoffnung täuschte. Die Bürgerwehr ausstellte das Einzugsrecht und ihren Dienst zum ausrücken Militär nicht. Am folgenden Tage, als das Spungstolal der National-Versammlung den Nothbrechzeit neu verschlossen ward und Letztere im Schauspielhause zusammentraten, stellte sich wiederum die bewaffnete Bürgerwehr zu ihrer Disposition. Da konnte die Nothwendigkeit nicht verkannt werden, diese Corps, welches in einigen Fällen sich anfeindete Verdienste erwerben, doch in seiner Gesammtheit sowohl durch Unentschlossenheit wie durch Handlungen schwere Schuld auf sich geladen, in Gemäßheit des Gesetzes aufzulösen. Dies ist in möglichst milder Weise geschehen. Aber, so hört man, die Abnahme der vom Staate gelieferten Waffen hätte unterbleiben sollen, hierin lag eine unnöthige Härte. Wozen denn aber die Waffen Eigenthum der Bürgerwehr oder wenn sie der Bürgerwehr als solcher übergeben? Doch wohl Letzteres, und wie wäre es rechtfertigen gewesen, die Waffen nach Auflösung der Bürgerwehr Privatleuten zu überlassen, welche ohne dienstliche Vorgesetzte jeder Kontrolle entzogen sind und beim Tragen der Waffen sich den äußersten Gefahren aussetzen könnten? Uebrigens mußte die Besichtigung aufstehen, daß ein erheblicher Theil der Waffen nicht in die Hände solcher Personen übergehen könne, welche nur zu gneigt sein möchten, davon den gesetzwidrigen Mißbrauch zu machen. Die angeordnete Ablieferung der Waffen ward indeß sosort wesentlich erleichtert; überdies nahm ein Theil der Bevölkerung eine drohende Stellung an, offenbar aufgeregt durch das Verfahren der sich als National-Versammlung getreuden Abgeordneten, in deren Namen Plakate verbreitet wurden, worin Beamte sur den Fall, daß sie die Befehle ihrer Vorgesetzten ausführten, mit der Strafe des Landesverraths bedroht wurden. Eine Regierung, welche einen solchen Zustand geduldet hätte, würde ihre Aufgabe und ihre Pflicht gegen das Land verkannt haben; es blieb ihr nichts weiter übrig, als den Belagerungszustand zu erklären und auf diese Weise ihre Pflicht gemäß Sinn und Gesetz des Eigenthums und Sicherheit der Person wahrzunehmen. Hoffen wir, daß durch diese nothgedrungene und energische Auftreten der Regierung es gelingt, dem anarchischen Treiben in der Hauptstadt ein Ende zu machen, welches die sehnlich erwartete dauerhafte Begründung der konstitutionellen Freiheit des Landes so lange verzögert hat.

△Berlin, 14. Nov. Abends. Böswillige Gerüchte, welche von den heftigen Demagogen ausgehrengt wurden, hatten von der Widersetzung der Truppen gegen ihre Offiziere gesprochen. Jeder, der nur einigermaßen mit dem Geiste der Truppen und der Vorliebe, welche sie für Wrangel hegen, bekannt ist glaubte indeß diesen Ausstreuungen nicht. Es stellt sich im Gegentheile heraus, daß gerade das 24ste Regiment, welches den demokratischen Einflüssen am meisten ausgesetzt gewesen, und welches von größtentheils für das Volk gewonnen glaubte, am rücksichtslosesten verfahren

wird, die Absicht die Disciplin der Soldaten zu verdächtigen, geht unter andern aus dem Umstande hervor, daß ein vom Urlaub zurückkehrender Soldat, der sich ohne Waffen auf der Straße als eingetroffen meldete, den Vorder sich ohne Waffen auf der Straße als eingetroffen meldete, den Vorder- wand zu dem Gerüchte abgeben mußte, die 24ger hätten ihre Gewehre weggeworfen. Ueberhaupt leben wir jetzt hier nur von Gerüchten. Bald soll auch Potsdam, bald Magdeburg in Belagerungszustand erklärt sein. Bald sollen die Stettiner ihre Familie Wrangels sich bemächtigt haben, und sie als Geiseln für sein Benehmen in Berlin festhalten, bald soll Sanssouci in Flammen stehen. Gestern Abend wurde der Abgeordnete Reiser endlich Schramm verhaftet, als er eben eine von ihm an Namen des demokratischen Clubs verfaßte Proklamation an das Militär verbreiten wollte. Ebenso sollte der Kammergerichts-Assessor Wache wegen einer Bekanntmachung, welche die einzelnen §§ der Verordnung über den Belagerungszustand paraphrasirte, verhaftet werden, er ist aber bis diesen Augenblick noch nicht zu erreichen gewesen. Von den gestern in Berna angehaltenen Stettinern sind 12 nach Berlin geliefert und haben sich nach einer Untersuchung mit Wrangel sofort nach Potsdam begeben um eine Audienz bei dem Könige zu erhalten. Hier haben sie dem Polizeipräsidenten erklärt, alles versuchen zu wollen, um eine Audienz zu erhalten. Aus allen bedeutenden Städten gelangen Adressen an die Nationalversammlung, welche ihrem Verhalten Billigung geben; bis jetzt sind es einige neunzig Städte, welche durch ihre Behörden diese Zustimmung ausgesprochen, unter ihnen Potsdam, Brandenburg, Halberstadt, Magdeburg, Köln, Frankfurt, Stettin, Breslau u. s. w. Mehrere der einberufenen Siebzehnerlisten sind bereits eingetroffen und haben ihre Plätze eingenommen. Dagegen wird Grabow nen Sitz für den Lektower Kreis eingenommen. Dagegen wird Grabow voraussichtlich aus der Versammlung wegbleiben; er hatte versprochen, Theil zu nehmen an den Sitzungen, wenn die Versammlung nicht aggressiv würde; da sie nun aber gegen das Ministerium gestern wirklich vorgeschritten ist, so darf auf seine Rückkehr nicht gerechnet werden. Der Reichscommissär Bassermann wird morgen über Magdeburg nach dem Sitze der Centralgewalt zurückkehren. Die Nationalversammlung hat heute Sitzung im Kölnischen Rathhause gehalten. Zuerst war das Gebäude militärisch umstellt. Als aber die Stadtverordneten ihre Sitzung daselbst halten wollten, zog das Militär ab. Nach Beendigung der Stadtverordneten-Sitzung rückte die Nationalversammlung ein; machte aber sogleich dem Stadtcommandanten von Thümen Anzeige davon. In der Sitzung, die ungestört vor sich ging, wurde nun beschlossen, sobald die Versammlung auch hier wieder vereinigt den werden sollte, sich zu vertagen, bis die gesetzliche Ordnung in Berlin wieder eingekehrt sei; aber am Platze zu bleiben und die Ereignisse abzuwarten. Kurz nach Schluß der Sitzung aber, als der Präsident von Unruh mit noch einigen dreißig Mitgliedern noch im Lokale anwesend waren, erschien wieder Militär und Herr von Unruh mit seinen Freunden mußte den Sitzungssaal verlassen. Am Ausgange wurden die Abgeordneten von einer jubelnden Volksmenge mit Hochrufen empfangen. Das Militär forderte das Volk vergeblich zum Auseinandergehen auf, und zog sich, ohne weiter Gewalt gegen das Volk einzuschreiten, nach dem Schlosse zurück. Gleich darauf gegen 4 Uhr wurde das Martial-Gesetz proklamirt. Heute Morgen wurde die Nationalversammlung auch in Mylius Hotel aufgesucht aber nicht gefunden. — Wache soll, wie man uns eben erzählt, verhaftet sein.

⊙ Berlin, 14 Nov. 6 Uhr Abends So eben wird unter Trommelschlag das Martialgesetz gegen verrätherische Unternehmungen zur Vertheilung des Militärs publicirt. — Bis jetzt sind von der Bürgerwehr noch wenig Waffen abgeliefert worden. — Nachdem die Abgeordneten heute noch wenig Waffen abgeliefert worden. — Nachdem die Abgeordneten heute das Königliche Rathhaus verlassen hatten, erschien Major Bielefeld mit einer Abtheilung Militär und forderte den allein zurückgebliebenen Präsidenten

Nr. 124.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Dreimonatsjährig 1 fl. 30 kr.

Sonntag den 19. November 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 46. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 19. November.

Nachstehendes ist die allerhöchste Verordnung bezüglich der Auflösung des Kabinetssekretariats: Maximilian II. rc. Nachdem Wir das Kabinetssekretariat an Unserem Hofe für alle Angelegenheiten, welche nicht unmittelbar zu Unserer Privatsphäre belangen, aufgeboben haben, so wollen wir dieses hiemit zur allgemeinen Kenntnißnahme und Beachtung gebracht wissen, indem Wir zugleich die ganz oder theilweise in solcher Beziehung noch entgegenstehenden allerhöchsten Entschließungen außer Kraft setzen. Die an Unserer Person zuständigen Vorstellungen, Bitt- und Gnadengesuche werden Unsere Staatsministerien ungefäumt in jedem gegebenen Falle an Und vorschriftsmäßig gelangen lassen, sowie es fernerhin unverwehrt bleibt, solche Gesuche unmittelbar bei uns einzureichen. Nymphenburg, den 15. Nov. 1848. Max. Graf v. Bray. Auf königl. allerh. Befehl der Generalsekretär Rappel.

Gemäß Entschließung des königl. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten vom 11. Nov. ist den Mitgliedern der deutsch-katholischen Gemeinde zu München die Vornahme der Taufen, Trauungen und Beerdigungen, sowie die Ertheilung des Religionsunterrichts an die schulpflichtigen Kinder ihrer Gemeinde durch den aufgestellten Geistlichen derselben gegen Anzeige über die diese Verrichtungen berührenden Angelegenheiten an die Zivilbehörden nach Ansicht der §§. 34 und 38 der II. Verfassungs-Beilage gestattet, eben so wird gemäß der Bestimmung des §. 100 besselben Edikts der Gottesdienst der Haupt- und Residenzstadt ein auch für die Mitglieder dieser Kirchengemeinde gemeinschaftlicher, dagegen ist die persönliche Erklärung des Uebergangs von einer andern Kirche zur deutsch-katholischen Gemeinde vor dem einschlägigen Pfarrer oder geistlichen Vorstande der verlassenen Kirche im Hinblick auf die ausdrückliche Vorschrift des §. 10 der II. Verfassungs-Beilage nicht nachzusehen. Eine weitere Entschließung desselben Ministeriums hebt das bisher bestandene Freiteilen der Klostergeistlichen von Mendikantenklöstern auf den Post- und Eilwägen auf, wogegen die Summe von jährlich 1000 Gulden als Position für Reise-Unterstützungen an die Konventualen der bayerischen Franziskaner-, Kapuziner- und Karmeliter-Klöster in dem Kulturetat der IV. Finanzperiode eingestellt und für die Dauer der laufenden Finanzperiode von der Zeit des Aufsterbens obiger Begünstigung des Freireisens eine gleiche Summe jährlich auf Rechnung des Reiserefonds genehmigt wird.

Vermöge allerhöchster Entschließung vom 11. Nov. wurde der Professor des Rechts Dr. Johann Kaspar Bluntschli aus Zürich zum ordentlichen Professor der juristischen Fakultät an der Hochschule zu München für deutsches Privatrecht, deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte, dann Staatsrecht vom 1. Oktober l. Js. an, allergnädigst ernannt.

Se. Maj. der König haben unterm 13. Nov. den bisherigen rechtskundigen Bürgermeister der Stadt Nördlingen Adolph Lieber v. Liebersdorf die erledigte I. Assessorstelle bei dem Landgerichte Vordheim zu verleihen gerubt.

S. Maj. der König haben sich unterm 17. Nov. allergnädigst bewogen gefunden, zu den bei dem Appellationsgerichte der Oberpfalz und von Regensburg erledigten Rathsstellen die beiden Kreis- und Stadtgerichtsräthe Joseph Graf in Regensburg und Dr. Karl Bergler in München zu besördern; dann unter demselben Tage die Kreis- und Stadtgerichtsräthe Ferdinand Anton Krieger in Regensburg, Gottfried Pflaum in Augsburg, Paul Jann in Schweinfurt und Jos. Schöller in Passau unter Berücksichtigung ihres bereits vorgerückten Dienst- und Lebensalters mit Beibehaltung ihres Titels, Funktionszeichens und Gesammtgehalts, so wie mit Anerkennung ihrer langjährigen treuen Dienstleistung in den definitiven Ruhestand zu versetzen.

Durch allerhöchste Entschließung vom 13. Nov. wurde der bisherige funktionirende Hausmeister Mich. Mayer zu München in der Eigenschaft eines Hausmeisters des Wittelsbachischen Gebäudes allergnädigst angestellt.

Vermöge allerhöchster Entschließung vom 13. Nov. wurden über die ordentlichen Ersatzmänner für die Kirchenverwaltungen der fünf katholischen Pfarreien und der protestantischen Pfarrei zu Würzburg als Mitglieder dieser Verwaltungen die hiefür gewählten Gemeindeglieder allerhöchst bestätigt: 1. Für die Kirchenverwaltung der katholischen Pfarrei St. Burkhard: 1) Kaufmann Valentin Maas, 2) Kaminfeger Philipp Mauer, 3) Bartsch. Friedr. Kramer. 2. Für die Kirchenverwaltung der I. Dompfarrei: 1) Kaufmann Joseph Michael Röser, 2) Kaufmann Lor. Leipold, 3) Seifensieder Valentin Wickenmair, 4) Kaufmann Gregor Oehninger. III. Für die Kirchenverwaltung der katholischen Pfarrei Haug: 1) Kaufmann Joseph Bolongaro Crevenna, 2) Kontrolleur Sebast. Herbig. IV. Für die Kirchenverwaltung der katholischen Pfarrei St. Peter: 1) Bäcker Valentin Bed, 2) Magistratsrath Nikol. Treutlein. V. Für die Kirchenverwaltung der katholischen Pfarrei Pleischach. 1) Metzger Michael Burger, 2) Weinwirth Georg Büchold. VI. Für die Kirchenverwaltung der protestantischen Pfarrei: 1) Kaufmann Friedrich Greiffen, 2) Privatmann Lebrecht Daum.

(Besetzungen.) Kath. Pfarrei Wiesenfelden, Ldg. Mitterfels, dem Priester Joseph Greindl, Pfarrer und Distriktsschulinspektor zu Wegscheid; kathol. Pfarrei Oberkammbach, Ldg. Mindelheim, dem Priester Math. Müller, Pfarrer zu Karlsbuh, Ldgs. Neuburg a D. (vom hochw. Hrn. Bischof von Augsburg verliehen und allerhöchst bestätigt); Land- und Schullehensstiftan Eining, Ldg. Kelh, dem Priester Joh. Evang. Schwinghofer, Kooperator zu Reichertshofen, Ldgs. Haag; Frühmeßbenefizium zu Ansteln, Ldgs. gleichen Namens, dem Priester Dr. Andreas Bayerlein, Pfarrer zu Gramschaig, Ldg. Ansteln.

(Erledigung.) Kathol. Stadtpfarrei Burglengenfeld, Diözese Regensburg, Ldgs. gleichen Namens, Reinertrag 628 fl. 6⅞ kr.

Deutsche Reichsversammlung.

(115te Sitzung vom 14. November. Schluß.) Reichsminister von Beckerath: Das Vertrauen, welches das Haus dem Ministerium schenkte, werde nur von dem Ministerium erwidert, wenn es seine Maßregeln in Gemeinschaft und Uebereinstimmung mit der Uebrzeugung der Mehrheit zu fassen suchte. Das vom Könige von Preußen ernannte Ministerium werde sich durch der That seine Genehmigung die Gestaltung der Mitz-Errungenschaften dar, führt der Redner fort, worauf er sich auch über die übrigen Punkte ausführlich und mit dem Mehrheitsrechten des Ausschusses einverstanden erklärt. „Ob aber die schlechtesten Söhne Deutschlands hier sagen, wirt nicht der rauschende Beifall in diesem Hause, darüber wird die Nachwelt entscheiden.“ Wie dem auch sein möge, die Maßregeln der Verlegung sein formelles, wohl aber ein Notrecht, welches der in der wirklichen Unfreiheit der Berliner Landesversammlung begründet finder, die er mit zahlreichen Beispielen belegt. Aber dies Notrecht will er nicht weiter ausgedehnt sehen, als es die Zweckmäßigkeit dringend erheischt. Er schließt sich deßhalb im Allgemeinen dem Mehrheitsberichten an, während er darauf hinweist, daß ihm das Minderheitsgutachten in Mißtrauensvotum gegen das Ministerium zu enthalten scheine. (Widerspruch.) Jedenfalls wolle er auf die Differenz aufmerksam machen. Löwe von Kalbe stellt in gelaufiger Form breit angelegte Betrachtungen über die preußischen Zustände der Gegenwart und ihre geschichtlichen Ursachen an. Der heutige Konflikt sei kein Zwiespalt eines Theiles des Volkes mit dem anderen, sondern der Krone gegen das Volk. Dies hebe zur Versammlung. Der Redner bewundert das Benehmen der als anarchisch verschrienen Berliner so sehr, daß er sie den Regierungen zum Muster und Beispiele hinstellt. Das zum Tumultuiren verführte Volk sei endlich klug geworden. Es habe erkannt, woher ihm die Anregung zugekommt worden. Jetzt gäbe es in Berlin keinen Krawall mehr. Keinen — es möge gehen worden, was immer, und stehe wenn es stehe: Kronrath! Mein Königreich für einen Kronrath! (Beifall.) In Preußen habe das wieder eine Revolution durch seine Entscheidung zu verhüten, und durch ein schiedsrichterliches Urtheil werde der Theil nicht erniedrigt, dem Unrecht gegeben werde. Die Frage sei einfach die, ob die Krone Preußen im Recht sei oder nicht. Die Mehrzahl des Hauses müsse dieses vernienen. (Widerspruch von rechts.) Nachdem Löwe unter lebhaften Beifallsbezeigungen von der Rednerbühne gegangen, wird der Schluß der Debatte beliebt und nach der Reihe für nicht weniger als für alle Anträge und Fragen namentliche Abstimmung gefordert. Ein heftiger Streit darüber, ob Jordan aus Berlin anstatt des auf den Namen genannten Zachariä das Wort zur Schlußverbreitigung erhalten dürfe, erscheint um so unfruchtbarer, als Jordan auf das Wort verzichtet, nachdem endlich die Tribüne für ihn erobert ist. Der Antrag v. Vincke's und Genossen auf motivirte Tagesordnung, wird mit 390 gegen 45 Stimmen verworfen. Dann kommen die Anträge Heinrich Simon's zur Abstimmung. Der erste davon: „Die Nationalversammlung wolle beschliessen, die Zentralgewalt aufzufordern, an die preußische Regierung die sofortige Erklärung zu richten, daß dieselbe ausser ihrem Rechte stehe, wenn sie dem

Lande ein Ministerium gegen den wiederholt ausgesprochenen Willen der Volksvertretung aufdringen wolle," wird mit 287 gegen 150 Stimmen abgelehnt; desgleichen „Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Zentralgewalt aufzufordern, an gerechte Regierung die fernere Erklärung zu richten, daß dieselbe außer ihren Rechte stehe, wenn sie ohne Uebereinstimmung mit der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen preußischen Nationalversammlung letztere vertagen und ihren Sitz verlegen wolle," mit 272 gegen 172 Stimmen verworfen. Der dritte Antrag: „Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Zentralgewalt aufzufordern, an gerechte Regierung die sofortige Weisung zu richten, vorstehend angeführte, die Volksfreiheit, das Recht und die Würde Deutschlands schwer gefährdende Maßregeln zurücknehmen," aber wird von dem Antragsteller selbst zurückgezogen. Wydenbrugk. Wiesendahl u. A. verzichten auf ihre Anträge zu Gunsten des Minderheitserachtens des Ausschusses. Aber auch dieses wird mit 241 gegen 198 Stimmen verworfen und dafür das Erachten der Mehrheit, welches mit vier der Deutlichkeit wegen wiederholen: „Die Reichsversammlung wolle in Uebereinstimmung mit den von dem Reichsministerium beschlossenen Maßregeln erklären, daß sie es für nöthig erachte, 1) die königl. preußische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg zurücknehme, sobald solche Maßregeln getroffen sind, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Berathungen in Berlin sicher zu stellen; 2) daß sie preußische Truppen sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitze, und die Besorgniß vor reaktionären Bestrebungen durch Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist," mit 239 gegen 189 Stimmen angenommen. Ein dringlicher, in Bezug auf Blum's leider kaum noch zweifelhaftes Schicksal gefaßter Antrag ruft den Reichsminister der Justiz noch einmal auf die Tribüne. Er erklärt, daß die Herren Göpel und Paur aus Augsburg um 2 Uhr Nachmittags bereits nach Oesterreich und mit dem Auftrage abgereist seien, alle auf den Blum'schen Prozeß bezügliche Papiere einzusenden. Gegen 5 Uhr Abends wird endlich die Sitzung geschlossen.

Deutschland.

Aus Frankfurt vom 15. Nov. berichtet die „Augsburger Abendzeitung", daß am 16. die Inspektion der dort liegenden Reichstruppen statt finden werde, sowie daß ein Theil der Mainzer Garnison nach dem preußischen Niederrhein abgehen soll, um die militärische Besatzung dieser Provinz zu verstärken.

Bayern. München, 18. Nov. Wie man vernimmt, hat Se. Maj. König Max II. nachträglich auch den Veteranen der bayerischen Verwaltungs- und Justiz-Beamten des Heeres, welche die Feldzüge der 30ger Jahre bis nach der Schlacht bei Leipzig 1813 mitgemacht haben, das gleiche Denkzeichen zu bewilligen gerucht, welches den freiwilligen Verteranen unter dem 30. Juni 1848 auf ihre diesfälligen Gesuche allergnädigst verliehen wurde, und daß diejenigen Verwaltungs- und Justiz-Beamten welche die Feldzüge gegen Frankreich 1813, 1814 und 1815 mitgemacht haben, eine Medaille als Denkzeichen erhalten sollen. — Se. königl. Hoheit der Prinz Luitpold ist von Posen zurück vor einigen Tagen wieder hier eingetroffen. — Die Theaterfrage wird nach erfolgter Genehmigung Sr. Maj. des Königs künftig den Namen „Westenrieder-Straße" führen.

Wir erhalten den Briefe aus Würzburg. Die bischöflichen Berathungen waren am 14. Nov. geschlossen worden. Am 15. wurde ein feierliches Dankamt gehalten, welches der Hr. Erzbischof von Bamberg celebrirte und wobei unerwartet der Hr. Erzbischof von München-Freising die Kanzel bestieg und eine tiefergreifende Rede hielt. Die Beichtstühle, Ansprache an die Katholiken Deutschlands werden in längerer Zeit veröffentlicht werden. (Augsb. Postzg.)

Königr. Sachsen. Dresden, 13. Nov. Die zweite Kammer hat heute auf Fischirer's Antrag, bezüglich Robert Blum's, einstimmig beschlossen: Die Staatsregierung zu ersuchen, 1) daß der sächsische Gesandte in Wien aufgefordert werde, unverweilt einen Reichsgesandtschaftsbericht über sein Verhalten einzureichen; 2) daß von der Centralgewalt gefordert werde, die energischsten Maßregeln zur Sühnung der durch die Tödtung Robert Blum's in Wien verletzten Ehre Deutschlands zu ergreifen. — In der Nachmittagssitzung der ersten Kammer wurde der erste Theil des Fischirer'schen Antrags (Robert Blum betreffend) einstimmig angenommen, der zweite Theil dagegen (die Schritte bei der Centralgewalt betreffend) nach einer Debatte abgelehnt, nachdem der Präsident Schönfelds vorher erklärt, daß das Direktorium sich für diesen zweiten Theil jenes Antrags nicht hätte entscheiden können, weil man die betreffenden Thatbestände noch nicht kenne und zur sächsischen Regierung das Vertrauen hegen könne, daß sie sich die nöthige Kunde über den Thatbestand verschaffen und dann das Nöthige einleiten werde.

Am 14. Nov. Abends wurde von den Leipziger Vaterlandsvereinen R. Blum's Todtenfeier im Odeon begangen. Es wurden mehrere Reden gehalten, welche sich sämmtlich zunächst auf R. Blum und sein Wirken bezogen. Von mehreren auswärtigen Vaterlandsvereinen waren Deputirte anwesend.

Preußen. — Berlin, 15. Nov. (Spener. Ztg.) Die feste Stellung, welche die Nationalversammlung dem Lande gegenüber eingenommen, hat überall die bedeutendsten Ergebnisse zur Folge, und der passive Widerstand, welchen Berlin allen Schritten und Maßregeln der Gewalt entgegengesetzt, wird von dem ganzen Lande anerkannt. Die Achtung gebietende und einsichtsvolle Haltung unserer Bevölkerung verleugnet sich fortdauernd nicht, und so ist auch nirgends die geringste Ausschreitung zu beklagen. Der gestrige Tag verlief ganz ruhig. Das Regenwetter hatte freilich weniger Menschen, als am Tage vorher, auf die Straßen gelockt, dieselbenaber bewerkte man viele Gruppen. Die öffentlichen Gebäude blieben militärisch besetzt, und auch das Durchziehen der Straßen mit Streifkorps hörte nicht auf. Nachmittags geschehene gewaltsame Ausweisung der Vorsteher der Nationalversammlung aus dem Schützenhause lohnte auch immer den Inhalt vieler Gespräche und wir gehen daher den Hergang dieser geschichtlichen Begebenheit (um so mehr, da der gestrige Bericht darüber einige Unrichtigkeiten in den Namen enthielt) nach dem authentischen Protokoll. Der vierte Vizepräsident Plönnis, die Schriftführer Hildenbagen, Schornbaum und Schneider waren, der Anordnung gemäß, zum erwähnten Empfang von Eintretenden im Saale des Schützenhauses anwesend, als um 3 Uhr bedeutende Truppenmassen um dasselbe zusammengezogen wurden. Mehrere Offiziere und ein Offizier der Schutzmänner waren, von einigen Soldaten gefolgt, ohne Anmeldung eingetreten. Ein Mitglied der Schützengilde, Hr. Fränkel, verbliebene dem Bureau, daß Soldaten eingetreten seien, worauf ihm entgegnet wurde, daß hiere nun leicht kommen mögen. Der Oberstlieutenant v. Sommerfeld (ein Abg. berichtigte, daß der Oberst v. Sommerfeld, Kommandeur des 12. Infanterieregiments sei) erklärte, daß er den Auftrag habe, die Mitglieder der Nationalversammlung zum sofortigen Auseinandergehen zu veranlassen. Der Vizepräsident Plönnis verwies darauf: er sei hier, um Deputationen zu empfangen und werde demgemäß zurückmäßig anwesend bleiben. Auf die Anfrage des Schutzmanns-Offiziers, ob die Versammlung sich getrennt habe, erfolgte Antwort, worauf derselbe im Namen des Ministers des Innern, die Versammlung als eine gesetzwidrige erklärte und „im Namen des Gesetzes" deren Auseinanderge hen verlangte. Als der Vizepräsident Plönnis weiter remonstrirte, erwiderte der Oberstlieutenant v. Sommerfeld, er werde so lange, wie die Kommission der Nationalversammlung, bleiben. Der Vizepräsident Plönnis bemerkte hierauf, er müsse es seiner Verantwortung überlassen, inzwiesern er sich für berechtigt halte, seine Ortlichkeit der Nationalversammlung in deren Sitzungsstaal zu verweisen. Nachdem der Oberstlieutenant seinen Vorsatz bleiben zu wollen, erklärt hatte, fuhren die anwesenden Abgeordneten in ihren Geschäften fort. Der Oberstlieutenant, die Offiziere und Soldaten verliesen auch den Saal. Nach etwa einer halben Stunde erschien der Oberstlieutenant v. Sommerfeld in Begleitung eines Offiziers von Neuem und zeigte einen schriftlichen Befehl mit der Erklärung vor, er habe von dem General Wrangel und dem Minister des Innern eine Weisung, welche etwa dahin lautete: „Auf Grund der gemachten Meldung, daß die Nationalversammlung sich als die aktiven Repräsentanten der in den Sitzungssaal versammelten Mitglieder der vertagten Nationalversammlung dort aufhalten, beauftrage ich Sie hiermit, die Herren ersuchen zu lassen, sofort zu gehen, ohne daß Gewaltmaßregeln gegen sie anwenden zu lassen." Der Oberstlieutenant fügte hinzu, daß er der Kommission, als bloßen Privatleuten, den Aufenthalt gestatten könne, sie aber als Vertreter der Nationalversammlung den Saal sofort verlassen müßten. Der Vizepräsident Plönnis erklärte hierauf: „Ich protestire feierlichst gegen das unbefugte Eindringen in diesen Saal und gegen jeden Zwang, der hier ungesetzlicher Weise gegen die Kommission der Nationalversammlung geübt wird." Die ganze Kommission trat dieser Auflassung bei und erklärte: Sie werde ihre Plätze nicht verlassen, wenn sie nicht durch physische Gewalt gezwungen werde. Auf die Aufforderung Seitens der Offiziere, doch die moralische Gewalt anzuerkennen, da die Mannschaften da wären, und dieser Gewalt zu weichen, entgegnete die Kommission, daß sie es darauf ankommen lassen werde, ob man ihr unverletzlichen Vertretern des Volks Gewalt kommen wolle. Der Oberstlieutenant erwiederte, daß, wenn die moralische Gewalt nicht hinreichte, er so viele Sektionen Soldaten in den Saal kommandiren würde, bis die Abgeordneten hinausgedrängt seien. Demnächst rückten zwei Sektionen in den Saal, die Offiziere kommandirten ihrer Mann, welche sich auf das Kommando Bauch hinlegten und dann wiederholten Aufforderung gemäß, Hand an die Mitglieder des Parlaments zu legen. Unter Protest gegen die, den unverletzlichen Volksvertretern angethane Gewalt verließ, theils vom Militär geführt, theils geleitet, die Kommission den Saal, und der Abg. Schneider protestirte vor allem Volke auf der Straße nochmals laut gegen die Gewalt. Hiermit endete dieser Auftritt. — Die Vorsteher der Schützengilde haben, wie Hindilet auf die gesetzliche, noch vorläufige Sperrung, daß die Wohnung unverletzlich sei, und Niemand ohne richterlichen Befehl darin eindringen dürfe, ihr Recht zu wahren gesucht. — Noch lange wurde der Vorfall in der Stadt besprochen und auf den Straßen hörte man fast nur davon sprechen. — Im Laufe des vorgestrigen Abends wurde auch der Abg. Schramm im Gasthofe zum Schwan in Potsdam durch Verbreitung von Plakaten verhaftet, gestern jedoch freigegeben. Der §. 3 des zu Recht bestehenden, die Volksvertreter schützenden Gesetzes macht diese Freilassung auch unbedingt nothwendig, da die Nationalversammlung sich bereits auch thatsächlich dafür erklärt. Das Haus des Assessor Gr. Wache, welcher ein Plakat verbreitet hatte, wurde in der Nacht um 3 Uhr von Soldaten umstellt. Hr. Wache selbst aber nicht gefunden. — Noch ist zu erwähnen, daß vorgestern die Deputation der Breslauer Stadtbehörden im Potsdamer Schlosse eine Audienz nachgesucht,

aber, wie frühere, nicht empfangen wurden. Der Prinz von Preußen befand sich, wie man hört, gleichzeitig im Vorsaale und schien leidend. — Am gestrigen Vormittage hielten die Stadtverordneten, wie jetzt täglich, Sitzung. Als sie sich in das Kölnische Rathhaus begeben wollten, fanden sie dasselbe vom Militär umstellt, und sie mußten sich zunächst über ihre Personen ausweisen. Auf die Anfrage des Stadtverordneten-Vorstehers, ob auch Zuhörer zugelassen werden könnten, erwiederte der Offizier, daß er keinen Befehl habe, diese wegzuweisen. So begann die Sitzung und das Militär entfernte sich bald darauf. In der Sitzung selbst wurde zunächst der Erlaß folgender Anspruche beschlossen: „Mitbürger! Seit dem Belagerungszustande unserer Stadt haben wir unsere Sitzungen für permanent erklärt, damit Ihr jederzeit die Stimme Eurer Vertreter hören könnt. Wir haben bisher nicht vermocht, die Rückkehr jener Maßregel zu bewirken. Sie besteht darin, daß der Kriegszustand ausgesprochen und der kommandierende General der alleinige Befehlshaber in der Stadt ist. In dieser Lage gefaßen seine Anordnungen als Befehle, deren Gültigkeit er allein zu vertreten hat. Ihr kennt sein Verdict gegen Zusammenläufe. Mit Rücksicht darauf richten wir an Euch Bitten, Vermahnen, Bitten, Letzteren und Meister die dringende Bitte: Eure Kinder, Schüler, Lehrlinge und wer Euch sonst untergeben ist, von wurtwidrigen Zusammenläufen abzuhalten. Wir beschwören Euch, wirke Jeder in seinem Kreise, mit aller moralischen Kraft dahin, daß jede Veranlassung zur Ausführung der angedrohten militärischen Maßregel vermieden werde. Berlin, den 14. Nov. 1848." — Nun wurde beschlossen, daß eine aus drei Stadtverordneten Walter, Schäffer und Esse bestehende Deputation sich zu dem General Wrangel begebe, und ihn ersuche, noch nicht so schnell von der Schußwaffe Gebrauch machen zu lassen. Hierauf verlangten sich die Stadtverordneten bis 4 Uhr Nachmittag. Inzwischen hielten die Abgeordneten der Nationalversammlung Berathungen in ihren Parteiversammlungen. Die Fraktion des linken Zentrums hatte den Offizier von der Wache zu sich nehmen lassen, um sich bei dem Stadtverordneten wissen, mochte dahrt auch nicht nach dem Königsschloßer Rations ziehen, sie bekannte sich ferner zu der Ansicht, daß, so lange der Belagerungszustand in Berlin fortdauere, die Sitzungen zu vertagen und eine Verlegung der Versammlung aus Berlin um jeden Preis vermieden werden müsse. Wie sichon angedeutet war das Gerücht, daß Rathhaus von 10 Uhr an in drei Abtheilung des 12. Regiments besetzt und einzeln ankommende Abgeordnete erhielten keinen Einlaß. Auch kamen nur wenige dorthin, da Boten sichon nach der Parteiversammlungen die Nachricht gebracht hatten. Ein Theil der Abgeordneten begab sich, auf frühere getroffene Verabredung, nach dem Königsstädtischen Kasino in der Frankfurterstraße, wo jedoch noch fast gar keine Vorbereitungen zum Empfange getroffen waren. Der Saal war noch sehr klein, auch nicht genug Stühle vorhanden. Schnell wurden Tribünen und ein stenographisches Büreau nebenan improvisirt. Die Petitions-Kommission trat zusammen, um den Bericht über die neu eingelaufenen Adressen zu entwerfen. Unterdeß kamen die H.H. Knarr und Müller (Sprau) an, um die Situation in der Stadt zu schildern. Einen Raumen sie dem Versammelten mittheilten, daß das Militär das Kölnische Rathhaus verlassen habe, und daß sie deßhalb der Präsident auffordere, sich dorthin zu begeben. So begann um halb 2 Uhr die Sitzung der Nationalversammlung in dem Saale der Stadtverordneten. Da diese nur für höchstens 100 Personen eingerichtet war, so mußten einige Thüren so lange offen bleiben, bis die letzteren faß ganz von Abgeordneten besetzt waren. Die Sitzung währte bis nach 3 Uhr, und als alle Abgeordnete den Saal versammelt hatten und der Präsident und einige Schriftführer freilich nicht mehr in amtlicher Eigenschaft anwesend waren, erschienen Offiziere an der Spitze von Soldaten, um den Saal zu räumen. Diesmal wurde also ein neuer Angriff verübt. Nachmittags um 4 Uhr konnte die Sitzung der Abgeordneten wieder aufgenommen werden. Die Stadtverordneten hatten, um sich äußerlich kenntlich zu machen, ihre Amtszeichen angelegt. Die abgesandten Abgeordneten berichteten nun, daß sie bei dem General Wrangel eine sehr freundliche Aufnahme gefunden und die Versicherung erhalten hätten, daß er am Montag gegen die Ruhestörenden noch nicht mit ganzer Strenge einschreiten werde. Er wolle, daß er für jeden Tropfen Blut dem himmlischen Richter Rechenschaft ablegen müsse, also alles Blutvergießen gewiß vermeiden werde. Er möchte das größte Opfer bringen, um den Stadtfrieden zu erhalten. — Von dem Kommandanten war die Mittheilung eingegangen, daß heut die Waffen durch Truppen in den einzelnen Stadttheilen eingeführt worden sollen. — Auf Nachmittage ließ General Wrangel unter Trommelschlag zu versammeln Bürgern einladen, daß Diejenigen, welche die, unter seinem Befehle stehenden Soldaten verhöhnen, oder angreifen würden, vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen. Dies brachte im Publikum die Meinung hervor, daß das Kriegsgericht verfunden sei, was jedoch keineswegs der Fall ist. Abends wurde der demokratische Klub in der Leipzigerstraße durch Militär auseinandergesprengt, und ein Mitglied, der Maurer Stuhl, verhaftet. Bei dem Eintritt des Offiziers in den Saal wurde gesagt, es sei hier nur eine Versuche. — Die meisten Mitglieder des diplomatischen Korps befinden sich noch in unserer Mitte. Der englische, türkische und französische Gesandte wollen unter keinen Umständen Berlin verlassen und ihre Landesleute vor jeder Unbill in Schutz nehmen. — In der Mark und in Pommern ist die Ruhe bis jetzt nicht gestört worden.

Potsdam, 12. Nov. Heute Nachmittag ist das Füsilierbataillon des ersten Garderegiments nach Berlin auf der Eisenbahn abgegangen und die Kavallerie, namentlich das Garde-Ulanen-(Landwehr)-Regiment ist aufgerückt. Es wird in Kurzem und der Umgegend, etwa 1½ Stunden von Berlin, kantonnieren. Die Spannung auf den Ausgang der Berliner Ereignisse ist hier groß. Abends. Es haben heut Abend hier bedeutende Unruhen stattgefunden. Die Eisenbahnschienen sind auf einer bedeutenden Strecke nach Novanes hin aufgerissen, einige derselben ins Wasser geworfen: eine Dame, am Arm eines wohlgekleideten Herrn, machte diese Verstehlag, die schlechte Brücke, die sie bei den Mühlen über die Rhuhe führt, anzuzünden. Es wurden darauf die Balken mit Theer bestrichen und angezündet; jedoch ist der Brand durch hinzukommende Grenadiere wieder gelöscht worden, ohne erheblichen Schaden zu thun. Das Militär stand in der Nähe dieser Demolirungen, ohne einzuschreiten, angeblich weil es keine Ordre dazu hatte. Die nach Berlin bestimmten Füsiliere mußten an der Eisenbahn zu Fuß entlang gehen. Der electro-magnetische Telegraph wurde, meistens von Knaben, durch Zerreißen der Drähte unbrauchbar gemacht; ein Munitionswagen wurde quer auf die Schienen geworfen. Zwei Brodwagen für das Militär wurden gestürmdert. Die Zerstörungen wurden meistentheils durch Arbeiter ausgeführt, aber auch wohlgekleidete Männer wirkten dabei mit. — Der Zuflitzarb Dortu hatte ein Plakat, welches zu einer außerordentlichen Versammlung auffordert, unterschrieben: sein Sohn, der Auskultator Dortu. Es haben in der Versammlung der Demokraten einen Eid geschwört, um jeden Preis das Militär zu hindern, auf der Eisenbahn nach Berlin zu gehen. — Der Magistrat und die Stadtverordneten haben sich versammelt, um über die unter jetzigen Umständen erforderlichen Maßregeln zu beraihen. — Das Theater ist für heut Abend geschlossen. Um 7 Uhr ist der Zug von Berlin angekommen, die Kommunikation also wieder hergestellt.

Potsdam, 13. November. Gestern Abend sind II. MM. der König und die Königin nach der Stadt gekommen und im königlichen Schlosse abgetreten. Der heutige Geburtstag J. M. der Königin wurde wieten in den Stimmen der Zeit durch stille Geschäftigkeit von Seiten verschiedener Behörden und Einzelner. — Leider ist gestern das vorgefallenen Unruhen ist noch Folgendes nachzutragen. Bald nach 6 Uhr gab es noch am Schloßportal vor der Schloßwache einen unangenehmen Auftritt. Während bei Ablösung der Wachtposten durch die dort versammelte Volksmenge ging, rief Einer: da kommen die Cisteköpfe von Soldaten. Dieser Mann wurde sogleich arretirt und in die Schloßwache gebracht. Es wurde darauf die Menge tumultuirend bei Auslieferung. Einige Steine wurden geschleudert, doch verhielten die Soldaten, die das Portal besetzt hielten und Niemanden hereinließen, sich ruhig. Man hörte zwei Schüsse fallen und eief: das Militär hat geschossen! Der Offizier ließ sogleich alle Gewehre bei Wachmannschaft untersuchen und es zeigte sich, daß von dreier Seite kein Schuß gefallen war; daß ersuhr man sehr bald, daß zwei Männer im Gedränge mit Gewehren, die Schüsse sich selbst gelöst hatten. Die hinzukommende Bürgerwehr zerstreute bald die Haufen und die Ruhe wurde weiter nicht gestört. — Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung hatten noch um 8 Uhr eine Deputation an Se. Maj. den König abgeordnet: diese aber wurde nicht angenommen, weil kein Minister anwesend war.

Potsdam, 14. November. Auf den Grund von Gerüchten, daß man von hier aus, und auf der Richtung von Magdeburg her, beabsichtige, Berlin mit bewaffneter Volksmacht zu Hülfe zu kommen, war von Seiten der Kommandantur von gestern früh an die Eisenbahn mit Militär besetzt. Es passirten zwar die Züge von Berlin her, indeß hatte bis 5 Uhr Abends kein Personenzug nach Berlin befördert werden; Niemanden wurde es erlaubt, den Perron der Eisenbahn zu betreten. Selbst die Züge von Magdeburg her, werden nur bis Werder befördert, und diese Abiperrung wurde so strenge beobachtet, daß ohne einen speziellen Erlaubnißschein von Seiten der Kommandantur nicht einmal den Eisenbahn-Ingenieuren erlaubt wurde, sich an ihre Arbeitsstellen zu begeben; auch Frauenzimmer und Briefe wurden nicht befördert. Um 5 Uhr wurde die Passage nur insoweit frei, daß Personen, die von der Polizei als völlig unverdächtig refognoszirt waren, nach Berlin befördert werden durften. Indeß war es in Potsdam selbst sehr aufgeregt. Erst wollte man das Pulvermagazin auf dem Brauhausberge stürmen und heraiben; dann in Berlin Verabredetes bringen und den Magistrat befreien. Das Militär postirte sich in der Wache (spätz Magazingebäude) an der Ecke der Charlotten- und Lindenstraße, plünderte, auch überall den Transport der Munitions- und Brodwagen zur Verpflegung des Militärs hemmen. Da aber der Kern der besonnenen Bürgerschaft sich nicht dabei betheiligte, so konnte das Einverständniß der Staates leicht durch Militär verhütet werden, und die Ruhestörer wurden durch die Kommandantur auseinander, obgleich auf wiederholten Alarmschlagen sich diese nur sehr unvollständig versammelt hatte. In Versammlungen wurden von verschiedenem Sinne Adressen berathen und unterzeichnet. Mehrere Grenadier-Kompagnien waren gegen Abend noch nach Berlin entsendet; um 10 Uhr Abends kamen indeß einige Füsilier-Abtheilungen von dorther zurück. Gegenwärtig ist Alles im Gange der frühen Tiefen Volksaufregungen, dadurch zu verhindern, daß noch mehr Truppen nach Berlin geschickt würden. Uebrigens geht im täglichen bürgerlichen Leben Alles seinen ruhigen Gang, so daß von einem Aufstand der Einwohnerschaft von Potsdam nicht die Rede sein kann. (Corr. Z.)

Einem in Frankfurt a. O. veröffentlichten Erlasse zufolge hat der dort kommandierende General v. Wrietzsch einer Deputation von Bürgern, welche ihm die Eröffnung machte, daß die aufgerufen sich einem allgemeinen Aufstande der Truppen und Berlin widersetzen würde, und Aufschluß über die in den ergangenen Befehle verlangte, zur Antwort gegeben, es sei seine Pflicht nicht, derartige Befehle zu veröffentlichen, übrigens liege noch kein derartiger Befehl vor, könne jedoch alle Stunden

einstrefen, und dann würde er seiner Pflicht gemäß handeln: es ständen ihm 1000 M. zu Gebote, welche mit den Kugeln im Laufe sich schon Luft machen würden. — Die „Oder-Zeitung (in Stettin) theilt mit, daß der dortige konstitutionelle Klub im Bunde mit den anderen Vereinen der Stadt sich für die Nationalversammlung erklärt habe. Auch die dortige Bürgerwehr erklärte sich in diesem Sinne. Magistrat und Stadtverordnete faßten denselben Beschluß. In Magdeburg hat die Stadtverordnetenversammlung einen Aufruf erlassen, welcher mit den Worten beginnt: Mitbürger! das Vaterland ist in Gefahr! Die Versammlung sagt, daß der König die Nation aufgefordert habe, sich auszusprechen, die Stadtverordneten-Versammlung sei diesem Rufe gefolgt, und habe eine Adresse beschlossen, der beizutreten sie sämmtliche Gemeinden der Provinz auffordere. Diese Adresse lautet: „Majestät! Sie haben in ihrer Proklamation vom 11. November Ihr Volk zum neuen Vertrauen aufgefordert. Wir Magdeburger, welche einen nicht unbedeutenden Theil des Volkes ausmachen, wir Magdeburger, welche von jeher treue Anhänger unserer Könige gewesen sind, wir, welche es auch gern noch länger sein möchten, wir fühlen mit Schmerz, daß dieses Vertrauen gestört ist, daß es nicht zurückkehren wird, so lange wir das, vom Grafen v. Brandenburg gebildete, Ministerium an der Spitze der Verwaltung sehen. Wir sehen in den Personen, welche dieses Ministerium bilden, die Feinde des Volks. Frei und offen erklären wir Ew. Majestät, daß die unseres Wissens noch in diesem Augenblick in Berlin tagende National-Versammlung für sehr fest dem 9. November gelassen und die seit und bekannt gewordenen Beschlüsse unsere ganze Zustimmung, durch ihre ruhige, feste und würdige Haltung unsere ganze Hochachtung erworben hat. Wir billigen ihr Verfahren; unsere Stadt-Behörden haben ihr dies bereits erklärt, so wie dem Ministerium Brandenburg, daß es unser Vertrauen nicht besitze." Der Vorstand des Zentral-Kriegsvereins erklärt ebenfalls in einer Adresse, daß das Ministerium die unermeßliche Mehrheit der Nation gegen sich habe, und Se. M. der König gebeten werde, ohne alles Säumen, da jedes Säumen Gefahr bringe, dieses Ministerium zu entlassen. Die Bürgerwehr erklärt sich in kurzen Worten für die Nationalversammlung. — Die an der Eisenbahn liegenden Kasematten und ein Blockhaus an der Berliner Bahn wurden mit Truppen belegt. Die Eisenbahnverwaltung ist angewiesen, keine Zuzüge von Bewaffneten zu gestatten.

Halle, 13. Nov. Das hiesige Militär ward heordert, heute Mittag nach Berlin abzugehen. Auf die Kunde davon versammelt sich ein großer Theil der Bürgerschaft auf dem Markte, wo die Herren Rowald, Pöhle und Ehrlich passende Ansprachen halten; Ersterer setzt sich mit dem Kommandeur der Bürgerwehr und dem Magistrat zu gemeinschaftlichem Handeln in Verbindung. Diese senden zusammen eine Deputation an den Obersten des 31ten Regiments; dieser bestimmt sich für Ausschiebung des Abmarsches der Garnison bis auf Interessen weiteres. Belehrt von Oberkommando, die er der Deputation mitzutheilen verbricht. Die Bürgerwehr wird allarmirt; zahlreich erscheinen besonders Reiter und Lanciers; eine Kompagnie besetzt den Bahnhof, zieht indessen nach eingeholten Nachrichten bald wieder ab; das Kanonierkorps, auf dem Platze vor den Bahnhöfen postirt, löst sich alle zwei Stunden zur Hälfte ab. Deputirte von Bürgervereinen des flachen Landes melden, daß Alles zum Abmarsche bereit sei. Die Bildung eines akademischen Korps ist im Werke. (D. A. Z.)

Schweiz.

Bern. In Folge Begehrens der eidgenössischen Repräsentanten hat der Vorort am 12. d. M. beschlossen, die im Kanton Tessin stehende Brigade um 2000 Mann zu vermehren. Der Marschbefehl wurde auch sofort ertheilt an 1 Berner Infanteriebataillon (Seiler), 1 Waadtländer Infanterie-Bataillon, 1 Batterie Artillerie von Zürich, 1 Kompagnie Scharfschützen von Thurgau, eine halbe Kompagnie Kavallerie von Luzern. Desgleichen wird auch Hr. Nationalrath A. Escher zweiter Repräsentant in Tessin, sofort wieder von Bern aus auf seinen Posten abgehen.

Frankreich.

** **Paris**, 14. Nov. Hr. Armand Marrast ist heute abermals mit 378 Stimmen unter 585 zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt worden. Das „Journal des Debats", welches sich in der Frage der Präsidentenwahl (für die Republik) bisher gleich dem „Konstitutionnel" neutral verhalten zu wollen schien, zeigt jetzt eine große Gereiztheit gegen dieses Blatt, welches seine Freunde unumwunden auffordert für Ludwig Napoleon zu stimmen. Das „Journal des Debats" hätte eine Kandidatur aufstellt jener der HH. Cavaignac und Ludwig Napoleon gewünscht; wenn aber nur die Wahl zwischen beiden bleibt, so sieht es den General Cavaignac vor, und erklärt, man könne den Brief des Marschalls Bugeaud, durch welchen dieser von der Bewerbung zurückgetreten sei, ganz falsch gedeutet, wenn man glaubte, derselbe empfehle Ludwig Napoleon an.

Vermischte Nachrichten.

⊙München, im Nov. In unserer Zeit, wo die Presse sich vielfach mit dem Rechte der Regenten, als „von Gottes Gnaden" beschäftigt, dürfte es nicht ohne Interesse sein, die Ansicht eines tiefen Denkers darüber zu hören. Derber sagt im II. Theil seiner „Ideen zur Philosophie der Menschheit": „Alle christlichen Regenten nennen sich von Gottes Gnaden, und bekennen damit, daß sie nicht durch ihr Verdienst, das vor der Geburt auch gar nicht stattfindet, sondern durch das Gutbefinden der Vorsehung, die sie auf dieser Stelle geboren werden ließ, zur Krone gelangten. Das Verdienst dahin müssen sie sich erst durch eigene Mühe erwerben, mit der sie gleichsam die Provideng zu rechtfertigen haben, daß sie sie ihres hohen Amtes würdig erkannte. Denn das Amt des Fürsten ist kein geringeres als Gott zu sein unter den Menschen, ein höherer Genius in einer herdlichen Hülle. Wie Sterne glänzen die Wenigen, die diesen auszeichnenden Ruf verdienten, in der dunklen Mitternacht gewöhnlicher Regenten, und erquicken den Wanderer auf seinem trautigen Weg durch die politische Geschichte."

=München, 15. Nov. (Theater.) „Jean Bart am Hofe", gestern zum erstenmal hier zur Aufführung gelangt, ist ein unterhaltendes Stück, nicht aber, wofür es sich ausgibt, ein historischer Lustspiel. Es wird hier der Gegenstand des neuen ersten Versuches gegen die blose Konvenienz des Hofstehens, sowie der schlichte Biederstan im Gegensatze von der eben falschheit verschieden Intrigue dargestellt. Doch geschieht dies nicht überall in fest seiner Art, und nicht aus der Handlung selbst hervorgetrieben, gar oft in der Form — ziemlich breiter Belehrung des Publikums selbst. Ludwig XIV. ist durchaus nicht der Historie gemäß charakterisirt, und es machen Jean auf ein Kindvieh, für welche er in Wirklichkeit in keiner Art empfänglich sein konnte. Was die Aufführung betrifft, so kann man die Leistung des Hrn. Jost, der in der Titelrolle auftrat, wohl eine anzgezeichnete, durchaus befriedigende nennen. Auch Mad. Dahn und Dem. Zahn fanden verdienten Beifall. Hr. Seydelmann hat als Ludwig XIV. den Historischen; die Repräsentation aber dieses Königes wiederzugeben, ist eine Aufgabe, welcher vielleicht ein noch weit begabterer Schauspieler kaum gewachsen sein möchte.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 17. Nov. Bayer. 3½ proz. Obligationen 75½ pr. 75 G. 4proz. 86½ G. Bankaktien 11. Semester 580 p. 575 G. Promessen 35 p. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. — p. — G.

Münchener Schrannenanzeige vom 18. Nov. 1848.

Getreide-Gattung.	Voriger Mrk.	Zufuhr.	Heutiger Stand.	Verkauf.	Mittelpreis.	Im Vergleich gegen die letzte Schranne	
						mehr	weniger
	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	Sch. fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
Weizen	212	2912	3124	3015	109 15 55	—	—
Korn	93	1145	1238	1191	47 9 9	—	1 —
Gerste	436	7103	7533	7231	302 7 2	—	1 —
Haber	59	1576	1635	1528	107 4 17	—	—
Leinsamen	11	143	154	154	— 13 53	45	—
Rapssamen	—	13	14	—	21 17 1	17	—

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

* Die Berliner Abend-Post vom 15. war uns bis zum Schlusse unseres Blattes (11 Uhr Nachts) nicht zugekommen.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Sonntag, 19. Nov.: „Die Hugenotten", Oper von Meyerbeer.

Fremdenanzeige.

Gold. Hahn. Glück, Dr. philos., von Bonn. Baierstein, Rentier, von Lodau. v. Raloff, Ingenieur, von Riga. Graf Zastrow, Güterzugsbesitzer, von Riga.

Blaue Traube. v. Kürzinger, Ökonomierath von Salzburg. Kager, Jurist, von Bozen. Jamin, Regiments-Quartiermeister, von Augsburg. Bachmaier, Kaplan, von Ebing. Wittman, Gutsbesitzer, von Ingolstadt.

Stachusgarten. Bauer, Architekt, von Berlin. Kreß, Bäcker, von Augsburg. Keller, Dr. jur. aus Vorarlberg. Pirchauer, Zollvereinswerwaltung, von Lindau. Aman, Cand. med., aus Vorarlberg.

„Anna Mayerhofer, geb. Speth, königl. Assessorswittwe von Würzburg, 66 J. a."

Gestorbene in München.

Antonia Reiner, Häuslerstochter von Raudorf, Bgs. Cham, 23 J. a. Maria Magdalena Schatz, Schneiderstochter von Stein (in Baiern), 28 J. a. Mathias Kirchner, Taglöhner, 75 J. a. Anna Maria Sternwald, Maurersmeisters-Wittwe, 39 J. a. Anton Pauli, Polizeidiener-Feuerwächter, 48 J. a.

Berichtigung.

In der „Neuen Münchner Zeitung" vom 17. d. muß es statt: „Anna Mayerhofer, königl. Landgerichts-Assessorswittwe, von Landsberg, 56 J. a.", heißen:

Stelle-Gesuch.

164. (1) Ein junger Mensch von 30 Jahren, der schon 4 lateinische Schulen kurirt hat, wünscht als Bedienter bei einer Herrschaft, oder als Aufseher in einem Bankierhause, oder in einer Handlung, oder sonst an geeigneter Stelle placirt zu werden. Das Nähere bei diesbezüglicher Expedition.

193. Es wünscht Jemand gegen wochentliche Zurückbezahlung von 2 fl. ein Darlehen von 50 fl. D. Uebr.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

München, den 20. November.

Se. Maj. der König haben Sich vermöge Allerhöchster Entschließung vom 19. Nov. l. J. allergnädigst bewogen gefunden, den königlichen Geheimerath und Generalkreferat im Staatsministerium des Innern, Franz von Kobell, seinem all-unterthänigsten Ansuchen mittelahmt, auf Grund des §. 22 lit. B. der IX. Beilage zur Verfassungs-Urkunde nach bald 52 dienstjahren in den wohlverdienten Ruhestand treten zu lassen, und denselben zugleich in huldvoll-er Anerkennung seiner mehr als ein halbes Jahrhundert mit immer gleicher Treue, Hingebung und Thätigkeit geleisteten ersprießlichen Dienste zum Staatsrathe im außerordentlichen Dienst zu ernennen.

Auf Sr. königl. Majestät allerhöchsten Befehl ist an dem Kriegs-Ministerium unter dem 14. November nachstehendes Schreiben gelangt: „Se. Majestät der König haben zufolge allerhöchsten Signals vom 14. d. auch sämmtlichen betreffenden Militärbeamten des Heeres das Veteranendenkreichen für die Feldzüge von den 90ger Jahren bis 1812 allerhuldreichst zu verleihen geruht. Bezüglich des Anmeldeverfahrens für die Feldzüge von 1813 bis 1815 — dessen, nach den Bestimmungen des höchstseligen König Maximilian I. Majestät, so sorgsamen Anordnung, nun die wirklich an Freiheitskampfe Theilnehmenden beigewohnten Offiziere und Soldaten, dann die Aerzte theilhaftig werden konnten, haben Allerhöchstdieselben beschlossen, an den Sagungen weiland Ihres königl. Großvaters nichts zu ändern, daher auch die bestehenden Gesuche der Militärbeamten nicht weiter berücksichtiget werden können. Wie sehr jedoch Se. k. Majestät geneigt sind, alle billigen Wünsche zu befriedigen, so Verdienste, gefahrenen Oefer und aufgestandenen Strapazen von Seite der Militärbeamten in den verschiedenen Feldzügen allerhuldvollst zu würdigen und zu berücksichtigen, gebe auf eine untwiderzuge Weise daraus hervor, daß Allerhöchstdieselben dem Kriegsministerium allergnädigst Glaubnig zu ertheilen geruht haben — sofeene es in dem Wunsche der betreffenden Militärbeamten gelegen sein sollte, welche das Veteranenkreichen für 1813 bis 1815 noch nicht besitzen — allerunterthänigsten Antrag auf Verleihung einer Medaille in Bronce mit dem Bande dieses Denkzeichens stellen zu dürfen. Indem dieses dem Heere andurch bekannt gegeben wird, glaubt das Kriegs-Ministerium sich übertreugt halten zu dürfen, daß sämmtliche betheiligte die obenerwähnte allerhöchste Willensmeinung mit Dank sich bei diesem neuen Beweis allerhöchster königlicher Huld benutzen und denselben mit Dank hinnehmen werden. Der biedurch allerunterthänigste Antrag bezüglich der in Rede stehenden Medaille wird alsdann Sr. königl. Majestät unterbreitet und nach erfolgter allergnädigster Genehmigung das Weitere verfügt und möglichst beschleunigt werden. Vorläufig erhalten sämmtliche Armee-Divisions- und Korps-Kommando's die Anordnung, sich, sowie jene Militär-Branchen den Militär-Aerztliche Bereichnisse vorgenannten aktiven und pensionirten Militär-Beamten welche das Veteranen-Denkzeichen nicht, obwohl schon besitzen, wie z. B. die Aerzte rc., unter in Vorlage zu bringen, die Anspruch auf diesen Verleihung zu machen haben. In diesen Verzeichnissen ist zugleich der Wunsch der Betreffenden für die fraglich Medaille laut anzuführen, welche nicht die Feldzüge 1813 bis 1815 mitgemacht haben. Hiebei wird, um allen irrigen Ansichten und Auslegungen vorzubeugen, ausdrücklich auf den vorliegenden Satz des allerhöchsten Sitzungspatentes vom 30. Juni (Ministerialreskript vom 1. Juli. Nro. 11,792), dann auf die Bestimmungen vom 15. Sept., Nr. 15,805 und 21. Oktober 3. Nr. 17,585 mit dem Bemerken hingewiesen, daß nur jene Militärbeamten, welche — falls sie nicht obnedin auch andere frühere Feldzüge mitgemacht haben sollten — vielleicht nur der Fortsetzung des russischen Feldzuges in Sachsen beigewohnt haben, noch Anspruche auf das mehrerwähnte Veteranen-Denkzeichen machen können; alle übrigen aus Jun, der Salzburg rc. stattgehabten Aufstellungen begründen einen Anspruch hierauf nicht."

(Personal-Veränderungen.) Die Obristen Freiherr von Tann vom 1. Infanterie-Regimente König, August Graf von Fugger-Kirchberg vom 5. Infanterie-Regimente Großherzog von Hessen, und Franz von Heinrichsen vom 7. Infanterie-Regimente Karl Carpzenhin, dann der Linienlieutenant Severin Freiherr von Messina vom 2. Chevauleger-Regimente Taxis wurden in temporären Ruhestandsstand versetzt. — Der Linienlieutenant Heinrich Graf von der Mühle vom 2. Kürassier-Regimente Prinz Karl erhielt die nachgesuchte Entlassung. — Dem Kommandanten der Haupt- und Residenzstadt München, Hochverdienten Obersten Ludwig Lauber wurde, der Charakter als General-Major verliehen. — Dem Generalmajor und Brigadier der Kavallerie, von der 4. Armeedivision, Joseph Freiherrn von Weinbach wurde das Ehrenkreuz des königlichen Ludwigsordens, und dem Hauptmann Max Wepler vom 3. Artillerie-Regimente (reitende Artillerie) die allerhöchste Erlaubniß zu Theil, das Ritterkreuz des großherzoglich hessischen Verdienstordens Philipp des Großmüthigen anzunehmen und zu tragen. Der Generalmajor und Brigadier der Artillerie Johann Depper ist am 8. und der Generallieutenant und Kommandant des Ingenieur-Corps, Peter Ritter von Becker am 14. November zu München mit Tod abgegangen.

Deutsche Reichsversammlung.

(116. Sitzung vom 16. November.) Tagesordnung. Berathung über Art. V und VI des Verfassungsentwurfs. Vorsitzender Heinrich v. Gagern. Die Versammlung ist der ihrer eröffnung ungeachtet zahlreich. Nach der Austrittsanzeige zweier Abgeordneten wirft Hr. Kirchgeßner aufgefordert, über „ein anderes auf unserer Mitte geschehenes Mitglied" Bericht zu erstatten. Er verliest hierauf unter dem tiefen Schweigen des Hauses den vom Hofrat. Ausschusse in Folge des Antrags von Simon aus Trier beräglich der Verhaftung und stattgehabten Behandlung Robert Blum's erstatteten Bericht. Der Ausschuß beantragt einstimmig *) folgende Erklärung zum Beschlußfassung: „Die Nationalversammlung, intem sie vor den Augen von ganz Deutschland gegen die mit Außerachtlassung des Reichsgesetzes vom 30. Septbr. l. J. vollzogene Verhaftung und Tötung des Abgeordneten Robert Blum feierlich Verwahrung einlegt, fordert das Reichsministerium auf, mit allem Nachdruck Maßregeln zu treffen, um die unmittelbaren und mittelbaren Schuldtragenden zur Verantwortung und Strafe zu ziehen." Die Dringlichkeit des Antrags wird mit großer Mehrheit von Keiner gestert anerkannt. Es sind zwar mehrere Verbesserungsanträge eingebracht, allein sie werden beseitigt, indem sich das Haus entscheidet, ohne alle Diskussion über das Ausschußerachten abzustimmen. Auf die Aufforderung des Präsidenten an die Versammlung, das sich diejenigen zu erheben hatten, welche dem obigen Antrage des österreichischen Ausschusses beipflichten wollen, stehen sämmtliche Abgeordnete auf. Eine Erörterung über die bekanntlich wiederum auf Frieter. Gecher gefallene Thiengener Wahl zur Reichsversammlung führt dahin, daß das deßfallige Schreiben des Bevollmächtigten der badischen Regierung bei der Zentralgewalt an den frühern Ausschuß für die Thiengener Wahl verwiesen wird. Raumer stellt den dringlichen Antrag, in Anlaß der Auflösung der Berliner Bürgermehr, des über dieselben verhängten Belagerungszustands u. s. w., das das Reichsministerium die unverzügliche Zurückhahme dieser Maßregeln verfüge, daß es die Rechte der preuß Landesversammlung unter den unmittelbaren Schutz des Reichs nehme, und daß sogleich drei Mitglieder des Reichstags nach Berlin geschickt werden sollen, um diesen Anordnungen, nöthigenfalls durch Waffengewalt, Nachdruck zu verschaffen. Die Dringlichkeit des Antrags wird jedoch verneinet. Auf eine Interpellation Wichmann's sagt der Reichsjustizminister die Antwort für morgen zu. In Beziehung auf die Sdoverische Anfrage an den Verfassungsausschuß wegen der Grundrechte erklärt v. Soiron, daß die Vorlage so weit gereift sei, um für künftige Woche versprochen werden zu können. Schoder drängt auf noch größere Eile und will die Grundrechte ohne Einführungsgesetz der zweiten Lesung unterziehen lassen. v. Soiron hält aber das letztere für unerläßlich, worauf Künsberg unter der förderlichen Umstand des Hauses auseinandersetzt, daß die Grundrechte einen Theil der Verfassung bilden, daß sie daher in ihren Verhältnisse zu den Gesetzen zu betrachten seien und nicht füglich beschlossen werden dürfen. Schließlich erhält das Sdoverische Verbesserungsverlangen nicht die Unterstützung der Versammlung. Zur Tagesordnung kommt nun Wippermann Simson den Vorsitz ein. Die Berathung hebt an Artikel V. §. 25 der Verfassung, welcher von den Zuständigkeiten handelt. Mehrere umfängliche Gegenstände, namentlich von ehrlichen Handelskammern, werden vor Berathung der Schiffahrtsakte, welche vollständig verlesen, theilt in den Schlußfolgerungen zu Anträgen. Der Abg. Berlich wirft in einer ausführsame Besprechung über den ganzen Artikel V in seinen vier §§. (25—28) eingetreten. Es haben sich wieder ein Dutzendhunert Redner in die Präsidialliste eintragen lassen, von denen zuerst Graf Wartensleben das Wort erhält: Wir sollen einen Bundesstaat bilden, aber keinen Einheitsstaat. Die deutsche Reichsgewalt möge mit der vollen Gewalt bekleidet ausgestattet werden, was zum Bundesstaate gehört. Für den letzteren haben wir das glänzende Beispiel des blühenden Nordamerikas vor uns, für den Einheitsstaat das als solcher abscheuene Frankreich. Schon wieder fordert der Verfassungsentwurf ein Oberhandelstribunal, welches ich schon deßhalb habe als eine Handbabe des Absolutismus bei Gelegenheit der Berathung der Schiffahrtsakte zu bekämpfen. Der Redner mag hier Oberaufsichten über hier eingegangenen, als einer mit dem Charakter des Föderativstaates unvereinbaren Bestimmung. Der Redner geht dann auf die einzelnen §§ über und erklärt sich für eine Ermäßigung zwar, aber nicht für die Aufhebung der Stromzölle. Es würde aber namentlich eine Ungerechtigkeit sein, Hannover und Mecklenburg die einträglichen Elbabgaben zu entziehen, und in Hannover einen Ausfall von 10 Millionegroschen auf den Topf verursachen würde. Graf Wartensleben empfiehlt deßhalb dringend seine Verbesserungsanträge, nach denen die Aufhebung der Flußzölle nicht erfolgen soll ohne billige Entschädigung. Ihm folgt Ziegert aus Minden mit einem Vortrage, reicher an Worten als an Gedanken. Er spricht, was den §. 25 anlangt, für den Vorschlag des Verfassungsausschusses mit den Zusätzen des volkswirthschaftlichen Ausschusses, und §. 26 für die Aufhebung der Flußzölle, unter Hinweis auf die Bestimmung des Minderheitsrachtens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, wornach, ob für den Wegfall eine Entschädigung zu gewähren sein wird, die Entscheidung eines Reichsgesetzes anheimgestellt bleibt. Auch Jucho's Rede über keinen belebenden Einfluß auf die unter Ziegert's Worten äußerst zusammengeschwundene Versammlung aus. Es verlangt für den Rhein bleibt, Freiheit, welche die übrigen deutschen Ströme erhalten sollen. Abends nimm

*) Hr. Francke aus Schleswig-Holstein, Mitglied des Ausschusses, war nach Maßgabe gestriger Sitzung bei der Berathschlagung des Ausschusses nicht anwesend, erklärte aber bei einer späteren Versammlung der Ausschussm li glieder — dem gestellten Antrage nicht beitreten zu können.

das Interesse Hannovers und sein Recht auf eine billige Entschädigung wahr. Eisenstuck bekennt sich offen als einen „Reichsfommunisten," wie Abrens diejenigen bezeichnet hat, welche das Eigenthum der Einzelstaaten mögl chst zum Reichseigenthum verallgemeinern wollen. Dann mocht sich seine Verstimmung darüber Luft, daß der Verfassungsausschuß auf die Rothschläge des volkswirthschaftlichen Ausschusses ein zu geringes Gewicht lege. Die Flußzölle, mögen sie bestehen, wober sie wollen, betrachtet Eisenstuck als einen Unfug. Den Ausdruck „Flußschranken" hält er nicht für hinreichend, um die Wasserstraßen aller Art in Wegfall zu bringen, und um jeden denkbaren Zweifel, wie hier so auch in anderen Punkten im voraus hinwegzuräumen, empfiehlt er die Anträge des Verfassungsausschusses. Von einer Vereinschränkung der Selbstregierung könne nicht die Rede sein in Bezug auf die Schiffahrtsabgaben einer Flusses wie die Elbe, an welcher jetzt Uferstaaten betheiligt sein. Zu welchen Ergebnissen diese Selbstregierung führe, zeigt der Redner aus der Geschichte der Elbschiffahrtsabgaben seit der Wiener Kongreßakte. Endlich widerlege er den Einwand, daß die Binnenländer sich weigern würden, zu den Hafenlosten und Rebnlichem beizutragen, durch den Hinweis auf das Benehmen der Angehörig n dieser Binnenstaaten in der schleswig-holsteinischen Frage. Brumbrecht aus Darmstadt bemerkt, daß wir den Reichsverfassungsentwurf in's Auge, die nach seiner Meinung Hannover irrthum würden, wenn man die Flußzölle ohne Entschädigung aufhebe. Auch sei es nicht politisch, den Nordseestaaten, deren materielle Interessen der Endelsidee mit Deutschlands Heranwachsen günstig seien, allzu schwere Opfer für den Bundesstaat zuzumuthen. Oesterreich und Danzig hält folgende Fassung des §. 25 für einverleiblich: Alle Zölle auf Flüsse, welche in diesen schiffbaren Lauf verschiedene deutsche Staaten durchströmen oder begrenzen, und die an denselben zur Beförderung der Schiffsfahrt oder des Handels errichteten Anstalten unterliegen der Gesetzgebung und Oberaufsicht der Reichsgewalt. Den §. 26 will er gestrichen und seine Gegenstände durch ein Reichsgesetz geordnet sehen. Auch die Entschädigungsfrage gedenkt nicht in die Verfassung und eben so ist Oesterreich dagegen, den Rhein, der Verhandlungen mit Holland wegen, in ein Ausnahmeverhältniß zu stellen. Winde stimmt mit Oesterreich überein, daß der Reichsgewalt das Oberaufsichts- und Gesetzgebungsrecht nur über solche Flüsse eingeräumt werde, die in ihrem schiffbaren Laufe verschiedene Staaten berühren. Für §. 26 hat er den folgenden Verbesserungs-Antrag eingebracht, für dessen Annahme er sich verwendet: Alle deutschen Flüsse sind für deutsche Schiffahrt und Flößerei frei von Flußzöllen. Für die Aufrechthaltung dieser Flußfreiheit tritt eine billige Aufsicht ein, bei der mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüssen auf Kosten des Reichs; die Normen der Ausgleichung bestimmt ein Reichsgesetz. Die Erhaltung und Verbesserung der Schiffbarkeit derjenigen Flüsse, welche mehrere deutsche Staaten durchströmen oder begrenzen, kann die Reichsgewalt an sich ziehen, wenn sie es im Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs für erforderlich erachtet. Werner von Koblenz macht auf die ungerechtfertigte aufmerksam, die in der ungleichen Behandlung der Eisenbahnlinien und der Wasserwege obwalte. Auf den Eisenbahnen liefen die Waaren zollfrei dahin, die auf den Strömen von schweren Abgaben belastet seien. Stahl aus Erlangen entwickelt die politischen Fragen, die bei der Freizebung der Rhein-Zollsätze in Betracht kommen. Es gilt nach seiner Darstellung, von Frankreich und von den Niederlanden die entsprechenden Gegenzugeständnisse für diese Freigebung zu erlangen, auch wolle der Rhein erst zur wirklichen Seestraße werden. Uebrigens ist auch nach seiner Meinung der Gegenstand der Flußzölle aus der Verfassung und in ein Reichsgesetz zu verweisen. Evenwell empfiehlt er jedoch seinen Verbesserungsantrag. Nach Stobl's mit Beifall aufgenommenem Vortrage wird die Debatte Nachmittags 2', Uhr vertagt. Morgen Fortsetzung derselben. (Z. Z.)

(117. Sitzung vom 12. Nov.) Nachdem der Präsident von einer Deputation der städtischen Behörden in Kenntniß angekündigte Absicht einer Eingabe an die Zentralgewalt in Betreff der Vervrtheilung und Tödtung Robert Blum's verlesen und bemerkt hatte, daß die darin gestellten Anträge mit dem gestrigen Beschlusse der Nationalversammlung übereinstimmen, wurden Interpellationen von Gruben in Betreff des Belagerungszustandes in Berlin, dann von Wesendonck wegen mangelhafter Publikation der Reichsgesetze in Preußen verkündigt. Reichsminister von Schmerling beantwortete sodann folgende Interpellationen: von Rauwerck über den italienisch-österreichischen Krieg, von Fetzer in Betreff der Verhältnisse zur Schweiz (wobei der Minister anklindigte, daß die vom Reichsministerium beschlossenen Wahlgesetze binnen wenig Tagen ins Leben treten würden); von Gistra wegen der gesetzwidrigen Ausweisungen (Einmeldung in das Mittelal); von Versolgungen gegen mißliebige Personen in Deutsch-Oesterreich; von Simon aus Trier wegen der politischen Maßregeln gegen Wiener Studenten in Bayern; von Berger über das Schreiben des Guberniums von Mähren an den Kreisbauptmann in Teschen wegen der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung. In Folge dieser ministeriellen Erklärungen wurden von den Abg. Wigard, Benedey, Berger Mareck und Gistra verschiedene Anträge gestellt. Der Antrag Gistra's, dahin lautend: „Die Nationalversammlung beschließt, daß das Reichsministerium unmittelbar einschreite und die erforderlichen Maßregeln treffe, daß der verfassene Schutz des Ansehens der Gesetze und der persönlichen Freiheit, insbesondere in Ansehung der geschwidrigen Abstimmung, dann der Nichtsuchung und Verhaftung mißliebiger Personen, in Deutsch-Oesterreich zur Wahrheit werde." — Wurde für dringlich erklärt und sofort berathen. Nachdem die Abgeordneten Benedey, Vogt, Gistra und Reichsminister v. Schmerling gesprochen, wurde der Antrag Wiesermanns auf Verweisung des Gistra'schen Antrags an den Ausschuß für die österreichischen Verhältnisse zur schleunigen Berichterstattung mit 238 gegen 198 Stimmen verworfen und Gistra's Antrag selbst sofort zum Beschluß erhoben. Zwei Anträge Zimermanns von Spandow wegen der Wahlen in Böhmen, und Simon's von Trier in Betreff der bairischen Verfügung gegen die Wiener Studenten wurden nicht für dringend erkannt, und hierauf mit 247 gegen 175 Stimmen der Uebergang zur Tagesordnung (Berathung über Art. V. und VI. des Verfassungs-Ausschusses) beschlossen. In Folge dieses Beschlusses mußte die von Schoder beantragte und vom Präsidenten bevorwortete Verlesung eines dringenden Antrages des von Berlin zurückgekehrten Abgeordneten Rappart unterbleiben. Ueber Artikel V. des Verfassungsentwurfs sprach der Abgeordnete Merck, worauf die Verordnung geschlossen und den Berichterstattern des volkswirthschaftlichen und des Verfassungsausschusses, Abgeordneten M. Mohl und Waitz, das Schlußwort ertheilt wurde. Von den Abgeordneten Grundrecht und Eisenstuck sind Anträge auf namentlicher Abstimmung über §. 26 gestellt. Darauf wurde der §. 25 nach dem Vorschlage des volkswirthschaftlichen Ausschusses mit 207 gegen 200 Stimmen angenommen: „Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht über die, für Schiffe oder Flöße fahrbaren Flüsse und die Mündungen der in dieselben fallenden Nebengewässer, über die dem allgemeinen Verkehr dienenden Kanäle und Seen der Schiffahrtsüberlerd und die Flößerei auf diesen Wasserstraßen, so wie über alle Verbällnisse und Abgaben, welche darauf von direktem Einfluß sind." Die Abstimmung über §. 26 war um 3 Uhr Nachts noch nicht beendet. (Fr. J.)

Deutschlands Handel und Ungarn.

L. Dom Main, 13. Nov. Die Allgemeine Zeitung behandelte neulich die Frage, *) ob Deutschland ruhig zusehen könne und dürfe, wenn der Lauf und die Mündung der Donau außer seiner Oberherrschaft oder doch seinem Einflusse stehe, mit particularisten Unrecht und Bürgen. Natürlich war das Ergebniß der Erörterung Nein. Das hiebei nicht nur Russlands Gewaltherrschaft, sondern auch das von Oesterreich losgerissene Magyarenreich eine Barrikade, und zwar von stärkter Art setzen würde gegen den Handel Deutschlands, stellte sich dabei klar heraus. Eine Berachtung soll hier ergänzend hinzugefügt werden. Zur Einheit, Freiheit und Macht Deutschlands, die in Folge der Neugestaltung unseres Vaterlandes just erstrebt, an deren Plan Aufbau gearbeitet wird, gehört die Freiheit seines Handels und Verkehres nach Innen und Außen, Schutz derselben gegen jedes Hemmniß, welches das Ausland ihm entgegen stellen, gegen jedes Uebergewicht das dieses sich verschaffen möchte. Hiefür ist Grundbedingung festeste Fahrt zu Land und zu Wasser im Binnengebiet selbst, wie auf ihm in das Meer und aus dem Meer in jenes. Wie die kleinern Landund Wasserstraßen der einzelnen Theile Deutschlands müssen seine großen Straßenzüge und Ströme überall hin und überall der angeborne Zug fahren, nicht nur dem eigenen inländischen Verkehr, sondern auch dem Welthandel, der Aus-, Ein- und Durchfuhr aller Länder und Meere, alle Weltheile vollständig geöffnet sein. Deutschlands Lage ermöglicht dieß, fordert es, seine eigenen Küsten bieten ihr solchem Weltverkehr dar, und wo diese endigen, Land und muß es sich offene Straßen nach den Küsten seiner Nachbarn erhalten.

Die zwei wichtigsten dieser Straßen sind der Rhein und die Donau — die Gide erwähnen wir hier nicht weil sie nur deutsches Land und Mer beströmt; — jener muß und die Nordsee, diese das schwarze Meer dienstbar erhalten. Allein lange war zwischen diesen beiden Hauptadern Deutschlands der unvitteldare Verband abgeschnitten; jeder wendete sich fast wie Feindschaft, nandtveil selbst Feinde von einander sich, jeder nur seinem eigenen Lauf in entgegengesetzter Richtung folgend. Der Main, obwohl zwischen beide gelegt, vermochte doch nur mit dem Rhein sich zu verbinden, die Donau lange nicht zu erreichen; seine massenhaft-n Schiffsladungen mußten in kleine Landfahren zersplittert werden, um mühsam und kostspielig an die Donau zu gelangen. Dem Uebel ist nun abgeholfen. Der Ludwig-Kanal herstellt in seiner ganzen Ausdehnung von Bamberg bis Kelheim vollkommen fahrbar, trägt jetzt die Güter zwischen Main, Rhein und Donau, und der riesige Wasserweg von der Nordsee in das schwarze Meer, nach und von allen Weltheilen, der ungeheure Zug des eigentlichen Welthandels geht nunmehr mitten durch Deutschland. Dazu treten die neuen Verbindungsmittel der Eisenbahnen, die am Rhein, Main, Ludwigskanal und Donau beginnend oder ausmündend nach und von Belgien, Frankreich, Italien alle Wege öffnen, namentlich zu dem adriatischen und Mittelmeere führen, und so diese deutsche Wasserbahn von der Mündung des Rheins zur Mündung der Donau zu dem bedeutendsten Handelswege aller Verkehrsländer erheben. Der Ludwigskanal, obwohl nur bayerisches Land, aber 47 Stunden lang, eines der schönsten, stärksten Gebiete des neuen deutschen Reichs durchziehend, ist sonach Gemeingut desselben; seine Bedeutung für Deutschland, für den dadurch diesem zugebornen Weltstand, wäre jedoch vernichtet, der Aufwand von wenigstens 16 Millionen Gulden dafür ganz eigentlich ins Wasser geworfen, aller staats- und volkswirthschaftliche Gewinn daraus für das gesammte deutsche Durchgangs- und Stapelgebiet verloren, wenn es einer fremden Macht einfallen könnte, seine Zu- und Abfahrtsthore am Rhein noch Belieben zu schließen. Von Holland ist ja solches nicht mehr zu fürchten; dieses hat erfahren, wohin dergleichen Absper-

*) Man sehe den Artikel „die deutschen Interessen in Oesterreich" in der Beilage zu Nro. 110 unseres Blattes. D. Red.

rung, oder Druck gegen Deutschland es gebracht, welche Erlahmung es seinem eigenen Handel, welche Erschütterung es seinem Wohlstand dadurch bereitet hat; Belgien, dessen Schienenwege vom Rhein zur Schelde, halten die Holländischen Abkünnungen für Deutschland offen oder machen sie ihm unerschwinglich. Anders aber ist es es bei der Donau. Schon längst hält Rußland an seinen Pforten schlimme Wache; erhielte auch Ungarn freie Gewalt über ihre Ufer, so wäre es leicht um diesen ganzen Handelsweg geschehen, falls er sich nicht der übermüthigen, magyarischen Sondergewalt fügen wollte. Behält Oesterreich seine Herrschaft über Ungarn, unbeschadet, so vielmehr zum Besten wirklich volksfreiheitlicher Verfassung des Landes, das vermal nicht anders als eine solche, nur solche communistisch dulcinée Kriegsbarrikaden-wirthschaft besteht, so ist es, zumal vom deutschen Rechte getragen, mächtig genug, um endlich der längst gebührende Freiheit des Donaulaufes von Russland frei zu machen zu Gute oder mit gerechter Waffenmacht zu erringen. Steht aber Ungarn als Oesterreich feindlicher Sonderstaat daneben und bezwischen, so sperrt eine doppelte Reihe gewaltiger Barrikaden den Strom des deutschen Verkehrs und alle auf ihm fließenden Hülfsquellen zu unberechenbarem Schaden der Nationalwohlfahrt zum Stiele nach Wälschen ab. Ungarns Politik, wenn es ein ganz unabhängiges Reich wäre, müßte es nothwendig zu innigem Verband mit Rußland hintreiben; denn nur dieser Nachbar könnte ihm einigen Schutz gegen das wiedererstarkende Oesterreich und selbst gegen das deutsche Reich gewähren, und Rußlands eigenes Interesse müßte ihm selbst Schutzhülfe dagegen erwünscht zeigen, einmal weil es dadurch eine stets schlagfertige Vorhut gegen Oesterreich und Deutschland gewänne, die es nach Umständen ganz ruhig für sich in's Vorderreffen oder zum Brescheneachten ausschicken könnte, dann weil es nothwendig zu innigem Verband mit Rußland hintreiben; denn nur dieser Nachbar könnte ihm einigen Schutz gegen das wiedererstarkende Oesterreich und selbst gegen das deutsche Reich gewähren, und Rußlands eigenes Interesse müßte ihm selbst Schutzhülfe dagegen erwünscht zeigen, einmal weil es dadurch eine stets schlagfertige Vorhut gegen Oesterreich und Deutschland gewänne, die es nach Umständen ganz ruhig für sich in's Vorderreffen oder zum Brescheneachten ausschicken könnte, dann weil es nothwendig zu innigem Verband mit Rußland hintreiben; denn nur dieser Nachbar könnte ihm einigen Schutz gegen das wiedererstarkende Oesterreich und selbst gegen das deutsche Reich gewähren, und Rußlands eigenes Interesse müßte ihm selbst Schutzhülfe dagegen erwünscht zeigen, einmal weil es dadurch eine stets schlagfertige Vorhut gegen Oesterreich und Deutschland gewänne, die es nach Umständen ganz ruhig für sich in's Vorderreffen oder zum Brescheneachten ausschicken könnte, dann weil es

Das Heer und die freie Assoziation.

S. Es ist ein beliebtes Raisonnement unserer Barrikadenpolitiker, so wie auch ehrlicherer Versämmler der allgemeinen Volksbewaffnung, an die Spitze ihrer Vorschläge zu einer Reorganisation der Heeresverfassung in demokratischem Sinne den ewig wahren Grundsatz zu stellen, daß die Hauptstärke einer Armee in dem Geist liege, von dem sie erfüllt sei, kann aber weiter zu folgern, dieser alles beseelende Geist sei das in den eingelnen Kriegern Brust lebendige Freiheitsgefühl und das einzige Mittel, dieses Gemüthsleben den stehenden Heeren, den „verthierten Söldlingen" einzuflößen, bestehe in einer Umgestaltung ihrer Verfassung in der Weise, daß die persönliche Theilnahme an der allgemeinen Waffenehre zur alle des Bürgers edle und heilige Pflicht festgestellen, die Art dieser Theilnahme aber, die Regelung der militärischen Thätigkeit der einzelnen Korps nach dem Prinzip der freien Assoziation mit dem Rechte der Selbstberathung ihrer Angelegenheiten und der Selbstwahl ihrer Führer der Selbstbestimmung der souveränen Volkskraft zu überlassen sei.

Ob man als Zweck bei diesen Vorschlägen des Septembers der Wiener und Berliner Barrikaden vor Augen hatte, wollen wir nicht mit Bestimmtheit behaupten; die Presse wenigstens enblödete sich nicht, von ihnen voll Siegesgewißheit zu sagen, dieß seien dieselben Heere, die in den Jahren 92 und 93 die alte Welt aus den Fugen gehoben hätten. Aber bleiben wir bei diesen republikanischen Heeren des jetzigen Jahrhunderts. Sie bingen mit so unbedingter Hingebung, mit so echt republikanischer „Legalität" der Gesinnung an ihren nicht von ihnen selbstgewählten Führern, daß Dumouriez, als ihn die Kommissäre der convention nationale verhaften wollten, getrost sein Lüftes „à moi hussards" ausrufen konnte, worauf sie kamen seine treuen Staaten, ohne vorher die souveräne Selbstberathung darüber zu pflegen, ob sie auch konstitutionell seien, als ihr Herr von ihnen verlange. Auch Pichegrus hatte niemals alle Fetzherr einer debattirenden Armee im Sinne unserer Strategiker seine Husaren über die gefrorene See auf die holländische Flotte geworfen; das Eis wäre längst geschmolzen, bis die souveränen Husaren zu einem Beschluß gekommen wären.

Wie den Grundsätzen des Minoritätsgutachtens zu §. 18 der Reichsverfassung würde auch die rothseite aller Republiken einen militärischen Banferon machen.

Wahr ist es, der Geist, der in einer Truppe lebt, läßt sie siegen oder unterliegen, aber dieser liegen machende Geist besteht nicht darin, daß jeder Einzelne sich darüber klar werde, welchen besondern Zweck die Operation habe, die er in den Reihen einjetzt, und daß er wohlbedächtig begreifen sei für diesen Zweck das Leben seines Feindes zu lassen, das jeder Einzelne sich, er kämpfe für das Vaterland; mag der besondere Zweck, für den es stirbt, dieser oder jener sein, sei es auch eine politische Thorheit — der Fuhne des rechtlich bestehenden Staatsoberhaupts folgend, stirbt er immer zum Ruhme seines Vaterlands.

Diese Ueberzeugung läßt ihn nicht lange fragen, ob die nächsten Folgen des Zwecks, an dessen Erreichung er mitarbeitet, für sein Vaterland heilsam oder nachtheilig sein werden, sie bewirkt in ihm jene unbedingte Hingebung an den Besehdenden ohne Rücksicht auf dessen persönliche Eigenschaften, bei Soldaten schönste Tugend; er folgt mit Zelbstsch dem „Donner der Kanonen," gehorcht und stirbt, — diese Ueberzeugung macht doch selbstständig in die große Fortentwicklung der Geschichte ein. Je gründlicher ein Volk ist, desto tiefer wird es von dieser Ueberzeugung durchdrungen sein. Nur die krasseste Alterzivilisation wird Heere, wie die anfangs geschilderten, zur Welt bringen.

Alle manche wackere Oberrichtliche Soldat der italienischen Armee wird mit sie Bieten an der Möglichkeit, die Lombardei für Oesterreich zu erhalten, gezweifelt haben! Hat er wohl gefragt, ob es denn sein sowerenes Blut annütz verschwenden dürfe? Er ließ es freudig fließen und ist es wahrlich nicht vergebens, sollte auch die Lombardei für Oesterreich wieder verloren gehen.

Wenn nun aber zu der Ueberzeugung gelangt, daß das Debattiren in militärischen oder politischen Dingen unvereinbar ist mit den Erfordernissen eines ächt militärischen Geistes, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Offiziere, sollten sie auch in der edlen Absicht von dem Assoziationsrecht Gebrauch machen, gefährlichen Wühlereien dadurch entgegenzuarbeiten, durch diese Gelüsten auf den militärischen Geist eines Heeres nur einen höchst verderblichen Einfluß ausüben würden. Wenn Offiziere debattiren, wie lange werden es andeten, bis es die linkerstöpfiere thören? und so fort; es könnte zuletzt auch keine von Gagern's Arm geschwungene Präsidentenglocke dem Sturm der Debatte Stillstand gebieten.

Aber wie stände es in einem Lande, dessen Grundgesetz auch dem Militär freie Ausübung der Assoziationsfreiheit garantirte? *)

Der Soldat wird durch den Schwur auf die Verfassung nur noch mehr befestigt in der Treue gegen die verfassungsmäßige Erekutivbehörde seines Vaterlandes, der er auch schon im Fahneneide Treue geschworen; die Verfassung garantirt seinem Stand gewisse Rechte; der unbedingte Gehorsam wird ihm erleichtert durch die Gewißheit, daß sein konstitutionelles

*) In Frankreich hat man nach der Februar-Revolution einen Augenblick es thun zu können geglaubt; aber die heillosen Folgen, Zwiespalt und Parteilämpfe in den Regimentern selbst, und drohende gänzliche Demoralisation, in welcher doch so rasch ein, das selbst die provisorische Regierung schon, in welcher doch so rasch ein, das selbst die provisorische Regierung schon, in welcher doch noch Leute wie Lebru Rollin, Ludwig Blanc, Albert, alle „Retter aus noch Leute wie Lebru Rollin, Ludwig Blanc, Albert, alle „Retter aus verlornen Noth" saßen, der Besonnenheit das Wort redete und Bürger-verlornen Noth" saßen, der Besonnenheit das Wort redete und Bürger-militärischen unbedingten Gehorsams, sich nicht entschlagen konnten. D. R.

Monarch durch die Vermittlung verantwortlicher Minister nur übereinstimmend handle mit der Majorität der gesetzlichen Volksvertreter; aber zu untersuchen, ob dies im einzelnen Falle wirklich geschehen, ist des Soldaten Sache unter keiner Bedingung.

Er ist der rechte Arm der exekutiven Macht der Krone, wenn ich so sagen darf, der rechte Arm des rechten Arms, aber der Kopf allein soll denken, der Arm nur ausführen, was Kopf gedacht hat. Die Stellung des Soldaten als Organ der exekutiven Macht der Krone drückt der Engländer, der sicherste Gewährsmann in konstitutionellen Fragen, sehr fein aus, indem er niemals sagen würde: das so und so viele englische Regiment, die so und so viele englische Fregatte, sondern stets: Ihrer Majestät so und so viertes Regiment, Ihrer Majestät so und so viele Fregatte. Dann ist und bleibt der Krieger ein konstitutionelles Staats, nicht minder wie der Republikaner, innerhalb Sohat, als solcher kennt er nur den Weg, auf dem ihm seine Fahne vorangeht, und der wahre Soldat hat auch nie einen andern gekannt.

Seinen Gedanken ist nicht der geringste Zwang angelegt, im Privatgespräch die freieste Diskussion über politische Gegenstände üben gestattet, aber seine politischen Ansichten in so politischer Form kundzugeben, wie es die Ausübung des Assoziationsrechts involvirte, stände im Widerspruch mit dem oben aufgestellten Begriff eines Soldaten.

Der öffentlichen Welt gegenüber gebührt er gar keiner Partei an, ist er eben nur Soldat.

Deutschland.

Frankfurt, 16. Nov. Es fand heute durch Se. kais. Hoheit den Erzherzog-Reichsverweser ein Besichtigung des Truppenkorps statt, welches in und bei Frankfurt versammelt ist. Dasselbe bestand aus 3 österreichischen, 3 preußischen, 2 bayerischen und 4 großherzoglich hessischen Bataillonen, 2 bayerischen, 2 großherzoglich hessischen Eskadrons, einem vollständigen kurhessischen Husarenregimente, sowie mehreren Batterien österreichischer, preußischer und hessischer Artillerie. Die Truppen waren innerhalb der Stadt aufgestellt, und defilirten auf der Zeile vor dem Erzherzoge Reichsverweser. An der Seite desselben befand sich der Prinz Adalbert von Preußen, welcher die preußische Artillerie demselben vorführte. Ein sonnenheller Morgen begünstigte das interessante, für uns ungewöhnliche Schauspiel. Das Ausehen und das Halten der Truppen machte einen sehr günstigen Eindruck, und dem Vernehmen nach hat der Erzherzog Reichsverweser seine vollkommene Zufriedenheit ausgesprochen. (F. D. P. A.)

Preußen. ** Dem Niederrhein im Nov. Obschon es die heutige Zeit in der Kunst, die politischen Rückschritte zu fälschen und zu verwirren, schon bis zu einer seltenen Fertigkeit gebracht hat, so kann man sich doch einer gerechten Ueberraschung nicht erwehren, wenn man sieht, wie sehr gegenwärtig manche auf den Umsturz alles Bestehenden hinstrebende Organe der Presse bemüht sind, die neuesten Vorgänge in Berlin, und namentlich die Verlegung der Verfassungs-Versammlung nach Brandenburg, als ein von der Krone ausgegangenes schreiendes Unrecht hinzustellen. Handelt es sich in Berlin, wie kein Vernünftiger zu bestreiten vermag, um nichts weniger, aber auch um nichts mehr als um die gesetzmäßige Begründung einer konstitutionellen Staatsverfassung für Preußen zu verstehen es sich auch zur Stunde schon von selbst, daß die neuesten Maßnahmen der Krone nur nach den Grundsätzen und Forderungen des konstitutionellen Staatsrechts beurtheilt werden dürfen, welches die Befugniß zur Vertagung, Verlegung und Auflösung der gesetzgebenden Versammlungen längst und ausdrücklich für ein unveräußerliches Ob-hoheitsrecht der Krone erklärt hat. Ob wir irrschlagen, hiergegen die Einwendung zu erheben, daß die März-Revolutionen viele dieser rechtlichen Bestimmungen des konstitutionellen Staatsrechts zu Gunsten der „Volkssouveränetät" umgeworfen hätten. Wäre dies der Fall, so ständen wir in Preußen nicht mehr auf dem konstitutionellen Rechtsboden, wir ständen vielmehr in der republikanischen Demokratie, deren Anhänger freilich unablässig bestissen sind, den Umbau des von der ungeduldigen Mehrheit des Volkes beherrschenen konstitutionellen Rechtsbaues unmöglich zu machen. Demnach befindet sich jener Abriß der Berliner National-Versammlung, welcher nach ihrer gesetzwidrigen Unterbrechung noch fortzagt mit Allen, die diese Verfahrungsweise billigen und unterstützen, in einer entschieden revolutionären Richtung, und welcher eher als anderer als eine Wiederstehr Preußens hervorzurufen vermöchte. Nur Schüler der sklavischen Sorte, dem Ziele des Sieges der Anarchie und Pöbelherrschaft ist, können einem konstitutionellen Fürsten das Recht bestreiten, seine Minister zu wählen, oder die von ihm berufene Volksvertretung zu vertagen und zu verlegen, wenn sie an dem alten Orte durch rohe anarchische Massen vom Ausübrauch ihrer Mehrzahl sauftrechtlich abgehalten und dergestalt die Freiheit und die Würde ihrer Berathungen vollständig untergraben wird. Es wäre mehr als schlimm, wenn es der revolutionäre-anarchische Presse gelänge, das Volk über die wahre Natur der Berliner Katastrophe noch länger zu berücken und so die Fortdauer ärger Mißverständnisse zu sichern, auf welche die Faktionen von jeher ihre Berechnungen gestellt haben.

Oesterreich. Crient, 13. Nov. Heute hat hier die Militär-Eidung stattgefunden, und zwar jene der Dienstpflichtigen aus der Stadtselbst. Morgen und übermorgen kommen die Jünglinge aus den zur Stadt gehörigen Dörfern zur Leistung. Der Magistrat hat heuer gegen die sonstige Gewohnheit mit den Jünglingen der Stadt den Anfang gemacht, um für die Dörfer mit gutem Beispiel voranzugehen. Der Leistungsakt ist heute in bester Ordnung und ohne den mindesten Anstand vor sich gegangen. Die Leistungspflichtigen zogen schon um halb 8 Uhr früh truppweise und singend durch die Straßen; sie begannen einigen Abtheilungen, die in 2 Gliedern rangirt, förmliche militärische Haltung beobachteten und während des Marsches sehr gut Schritt hielten. Nach der Leistung sah man sehr viele mit niederen Ummtern auf den Hüten herumgehen, und die Rufe: Evviva la Germania! evviva l'Imperatore Ferdinando I. waren nichts seltenes. Ja es sog eine solche Abtheilung sogar mit einer improvisirten Fahne, welche die Aufschrift V. V. F. I. trug, durch die Stadt. Als diese mehreren Offizieren begegneten, machten sie Halt und salutirten, und als sie ihnen deshalb zurief: „Bravi Cacciatori," brachen sie in ein erneuertes Evviva Ferdinando I. aus, was sie bald darauf vor der Wohnung des Herrn Generals Rosbach wiederholten. Nach allem, was man hört, zweifelt ich gar nicht, daß die morgen und übermorgen stattfindende Leistung eben so anstandslos vor sich gehen werde. (Ldr. Bote.)

Frankreich.

** Paris, 15. Novbr. Der bekannte Kommunistenchef Cabet stand heute vor dem Zuchtpolizeigerichte, weil man am 15. Mai, wenige Stunden nach dem Eindringen der Volksmassen in die Nationalversammlung, in seiner Wohnung und im Bureau des Blattes „le Populaire," beim Hauptredakteur Cabet gewesen war, eine Anzahl geladener Gewehre, Doppelflinten und Munition gefunden hatte. Cabet gab vor, die Jagdgewehre seien zur Absendung nach Icarien bestimmt, und nur die Musterflinke eines Auftrags zur Anfertigung von 1500 ähnlichen Gewehren gewesen, der an das belgische Haus Günther gegeben worden sei. Von einer einer Waffenniederlage in dem Bureau des Populaire will er durchaus nichts gewußt haben. Er erhob sich gegen die Ungerechtigkeit der Beschlagnahme, die nur durch Nationalgarden vorgenommen worden sei. In jedem Falle habe er das Recht gehabt, Waffen zu haben, da am 16. April und 15. Mai bewaffnete Korps (Nationalgarde und Mobilgarde) und ein Theil des Volkes gerufen habe: Nieder mit den Kommunisten! Tod dem Cabet! Trotzdem sind angeachtet der Versicherungen des den Minister de Montalivet wurde aber Hr. Cabet auf Antrag des Staatsprokurators kraft der Artikel 2, 3 und 4 des Gesetzes vom 24. Mai 1834 zu einem Monat Gefängniß, 16 Fr. Geldstrafe und in die Kosten verurtheilt.

Nachschrift.

Neuestes aus Berlin vom 16. November.

Die nach vorhandenen Anzeoroneten zur Nationalversammlung haben in ihrer gestrigen Sitzung im Wolluschen Saale die Steuerverweigerung beschlossen! Man ist allgemein über den Leichtsinn und die unparlamentarische Hitze der Berathung empört, mit der man, mit Uebergehung der deutschen Reichsverfammlung in Frankfurt, zum Aeußersten gegriffen hat. Berlin bleibt ruhig, und man hoffte im Bälde die Aufhebung des Belagerungszustandes. Der Staatsanzeiger theilt die Namen von 40 Gemeinden und Städten mit, von welchen bis zum 16. Adressen eingelaufen waren, die das Verfahren der Krone billigten. Hr. von Bardeleben soll seine Stelle als Polizeipräsident niedergelegt haben, und statt seiner soll Hr. v. Hinckeldey zu diesem Posten ernannt sein.

Frankfurt, 17. Nov. Hr. Reichenperger ist heute (aus Berlin) hier angekommen. Man spricht davon, daß eine bedeutende Person (der Prinz Adalbert von Preußen?) von hier nach Potsdam abreisen werde. Nach einer aus Berlin 15. Nov. Mittags 1 Uhr datirten, der einzerkofenen telegraphischen Depesche waren bis zum 14. Abends inzwischen 30 bis 40,000 Gewehre abgeliefert worden. Nach Stettin waren von Weißenfels, die hier eingetroffen, soll die Aufregung in den preußischen Provinzen beträchtlich sein — 142 Abgeordnete haben über den Tod Robert Blum's einen „Aufruf an das deutsche Volk" mit einem Trauerrande als Plakat anschlagen lassen (? D.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 17. Nov. Oesterr. 5proz. Metall. 67½, 4proz. 55, 3proz. 34½. 2½proz. 35½. Bankaktien 1115. G. 500 fl.-Loose 117 B., 250 fl.-Loose 77½. Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine — B. Badische Staatsschuldscheine 3½proz. 75. — Bayer. 3½proz. 74½. Darmstädter Bank 3½proz. — Württemberg. 3½proz. 75½. 4½proz. 92½. — Sächs. 3½proz. 72. Lotto-Anlehen à 50 fl. 45½. 35 fl.-Loose 25½. — Darmstädt. 3½proz. 74. 4proz. 84½. Lotto-Anlehen von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 21. — Kurhessl. Friedr.-Wilh.-Nordb. 37½. 40 Thlr.-Loose 25. — Nassau. 3½proz. 79½. 25 fl.-Loose 21. — Frankf. 3proz. 78. 3½proz. 91. 90½. Taunusbahn 270 — Polizei-Anlehen 45½. — Span. 3proz. innere Schuld 17½. — Port. 300 fl.-Loose — 500 fl.-Loose 67½. — Sard. 36. 36 fr.-Loose 25. — Disc. 2.

Paris, 16. Nov. 3proz. 41.60. 5proz. 64.20. Sächsisch. — Bankaktien 1320.—. Staatsobligationen 1110. Wier Kanäle —.— Compt. von Algier —. Belg. 5proz. von 1840 76½, von 1842 76½. 4½proz. — 3proz. — 2½proz. — Belg. Bank —. Neap. 5proz. —.—. Röm. 5proz. 63. Span. 5proz. 23½. Aktive — Passive —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Hiebei eine außerordentliche Beilage.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Montag, den 20. November 1848.

Neuestes aus Berlin.

Die Berliner Post vom 15. ist endlich eingetroffen und hat uns Briefe und Zeitungen bis zum Abend jenes Tages gebracht. Sie melden nichts von einem erfolgten Zusammenstoße.

Der Staatsanzeiger" vom 16. bringt in seinem amtlichen Theile folgende Bekanntmachungen:

I. Da die zur freiwilligen Ablieferung der Waffen festgesetzte Frist abermals vorübergegangen ist, ohne daß der Aufforderung genügt worden, die der Bürgerwehr vom Staate verabreichten königlichen Dienstwaffen zurückzuliefern, so wird es nunmehr Pflicht der Behörde, mit der Abnahme der Waffen alles Ernstes vorzuschreiten. Es soll hierdurch zugleich vorbeugungsweise verhindert werden, daß den Bürgern nach ferner die Waffen von Unbefugten auf die gewaltsamste Weise abgenommen werden, wie dieß bisher vielfältig der Fall war. Auf Anordnung der Kommandantur werden demnach morgen früh von 9 Uhr ab in den Straßen Militär-Patrouillen erscheinen, welche Transportwagen mit sich führen. Sobald von Patrouillen ein Zeichen mit der Trommel gegeben worden, müssen in allen Häusern sämmtliche gelieferte Waffen nebst Munition auf den Hausfluren zusammengebracht werden, von wo sie durch Kommandirte in Empfang genommen werden sollen. Sollte auch dieser Aufforderung nicht nachgekommen werden, so haben die Hauseigenthümer und die Besitzer von Waffen sich die unvermeidlichen Folgen selbst beizumessen, welche mit einer Hausdurchsuchung und gewaltsamen Waffenfortnahme verbunden sind. Die Militärbehörde erwartet indeß von dem vermuthlich Sinn des Bürgerschaft und namentlich von einer geeigneten Mitwirkung der Bezirksvorsteher, daß dieselben den Truppen in ihrer schwierigsten Aufgabe entgegenkommen und nicht durch unerwarteten Widerstand die größten Gefahren über die Stadt und das Vaterland herbeiführen werde. Für jede abgelieferte Waffe wird eine Marke ausgetheilt. Berlin, den 14. Nov. 1848.

Der Kommandirende von Prittwitz, General-Major und Kommandant von Berlin.

II. Die nachstehende, bei Trommelschlag seitens der hiesigen Garnison und durch öffentlichen Anschlag am Abend des 13. d. Mts. ihre publizirte Bekanntmachung wird von neuem hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht: In Verfolg meiner Bekanntmachung vom 12. d. Mts. bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß: daß Alle, welche in Berlin oder in dessen im Belagerungszustande gelegenen Umgebungen durch eine verrätherische Handlung den Kampf der kommandirten Truppen Gefahr oder Nachtheil bereiten, auf Grund der Vorschrift §. 18. Thl. II. des Militär-Strafgesetzbuches vom 3. April 1845 sofort vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen. Berlin, den 15. Nov. 1848. (gez.) von Wrangel, General.

III. Mit Bezug auf meine Proclamation vom 12. d. M. weise ich sämmtliche Einwohner der Stadt und des Bezirks, für welchen der Belagerungszustand verkündet ist, hierdurch gemessenst und bei Vermeidung kriegsrechtlicher Bestrafung an: alle sich bei ihnen aufhaltende Personen, zu deren Meldung sie nach den bestehenden Polizeigesetzen verpflichtet sind, gleichviel, ob dieselben schon gemeldet worden oder nicht, bis morgen den 17. d. M. Nachmittags 2 Uhr bei der resortmäßigen Polizeistelle in der polizeilich vorgeschriebenen Form zu melden. Berlin, den 16. Nov. 1848.

Der Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken. v. Wrangel.

IV. Cirkulare an sämmtliche Königl. Regierungen.

Es ist zu meiner Kenntniß gekommen, daß in verschiedenen Landestheilen auf dem platten Lande durch eine nicht unbedeutende Aufregung hervorgerufen wird, daß man das Gerücht verbreitet, als gehe die Staatsregierung damit um, die Wohlthaten, welche durch die bereits vorgelegten und vorbereiteten Gesetze der ländlichen Bevölkerung zu Theil werden sollen, nicht in Erfüllung gehen zu lassen. Die Regierung ist jedoch auch in dieser Beziehung fest entschlossen, den betretenen Weg in verfolgen und den bäuerlichen Eingesessenen jede irgend zulässige Erleichterung zu gewähren. Die königliche Regierung verpflichte ich, von dieser Absicht der Staatsregierung der ländlichen Bevölkerung Ihres Bezirkes schleunigst auf geeignete Weise Kenntniß zu geben und die Landräthe zu veranlassen, daß in den einzelnen Ortschaften der Kreise das erwähnte Gerücht widerlegt und den Eingesessenen die Ueberzeugung verschafft werde, wie das Staats-Ministerium entschlossen sei, wie alle die von Sr. Majestät dem Könige ertheilten Zusagen getreu zu erfüllen, so namentlich auch das Wohl der ländlichen Bevölkerung nach Kräften zu fördern. Berlin, den 15. Nov. 1848. Der Minister des Innern.

OBerlin, 15. November. Die Entwickelung unserer Verhältnisse ist seit gestern auch nicht um einen Schritt vorgerückt. Die Frist zur Ablieferung der Waffen ist gestern ziemlich erfolglos verstrichen. Es werden deshalb seit gestern Abend einzelne Straßen abgetheert, die Soldaten begeben sich in die Häuser und fordern die Waffen zurück. Einzelne Personen, welche sich auf die Habeas-Corpus-Akte berufen, die ein Eindringen in die Häuser nur auf richterlichen Befehl gestattet, und welche sich der Haussuchung widersetzten, sind zur Haft gebracht, u. A. die Kammergerichts-Assessoren Wolff und Meyer. Thätlicher Widerstand hat bis jetzt noch nirgends stattgefunden. Die Theorie des passiven Widerstandes hat sich aus der Nationalversammlung Eingang bei dem Volke verschafft und auch hier vollen Anklang gefunden. Unseren Demagogen und Abdikrämern ist dieses Verhalten der Einwohner von Berlin nichts weniger als genehm. Sie erklären es als der Sache der Freiheit und der Würde „des guten Rechtes" widersprechend, und man hört sie sich dahin äußern, daß auch die Mäßigung wie alle guten Dinge ihr Ziel und Maaß haben müsse. Ja sie erklären den thätlichen Widerstand jetzt als eine Sache der Ehre, und setzen ihre Hoffnungen nun auf vierjährigen Quartiere der Gäste, wo vorzugsweise der kleinere Gewerbsmann und das Proletariat wohnen. Bis jetzt (Nachmittags 4 Uhr) sind die Haussuchungen nur in den Quartieren, wo der reichere Theil der Bevölkerung, die Bankiers, die Aristokratie, die Großhändler wohnen, unter den Linden und in der Dorotheenstraße vorgenommen worden. Dann kommt die Königsstadt an die Reihe, wo die Aufwiegler größeren Einfluß zu besitzen glauben. Inzwischen ist sehr zu bezweifeln, daß auch dort irgend ein ernstlicher Widerstand im Großen gewagt werden wird. Vereinzelte Fälle in einzelnen Häusern können aber natürlich nur den Unternehmern gelegentlich werden. Die Abgeordneten wollten heute um 11 Uhr im Sitzungssaale der Stadtverordneten-Versammlung ihre Berathungen fortsetzen. Es hatten sich etwa 40 Abgeordnete bereits dort eingefunden, als ein Major Bonin mit seinen Mannschaften erschien, das Haus besetzen ließ, in Begleitung einiger Offiziere in den Saal trat und nach einigen Unterhandlungen zu Folge schriftlichen Befehls des Generals Wrangel „nöthigenfalls mit Gewalt, jedoch ohne Anwendung von Waffen den Saal zu räumen" die Herren veranlaßte auseinander zu gehen. Da kein Präsident anwesend war, so protestirte einer der Schriftführer Herr Quednow gegen das Verfahren, und man trennte sich. Gegen Abend soll in irgend einem noch zu bestimmenden anderen Lokale die Sitzung zu halten versucht werden. Bereits wendet sich der Ingrimm der demagogischen Klubbs nun nicht minder gegen den noch einige Mäßigung bewahrenden Theil der Abgeordneten, welche sie der Schlaffheit beschuldigen, weil sie sich nicht von ihren Kollegen der äußersten Linken zu äußersten Beschlüssen, wie z. B. zu dem Beschlusse „Steuerverweigerung" wie sie sagen, hinreißen lassen. Wenn sie nun den Wünschen und Absichten dieser Herren zu sofortigen äußersten Beschlüssen stehen, läßt sich ganz kurz in dem Worte Convent zusammenfassen. Sie möchten, daß die Abgeordneten sich als solcher mit unumschränkter gesetzgebender und vollziehender Gewalt aufwerfen und mit einer Streiche Königthum und Ministerium für immer beseitigen. Auf solche Bahn zu folgen, haben aber weder Hr. v. Unruh noch Hr. v. Berg Lust, noch sie das Gewagte eines solchen Spiels gut wohl einsehen. Einer Deputation, die aus Zurückhaltung des Belagerungszustands nachsuchte, soll Graf Brandenburg erwiedert haben: „man könne versichert sein, daß er fest entschlossen sei, nur als konstitutioneller Minister zu handeln, allein unter den obwaltenden Umständen könne er noch nicht zum eingeschlagenen Verfahren abgehen, bis der Anarchie in Berlin ein Ende gemacht, die Ordnung wieder hergestellt sei. — Die von Arnold Ruge herausgegebene und ganz dessen Geist athmende „Reform" war trotz des von General Wrangel ausgesprochenen Verbotes gestern Abend doch erschienen und unter den Augen auf den Straßen verkauft worden. Um diese Verhöhnung des regierenden Verbots für die Zukunft zu verhüten, sind die Pressen des Blattes nun durch Militär in Beschlag genommen worden. Ruge selbst sollte in der Nacht in seinem Hause verhaftet werden, wurde jedoch nicht gefunden. Dagegen ist der hiesige Wache gestern wirklich an der Börse verhaftet worden, eben so der Buchhandlerdiener Fähndrich, in dessen Offizin der Wache'sche Manifestation eine Verhöhnung des Wrangel'schen Erlasses in Betreff des Belagerungszustandes) gedruckt wurde. Gestern Abend bei der Abgeordnete Schramm sei wieder auf freien Fuß gesetzt worden, heute versichert man im Gegentheile er sei noch in Haft. Der Kriminalsalutar Stein, der gestern als Vorsitzender des Temultuanverein, als dieser im Klubhause vom Militär auseinandergesprengt wurde, verhaftet wurde, ist in die Militärgefangnisse abgeführt worden. — Daß der Staatsanwalt Hr. Berthe der von der Abgeordneten-Versammlung an ihn ergangenen Aufforderung zu Einleitung gerichtlicher Schritte gegen den Grafen Brandenburg und die übrigen Minister Folge gegeben hatte, hat bis jetzt nicht verlautet; wohl aber verbreitet man jetzt das Gerücht, derselbe, so wie der Polizeipräsident hätten ihr Amt niedergelegt. Nach den erst gestern noch von letzterem erlassenen Bekanntmachungen, welche offenbar bezwecken, daß er mit dem General v. Wrangel im vollsten Einverständnisse handle, dürfte jenes Gerücht wohl nur ein frommer Wunsch, oder eine Insinuation sein. Ueberhaupt verbreitet man minunter sast fabelhafte Gerüchte, alle berechnet,

die Aufregung zu steigern, und den ersten Glauben an Zwiespalt unter dem Militär selbst zu unterhalten. So erzählt man heute, der Adjutant des Obersten Sommerfeld, welcher die Wegweisung der Abgeordneten aus dem Schützensaale geleitet hatte, ein Hr. v. Wydenbrugk, habe erklärt, auch seiner Theilnahme an jenem „hochverrätherischen“ Akte fühlte er sich weit mehr würdig dem Offizierstande anzugehören. Darauf wäre ihm der Degen abgenommen, und er selbst nach Spandau abgeführt worden. Ich brauche kaum zu bemerken, daß ich den Verbreitern dieser Gerüchte auch die Verantwortlichkeit für deren Wahrheit überlasse. So sagt man auch, der Minister des Innern v. Manteuffel (welcher ganz besonders und vielleicht mehr noch als selbst Graf Brandenburg die Zielscheibe des Hasses der Demokraten ist) habe dem Generalsuperintendenten v. Sydow das Ansinnen gemacht, alle Briefe öffnen zu lassen und die an die Abgeordneten gerichteten zurückzubehalten, habe aber damit kein Gehör gefunden. Wäre eine solche Zumuthung wirklich Hrn. v. Schaper gemacht worden, so wäre sie, das ist allerdings unzweifelhaft, zurückgewiesen worden: aber, welche Meinung man auch von Hrn. v. Manteuffel und seinen politischen Ansichten haben mag, so kann ihm doch niemand den Charakter eines Ehrenmannes absprechen, der nur in der alleräußersten Nothwendigkeit zu einem solchen Akte sich entschließen würde. Eine derartige Nothwendigkeit liegt aber bis jetzt offenbar nicht vor; man hat also gerechten Grund jene Angabe für erfunden zu halten. — Der Verfasser der zwei gestern in der Spenerschen Zeitung im Sinne der Regierung erschienenen Artikel (man sehe unsere Beilage von Samstag) soll Hr. v. Florencourt aus Naumburg sein. Die beiden Artikel sollen, wie mehrere schon aus der Feder desselben in den genannten Blatte erfolgt, aus der Kanzlei des Ministeriums des Innern der Redaktion zugeschickt worden sein. Sie wurden auch in zahlreichen besonderen Abdrücken überall in der Stadt vertheilt. — Diesen Nachmittag hat die Drohung des Generals Wrangel gegen Versuch zu Verführung des Militärs bereits Anwendung gefunden. Der Kammergerichtsassessor Linke und der Referendarius v. Hochstetter sind diesen Vergehens beschuldigt und verhaftet worden. Die Gefangenen von tägenhaften Gerüchten werden trotzdem, daß heute immer wiederlegt wird, was sie gestern angefangen, doch nicht müde in ihrem Handwerk. So geht es ihnen heute wieder mit dem gestern von ihnen verbreiteten Gerüchte von einem angeblichen Attentate auf die Person des Königs zu Potsdam, woran kein wahres Wort ist. Ich zweifle nicht, daß diese so zu sagen, privilegirten Lügenfabriken auch noch ausgewärts ihr Gewerbe betreiben, und glaube das ganz deutsche Publikum warnen zu müssen vor allen Berichten solcher Art, mit denen man jetzt von hier aus wohl ganz Deutschland überschwemmt. Ein neues Gerücht mißt dem König die Absicht bei, der Krone zu entsagen unter der Bedingung, daß der älteste Sohn des Prinzen von Preußen (also nicht dieser selbst) unter der Regentschaft der Prinzessin von Preußen den Thron besteige. Einem andern diesen Abend verbreiteten Gerücht zufolge soll die Reichsversammlung zu Frankfurt ihre Mißbilligung über das Verfahren der preußischen Regierung gegen die Nationalversammlung hier ausgesprochen haben. Was daran Wahrheit ist, werden Sie wohl bereits wissen. Thatsache ist, daß man von beiden Seiten hier die Augen nach Frankfurt richtet, und von dort Vermittlung der hier herrschenden Zerwürfnisse hofft. Man kann nur wünschen, daß diese in einer Weise eintrete, die alle Interessen befriedige. Gelingt es der deutschen Zentralgewalt, hier ihre moralische Autorität geltend zu machen, und die Dinge wieder auf Gesetz zu bringen, so würde der Sache von ganz Deutschland nicht minder wie jener Preußens, und sich selbst einen großen aufrichtbaren Dienst leisten. — Das Gerücht — Sie sehen, ich spreche immer von Gerüchten, denn deren Zahl ist Legion — daß der König am 27. eine der belgischen ähnliche Verfassung verleihen wolle, kommt auch wieder aus Lopet. Ja man legt selbst dem General Wrangel Worte in Bezug darauf an die Stadtverordneten in den Mund. Nahrerseits muß der einfache Umstand, daß heute Abend das Königstheater zufällig, ich weiß nicht aus welchem Grunde — statt des ansangs angekündigten Don Carlos von Schiller zwei Lustspiele zur Aufführung bringt, Anlaß zu einer Verdächtigung Wrangels geben. Man läßt ihn den Don Carlos verboten haben.

Aus Wien.

* Wien, 17. Nov. Man hatte schon längst die Anwesenheit Bachs in Olmütz mit seinem Wiedereintritt in's Ministerium in Verbindung gebracht, jedoch bestehen nicht mehr bevorstehende exactet; allein den neuesten Nachrichten zu Folge hat Bach das Justizministerium wieder angenommen. — Man spricht von Unterhandlungen, welche in Olmütz anzuknüpfen von ungarischer Seite versucht worden wäre, und nennt den Minister Mezzaros als bestimmt, dieselben einzuleiten. — Zwei Personen auf der Landstraße, bei denen man verheimlichte Waffen vorgefunden, sind der standrechtlichen Behandlung überantwortet worden. — Bei der neuen Einführung der Nationalgarde soll auch die schwarzgelbe Kokarde angenommen werden. — Nach den eben eingetroffenen Nachrichten aus Leipzig ist daselbst das Wappen des österreichischen Generalconsuls herabgerissen worden. — Die gestern von einem verbreiteten Blatte mitgetheilte Nachricht der Liquidation des Hauses Rothschild entbehrt allen Grundes. — Heute früh ist abermals ein alter Mann aus dem Civile erschossen worden. — Jellachich, den man schon abgereist glaubte, weilt noch immer hier und hat seinen Wohnsitz auf der Landstraße im Palais des Erzh. Maximilian d'este aufgeschlagen. Er besuchte vorgestern das Leopoldstädter Theater. — Ein Tagsbefehl des Fürsten Windischgrätz warnt vor den Einstüssern, welche noch imm er versuchen, die Truppen von ihrer Treue abwendig zu machen, und sagt eine Belohnung von 25 fl. von Fürstlichkeit abwärts dem Aufgenderungen eines solchen zu. — An einer solchen Stelle des Wienflusses in den Vorstadt Gumpendorf hat man sehr viele Gewehre gefunden, die dahin geworfen worden waren. — Die Ergreifung Taufenau's als ungar. Emissär wird noch bezweifelt. — Dagegen ist bestimmte Beweis gewiß. Er wurde durch eingefran, die um seinen Aufenthalt wußte, verrathen; bei Durchsuchung seiner Papiere kam man auf Einverständnisse mit Kossuth, die auf eine in's Große beabsichtigte Banknotenfälschung hinausgingen. Eine ungeheure Bewerkstelligung der österreichischen Banknoten durch Nachahmung war beabsichtigt. — Länge der ungarischen Grenze sind auf zwei Meilen die Communikationsmittel für Wagen und selbst Reitpferd durch Zerstörung der Straßen und Brücken vergestalt unpraktikabel gemacht worden, daß selbst Fußreisende sich der Umwege bedienen müssen. Neuere Nachrichten aus Berlin fehlen noch heute und dursten bei dem eingetretenen Belagerungszustande dieser Stadt wohl auch unregelmäßig eintreffen. — Der Bereits zur Unterstützung mittelloser Arbeiter hat am 16. d. seine Thätigkeit wieder begonnen, über welche der eben veröffentlichte dritte Bericht abermals einen lobenswerthen Beleg abgibt. — Es wird zeit wieder in allen fünf Theatern Wiens gespielt; das Repertoir des Burgtheaters erscheint noch nicht eingeschränkt.

Wien, 17. November. Wechsels. Usseno. Amst. Berlin gesucht. Silber 6°/₀ — 7°/₀. Gold etwas flüssiger als gestern. 5% Metall. 77¹/₄, 4% detto 65, 2¹/₂% detto 44¹/₄, Bankactien 1090, Loose von 1834 132, detto von 1839 88, Nordbahn 97¹/₂, Mailänder 67, Glogginger 94, Pesther 65, Lloonneser 64¹/₂, Linz-Budweiser 163.

Der amtliche Theil der „Wiener Zeitung“ enthält die folgenden drei Bekanntmachungen:

I. Nachstehender Armee-Oberkommando-Befehl vom 16. November d. J. ist den k. k. Truppen bekannt gemacht worden: Es ist Sr. Durchlaucht dem Herrn Feldmarschall von verschiedenen Seiten zur Kenntniß gelangt, daß in mehreren Provinzen durch Emissäre und Plakate Versuche gemacht werden, um die k. k. Truppen zum Treubruche zu verleiten. Hochbieselben reachten bei dem in der k. k. Armee sich stets neu auch in der verschärften Zeit mit ausgezeichneter Treue bewährenden Geist der Truppen, jede Erinnerung an dieselben in dieser Beziehung für überflüssig, finden jedoch hiemit zur allgemeinen und öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß jener Mann-schaft vom Feldwebel und Wachmeister abwärts, 25 fl. C. M. zugesagt werden, welcher einen Emissär oder Aufwiegler zu Staube bringt und ausliefert, der sei es nun durch Worte oder durch Vertheilung von Plakaten und Flugblättern den Soldaten aufzuwiegeln und zum Treubruche zu verleiten sucht.

II. Um der Verbreitung böswilliger Gerüchte, die in Anfebung des Verfahrens bei der Vertheilung des Robert Blum zur Kenntniß der Militärbehörde gelangt sind, zu begegnen, findet die letztere im Nachhange zu ihrer, dieser Gegenstand betreffenden, in der Wiener Zeitung bereits erschienenen Kundmachung zu erinnern: Robert Blum, aus Leipzig, als einer der thätigsten Beförderer des Ottoberaufstandes bekannt, wurde in Folge des bereits am 20. Oktober proklamirten Belagerungsstandes für Wien und Umgebungen, nach dem Einrücken der k. k. Truppen in die Hauptstadt, eingezogen und vor das Standrecht gestellt. In der diesfälligen Untersuchung wurde er durch sein Geständniß und dreidrei Zeugen überwiesen, daß er am 23. Oktober in der Nähe zu Wien den bewaffneten Aufruhr durch eine feurige Rede angefacht und als Führer einer Compagnie des Corps d'Elite mit den Waffen in der Hand an demselben Theil genommen habe. Robert Blum wurde demnach in Gemäßheit der bestehenden Militärgesetze von dem Standrecht, e mit Einhelligkeit der Stimme zum Tode durch den Strang verurtheilt, und dieses Urtheil innerhalb 24 Stunden vom Zeitpunkte seiner Stellung vor die standrechtliche Commission gerechnet, durch Pulver und Blei vollzogen.

III. Wenzel Messenhauer aus Prossnitz in Mähren geboren, 35 Jahre alt, katholisch, ledig, Schriftsteller, ist in der mit ihm abgeführten kriegsrechtlichen Untersuchung durch sein Geständniß bei erhobenem Thatbestande überwiesen, daß er in der Eigenschaft als provisorischer Oberkommandant der Wiener Nationalgarde, den bewaffneten Aufruhr in Wien, dessen Umgebung, und in mehreren Provinzen durch Plakate und Anschläge zum Landsturm eingeleitet habe; daß er sich während der Belagerungszustandes über die Stadt Wien durch Vorstädten und Umgebung, mittelst der Proklamation St. Durchlaucht des Herrn Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz vom 20. und 23. Oktober d. J. — durch einen weiteren Aufruf vom 25. Oktober und dessen Nachtragsbefehl vom nämlichen Tage zum Aufruhr gegen die zur Herstellung der Ruhe und Ordnung von Sr. Majestät dem constitutionellen Kaiser gegen Wien entsendeten Truppen angereizt, und diese zum Treubruche zu verleiten versucht; daß er ferner durch einen terroristischen Befehl die äußerste Vertheidigung Wiens gegen die anrückenden Truppen angeordnet, und sonach den bewaffneten Widerstand auch thätigst fortgesetzt; daß er sogar nach abgeschlossener Capitulation wegen Uebergabe der Stadt an den Herrn General Feldmarschall am 30. Oktober Mittags zwei Bataillone über den angeblich siegreiche Vorschreiten der schon am 29. Abends angekündigten Heeresmacht der Ungarn in zahlreichen Abdrücken verbreitet, und dadurch den Bruch der abgeschlossenen Capitulation herbeigeführt habe. Es ist demnach Wenzel Messenhauer durch kriegsrechtliches Urtheil vom 11., kundgemacht am 14. November d. J. in Folge der angeführten Proklamationen in Verbindung mit dem Artikel V. §. 4 des Militär-Strafgesetzbuches zum Tode durch den Strang condemnirt, das Urtheil aber am 16. d. M. um 8½ Uhr Morgens in dem hiesigen Stadtgraben durch Erschießen mit Pulver und Blei vollzogen worden. Wien am 16. November 1848.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Sonntag, den 19. November 1848.

** München, 19. November. Alle Briefe und Zeitungen aus Berlin vom 15. Abends sind ausgeblieben. Wir sind daher außer Stande unsern lesern heute Weiteres über den Stand der Dinge in der preußischen Hauptstadt mitzutheilen. Sollten uns im Laufe des Tages noch Berichte von Belang zukommen, so werden wir nicht ermangeln, sie durch eine Extrabeilage sogleich zur Kenntniß unserer Abonnenten zu bringen.

Aus Wien.

Wir entnehmen der Wiener Zeitg. vom 16. November aus dem amtlichen Theile folgende: Durch standrechtliche Sentenz vom 14 d. M. ist 1) Johann Horvath aus Sagh in Ungarn gebürtig, 33 Jahre alt, katholisch, verheirathet, Schuhmacher und Unterlieutenant der zu Hernals bestandenen Nationalgarde, wegen Theilnahme an dem Verbrechen des Aufruhrs, thätiger Anfreizung zu einem bewaffnetin Aufalle gegen die k. k. Truppen und persönlicher Leitung dieser Unternehmung zu einer Zeit, als die Nationalgarde zu Hernals die Waffen bereits abgelegt hatte;

2) Joseph Dangel, Gemeiner der 13. Füsilier-Compagnie des Linien-Inf.-Reg., Ritter v. Heß, und

3) Anton Rittinski, Gemeiner der 6.Compagnie des 1. Landwehr-Bataillons vom Inf.-Reg. Herzog von Nassau, wegen treuloser und meineidigen Abfalls von ihren Truppen, Uebergang zu den hiesigen Insurgenten und Theilnahme an dem bewaffneten Aufstande, in Folge der Proclamation Sr. Durchlaucht des Herrn General-Feldzeugmarschalls Fürsten zu Windischgrätz vom 20. und 23. Oktober, dann 1. November d. J., zum Tode durch den Strang verurtheilt; die Strafe jedoch mit Pulver und Blei an demselben Tage um 4 Uhr Nachmittags in dem hiesigen Stadtgraben vollzogen worden.

*Wien, 16. Novbr. Diesen Morgen wurde Messenhauser im Stadtgraben vor dem neuen Thore standrechtlich erschossen. Er benahm sich mit vieler Festigkeit, ließ sich die drei zur Execution bezeichneten Soldaten vorführen, wies an Kopf und Herz als die zum Ziel zu nehmenden Stellen, worauf er selbst das Feuer kommandirte. Es ist begreiflich, daß es hiebei unter den Anwesenden nicht ohne manche erbitterte Aeußerung ablief, was jedoch ohne weitere Folge blieb. Das Ansuchen um Begnadigung hatte nur die Milderung der zum Strange verausbestimmten Strafe in die des Erschießens herbeizuführen vermocht. Eine gleiche Milderung soll bei dem zum Tode verurtheilten Bezirkschef Braun eintreten. — Gestern ist Dr. Becher in dem am Prater befindlichen Panorama festgenommen worden. — Die Operationen gegen Ungarn sollen darum einen Aufschub erlitten haben, weil früher noch 28 neue Batterien ausgerüstet werden sollen und die nöthigen Maßregeln zur Verproviantirung der Armee zu ergreifen sind, indem es sich voraussehen läßt, daß in Ungarn selbst alle Erhaltungsmittel fehlen werden. Comorn soll in einen verartigen Vertheidigungszustand gesetzt worden sein, daß man an dessen Einnehmbarkeit zweifelt will. — Eine erneuerte Aufforderung zur Ablieferung der Waffen ergeht vom Sicherheitsrath und ermahnt dringlichst, sich nicht durch Verheimlichung der Todesstrafe auszusetzen. Man hat heute 10 mit Gewehren beladene Wägen aus der Leopoldstadt führen sehen, dessen ungeachtet ist noch ein sehr großer Theil abgängig. In Berlin, woher die Nachrichten bis zum 14. laufen, geht es wohl noch langsamer damit, da auf geschehene Aufforderung und trotz des verkündigten Standrechtes vorerst nicht mehr als 200 Gewehre abgeliefert worden sind. — In Siebenbürgen bietet Jellachich den Landsturm gegen Ungarn auf. — Die hier anwesenden Reichstagsdeputirten bereiten sich mit Ende dieser Woche zur Abreise nach Kremsier vor. — Meßenhausers vielfältige Schuld soll sich in dem Verhör noch dadurch erschwert haben, daß er eine Summe von 2000 fl. ungarischer Seits zum Geschenke angenommen habe. — Die Befestigung auf den Basteien mittelst der an den geeigneten Orten angebrachten Pallisaden und Laufgräben erscheint beinahe vollendet. Es ist schwer, auf diesem belebten Spaziergange durch diese, so wie durch die angebrachten Kanonen und zahlreichen Patrouillen den Weg zu verfolgen. — Die Nachfrage nach Gold- und Silbersorten vermehrt sich hier, während dennoch die Stimmung an der Börse sich als eine feste ergibt. Es ist daher der Grund in dem anerkennenden Mangel an baarem Gelde in den Provinzen und in den Wechseloperationen zu suchen. — Unter den eben Eingezogenen nennt man Schlesiz, Hammerschmidt und eine Gräfin. Nach den letzten Nachrichten aus Berlin vom 14. sah man ernsten Auftritten entgegen; Viele hatten sich gestürmt.

Wien, 16 November. Die Börse fest und ziemlicher Umsatz in 5 pCt. Met. und Nordb. Aktien. Wechsel weniger, Gold- und Silbersorten gesucht. 5% Metall. 77, G 4%, detto 64, 2½% detto 40, Bankactien 1090, Loose von 1834 131, detto von 1839 88, Nordbahn 97, Mailänder 66, Glogauer 94, Pesther 65, Livornese 64, Linz-Budweiser 170.

Frankreich.

Paris, 13. November. Bekanntlich ist bis zur Stunde Herr von Raumer noch nicht in amtlicher Art als Repräsentant des deutschen Reichsverwesers von unserer Regierung anerkannt worden. Um seiner prekären Stellung in Paris ein Ende zu machen, hat das deutsche Reichsministerium Herrn von Raumer beauftragt beim General Cavaignac und Herrn Bastide erneuert Schritte zu machen, um die officielle Anerkennung der deutschen Reichsgewalt zu erwirken. Dem Vernehmen nach hat Hr. Bastide erklärt, die französische Republik sehe sich, nach reiferer Ueberlegung, bewogen die Anerkennung der deutschen Reichsgewalt aus folgenden drei Gründen vorderhand noch zu vertagen: 1) weil keine andere nicht deutsche Großmacht den deutschen Reichsverweser bisher officiell anerkannt hat, indem Herr von Andrian ebenfalls nur mit officiösem Charakter der Königin Victoria am 4. September von Lord Palmerston vorgestellt worden ist; 2) weil, solange die deutsche Reichsverfassung nicht zum Gesetz erhoben, ihre Regierungsform zu unbestimmt bleibt als daß die auswärtigen Großmächte dieselbe förmlich anerkennen könnten; 3) weil, solange der Präsident der Republik nicht gewählt ist, das gegenwärtige Ministerium seines Fortbestandes nicht sicher ist, und folglich bis dahin einen so wichtigen Akt wie die Anerkennung der deutschen Reichsgewalt verschieben müsse, um seinem ernannten Nachfolger nicht die Hände zu binden. Auf das gleichzeitig wiederholte Begehren des Herrn von Raumer wegen Auslieferung der nach Frankreich geflüchteten Mörder des Fürsten Lichnowsky und General Auerswald hat Herr Bastide geantwortet, die als Urheber jener Schandthat beinzichtigten Individuen seien nach Verdun gebracht, um dort unter Aufsicht der Polizei zu bleiben; ihre Auslieferung könne jedoch nur dann erfolgen, wenn die deutsche Reichsgewalt nicht bloße Inzichten, sondern wirkliche Beweise ihres Verbrechens werde vorgelegt haben. Dazu will ich nur so viel bemerken, daß nach der bisher befolgten Praxis, die bloßen Inzichten hinreichen um von England und Belgien die Auslieferung von Personen zu erhalten welche aus Frankreich unter dem Verdachte betrügerischer Bankerotte entflohen sind, und so umgekehrt. Sollte in den Augen der französischen Republik ein Bankerottirer als ein größerer Verbrecher erscheinen denn qualificirte Mörder?

(Allg. Zeitung.)

J. B. Bogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 125.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Dienstag den 21. November 1848.

München, 21. November.

Se. Maj. der König haben unterm 14. Nov. dem vormaligen Matrimonialrichter I. Klasse Friedrich Karl August Gever zu Obernzenn die erledigte II. Landgerichtsassessorstelle zu Dinkelsbühl, desgleichen unterm 17. Nov. die erledigte Landrichterstelle zu Marktredwitz dem I. Landgerichtsassessor Stephan Gerber zu Ochsenfurt zu verleihen geruht.

Vermöge allerhöchster Entschließung vom 13. Nov. wurde bezüglich der erledigten Lehrstelle der dritten Klasse des Gymnasiums zu Passau, den Professoren der zweiten und ersten Klasse Tuschek und Fertig die Vorrückung in das Lehramt der nächsthöhern Klasse bewilligt und die hiedurch sich eröffnende Lehrstelle der ersten Klasse dem Studienlehrer an der Lateinschule zu Passau, Michael Wiesmüller übertragen.

Die katholische Pfarrei Pittenbrunn, Lbg. Neuburg a. D. wurde dem Pr. Jakob Dorner, Pfarrer zu Grubheim, Lbg. Monheim a. g. verliehen.

Deutsche Reichsversammlung.

(117. Sitzung vom 17. Nov. Schluß) §. 24. „Alle deutschen Flüsse sind für deutsche Schiffahrt und Flößerei frei von Flußzöllen. Bei den, mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüssen tritt für die Anlegung dieser Flußzölle eine billige Abgleichung ein. Wie und mit welchen Mitteln für die Erhaltung und Verbesserung der Schiffbarkeit dieser Flüsse gesorgt werden soll, bestimmt ein Reichsgesetz." §. 27. „Die Höfen-, Kranen-, Waag-, Lager-, Schleusen- und dergleichen Gebühren in den, an diesen Flüssen und den Ufervändern der Nebenflüsse gelegenen Orten unterliegen der Gesetzgebung und Oberaufsicht des Reiches. Es darf in Betreff dieser Gebühren eine Begünstigung der Angehörigen eines deutschen Staates vor denen anderer deutschen Staaten nicht Statt finden." §. 28. „Flußzölle und Schiffahrtsabgaben dürfen auf fremde Schiffe und deren Ladung nur durch die Reichsgewalt gesetzt werden, jedoch bleiben für bestehen bleibende Zollbefreiungen oder bis zu weiterer Anordnung — die gegenwärtigen fortbestehen." Ebenbeschente ist die Fassung, in welcher Artikel V. des Verfassungsentwurfs — die letzten Sätze davon in ziemlich später Nachmittagsstunde — zum Beschlusse der Reichsversammlung erhoben ward. Unter den folgenden Verhandlungen aber brach die Dunkelheit des Abends vollends herein. v. Vincke nämlich und zahlreiche Genossen von der äußersten Rechten legten folgende Erklärung zu Protokoll nieder: „In Erwägung, daß in der Berathung von Gistra's Antrag nur Redner für denselben zum Worte gekommen, in Erwägung, daß die Ungleichheit, die Oesterreich Schuld gegeben werde, nicht erwiesen sei, in Erwägung endlich, daß die Versammlung der österreichischen Volksvertreter in den nächsten Tagen wieder zusammentritt, verwahren sich die Unterzeichneten der erwähnten Erklärung gegen die auf der Annahme des Gistra'schen Antrags etwa hervorgehenden nachtheiligen Folgen." Der Verlesung dieser Aktenstücke folgten Interpellationen von der entgegengesetzten Seite des Hauses an den österreichischen Ausschuß und an die Reichsministerien Welcker und Mosle. Der wichtigste Vorgang aber war die sofortige Widerrufung des v. Rappard'schen Antrages, nachdem die Versammlung die Dringlichkeitsbegründung desselben bereits abgelehnt hatte, durch Gistra. v. Rappard beantragt nämlich, in Rücksichtnahme auf den Beschluß der Versammlung vom 14. Okt., in Erwägung, daß sich Hr. Wassermann auf die Seite der preußischen Krone gestellt und in Erwägung, daß neue Maßregeln in Berlin genommen worden seien, wie die Entwaffnung der Bürgerwehr, die gewaltsame Sprengung der Landesversammlung, die Abberufung Herrn Wassermann's und die Sentung von drei Reichskommissären nach Berlin, die sowohl einen blutigen Zusammenstoß verhüten, als auch die Regierung zur Zurücknahme ihrer Verfügungen gegen die Landesversammlung und Bürgerwehr nöthigen sollen. Es ward entschieden, daß morgen (den 18. November) eine Sitzung der Nationalversammlung stattfinden und der Rappard'sche Antrag der Tagesordnung dieser Sitzung vorangestellt werden solle.

(118. Sitzung vom 18. November.) Tagesordnung: 1) Ergänzungswahl zweier Mitglieder in den Verfassungs-Ausschuß. 2) Berathung über den Antrag des Herrn Abgeordneten v. Rappard. 3) Berathung über Artikel VI des Verfassungsentwurfs. Wir dürfen einem stürmischen Parlamentstage entgegensehen. Der Rappard'sche Antrag auf der Tagesordnung, — Staatssekretär Herr Bassermann aus Berlin zurückgekehrt — die Gallerien im Vorgefühle des äußerstehen Unwetters mit gedrängten Gruppen besetzt. Auf der linken Seite des Hauses umstehen begleitschwirrende und zuströmen ahnungsvoll die Freunde des Abgeordneten Herrn Julius Fröbel, der aus Wien wieder eingetroffen ist. Vorsitzender von Gagern teilt zu, daß der Reichsminister des Handels, Herr Duckwitz, auf mehrere Anfragen an einem Tage nächster Woche Antwort zu geben versprecht. Nach größere Stille tritt ein, als der Reichsminister des Innern, von Schmerling, das Wort erhält. Er theilt die gestern Abend spät aus Berlin erfolgte Rückkehr Bassermann's mit und die auf heute festgesetzte Absendung des Herrn Vicepräsident Simson und des Abgeordneten Hergenhahn aus Wiesbaden, um als Reichskommissarien nach dem Versammlungsbeschlusse vom 14. Oktober zu wirken. Verweinerte Beistimmungsruhe pflichten dieser Maßregel bei. Dann erfolgt das gestern verfassunte Einfordern der Stimmzettel zur Ergänzung des Verfassungsausschusses. Wie am Schlusse der Sitzung bekannt gemacht wird, ist die Wahl auf Gilch aus Schleswig und Sommaruga aus Wien gefallen. Der Antrag von Rappard's, den zahlreiche Unterschriften unterstützen, ist folgender: Die hohe Nationalversammlung wolle beschließen, die Zentralgewalt aufzufordern: 1) den Reichskommissär Bassermann sofort abzuberufen, 2) gleichzeitig eine Reichskommission mit dem Auftrage nach Berlin abzusenden: alle Mittel anzuwenden, um einen gewaltsamen Zusammenstoß der Volkskraft mit dem Heere zu verhüten. 3) die preußische Regierung zu nöthigen, die von der preußischen Landesversammlung für gesetzwidrig erklärten Verfügungen zurückzunehmen, namentlich die Vertagung und Verlegung der preußischen Landesversammlung, die Auflösung und Entwaffnung der Bürgerwehr, den Belagerungszustand der Stadt Berlin, die Beschränkung der freien Presse und des Assoziationsrechts. Es werden zugleich einige Anträge mitgetheilt, die noch weiter gehen in ihren Forderungen und dann die angemeldeten Redner vertreten. Der erste von ihnen ist v. Reden, Abgeordneter Osnabrück, der bittet, über die an ihn angezogte Frage weder seine Partei entscheiden, sondern durch die Versammlung die einmüthige Stimme der deutschen Nation. Nur durch ein solches und das entschiedenste Verfahren könne der konstitutionelle Thron in Preußen erhalten werden. Sein Verlangen auf Bassermann's Abberufung habe sich durch die Mittheilung des Herrn von Schmerling erledigt. Aber als Zusatz habe er seinem Antrage hinzuzufügen, daß den preußischen Volksvertretern der Dank des Vaterlandes auszusprechen werde. Staatssekretär Bassermann betritt die Rednerbühne. Er spricht mit krankhaft angestrengter langsamer Stimme und giebt die Gesichte seiner Reise und seines Aufenthaltes in Berlin. Der Zustand Berlins, wie er äußerlich erscheine, sei kein erfreulicher. Mit den Hervorbringungen einer schrankenlosen Presse, die an den Straßenecken stehen, stimmten die Begebenheiten überein: das Aufpflanzen rother Fahnen, die Aufforderung an die Menge, kurze Beile und Messer mitzubringen zu den Belagerungen des Sitzungslokals der Abgeordneten. Die Minister fand Bassermann in einer Ruhe, vor der er erstaunte, allein außer Stande, Verhandlungen über die Zentralgewalt mit ihm aufzunehmen, denn jeder Augenblick verlange Zeiten von ihnen. Ein Reaktion heute leiner jener Staatsbeamteten, die Reaktion würde überhaupt unmöglich sein in Preußen. Auch die Mitglieder der Berliner Versammlung wären nicht im Stande, den Ministern thatsächliches nachzuliegen, was ihnen zur Last falle und ihr Privatcharakter sei über alle Zweifel erhaben. Von seiner Unterreise mit dem Könige theilt Bassermann mit, er habe den Monarchen deutscher gesinnt gefunden als je zuvor. Der König war aber entschlossen, den Seinen, die in Berlin vorgefallen, ein Ende zu machen, Deutschland und seine Gestaltung zu retten, gefaßt auch auf das Aeußerste. B. habe dem König nicht verhehlt, welche Besürchtungen man hinsichtlich der Reaktion hege, allein die Antwort habe ihm bewiesen, daß diese Befürchtungen grundlos seien. Nach Wrangel's Einzug nahm die Stadt ein verändertes Antlitz an. Die Bewilterung auf den Straßen war eine andere, der Verkehr darin belebter und die Bürger seien im Gefühle der Sicherheit nur sehr zufrieden mit der Umwandlung gewesen (Gelächter). Der Redner fährt fort, daß er vergebliche Vermittlungsvorschläge an Hrn.

b. Unruh gerichtet, daß er Zeuge einer fehlgeschlagenen Unterhandlung mit Herrn Grabow gewesen. Die Friedensbedingungen, welche die provisorische Versammlung stelle, seien diese: Verbannung aller Prinzen aus den Grenzen der Monarchie; Verhaftung und Hochverrathsprozeß gegen Brandt und die Minister; unbedingte Unterwerfung der Krone unter die Versammlung, bis die Verfassung fertig sei. Endlich Entfernung aller Truppen aus Berlin. Wad dann für ein Regiment beginnen würde, darüber ist der Redner nicht im Klaren, obschon er unter anzugehen vermag, wie lange dann die Republik in Preußen dauern würde. Eine wohlthätige Fortsetzung der Berathungen der Nationalversammlung in Berlin aber und eine Vermittelung sei unmöglich geworden. Die Uebergewungen vielmehr habe sich ihm aufgedrungen, daß ein Zustand eingetreten sei, der entweder zur Annahme der obengenannten Bedingungen führen müsse oder wo ein freies Nachgehen und Handeln der Regierung sei. Was den Herr der Nationalversammlung hoffe er nichts für die wahre Freiheit, nichts für deutsche Einheit, wie ihm der Beschluß in Bezug auf Posen und alle dort gehörten Aeußerungen beweisen. Er könne daher auch nicht in das Verlangen einstimmen, jener Versammlung ein Anerkennniß auszuprechen. Den Beschluß vom 14. Oktober in Berlin aufzuführen habe er sich für nöthig gehalten, und deshalb dem Abgeordneten seine Entlassung aus dem Amte angeboten. Nur die Ueberzeugung wolle er noch als ein Resultat seiner Reise darlegen, daß die rascheste Vollendung des Verfassungswerk von Nöthen oder es werde zu spät sein. (Beifall, auch von der Gallerie, Widerspruch und Zischen von andern Seiten, endlich überwiegender Applaus.) Wenedey. Alles kommt darauf an, zu wissen, wer Herrn Bassermann die Bedingungen der Entfernung aller Truppen aus der Residenz gestellt hat. Auf den Namen müssen wir zunächst bestehen, oder es läßt sich kein Urtheil fassen. Bassermann. Dem Ausschusse bin ich alle Namen zu nennen erbötig. Ob auch hier von der Rednerbühne, darüber kann ich mich im Augenblicke nicht entscheiden. Zunächst kann ich nur die Versicherung ertheilen, daß ich dem Ausschusse keine Auskunft verweigern werde. Werner von Rietzein stellt darauf und verschiedene hat persönlichen Antrag, die Angelegenheit zur schleunigsten Berichterstattung an den Biedermann'schen Ausschuß zu überweisen. Dagegen beantragt unter dem anhaltenden Applaus des Hauses, besonders der Gallerie Raveaux von Köln die Tribüne. Er drängt zur Entscheidung. Nichts sei so nöthig, als ganze Maßregeln anstatt halber. Berlin steht auf einem Vulkane und wir zögern hier und warten, bis die Stöße bombardirt sind. (Unterbrechung durch den nämlichen rauschenden Beifall wie vorhin.) Demüthigend sei Oesterreich verfahren. (Widerspruch.) — verlieren, daß ist meine Meinung. Verweisen wir die vorliegende Frage wiederum an einen Ausschuß, so wird unserer Säumniß auch Preußen verloren gehen. Durch Ihr Zögern verlieren Sie die Achtung der ganzen Nation. Alle Rede noch, sogleich einen Beschluß. Die Abstimmung über den prajudiciellen Antrag Werthers geschieht auf Mathnetz Verlangen durch Namensaufruf. Die Entscheidung fällt mit 261 gegen 172 Stimmen für Verhandlung auf, und mit der Verweisung der Sache an den Ausschuß scheint die brennende Frage für heute beseitigt. Allein Zimmermann von Spandow will die Sitzung bis Nachmittag 4 Uhr ausgesetzt wissen, damit der Ausschuß sofort an seine Arbeit gehe. Wenedey unterstützt dies Verlangen, desgleichen Naumerd und da die Versammlung weder auf diesen Beschleunigungsantrag eingeht, noch in eine Sitzung für heute Abend oder eine längere Sonntagsfeier willigen will, so ziehen die Mitglieder der linken Seite des Hauses nach und nach alle ihre in Bezug auf Preußen gestellten Anträge zurück. Zuerst thut dies von Happard, und Wesentonk gibt einen förmlichen Protest gegen die Bassermann'sche Darstellung der Berliner Zustände zu Protokoll. Indessen bleibt das Haus bei seinem Beschlusse und läßt auch den Antrag an den Ausschuß in Bezug auf die Berichterstattung in der preußischen Angelegenheit unverändert annehmen. Hiernach erhält Julius Fröbel das Wort zu einem Berichte über seine und Robert Blums standrechtliche Verfolgung. Die Linke begrüßt sein Erscheinen auf der Tribüne mit Beifallsklatschen. Er erzählt, er sei mit Robert Blum am 13. Oktober nach Wien abgereist, am 17. dort angekommen, um eine Adresse der Linken an die Bevölkerung Wiens zu überbringen. Noch einigen Tagen sei ihr Auftrag vollzogen gewesen und Robert Blum und er hätten abreisen wollen. Allein dieser Adresse stellten sich unüberwindliche Hindernisse entgegen und sie entschlossen sich daher zum Bleiben. Fröbel ward Augenzeuge der 3., Blum der 1. Glitenkompagnie, die unfreiwillig zur Aufrechthaltung der Ordnung in der Stadt bestimmt waren. Allein das Volk wurde ganz anders verwendet und da die gefährlichsten Unruhe der Vertheidigung gestellt. Dazu seien beide Abgeordnete bald zu der Ueberzeugung gelangt, die Stadt werde an die Belagerer verrathen! Sie hätten daher am 29. Okt. früh ihre Entlassung von dem Vollzugsausschusse gegeben, die auch angenommen worden sei, worauf sie sich ruhig zu Hause verhielten. Nach dem Einrücken der Militärs wendeten sie sich an das Standrechtsamt, um zur Rückreise nach Frankfurt die Erlaubniß zu fordern, am 3. November aber ebenfalls an den General Cordon, — am 4. wurden sie verhaftet. Nachmittags 4 Uhr am 8. Nov. richteten die Gefangenen ein Schreiben an die Untersuchungsbehörde, in dem sie gegen die Fortdauer ihrer Haft, unter Anführung ihrer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete protestirten. Die Antwort auf diesen Protest sei das Verdikt am 8. und die Erschießung Blum's am 9. gewesen. Fröbel schilderte dann, mit welchem Raffinement er (Fröbel selbst) vier Tage lang in einsamer Gefangenschaft und in der Meinung erhalten worden sei, daß er seiner Hinrichtung jeden Augenblick entgegen sehen müsse. Sein Verhör habe sich hauptsächlich darauf erstreckt, ob er nach der Erklärung des Belagerungszustandes für Wien durch den Fürsten Windischgrätz noch die Waffen geführt habe. Als ein wichtiges Vertheidigungsmoment habe dagegen eine Broschüre Fröbel's gegolten, „Wien, Deutschland und Europa", die ihrer Zeit von der konservativen Presse Oesterreichs einige Anerkennniß erfahren habe. Erst am 11. Nov. erfolgte wirklich Fröbel's Verurtheilung zum Strange, zugleich aber auch die Begnadigung durch den Fürsten Windischgrätz und die Freigebung des Gefangenen. Nachdem der Redner seinen einfachen und ruhig gehaltenen Vortrag, von mancherlei Zeichen theilnehmendster Bewegung begleitet, vollendet hat, wird zur Berathung des Artikels VI. des Verfassungsentwurfs geschritten. Es wird zur Abstimmung geschritten. Artikel VI. ist in folgender Fassung zum Beschluß erhoben: §. 29. „Die Reichsgewalt hat über das gesammte deutsche Eisenbahnwesen das Aufsichts- und Gesetzgebungsrecht, so weit es zum Schutze des Reichs und im Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs für nothwendig und zweckmäßig erachtet. §. 30. Unter denselben Voraussetzungen hat die Reichsgewalt das Recht, Eisenbahnen anzulegen oder deren Anlage zu bewilligen, sowie vorhandene Eisenbahnen auf dem Wege der Enteignung zu erwerben. Die Benutzung der Eisenbahnen steht der Reichsgewalt jederzeit gegen Entschädigung frei. §. 31. Der Anlage oder Bewilligung von Eisenbahnen durch die einzelnen Staaten ist die Reichsgewalt befugt, den Schutz des Reichs und das Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs wahrzunehmen. Der Reichsgewalt steht die Gesetzgebung und Oberaufsicht über die den allgemeinen deutschen Verkehr vermittelnden oder zum Schutze des Reichs nothwendigen Heer- und Landstraßen, insbesondere über die Verbindung von Chausse- und Eisenbahnen und ähnlichen Bauten auf solchen Straßen zu. §. 32. Der Reichsgewalt steht das Recht zu, zum Schutz des Reichs oder im Interesse des allgemeinen deutschen Verkehrs, Landstraßen zu bauen, Kanäle anzulegen, Flüsse schiffbar zu machen oder deren Schiffbarkeit zu erweitern. Sie hat für die Unterhaltung der so gewonnenen Verkehrswege zu sorgen. Die bei derartigen Fluß- und Kanalbauten gewonnenen Vorlandungen gehören dem Reiche. Die nächste Sitzung findet Montag den 20. Nov. Statt. (D. Z.)

Deutschland.

Bayern. — ⁂München, 20. Nov. Wir können aus verläßiger Quelle mittheilen, daß die bevorstehende vereinigte protestantische Generalsynode diesseits des Rheines, welche bekanntlich in den letzten Tagen dieses Monats in Ansbach zusammentreten sollte, in diesem Jahre wegen des vorgerückten Zeitpunktes nicht mehr einberufen, sondern deren Eröffnung in den ersten Tagen des Monats Jänner k. J. statt finden wird. Dieß Vertagung wird uns Viele freuen, wir hören, mit Verschiedenheit der für die nächstfolgende ordentliche Versammlung gesetzlich bestimmten Zeitpunkte, erfolgen.

Baden. Heidelberg, 18. Nov. Ein rätselhaftes Ereignis hat gestern unsere Stadt in Spannung versetzt. Es mochte gegen halb 6 Uhr Abends sein, als man den Ausfauf Lieber zu seinem Fenster hinaus und Bürgerstille rufen hörte. Auf diesen Ruf eilten viele Leute, auch mehrere der hier liegenden nassauischen Soldaten herbei; zugleich fuhr ein Fremder auf dem Bücherladen auf die Straße, welcher sofort verfolgt und festgenommen wurde. Derselbe leistete den heftigsten Widerstand und versetzte einem nassauischen Soldaten einen gefährlichen Stich in die linke Seite. Inzwischen waren die Andern in den Lieberschen Laden getreten, fanden aber den Eigenthümer bereits entflohen; er hatte nicht weniger als sieben Stichwunden in der Brust. Der Thäter wurde mit der Gendarmerie-Wachtstube gebracht, wo man wahrnahm, daß er selbst drei Stichwunden auf der linken Brust hatte. Auf einmal erhob er seine Stimme, und sagte: „Ich habe mich gerächt, o Robert Blum!" Seinen Namen gab er nicht an, und in einer Viertelstunde war er ebenfalls eine Leiche. Den Mörder ist ein Mann von 38 bis 40 Jahren, mittlerer Größe, mit langen schwarzen Kopfhaaren, einem sehr langen, schwarzen Bart; er hat eine Glatze, und ist ziemlich gut gekleidet. Bei seiner Verhaftung wurde ihm ein colchartiges Messer abgenommen, womit er die That verübt hatte. (Karlsr. Z.)

Aus dem badischen Oberlande, 17. Nov. Seit vorigem Sonntag sind die Bewegungen der Flüchtlinge an unserer Grenze wieder aufgelebt. Sie suchen daraus, daß die Truppen sich bald wieder entfernen, weil sie in anderen Theilen Deutschlands nöthig werden dürften. Es ist merkwürdig, wie die Flüchtlinge von Allem, was da oder dort geschieht, auch von Wien und Berlin, immer zum Voraus genaue Kenntniß haben. Neulich sind auch wieder 400 Dollars unter sie vertheilt worden. In Birkfeld und in Arlesheim sind wieder Waffen angekommen. In Dornach hat sich neulich ein ziemlicher Auflauf deshalb heute versammelt. Die Truppen sind von einem Zuzuge Militärs mit einer bekannten Mannschaft von Besançon her. Richtig ist jedenfalls, daß Willich vor kurzem an einen Vertrauten geschrieben hat: „Unsern Plan geben wir nicht auf. Sobald das Militär sich entfernt haben wird, werden wir den Boden wieder betreten. Jedenfalls dauert es nicht mehr lange, und bei dem nächsten Ausbruche ist der Sieg sicherlich in unsern Händen. Auf baldiges Wiedersehen!" Das heißt lischer Flugblatt: „Ab die elenden Brudermörder und ab die braven republikanisch gesinnten Soldaten in Baden," worin zur Vergiftung und überhaupt zum Meuchelmord gegen die Soldaten aufgefordert ist, hat der be-

kannte Neff aus Rimmingen verhaft. Neff sagt Dies ganz unverbrochen selbst. (Karlsr. Ztg.)

Preußen. — Berlin, 16. Nov. (Staatsanzeiger.) In Folge der Mißregeln, zu welchen die Krone und das verantwortliche Ministerium derselben sich entschließen haben, um kraft ihres Rechts und auf Grund der bestehenden Gesetzgebung Ruhe und Ordnung in Berlin sicher zu stellen und die Vertreter der Nation gegen wühlerische Umtriebe und den terroristischen Einfluß der republikanischen Partei zu schützen, sind viele Adressen aus den verschiedenen Theilen der Monarchie theils von Gemeinde-Behörden, theils von politischen Vereinen und einzelnen Staatsbürgern an Se. Maj. den König und an das Staatsministerium gerichtet worden, welche sich vielfach gegen die Befugniß der Krone, die Nationalversammlung ohne ihre Zustimmung zu verlegen und zu vertagen, erklären, aber eben so in so nicht geringerer Zahl ihre volle Zustimmung und Anerkennung hinsichtlich der von der Regierung ergriffenen Maßregeln aussprechen. Mehrere von diesen Adressen sind von Deputirten von Staatsministerium zugestellt worden, nachdem es ihnen hat vorlagt werden müssen, dieselben Sr. Maj. dem Könige in einer Audienz, welche sie beim Staatsministerium nachsuchten, persönlich zu überreichen. Das Staatsministerium hat sich in dieser Beziehung vollkommen den Grundsätzen angeschlossen, welche das Ministerium Camphausen in dem Immediatbericht vom 30. März c. in Betreff der an den König Majestät unmittelbar gelangenden Anträge und der Deputationen, welche persönlichen Gehör in Staatsangelegenheiten erbitten, ausgesprochen hat, und auch von Sr. Maj. dem Könige in der verösfentlichten Ordre vom 30. März c. gebilligt worden sind. Vorzüglich in einer so bewegten Zeit, wie die gegenwärtige, hält sich das Staatsministerium für verpflichtet, indem es die volle Verantwortlichkeit für alle von der Krone ausgehenden Anordnungen und Schritte nimmt, auch alle und der politischen Anfregung des Tages hervorgehenden Aeußerungen von der Majestät der Krone fern zu halten. Jedoch versteht es sich von selbst, daß es der Sr. Maj. den König gerichteten Adressen, so wie alle sonstigen Immediateingaben, sämmtlich unverzüglich zur Allerhöchsten Kenntniß gebracht werden. Es ist ferner nicht Absicht, in ähnlicher Richtung bemächt sich, lediglich in der gegen die Verlegung und Vertagung der Nationalversammlung sich erklärenden Adressen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, so werden hier auch einige der entgegengesetzten Richtung mitgetheilt. Schon vor dem 9. November d. J. wurde die Verlegung und selbst auch die Auflösung der Nationalversammlung beantragt in Adressen von Essen, Barmen, Elberfeld, Mettmann (Kreis Duisburg), Mainbereich, Gummersbach, Eibersels und mehreren anderen. In Folge der neuesten Ereignisse aber gingen solgende den Maßregeln der Regierung bestimmende Adressen ein. 1) von dem Vorstand des Vereins für König und Vaterland zu Rath, 2) dem konstitutionellen Verein zu Regenwalde, 3) dem Zweigverein für König und Vaterland in Potsdam, 4) von Einwohnern zu Berlin, 5) von Einwohnern zu Wriezen, 6) von Einwohnern zu Glogau, 7) von Einwohnern zu Alten-Golm bei Fürstenwalde, 8) von dem Verein für Recht, Ordnung und Frieden zu Spiegel bei Lautsberg, 9) von Einwohnern zu Pasewalk, 10) von dem patriotischen Verein zu Brandenburg, 11) von dem Verein für König und Vaterland zu Posen, 12) von Mitgliedern des Vereins für Recht, Ordnung und konstitutionellen Treuen im Jesuitenhofe zu Breslau 11) von dem Verein der Veteranen und Wehrmänner zu Lunzlau, 15) von vielen Einwohnern zu Aubrort, 16) von dem Kriegerverein zu Stendal, 17) von dem konstitutionellen Verein zu Grätz, 18) von Einwohnern zu Oppeln, 19) von dem konstitutionellen Verein zu Trebsen bei Wriel, 20) von Einwohnern zu Wirsitz, 21) von dem Veteranenverein zu Neisse, 22) von dem Verein für konstitutionelles Königthum in Liegnitz, 23) von dem Veteranenverein zu Luckenwalde, 24) von Einwohnern zu Groitsau, 25) von dem konstitutionell-monarchischen Zweigverein zu Oppeln, 26) von dem Verein für konstitutionelle Monarchie zu Erfurt, 27) von dem Zweigverein für König und Vaterland im Jerichowschen Kreise, 28) von dem Gemeinderath der Bürgermeisterei Hartenberg, Kreis Crefeld, 29) von dem Einwohnern zu Schönhausen an der Elbe, 30) von dem konstitutionellen Verein zu Garnikau, 31) von Einwohnern zu Jüterbogk und Umgegend, 32) von dem Preußenverein für konstitutionelles Königthum zu Pyritzau, 33) von Einwohnern zu Karow bei Genthin, 34) von Einwohnern zu Kunersdorf in der Grafschaft Mark, 35) von Einwohnern zu Lübbecke, 36) von der Bürgerschaft zu Wetter a. d. Ruhr, 37) von den Stadtverordneten zu Jeltow, 38) von den Einwohnern zu Möckern, 39) von dem konstitutionellen Verein zu Essen, 40) von dem Gemeinderath zu Elberfeld. Der Oberbürgermeister der Gemeinde Elbersels hat dem Staatsministerium Abschrift des Protokolls über die Verhandlungen in der Sitzung des vorigen Gemeinderaths am 14. d. Mts. mitgetheilt, nach welchem derselbe unter öffentlicher Abstimmung mit 22 gegen 7 Stimmen folgende Erklärung ausgesprochen hat: „Der Gemeinderath erachtet die Krone bei dem Erlasse wegen Verlegung des Sitzes der Nationalversammlung in ihrem Rechte, hält die Verlegung durch die in der Hauptstadt Berlin bestehenden anarchischen Zustände für gerechtfertigt, und mißbilligt daher jede Widersetzlichkeit gegen die königliche Maßregeln."

Berlin, 15. Nov. (Staatsanzeiger.) Die Nationalversammlung hat gestern bereits das traurige Schauspiel eines heimallosen Umherziehens auf unseren Straßen und Plätzen dar, und man begreift nicht, wie Männer, die durch die Wahlen des Volkes einzig und allein das Mandat zur Vereinbarung einer Verfassung mit dem König empfingen, ihre Aufgabe so krankhaft ergreifen und so sich in eine ganz irrige Stellung zur wirklungslosere Stellung zu ihrer Nation bringen können! Denn wer diese ihre gegenwärtigen resultatlosen Umzüge wirkungsbleib nennen kann, der beträgt sich selbst um die wahren Interessen seines Standpunktes, welchen er auch immer angehören möge! Wenn aber aufrichtig daran gelegen ist, die höchsten sittlichen Güter, Vaterland, Freiheit und Staat, den versiegend gewordenen Gemeingeist des Tages wieder zu entwinden, der kann es nur schmerzlich bedauern, daß die Abgeordneten des Volks, in deren Hände so viel gegeben lag, mit dieser ihnen anvertrauten Aufgabe jetzt bei einem völligen Nichts angelangt sind und mit einem plan- und ziellosen Umherreiten in einem so ernsten Moment sich noch lustig zu können glauben. Sollte es denn für diese Männer nicht an der Zeit sein, einen ernsten Entschluß zu fassen und dadurch zur raschesten Wiederherstellung der ordnungsmäßigen Zustände, in denen nur der weitere Ausbau unseres Staats wieder aufgenommen werden kann, beizutragen? Die moralische Verantwortlichkeit der außerordentlichen Maßregeln, welche über unsere Stadt dadurch verhängt werden müssen, fällt einzig und allein auf die Nationalversammlung zurück, die eine gesetzliche Abhilfegelegenheit zum Ganzen für sich zu behaupten anfing, und dadurch einen verderbenvollen Zwiespalt über das ganze Land aufsäete! Diese schwere Verantwortlichkeit für Alles, was geschieht, wird sie auch in den Augen des Volkes um so mehr zu tragen haben, da sie selbst bereits die Haltung und die Grundsätze fast verloren und sich schon jetzt nicht mehr klar genug erweist, da, wo sie regieren wollte, auch nur zu leiten, und in der vom ihr herausschwierenen Stürmen wenigstens als ein Anhalt der Ordnung in der Mitte stehen zu bleiben. Wenn man sie gestern als wandernde Gesellschaft erst auf dem Stadtverordneten-Lokal in den Tanzsaal der Königsstadt und dann wieder aus dem Tanzsaal in das Stadtverordneten-Lokal ziehen sah, wo sie endlich das Resultat der großen Kämpfe dieses Tages den Entschluß faßt, ihren Sitz in Berlin beizubehalten zu haben: so kann man sich eines Schauderns nicht erwehren, der vielleicht daß dem Berliner Volksmitz verfallen wird. Dem Verwehmen nach rücken inzwischen die Anstalten vor, welche in Brandenburg zur Aufnahme der ganzen Versammlung getroffen werden, aber so dringend das Vaterland der ihm verheißenen und durch das dringlichste Wort verbürgten Verfassung bedarf, so wenig wird man sich dazu hergen können, daß diese Versammlung faktisch mehr rechtlich zu dieser Aufgabe für und verloren ist. Die guten Elemente, welche in der Versammlung bestanden, wollen wir nicht verkennen, aber ihr Kern war nicht intensive genug, um das Ganze vor der Zerreibung durch die Leidenschaften und Parteien des Tages zu bewahren! Wir verwahren aber der alten ins Ausland geflohenen Preußen, die uns stets treu waren und treu sein wird, und den patriotischen Absichten der Männer, welche in so schwerer Zeit und zu jeder Aufopferung bereit, die Zügel der Regierung in die Hände genommen! Sie mögen ihre Thätigkeit vor allen Anderen jetzt dahin richten, daß Preußen sie ihm vom Könige verheißene konstitutionelle Verfassung empfange, will nur auf dem Grunde derselben Ordnung, Freiheit und Frieden wieder für sie unter dort gesicherten Bedingungen Platz finden.

Berlin, 16. November. (Staatsanzeiger.) Die Gesellschaft der Abgeordneten, welche gestern abermals unter vielen Mühsalen in der Stadt herumtagte, hat endlich am späteren Abend noch im Mielenschen Saale die Verweigerung der Steuern debattirt und das gegenwärtige Staatsministerium sich entschieden ausgesprochen, daß es, wie die Majorität der letzten Verhältnisse der Nationalversammlung, zu erheben. Diese Abstimmung geschah in demselben kritischen Augenblick, wo die bewaffnete Militärgewalt zur Aufhebung der Versammlung in den Saal getreten war und wo die letztere, dießmal bereit, der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht zu weichen, noch den letzten tumultuarischen Moment sich ereignen sah, wo sie sich genöthigt sehen mußte, Gewalt zu bringen. Möglichste Zurückhalten des Militärs aus dem Saale begünstigte diese Gesinnungen, und so kam unter diesen freilich höchst prekären und zweifelhaften Umständen eine Abstimmung zu Stande, deren Resultat eben so wenig in staatsrechtlicher wie in parlamentarischer Hinsicht jemals die Anerkennung einer gerecht und für ihr urtheilenden Nation finden wird. Herr von Kirchmann hat dem Schlusse sich zwar, die Staatsrechtliche Kompetenz der Nationalversammlung zu einem solchen Ausspruch in der von ihm verfassenden Denkschrift zu behaupten, während sich noch vor einigen Tagen sein eigenes juristisches Gewissen dagegen aufgelehnt und gerade er bekanntlich gegen das Vorschreiben zur Steuerverweigerung sich bestimmt und für viele Abgeordnete maßgebend erklärt hatte. Herr von Kirchmann war jedoch gegen andere Einwürfe gesmorten, weil sich dem Ausspruchen des Belagerungszustandes die Zustände der faktischen Gewalt sich gefeigert hätten und jetzt nur noch die Steuerverweigerung als das letzte Mittel des sogenannten „friedlichen Widerstandes" übrig geblieben sei. Es wird dabei vergessen, zu bedenken, daß der Belagerungszustand mit seinen Folgen nur als Rückschlag der bereichert gewesenen Anarchie über und verhängt worden, daß die Dauer dieser Ausnahmeverhältnisse nur kurz sein kann, und daß die Wiederherstellung der gesetzlichen und natürlichen Ordnung der Dinge gerade von der Verbreitung richtiger und gesunder Rechtsbegriffe über unsere allgemeinen Zustände abhängt. Der Beschluß der Steuerverweigerung wird aber kein Mittel sein, um den Rechtssinn in unserem Volke zu stärken, durch welchen allein die wahre Heilung unserer verworrenen Staatszustände dauernd wieder erfolgen kann. An den Rechtssinn, nicht an die Zerstörung desselben muß man appelliren, wenn man den freien und gesetzlichen Staat erdauen will. Eine von dieser Versammlung ausgesprochene Steuerverweigerung würde aber unter den Umständen, unter welchen sie sich selbst befindet, nur auf einen vollkommenen Akt der Gesetzlosigkeit von Seiten der Regierung hinausführen, jene die staatsrechtliche Anerkennung dieser Versammlung ist in der jetzigen Zerrüttung und Auflösung aller

ihrer legalen und ordnungsgemäßen Verhältnisse gleich Null zu erachten. Diese Versammlung kann in ihrem jetzigen Verhältnisse zum Staat keine legalen Beschlüsse mehr fassen, sondern es können nur noch Provokationen zu einem ungesetzlichen und anarchischen Widerstand von ihr ausgehen, wie sie sich dessen auch in der Art, in der sie gestern dieses sogenannte Steuerverweigerungsbekret aussprach, vollständig bewußt gewesen zu sein scheint. Es kann daher auch selbst keine auf einer parlamentarischen Gültigkeit diese von ihr gefaßten Beschlüsse seine Rede sein. Denn die militärische Besetzung des Saales war es, welche den Schluß der Debatte herbeiführte, der nur unter dem Einfluß dieser äußeren zwingenden Umstände von der Versammlung angenommen wurde. Eben so wenig kann man der „formell" geschehene Abstimmung eine vollkommen ordnungsmäßige nennen, da der Präsident sichtlich nicht mehr Zeit hatte, die zu dem Antrag der Steuerverweigerung gestellten Amendements nach den parlamentarischen Regeln zu berücksichtigen. Ueberdauert soll das Verhältniß der Abgeordneten an diesem Abend gegen einander selbst bereits sehr diffolut gewesen sein, und dem Vernehmen nach sind sogar die Abgeordneten Rodbertus (ebemaliger Kultusminister) und Zachariä mit ihren Ansichten von der Steuerverweigerung bereits zu ekatanten Thätlichkeiten an einander gerathen. Es wird jedoch das Angemessenste sein, endlich einen wohlthuenden Schleier über die innere Zerrüttung dieser Gesellschaft zu breiten und in allen weiteren Eventualitäten unserer Lage, wie sich dieselben auch gestalten mögen, einzig und allein auf das angeborene Rechtsgefühl des Volkes und auf die unbeugsame Kraft des Gesetzes zu vertrauen.

Berlin, 16. November. (Staatsanzeiger.) Gewiß haben in diesen Tagen unzählige Augen auf Frankfurt geblickt und mit ängstlicher Spannung erwartet, wie die Zentralgewalt und die Nationalversammlung sich über die Maßregeln der Regierung aussprechen werde. Die Stimme der letzteren wird in weiten Kreisen als die Stimme Deutschlands angesehen. Schon hat dieselbe sich mit dieser Frage beschäftigt: mit Recht sind alle auf dieselbe bezüglichen Anträge als dringlich anerkannt worden, und der Ausschuß vom 13. November beauftragt, seinen Bericht gleich am folgenden Tage zu erstatten. Bis jetzt liegt nur der Anfang der Berathung vom 14. November vor, zugleich mit dem Bericht des Ausschusses und einem doppelten Majoritäts- und Minoritätsgutachten. Niemand kann sich verhehlen, daß es für Deutschland und Preußen höchst wichtig ist, wie die Entscheidung ausfallen wird. Um sich die Folgen im Voraus klar zu machen, ist es gut, das Verhältniß der beiden Anträge zu einander scharf ins Auge zu fassen. Es genügt dazu eine einfache Zusammenstellung der verschiedenen Fassungen des ersten Satzes der beiden Anträge, welche das Recht der Krone behandelt; im letzten Theile, dem Wunsche nach einem Ministerium des Vertrauens, sind beide Anträge einig.

Die Majorität des Ausschusses beantragt: „Die Reichsversammlung wolle in Uebereinstimmung mit den von dem Reichsministerium bekräftigten Maßregeln erklären, daß sie es für nöthig erachte: Die königlich preußische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg zurücknehme, sobald solche Maßregeln getroffen sind, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Berathungen in Berlin sicher zu stellen." — Die Minderheit beantragt: „Die Nationalversammlung wolle erklären, daß sie es für nöthig erachte: Die königlich preußische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Verlegung und Verlegung der preußischen Nationalversammlung, als mit dem Wesen und dem Rechte einer Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung unvereinbarlich, aufhebe." — Die Minderheit spricht also der Krone das Recht der Verlegung und Vertagung ab, die Mehrheit des Ausschusses erkennt dieses Recht an. Sie wünscht nun, daß die Maßregel, mit denselben Recht, wieder verändert werde, wenn die Umstände, welche sie nothwendig machten, aufhören. Dieß geht noch klarer aus dem Ausschußberichte selbst und den darin zur Begründung des Antrages ausgesprochenen Motiven hervor. Der Ausschußbericht sagt: „Zu Betreff der Verlegung der Nationalversammlung (die Vertagung ist nur als faktische Folge dieser Verlegung zu betrachten) kann der Ausschuß mit Bezug auf die notorisch vorliegenden Thatsachen nicht in Abrede stellen, daß die Krone, kraft ihres Veto's, die Versammlung gegen Angriffe, Verletzungen ihrer Würde und die Freiheit ihrer Berathungen kommende Einschüchterungen von Außen der zu schützen, unter außerordentlichen Umständen eben so berechtigt als verpflichtet erscheinen kann, eine solche Verlegung zu beschließen. Da solche außerordentliche Umstände in Berlin zweifelsohn obgewaltet, so konnte der Ausschuß nicht der Ansicht sein, daß die fragliche Verlegung als ein ungerechtfertigter, die Rechte der Nationalversammlung verletzenden Akt der Willkür zu betrachten sei." Eben so ist es zu beachten, daß in dem Antrag des Ausschusses die Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Reichsministeriums ausgenommen ist, welche die Minderheit natürlich verwerfen mußte, da laut der dem Ausschuß mitgetheilten Instruktion an Herrn Bassermann in derselben ausdrücklich die Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg, und nur nach getroffenen Maßregeln zum Schutz derselben in Berlin eine Zurückverlegung nach Berlin unter den Punkten aufgeführt wird, „für deren Erreichung der Beauftragte des Reichsministeriums zu wirken habe." Näheren Aufschluß über diese Instruktion gibt ein offenbar aus wohlunterrichteter Quelle geflossener Artikel, Frankfurt, 13. November, in der Ertrabeilage zur „Deutschen Zeitung" vom 14. d. Mts., welche als den Inhalt derselben bezeichnet: „daß unter vollkommener Anerkennung des Rechtes der Krone zur Wahl des jetzigen Ministeriums, doch dahin zu wirken sei, daß schleunigst ein vollsthümliches an seine Stelle trete: daß auf das kräftigste die Autorität der Gesetze aufrecht erhalten werden solle; und endlich, daß kein Widerspruch gegen das Recht der Krone: die Landesvertretung an einen andern Ort zu verlegen, erhoben werden könne." Wir haben nur diese Aussätze zusammenstellen wollen, um die Bedeutung der beiden Anträge in das rechte Licht zu stellen. Es kommt nun Alles darauf an, welche von den beiden Anträgen die Nationalversammlung annimmt. Mit der Annahme des Majoritätsgutachtens wird sie sich für die Krone und ihr Recht, mit der Annahme des Minderheitsantrages für die versammelt gebliebene Fraktion der Nationalversammlung erklären.

Mündlichen der weiteren Nachrichten aus Berlin vom 16. und 17. verweisen wir auf unsere heutige außerordentliche Beilage.

Oesterreich. — Triest, 15. Nov. Die sardinische Flotte ist von Venedig wieder abgesegelt und zwar in der Richtung nach Ancona.

(Grazer Ztg.)

J. P. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Dienstag, 21. Nov.: „Der Pariser Taugenichts", Lustspiel von K. Töpfer. (Chm. Auguste Zeyß-Louis.) Hierauf (zum Erstenmale): „Nero", orientalisches Ballet von Joh. Fenzl.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Obermayer, Bauherr, von Augsburg. von der Herberg und Dornbach, Kaufleute, von Eugen.

Gold. Hirsch. Graf Danolitsch, von Paris.

Hotel Maulik. Graf Ferrari, von Triest. Maschold, Privatier, von Wien. v. Zollikofer, Partikulier, von St. Gallen. Rasch, Stadtbauinspektor, von Hannover.

Gold. Hahn. Goldmann, Kaufmann, von Hamburg.

Blaue Traube. Graf Coronini-Cronberg, aus Illyrien. Dr. Molay von Frankfurt. v. Dönig, Forstmeister, von Partenkirchen. Wittman, Gutsbesitzer, von Ingolstadt. Huber, Oberwerkmeister, von Amberg. Zenn, Verwalter, von Stain. Ritter v. Salvotti, Vizepräsident, von Innsbruck. Ritter v. Salvotti, Modemeister, von Innsbruck. Schattenman, Direktor, von Kreizwertheim. Baron Leoprechting, von Pörlingen.

Stachusgarten. Ebel und Sporer, Metzger, von Wolfstein. Baron Leoprechting, Offizier, von Kriegshaber. Rocher, Cand. jur., von Kempten. Bachmann, Lederhändler, von Kriegshaber. Heubl, Privatier, von Bergen.

Gestorbene in München.

Theresia Zehender, Fäckerstochter von Freising, 67 J. a. Johann Nepomuk Geiß, ehemal. bürgerl. Maler, 70 J. a. Rosalia Eberl, königl. Hof-Bandwirterin, 54 J. a.

247. Ein Studirender der Universität ertheilt sich gegen anständige Wohnung Unterricht zu geben, entweder auf dem Klavier nach wissenschaftlicher Methode oder im Elementarzeichnen nach eigenen Vorlagen oder grammatikalisch im Französischen. D. Uebr.

228. (6f) Man sucht einen Theilnehmer an einer englischen Stunde, welcher drei Gulden monatlich zu bezahlen hat. D. Uebr.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Deutsche Reichsversammlung.

⊙ **Frankfurt**, 18. Nov. Drei Dinge von hoher Wichtigkeit haben sich heute im Schooße der deutschen Reichsversammlung zugetragen; der Bericht, welchen Bassermann über seine Sendung nach Berlin abstattete, der darauf gefaßte Beschluß, und Fröbels Darstellung des gegen ihn und Robert Blum in Wien eingeleiteten Verfahrens. Bassermann's Rede wird wohl ausführlich im Druck erscheinen und in kürzester Frist durch ganz Deutschland bekannt sein, darum weise ich mich darauf beziehen, nur folgendes mit: Eine Vermittlung zwischen Krone und Landtag sei ihm als eine Unmöglichkeit erschienen, nachdem er von den einflußreichsten Mitgliedern des letztern die Ueberzeugung erhalten habe, man werde sich nur unter der Bedingung zu einer solchen herbeilassen, wenn sämmtliche königliche Prinzen aus Deutschland verbannt würden, wenn das Ministerium abdanke, und seine Mitglieder verhaftet und als Hochverräther vor Gericht gestellt, die Armee aus Berlin und dessen Umgebung zurückgezogen, wenn Wrangel verhaftet und endlich der König verpflichten würde, sich unbedingt den Beschlüssen des Berliner Landtags fügen zu wollen. — Bassermann hat sich mit allen Parteien benommen, mit Brangel, der Bürgerwehr, dem demokratischen Klub, und den verschiedenen Fraktionen des Landtags, und endlich auch mit dem Könige selbst; als seine feste Ueberzeugung müßte er es aussprechen, daß von dem Berliner Landtage nichts zu erwarten sei, weder für die Freiheit, noch für die Einheit: daß aber der König es ehrlich meine, und sein entschlossen sei, die Ordnung wieder herzustellen, und es bei Durchführung der hiezu nöthig erachteten Maßregeln auf das äußerste ankommen zu lassen. — Raynal aus Berlin vom Markt hatte einen Antrag gestellt, die Versammlung möge sich sofort für den Berliner Landtag aussprechen, der Antrag wurde mit 261 gegen 172 Stimmen (mittelbar) verworfen. Das dritte Ergebniß dieser Sitzung ist, daß, wie aus Fröbels Erzählung hervorgeht, Blum an seinem Tode selbst schuld war, indem er sich nicht nur rühmte, an der Spitze einer Gilleschaaren gegen die Universitäten gezogen zu haben, sondern auch, daß er von seinem Arrestlokal aus, gegen Fröbels Willen, einen in sehr ungezogenen Ausdrücken abgefaßten Protest an Fürst Windischgrätz erließ, in Folge dessen er augenblicklich in ein Verhör gerufen und des andern Tages erschossen wurde. Auch Fröbel war zum Tode verurtheilt, wurde aber begnadigt, weil er ein von ihm verfaßtes und in Wien erschienenes Schriftstück verwies, worin er das unglückliche Oesterreich dem Deutschland vereinigt wissen will. Von dem Gerichte sei ihm dies ausdrücklich als für seine Vertheidigung von höchster Wichtigkeit bezeichnet worden. Es steht somit fest, daß Blums Tod in den Augen der österreichischen Gewalthaber eine blutige Antwort auf den Feuerbund sein soll, weitern, nach Gagerns Beschluß, eine Partei der Reichsversammlung durch ihr Annahme der §§. 2 und 3 in die Wiener Hofburg zu schleudern beabsichtigte. — Die Folgen sind nicht ausgeblieben, wie ich am Tage der Abstimmung über diese §§. voraussagte. Oesterreich ist — nicht für Deutschland, wie Navaux heute meinte — wohl aber für die Versammlung, wie sie jetzt in der reformirten Kirche zu Frankfurt sitzt, verloren. Das Verlangnißwerk geht seinen ruhigen Gang fort, das Prinzip des Bundesstaats siegte heute wieder über die Zentralisation und über den Partikularismus in der Form alter Straßen-Kanäle und Eisenbahnen.

Deutschland.

Die Stttg. O.-P.-A.-Ztg. meldet in ihrem amtlichen Theile: „Der Reichsverweser hat am 15. Nov. d. J. die Errichtung einer provisorischen Zentralbehörde, welcher bis zur definitiven Organisation die Leitung des deutschen Marinewesens zustehen wird, in der von dem Reichsministerrath beantragten Weise genehmigt. Die provisorische Zentralbehörde für die deutsche Marine wird aus einer Abtheilung für die Marineverwaltung im Reichsministerium des Handels und aus einer technischen Marinekommission bestehen. — Jener Abtheilung ist die Gründung der Marine, die eigentliche Verwaltung, das ganze Rechnungswesen zugewiesen; sie entscheidet nach Anhörung jener technischen Kommission über Ankauf von Schiffen, von Schiffsbau- und Ausrüstungsmaterialien, über die Abschließung von Verträgen, welche den Bau von Kriegsschiffen betreffen, und über die Anlegung von Kriegshäfen, Werften und Arsenalen; sie hat die Anstellung von Beamten und Kommissairen zu billigen oder abzulehnen, Sendungen und Beschäftigungen anzuordnen und die Gehalte, Belohnungen und Kosten, welche Sendungen verursacht werden, zu bestimmen. Die technische Marinekommission kommt es zu, Gutachten über alle technischen Fragen zu erstatten; Anträge an die Abtheilung für die Marineverwaltung in Beziehung auf die Anschaffung von Schiffen und Gegenständen zu deren Bau und Ausrüstung, so wie hinsichtlich vorzunehmender Geschäftsgangen und Sendungen zu stellen; die zu Gerichtern, welche technische Besähigung erfordern, tauglichen Personen vorzuschlagen; die deutschen Häfen zu untersuchen, kurvirenden sie zu Anlegung von Kriegshäfen, Werften und Arsenalen sich eignen; insbesondere endlich einen Plan für die definitive Einrichtung der deutschen Marine und die künftige Bestellung der Marinebehörden auszuarbeiten. Der Reichsminister des Handels ist mit der Errichtung der provisorischen Zentralbehörde für die deutsche Marine beauftragt worden, welche unter seiner Verantwortlichkeit thätig sein wird. Der Vorsitz in der technischen Marinekommission ist dem Prinzen Adalbert von Preußen übertragen."

Der Erzherzog-Reichsverweser hat in Folge der am 16. d. M. abgehaltenen Revue über die hier befindlichen Reichstruppen folgenden Tagesbefehl erlassen: „Soldaten! Mit freudiger Genugthuung habe ich heute in Euren Reihen jene kriegerische Haltung, welche Zeugniß gibt von Eurer gediegenen Ausbildung, und einen sehr befriedigenden Zustand Eurer Waffen und Ausrüstung gefunden. Höher aber schlug mein Herz, als ich in Eurem geschlossenen Heerhausen die Vertreter so vieler edler deutscher Volksstämme in der innigsten brüderlichen Eintracht zu Einem Ganzen verbunden und so zugleich das Bild deutscher Einheit und deutscher Kraft dem Vaterlande vor Augen geführt sah. Mit Stolz blicke ich auf meine volle Zufriedenheit und, seh darauf vertrauend, daß die Bande der Einigkeit, der Disciplin und des Gehorsams sich niemals unter Euch lockern, sondern Euch und hierdurch das deutsche Vaterland, in welchem Ihr zu Stützen der gesetzlichen Ordnung und der gesetzlichen Freiheit nach Innen und der ehrenvollen Unabhängigkeit nach Außen berufen seid, immer inniger zusammenknüpfen werden. Frankfurt a/M., 16. Nov. 1848. (gez.) Erzherzog Johann. Der Reichsminister des Krieges (gez.) v. Peucker."

Württemberg. — In der 28. Sitzung der Kammer der Abgeordneten am 16. Nov. entwickelte sich über den Stand der Dinge in Berlin eine längere Debatte. Der Abgeordnete Scherr hatte einen dahin bezüglichen Antrag früher schon einzubringen und bei der darüber beginnenden Diskussion zu begründen. Dieser Antrag ging dahin, die Erwiderung auf die Kommission Rettenmaier dagegen ist für allsobaldige Berathung. Frh. v. Hornstein glaubt, es sei nicht an der Zeit, daß man sich allzutief in diese Sache einlasse, indem man sich unmöglich habe gehörig vorbereiten können, und man sich über Dinge, die in einer Entfernung von ein paar hundert Stunden vorgefallen, nicht aussprechen könne, ohne darüber im Klaren zu sein. Scherr hält dafür, daß die Ereignisse Berlins, Wiens und Frankfurt die Sache ohnehin als erledigt zu betrachten. Man soll ihn Oel ins Feuer gießen, und er beantrage deßhalb, die Regierung blos zu bitten, bei der Zentralgewalt sich dahin zu verwenden, daß die preußische Regierung veranlaßt werde, den Beschlüssen der Nationalversammlung sich als Gesetzen zu unterwerfen. Zeller ist für die Dringlichkeit des Scherr'schen Antrags. Prälat v. Gerok hält das Gesetzliche und das Beschließen der Frankfurter-Versammlung. Prälat v. Mehring gegen die Dringlichkeit. Er bittet zu bedenken, daß man es mit einer Macht zu thun habe, an der sich mehr oder minder Deutschlands Zukunft knüpfe; man möge daher all das vermeiden, was Mißstimmung und Zwietracht erregen könnte. Sir Kammerer erklärte sich noch für sofortige Berathung, da er sprach nochmals die Ansicht aus, die Kammer solle durch ihre Beschlüsse ein neues Gewicht bei der Zentralgewalt in die Waagschale legen, denn man habe es allerdings mit einer Macht zu thun, nämlich mit der Reaktion! Schnitzer: das Wenigste, was man thun müsse, sei, daß die Kammer ihre Sympathien mit dem preußischen Volk und die preußische Nationalversammlung aussprechs. Das preußische Volk sei die Hoffnung Deutschlands, Preußen sei jetzt seine Freiheiten wahre. Dieses Volk werde durch einen Ausspruch der Kammer sich nicht verleiten lassen, allein wohl gerechtfertigt sei, was man gegen den König und die Kamarilla aussprechs. Staatsrath Römer: Im Interesse der Sache liege es, wenn alle gesegneten Gemüther Deutschlands mit möglichster Einstimmigkeit ihre Sympathien kund geben. Duvernoy: Es sei aber naturellig, daß in Berlin das Volk sich gegen die Abgeordneten, welche nicht in seinem Sinne stimmten, mit Strikes vergehen habe. Die deutsche Nationalversammlung gebe bei ihrer Betrachtung der Dinge in Berlin von den Prinzipien aus, daß sie schliche, die preußische Regierung sei verpflichtet und berechtigt gewesen, zum Schutz der Nationalversammlung das Mögliche vorzukehren und nach Erfordernig selbst ihren Sitz zu verlegen, ehenso daß der König in seinem Rechte gewesen, das Ministerium Brandenburg zu ernennen. Es sei übrigens vorteilig, sich gegen dieses Ministerium auszusprechen, ehe es nur irgend etwas gethan habe. Doch habe die deutsche Nationalversammlung ihre Beschlüsse gefaßt, weil in Berlin nicht Alles mit Klugheit geschehen sei. Der Vorwurf, daß die Regierung habe einen Schlag gegen die Nationalversammlung, mit Auflösung, führen wollen, weil die Nationalversammlung Eingriffe in ihre Rechte machte, sei unbegründet. Angenommen wäre eine mildere Form der Beschlüsse dieser Kammer, namentlich sollte nicht von einem Militärdespotismus die Rede sein, so lange noch kein Skopf gefallen. Uebrigens müsse er sich nicht in die Sache, so lange nicht die Interessen der Regierung zu Spiel kämen, sie sei für den Sieg der Freiheit. Kuhn: Wir sollen auf Zureden seinem Freunde, seinen Antrag gemildert. Kuhn stimmt für einen Protest gegen die Dinge in Berlin, warnt aber dafür, weiter gehen zu wollen, als die Versammlung in Frankfurt. Schweichart: es werde wenig zu bedeuten haben, wenn die Kammer etwas mehr links gehe, als die Versammlung in Frankfurt. Dort herrschen Parteilarmirerien, in dieser Kammer aber werde nur eine Ansicht vertreten, die Größe und Freiheit Deutschlands. Mack warnt vor der Aufregung, daß man in ihr denselben Athem die preußische Regierung aufforderte, sich den Beschlüssen der Frankfurter-Versammlung zu unterwerfen, und diese zugleich mit Adel überhäufte. In den Augen der württembergischen Kammer gebe es

keine rechte und keine linke, sondern nur Eine Nationalversammlung, der man sich zu unterwerfen habe. Vogel will den Scheerschen Antrag unverändert erhalten wissen. Rettenmaier verlangt, daß die Kammer der Reaktion den Kopf zertrete, bevor sonstige Kanonen an Württembergs Grenzen aufgepflanzt würden, was gewiß geschehe, wenn die preußische Regierung fegen würde. Notter, Bieg, Wirsland, Wenzel, Trotter sprechen für den Antrag, welcher mit 72 gegen 2 Stimmen angenommen wurde. — Zweiter Gegenstand der Tagesordnung war ein Antrag Seegers, eine Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt bezüglich der standeswidrigen Hinrichtung R Blums zu richten, in welcher mit nähreren Eingehen auf die der Hinrichtung vorangegangenen Umstände, sowie mit Hinweisung auf das Reichsgesetz vom 29 Sept. die Nationalversammlung in Frankfurt aufgefordert wird, Genugthuung für das verletzte Nationalgefühl zu verlangen, einmüthig und entschlossen zu handeln, Deutschlands Ehre, Deutschland selbst zu retten. Die Dringlichkeit dieses Antrages bevorworten Mack, Wenzel und Eschenlohr. v. Berlichingen. Ehe wird die Verlesung der Adresse an eine Kommission, ebenso

chen wird unser großem Beifall verlesen und auf Antrag von Parrisius diesen Verrätern ein gleicher Dank, wie denen der beiden Mecklenburg votirt. Man wurde der Kommissionsbericht verlesen. Nach demselben ist die Competenz der Versammlung über die Frage der Steuerverweigerung zu bejahen bejaht. Das Recht der Steuerverweigerung für das laufende Jahr zu beschliessen, wird ebenfalls aus formellen und inneren Gründen verschiedentlich (in ersterer Beziehung wird namentlich auf eine Erklärung Bonin's, in letzterer auf das Benehmen des jetzigen Ministeriums hingewiesen). Den Zweifel, ob auch höhern politischen Rücksichten der Beschluß auch zweckmäßig erscheinen könne, hat die Kommission nicht theilen können, und der Berichterstatter hat besonders darauf hin, wie ein Ministerium, des Hochverraths angeklagt, nicht vom Platze welche, sondern den Bürgerkrieg provozire und dazu die Steuern verwende; einer solchen Anarchie müsse gesetzlich entgegengetreten werden. — Aus diesen Gründen wird der Kommissionsantrag der unveränderten Annahme von der Kommission empfohlen. Der Berichterstatter v. Kirchmann theilt diesen Gesichtspunkt vorläufig mit. Es habe nach seiner Ansicht die der Kommission sich zweifelnd geäußert, er müsse daher die Konsequenz seiner Ansicht rechtfertigen. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit habe es damals die Provokation der Anarchie beschränken; die Maßregeln der Regierung seien aber in den letzten Tagen zu solchem Maß von Gewalt, von Rücksichtslosigkeit und Eile geschritten, daß er jene Ansicht nicht mehr habe, sondern die Zweckmäßigkeit anerkenne, auch wenn die Anarchie mit dem Beschluß in das Land geschleudert würde. (Bravo!) Die Macht, über er fort, ist nämlich vergrößert worden gegen uns; man hat mehr denn 40,000 Mann in und um Berlin seit den letzten Tagen zusammengezogen — Kanonen aufgefahren. Als in jener Verordnung Wrangels, die jeden vor ein Kriegsgericht stelle, der den Anordnungen seiner Leute nicht Folge leiste. Auf Grund des in derselben schwankenden Begriffs ist jedes Mitglied der Versammlung der Gefahr ausgesetzt, vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Eine andere Ungerechtigkeit ist die Gefangennahme des Kollegen Schramm (Striegau). Das Kriegsgericht habe mit Unrecht sich angemaßt, in seiner Verhaftung. Eine dritte Ungerechtigkeit ist die Wegnahme der Waffen. Es müßten, nur einen Umstandes dabei zu erwähnen, die Haustühren des Nachts um 3 Uhr geöffnet werden, um Soldaten hier aufstellen zu können. Neben der Ungerechtigkeit ist aber auch die List angewendet worden. So hat man schindbar den König von dem Volke völlig abgeschnitten; auch dem Glauben, weil dem konstitutionellen Ministerium die Gelegenheit anzuwenden sei, wird nämlich seine Deputation ergriffen, während das Ministerium absichtlich in Berlin verweilt. — Ja die Deputation der diesigen Stadtverordneten wurde deshalb nicht zum Könige zugelassen, um, wie das Ministerium sich äußerte, das Herz des Königs nicht zu rühren (*) Ferner gehört hieher die Verschärfung der Presse. So sind sämmtliche Redakteure zu Berlin unter Androhung der Verhaftung ihnen, sie sollten keinen Zensor haben, sondern sich selbst Zensor sein, unter der Bedingung, daß sie keinen Berichte über die Nationalversammlung aufnähmen, wohl aber gegen dieselbe und überhaupt nur für die Regierung schrieben. Noch andere Beispiele zählte der Berichterstatter auf, um augenfällig darzuthun, wie stets die öffentliche Stimmung zu verfälschen. Sogar die Vossische Zeitung, die gestern einen leitenden Artikel voll Wachheit über die Versammlung brachte, wurde zurückgehalten. — Endlich wurde die mit Trommelschlag, für den größten Theil des Publikums nicht vernehmbar verlesene, ungesetzliche Bekanntmachung Wrangels nicht in den Zeitungen bekannt gemacht (sic), ja damit nicht genug Schaum, sie man von dem Publikum habe haben müssen, zurückhalten konnte. Gleich schmählich wurden alle diese Proklamationen um Abend- und Nachtzeit bekannt gemacht. Aus allen diesen Gründen stimme ich jetzt für den Beschluß der Steuerverweigerung. Wenn durch dieselbe auch manche Beamte leiden, so ist das doch ein kleines Uebel gegen das andere, die dem Lande droht. Auch kann der Ausfall aus der Kasse diesen Beamten nachgezahlt werden, wie denn der Patriotismus der Bürger diesseben statt der Staatskasse später wieder decken wird. Die Steuer aber soll nach der Fassung des Antrags ja auch nicht völlig erlassen, sondern nur suspendirt werden bis zur Aufhebung dieses Zustandes. Der Antrag lehnt lautet: „Die hohe Versammlung wolle beschließen, daß kein Ministerium berechtigt sei, Steuern zu erheben, bis die Nationalversammlung den Beschluß wieder aufgehoben. Zu diesem Antrag ist ein Amendement gestellt von Schulz (Delitzsch), Phillips und Stobnbauer: „Die hohe Versammlung wolle beschließen, daß das Staatsministerium nicht berechtigt sei, über Staatsgelder zu verfügen und Steuern zu erheben, so lange die Nationalversammlung nicht ihre Sitzungen wieder fortsetzen könne. — Dazu ein Sous-Amendement von Zachariä, daß sich der Antrag nur auf die direkten Steuern beziehen solle. — Fischer: Ich bin gegen den Kommissionsantrag, weil er eine furchtbare Maßregel will, die zur vollständigen Anarchie führt: es handelt sich um Krone oder Republik (Oh! Oh! Schluß!) Man bemerkt mehrseitige Bewegung im Saal, besonders auf den Tribünen: es heißt, das Militär sei bereits im Hause, um die Versammlung zu vertreiben. — Jacoby und Temme schließen sich dem Antrag von Schulz an, der zahlreich unterstützt wird; v. Kirchmann zieht den Kommissionsantrag zurück.

*) Der Staatsanzeiger hat sie allerdings veröffentlicht.

In diesem Augenblick tritt ein Major (Herwarth) mit 2 Lieutenants in den Saal. Der erstere nähert sich dem Präsidenten, die letzteren bleiben in einiger Entfernung; den Eingang des Saales besetzen 10—12 Soldaten. Der Major zum Präsidenten: Ich habe Befehl, die Versammlung aufzulösen. — Präs. (entschieden): Ich frage, ob der Herr Major einen schriftlichen Auftrag hat, in einem Privatbaude diese Versammlung zu unterbrechen. — Maj.: Ich habe eine solche nicht, sondern bin von dem General Wrangel mündlich beauftragt. — Präs.: Dann muß ich bitten, eine schriftliche Ordre zu bringen, weil wir uns auf dem gesetzlichen Boden befinden, und Niemand das Recht hat, uns zu unterbrechen. — Maj.: Ich spreche mich auf die mündliche Ordre. — Präs.: Sie fragen, wie diese Ordre lautet? — Major wiederholt sie. — Präs.: So habe ich dafür, daß wir die Versammlung schließen. — Die ganze Versammlung erhebt sich unter furchtbarem Sturm mit gehobenen Rechten. Nein! Nein! Fortfahren! (Drohend gegen das Militär) Sie haben kein Recht! Das Publikum verläßt zum Theil die Logen. — Präs.: Wie fahren fort! Ich wiederhole meine Frage, Herr Major, Versammlung nicht trennen. — Maj.: Ich bitte zu berücksichtigen, daß ich in Erfüllung meiner Dienstpflicht mich befinde. — Präs.: Ich handle im Namen des Gesetzes, im Namen der Nation. Mehrere Abgeordnete lassen drohende Worte vernehmen. Neuer furchtbarer Lärm. — Waldeck in höchster Ertase bonnert: Kein Saltat darf die Gesetze verletzen! — Präs.: Ich frage den Herrn Major, ob er gesonnen ist, mit Gewalt die Versammlung auseinander zu treiben? — Maj.: Ich rechne mit Zuversicht darauf, daß die Versammlung es nicht darauf wird ankommen lassen, sonst muß ich die Frage mit Ja beantworten. — Präs.: Unter diesen Umständen muß ich erklären, daß die Versammlung abermals durch Waffengewalt gewaltsig wird, und ich die Versammlung zu unterbrechen. Die ganze Versammlung und theilweise mit geballter Faust gegen die Offiziere anrennend: Nein! Nein! Nein! Es entstand nun das schrecklichste Durcheinander. Man sah nur geballte Fäuste, man hörte nur furchtbar gellendes Geschrei. Kaum vermögen die dröhnenden Hammerschläge des Präsidenten nur einige Ruhe herzustellen. Der Präsident und Rodbertus werfen einige freundliche Worte mit dem Major, worauf dieser mit seinen Soldaten sich entfernt. — Die Versammlung nahm ihre Plätze wieder ein. — Der Präs. (ernst und ruhig): Da zu ferneren Diskussion Niemand mehr das Wort begehrt, und der Kommissionsantrag zurückgezogen ist, so frage ich: Beschließt die Versammlung den Antrag von Schulz (Delitzsch), Phillips und Stobnbauen anzunehmen, nachdem ich denselben jetzt nochmals habe verlesen lassen? — Die ganze Versammlung erhebt sich, mit wenigen Ausnahmen, wie ein Mann. Präsident. Es ist demnach dieser Antrag angenommen und hat der Beschluß die volle Kraft, da während Fassung desselben das Militär nicht mehr im Saale war. — Donnerdrö, nicht enden wollendes Hurrah! füllt den Saal. Man umarmte man küßte sich unter einander und den Präsidenten. — Die Sitzung ward, nachdem noch Gravenhorst unter Murren gesprochen, — nicht für die Oeffentlichkeit — Stimmung kame, gegen 9 Uhr geschlossen, indem der Präsident erklärte, daß er die nächste Sitzung den Mitgliedern besonders anzeigen würde. Die Abgeordneten empfingen sich durch das draußen aufgestellte und seine Reihen öffnende Militär und wurden vom Volke mit einem Hoch! empfangen.

Berlin, 17. Nov. (Konstitutionelle Zeitung.) Die Gerüchte der Frankfurter Beschlüsse vom 14. d. Mts. hat hier nicht geringe Erregung hervorgerufen, und man hofft allgemein, daß in Folge derselben in Aussicht stehende Vermittlung der Zentralgewalt beiderseits von beiden Theilen werde angenommen werden, um endlich einen Ausweg aus diesen unseligen, die ganze Stellung des Landes gefährdenden Konflikte zu finden. — Leider können wir nicht die Hoffnung in so fern nicht theilen, als — sich nicht bewahrheitet — die äußerste und die sogenannte gemäßigte Linke, jetzt leider die einzigen Bestandtheile der zurückgebliebenen Versammlung, seit entschlossen sein sollen, die ihnen so unerwartet gebotene Möglichkeit einer Lösung zu verschmähen, und zu Maßregeln zu greifen, gegen welche die weigerung der Steuerverweigerung als eine gemäßigte erscheinen dürfte. Noch hoffen wir, daß die uns einlaufenden Berichte über die Pläne in gewissen Kreisen übertrieben sind; inzwischen verbreiten wir uns nicht, daß bei der geistigen Ueberreizung der meisten Abgeordneten, bei der künstlich auf den höchsten Gipfel geschraubten Exaltation, welche das ursprüngliche Maß der Veranlassung gänzlich in Vergessenheit geraten läßt, bei dem Bewußtsein, daß wir wirklich an einem geschichtlichen Wendepunkt stehen, und bei dem der menschlichen Schwäche so natürlichen Wunsche, durch Herbeiführung großer Ereignisse eine geschichtliche Rolle zu spielen, bei der verführerischen Gelegenheit einen Konvent zu bilden, und sich ⅓, Antheile an der bisher der Krone zugestandenen Souveränetät zu bemächtigen, um so eher die schlimmsten Versuche beschränken lassen, als bei einem großen Theile der zurückgebliebenen Abgeordneten keine materiellen Interessen vorliegen, die durch einen gewaltsamen Umschwung der Dinge verletzt werden könnten, ein anderer Theil aber selbst notorisch bei einer allgemeinen Revolution nicht allein nichts zu verlieren, sondern Alles zu gewinnen hätte. Möge daher das Land nicht zu weit nach einer Seite sich hinreißen lassen, möge es nicht blindlings folgen denjenigen seiner Vertreuens-Männer, die jetzt in einem politischen Rausche befangen sind, der sie buchstäblich unzurechnungsfähig macht! Möge es ein kräftiges Veto einlegen, wenn Verschlichteten, die seit einigen Tagen in jedem ihrer Schritte und Tritte ein Glück Weltgeschichte zu erblicken glaubten, und sich in naiver Selbstüberhebung offen aussprechen, den Staat in Brand stecken möchten, um an der Gluth — ihre eigene Suppe zu kochen! Möge man aber auch jenen der

anderu Seite die Augen öffnen; möge man dem Ausspruch der Frankfurter National-Versammlung die Beachtung angedeihen lassen, welche er verdient, und nicht fortfahren dem Lande ein Ministerium aufzudrängen, gegen welches die öffentliche Stimme so energisch sich erhebt, ein Ministerium, welches in 8 Tagen der Sache der konstitutionellen Monarchie tiefere Wunden geschlagen hat, als alle Bübereien der Demokraten in auch Jahren vermocht hätten! — Sie können ein Zweifel darüber nicht obwalten, was hier zu thun sei. Die Nachricht der Spenerschen Zeitung, die Abnahme der noch nicht verfallenen Coupons sei durch die Seebandlung bis zur Ausscheidung des Belagerungszustands stillet, beruht auf einer Verwechslung mit der Staatsschuldentilgungs-Kasse, deren Lokale dergestalt mit Truppen belegt sind, daß allerdings eine Unterbrechung in ihrer Thätigkeit eingetreten ist. Die Seehandlung, solchen mit starker Besatzung versehen, hat in ihrem Geschäftsgange keine Störung erfahren, und kann auch in Gemäßheit ihres Statuts, daß sie über erst am 15. Januar fälligen Prämienscheine gegen ein Disconto von 3½% per annum schon jetzt einlöst. — Die Nationalversammlung ist an den fernern Druck ihrer Verhandlungen verhindert worden: mehre Setzer und Drucker sollen deßhalb verhaftet sein. Der Bericht über die letzte Steuerverweigerungssitzung wird deßhalb in Frankfurt a/O. gedruckt.

Die verhaftete Nachricht, daß Magdeburg, die Stadt, welche mit an ersten und energischesten die Rechte der Nationalversammlung der Krone gegenüber zu wahren sich beeilte, die erste Stadt des Landes ist, welche durch ihre Stadtverordneten Protest gegen die Steuern zweigerung einlegt, hat hier in allen Kreisen die angenehmste Sensation erregt. Magdeburg wird insbesondere in Westphalen und am Niederrhein viele Nachahmer finden; überhaupt wird die Versammlung sehr bald Gelegenheit haben sich zu überzeugen, daß dieser äußerste Schritt gegen die Krone ihr dem größten Theil der Bewohner des Landes nahe steht. Man hofft heute Nachmittag die politische Ansprachung und Ausweisung der Fremden, welche über den Zweck ihres Hierseins sich nicht auszuweisen vermögen. — Vorgestern versuchte der demokratische Klub in einem Lokale der Frankfurter-Straße eine Sitzung abzuhalten. Bei der militärischen Auseinanderstellung veranlaßte die Widersetzlichkeit einzelner Mitglieder nicht unbedeutende Verletzungen. So erblickt einer einen lebensgefährlichen Stich ins Auge, einem andern wurden drei Finger abgehauen ꝛc. ꝛc. — Gestern hieß es allgemein, Potsdam und Stettin seien im Belagerungszustande, die Bestätigung aber ist ausgeblieben; gleichergestalt wird es sich wohl mit den Unruhen in Soldin verhalten, die bei Gelegenheit der Landwehrausbietung daselbst entstanden sein sollen.

Oesterreich. *Wien, 18. Nov. Die gestern mitgetheilte und allgemein verbreitete Nachricht über Dr Bechers beabsichtigte Bankrotteverfälschung wird von Seite der Untersuchungskommission amtlich widerlegt. — Gestern hatte sich das Gerücht der Hinrichtung des ehemaligen Nationalgardebefehlsmandanten Bruin verbreitet; es erwies sich aber später, daß es einen gewissen Borgini als Opfer betroffen hat. Es hatte sich durch Zeugenaussagen ergeben, daß er an einem öffentlichen Orte aufrührerische Reden gehalten und Drohungen gegen das Leben hoher Personen ausgestoßen habe. Die Strenge dieses Verfahrens hat eine sehr nie verfehlende Wirkung hervorgebracht. Für Messenhauser waren vielfache Wo-bitten eingetreten, da es sich herausgestellt hatte, daß er unter Willen so weit fortgerissen worden war. Auch soll Fürst Windischgrätz sich geneigt gezeigt haben, Gnade zu gewähren, hätte aber der entschiedenen Stimmung der Armee hierin nicht entgegen treten wollen. — Fernerberg hält man für entkommen, ebenso Dr. Taufenau und Dr. Schütte. — Da noch immer die Waffenablieferungen im großen Rückstande sind, so hat der Gemeinderath um den verwilligten Eintritt strengster Maßregeln dintanzuhalten, eine abermalige Zufstellung bis 19. d. M. erwirkt, wonach daß auf der Verfügung des Kriegsraths für die Artillerie bestimmten Waffen, Vorgestern bestimmte Dan Zellachich das Hofburgtheater und wurde daselbst mit Ehren- und Freudenbezeugungen empfangen. Auch wurde eine Stelle im Stücke — der Sehnsucht nach der guten alten Zeit Raum gebend — lebhaft beklatscht — Gestern Abend wurde Finanzminister Krauß auf allerhöchsten Befehl von hier nach Olmütz ab, und so steht man der endlichen Ernennung des neuen Ministeriums entgegen. — Gestern hat bisher die Empfehlung zum Wiedererscheinen seines Journales, der spätestens als politischer Horizont erschienen ist, noch nicht erhalten können; ebenso wenig der Exminister Schwarzer für die allgemeine österreichische Zeitung, wogegen wieder einige neue Blätter aufgetaucht sind. Man sagt, daß General Simonich die Ungarn geschlagen haben soll; doch wird es noch bezweifelt. — Die Kommunikationen auf den südlichen Bahnen sind wieder hergestellt und man benützt die Gelegenheit, um Brucker- und Bruckerbahn wieder von Wien aus. — Das sehr verbreitete Gerücht, der Erpolizeiminister Sedlnitzky befinde sich in Olmütz, beruht auf einer Namensverwechslung. — Das Institut der Polizei soll jedoch wieder unter seiner früheren Firma seine Geschäfte antreten und jedenfalls von dem Gemeinderath unabhängig sungiren. — Es wird immer mehr darnach getrachtet, die Arbeiter ihrer früheren Beschäftigung zuzuführen, und die militärischen und grossen Nachtheile der Industrie aufschlagende Verhinderung der Tagslohnes in die gebührenden Schranken zu weisen.

* Wien, 18. Nov. In Fonds wenig Aenderung; Eisenbahn-Aktien flau; Nordbahn um 1½% niedriger. Dreisen und Geld zu gesteigten Kourse und auch darüber willig bezahlt. Silber mehr angetragen. 5% Metall. 77¼, 4½ 65, 2½% 40¾, Bankaktien 1080, Loose von 1834 132, detto von 1839 90, Nordbahn 96½, Mailänder 67, Glogganitzer 92, Pesther 64, Pivoritzer 65½, Linz-Budweiser 169.

Frankreich.

* Paris, 17. Nov. Noch nie hat irgend eine politische Frage das Interesse der hiesigen Bevölkerung so sehr in Anspruch genommen, als die der Präsidentenwahl. Leute, die sonst sich nie um Politik kümmerten, sind jetzt auf das Heftigste von ihr ergriffen. Eine sehr große Menge der Legitimen, ja fast alle, geboren jedoch seiner bestimmten politischen Richtung, seinem Klubb, noch irgend einer Koterie an. Diese werden sich bis zum letzten Augenblicke der Abgabe ihrer Stimmen enthalten, in der Erwartung, daß, neben Cavaignac und Ludwig Napoleon ein anderer Kandidat auftauchen wird, denn sie haben zu keinem der Obengenannten das Vertrauen, daß durch ihre Präsidentschaft die öffentliche Ruhe und Wohlfahrt gesichert sein werde. Für General Cavaignac hat sich jedoch eine bedeutende Stimme erhoben, die des Herzogs von Orleans, der in einem Aufschreiben an die Urbischöfe und Bischöfe Frankreichs diese auffordert, die Kandidatur Cavaignacs zu unterstützen. Das Schreiben selbst lautet wie folgt: „Monseigneur! Es ist Ihnen vielleicht nicht unbekannt, welches das einmüthige Urtheil der Bischöfe und Geistlichen in der Nationalversammlung über die ernste Lage ist, in der sich die Kirche in Frankreich befindet. Nach der reiflichsten Ueberlegung haben sie sich dahin entschieden, daß die Ernennung des General Cavaignac zum Präsidenten der französischen Republik sowohl der Religion als auch für die Ruhe und für einen anhaltenden Zustand der Ordnung mehr Garantien biete, als die eines anderen Kandidaten. Wir glauben daher, daß der Klerus sich bei den nächsten Wahlen betheiligen und dieser all seinen gesetzlichen Einfluß aufbieten solle. — Heute Morgen hat auch Proudhons Journal, „le Peuple,“ ein Wahlmanifest veröffentlicht, in welchem Radpail als Kandidat aufgestellt wird.

Großbritannien.

* London, 15. Nov. Der Graf von Meath (Ludwig Whitipp) hat sich mit seiner ganzen Familie vom Schloß Clarewont nach Richmond begeben. — Berichte aus Irland, von Clonmel d. d. 12. Nov. melden, daß man jeden Tag eine Schilderhebung erwartete. Die Truppen sind deßhalb immer in Bereitschaft. Eine Konkubrespatrouille zerstreute in der Nähe von Carrick einen Haufen von 400 Mann.

Nachschrift.

** München, 21. Nov. Se. Maj. der König haben unterm 20 Nov. den bisherigen Verweser der Stelle eines Präsidenten bei der Regierung von Oberbayern Theodor v. Zwehl zum Präsidenten dieser Kreisregierung, und die durch dessen Beförderung erledigte Stelle eines Ministerialrathes beim hiesigen Oberberg- und Salinen- (Fiskal) Rath Dr. Gottfried Feder zu verleihen geruht.

Frankfurt, 19. Nov. An die Stelle des Abgeordneten Raveaux, der es mit seiner Ehre, seiner Pflicht und seinem Gewissen unvereinbar hielt, dem Reichsministerium ferner zu dienen, ist der Abg. Biedermann aus Leipzig zum Gesandten der Zentralgewalt in der Schweiz, ernannt worden.

(Schluß.)

Berlin, 18. Nov. General Wrangel hat den Waarenverkehr mit einzige Ausnahme von Waffen und Munition wieder vollkommen freigegeben.

Die Neue Preußische Zeitung berichtet aus Brandenburg vom 15. Nov.: Die Bauern im Havellande sind in der von hier südlichen Gegend beschäftigt, sich in großer Aufregung, seit sich das Gerücht unter ihnen verbreitet hat, der Adel sei durch Unruhen in Potsdam bedroht. Haufen von Bewaffneten, mit Picken, Sibeln, Büchsen, manche mehrere Hundert stark, setzten sich gestern unter Vortragung preußischer Fahnen, mit schwarz-weißen Binden am Arm, in der Richtung der Eisenbahn, nach Groß-Kreut, Werder, Potsdam in Bewegung, erbieten indeß, wie wir hören, schon gestern und in dieser Nacht noch Boten von Potsdam nach Berlin entsendet, um weitere Anerkennung ihrer treuen Gesinnung zur Heiakeit aufgefordert wurden, weil jetzt weder die Sicherheit des Königs, noch die Ruhe von Potsdam irgendwie gefährdet sei.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Berlin, 17. Nov. 3proz. 41.10. 3proz. 64.90. **Schatzsch.** —. **Bankaktien** 1330.—. **Staatsobligationen** 1110. **Pr. Kurant** 813.—. **Ausländische Fonds.** Kurs. von Rigaer —. Stieg. Imperl. von 1810 76¼, von 1842 76¼. 4½proz. —. 3proz. —. 2½proz. —. Stieg. Bank 610. **Neuer.** 3proz. —. Röm. 3proz. 63. Span. 3proz. 23¼. **Aktive** —. **Passive** —. Plem. 850 Pfandl. —. St. Germain —. —. **Versailles** (rechte) 102.50. (Linke) 95.—. **Orleans** 567.50. **Rouen** 350.—. **Paris** —. **Marseille** 155.—. **Basel** —. **Wechsel.** Wien 215 —. **Augsburg** —. —. **Bremen** 361.25. **Nordbahn** 336.25. **Amsterdam** —. —. **Lyon** —. —. **Straßburg** 326.25. **Nantes** 308.75. **Dieppe** —. —. **Genua** —. —. **Montpellier** —. —. **Le Locle** —. —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung.“

Dienstag, den 21. November 1848.

Neueste aus Berlin vom 16. u. 17. Nov.

Berlin, 16. November. Die folgende Erklärung bei den einzelnen Persönlichkeiten der zurückgebliebenen Abgeordneten zur Nationalversammlung von welcher wir schon seit mehreren Tagen das Aergste befürchteten, hat bisselbe gestern leider zu einem Skandal geführt, der für das Land von unberechenbaren Folgen sein, und jedenfalls die Ordnung und Feststellung unserer, nun schon seit 8 Monaten so tief erschütterten, Zustände noch ferner, und auf unbestimmte Zeit hinausschieben wird. Die Abgeordneten haben gestern in Mielenz'schen Lokale die Steuerverweigerung beschlossen, und damit das Letzte der ihnen zu Gebote stehenden konstitutionellen Mittel gegen das Ministerium Brandenburg angewandt! — Unmöglich können wir die ungestümme Hast billigen, mit der man, ohne Noth, in wenig Tagen die ganze konstitutionelle Institutionen erschöpft hat, und jetzt nur noch an die Waffengewalt und offene Widerseßlichkeit appellieren könnte, wenn man überhaupt noch weiter gehen will. Die zurückgebliebenen Abgeordneten haben gestern, (wir dürfen nicht sagen leiten Blutes und mit ruhiger Ueberlegung) das letzte Stadium der Lösung im Staatsorganismus betreten, und damit eine Verantwortlichkeit auf ihr Haupt geladen, vor welcher sie sicherlich in weniger gereizter Stimmung mit Schaudern zurückgebebt wären. Mit dem gestrigen Beschlusse haben sie die ohnehin gelockerten Bande vollends gelöst, und das Land in eine Verwirrung gestürzt, an der zum Theil gar kein Ende abzusehen ist; — sie haben sich nicht einmal Zeit gegönnt, die so mächtigen, durch die Umstände, wie durch unser Vaterlandsliebe gebotene Appellation an die Centralgewalt zu versuchen; — sie haben den Rubikon übergangen, welcher allein besagt war in dem traurigen Konflikte ein gültiges Urtheil zu sprechen, und dessen Kompetenz sie selbst in andern Fällen mehr als einmal feierlichst anerkannten; — sie haben die einzig möglichen Mittel zur friedlichen Lösung verschmäht; — sie haben gestern sich selbst Recht zu verschaffen, indem sie an die Volksmacht, und zuletzt gar an den Eigennutz appellirten, dessen Gewicht — wir können es nicht läugnen — jetzt schwer in die Wagschaale fallen kann! — Gebe Gott, daß das Volk mehr Besonnenheit zeigen möge, als sie, die sich durch ihre gestern Beschlüsse halten vorangetreten sollen! — Gebe Gott, daß das Land wenigstens leidenschaftslos alle Verantwortlichkeit nicht in seinem eigenen Fleisch und Blut rächte, nicht den Gau en Staatskörper verwickelt, eines einzigen unpopulären Ministeriums wegen, welches am Ende doch nur, als ein vorübergehender Ausdruck am Staatsorganismus, schon nach wenigen Tagen von selbst ablaufen mußte, wenn man nur mit der geringsten Besonnenheit zu warten wußte.

Berlin, 16. Nov. Der Staatsanwalt v. Seltz hat seinen Abschied genommen. Daßelbe soll der Polizei-Präsident v. Bardeleben gethan haben und durch Herrn v. Hinkeldey aus Merseburg ersetzt werden.

— Brennemann, wie bestimmt versichert wird, hat gegen einen Freund erklärt, er sei nur in der Kammer geblieben, um noch größeres Unglück, als bereits geschehen, zu verhüten. — Man äußert sich sehr verschieden über einen Artikel der „Freischärler“ als Furcht vor Rhabung geflüchtet sein. — Die Zeit ist reich an Konflikten. Der Abgeordnete Rodbertus ist gestern in einen so entschiedenen mit dem Abgeordneten Zachariä gerathen, daß die Redekunst nicht mehr ausreichte und gegenseitig zu schlagenden Argumenten zu kommen griffen wurde. — Ein hiesiger Bäckermeister, der vorgestern sein Gewehr freiwillig abliefern wollte, wurde so von Wolf mißhandelt, daß er sehr wahrscheinlich in Folge der erhaltenen Verletzungen sterben wird. Ein Nachbar, in dessen Haus er sich flüchten wollte, stieß ihn zurück und schloß die Thüre ab. — Die freudige Hoffnung, daß der Frankfurter Beschluß zu Gunsten (?) der hiesigen Verammlung eine friedliche allen Theilen genügende Lösung der gegenwärtigen Wirren herbeiführen werde, scheint sich, wie von der äußersten, noch von der eigentlichen Linken (Medebrow, Berg) getheilt zu werden welche Fraktionen, wie wir aus guter Quelle vernehmen, in ihrer Rückkehr mit dem Reichsminister Bassermann solche Ansichten haben laut werden lassen, daß nicht viel weniger als die Republik in Aussicht stehen würde, falls das Land die Auflösung eines Hrn. Kirchmann und Genossen zu feinigen machen sollte, was freilich abgewartet werden muß.

Hier ist folgender Aufruf erschienen: An das Land! Die Krone hat die Nationalversammlung bis zum 27. d. M. vertagt und nach Brandenburg einberufen aus Gründen, deren Gewicht in einer Reihe von Thatsachen seit dem Mai bis zum 31. Oktober der Nation zur Beurtheilung vorliegt.

Die Majorität der Nationalversammlung bestreitet die Befugniß zu jenem Schritte, glaubt die Volksfreiheiten gefährdet und sieht ihre Berathung fort. Von Seiten der Regierung sind dagegen außerordentliche Schritte geschehen, und ein ungeheurer Riß ist entstanden, welcher das Glück und die Ruhe der Nation zu verschlingen droht, sogar den Umsturz des theuren Vaterlandes herbeiführen kann. In dieser inhaltschweren Zeit fühlen wir, die wir und den weitesten Berathungen entzogen, das Bedürfniß und die Pflicht dem Lande gegenüber, die Beweggründe unseres Verhaltens offen darzulegen. — Auch wir sind unabhängige, freie Söhne des großen Vaterlandes; auch wir streben, dessen Freiheit und Wohlfahrt nach Kräften zu fördern, wenngleich in anderer Richtung und Weise. Jeder der Unsrigen haben die großen Schlachten der Freiheit geschlagen. Andere als den Bahnen der Wissenschaft, des Rechts, des Staatsdienstes und des freien Bürgerlebens bewegt, und trauen uns ein Urtheil zu über das, was noth thut. Wir buhlen nicht um die Gunst der Menge, sondern streben nach dem Beifall der Edlen im Volke. Diese Mäßigung ist die höchste Tugend in Zeiten großer politischer Stürme, und in diesem Sinne haben wir gehandelt, um das Vertrauen unserer Wähler zu rechtfertigen. Wer das Recht der Krone bestreiten wollte, der konnte sein Urtheil über die Frage der Competenz bis zum 27. vertagen, wo ihm die unbestrittene gesetzliche Erörterung zusteht. Wir würden die Ehre und das Recht für gewahrt erachtet haben, wenn die Majorität bei abweichender Ansicht protestirt und sich selbst vertagt hätte. Nicht durch aufregende Selbstlüste sehen wir das Wohl des Landes gefördert. Wir lehren der Ueberzeugung, daß die wahre Freiheit sich selbst und die wir rohe Gewalt ohne Blut besiegt, daß die große gestige Revolution ohne Rutschung gegen Gesetz und Ordnung am sichersten gelingt. Wer das Vaterland aufrichtig liebt, beehrt nicht an sich, und allen seinen Freunden empfehlen wir Ruhe und Treue zur Stunde der Gefahr. Entbrennt die Zwietracht trotz unserer heißesten Wünsche, so können wir sie sehen und fallen mit der constitutionellen Monarchie. Danach ist unser Thun zu beurtheilen. Gott erhalte den constitutionellen König und das theure Vaterland! Berlin, am 14. November 1848. Der gesammte Ausschuß der Rechten und des rechten Centrums der National-Versammlung: Hoekert. Baumstark. Oftermann. Walter. Mulle. Hesse.

Berlin, 17. Nov. (Staatsanzeiger.) Es ist in unsrer Zeitung eine Skizze übergegangen, daß ihre königliche großmüthige Gemahlin Lord Westmoreland und der Gesandte der französischen Republik, Herr Arago, bei Gelegenheit der Verlegung der Versammlung sich nach Potsdam begeben und dem König dies Verfahren widerrathen hätten. Wie sind ermächtigt, das Gerücht auf das bestimmteste als eine ganz leere Erfindung zu bezeichnen.

Der Staatsanzeiger vom 15. enthält folgende Allerhöchste Cabinets-Ordre:

Theils der aus den Provinzen eingegangenen Zustimmungs-Adressen zu den Verfahren der Regierung mit; desgleichen eine Erklärung des jetzigen Justizministers Rintelen, überschrieben: „Mein Eintritt in das Ministerium Brandenburg.“ Wir werden das Aktenstück nachtragen und bemerken für heute nur, daß derselbe sich dahin ausspricht, daß die noch jetzt in der preußischen Nationalversammlung tagenden 250 Männer sich vorerst durch das Gesetzes gestellt, sich gegen die Regierungsgewalt des Königs selbst aufzulehnt, offen mit der Königsgewalt gebrochen haben, daß es der Wegschaffung der Krone, des Königthums selber gelte; andererseits seine Ueberzeugung, daß der König heilig halten werde, was er zugesagt; das Ministerium aber werde durch Thaten zeigen, daß es die Freiheit ehrlich und aufrichtig will. Darum sei er in dasselbe eingetreten. Ferner enthält der Staatsanzeiger eine Erklärung des Hrn. Seltz, Chef-Präsidenten des Revisions- und Cassionshofes sur die Rheinprovinzen, welche die königlichen Verfügungen als völlig gesetzmäßig und in der königlichen Macht gegründet, die von einer Fraktion der Nationalversammlung dagegen erhobene Opposition sür „widerrechtlich und zu keinem Gesetze gegriffen“ erkennt.

Berlin, 17. November. (Spen. Ztg.) In der gestern Sitzung der Stadtverordneten erstattete der Stadtverordnete C. Dunker über den Erfolg der vorgestern an Se. k. H. den Prinzen von Preußen gesandten Deputation der Stadtverordneten Bericht, welcher durch die Herren Levald und Schäffer ergänzt wurde. Wir heben aus diesen Vorträgen das Wichtige hervor. Am 15. gegen 5 Uhr kam die Deputation in Potsdam an und ersuchte den Major Lanz, sie bei dem Prinzen von Preußen zu melden. Dies geschah und nachdem der Prinz bei dem König die Erlaubniß nachgesucht hatte, diese Deputation zu empfangen, wurde sie vorgelassen. Sie trete dem Prinzen die, an die Nationalversammlung gerichtete, eine Aufforderung mit der Krone beizubehalten Ehre von, welcher dieselbe durchlas und sehr genau auf die einzelnen Punkte einging. Er theilte der Deputation mit, daß er mit vielen Rechtsgelehrten gesprochen und von seinem einzigen gehört habe, daß die Nationalversammlung im Rechte sei. So sei eine Vermittlung zwischen Krone und Nationalversammlung nicht möglich. Professor Gumt versuchte alsdann Se. k. Hoheit vom juristischen Standpunkte das Recht der Nationalversammlung darzulegen, wobei er voraussetzte, daß er, als Mitglied des Ges. Ober-Tribunals, gewohnt sei, sich bestimmte Rechtsüberzeugungen zu bilden, und sie freimüthig auszusprechen. Die scharfe und gestrolle Deduction machte auf den Prinzen

sichtlichen Eindruck, doch nicht stark genug, daß er davon nicht überzeugt sei. Der Justizkommissär Lewald sprach darauf zum zweiten Male mit dem Prinzen über diese Angelegenheit, wobei er nunmehr den Rechtsstandpunkt aufgab und den Prinzen bat, als freier unabhängiger Privatmann diejenigen Mitglieder der Nationalversammlung zu empfangen, welche der König vom konstitutionellen Standpunkte aus nicht hören könne, und auf diese Weise eine Vermittelung zu bewirken. Der Prinz bemerkte, daß vielfache Unterhandlungen mit einem Ministerium angeknüpft worden seien, jedoch Hr. Grabow selbst, der bei St. Maj. dem Könige gewesen, es auerkannt habe wie nur auf die bezonnene Weise der Anarchie in Berlin ein Ende gemacht werden könne. Die Krone sei durch ihre Nachgiebigkeit am 19. März in diese schiefe Stellung gerathen und werde diesmal auf dem betretenen Wege weiter geh.n. Uebrigens versicherte der Prinz die Deputation sowohl während der, eine eine Stunde dauernden Unterredung, als bei dem Schreiben, daß durchaus keine der gewährten Freiheiten dem Volke genommen werden solle. Auch J. k. H. die Frau Prinzessin von Preußen und der Sohn des Prinzen unterhirten sich mit den Mitgliedern der Deputation. Hr. Lewald erklärte am Schlusse seines Berichts, die Deputation sei durch die selben männlichen Erklärungen des Prinzen von Preußen sehr befriedigt gewesen und werun er (Hr. L.) schon bekennen müsse, daß der Standpunkt des Prinzen, seinen Ansdrücken nach, auch der der absoluten Monarchie gewesen, gleichwohl das warme und freimüthige Aussprechen des Prinzen die Beruhigung gegeben habe, daß auch der Prinz seit entschlossen sei, an den versprochenen Verheißungen festzuhalten. — Die Stadt blieb gestern, wie die frühren Tage, ganz ruhig, auch wurde in einzelnen Stadtvierteln mit der Waffeneinforderung durch Militär-Picket fortgefahren. — Die Universität wird, nach dem gefaßten Beschluß, vorläufig nicht geschlossen werden.

⊙ Berlin, 17. Nov. Neues gibt es wenig zu berichten. Die Ruhe der Stadt ist noch keinen Augenblick gestört worden, so daß eine baldige Aufhebung des Belagerungszustandes in Aussicht stehen dürfte. Man spricht sein gestern viel von einem Ministerium Grabow oder Berkrath, ein Zeichen, daß die Krone einem gutlichen Einlenken nicht abgeneigt ist. Die Entwaffnung, welche ohne den geringsten Widerstand vor sich geht, gibt ein günstigeres Resultat, als man hoffte. Die Nationalversammlung hat gestern keine Sitzung gehaltrn; sie scheint mit dem äußersten Mittel der Steuerverweigerung ihr Aeserul erschöpft zu haben und den Eindruck abzuwarten, den dieseungehenerliche Maßregel im Lande hervorbringen wird. Hier in Berlin ist diese Gewaltmaßregel von allen die es mit dem Lande gut meinen mit der größten Indignation aufgenommen werden. Auch außerhalb Berlin thut sich diese Entrüstung kund. — Bereits hat Magdeburg einen Protest gegen die Steuerverweigerung eingelegt, und man ist überzeugt, daß in Westphalen und am Niederrhein gleiche Proteste erhoben werden. So viel kann man mit Sicherheit annehmen, daß sich die Nationalversammlung d. h. die hier noch anwesende Fraktion derselben durch diese äußerste Maßregel den größten Theil der Sympathien im Lande entzogen hat. — Bei der vorgestern stattgehabten Reichswahlerörterung des demokratischen Klubbs in der Frankfurter Straße sind wegen der dabei stattgefundenen Widersetzlichkeiten einige zum Theil bedeutende Verwundungen vorgefallen.

Berlin, 15. Nov. Die Parlamens. Lits. Corr. theilt den Anfang eines Schreibens des Reichsministers v. Schmerling an den preußischen Bevollmächtigten Camphausen mit (welches jedoch aus Frankfurt schon vom 8. Nov. ausgefertigt ist), um zu zeigen wie die Centralgewalt die Vorgänge in Preußen (wenigstens damals) beurtheilte. Es heißt dort: „Daß der Zustand in Berlin ein solcher ist wie er die sorgliche Aufmerksamkeit der Centralgewalt nicht blos auf sich ziehen kann, sondern auf sich ziehen muß, wenn anders diese nicht den Einfluß Berlins auf das übrige Deutschland und seine Wirksamkeit aller Art lassen wollte, wird leider von niemanden in Abrede gestellt. Alle die welche auf einen nöthigen Umfang aller Verhältnisse in Deutschland hinarbeiten, richten, nachdem in Frankfurt a. M. ihre Pläne gescheitert und sie auf Wien bereits die Flucht ergriffen, ihre Hoffnungen und Bestrebungen nun lediglich auf Berlin. Hier glauben sie den besten Boden für ihre Arbeit zu finden, hier versammeln sich die Mitglieder der äußersten Linken aus den verschiedenen deutschen Landesversammlungen, hier stellt sich der Congreß aller demokratischen Vereine unter dem Schutz des Volks und glaubt öffentlich erzählen zu dürfen an welchem Tage er bereit war das Zeichen zum gewaltsamen Aufruf zu geben. „Niemand alle eure Hoffnungen nach Berlin" schreibt Arnold Ruge in einem offenen Briefe vom 14. Okt. an seine Wähler: „Ihr wißt, fährt er fort, daß ihr hier eine Stimme habt die wo Gewicht fällt." In Berlin ist's, wo ganze Compagnien der Bürgerwehr in öffentlichen Aufzügen das Lob des Königs zurückweisen, wo man die bekannten Särge der Aufrührer öffentlich als die „Opfer der Reaction" gleich glorreichen Märtyrern zur Schau ausgestellt, wo die gesetzlich bewaffnete Bevölkerung der Stadt dem Trauerzuge dieser Empörer in großerer Anzahl folgt als den Särgen der in Vertheidigung des Gesetzes gefallenen Bürger; wo endlich auch in den letztern Tagen wieder, die Abgeordneten dem Austritt aus dem Berathungssaal am hellen Tag und auf offener Straße mit Vorzeigung von Todesdrohungen bedroht und sogar theilweise durch Bewaffnete der Thüren gefangen gehalten worden. Wo ein solcher Zustand, während dessen zugleich eine verführerische und gefährliche Einwirkung auf das Militär auf allen Kräften fortbetrieben wird, adauert, da wird wohl eine furchtbare Maßregel der Centralgewalt von Deutschland, das Verbrauchen eines Bollmachtträgers für möglich rasch eintretenden dringenden Fall nicht erst eine unerfahrliche Rechtfertigung verlangen, und bedürfte das Reichsministerium für seine Ansicht der Dinge in Berlin einer Bestätigung, so fande sie diese in den wiederholt aufgesprochenen bangen Befürchtungen patriotischer preußischer Bürger und Staatsmänner."

Stettin, 15. Nov. Die Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten von Stettin begaben sich vorgestern früh nach Potsdam, um, wo möglich, Zutritt zu St. Maj. dem König zu erhalten. Dieß gelang indeß nicht; durch den General v. Bonin wurde der Depution die Antwort: es schmerze Se. Maj. tief, daß aus die Stadt Stettin sich gegen ihn erkläre; er könne indeß von den betretenen Wege nicht abweichen, wolle übrigens alle Verheißungen erfüllen. Auf dringendes Bitten der im Vorzimmer anwesenden Stabsoffiziere machten die Deputirten einen zweiten, Gröer zu erwirken, doch mit keinem besseren Erfolge; der General von Bonin hatte diesmal die ihnen zu ertheilende Antwort aufgeschrieben, um sie ganz getreu wieder zu geben; sie wich in keinem Punkte von dem frühren ab. — Am 14 ist der Befehl ergangen, 10 Bataillone Landwehr einzuziehen. Die Waffen sollen nach Gorz geschafft, und die Landwehr dort eingekleidet werden. (Berl. Nachr.

„Magdeburg, 15. November. (Privatmittheil.) Gestern waren Mehrere von der Bürgerschaft, den Buchhändler Fabricius an der Spitze, zum Bürgermeister gekommen, um den Antrag zu stellen, einen Sicherheitsausschuß zu organisiren; bestehend aus 3 Personen der Bürgerversammlung, 3 aus dem Bdungsverein, 3 aus dem Handwerkerverein, 3 aus dem konstitutionellen Klub, 3 aus der Stadtverordneten-Versammlung und 3 vom Magistrat. Der Magistrat hat natürlich einstimmig erklärt, sie würden ihren Etd nicht brechen, und aus ihrer Stellung nur durch Gewalt gehen. Die Stadtverordneten haben dasselbe, bis auf 5 Mitglieder, unter denen Hr. G. Cooni und H. Fabricius, erklärt.

Aus Wien.

Nach einem Schreiben aus Wien vom 15. Nov. (in der Allg Ztg.) werden die Operationen ins Innere von Ungara diesen Herbst nicht mehr begonnen werden. Man wird sich darauf beschränken, das Land zu verwüsten und zu diesem Zweck die im Ober-Lavarn liegenden Städte mit Gewalt nehmen. Presburg wird man sich um jeden Preis bewachtigen, bei Widerstand wird es beschossen, was die alte Stadt, deren Häuser mit Schindeln gedeckt sind, nicht aushalten kann. Da eine ungarische Armee nicht im Wege steht, wird die kaiserliche bis zur Stadt ungehindert vorrücken können. Nach der Einnahme sollen die kaiserlichen Truppen die Winterquartiere beziehen und sich bis zum Frühjahr auf die Defensive beschränken. Durch Abschneidung aller Verbindungen hofft man Ungarn beruhigen zu können Ungarns, und eine Gegenrevolution zu Gunsten der kaiserlichen Sache zu erregen. Kossuth hat zur Repressalie alle Kornvorräthe aus den Grenzkomitaten ins Innere, nach Komorn, Ofen, Pesth bringen lassen, wodurch ein augenblickliches Steigen der Getreidepreise zu Wien veranlaßt wurde. Nach demselben Schreiben soll die Besatzung Wiens künftig aus 25:00 Mann bestehen, die Nationalgarde aber aus 8000, geübet aus allen, die wenigstens 20 fl. direkte Steuern zahlen. Sie soll nach Vollendung der allgemeinen Entwaffnung wieder gebildet werden. Nach einem Vergleich zwischen den Listen des Zeughauses und den bereits abgeliefrten Waffen stellt sich ein Defizit von 40000 Waffen aller Art heraus. Darum die Androhung des Stadtkommandanten General Fraak mit Standrechtlicher Behandlung eines jeden, der sich noch in seinem Besitze befindlichen Waffen nicht sofort binnen 24 Stunden ablieferi. Diese Frist war am 15. um 10 Uhr Morgens abgelaufen.

J. B. Bogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 126.

Neue Münchener Zeitung.

Pränumerationspreis: Vierteljährig 4 fl. Halbjährig 8 fl. Ganzjährig 16 fl.

Expedition: Pfarrgasse Nro. 1a. Einrückungsgebühr: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Mittwoch den 22. November 1848.

München, 22. November.

Se. Maj. der König haben unterm 17. Nov dem vormaligen Pattimonialrichter I. Klasse Franz Türr zum Heiligentreuz in Donauwörth die erledigte I. Assessorstelle bei dem Landgerichte Dieburgen zu verleihen, und dem bisherigen Landwehrmajor und Kommandanten des Landwehrbataillons Main Atrau Febrn. v. La Fabrique, k. Hauptmann z. l. suite, die nachgesuchte Entlassung aus dem Landwehrdienste unter wohlgefälliger Anerkennung seiner langjährigen und treugeleisteten Dienste zu gewähren geruht.

Durch allerhöchstes Reskript vom 19. Nov wurde der II. Landgerichtsassessor Gallus Todmeyer zu Übergünzburg wegen nachgewiesener Funktionsunfähigkeit auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt, und an seine Stelle der II. Landgerichtsassessor Maxim. Beck zu Sonthofen transferirt, dann die II. Landgerichtsassessorstelle zu Sonthofen dem Appellationsgerichts-Accessisten Ferdinand Schmid von Augsburg verliehen.

Die Freiheit der Meinung.

** München, 21. Nov. Es ist eine schöne Sache um die Freiheit der Meinung und um die Freiheit dieser Meinung offen und ungehemmt in Wort und Schrift Ausdruck geben zu können. Diese Freiheit ist so zu sagen die Mutter aller andern: denn in einem wahrhaft freien Staate kann man eher einer Parlaments als der Freiheit der Presse entbehren. Die freie Presse ohne ein Parlament ist dinreichend zum Schutze, zur Vertheidigung aller Rechte! Daß aber ein Parlament ohne freie Presse ein bloßes Schattenbild sein kann und trotz aller seitwerligen Receptivität innerhalb der vier Mauern, in denen es sich versammelt, nicht vermag, daß man sogar ungestraft sein Spiel mit demselben treiben kann, das hat uns die Vergangenheit unseres eigenen Vaterlandes gelehrt. Diese Wahrheit war von den Vorkämpfern für die Wahrung der konstitutionellen Rechte und Freiheiten unseres Vaterlandes seit Einführung der Verfassung 1818 erkannt, worüber sie für dieselben sie gestritten, und mit welcher Mühe und Opfer sie dieselbe errungen. Die Landständischen Verhandlungen Baierns seit 1819 geben davon Zeugniß. Auch in der Presse selbst traten von Zeit zu Zeit, je nachdem der auf ihr lastende Druck manchmal an Härte etwas nachließ, einzelne Männer hervor, die den Muth hatten, ein freies Wort zu sagen, freilich auf die Gefahr hin, manchen vorher schwer dafür büßen zu müssen. Wir könnten zur Geschichte der Art und Weise, in der man in den letzten Dreißiger Jahren und nachher die Zensur in Baiern übte, einen ganzen Schatz von Erfahrungen, den ein erbaulichsten Beiträgen liefern. Unverdiente Gefängnissen, Postverheimlichung, Versetzungen der Redakteure als Revolutionäre, Abschneidung aller Aussicht auf eine Zukunft im Vaterlande, endlich nothgedrungene Auflösung einer nur mehrere Jahre sich sicherenden Zufluchtsstätte in fremdem Lande, wir haben das Alles mit durchgemacht, erlebt und erlitten. Das war unser Schicksal unter dem früheren Systeme. Und doch hatten wir und stets nur auf streng monarchisch-konstitutionellem Boden bewegt, nie andere Grundsätze vertreten als jene, denen wir noch heute huldigen und immer huldigen werden. Wenn wir nicht selten vorher schon den Grundsatz gegen jeder Zensur gerufen hätten wir es sicher nach solchen Erfahrungen wohl werden müssen. Die Märztage des Jahres 1848 brachten endlich Erlösung von dem Uebel: die Zensur fiel mit dem ganzen Anhange, der sich daran knüpfte. Jetzt — glaubte man — war das Reich der Freiheit gekommen; die Fesseln des freien Gedankenausdrucks waren gebrochen, allen Meinungen stand das Feld offen, und aus ihrem friedlichen, durch keine äußere Gewalt mehr gehemmten Kampfe sollte die Wahrheit hervorgehen zum allgemeinen Besten des Vaterlandes. So schmeichelte man sich, so hofften auch wir, als die Neue Münchener Zeitung mit dem 1. Juli ins Leben trat. Wir hatten freilich einen Faktor in unserer Rechnung übersehen, und wir gestehen unsern Irrthum in dieser Beziehung ohne Rückhalt ein. Ja wir haben uns in unserer Erwartung getäuscht, wir mußten dieselbe die Erfahrung davon. Fast scheint es, als seien wir vom Regen in die Traufe gekommen. Vor den Märztagen lebte die Presse zu Gnaden der wechselnden Launen mehr oder weniger furchtsamer, oder sich schmeichelnder und biegender, oder von Wohldienerei geleiteter Zensoren; jetzt lebt sie zu Gnaden der Herren Tonsetzaten, die in ihrer Weise die Zensur üben, oder wenigstens sie zu üben sich anmaßen. Früher übten die Scheere und der Rothstift des Zensors ihr gewaltsames Nachrichtenabwesen an den Gedanken des seiner Macht preisgegebenen Blattes: jetzt bereiten die Herren Demokraten, sie, die stets das Wort Freiheit im Munde führen, Autodafé's den ihnen mißliebigen Blättern: es scheint, die Lorbeeren, die einst die Inquisition unter Philipp II. von Spanien errang, erregen ihren Neid und rauben ihnen die Nachtruhe. Wer nicht in ihr Horn stößt, gegen den wird das Anathem geschleudert. Wer nicht die Klinge durch die nemliche Brille sieht, sie nicht in demselben Lichte darstellt wie sie, der wird verdächtigt, verstritten, durch Drohungen eingeschüchtert, wenn er sich einschüchtern läßt, und wenn dies Alles nicht zureicht, schreit man sich auch nicht zu brutaler Gewaltthat seine Zuflucht zu nehmen, um die Organe der nichtradikalen Gegner zum Verstummen zu bringen. Ist die Zensur etwa darum jetzt besser, weil sie jetzt nur noch gewaltthätiger von den Demokraten geübt wird? Und so versteht dieselbe Partei, welche überstets sogleich Secter schreit, wenn irgendwo eine gewissenhafte Behörde den Muth hat, auf das Gesetz gestützt, gegen Aufgeberthen der maßlosesten Preßfrechheit einzuschreiten! Ihr habt dem früheren Systeme seine willkürliche Unverdrückung jeder freien, ihr nicht zusagenden Gedankenerzeugung, und zwar mit Recht zum Vorwurf gemacht: was soll man nun von euch denken, die ihr die Freiheit im Munde führt, sie aber nur als ein Monopol für euch gelten lassen, jenem Andersmeinenden aber sie abschneiden möchtet? Soll uns etwa dieses euer Verfahren einen Vorgeschmack geben von dem Systeme, das ihr befolgen würdet, wenn es euch je gelänge, die Gewalt in die Hände zu bekommen? Man sollte denken, euer eigenes Interesse müßte euch sagen, daß ihr durch ein Verfahren, wie das bisher von euch befolgte, euch unausbleiblich zuletzt um allen Kredit bringen müßt. Wer wird euch glauben, daß es euch ernstlich um die Freiheit zu thun sei, wenn ihr damit anfangt, eure politischen Gegner zu terrorisiren, eine moralische und materielle Tyrannei gegen sie üben zu wollen, eine Tyrannei, welche zu erregungen führen würde, die nicht ohne sie, die und weiter der Absolutismus unterlegen hatte? Wenn ihr wirklich die Freiheit wollt, so müßt ihr sie auch für alle wollen: wir wollen sie so für uns und für euch. Wir kennen nur eine Schranke der Freiheit, und diese Schranke muß gleichfalls für alle gelten: diese Schranke ist das Gesetz, das sind von den Vertretern des Volkes vollzogene und von der Krone sanktionirte Gesetze. Wer es übertritt, muß denselben verfolgen, sicher er auf welcher Seite er wolle. Wenn dem nicht so wäre, müßte die Freiheit nicht allein, sondern auch der Staat und die ganze Gesellschaft unvermeidlich in Trümmer gehen. Bekämpft unsere Meinungen, wenn ihr es könnt, mit Gründen, wir werden dadurch gegen euch thun; wir üben so beharrlich ein uns zustehendes Recht. Aber mit Verdächtigungen, Schmähungen, Drohungen und Gewaltthat euch gegen unsere Personen könnt ihr nur eure Sache schänden, ohne ihr zu nützen. Wenn die Presse nicht so viel Achtung vor sich selbst hat, um auf den Gebrauch von derzleichen Waffen zu verzichten, wie soll sie dann Achtung vor dem Publikum, Einfluß im Volke gewinnen?

** Es ist eine schon früher angewendete und in den jüngsten Tagen sich wiederholende Taktik unserer demokratischen Gegner, daß sie jedes Wort, jeden Artikel der „Neuen Münchener Zeitung" dem Ministerium in die Schuhe schieben, dadurche dasselbe verantwortlich machen möchten. Keinem unaufgangenen Leser unserer Blatter kann das Lächerliche solcher Unterstellung entgehen. Wir sind nicht gewohnt, auf die Worte irgend eines Meisters zu schwören; was wir schreiben, ist unsere Meinung und nur unsere Meinung. Trifft diese mit der des Ministeriums im Allgemeinen zusammen, so ist dies natürlich, da wir die politischen Grundsätze und Ansichten der jetzt das Ruder führenden Männer theilen. Wir sind der vollen Ueberzeugung, daß sie die feste Begründung unserer konstitutionellen Freiheiten wollen und daß auf denselben beruhende Wohl des Landes in jeder Weise zu fördern als ihre Aufgabe erkennen, daß sie ihre Stellung als konstitutionelle Minister dem Throne wie dem Volke gegenüber richtig erfassen, und derselben treu nach beiden Seiten hin nur stets auf Beseitigung der Wunden zwischen beiden hinwirken werden. Darum glauben wir auch, daß sie unsere Ansichten gerne lesen, indem wir vielleicht uns verstehen, so weit unsere schwachen Kräfte dazu hinreichen. Und dazu gehört in unserer Zeit, wo auch die edelsten Männer und Charaktere der Verunglimpfung nicht entgehen, sobald sie nur dem vornenvollen Geschäft der Regierung sich unterzogen haben, wo jeder Laffe sich berufen glaubt, ihnen den Text zu lesen und Lektionen zu geben, etwas mehr Muth als zur leichten Bekämpfung jeder Akte, zu hochtönenden Phrasen gegen jede Autorität eben weil sie Autorität ist. Wir haben den Muth unserer Ueberzeugung und nehmen und die Freiheit, sie auszusprechen, selbst auf die Gefahr hin, den Schreiern zu mißfallen. Vollends lächerlich muß es er-

schrienen, wenn man sogar das Ministerium für jede Aeußerung, für jede Ansicht irgend eines unserer ausmärtigen Korrespondenten verantwortlich machen will, und doch haben sich auch Blätter gefunden, die im Ernste solches unternehmen. Wir wollen nur ein Beispiel hier anführen, bei welchem man zugleich eine Unwahrheit gegen die Neue Münchener Zeitung vorzubringen sich nicht geniren hat. Wir meinen die Erdichtung Robert Blum's zu Wien kraft Inauthentischen Urtheils. Eine einfache Darlegung der Thatsachen wird einen Beweis von der Wahrheitsliebe und Aufrichtigkeit unserer Gegner abgeben. Wir hatten das Verhalten R. Blum's zu Frankfurt, seine Reise nach Wien, um dem dortigen Aufstande beizustehen, seine Atte und Schritte zu Wien stets offen und unumwunden genehmigt, wie jenen durch magnarisches Geld angestrichen Aufruf selbst. Wir haben die Ueberzeugung, daß wir darin die Ansicht der weitaus überwiegenden Mehrheit aller Deutschen, der zunächst betheiligten Oesterreicher insbesondere theilten. Wer sich die Mühe nehmen will, die angesehensten Blätter von ganz Deutschland nachzulesen, wird darin weit strengere Urtheile finden, als wir selbst und unsere Wiener Korrespondenzen sie ausgesprochen haben. Von dem Augenblicke an aber, wo Rob. Blum verhaftet war, beschränkten wir uns auf einfache Mittheilung der ihn betreffenden Thatsachen, wie sie und aus Wien berichtet wurden, und eben so verfuhren wir, als die Nachricht von dessen tragischem Schicksale uns zukam. Wir konnten und können und, so lange wir die Akten nicht kennen, kein Urtheil anmaßen über den Punkt, inwiefern man zu Wien berechtigt war oder nicht zu einem solchen Urtheil und selbst Vollstreckung. Diese Akten müssen sich, sobald der Friede es gestattet, zu jedem beliebigen Rechenschaft dafür zu verlangen, hat bereits eine Autorität übernommen, vor der wir uns alle beugen müssen. Das Resultat der von Frankfurt aus eingeleiteten Schritte wird ohne Zweifel volles Licht geben über den Sachverhalt. Vorläufig fehlt dieses Licht noch. Wir erachten daher jedes Urtheil noch für voreilig. Gerade in einem so wichtigen Falle, wo es sich um Leben und Tod eines Mitgliedes der deutschen Reichsversammlung handelt, wollen wir nicht allein unsere Stimme des Gefühls und der Leidenschaft Raum geben, durch sie unser Urtheil bestimmen lassen. Die Leidenschaft ist in der Regel ein schlechter Rathgeber. Niemand kann tiefer beklagen als wir, daß es zu Wien zu solchen Extremitäten gekommen ist. Aber wir verdammen auch Niemand, bevor wir überzeugt sind, daß wir es mit gutem Grunde thun können. Die weiteren Aufklärungen, welche zum Theil von einem Freunde und Kollegen Blum's zu Wien, von Julius Fröbel vor der Reichsversammlung zu Frankfurt bereits gegeben wurden, theils auch noch von Seite der nach Wien gesendeten Reichskommissäre zu erwarten stehen, werden den Maßstab für das zu fällende Urtheil an die Hand geben. Wir unserseits werden uns nicht anmaßen, dem Urtheil unserer Leser vorzugreifen: diese werden es sich nach Bekanntwerdung und unbefangener Erwägung aller Thatsachen schon selbst bilden. Wenn wir also überhaupt kein Urtheil über die Sache aufgedrungen haben, so fällt damit die Angabe unseres angeblichen Beifalls von selbst zusammen, und um so mehr noch der Versuch, das Ministerium mit in eine Sache zu ziehen, die von vornherein jeder thatsächlichen Begründung ermangelt.

Deutschland.

Preußen. — Folgendes ist die bereits in unserer gestrigen außerordentlichen Beilage auszugsweise erwähnte Erklärung, durch welche der jetzige preußische Justizminister seinen Eintritt in das Ministerium Brandenburg motivirt: „Mein Eintritt in das Ministerium Graf Brandenburg. Durch ihre Adresse vom 2. d. M. hat die Nationalversammlung des Königs Majestät gebeten, so ehrfurchtsvoll als dringend, den Grafen Brandenburg von seiner Mission, ein Kabinet zu bilden, zu entheben. In dieser Adresse und ihrer Uebrebringung habe ich Theil genommen — und dennoch bin ich jetzt ein Mitglied eben dieses Kabinets. Wie reimt sich das? Auf welcher Seite liegt hier die Inkonsequenz — die Abtrünnigkeit? Frei, offen, vor dem ganzen Lande will ich mich hier darüber aussprechen. Die 250 Männer, welche seit dem 9. November noch jetzt als die preußische Nationalversammlung berathen und Beschlüsse fassen, haben sich außerhalb des Gesetzes gestellt — durch offene Auflehnung, nicht sowohl gegen das Ministerium Brandenburg, als gegen das Gesetz selbst, gegen die Regierungsgewalt des Königs — diese letztere durchaus und entschieden als konstitutionell aufgefaßt. Und daher bin ich in das Kabinet eingetreten. Am 11. wurde ich dazu aufgefordert. Ich war noch sehr leidend von einer Krankheit, die mich auch verhindert hatte, in der Sitzung der Nationalversammlung vom 9. zu sein. Als ich die Nachricht erhielt von dem Beginnen der Versammlung nach Verkündigung der Verfassungsbotschaft, faßte ich mit dem tiefsten Schmerze zugleich, daß es sich fortan um etwas ganz Anderes handle, als um die Begründung des Kabinets Brandenburg — daß es vielmehr der Beschränkung der Krone, des Königthums selber gelte, nicht zwar nach der Absicht, wenigstens der großen Mehrheit der Deputirten, unter denen ich so viele höchst ehrenwerthe, theure Freunde habe, als durch die von ihnen leider nicht erkannten Folgen ihres Verfahrens. Ihre diese Einsicht, im Bunde mit meinem von Treue und Liebe für mein Vaterland, für den König und unser Fürstenhaus ewig schlagenden Herzen, brachte meine sonst entschiedene Abneigung zu einem Ministerposten zum Schweigen. Noch geschwächt an Kräften, wie ich war, willigte ich ein, an dem heißen Kampfe Theil zu nehmen, den die [illegible] durch ihren offen erklärten Bruch mit der Königsgewalt entzündet haben. In diesem Kampfe stehe ich entschlossen auf Seiten des Königs, der Regierung und stehe und kämpfe mit jedem Ministerium, welchen Namen es auch an seiner Spitze trage — nur danach fragend und trachtend, daß die von der Nation geforderten und ihr auch verbrieften Grundfreiheiten geordnet und ausgebildet werden — nach dem Prinzip der freien Selbstbestimmung der Person, der Familie, der Gemeinde, d. h. die Freiheit der Individuen und Vereine soll in allen Stücken durch politische, durch positive Gesetze nicht weiter eingeschränkt werden, als das Zusammenleben der Menschen, das Gemeinwohl es unabweislich gebietet, 2) nach dem Prinzip der Mitbeschließung der Nation bei der Gesetzgebung jener durch ihre Vertreter — gewählt von ihr selbst, mit der Wahlberechtigung, wie sie der Verfassungsentwurf den Kammern nach dem Prinzip naturvalversammlung bestimmt hat. Ich habe mich überzeugt, daß auch das Kabinet Brandenburg ganz etwas Anderes als so thöricht ist, zu wähnen, es sei etwas Anderes haltbare möglich. Vor allem aber bin ich auch von unserem Könige so gewiß, wie von mir selbst, daß er heilig halten wird, was er zugesagt — mit ehrlichem Sinn und unerschütterlich — und stimmehr, die Wahrhaftigkeit ist mehr bei ihm, als bei seinen Gegnern. Das Ministerium wird es auch durch Thaten zeigen, daß es die volle Freiheit in dem vorhin bezeichneten Sinne ehrlich und aufrichtig will, daß der Glaube an seine zurückschreibenden (reaktionären) Bestrebungen ein Wahn ist, ein Urtheil, gesprochen von der jetzt so leicht von jedem Winde bewegten Menge vor der Andrörung der Betheiligten — und darum vertrauen wir Gott und rechlichen, gesitt- und herzgesinnten Menschen verwerflich und schmählich, wie Verläumdung. Die Regierung hat keinen andern glühender Wunsch. Ich fühle mich stark, durch die Kraft meiner Ueberzeugung, durch den unerschütterlichen Glauben, daß der Sieg der gerechten Sache zufallen muß. Und er wird es. Berlin, den 15. November 1848. Rintelen.

Berlin, 17. Nov. (Staatsanzeiger.) Es konnte Allen denjenigen, welche mit Ernst und Wahrheit darum ist, daß die wahre Stimme des Volkes gehört werde, wohl nichts erwünschter sein, als daß der vorgestern von den Mitgliedern seine versammelten Deputirten gefaßte Beschluß der Steuerverweigerung. Traurig ist es, eine Anzahl Männer, unter denen sonst geachtete und ehrenwerthe Namen sich finden, in der Verblendung des Augenblickes zu so offenbar ungesetzlichen Schritten hingerissen zu sehen. Es wird sich nicht leicht Jemand finden, der nun unter den ausgetretenen solchen Umständen das Recht dieser Versammlung zu diesen Schritten anerkennen möchte, durch den, wenn er Erfolg haben könnte, der Staat selbst vernichtet werden müßte. Die Herren im Mittelsaal, im Konzertsaale und hätten sie selbst noch im Konzertsaale des Schauspielhauses gesessen — konnten unter keinen Umständen das Recht in Anspruch nehmen, irgend Jemand seiner Pflichten gegen den Staat zu entbinden. Es wird sich nun zeigen, daß dieses Pflichtgefühl auch im ganzen Lande lebendig ist. Wenn wir also eine Abstellung an das Land, deren Resultat nicht augenblicklich ausfallen kann. Betreffen, Vota des Vertrauens oder Mißtrauens, an die Deputirten oder an das Ministerium gerichtet, selbst neue Wahlen, die durch das ganze Land ausgeschrieben würden, könnten nicht so vollständig und durchgreifend die wahre Stimmung des Volkes zu Tage fördern, und bewiesen, wohin sich das Vertrauen und das Rechtsgefühl beziehen in der That und Wahrheit, so würden alle Zweifel an Inkonsequenz kommen dadurch gleichmäßig in den Fall, ihre Ueberzeugung durch die That bewähren zu müssen. Mit welcher vollkommenen Ruhe die Regierung dies Ergebniß erwarten kann, das haben gewiß selbst diejenigen gefühlt, welche für die Steuerverweigerung, als ein letztes, verzweifeltes Mittel, stimmten. Die Regierung kann ihnen sogar nur dankbar dafür sein. Der Kampf ist nun — wo möglich — ein noch offenerer geworden; die Souveränetätserklärung der Kammermajorität (wenn für diesen Beschluß noch eine Majorität vorhanden war, welches von vielen Seiten bezweifelt wird) ist damit thatsächlich besiegelt: und das preußische Volk wird sich nun zu erklären haben, ob es von den Deputirten der linken und des linken Zentrums, mit Herrn v. Unruh an der Spitze, oder von dem konstitutionellen Könige und den von ihm ernannten konstitutionellen Ministern regiert sein will. Denn eine Regierung muß doch sein, und es steht jetzt nur noch die Wahl offen zwischen den konstitutionellen Königthum und einer Regierungsform, welche wir mit keinem anderen Namen zu bezeichnen wüßten, als dem einer republikanischen. Wie diese Wahl ausfallen, darüber läßt die Achtung vor dem preußischen Volke keine Besorgnisse aufkommen. Die Gebrechung der Steuern ist im Interesse des Landes eine eben so bestimmte Pflicht für die Regierung und ihre Beamten, wie die Zahlung derselben es für die Staatsbürger ist. In einer durchgebildeten Verfassung kann es Fälle geben, wo eine solche Verweigerung eintreten kann; — aber in dem vorliegenden Falle kann jedenfalls die Art, wie dieser Beschluß einer Fraktion zu Stande gekommen, keinen Zweifel über seine vollkommene Rechtslosigkeit, ja über seinen entschieden aufrührerischen Charakter übrig lassen. Es ist ein Glück für das Land, daß sie Frage sich auf diese Weise so vollkommen unblutiger Entwicklung getrieben hat und in der Festigkeit der Regierung ohne Zweifel auch ihre unblutige Lösung finden wird. Es ist ein besonderes Glück für die Hauptstadt, welcher durch die rechtzeitige Entwicklung einer Macht, vor der die bestentlich nur kleine Partei, welche einen Konflikt wünschte, ein Gefühl ihrer Ohnmacht zurückkehrte. Nur der zeitigen Gestellung des Belagerungszustandes und den damit verbundenen Maßregeln hat die große Mehrheit der friedlichen Bürger Berlins es zu danken, daß die Widersetzlichkeit gegen die Anordnungen der Regierung sich auf passiven Widerstand beschränkt hat und dadurch der Stadt ein unermeßliches Unheil er-

spart ist. Ob es mit diesem passiven Widerstand Ernst ist, ob derselbe auf einem wirklichen Gefühle der Legalität beruht, wie nachdrücklich derselbe ist — das muß dieser Beschluß der Steuerverweigerung an den Tag bringen. Wer mit aufmerksamem Blick die Art beobachtet hat, wie bisher die Provinzen sich aufgewiegelt hören, wird über das Resultat keinen Augenblick im Zweifel sein.

Berlin, 18. Nov. (Spener. Ztg.) Der Magistrat hatte sich vorgestern an den General Wrangel wegen der zur Stadt kommenden Zufuhren gewandt, und darauf unter dem gestrigen Datum folgenden Bescheid erhalten: „Seinem Hochlöbl. Magistrat erwiedere ich ganz ergebenst auf dessen gefälligst Schreiben vom gestrigen Tage, daß der Warenverkehr mit einziger Ausnahme von Waffen und Munition jetzt völlig frei ist; nur am ersten Tage nach der Publikation des Belagerungszustands ist die Kommunikation mit Berlin nicht gestattet gewesen, weil ich damals noch nicht übersehen konnte, wie sich hier die Verhältnisse gestalten würden und ich auf Alles gefaßt sein mußte. Der Donnerschlag der Truppen in den Marken v. Wrangel." Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten fand unter so großem Andrange des Publikums statt, wie keine seit den Märztagen, und das lebhafte Interesse, welches dasselbe besonders an den ersten Verhandlungen nahm, zeigte sich hier und da durch so laute Ausbrüche, daß der Vorsitzende zu einer Rüge veranlaßt wurde. Zuerst wurde mitgetheilt, daß Zuhörern von Lebensmitteln von dem Militär aufgefahren worden seien, worauf der Magistrat deßhalb ein Schreiben an den General v. Wrangel gerichtet habe, auf welches jedoch noch keine Antwort erfolgt sei. Hierauf trug Hr. Prof. Gneist den Bericht der Deputation über eine Eingabe an das Staatsministerium wegen ertheilter Verletzung der Habeas-Corpus-Akte vom 21. Sept., vor. In das Haus des Stadtverordneten Kaufmann Herz, in der Leipzigerstraße, war in diesen Tagen, den Abends 5½ Uhr, ein Hauptmann und ein Lieutenant des Kaiser Franz Grenadierregiments mit einem Detachement Soldaten gedrungen, und hatten daselbe vom Keller bis zum Boden durchsucht, ohne einen schriftlichen Befehl vorzuweisen. In Folge dessen war ein Schreiben an den den General v. Möllendorf, der das Kommando dieses Stadttheils hat, abgegangen, welcher auf daßelbe schriftlich die Antwort gab, daß ihm auf einem Zettel, der jedoch spät verloren worden, die Nachricht zugegangen sei, daß in dem Keller jenes Hauses Waffen versteckt, und auf dem Boden eine für Pittiol eingerichtete Feuerspritze befindlich sei. Auch der Major v. Thümen hatte auf die eingegangene Beschwerde erwidert, daß nach einer Denunziation, und unter den jetzigen Verhältnissen, ein Haussuchung ihm als eine gerechtfertigte Maßregel erscheine. Die Versammlung beschloß nun auf den Antrag der Deputation, um die Bürgerschaft vor ähnlichem Verfahren, in Folge wahrscheinlich anonymer Denunziationen, zu schützen, den Staatsminister zu veranlassen, wegen der vorgekommenen Gewaltsverletzung eine Klage zu erheben, sowie ein Schreiben an das Staatsministerium zu richten, welches schon einmal, und auch den General v. Wrangel von den geschehenen Schritten zu unterrichten. Als Bemerkenswerth wird die Korrespondenz mit den Herren v. Möllendorf und v. Thümen beigelegt. Hierauf kommt ein Antrag des Stadtraths Dr. Wöniger zur Berhandlung, welcher in einem Schreiben an die Stadtverordnetenversammlung sich dahin ausspricht, daß, während diese Versammlung in der jetzigen Zeit eine wichtige Stellung einzunehmen habe, der Magistrat das Unmögliche versuche um sich parteilos zu verhalten, und auf diese Weise den noch wenigen Einfluß verlieren müsse. Er selbst bleibt mit energischen Vorschlägen in der Minorität und jetzt seien zwei seiner Kollegen, die seine politische Meinung theilten, sogar ausgeschieden. Gestern Abend sei nun, nach der Stadtverordnetenversammlung den Magistrat durch eine Erklärung veranlaßt, sich für ungültig zu erklären. Der Bürgermeister Naunen hat auf die Aufforderung des Stadtverordneten-Vorstehers, zu der heutigen Sitzung einen Kommissarius zu schicken, in einem Schreiben abkühnend geantwortet. Hr. Schäffer greift den politischen Charakter des Hr. Wöniger sehr heftig an, und nach einer unbedeutenden Debatte, ob über den Antrag Offenlicht oder in geheimer Sitzung berathen werden soll, wird die Angelegenheit einer Deputation überwiesen. — Allgemein ist die Nachricht verbreitet, daß Hr. v. Bektrath aus Frankfurt a. M. in Potsdam angekommen sei. — Die Deputation, welche am 13. d. Mts. bei den Prinzen von Preußen eine Audienz hatte, erklärt uns, daß der Bericht in der gestrigen Zeitung in Folgendem eine Unrichtigkeit enthalte. Der Prinz hat nämlich nicht gesagt, daß Hr. Grabow die Maßregeln des jetzigen Gouvernements billige, sondern nur ausgesprochen, daß auch Hr. Grabow die Beseitigung der anarchischen Zustände als Regierungspflicht erachte. — Die Einsperrung der Waffen ging auch gestern, bei fortdauernder Ruhe der Stadt, vor sich. In der Köpnickerstraße wurde das lokal des Arbeitervereins gleichfalls umstellt, aber nichts darin vorgefunden. — Dem Vernehmen nach haben es die Maschinenbauarbeiter zugesagt, ihre Waffen ruhig abzugeben, sobald ihnen dieß in der bisher üblichen Weise von dem Militär abverlangt würden. Bis jetzt hat das Militär bei dem Abholen der Waffen von der Bürgerwehr nur in einzelnen Fällen Widerseßlichkeit gefunden. — Die „National-Zeitung" ist vorgestern Abend aus einen, der Redaktion derselben durch das Polizeiministerium mitgetheilten Befehl des Generals Wrangel suspendirt worden. — Man sprach gestern wiederum von vorgenommenen Verhaftungen, und es soll auch der „herausgeber des „Publicisten", Aktuarius Thiele, davon betroffen worden sein. Arthur Müller, Redakteur der „ewigen Lampe", sollte in der Nacht vom 15. auf den 16. verhaftet werden, wurde aber nicht gefunden. — Ungeachtet des Belagerungszustandes war gestern auf dem Landwarht eine starke Getreidezufuhr. Die Getreidepreise waren nicht höher, als vor dem Belagerungszustande. — Die Umzingelung Berlins hat in den letzten Tagen wieder eine Truppenverstärkung von 9000 Mann erhalten.

J. V. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch. Graf Dunoiseten, aus Frankreich. **Gerisch**, Privatier, von Lowenau. **v. Nay**, Privatier, von Augsburg.

Gold. Hahn. Schneider, Fabrikbesitzer, von Dietfurt. **v. Pfistzer**, Appellationsgerichts Rath, von Landshut. **Gräfin v. Fraunsberg**, von Ling. **Cauchs**, Erdtmann, von London. **Chiesovanum**, Kratier, von Hall.

Blaue Traube. Fillinger, Kaufmann, von Rom. Gebrüder Forget, Großhändler, von Wien. Kupferwitter, Minifterialrath, von Karlsruhe.

Stachusgarten. Müller, Maler, von Biberach. Thoma, Stuttenbeer, von Landsberg. Mad. Kramer und Mad. Werner, von Augsburg.

Gestorbene in München.

Josepha Seig, ledigert. Tüchlers- und Seffeltabrikantens-Frau, 40 J. a. Anna Magd. Stadtmusikantenlehrer, 77 J. a. Mathias Bibrl, Kredit von Seelmeier, Bgs. Lauten, 45 J. a. Franziska Wirdard, bürgert. Bäckerstöcht. 52 J. a. Magdalena Eichinger, Schuhmachermeisters von Rietenau, 68 J. a. Katharina Schäffert, königl. Landgerichtsassessors-Witwe von Riedenburg, 56 J. a. Cos Mayer, bürgert. Gärtnerswitwe, 72 J. a.

Pfandauslösung und Versteigerung.

224. (3c) Donnerstag den 23. Nov. 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Oktober 1847 und zwar von:

Nro. 1 bis 9701.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des schon bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Dienstag den 28. November öffentliche Versteigerung.

München, den 31. Okt. 1848.

Königl. privileg. Pfand- und Leih-Anstalt I. der Stadt München.

F. Angrisli, Magistratsrath.

Hannes, Kassier. **v. Zeech**, Kontrolleur.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

249. (3a) Freitag den 15. Dezember 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat November 1847, und zwar von

Nro. 8761 bis 17485.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags versetzt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des schon bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Mittwoch den 20. Dezember 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 21. Nov. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

F. Angrisli, Mag.-Rath.

Schurk, Kassier. **Offenbrunner**, Kontrolleur.

248. (2a) Entbesuntergerichtet empfiehlt seine Erfindung auf klopzgraphische Steine und Marmorplatten alle möglichen Muster, Ornamente und sonstigen Verzierungen zu ergeugen. Die Platten lignen sich für Bodenbelegung, Wendelplatten, Offenöe und sonstige in den Bauten vorkommenden Verzierungen.

Diese so zweckmäßige Erfindung ist bereits in Paris und London mit großem Erfolg angewendet worden, und der Unterzeichnete hofft auch in Bayern dieselbe Anerkennung zu finden, da er von Sr. königl. Majestät ein Privilegium auf 15 Jahre darauf erhalten hat.

Die Ausführung derselben findet Statt in der lithographischen Anstaltsaal des Herrn Zach, Kapitalhaus Nro. 1. 1, woselbst Muster zur Einsicht aufgelegt sind und Bestellungen übernommen werden.

E. Simon, aus Straßburg.

Bekanntmachung.

203. (3b) Der auf Namen des Joseph Lanter ausgestellte Bankschein der königl. bayer. Bank zu Nürnberg vom 19. September 1834 Nro. 20,329 über 75 fl. Kapital zu 2½ Prozent verzinslich, ist zu Verlust gegangen.

Es wird daher der unbekannte Inhaber desselben aufgefordert, diesen Bankschein binnen 6 Monaten a dato gegenwärtiger Bekanntmachung vor dem unterfertigten Gerichte vorzuweisen, und seine Rechte hierauf geltend zu machen, widrigenfalls der Bankschein für kraftlos erklärt wird.

Aibling den 19. Okt. 1848.

Königl. Landgericht Aibling.

Der k. Landrichter:

Kleopf.

Gast.

Lebensversicherungen und Leibrenten der bayer. Hypotheken- und Wechselbank in München.

230. (28) Indem die unterzeichnete Administration diese beiden gemeinnützigen Anstalten in Erinnerung bringt und zur Betheiligung an denselben einladet, glaubt sie beifügen zu müssen, daß die Lebensversicherung im gegenwärtigen Augenblick mehr als je die Aufmerksamkeit eines jeden um das Wohl seiner Angehörigen besorgten Familienvaters verdient, da nicht nur die verheerende Seuche der Cholera in einem Theile von Deutschland wieder aufgetreten ist, sondern auch bei vorkommenden Unruhen das Leben des ordnungsliebenden Bürgers leicht bedroht werden kann. In diesen Fällen ist die Versicherung des Lebens das beste Mittel, den Hinterlassenen vor Noth und Elend zu bewahren, und man wird um so eher danach greifen dürfen, als die Bank sowohl für das durch die Cholera, wie das durch den Dienst in der Bürgerwehr oder den damit verbundenen Feldzeit verursachte Risiko des Todes keine Erhöhung der Prämie verlangt. Zum Beweis, wie wohlthätig bisher schon die bauer. Lebensversicherung in die bürgerlichen Verhältnisse eingegriffen hat, möge die Anführung dienen, daß durch sie, in der verhältnißmäßig kurzen Zeit ihres Bestehens bereits gegen fl. 240,000 an die Erben von verstorbenen Versicherten ausbezahlt worden sind.

Mit der Lebensversicherung verbunden ist auch eine Leibrentenversicherung, vermittelst welcher man durch Hingabe einer Summe Geldes die Verpflichtung einer andern Person eine lebenslängliche Rente sichern kann, und welche namentlich Solchen zur Benützung empfohlen zu werden verdient, denen Sparsamkeit nicht einerlei, um von dem bloßen Zinsenertrage kein leben zu können, oder welche der Sorge der eigenen Verwaltung entboben zu sein wünschen.

Die Leibrente bestimmt sich nach dem Alter des Meinigen zur Zeit der Anlegung, und bleibt die ganze Lebensdauer dadurch gleich. Sie beträgt bei einem 30jährigen fl. 5. 28 kr., einem 40jährigen fl. 6. 6 kr., einem 50jährigen fl. 7. 24 kr., einem 60jährigen fl. 9. 22 kr. auf einen Thalerzinsen fl. 11. 46 kr. von jedem Hundert der Versicherungssumme.

Die Grundbestimmungen für die Lebensversicherungen wie für die Leibrenten werden bei allen Banzagenten unentgeltlich abgegeben.

München den 2. November 1848.

Die Administration der bayer. Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Franz Xaver Riezler,
Director.

Erklärung.

246. Schon im September v. Js. hat in der Zeitschrift „Europa" Nro. 39 Seite 612 ein Münchener Correspondent dieses Blattes uns angeblich durch eine als Stadtcommissär zu Würzburg erlogene Erzeitung der Lola Montez aus den Händen der Menge als Grund meiner Beförderung zum Regierungsdirektor in Landshut angegeben sich erlaubt.

Obgleich viele Anzeige ganz falsch und unwahr ist, da der fragliche Vorfall im Polizeien zu Würzburg sich am 6. August v. Js. ereignete, während das, meine Beförderung zum Regierungsdirektor in Landshut aussprechende allerhöchste Signat, — was Seine Erzellenz der verehrliche Ministerpräsident und gegenwärtige Regierungspräsident Herr v. Zenetti, vermalen zu Frankfurt a. M., zu bestätigen zuverlässig keinen Anstand nehmen wird, — schon vom 2. August desselben Jahres datirt war; und da es sich überdieß bei jenem Vorfalle lediglich um eine Beschwichtigung der allerdings mit Grund aufgeregten Menschenmenge, mithin nur um eine nie als Stadtcommissär oder sonstige Polizeiverfügung handelte: — so habe ich dennoch damals geschwiegen, weil zu jener Zeit das Neden, wenigstens einem Staatsdiener, noch nicht gestattet war, weil ich in fraglicher Beziehung keinen directen Angriff auf meine Ehre erblickte, und weil ich die vielen Beweise von Achtung und Anerkennung, welche mir von allen Klassen der Bewohner der Stadt Würzburg bis zum letzten Augenblicke meines dortigen Aufenthaltes in einem Maße, wie vielleicht wiederholt noch nie einem öffentlichen Beamten, zu Theil wurden, als eine vollständige Genugthuung für jenen Verunglimpfungsversuch betrachten zu dürfen glaubte.

Da würde daher die, meine Person hinreichenden Artikel in Nro. 183 des „Volksboten", und in Nro. 26 des „Grabaus" in der Ermägung, daß die Schmähung von Seite dieser Blätter in den Augen aller gut und ruhig Gesinnter einer Lächerlichkeit gleichgeachtet wird, ebenfalls mit Stillschweigen übergehen, wenn nicht aus dem Zwecke, das Urtheil derselben die bestehe Ansicht hier hervorzuheben, meine Behörderung gerade dem Einfluße der Lola Montez nachzuweisen, dem Landshuter Publikum durch diese Bündlung jener Person zu verdächtigen.

Bei einer solchen Beschuldigung aber würde mein Schweigen meinen Angeschuldigungen und ich erklärte demnach, sofern nicht Widerruf erfolgt, die Verfasser jener Schandartikel und resp. die hierfür verantwortlichen Redakteurs der besagten beiden Blätter in solange für schamlose und ehrlose Verläumder, als sie ihre Aussagen Behauptungen nicht zu beweisen vermögen.

Sollten sie aber gleichwohl nachzuweisen oder auch nur glaubhaft zu bescheinigen im Stande sein, daß ich mit der Lola Montez, nachgerigte Geäfin Landsfeld, damals ein Wort gesprochen, mit derselben mündlich oder unmittelbar verkehrt oder sonst mich um ihre Gunst bemorben oder überhaupt im meinem ganzen Leben im Wege der Protektion um eine Anstellung oder Beförderung nachgesucht habe, so werde Seine Majestät den König unter Verschleifung auf alle Pensionsansprüche sofort um meine Entlassung bitten, da ich es mit meinem Begriffe von Ehrenhaftigkeit nicht zu vereinbaren vermöchte, eine Stelle noch länger zu bekleiden, welche ich, wie solche auf eine ehrenvolle Weise zu Theil geworden wäre.

In Betreff der mir vom „Volksboten" abgesprochenen richterlichen Gesinnung bemerke ich, daß ich zwar meiner provisorischen Stelle eine gleiche Bezeichnung mit mir zugekommen habe und in dessen Folge meine Töchter in der Konfession ihrer Mutter erziehen lasse, daß ich aber gleichwohl das beruhigende Bewußtsein in mir trage, ein aufrichtiger Katholik und keineswegs ein besserer Christ zu sein, als diejenigen, denen zur ihre Gottes kein Mittel zu schlecht ist, den guten Namen und den moralischen Werth eines Mannes zu untergraben, wo ihnen hiezu nicht die minderste gesetzliche Verantwortung geboten hat.

Was endlich das, den Artikel des „Grabaus" begleitende Urtheil über meine dienstliche Befähigung anlangt, so hat der Verfasser, welcher durch die wahrheitswidrige Angabe, daß ich Beamter der Würzburger Localbehörde gewesen, sich als einen offenbaren Pfuscher angehörte, — seine Böswilligkeit, und durch die Behauptung, daß meine gegenwärtige Stellung noch eine provisorische sei, im Dünkel auf die allerhöchste Bestätigung, für die Berufsleute bei vorgenommenen Staatsexamen vom 20. Juli 1848 Art. VI. und VII. (Regierungsblatt Nro. 42 S. 737) seine eigene Unwissenheit auf eine so überzeugende Weise dargethan, daß wohl niemand weniger als er als ein geeigneter und competenter Richter über die Qualifikation Anderer wird betrachtet werden können.

Dieses zur Wahrung meiner Ehre nicht aber, um als Landtags-Abgeordneter gewählt zu werden, nach welcher Ehre ich niemals gestrebt habe und auch, zumal unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen, nie streben werde.

Landshut den 18. November 1848.

Scherer,
königl. Regierungsdirektor.

Bekanntmachung.

244. Aus Auftrag der königl. Regierung von Oberbayern d. dto. 28 Sept. J. ist wird das dem königl. Staatsfiskar eigenthümlich zugehörige sogenannte Mautshäuschen mit 2 Baumgärtchen zu 0 Tagw. 19 Dez. zu Wallerfee am

Dienstag den 5. Dezember l. Js.,

im dortigen Polizeihause mittels öffentlicher Versteigerung zum Verkaufe gebracht.

Fraglches Mautshäuschen ist gemauert, zweistöckig, und enthält 4 heizbare Zimmer mit Kammer, Küche, Speiseeinlag, dann Holzlage, ganz in der Nähe des Post- und Wirths-Hauses gelegen. Dasselbe steht unmittelbar an den Wallersee an, und gewährt die schönste Aussicht auf denselben.

Mit nicht großen Kosten ließ sich dieses Häuschen zu einem angenehmen Aufenthalt für die bessere Jahreszeit für eine kleine Familie einrichten.

Der Verkauf mehrbesagten Häuschens und der zwei Gärtchen geschieht auf freies Eigenthum, und sind hievon lediglich

die Baumpflanzen mit — fl. 1 kr. 6 pf., und die Grundsteuer mit — fl. 1 kr. 7 pf. per Simplum dann die Kreisumlage hievon zum königl. Rentamte dahier, und die gesetzlich treffenden Gemeinde- und Distrikts-Umlagen zur einschlägigen Gemeinde Kopf zu entrichten.

Kaufsluftige werden eingeladen, der oben angekündigten Versteigerung beizuwohnen, wobei die nähern Kaufsbedingnisse bekannt gegeben werden — Die Einsicht des Objektes kann inzwischen gestattet werden, und ist sich hierwegen an Herrn Hofbauverwalter Wegmacher Lorenz Märkt zu Wallersee zu wenden.

Tölz den 16. Nov. 1848.

Königliches Rentamt Tölz.
Der königl. Rentbeamte:
Beer.

Bekanntmachung.

Versteigerung des Oberdauerungsgutes zu Gelting bei.

245. (3a) Das dem Karl und der Rosa Brodmann gehörige Oberlaut zu Gelting, wie es unten beschrieben ist, wird, da sich bei der erstmaligen Versteigerungstagfahrt ein Käufer nicht gemeldet hat, auf Antrag eines Theilnehmers zum zweitenmal der öffentlichen Versteigerung unterstellt, und Termin auf

Donnerstag den 21. December l. Js.,
Vormittags von 10 bis 12 Uhr

bestimmt. — Käufer werden mit dem Eröffnen zur Versteigerung in das schuldnerische Haus geladen, daß der Zuschlag nach den Bestimmungen des §. 63 der Hypothekengesetze vom 4. 99—102 der Gerichtsvermuns-Novelle erfolgt, und daß mag der Schätzungswerth erreicht werden oder nicht. Gerichtsunbekannte haben sich über Leumund und Vermögen auszuweisen.

Das Gut besteht nach Grundsteuer-Kataster und Hypothekenbuch-Extrakt:

1) aus dem zweistöckigen durchaus gemauerten Wohnhaus mit Stadel und Stall unter einem Leichschindrach, mit Hofraum und Gärten 67 Dez.;
2) dem separirten Hausgarten und Krautgarten, 96 Dez.;
3) aus 44 Tagw 37 Dez Aecker;
4) 44 Tagw 29 Dez Wiesen;
5) 10 Tagw — Dez (die Hälfte ung. die Hölfte Unterholz), zum Bemessium Gesetzhausen forstbaar;
6) 6 Tagw. 62 Dez. lubeigene Aecker;
7) 11 Tagw. 40 Dez. lubeigenes Holz (Schlagweise Aufhau);
8) 7 Tagw. 3 Dez. reinlet eigener Aecr;
9) 1 Tagw. 20 Dez lubeigene Wiese;
10) 10 Tagw. 1 Dez. reinlet eigene Aecr und Wiesen;
11) 1 Tagw. 58 Dez. reinlet eigene Wiese;
12) 1 Tagw. 64 Dez Wied- und Filzgrund;

am 5. April l. Js. gerichtlich auf 10,813 fl. eingewerthet.

Königl. Landgericht Wolfratshausen.
Martin.
Landrichter.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Die Parteien in der National-Versammlung.

Frankfurt, im Nov. Es ist vielleicht manchem Ihrer Leser erwünscht, einmal über den bisher bestehenden Klubbs und Parteien einen kurzen Ueberblick zu erhalten. Es kann dies zum Theil Dinge, die Jedermann hier weiß, ist jeder Korrespondent stillschweigend als allgemein bekannt voraussetzt, die aber eben darum selten ausdrücklich zu lesen sind. Auch haben sich die Verhältnisse seit dem 18. Sept. hierin wesentlich geändert; besonders sind die Namen der Klubbs wegen des Wechsels der Versammlungslokale so veränderlich, daß dem Fernerstehenden die Orientirung schwerer werden muß. Man zählt in der Nationalversammlung gegenwärtig 8 Klubbs, in welche sich alle Abgeordnete bis auf etwa 30 sogenannte Stegreifritter vertheilen. Wenn man auf der link'n Seite anfängt, so kommt 1) der Donnersberg mit 25—30 Mitgliedern (Simon von Trier, Bkz. Wesendunk, Schlosser, Zimmermann von Stuttgart ꝛc.) 2) Der deutsche Hof, gegen 50 Mitglieder (Gogt, Blum, Adolph von Deis ꝛc.) 3) Die Westendhall 40 Mitglieder (Simon von Breslau, Schaper, Venedey, Reh ꝛc.) So weit rechnet man die Linke, deren gemäßigte Fraktion die Westendhall sich nennt. 4) Der Württemberger Hof, ungefähr 36 Mitglieder (Zell, Mittermaier, Gistra, Wydenbrugk ꝛc.) Dieser Klubb bildet ein linkes Zentrum. 5) Der Augsburger Hof, vor Kurzem aus dem Württembergerer Hof ausgeschieden, 45 Mitglieder (Biedermann, Riesser, Mohl, Gfrörer, Wernher ꝛc.) 6) Der Landsberger 40—50 Mitglieder (Jordan von Marburg, Jordan von Berlin, Ebw. Wichmann ꝛc., faſt lauter Norddeutsche.) 7) Das Kasino, 120 Mitglieder (Beseler, Bassermann, Welcker, Dahlmann, Waitz, Beckerath ꝛc.) Diese drei Klubbs 5—7 bilden das eigentliche Zentrum, die entschiedene Majorität in allen Fragen. 8) Das Kasé Milani, die Rechte aus etwa 50 Mitgliedern bestehend (Binder, Radowitz, Schwerin, Detmold, Beckmann, Rodbertus, Mühlfeld ꝛc.) Außerdem die Wirtsamkeit der Nationalversammlung darin besteht, Ueberstürzung und Anarchie abzuwehren, erscheint diese Partei der Rechten eben als Alliirter und Anhängsel des Zentrums, und die Unterschiede können weniger herausstreten; sie bestehen hauptsächlich im Vereinbarungsprinzip. Eine traktionäre Partei, d. h. eine solche, die nicht ehrlich und aufrichtig die konstitutionelle Monarchie will und ihren Konsequenzen und den Verwandlungen der deutschen Staatenbunds in einen Bundesstaat ersteht, giebt es in der Nationalversammlung gar nicht, und die so häufig gehörte Behauptung, daß die äußerste Rechte eine in ihrer Art ebenso extreme Partei sei, als die äußerste Linke, so daß die Wahrheit von beiden Enden gleich weit entfernt wäre, ist vollkommen und nach allen Theilen unwahr. — Die abgetrennten Klubbs, deren Unterschiedenheiten im Obigen nicht angegeben sind, sind, wie gesagt, seit dem 18. Sept., der die Parteiabgrenzungen viel entschiedener gemacht hat, in 3 größere Gruppen, deren Charakter sich durch ihr Verhältniß zur Revolution bestimmt. Die eine will nämlich den Schluß der Revolution schließen, ihren Strom in ein gesetzliches, friedliches Bett hineinleiten, und die Errungenschaften des Frühlings in einer geordneten, dauerhaften Verfassung sicherstellen. Sie besteht aus den früheren Oppositionen aus der alten liberalen Partei und zählt fast alle Führer der politischen Freiheit in den letzten Jahrzehnten in ihren Reihen. Sie will die volle konstitutionelle Monarchie im Stamm- und Einzelstaat, ungetheilt nach dem Muster des belgischen Systems, sie will weder den Despotismus noch den Staatenbund, sondern die Einheit in allen Rothwendigen, im Uebrigen die Selbstständigkeit der Einzelstaaten. Die anarchischen Bestrebungen, durch welche die Revolution zu einem permanenten Zustand gemacht werden soll, bekämpft sie mit Kraft und Entschiedenheit. Diese Partei bildet zum Theil unseres Vaterlandes eine Kaste geistloser Menschen, die, unbekümmert um alle Verschiedenheiten und Entwicklungen des Volks- und großen Mehrheit des deutschen Volkes vertritt, das die aufgetragene Werk im Laufe dieses Winters, allen Hemmnissen und Angriffen zum Trotz, durchführen kann. Sie gebietet über nahezu zwei Drittheile aller Stimmen, hat ihren Schwerpunkt in den drei Fraktionen des Zentrums und übt durch das auf ihr gegründete Reichsministerium die vollziehende Gewalt in Deutschland aus. Ihr steht feindlich die Partei derjenigen gegenüber, die in den Errungenschaften des März nur einen ungenügenden Anfang der Freiheit sehen und eine Reihe von weiteren Revolutionen für nothwendig halten, um ihr Ideal von Freiheit, die demokratisch-soziale Föderativrepublik, herbeizuführen. In einer Mehrheit in der Nationalversammlung nach so vielen vergeblichen Versuchen vergewaltigt, sieht sie nun außerhalb derselben ihr Heil und kann nur von weiteren Erschütterungen der gesetzlichen Gewalten in den Einzelstaaten, besonders in Wien und Berlin, eine Verwirklichung ihrer Bestrebungen hoffen, wofwegen sie den Vertheidiger des 18. Septembers, den Wiener Aufstandes, der Berliner Exzesse, des sächsischen Partikularismus macht ꝛc. In Verfassungsfragen will sie eine republikanische Spitze und vollständige Zentralgewalt. Sie besteht aus den zwei Fraktionen der Linken und gebietet über nicht ganz 100 Stimmen. In der Mitte zwischen diesen beiden schroff geschiedenen Parteien steht nun eine dritte, welche in keiner der zwei genannten Richtungen entschieden ist, die Revolution weder fortsetzen noch schließen will, wenigstens weder in einem noch im anderen Sinne unzweideutige Schritte thut. Sie zankt zwar die Aufstände und Gewaltthätigkeiten, aber auch die Mittel, durch die ihnen allein begegnet werden kann; sie verabscheut den 18. September, den Straußschen Aufstand ꝛc., befürwortet aber das Ministerium in allen Maßregeln, die zur Erhaltung der Ordnung nothwendig sind; sie mißbilligt die Exzesse der Linken, stellt sich aber dem Zentrum viel schroffer und feindseliger entgegen; sie steht in dem Balken in des link'n Bruders Auge einen Splitter, in dem Splitter in des rechten Bruders Auge einen Balken. Sie hilft sich nicht an der Grenze der Revolution, ohne sie zu überschreiten und ohne sich von ihr zu entfernen. Es ist die deutsche Strauß, nur weit geringer an Zahl, Talent und Aussichten; es sind die Aristokraten der Linken, die idealen Republikaner, die das Alte bekämpfen und doch das Neue nicht herbeiführen, weil sie vor den Mitteln eine Scheu haben, durch die es allein herbeigeführt werden kann. Würde es dahin kommen, wohin es nicht kommen wird, daß wir auch in Deutschland den Jammerlich der polnischen Uebeltaten austreiben und die Trophäe von 1792 nachsiehen sollten, so wäre diese Gitronde die erste, die, von der „Fraktur schrift der Freiheit" gezeichnet, von dem Strom der Volksgewalt zur Seite geschleudert würde (Schw. M.)

Zur Frage der Wahlberechtigung in Bayern.

* Die in diesigen Tagblättern anlängt besprochene Frage über den Ausschluß der Hilfsbeamten von den Landtagswahlen scheint einer nähern Beleuchtung der einschlägigen Gesetzesbestimmungen um so mehr zu bedürfen, als hiebei mehrfach Behauptungen aufgestellt worden sind, die auf theilweise irrigen Voraussetzungen beruhend, geeignet sein dürften, Beunruhigung und Mißstimmung unter den Betheiligten hervorzurufen.

Das Gesetz über die Wahl der Landtagsabgeordneten vom 4. Juni l. J. unterscheidet in Abgeordneter der Wahlfähigkeit zwischen Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerrecht.

Um Urwähler oder Abgeordneter sein zu können, genügt nach Art. 5 u. 7 des Gesetzes der Besitz der blosen Staatsangehörigkeit, des Indigenats. Dagegen verlangt der Artikel 6 dieses Gesetzes von dem Wahlmanne ausdrücklich, daß der Staatsbürger im Sinne des Tit. IV. §. 3 der Verfassungsurkunde sei.

Diese Letztere fordert aber in eben diesem Tit. IV. §. 3 zur Ausübung des Staatsbürgerrechtes:

a) die gesetzliche Volljährigkeit:
b) die Anfässigkeit im Königreiche entweder durch den Besitz bestenerter Gründe, Renten oder Rechte, oder durch die Ausübung besteuerter Gewerbe, oder durch den Eintritt in ein öffentliches Amt.

Die Frage, wann durch den Eintritt in ein öffentliches Amt die Anfässigkeit erworben werde? kann aber unzweifelhaft nur nach dem Strebe über Wahlfähigmachung und Verbefähigung gelöst werden, welches bekanntlich im §. 4 die Bestimmung enthält:

„Auch der Eintritt in ein öffentliches Amt des Staates, der Kirche oder der Gemeinde mit definitiver Anstellung wird als Ziel der Anfässigmachung erklärt" ꝛc.

Daraus ist klar, daß nur jene Staats- und Gemeindebeamte, welche das Definitivum erreicht haben, und nur jene Geistlichen, welche durch den Besitz einer Pfründe (eines Beneficiums), einen definitiven Kirchendienst und dieburch die Anfässigkeit erlangt haben, als Wahlmänner gewählt werden können: es wäre denn, daß sie auf einen anderweiten gesetzlichen Titel hin anfässig geworden seien.

Dagegen können provisorisch angestellte Staats- und Gemeindebeamte ebensowohl als nicht definitiv angestellte Geistliche (Cooperatoren, Caplane ꝛc. unter den Voraussetzungen der Art. 5 u. 7 der Wahlgesetzes, unzweifelhaft nicht nur Urwähler sein, sondern auch zu Abgeordneten gewählt werden.

Deutschland.

Großh. Hessen. — Darmstadt, 18. Nov. Zuſtim nider Kilian hat folgendes Anschreiben an die hessischen Oberrichte erlassen:

„Indem wir Ihnen anliegend einen Erlaß des Reichsministeriums mittheilen, beauftragen wir Sie, dem darin gestellten Verlangen zu entsprechen, demgemäß hinsichtlich der zu Ihrer Kenntnis gelangenden verbrecherischen Anschreitungen der Presse, Vereine und Volksversammlungen Ihre richterliche Thätigkeit eintreten zu lassen. Wir versehen und zu Ihnen, daß Sie diesen wichtigen Gegenstand Ihre besondere Aufmerksamkeit und Thätigkeit widmen werden. Die Ihnen untergebenen Gerichte wollen Sie alsbald angemessen instruiren und von den eingeleitet werdenden Untersuchungen jedesmal berichtliche Anzeige machen. Gez. Kilian. v. Rabenau."

(Fr. D.-H.-P.-Z.)

Preußen. * Die konstitution. Korrespondenz theilt aus der Berlin, 15. Nov. den Bericht der Kommission der Abgeordneten zur preußischen Nat.-Versammlung über die Steuerverweigerung vorgetragen in der Sitzung vom 13. November 1848 vollständig mit, wie folgt: „Die hohe Nationalversammlung hat in ihrer Sitzung vom 11. Nov. beschlossen den Antrag, „daß das Ministerium Brandenburg weder zur Verweigerung von Staatsgelbern noch zur Erhebung der Steuern berechtigt ist," in die aus den untergeordneten Mitgliedern bestehende Kommission zur scheinungen Berichterstattung zu verweisen. Nachdem die Kommission in ihrer Majorität den Antrag abgelehnt, und darüber in der Sitzung vom 13. Nov. mündlich Bericht erstattet hatte, hat die hohe Ver

sammlung die Beschlußkunde bis dahin vertagt habe der schriftliche Bericht vorliege. Die Berichten haben die Antragsteller ihrem Antrag für jetzt modifizirt, und lautet danach derselbe, so wie über ihn gegenwärtig Bericht erstattet wird, dahin: daß kein Ministerium berechtigt sei, Steuern zu erheben, bis dieser Beschluß wieder von der Nationalversammlung aufgehoben ist. Die Kommission hat sich zuerst die Frage der Kompetenz der hohen Versammlung zu solchem Beschlusse vorgelegt und diese aus folgenden Gründen bejaht. In der Verordnung vom 8. April h. J. über einige Punkte der künftigen preußischen Verfassung heißt es § 6 wörtlich: „Den künftigen Vertretern des Volks soll feierlichst die Zustimmung zu allen Gesetzen, sowie zur Festsetzung des Staatshaushalts-Etats und das Steuerbewilligungsrecht zustehen.“ Unzweifelhaft ist hier unter den „künftigen Vertretern des Volks“ schon die gegenwärtige Nationalversammlung zu verstehen. Dies geht schon aus dem Wortlaute hervor; sondern dies ergibt sich auch aus der Erwägung der damaligen Minister, Gr. Schwerin, bei Berathung dieser Gesetzstelle, in der Sitzung des letzten vereinigten Landtags vom 4. April, wo derselbe zur Vertheidigung dieser Bestimmung wörtlich sagt: „Es kam darauf an, einige wesentliche Momente der konstitutionellen Verfassung bereits jetzt in das Bereich der Gesetzlichkeit zu bringen.“ Die Bestimmung des § 52 der Wahlgesetze vom 5. April d. J., welcher die gegenwärtige Nationalversammlung berufen ist, auch die seitherigen vereinigten Landtags war, daß der künftigen Volksvertretung noch andere als in dem §. 6 des angezogenen Gesetzes bezeichnete, nämlich die mit dem Steuerbewilligungsrecht in Verbindung stehenden Rechte der Kontrole u. f. w. zustehen müssten. — Insofern abgesehen von diesen legalen Bestimmungen, welche ausdrücklich der gegenwärtigen Nationalversammlung die Kompetenz der Steuerbewilligung zuweisen, geht die Macht und Gewalt dieser Stellung aus Lande und zur Krone hervor. Eine Nationalversammlung, die schon nach ihrem legalen Mandat Mitträgerin der Souveränetät ist, vereinigt bei dem vom Könige bereits in der Antwort an die Deputation der rheinischen Städte vom 21. März ausgesprochenen, dann wiederholt und endlich noch in der Proklamation vom 17. Nov. anerkannten Prinzip der Verantwortlichkeit der Minister, schon ihrer reellen Natur nach das Steuerbewilligungsrecht unter die ihr übrigens zustehenden Befugnisse. — Denn somit im Allgemeinen das Steuerbewilligungs- und also auch Steuerverweigerungsrecht nach Ansicht der Majorität erweiterer Massen der Nationalversammlung zustehe, so könnte nur noch darüber ein Zweifel erhoben werden, ob dieselbe befugt ist, dies Recht augenblicklich für die Steuern des laufenden Verwaltungsjahres auszuüben. Da dies vom 1. Januar 1849 abgelaufen seine, daß die Staatsregierung sich selbst implicite in der Einführung des Finanzministers v. Bonin in der Sitzung der Nationalversammlung vom . . . . anerkannt. Allein, daß es auch schon für die Steuern des laufenden Verwaltungsjahres rechtlich geschehen könne, geht nach Ansicht der Majorität einfach daraus hervor, daß viele Steuern noch gar nicht bis zum Schluß dieses Jahres bewilligt sind, sondern die Nationalversammlung die Steuererhebung bisher nur das faktisch gethan hatten. Je dehr also je berufalls das Recht der Inhibition. Ist somit in der Nationalversammlung zu einem solchen Beschluß gegründet, so ist derselbe schon dadurch, daß er gefaßt wird, formell gerechtfertigt. Seine innere Rechtfertigung liegt in den ungesetzlichen hochverrätherischen Schritten des Ministeriums, auf welche hier noch weiter zurück zu kommen, nach der von der hohen Versammlung beschlossenen Dringlichkeit, unnöthig erscheint. Dennoch, wenn auch vom Standpunkte des Rechts her vollständige Beschluß unzweifelhaft erscheint, könnte die Frage aufgeworfen werden, ob er nicht aus höhern politischen Gründen unzweckmäßig sei. Die Kommission ist den bereits in dieser Beziehung stattgehabten Diskussionen der Nationalversammlung gefolgt, hat sich aber in ihrer Majorität von der behaupteten Unzweckmäßigkeit eines solchen Beschlusses nicht überzeugen können. Alle in konstitutionellen Verfassungen lebenden Völker setzen in dem Rechte ihrer Abgeordneten die Steuern zu bewilligen, resp. zu verweigern, den Schlußstein solcher Verfassungen, das letzte friedliche Mittel, einer ungesetzlichen Ausübung der von der Krone ausgehenden Gewalt einen passiven Widerstand entgegen zu setzen. Es wird von solchen Völkern für ihr legtes, höchstes und heiligstes Verfassungsrecht gehalten. Dies Recht würde aber in der That gar keinen Sinn haben, wenn es nicht unter angemessenen Umständen auch ausgeübt werden könnte und sollte. Es kommt also lediglich auf die Beurtheilung der Umstände an, ob die Ausübung dieses wichtigsten Rechts in der Zweckmäßigkeit liegt. Da scheinen nun in der That die Umstände des gegenwärtigen Augenblicks der Art zu sein, daß sie kaum anders gedacht werden können, um die Zweckmäßigkeit des vorliegenden Beschlusses zu rechtfertigen. Ein Ministerium, das fast einstimmig von der Nationalversammlung des Hochverrathes angeklagt ist, welche nicht von seinem Platz, sondern berufen ist, die Gesetzgebung, um sich darauf zu bekaupten, um die verfassungsmäßigen Steuern zur Unterhaltung des Bürgerkriegs zu verwenden. Dies scheint wesentlich zu gewissen, wo die Zweckmäßigkeit des Beschlusses zu verneinen. Daß daher in keinem konstitutionellen Staate, seitdem das Steuerbewilligungs-resp. Verweigerungsrecht, als ein unzweifelhaftes Verfassungsrecht anerkannt ist, davon Gebrauch gemacht worden, liegt einfach daran, daß es bisher auch in keinem konstitutionellen Staate in konstitutionellen Minister gegeben hat, die nicht sofort vor der Ausübung dieses Rechtes von der Volksvertretung von ihrem Platze gewichen wären, sondern den Bürgerkrieg provoziert hätten, um sich zu erhalten. — Auch der Einwurf, daß mit der Steuerverweigerung die Anarchie ins Land getragen werde und es schwer sein würde, später das Volk wieder zur Steuerzahlung zu bewegen, scheint unhaltbar. Die Anarchie ist bereits von dem Ministerium Brandenburg ins Land gewonnen und soll vermittelst durch ein gesetzliches Mittel, das seiner Anwendung unter angemessenen Umständen überhaupt die Anarchie selbst verbrauchen können. Vielmehr liegt darin, daß unter so furchtbaren Umständen, als gegenwärtig über das preußische Volk verhängt sind, seine Vertreter nur zu diesem gesetzlichen Mittel schreiten, die Bürgschaft, daß der gesetzliche Sinn des Volks bereits so erstarkt ist, daß es wirklich einer Steuerverweigerung zurückbedarf, wenn eine drohenden Umstände beseitigt sind. Aus diesen Gründen schlägt die zur Begutachtung des vorliegenden Antrags niedergesetzte Kommission der hohen Versammlung vor: „denselben in seiner veränderten Fassung sofort zum Beschluß erheben zu wollen.“ Berlin, den 14. November 1848. Die Kommission.

Berlin, 16. Nov. Vor zwei Jagen wäre Jeder, der an den Beschlüssen aller Bürgerwehrbataillone, die Waffen um keinen Preis abzuliefern, zu zweifeln gewagt hätte, für einen Verräther am Vaterlande erklärt worden. Von gestern früh an hiß jetzt sind in der Friedrichsstadt nur noch wenige Häuser übrig, aus denen die Bürgerwehrwaffen nicht abgeholt wären. Ein Paar Soldaten rückt vor ein Haus; der Trommelschlag ist das Zeichen der Milisterung; dem Abliefernden wird als Quittung eine Karte gegeben, und bei einer der nächsten Ordonnanzen Wagen geschickt, deren viele starke Ladungen bergen. Wer sein Gewehr zu haben an- oder vorgibt, wird notirt, und das Militär zieht weiter. Dieses Verfahren geht auf das friedlichste und ungewein schnell von statten, da man auch angefangen hat, dem Hauseigenthümer die Sammlung der Waffen bei seinen Einwohnern aufzutragen. Das Militär beträgt sich bei keinem Geschäfte höflich und bescheiden; nirgend verlauter eine Klage über rauhes. Die Straßen sind eine Zeit lang wie ausgestorben; als somit bei gewöhnlichem Vorgange der Geschäfte. Die umliegenden Plätze werden selten, und es sind nur wenige Fälle vorgekommen, daß Haufen ansammengebracht sind. Welch eine Veränderung in der Stimmung der Bevölkerung! Vor zwei Tagen Kampfsuß und Todesmuth: heute eine Gelassenheit, die einem Wunder ähnlich ist! Die Abgeordneten waren gestern, nachdem die Milisterung vollendet, in den Nachtstunden zum Centrum in dasselbe gebindert waren, in ihre Fraktionslokale gegangen. Das Zentrum, durch 37 Mitglieder annoch vertreten, hatte sich fest vorgenommen, auf namentliche Abstimmung anzutragen, sobald der Antrag auf Steuerverweigerung gemacht und unadweislich sein Aufschreien zu erklären, sobald derselbe mit Stimmenmehrheit angenommen wäre. Mehrere Mitglieder der ehemaligen Rechten hielten dies für, es sei unter der einen Mitgliederzahl anwesenden, sich auf einen Gaßbefehl zu bal anderes zu treiben, um eine Sitzung halten zu können, und wollten daher nur in einem und demselben Raum zusammenkommen. Dies ist auch die Ursache, weshalb die gestrige Abendsitzung in Milenz's Saal nur 226 Anwesende zählte. Ich war Zeuge davon, daß ein Mitglied der Rechten ein anderes drängen, ja fedentlich bat, sich der Abstimmung nicht zu entziehen und daß selbe in der heute 7 Uhr eröffnete Sitzung nöthige. Man ließ sich von der Festigkeit der Rechten und des Zentrums überraschen; so sehr fühlte man die Unstatthaftigkeit der Steuerverweigerung und deren unheilvolle Folgen. Es kam anders, als man dachte; anders, als selbst die Gemäßigten gewollt hatten. Der Eintrud des Augenblicks vermochte über die Gemüther mehr als das Urtheil der Vernunft, als der Vorsatz des Willens. Drei viertel auf 9 Uhr traten drei Offiziere und drei Grenadiere in den Saal und verlasen von Hrn. v. Unruh, welcher präsidirte, die Auflösung der Versammlung. Die Männer der äußersten Linken gaben, wie in allen fürmischen Bewegungen der Politik, den Ausschlag. Wahrend sprang von seinem Stuhle auf, dem beschlagenden Offizier entgegen und rief ihm zu: durchbohren Sie mich mit Ihrem Degen! Mehrere rissen sich Rock und Weste an der hingehaltenen Brust auf. Auf die Bemerkung des Präsidenten, daß die Versammlung nur nach stattfinden und dann sofort auseinander gehen wolle, entfernten sich zerstreund die Soldaten. Jetzt war an keinen Namensaufruf, an keine Ruhe, keine Ueberlegung zu denken. Die vom Präsidenten vorgelegte Frage über die Steuerverweigerung unter dem Ministerium Brandenburg gestattete nach der den Soldaten gegebenen Erklärung keine Zeit zum Erwägen und Bedenken. Die Versammlung glich einem brausenden Meere. Die äußerste Linke stellt unter ungeheurem Zustimmungsdruf auf; andere werden von dem Sturm der Leidenschaft fortgerissen, und Zentrum und Rechte blieben nicht zurück. Das Loos ist entschieden, der Würfel gefallen, noch ein Schritt und die provisorische Regierung steht dem Könige gegenüber, der Convent ist da. Dies ist der Abhang des Verderbens, an dem wir stehen. Die demokratischen Sevelein in Halberstadt und Aschersleben haben bereits Sicherheitsausschüsse gebildet;

Digitized by Google

ein Wink von Berlin und die Bürgerstreiks sicher bald ein Ende haben. Daß man auf die Geschlisse der Reichsversammlung auf das Höchste gespannt war, ist erklärlich. Die Art der Abstimmung, welche das festen Gepräge trug, deuten dieselben zu ihren Vortheile aus, da der Kommissionsbericht den Motiven der Krone ihr volles Recht widerfahren läßt, die 3 Punkte des Antrages aber auf unbedingte Zurücknahme ihrer Maßnahmen hinauslaufen. Nicht der Zahl, wohl aber dem Gewichte nach sind diejenigen Stimmen hierselbst von Bedeutung, welche sich nach dem gefrigen Beschlusse im Mittelpunkte Berlins auf Entscheidende gegen jede Möglichkeit eines Vermittlungsversuches aussprachen, und mit Vorbehalt der von der Krone vorwärdrete die heute erneuerten Versicherungen, die Freiheiten und Rechte des Volkes unverkürzt zu erhalten, der Krone zuwandten, und den gestrigen Beschluß bei Mitleng daß von den Abgeordneten für sich selbst unterschriebene Protokoll nehmen. Selbst ein nicht geringer Theil der Bürger hat sich in der Angelegenheit der Nationalversammlung förmlich umgewandelt: der König, sagen sie, ist in seinen Rechte; sie rufen sich die seit 7 Monaten von allen Klassen der Gesellschaft gegen die Nationalversammlung erhobenen Anklagen gegen Verzögerung des Verfassungswerkes zurück; und wenn die gänzlich umgewandelte Stimmung in einem nicht unbedeutenden Theil der Bevölkerung verhältnißmäßig, wie sie sich festzusetzen angefangen hat, sich weiter verbreitet: so werden die Abgeordneten bald auf die Rückhalt, als ihre einzigen Anhänger, beschränkt sein. Die ersten im Volke beklagen bei unserer Krise nichts mehr, als die große Gefahr, welcher die Einheit des Vaterlandes ausgesetzt ist. wenn nicht bald Schritte geschehen, durch welche eine definitive Lösung der Krise herbeigeführt wird. In allen Provinzen und namentlich auch in den letzten Schaft nicht übernommenen Kreisen ist man darüber einig, daß die Frankfurter Kannissionsanträge vom 14. auf die gegenwärtige Lage der Dinge in keinem Falle mehr anwendbar sind. Der Steuerverweigerungsbeschluß hat zwischen die Abgeordneten und die Krone eine klaffende Kluft gerissen. Bloß dem Vaterlande ist engsten und weitesten Sinne des Wortes, wenn es der Zentralgewalt gelingt, die Gemüther zu versöhnen zu verbinden! Noch ist die Zeit dazu vorhanden. Die Abgeordneten haben beschlossen, jetzt eine Pause ihrer Berathungen eintreten zu lassen; sie wollen vorerst die Erklärungen ihres gestrigen Beschlusses abwarten. Der erste Kanonenschuß, hörte ich heute Einen sagen, ist das Signal unserer Zusammenkunft. Sie haben heute seine gemeinschaftliche Sitzung gehabt, aber ihr gegenseitiges Verhalte ist ungemein bedeutend. Gestern Abend Conferenzen und die Rechte ihr Ausscheiden beschlossen hätten, ist zwar nach der verzweiflungsvollen Haltung, worin noch gestern am spätesten Abend mehrere bemerkt wurden, nicht ungegründet; bestätigt hat es sich indeß bis jetzt noch nicht. Die ruhige Haltung der Stadt läßt nichts zu wünschen übrig.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Wir haben bereits gemeldet, daß die Maschinenbauer Sewalllig ihre Waffen abgegeben haben. Hr. Borsig, der Fabrikherr, stellte ihnen einfach und bündig die Lage der Sache vor. „Wenn Ihr mir mir nicht einverstanden sein," schloß er, „so thut, was Ihr wollt: Ihr könne mir die Fabrik zuschließen, dann bin ich ein armer Mann. Aber ich habe etwas gelernt, und werde als Werkmeister doch Brod finden. Ob Ihr dabei besser fahren werdet, dabt Ihr zu überlegen!" Die Maschinenbauer fahen ein, daß er Recht hatte, und fügten sich.

Berlin, 15. Nov. Heutigen Blättern ist aus dem Staatsministerium Folgendes zugegangen: „Die Denkschrift, zur Antlage der Minister, welche Hr. Waldeck in der letzten Sitzung der Schöpfungsversammlung verlesen, hat eigenthümliche Betrachtungen über das erregen, worauf sich diese Partei sonst so viel zu Gute gethan hat, nämlich über ihre Konsequenz. So oft in den letzten Monaten Anklagen und Verurtheilungen wegen Vergehen erfolgten, die auf den Ausschreitungen der sogenannten demokratischen Partei hervorgegangen waren, wurde gelesen gemacht, wie widersinnig und ungerecht es sei, nach den alten Gesetzen beurtheilen zu wollen, was nach welche ganz neuen Staatszuständen angehörten. Tiefelbe Partei aber, welche vornemlich diese Ansicht fortsischt wie logisch zu verfechten gesucht, ist es jetzt, welche gleichwohl die alten Gesetze auf die Beurtheilung des Staatsministeriums in seinen Schritten zur Verwälligung und ordnungsmäßigen Ausgleichung eben dieser neuen Staatszustände für anwendbar erklärt. Daß eine gemeine Partei, wie der Hr. Waldeck, der seine Stellung im geheimen Oberribunal nicht selten als eine gewichtige Autorität in den parlamentarischen Debatten selbst geltend machte, sich diese sinstliche Gedankenlosigkeit zu Schulden kommen lassen konnte, muß und von ihm am meisten Wunder nehmen. Ihm, wie auch den Übrigen zahlreichen Juristen in dieser Gesellschaft mußte es klar sein, und war es auch vielleicht, daß §. 92. Tit. 2. des allgemeinen preußischen Landrechts, von dem einem gewaltsamen Umsturz der Verfassung die Rede ist, auch durch die sünstlichste und buchstäblichste Anwendung nicht auf einen Fall herangezogen werden kann, wo es sich, wenn auch durch die Nothwendigkeit äußerordentlicher Mittel, doch nicht um einen Umsturz des Bestehenden, sondern vielmehr nur um die Abwendung und Reinigung derjenigen zerstörenden Elemente handelt, welche den wahren Grundsätzen des Landrechts Unseres Staates hindern und unmöglich machen wollen. Die Nationalversammlung, wenn sie wirklich eine solche war, aus deren Mitte diese Gesetze unseres Staatlichen Wiederaufbaus hätten hervorgehen können, würde dann auch gegen ihre Nation die Pflicht bewiesen haben, sich zum Heil des Vaterlandes einer Bestimmung unterzuordnen, die nur ihre lokale Existenz betraf und die Uebereinkommen, Vereinbarungen mit den Ansprüchen und Parteileidenschaften zum Frommen der künftigen Verfassung Preußens abschneiden sollte. Bis zu dieser gesetzlichen Selbstüberwindung hat sie aber den „friedlichen Widerstand" nicht aufgeben wollen, und so hat sie durch sich selbst ihre Lage bis zu der sündigen und rechtlichen Auflösung gesteigert, welche sie jetzt in vermalen angetreten ist. Daß die Berufung sich selbst von innen her aufgelöst hat, wird man sich zuerst zum Verwurfe sein zu dingen haben, wenn man die Sachlage unserer Verhältnisse in ihrem weiteren unvermeidlichen Vorgang richtig und gerecht würdigen will!"

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

** Von der Elbe, 19. Nov. Es hat nicht mehr der eigenen Geständnisse und Versicherungen eines Ruge bedurft, um den Gewalt zu lesen, daß sie längst mit leicht zuvorsicht auf Berlin gebauten Hoffnungen und Aussichten der rathen Demokratie seit der Bewältigung Wiens unmittelbar gekommen Waffenausbruch mit gesteigerter Indrunst auf die preußische Hauptstadt gerichtet sind. Der dort ausgebrochene Konflikt zwischen der Krone und der Volksvertretung, durch die Uebertreibe sie dieser und den sonst im Einklang befindenden Zentralorgan freudstiften, war unsichtbaren Häuptlingen der rothen Demokratie geleiteter Pöbelmassen hervorgerufen, ist jetzt Anlaß geworden, die leitenden Gedanken der auf den Umsturz alles Bestehenden hinarbeitenden Faction zur entschiedenen That hervorzurufen. Man darf sich daher nicht wundern, daß die im Dunkle steiler heilosen Kreise unter weiter weniger umthanen ehrlicher Zustimmung sich verschwenden Mittel anbieten, um die bestehende Vertagung und Verlegung der preußischen Landesversammlung als einen empörenden Eingriff in die Volksrechte auszuschreien, um daß sie zur keiner Art schamloser Lügen und Thatsachen-Entstellung zurückweisen, um auf diese Weise die öffentliche Meinung ihre zu teilen und gegen die in ihrem vollen Rechte sich befindenden Machtäußerungen der Krone zu erbittern und aufzuregen. Und so kann man in allen Blättern sehen, wie eingelne Bezirken in Berlin und in verschiedenen Provinzial-Städten sich bereits offen gegen die Regierung aufgesprochen und ihr den Gehorsam aufzukündigt hätten u. s. w., und doch thun die betreffenden halsbrechlichen Aufstürmungen dieser Behauptungen in den neuesten Berliner-Bülletine die völlige Grundlosigkeit zerstören unzweifelhaft dar; sowiesen Zeitungsberichterstattern gelegte Beichte über die Zusammensetzung und Art der Seite des widersprechenden Berliner Parlamentes-Rumpfes, aber die Elberfelder Zeitung, die Kölnische Zeitung, die Magdeburger Zeitung, die Breslauischen Nachrichten der Hande- und Spenerschen Zeitung, die in Stettin erscheinende Nordostsee Zeitung, kurzer nicht eine zerreise, sondern auch erlaubte liberale Blätter, sind tägtlich mit entschiedener Indorsirung der Aussagen politischer Wortes und Zeitungsberichterstatter über die Scheiben der beiden Staats- und Landesammlungen und ihre Einwohnerschaften u. s. w. mit dem Verhalten der Krone angefüllt. Und diese lautere und lebhafte Uebereinstimmung des Volkes mit den Maßregeln der gesetzlichen Regierungsgewalt würde es ganz Preußen, zur Grunde stehen, noch viel allgemeiner sein, wenn es den ruhigen Gegnern und Aufregungen der Demokratie nicht schon seit langer Zeit allzuviel gelungen wäre, einen nicht unbedeutenden Theil des Volkes über die wahre Natur und Bedeutung der Berliner-Vorgänge in roher Täuschung gefangen zu halten: aber hoffentlich gelingt ihnen das noch mehr allzulange!"

Oesterreich.

* Wien, 19. Nov. Gestern wurde zur Erinnerung an den unglücklichen Tatar eine militärische Leichenfeier abgehalten, an welcher die ganze Generalität und mehr als 40,000 Mann Truppen Theil nahmen. — Noch ein drittes Programm, sonvern — wie man versichern will — ein bereits ausgearbeitete Konstitutionsentwurf soll der Reichsdiener zur Annahme vorgelegt werden, wonach die Basis der Grundsätze eine andere wäre. Nach Ansicht mancher Leute sei der Namen und die Kammer sich zuvörderst für die Wiedervereigung ihrer Berathungen nach Wien aussprechen. — Das Ministerium soll bestimmt Morgen publizirt werden. Kultus und Unterricht bleiben vorerst unbistirt, da Hefert den Entwurf entschieden abgelehnt hat; sonst ist keine Aenderung bekannt geworden. — Die Nachrichten aus Preußen erregen fortwährend das größte Interesse. — Aus Ungarn erfährt man, daß in und um Pressburg 30,000 Mann stehen; das eigentliche Lager ist in Kirchen. In der ganzen Umgegend bedeutet man von Dorf zu Dorf eines Gleichstromes. Die Pässage erscheint nur noch bei Gödinz zu ermöglichen. Pesth soll mit einem Kanal umgeben werden, um die Donau rings herum zu leiten. — Eine Zuschrift Kossuthrogs an den Ofenpester Gemeinderath scheint Aufsehen zu machen, da sich den Alten auch Jemand zu bogehen: Smolka formulirten in seiner Erwiderung gegen die ihm verliehe Beilegung der Präsidentenwürde. — In der ungarischen-Hofkanzlei sind mehrere tausend Stück Gewehre angefunden worden, welche auf Lüttich für Ungarn bestellt waren. — Ueber Bragan's Verurtheilung — auf den Grund der von selben geführten aufmiegelnden Gespräche und Trohungen über die nothwendige Erwarnung seiner Personen — berichtet die neue Wiener Zeitung, daß das Urtheil nicht durch Stimmenmehrheit, sondern einhellig gefällt worden sei. *) Ein Wächter im Angarten, zum Strange verurtheilt, wurde auf 2 Jahre Schanzarbeit begnadigt. — Der Mangel an Silbermünze, der sich in den Provinzen auf eine Art fühlbar macht, die für den Verkehr sehr störend ist, tritt nun auch hier stärker hervor, und die gewerbtreiben Bantnoten werden wieder zur Aufgleichung der Preise benutzt, da es überhaupt an Scheidemünze dazu gebricht. Dennoch weiß man, daß den Truppen sehr beträchtliche Silbermünze — dem Korps des Fürsten Windischgrätz allein 2 Mill. — in blanker Münze nachgeschickt worden sind, und die Soldaten, die nicht Schütze anzulegen pflegen, am wenigsten die mit Waargeld ebenfalls reichlich versehenen Kroaten sie in den Umgebungen Wiens in Umlauf brachten.

D. R.

*) Es wäre hohe Zeit, daß endlich einmal den Thatsachungen ein Ziel gesetzt würde. Schon ist nur zu viel Blut geflossen.

ten. — Der sächsische Gesandte soll seine Abberufung erhalten haben. — Morgen verläßt Ban Jellachich Wien, um sich zur Armee zu begeben. — Die Anträge Mezzarod's sollen eine vollständige Amnestie mit Ausschluß Kossuths enthalten, und daher wenige Chancen der Genehmigung haben. — Man versichert, der Belagerungszustand Wiens werde sich bis zum Jänner ausdehnen. — Braun soll auf Fürbitte des Gemeinderaths begnadigt werden.

Die deutsche Allgemeine Zeitung vom 17. November bringt folgende Erklärung: „Leipzig, 16 Nov. 1848. Die Oberpostamts-Zeitung und nach ihr die Augsburger Allgemeine Zeitung in ihrer Nummer 318 enthalten einen Artikel aus Wien, wonach Blum seine Mitstreiter auf eine rohe Weise aufgefordert haben soll, einen unweit vom Kampfplatz liegenden halbtodten Kroaten niederzuschießen. Diese Geschichte enthält in der Art, wie sie erzählt ist, eine pure Verdrehung. Es waren zwei Kroaten, welche Blum verwundet, an der bernennenden Sophien-Dampfschiffs-Brücke lagen, flüstert gar Niemand etwas auf sie herab. Da sagte Blum zu uns: „Geht doch hin und erbarmt euch dieser unglücklichen Menschen, sie leiden schrecklich, schießt sie lieber vollends todt!“ Da aber der Platz stark von Kleingewehrfeuer bestrichen wurde und wir uns zurückziehen mußten, so war es uns unmöglich, diesen Auftrag auszuführen. Ich setze mich, wie alle Augen- und Ohrenzeuge zur Genüge der Wahrheit gegen alle Feinde Blum's mit- einstehen zu können, welche, auch durch den Tod nicht ausgesöhnt, fortfahren, das Gift der Verleumdung gegen ihn zu spritzen. Alle ehrenhaften Redaktionen, welche obigen Bericht der Oberpostamts-Zeitung entlehnt haben, werden dringend gebeten, auch diese Berichtigung die Aufnahme nicht zu versagen. Fr. Hampel, Student aus Wien.“

Italien.

△ Cuneir, 12. Nov. Seit einigen Tagen war die hiesige Bevölkerung mit einem Gegenstande so sehr beschäftigt, daß ich ihnen darüber berichten zu müssen glaube. Auf eine Interpellation des Abg. Giosa in Betreff des Benehmens der Oesterreicher in Piacenza hatte das Ministerium geäußert, es wolle Erklärungen in dieser Beziehung verlangen und nunmehr geben, wenn die Kunde davon gekommen sein würde. Die Absicht des Ministeriums war hiebei die, die Opposition zu der Anerkennung zu zwingen, daß doch die Zeitverhältnisse zur Wiederaufnahme des Kampfes mit Oesterreich nicht günstig wären. Die Exaltirten boten all ihre Kraft auf, um eine derartige Kommission unmöglich zu machen, welche nur zu Gunsten des Ministeriums ausfallen konnte. Der Abg. Cavour, einer der ersten Staatsfinanzmänner Piemonts, ein äußerst ehrenwerther Mann, setzte es inzwischen durch, daß die Ernennung der Mitglieder dieser Kommission dem Kammerpräsidenten überlassen werde, und diese Ansicht überwog den Vorschlag, daß das Haus in eine geheime Komite übergehen solle. Sloberti ernannte sonach 7 Mitglieder der Rechten und 7 der Linken, indem er sich seine den Ausschlag gebende Stimme vorbehielt. Die Minister gaben ihre Erklärungen vor dieser Kommission ab, allein indem ein Mitglied derselben von der Rechten an der Sitzung nicht Theil nahm, geschah es, daß mit 8 gegen 6 Stimmen dem Ministerium ein Mißtrauensvotum gegeben wurde, jedoch so, daß nicht die Abdankung sämmtlicher Minister, sondern nur die von 2 oder 3 derselben verlangt wurde. Der Abg. Sulla erstattete in öffentlicher Sitzung der Kammer Bericht über die Entscheidung der Kommission, das Ministerium protestirte durch sprechende Opposition, die ihre Befugnisse überschritten habe, und verlangte eine geheime Kammersitzung. Diesem Antrage stimmte die Kammer mit großer Majorität bei, und am 7. Nov. fand die erste Sitzung bei verschlossenen Thüren statt, die sich bis nach Mitternacht ausdehnte. Ein Antrag des Abg. Brofferio, ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium beweckend, fiel mit einer Majorität von 45 Stimmen durch; allein die Opposition suchte durch alle möglichen Mittel das Ministerium anzugreifen, und da die konservative Partei nicht entschieden genug auftrat, um mit einem Male alle unnützen Reden abzuschneiden, so brachten es ein halbes Dutzend Demagogen dahin, daß vier geheime Sitzungen abgehalten wurden. Uebrigens wurde in der letzten Sitzung, die bis 1 Uhr nach Mitternacht andauerte, der Beschluß gefaßt, daß die Kammer den von der Kommission (zum Ministerium) der geheimen Ausschüsse des Ministeriums) gefaßten Beschluß nicht annehme, und die Verdammung dieser Beschlussel wolle. Das Ministerium fand sich durch diesen neuen Beschluß gekräftigt, allein die Abbgg. Giuberti, Brofferio, Buffa, Valerio, Ratazzi, Sineo ꝛc. werden obgleich von ihrer Unmacht, den Krieg durchzusetzen, überzeugt, dennoch um jeden Preis Opposition machen gegen das Ministerium. Hier wie anderwärts glaubt jeder, der einige Einbildungskraft oder einiges Talent hat, sich berufen zum Regieren; erst wenn diese Leute zur Regierung gelangen, sehen sie ihre Unfähigkeit ein, und überzeugen sich von dem himmelweiten Unterschiede zwischen Theorie und Praxis. Jedenfalls wird die Opposition neue Kämpfe versuchen und dadurch dem Ministerium abermals Gelegenheit geben, seine Anstrengungen zu verdoppeln. Man darf verwunden, daß es auf dem Wege konstitutioneller Freiheit alles thun wird, um das Band von dem Unheil zu retten, in das es die utopistischen Träumereien und abheilbringenden Leidenschaften der Demagogie und des Chrgeizes zu stürzen droh en.

Rußland und Polen.

Warschau, 11. Nov. Das Bild, welches die Straßen unserer Stadt bei Tage darbieten, gleicht den der frühern Zeit; doch steht man im Ganzen weniger große Truppenmasse beisammen, obwohl die Wachen verwehrt sind. Ein großer Theil der Garnison, welche auf 30,000 Mann geschätzt wird, schläft am Tage in der Kaserne, um sich von dem beschwerlichen Nachtwachdienst zu erholen, und um sich auf den Nachtdienst vorzubereiten. Bei eintretender Dämmerung bemerkt man auf den Märkten große Wagen mit Holz, welches abgeladen wird, um für die Nacht zum Biwouakfeuer zu dienen. Um 8 Uhr Abends werden die Posten verschärft: das Militär rückt in die Kasernen, den Kasernenwachdienst in den Straßen an. Jeder Andere, der durch irgend einen Zweck dann noch auf die Straße geführt wird, muß mit einer Laterne versehen sein. Die Dienstherren sind für alles verantwortlich, was gegen die bestehenden Polizeibestimmungen von ihrem Gesinde und Dienstpersonal ausgeübt wird, und bei der Strenge des russischen Gouvernements schont sich jeder, mit letzterem in Berührung zu kommen. In den öffentlichen Lokalen und Konditoreien findet man einzelne alte nichtsthuende Leute, welche sich gegenseitig mit Neuigkeiten unterhalten, und sobald sie sich einem Fremden nähern, sogleich ihre Gesetzesscheu, wenn es das Gebiet der Politik berührt, zu sprechen, oder auch nur seinen Nachbar auf eine Stelle des Blattes aufmerksam zu machen; denn zwei Personen bewachen in dieser Hinsicht mit der gespanntesten Aufmerksamkeit die Gesellschaft der Besuchenden von ein Polizeistion. Sieht ersteres, was allerdings selten ist, mit der Regierung nicht in Verbindung, so sucht er sowohl sich als seine Gäste von jeder Berührung mit anwesenden Spionen zu sichern, und sowie er irgendwie fürchtet, daß hierzu durch einen der Gäste Veranlassung gegeben werden könnte, salutirt er seine Schütze oder seine Rockschöße, als ein Zeichen, daß die Luft nicht rein ist, oder beutet wohl auch selbst unverwerft auf den heimlichen Polizisten hin. Letzterer pflegen nämlich nimmt der Polizei auf- und einzugehenden Personen und wird dann erst recht aufmerksam, wenn die etwaige Konversation sich auf das Gebiet der Politik verpflegen sollte, was jedoch, Dank der Selbstbeherrschung, nur höchst selten geschieht. Jungen polnischen Leuten begegnet man fast nirgends; sie alle stecken, fern von der Heimath, in russischen Regimentern. Ein neuer Insurrektionsversuch ist durch die überall getroffenen strengen Vorsichtsmaßregeln des russischen Gouvernements in Warschau unmöglich gemacht worden, und dennoch liegt die ganze polnische Bevölkerung gedrannt auf der Lauer, in banger Erwartung, ob eine Verwickelung zwischen den europäischen Hauptmächten nicht den Stein vom Grabe Polens fortwälzen werde. Aller erwartet Hilfe von außen: denn in tiefer traurigster Ergebung muß man auf eigene Hilfe resignirten. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Nachschrift.

⊙ Frankfurt, 20. Nov. Die Reichsversammlung hat heute mit großer Mehrheit den folgenden ihren Richtsinn wie ihren politischen Muth gleich ehrenden Beschluß gefaßt:

„In Reichsversammlung in Betreff der Verfolgung ihrer Beschlüsse von 14. Nov. und in Verschiedlichung der in Frankfurt eingetretenen Ereignisse Frankfurt der Zentralgewalt auf, durch die in Berlin anwesenden Reichskommissäre hinzuwirken auf Einberufung eines Ministeriums, welches das Vertrauen des Landes besitzt: sie erklärt den auf Suspension der Steuerverweigerung gerichteten, offenbar rechtswidrigen, die Staatsgesetzlichkeit gefährdenden Beschluß der in Berlin zusammengetretenen Versammlung ausdrücklich für null und nichtig sie erklärt aber zugleich, daß sie die in Berlin versammelte Masse gewaltsam und verhöhnen Rechte und Freiheiten gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung schützen werde. Die Verhandlung über diesen wichtigen Beschluß dauerten von morgens 9 bis Abends 6 Uhr. Jordan von Berlin gebührt die Palme des Sieges in dieser so viel besprochenen Frage. Der von ihm vorgetragene Ausschußbericht, die darin enthaltenen Thatsachen schlugen durch seinen einer Widerlegung zum Besuch nieder, um so mehr, als die Widerlegung der Rechten auf ein Rechtsprinzip, sondern auf blosser Gewalt beruhende Revolutionstheorie, wie sie Simon v. Trier und Raumerk von Berlin in stundenlangen Reden entwickelten, sich von selbst durch den Sieg einer entgegenstehenden Gewalt ergibt.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 20. Nov. Oesterr. Spons. Metall. 68¼, Anvop. 55¼, Spvop. —, 2½ vop. 35. Bankaktien 1125. G. 500 fl.-Loose 118 B., 250 fl.-Loose 79½, — Preuß. 50 Thlr.-Premienscheine —. P. — G. Staatsschuldscheine 3½ vop. 75½, — Bayer. 3½ vop. 75½, — Badwürtemberg. 63½, — Württemberg. 3½ vop. 75. 4½ vop. 92½, — Bad. 3½ vop. 71½, Loto-Actien à 50 fl. 45½, 35 fl.-Loose 25½, — Darmstadt. 3½ vop. 74½, 4vop. 84 Loto-Actien von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 21½, — Kurhessl. Frkfr.-Wilh.-Nordb. 38½, 40 Thlr.-Loose 25½, — Nassau. 3½ vop. 79½, 25 fl.-Loose 20½, Frankf. Zorop. 78. 3½ vop. 91, 87. Taunusbahn 268 — Holländ. Antizp. 45½, — Span. Zorop. innere Schuld 17½, Pol. 300 fl.-Loose — 500 fl.-Loose 68 — Gard. 36 fl.-Loose 25½. Disc. 2.

Paris, 18. Nov. 3vop. 41.40. 5vop. 65.95. Schatzsch. — Bankaktien 1320.—. Eisenbahnobligationen 1120. Bier Kanäle 815.—

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung.“

Mittwoch, den 22. November 1848.

Aus Berlin vom 18. November.

Der Staatsanzeiger vom 19. November bringt die folgenden Artikel:

Berlin, 18 November. Die gestrige Abend-Ausgabe der Deutschen Reform (Nr. 27) enthält einen Artikel über eine angebliche Staatsschrift, welche Se. Majestät der König nach dem 7. September an die Centralgewalt und an die Regierungen von Oesterreich, England und Frankreich gerichtet haben soll, und deren Inhalt das genannte Blatt mit einiger Ausführlichkeit „nach der Tradition“ wiedergiebt. Wir sind zu der bestimmten Erklärung ermächtigt, daß diese Tradition ein leeres Gerücht ist, daß eine solche Staatsschrift weder an die Centralgewalt noch an jene Regierungen gerichtet worden ist, noch überhaupt existirt.

Berlin, 18. November. Die Oder-Ztg. berichtet: „Der Minister des Innern habe den General-Postmeister von Schaper aufgefordert, Briefe öffnen zu lassen und die an Abgeordnete gerichteten Schreiben anzuhalten; Herr von Schaper aber habe das Ansinnen zurückgewiesen und mit seiner Entlassung gedroht.“ — Es ist zu wenig, diese Mittheilung unwahr zu nennen; sie muß als die gehässigste Lüge bezeichnet werden.

Berlin, 17. November. Die Oder-Ztg. enthältdie Mittheilung: Das Ministerium Brandenburg habe an alle Landraths-Aemter ein Schema von Bertrauens-Adressen eingesandt mit dem Auftrage, dieses Schema zahlreich unterschreiben zu lassen und dann zur Veröffentlichung einzusenden. — Jene Mittheilung ist völlig unwahr Das Ministerium wird stets verschmähen, ein Vertrauen zu erschleichen, das es zu verdienen bemüht ist.

Ferner enthält der Staatsanzeiger folgende Bekanntmachung:

Zur Widerlegung ungegründeter Gerüchte machen wir hiermit bekannt, daß seit einigen Tagen der Kassenverkehr bei der Staats-Schulden-Tilgungs-Kasse lediglich aus dem Grunde eingestellt worden ist, weil das Kassen-Lokal, eben so wie alle übrigen Raumlichkeiten in unseren Dienstgebäuden der Königlichen Militär-Behörde, auf militairischen Rücksichten, zur Benutzung hat abgetreten werden müssen. Hoffentlich wird dieser Zustand in einigen Tagen aufgehört haben und alsdann die Staats-Schulden-Tilgungs-Kasse ihre Zahlungsleistungen sofort wieder beginnen. Berlin, den 17. November 17. November 1848. Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden. Natan Mojer. Knoblauch.

Berlin, 18. November. Nach dem heutigen Militär-Wochenblatte ist der General-Lieutenant (mit Charakter als General der Kavallerie) von Wrangel zum wirklichen General der Kavallerie, der General-Lieutenant Graf Brandenburg zum General der Kavallerie befördert worden. —

Berlin, 18. November. (Konstitutionelle Correspondenz). Der Beschluß der Steuerverweigerung ist, wie der maaßlose, so auch hoffentlich der letzte Akt unserer zurückgebliebenen Abgeordneten, denn es haben sich seit diesem Ereignisse die wenigen Elemente, welche sich noch einige Besonnenheit bewahrt und nicht ganz von dem politischen Taumel haben hinreißen lassen und über der maaßlosen Wuthlosigkeit, zum jeden Preis eine Rolle zu spielen, nicht ganz und gar die Interessen des Landes aus den Augen setzen, mit entschiedener Entrüstung von der Tribüne losgesagt, welche die gewissenlose politische Trunkenheit vor einigen Tagen im Mielenz'schen Saale gefeiert hat. Auch wir haben anfangs sympathisirt mit demjenigen Theile der Kammer, der sich eine Parität mit der Krone gewahrt wissen, der seinem Pairsrechten nicht das Recht zugestehen wollte, die beroystehende Verrennung einfeitig hinaus zu schieben; wir haben mit ihm sympathisirt, als er verlangen von Bajonnetten von Lokal zu Lokal zog und überall auf rohe Gewalt stieß. Aber von dem Tage an, wo Leute, die ausdrücklich vom Lande hergesandt waren, beim Neuban des Staates zu wirken, nicht vor der entsetzlichen Verantwortlichkeit zurückbeben, dem obenhin wankenden Gebäude seine festen Stützen zu entziehen, wo, um mit dem Berichterstatter Herrn von Kirchmann zu sprechen, wissentlich die Brandfackel der Anarchie ins Land geschleudert wurde, sahen wir in den Zurückgebliebenen nur ein Paar hundert Personen, die es mit ihrem Gewissen zu vereinigen wissen, statt ihrem Mandate gemäß das Wohl des Landes zu befördern, wissentlich und mit Ueberlegung 16 Millionen Menschen in die gränzenlose Verwirrung vielleicht in den Bürgerkrieg zu stürzen, um so besser den perfönlichen Streit auszufechten, in welchen sie mit der Krone gerathen waren. — Dem Buchstaben nach mag die Versammlung allerdings beschlußfähig gewesen sein, dem Geiste nach war sie es sicher nicht, seitdem über ein Drittel der Abgeordneten,* deren Ueberzeugung wir ehren, wenn gleich wir ihre Motive nicht theilen konnten, ausgetreten, und somit 5 Millionen Preußen, und wahrscheinlich gerade diejenigen, deren materielle Interessen am engsten an das Bestehen der Ordnung geknüpft sind — unvertreten sind. Dort sollten die bestehenden demokratischen Grundlagen dem Besitzlosen wirklich das Recht geben, nach Belieben über die Besitzenden zu schalten, und hätten Aerzte ohne Patienten, Advokaten ohne Prozesse, Bauern ohne Haus und Hof seit dem 9. November die Besugniß allein über das Land und seine Schicksale zu verfügen? Gott gebe, daß die denkwürdige (wenn auch nicht ruhmreiche) auf dem Wahlgesetze vom 18. April hervorgegangene Kammer ihre Thätigkeit mit der „harmlichen“ Sitzung im Mielenz'schen Saale geschlossen habe. Lange genug hat sie auf dem Lande, wie ein Alp gelastet; eine Auflösung war im Interesse des Rechts und der Berunuhe geboten. Das Land muß durch neue Wahlen sich darüber aussprechen, ob es einverstanden ist mit der Art und Weise, wie seit 5 Monaten seine Interessen nicht von, sondern vertreten worden. Damit aber den Umstürzern der Boden entzogen werde, daß diesmal wirklich ohne „Drohn und Dentelei“ das Resultat ein Königswort bleiben soll, wünschen wir, daß die Krone pure den Verfassungseutwurf, so wie er vorliegt, provisorisch annehme, was eine spätere — besonnenere und unter dem Einflusse geregelter Zustände gewählte Versammlung nicht verhindern würde, diejenigen Abänderungen nachträglich zu beantragen, welche Zeit und Praxis als nothwendig herausstellen möchte. — Auch die so sehr gefürchtete Entwaffnung der Maschinen-bau-Arbeiter ist ohne irgend einen Widerstand vor sich gegangen. Das Militär hat sich bei der Entwaffnung sowohl, wie überhaupt während des ganzen Belagerungszustandes mit musterhafter Ordnung und Rücksichtsnahme benommen. Einzig der noch nicht ganz aufgelassene Verhau im Hofschen Hause hatte ein Menschenopfer zu rechnen sein. Dieser, übrigens sehr fleißig gewordenen Demolirarbeiten schreiben das Umsinnen der Soldaten der Demolirabtheilung ohne besser Kommandirung der Armee zu sind kommen immer wieder auf den Fall am Dönhofe Platz zurück, wo ein Commando Soldaten dem Offizier den Gehorsam verweigert haben soll. Die Geschichte ist einfach hie, daß der betreffende Offizier zur Attacke commandirte ohne die Aufforderung zum Auseinandergehen vorausgeschickt zu haben. Ein solcher Unterossizier machte ihn auf den Fehler aufmerksam und der Offizier commandirte Kehrt! — Wir können das Benehmen der Soldaten nur dem gemessenen Befehle Wrangels, jeden Anlaß zum blutigen Conflikten zu vermeiden zuschreiben. — Nachdem Herr Rodbertus in seinen Discussionen mit Jacharia von gewöhnlichen Argumenten zu schlagenden überzugehen, schienen auch diese nicht angekreicht zu haben und soll gestern eine „Versöhnigung“ durch Pistolen erfolgt sein. Sicher ist, daß weder Blut geflossen ist, daß wenn die Waffen mit Korkstöpseln geladen gewesen wären.

△ Berlin, 18. November. Gestern Abend ist v. Beckerath in Potsdam angekommen, um die Bildung des neuen Ministeriu zu übernehmen; man erwartet heute morgen, spätestens übermorgen das neue Ministerium. Auch der Ritter von Schmerling soll in Potsdam angekommen sein“) und die wichtigsten Angelegenheiten einzuleiten haben, da der Erbherzog Johann der Verhältnisse seines speciellen Vaterlandes halber von der Reichsverweserschaft zurücktreten gekommen sein soll. Ob und Deutschland den in Frankfurt zu erwartenden Ereignissen gegenüber eine kräftige Vertretung bedorf. Vom Ministerium des Innern, erzählt man, wird eine Kommission ernannt werden, um die schwierige Lage der hiesigen Hausbesitzer zu prüfen und die Abhilfe vorzubereiten.

⊙ Berlin, 18. November. Die Waffenabnahme ist bis jetzt mit größeren oder geringerem Erfolge, überall jedoch ohne erheblichen Widerstand in den verschiedensten Stadtheilen vor sich gegangen. Jetzt sollen auch die Maschinenbauer an die Reihe kommen Bei ihnen scheint man Widerstand zu besorgen Der Stadtkommandant, General von Thümen,

*) Ja wirkl. D. R.

hat es deßhalb für nöthig erachtet, an den Maschinen-Fabrikanten Borsig eine Inschrift zu richten, der wir folgende Stelle entnehmen:

„In kurzer Frist wird die angeordnete Waffenabnahme auch unter dem gesinnungstüchtigen Corps der Maschinenbauer und Arbeiter stattfinden. Es ist der Commandantur nicht fremd geblieben, daß eine Partei, welche es auf einen gewaltsamen Umsturz aller bestehenden Verhältnisse anlegt und hiermit die Industrie des Land-s untergräbt, vorzugsweise bemüht gewesen ist, die Maaßregeln der Regierung zu verdächtigen und in dem gesunden schlichten Sinne, der sich unter dem thatkräftigen Corps der Maschinenbauer mehrfach bekundet hat, Mißtrauen und Mißvergnügen zu erwecken, zu diesem zum offenen Widerstande aufzureizen. — Der unterzeichnete General richtet sich deßhalb an Sie, Hr. Borsig, dessen guter Name und dessen gerades Wort bei all' den Männern, mit denen Sie in Geschäfts-Verbindung stehen, einen weiten hellen Klang findet, und fordert Sie hierdurch öffentlich auf, Ihren Einfluß auf alle Ihnen Nahestehenden geltend zu machen, irrige und böswillige Ansichten zu berichtigen und so zur friedlichen Waffen-Ablieferung thätig mitzuwirken, um auf diese Weise den Segen des Vaterlandes zu verdienen, einen Kampf vermeiden zu helfen, dessen blutiger Ausgang nicht zweifelhaft sein könnte, der aber gleichwohl namenlosen Unglück über die bisher friedlich gebliebene Stadt und das gemeinsame Vaterland herbeiführen müßte." —

Berlin, 18. November. In Rathenow hat ein Auflauf stattgefunden; man wollte den Artemarsch der Landwehr verhindern, und baute zu diesem Behufe einige Barrikaden. Die Landwehr stieg aber über die Barrikaden hinweg und marschirte aus. (Leipz. Z.)

⊙ Berlin, 18. Nov. Allenthalben spricht man davon, das Kammergericht habe heute die Veröffentlichung des Kriegsgesetzes für ungesetzmäßig erklärt, und diese Erklärung nebst Motiven dem Justizminister Rintelen übersendet. Der Oberappellationsgerichts-Senat des Kammergerichts soll sich bei dieser Erklärung nicht beherrigt sondern sich dahin ausgesprochen haben, er wolle die Sache in Erwägung ziehen. — Auch das Auditoriat soll sich gewegert haben, Urtheile nach dem Kriegsrecht abzufassen. Was an der Sache ist, wird die nächste Zukunft lehren; Gewissen läßt sich nicht darüber berichten. — Die Redaktion der Nationalzeitung hat wegen des gegen sie erlassenen Verbotes den Rechtsweg eingeschlagen und klagt auf Störung im Besitz und auf Schadenersatz. Es ist indessen zu bezweifeln, ob diese Klage zugelassen werden wird. Verhaftungen werden fortwährend vorgenommen.

Der obenerwähnte Artikel der deutschen Reform hatte besagt, daß der König nach dem 7. Sept. (wo der Steinsche Antrag durchging) in einer Staatsschrift — zunächst an die Zentralgewalt, ferner an die Regierungen von Oesterreich, England und Rußland gerichtet — sich über seine Stellung zum Volk, zur Verfassung und zu der derselbe vereinbarenden Versammlung ausgesprochen habe und zwar in folgender Weise: „Bei der Revolution im März habe der König der Stimme seines Volkes nachgegeben und dem Lande die freisinnigsten Institutionen verheißen, auch darauf bei der revolutionären Schilderhebung am 18. März seine treuen und siegreichen Truppen aus dem Kampfe mit den Bürgern zurückgezogen. Es sei ihm dieß Nachgeben von vielen Seiten als Schwäche und Verzagtheit ausgelegt. Aber seit geraumer Zeit an Mißtrauungen gewohnt, werde er sich durch jenen Ausspruch nicht bestimmen lassen der Stimme seines Herzens Gehör zu geben. Das Heil seines Volkes müsse er danach über den Namen und den Ruhm seines Regiments setzen. In Folge seiner Verheißung sei die aus Urwahlen und allgemeinem Stimmrecht hervorgegangene Nationalversammlung einberufen, und er sei der Zuversicht gewesen, in Gemeinschaft mit ihr eine konstitutionelle Verfassung feststellen zu können. Die Nationalversammlung habe aber von vornherein gezeigt, daß sie königliche Hoheitsrechte und Auflösung an die Sache des Vaterlandes und der Freiheit für Schwäche nahm. Endlich sei sie so weit gegangen, in die Rechte der Exekutivgewalt einzugreifen und die königlichen Rechte völlig zu zernichten. Diesen Uebergriffen könne er in sorgsamer Erwägung seiner Regentenpflichten nicht länger zaschehen; er deabsichtige daher zur Vereitelung antikonstitutioneller Machinationen und zur Wahrnehmung seiner k. Rechte: 1) die Nationalversammlung auf das ernstlichste anzuhalten in den weitern Schranken einer vereinbarenden Verfassung zu verbleiben; 2) die Versammlung von Berlin zu verlegen, damit sie von äußerem Einfluß frei und die wahrhaft unabhängige Partei der Mäßigung unbedindert zum Wohl des Vaterlandes berathen könne; 3) in und um Berlin Militärmacht zusammenzuziehen, um nöthigenfalls diesen Beschlüssen durch Waffengewalt Nachdruck zu geben. Nach der Meinung des Königs könnten diesen Entschließungen gegenüber nur zwei Eventualitäten eintreten: entweder die Versammlung gehe darauf ein, und dann lebe er der freudigen Hoffnung auf eine förderfame und gedeihliche Berathung des Verfassungswerkes, oder sie weigere sich seinem Ansinnen — für diesen Fall nähme der König ausdrücklich und feierlich nur insoweit und nicht weiter eine Mitwirkung der Zentralgewalt und der andern Mächte in Anspruch daß sie binde Einmischung von Preußen fern halten. Er werde dann sofort eine Verfassung proklamiren, welche im wesentlichen (nicht unbedingt, was einen Zensus anbetrifft; der König soll zu wiederholtenmalen sich für das allgemeine Wahlrecht erklärt haben) der belgischen Konstitution nachgebildet, seinem Lande die sicherste Bürgschaft für seinen aufrichtigen, von der Nationalversammlung leider nicht unterstützten, konstitutionellen Willen darbietet."

* Nach zuverlässigen Berichten aus der Provinz Sachsen sind auch dort die Landwehren überall bereitwillig dem Rufe unter die Fahnen gefolgt wie in der Mark, und so lauten auch die Berichte aus den übrigen Provinzen.

Frankreich.

⊙ Paris, 17. Novbr. Ich kann Ihnen eine aus guter Quelle geschöpfte, gewiß wichtige Nachricht mittheilen. Die Regierung ist entschlossen eine Reduktion des Kriegsbudgets von 130 Millionen und eine andere in dieser Proportion für das Marinebudget in Vorschlag zu bringen. Durch diese Maßregel würde allerdings ein großer Schritt zur Herstellung des Gleichgewichts in den Finanzen geschehen. Der Eindruck, den die Maßregel im Lande hervorbringen würde, kann nur ein mächtiger und günstiger sein, weil nicht allein die so große und gewichtige Frage der Finanzen, sondern auch zugleich die über Krieg und Frieden dadurch glücklich gelöst wird. Ich beeile mich Ihnen diese Mittheilung zu machen, überzeugt, daß sie in Deutschland eben so beruhigend wie hier selbst auf alle Gemüther wirken wird.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 127.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Monatlich 4 fl. Vierteljährig 12 fl. 36 kr.

Donnerstag den 23. November 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 26. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 23. November.

Se. Maj. der König haben zufolge allerhöchsten Erlasses vom 18. dies Allerhöchstihren vielgeliebten Oheim, den Feldmarschall Prinzen Karl von Bayern, Königliche Hoheit, zum Generalinspektor des Heeres zu ernennen geruht, mit der Befugniß, die einzelnen Abtheilungen und größern Heereskörper nach den hierüber bestehenden oder später noch erfolgenden allerhöchsten Bestimmungen zu jeder Zeit zu inspiziren.

Auf Sr. Königl. Majestät allerhöchsten Befehl ist aus dem Kriegsministerium unterm 20. November das Folgende ergangen, die Eintheilung des Heeres in zwei Armeekorps betreffend: In Berücksichtigung der eingetretenen Verhältniss des königl. Heeres, und der Nothwendigkeit solches im nöthigen Falle nach Umständen in zwei gesonderten Theilen ohne Verzug aufstellen und verwenden zu können, haben Se. Maj. der König nach Vernehmung Allerhöchstihres Gesammtministeriums durch allerhöchsten Erlaß vom 18. dies allergnädigst zu beschließen geruht, daß die Eintheilung des Heeres in zwei Armeekorps vom 1. künftigen Monats anfangend in Vollzug treten soll, wornach der nachgenannte Formation das Nähere bestimmen löst, und zugleich die vorläufige Besetzung der Kommandostellen enthält. Die weiters nöthigen dienstlichen und administrativen Anordnungen über den Vollzug werden alsbald nachfolgen, bis wohin der gegenwärtige Geschäftsgang fortzusetzen ist.

I. Armeekorps, Generallieutenant Graf v. Pirnburg.

I. Infanterie-Division (München) Generallieutenant v. Leyfuß: 1. Infanterie-Brigade (München) Generalmajor Hartmann: Infanterie-Leib-Reg. 3 Bat., 1. Infant.-Reg. König 3 Bat., 1. Jäger-Bat., 1 Bat.; 2. Infanterie-Brigade (München) Generalmajor Graf Verri: 2. Inf.-Reg. Kronprinz 3 Bat., 8. Inf.-Reg. Seckendorff 3 Bat.; 13 Bataillone.

II. Infanterie-Division (Augsburg) Generallieutenant Freiherr v. Gumppenberg: 3. Infant.-Brigade (Augsburg) Generalmajor v. Frisch: 3. Inf.-Reg. Prinz Karl 3 Bat., 7. Inf.-Reg. Karl Pappenheim 3 Bat., 4 Jäger-Bat. 1 Bat: 4. Infanterie-Brigade (Kempten) Generalmajor v. Winkler: 11. Inf.-Reg. Nyenburg 3 Bat., 15. Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen 3 Bat.; 13 Bataillone.

I. Kavallerie-Division (München) Generallieutenant Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg: 1. Kavallerie-Brigade (München) Generalmajor v. Barfeval: 1. Kuirass.-Reg. Prinz Karl 7 Eskad., 2. Kuir.-Reg. Prinz Adalbert 7 Esk.: 2. Kavallerie-Brigade (Augsburg) Generalmajor v. Flotow: 3. Ehevaul.-Regim. Herzog Max 7 Esk., 4. Ehevaul.-Reg. König 7 Esk.: 28 Eskadrons.

II. Armee-Korps (Würzburg) Generallieut. Fürst v. Thurn u. Taxis.

III. Infanterie-Division (Nürnberg) Generallieutenant Fhr v. Hohenhausen: 5. Infanterie-Brigade (Nürnberg) Generalmajor v. Gresmer: 4. Infant.-Reg. Gumprenberg 3 Bat. 5. Inf.-Reg. Großherzog von Hessen 3 Bat., 2. Jäger-Bat. 1 Bat.: 6. Infanterie-Brigade (Baireuth) Generalmajor v. Welsch: 10. Inf.-Reg. Albert Pappenheim 3 Bat., 13. Inf.-Reg. Hertling 3 Bat.: 13 Bataillone.

IV. Infanterie-Division (Würzburg) Generalmajor Tamboer: 7. Infanterie-Brigade (Aschaffenburg) Generalmajor Graf Duponteil: 12. Inf.-Reg. König Otto v. Gr. 3 Bat., 14. Inf.-Reg. Zandt 3 Bat., 3. Jägerbataillon 1. Bat.: 8. Infanterie-Brigade (Speyer) Generalmajor Freyschner: 6. Inf.-Reg. auf. Herzog Wilhelm 3 Bat., 9. Inf.-Reg. Wrede 3 Bat. 13 Bataillone.

II. Kavallerie-Division (Ansbach) Generallieutenant von der Mark: 3. Kavallerie-Brigade (Ansbach) Generalmajor v. Schmalz: 1. Ehev.-Reg. Prinz Eduard v. Sachsen-Altenburg 7 Eskad., 2. Ehev.-Reg. Taxis 7 Eskad. 4. Kavallerie-Brigade (Bamberg) Generalmajor Frhr. v. Weichs: 5. Ehev.-Reg. Lowingen 7 Eskad., 6. Ehev.-Reg. Herz. v. Leuchtenberg 7 Eskad.: 28 Eskadronen.

Artillerie- und Genie-Truppen werden bei eintretender Mobilmachung des Heeres den beiden Armeekorps in erforderlicher Zahl zugetheilt.

An gegenwärtige Armee-Formation reihen sich noch folgende Personalveränderungen: Generallieutenant und Kommandant der 4. Armee-Division Wilhelm v. Baligant wird zum Präsidenten des Generalauditoriats, Generalmajor und Brigadier der 2. Armee-Division Hugo Bösch zum Kommandanten der Reichsfestung Ulm, Generalmajor und Generalquartiermeister Wilhelm Frhr. v. Zetze zum Kommandanten der Reichsfestung Landau, Oberst und Adjutant Sr. Königl. Hoheit des Feldmarschalls Prinzen Karl von Bayern, Anton von der Mark unter gleichzeitiger Beförderung zum Generalmajor, als Generalquartiermeister ernannt, und Generalmajor und Brigadier der 2. Armeedivision, Adalbert Zottmann, unter allerhöchster Zufriedenheitsbezeugung mit seiner Dienstleistung in den Ruhestand versetzt.

Se. Maj. der König haben unterm 18. Nov. den I. Landgerichtsassessor Alois Wiedemann zu Schrobenhausen auf sein Ansuchen auf die erledigte I. Assessorstelle bei dem Landgerichte Oberdorf zu versetzen, die hierdurch erledigte I. Landgerichtsassessorstelle zu Schrobenhausen dem Landgerichtsaktuar Friedrich Karl August Greger zu Wemding zu verleihen, und auf die hierdurch eröffnete Landgerichtsaktuarsstelle zu Wemding dem Rechtspraktikanten Georg Fundreis aus Künkum zu ernennen, ferner in die erledigte I. Landgerichtsassessorstelle zu Aichach den II. Assessor bei diesem Landgerichte Maximilian v. Stark ry berufen zu lassen, die hierdurch eröffnete II. Assessorstelle bei diesem Landgerichte dem Landgerichtsaktuar Jos. Zimmermann zu verleihen, und auf die hierdurch erledigte Landgerichtsaktuarsstelle zu Aichach den Rechtspraktikanten Karl Greger aus Niedrig zu ernennen; den II. Landgerichtsassessor Klemens Staible zu Donauwörth auf den Grund seiner nachgewiesenen Funktionsunfähigkeit nach §. 22 lit. D der IX. Verfassungs-Beilage in den Ruhestand treten zu lassen, auf die hierdurch erledigte II. Assessorstelle bei dem Landgerichte Donauwörth den II. Landgerichtsassessor Joseph Milbauer zu Weiler zu versetzen, und auf die hierdurch eröffnete II. Landgerichtsassessorstelle zu Weiler den Rechtspraktikanten Otto Kempter aus Füssen zu ernennen; den Landrichter Heinrich Edmund Wilhelm Ritter v. Wächter zu Mumlfeld auf den Grund des §. 22 lit. B der IX. Verfassungs-Beilage und unter Bezeigung der allerhöchsten Zufriedenheit mit seinen durch eine lange Reihe von Jahren mit Treue und Ausdauernd geleisteten ersprießlichen Dienstleistungen für immer in den nachgesuchten wohlverdienten Ruhestand treten zu lassen, den Landrichter Georg Balthasar Bisani zu Hof, seiner Bitte entsprechend, auf die erledigte Landrichterstelle zu Mumlfeld zu versetzen, die erledigte Pfrofstelle bei dem Landgerichte Bischofsheim den praktischen Aerzte Dr. Vogel zu Bischofsheim in provisorischer Eigenschaft zu verleihen, die erledigte Landrichterstelle zu Markteleonfeld dem I. Landgerichtsassessor Stephan Gerber zu Ochsenfurt zu verleihen geruht

Deutsche Reichsversammlung.

(119te Sitzung vom 20. November.*) Tagesordnung: 1) Berichterstattung über den Bayerschen Antrag wegen Zusammensetzung, die gegenwärtigen preußischen Verhältnisse betreffend: 2) Berathung über Art. VII. und VIII. des Verfassungsentwurfs. Die Berichterstattung über den v. Rappschen Antrag auf der Tagesordnung hat die Galerien auch heute überfüllt. Die Abgeordneten sind ebenfalls zeitig und zahlreich im Hause. Vizepräsident Riesser eröffnet nach halb 10 Uhr die Sitzung. Es kommt nämlich eine Interpellation von Heckscher und Simon zur Sprache, welche die Schritte des Ministeriums den österreichischen Verhältnissen gegenüber betrifft. Sodann mehrere Anfragen Ludwig Simon's von Trier, welche das Benehmen Wassermann's und die in und um Berlin liegenden Truppen zum Gegenstande haben. v. Watrat: wolle zur Aufführung der in Folge des Gikkhorschen Antrages gefaßten Beschlüsse geschehen? Auf die Anfrage Wesendonk's aus Hamelen: ob die preußischen Truppen im Fall eines Kampfes zu Reichstruppen erklärt worden seien; ob der General v. Wrangel für diesen Fall ein Patent zum Reichsgeneral in der Tasche habe, und ob ferner 15,000 Mann Reichstruppen aus Hannover gegen Preußen marschirten, antwortet der Kriegsminister v. Peucker sofort mit einem bestimmten und einfachen „Nein.“ Von den übrigen Interpellationen und mündlichen Erwiderungen ist nur von Wichtigkeit die Auskunft, welche der Reichsjustizminister Robert Mohl auf die früher Anfrage wegen der Verössentlichung der Reichsgesetze, namentlich in Oesterreich und in Preußen ertheilt. Er erklärt, daß das Ministerium auf vollständiger und unbedingter Publikation der Reichsgesetze bestehe. Auch seien bisher alle von hier aus erlassenen Gesetze in Preußen amtlich mitgetheilt und ihnen nur der Mangel eines preußischen Gesetzes hinzugefügt worden. Wassermann's Sentzung nach Berlin habe auch deren Verkündigung gestatten. Von Oesterreich sei zwar versichert worden, die Reichsgesetze würden dort im amtlichen Theile der „Wiener Zeitung“ und in den Provinzialblättern mitgetheilt. Allein bei nähreren Nachsehen habe sich der Minister

*) Die in dieser Sitzung gefaßten wichtigen Beschlüsse haben wir bereits in unserer gestrigen Beilage mitgetheilt. D. R.

übertragen, daß diese Verschleuderung nur einen referirenden Charakter trage. Die inquisitorisch-exzessive Abberufung des österreichischen Bevollmächtigten und die bekannten Verhältnisse Wiens hätten diesen eine weitere Erörterung dieser Angelegenheit bis jetzt verhindert. Die Mitglieder des Biedermann-sächsischen Ausschusses sind noch nicht anwesend, als obngefähr drei viertel Stunde nach Eröffnung der Sitzung zur Tagesordnung geschritten werden soll. Es wird daher inzwischen an die fortgesetzte Berathung des Verfassungsentwurfes gegangen und Heinrich v. Gagern übernimmt den Vortrag des VII. Verzeichnisses sich mit dem Reichsrathe des Reichs. Er umfaßt die sieben §§. 33 bis 39. Für Eröffnung einer allgemeinen Besprechung weder gegen, noch für eine Diskussion des §. 33 erhebt sich die hinreichende Anzahl von Mitgliedern. Da aber jetzt die Mitglieder des Biedermann-sächsischen Ausschusses eingetreten und zur Berichterstattung über den v. Rappard'schen Antrag bereit sind, so wird die Berathung über den Verfassungsentwurf wieder ausgesetzt. Wilh. Jordan aus Berlin bestreigt als das Organ der gesammten Linken die Rednerbühne. Der Bericht, den er erstattet, hat der Kürze der Zeit wegen nicht gedruckt werden können. Derselbe entwirft zunächst ein Bild der anarchischen Zustände in Berlin, die den neuesten Ereignissen vorangingen. Das Bild gründet sich theils auf notorisch bekannte Thatsachen, theils auf die genauere Kenntnißnahme der Verhältnisse, die sich der Ausschuß durch Vorladung mehrerer authentischer Zeugen verschafft hat. Namentlich sucht der Bericht aus den lebendgeschilderten Betrübungen, Mißhandlungen und dem der preußischen Nationalversammlung zugefügten Zwange die Unfreiheit von deren Berathungen außer allem Zweifel zu stellen. Daß diesem unerträglichen Zustande ein Ende gemacht werden mußte, darüber könne eine Meinungsverschiedenheit nicht obwalten. Geschriebene Gesetze und sonstige Autoritäten seien dabei nun nicht maßgebend, da der Regierung zum Retten halfe zu dienen. Die Verlegung der Versammlung nach Brandenburg sei daher in der That von allen denkbaren Auskunftsmitteln das mildeste und das zweckmäßigste gewesen. Wie aber benehme sich diese Versammlung einer so wenig erheblichen Maßregel, einer bloßen Veränderung ihres Berathungsortes gegenüber? Sie provozire an eine zweite Revolution. Die größte Spannung aber greife Platz im Hause, als die Anträge des Ausschusses zur Mittheilung gelangen. Sie werden unter der tiefsten Stille und langsam genug vorgetragen, um überall hin genau aufgefaßt und niedergeschrieben werden zu können: „Die Reichsversammlung, in Verfolg ihrer Beschlüsse vom 14. d. M. und in Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Ereignisse, fordern die Zentralgewalt auf, durch die in Berlin anwesenden Reichskommissarien hinzuwirken auf Ernennung eines Ministeriums, welches das Vertrauen des Landes besitzt; sie erklärt den auf Aufhebung der Steuerverweigerung gerichteten offiziellen Beschluß für ungültig, die Staatsgesellschaft gefährdenden Beschluß der in Berlin zurückgebliebenen Versammlung ausdrücklich für null und nichtig; sie erklärt endlich, daß sie die dem preußischen Volke gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung schützen werde." (Tiefe Bewegung. Das Verlesen der Anträge muß wiederholt werden.) Von den Mitgliedern des Ausschusses stimmen zum Theile auch die Linken Kobleng nicht überein mit dem Mehrheitsberichten. Hagen und Schwarz aus Halle dagegen haben folgenden Minderheitsantrag gestellt: „Die Nationalversammlung in Verfolgung ihres Beschlusses vom 14. und in Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Ereignisse, sowie nach genauerer Kenntnißnahme der Zustände in Berlin und der seitdem gefaßten, das Wesen der konstitutionellen Monarchie aufrechten Beschlüsse desjenigen Theiles der preußischen Nationalversammlung, der sich in offener Widerspruche gegen die Regierung zu fernerweiten Sitzungen in Berlin vereinigt hat, erklärt: 1) daß der Zeitpunkt zur Aufhebung der Verlegung nach Brandenburg gegenwärtig noch nicht eingetreten; 2) daß alle von jenem Theile der preußischen Nationalversammlung gefaßten Beschlüsse, welche die Suspension der Steuerverweigerung aussprechen, und Mitglieder und Organe der Regierung als Hochverrather bezeichnen, null und nichtig sind; 3) endlich, daß die dem preußischen Volke gewährten und in Aussicht gestellten Rechte und Freiheiten hiermit auch Seitens der Nationalversammlung und der Zentralgewalt feierlich verbürgt sind und gegen jeden Versuch einer Verkümmerung in Schutz genommen werden sollen." Hr. v. Rappard vermißt seine thatsächlichen Zeugenangaben im Berichte. Er verweist deshalb auf das Protokoll des Ausschusses. Jordan von Berlin bemerkt dagegen, die v. Rappard'schen Eröffnungen seien eben keine Thatsachen, sondern meist Ansichten gewesen. Unter mehreren Verbesserungsanträgen, die hierauf zur Mittheilung kommen, ist einer von Kirchgeßner, Mittermaier und Genossen, der im Wesentlichen mit dem Ausschußantrage übereinstimmt und eigentlich nur eine abgeschwächte Umschreibung desselben enthält. Ansichteren entgegenzeigt ist dem Ausschußverlangen nur ein Antrag von Schaber und Andern von der linken Seite des Hauses. v. Rappard, da ihm die Verlesung des Ausschußprotokolls von der Versammlung verweigert wird, sucht die Berliner Landesdeputation von der Rednerbühne herab gegen den Vorwurf zu rechtfertigen, als sei sie von der Menge terrorisirt gewesen und als habe sie die zu ihrem Schutze nöthigen Maßregeln versäumt und zurückgewiesen. Ihr allen Theilen durchtheilen gerecht werdendes rasches Verfahren stellt er sogar der Frankfurter Versammlung zum Muster hin. Seine sonstigen Angaben schilderen den Enthusiasmus, der sich in Berlin und im Lande für die preußische Nationalversammlung offenbare. Dagegen hat der Redner von seiner Reise das Resultat mitgebracht, daß wenn die Frankfurter Versammlung auf dem bisher eingeschlagenen Wege fortfahre, sie ein und dasselbe Verderben mit dem Bundestage bededen werde. Als Vertheidiger des Berichts sind hierzehn Redner eingezeichnet. Die Liste dagegen zählt auf: die Herren Naumeck, Simon von Trier, Wesing, Vogt, Wesendonck, Wenedey, Marcel, Heubner, Schober, M. Simon, Scheller, Stelcka, Reh, Levysohn, Hayn, Hartmann von Leitmeritz, Zimmermann von Spandow, Zimmermann von Stuttgart, Freudentreich, Ostendorf, Schulz von Darmstadt, Hofbauer, Rabeaux. v. Vincke wendet sich gegen die Behauptungen Wydenbrugks bei der Berathung am 14. Oktober, als ob der preußischen Krone das Recht der Vertagung und Verlegung nicht zustehe. Nach der Verfassung der Versammlung verschiedene Male Vertagung und Verlegung. Wenn Württemberg vertagt worden, mithin selbst im deutschen konstitutionellen Staatsleben schon das Beispiel zu einem Verfahren gegeben, wie es die preußische Regierung jetzt verfolge; wolle man der Krone vollends das Recht der Ministerernennungen abstreiten, so würde von einer „Vereinbarung" der Verfassung mit dem Könige nicht mehr die Rede sein; vielmehr hätte dann die Versammlung die Verfassung einfach zu diktiren, wenn auch die Organe der Krone eigentlich nur die Pflicht der Versammlung selbst seien. Die Unfreiheit der Berliner Versammlung sei nicht etwa blos der preußischen Krone bemerkbar geworden, vor ganz Deutschland, vor Europa habe sich diese Thatsache offenbart. Er verweist deßhalb auf die „Times", das Blatt der Mehrheit des englischen Volkes, welches die Lage der Verfassungsfreiheit in Deutschland schleudern wollen, mögen bedenken, daß der Brand, welcher blos die Hütte ergreifen kann, sondern auch die Hütte. v. Vincke's Rede schließt unter dem lauten Beifall des Hauses und Simon von Trier folgt ihm auf der Rednerbühne, um diesen Beifall für sich noch lebhafter hervorzurufen und besonders von der Gallerie. Während das Mitglied auf der Gnadschaft Mark für das Recht und vom Standpunkte des Rechts gesprochen hat, erkennt Simon von Trier kein anderes Gesetz an, als das der Revolution. Denn wir sitzen hier „nicht von Rechts-, sondern von Aufruhrswegen". Daher ist ihm auch die gegenwärtige Ruhe in Deutschland kein Frieden, sondern nur ein Waffenstillstand mit der Regierung. Das Volk sei souverän und souverän werde es entscheiden, was den Fürsten von ihrer früheren Existenz übrig bleiben solle. Dies ist auch der Sinn, in welchem Simon die preußischen Zustände beleuchtet, nur mit dem Unterschiede, daß er die Regierung streng an diesen Satz anlegt, da sie geschriebene Gesetze bindet, dagegen in jedem Vertragsbruche des Volks nur eine Ausübung von dessen Souveränetätsrechten erkennen wurde. Uebrigens sind bis jetzt in Berlin nur so wenige und kleine Exzesse vorgekommen, daß ein schwacher Versuch zum Mißbrauche der Freiheit, keren Aufschung nimmermehr rechtfertigt. Herr Simon behandelt übrigens die ernste Frage wenn auch vielleicht nicht mit großer Würde, so doch ganz amüsant, wodurch er wiederholt das Lachen des Hauses erregt. Er thut vorzeit wohl nach einem Redner wie H. Simon von Trier, einen Vortrag zu vernehmen wie den des Bizepräsidenten Kiesser, in welchem keine Absicht die Thatsachen gestissentlich entstellt und verschiebt, um sie für die Parteiverfahrte zurecht zu rücken, eine Rede, aus welcher die wärmste Liebe für das Vaterland, die innigste Erkenntniß der Lage und der tadelnste Eifer für das Billige und Rechte strömt. Denn die Kraft der Versammlung ist ihm eine moralische, keine materielle und um diese moralische Kraft zu erhalten, habe die Versammlung ihr Gewicht in die Wagschale der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Mäßigung zu legen. Und wenn wir im Kampfe für die Freiheit und die Ordnung unterliegen — auf unseren Gräbern würden unsere Nachfolger dereinst leichter Kühne wieder aufpflanzen. (Schluß folgt.)

(D. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 18. Nov. So eben haben die Herren Osterwann und Reichensperger, Mitglieder der preußischen Nationalversammlung, als Vertrauensmänner derjenigen Fraktionen derselben, welche Vertagungs- und Vertagungsdrohe Folge geleistet haben, Seiner kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Reichsverweser die nachfolgende Adresse überreicht: „Kaiserliche Hoheit! Nachdem die diesseitige Staatsregierung, um sowohl die Würde der preußischen Nationalversammlung, als auch die Person einzelner Abgeordneten gegen rohe Angriffe und Beleidigungen zu schützen, durch hervorholte Motive getrieben und selbst von der Stimme des Landes vielfach dazu aufgefordert, die Verlegung der Versammlung von Berlin nach Brandenburg beschlossen: so hat die Weigerung der Mehrzahl der Abgeordneten, diesen Beschluß anzuerkennen, in rascher Folge Verwickelungen herbeigeführt, welche das Land mit unabsehbarer Verwirrung, Zwietracht und selbst dem Unheil eines Bürgerkrieges bedrohen. Die Abgeordneten, in deren Auftrag der unterzeichnete Ausschuß handelt, haben nach reiflicher Erwägung sich überzeugt, daß bei jenem Beschlusse das überwiegende Recht sich auf Seite der Krone befindet, demgemäß die Verlegung und die davon unzertrennliche Vertagung als zu Recht bestehend anerkannt und sich der Theilnahme an den von der Mehrzahl der Abgeordneten fortgesetzten Versammlungen enthalten. Sie fühlen sich aber dadurch um so mehr aufgefordert, jede andere Thätigkeit zu entwickeln, die zur

Verröhnung der Gemüther, zur Aufklärung der öffentlichen Meinung und zur Herstellung des Friedens unseres hartbedrängten Vaterlandes förderlich erschient. — Von diesem Wunsche geleitet, entsenden wir an Ew. kaiserliche Hoheit zwei Männer unseres Vertrauens, die Abgeordneten Reichenberger aus Koblenz und Oltermann aus Dortmund, und ersuchen Ew. kaiserliche Hoheit, denselben ein williges Gehör zu verleihen. Der Zweck ihrer Sendung ist, die hohe Zentralgewalt, deren großer Beruf die Wahrung des öffentlichen Friedens in unserem deutschen Vaterlande umfaßt, auf die Frage der Vermittelung zwischen der Krone und der Nationalversammlung hinzuleiten, und ihr zu diesem Zwecke über die Lage der Verhältnisse und die möglicher Anbahnung einer Vermittelung aus eigener Anschauung die nöthige Auskunft zu ertheilen. — Zugleich legen wir aber, tief ergriffen von der Bereutung dieses verhängnißvollen Augenblicks und von den Gefahren, wovon unser Vaterland bedroht ist, durch unsere Abgeordneten im Angesicht Preußens und des ganzen Deutschlands, vor Gott und unserm Gewissen die feierliche Betheurung nieder, daß wir bei allen unseren Schritten von der reinsten Liebe zur Einheit, Gesetzlichkeit und wahren Freiheit geleitet werden, und daß in dem Kampfe für diese hohen Güter der Menschheit, gleichviel von welcher Seite sie bedroht werden, wir die Hingebung zu bethätigen bereit sind, welche Männern von wahrhaft freier und unabhängiger Gesinnung geziemt. Berlin, den 14. Nov. 1848. (gez.) Hehe (Solingen), Walter, Baumstark, Harkort, Ostermann, Müller (Siegen). An des Reichsverwesers, Erzherzog Johann kaiserl. Hoheit." (O.-P.-A.)

Württemberg. — Stuttgart, 17. Nov. Die Ministerkrisis hat die gehoffte glückliche Lösung dadurch erhalten, daß, wie verlautet, der König jährlich 300,000 fl. aus seiner Zivilliste nachlassen will, und zwar 200,000 fl. auf lebenslang und weitere 100,000 fl. zeitweise (Fr. O.-P.-A.)

Preußen. Berlin, 17. November. Erwartungsvoll blickt jetzt Alles auf Berlin. Hier ist man in ängstlicher Spannung. Die Bürgerwaffnung der Bürgerwehr hat ihren Verlauf; keine Stellung. Die Waffen werden ohne Widerrede an das hierzleben einsordernde Militär abgeliefert. Die Verräther versteckter Waffen sind die auch alle reaktionär verschrienen Hausknaben. Mit heute Abend ist die Sache bis zur Hälfte der Stadt gediehen. Gestern Abend waren zuverlässig zwischen 8000 bis 9000 Gewehre in das Zeughaus geschafft; ein Resultat, welches noch 1000 Gewehre als rückständig ergiebt, sobald der Umzug vollendet sein wird. Die Gesammtzahl ist 26,000. Kriegsbereitschaft ist ein Granadier zum Tode verurtheilte und gestern früh in der Nähe der Hasenhaide erschossen worden, weil er den eintägen Versuch, seine Kameraden zum Abfall zu vermögen, nicht eingestellt hatte. Die seit 3 Tagen vollzogenen Verhaftungen haben bis jetzt nur bezweckt, daß seit 13 Tagen verbreitete und nur Republikaner betreffen. Jedoch werden auch Festlassungen unter diesen nicht ausbleiben, da mitunter ganz unschädliche Personen, wie z. B. der ehemalige Gemmiö Ottenfosser, zer seit vier Wochen Arnold Ruge's „Reform" zum Versand vertrieb und überall mit Ruge's Freundschaft renommirte, katarunter sind, in Verhaft. Ruge selbst ist noch nicht ergriffen, soll jetzt und von einigen Militärpersonen estortirt nach der Hausvogtei gebracht. Das Publikum sieht ruhig zu, wo sich überhaupt noch Publikum darum bekümmert. So ist es in der Hauptstadt. Sie will nichts weiter thun, und es nun darauf ankommen lassen, wie sich die Provinzen verhalten werden; wir, so sagt man, haben für die Freiheit Opfer genug gebracht, thun sie Provinzen nichts, so sind sie ers-haupstädter nicht werth. In den Provinzen zeigen sich, wie natürlich, zweierlei Richtungen. Die kleinen politisch weniger gebildeten Städte repräsentiren sich in ihren Klubs, die fast überall das große Wort führen und den Bürger überschreien. Anders ist es auf dem platten Lande. Von neuen Adressen aus Städten an die differentirenden Nationalversammlen hört man heute nicht; dagegen sind mehrere Gutsbesitzeradressen in Posen angekommen, welche dahin zur doppelten Steuerentrichtung bereit erklärt haben. Wie dort, so sindet die Steuerfrage auch hier, es ist nicht zu viel gesagt, in allen Kreisen laute und gerechte Mißbilligung. An ihr haben sich die Differenzen den Hals gebrochen. Höchstens in einigen schlesischen und thüringischen Kreisen wird die Steuerverweigerung Anklang finden; gewiß nicht in den politisch vorgeschrittenen Provinzen, wie überhaupt in den mittleren Provinzen, wenn man nicht etwa Polen ausnehmen muß. Wichtiger als dies ist der Erfolg der Ausrührung der Landwehrreferven in Pommern, wo sich die Leute mit einer Pünktlichkeit und Lust stellen, die nur denjenigen auffallen kann, welche Pommern nicht kennen. In einem gestern mir zu Gesicht gekommenen Briefe aus Swinemünden wird gemeldet, daß viele Kreise ihre Landwehr, 10,000 Mann, freiwillig stellen wollen, um unter dem Schutze der Ordnung und des Gesetzes zu bleiben. Zu dieser Entschließung ist auch das wichtige Magdeburg gekommen. Der demokratische Klub hatte sich einen Anhang geschaffen und mit diesem den Entschluß gefaßt, einen Sicherheitsausschuß für die Provinz zu bilden und auch die Staatsschulden zu ersetzen; diese haben aber mit großer Festigkeit ein solches Ansinnen von der Hand gewiesen, und so ist das Vorhaben gescheitert. Ueberall, wo das Volk das Ziel unserer auflösenden Bewegung erst einsieht, ist ein Widerstand gegen die republikanische Demokratie unausbleiblich. Mögen die Herren d'Ester, Graf Reichenbach u. s. w. noch so viel um Geldbeiträge bitten, es wird ihnen nicht gelingen, die materiellen Mittel zum Umsturz der staatlichen Ordnung zu beschaffen. Daß ihnen nur spärliche Beiträge durch die hiesige „Nationalzeitung" zugegangen sind, hat sie denn auch nicht wenig entmuthigt. Die auf die Provinzen gesetzten Hoffnungen der Dissenters hätten sich klagt in größerem Maße, als geschehen ist, erfüllen müssen, wenn sie sich überhaupt erfüllen wollten. Die Dissenters sind nun unter sich uneinig, ob sie es bei den passiven Widerstande bewenden lassen, oder aggressiv zu Werke gehen sollen. Der Beschluß der Steuerverweigerung ist heute an einigen Ecken angeschlagen, ohne indeß den gehofften Eindruck zu machen. Die meisten Steuern sind bis zum 1. Januar k. J. entrichtet, und schon deshalb sieht man nicht recht ein, was die Dissenters mit dem Beschluß erreichen wollen und können. Daß sich aber durch diesen Beschluß die Klust zwischen der Volksbewegung und der Krone bedeutend erweitert hat, liegt auf der Hand, wenn man auch nicht wünschte, daß der Prinz von Preußen gegen eine Deputation der Stadtverordneten vorgestern erklärt hat, mit dieser Versammlung sei eine Verbindung von Seiten der Krone unmöglich. Heute ist wieder eine Deputation im Potsdam gewesen. Wie sehen in diesen frischen Tagen als Freunde des Vaterlandes unsre Hoffnungen auf die Nationalversammlung und die Reichsverwesung. Der am 14. zum Beschluß erhobene Antrag der Kommission hat im Laufe des heutigen Tages alle Kreise unserer Hauptstadt durchflogen. Er hat Berlin man möchte sagen auf eine andere Stelle gebracht. Die Hoffenden glauben jetzt an die Erfüllung ihrer Hoffnungen, die Zweifelhaften werden sest; nur die republikanischen Demokraten wüthen und toben gegen Frankfurt. Der demokratische Klub hat vorgestern und gestern Abend mit Superwaffen auf aufgeboten worden, wobei es nicht ohne Verwundungen abging. Unsere Krisis ist insofern überstanden, als der Paroxysmus so beteutend im Abnehmen ist, daß selbst für den Fall von Ausbrechungen in den Provinzen ein Tumult in der Hauptstadt zu den Unmöglichkeiten zu gehören scheint.

Berlin, 19. Nov. (Schn. Ztg.) Man nannte gestern bereits die Namen Beckerath, Camphausen, Grabow und Simson (Professor in Königsberg, zeitigen Vizepräsidenten der deutschen Reichsversammlung) als Mitglieder der hier neu zu bildenden Ministeriums. — Die Ankunft des zum Polizei-Präsidenten von Berlin ernannten Ober-Reg.-R. Hinckeldey ist erfolgt, und es hat derselbe bereits die Amtswohnung bezogen. Wir sie sein Amt mit folgender Proklamation angetreten:

„Mitbürger von Berlin! Seine Majestät der König haben mich zum Polizei-Präsidenten ernannt. — Jeder neu eintretende Beamte pflegt Alle, die mit ihm in Beziehung treten, um ihr Vertrauen zu bitten. Auch ich müßte dies! — Aber Vertrauen ist ein herrliches Gut, welches man nicht auf bloße Bitten empfängt: es will mit beiden Händen, mit offenem Auge, mit unbefangener Geschäftsgewandtheit verdient und erworben werden! — Diese Eigenschaften bringe ich mit in mein neues schweres Amt! Ich will ein offenes Ohr haben für Klagen und Beschwerden, ich werde unerschütterlich treu sein Sr. Majestät dem Könige und den konstitutionellen Freiheiten, welche der König seinem Volke gelobt hat; ich werde aber auch, wie ich mein ererbtes Schwert nie ohne Ehre ziehen werde, so auch mit allen Kräften auftreten gegen Gesetz und Ordnung! — In dieser Beziehung, Mitbürger von Berlin, darf ich nicht vergeblich zu Ihnen rufen! Die Haltung der Stadt in den letzten schweren Tagen, welche das Vaterland durchlebt hat, bürgt mir dafür, daß die Freiheit nur auf dem Wege der Gesetze gesichert und der Ordnung erhalten werden soll. Berlin, den 18. November 1848. Der Polizei-Präsident. v. Hinckeldey. —

Die von dem Militär während des Belagerungs-Zustandes verhafteten werden jetzt nach dem Zellengefängniß bei Moabit gebracht, indem die Gefängnißräume in der Stadt zu beschränkt sind. — Man spricht von einer scheinungen Mobilmachung der drei Armee-Korps, welche in den Provinzen Brandenburg, Sachsen und Schlesien stehen.

Köln, 18 November. Ober-Bürgermeister, Beigeordnete und Gemeinde-Verordnete unserer Stadt haben folgenden Aufruf erlassen: Mitbürger! Die kritische Lage, in welcher die Krone und die National-Versammlung sich gegen einander befinden, kann heute auch in dem Gemeinderathe zur Sprache. Der Gemeinderath war einstimmig der Meinung, zur Beruhigung des Innipatlest vermeiden zu müssen, und hat folgende Amendirt-Adresse beschlossen: „Königliche Majestät! Das unselige Zerwürfniß zwischen der Krone und der National-Versammlung hat mit jedem Augenblicke steigend das ganze Land in Trauer und Schrecken versetzt. Unsere Stadt ist im aufgeregtesten Zustande, und der Gemeinderath erfüllt nur eine dringend gebotene Pflicht, Eurer Königlichen Majestät in ehrfurchtsvollster Weise die Ansicht zu äußern, daß Ihr Ministerium des braven Brandenburg hat seinen Halt in der Stimmung des Landes. Wir bitten ehrerbietigst, dasselbe entlassen und durch ein volksthümlicheres Ministerium ersetzen zu wollen. Die Nachricht, daß Gw. Königliche Majestät in diesem Sinne Sich entschlossen, wird allgemeine Freude, allgemeinen Dank erregen. Wir hoffen, daß die Ruhe in Berlin wieder hergestellt und die Freiheit der National-Versammlung gegen jede Störung dauernd gesichert werde. In dieser Voraussetzung kann nach Gw. Majestät eigener Erklärung die Versammlung in Berlin bleiben. Nur auf die thatsächlichen Verhältnisse blickend, bitten wir ehrfurchtsvoll, der Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg keine Folge geben zu wollen. Gw. Königl. Majestät besonnenen wie sachlichste auch Innigste das Mögliche und Nöthige zur Herstellung des Friedens zu thun und zu veranlassen. Mit tiefster Ehrerbietung. Der Gemeinderath der Stadt Köln." Die Herren Domkapitular Broir, Kaufmann Guillaume und Advokat-Anwalt Boecker wurden als Deputirte gewählt, um die Adresse persönlich Sr. Majestät dem Könige zu überreichen und mit mündlichen Vorstellungen über die Lage des Landes zu begleiten. Die Deputirten sind heute schon mit dem

Rechtzuge nach Berlin abgereist und werden mit vielen Deputirten aus andern Gemeinden der Rheinprovinz in Potsdam zusammentreffen. Wir hoffen nicht ohne Zuversicht, daß die von uns verfügten Maßnahmen einen günstigen Erfolg haben werden, und ermahnen dringend, daß die ernste und ruhige Haltung bewahrt werden möge, die in schwereren Zeiten die Bürgerschaft schon so oft bewiesen hat. Köln, den 18. November 1848.

Ober-Bürgermeister, Beigeordnete und Gemeinde-Verordnete.

Italien.

□Aus Oberitalien, 16. Nov. Die italienischen Radikalen sind mit ihrem Aufstandsversuche im Veltlin abermals gescheitert. Aber diese Leute sind unverbesserlich, und bald werden wir von ihren Unternehmungen anderwärts hören. Jetzt haben sie Toskana als den besten Platz für ihre Plane gewählt, da dort jetzt ihre guten Freunde, Montanelli und Guerazzi, am Ruder sind. Von hieben auf alle Weise unterstützt, werden sie bald von Neuem in Toskana die Fahne der einen und unbeilvollen Republik Italien erheben, und zu diesem Zwecke werden dort schon jetzt die Massen und vorzüglich die jungere Jugend bearbeitet. Allem Anschein nach läuft der Zweck der Zusammenberufung einer italienischen Constituante nach Florenz vorzugsweise darauf hinaus, die Kriegslust der Söhne Karl Alberts — seine eigene dürfte etwas abgekühlt sein — zu benützen, um Piemont zu einem neuen Kriege auf Tod und Leben gegen Oesterreich zu drängen. Wir werden sehen, in wie weit ihnen dieß gelingen wird. — Im Veltlin ist jetzt alles ruhig, eben so an den Ufern des Comersees. Die Schweizerbehörden von allen Seiten gehörig, haben endlich Maßregeln gegen die Flüchtlinge getroffen. — Genua ist nach den letzten Nachrichten von dort ruhig. Karl Albert befindet sich fortwährend zu Turin, der Herzog von Savoyen zu Alexandria in Mitte der Truppen, bei denen er sehr beliebt ist.

Frankreich.

Der Minister des Innern hat auf die Anzeige, daß in Metz ein Freiexport gebildet werden solle, das die Bestimmung habe, in Deutschland handelnd aufzutreten, und daß bereits nicht nur einzelne Individuen, sondern ganze Detachemente fremder Flüchtlinge sich dahin begeben haben, an alle Präfekten der Departements ein Zirkular erlassen, worin er ihnen auftragt, ohne wichtige Beweggründe keine Pässe nach den an Deutschland grenzenden Departements zu ertheilen. Der Minister zeigt zugleich an, daß ihr jetzt noch kein Abmarsch von Metz oder den benachbarten Punkten stattgefunden habe.

Spanien.

* Madrid, 10. Nov. Der Generalkapitän von Castilien berichtet vom gestrigen, daß der Generalkommandant von Estrad Real und der Operationsarmeetruppen der Mancha die Unterwerfung des Kasilisengenerals Blas Royo de Leon, der sich den Titel Generalkommandant der Provinzen der Mancha, von Toledo und Estremadura beilegte, und seines Unterkommandanten, des Reiteroberst Mariano Peco, empfangen hat. Die Regierung hat die Unterwerfung des Cabrella Peco angenommen und ihm seinen Grad als Brigadier belassen. Mit ihm haben sich 70 Mann unterworfen; dem General Iriarte war es gelungen, trotz der Aufsicht der Carabinieri, den Befehlern über die Grenze nach Navarra zu entkommen. Aber schon wenige Stunden nach seinem Eintritte in Spanien sah er sich, da er nirgends Anhang fand, genöthigt, wieder über die Grenze zurückzugehen nach Frankreich, wo er wahrscheinlich ins Innere verwiesen wird.

Vermischte Nachrichten.

* München, 22. Nov. (Theater.) In rascher Folge drängt sich das Interessante und Neue uns entgegen, eine kunstvermehrte Sorgfalt und Thätigkeit, die die Intendanz gegenüber dem Publikum entwickelt. — Ja dem neuen Kleide der „Hugenotten“ erschienen am 19 d. Mts. die wohlbekannten „Anglicaner und Puritaner“ in trefflicher Durchführung, die dem anmuthenden Komponisten Meyerbeer Ehre alle Ehrung für unsere Direktrice eingeflößt haben mag. — Am 21. d. Mts. feierte unter, in letzter Zeit in komplette Lethargie verfallenes Ballet seine Auferstehung unter dem, mit seiner talentvollen Familie zugeborten Ballettmeister, Herrn Lenzel, durch die Aufführung des neuen Ballets, „Gerda“, schon zu früher her ist uns gestalte Arrangementstalent Lenzel's das seine wunderbar überraschenden Gruppirungen, die geschmackvolle Szenirung bekannt, Vorzüge, die auch hier wieder in voller Stellung hervortraten. Zu den größten Hoffnungen für die Zukunft berechtigen die schon jetzt glanzvollen choreographischen Leistungen der anmuthigen jugendlichen Tänzer Franz und Sophie Lenzel. Das ist ein angehrnes Talent, ausgebildet in der Schule der Kunst und Grazie. — Unter Leitung eines solchen Meisters, wie Herr Lenzel, und Mitwirkung seiner reizenden Kinder, dürfte unser Ballet einen neuen, kräftigen Aufschwung gewinnen. — Eine Schwester der Tänzerin, Dem. Auguste Lenzel, debütirte vor gestern (der Zettel gab es nicht an) als „Pariser Tanzmeisterin“. — Mit Sicherheit und Gewandtheit in Spiel und Rede, aber ein nachhaltiger Erfolg beim Publikum, wozu hat so oft und von Mod. Dahn trefflich vorgeführte Stück beigetragen haben mag.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 21. Nov. Bayer. 3½ proz. Obligationen 75½ B. 75 G. 4proz. 86½ G. Bankaktien 11. Bauerer 578 B. — G. Promessen 35 B. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 950 G.

J. D. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 23. Nov.: „Werner, oder Herz und Welt“, Schauspiel von C. Guzkow.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Lambart, Privatier, von Augsburg. Gressled, Kaufmann, von Berlin.

Hotel Maulik. v. Patin, Partikulier, von Breslau. Prettorius, Kaufmann, von Mainz. Limpert, Kaufmann, von Frankfurt.

Gold. Kreuz. Schmid, Gutsbesitzer, von Ulm. Dietrich, Kaufmann, von Mannheim. Münter, Weinbergbesitzer, von Unterlaichheim.

Gold. Hahn. Baron v. Breitenbach, Forstrath, von Kassel. Frey. Mosler, von Nürnberg. Lippert, Kaufmann, von Wertheim.

Blaue Traube. Zweerenz, Schauspieler, von Wien. Schöne, Kaufmann, von Frankfurt.

Stachusgarten. Maas, Jurist, von St. Gallen. Hanl-Hertl, Gänger, aus Bayern. Storr, Privatier, von Augsburg.

Gestorbene in München.

Rupert Diemer, Magistratsdiener, 66 J. a. Franz Dalton, Privatier, 64 J. a. Josepha Schmid, Kriegsinvalidenwitwe, 72 J. a.

Getraut in München.

Die Herren: Franz Xaver Schäfer, bürgerl. Bierbrauer dahier, mit Viktoria Strobl, Schneidermeisterstochter von Wasserburgerau a. J. Julius Adam, Bürgermeister von Wasserburgerau a. J. mit Josepha Adam, Bürgermeisterstochter von hier. Jakob Zollinger, Geschäftsführer dahier, mit Viktoria Gampert, Bierbrauerstochter von hier. Max Joseph Wagner, bürgerl. Salzsiedler dahier, mit Kreszenz Fuchs, geb. Mannhofer, bürgerl. Salzsiedlerswittwe von hier. Kaspar Schuster, Kanzleisekretär 1. Klasse bei der königl. Kommandantschaft dahier, mit Frau Maria Franziska Vogl, geb. Förg, Doktors- und prakt. Arztens-Wittwe dahier. Leonhard Sniper, Zimmermann, mit Juliana Bachmayr, Maurerstochter von Pobenbrunn, Dgts Ebersberg. Paul Salvermoser, herrschaftl. Bedienter dahier, mit Maria Franziska Ott, Fischmeistertochter von Lechbruck, Dgts. Füssen. Israel Hollerbaum, mit Karolina Holzheimer, Handelsmannstochter von Schnaittach, Dgts. Lauf.

Verkündigung.

Zur Theilnahme ladet Gönner, Aerzte und Hebammen ein

der königl. Direktor:
Dr. Martin.

Bekanntmachung.

251. Auf Anbringen eines hypothekarglaubigers wird das Anwesen der Joseph Hopf'schen Eheleute zu Endenhausen hiermit zum öffentlichen Verkaufe unterstellt.

Bezüglich der Gutsbeschreibung wird sich auf die landgerichtliche Bekanntmachung vom 31. März 1848 im Allgemeiner Anzeiger Nro. 99, Nürnberger Zeitung Nro. 100, Aug'burger Abendzeitung Nro. 98, mit dem Bemerken bezogen, daß dieses Anwesen einen Gesammtschätzungswerth von 22,454 fl. hat.

Verkaufsverhandlungstagsatzung wird auf

Dienstag den 16. Januar 1849.

Vormittags von 9 bis 12 Uhr,

im Orte Endenhausen anberaumt.

Kaufsliebhaber werden hiezu mit dem Beimerken eingeladen, daß der Zuschlag nach §. 99 der Prozeßnovelle vom 17. Nov. 1837 ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt, und sich dem Gerichte unbekannte Gerichtsangehörige über Leumund und Vermögen durch legale Zeugnisse auszuweisen haben.

Bis zum Verkaufsverhandlungstage kann die nähere Beschreibung des Anwesens dahier eingesehen werden.

Landsberg am 17. Nov. 1848.

Königl. Landgericht Landsberg.
Hepper.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Landwirthschaftlicher Kongreß zu Frankfurt.

(Fortsetzung.)

∠ Fünfte Sitzung am 9 November Vormittags. Protokollverlesung und Genehmigung. Beschluß der Versammlung bis zur Erledigung der 12 Fragen keine weiteren Anträge mehr in Berathung zu nehmen. Vertheilung des Berichts der Kommission über Zollvereinsmisse, zur Vorbereitung für die Diskussion hierüber. — Berichterstattung des Sekretärs Reuning, im Namen der Kommission für die Frage 10 (Organisation des landwirthschaftlichen Vereinswesens). Auf Vorschlag des zweiten Präsidenten wird vorerst die Berathung über die Punkte 1—5 der Kommissionsberichtes vorgenommen. Punkt 1, welcher lautet: Die Organisation des landwirthschaftlichen Vereinswesens ist auf über ganz Deutschland auszudehnende Vereine mit solchem Umfange zu gründen, daß die Betheiligung ohne großen Aufwand an Zeit und Geld für alle Landwirthe und sich für Landwirthschaft Interessirende möglich ist, wird angenommen, ebenso Punkt 2, 3 und 4 welche lauten: Zwei Punkt: Eine größere Anzahl dieser Vereine bildet einen Kreis-, Gesammt- oder Provinzialverein, welchem alle Mitglieder der ersteren, und nur diese angehören, welchen für die Besorgung der Geschäfte ein aus der Staatskasse zu besoldender von den Kreisvereinigungen zu wählender Sekretär beigegeben ist. Die Kreisvereine üben für ihren Umfang eine ganz selbstständige Thätigkeit, es werden ihnen namentlich die vom Staate zur Förderung der Landwirthschaft bewilligten Mittel überlassen. 3. Punkt. Die Kreisvereine wählen Landwirthschaftsräthe, welchen die Aufgabe obliegt, Gesetze oder allgemeine Verwaltungsmaßregeln in Rücksicht auf Förderung der landwirthschaft zu berathen und die geeigneten Anträge zu machen. Punkt: Es sind die geeigneten landwirthschaftlichen Sammlungen, zum Ausstellungen für von der Regierung beschlossenen Maßregeln zu bilden. Bei Punkt 5 wird der Antrag der Kommission verworfen, und derselbe auf Vorschlag des zweiten Präsidenten angenommen wie folgt: „Die Versammlung hält für nothwendig, daß die Landwirthschaft auch in der höhern Staatsverwaltung zweckmäßig vertreten werde, sei es nun durch einzelne Sachverständige oder besondere Staatsbehörden. Ein Antrag zugetheilt sind. Prinz Adalbert von Preußen brachte in dieser Sitzung die Versammlung mit seinem Besuch. Der erste Präsident verkündet den Mitgliedern der Versammlung eine Einladung des ältern Bürgermeisters Namens der Stadt Frankfurt zu einem Diner auf den 10 Abends in der Mainlust. Vertheilung mehrerer weiteren auf die Zollvereinsfrage bezüglichen Druckschriften. (Schluß.)

Sechste Sitzung, 10. November Vormittags. Verlesung des Protokolls, Anzeige über eingegangene Anträge und neue Druckschriften. Eröffnung der Berathung über die Punkte 6, 7 und 10 (Organisation des landwirthschaftlichen Vereinswesens). Nach einer sehr verwickelten Debatte wird auf den Antrag des 2. Präsidenten beschlossen, zur Tagesordnung überzugehen, und diese beiden Punkte wegen ihres Zusammenhanges mit der Berathung, um das gerichtlichen Verfahrens dem nach § 1 zuständlichen Ausschuß zu weiteren Bearbeitung und Verfolgung zu überweisen, und die gestern gefaßten Beschlüsse über die Punkte 1—5 sowohl den Regierungen der einzelnen Staaten, als den landwirthschaftlichen Hauptvereinen zur möglichsten Berücksichtigung zu lassen. Hierauf ertheilt Hr. Geh. Rath Weinlig aus Dresden Namens der Kommission zu §. 9 (Ausnahmerung betreffend) Bericht. Nach längerer und lebhafter Diskussion wird der Antrag der Kommission in folgender Fassung angenommen: „Die hohe Nationalversammlung wolle Vorsorge treffen, daß bei Behandlung der Ausnahmerungsfrage die von im Inlande reichlich vorhandene Gesetzgebung zu sicherem Erwerbe zu Gewinnung von Landesbesitz und selbst zu Kolonisation nicht auch dem Auge gelassen, dazu auch die einzelnen Regierungen angeregt, insbesondere aber die letzteren so weit sich innerhalb ihrer Staaten noch ausgedehntere kolonisationsfähige Ländereien besitzen, zur Einsendung von Karten, Kolonisationsplänen und getreuen Schilderungen aufgefordert, diese Materialien, gesammelt durch Vermittlung der Regierungen, landwirthschaftlicher Vereine, oder sonst auf geeignete Weise thunlichst zur Kenntniß der deutschen Auswanderungslustigen gebracht und auf gleichem Wege die Einleitungen zu Uebersiedlungen vermittelt werden." Der Antrag der Hrn. Reibnig und Dr. Walz im Betreff der Aufrechthaltung des von der Nationalversammlung ausgesprochenen Grundsatzes, die Gütersmobilisirung, respektive die Ausführung desselben durch Uebergangsgesetze wird verworfen. Schluß der Sitzung.

Siebente Sitzung am 10. Nov. Nachmittags 4 Uhr. Geh. Rath Wechterlin aus Hohenzollern und Dr. Glaser aus Bernburg werden als neue Mitglieder verkündet. Hierauf Berichterstattung der zu dem Vorschlage 6 und 7 ernannten Kommission (Zollverein betreffend). Nach längerer und sehr interessanter Diskussion wird beschlossen, den Antrag Sanders anzunehmen und an die Spitze der Erklärung der Versammlung über das Zollwesen zu setzen, wie folgt: daß die Versammlung die baldigst mögliche Erstreebung und Durchführung einer Zollein heit im ganzen deutschen Reiche als eine Nothwendigkeit anerkenne. *) Die Prinzipienfrage wird hierauf mit allen gegen 17 Stimmen in nachstehender Weise angenommen: „Was zuvörderst die Prinzipien anbelangt, von welchen die Zoll- und Handelsgesetzgebung für Deutschland ausgehen soll, so hat sich die Kommission einstimmig dahin entschieden, daß ein möglichst freier internationaler Verkehr im wohlverstandenen Interesse der Volksproduktion liege, daß eine Abweichung von diesem Grundsatze zu Gunsten irgend eines landwirthschaftlichen Zweiges nur als Ausnahme von der Regel, durch besondere Verhältnisse des Verkehrs mit fremden Staaten oder des einheimischen Industriezweiges und nur für die Dauer dieser Verhältnisse gerechtfertigt sei. Dieß ist daher im Allgemeinen nicht dafür, daß Zölle bis zu demjenigen Betrage hinaufgesteigert werden, wo sie aufhören Finanzzölle zu sein und Schutzzölle werden. Scheißzölle aus Könnten protestirt gegen die Folgerung dieses Antrages in Bezug auf Oesterreich, nachdem er vergeblich versucht hatte, einen Antrag, daß die Versammlung sich für das Schutzzollsystem erklären sollte, durchzusetzen. — Schluß der Sitzung.

Achte Sitzung am 11. Nov. Vormittags 10 Uhr. Verlesung des Protokolls. Eröffnung der Berathung über die vorgelegten Punkte 1, 2 des Ausschußberichtes über das Zollwesen. Ueber den Punkt 1 werden 4 Fragen beschlossen, wie folgt: 1) Beschließt die Versammlung, daß die Landwirthschaft für ihre Produkte einen Schutzzolles nicht bedarf, wird mit großer Mehrheit bejaht; 2) soll hieron das Vieh ausgenommen werden? — fast einstimmig verneint; 3) soll der Wein ausgenommen werden? — mit allen gegen 14 Stimmen bejaht; 4) soll der Tabak gleichfalls ausgenommen werden? — Ebenfalls und zwar mit 49 gegen 32 Stimmen bejaht. Der Antrag von Babit hinsichtlich eines Schutzzolles für Käse wird verworfen. Hr. Wheatner aus Stettin erklärt zu Protokoll: er finde es nothwendig, seine Meinung zu geben, daß er in der Kammer für einen Eintritt auf Schutzzoll entgegen getreten sei. Hierauf kommt Punkt 2 des Ausschußberichtes an die Reihe, und wird 1) einstimmig beschlossen, daß für die mit der Landwirthschaft verbundenen technischen Gewerbe zum Schutz gegen ausmärtige Konkurrenz an und für sich ein Zoll nicht nöthig sei. 2) Eben so einstimmig: Nur insoweit diese Gewerbsprodukte auch inländischen Konsumern vertheuert werden, wie z. B. bei Brannwein. Aber ist ein solcher behufs der Ausgleichung nicht zu umgehen. 3) Der Antrag einiger Mitglieder aus Württemberg von jener Regel zu Gunsten einiger Gegenden Württembergs hinsichtlich der Käse eine Ausnahme zu machen, wird verworfen. Punkt 3 des Ausschußberichtes, wie im Interesse der Landwirthschaft verlangt werden müsse, daß alle Ausgangszölle von vorn herein beseitigt und die Ausfuhr derselben völlig frei gegeben werden müsse, wird einstimmig angenommen. Punkt 4 und 5 werden auf morgige Sitzung verschoben, über Punkt 6 (Seidenbau) bestimmt. — Die Kommission erkannte zwar, daß eine größere Ausdehnung dieses Industriezweiges wünschenswerth sei, daß aber im Interesse des Bedarfs an Seide für die Fabrikation es nicht nöthig sei, den Seidenbau durch erhöhte Schutzzölle zu heben. Nach kurzer Debatte wird der Antrag der Kommission angenommen mit dem Zusatze, daß zur Hebung des Seidenbaues auf andere Weise, namentlich auch durch die Regierungen fortdauernd eingewirkt werden müsse. (Forts. folgt.)

*) Hierauf wird beschlossen, zuerst über die Prinzipienfrage und dann über die einzelnen Punkte zu berathen und abzustimmen.

Deutschland.

Frankfurt, 15. Nov. Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst ist zum Gesandten der Centralgewalt beim heiligen Stuhle ernannt und demselben Hr. v. Stark als Legationssekretär beigegeben.

Baden. — Heidelberg, 19. Nov. Der Mörder des Antiquars Lieber ist erkannt: es ist ein Student, Namens Heif, aus Rastatt gebürtig. (K. Z.)

Hohenzollern. — Sigmaringen, 19. Nov. Das Gerücht, daß unser Fürst die Regierung niederlegen und das Fürstenthum der Hoheitsgewalt zu übergeben beabsichtige, gewinnt neuerdings Bestand und findet bei gut unterrichteten Personen Glauben. (Schw. M).

Königr. Sachsen. — Dresden, 17. Nov. Heute ist hier folgende Bekanntmachung erschienen: Die Nachricht von dem standrechtlichen Verfahren gegen den deutschen Reichstagsabgeordneten Robert Blum zu Wien hat in Sachsen Schmerz und Entrüstung hervorgerufen. Diesen Gefühlen ist in Volksversammlungen und Vereinen durch verschiedene Beschlüsse Ausdruck gegeben worden, welche zum Theile als Anträge an die Regierung gebracht worden sind. Die Regierung erkennt die inhaltschwere Bedeutung dieses traurigen Ereignisses sowie die Pflichten, welche es ihr auferlegt, und wird sie erfüllen. Sie hat dies bereits in der zweiten Kammer der Ständeversammlung erklärt; sie spricht es hiermit noch einmal vor dem sächsischen Volke aus. Aber sie verbindet damit auch die Mahnung zur Besonnenheit und Mäßigung. Durch die königliche Gesandtschaft zu Wien ist auf Mittheilung der Vorgefakten angetragen worden. Die Regierung hat von dem königlichen Gesandten schon Rechenschaft über sein Verhalten gefordert; sie hat bei der Zentralgewalt zu Frankfurt, als der hierzu vorzugsweise berufenen Behörde, entschiedene Anträge gestellt. Die Regierung glaubt hiernach Alles gethan zu haben, was bei der gegenwärtigen Lage der Sache von ihr mit Recht gefordert werden kann. Die Bewegung und das Begehren ist aber hierbei nicht stehen geblieben. In öffentlicher Volksversammlung ist gestern Abend der Reichstagsabgeordnete Jucho zu Leipzig von Einzelnen eine Berufung des Wiener Gemeinderathes Begründet worden.

allgemeine Stimme das darüber gerichtet, und die Regierung hofft, daß uns Ehre und Interessen Wolfes zu Versuch zu einer ähnlichen That unmöglich bleiben wird. Man hat Bürger geworben, weil sie politische Gegner Blum's gewesen seien. Das heißt im Namen der Freiheit die Tyrannei verkunden gen. Man hat verlangt, die Regierung solle den k. k. österreichischen Gesandten in Dresden seine Pässe zustellen. Das heißt einen Bürgerkrieg in Deutschland heraufbeschwören. Man hat gegen den königlichen Gesandten in Wien eine Verurtheilung ohne Gehör verlangt; also ist das bekanntlich Rechtsgrundsätzen entgegen. Die Regierung, wird dagegen den Erfolg der geforderten Rechenschaft seiner Zeit veröffentlichen. Man hat von einigen Seiten die Bethätigung des Staats bei der Sorge für die Hinterlassenen Blums gefordert. Aber mit richtigem Gefühle hat man anderseits zunächst diese Sorge freiwilligen Liebesgaben vorbehalten. Indem die Regierung diese öffentliche Erklärung zugleich als Antwort auf die an sie gestellten Anträge betrachtet, erwartet sie, daß das sächsische Volk auch bei dieser traurig-ernsten Gelegenheit sich durch Achtung vor dem Gesetze der Freiheit würdig zeigen werde. Dass Gesammtministerium. Dr. Braun. Dr. v. d. Pforten. Georgi. Oberländer. v. Buttlar. (W. Z.)

Dresden, 18. Nov. Vom Ministerium des Innern (Oberländer) ist unterm 16. Nov. folgende Verordnung, die Bildung bewaffneter Vereine und insbesondere sogenannter Freischaaren betreffend" ergangen: Die unterm 11 Nov. 1848 wegen Verhaftung und exacterter Bestimmung der Kommunalgarde erlassene Verordnung setze §. 3 ausdrücklich fest, daß bewaffnete Vereine außerhalb der Kommunalgarde und unabhängig von dem Kommando derselben nicht bestehen dürfen. Es ist auch zur Erhaltung der Ordnung und der inneren Ruhe im Staate durchaus erforderlich, daß diese Bestimmung unter keinem Vorwande übertreten werde. Das unterzeichnete Ministerium macht daher auf dieselbe hiermit nochmals aufmerksam, und spricht die zuversichtliche Hoffnung aus, daß derselben nunmehr überall werde Folge geleistet werden. Sollte aber die gedachte Bestimmung gleichwohl fernerhin übertreten werden, so haben die Behörden — wie sie hiermit noch besonders veranlaßt werden — gegen jede Uebertretung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln einzuschreiten. Was insbesondere den Zusammentritt bewaffneter Scharen anlangt, welche den Zweck haben, außerhalb Sachsen an politischen Kämpfen Antheil zu nehmen, so ist darauf aufmerksam zu machen, daß nicht nur die sogenannten Freischaaren ebenfalls unter das eingangserwähnte Verbot fallen, sondern daß namentlich auch — eben eingangsgenannten Verbotes zufolge — die königl. preußische Regierung angewiesen hat, den Eintritt solcher Freischaaren in das preußische Land zu verhindern, zu welchem Behufe sowohl an Waffengewalt durchaus zu verbieten. Die Hinterlassene, welche noch hier und da der freien Entwickelung des deutschen Volks entgegenstehen, die Beschränkungen, welche weder die Freiheit noch die Einheit des deutschen Vaterlandes wollen, vielmehr dem deutschen Volke wieder zu entreißen trachten, wenn es durch die außerordentlichsten Anstrengungen errungen, müssen mit ernst und mit Energie beseitigt werden. Zu diesem Ende ist Alles in seiner Gewalt und des Eisens. Durch solche Unternehmungen, wie die Freischaarenzüge, wird der Freiheit erfahrungsgemäß mehr geschadet als genutzt; und dies ist nicht der geringste Grund, weshalb denselben die Regierung entschieden entgegentritt. Sämmtliche Behörden des Königreichs Sachsen werden daher hiermit angewiesen, in Gemäßheit gegenwärtiger Verordnung, welche von ihnen möglichst zu verbreiten ist, die erforderlich werdenden Maßregeln zu nehmen und in Ausführung zu bringen.

Leipzig, 19. Nov. Den gestern gemeldeten, von der hiesigen Behörde gegen die beabsichtigten bewaffneten Freischaarenzüge gethanen Schritten sind zur Erreichung des beabsichtigten Zwecks nach unsere gefolgt. Es war gestern Vormittag bereits ein Bataillon der Kommunalgarde zum Sicherheitsdienst aufgeboten, und unter Assistenz eines Theils desselben erfolgte an einem Orte die Beschlagnahme von ungefähr 30 Gewehren und einigen Kapseln. Um gegen etwanige Versuche zu Ruhestörungen, wozu es an bedrahsch. Vorzeichen nicht fehlte, vollständig gerüstet zu sein, wurden um 3 Uhr Nachmittags die sämmtliche Kommunalgarde und Wehrmannschaften auf Generalmarsch zusammengerufen. Es fanden dann noch an zwei Orten Nachsuchungen wegen Waffen statt, die aber ohne nennenswerthes Ergebniß blieben. Auf dem Marktplatze wurden einige der zu dem Wochenmarkte dort aufgestellten Buden von Tumultuanten umgestoßen, als man Anstalt machte, den Platz zu säubern, was denn auch durch Vorgehen mit dem Bajonnet bewirkt wurde. Ein Theil der Garnison war auf dem Raschmarkt als Reserve mit aufgestellt, auch traf noch heute Abend 150 Mann Reiterei aus Borna hierselbst ein. In der Nacht ein Einige Verhaftungen kamen im Laufe des Abends und der Nacht vor, allein nirgend ereignete sich ein eigentlicher Konflikt und nach 12 Uhr wurde daher die Kommunalgarde bis auf ein Bataillon entlassen und auch das Militär zog in die Kaserne ab. (D. A. Z.)

Oesterreich. — * Wien, 20. Nov. Im Laufe des heutigen Tages sind wieder neue Kundmachungen erschienen. Der Gemeinderath warnt vor dem Hingehen nach verschiedenen Gerichte, daß vor sechs Wochen eine neue Zufuhr von Lebensmitteln zu gewärtigen sei, worauf die Versorgung nahrungsloser Verprovianirung in den Haushaltungen entstanden. Die Militär-Zentral-Kommission warnt vor dem Anschlagen von Plakaten, bei welchem nicht dazu die Erlaubniß früher eingeholt worden wäre; wenn dergleichen Plakate Aufreizungen zum Aufstande enthalten, so verfallen die Urheber — sie mögen auch Deutsche oder böswilliger Absicht gehandelt haben — der standrechtlichen Behandlung. — Eine Werbung blenstfähiger Individuen zur Verstärkung der Truppenmacht in Italien beginnt am 23 d. Mts. — Die Studien fallen bestimmt im Laufe des Monates Dezember wirklich beginnen; dennoch aber die Universität, d. i. das Gebäude derselben, geschlossen bleiben. Es soll nämlich für die medizinischen Studien die Josephsakademie, für die juridischen die theresianische Ritterakademie, für die technischen das polytechnische Institut, denen es immer gewonnen war, für die philosophischen das Konviktsgebäude neben der Universität und für die theologischen das erzbischöfliche Alumnat eingeräumt werden. — Diejenigen, die sich mit Wissen und sanftigen Legitimationen über die Befugniß und den Zweck ihrer Reise zu ausweisen vermögen, erhalten hierzu keine weitere Beanständigung; allein es wird in den bezüglichen Untersuchungen mit großer Strenge verfahren und selbst der wissenschaftliche Zweck und die Verwaltsommung im Lebensberufe genügen nicht, um Ausnahmen eintreten zu lassen. In besondere Verlegenheit sind dadurch viele Ungarn gesetzt, denen es widerstreb, sich gegen Oesterreich zum Kriegsdienste pressen zu lassen und welchen hiermit eine unerlaubte Heimkehr aufgedrungen wird. — Die Inhaftirten werden massenweise freigelassen, während freilich anderseits auch neue Verhaftungen eintreten. Aus mercantilischen derartigen Fällen sind bittere Klagen über rohe und fehlerhafte Behandlung hervorgegangen, wegegen die Regierung bei den Militärgerichten Vorsorgen anderer Art eintreten zu treten verwüthet. In erster Instanz werden nur den Bezirksrichtern Vorsteher von einzelnen Prozessen vorgenommen, welchen immer ein Unteroffizier beigegeben ist. In zweiter Instanz des Falles werden diese Behörde von mehreren bis zu 10 Prozessen vorgenommen, ohne daß die Oeffentlichkeit gegenseitig mit theilt würden. Nun das Militärgericht selbst gelangt zur Einsicht der verschiedenen aufgenommenen Protokolle. Dasselbe besteht aus 1 General, 1 Obersten, 1 Major und abwärts bis zum Fähnrichen aus 7 Individuen von jeder Charge. Die geschworne Anzahl theilt sich wieder den vorliegenden Akten selbst zu und die Uebereinstimmenden ziehen zum Zeichen den Säbel. Schuldig oder nicht schuldig wird der Inquisit nach dem Verdikt nicht wieder in den frühern Gewahrsam zurückgeführt. — Augner soll hingerichtet sein.

* **Wien**, 20. Nov. 5% Metall. $77^1/_2$, 4% 65, $2^1/_2$% $40^3/_4$, Bankaktien 1070, Loose von 1834 132, Dessen von 1839 89, Herzbahn $96^1/_2$, Nordbahn 67, Glognitzer 67, Pesther 82, Hungarische 64, ging doch weiter — Die Börse sehr geschäftslos und in Fonds- und Eisenbahnaktien ohne besondere Veränderung. Gold und Devisen zu besseren Preisen gesucht. Frankfurt und Augsburg besonders beliebt.

Wien, 19. Nov. In Folge der bekannten Proklamation des Kaisers an seine Armee in Italien erließ der Ban an sämmtliche Gränzer nachstehenden Aufruf: „Kunacki 14. Nov. Mein unter Allerhöchster und Gnädigster Sanktion mir an die Armee in Italien erlassenen Manifeste d. d. 27. Oktober d. auch einige Worte an Euch, biedere Gränzer, gerichtet, um Euch darauf aufmerksam zu machen, wie es jetzt — wo eine rebellische Partei in Ungarn kein Mittel unversucht läßt, um auch in die Armee den Geist der Empörung zu verpflanzen — mehr als je nothwendig sei, daß zu halten an der heiligen Treue, durch die Ihr die österreichischen Truppen vor allen Nationen stets auszeichnet haben — daß Ihr gleich an der beschworenen Treue zu Monarch und Vaterland. — Es sind die heilige Worte, die Ihr gewiß tief in Euer Brust bewahren werdet! Ihr wißt wohl schon, daß mich die schrecklichen Ereignisse des 6. Okt. zu Wien bestimmt haben, mit der kroatisch-slavonischen Armee unter die Waffen zu treten, um Ihr Vaterland zu schützen, die wir im südlichen Waffenreviere mit unsern Brüdern der kais. kgl. Armee in vereinigen Zusammenwirken haben. Jetzt eilen wir weiter gegen Jene, die es auch in Ungarn gewagt haben, die Fahne der Empörung aufzupflanzen. Mit Freude bin ich, Euer Ban, bereit, in diesen heiligen, gerechten Kampfe für meinen Kaiser und König, für die Erhaltung der Gesammtmonarchie, für die nationale Größe unseres Volkes mein Leben zu opfern, und so wie ich — denke alle Euere Brüder der kroatisch-slavonischen Armee, — Alle beseelen sich mit Begeisterung an mich, sie werden nicht nie und nirgends verlassen, weil sie fühlen, daß sie dieselbe Sache ihres Kaisers, ihres Vaterlandes und ihrer Nationalität verlassen würden. Auch Ihr, meine Landsleute in Italien! habe dort noch Feinde zu bekämpfen, den Thron Eures Kaisers zu beschützen. Haltet daher ja wie hier auch dort treu an Eurem Banne, als Euch schon so oft zum Siege geführt haben, und seid an Eurem tüchtigen Führer, unserm Feldzeugmeister gestellten Befehlshaber Graf Radetzky, der Euch wie ein Vater seine Kinder liebt, der Euch auf der Bahn des Ruhmes und der Treue als ein so glänzendes Beispiel vorangeeilt. Seinem Rufe — nicht falschen Verlockungen folgt — es ist der Ruf Eures Kaisers, der Ruf Eures Band, der Ruf der Ehre. Dann wird nicht bloß bei Euch Euere Monarchen, auch bei Weltgeschichte wird es heißen, daß die Gränzer es waren, die sich in den Augen der Geschäfte unter Anführung ihres Banus, als eine unerschütterlich treue Nation, als die wahre Stütze des Thrones erwiesen haben. Joseph Ban. Jellachich m. p. Feldmarschall-Lieutenant und Ban. (Fr. Journal.)

Oesterreichische Monarchie.

Lombardei. Einem in der Grazer Zeitung enthaltenen Schreiben aus Görz vom 8. Nov. entnehmen wir folgende interessante Notizen über die kaiserl. Armee. Zustände: Es ist ein wahres Glück, daß die gute Sache in Wien gesiegt hat, sonst wäre es in Italien bei vielleicht schon überall zum wüthenden Ausbruche gekommen. Ueberall zähret es gewaltig, und nur das energische Einschreiten unserer Generale, die kraftliche Haltung unserer Truppen unterdrückte die Revolutionsfunken, die faß in allen Städten merklich waren. Die Erscheinung des Albini vor Venedig ist ein Beleg dessen und zeigt, welch' ein perfides Benehmen die prodi Italiani e in vera spada d'Italia auch jetzt noch, bei den Friedensunterhandlungen, beobachten.

Es ist nun kein Zweifel mehr, daß er mit seiner Flotte wieder erschienen ist, um bei dem verunglückten schlechten Ausgange der Dinge in Wien gleich bei der Hand zu sein und loszuschlagen. Man kam Gaissians auf die Spur, welche in den Adriane Küstenstädten agirten, um einen Landungsversuch vorzubereiten. Die Sache in Wien sei anders aus, als gewisse Leute es gewollt hätten, und so bleibt es in Zweifel beim Alten; indessen wurde vom Urlaub aus einige Militair zur Verstärkung der Garnison angewiesen, und auch die Küste im Görzer-Kreise dürfte von Truppen bisher versehen. Albini soll in Venedig 3 Bataillone Truppen an's Land gesetzt haben, und eben diese sollen es verstehen sein, welche den Aufstall aus Malghera machten. Dieser Aufstall war übrigens gut vorbereitet und mit den Insassen von Mestre abgeharret; denn als sich die Bürgerschaft beim Generale Zichy wegen ihrer Verstärkungen zurückzogen, plünderten sie Mestre nur zum Schein, sie nahmen nämlich just nur das auf den Marke in ungewöhnlicher Menge gebrachte Schlachtvieh und die in den Häusern aufgehäuft gewesenen Lebensvorräthe mit, was dahin denket, daß die Mestriner absichtlich viel Lebensmittel zusammele hatten, um die Einquartirung Venedigs zu erleichtern. Bei diesem Aufstalle waren auch Kanonier Bombardierkorps, welcher einen Fuß verlor, und anwurtet werden mußte. Unsere Artillerie hat sich bei dieser Gelegenheit wieder sehr ausgezeichnet, denn nach Venetianer-Blättern sollen blos durch Kanonen- und Kartätschen-Kugeln 160 Mann getödtet worden sein, die Anzahl der übrigen Gefallenen ist nicht bekannt. Das wüste Verlust bezeugen wir, da bereits anderweitig bekannt geworden. In Venedig hat es noch immer viel gährung, ist gestern eine drohende Kanonade wegen des Anbetens aufrührerische Plakate so schnell gedämpft war; das Österreichische Artillier wurde voran auf allerlei Art gereizt und wußte sich Vieles gefallen lassen, um nicht einen ernsten Konflikt herbeizuführen; da das morte ist Todeschi jedoch mit zu großer Frechheit vielleicht den vorherrschenden Gelüsten zuvorkommen wurde, so ließ der Kommandant endlich einen der Hauptschreier bei frischer That ergreifen und auf öffentlichem Platze mit 25 Stockstreichen züchtigen. Dies wirkte so vortrefflich, besser als ein Arrest, ein Erschießen ꝛc., daß jetzt kein Mensch sich mehr beikommen läßt, das Militär zu necken. General Baron Kolly, (nicht der Festungskommandant von Boschiera) hat eine andere Bestimmung erhalten, und ihm folgte G. M. v. Somaruga von Bozen. Im Venetianischen liegen jetzt 8 Bataillone Infanterie, 1 Regiment Kavallerie, 3 einfache, 1 Raketen-Batterie. Zucht, der neue päpstliche Kriegsminister, sandte mit dem Dampfschiffe Morenigo, welche 16 päpstliche Artilleristen unter ihrem Hauptmanne Caruano von Ravenna aus nach Venedig brachte, auch den Hauptmann Ercole Rugieri dahin, um die Bedürfnisse der dort befindlichen päpstlichen Truppen aufzunehmen und in Folge dieses Ereignisses Einiges zu lernen und die weitern Anordnungen zu treffen. Auch das päpstliche Dampfschiff Roma wurde wieder nach Venedig gesandt, um es für die Republik herzurichten zu können. Diese Alles geben Venetianer Blätter, jedoch es damit seine Richtigkeit haben muß. So versichert man von Seite bekommender Fremden: Daß in der Bewegung, in der Stimmung der Gemüther Einiges spenden scheine, ist doch der Mangel an Geld bei der enormen Auflage für die Menge Truppen sehr bedeutend; die Regierung kann sich daher genöthigt, alle Bedürfnisse ohne Unterschied, welche mehr als 200 Lire monatlich betragen, einem Abzuge von 50 Prz. zu unterwerfen; die geringeren Besoldungen erleiden einen Abzug von 10 bis 30 Prozent. Gestern Abends ging von Verona, dahin es auch in Vicenza, Padua, Treviso, Brescia und im Veltlin lobrechen sollen; nur in Cibiarenna ergötze ein Ausdruck, in Udine, Vicenza blieb es bei diesen Worten; in Vicenza wurde auf der berühmten Höhe Maria del Monte, dessen Erbauung durch unsere Truppen so glänzend war, ein Galgen errichtet, und dieß allein genügt den Venetianern, sie in der Hoffnung zu stärken, daß Venedig nicht allein stehen. Daß selbe Verzeichniß der Kirche Maronna delle Grazie, welcher schon längere Zeit auszuberreiche Reden hielt, und als das Haupt einer Bewegungspartei erkannt war, verhaftet, und da er sich der an ihn gesandten Patrouille mit einem Stilet — da doch Niemand in Italien Waffen tragen darf — widersetzt hatte, standrechtlich behandelt und am 26. Oct. in Verona füsilirt. In Padua und Udine fanden Verhaftungen und Verurtheilungen mit den vorherrschenden Militär-Rücken war auch gestlich genug entdeckt. Nur in Cibiavenna kam es zum Ausbruche, was wohl dem Umstande zuzuschreiben ist, daß diese Stadt an der Schweizer-Grenze liegt, von wo aus jede Bewegung leicht gesteuert werden konnte, wo sie leichte entdeckt zu werden. (Wie kommt die Ausländerschen für die verbrecherischen Unternehmen gezüchtigt wurden, ist unseren Lesern bereits bekannt.)

Mantua. Das Offizierskorps der hiesigen Garnison hat einen Aufruf an die italienische Armee erlassen, welchen ich Ihnen hier mittheile, indem dieses Aktenstück für Ihre Leser von großem Interesse sein dürfte, da es der getreue Ausdruck der bei dieser Armee herrschenden Gesinnung ist, und auch in allen andern Truppenkörpern Anklang finden wird.

„Kameraden! Die Ereignisse, welche seit dem Monate März zu Wien, Mailand, Prag und Pesth statt hatten, müssen jeden wahren Patrioten mit tiefer Entrüstung erfüllen; indem eine durch fremdes Geld bezahlte Partei es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Zerrümmerung und Auflösung der seit vielen Jahrhunderten glorreich in den größten Stürmen der Zeit bestandenen Monarchie herbeizuführen, angeachtet der von Sr. Maj. unserem vielgeliebten gnädigsten Kaiser Ferdinand dem Gütigen konstitut. Verfassung, die durch einen volksthümlichen Reichstag auf der breitesten Grundlage berathen und auf gaardeiret werden soll. Diese Partei, der weder Achtung vor dem Gesetze, noch Vaterlandsliebe und Ehrenhaftigkeit zugestanden werden kann, verfolgt mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einer zügellosen Freiheit, in und außerhalb des Reichstages, und durch bezahlte aufgeregte Emissäre nach den Provinzen und zur Armee ihren Zweck; um ersteren durch jesuitisch-glatte Worte und Versprechungen, so wie durch die Furcht vor dem Gespenste, Reaktion genannt, von ihrem eigenen und den zum Bestande der Gesammtmonarchie nöthigen Interesse abzuziehen, während sie bei der Armee durch das verabscheuungswürdigste Mittel der Bestechung die bestehende Treue für den Monarchen zu erschüttern sucht, um durch Verwirrung die Untergrabung des Staatsgebäudes herbeizuführen; — so wie durch Hohnsprechung aller Gesetzlichkeit civilisirter Nationen ihren vorgesetzten Zweck zu erreichen. Ja, diese Partei hat sich sogar erfrecht, die Absetzung unseres vielgeliebten allverehrten Feldherrn und Führers vom Reichstage zu verlangen. Endlich hat sie durch das Attentat gegen den von der Armee so hochverehrten guten Kriegsminister, Grafen Latour, ihren Scharfrichter den Krone aufgesetzt, und dadurch den Gipfelsche Lesterreichs und deren Völker die unauslöschbarste Schmach bereitet. Der verhängnißvolle 6. Oktober sammt seinen unseligen Folgen hat und auf das tiefste erschüttert und unsern Entschluß zur Reife gebracht, — welcher darin besteht: uns gleichfalls der von Sr. Majestät dem Kaiser dem Gesammtvolke zugesicherten Freiheit der Presse zu bedienen, um die Umtriebe auf unsere Ehre und Pflichtlosmuß, welchen wir nicht allein täglich durch die maßlosen Interpellationen dieser Partei im Reichstage ausgesetzt sind, mit einer männlichen würdigen Sprache entgegenzutreten, — da es ein Verbrechen gegen das Vaterland und gegen unsere Ehre wäre, länger in der bisherigen Weise, in welcher wir bis jetzt, auf unser gutes Recht fußend, in Unthätigkeit verurtheilt waren, noch länger zu beharren. Wir ehren auch auf, Brüder und Waffengefährte der tapfern italienischen Armee! Auch mit uns zu vereinigen, um auf gesetzlichem Wege eine Adresse an die Völker Österreichs zu erwerben, in welcher wir unsere gerechten Wünsche niederlegen, da wir weder Vertreidiger unserer guten Rechte im Reichstage noch in der unser vertretirschen Einflusse sicheren Presse haben, sondern unsere Vertheidigung gegen die Einflüsse selbst zu führen. Wir legen Euch hiermit unsere unumgehbliche Meinung zur Beurtheilung vor, und glauben Folgendes mit Fug und Recht zur Wahrung der Ehre der österreichischen Armee, im Angesichte der Welt sordern zu können. Der Artikel der „Allgemeinen Augsburger Zeitung" essete Beil. v. 12. Oct.) gibt ein Resultat von der Gesinnung der Kriegerstand, durch welche besonders die nächste Umgebung desselben, so wie die wachhabenden Offiziere und Mannschaft des Kriegsgebäudes der Freiheit und des Verrarks beschützet werden. Ferner wird darin das Grenadierbataillon Richter als die liebste obigen Artenats, und dessen Benehmen als eine entehrende, die Annalen der österreichischen Armee beschändende Thatsache bezeichnet. Es ist daher in Folge dieses Artikels Jedermann sehr bei seinen Ehre in der Nähe des Kriegsministers gewesenen höheren und Subalternoffiziere auf, sich gegen diesen ihre Ehre und ihren Muth in Zweifel ziehenden Artikel zu verwahren, und zu diesem Behufe von einem unparteiisch zusammengezogenen Kriegsgerichte ein ehrlich bestätigte Protokoll anfertigen zu lassen, und sich von dieser schändlichen Anklage zu reinigen. Wir erklären ferner, daß wir an dem von unseren erlauchten Feldherrn Erzherzogs Karl's glorreichen Angedenkens im Offizierseglement §. 6 ausgesprochenen Grundsatze, worin es heißt: „Sein Ehrenkleid leidet keinen Flecken", festhalten wollen, und glauben, daß dieser Grundsatz wohl auch in der konstitutionellen Monarchie seine Geltung behalten dürfte. In Folge dessen fordern wir: daß die wachhabenden Offiziere und Mannschaft des Kriegsgebäudes, — so wie das Grenadierbataillon Richter vor ein Kriegsgericht gestellt und ganz nach der Strenge der Gesetze zur Verantwortung gezogen werden, damit sie ihre Handlungen selbst rechtfertigen können. Dasselbe Verlangen stellen wir an jene Offiziere und Truppen, die nach Urbalt des Manifestes St. Maj. des Kaisers nicht zu ihren Fahnen zurückkehren, sondern meineidig bei den Meuterern und Anarchisten verharren. Ferner erklären wir die Mitglieder der von dem Reichstag zu Wien am 6. Okt. an den Kriegsminister abgesendeten Deputation für treffen Tod sie in so ferne verantwortlich, als sie durch ihr Benehmen den Meuterern bewaffnete Hilfe, die zum Schutze ihrer Person gerroffenen Maßregeln aufzugeben, und er hierdurch das Opfer einer fluchwürdigen, blutstürtigen, durch fremdes Gold bezahlten Rotte wurde. Auch fordern wir den Reichstag auf, eine öffentliche und ausführliche Erklärung über die Plünderung des kaiserlichen Zeughauses abzugeben, indem auf sein Geheiß von den mutvollen Vertheidigern geraubt und einem ruchlosen Pöbel Preis gegeben wurden, die sie der Armee durch Jahrhunderte mit so vielem Blute zur Ehre der Nation erkauften Trophäen geraubt und profanirt zu sehen. Wir glauben um so mehr hierzu berechtigt zu sein, da dieses ihrem Gut, selbst von dem größten Feldherrn seiner Zeit, Napoleon, bei der Besitznahme von Wien, in dem denkwürdigen Jahre 1809 mit der größten Pietät behandelt wurde, indem er es der Armee unversehrt zurückließ. Dann glauben wir auch den Wunsch aussprechen zu dürfen, daß künftighin die Armee in den Reichstag ihre Vertreter zu senden berechtigt wird, da Niemand in dieser Versammlung sitzt, der gründliche Kenntnisse der Einrichtungen der Armee hat, — und der einzige Vertreter derselben, der gemeldete Kriegsminister, durch grundlose, von blos Neid und Haß gegen ihn entsprungene Interpellationen bis zur tiefsten Indignation gereizt wurde. Diese gerechte Maßregel würde auch künftighin dazu dienen, einer ähnlichen Katastrophe vorbeugen. Endlich möge der Reichstag bedenken, daß es seine heiligste Pflicht ist, jeden Stand in seiner Freiheit zu schützen, wir fordern daher, daß auch die Armee in Zukunft gegen die schändlichen Angriffe und die Herabwürdigung, mit welcher die Presse das Volk gegen die Armee mit dem Gespenste der Reaktion auf,

fuchtel, durch ein kräftiges Preßgesetz gezähmt werde. Auch wir sind Männer aus dem Volke, und wissen die gesetzliche Freiheit zu würdigen! Wir wissen daher die Beschuldigung der Reaktion mit Indignation zurück, und erklären, daß wir mit allen und zu Gebote stehenden Mitteln zur Aufrechthaltung des konstitutionellen Thrones und der gesetzlichen Freiheit beitragen, und jeden innern und äußern Feind mit Muth und Bedarrlichkeit bekämpfen werden. Wir können dabei, daß sich im Reichstage noch Stimmen finden werden, die den Muth haben, sich der Armee, die doch auch einen Theil des Volkes bildet, mit Wärme anzunehmen, damit ihr die gewünschte Gerechtigkeit zu Theil werde. Dieses, Brüder und Waffengefährten der italienischen Armee, der wir stolz sind anzugehören, sind unsere Wünsche, in deren Namen wir es Euch hiemit einladen. Es sind Wünsche, deren Gewährung wir mit Fug und Recht verlangen können, da wir nicht allein aus den Bestandtheilen sämmtlicher, die österreichische Monarchie repräsentirenden Völker bestehen, sondern auch durch unsere heldenmüthige Ausopferung, unter Anführung unseres allverehrten Vaters und Feldherrn, die Monarchie gerettet und vom äußeren Feinde befreit, daher die gerechtesten Ansprüche haben, unsere Forderungen gewährt zu sehen. Durch unsere Thaten haben wir es der Welt bewiesen, daß auch die alte Tapferkeit in unsern Reihen wohnt, und die Anerkennung und Bewunderung der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt, so wie selbst fremder Völker mag und zu neuen Thaten begeistern, wenn das Vaterland welche von und fordern. Mit Bedauern mußten wir jedoch die traurige Erfahrung machen, daß der österreichische, zu Wien tagende Reichstag nicht einige Worte des Dankes fand, um uns für das vergossene Blut und die hingebende Aufopferung zu danken, mit der wir treu, unseres Eides eingedenk, mit patriotischer Hingebung unseren Fahnen folgten. Wie tief uns dieser Undank des Reichstages betrübte, mag jeder, der noch patriotisches Gefühl in seiner Brust innwohnen hat, bemessen. Wir schweigen, überzeugt, daß die Geschichte, das allgemeine Weltgericht, auch diese Männer des Reichstages einstens nach Verdienst beurtheilen wird. Mantua, 16. Okt. 1848. Im Namen des Offizierkorps: Calm m. p., Hauptmann im 6. Garnisonsbataillon. Fluthammer m. p., Hauptmann im k. k. Mineurkorps."

(Oester. Bl.)

Italien.

Das in Turin versammelte italienische „Vorparlament" hat folgenden Entwurf einer Bundesverfassung für Italien angenommen: „In der Absicht, die Einheit des politischen Lebens von Italien zu begründen, die Unabhängigkeit desselben festzustellen und zu vertheidigen, den innern Frieden aufrecht zu erhalten, die politischen Freiheiten und die nützlichen bürgerlichen Institutionen zu schützen und zu vervollkommnen, den Ackerbau, die Industrie und den Handel zu fördern, vereinigen sich das Königreich von Oberitalien, das Großherzogthum Toskana, der Kirchenstaat, das Königreich Neapel und das Königreich Sizilien zur Errichtung eines italienischen Bundes, und zwar auf folgenden Grundlagen: 1. Der Bund hat eine Armee, eine Kriegsflotte, einen Schap und eine diplomatische Vertretung im Auslande. 2. Die Fahne des Bundes ist die italienische Trikolore. 3. Der Bund ist durch eine Zentralgewalt repräsentirt, die aus einem gesetzgebenden Kongreß und einer vollziehenden Gewalt besteht. 4. Der gesetzgebende Kongreß theilt sich in zwei Kammern. In der einen ist jeder Staat gleichmäßig repräsentirt, in der andern nach Verhältniß der Bevölkerung. Beide Kammern sind Wahlkammern. Die Wahl der ersten steht den konstituirten Gewalten jedes Staates zu, die der andern dem Volke. Zu diesem Ende wird eine konstituirende Versammlung ein gemeinsames Wahlgesetz erlassen. 5. Die Exekutivgewalt besteht aus einem verantwortlichen Vorsteheren mit einem gleichfalls verantwortlichen Ministerrath. Die Minister werden vom Präsidenten ernannt. 6. Es steht dem Kongreß zu, über alle Fragen, die ein allgemeines Interesse des Bundes betreffen, Anträge zu stellen und Berathung vorzunehmen. 7. Der Kongreß hat ferner das Recht zu intervenieren 1) im Fall eines Konflikts zwischen einem einzelnen Staat des Bundes und dem Auslande; 2) im Fall einer wichtigen Anfrage zwischen zwei Staaten des Bundes; 3) im Fall von Unordnungen in einem Staate des Bundes, sofern die konstituirten Behörden desselben außer Stand wären, den Bürgerfrieg zu verhindern; 4) im Fall einer Verletzung des Bundes. 8. Zwischen den einzelnen Staaten des Bundes bestehen keine Douanen. Das gemeinsame Zollsystem des Bundes gegenüber dem Auslande soll auf den Grundsätzen des freien Handels beruhen, augenaffene Einschränkungen vorbehalten. 9. Das Gesetz wird für Errichtung eines obersten Bundestribunals sorgen, für Administration der Gerechtigkeitspflege und für streitige Fälle des Staatsrechts, oder solche zwischen einem einzelnen Staate und der Zentralgewalt. 10. Der Bund erkennt folgende Grundrechte in allen einzelnen Territorien: 1) Die Freiheit der Presse; 2) individuelle Freiheit; 3) die ausschließlichen Rechtsgarantien; exzeptionelle Gerichte und Prärogative sind unstatthaft; 4) freie Munizipalinstitutionen; 5) individuelles und kollektives Petitionsrecht; 6) das Assoziationsrecht; 7) Gleichheit der politischen und bürgerlichen Rechte ohne Unterschied der Religion; 8) die politische Freiheit garantirt durch repräsentative Verfassungsformen und das Anklagt der Bürgerwehr; 9) die ministerielle Verantwortlichkeit; 10) Entlastung des Grundeigenthums; 11) Verbesserung des Volkunterrichtswesens und des öffentlichen Armenwesens; 12) Reichlichkeit der Rechtspflege und der politischen Rechte; 13) Zulässigkeit des Bürgers des Bundes zu allen Aemtern in allen Staaten des Bundes; 14) allmähliche Gleichheit der Rechtsverhältnisse zwischen den Bürgern der verschiedenen Staaten; 15) Abschaffung der Todesstrafe wegen politischer Verbrechen." (Eing. Z.)

Frankreich.

△ Paris, 18. Nov. Man verschierte heute an der Börse allgemein, die Regierung werde schon in den nächsten Tagen der Nationalversammlung ankünden, daß sie außer der bereits vorgeschlagenen Vereinigung der Armee um 55,000 Mann, noch die Entlassung von 50,000 Mann beantragen wolle; überdieß wurde hinzugefügt, daß der Finanzminister die Aufrechthaltung der Salzaufsahe verlangen werde. — Im Bezug auf das von Hrn. Favet, Bischof von Orleans erlassene Kunstschreiben zu Gunsten der Kandidatur des Generals Cavaignac haben Hr. Sibour, Erzbischof von Paris und Hr. Parisis, Bischof von Langres, Schreiben erlassen, worin ihm Klerus als solchen jede Wahlagitation als außer seinen Bereiche liegend abgesprochen wird. Auch Abbe de Blanc spricht sich in einem Schreiben dahin aus. — Bei Ludwig Bonaparte sinden täglich Versammlungen statt; in einer derselben, die in den sünsten Tagen stattfand, war von folgender Ministerliste des zukünftigen Präsidenten die Rede: Hr. Odilon Barrot Vorsitzer; Hr. Pierer Bonaparte Inneres: Marschall Bugeaud Krieg: Hr. A. Fould Finanzen: Hr. Vieillard Öffml. Unterricht; Hr. Abbatucci Justiz; Hr. Leon Faucher Handel; Hr. Lyon de Maiville öffentliche Arbeiten: Hr. Lacrosse Marine. — In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung hat bei Gelegenheit der Genehmung des Bankets zu Toulouse wieder eine skandalöse Szene stattgefunden. Hr. Wald wegen sich so weit, ein Mitglied der Versammlung als Mr. Durch (Polizeispion) zu bezeichnen! Hr. Wald wurde hierüber zur Ordnung gerufen. — Der Expair Montesquieu äußerte sich jüngst bei einem demokratisch sozialen Bankette gegen die Erwählung Ludwig Bonaparts, die er als eine unermeßliche Schmach bezeichnete, und deren nothwendige Folge der Aufstand sein müsse, der alsdann zur „Wildheit" würde! Man hat diese Aeußerung mit großem Beifalle aufgenommen. — So eben erfährt man auch Hr. Cavaignac das Ministerium, die Kandidatur Cavaignacs bei den protestantischen Pastoren zu empfehlen, zurückgewiesen hat.

Spanien.

" Madrid, 12. Nov. Die amtliche „Gaceta" bringt heute die Ernennung des Herzogs von Gor zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am k. k. Hofe zu Wien, und die des Marquis de Valtegamas in derselben Stellung am k. preußischen Hofe.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 9. Nov. Unsere Zeitungen enthalten einen ausgedehnten Bericht aus dem Kaukasus. Daselbst hatte Schamil mit seiner Hauptmacht die russische Festung Akti angegriffen und belagert. Die Festung hielt sich, bis sie der Fürst Argutinski am 4. Oktober entsetzte. Die Tschetschenzen hatten 7000 Mann Infanterie und eine ausserordentliche Kavallerie, wurden jedoch geschlagen und ließen drei Fahnen, 300 Todte und 70 Gefangene zurück, außer 144, die noch auf dem Rückzuge fielen. Die Russen verloren nach dem amtlichen Bericht nur 15 Mann außer den Verwundeten. Der Fürst Argutinski Dolgoruk hat den St. Alexander Newski-Orden. Der Oberst Lazarew hat den Rang eines Generalmajors und 1200 R. S. und jeder Gemeine, der im Kampfe war (außer dem Ehrenzeichen) 1 R. S. (1 fl 52 kr.) erhalten. (Schw. M.)

Nachschrift.

Eine blutige Schandthat hat Rom befleckt! Auch Rossi, der muthige tatenvolle Minister, die festeste Stütze des Papstes, der Schild der Ordnung zu Rom, ist unter dem Mörderdolche der Anarchisten gefallen. Er ist am 15. Nov. auf dem Wege zur Wiedereröffnung der Deputirtenkammer auf der Treppe des Palastes selbst durch einen Dolchstich, der die Pulsader am Halse abschnitt, Angesichts der Schildwachen und der Sbirren — ermordet worden! Den Mörder, einen jungen Burschen, ließ man entkommen. Morgen das Nähere.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 21. Nov. Oesterr. 5proz. Metall. 69, 4proz. 55¼, 3proz. —, 2½proz. 35⅜. Bankaktien 1125. G. 500 fl.-Loose 118 B., 250 fl.-Loose 79¾. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine — —. Staatsschuldscheine 3½proz. 75½, — Bayer. 5proz. 74½. — Badischer Bertrag 64½. — Württemberg. 3½proz. 73¼, 4½proz. 92½. Bad. 3½proz. 71½. Lotto-Anlehen à 50 fl. 45½, 35 fl.-Loose 25¼. — Darmstadt. 3½proz. 74½. 4proz. 85. Lotto-Anlehen von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 21¾. — Kurhessl. Friedr.-Wilh.-Nordb. 38¾, 40 Thlr.-Loose 25¼. — Nassau. 3½proz. 79½. 2½ fl.-Loose 20¾. — Frankf. 3proz. 78. 3½proz. 91, 87, Taunusbahn 268. Holländ. Integr. 46. — Span. 3proz. innere Schuld 17¼. — Pol. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 68¼. — Sard. 36 Fr.-Loose 25½. Disc. 2.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Donnerstag, den 23. November 1848.

Aus Berlin.

Der Staatsanzeiger vom 20. November bringt in seinem amtlichen Theile den folgenden Erlaß des Staatsministeriums an sämmtliche Regierungen: Es wird der Königlichen Regierung schon bekannt geworden sein, daß von Seiten desjenigen Theiles der zur Verfassungs-Vereinbarung einberufenen Versammlung, welcher, die Botschaft Sr. Majestät wegen der Verlegung nach Brandenburg unbeachtet lassend, ohne Theilnahme der Vertreter der Krone ihre Zusammenkünfte hier fortgesetzt hat, nächst Anderem auch der Beschluß gefaßt worden ist, daß bis zur Zurückkunft der von der Regierung getroffenen Maßregeln alle und jede Steuerzahlung zu verweigern sei. Wenn auch voraussetzen ist, daß dem gesunden Sinne des Landes die formelle und materielle Ungültigkeit eines Schrittes wohl einleuchten wird, der in seinen weiteren Folgen das ganze Land in einen Zustand völliger Gesetzlosigkeit und in unabsehbare Verwirrung führen würde, so hatten wir uns dennoch verpflichtet, die Königliche Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn und wo sich wider Verhoffen irgend eine Verwirklichung des vorgedachten Antrufs kundgeben sollte, hiergegen ohne Verzug und nöthigen-Falls, wenn eine vorgängige Belehrung über die schweren strafrechtlichen Folgen einer solchen Widersetzlichkeit fruchtlos bleibt, mit Anwendung der strengsten Zwangsmittel einzuschreiten ist. Die sämmtlichen Truppen-Befehlshaber sind angewiesen, den desfallsigen Requisitionen der königlichen Regierung und der von ihr für diesen Zweck zu bezeichnenden Kommissarien zu genügen. Dabei aber bleibt der königlichen Regierung ganz besonders empfohlen, dafür zu sorgen, daß die wegen eingetretener Widersetzlichkeit anzuordnenden Zwangsmaßregeln nicht auf die Beitreibung solcher Steuerbeiträge ausgedehnt werden, welche nur wegen des Unvermögens der Steuerpflichtigen in Rückstand geblieben sind, indem es, wenngleich die dermaligen bedeutenden Ausgaben der Staatskasse den unstatthaften und unverkürzten Eingang der Steuern sehr wünschenswerth erscheinen lassen, dennoch ganz außer der Absicht liegt, die Rückstände der Steuerung mit Milde gegen bedrängte oder durch Unglücksfälle betroffene Steuerpflichtige außer Augen gesetzt zu sehen. Diesem entsprechend, werden daher auch die durch angeordnete außergewöhnliche Zwangsmaßregeln verursachten Kosten nur auf diejenigen Steuerpflichtigen zu vertheilen sein, welche die schuldigen Steuerzahlungen aus Widersetzlichkeit nicht geleistet haben. Berlin, den 18. November 1848. Das Staatsministerium. Graf von Brandenburg. Ladenberg. Manteuffel. v. Strotha. von Rintelen.

△Berlin, 19. November. Auch in der Buchdruckerei von Zehndrich und Comp. soll durch nächtliches gewaltsames Eindringen, Zerstören der Dampfpresse u. s. w. eine Verletzung der Habeas corpus-Akte vorgekommen sein, und auch dieser Fall gleich dem im Hoyl'schen Hause ist der Staatsverordneten-Versammlung zu weiteren Maaßnahmen vorgelegt. Bei der bevorstehenden Besetzung der Oberbürgermeisterstelle sollen die Stadtverordneten vorzüglich auf Linder reflektiren wollen. Morgen oder übermorgen, nachdem man sich darüber mit dem Magistrate verständigt, wird darüber berathen werden. — Alle charakteristisches Zeichen, wie sehr sich vor einigen Tagen die zurückgebliebenen Abgeordneten bereits als die unumschränkten Herrn des preußischen Staates betrachten, theilen wir hier noch sehr guter Quelle die Bedingungen mit, welche sie durch das Organ des Herrn v. Unruh dem Reichsministerium Auerswald als die Grundlagen einer Annäherung vorschreiben wollen. 1. Abdankung des Königs. — 2. Verpflichtung des Prinzen von Preußen vor seiner Thronbesteigung, alle schon gefaßten und noch zu fassenden Beschlüsse des zurückgebliebenen Theils der Nationalversammlung anzuerkennen und auszuführen. Heute freilich mag der Souveränitätsrausch der Getreuen des Herrn von Unruh in etwas verflogen sein, denn das Rumpfparlament ist als in der vollständigsten Auflösung begriffen zu betrachten, und es giebt die grenzenlose mit sehr unparlamentarischer Heftigkeit sich kund gebende Unzufriedenheit unter ihnen im Kleinen einen Vorgeschmack von der Anarchie, die sie im Großen dem Lande bereiten würden, wenn dies wirklich so thöricht sein sollte, ihren Beschlüssen Folge zu leisten. Es soll unter den verschiedenen Fraktionen ein so heftiger Krieg ausgebrochen sein, daß bisher wenigstens alle Vermittlungsversuche gescheitert sind. — Die Nachricht, daß der vereinigte Justizhofs- und Criminalsenat des Kammergerichts am 17. d. beschlossen „in Betracht der Ungesetzlichkeit des Belagerungszustandes von Berlin und in Anerkennung des Rechts der Nationalversammlung sämmtliche Projekte im Geschäftsbetrieb des Kammergerichts zu sistiren" können wir durch die Thatsache widersprechen, daß am 18. das Kammergericht noch in voller Thätigkeit war. — Auch die Aubiteure der hier garnisonirenden Truppen sollen sich entschieden geweigert haben, Kriegsgericht über Personen vom Civilstande abzuhalten, welche wegen Uebertretung der Wrangelschen Anordnungen verhaftet sind. Sie sollen indessenden hervorgehoben haben, daß §. 18 des Militärstrafgesetzbuches von 1845 auf die gegenwärtige Lage Berlins durchaus keine Anwendung finden kann, wenn gleich Wrangel in seinen Proklamationen sich darauf beziehe. Wrangel hat zur Beseitigung dieser Bedenken eine von sämmtlichen Ministern contrasignirte Kabinetsordre erstehirt, wonach der General Wrangel autorisirt wird: kriegsgerichtliche Erkenntnisse, selbst wenn sie auf den Tod lauten, bestätigen und vollstrecken zu lassen. Es soll dies übrigens in der Gesinnung der Aubiteure keine Aenderung bewirkt haben. — Die in der Speuer'schen Zeitung enthaltene Nachricht über ein Ministerium Camphausen, Grabow ꝛc. endehrt vor der Hand jeder Begründung. — Von den aus den Centren zurückgebliebenen Abgeordneten haben sich etwa 50 — 60 bereit erklärt der Rechten nach Brandenburg zu folgen.

Berlin, 19. Novbr. (Constitutionelle Korrespondenz.) Die Berliner Bürgerwehr hat 500 Vertrauens-Männer aus ihrer Mitte in die Provinzen geschickt, um letztere werden mit Recht nach der Veranlassung fragen, welche ihnen die Ehre einer so unerwarteten Gesandtschaft verschafft hat. Sollten diese fünfhundert „Krieger" auch über das Land den kröftigen Geist verbreiten, der die tapfere Bürgerarmee der Hauptstadt so lange beseelt hat und durch den sie am 14. Juni, am 21. August, am 31. Oktober und bei den zahlreichen geringeren Veranlassungen sich so glänzend bewährte? Nimmermehr, denn es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn man in den Provinzen die weise Mäßigung predigen wollte, deren die Besitzer Berlins sich allemal befliffen, wenn sie sich überhaupt einmal dazu verstanden, das souveräne Volk in seinen öffentlichen Versammlungen, als Waffenplatzinhaberinnen, Hausherrenwesten und Belagerten der Nationalversammlung zu stören. Dieser humane Geist, diese dramatische Scheu vor Blutvergießen steht längst auch in der Provinz, und wer daran zweifeln möchte, den verweisen wir auf das unverdächtige Zeugniß der Kölner Frauen und Jungfrauen, welche im Sept. ꝛc. der Militärbehörde die Waffen hingetragen hatten, die ihre Männer und Brüder nicht zu führen verstanden. — Wollen die 500 Vertrauensmänner etwa Unterricht im Scheibenschießen ertheilen, eine Kunst, in der es unsere Bürgerwehr zu einer solchen Ballommeisterei gebracht hat, daß sie in den paar Sommermonaten allein 8, wir schreiben acht! Menschen erlegt hat, welche die nahrungslose Zeit genützigt hatte, sich als Scheibenwarter bei ihnen zu verdingen und so einem binnde gewissen Tode entgegen zu sehen? — Oder haben die 500 Vertrauensmänner einen andern Zweck als die bewundernden Provinzen die Vordern aufzumun zu lassen, mit denen jetzt eine dauerbare Demokratie das ehrsame Justinut umkränzt? Nichts von alledem. Unsere 500 fahrenden Ritter haben die bescheidene Mission, sich mit den Provinzen zu verständigen, dieselben über die enten Bestrebungen der Berliner Bürgerwehr aufzuklären. Wir hoffen, daß sie den Umfang finden werden, dessen sie würdig sind, aber auch wir fürchten, daß dem Lande noch nicht genügende Aufklärung geworden ist über das Wesen der Volksbewaffnung an der Spree, denn der Erlaß ihrer Auflösung ist nicht so motivirt, wie wir es gewünscht hätten. Warum haben sich auch die Minister eines so gehässigen Grundes bedient, als des der so natürlichen Weigerung, die nach dem 2. Nov. noch fortlagernden Depositen auszuantworten, wo ihnen so viele andere triftige Gründe zu Gebote standen? Warum haben sie nicht gesagt: Wir lösen euch alle auf, weil ihr frige die mit ihrarem Blute erkauften Trophäen im Zeughause plündern ließet

und vor einer Hand voll Gesindel weiße Tücher auf eure Bayonette steckt; wir sehen euch auf, weil ihr nicht allein eure eignen Minister, sondern selbst die bei ihnen zu Gast geladenen Gesandten fremder Mächte angetrunken insultirten und mit Pfundsteinen bewerfen ließt ebenfalls von einer Handvoll Gesindel, das 50 „Männer“ zu Paaren getrieben hätten; wir lösen euch auf, weil ihr es gelitten, daß der Pöbel eurer Stadt die Abgeordneten belagert hielt, welche das Land eurer Ehre vertrauend, in eure Mitte gesandt hatte; wir lösen euch auf, weil ihr selbst durch sattsiche Erklärungen auf die Beschlüsse dieser Abgeordneten eingewirkt habt, weil ihr gedroht, da wo ihr Gutes sollte, wir lösen euch auf, weil es euch an Muth oder gutem Willen gefehlt, öffentlichen Scheiterhaufen anzuzünden und weil ihr euch dennoch dagegen sträubt, daß Leben und Eigenthum durch das Einrücken einer Besatzung gesichert werde; wir lösen euch auf, weil ihr nicht würdig seid der Waffe, die ihr getragen, und geben euch statt ihrer — einen Spinnrocken! — Keiner Maßregel des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel können und wollen wir das Wort reden, nur diese eine — die Auflösung der Berliner Bürgerwehr — billigen wir nicht allein, nein, wir jauchzen ihr zu aus vollem Herzen! Ein Flecken weniger ist weggewischt von der Ehre des preußischen Volks!

⊙ Berlin, 19. Nov. In den Parteiversammlungen ist von der Linken der Nationalversammlung folgende Proklamation beschlossen worden, die die einzelnen Abgeordneten nach ihren Wahlkreisen senden: „Die Nationalversammlung hat gegen die ungesetzlichen Gewaltmaßregeln des Ministeriums Brandenburg an das preußische Volk appellirt und Millionen haben geantwortet. Mit einstimmigem Jubel hat man unsere Beschlüsse für die Ehre und Freiheit des Vaterlandes anerkannt. Auch die Krone hat die Volksstimme anerkennend sich zu ergeben. Es ist geschehen und man sperrt den König ab vom Volke! „Man könne nicht zugeben,“ hat der Minister Brandenburg die Stirne öffentlich zu sagen, „daß das Gefühl des Königs weich gemacht werde!“ Eure Adressen werden nicht überreicht, Eure Deputationen nicht vorgelassen. Der König ist nicht mehr frei, von einer verbrecherischen Schaar bewacht, die ihm die Berathungen des ganzen Landes gefangenschaftlich verbirgt, um Thron und Vaterland ihren hochverrätherischen Plänen zum Opfer zu bringen. Der Sitzungssaal, die Bureaux der Nationalversammlung sind zu Wachtstuben geworden, unser Archiv, die wichtigsten Dokumente, darunter über 12,000 Petitionen aus allen Theilen des Landes werden von den Soldaten, den verbindeten Söhnen des Vaterlandes, zerrissen, umhergeworfen; man hat die Herausgabe dieser Papiere unserem Präsidenten wiederholt verweigert. Was sind diese Menschen die Wünsche, die Rechte und Freiheiten von 16 Millionen Preußen! Und wie man Eure Petitionen mit Füßen tritt, so bringt man mit Bajonetten in die Berathungen Eurer Vertreter, bricht ohne Scheu die vom Könige selbst publizirten Gesetze über den Schutz der persönlichen Freiheit, das Hausrecht, und verhängt Belagerungszustand und Standrecht, wo die geheiligten Personen der Abgeordneten tagen. Ein Treubruch, so schmählich und offenbar, wie ihn die deutsche Geschichte nicht kennt! Lügen, Verdrehungen aller Art, gehen in amtlichen Erlassen in das Land, die Zeitungen werden gezwungen, ihnen ihre Spalten zu öffnen, während man die Stimme der Wahrheit in der Presse mit drohender Gewalt erstickt. Aber es hat ihnen nicht geholfen! Die Nationalversammlung harrt muthig aus, und die Plätze der Deputirten, welche pflichtwidrig und feig ihren Posten verlassen haben, füllen sich von Tag zu Tag, indem die Stellvertreter von selbst hervortreten, um an der Ehre und an der Gefahr dieser Tage Theil zu nehmen. Wenn die über uns verhängte rohe Gewalt auch eine kostbare Zeit von Tagen und Wochen raubt, welche bei unseren dringenden Arbeiten zum Wohle des Volkes hätten verwendet werden können; so hat man uns doch nicht abzuhalten vermocht, den Kampf gegen die brutale Gewalt mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu führen. Die Anklage des Ministerii wegen Hochverraths ist eingeleitet, und demselben die Verwendung der Staatsgelder und die Erhebung der Steuern durch einstimmigen Beschluß vom 15. Nov. untersagt. So haben wir das letzte parlamentarische Mittel erschöpft. An dem Volke ist es, unsere Beschlüsse auszuführen. Berlin den 18. Nov. 1848.“

Magdeburg, 19. November. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat nachstehende Bekanntmachung erlassen: „Die wühlerischen Umtriebe einer Partei, welche den Umsturz aller bestehenden Verhältnisse erzielt, treten, ermuthigt durch die Aufregung, welche die neuesten Zeitereignisse hervorgerufen haben, auch in der hiesigen Provinz ungescheut hervor. — Sie bethätigen sich durch die Bildung der sogenannten Sicherheits-Ausschüsse die geordneten Staats und Gemeindebehörden zu beseitigen, den Aufstand vollständig zu organisiren, und unter dem Vorgeben, nach Berlin zum Schutz der unterdrückten Freiheit zu ziehen, den Aufstand und mit ihm den Bürgerkrieg mit allen seinen Gräueln zum Ausbruch zu bringen. In Berlin herrscht fortwährend vollständige Ruhe, es findet keine Art von Widersetzlichkeit statt, und es ist daher auch nicht entfernt an irgend einen Kampf zu denken. Durch Verführung der Soldaten im stehenden Heer und in der Landwehr hoffen sie den vernichteten Widerstand des siegerwohnten treuen Heeres zu beseitigen oder wenigstens zu schwächen, wie die ihre Verfasser schändenden öffentlichen Aufforderungen von Offizieren und Soldaten der Landwehr unwiderleglich darthun. Die Verleitung zu ungesetzlicher Verweigerung der Steuern verbinden sie die Aufforderung zu Gewaltthätigkeiten jeder Art gegen Alle, welche ihnen nicht gleichgesinnt. Sie versprechen Jedem, der sich ihnen anschließt, tägliche Geldlöhnung, und da ihnen die Mittel hierzu fehlen, so sprechen sie laut aus, von jedem wohlhabenden Bauer 100 bis 200 Rthlr, von jedem Edelmann oder Gutsbesitzer 500 Rthlr. zu erpressen, oder Waffen, wo sie solche finden, zu rauben und jeden Marschfähigen zu zwingen, sich ihnen anzuschließen. Diesen bedrohlichen, die gesetzliche Ordnung, die Sicherheit der Personen und des Eigenthums gefährdenden Zuständen gegenüber, sind die Behörden verpflichtet, außerordentliche Maßregeln zu ergreifen, um mit aller Kraft dieß verbrecherische Beginnen in seinem Entstehen niederzudrücken und diejenigen sofort zur gerichtlichen Bestrafung zu ziehen, welche sich dabei betheiligt haben. Mit Allerhöchster Genehmigung Sr. Maj. des Königs ist deßhalb die Landwehr der Provinz einberufen, um Personen und Eigenthum zu schützen, die Freiheit und gesetzliche Ordnung zu sichern, wo die Kräfte der Bürgerwehr dazu nicht ausreichen. Die meuterischen Offiziere und Soldaten der Landwehr, welche die öffentliche Aufforderung zum Treubruch an ihre Kameraden zu erlassen gewagt haben, sind zur Haft gebracht und vor ein Kriegsgericht gestellt. Gegen alle bewaffneten Aufstände wird mit Anwendung von Gewalt durch die bewaffnete Macht sofort eingeschritten werden. Steuerverweigerungen, welchen die gewöhnlichen Exekutivkräfte nicht gewachsen sein sollten, werden durch Exekution auf Kosten der Weigernden beseitigt werden. Sollten wider Erwarten sich Gemeinden selbst bei derartigen Gesetzwidrigkeiten betheiligen, so werden sie allen Schaden und alle Lasten zu tragen haben, welche durch die Maßregeln verursacht werden, die dagegen ergriffen werden müssen. Sämmtliche Behörden werden hiedurch angewiesen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß dem Gesetze überall wieder Achtung verschafft und die Ordnung erhalten werde, daß aber da, wo die verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung gestört oder gefährdet sind, sie sofort wieder hergestellt, alle Schuldigen aber zur Bestrafung gezogen werden. Magdeburg, den 18. November 1848. Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen. v. Bonin. (Magd. Z.)

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 128.

Neue Münchener Zeitung.

Pränumerationspreis: Jährlich 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Freitag den 24. November 1848.

Erscheinungsweise: Täglich Abends. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 24. November.

Zu Folge allerhöchster Entschließung vom 21. d. Mts. haben Se. Maj. der König den bisherigen Kriegsminister, Generalmajor Karl Welshaupt, dieser Stelle zu entheben, und dagegen den Generallieutenant und Divisionär, Wilhelm v. Lerche, zum Kriegsminister zu ernennen geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

(119. Sitzung vom 20. Nov. Schluß) Mit Raumer'ck befeelt wieder die blutrothe Phrase die Tribüne. Die Geduld der Versammlung reicht nicht aus gegen die äußerst bornirten Zumuthungen einer Rede dieses Schlags und endlich hilft selbst die Klingel des Präsidenten vergebens nach. Desto dringender wird darauf nach dem Schlusse der Debatte verlangt und dieser angenommen. Vogt von Gießen, Zachariä von Göttingen und v. Wincke fordern nacheinander namentliche Abstimmung über alle drei Punkte des Ausschußantrags, dann erklärt Fall für den Ausschuß das Schlußwort. Als er bemerkt, es müsse doch an den Ausschußvorschlägen so Erhebliches nichts auszusetzen sein, da allerdings viel gegen dieselben gesprochen, aber wenig vorgebracht worden sei, entsteht ein Tumult auf der Linken: „das Wort ist uns abgeschnitten worden! Man verhöhnt uns!“ Der Berichterstatter erklärt: Wir wissen, daß wir mit unsern Vorschlägen im Augenblicke nicht populär sein werden. Aber stimmen Sie für die Anträge des Ausschusses, damit diejenigen in Deutschland, welche noch an eine Freiheit auf den Grundlagen der Ordnung und des Rechts glauben, sehen, daß sie nicht ohne Unterstützung sind. Ehe zur Abstimmung vorgeschritten wird, tritt der Präsident den Eingang mehrerer Adressen an die Nationalversammlung mit, welche die preußische Angelegenheit betreffen. Sorm und Schwarz, um den zu heftigen Beschlüssen eine solche vollständigere Majorität zu verschaffen, als ihnen Mundelrabtrag. Der Zell'sche Antrag (es ist dies zugleich der oben erwähnte Antrag Mittermaier's und unsere kurze Angabe über seinen Inhalt und Rechtsgrund zu berichtigen) Die Nationalversammlung wolle in dem abgeschlossenen Konflikt der preußischen Krone so einschreiten, daß es das Recht und die Pflicht der preußischen Staatsregierung als Executivbehörde war, die nöthigen Maßregeln zum Schutze der Versammlung zu ergreifen, daß aber die Vertagung und Verlegung der Versammlung dem Begriffe einer Vereinbarung widerspreche, daher die Generalacht aufzuheben, dahin zu wirken, daß den weitern Berathungen der Versammlung in Berlin keine Hindernisse entgegengestellt, und daß sich die Krone mit einem verfassungsmäßigen Ministerium umgebe“. — Dieser Antrag Zell's wird mit 273 gegen 184 Stimmen verworfen. Dagegen wird Antrag 1 des Ausschusses über die preußischen Verhältnisse: „Die Reichsversammlung, in Verfolgung ihrer Beschlüsse vom 14. d. Mts. und in Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Ereignisse fordert die Centralgewalt auf, durch die in Berlin anwesenden Reichskommissäre hinzuwirken auf Ernennung eines Ministeriums, welches das Vertrauen des Landes besitze“, — mit 393 gegen 6 Stimmen angenommen. 24 Mitglieder haben sich ihres Votums enthalten. 2) „Sie erklärt den auf Suspension der Steuerverbindung gerichteten, offenbar rechtswidrigen, die Staatsgesellschaft gefährdenden Beschluß“) der in Berlin zurückgebliebenen Versammlung ausdrücklich für null und nichtig, — mit 276 gegen 150 Stimmen angenommen. (Stürmisches „Pfui!“ von der Linken, was von dem Präsidenten mit einem Ordnungsruf gerügt wird.) 3) „Sie erklärt endlich, daß sie die dem preußischen Volke gewährten und verbürgten Rechte und Freiheiten gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung schützen werde“, — mit 277 Stimmen angenommen. Die Sitzung wird nach 6 Uhr Abends geschlossen. (D. Z.)

(120. Sitzung vom 21. November.) Tagesordnung: Berathung über Artikel VII. und VIII. des Verfassungsentwurfs. Berichterstatter v. Gagern. Die Rechte auf der äußersten linken Seite des Hauses sind heute größtentheils leer bei Eröffnung der Sitzung. Doch geben die augemeldeten Austrittsanzeigen von Mitgliedern der Versammlung, worunter u. A. die des Hrn. Weber aus Würzburg, keine Aufschluß über jene Lücken. Es kommt zunächst der Ausschußbericht über die drei Tiroler Gesandtschaften zur Berathung, die nach der Meinung des Wiener Ministeriums in Wegfall zu bringen sind, weil Tirol und Steiermark nach der Bundesmatrikel nur 14 Wahlstelle haben sollte, während sich siebzehn Abgeordnete von dort im Hause befinden. Der Ausschußantrag, an die Stelle der drei ausgenommenen tiroler Abgeordneten die Ersatzmänner einzuberufen, wird nach einer unbenutzenden Debatte angenommen. Mayer aus Ottobeuren interpellirt sodann das Kriegsministerium wegen der Truppenaufstellung an der obern Donau. Die Antwort wird für Freitag den 24. d. M. zugesagt. Wie sodann Bereits auf die allgemeine Debatte über Artikel VII. und kann im Besonderen auf die Berathung des §. 33. des Verfassungsentwurfs verzichtet ward, so spricht das Haus heute auch seinen Verzicht auf die Debatte des mit dem §. 33 innig zusammenhängenden §. 31 aus. Das Ergebniß der Abstimmung — bei welcher zugleich die Rednerreihen zur Berichtigung kommen, die der Berfassungsausschuß selbst in Folge der durch die Regierungskommissäre für die Zollfragen gemachten Vorschläge nachträglich vorgenommen hat — das Ergebniß der Abstimmung also ist folgendes: §. 33. „Das deutsche Reich soll ein Zoll- und Handelsgebiet bilden, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze, mit Wegfall aller Binnenzölle. Die Aufforderung einzelner Orts- und Gebietstheile aus der Zollinie in das Reichsgebiet vorschlossen. Der Reichsgewalt bleibt es ferner vorbehalten, auch außerdeutsche Länder mit Landestheile mittelst besonderer Verträge dem deutschen Zollgebiete anzuschließen.“ §. 31. „Die Reichsgewalt ausschließlich hat die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen, sowie über gemeinschaftliche Produktions- und Verbrauchssteuern. Welche Produktions- und Verbrauchssteuern gemeinschaftliche sein sollen, bestimmt die Reichsgesetzgebung.“ Auch über §. 35 wird keine Beberathung zugelassen. Die Annahme erfolgt nach der (unabsichtlichen) Fassung des Verfassungsausschusses: „Die Verwaltung und Verwaltung der Zölle, sowie der gemeinschaftlichen Produktions- und Verbrauchssteuern geschieht nach Anordnung und unter Oberaufsicht der Reichsgewalt. Aus dem Ertrage wird ein bestimmter Betrag zu den Bedürfnissen der einzelnen Staaten nach Maßgabe der Bevölkerung genommen. Das Uebrige wird an die einzelnen Staaten vertheilt. Ein besonderes Reichsgesetz wird hierüber das Nähere feststellen. §. 36. „Die einzelnen deutschen Staaten sind nicht befugt, auf Güter, welche über die Reichsgrenze ein- oder ausgehen, Zölle zu legen.“ Obenso wird zum §. 37 der Artikel §. 32. „Auf welche Gegenstände die Reichsgewalt Produktions- oder Verbrauchssteuern für Rechnung des Staats oder einzelner Gemeinden legen dürfen und welche Bedingungen und Beschränkungen dabei eintreten sollen, wird durch die Reichsgesetzgebung bestimmt.“ Desgleichen §. 38. „Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung über den Handel und die Schiffahrt und überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Gesetze.“ Eine Einschaltung in §. 38, die der volkswirthschaftliche Ausschuß vorschlägt, erregt die Heiterkeit der Versammlung und unterbricht für einen Augenblick das trockene Einerlei der Abstimmungsförmen. Als nämlich der Präsident den Zusatz verkündet: „Die Reichsgewalt hat ein allgemeines Bankenrogesetz für ganz Deutschland zu erlassen“, erfolgt ein Lachen im Haus, welches zum Mindesten zeigt, daß die Abgeordneten bei diesem Bankenrogesetze für Deutschland an kein klein Geld denken. Der Zusatz wird abgelehnt. Der letzte Paragraph des Artikels VII. endlich lautet: §. 39. „Erfindungspatente werden ausschließlich von Reichswegen und auf Grundlage eines Reichsgesetzes ertheilt. Auch steht der Reichsgewalt ausschließlich die Gesetzgebung gegen den Nachdruck von Büchern, gegen unbefugte Nachahmung von Kunstwerken, Fabrikzeichen, Mustern und Modellen, sowie gegen andere Beeinträchtigungen des geistigen Eigenthums zu.“ Bei Artikel VIII., zu dem sofort vorgelesen wird, entscheidet sich die Versammlung ebenfalls gegen jede Diskussion. Der Absatz umfaßt die §§. 40 bis 43 und handelt über Postanstalten und Telegraphenlinien. Bei dem §. 40 geht die Versammlung von dem Vorschlage des Verfassungsausschusses ab und nimmt dafür den Antrag Eisenstuck (des Rechtsanwaltes der fürstlich Thurn- und Taxischen Postverwaltung) an: „Der Reichsgewalt steht die Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Postwesen im deutschen Reiche zu, namentlich über Organisation, Tarife, Transit, Portofreiheit und die Verhältnisse zwischen den einzelnen Postverwaltungen. Dieselbe sorgt für eine gleichmäßige Anwendung der Gesetze durch Vollzugsverordnungen und Überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch sinnverwandte Kontrole.“ Dazu wird jedoch der Zusatz aus dem Minderheitsentwurfe des Volkswirthschaftsausschusses beliebt: „Die Post soll nur im Sinne der Verbreitung und Erleichterung des Verkehrs eingerichtet und verwaltet werden.“ §. 41. „Postvertäge mit außländischen Postverwaltungen dürfen nur Seitens der Reichsgewalt geschlossen werden. Die Reichspostverträge geschlossen werden,

*) Löw von Magdeburg erklärt nebst 140 andern Unterzeichnern, daß durch die obige Abstimmung keine Anerkennung der übrigen Beschlüsse der preußischen Versammlung ausgesprochen sein solle.

erlöschen die Verträge mit einzelnen deutschen Postverwaltungen." §. 42. „Die Reichsgewalt hat die Befugniß, so weit es ihr nöthig scheint, das deutsche Postwesen für Rechnung des Reiches in Gemäßheit eines zu erlassenden Reichsgesetzes zu übernehmen, vorbehaltlich billiger Entschädigung wohlerworbener Privatrechte." §. 43. „Die Reichsgewalt ist befugt, Telegraphenlinien anzulegen und die vorhandenen zu benutzen. Weitere Bestimmungen hierüber, sowie über die Benutzung der Telegraphen im Privatverkehr, sind einem Reichsgesetze vorbehalten." Es erfolgen noch Interpellationen von Schneer wegen des Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit und von Berger aus Wien wegen rückständigen Berichts des österreichischen Ausschusses, dann wird die Sitzung gegen 2 Uhr aufgehoben. Nächste Sitzung: Donnerstag den 23., Tagesordnung derselben, fortgesetzte Berathung des Verfassungsentwurfs. (D. Z.)

An die Bürger und an die Behörden von München.

** Was seit einigen Tagen wieder vor unsern Augen in München vorgeht, legt uns die Pflicht auf, ein ernstes Wort an München's wackere Bürger, dann aber auch an die Behörden zu richten, deren Amt und Aufgabe es ist, für die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Ruhe zu sorgen. Anerkannte und notorische Thatsache ist es, daß die bellagenswerthen Katastrophen in Frankfurt, Wien und Berlin vorzugsweise durch die verruchten Straßenbilder und -Skandale hervorgerufen wurden, deren sich die Apostel der Anarchie bedienen, um zuerst alle Kräfte zu verwirren, dann in den Massen jedes menschliche Gefühl zu vertilgen, sie an den Gedanken auch des Entsetzlichsten zu gewöhnen, selbst den Mordschwindel offen zu predigen. Die Früchte davon blieben nicht aus, konnten nicht ausbleiben: sanguinalische Morde wurden begangen an edlen Männern zu Frankfurt und Mördern, es folgten die Unthaten zu Berlin und im October, wo wüthende Pöbelhaufen schon die Stricke schwangen, die zur Erwürgung der auserlesenen Opfer dienen sollten; einige waren schon an die Laternenpfähle geschleppt, und wurden nur deßhalb nicht aufgeknüpft, weil gerade denen, die den besten Willen hatten, es zu thun, die Stricke dazu fehlten! Als Folge davon sehen wir jetzt zu Wien und Berlin den Belagerungsstand und die Militärherrschaft. Baierns Hauptstadt ist trotz so manchen bellagenswerthen Vorgangs, bis auch sie gesehen, bis jetzt verschont geblieben von solchem Unheil: der Saame desselben wurde zwar auch hier reichlich und aus vollen Händen ausgestreut, aber er fand keinen fruchtbaren Boden. Alle Versuche scheiterten an dem gesunden Sinne der weitaus überwiegenden Mehrheit ihrer Bewohner. Mit ihrem klaren Blick erkannten sie das Trugwerk, mit welchem man, unter dem Anhängschild und mit Mißbrauch des Wortes Freiheit, sein Zügellosigkeit, Barbarei die auch bei uns Eingang zu verschaffen strebte und noch strebt. Ihre Haltung in schwerer, sturmvoller Zeit hat ihnen die Achtung von ganz Deutschland erworben: sie werden sie auch ferner zu bewahren wissen. Sie werden, wenn es gilt, muthvoll in die Schranken treten zur Wahrung der Freiheit vor den Gefahren, mit denen freche Zügellosigkeit dieselbe bedroht. Sie werden bei Hintansetzung persönlichen Gefühles in Folge der Agitation nicht möglich werde, sie als Waffe zu gebrauchen gegen die Freiheit. Die wackeren Bürger von München, treu und entschieden der konstitutionellen Monarchie zugethan, werden sie wollen, daß das Unwesen, das in Wien und Berlin so verderbliche Früchte getragen hat, auch bei und Platz greife? Werden die Behörden, deren Pflicht es ist dem Gesetze Achtung und Gehorsam zu verschaffen, noch länger ruhig und gleichgiltig zusehen, wenn die frechsten Aufforderungen zum Umsturze der Monarchie, bei hellem Tage auf offener Straße, gedruckt zum Verkaufe ausgeboten werden? Nach der gräßlichen Umwortung Latour's zu Wien haben wir hier zu München ein Skandalblatt zum Verkauf ausbieten, in welchem gerade so wie den Reichsministern zu Frankfurt und andern das gleiche Schicksal in Aussicht gestellt war. Andere ähnlichen Gehaltes folgten. Wo die polizeiliche Pflicht ihre Pflicht, indem sie dieselben sofort wegnehmen ließ. Aber sollte da — wir erlauben und die bescheidene Anfrage — gar kein Grund zu weiterem gerichtlichen Vorschreiten vorgelegen haben, um das Uebel an der Wurzel zu greifen, die Urheber und Beförderer solcher allem Gesetz und Sittlichkeitsgefühl frech Hohn sprechender Machwerke zu ermitteln, und zur Verantwortung zu ziehen? Wenn sind in den letzten Tagen erst wurde wieder ein Flugblatt an den Straßenecken zum Verkaufe ausgeboten mit der Aufschrift: „Ein Wort an das deutsche Volk", und mit der Unterschrift: „Hecker." Darin wird das Volk aufgefordert, die als „feindliche Macht" bezeichnete Monarchie „vollständig zu zerbrechen." Mit der Monarchie — heißt es dann weiter — ist kein Vertrag möglich." Gegen fürstliche Tyrannei gebe es nur ein einziges Mittel: „völlige Vernichtung der Monarchie" u. s. w. Dann folgt die Aufforderung, daß man sich um die Männer der äußersten Linken zu Frankfurt schaaren, an die tapfern (!) Führer der republikanischen Schilderhebung (also an die Zitz, Simon von Trier, Schüssel, Vogt und ihre Gleichgesinnten) anschließen solle. Durch sie verspricht der Großpriester der rothrepublikanischen Sekte, der jetzt auf der Pilgerfahrt in Amerika weilende Hecker, dem Volke seine Nachrichten, Berichte und briefischen Mittheilungen zukommen zu lassen. — Wir glauben, dieser Unfug genügt, das ganze Machwerk zu charakterisiren. Wir fragen noch einmal, soll dieses schmähliche Unwesen, durch welches man auch bei uns die Freiheit unter der Anarchie begraben, Handel, Verkehr, Wohlstand und Sicherheit der Bürger vollends tuiniren will, soll dieses Unwesen auch ferner geduldet werden? Sollen die Lehren von Wien und Berlin unbeachtet und unbenutzt von uns aufrechtig und ungehört vorüber, und unsere bis jetzt verhältnißmäßig noch glückliche Stadt ähnlichen bitteren Erfahrungen sich auszusetzen genetzt sein, wie man sie in Wien und Berlin gemacht hat? An den Bürgern, an den Behörden ist es dafür zu sorgen, daß es dahin nicht komme. An sie richten wir diese Worte in der Ueberzeugung, daß sie dieselben nicht verkalten lassen! Sie werden durch rasches Auftreten und Handeln auf den Grund des Gesetzes den Dank aller derer verdienen, denen es aufrichtig um Erhaltung der Freiheit zu thun ist.

Deutschland.

Bayern. — *München, 23. Nov. Sichern Vernehmen nach hat Se. Maj. der König auf Antrag des Kadetenkorps-Kommandos die Verfügung zu treffen geruht, daß die seit Jahren bestehende Trennung der Zöglinge katholischer Religion von jenen protestantischer Konfession beim Vortrag der Geschichte in diesem Institute von nun an nicht mehr stattfinden soll. Wir glauben, daß diese Maßregel von allen denen, welche die Befestigung des Bandes der Eintracht unter allen Bayern ohne Unterschied des religiösen Glaubensbekenntnisses wahrhaft am Herzen liegt, mit freudigem Dank begrüßt werden wird.

Baden. — Donaueschingen, 16. Nov. Um den Verwohnern der von den deutschen Reichstruppen besetzten Landstriche die Einquartirungslast so viel wie möglich ganz abzunehmen oder wenigstens zu erleichtern, hat der Oberkommandant des 7. und 8. Armeekorps, im Einverständniß mit dem Reichskriegsministerium, den Befehl erlassen daß in den Standquartiren die Truppen kasernirt und von den Kommandos sobald wie möglich Vorschläge gemacht werden sollen, auf welche Weise diese Kasernirung am zweckmäßigsten und mit Beziehung aller etwa in der Nähe befindlichen Kasernements zu erreichen sei. Ferner ist angeordnet, daß den Truppen aber während derselben eine zureichende Ernährung durch zweckmäßige Menageeinrichtung zu sichern, und um zugleich den Grundsatz völliger Gleichförmigkeit in der Geld- und Naturalverpflegung der verschiedenen Reichstruppen festzuhalten, hat das Reichskriegsministerium ferner bestimmt, daß jeder Soldat nebst einer täglichen Brodgebühr von 2 Pfd. Frankfurter Gewicht, täglich 16 Kreuzer und den Kassen der verschiedenen Truppen zu erhalten habe, wovon er seine Verköstigung mitzubewirken sei; daß ferner jeder Unteroffizier neben seiner Löhnung noch überdieß als weiteren Beitrag zu seiner Verköstigung eine tägliche Zulage von 9 Kreuzer erhält, welcher Zuschuß den einzelnen Landeskassen auf der Reichsstaffe wieder vergütet werde. Zum Behufe der Beobachtung der Schweizer Grenze, insbesondere der Rheinübergänge und der Hauptstraßen sind folgende Anordnungen getroffen worden: ein Bataillon Infanterie mit 2 Schwadronen Reiterei hält die deutsche Grenze von Konstanz bis Stühlingen besetzt, und sendet Patrouillen in alle längs derselben gelegenen Orte, während von dort an abwärts auf der Strecke von Jestetten bis Kleinlaufenburg wieder ein Bataillon Infanterie mit zwei Schwadronen und zwei Geschützen aufgestellt ist, welches die stehenden Rheinübergänge durch Posten besetzt, die Führen durch Patrouillen beobachtet und Verbindung mit den Posten der Baderner in Säckingen und weiter abwärts unterhält. Die zweite Aufstellung, ungefähr 7 Bataillone Infanterie, 4 Schwadronen Reiterei und 2 Batterien Artillerie stark, zieht sich auf der Straße von Stockach über Engen, Donaueschingen, Neustadt, Bonndorf, St. Blasien nach Körrach. (A. Z.)

Schleswig-Holstein. — Heute hielt einer Abgeordneten nach Frankfurt an die Stelle des freiwillig ausgetretenen Hrn. Mezgaard von Overlägöne ist auf Hrn. Beseler, den Präsidenten der vorigen provisorischen Regierung, gefallen. Sein Nebenkandidat war Hr. Th. Olshausen.

Preußen. — Berlin, 18. Nov. Die in der Umgegend Berlins lagernden Truppen sind in diesen Tagen um 10,000 Mann vermehrt worden. Diese Truppen werden 24 Bataillone Landwehr zusammenbringen. In der Umgegend Berlins tritt die Landwehr mit einer überraschenden Bereitwilligkeit zusammen. Namentlich in Treuenbrietzen, Soldin, Königsberg in der Mark sowie in mehreren anderen märkischen Städten sollen die Landwehrmänner sich auf den ersten Ruf freudig eingestellt haben. — Die Zahl der Bauern, welche neulich nach Potsdam marschiren wollten, um dort Dienst zu verrichten, gibt man jetzt schon auf mehrere Tausend an. — Man versichert, Hr. v. Arnim habe den vorläufigen Sicherheitsschaft nachgefragt, um von ihr nöthigenfalls ein Asyl zu erhalten, sei aber abgewiesen worden. (K. Z.)

Der „Preußische Staatsanzeiger" theilt in seiner neuesten Nummer vom 21. Nov. wieder gegen 40 Adressen mit, welche alle die Zustimmung der Unterzeichner mit dem Verfahren der Krone ausdrücken. Bei der „gewohnten" Unparteilichkeit der radikalen preußischen Blätter muß es sonach allerdings auffallen, daß sie von diesen Adressen so gänzlich Umgang nehmen und nur der Adressen, die im entgegengesetzten Sinne lauten, Erwähnung thun. — Die „Allgemeine Zeitung" meldet aus Berlin, daß die Nationalversammlung wirklich am 27. Nov. in Brandenburg zusammentreten wird. Das Zentrum und ein nicht unbedeutender Theil des linken Zentrums sollen sich dieses Eventualitäten bereits gemüthlich offen hingeneigt haben, auch schienen selbst einige Mitglieder der äußersten Linken mit diesem unerwarteten Gedanken sich befreundet haben. Das Ministerium Brandenburg soll einen Protest gegen den Beschluß der deutschen Reichsversammlung vom 14. Nov. nach Frankfurt eingeschickt haben gegen alle Bestimmungen, welche auf den Grund jenes Beschlus-

sen vom deutschen Reichsministerium nach Berlin gerichtet werden könnten, da es sich um eine rein häusliche Angelegenheit des preußischen Staates handle und überhaupt keine prinzipielle Frage zur Entscheidung vorliege. — Eine Bauerndeputation aus Glogau erhielt Audienz bei dem König, der dieselbe mit den Worten entließ: man wolle wie 1792 in Frankreich so auch ihm die Krone rauben, aber so gewiß der Himmel über ihm, werde er sie zu wahren wissen.

Halle, 19. Nov. Die demokratische Partei ist heute im offenen Aufstande der konstitutionellen erlegen. Gestern und heute Morgen hielt jene Volksversammlungen, in denen sie zum offenen Widerstande gegen alle „hochverrätherischen Behörden" auffoderte, und die Einkleidung der Landwehr mit militärischen Waffen verlangte. Nach mehrstündigem Toben, Lärmen und Schimpfen kam es auf dem Markte zum Kampfe. Es fielen einige Schüsse auf die Bürgerwehr von den republikanischen Lonzieri, die ein fliegendes Korps derselben bilden. Hierauf machte jene einen Angriff, entwaffnete die Republikaner und nahm ihre Führer, Fischer, Weitzgerber, Rawald u. A. gefangen, um sie sofort dem Kriminal zu übergeben. Die übrigen flüchteten sich theils in ihre Wohnungen, theils aus Koulligt und suchten zu fliehen. Die Steuerverweigerung welche die Nationalversammlung in Berlin betreitet hat, ist von den hiesigen konstitutionellen Klubbs und Behörden abgewiesen, dagegen forderten diese in einer Adresse an das Ministerium schnellste Ausführung der Frankfurter Vermittlungsvorschläge. (Z. A. Z.)

Posen, 16. Novbr. Während aus mehreren größeren und kleineren Städten der Provinz Posen den Kommissarien des Königs zu bestimmende Adressen an die Nationalversammlung in Berlin, wegen ihres Verhaltens der Krone gegenüber, gerichtet worden sind, hat die hiesige Stadtbehörde sich in entschieden entgegengesetzem Sinne ausgesprochen. Auch hier war von einem Mitgliede des Stadtverordnetenkollegiums, das zugleich dem demokratischen Verein angehört, der Antrag gestellt worden, „die Kommunalbehörde wolle eine Adresse an den König richten, worin die Gesinnung des Ministeriums Brandenburg und dann die Zurücknahme der Verfügung wegen der Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg nachgesucht werde." Do interessante Verhandlungen voraussehen waren, so war gestern der große Saal mit Zuhörern überfüllt. Es wurden drei Reden für und fünf gegen den Antrag gehalten und dann zur Abstimmung geschritten. Der Namensaufruf ergab zwar die Stimmenzahl des Kollegiums, nur 10 für und 14 gegen den ersten Punkt, und gar nur 7 für und 17 gegen den zweiten Punkt des Antrages. Dies Resultat ist bemerkenswerth, weil es einen Beweis von der Gesinnung der hiesigen Bürger bietet, die um jenen Preis die Rückkehr von Gesetz und Ordnung wünschen. Alle Blicke sind jetzt nach Frankfurt o. O. gerichtet, von wo man ein energisches Einschreiten der Zentralgewalt erwartet. — Einer von den Führern der Umwohnern hervorgerufenen heute großer Jubel, weil der Reichskommissär, General v. Schäfer, noch heute Abend mit dem Bahnzuge hier eintreffen wird, und die Grenzlinie zwischen Deutsch- und Polnisch-Posen definitiv zu ordnen. Somit wären denn zugleich alle unsere Befürchtungen, die durch das Verhalten der hiesigen Nationalversammlung erregt waren, beseitigt. Es gefällt sich dazu ein Gerücht, das aus eben dem Grunde von jenen Deutschen mit Freude begrüßt wird: es soll nämlich unsere Stadt Posen nur Reichsfestung außerdem sein, was ihrer Lage nach glaubwürdig erscheint. Dadurch würde Posen um so fester mit Deutschland verbunden werden. In den letzten Tagen sind von einige Bataillone der bisher hier garnisonirenden Truppen von hier verlegt worden, was zu dem von der polnischen Partei verbreiteten Gerücht: wir würden demnächst eine russische Besatzung erhalten, Anlaß gegeben hat. So leer dies Gerücht auch ist, wird es doch von Vielen geglaubt, um so mehr, weil es bekannt ist, daß unsere Grenze gegen Polen sehr überfüllt mit russischem Militär besetzt ist, welches selbst glaubt, daß es zu Weihnachten bei, das Großherzogthum Posen zu besetzen, überhaupt den anarchischen Zuständen bei und ein Ende zu machen. Die polnische Bevölkerung auf den offenen Lande wird durch dies Gerücht in steter Aufregung erhalten, wodurch die Zwecke der Liga Polska nur gefördert werden können — Die Cholera scheint im Abnehmen zu sein, da nur noch einzelne Fälle dieser Seuche vorkommen. (Z. O.-P.-A.-Z.)

Schlesien, 17. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Hr. Bismarck hat in einer Bekanntmachung gegen die Befolgung des Steuerverweigerungsbeschlusses auf, indem er zur fernerem Steuerzahlung ermahnt und den Ungehorsamen mit Anwendung der gesetzlichen Gewalt droht.

In **Hersford** (Westphalen) haben am 17. Nov. die dort versammelten Wahlmänner des Kreises mit absoluter Stimmenmehrheit — 90 gegen 9 Stimmen sich für die Treue der Krone bezüglich der Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg erklärt, zugleich aber auch den Wunsch ausgesprochen, es möge ein neues, vollthümlicheres Ministerium gebildet werden. Aus fast sämmtlichen Kreisen des Landes werden ähnliche Erklärungen mit zahlreichen Unterschriften bedeckt in den nächsten Tagen abgehen. (K. Z.)

In **Düsseldorf** sind am 18. durch Plakate eine Volksversammlung berufen, zu der auch „Damen" eingeladen waren. Außer der Steuerverweigerung wird auch die Einsetzung einer provisorischen Regierung für Düsseldorf beraten werden. Unter andern sind Lasalle und Hayseld unterzeichnet. Letzterer ist der Sohn der bekannten Größe und Ersterer ist hinlänglich bekannt durch seine Verwicklung in die famose Kassenangelegenheit. (Wb. Bl.)

Oesterreich. — **Wien**, 18. Nov. Bis vor wenigen Tagen belief sich die Summe der in Wien abgeliefersten Gewehre auf 68,000 St., während auf dem k. k. und dem bürgerlichen Zeughause über 100,000 Gewehre vertheilt worden waren. Heute ist nun eine wiederholte Warnung von Seite des hiesigen Gemeinderaths ergangen um die noch etwa vorhandlichen Waffen bis zum Ablauf des morgenden Tages abzuliefern. Fünfzehn Kisten Gewehre, welche in der ungarischen Hofkanzlei aufgegriffen wurden, waren lauter neue tütlichliche Gewehre, welche für Rechnung des ungarischen Ministeriums bestellt waren. Die Kanzleien des ungarischen Ministeriums sind des Nachts sind unter Siegel gelegt, und auch Bonnie versiegelt, welche bei den letzten Wiener Vorgängen kompromittirt sein sollen, verhaftet worden. Zu der militärischen Leichenfeier zu Ehren des ermordeten Grafen Latour, waren nebst der ganzen Generalität und fast allen Offizieren, an 40,000 Mann aufgeräckt. (D. Z.)

Wien, 20. Nov. Das neue Ministerium ist nach vielen Schwierigkeiten nun endlich zusammengesetzt, und die Mitglieder desselben (Fürst Schwarzenberg, Graf Stadion, v. Bruck, General Frhr. v. Cordon, Dr. Bach und v. Thinnfeld) werden heute Abend aus Olmütz zurückerwartet. Als gute Vorbedeutung für das neue Kabinet mag es gelten, daß es sicherm Vernehmen nach namentlich den Bemühungen und der festen Erklärung der HH. Stadion, Bruck und Bach gelungen ist Se. Maj. den Kaiser zu mancher Konzession in Betreff seiner nächsten Umgebung zu vermögen, und wir wollen dieses Ministerium, welches mit Ausnahme des Hrn. Bach lauter neue Elemente zählt, mit den besten Wünschen für sein Gedeihen und den besten Hoffnungen für unsere Zukunft begrüßen. (A. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Agram, 18. Nov. Die heutige „Agramer Zeitung" enthält drei neue Proklamationen des Kaisers an Ungarn, Kroatien, Slavonien und Siebenbürgen, alle aus Olmütz datirt, vom 20. Okt., 6. und 7. Nov., wodurch das jetzige Regiment in Ungarn nebst allen vom „gesetzlich aufgelösten" Reichstage getroffenen Maßregeln für null und nichtig, Kossuth und Genossen für Landesverräther erklärt, und alle Obrigkeiten und Bewohner aufgefordert werden den „Anordnungen und Befehlen" des zur Wiederherstellung der Ordnung und Bewältigung des Aufstands mit allen untern Vollmachten versehenen und entsendeten Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz unbedingten Gehorsam zu leisten." Jeder Nationalität wird gleicher Schutz und gleiches Recht verheißen, auf der Grundlage der konstitutionellen Gesetze und Freiheiten, die so wenig angetastet oder beeinträchtigt werden sollen, als die Zugehörigkeit zu Ungarn selbst. Ausdrückliche Verheißung. In Bezug auf letztern ist eine besondere Ansprache und kaiserliche Zusicherung an die Landesbewohner erlassen. Angefügt ist eine Proklamation des Fürsten Windischgrätz, der anfänglich, daß er an der Spitze einer tapfern und treuen Armee das Land betrete, um ihm den Frieden wiederzugeben. Er wende sich an den mitterleidenden, stets bewährten großherzigen Sinn seiner Bewohner. — Einer von diesen, Wojwodin Stratimirowics, Verderben den Aufrührern — ist mein Wahlspruch." — Auf der andern Seite hat Kossuth in der Pester Ztg. sich gegen jeden Gedanken eines Zugeständnisses erklärt, selbst den von Borrosch vorgeschlagenen und vom Wiener Reichstag angenommenen Kongreß der Völker Ungarns entschieden verworfen, und jede Abgeordnete nicht in Audienz gestellt als höchstens und vielleicht die Personalunion.

Ueber **Ungarn**. Mit Nächstellung eines Korps von 40,000 Mann in Wien hielt der F. M. Windischgrätz mit 60,000 Mann gegen Ungarn auf. Simonich an der mährischen Grenze hat schon bei 20,000 Mann unter seinem Befehle, und Zichen im Süden ist durch die Treue vollegene Erklärung der sünfen Grenzbataillons an 30,000 Mann stark. General Puchner ist aus Siebenbürgen mit seinem Korps in Ungarn eingetroffen, und General Supliac rückt mit den Serben gleichfalls gegen Pesth vor. So wird von 5 Seiten gleichzeitig die Operation vorgenommen und dürfte wohl in Kurzem beendet sein. Kossuth weiß seit dem Gefechte bei Schwechat von den Ungarn selbst bewacht; man hat ihn im Verdachte, daß er schon damals auf eine Flucht dachte, und es will, daß er den Streit, welcher nur ihm allein zuzuschreiben ist, nun auch selbst zu Ende führe.

Lombardei. — Feldmarschall Radetzky hat auf die bei der italienischen Infurrektion von fürsten Verteidigten eine Kontribution von 6½ Mill. Lire gelegt, welche von 15 Personen zu zahlen sind. Davon sollen allein der Herzog Litta 800,000, den Herzog Visconti eben so viel, Belgiojo 400,000, eine Donna Teresa Cramer 40,000. So wenigstens berichtet die N. Zür. Ztg.

Italien.

* **Rom**, 15. Nov. Eine gräßliche Schandthat ist heute hier begangen worden: Graf Rossi der durch Talent, Willenskraft und Charakterstärke gleich ausgezeichnete Minister des Papstes, sei seltene Stütze der Ordnung gegen die verabscheuerte Anarchie, ist unter den Streichen von elender Mörderhand gefallen Er ist im Palaste der Deputirtenkammer selbst, so zu sagen an der Schwelle des Saales derselben, im Angesichte der Schildwachen, der Civica, und zahlreicher anderer Personen meuchelmörderisch durch einen Dolchstoß getödtet worden, den ein junger Bursche in dem Augenblicke führte, als er eben auf seinem Wagen vorfuhr, um sich in den Saal der Deputirtenkammer zu begeben, welche eben heute ihre Sitzungen wieder begann. Ich befand mich auf einer der Tribünen, als während der Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung plötzlich eine auffallende Bewegung im Saale bemerklich wurde, deren Grund man anfangs sich nicht zu ermitteln vermochte. Aber bald verbreitete sich das Gerücht von Rossi's Ermordung. Jedermann war gespannt auf eine Anklärung der gräßlichen Schandthat von Seite des Präsidenten on die Versammlung, und das einfache Schicklichkeits-, ich will nicht einmal sagen Christlichkeits-

gestört sich erwarten, daß nach solchem Vorgange der Präsident sich bewogen finden werde, die Sitzung augenblicklich für heute wenigstens zu schließen unter dem peinlichen Eindruck der blutigen That. Aber der Präsident schwieg, die Deputirtenkammer setzte ruhig, als ob nichts vorgefallen wäre, ihre Sitzung fort! Die auf der Tribüne des diplomatischen Korps anwesenden Mitglieder desselben, unter welchen sich auch der deutsche Reichsgesandte Hr. Heckscher und selbst der bayerische Gesandten Graten Spaur befand, verließen sofort in sichtbarer Entrüstung die Tribüne und eilten zum Theil nach dem Zimmer an der Seite der Treppe, wohin man das bereits entseelte in seinem Blute schwimmende Opfer gebracht hatte, und wohin zu gelangen auch wir gelang In seinem Blute schwimmend lag der Leichnam des schmachvoll gemordeten Ministers da, ein Diener stand weinend daneben, und mehrere Aerzte, unter denen auch ein Deputirter Hr. Mantalgne, bildeten einen Kreis um das gefallene Opfer. Der Stoß war mit so sicherer Hand geführt worden, daß er die Hauptpulsader am Halse durchschnitt, und Graf Rossi nicht nach wenigen Minuten den Geist ausgegeben hatte. Auf unsere Frage wer der Mörder sei, ob man ihn festgenommen, wie es möglich, daß ein solcher Mord in Mitte und vor den Augen der Schildwachen, der Civica habe gewagt und begangen werden können, erhielten wir bloß die kurze aber bezeichnende Antwort: ero un ragazzo, chi lo poteva prendere es war ein junger Mensch, wer konnte ihn festnehmen)' Er konnte unaufgehalten entkommen, und es ist sehr zu bezweifeln, daß man seiner noch habhaft werden wird. Die Ueberzeugung daß man in Rossi den Mann der Ordnung, den Minister an dessen Festigkeit die Plane der Anarchisten, die sich in allen Ländern die Hände reichen und überall mit den nämlichen Waffen kämpfen, bisher ein unübersteigliches Hinderniß gefunden hatten, treffen wollte, ist allgemein. Man kannte die Entschiedenheit seiner Grundsätze und seinen entschlossenen Muth zu ihrer Durchführung: man wußte und hatte bereits die Erfahrung davon gemacht, daß so lange er die Zügel führte, für die Anarchisten nichts hier zu hoffen, nichts zu erlangen war; darum mußte er auch den Wege geräumt werden, und in man auf andere Weise ihn beseitigen zu können verzweifelte, da man wußte, daß der Papst mit vollem Vertrauen an ihm hielt, so schreute man sich nicht auch zu dem verwerflichen Mittel zu schreiten, zum blutigen Meuchelmord! Der Tod Rossi's ist ein unberechenbares Unglück, ein unersetzlicher Verlust für den Papst, der schwerste Schlag, der Italien im gegenwärtigen Augenblicke treffen konnte. Nach gestern hatte der gemordete Minister vor einem Kreise von Männern in einem wie ich jetzt sagen möchte, fast prophetischem Tone geäußert: „Ich bin ein Mann der Ordnung und werde sie zu erhalten wissen. An Muth (dem festern Kriegsminister), der unter den Soldaten die gänzlich gelöst gewesene Disciplin wiederherzustellen kämpft ist, habe ich den Mann gefunden, dessen ich bedurfte. Ich habe meine Maßregeln genommen, und wenn man den Papst angreifen will, muß man erst über meinen Leichnam wegschreiten." Eben auch gestern Abend erschien in der Gazzetta die Nomination zum Amte des heutigen Wiedereröffnungsministers der Kammern ein kurzer Artikel offenbar aus Rossi's Feder, in welchem er seine festen Grundsätze der Ordnung und wahrer gesetzlicher Freiheit noch einmal mit fester Hand niedergelegt hatte. Er hatte den Kammern ihre Aufgabe, die Erwartungen vorgezeichnet, welche alle Ehrenmänner von ihnen hegen. Zweien Parteien sagte er, müssen sie entgegentreten, welche beide den Umsturz der konstitutionellen (wenn gleich zu verschiedenen Zwecken) Regierungsform wollen. „Die eine hofft die Zurückführung einer Vergangenheit, deren Rückkehr unmöglich ist: die andere hofft durch Aufregung der Leidenschaften und durch Mißbrauch der Unersahrenheit die ganze Gesellschaft in Auflösung und Anarchie zu stürzen. Beide mögen wissen, daß die konstitutionelle Regierung Sr. Heiligkeit sie überwacht, und daß sie entschlossen ist, ihre Pflichten zu erfüllen, jedes Attentat zu bekämpfen, das gegen die Integrität des Staats versucht werden könnte. In der Wiedereröffnung der Kammern (bei consigli) sieht jeder von uns eine Bürgschaft für öffentlichen Ordnung und der Befestigung der konstitutionellen Freiheiten" u. s. w. Rossi hatte auch bereits dem Bankiershäuptling Torlbalbi den Eintritt auf den Boden des Kirchenstaats untersagen lassen. Heute gab man ihm die blutige Antwort auf alle diese Kunstgebungen. Man hat ihn ermordet an der Schwelle des Saales, in welchem er vielleicht allein fähig war, die Ordnung wie Gesetz zu vertheidigen. — Fürst Hohenlohe wird als außerordentlicher Gesandter der deutschen Zentralgewalt hier erwartet, um Sr. Heiligkeit den Amtsantritt des Reichsverwesers anzuzeigen. Ob Hr. Heckscher noch länger hier verweilen, und erst neue Instruktionen von Frankfurt abwarten wird, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit angebru.

Nach einem Briefe der Allg. Ztg. aus Rom vom 15. ruhr schwerer Verdacht, Gerechtigkeit und Ordnung auf Sterbini. Ein früherer Verein der Allg. Ztg. aus Rom vom 14. gewinnt unter diesen Umständen erhöhtes Interesse, weshalb wir ihn hier folgen lassen: „Sterbini hat ein grauenvolles Präsidium der Kammerdispute abgeprellt und den Grafen Rossi in einer Weise mißhandelt, welche für die hiesigen Verhältnisse noch neu ist, und daher große Sensation macht. Er gibt ihm alles mögliche schuld, ja sogar geheimes Einverständniß mit Metternich. Sieht er doch so weit in behaupten der Ehef v. Päpow habe ihn, als er durch die Volkswuth aus Rom vertrieben worden sei, mit seiner Mission betraut, und diese habe der Denaturalisirte Italiens, der französische Doktrinär und schlaue Diplomat heilig gehalten. Was mit solchen Schandreden gemeint sei, wird klar wenn man darauf achtet daß es dem General Zucchi, welcher noch vor kurzem als ein großes Licht der Unabhängigkeitsmeinung hoch gepriesen wurde, nicht viel besser geht. Er nimmt sich für der Ordnung an, und das genügt ihn zu verdächtigen. Denn zum Fischen bedarf man durchaus trüben Wassers. — Gleichzeitig mit diesen Zeitungsartikeln läßt Sterbini patriotische Reden in dem Circolo Popolare ertönen, wo sie mit Jubel empfangen werden. Man ergibt sich der Hoffnung, daß die italienische Constituante sich ohne Hinderniß werde hier ausführen können, und Absurderes scheinen bereits von auswärts eingetroffen zu sein. Selbst die Besitzer von über Millionen Gund, welche der Klerus dargeboten hat, finden, da dadurch die mit 2½ Millionen hypothekirten Kirchengüter frei werden, und demnach eine Hypothek fortan entbehren, heitige Tadler. Fünfzehnjährige Ratenzahlungen, behauptet man, hätten einem Mann der sein Geld lieb habe, keine Garantien dar.

Dänemark.

Kopenhagen, 15. Nov. Sind wir recht unterrichtet, so wird das neue Ministerium aus folgenden Personen bestehen: Graf W. Moltke, wie bisher Ministerpräsident, nicht aber wie seither Finanz-, sondern an Graf Knuths Stelle Minister des Auswärtigen; Graf Sponneck (anstatt Moltke) Finanzminister; Prof. Madvig an Mag. Monrads Stelle Kultusminister; Bardenfleth und Jahrmann wie früher Justiz- und Marineminister; General Hansen anstatt Tscherning's Kriegsminister; Bang, bisher Direktor für das Innere, das bis daher ein eigenes Ministerium noch nicht bildete. Minister des Innern; Prof. Clausen, an Lehmanns Stelle, Minister ohne Portefeuille. Darnach treten also aus, wie ich Ihnen schrieb, Knuth, Monrad, Tscherning und Lehmann. Die Neueintretenden sind übrigens noch große Freunde des „Dänemark bis zu Eider", insonderheit der bekannte Prof. Clausen. (A. Z.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 22. Nov. Bayer. 3% prop. Obligationen 75, G. 75 G. 4proz. 86, G. Bankaktien II. Semester 578 P. — G. Preamessen 35 P. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 950 G.

J. V. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Freitag, 24. Nov.: (Zum Erstenmal.) „Der Förster", Oper von Flotow.

Fremdenanzeige.
Gold. Kreuz. Goetzing, Tuchfabrikant, von Ellwangen. Sommadinger, Privatier, von Brach. Fräulein Holzer, von Augsburg.
Gold. Hahn. Dauscher, Rentier, von Würzburg. Kleinfelder, Kaufmann, von Aachen. Braun, Privatier, von Regensburg.
Blaue Traube. Dr. Kerer, Universitätsprofessor, von Innsbruck. Baur, Privatier, von Prag. Schwarz, Direktor, von Miesbach.
Stachusgarten. Berger, Pfarrer, von Wallkirch. Reinsch, Gewerbekommissär, von Nürnberg. Mayer, Inspektor, von Stuttgart. Mad. Klaus, von Kaufbeuern.

Gestorbene in München.

Magdalena Dessing, Tischlerstau, 63 J. a. Johann Schüttenbauer, Zimmermann, 52 J. a. Anna Heldmann, Glasertochter von Aloß, todes Neustadt a. Waldnaab, 49 J. a. Anna Beaker, Böttnerswittwe von Moosburg, 76 J. a.

Ediktal-Citation.

252. Franziska Schertl, Flohmeisterstochter von Wolfratshausen, deren Aufenthalt seit dem 18 April 1830 unbekannt ist, wird hiemit aufgefordert, binnen

3 Monaten

ihren dermaligen Aufenthalt bekannt zu geben, widrigenfalls unterlassende Seite in deren Vermögensverhältnissen als Curatelsbehörde verfügen wird

Wolfratshausen am 18. Nov. 1848.

Königl. Landgericht.
(L.S.) Martin.

Druck der Dr. G. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Bassermanns Bericht über seine Sendung nach Berlin.*)

In der Sitzung der Reichsversammlung vom 17. November stellte der Abgeordnete v. Raypard nachstehenden Antrag: „Die hohe Nationalversammlung wolle beschließen, die Zentralgewalt aufzufordern: 1) den Reichscommissär Bassermann sofort abzuberufen; 2) gleichzeitig eine Reichsdemonstration mit dem Auftrage nach Berlin abzusenden; alle Mittel anzuwenden um einen gewaltsamen Zusammenstoß der Militärgewalt mit dem Volke zu verhüten; 3) die preußische Regierung zu nöthigen, die von der preußischen Landesversammlung für gesetzwidrig erklärten Verfügungen zurückzunehmen, namentlich die Vertagung und Verlegung der preußischen Landesversammlung, die Auflösung und Entwaffnung der Bürgerwehr, den Belagerungszustand der Stadt Berlin, die Beschränkung der freien Presse und das Affisenorganisationsedikt." Die Reichsversammlung beschloß, am folgenden Tage eine außerordentliche Sitzung zu halten und in dieser jenen Antrag in Erwägung zu ziehen. In der Sitzung vom 18. November begründete der Abgeordnete v. Raypard seinen Antrag, ohne mehr oder Genaueres über die Vorgänge und Zustände in Berlin oder überhaupt in Preußen zu sagen, als allgemein aus den Blättern oder durch Privatmittheilungen bekannt ist. Herr Bassermann war am vorigen Abend von Berlin zurückgekehrt. Er erhielt nach Hrn. v. Raypard das Wort und sprach wie folgt: „Ich danke dem Redner vor mir, daß er meinem und meiner Freunde Streben doch wenigstens noch eine relative Absicht zu Gute hielt, was von vielen Andern in dieser Zeit des mißlichen Mißtrauens nicht geschieht. Wie hinter der Zeit zurückgeblieben, was, meine Herren, wäre die Zeit selbst leben. Mißlich, daß man daraus ein Nachdarland jetzt schon Winke über die Frage gibt, wo die Grenze der wahren Freiheit liegt, vielleicht, daß Ihnen jetzt schon manche Thatsache der Frage beantwortet, ob wir diese Grenze richtig erfaßt haben oder Dieselbigen, welche auch Worwisse machen. — Ich gehe nun, meine Herren, auf die Mittheilungen, welche ich enthalten habe in Berlin Gelegenheit hatte, sowie auf die Gründe meiner Zurückkunft über. Die Zustände in Berlin kennen Sie, meine Herren, Sie wissen, wie weit es dort mit der Freiheit der Berathung gekommen war; Sie haben gehört von den Todesbedrohungen der Deputirten; von der Vernachlässigung des Sitzungssaales, es sind dies Thatsachen, die offen vorliegen. Wohin diese Zustände die Berliner Versammlung geführt, zu welchem Widerspruche sie dieselbe mit dieser deutschen Nationalversammlung, z. B. bei Gelegenheit des Belagerungszustandes, gebracht, ist Ihnen ebenfalls bekannt. Sollte im Sinne der deutschen Einheit, wie zu begründen berufen sind, eine Harmonie zwischen der Berliner und Frankfurter Nationalversammlung herbeigeführt werden, so war es unumgänglich nothwendig, daß die Freiheit der Berathung dort gesichert, und der beispiellose Zustand, daß nur der Hauptsitz Preußens herrsche, beendet wurde. Auf der andern Seite war das Reichsministerium mit der preußischen Regierung das Wichtigste zu verhandeln in Bezug auf das Verhältniß der Zentralgewalt zu den Einzelstaaten. Um nach diesen beiden Seiten hin zu wirken, sandten mich mein Kollegen im Ministerium nach Berlin. Was in Bezug auf die Freiheit der Berathung zu thun sei, das sollte ich dort mit der preußischen Regierung in Verhandlung nehmen. Dabei als ich noch in Dessau war, hörte ich am Stationsorte, also schon als ich des Gerücht die von der preußischen Regierung getroffenen Maßnahmen, und in Luckenwalde, 2 Stationen vor Berlin erfuhr ich auf Unzweideutigste, daß das Ministerium Brandenburg sich gebildet habe, daß die Verlegung der Nationalversammlung nach dem Städtchen Brandenburg ausgesprochen und die Vertagung beschlossen sei, am 27. d. M. unterzeichnet sei. Mit welchen Erwartungen ich nach Berlin einfuhr, können Sie sich denken, meine Herren, ich fand indessen die Stadt vollkommen ruhig. Spät kam ich an, durchwanderte aber noch die Straßen und muß gestehen, daß mich die Bevölkerung, welche ich auf denselben, namentlich in der Nähe des Sitzungslokales der Stände erblickte, erschreckte; ich sah hier Gestalten die Straßen durchkreuzen, die ich nicht schildern will. Am andern Morgen besuchte ich die Sitzung des Theiles der Nationalversammlung, welcher auch nach der Vertagung seine Berathungen fortsetzte. Es war mir klar bei dem Anblick der Versammlung, welche gegenüber dem ausgesprochenen Willen der Regierung, und trotzdem fortfuhr, daß hier die größten Gefahren des Zwiespaltes drohen mußten, wenn nicht alsbald der ganzen Sachlage eine andere Wendung gegeben werde. Ich setze mich mit Mitgliedern der Nationalversammlung aus verschiedenen Fraktionen, hörte die Aeußerungen vieler Bürger der Stadt, war den ganzen Tag von Besuchern umlagert und selbst ein Abgeordneter demokratischer Klubbs, wie er sich nannte, besuchte mich täglich. Ich glaubte also ohne Anmaßung sagen zu dürfen, ich werde ein ziemlich richtiges Bild von dem, was in der Hauptstadt von Preußen vorgehe, aufgenommen haben. Der Zustand Berlins, wie er sich äußerlich abspiegelt, ist kurz erschildert, die Presse, wie sie auf den Straßen verbreitet, die Flugblätter, wie sie die Kinder Jedermann in die Hand drücken, sie ist nicht, was wir, selbst in Süddeutschland, an einer freien Presse gewohnt sind, es geht weit darüber hinaus; lassen Sie mich nur Einen anführen: Sie finden dort z. B. an allen Ecken und bei allen Gruppen, die sich auf den Straßen bilden, den „Traum eines Republikaners." Zur größeren Deutlichkeit ist er auf rothes Papier gedruckt: Hier schließt ein Republikaner und ringt um ihn hängen die Laternenpfähle voll. Dann stimmt genau alles was ich über die Vorgänge, die ich vorhin nur leise berührte, erfahren konnte. Es ist mehrere Male so weit gekommen, daß Mitglieder der Rechten der Nationalversammlung nur dem Zufall ihr Leben verdanken, wenn sie dem Sitzungslokale, vor dem Schauspielhause hatte man die rothe Fahne aufgesteckt, die Bürgerwehr war ohnmächtig gegenüber den Massen, die das Haus umlagerten. Eines Abends kam ein Volksredner von der Terrasse des Gasthofs herab die Menge harangirte: sie müssten das nächste Mal lange Messer und Handbeile mitbringen, man könne auf diese Weise seinen Mann besser aus dem Gedränge herausholen. Den nächsten Abend waren sie zu Tausenden, nie solchen Instrumenten bewaffnet, zu sehen. Die Abgeordneten, die herauskamen, mußten sich schnell in die Massen verlieren, die Bürgerwehr war nicht im Stande, eine Gasse für sie offen zu halten. Man rief in der Dunkelheit nach ihnen, man lockte ihnen Mordschmähungen, man warnte mich Dienstleistung eines Freundes, durch Zufall glücklich entgingen sie den Streichen und der augenscheinlichsten Lebensgefahr, die um so größer war, als nach allen Mittheilungen die äußerste Kraftlosigkeit der Gesetze in der Hauptstadt herrschte. Die Mitglieder der Rechten verlangten drei Mal in der Nationalversammlung Schutz gegen solche Bedrohungen; drei Mal bat die Versammlung diesen Schutz gegen ihren Kollegen verweigert. (Stimmen links: das gehört nicht hierher.) Ich gehört hierher, meine Herren. Ich habe darauf die Minister gesprochen; ich fand die Minister, die Leute, die so außerordentlich verlusen sind, in der wünschlichen Fassung, und in einer Ruhe, die alle Anerkennung verdient. Sie erklärten mir: wie sie zu dem Entschluß gekommen, den Rufe des Königs zu folgen, um die Maßregeln, die als nothwendig erkannt waren, auf die Bahn zu bringen, die von Niemand verkannt werden konnte, durchzusetzen. Was unsere Beziehungen zwischen der Zentralgewalt und der preußischen Regierung und die einzelnen Punkte dieser Beziehungen betraf, so war es durchaus unmöglich in diesem Momente von jeder Verhandlung von denselben Männern Handlungen verlangte und alle Ihre Gesetzkräfte in Bewegung nahm, darüber sogleich zu reden. Diese Verhandlung über den nächstigsten Theil meiner Sendung mußte mir vertagen, sie erfolgte drei Tage später; ich übrigen litt ich die Versicherungen nicht unbetrübt, welche man gegen sie erhoben, und erhielt sofort, ich darf hinzufügen, mit ruhig lächelndem Munde die Versicherung: daß an eine Zurückziehung der Gewährungen, aber an das, was man sonst Reaktion hier nennen könnte, gar nicht zu denken sei. In sehr Einzig, daß es, wenn auch demnach daran dächte, in Preußen kein unmöglich sei, daß sie Ministerium halte ich Niemand, am wenigstens diese Männer, daß ich glauben könnte, sie hegten ernstlich solche Plane. Ob diese Männer zurücktreten werden, sobald die beiverochenen Maßregeln durchgeführt sind, das vermag ich hier nicht anzudeuten. — Ich habe mich darauf bemüht, mich bei den Mitgliedern der verschiedenen Fraktionen zu erkundigen, was man gegen diese Männer vorliege, und warum man ein so unbegrenztes Mißtrauen in sie setze. Meine Herren, ich habe bei Mitgliedern der Nationalversammlung, die mit bei der Deputation waren, welche ein anderes Ministerium verlangte, die noch mit in der Versammlung saßen trag der ausgesprochenen Vertagung, keine Thatsachen erfahren können. Ich glaube nicht zu sein, das hier auszusprechen. Ich habe nicht ihren Vertheidiger zu machen, aber das muß ich sagen, daß gesagt werden auch in diesen Tagen der Unfreiheit. Dem Grafen von Brandenburg wusste man nichts nachzusagen, als die Erklärung eines Amtesbefehls, die dem des General Wrangel ähnlich sei und über Henry von Manteuffel zitirte man eine Stelle aus dem Protokolle des vereinigten Landtags, worauf er sich mit Hohn von Binde gestützen haben soll. Aber das böse man von denselben Männern, daß in der Ehrenhaftigkeit ihres Privatcharakters kein Zweifel zu setzen sei und man nahm an, sie würden nichts thun, was ihren Worten widersprechen werde. Am nächsten Tage habe ich mich zum König verfügt. Es ist nicht Sitte, mitzutheilen, was man mit einem Monarchen konferirt, aber ich glaube doch sagen zu dürfen, wie im Allgemeinen ich den König traf. Was unsere Beziehungen zu Frankfurt betrifft, so fand ich ihn deutscher gesinnt, als ich es glaubte. Während die Nationalversammlung von Berlin in Beziehung auf die Posener Frage z. B. einen Beschluß gefaßt hat, der dem der hiesigen Versammlung vollkommen widerspricht, hörte ich aus des Königs Munde den Entschluß, den Beschluß der deutschen Reichsversammlung ausführen zu lassen. Ich fand ihn auch entschieden in den Ansichten, die in der Hauptstadt vorgekommen, ein Ende zu machen. Ich fand den König überhaupt in einer Stimmung, in welcher er es für eine große und ernste Pflicht ansah, nicht bloß Preußen, sondern Deutschland und seine Stellung vor dem Auslande in die rechte Tonart zu setzen. Ich fand ihn merkwürdig und mit Ergebung gefaßt auf Alles, selbst auf das Aeußerste, was kommen würde. Auch ihm verhehlte ich nicht, welche Besürchtungen man habe vor den Folgen, die nun eintreten könnten, wenn seine Maßregel durchgeführt sein würde, vor dem Zurücknehmen des Zugestandenen, vor dem Eintritt der Reaktion. Ich kann und muß mir wiederholen, daß ich auch hier nach meiner vollen Ueberzeugung nicht den mindesten Grund zu den Befürchtungen fand, die so allgemein verbreitet werden. Nach Berlin zurückgekehrt, waren unterdessen die Verhandlungen in dem zurückgebliebenen Theil der Nationalversammlung fortgegangen, aber unterstessen war auch General Wrangel eingezogen und ich darf Ihnen nicht verhehlen, daß die Stadt alsbald ein verändertes Ansehen hatte. (Unruhe.) Meine Herren, ich spreche das, was ich gesehen habe, aus. Sie mögen dann darüber urtheilen, wie Sie wollen. Ich glaube, es dürfte

*) (Besonderer Abdruck aus den Flugblättern aus der deutschen Nationalversammlung.)

Manchem von Ihnen nicht unwichtig erscheinen, wenn ich meine Wahrnehmungen offen mittheile (mehrere Stimmen: Allerdings.) Ich kann Sie nur versichern, daß mir nach dem Einmarsch der Truppen die Bevölkerung auf den Straßen anders erschienen ist. Die Straßen waren belebter, belebter auch von anderen Personen. Ich kann bei den Bürgern ein wiedergekehrtes Gefühl der Sicherheit, die sie so lange entbehrten. Meine Herren, wir kommen zu einer ernsten Seite: ich glaube, obschon ohne einen offiziellen Auftrag dazu zu haben, da bei meinem Abgange von hier diese Ereignisse ja nicht vorauszusehen worden konnten, es mir erlauben zu dürfen, einen Versuch zu machen, den Konflikt auszugleichen. Ich verfolgte mich zu dem Präsidenten des Nationalversammlung, zu Mr. v. B. Der Versuch mißfang. Eine Vermittlung, wie ich sie vorgeschlagen, würde nicht angenommen worden können, sagte er. Ich war dann Zeuge einer andern Unterhandlung, welche der frühere Präsident v. Grabow mit einem namhaften Mitgliede, nicht der Linken, sondern des Zentrums hatte, und auch diese Unterredung führte zu keinem beiderseitigen Resultate, das der ehrenwerthe von Grabow so sehr gewünscht. Bei beiden Gelegenheiten aber kam zur Sprache, unter welchen Bedingungen die zurückgebliebene Nationalversammlung sich zufrieden erklären würde. Meine Herren! Diese Bedingungen, unter welchen die zurückgebliebene Nationalversammlung nach den im Wesentlichen übereinstimmenden Erklärungen zweier hervorragender Mitglieder des Zentrums Frieden schließen wollte, sind ich mich verpflichtet, Ihnen mitzutheilen. Sie werden ein Recht darauf haben, zu wissen, was die Kommune wünscht in derselben Sache. Einerseits sprach man aus: Die Verbannung aller Peingen außer den Grenzen der preußischen Monarchie. (Hört, Hört!) Die Verhaftung des Generals Wrangel und aller Minister, Hochverrathsprozeß gegen diese sämmtlich, unbedingte Unterwerfung von Seiten des Monarchen unter die Beschlüsse der Berliner Nationalversammlung bis die Verfassung fertig sei, und schließlich: Entfernung alles Militairs aus Berlin. Wenn ich Ihnen äußerte, wird kaum sei dieser Versammlung nothwendig sein ausführlich mitzutheilen. Daß die Berliner Nationalversammlung, wenn ihre Beschlüsse unbedingte Gültigkeit haben sollten, in nichts Anderes, als in einen Konvent sich verwandeln würde, war mir klar, um so mehr, als Mitglieder aus dem Zentrum dieser Versammlung mir versicherten, die jetzt nur den Stuzgrau noch beigerobert zu haben, um die gewaltthätigen Fraction der Versammlung an unbedingtes Schweigen zu binden. Auf sie lange kann Preußen in eine Republik verwandelt wäre, war damit natürlich auch ganz in Frage gestellt, da ja die Dauer der Versammlung und die unbedingte Gültigkeit ihrer Beschlüsse ein Ziel nicht hatte. Welcher Widerspruch hierin lag, mit der Versicherung durch diesen Herren, daß Preußen zu einer Republik durchaus nicht geeignet sei und nun am seinen Preis eine solche wolle, habe ich mich bemüht, deutlich zu legen, aber ohne Erfolg, eben so erfolglos war meine Vorstellung, daß beim Zurückziehen des Militärs ja die Todesbedrohung gegen Mitglieder der Nationalversammlung wieder aufs Neue beginnen würde, und wohin sie dann führen müßte, das war nicht sehr ungewiß; vielleicht hätte sie dahin geführt, daß das, was bisher durch Zufall verhütet worden, eingetreten wäre. Freilich hätte man dann gesagt, sagt ist der günstige Zeitpunkt gekommen, um solche Maßregeln zu nehmen, um Militär einrücken zu lassen, kann man nicht länger mehr der Bürgerwehr den Schutz der Nationalversammlung vertrauen, jetzt kann die Nationalversammlung nicht länger mehr in Berlin tagen, sondern sie muß, wie in Norwamerika in ein kleines Städtchen gebracht werden. Vielleicht liegt der ganze Fehler darin, daß der Anlaß nicht der rechte war; allein ich glaube, es war doch besser, nicht erst abzuwarten, bis einige Tagesordnete mit dem Gewehr gehißt hatten, um beliebige Maßregeln nachzuführen. So wie nun in Folge des eingetretenen Konflikts sich die Lage der Dinge in den allerletzten Tagen dort gestaltet hat, meine Herren, so ist es mir kein Zweifel, daß eine Vermittlung nicht mehr möglich ist und daß eine wohlthätige Fortsetzung der Berathung der preußischen Verfassung weder darunter dem ungnügenden Schutze der Bürgerwehr Berlins, noch überhaupt unmittelbar jetzt hier gedeihen kann. Sollen Sie sich, an den Straßenecken hier die Berathung der Nationalversammlung von Letzern der Regierung, neben daran die Erklärung der Nationalversammlung, vielmehr des zurückgebliebenen Theils derselben: daß sie sich nicht vertagen lasse, weiter neben die nach dem Gesetze vorgelegte Verfassung der Bürgerwehr, die auch bei dem Sturme des Zeughauses, bei der Demolirung des Schloßgitters und bei den Barrikaden auf die Nationalversammlung sich wahrlich nicht als genügend bewiesen hat; weiter daneben daran die Erklärung der Nationalversammlung: diese Auffösung sei gesetzwidrig und wer ihr zuwiderhandle, und wer dazu mitwirke, seien es Zivil- oder Militärbeamte, sei Verräther an dem Vaterlande. Denken Sie sich weiter die Erklärung des Belagerungszustandes, den man unter solchen Umständen einen kühnen Widerstand sich bei der Abstrafung erwarten hatte, denken Sie sich dann nebenaran wieder die Erklärung der Nationalversammlung, er sei ungesetzlich; denken Sie sich weiter den General Wrangel als Militärchef, draußtragt mit der Vollziehung einiger Beschlüsse und nebenan die Erklärung verschiedener Klubbs mit großen Letter: General Wrangel sei vogelfrei und Volksverräther; denken Sie sich die Bevölkerung so, wie sie sie geschildert, und die Aufregung die durch diese maßlosen Plakate und Flugblätter, durch den rothen Träumer der Laternenreplubli hervorgerufen wurde, und Sie werden mit mir zu der Ueberzeugung kommen, daß hier ein Zustand eingetreten war, in welchem eine Vermittlung nicht mehr Platz finden konnte, und wären auch ganz Andere als ich gekommen, um ihre Bemühungen daran zu setzen. Aber auch die Ueberzeugung drängte sich mir auf, daß hier ein Zustand eingetreten war, der entweder mit strenger Durchführung der einmal beschlossenen Maßregeln enden mußte, oder der auf der anderen Seite zur Annahme jener Bedingung führte, die ich Ihnen genannt habe. Meine Herren, ich weiß nicht wie Jeder denkt bei dieser Alternative, es mag da Jeder urtheilen nach seinem Gefühle: die Eindrücke die ich empfangen habe, sind der, daß nur dem letzteren Wege, bei Annahme der Bedingungen und bei der Acceptation eines Ministeriums auf diese Bedingungen hin, wir ein weit größeres Unglück für ganz Deutschland zu erwarten hätten, ein Einlenken in die des jetzt versuchte, aber von Lob noch nicht betretene Bahn, deren blutige Folge erst außerdem wieder bei völliger Erschöpfung, während auf der anderen Seite, bei der Durchführung von den Regierung getroffener Maßregeln, und wie mir berichtet wurde, mit dem Zeichen des Sohnes zurückgewiesen worden war. Von der Nationalversamalung in Berlin hoffe ich nach meiner Ansthauung, und mögen Sie mich deßhalb meinetwegen verdammen, nichts für die wahre Freiheit. — Wo man den Schutz seiner Kollegen gegen Banditen verweigert, wo man die Freiheit der Ueberzeugung und Abstimmung preisgibt, da muß man wohl die Freiheit erst erkämpfen. Ich meine nicht von der preußischen Versammlung auch nichts für unsere deutsche Einheit. Der Beschluß über Posen hat es hinreichend bewiesen, und alle Aeußerungen, die ich sonst vernehmen mußte, konnten mir diese Ueberzeugung nur verstärken. Ich kann also nicht einstimmen in den Antrag des Herrn von Rappard, dessen preßonliche Meinung ich übrigens ehre, nicht einstimmen in den Antrag, wir sollen unsere Sympathie für die Nationalversammlung, wie sie noch bestanden ist, aussprechen. Ich kann dieß weder im Interesse der Freiheit, noch im Interesse der Einheit thun. Weit aber eine Vermittlung nicht möglich war und weil, was ich in Bezug auf die Verhältnisse zwischen Frankfurt und Berlin auszurichten hatte, soweit es unter den gegebenen Verhältnissen möglich, vollführt war, glaubte ich zurückkehren zu müssen. Den Beschluß, welchen die Nationalversammlung gefaßt hat, aufzuführen, hielt ich mich nicht für befugt. Ueberzeugung, wie mich meiner Einsicht in den Gang der Weltgeschicht, für unfähig, din aber dagegen hier, dem Erzherzog Reichsverweser meine Entlassung als Unterstaatssekretär anzubieten Es kann sein, daß ich Manches übergangen, was ich der hohen Versammlung hätte mittheilen sollen. Man möge mich entschuldigen, durch Anzgriffenheit von der Reise, durch ein ernstes Unwohlsein; aber lassen Sie mich wenigstens die Ueberzeugung, die ich von der Reise durch einen großen Theil Deutschands mitbringe, Ihnen an's Herz legen. Es ist die, daß wir durch nichts mehr dem Vaterlande diesen können, als durch eine rasche, ja mehr als rasche Berathung der Verfassung, ehe es zu spät ist. Herr Bassermann wurde aufgefordert, denjenigen zu nennen, der ihm von jenen ominösen Bedingungen gesprochen. Er erbot sich dazu, sowie zu aller etwa wünschenswerthen weiteren Auskunft zu Anschuß.

Die Reichsversammlung hat die ganze Angelegenheit zu schleunigst Berichterstattung an einen Ausschuß verwiesen. Von der Seite des Hauses soll freilich, welche das Reichsministerium tadelt, daß es nur mit Phrasen statt mit Thaten regiere, aber selbst nur Phrasen hat, von der Seite, die die Reichsversammlung oder deren Mehrheit zu Beschlüssen zu drängen trachtet, welche sich entweder als augenscheinlich unausführbar darstellen, oder wenn sie ausgeführt wären, die Nation längst in unbeschwore Verwirrung, Zerrüttung, eine anarchisch-kanatische oder bleiwollende Faction und die Volksmassen zur Herrschaft gebracht und Deutschland mit allen Mächten darin in Krieg verwickelt haben würde, — von dieser Seite des Hauses wurde Alles aufgeboten, die Reichsversammlung — unter dem Vorwande, daß Gefahr im Verzuge sei und unter beleidigenden, und wie es schien auf Einschüchterung berechneten Aeußerungen — zu dem Beschlusse fortzuführen, augenblicklich, d. h. ohne gehörige Prüfung und in erregter Leidenschaft zu verhandeln und zu entscheiden. Man brohte: die Nation werde ihren Vertretern alles Vertrauen entziehen, wenn dieselben nicht — unbesonnen handelten. Die Mehrheit blieb fest, sie achtete der Andeutung nicht, daß sie sich vor muthigen Beschlüssen fürchte, gerade sie bewies Muth, den Muth in erregter Zeit besonnen zu sein, dem Willen der Lautesten und Leidenschaftlichsten sich entgegenzustellen. Sie hat durch diese Haltung den Gesetzes Gehör zu gönnen und Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Jetzt der preußischen Nationalversammlung Sympathie zu erkennen geben, was Herr von Rappard nachträglich verlangte — dazu ist Muth nicht erforderlich, wohl aber dazu: das Recht der Krone Preußen in Schutz nehmen, so weit sie Recht hat. Deutschland wird es der Mehrheit seiner Vertreter danken, daß sie die Haltung einer Partei nicht behauptete, wie es die Nationalversammlung soll — eines Senats, der etwas Anderes ist und sein soll als eine der von Agitatoren geleitete Volksversammlungen, die so oft übereilte Beschlüsse fassen und glücklicherweise nicht für die Nation berathen und beschließen.

Deutschland.

Preußen. — Breslau, 17. Nov. Schon seit 8 Tagen trägt man sich mit der bestimmten Versicherung herum, es solle unter der Gunst der jetzigen Aufregung ein Versuch zur Proklamation der Republik gemacht werden. Den

betäglichen Anlaß dazu gibt Hr. Schlöffel. Leider hat den gestern ernannten Zentralausschuß der Bürgerwehr u. s. w. vom ersten Tage seines Erscheinens an, auf äußerste Oeffentlichkeit gedrungen. Wäre er vor einem Monate hergekommen und hätte unter ähnlichen äußern Verwirrungen Aufruhr gepredigt, so würde der Saame seiner fanatischen Rede wahrscheinlich nicht fruchtbar auf den Boden gefallen sein, aber jetzt fiel er hier in eine schon in sich gespaltene demokratische Partei, in welcher das gegenseitige Mißtrauen vielleicht nicht geringer ist, als der gemeinschaftliche Haß gegen Konstitutionalismus und Monarchie. Die Spaltung ist gleich nach dem Berliner Demokratenkongreß zum Ausbruch gekommen, und scheint jetzt ihre Früchte zu tragen. Wir wollen nicht untersuchen, welches die eigentlichen innern Veranlassungen waren: es wird verstärkt, daß persönliche Verletzheit und Eifersüchtelei bei dem Bruche nicht ohne Einfluß waren, so viel aber steht fest, daß den öffentlichen Grund die Demokraten der Breslauer Demokraten das radiate Wesen der Berliner Vorwärtspärr, ihr Drängen zur Einführung der rothen Republik hergeben mußte. Die fanatischen unserer hiesigen Demagogen, kamen mit entschiedenster, lautester Verabscheuung der dunkelrothen Tottinen zurück, welche ihre zarten Ohren dort hatten vernehmen müssen, und verkündeten ihrer ganz offen, daß sie nur einer solchen Demokratie als Oppositionspartei mögen gehören könnten. Freilich war ihre eigene Partei aber ein solches Gesindmiß nicht wenig überrascht; es mochte ihr wohl erscheinen, daß von Herren erst so plötzlich ein Licht über die rothe Demokratie aufgegangen, da sie dieselbe ja im Schooße des eigenen Vereins und so mancher Brüderversreine zur Genüge hatten kennen lernen. Ob war daher nicht zu verwundern, daß in Folge ihres Verlangens beim Abschiede zwischen diesen und ihren bisherigen Parteigenossen entstanden. Der demokratische Verein, welcher schon zweimal gemäßigte Minoritäten hatte ausscheiden sehen, besand sich von Neuem im Angesichte einer großen Spaltung, die um so bedeutender werden konnte, als der eigentliche Begründer und Chef des Vereins, der bis jetzt ungemein populäre Dr. Engelmann, welcher so eben als Oberst der Bürgerwehr zum Major befördert worden ist, mit einem großen Theile seiner avouirten Mitgliedern beiand und in Folge dessen seinen Austritt ansichtbar in Aussicht gestellt hatte. Die drohende Zerfahrig war nun freilich durch die Macht der Berliner-Ereignisse verhütet worden. Angesichts solcher Thatsachen und der Hoffnungen, welche der demokratischen Sache dadurch eröffnet wurden, war die ganze Partei im ersten Augenblicke wieder eins. Aber die Einigkeit war nur äußerlich, der Keim der Zwietracht trieb im Innern weiter. Wir haben gesehen, wie der rein demokratische Sicherheitsausschuß neben dem städtischen seine Thätigkeit fortsetzt. In ihm ist sich Schlöffel mit einigen seiner hiesigen Anjutanten durch extreme Vorschläge hervor, welche die gemäßigten Mitglieder von Neuem an die Gefahren erinnerten, worin ihnen ihre Gegenwart schwebte. Dies ist geschehen durch Schlöffel wollte unverzügliche Proklamation der Republik vermittelst des Proletariats und eines Barrikadenkampfes. Ihm widersprachen sich Männer, von denen man sonst sich des Aergsten versehen zu dürfen geglaubt hatte, indem sie ihm vorwarfen, er sei Nichts als ein Wortschwätzer, und habe sich durch seine Reden als solchen in dem Barrikadenkampfe hinlänglich blamirt. Man kann sich denken, daß solche Aeußerungen zur schroffen Gegenüberstellung der Parteien nicht wenig beitrugen, und in der That soll es mehrere Sitzungen hindurch sehr arg zugegangen sein. Bei den plötzlich gemäßigt gewordenen Republikanern war die Wuth gegen Schlöffel so groß, daß Dr. Engelmann ihm wahrsich gegen seine Leute hätte schützen müssen, wenn er nicht überall mit Proklamation der Republik um sich wüte. Die Rothen jedoch schienen auf eigene Faust handeln zu wollen, sie bildeten ein Bataillon Pioniere unter der Leitung eines im Barrikadenbau geübten Architekten, und da bei einem Spektakel einige Tausend für Ungarn bestimmte Gewehre hier angekommen waren, so wollte man sich derselben bemächtigen, um damit Proletarmarsch damit zu bewaffnen. Diese saubere Sicherheitsanstalt erhielt davon Kunde, die Bürgerwehr war darüber sehr in Besorgniß, da sie in einem von Schlöffels Theorien genährten Proletariat nicht eben eine willkommene Reserve erblicken konnte, und ihr neuer demokratischer Oberst, der wohl an die Junitage von Paris denken mochte, sorgte im Einverständniß mit dem Magistrate dafür, daß die Waffen im Rathhause in guten Verwahrsam gebracht wurden. Aus diesen Thatsachen mögen sich sich denn, wie, trotz der großen Erregung gegen die Regierung, trotz der lebhaften Sympathie für Berlin und die noch tagende Nationalversammlung, wie sie in der Bürgerschaft hier unleugbar sind, dieselbe dennoch für entschiedene, gewaltsame Schritte in diesem Augenblicke wenig Neigung empfindet, weil sie fühlt, das solche leicht einen Zustand herbeiführen könnten, aus welchem der Rückweg zu ihrer behaglichen Ruhe schwerer wäre, als auf der jetzigen bedrückten Lage zur Freiheit. Dennoch verbreitete sich gestern die Nachricht, daß der Tag zur Proklamation der Republik bestimmt sei, es herrschte in der ganzen Stadt allgemeine Aufregung und das Militär war in allen Kasernen konsignirt. Aber schon bei der Volksversammlung konnte man sich überzeugen, daß die Republik so ängstlich noch nicht war; denn obwohl dieselbe dadurch vom besten Wetter begünstigt war, so hatten sich doch kaum 5 bis 600 Personen auf dem Neumarkt eingefunden, welche die Nachricht von der in Berlin betretenen Steuerverweigerung mit Jubel begrüßten, sich aber so wenig kampflustig zeigten, daß sie vielmehr, zum großen Aergernig der Leiter der Volksversammlung, auf die bloße Nachricht von dem sehr entfernten Bombardirchen eines Zuges von Soldaten nach allen Seiten auseinander stoben. Als sie sich allmählig wieder gesammelt hatten, ermahnte sie ein Redner zu „imposanter Ruhe“ und man zog darauf vor's Rathhaus, um dem städtischen Ausschuß über seine Zustimmung zum Berliner Beschluß zu betragen. Derselbe besand die Aufforderung dahin, daß er mit der Steuerverweigerung einverstanden sei, und deßhalb nur dem Magistrat zu zahlenden Steuern aufbewahren, den Oberpräsidenten aber auffordern würde, keinesfalls dem Ministerium Brandenburg seine Gelder mehr zur Verfügung zu stellen. Der Oberpräsident, zu welchem man auch eine Deputation schickte, wollte sich auf keine Erklärung einlassen, da ihm der Beschluß der Nationalversammlung noch nicht offiziell bekannt sei. Es war nun in der Stadt das Gerücht verbreitet worden, daß man es auf die öffentlichen Kassen abgesehen habe. Das Kommando der Bürgerwehr trat deßhalb die Anordnung, in allen betreffenden Gebäuden Bürgerwehrabtheilungen aufzustellen. Der Oberpräsident soll jedoch die Regierungskassen schon zwei Stunden vorher nach der Kürassierkaserne befördert haben; übrigens wurde im Anfang auf die öffentlichen Kassen wohl weniger das Mißtrauen nach der Stadt gesührt haben. Die Erklärung des Oberpräsidenten wurde von dem am Rathhause versammelten Volke, welches offenbar fast nur aus Neugierigen bestand, mit ziemlicher Gleichgültigkeit aufgenommen, und man verlief sich harmlos und ohne weitere Folgen. Die „Oderzeitung“ hat 10.000 Menschen da gesehen, das ist wenigstens zehnmal mehr, als dort waren und als dort sein konnten. Kurz, das Resultat des vergnen Tages war nur eine neue Schwäche des städtischen Ausschusses; der Abend war ganz ruhig, mit der Republik wollte es wieder nichts werden. — Heute ist noch kein erhebliches Faktum vorgefallen. Man erwartet jedoch eine Erklärung des Oberpräsidenten, welcher sich jetzt, wie behauptet wird, doch für die Billigung der Steuerverweigerung aussprechen und heute alle Regierungsgelder zurückhalten soll. Es ist sür den Fall der weitern Lagen sie die Verlegung des Königs zur Verlegung der Versammlung erklärt hat, so wäre die jetzige Sinnesänderung ziemlich befremdlich. Nachmittags ist noch Volksversammlung.

(D. Z.)

Die im vorstehenden Artikel angedeutete Volksversammlung hat statt gefunden. Der Vorsitzende, Hr. Brenner, sprach sich bezüglich der Steuerverweigerung dahin aus, daß zum Beschlusse derselben die gesetzlichen Bestehnen des Oberpräsidenten mißbilligend aus. Ein anderer Redner, Hr. Künig, erklärte, wenn sich der Oberpräsident nicht für die Nationalversammlung aussprache, so müsse das Volk zum offenen Widerstande greifen, und forderte die Versammlung auf, zum Oberpräsidenten zu ziehen. Dies geschah, und man verlangte von demselben die bestimmte Erklärung, ob er sich zum Beschlusse der Nationalversammlung bezüglich der Steuerverweigerung unbedingt fügen wolle oder nicht. Die, von Dr. Alb überbrachte Antwort besselben, daß er sich den Beschlüssen der Nationalversammlung unterwerfe, genügte nicht; man wollte sie aus dem Munde des Oberpräsidenten selbst hören. Dieser erschien sodann auf dem Balkon und gab die verlangte Erklärung. Ueber den von ihm an diesem Nachmittage gegebnen Erklärung erschien am 15. d. Mtz. ein Erlaß der k. Regierung in Breslau, des Inhalts, daß in Ermangelung einer durch die gesetzliche Behörde zugegangenen Bestimmung, welche die Steuerzahlungen stifte, jetzt wie früher die landesherrlichen Steuern und Abgaben unverweigerlich zu entrichten seien. Ein anderer Erlaß der Regierung von heutem Datum erklärt die Bildung aller sogenannten Sicherheitsausschüsse oder Schutzkommissionen für ungesetzlich und fordert die einschlägigen Behörden auf, mit allem Nachdrucke derartigen Bestrebungen entgegenzutreten. Zugleich wird in Erinnerung gebracht, daß die Bürgerwehr sich auf keine Weise nach §. 4 des Bürgerwehrgesetzes vom 17. Mz. in die Verrichtungen der Gemeindevorstandsorgane oder gerichtlichen Behörden mischen dürfe. Eine Bekanntmachung des Magistrats von Breslau erklärt, daß ein Zentralausschuß der Bürgerwehr daselbst nicht bestehe, und daß die städtische Bürgerwehr in keiner Weise bei einem d. d. Breslau den 15. Nov. erlassenen „Aufrufe“ unter der Firma: der Zentralausschuß der Bürgerwehr und kombinirten politischen Vereine betheiligt sei.

Oesterreich. — * Wien, 15. Nov. Das Gerücht ist das Ministerium gebildet, und zwar in folgender Weise: Ministerpräsident Wessenberg, und Aeußeres Fürst Felix Schwarzenberg; Minister des Innern Graf Stadion; Minister der Finanzen Baron Kraus; Minister des Krieges General-Major Baron Corton; Minister der Justiz (vrov.) Dr. Bach; Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten v. Bruck; Minister der Agrikultur Baron Thinnfeld; das Ministerium des Unterrichts wird provisorisch durch Stadion versehen. — Dem Feldmarschallieutenant Moga ist noch die Frist bis zum 26. Nov. vom Fürsten Windischgrätz eingeräumt worden, um zu den österreichischen Fahnen mit den ihm unterstehenden Truppen zurückzukehren, nach deren fruchtlosem Ablauf dem mit den Waffen gegen die k. k. Truppen Letzteren die Kriegsrechtliche Behandlung angekündigt wird. — Heute sollen zahlreiche Freilassungen treten auch jetzt noch einander Begnadigungen ein, worunter die eines über Mod. Dr. Palugi verhängten Todesurtheils gehört. — Auf das Förmlichste wird dem sehr verbreiteten Gerüchte widersprochen, daß heimliche Hinrichtungen statt finden, da im Gegentheile die Oeffentlichkeit geschehe, um als Warnung zu dienen. — Bezeich und, wie man vermuthet, auch Schwarzer haben von ihren Wächtern Mißtrauensvoten erhalten, und es ist daher mehr als wahrscheinlich, daß sie ihre Sitze am Reichstage wieder einnehmen werden. — Man betrachtet den Eintritt Bachs in's Ministerium nur als provisorisch und bezeichnet bereits den Hofrath Steinhammer, der als sehr verdienstvoll geröhmt wird, als seinen Nachfolger. — Als Unterhausreferenten sollen Salzgeber und Wüst fungiren. — Heute hat das Minister-Provisorium ausgeschlagen. Als Unterrichts-Minister besindet man den Ministerialrath ehemaligen Prof. Exner. — Fürst Windischgrätz erhielt vom Kaiser Nikolaus das Großkreuz des St. Georg-Ordens in Begleitung eines sehr

schmeichelhaften Handschreibens, das der k. General-Adjutant Fürst Lieven überbrachte. Es ist hier vielleicht der Ort zu erinnern, daß die Fürst Windischgrätz'sche Familie sich des ältesten Adels in Oesterreich zu rühmen hat. — Vorgestern wurde in einer hiesigen Vorstadt eine Fabrik falscher Banknoten entdeckt; man fand einen Vorrath von 11,000 fl. in 2 fl. Scheinen. Man erfährt als Neuestes aus Berlin, daß der König beabsichtige, die Nationalversammlung aufzulösen, eine oktroyirte Karte zu ertheilen und ein Ministerium Bedeutend-Camphausen zu bilden. Es herrscht dort völlige Ruhe. — Hier ist das 30tägige Wechselmoratorium bis 6. December verlängert worden. — Die Lords Brougham, — Auch Zellacich hat einen russischen Orden, und zwar den Großkreuz des St. Wladimir-Ordens nebst einem Handschreiben des Kaisers erhalten; derselbe begibt sich zu Ende dieser Woche zur Armee. — Mehrere Abtheilungen Husaren sind aus Ungarn zur österreichischen Armee übergegangen.

* Wien, 20. Nov. Die Börse sehr fest, 5%, Metall. und Nordbahn besser bezahlt. In andern Fonds wenig Umsatz und Veränderung. Devisen, besonders in L. St. begehrt. Auch Gold besser bezahlt. Silber 81¼—81½ %. — 5% Metall. 75¼, 4% 65, 2½% 40¼, Bankaktien 1075, Loose von 1834 132¼, Devisen von 1839 89, Nordbahn 97½, Mailänder 67, Glogganitzer 93, Pesther 62, Linzer 64¼, Linz-Budweiser 172.

Zum Beweise, daß der Aufstand in Wien planmäßig von außen angelegt und daß man nicht im Geringsten über das Gelingen desselben besorgt war, mögen folgende Thatsachen nach nachträglich dienen. Der konstitutionelle Hans Jörgl erzählt 34. Heft vom 11. Nov. bezüglich dieser schauderhaften That: Ein Offizier von Bergamo in der Neustadt angekommen. Seine Kameraden hielten ihn gefangen, wo er den Tod Latours vernommen hätte. In Bergamo, gibt er zur Antwort. Wie ist das möglich, heute ist erst der 11.!? Wann hast du es erfahren? Am 6. Oct., als ich abreiste. Auf der Post rief mir ein Herr beim Einsteigen zu: Sie reisen nach Wien? Heute ist ein wichtiger Tag, heute wird Latour gehenkt. — Ein Kaufmann, heißt es da weiter, kömmt am 6. Oct. in Pesth an den Straßenecken ausbrüllen: Latour henkt!

Oesterreichische Monarchie.

∠ Temberg, 16. Nov. Das Lemberg den 2. d. M. durch die k. k. Truppen eng umschlossen und auf die vom kommandirenden General der Kavallerie Freiherren von Hammerstein dreimal fruchtlos erfolgte Aufforderung der Nationalgarde, Studenten und Proletarier zum Aufeinandergeben und Abtragen der an vielen Punkten errichteten Barrikaden — bombardirt worden sei, endlich desselben Tags Nachmittags sich ergeben hat, werden Sie aus den Zeitungen schon längst erfahren haben. Durch die von Karl Albert und durch Kossuth hierhergesendeten Gelder sind eine Menge polnischer und französischer Abenteurer und Emigranten, Freudenmädchen und friseurs de barricades hierselbst durch mehrere Monate unterhalten worden: an diese haben sich zumeist die Studenten angeschlossen und mit ihnen in Kaffeeund Wirthshäusern Feste gefeiert. Die ältere Studirlustige: „der Freiheitslige," „die Konstitution," die Gassreizerinne u. dgl. mehr, mit Heißhunger verschlungen und haben zur gänzlichen Verwirrung der sinnesberauschten Jugend nicht wenig beigetragen. Die Nächte wurden mit Kartenspiel und Zechen, dann mit Roherlichen Dirnen zugebracht, unter Tags wurde durch ein paar Stunden exerzirt, die Exerzierweise konnten selbst nichts, daher sie auch nichts ihren Gästen beizubringen vermochten; auch Duden wurden dazu gezogen um sie hiesigen polnischen Polen durch sie in die hiesige Nationalgarde wurden entlassene Schreiber, Domestiken und Handwerksburschen gelegentweiser Weise aufgenommen, es war um eine polnische Armee zu thun, um die österreichischen Truppen in Galizien damit zu schlagen, alle Deutschen zu morden, sodann die Republik Polen zu proklamiren. Schade um das viele Geld, das aus Italien und Ungarn hierhergeschickt, mitunter im Bande zusammengebracht und auf so elende Weise verzaubert werden ist. Die polnischen Brodkünstler haben sich stark vermehrt, wenn sie so fortfahren, daß das Militär die Barrikaden stürmen werde, worauf es ihnen ein Leichtes geworden wäre, auf dasselbe aus den Häusern herabzuschießen und ihm so großen Schaden beizubringen. Demungeachtet sind auf dasselbe viele Schüsse aus Kleingewehr gefallen, wobei man sich auch der Schießbaumwolle bedient hat. Weil auch sogar nach der Uebergabe auf einzelne Militärs Schüsse gefallen sind, so ist Lemberg in Belagerungszustand erklärt worden, wornach sämmtliche Waffen der Einwohnerschaft ausgeliefert werden mußten. Die bethörten Freiheitsbrüder sind auch ihren Schlupfwinkeln verkleidet hervorgekrochen, und nach allen Seiten zerstoben, alle aufzugreifenden Ausländer wurden über die Gränze gebracht. Ungeachtet so arger Demüthigung will der aus Republikanern, Kommunisten, Sozialisten und falschen Demokraten zusammengesetzte polnische Volkorath (Rada narodowa) seine Wirthschaft nicht aufgeben, und da ihm die Versammlung in Pemberg nicht gestattet ist, so haben sich dessen Mitglieder nach der Kreisstadt Zlaczow begeben, woselbst so wie auch in Tarnopol sich viele Unruhestifter sammeln, und heimlich Waffen dahin transportiren; und es dürfte leicht möglich sein, daß sie in Verbindung mit ihren Landsleuten in russisch Podolien stehen und vereint auf Krakes sinnen, doch die Russen dürften darauf sehr aufmerksam. Wann werden die leichtsinnigen Polen endlich doch zur Besinnung kommen? — Ausnahmen hievon machen nur der verwöglichte und schuldenfreie Adel, der sich fauf seine Besitzungen zurückzuziehen, diesen Treiben ganz fremd ist, dabei aber seine Sympathien für ein polnisches Königreich unter eigenen Fürsten, nicht verläugnen kann.

Schweiz.

Bern, 17. Nov. Gestern wurde endlich die neue Bundesregierung, der Bundesrath bestellt: außer den Wahlen von Furrer, Ochsenbein, Druey und Munzinger wurden noch folgende getroffen: Staatsrath Franscini aus Tessin im 3. Skrut. mit 68 St. von 132. Oberst Frei-Herose aus Aargau mit 70 von 128 St., Landammann Näff von St. Gallen mit 72 von 128 St. Zum Präsidenten des Bundesraths ist Dr. Furrer gewählt, zum Vizepräsidenten Druey. Nun folgen die Wahlen in das Bundesgericht. Bis jetzt sind gewählt: Dr. Keen aus Thurgau, Dr. Kasimir Pfyffer von Luzern, Regierungsrath Rüttimann aus Zürich, Oberrichter Migy von Bern.

(Schw. M.)

Nachschrift.

Die Fr.-O.-B.-A.-Z. bringt in ihrem amtlichen Theile den folgenden Aufruf: „An das deutsche Volk! Deutsche! In ernster Stunde für unser Vaterland sprechr ich zu Euch; höret meine Worte mit Vertrauen! Eine beklagenswerthe Spaltung ist eingetreten zwischen der Krone und den Volksvertretern Preußens. In weiten Kreisen hat das deutsche Volk Vertei genommen in diesem Streite: es hat es gethan in ruhiger und gesetzmäßiger Haltung. Aber auch die Stimme der Leidenschaft ertönt, und sie entzündet neue Leidenschaft. Ein Theil der preußischen Volksvertreter hat beschlossen, daß die Erhebung der Steuern einzustellen sei. Die Bande des Staatslebens sind daduch gelockert, die bürgerliche Gesellschaft ist tief erschüttert, Preußen und mit ihm ganz Deutschland stehen auf der Schwelle des Bürgerkrieges. Preußen! Die zu Frankfurt versammelten Vertreter des deutschen Volks haben in so verhängnißvollen Augenblicke das ausgleichende Wort des Friedens gesprochen. Die Reichsversammlung hat verlangt, daß Preußens Krönig sich mit Männern umgebe, welche das Vertrauen des Landes genießen. Sie hat die Krone gewöhrten und verdeißenen Rechte und Freiheiten feierlich verbürgt: sie hat Euch gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung derselben ihren Schutz zugesagt. Sie hat aber zugleich den auf die Einhellung der Steuerverweigerung gerichteten Beschluß der preußischen Volksvertreter für nichtig erklärt — Preußen! Die Reichsversammlung zu Frankfurt vertritt die Gesammtheit der deutschen Nation, ihr Ausspruch ist oberstes Gesetz für Alle! Deutsche! In voller Uebereinstimmung mit der Reichsversammlung werde ich handeln. Ich werde die Vollziehung jenes Beschlusses nicht dulden, zurücken durch Erhebung der Steuerverweigerung in Preußen die Wohlfahrt von ganz Deutschland gefährdet. Ich werde aber auch die Wirksamkeit der Rechte und Freiheiten des preußischen Volkes zur Geltung bringen; sie sollen ihm unverkümmert bleiben, wie allen unseren deutschen Brüdern. Ich rechne auf Euch, Preußen, Ihr werdet mir beistehen; Ihr werdet jede Ungesetzlichkeit jede Gewaltthat meiden und Euch der Freiheit werth zeigen. Hattet den Frieden, und ich werde ihn wahren. Deutsche! Auf Euch stelle meine ich. Einheit Ihr zu mir, wie ich zu Euch stehe! Das könnt erreichen Ziel, nach dem wir streben, ist näher gerückt, daß wird das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und unser schönes Vaterland wird in Einheit und Freiheit groß und mächtig sein! Frankfurt a. M., den 21. Nov. 1848. Der Reichsverweser: Erzherzog Johann. Die Reichsminister: Schmerling, Bruker. Duckwitz, Beckerrath. M. Mohl.

** München, 20. Nov. Durch allerhöchste Verordnung vom 8. Novembern vom 23. ist der 30. Nov zur Vornahme der Urwahlen, der 7. Dezember für die Wahl der Abgeordneten festgesetzt, und bis 16. Dez sind unbelhbar die Geschäfte sammt den Wahlverhandlungen vorzulegen. Morgen das Aktenstück selbst.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 22. Nov. Oesterr. 5proz. Metall. 68½, 4proz. 56, 2proz. —, 2½proz. 36½, Bankaktien 1140, G. 500 fl.-Loose 118 B., 250 fl.-Loose 79¼, — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine — B. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 75¼, — Bayer. 3½proz. 74½, — Darmstädter Bank. 64½, — Bürtlemberg. 3½proz. 75¾, — Bad. 3½proz. 71½, — Loose-Antehen a 50 fl. 45¼, — 35 fl.-Loose 25¼, — Darmstädt. 31½proz. 74½, 4proz. 85 Lotto-Anlehen von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 21¼, — Kurhess. Zricer.-Bilt.-Nordb. 39¼, 40 Thlr.-Loose 25¼, — Nassau. 3½proz. 79½, 25 fl.-Loose 20½, — Frankf. 3proz. 75, 3½proz. 91, 87, Taunusbahn 203 — Holland. Integrale 101¾, — Span. 5proz. innere Schuld 17¼, — Pol. 300 fl.-Loose — 500 fl.-Loose 68½, — Sard. 36 fr.-Loose 25½, Dicc. 2.

Paris, 20. Nov. 5proz. 41.50, 5proz. 64.30. Schatzsch. —, Bankaktien 1320.— Stadtobligationen 1125. Bier Kanäle 810.— Compt. von Algier — Belg. 5proz. von 1840 76¾, von 1842 76⅞, 4½proz. 71½, 3proz. —, 2½proz. — Belg. Bank — Neap. 5proz. 77.50. Röm. 5proz. 63½, Span. 5proz. 23½, Rhine —, Passive 8.50. Bad. —, Taunusbahn —, Span. Bernard —, Berlin-Hamburger (Lemke) 102.50. (Linke) 95.— Orleans 572.50. Rouen 317.50. Paris 100.— Marseille 157.50. Basel 76.25 Bierzon 213.75 Boulogne —, Bordeaux —, Nordbahn 340 —, Montereau 100.— Lyon 335.— Straßburg 323.— Nantes 308.75. Dieppe —, Sceaux —, Montpellier —, La Teste —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung.“

Freitag, den 24. November 1848.

Aus Berlin.

△ Berlin, 20. Novbr. Berlin hat seine alte Physiognomie wieder angenommen und wären nicht die Schildwachen, welche sämmtlich den Hahn halb gespannt und die Zundhütchen aufgesteckt haben, so würde man durch kein äußeres Zeichen an den Belagerungszustand, der überhaupt bisher mit der größten Schonung gehandhabt wurde, erinnert. Bis heute sind zwischen 17— 18000 Gewehre unserer tapfern Bürgerwehr in den Händen der Militärbehörde: die wenigen noch fehlenden Tausend werden ohne Zweifel in zwei, höchstens den Tagen ebenfalls eingesammelt sein, und dann wird hoffentlich auch im Buchhaben der Belagerungszustand aufgehoben werden, welcher dem Wesen nach schon jetzt sein Ende erreicht hat. Vielleicht daß dann (was jedoch viele noch bezweifeln wollen) auch das Ministerium Brandenburg zurücktritt und einem andern Platz macht, dem die Beseitigung des Verfassungswerkes leichter wird. Wie man auch über die Männer wie Brandenburg und Manteuffel denken mag, selbst zugegeben, daß sie Fehler machten, so kann ihnen doch niemand absprechen, daß sie dem Lande einen großen Dienst geleistet. Sie haben sich bereitwillig der Hyder der Anarchie in den Rachen geworfen, der auch sie verschlingen konnte. Sie haben ihre Namen, ihre Zukunft, vielleicht ihr Leben aufs Spiel gesetzt für die Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung, und ihrer Thatlichkeit, ihrem guten Willen müssen auch ihre Feinde Gerechtigkeit widerfahren lassen. Welches Urtheil sollen wir aber über ihre Gegner fällen, über die 226, welche durch das Organ ihres Berichterstatters offen und unumwunden ihren Entschluß aussprachen, in das arme ohnehin schwer geprüfte Land die Brandfackel der Anarchie zu schleudern? Sie ohnehin barniederliegenden Broderwerb vollends zu zerstören, die ohnehin darbenden und hungernden Arbeiter vollends dem Mangel preis zu geben? — Darf man auch ihnen Ehrlichkeit und guten Willen zutrauen, ihnen, die offen zu erkennen geben, daß sie scheußlichen Bürgerkrieg entzünden, den Vater gegen den Sohn, den Bruder gegen den Bruder bewaffnen wollen? Wird Hr. v. Kirchmann ruhig werden können, wenn die Brandfackel, die er in wilden Zauneid geschwungen, wirklich — Gott verhüte! — zünden sollte? Wird nicht auch v Unruh's Todesstunde ein blutiges Gespenst heraufbeschwören? Schon jetzt spricht man von einem Abgeordneten, einem der ausgezeichnetsten unter den zurückgebliebenen, den die Gewissensbisse über das Verbrechene tiefinnig — wenn nicht gesteckraut — gemacht haben sollen. Möge dem auch sein, wie ihm wolle — Buße und Reue können viele unter den 226 — bei Zeiten das Bewußtsein ihrer ungeheuren Verantwortlichkeit rege werden, und mögen sie aufrichtig die Hand bieten zu den Vermittlungs-Vorschlägen, welche jetzt von allen Seiten gemacht werden. Sie sind nun versichert zu können, daß hierzu alle Aussichten vorhanden sind, und daß wir unsere gestrige Notiz, der größte Theil der Centren habe sich vom Rumpfparlamente gänzlich losgesagt, vollkommen bestätigen können. Der Himmel läßt sich auf und noch kann alles gut gehen, wenn nicht inzwischen die Brandfackel des Patrioten Kirchmann irgendwo im Lande gezündet hat. — Mitde hat in einem Schreiben an Unruh erklärt dem Rumpfparlamente unter gewissen Bedingungen seine Dienste zu wollen. Wir theilen diese Notiz nicht mit, um einen Stein auf den Mann zu werfen, sondern um dem Lande recht lebhaft die Freiheit zu vergegenwärtigen, die es von der demokratischen Partei zu erwarten hätte. Man hat nämlich Mitde auf seiner letzten Reise durch Schlesien nicht allein persönlich empfangen, sondern ihn auch gebroht, seine Familie zu massacriren und den ruhigen Hahn auf sein Dach zu setzen, wenn er seine Meinung nicht der der Demokraten unterordne. Der Concertsaal und die Appertinenzlokale der Nationalversammlung werden heute ihrer parlamentarischen Menuet entledigt. Vorläufig werden dieselben noch nicht nach Brandenburg gebracht sondern hier am Orte deponirt. Das Rumpfparlament will dem Vernehmen nach heute tagen, wo? daraus schließen die Herren ein Geheimniß zu machen. Der eben gedruckte Petitionsbericht von Elsner enthält 563 Zustimmungs-Adressen an die Rotional-Versammlung, darunter von auswärtigen Sündeversammlungen folgende: aus Oldenburg, Detsau, Rötzen, den beiden Mecklenburg und Hamburg, und nun auch von Württemberg. Die vielerlei Gerüchte von Widersetzlichkeiten bei Ausübung der Landwehr in den Provinzen, von Aufständen in Breslau, Königsberg u. s. w. wollen wir nicht wiederholen, da sie sich in der Regel nicht bestätigen. Als bestimmt aber können wir mittheilen, daß der seines Amtes enthobene Oberpräsident Pinder in dem Herrn von Schleinitz seinen Nachfolger erhält. Es sollen noch mannigfache Veränderungen unter den Beamten bevorstehen. Insbesondere spricht man, daß die Beamten des hiesigen Polizei-Präsidii dem Herrn von Bardeleben folgen werden. — So eben der Schluß dieses Briefes kommt mir noch ein Schreiben des Abgeordneten Arnold aus Hochstrieß bei Danzig zu Gesicht, nebst einer Ansprache desselben an seine Landsleute, worin er auf's energischste für die Rechte der Krone und gegen das ungerechte Gebaren des Rumpfparlaments sich ausspricht.

÷ Berlin, 20. Nov. Die demokratische Partei hat bekanntlich bis zum Uebermaße des Mittels der Flugblätter sich bedient, um das Volk zu bearbeiten und für ihre Zwecke zu gewinnen. Nun scheint auch die Gegenpartei dieselbe mit der gleichen Waffe bekämpfen zu wollen. In der Dedersichen geheimen Oberhofbuchdruckerei erscheint eine ganze Reihenfolge solcher Flugblätter, welche durch Stadt und Land in Hunderttausenden von Exemplaren und besonders auch unter dem Militair in Umlauf gesetzt werden. Ich glaube Ihnen die folgende mittheilen zu müssen. Sie trägt die Ueberschrift: „An das Volk“ und lautet: „Der Augenblick der Entscheidung ist da! Die Männer, die dem Gesetz und dem Könige zum Trotz in der Hauptstadt forttagen und die Rechte eines edlen Volkes durch Treubruch und Verrath vertheidigen wollen, haben das Aeußerste gewagt. Sie rufen auf zur Verweigerung der Steuern! Dazu haben sie kein Recht; kein Gesetz hat es ihnen gegeben. Alle andern Mittel sind an dem Recht und dem guten Gewissen der Krone, an der Festigkeit der Behörden, an der Treue der Armee gescheitert. Sie wenden sich jetzt an den Eigennutz und an die Kurzsichtigkeit der Massen — Es klingt so schön und so verführerisch: Keine Steuern mehr! — Sie halten das Volk für dumm und für schlecht. Sie glauben, daß es nicht sehen könne, was sie wollen, daß es nicht widersehen könne der Versuchung, lost auch nicht irren! — Die Verweigerung der Steuern ist die Zerstörung alles Eigenthums, die Zerstörung aller Ordnung, der Umsturz des Thrones — mit einem Worte: die reine Revolte. Das ist es, was sie wollen. — Werden keine Steuern mehr bezahlt, so werden die königlichen Kassen leer, die Beamten und das Heer ohne Sold, die Zinsen der Staatsschuld unbezahlt. Dabei bleibt es nicht. Mit der Zerrüttung des Staatskredits hört aller andere Kredit auf, die Eisenbahnaktien, die Pfandbriefe auf die Hypotheken verlieren ihren Werth, die Zahlungen stocken. Nicht genug, der Handel und die Industrie liegen darnieder. Die Arbeit der Umsonst des Geldes steht still. Niemand zahlt, Niemand empfängt. Niemand mehr kann kaufen, und wer nicht verhungern oder erfrieren will, muß nehmen. Also die allgemeine Plünderung, so lange noch etwas da ist, und wenn nichts mehr da ist: das allgemeine Elend. Bis das Volk hoch und niedrig, arm und reich, Arbeiter und Landmann — wollen sie das? Sie wollen es nicht — das Volk in Waffen — Und wer Regierung des Königs, unseres konstitutionellen Königs, der die Wohlfahrt und die Freiheit des Volkes will, sonst nichts, wird mit starker Hand darüber halten. Sie wird ihre Schuldigkeit thun. Sie wird die Verräther greifen, sie wird die Widersetzlichen zwingen, sie wird die Ruhe zu verschaffen wissen. Sind Ihnen dessen genug? Nein! Sie will die Zahl derer, die das Recht, die gesetzliche Freiheit, die unser angestammtes Königthum wollen, stark im Lande. Sie wird sich ermannen und die Verräther werden dahin fliehen, wie dürre Blätter. — Jetzt gilt es Ja oder Nein! — Rein Drittes. Wer nicht mit uns ist, der ist wider uns. Der König — oder die rothe Republik! — Wählt! Es ist ein Kampf auf Leben und Tod. Wer rücksichtslos schont ist verloren. — Vorwärts! Wer noch schwankt der bekehre, welch' ungeheure Blutschuld er auf sein Haupt ladet. Unterliegt die Krone, so ist mit ihr Preußens und Deutschlands Glück und Ehre auf ewig gewichen. Aber sie wird obsiegen! Unterstützen: was und wer so 35 Jahren gegen einen überwältigen Feind von Außen gerettet hat, wird auch auch heute retten gegen den noch schlimmeren Feind im Innern. Vorwärts! „Mit Gott für König und Vaterland.“ — Der Appellationshof hat das hiesigen Kammergerichtes hat in seiner heutigen Sitzung sich dahin entschieden: „daß eine Einstellung der nicht richten Besugnisse bedhalb noch nicht Platz greifen könne, weil der Verlust in Augenblicke noch nicht gehemmt sei. — Man spricht von ernstlichen Schritten zu Potsdam für Bildung eines neuen Kabinets. Außer den Herren von Bedrath und Bodbow sollen auch die Herren Simpson (von Königsberg) und Hergenhahn von Frankfurt dort eingetroffen sein. — Das Gerücht von beorstehender Ottroyirung einer Verfassung durch den König geht abermals. Jetzt geht man sogar schon in Einzelnheiten darüber ein. Demnach soll die Verfassung auf 2 Jahre provisorische eingeführt werden, um dann die nöthig befundenen Verbesserungen daran vorzunehmen. Die erste Kammer würde bestehen aus den mediatisirten Fürsten (als erbliche Pairs), den Höchstbesteuerten, den Mitgliedern der höchsten Gerichtshöfe, den Oberbürgermeistern der größern Städte, Professoren der Landes-Universitäten u. s. w. Die zweite Kammer aber wurde auf dem Wege der indirekten Wahl gebildet werden. Was Wahres an allen diesen Angaben ist, läßt sich schwer entscheiden. — Noch immer glauben Viele, daß trotz des Widerspruchs des Staatsanzeigers doch eine Staatsschrift der Art wie die

Digitized by Google

„deutsche Reform" sie beprosch, wirklich befanden hat. — Heute werden die Mobilien des Sigungssaales der Nationalversammlung und dem Schauspielhause nach Brandenburg transportirt. Daß dort die Versammlung zu Stande kommen werde, wird nun mit jedem Tage gewisser. Anderenfalls verbreitet man das Gerücht, die Nationalversammlung solle aufgelöst oder auf unbestimmte Zeit vertagt werden, bis die deutsche Reichsverfassung zu Stande gekommen sein werde. Ich werde mich wohl hüten für die Aechtheit dieser Berichte irgend eine Verantwortlichkeit zu übernehmen; denn unsere politischen Neuigkeits-Fabrikanten entwickeln größere Thätigkeit als je. — Die Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen der Linken haben in einem Berichte an ihre Wahlkreise erklärt, daß sie hier beisammen bleiben, um wo nöthig außerordentliche Sitzungen abzuhalten. Aber das fatale „Zu spät" findet jetzt auch auf dieses verunglückte Rumpfparlament seine Anwendung.

Berlin, 19. Nov. (Staatsanzeiger). Es haben sich manche nicht unbedeutende Stimmen erhoben und behauptet, die Staatsregierung habe, weil durch den in Berlin eingeführten Belagerungszustand das Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit vom 24. September 1848 theilweis suspendirt worden sei, die Verpflichtung, die National-Versammlung auf einen früheren Termin als den für ihren Wiederzusammentritt festgesetzten 27sten d. M. einzuberufen. Es mag unerörtert bleiben, inwiefern der §. 8 des angezogenen Gesetzes auf den Fall eines Belagerungszustandes überhaupt Anwendung findet, da desselben in dieser Gesetzesstelle keiner ausdrücklichen Erwähnung geschehen ist. Was den vorliegenden Fall anbetrifft, so scheint eine Suspendirung der Bestimmung der sogenannten Habeas-Corpus-Akte überhaupt nicht und auch rücksichtlich der §§. 1 und 6 derselben nicht beabsichtigt gewesen zu sein: denn die von dem General von Wrangel veröffentlichen Bedingungen des Belagerungszustandes enthalten hierüber nichts, und so lange die Ausnahme nicht ausgesprochen ist, gilt die Regel. Die Aberufung der vom Staate der Bürgerwehr in den Märztagen übergebenen Gewehre, die von der Kommandantur mit Androhung einer Haussuchung angekündigt worden ist, läßt sich nur als eine Exekution, nicht aber als eine Haussuchung, die nach dem technischen Sinne stets den Zweck der Ermittelung eines Verbrechens oder Verbrechers hat, betrachten. Wo sonst Haussuchungen oder Verhaftungen vorgekommen sind, da hat denselben, so viel bekannt geworden, stets der Befehl des zuständigen Civil- oder Kriegsgerichts zum Grunde gelegen. Ueberdies würde es, selbst wenn eine Suspendirung der §§ 1 und 6 der Habeas-Corpus-Akte erfolgt wäre, einer früheren und besonderen Einberufung der National-Versammlung unseres Erachtens nicht bedurft haben, da der Zusammentritt derselben bereits in so naher Zeit bevorstand, daß selbst dann die Regierung dem Geiste, wie dem Wortlaut des Gesetzes vollkommen genügt hätte. Das Faktum aber der schon vorhergegangenen Berufung der Volksvertretung scheinen die, welche über die Verletzung jenes Gesetzes klagen, entweder zu vergessen oder zu ignoriren. Wir sind bei der großen Verwirrung der Begriffe genöthigt, noch eine Bemerkung hinzuzufügen. Der §. 8 spricht vom Fall eines Krieges oder „Aufruhrs". Kann man darüber in Zweifel sein, daß der Fall des Aufruhrs vorliegt, wenn eine einzelne Körperschaft, und sei es auch die höchste im Staat, und sei es in ihrer Majorität, anerkannte Befugnisse des Souverains in Anspruch nimmt und sich dadurch für souverain erklärt? wenn eine bewaffnete Körperschaft in der Hauptstadt sich dieser Versammlung zur Verfügung stellt und statt von den gesetzlichen Behörden des Staats: nur von ihr Befehle annehmen zu wollen erklärt? wenn dieselbe der in Ausführung eines Gesetzes verordneten Auflösung Widerstand entgegensetzt? wenn eine Fraction der National-Versammlung zu weit geht, das Volk aufzufordern, keine Steuern zu zahlen? — Eine Steuer-Verweigerung dies zu nennen, ist schon ein ganz falscher Ausdruck; denn von dieser Versammlung ist die Bewilligung der auf älteren bestehenden, von ihr unabhängigen Gesetzen beruhenden Steuern niemals gefordert worden; was sie nicht zu bewilligen hatte, kann sie auch nicht verweigern. Die Fraction der Deputirten im Mielegschen Saale hat durch jenen Beschluß nicht nur sich in einer offenen Auflehnung gegen das Gesetz hinreißen lassen, sondern auch ihre gänzliche politische Unreife, ihre Unbekanntschaft mit den Prinzipien konstitutioneller Freiheit und zugleich ihre völlige Unkenntniß des gesunden Sinnes des preußischen Volkes und ihre Unfähigkeit die Wirkung, welche ihre Schritte hervorbringen mußten, zu berechnen aufs deutlichste gezeigt. Kann man nach allem diesen an den Fall des Aufruhrs zweifeln? Wenn man endlich nicht, daß in gewissen Kreisen Alles auch für einen bewaffneten Aufruhr vorbereitet war, den nur die Furcht vor der rechtzeitigen Macht-Entfaltung verhindert hat?

Großbritannien.

* London, 18. Nov. Eine Gesellschaft von 1500 Engländern wird nächster Tage unter der Leitung des Oberst von St. Pareus einen Besuch in Paris abstatten, als eine Höflichkeitsbezeugung für den Besuch der Pariser Nationalgarde in London. Oberst St. Pareus hat als Freiwilliger längere Zeit in Algier gedient. — Die französische Präsidentschaftsfrage beschäftigt fast ausschließlich die hiesigen Zeitungen. Konsols: 86¼, 87.

Frankreich.

** Paris, 19. Nov. Ein dritter socialistischer Kandidat für die Präsidentschaft ist nun neben Ledru Rollin und Raspail aufgestellt: es ist Ludwig Blanc, der jedoch noch bestimmter als jene in seiner aus London d. 15 d. datirten Ernennt erklärt, daß er die Präsidentschaft übernehmt für unnöthig, für einen bloßen Ueberrest monarchischer Vorurtheile hält, und seinen Namen nur als eine Protestation gegen Titel und Amt des Präsidenten betrachtet wissen will. Wir verzweifeln nicht, daß auch Hr. Coussidiere noch als Kandidat auftreten wird. — Ludwig Bonaparte hat gestern ein großes Diner gegeben, dem mehrere Repräsentanten und selbst einige Mitglieder des diplomatischen Korps beigewohnt haben sollen. Die Gesellschaft hatte übrigens reinen Privatcharakter.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 129.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Einzelnstück 1 fl. 30 kr.

Sonnabend den 25. November 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einrückungsgebühr: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 25. November.

Bekanntmachung, die Wahl der Landtagsabgeordneten betreff. Pyrmbenburg, den 23. Nov. 1848. Max II. rc. rc. Wir haben im Verfolge Unserer Erklärung vom 12. des laufenden Monats beschlossen und verordnen, daß die Wahl der Abgeordneten für den nächsten Landtag nach Maßgabe des Gesetzes vom 4. Juni 1848 (Gesetzblatt Nro. 11) unverzüglich eröffnet, die Wahlen selbst nach Art. 15 des Gesetzes: a) Für die Urwahlen am 30. November, b) für die Wahlen der Abgeordneten am 7. Dezember vorgenommen, die Ergebnisse sammt den Wahlverhandlungen aber unfehlbar bis zum 16. Dezember laufenden Jahres Uns vorgelegt werden sollen. Zu diesem Behufe lassen Wir nach Art. 2, 12 und 13 des erwähnten Wahlgesetzes in der Anlage 1 die Zahl der zu wählenden Abgeordneten, deren Vertheilung auf die verschiedenen Regierungsbezirke und die Anlage 2 die Uebersicht der Wahlorte zur öffentlichen Kenntniß bringen, und befehlen Unseren Kreisregierungen sich hiernach, so wie nach dem Wahlgesetze überhaupt genau zu achten. Wir erwarten hiebei von allen Behörden gewissenhafte Erfüllung ihrer beschwornen Pflichten, strenge Wahrung der durch die Verfassung und das Wahlgesetz verheißenen, vollen Freiheit und pünktlichsten Fernehalten aller und jeder hiemit unvereinbarlichen Einwirkung auf die Wahlen selbst. — Wir geben Uns aber auch dem Vertrauen hin, daß Unser geliebtes Volk die ihm durch die Gesetzgebung gewährte volle Freiheit der Wahlen wohl erkennen, den hohen Ernst und die Wichtigkeit dieser Handlung gewissenhaft würdigen, und nur solche Männer zu dem bedeutungsvollen Berufe der Volksvertretung erwählen werde, welche durch treue und hingebende Vaterlandsliebe, durch erprobte Gesinnungstüchtigkeit und ernstes Erfassen und Verstehen der Zeit und ihrer großen Aufgaben durch edlen Freimuth, aber nicht minder treuen Sinn für Gesetz und Ordnung berufen erscheinen, Uns in Unseren unablässigen Bestrebungen für das Vaterlandes Wohlfahrt und für Befestigung und Förderung der wahren Freiheit zu unterstützen und mit rechtem Wollen und männlicher Thatkraft auf die Bahn des Heiles lenken zu helfen. Gelingen, auf der betretenen Bahn der Freiheit und Gesetzmäßigkeit muthig vorangeschritten, und ein einiges Einvernehmen zwischen Fürst und Volk zu sichern und zu erhalten, welche die allein sichere Bürgschaft wiederkehrenden Friedens und dauernden Wohlgedeihens ist; — so wird es möglich sein, der Einigung des Gesammt-Vaterlandes die feste Stütze zu binden und den Verfassungsbau zu befestigen, auf welchen Fürst und Volk mit gleicher Theilnahme, mit gleich aufrichtiger Vaterlandsliebe erwartend hinblicken, und der unter Gottes mächtigem Beistande bald vollendet werden möge. (gez.) Max. Heinz. Verchenfeld. Graf v. Brap. v. Weigand. v. Zwehrle.

Die 141 zu wählenden Abgeordneten vertheilen sich auf die acht Regierungsbezirke, einen Abgeordneten auf 31,500 Seelen gerechnet, in folgender Weise: I. Oberbayern mit einer Gesammtbevölkerung von 705,544 Seelen stellt 22 Abgeordnete, und zwar die Wahlbezirke 1) München die Hauptstadt 3, 2) Pfaffstadt Au 3, 3) Strobenhausen 4, 4) Weilheim 4, 5) Traunstein 4, 6) Erding 4. II. Niederbayern mit einer Gesammtbevölkerung von 513,709 Seelen, 17 Abgeordnete, und zwar die Wahlbezirke 1) Landshut 4, 2) Straubing 4, 3) Deggendorf 3, 4) Pfarrkirchen 2, 5) Passau 4. III. Schwaben und Neuburg mit einer Gesammtbevölkerung von 558,436 Seelen, 18 Abgeordnete, und zwar die Wahlbezirke 1) Kempten 3, 2) Augsburg 2, 3) Memmingen 3, 4) Augsburg 4, 5) Dillingen 3, 6) Nördlingen 3. IV. Oberpfalz und Regensburg mit einer Gesammtbevölkerung von 467,676 Seelen, 15 Abgeordnete, und zwar die Wahlbezirke 1) Kemnath 3, 2) Neumarkt 2, 3) Regensburg 3, 4) Amberg 3, 5) Neuburg a./W. 2, 6) Cham 2. V. Oberfranken mit einer Gesammtbevölkerung von 501,163 Seelen, 16 Abgeordnete, und zwar die Wahlbezirke 1) Baireuth 4, 2) Bamberg 4, 3) Hof 4, 4) Kronach 4. VI. Mittelfranken mit einer Gesammtbevölkerung von 527,804 Seelen, 17 Abgeordnete, und zwar die Wahlbezirke 1) Ansbach 3, 2) Nürnberg 3, 3) Fürth 3, 4) Gichstädt 3, 5) Rothenburg 3, 6) Neustadt a./A. 2. VII. Unterfranken und Aschaffenburg mit einer Gesammtbevölkerung von 592,080 Seelen, 19 Abgeordnete, und zwar die Wahlbezirke 1) Bischofsheim vor der Rhön 3, 2) Schweinfurt 4, 3) Würzburg 4, 4) Gemünden 4, 5) Aschaffenburg 4. VIII. Pfalz mit einer Gesammtbevölkerung von 608,470 Seelen, 19 Abgeordnete, und zwar die Wahlbezirke 1) Speyer 3, 2) Landau 4, 3) Germersheim 3, 4) Zweibrücken 3, 5) Homburg 3, 6) Kaiserslautern 3.

Die bayerischen Landtagswahlen.

**Ein hochwichtiger Akt steht unserem engeren Vaterlande Bayern bevor. Das bayerische Volk ist berufen in allen Gauen des Landes die Männer auszuwählen, welche es als die würdigsten erkennt, als seine Vertreter mit der Regierung des Königs die wichtigsten Staats- und Landes-Interessen zu berathen, Hand und Wort zu legen zu dem Vorbau unserer konstitutionellen Institutionen und Freiheiten. Die Parteien rüsten sich bereits von allen Seiten zu dem bevorstehenden Wahlkampfe, und wir können und nur freuen der lebhaften Theilnahme, welche sich für Belebung eines der wichtigsten konstitutionellen Rechte allwärts kundgibt. Wir würden es tief beklagen, wenn dem nicht so wäre. Es liegt in der Natur der Sache, daß die bei uns bestehenden politischen Vereine da vorzugsweise ein Feld für umfangreicheres Wirken suchen und finden. Die meisten haben bereits ihre Programme veröffentlicht, in denen sie die Bedingungen aufstellen, welche die von ihnen zu unterstützenden Kandidaten zu unterschreiben haben. Auch von einzelnen Kandidaten sind und bereits Glaubensbekenntnisse zu Gesichte gekommen. Dieselben lauten natürlich verschieden je nach dem Standpunkte einer jeden Vereines oder Kandidaten. In eine Besprechung und Würdigung derselben einzugehen, ist hier nicht unsere Absicht: wir wollen vielmehr auch unsererseits vorerst nur einige Gesichtspunkte bezeichnen, die wir von allen bayerischen Wählern festgehalten zu sehen wünschen, weil unserer Ueberzeugung nach dadurch ein der Freiheit und den moralischen wie materiellen Interessen des bayerischen Volkes günstiges Wahlergebniß bedingt ist. Wir werden und dabei vorzugsweise an die wahrhaft konstitutionell gesinnten Wähler, welche neun Zehntheile der Gesammtheit Aller bilden: ihnen legen wir die Wichtigkeit des Aktes, um den es sich handelt, ans Herz, an ihre Vaterlandsliebe, an ihre treubewährte Hingebung für die Sache des Volkes, von welcher die best Ihnen unzertrennlich ist, appelliren wir für diese entscheidende Stunde: sie werden wie sie die immense Wichtigkeit fühlen, auch das ganze Gewicht ihrer Stärke in die Wagschale legen, jeder wird an seinem Platze sein. Es handelt sich nur einstlichen Wollens, festen Zusammenhaltens ihrerseits, und der Sieg ist der guten Sache, der alleinigen Sache des Heils für unser theures Vaterland, der Sache der konstitutionellen Monarchie geschieht. Wenn es nun gelänge, auch die Extreme zu sich vielleicht durch vorgehaltene Trugbilder und geschickt angebrachte Vorspiegelungen einen Augenblick irre machen, von der richtigen Bahn abringen ließen, darauf zurückzuführen, würde uns dies eine nicht geringe Genugthuung sein; wirklich Gegner belehren zu wollen, wäre ein eitel Beginnen, da wir mit unseren Ueberzeugungen, die den letzigen diametral entgegenstehen, nie marschiren, im Punkte der Grundsätze nie Zugeständnisse machen werden. Die Gegner wissen wir nur zu bekämpfen, und wir werden es thun, wo wir sie finden. Mit großen Worten, mit schönen, aber hohlen allgemeinen Redensarten, wie sie uns jetzt überall auflösen, ist nichts gethan, und trotz alles Lärms, den man damit allerdings machen kann und wirklich nur zu sehr machte, kommen wir um keinen Schritt vorwärts auf dem Wege zum Ziele: nur die einfache, ungeschminkte Wahrheit, die keiner bombastischen Schlagworte bedarf, um sich Anerkennung und Geltung zu verschaffen; die richtige Erkenntniß dessen, was vor Allem noth thut, das offene und unumwundene Aussprechen desselben; endlich das entschlossene, unerschütterliche Festhalten an dem leitenden Prinzip, dies allein sind unserer Ueberzeugung nach die Mittel und Wege, die zum Ziele, zu einem für das Land gedeihlichen, wahrhaft ersprießlichen Ergebnisse führen können.

Wir fagen also den Wählern Bayerns: Blick hin nach Frankreich, nach Wien und Berlin, und seht, was um uns und selbst her vorgeht! Vergeßt nicht die Lehren, die von dort uns warnend entgegentönen. Unser Vaterland ist bis jetzt von ähnlichem Unheil noch verschont geblieben; noch hat die Ruhe gesiegt, welche nicht blos die konstitutionelle Monarchie, sondern die ganze Gesellschaft von Grund aus umstürzen will, nicht vermocht, auch in Bayern ihren heillosen, auf die Zerstörung des Eigenthums und der Familie hinauslaufenden, und nur mit Blut und Ruinen durchzuführenden Planen Eingang zu verschaffen. Trotz so mancher traurigen Begebnisse auch bei uns sind die Bande der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung in Bayern nicht in dem Grade gelockert wie anderwärts. Bayern ist bis jetzt noch durch seine Haltung der festeste Schutzwehr des deutschen Vaterlandes. Wählt solche Männer zum Landtag, von denen ihr sicher seid, daß sie entschlossen sind, diesen Schutzwehr nicht wanken zu lassen. Die soziale Gefahr ist jetzt die größte. Wählt also keinen, der in solche Bestrebungen in dieser Beziehung hinein verwickelt einer Festung müssen zuerst da zur Abwehr bereit sein, wo der angreifende Feind Bresche

schießen will. Nehmt Euch eine Lehre daraus, und seid einig untereinander. Vor der höchsten Gefahr müssen untergeordnete Interessen zweiten Ranges in den Hintergrund treten. Laßt euch nicht täuschen durch jene, welche die letzteren in den Vordergrund schieben, um dadurch eure Aufmerksamkeit von dem Hauptpunkte abzulenken, auf den sie dann unversehens mit ganzer Kraft sich stürzen werden, um ihn durch Ueberrumpelung zu nehmen, während ihr euch ganz sicher glaubt, und unnützerweise herumstreitet über Fragen, deren Lösung nach errungenem Siege in der Hauptsache doch auch in eure Hand gelegt ist.

Konstitutionelle Wähler Bayerns! Ihr seyd stark genug, um euch selbst zu genügen. Ihr braucht keine Bündnisse zu suchen mit solchen, die vom Glase zu rückhalten, über Nacht dasselbe hinaus zu heftiger Bewirrung, und führen möchten. So wenig als Feuer mit Wasser sich mengt, so wenig kann auch einer unnatürlichen Verbindung zwischen den Konstitutionellen und den offenen oder verkappten Rothen Heil erwachsen. Eine unaufhaltbare Kluft schreitet beide, und muß zwischen beiden gezogen bleiben. Ihr wollt die Freiheit unter der sichernden Aegide der gesetzlichen Ordnung, und als Schirm beider die konstitutionelle Monarchie: die sogenannten Demokraten hängen nicht auch den Todtanzel dieser um; aber sie wollen sie nur benützen als Werkzeug zu ihrem Sturze; sie wollen durch List erreichen, was ihnen mit Gewalt nicht möglich war. Laßt euch also durch ihre einst meichelnden Redensarten und Verheuerungen nicht irre führen! Blickt hin nach Frankreich! Dort hatte die konstitutionelle Opposition sich auch von den Demokraten verleiten und täuschen lassen, sie glaubte den Versprechungen derselben und ging mit ihnen Hand in Hand ein: am 24. Februar hat gesiegt, was sie die Gesopptten waren, die konstitutionelle Monarchie ist in Frankreich gefallen, und das arme Land zahlt jetzt um die Hälfte mehr Steuern als zuvor, während sein Handel, sein Kredit, sein Wohlstand täglich mehr zusammensinkt. Blickt dagegen nach England und Belgien! In beiden hielt die gesunde Einsicht des Volkes fest an der konstitutionellen Monarchie, und wies jede Verlockung, auch Republik zu spielen, zurück, und beide Länder erndten reichlich die Früchte ihrer Weisheit. Während Frankreich und Deutschland immer von Neuem von revolutionären Zuckungen und Kämpfen heimgesucht sind, die Hyder der Anarchie immer von Neuem ihr tausendköpfiges Haupt erhebt, genießen England Inland kann hier nicht in Betracht kommen) und Belgien der tiefsten Ruhe, des Landesbewohnern innern Friedens, und die Freiheit ist hier eine Wahrheit. Nehmen wir uns ein Beispiel daran, Wähler Bayerns! Gebt seinem eure Stimme, von dem ihr nicht sicher seid, daß zwischen ihm und den sogenannten Demokraten keine Gemeinschaft besteht. Wer nicht entschieden die konstitutionelle Monarchie, und damit auch die Mittel zu ihrer Erhaltung will, wer mit den Demokraten, mit den Rothen liebäugelt, den weist von euch; es ist kein wahrer Freund der Freiheit und des Volkes. Ehrweder ist er nicht fähig zu Reformen in dem nothigen Maße fortzuschreiten, oder er begreift sie, stellt sie euch aber in falschem Lichte dar; in beiden Fällen kann er keinen Anspruch auf euer Vertrauen machen. Im Vorstehenden haben wir vorläufig nur einige allgemeine höhere Gesichtspunkte aufgestellt, welche wir den Wählern zur Beherzigung empfehlen. Wir werden ein andermal näher auf einzelne Fragen eingehen. Für heute nur noch eine Bemerkung. Wir wollen, daß das konstitutionelle System in Bayern eine Wahrheit sey und bleibe. Wir wollen, daß der Dom der Freiheit für Bayern, wie für ganz Deutschland auf festen Säulen, auf dauerhaftester unerschütterlicher Grundlage ruhe, damit er nicht von jedem Windstoß wieder umgeblasen werden könne. Wir wollen nicht ein Kartenhaus der Freiheit, sondern eine feste Burg die daure. Wir wollen, daß die feste Begründung derselben auf dem ruhigen Wege friedlicher Entwickelung, regelrechten Fortbaues, allmähliger Reform zu Stande komme, nicht die Revolution ein permanenter Zustand werde. Wir wollen, daß Friede und Vertrauen wieder heimisch werde in allen deutschen Gauen, damit auch Handel, Industrie, Gewerbe, Ackerbau und Kredit wiederaufleben des Arbeiters Lage durch weise und nothwendige Vorsorge sich verbessere, Wohlstand und Familienglück wiederkehren, die jetzt so tief erschüttert sind. Zur Erreichung dieser Zielpunkte müssen alle Kräfte zusammenwirken, und Bayerns patriotische Wähler werden auch ihrerseits die rechten Bau- und Werkmeister herausfinden, welche den begonnenen Bau mit geschickter und sorgsamer Hand der Regierung des Königs fortführen helfen werden. Gott segne Bayern und seinen konstitutionellen König!

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 22. Nov. Seit vorgestern Abend werden an den Thoren der Stadt außergewöhnliche Vorsichtsmaßregeln getroffen, um das Einschleichen verdächtiger Personen zu verhindern; man beschränkt auf nächsten Sonntag, wo für Blum eine Leichenfeier abgehalten werden soll, Unordnungen, oder wenigstens einen Versuch dazu; aus diesem Grunde bleiben zwei Bataillone Reichstruppen, welche nach Mainz und Darmstadt zurückverlegt werden sollten, vorläufig noch hier. Der Stand der hiesigen Truppen beläuft sich auf zehn bis elf tausend Mann, eine Heeresmacht, die weitaus genügen würde, um die Wühler von ganz Rheinfranken in Respekt zu erhalten. — Unsere Linken brüten an einem Hauptschlag; doch scheint sich auch diesmal wieder der Satz: parturiunt montes, beweahrheiten zu wollen, obgleich sie vergangenen Montag in wüthender Aufregung auf der Rieche stürzten, als der Steuerverweigerungsbeschluß des Vorparlamentariums für null und nichtig erklärt worden war. Gestern ließen sich nur wenige von dieser Partei während der Sitzung sehen, was die heilsame Folge hatte, daß zwei ganze Abschnitte des Verfassungsentwurfs ohne Unterbrechung berathen und angenommen werden konnten, darunter der hochwichtige Satz, ganz Deutschland in den Zollverein einzuschließen. Freilich wird diese Bestimmung bei ihrer Durchführung auf ganz ungewöhnliche Schwierigkeiten stoßen, namentlich in Oesterreich; Baumgartner hat hier noch Niemand, der es mit Deutschland ehrlich meint, die Hoffnung aufgegeben, mit Hilfe des Reichsverwesers, dessen Einfluß an der unteren Donau und im Alpenlande noch ungeschwächt dasteht, auch mit der Osmark zu einer gedeihlichen Vereinbarung zu gelangen, freilich auf anderem Wege, als dem bis noch vor Kurzem beliebten. — An obigen Straßenexcessen ist heute eine Anspröche des Reichsverwesers und der Minister an daß teutsche Volk zu lesen, in welcher zu Ruhe und Vertrauen aufgefordert, dem preußischen Volke die Wohlung seiner Freiheiten zugesichert, zugleich aber auch mit zürren Worten erklärt wird, daß die Reichsregierung die Steuerverweigerung in Preußen nicht dulden werde. — Im Gegenzug hiezu haben Vogt, Mittermaier, Schlöffel, v. Wedenbrugk, v. Isstein, Simon von Trier, Venedey, Itz, Eisenmann, Naumerd, kurz die ganze Linke (etwa 150) ein Manifest erlassen, in welchem der Berliner Landtag sammt Volk ermahnt wird, auf dem betretenen Weg zu beharren und Alles dafür einzusetzen. Die rechte Seite des Hauses an Zahl 180, wird heute in einer Ansprache dagegen auftreten. Sollten die Steuern in einzelnen Theilen Preußens wirklich verweigert werden, so ist der Vorschlag gemacht worden, all den Abgeordneten, welche sich für diese Maßregel erklärt haben, ihre Diäten nicht ferner auszubezahlen, indem man es für billig hält, daß die Urheber des beabsichtigten Geldmangels in den Staatskassen, auch zuerst von diesem Uebel betroffen würden. In Darmstadt ist ein ähnliches Verfahren gegen Itz, der statt in der Paulskirche zu sitzen, seine Zeit für Reisen zum Berliner Demokratenkongreß verwendete, bereits eingeleitet worden.

Bayern. — **München, 24. Nov. Die königl. Akademie der Wissenschaften wird Dienstag den 28. d. Mts. Vormittags 11 Uhr zur Feier des Allerhöchsten Geburtsfestes Sr. Maj. des Königs eine öffentliche Sitzung halten. Nach einem Vorworte des Vorstandes der Königl. Akademie Grn. Hofrath Thiersch, betreffend auf die Feier des Tages, wird der Sekretär der II. Klasse, Hr. Hofrath v. Martius, eine Denkrede auf das ordentliche ausswärtige Mitglied der Akademie, Baron Derzelius, halten, und Hr. Hofrath v. Schubert Worte der Erinnerung über das verstorbene außerordentliche Mitglied der Akademie, Professor Gräf, sprechen. Hierauf wird der geistl. Rath Hr. Professor Buchner, ordentliches Mitglied der philosophischen Klasse, eine Rede über das Ethische Element im Rechtsprinzip" halten.

Preußen. — ⊙Berlin, 21. Nov. Eine neue Bekanntmachung des Generals Wrangel verbietet den nach Berlin ausgeschriebenen Bürgerwehr-Kongreß auf den Grund des Belagerungszustandes hin. Eine Bekanntmachung des neuen Polizeivizepräsidenten, v. Hinkeldey, verbietet auf das Strengste den Mißbrauch der militärischen Dienstzeichen, öffentlichen Strafen und Pflichten. Einer sehr zuverlässigen Mittheilung zufolge soll General v. Schreckenstein, der ehemalige Kriegsminister, den Oberbefehl der in Schlesien und Posen stehenden Truppen übernehmen. Die Armee wird überhaupt durch die Einziehung der Landwehr mehrerer Provinzen um 60,000 Mann vermehrt. — An der Börse spricht man davon, es sollten die Kompagnien nach Breslau gesandt werden, um dort ein Regierungskommissär obgeben soll, und gegen den dortigen Oberpräsidenten Pinter Einleitungen zu treffen. — So eben erfehe ich aus der Spener'schen Zeitung, daß 28 Gutsbesitzer sich bereit erklärt haben, auf 2—3 Monate voraus die Steuern zu bezahlen. — Die Einweihung der katholischen Kirche in Spandau durch den Weihbischof Latussek aus Breslau hat heute stattgefunden.

Halle, 19. Nov. Noch einer achttägigen Laun mehr erträglichen Spannung und Aufregung ist es endlich heute bei uns, und insofern Halle aufgebend für die ganze Provinz ist, auch für diese zur Entschleierung gekommen. Die Demokraten hatten für den heutigen Tag alles vorbereitet, was ihnen nöthig schien, die Provinz in Aufruhr zu versetzen. Zuerst hatten sie den Studenten den Rathhaussaal eingeräumt zu versammlungen, um sie zu verführen gelockt. Sie hatten Einzelne, sogar Offiziere gewonnen, die öffentlich zur Verweigerung des Gehorsams aufforderten, zeigt aber vor dem Kriegsgericht stehen. In der zu Halle erscheinenden demokratischen Zeitung, einem Blatte niedrigsten Schlags, wurde ungescheut und in den frechsten Ausdrücken gegen Behörden und Personen die Verweigerung der Steuern gepredigt. In den Volksversammlungen wurde zum bewaffneten Zuzug nach Berlin aufgefordert und festgestellt, daß jeder Theilnehmer an dem Zuge 1½ Thlr. tägliche Löhnung erhalten solle. Zur Deckung des Auswandes sollte jeder wohlhabende Bauer gezwungen werden, in die demokratische Kasse 100—200 Thlr. zu zahlen; jeder Rittergutsbesitzer war zu 500 Thlr. Kontribution angesetzt. In der am 18. d. Mts. hier gehaltenen demokratischen Volksversammlung wurde die Absetzung des gesammten königlichen Hauses und des stehenden Magistrats ohne Weiteres bekrieft. Heute sollte der Hauptschlag ausgeführt werden. Die einberufene Landwehr wurde eingeschleudet. Die Demokraten hofften, daß die von ihnen aufgewiegelte Landwehr den Dienst versage. Um ihrer Sache ganz sicher zu sein, hatten sie für diesen Morgen 8 Uhr eine Volksversammlung angesetzt und ihr bewaff-

neten Korps, einen Haufen aus der niedrigsten Pöbelklasse, zum Schutze derselben aufgestellt. Dagegen war die gesammte Bürgerwehr und die hiesige Garnison, zum Theil mit scharf geladenen Gewehren, aufgeboten; die Oberbehörden der Provinz und sämmtliche Verstärkungen an Infanterie und Kavallerie waren hier eingetroffen. Die Volksversammlung wurde mit gefälltem Gewehre auseinandergetrieben und die plötzlich unsichtbar gewordenen Führer der Demokraten in Haft genommen. Ein Wenigstenkerl Nawab und ein Schullehrer Weißgerber wurden im Keller in Weinflaschen gefunden, wohin sie sich in Sicherheit gebracht zu haben glaubten. Nur einige Schüsse von Seiten der Demokraten sind gefallen, Verwundungen durch Prügel, Kolben und Säbelhauen sind häufig vorgekommen. Zur großen Beruhigung und Freude der Bürgerschaft sollen alle Führer der Wühler und alle Frevler gegen die Gesetze eingezogen und der Schlange der Anarchie der Kopf zertreten werden. Das Militär hat sich musterhaft benommen, die Landwehr sich willig einstellen lassen. Die Stadt war bis gegen 10 Uhr Abends ruhig, gegen Mitternacht fielen in mehreren Straßen theilen Schüsse, noch mehr aber Gerücht. Die Läden sind wieder geöffnet worden von der Bürgerwehr und dem Militär ernirt. Morgen sollen weitere Verhaftungen und Entwaffnungen der Demokraten folgen.

Am 17. Abends verlangte man in Breslau wild und stürmisch die Abgabe von Waffen vom Magistrate. Dieser blieb unbeugsam, erstellte sich auf der Vertheidigung derselben stehen, und die Bürgerwehr wußte die größten Schreier in Schach zu halten. Am 18. wurden Plakate der permanenten Kommission der Bürgerwehr und der kombinirten politischen Vereine, des städtischen Sicherheitsausschusses bezüglich der Steuerverweigerung veröffentlicht. — Um 4 Uhr Nachmittags war abermals Volksversammlung, in der ein Redner zum Widerstande gegen die Gewalt, und zum Barrikadenbau aufforderte. Der aber nicht erfolgte. Um 6 Uhr Abends rückten 2 Bataillone des 23. Regiments in Breslau ein. — In Danzig haben die Stadtverordneten mit 45 gegen 5 Stimmen eine Adresse an die Nationalversammlung angenommen, gegen welche sich der Magistrat mit 10 gegen 5 Stimmen erklärt hat. — In Königsberg war ein Streiben Jakobs eingekaufen, nach welchem sich die obwaltende Differenz auf dem friedlichen Wege lösen würde. — In Posen ist die Stimmung getheilt.

Aus der Rheinprovinz. Die Stimmung über den von der Krone eingeschlagenen Weg, dem Lande endlich zu den verheißenen konstitutionellen Freiheiten zu verhelfen, ist überall, so auch in den westlichen Provinzen des preußischen Staates, getheilt, scheint sich jedoch in ihrer wirklichen Majorität für die Krone auszusprechen. Von Elberfeld und Barmen, die mit an der Spitze als Gegner sich verschrieben versehene Adresse an das Ministerium abgegangen: „Hohes Staatsministerium! Die Ereignisse der verflossenen Monate haben es unwiderleglich bewiesen, daß die Berathungen der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung in Berlin durch gesetzlose Gewalt in ihrer Freiheit beeinträchtigt waren und in der Bürgerwehr dieser Gewalt nicht der hinreichendste Schutz fanden. Da der Krone hat das Recht, geeignete Mittel, der Versammlung diese Freiheit zu verschaffen, erfassend, ihren Sitz nach Brandenburg verlegt und für die Dauer der hierzu erforderlichen Vorbereitungen ihre Sitzungen vertagt. Die Unterzeichneten halten diese Maßregel für vollkommen gerechtfertigt. Das verfassungsmäßig erlassene Gesetz vom 8. April d. J. hat, indem es weder die Zeit noch den Ort der Berathungen dieser Versammlung festsetzte und alle zu seiner Ausführung erforderlichen Verfügungen dem Staatsministerium überließ, der Bestimmung über Zeit und Ort dieser Berathungen der Krone vorbehalten, und diese hat daher auch das Recht, die einmal getroffene Bestimmung abzuändern, sobald ihr sich die auf gültige Stimmen und dem Volke gesetzte Ueberzeugung aussprechen, daß die Freiheit der Berathungen sei, um von Fortgang und den Erfolg der Berathungen dieser Versammlung zu sichern. Die Krone hat aber dazu nicht allein das Recht, sie ist auch dem Volke gegenüber dazu verpflichtet, indem das Gesetz ihr dieses Recht nur dazu vorbehalten hat, um dasselbe da, wo es das Wohl des Landes fordert, zu gebrauchen. Indem die Unterzeichneten daher in dieser Maßregel keinen Verrath sehen können, sondern nur das pflichtgetreue Bestreben der Krone, die durch Anarchie bedrohte Freiheit der Berathungen über eine dem wahren Gesammtwillen des Volkes entsprechende Verfassung zu sichern, erblicken können, erklären sich dieselben in diesem Sinne mit der von der Krone ausgegangenen Maßregel vollkommen einverstanden. Den 19. November 1848." — In Barmen hat der Gemeinderath einstimmig die Erklärung abgegeben, daß er die Ansicht der ihr zugestimmen sei, daß regel der Verlegung der National-Versammlung und der damit nothwendig verbundenen kurzen Vertagung völlig berechtigt erachte, und daß er die fragliche Maßregel auch durch die Umstände gerechtfertigt halte." — In Elberfeld fand in einer Sitzung des Gemeinderaths eine ähnliche Erklärung die überwiegende Majorität von 22 gegen 7 Stimmen. Die Wahlmänner des Kreises Elberfeld haben in einer Versammlung mit sämmtlichen gegen nur 5 Stimmen sich dahin ausgesprochen: „das Verfahren derjenigen Mitglieder der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung, welche nach Verlesung der allerhöchsten Botschaft, welche die Versammlung aufforderte, nach dieser Verlesung ihre Verhandlungen abzubrechen, und sich bis zum 27. d. M. zu vertagen, um am genannten Tage sich in Brandenburg zu versammeln, in Widerspruchsteht unter dem Namen der Nationalversammlung, ihre Berathungen dennoch fortsetzten, entschieden zu mißbilligen." Ein in diesem Sinne an die Abgeordneten des Kreises Elberfeld erlassenes Schreiben ist von 143 Wahlmännern, von der weit überwiegenden Mehrzahl derselben, bereits unterzeichnet.

In Köln konnte die Abstimmung des Gemeinderaths über eine Vertrauens-Adresse an die National-Versammlung nur Gleichheit der Stimmen (11 gegen 11) erreichen, worauf dann der Präses die Majorität herbeiführte, indem er seine Stimme doppelt rechnete. Die Gemeinde-Verordneten der kleineren Städte sprechen sich schon in sehr großer Zahl entschieden für die Verlegung und Vertagung der National-Versammlung aus; auch ist es gewiß, daß fast aus sämmtlichen größeren und kleineren Städten der Rheinprovinz und Westfahlen Adressen von Urwählern mit entschiedener Tendenz für die Krone abgegangen sind oder noch abgehen werden. Der konstitutionelle Bürger-Verein in Bonn, die geachteten Rechtslehrer der Universität an der Spitze, hat in einem Flugblatt eine Ansprache „an unsere Mitbürger von Stadt und Land" verbreitet, worin er das Recht der Krone zu dem gethanen Schritte darlegt. Der jetzt noch tagende Theil der Nationalversammlung kann und wird nur einseitige Adressen in seinem Sinne empfangen und veröffentlichen, da die entgegenstehenden Adressen an ihn, als gegenwärtig ungesetzlich, nicht gerichtet werden können, sie werden sich daher vorerst in den Archiven der Provinzen und von ganz Deutschland zum Zwecke einer gründlichen mehrseitigen Beurtheilung der Stimmung des Landes erwünscht sein, die gegenwärtigen Mittheilungen aus diesen Theile der Monarchie zu vernehmen. Wir bitten deshalb die Redaktionen sämmtlicher politischen Blätter von ganz Deutschland um Aufnahme dieses Artikels. Die Stimmen des Landes werden ihren gemeinsamen Einfluß auf die Entscheidung des anfeligen Konflikts nicht verfehlen; aber sie allein sind heute nicht mehr im Stande ihn zu beseitigen. Deshalb richten sich unsere Blicke nach Frankfurt und wir begrüßen die dort am 14. d. M. gefaßten Beschlüsse als den Hoffnungsstern, der noch unser Gesamt allmächtigem Beistande zur Verrettung des Vaterlandes und zur Erhaltung seiner Ehre führen kann. 17. November 1848. Die Vorstände des konstitutionellen und des patriotischen Vereins. Dr. Fabbinder, J. Gaube. Fr. v. Conrad. jr. Fr. Oberroth. Dr. Kriege. Carl Spitz. Fred. Schmitz. F. H. Wirth. Aug. Bergmann.

Oesterreich. Berichten der Allg. Ztg. aus Wien zufolge, hat dort Fürst Windischgrätz eine Ueberlegung für die in Italien liegenden Kroatenregimenter angeordnet. Die Angewordenen erhalten 10 fl. Handgeld, werden sogleich montirt und nach Italien abgesendet. Ihre Dienstverpflichtung lautet nur auf Kriegsdauer. — Bei Schwechat werden Schanzen für Batterien aufgeworfen. — Der Reichstag soll definitiv am 22. d. eröffnet werden. — Sämmtliche Linienschuppenstaken über R. Wien und Hochstraße nach Brandstätten gesperrt worden sein, und Ausschreiben an hoher Wichtigkeit erschienen. — Man hat bereits mehrere Emissäre gefangen, welche die k. k. Truppen aufzuwiegeln versuchten. — In der Vorstadt Wieden wurde ein heimlicher demokratischer Klub aufgedeckt. — Einer am 21. d. in Wien eingegangenen telegraphischen Depesche aus Graz zufolge wurde die akademische Legion in Graz aufgelöst und der bewaffnete Widerstand beseitigt. — Graf Stadion ist seit dem 6. d. Mts. Minister-Präsident ohne Gouverneur von Graz ernannt. — In Olmütz waren am 18. d. zwei Mitglieder des Frankfurter Parlaments als diplomatische Abgeordnete eingetroffen. Sie hatten den Weg über Wien genommen.

Italien.

Turin, 20. Nov. Gestern Abends lief ein Haufen von ungefähr 50 Mann durch die Straßen und rief: Fort mit dem Ministerium! Wir wollen den Krieg! Dieser Haufe verhielt sich einige Zeit vor dem Kafe nazionale, wo gewöhnlich die lombardischen Flüchtlinge zusammenkommen, und schien zu erwarten, daß diese sich dem Tumulte anschließen sollten. Da seiner Hoffnung getäuscht, wandte er sich nach dem Platz Castello wo ein Zuwachs einen der Hauptschreier verhalten wollte. Letzterer hatte seine Widerrufen. Der Haufen zerstreute sich, und einen kräftigen Säbelhieb, mußte aber vor der wüthenden Menge in den Palast Madama flüchten. Die Oppositionsblätter suchen das Ministerium als Urheber dieses Krawalls zu verdächtigen um gleichwie in Genua, auch in Turin den Belagerungsstand einführen zu können. — Die hiesige Regierung hat wegen mit derselben Partei zu thun, wie alle anderen Regierungen in Italien, wie in Deutschland.

Modena, 17. Nov. Gestern zwischen 10 und 11 Uhr Vormittags, als Se. k. Hoheit der Herzog von seiner Villa San Felice, wohin er sich vorgestern begeben hatte, in die Stadt zurückkehrte, war derselbe in der Nähe des Gasthauses zu den drei Thürmen (delle Tre Torri) zwischen der Miramdola und den Postsatten bei Cittano einen Augenblick auf dem Wagen gezwungen anzuhalten. Diese Entfernung von den Personen seines Gefolges voraus. Er mußte dabei an zwei Individuen vorübergehen, die am Rande der Straße auf dem ansteigenden Felde zu arbeiten schienen. Schon war er an ihnen vorüber, als er sich auf ein Geräusch, das von dem Falle des Spatens des einen der beiden Männer herzurühren schien, umsetzte und sah, wie dieser plötzlich ein Gewehr auf ihn anlegte und sich anschickte es loszudrücken. Der Herzog sprang von dem Schusse aufzuweichen, schnell auf die entgegengesetzte Seite der Straße, die an jener Stelle höher liegt als das ansteigende Feld. Inzwischen war der Artilleriemajor Graf Guerra, der dem Herzog zunächst folgte, herbeigeeilt, hatte rasch den Spaten, den das Individuum hatte fallen lassen, ergriffen, und verfolgte dasselbe. Der Mann ergriff die Flucht, ohne jedoch sein Doppelgewehr im Stiche zu lassen, und lief über die Straße weg in einiger Entfernung vom Herzog. Plötzlich aber kehrte er sich von Neuem um, legte abermals an, schien jedoch einen Augenblick unentschlossen, auf wen er schießen solle, auf den Herzog oder seinen unmittelbaren Verfolger den Grafen Guerra. Endlich aber feuerte er seinen Schuß doch

auf diesen ab, der mit erhabenem Spaten auf ihn eindrang und nur nach wenige Schritte von ihm entfernt war. Der Graf wurde dadurch im rechten Arme leicht verwundet, ließ sich dadurch aber nicht abhalten, sich auf den Mörder zu werfen, und mit Hilfe des inzwischen zu seiner Unterstützung herbeigekommenen übrigen Gefolges gelang es ihm auch denselben zu entwaffnen und festzunehmen. Der Thäter wurde sofort gebunden mit nach Modena geführt und hier der Gerichtsbehörde überliefert. Seinem Spießgesellen war es inzwischen gelungen zu entfliehen. Ich habe kaum nöthig beizufügen, daß der Herzog nicht verletzt wurde und sich wohl befindet.

Rom, 16. Nov., 9 Uhr Nachmittags. Ein Aufstand fand statt, der nach etwa dreistündigem Kampf 8½ Uhr endete. Das Aeußere des päpstlichen Palastes ist von Kugeln durchlöchert; die Todten scheinen nicht sehr zahlreich zu sein; der Kampf scheint besonders zwischen den Schweizern und dem Volk, zu welch letzterem mindestens ein Theil der Linientruppen hielt, stattgefunden zu haben. Zu Ministern sind ernannt: Mamiani für das Aeußere, Galletti Innered und Polizei, Lunati Finanzen, Sterbini Handel und öffentliche Arbeit, Campello Krieg, Rosmini Mittelsmeisch und öffentlichen Unterricht, Sereni Gnaden und Gerechtigkeit. Wegen der Berufung der Constituante, Vallsiehung der Kammerbeschlüsse über den Unabhängigkeitskrieg u. a. Forderungen des Volks erklärte der Papst: er stelle die Entscheidung hierüber ganz der Competitentkammer anheim. Um 6 Uhr war der Quirinal vollkommen belagert; 6000 Civil und Linientruppen standen vor ihm geschaart; die Kanonen waren auf sein Hauptthor gerichtet, das Volk stellte dem Papst ein Ultimatum, das er binnen einer Stunde zu bewilligen habe, sonst werde der Palast genommen und außer seiner Person alles niedergemacht. — (In welchem Licht der Viktoria rufende Radikalismus den scheußlichen Mord Rossi's aufseht, durch welchen die italienische Bewegung in eine Bahn einzulenken droht von der sie sich glücklicherweise und zu ihrer Ehre bisher fernegehalten hatte, zeigt die in grellen Letzten gedruckte Erklärung des Florenzer Journals Alba: die unsichtbare Hand welcher Lamberg, Latour und Rossi erlegen, schwebe über den Häuptern der übrigen Verräther. Von dieser Erklärung ist kaum mehr ein halber Schritt zum Predigen des Meuchelmords. Die Mazzinische Schule triumphirt.)

Die Stadt Neapel wird von der Regierung sowohl gegen die Bandale gegen die Serbische zu nach Möglichkeit beschützt. Zur Befestigung des königlichen Palastes, dessen Marschälle in Militärquartiere eingerichtet sind, ist eine Spezialkommission ernannt. (A. Z.)

Frankreich.

* Paris, 20. Nov. Die bevorstehende Präsidentenwahl nimmt alle Aufmerksamkeit für sich in Anspruch. Alle Straßenecken sind mit Plakaten und Karrikaturen bedeckt, von denen die einen den Prinzen Ludwig Napoleon, die andern den General Cavaignac lächerlich zu machen und herabzusetzen sich bemühen. Dem Ersteren wird seine totale Unfähigkeit, Letzterem seine „Strassamkeit“ in den Junitagen vorgeworfen. Man sagt, daß General Cavaignac, wenn er bei der Wahl durchfallen würde, nebst seiner Mutter nach Griechenland auswandern wolle. — Marschall Bugeaud, dessen Stimme sehr ins Gewicht fallen wird, weigert sich hartnäckig, sich jetzt schon für einen oder den andern der beiden Kandidaten zu erklären. — Der Bischof von Arras, Hr. La Laur d'Auvergne, erklärt in einem Mundschreiben an den Klerus seiner Diöcese sich ziemlich unverholen für die Kandidatur Cavaignac's mit sag unter andern: „Meine Erziehung lehrt mich die Jugend und Sachbezigkeit zu achten; ich werde niemals unsere Befreiung aus den Gefahren der Junitämpfe vergessen, und mein Vater war ein Mann des Degens (un homme d'épée); ich selbst habe einen Augenblick die Waffen getragen, und werde auch für einen Säbel (pour un sabre) stimmen!“ ꝛc. — Gestern hat die Stadt Paris ein großes Festessen zur Feier der republikanischen Konstituion gegeben. Die Zahl der Gäste betrug 300. Die Dekoration des Saales kostete allein 15,000 Fr. und das reiche Silberservice der Stadt reichte nicht hin, so daß man genöthigt war, anderweitiges Silbergeg zu entleihen.

** Paris, 20. Nov. Die demokratischen Bankette sind jetzt bei uns an der Tagesordnung. Auch die demokratisch-sozialistischen Frauen haben gestern das Ihrige gethan. Wohlweislich hatten sie sich in einen Saal außerhalb der Barriere du Maine zurückgezogen. Sie können sich denken, daß selbst Gleichgültige von einem solchen Schauspiel sich angezogen fühlten. Kein Wunder, daß auch eine große Anzahl von Männern zugegen war. Die Gesammtzahl der Anwesenden betrug etwa 1200; ein Sechstheil davon waren Kinder. Die Präsidentschaft war bei dem Bankett faktisch abgeschafft. Herr Pierre Leroux verkündete es am Schlusse, wie sich von selbst verstehe unter allgemeinem Beifall. Ueber den Geist der ausgebrachten Toaste brauche ich nichts näheres anzuführen. Die Aeußerung in Lerour's Rede genügt: „Die Frau habe das Recht, die Rednerbühne zu besteigen, weil sie das Recht habe das Schafott zu besteigen.“

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 23. Nov. Bayer. 3½ proz. Obligationen 76 P. — G. 4proz. 87 G. Bankaktien II. Semester 578 P. — G. Prometfen 35 P. — G. Oesterreich. 500 Fl. 4proz. Metall. 950 G.

J B Vogl, verantwortlicher Redakteur

Bekanntmachungen.

Fremdenanzeige.

Hakel Maulik, Pfeiffer, Privatier, von Innsbruck. **Michel**, Kaufmann, von Frankfurt. **Bahm**, Kaufmann, von Gmund. **Zunke**, Kaufmann, von Gladbach. **Schipp** und **Zeibel**, Kaufleute, von Frankfurt.

Gold. Kreuz. Girstard Bading, Rentier, aus England. Cassifanis, Studierender, aus Griechenland. Zeh, Gutsbesitzer, von Mainz. Jrousberg. Beamter, von Hallein. Zellermeier, Dr. med., von Karlsruhe.

Gold. Hahn. Rendlinger, Kaufmann, von Zahenhausen. Schäffer, Kaufmann, von Wertheim.

Blaue Traube. Tormin, k. k. Oberlieutenant, von Mailand. Kammerer, Kaufmann, von Eßlingen. Dethoff, von Wien.

Erachsgarten. Häfele, Wagner, von Dachau. Heindl, Benefiziat, von Rosenheim.

Gestorbene in München.

Zeilla Rapp, Taglöhnerstochter von der Au, 74 J. a. Bernhard Reß, bürgerl. Weber, 53 J. a. Andreas Simhard, ehemal. bürgerl. Weber, 82 J. a. Ursula Steer, Rothgerbergesellenstrau von Giesing, 40 J. a.

Bekanntmachung.

Verleigerung des Ortsbauerngutes zu Gesling betr.

245. (3b) Das dem Karl und der Rosa Brodmann gehörige Ortsgut zu Gesling, wie es unten beschrieben ist, wird, da sich bei der erstmaligen Versteigerungstagfahrt ein Käufer nicht gemeldet hat, auf Antrag eines Hypothekgläubigers zum zweitenmal der öffentlichen Versteigerung unterstellt, und Termin auf

Donnerstag den 21. Dezember l. Js.,

Vormittags von 10 bis 12 Uhr

bestimmt. — Käufer werden mit dem Eröffnen zur Steigerung in das schuldnerische Haus geladen, daß der Zuschlag nach den Bestimmungen des §. 84 der Hypothekgesetze v. §. 99—102 der Gerichtsordnungs-Novelle erfolgt, es mag der Schätzungswerth erreicht werden oder nicht. Gerichtshandelnnnk haben sich über Leumund und Vermögen auszuweisen.

Das Gut besteht nach Grundsteuer-Kataster und Hypothekenbuchs-Extrakt:

1) aus dem zweistöckigen burchaus gemauerten Wohnhaus mit Stadel und Stall unter einem Dachschindeldach, mit Hofraum und Gärtchen 67 Dez.;
2) dem separirten Baugarten und Krautgarten, 96 Dez.;
3) aus 44 Tagw 37 Dez. Aecker;
4) 44 Tagw 29 Dez Wiesen;
5) 10 Tagw. Holz (die Hälfte sung, die Hälfte Unterholz), zum Bezuffsum Ergenthaufen freithillig;
6) 6 Tagw. 62 Dez. ludeigene Aecker;
7) 11 Tagw 46 Dez. ludeigenes Holz (Fichtenholz und Aufkag);
8) 7 Tagw. 3 Dez. reluirt eigener Aecker;
9) 1 Tagw. 20 Dez. ludeigene Wiese;
10) 10 Tagw. 1 Dez. reluirt eigener Aecker und Wiesgrund;
11) 1 Tagw. 58 Dez. reluirt eigene Wiese;
12) 1 Tagw. 64 Dez Wald und Filgarnub;

am 5. April l. Js. gerichtlich auf 10,813 fl. eingewerthet.

Königl. Landgericht Wolfratshausen.

Martin,
Landrichter.

248. (2b) Entesunterzeichneter empfiehlt seine Erfindung auf lithographische Steine und Marmorplatten alle möglichen Muskaten, Ornamente und sonstigen alle Verzierungen zu erzeugen. Diese Platten eignen sich für Vervielfältigung, Musikplatten, Gesänge und sonstige in den Druckereien vorkommenden Verzierungen.

Diese so zweckmäßige Erfindung ist bereits in Paris und London mit großem Erfolg angewendet worden, und der Unterzeichnete hofft auch in Bayern dieselbe Verbreitung zu finden, da er von Sr. königl. Majestät ein Privatpatent auf 15 Jahre darauf erhalten hat.

Die Auflührung derselben findet Statt in der lithographischen Kunstanstalt des Herrn Zach. Kaffalbond Nro. 1/1, woselbst Muster zur Einsicht aufgelegt sind und Bestellungen übernommen werden.

C. Simon, aus Straßburg.

Druck der C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

München, den 25. November.

Durch allerhöchstes Dekret vom 15. Nov wurden der Forstamtsaktuar und Funktionär im Kreis-Forst-Bureau zu Speyer Rudolf Geiß zum Kommunal-Revierförster in Hahloh prov. ernannt; vom 18. Nov. der Revierförster zu Werneck, Anton Baumgärtner, auf Ansuchen unter Zufriedenheitsbezeigung in den Ruhestand — und an dessen Stelle der Revierförster zu Römersbag, Johann Schlott, ebenfalls auf Ansuchen versetzt; dann der Forstamtsaktuar zu Lohr, Franz Bos, zum Revierförster in Römersberg prov. ernannt; vom 19. Nov. der Zoll-Rechnungs-Contr.-Assistent Franz Xaver v. Köppelle zum Oberfamtmoer in Tegernsee prov. befördert; vom 22. Nov. der Post-Official Ernst Edelmaier in Augsburg in temporäre Zutheilung versetzt.

Vorerklärung. — Die k. Pfarrei Absch, Landgerichts Rothalmünster in der Diöcese Passau mit einem Reinertrage von 814 fl. 17½ kr.

Ueber Steuerverweigerung.

Der in Berlin verbliebene Theil der preußischen Nationalversammlung ist bis zur Steuerverweigerung geschritten. Dieser Schritt ist der äußerste, den eine Versammlung von Volksvertretern thun kann. Er ist der Anwendung der militärischen Gewalt gleichzuhalten, ja sogar noch über diese zu stellen, weil er die Desorganisirung des Staates gar unmittelbaren Folge haben muß. Die Steuerverweigerung enthält nichts als einen Akt der Selbsthilfe. Sie involvirt die Erklärung, daß keine Behörde mehr vorhanden ist, die Recht zu gewähren vermag. Nach der alten Bundesgesetzgebung wäre er der Auflehnung gegen die bestehende Regierung gleich zu achten gewesen, und es hätten oder gegen denselben nicht nur alle der Landesbesetzung zu Gebote stehenden Mittel, sondern auch diejenigen der Gesammtheit zur Anwendung gebracht werden müssen. Der Zentralgewalt und der Reichsversammlung gegenüber kann die Steuerverweigerung der Berliner Nationalversammlung in keinem günstigeren Lichte erscheinen. Sie ist nicht mehr und nicht minder, als ein Losjagen von der neu zu begründenden Ordnung in Deutschland, sie enthält die Erklärung, daß keine Behörde in Deutschland existiren soll, die Recht zu gewähren vermöge. Es ist dadurch der Stab über die Reichsversammlung und die Zentralgewalt gebrochen. Die Regierungen haben bis jetzt ihre Unterwerfung unter die Zentralgewalt doch noch von Bedingungen und Voraussetzungen abhängig gemacht. So blieb der Berliner Nationalversammlung vorbehalten, ihr offen den Fehdehandschuh vor die Füße zu werfen. Hätte sie die Berliner Nationalversammlung das Gefühl gehabt, was sie der Gesammtvertretung Deutschlands schuldig ist, so würde sie sich an diese gewendet und hier Abhilfe gesucht haben. Hatte doch die alte Bundesgesetzgebung bestimmungen zur Entscheidung solcher Streitigkeiten zwischen Regierungen und Ständen, und es ist vorhin kein Grund zu der Vermuthung vorhanden, daß die Zentralgewalt und die Reichsversammlung ihr Amt nicht mit voller Unparteilichkeit gehandhabt haben würden. Allein es ist keinem Mitgliede der Berliner Nationalversammlung auch nur der Gedanke gekommen, daß es in Deutschland eine oberste Behörde gibt. Der Beschluß vom 14. d. hat übrigens die Sache bereits entschieden. Es ist darin ausgesprochen, daß die Berliner Nationalversammlung der Verlegung ihrer Sitzungen nach Brandenburg Folge zu leisten habe. Die darin der preußischen Regierung gemachte Auflage ist materiell ebenfalls mit dem Rathschlage, welchen der wohlmeinendste Freund ertheilt haben würde: es hätte derselben aber kaum bedurft, weil ihre Befolgung durch die Umstände geboten und das einzige Mittel ist, die Regierung einer sicheren Stellung zu versichern. Die preußische Regierung wird ebensowenig gegen den Strom schwimmen wollen, als die Reichsversammlung es zu thun geneigt sein könnte. Die letztere hat durch ihren Beschluß vom 20. bethätigt, daß es noch einen Hort für die Interessen der öffentlichen Ordnung im Vaterlande gibt. Wir zweifeln nicht, daß das preußische Volk einsehen wird, daß von der Berliner Nationalversammlung zu weit gegangen ist, und daß hierüber nicht in der Lage war, ihrer Regierung den Krieg zu erklären und sich gleichzeitig von den Zentralbehörden Deutschlands loszusagen. Die preußische Nationalversammlung ist berufen worden, die Verfassung Preußens festzustellen, wahrlich aber nicht um den Bürgerkrieg in Preußen zu entzünden und eine Spaltung Deutschlands hervorzurufen. (Fr. D.-P.-A.-Z.)

Zur Frage der Wahlberechtigung in Bayern.

* München, 24 Nov. Nach Art. 14 des Wahlgesetzes ist Jeder in dem Bezirke wahlberechtigt, wo er sein Domizil hat, oder mit Grundbesitz anfässig ist. Nach Kreittmayrs Anmerk. zur bayr. Gerichtsordnung Kap. I. §. 3. lit. c. werden zwei Dinge zur Erlangung des Domizils erfordert: 1) Wirkliches Wohnen on dem Orte; 2) Absicht, daselbst für immer zu wohnen (animus perpetuo habitandi). Eins von beiden ist nicht hinlänglich. — Im Verlaufe der Note heißt es weiter: „Wer sich auf diese Weise einmal wohnhaft gemacht, und ein Domizil erlangt hat, verliert solches durch eine zeitliche Abwesenheit nicht gleich wieder, sondern behält dasselbe auch in seiner Abwesenheit so lange fort, als er noch die Absicht zurückzukehren (animum revertendi) hat.“ .... „Wenn ein Student auf der Akademie, ein fürstlicher Bedienter am Hofsager, und ein Agent oder Abgeordneter seiner Geschäfte wegen gleich 10, 15, 20 und mehr Jahre an einem Orte zubringt, so erlangt er doch dadurch das Domizil noch nicht, sondern animus perpetuo commorandi muß bei solchen Personen durch andere treue Bezeigungen hervorleuchten, alß auß den bloßen Aufenthalt zu Tage liegen.“ Noch diesen auch im gemeinen Rechte begründeten Sätzen ist weder der Aufenthalt der Studenten am Orte der Universität noch der Aufenthalt des Gesellen an dem Orte, wo er Arbeit findet, dazu geeignet, denselben das Domizil an diesen Orten zu verschaffen. Vielmehr behalten Beide während des fraglichen Aufenthaltes ihren früheren Wohnsitz, Studirende selbst in Anwendung kanunt. was die Gerichtsordnung a. a. O. bestimmt: „Wo der Vater seinen beständigen Wohnplatz hat, da sind auch seine rechtmäßigen Kinder domizilirt, und dieses heißt zu Latein: forum originis.“ — Zwar heißt es in dem Art. 14: „Aktiv wahlberechtigt ist Jeder nach seiner vor der Wahl abzugebenden Erklärung in dem Bezirke u. s. w.“ Allein es ist wohl nicht anzunehmen, daß Parteien das akme Wahlrecht durch eine Lüge erschleichen wollen, und eine Erklärung, deren Gegentheil im Hinblick auf Notorats- und Polizeiakten alß notorisch erscheint, würde auf Beachtung und Wirksamkeit nicht rechnen können. Ohnehin stehen die meisten Studenten und Gesellen noch in dem Verhältnisse von Hausöhnen, und sind demnach zur eigenen Wahl einer Domizilist nicht berechtigt. — Nach Mittheilungen in öffentlichen Blättern ist die Meinung verbreitet, daß Einzelnstehung in die Liste der Einkommensteuer-Pflichtigen für vollzährige unbescholtene Universitätsstudenten und Gesellen die Ausübung des aktiven Wahlrechtes am Orte der Universität und der Arbeitskondition begründen. Wäre es nicht angemessen, hierüber eine amtliche Belehrung ergehen zu lassen, und in diesem Betreff auch in der Instruktion für die Wahlkommissionen Bestimmungen aufzunehmen? — Es handelt sich übrigens bei der angergten Frage nicht blos von Universitätsstudenten und Handwerksgesellen, sondern auch von Accessisten, Praktikanten (auch ärztlichen), Handels- und anderen Geschäftsgehilfen, feinen ihre Aufenthalt an einem Orte nur durch zeitliche Beschäftigungen solcher Art bestimmt wird.

Die Rechtsfrage über Ungarn.

* Die in der neuesten Zeit zur Geltung gekommene Ansicht einer Personalunion Ungarns mit Oesterreich scheint bei der großen Dunkels- und Verwarrtheit von der die Mehrzahl der über diese so äußerst wichtige Frage schwebenden absprechenden deutschen und nichtdeutschen Publizisten befangen ist, leider nur auf einer zu unrichtigen Basis zu beruhen. Die außerordentliche Wichtigkeit der Frage für Oesterreich sowohl, als Deutschland verlangt eine alseitige klare Beleuchtung derselben. Wir lassen zu diesem Zwecke eine Besprechung dieser Frage aus der Grazer Zeitung folgen, und sind überzeugt, daß die eindringende Detailkenntniß des Berichterstatters nicht wenig zur Aufklärung dieser österreichischen — und deutschen — Lebensfrage beitragen werde. „Man stellt gewöhnlich die Konstellation on Ungarn auf gleiche Stufe mit der mit Böhmen oder Kroatien, Dalmatien, Polen etc. — Irrthum! Das ist von vornherein eine Täuschung! Es ist falsch, daß Ungarn bisher ein mit Oesterreich konföderirter Staat war. Es war kein Staat für sich, sondern seit und zu Folge der pragmatischen Sanktion der Bestandtheil des Staates und zwar absorbonderter Provinzialverwaltung, aber unter einem und demselben Zentralministerium in Wien, und 1741 und 1791 bot die ungarischen Stände blos, was sie und stanzu Kaiserthum“ auch ergienete Ungarn zugezogen werden möchten. Die ungarischen Landestellen wurden 1715 und 1713 ganz ad normam in den übrigen Provinzen eingerichtet und gestellt, und daß eine ungarische Hofkanzlei bis zum April besfand, beweist eben so wenig für einen besonderen ungarischen Staat oder für die Konföderation, weil sie vor wenigen Jahren auch besonders böhmische, österreichische, galizische und italienische Hofkanzleien bestanden, ohne daß doch Böhmen rc. als konföderirte Länder anzusehen waren. Die pragmatische Sanktion hat auch den verschiedenen Erbländern einen Staat gemacht, indem sie die Solidarität Aller für Einen und Eines für Alle, mutua et reciproca defensio von Seite aller Provinzen statuirte. Wie Alle wissen es, daß Ungarn alle Kriege für und mitgeführt, und umgekehrt deutsches Blut Ungarn sich stützt und der Monarchie und den Klauen des Halbmondes erobert hatte. Es ist die Marime der Magyaren, in Bezug auf die neuesten Gesetze sich den Anschein zu geben, als ob sei diesen, wie sonst, mit dem Consensus regis et populi die Sache abgethan und erledigt wäre. Wenn aber auch der König von Ungarn gegenüber seinen Regentenpflichten aus Recht gebote hätte, seine Machtbefehrde an einen Zwitterkönig, den Palatin, und an ein von diesem zu ernennendes Ministerium, das gar keine Verantwortung gegen den König und die Monarchie hatte, abzutreten (was wohl näher zu erörtern wäre), so hatte doch der König von Ungarn offenbar kein Recht, a) die pragmatische Sanktion, den Völkervertrag aller Provinzen, einseitig aufösen zu lassen, damit aber b) den anderen Provinzen alle die Lasten aufzuerlegen, welche bisher aus der gemeinschaftlichen Bekämpfung mit Ungarn pro praeterito oder pro futuro erwachsen waren.

Nun stellt man aber das Axiom hin: „Ungarn hatte keine Staatsschulden.“ Gewiß, weil Ungarn kein Staat war! Wore eine Ermilion von den Staatsschulden des österreichischen Staates, die allein der multua et reciproca defensio der Monarchie, vor Allem aber dem Türkenkriege von 1788—90, der in uns wegen Ungarn geführt wurde, ihren Ursprung verdanken, hatte Ungarn nicht. Die Schulden wurden durch die Krone im Namen des ganzen Staates und nicht einzelner Provinzen gemacht, und so wenig Nieder-Oesterreich oder Steiermark als Schuldner speziell benannt wurden, so wenig geschah oder war dieß auch nothwendig bezüglich Ungarns. Daß aber Ungarn wirklich Mitträger für die österreichische Staatsschuld war, bewiest unwiderleglich der Umstand, daß aus dem gemeinschaftlichen Zentral-Aerar Zinsen und Kapital, und zwar hauptsächlich aus den Kaufschillingen jener ungarischen Kameral- und Fiskalgüter bezahlt wurde, die in die Staatsschulden-Tilgungsfonds-Kasse abgeführt werden mußten. Die ungarischen Publizisten, die es sich, im Vertrauen auf die totale Unkenntniß des verwickelten ungarischen Rechtsmuseums von Seite der Deutschen, in allen diesen Fragen sehr leicht machen, begründen ihre Schuldenfreiheit auf die Behauptung, daß der ungarische Landtag seine Zustimmung zu denselben nicht gegeben habe. Das erscheint nun leider manchen deutschen Publizisten weiter so plausibel, daß er sich und die nicht ungarischen Theile der Monarchie ohne weiters der alleinigen Tragung der enormen Schulonlast unterzieht. Aber unsere konfusen Polizeiblätter, die ihr ganzes Jus publicum aus der allgemeinen Zeitung geschöpft haben, und den Fudasstaat (Ungarn) von den repräsentationen modernen nicht zu unterscheiden verstehen, sollten wissen, daß der ungarische Reichstag nur die Kriegssteuern und Anlehen zu bewilligen pflegte, die Kameral-Gefälle von Salz, Dreißig (Zoll), Domänen, Taxen u. s. w. waren verfassungsgemäß dem Könige zur Zivilliste und für Landesverwaltung bestimmt, keineswegs von ständischer Bewilligung abhängig. Die Ungarn mögen es der Loyalität der Regenten aus dem Kaiserhause, und eben der gemeinschaftlichen Finanzverwaltung Dank wissen, daß die Kameral-Provente zum größten Theile zum Nutzen Ungarns selbst verwendet, und für die Zwecke gemeinen Staatsfriedes blos zum Theile zu den Bedürfnissen der Volksfrohl Ungarns viel zu geringen Proportion zum allgemeinen Staatsbudget gezogen worden sind. Von 150 Millionen der Einnahmen Oesterreichs bezahlte Ungarn kaum 18 — 20, von denen wieder 12 — 14 für Ungarn verwendet, und für die Zentralausgaben der Monarchie: Diplomatie, Zentral-, Finanz- und Kriegsverwaltung, Artillerie-Genie-Generalstab u. s. w., so wie die Zivilliste des Königs, zum größten Theile als Staatsschuld hier verbrigende Rest von 6 Millionen in Verwendung kam. So war das Verhältniß, und nur der Mangel einer Einsicht von Seite der nicht ungarischen Provinzen in das Budget konnte es veranlassen, das das große Ungarn, nahezu $^{1}/_{3}$ der Monarchie, fast nur den achten Theil der Staatslasten getragen hat, während die Übrigen an Fruchtbarkeit hinter Ungarn weit zurückstehenden Länder die Steuerkraft von $^{7}/_{8}$ des Ganzen kaum zu erschwingen vermochten! Hätten die Provinzialstände unserer deutschen Erblande sich der Befugenheit ihrer Postulatenlandtage zu entwinden, und wenigstens, so weit ihre Interessen, ihre Steuerkraft es erwünschlich und zulässig machte, das offenkundige Verhältniß Ungarns im österreichischen Staatshaushalte gezägt, die schwache Zentralregierung in Wien würde dadurch schon vor Jahren einen Anhaltspunkt gewonnen haben, um Ungarn zur verhältnißmäßigen Bestreuer zum allgemeinen Haushalte zu verhalten; zugleich aber wäre der eigentliche Sachverhalt der ungarischen Freiheit (finanziellen mit Privilegium) mehr bekannt geworden, um im März und Oktober 1848 hätte die traurigste Begriffsverwirrung, wie sie von magyarischer Seite genährt wird, Wien und andere Nachbarprovinzen nicht dahin getrieben, in ihrem eigenen Fleische zu wüthen, damit Ungarn nicht nur seine Kremitonen sich nach Belieben, wie bisher, selbst benutzen, sondern damit es gezwungen sich von der Monarchie loslreiben oder alle Lasten bei selbrigen gemeinschaftlichen Verwaltung der Finanzen, die Staatsschuld, allein zurücklassen könne. In Bezug auf die Staatsschuld ist das Verhältniß klar: Ungarns Kameralgefälle konnten rechtlich vom Könige zur Sicherheit der Staatsschuld verpfändet, und zur Abstattung von Kapital und Interessen verwendet werden. Faktisch ist dieß wirklich geschehen; denn den Staatsgläubigern sind wirklich sämmtliche Staatsgefälle und benannterlich die Staatsdomänen als Hypothek verpfändet worden, die ungarischen nicht ausgenommen, wie denn zumal die Kaufschillinge der letztern direkt an den Tilgungsfond abgeführt wurden. Auch wenn der Kaiser dabei berechtiget gewesen wäre, den nicht ungarischen Provinzen der Monarchie die Lasten aufzulegen, welche rechtlich Ungarn dafür getragen hatte, was er bekanntlich bestritten werden muß, so war doch Masse der Berechtigter, die den Staatsgläubigern verpfichtete Hypothek, den ungarischen Theil des Staatsvermögens, Gefälle und Domänen, ohne anderweite Deckung von dieser Last zu befreien. Nur das Dilemma ist in thesi möglich: Entweder der Ungarn Lehre in die gemeinschaftliche Finanzverwaltung mit den übrigen Ländern der Monarchie zurück, in diesem Falle kehren auch die Staatsgläubigern für ihre Forderungen auf jenen Hypotheken wieder zurück, und der auch von Ungarn bestickte Reichstag verfügt für die Zukunft das Weitere; oder Ungarn übernimmt im Wege Vertrages mit dem Reichstage einen entsprechenden Theil der Staatsschuld. — Nun muß aber die getrennte Verwaltung, Zwage der letzten sieben Monate, unvermeidlich zur staatlichen Isolirung führen; die Monarchie aber kann das mit den größten Opfern erworbene und erhaltene Ungarn nicht aufgeben, nicht nur, weil beide Theile kommerziell sich unentbehrlich sind, sondern auch hauptsächlich, weil Ungarn, unfähig, als Staat für sich zu bestehen, gar bald einem andern Mächtigeren als Vasall zufallen und dann einen Rivalen Oesterreichs bis vor die Thore Wiens führen würde. Denke man sich Rußland als den Herrn von Pressburg! und man wird nicht zweifeln, daß Ungarn, selber noch als bisher, zur einheitlichen Monarchie beigezogen werden müsse, koste es was es wolle. Hieraus folgt auch, wenn endlich einmal eine österreichische Politik statt der bisherigen böhmischen, ungarischen und so weiter zur Geltung gelangen soll, daß die ungarische Finanzverwaltung zum Zentrale zurückkehren und sortan Ungarn in der Hauptsache, in derselben Wahnen sich bewegen müsse, welche die ganze Monarchie wandeln wird. Magyaren, Kroaten, Serben, Deutsche und Wallachen beanspruchen eine gleiche nationale und staatliche Existenz; diese durch den Anspruch der Krone gewährleistete Grundlage der zukünftigen Konstituirung Oesterreichs ist für Ungarn nur auf einem Wege möglich: auf jenem der Stellung der Ungleichartigen, in Zukunft noch mehr als bisher Unvereinbaren, so daß nur wenige Hauptmassen, wie diese Nationalitäten territorial und staatlich besonders konstituirt, und ohne eine gemeinschaftliche Verwaltung und Repräsentation in der Form besonderer Provinzen zum Wiener Reichstage und Ministerium ins Verhältniß gebracht werden. Oder soll Ungarn etwa erobert werden, um die Tegreichen Serben und Kroaten mit Gewalt dem vielfach vertretenen und alle Farben annehmenden Magyarismus wieder zu unterwerfen? Keiner verlangt man, daß Ungarns Verhältniß zu Oesterreich nicht durch die Kanonenpolitik, sondern auf konstitutionellem Wege durch Errennung eines tüchtigen ungarischen Separat-Ministeriums und durch Berufung des ungarischen Reichstages geordnet werde, vergißt aber, daß bei Schwerhat und bei Friedau Kossuth und Bercsel die Ersten es waren, die durch einen Einfall in die Österreichischen Länder uns gegen den Kaiser Krone in Kanonenpolitik angefüllt, und daß der Reichstag, der nicht erst zu berufen ist, sondern in Rebellion, ungeachtet der Auflösung durch den König, fortan in Pest sitzt, diese Angriffe durch sein Dankevotum besiegelt hat; daß vergessen, daß Ungarn durch diesen Landtag, als den Vertreter des ganzen Landes schon sie Wochen in vollkommener Auflehnung gegen die Krone befangen ist, und doch soll dann der König konstitutionell ein Ministerium ernennen dürfen, das dem Landtage genehm wäre, und Ungarn wieder in den Verfassungsstand Relein vom April 1848 die Rede sein könnte) und einen Reichstag berufen, wobei als gewiß anzunehmen wäre, daß Kossuths Landtag, wie die Ernennung des Generals Riesey auch diese Akte der Krone annullirten würde.“

Deutschland.

Württemberg. — Ulm, 21. Nov. Die Besetzung der hiesigen Reichsfestung wird demnächst dadurch auf einen achtungsgebietenden Stand gebracht werden, daß dem Vernehmen nach die auf dem rechten bayerischen Donauufer mit einem Theil des in der Umgegend kantonirenden, eine ausgezeichnete Haltung und Gesinnung bewährenden bayerischen Militärs wegen der Nähe, welch letzteres übersaum in so zweckmäßiger Weise dislozirt ist, daß binnen 48 Stunden das gesammte Armeekorps sich bei ihm vereinigen kann. Von Zurückziehung dieser Truppen in ihre resp. Garnisonen kann unter den gegenwärtigen Zeitumständen, namentlich auch bei den möglichen Verwicklungen mit der „freundnachbarlichen“ Schweiz, nicht wohl die Rede sein. Unter den verschiedenen hiesigen Laupenthalern herrscht gegenwärtig das beste Einvernehmen, und die lebhafte in Civilgerichten bezüglich einiger Tanzlokalitäten leider Grund haben, den früheren Reibungen haben sich in keiner Weise wiederholt. Das Material der Festung wird den Winter über noch ansehnlich vermehrt werden; häufig begegnet man auf der Landstraße den mit Geschützbedarf schwer beladenen Wagen, welche ihre Fracht in die hiesigen Depots ablisern. Die Arbeitergahl am Festungsbau ist, wie gemeldet, in den Winterwonaten, entsprechend vermindert, im Laufe des Sommers aber dann die Befestigungsarbeiten außerordentlich vorwärts gebracht worden, nicht blos in Beziehung auf den die Stadt zunächst umgebenden Gürtel von Wällen und Gräben, sondern auch hinsichtlich mehrerer Außenwerks, von denen besonders die vorliegenden Forts auf der Albecker Staige (Straße nach Nürnberg) und auf dem Kuhberg (zwischen dem Donau- und Blautal) Erwähnung verdienen. Am verflossenen Sonntag wurden der Artilleriewerkgruppe der hiesigen Bürgerwehr die derselben durch die Huld des Königs bei seiner Anwesenheit des Fahnenweihe bewilligten vier Geschützstücke übergeben, und mit entsprechender Feierlichkeit in einem städtischen Aufbewahrungsort untergebracht. A. Z.

Baden. Mannheim, 22. Nov. Diesen Morgen zog das hiesige preußische Dragonerregiment, welches seit dem Gefechte Waldkirch in diesiger Umgegend gelegen, wieder in seine vorige Garnison Rastatt, und vielleicht ganz in die Heimath zurückzukehren. — Heute kam ein neuerbautes Schleppschiff „Deutschland“ gebaut von Hanel in Rudrort mit 6 angehängten Steinkohlenschiffen mit einer beiläufigen Ladung von 34,000 Ztrn. im hiesigen Neckarhafen an. Bemerkenswerth ist hierbei der Name des Schiffes, und daß es unter deutscher Flagge fuhr, war bis jetzt, wie versichert wird, absichtlich geheim gehalten, um keine Gefahr zu laufen. Die durch dieß auferordentlich starkkonstruirte Schleppschiff bisher verbrachten Steinkohlen sind sämmtlich für die württembergische Neckargegend bestimmt, auch liegen 14,000 Ztr. Eisenbahnschienen in gleicher Richtung hier bereit. —

Seit einigen Wochen ist in beiden hiesigen Häfen eine solche Abgastaxeit und Waarenzufuhr, wie solche seit Jahren nicht stattgefunden. Es scheint somit das Vertrauen wiederkehren zu wollen; ein Umstand, nach welchem man sich auch hier fast allseitig sehnt. (Schwäb. M.)

Großh. Hessen. — Mainz, 17. Nov. (Mass. allg. Z.) Gestern wurde hier das jedes ächt deutsche Herz tief erschütternde Gerücht ausgestreut, der Präsident der deutschen Nationalversammlung, Heinr. v. Gagern,

sei meuchlings erdrosselt worden. Zur unendlichen Freude jetzes wahren Vaterlandsfreundes hat sich jedoch schon durch den nächsten Eisenbahnzug und das Dampfschiff von Frankfurt aus jemand eingefunden, der mit triftigen Gründen verbreitete Sage als eine Lüge bewiesen. Hier konnte man diesem Gerüchte um so leichter Glauben schenken, als am 15. d. bei einer Trauerfeier zum Andenken Robert Blums im demokratischen Vereine Dr. Bamberger in einer wohlberechneten, den Fanatismus des nicht denkenden Publikums aufreizenden Rede die Schuld des Todes von Robert Blum auf den verschiedenen, selben Gegnern warf. Sie weis vergiftet, ein jeder sicher Fanatiker, daß er einen Mann, der seit seiner Jugendzeit der Einheit und Freiheit Deutschlands alles seine Kräfte gewidmet, die größten Opfer gebracht hat, eine Handlung anrichten, bei der er auch nicht den entfernetesten Antheil weder unmittelbar, noch mittelbar haben kann! Der an Herz und Kopf gleich ausgezeichnete Heinr. Gagern ist sein Publikum von heute. Was in den Jünglings- als Manns-Jahren Vaterland vorzuweisen, was ein Mann unabläßig zu erringen. Er hat mit Muth und Hingebung für Deutschlands Einheit, Freiheit, Ehre und Wohlfahrt gekämpft und gelitten. Das genügt freilich dem Feuerkopf eines Bamberger nicht! Wer mit seinen erst fein den Märzjagen hervorgetretenen, phantastisch überspannten Ansichten und Meinungen nicht übereinstimmt, ist für ihn kein Vaterlandsfreund, muß verdächtigt und vielleicht auch, wenn er seinen Plänen hinderlich ist, aus dem Wege geschafft werden. Die Folgen der aufregenden Rede haben wir schon gestern hier theilweise erlebt. Eine Rotte Buben zog mit einem Trauptrotene und einer brennenden Fackel voran unter Schreien und Lärmen durch die Straßen, ließ Hecker und Zitz leben, und rief: „Gagern geb'n!“ Es endlich eine Militärpatrouille sie auseinanderrieb. Es ist moralisch gewiß, daß ein Theil der hiesigen Bevölkerung! Eine warnende Lehre mag Dies aber den Gesinnten sein. Zur Ermannung muß solches Treiben sie aufrodern, damit sie jenen Menschen Widerstand leisten, welche methodisch das unreife Volk zu demoralisiren suchen, um ihre schlecht verdeckten Plane ausführen zu können. Schließen will ich meine Schilderung Vaterlandsfreund sich nicht eng einander an, um der Anarchie sowohl als der Reaktion gleicher Energie gegenüberzutreten, so sehen wir einer traurigen Zukunft entgegen, indem die Gebilde in ein Chaos zerfallen werden.

Aus Rheinhessen, 20. Nov. Vor einigen Tagen wurde in dieser Zeitung berichtet, daß die von dem Präsidenten der Nationalversammlung Hrn. v. Gagern, gegen den Redakteur der in Worms erscheinenden „Neuen Zeit“, Dr. v. Löhr, erhobene Klage wegen beispielloser Verleumdungen am 14ten Freitage vor dem Gericht in Alzei zur Verhandlung kommen würde. Da jedoch der als Zeuge vorgeladene Hr. v. Gagern zu erscheinen verhindert war, so wurde die Verhandlung auf 14 Tage, bis zum 1. Dez. vertagt. Um indeß dem Publikum zu beweisen, daß es das wirklich setene, aber nicht benedenswerthe Talent des Dr. v. Löhr noch nicht in seinem vollen Liebe gesehen habe, lieferte er in der gestrigen Nummer seines Blattes das nun schon so oft wiederholte, ja wahrhaftig schon ermüdende Gagern durch die Presse zu Tage gefördert wurde. Hinter diesem Ergusse einer krankhaft überreizten Phantasie muß Bambergers jüngste Rede bei Blums Todtenfeier im demokratischen Verein zu Mainz weit zurückstehen. Nachdem nämlich Dr. v. Löhr in der vorgestrigen Sitzung des demokratischen Vereins zu Worms öffentlich erklärt hatte, daß Robert Blum nicht durch Mörderhand, sondern durch einen von Frankfurt nach Wien geschickten Brief gemordet worden sei, und daß dieser Brief ein Mann geschrieben habe, den er nicht zu nennen brauche, weil ihn das versammelte Volk recht wohl kenne: brachte er gestern in seiner Zeitung einen Artikel, betitelt: „Die Blutschuld,“ worin er Gagern im Selbstgefprach anführen, wie er von den Fürsten einen schriftlichen Gutschein als Mörder des Robert Blum gegrffert habe. Wir lasse den Artikel folgen und seine Anmerkungen zu einzelnen Stellen, die nur durch frühere Artikel desselben Blattes verständlich sind.

„Ich kann ihn nicht vergessen den Mann, den ich so sehr hasse, auf dessen Todesbotschaft ich acht Tage mit Aechte mit sieberhafter Angst wartete, und nun möchte ich ihn wieder leben. Der Tod ist mir fürchterlicher, als der Lebende, der Tod mit dem finstern Gesichte der Todesverachtung, mit den drei Kugeln in Brust und Kopf. Nachts an meinem Bette steht das bleiche Weib im schwarzen Gewande mit seinen vier kleinen Kinderchen, und sieht mich an. Dieses Weib ist mir fürchterlicher, als das Mordgeschrei eines ganzen Volkes, als das Jauchzen der Hunderttausend Geschlagenen, als die Tode der Städte, die ich niederbrennen ließ, dieses Weib, mit seinen kummervollen bleichen Gesichte, denn ich sein Alles genommen. Dieses Weib erinnert mich, daß auch ich Gatte und Vater bin. Ich wage kaum mehr an Weib und Kinder zu denken, die gräßliche Wunschuld drückt jede andere Empfindung in mir nieder. Und doch war ich nicht immer schlecht. Es gab eine Zeit, wo auch ich Größe für die Freiheit des Volkes, wo ich es redlich meinte, wo ich heiter und froh sein konnte im Kreise meiner Freunde. Ich war arm, Gläubiger drückten mich nieder, aber ich war glücklich. Ich war arm, aber glücklich in der Achtung Aller. Ich war ein Mensch, die Versuchung nahte, und ich erlag. Warum verpflanzet ihr mich auf den trügerischen Boden der Höfe, meine Freunde? Ihr habt mich dem Verderben überliefert, ihr seid schuld, daß ich sie! Ich hatte die Wahl ein freies Volk zu leiten, oder Leibeigner der Jesuiten, Leibeigner eines Menschen*) zu werden, des das Organ der Jesuiten ist. Auf der einen Seite Kampf und Dornen, auf der andern Ehre und Rosen. Ihr bietet mich für so groß und stark! Ich bin in das Verhältniß geistiger Sklaverei, ich fühle, daß ich einem großen Zwecke nicht gewachsen war. Ich wollte herrschen, und fühlte, daß mein Geist nicht ausreicht für ein großes Ziel, und war doch zu stolz, um dem Mann, **) den ich verehren, den Vorrang zu lassen! Bald war mein erster Schritt. Man rief mich nach Hofe, ich sollte entscheiden — und entschied. Von da begannen meine Leiden. Ich fühlte die Verachtung meiner ehemaligen Freunde. Nur wenige, ich glaube sieben, die unterem hasste ich. Ich fühle, wie ich dadurch sank vor mir selber. Ich wollte sie vernichten, ich begann den Kampf einer kleinen Parteihaffes. Es gelang nicht. O wenn ihr diese Stunden der Bitterkeit kennet, wo der Mensch zum Bewußtsein kommt, wie tief er gesunken ist, wenn ihr dieses innere Toben der Leidenschaften fühlet, ihr würdet begreifen, weis der Mann in der eigenen Brust den Menschen immer weiter hinabtreibt auf dem verhängnißvollen Wege: ihr würdet begreifen, daß man da nicht stille stehen kann, daß das Verhängniß den Menschen fortreißt in immer wildere Bahnen, bis das Opfer am Abgrund angelangt ist, der es verschlingt. Ich trage die Schuld von der Verwüstung ganzer Städte und Länder, ich habe Tausende morden lassen, ich habe nicht rechts gesehen und nicht links, ich wollte den Allmächtigen erfüllen, den ich eingegangen. Ich wußte, daß man einem Volke die Freiheit nicht nimmt ohne Blut und Leichen. — Ihr könnt mich deßhalb nicht anklagen; wer den ersten Schritt thut, darf vor dem letzten nicht zurückbeben. Ich habe ihn nicht gescheut, diesen letzten Schritt, ich habe kein Mittel gescheut; jeden Zag glaubte ich am Ziele zu stehen, und jeden Tag täuschte ich mich. Ich habe Alles gethan, was in meinen Kräften stand, um zu siegen, und Ruf vergebens geopfert, daß ich unterginge. Und doch qualt das alles nicht so sehr, wie der eine Schatten. Jeden langen Tage kämpfte ich gegen jeden Schritt zur Rettung des Unglücklichen, gegen lange Tage hoffte ich täglich auf die verhängnißvolle Todesbande des Menschen, den ich haßte, den ich mit allen Mitteln einer kleinen Seele verfolgte. Ich habe Talente erduldet in diesen 10 Tagen, die sich nicht schildern lassen, und doch war ich glücklich im Vergleich zu jetzt. Seit mir diese Qualen wieder, nur entsetzt das stumme Weib von meinem Lager, mit seinen Kindern. Seit mir sie wieder, die Leidenschaft der letzten Monate, mit allen ihren Qualen, mit ihrem Grauen und Verbrechen, ich will sie tragen, nur nicht bleibt todte, kalte Gesicht der innern Verdammung, dieser stumme Vorwurf in dem kummervollen, bleichen Gesichte.“ Man kann es getrost dem Publikum anheimstellen, ob es diesen Artikel für eine Ausgeburt der Boshheit oder des Wahnsinns halten will. Wohl aber wird sich Mancher die Frage stellen: Woher diese hölliſche Bosheit? Der Schlüssel zur Antwort ist nicht schwer zu finden: Hr. v. Gagern war früher in der hessischen Kammer Abgeordneter von Darmstadt, wo seine Ernennung zum Ministerium fand eine neue Wahl statt. Dr. v. Löhr wollte gewählt und deßhalb von Hrn. v. Gagern bei den Wählern empfohlen sein. Hr. v. Gagern empfahl Dr. v. Löhr nicht, sondern seinen Freund Schenk von Darmstadt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Königreich Sachsen. Dresden, 18. Nov. Gestern Mittag halb 1 Uhr fand der feierliche Schluß des Landtags statt. Sobald der König auf dem Thronsessel sich niedergelassen und der Prinz Johann rechts, Prinz Albert links denselben Platz eingenommen hatte, sprach der König: „Meine Herren Stände! Mit dem Landtage, zu dessen Schlusse Ich heute in Ihrer Mitte gekommen bin, schließt sich zugleich ein wichtiger Abschnitt in der sächsischen Geschichte. Die Ihnen vorgelegten Gesetze über die Wahl der Landtags-Abgeordneten und über die damit in Verbindung stehende Abänderung der Verfassungsurkunde sind unter Berücksichtigung der sogar geltend gemachten Anträge von Mir bereits vollzogen. Mit Ihnen übereinstimmend hat Sachsen in die Reihe der Staaten ein, deren Verfassungen auf dem Repräsentativsysteme beruhen. Diese Gesetze erweitern die Rechte und Freiheiten des Volkes und liefern damit einen neuen redenden Beweis von Meinen Gesinnungen und von Meinem Streben, den Wünschen des Landes und den Anforderungen der Zeit möglichst zu entsprechen. Gesetze über das Recht über das Vereins- und Versammlungsrecht, über das Verfahren bei den durch Schrift und Rede begangenen und anderen politischen Vergehen, über die Rechtsverhältnisse der deutsch-katholischen Glaubensgenossen, über die Umgestaltung des Gerichtswesens und Verbesserung der Rechtspflege im Allgemeinen sind auf diesem Landtage zu Stande gekommen. Diese Gesetze sind von der Ständeversammlung Sr. erlassen, und es ist daher die Erwartung berechtigt, daß Sachsenlands möglich war. Sie verbürgen den Inhalt des Programms vom 16. März d. J.“ Weiter heißt es in der Rede: „Das deutsche Verfassungswerk, zu dessen Aufbau die Nationalversammlung den Anfang des Landtags eben zusammengetreten war, schreitet vorwärts. Den Beschlüssen derselben vom 28. Juni d. J. wegen Ausstellung der Zentralgewalt habe ich Meine volle Zustimmung ertheilt, und nachdem Ein Meiner Herren Stände auch hierzu die verfassungsmäßigen Beitritt erklärt haben, ist den Verfügungen der Zentralgewalt durchgängig entsprochen worden. Und wie es mein ernster Wille ist, daß dies ferner in gleicher Weise geschehe, so glaube Ich auch erwarten zu können, daß die Beschlüsse der Nationalversammlung in Sachsen niemals eine Einsprache veranlassen werden, zu weniger, als Ich, vereint mit dem Volke, das hohe Ziel sich im Auge behalte, durch Förderung des

*) Darunter ist auch früheren Anspielungen dieses Blattes ein Prinz des großherzoglichen Hauses zu verstehen, mit welchem Dr. v. Gagern als Minister nach den Berichten der „Neuen Zeit“ häufig sympathisiren gesehen sei.

**) Unter diesem Manne ist Hecker gemeint, den Gagern nach einem früheren Artikel der „Neuen Zeit“ vom Boden des Hofes verwiesen und so den Aufruhr getrieben habe, um sich diesen gefährlichen Nebenbuhler vom Halse zu schaffen.

deutschen Verfassungswerks die Einheit, die Freiheit und Stärke des großen Vaterlandes im Innern und nach außen auf dauernde Weise zu begründen. Diese Politik Meiner Regierung wird Segen stiften, wie und wo sie auch innerhalb Deutschlands sich geltend machen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten." Am Schlusse sagte der König: „Es ist das letzte Mal, wo ich Sie, die Stände des Markgrafen vom Jahre 1834, zum Mich versammelt sehe! Haben Sie Dank für die Anerkennung, die Sie Mir in meinem auf das Wohl des Vaterlandes gerichteten Streben während der Dauer Ihrer Wirksamkeit vielfach gewährt haben. Durch Annahme des neuen Wahlgesetzes haben Sie die Erkennung Ihrer Zeit bethätigt. Auch dafür, so wie für die Opfer, die Sie hierbei bereitwillig dem Wohle des Landes gebracht haben, sage Ich Ihnen meinen Dank. Mit Vertrauen sehe Ich den künftigen Vertretern des Volkes entgegen, mit denen Ich die weiteren nöthigen Reformen in der Gesetzgebung und Verwaltung zu vereinbaren gedenke. Gott segne unser Vaterland!" (S. B.)

Oesterreich. — * **Wien**, 22. Nov. Hinsichtlich der zahlreichen, noch im Zuge befindlichen Untersuchungen ist es gewiß, daß eine mildere Ansicht hervortritt. Neuerdings ist bei drei gefällten Todesurtheilen Begnadigung eingetreten, und sind vielleben in vierjährige Schanzarbeit in leichten Eisen ermäßigt worden. Bei anderen tritt die kriegsrechtliche Behandlung fast der standrechtlichen ein. Man verbannt das Erscheinen dieser wünschenswerthen Wahl wesentlich der bereits eingetretenen Einsprache der Anklage- und der eingetretenen Justizministers Bach. — Das neue Ministerium wird nun endlich durch die Wiener Zeitung kundgegeben und es ist die gestrige Angabe nur dahin zu berichtigen, daß Wessenberg ganz ausgetreten und von dem Fürsten Schwarzenberg mit dem Aeußern zugleich die Präsidentschaft im Conseil übernommen worden ist. — Fürst Windischgrätz hat gestern Nachmittag seinen bisherigen Wohnsitz in Schönbrunn verlassen und die ehemaligen Gemächer Metternich's im Hofkriegsgebäude in der Stadt bezogen. — Man hat schon längst davon gesprochen, daß es einer der ersten Vorgänge am Reichstage zu Kremsier sein werde, mehrere Abgeordnete der Linken in Anklagestand zu versetzen. Der leitende Artikel in der heutigen Nummer der „Presse" läßt hierauf um so mehr schließen, als man die Redaktion dieses Journals seit diesen Besitzen unter dem Einflusse des jetzigen Ministers des Innern erachtet. — Die Gerüchte eines Ausgleichs in Ungarn scheinen in Sicherheit zu verlieren; vielmehr hat man offizielle Weise verkündigt, daß mit nächster Woche die Operationen gegen Ungarn von allen Seiten beginnen sollen. Die k. k. Truppen haben auch schon angefangen, eine Brücke über die March bei Theben zu schlagen; die Magyaren vermochten es nicht, sie daran zu hindern. Uebrigens kann man sich nicht darüber täuschen, daß im ganzen Lande ein hartnäckiger Widerstand vorbereitet und namentlich jener Waffenplätze eine bedeutende Stärke aufgeboten wird, wodurch wenigstens eine starke numerische Macht zu gewärtigen kömmt. — Die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung, welche zur Konstatirung der Blum'schen Angelegenheit hieher gesendet wurden, sind bereits angelangt. — Das Gerücht der Neßgirung des Reichskriegsrathes erhält sich. Es wird sehr störend, in den Straßen noch immer Soldaten als Häscher aufgestellt zu begegnen; was ist voraussichtlich, daß die Signalisirung für die zu inhaftirenden Individuen sehr genau ertheilt werden, da selbst gemeinsame Soldaten ohne weitere Anleitung wohl zu wissen scheinen, auf wen eben Jagd gemacht wird. — Die Untersuchung gegen die Mörder Latour's wird mit großer Umsicht betrieben und viele Personen werden zum Alibi verhalten. — Becher und Jellinek werden in anständigem Gewahrsam gehalten.

* **Wien**, 22. Nov. Die Börse sest bei geringem Umsatz. Silber und Gold unverändert, und letzteres, so wie Devisen begehrt. London besonders gesucht und selbst Sovereigns bis 11 fl. 48 kr. bezahlt. Andere dann etwas niedriger. — 5% Metall. 75½; — 4% 65. 2½% 40⅞; Bankaktien 1090, Loose von 1834 134, Devisen von 1839 89½, Nordbahn 98¼, Mailänder 66, Glogganitzer 93, Pesther 61, Livornese 64, Ling-Budweiser —.

* Der Grazer Zeitung zufolge worden außer dem Grazer Schloßberge auch noch die Schiffster Ober-Pettau und Riegersburg befestigt, indem die geringe Truppenmacht eine militärische Besetzung der sich in weitem ausdehnenden östlichen Grenze nicht zuläßt. — Eine am 21. Nov. in Graz veröffentlichte Bekanntmachung des k. k. steiermärkischen Landespräsidiums besagt dies ausdrücklich und ermahnt zugleich, daß sich immer mehr bewaffnete magyarische Scharen an dieser Grenze zusammeln

Proklamation des Fürsten Alfred zu Windisch-Grätz, k. k. Feldmarschall, Oberbefehlshaber aller k. k. Truppen, mit Ausnahme der in Italien stehenden. **Bewohner Ungarns und Siebenbürgens!**

Die wenige Monate dauernde Gewaltherrschaft einiger verräterischen Aufrührer hat das friedliche Ungarn zum blutigen Kampfplatz eines verderbnißvollen Bürgerkrieges gemacht. Die Aufrührer haben es gewagt, gegen die Rechte und das Ansehen ihres gekrönten Königs sich aufzulehnen. Die Freiheit der Person ist untergraben, die Sicherheit des Eigenthums gefährdet und die friedliche Landmann, seiner nützlichen Beschäftigung entrissen, wird gezwungen, die Waffen gegen seinen rechtmäßigen gekrönten König zu ergreifen. Diesen unheilvollen, die Wohlfahrt und Sicherheit seiner Reiche gefährdenden Zustande ein Ende zu machen, ist unseres Monarchen Absicht, Befehl, mithin meine strengste Aufgabe. Auf den allerhöchsten Befehl Sr. Maj., der Euer König und Großherr ist, werde ich mit einer tapferen und treuen Armee Euer Land betreten, nicht mit feindseligen Absichten, sondern um den Aufruhr zu bewältigen und Euren von Parteien zerrissenen Lande zu Frieden wiederzugeben. Meine Truppen werden strenge Mannszucht halten, aber jeden, der gegen sie die Waffen führt, ergreift, oder anders dazu zwingt oder verleitet, als Feind Sr. Maj., als Aufrührer behandeln. Bewohner Ungarns und Siebenbürgens, die ihr wahre Patrioten seid, meinem König treu und ergeben von Herzensgrunde, kommt durch Zuverbundete bewährten Gehorsam erwarten ich, daß ihr mir hülfe sehr Hand bieten werdet, den Willen unseres Kaisers und Königs auf friedlichem Wege vollziehen zu können! Ihr, durch böswillige Aufrührer Verlockte, der letzte Anarchist ist gekommen, zur Treue an Euren König zurückzukehren, dann könnt ihr auf unseren Monarchen Gnade und auf meinen Schutz und Kürsprache vertrauen. Aber jene, welche bisher unaufrichtige Land ihrer Gewissenlosigkeit und frauenlosen Gleichheit geopfert, sollen in mir ihren strengen Richter finden, denn Schutz dem Getreuen, Vergeihung dem Bereuenden und Verderben den Aufrührern, ist mein Wahlspruch! Hauptquartier Schönbrunn, 13. Nov. 1848. Fürst zu Windisch-Grätz, k. k. Feldmarschall. (Allg. Z.)

Schweiz.

In der Bundesversammlung vom 20. d. zirkulirte unter der Hand die Nachricht, die deutsche Reichszentralgewalt habe einer Armee von 50,000 Mann den Befehl zum Aufbruche gegen die Schweiz ertheilt. Aus dieser Thatsache wird das in der Sitzung verlesene dringende Verlangen des Vorortes erklärt, daß sich der Bundesrath sofort konstituiren möge. (Allg. Z.)

Vereinigte Staaten von Nord-Amerika.

Die Präsidentschafts-Wahl wird am 7. Nov. stattfinden. Die Entscheidung wird von den Staaten Pennsylvanien und Ohio abhängen. In beiden hat mit kleiner Stimmenmehrheit jüngst bei der Gouverneurswahl die Whigpartei gesiegt. Beide sind für Gen. Cass (demokratische Partei) wesentlich; stimmen sie für General Taylor, so möchte seine Erwählung sicher sein. — Berichte aus Veracruz vom 13. Oktober schildern die Sachlage in der Hauptstadt Mexiko als sehr unbefriedigend und eine neue Revolution gegen die Regierung Herreras als nahe bevorstehend. Die Besatzung der Festung Puebla mit 10,000 Indianern angegriffen worden und hatte 200 Mann verloren; der Verlust der Indianer wird nicht angegeben. Spätere Nachrichten aus Mexiko, welche ein Dampfschiff am 23. Okt. nach New-Orleans überbracht hatte, melden, daß die drohende Revolution durch die Regierung vereitelt worden sei. Zuerbide und viele Offiziere waren wegen eines Komplotts, Santana ins Land zurückzubringen, eingekerkert worden. Santana erklärt jedoch, nur auf allgemeinen Wunsch der Nation oder bei erneutem Angriff von Seiten der Vereinigten Staaten zurückkehren. Nach Berichten vom 21. wäre er in Veracruz angekommen. — General Paustamente hatte 4000 Mann Truppen, um der Empörung zu Tampico Einhalt zu thun. Nach den neuesten Nachrichten der New-Yorker Blätter hatte Tampico seine Unabhängigkeit und den Anschluß an die Vereinigten Staaten ausgesprochen.

Nachschrift.

** **München**, 25. Nov. Se. Maj. der König haben in Folge allerhöchsten Beschlusses vom 22. d. den bisherigen Kriegsminister, Generalmajor Karl Weishaupt in Anerkennung seiner Verdienste und unter dem Ausdrucke besondern allerhöchsten Wohlwollens zum Brigadier der Artillerie ernannt.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 23. Nov. Oesterr. 5proz. Metall. 69¼, 4proz. 57, 3proz. 41½, 2½proz. 35⅞. Bankaktien 1160. G. 500 fl.-Loose 119⅞. B. 250 fl.-Loose 80½. — **Preuß.** 50 Thlr.-Prämienscheine —. **Pf.** G. Badische 31½proz. 75½. — **Bayern** 3½proz. 75¼. — **Luxemburg-Berbach.** 65¼. — **Württemberg.** 3½proz. 75⅞. 4½proz. 93 — **Bad.** 3½proz. 71⅞. **Lotto-Anlehen** à 50 fl. 43½. 35 fl.-Loose 25½. **Nassauische.** 3½proz. 74½. 4proz. 85. **Lotto-Anlehen** von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 21½. — **Kurhess. Friedr.-Wilh.-Nordb.** 40½. 40 Thlr.-Loose 25½. — **Nassau** 3½proz. 79½. 25 fl.-Loose 20½. — **Frankf.** 3½proz. 77½. 3½proz. 90½. 87. **Taunusbahn** 268 — **Holländ. Integr.** 46¼. — **Span.** 5proz. innere Schuld 18¾. **Pol.** 300 fl.-Loose — 500 fl.-Loose 68½.

Darlehen d. 36 fl.-Loose — **Diez.** 2.

Paris, 21. Nov. 3proz. 42. 40. 5proz. 64. 85 **Staatsch.** — **Bankaktien** 1340.—. **Stadtobligationen** 1130. **Vier Kanäle** 910.— **Compt. von Mailer** — **Belg.** 5proz. von 1840 77½. von 1842 77½. 4½proz. 71⅞. 5proz. —. 2½proz. 39½. **Belg. Bank** —. **Neap.** 5proz. 78.—. **Röm.** 5proz. 64½. **Span.** 5proz. 23½. **Aktive** —. **Passive** —. **Piem.** 850 **Bank** —. **St. Germain** 300.—. **Versailles (rechte)** 102.50. **(linke)** 97.50. **Orleans** 588.75. **Rouen** 350.— **Havre** —. **Marseille** 157.50. **Basel** 77.50 **Bierzon** 215.— **Boulogne** —. **Bordeaux** 365.— **Rordbahn** 342.50. **Montereau** 100.—. **Lyon** 355.— **Straßburg** 326.25. **Nantes** 310.— **Dieppe** —. **Creuzot** —. **Montpellier** —. **La Teste** —.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Samstag, den 25. November 1848.

Aus Berlin.

△ Berlin, 21. Novbr. Der gestern ausgegebene fünfte Bericht der Petitions-Commission führt gegen 600 Zusammungsadressen an die Nationalversammlung in Bezug auf den Konflikt derselben mit der Regierung auf. Wir dürfen wohl annehmen, daß dieselben aus der seit vor Bekanntwerdung der Steuerverweigerung, aus der Zeit vor dem kühnen Griffe des Herrn v. Kirchmann in das Höllengebrodel der Anarchie datiren, da wir nicht hezweifeln, daß der gesunde Sinn des Volkes sich diesem Augenblicke keine Sympathie mehr für das Rumpfparlament hat. — Im übrigen aber, wenn wir Zahl und Herkunft der Adressen in's Auge fassen, können wir die Freude nicht theilen, welche Herrn Elsner die Schlußworte des Berichtes eingab: „Dies sind wahrlich höchst unzweideutige Aeußerungen! Eben so unzweideutig für uns, wie für die Räthe der Krone!" Es sind Adressen der Kommunalbehörden von 67 Städten und der Ortsgerichte, Gemeinden und Bürgerschaften von circa 100 Flecken und Dörfern; die übrigen 400 Adressen sind von demokratischen und konstitutionellen Vereinen, von Volksversammlungen u. s. w. — Wer irgend einmal Gelegenheit genommen, einer Volksversammlung oder den Sitzungen eines irgendwelchen politischen Vereins hier oder anderswo beizuwohnen, weiß, aus welchen Elementen dergleichen zusammengesetzt, und was auf Adressen, die aus ihnen hervorgehen zu geben ist. Vagirende Tagelöhnslanten, unbeschäftigte Lohnzupfer und beschäftigungslose Arbeiter sind wahrlich nicht diejenigen, welche berufen sind, die Willensäußerung des Volkes zu repräsentiren. Darum geben wir auf die 404 Adressen von Klubs ic. sehr wenig oder gar nichts. Aber die Adressen der Kriminalbehörden, der Ortsgerichte u. s. w. Sie vertreten etwa 70 Städte und 100 Flecken und Dorfschaften und der Preußische Staat zählt 979 Städte, 340 Flecken und 36,000 Dörfer. Den Schluß aus diesen Zahlen überlassen jedem selbst. — Gestern Abend hat im Saale des Konzert-Hauses Cirkus-Lokales schon ausgetretener Klubs eine Berathung stattgefunden über die Modalitäten, welche der in den nächsten Tagen in Thätigkeit tretenden Kriegsgerichten zu Grunde zu legen wären. Wie es heißt, sollen die weiß gravirten unter den im Laufe der vorigen Woche Verhafteten kriegsgerichtlich beurtheilt werden, und wäre somit das Gerücht, der Belagerungszustand werde schon morgen oder übermorgen sein Ende erreichen, jedenfalls voreilig. — In einzelnen Städten und Städtchen Sachsens hat sich der Magistrat für die Steuerverweigerung erklärt, nicht, wie man vorschützt, aus eigenem Antriebe, sondern gezwungen durch den Terrorismus, den die kleine aber vor keinem Mittel zurückbebende Faktion der Demokraten gegen die große, aber indolente Masse der Besitzgenossen ausübt. Daß sowohl der Breslauer Magistrat als der Oberpräsident Pinder nur im Schrecken vor den als „Wolf" sich gerierenden Klubs gehandelt, ist eine unläugbare Thatsache, und ähnliches wird aus Sachsen berichtet. Wie oft, bis zur endlichen Regelung unserer Zustände, werden wir noch an das leidige aber gerechte Wort erinnert werden, mit dem neulich ein Redner in der französischen Nationalversammlung die Strafbarkeit der anarchistischen Bestrebungen als die entsetzende Krankheit des Jahres 1848 bezeichnete: die Krankheit, die die ehrlichen Leute in der Form eines blinden Schreckens vor einer Hand voll Schurken befallen habe! Wie es ist möglich, daß in Berlin einige tausend, in kleineren Städten einige hundert, in den kleinsten einige Dutzend Wühler der gesammten übrigen Bevölkerung Gesetze vorschreiben können! Leider binden Furcht vor Mißhandlungen, vor Demolirungen und Plünderungen der sich für das Volk ausgebenden Klubdiesen ist wenigstens hier in Berlin ein Ende gemacht, seitdem Linientruppen an die Stelle der tapferen Bürgerwehr getreten sind und unsere Demokraten nicht mehr auf die erprobte Sanftmuth dieses ehrsamen Instituts rechnen können. — So wenig wir uns sonst mit den Harten eines Belagerungszustandes befreunden können, die Gerechtigkeit müssen wir ihm widerfahren lassen, daß unter ihm die ehrlichen Leute freier athmen, als unter dem Laternenhumanismus eines Herr Auge und unter der Volksregierung eines Bauer Karke. — Die Klubdirnen freilich sind für den Augenblick in ihren unschuldigen Vergnügungen gestört. Die Theater dagegen überfüllt, wie nicht ein einziges Mal seitdem ein Eichler, ein Held, ein Lindenmüller unter dem Vorwande der Freiheit ihre Straßenkomödie eröffneten.

† Berlin, 21. Novbr. Das Kammergericht hat gestern über die bekannte Angelegenheit des Justizums beratben, der Beschluß ist aber selbst für das engere Publikum noch ein Geheimniß. — In Breslau scheint die Partei der Ordnung sich endlich ermannt zu haben, nachdem die Demokraten, an deren Spitze sich der bekannte Schöffel befindet, die Begründung der neuen gesetzlichen Zustände mit dem Aufsagen einiger mißliebiger Personen einzuweihen gedachten. Wahrscheinlich ist schon heute der Belagerungszustand dort proklamiet. — Der Kreisausschuß der preuß. sächsischen Demokraten hat einen Aufruf an alle Vereine der Provinz erlassen, dessen Glanzpunkt wir dem Lande nicht vorenthalten wollen, obwohl er etwas stark an Struve's Begeisterung für fremdes Geld erinnert. Es heißt nämlich in diesem Erguße des Patriotismus: „Die Staatsbürger (welche? hoffentlich doch nur die demokratischen) sind verpflichtet, Arrest zu legen auf alle königlichen Kassen." Das ist wenigstens deutlich. — Die Demokraten haben einen Preis von 500 Rth. auf den Kopf des Generals Wrangel gesetzt. Wir glauben jedoch, daß so schwer dieser Kopf auch zu erlangen sein dürfte, die Einlösung der versprochenen Belohnung doch noch viel größeren Schwierigkeiten unterliegen würde. — Der König hat heute im Schloß Bellevue die Reichskommissäre Hergenhan und Simson empfangen. — In heut oder morgen wird ein provisorisches Polizeigesetz, die Presse und die öffentlichen Versammlungen betreffend erwartet. — Was wir schon vorgestern und gestern berichteten, daß die Fraktion des Hotel de Russie sich rechten sich nähere, können wir heut aus sicherster Quelle nur bestätigen, so daß kaum ein Zweifel übrig bleibt, daß am 27. eine reichlich beschäftigende Versammlung in Brandenburg zusammenkommen wird, auch ohne die beiden Linken, die übrigens vielleicht schon ausgetreten sind, daß die Majorität beschlußfähig zur Wahrung ihrer Zwecke nicht fehlen würden. — Der Abgeordnete Jacobi sammelt in diesem Augenblicke für eine demnächst von ihm erscheinende Schrift über die Potsdamer Kamarilla Subskribenten. Herr Jacobi scheint seine zahlungsfähigen Verehrer kennen lernen zu wollen. — Die neue Woche neben der Universität wird mit einem starken Stacket umgeben. Derselbe Schimmel oder Schuß soll den Wachtdienst am Brandenburger- und Potsdamerthore zugedacht sein. — Von den Abgeordneten der Rechten nach Frankfurt, Oktermann und Reichensperger sind Briefe, die über ihren seeundlichen Empfang daselbst berichten, hier eingelaufen.

Der „Preußische Staats-Anzeiger" vom 22. d. Monats enthält eine sehr große Anzahl Adressen von Städten, Gemeinden und Körperschaften, — über hundert an der Zahl, — welche ihre volle Zustimmung zu dem Verfahren der Krone aussprechen. Zum Oberpräsidenten des Regierungsbezirkes Breslau ist Hr v. Schleinitz ernannt worden. Das heutige Regierungscollegium ist einstimmig gegen Herrn v. Pinder aufgetreten und hat erklärt, daß es ihn als Chef unterthan nicht mehr anerkennen könne. — Die Ernennung in Liegnitz hat eine Bekanntmachung zur ihren einschlägigen Regierungsbezirk erlassen, worin sie den Beschluß der Steuerverweigerung als gesetzwidrig erklärt und ihren festen Entschluß kund gibt, die Rechte des Volkes, wie auch die der Krone zu wahren. Als ein solches Recht betrachtet sie die Besteuerung der Krone, die Nationalversammlung an einen bestimmten Ort zu verlegen, und hebt hauptsächlich hervor, daß das Recht der Steuerverweigerung sich nicht auf bereits gesetzlich begründete und sattige Abgaben beziehen könne. Diese Bekanntmachung schließt mit folgenden Worten: „Bewohner der Städte und des platten Landes! Laßt unsere Stimme nicht ungehört verhallen. Vertraut dem heiligen Worte eures Königs, welches in der Proklamation vom 14. d. M. feierlich die Erhaltung der gewährten Rechte und den Fortbau einer konstitutionellen Monarchie auf volksthümlicher Grundlage aufs neue verheißt. Laßt euch von den Einflüsterungen und dem raftlosen Bestreben einer der Ruhe und Ordnung feindlichen Partei nicht zum Glauben verleiten, daß der Regierung eurer Bethätigung zum Staat und in den Landgemeinden die

Reaktion entgegentreten werde; laßt euch nicht hinreißen zur Anarchie, zum Aufruhr wider das Gesetz, das Recht und die Ordnung. Erwartet im Frieden die Entwickelung der Verhältnisse. Erfüllt eure Verpflichtungen gegen den Staat ungestört auch ferner und bewährt die alte Treue deutschen Stammes, die in allen Zeiten der Stolz Deutschlands gewesen ist. Nur in der Gesetzlichkeit, in der Ruhe und Ordnung kann die rechte Freiheit und das Gesammtwohl gedeihen. Erhaltet Euch diesen Zustand der Ruhe und vertraut unserem wohlgemeinten Zuspruche, aber auch unserem feierlichen Worte: Eure Freiheit und die von unserem Könige gewährten Rechte sind uns heilig! Wer sie antasten wollte, wäre unser Feind, wie der eurige. Allein eben so fest treten wir der Störung der Ordnung, der Widersetzlichkeit gegen die Rechte des Königs, der Anarchie entgegen und werden solchen frevelnden Bestrebungen mit allen aus vom Gesetz gestatteten Maßnahmen zu begegnen wissen.

Die Regierung in Magdeburg fordert in einem Erlasse vom 19. d. die Landräthe dringend auf, der Bildung der sogenannten Sicherheits-Ausschüsse energisch entgegen zu treten, und falls sich solche irgendwo schon gebildet hätten, dieselben selbst mit Anwendung von Zwangsmaßregeln aufzulösen, wozu, wenn die Polizeigewalt nicht ausreichen sollte, zunächst die Bürgerwehr zu requiriren ist. — Der Oberpräsident v. Bonin hat zur Unterstützung der eingezogenen Landwehrmänner eine Subskription freiwilliger Beiträge empfohlen, und deshalb eine Aufforderung erlassen, in der er es für wünschenswerth erachtet, den einberufenen Landwehrmännern von ihrem Eintritte an während ihrer Dienstzeit eine tägliche Zulage von 1 Silbergroschen per Mann zusammen zu lassen, und fordert die Ortsbehörden auf, zu zahlreichen Unterzeichnungen möglichst mitzuwirken.

J. D. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 130.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 6 fl. Einzelnpreis 6 kr. Vierteljährlich 1 fl. 30 kr.

Sonntag den 26. November 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einrückungsgebühr: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Deutsche Reichsversammlung.

(121. Sitzung vom 23. Nov.) Tagesordnung: Berathung über Artikel IX. (mit gleichzeitiger Ertheilung des vom Abgeordneten Wichmann, Namens des Finanzausschusses erstatteten Berichts über den Antrag des Abgeordneten Federer und Genossen, die der Zentralgewalt zu übertragende oberste Leitung und Beaufsichtigung des Kredit-wesens u. s. w. betreffend, X., XI. und XII. des Verfassungsentwurfs. Vorsitzender von Gagern. Vizepräsident Riesser berichtigt einen Irrthum, der durch einen Druckfehler in die Abstimmungen über den §. 33 des Verfassungs-Entwurfs gekommen. Stadt aus Stuttgart verlangt vergebens die Gelaubniß für sich und im Namen seiner politischen Freunde, um nachträglich noch eine Erklärung zu dem Protokolle der vorlegten Sitzung der Reichsversammlung zu geben. Der Präsident verliest die Anfrage, welche der Reichsverweser an das deutsche Volk in Folge der preußischen Verwahrungen erlassen und die er dem Präsidenten mittelst ausdrücklichen Schreibens mitgetheilt hat. Braun von der Rechten und auch der Minister Jochen und Hydn von links. Der oberbayerische Verein hat die Summe von mehr als 15,000 Gulden als Beitrag zur deutschen Flotte eingesendet. Allgemeiner Beifall. Der Verfassungsausschuß schlägt zur Besetzung von Rob. Blum's Stelle in seiner Mitte die Herrn Löwe aus Calbe, Reh aus Darmstadt und Wöringer aus Stuttgart zur Auswahl vor. Von Seiten des Legitimationsausschusses ist in dem Streite zwischen dem Professor Löw aus Posen und dem General v. Brandt zu Gunsten des letzteren erachtet worden, daß H. Löw aus der Versammlung auszuschließen und entweder dem General v. Brandt seinen Platz zu räumen habe, oder daß eine neue Wahl anzuordnen sein wurde. Ersterem trägt derselbe Ausschuß auf die Ausschließung von vier anderen Abgeordneten, wegen nicht hinreichender Legitimation an. Der Bericht wird gedruckt und ein Beschluß heut noch nicht gefaßt. Zachariä von Göttingen berichtet, daß der internationale Ausschuß der zur Zentralgewalt Maßregeln gegen die Anwendung der niederländischen Verfassung auf das Herzogthum Limburg beantragt und daß der Ausschuß diese Angelegenheit auf die morgende Tagesordnung einzuschalten wünsche. Schleiden beantragt über eine Buchdruckerzur Steuer der Seelenverkäuferei, die in einigen Gegenden des Großherzogthums Hessen, Nassau u. s. w. statt finde. Auch dieser Bericht soll mit seinen Vorlagen erst gedruckt werden, bevor die Verhandlung über den Gegenstand entschieden. Franck Naveaux beantragt eine Adresse der Volkmar zur Thronbesteigerer als Kommission zur Anordnung derselben. Ueber die Zeitpunktlichkeit wird debattirt entschieden, worauf Herr Naveaux das Wort erhält. Robert Blum sagt er, ist aus Köln gebürtig und war mein Landsmann. Das ist der Grund, auf welchem gerade ich die Todtenfeier für ihn beantrage. Beneden unterstützt den Antrag Naveaux's und protestirt zugleich im Namen der Demokratie gegen eine solche Feier, welche einen Menschen als Märtyrer-thum preis gibt, der den Mörder Blum's bezeichne." Der Antrag auf die Todtenfeier wird sodann genehmigt und das Bureau des Hauses soll die fünf Mitglieder zur Anordnung der Feier ernennen. Zimmermann aus Spandau Antrag, eine Kommission nach Wien zu senden, um den Thatbestand der von dort gemeldeten Greuelthaten zu erheben und Bericht über die Handlungen des Gesetzes und die Verletzungen der Gesetzlichkeit zu erstatten, wird für dringlich nicht erkannt und an den Oberrechtlichen Ausschuß verwiesen. Berger aus Wien interpellirt das Reichsministerium wegen einer angeblichen Allianz zwischen den Kabinetten von Berlin, Wien und Petersburg. Er fragt ferner, wie es den konstitutionellen Kaiserhof gegen die Uebergriffe des Fürsten Windischgrätz zu unterstützen gedenke, und endlich, welche Schritte der Justizminister zu thun beabsichtige, um die über Wien verhängten Willkürmaßregeln zu mildern. Wiesner von Wien interpellirt wegen des österreichischen Oberkommandoverbefehls nach welchem §§ 5 K. K. Belohnung auf die Anklage von Verführungen zum Treubruch der kaiserlichen Truppen gesetzt werden. Die Beantwortung dieser Interpellationen wird für morgen zugesagt. Wammen aus Plauen glaubt den Terrorismus der Majorität rügen zu müssen, wenn sie gegen dem Herrn Schott worin die Glaubnißt zur Abgabe einer wesentlichen Erklärung verweigert worden sei. Der Präsident weist aber den Vorwurf, daß die Mehrheit des Hauses in ihren Rechten beeinträchtigt werde, als unbegründet zurück, worauf Wammen den Trick der Schottischen Erklärung beantragt. Der Druck wird gestattet. Wie sich schon aus den obigen Anträgen und Anfragen schließen läßt, so ist die linke Seite des Saales heute wieder vollständig besetzt. Gegen 11 Uhr erfolgt der Uebergang zur Tagesordnung. Auf die Besprechung des Art. XI. des Verfassungs-Entwurfs wird verzichtet. Die Annahme der §§. erfolgt in folgender Fassung: §. 44. „Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Münzwesen. Es liegt ihr ob, für ganz Deutschland dasselbe System für Maaß und Gewicht, sowie für den Feingehalt der Gold- und Silbermünzen zu begründen." Obschon hierauf Hr. Federer aus Straubing seinen Antrag, daß der obersten Leitung und Beaufsichtigung des Kreditwesens der Zentralgewalt schon jetzt übermiesen werde, — worüber die Berathung Wichmann's für den Finanzausschuß vorliegt, — ausdrücklich zurücktieht, um sich dafür dem Minderheitsberichten des volkswirthschaftlichen Ausschusses anzuschließen, so wird über §. 46 doch eine Debatte eröffnet, an der sich M. Robl, Merck, v. Beckerath, Tellkampf, Schulz von Darmstadt belheiligen. Der Unterschied der Ansichten beruht nur in dem Maße des Gesetzgebungs- und Oberaufsichtsrechts, welches der Reichsgewalt eingeräumt werden und ob dies ein ausschließliches sein, sowie ob es über die Ausgabe von Papiergeld jeder Art erstreckt werden soll. Merck entwickelt die Nachtheile von National- und Zentralbanken, die unter dem Einflusse politischer Ereignisse stets mehr in seinen Sätzen, als Lokalbanken. Reichsminister v. Beckerath ist der Meinung, daß es der Charakter des Föderativstaats erfordere, den einzelnen Regierungen auch in diesem Berichte der Gesetzgebung den gebührenden Antheil zu sichern. Der Vorschlag zu der Fassung des §., den Hr. v. Beckerath macht, will daher zwar die „Ausschließlichkeit" des Gesetzgebungsrechts gestrichen, dagegen aber den Zusatz angenommen haben: „Andere Zahlungsmittel als Gold und Silber können nur mit der Genehmigung der Reichsgewalt als gesetzlich erklärt werden." Tellkampf verwendet sich dafür, daß die Zettelbanken, und nicht, wie es nach dem Vorschlage des Finanzministers heißen würde, die Banken solchergestalt, unter die Reichsgewalt gestellt werden. Schulz von Darmstadt mißbraucht die Tribüne, die er zur Gestaltung einer Finanzsphäre benützt, dazu, dem Hause seine eigenthümlichen Ansichten über alles Möglliche, was er auf dem Herzen hat und mit besonderer Breite über die Politik der Nationalversammlung anzutrahgen. Anstatt von Zettelbanken spricht er vom Bolksbereine, von den Jesuiten und von der Reaktion. Verschieden abweichende Ansichten über unsichtige Worte haben jetzt das bald unter der ersten Vortrage das Verlangen nach dem Schlusse der Debatte mit erösserter Schnelle reift. So dicht auch, nachdem Herr Schulz überwunden ist, das Haus sofort die weitere Besprechung ab und die Berichterstatter des volkswirthschaftlichen Ausschusses (Herr Eisenstuck) und des Verfassungsausschusses (Herr Mittermaier) erhalten nach einander das Wort. §. 46 wird darauf nach dem Verbesserungsantrage von Beckerath in folgender Weise zum Beschluß erhoben: §. 46. „Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Bankwesen, sowie über die Ausgaben von Papiergeld in Deutschland. Sie ist befugt, Banken anzulegen und ihre Anlage zu bewilligen. Andere Zahlungsmittel als Gold und Silber können nur mit der Genehmigung der Reichsgewalt als gesetzlich erklärt werden." Artikel X. folgt. §. 47 gibt zu keiner Diskussion Veranlassung und wird sofort nach dem Vorschlage des Verfassungsausschusses genehmigt: „Die Ausgaben für alle Maßregeln und Einrichtungen, welche von Reichswegen ausgeführt werden, sind von der Reichsgewalt unmittelbar zu bestreiten." §. 48 wird als überflüssig, weil seinem Inhalte nach selbst verständlich, gestrichen. §. 49. „Die Reichsgewalt hat das Recht, insoweit die sonstigen Einkünfte nicht ausreichen, Reichssteuern aufzulegen und zu erheben oder erheben zu lassen, sowie Matrikularbeiträge aufzunehmen." §. 50. „Die Reichsgewalt ist befugt, in außerordentlichen Fällen ein Anlehen zu machen oder sonstige Schulden zu kontrahiren." Artikel XI. §. 51. „Den Umfang der Gerichtsbarkeit des Reichs bestimmt der Abschnitt vom Reichsgerichte." Der Artikel XII. bleibt die Abstimmung an dem § 55 einen Augenblick stehen, der von der Gesetzgebung über das Assoziationswesen handelt und eine kurze Besprechung herbeiführt. Eine Reihe von Antragstellern: Grävell, Detmold und Genossen wollen nämlich dort auch das Recht einer Preßgesetzgebung durch die Reichsgewalt ausgesprochen sehen. Sie ziehen aber ihr Verlangen zurück und erhalten einen Zusatz über die Vorbehalte mit welchem die Vornahme in den §. aufgenommen, daß die Bestimmungen über das Assoziationswesen das in den Grundrechten gewährleistete Vereinsrecht nicht ernsten dürfte. Mit Annahme dieses Zusatzes werden die §§. 52 bis 56, mithin der ganze Artikel XII., in der unveränderten Form der Vorlage des Verfassungs-Ausschusses angenommen. Mit Weglassen der übrigen Artikel nach im morgigen Blatte mit. Nachdem Artikel XII. erledigt ist, wird die heutige Sitzung geschlossen. (D. Z.)

Die bayerischen Landtagswahlen.

(Statistisches.)

** Es dürfte unseren Lesern angenehm sein, wenn wir ihnen noch einige nähere statistische Angaben in Betreff der vorzunehmenden Landtagswahlen bringen. Wie die dem Gesetze vom 4. Juni 1848 gemäß jetzt zu wählenden 143 Abgeordneten zur Ständeversammlung des Königreichs Bayern sich auf die einzelnen Wahlbezirke der acht Regierungsbezirke vertheilen, haben wir bereits mitgetheilt. Wir tragen nun noch Einiges über die Zusammensetzung dieser Wahlbezirke selbst nach den amtlichen Quellen nach.

I. Oberbayern. Der erste Wahlbezirk begreift blos die Hauptstadt München mit einer Bevölkerung von 94,930 Seelen und stellt 3 Abgeordnete. — Der zweite Wahlbezirk Versauf Au ist gebildet aus folgenden Bestandtheilen: Landgericht Au 20,085 S., Lkg. Ebersberg 20,709 S., Lkg. München 19,212 S., Lkg. Bruck 14,745 S., Lkg. Dachau 18,576 S.; der ganze Wahlbezirk umfaßt sonach eine Bevölkerung von 93,357 Seelen und stellt 3 Abgeordnete. — Den dritten Wahlbezirk Schrobenhausen bilden das Lkg. Wasserburg mit 22,898 S., Stadt Ingolstadt 10,285 S., Lkg. Ingolstadt 18,237 S., Lkg. Rain 12 795 S., Landg. Schrobenhausen 17,140 S., Landg. Aichach 22,841 S., Friedberg 18,026 S., zusammen 122,222 S.; der Wahlbezirk stellt 4 Abgeordnete. — Der vierte Wahlbezirk Weilheim ist gebildet aus den Landgerichten Landsberg 23,937 S., Schongau 15,992, Werdenfels 9196, Weilheim 18,259, Starnberg 12,892, Wolfratshausen 13,791, Tölz 12,476, Tegernsee 4,611, Miesbach 13,841 S., zusammen 125,288 S., welche 4 Abgeordnete stellen. — Der fünfte Wahlbezirk Traunstein enthält die Landgerichte Aibling 12,857 S., Rosenheim 21,030, Herrschaftsgericht Prien 6280, Lkg. Traunstein 21,781, Reichenhall 7864, Berchtesgaden 5853, Laufen 16,458, Titmoning 9695, Trostberg 15,853, Burghausen 10,590 S., zusammen 131,261 S.; der Wahlbezirk stellt 4 Abgeordnete. — Der sechste Wahlbezirk Erding begreift die Landgerichte Mühldorf 17,106 S., Neumarkt 11,929, Mühldorf 14,683, Wasserburg 14,327, Haag 15,505, Erding 28,769, Moosburg 18,448, Freising 17,816 S., zusammen 138,583 S., auf welche 4 Abgeordnete kommen. Die Bevölkerung des ganzen Regierungsbezirkes beträgt sonach, 705,541 Seelen, auf welche 22 Abgeordnete kommen.

II. Niederbayern. Der erste Wahlbezirk Landshut umfaßt die Stadt Landshut 10,353 S., die Landgerichte Landshut 22,768, Wilsbiburg 23,455, Dingolfing 17,436, Rottenburg 15,330, Abensberg 18,891, Kelheim 17,910, zusammen 126,143 S., 4 Abgeordnete. — Der zweite Wahlbezirk Straubing begreift die Stadt Straubing 9098 S., die Landgerichte Straubing 18,930, Mallersdorf 16,223, das Herrschaftsgericht Zeilhofen 1896, die Landgerichte Bogen 13,126, Mitterfels 17,865, Kötzting 19,044, Kötzing 22,549, zusammen 129,051 S., 4 Abgeordnete. — Der dritte Wahlbezirk Deggendorf umfaßt die Landgerichte Deggendorf 16,771 S., Hengersberg 16,360, Regen 19,015, Grafenau 15,311, Oberhofen 13,210, Landau 22,189, zusammen 102,856 S., 3 Abgeordnete. — Der vierte Wahlbezirk Pfarrkirchen besteht aus den Landgerichten Pfarrkirchen 16,996 S., Eggenfelden 22,037, Simbach 14,331, Reichenhammer 16,099, zusammen 69,463 S., 2 Abgeordnete. — Der fünfte Wahlbezirk Passau begreift die Stadt Passau 11,275 S., die Landgerichte Passau I. 18,971, II. 11,275, Griesbach 13,236, Wilshofen 23,394, Wegscheid 23,310, Wolfstein 21,325, zusammen 125,846 S. mit 4 Abgeordneten. Der ganze Regierungsbezirk mit 543,709 Seelen stellt also 17 Abgeordnete.

III. Schwaben und Neuburg. Der erste Wahlbezirk Kempten umfaßt die Landgerichte Sonthofen 18,061 S., Immenstadt 13,632, Weiler 17,355, Stadt Lindau 4470, Landgericht Lindau 8215, Stadt Kempten 8395, Landgericht Kempten 17,303, Füssen 14,584, zusammen 102,045 S., 3 Abgeordnete. — Der zweite Wahlbezirk Kaufbeuren ist gebildet aus dem Landgerichte Obermoorf 8852 S., Stadt Kaufbeuren 4234, dem Landgerichten Kaufbeuren 8064, Buchloe 14,129, Türkheim 15,121, Mindelheim 13,350, zusammen 62,150 S. mit 2 Abgeordneten. — Der dritte Wahlbezirk Memmingen enthält die Landgerichte Ottobeuren 16,325 S., Grönenbach 14,411, Burheim 846, Memmingen 6821, Oberzünzburg 10,235, Babenhausen 6726, Illertissen 10,329, Weissenhorn 7495, Neu-Ulm 8856, Roggenburg 13,364, zusammen 99,368 S. mit 3 Abgeordneten. — Der vierte Wahlbezirk Augsburg umfaßt die Landgerichte Krumbach 16,388 S., Neuburg a. d. Kamm 15,671, Gersthofen 1286, Zusmarshausen 15,007, Schwabmünchen 12,459, Wichbaufen 1974, Göggingen 17,111, St. Augsburg 38,206, Wertingen 17,565, zusammen 121,731 S. mit 1 Abgeordneten. — Der fünfte Wahlbezirk Dillingen umfaßt Günzburg 18,519 S., Burgau 14,327, Langenau 14,200, Illingen 16,632, Höchstädt 11,066, Donauwörth 14,209, zusammen 89,666 S. mit 3 Abgeordneten. — Der sechste Wahlbezirk Nördlingen umfaßt die Gerichte Mönsbroth 3086 S., Oettingen 11,380, Wallerstein 8412, Stadt Nördlingen 6523, Landgericht Nördlingen 6604, Bemerting 7064, Monheim 12,637, Stadt Neuburg 6680, Landgericht Neuburg 17,941, Hardburg 7402, Pfäffingen 9200, zusammen 92,476 S. mit 3 Abgeordneten. Auf die Gesammtbevölkerung des Regierungsbezirks mit 558,436 Seelen treffen also 18 Abgeordnete.

IV. Oberpfalz und Regensburg. Der erste Wahlbezirk Kemnath umfaßt die Landgerichte Kemnath 23,854 S., Eschenbach 14,657 S., Tirschenreuth 8876, Neustadt a/N. 12,435, Waldsassen 16,412, Tirschenreuth 15,474, zusammen 91,688 S. mit 3 Abgeordneten. — Der zweite Wahlbezirk Neumarkt umfaßt die Landgerichte Neumarkt 18,962 S., Hilpoltstein 13,557, Parsberg 13,269, Kastel 11,165, vom Landgerichte Riedenburg 4 dem Landgerichte Neumarkt zunächst gelegene Urwahlbezirke mit 8000 S., zusammen 64,953 S. mit 2 Abgeordneten. — Der dritte Wahlbezirk Regensburg umfaßt die Stadt Regensburg mit 23,948 S., die Landgerichte Stadtamhof 20,719, Wegscheid 17,761, Hemau 14,871, vom Landgericht Riedenburg nach Abzug der dem Wahlbezirke Neumarkt zugetheilten 4 Wahlbezirke noch 5432, vom Landgericht Burglengenfeld die der Stadt Regensburg zunächst gelegenen 5 Urwahlbezirke mit 10,000 S., zusammen 92,731 S. mit 3 Abgeordneten. — Der vierte Wahlbezirk Amberg umfaßt die Stadt Amberg 10,225 S., die Landgerichte Amberg 13,227, Weiden 13,681, Sulzbach 15,288, Burglengenfeld 10,069, Nabburg 17,741, Landgericht Burglengenfeld nach Abzug der den Wahlbezirken Regensburg und Neuburg a/D. zugetheilten 6 Urwahlbezirke noch 8329 S., vom Landgerichte Wohenstrauß die der Stadt Amberg zunächst gelegenen 2 Urwahlbezirke mit 4000 S., zusammen 92,963 S. mit 3 Abgeordneten. — Der fünfte Wahlbezirk Neuburg a/W. umfaßt das Landgericht Neuburg 16,696 S., vom Landgericht Vohenstrauß nach Abzug der dem Wahlbezirk Amberg zugetheilten 2 Urwahlbezirke noch 17,863 S., Lkg. Oberviechtach 12,098, Rittenau 9099, vom Landgerichte Burglengenfeld der Neuburg a/W. zunächst gelegene Urwahlbezirk 2000 S., Herrschaftskommissariat Winklarn 5078 S., zusammen 63,134 S. mit 2 Abgeordneten. — Der sechste Wahlbezirk Cham begreift die Landgerichte Cham 23,196 S., Roding 16,274, Waldmünchen 14,993, das Herrschaftsgericht Wörth 7741, zusammen 62,137 S. mit 2 Abgeordneten. Der Regierungsbezirk stellt also auf eine Bevölkerung von 467,606 Seelen 15 Abgeordnete.

V. Oberfranken. Der erste Wahlbezirk Baireuth umfaßt die Stadt Baireuth 17,338 S., die Landgerichte Bernek 16,230, Baireuth 18,334, Ebermannstadt 11,629, Gräfenberg 13,571, Hollfeld 13,926, Vogtia 14,676, Pottenstein 12,276, Weidenberg 11,999, zusammen 125,102 S. mit 4 Abgeordneten. — Der zweite Wahlbezirk Bamberg umfaßt die Stadt Bamberg 21,074 S., die Landgerichte Bamberg I. 11,797, Bamberg II. 14,854, Burgebrach 10,873, Forchheim 16,089, Herzogenaurach 13,127, Höchstadt 15,392, Scheßlig 14,339, Seßlach 5519, Herrschaftsgericht Laubach 3189, zusammen 126,253 S. mit 4 Abgeordneten. — Der dritte Wahlbezirk Kronach umfaßt die Stadt Hof 12,615 S., die Landgerichte Hof 16,208, Naila 22,254, Kirchenlamitz 11,188, Münchberg 21,995, Rehau 13,559, Selb 12,361, Wunsiedel 22,110 S., zusammen 128,403 S. mit 4 Abgeordneten. — Den vierten Wahlbezirk Kronach bilden die Landgerichte Kronach 24,215 S., Kulmbach 20,655, Lichtenfels 21,966, Weismain 11,769, Ludwigsstadt mit Kaulsdorf 9991, Nordhalben 5220, Staatsstraud 13,512, Herrschaftsgericht Thurnau 7977, Münchberg 1875, Guttenberg 3410, Naila 2000, Rehau 1155 S., mit 4 Abgeordneten. Der gesammte Regierungsbezirk mit einer Bevölkerung von 501,163 Seelen stellt 16 Abgeordnete.

VI. Mittelfranken. Der erste Wahlbezirk Ansbach begreift die Stadt Ansbach 12,254 S., das Landgericht Ansbach 13,977, vom Landgericht Radolzhaus 7722, Landgericht Heidsbronn 16,316, Heilbronn 12,136, vom Landgerichte Feuchtwangen die Gemeinden Lentenhausen 14,038, Landgericht Wasserträdingen 12,234, zusammen 92,877 S. mit 3 Abgeordneten. — Der zweite Wahlbezirk Nürnberg umfaßt die Stadt Nürnberg 50,460 S., die Stadt Schwabach 7125, Landger. Schwabach 14,512, vom Landgericht Pleinfeld 9178, vom Landgericht Altdorf 11,763, zusammen 93,038 S. mit 3 Abgeordneten. — Der dritte Wahlbezirk Erlangen begreift die Stadt Erlangen 16,000, Landger. Erlangen 17,063, die Stadt Fürth 15,842, das Landgerichte Nürnberg 16,678, Lauf 14,917, Herobruck 14,444, vom Landgerichte Altdorf 3000, zusammen 92,734 S. mit 3 Abgeordneten. — Den vierten Wahlbezirk Eichstädt bilden die Stadt Eichstätt 7587 S., die Landgerichte Eichstätt 11,605, Beilngries 15,573, Greding 13,458, Kipfenberg 9738, Wessenberg 6744, Gunzenhausen 14,612, vom Landgerichte Pleinfeld 5000, die Herrschaftsgerichte Pappenheim 7090 und Gilgenberg 8174 S., zusammen 92,907 S. mit 3 Abgeordneten. — Der fünfte Wahlbezirk Rothenburg umfaßt die Stadt Rothenburg 5170 S., die Landgerichte Rothenburg 9890, Schillingsfürst 3476, Feuchtwangen 15,341, Leutershausen 11,657, vom Landgerichte Windsheim 11,279, Landgericht Uffenheim 14,520, Dinkelsbühl 10,839, Stadt Dinkelsbühl 5053, vom Landgerichte Kadolzburg 6000, zusammen 93,134 S. mit 3 Abgeordneten. — Der sechste Wahlbezirk Neustadt a/A. begreift die Landgerichte Neustadt 19,201 S., Markt Erlbach 14,475, Markt Bibart 10,136, die Herrschaftsgerichte Burgbernheim 3634, Hohenlandsberg 5338, Aufseesbann 299, Schwarzenberg 4379, Ginersheim 2314, vom Landgerichte Windsheim 6000, zusammen 93,135 S. mit 3 Abgeordneten. Der ganze Regierungsbezirk stellt bei einer Bevölkerung von 527,866 Seelen 17 Abgeordnete.

VII. Unterfranken und Aschaffenburg. Den ersten Wahlbezirk Bischofsheim v. d. Rhön bilden das Herrschaftskommissariat Zann 3763 S., die Lkg. Hilters 8220, Mellrichstadt 13,549, Bischofsheim 15,747, Weisberg 8032, Brückenau 14,269, Kissingen 11,563, Euerdorf 11,502, Münnerstadt 13,499, Neustadt a. S. 10,516, zusammen 110,600 S. mit 3 Abgeordneten. — Der zweite Wahlbezirk Schweinfurt umfaßt die Lkg. Königsbofen 14,617, Hofheim 14,283, Ebern 11,424, Baunach 9193, Gitmann 14,327, Haßfurt 10,649, Schweinfurt 13,930, Stadt Schweinfurt 7660, Lkg. Gerolshofen 11,710, Herr-

schaftsg. Stuttgarter 6935, Ldg. Nothall 11,683, zusammen 124,911 E. mit 4 Abgeordneten. — Der dritte Wahlbezirk Würzburg enthält die Ldgg. Dettelbach 10,109, Kitzingen 10,361, Marktsteft 6929, Herrnsheimsg. Mühlenhausen 4912, Ebern-Hofg 1359, Marktheidt 2761, die Ldgg. Aub 10,857, Ochsenfurt 11,043, Hermsheimsg. Sommerhausen 2444, Vog. Würzburg L. M. 15,506, v. M. 14,691, Stadt Würzburg 29,117, zusammen 120,216 E. mit 4 Abgeordneten. — Der vierte Wahlbezirk Gemünden besteht die Ldgg. Mernet 12,876 E., Arnstein 12,847, Karlstadt 15,949, Hammelburg 12,061, Gemünden 12,618, Lohr 11,755, Herrnsheimsg. Rothenfels 14,701, Ldg. Orb 12,388, Herrschaftsg. Mittelsinn 4042, Ldg. Marktheidtenfels 10,062, zusammen 116,313 mit 4 Abgeordneten. — Der fünfte Wahlbezirk Aschaffenburg umfaßt das Ldg. Alzenau 17,032 E., Stadt Aschaffenburg 9815, die Ldgg. Aschaffenburg 20,501, Rodenbach 12,102, Obernburg 18,043, Klingenberg 14,732, Herrschaftsg. Krenzwertheim 4843, Gisenau 1408, Kleinheubach 3963, Miltenberg 8005, Amorbach 8224, zusammen 120,040 E. mit 4 Abgeordneten. Der gesammte Regierungsbezirk stellt somit bei einer Bevölkerung von 592,080 E. 19 Abgeordnete.

VIII. Pfalz. Der erste Wahlbezirk Speyer begreift die Landkommissariate Speier 45,025 E. und Frankenthal 43,637, zusammen 89,262 E. mit 3 Abgeordneten. — Der zweite Wahlbezirk Landau umfaßt die Landkommissariate Landau 67,470 E. und Neustadt mit 65,726 E., zusammen 133,236 E. mit 4 Abgeordneten. — Den dritten Wahlbezirk Germersheim bilden die Landkommissariate Germersheim 53,924 E. und Bergzabern mit 43,959, zusammen 97,883 E. mit 3 Abgeordneten. — Der vierte Wahlbezirk Zweibrücken umfaßt die Landkommissariate Zweibrücken 52,113 E. und Pirmasens 42,611 zusammen 94,724 E. mit 3 Abgeordneten. Der fünften Wahlbezirk Homburg bilden die Landkommissariate Homburg 47629 E. und Kusel 40207, zusammen 87836 mit 3 Abgeordneten. Der sechste Wahlbezirk Kaiserslautern begreift die Landkommissariate Kaiserslautern 52178 E. und Kirchheimbolanden 53277 zusammen 105455 E. mit 3 Abgeordneten. Der ganze Regierungsbezirk stellt also bei einer Bevölkerung von 606479 E. 19 Abgeordnete.

Als Gesammtresultat ergibt sich also: die Gesammtbevölkerung der acht Regierungsbezirke Bayerns beträgt 4,504,874 Seelen, und die Zahl der zu wählenden Abgeordneten nach dem durch das Gesetz vom 4. Juni 1848 festgestellten Maßstab von je einem auf 31,500 Seelen 143 (nicht 144 wie in unserem gestrigen Blatte irriger Weise angegeben war.)

Deutschland.

Bayern. — Aus Oberfranken, 21. Nov. (Gisenhahnunfall.) Am 18. d. M. ereignete sich auf der zwischen Gemse unserer Süd-Nordbahn bei Neuenmarkt im Hofer Kreise gelegenen Verkehrsstelle Neuenmarkt-Hundsmühle eine schwere Verletzung einfindet, aber in Folge der, wenn gleich unvollständig angewendeten Sicherheitsvorkehrungen, an sich ohne Beschädigung auskiel. Als nemlich der Zug nach Hof zwischen 1 und 2 Uhr in Neuenmarkt ankam, erfuhr man, daß der Zug von Hof nach Neuenmarkt auf der Höhe mit Schwierigkeiten zu kämpfen habe; nachdem derselbe endlich in zwei Zügen angelangt war, setzte sich um 4½ Uhr der nördliche Zug, aus 14 bis 16 Wagen bestehend, mit nur einer Lokomotive in Bewegung. Diese hatte natürlich eine schwere Arbeit. Als der Zug eben in die Station Markt Schorgast am oberen Ende der schiefen Ebene einlaufen wollte, gab der Bindstoß, welcher vermuthlich den Damps zu stoße abgeleitet hatte, plötzlich nochmals Dampf. Die hierdurch entstandene Bewegung war so heftig, daß der Haken an einer Anglange brach, darauf auch die Notbkette, und eine Anzahl Wagen sich rückwärts in Bewegung setzten. Der Wagenbremser hatte schnell die Fassung verloren, und es hätte ein großes Unglück entstehen können, wenn nicht der Kondukteur Wagner mit rühmenswerther Geistesgegenwart von Wagen zu Wagen klimmend sich auf den Bremswagen begeben und die Bremsen angezogen hätte. Wäre die Verbindung der Bremsen an allen Wagen in der gehörigen Ordnung gewesen, so hätte nach den früher vielfach angestellten Proben der Zug ziemlich zum Stillstand gebracht werden können. Da dieses aber nicht der Fall war, so machten die abgetrennten Wagen die Reise von zwei Stunden über die schiefe Ebene wieder nach Neuenmarkt zurück, doch mit so geringer Geschwindigkeit, daß kein Wagen aus den Geleisen kam, und der Zug von Neuenmarkt noch stille hielt. Nachdem nun die Nacht eingebrochen und die Passagiere obendrein durch die Angst sehr angegriffen waren, zogen dieselben es vor, nach Kulmbach zurückgebracht zu werden. (K. u. K. D.)

Baden. Mannheim, 22 Nov. So eben wird uns mitgetheilt, daß, da die Preußen vorgen der in Trier ausgebrochenen Unruhen zu weit in den Rheinprovinzen zusammengezogen werden sollen, die hier liegenden Frankfurter Truppen bis morgen ihre Kantonnements über dem Rhein beziehen. Heute passirten 2 Schwadronen preußischer Dragoner, welche ebenfalls zu dem preußischen Korps beigezogen werden. Auch General v. Dunker wird von hier sich wegbegeben. (D. Z.)

Preußen. Bonn, 21. Nov. Mehrere Volksversammlungen unter dem Vorsitze des Bürgers (Professors) Kinkel, der gern ein Märtyrerthum wäre gern dafür hätte, einigten sich zur Wahl eines Sicherheitsausschusses, „zur Aufrechthaltung des Beschlusses der Nationalversammlung über die Steuerverweigerung"; die Bürger stimmten mit Jubel ein und die Sache wurde durchgeführt. Jeder schien bereit, „Gut und Blut für die gute Sache" einzusetzen. — Gestern rückten 900 Mann Infanterie und einige Kanonen ein. Das Militär wurde, wie üblich, auf dem Markte stark verhöhnt, und konnte sich nur mit dem Bajonnet Ruhe schaffen, wobei 2 Verwundungen vorkamen. — Die Studenten hatten Tags vorher eine akademische Legion zu bilden beschlossen, und bewaffneten sich allmählig; doch hatte der Oberbürgermeister alles Pulver und Blei aufkaufen lassen, so daß dergleichen nur spärlich vorhanden war. Alles war geschäftig, aber Keiner wußte recht, was man wollte. Endlich kam man in einer Studentenversammlung dahin, trotz schöner und tapferer Worte, die einer neuen, und ich möchte sagen, unbesonnenen Begeisterung entsprangen, gestern Abend nicht loszuschlagen. Es waren nämlich kaum 200 Studenten unzureichenden bewaffnet; schwerfälliger Feuer verstehenden, daß man von der Bürgerwehr, die sonst so tapfer Preßl gefallen und gestimmt hatte, auf kaum einen Mann rechnen konnte, und die Thore waren stark besetzt, so daß Zuzug vom Lande mit ländlicher Bewaffnung nicht weiter in die Stadt kommen konnte. — Indessen wählte man ein permanentes Studenten-Komite, das die Nacht über Entschließungen einzog, die Studenten zu organisiren und mit Munition zu versehen suchte. Heute Morgen berachter man die Sache etwas ruhiger; die Militärbehörde ließ anschlagen, sie würde ihre Pflicht thun; die Steuern werden sehr regelmäßig bezahlt, und die Studenten werden sich auch wohl beruhigen. Ihr Plan, die Thore zu entsetzen und dem Landwolf Führer zu geben, um mit seiner Hülfe Herren der Stadt zu werden, war doch zu romanhaft. Uebrigens waren sie noch gestern, daß zu wundern, daß „in der Rheinprovinz noch 900 Mann disponibel wären." Kinkel hält sich verborgen. — Die Schließung der Universität, von der gestern gesprochen ward, steht gar nicht zu befürchten.

Köln, 21. Nov. Wir haben den Belagerungszustand noch immer nicht, aber die Soldaten haben ja, daß wir mit jeder Stunde darauf gefaßt sein müssen. Die demokratische Partei hat alle Segel aufgespannt. Eine Volksversammlung folgt auf Volksversammlung, es regnet Plakate und Wauerausschläge. Die „Neue Rheinische Zeitung," die jeden Tag die Worte an der Spitze trägt: „Keine Steuern mehr!" thut ihr Aeußerstes, und das „Volkskomite" sordert heute nochmals öffentlich auf, vor allen Dingen keine Steuer irgend einer Art zu entrichten und nicht die „Schande" über Köln zu bringen, in dieser Hinsicht hinter andern Städten zurückzubleiben. Die Landwehr innerhalb der Stadt hat ihre Organisation und die Wahl ihrer Führer so ziemlich beendet und hat jetzt einen Aufruf an die ganze Provinz erlassen, ihrem Beispiel zu folgen; einzelne Korps der aufgelösten Bürgerwehr haben wenigstens schon einleitende Schritte gethan, sich in gleicher Weise auf eigene Hand zu reorganisiren, und laut Beschluß einer gestern gehaltenen Generalversammlung des Turmvereins wird sich auch dessen Schaar bewaffnen, zur Disposition der Nationalversammlung, ein Turner-Freikorps bilden, für dessen Bewaffnung bereits nicht unerhebliche Geldbeiträge eingegangen sind. Dagegen scheinen wenigstens die hiesigen Behörden, wenn sie auch anderswo vielfach zu laviren wissen, genegt, im Sinne des neuesten Ministerial-Runschreibens dem jungen Adler Zeichen von namentlich der Landwehr ein Ziel zu setzen: der Provinzial-Steuerdirektor hat bestimmt erklärt, daß er einzelnenden Falls sofort das Militär requiriren werde, die Mitglieder des demokratischen Kreisausschusses sind wegen Verleitung zur Rebellion vor den Untersuchungsrichter geladen, und es ist nicht unerheblich, daß das bekanntlich nicht mit Juristen besetzte Gandgericht, dem Vernehmen einer Kommunicat-Verfügung, den Antrag des Anwalts, unter den gegenwärtigen Umständen den Urtheilsstempel einstweilen zu sistiren, abgelehnt hat. Welche Besorgniß man aber im Allgemeinen hegt, mag schon der Umstand zeigen, daß gestern Mittag ein ganzes Bataillon von hier abgeladt wurde, um das Landwehrzeughaus in Brühl aufzuräumen und die sämmtlichen Waffen daselbst zu inspiziren. Bekanntlich Mangelegen sind sie ohne Zweifel überall getroffen, da die Landwehrzeughäuser meist in Landsitzen liegen und wenig oder gar keinen militärischen Schutz haben. Nach Bonn ist gestern, um die dort ausgebrochenen Unruhen zu dämpfen eine Schwadron Ulanen und ein Zug Geschütze von hier abgegangen. Ein Bataillon vom 16. Regiment hat Befehl, sich stündlich zum Abmarsch nach Düsseldorf, wo die Anarchie nachgerade ihren Höhpel erreicht hat, bereit zu halten. (D. Z.)

Oesterreich. Wien. Tobelhoff erklärt öffentlich in seiner Eigenschaft als Deputirter für Frankfurt und dem Wahlbezirk Baden bei Wien, daß er sich unbedingt zu der Ansicht jener österreichischen Deputirten bekenne, welche sich für die unbedingte Aufrechthaltung der österreichischen Gesammtmonarchie in den Sendschreiben an ihre Wähler aussprachen.

Olmütz, 21 Nov. Von der am 19. d. M. im Lazarett Belesbrunn und Betrvilligten behinden sich bereits fünfzehn Personen in Haft und Untersuchung. Darunter sind wohl ein Paar der Hauptschuldigen, unter andern ein Schlosser Namens Kay, welcher dem unglücklichen Latour einen tödtlichen Hieb mit einem schweren Hammer versetzt hat, dann ein Handlungsdiener, bei welchem man einen der Ringe die man dem Gemordeten abgezogen hat, im Finger gefunden hat; indessen war man des andern Mörders, welcher den ersten Streich geführt hat, bis jetzt noch immer nicht habhaft geworden. Den andern Verhafteten werden täglich viele wieder in Freiheit gesetzt, andere mit Kerkerstrafe abgeurtheilt. — Gestern ist der Exzerzeg Rainer Ferdinand auf Olmütz hier eingetroffen. (Allg. Z.)

Schweiz.

Der Vorort versendet übereilkommit Kreisschreiben vom 15. d. die Signalemente der Mörder des Fürsten Lichnowsky und Generals von Auerswald.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 24. Nov. Bayer. 3½ proz. Obligationen 76 B. — G. 4proz. 87 G. Bankaktien II. Semester 578 B. — G. Promessen 35 B. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 78½, 4proz. 65, 3proz. —, 2½ proz. —

Wien, 22. Nov. 5proz. Metall. 78½, 4proz. 65, 3proz. —, 2½ proz. 40⅞. 1834r 500 fl.-Loose 132. 1839r 250 fl.-Loose 98¼ Bankaktien 1084. Nordbahn 98. Glogganitz 91. Banalis-Mailand 64. Baowesi —. Livorno 63¼. Pesth 61. Siena 51. Hyrnainendanlehen 90.

Münchener Schrannenanzeige vom 25. Nov. 1848.

Getreide-Gattung.	Bester Preis	Zweyter.	Dritter Gatung.	Verkauf.	Mehl.	Mittelpreis	Im Vergleich gegen die letzte Schranne mehr	Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder
	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
Weizen	109	3216	3325	3168	157	14 —	3 —	
Korn	47	1171	1218	1206	12	9 16	7 —	
Gerste	302	7615	7917	7739	784	7 7	—	8 —
Haber	107	1298	1405	1343	62	4 25	—	8 —
Leinsaamen	—	121	121	115	6	14 23	—	30 —
Repssaamen	—	53	53	53	—	24 30	1	13 —

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 26. Nov.: „Der Glöckner von Notre-Dame", Schauspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Obermeyer, Bankier, von Augsburg. Fürst Jugger und Graf Zugger, von Babenhausen. Bottsberger, Ingenieur, von Augsburg.

Gold. Hahn. Bickani, Antiquar, von Fürth. Gutman, Negotiant, von Regensburg. v. Reindel, Proprietär, von Ueberlingen.

Blaue Traube. Böckman, großherzogl. hess. Konsul, von Triest. Romodi. Guldehelfer, aus Polen.

Stachusgarten. Rehling, Kassier, von Nürnberg. Bauer, Kaufmann, von Nürnberg. Schöderlein, Jurist, von Plauen. Wirmann und Kolb, Privatier, von Lindau.

Gestorbene in München.

Maria Anna Schelle, Zimmermannstrau, 38 J. a. Alois Hist, Viehhändler von Oberndorf, 53 J. a. Anna Dobler, Zeugmachersfrau, von Pfarrkirchen, 48 J. a. Joseph Wagenmaier, pens. Akademiediener, 73 J. a.

253. (2a) Ein mit den besten Zeugnissen versehener Student der Hochschule, welcher das zudige Leben in einer Familie dem bewegten bei weitem vorzieht, wünscht eine Hofmeisterstelle zu übernehmen. D. Uebr.

Bekanntmachungen.

Aufruf an Menschenfreunde.

254. Die Zeit ist ernst, sie mahnt gebieterisch alle Gutgesinnten zur Thätlnahme für das Unglück unserer Mitmenschen. An unglücklichen sind vorwaiste Kinder. In ihren Interesse haben sich die Unterzeichneten kürzlich zu einigen Besprechungen vereinigt. Zudvelon-dere haben sie sich darüber berathen, wie der vor ein paar Jahren unter unglücklichen Umständen unternommene Waisenverein wieder ins Leben gerufen werden könne. Sie haben gefunden, daß ein solcher Verein zur Erziehung und Pflege von Waisen besonders für die mittleren Stände des Volkes eine Nothwendigkeit sei, daß Religion und Menschlichkeit Tedarnen für Waisen gelten, daß solchen Wirken Gottes heiliger Segen nie mangle, und daß daher unter solchen Vorberathen auf den Grundlagen des eingegangenen Vereines mit Gottes und guter Menschen Beistand leicht ein neuer sich anbauen lasse. — Wie der frühere Verein, so hätte auch der jetzige die Aufgabe:

„Erziehung und Pflege der Waisen von Vereinsmitgliedern vom 6. Jahre an in einer Erziehungsanstalt oder nach Umständen in anderer Weise, und zwar hier so lange, als die jedesmaligen Mittel ausreichen, zu übernehmen; hiebei aber auch jeder Wohlthätigkeit die Schranken zu öffnen, von jedem ordentlichen Mitgliede jedoch jährlich 2 fl. 24 kr. zu erheben."

Auf Gotten und auf die Beihilfe der Wohlthäter und Wohlthäterinen möchten wir das begonnene Werk fordbanea. Wir selbst sind noch zu schwach, an Zahl zu gering; deswegen richten wir an euch Alle die vertrauensvolle Bitte: Helfet mit! — Unser innigster Wunsch wäre es, am kommenden Weihnachtsfeste, wo ohnehin aus den Augen aller Kinder eine verklärte Freude strahlt, die Gesellschaft in ihren heiligen Hallen begonnen und binnen Jahr und Tag wenigstens fest begründet zu sehen. — Helfet deßwegen wir der Aufmunterung, des Beistandes Vieler! — Deßwegen bitten wir Euch also hiemit öffentlich, laßt Eure Herzen rühren, erbarmt Euch mit uns armer, verlassener Waisen nach dem Beispiele des göttlichen Kinderfreundes, der da sprach: „Lasset die Kleinen zu mir kommen!" — Die Unterzeichneten nehmen mündliche und schriftliche Beitrittserklärungen mit Freuden an. — Das Resultat — wir hoffen das beste — wird dann von uns seiner Zeit gleichfalls veröffentlicht werden.*)

Dr. G. v. Reindl. Domdechant;
Dr. Faber, Königl. Ministerialrath und Oberkonsistorialrath;
Buchner, Königl. Oekonomierath;
Dr. J. B. Weis, Rechtsconsulent ꝛc.

*) Die bereits vorgearbeiteten Statuten können bei dem Unterzeichneten eingesehen werden.

Dr. G. v. Reindl, Domdechant, wohnt in der Frühlingsstraße Nro. 3 im 1. Stock.

255.

Volkstheater-Ankündigung.

Mit innigster Freude kann ich jetzt die Feder ergreifen, allen jenen Verehren, welche ihre Theilnahme für das Fortbestehen meines Volkstheaters auch über die Wintermonate so zahlreich und vielfältig seit Jahren schon mir zu erkennen gaben, die Nachricht zu hinterbringen, daß die allerhöchste Gnade Seiner Majestät des Königs **Maximilian II.** nun

„das Fortspielen auch über die Wintermonate"

(im Einvernehmen Seines allerhöchsten Ministeriums und Seiner Hoftheater-Intendanz, von welch' Letzterer insbesondere mit loyalster Umsicht diese Bitte auf das Wohlwollendste gewürdigt wurde,)

allerhuldreichst zu bewilligen geruht haben.

Diesem zufolge ich nun ergebenst die Anzeige erstatte, daß ich als am Dienstag, den **28.** dieses,

zur Feier des Geburtsfestes
unseres allgeliebten, allergnädigsten Königs
Maximilian II.

wieder mit der

ersten Vorstellung in meinem Volkstheater

beginne.

Hiebei ich aber die Versicherung mir zu geben erlaube, daß sowohl ich als wie mein Personal auch ferner auf das Eifrigste bestrebt sein werden, der Gunst und des Wohlwollens eines hochverehrten Publikums sich stets würdig zu machen, sowie ich für die zweckmäßige Herrichtung der für den Winter geeigneten Lokalität meines Theaters gewiß keine Kosten gescheut habe, wonach ich hiemit um so mehr zu zahlreichem Besuch freundlichst einlade und herzlichst darum bitte.

Schließlich mir aber noch zu bemerken unterlange, daß die zahlreichen Verehrer, welche sich mit so warmer Theilnahme für die Konstituirung dieser meiner Angelegenheit seit Jahren schon interessirten, vereint mit mir es gewiß erachten machten, für diese allerhöchste Gnade, als einen abermaligen Beweis Königlicher Huld und landesväterlicher Liebe, den allerehrerbietigsten Dank auch öffentlich hier zu erstatten schuldige Pflicht sei, sowie die Ueberzeugung hinzunehmen, daß gewiß Jeder in seinen, nur einigermaßen auf Billigkeit gefügten Wünschen — wenn er vertrauend auf das edle Herz und gerechten als eben so weisen Gesinnungen letzteid allergnädigsten Königs und seiner auf gesinnigsten Wege so gerne wollenden Konservierung für sie zu bewegen bemüht ist — eher zum gewünschten Ziele gelangt, als durch ungestüme, der guten Sache oft immer nur mehr schadende vorgreifende öffentliche Besprechungen.

Wiederholt daher zum gnädigen, zahlreichen Besuche freundlichst einladend, zeichnet mit aller Hochachtung sammt seinem Theaterpersonal

Max Schweiger, Volkstheater Direktor

Druck der lit. C. Wolf'schen Buchdruckerei

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Deutsche Reichsversammlung.

. (Schluß der Sitzung vom 23. Nov.) Artikel XII des Verfassungsentwurfs lautet nach der gestrigen Abstimmung: §. 52: „Der Reichsgewalt liegt es ob, die kraft der Reichsverfassung allen Deutschen verbürgten Rechte oberaufsichtlich zu wahren, so wie die gesetzlichen Normen für den Verkehr und Verlust des Reichs- und Staatsbürgerrechts festzustellen. §. 53. Der Reichsgewalt liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob. Sie hat die für die Aufrechthaltung der innern Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßregeln zu treffen: 1) wenn ein deutscher Staat von einem andern deutschen Staat in seinem Frieden gestört oder gefährdet wird; 2) wenn in einem deutschen Staate die Sicherheit und Ordnung durch Einheimische oder Fremde gestört oder gefährdet wird. Doch soll in diesem Falle von der Reichsgewalt nur dann eingeschritten werden, wenn die betreffende Regierung sie selbst dazu auffordert, es sei denn, daß dieselbe dazu notorisch außer Stande ist oder der gemeine Reichsfrieden bedroht erscheint; 3) wenn die Regierung eines deutschen Staates die Verfassung desselben eigenmächtig aufhebt oder verändert und durch das Anrufen des Reichsgerichtes unverträgliche Hülfe nicht zu erwirken ist. §. 54. Die Maßregeln, welche von der Reichsgewalt zur Wahrung des Reichsfriedens ergriffen werden können, sind: 1) Gelafe, 2) Absendung von Kommissarien, 3) Absendung bewaffneter Macht. §. 55. Der Reichsgewalt steht es zu, unbeschadet des durch die Grundrechte garantirten freien Vereins- und Versammlungsrechts, allgemeine Gesetze über das Assoziationswesen zu erlassen. §. 56. Die Reichsgewalt ist befugt, im Interesse des Gesammtwohls allgemeine Maßregeln für den Verkehrsverkehr zu treffen."

(Tagesordnung der 122. öffentl. Sitzung vom 24. Nov.) 1) Fortsetzung der Berathung über den Verfassungsentwurf, und zwar Art. XIII und XIV. 2) Berathung über den Entwurf — das Reichsgericht betreffend. 3) Berathung über den Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses (von Zachariä), die limburger Frage betr. 4) Berathung über den Bericht des Ausschusses der Vereinigung — das Bischofrecht für Deutschland betreffend. Heinrich v. Gagern hebt in heutiger Sitzung, Es wird vom Vizepräsidenten Rieffer ein Schreiben von Wien verlesen, worin er um einen achttägigen Urlaub bittet. Die kritischen Verhältnisse in Berlin, von deren Stande er sich durch eigene Anschauung überzeugen wolle (Bravo!), allein können sein Gesuch rechtfertigen — Beifall das Schreiben. Es wird darnach von der Hauptstadt Preußens, Bürgerkrone genannt, gesprochen, die in Berlin abgehalt, von wo der deutschen Einheit die härteste Probe drohe. Die vom Bureau ernannten Mitglieder des Ausschusses zur Anordnung der Todtenfeier für Blum sind: Müller von Würzburg, Sellmer, Raveaux, Wiegard und Rieffer. Unter den heute erfolgten Anwurfen der Reichsministerium des Innern und eine Reihe von Interpellationen ist kaum eine hervorzuheben. Schwerling sagt über die von Berger in Anregung gebrachte russisch-österreichisch-preußische Allianz: dem Ministerium sei nichts von solch einem Bündnisse bekannt, als was darüber in den Zeitungen erschien wurde und eine nähere Kenntnißnahme möchte dem diplomatischen Geheimniß gegenüber sehr schwierig sein. Jedenfalls glaube der Reichsminister weder an den deutlich über solchen Plan, noch an die Möglichkeit, daß sich eine solche dem Interesse und Willen Deutschlands zuwider halten könne. Gruhert stellt in Folge der Schmerlingschen Antworten einen Antrag in Bezug auf die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes von Berlin und auf Beistrafung Brandenburgs und Wrangel's, wie er denn auch für die preußischen Angelegenheiten einen neuen Ausschuß ernannt haben will. Die Dringlichkeit und daher die Behandlung des Gegenstandes überhaupt wird jedoch abgelehnt. Desgleichen die Dringlichkeit eines Wiesner'schen Antrags im gewöhnlichen Style, Oesterreich betreffend. Der Reichsminister der Justiz, Robert v. Mohl, dagegen verliest das erste bis jetzt in Frankfurt eingetroffene Schreiben der Reichskommissäre Baur und Pfizl, Ulmig vom 18. Nov. Die beiden Abgeordneten haben eine Zusammenkunft mit Wesselenberg gehabt, in Folge deren sofort die Wiesung nach Wien erging, ein weiteres Verfahren gegen den deutschen Reichstagsabgeordneten Goltner einzustellen. Es ergab sich aber, daß nicht Goltner selbst, sondern dessen Sohn in eine Untersuchung verwickelt sei. Die Akten über das standrechtliche Verfahren gegen Blum und Genossen befanden sich bereits in Ulmig. Nach ihrer Einsicht werden die Reichskommissäre ihre Maßregeln ergreifen. Diesch von Annaberg verlangt die unmittelbare Niederlegung aller auf Blum bezüglichen Aktenstücke, sowie der österreichischen Korrespondenz überhaupt, auf die Tafel des Hauses. — Wesendonk beantragt die Aufbrechung des über Düsseldorf verhängten Belagerungszustandes. Als die Dringlichkeit verlesen wird, schreitet er die Verwesung seines Antrags an den Ausschuß für Gesetzgebung, worüber sich eine kurze Debatte entspinnt zwischen Kriegsminister v. Peucker beantwortet heute ebenfalls eine frühere gestellte Anfrage: die Einfälle bewaffneter Freischaaren in Baden und die Bewegungen an der Schweizer und französischen Grenze haben die Aufstellung eines Truppenkorps an den bedrohten Punkten nöthig gemacht. Zur eventuellen Unterstützung dieses Korps stehen bayerische Truppen auf bayerischem Boden an der Iller konzentrirt. Nachdem Gistra von Lodz, Stahl von Würzburg und Eisenstuk im Namen verschiedener Ausschüsse Bericht erstattet haben, wird zur Tagesordnung vorgeschritten: Art. XIII des Verfassungsentwurfs. Der Gang der Abstimmungen ist auch heute so rasch wie in den frühern Sitzungen. Um dem Vizepräsidenten Herrn Rieffer das schwierige Geschäft des Vorsitzes zu erleichtern, welches nach Gagern und Simsons Entfernung ganz allein auf seinen Schultern ruht, tritt Vogt von Gießen mit dem sehr angemessenen Vorschlage hervor, daß die beiden früheren Vizepräsidenten inzwischen das Bureau des Hauses verstärken möchten. Der Antrag wird zwar schon als dringend erkannt, aber zur einfachen Annahme des Vogt'schen Vorschlags kann sich das bedenkliche Haus doch nicht sofort entschließen. Inzessen wird mit entschiedener Mehrheit zum Beschlusse erkannt: daß die Zahl der zugleich erforderlichen Fälle durch einen der früheren Vizepräsidenten (von Soiron und von Hermann) vertreten lassen dürfe. Die Artikel XIII. und XIV. und somit der ganze bis jetzt vorliegende Theil des Verfassungsentwurfs werden in folgender Form zum Beschluß erhoben: §. 57. „Die Reichsgesetzgebung hat für die Ausnahme öffentlicher Urkunden gewisse Normen festzustellen, denen sämmtliche Urkunden in den Bundesstaaten sichern." §. 58. „Der Reichsgewalt steht das Recht der Gesetzgebung zu, so weit es zur Ausführung der ihr verfassungsmäßig übertragenen Befugnisse und zum Schutze der ihr überwiesenen Anstalten erforderlich ist, so wie in allen Fällen, wo sie für das Gesammtinteresse Deutschland die Begründung gemeinsamer Einrichtungen und Maßregeln nothwendig findet. §. 59. „Der Reichsgewalt liegt es ob, durch die Gesetzgebung allgemeiner Gesetzbücher über bürgerliches Recht, Handels- und Wechselrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren die Rechtseinheit im deutschen Volk zu gründen." §. 60. „Alle Gesetze und Verordnungen der Reichsgewalt erhalten durch ihre Verkündigung von Reichswegen verbindliche Kraft." §. 61. „Die Ausführung der Reichsbeschlüsse geht den Landesgesetzen vor. Die Bundesgewalt hat in Bezug auf die Reichsgesetze ausschließlich das Recht, zu entscheiden, ob auf Höften's Antrag für die Verzögerung des Berichts des internationalen Ausschusses über die Limburger Frage, so wie dieser Gegenstand sogleich über zur Berathung kommt. Der Abgeordnete v. Scherrzenzel, v. Bartos erhält die Erlaubniß, daß eine schriftliche Ausseinanderlegung der Verhältnisse verlesen werde. Sie ist von ihm im russischen deutschen Sinne abgefaßt und rührt zu den bekanntesten Schriften. Dagegen erhebt sich Bernhardi aus Kassel, der die von mir in ( ) gesetzten Worte und Punkt 1. des Ausschußantrags gestrichen sehen will. Dieser Antrag ist ein einfach minger und er lautet: „Die deutsche Reichsversammlung, im Hinblick auf die am 17. Juli d. J. in Betreff des Herzogthums Limburg gefaßten Beschlüsse, und in Erwägung, daß die Einführung der neuen niederländischen Verfassung in diesem, ungerechtfertigt mit Deutschland verbundenen Lande mit jenen Beschlüssen in offenbarem Widerspruch stehen würde, beschließt: I. Die Zentralgewalt wird aufgefordert, gegen die Vollziehung des neuen niederländischen Grundgesetzes im Herzogthum Limburg Verwahrung einzulegen (und dort eben in jener andern gestaltet erscheinenden Weise entgegenzuwirken). II. Insoweit bei Ausführung der Beschlüsse vom 17. dieses Monats Verwahrungen mit der herzoglich limburgischen oder königlich niederländischen Regierung erforderlich ist, dieselbe ohne Aufschub einzuleiten, und dem erwähnten Beschlusse gemäß möglichst schleunig zu einem Resultate zu bringen." Zu wünschen: Arndt. Gueulette. Gombart. Höfken. Preiß. Schubert. Zentgrebel. Wurm. Zachariae, Reichsminister. Schwerling verwahrt sich nur gegen die etwaige Auslegung seiner Interpellationsbeantwortung vom 6. Nov., daß die Limburger Angelegenheit jemals von der Zentralgewalt als etwas anderes betrachtet worden sei, denn als eine innere deutsche Angelegenheit. Im Uebrigen ist er mit den Ausschußanträgen einverstanden und zufrieden erklärt er im Namen des Reichsministeriums dessen volle Einstimmung mit der Ausführung der beschlüsse vom 19. Juli. Nun einen kurzen Schlußworte Zachariä's, als des Berichterstatters, und nachdem auch Bernhardi sein Verlangen auf die Auslassung der bezeichneten Worte zurückgezogen hat, erfolgt die Annahme der Ausschußanträge mit Einstimmenbrüchlicht. Die Berathung geht auf Breuning's Bericht über die Ausführung der zu Leipzig beratheten Bischofsordnung über. Eine „abgeänderungs" Erklärung und Verwahrung Gräwell's, die zur Verlesung kommt, sollte aber vielmehr eine „aufzuerdrungen" heißen. Gräwell ist nämlich nach Entschöpfung aller Mittel, sich die Aufmerksamkeit des Hauses als Redner oder Antragsteller zu verschaffen, auf diesen neuen Weg verfallen, seinen wunderlichen Ansichten Eingang und widerwilliges Gehör zu verschaffen. Der Antrag des Gesetzgebungs-Ausschusses (Mittermaier, Wichelhaus, Bloßer, v. Breuning, Gräwell, Jordan von Gollnow, Kierulf, Langerfeldt, Leue, Paur von Augsburg, Wesendonk, Wiedemann, v. Würth, Zitz) lautet auf unveränderte Annahme der Wechselordnungen wie sie aus der Leipziger Konferenz hervorgegangen und von ganz Deutschland als rechtlich anerkannt sei. Dem Entwurfe sind für folgendes Publikationsrecht Einige: Art. 1. „Die nachstehende allgemeine deutsche Wechselordnung tritt mit dem 1. Mai 1849 in dem deutschen Reiche in Gesetzkraft. Art. 2. Die zur Ausführung dieser Wechselordnung in den Einzelstaaten etwa erforderlichen, von diesen zu erlassenden Bestimmungen dürfen keine Abänderungen derselben enthalten." Das Haus verzichtet auf die Diskussion über den Inhalt und die Einzelheiten des vorgefolgenden Gesetzes. Nur gegen seine Einführung ergreift Gräwell ungehört das Wort, indem er der Versammlung im Allgemeinen die Kompetenz abspricht, Gesetze für Deutschland zu geben. Berger aus Wien dagegen will, daß dem Einführungsgesetze so bleibt werde die Erläuterung, Fortbildung und Weiterentwicklung der Wechselgesetzgebung überhaupt bleibe der Zentralgewalt vorbehalten. Auf die Frage des Vorsitzenden: nimmt die Versammlung den

Entwurf ohne Abänderung an und verordnet die dessen Verkündigung als Reichsgesetz? erhebt sich das Haus fast ohne Ausnahme. Auch der beiden Artikel des Publikationsgesetzes wurden ohne großen Widerstand angenommen. Berger's Antrag hingegen auf einen dritten Artikel, um der Reichsgewalt die Erläuterung und weitere Ausbildung der Wechselgesetzgebung ausdrücklich vorzubehalten, wird mit 212 gegen 183 Stimmen abgelehnt. Nachdem somit, da die Berathung über das Reichsgericht verschoben wird, die heutige Tagesordnung erschöpft ist, wird nun ein dringlicher Antrag des Grafen Wartensleben mitgetheilt, des Inhalts: „Da dem Vernehmen nach der Abgeordnete **Schlöffel** an der Spitze der Bewegung in Breslau steht, dort „provisorische Regierung und Anderes" zu bilden sucht, so beschließt die Nationalversammlung, zur Verwerthung ähnlicher Fälle, wie der an Robert Blum erhebe, den Abgeordneten Schlöffel aus Breslau zurück zu berufen, unter dem Präjudiz, daß er sonst als ausgetreten betrachtet werde." Die Verhandlung wurde heute bis Dienstag Mittag unter den Geschäftsangriffen, womit die Sitzung gegen 2 Uhr schließt, wird der Eintritt Haenig Beseler's, des gewesenen Oberhauptes der schleswig-holsteinischen Regierung, in die Nationalversammlung mit Beifallsäußerungen begrüßt. Die nächste Sitzung findet Montag den 27. Statt.

☉ **Frankfurt**, 24. Nov. Die Berathung und Abstimmung über den ersten Abschnitt der deutschen Reichsverfassung hat heute beendet werden. Der Entwurf, wie er von dem Ausschusse vorgelegt wurde, hat im Ganzen nur sehr unwesentliche Aenderungen erlitten; ein Gleiches wird bei dem Abschnitte über das Reichsgericht, welches schon nächsten Montag zur Verhandlung kommen soll, statt finden. Ohne alle Zuthat wurde augenblicks heute die Wechselordnung angenommen, wie sie vorliegt Jahr in Leipzig vereinbart worden war; sie soll mit dem ersten Januar 1849 in das Leben treten. Ferner wurde beschlossen, eine Verwahrung gegen die Einführung der neuen niederländischen Verfassung in Limburg einzulegen, und dem Reichsministerium den Auftrag zu ertheilen, alle geeigneten Maßregeln hiegegen vorzukehren. Bei dieser Veranlassung gab v. Schmerling höchst bemerkenswerthe Aufschlüsse über die Stellung Deutschlands zu Holland. Das Reichsministerium beabsichte die Limburger Frage als eine innere (interne) innen das Land, derjenige Theil, welcher auf dem linken Maasufer liege, so gut, wie der auf dem rechten, in demselben Verhältniß zu Deutschland stehe, wie Luxemburg; also in Bezug auf die holländischen Festungen Maastricht und Venloo, welche mitten im deutschen Gebiete lägen, und daselbe statt zu schützen, im Falle eines Krieg eher bedrohen würden, müsse ein Abkommen mit Holland getroffen werden; ein Gleiches sei nothwendig in Beziehung auf die Handelsverhältnisse; denn sobald die deutsche Zollgränze die über die Maas gerückt sei, werde eine Verständigung über die Tarife der Schiffahrt auf diesen Flusse und seinen Kanälen nöthig werden. — Hält man diese Ansicht der Dinge der holländischen Anschauung entgegen, welche den Verband Limburgs mit Deutschland nur als einen moralischen auffaßt, so wird man zugestehen müssen, daß für eine schnelle Ausgleichung der obschwebenden Verwicklung keine sehr gläntzenden Hoffnungen vorhanden sind. Schlöffel befindet sich zur Zeit in Breslau, um an der dortigen provisorischen Regierung Platz für Schlesien zu arbeiten; da möglicherweise das Unternehmen für den Herrn Reichstagsabgeordneten einen üblen Ausgang nehmen könnte, so hat Graf Wartensleben heute den dringlichen Antrag gestellt, die Reichsversammlung möge Schlöffel zurückberufen oder ausschließen; letztere schien jedoch für zweckmäßiger zu erachten, mit Preußen in diesfallen Verwirrsinie, wie mit Oesterreich zu genauben und so hat sie besagtem Antrag auf die lange Bank geschoben. Heinrich von Gagern ist diesen morgen mit Urlaubsreisen Blumen, der gestern Abend von Berlin hier eingetroffen war, ebendahin abgereist, er will die preußischen Zustände aus eigener Anschauung kennen lernen.

Deutschland.

Baden. — Aus dem Breisgau, 21. Nov. Es bereitet sich allem Anschein nach eine neue Schilderhebung des Anbänger der anarchischen Partei vor. Freilich werden sie die Zeit jetzt für günstig halten. Wie ich höre, sind an den Gränzen der Schweiz die Züge der anarchischen Handwerksburschen (Sturmvögel des Umwertes auf dem festen Lande) wieder sichtbar, und längs der Gränzen begegnet man wieder überall neuen Gesichtern, welche unmißkärlich Schauer einflößen. Es kreisen sich allerlei Gerüchte; man sagt, daß im Elsaß die Werbetrommel umgehe und ausgedienten Soldaten gutes Aufgeld versprochen werde, wenn sie ihre Dienste der allein glücklich machenden „sozialen Republik" widmen wollen. Was daran wahr ist, kann ich nicht entscheiden; so viel aber ist sicher, daß man dieselbst nicht vollkommen beruhigt ist. Eine Zurückziehung oder bedeutende Verminderung der Truppen würde das Zeichen zur Schilderhebung sein. Ueberall werden die wüsesten Drohungen gegen einflußreiche Männer in solchen Gemeinden ausgestoßen, die sich nicht bei den jüngsten Vorgängen betheiligten. Das Traurigste dabei ist die furchtbare Verwilderung und Gesetzlichkeit selbst des Landvolkes, dem man den barbarischen Mord vorläufig mundgerecht macht, damit er dann bei Gelegenheit auch wirklich vollzogen werde. In unserem sonst so genügsamen Oberlande gibt es Gemeinden, in denen man vom Mord wie von einem gleichgültigen, ja empfehlungswerthen Beginnen redet! Was soll die Frucht dieser Aufgeregtheit sein? Was soll aus Freiheit und Bildung werden, wenn in solcher Weise alle Bande der Sittlichkeit, alle Bande der Gesellschaft gelöst werden?
(Karlsr. Ztg.)

Großh. Hessen. — Darmstadt, 21. Nov. (Fr. O.-Z.-Z.) In der heutigen ersten Sitzung unserer wieder eröffneten zweiten Kammer waren auch die HH. Zitz, Mohr und Bekker, welche ihre Haft in der Kammer mit einer heftigen Erklärung gegen diejenige (was ihnen deren Mißbilligung zuzog) verschlossen hatten, wieder zugegen, als einigen Ehrenwegen Anlaß gab, während deren Hr. Zitz die Galerie in Bewegung zu setzen wußte. Der Präsident drohte dieselbe räumen zu lassen, was er sehr ernstlich wiederholte, als sich der Unfug zu Gunsten des Hrn. Zitz abermals erneuerte. Man sprach sehr entschieden dagegen, daß man nicht auch hier einen Mißbrauch möge einreißen lassen, der anderwärts schon so viel Schaden bei verursacht; es nennch selbst die Sitzung nicht mehr sollen. Hr. Hehmann brachte den Namen „Hecker" auf so unglückliche Weise an, daß jene Schaar auf der Galerie abermals in ein lautes Hoch! ausbrach, worauf der Präsident rasch die Sitzung für angebohren erklärte.

Königr. Sachsen. — Dresden, 18. Nov. (Köln. Z.) An der Thomaskirche in Leipzig hat Dr. Großmann sein Amt als Superintendent niedergelegt, weil ihm nicht die Polizeimaßnahmen, welche letzteren Oktober Blume die Kirche entweiht scheint. Von der Kanzel herab wurde nämlich die Versammlung geordnet, von der Kanzel sprachen die Redner. Viele behielten die Hüte auf; ja, das Wildnis Blums wurde von Einigen am Altare aufgestellt, und Mehrere haben sogar Zigarren geraucht.

Preußen. — Folgendes ist die bereits in unserer gestrigen außerordentlichen Beilage erwähnte Proklamation des Berliner Wogelfrats: „An unsere Mitbürger! Die Krisis, in welche die Entwickelung unserer öffentlichen Zustände seit dem 9. d. M. getreten ist, hat uns die unabweisbare Pflicht auferlegt, nach ernster, besonnener und gewissenhafter Erwägung der in Betracht kommenden rechtlichen Verhältnisse, so wie der Lage unseres Vaterlandes und des Zustandes unserer Stadt, uns über den Standpunkt zu entscheiden, den wir nach Pflicht und Gewissen der Krone, dem Lande und unserer Stadt gegenüber einzunehmen. Wir sind zu einer bestimmten Ueberzeugung hierüber gekommen und haben ihr entsprechend gehandelt. Sie findet mehr und mehr in unserer einsichtsvollen Bürgerschaft ihre richtige Würdigung, und halten wir es daher jetzt, da die Aufregung des Augenblicks der vorurtheilsfreien Ueberlegung Raum gegeben hat, für unsere Pflicht, die Motive unseres Verhaltens unseren Mitbürgern rückhaltlos darzulegen. Es ist in unseren Mißbilligern bekannt, wie wir seit den Tagen des März das Erwachen unseres Volkes zu nationaler Freiheit und politischer Mündigkeit mit Freude begrüßt haben; wie wir sodann zur Feststellung der errungenen Freiheiten und Rechte des Volkes durch unsere Mitwirkung an der Entwickelung des öffentlichen Lebens überhaupt, und namentlich bei der Organisation der Bürgerwehr sowie bei der Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung an unserem Theile nach besten Kräften beigetragen haben. Die schwere Aufgabe, so lösen gesucht haben, in der Zeit allgemeiner Geschäftslosigkeit unseren ärmeren Mitbürgern lohnende Arbeit zu verschaffen. Wir durften hoffen, daß, sobald in der Vertretung des Landes dem Nationalwillen sein Organ gegeben wäre, die Wogen der Revolution sich legen, der Friede und die Ordnung in unser Vaterland wieder einkehren und die in ihrem Zufluß gehemmten Quellen des bürgerlichen Wohlstandes wieder reichlich fließen würden. Wir hofften, daß die Vertreter des Landes die neuen Prinzipien unseres sozialen Lebens in weisen Gesetzen aussprägen und Preußen so zum zweiten Male der Welt das große Schauspiel einer aus der sittlichen Erhebung der Nation hervorgegangenen Wiedergeburt geben würde. Unsere Hoffnungen sind nicht in Erfüllung gegangen. Nach den weiterlichen ternden Ereignissen, die mit großer Schnelligkeit auf einander folgten, mußten wir uns gestehen, daß wir unsere Mitbürgern nicht länger über die Ruhe in den Gemüthern und den Ordnung in den öffentlichen Zuständen erwarten, welche nur aus der Befriedigung der Bedürfnisse der Nation durch die vereinten patriotischen Bestrebungen der Vertreter des Volkes und der Regierung hervorgehen können; aber das durften gewiß alle Ereignisse im deutschen Vaterlande mit uns erwarten und verlangen, daß die Bewegungen, welche nothwendig die neue Gestaltung unserer staatlichen Verhältnisse begleiten müssen, sich innerhalb der Schranken hielten, welche überhaupt einen staatlichen Zusammenhalt und eine bürgerliche Ordnung möglich machen; — daß sie die unwandelbaren Grundsätze der Gerechtigkeit und Sittlichkeit nicht gänzlich verletzen und die Freiheit, welche ihr Entziel sein soll, nicht in ihrer Wurzel vernichteten. Ueber diese nothwendigen Schranken hat sich aber eine anarchische Faktion in Deutschland und in Preußen hinweggesetzt. Obwohl bei Weitem die Mehrheit der Nation in der konstitutionellen Monarchie die einzige Gewähr für das Bestehen und die Wohlfahrt unseres Vaterlandes, so wie für die Freiheit Aller erkennt, will diese Faktion dennoch, theils auf Verblendung, theils aus selbstsüchtigen Zwecken der Nation die Republik aufwingen, und schreckt, um diesen Zweck zu erreichen, von keinem Mittel der List und rohen Gewalt zurück. In diesem Sinne suchte sie mit rücksichtsloser Konsequenz Preußens Macht, die Hauptstütze Deutschlands, zu zerstören und zu vernichten. Unter dem gleißnerischen Vorgeben einer Verbrüderung mit dem Volke, sollte unser durch Disziplin und Tapferkeit ausgezeichnetes Heer seinen Führern untreu gemacht und demoralisirt werden. Jeder Zwiespalt wurde benutzt, die Gesetzgebung zu verzögern, die Regierung zu schwächen, die Besitzerung in Unruhe zu versetzen und zu empören. In Baden, Köln, Frankfurt sehen wir den offenen Aufruhr, in Beziehung von Meuchelmord und Gräuelszenen. Männer, welche ihren Absichten vor diesen Greueln offen aufsprachen und ihre warnende Stimme erhoben, wurden als bornirte Moralisten der Verachtung der Menge preisgegeben und man scheute sich nicht, in Volksversammlungen öffentlich zu erklären, daß die Rotte, welche in Frankfurt den deutschen Namen und das deutsche Volk in seinen Vertretern geschändet, sich um das Vaterland wohl verdient gemacht habe. Von den Vertretern der deutschen Nation in Frank-

furt verworfen, glaubte diese Faktion den geeigneten Boden ihres fernern Wirkens in Berlin zu finden. Leider konnte der äußere Anblick unserer Stadt einen solchen Wahn wohl möglich machen. Die preußische Nationalversammlung hatte es nicht als ihre erste und dringendste Aufgabe erkannt, das Grundgesetz des Landes mit der Krone festzustellen, um der unbestimmten Unsicherheit aller Lebensverhältnisse schleunigst ein Ende zu machen. Sie nahm nicht darauf Bedacht, wie die durch die Erschütterung der obersten Staatsgewalt wankend gewordene gesetzliche Ordnung zu stärken; die Unordnung stieg vielmehr, indem man sie kühig gewähren ließ. Die Regierungsgewalt wurde geschwächt durch Eingriffe in Funktionen, welche nur der ausführenden Gewalt zustehen; so wenig konnte das Erkenntniß, daß ohne Ordnung keine Freiheit möglich sei, die Nationalversammlung durchdringen, daß sie es nicht einmal der Mühe werth erachtete, Vorkehrungen zu treffen, um ihre Mitglieder vor brutaler Gewalt und die Freiheit ihrer Berathungen zu schützen. Die Folge dieser Verhältnisse war natürlich, daß die Begriffe von Recht und Ordnung im Volke immer mehr verwirrt und das Gefühl der Sicherheit immer geringer wurde. Angesichts der Denkmale hoher menschlicher Bildung mußten wir in Berlin Scenen der Barbarei erleben, die noch vor wenigen Monaten für unmöglich gehalten waren. Wie Mühe gelang es den redlichen aufopfernden Anstrengungen unserer Bürgerwehr, die legten Spuren der Exzesse abzubrechen, welche das allgemeine Wohl bedrohten. Verbieten konnte sie zwar immer öfterer Wiederholung nicht, da die geschwächte Regierungsgewalt dem Gesetze keine Achtung mehr verschaffen konnte. Vier Ministerien hatten es versucht, das Staatsschiff durch die Stürme zu lenken, welche keine äußere Macht oder Gewalt, nein, das Volk selbst zu seinem eigenen Untergange heraufbeschworen hatte. Sie verwochten es nicht, weil sie von der Nationalversammlung unterstützt wurden. Diese hielt sie hoch für ihre Pflicht — ganz abgesehen von unserer konstitutionellen und legislatorischen Entwickelung — die Staatsgewalt zu so stärken, daß dem Gesetze wieder seine Achtung wurde. Sie stellte sich unter den Schutz der das Sitzungslokal belagernden Massen, denen sie den Ertennamen Volk beilegte, und aus ihrer Mitte heraus wurden sogar Verbindungen mit benjenigen unterhalten. Sie sah durch und durch die Regierung den Strom fluß und dem Terrorismus Derer Preis, welche jene Massen dirigirten. So geschah es, daß in der Hauptstadt des preußischen Staats, in dem Mittelpunkt unserer Bildung, wir einer Gesetz- und Zügellosigkeit zu unterliegen schienen, welche nicht nur ein Hohn der Freiheit war, sondern wir uns rühmen, sondern wir auch den preußischen Staat, das Mark der ersten norddeutschen Volksstämme, die Vormauer gegen Osten, die Schutzmauer Deutschlands nach Nord, Oft und West, die Pflegerin deutscher Gesittung und Größe in den Grundpfeilern erschüttert und uns dem sicheren Untergange entgegen führte. Wir standen am Rande des Verderbens. Da war es die heilige Pflicht derer, in deren Hand die Geschicke unserer Monarchie gelegt waren, Hand ans Werk zu legen, das Vaterland zu retten. Es gab dazu nur ein Mittel: der National-Versammlung die Freiheit wieder zu geben, die sie unter den Einflüssen der eingerissenen Zügellosigkeit in der Hauptstadt verloren hatte und unsere Stadt wiederum zum Bewußtsein der Oberherrschaft des Gesetzes zu bringen. Indem die Regierung dieses Mittel ergriff, sie nicht nur ihrem, sie that ihrem schwer zu bestreitenden formellen Rechte, sondern hatte auch das höhere Recht auf ihrer Seite, welches in ihrer heiligen Pflicht lag, das Vaterland aus der Gefahr zu retten, in welche die Anarchie es geführt hatte. Mit tiefem Schmerze empfanden wir die Strenge der Maßregeln, welche zur Rettung des Vaterlandes in unserer Stadt ergriffen werden mußten. Insbesondere betrübte es uns, daß unsere Einrichtungen gegen unsere Bürgerwehr, Gefühle verletzt zu sehen, die wir nur als edle anerkennen konnten. Die Bürgerwehr verschuldete nicht, was Einzelnen in derselben oder ihrer Oberleitung zur Last gelegt werden konnte. Sie hatte stets mit Aufopferung von Gut und Blut dem Throne unserer Stadt und des Vaterlandes sich gewidmet. Wie fühlen es deshalb auch für unsere dringendste Pflicht, Alles zu thun, um Mißverständnissen vorzubeugen, welche sich begreiflicherweise gerechtigte Ehrgefühl unserer thätigsten treuen Bürgerwehr verletzen konnten. Wir mußten indessen dem Drange der Umstände nachgeben und Trotz in der Ueberzeugung finden, daß allerdings noch größere Gefahren für das Vaterland in halben Maßregeln lag, welche, ihres Zweckes verfehlend, den ganzen Staat zerrütten konnten. Aber noch tiefer mußten wir das Bedauern eines jeden treuen Mannes theilen, daß in der eingetretenen Krisis beklagen. Statt, wie es das Heil und die Rettung des Landes gebot, sich eben hierzu mit der Krone in das engste Einvernehmen zu setzen und dem in der Freiheit und Ordnung geschützten, ersehnten Frieden dem Lande zu geben, stehen wir diese Fraktion unserer Volksvertreter selbst die Fahne der Gesetzlosigkeit erheben, die Staatsgewalt an ihrem Theile vernichten, ja durch die ausgesprochene Steuerverweigerung mit die Fackel des Aufruhrs in das Land werfen. Dieser Theil der Nat.V. hat eben so sehr seine Stellung und seine Befugnisse als die Stimme und den Willen des Landes verkannt. Er hat und durch sein Verfahren an einen Abgrund geführt, vor dem wir, und wir sprechen es mit voller Zuversicht aus, alle edlen Preußen zurückschaudern. Die Wahn zum blutigen Bürgerkriege, die damit eröffnet ist, wird das Volk nicht betreten. Es wird nicht den Untergang Preußens und Deutschlands in dem Versuche wollen, eine Republik hervorstellen, der es an allen sittlichen und politisch-ökonomischen Grundlagen fehlt. Es wird den festen Willen nicht aufgeben, ein konstitutionelles Preußen aufzubauen, im engsten Bunde mit Deutschland, getrieben von der Anwendung des deutschen Geistes und seiner Zivilisation, in einer gedeihlichen Geschichte von hundertern. Dies ist unsere Ueberzeugung! — Mitbürger nahe und fern, wir hoffen zuversichtlich auch die eurige! Wir wollen freie Männer sein, wir wollen keine der Rechte, keine der Freiheiten und verkümmern lassen, welche die unabweisbaren Forderungen unserer Zeit sind. In dem festen Glauben an die Macht der großen Ideen, welche unsere Zeit bewegen, halten wir jede Reaktion für unmöglich, wenn nicht schon die erneuten feierlichsten Zusicherungen jede derartige Befürchtung abweisen. Aber wir wollen nicht die Gräuel der Verwüstung, nicht die Herrschaft der rohen Gewalt, nicht den Untergang unseres edlen Volkes durch Selbstmord. Darum, Mitbürger, schauen wir uns um den Einheitspunkt unseres Vaterlandes, den konstitutionellen Thron. Kräftigen wir unser Volk, indem wir die Krone kräftigen. Laßt den Frieden und die Freiheit wieder einkehren in unser Land, den Frieden mit dem Königshause! — und die Liebe und das Vertrauen, welche wir zeigen, wird mächtiger sein, als alle Gewalten, und uns und mit uns und Deutschland groß, frei und glücklich machen, wie wir es in dem Maße früher nie gewesen sind und in anderer Weise niemals werden können. Berlin, 21. November 1848. Der Magistrat.

L. Berlin, 22. Nov. Die Entwaffnung der tapfern Berliner-Bürgerwehr ist nunmehr als vollendet zu betrachten, und als freudige Leichtragende stehen wir am Grabe des seligen Instituts, dessen Wirksamkeit oder vielmehr Nichtwirksamkeit von so verderblichem Einflusse auf die Geschicke des ganzen Landes gewesen ist. Möge sie bei ihrer glücklichen Rückkehr mit 6 Monaten brausenden, Heergesängen einen Pöbhut gleich gekämmt und der etwas unsoubern Asche ihrer Vergangenheit wieder erstehen; möge ihre zweite Existenz endlich dem bisher so unverdienten Namen einer Wehr der Ehre machen, oder möge sie, dies wünschen wir allerdings viel schnlicher, als jenes, sanft fortschlummern bis zu jenem Tage, wo die Trompeten des jüngsten Gerichts ihre verstummten und schellingen Posaunen ertönen werden, und wo sich von selbst die Böcke, die verschiedenen wie die unverschnittenen, von den Schafen trennen müssen. Wir gehen weiter in unsern Wünschen, wir hoffen zu Gott, der Berliner Bürgerwehr mögen recht bald ihre sämmtlichen Schwestern in der Provinz (die der kleinern ohne Besatzung oder starke Polizeimacht gestalteten Städte freilich ausgenommen) nachfolgen und damit dem Staat von einem permanenten Revolutionsherde befreien, welches zeit lange genug die Pulsadern desselben vergiftete und hier in Berlin schon in drei großen Pestheulen — am 14. Juni, 21. Aug. und 31. Oct., der kleinsten Geschwüre nicht zu gedenken — ausgebrochen ist. Diese eine Errungenschaft der Volksbewaffnung opferten wir gern auf dem Altare der Reaktion und fingen da so profundis mit ungebrochenem Muthe und mit vollem Herzen. Die Bürgerwehr hat nicht verhindern können, daß die schändlichen Exzesse, welche die Bürgerwehr nicht verhindert hat, und welche ohne die gemüthliche Straflosigkeit, die ihrer Existenz dem edlen Volke bei seinen Petitionen und Demonstrationen, bei seinen Plünderen und Demolirten von vorn herein zusicherte, gewiß niemals versucht worden wären; sie hat nicht verhindern können, daß die gewissen Herren Barrikadenhelden lange Sündenregister, dem vom 19. März bis 31. Okt. faß jede neue Woche neue Thatsachen hinzufügte. — Wir haben es ja nun noch mit dem moralischen Gissaufe zu thun, den die Volksbewaffnung auf unsere wackern Berliner Staatsbürger und ohne Zweifel auch mehr oder weniger auf die Bewohner der Provinzen geübt hat. Die Bajonnete, von wer irgend dem Thun und Treiben unserer Armee mit runden Hüten und großen numerirten Kokarden von ihren Gnadenherrn sich zu ihrem endlichen seligen Ende gefolgt ist, wird unsere Bedauptung gewiß nicht in Zweifel ziehen, wir behaupten, daß der Dienst derselben eine verderbliche Schule des Müssiggangs, eine unersprießliche Quelle liederlicher und geistiger Demoralisation gewesen ist, und daß der Entschädigungsanspruch, welchen für die große Masse der kleinen Gewerbstreibenden, auf denen sie hauptsächlich bestand, noch mehr aber für deren Familien, als ein unberechenbares Unglück betrachtet werden müßte. Der Mann, der die saßbare Seite, welche den Seinigen das Brod ins Haus schaffen soll, in der Wachstube oder auf Patrouillirten in den Straßen verlieren muß, hilft nicht allein den Tag ein und die Frucht der ungeheuren Arbeit, sondern, was noch viel schlimmer ist, die Lust an seinem Geschäfte, den Fleiß und die Aufmerksamkeit, deren wir allen, ein jeder in seiner Sphäre bedürfen, wenn nicht das Gesammt-Produkt der Arbeit vermindert werden, d. h. die Summe des National-Wohlstandes empfindlich abnehmen soll. Der Mann, der 24 Stunden um den Wachstube zugebracht, oder die halbe Nacht öffentliche Häuser durchstreift hat, kommt nicht allein mit leeren Taschen zu Hause, weil er das Geld, welches er sonst seiner Familie zuwendete, vertrunken oder verspielt hat; er kehrt, was schlimmer ist, mit wüstem Kopfe in den Kreis der Seinigen zurück; nur zu leicht ist der erste Anfang zum Verfall seines Hausstandes gemacht und daß herrscht Unfriede, Mangel und Roheit, wo früher eine heitere Familie Ruhe und Zufriedenheit fanden. Wir leiten nicht, man zucke nicht die Achseln, wenn wir der Zeit der Errungenschaften eine vielleicht etwas prosaische und spießbürgerliche Moral aufdringen wollen. Man frage nur unsere Prediger und Aerzte und man wird mit Entsetzen vernehmen, welche Opfer das Soldatenspielen der Berliner schon in wenigen Monaten gefordert hat. Während der ehrsame Bürger oft in abenteuerlichen Costüm die Wachtlust auf der Schuller auf den Posten geht, von dem Niemand und er selbst am wenigsten erwartet, daß er ihn im Falle eines Angriffe behaupten werde, geben die eigentlichen Soldaten still lächelnd spazieren und die Demokraten, welche vor den brutalen Bajonnetten der legteren „der vertheirten Söldlinge" mehr Respekt haben, Aufstehen Beifall.

Berlin, 23. Nov. Am 20 Abends fand im k. Schlosse unter Zuziehung des General-Auditeurs Friesius eine Berathung über die Modali-

tälen statt, welche den in den nächsten Tagen in Thätigkeit tretenden Kriegsgerichten zu Grunde zu liegen wären. Wie es heißt, sollen die am meisten Gravirten unter den im Lauf der vorigen Woche Verhafteten kriegsrechtlich beurtheilt werden, und wäre somit das Gerücht, der Belagerungs-Zustand werde schon in den nächsten Tagen seine Ende erreichen, unrichtig. — Viele Feuerpolizeilige Bürger Berlins haben in einer Adresse erklärt, daß die Steuerverweigerung ungesetzlich sei, daß sie ihrer Pflicht gemäß, und als Ehrenmänner, auch ferner die Steuern entrichten würden, und daß die zuverlässigsten Mitglieder der Nationalversammlung ihr Vertrauen verloren hätten. — Der Ober-Appellations-Senat in Kammergerichts hat die neuerlich zu gegen das Justitium (d. h. gegen die Einstellung der richterlichen Thätigkeit) während des Belagerungszustandes ausgesprochen, weil durch den letztern der Verkehr hier in seiner Weise gehört werde. Wie man hört, wird die von den Stadtverordneten zur Prüfung und Berichterstattung über den Wönigerschen Antrag gewählte Kommission dem Vorschlag machen, demselben die motivirte Tagesordnung zu ertheilen. Die Gerüchte, daß das Bankierhaus Schickler den hier zurückgebliebenen Mitgliedern der Nationalversammlung einen Vorschuß auf deren zurückbehaltene Diäten zu machen angeboten, ist ungegründet. Eben so entbehrt die Nachricht, daß die Abgeordneten Fürstenwalt und Kratzenwalt Berlin verlassen haben, der Begründung. — Die jetzt eindringende Landwehr hat sich besonders in den Provinzen Pommern und Brandenburg schnell und zahlreich eingefunden. In der Provinz Sachsen wurde dies auch der Fall gewesen sein, wenn nicht mehrere Landwehr-Offiziere öffentlich davon abgeraten hätten. Neunzehn solcher Offiziere sollen deshalb bereits verhaftet sein und vor ein Kriegsgericht gestellt werden. (Berl. N.)

Breslau, 20. Nov. Der Regierungspräsident Frhr. v. Kottwitz hat eine Erklärung gegen die Steuerverweigerung erlassen, in welcher es u. A. heißt: „Eine Steuerverweigerung beeinträchtigt unmittelbar weniger den Minister, als das Volk, und ich kann daher eben so wenig nach meiner Amtespflicht, als im Interesse der Bevölkerung des hiesigen Regierungs-Departements, welches sich in meinem Wirkungskreise stets wahrzunehmen mich bestrebt habe, eine Steuerverweigerung zulassen. Meine besonders dringende Aufforderung und Bitte richte ich an die Mitglieder der achtungswerthen Bürgerwehr von Breslau. Sie haben in einer Reihe von fast 8 Monaten mit regem Eifer die Sicherheit der Personen und des Eigenthums geschützt, so daß mit Ausnahme eines unglücklichen Zufalles, der Verlust keines Menschenlebens zu beklagen ist, und Niemand einen irgend erheblichen Schaden an seinem Vermögen erlitten hat. Es ist nicht zu läugnen und muß anerkannt werden, daß es hart und in die Dauer schwer zu ertragen ist, wenn der Familienvater, nach angestrengter Arbeit des Tages, des Abends, anstatt in der Mitte der Seinigen einige Stunden wohlverdienter Erholung zu genießen, unaufhörlich alarmirt wird und seinem Hause oft bei schlechtem Wetter und der Straße zubringen muß. Stehen Sie aber, den durch so viele Anstrengungen erworbenen Ruhm zu behaupten, welcher verdunkelt werden würde, wenn auch nur ein einziges Mal der Schutz der Bürgerwehr nicht genügend sollte." — In Schweidnitz hat die Kommandantur der Zivilbehörde angezeigt, daß bei Nacht auf militärische Posten scharf geschossen worden sei, und die Wache daher jeden, der sich Nachts in verdächtiger Weise nähere, verhaften und nöthigenfalls habe erschießen müssen. Schlimmste Gebrauch machen werde. Die Thore werden dort um 8 Uhr Abends geschlossen — Von Neisse sind die Pionire nach Breslau abgegangen, die Bildung einer permanenten Sicherheitsausschusses ist dort von der Staatsbehörde abgelehnt worden. — In Falkenberg ist am Vorabend der Reorganisation der Bürgerwehr das Rathhaus von einem Volkshaufen, darunter viele Landleute, unter Vorzeugung einer rothen Fahne, gestürmt und die Masse hat sich Waffen genommen und verschießt worden. Die Besatzung und die waffenlose Bürgerwehr war nicht im Stande, diesem Unfug zu steuern. (Kerl. N.)

Oesterreich. — * **Wien**, 23. Nov. Gestern sind Dr. Becher und Dr. Herm. Jellinek vor das Kriegsgericht gestellt und heute Morgens um 7 Uhr erschossen worden. Beide benahmen sich gefaßt und todesmuthig. Becher war förperlich nicht im geringsten angegriffen. Als über Jellinek gefällte Urtheil begründete sich durch seine maßlosen journalistischen Aufsätze, in welchen sogar die Dynastie angegriffen erschient. Beide hielten sich nach von ihnen berichteten letzten Aeußerungen für Märtyrer einer guten Sache. — Heute früh war zu Ehren des k. k. Generallieutenants, Fürsten Lieven, welcher die beiden Orden am Windischgrätz und Jellachich überbracht hat, große Militairparade am Burggässlein. — Eine andere sehr türkische Feierlichkeit fand zum Andenken des am unglücklichen 6. Oktober gefallenen Generalmajors Broby statt, indem ein Trauergottesdienst abgehalten wurde. Die hiesige Bürgerschaft soll die Absicht haben, dem Fürsten Windischgrätz eine Dankadresse zu überreichen. Derselbe soll — von dem Kaiser aufgefordert, sich eine Gnade auszubitten — den Kaiser um diejenige gebeten haben, daß nach Wien zurückzukehren. — Der Generalmarsch hat beschlossen, die Vertheilung von Brodzeiteln mit Ende dieses Monats einzustellen, da viel Mißbrauch damit getrieben worden war. — Gerüchte vom Einrücken der k. k. Truppen in Oedenburg und Preßburg haben sich bisher nicht bestätigt. — Das Strafurtheil über den Kommandanten der akademischen Legion, Aigner, das auf Tod lautete, ist in Festungsstrafe umgewandelt worden. — Die aus Gallizien eingelaufene Eingabe zur Theilung dieses Landes in den ruthenischen und maßurischen Antheil soll bei den neuen Ministerium Anklang finden. Bekanntlich sind Ruthenen und Polen durch Religion, Sprache und Sitte streng von einander geschieden. — Im Olmütz wurde am 22. d. ein feierlicher Gottesdienst zur Inauguration des Reichstags abgehalten. — Das Verbot, sich während des Belagerungszustandes zu versammeln, hat in der Art Ausnahmen erhalten, daß sowohl die Mitglieder des neuen Ober. Gemeinderathes, als jene der wertzinischen Fakultät die Erlaubniß erhielten, die ihnen notwendigen Verhandlungen, wie früher, zu pflegen. — Heute soll der allgemeine Angriff gegen Ungarn beginnen. — Die Basteien um Wien werden immer stärker befestigt, auch soll das Belvedere in den Rayon der Befestigung eingezogen und auf eine Ausdehnung derselben durch Thürme nach dem Vordrike von Linz Rücksicht genommen werden. — Die Universitätsstadt wird dem Vernehmen nach zur Kaserne umgeschaffen. — Ein starkes Bivouak ist bereits in deren Umgebung Tag und Nacht zu finden.

* **Wien**, 24. Nov. Der Porträtmaler und ehemalige Kommandant der akademischen Legion, Aigner, zum Tode verurtheilt — ist vom Fürsten Windischgrätz vollkommen begnadigt worden. — Am 22. d. wurde der Reichstag in Olmütz abermals eröffnet, und wurde zunächst Smolka zum Präsidenten, Mayer zum ersten und Lasser zum zweiten Vizepräsidenten. Schuselka hielt einen Vortrag über die Stellung des Reichstags in der letzten Zeit. Die nächste Sitzung ward auf den folgenden Tag bestimmt. — Von heute an wird bei allen Linien die freie Passage von 5 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends frei gegeben; nach 8 Uhr ist jedoch die Passirung der Linien nur gegen Passirscheine gestattet. — Gegen Verschwörungen abhandenen gekommener Gefahren ist eine eindringliche Warnung ergangen, und es werden von Seite des Gemeinderathes im Auftrage Sr. Durchl. des Fürsten Windischgrätz energische Anstalten getroffen, um den durch die Ereignisse herbeigeführten Schaden so viel als möglich wieder gut zu machen. Bittschriften der Betheiligen werden mit Bereitwilligkeit entgegen genommen. — Die Börse anfangs sehr matt, und Livorn. Eisenb. Aktien bis 6¼ gedrückt, schloß zu Ende fester. Wechsel und Gold fortwährend begehrt und erstere sehr gesucht. 5% Metall. 77¼, 4½ 65, 2½% 40⅞, Bankaktien 1090, Loose von 1834 133, Dreißen von 1839 88, Nordbahn 97¼, Mailänder 66, Glogganer 94, Pesther 62, Livornester 62¼, Linz-Budweiser —.

Nachschrift.

*¹ **München**, 27. Nov. Sr. t. Hoheit Prinz Adalbert von Bayern sind am 3. d. M. mit dem Dampfboote Southampton von England im Taio angelangt, und wurden auch von einer achtzigpferdigen Quartaline zu Lorre-Weiha am k. Hofe zu Lissabon auf das gastfreundlichste empfangen.

Preußen. Wir geben hiermit in gedrängtem Auszuge die wichtigsten Nachrichten aus diesem Staate. Düsseldorf und Marienwerder sind im Belagerungszustand erklärt. In ersterer Stat ist Lasalle verhaftet worden. — Von allen Seiten nähern sich die Adressen für das Ministerium — in der Umgegend von Berlin circulirt eine derartige Adresse, mit bereits 68 000 Unterschriften. — In Berlin ist Ruhe vollkommen hergestellt worden. In Königsberg entwickelt die demokratische Partie eine außerordentliche Thätigkeit, um das Landvolk gegen die Regierung aufzuwiegeln. Dem Abgeordneten Tamnau in Königsberg ist sein Mandat entzogen worden. Die Frage der Steuerverweigerung scheint durch den gestanden Sinn der ungeheuren Mehrzahl des Volkes entschieden zu sein. Nicht allein die Gemeinden der Residenzregierungen, sondern selbst die ganzen Bauern erklären sich gegen die Verweigerung; so haben die Bäder, Metzger rc. in Stettin schon, der seine Steuern nicht bezahlen würde, durch öffentlichen Ausschlag für einen Schuft erklärt. Von Berlin sind am 23. die hiesigen Adressen mit einer Adresse an die Reichsversammlung, worin die Angaben Bassermanns gerade als Entstellung und Lügen hingestellt sind. Ohne Zweifel wird Hr. Bassermann, der als Ehrenmann ohne Makel bekannt ist, seinen Bericht mit Beweis halten können.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 25. Nov. Oesterr. 5proz. Metall. 69⅝, 4proz. 57, 3proz. 21, proz. 35½. Bankaktien 1130. G. 500 fl.-Loose 119½, fl. 250 fl.-Loose 79½. Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine —. P. — G. Staatsschuldscheine 31, proz. 75½. — Bayer. 3½ proz. 75⅛. — Ludwigs-Berbach. 64⅜. — Württemberg. 3½ proz. 75½. 4½ proz. 92½. — Bad. 3½ proz. 72½. — Lotto-Anlehen à 50 fl. 45½. — Hessen-Homburg. 4proz. 75. Lotto-Anlehen von 50 fl. 60. 25 fl.-Loose 21⅜. — Kurhessische Prämien-Anleihe-Scheine 40½. — 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½ proz. 79½. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. Proz. 77½, 3½ proz. 90½. — Taunusbahn 268. — Holland. Integr. 47½. — Holland. 4proz. innere Schuld 18½. — Poln. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 69¾. — Sard. 36 Fr.-Loose 25½. — Dän. 1½.

Paris, 23. Nov. 5proz. 42.—, 5proz. 64.60. Sechsch. — Bankaktien 1325.—. Staatsobligationen 1130. Eisenbahn-Aktien 810.—. Central von Alzier —. Belg. Sproz. von 1840 77¼, von 1842 —. 4½proz. 72, 71½. 3proz. —. 2½proz. —. Belg. Bank —. Neap. Sproz. —.—. Röm. 5proz. 64½. Span. 5proz. 24½. Aktien —. Passive —. Piem. 830. Haiti 190. St. Germain —.—. Versailles (rechte) —.—. (Linke) 95.—. Orleans 580.—. Rouen 1350.—. Havre 1400.—. Marseille 152.50. Basel 77.50 Bierzen 21.75. Boulogne —.—. Bordeaux 362.50. Nordbahn 340 —. Montereau 100.—. Lyon 355.—. Straßburg 326 25. Rennes 310.—. Dieppe —.—. Creaux —.—. Montpellier —.—. Le Telle —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Sonntag, den 26. November 1848.

Aus Berlin vom 22. Nov.

Den Magistrat der preußischen Hauptstadt hat eine vom 21. datirte Proklamation, überschrieben „an unsere Mitbürger!" erlassen, in welcher mit den treffendsten Zügen der unerhörte Zustand, der in Berlin eingerissen war, geschildert, die schwere Missethat der Nationalversammlung rücksichtslos dargestellt, das Recht und die Pflicht der Krone zu den von ihr für Wiederherstellung der monarchischen und materiellen Ordnung und des Gesetzes getroffenen Maßregeln feierlichst ausgesprochen und anerkannt, endlich aufgefordert wird, sich um den konstitutionellen Thron zu schaaren, um durch Kraftigung der Krone das Heil wieder zu kräftigen, und den Frieden im Lande und mit dem Königshause wieder zurückzuführen. (Wir werden das ganze wichtige Aktenstück vollständig nachtragen.) — Die Einlagerungen zu freiwilliger Vorausbezahlung der Steuern auf ein ganzes Jahr hinaus mehren sich. Eben so finden wir in den Blättern zahlreiche Aufrufe von Veteranen, darunter einen vom Generalmajor a. D. v. Sydow aus Frankfurt a. d. Oder, und Landwehrmännern zu kräftigem Zusammenwirken mit der Regierung gegen die Anarchisten. Generalmajor a. D. v. Sydow fordert unter Erinnerung an das Jahr 1813 die Veteranen des ganzen Landes auf, an einem zu bestimmenden Tage vor den Thoren Berlins auf dem Niederschlesisch-Märkischen Bahnhofe sich zu sammeln und durch eine weiße Binde am Arme sich kenntlich zu machen. Sie sollen dem Irrwahne entgegentreten, der die Köpfe verrückt, nöthigenfalls aber sollen die Söhne eher über die Leichnamen der Väter schreiten, ehe die Rechte der Krone angetastet werden.

△ Berlin, 22. Nov. Das gestrigen Abends von dem Präsidium Unterzeichnete Verzeichniß der zum Rumpfparlament gezählten Abgeordneten führt 279 Nummer auf. Mit welcher Genauigkeit man aber bei Aufertigung desselben zu Werke gegangen, erhellt schon aus dem Umstande, daß sämmtliche Deputirte, welche gegen den Steuerverweigerungsbeschluß protestirt haben und die 50 schriftlichen Bouern, welche notorisch eingeschrieben sind, als nicht zugehörig gerechnet werden! Auch der Abgeordnete Taschaus mag unter den Ueberresten des Hrn. v. Unruh figuriren, obschon er, wie wir aus bester Quelle versichern können, die Absicht gehabt hat, dieser seit dem 14. Nov. mehr als zweifelhaften Ehre theilhaftig zu werden. Gegenstelle können wir aufs bestimmteste versichern, daß der gestern Abends bereits 237 Abgeordnete bereit und vollzählig waren, dem Rufe nach Brandenburg zu folgen. Charakteristisch ist, daß sich zahlreiche Familien namentlich aus Schlesien nach Berlin flüchten und freimüthig die Gesinnungen der demokratischen Freiheitsbeförderung zum Schrecken unsres Belagerungszustandes verwünschen. — Die Unentschiedenheit, die seit einigen Tagen der Partei der Linken bemächtigt hat, geht Veranlassung zu mancherlei Gerüchten und faßt sonderbare Dinge zum Vorschein kommen. Viel wird unter anderen besprochen, daß wenn gewisse Pläne in Erfüllung gegangen wären, manche Abg. der Rechten die westlichen Provinzen als Hergenthum zu Stiften zu suchen. — Der Minister Hansemann ist von Frankfurt wieder hier eingetroffen. — Heute Nachmittag sind die Reichsdommissäre Hergenhahn und Simson in Begleitung Müller's nach Potsdam gefahren. — v. Berg befindet sich in seine Heimath zurück, da der eigentliche Abgeordnete von Jülich, Hr. Mylius, der bisher in der Frankfurter-Versammlung sich, seiner Pflicht in der preuß. Kammer einzunehmen in Begriff steht. Unter den Mitgliedern der äußersten Linken herrscht große Niedergeschlagenheit, da das linke Zentrum immermehr in dem Willen noch Brandenburg zu gehen befestigt wird. — Von Waldeck wird heute Abend eine Schrift gegen Bossermann und seine Schilderung der Berliner Zustände ausgegeben werden. Auch v. Kirchmann hat gestern Abend in der demokratischen Korrespondenz eine gehässige Erklärung gegen die Provinzen geschickt.

⊙ Berlin, 22. Nov. Die Deputirten der Städte Köln, Koblenz und Trier sah vom Minister-Präsidenten folgenden Antwortschreiben erhalten: „Die Herren Deputirten der Gemeinderäthe zu Köln, Koblenz und Trier benachrichtige ich ergebenst, daß der Königs Maj. die Deputation in einer Audienz zu empfangen Anstand genommen haben, da ich die Vorstellung derselben mit den Adressen, womit sie bereits mündlich der Deputation gestern mitgetheilt habe, wiederholt mich bekannt machen konnte. Nachdem bereits zahlreichen Deputationen dieser Gemeinden und darunter mehrerer großen Städte unter den obwaltenden Verhältnissen das gleiche Gesuch abgelehnt worden ist, kann in diesem Falle ohne begründete Beschwerde derselben keine Ausnahme gemacht werden. Wenn jedoch die Herren Deputirten schriftlich ihre Ansichten und Wünsche Sr. M. dem Könige mittheilen wollen, so wird es meine Pflicht sein, sie mir zugestellten Eingaben und Adressen unverzüglich zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen. Berlin, 21. Nov. 1848. gez. v. Brandenburg."

Berlin, 22. Nov. (Handel und Spenersche Ztg.) Was wir schon vorgestern und gestern berichteten sagt die hier erscheinende „Coalitionelle Correspondenz"), daß die Fraktion des Hotel de Russie der Rechten sich nähere, können wir heute als sicherster Quelle uns bestätigen, so daß kaum ein Zweifel übrig bleibt, daß am 27. eine reichlich beschlußfähige Versammlung in Brandenburg zusammen kommen wird, auch ohne die beiden Linken, die übrigens ebenfalls schon ausgefordert haben sollen, daß sie in Brandenburg zur Wahrung ihrer Zwecke nicht fehlen würden. — Aus amtlicher Quelle geht uns folgende Berichtigung zu: „In der Hand- und Spenerschen Zeitung, Stück Nr. 272, findet sich ein Artikel, welcher die in der heutigen Zweihundertschen Buchdruckerei durch ein Militär-Kommando ausgeführte Haussuchung und dabei vorgekommene Uebergriffe bespricht, jedoch der sachlichen Berichtigung entbehrt. Die gemeinte Buchdruckerei war braunt worden, verschiedene bösartige Schriften zu drucken und zu verofentlichen, angeachtet des durch die Zeitungsstände hervorgerufenen Verbots der Polizei. Diese Ueberschreitung und Verletzung des Polizeiverbots mochte während des angeordneten, gegenwärtigen Belagerungszustandes der Stadt Berlin und Umkreises von zwei Meilen, ein energisches Einschreiten der obrigkeitlichen Gewalt zur Verhinderung der Verbreitung böswilliger, bei Regierung feindlicher Tendenzen nothwendig und es mußte in den jetzigen Zeitverhältnissen die Beschlagnahme der Druckerei durch ein Militär-Kommando ausgeführt werden. Nach den hierüber stattgegangenen Meldungen ist die in der Druckerei befindliche Schnellpresse durchaus nicht weiter beschädigt worden, als daß von derselben, um ihre Thätigkeit zu hindern, einzelne Schrauben abgenommen, und solche bei der hiesigen k. Kommandantur deponirt worden sind. Auch ist der Schrift, welcher sich bei Ausführung der in Rede stehenden Haussuchung des Weinbiehlahrs schuldig gemacht, sogleich ermittelt und zur gerichtlichen Untersuchung gezogen, und wird seine gesetzliche Bestrafung durch das kompetente Militärgericht unnachsichtlich erfolgen. — Die „Kunst- und Neuwaldsche Hauptritterschafts-Direktion" hat uns vorgestern eine Berichtigung zukommen lassen, aus welcher jedoch deutlich hervorgeht, daß die heilige Direktion unter Zeitung nicht zur Hand gehabt: denn einmal haben wir gar keine Bedeutung „lokales", und zweitens war die, von der x. Direktion wörtlich angeführte Stelle nicht in unserer Zeitung enthalten. Wir hatten nur eine ähnlich lautende Nachricht. — Die National-Zeitung hat vorgestern der gegen sie verhängten Suspension den Rechtsweg betreten. Der Kurmärker Brangel beschritten, indem sie gegen denselben beim Kammergericht eine Possessorien- (Besitzstörungs-) Klage angestellt hat. Das Kammergericht hat die Klage nach einer weitläufigen, in einer Plenarsitzung stattgehabten Erörterung gestern zurückgewiesen, weil das Militär eine faktische Besitzstörung gegen die National-Zeitung gar nicht ausübte, indem weil diese Zeitung ihre Geschäfte auf Grund einer schriftlichen, ihr vom Polizeiamte zugestellten Verfügung selbst eingestellt habe, und weil gegen politische Maßregeln das Polizeirecht der Rechtsweg nach §. 1—3 des Gesetzes vom 24. Mai 1842 und einem Erkenntnisse des k. Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte vom 11. März 1848 (S. 190 im Justiz-Ministerialblatt v. J. 1848) nicht zulässig sei. — Die Soldatenverbrüderung, welche kürzlich mit dem General Wrangel im Anfange ihrer Besammlung verhandelten, waren vorgestern zum Diner bei dem Oberbefehlshaber. Die Militärfraternisirung Seitens der hiesigen Bürgerwehr hat ihren ungestörten Fortgang. Bei vorgestern sind hierher über 19,000 Gewehre, welche die Bürgerwehr vom Staate empfangen gehabt, zurückgegeben worden. Außerdem ist eine Menge Büchsen, Säbel und Hirschfänger und eine bedeutende Anzahl von Patronen abgeliefert worden. Ernste sind so viel bei Lelanat geworden, daher nirgends vorgekommen. Ueberhaupt herrscht jetzt in der Stadt, nachdem die ersten Tage des Belagerungs-Zustandes vorüber sind, eine Ruhe, wie man sie sei den Märztagen nicht mehr gekannt hat. Die Fremden-Controlle auf den hiesigen Eisenbahnhöfen wird von unserer Polizei mit großer Humanität ausgeübt, und alle unnöthige Belästigung der Reisenden und Möglichkeit vermieden. Auf dem Steettiner Bahnhofe wurde gestern bei dieser Gelegenheit ein junger Kaufmann aus einer westpreußischen Stadt, angehalten und verhaftet, welcher seinem Privatzwecke mit einer namhaften Summe Gelbes durchzugehen war und die Absicht hatte sich von hier nach Hamburg zu begeben. Dieser Fremdling, welche in Folge der letzten Ereignisse Berlin verließen, kehren jetzt wieder zurück, da die Ruhe hier gegenwärtig gesichert erscheint. Auch Deputationen haben sich viele Personen wegen der dortigen unruhigen Zustände hierher geschickt.

Das Prenzlauer Landwehrbataillon ist in 3 Tagen zusammengetreten und in seiner vollen Stärke von 802 Mann am 21. früh über Templin, Zehdenick, Oranienburg in die Gegend zwischen Spandau und Berlin abmarschirt. — Der katholische Pfarrer Hoffmann zu Dierenbrock von Breslau hat unter 17. an alle seine Diözesanen die Ermahnung erlassen, daß es heilige Pflicht sur jeden Katholiken sei, die Steuern an die Königlichen Behörden zu zahlen. — Die Regierende" dieser Provinz vor bösmilligen Gerüchten, als sei es die Absicht des Königs und der Minister, die ihnen bei seit einer Reihe von Jahren bis in die letzte Zeit ertheilten Rechte zu entziehen. Es werden denselben vielmehr noch weitere Erleichterungen in Aussicht gestellt. (Wir werden beide Dokumente nachtragen.)

Berlin, 20. Nov. Die Militärmacht in Berlin besteht aus 3 Bataillonen des zweiten Garderegiments zu Fuß; 3 Bataillonen Alexander Grenadiere; 3 Bataillonen Franz Grenadiere; 3 Bataillonen des 12. Infanterieregiments; 3 Bataillonen des 24. Inf.-Reg.; 2 Bataillonen des 2. Inf.-Reg.; 2 Bataillonen des 9. Inf.-Reg.; 2 Bataillonen des 2. Inf.-Reg.; 2 Bataillonen des 9. Inf.-Reg.; 1 Bataillon des 10. Inf.-Reg. und 1 Bataillon des 31. Inf.-Reg., dem Garde-Jägerbataillon und der 3. Jägerabtheilung. Dann 2 Schwadronen Kavallerie und etwa 36 Geschütze, insgesammt 18,000 Mann. Diese Truppen stehen unter dem Kommando des Generals v. Thümen. Sie sind sämmtlich in sichern Lokalen königl. Gebäuden untergebracht, deren Besitz entscheiden für die Behauptung der Stadt ist. 25 Schwadronen Garde- und Linienkavallerie mit verhältnißmäßig starker Artillerie und mit Infanterie-Reps's, gegen 6000 Mann, unter dem Kommando des General v. Prittwitz, haben die Stadt von Außen cernirt. Potsdam ist mit 3 Bataillonen Garde, 5 Schwadronen Garde- und Linien-Kavallerie und einer halben Batterie besetzt. Von den Stabsorten der aufgebotenen Landwehrbataillone langen die günstigsten Nachrichten an. Die Kommandeure in Havelberg, Treuenbrietzen, Ruppin und Prenzlau konnten nach Verlauf von 48 Stunden nach erhaltener Ordre die Meldung bereits absenden, daß die Bataillone vollzählig seien.

Potsdam, 21. November. (Privatmitth.) Die durch ochlotratische Bübereien veranlaßte Beschädigung der Eisenbahn bildet den Gegenstand einer strengen Untersuchung. Schon haben zahlreiche Verhaftungen statt gefunden; andere stehen noch bevor und mehr als hundert Zeugen sind vorhöre. Der jüngere Dahl ist der Spur durch die Flucht entgangen. Die Eisenbahndirektion beantwortet eine Entschädigung von 1200 Thlr. Die Soldaten waren gegen den Frevel um deßwohl nicht eingeschritten, weil sie dazu keine Ordre hatten, sondern lediglich zum Transport nach Berlin beordert gewesen waren. Fast täglich kommen Ergebenheitsadressen aus den Provinzen an Se. Maj. den König nicht selten von Behörden, die sich sogar dazu hergeben, Deputationen für den Fall der Steuerverweigerung zu bieten, die Steuern anf ein Jahr voraus zu zahlen. Die Ergebenheitsadresse aus Potsdam enthält 1500 Unterschriften und parallelisirt vollständig den ultra-demokratischen Bestrebungen für das Gegentheil.—

Zur würdigen Feier der silbernen Hochzeit des hohen Königspaares hatte gestern eine Berathung in der Stadtverordneten-Versammlung stattgefunden. Am 28. wird sich eine Deputation der zegt noch lebenden Greisen und Jungfrauen, welche vor 25 Jahren die Königin bei ihrem Einzuge als Neuvermählte freudigkommuthet hatten, zu derselben begeben, um ihre Glückwünsche zu überbringen. Am 29., als dem Tage des Einzuges, werden dreißig junge Mädchen ihr das Ehrengeschenk, einen mit Edelsteinen besetzten Kranz, mit einem Beglückwünschungs-Gedichte überreichen.

Zu Breslau war es bis 21. zu keinem Zusammenstoße gekommen. Die demokratische Sicherheits-Kommission hatte am 19 beantragt, man solle eine verläßige durch Vertrauensmänner aus der ganzen Provinz zu verstärkende Behörde, mit andern Worten eine provisorische Regierung ernennen, welche die Steuern einziehen und verwenden sollte. Aber der auf dem Magistrat und den Stadtverordneten gebildete Sicherheitsausschuß verwarf diesen Antrag einstimmig als die öffentliche Sicherheit gefährdend und zum allgemeinen Verderben führend. Dieses Resultat wurde sofort durch Maueranschläge bekannt gemacht, und der demokratische Sicherheitsausschuß läse sich sofort nach dem Austritt der Vertrauensmänner auf. Die Handelskammer als Organ des Handelsstandes sprach sofort dem Sicherheitsausschuß des Magistrats und der Stadtverordneten für den gefaßten Beschluß die vollste Anerkennung aus. Die Rotten machten zwar einen Augenblick Miene, mit Hülfe eines Theils der von Schlesien und Krakauen aufgeregten Landwehrmänner etwas zu unternehmen; aber unter sich selbst gespalten, von der Bürgerwehr überwacht, wagten sie doch nicht einen offenen Ausbruch. Der abgesetzte Oberpräsident Pinder erklärt in der Breslauer Zeitung vom 21., daß er der vom Staatsministerium an ihn ergangenen Aufforderung zur Einstellung seiner Amtsthätigkeit Folge leiste, die Geschäfte des Oberpräsidiums der Provinz Schlesien dem Regierungspräsidenten von Schimmi zu Liegnitz übergebe; er thue dieß mit dem Bewußtsein, in allen Beziehungen seines Amtes stets nach Pflicht und Gewissen gehandelt und mit allen Kräften das Wohl der Provinz erstrebt zu haben.— Die Truppen in Breslau bestehen aus dem 11. Regiment mit 2000 Mann, dem 22. Regiment mit 1750 Mann, 2 Bataillonen des 23. Regiments aus Brieg, einem Kürassier-Regiment von 600 Mann und dem Schützenbataillon mit 400 Mann. Außerdem zwei Fuß- und eine reitende Batterie, jede mit acht mehlen Geschützen. In der Umgegend liegen 5 Batterien, nemlich eine reitende und 4 Fußbatterien, jede zu 4 Geschützen, zu 30 Mann Bruttenmann. Es treffen noch ein die 27. Batterie mit 8 Geschützen von Ohlau, das braune Husarenregiment und eine Pionierkompagnie von 90 Mann.

Die Düsseldorfer Zeitung bringt einen Bericht über eine große Parade der Bürgerwehrregion von Düsseldorf, der sich auch Bürgerwehrmänner aus Hamm, Süst, Derrendorf, Ratingen, Kaiserswerth und Gerresheim angeschlossen hatten. Vom Balkone des Rathhauses herab hielt der Chef der Legion an dieselbe eine Anrede, die mit heftigen aufreizenden Ausdrücken zum Widerstand gegen die Krone und selbst zum Umsturz — aufforderte. „Ja, alle sollten schwören, lieber sollen zu wollen als in der Berschwörung des guten Rechts sich wanken!" — Die größte Zahl der Anwesenden leistete den Schwur. — Hierauf erklärte Herr Dietze im Namen der Stadtverwaltungen, daß diese sich auf die Seite der Nationalversammlung gestelle. Auch ein Polizeiinspektor — Zeller heißt der Mann — bethenerte dem Volke, er sei eigens von Berlin nach Düsseldorf gegangen, um dort am Bau der Freiheit anzuhauen. Dem Oberpräsidenten Eichmann wurde eine Kasemusik gebracht. — Am Mayabend zog verummt man, daß die dortige Landwehr einberufen ist und sich ohne Ausnahme entrißt einstellt. — In Koblenz ist die Bürgerwehr aufgelöst worden, und die Regierung von Düsseldorf bis zur Wiederherstellung der Ruhe nach Cleve verlegt worden.

Der „Westphälische Merkur" Nro. 228 vom 19. d. M. enthält einen Aufruf des Ausschusses des katholischen Vereines zu Münster vom vorhergehenden Tage, dem wir folgende Stellen entnehmen! Westphalen! Das Vaterland ist in Gefahr! Bange Sorge faßt jede Brust. Eine Frage schweren Inhalts, schwerer Entscheidung schwebt drohend über dem Lande. Wie die Entscheidung fällt, das bestimmt die Zukunft. Dahre bange Erwartung ringt. Das Vaterland ist in Gefahr! Mitbürger! Es ist in Gefahr vor allem durch die Mittel, wodurch die Lösung angestrebt wird. Rechtlich steht dieselbe der Reichsversammlung zu. Sie hat gesprochen; der rechtliche Weg ist betreten. Er führt zum Ziele, wenn wir kein Recht verletzen. Deutschlands Rechtsfinn, Deutschlands Kraft tritt für und ein. Das Vaterland ist in Gefahr! Eine Partei, die lange vor unsern Augen Recht und Freiheit mit Worten predigte, Anrecht und Gewaltigung und Umsturz bereitete, benutzt die schweren Augenblicke für ihre Zwecke aus. Der Schein trügt; ihre Absichten sind verdeckt. Sie drängt zur Selbsthülfe, zum Aufstand, zur Empörung. Wehe uns, wenn es ihr gelungen, unter Barrikadentrümmern unsern Rechtssinn, unsre Recht zu begraben. Mitbürger! schüttelt die Binde ab, womit man Euer Auge verhüllt. Zerreißt sie heute; morgen könnte Unbesonnenheit geschehen, die Herrschaft des Gesetzes gestürzt, schwere Fessel Euch geschmiedet sein — durch eigene Mitschuld. Mitbürger! Bauet auf Gott! Der Verweser des Reiches ist sein Werkzeug. Bauet auf ihn! Keine Selbsthülfe! Wenige Tage, und Eure wichtige, gottvertrauende Haltung im Sturme wird Euch führen zum rechtlich begründeten Frieden! Dieselbe Nummer enthält einen weiteren Aufruf, der hier folgt: „Westphalen! Seit einiger Zeit wird die hiesige Bevölkerung von einigen wenigen Leuten, welche unserer Sitte fremd sind, durch aufregende Reden in Volksversammlungen in steter Spannung gehalten. Diese Wühlereien haben ihr höchstes Ziel erreicht durch ein Plakat „an das Volk Westphalens", welches augenblicklich unserer Straßenecken besudelt, und wodurch unumwunden zum Umsturz der bestehenden Gewalten, zum Treubruch der Armee aufgefordert wird. Die Behörde rührt sich nicht, um diesem gesetzlosen Treiben ein Ziel zu setzen. Es haben daher die Bürger Münsters nachstehenden Protest erlassen, welchen in vielen Exemplaren in der Stadt in Umlauf ist. Westphalen! Wir rufen Euch zu, glaubt nicht den über unsere Stadt ausgestreuten Lügen, traut nicht jener sonst im Dunkeln, jetzt so keck hervortretenden Partei, welche diese unheilvolle Krisis des Landes nur zum Deckmantel ihrer ehrgeizigen Pläne benutzen will. Nach aber um Anarchie und Bürgerkrieg bringen kann, sondern beharret bei Eurem gesunden Sinn für Ehre, Besitz und Recht, und die schwarzen Wetterwolken, welche so schwer auf unserm theuern Vaterland liegen, werden ohne den zündenden Strahl vorüberziehen."

Offener Protest. Der in vielen Exemplaren verbreitete und durch Maueranschlag veröffentlichte „Aufruf an das Volk Westphalens" vom 15. d. M., angeblich aufgegangen von der „von über 3000 Einwohnern besuchten Volksversammlung in der Knapp'schen Reitbahn" widersprich nach Tendenz und Fassung der von uns und Allen erstrebten gesetzlichen Freiheit, und stehen wir uns veranlaßt, hiermit ausdrücklich zu erklären, daß wir an diesem Aufruf keinen Theil haben, im Gegentheil ihn auf das Entschiedenste mißbilligen. Münster, den 17. November 1848. (Folgen an fast 2000 Unterschriften.) An einen wohldöblichen Magistrat hier.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 131.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 9 fl. Halbjährig 4 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Dienstag den 28. November 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 28. November.

Königlich allerhöchste Verordnung, die Bestimmung des Strafgerichtssprengels der Kreis- und Stadtgerichte betreffend. Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben ꝛc. ꝛc. Wir finden Uns in Vollziehung des Art. 6 und 7 des Gesetzes vom Heutigen, die Abänderungen des zweiten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend, bewogen, bis zur Einführung einer vollständigen neuen Gerichtsverfassung zu verordnen, was folgt: Art. I. In Oberbayern werden für die Untersuchung und Aburtheilung von Verbrechen und Vergehen zwei neue Kreis- und Stadtgerichte zweiter Klasse errichtet, welche ihren Sitz in Aichach und Wasserburg zu nehmen haben. Art. II. Diese beiden Kreis- und Stadtgerichte treten als Untersuchungsgerichte in die Stelle der beiden Landgerichte gleichen Namens. Die Zuständigkeit der bisherigen Untersuchungsgerichte bleibt unverändert. Art. III. Die neu zu errichtenden, sowie die bereits bestehenden Kreis- und Stadtgerichte des Königreichs, mit Ausnahme jener von Fürth und Erlangen, bilden innerhalb des ihnen durch Art. V. dieser Verordnung angewiesenen Gerichtssprengels das 1. Instanzgericht zur Aburtheilung aller Strafsachen, welche nicht vor die Schwurgerichte gehören. Artikel IV. Die neu zu errichtenden Kreis- und Stadtgerichte werden mit einem Direktor, vier Räthen, zwei Assessoren und dem nöthigen Kanzleipersonale besetzt. Die übrigen Kreis- und Stadtgerichte erhalten eine Vermehrung nach dem Maßstabe des Bedürfnisses. Art. V. Der Gerichtssprengel der Kreis- und Stadtgerichte wird in folgender Weise festgesetzt: Es begreift nämlich: A. In Oberbayern. I. Das Kreis- und Stadtgericht München: a. die Stadt München: b. das Landgericht: 1) Au, 2) Brück, 3) Lantzberg, 4) Miesbach, 5) München, 6) Schongau, 7) Starnberg, 8) Tegernsee, 9) Tölz, 10) Weilheim, 11) Werdenfels, 12) Wolfratshausen. II. Das Kreis- und Stadtgericht Aichach: die Landgerichte: 1) Aichach, 2) Dachau, 3) Gröding, 4) Freising, 5) Friedberg, 6) Jnnolstadt, 7) Pfaffenhofen, 8) Wasserburg, 9) Mainburg, 10) Rottenburg. III. Das Kreis- und Stadtgericht Bayreuth: a. die Landgerichte: 1) Aibling, 2) Altötting, 3) Berchtesgaden, 4) Burghausen, 5) Ebersberg, 6) Haag, 7) Laufen, 8) Mühldorf, 9) Neumarkt, 10) Rosenheim, 11) Reichenhall, 12) Tittmoning. 13) Traunstein, 14) Trostberg, 15) Wasserburg: b. die Gerichts- und Polizeibehörden Stadt. B. In Niederbayern. I. Das Kreis- und Stadtgericht Landshut: a. die Stadt Landshut: b. die Landgerichte: 1) Abensberg, 2) Kelheim, 3) Landshut, 4) Mallersdorf, 5) Rottenburg, 6) Vildshurg. II. Das Kreis- und Stadtgericht Straubing: a. die Stadt Straubing: b. die Landgerichte: 1) Bogen, 2) Deggendorf, 3) Dingolfing, 4) Eggenfelden, 5) Hengersberg, 6) Kötzting, 7) Landau, 8) Mitterfels, 9) Regen, 10) Straubing, 11) Viechtach. III. Das Kreis- und Stadtgericht Passau: a. die Stadt Passau: b. die Landgerichte: 1) Grafenau, 2) Griesbach, 3) Osterhofen, 4) Passau I., 5) Passau II., 6) Pfarrkirchen, 7) Rotthalmünster, 8) Simbach, 9) Vilshofen, 10) Wegscheid, 11) Wolfstein. C. In Oberpfalz und Regenburg. I. Das Kreis- und Stadtgericht Amberg: a. die Stadt Amberg: b. die Landgerichte: 1) Amberg, 2) Auerbach, 3) Eschenbach, 4) Kastl, 5) Kemnath, 6) Nabburg, 7) Neustadt an der Waldnaab, 8) Sulzbach, 9) Vilseckerneuk. 10) Velhek, 11) Vohenstrauß, 12) Waldsassen, 13) Weiden. II. Das Kreis- und Stadtgericht Regenburg: a. die Stadt Regensburg: b. die Landgerichte: 1) Burglengenfeld, 2) Cham, 3) Hemau, 4) Hilpoltstein, 5) Neumarkt, 6) Nittenau, 7) Nabburg, 8) Riedenburg, 9) Stadtamhof, 10) Wörth, 11) Wolfstein. D. In Oberfranken. I. Das Kreis- und Stadtgericht Baireuth: a. die Stadt Baireuth: b. die Landgerichte: 1) Baireuth, 2) Bernecl, 3) Gräfenberg, 4) Hof, 5) Kirchenlamitz, 6) Kulmbach, 7) Münchberg, 8) Naila, 9) Pegnitz, 10) Pottenstein, 11) Rehau, 12) Selb, 13) Stadtsteinach, 14) Weidenberg, 15) Wunsiedel; c. die Gerichts- und Polizeibehörden: 1) Guttenberg, 2) Thurnau. II. Das Kreis- und Stadtgericht Bamberg: a. die Stadt Bamberg: b. die Landgerichte: 1) Bamberg I., 2) Bamberg II., 3) Burgebrach, 4) Ebermannstadt, 5) Herzogenaurach, 6) Hochstadt, 7) Hollfeld, 8) Kronach, 9) Lichtenfels, 10) Ludwigsstadt, 11) Nordhalben, 12) Scheßlitz, 13) Seßlach, 14) Vorchheim, 15) Weismain; c. die Gerichts- und Polizeibehörden: 1) Banz, 2) Mitwitz, 3) Tambach. E. In Mittelfranken. I. Das Kreis- und Stadtgericht Ansbach: a. die Stadt Ansbach: b. die Landgerichte: 1) Ansbach, 2) Dinkelsbühl, 3) Feuchtwangen, 4) Gunzenhausen, 5) Heidenheim, 6) Heilsbronn, 7) Herrieden, 8) Leutershausen, 9) Merkheidrat, 10) Rothenburg, 11) Schillingsfürst, 12) Uffenheim, 13) Wasserträdingen, 14) Windsheim; c. die Gerichts- und Polizeibehörden: 1) Burgbalach, 2) Ginersheim, 3) Hohenlandsberg. 4) Schwarzenberg. II. Das Kreis- und Stadtgericht Nürnberg: a. die Städte: 1) Nürnberg, 2) Erlangen, 3) Fürth: b. die Landgerichte: 1) Altdorf, 2) Hersbrucl, 3) Eichstädt, 4) Erlangen, 5) Greting, 6) Hersbruck, 7) Kabolzburg, 8) Kipfenberg, 9) Lauf, 10) Markt Erlbach, 11) Neustadt a/A., 12) Nürnberg, 13) Pleinfeld, 14) Schwabach, 15) Weissenburg: c. die Gerichts- und Polizeibehörden: 1) Eslingen, 2) Pappenheim. F. In Unterfranken und Aschaffenburg. I. Das Kreis- und Stadtgericht Aschaffenburg: a. die Stadt Aschaffenburg: b. die Landgerichte: 1) Alzenau, 2) Aschaffenburg, 3) Klingenberg, 4) Lohr, 5) Obernburg, 6) Orb, 7) Rothenbuch; c. die Gerichts- und Polizeibehörden: 1) Amorbach, 2) Gchau, 3) Kleinheubach, 4) Miltenberg. II. Das Kreis- und Stadtgericht Würzburg: a. die Stadt Würzburg: b. die Landgerichte: 1) Arnstein, 2) Dettelbach, 3) Gerdorf, 4) Gemünden, 5) Karlstadt, 6) Kitzingen, 7) Marktbreit, 8) Marktheidenfeld, 9) Ochsenfurt, 10) Rötingen, 11) Volkach, 12) Würzburg rechts des Mains, 13) Würzburg links des Mains: c. die Gerichts- und Polizeibehörden: 1) Kreuzwertheim, 2) Marktbreit, 3) Remlingen, 4) Rothenfels, 5) Rüdenhausen, 6) Sommerhausen, 7) Wiesenthead. III. Das Kreis- und Stadtgericht Schweinfurt: a. die Stadt Schweinfurt; b. die Landgerichte: 1) Baunach, 2) Bischofsheim, 3) Brückenau, 4) Ebern, 5) Ellmenau, 6) Gerolzhofen, 7) Hammelburg, 8) Hafurt, 9) Hilders; 10) Hofheim, 11) Kissingen, 12) Königshofen, 13) Mellrichstadt, 14) Münnerstadt, 15) Neustadt a S., 16) Schweinfurt, 17) Wermed, 18) Welsberd; c. die Gerichts- und Polizeibehörde Sulzheim. G. In Schwaben und Neuburg. I. Das Kreis- und Stadtgericht Augsburg: a. die Stadt Augsburg: b. die Landgerichte: 1) Bergau, 2) Dillingen, 3) Gennaerberg, 4) Göggingen, 5) Günzburg, 6) Höchstädt, 7) Lauingen, 8) Monheim, 9) Neuburg a D., 10) Neuulm, 11) Nördlingen, 12) Schwabmünchen, 13) Wertingen, 14) Wemding, 15) Zusmarshausen: c. die Gerichts- und Polizeibehörden: 1) Bissingen, 2) Harburg, 3) Mickhausen, 4) Mönchsdrach, 5) Oberndorf, 6) Wallerstein. II. Das Kreis- und Stadtgericht Memmingen: a. die Stadt Memmingen; b. die Landgerichte: 1) Buchloe, 2) Illertissen, 3) Krumbach, 4) Mindelheim, 5) Otoberuren, 6) Roggenburg, 7) Türkheim; c. die Gerichts- und Polizeibehörden: 1) Babenhausen, 2) Neuburg a K. mit Gerlstetten, 3) Weissenhorn. III. Das Kreis- und Stadtgericht Kempten: a. die Stadt Kempten: b. die Landgerichte: 1) Füssen, 2) Grönenbach, 3) Immenstadt, 4) Kaufbeuren, 5) Kempten, 6) Lindau, 7) Obergünzburg 8) Oberdorf, 9) Sonthofen, 10) Weller. Wir behalten Uns übrigend vor, in einzelnen Kreisfrn nach Maßgabe des Bedürfnisses noch weitere Kreis- und Stadtgerichte zu errichten. Unser Staatsminister der Justiz ist mit dem Vollzuge dieser Verordnung beauftragt. Nymphenburg, am 10. November 1848. Max. Heinz. Auf Königlich Allerhöchsten Befehl der Generalsekretär, Ministerialrath Hauck.

Königlich Allerhöchste Verordnung, die Abänderung einiger Bestimmungen des ersten Theils des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend. Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern, Franken und in Schwaben ꝛc. ꝛc. Wir finden Uns in Vollziehung des Artikels 370. des Gesetzes vom Heutigen, „die Abänderungen des zweiten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend" hiermit auf den 1. Jänner künftigen Jahres festgesetzt. Unser Staatsminister der Justiz ist mit dem Vollzuge beauftragt. Nymphenburg, den 10. November 1848. Max. Heinz. Auf Königlich Allerhöchsten Befehl der Generalsekretär Ministerialrath Hauck.

Königlich allerhöchste Verordnung, die Abänderungen des zweiten Theils des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend. Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben ꝛc. ꝛc. Wir finden Uns in Vollziehung des Artikels 370. des Gesetzes vom Heutigen, „die Abänderungen des zweiten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend" bewogen, zu verordnen, was folgt: Der Eintritt der Wirksamkeit des von Uns unter dem Heutigen sanktionirten Gesetzes, „die Abänderungen des zweiten Theils des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend" wird auf den 1. Jänner künftigen Jahres festgesetzt. Unser Staatsminister der Justiz ist mit dem Vollzuge beauftragt. Nymphenburg, den 10. November 1848. Max. Heinz. Auf Königlich Allerhöchsten Befehl der Generalsekretär Ministerialrath Hauck.

Königlich Allerhöchste Verordnung, die Bildung der Schwurgerichtshöfe betreffend. Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben ꝛc. ꝛc. Wir finden Uns in Vollziehung des Artikels 16. des Gesetzes vom Heutigen „die Abänderungen des zweiten Theils des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend," bewogen, zu verordnen, was folgt: Die Schwurgerichtshöfe zur Aburtheilung der vor die Schwurgerichte gehörenden Strafsachen sind vorläufig und bis zur Einführung einer vollständigen neuen Gerichtsverfassung bei nachstehenden Kreis- und Stadtgerichten zu bilden: I. Am Kreise Oberbayern bei dem Kreis- und Stadtgerichte München, II. Am Kreise Niederbayern bei dem Kreis- und Stadtgerichte Landshut, III. Am Kreise Oberpfalz und Regensburg, bei dem Kreis- und Stadtgerichte Regensburg, IV. Am Kreise Oberfranken bei dem Kreis- und Stadtgerichte Bayreuth, V. Am Kreise Mittelfranken bei dem Kreis- und Stadtgerichte Ansbach, VI. Im Kreise Unterfranken und Aschaffenburg bei dem Kreis- und Stadtgerichte Würzburg, VII. Im Kreise Schwaben und Neuburg bei dem Kreis- und Stadtgerichte Augsburg. Unser Staatsminister der Justiz ist mit dem Vollzuge gegenwärtiger Verordnung beauftragt. Nymphenburg, den 10. November 1848. Max. Heinz. Auf Königlich Allerhöchsten Befehl: der Generalsekretär, Ministerialrath Hauck.

Se. Maj. der König haben unterm 24. November den Bureaudiener im Staatsministerium des Innern, Johann Wang nach §. 22 lit. b der IX. Beilage der Verfassungsurkunde unter Bezeigung der Allerhöchsten Zufriedenheit seiner vieljährigen treu geleisteten Dienste, in den definitiven Ruhestand treten zu lassen geruht.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 26. dieses Monats allergnädigst bewogen gefunden, den Notar Franz Joseph Marhofer zu Obermoschel von dem Amtite der ihm verliehenen Notariselle in Deidesheim zu entbinden, und auf seiner bisherigen Stelle in Obermoschel zu belassen, sofort den zweiten Notar Georg Hessert in Obermoschel auf die Notariselle in Deidesheim zu versetzen.

Der Privatdozent der Theologie und Dr. philos. zu Erlangen, Heinrich Schmid, wurde zum außerordentlichen Professor der Theologie daselbst ernannt.

Der Lehrer der III. Klasse an der lateinischen Schule zu Kempten, Dr. Joh. Bapt. Taffratshofer, an die lateinische Schule zu Regensburg versetzt, und der Lehrer der Mathematik am Gymnasium zu Kempten, Lyceal-professor Dr. Johann Bundschue in den Ruhestand versetzt.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 25. Nov. v. Rincke ist gestern nach Berlin abgereist, um auf dem preußischen Landtage in Brandenburg seinen Sitz einzunehmen; er ist nämlich schon seit längerer Zeit auch in jene Versammlung gewählt, in ihm verliert die Rechte hier ihren schlagfertigsten Redner. — Es war die Sprache davon, daß auch v. Radowitz nach Berlin gehen werde, um seinen Einfluß beim Könige zum Zwecke einer Verminderung mit dem Landtage gefaßter Beschlüsse zu machen, statt seiner hat nun v. Gagern das schwierige Geschäft übernommen. — Die äußerste Linke in Berlin will von Nachgiebigkeit nichts hören, dagegen haben die Gemäßigteren zwei ihrer Vertrauensmänner hieher gesandt, Gierke aus Stettin, eine Zeitlang Syndikus dieser Stadt, und vor Kurzem preußischer Justizminister, und Bredt aus Elberfeld. Beide waren gestern Abend im Casinoklubb, und erklärten, sich dem Schiedsrichprue der Reichsversammlung unterwerfen zu wollen; über die künftige Haltung des Berliner Landtags wußten sie aber wenig Zuverlässiges mitzutheilen; nach Brandenburg gehe derselbe sehr ungern, weil dort die rechte Seite wieder das Uebergewicht erlangen könnte; eine Auflösung der verschiedenen demokratischen Klubbs in Berlin, um allen außerparlamentarischen Einwirkungen zu entgehen, wie dieß in uns unserer Meilen um Washington längst schon gesetzlich feststeht, war ebenfalls nicht nach ihrem Sinne, so daß die Verhandlungen zu keinem bemerkenswerthen Ergebnisse führen konnten, auch schwerlich je dazu führen werden, da eine so große Versammlung, wie die in Berlin vereinigt gewesene, wohl nie sich bereit finden wird, einer strengen Unterordnung unter den deutschen Reichstag sich zu bequemen; in den Abteilungen, wo die Anhänglichkeit an das Reich noch aus alten Zeiten her tiefe Wurzeln hat, mehren sich darum mit jedem Tage die Stimmen, welche eine Trennung des preußischen Landtags in zwei große Hälften, die östliche und westliche befürworten. Eine solche Sonderung würde für die Interessen der beiden Landestheile, und bei deren verschiedenartiger Bevölkerung ebenso heilsam wirken, als der Gedanke, nach Klagenfurt einen eigenen Landtag für das deutsch-slovenische Gebirgsland zu berufen, für Oesterreich von Vortheil sein muß. Von der für Blum ihrer beabsichtigten Todtenfeier hört man nicht wenig sprechen, doch hat das schlimme Wetter und der für die äußerste Linke ebenso schlimme Ausgang der gehofften Unruhen in Preußen den Eifer zu politischen Kundgebungen gedämpft. Auf dem Sandberge bei Nienburg eine Stunde von hier wollte gestern Darmstadt sollte eine Versammlung zu diesem Behufe stattfinden, eine gleiche in hiesiger Reitschule; ob und wie sie zu Stande kommen werden, steht dahin.

Bayern. — * **München**, 27. Nov. Se. Maj. der König hat an den Brigadier der Artillerie, General Weishaupt aus Anlaß seines Rücktritts von dem Posten des Kriegsministers, folgendes Handbillet erlassen: „Lieber General Weishaupt! Auf dem Dienstwege wird Ihnen bekannt sein, daß ich die von Ihnen erbetene Entlassung von Posten eines Kriegsministers angenommen habe. Ich drängt mich, Ihnen eigenhändig meine Anerkennung auszusprechen über Ihr loyales anhänglisches Benehmen; dieses wird nicht vergessen ihr wohlgewogener König Max"

**München, 27. Novbr. Se. Königl. Hoheit der Prinz Karl von Bayern wird morgen eine Reise nach Berlin antreten, um in Folge einer Einladung Seiner durchlauchtigsten Schwester, der Königin von Preußen Majestät, der bevorstehenden Feier Ihres fünfzehnten Hochzeitstages beizuwohnen. Dem Vernehmen nach wird die Abwesenheit Sr. Königl. Hoheit aus Bayern von kurzer Dauer sein.

Preußen. △ **Berlin**, 23. November. Potsdam ist für Berlin das ferne Thule. Von Zeit zu Zeit werden über Potsdamer Zustände mit Vorgängen so fabelhafte Dinge verbreitet und geglaubt, wie man über Frankfurt oder München weder verbreiten noch glauben würde. Die neuesten Dichtungen betreffen die angeblich veränderte Lebensweise des Königs. Seit der Uebersiedlung in das städtische Schloß lebe der König in tiefster Zurückgezogenheit (etwa, weil wiederholentlich Herrn v. U. persönliche Audienzen abgeschlagen worden?); nur unter militärischer Bedeckung wage er auszufahren und nur unter seine Gemahlinn im verschlossenen Wagen. Diese Mittheilungen gehen eben von Mund zu Mund. Jeder aber, der nach Potsdam fahren wollte, könnte sich vom Gegentheile überzeugen. Der König dehnt vielmehr seine Spaziergänge zu Fuß, auf denen nur der Adjutant ihn begleitet, häufig nach den entlegensten Stadttheilen aus und nimmt seinen Weg sehr oft auf die Volkshöhe, wo das Volk der Arbeiter zahlreich beisammen ist. Der König hat in der That nichts zu fürchten, und hat Sitte er es auch, er hat bewiesen, daß er die Furcht nicht kennt. Der Abg. Gierke ist gestern nach Frankfurt a/M. gereist, wohin ihm heute die H.H. v. Berg und Rodbertus folgen, um den „ernstellten" (!) Bericht Bassermanns über unsere Zustände zu berichtigen. (!) Die Unterhandlungen zwischen den Reichskommissären und den Delegirten der verschiedenen Parteien unserer Kammer werden noch zu keinem Resultate geführt. Nichts desweniger ist eine endliche Verständigung höchst wahrscheinlich, wenn gleich die Verhöhnung nur eine vorübergehende sein und dereinst mit dem berühmten baiser l'amouretto der ersten französischen Revolution verglichen werden dürfte. Diese Ueberzeugung, daß eine dauernde Annäherung, die Billigung einer festen Partei, bei den tausendfach gestaltenen Elementen der jetzigen Kammer unmöglich ist, hat den Gedanken an eine freundschaftliche Verständigung zwischen Krone und Versammlung über definitive Auflösung der letztern unter den Abgeordneten selbst, und sind wir recht berichtet, besonders in der Partei des Hotel de Russie auftauchen lassen. Unsere gestrige Angabe über Simson und Hergenhan beruht auf einem Irrthume. Simson ist bereits gestern Morgen nach Frankfurt zurückgereist, um zu morgen Abend mit zwei neuen Reichscommissären wieder zu kommen. Zu diesen neuen Kommissären wird wahrscheinlich der Präsident von Gagern selbst gehören und für diesen Fall Simson in Frankfurt zurückbleiben. Hergenhan befindet sich noch hier. Wriesichen Nachrichten zufolge hat sich der ehemalige Oberpräsident Wimder auf die Güter seines Bruders in Oesterreichischen Schlesien begeben. Die gegenwärtige Misere möglichkeit macht unserer bemerkenswerthen Vorsicht es möglich noch größer, als der tolle Uebermuth, der sie 6 Monate hinurch trug der tapfern Bürgerwehr die schwülstichen Pöbelexcesse anzeuten hieß. Wie könnte es aber auch anders sein? Auf den Provinzen wird gerade das entgegengesetzte von dem berichtet, was sie erwartet. Die giftige Saat, welche hunderte von Emissären in den Provinzen ausgestreut zu haben meinen, hat keinen Boden gefunden, und selbst einmal in Berlin haben die Drachenzähne so reichliche und feste Wurzeln geschlagen als sie sich selbst glauben machen. Unsere tapfern Wehrmänner freuen sich bereits herzlich, daß sie für die rauhen Wintertage vom Schildwach- und Patrouillenspielen erlöst sind, und fangen an zu begreifen, daß Ordnung und Gesetz eben so nothwendig sind zum Leben als die Freiheit, was sie übrigens vor dem 18. März niemals begreifelt hatten. — Heute Morgen ist auch Vater Karbe verhaftet worden.

† **Berlin**, 23. Nov. In Schlesien tritt unpolizlich ein Patriotismus zu Tage, der um so erbedender ist, je plötzlicher er sich regt. Wenn in jener Provinz auf einer Seite hin und wieder Steuerverweigerungen vorkommen mögen, so werden auf der andern die in viele freiwillige Opfer auf den Altar des sinkenden Vaterlandes niedergelegt, daß man unwillkürlich an 1812 und 13 erinnert wird. Die Frauen opfern selbst ihre Trauringe. — Zacharia erläßt, freilich etwas spät, einen feierlichen Protest gegen den Steuerverweigerungsbeschluß, dem sich viele Abgeordnete anschließen werden.

Berlin, 24. Nov. (H. u. Sp. Z.) Zur Vermeidung fernerer Mißverständnisse über die kürzlich beim Kammergericht stattgehabten vielfach besprochenen Verhandlungen, wird hierdurch aus amtlicher Quelle mitgetheilt, daß der Instruktions- und Kriminal-Senat des Kammergerichts keinesweges über die Rechtmäßigkeit des Belagerungszustandes berathen, sondern daß die Berathungen lediglich die der Politik fremde Frage betroffen haben: „ob und den bestehenden Gesetzen während des Belagerungszustandes in gewissen Untersuchungen gegen Zivil-Personen, der Militär- oder Zivil-Gerichtsstand für begründet zu erachten sei." — Dem Präsidenten der National-Versammlung, Herrn v. Unruh, ist folgende Erklärung einge-

reicht worden: Wir unterzeichneten Abgeordneten haben zu unserer nicht geringen Ueberraschung aus vielen Wahlbezirken ersahren, daß an denselben Plakate, worin ein Seitens der National-Versammlung einstimmig gefaßter Beschluß der Steuerverweigerung zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, in zahlosen Exemplaren umlaufen. Wir halten dieß, mit der Ueberzeugung „die National-Versammlung" verstehenden, Plakate nicht für offiziell, weil uns von einem Beschluß solcher Veröffentlichung nichts bekannt ist; dennoch haben wir auf alle Fälle nicht verfäumen wollen, hiermit dagegen feierlich Verwahrung einzulegen: 1) weil wir sämmtlich für den Steuerverweigerungs-Antrag gestimmt haben, indem wir deßhalb in der Sitzung vom 15. v. M. gar nicht mehr nöthig eingeladen waren, etwas für den Beschluß uns nicht erhoben haben, die Abstimmung der einstimmigen Annahme also von vorne herein auf einem Irrthum beruhte, dessen sofortige Berichtigung durch die der Abstimmung folgende Aufregung und den schnellen Schluß der Sitzung unmöglich gemacht wurde; 2) weil der Beschluß nur in der Nationalversammlung durch sie nicht gefaßt ist, indem der betreffende Antrag nach der Geschäftsordnung nur durch eine zweite Abstimmung in einer folgenden Sitzung, die bis jetzt noch nicht stattgefunden hat, zum Beschluß erhoben werden konnte; 3) weil somit der Beschluß der Veröffentlichung durch Plakate nicht gefaßt werden konnte und, wie bereits im Eingange bemerkt worden, auch nicht gefaßt worden ist. Diese Gründe allein werden schon genügen, um unsere Erklärung zu rechtfertigen. Berlin, den 22. November 1848. Zachariae. Bonnemann. Brebt. Kalbesberg. Fleischer. Scholz (Kr. Meiserig). Reigerd. Schulze (Minden). Kutzen. Mrozek. Zander. Dane. Kohler (Görlitz). Freyhorff. Duncker. Kunth. Hintze. Heerabend. Maaßen.

— Die Hauptstadt ist in der größten Ruhe. Von den an die Bürgerwehr verabfolgten Feuergewehren, deren Zahl sich auf 26,000 beläuft, sind über 22,000 abgeliefert. — Die Arbeiten in der Domkirche zu Brandenburg schreiten rasch vorwärts und werden zum 27. d. M. jedenfalls beendigt sein. — Die Nachrichten aus den Provinzen lauten im Allgemeinen günstig. Es ist bisher in keinem Theile der Monarchie, auch in Breslau nicht, zu einem Konflikte mit der bewaffneten Macht gekommen. Auch bei der Zusammenziehung der Truppen nur in einigen Städten ist es ruhig, ja sogar ein Sachsen Weimarsches Bataillon, das in einigen Ortschaften von Stendal, Burg, Halberstadt, Halle, Neuhaldensleben, Aschersleben und das Garde-Landwehr-Bataillon der Provinz Sachsen bereits vollständig eingekleidet. Die pommersche Landwehr kommt überall ohne Schwierigkeit. In Göslin trafen am 19. neun Wagen zuberufener Landwehrmänner mit Nahrungen zu Pferden ein. — Der Transport der Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke für das 7. Kürassier-Regiment, so wie für das 8. Kürassier-Regiment, soll vorgestern verhaftet worden sein. Im Hirschberger und Landsberger Kreise hat der Aufstand keinen weiteren Vorgang gehabt. Auch in Guben und in Sommerfeld ist die Ruhe wiederhergestellt und in Breslau scheint sich vielmehr von Tag zu Tag mehr zu befestigen. Gestern Abend wurden die Zahl sich auf 26,000 beläuft, sind über 22,000 abgeliefert. — Die Arbeiten in der Domkirche zu Brandenburg schreiten rasch vorwärts und werden zum 27. d. M. jedenfalls beendigt sein. — Die Nachrichten aus den Provinzen lauten im Allgemeinen günstig. Es ist bisher in keinem Theile der Monarchie, auch in Breslau nicht, zu einem Konflikte mit der bewaffneten Macht gekommen. Auch bei der Zusammenziehung der Truppen nur in einigen Städten ist es ruhig, ja sogar ein Sachsen Weimarsches Bataillon, das in einigen Ortschaften von Stendal, Burg, Halberstadt, Halle, Neuhaldensleben, Aschersleben und das Garde-Landwehr-Bataillon der Provinz Sachsen bereits vollständig eingekleidet. Die pommersche Landwehr kommt überall ohne Schwierigkeit. In Göslin trafen am 19. neun Wagen zuberufener Landwehrmänner mit Nahrungen zu Pferden ein. — Der Transport der Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke für das 7. Kürassier-Regiment, so wie für das 8. Kürassier-Regiment, soll vorgestern verhaftet worden sein. Im Hirschberger und Landsberger Kreise hat der Aufstand keinen weiteren Vorgang gehabt. Auch in Guben und in Sommerfeld ist die Ruhe wiederhergestellt und in Breslau scheint sich vielmehr von Tag zu Tag mehr zu befestigen. Gestern Abend wurden die Zahl sich auf 26,000 beläuft, sind über 22,000 abgeliefert. — Die Arbeiten in der Domkirche zu Brandenburg schreiten rasch vorwärts und werden zum 27. d. M. jedenfalls beendigt sein. — Die Nachrichten aus den Provinzen lauten im Allgemeinen günstig. Es ist bisher in keinem Theile der Monarchie, auch in Breslau nicht, zu einem Konflikte mit der bewaffneten Macht gekommen. Auch bei der Zusammenziehung der Truppen nur in einigen Städten ist es ruhig, ja sogar ein Sachsen Weimarsches Bataillon, das in einigen Ortschaften von Stendal, Burg, Halberstadt, Halle, Neuhaldensleben, Aschersleben und das Garde-Landwehr-Bataillon der Provinz Sachsen bereits vollständig eingekleidet. Die pommersche Landwehr kommt überall ohne Schwierigkeit. In Göslin trafen am 19. neun Wagen zuberufener Landwehrmänner mit Nahrungen zu Pferden ein. — Der Transport der Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke für das 7. Kürassier-Regiment, so wie für das 8. Kürassier-Regiment, soll vorgestern verhaftet worden sein. Im Hirschberger und Landsberger Kreise hat der Aufstand keinen weiteren Vorgang gehabt. Auch in Guben und in Sommerfeld ist die Ruhe wiederhergestellt und in Breslau scheint sich vielmehr von Tag zu Tag mehr zu befestigen. Gestern Abend wurden

— Düsseldorf, 22. Nov. Sie wissen bereits von der hier abgehaltenen großen „Bürgermohrparade", bei welcher der Schwur geleistet worden war, in der Vertheidigung des „Garnier Pagès" bis auf den letzten Mann zu stehen und zu fallen. Seit dieser Zeit war die Bürgerwehr beständig unter Waffen, hielt die Wachen besetzt und war gewaltig hinkämpfig und kampfesbegierig: unteressen hatte man aber doch nicht unterlassen, das Militär durch Proklamationen anzugehen, daß es von seinen Waffen keinen Gebrauch machen möge. Auch auf die öffentlichen Kassen wollte die kühne Bürgerwehr ihre Thätigkeit erstrecken, wurde aber durch Hrn. Militär-Minister daran verhindert, und da man noch nicht ganz genug war, ob das Militär thun seine verstorbenen Göthlingsthaten abgelegt zu machen man klüglich keinen gewaltsamen Versuch zur Wegnahme der Kassen. Während aber die Bürgerwehr auf sothane Weise ihren republikanischen Heldensinn übe, hatte das Divisionskommando am 21. und in der Nacht zuvor starke Truppenabtheilungen nebst Artillerie aus Köln und Münster herbeigezogen, ohne daß wir die Truppen zum Einmarsch vernommen. Als durch Oberstrichter Eichmann eine Kagenmusik erteilt, ohne daß die wackere Bürgerwehr diese zu verhindern für nöthig fand, da der Abgeordn. Kühlwetter bei seiner Ankunft in Düsseldorf auf dem Bahnhofe von einem souveränen Pöbelhaufen auf eine solche Weise insultirt wurde, daß er einem schimmeren Schicksale sich nur durch die sosleunige Flucht entziehen konnte, so wurde am Morgen des 22. der Belagerungszustand ausgesprochen und die Bürgerwehr aufgefordert, bis 2 Uhr Nachmittags die Waffen abzugeben. Gutwillig wird die kühne Schaar ihre Waffen nicht ablegen, die Soldaten werden sie wahrscheinlich auch den Häusern abholen müssen — man nennt das heutzutage passiven Widerstand — imposante Ruhe!

Frankreich.

B Paris, 22. Nov. Nachdem die Verhandlungen der Nationalversammlung seit der Verkündigung der Konstituion und der Entfernung so vieler Deputirter kein besonderes Interesse mehr darboten, scheint der gestrige Zwischenfall daselbst für die nächste Zeit, insbesondere aber für kommenden Samstag — diesen Verhandlungen ein neues und bedeutendes Interesse verleihen zu wollen. Unterhitzt über die verschiedenartigsten, ungeordneten Angriffe, welchen sich der General Cavaignac seit einiger Zeit ausgesetzt sieht, besitzt er gestern die Tribüne, sein ausdrückliches Verlangen zur Kunde bringend, wie sehr er wünsche, daß sich baldigst über jene Verläumdungen, welchen er täglich ohne Maaß ausgesetzt sei, die feierlich öffentliche Debatte eröffnen möge. Er erwähne dabei, wie er es nicht der Mühe werth gefunden, dagegen zu protestiren, wie es lange der Stolz eines jeden Journales der Presse gewesen (nicht das schönste Kompliment für letztere), nimmehr aber — wo die Anklager im Schooße der Kammer selbst auftreten, dürfe er nicht länger schweigen, bei welcher Gelegenheit er die Namen der Hrn. Garnier Pagès (seines ehemaligen Ministers) und Bureur erwähnte. — Es handelt sich, wie jedermann weiß, darum, den seiner jüngsten Bevölkerung als dieser, daß der General, um die frühere Exekutivgewalt zu stürzen, der Errichtung der Barrikaden kein Hinderniß entgegensetzt, und so Veranlassung zu dem entsetzlichen Blutbade gegeben habe, so daß man erst nun ein deus ex machina Paris zu retten und sich den Weg zur Präsidentschaft zu bahnen. Alles dieses werden Ihre Leser sicher schon durch die Presse erfahren haben, die sich, wie Ihnen bekannt, welche sie aber seit einiger Zeit allein der Ihre — der Rache opferte; was Ihre Leser aber noch nicht wissen, ist, das Garnier Pagès und Ihnen gestern in der Kammer den ihm von dem General Cavaignac vorgeworfenen Hauschuh feierlich aufgehoben; somit können jetzt nur die beiden nächsten Fragen bestehen, welche Strafe auf den Verläumder — oder auf seine Anklagen verwirkt sei? — Wahrlich noch nie belastete seit dem Jahre 93 das Haupt eines Menschen eine so entsetzliche Beschuldigung! — Uns — und wohl Niemand — gebührt für den Augenblick — ein entscheidendes Urtheil hierüber, doch glauben wir zur Wohlfahrt des Landes wünschen zu dürfen, daß sich kommenden Samstag der auf dieser verhängnißvollen Sache ruhende Schleier vollkommen lüften, und das Licht der Wahrheit in seiner ganzen Klarheit hervorbrechen möge! — Wie Recht hatte ich in meinem jüngsten Schreiben — von gewissen schneller Metamorphosen, wie Unrecht aber — von dem vergessenen Lamartine zu sprechen, denn schon ruft heute das Courrier Français unsern Dichter von seinem Parnos — genannt Maeon — nicht nur in seiner Gedächtniß zurück, sondern verspricht ihm sogar mit vollkommener Uebersetzung die Präsidenten-Stelle. Unter andern nicht unannehmbaren Gründen, führt das erwähnte Journal den edelhaften Eifer oder Geister an, welchen die Freunde der Trümwiren zu Gunsten derselben entwickelten, während dagegen sein bezüglicher Kandidat Lamartine nur den lieben Gott walten lasse, auf welchen sich der Dichter bei seiner jüngsten salbungsvollen Rede in Macon mit jener bekannten, ihm zu Gebote stehenden, gewaltigen Macht wirklich fromm berief. — Wie ich so eben lese, wurde Hr. v. Lamartine durch den Telegraphen gestern nach Paris berufen, um der wichtigen Samstags-Sitzung beizuwohnen.] Abends 4 Uhr. Wie nicht anders zu erwarten war, wirkten die Vorgänge in der Kammer nicht zum besten auf den Markt der öffentlichen Werthe ein, da die Rente heute an der Börse um 1 Franken im Kurse sank. Der parlamentarische Streit hat übrigens bis zu diesem Augenblick nicht im Geringsten auf die Masse eingewirkt — da sich immer für den Augenblick die Hauptstadt ganz ruhig zeigt.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

257.

Bekanntmachung
des
königlichen öffentlichen Turnplatzes
für das
Winter-Semester.

Von Mittwoch den 29. November an wird im gut eingerichteten Turnsaale am Platze vorstehst — (am Eingange an der äußeren Dachauerstraße) — die auf Ermittlung eines nähern Winterlokals, regelmäßig in Riegen und Abtheilungen an Mittwochen und Samstagen geturnt und, zwar nach folgendem Stundenplan:

von 2 bis 3 Uhr königl. lateinische und deutsche Schulen;
von 3 bis ½5 Uhr alt und neu Gymnasium und Gewerbschule;
von ½5 bis 7 Uhr königl. Universität und polytechnische Schule;
von 7 bis 9 Uhr Herren Künstler und königl. Akademie der bildenden Künste.

Unterzeichneter ladet auch Diejenigen, die keine öffentliche Anstalt besuchen, zur Theilnahme ein, da nach Uebereinkunftsbestimmungen an Sonn- und Feiertagen besondere Stunden festgesetzt, außerdem aber alle nach Wunsch in bezeichneten Abendstunden eingereicht werden können.

Vor Allem wird das Schwingen am Pferde (Voltigiren) getrieben, und bei den Vorübungen begonnen werden.

Alles Nähere ist am Platze selbst in genannten Tagen und Stunden näher zu erörtern.

München, den 26. Nov. 1848.

Ant. Scheibmaier,
Turnlehrer.

Königl. Hof- und National-Theater.

Dienstag, 28. Nov.: (Zur Feier des Geburtsfestes Sr. Maj. des Königs bei beleuchtetem Hause.) „Marie", Oper von Herold.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. v. Gagern, von Frankfurt. Richter, Hüttenmeister, von Karlsruhe. Frhr. v. Seckendorf, von Dillingen. Dr. Röser, von Athen. Röser, Privatier, von Augsburg.

Gold. Hirsch. Graf Taufkirch, von Augsburg. Eversman und Schauffaus, Privatiers, von Frankfurt.

Gestorbene in München.

Maria Magdalena Hipl, Tritschzentnersmittwe von Neustadt a. D., 59 J. a. Karolina Pflaum, Gerichtsdienerswittwe von Schmeilsdorf, Lpg. Kalmbach, 71 J. a.

Erklärung.

258. Schon wiederholt wurden wir im „Freien Staatsbürger", dem Organ für Demokratie, welches in Nürnberg erscheint, um mild als reaktionär zu schildern, die Worte in den Mund gelegt, als hätte ich die Anerkennung der Grundrechte, wie sie von dem deutschen Parlamente berathen worden, von Seite Bayerns bezweifelt.

Das Wahre an der Sache ist, daß ich einer Deputation des politischen Vereines in Nürnberg, welche auf die Grundrechte sich stützend, die Rückkehr des ausgewiesenen Dr. Dietzel forderte, erwidert habe:

„die Grundrechte seien von der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt selbst noch nicht definitiv festgestellt, sondern eine zweite Berathung derselben vorbehalten, sie könnten daher auch in Bayern noch keine Norm bei Entscheidung einer bereits anhängigen Ausweisungsfrage bilden."

Von einer in No. 55 des „Freien Staatsbürger" besprochenen Rüge, welche mir verstand zugekommen sein soll, ist mir nichts bekannt.

Ansbach, den 25. Nov. 1848.

Frhr. v. Welden,
königl. Regierungspräsident.

---

253. (2b) Ein mit den besten Zeugnissen versehener Student der Hochschule, welcher das traurige Leben in einer Familie dem bewegten bei weitem vorzieht, wünscht eine Hofmeisterstelle zu übernehmen. D. Uebr.

---

256. Neuester Verlag der S. Schmerber'schen Buchhandlung (Nachfolger: Heinrich Keller) in Frankfurt a/M., zu beziehen durch alle Buchhandlungen und vorräthig bei Mey & Widmayer in München:

Die Männer des deutschen Volks,
besonders nach **Biow's** Lichtbildern auf Stein gezeichnet von Fehrentz und Pickmann,
oder
Deutsche National-Gallerie.

Erster Band: Bimm, Kapeaux, v. Faron, v. u. Gagern, Jucho, Dennerl, Fehleisen, Hahnmann, Hildebrandt, Hendt, Hasenmann, Hohenstein, Jordan, John, Dursmann, Dreschner, Kübel, Kühl, Heinrich Simon, Metziker, T. Simon von Trier, Palmerstorfer, v. Rotenan, Fürst Lichnowsky, Schuttrath, Ruge, v. Radowitz, Wigard Körge, Mittermaier, v. Rotteck, v. Schmerling, Sylvia, Freymann und Zachariä.

Zweiter Band: Johann, Erzherzog Reichsverweser, Fürst Leiningen, Vogt, Camphausen, Fallati, Gerdinus, v. Beckerath, Mevissen, Robert Mohl, v. Dincke, Decknold, v. Linbenau, v. Wietz, Heisling, Graf Warrensleben, Zimmermann, Claussen, Graf Festenberg, Mömer, v. Hermann, Alexeide Fyrst, Jordan von Berlin, Jordan von Marburg, Simon, Eisenmann, Wydenbrugk, Wieser, Eisenstuck, v. Reden, Bittel, Baden, Beisler, Schober, Fuchs, v. Somarus.

Der dritte Band erscheint noch im Laufe dieses Jahres. Preis des Bandes von 36 Blättern: weiß Papier fl. 10. 48 kr., chines. Papier fl. 16. 12 kr. — Für einzelne Blätter: weiß Papier 24 kr., chines. Papier 36 kr. — Den Karton: weiß Papier 30 kr., chines. Papier 36 kr.

Das Portrait von Erzherzog Johann,
deutscher Reichsverweser.
Nach Biow's Lichtbild gezeichnet von Fehrentz. Preis: weiß Papier 24 kr. — chinesisch Papier 36 kr.

Das Portrait der Frau Baronin von Brandhofen,
Gemahlin des Reichsverwesers.
Nach Biow's Lichtbild auf Stein gezeichnet von Fehrentz. Format der National-Gallerie. Preis: weiß Papier 24 kr. — Chinesisch Papier 36 kr.

Erzherzog Johann und seine Familie
auf einem Blatt, eine freundliche Gruppe nach Biow's Lichtbild auf Stein gezeichnet von Fehrentz.
1 fl. 30 kr.

Das wohlgetroffene Portrait von Heinrich v. Gagern,
Präsident der Nationalversammlung.
Auf Stein gezeichnet von Pickmann. groß Fol. Preis: Chines. Papier fl. 1. 12 kr.

Einzug des Erzherzog Reichsverwesers Johann von Oesterreich
in Frankfurt a/M. den 11. Juli 1848.
groß Folio in Tondruck Preis: 36 kr.

Sitzungssaal der deutschen Reichsversammlung
auf Stein gezeichnet nach Bambergers Original in Tondruck. gr. Fol. Preis 54 kr.

Grundplan vom Innern der Paulskirche
mit Angabe der Plätze sämmtlicher Mitglieder der deutschen Nationalversammlung.
Preis cart. 24 kr.

Innere Ansicht der Paulskirche.
Lith. von Elliot. Fol. Tondruck. Preis 36 kr.

Aeußere Ansicht der Paulskirche.
Col. 48 kr.

Die Kriegs- und Handelsflaggen des deutschen Reichs
nach dem Gesetz vom 10. Juli 1848.
Ein Blatt in Farbendruck. Preis 18 kr.

Scenen aus den Ereignissen des 18. Sept. in Frankfurt a/M.
Preis für das Blatt schw. 18 kr. col. 30 kr.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

☞ Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Die deutsche Verfassung noch in diesem Jahre vollendet.

Die Berathung der deutschen Verfassung naht ihrem Ende und damit die Revolution. Denn daß diese bis in die neueste Zeit fortging, ist nicht zu leugnen, und so lange an die Stelle des alten Zustandes nicht ein neuer definitiver getreten, hatte sie immer einen Schein von Berechtigung. — Der Stand der Verfassungsberathen ist folgender: Wenn die Versammlung im gleichen Schritte bleibt, wie in den jüngsten Tagen, so kann das Kapitel über die Reichsgewalt vielleicht noch den 24. Nov. erledigt sein: nächsten Montag der kurze Abschnitt über das Reichsgericht. Im Drucke befindet sich bereits der Entwurf über Volks- und Staatenbund, sowie die revidirten Grundrechte, und dem Verfassungsausschuß bleibt als Arbeit nichts übrig, als das allerdings schwierige Kapitel über das Staatsoberhaupt. Man kann nur, wie über Alles, über Volks- und Staatenbund viele und lange Reden halten, aber wir sind in keinem Kapitel nicht mehr Stoff zum Parteikampf, als in dem über die Reichsgewalt, über das man noch so glücklich rasch hinwegkommen. Drei Sitzungen dürften uns hinreichend. Dann aber glauben wir, wenn die Versammlung irgend die Wichtigkeit des Augenblicks erkenne, so darf sie nicht in die Berathung der Grundrechte zurückfallen. „Sie berathen wieder Grundrechte!“ wäre durch ganz Deutschland ein Ausruf der Verzweiflung. Wir sind der Meinung, die Versammlung erklärt, auch bei vollendeter Verfassung noch bestimmen bleiben zu wollen, um die nur Verfassung gehörenden organischen Gesetze zu berathen, z. B. das Gesetz über Gründung und Verfahren des Reichsgerichts, das Wahlgesetz für die künftigen Parlamente u. dgl. Bis dahin muß unseres Bedünkens natürlich auch die zweite Berathung der Grundrechte beschlossen bleiben, und kann es auch, wenigstens im Interesse im Freiheit, da ja die bekannten politischen Rechte bereits überall in mehr als wohlthätiger Geltung sind. — Dienstag den 5. Dez. können Volks- und Staatenbund beraten sein. Unterdessen ist der Verfassungsausschuß auch mit dem Kapitel über das Staatsoberhaupt fertig geworden. Nur der Entwurf ist ein schwieriger, nicht die Debatte. Der erstere muß aber einmal gefaßt werden. Dazu bis jetzt die Ereignisse abgewartet zu haben, war wohl weise, allein die Ereignisse selbst gestatten uns ein längeres Abwarten nicht, und der Ent- und Beschluß muß und wird für sich ein Ereigniß sein. Ueber diesen Punkt mögen die Beobachtungen leicht mehrere Tage dauern; wir nehmen den 15. Dez. als deren Schlußpunkt an. Dann erübrigt die zweite Lesung der Verfassung. Sie dürfen nicht Gesetzlust für ein sehr kurzes, in welchem nur der Punkt wegen Oesterreich weiter eine längere Verhandlung beschäftigen mag. Sind wir recht unterrichtet, so sind von Dinrich und Kreussler von den verschiedensten Seiten bestimmte Erklärungen gefordert. Diese würden vielleicht alle Verhandlungen unnöthig machen. Jedenfalls genügt zu dieser ganzen zweiten Lesung eine Woche, womit wir den 22. Dez. erreichen. Am Weihnachten denken wir kann die deutsche Verfassung vollendet sein! Mit diesem Jahre schlösse das Provisorium, und mit dem neuen Jahre begänne für unser Vaterland das neue Leben, dem die Erschütterungen des Jahres 1848 nur als Geburtswehen vorangegangen. Wer will nicht eine so nahe Vollendung des großen Werkes der Wiedergeburt mit allen Glückwünschen patriotischer Sehnsucht willkommen heißen? — Aber dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn die Vaterlandsliebe auf allen Seiten es fördern will; wenn Neugierde und Eitelkeit nicht aus jedem wahren oder unwahren Zeitungsartikel eine Interpellation, einen dringlichen Antrag machen, wenn man das kleinere dem Größern zu opfern versteht, und der Parteihaß vor der Größe des zu Vereinbarenden verstummt. Jetzt wird es sich zeigen, auf welcher Seite wahrer Patriotismus zu finden ist; und mag die deutsche Nation noch so sehr in Parteien zerspalten sein, in der Sehnsucht nach baldiger Herstellung eines verfassungsmäßigen einigen Deutschlands ist sie, vielleicht mit Ausnahme einer geringen südwiligen Fraktion, vollkommen einig, und diejenige Partei müßte selbst sich um ihre Zukunft bringen, die, sei es auch mit widrigen Gegenständen, sich noch Deutschland auf dem Weg zum nahen großen Ziele aufhalten wollte.

(Fr. D.-P.-A.-Z.)

Landwirthschaftlicher Kongreß zu Frankfurt.

△ Neunte Sitzung am 12. Nov. Einreichung einer Protestation von Seite mehrerer Mitglieder gegen die für den Tabakbau beschlossene Ausnahme. Fortsetzung der Berathung über das Zollwesen (§ 4 den Zoll auf Eisen betreffend.) Der Antrag der Kommission geht dahin, daß es zwar im Interesse der landwirthschaft bei dem großen Bedarfe derselben an Eisen höchst wünschenswerth wäre den Eingangszoll herauf zu mindern, daß es aber im Hinblick auf die Interessen der inländischen Eisenhütten und Fabriken sich für jetzt nicht veranlaßt sehe auf eine Aufhebung des Eingangszolles auf Eisen anzutragen. Dieser Antrag rief besonderen Widerspruch von Seite der Mitglieder auf den deutschen Küstenländern hervor und wird von diesen und anderen vorzüglich eine bedeutende Ermäßigung des Eingangs von Robeisen sowie eine gänzliche Befreiung der Schiffserbedrfes vom Eingangszoll beantragt. Alle dahingestellten Anträge und darunter selbst diejenigen welche die Eingangszölle auf den von 1837 — 1839 bestehenden Tarif reduzirt wissen möchten, wurden verworfen und der Kommissionsantrag angenommen. Der § 5 des Zollwesens betreffend den Schutz des Baues und der Verarbeitung des Flachses könnte nun an die Reihe. Die Kommission beantragt, daß eine Veränderung der bestehenden Zollansätze bei Flachs, Garn und Leinwand zur Zeit nicht rathsam erscheine; sie motivirt diesen Antrag dadurch daß der Arbeiter ersuchen beitheilige sei, 1) bei dem Bau des Flachses, 2) bei der Spinnerei und Weberei, und 3) bei der Konfumtion. Bei der 1. als Zeitlohner an der Produktion, bei der 2. und 3. als Fabrikam und endlich bei der 3. als Konsument der Leinwand als einen unentbehrlichen Kleidungsmaterials. In Anbetracht nun daß bei den Arbeiten vorzüglich das Fabrikations- und Konsumtionsinteresse vorherrschen müsse, könne eine Vertheurung des Garns und der Leinwand durch Erhöhung der darauf haftenden Eingangszölle nicht vorgeschlagen werden. Nach längerer Diskussion wird der Kommissionsantrag angenommen mit einem Zusatz von Wüster: den Motivirungen aber die Besterung des Flachsbaues auf administrativem Wege zu empfehlen. Am Schlusse ihres Berichtes wünscht die Kommission über das Zollwesen noch daß ihre Anträge und Beschlüsse sodald wie möglich der hohen Reichsversammlung und der Zentralgewalt zur Beschlußfassung mit der Bitte vorgelegt werden, daß dieselbe auch in Zukunft bei allen wichtigen Fragen der Zollgesetzgebung in so weit sie in landwirthschaftliche Verhältnisse eingreifen, das Gutachten von Sachverständigen zu hören geneigt sein möchte. Dieser Wunsch wird von der Versammlung genehmigt.

Zehnte Sitzung am 13. Nov. Vormittags. Verlesung des Protokolls. Hierauf wird wegen der vielen noch zu behandelnden Geschäfte beschlossen, heute und morgen je zwei Sitzungen zu halten. Wüster und Konsorten stellen nachträglichen Antrag zu Begleitung auf den Zollverein „Die Ausgleichung der verschiedenen Interessen der neuabtretenden Länder muß die Grundlage der neuen Zollgesetzgebung bilden.“ (Einstimmig angenommen.) Hierauf Berathung über §. 1 die Vertretung der Landwirthschaft bei der Reichsversammlung betreffend. Von Seite der Kommission wird die Nothwendigkeit einer Vertretung bei der Reichsversammlung anerkannt und beantragt, daß stets 2 Ausschüsse gewählt werden sollen. 1) ein engerer, welcher aus fünf Mitgliedern bestehen und permanent in Frankfurt bleiben soll, beauftragt mit der Ausarbeitung der von dem Kongresse selbst nicht mehr zu erledigenden Gegenstände, und als beständiger Wächter über alle die Landwirthschaft berührenden Interessen; 2) ein größerer Ausschuß von 36 Mitgliedern aus den verschiedenen Provinzen Deutschlands, welche alle Jahre Abtretungen zu versammeln, und überdieß in wichtigen Fällen von dem engeren Ausschuß nach Frankfurt sogleich einberufen werden kann. Beide Ausschüsse sollen von dem Kongresse sogleich gewählt und durch die betreffenden landwirthschaftlichen Vereine bestätigt werden. Hinsichtlich der Kosten dieser Ausschüsse soll die Zentralgewalt ersucht werden, die Bitte des Kongresses überhaupt an die betreffenden Regierungen zu übernehmen dieselben zu unterstützen. Sollten die Regierungen die Bitte nicht gewähren, müßten die Kosten dieser von den landwirthschaftlichen Vereinen bestritten werden. Diese Anträge der Kommission werden angenommen und hierauf die Sitzung geschlossen.

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

Bayern. — ** München, 28. Nov. Bayern feiert heute den Geburtstag seines geliebten Königs Max. Mögen die Segenswünsche für ihn, die heute aus Millionen bauerischer Herzen zum Himmel emporsteigen, gnädige Erhörung finden bei dem, dessen allmächtige Hand die Geschicke der Fürsten und der Völker lenket. Möge es dem konstitutionellen Monarchen vergönnt sein, umgeben von patriotischen Räthen und geschützt auf die Liebe eines treuen, biederen Volkes eine lange Reihe von Jahren der feste Hort und Schild der Freiheit und des Glückes unseres theuren Vaterlandes zu bleiben, wie sein eigenes Herz seinen andern Wunsch hegt. Und möge dieser Tag bei seiner jedesmaligen Wiederkehr das schöne Band gegenseitigen Vertrauens, das gutes Fürst in Bayern noch fester und Volk umschlingt, immer selber geknüpft finden. In München wurde der festliche Tag in gewohnter Weise durch Kanonensalven, Gottesdienst in den Kirchen aller Konfessionen, Ausrücken der Linie, der Landwehr und der Freikorps u. s. w. begangen.

Zum Behufe der durch die Urwählen am 30. d. M. vorzunehmenden Wahl der Wahlmänner, denen dann die Wahl der drei Abgeordneten Münchens zum nächsten Landtage obliegt, ist unsere Hauptstadt in 44 Wahldistrikte eingetheilt worden. Für jeden dieser Distrikte ist ein eigenes Lokale bestimmt, in welchem die Stimmzettel abgegeben werden. Alle diese Lokale werden am 29., also morgen Nachmittags, für Besammlungen und Besprechungen der Urwähler geöffnet sein. Wir hoffen und wünschen, daß die wahrhaft konstitutionell gesinnten Urwähler so zahlreich als nur immer möglich zu diesen vorläufigen Besprechungen sich einfinden mögen, damit man sich über die Männer, welche das allgemeine Vertrauen zu dem wichtigen Posten der Wahlmänner berufen soll, seß verständige und dann bei der Wahl derselben die Stimmen sich nicht zersplittern. Möge jeder Einzelne von der hohen Wichtigkeit des Rechtes, das er bei der vorzunehmenden Wahlhandlung übt, und der heiligen Pflicht, die er gegen das Vaterland zu erfüllen hat, recht lebhaft durchdrungen sein: möge jedem der Gedanke vorschweben, daß er seinen Theil beitragen soll zu Erzielung eines glücklichen Wahlresultates. Mögen die Wahlen nur solche Männer treffen, die es wahrhaft wohl meinen mit dem Lande, die aufrichtig und

unerschütterlich sey halten an der konstitutionellen Monarchie; Männer von entschiedener Gesinnung und unerschütterlicher Ueberzeugungstreue, Freunde der Freiheit und der gesetzlichen Ordnung, Männer, deren Namen sichere Bürgschaft geben, daß sie den Vorsichtigen nur auf dem friedlichen und allein gesetzlichen Wege der Reform nicht aber der permanenten Revolution und des gewaltsamen Umsturzes wollen; Männer von anerkannter Festigkeit und Unabhängigkeit des Charakters, die weder links noch rechts sich ablocken lassen von dem Ziele, dessen Erreichung allein Heil verspricht für Bayern; Männer endlich, welche dann als Wahlmänner bei der Wahl der Abgeordneten auch mit solchen Kandidaten ihre Stimmen geben werden, die offen und ehrlich auf dem Verfassungsboden des gesetzlichen Fortschritts mit dem Beste des ganzen Landes wollen und handeln, und dazu die nöthige Kraft und Besähigung besitzen. In eurer Hände, ihr konstitutionellen Wähler, liegt jetzt großentheils die Zukunft unseres Vaterlandes; ihr habt vollkommen freie Hand, entschieden nach besten Wissen und Gewissen. Eurer Aufgabe ist eben so groß, als eure Verantwortlichkeit schwer: es handelt sich um nichts Geringeres, als um das Schicksal des ganzen Landes, wie dieses einzelnen seiner Bürger: möchte es, daß die Gesinnungen der wahre Ausdruck der ungeheilten und bei jedem Anlaß erprobten und bewährten Gesinnungen und Wünsche der immensen Majorität der Bayern seien. Der Dank des gesammten Vaterlandes wird euch nicht ausbleiben.

Königr. Sachsen. — Leipzig, 18. Nov. (Fr. O.-P.-A.-Z.) Die jüngsten Aeußerungen unseres Ministers von der Pforten, Sachsen befinde sich in einem Zustand erkennlicher Gesetzlichkeit, scheinen durch die Vorgänge der letzten Tage widerlegt zu werden. Wenn die rothe Fahne selbst in der Kirche aufgepflanzt wird, wenn Stunden lang die Zerstörung einer Wohnung derselben werden kann, wenn es geschehen darf, daß die Frau des Hauses einem bewaffneten Hausen, die Kinder in der Hand, die Schlüssel selbst öffnen muß, um der Plünderung zu wehren, daß sie den Gatte nicht verbergen sei, — wenn alle Behörden, die städtischen wie die bezirksherr, sich nachdem Alles vollendet ist, die Bürgerwehr alarmiren, von welcher nur 38 Mann erscheinen, und solche Vorgänge straflos bleiben, so sragen wir: „haben wir eine Regierung oder nicht? Leben wir in einem Staate, oder sind wir in unserm „hochgepriesenen" Sachsen noch in dem Urzustande wilder Völker, die statt aller staatlichen Einrichtung nur die Herrschaft roher Gewalt kennen?" Als Ursache dieses unglaublichen politische Ueberzeugung dieser oder jener Staatsform zuzulegen, die Herrschaft des Verbrechens ist immer und überall eine verhängnißvolle Unthat, der man nie zeitig genug ein Ziel stellen kann. Energisches Einschreiten ist in einem solchen Falle die erste Pflicht der Regierenden, gleichviel, ob Bluth Erschossen oder sonst ein Ereignis den Schreckensmännern zum Vorwande dient. Wir sondern diesen Notizstreif in ein auswärtiges Blatt, da die wackere Zwickau, die wir hier meinen, keinen Redakteur dem Muth geben wird, ihn aufzunehmen.

Mecklenburg, 18. Nov. Hier sind folgende Bekanntmachungen erschienen: 1) Kraft der mit dem Sr. kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Reichsverweser erkrellen Vollmacht verkündige ich hiermit sämmtlichen Einwohnern des Herzogthums Lauenburg, daß in Folge des von Sr. Maj. dem Könige von Dänemark in Vertretung der deutschen Bundesmacht mit der Provisorischen Regierung abgeschlossenen und von der deutschen Nationalversammlung genehmigten Waffenstillstandsvertrages vom 26. August d. J. die am 10. Juli d. J. durch den Immediatkommissär des deutschen Bundes eingesetzte interimistische Landesadministration am heutigen Tage von mir aufgehoben ist. Ratzeburg, den 15. Nov. 1848. Stedmann, Reichskommissär. — 2) Die Landesunterzeichneten, zur Uebernahme der Ausführung des Waffenstillstandes von Malmoe ernannten Kommissäre verkünden hierdurch den Einwohnern des Herzogthums Lauenburg, daß sie gemeinschaftlich den heutigen Tage eine höchste Landesbehörde eingesetzt haben, welche das Herzogthum Lauenburg im Namen Sr. Maj. des Königs von Dänemark in seiner Eigenschaft als Herzog von Lauenburg verwalten wird. Dieselbe besteht aus den Herrn: Graf v. Reventlau-Lesgaard, als Präsidenten, Justizrath Walter und Justizrath Hochlist, als Mitgliedern. Die Wahl von Männern, welche das Zutrauen des Landes in vollem Maße genießen, läßt die genannten Kommissäre mit Zuversicht erwarten, daß der bewährte Sinn der Lauenburger Bevölkerung für Recht, Gesetz und Ordnung sich auch während der noch übrigen Dauer des Waffenstillstandes bethätigen und der höchsten Landesbehörde, welche das Herzogthum Lauenburg im Namen des Königsherzogs zu verwalten hat, ihr schwieriges Amt, und der Reichsgewalt, die dem Landesherrn die Erfüllung eines gültigen Friedensschlusses erleichtern wird. Ratzeburg, den 15. Nov. 1848. Stedmann, Reichskommissär. C. v. Pfeffer. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen. ⊙ Berlin, 23. Nov. Die Herren Rodbertus und von Berg reisen heute Abend im Auftrage der Nationalversammlung nach Frankfurt, um folgende von mehr als 200 Mitgliedern der Versammlung unterschriebene Adresse an die deutsche Reichsverweserwürde zu überbringen: „Hohe Versammlung! Der Herr Unterstaatssekretär Waffermann hat in der 113. Sitzung der deutschen Reichsversammlung über seine Sendung nach Berlin Bericht erstattet. Wir verschmähten es, mit Hrn. Waffermann darüber zu rechten, wie und wo er seine Anschauungen von der Physiognomie der Stadt, von der Haltung der Bevölkerung, gegenüber den Gewaltstreichen der Regierung, gewonnen hat. Der 9. Nov. ist schon der Geschichte anheim gefallen. Der Presse mag es übertassen sein, nachzuweisen, daß Hrn. Waffermanns Schilderung bis in die kleinsten Züge falsch ist. Wenn aber ein Beamter des Reichs über seine amtliche Thätigkeit die hohe Versammlung mit so solzenschweren Umwahrheiten zu hintergehen sucht, so wäre Schweigen ein Verrath an der heiligen Sache, für die wir im ehrlichen Kampfe stehen und fallen, die wir aber nicht muchlings wollen morden lassen. Wir Unterschriebene erklären daher: „daß Herr Waffermann, als Abgesandter der deutschen Zentralgewalt, mit der preußischen Bürgerbewaffnung oder mit den zurückgebliebenen Deputirten, wie er sich auszudrücken beliebt, gar nicht unterhandelt, zu unterhandeln nicht einmal versucht hat. Seine ganze Thätigkeit in dieser Richtung hat sich, so viel wir durch die sorgfältigste Nachforschung haben ermitteln können, darauf beschränkt, daß er unter der ausdrücklichen Erklärung, er komme als Privatmann, dem Präsidenten v. Unruh einen Besuch gemacht, einen, nach der Aussage des Herrn v. Unruh selbst, sehr kurzen Besuch, und daß er bei Gelegenheit eines Krankenbesuchs ein Mitglied des linken Zentrums seine persönliche Meinung über die Bedingungen einer Transaktion hat aussprechen hören, ohne dieselben richtig erfaßt zu haben. Daß die preußische Nationalversammlung nur auf die von Hrn. Waffermann angegebenen Bedingungen mit der Krone unterhandeln wolle, ist eine Unwahrheit." Berlin, den 22. November 1848." — Hr. Waffermann wird sicherlich die Anerkennung nicht schuldig bleiben.

Berlin, (Staats-Anzeiger.) den 23. Nov. Eine erbrentende Angst der größten Grundbesitzer in Schlesien haben sich unter dem 29. v. M. in einer Adresse an Se. Majestät den König gewandt, um zu erklären, daß sie bereit seien, ihre im Amortisationsfonds des schlesischen Rentenvereins befindlichen bedeutenden Ersparnisse als Beitrag zur freiwilligen Anleihe beizubringen: sie haben gebeten, in der möglichen weise dem preußischen Staate unter den jetzigen Umständen ausreichenden Geldvorlegenheiten die Hoffnung aufzudrücken, daß alle ihre Mitstände auf den laut gewordenen Wunsch eingehen und durch einen Spezialbeschluß ihren aus 2 Millionen bestehenden landschaftlichen eigenthümlichen Fonds als Beitrag zur freiwilligen Anleihe zur Disposition stellen werden.

Berlin, 21. Nov. Die Studentendeputation des Kreises welcher die Petition an den König um die Verlegung der Nationalversammlung beschlossen und unterzeichnet hatten, haben folgende Erklärung in dem preußischen Staatsanzeiger veröffentlicht. „Ehre und Aufrichtigkeit liegen uns die heilige Pflicht auf, öffentlich hiedurch zu erklären, daß es nur der Vorspiegelung: „einzig und allein auf diesem Wege sei die Erhaltung der Krone und Verbrüderung von Bürgerwaffen möglich" gelungen ist, uns die Unterschrift der Petition, welche unsere Absicht in einer Zustimmung zu veranlassen, welche wir zurücknehmen. Freimüthig legen wir dies offene Bekenntniß zur Warnung Aller ab, welche durch ähnliche Mittel verleitet, ein Opfer der Leidenschaft und Verführung werden können. — Stettin 21. Nov. 1848. (Folgen die Unterschriften.)— Zugleich haben die übrigen Studentendeputirten, welche in der Sitzung vom 9. d. gegen die Adresse gestimmt hatten, dieses ihr Verhalten verössentlicht.

Breslau, 21. Nov. (Schles. Ztg.) Der Fürstbischof Freiherr von Diepenbrock hat nachstehende Ermahnung erlassen: „Se. ergeht seit einigen Tagen der Aufruf durch das Land, der Regierung Sr. Majestät des Königs die gesetzlich aufzulegten Steuern zu verweigern. Bei der Zumuthung zu einem so folgenreichen Schritte klagt der gläubige Geist vor Allem sein Bedauern an, daß auch ein katholischer Priester, der Katholik aber, wenn ihm unter besonderen Umständen die Erfüllung seiner Pflichten Zweifel erregt, fragt seine Kirche, das in ihr göttlich eingesetzte Lehramt. „Da nun die gegenwärtigen politischen Zeitverhältnisse so beschaffen sind, daß in der allgemeinen Verwirrung der Begriffe von Recht und Pflicht und in der Aufregung, welche die politischen Ereignisse mit sich bringen, auch mancher Gläubige über die Pflicht der Steuerzahlung schwanken und zweifelhaft geworden sein mag und daher eine Belehrung darüber ihm zur Beseitigung seiner Gewissenszweifel willkommen sein wird, so erkläre ich hiermit vor Gottes Angesicht und vor aller Welt: daß, da Se. Majestät der König nicht aufgehört hat, unser rechtmäßiger König, d. h. unserer von Gott gesetzte Obrigkeit zu sein, die Pflicht des Gehorsams gegen ihn und insbesondere die Pflicht der Fortentrichtung der gesetzlichen Steuern an ihn dazu beitragen, einen ruhigen Fortschritt der gesetzlichen Reformen zu ermöglichen, die unzweifelhafte heilige Gewissenspflicht ist, nach dem ausdrücklichen Ausspruche des Herrn, in er auf die gleiche Anfrage (Mark. 12. 13—17): „Ist es erlaubt, dem Kaiser Zins zu geben, oder sollen wir ihn nicht geben?" entscheidend antwortete: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist," und nach der Ermahnung des Apostels (Röm. 13. 7): „Gebet also Jedem das Schuldige, Steuer, wem Steuer schuldig ist, Zoll, wem Zoll, Furchtsucht, wem Furchtsucht, Ehre, wem Ehre gebühret." „Die Pflicht der Steuerzahlung kann daher ohne Verletzungen gegen diese Ausprüche Christi, unseres göttlichen Gesetzgebers und seines Apostels nicht außer Acht gelassen werden, und ich ermahne daher alle meine Diözesanen im Namen der dreieinigen Gottes sich in Erfüllung dieser Pflicht nicht nicht irren zu lassen, sich ermahne sie, dem Könige zu vertrauen, daß er die seinen Volke gemachten Zusagen gewissenhaft erfüllen werde und in der Treue gegen ihn unwandelbar zu bekennen; „denn seine königliche Gewalt ist von Gott angeordnet, und wer sich ihr widersetzt, der widersetzt sich der Anordnung Gottes, und die sich widersetzen, ziehen sich selbst die Verdammniß zu." „Das ist nicht meine, sondern des Weltapostels göttliche Lehre (Röm. 13. 12). Ich aber würde Verrath an meiner Pflicht üben und meinen heiligen Eid brechen, wenn ich sie nicht bei dem Anlaße allen meinen Hirtensorge Gemeinen laut und nachdrücklich, wie ich es hiermit thue, einschärfte, im Uebrigen auf das Hirtenschreiben verwiesend, welches ich zum Anfange des neuen Kirchenjahres bereits erlassen habe. Gegeben Breslau, den 18. Nov. 1848. Melchior Freiherr von Diepenbrock, Fürst-Bischof.

Schwedenitz. Hier ist von sämmtlichen Soldaten hiesiger Garnison folgende Erklärung dem Kommandanten überreicht und zugleich öffentlich angeschlagen worden; wir gehen dieselbe um so lieber wieder, als die Sache ganz von den Soldaten selbst ausgegangen ist, ohne daß auch nur die mindeste Anregung von Seiten der Offiziere stattgefunden hätte. Erwähnung sämmtlicher Soldaten der Garnison von Schwedenitz auf das an sie gerichtete Plakat d. d. Hallerstadt den 13. November 1848. 1) Wir sind unserer Pflicht, König und Vaterland zu beschützen, stets eingedenk. 2) Wir erkennen unter den jetzigen Zeitumständen keine andere gesetzgebende Macht an, als den König unsern Herrn und seine von ihm eingesetzte Regierung. 3) Wir weisen mit Entrüstung die Anmuthung zurück, uns durch schmeichelnde Flugschriften zum Treubruch zu verleiten. Nicht mit Gilden. 4) Wir lieben und achten unsere braven Mitbürger, der mit uns benühte ist. Ordnung und Gesetz aufrecht zu erhalten, und weisen seine Bruderhand nur zurück. Denjenigen aber, welche sich erfrechen, Aufs bei zeit Heilige anzutasten, die Ruhe unserer guten Mitbürger zu stören und auf diese Weise das Vaterland in namenloses Elend zu stürzen, denjenigen werden wir zur Zeit entgegentreten und diesen unnützen unserer Waffen entsprechen. „Die sind die Verräther des Vaterlandes!“ Der Bischofsrath hat ebenmerkenswerthen Kriegsrath bleibt noch wir voc: „Mit Gott für König und Vaterland!“ Und mögen die am Schusse beregten Plakats unterschrieben 2 Offiziere hiervon entnehmen, was sie von gesetzgebenden und ehebrechenden Gedanken, sowohl des hier garnisonirenden 1. Bataillons 11. Landwehr-Regiments, als auch des 1. Bataillons 3. Infanterie-Regiments, welche unter der 3. Abtheilung 5. Artillerie-Brigade und der Pionierie, für ihre amerikanischen Zwecke zu erwarten haben. Schwedenitz, den 21. Nov. 1848. (St.-A.)

Köln, 22. Nov., Mitternacht. (Köln. Z.) Unsere Demokraten, resp. Anarchisten, haben heute Abend einen Triumph gefeiert und die Annalen unserer Stadt um ein schmutzvolles Blatt bereichert. Ihr sinn nur den unsern Klassen angehörigen Anhang, von einem kleinen Theile seit Wochen aufgeregt und gehetzt, brachte es endlich zu einem Auftritte. Die einer Garnison gegenüber, welche sich durch Besonnenheit und Ruhe auszeichnet, bewaffnete Gemeindewehr — weil er nun ganz kleinen Theil eine Waffe an die Berliner Provisionirung angenommen und später einen Antrag auf Unterstützung des unsinnigen Berliner Beschlusses der Steuerverweigerung abgewiesen — am Abbauung anzugehen. (Wahrscheinlich sollte dann das auf 21 Personen durch Wahl gebildete Volkskomite das Ander in die Hände nehmen.) Gegen 6 Uhr Abends ein großer Haufe vor das Rathhaus. Die dortige Wachmannschaft war gering verstärkt und alle Zugänge besetzt worden, wie denn überhaupt alle Vorsichtsmaßregeln getroffen waren. Ein Angriff erfolgte nicht, und man zog von dort zum Hause einer Bischofsschmiedes, bei welchem man einen Vorrath von Gewehren vermuthete. Eine starke Militärpatrouille, die den Zugang zu der Straße sperrte, machte dem Unfuge ein Ende. Die Rädelsführer wurden aufgegriffen, und da er sich zu gewehren schien, so zog sich das Militär zurück. Nun aber ging's zur Wohnung des Oberbürgermeisters. Wie vorsichtig, erschien eine Deputation von drei Personen an Hause, fragte nach dem augenblicklich Abwesenden, und sagte ihrerseits Dazwischung des Hauses an. Alsbald wurden auch unter welchem Vorwand sämmtliche Fenster und Läden des Erdgeschosses und des ersten Stockes zertrümmert und arge Verwüstungen angerichtet. Man hatte die Steinwerfe des gegenüber gelegenen Schulgebäudes großentheils abgetragen und die schwersten Steine in das Haus geschleudert, selbst Bewohner selbst zerschlagen waren. Kaum ließ das Militär sich blicken, so zog der Haufe schnell fort, und Ruhe war von jenem Augenblicke an wieder. Bald nachher zog die wüste Bande, welche durch Lügen und Entstellungen in Zeitungsartikeln und Reden von einer gewissen Partei schon so lange gegen die königliche Zeitung und ihre Besitzer, so wie gegen deren Herausgeber, der auch Mitglied des Gemeinderaths ist, angehetzt und unermüdlich geübet wurde, eine (wenn auch nur kleine) Frucht. Vor dem Hause des Herrn Bachem, „daß sich nicht genug verrichter sei, wer nicht solge,“ dann aufgeschaltet, erschien nämlich ein Haufe von wenig Gassenbuben — jedoch geführt von mehreren wohlgekleideten Herren — vor dem Lokale der Expedition der königlichen Zeitung, und zertrümmerte einige Fenster mit so schweren Steinen, daß auch zwei Läden zersplitterten. Bevor noch Militär erschien, war die Straße leer. Um an der Lösung des klassischen Rathsels ganz unschuldiger Zeitungsträger, welche gleichzeitig auf der Straße angehalten, unser Gedanerbietungen zur Vernichtung seiner Exemplare aufgefordert, und auf seine Weigerung mit Schlägen mißhandelt. Von weiteren Angriffen auf Personen oder Eigenthum ist uns bis jetzt keine Kunde geworden. Alle Staatsgebäude waren mit Militär belegt; starke Patrouillen durchzogen bis spät die Straßen, auf denen jetzt die gewöhnliche Ruhe herrscht.

Düsseldorf, 23. Nov. Die Führer unserer Bürgerwehr haben einen Protest gegen die in dem Publikandum des Belagerungszustandes enthaltenen Beschuldigungen erhoben und das ganze Verfahren für ein durchaus ungesetzliches erklärt. Insbesondere beschuldigen sie den Regierungspräsidenten Spiegel der Wortbrüchigkeit, indem derselbe noch am 20. einer Deputation im Beisein des Oberbürgermeisters in ganz bestimmten Ausdrücken erklärt habe: „Es würde der Belagerungszustand der Stadt nicht ohne vorherige Verwarnung und ohne vorherige Anzeige an den Oberbürgermeister und den Chef der Bürgerwehr und nur bei gewaltsamen Schritten seitens der Bürgerwehr verhängt werden.“ Ganz entgegen dieser feierlichen Erklärung sei die Bürgerwehr plötzlich überrumpelt und gewissermaßen gefangen genommen und 3 Kompagnien, welche außerhalb der Gräben stimmt gewesen, durch die Militärgewalt von dem Ganzen abgeschnitten worden. Unter diesen Umständen könne ein aktives Auftreten der Bürgerwehr nur erfolglos sein, weshalb sie beschlossen, bei dem passiven Widerstand zu beharren, jedoch die Waffen nicht abzugeben, sondern es den betreffenden Behörden zu überlassen, die Ablieferung derselben zu bewerkstelligen. Heute Morgen sind nun die Gewehre in den Häusern der Bürgergarden durch Militärabtheilungen abgeordnet und ohne Widerstand abgeliefert worden, so daß die gänzliche Entwaffnung der Bürgerwehr als beendigt angesehen werden kann. Außer der gestern gemeldeten Beobachtung des Lokale, der beschuldigt ist, die Bürger durch Rede und Schrift zum Umsturz der bestehenden Staatsgewalt direkt aufgereizt zu haben, sind bis jetzt keine weitere Verhaftungen vorgenommen worden. Nach Berlin Hagedo und ihrem Sohne haben Nachfragen stattgefunden. Dieselbe hat jedoch bereits gestern Abend Düsseldorf verlassen. In der vergangenen Nacht entstand in einem vor der Stadt gelegenen unbewohnten Hause Feuer. Da als Kirchthürme militärisch besetzt und Alarmsignale verboten sind, so wurde die Einwohnerschaft von dem Brande nichts gewahr und das Gebäude brannte, in Ermangelung aller Hülfeleistung, gänzlich ab. Man behauptet, der Brand sei angelegt und die aufsteigende Flamme habe den Landesverrathen als Signal zum heranfallen Einfalle in die Stadt dienen sollen. Im Uebrigen hat unsere Stadt ein ganz ruhiges Ansehen; die Aufregung, die gestern noch überall herrschte, hat sich bedeutend gelegt. Die bei Weitem überwiegende Majorität der einsichtsreichen Bürger steht in dem Belagerungszustand Schutz gegen die immer wiederholten Versuchen einer kleinen Partei, die Ordnung zu stören, die nur darauf ausgeht, die Arbeiter und die bessere Klasse zum Hasse und zur Ungerechtigkeit gegen die Arbeitgeber und die Besitzenden aufzureizen. Wie wir erfahren, soll die Behörde einer gedeimen Korrespondenz auf die Spur gekommen sein, die über den Zweck der jüngsten Aufregung, die nicht anderes, als die Ausrufung der Republik beabsichtigte, vollkommen Aufschluß gibt.

(Fr. A.-U.-A.-Z.)

Oesterreich. — * **Wien**, 25. Nov. Das Ebenbürtigkeit der gestrigen Wiener Zeitung verkündigt nun endlich, daß der Reichstag in Kremsier seine Sitzungen wieder eröffnet, und es wird darauf erfüchtigt, daß sie in Uebereinstimmung mit dem erhobenen Thatbestande theilt durch ihre Gesinnung, theilt durch die gerichtliche Anerkennung des Inhalts der durch sie redigirten Exemplare des „Radikalen“ überwiesen wurden, daß sie ungesetzlich der um 20. und 23. Oktober 3. 3. kundgemachten Proklamationen des Fürsten Windischgrätz sortsuchen, im besagten Journale die Bewunderung des Fürsten Windischgrätz aufzugeben. Auf der weiteren Begründung des Strafurtheils geht hervor, daß die Betrachtungen sich vorzüglich durch die Journalnummern des 22., 24., 25. und 26. Oktobers kompromittirt hatten. — Heute theilt der Gouverneur Baron Welden eine Proklamation des Fürsten Windischgrätz mit, wonach fast die Standrechtlichen das kriegsrechtliche Verfahren in Bezug auf Zivilpersonen und mit Beibehaltung von Geschworenen wieder eintreten soll. — Nachrichten aus Kremsier melden, daß es dem Ministerium gelungen ist, den Einhalt mit Todesurtheilen zu erwirken. — Die nächste Reichstagssitzung war wegen vorherrschender Herstellung der Räume auf den 27. d. verschoben worden. Bisher als 300 Deputirte waren bereits angelangt. Die Eröffnung der Reichstages ist einander sieß einen Aufschub der Berathungen gewährigen. Auch war keine Rede davon, einen Theil der Linien in Anklagezustand zu versetzen, vielmehr scheint der neue Minister des Innern nach Popularität zu greifen und die besagnirten Deputirten erfahren sehr zuvorkommend. Eine Druckerei war noch nicht hergerichtet. — Gestern Abend zirkulirten verschiedene Gerüchte aus Italien; es hieß, eine Revolution sei in Rom ausgebrochen, Graf Rossi sei ermordet und Pius IX. sei dessen Stelle gekommen (bekanntlich bestätigt); auch wäre der Papst gewungen worden, Oesterreich den Krieg zu erklären. (?) Dann habe Radetzky der Schlag getroffen. (Die direkten Nachrichten mildern nichts davon). — An der heutigen Schranne haben die Getreidepreise auf starke Zufuhren bedeutend abgeschlagen. — Der ehemalige Minister Graf Kolowrat weilt hier. — Vom bekannten Altmann-Dichter Alexander Baumann wird ein Bauernstück für das Burgtheater erwartet. — Die Börse steht unbelebt und faßt ohne Veränderung. Gold wimmelt, in Hamburg und London meht begehrt. 5%, Metall. 78¼, 4% 65, 2½%, 40⅝, Bankaktien 1050, Loose von 1834 133, Devisen von 1839 88, Nordbahn 98, Mailänder 66, Glogauer 94, Pesther 62, Lobmerer 62⅝, Linz-Budweiser —.

Mehrere Wahlbezirke der Stadt und der Umgebung Wiens werden, wenn der 1ster. Reichstag gegen die in Frankfurt gefaßten Beschlüsse bezüglich der Art des Anschlusses an Deutschland eine Seite Oesterreichs seinen Protest einlegen, dem wenn dieser Protest die gehoffte Wirkung nicht haben sollte — ihre Abgeordneten des Frankfurter Parlamentes zurückrufen. Die Stände von Kärnthen und Krain haben Se. Majestät in einer Adresse gebeten, sämmtliche österreichische Abgeordneten von der Nationalversammlung zu entfernen. Mehrere Abgeordnete haben selbst schon zurückgerufen. Mehrere Wahlen werden vorläufig keine vorgenommen, denn bei den allenfalls ausgeschriebenen erscheinen keine Kandidaten. Die deutsch-österreichische Sache scheint einer sehr nahen Entscheidung entgegen zu gehen. Oesterreich wird die deutsche Politik fallen lassen und seine Hausvolitik verfolgen; Oesterreich wird und kann ohne Deutschland bestehen, ohne daß wir eben behaupten können, daß dieses auch bei Deutschland der Fall wäre. — Oesterreich hat sich gegen Deutschland immer redlich bewiesen, und Deutschland wird sich sich schwer verständigen, wenn es Oesterreich durch Forderungen, die nicht erfüllt werden können, kränkt. Deutschland durch Frankreich des deutschen Landes Ehre retten. Nachdem Deutschland durch Frank-

Digitized by Google

jösisches Schwert zerrümmert machtlos sich dem Schicksal in die Hände warf, war es Oesterreich, welches mit beispiellofer Anstrengung den Riesenkampf noch einmal aufnahm, zum ersten Male den Soldatenkaiser in offener großer Feldschlacht schlug und Reggeströmt durch sein Heldenbeispiel das deutsche Volk aus dem seine Kraft lähmenden Schlafe der Waffenlosigkeit rüttelte. Und wenn auch der Sieg bei Aspern, erfochten auf österreichischem Boden durch österreichische Truppen, geführt von einem österreichischen Prinzen Deutschlands Sache mit einem Schlage zu retten nicht geeignet war, so sind doch seine Folgen für die Ehre und Rettung Deutschlands von höchster Wichtigkeit gewesen; der erste Schritt, Deutschland vor dem gänzlichen Zerfalle zu befreien, war durch Oesterreich gethan; der Name „Deutschland" wurde durch Oesterreich dem Soldatenreiche entrissen. Daß Alles das Deutschland nicht rettete, nicht retten konnte, nicht retten durfte, denn es könnte eine solche Vergesserheit nur allein als schwere Schuld zu büßen haben.

(W. Z.)

*Da bei Gelegenheit der Hinrichtung R. Blums die Stellung Oesterreichs gegenüber der deutschen Nationalversammlung vielfach zur Sprache gekommen ist, so dürfte es vielleicht für unsere Leser von Interesse sein, wenn wir die offizielle Erklärung hier folgen lassen, welche in dieser Beziehung die österreichische Regierung noch vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung zu Frankfurt veröffentlicht hat und welche in den amtlichen Theile der Wiener Zeitung vom 21. April 1848 enthalten ist.

„Weit entfernt, den bevorstehenden Wahlen zum deutschen Volksparlamente eine bestimmte Richtung vorzeichnen, oder auf dieselben Einfluß nehmen zu wollen, findet sich das Ministerium durch die bereits angeregte Frage, ob Deutschland in Zukunft ein Bundesstaat oder ein Staatenbund sein soll, veranlaßt, seine Ansicht darüber auszusprechen. Die Wünsche des innigen Anschlusses an Deutschland durchdrungen, wird Oesterreich jeden Anlaß freudig ergreifen, welcher seine Anhänglichkeit an die gemeinsame deutsche Sache zu bethätigen vermag. Es könnte aber nie ein gänzliches Aufgeben der Sonder-Interessen seiner verschiedenen, zum deutschen Bunde gehörigen Gebietstheile, eine unbedingte Unterordnung unter die Bundesversammlung, ein Verzichten auf die Selbstständigkeit der inneren Verwaltung mit seiner besondern Stellung vereinbarlich finden, und somit sich die besondere Zustimmung zu jedem von der Bundesversammlung gefaßten Beschluß unbedingt verbehalten. In so ferne Letzteres mit der Wesenheit eines Staatenbundes nicht vereinbarlich erkannt würde, wäre Oesterreich nicht in der Lage, einem solchen beizutreten."

Dem Reichstagsdeputirten Borrosch von Prag ist eine von den Wahlmännern und Wählern des 4. Wahlbezirks zu Prag (Kleinseite) unterzeichnete Adresse zugeschickt worden, worin sie denselben ihre Mißbilligung über sein bisheriges Wirken auf dem Reichstage aussprechen. Es heißt darin unter anderem: „Statt an der Einigung und Bestellung unserer Gesammtmonarchie zu arbeiten, haben Sie Mißtrauen gesäet und ernten nur Blut, Anarchie und vielseitiges Verderben, indem Sie nur Zwiespalt und Haß der Nationen weckten und nährten und sich zum Führer aufwarfen einer Partei des Umsturzes und Verrathes, um, ungeben von leichtsinnigen Weltbeglückern blühen, die lopale Richtung der übrigen ehrenhaften Deputirten Böhmens der Verdächtigung Preis zu geben, der Regierung aber nur schwere Verlegenheiten zu bereiten, und so über und über Alle die Furien des Bürgerkrieges und Aufruhres herauf zu beschwören . . . Mögen Sie Ersatz finden für das über verlorene Vertrauen in den Acclamationen des mörderischen Pöbels, der falschen Freiheitsapostel der Umsturzpartei, doch möge die Bluthat, die Sie zu verbinden nicht vermochten, den Schlußstein bilden Ihres verfehlten parlamentarischen Wirkens."

In Padua vernahm man am 19. d. lebhaften und anhaltenden Kanonendonner in der Richtung von Mestre. Die Venetianer hatten einen Ausfall gemacht, der aber für sie einen sehr ungünstigen Erfolg gehabt haben soll. — Maximi führt fort, seine banditenartigen Instruktionen in Oberitalien auszubreiten. — Die piemontesische Regierung hat am 17. Nov. eine Proklamation erlassen, des Inhalts, daß in Betracht der Gesetze über die Vereinigung der Lombardei und Venedigs vom 11. und 27. Juli, in Betracht der Kapitulation von Mailand vom 5. August und besonders ihrer Art. 2 und 4 und der Willkürherrschaft vom 5. August der Beschluß gefaßt worden sei: die im Proklam des Feldmarschalls Radetzky vom 11. d. M. enthaltenen Bestimmungen sind null und nichtig; null und nichtig sind auch die Veräußerungen beweglicher und unbeweglicher Güter und die aus erzwungener Eintreibung hervorgehenden Schuldforderungen, zu denen die österreichische Regierung in der Lombardei und dem Venetianischen nach Verkündigung des gegenwärtigen Gesetzes vorschreitet.

(A. Z.)

Frankreich.

*Paris, 23. Nov. Gestern haben zwei politische Duelle stattgefunden; eines zwischen den Herrn Goudchaux und dem General Baraguay d-Hilliers, welches, nachdem beide ohne zu treffen geschossen hatten, von den Sekundanten beigelegt wurde, die den General vermochten, seine verletzende Aeußerung gegen Hrn. Goudchaux zurückzunehmen; das zweite fiel zwischen den Herrn Edmond Adam, Generalsekretär der Seineprofektur und Oberst Rey, Ex-Oberkommandant der republikanischen Garde des Staatshauses vor. Die Forderung datirte sich schon vom Mai her. Hr. Adams wurde leicht verwundet.

*„Aus Lothringen, 17. Nov. Wie es bei uns gehen wird, weiß man nicht. Das Landvolk läßt sich durch den Namen Napoleon hineinreißen und so kann es kommen, daß er Präsident genannt, aber nicht bleiben wird. Dann geht's aufs Neue an! — Die Gebildeten stimmen natürlich für Ruhe, also für Cavaignac. Die Legitimisten, welche sich jetzt Monarchisten nennen, glauben die Zeit und Geschichte wiederhole sich wie eine Uhr und nach Napoleon müsse eine Restauration kommen. Darum empfiehlt ihr Organ, die „Gazette de France," den Neffen Napoleons, um zu Heinrich V. zu gelangen. Für unsere am 19. stattfindende Wahl bewirbt sich der Fürst von der Moskwa, Sohn Ney's und Schwiegersohn des verstorbenen Lafitte, um wieder seinerseits den Napoleonleben zu empfehlen. Die gemäßigten Republikaner stimmen nicht für ihn, wohl aber die Banditenrote. Deutsche gedruckte Zeitungen haben wir hier nicht, auch im gebildeten (?!) Elsaß, und auf dem Lande können nur alte Soldaten, Bonapartisten oder Geistliche französisch lesen, und so gibt die allgemeine Abstimmung blos die Stimmen, nicht aber den wahren Ausdruck der Meinung des Volks. Darum rufe ich seit 1830 Schulzwang! es ist aber noch nicht dazu gekommen. Die des Lesens Unkundigen unterscheiden die Stimmzettel nur nach den Farben, welche die Kabale natürlich nachmacht, so daß oft die Leute gegen ihre Absicht stimmen! Was kann da aus der Majorität hervorgehen, wenn sie noch so ungeblibet ist? Das Einzige, was vielleicht bewirken könnte, daß Cavaignac gewählt wird, ist, daß viele des Stimmens müde sind und daheim bleiben.

Nachschrift.

Posen, 18. Nov. (Pos. Ztg.) Die königliche Regierung hat nachstehende Ansprache an die Landleute gerichtet: „Landleute! Es hat sich das Gerücht verbreitet, als sei es die Absicht des Königs und der Minister, alle die Wohlthaten und Rechte aufzuheben oder zu beschränken, welche Euch, den Landleuten, seit einer Reihe von Jahren bis auf die letzte Zeit ertheilt worden sind. Viele Gerichte, den böswilligen oder ängstlichen Personen aufzutreten, sind unwahr und wir sind ausdrücklich ermächtigt und verpflichtet, Euch Allen wiederholt zu versichern, daß es nicht in der Absicht des Königs und der Minister liegt, Eure Rechte zu schmälern. Es ist vielmehr die Absicht des Königs und der Minister, in Gemeinschaft mit Euren Vertretern in der National-Versammlung, die sich am 27. d. M. in der Stadt Brandenburg einfinden wird, Euch noch solche Erleichterungen zu gewähren, wie sie mit Eurer Zustimmung erfolgen. Ihr habt, ohne damals zu bitten oder gar zu drohen, vom Jahre 1823 an, zu welcher Zeit man Eure Ländereien und Euch selbst von vielen Lasten befreite, bis in die neueste Zeit, wo Euch die Jagdberechtigung auf Euren Grundstücken verliehen ist, die Gesahrung gemacht und einsehen gelernt, daß Euch der König sein Wort schalten hat, und so vertraut auch jetzt dem Könige, daß er nur Eure Bestes will. Ihr habt dabei, durch Erfahrung belehrt, und wenn Ihr Euren jetzigen Zustand mit dem früheren vergleicht, den besten Grund, diesen unseren Worten zu trauen, und denen, die Euch aufwiegeln wollen, zu sagen: Wir wissen, woran wir sind, und lassen uns auf Gerüchte, deren Grund wir nicht kennen, durchaus nicht ein. Posen den 17. Nov. 1848. Königliche Regierung."

Koblenz, 24. Nov. Heute Morgen hat die Entwaffnung der hiesigen Bürgerwehr begonnen; aber bis dahin haben nur einige Wenige ihre Gewehre abgeliefert, und heute die große Mehrheit derselben ihre Gewehre sich aus der Wohnung abnehmen lassen. (Rhein- u. Mosetz.)

Düsseldorf, 25. Nov. Die Stadt ist ruhig, nachdem die Vorfechter der rothen Republik: Rockmann, Wulff, Gräfin Hatzfeldt und Sohn, es für gut befunden, einstweilen abzureisen. — Man spricht von vielen Verhaftungen, welche jedoch erst nach vollständiger Entwaffnung der Bürgerwehr statt finden sollen. (Köl. Z.)

Der Verlust der k. k. österreichischen Truppen in den Gefechten bei Wien und Schwechat vom 26. bis 31. Oktober beträgt nach den amtlichen Ausweisen an Todten: 14 Offiziere, 175 Mann und 57 Pferde; an Verwundeten: 42 Offiziere, 774 Mann und 11 Pferde; im Ganzen 56 Offiziere, 949 Mann und 68 Pferde.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Paris, 24. Nov. Zproz. 42.05. 5proz. 64.55. **Sächsische** —. **Bankaktien** 1330.—. Stadtobligationen —. Bier Kanäle —.—. **Comp. von Aigler** —. Belg. 5proz. von 1840 77¼. von 1842 77¼. 4½proz. 72. 3proz. 51.—. 2½proz. —. Belg. Bank —. Neap. 5proz. —.—. Röm. 5proz. 64¾. Span. 5proz. 23. **Aktien** —. **Passive** —.—. Piem. 830 Haft —. St. Germain —.—. **Versailles (rechte)** —.—. (link) 96 25. Orleans 387.50. Rouen 350 —. Havre 165.—. Marseille 150.—. Basel 76.25. Bierzon 216 25 Boulogne —.—. Bordeaux —.—. Rordbahn 341.25. Monsereau —.—. Lyon 355.—. Straßburg 325 —. Kanies 310.—. Dieppe —.—. Seeaux —.—. Montpellier —.—. La Teste —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 132.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Monatlich 1 fl.
Vierteljährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Mittwoch den 29. November 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 44.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, 29. November.

Se. Maj. der König haben unterm 26. Nov. den Landwehrobersten Fleerkens zu Nürnberg unter wohlverdienter Anerkennung seiner langjährigen und treugeleisteten Landwehrdienste, seinem Ansuchen entsprechend, von der ihm übertragenen Stelle eines Landwehrobersten und Kommandanten des Landwehr-Regiments Nürnberg zu entheben geruht. Ebenso unterm 22. Nov. den Landwehrmajor Glantz Genève zu Kempten, seinem Ansuchen entsprechend, von der Stelle eines Landwehrmajors und Kommandanten des Landwehrbataillons Kempten zu entheben.

Durch allerhöchstes Dekret vom 25. Nov. wurde der Generalverwaltungsdirektor und Chef der VI. Sektion des Kriegsministeriums Heyromky v. Sutner zum Vorstande der Staatsschuldentilgungskommission mit dem Titel und Range einer Ministerialrathes ernannt.

Se. Maj. der König haben unterm 25. Nov. dem Landgerichte Krumbach einen Assessor extra statum beigegeben, und auf diese Dienststelle den vormaligen Patrimonialrichter I. Klasse zu Attrang und Schwabbruck Gustav Müller zu ernennen geruht.

Se. Maj. der König haben unterm 25. Novbr. den Landgerichtsarzt Dr. Klemens Zink zu Nordhalben auf das erledigte Physikat Krumbach zu versehen geruht.

Deutschland.

Die „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" meldet in ihrem amtlichen Theile: „Das Reichsministerium der Justiz hat beschlossen, zum Zweck der Markarbeitung des Entwurfs eines allgemeinen Handelsgesetzbuchs für Deutschland eine Kommission von Reichsgesetzkundigen, zu welcher demnächst auch sachverständige Kaufleute zugezogen werden sollen, mit dem Amtirstaatssekretär Biedermann hier in Frankfurt zusammentreten zu lassen. Das Gerecht bleibt vor der Hand ausgeschlossen: das Wechselrecht fällt aus, weil die deutsche Reichsversammlung bereits ein allgemeines deutsches Wechselrecht angenommen hat. Zu Mitgliedern der Kommission sind bis jetzt ernannt und einberufen die Appellationsgerichtsräthe Broicher und Grimm zu Köln und der Professor Thöl zu Rostock. Die Arbeiten werden schon in den ersten Tagen beginnen. Frankfurt, den 24. November 1848. Das Reichsministerium der Justiz."

Frankfurt, 26. Nov. Nach zuverlässigen gestern hier eingelaufenen Nachrichten entbehrt das Gerücht, als beabsichtige die preußische Krone die Oktroirung einer Verfassung, alles Grundes — Ich freue mich, Ihnen auf bester Quelle mittheilen zu können, daß in Folge der vom Zollverein ergriffenen Abwehrfallen, die französische Regierung mit dem 31. Dezember dieses Jahres die Ausfuhrung der vor einigen Monaten eingeführten Ausfuhrprämien einstellen wird. — Bei der großen Verbreitung der Ueberzeugung, daß der Parteihaß den sonst so reinen deutschen Volkscharakter bis zur Mordlust zu vergiften sucht, ist es niederschlagend, daß die hiesige „Reichstags-Zeitung", das offizielle Organ der Linken, auch das ihre zur Förderung des Verbrechens beiträgt, während doch jeder wahre Vaterlandsfreund zur Heilung dieses Deutschland entehrenden Wahnsinnes beitragen sollte, wie neulich Hr. Venedey zu unserer Freude gethan. Ein Artikel der vorgestrigen Nummer gibt Blum's Tod der rechten Seite der Nationalversammlung Schuld und schließt mit den Worten: „sein Blut komme über sie!" Wir glauben nicht, daß unsere Gerichte eine solche mittelalterliche Aufforderung zum Morde ungeahndet lassen dürfen. Vor wenigen Tagen haben die Wiener das Recht» wie bewaffnete Männer von der Wohnung des Hrn. v. Gagern verschreckt. Welche furchtbare Verantwortlichkeit lastet den diesenigen auf sich, die fort und fort an die Leidenschaften appelliren! — Unter den harmlosen Irrthümern, welche in den letzten Tagen über Personen und Verhältnisse in hiesigen Kreisen durch die Zeitungen verbreitet wurden, erwähnen wir folgender: 1) Der Reichsverweser wolle abdiziren und Frankfurt verlassen; 2) Hr. v. Radowitz sei in Potsdam gesehen worden (kann nur ein scharfes Auge sein); 3) Hr. v. Schmerling sei aus dem Reichsministerium getreten und Hr. Bodenbrugk der Mann, von welchem Deutschland seine Rettung erwarte; 4) Hrn. Bassermann sei der rothe Adlerorden angeboten worden (für Verbreitung dieses Irrthums hat sich die „Deutsche Zeitung" hergegeben); 5) Hr. Mareaux habe mit seinen Gesandtschaftsposten auf einen Gehalt von 12,000 fl. verzichtet (der Verzicht auf den Posten war eben nicht durch den Verzicht auf einen Gehalt erschwert oder vereitelt); 6) Hr. Biedermann sei zum Reichsgesandten in der Schweiz ernannt. Wir werden fortfahren, den Irrthümern beizugesellen zu wenden, Gelegenheit zur Berichtigung zu verschaffen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen. — △ Berlin, 24. Nov. Der Landtrieb Königsberg schickt uns in die Nationalversammlung den Hrn. Jachmann aus Trutenau und den Advein den Frdrn. v. Gudenau, beides liberale der alten Schule, beide von den 137 bei vereinigten Landtags. Wir begrüßen diese Wahlen mit Freude als die Vorzeichen einer besseren Zeit, als Beweise, daß das Volk mehr und mehr über die Partei der modernen Freiheitsheiden die Augen öffnet. Wenn gleich von Manchen, die allerdings ebenfalls für gewöhnlich gut unterrichtet gelten können, bestimmt behauptet wird, die Mitglieder des Rumpfparlaments werden sich nicht zur Uebersiedelung nach Brandenburg verstehen, so glauben wir dennoch unsere frühere Nachricht, daß am 27. die vorlegte Kammer selbst ohne Sitzung zum Stillvertagen leidlich beschlußfähig werden würde, mit Zuversicht wiederholen zu dürfen. Der Widerspruch in den über diesen wichtigsten Punkt umlaufenden Gerüchte erklärt sich leicht durch die innere Spaltung, welche mit dem Beschlusse vom 14. in die verschiedenen ehedem so wohl blasirirenden Fraktionen der Linken gekommen ist, so daß seit einigen Tagen im Schoße ein und derselben Partei die verschiedenen Ansichten und Absichten laut werden. Uebrigens scheint auch noch nicht ganz bestimmt, ob die Wiedereröffnung in Brandenburg stattfinden wird, und es wird selbst vielfach behauptet, unsere Abgeordneten würden in diesem Punkte gar nicht auf die Probe gestellt werden. Grabow, dessen aufrichtigen Streben alle Parteien Gerechtigkeit widerfahren lassen und dessen Ansichten eine gewichtige Autorität nicht abzuweisen ist, hat sich für Berlin ausgesprochen und heute erklärt, er werde dem Rufe nicht widerstehen, um auf Verlegung nach Brandenburg bestehe. Sein Vermittlungsvorschlag beruht etwa auf folgenden Punkten: 1) Eröffnung der Versammlung in Berlin und Rückkunft des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, 2) strenge Zurückweisung der Versammlung auf ihr Mandat der Vereinbarung einer Verfassung, in welcher Aufgabe (man kann sich der Lache nicht oft genug wiederholen) die Abgeordneten nach sechs Monaten endlich glücklich bis zum dritten Paragraphen gediehen sind! Grabow's Gesundheit ist leider angegriffen, und mag sein körperlicher Zustand wohl die Hauptursache sein, weshalb er bisher jedes Anstimmen, an die Spitze eines Kabinets zu treten, beharrlich abwies. Wir hoffen aber, daß er dem Vaterlande, bem sinkenden, das Opfer bringen und doch noch zum Eintritt in das Kabinet sich verstehen wird.

Berlin, 22. Nov. Seit drei Tagen ist ein Umschwung, eine Umwandlung der Stimmung hier vorgegangen, die fast unglaublich erscheinen. Den ersten ausführlichen Ausdruck hat diese Gesinnung heute durch das sehr wichtige, gemäßigte, und doch energische Manifest von hiesigen Magistrate erhalten. Wir möchten fast sagen: Es ist dies die erste Wahrheit, die auf amtlichem Wege über unsere Verhältnisse und Zustände veröffentlicht wird. Näher betrachtet können wir die jetzt allgemein stattfindende Manifestation weniger einen Umschlag der Meinung als den endlichen Durchbruch derselben nennen, nachdem sie so lange unter dem Terrorismus der Anarchie in allen Gestalten niedergehalten war. Es ist dies in einer achtmonatlichen Lüge gelebt! Nur ein solcher Zustand konnte die sonst ganz unbegreifliche Erscheinung erzeugen, daß alle ächten Patrioten, alle Ehrenmänner, alle Verfechter der Freiheit die noch im verwichenen Jahre glänzend in ihren liberalsinnig vor ganz Europa dagestanden hatten, jetzt plötzlich als Reaktionäre, Obscuranten, ja als Verräther bezeichnet wurden! Die ehrsüchtige anarchische Partei, mit den aufgewühlten Massen alle Vernunft und Besonnenheit in den Boden zu stampfen gedachte, hat einen doppelten Fehler gemacht: sie hat den Bogen zu straff gespannt und — zu früh triumphirt! Die Regierung ließ sich alles gefallen; sie gab nach, und gab nach bis sie endlich einsah, daß man kurzweg verlangte sie solle sich auf Gnade und Ungnade mit ihren gebundenen Händen ergeben! Jetzt, da ihr keine Wahl mehr blieb als zwischen einem schimpflichen Untergange und einem ehrenvollen Sturz oder Sieg — wagte sie es auf die letzte Alternative, und hat allem Anschein nach gewonnen. Hat gewonnen wenn sie nicht in die Fehler der Gegner verfällt, nun auch übereilels das Maaß zu überschreiten. Wenig sehr müssen wir ihr aber auch zurufen, daß sie nicht zu frühzeitig von dem eingeschlagenen Wege der Festigkeit und Entschiedenheit ablasse. Mertwürdig ist es, daß dieser Umschwung sich gleichzeitig hier und im Lande zu gestalten scheint, und zwar gerade auch da wo man es am wenigsten vermuthete, in Schlesien und in Breslau.

Die heutigen Briefe melden von daraher, daß die Volksmasse daselbst ihren Zorn plötzlich gegen die Republikaner gewandt hat, und mehrere bekannte Führer derselben sogar mit Gewaltthätigkeiten bedrohte. Selbst der Ex-Oberpräsident Pinder, vor drei Tagen noch der gefeierte Mann der Partei, soll mit Thätlichkeiten bedroht worden sein! Die Einschüchterung der Regierung ist ihre Bundesgenossin gewesen, denn die alte Wahrheit gilt: dem Kräftigen, dem Muthigen werden sich die Meinungen zu. Gebe Gott recht bald, daß wir die Ruhe vor Gesetzen, die nur Gesetzen sind (im Juni) vorzuziehen, und daß der Himmel möge ihn uns bewahren, den, daß wir ohne blutige Katastrophe zu dem Ziel einer wiederhergestellten Gesetzlichkeit und Ordnung gelangt sind. Es ist dies aber nicht blos ein Glück, sondern es ist auch ein Verdienst, denn es liegt darin, daß man nicht zu früh (endlich doch einmal nicht zu früh!) und nicht mit halben Maßregeln zu aufgeregten ist. Denn was auch die Regierung Pinder sonst mag begangen haben, vielmehr die dem Volksauswiegeln folgenden Wühlereien, von ihrer Mäßigung und bewundernswürdig ruhigen Haltung gerühmt haben: es war die Ueberzeugung, daß sie den kürzern ziehen müßten, weil Wrangel zu allen Thoren zugleich und mit überwiegender Macht einzog, wodurch die Ruhe bewahrt wurde. Bei einem großen Theil der Bürgerwehr und Bürgerschaft war auch gleich von vornherein die bessere Ueberzeugung für die Regierung vorhanden, die sich freilich damals, weil der Terrorismus noch obwaltete, nur passiv äußern konnte! So sahen allmählich die Schleier und das Antlitz der Wahrheit tritt hervor. Auch der Oppositionename der Nationalversammlung ist völlig umgewandelt. Ihr Vorsitzender hat diese Fraktion schon, wie ich es in frühern Mittheilungen bereits nannte, durch ihre Karrikatur und Parodie des Heroismus sich selbst gesprengt. Ihr erster Widerstand am 9. Nov. machte ich ein wichtiges Fragezeichen, wenn auch für eine irrthümliche Meinung gelten. Daß Umherziehen von einem Saal zum andern aber, nachdem sie einmal gewaltsam vertrieben war, bildete eine Komödie für das Volk, ganz im Sinn aller der hohlen Schaufpiele, welche die linke Seite den ganzen Sommer über vor und aufgeführt hat. Mit jedem Saalwechsel sist die öffentliche Meinung mehr von der Versammlung ab, zum selbst der größte Theil der Deputirten folgte schon mit diesem Gefühl, und auch nur weil er nicht mehr bleiben, treten zu können glaubte. Bornemann, dessen Namensgewicht so sehr den Ausschlag bei vielen Unentschiedenen gegeben hatte — wurde krank! Unlogerlichkeit ist es und wie dieser edle Charakter und geistvolle Mann, dieser grundrichtige Jurist zugleich, so abirren konnte! Und jetzt? Genug wir sind über den Rubicon gegangen, und haben die erste Schlacht nicht verloren. Gebe Gott, daß das Ziel, eine dichte, wahre Freiheit in Deutschland, von deren Vertheidigung und Erstreben wir nie lassen werden, auf diesem Wege erreicht werde. (A. Z.)

† **Berlin**, 25. Nov. Bis gestern waren nach einer Bekanntmachung des Generalmajors v. Thümen 19,681 Gewehre, 635 Büchsen, 604 Hirschfänger, und 2009 Säbel von den der Bürgerwehr verabreicht gewesenen königlichen Dienstwaffen zurückgegeben worden. Es fehlten noch 3629 Gewehre, 205 Büchsen, 767 Hirschfänger und 3015 Säbel. Zur Ablieferung auch dieser ist der Termin noch bis übermorgen, 27. d. Nachmittag 5 Uhr, verlängert worden. Wer nach Ablauf dieser letzten Frist noch in Besitz königlicher Dienstwaffen gefunden wird, von dem wird angenommen, daß er deren Ablieferung beharrlich verweigere, und sich in dem rechtswidrigen Besitz fremden Eigenthums erhalten wolle. Es wird demselben daher mit Waffengewalt das Gewehr durch die Kolben-Schläge und unpfeilbar die gesetzliche Bestrafung angedroht. — Die „Spener'sche Zeitung" veröffentlicht heute nachträglich eine Adresse an die Nationalversammlung, welche die hiesigen Stadtverordneten schon am 15. Nov. in ihrer im Lokale des Werder'schen Gymnasiums gehaltenen Sitzung beschlossen und sofort dem Präsidenten v. Unruh überreicht hatten. In dieser Adresse sprechen sie sich zwar noch zu Gunsten der Aktionen der Versammlung aus, aber sie lassen zugleich an Deutlichkeit nichts Wahrheit ergehen: „Sie werden im Bewußtsein des eigenen Rechts auch die hohen Rechte der Krone zu wahren und die Leidenschaft zu zügeln wissen, welche über diese Grenze hinausführt. Sie werden auch in Ausübung Ihrer Befugnisse nicht solche Schritte thun, welche das Vaterland in das Verderben stürzen. Darum bitten und beschwören wir Sie, den Antrag auf Steuerverweigerung einmüthig zurückzuweisen. Wir sind zu hart, um einen Schritt der Verzweiflung zu thun, welcher Krone und Land in unabsehbares Elend und jahrelange Verwirrung stürzen und unserer Sache die Herzen abwenden würde. Wir beschwören Sie, die Rechte der Krone zu ehren und die Krone wird die unsrigen achten, und ihre Rathgeber künftig aus Männern wählen, welche das Vertrauen der hohen Versammlung haben. Wir bitten und beschwören ehrerbietigst Eine hohe Versammlung, die Hand zu einem ehrenvollen Vergleich zwischen Krone und National-Versammlung — den gleichberechtigten Mächten — zu bieten, — ein für die Krone unehrenvoller Vergleich würde ihr nicht nur die Herzen, sondern auch die Ueberzeugungen des Landes abwenden — wir beschwören Sie, dahin zu streben, in treuer duldender Ausdauer festzustehen gegenüber der Gewalt der Waffen und der Widersachlichen, festzuhalten an unserm guten Recht, dem Lande aber den Frieden zu geben und dem Volke eine freie Verfassung!"

Berlin, 25. Nov. (Spen. Z.) Gestern war St. Maj. der König in Bellevue und der Ministerrath bei ihm versammelt. — Gut Unterrichtete erzählen, daß Se. Majestät dem General v. Wrangel den dringenden Befehl gegeben habe, alles Blutvergießen zu vermeiden und daß die größtmöglichste Schonung der Hauptstadt eine der wesentlichsten Bedingungen gewesen sei, unter der man Hrn. v. Wrangel seine jetzige Stellung anvertraute. — Mit großer Spannung sieht man dem 27. Novbr. entgegen die verschiedenen Gerüchte über die Maßnahmen der Krone in diesen Tagen kreuzen sich. Man erzählt u. A., daß die Krone gesonnen, die Versammlung noch länger, und zwar bis zum 15. Dezember zu vertagen (?). — Das englische Kabinet hat durch den Grafen Westmoreland dem diesseitigen eine Note zufertigen lassen, in welcher es sich mit allen Maßregeln der Regierung zur Herstellung der Ordnung einverstanden erklärt. — Die Universität hat ein Gutachten über das Recht der Krone, die Nationalversammlung zu vertagen und zu vertagen, abgegeben; von den Professoren haben 62, meist Ordinarien, und darunter alle sieben Ordinarien der juristischen Fakultät, sich für das Recht der Krone entschieden. — Im Stelle des Hrn. v. Berg, der unwohl, ist Hr. Schulz (Delitzsch) nach Frankfurt abgegangen. Als Vertreter der Fraktion der äußersten linken wird in Wahrscheinlichkeit Berthold, Hr. Jacobi aus Berlin, Hr. Heinrich Simon-Breslau, Hr. Heinrich Simon-Breslau, Hr. Heinrich Simon-Breslau

nicht mehr freie Disposition hätten, die Abgaben dem Landstrafe gebraucht haben, damit das Geld dem König richtig zu Händen gelange, überhaupt jeden die Einwohner dort allmälig ein, daß es sich in dem gegenwärtigen Streite um unantastbare Rechte der Krone handelt. — Aus der Provinz Sachsen vernehmen wir, daß Dr. Stockmann, der in Querfurter Kreis mit einer bewaffneten Schaar die Gegend heimruhigt hatte, auf dem Bahnhofe in Weimar verhaftet und gebunden nach Erfurt geschafft worden ist. Der Aufruhr daselbst ist durch den General v. Schack niedergedrückt. Auch der Referendär Bernay aus Halberstadt, Führer und Leiter der dasigen demokratischen Vereinigungen, ist verhaftet worden. In Langensalzen ist die Ruhe ebenfalls bis auf Weiteres zusammen. — Gleiches hat in Hannoverisch von Rudolzig und auch jene von Bonin und Aachen stattgefunden. — Daß es in Düsseldorf so weit in der Anarchie gekommen war, daran trug vorzugsweise auch die Schwäche der Behörden gegenüber den bestehenden Wühlereien der Aufwiegler bei.

Preußisch, 23. Nov. In Folge der hier bei der verweigerten Einkleidung der combinirten Landwehr vorgekommenen Exzesse sind aus Halle und Magdeburg drei Kompagnien Infanterie sowie eine Abtheilung Husaren hier angelangt und darauf der Befehl ist zu stellen von neuem an die Wiehrmänner ergangen. (D. A. Z.)

Oesterreich. Die Abendbeilage zur Wiener Zeitung vom 21. gibt die Urtheile über Dr. Becher und Jellinek in folgender Weise: „I) Alfred Julius Becher, geboren zu Manchester in England, 45 Jahre alt, protestantischer Religion, Examen, Doktor der Rechte, verantwortlicher Redakteur und Verleger der politischen Zeitschrift „Der Radikale“ und 2) Hermann Jellinek, aus Ungarisch-Brod in Mähren gebürtig, 28 Jahre alt, israelitischer Religion, ledig, Doktor der Philosophie und Advokaturbeeder mit vorerwähntem Blatte sind in Untersuchung und haben erhobenen Thatbestände, theils durch ihr Geständniß, theils durch die gerichtliche Anerkennung des Inhaltes der durch sie verbreiteten und in Umlauf gesetzten Exemplare des sogenannten Radikalen überwiesen, daß sie ungeachtet der am 20. und 23. Oktober d. J. kundgemachten Proklamation St. Durchlaucht des Herrn Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz, vorfassungen in dem genannten Blatte Aufforderungen zur bewaffneten Empörung gegen Se. Majestät den konstitutionellen Kaiser, und zum offenen Widerstande gegen die zur Unterdrückung des hiesigen Oktober-Aufruhres, entsendete k. k. Armee aufzuwiegeln, indem besonders in den Blättern vom 22., 24. und 25. dann 26. Oktober, die schamlosesten und empörendste Verdrehung St. Majestät des Kaisers und des Hofes gegen das Volk zur Verzweiflung, zur Verachtung der Gesetze, die Regierung, die Administration des Hrn. Feldmarschalls herabgewürdigt und für ungesetzlich erklärt, der allerhöchste Hof des Treubruches und des offenen Bruches mit den Völkern der Gesammtmonarchie erhoben beschuldiget, Letztere zum Kampfe gegen die legitime Dynastie angereizt, die Einlegung einer revolutionären Gesetzgewalt vorgeschlagen, überdauert die Elemente einer entfesselten Presse aufgeboten worden sind, um den Sturz der gesetzlichen Regierung und der allerhöchsten Dynastie durch Wühlgewalt und den verderbtesten äußersten Widerstand gegen die k. k. Truppen herbeizuführen. Es ist daher Alfred Julius Becher und Hermann Jellinek wegen Verbrechens des Hochverrathes, des beleidigten konstitutionellen Majestät, und der Verbrechen sisten Anreizung zur bewaffneten Empörung, in Folge der angeführten Proklamationen des Herrn General Feldmarschalls in Verbindung mit dem 5ten Kriegs-Artikel und dem Artikel II der Theresianischen pol. G. O. im Einklange mit dem §. 53 des Zivil-Strafgesetzbuches durch eindeliges Kriegsrechts-Urtheil vom 22. d. M. zum Tode durch Strang konstenniert, das Urtheil den Verurtheilten in ihrer Gefangenschaft gestern Nachmittag angekündet, an demselben Tage kundgemacht, und am 23. November d. J., Morgens um 7 Uhr, mittelst Erschießens durch Pulver und Blei vollzogen worden. Wien am 24. Nov. 1848. Von der k. k. Militär-Zentral-Untersuchungs-Kommission.

Gratz, 24. Nov. Die Furcht vor dem Militär-Regimente bei und hat sich gelegt; man ist im Klaren, daß jene Greuelthat, welche man zu Beginne dieser Woche über unsere gute Stadt heraufbeschwören sah, eben nur Gespenster und Geburten erhitzter Fantasie waren. F. J. M. Auersperg ist heute mit seinem in unsere Nähe herangezogenen Korps wieder nach der Grenze Ungarns gerückt, um dort einem allfällig versuchten Einbrechen der jenseitigen Bevölkerung, welche durch Kossuth's Proklamationen und dem immer mehr überhand nehmenden Pauperismus gänzlich demoralisirt sein soll, kräftig zu begegnen und das Eigenthum der seinen konstitutionellen Monarchen treu ergebenen Steiermark zu schützen. Nach Berichten von dort besürchtet man, daß in nächster Zukunft ein Einfall von Seite der Ungarn in der Gegend bei Neudau beabsichtet werde. In unserer Stadt bleiben das vor Kurzem einmarschirte Bataillon Liccaner Grenzer und eine Abtheilung von Sachsen Kürassiere zurück, um auf die Ruhe im Innern zu sichern und den Muth und die Zuversicht der Bürger bei allenfalls näher kommenden Horden der ungarischen Insurrektion aufrecht zu halten. Sollte es sich bewahrheiten, was man uns heute mittheilte, daß die ungarischen Komitase, die an unsere Steiermark grenzen, sich verlauten ließen: man könne die Steiermark nur als ein ihnen feindliches Land betrachten, dann dürfte es Zeit sein, an der betreffenden Grenze den Landsturm zu organisiren. (G. Z.)

Italien.

Die „Allgemeine Zeitung“ berichtet aus Rom vom 17. November, daß unter anderen Veränderungen in den höchsten Aemtern Campello das Ministerium des Kriegs erhielt, und General Zucchi provisorisch ist, so daß er Rossi's Schicksal in Aussicht hat. — Der Girolo popolare hatte am 16. Abend sich als provisorische Regierung gerirt; eine Schwadron Dragoner stand zu seiner Verfügung bereit, welche die Polizei sich befreiderte. Zwischen den Truppen und den Civica herrscht Einigkeit. Das Programm des neuen Ministeriums enthält unter der Maske der Monarchie republikanische Tendenzen. — Ein Schreiben aus Bologna vom 21. d. in demselben Blatte versichert, in Rom sei die Republik ausgerufen worden; General Zucchi und der Papst seien entflohen. (Diese Nachricht ist vor der Hand nur noch Gerücht.) — In Bologne war „Held“ Garibaldi im Triumphe eingezogen und steht jetzt an der Spitze der dortigen Anarchie, unter deren Regire der Kommunismus so lustig emporblüht, wie sonst nirgends in der Welt. Jener Pfaffe, der Papst, kann sich in den Lüften also an, wonach er Lust hat, ohne Besahlung, wie sich von selbst versteht; und wenn dem Gelichter etwas verweigert wird, so stiehlt es die kircherlichen Drohungen aus, die dann gewöhnlich erfüllt werden.

Großbritannien.

† **London**, 22. Nov. Der Morning Herald glaubt mit allen Bestimmtheit anständigen zu können, daß der Streit zwischen Neapel und Sizilien auf dem besten Wege zu unverzüglicher Beilegung sich befinde. — Kons. 87¼ ⅞.

Frankreich.

* **Paris**, 24. Nov. Während ein erbitterter Kampf unter den Republikanern aller Schattirungen und den Anhängern einer Restauration über die Kandidatur Lamartines und Ludwig Napoleons sich zuspitzen hat, ist die ultrarepublikanische Partei noch zu keiner Uebereinstimmung gekommen, für welchen Kandidaten sie sich entschieden aussprechen solle. Zuerst sprach sie Ledru-Rollin als Kandidaten vor, und bietet um sich vor Stimmen zu zersplittern, der zum mindesten vorgeschoben wurde, um zu machen, hielt bei dem Bankette vom Chalet eine Rede, die an die gewagtesten Ausdrücke der berüchtigten Klubsreden der provisorischen Regierung erinnerte. Indeß hat er aber vor den Augen der wüthendsten Demokraten doch keine Gnade gefunden, welche sich weigerten ihn zu unterstützen, da seine Anschaun allzu gemäßigt seien. Die Wahl fiel nun auf Raspail, nach dem Ledru-Rollin die Theilung zwischen diesen beiden, die sich in einer Hand der Kandidat der sozialistischen Partei bleiben, während der Berg Ledru-Rollin beliebäte. — Man weiß nun daß die Freunde Ledru-Rollins angezogen worden sind, dieses, der auf keinen Fall seine Wahl werde durchsetzen können, fallen zu lassen, und ihre Stimmen lieber dem General Lamoricière zu geben, der, wenn er auch nicht so vorangeschrittene Ideen habe, doch ein echter Republikaner sei. Allein diese Vereinigungen gerichtigen sich gänzlich und Proudhons Journal „le Peuple“ will wissen, daß man damit umgehe, den Berg und die Sozialisten mit einander zu vereinigen. Sonach müßten Ledru-Rollin und Gabet aufgegeben, und die Stimmen für einen dritten Kandidaten vereinigt werden. Nach dem oben angeführten Journale hätten der Klub der Rue Taibout und das Zentralrepublikanische sich für die Kandidatur des Bürgers Lamennais vereinigt. Prouthon hat im Namen der Sozialisten die er repräsentirt, seine Bereitwilligkeit zu dieser Konzession zugesprochen, und so darf man gänzlich sicher annehmen, daß Ledru-Rollin und Raspail auf die Stimmen dieser Parteien nicht zählen dürfen. Indessen sprechen sich weder die „Reforme“ noch die „Revolution democratique et sociale“ ein Wort von dieser plötzlichen Vereinigung und es dürfte zuletzt die Kandidatur Lamennais unter den illuratermokraten auf einigen Widerstand stoßen. — Dem Vernehmen nach will der Bey von Tunis einen Gesandten nach Paris schicken.

In einer heute stattgehabten heimlichen Sitzung der Akademie soll Hrn. Pariset der Antrag gemacht sein, die Akademie-Säle, wo sie bisher getagt, als Lazarethe einzurichten, die Sitzungen zu halten. — Rudpail soll seit einigen Tagen krank sein. Lamartine war diesen Morgen noch nicht hier eingetroffen.

Spanien.

* **Madrid**, 18. Nov. Man spricht heute ganz ernstlich von einer Ministerkrise. Man ersährt als Anlaß unter Anderem Folgendes. Der Kabinetsrath präsidirte Narvaez wollte gestern, wie er dies Pferd an dem Zaun pflegt, in der Gasa del Campo eine Jagdpartie machen, und hatte sich mit mehreren seiner Freunde dahin begeben. An dem königlichen Schlosse angekommen, war es ihm jedoch nicht möglich, Einlaß zu erhalten, da der Thorwächter bestimmt erklärte, von der Königin Befehl erhalten zu haben, niemand einzulassen, da Ihre Majestät den Tag hier in Gesellschaft der Personen ihres Gefolges daselbst zu verbringen wünsche. General Narvaez hatte sich durch diese Zurückweisung verletzt gefühlt, und dies wäre der Anlaß zu den obenerwähnten Gerüchten von einer Ministerkrise. Doch glaubt man, die Sache werde beigelegt werden. — Die Zahlung der halbjährigen Zinsen der 3prozentigen Schuld ist geschiert. — Es heißt, die Getaubnig zu Operationen auf Lieferung an der Börse werde bald wieder ertheilt werden.

Vermischte Nachrichten.

+ **München**, 27. Nov. (Theater.) In überraschender Schnelligkeit folgte am 24. v. Mts. schon wieder eine Neu-heit, nemlich Alcion's gewaltige Oper: „Der Fechter.“ — Hr. Komponist hat sich durch seinen „Strodeln“ und die „Martha“ bereits zu solch entschiedenem Glanzling des piesigen musikalischen Publikums gemacht, daß natürlich die Erwartungen bei diesem neuen Werke nicht wenig gespannt waren. Wer mit der Idee das Theater ging, etwa ein Spinnerlächen, ein: „ach kann fricken, ich kann flechen, Seutzen sprechen“ oder ein Strei-

bella'sches Trinklied. — Walzer-, Galopp- und Polka-Melodien, zu hören, wird sich freilich nicht vollständig befriedigt gefühlt haben. Daß der talentvolle deutsche Komponist aber auch in diesen soliderem, ernsten Genre auf seinem Terrain sich, hatte die Fülle der schönen, tief zum Herzen gehenden Melodien, wie sich mit süßem Zauber der poetischen Idee des Sujets anschmiegen, bewiesen. In diesen Tönen taucht und athmet eine Romantik, wie sie wohl seit Weber in Deutschland nicht mehr erklungen. — Der zweite Akt ist namentlich voll hinreißender Schönheiten, — der Förster Franz, eine wahre Prachtpartie, die sich aber auch einer meisterhaften Durchführung Seitens des Hrn. Lindermann erfreute konnte. Eben so wacker erschien uns Dem. Krauß als Paola. — Da auf diese beiden Gestalten der Komponist den ganzen Reichthum seiner Melodien ausgeschüttet, so traten die Andern, selbst die des Troyolo — von Hrn. Parunger mit ungemeiner Lebhaftigkeit gesungen — mehr in den Hintergrund, fanden aber nichts desto weniger kräftige Repräsentanten in Dem. Kattinger (Gräfin) und Hrn. Vogl (Seneschal). Eine Ballade des letzteren im 2. Akt ist wunderhübsch, ebenso das Trinklied des Försters und das Finale des ersten Akts, mit heiteren Rätzeen auf das größere Publikum einwirkend. — Wir müssen noch des Duetts erwähnen, das eine Fülle poetischer Romantik in sich trägt, die besonders zart und duftig in dem ganzen zweiten Akt, der an die geisterhafte Willys-Sage erinnert, hervortritt. — Das der Beifall kein enthusiastischer war, sichen wohl in der Unterredung des Publikums zu liegen, nicht jene materielleren und popularen Musik gefunden zu haben, wie sie Flotow in seinen andern Opern produzirt hat. Wir hoffen, daß bei wiederholter Aufführung aber auch diese die verdiente Geltung erringen wird. — Für die, welche meinen, der Komponist hätte Motive aus der „Martha" benützt, diene zur Nachricht, daß wohl der umgekehrte Fall stattgefunden haben könnte, da „der Förster" laut 2 Jahre früher gestrichen, als jene Oper. —

Zum Schluß noch die, was als Referenten abgedrungene Ernährung, daß in Guglow's „Werner" eine Dem. Crelinger in der Rolle der Marie sich dem Publikum als persönliche Novität präsentirte, welches auch alles ist, was wir von derselben erwähnen können.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 27. Nov. Bayer. 3½ proz. Obligationen — ℔. 75½ G. 4proz. ds. ℔. Bankaktien 11. Semester 578 ℔. — G. Promessen 35 ℔. — G. Oesterreich. 5proz Metall. 950 G.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Zweite Erklärung.

Herr Zander läßt sich in Nro. 199 seines Blattes von Würzburg über meine jüngste Erklärung ein Urtheil schreiben, welches ungefähr darauf hinauskömmt, daß man meiner Leser so etwas nicht zutrauen dürfe, und daß Hr. Regierungsdirektor Feßerer in Landshut eigentlich durch mich die bekannte Erklärung abgegeben habe. Ich will nicht untersuchen, ob wirklich von Würzburg ein solcher Brief eingelaufen ist, da ich aus Erfahrung weiß, wie Dr. Zander von allen Himmelsgegenden her sich korrespondiren läßt, während die Korrespondenzen, wo er sie braucht, doch nur sein eigenes Machwerk sind. Angenommen aber, der Brief sei wirklich aus Würzburg gekommen, so wusste Dr. Zander wissen, daß meine Erklärung nur um einen einzigen Tag später in diesigen Blättern erschien, als sein Verläumdungsartikel über Hrn. Scherer im „Volksboten". Daß man aber in einem Tage nicht von München nach Landshut und wieder zurück Briefe wechseln und Antwort erhalten kann, versteht sich von selbst.

Genau bekannt mit Zander's Ränken und Schwänken, beeilte ich mich, meine von Rechtsgefühl und Wahrheitsliebe mit eingegebene Erklärung rasch zu veröffentlichen, und ersuchte noch persönlich die verehrlichen Redakteure, doch ja nicht damit zu zaudern, um jeden Vorwurf einer Verabredung abzuschneiden, was mir diese Herren auch bezeugen werden.")

So erschien denn auch ich im „Landboten" und in den „Neuesten Nachrichten" meine Erklärung noch an demselben Tage, am folgenden aber in der „Neuen Münchener Zeitung". Dr. Zander sucht also hierüber, wie gewöhnlich, seinen Lesern Sand in die Augen zu streuen. Wer aber willenstüchtig und gefässentlich Dinge aussagt, von deren Gegentheil er überzeugt ist und überzeugt sein muß, ist ein Lügner; geschieht es noch dazu aus selbstsüchtigen Zwecken, so ist das ein gemeiner Lügner.

Hr. Zander sucht sich den Anschein hochmüthigen Herabsehens auf meine Mediokrität zu geben; das hindert ihn aber doch nicht, einen jungen Menschen, der mich eben so wenig als meine Schriften kennen kann, sei es durch Zureden oder am schnöden Sold zu gewinnen, mich in den „Neuesten Nachrichten" zu schmähen und zu verläumden. Dr. Zander sucht also auch hier wieder, wie gewöhnlich, dem Publikum Sand in die Augen zu streuen, indem er eine Kreatur vorschiebt, während doch jener Schmähartikel nur aus Zander's Feder oder Munde ausfließen mag.

Wer sich aber den Anschein gibt, als ob er gewisse Dinge nicht gethan, der er doch gethan, wer sich fromm stellt, während sein Herz von Galle überläuft, ist ein Heuchler; geschieht es noch dazu aus selbstsüchtigen Zwecken, so ist das ein gemeiner Heuchler. —

Hr. Regierungsdirektor Feßerer ging mit andern ehrenwerthen Männern zur Feier eines Jubiläums auf ausdrücklichste und dringende Einladung der Würzburger Literatenzunft nach Brückenau; derselbe erschien zur Beschwichtigung einer über ein gewisses Betragen mit Recht aufgebrachten Bevölkerung in Würzburg als Kreditkommissär in Amtsinstituen.

Wer aber die nothwendigsten Dinge zum Nachtheile seines Nebenmenschen verdreht und verzerrt, demselben Absichten und Zwecke unterlegt, an die er nie gedacht, ist ein Verleumder; geschieht es noch dazu aus selbstsüchtigen Zwecken, so ist das ein recht ehrloser Verleumder.

Hr. Zander wird nun nicht anstehen, über mich herzuziehen oder herfallen zu lassen. Mit gleichviel. Ich spreche im Interesse der auf die steuerehrlichste Weise beschimpften Ehre eines Mannes, dem die Schabrienen aufgeschen der Gregorianeiter Zander nicht würdig ist; ich spreche im Interesse der von Zander auf die frechste und muthwilligste Weise ins Angesicht geschlagenen Wahrheit, und werde, falls es nöthig sein sollte, auch noch mit einer dritten Erklärung zu Diensten stehen.

München 25. Nov. 1848. Dr. J. B. Goßmann.

*) Hr. Dr. Goßmann stellte an uns wirklich dies Ersuchen. D. R.

Bekanntmachungen.

Fremdenanzeige.

Hotel Maulik. v. Hess, Gutsbesitzer, von Meiningen. **Klee.** Kaufmann, von Frankfurt. Duben, Kaufmann, von Solenau. Moos, Kaufmann, von Nürnberg. Cramer-Klett, Fabrikbesitzer, von Nürnberg. Mendel, Kaufmann, von Metzgenheim.

Gold. Kreuz. Moralski, Partikulier, von Crema. Banagh, Privatier, von Paris. Heyman, Kreis- und Stadtgerichtsrath, von Bamberg. Schmidt, Bayreuthiert, von Landshut.

Gold. Hahn. Brudel und v. Salgaro, Studierende, von Würzburg. Stellano, Rentier, von Mailand. Opel. Privatier, von Stuttgart. Bächler, Assessor, von Bien. Dreffert, Kaufmann, von Speier.

Blaue Traube. Pfister, Revolat, von Bien. Neubauer, Frankfurter Abgeordneter, von Bien. Buchold, Oberleutenant, von Mailand. Schnitzer, k. k. Legationsrath, von Bien. Baron v. Redwitz, von Unterfingerstadt. v. Zaller, Rentier, von Memmingen. v. Hornthal, Revolat, von Bamberg. Kora, Kaufmann, von Speier. Daust, Ingenieur, von Bien. Singer, Kaufmann, von Calmberg. Pabst, Kaufmann, von Aachen. Wagner, Partikulier, von Augsburg. Lehmayer, Kaufmann, von Frankfurt.

Stachusgarten. Sendung, Landrichter, von Burgebruck. Kora, Privatier, von Reinfeld. Preier, Privatier, von Memmingen. Hauellen, Werkmeister, von Stuttgart. Braun, Pfarrer, von Schmallinden. Kroher, Privatier, von Stadtamhof. Greiner, Geometer, von Würzburg.

Gestorbene in München.

Walburga Deininger, Maurermeisters-Wittwe, 60 J. a. Mar Joseph Bosthart, Privatier, 44 J. a. Joseph Materlant, ehemal. Professor von Benedig, 83 J. a. Hyolonia Thalmaier, Buchbindermeisters-Wittwe von Landshut, 75 J. a.

Bekanntmachung.

Die Wahl der Landtags-abgeordneten betr.

263. Zur Bekanntmachung vom 25. v. Mts. über die Verwahlbezirke, Wahlkommissäre und Wahlqualitäten wird weiters zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß Herr Kabinetssekretär Zottmaier und Herr Xaver Reisenhof Zimmermeister, beide auf ihr Verlangen der Funktion eines Wahlkommissärs enthoben, und an deren Stellen für den 26. Urwahlbezirk Herr Wilhelm Gail, Kaufmaier, und für den 44. Wahlbezirk Herr Anton v. Heuster, Apotheker, zu Wahlkommissären ernannt worden sind.

Am 28. Nov. 1848.

Magistrat der königl. Haupt- und Residenzstadt München.

v. Steinsdorf,
Bürgermeister.

Lachmayr.

260. Jener unbenannten Dame, welche mit gestern Abends für die Gebäranstalt einen namhaften Geldbetrag übersendete, erstatte ich im Namen des Institutes den gebührenden Dank.

München, den 28. Nov. 1848.

Dr. Martin.
königl. Direktor der Gebäranstalt.

261. In der italienischen Illustrirten Zeitung:

„Il Mondo Illustrato"

werden Mitleser gesucht. Näheres bei G. Franz, Buchhändler.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Ein Urtheil aus der Schweiz.

Wir haben französische und englische Stimmen über die jüngsten traurigen Ereignisse in Deutschland gehört, hören wir auch das Urtheil eines gemäßigten Schweizer-Blattes, dem selbst die, welche nie einer Ansicht seiner Meinung sind, nicht absprechen können, daß es wenigstens eine seit Jahren konsequente, würdige, selbstständige Haltung beobachtet hat. Die Basler Ztg. sagt: „Daß die insurrektionäre Richtung der Massen in Deutschland eine entschieden revolutionäre, man darf sagen anarchische geworden sei, solat wohl aus Allem, was seit der strengen Verurtheilung, welche Robert erfahren, wo ihm Amtsverlust gegen die Anarchie zu weit gehen, sein Blut des Einzigen geht jetzt durch Deutschland gegen der Despotismus von Berlin und Wien. In Berlin hatte der Pöbel die Nationalversammlung bedroht, ihre Thüren zugenagelt, ihren Präsidenten Strike vorgehalten, die Bürgerwehr hatte dem Unfug nur sehr lässig gewehrt. Die radikale Presse hatte dagegen kaum ein Wort des Tadels gehabt, und die Konservative hatte gezaudert, das sei allerdings arg. Aber von Entrüstung; über solche Thaten hatte man kaum etwas bemerkt, am wenigsten hatten sich deutsche Kammern herbeigelassen, ihren mißhandelten Brüder Kollegen ihre Theilnahme zu bezeugen. Kaum aber scheinet die Regierung ein un wählt zu Abhülfe ein Mittel, über dessen Zulässigkeit die Ansichten verschieden sind, so erhebt ein allgemeiner Wehruf sich gegen die Regierung, vergessen ist alles vorhergeschehene, die Maßregeln der Regierung erscheinen als durch nichts motivirte Willkührlichkeiten, als Treubruch und Reaktion, eine deutsche Kammer nach der andern erhebt sich gegen dieselbe, und wenn die Versammlung in Frankfurt, die zu der Ruge'schen Galgenstrickdemonstration geschwiegen hatte, es nun nachträglich doch wagt, Garantien gegen Wiederholung solcher Auftritte als nothwendige Bedingung der verbesserten Regierung an den Tag zu legenden Nachgiebigkeit voranzustellen, so wird auch über diese Frankfurter Versammlung der Stab gebrochen, als gebe sie Deutschlands heiligste Interessen an die Reaktion preis. Aehnliches zeigt sich in Berna auf die Hinrichtung Blum's. Wahrlich wir sind nicht Freunde von politischen Todesurtheilen, wir wünschen, daß Niemand mehr durch die Hand seiner Mitmenschen fällt, wir wünschen, daß Niemand mehr noch zu bestehenden Ursen nicht durch Blutvergießen dahin gegeben werde, dafür gegen jene Praetei bezeichnen möchte. Aber daß Blums Hinrichtung ganz Deutschland in Bewegung setzt, daß eine Kammer nach der anderen ihren Abscheu darüber aussprecht, daß Todesreisen und Volksabstimmungen und Denkmäler verordnet werden, nachdem die Mordthat an Auerswald und Lichnowsky fast stillschweigend hingenommen worden war, das ist nicht Wirkung menschlichen Gefühls, sondern revolutionären Instinkts. Jene beiden Männer waren in Frankfurt gefallen, wo sie von Anerwegen als Volksvertreter hingerufen, ihr waren gefallen waren aber als Volksvertreter gekrönten Auftritten, Blum dagegen hatte seinen Posten als Volksvertreter verlassen, hatte sich auf den Barrikaden der Leute Oktikelt eingelassen, hatte nach geschlossener Kapitulation die Waffen wieder ergriffen, hatte zu thätigem Terrorismus aufgefordert! Eben darin nun, daß die Handlungen der anarchischen Partei so schnell vergessen und beschönigt, daß die beim Wordlaut eines bekannten Rufes so schwungvoll bezeichnet werden, darin liegt die Gefahr und die Unmöglichkeit einer revolutionären Meinung, der schwerliche Abgrund, an welchem Deutschland steht."

A. Z.

Zur Frage der Wahlberechtigung in Bayern.

* Passau, 27. Nov. Die „Neue Münchener Zeitung" brachte jüngst in einer Beilage einen Artikel über die Wahlberechtigung in Bayern, in welchem nach §. 4 des Gesetzes über Anfässigmachung den Cooperatoren und mit ihnen allen nicht definitiven Staatsbeamten die passive Wahlfähigkeit zu Wahlmännern abgesprochen wird. Allein hier muß die Frage gestellt werden, ob es denn erlaubt sei, dem Gesetze über Anfässigmachung in Betreff des Staatsbürgerrechtes entschiedene Kraft beizulegen, da dieses Gesetz, wie aus der vorausgeschickten Einleitung und der Zusammenstellung mit den unmittelbar darauf folgenden und damit unzertrennlich zusammenhängenden Bestimmungen über Verehelichung hervorgeht, nur als Grundlage für oder gegen die Verehelichung zu betrachten ist. Es muß die Frage gestellt werden, ob einem Gesetze die Entscheidungskraft über Ertheilung oder Versagung des Staatsbürgerrechtes zusetzen kann, in welchem der Gesetzgeber keine politischen Rechte behandelte, also auch nicht in Bezug auf das politische Staatsbürgerrecht festlegen wollte, und ob man sich nicht vielmehr auf jenes Gesetz berufen muß, welches sich wirklich über das Staatsbürgerrecht ausspricht. Hierüber spricht sich aber die Verfassungsurkunde in Bezug auf die Cooperatoren, deren Wahlbarkeit auch zu Wahlmännern dieser Artikel vindiziren soll, bestimmt aus. Denn in Beziehung auf die äußeren Rechtsverhältnisse verweist der §. 9 des Tit. IV. der Verfassungsurkunde auf die Beil. II., welche ausdrücklich festsetzt, daß die zur Feier des Gottesdienstes und zum Religionsunterrichte bestellten (nicht vom Staate angestellten) Personen (also auch die Cooperatoren) die Rechte und Achtung der öffentlichen Beamten (warum also nicht das Staatsbürgerrecht?) genießen.

Indeß, wenn man sich mit den Bestimmungen der Verfassungsurkunde nicht begnügen und durchaus auf das Gesetz über Anfässigmachung beziehen will, so muß es höchst auffallend sein, daß der einen Klasse der Staatsangehörigen die Erlangung des Staatsbürgerrechtes so sehr erleichtert wird, daß sie dieses besitzen, wenn sie nur das geringste besteuerte Gründchen als ihr Eigenthum ausweisen können, daß dagegen einer anderen Klasse, die ebenso viel und mehr Steuern bezahlt, die Erlangung dieses Rechtes so sehr erschwert wird; eine Ungleichheit der Rechte, welche dem so viel besprochenen Grundsatze von Gleichheit der Rechte und Pflichten geradezu widersteicht und wieder erkennen läßt, daß die Berufung auf das Gesetz über Anfässigmachung hieher nicht paßt.

Doch, wenn man auch wirklich auf das Gesetz über Anfässigmachung Rücksicht nimmt, so erscheinet dennoch der §. 4 nicht allein. Es wird zur Anfässigmachung, also auch zur Erlangung des Staatsbürgerrechtes in §. 3 nur ein auf irgend eine Weise gesicherter Nahrungsstand gefordert. Und haben denn die Cooperatoren nicht auch einen gesicherten Nahrungsstand, einen viel gesicherteren, als Manche, denen nach diesem Gesetze das Staatsbürgerrecht zugestanden wird? Sollten sie denen nicht auf den nämlichen Titel bin dieses Recht auch sie sich beanspruchen können?

Da aber nach Zeitungsberichten bereits eine Instruktion von dem kgl. Ministerium an sämmtliche Kreisregierungen in dem Sinne ergangen sein soll, daß die Cooperatoren nicht als Wahlmänner gewählt werden können, so werden diese, denen Gehorsam gegen die Obrigkeit Gemissenspflicht ist, ohne Zweifel sie etwa auf sie fallenden Wahlen ablehnen, damit die Wahl auf andere tüchtige Männer fallen könne, jedoch auf keinen Fall unterlassen, ihr Recht bei dem nächsten Landtage geltend zu machen.

Deutschland.

Bayern. — *München, 28. Nov. Das Begleitschreiben, mit welchem der oberbayerische Flotten-Verein die Ergebnisse seiner Sammlungen an die Nationalversammlung in Frankfurt absendete, und dessen wir bereits Gewähnung gethan haben, lautet wie folgt: „Dem Ausschuß des oberbayerischen Vereins für Sammlung von Beiträgen zur Gründung einer deutschen Flotte an die hohe Reichsversammlung in Frankfurt. Hohe deutsche Reichsversammlung! Auf Anregung mehrerer vaterländisch gesinnter Frauen bildete sich hier im Mai d. J. sie Oberbayern ein Verein für Sammlung von Beiträgen zur Gründung einer deutschen Flotte. Das damals in Millionen Herzen wilder erwachte und zum Motto gekommene Wort: Deutschland muß deutscher Einheit und Bedeutung und Bestätigung zu Recht sprech sich frisch in der lebhaften Theilnahme aus, welche unser Aufruf überall im Lande und ausserhalb seiner Gränzen fand, in den zahlreichen Beiträgen, die uns an Geld und Gebrauchsrath von Einzelnen wie von Vereinen, auch Sammlungen, Festen und Versteigerungen zuflogen. Obschon wir Bedenken bis jetzt ohne Unterbrechung fortgesetzt, so haben wir doch die passenden erachtet, die Summe der bisher und anverkraufen, der Gründung der deutschen Flotte zuwidmeten Beiträge, welche sich laut unserer Rechnungsablage auf fünftehntausend zweihundert achtundsiebenzig Gulden, fünfzehn Kreuzer belaufen, der hohen Reichsversammlung mit der Bitte einzureichen, sie an das Reichs-Finanzministerium zu gefälliger zweckgemäßer Verwendung hiefür gern zu wohlgefälliger Gelegenheit einladen wir und, unsern „Aufruf" und unsere „Berichte" einer hohen Reichsversammlung zur gefälligen Einsicht mitzutheilen. — Es sind und unter den Geschenken von Gebrauchsgut noch zwei Gegenstände zu unmittelbaren Uebergabe an die Innstalzerwalt anverraut worden, welche gleichfalls hiebei folgen. Das Erste ist ein, für den Gebrauch zur See, namentlich zur Aufnahm von fernen Signalen besonders geeignetes Fernrohr aus dem Frauenhofer'schen optischen Institut, von dem Geber, Herrn Merz, für den Kapitän des ersten deutschen Kriegsschiffes bestimmt. — Das Zweite ist ein silberner Becher, welcher nach dem Willen der Geber zum Gebrauch auf einem deutschen Kriegsschiff benannt ist. Hohe Versammlung! Unscheinbar ist, wie wissen es, die Gabe, die wir darbringen, im Verhältniß zu der großen Aufgabe, die deren Lösung nach Kräften mitzuwirken wir und vereinigt haben. Möge sie dennoch wohlkommen sein und ihr der Segen nicht fehlen, der auch die kleinste That reuer und warmer Vaterlandsliebe begleitet. Mit der Bitte, und den Empfang unserer Sendung gefälligst anzeigen zu wollen, und mit dem Ausdruck vollkommener Hochachtung verbleiben wir München am 26. Nov. 1848. Der Ausschuß des oberbayerischen Vereins für Sammlung von Beiträgen zur Gründung einer deutschen Flotte. Dr. Ernst Förster, Vorstand. Faustich, Schriftführer."

München, 26. Nov. Der Bürgerverein für Freiheit und Ordnung hat auf Anlaß der von uns bereits gemeldeten Aufhebung des Kadettenfestes daselbst ein Anerbieten durch den Ministerium des Innern an den König gerichtet, worin es heißt: „Mit Freude hat das Volk dieses königliche Wort vernommen, in welchem es eine neue Bürgschaft erblickt, daß Euer Majestät im Geiste der konstitutionellen Monarchie die Regierung führen, die Freiheiten, welche die Märztage ihm gebracht, fest begründet, uns sie in dem wohlverstandenen Bedürfnisse der Zeit auf gesetzlichen Wege ihrer Entwickelung zugeführt wissen wollen. Wahrlich nur auf solchem Wege ist es möglich, der Monarchie eine Grundlage zu geben, die allen Stürmen Trotz zu bieten vermag, weil sie in der Gesinnung und Kraft des Volkes ihre Wurzeln hat. Genehmigen daher Ew. Maj. unsere dankbare Anerkennung, mit welcher wir in tiefster Ehrfurcht behaupten u. (A. Z.)

Schleswig-Holstein. — Altona, 20. Nov. Der Waffenstillstand ist nun endlich hier eine Wirklichkeit geworden, und die Frage von der Räuflichkeit desselben wird von dem bewehrten größten Theile des Volks bejahend beantwortet, da von einer weitern Führung des Kriegs sich schwerlich größere Vortheile für das Land herausstellen würden, als durch eine friedliche Lösung gesichert wird. Würden die übrigen Mächte sich in den Streit gar nicht einmischen, so wäre ein glücklicher Ausfall, wo der Sieger dem Besiegten die Friedensbedingungen vorschreibt, dennoch erst dann zu erwarten, wenn Deutschland eine Flotte besitzen wird, welche der dänischen fast gleich kommt, um dadurch die Tücken im Herzen ihres Reichs, auf den Inseln, angreifen zu können. Die eigentliche Kriegsparei, die auf Seeland und in Kopenhagen sitzt, würde wahrscheinlich durch den Umfall in Fühnen und Jütland auch nicht nachgegeben haben, und der Deutsche, welcher das Klima Jütlands und die ganze dortige Beschaffenheit kennt, muß sich freuen, daß seine Brüder, besonders aus dem Süden Deutschlands, dieses Winterfeldzug nicht zu machen brauchen. Dabei ist natürlich vorausgesetzt, daß die übrigen europäischen Staaten sich in den Streit gar nicht gemischt hätten. Auch unserer Meinung können wir Schleswig-Holsteiner, trotz des noch nicht beendigten Streites, dennoch schon von Genugthuungen sprechen, und auch das Ehrt dieses Sommers gebrauchen. Der Zweifelmuth will neun Protekte der Kommissäre will nicht viel bedeuten: einiges Sprechen, offizi ll sowohl wie in der Presse, wird der ganze Grolg sein, und die Sachen gehen ruhig ihren Entwickelungsgang. Die gemeinsame schleswig-holsteinische Regierung wird freilich während des Waffenstillstandes unter der Lasten Augen und Arme nicht zu regieren bekommen, was und gar sehr schwer scheint. In Kopenhagen ist noch eine große Partei für den Krieg. Siegt aber auch, dieser Partei gelänge es, sich zu halten und den Krieg weiter anzufangen, so kommen der schwierigste Punkt, der Geldpunkt, in Betracht. Was nun diesen Geldpunkt betrifft, so ist die Ausdauerversicherung des Finanzministers freilich sehr klar und deutlich, es geht aber darauf hervor, daß Dänemark, falls es den Krieg anfangen sollte, im nächsten Jahre ein Defizit von 9 Millionen Thalern haben würde, welches dessen Stellung außerordentlich Kriegsführer und ferneren Gnäuserung der Staatsaktiven eine Anleihe von etwa 5 Millionen Thalern nöthig sein würde. In der jetzigen Zeit ist eine Anleihe von dieser Größe für einen Staat wie Dänemark, der noch obendrein im Kriege begriffen ist, bei welchem doch eigentlich nichts zu gewinnen ist, fast eine Unmöglichkeit, wenn sie nicht im Auslande gemacht wird, und dieses ist nach unserer Meinung dem Kommando von den Zustand des Landes nicht dazu vermögend. Schwedische Blätter äußern sich in dieser Hinsicht, daß Schweden vom Kriege abrathen müßte, wenn es Dänemark von seinem Rain zurückhalten wollte, da dasselbe im glücklichsten Falle seine Finanzen dem Untergange zuführe. Außer der Finanzfrage gibt aber auch der Sturz des bisherigen Ministeriums noch größere Hoffnung auf den Frieden. Es zeigte sich freilich deutlich schon genugsam genug gleichen als früher, konnte sich aber mit dem Königs nicht gut verschen, zum Theil von dem Zutrauen

der Regierung aussprechen wollte, ehrten wir Deputationen im entgegengesetzten Sinne der Vertrat weniger weiten.

Berlin, 23. Nov. In näher der Tag der Entscheidung herannaht, um so größer wird die Wahrscheinlichkeit, daß in Brandenburg eine beschlußfähige Versammlung zu Stande kommt. Die bäuerlichen Deputirten sollen alle dringend wollen, diejenigen, die bisher auf der linken saßen, nicht ausgenommen. Taffelbe sagt man von dem größten Theil der katholischen Geistlichen. Andere sollen bereit sein sich einzufinden, sobald sie merken, daß die Versammlung beschlußfähig wird. Genug, die Mehrheit der „konstituenten Deputirten" ist in Gefahr, gegen die Regierung zu verlieren. In den letzten Tagen hat sich unter ihnen selbst ein Zwiespalt erhoben. Neunzehn Mitglieder des rechten Zentrums und der Rechten, darunter Bonnemann, Jawarski, Tunker und Schulze von Minden, haben Hrn. v. Unruh eine Erklärung eingereicht, worin sie sagen: sie hätten erfahren, daß in zahlosen Exemplaren ein Plakat in die Provinzen geschickt worden sei, welches den „einstimmig gefaßten Beschluß der Steuerverweigerung" zur allgemeinen Kenntniß bringe: sie könnten dieses Plakat, welches unterzeichnet sei: „die Nationalversammlung," nicht für offiziell halten, denn 1) sei der Beschluß nicht einstimmig gefaßt, weil sie nicht mitgestimmt hätten, 2) werde der Wortlaut nach der Gesetzesvorlage nur durch eine zweite Abstimmung zum rechtlichen Beschluß erhoben, und diese habe bis jetzt nicht stattgefunden. (A. Z.)

Oesterreich. — * Wien, 26. Nov. Heute Morgens begann sich eine Deputation des löblichen Bürgerstandes mit einer Lankarresse in corpore zu den Füßen Windischgrätz zu werfen, um ihn für seine Verdienste um die Wiederherstellung der Ordnung und Ruhe zu danken. Eine ähnliche Lankadresse zirkulirt unter dem Großgrundlasgremium und ist bereits mit zahlreichen Unterschriften versehen. Wer es vermag, sich über die Parteien zu stellen, und wer im Stande war, die Zustände mit würdigem, ruhigem und einsichtsvollem Blicke zu umfassen, wird jene Adressen als den aufrichtigen Ausdruck der Dankbarkeit hochverpflichteter Bürger betrachten, deren Eigenthum und Leben auf dem Spiele stand — nicht aber als gemeine Speichelleckerei. Diese aber wäre es, wollte man behaupten, daß der Eindruck der seither verspürten Maßregeln und namentlich der gestellten Lodokratrolle ein günstiger und leicht vergessbarer sei, wenn auch die Unterzeichner nicht verdammt, daß man auf nur darauf absehen möchte, einen heilsamen Schrecken unter die beiläufen und unbesonnenen Schreier und Schwätzer zu wecken. Bereits 32 Zeitungen dürfen hier ohne alle Zensur wieder erscheinen; darunter wird heute auch M. G. Saphirs Humorist angekündigt. Selbst Schwarzer soll seine Konstitution wieder erhalten haben. Willkommen wäre uns diese Nachricht nur dann, wenn sie mit der That bestätigt würde, daß die gestrenge Polizeiwein geht seiner Wiederentfernung entgegen, nachdem man hinlängliche Ueberzeugung geschöpft, wie er sich in der That politisch, insbesondere aber loyal und harmlos benauftragte. — Von Morgen an beginnen wieder die Fahrten auf der Nordbahn von und nach den Provinzialstädten nächst der Prater zu den gewöhnlichen Stunden, welche für die Abfahrt nach Brünn, Olmütz und Oderberg auf 6 Uhr früh und 7½ Uhr Abend vom Nordbahnhof in Wien angesetzt sind. — Von der Staatsverwaltung ist eine Gewehrlieferung auf nicht weniger als eine Million Stück innerhalb auf einander folgenden Terminen ausgeschrieben; dem Vernehmen nach soll die auf Unkosten der Konkurrenz zuerkannte Lieferung nicht an Engländer gegen Ungarn sind wieder auf einige Tage verschoben; die Hauptmacht der Magyaren erscheint bei Preßburg, die k. k. Truppen sind zusammenbleibt bei Brück konzentrirt. — Am Lebens- und Fahrbetriebswagen aller Art, dann an Kolonial- und Südproduktion ist unglaublicher Mangel in Ungarn. So z. B. soll eine Zitrone in Pest mit einem Silbergulden bezahlt werden. Minder Karl ist die Niederwerfung auf die Verbreitung der Produkte Ungarns, denn wo sie nicht ausschließlich jenem Boden angehören, werden sie bei der diesjährigen ergiebigen Ernte von allen Seiten, vorzüglich aus Mähren zugeführt. Die Landleute besitzen sich dabei so wohl, daß es nicht möglich wird, den zahlreichen Bittstellungen auf — eiserne Töpfe aus jenen Gegenden zu genügen, da Mißernten in die Zeitverhältnisse und Mangel an verfeinerten Bedürfnissen den Bauer sehr dürftig zum Vergraben des eingenommenen Silbergeldes veranlassen. — Die Werbungen nach Italien nehmen guten Fortgang; man begeistert zahlreichen Zuzug Neuangeworbener, und es erwächst gleichzeitig der Stadt eine Wohlthat, von vielen arbeitslosen Leuten befreit zu werden.

In der „Wiener Zeitung" lesen wir folgende Zuschrift, welche zu den Aktenstücken, welche bisher über die Vorgänge in Wien veröffentlicht wurden, einen nicht unbedeutenden Beitrag liefern dürfte.

„Mein Herr! Im Namen meiner vielen und unglücklichen Gefährten, die, wie ich, theils Kärthi, theils gefangen sind, bitte ich Sie, durch ein gütiges Hinweis meine Zeilen eine Aufnahme in die Wiener Zeitung zu verschaffen. Ich muß an Sie diese Großmuth appelliren, da ich nicht die Mittel habe, die Aufnahme zu bezahlen, bin aber überzeugt, Sie werden meine gerechte und wahre Vertheidigung nicht verschmähen. Die genauchten Gefährungen sind so bitter, wir sind so schmählich gemißhandelt und gequält, daß ich es für eine heilige Pflicht halte, die Wahrheit unserer Vertheidigung zu sagen, und dieser hat eine Zeitung wie den Journal gewehrt. Ich rechne dabei auf eine gewisse Erfüllung meiner im Namen vieler Hunderter meiner Brüder gethanen Bitte, und verharre ganz ergebenst. **F. Köcher, Stud. Jurs.**

„Der blutige Kampf hat geendet, und gewiß ein Jeder sagt: Gott Lob, denn, daß es solche schrecklichen Auftritte, eine solche Anarchie in unserem Wien geben könnte, hat wohl Keinem von uns geahnt. Ich selbst, gegen meinen Willen Kämpfend bis zum letzten Augenblicke, athmete freier — als die kaiserlichen Truppen das Burgthor stürmten und die Burg mit ihren Schützen retteten, welche brave Nationalgarden vergeblich gegen die Massen bewaffneter Proletarier zu schützen vermochten, welche bereits Feuer angelegt hatten. Doch, bald erscholl nur ein Ruf in der Stadt nicht nur vom Militär, sondern von uns bewaffneten Garden und Bürgern: „Hängt die Verräther, schlagt sie todt, gebt keinen Pardon, sie sind die Urheber unseres Unglücks." Und unsere früheren Kampfgenossen denunzirten uns unseren Feinden. Viele meiner Brüder, welche, wie ich, schon längst mit bitterer Reue und Wehmuth eingesehen hatten, welch ein schändliches Spiel man mit uns getrieben, wie niedrmüthig man unser jugendliches Feuer, unseren Eifer gemißbraucht hatte, die wir längst bereit waren, die Waffen zu strecken, wurden wie Verbrecher verfolgt, gefangen und von rohen Mienern verspielt, denunzirt, denen wir die Freiheit erkämpften, welche und früher mit Jubel empfingen. In meinem und meiner Brüder Namen ergreife ich daher die Feder, ein Wort zu unserer Vertheidigung zu sagen, denn leider höre ich auf meiner eitigen Flucht überall lästerbe hatte ungerechte Urtheil über uns! Doch Ihr, die Ihr gleich den Stub. Recht über uns, ohne zu prüfen, hören, und verdammt nicht Alle gegen Allen, welche Euch die Freiheit brachten, denen Ihr bisselbe verdankt! Daß wir fehlten, im jugendlichen Eifer und Ueberwuthe zu weit gingen, wer von uns wird es läugnen? Doch, wer trieb uns dazu, wer leitete, wer ermuthigte uns, wer gab uns die Mittel dazu? Und dies Alles ganz öffentlich. Wer gelaubte unter Euch zu alle Volksfeste? Nicht nur brachte sämmtliche Journalisten und Demokraten (diese leider Schande) haben, die unter dem Deckmantel des Volks ihre eigenen Interessen bedachten, und alles Einzlich anstifteten), sondern auch unsere Vorgesetzten, unser Reichstag! Schweigt Ihr jetzt, die Ihr unsere Leiter wart und offen zum Aufruhr predigtet, und denselben durch uns beförderet, wie das Chaos unseren Häuptern? Audisch, Hagen, Goldmark, Borrosch, Füster etc. Wir werden verurtheilt, und jene Wühler mit ihren geheimen jüdischen Emissären, mit den denselben Ungarn im Bunde, sind die einzigen Urheber alles Elendes! Und diese sitzen ruhig im Reichstage! Kamen nicht sogar vom Frankfurter Parlamente Deputirte, um und die Bewunderung beschen auszudrücken, legte Blum nicht unsere Aleidung an, forderte und zum Aufruhr, alles Verbrechen, sogar der Treulose, auf! Einer ist nicht mit und zu sterben, nicht eher zu ruhen, bis noch zweifelnder Latour gefallen wären! Wohin haben diese Frankfurter Wühler, die in Deutschland umherreisen, dessen Söhne zur Revolution anzuleiten, wohin haben sich diese Schandliteraten und Demokraten, der Juden-Abschaum, diese ungarischen Vereins-Wühler, Bem und Konsorten geflüchtet? Und weshalb schweigt jetzt der Reichstag, der mit sämmtlichen Obigen im Einverständnisse war, und dessen Anordnungen sanktionirte! Wartet daher mit Euren Urtheilen. Ihr vorlauten Blicker! Der Tag der Vergeltung wird kommen, die Laven werden fallen, und Ihr werdet sehen, wer zu hängen verdient! Wir, die Verführten und Geretzten, die man heute als unsere erkauften Mörder in das Netz zog, oder die schändlichen Aufwiegler! Auf ihrer Seele haben das vergossene Blut; kommt das geschehene Elend! **Franz Köcher, Stud. Juris.** Im Namen seiner Brüder."

Der „Kaiser aller Russen" hat auch an den Banus von Kroatien ein Handbillet gerichtet, folgenden Inhalts: „Ihre edlen Bestrebungen, General, um die Ehrfurcht für gesetzliche Ordnung und die Gottesfurchtigung, welche durch eine jügellose an den empörenden Exzessen schuldig gewordene Partei zu Füßen getreten wurden, vor einem Schifbruche zu retten, haben Ihnen gerechte Ansprüche auf meine Achtung erworben. Ich klopfe mit lebhafter Sympathie Ihren geschickten Operationen seit dem Tage an, wo Sie Artilleriesalven Ihnen die Wiege ergrissen ließ um in Ungarn den unmäßigsten Zerstörungen zu widerstehen. Ihre ersten Bewegungen führten Sie unter die Mauern Wiens, gerade im Augenblick eines entscheidenden Kampfes. Der Sieg, an welchem Sie einen so glänzenden Antheil nahmen, wendete sich auf die Seite des guten Rechts. Indem ich die Wichtigkeit der Dienste, welche Sie und die Ihren angerichtet braven Truppen so eben erwähnen haben, vollkommen würdig, und indem es mir am Herzen liegt Ihnen einen Beweis meiner vollsten Anerkennung darüber zu liefern, habe ich Sie zum Ritter des heiligen Wladimir-Ordens 1. Klasse ernannt, dessen Insignien nebst Patent ich Ihnen anbei übersende. Ich ergreife diese Gelegenheit, um Ihnen die Versicherung der Unveränderte und der besondern Achtung auszudrücken, die ich Ihnen unabänderlich zeitmet habe. **Nikolaus.** Zarskoje-Selo, den 29. Okt. (10. Nov.) 1848."

Deutsch. Am vorsonnen Sonntage den 19. d. machten die Venetianer wieder einen Ausfall aus dem Fort Malghera nach Mestre, mußten aber ihn blutig heimkehren. Der kaiserliche General Mostrowich hatte schon die Zeiten benachrichtigt, daß dem Kommandanten in Mestre, Oberst Zellachich (Bruder des kroatischen Banus) den Befehl, die Truppen bis in das Innere jenes Dreieck zurückzuziehen, welches am äußersten Rande des Kanals eine starke Abtheilung verstockt zu halten. Die Absichtlosen, meistentheils Croatat, verfolgten daher in aller Eile und Hitze die zurückziehenden Kroaten bis an die Häuser des Orts, dann erst ging die Miliz an; die Croatat mit ihren zwei Kanonen wurden in das portische Feuer gebracht, das sie nicht mehr aushalten konnten. In ihrer wilden Flucht mußten sie gegen 200 Todte und Verwundete und die zwei Kanonen auf dem Platze zurücklassen, gegen 700 Mann wurden gefangen. Nur der wenigste Theil konnte sich an das Fort wieder finden. Unter den gefangenen Croatat sollen die meisten aus anderen Italienischen Staaten oder selbst Deutschland sein. Mehrlicher Neckereien ein Ende zu

machen, ist bereits eine Kompagnie Sappeurs dahin abgegangen, um gegen Malakoff Gegenwerke zu errichten. Das Bergschloß Sjorpo ist entwaffnet und soll geschleift werden, da es für die jetzige Zeit durchaus kein militairischer Punkt mehr ist.

Großbritannien.

* **London**, 23. Nov. Von Sunderland wird berichtet, daß die Schiffsmeister des französischen Kabrezugs „Gironde“ einen Feiuerschutz auf den Steamdreamern Greenwood abgeschnitt und diesen am Kopfe verwundet hat. Der Kapitän und der Kontremaitre des Fahrzeugs sind verhaftet worden. — Die Zeitungen mehrerer französischer Blätter, als sei die Gräfin von Montijo im Schloß Claremont gestorben, ist unrichtig. Diese Dame war allerdings schwer krank, befindet sich aber wieder auf dem Wege der Besserung. — Fortwährend spricht man noch von dem Gefangenhalten, den eine bedeutende Anzahl Engländer in Paris abzuhalten scheint. — Konf. 87¼, ¾.

Frankreich.

* **Paris**, 24. Nov. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung bereitt Hr. Jules Favre die Tribune mit gewaltigen Anschuldigungen gegen die Minister, welche die Kandidatur Cavaignac auf alle mögliche Weise begünstigen sollen! Er klagte dieselben der Einmischung in die bevorstehende Präsidentenwahl an, indem sie eine Lebensbeschreibung Cavaignacs unter die Truppen vertheilt, Flugschriften und Karrikaturen gegen die andern Kandidaten porteilt! verordnet haben! Die Minister haben, sagte er, habe das Verbrechen begangen, den Präfekten in einem Rundschreiben aufzutragen, daß Letztere die öffentliche Meinung aufklären sollten! Dieß seien Eingriffe, Uebergriffe, witterrechtlich versuchter Einfluß der Gewalt! Man habe Ludwig Bonaparte, einen Mann ohne Talent, ohne Bildung und ohne Bedeutung genannt! (Viele Stimmen riefen hier: ja! ja! das ist wahr!) Wer, ein Mitglied des Berges, unterstützte ihn, soweit es in seinen schwachen Kräften stand. — Hr. Dufaure, Minister des Innern, gegen welchen, wie gegen Hrn. Lamoriciere diese Anschuldigungen hauptsächlich gerichtet waren, bemerkte in seiner Antwort hierauf einfach, es dünke ihm sonderbar, daß der Redner, der so viel von den „Uebergriffen“ der Regierung spreche, die Anstrengungen einer gewissen anderen Partei mit keinem Worte erwähnt habe noch der Kandidat dieser andern Partei allenthalben anfgefunden lassen, er sei im Besitze unermeßlicher Reichthümer, Hunderter von Millionen, mittelst der er die Auflagen zu ersetzen gedenke, welche er abschaffen werde. Es sei zu verwundern, daß Hr. Jules Favre in diesen Anteichen nichts ungesetzliches sehe. Hr. Jules Favre hatte auch von einem Briefe des Ministers an den Bankier Oder gesprochen, in welchem der Minister des Innern den Konseilspräsidenten der gemäßigten Partei empfohlen hatte, und auch hierin einen Uebergriff der Regierung entdeckt. Bezüglich dieser Anschuldigung Briefe Hr. Dufaure, daß Hr. Odier nedwegs gesonnen gewesen sei, Hrn. Odier eine Meinung aufzudringen, sondern einfach auf Ersuchen desselben ihm den Charakter des Generals Cavaignac de Wahrheit getreu geschildert habe. Es theile hiemit der Versammlung die bieher bezüglichen Stellen des Schreibens mit und frage, ob er sich wirklich in demselben gegen die nöthigen Rücksichten vergeht habe, worauf ihm von allen Seiten ein Verneinen wurde. — General Lamoriciere entlehnt hierauf betreffs der gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen, daß die Lebensbeschreibung Cavaignacs in den Kasernen niemals auf die Tagesordnung gesetzt worden sei; wahr sei es aber, daß er, als man ihm von einem Aufstande gesprochen, den die Kandidatur Ludwig Bonapartes hervorrufen würde, geantwortet habe, man werde dann den Aufstörern eine solche Lektion geben, daß ihnen jede Lust, von Neuem zu beginnen, vergehen würde. Die Versammlung ging hierauf einfach zur Tagesordnung über.

Man liest in der „Union“ folgenden heissenden Artikel: „Im Jahr 1815 nach der Schlacht bei Waterloo und der Abdankung Napoleon ging die demagogische Kammer der Repräsentanten, die gegen den Gedanken einer Restauration wüthend war, nach dem Hauptquartiere von Wellington und Blücher, um sie zu ersuchen, ihnen einen fremden Prinzen zu bezeichnen, dem sie den Thron Frankreichs anbieten können. Hr. Bonald, der St. Vincent war einer der Heftigsten gegen die Rückkehr Ludwig's XVIII. und schrie: Frankreich muß einen König haben, der ein Vierd besteigen kann, worauf Hr. Ch. Nodier ganz ruhig erwiderte: Gut denn, so wählen wir Franconi! Alles was in den letztverflossenen neun Monaten sich zugetragen hat, liefert einen klagbaren Beweis von der Ironie der republikanischen Partei, die vor 15 Jahren sich die Partei baute, um Antellegenz und gute Kenntnisse nannte. Bei einem solchen Zustand der Verlassenheit sollten wir uns für glücklich halten, wenn Abd-el-Kader einwilligt, die Präsidentschaft der Republik anzunehmen.“

Der Herzog von Bordeaux hat in der „Post“ eine französisch geschriebene Erklärung an das französische Volk erlassen. Das Aktenstück trägt keine Unterschrift und macht auch keine bestimmte Ankündigung, es spricht mehr in Andeutungen. Die vorherrschenden Gedanken darin sind: Heinrich V. ist kein Prätendent, der mit einigen ehrgeizigen Abenteurern in die Schranken tritt. Gott hat ihn bei seiner Geburt mit dem unauslöschlichen Siegel des legitimen Königthums bezeichnet. Er hat nicht nöthig zu Gunsten seines Rechts Einsprache zu erheben: dieses Recht ist übrigens das der Nation selbst, welche von Anglück zu Anglück endlich darein ihr einziges Heil erblicken wird. Schon kann man aus gewissen Anzeigen erkennen, daß eine brillante Bewegung in den durch eine nur zu lange verlängerte Zeit von Unordnung und Anarchie ermüdeten Gemüthern sich verbreitet. Durch welche Prüfungen Frankreich noch gehen muß, um zu dieser Ueberzeugung zu gelangen, das ist das Geheimniß der Vorsehung. Der Prinz seufzt über das Anglück seiner Unterthanen, aber er konstruirt nicht: er verlangt mit ungestrengen Aufmerksamkeit diesen beklagenswerthen Kampf zwischen dem Guten und den Schlechten. Er billigt die Bestrebungen, welche von wohlgesinnten Leuten zu Gunsten der Monarchie gemacht werden. Wohl unterscheidet über die peinliche und gefährliche Lage des Königs in den Zeiten, in denen wir leben, aber tief durchdrungen von den Pflichten, welche ihm diese Lage auferlegt, ist er vollkommen gewillige sie zu erfüllen. Er ist bereit überall zu erscheinen, wo die hohe Sendung, die er zu erfüllen hat, anerkannt wird. Die Restauration seines Thrones wird nicht durch Eroberung und Raub geschehen. Er kann als Sohn Franzisenmaier nach langer Verbannung mitten unter seine verstörten Kinder, um sie in ihren Leiden zu trösten und ihre Wunden zu verbinden. Möchten die Royalisten alle ihre Bestrebungen vereinigen, um ihre verirrten Brüder zu überzeugen, daß ohne eine aufrichtige Rückkehr zum Grundsatz des Rechts, die Kette der Revolutionen niemals gebrochen, daß ganz Europa umgestürzt, dann schrecklichen Ereignissen unterworfen werden wird, und daß die Völker, anstatt ihre Lage zu verbessern, zu der Barbarei zurückschreiten werden. Zu Gunsten des Fortschritts muß man die erhaltenden Grundsätze der Vergangenheit wieder anerkennen, welche den Ruhm und das Glück unserer Väter ausgemacht haben und von denen Frankreich selbst seine Größe hat. Seit drei aufeinander folgenden Generationen sind viele Institutionen zu Grunde gegangen, viele Zustände sind geändert worden; aber die Sittlichkeit und Gerechtigkeit sind geblieben, denn diese gehen niemals unter. Um sie wieder herzustellen vom Gipfel des Staats bis zu den letzten Stufen ist die Restauration des legitimen Thrones unerläßlich. Dieser edeln und schwierigen Aufgabe ist der Prinz entschlossen sein ganzes Leben zu widmen, und die Erziehung des Anglücks hat ihn mit den geeignetsten Mitteln und Eigenschaften bereichert, um sie mit Erfolg zu erfüllen.“

Nachschrift.

○ **Frankfurt**, 27. Nov. Nodbrettus ist heute früh wieder abgereist, da er die Hoffnung aufgibt, die hiesige Versammlung für die Parteizwecke der Berliner Linken zu stimmen.

*In Erfurt ist es am 24. d. Mts. zu einem lebhaften Kampfe zwischen aufrührerischen Haufen und der bewaffneten Macht gekommen. Barrikaden wurden gebaut, allein das Militär war nach kurzem Kampfe Herr der Straßen. Es sind auch hier wieder in Belagerungszustand erklärt. Die Zahl der Gebliebenen wird offenbar übertrieben auf 10—15 Soldaten und gegen 30 vom Gesindel angegeben. Morgen näheres.

* **Paris**, 25. Nov. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte Hr. Bartelemy St. Hilaire, daß er von den Mitgliedern der früheren Verfassungskommission beauftragt sei, sie dieselbe das Wort zu führen gegen Hrn. Cavaignac. Es verlaß dann ein Memorandum desselben, durch welches Cavaignac wieder heftigkeit wurde, kein Amtsaufstand nicht gegen Truppen in Paris gedacht und die Barrikaden in Lyon angegriffen zu haben. Cavaignac bewies durch Aktenstücke das Gegentheil. So weit bei Postschluß.

Börsen- und handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 27. Nov. Oesterr. 5proz. Metall. 69½, 5proz. 57. 5proz. 2½proz. 35½. Bankaktien 1165. G. 500 fl.-Loose 119½, 99. 250 fl.-Loose 79¼. — Preuß. 50 Thlr.-Preminenscheine —. — Bad. —. Staatsschuldscheine 3½proz. 75½. Bayer. 3½proz. 75½. — Sächsische Verbach. 65½. — Württemberg. 3½proz. 76. 4½proz. 93 — Bad. 3½proz. 72. Lotto-Anlehen à 50 fl. 45½. 35 fl.-Loose 26½. — Darmstadt. 3½proz. 74½. 4proz. 85. Lotto-Anlehen von 50 fl. 59½. 25 fl.-Loose 21½. — Kurhess. Prinz-Wilh.-Nordb. 40. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau 3½proz. 79½. 25 fl.-Loose 20¼. — Frankf. 3proz. 77½. 3½proz. 90½, 87. Taunusbahn 268 —. Polländ. Anlegt. 48 —. Span. 5proz. innere Schuld 18½. — Pol. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose. 68½. — Sard. 36 fl.-Loose 23½. Oder. —.

Paris, 25. Nov. 3proz. 42.70. 5proz. 65.15. Sächsk. —. **Bankaktien** 1340.—. Staatsobligationen 1130. Vier Kanäle —. **Compt. von Aktier** —. Betz. 5proz. aux 1840 77½, von 1842 77½. 4½proz. —. 4proz. —. 2½proz. —. Betz. Bank —. Rom. 5proz. —. Röm. 3proz. 65. Span. 5proz. 25. Passive —. Passive —. Piem. —. Paris —. St. Germain —. —. Versailles (rechte) 102.50. (linke) —. Orleans 590.—. Rouen 350.—. Havre —.—. Marseille 155.—. Basel 77.50 Vierzon 216 25 Boulogne —. Bordeaux 365.—. Nordbahn 342 50. Montereau 100.—. Lyon —.—. Strasburg 326.25 Rauen 311.25. Dieppe —.—. Creuse —.—. Montpellier —.—. La Teste —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 133.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 9 fl. Halbjährig 4 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Donnerstag den 30. November 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 18. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 30. November.

(Verleihungen.) Protestant. Pfarrei Woringen, Dek. Memmingen, dem bisherigen Pekan und Pfarrer Abraham Wolfgang Hedel zu Muggendorf; protest. Pfarrei Münchweiler, Dek. Bümmerweiler, dem bisherigen Pfarrer zu Kahweiler, Dek. Kaiserslautern, Friedr. Christ. Fischer; kathol. Pfarrei Abenberg, Lrg. Pleinfeld, dem Priester Joh. Karl Schmid, Pfarrer zu Weidenthen, Lrg. Ingolstadt; kathol. Pfarrei Staudheim, Lrg. Rain, dem Priester Engelb Solzer, Pfarrvikar zu Geretsried, Lrg. Bruck.

Bestätigung der durch die ordentlicher Gemeindwahl für die simmultane Kirchenverwaltung der sämmtlichen protestant. Pfarreien der Stadt Augsburg gewählten Mitglieder: 1) Kasseller Andr. Lug, 2) Spezereihändler Joh. Hiesinger, 3) Kellermeister Friedr. Warner, 4) Rentner Konrad Schmidt.

Die Wahlen zum bayerischen Landtage.

** Wir haben neulich (Neue Münchener Zeitung vom 25. Nov.), indem wir an zur Wahl der Landtagsabgeordneten berufenen bayerischen Wähler das Wort richteten, gesagt, die soziale Gefahr sei die größte, und ihnen daher auf Herz gelegt, bei den zu treffenden Wahlen diesen Punkt wohl ins Auge zu fassen. Wir glauben eine heilige Pflicht gegen das Vaterland zu erfüllen, indem wir noch etwas näher auf diese Frage eingehen und den Bereich unseres Sagen liefern.

Die soziale Gefahr ist jetzt die größte, ja, wir wiederholen es mit der vollsten Ueberzeugung, und können wir darüber noch irgent einen Zweifel behalten können, die Greignisse der letzten Monate, die Lehren der Zeit, welche der Hebel zu diesen Greignissen wurde, die scheußlichen Morde, welche den Boden Deutschlands und Italiens befleckt, hätten und denselben beuehmen müssen. Es ist auch in Deutschland dahin gekommen, daß sich nicht blos ellende Meuchelmörderbande, sondern was wo möglich noch weit verabscheuungswerther ist, Stimmen in der deutschen Presse fanden, so weit alles Schamgefühles bar, daß sie auf schmähliche Weise begangenen Morden noch Lobreden zu halten! Wenn in Wrogne bei der Anfunft der Nachricht von der gräßlichen Ermordung Rossis zu Rom ein jubelloser Pöbel in wildes Freudengeschrei ausbrach: wenn Maueranschläge verkündeten, „Pellegrino Rossi ist unter dem demokratischen Dolche, dem Rächer der Volksrechte gefallen. Rettergrate Minister nehmet euch eine Lehre daran!" — wenn dann der Gouverneur der Stadt selbst von seinem Balkone herab den Mörder als einen Sohn der alten Republik pries, und zum Zeichen des allgemeinen Jubels Blodengeläute von den mit der italienischen Fahne geschmückten Thürmen der Stadt ertönte, so mögen die Wälschen daran Gefallen finden. Aber daß es auch in Deutschland Leute, wir sagen nicht „Menschen" gab, die für die gleichen Schandthaten auch auf unserem Boden nicht nur kein Wort der Verdammung oder auch nur des Tadels hatten, sie sogar nicht blos entschuldigten, sondern förmlich lobten, daß ist eine in den Geschichtsbüchern Deutschlands neue, aber darum nicht minder sie befleckende Thatsache, die Jedem, dem für des Vaterlandes Ehre noch ein Funken von Gefühl im Herzen lebt, die Schamröthe ins Gesicht treiben muß. Der „demokratische Dolch" hat Rossi zu Rom getroffen, so gestehe ohne den mindesten Rückhalt ein vor uns liegendes Exemplar der Turiner „Concordia" vom 21. Nov. ein, und ein Florentiner demokratisches Blatt die „Alba" machte das weitere beachtenswerthe Geständniß: „die unsichtbare Hand, welcher Lamberg, Latour und Rossi erlagen, schwebe über den Häuptern der übrigen Verräther." Also auch dem Zusammenhang zwischen den Morden in Rom und jenen in Wien und Pest brachten die Urheber derselben es nicht einmal mehr der Mühe werth ein Geheimniß zu machen. Aber keiner sich die Mühe nehmen will, die italienischen Organe der Demokratie nachzulesen, der kann in jedem Blatte die Versicherung finden, wie zwischen den Demokraten aller Länder vollkommenes Einverständniß, die absolutiste Solidarität der Bestrebungen und der Zwecke, wie der Mittel zu ihrer Durchführung besteht. Vor wenigen Tagen erst versicherte uns ein italienisches Blatt, wie in Deutschland nichts mehr möglich sei als die demokratisch-soziale Republik, d. i. mit anderen Worten die rothe Republik, wie man sie in der That auch in Frankreich, in Italien und in Deutschland mit den gleichen blutigen Mitteln zu verwirklichen strebt. Wir bedauern sagen wir es, ein deutscher Dichter, dessen Vierklängen auch wir einst gerne lauschten, der aber in beklagenswerthen Verirrungen sich im grellen Widerspruche mit seiner innersten Natur die Macht seines Talentes nur noch zur Beförderung von Mord und Blut und Tod mißbraucht, dieser Dichter preist ganz dieselben Lehren, und hiezu Alles aus, das arme betörte Volk zum Werkzeuge zu machen für die Träume seiner vermeintlichen Apostasse! Auch unter uns, in unserer unmittelbarsten Umgebung gibt es Organe, die ihn dafür verwissermaßen als den Messias des neuen Heils preisen, daß uns die rothe Republik bringen soll! Und dieselben Organe sind es, die unserem deutschen, jetzt zunächst auch unserem bayerischen Vaterlande das Geschenk einer Freiheit in ihrem Sinne anfürgen möchten; die nichts unversuchen, den einfachen klaren Sinn des Volkes zu verwirren, und diesem alle Achtung vor Gesetz und Autorität vollends zu benehmen. Ein Volk aber, in welchem einmal die Achtung vor dem Gesetze verschwunden ist, dessen Todesurtheil ist gesprochen; es trägt den Keim der Zerstörung, der Auflösung im eigenen Schooße, und die unselbige zu Tage kommende Frucht ist die endliche Vernichtung. Noch ist es den zerfressenden Elementen und Bestrebungen in Bayern nicht gelungen, die Köpfe so weit zu bethören, daß es möglich geworden wäre, und in gleiche unselige Verwirrung zu stürzen, wie sie besonders zu Berlin ihren Höhepunkt erreichte. Daß auch ferner die drohende Gefahr abgewendet bleibe von unserm Lande, das können vorzugsweise Bayerns Wähler verhüten, indem sie für den kommenden Landtag nur wahrhaft charaktervolle, in der edelsten Bedeutung des Wortes freisinnige, d. i. nach oben wie nach unten gleich unabhängige Männer wählen, die mit dem Bewußtsein von der hohen Wichtigkeit ihrer Aufgabe Sachverstand, Kraft und Entschlossenheit genug vereinen, um die scharf gezogene Grenzlinie nicht zu überschreiten, welche den wahrhaften Liberalismus vom Radikalismus der Demokraten scheidet.

Die sogenannten Demokraten haben wohl gelesen, wie sie bei und wenig freundlichen Boden fanden für ihre Bestrebungen, für ihre Zwecke. Auf gerahmt Wege vermochten und vermögen sie in Bayern — bei erkennen sie recht gut — nichts zu erzielen. Darum leiden sie sich in allerlei Hüllen, treten unter allerlei Namen auf. Seit in der jüngsten Zeit wieder haben wir Metamorphosen dieser Art von ihrer Seite erlebt. Der gestürzte Hirte Sinn des bayerischen Volkes sich dadurch nicht täuschen lassen, und wenn er den Dingen auf den Grund sieht, alsbald die Möße unter dem Schafspelze wieder erkennen.

Was wollen, was beizeiten die Demokraten in der That? das ist die Frage, auf deren genaue, bestimmte Beantwortung Alles ankommt. Ein folgender Artikel soll diese Antwort bringen.

Deutsche Reichsversammlung.

(123. Sitzung vom 27. November.) Tagesordnung: 1) Ergänzungswahl je eines Mitgliedes in den Verfassungs- und den Zentral-Legitimationsausschuß. 2) Berathung über den vom Abgeordneten Eckart und Lohr, Namens des Finanzausschusses erstatteten Bericht, über den Antrag von Wieser und Genossen, betreffend den baaren Mangel für die den Truppen im Reichsdienste geleistete Naturalverpflegung. 3) Berathung über den Bericht des Verfassungsausschusses — das Reichsgericht betreffend. 4) Berathung über den vom Abgeordneten Löw aus Posen, Namens des Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten erstatteten Bericht über verschiedene Anträge und eingebrachte Petitionen. 5) Berathungen über den von Abgeordneten Franck, Namens des nichtmitthätigen Ausschusses erstatteten Bericht, die Aufhebung der Flußzölle betreffend. Vorsitzender: Vizepräsident Reisser. Wenn das Protokoll auch ferner unter einem so erstickenden Gerüsche verlesen wird wie heute, so wird von Reklamationen dagegen nie die Rede sein. Ein Schreiben aus Kassel, als des Vaters der nationalen Einheit für Deutschland, wird verlesen. Desgleichen eine Mittheilung des Frankfurter peinlichen Verhöramts, die durch das Reichsjustizministerium vorgelegt wird. Sie betrifft einen des peinlichen Verhöramte dem Namen nach unbekannten Abgeordneten der Reichsversammlung, der durch diese allgemeine Anzeige erfucht wird, Zeugniß über einen Vorfall des 18. September abzulegen, der ihn jedoch interpellirt wegen der preußischen Verhältnisse, worüber gestern das Reichsministerium dem 1. Dezember gantwortet werden soll. Franck erstattet im Namen des österreichischen Ausschusses Bericht über das von Berger zur Vorlage gebrachte Wahlausschreiben des Landesguberniums in Mähren. Der Ausschuß beantragt einstimmig: „In Erwägung, daß bei Wahlhandlungen, als nothwendige Bedingung des Vertrauens in die Wahl, die Wahlbehörde einen festen Standpunkt sich zu erhalten hat, der Erlaß des Mährisch-Schlesischen Landesgubernium zu

Brünn vom 20. v. M. über die Wahlbehörde zu einem Einsatze aufforderte, erklärt die Nationalversammlung: daß der genannte Erlaß zu mißbilligen ist und fordert das Reichsministerium auf, in diesem Sinne das Erforderliche wahrzunehmen." Das Haus geht jedoch auf die ebenfalls beantragte sofortige Debatdung des Gegenstandes nicht ein. Minister Detmer berichtet für den Gesetzgebungsausschuß über den ihm zugewiesenen Antrag Wesendonck's: daß der Belagerungszustand von Düsseldorf sofort aufgehoben werde. Der Ausschuß ist der Meinung, daß die Angelegenheit vielmehr, gleich dem Grubenschen Antrage wegen der Aufhebung des Belagerungszustandes von Berlin, vor den Biedermann-Sächsischen Ausschuß gehöre. Das Haus entscheidet sich in eben diesem Sinne. Präsident Jacobi zeigt für den Verfassungsausschuß an, daß der Abschnitt über das Staaten- und Volkshaus im Drucke beendlich und demnächst zur Vertheilung bereit sein werde. (Bravo!) Beseler: der Verfassungsausschuß in seiner Mehrheit betrachtet die Mediatisirung nicht als eine Sache der Gesetzgebung, sondern der Vereinbarung. Dazu kommen zwei Minderheitsanträge, worunter einer auf Zusammenlegung der kleineren Staaten zu Staatenverbänden. Der Bericht wird morgen gedruckt sein. Ebenso ist die zweite Lesung der Grundrechte sammt dem Einführungsgesetze so weit vorbereitet, daß die Arbeit des Verfassungsausschusses morgen in den Händen der Mitglieder sein kann. Schoder verlangt, daß die Grundrechte für nächsten Montag schon auf die Tagesordnung gesetzt werden. v. Lassaux beantragt, daß das Gesetz zum Schutze der Nationalversammlung unverzüglich aufgehoben werde. Für diesen Fall, wo Abgeordnete verletzt werden, wo nach Wort und That an Meuterei gegen deutsche Regierungen Theil zu nehmen. Die Dringlichkeit wird abgelehnt. Beda Weber beantragt, daß der seit drei Monaten abwesende Abgeordnete a Prato aus Roveredo genöthigt werde, sich entweder für den Wiener Reichstag oder für die Frankfurter Versammlung zu erklären, daß eine über vier Wochen dauernde gleichzeitige Theilnahme an anderen Versammlungen überhaupt nicht gestattet und daß in Bezug auf diesen Abgeordneten insbesondere, ob er auch doppelte Tagesgelder beziehe. Die Dringlichkeit auch dieses Antrags bleibt ununterstützt. Der Vorsitzende ordnet hierauf die Einsammlung der Wahlzettel zur Ergänzung des Verfassungsausschusses an. Die Mehrheit der Stimmen ist, wie später verkündigt wird, auf Reh von Darmstadt gefallen. Von den Zuhörern, die zahlreich und in Erwartung lebhafter Verhandlungen gekommen zu sein scheinen, wird selbst bei diesem Uebergange zur Tagesordnung schon laut applaudirt. Der Antrag des Finanzausschusses über Beseler's Antrag bezüglich der Vergütung für die Reichstruppen lautet: „Die hohe Nationalversammlung wolle dem Reichsministerium gegen seinerseitigen, vollständigen Nachweis über den wirklichen Bedarf und die Verwendung einen Kredit bis zu der in dem Budget pobulirten Summe von 1,750,000 fl. zu dem Ende bewilligen, damit die unmittelbar zu leistende baare Vergütung für die stattgefundenen Naturallieferungen, welche die im Reichsdienste befindlichen Truppen von ihren Wirthen zu fordern haben, sofort geleistet werde." Vogt von Gießen erhält zuerst das Wort. Er ist nicht gegen die Bewilligung. Allein er kann unmöglich dem gegenwärtigen Ministerium auch nur einen Groschen bewilligen. Dies Ministerium zerstöre die Einheit Deutschlands, die es fördern solle. Anstatt sie sich anschließen und Sie sollen Gelt haben. (Gelächter.) v. Salzwedel beliagt es als ein unheilvolles Mißverständniß, daß die Demokratie mit der Anarchie verwechselt werde. Die Anarchie führe uns unvermeidlich der Reaktion entgegen und wider diese Anarchie seien die militärischen Anordnungen des Ministeriums gerichtet. Rühl aus Hanau will die Reichsversammlung, von der er voraussetzt, sie werden dem Ministerium die geforderte Summe bewilligen, vor einer Ungerechtigkeit bewahren. Die landesübliche Entschädigung, die den Quartiergebern in Kurhessen z. B. gewährt werde, sei 13 kr. den Tag für einen Mann. Aber die Verpflegung eines Soldaten sei vielmehr auf — einen Gulden anzuschlagen. Wenn nun bei solchen Belästigungen das Volk es lieber mit den Einzelstaaten halte, als mit dem Reiche, so sei dies natürlich. Rühl wünscht daher, daß zwar die Bewilligung der Summe ausgesprochen, zugleich aber auch die beklagenswerthe Allgemeine Debatte des Gegenstandes, wie er sich in §. 2 zusammenfaßt. Die Redner sind: Arndts, von dem eine förmliche und sehr bedachtenswerthe Ausarbeitung des Entwurfs vorliegt, und Heine, welcher den unwilligen Gefühle, das sein Erscheinen auf der Tribüne begrüßt, mit den Worten begeanet, daß er über den zu behandelnden Gegenstand wohl ein eben so zuständiges Urtheil abzugeben habe, als irgend Jemand in der Versammlung. Nach ihnen wird die Vertagung der Debatte auf die morgende Sitzung beliebt und somit die heutige ½ nach 2 Uhr Nachmittags geschlossen.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 26. Nov. Die zur Berliner Mehrheit (Rumpfparlament) gehörenden Herren Rodbertus und Schulz von Delitzsch sind nach Frankfurt gekommen, aber nicht etwa weil Schulz meint, lebhaft, weil sie nicht allein mehr weiter könnten, ihre Rolle in Berlin ausgespielt hätten, beistpiel wären, und nun ihre Zuflucht zum deutschen Reichstage nehmen müßten. Warum sind sie denn gekommen? Die Frage hat Rodbertus dahin beantwortet: „um Bassermann's einseitigen Bericht zu widerlegen." Sie wollten den Zweck im Ausschuß für die preußischen Angelegenheiten versuchen; aber der Vorsitzende v. Soiron hielt sich dazu weder berechtigt, noch befugt, weil die Reichsversammlung ihm dazu keinen Auftrag gegeben und erst ertheilen müsse. So wurde eine Zusammenkunft im Saale des Weidenbuschess veranstaltet, wo alle Bruchtheile vertreten waren. Beseler mußte den Vorsitz übernehmen, und es ward von vornherein beschlossen, daß man den Berlinern Fragen stellen möchte, die sie als Augen- und Ohrenzeugen beantworten möchten. v. Rodbertus suchte Bassermann's Bericht gewichtlos zu machen, was ihm nicht gelang, obschon er sein Möglichstes that. Bassermann, der nachher seinen Bericht vertheidigte, sprach mit der Klarheit, die Begleiterin der wahren Ueberzeugung ist. v. Unruh's Rechtfertigung, welche v. Rodbertus vorlas, war auf Schrauben gestellt, die Hauptsache allemal umgedreht, bei

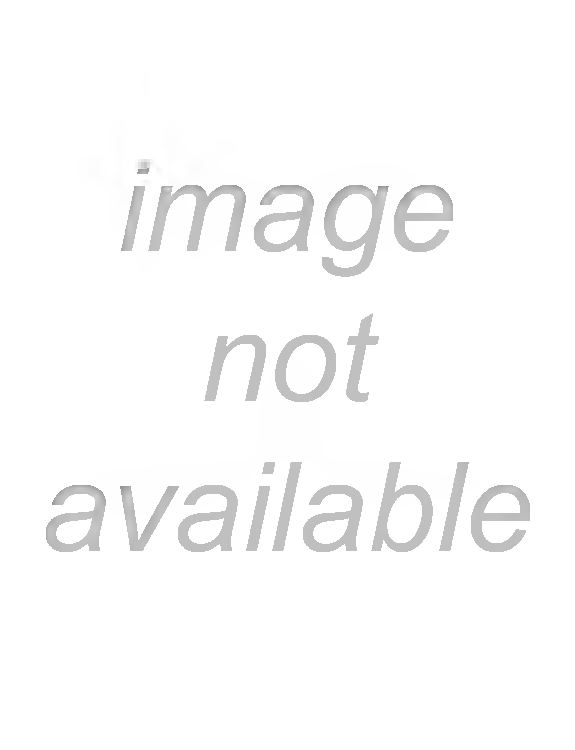
image
not
available

schlüsse nicht als gültig betrachten. Nach lebhaften Debatten wurde der erste Antrag mit 21 gegen 1 Stimme, und der zweite mit 18 gegen 2 Stimmen (zwei Mitglieder enthielten sich des Mitstimmens) angenommen. Darauf wurde noch der Antrag gestellt, eine Loyalitätsadresse folgenden Inhalts an den König zu votiren: „Majestät in dem letzigen bedrängten Zeit, wo man von so vielen Seiten die Worte hört: „Das Vaterland ist in Gefahr," fühlen die gesetzlichen Vertreter der Stadt Posen, die das Wohl des Vaterlandes von dem des Thrones nicht zu trennen vermögen, das Bedürfniß, Ew. königl. Maj. ihrer unwandelbaren Treue und Anhänglichkeit ehrerbietigst zu versichern." Diese Adresse wurde einstimmig angenommen. Eine Adresse der hiesigen Israëliten, mit mehr als 1300 Unterschriften versehen, ist heute aus Magdeburg abgegangen; es enthält eine vollständige Zustimmung zu dem Verfahren desselben; und angefügt ist ein Mißtrauensvotum an den Deputirten der Stadt Posen, Hrn. Neumann, der sich den in Berlin zurückgebliebenen Mitgliedern der Nationalversammlung angeschlossen hat. — Der Reichskommissär, General v. Schäfer, hat heute seine Reise an die neue deutsche Reichsgrenze angetreten, und zwar nach dem Städtchen Schwerin, nach der frühern Bestimmung außerhalb der Demarkationslinie zu liegen kommen sollte, jetzt aber, wie es heißt, aus strategischen Gründen noch in dieselbe gezogen ist. Hr. v. Schäfer, der hier durch sein offenes, freimüthiges Wesen alle Deutschen für sich eingenommen hat, wird wohl binnen 10 Tagen mit der Instruktion der neuen Grenze zu Ende sein und dann seinen Bericht an die Zentralbehörde abstatten, die ihrerseits nicht säumen wird, ihm Gelegenheit zu geben und ihn sofort zur Vollziehung zu bringen. Auffallend ist es, daß die Polen noch keine offiziellen Schritte wegen Aufnahme des ganzen Großherzogthums in das deutsche Reich gethan haben, weil nur dadurch der jenseit der Demarkationslinie liegende Theil der Provinz vor dem unvermeidlichen Ruin geschützt werden kann. Hier hat das spezifische Preußenthum seine Hauptanhänger nur noch unter dem Militär; alle übrigen Preußen sind durchaus für eine unauflösliche Verbindung mit Deutschland und wünschen dahin, daß Posen zur Bundesfestung erwählt werden möge. — Unsere Nachrichten aus dem Königreich Polen lauten sehr kriegerisch: in Kalisch und umgegend häufen sich immer mehr Truppen an, und diesseits der Grenze greift die Furcht vor einer russischen Invasion, von Polen und Gesinnungsgenossen, sehr um sich. Jedenfalls scheint so viel wahr zu sein, daß die Russen selbst die Ueberzeugung nähren, ohne ihre Intervention werde so wenig in Oesterreich als in Preußen die gesetzliche Ordnung hergestellt werden können. (D. A. Z.)

Oesterreich. Handbillet des Kaisers von Rußland an den Fürsten Windischgrätz. „Herr Feldmarschall Fürst zu Windischgrätz! Ich erfahre eben die Besetzung Wiens durch die treuen und tapferen Truppen, welche der Befehl Ihr Herr, Ihrem Oberbefehl vertraut hat. Wiederholt alten Ruhm und ihres edlen Feldherrn haben diese Truppen den verbrecherischen Widerstand einer anarchistischen Fraktion besiegt, welche es gewagt hat sogar in der Hauptstadt der Monarchie die Fahne des Aufruhrs aufzupflanzen. Indem Sie diese Umsturzpartei auch auf den andern Punkten der Monarchie bezwingen werden, wo dieselbe sich immer noch thätig zeigt, werden Sie mit Ihren tapfern Waffengefährten den der europäischen Sache in Ihrer Stellung der Ordnung und Gesetzlichkeit geleisteten Dienst auf das glänzendste vollenden. Der Ruhm der Oesterreichischen Armee und ihrer ausgezeichneten Führer wird mich stets mit der lebhaftesten Theilnahme erfüllen, und ich kann mir das Vergnügen nicht versagen den Ausdruck davon gegenwärtig zu erneuern, indem ich Ihnen hiermit die Insignien meines St. Andreas-Ordens in Brillanten übersende. Ich wünsche, Herr Feldmarschall! daß die Verleihung des ersten meiner Orden Ihnen einen Beweis meiner persönlichen hohen Achtung für die glänzenden und ritterlichen Eigenschaften sei, durch welche Sie sich auszeichnen. Ihr aufrichtig geneigter Nikolaus m. p. Zarskoje-Selo, den 29. Oktober. (10. November.) 1848."

Wien. Die Operationen gegen Ungarn unter persönlicher Leitung des Fürst-Marschalls haben insofern begonnen, als einige Brigaden bereits dahin in Marsch gesetzt worden sind. Die Eintheilung der operirenden Truppen ist folgende: Erstes Armeekorps: der Banus, Chef des G. D. M. Stabed, Generalmajor Jeleberg; Divisionäre: F. M. L. v. Hartlieb und Kempen; Brigadiere: Generalmajors: Baron Neustädter, v. Karger, v. Kriegern, Dettinger und Oberst Baron Gramont, 18 Bat., 20 Eskad. und 6 Batt. — Zweites Armeekorps: F. M. L. Graf Wrbna. Divisionäre: F. M. L. von Ramberg und Baron Eyerich; Brigadiere: Generalmajors: Baron Lederer, Fürst Colloredo, v. Wyß und Oberst Graf Jablonowsky. 18 Bat., 7 Eskad. und 9 Batt. — Drittes (Reserve-) Armeekorps: F. M. L. Graf Serbellini; Divisionäre: F. M. L. Edmund Fürst Schwarzenberg und Franz Fürst Liechtenstein; Brigadiere: Generalmajors: Graf Bellegarde, v. Schütte, v. Parrot, v. Liebler, 9 Grenad. 25 Eskad. und 18 Bat. — Diese werden unterstützt durch das Korps des F. M. L. v. Simunich (5 Bat., 2 Eskad.) gegen Syrmien und F. M. L. Graf Schlik (10 Bat. und 11 Eskad.) gegen Kaschau; des F. M. L. Baron Puchner aus Siebenbürgen, dem sich der Generalmajor Baron Wardener aus der Bukowina anschließen, über Karlsburg auf Arad zu; des Generalmajors v. Suppilliat im Banat, welches durch seine Truppen von den Magyaren ganz gesäubert ist; endlich des F. M. L. Ritter v. Jablen an der kroatisch-steierischen Grenze, mit der bereits erfolgten Besetzung der Murinsel — im Ganzen eine auf den Mittelpunkt Ungarns gerichtete Macht von 150,000 Kriegern. — Wien selbst, unter dem Gouverneur, F. M. L. Baron Welden, hat als Besatzung die Divis. F. M. L. Landgraf Fürstenberg, Baron Zedlwitz: die Brigade des Generalmajors v. Frank, v. Ghiczola, v. Gunder und Hertinger mit 16 Bat., 8 Eskad. und 4 Batterien. — Der allgemeine Angriff der Armee auf Ungarn erfolgt am 27. d. M. (Soldatenfreund.)

Niederlande.

Amsterdam, 22. Nov. Das definitive Ministerium ist gebildet: van Boße Finanzen; de Kempenaer Innered; Dikf Donker Curtius Justiz; Lightenvelt (bisher Minister des katholischen Kultus) übernimmt das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten an die Stelle van Bentinck, der auf seinen Gesandtschaftsposten nach Brüssel zurückkehrt; Krieg, General Voet: Marine Rud: Colonien Baud, vormals Kulturdirektor in Indien; katholischer Kultus ad interim Lightenveld: reformirter und andere Kulte van Heemstra. (A. Z.)

Vermischte Nachrichten.

(Literarisches.) Z. Gebruck in der Dr. Fr. Blösschen Buchdruckerei, München 1848, ist erschienen: „Grundlegung zur Ethik als Dynamik, zu einer auf die Natur der Tugendbegriffe gegründeten Lehre der Tugendgesetze, von Ignatzius v. Weitler, königl. bayer. geheimen Rath und ehemaligen Vorstande der königl. Akademie der Wissenschaften in München, Ritter des Civil-Verdienstkreuzes der bayerischen Krone. Herausgegeben von seinem Testamentsexekutor." 8. IX. und 163 in gr. 8. Die Auflage, mit einem Umschlag, ist schön.

Von den Tauvenden, die bei Kaiserin Wetter am Lyzeum in München über Pädagogik und Philosophie gehört, leben wohl noch viele Hunderte; vielen, vielen andern lesenden Freunden des Weltern, ist vieles Nachgelassene gewiß sehr willkommen, eine recht ansnehme, wohl auch überraschende Erscheinung. Es findet sich da eine Fülle, ein seltener Reichthum von Trefflichem über untere höchsten und wichtigsten Angelegenheiten, auch von Dem, welcher im Vorgehe oder, wie sehr gesagt wird, Begeisterlichen zu oder dort nicht ganz bestimmt, wohl anzuverlangen. Weiter, aber in früherer Zeit v. B., war viele Jahre lang zugleich Rektor (Direktor, sagte man,) des gesammten Lyzeums, beobachtet als Professor und Rektor wie selten Einer, was Tausenden sehr bekannt ist. — Die Sprache ist kräftig, rein und edel, auch schön, zugleich ein Beweis, wie der Verfasser das Bessere sorgfältigen aufbrehe. Nur Einen bleibt, was einen auffallen mag, aus der frühern Zeit übrig: Lehre der Tugendbriefe, anstatt: von den ꝛc. — Die Vorrede des Herausgebers, Lauer Dorrenhofer, königl. Oberappellationsgerichts-Rath (etwas der bandwurmen und ergebenden von 80 Jahrern), ist durch Inhalt und Ausdruck des Werkes vollkommen würdig.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 28. Nov. Bayer. 3½proz. Obligationen — P. 75½ G. 4proz. 88 P. Bankaktien II. Semester 578 P. — G. Promessen 35 P. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 950 G.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 30. Nov.: „Fra Diavolo", Oper von Auber.

Freitag, 1. Dez.: „König Lear", Trauerspiel von Shakespeare.

Gestorbene in München.

Franz Xaver Urban, bürgerl. Lebzelter, 61 J. a.
Mathias Daniel, Hofgerichtsdiener, 75 J. a. Georg Träger, Schaffergeselle von Schrobenhausen, 19 J. a.
Therese Kraft, Leibjägerwittwe, 38 J. a.

264. (3a) So eben ist erschienen und beim Herausgeber (Tannenstraße Nro. 11 im ersten Stocke) zu haben:

Anleitung
zur
Banzeichnungs-Kunde
für
Gewerbs- und Feiertags-Schulen sowie zum Selbstunterrichte.
Herausgegeben
von
Ferdinand Jodl,
königl. Hofsaal-Zeichner.
Ein Cahier mit 36 lithographirten Tafeln — Vorlagen und ein Heft erläuternder Text.
Preis 5 fl.
München den 28 Nov. 1848.

Zu verkaufen

259. (2a) Eine in Frankfurt a O. an dem Bahnhof gelegene bayerische Bierbrauerei nebst sämmtlichen Inventarium unter dem Namen der „Bergbrauerei" längst rühmlichst bekannt, die auch zugleich als Bergaufgangsort kurz frequentirt wird, beabsichtigt der Besitzer Familienverhältnisse halber zu verkaufen. — Die Kellerei ist doppelt, zum Grundstück gehören einige Morgen gutes Ackerland mit Obstbäumen. Dieselbe ist vor 4 Jahren neuerdaut und aufs zweckmäßigste eingerichtet. — Mit einer Anzahlung von nur 4000 Thlr. kann das Geschäft sofort übernommen werden.

Näheres auf frankirte Briefe bei Herrn C. P. Rösler in Burgstädt bei Chemnitz.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Druck der Dr. G. Wolf'schen Buchdruckerei.

Deutschland.

Frankfurt, 27. Nov. Gestern war ein großer Theil der Reichsversammlung in den Sooz des Weidenbusches gelaben, um die Herrn Robbertus und Schulze zu hören, welche von Berlin gekommen, um die Rede des Herrn Bassermann zu widerlegen, oder doch zu berichtigen. Das Weseutliche ihres Vortrags war: Herr Bassermann habe nicht mit der Berliner Nationalversammlung als solcher, sondern nur mit zweien ihrer Mitglieder und mit diesen nicht theilweise verhandelt, die mitgetheilten Bedingungen können nicht als solche angesehen werden, welche von der Nationalversammlung gestellt worden seien. — Ferner bemühten sie sich, den Vorwurf abzuwenden, als hätte die Berliner Mehrheit die Minderheit nicht vor dem Terrorismus der Straße schützen wollen, stellten überhaupt die bekannten Vorgänge als unbedeutend dar, und behaupteten, der bisherige anarchische Zustand von Berlin sei von — der Reaktion (!) absichtlich hervorgerufen und unterhalten worden. Nachdem mehrere Fragen an sie gerichtet und sehr ungenügend beantwortet worden, trat Herr Bassermann selbst auf, zeigte auf den stenographischen Berichten, daß er nicht behauptet, mit der Nationalversammlung selbst unterhandelt zu haben, daß er aber schon aus den von zwei Mitgliedern der gemäßigteren Fraktionen gestellten Bedingungen deutlich genug die Absichten der Versammlung ersehen (welche übrigens selbst dem genügsam duech den Steuerverweigerungsbeschluß zu Tage getreten), daß übrigens nach dem Ausschußbericht diese Bedingungen auch noch durch andere Zeugen, als durch ihn bestätigt, ja vermehrt worden sind. Daß die thätliche Mißhandlung von Abgeordneten und Ministern auf offener Straße, das Bereithalten von Stricken zum Aufhängen, das Verlangen der Versammlung nach neuen Reaktion ausgegangen sein solle, während die Nationalversammlung selbst bei der Schubumstiet dagegen verwiegert hatte, erklärte er nicht der Widerlegung werth, und schloß ungefähr mit den Worten: „Daß die versammelt gebliebene Nationalversammlung mit meinem Berichte nicht zufrieden ist, finde ich natürlich; als ich diesen erstattet, sah ich wohl voraus, daß die rechte Partei als Minen gegen mich werfen springen lassen; allein weil dieses mich nicht als solche traf, so mich nicht betreuen, in einem kritischen Augenblicke rücksichtslos die Wahrheit gesagt zu haben. Die Wirkung, welche in Preußen sichtbar ist, bestärkt mich in dem Glauben, daß ich dem Vaterlande einen Dienst erwiesen." Der Saal erdöne von Beifall. Nachdem noch mehrere Fragen gestellt worden, unter andern auch die, ob die Erklärung von dem Magistrat, welche ja bei Hrn. Bassermann Schilderung wahrhaftig bestätige, etwa auch von der Reaktion herrühre? wünschten die Abgeordneten von Berlin selbst den Schluß der Verhandlung, der denn auch nach einigen verbindenden Worten der HH. Riesser und Beseler angenommen wurde. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

— Wir tragen nun noch einige der wesentlichsten Stenstücke zu dem Vorstehenden nach. Von Herrn Waitz: Herr Bassermann hat folgende Antwort auf die Erklärung des Hrn. v. Kirchmann erschienen: „Obschon Herr v. Kirchmann in seiner Erklärung vom 21. d. M. die von mir angeführten Thatsachen im Wesentlichen selbst bestätigt, so nöthigt mich doch seine Behauptung, es sei eine Unwahrheit, daß er „einen schriftlichen Revers oder eine feierliche Erklärung des Königs" verlangt habe, noch einmal darauf zurückzukommen. Herr v. Kirchmann eine solche Erklärung allerdings verlangt hat, und zwar unter der Bezeichnung „carte blanche", welche dem Ministerium, in welchem Waldeck oder Jakoby Platz finden müßte, von dem König im Voraus zu ertheilen sei. Eben so hat Herr v. Kirchmann die Entfernung der Prinzen außerhalb der Grenzen der Monarchie verlangt; einer Entschädigung, daß er nicht alle Bedingungen habe wollen, ist seine Erwähnung geschehen. In Bezug auf Hrn. v. Kirchmann's Klage, daß ich den Inhalt des Gespräches nicht gehörig erhalten, erinnere ich daran, daß ich in öffentlicher Sitzung seinen Namen, trotz wiederholten Begehren, nicht genannt habe; ich nannte ihn auf besonderes Verlangen dem Ausschusse, der ihn seinerseits veröffentlichte. Uebrigens hat Herr v. Kirchmann mit seinem Worte zu verstehen gegeben, daß er die Gehrimhaltung wünsche, auch war es offenbar, daß er nicht im Vertrauen hierauf die „Bedingungen" aufspreche, sondern es sprach im Vertrauen auf die Ungerechtigkeit der Nationalversammlung: äußerte er doch in diesem Vertrauen sogar den Plan seiner Partei, den von der preußischen Armee gefochtenen Kampf niederzuschlagen durch einen blutigen Widerstand der Kammer selbst zu wenden! Es wie ich es für Pflicht gehalten hätte, reaktionäre Absichten, wenn ich solche im Ministerrathe oder in Potsdam wahrgenommen, zu verhüllen, eben so mußte ich zur Steuer der Wahrheit dem preußischen wie dem deutschen Volke von den revolutionären Absichten, die mir offenbar geworden, Kunde geben. Uebrigens vermeide ich noch auf die Stelle des Ausschußberichtes in der deutschen Reichsversammlung, wo von den Kautelen Bedingungen handelnd, es wörtlich heißt: „Andere Zeugen, die wir vernommen, haben aus anderen Quellen seine (meine) Mittheilungen nicht nur bestätigt, sondern sogar erheblich vermehrt." Die Darstellung unserer Gespräches in der „Neuen preußischen Zeitung", gegen welche sich Herr von Kirchmann verwahrt, habe ich nicht zu vertreten: ich kenne sie nicht. Frankfurt, 25. November 1848. Bassermann."

Der Präsident v. Unruh hatte den nach Frankfurt abgereisten Deputirten folgende Erklärung gegen den Bassermann'schen Bericht mitgegeben: „Auf die durchaus einseitige kavtivirende Darstellung des Hrn. Bassermann, auf den Mangel einer klaren Zusammenstellung wahrer Thatsachen und einer unparteiischen Beurtheilung derselben will ich hier nicht näher eingehen, sondern nur das Verhalten des Herrn Bassermann, mir und der Nationalversammlung gegenüber, beleuchten und einige der stärksten Unrichtigkeiten aufklären. Am 9. und 10. November hat man verschiedene Seiten gefragt, daß Hr. Bassermann sich in Berlin befinde, daß er der Sitzung auf der Tribüne beiwohne. Vergebend hoffte ich, daß ich Gelegenheit haben würde, ihn zu sprechen, und daß es dazu beitragen würde, den gefährlichen Konflikt zu beseitigen. Erst nach mehreren Tagen, nachdem der Konflikt durch die Mäßregeln des Ministeriums Brandenburg und des Generals Wrangel immer höher gestiegen und die Gefahr einer Blutgen Katastrophe immer näher gekommen war, wurde Hr. Bassermann wir in meiner Wohnung gemeldet. Mehrere Abgeordnete befanden sich im ersten Zimmer; ich stellte dieselben vor, Hr. Bassermann wollte mich aber allein sprechen. Im zweiten Zimmer erklärte derselbe, er komme nicht in amtlicher Funktion, sondern als Privatmann, mit mir einige Worte zu reden. Auf ich einige einleitende Anterungen über den Stand der Dinge machte, verlangte Hr. Bassermann sofort, ich solle ihn zunächst anhören. Er sprach längere Zeit von seinem Standpunkte aus über den Konflikt. Auf einen Einwand, den ich einschalten wollte, bemerkte Hr. Bassermann, er sei noch nicht zu Ende. Er schloß mit dem Vorschlage, daß die Nat.-Vers. nach Brandenburg gehen müsse, daß ich dazu meinen ganzen Einfluß verwenden möge. Auf den Anführungen des Hrn. Bassermann ging hervor, daß er bereits in Potsdam gewesen sei. Ich erwiderte ihm, wie sehr ich gewünscht hätte, ihn vorher ausführlich zu sprechen und ihm genaue Mittheilungen über die hiesigen Verhältnisse und Personen zu machen, und wie viel leichtes es ihm dann gewesen sein würde, zur Lösung eines so schweren Konfliktes beizutragen. In Betreff seines Vorschlags bemerkte ich, daß er zunächst, bevor ich die Gründe dafür und dawider entwickelte, darauf ankomme, zu prüfen, ob der Vorschlag sich ausführen lasse? Dem Zentrum, zu dem ich gehöre, welches der rechten Seite am nächsten gestanden habe, und welches sich jetzt die Rechte in der Versammlung bilde, könne ich diesen Vorschlag der unbedingten Unterwerfung unter den Befehl der Krone gegenüber dem Ministerium Brandenburg nicht machen, ohne daß wir zu lauten, uns bloßer Partei zugeschossen zu haben. Hr. Bassermann schien große Eile zu haben, er stand auf und griff nach dem Hut, und ich hatte nur noch Zeit, hinzuzusetzen, wie diese Katastrophe um so beklagenswerther sei, als dadurch wiederum so viele Fäden, welche die Krone mit dem Volke verbinden, zerrissen würden, während es in diesem Saal an allen Elementen zu einer andern Lösung gefehlt. Wegen der Achtung vor dem Gesetz sei vorhanden, weil bisher jede reelle Übelnahme an der Gesetzgebung gefehlt habe, gleichzeitig schwinde aber durch Regierungsmaßregeln, wie die jetzigen, die Achtung vor der Krone immer mehr und mehr. Wir schwebten in Gefahr, in bodenlose Zustände zu gerathen. Ähnlich den südamerikanischen. Herr Bassermann antwortete, es sei ihm unbegreiflich, wie ich bei einer so klaren Auffassung der Verhältnisse nicht unbedingt auf seinen Vorschlag einginge. Hiermit verließ Herr Bassermann das Zimmer, ohne Gelegenheit zu nehmen, mit den sehr gemäßigten Abgeordneten, welche sich im andern Zimmer befanden, das er wieder passirte, auch nur ein Wort zu wechseln. Dem öffentlichen Urtheile mußte es überlassen bleiben, mit welchem Recht Hr. Bassermann in seinem Vortrage am 18. in der deutschen Nationalversammlung nach diesem Gespräch sagen konnte, es sei bei mir den Versuch gemacht habe, den Konflikt auszugleichen, und daß dieser Versuch mißlungen sei. Herr Bassermann hat mit gegenüber nichts gethan, als mich aufgefordert, die Versammlung zu bestimmen, ohne Weiteres nach Brandenburg zu gehen; er sprach ausdrücklich als Privatmann und als mir nicht bekannt. Seit nach Gelegenheit in einer irgend gründlichen Verhandlung. Den Vorschlag, zu geborchen, kann man unmöglich einen Versuch zur Ausgleichung der Konflikte nennen. Herr Bassermann erwähnt ferner in seinem Referat einer angeblichen Unterredung zwischen dem frühern Präsidenten der Nationalversammlung und Mitgliedern einem namhaften Mitgliede, wo er sagt, sich der Linken, sondern des Zentrums. Eine solche Unterredung hat nicht stattgefunden, sondern Herr Bassermann hat einen zufälligen Gespräch zwischen einem Mitgliede des linken Zentrums und Herrn Grabow beigewohnt. Jenes Mitglied sprach weder im Namen seiner Partei, noch weniger im Namen der Nationalversammlung, sondern deutete Bedingungen an, welche nach seiner Ansicht gestellt werden könnten. Ansicht eines Mitgliedes Nationalversammlung, aber selbst hiernach unrichtiger erschienen. Von dem Inhalt dieses Privatgespräches habe ich erst nach mehreren Tagen durch ein Plakat Kenntnis erhalten, welches die Regierungspartei in vielen Tausend Exemplaren verbreiten ließ, und nicht sofort mißbilligend ausgesprochen. Sowohl Hr. Grabow als Herr Gisler, welcher jenem Gespräche beiwohnte, verfehlen öffentlich, dasselbe nicht der Regierungspartei bekannt und verbreitet zu haben. Diesen Thatsachen gegenüber nimmt ein hoher Beamter der deutschen Zentralgewalt, von derselben mit einer schwierigen politischen Mission betraut, in seinem amtlichen Referate vor der deutschen Nationalversammlung keinen Anstand, zu erklären: „daß bei beiden Gelegenheiten (Privatgespräch mit Unruh und Privatgespräch bei Grabow) zur Sprache gekommen sei, unter welchen Bedingungen die zurückgetretene Nationalversammlung sich entschließen erklären würde; ferner, daß nach den im Wesentlichen übereinstimmenden Erklärungen zweier hervorragenden Mitglieder des Zentrums (worunter nach dem Zusammenhange des Vortrages nur v. Unruh und v. Kirchmann gemeint sein können) jene bei Grabow angeblich aufgestellten

Bedingungen diejenigen seien, unter welchen die zuständige Nationalversammlung Frieden schließen wolle." Endlich fügt auf diese Bedingungen seiner Beamte der Zentralgewalt seine ganze Schlußsilbe. Ein solches Verfahren würde selbst unter den gewöhnlichen Umständen und bei der unbewiesensten amtlichen Verbindung mit Recht ein ungebührliches und nicht zu rechtfertigendes genannt werden: wenn es sich aber um den Konflikt zwischen der Krone und der Nationalversammlung des größten deutschen Staats, zu um die Macht und die Größe und die Einheit Deutschlands handelt und in einem solchen geschichtlichen Momente der Wahrheit in dieser Weise zu nahe getreten wird, so fehlt es unserer Sprache an Ausdrücken, welche die schwere Verschuldung am Vaterlande richtig bezeichnen und zugleich in ihrer ganzen Konsilichen Tiefe genügend werden dürfen. Ich will hier einfache Darstellung und Hauptinhalt jenes amtlichen Vortrages genügen und ein näherer Nachweis der übrigen Unrichtigkeiten, schiefen Darstellungen, unerwiesenen Behauptungen nicht erforderlich erscheinen. Nur so viel muß noch hinzugesagt werden, daß Hr. Bassermann weder mit dem Präsidenten der Nationalversammlung, noch mit dieser selbst, noch in irgend einer andern Art, welche zum Ziele hätte führen können, über Ausgleichung des Konflikts verhandelt hat. Sämmtliche einflußreiche Mitglieder aller Fraktionen versichern auf das Bestimmteste, von dem Versuche zu einer solchen Ausgleichung durch Hrn. Bassermann durchaus nichts zu wissen. Herr Grabow aber, ein von allen Fraktionen hochgeachteter Mann, war zur Zeit der Anwesenheit des Hrn. Bassermann beurlaubt und gehört seit dem Austritt des größten Theiles der rechten Seite, nach seiner ausdrücklichen Erklärung, zu keiner Fraktion. Auch mit mir welchen am 9. ausgetretenen Mitgliedern Hr. Bassermann verhandelt hat, ist bis jetzt unbekannt geblieben, konnte auch unmöglich zu einer Ausgleichung des Konflikts führen. Daß die Nationalversammlung mit äußerst wenigen Ausnahmen die Ausgleichung des Konflikts wünscht, allerdings ohne ihrer Würde und den Rechten der Nation etwas zu vergeben, kann mit Grund nicht bestritten werden; eben so wenig, daß die konstitutionelle monarchische Regierungsform, wie dem Willen der überwiegenden Mehrheit des Volkes, so auch den Absichten der Nationalversammlung entspricht, daß aber Konflikte so lange unvermeidlich sind, als die ersten und unerläßlichen Bedingungen des konstitutionellen Staatslebens unerfüllt bleiben und selbst die Formen verletzt werden. Erwartet Herr Bassermann von der preußischen Nationalversammlung Schritte für die deutsche Einheit, so verleugnet er einige der wichtigsten Abstimmungen und bereitet durch sein Verfahren, als daß der König abdankt, auch nun wolle dann mit dem Prinzen von Preußen regieren, jedoch nur unter der Bedingung, daß derselbe allen Bestimmungen der Nationalversammlung sich füge." Spätere Bedingungen der Nationalversammlung seien: 1) der König bleibt, 2) die Prinzen gehen außer Landes, 3) das Ministerium und Wrangel sind als Hochverräther angeklagt, 4) das Militär versilbt Berlin, 5) die künftigen Minister erhalten vom König carte blanche als zu Begründung der Oberherrschaft. Es bedarf nach Inhalt der oben stehenden Erklärung keines weiteren Beweises darüber, daß dieser Stelle des Jordan'schen Berichts durchaus keine andere Thatsache zum Grunde liegt, als die gänzlich unwahren Mittheilungen des Hrn. Bassermann. Berlin, 24. Nov. 1848. Der Präsident der Nationalversammlung. von Unruh. (R. Karr.)

Die dem Ausschusse für die Oktroyirten Angelegenheiten vorgelegte Korrespondenz über die Sendung der Reichskommissäre Mosle und Welcker nach Oesterreich besteht aus 15 Nummern. Die Genannten reisten am 13. Oktober Abends von Frankfurt ab und waren am 15. Oktober Abends in München. Von dort berichteten sie am 17. Oktober, daß die Verwirrung der Sachen in Wien noch gar nicht zu übersehen, „auch vorerst eine gewaltsame Entscheidung so unvermeidlich und so wünschenswerth, daß nur derselben ein kräftiges wirksames Einschreiten der Reichskommission unmöglich scheint." Aus diesen Gründen hielten auch die hiesigen Minister wie der österreichische Geschäftsträger es für rathsam, hier in München, wo wir zuverlässigere Nachrichten über den Stand der Dinge erhalten können, als auf der Reise, wenigstens so lange zu verweilen, bis sich die Sachen einigermaßen bestimmter gestaltet hätten. Die uns gestern Abend vom Grafen Bray mitgetheilte Depesche des bairischen Gesandten in Wien vom 14. Oktober, welche berichtet, daß am 15. Oktober bereits eine Armee von 60,000 Mann vor den Thoren von Wien versammelt sein werde und daß man das Einrücken des Fürsten Windischgrätz und seiner Truppen in wenig Stunden erwarte, stellt auch eine vorläufige gewaltsame Entscheidung der Dinge in die allernächste Aussicht. Nach reiflicher Erwägung beschlossen wir indeß, bevor Mittel zu solcher Hülfe in der Richtung von Wien fortzusenden. Die uns entgegenkommenden Nachrichten werden und dann über die ferneren Schritte bestimmen müssen, und schon in Passau oder in Linz wird sich darüber fällen lassen, ob ein unmittelbares Auftreten von unserer Seite auf dem Schauplatz der Begebenheiten räthlich oder nur möglich ist." — Von Passau schrieben sie nach 24stündigem Aufenthalt am 19. Oktober über die von ihnen erlassene Proklamation und von Linz am 21. Oktober: „Von der stets neu durch Emissäre und häufig sehr lügenhafte Zeitungsartikel aufgeregten Stadt- und Landbevölkerung hatten wir schon auf der Herreise, ebenso wie nach unserer Ankunft hier in Linz manche Zeichen, so z. B. vernahmen wir unterwegs von Einzelnen, Bürgern und Landleuten, daß die Verdächtigungen, der Kaiser wolle alle frühern Zugeständnisse zurücknehmen, die Anhänglichkeit an ihn und sein Haus tief erschüttert haben. Man wachse laut seine Entfernung, bezeichnete das Land als ohne Regierung, und selbst die Männer, die mit uns sprachen, äußerten so tadelnde Gedanken, wie: Es wäre mit Windischgrätz, Radetzky und Andern so verfahren worden, wie mit Latour. Auch dörten wir, sowie schon in Passau, verworfene, daß diese Wünschten, welche unter bairischer Herrschaft zu kommen. Auch hier erklärten und Nationalgardenoffiziere und Mitglieder des Gemeinderaths, welche meist selbst konservativ waren, doch den ausnahmlosen Schritt einer offiziellen Unterstützung der Insurgirten nach Wien durch die Nähe der Bischöfe auf die aufgeregte Masse. Dieser Nachtheil für Ruhe und Ordnung sei durch den Aufruf des Landsturmes bedeutend.... Ueber die Wirkung des Rückzugs der Ungarn und der entschiedenen Forderung des Kaisers, daß die Protestation entzweifelt und die diplomatische Legion aufgelöst werde, welches durch genaue Erwiderung der Stadt erzwungen werden sollte, kommen wir bis jetzt nichts vernehmen.... Jetzt erst, nachdem wir möglichst alle Erkundigungen eingezogen, fassen wir unsere Entschlüsse über die Weisungen, welche wir dem Hauptquartiere zunächst über den Mittheilungen des Konstitutionellen Ministers Hrn. Wessenberg ertheilen müssen. Dann von dieser Seite werden zuerst die bestimmten Bedingungen der Aufhebung des Belagerungs- und des Kriegszustandes anzuspruchen werden müssen. Äußerdem lassen die Nachrichten, die wir bisher über die Verhandlungen des Reichstags erhielten, indem derselbe unter dem unmittelbaren Einfluße der Massen in dem Sitzungssaale selbst verhandeln soll, und keinen sichern Anhaltspunkt für unsere Verhandlungen in Wien gewarten. Wahrscheinlich wird diese Vermittelung viel leichter werden, wenn durch die Festsetzung der Einschließung von Wien die Sachen dort eine bestimmtere Gestalt gewonnen haben." — Vom 28. Oktober berichten die Herren aus Olmütz wie ihre schriftlichen und mündlichen Schritte für ihren Wunsch, nach Wien zu gehen, um eine friedliche, freie Rückkehr zur gesetzlichen Ordnung zu erwirken, kein befriedigendes Resultat gehabt. „Zu unserm Erstaunen haben wir erst jetzt, nach Ablauf der gestellten Ultimatums die Aussagen des Fürsten Windischgrätz an die Wiener (vom 23. Okt.). Die Stelle nicht allein, sondern auch die Ungnothmäßigkeit, die unnöthige Erschwerung der in derselben enthaltenen Bedingungen der Unterwerfung veranlassen uns zögern, an den Minister von Wessenberg uns zu wehr, da wir auch voraussahen, daß schon am Morgen des 26. Okt. vor Wien eine ansehnliche Kanonade begonnen hatte, unsern Eintritt in Wien, unsere Wirksamkeit dort unmöglich machen würde. Was unsere Lage betrifft, so werden Ihnen, Euer Reichsminister ihr abschreitlich angefügten Schreiben ersichtlich machen, wie Herr v. Wessenberg, ohne unsere Sendung, die man mit Dank anerkannte, aber unter vermittelnde Einwirkung gerade zurückzuweisen, die letztere doch zu umgehen sucht. Eine Schwierigkeit scheint aber für die Regierung selbst darin zu liegen, daß sie dem Fürsten gleich Anfangs zu unbedingte Vollmachten ertheilte. Diese selbst erklären uns, es würde ohne diese seinen Degen dem Kaiser zu Füßen gelegt haben. Es scheint auch, daß bei ihm ebenso wie hier bei den einflußreichen Personen der Gedanke, nicht bloß Wien zu unterwerfen, sondern auch eine rächende Züchtigung für bisherigen Unrecht eintreten zu lassen, allzu sehr vorherrscht." — Herr v. Wessenberg antwortete am 25. Okt. auf eine erste vertrige Zuschrift: „Was Ihre wohlmeinenden Absicht betrifft, nach einen Versuch zu machen, zur Anknüpfung der wortigen Verwürfnisse zu machen, so scheint mir nöthig, Sie wurden, bevor Sie diesfalls einen Entschluß fassen, in die Kenntniß der verwalgen dortigen Zustände zu setzen. Es handelt sich nämlich dasselbst nicht darum, mit einer Partei zu unterhandeln, sondern lediglich, eine Insurrection zu unterdrücken, welche von einer durch fremde Einflüsse aufgeregten Masse der bedfolgen Klasse ausgeht und mit welcher eine Unterhandlung in gewöhnlicher Form wohl nicht stattfinden kann. Die durch Terrorismus bloß zügellosen Klasse eingeschüchterte eigentliche Bürgerschaft erwartet mit Sehnsucht ihre Befreiung und hofft der Regierung nichts weniger als feindlich gegenüber, daher auch mit dieser kein Stoff zur Unterhandlung ist. Sie ist bereit, sich dem Gesetze zu fügen und zur Herstellung der Ordnung beizutragen. Uebrigens geht morgen Mittag der von dem Feldmarschall Fürsten Windischgrätz den Insurgenten zur Unterwerfung gestellte Termin zu Ende und es werden sehr, sehr wichtige Dinge stattfinden, die militärischen Unternehmungen unzweifelhaft stattfinden, sobald jeder Versuch, solche aufzuhalten, alsdann fruchtlos wäre, auch voraussichtlich ist, daß deren Resultat bei den getroffenen Vorkehrungen nicht lange auf sich wird warten lassen." — Die Antwort auf die zweite Zuschrift langtet bis Graz. (Korresp.)

Großh. Hessen. Darmstadt, 24. Nov. Das hiesige Obergericht hat heute das Urtheil bei Zuchtpolizeigerichts in Alzey gegen Dr. von Löhr in Worms, auf 3 Monate Gefängnißstrafe lautend, einfach bestätigt. Der Vertheidiger hat gegen dies Urtheil sogleich Kassation eingelegt. (B. Z.)

K. Sachsen. — Bittau, 22. Nov. Sicherem Vernehmen nach werden in den nächsten Tagen die der Lausitz benachbarten Grenzorte Böhmens von österreichischen Truppen aller Waffengattungen besetzt werden, um die Rekrutirung, welche in jenen Ortschaften vielfachen Widerstand gefunden hat, ja in manchen völlig vereitelt worden, gewaltsam

durchzusetzen. Bereits vorgestern sind 1000 Mann Infanterie und 2 Batterien Kanonen in Reichenberg eingetrückt, und ungefähre Truppenmassen, wie es heißt, Croatien, sollen diesen unverweilt folgen und die zum Städtchen Gronau, ½ Stunden von Zittau entfernt, vorgeschoben werden. Der Kommandant dieses Truppenkorps hat den gemessenen Befehl, die Stadt Reichenberg, sobald sie den geringsten Widerstand versuche, sofort in Belagerungszustand zu erklären und sodann mit unnachsichtlicher Strenge zu verfahren. (L. Z.)

Preußen. — Berlin, 26. Nov. (Spen. Z.) Der Kriegsminister hat folgenden Allerhöchsten an die General-Kommando's erlassen: „Die gegenwärtige Lage des Landes macht es für erforderlich, daß Ich Meine Regierung von jedem Beamten, nach welcher Seite hin seinem Offizier die höchste Thatkraft erwarten muß; wo diese fehlt oder wo sich Mangel an Umsicht zeigt, ist es die unabweisbare Pflicht jedes Vorgesetzten, sofort mit aller Energie einzuschreiten und jeden gesetzlichen Mittel anzuwenden, um die militärische Ordnung und den Gehorsam zu erhalten, wozu denn natürlich die Entfernung vom Dienst gegen pflichtvergessene Untergebene gehört, wenn keine Energie oder gar böser Willen gelegen. Die Lage des Staates hat es nothwendig gemacht, außer der bereits im 5. und 6. Armeekorps-Bezirke versammelten Landwehr für die General-Kommando-Bezirke des 2. und 3. 4. Armeekorps die Einziehung der Landwehr anzuordnen. Wenn nun eine solche unterordentliche Maßregel schon immer eine Schwierigkeit hat, so werden sich die Schwierigkeiten verhältnißlich noch häufen, nachdem mehrere Monate hat gedauert werden müssen, daß die Armeen erst auf den Kuß des Staates eingerichtet arbeitenden Parteien die Landwehr zu verführen und von der Krone abwendig zu machen, alle Mittel in Bewegung setzen konnten. Die Landwehr-, Brigade- und Bataillons-Kommandeure werden daher Anlaß mit der größten Vorsicht verfahren müssen, was nicht ausschließt, daß sie, wenn die Landwehr jetzt ganz Deutschlands blickt, daß es von ihrem Verhalten abhängt, es ein blutiger Bürgerkrieg ausbricht, oder der Feind ohne Kampf bis an die Mauern Berlins vordringt, mit der ganzen Strenge des Gesetzes selbigen streckt. Eine so ernste Lage gegenüber, die den Landwehr-, Brigade- und Bataillons-Kommandeurs schleunigst mitzutheilen, mir aber von dem Fortgang der Landwehr-Einziehung von Zeit zu Zeit Nachricht zu geben. Berlin den 15. Nov. 1848, gez. v. Strotha, Kriegsminister. An die General-Kommando des . . . Armee-Korps." — Die Mitglieder des diplomatischen Korps haben gestern hier mangels nach Brandenburg begeben, um dort der Wiedereröffnung der Sitzung der Nationalversammlung beizuwohnen. — Aus vielen Briefen, die von den Provinzen hier eingehen, muß man abnehmen, daß dort ganz falsche Vorstellungen über den bei uns obwaltenden Belagerungs-Zustand herrschen. Diese falschen Ansichten zu berichtigen, ist um so nothwendiger, damit in den Provinzen keine Unruhen abgeholten werden. Berlin zu besuchen. Die Ruhe ist seit dem Einzuge des Militärs auf keine Weise gestört, und der erlaubte Verkehr auf keine Art gehemmt; auch den Fremden, welche nicht verdächtig sind, die Ruhe stören zu wollen, macht man keine Schwierigkeiten. Auf den Straßen herrscht Ordnung, und es existirt sich weder ein regeln noch ein Drängen. Den Verkauf Brauch, viel weniger hindern zu wollen, sind die Gerechtigkeit unverfahren lassen, daß sie zur Mannszucht halten und mit großer Mäßigung zu Werke gegangen sind. Ist erst der Konflikt mit der Nationalversammlung ausgeglichen, so darf Berlin sich frohen Hoffnungen hingeben. Schon jetzt bemerkt man eine zunehmende Geschäftsthätigkeit. Man traut den Versicherungen des Königs, daß er die errungenen Freiheiten nicht schmälern, und nur die Anarchie zügeln will. Viele der geflüchteten Familien sind übrigens schon zurückgekehrt, auch ein Zeichen, daß das Vertrauen mehr und mehr sich befestigt. — Die von uns gestern gegebene Notiz, daß ein Bataillon Kaiser Franz Grenadiere nach Brandenburg zum Schutze der Nationalversammlung beordert sei, ist nicht richtig. Die dortige Garnison wird jedenfalls bestehen, außer dem Gardelandwehr-Bataillon, aus dem Füsilier-Bataillon des 31. Infanterie-Regiments, 2 Schwadronen Kürassiern und 4 Geschützen. (W. N.)

Potsdam, 24. Nov. Auch hier ist die Einschüchterung der Landwehr mit aller Wucht vor sich gegangen. Die hiesige Landwehr wird, wie verlautet, nach Thüringen oder in die Provinz Sachsen gehen, wohin auch das heute eingerückte Landwehrbataillon bestimmt sein soll. (B. Z.)

Breslau, 24. Nov. (Eigenthümliches Anerkenntniß, keine Steuerverweigerung.) Sieben Stadtverordnete reichten einen Antrag ein, durch welchen sie den Magistrat aufforderten wollten, sich mit der Versammlung an den König zu wenden und zu fragen, daß sie durch falsche Prämissen bewogen worden, die Steuerverweigerung auszusprechen, daß sie diesen Beschluß zurücknehmen, indem sie vertrauen, daß der König alle Freiheiten ihnen belassen und auch andere gewähren werde. Hierüber entspann sich eine lange Diskussion. Bei der Abstimmung durch Namensaufruf war die Majorität mit 6 Stimmen für den Antrag, welcher somit zum Beschluß erhoben ist. Die Stadtverordneten haben also ihren früheren Beschluß, die königlichen Steuern, welche die Stadt zu entrichten hat, zu verweigern, mit das Ministerium Brandenburg sie nicht erhalte, wohlmählig umgestoßen.

Im Ganzen haben 42 für und 36 dagegen gestimmt. — Der General-Lieutenant v. Lindheim ist zum Kommandirenden der gesammten Militärmacht Schlesiens, die Truppen des 5. Armee-Korps, welche in und um Neiße kasernirten, mit eingerechnet, ernannt worden. Die Stärke der gegenwärtig in und um Breslau konzentrirten Truppen ist 8 Bataill. Infanterie, 7 Schwadronen Kavallerie und 32 Geschütze. Zwischen dem 24. und 28. rücken noch 7 Bataillone märkischer Landwehr in die Provinz.

Oesterreich. Wien, 26. Nov. (Wien. Z.) Der Gemeinderath der Stadt Wien hat in Erwägung, daß Se. Durchlaucht der Feldmarschall Alfred Fürst zu Windischgrätz in den nächsten Tagen zur Armee in Ungarn abreisen dürfte, in der Sitzung vom 25. d. M. Abgeordnete mit einstimmigen Stimmen beschlossen, Hochdemselben durch eine Deputation die nachstehende Adresse zu überreichen: Eure Durchlaucht! Der Gemeinderath der Stadt Wien hat in der schwierigen Stellung, welche er seit dem Augenblicke seiner Konstituirung, tief betroffen von ungeheuren Ereignissen, gewaltsam ergriffen von dem Schauspiel des heftigsten Leidenschaften, und mitten in der Bildung neuer Verhältnisse, ausgespannten Kräften, — in dieser peinlichen Lage hat der Gemeinderath die Milde und Humanität dankbar verehren gelernt, welche Eure Durchlaucht zu üben nicht ermüdeten. Obgleich berufen, die in ihren Grundfesten tief erschütterte Ordnung mit Gewalt der Waffen herzustellen; — durch die Fortsetzung eines offenbar fruchtlosen Widerstandes und durch die Verletzung gebeiligter Ueberzeugung in den Mißgriffen der äußersten Strenge aufgefordert, haben Eure Durchlaucht dennoch mit seltener Langmuth den Bitten des Gemeinderathes und der durch ihn vertretenen guten Bürgerschaft nachgehend wiederholte Fristen bewilligt, um den leidenschaftlich Aufgeregten die Rückkehr zur Besinnung zu ermöglichen; — Sie haben mit tiefer Einsicht und seinem Gefühl die irregeleiteten aber durch Gefahr gebundenen Bürger — von den Anstiftern des Unheils zu unterscheiden gewußt. Eure Durchlaucht haben den strengen Befehl eines milden Herrschers mit Milde vollzogen, und sich dadurch alle Gutgesinnten zu unverzüglichem Danke verpflichtet. Die neuen Beweise der rücksichtsvollsten Schonung, welche der Bevölkerung Wiens bei der auffallenden Stimmung der Aufführung der Massen zu Theil geworden, setzen den ehrerbietigst gefertigten Gemeinderath für den Vernehmen nach demnächst bevorstehenden Abreise Euer Durchlaucht erwünschte Gelegenheit den Ausdruck des tief empfundenen Dankes darzubringen, und damit die Bitte zu verbinden, Eure Durchlaucht wollen der Ueberzeugung Raum geben, daß es der Gemeinderath als seine erste und wichtigste Pflicht erkennt, die große Wichtheit der Gutgesinnten in den Massen zu beruhigen, die Bürgerliche Thätigkeit zur Ruhe und Ordnung kräftigt zu unterstützen, und so in kürzester Frist einen geregelten Rechtszustand anzubahnen, welcher allein und der Wohlgesinnten Freiheit wiederstehenden kann. Vom Gemeinderathe der Stadt Wien am 24. November 1848.

— Wien, 27. November. In der ungarischen Sache wird es nur Ernst und es finden Truppenzusammenzüge statt; der Angriffe sind demnächst und zwar von allen Seiten zu gewärtigen. Kossuth soll erklärt haben, daß wenn nur noch zwei Ungarn verbleiben, der eine ungarischer Krieg- und der andere ungarischer Finanzminister verbleiben würde. Trotz dieser und so vieler anderer Kodomontaden und trotz der harten Verleugnungen von Kossuth's zweifelhaften Wenigst einem baldigen Ausgang. — Fürst Esterhazy hat sich bei den Magyaren ihre Hauptstädte von Vertheurungen sicher gestellt, indem sie mit ihrem Verschanzungen so weit als möglich herausbrüchen. — Gegen den Gebrauch der Kettenkugeln, welcher sich die Ungarn auf unstatthafte Weise bedienen, hat Fürst Windischgrätz eine ernstliche Abmahnung an dieselben ergehen lassen. (Kettenkugeln sind nämlich zwei durch Ketten mit einander verbundene Kugeln von schwerem Kaliber, die durch die schwere Berechnung des Doppelgewichts zwar von einer weniger sicheren, allein auch von einer um so verheerlicheren Wirkung sind). Die Antwort war, daß sie zur Vertheidigung solchen erlaubt hielten, sich der obigen bedienen zu wollen, wenn Fürst Windischgrätz ihnen dafür Congreve'sche Raketen senden würde. Eine Deputation von Siebenbürgen hatte in Folge dessen beim Fürsten Windischgrätz Sie verlangten Genehmigung über die ihr Land bedrohende Gefahr für den Fall, als eine Magistratung Ungarns ohne deren Einverneihmen statt finden sollte, und weiterhin, an der Repräsentation am allgemeinen Reichstag Theil zu nehmen. Den ersten Theil des Gesuches versprach der Minister in Erwägung zu ziehen; über den zweiten äußerte er sich in einer Weise, die eine bemerkenswerthe Umgestaltung der Reichsversammlung in ihren äußeren Formen in Aussicht stellt. — Gestern machten die hiesigen Banquiers und Kaufleute in einer zahlreichen Deputation ihre Aufwartung beim Fürsten Windischgrätz, Jellachich, Feldmarschall-Leutenant Eyslich und Gouverneur Welden, um denselben Dankesreden zu überreichen. Letzterer ließ die Herren einmal ausjubeln an und bedeutete ihnen, er verkenne nicht den Werth der Dankesreden, wenn aber sei ein anderes Mittel an die Hand gegeben, um ihre Gesinnungen zu bethätigen, nemlich — wie anderwo geschehen — Mißtrauensvoten gegen mißliebige Repräsentanten am Reichstage zu erlassen. — Versammlungen werden nach wie nach wieder zugelassen. Bisher dem gleich frei gegebenen kaufmännischen Vereine, dem Gewerbsvereine und der medizinischen Fakultät findet heute auch die des Musikvereines statt, um über diesen Fortbestand zu entscheiden. Mitstimmen ist für heute Abend sogar eine politische Zusammentretung zusammenberufen, nemlich der vierzehen Wähler nach Frankfurt, um sich gegen den hier anwesenden Wiener Deputirten (Mühlfeld) über die deutsche Anschlußfrage im Betreff der §§ 2 und 3 des letzten Frankfurter Akts zu erklären. Dan Jellachich wohnte gestern einer Vorstellung des „Tell" im Burgtheater mit größter Aufmerksamkeit bei. —

Die Furcht vor Theuerung in Lebensmitteln verschwindet immer mehr und in allen Gattungen derselben treffen reichliche Zufuhren ein. Die Börse steht einer siegsfahnen Wendung der Dinge in Ungarn entgegen und es hat sich heute sehr auffallender Weise der starke Begehr nach fremden Wechseln und Gold insienen nach öffentlichen Fonds umgewandelt. Fonds und Effenbahnen zu höheren Preisen begehrt, dagegen Gold und fast alle fremde Wechsel zu niedrigeren sehr angeboten. 5%. Metall. 78½, 4%. 65, 2½%. 41, Bankaktien 1095. Loose vom 1834 135, Prolosen von 1839 85½, Nordbahn 98½, Mailänder 66, Glogganger 94, Pesther 62, Theorneser 62½, Linz-Budweiser 175.

Wir erfahren aus Pariser Blättern, daß die französische Regierung den Kommandanten des Kriegsdampfbootes „Asmodée," Herrn Ricaudy, für seine Haltung in diesen sechs Monaten vor Venedig zum Contre-Admiral mit folgenden Worten ernannt hat: „Le Général Cavaignac a nommé M. Ricaudy Contre-Amiral. Cet officier a commandé pendant plusieurs mois la Sub Division Navale devant Venise. La conduite aussi ferme qu'intelligente que cet officier a tenue dans ce commandement important et délicat lui a valu l'entière approbation du Commandant en Chef dans la Mediterranée et l'Amiral Baudin a demandé pour M. Ricaudy dans les termes les plus pressans le grade au quel il vient d'être élevé." Aus französischen Zeitungen zu lesen, daß Ricaudy an den Admiral Baudin berichtet, er hätte den österreichischen Escadre-Kommandanten bedroht ihn anzugreifen, wenn er die Blockade von Venedig nicht aufgeben würde. Aus offiziellen Berichten zeigt sich diese Behauptung als gänzlich unwahr, indem der Oberst Kudriaffsky mit seiner Flotte, sobald er die Ankunft der zwei französischen Schiffe „Jupiter" und „Mercke" der adriatischen See erfuhr, (Ende des Monates Oktober) erfuhr, so mandvrirte, daß er zu gleicher Zeit mit diesen vor Venedig erschien, sein Recht auf die Blockade der Art behauptete, daß er Angesichts der französischen Schiffe und insbesondere des nahe bei Malamocco grankeretn „Asmodée" mehre mit Lebensmitteln beladene Fahrzeuge, welche in den Hafen von Venedig einlaufen wollten, kaperte, und sich in diesen bewährten so lange mit der ganzen Flotte hielt, als es die Witterung gestattete, und sich sie Stürme ihn aus die Franzosen zwangen, Schutz an der Istrischen Küste in der Rhede von Pirano zu suchen, wo beide Theile in dem freundschaftlichsten Verkehr verweilten. Ricaudy's conduite ferme et intelligente beschränkte sich aber in den sechs Monaten darauf, mit dem einzigen von ihm beförligten „Asmodée" während seiner fortgesetzten Fahrten zwischen Triest und Venedig, den Venezianern Briefe und Zeitungen zu bringen, und so hat er dann dauer aufzumunteren und französische Hilfe zu versprechen. Daß die Verdienste Ricaudy's. Was Oberst Kudriaffsky mit seltener Ausdauer gelestet hat, ist bekannt, als daß wir es hier wiederholen sollten. (W. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Klausenburg, 12. Nov. Unsere Stadt ist ganz auf den Kriegsfuß gesetzt. Ein Theil unserer Mehr hat sich ins Lager begeben; der andere Theil versieht den Wachtdienst in der Stadt. Bei uns ist bereits Alles, Beamte, Handwerker, Kaufleute, Adeliger, Herr und Diener, Jung und Alt unter Waffen, während unsere Frauen Patronen und Charpie bereiten. — Generalmajor Gedeon hat am 5. Nov. den Hauptsitz der Szekler zu bombardiren angefangen und es am 6. Morgens eingenommen. Das Szekler Lager in Rodnot ist ebenfalls aufgelöst und die ganze Linie nunmehr vom kaiserlichen Militär besetzt. Urban hat auch bereits Dees eingenommen.
(Oester. L.)

Hermannstadt, 10. Nov. Der ungarische Terrorismus will kein Ende nehmen. Am 2. Nov. ist wieder ein romanischer Cypriester, Namens Turk, in Klausenburg aufgehängt worden. Als der Augenzeuge von dort abreiste, sah er noch 5 Romanen am Pfahle gebunden. Vier romanische Dörfer in der Umgebung von Klausenburg sind von den Ungarn in Asche verwandelt worden. Aus dem Lager bei Wölsau im Udvarhelyer Stuhl wird gemeldet, daß Haller, nachdem er auf seinem Rückzuge gegen Udvarhely alle Dörfer in dieser Richtung den Flammen Preis gegeben — in Telet zwölf Romanen ermordet, mehrere in Ketten geschlagen und so ins Feuer geworfen, einige sogar am Spieß gebraten, den romanischen Geistlichen habe er die Bärte abscheeren und auf alle schimpfliche Weise mißhandeln lassen. Bei einer durch den Magistrat von Szekszard veranstalteten strengen Nachsuchung nach verborgenen Waffen und Munitionsvorräthen hat man in der Wohnung des dortigen Pfarrvdmilitrators, eines Franziskaners, einen Zentner Schießpulver, unter dem Bette in einem Korbe 300 scharfe Patronen, im Garten in einer Kiste vergraben 3000 scharfe Patronen, dann mehrere Büchsen, Doppel- und einfache Gewehre gefunden. Erlabedrstadt ist entwaffnet worden und hat die kaiserliche Fahne aufgesteckt. — Es ist gelungen, einer bedeutenden Partie von Tuch, welche in Kronstadt für die Dukatenes, honvéd und Kossuth-Husaren bereit lag, habhaft zu werden; dieselbe wird bei Montirung der k. k. Truppen sehr gut benützt werden können. Auch hier hat man einige zu gleichem Zwecke bestimmte Stücke Tuch konfiszirt. Die Rekrutirung geht rasch vorwärts und in wenigen Tagen dürfte der Abgang der Linientruppen ergänzt und die für das Feldend, sächs. Jägerbataillon bestimmte Mannschaft zusammengestellt sein. Die Szekler bezeichnen ihren Weg überall mit Mord, Brand und Plünderung.
(Oester. L.)

Frankreich.

** Paris, 25. Nov. Pater Enfantin, St. Simonistenpapst lächerlichen Andenkens, dann Postsekretär zu St. Etienne, ist jetzt Zeitungsredakteur, dabei sehr ein recht vernünftiger Mann. Er versteht in seinem Blatte „le Crédit" die Kandidatur des Generals „Cavaignac." Heute verschickt dieses Blatt, einer der Glieder der Familie Bonaparte habe für zwei Millionen Diamanten verkauft, um die beträchtlichen Kosten zu decken, welche die Kandidatur Ludwig Bonaparte's verursacht. Uebrigens scheint das aufgewendete Geld keineswegs in den Wind geflogen zu sein, denn nach einer anständerten Zusammenstellung der wahrscheinlichen Stimmvertheilungen hat der Wahl des Präsidenten der Republik scheinen, wenn nicht ein neuer Umschwung der Meinung im Lande bis zum 10. Dezember eintritt, zehn Sechzehntel aller Stimmen auf Ludwig Napoleon, drei Sechzehntel auf General Cavaignac, zwei auf Ledru-Rollin zu fallen, das letzte Sechzehntel aber auf verschiedene sich zu zersplittern.

Nachschrift.

* Frankfurt, 28. Novbr. Der Reichsgerichtsentwurf ist heute Abend ohne wesentliche Aenderung angenommen worden.

** München, 30. Nov. Die Urwahlen sind hier heute in vollem Gange. Im Augenblicke, wo unser Blatt unter die Presse kommt, lassen sich jedoch noch keine Ergebnisse mittheilen. Gestern Abend fanden fast in allen 46 Wahlbezirken unserer Hauptstadt vorläufige Besprechungen der Urwähler statt. Nach den uns bis jetzt zugekommenen Notizen bilden die Anhänger der konstitutionell-monarchischen gesinnten Wähler, wie zu erwarten war, überall die immense Mehrheit, und es ist mit Gewißheit vorauszusetzen, daß diese auch ihre Kandidatur durchsetzen wird.

Würzburg, 28. Nov. Heute ist Regierungsdirektor v. Beyer nach München abgereist, man glaubt zur Uebernahme des Handelsministeriums.
(N. Würzb. Z.)

Die Leipziger Zeitung enthält einen aus Altenburg am 23. Nov. datirten den Advokaten Hanns Alfred Erbe erlassenen Steckbrief, gegen welchen Anschuldigungen der Aufwiegelung, versuchter Verführung des Militärs zum Bruch seines Dienstedes, Aufforderung zum Morde, insbesondere der Fürsten und Könige, der verbrecherischen Handlungen zum Hochverrath und des Hochverraths selbst vorliegen.

Erfurt. Privatnachrichten in thüringen'schen Blättern geben die Zahl der Gefallenen von der Bürgerwehr — jedenfalls übertrieben — zu mehreren Hunderten an. Darin stimmen sämmtliche Berichte überein, daß die Bürgerwehr zuerst schoß und dabei mehrere Reiter tödtete. Es wurden zwei Barrikaden errichtet, von denen die eine mit Kartätschen zusammengeschossen wurde. Verletzt ist gefangen. Madame Bertepsch wurde als „Landgräfin von Thüringen" ernannt.
(N. Z.)

Braunschweig, 25. Nov. Heute Mittag kamen eine Anzahl Mitglieder der Reichsversammlung, darunter Heinr. v. Gagern, v. Binde, v. Mollus, v. Bodden, Simson, Milde u. m. A. auf ihrer Reise von Frankfurt nach Berlin hier durch. Auf dem Bahnhofe wurde der Präsident der Reichsversammlung von den zahlreich versammelten Anwesenden mit Lebehochs begrüßt, worauf er einige Worte erwiderte, welche ungefähr dahin lauteten: „Es wird hoffentlich zum Heile des Vaterlandes sein, wir gehen nach der Hauptstadt!"
(D. R.)

** Paris, 26. Nov. General Cavaignac hat über seine Angelegenheit gestern. Mit 503 gegen 34 Stimmen faßte die Nationalversammlung gestern Nachts 11½ Uhr den folgenden Beschluß: „Die Kammer, beharrend bei ihrem Dekret vom 28. Juni, so verfaßt: Der General Cavaignac hat sich um das Vaterland wohl verdient gemacht, schreitet zur Tagesordnung." 200 Deputirte etwa haben sich der Abstimmung enthalten.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 28. Nov. Oesterr. 5proz. Metall. 69½, 4proz. 57, 3proz. — 2½proz. 35½. Bankaktien 1165. G. 500 fl.-Loose 119 P., 250 fl.-Loose 79¼. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine — P. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 76½. — Bayer. 3½proz. 73½. — Sovereigns-Derback. 65½. — Württemberg. 3½proz. 75½. 4½proz. 93 — Bad. 3½proz. 72½. Baden-Aachen à 50 fl. 45½. 35 fl.-Loose 26½. — Darmstädt. 3½proz. 74½. 4proz. 84½. Lotto-Actien von 50 fl. 53½. 25 fl.-Loose 21¼. — Kurhess. Friedr.-Wilh.-Nordb. 40. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau 3½proz. 79½. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3proz. 77½. 3½proz. 90½. 87. Taunusbahn 268 — Polizei-b. Integr. 47½. — Span. 3proz. innere Schuld 19½. — Poln. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose. 68½. — Sard. 36 Fr.-Loose 25½. Diöc. —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 134.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Freitag den 1. Dezember 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 1. Dezember.

Se. Maj. der König haben unterm 27. Nov. der nachfolgenden Gemeindeerstjahwahl in der Stadt erster Klasse Hof die allergnädigste Bestätigung ertheilt: I. als rechtskundigen Magistratsrath, zunächst für die Dauer von 3 Jahren, den geprüften Rechtspraktikanten Hermann Münch von Hof; II. als bürgerliche Magistratsräthe: a) zur Ergänzung der wahlordnungsmäßig ausgetretenen älteren Hälfte der bürgerlichen Magistratsräthe vom Jahre 1842: 1) Fabrikant Wilhelm Frank. 2) Kaufmann Andr. Fischer, 3) Färbermeister Jakob Wolfrum, 4) Kaufmann Gottfried Kohler, 5) Kirchenmeister Christoph Voland; b) zur Ergänzung der nach dem Eintritte der Wahlperiode mit Genehmigung ausgetretenen jüngeren Hälfte der bürgerlichen Magistratsräthe von 1845: 1) Tuchmacher Wilhelm Horn, 2) Gastwirth Gottlieb Künerh, 3) Gürtlermeister Nikolaus Gottfried Schwab, 4) Kaufmann Ernst Jordens, 5) Seifensiedermeister Friedrich Heinrich.

Die Gesetzesvorlagen an den nächsten Landtag.

„Mit dem immer näher rückenden Zusammentritte des nächsten Landtages erhöht sich das Interesse für dessen künftige Thätigkeit, welche sich theils auf die durch die Initiative der Kammern zu veranlassenden Gesetzentwürfe, theils und wohl vorzugsweise auf Vorlagen von Seite der Staatsregierung erstrecken wird. Wie wir nun aus sicherer Quelle vernehmen, herrscht in dieser Beziehung in den einzelnen Staatsministerien die größte Thätigkeit und es stehen Gesetzesvorlagen zu erwarten, die auf der einen Seite von den entschiedensten liberalen Grundsätzen getragen sind, auf der andern aber das beste Zeugniß geben, auf der andern und die Wohlthaten eines Rechtsstaates in vollem Umfange für die Zukunft sichern werden. Außer den Gesetzentwürfen über Trennung der Justiz von der Administration und der dadurch nothwendig gewordenen Einführung der Notariate und Friedensgerichte — Preßpolizei und Preßstrafgesetzbuche — Gesetz über Flußbauten und Alluvionsrecht, Forstpolizei, Verbesserung des Loofes der Staatsdiener und ihrer Hinterlassenen, Dienstespragmatik der Offiziere u. unterliegen noch eine Menge anderer sorgwichtigen Berathungen; wir wollen nur die wichtigsten im Allgemeinen hier anführen.

Die Lage der israelitischen Staatsangehörigen nach den Bestimmungen des Edikts vom 10. Juni 1813 und des kaiserlichen Dekrets vom 17. März 1808 bildete schon während einer Reihe von Landtagen den Gegenstand gegründeter Beschwerden, ohne daß jedoch eine wesentliche Verbesserung für dieselben erfolgt wäre. Die Proklamation vom 6. März verkündete eine solche zum großen Jubel der Israeliten und der betreffende Gesetzentwurf soll dieselbe ins Werk setzen, indem den israelitischen Staatsangehörigen im ganzen Umfange des Königreichs neben gleichen Pflichten auch gleiche politische und bürgerliche Rechte mit den christlichen Konfessionen zugestanden werden sollen. Hinsichtlich ihrer Religionsverhältnisse würden die Bestimmungen der II. Verfassungsbeilage maßgebend sein. Damit wäre eine vollständige politische Emanzipation ausgesprochen, während von der kirchlichen noch vorläufig Umgang genommen worden und nach unserer Ansicht ganz den gerechten Wünschen der Israeliten Genüge geschehen.

Ein zweiter Gegenstand mannigfacher Konflikte zwischen der katholischen und der protestantischen Geistlichkeit, eine wahre Kundgrube von Vorwürfen jeglicher Art, wobei wir nur an den Landtag 1845/46 erinnern, bildete der §. 10 der II. Verfassungsbeilage, welcher von den Voraussetzungen des Uebergangs von der einen Kirche zu der andern handelt, nach welchen allezeit bei dem einschlägigen Pfarrer oder geistlichen Vorstande der neugewählten sowohl als der verlassenen Kirche der Uebergang persönlich erklärt werden soll, und §. 16 derselben Beilage, wonach die freie Wahl des Glaubensbekenntnisses das erforderliche Unterscheidungsalter voraussetzt, welches für beide Geschlechter auf die gesetzliche Volljährigkeit bestimmt wird. Um den vorwährenden Streitigkeiten über das Unterscheidungsalter, sowie über die Fähigkeit des Uebergangs von Seite der Minderjährigen bestimmt vorzubeugen, soll der neue Entwurf zum §. 10 der II. Verfassungsbeilage noch einen Zusatz anhängen, nach welchem Minderjährige, welche übertreten wollen, öffentlich in der zu verlassenden Kirche vor versammelter Gemeinde ihre Erklärung abgeben sollen, wobei den Anwesenden das Recht zustehen soll, durch Fragen über Religionssachen zu erforschen, ob der Uebertritt aus eigener freier Ueberzeugung hervorgehe oder nicht. Damit müßte der §. 6 ganz wegfallen, und §. 18 modifizirt werden. Ob dadurch den Konflikten ein Ende gemacht werden wird und ob es nicht vielleicht das Beste wäre, von dem 21. Jahre an Jedem den Uebertritt ohne alle besondere Formen, sondern nur durch die einfache Willenserklärung zu gestatten, werden die Berhandlungen und Beschlüsse der Kammern nachweisen.

Obgleich das Versammlungs- und Vereinigungsrecht faktisch seit dem 6. März bestanden, vielfach ausgeübt und von der Staatsregierung derselben keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt wurde, so kann es doch durchaus keinem Zweifel unterliegen, daß ein gesetzliches Gesetz eine unabweisbare Nothwendigkeit war, um theils jene Freiheiten förmlich garantirt, theils sich gegen Uebergriffe und Mißbräuche geschützt zu wissen. Beide nothwendigen Bedingungen soll der Entwurf über Versammlungs- und Vereinigungsrecht in sich begreifen. Wenn auf der einen Seite unbedingte Berechtigung jedes Staatsbürgers sich zu erlaubten Zwecken friedlich und unbewaffnet zu versammeln anerkannt wird, muß man auf der andern Seite auch der Regierung die Befugniß einräumen, einen Beamten dorthin zu senden, der die Auflösung der Versammlung verlangen kann, sobald dieselbe eine gesetzwidrige Haltung beschließt oder begeht, oder wenn dringende Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit auf der längeren Dauer der Versammlung zu entstehen droht. Es erhellet dies das Interesse des Staats. Das Vollversammlungen unter freiem Himmel bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit und sogenannte Sturmpetitionen zu 100 und 1000 verboten werden, versteht sich wohl von selbst, und ist in allen freien Verfassungen anerkannt. Das Verbot der Volksversammlungen unter freiem Himmel in einem Umkreis von 5 Stunden während des Landtags entstand durch die Unruhe in Frankfurt, Wien und Berlin als nothwendig. Faßt man denselben Grundsätzen soll das Vereinsrecht gesetzlich festgestellt werden. Die Nothwendigkeit eines Gesetzes über die Verpflichtung zum Ersatz des bei Auflaufen verursachten Schadens zeigte sich bei uns in der jüngsten Zeit recht deutlich. Ueber die Grundsätze zu jenseitem geben und das französische und belgische Gesetz die besten Anhaltspunkte, nach welchen letzteren auch der von der Staatsregierung vorzulegende Entwurf bearbeitet sein soll.

Was die gesetzlichen Bestimmungen über die Landesbewaffnung betrifft, so kann wohl durch die Partialgesetzgebung nicht früher vorwärts gegangen werden, bis die Prinzipien über die Grundzüge deutsche Bedrfassung vollendet sind. Wie bekannt wird vorläufig nach dem Reichsentwurfe die ganze bewaffnete Macht Deutschlands in 4 Heerbanne eingetheilt, von denen der 4te unserm bayerischen Landwehrinstitute entspricht. Da nun nach Art. III. §. 16—21 des deutschen Wehrgesetzentwurfs die Bestimmungen über den 4. Heerbann den einzelnen Gesetzgebungen überlassen bleiben, ist ein vorgängiges Bürgerwehrgesetz geboten, welches dem Grunde der bayerischen Landwehrordnung vom Jahre 1826 folgen, jedoch wesentliche modifizirende Grundsätze enthalten soll. So soll die Bürgerwehrpflicht außer den wirklichen Gemeindegliedern auf die sonst ansässigen und eine direkte Steuer zahlenden Einwohner ausgedehnt werden. Zugleich sollen Beschränkungen der bisherigen Dispensationen, Ausdehnung der Reklutionsgelder auf alle Dispensirte, Erhöhung der Reklutionsgebühren, möglichst freie Wahl der Chargen durch die Wehrmänner mit t. Bestätigungsrechte der Offiziere stattfinden. Für die Regiments- und Bataillonskommandanten soll der König aus 3 Gewählten einen bestätigen können. Dabei sollen die Chargen nach 3 Jahren wieder der Wahl unterworfen, ferners auf einfache Umfragen stehen werden.

Ein Gesetzentwurf über Erweiterung der ersten Kammer soll gleichfalls dem Landtage vorgelegt werden. Die Frage ob Einoder Zweikammersystem, ist, ehe unsere theoretischen Freiheitsmänner vom Jahre 1848 die Volkstribüne bestiegen, durch die freiesten Verfassungen der Welt entschieden worden. Nordamerika, England, Norwegen und Belgien haben zwei Kammern und erkennen den Werth derselben nur zu gut. Die französische Nationalversammlung entschied sich freilich, wenn auch nur mit weniger Stimmenmajorität für eine Kammer; doch was über-haupt von der Haltbarkeit der französischen Verfassung zu halten ist, das wird die nächste Zukunft lehren.

Dabei kann es aber keinem Zweifel unterliegen, daß unsere ersten Kammern einer Umgestaltung bedürfen, da Niemand sie für eine politische Meinungerwerke halten wird. Wie wir vernehmen, soll der beßfallige Entwurf von dem Grundsatze ausgehen, die Grundlagen der ersten Kammer breiter zu gestalten und die freie Wahl nicht auszuschließen.

Deutsche Reichsversammlung.

(124. Sitzung vom 28. November.) Tagesordnung: 1) Fortsetzung der Berathung über den Bericht des Verfassungsausschusses — das Reichsgericht betreffend. 2) Berathung über den vom Abgeordneten Löw aus Posen, Namens des Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten erstatteten Bericht über verschiedene Anträge und eingebrachte Petitionen. 3) Berathung über den vom Abgeordneten Francke, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses erstatteten Bericht, die Aufhebung der Flußzölle betreffend. Vizepräsident Riesse übernahm den Vorsitz an Stelle des Präsidenten Gagern, um im Namen des Ausschusses über den Antrag Blum anzuordnende Todtenfeier zu berichten. Es seien, sagt er, verschiedene Meinungen darüber im Ausschusse vorhanden, allein nicht aus politischem Anlaß. Daher habe er vor allem eine nähere Entscheidung der Versammlung einzuholen, wie weit sie ihren Auftrag an den betreffenden Ausschuß ausgedehnt wissen wolle. Leverkus interveniert wegen der von dem Schriftführer, Herrn Jucho, noch mehreren Mitgliedern sich bereits erlassenen Einladungen zu dieser Todtenfeier. Weder der Form noch dem Inhalte nach könne er (Leverkus) dergleichen Einladungen an andere Korporationen als die hohe Nationalversammlung selbst für berechtigt erachten. Er frage also, ob Herr Jucho im Auftrage des Ausschusses gehandelt habe oder nicht. Jucho erklärt, er sei zu den Sitzungen des Ausschusses nur gezogen worden, um blos die Auskunft zu ertheilen. Seine Mitheilung an die Frankfurter Behörden sei daher keine offizielle gewesen, sondern er habe nur im Allgemeinen auf das zu erwartende Begängniß hingewiesen. Die Erörterung, die ihren gereizten Charakter vergebend zu verbergen sucht, ruft von Mitgliedern des Ausschusses zuerst Wigard, dann Müller aus Mürzburg auf die Rednerbühne. Auf das wiederholte Verlangen nach Schluß der Debatte tragt Riesse an, ob sie sich selbst auf den Ausschuß die Todtenfeier ohne weitere Mittwirkung der Versammlung anordnen? Die Abstimmung erfolgt durch Zettel, da der Ausschlag durch Aufstehen und Sitzenbleiben zweifelhaft erscheint. Es sind 397 Mitglieder anwesend, von denen 241 die obige Frage verneinen, so daß also das Programm zur Bestätigung vorzulegen ist. Die Mehrheit des Ausschusses (drei Personen), berichtet nun Riesser, schlägt eine kirchliche Feier in der Katharinenkirche vor, in welcher die Nationalversammlung aus ihrem Sitzungslokal in einem Zuge begehen soll, an welchem den städtischen Behörden der Anschluß freizustellen. Lauten Unwillen erregt auf der linken Seite des Hauses ein Antrag auf die Ablehnung jeder Todtenfeier und auf Uebergang zur Tagesordnung, sowie ein zweiter Antrag auf Verschiebung der Feier bis zur näheren Mittheilung des Thatbestands durch die nach Osterreich gesandten Reichscommissäre. Beide Anträge werden verworfen. Dagegen wird genehmigt: eine kirchliche Todtenfeier. Abgelehnt wird jedoch der Zug der Nationalversammlung in die Katharinenkirche. (Bewegung des Widerwillens auf der Linken.) Raveaux bemerkt, mit seiner Meinung weder hier noch in dem Ausschusse durchgedrungen zu sein, die keineswegs auf eine blos kirchliche Feier zum Gedächtnisse Blum's gegangen sei, sondern eine Gedenkfeier für die Gesinnungsgenossenschaft, die mit ihm gelitten habe. Zu einer solchen Feier im Auftrag von der Nationalversammlung abgelehnt sei, so scheide er aus dem Ausschusse aus. Dasselbe erklärt hierauf auch Wigard. Beide Mitglieder des Ausschusses werden daher durch neue Ernennungen von Seiten des Bureaus ersetzt werden. Blumröder aus Wunsiedel trägt mit gänzlich unverständlicher Stimme eine Interpellation vor, deren Inhalt wir erst aus der späteren Verwiederung des Ministeriums erfahren werden. Ferner erfolgt eine Interpellation an das Handelsministerium wegen Hamburgischer Feindseligkeiten gegen den Harburger Handelsstand. Endlich wird von Esterle aus Cavalese folgender dringlicher Antrag gestellt: „Das Ministerium werde aufgefordert, aus Gründen der Gerechtigkeit und Humanität, im Interesse der Ehre Deutschlands und im Interesse einer unglücklichen Nation — mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, die geeignet sind, damit in den lombardisch-venezianischen Provinzen: 1) Die Militärherrschaft durch eine Zivilregierung ersetzt werde. 2) Daß die Zusicherungen Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich, sowie die übrigen Verträge geachtet und vollzogen werden, und daher die nach denselben unzulässige, auf Privatpersonen verhängte Strafe der gezwungenen Kontributionen oder der Einkerkerung sofort zurückgenommen werde. 3) Daß sobald als möglich ein billiger und ehrenvoller Friede geschlossen werde." (Unterstützt von: J. Marlstill aus Rovereto. Rauwerck. Schüler. Wiedner.) Da die Dringlichkeit dieses Antrags nicht anerkannt wird, so geht er auf den Ausschußweg. Die heutige Debatte über das Reichsgericht eröffnet Siemens aus Hannover, von dem eine erweiterte Fassung des ganzen Gesetzentwurfs beantragt und vorgeschlagen ist. Ihm folgt Simon auf der Rednerbühne. Scheint schon das Haus selbst den streng-juristischen Auseinandersetzungen dieser Herrn nur eine geringe Aufmerksamkeit, so dürfen wir wohl auch in diesem Blatte darauf verzichten, den Inhalt ihrer Reden näher zu bezeichnen. Nachdem hierauf die Diskussion über §. 2 geschlossen, und auf die Besprechung des §. 3 verzichtet worden ist, vertheidigt von Soiron den Entwurf des Ausschusses. Wir heben aus diesem Schlußvortrage nur hervor, was v. Soiron über die Geschwornen sagt, die Mittermaier auch für Minister anklagen fordert. Die Reichsrichter, ist die Meinung des Berichterstatters, vom Volks- und Staatenhause ernannt, unabhängig von politischen Einflüssen und Parteien, und in der Entscheidung der höchsten Fragen geübt, würden das Recht sicherer zu treffen im Stande sein, als ein Hof von Geschwornen, dessen Zusammensetzung bei einer so tiefen staatlichen Bewegung, als die Anklageversetzung eines Ministeriums bedingt, immer auf dem Glücke des Zufalls beruhen und dessen Blick dahier leicht von der Leidenschaft getrübt sein werde. Die Abstimmung ist aller der zahlreichen Verbesserungs- und Unteranträge ungeachtet, die zu dem Entwurfe gestellt wurden sind, per Vorlage des Ausschusses so günstig, daß nur wenige und im Ganzen nur untergeordnete Abänderungen die erforderliche Mehrheit für sich erhalten. Nur der Zusatz einer Bestimmung zu Absatz 2 im §. 3, ist bemerkenswerth, indem dadurch auch Klagen wegen Verletzung der Grundrechte des deutschen Volkes als zulässig und vor das Reichsgericht gehörig erklärt werden. Die definitive Klage kann sich sowohl gegen einen Minister als gegen das Reichsregiment richten. Ferner der gänzliche Wegfall der Abstimmung K desjenigen, die Strafgerichtsbarkeit über Dienstverbrechen der Reichsbeamteten betreffend. (D. Z.)

⊙ **Frankfurt**, 28. Nov. Der Reichsgerichtsentwurf ist heute Abend nach zweitägiger Berathung ohne wesentliche Abänderungen angenommen worden, obgleich ein höchst bedeutungsvoller Zusatzantrag gemacht, aber nicht gehörig unterstützt war. Derselbe bezweckte, daß Klagen wegen Verletzung der Grundrechte eines jeden Deutschen, ohne einerseits und verschiedene Mitglieder der linken Seite des Hauses andererseits wurde nämlich der Vorschlag gemacht, gegen die Beschlüsse gesetzgebender Versammlungen der Einzelnstaaten wie des Reiches eine Berufung wegen Verletzung der dem deutschen Volke gewährleisteten Grundrechte an das Reichsgericht zuzulassen, in derselben Weise, wie dies gegen Verfügungen der Regierungsgewalten eingeräumt ist; der Vorschlag kam aber natürlich wenig Anklang, weil er die Omnipotenz der Gesetzgebung, die Allmacht des Parlaments, wie Moriz Mohl sich gestern ausdrückte, zu Gunsten der für alle Parteien giltigen Grundsätze der Gleichberechtigung auf ein billiges Maaß zurückgeführt, und dem Despotismus der jeweiligen Mehrheiten einen Damm entgegengesetzt haben würde. Es wäre allerwings sehr wünschenswerth, daß in der Gesetzgebung eine solche Scheu sich selbst einen Zügel angelegt, und in Berücksichtigung des unabsehbaren Wechsels der politischen Ansichten auch für den Fall, daß sie die Mehrheit in der Versammlung verlöre, sich einen Rückhalt gegen die künftigen Inhaber gesetzgeberischer Allmacht durch das Appellationsrecht an ein hoffentlich unparteiisches und selbstständiges oberstes Gerichtsgericht gewahrt hätte. Die Herren von Simmern und Gagern sind eben auch nicht immer Major ob der Donau gewesen; denn Beide sind bei ihren Ansichten, erinnert man sich seiner Aufgabe erst dann, wenn man die Macht nicht mehr hat, sie auszuführen. Dieselbe Betrachtung möchte man anstellen, wenn man den Ruf nach konstituirenden Versammlungen zur Umgestaltung aller Rechtsverhältnisse der verschiedenen Einzelstaaten ins Auge faßt, jenes Verkennen aller bisher anerkannten Interessen, jene Unterdrückung aller besonderen Selbstständigkeiten unter die Herrschergelüste von Parteien, welche bei ihr Augenblick ausschließlich den Sonnenbenden, politisch aber noch sehr unreifen Mittelklasse sich allerwärts die Mehrheit der Stimmen zu erringen wissen, und dadurch einen gesetzgeberischen Absolutismus in das Leben zu rufen trachten, gegen welchen der monarchische noch gnädig genannt werden könnte. Man denke nur an die verschiedenen Konzepte, welche in Wien und Berlin das Staatsruder in die Hand zu nehmen im Begriffe standen. Sollte es denn in der That nicht eben so naturgemäß und vernünftig sein, gegen die Beschlüsse einer Landtagsmehrheit Appellation einlegen zu dürfen als gegen die eines Untergerichts oder einer Verwaltungsbehörde? Ist doch der ganze Kampf, welchen die sogenannte Neugirt gegen die alte führt, im Grunde weiter nichts, als der Kampf der Stätte gegen das platte Land, der fahrenden Habe gegen den Grundbesitz, der Schrift- und Redensarten gegen Thaten und Errungenschaft! Die Omnipotenzansprüche des einen Theiles möchten denen des andern an Gewicht ziemlich gleich stehen. — Die deutsche Reichsversammlung scheint von der Illusion zurückgekommen zu sein, alle Uebelstände, welche die Strafgerichtsbarkeit in ihrer Anwendung allerwärts noch darbietet, durch die Einführung des Geschwornengerichts für beseitigt zu erachten, wie Wintermeier augenscheinlich scheint, denn sie hat sich heute nicht entschließen können, die Abwerthelung der Anklagen gegen die Minister einem Geschwornengerichte zu übertragen, und darum die Entscheidung offen behalten, um, wie augenscheinlich ist, abzuwarten, ob das Bürgerthum seine tapfere Haltung, welche es den Einschüchterungen gewaltthätiger Parteien gegenüber bis jetzt so rühmlich gewahrt hat, fernerhin noch zeigen werde. In einem solchen Falle möchte die Urtheilschöpfung über politische Vergehen nicht alle in die besten Hände gerathen zu betrachten sein. Blum's Todtenfeier, welche jetzt auf nächsten Donnerstag bestimmt ist, wird nicht in der Weise abgehalten werden, wie die Linke beabsichtigt hatte, die Prozession der Reichsversammlung nach der Katharinenkirche ist nicht genehmigt worden. Da nun die Linke eine einfache Kirchenfeier für zu gering hält, und deshalb nicht bei derselben erscheinen will, die Rechte abgethan wegbleibt, so ist die ganze Demonstration als mißlungen anzusehen. — v. Closens Schriftgehen gen die Anwendung der §§. 2 und 3 auf Oesterreich, welches heute in der Reichsversammlung aufgetheilt wurde, macht Aufsehen.

Deutschland.

Frankfurt, 27. Nov. Dem Reichsministerium ist gestern nachstehende aus verschiedenen Städten und Kreisen Ostpreußens und Lithauens datirte und mit 1386 Unterschriften aus allen Ständen versehene Adresse überreicht worden: „Hohe Zentralgewalt! Bei deutschen Vaterlande große Zukunft ist durch den Frevel verbrecherischer Haufen bedroht worden; bis zu uns, den fernesten Marken, tönt der Schrei der Entrüstung über die meuch-

lings gefallenen Opfer. — Eine hohe Zentralgewalt, bisher der Damm anarchischen Wogentrauges, hat auch jetzt mit Entschiedenheit und Kraft jenes flutwütrige Begonnen vereitelt: sie ist ihrer großen Aufgabe eingedenk gewesen! Das erkennen wir, dafür danken wir! Hier, im fernen Osten, wo das deutsche Wort verklingt, hier blühen uns des deutschen Bundesstaates Wert, und wie freudig wir uns auch um Preußens Adler scharen, so stimmen wir doch jubelnd ein in den Ruf: Ein einiges Deutschland soll es sein! Daß es dahin werde, walte Gott, und dazu gebe er den berufenen Werkzeugen seinen Segen!" — Das heute ausgegebene sechste Stück des „Reichsgesetzblattes" enthält das Gesetz, betreffend die Einführung einer allgemeinen Wechselordnung für Deutschland, in drei Abschnitten und hundert Artikeln. (St.-C.-V.-A.-Z.)

Frankfurt, 27. Nov. Ueber die Art, wie Adressen zu Stande kommen, liegt uns ein neues Beispiel vor, das um so interessanter ist, da es zugleich ein Bild des dänischen Agitation gibt. Das Schreiben lautet: „Herrn Asmund Reimers in Gärtnerei. Anbekannterweise nehme ich mir die Freiheit, Sie um gütige Beiträgen, einliegenden für die Errichtung eines Protestes gegen die Gewerleidung Schleswigs in Deutschland unter sichere Leute zur Unterschrift zu bringen. Sie werden gebeten, dieses bald möglichst zu bewerkstelligen, und dann dieselben auf einmal so bale als möglich an die Adresse H. G. G. Dreyer, Agnatus beim Civilgouverneur der Alten, einzulenden. Wegen der Porto's aufgeht, wird verschwiegen gehalten, da er später als vom Volk ausgehend nach Frankfurt gesandt werden soll. (sic!) Schmidt, Sekretär beim Civilgouverneur." Der beigelegte gedruckte Protest, sehr apprettlich mit Rubriken (Namen, Kirchspiel) eingerichtet, lautet: „Wir protestiren aufs Feierlichste gegen die Verbindung Schleswigs mit Deutschland, und daß es, gleichviel unter welchem Vorwande, von Dänemark losgerissen werde." Uebrigens scheint die sofortige Entdeckung derartiger Machere die beste Antwort auf die dänischen Zumuthungen. (D. Z.)

Bayern. ** München, 30. Nov. Die Ergebnisse der heute vorgenommenen Wahlen der Wahlmänner, welche nun am 7. Dezember zu den Abgeordnetenwahlen für München selbst zu schreiten haben, liegen noch in diesem Augenblicke (Abends 7 Uhr) aus 45 von den 46 Wahldistrikten vor, und es läßt sich sonach das Gesammtresultat bereits überblicken. Wir können dasselbe nur ein für die wahren Freunde der Freiheit, für die Anhänger der konstitutionellen Monarchie erfreuliches nennen. Die konstitutionellen Bezirke wie der demokratische, der jetzt unter dem neuen Namen „Vaterlandsverein" auftritt, hatten ihre Kandidatenlisten aufgestellt, und gedruckt vertheilen lassen. Auf jener des genannten Vaterlandsvereins befanden sich auch sehr viele Namen von Männern anerkannt konstitutioneller Gesinnung, welche eben deshalb auch in den Listen der konstitutionellen Vereine sich wieder fanden. Nun bemerken wir, daß in den meisten Bezirken, wo die Liste des „Vaterlandsvereines" konstitutionelle und demokratische Namen durcheinandergemischt enthielt, die ersteren durchdrangen, während die letzteren durchfielen. Nur in einem einzigen der 46 Wahlbezirke, nemlich im 11 (umfassend die Straßen: Obere Anger, Dultgasse, Sinzingviertelgasse, Steinsdorf, Gisbrechtstraße und Gisbrechtsgasse) erhielten die vier vom „Vaterlandsverein" aufgestellten Namen die absolute Majorität. Im Ganzen kennen wir 180 ernannte Wahlmänner. Von den Namen dieser befanden sich 49 auf der Kandidatenliste des Vaterlandsvereins. Wir glauben nicht zu übereilen, wenn wir zwei Drittheile von diesen 49 den Konstitutionellen zuzählen, so daß im Ganzen nur etwa 16 der neuen Kandidaten des Vaterlandsvereins verbleiben. Nur die Ergebnisse der Wahlen des 2. Wahlbezirks sind uns noch nicht bekannt, also fehlen nur noch vier Namen. Wie diese auch lauten mögen, an dem Gesammtergebnisse können sie nichts mehr von Belang ändern, und wir haben also mit vollem Recht dasselbe ein erfreuliches genannt. Unter den Gewählten erblicken wir Namen, die in ganz Bayern einen guten Klang haben, so gleich im 1. Wahlbezirk Fürst. v. Lerchenfeld (der Minister des Innern), im 15. Dr. Beilhack, königl. Notar, im 17. Dr. J. A. Seuffert, quieszt. Appellationsgerichtsrath, im 22. Dr. Jaeger, königl. Universitätsprofessor, im 24. Dr. Hoffmann, königl. Universitätsprofessor, im 26. Gritl, Mechanikus, im 29. Dr. v. Steinsdorf, II. Bürgermeister, im 32. Feder, königl. Ministerialrath, im 33. Schuh, Oberstlieutenant, und Molitor, Ministerialrath, im 35. 45. Ihle, Fabrikant u. A. Von den Führern der demokratischen Partei ist keiner gewählt worden. Die Namen sämmtlicher Gewählten werden morgen durch Wanderanschlag von Seite des Stadtmagistrats veröffentlicht werden.

Königr. Sachsen. — **Dresden**, 26. Nov. Der durch mehrere Zeitungen laufenden Nachricht von der Abberufung des österreichischen Konsuls in Leipzig können wir aus sicherer Quelle widersprechen. Im Gegentheil hat sich die österreichische Regierung mit den von der unsrigen in Bezug auf den neulichen leipziger Exzeß verfügten Maßregeln für vollkommen einverstanden erklärt. Der Rücktritt des österreichischen Konsulats sind zum englischen Konsul geschafft worden, allein es ist dies nicht, wie mehrere Zeitungen berichten, auf Befehl der österreichischen Regierung, sondern nach dem eignen Ermessen des Konsuls geschehen, als er unmittelbar nach dem Exzesse die Papiere in seiner Wohnung nicht mehr sicher glaubte. (Dr. J.)

Oesterreich. — Olmütz, 23. Nov. Der bisherige k. k. Ministerpräsident Frdr. v. Wessenberg hat hinsichtlich seines Austritts aus dem k. k. Ministerium nachstehenden Cirkularerlaß an sämmtliche k. k. Gesandtschaften erlassen: „Olmütz, den 21. Nov. 1848. Gesundheitsrücksichten, und nur diese haben mich bewogen Se. Maj. den Kaiser zu bitten, mich von den mir anvertrauten Staatsämtern zu entheben. Ich fühlte mich zu diesen Entschlusse verpflichtet in der Ueberzeugung, daß meine geschwächten Kräfte den mit denselben Aufgabe unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr genügen dürften, und war daher solchen dem mir allerdbocht geschenkten Vertrauen selbst schuldig. Mein Programm wurde, wie bekannt, auf dem Gebiete, die Monarchie auf Konstitutionneller Grundlage zu befestigen. Dieses Programm war, ich darf es behaupten, der Ausdruck der Gesinnungen des Monarchen, welchem die Völker Oesterreichs ihre Freiheiten verdanken. Ich scheide mit dem Bewußtsein, diesem Programm treu geblieben zu sein; ich scheide mit der Ueberzeugung und der Beruhigung, daß dasselbe auch jenes des neuen Ministeriums ist. Ich ersuche Euer ꝛc. in diesem Sinne das allenfallsigen falschen Gerüchte über die Ursachen meines hermaligen Rücktritts auf den Staatsgeschäften berichtigen zu wollen." Empfangen ꝛc. (gez.) Frhr. v. Wessenberg." Gemäß einer Einladung Ihrer kaiserl. Majestät wird Baron Wessenberg noch acht Tage dahier verweilen. Gestern Morgen wurde er von einem persönlichen Besuche des Kaisers überrascht, was eine höchst seltene und deshalb sehr große Auszeichnung ist. (K. D.-A.-Z.)

*) Frhr. v. Wessenberg hat sein 75. Jahr zurückgelegt, worunter 55 Dienstjahre.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 29. Nov. Bayer. 3½proz. Obligationen — P. 75½, G. 4proz. 88 P. Bankaktien 11. Gewehr 378 P. — G. Prämien 35 P. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 950 G.

J. V. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag, 1. Dez.: „Das Kasernenzimmer", Lustspiel nach dem Englischen von Meck. Hierauf zum Erstenmale: „Der Kurmacher und die Hexenbe", Gesangsscene mit Gesang und Tanz von Louis Schaffer. Zum Beschlusse: „Die Fee", orientalisches Ballet von Johann Renzl. Musik arrangirt von Hübner.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Revisant, Kaufmann, von Ebersfeld.

Hotel Manlik. Jerton, Rentier, von London. Gierth, Kaufmann, von Ellenburg.

Gold. Kreuz. Mutscher, Kaufmann, von Kirchheim. Stadenmann, Rechtsgelehrter, von Nagold. Fischer, Oberbaurath, von Lindau. Hübner, Metzgiser, von Wien. v. Seitelmayr, von Augsburg. Gelmer, Rath, von Kelmar. Rau, Privatier, von Berg. Berger, Fabrikbesitzer, von Schneeberg. v. Esl, Appellationsgerichtsrath, von Freising. Gutman, Kaufmann, von Mannheim.

Gold. Hahn. Banach, Privatier, von Bibliburg. Schaidnauer, Kaufmann, von Pest. Eflager, Kaufmann, von Frankfurt.

Blaue Traube. Hofmann, Kaufmann, von Bremen. Zilcher, Appellationsgerichts-Rath, von Freising. Bernthiser, Postsalter, von Kleshad. Silcher, Kaufmann, von Pest. Dr. Urban, Gerichtsarzt, von Dorfen. Bopp, von Innsbruck. v. Bulmering, Rentier, aus Curland. Gimpfeld, Kaufmann, von Frankfurt.

Stachusgarten. Kaufler, Kooperator, von Tantenhausen. Hitz, Handelsmann, von Oberschrobenz. Bürrer, Architekt, von Nürnberg. Koller, Rechtspraktikant, von Starnberg. Slufepge, Offizier, von Mailand. Singer, Zollamtsadvokat, von Passau.

Getraute in München.

Die Herren: Elias Gnad, Geschäftsführer, mit Antonia Pfeiffer, Handschuhfabrikantenstochter von hier. Simon Weber, bürgerl. Bedermeister, mit Maria Stidl, Landschäderstochter von Wellheim. Ludwig Marx, Privatier, mit Maria Schlitzinger, bürgerl. Bierbrauerstochter von hier. Dr. Otto Steinherr, Notzjunkt im dotanischen Conservatorium und Privatsozent, mit Bernalia Schober, Gerichtsvollzieherstochter von Greifenberg. Johann Georg Leingärtner, Silberarbeiter von Neuhausing, mit Josepha Schrittmann, Brauneiwirtstochter von Zöglingen.

Gestorbene in München.

Johann Hebert, Schneidergesell von Bayreut, Dzes. Bischofsheim, 39 J. a. Josepa Mahan, Gärtnergattin von hier, 46 J. a. Maria Bürger, Schneiderstochter von Andorf, Dzes. Rötting, 24 J. a. Valentin Laupel, bürgerl. Schreiner, 48 J. a.

266.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere innigst geliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Anna Maria Ganghofer,

geborne **Berüff,**

königl. Landrichters-Wittwe,

nach vierwöchentlichen Leiden heute Nachmittags 1½ Uhr im 91. Lebensjahre, nach Empfang der heiligen Sterbsakramente, in ein besseres Leben abzuberufen.

Wer die Verstorbene im Leben kannte, wird unserm Verlust zu würdigen wissen.

Indem wir unsern Verwandten und Freunden diese Trauerkunde mittheilen, empfehlen wir die Verblichene ihrem frommen Gebete, und aber ihrer stillen Theilnahme.

München am 30. November 1848.

Joseph Ganghofer, pens. Königl. Hauptmann, } als Söhne.
Anton Ganghofer, königl. Forstmeister in Ottobeuern, }
Therese Ganghofer, geb. Schiller, als Schwiegertochter.
Joseph, Cand. jur., }
August, Forstcandidat, }
Anna, } als Enkeln und Enkelinnen.
Franz, }
Ludwig, }
Bertha, }
Max, }
und sämmtliche Verwandtschaft.

Das Leichenbegängniß findet Samstag den 2. Dezember Nachmittags um 3 Uhr vom Leichenhause aus, und der Trauergottesdienst Montag den 4. Dezember Vormittags um 8 Uhr in der St. Ludwigs-Pfarrkirche statt.

265.

Portrait

von

Joseph Freiherrn v. Hormayr-Hortenburg,

nach einer Originalzeichnung von Fertig lithographirt.

Preis 48 kr.

Vorräthig bei

Mey & Widmayer,
in München.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

249. (3b) Freitag den 15. Dezember 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat November 1847, und zwar von Nro. 8761 bis 17485.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verlegt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Mittwoch den 20. Dezember 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 21. Nov. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

F. Negrioli, Mag.-Rath.
Schatz, Kassier. — Offenbrunner, Kontroleur.

Vorladung.

262. (2a) Dem Konrad Popp, Theerseder zu Reuhammer, b. Gd., ist daselbst der Schuldschein der königl. Bank zu Nürnberg vom 3. April 1846, Nro. 7315, über 130 fl. verloren gegangen.

Der unbekannte Inhaber dieser Urkunde wird anmit aufgefordert, dieselbe binnen

6 Monaten

bei dem unterzeichneten königl. Landgerichte vorzuzeigen, widrigenfalls sie für kraftlos erklärt wird.

Wohenstrauß, den 17. Juli 1848.

Königl. Landgericht Wohenstrauß.
Friedr. Kopler.

264. (3b) So eben ist erschienen und beim Herausgeber (Tannenstraße Nro. 11 « im ersten Stocke) zu haben:

Anleitung
zur
Bauzeichnungs-Kunde
für
Gewerbs- und Feiertags-Schulen sowie zum Selbstunterrichte.

Herausgegeben
von
Ferdinand Jodl,
königl. Hofbau-Inspektor.

Ein Cahier mit 32 lithographirten Tafeln — Vorlagen und ein Heft erläuternder Text.

Preis 5 fl.

München den 28 Nov. 1848.

Bekanntmachung.

Verheigerung des Oreterbauerngutes zu Gelting betr.

245. (3c) Das dem Karl und der Rosa Brodmann gehörige Oretgut zu Gelting, wie es unten beschrieben ist, wird, da sich bei der erstmaligen Versteigerungstagsatzung ein Käufer nicht gemeldet hat, auf Antrag eines Hypothekgläubigers zum zweitenmal der öffentlichen Versteigerung unterstellt, und Termin auf

Donnerstag den 21. Dezember l. Js., Vormittags von 10 bis 12 Uhr

bestimmt. — Käufer werden mit dem Eröffnen zur Steigerung in das schuldnerische Haus geladen, daß der Zuschlag nach den Bestimmungen des §. 64 des Hypothekengesetzes und §. 99—102 der Gerichtsordnungs-Novelle erfolgt, es mag der Schätzungswerth erreicht werden oder nicht. Gerichtskundemde können sich über Feuerwand und Vermögen ausgewiesen.

Das Gut besteht nach Grundsteuer-Kataster und Hypothekenbuchs-Extrakt:

1) aus dem zweistöckigen durchaus gemauerten Wohnhaus mit Stadl und Stall unter einem Ziegeldachdach, mit Hofraum und Gärten 67 Dez.;
2) dem separirten Hausgarten und Krautgarten, 96 Dez.;
3) aus 44 Tagw 37 Dez. Aecker;
4) 44 Tagw 29 Dez. Wiesen;
5) 10 Tagw. Holz (die Hälfte jung, die Hälfte Unterholz), zum Theilgut Ertershausen freilitig;
6) 6 Tagw. 62 Dez. ledigene Aecker;
7) 11 Tagw. 46 Dez. ledigenes Holz (Eichenholz und Auflag);
8) 7 Tagw. 3 Dez. reluirt eigener Aecker;
9) 1 Tagw. 20 Dez. ledigene Wiese;
10) 10 Tagw. 1 Dez. reluirt eigener Acker und Wiesgrund;
11) 1 Tagw. 58 Dez. reluirt eigene Wiese;
12) 1 Tagw. 61 Dez. Wald und Filzgrund;

am 5. April l. Js. gerichtlich auf 10,813 fl. eingewerthet.

Königl. Landgericht Wolfratshausen.
Martin,
Landrichter.

Stelle-Gesuch.

164. (m) Ein junger Mensch von 30 Jahren, der schon 4 lateinische Schulen studirt hat, wünscht als Bedienter bei einer Herrschaft, oder als Aufseher in einem Bauerhause, oder in einer Handlung, oder sonst an geeigneter Stelle placirt zu werden. Das Nähere bei diesseitiger Expedition.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

Entwurf des Gesetzes über den Reichstag.

Der in den nächsten Tagen zu Frankfurt in Berathung kommende Entwurf über die Bildung des Reichstags lautet wie folgt:

Der Reichstag. — Art. I. §. 1. Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Staatenhaus und dem Volkshaus. Art. II. §. 2. Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der deutschen Staaten. (Zu §. 2.) Minoritätserachten. An die Stelle dieses Paragraphen möge folgende Bestimmung treten: „Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der einzelnen, theils selbstständigen, theils unter sich zu einem Gesammtstaat verbundenen deutschen Staaten. Ein Reichsgesetz, welches einen integrirenden Theil der Verfassung des deutschen Reiches bildet, bestimmt diejenigen deutschen Staaten, welche selbstständige Vertretung im Staatenhause haben, so wie diejenigen, welche zu einem organischen Staatenverband sich vereinigen, und als solcher eine gemeinschaftliche Vertretung erhalten." (Wigard. Mittermaier. Ahrens. Gülich. Schreiner. Zell. Römer.) §. 3. Die Zahl der Mitglieder vertheilt sich nach folgendem Verhältniß: Preußen 40, Oesterreich mit sämmtlichen 36, Bayern 16, Sachsen 10, Hannover 10, Württemberg mit Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen 10, Baden 8, Kurhessen 6, Großherzogthum Hessen mit Hessen-Homburg 6, Holstein (Schleswig, siehe Reich. §. 1.) und Lauenburg 6, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz 6, Luxemburg mit Limburg 2, Braunschweig 2, Nassau 4, Sachsen-Weimar, Sachsen-Koburg-Gotha, Sachsen-Meiningen-Hildburghausen, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt-Schwarzburg-Sondershausen, Reuß ältere und Reuß jüngere Linie 4, Oldenburg 2, Waldeck, Schaumburg-Lippe und Lippe-Detmold 1, Anhalt-Dessau, Anhalt-Bernburg und Anhalt-Köthen 1, Lübeck 1, Frankfurt 1, Bremen 1, und Hamburg 1 Mitglied, zusammen 176 Mitglieder. (Zu §. 3.) Minoritätserachten. Statt dieses Paragraphen möge es heißen: „Jeder einzelne selbstständige deutsche Staat, so wie jeder aus mehreren kleineren deutschen Staaten bestehende Gesammtstaat sendet ohne Rücksicht auf seine Größe vier Abgeordnete in das Staatenhaus." (Wigard. Schreiner.) §. 4. Die Mitglieder des Staatenhauses werden zur Hälfte durch die Regierung und zur Hälfte durch die Volksvertretung der Staaten ernannt. Die zwei Kammern bestehen, wählen diese in gemeinsamer Sitzung nach absoluter Stimmenmehrheit. (Zu §. 4.) Minoritätserachten. Statt dieses Paragraphen möge es heißen: „Die Mitglieder des Staatenhauses werden durch die Volksvertretung der einzelnen Staaten erwählt. Wo zwei Kammern bestehen, wählt jede Kammer zwei Abgeordnete." (Wigard. Schreiner.) Minoritätserachten. „Die Mitglieder des Staatenhauses werden zur Hälfte von der Volksvertretung der Staaten unmittelbar ernannt, zur anderen Hälfte mittelbar in der Weise, daß die Regierung für jedes zu ernennende Mitglied drei Kandidaten vorschlägt, aus welchen die Volksvertretung wählt. Der zweite Satz nach der Fassung der Majorität bleibt." (Ahrens. Mittermaier. Schreiner. Gülich. Zell.) §. 5. Diejenigen Staaten, welche nur Ein Mitglied ins Staatenhaus senden, schlagt die Regierung drei Kandidaten vor, aus denen die Volksvertretung mit absoluter Stimmenmehrheit wählt. (Zu §. 5.) Minoritätserachten I. Dieser Paragraph möge wegfallen. (Wigard. Römer.) Minoritätserachten II. Dieser Paragraph möge lauten: „In denjenigen Staaten, welche nur ein Mitglied ins Staatenhaus senden, schlagt die Volksvertretung drei Kandidaten mit absoluter Stimmenmehrheit vor, aus denen die Regierung wählt." (Schreiner. Wippermann. Römer. Wigard (eventuell). §. 6. Wo mehrere Staaten zu gemeinsamer Vertretung im Staatenhause verbunden sind, haben diese über die gemeinschaftlich vorzunehmende Wahl ein Abkommen unter einander zu treffen. Das Prinzip der Theilung der Wahlberechtigung zwischen Regierung und Volksvertretung darf dabei nicht verletzt werden. Das ganze Abkommen ist der Reichsregierung zur Genehmigung vorzulegen. (Zu §. 6.) Minoritätserachten. Statt dieses Paragraphen möge es heißen: „Wo mehrere Staaten zu gemeinsamer Vertretung im Staatenhause verbunden sind, haben diese über die gemeinschaftlich vorzunehmende Wahl ein Abkommen für den Fall unter einander zu treffen, wenn nicht eine gemeinschaftliche Volksvertretung in ihnen stattfindet. Das ganze Abkommen ist der Reichsregierung zur Genehmigung vorzulegen." (Schreiner. Wigard.) §. 7. Wenn mehrere deutsche Staaten zu einem Ganzen verbunden werden, so entscheidet ein Reichsgesetz über die dadurch etwa nothwendig werdende Abänderung in der Zusammensetzung des Staatenhauses. (Zu §. 7.) Minoritätserachten. Dieser §. 7 würde nach Annahme des obigen § 2 wegfallen. (Wigard.) §. 8. Mitglied des Staatenhauses kann nur ein solcher werden, welcher 1) Staatsbürger desjenigen Staates oder Staatenverbandes (s. §. 6.) ist, welcher ihn sendet, 2) das 30ste Lebensjahr zurückgelegt hat, 3) sich im vollen Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte befindet. §. 9. Die Mitglieder des Staatenhauses werden auf sechs Jahre gewählt. Sie werden alle drei Jahre zur Hälfte erneuert. (Zu §. 9.) Minoritätserachten. Statt dieses Paragraphen möge es heißen: „Die Mitglieder des Staatenhauses werden auf vier Jahre gewählt. Sie werden alle zwei Jahre nach der im Reichs-Wahlgesetze vorgeschriebenen Ordnung zur Hälfte erneuert." (Wigard. Schreiner.) — Art. III. §. 10. Das Volkshaus besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes. §. 11. Die Mitglieder des Volkshauses werden auf vier Jahre gewählt. Die Wahl geschieht nach den in dem Reichswahlgesetz enthaltenen Vorschriften. (Zu §. 11.) Minoritätserachten I. Die Mitglieder des Volkshauses werden auf zwei Jahre gewählt. (Wigard.) Minoritätserachten II. Statt vier Jahre drei Jahre zu setzen. (Mittermaier. Ahrens. Zellkampf. Welcker. Schreiner. Sommaruga. Zell. Wieser.) Minoritätserachten III. Für die Stellvertretung im Staatenhause bei der Staat zu sorgen und die Kosten der Stellvertretung zu tragen. (Wigard. Zellkampf. Schreiner.) — Art. IV. §. 12. Die Mitglieder des Reichstages beziehen ein gleichmäßiges Tagegeld und Entschädigung für ihre Reisekosten. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz. Den Mitgliedern des Staatenhauses werden die Tagegelder und Reisekosten von dem Staat, der sie ernannt hat, den Mitgliedern des Volkshauses aus der Reichscasse gezahlt. (Zu §. 12.) Minoritätserachten. Statt zweiten Satz möge es heißen: „Den Mitgliedern des Reichstages werden die Tagegelder und Reisekosten aus der Reichscasse gezahlt." (Wigard. Schreiner.) §. 13. Die Mitglieder beider Häuser können durch Instruktionen in ihrer parlamentarischen Thätigkeit nicht gebunden werden. §. 14. Niemand kann gleichzeitig Mitglied von beiden Häusern sein. (Zu §. 14.) Minoritätserachten. Zusatz: „Kein Mitglied des Reichstags kann zugleich Mitglied einer Kammer eines einzelnen deutschen Staates sein." (Wigard. Schreiner. Römer.) — Art. V. §. 15. Zu einem Beschluß eines jeden Hauses des Reichstages ist die Theilnahme von wenigstens einem Drittel der gesetzlichen Anzahl seiner Mitglieder und die einfache Stimmenmehrheit erforderlich. Im Falle der Stimmengleichheit wird ein Antrag als abgelehnt betrachtet. (Zu §. 15.) Minoritätserachten. Statt der Worte: „wenigstens ein Drittel," zu setzen: mindestens die Hälfte. (Mittermaier. Gülich. Schreiner. Ahrens. Wigard. Wippermann. Sommaruga. Römer. Zellkampf.) §. 16. Wenn es sich von der Erlassung solcher Gesetze handelt, durch welche Einrichtungen und Maßregeln begründet werden sollen, für der Kompetenz der Reichsgewalt nicht ausdrücklich Vorsorge getroffen sind (Absichtsgesetze der Reichsgewalt, XIII, §. 58 am Ende), so ist für die Schlußabstimmung eines jeden Hauses die Gegenwart von wenigstens der Hälfte seiner Mitglieder und unter diesen eine Mehrheit von zwei Drittel der Stimmen erforderlich. §. 17. Das Recht des Gesetzvorschlages, der Bestimmung, der Adresse und der Untersuchung, so wie der Anklage der Minister, steht jedem Hause für sich zu. §. 18. Ein Reichstagsbeschluß kann nur durch die Uebereinstimmung beider Häuser gültig zu Stande kommen. §. 19. Bei Auflösung der der Reichsgewalt zugewiesenen Befugniß ist die Uebereinstimmung der Reichsregierung und des Reichstages in folgenden Fällen erforderlich: 1) Wenn es sich um die Erlassung, Aufhebung oder Abänderung von Reichsgesetzen handelt. 2) Wenn der Reichsschuld eingegriffen wird, wenn Anleihen kontrahirt werden, wenn das Reich eine im Budget nicht vorgesehene Ausgabe übernimmt, oder nicht vorgesehene Steuer oder Matrikularbeiträge erhebt. 3) Wenn von Reichswegen Banken angelegt oder bewilligt werden. 4) Wenn die Steuerverhebung der Einzelstaaten von der Zustimmung der Reichsgewalt abhängig gemacht wird. (Reichsgewalt §. 32.) 5) Wenn Handelsverträgen zu Reichsleistungen erklärt werden. 6) Wenn Handels-, Schiffahrtsverträge und Auslieferungsverträge mit dem Auslande geschlossen werden, so wie überhaupt völkerrechtliche Verträge, insofern sie das Reich belasten. 7) Wenn nichtdeutsche Länder oder Landestheile dem deutschen Zollgebiet angeschlossen, oder einzelne Orte oder Gebietstheile von der Zolllinie ausgeschlossen werden sollen. 8) Wenn Landestheile abgetreten, oder wenn nicht deutsche Gebiete dem Reiche einverleibt oder auf andere Weise mit demselben verbunden werden sollen. (Zu §. 19.) Minoritätsantrag I. Zu Nr. 3. Zusatz: „So wie, wenn Papiergeld eingeführt, oder das Pfandrecht vermehrt werden soll. (Zellkampf. Gülich. Schreiner. Wigard.) Minoritätserachten II. Als Schlußsatz möge hier beigefügt werden: „Das Recht der Besteuerung gewisser Reichsämter durch den Reichstag bestimmt ein Reichsgesetz" (Wigard. Römer.)

Minoritätserachten III. In diesem Paragraphen ist der erste Satz so zu fassen: „Die Gegenstände, bei welchen ein übereinstimmender Beschluß beider Häuser erforderlich ist, sind" rc. (Mittermaier. Wigard. Zell. Zu 1 beizufügen: Auslegung. Mittermaier. Zell. Schreiner. Welcker. Wigard. Zellkampf. Römer. Ahrens. Wieser.) Zu 9 beizufügen: „Wenn Verträge eines Einzelstaates mit anderen Staaten der Bestätigung der Reichsgewalt bedürfen. (Mittermaier. Ahrens. Wigard. Schreiner. Zellkampf. Zell. Wippermann.) Minoritätserachten IV. Es werde hier folgender Paragraph eingeschaltet: „Stehen nach Ansicht der Reichsregierung der Ausführung eines Reichstagsbeschlusses Bedenken entgegen, so ist der Reichstag verpflichtet, den gefaßten Beschluß einer nochmaligen Berathung und Beschlußfassung zu unterwerfen. In diesem Falle ist, wenn der früher gefaßte Beschluß aufrecht erhalten werden soll, in jedem Hause die Gegenwart von wenigstens der Hälfte seiner Mitglieder und unter diesen eine Mehrheit von zwei Drittel der Stimmen erforderlich. (Zell. Wigard. Mittermaier. Schreiner.)

(Schluß folgt.)

Was wollen die Demokraten? Welches sind ihre Grundsätze?

* Die Beantwortung dieser Frage den demokratischen und radikalen Journalen, den gleisnerischen und trügenden Reden, welche die Vorkämpfer dieser Partei aller Orten und bei jeder Gelegenheit als Saamen für die

wunderſame Freiheit und Glückſeligkeit, die mit einem Male über die Menſchen kommen ſoll freuen, einnehmen zu wollen, wäre eine vergebliche Mühe. Man muß der Sache tiefer auf den Grund gehen. Dieſe Herren der Neuzeit wiſſen ſehr klug was ihnen zu bietig und mit Recht angefeindeten Grundſatz der alten Diplomatie: daß die Worte nur dazu vorhanden ſeien, um die Gedanken zu verbergen, auf ihre Sache anzuwenden, wenn gleich mitunter einer oder der andere in ſeinem Feuereifer ſich hinreißen und hinter die Couliſſen blicken läßt. Wir wollen und bei Veranlaſſung der obigen Rede Fragen an etwas Gegebenem halten, wir wollen unſere Leſer geradezu in die Myſterien einweihen, in die das Thun des Werks Fröbels „Syſtem der ſozialen Politik“ vorliegen. Der Name des Verfaſſers mag Bürge ſein für die Aechtheit der in dem Werke entwickelten Anſichten und Grundſätze. Fröbel iſt ein Hauptheld der Partei. Seit Jahren ſteht er in innigſter Verbindung mit den Demokraten Frankreichs und der Schweiz; ſeit Jahren iſt er ein Apoſtel der Feuerkatholiken Bibliopolen, und zu den unermüdlichſten Mundgeigern für die franzöſiſchen Propaganda. Sein Werk hat bereits die zweite Auflage erlebt, und darf als politiſches Programm der ganzen Partei betrachtet werden, d. h. der in die Myſterien eingeweihten Partei, denn die ungeheure Mehrzahl unſerer Deutſchen, zumal der deutſchen Demokraten, hat keine Ahnung von der traurigen erbärmlichen Rolle, die ſie als Marionetten der unſichtbaren Großmeiſter in Paris ſpielen muß; die ungeheure Mehrzahl dieſer Partei, worunter wieder ſehr viele Schwach- und Hitzköpfe zählen, die theils aus mißverſtandenem Liberalismus, theils hingeriſſen von den ſchönen Worten und Phraſen ihrer Verführer, theils auch affektirtem Weſen der Fahne der Demokratie folgt, nennt blindlings, wie die Schafe dem Leitshammel, ihren Verführern nach. Fröbels Werk gibt jedoch ſofortige Aufklärung über das, was die Partei will, ſowie über die Mittel, wodurch dieſe Zwecke erreicht werden ſollen.

— Vor allem iſt es der Glaube an Gott, welcher aus dem Bewußtſein der Menſchen vertilgt werden muß! „Veraser l'infame!“ riefen bereits in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts die franzöſiſchen Freidenker, und brachten es wirklich bei den leichtſinnigen Franzoſen dahin, daß das Daſein Gottes rundweg abgeläugnet wurde. Natürlich — denn mit dem Glauben an Gott, an das Daſein Gottes — fällt auch jede Stütze aller Autorität! Der Menſch allein iſt ſich ſelbſt das Höchſte, der Menſch allein iſt ſich ſelbſt Zweck. Um dieſe hohe Aufgabe zu erreichen, muß der Glaube an Gott, in deſſen Namen die Könige herrſchen und alle Obrigkeit gebietet, vertilgt werden, denn Geſetz iſt für den Menſchen nur das, was er ſich ſelbſt gegeben, was er ſich aus eigenem freien Entſchluß gelegt, und frei iſt nur der Menſch, welcher dieſen eigenen Geſetzen gehorcht; deßhalb iſt es auch ſo unläugbar nothwendig, daß der Glaube an einen perſönlichen, herrſchenden Gott verſchwunden ſei, damit der Menſch vollkommen frei werden könne. — Nun um frei, vollkommen frei zu werden um einen ſo geringen Preis, als der eben angeführte, kann man wohl die Ave Gottes fahren laſſen, allein es bleibt doch immerhin noch etwas ſehr beſchwerlich drückendes übrig, was ſich gleichfalls nicht ſo leicht beſeitigen läßt, das iſt das Geſetz der Nothwendigkeit, welches beherrſchen! Immer und ewig Geſetze! Hr. Fröbel hat hier einen argen Fehler gemacht — das Wort Geſetz dürfte eigentlich gar nicht mehr genannt werden, denn die Freiheit Fröbels kann ſich mit dem Worte Geſetz auf keine Weiſe vereinigen. — Inſtinkt wäre ein beſſeres Wort geweſen, und paßte vortrefflich zu dem Zuſtande, zu welchem uns die Sprache Fröbels führen will. Inſtinkt, ſein Weſen iſt Einfachheit, iſt ſomit das rechte Wort.) Nachdem ſomit Hr. Fröbel Gott und die Autorität glücklich und ſchnell beſeitigt, geht dann die Beſeitigung deſſen, was dem inſtinktgemäßen Naturleben noch im Wege ſteht, ohne bedeutende Schwierigkeit von ſtatten, obgleich es in praxi damit langſamer gehen möchte. Der Glaube an die Unſterblichkeit iſt bald zweite reaktionäre, der animaliſchen Freiheit widerſprechende Thorheit, und unglaublich raſch verbreitet wird. Dieſer Glaube ſucht — nach Hrn. Fröbel — die Vollendung der menſchlichen Beſtimmung in einem undekannten Jenſeits und hindert dadurch die vollkommene Ausbildung der erreichbaren menſchlichen Verhältniſſe; mit dieſem Glauben aber kann der Menſch nie ein vollkommener und glücklicher werden — alſo muß dieſer Glaube, als den Menſchen in ſeiner Entwicklung zur Selbſtbeſtimmung hindernd, aufgegeben werden. Der Menſchen Ziel darf nur ſein eigenes Leben ſein, von einem anderen weiß er nichts und braucht nichts zu wiſſen, denn er iſt ſein eigener Gott. (Hier berühren ſich wieder äußerſt unangenehm, das Hr. Fröbel ſelbſt ſich von den alten reaktionären und verrotteten Begriffen noch nicht losgemacht hat. Es iſt unbegreiflich, wie Hr. Fröbel, nachdem er bereits Gott abgeſchafft hat, doch immer wieder die bei dem Wort „Gott“ als Repräſentant der höchſten Selbſtherrlichkeit brauchen kann! Unbegreiflich!) Die Beſtimmung des Menſchen d. h. des ſozialiſtiſch-demokratiſchen Menſchen des Hrn. Fröbel, iſt: auf Erden ein voller Menſch zu ſein, alles zu werden, wozu er die Fähigkeiten in ſich trägt, alles zu thun und zu genießen, was er vermag, kurz, ſich völlig auszuleben, um zwar als ein freier Menſch, als ein Weſen, das nur ſeinem eigenen Willen, ſeinen ſelbſtgegebenen Geſetze gehorcht. Das iſt die demokratiſch-ſozialiſtiſche Beſtimmung des Menſchen! (Das klinge gar nicht übel, allein Hr. Fröbel hat bei dieſer Deduktion Eins vergeſſen, das nämlich, daß ein altes bewährtes Sprichwort ſagt, „viel Köpf, viel Sinn“, und daß ſelbſtſinnige und Einzelintereſſe nicht vereinbar ſind mit dem harmoniſchen Lebensbeſtimmung kann wohl ein Robinſon exiſtiren, aber nicht einmal zwei Menſchen können nach ſolchen Grundſätzen neben einander leben.

Von der moraliſchen Seite derſelben kann die Rede nicht ſein, da die demokratiſch-ſozialiſtiſche Politik des Hrn. Fröbel von der Moral gänzlich umgang nimmt, wie weiter unten erhellen wird.) — Dem Beſonderen geht Hr. Fröbel auf das Allgemeine über, zum Menſchen auf den Staat. Wodurch entſteht der Staat des Hrn. Fröbel? Hrn. Fröbels wahrer Staat entſteht dadurch, daß freie Menſchen, die mit einander denſelben Zweck haben — nämlich ſich ſelbſt Zweck zu ſein und ihre obenangeführte „Beſtimmung“ anzuſtreben, in einem beſtimmten Lande zuſammentreten. (Wir ſind ſehr begierig, in welchen „beſtimmten“ Lande Hr. Fröbel „mehrere“ Menſchen zuſammenkommen laſſen will, um dieſen „zuſammentretenden“ Staate betheiligen ſich alle „mündigen“ Mitglieder (das iſt aber gegen das Prinzip der Freiheit; warum ſollen die Unmündigen, die Säuglinge ꝛc. ausgeſchloſſen ſein?) an der Geſetzgebung, weil nur derjenige ein wirklicher und freier Staatsbürger iſt, der auch an der Geſetzgebung ſich betheiligt, ja daß dieſe Geſetze zugleich auch ſeine eigenen Geſetze ſind, und er, wie er ſelbſt ſagt, ſich ſelbſt ſeinen eigenen Geſetzen gehorcht. Da aber vorausſichtlich bei keiner Anzahl von Stichelſtellungsgebern auf keine Stimmeneinheit zu rechnen iſt, ſo muß der Wille der Mehrheit gelten, und die Minderheit ſich fügen oder auswandern! (Alſo eine permanente Völkerwanderung, denn in einem Fröbel'ſchen Staate kann weder, noch darf von einer Fügung die Rede ſein, indem dadurch die Selbſtherrlichkeit des Einzelnen — das Ziel und Ende ſeiner Beſtimmung — verloren geht, ſonach wäre ſtatt fügen auch auswandern nur ein Drittes denkbar, und das wäre der Bürgerkrieg.) Dieß ſcheint auch der Solon der Jetztzeit, Hr. Fröbel, ſchon eingeſehen zu haben, indem er ſagt: Die Minderheit hat ſtets das Recht danach zu ſtreben, daß ihre Meinung die Oberhand gewinne und die Mehrheit werde. Streitt ſie aber zu Gewaltmitteln, ſo iſt ſie wie jeder äußerer Feind zu bekämpfen, weil ſie den freien Staaten keinen Hochverrath mehr gibt, ſondern nur politiſche Parteien. (Allerdings kann in dem „freien Staate“ des Hrn. Fröbel kein Hochverrath mehr vorkommen, da der formwährende Kampf der politiſchen Meinungen auch mit materiellen Waffen durch die Einrichtung dieſes Staats gewiſſermaßen gewährleiſtet iſt.) — Die Theilnahme der „mündigen“ Staatsglieder an der Geſetzgebung ſoll eine direkte ſein, ſie aber nur auf die Grundgeſetzgebung beſchränken, deren weitere Entwicklung der von dem Volke eingeſetzten Regierung anheimfällt, welches Geſchäft natürlich durch die permanenten Parteikämpfe außerordentlich gefördert werden dürfte. „Bis jetzt iſt in der Welt noch nirgends ein ſolcher wahrhaft menſchlicher freier Staat da geweſen,“ ſagt Hr. Fröbel ſelbſt ſo, und das glauben wir ihm bereitwillig gern; eben ſo feſt glauben wir aber auch, daß auch die ein ſolcher Staat nie exiſtiren wird, noch exiſtiren kann. Indeſſen glaubt Hr. Fröbel in der nordamerikaniſchen Verfaſſung eine kleine Annäherung zu ihrem Ideale zu entdecken. Allein auch dieſe Verfaſſung trägt noch jene Elemente in ſich, auf welchen hauptſächlich alle bisherigen Staaten gegründet ſind, nämlich die Familie und das Privateigenthum. Auf dieſen ſind die letzten Gemeindeeinrichtungen, ſowie aus dem verſchiedenen Maß der väterlichen Verſchen, und aus dem Eigenthümer eines Stückes Landes der Eigenthümer eines Landes nebſt deſſen Bewohnern hervorgegangen. Da ſonach Familie und Privateigenthum Ueberbleibſel der Autoritätsſtaaten ſind (weiter nichts?), welche auch die jetzt beſtehenden Republiken hindern, zur wahren Freiheit des wahren Staates fortzuſchreiten, ſo müſſen dieſelben aufgehoben werden. Um dieſe Zwecke zu erreichen iſt vor allem die Emancipation der Frauen nöthig, ſo wie die Abſchaffung der Ehe. Die Nothwendigkeit dieſer beiden einfachen „Maßregeln“ bedingt Hr. Fröbel äußerſt ſinnreich aus den Ueberbleibſeln der monarchiſchen Staatsform. In dieſer, ſagt der neue Apoſtel, iſt nur der Monarch frei, alle anderen ſind Sklaven. Die Monarchie iſt eine Art der Sklaverei u. ſ. w. Ueber der „Republik“ dagegen ſchwebt die Ariſtokratie, weil eine gewiſſe Anzahl von Mitgliedern an der Geſetzgebung Theil nimmt; im Ganzen aber iſt ſie eine andere Art von Stallfütterung auf Aktien. Die konſtitutionelle Monarchie aber iſt ein unſeliger Verſuch, Autorität und Freiheit mit einander zu vereinigen. Nur die Republik iſt die wahre Form, aber gerade die volle demokratiſche Republik, wie ſie Hr. Fröbel noch nirgends gefunden. In dieſer exiſt bekommt das Weib dieſelben Rechten, wie der Mann, und kann an allen Geſchäften des Lebens Theil nehmen, zu welchen es ſich fähig fühlt. Da aber das Weib die emanzipirt ſein kann, ſo lange die Ehe exiſtirt, ſo muß dieſes Inſtitut fallen, und der Verkehr der Geſchlechter unabhängig frei ſein, nur auf Liebe und Neigung begründet — ſo lange dieſe vorhanden. — Deshalb iſt aber auch nothwendig, daß das Weib Beſitz habe, um ſelbſtſtändig, frei ſein zu können. Die Kinder, die aus dem „unrechtmäßigen Verkehre“ beider Geſchlechter entſtehen, werden von den Eltern erzähpt, oder wenn dieſe ſie nicht ernähren können, vom Staate. (Von Erziehung der Kinder iſt natürlich keine Rede — der „Inſtinkt“ hat nicht beſtimmt was werden und was ſollen die Kinder auch lernen? Religion? — Moral? Dieſe kennt man in Hrn. Fröbels „Staate“ nicht. Ein Handwerk? Wozu? Die politiſchen Parteikämpfe werden ihm keine Zeit übrigaſſen ſich mit Arbeit zu beſaſſen, und ſollten ihm dieſe noch einige Zeit übrigſaſſen, dann hat er mit ſeiner Selbſtgeſetzgebung, d. i. mit der Befriedigung ſeines „Inſtinkts“ überfüllt zu thun.) Folgerichtig mit der Aufhebung der Familie muß auch das Erbrecht fallen, denn da die Kinder nicht mehr Erben des Vaters ſind, ſo exiſtirt auch kein Beſitz mehr. Mit dem Tode des Einzelnen iſt auch ſein Beſitz erloſchen, von Erbſchaft kann keine Rede ſein; der Beſitz fällt nach dem

Jede dis Eigenthümers an den Staat zurück, der ein.n Anderen damit belehnt. (Das wäre also eine neue Art von Vasallenschaft!) Somit erhält jeder mündige Staatsbürger mit seinem 20. Jahre ein entsprechendes Eigenthum, das er zu seinem Unterhalte frei benützt. Gewinnt er mehr damit, als er vermöge seiner Arbeitsweise für sich braucht, so nimmt ihm der Staat durch eine progressive Einkommensteuer seinen Ueberfluß wieder ab; verliert er seinen Besitz, so erwährt ihn der Staat. (Sonach ein Staat von Faulenzern, indem jeder Tauzenichts so bald wie möglich mit seinem Eigenthum fleißig werden wird, um „Staatsprosumtar" zu werden. Woher aber der „Staat" die Mittel nimmt, seine Staatsbürger zu ernähren, wird nicht angegeben.) Wir haben schon oben angeführt, daß alle Uebrecht aufhören müsse; diese Maßregel wird an einer andern Stelle so motivirt: „Die Vererbung der Güter ist für das klare Bewußtsein ohne Sinn", denn diese gast auf denselben Prämissen hervor, wie die Gehässigkeit der politischen Gewalt, und der Erbadel z. B. Man kann dabei, ohne inkonsequent zu sein, nicht ein und dasselbe Prinzip bald verwerfen und bald billigen. —

In Kurzem wollen wir nun nochmals die Absichten und Mittel zusammenfassen, welche die Führer der demokratisch-sozialen Partei für ihre Zwecke direkt bieten: Die bösen Abschaffung des Glaubens an Gott, des Glaubens an die Unsterblichkeit, tiefste Unsittlichung des Menschen durch Aufhebung der Ehe, der Familie; Zerstörung alles Besitzes.

Wir überlassen es unseren Lesern, die Konsequenzen dieses Systems selbst zu entwickeln; sie liegen nahe und sind so bestimmt aussprechen, daß weitere Andeutungen überflüssig sind. Einen müssen wir aber Herrn Fröbel danken, daß er so offen und unverhohlen die Grundsätzen seiner Partei verössentlichte hat, und brauchen nur mit ihm diese, daß jeder, der sich einen ehrlichen Demokraten nennt, diese Grundsätze seiner Partei genau prüfen, und sich dann entscheiden möge. Auch unsere bayerischen Wahlmänner werden denselben die gebührende Beachtung nicht versagen.

Deutschland.

Oesterreich. — * **Wien**, 29. Nov. Bei der gestern abgehaltenen Versammlung der hiesigen Wähler nach Frankfurt waren die österreichischen Deputirten Mühlfeld, Giger und Mayern anwesend. Man beschloß gegen die in den §§. 2 und 3 der Reichsverfassung enthaltenen Bestimmungen zu protestiren und auf eine Abänderung derselben zu dringen. In einer demnächst wieder abzuhaltenden Versammlung sollte eine Adresse in diesem Sinne entworfen werden. — Die Rational-Bankrekretion überreichte heute dem Fürsten Windischgrätz eine Dankadresse. — (Börs.) Bei geringem Geschäft hielten sich Fonds und Eisenbahnen still; Devisen und Gold sind neuerdings gewichen, jedoch fast ohne Umsatz. 5% Metall. 79½, 4% 65, 2½% 41, Bankaktien 1100, Lose von 1834 135, Devisen von 1839 90, Ducaten bahn 99½, Napoleons 66, Souverains 95, Pfeffer 84, Livornese 64½, Ling-Budweiser —.

Italien.

Kirchenstaat. — Rom, 17. Nov. Wir haben gestern und vorgestern Gelegenheit beobachtet, die ganz den Fortschritten der Civilisation in unserm Jahrhundert entsprechen. Mittwoch (den 15.) Nachmittags 1 Uhr sollten die römischen Kammern eröffnet werden. Rossi wollte der Feierlichkeit beiwohnen. In seinem Wagen fuhr er nach dem Ständehaus, begleitet von mehreren Garde-Dragonern. Die Wenge jubelte ihm nicht erhalten, sondern flog an dem Fuße der großen Treppe aus. Sobald sank er nieder, getroffen von einem Dolchstoß in die linke Seite des Halses. Das Volk, durch Zeitungsblätter auf die Grossthat vorbereitet, blieb ganz ruhig; auch die bewaffnete Macht ließ sich nichts merken. Der savonese Minister wurde von zwei Männern unter beiden Armen ergriffen und in einem der Gemächer des ersten Stocks niedergesetzt, wo er nach vor der Anwesenheit des Gräflichen sogleich verschied. In der Stadt wurde das Ereigniß ruhig aufgenommen. Man nannte es ein accidente, wie jedes andere. Die meisten beruhigten sich damit, er sei ein Verräther und habe sein Schicksal verdient. Andere: er habe das Volk durch schmachtige Unterdrückung von Militärsklaven gereizt. Le sangue di porco (es ist das Blut eines Schweins), sagte ein Dritter. Der wahre Grund des Hasses war aber der Verlust, Mode und Gesetzlichkeit wiederhergestellen. Die Thäter werden allgemein genannt, und der politische Klub, welcher die ganze Sache geleitet hatte, war im caffe delle Arti zahlreich versammelt. Mit einbrechender Nacht wurde zur Feier des Geschehenen ein großer Umzug mit Fackeln und Fahnen gehalten. Die Partei, welche ihre Absichten durch Mord zu erreichen in Vereinigung mit den bewaffneten Macht. Man schrie: Viva Pio IX.! Viva questa manno che ha trucidato il ministro traditore! (Es lebe Pius IX.! Es lebe die Hand, die den verrätherischen Minister umgebracht hat!) Die Luft zitterte vor all dem Jubel über den blutroth anbrechenden Freiheitsmorgen. Am folgenden Tag (dem 16.) las ich an der Thüre des genannten Cafe die Forderungen jener Freiheitsmänner, die sich Demokratisten nennen. Die Errungenschaften der „Volkserhebung" nennen wirdre: Zusammenberufung einer Consiliuante für Herstellung einer Föderativ-Verfassung Italiens; Fortsetzung des Krieges gegen Oesterreich; ein Volksministerium mit Mamiani und Sterbini, die man mit Lebru-Rollin und Ledru-Rollin vergleichen kann. Der Aufruf schloß mit Verstärkungen der Loyalität gegen Pio IX., mit Volksfestungen der edlen italienischen Nationalität: Mostriamo al mondo, che corre ancora nei nostri veni quel antico sangue repubblicano dei Cincinnati e dei Catoni (zeigen wir der Welt, daß noch in unsern Adern fließt das republikanische Blut der Cinzinnate und Katone!) — Jam vera rerum vocabula amissimus (die eigentlichen Worte sind uns entfallen), sagt Sallust bei einer ähnlichen Gelegenheit. Dergleichen Verdolmetsche kennte Niemand widersetzen. Alles verlief den Bach, Karbonäle, Karabinäre, und so blieb ihm nichts übrig, als jene Forderungen zu genehmigen und Alles zu bewilligen. Die Sturmpetitionen wurden durch vierzig der edelsten Italiener überbracht. Man glaubte, es könnte Widerstand stattfinden, daher waren alle Fenster zu. Die bunten Schweizer schlossen in der That den Quirinal, wo der Papst residirt, ab, schlugen auch einige mit ihren Hellebarden in die Flucht. Seger erzingen den Sieg. Nein in der Hauptstellung der Feindseligkeiten, um das wertvolle Blut der Söhne Italiens nicht vergebens zu vergießen. Und so ging die Sache zu Ende. Viva il buono santo Padre! (Es lebe der gute heilige Vater!) Rossi wird irregendwo im Stillen verscharrt werden, um ja die proeli d'Italia (die tapfern Italiener) nicht zu provoctten.

Neapel, 14. Nov. Noch immer hat die sizilische Frage noch den geringsten Schritt vorwärts oder rückwärts gethan. Alles ist im vollkommensten Statuéquo: welche Absichten König und Minister haben, mag der Himmel wissen: ich glaube, sie selbst wissen es bereits nicht. — Gestern ist der englische Gesandte, Temple, nach langer Abwesenheit wieder angekommen. Da seine Erscheinung irgend eine Entscheidung bringen wird, muß sich man bald zeigen. Jedenfalls sind die beiden in Messina liegenden Schweizer-Regimenter eben im Begriff, sich dort winterlich einzurichten, worauf sie bisher nicht gerechnet hatten. Der französische Admiral Baudin, von seinen Geschwader nur noch wenige Schiffe hier vor Anker liegen, ist eben erst von einer Rundfahrt nach Palermo, Messina, Syrakus, Catania zurückgekehrt; es heißt, er werde die nächsten seiner Schiffe in der nahen Bucht von Baja übernimmen, daß englische Geschwader noch um mehrere Linienschiffe verstärkt werden. Die Anwesenheit dieser allerdings nicht sehr freundlich dreinsehenden schwimmenden Batterien soll bei Hofe viel böses Blut machen und zu mehr als einer Protestation Anlaß gegeben haben. In diesen Sinne werden denn auch von Vielen die manchfachen Vertheidigungsanstalten gedeutet, die seit fast elf einiger Zeit an Castell und an Fond der Stadt und ihrer Umgebung treffen sehen. Neue Batterien erheben sie da und dort, offene, wie verdeckte; täglich werden lange Züge von Kanonen aller Art, Kriegsmunition u. dgl. hin- und hergeschleppt, aber viele dieser Frauenzimmer erscheinen auch in einer die Stadt betreffenden Richtung auf den Kastellen, wo man früher deren keine gesehen, zum großen Schrecken der zunächst davon betroffenen Umwohnerschaft; so in der die ganze Stadt beherrschenden Sct. Elmo, so auf den runden Thürmen des Castel nuovo, wo eben jetzt gewisse leichte Bruttvorthren abgerissen wurden, um Kanonen Platz zu machen. Eine eigene Kommission von Genie- und Artillerieoffizieren ist niedergesetzt, um all' diese Anstalten zu leiten, wo denn überhaupt in allen Zweigen militärischer Rüstungen die regste Thätigkeit herrscht. Der König selbst ist fortwährend um die eigentlichen Sinne des Worts der Gefangene seiner Camarilla und der Offiziere, insbesondere seiner Garde, die trotz den Einladungen bester gesinnter Bürde ihm die Straßen der Stadt nicht betreten lassen. Die geringsten Anlässe, sächerliche Gerüchte werden benützt, ihn von fortwährender Revolution, in Lebensgefahr schwebend zu erhalten, um Bubikum aber durch drohende militärische Maßregeln Stoff zur Verwunderung, ebenso aber auch zu immer tiefer getriebenen Haß zu geben. Mehr als ein Fall empörender Brutalität der Soldaten (und zwar immer der Garde) wäre zu melden. Die Provinzen sind bereits so ziemlich ruhig, viele und die zahlreiche Räuberbanden daselbst in mehreren der gebirgigen Theile des Königreichs, in Calabrien insbesondere; ihre Verfolgung und Vernichtung, oft nach hartnäckigem Kampfe, gibt der Nationalgarde manchen Obtschaften, im Vereine mit Linien und Gendarmen, viel zu thun, und dieß ist auch der fast ausschließliche Stoff, womit uns fast in jeder Nummer unser der Rubrik „Innres" die Staatszeitung unterhält. Die Partei des Fortschritts, gemäßigte wie radikale, verhält sich vorerst schweigend und duldend, stimmt allem zu, was sich hier zu ihrem Vortheile kehren will, und so können die Dinge hier binnen Bestand haben. Alles ist nun gespannt auf den für Ende dieses Monats festgesetzten Zusammentritt der Kammern: wird es dann kommen oder nicht? ist vorerst Aller Frage. Heute haben die Ernennungswahlen begonnen, über die Ergebnisse ist noch nichts zu melden. — Der wenigen Tagen ist Herr Hudson wieder von hier abgereist, und mehr als Ankunft und Abreise ließe sich kaum von seiner Erscheinung in der hiesigen diplomatischen Welt melden; möge es bald anders werden! Der lebhafte deutsche Partikularkatrismus hat es nicht einmal dazu gebracht, seine Anwesenheit durch ein beschriebenes Gastmahl zu feiern. (In Rom gab der K. württembergischen Geschäftsträger, Herr v. Rohl, ein diplomatisches Diner zu Ehren des daselbst eingetroffenen Herzogen Ernst.) (Schw. M.)

Schweiz.

Tessin. Die N. Z. Z. läßt sich von einem in Chiasso niedergelassenen deutschen Schweizer schreiben, daß er am 22. d. in Chiasso zu unangenehmen Auftritten zwischen Bürgern und Militärs vom St. Gallischen Bataillon Nr. 88 gekommen sei. Mehrere Offiziere dieses Bataillons gehen nicht nur oft auf Besuch über die Grenze, sondern sie sollen auch österreichische Offiziere auf schweizerisches Gebiet zu sich einladen. Am 22. seien 7 österreichische Offiziere in Begleit von zwei bewaffneten österreichischen Soldaten über die Grenze gekommen und seien von Offizieren des Bataillons Nr. 88 bewirthet worden. Als die österreichischen Offiziere abzogen, sollen einige Knaben gerufen haben. Hr. Major Wirz gab Befehl, diese festzunehmen, worauf ein ziemlicher Auflauf entstand, der leicht zu Blutvergießen hätte führen können. Das Volk räumte aber den Platz, als die

abgendssischen Soldaten sich anschicken, denselben mit gefälltem Bajonette zu räumen.

Frankreich.

△ **Paris**, 25. Novbr. Die Debatte über die gegen den General Cavaignac von vier Mitgliedern der frühern Exekutivkommission (Garnier Pagès, Duclerc, Barthelemy St. Hilaire und Pagnerre) vorgebrachten Anschuldigungen, als habe er in den Junitagen Paris nicht hinreichend mit Truppen besetzt und die Barrikaden zu spät angegriffen, um dann sich mit einem Schlage der Gewalt zu bemächtigen, hat heute begonnen. Die öffentlichen Zuhörern sind überfüllt mit Zuhörern. Auch vor dem Palaste der Nationalversammlung bemerkt man zahlreiche Gruppen, die aber darum los zu sein scheinen. Das Innere des Palastes, die Höfe sind mit Truppen dicht besetzt, um jeden Versuch gegen die Versammlung kräftig sogleich zurückweisen zu können. Vor demselben unten an der Treppe gegen die Centrochrstraße zu sind zwei kleine Geschütze aufgefahren. General Cavaignac begann mit der Erklärung, daß er nur mit den vier genannten Mitgliedern der Exekutivkommission, nicht mit dieser als solcher zu thun habe. Er fragte diese Herren, ob sie etwas gesagt oder mitgetheilt haben, das zu den gehässigen Verläumdungen und Anklagen gegen ihn habe all Grund hienen können. Er fragt, was sie selbst von diesen Anschuldigungen denken? (Bewegung.) Hr. Barthelemy St. Hilaire: Ter Debatte besserer allerings zwischen der Exekutivkommission und dem General Cavaignac. (Neue Bewegung.) Ersterer habe lange geschwiegen im Interesse der Republik und der Ordnung; aber da man sie herausfordere, so könne sie nicht länger schweigen; die Verantwortlichkeit für die Folgen überlasse sie aber denen, welchen sie gebürte. Schon vor zwei Monaten haben wir, sagt der Redner, die von und gesährdrene Stellung der Junicreinigte auf Republikanern, darunter mehreren Freunden des Generals Cavaignac mitgetheilt, und wir beziehen uns heut, einige Blätter dieser Geschichte zu lesen, die der Verhandlung zur Grundlage dienen können. Die Exekutivkommission wollte nach dem Beschlusse der Ludwig Napoleon sich zurückziehen, doch auf Antrungen mehrerer Mitglieder des Vereins vom Palais National, der Minister, und besonders des Generals Cavaignac, der sich durch seine lebhaftigkeit bemerklich machte, entschloß sie sich zu bleiben. Inzwischen wurden die Ereignisse immer bedrohlicher, die Exekutivkommission vernachlässigte nichts, um neuen Bürgerkrieg vorzubeugen, und die Ruhestörer durch Entfaltung bedeutender Macht einzuschüchtern. Die Zusammenziehung von 45000 Mann in Paris oder dessen Umgegend und die Herbeirufung einer Division des Alpenheeres wurde verabredet, namentlich Hr. v. Lamartine drang darauf bei General Cavaignac. Indeß war es der Exekutivkommission bis 23. Juni unmöglich, durch öffentliche Akten die genaue Stärke der zu Paris befindlichen Truppen zu erfahren. Sie hatte nichts verabsäumt, das Heer der Ordnung zu verstärken, den Aufstand zu entmuthigen; außerdem hatte sie die republikanische Garde vorzugsweise, beschleichen die Garde der Polizeipräfektur. Allein wie der Redner nun zu beweisen sucht durch nähered Eingehen in den Verlauf des Aufstandes, die so verschuldet gewachten Streitkräfte wurden von General nicht benützt, diesem wird die Absicht unterstellt, nur die Exekutivkommission zu beseitigen und dabei Hrn. Pascal Duprat Schuld gegeben, durch seine Ränke dem General zu Aufführung seines Vorhabens behilflich gewesen zu sein. (Hr. Pascal Duprat erklärt, auf diese Verläumdungen antworten zu wollen.) Hr. Barthelemy St. Hilaire erzählt weiter, wie man am 23. wiederholt in den General Cavaignac gedrungen sei, entlich anzugreifen, derselbe aber geantwortet habe: „Glaubt Ihr, ich sei hier, um eure Passionen zu verdienen, eure Nationalgarde; sie mag ihre Bouzigen selbst verbrei-igen, wie sie 1830 und im Februar 1848 gethan hat. Ich will mich nicht einer solchen Schmach aussetzen, meine Kompagnien entwaffnet zu sehen.“ Als man noch hitziger in ihn drang, hätte er hinzugesagt: „Was kümmerts mich, wenn die Aufständischen Herrn von Paris sind: ich werde mich in die Ebene (vom St. Denis?) zurückziehen und ihnen eine Schlacht liefern.“ Inzwischen habe die Zuversicht des Generals schon eine Stunde nachher gewaltig abgenommen gehabt, denn man habe ihn plötzlich ausrufen hören: „das ist keine Emeute, sondern eine Revolution. In 2 Stunden werden die Insurgenten hier (in der Nationalversammlung) sein.“ Inzwischen hatten die Freunde des Generals das Ziel ihrer Bemühungen erreicht. Auf Verlangen des Hrn. Pascal Duprat war von der Nationalversammlung zusammengetreten und alle Gewalt wurde auf das Verlangen des Hrn. Pascal Duprat in den Händen des Generals Cavaignac vereinigt. Diese Thatsachen werden jetzt als eine Entschuldung erscheinen, aber sie seien nur die volle, genaue Wahrheit. (Aufregung auf allen Bänken.) General Cavaignac sagt, bevor er antworte, ob man noch etwas Neues hinzuzufügen habe. Er habe den schon vorgelesenen Artikeln auch der Gesetzlichkeit Zumaß gegeben. Wenn die Mitglieder der Exekutivkommission noch etwas beizufügen haben, möchten sie es thun, damit er auf alles auf einmal antworten könne. Hr. Garnier Pagès: die von Hrn. Barthelemy St. Hilaire vorgebrachten Thatsachen seien nur die hauptsächlichsten; er könne nicht sagen, daß im Laufe der Verhandlung nicht noch neue vorgebracht werden; Hr. Cavaignac möge einstweilen auf diese antworten. General Cavaignac erklärt, er schuldige die Kommission nicht an, er habe ihre Befehle vollzogen. Wenn jemand sagen könne, er habe die Exekutivkommission angegriffen, so möge er sich erheben. (Niemand erhebt sich.) Also bestehe die Debatte bloß zwischen ihm und den Herren Garnier Pagès, Duclerc, Pagnerre und St. Hilaire. Der General geht nun auf die Thatsachen vom 17. Mai an ein, an welchem Tage er in Paris angekommen war. An der Sitzung der Rezierung nahm er daß Portefeuille des Kriegs an. Er war es, der den Effektivstand der Besatzung von Paris auf 20000 Mann festsetzte. Jedermann sei damals von der Gefahr überzeugt gewesen, die Truppen zu Paris schwankten zu lassen. Er habe indessen unter einem Datum, das er nicht genau anzugeben vermöge — Hr. St. Hilaire, der geschichtliche Absrisse mache, könne es vielleicht bestimmter angeben — Befehl erhalten, die Besatzung auf 25000 Mann zu bringen. Ferner entschied man sich dafür, daß ein Theil der Reservedivision des Alpenheeres am Aufgange der Eisenbahn von Bourges versammelt stehen sollte. Am Abende des Abstimtags habe Hr. v. Lamartine ihm offenbart, ob diese Truppen ankommen würden; persönlich habe ihm von einem bevorstehenden Kampfe gesprochen. Er habe Hrn. v. Lamartine geantwortet, die Befehle seien gegeben. Die Wächter von Paris habe er nicht als realemäßige Truppen gezählt. Er habe also für den Fall eines Kampfes 50,000 Mann um Paris sammeln zu können gedacht. Hr. St. Hilaire scheine verstehen zu geben, als habe er (Cavaignac) nicht gehorchen wollen. Allein damit beschuldige er entweder der Ungeschicklichkeit und Unfähigkeit oder der Ebrsucht, und in diesem Falle dürfe er seine Ehre zu vertheidigen. Für den ersteganannten Fall könnte er eine Advokaten-Antwort geben, die aber nicht die eines Soldaten wäre. (Zurus.) Er erinnert hier an die von ihm mit General Bedeau getroffenen Maßregeln zu Unterbringung der Truppen in den Kasernen. (General Bedeau erklärt Cavaignac's Angabe für richtig.) General Cavaignac erklärt, wie er Regimenter, deren Gesinnung zu Paris so nothwendig schien, in benachbarte Städte wegschicken konnte. In diesen Regimentern gab es Depot-Bataillons, die aus Rekruten bestanden, für deren Einübung und militärische Unterweisung friedliche Garnisonen besser geeignet waren. In den Kasernen von Paris war nur Platz für 14 Regimenter, weil die Mobilgarde einen Theil der Kasernen inne hatte. Die zu Paris befindlichen Reiterregimenter hatten gleichfalls ihre Depotleute, die man gewissermaßen „unprobaltne“ nennen könne. Diese beute habe er von Paris weggeschickt, und 4 Kriegsbataillone dafür dieher kommen lassen. Der General gibt hier genau die Marschdaten der Regimenter an. Der Kampf fand vor der Thüre, aber den Tag dafür konnte man unmöglich bestimmen. „Ich hatte daher Befehl gegeben, — fährt er fort — daß nie ein Bataillon abmarschiren sollte, bevor ein ganzes Schutz- Kommando Bataillon im Bleibschloß der Stadt angekommen wäre. Ich wollte, daß 16 Regimenter stets zu Paris stünden, es war dies für mich eine heilige Zahl. Diese Vorsichtsmaßregeln geben hervor aus den gegebenen Befehlen, die sich unter ihrem Datum im Kriegsministerium wieder auffinden lassen. Am 22. Juni standen 25,000 Mann zu Paris und 29.029 Mann zwischen St. Germain und Paris, wie sich aus den Provianistlisten jenes Tages ergibt. Was geschehen, habe also mit dem Gedanken des Hrn. v. Lamartine entsprochen. Was die um einige Stunden verspätete Ankunft eines Regiments anlangt, so weiß der General darauf hin, daß er Befehle erhielt von der Exekutiv-Kommission, vom Maire von Paris, vom Polizeipräfekten, und diese Befehle widersprachen sich nicht selten. (Postschluß.)

Nachschrift.

Brandenburg, 27. Nov. Die heute eröffnete Nationalversammlung zählt nur 154 Abgeordnete, ist demnach nicht beschlussfähig. Dieselbe wurde auf morgen vertagt.

Berlin, 28. Nov. Durch eine Bekanntmachung des Generals Wrangel wird der Zusammentritt einzelner Abgeordneten, weil die Versammlung in Brandenburg eröffnet sei, verboten.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 29. Nov. **Oesterr. Spros.** Metall. 69½, Aprog. 57, 3prog. —. 2½prog. 35½; Bankaktien 1163. G. 500 fl.-Loose 118 P. 250 fl.-Loose 79½. — **Preuß.** 5% Prz.-Prämienscheine —. P. — G. **Staatsschuldscheine** 3½prog. 76½; **Bayer.** 3½prog. 75½. — **Badens** Bordoch. 65½. — **Württemberg.** 3½prog. 75½, 4½prog. 93½. — **Bad.** 3½prog. 72½. — **Loto-Anlehen** v. 50 fl. 45½. 35 fl.-Loose 26. — **Darmstädt.** 3½prog. 74½, 4prog. 84½. **Loto-Anlehen** von 50 fl. 60, 25 fl.-Loose 21½. — **Kurhessl. Friedr.-Wilh.-Nordb.** 39½. 40 Thlr.-Loos 25½. — **Nassau** 3½prog. 79½. 25 fl.-Loose 20½. — **Frankf.** 3prog 77½, 3½prog. 90½, 67½. — **Taunusbahn** 269 — **Holländ. Integr.** 45½. — **Span. 3prog. innere Schuld** 18½. — **Pol.** 300 fl.-Loose — 500 fl.-Loose 68½. — **Sardin.** 36 Fr.-Loose 25½. **Diese.** —.

Paris, 27. Nov. 3prog. 42.65. 5prog. 65.15. **Schatzsch.** —. **Bankaktien** 1335.—. **Eisenbahnaktien** 1130. **Vier Kanäle** —.—. **Comptr. von Algier** —. **Belg. 3prog. von 1840** —. **von 1842** —. 4½prog. —. 3prog. —. 2½prog. —. **Belg. Sant 640. Neap. 3prog.** —.—. **Röm. 3prog.** 63½. **Span. 3prog.** —. **Alttoe** —. **Passive** —. 5%prog. —. **Haiti** —. **St. Germain** —.—. **Berlinlos (recht)** 102.50. (link) 95.—. **Orleans** 596.25. **Rouen** 355.—. **Havre** 157.50. **Metalliq** 155.—. **Basel** 77.50 **Bietzon** 216.25. **Boulogne** —.—. **Gordeaux** 365.—. **Nordbahn** 343.75. **Montereau** 100.—. **Lyon** 357.50. **Straßburg** 326.25. **Nantes** 310.—. **Dieppe** —.—. **Seeaur** —.—. **Montpellier** —.—. **La Teste** —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Freitag, den 1. Dezember 1848.

Deutschland.

Bayern. ** München, 30. November. Folgendes sind die Namen der in den 46 Wahlbezirken unserer Haupt- und Residenzstadt heute gewählten Wahlmänner, welche nun am kommenden 7. Dezember die 3 Abgeordneten wählen werden, die München zum Landtage sendet. Die Ziffern bezeichnen die Nummern der Wahlbezirke. 1. Die Herren: Haindl, Xaver, königl. Münzwardein. Groß, Ferd., Kaufmann. Ferd. v. Verdenfeld, königl. Staatsminister des Innern. Widmayr, Heinrich, Kunsthändler. 2. Die Herren: Tenzel, Philipp, Parapluiefabrikant. Kerdel, Georg, Juwelier. Eringer, J. K., Mannheimerkoch. Erdtr, Karl, Schuhmacher. 3. Die Herren: Brandberger, Karl, Kaufmann. Riederer, Karl, Kaufm. Wimmer, Jos. Ulrmacher. Schauer, Wilh., Juwelier. 4. Die Herren: Weinhauer, Karl, Hofsilberarbeiter. Maurer, Jos., Baumeister, Lallein, Joh. B., Drechslermeister. Baumgartner, Balthasar, Taschnermeister. 5. Die Herren: Koch, Johann Nep., Lebermeister. Fischer, Gottfried. Baumeister. Fedrel, Joseph, königl. Zwirlmeister. Arnold, Georg, Glasermeister. 6. Die Herren: Schwarzmann, F. X., Weißgerber. Kobarich, Joseph, Sattlermeister. Fürst, Michael, Privatier. Keller, Hermann, königl. Regiments-Quartiermeister. 7. Die Herren: Alederer, F. A., Kaufmann. Felterer, Joh. Nep., Landarzt. Dr. Dallmayr, praktischer Arzt. Sturzer, August, Kaufmann. 8. Die Herren: Lang, Eberhard, Fellenbauer. Dr. Ramofer, Georg, Stadtvikarer. Höß, Georg, bürgerl. Oekonom. Gleißner, Paul, Färbermeister. 9. Die Herren: Reisyal, Karl jun., Kaufmann. Dr. Schlichtörle, königl. Advokat. Pasch, Karl, Kaufmann. Weishaupt, Maximilian, Silberarbeiter. 10. Die Herren: Flohmann, Simp., Bierbrauer. Seidmair, Andreas, Feilenhauer. Strunz, Jos. Hartmann, königl. Hofsattelmeister. Aub, Dar., Seifensieder. 11. Die Herren: Lipp, Joachim, Spiritusfabrikant. v. Maurer, Jos., Maltefabrikant. Schmidt, Robert, Redakteur. Rindpader, Karl, Wachszieherfabrikant. 12. Die Herren: Stadt, Peter, Hafnermeister. Tarenberger, Kupferschmiedmeister, Tiefenbrunner, Georg, Instrumentenmacher. Kaulinger, Johann Nep., Seilermeister. 13. Die Herren: Seelsmarer, Joseph, Brauer. Leonner, Franz, Kaufmann. Latmer, Johann Nep., Kaufmann. Jebendbauer, Kaufmann. 14. Die Herren: Wogl, Xav., Schlossermeister. Engel, Franz Xav., Kaufmann. Klaufner, Ferdinand, Kaufmann. Schmid, Andreas, Radermeister. 15. Die Herren: Glint, Leonhard, Kistermeister. Pössenbacher, Joseph, Scheinermeister. Schönborn, Joseph, Juwelier. Veitbach, Georg Dr., königl. Rektor. 16. Die Herren: Sauer, Friedrich, Buchbinder. Wolf, Joseph Dr., Rechtskonsulent. Strasser, Joseph, Silberarbeiter. Stumpf, Joseph, Bürstenmacher. 17. Die Herren: Mayer, David, Bäckermeister. Schröder, Richard, Kupferschmiedsbesitzer. Hacker, Anton, Schlossermeister. Mayr, Roman, Kaufmann. 18. Die Herren: Scheimair, Gabriel, Brauer. Obermeyner, Joseph, Apotheker. Rosenlehner, Franz Seraph, Eisenhändler. Simmel, Joseph, Rechtskonsulent und Hausbesitzer. 19. Die Herren: Ganber, Jakob, Glasermeister. Ritter, Alois, Schreinermeister. Quellhorst, Eduard, Juwelier. Halbreiter, Michael Dr., prakt. Arzt und Gutsbesitzer. 20. Die Herren: Leichlein, Joseph, Kandirer. Wengert, J. Ph., Glaser. Hierneip, Karl, königl. Rath und Advokat. Kog, Joseph, Taschnermeister. 21. Die Herren: Jank, Ehrnian, Kupferschmied. Limmer, Franz, königl. Major im Generalquartiermeisterstab. Scuffert, Adam Dr., königl. quiesz. Appellationsrath. v. Stber, Emanuel, königl. Revisrat. 22. Die Herren: Schulze, Gustav, Kaufmann. Meyer, Dr. C., königl. Oberbaurath. Meier, Wilhelm, Kaufmann. Mey, Rudolph, königl. Oberappellationsrath. 23. Die Herren: Zenger, Franz Xaver Dr., königl. Universitätsprofessor. Wollenweber, Ludwig, Privatier. Kammerknecht, Karl, königl. Stadtgerichtsrath. Dobler, Franz Xaver, Magistratsrath. 24. Die Herren: v. Rodell, Wilhelm, königl. Regierungsrath. Fehr. v. Seckendorf, Julius, königl. Regierungsassessor. Fehrer, Dr. Eduard, Tollmann, Karl Friedrich Dr., königl. Universitätsprofessor. 25. Die Herren: Lindermann, Heinrich Dr., königl. Professor. Rabius, Karl, Bierwirth. Fraas, Dr., königl. Professor. Schulze, königl. Oberlieutenant. 26. Die Herren: Malaise, Hauptmann im königl. Artillerieregiment. Gail, Wilhelm, Kunstmaler. Bieber, Wilhelm, königl. Ministerialrath. Grel, Traugott Sen., Inhaber eines mechanischen Instituts. 27. Die Herren: Raila, J. B., Spengler. Krämer, Hauptmann, königl. Regimentsadjutor. Rothmüller, Franz Xaver, Bierwirth. Merkl, Joseph, königl. geh. Sekretär. 28. Die Herren: v. Pertüff, Karl, Apotheker. Haller, Anton, Schlossermeister. Seiz, Dr., Jos., königl. Bataillonsarzt. Schmitz, Christian, königl. Oberkreis- und Salinenrath. 29. Die Herren: v. Steinedorf, Kabpar, Bürgermeister. Buchner, Friedrich Dr., königl. Advokat. Rigler, Franz Xaver, Großhändler. Hinner, königl. Ingenieur. Lanz, Ludwig, Grundbesitzer. 31. Die Herren: Hellmann, L., Lichterfabrikant. Werberger, Mathias, Maurermeister. Miller, Ferdinand, Inspektor der königl. Erzgießerei. Dyer, Ludwig, Grundbesitzer. 31. Die Herren: [illegible] Exerzitmeister. Teiglmayr, Karl, Baumeister. Entres, [illegible] Sekretär. 32. Die Herren: Feder, Gottfried Dr., königl. Ministerialrath. Mondschein, A., Apotheker. Herdegen, königl. Artillerielieutenant. Ott, Mar Joseph, Weinhändler. 33. Die Herren: Molitor, Franz Xaver, königl. Ministerialrath. Schuh, Michael, königl. Oberstlieutenant im Fahnenkorps. Widmann, Ludwig, Apotheker. Strobberger, Johann, Wagenfabrikant. 34. Die Herren: Flosmann, Franz, Schreinermeister. Baugerleuthner, Glaser. Zimmermann, Franz, Orgelbauer. Rittinger, Georg, Wundarzt. 35. Die Herren: Obermarer, Lorenz, Privatier. Thomas, Georg, königl. Professor. Roller, Emil, Lithograph. Haenle, Leo, Fabrikant. 36. Die Herren: Stöber, Eduard, königl. Rittmeister. Hopf, Theodor Dr., königl. Oberappellationsrath. Kübler, Joseph, Schreinermeister. Matlofer, Jakob Dr., rechtskundiger Magistratsrath. 37. Die Herren: v. Aschberger, Franz, königl. Regierungsassessor. Graf v. Bothmer, Max, Hauptmann im Generalstabe. Burger, Johann Nepomuk, Lithograph. Reichert, Moriz, Assessor bei der königl. Zolladministration. 38. Die Herren: Buchner, Joseph, Stadtgärtner. Aufleger, Joseph, Steinmetzmeister. Jais, Mathias, Gastgeber. Dreber, J. B., Privatier. 39. Die Herren: Huber, Anton, Militärmaschinenbauer. Bauer, Peter, Stadtgärtner. Reisenthal, Michael, Zimmermeister. Antoni, Joseph, Rothgerbermeister. 40. Die Herren: Schlapringer, Anton Dr., königl. Regierungs- und Fiskal-Rath. Steininger, Franz, königl. Gymnasialprofessor. Spätz, Joh. Bapt., Handelsmann. Seig, Nikolaus, Strohstoffefabrikant. 41. Die Herren: Gmelch, Franz, Wagenfabrikant. Schmelzer, Stanislaus, königl. Oberapellationsrath. Heilich, Karl, königl. Kreis- und Stadtgerichts-Assessor. Strauß, Bernhard Dr. prakt. Arzt. 42. Die Herren: Fesler, Joseph, Kupferschmied. v. Henzler, Anton, Apotheker. Greis, Georg, Buchirmacher. Bauer, Mathias, Seifensieder. 43. Die Herren: Riemerschmid, Anton, Spiritusfabrikant. Fehr. v. Müller, Joh. Nep., königl. Artillerielieutenant. Widermann, Jgnaz, Maschinenschlosser. März, Joh. Bapt., Wachsbildner. 44. Die Herren: Wiedwed, Joseph, Schuhmacher. Troybe, Heinrich, Delfabrikant. Kortner, Joseph, Schreinermeister. Koch, August, Schlossermeister. 45. Die Herren: Michel, Kaspar, Kaliser. Schiesl, Franz, Krämer. Schnell, David, Seifensieder. Knollmüller, Magistratsrefererat. 46. Die Herren: Langmair, Bartholomäus, Glasermeister. Schreiner, Karl, Apotheker. Adolzer, Max, königl. Hauptmann im Generalstabe bayerischen Armeekorps.

Preußen. Der Staatsanwalt setzte dar bie von der Nationalversammlung gegen das Staatsministerium wegen Hochverrats erhobene Anklage zurückgewiesen. Als Gründe der Zurückweisung sind dreierlei Punkte angeführt: 1) Nach §. 92 des Strafrechts sei zum Thatbestande des Hochverrats ein Unternehmen erforderlich, welches einen gewaltsamen Umsturz der Verfassung bezweckt. In dem Verfahren der Minister sehle der Thatbestand eines solchen gewaltsamen Umsturzes um so mehr, als dieselben ausdrücklich erklärt hatten, die dem Volke verheißenen Rechte nicht kränken zu wollen und als keine Thatsachen vorliegen, welche mit dieser Erklärung in so weit im Widerspruch ständen, daß sie einen wirklichen Umsturz der Verfassung enthielten. 2) Könne der Staatsanwalt nach dem Gesetz vom 17. Juli 1846 gegen einen Beamten wegen eines im Dienst verübten Verbrechens nur auf Antrag der vorgesetzten Dienstbehörde des betreffenden Beamten einschreiten. Die einzige vorgesetzte Dienstbehörde der Minister sei die Krone. In allen konstitutionellen Verfassungen herrsche zwar der Grundsatz, daß die Volksvertreter berechtigt seien, gegen die Minister Anklage zu erheben, bei uns sehle es bis jetzt zwar bestimmte Gesetze hierüber. Es seien Kriminalrichter könne nur nach vorhergehender Genehmigung gehörig kanktionirten Gesetz Recht sprechen. 3) Nach dem Gesetz vom 29. Mai 1844 §. 4 könne überhaupt ein Beamter wegen eines Dienstvergehens nur dann (statt zur Disziplinaruntersuchung) zur wirklichen Kriminaluntersuchung gezogen werden, wenn eine eigenmächtige Absicht gegen den Examen erwiesen sei. Eine solche Absicht sei aber im vorliegenden Falle weder behauptet noch erwiesen.

Ueber die Vorgänge in Erfurt geben wir nachstehend noch den Auszug aus einem uns gütigst mitgetheilten Privatschreiben vom 24. d. M.: In Erfurt sollten heute die Kriegsverrissen und die Landwehrmänner eingekleidet werden; da nun durch die Truppensendungen in verschiedene Theile des aufrührischen Thüringens die Besatzung von Erfurt auf einen Stand gebracht worden, der kaum zu dem Dienste der Wache ausreichte, so versuchte das demokratische Komite den Versuch, die Einkleidung durch Gewalt zu hindern. Zu dieser Absicht sei aber im vorliegenden Falle weder behauptet noch erwiesen.

Ueber die Vorgänge in Erfurt geben wir nachstehend noch den Auszug aus einem uns gütigst mitgetheilten Privatschreiben vom 24. d. M.: In Erfurt sollten heute die Kriegsverrissen und die Landwehrmänner eingekleidet werden; da nun durch die Truppensendungen in verschiedene Theile des aufrührischen Thüringens die Besatzung von Erfurt auf einen Stand gebracht worden, der kaum zu dem Dienste der Wache ausreichte, so versuchte das demokratische Komite den Versuch, die Einkleidung durch Gewalt zu hindern. Zu dieser Absicht sei aber im vorliegenden Falle weder behauptet noch erwiesen. Ueber die Vorgänge in Erfurt geben wir nachstehend noch den Auszug aus einem uns gütigst mitgetheilten Privatschreiben vom 24. d. M.: In Erfurt sollten heute die Kriegsverrissen und die Landwehrmänner eingekleidet werden; da nun durch die Truppensendungen in verschiedene Theile des aufrührischen Thüringens die Besatzung von Erfurt auf einen Stand gebracht worden, der kaum zu dem Dienste der Wache ausreichte, so versuchte das demokratische Komite den Versuch, die Einkleidung durch Gewalt zu hindern. Zu dieser Absicht sei aber im vorliegenden Falle weder behauptet noch erwiesen.

ein Kutrasser mit einer Sense vom Pferde herabgezogen und durch den Leib geschnitten, auch ein Offizier von fünf Kugeln durchbohrt worden seinsoll. Letzteres scheint mir indeß nicht gewiß zu sein. Das Militär wurde schnell Meister der Stadt, der Belagerungszustand ist erklärt, und die Sitzungseröffnung wird in aller Eile vorgenommen. Als ich an Erfurt vorüber kam, mochte es 4½ Uhr gewesen sein. Die Stadt war ruhig, die Thore abgesperrt und ich sah mehrere Militärabtheilungen aufgestellt. Auch sprach ich einen Beamten von Naumburg, welcher mit ein klägliches Bild von dem Zustande seiner Stadt und ihrer Umgegend entwarf. Nach seiner Mittheilung schämen sich sogar höhergestellte Beamte nicht, mit den Wühlern gemeinschaftliche Sache zu machen; denn siegten die Wühler, sagen sie, so würden diese dereinst denen mitspielen, die sie früher bekämpft; siegte aber die Partei der Ordnung, so sei von dieser ja eben nichts zu fürchten! Man sieht, die Partei der Ordnung ist viel zu zahm, und dabei denkt sie noch in diesen Zeiten an das Abschaffen der Todesstrafe! Derselbe Beamte erzählte mir auch von der Unterwerfung des Städtchens Bitter. Hier hauste der Dr. med. Stockmann, der mit einer Leibgarde von 150 Vagabunden und entlassenen Sträflingen die Gegend durchzog und brandschatzte. Die Bauern gaben ihm sogar gerne Beiträge, um nicht geplündert zu werden, und erhielten dafür eine Bescheinigung über Empfang eines freiwilligen Beitrages „für die gute Sache“ (!). Ein zweiter Struve, nahm dieser Stockmann auch öffentliche Kassen hinweg, und trieb den Wahnwitz so weit, sich von seinen Getreuen als König von Thüringen proklamiren zu lassen. Zuerst wurden einige Dreiachsenwagen Husaren dem Aufzuge entgegengeschickt, aber ein Offizier mit 20 Mann wurde von einem zehnfach größeren Haufen Sensenmännner in eine Schlucht getrieben und gefangen genommen. Nunmehr wurde eine größere Militärmacht mit Kanonen hingeschickt, welche das Nest ohne Schwertstreich nahmen. Stockmann hatte sich vorher, angeblich um Zuzug zu holen, aus dem Staube gemacht, wurde aber in Weimar arretirt und seine Kasse mit 4000 Rthlr. ihm abgenommen. — Im Allgemeinen soll man doch in hiesiger Gegend allmählich wieder zur Vernunft kommen; insbesondere soll in der öffentlichen Meinung ein ganz gewaltiger Umschlag zu Gunsten der Krone und ihres dermaligen Ministeriums stattgefunden haben, denn erst jetzt merkt, man wieder, daß noch Behörden vorhanden sind, welche Recht und Ordnung handhaben. (R.-C.-A.-Bl. 3.)

Der „Preußische Staatsanzeiger“ enthält die Darstellung des Aufmuhls in Erfurt am 24. d. M. mit dem von und mitgetheilten Verlauf ziemlich übereinstimmend. Der Verlust beim Militär beträgt danach: 6 Soldaten todt, 1 Offizier, 1 Unteroffizier, 7 Soldaten verwundet, worunter 4 gefährlich. 2 Ulanen waren ebenfalls getödtet und mehrere verwundet worden. Die Belagerungserklärung der Stadt durch den Kommandanten und den Regierungspräsidenten erfolgte noch vor dem eigentlichen Beginn des Kampfes.

Köln, 25. Nov. Abends. Die „Kölnische Zeitung“ berichtet: „Nach 5 Uhr traf ein Bataillon des 26. Regiments, von Darmstadt kommend, mit dem Dampfschiffe hier ein und wurde theilweise in den Kasernen, theilweise bei den Bürgern untergebracht. Von Seite der Festungsbehörde sind auch für diese Nacht, wie in der vorigen, alle möglichen Vorsichtsmaßregeln getroffen um einem wahnsinnigen Versuche der Brandstiftung, mit dem man gedroht hatte, zuvorzukommen. Die meisten öffentlichen Gebäude sind mit Truppen besetzt und die Nachtpatrouillen, die schon mit der Dunkelheit beginnen, verstärkt.“

Frankreich.

B. Paris, 26. Nov. Der so gefürchtete Samstag ist endlich nicht nur herangekommen, sondern auch gegen alle Erwartung ruhig vorüber gegangen, für die frühere Exekutivkommission war dasselbe jedoch ein wahrer fünfter Tag! General Cavaignac hingegen trat in seiner ansruchslosen Vertheidigung, wo er sich als ein trefflicher Redner bewährte, so siegreich aus den schweren Anklagen seiner Feinde hervor daß nicht nur jeden Wölflichen des Verdachtes gegen ihn schwand, sondern er vielmehr diesem Tage unter seinen Widersachern die fast beispiellose Bewunderung hatte. Man muß es den Letztern zum Ruhme nachsagen daß sie gerne sich das Ihrige geben, den General verunehren zu wollen. Berühmtheit Gr. Hilaire verlas einen langen Aufsatz harter Beschuldigungen, Garnier Pages sprach sogar (ein bischen ungeschickt) von Undank — allein sie alle, bis der General in ruhigster Fassung mit tödtendem Witze, und ohne alle Prätamation aus dem Sattel. — Der Hauptpunkt der Anklage bestand wohl darin: daß Cavaignac so lange seine Meine machte bis Errichtung der Barrikaden zu verhindern, worauf derselbe gar einfach erwiederte daß man zur Verhinderung des Baues von mehr als tausend Barrikaden über 300 Bataillone beraufe hätte, während bei dem Ausbruche der Empörung Paris notorisch von Truppen entblößt war, und der Regierung kaum 20000 Mann zu Gebothe standen, die man unmöglich stoliren durfte ohne sie zu Grunde zu richten und Stadt und Nationalversammlung der offenbarsten Gefahr auszusetzen. Dabei erwähnte er mit vieler Delikatesse des Verschonens seines eigenen Lebens mit keiner Sylbe! Viele Leute wundern sich nun, daß sie diese einfache Thatsachen nicht früher selbst bemerken und sie der General als gute Gründe so lange für sich behalten konnte. Während sich alles zu seinen Gunsten neigte versuchte das bekannte kühne Mitglied der frühern provisorischen Regierung Ledru-Rollin noch einen vermeintlichen Angriff der aber mißlang, nun aber nach aller Wahrscheinlichkeit in den Klubs fortgesetzt werden dürfte. („Wie lange noch o Catilina! ꝛc.“) Daß der redliche Garnier Pagès sich zum Angriff herlieh — erregte bei vielen Bedenken gegen Cavaignac, doch hätte man vor Allem bedenken sollen, daß selbst redliche Leute bei Verlust einer glänzenden Stelle — sehr leicht den Verstand verlieren können. Die Verstürzung der „Presse“ und des „Constitutionnel“ dürfte zu komischer Erscheinung Veranlaß geben — schon vor wenig Tagen lenkte Esterz etwas ein und erklärte sogar einmal zu weit gegangen zu sein, nachdem sie Notadene — ihr Opfer zuvor schlpitte. — Was viel Wunder nimmt ist, daß Hr. v. Lamartine so schnelle durch den Telegraphen herbeigerufen, gestern gar nichts in der Kammer sprach — fürwahr er reiste weit her um — nichts zu sagen! — Wenn er das Journal de Debats seitdem durchgeblättert, wird er sich nicht wenig des Beifalls über sein gewundert haben, wo von seiner gottseligen Rede in Macon Erwähnung wird, die mit einer Komitie verglichen wurde. — Gestern ging das Gerücht von Ermordung des französischen Konsuls auf Haiti, dessen Richtigkeit ich jedoch nicht durchaus verbürgen möchte. — Paris ist vollkomm ruhig, dafür sind die Bewegungen in den Klubs bedeutender geworden. Auch dürften die Neuigkeiten aus Paris, welche durch jene aus Deutschland seit einiger Zeit bedeutend in den Hintergrund gestellt wurden, bald wieder mehr an Interesse gewinnen. Indeß theile ich keineswegs die großen Besorgnisse die seit Kurzem ein Korrespondent eines andern baierischen Blattes äußert. An Bewegungen und selbst partiellen Aufständen wird es auf diesem vulkanischen Boden allerdings nicht fehlen, allein so furchtbare Revolutionen wie jene der Juniustage kommen nicht alle Vierteljahre. — Der Courrier Français gibt zwar den vollkommenen Sieg des Generals C. in der gestrigen Kammer-Sitzung zu, erklärt aber dabei, daß seiner Kandidatur zur Präsidentenstelle nach wie vor auf das lebhafteste widersetzen und morgen den Kommentar seiner Gründe hiefür liefern zu wollen. Die heutige „Presse“ ist zwar etwas verblüfft, doch gibt sie noch keineswegs in ihren Angriffen gänzlich nach. Uebrigens erklärt sie, daß blos das gewissenhafte Forschen nach Wahrheit sie zu ihrer bisherigen Polemik leitete. Endlich hält sie sich für eine Schildwache in bester Regel, welche man wohl tödten könne, ohne sich des Posteus zu bemeistern.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Carl Wolf'schen Buchdruckerei

Nr. 135.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Vierteljährig 4 fl. Einzelne Nummern 6 kr.

Sonnabend den 2. Dezember 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 2. Dezember.

Das Gesetzblatt Nro. 26, vom 30. Nov. enthält das Gesetz, die Abänderung der Verordnung vom 9. August 1806 über den Wildbiebstahl betreffend.

Se. Maj. der König hat zufolge allerhöchster Entschließung vom 26. Nov. auf die erledigte Stelle des Kommandanten der ersten Infanterie-Division in München seinen Generaladjutanten, Kommandanten der dritten Infanterie-Division, charakt. Generallieutenant Bernhard Freiherrn v. Hohenhausen, versetzt, und dagegen den Generalmajor und Brigadier der Infanterie, Jakob v. Fritsch, unter vorläufiger Belassung in der dermaligen Stelle, zum Kommandanten der dritten Infanterie-Division in Nürnberg ernannt.

Se. Maj. der König haben unterm 27. Novbr. auf die erledigte II. Assessorsstelle bei dem Landgerichte Karlsbad dem II. Landgerichtsassessor Albrecht Todt zu Altenau, seiner Bitte entsprechend, zu versetzen, und die bisdurch erröffnete II. Landgerichtsassessorsstelle zu Altenau dem Advokaten Peter Joseph Weigand zu Amorbach auf sein allerunterthänigstes Gesuch zu verleihen geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

(12ste Sitzung vom 28. November. Schluß.) Der Abschnitt der Verfassung über das Reichsgericht lautet nach den gestrigen Beschlüssen: §. 1. Die dem Reiche zustehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichsgericht ausgeübt. §. 2. Zur Zuständigkeit des Reiches gehören: a) Streitigkeiten zwischen der Reichsgewalt und den Einzelstaaten über den Umfang ihrer Befugnisse. b) Streitigkeiten aller Art, politische und rechtliche, zwischen den einzelnen deutschen Staaten. Gerichtliche Austrägalinstanz nur zulässig, insoweit durch die Entscheidung der Streitfragen ein Reichsinteresse nicht berührt wird. c) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den einzelnen Staaten. d) Streitigkeiten zwischen der Regierung des Einzelstaates und dessen Volksvertretung über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfassung oder wegen Nichtvollziehung übrer Bestimmungen. e) Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung desselben wegen Aufhebung, Verletzung oder verfassungswidriger Veränderung der Landesverfassung. Klagen der Angehörigen eines Gingelstaates gegen die Regierung desselben, sowie gegen die Reichsregierung wegen erlittener Verletzung eines der dem deutschen Volke gewährleisteten Grundrechte. f) Klagen gegen den Reichsfiskus. g) Klagen gegen deutsche Staaten, wenn die Verfolgung, dem Anspruche Genüge zu leisten, zwischen mehreren Staaten streitbefangen oder bestritten ist, desgleichen wenn die Verfolgung mehrere Staaten zugleich trifft. h) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Reichsminister wegen Verletzung der Reichsverfassung, sowie wegen aller im Gefolge über die Verantwortlichkeit der Reichsminister genannten Verbrechen. i) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Minister der Einzelstaaten, wegen Verletzung der Reichs- oder Landesverfassung. k) Strafgerichtsbarkeit mit Urtheilsfällung durch Geschworne in den Fällen des Landes- und Hochverrathes gegen das Reich. l) Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtshilfe, wenn die landesgesetzlichen Mittel der Abhilfe erschöpft sind. m) Streitigkeiten zwischen der Reichsversammlung oder den gesetzgebenden Körpern, den Reichsämtern sich und der Reichsregierung, dem Volkshaus und der Reichsregierung, welche die Anlegung der Reichsverfassung betreffen, wenn die streitenden Theile sich vereinigen, die Entscheidung des Reichsgerichts einzuholen. §. 3. Ueber die Frage, ob ein Fall zur Entscheidung des Reichsgerichts geeignet sei, erkennt einzig und allein das Reichsgericht selbst. §. 4. Ueber die Einsetzung und Organisation des Reichsgerichts, über das Verfahren und die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen wird ein besonderes Gesetz ergehen. Zu erwähnen ist dabei, daß die Worte „mit Urtheilsfällung durch Geschworene" in diesem ganzen Theile der Verfassung fortgelassen und daß die nähere Bestimmung darüber der Reichsgerichtsordnung zugewiesen wurde, jedoch so, daß die Urtheilsfällung durch Geschworene nicht bloß im Protokoll verzeichnet, sondern daß sie in der Verfassung selbst ausdrücklich vorgeschrieben werde. Müller von Damm erklärt zu Protokoll, daß er gegen den ganzen Gesetzentwurf gestimmt habe, weil er denselben für unzulänglich halte. Durch eine ähnliche Erklärung erregt auch Grävell von der äußersten Rechten die Heiterkeit des Hauses, wiewohl ihm der Gesetzentwurf aus anderen Gründen zu mißfallen scheine. Die Sitzung schließt gegen 4 Uhr Nachmittags mit der Annahme der heutigen Tagesordnung, nachdem auf Gisbra's Antrag auch für diesen 29. (einen Mittwoch) eine Parlamentsversammlung beliebt worden. (D. Z.)

(13. Sitzung vom 29. Nov.) Tagesordnung: 1) Berathung über den vom Abgeordneten Löw aus Posen, Namens des Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten erstatteten Bericht über verschiedene Anträge und eingebrachte Petitionen. 2) Berathung über den vom Abgeordneten Franck erstatteten Bericht: ein Wahlbeschwerden des Landgerichtes Mähren betreffend. 3) Berathung über den vom Abgeordneten Franck, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses erstatteten Bericht, die Aufhebung der Zinspfälle betreffend. 4) Berathung über den Bericht des Abgeordneten Franck, die Beschwerde der Segelschiffer betreffend. Die Sitzung wird ½ 9 uhr von dem Vizepräsidenten Wesendonk eröffnet. Die Abgeordneten des Bundeslandes, die sich in Frankfurt versammelt hatten, legen durch ihren Ausschuß ten Zolltarif für Deutschland vor, über den sie sich vereinigt haben und empfehlen denselben zu geneigter Berücksichtigung der Nationalversammlung. Baur von Hochingen interpellirt den Reichs-Kriegsminister wegen der in Stuttgarten stehenden Truppen und fragt, ob keine Zurückziehung zu erwarten sei. Friedrich erstattet im Namen des Finanzausschusses Bericht über die Kosten (etwa 2300 Gulden, wenn wir recht gehört haben) der nach Wien zur Einholung des Reichsverwesers abgesandten Botschaft des Hauses. Der Ausschuß räth den Antrag ohne Weiteres zu bewilligen. Der Gegenstand kommt auf eine der nächsten Tagesordnungen. Nach dem Uebergange der Tagesordnung wird die Liste der Redner über die österreichischen Angelegenheiten mitgetheilt. Sie gibt zu einer Debatte Veranlassung, da der Verdacht entsteht, als ob die Einschreibungen zur und gegen den Ausschußantrag zum Theil nur scheinbar seien. Darauf erhält Wydra das Wort. Die Verbitterung des namenlosen Elends, wegen dessen er dem Wiener Bauernfeld Beifall zurufen will, ist der Kopf des Hauses und der Zentralgewalt gelegen. Der Allem ist es die Mittheilende der Reichskommissäre, die der Redner seiner Betrachtung unterwirft. Den einen davon achte er persönlich hoch, den Andern kenne er nicht. Sein Urtheil werde mithin kein gehässiges sein, sondern sich rein an die Sache halten. Eine volle Woche brauchten sie, um Wien zurückzulegen. Am 21. Okt. seien gangten sie im Quartiere des Reichsministeriums an. Alle Nachrichten, die sie unterwegs empfingen, hätten sie dazu bestimmen sollen, sich mit dringendster Beschleunigung auf den Schauplatz der Gefahr zu begeben — fast drei Wochen hätten sie in München mit dem Ministerium konferirt und in Passau gezögert. Die Folgen ihrer Verspätung sei die vollendete Zerreißung Wiens gewesen. Warum kommen sie? Wirklich vermitteln sie Wien? Sie wollen nicht in den Verdacht gerathen, als könnten sie, um für die Volkssouveränetät Partei zu nehmen. In ihre schöpften sie ihre Nachrichten aus den unlautersten Quellen — ich bin davon unterrichtet und kann die Namen anführen — und dem Wunsche des „unverantwortlichen" Reichsverwesers gemäß, nicht nach den Aufträge des Ministeriums (Gelächter), gegen sie sind an das Kaiserl. Hoflager nach Olmütz zu gehen, bevor sie Wien besuchten. Einen Hauptanklagegrund ferner schöpft Giskra gegen die Reichskommissäre aus ihrem Benehmen gegen Windischgrätz und gegen die Personen des Hofs. Sodann bei Wessenberg hätten sie „milde Bedingungen" bevorwortet, nicht im Namen Deutschlands, sondern Oesterreichs, und insbesondere gegen, nach Wien gehen und dort eine Vermittelung anbieten dürfen. Dennoch wünte es nur eines kräftigen Auftretens erfordert haben, um nicht blos Wien zu retten, sondern auch Oesterreich zu einem selben Anschlusse an Deutschland zu bewegen. Der Schluß, den Giskra aus seiner Darstellung zieht, ist der: daß die Reichskommissäre entweder noch andere als die vorgelegten Instruktionen gehabt, oder daß sie doch nach ganz anderen Tendenzen gehandelt hätten. Allein das Reichsministerium habe ihr Verfahren gebilligt und es empfreche überhaupt das Benehmen der H.H. Welcker und Mosle der Politik, welche die Zentralgewalt Oesterreich gegenüber eingehalten und diese Politik sei den Weisheiten der Nationalversammlung und den mündlichen Erklärungen genauso entgegengesetzt gewesen. Und dem österreichischen Staatsgebäude von Heute, seinen verfassungsmäßigen Bestimmungen Gistra zufolge, gehe hervor, daß das Verfahren gegen Robert Blum ein durchaus rechtloses gewesen sei. Der Kaiser selbst würde die Berufung nicht haben, desgleichen ausdrückliche Gesetzesvorschriften durch Willkürmaßregeln aufzuheben. Oder könne der Volksmachthaber mehr Gewalt ausüben, als der Volksmachtgeber selbst besitze? Der Sieg sei erfochten, Wien gedemüthigt gewesen — womit wolle man die Blutthaten entschuldigen, die Niemand mehr eine Rothwehr,

die Herr und Rache" nennen müsse. Der Kaiser von Rußland sprach sich die Mäßigung, der Regierung Wiens mit Oreen belobnt Zeugen dieser Mäßigung seien die Erschießungen Becher's und Zellinek's, 21 Tage nach der Einnahme der Stadt, Zeugen derselben die Verfolgungen jedes freien Worts. Sogar die Verbandlungen in Frankfurt dürfen nicht mehr in öffentlichen Blättern erwähnt werden, denn die militärischen Machthaber hätten es nicht. Was habe nun das Reichsministerium gethan gegenüber dem Gesetzlosigkeitsverbote? Was zur Sicherheit der Reichsregierung in Oesterreich? Das Schmerzlichste ist für Gödka, daß die Reichskommissäre nicht an die konstitutionellen Minister, sondern daß sie unter Andern auch an einflußreiche Personen des Hofes gewiesen worden. Das Reichsministerium hat den Sieg der Kroaten über Wien gewünscht, es hat die Folgen dieses Siegs auf seinem Gewissen! (Lauter Beifall von der Linken.) Man hat Mittel ergriffen, die nicht berechtigt konnten — die nichts bewirken sollten — (Wahr und Widerspruch. Der Redner mit überdringlicher Strenge und erhobener Stimme:) ich werde diesen Vorwurf begründen. Das thut er denn auf eigenthümliche Weise. Er zählt nämlich alle Hindernisse auf, die der Einheit Deutschlands und der Wirksamkeit der Zentralgewalt irgend entgegenstehen oder ihr noch entgegentreten können — und für Alles das ist nicht etwa die Schwierigkeit der Thatsachen oder die Macht der Ereignisse verantwortlich, sondern ganz allein — das Ministerium. Die Zentralgewalt ist daher mit Recht ein Spott der Völker, denn sie ist der Todtengräber der deutschen Freiheit geworden. (Donnerndes Bravo. Der Präsident läßt einen Mann von der Galerie entfernen, die dichtgedrängt sich an dem Beifalle betheiligt.) Gödka fährt fort, die maßlosesten Vorwürfe, die er dem Ministerium in's Gesicht geschleudert, jetzt auch der Nationalversammlung mit Emphase, die ihren Ruhm vergessen und die Souveränetät, trotz deren sie hierher, an die Kronen verrathen hat. (Einstruch des Präsidenten, worauf Gödka seinen Ausdruck verändert.) Also überall Halb- und Thatlosigkeit, nirgends Erfolge, nirgends eine Spur von höherer staatsmännischer Auffassung der Dinge. Und was wird das Ende sein? Das Ende des deutschen Strome, der im Sande des fremden Bodens versinkt, wird das mitsige sein, wenn wir nun eingeschlagenen Pfad nicht verlassen. Gödka geht unter dem stürmischen Beifall seiner Partei von der Tribüne, auf die nach ihm Beda Weber aus Tirol gerufen wird. Er sucht die Quellen des Oktoberaufstands in Wien und die Ursachen, aus denen die Sendung der Reichskommissäre in Oesterreich fehlgeschlagen, etwas gewissenhafter auf, als der Vorredner. Daß auch der Reichsverweser den Kommissären Aufträge ertheilt habe, wünscht Weber dem deutschen Volk zum Glück, denn es gäbe seinen teutschen Mann als ihn. — Und die Zeuge gewalt schwach, wer habe da zu verantworten, als die, welche mit Regierungsgehalten das Verfassungswerk aufhalten, so daß sich das gebrechliche Provisorium in kein festes Definitivum verwandle! Wer habe in Wien das Feuer angeblasen und geschürt? Ungarische Agenten, deutsche Reichstagsabgeordnete mit dem Zuzuge ihrer unterirdischen Verbindungen mit Deutschkatholiken. (Unruhe.) Ja, Deutschkatholiken! Weber verbreitet Weber, der bekanntlich Benetikinermönch ist. Wien hat sein Schicksal verwirkt, weil es schlechten Gesellen und schlechten Leidenschaften Aufenthalt gewährt hat. Hinter der jetzigen Regierung Oesterreichs aber stehe das Volk, steht ihm dem Volke einnommene tapfere Armee. Das Standrecht, welches gegen R. Blum angewendet worden, ist ein Ausdruck des Kriegsrechtes und das nimmt Oesterreich auf sich gegenüber. Die Fortsetzung der Rede des guten Beda Weber nimmt leider sein Lob der Erwähnung der Deutschkatholiken einen so ungeschicken Fortgang, daß sie, und gewiß gegen die Absicht des Sprechers, einen allgemein heiteren Eindruck hervorbringt. Für das Gesetz zum Schutze der Nationalversammlung habe ich gestimmt, weil es die Minister vorlegten („nicht die Minister" bemerkt der Präsident), als weil ich es für nöthig hielt im Interesse Deutschlands. Allein, das viel gepriesene Gesetz zum Schutze von Volksvertretern dienen solle, ist nie meine Meinung gewesen. Er trägt endlich auf Uebergang zur motivirten Tagesordnung über den Verathungsgegenstand an. (Beifall am Schlusse, sowohl ironischer als ehrlicher Beifall.) Fröbel. Die Stellung der Parteien in Wien nur wolle er schildern. Das blutige habe Gödka schon erledigt. Er sei ein Gegner der Bewegungsmänner in Wien gewesen, denn er wäre der Meinung, daß Oesterreich sich zusammenschließen sei und nicht zersplittert werden dürfe. Um so mehr werde man ihm zu glauben geneigt sein. Nach Wien sei er gekommen mit Briefen an die Häupter der slavischen, czechischen, polnischen Partei aufgefaltet, um mit ihnen demokratische Verbindungen anzuknüpfen. Das Ergebniß seiner genauen und durch die Vorhelfe seiner Stellung begünstigten Beobachtung ist, daß die Slaven die Monarchie in Europa zwar jetzt um jeden Preis und selbst in den reaktionärsten Maßregeln zu unterstützen entschlossen sind, aber nur auf so lange, bis die slavischen Verbereitungen so weit gereichen sind, um das nationale Ziel zu erreichen. Dazu sei denn auch noch die ungarische Revolution gekommen und mit dem natürlichen Instinkte des Volks habe sich die Masse der Abneigung der Regierung nach Ungarn zu widersetzen. Die Minorität ungarischen Gesindel habe wolle er nicht läugnen. Die Hauptsache sei aber dennoch das Bewußtsein gewesen: Ist die Regierung mit den Ungarn fertig, so kommt die Reihe an uns und unsere Freiheit. Der Kampf dauer kaum in Wien begonnen, eine Menge von Personen war dabei blosgestellt, wollte man sie nicht opfern, so mußte der Streit aufgeschoben werden, denn sie von Windischgrätz gestellten Bedingungen waren nicht zu erfüllen. Sie verlangten die Auseinanderung eben dieser Kompromittirten. Die Stellung der Parteien in Wien richtig zu erkennen, das sei die Aufgabe der Reichskommissäre gewesen, die von ihnen verfaumt worden, und deshalb die heutige Sache ohne Unterstützung geblieben sei. Karl Welcker hat das Verfahren der Reichskommissäre in Oesterreich in einer Rede vertheidigt, die gegen zwei Stunden gedauert, und welche die verschiedenartigste und tiefste Bewegung im Hause hervorgerufen hat. Sodann verläßt er die Tribüne unter dem Beifallsrufe der bei weitem größten Mehrheit des Hauses. Wir werden seine Rede, so reich an unumwundener Wahrheit und an richtigen Auffassungen sobald und so vollständig als möglich in diesem Blatte zu geben suchen. Auf Welcker folgt der Reichsminister v. Schmerling. (D. Z.)

Deutschland.

Preußen. — ⊙ Berlin, 27. Nov.

Man ist sehr gespannt auf die Nachrichten von Brandenburg. Die hiesigen Radikalen machen es sich zum angelegentlichsten Geschäft, das Gerücht zu verbreiten, es sei dort eine beschlußfähige Anzahl von Deputirten nicht zusammengekommen. — Heute Mittag wurde das Rumpfparlament, gegen 79 Köpfe stark, abermald durch Militärmacht aus seinem Sitzungslokale im Hotel Mollas aufgeboben und zum Auseinandergehen genöthigt. Daß die hiesigen Protestationen nicht fehlen, versteht sich von selbst. — H. v. Gagern soll heute von Potsdam nach Brandenburg abgegangen sein, um sich dort mit der Nationalversammlung ins Benehmen zu setzen.

Berlin, 28. Nov. H. v. Gagern, der Präsident, und Hr. Simson, der Vizepräsident der deutschen Reichsversammlung, sind am Sonnabend Abend von Frankfurt a. M. hier eingetroffen. Hr. v. Gagern begab sich am Sonntag Morgen zu Sr. Maj. dem König nach Potsdam. Er ist indeß ohne irgend amtliche Beziehungen, nur als Privatmann und in der Hoffnung hergekommen, durch seine Persönlichkeit zur Beilegung des Konflikts zwischen der Krone und der Nationalversammlung beizutragen, und wird sich zu diesem Zwecke auch, nebst den Reichskommissären Simson und Heydenhahn, in Brandenburg einfinden. (Spen. Ztg.)

* **Brandenburg**, 27. Nov. Der Ministerpräsident v. Brandenburg eröffnete heute 10½ Uhr die am 9. Nov. vertagte National-Versammlung auf Befehl Sr. Majestät in Brandenburg für wieder eröffnet, forderte zu einer neuen Konstituirung auf und verlangte von dem Vorsitzenden vermöchte in Kenntniß gesetzt zu werden, um dann eine königl. Botschaft einzubringen. Damit verließ er den Sitzungssaal. Von den Präsidenen war Niemand anwesend. Der Abgeordnete v. Brünneck übernahm das Alterspräsidium. Mehrere Abgeordnete motivirten unter Wiederholung ihres Protestes gegen die ministeriellen Maßregeln ihr Erscheinen. Als anwesend ergaben sich 154 Mitglieder. Die Sitzung wurde auf eine halbe Stunde ausgesetzt, während welcher dem Ministerio mitgetheilt wurde, daß die Versammlung nicht beschlußfähig sei. Das Ministerium erklärte, daß es Sr. Majestät hierüber Vortrag halten und in einer besonderen Sitzung morgen etwa 11 Uhr die Entschließung Sr. Majestät eröffnen werde. Da die Versammlung jedoch schon vorher auf morgen Vormittag 11 Uhr eine weitere Sitzung anberaumt hatte, beharrte sie bei dieser Beschlüsse und nennte sich für heute. Nach der Sitzung versammelte sich die Mitglieder, welche die Protesterklärungen unterschrieben hatten, in Folge gestallener Aeußerungen entschlossen seien, nach Berlin zurückzukehren. Diese Zahl beläuft sich auf etwa 30 Mitglieder. Abends 7 Uhr. Wie man vernimmt, soll morgen eine weitere Vertagung auf 14 oder 17 Tage defretirt werden; indeß hofft man, daß der Beitritt der Abgeordneten des Bauernstandes aus Schlesien die Versammlung morgen schon beschlußfähig machen werde.

* **Breslau**, 21 Novbr. Der Verein für gesetzliche Ordnung überreichte heute dem interimistischen Oberpräsidenten v. Schleinitz eine Vorstellung, welche ihn ersuchte, die Stadt nicht nur zu langer Zeit der böse Wille allein in der Provinz gewaltet: daß man es mit tiefer Beschämung eingestehen müsse, daß es so weit gekommen, woran die Schwäche der Gutgesinnten hauptsächlich Schuld sei. Man sei jetzt zu dem Bewußtsein gekommen, daß die Masse der Gutgesinnten sich um die Behörden scharen müsse, um mit Sicherheit und Kraft handeln zu können gegenüber der immer bereiten Rotte der Anarchisten. Schließlich bricht die Adresse dem Oberpräsidenten das volle Vertrauen zu seiner Leitung aus, und versprecht ihm die ausgedehnteste Unterstützung in der Stunde der Gefahr. Die Antwort des Oberpräsidenten lautete im Ganzen dahin, daß er hoffe, sich als Freund des Volkes zu bewähren: er habe gesürchtet, daß zur Wiederherstellung der Ordnung strenge Militärmaßregeln nöthig sein würden, ferne sich aber, daß das moralische Aufgebot allein genügt habe, um die Anarchie zu bannen. Er hege die zuversichtliche Hoffnung, im Vereln mit den Männern, die ihm mit Vertrauen entgegengekommen, der viel gepriesten Provinz den Frieden wiedergeben zu können.

Das Konsistorium in Breslau hat ein Rundschreiben an die Superintendenten gerichtet, in welchem es die Unglückspest aller von der in offener Widersetzlichkeit gegen die königl. Regierung sich auf den 27. d. M. in Berlin versammelt gebliebenen Nationalversammlung ausspricht. Die Superintendenten werden darin angewiesen, ihre unterhabenden Geistlichen dahin zu bestimmen, daß sie die Gemeinden von verderblichen Irrwegen abmahnen und ihre Stimmen für Ordnung, Recht und Gesetz laut erheben sollen. Sie sollen zugleich anders nehmen, wad die heil. Schrift über das Verhältniß der Unterthanen zur Obrigkeit lehre, und schließt damit, daß die Diener der Kirche für Recht und Treue fest zusammenzuhalten entschlossen seien.

Oesterreich. — * Vortrag des Minister-Präsidenten. Gehalten in der Reichstagssitzung zu Kremsier den 27. November 1848.

Meine Herren! Zu Folge der Berufung Seiner Majestät ist der konstituirende Reichstag zur Berathung der Berathungen über die Verfassung hier zusammengetreten. Als das Vertrauen des Kaisers uns in den Rath der Krone berief, verkannten wir nicht die Schwierigkeit der Aufgabe, die zwischen der Verantwortlichkeit gegenüber dem Throne, wie dem Volke. Wunden aus der Vergangenheit sind zu heilen, Verlegenheiten des Augenblicks zu beseitigen, eine neue Ordnung der Dinge in der nächsten Zukunft aufzubauen. Das Bewußtsein eines redlichen Strebens für das Wohl des Staates, des Volkes und für die Freiheit, das Vertrauen auf Ihre Mitwirkung bei dem großen Werke bestimmten uns, persönliche Rücksichten der Liebe für das Vaterland zu opfern und dem Rufe des Monarchen zu folgen. Wir übernehmen die Handhabung der Regierungsgewalt auf den Pfaden Seiner Majestät zugleich mit der Verantwortlichkeit, sie ausschließen, jenen unverfassungsmäßigen Einfluß fern zu halten, aber eben so wenig Eingriffe in die vollziehende Gewalt zu gestatten. Einig in den Grundsätzen, werden wir Wege und Handlungen eines jeden von uns der Äußerung der Politik des Gesammt-Ministeriums sein. Wir wollen die konstitutionelle Monarchie aufrichtig und ohne Rückhalt. Wir wollen diese Staatsform, deren Wesen und gesicherten Bestand wir in der gemeinschaftlichen Ausübung der gesetzgebenden Gewalt durch den Monarchen und die Repräsentanten-Körper Oesterreichs erkennen, — wir wollen sie begründet auf den gleichen Berechtigungen und Verbindlichkeiten aller Nationalitäten, so wie auf der wechselseitig aller Staatsbürger vor dem Gesetze, gewährleistet durch Oeffentlichkeit in allen Zweigen des Staatslebens; getragen von der freien Gemeinde und der freien Gestaltung der Ländertheile in allen inneren Angelegenheiten, unwandelbaren von dem gemeinsamen Bande einer kräftigen Zusammenfassung. Wir hoffen auf Gegenseitigkeit Ihrer Gesinnungen über die Verfassung möglichst bald zur Sanktion Seiner Majestät des Kaisers unterlegen zu können. Das Ministerium wird die Verwaltung nach den Bedürfnissen der Zeit umzuformen bemüht sein, und bis hiefür im Wege der Gesetzgebung bleibende Bestimmungen getroffen sind, die nöthigen Verordnungen erlassen. Ein provisorio Ziel wird uns dabei vorzeichnen: ungeschmälerte Erhaltung jener den Völkern Oesterreichs zugesicherten Freiheit, Oeffentlichkeit der Berathungen, ohne welche die Verfassung leicht nicht bestehen kann. Daß diese zur lebendigen Wahrheit, daß ihren Bedingungen Erfüllung werde, dahin gerichtet wird mit Ernst und Nachdruck zu wirken. Das Ministerium will nicht hinter den Bedürfungen nach freisinnigen und volksthümlichen Einrichtungen zurückbleiben, es hält nothwendig für seine Pflicht, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen. Die Landesvertretung, eben erst berufen von den Grundsätzen, worin das Ungeheil der gesetzlichen Bestimmungen über Mißbrauch und Art der Ausübung, so wie den von ihr zu tragenden, nach den Grundsätzen der Billigkeit zu bemessenden Antheil. Die Grundlage des freien Staates bilden die freie Gemeinde, das freie durch ein freisinniges Gemeinde-Gesetz die selbstständige Verfassung und Verwaltung gesichert werden, die Rückkehr auf das Gebiet der Gemeinden gegründet werde, ist dringendes Bedürfniß. Als eine nothwendige und unabweisliche Folgerung der Selbstständigkeit der Gemeinden ergibt sich die Vereinfachung der Staatsverwaltung, und eine den Verhältnissen der Zeit entsprechende Regelung der Wirksamkeit. Ueber viele Gegenstände der Gesetzgebung wird es zweckmäßig sein, im konstitutionellen Geiste, Einrichtung lautesfürstlicher Gerichte statt der Patrimonial- und Kommunal-Gerichte, und durchgreifende Trennung der Verwaltung von der Justiz, werden Ihnen, meine Herren! die geeigneten Vorlagen gemacht werden. Eben so auch über Hinwahrung des Mißbrauches der Presse durch Repressiv-Maßregeln, über Regelung des Vereinsrechtes, auf einer mit den Staatsbürgern verträglichen Grundlage, und über die Einrichtung der Nationalgarde. Denn eben weil das Ministerium die Sache der Freiheit zu der seinigen macht, hält es die Wiederherstellung eines gesicherten Rechtszustandes für eine heilige Pflicht. Das Ministerium versprach sich das wärmste und pflichtgemäße Zusammenwirken aller Behörden. Die Regierungs-Organe im Mittelpunkte der Monarchie, wie die in den Provinzen, in der Ausübung ihrer ämtlichen Obliegenheiten auf das nachdrücklichste zu kräftigen, wird seine vorzügliche Sorge sein. Verlagenheitsvolle Ereignisse haben stattgefunden. Die Gewalt der Waffen mußte zur Anwendung kommen gegen eine Faktion, welche die Haupt- und Residenzstadt in einen Schauplatz anarchischer Wirren verwandelt hatte. Viele Wunden sind geschlagen worden. Sie zu lindern und zu heilen, so weit dies möglich, Pflicht. Was dem Einen früheren Thron, dem Andern Hab und Gut, dem Dritten seinen theuren Sohn, Bruder, Gatten unrechtmäßig entrissen, und dafür zu sorgen, daß dem durch das Gebot der Nothwendigkeit herbeigeführten Ausnahmszustande, sobald es die Verhältnisse gestatten, ein Ende gemacht werde, wird unser eifrigst Bestreben sein. In Italien hat unser glorreiches Heer ihren Treubruch und Verrath gerächt, und die alten Tugenden der Ehrerbietigsten Anwee, die heldenhafte Eintracht aller Waffen, die sozusagen Wunder für Gottes Hilfe, Muth und Tapfere auf das glänzendste bewährt. Noch muß es Ihnen gerühmt bleiben, um die Integrität des Reiches zu wahren. In der organischen Verbindung mit dem konstitutionellen Oesterreich wird das lombardisch-venetianische Königreich nach Wiederkehr des Friedens die sicherste Bürgschaft finden für die Wahrung seiner Nationalität. Die verantwortlichen Mühe der Krone werden sich dahin richten, sich auf dem Boden des Vertrages mit dem italienischen Volke die Wohlthaten einer Verfassung gesichert wird, welche die verschiedenen Stämme in voller Gleichberechtigung umschließen soll. Die Verletzung theils ersten Rechtes der Nationen entzündete den Bürgerkrieg in Ungarn. Gegen eine Partei kenne letzte Ziel der Umsturz und die Lossagung von Oesterreich ist, erhoben sich dort die in ihren unveräußerlichen Rechten gekränkten Völker. Nicht der Freiheit gilt der Krieg, sondern denjenigen die sie der Freiheit berauben wollen Aufrechthaltung der Gesammtmonarchie, ein engerer Verband mit und, Anerkennung und Gewährleistung ihrer Nationalität sind der Gegenstand ihrer Bestrebungen. Das Ministerium wird sie unterstützen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln. Mit Gewalt der Waffen wird, da leider alle Wege der Versöhnung fruchtlos eingeschlagen wurden, die Schreckensherrschaft einer verbrecherischen Partei beschwört, und der innere Friede wieder hergestellt werden. Meine Herren, das große Werk welches uns im Einverständnisse mit den Völkern obliegt, ist die Begründung eines neuen Baues, das alle Länder und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper vereinigen soll. Dieser Staatsverein zeigt zugleich den Weg welchen das Ministerium in der deutschen Frage verfolgen wird. Nicht in dem Zerreißen der Lonarchie liegt die Größe, auch in ihrer Schwächung die Kräftigung Deutschlands. Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches, wie ein europäisches Bedürfniß. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, sehen wir der natürlichen Entwicklung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprozesses entgegen. Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen und Haarlich zu bestimmen. Bis dahin wird Oesterreich konstatiren, seine Bundesverhältnisse nicht zu erlösen. In allen Beziehungen des Reichs werden wir die Interessen und die Würde Oesterreichs zu wahren wissen, und keinerlei betrenden Einfluß von Außen auf die unabhängige Gestaltung unserer inneren Verhältnisse zulassen. Dies sind die Hauptgrundsätze unserer Politik. Wir haben sie mit unumwundener Offenheit dargelegt, weil eine Bedingung des Vertrauen und Vertrauen die erste Bedingung eines gedeihlichen Zusammenwirkens zwischen Regierung und Reichstag.

* **Wien**, 28. Nov. Die Nachrichten aus Ungarn lassen den befriedigenden Ausgang der Dinge viel sicherer erhoffen, als noch vor kurzer Zeit gewärtigt wurde. Bereits sind 11 Bataillons Jusaren und 2 Infanterie-Bataillons bei Malagka und 4 Truppen Abtheilungen und Kolonnen gegen den Armeekorps des F.M.L. v. Simonich ausgeschlossen. Sämmtliche Truppen sind nach Pest und Ofen zusammengezogen und Bleichsag.

* **Wien**, 28. Nov. Die Nachrichten aus Ungarn lassen den befriedigenden Ausgang der Dinge viel sicherer erhoffen, als noch vor kurzer Zeit gewärtigt wurde. Bereits sind 11 Bataillons Jusaren und 2 Infanterie-Bataillons bei Malagka und 4 Truppen Abtheilungen und Kolonnen gegen den Armeekorps des F.M.L. v. Simonich ausgeschlossen. Sämmtliche Truppen sind nach Pest und Ofen zusammengezogen und Bleichsag.

* **Wien**, 28. Nov. Die Nachrichten aus Ungarn lassen den befriedigenden Ausgang der Dinge viel sicherer erhoffen, als noch vor kurzer Zeit gewärtigt wurde. Bereits sind 11 Bataillons Jusaren und 2 Infanterie-Bataillons bei Malagka und 4 Truppen Abtheilungen und Kolonnen gegen den Armeekorps des F.M.L. v. Simonich ausgeschlossen. Sämmtliche Truppen sind nach Pest und Ofen zusammengezogen und Bleichsag.

* **Wien**, 28. Nov. Die Nachrichten aus Ungarn lassen den befriedigenden Ausgang der Dinge viel sicherer erhoffen, als noch vor kurzer Zeit gewärtigt wurde. Bereits sind 11 Bataillons Jusaren und 2 Infanterie-Bataillons bei Malagka und 4 Truppen Abtheilungen und Kolonnen gegen den Armeekorps des F.M.L. v. Simonich ausgeschlossen. Sämmtliche Truppen sind nach Pest und Ofen zusammengezogen und Bleichsag.

* **Wien**, 28. Nov. Die Nachrichten aus Ungarn lassen den befriedigenden Ausgang der Dinge viel sicherer erhoffen, als noch vor kurzer Zeit gewärtigt wurde. Bereits sind 11 Bataillons Jusaren und 2 Infanterie-Bataillons bei Malagka und 4 Truppen Abtheilungen und Kolonnen gegen den Armeekorps des F.M.L. v. Simonich ausgeschlossen. Sämmtliche Truppen sind nach Pest und Ofen zusammengezogen und Bleichsag.

* **Wien**, 28. Nov. Die Nachrichten aus Ungarn lassen den befriedigenden Ausgang der Dinge viel sicherer erhoffen, als noch vor kurzer Zeit gewärtigt wurde. Bereits sind 11 Bataillons Jusaren und 2 Infanterie-Bataillons bei Malagka und 4 Truppen Abtheilungen und Kolonnen gegen den Armeekorps des F.M.L. v. Simonich ausgeschlossen. Sämmtliche Truppen sind nach Pest und Ofen zusammengezogen und Bleichsag.

* **Wien**, 28. Nov. Die Nachrichten aus Ungarn lassen den befriedigenden Ausgang der Dinge viel sicherer erhoffen, als noch vor kurzer Zeit gewärtigt wurde. Bereits sind 11 Bataillons Jusaren und 2 Infanterie-Bataillons bei Malagka und 4 Truppen Abtheilungen und Kolonnen gegen den Armeekorps des F.M.L. v. Simonich ausgeschlossen. Sämmtliche Truppen sind nach Pest und Ofen zusammengezogen und Bleichsag.

* **Wien**, 28. Nov. Die Nachrichten aus Ungarn lassen den befriedigenden Ausgang der Dinge viel sicherer erhoffen, als noch vor kurzer Zeit gewärtigt wurde. Bereits sind 11 Bataillons Jusaren und 2 Infanterie-Bataillons bei Malagka und 4 Truppen Abtheilungen und Kolonnen gegen den Armeekorps des F.M.L. v. Simonich ausgeschlossen. Sämmtliche Truppen sind nach Pest und Ofen zusammengezogen und Bleichsag.

Schweiz.

Bern. Die belannten Aeußerungen der beiden Nationalräthe Luvini und Wenn in der Tessinerangelegenheit haben, wenn an voriger Korrespondenz seinerzeit richtig bemerkte, zu einem Duell geführt, — v. d. sie hätten dann fahren sollen. Als es nämlich Ernst galt, hat, wie wir aus unverlässiger Quelle vernommen, der eidgenössische Oberst Luvini die gegen das Zürcher Bataillon Bern ausgefochtenen Beleidigungen, wie man in der Kunstsprache sagt, **revozirt und depreziirt**, worauf sich natürlich der wackere Oberst des Bataillons ganz zufriedengeben konnte. Bei diesem Anlasse hat übrigens auch die Eidgenossenschaft ein kleines Profitchen gemacht: Oberst Luvini hat nämlich die von ihm seinerzeit für sich verlorenen Epauletten, Hut und Degen" eingegebene Rechnung von 800 Franken wieder **zurückgezogen**. Männer von Fach, freilich nur von deutschem Geblüt, waren der Meinung, eine fast nothwendige Konsequenz dieses Benehmens wäre gewesen, daß Herr Luvini auch seine Entlassung aus dem eidgenössischen Generalstabe genommen hätte. Dieses wollen wir aber lassen gestellt sein lassen, wie Anderes ist mehr als genug (Bdg. 3.)

Bern ward in der Sitzung des Nationalraths vom 28. Nov. mit 58 Stimmen zum bleibenden Bundessitz bestimmt. Zürich hatte 35 Stimmen, Luzern 6, Zofingen 1.

Großbritannien.

* **London**, 26. Novbr. Der Revisionsbrief wird, so versichert man mit ziemlicher Gewißheit, das Urtheil des Hrn. Smith O'Brien bestätigen. — So eben ist die Nachricht hier ein, daß Bielount Melbourne auf seinem ländlichen Landsitz Hall in Hertfordshire im 70. Jahre seines Lebens vorgestern Abend gestorben ist. Derselbe bekleidete den schwierigen Posten

eines Premierministeriums vom Jahre 1834 bis 1841. Die Whigpartei erleidet einen großen Verlust durch seinen Tod. — Konsols 87½, ⅛.

Dänemark.

Kopenhagen, 22. Nov. Dem Vernehmen nach werden die vorläufigen Verhandlungen, die den Weg zu einem definitiven Frieden zwischen Dänemark und Deutschland bahnen sollen, kaltägig ihren Anfang in London nehmen. Der Königliche Gesandte am großbritannischen Hofe, Graf Reventlow, der sich zur Zeit hier aufhält, wird sich wahrscheinlich nicht auf seinen Posten zurückbegeben, ehe er vollständige Instruktionen erhalten hat; dagegen ist General Ordoltz gestern (vorgestern) nach London abgereist, um, wie wir in Erfahrung gebracht haben, dem hiesigen Kabinet im Allgemeinen die Absichten der dänischen Regierung in Bezug auf die Erledigung der bestrittenen Punkte mitzutheilen. (Berl. Z. u. Fürderlantcr.)

Frankreich.

** Paris, 27. Nov. Cavaignac wird die Früchte seiner lonalen, offenen Erklärungen ernten: die Bourgeoisie wendet sich ihm unverkennbar wieder zu. Wenigstens eine Million von Schwankenden sind für ihn wieder gewonnen. Wenn, wie jetzt fast mit Sicherheit zu erwarten, die Abstimmung bei der Präsidentenwahl so ausfällt, das keiner der Kandidaten die nöthigen zwei Millionen Stimmen erhält, also die Nationalversammlung den Gatcheid zu geben hat, so ist Cavaignac's Ernennung gewiß. In mehreren Legionen der Nationalgarde unterzeichnet man Adressen an den General. — Nach dem „Ami de la Religion“ wollen mehrere Mitglieder der National-Versammlung die Intervention Frankreichs zu Gunsten des Papstes gegen die Demokraten zu Rom verlangen. Auch Rossi's, des Ermordeten Sohn, wäre fast in dem Augenblick, als er sich seinem verdienten Vater in die Arme stürzte, ebenfalls ermordet worden. Der Papst hat der Familie Rossi's eine Zufluchtsstätte im Quirinal gewährt.

Aegypten.

Eben eingehende Briefe aus Alexandria bestätigen den am 10. Nov. erfolgten Tod Ibrahim Pascha's. (A. Z.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 30. Nov. Bayer. 3½ proz. Obligationen 76 P. — 4 proz. 88 P. Bankaktien II. Semester — P. 575 G. Promessen 35 P. — G. Oesterreich. 5proz Metall. 950 G.

J. V. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Fremdenanzeige.

Bauer. Hof. Frau Michel, Marchand de Modes. Berg. Kaufmann, von Frankfurt.

Gold. Hirsch. v. Dobner, Rath, von Kobarg. v. Mayer, Partikulier, aus der Schweiz. Frau v. Rad, von Augsburg.

Hotel Maulik. Reis. Appellationsgerichts-Rath, von Freising. Haag, Kaufmann, von Stuttgart. Schreiter, Dr. jur., von Stuttgart. Lemiarz, Advokat, von Lauenburg. Graf Gerets, niederländ. Minister am baver. Hofe.

Gold. Kreuz. Perret, Proprietär, von Paris. Griesbaher, Privatier, von Lenzkirch. Fischer, Appellationsgerichts-Rath, von Neuburg. Freyberg, Oberstlieutenant, von Zweibrücken. Hardunger, Zahnarzt, von Frankfurt.

Gold. Hahn. Mad. Mayer, Privatiergattin, von Regensburg. Brand, Kaufmann, von Speier.

Blaue Traube. Lomar, Dr., von Frankfurt. Rathhammer, Mechanikus, von Tannwalden. Merz, Fabrikant, von Augsburg. Weber, Kaufmann, von Rödger. Gisler, Mechaniker, von Zürich.

Bachsgarten. Müller, Fabrikant, von Karlsruhe. Baumann, Kaufmann, von Regensburg. Baier, Kaufmann, von Rain.

Gestorbene in München.

Theres Bauer, ledigerl. Kupferschmied-Wittwe, 75 J. a. Johann Merklein, Taglöhner von Seeling, 58 J. a. Peter Lieb, Brauknecht von Holzheim, Bgs. Weilheim, 31 J. a. Sebastian Rieger, Drechslergesell von Haidhausen, 28 J. a. Anton Schaub, pens. Königl. Hofbauinspektor, 76 J. a. Anna Maria Segel, Müllerstochter von Reichach, Bgs. Landau, 64 J. a.

Berichtigung.

In der Todesanzeige der königl. Landrichterswittwe Anna Maria Sanghofer, ist der Trauergottesdienst auf „Montag den 4. Dezember“ festgesetzt, derselbe findet jedoch „Dienstag den 5. Dezember“ Vormittags um 8 Uhr in der St. Ludwigs-Pfarrkirche statt.

Pfandauslösung und Versteigerung.

269. (3a) Mittwoch den 20. Dezember 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat November 1847 und zwar von:

Nro. 9702 bis 18724.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags vorgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Mittwoch den 27. Dezember öffentliche Versteigerung.

München, den 30. Nov. 1848.

Königl. privileg. Pfand- und Leih-Anstalt I. der Stadt München.

J. Negriolli, Magistratsrath.

Hannes, Kassier. v. Zech, Kontrolleur.

264. (3c) So eben ist erschienen und beim Herausgeber (Tannenstraße hinter der Hofgartenkaserne Nro. 11 a im ersten Stocke) zu haben:

Anleitung zur Banzeichnungs-Kunde für Gewerbs- und Feiertags-Schulen sowie zum Selbstunterrichte.

Herausgegeben von

Ferdinand Fodl, Hofbau-Inspektor.

Ein Cahier mit 32 lithographirten Tafeln — Vorlagen und ein Heft erläuternder Text.

Preis 5 fl.

München den 29 Nov. 1848.

270. Unterzeichneter hat die Ehre, dem hohen Adel und Publikum zur Kenntniß zu geben, daß bei ihr von den beliebten Fruchtkörben und andere Gegenstände von Früchten gefertigt, sehr gut für Weihnachts- und Neujahrs-Geschenke geeignet, zu haben sind.

Auch können Damen auf besonderen Wunsch Unterricht darin erhalten.

Apolonia Nürzel,
Tannenstraße Nro. 5 zu ebener Erde links, zunächst dem Hof- und Rockert-Garten.

Stelle-Gesuch.

267. Ein Rentamtsgehilfe, welcher seit beinahe 6 Jahren bei zwei königl. Rentämtern arbeitete, im Steuerrectifikationen vollkommen erfahren ist, und sich der Treue, Fleiß und Solidität auszweisen kann, wünscht bis 1. Januar k. Js. seine Stelle zu verändern. Gefällige Anfragen unter Chiffre A. Z. besorgt die Expedition dieses Blattes.

Vorladung.

262. (2b) Dem Konrad Popp, Taglöhner zu Neuhammer, b. Gs., ist daselbst der Schuldschein der königl. Bank in Nürnberg vom 3. April 1846, Nro. 7315, über 130 fl. verloren gegangen.

Der unbekannte Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, dieselbe binnen

6 Monaten

bei dem unterzeichneten königl. Landgerichte vorzuzeigen, widrigenfalls sie für kraftlos erklärt werde.

Vohenstrauß, den 17. Juli 1848.

Königl. Landgericht Vohenstrauß.

Frieer. Kohler.

Bekanntmachung.

Versteigerung des Maler-Inventars zu Geiling.

Mittwoch den 10. Januar k. Js., Vormittags von 10 bis 12 Uhr wird zu Geiling, b. Gs., im Hause des Baltzhar und der Maria Ziegler, Maierbauerseheleute verstorben, das ihnen gehörige nachstehendes Inventar auf Antrag eines Hypothekgläubigers öffentlich versteigert, und nach den Bestimmungen des §. 61 des Hypothekengesetzes und den §§. 96—101 der Gerichtsordnungs-Novelle vom Jahre 1837 zugeschlagen, sobald der Schätzungswerth erreicht wird, und ein höherer Angebot nicht erfolgt. — Berichtsbekannte Kaufsliebhaber haben sich über Verlangen und Zahlungsfähigkeit durch gerichtliche Zeugnisse auszuweisen.

Das Inventar, zum größern Theil zur Kirche Geiling, Kirchrieth, beliebt nach dem Grundsteuerkataster

1) aus dem zweigädigen Wohnhaus mit Stall und Stadel unter einem gemeinsamen Legschindeldache, das Wohnhaus von Holz, der Stall im 1. Stock gemauert werth 1000 fl.
2) Garten-, Aker-, Wies- und Holz-Grund, zusammen 50 Tagw. 84 Dez, werth 2342 fl.
3) sudeigene Aecker zu 5 Tagw. 47 Dez. werth 164 fl.
4) rekurrt eigener Wies- und Aker-Grund 7 Tagw. 4 Dez, werth 363 fl.
5) rekurrt eigene Wiese 1 Tagw. 60 Dez. werth 64 fl.

Summe 4333 fl.

gerichtlich erhoben am 16. Nov. 1848.

Am 27. Nov. 1848.

Königl. Landgericht Wolfratshausen.

Martin,
Landrichter.

268. (3a) coll. Vogl, Rechtspr.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Entwurf des Gesetzes über den Reichstag.

(Schluß.)

Artikel VI. §. 20. Der Reichstag versammelt sich jedes Jahr am Sitze der Reichsregierung. Die Zeit der Zusammenkunft wird vom Reichsoberhaupte bei der Einberufung angegeben, insofern nicht ein Reichsgesetz dieselbe festsetzt. Außerdem kann der Reichstag zu außerordentlichen Sitzungen jeder Zeit vom Reichsoberhaupt einberufen werden. (Statt §. 20.) Minoritätserachten II. Keines von beiden Häusern soll während der Sitzungsperiode sich länger als auf drei Tage ohne Einwilligung des andern vertagen. (Wigard.) Minoritätserachten III. Der Reichstag versammelt sich jedes Jahr am Sitze der Reichsregierung aus eigener Machtvollkommenheit. Die Zeit der Eröffnung ist der 1. Mai, insofern nicht ein Reichsgesetz eine andere Zeit festsetzt. Die Sitzungsperioden beider Häuser werden zu gleicher Zeit eröffnet und geschlossen. Außerdem kann der Reichstag zu außerordentlichen Sitzungen jeder Zeit von den Vorständen des letzten Reichstags einberufen werden. (Wigard.) Minoritätserachten IV. Der Reichstag versammelt sich am Sitze der Reichsregierung zu einer bestimmten, durch ein Reichsgesetz festzusetzenden Zeit. (Abreuß. Teilampf. Mittermaier. Schreiner. Wigard. Wippermann. Zell.) §. 21. Das Volkshaus kann durch das Reichsoberhaupt aufgelöst werden. In dem Falle der Auflösung ist der Reichstag binnen drei Monaten wieder einzuberufen. (Zu §. 21.) Minoritätserachten I. Dieser Paragraph ist wegzulassen. (Mittermaier. Schreiner. Wigard.) Minoritätserachten II. Statt dieses Paragraphen möge es heißen: „Nur mit Zustimmung des Reichstages können die Sitzungen an einem anderen Orte als demjenigen, an welchem der Sitz der Reichsregierung ist, verlegt oder eine Vertagung ausgesprochen werden." (Mittermaier. Abreuß Teilkampf. Schreiner.) Dissent Minoritätsgutachten stimmt als Zusatz bei. Gülich. §. 22. Die Auflösung des Volkshauses ist die gleichzeitige Vertagung des Staatenhauses bis zur Wiederberufung des Reichstages zur Folge. Die Sitzungsperioden beider Häuser sind dieselben. (Zu §. 22.) Minoritätserachten. Dieser Paragraph möge wegfallen. (Wigard.) §. 23. Das Reichsoberhaupt bestimmt das Ende der Sitzungsperiode des Reichstages. (Zu §. 23.) Minoritätserachten. Das Ende der Sitzungsperiode des Reichstages wird durch Reichsgesetz beider Häuser bestimmt. Abreuß. — Art. VII. §. 24. Jedes der beiden Häuser wählt seinen Präsidenten und die Vizepräsidenten für sich, und zwar für die Dauer einer ganzen Sitzungsperiode. (Zu §. 24.) Minoritätserachten. Statt dieses Paragraphen möge es heißen: „Jedes der beiden Häuser wählt seinen Vorsitzenden und die Stellvertreter für sich, und zwar für die Dauer einer Session. Dasselbe gleichen wählt jedes Haus für sich seine Schriftführer auf die Dauer von drei Monaten. Die Vorsitzenden in Verbindung mit den Schriftführern bilden den Gesammt-Vorstand des Hauses. Ihnen liegt die amtliche Stellung und Geschäftsführung des Gesammtvorstands und seiner einzelnen Mitglieder, so wie über die Leitung der Kanzleigeschäfte die Entscheidung innerhalb der näheren Bestimmungen zu enthalten." (Wigard. Schreiner Hübner.) §. 25. Die Sitzungen beider Häuser sind öffentlich. Die Geschäftsordnung eines jeden Hauses bestimmt, unter welchen Bedingungen vertrauliche Sitzungen stattfinden können. (Zu §. 25.) Minoritätserachten. Zusatz: „Die Verhandlungen und Beschlüsse des Reichstags werden durch den Druck öffentlich bekannt gemacht. (Wigard. Schreiner Hübner.) §. 26. Jedes Haus prüft die Vollmachten seiner Mitglieder und entscheidet über ihre Zulassung. §. 27. Jedes Mitglied leistet bei seinem Eintritt den Eid: „Ich schwöre, die deutsche Reichsverfassung getreulich zu beobachten und aufrecht zu erhalten, so wahr mir Gott helfe." (Zu §. 27.) Minoritätserachten. Dieser Paragraph möge wegfallen. (Wigard. Mömer.) §. 28. Jedes Haus hat das Recht, seine Mitglieder wegen unwürdigen Verhaltens im Hause zu bestrafen. Die Ausschließung eines Mitgliedes wegen unwürdigen Verhaltens im Hause kann nur dann ausgesprochen werden, wenn in beiden Häusern die Hälfte sämmtlicher Mitglieder an der Abstimmung Theil nimmt, und in jedem Hause eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen sich dafür entscheidet." (Wigard. Schreiner.) §. 29. Weder Uebereinkunft von Bittschriften, noch überhaupt Deputationen, sollen in den Häusern zugelassen werden. (Zu §. 29.) Minoritätserachten. Dieser Paragraph möge wegfallen. Eventuell: „Deputationen zur Ueberbringung von Anträgen und Bittschriften sollen in den Häusern nicht zugelassen werden." (Wigard. Schreiner.) §. 30. Jedes Haus hat das Recht, sich seine Geschäftsordnung selbst zu geben, mit Ausnahme derjenigen Punkte, welche die geschäftlichen Beziehungen beider Häuser zu einander betreffen. Diese werden durch Uebereinkunft beider Häuser geordnet. Minoritätserachten. Zusatz: Als §. 30. a. ist einzuschalten: „Wenn sich beide Häuser nach der in jeder derselben einmal vorgenommenen Berathung über einen Gegenstand nicht vereinigen können, so treten Beide noch zu einer gemeinschaftlichen Berathung und Abstimmung zusammen. Der Beschluß ist alsdann gültig, wenn zwei Drittel der Stimmen aller Anwesenden sich vereinigen." (Mittermaier. Schreiner. Ahrens Wigard. Gülich.) — Art. VIII. §. 31. Ein Mitglied des Reichstages darf während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Zustimmung des Hauses, zu welchem es gehört, wegen strafrechtlicher Anschuldigungen weder verhaftet, noch in Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That. (Zu §. 31.) Minoritätserachten. Statt dieses Paragraphen möge es heißen: Ein Mitglied des Reichstages darf vom Zeitpunkt seiner Erwählung an, während der Dauer der Sitzungsperiode und acht Tage nach derselben, ohne Zustimmung des Hauses, zu welchem es gehört, weder verhaftet noch in Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung bei Verübung eines Verbrechens." (Wigard. Schreiner. Zell.) §. 32. In diesem letzteren Fall ist dem betreffenden Hause von der angeordneten Maßregel sofort Kenntniß zu geben. Es steht demselben zu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schluß der Sitzungsperiode zu verfügen. §. 33. Dieselbe Befugniß steht jedem Hause in Betreff einer Verhaftung oder Untersuchung zu, welche über ein Mitglied desselben zur Zeit seiner Wahl verhängt gewesen, oder nach dieser bis zu Eröffnung der Sitzungen verhängt worden ist. (Zu §. 33.) Minoritätserachten. Der letzte Satz: „oder nach dieser bis zu Eröffnung der Sitzungen verhängt worden ist," wird für den Fall wegzulassen haben, wenn das Minoritätserachten zu §. 31. angenommen wird. (Wigard. Schreiner.) §. 34. Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen gerichtlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden. — Art. IX. §. 35. Die Reichsminister haben das Recht, den Verhandlungen beider Häuser des Reichstages beizuwohnen, und von denselben gehört zu werden. §. 36. Die Reichsminister haben die Verpflichtung, auf Verlangen jedes der Häuser des Reichstages in demselben zu erscheinen und Auskunft zu geben. §. 37. Die Reichsminister können nicht Mitglieder des Staatenhauses sein. (Statt §. 37.) Minoritätserachten. Die Reichsminister können nicht Mitglieder des Staatenhauses oder Volkshauses sein. (Wigard. Schreiner. Mittermaier. Gülich. Römer.) §. 38. Wenn ein Mitglied des Volkshauses im Reichsdienst ein Amt oder eine Beförderung annimmt, so muß es sich einer neuen Wahl unterwerfen; es behält jedenfalls seinen Sitz im Hause, bis die neue Wahl stattgefunden hat. (Statt §. 38.) Minoritätserachten. Wenn ein Mitglied des Reichstages im Reichsdienst oder im Dienste eines deutschen Einzelstaats ein Amt oder eine Beförderung annimmt, so muß es sich einer neuen Wahl unterwerfen. (Wigard. Teilkampf.) — Anmerkung. Die unter den §§. 2. 4 (1.), 5 (1.), 6, 7, 9, 12, 20 (I. II. III.), 21 (I.), 22. 23, 24, 27, 28, 29, 33 und 38 aufgeführten Minoritätsgutachten sind vorläufig nicht als Minoritätserachten, sondern als Sondererachten anzusehen, bis die augenblicklich von Frankfurt abwesenden Abstimmführer Schüler von Jena und Heinrich Simon von Breslau, welche im Besitz dieser Gutachten bei der Berathung gestimmt haben, hierher zurückgekehrt und der Fassung dieser Gutachten beigetreten sein werden.

Landwirthschaftlicher Kongreß zu Frankfurt.

(Schluß.)

∠ Elfte Sitzung am 13. Nov. Abends. An die Tagesordnung kam heute, nach Verlesung des Protokolles, die Frage 11 in Betreff des Zustandes der arbeitenden Klassen. Der Referent der betreffenden Kommission, Rau aus Heidelberg, gab darüber eine, wie es schien, mit besonderer Vorliebe abgefaßte, auf umfängliche Erfahrung gestützte Darstellung des gegenwärtigen Zustandes der Arbeiter, und schlug zur Mitte vor, welche die Kommission zur Abhilfe der Mängel für zweckentsprechend hält. Nach kurzer Debatdung dieser Gegenstandes beschließt die Versammlung, das Referat drucken zu lassen und hierauf dem landwirthschaftlichen Vereine zur Begutachtung und dem zurückbleibenden Ausschusse zur weiteren Verfolgung zu übergeben.

Zwölfte Sitzung am 14. Nov. Nach Eröffnung der Sitzung Abgabe der Stimmzettel für die Wahl des engeren Ausschusses. Hierauf schritt die Versammlung sogleich zur Berathung über die Frage 12, die Fortbildung der Landwirthschaft auf den Wege der Wissenschaft und der Erfahrung. Das Resultat derselben war der Beschluß, dahin zu wirken, daß in jedem Kreise Deutschlands eine Musterwirthschaft errichtet, durch Sachverständigen nach rationellen Grundsätzen bewirthschaftet und die dabei gemachten Erfahrungen gesammelt und durch den Druck veröffentlicht werden sollen. Hierauf folgt Berathung der Frage 7, Steuerfrage. Nach dem gedruckten Berichte erkennt die hiesige bestimmte Kommission an: daß es dem Prinzipe nach ganz richtig sei, daß die Steuerpflicht im Staate sich nach der Steuerfähigkeit richten soll, welche durch das Einkommen der Steuernden bestimmt wird. Da aber die Durchführung dieses Prinzipes in der Art, daß der gesammte, durch Besteuerung aufzubringende Staatsbedarf ausschließlich im Wege einer Einkommensteuer aufgebracht werde, für keinen Staat von einiger Bedeutung, weil die zu treffenden Ermittelungen und angemessene Belastung des Einkommens zu schwierig — ausführbar

ist: so glaubt die Kommission, daß in Deutschland unvermeidlich neben einer Einkommensteuer, überhaupt neben direkten Steuern auch indirekte oder Verbrauchssteuern ferner erhoben werden müssen. Die Versammlung gibt diesem Antrage ihre Bestimmung. Der zweite Antrag der Kommission, die Grundsteuer betreffend, wird in folgender Fassung angenommen: daß von jener wesentlichen Ungleichheit der Grundsteuer, wo sie bereits lange bestanden, abgegangen, und vorhandene Ungleichheiten durch die einzelnen Staaten auszugleichen werden sollen. Der dritte Antrag, die Verbrauchssteuer betreffend, wird ebenfalls angenommen und lautet: daß alle Verbrauchssteuer so nahe als möglich auf das von der Steuer herrührende Kapvordusk gelegt, nicht von einer zu großen Menge von Gegenständen und in einer den Verkehr und die individuelle Freiheit so wenig als möglich beeinträchtigenden Weise erhoben werde. Hierauf wurde die weitere Verhandlung der Steuerfrage abgebrochen, um das Resultat über die Wahl des ersten Ausschusses zu vernehmen. Folgende Herrn wurden in diesen Ausschuß gewählt: Hr. v. Aleen aus Hannover, von Varnbüler aus Württemberg, Dr. Krukkus aus Sachsen, von Kleist auf Zehop in Pommern, und von Kürsinger aus Salzburg. Ersatzmänner: Graf Schwerin-Putzar aus Schleswig-Holstein und Hr. v. Stein aus Preußen.

Dreizehnte und Schlußsitzung am 14. Nov. Abends. Beim Beginne wurden die Wahlzettel für den größern Ausschuß an eine Kommission eingereicht. An der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Steuerfrage. Hiebei wird der vierte Antrag angenommen; dieser lautet: Da die Verbrauchssteuern von unentbehrlichen Lebensbedürfnissen vorzugsweise die ärmern Klassen berühren; so sollen diese Verbrauchssteuern, namentlich von Fleisch und Brod, ganz abgeschafft, und die übrigen zweckmäßig so mäßig gestellt werden, daß sie jene Beschränkte nicht wesentlich vertheuern. Der fünfte Antrag, Aufhebung des Salzregals, und Deckung des Ausfalles im Staatshaushalte durch eine mäßige Steuer von der Fabrikation und dem Handel mit ausmärtigem Salze wird ebenfalls angenommen. Der sechste Antrag, welcher auf Beibehaltung einer Verbrauchssteuer für Wein und Tabak ging, wird verworfen, und solche ein Antrag, welcher dahin geht, daß diese Steuern gänzlich wegfallen sollen, wird angenommen. Der Antrag 7 wird angenommen; er lautet: daß das im Zollvereine vor der bleijährigen Erhöhung der Rübensteuer bestandene Verhältniß derselben zum Zolle auf indischen Zucker wieder hergestellt und so lange beibehalten werde, als nicht eine Herabsetzung des Zuckerzolles, insbesondere mit Rücksicht auf die dem Zollverein befreundeten Länder, vorgenommen wird, in welchem Falle auch eine verhältnißmäßige Ermäßigung der Rübensteuer erfolgen müßte. Der Schlußantrag, daß diese Berathungen der Zentralgewalt und der Reichsversammlung zur Berücksichtigung vorgelegt werden sollen, wird angenommen. Hierauf beschließt die Versammlung wegen vorgerückter Zeit alle übrigen noch vorhandenen Berichte und Anträge zu den Grundrechten, über Kreditwesen, über eine verbesserte Stellung der Unterjährte zum ersten Ausschusse zur weiteren Verfolgung zu überweisen. — Nun folgte die Bekanntmachung des Resultates für die Wahlen des weiteren Ausschusses. Es wurden gewählt für Oesterreich die Herrn: Graf Depm, Gobel, Höchstmann, Schrott, Wolf und Peyer. Für Preußen: die Herrn Mengel, Jachmann, Simson, Schulze, von Schlicht, von Brandenstein, von Heldorf, von Kleist. Für Bayern die Herrn: Rhomer und Pittmann; für Hannover und Braunschweig: die Herrn Bartlauben und Bischer; für Sachsen: Herr Ritmer; für Württemberg: Herr Walz; für Baden: Herr Rau; für Hessen und Nassau: Hr. Dr. Zeller; für die nördlichen kleineren Fürstenthümer: Hr. Satow; für die südlichen Hr. Wetherlin.

Nach einer herzlichen Schlußrede der beiden Präsidenten Sollus und Paaß, trennt sich die Versammlung mit einem Hoch für Deutschland, nachdem sie noch bevor auf Antrag des Herrn von Closen dem Bureau für die viele gehabte Mühe ihren Dank öffentlich ausbrückte.

Zur Frage der Wahlberechtigung in Bayern.

Die in einer frühreren Nummer Ihres geschätzten Blattes aufgestellte und, soviel vertautet, auch von Seite der Regierung als richtig anerkannte Behauptung, daß Kooperatoren, als solche, bei den Landtagswahlen, nach dem Gesetze vom 4. Juni d. J. zwar als Urwähler und Abgeordnete, nicht aber als Wahlmänner berufen werden können, hat in der Beilage zu Nr. 132 einen Gegner gefunden, dessen sowole Schlußerklärung zwar volle Anerkennung verdient, gegen dessen Interpretationskunst aber desto größere Bedenken obwalten dürften.

Die Verfassungsurkunde Tit. 4 § 3, worauf das Wahlgesetz bekanntlich hinweist, gesteht ausdrücklich nur jenen Beamten das Staatsbürgerrecht zu, welche durch den Eintritt in ein öffentliches Amt anfässig geworden sind.

Die Frage: ob alle öffentlichen Beamten durch den Eintritt in ihr Amt oder unter welchen Voraussetzungen sie die Ansässigkeit erlangen? ist in der Verfassungsurkunde nicht gelöst. Ihre Lösung kann begreiflich nur in jenem Gesetze gesucht werden, welches über die Ansässigmachung allein und ausschließlich maßgebend ist, und dieß ist eben kein anderes, als das am 1. Juli 1834 ereignete Gesetz über Ansässigmachung, und Verehelichung vom 11. September 1825.

Die Behauptung Ihres Korrespondenten aus Passau würde hienach nothwendig zu der völlig unlogischen Annahme führen, daß nicht definitiv angestellte Beamte den Wahlen zu Lieb, als anfässig erklärt werden müßten, während sie dieß in der That im Jahre 1818 nicht waren, und selbst wenn sie es gewesen wären, doch jedenfalls nach dem gegenwärtig geltenden Gesetze ungweifelhaft nicht sind.

Der Verfasser des Artikels aus Passau beruft sich, wie dieß auch anerwährt, namentlich im „Volksboten“ schon geschehen ist, auf Beilage II. §. 30 der Verfassungsurkunde, wonach die Kooperatoren die Achtung und die Rechte öffentlicher Beamten genießen, wie Pfarrvorsteher.

Allein daß bis fraglichen Religionsdiener ansässige Beamte seien, das ist weder aus, noch aber den angeführten Stelle, noch sonst irgendwo gefolgert, bestimmt; vielmehr kann auch hier wieder nur das Gesetz über Ansässigmachung und Verehelichung entscheiden. Wir wollen dem Herrn Verfasser des fraglichen Artikels auf das Gebiet seiner übrigen, theils offenbar unrichtigen, theils lediglich de lege ferenda handelnden Behauptungen hier vorerst nicht folgen. Auch wir sind der unmaßgeblichen Ansicht, daß es vielleicht zweckmäßig gewesen wäre, wenn das Wahlgesetz sich darauf beschränkt haben würde, von den Wahlmännern nur die Ansässigkeit zu fordern, welche bekanntlich unfassenden ist als das Staatsbürgerrecht. Allein hier handelt es sich nur um das, was zur Zeit wirklich Rechtens ist.

Deutschland.

Sächs. Herzogthümer. — Altenburg, 25. Nov. Unser Landtag wurde am 21. d. Mts. wieder eröffnet. Dieser ist auch noch immer in einem Theil seiner Mitglieder ein getreues Abbild unserer traurigen Zustände, so hatten wir uns doch zu der Hoffnung berechtigt, daß die unreifen und unpraktischen, auf gänzlichen Umsturz unserer staatlichen Verhältnisse hinarbeitenden Ideen politischer Gaukler die Majorität unserer Kammer verloren haben. In der Sitzung vom 23. wurde der Antrag, der wegen Hochverrathes in Haft befindliche Dr. Donat möge während der Dauer des Landtages freigegeben werden, mit der überraschenden Majorität von 17 gegen 8 Stimmen verworfen. Auf der Galerie erregte diese Abstimmung ein Trommeln und wüstes Lärmen, so daß sich der Präsident veranlaßt sah, nachdem er vergebens zur Ruhe ermahnt hatte, mit Räumung derselben zu drohen. Wie wirft nun auf diese Abstimmung über die Souveränität des Volks bei manchen unserer Abgeordneten geht, möge man daraus ersehen, daß sofort ein Deputirter, der Polizeifrohe Pölitsch, das Recht des Präsidenten bestritt und das Räumen der Galerie als nie zulässig erklärte. Noch seiner neuen Meinung müßte jederzeit die Sitzung geschlossen werden, wenn ein derartiger Sturm auf der Galerie sich erhöbe, indem gehörne Stimmen durchaus nicht zulässig seien. Unser souveränes Volk ist bekanntlich ein sehr erregtes und derartige Lebensäußerungen der Gallerien keine Seltenheiten, so daß, ginge der Antrag unseres scharfsinnigen Deputirten durch, das Ende unserer Landtages schwer voraus zu bestimmen sein möchte. Bei jeder mißliebigen Aeußerung der Kammer aber eines Abgeordneten würde es das Volk für gut finden, die Sitzung aufzuheben. Glaubem der Präsident die Sitzung geschlossen, sondern die Gallerien ihren Willen durch Pfeifen und Zisch und empfing dagegen diejenigen Deputirten, welche gegen die Freilassung Donat's gestimmt hatten, mit dem schönsten Ehrentitel und Verbeißungen. Der Abgeordnete Bürgerkommandant und Volksführer Erbe ist von seiner Reise nicht zurückgekehrt; er ist des Hochverraths angeklagt und wird bereits steckbrieflich verfolgt. — Die Krankheit unserer Herzogin hat sich dermaßen verschlimmert, daß ihren Aerzten ständig entgegengesehen wird.

Abgeordnetenversammlung. In Gotha hat den Antrag auf eine Anerkennung adreise der preußische Nationalversammlung abgelehnt.

(Korr. v. u. f. D.)

Preußen. — Breslau, 25. Nov. (Veränderte Stimmung.) Breslau ist plötzlich wieder in Ruhe vermandele worden, was es früher war, in eine ruhige, friedliche Stadt. Die Kalaberscheiße, die zwischen Hoch und die Demokraten hörte, denen man noch vor wenigen Tagen bei jedem Schritte begegnete, sind gänzlich verschwunden, jene Polen, Oesterreicher, Ungarn, mit Dolchen und Pistolen bewaffnet und noch furchtbarere durch den Ausdruck der Wildheit in ihrem ganzen Aeußern, sind ebenfalls verschwunden und zum Theil, wie man hört, wirklich abgereist. Jene Laferbewachenden Bürgerwehrmänner, jene Bürgerwehrpfiffere, welche noch vor Kurzem den Mezgiprat auf das Aeußerste bedrohten und drängsitzten, sind nicht verschwunden, aber ganz still nach Hause gegangen, und Einige von ihnen machen nun bekannt, sie seien bei jener Magistratsöffnung nicht zugegen gewesen; Andere sagen, sie seien zwar zugegen gewesen, hätten aber den Tumult höchlich mißbilligt, und noch Andere sagen, sie hätten sich Alle vollkommen anständig benagen und der Magistrat habe sie verwarnt. Die Kassenbeschränkungen auf eine einfache Aufforderung des Preßkenten Schleinitz nach Hause gegangen. Und Nächstdem hat sich in der ganzen Provinz ereignet. Die verrommelten Thore von Brieg sind wieder geöffnet. Die Freischaaren, welche vom Riesengebirge aus auf dem Wege nach Breslau waren, sind nach Hause gegangen, und eben so sind die fremden Freischärler unsichtbar geworden. Nach Herr Schlöffel hat sich verlaufen, und Schlesien ist also von der republikanisch-sozialistischen Partei aufgegeben. In den Klubbs, die sie zusammenberufen, aber selten bevsucht werden, verschern die Redner, das Volk sei „nicht durchdrungen von der ihm und seinen Vertretern anzethanen Schmach.“ In Liegnitz und Glogau ist man indessen von dieser Wahrheit noch nicht durchdrungen. In Liegnitz haben die Wahlmänner des Kreises in diesen Tagen fast einstimmig die Steuerverweigerung beschlossen und eine Ansprache an die Kreis-Insassen erlassen, in welcher sie sie auffordern, diesem ihrem Beschlusse sich anzuschließen und ihn zur Ausführung zu bringen. In Glogau haben die Stadtverordneten eine Adresse erlassen, in welcher sie die Nationalversammlung ersuchen, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, sondern vielmehr

zu bekräftigen, daß kein Beamter, sei er vom Zivil oder Militär, dem Ministerium Brandenburg mehr gehorchen solle u. dgl. m. Der Magistrat hat es abgelehnt, diese Adresse beizunehmen; es wolle, hat er gesagt, zwar mit der Nationalversammlung Hand in Hand gehen, aber nicht weiter gehen als sie. An Hirschberg gegangen sind die königlichen Behörden bereits von dem neuen Umschwunge ergriffen und loyal geworden. (L. Z.)

Oesterreich. — * Kremsier, 27. Nov. Eine der bewegungsvollsten Sitzungen war heute. Der Präsident wollte die Protokolle vom 28. — 31. Oktober verlesen und genehmigen lassen. Hölbriegel (im Zentrum) sprach dagegen, nachdem vorher Paul darauf aufmerksam gemacht hatte, daß im Konzeptzustande Berichte der Sitzung vom 22. Nov. diese als 52., als die nächstfolgende nach dem 5. Okt. angegeben ist. Auf solche Weise sich dieser sichtliche Fehler verbessern ließe, wurde noch nicht ermittelt. Hölbriegel sprach davon, daß man der Umsturzpartei ihren Terrorismus nicht sanktionieren dürfe und erregte damit einen wahren Sturm. Die Linke gab sich Mühe, das aufsteuernde Unrecht zu verschweigen und Greßl beantragte sogleich den Schluß der Debatte, der auch angenommen wurde. Aber es waren doch einige Redner, Schuselka, Brauner und Berger vorgemerkt, und Berger eilte in einer Weise — sein Ziel übertreffende Weise gegen das Oktoberparlament. Er war nicht zugegen, weil er nicht hätte für den rituellen Jellachich sprechen können, wie vor dem 6. Okt. Seine Mandanten haben seine Kreise gebilligt und hundert Adressen annullieren die Beschlüsse des im Terrorismus verübenden Reichstags. Die Annahme dieser Protokolle sei die Annahme der Beschlüsse des Rumpfes. Er wolle nicht sagen, so sagte der Redner wörtlich weiter, daß seine Freunde hier fliehen lassen; denn sie waren nicht nach der gegebenen Frist von 14 Tagen im Reichsstaale erschienen; sie müßten Mandatsträger als Rebellen erklären, da er trotz der Ungesetzlichkeit in Wien ist. — Die in Wien sochen, thaten es im Glauben, der Reichstag könne so billigen, und so verdienen sie Monumente und die Hochachtung des Land von Mailand. — Die Protokolle vom 5. Okt. führten aber dahin, wo wir vor dem 13. März waren. Wir wollen keinen Theil haben an dieser Revolution und die leichtsinnig sich und Andere darein stürzten, mögen es verantworten vor dem ewigen Richter. Wir können auch die Protokolle nicht annehmen. — Klaschen und Fischen, Schreien und Pfuien unterbrach mehrmals die heftige Rede, und gützt applaudierte der Rechten und Linke, Lichter aus Irmin, Schuselka und Brauner einfach, daß er es unter seiner Würde finde, auf solche schwere Hochverratsanklage zu antworten; er und seine Freunde wollen ruhig vor dem ewigen Richter auf dem Armensünderbänkchen erscheinen, wo auch Fürst Windischgrätz erscheinen wird. — Zur Aufstellung der Thatsache diene, daß der Kaiser am 22. Okt. die allerhöchste Prorogation ankündigte, der Reichstag jedoch durch eine Majorität, die Permanenz-Deputation dagegen petirte; der Reichstag war also legal und durch Kaiser und Ministerium anerkannt. — Brauner sagte, daß der Reichstag vom 26. Okt. an als protokolirt, nicht mehr tagen konnte; man möge nicht eine in der Geschichte unerhörte Revolution, deren Motive einst, deren Mittel verdammenswerth, deren Zweck zweifelhaft sein mag, die Abstimmung wurde durch Demel's Antrag, die Protokolle der angeblichen Reichstagsberathungen vom 28., 29., 30. und 31. Okt. als nicht vorhanden zu betrachten, mittelst namentlicher Abstimmung mit 143 gegen 124 Stimmen angenommen. Die Oktoberrevolution ist somit desavouirt, die Linke erlitt eine empfindliche Niederlage. Die Minister nennen die Abstimmung Majestätsrecht. Wir haben vieles interessante Aktenstück bereits in unserem heutigen Morgenblatte gegeben.) Diesem Vortrag folgte andauernder Beifall. Gleich darauf brachte Schuselka eine Interpellation vor wegen Wien, wegen der Stellung von Windischgrätz und wegen Pillersdorf. Fürst Schwarzenberg sagte, daß die Antworten stets erst in plena des Ministerrathes berathen werden. — Nächste Sitzung Donnerstag den 30. Nov. Sowohl die Reichsschleiferklärung der Reichstagsauflösungen vom 28., 29., 30. und 31. Okt. als das Programm des Ministeriums haben eine so ungethilte, feurige Stimmung hervorgebracht. Man hält das Ministerium für gesichert und glaubt, daß es in der That mit 143 bis 160 Stimmen Majorität rechnen könne, während die Linke höchstens 30 als sicher zählt, und nun neuerdings durch freiwilligen oder aufgenöthigten Rücktritt mehrerer einflußreicher Mitglieder sich bedeutend geschwächt finden dürfte. So hat Pillersdorf sein Mandat bereits zurückgelegt und Pioland, Schwarzer und Goldmark sollen Mißtrauensvoten erhalten. Allerdings wird es auf die Art und Weise ankommen, wie die Minister ihr Programm durch ihre Handlungen auslegen werden. Das Vertrauen in den Finanzen muß sich erheblich dadurch stärken, daß durch die energischen Maßsestationen, welche das Ministerium an den Tag legt, den Bass der Feindlichen und schon als verloren erachteten Provinzen jetzt erst zur Wahrheit erhoben werden soll. — Die Abgeordneten Polsak, Slowsk, Gschnitzer, Potocki, Zamoyski haben ihre Mandate zurückgelegt; ein Gleiches wird von Dobrzanski verlautet. Letzterer hat sich von einigen Wochen mit einer Dame von ausgezeichneter Schönheit aus dem Bürgerstande verehlicht. — Die Berathung der Grundrechte soll in den Sektionen beschleunigt werden. — Die Tagesordnung für die Reichstagssitzung umfaßt nur formelle Angelegenheiten. — Die ausländische Post ist erst bei Abschluß dieses Blattes eingetroffen.

* Wien, 29. Nov. Fonds und Eisenbahnaktien hielten sich gehegt, wogegen Wechsel und besonders alle Gold- und Silbersorten zu niedrigern Kursen sehr angeboten und ohne Nehmer. 5% Metall. 79⅞, 4% 65, 2½% 41½, Bankaktien 1100, Loose von 1534 135½, Dessien von 1839 89, Nordbahn 100½, Mailänder 66, Glogginitzer 95, Pesther 64, Bivvenser 63¾, Linz-Budweiser —.

Oesterreichische Monarchie.

⊙ Aus der Gegend von Mailand, 26. Nov. Hier in Mailand und fast im Allgemeinen ist es ruhig; der Hauptsammelplatz der revolutionären Partei Lugano ist ziemlich verlassen. Die eidgenössische Regierung schreint denn doch endlich einmal so viel Schamgefühl zu verspüren und Piemont hat die Schiffe auf dem Lago maggiore, welche die Insurgenten mit Gewalt gewonnen und widerrechtlich hatten, zum militärischen Besitz und beschränkt sie den Umfang. Es scheint wirklich, von dieser Seite der will man Neutralität und Waffenstillstand respektiren; was Rom und Toskana thun werden, kann jetzt wohl Niemand verschern, aber Gewiß kann und wird von dort nicht ausgehen. Die Schweizer ältern bildeten eine verläßliche Schutzwache des Vatikan. Die beiden Schweizer-Regimenter waren ist auch, wie Piemont so sagt machen, mit Gewehren versehen. Der Zeitpunkt zum Zuwaffenthun und sie allein leisteten am entschiedenen Tag jenen Widerstand, der so viele Opfer kostete; die 4 Bataillons waren auf dem wichtigen monte della madonna und an den gefährlichen Punkten, vertheilt, einer auf erster Linie, sollen auch über ein Viertheil ihrer Leute verloren haben — sagt sind sie in Rom entwaffnet und werden wohl ausgetauscht werden!

— Zur Berathung für die Wichtigkeit der Gemeindeschulen in der Kommende ist ein erläuternder Zusatz zur Verfassung des Reichsmarschalls Graf Radetzky vom 11. über die Kriegs- und Belagerungszustand erschienen, nach welchem die Handlungen vor dem 20 September durch das Amnestiemanifest gedeckt bleiben und die Steuer nur auf jenen zu lassen hat, welche a) seither im Ausland sich hatten und im Jus- oder Ausland gegen die kaiserliche Regierung konspirirten oder b) seine Bewilligung im Auslande haben, dem Aufrufe dazu Folge leisten und somit von der Amnestie keinen Gebrauch machen wollen. Diese Steuerstrafung oder Sequestration wird mithin wenige Personen treffen, aber durchaus in der Revellion verharrende.

Der österreichische Kourier bringt nachfolgendes, vom Feldmarschall Radetzky an den österreichischen Abgeordneten Eger in Frankfurt erlassene Schreiben, welches wir als den Ausdruck der Ansicht des großen, vielgeprüften Feldherrn über die Einwirkung der bekannten §§. 2 und 3 der deutschen Reichsverfassung auf die künftige politische Gestaltung Oesterreichs unsern Lesern nicht vorenthalten zu dürfen glauben. Es lautet: „Euer Hochwohlgeboren! Ich hatte die Ehre, Ew. Hochwohlgeboren unterm 2. d. M. zu ersuchen, mir gefälligst Ihre Ansicht darüber bekannt zu geben, ob Ihre Wähler gerechtfertigt Schreiben mittheilen. Ich hatte Ihnen für diese Aufmerksamkeit, und bezweifle nicht, daß auch Ihre Wähler für Ihre Erklärung Ihnen Dank wissen werden. Wie war es möglich, daß der Gedanke in Frankfurt Anklang finden konnte durch solche Beschlüsse, wie die, die Ihre Erklärung veranlassten, Oesterreich zu einer Trennung von Deutschland zu zwingen, wenn es die Einheit seine, welche auf diese Grundsätze durchführen. Man werfe einen Blick auf die Karte und frage sich, ob es möglich ist, die deutschen Provinzen Oesterreichs aus einem Staatsverbande herauszureißen, in dem sie Jahrhunderte lang ihr Glück und ihren Wohlstand gefunden. Glaube man denn ernstlich in Frankfurt, daß das mit einem Federstrich geschehen könne? Besitzt man ein treues deutsches Herz, aber wahrlich, um diesen Preis müßte ich es zum Schweigen bringen. Man faselt viel in Deutschland von den Gefahren des Panslavismus; man thut aber wirklich Alles, um dieses Gespenst zu verkörpern, denn schon ist Empörung fast identisch mit deutsch gewordet. Oesterreich, wie keinem andern deutschen Staate, liegt daher sein, wollen wir den

ten setzten den Landsturm von diesem grausamen Ueberfall in Kenntniß, worauf Bikafalva gestürmt und niedergebrannt wurde. Einer so eben eingelangten amtlichen Anzeige zufolge hat die Bürgerschaft von Thorda am 14. d. M. mittelst einer Deputation ihre Unterwerfung eingesendet und sich unter den Schutz des k. k. Militärs gestellt. (Sieb. B.)

Hermannstadt, 13. Nov. N. Enyed hat zwar seinen Unterwerfungsakt eingesendet, allein der größte Theil der Einwohner ist mit den daselbst gelegenen Freiwilligen und Kossuth-Husaren abgezogen und hat sich nach Thorda und Klausenburg gewendet. Einzelangten Nachrichten zufolge hat auch der Marktflecken Urwegdy die kaiserliche Fahne aufgesteckt. In dem Zarander Komitat ist auch Lugos eine dem Vernehmen nach ungefähr 900 Mann starke Schaar räuberischen Gesindels eingefallen. Es sind bereits die nöthigen Einleitungen getroffen, ihre weitern Fortschritte zu hemmen. Gestern Nachmittag marschirte der Romanen-Landsturm des bleszgen Stuhles in's Lager, und heute um 4 Uhr durchzog der berittene Romanen-Landsturm von Resschinar, unter Mitwirkung Grafen Bethlen die Stadt, um sich den bereits rittenen Seitzern zu vereinigen und ihrer gleicher Bestimmung zu folgen. Gestern wurde auch eine von den Kossuth-Husaren erbeutete dreifarbige Fahne mit einem Transport hier als Trophäe eingebracht. Heute rückten die Jäger freiwilligen aus Kronstadt und dem Burzenlande hier ein. Der penstionirte k. k. Major Gerbes ist zum Verweser des Hunyader Komitates ernannt worden und ist heute nach Deva abgereist. — In M. Vásárhelyen wurde die feindliche Kriegs-Operations-Kasse, 14.000 fl. C.-M., meistens österreichische Banknoten im dortigen Kasino aufgefunden und von unsern Truppen mit Beschlag belegt. — Bei der Affaire von M. Vásárhelyen ist unserseits Niemand geblieben; dagegen sind auf Seite der Szekler 180 Todte und viele Verwundete. N. Csávd, seit einer Woche vom romanischen Landsturm unter Janku führungen, gerieth, sandte am 9. h. Parlamentäre mit weißen Fahnen in das Lager der Romanen, welche die Uebergabe anboten. Diese wurden von 6000 Waffen am nächsten Morgen abzuliefern. In der darauf folgenden Nacht aber zogen Denkentsel und Honvéd sammt dem magyarischen Adel, welcher sich zu vielen Wägen in der Richtung nach Thorda flüchtete, ab. Die zurückgebliebenen Einwohner landen darauf die gefangenen Romanen und Militärd, welche durch diesen Abzug frei geworden waren, in das Lager Janku's mit der Bitte, die Stadt zu besetzen, was denn auch geschehen. In Klausenburg herrscht Verwirrung und Mangel an Lebensmitteln, da die Romanen keine Früchte mehr zu Markte bringen. Die Bürgerschaft wünscht sehnlichst eine Vereinigung und selbst die ultramagyarische Partei macht Miene zum Kreuz zu kriechen. (Oesterr. Lloyd)

Frankreich.

△ **Paris**, 26. Nov. Die Rede des Generals Cavaignac, von der ich Ihnen gestern das Wesentlichste im Auszuge mitgetheilt, hatte drei volle Stunden gedauert und war mit einer merkwürdigen Ruhe und Festigkeit vorgetragen worden. Selbst seine Gegner waren gezwungen, sein ausgezeichnetes, an ihm gar nicht gewohntes Redetalent anzuerkennen. Nach derselben wurde die Sitzung bis 8 Uhr Abends vertagt. Ein Viertel nach 8 Uhr nahmen Marrast und die Schriftführer ihre Plätze auf dem Bureau wieder ein; unter den Gruppen in der Mitte des Saales herrschte eine große Bewegung und die Ruhe stellte sich nur langsam und allmälig her. Um halb 9 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Barth. St.-Hilaire nahm zuerst das Wort. Er verwahre sich gegen die Insinuation, als habe der Bericht über die Juniereignisse den General Cavaignac verdächtigen stellen. Freunde des Generals hätten den Redner auf sein Gewissen gefragt, ob er denselben für schuldig halte, aus Ehrgeiz Verrath geübt und der Insurrektion freien Lauf gelassen zu haben, um an die Gewalt zu kommen. „Ich habe kein Bedenken getragen, ihnen zu sagen und wiederhole es von dieser Tribüne, daß ich nie einen solchen Gedanken gehegt. (Lärm.) Ich erkläre dies hiermit und wiederhole, daß ich auf diese und analoge Fragen mehrmals immer dasselbe geantwortet habe. Das ist meinerseits nicht ein Widerruf, sondern eine Bestätigung. (Murren: mehrere Stimmen: Allerdings ein Widerruf des Berichts!) Die Herren Garnier-Pagès, Pagnerre und ich haben niemals an einen Verrath aus ehrgeizigen Absichten geglaubt." Der Redner hätte es im andern Fall für seine und seiner Kollegen Pflicht gehalten, der Nationalversammlung dich zusammenzuberufen. Was den Bericht gebe, der Nationalversammlung dich vorgelegt, so sei derselbe für schuldig halte, aus Ehrgeiz Verrath geübt und der Insurrektion freien Lauf gelassen zu haben, um an die Gewalt zu kommen. „Ich habe kein Bedenken getragen, ihnen zu sagen und wiederhole es von dieser Tribüne, daß ich nie einen solchen Gedanken gehegt. (Lärm.) Ich erkläre dies hiermit und wiederhole, daß ich auf diese und analoge Fragen mehrmals immer dasselbe geantwortet habe. Das ist meinerseits nicht ein Widerruf, sondern eine Bestätigung. (Murren: mehrere Stimmen: Allerdings ein Widerruf des Berichts!) Die Herren Garnier-Pagès, Pagnerre und ich haben niemals an einen Verrath aus ehrgeizigen Absichten geglaubt." Der Redner hätte es im andern Fall für seine und seiner Kollegen Pflicht gehalten, der Nationalversammlung dich zusammenzuberufen mitzutheilen. Was den Bericht gebe nur hervor, daß in den Juntagen Fehler begangen worden seien, daß es an der nöthigen Voraussicht gemangelt habe, wofür man bis zum heutigen Tag die Exekutivkommission verantwortlich machen wolle. Die in dem Bericht erzählten Thatsachen seien in allen Blättern zu finden. (Nennen Sie die „Presse"!) General Cavaignac gibt zu, daß von vielen Seiten und namentlich auch von Repräsentanten am 23. Juni Klage erhoben worden sei, daß er die Truppenmacht nicht auf die ihm bezeichneten Punkte vertheilt; dazu hätten ihm aber mindestens 300 Bataillone zu Gebot stehen müssen. Man könne ihm, wenn er ihm gegebene Befehle unbeachtet gelassen, Unfähigkeit und Mangel an Einsicht, nicht aber Ehrgeiz und hierdurch bestimmte Berechnung in seinem Thun zum Vorwurf machen. Es sei von einem parlamentarischen Komplott die Rede gewesen. Er nehme die eben gegebenen Erklärungen nicht an und verlange eine andere Erörterung, damit er wisse, was er von dem Berichterstatter zu halten habe. Garnier-Pagès: Die Lage, in der wir uns befinden, ist ganz seltsam. (Anhaltendes Gelächter.) Wahrhaftig, wir können nicht einen halben Satz hören, ohne unterbrochen zu werden. Lucian Murat: Das ist wahr!

Pierre Bonaparte: Skandalös! Zwischenruf und neue Unterbrechungen, während Garnier-Pagès fortfährt, veranlassen den Präsidenten zu der Aeußerung, daß er, wenn die Störungen fortdauern, die Betreffenden bei dem nur zur Ordnung rufen werde. Garnier-Pagès bindirt der vormaligen Exekutivkommission ihre Verdienste; man habe derselben einen Soldaten aufwingen wollen: von diesem seien verführerische Anerbieten gemacht worden. St. Hilaire habe das ihm angebotene Portefeuille des öffentlichen Unterrichts abgelehnt, ein gleiches habe der Redner gethan, als ihm Cavaignac die Präsidentschaft der Nationalversammlung angetragen. „Wie wollten die Präsidentschaft der Republik von dem Volk, nicht von der Nationalversammlung empfangen. Was äußerte ehmalsiche Besorgnisse, fürchtete die Wiederkehr des Kaiserreichs und eine neue Revolution; nun wohl, ich erkläre: wenn heute ein Usurpator in die Tuilerien treten wollte, so schwöre ich, ich würde mich in das Stadthaus begeben. (Große Sensation.) Die Rede Garnier-Pagès bewegte sich in Persönlichkeiten gegen Cavaignac fort und schloß mit den an den General gerichteten Bemerkung: „Es ist wahr, Ihre Stelle war große Versuchung." Sie ist haben vergessen, daß die Exekutivkommission aus Ihnen, einem einfachen Brigadegeneral, einen Divisionsgeneral, einen Gouverneur von Algerien und endlich einen Kriegsminister gemacht hat. Wir sind in den schwierigsten Lagen gewesen und zum Lohn dafür hat man der Reunion der Rue de Poitiers den Vorschlag gemacht, und zu Bobeo zu weisen (Unterbrechung.) Endlich wundert sich der Redner darüber, daß man das Loos der Republik von einem einzigen Manne wolle abhängig machen, und daß man für einen Freind derselben ausgebe, wer diesen Mann anreife. Cavaignac widerlegt einzelne Angaben des Vorredners und überläßt es in Betreff des Vorwurfs der Unthätigkeit dem Lande, zu beurtheilen, was er (der General) dem Hrn. Garnier-Pagès zu verdanken habe. (Große Bewegung.) Landrin nimmt für Cavaignac das Wort, den Vorwurf ehrgeiziger Pläne von ihm abzuwenden, und begründet dies durch Thatsachen aus den Juntagen; namentlich weist er darauf hin, daß die Exekutivkommission in den Augen des Landes ohnmächtig gewesen sei. Garnier-Pagès versucht dem zu widersprechen. Der Ruf nach dem Schluß der Debatte läßt sich vernehmen. Ledru-Rollin: Auch ihn habe die Verleumdung zum Opfer auserlesen gehabt; er sei bei der Nationalgarde verdächtigt, beim Volk angeklagt worden. Die Drohungen gegen ihn seien so weit gegangen, daß man Flinten auf seine Brust gerichtet habe. Diese Gefahr habe ihn nicht wankend gemacht: er sei von seiner Pflicht nicht abgegangen. „Der General Cavaignac habe verlangt, daß man sich freimüthig aussprechr. Nun wohl, ich habe zwei Verdachtgründe: Erstens: die Kommission hatte verlangt, daß im Augenblick des Barrikadenkampfes die Truppen in Paris zusammengezogen werden. Der Kriegsminister hatte verschworen, auf den ersten Trommelschlag 5000 Mann zu stellen. Diese 5000 Mann waren nicht da. Sie sagen, Sie hätten 20.000 Mann auf verschiedene Punkte konzentrirt; die waren keineswegs da: den Beweis kann ich mir erbringen. Bedeau, Duvedene, alle andern Generale wiederholten ohne Ausnahme: Um Gotteswillen, schicken Sie uns Truppen, und die Truppen kamen nicht." Die Exekutivkommission habe ihre Pflicht gethan, Sie haben Blutvergießen vermeiden wollen. Ein Theil des Volkes könne durch die Noth mißleitet worden sein, aber der Kern sei gut. Der Redner pindirt bei dieser Gelegenheit Amnestie für die Junischuldigen. General Bedeau erklärt, daß er mit den übrigen Generalen betreff der Truppenverwendung im Einvernehmen mit dem Kriegsminister, dessen Plan er rechtfertige, gehandelt habe. Cavaignac: „Es würde mich überrascht haben, hätte ich Hrn. Ledru-Rollin nicht auf der Rednerbühne gesehen; ich werde ihm antworten. Wenn wir einander unsere Dienste vorrechnen, so wird es sich herausstellen, wer der Republik am besten gedient. Richten Sie Beleidigungen gegen mich und seien Sie überzeugt, wenn ich der Mann wäre, der Gewinn ziehen will aus Ihren Aeußerungen, so sind mir Ihre Anschuldigungen lieber, als Ihre Lobeserhebungen." Von der Rednerbühne schildert Ledru-Rollin die Ereignisse seines Verhaltens in den Juntagen ein. Es erhebt sich sodann eine lange Debatte über den Schluß. Durond de l'Eure stellt seinen Antrag auf motivirte Tagesordnung und derselbe wird (wie bereits berichtet) angenommen.

Nachschrift

Am 28. Nov. Abends 8 Uhr verschied nach langem Leiden die Herzogin Amalie Therese von Sachsen-Altenburg, geb. am 28. Juni 1799. Tochter des Herzogs Ludwig von Württemberg.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Paris, 28. Nov. 3proz. 42.15. 5proz. 65.10. **Schapfd.** —
Banknoten 1350.— Staatsobligationen 1123. Vier Kanäle 810.—
Compt. von Algier — Belg. 5proz. von 1840 78, von 1842 77⅛.
4½proz. 72. 3proz. — 2½proz. — Belg. Bank — Neap. 5proz.
Röm. 5proz. 60. Span. 5proz. 25. Aktien — Passive —.
Piem. 810. Haiti — St. Germain 65 10 Berkaufes (recht.) —
(link) 95.— Orleans 590.— Rouen 352.50. Havre —. Marseille
151.25. Basel 75.— Bierzon 216 25 Boulogne — Bordeaux 261.75.
Nordbahn 342.50. Montereau — Lyon — Straßburg 327.50. Rauen
310.— Dieppe — Sceaux — Montereau — Le Tehe —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 136.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 9 fl.
Halbjährig 4 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Sonntag den 3. Dezember 1848.

Expedition: Herrnstraße Nro. 18.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, 3. Dezember.

Se. Maj. der König haben unterm 24. Nov. dem expedirenden geheimen Sekretär im Staatsministerium des königl. Hauses und des Aeußern, Franz de Paula Gräfe, zum Beweise allerhöchster Zufriedenheit mit seinen ehrenvoll und treu zurückgelegten vierzigjährigen Diensten den Titel und Rang eines wirkl. Rathes huldvollst allergnädigst zu verleihen geruht.

An die bayerischen Wähler.

(Regensburger Zeitung.)

Ihr sollt jetzt für Euren Landtag nach dem neuen Wahlgesetz wählen. — Zeigt, daß Ihr's brauchen könnt! Wählet ehrliche, kluge, muthige Männer, die Land und Leute kennen und was Euch gut ist! — Ihr werdet sagen: „das ist nichts neues, das wissen wir schon lange!“ — Das Ihr aber oft ganz andere Leute gewählt habt, ist auch nichts neues und das weiß ich auch schon lange. Ihr könnt Euch nicht auf die bisherigen Wahlgesetze und den Mißbrauch des Anschließungsdrecht allein ausreden; denn so viel ordentliche Bürger und Bauern, Gutsherrn, Pfarrer und Professoren, als Ihr gebraucht hättet, wären doch wohl zu finden gewesen! — Wäre dem nicht so, so sind sie jetzt auch nicht da, denn sein dem März sind sie doch nicht erst geworden! — Ihr will Euch aber sagen, wo es her kam: Redliche geschickte Männer sind keine Prahler, Schwätzer und Schmeichler, und drängen sich nicht herzu — und Ihr wartet zu früh. Euch darnach umzusehen. Da kommt Einer daher und macht Euch weis, er habe den Plan, daß künftig kein Unterthan mehr etwas zu zahlen brauche, sondern im Gegentheil alle Weihnachten noch ein hübsches Geldkindl dazu und der Staatskasse bekommen müsse: — der Andere sagt Euch seine ganze Lektion auf, was und wie er es schreiben wolle für Euer Wohl, daß es einen Stein rühren müsse: — beim Dritten könnt Ihr gar alles haben, wie das Brod beim Bäcker: Steuer und Freiheit vollauf, Eisenbahnen, wohin Ihr sie nur haben wollt und weiß Gott, was eben jetzo gerne hört und sieht. — Die wählt Ihr dann und habt Lügner und Narren! — Aus Unzufriedenheit öffentlichen Lebens seid Ihr braven Männer sicher und gemeinsamen Handeln abgeneigt. — Das müßt Ihr andern machen und Euch zusammenthun und berathen offen und ehrlich, sonst werden Euch die Schreier Herr und die Schleicher! Bedenket wohl, daß es sich nicht mehr nur darum handelt, auf sechs Jahre es hab gut und halb schlecht so hinlaufen zu lassen, wie sonst! Es ist eine andere drohende Zeit. — Mit guten oder schlechten Vertretern wählt Ihr Friede oder Bürgerkrieg, Gesetz oder Willkühr, Sicherheit Eures Lebens und Eures Eigenthums, oder den Zustand eines Räuberstaates. Von Euer Wahl hängt es ab, ob der Wohlstand, oder der Elend, oder Ruinen herrschen wird. — Wählt also keine Thoren, wie sie jetzt im Lande herumschreien und Euch einschüchtern wollen mit alberlei Mährlein: seid'rn vernünftige und bewährte Männer! — Nehmt keinen, der unter der alten Wirthschaft ein Sklave war! — der bleibts, und wechselt nur den Herrn! — Denkt nicht, daß der Verstand nur beim Geld sei, aber halter auch der nichts für gar vorsichtig, der vom Vaterlande nichts hat als einen breiten Namen! — Schickt keinen, der daheim kein braver Bürger und Vater ist, denn wer im Hause nichts nütz, wie soll's der dem Lande? Nehmt keinen Kranken und Wankelmüthigen, keinen der sich vor Kabinetsmilch fürchtet, — keinen, der mehr seinen Rühmen hasset reder, als der Sache wegen. — Es gehen viel tolsche Propheten im Land um, viel Phantasie! — Laßt Euch nicht locken von den Possen im Schaafsfelle, noch schrecken von den Gieln in der Löwenhaut! Bedenkt, daß es einen gar klugen Kopf braucht in der tollen Zeit, und — wo Alles wankt — ein festes Herz!

Deutschland.

Frankfurt, 27. Nov. Als Blum's Stellvertreter befindet sich Dr. Wuttke in Krankfurt, um in die Reichsversammlung einzutreten. Der Abgeordnete v. Trützschler besteiratet besten Gattin, weil eine neue Wahl stattfinden habe. In einer gestrigen Erklärung weist Dr. Wuttke nach, daß gemäß der leicht. Verordnung die Bedauptung des Abg. v. Trützschler nicht begründet ist, und sagt bei, daß „leidenschaftliche politische Partei in Sachsen, welche gleichen Sinnes mit Hrn. v. Trützschler ist“, eine neue Wahl wünsche, weil sie hierdurch bei der großen Aufregung, welche Blums Erschießung in seinem Wahlorte hervorgebracht, für ihre Bestrebungen auszuwirken gedenke; gegen ihn gehe die Verleumdung so weit, auszustreuen, er trüge Schuld an Blum's Tode. Also auch Dr. Wuttke! Wozum nicht? Diese Schuld wird ja von der Partei, welche die deutsche Freiheit von dem Gesetze, die bürgerliche Gesellschaft von der Ordnung zu befreien trachtet, Jedem beigemessen, der ihrem Treiben im Wege steht. Das Reichsministerium, Präsident Gagern, die Mehrheit der Nationalversammlung, wer immer zur rothen Fahne nicht geschworen, sie Alle sind mittelbar Schuld an Blum's Tod, nur diejenigen sind es nicht, die den unglücklichen nach Wien geschickt haben. Ein badisches Blatt sagt unverhohlen, das Verfahren des Fürsten Windischgrätz habe jede Scheu vor dem Morde im Volke beseitigt, und ruft den Gegnern zu, daß ihr Schicksal nahe. Eine Partei, welche auf den Meuchelmord zurückgeführt ist, kann zwar keine Besorgniß mehr, sondern nur noch Abscheu erregen; aber es entsteht die Frage, welche Bedeutung unter solchen Umständen die Todtenfeier gewinne, welche die Reichsversammlung für Robert Blum zu veranstalten beschlossen hat? Das Ansehen der Versammlung wäre in den Augen vieler Wohlmeinenden gefährdet, wenn sie nicht Bedacht nähme, nöthigenfalls wenigstens dafür zu sorgen, daß die Feier entweder verschoben, oder doch jeder Belgabe einer politischen Demonstration entkleidet würde. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Bayern. **München**, 2. Dez. Durch mehrere bayerische Blätter geht eine Erzählung von einer angeblichen Disserem, die sich zwischen zweien Mitgliedern des Ministeriums in einem Ministerrathe erhoben hätte, und in Folge welcher sogar eine Ministerkrise eingetreten wäre. Lediglich um die ganze Sache klarzustellen, glauben wir auf zuverlässiger Quelle versichern zu können, daß an der ganzen Erzählung kein wahres Wort ist. Hiemit fällt also auch die angebliche Entdeckung des Generallieutenants v. Leiure von seinem Posten als Kriegsminister in nichts zusammen. Dasselbe gilt von der angeblichen Anwesenheit des Hrn. Max v. Gagern dahier und von allen Angaben, die sich daran knüpfen.

München, 1 Dez. In der heutigen Plenarversammlung des „historischen Vereins von und für Oberbayern“ wurden eine von Hrn. Dr. Jos. Laberer, ehemals Pfarrer zu Oberbaumsdorf, nunmehr zu Pfäring, verfaßte historische Beschreibung der Pfarrei Oberbaumsdorf und sodann eine von dem Vereinsmitgliede Hrn. Math Ger aus den Originalakten geschöpfte Darstellung eines im J. 1582 zu Schongau verhandelten Hexenprozesses zum Vortrage gebracht. Schließlich zeigte Hr. Domprobst v. Deutinger der Versammlung in Kenntniß, daß der erste Band der von ihm angekündigten Ausgabe der älteren Matrikeln des Bisthums Freising noch im Laufe dieses oder zu Anfang des künftigen Jahres werde versendet werden können, und daß sofort der Druck des zweiten Bandes beginne, das ganze Werk aber in zwei Jahren vollendet sein werde. Das erste Heft der von ihm gleichzeitig angekündigten „Beiträge zur Geschichte, Topographie und Statistik der Erzdiözese München und Freising“ soll im J. 1849 erscheinen.

Baden. — Konstanz, 27. Nov. Vorgestern und gestern ist die Garnison unserer Stadt bedeutend verstärkt worden; außer einigen Kompagnien Fußvolk vom 4ten Regiment Wiettenberger ist eine Schwadron Reiter und Artillerie (2 Geschütze) eingerückt. Ueber die Ursache dieser Maßregel gehen mannigfaltige Gerüchte um. So z. B., es habe ein Deserteur einem Kameraden geschrieben, daß er nun unter Siegel diene und nächstens den Einfall ins Badische mitmachen werde; darin hätte auch jeder Kameraden in Masse übergehen. Ein anderes Gerücht läßt Siegel und Willich in unserer Nähe weilen: Meuer Studenten, italienische Flüchtlinge ꝛc. sollen sich von Zürich aus in unsere Nachbarschaft begeben, um einen Einfall zu versuchen. Ich glaube nicht daran; mag sein, daß Siegel wieder im Thurgau ist; soll er ja schon zwei Tage nach seiner Ausweisung aus dem Kanton wieder da gewesen sein und einen Kriegsrath präsidirt haben, als die Kunde von der Wiener Revolution zu ihm gekommen war. Eben so ist es bekannt, daß die preußischen Wirren bei den Flüchtlingen neue Hoffnungen erregt haben. Ich zweifle nicht, daß sie emsig heraldern, sehr viel rumoren, und nicht wenig dazu reinten; aber die Leimänner wissen zu gut, wie die Sachen stehen, und der Landarzt, von dem sie sich abhängen. kann nichts machen und ist einem alle „Grazzifiraten“ abhold. Ja, wenn die Regierung sie bitter, in die Stadt hereinkommen, so werden sie sich beschwatzen und vorläufig „Ruhe“ Republikaner werden. Wie gesagt, ich glaube an keine ernstliche Gefahr; da aber gerade Vorsmache ist, so drängen sich wieder allerlei Leute herbei, die man nicht gerne innerhalb der vier Pfähle hat, und die starke Militärmacht

sichert jedenfalls gegen Skandale und Skänkereien, die sonst so gerne improvisirt werden, wenn sich Gelegenheit bietet. (Karlsr. Z.)

Aus dem Wiesenthale, 28. Nov. Da nichts Bedeutendes**r** am Schnitt ist, lassen Sie mich über zwei Brosüren berichten, die zur Zeit in der Gegend umgehoren werden. Die eine (mit Beschlag belegte) von Löwenfels, Neff und Dihlmann handelt vom letzten Zuge Struve's, die andere, von Vogt, schildert den „18. September in Frankfurt." In der ersten erzählt Löwenfels, der General, wie er in zwei Tagen drei wöchig verschiedene Kriegsplane ersunden, die alle an der Meuterei der Offiziere gescheitert, wie Schanden gegangen. Er kommt zu dem Ergebniß, daß die Republik nur als Despotismus bestehen könne. Wir werden also, komme was da wolle, „das Himmelszauge der Freiheit brechen sehen." Der General rust Welche Ihrer Philister, Brozen und Hasenfüße. Neff berichtet kurz, wie viel Kassenstürze er besorgt, daß Alle, die nichts weder haben, eine Republik wollen, alle Gelehrte abstrahiren, wie Struve als der Messias anzusehen sei. Er unterscheidet sich weiter Republikaner." Dihlmann gibt einige Anekdötchen zum Besten, worauf schließlich vom Stantpunkte des Mammon aus die Partei in Struwe'sche Kämmerer und Hecker'sche Wöde getheilert wird, und letztere nicht viel guten Bescheid zu hören bekommen. Lord Byron sagt in den Anmerkungen zum Childe Harold, um die Iliad zu genießen, müsse sie am Stegeum gelesen werden; für diese Broschüren empfehlen wir unterdessen — den Grieskeld. Das Vogt'sche Heftchen ist gewandt und zuverlässig geschrieben. Für den Frankfurter 18. September hat ihm zufolge die Mainzer Parlamentsmehrheit die Vaterschaft anzuerkennen. Unser dieser hat hinwiederum Vorzugsrechte der höhnische, glatte Reaktionär Schmerling, der am fragichen September einen so unbändigen Appetit nach Blut und Leichen gehabt, daß er dem Spaß am Ende verlachen (denn das sei es im Grunde gewesen) habe helfen Ernst werden, um sodann zum größten Erstaunen der äußersten Linken die Republikaner zu verspeisen. Den alten Jahn habe unmöthige Angst in einen Versteck gejagt in Westendhall, was bei dem artigen Benehmen der Tumultuanten gegen Mitglieder der Linken offenbar überflüssig gewesen; Lichnowsky dagegen habe sich seinen Tod selbst zuzuschreiben, da er sich vor dem Volke gezeigt habe. Die Reden Robert Blumsmeine sind in dieser kleinen Schrift natürlich auch nur kurz, aber so getreu und harmlos wiedergegeben, daß gewiß Niemand begreifen wird, wie Teufels es nur zum Schießen kommen konnte. Liest man diese Reden unbefangen, so wird man gestehen, es wurde zu nichts Mehrerem aufgefordert, als: das Volk solle getrost niesen, wenn ihm ein Markäfer die Nase hinauf krabble. (Karlsr. Z.)

Königr. Sachsen. — **Dresden**, 28. Nov. Es sind in neuerer Zeit mannigfache Gerüchte über den Rücktritt einzelner Mitglieder des Ministeriums, namentlich der Minister Behr und Oberländer, verbreitet worden. Obgleich Jeder, der die Verhältnisse genauer kennt, die Grundlosigkeit dieser Gerüchte durchschauen muß, so haben dieselben doch im Laufe mitunter Glauben gefunden. Wir können dagegen aus zuverlässiger Quelle mittheilen, daß an einen Rücktritt von den betreffenden Herren nicht gedacht worden ist, und daß unsere Minister es für eine, wenn auch noch so schwere, doch unabweisliche Pflicht ansehen, sich auf ihren Posten in gegenwärtigen Augenblicke den Gefahren einer Kabinetskrisis nicht preiszugeben. (Dr.Z.)

Preußen. — **Brandenburg**, 28. Nov. Gegen 10¼ Uhr trten die ersten Abgeordneten in den Saal, nach 11¼ Uhr sämmtliche Minister, bald darauf nimmt der Präsident seinen Sit ein, eröffnet die Sitzung jedoch erst nach 11 Uhr. Das Protokoll vom 9. soll vorgelesen werden. Hr. Reichensperger protestirt dagegen, da die Versammlung nicht beschlußfähig ist, und also auch dieses Protokoll nicht genehmigen kann, wodurch das Protokoll der gestrigen Sitzung genehmigt werden kann, da es ein bestimm Beschluß der Versammlung enthält Der Präsident stimmt dieser Ansicht bei, und meint nur, daß das Protokoll der Sitzung vom 9. wenigstens, des Zusammenhanges wegen, verlesen werden könnte. Hr. Köhler (Görlitz) und Hr. Baumstark sprechen sich dahin aus, daß das Protokoll der Sitzung vom 9. d. M. nicht verlesen, aber auch von gestern sogar kann genehmigt werden sollte, wenn die Versammlung nicht beschlußfähig wäre. Der Präsident schließt sich dieser Meinung an. Herr Gesler als Schriftführer verliest das Protokoll der gestrigen Sitzung und der Präsident erklärt daßelbe, da sich kein Widerspruch erhebt für angenommen. Präsident v. Brünneck: Es sollte jetzt zur Tagesordnung geschritten werden, wenn nicht eine dringende Angelegenheit eine nähere Besprechung wünschenswerth und deshalb eine Vertagung auf eine Stunde nöthig machte. (Mein! Nein.) Es wird von einer Seite auf Namensaufruf, von einer andern darauf angetragen, daß für den gestern zugekommenen Abgeordneten sich melden sollten. (Da die Abgeordneten heute etwas weitläufiger und höher dimauf ihre Plätze eingenommen haben, so zeigt sich die unbequeme Bauart des Saales als sehr lästig, da die Abgeordneten, welche vom Platz aus sprechen, sich gar nicht verstanden, und selbst einzelne sehr deutlich sprechende Redner häufig durch den Ruf: Lauter! lauter! unterbrochen wurden.) Hr. Baumstark dringt darauf, sich an die Geschäftsordnung zu halten, und deshalb den Antrag auf Vertagung zuerst zur Abstimmung zu bringen. Hr. Fleischer bemerkt, daß man erst den Grund der Vertagung wissen müsse, ehe man über dieselbe einen Beschluß fassen könne. Präsident: Der Beschluß, der von der Regierung uns mitgetheilt werden wird, ist gewiß so wichtig, daß eine vorherige Besprechung nöthig scheint. Der Antrag auf Vertagung wird nunmehr zur Frage gestellt, und der Präsident erklärt, daß sich die Majorität dafür erheben hat. Die Sitzung wird sonach bis um 1 Uhr vertagt.

Nach 1½ Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Die Minister sind nicht anwesend, und zufolderest wird der Namensaufruf vorgenommen. Es gestern sind einige Abgeordnete hinzugekommen (u. A. Bergmann, Hansemann, Thüm), doch fehlen auch mehrere, die gestern anwesend waren. Hr. Dane bemerkt, während der Zählung, vom Platze aus, daß ihm die stenegraphischen Berichte über eine Sitzung am 15. d. M. in Berlin zugegangen seien, worin gesagt werde, daß auch er an derselben Theil genommen habe. Für sich und Hrn. Tietze gebe er die Erklärung ab, daß dies nicht der Fall sei, und bitte, dieselbe in das Protokoll aufzunehmen. Der Präsident erwidert hierauf, daß die Versammlung keine Sitzung vom 15. d. M. kenne. Der Namensaufruf ergiebt 159 Anwesende. Hr. Maaßen trägt darauf an, daß die Namen der seit gestern neu Hinzugekommenen aufgerufen werden mögen, was bei mehr Abgeordneten gerathen sein, als sich durch den Namensaufruf herausstellte, indem von den schon gestern hier gewesenen vielleicht einige auch dringenden Gründen fehlten. Hr. Thüm erklärt, daß er in die Versammlung allerdings eingetreten sei, deshalb aber seinen Protest gegen die einseitig behobene Verlegung nach Brandenburg keineswegs aufgebe. (Unruhe). Hr. Maaßen hält es für wünschenswerth, daß die Abgeordneten ihre Protestе jetzt nur dem Präsidium übergeben möchten. Der Präsident theilt mit, daß ein Antrag eingegangen sei, die Sitzung bis morgen zu vertagen. Bei diesen Worten treten die Minister sämmtlich ein. (Bewegung. Man ruft: Auf die Plätze! Ah!) Hr Simons verliest nun den Antrag, welcher dahin lautet, die Versammlung bis morgen um 11 Uhr zu vertagen. Es werden dabei als Motive angeführt, daß den Abgeordneten, welche bis jetzt noch nicht eingetroffen seien, Zeit gegeben werden müsse, sich zu thun, und daß die Hoffnung vorhanden sei, daß morgen eine große Anzahl Abgeordneter eintreffen werde. Hr. Simons fügt hinzu, daß er auf den Donnerstag dann den Antrag stellen wollte, die Stellvertreter der nicht erschienenen Abgeordneten einzuberufen. Hierauf erhittet der Minisferpräsident das Wort und verliest Folgendes: Die so eben mitgetheilten Anträge stimmen mit der Absicht der Regierung vollkommen überein, da diese daher nichts dagegen einzuwenden hat, daß die Sitzung bis morgen vertagt werde, um dann zu sehen, ob dann die Versammlung beschlußfähig sein wird. (Bravo!) Der Präsident vertagt hierauf die Sitzung bis morgen 11 Uhr, ohne daß der betreffende Antrag nur zur Unterstützung gestellt worden wäre. Schluß der Sitzung 2¼ Uhr. (Sven. Ztg.)

Berlin, 28. Nov. Heute feierte das ganze diplomatische Korps nach Potsdam, um 32. Mal, zu seinen silbernen Hochzeitsfeier seinen Glückwunsch darzubringen. — Eine Deputation der Schützenzunen der unter den Schutze J. M. der Königin stehenden „Elisabethschule" begab sich gestern, unter Leitung ihrer Direktors, Prof. Ranke, und einiger Lehrerinnen, nach Potsdam, um 33. MM. einen, von den Schülerinnen der Anstalt, nach den Zeichnungen des Hof-Wappenmalers Nemus angefertigten Pokal zu überreichen. — Die Schützen der Schützen-Gilde zu Berlin, M. M. König und der Königin zur heutigen Feier ihrer Silberhochzeit Glückwunschschreiben überjenden. — Von General v. Wrangel ist folgende Bekanntmachung gestern erschienen: Aus den Zeitungen habe ich ersehen, daß viele hiesige, achtbare Bürger durch eine allgemeine Erleuchtung am Abend des 29. d. M. ihre treue, herzliche Theilnahme an der heier des silbernen Hochzeitstages Sr. Maj. des Königs und der Königin bezeigen wollen. Es ist mir die diese ehrenvolle Gesinnung beobachte und von derselben Sr. Maj. den König in Kenntniß zu setzen beabsichtige, so sehe ich mich dennoch zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und um möglichst jede Störung derselben zu hindern, veranlaßt, hierdurch die Illumination der Stadt, wie solche in den öffentlichen Zeitungen genügend worden, gänzlich zu verbieten. Berlin, den 28. Nov. 1848. Der Obere befehlshaber der Truppen in den Marken v. Wrangel. — Wie wir hören, wird H. v. Gagern seine Rückreise bald wieder antreten; es soll auch ihm eine Vermittelung nicht gelungen sein. — Hr. Robbertus ist bis zum Augenblick von Frankfurt noch nicht zurückgekehrt, man hofft auf günstige Nachrichten. Mitglücken alle Vermittlungsvorschläge, so wäre es nicht unmöglich, daß sich die hier versammelten Abgeordneten nach einem andern Ort der Monarchie begeben, und dort die Nationalversammlung wieder eröffneten. Von Mitgliedern der äußersten Linken soll auch an die Bildung von Provinzialparlamenten gedacht worden sein. Als wahrscheinlicher ist jedoch anzunehmen, daß sich die hiesige Versammlung auflösen, daß ein Theil der Abgeordneten sich in seine Heimat begeben und die anderen eventuell nach Brandenburg gehen wird. — Der ehemalige Polizeipräsident von Berlin, v. Minutoli, welcher jetzt ohne Amt ist, beabsichtigt, im Fall ihm nicht bald von der Regierung ein Wirkungskreis eröffnet wird, mit seiner Familie nach Amerika überzusiedeln. — Die Stadtverordneten haben gestern Abend beschlossen, den ihnen durch den Bezirks-Jennal- und den Urwählerverein des 77. Bezirks gemachten Antrag gegen den von Waffermann über seine Sendung nach Berlin erstatteten Bericht öffentlich aufzutreten, obwohl sich die vorstehenden Argumenten einstimmig dafür aussprachen, durch die Tagesordnung zu beseitigen. Dieser Beschluß wurde mit 49 gegen 45 Stimmen gefaßt. — Ein Antrag des Bezirks-Zentralvereins: die Stadtverordneten wollen erklären, daß sie zu der Nationalversammlung stehen und alle Konsequenzen der hier gefaßten Beschlüsse, auch die des Steuerverweigerung betreffenden, zu ziehen, wurde durch die Tagesordnung beseitigt, weil die Stadtverordneten sich über diese Fragen schon öffentlich ausgesprochen. — Die hiesige Garnison, welche vor einigen Tagen vermindert wurde, ist gestern durch Kavallerie und Infanterie wieder verstärkt worden. — Das Schauspielhaus dürfte von den Truppen nächstens geräumt werden. — Im Schauspiele stehen

nicht immer Kanonen. — Gestern ist Hr. Müller, der sogenannte Präsident des Bindenklubs, in die Strafanstalt abgeführt worden. (Spen. Ztg.)

Potsdam, 27. Nov. Der silberne Hochzeit unseres hohen Königspaares ist ein in jeziger bewegter Zeit um so erfreulicheres Ereignis, als die allgemeine Theilnahme daran beweiset, wie tief noch die Liebe zu dem Königshause in dem Herzen des Volkes wurzelt. Der heutige Theil der Feier begann sich auf die Erinnerungen an den heute vor 25 Jahren in Potsdam erfolgten Einzug J. Maj. der Königin, als Braut des damaligen Kronprinzenpaares, zu beziehen. Der Magistrat und der Stadtverordneten wurde dem hohen Jubelneuvermählungspaare ein Beglückwünschungsschreiben eingereicht. Um 1 Uhr empfingen JJ. MM. der König und die Königin zunächst das Komité, welches sich zur Anordnung der Gaben der Liebe, von Seiten der hiesigen Bürgerschaft gebildet hatte und sich erlaubte, der Königin Zweck und Betheilung derselben darzulegen. Darauf wurden von dem Könige und der Königin drei Deputationen empfangen, nämlich die Frauen, welche vor 20 Jahren die Königin als Kronprinzessin beglückwünscht hatten, und von 35 Jungfrauen, welche die Glückwünsche der Stadt überbrachten. Von der Deputation der Frauen sprach die Wittwe des Oberförsters Bartikow ein Gedicht und überreichte eine Adresse. Das Gedicht war von dem Hauptmann v. Reinard (im Kaiserin-Augusta-Garde-Ulanen-Regiment) verfasst. Darauf sprach die Königin den Dichter selbst an, begrüßte ihn freundlich und sprach ihm ihre Anerkennung aus. Sodann sprach die Tochter des vormaligen Stadtverordnetenvorstehers Schneider ein, von dem Hauptmann Reinhardt ebenfalls verfasstes Begleitschreiben überreichend und überreichte damit die, in unserem jetzigen Bericht beschriebene, silberne Mortheenkrone mit Diadem. Der untere Theil derselben ruhte auf einem Kranz von lebenden Myrthen und war von denselben durchflochten. Die Königin nahm diesen Kranz selbst in Empfang und bedie Majestäten sprachen auf das freundlichste mit den anwesenden Frauen und Jungfrauen. Demnächst wurde die Deputation des Kaufmännischen Standes empfangen, die schon bei ihrer Auffahrt durch ihre theatralische Kleidung, bestehend aus Waffenröcken von schwarzem Sammet, schwarzen Baret, mit zwei hohen vorn übergebogenen weißen Straußfedern, einem seidenen Wehrgehänge über die Schultern, daran ein Schwert, aufgefallen waren. Sie überbrachten dem Königlichen Paare eine Glückwünschungsadresse, welche mit einer sichterlich sehr schönen Rede begann. (Spen. Ztg.)

Stettin, 26. Nov. Ueber den Auemarsch des Garde-Landwehr-Bataillons von hier nach Berlin meldet die „Stettiner Zeitung“: „Heute Morgen in aller Frühe war das Garde-Landwehr-Bataillon, das sich in auffallend kurzer Zeit aus ganz Pommern und dem Regierungsbezirk gesammelt hatte, vor der Bildsäule Friedrich's des Großen auf Schwarzen nach Berlin gestellt. Zusammengetreten. Oberst v. Sommerfeld sprach die Worte: Ich begrüße, waren doch schon viele Einwohner um das stattliche Bataillon gesammelt, das wir ungern von uns scheiden sahen. Der Bataillonskommandeur, Major von Falkenstein, begrüßte seine Kameraden als treue Pommern, die ihren König lieb hätten, und forderte sie auf, mit dem Rufe: Unser König lebe hoch! zu bringen. Mit vielstimmigem Hurrah ertönte die Luft dieser Aufforderung, und das dreimalige, gewaltige und kräftige Hoch fand ein donnerndes Echo bei den versammelten Einwohnern Stettins. „Ein solches donnerndes Hoch, Kameraden“, so fuhr der Kommandeur fort, „habe ich von Euch erwartet; deshalb ließ ich Euch vor der Bildsäule des alten Fritz zusammentreten. Laßt uns auch heute unter uns, so wahr wir noch sein Enkel sind, und noch ist sein Geist nicht von der preußischen Armee gewichen, und die Pommern sind noch die alten treuen Pommern. Darum gebt Achtung, Kameraden, präsentirt das Gewehr. Es lebe der gute Geist der preußischen Armee und die pommersche Treue!“ Dreimaliges, donnerndes Hoch! „Aber Kameraden, wenn der Landwehrmann austritt, dann denkt er wohl zurück an Weib und Kind!“ Aber habt die Euren zurückgelassen, um dem Rufe des Königs zu folgen; aber Ihr habt hier in Stettin es erfahren, wie man bemüht ist für Euch und Eure Kinder. Darum zum Abschied, Kinder, Achtung! präsentirt das Gewehr! Es lebe und gedeihe Weib und Kind, es leben die lieben Stettiner! Hurrah!“ und wiederholt schallte das dreimalige Hurrah! „Und nun denn, Kameraden! vorwärts!“ mit Gott für unseren König und im Namen des Vaterlandes! Im Sektionen rechts schwenkt, Marsch! und damit ging das Bataillon im sicheren, freudigen Schritt dem Thore zu, geführt von den Musik-Korps der hier stehenden Truppen und noch weit hin begleitet von den Einwohnern Stettins.“

Stettin, 28. Nov. Gestern Mittag rückte das Anclamer Landwehrbataillon zur Verstärkung der hiesigen Garnison hier ein, und einige Mitglieder des Magistrats, neben mehreren Stadtverordneten, empfingen dasselbe. Eine große Fahne mit der Inschrift: Willkommen! wehte ihnen auf dem Exerzirplatze entgegen. — Das Sargard'sche Landwehrbataillon rückte am 21. mit Musik und Lebehoch auf den König in Gollnow ein.

Trier, 26. Nov. Gestern Morgen wurde der Trucker des hiesigen demokratischen Klubblatts verhaftet und bei dem Redakteur dieser Blätter 3. Imandt eine Haussuchung gehalten, die jedoch nichts ergab. So sehen wir hier mitten im Belagerungszustande, ohne daß es ausgesprochen ist. Ein Fackelzug, den man unserem Abgeordneten Ludwig Simon gestern Abend bringen wollte und dessen Erlaubniß schon früher von dem kommiss. Oberbürgermeister Wulfshein ertheilt war, wurde verboten. — Gestern sind Truppen, die auf der obern Saargegend hieher gezogen waren, plötzlich wieder nach ihren früheren Standquartieren zurückbeordert worden.

Man bringt diese Bewegung mit der Steuerverweigerung in Verbindung. (Trier. Ztg.)

Bernkastel, 26. Nov., Morgens. Eben sollten einige Verhaftungen vorgenommen werden: dies bringt unsere Bevölkerung in Aufregung. Militär und Landmännen durchziehen die Straßen; die Sturmglocken tönen. Die Vorfälle in Bernkastel, sagt die „Trierische Zeitung“ hintu, müssen ernster Natur geworden sein, indem heute Morgen (27.) zwei Kompagnien vom 26. Regiment per Dampfboot, so wie zwei Geschütze in Eile von Trier durch Bernkastel aufgebrochen sind.

Halle, 26. Novbr. Hier wurden gestern Abend auf dem Bahnhof zwei von Leipzig kommende Durchreisende verhaftet, die durch Cabrera-Hut, Schleppsäbel, Pistolen und Bücher die Aufmerksamkeit der Polizeibeamten auf sich gezogen hatten. Das Verhör hat ergeben, daß sie Angehörige des Saganer Demokraten-Vereins wären. Sie sind mit Geld wohl versehen, der Eine namentlich trug gefworene Papiere von Bedeutung bei sich, und hatten, da ihnen auf der Reise durch Schiessen die Möglichkeit ihrer Pläne klar geworden war, in Bunsau ihre Gewehren im Stich gelassen, und sich auf den Weg nach Frankfurt gemacht. Unter ihrem Gepäck fand sich eine Kiste voll Kugeln, und unter ihren Papieren der Brief eines Abgeordneten der Berliner Nationalversammlung, unter der portofreien Adresse der Abgeordneten. Den unbezweifelt geschriebenen Namen hatte man gestern noch nicht lesen können; es wird aber gelingen, ihn zu entziffern, und dann durch Mittheilung des Landesfeindlichen Inhalts einen Beitrag zur Charakteristik einzelner Mitglieder jener Versammlung geben zu können. Beide Männer sind in dahiesige Inquisitorhaft abgeliefert worden. (Berl. N.)

Frankreich.

Paris, 28. Nov. Nach telegraphischen Meldungen soll sich der Pabst aus Rom gestüchtet haben, und soll sich in Civita vecchia am Bord eines französischen Kriegsschiffes befinden. Man versichert, die französische Regierung habe auf einen durch den päbstlichen Nuntius und den Erzbischof von Paris bei General Cavaignac gethanen Schritt sogleich drei Kriegsschiffe nach Civita vecchia geschickt, um den Pabst nach Frankreich zu führen. Der Erzbischof von Paris hat heute einen Hirtenbrief erlassen, worin er Gebete für das bedrängte Haupt der katholischen Christenheit anordnet, und Hr. Bixio hat auf heute Interpellationen an den Minister des Auswärtigen über die neuesten Ereignisse in Italien angekündigt, die zu Erklärungen von mannigfachem Interesse führen dürften. Man glaubt an eine Intervention Frankreichs im Kirchenstaate; so viel ist gewiß, daß im Kriegsministerium die größte Thätigkeit herrscht und der Telegraph den ganzen Tag mit dem General Cubinot korrespondirt. An der Börse verfichert man, der Telegraph habe bereits die Landung des Pabstes in Marseille gemeldet. Ludwig Bonaparte läßt heute im Constitutionnel sein Manifest an die französische Nation ergehen. Er protestirt darin gegen jede Unterstellung eines Kaiserreichs oder einer Dynastie mit Umsturzabsichten. Er werde die Religion, die Gesellschaft, die Familie, das Eigenthum beschützen, und nur sie den wahren Fortschritt sein. Als vorzunehmende Reformen verspricht er große Ersparungen im Staatshaushalte, Unterstützung und Aufmunterung des Ackerbaues, Verminderung der Beamtenzahl, Beschränkung der Zentralisation, und Abschaffung des Salzmonopols. Schutz der Presse gegen die Willkühr von oben und die Exzesse von unten, keinen Krieg, daher Erleichterungen im Rekrutirungswesen, bessere Besörderung der Unterossiziere und Soldaten, und eine politische Amnestie. (Kaiser. Ztg.)

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Neu-York, 31. Okt. General Taylor's Ernennung zum Unionspräsidenten am 10. d. M. ist so gut als sicher, und wie die Whigs sich durch dieselbe verletzen und friedliebenden Mannes nach innen wie nach außen nur erfreulich. Durch den Obsieg dieses Kandidaten der Whigs oder Konservativen über seinen Mitbewerber, den hitzigen Demokraten und kriegslustigen General Cas, wird den irländischen Sympathisirern hier zu Lande und den aus Irland hieher gestüchteten irischen Demokraten, die sich hiergegen mit ihren Thomasiereien und ihrer Aufreizung zum Kampfe ziemlich schlecht hier gefallen, nicht minder auch den deutschen Ultrademokraten oder ultrademokratischen Deutschen manche süße Hoffnung vereitelt werden, wie denn überhaupt letztere in der Union eine sehr unbeteutende Rolle spielen, — so ziemlich, wie die hier als Faullenzer und rauflustige Stänker verschrieenen Irländer. Das Obenerwähnte und die Grossmannssucht müssen sich diese Leute obendein hier vergehen lassen. Die mexikanische Stadt Tampico hat sich für Anschluß an die vereinigten nordamerikanischen Freistaaten erklärt und gewaltsam ihren Verband mit der Republik Mexiko zerrissen, welche die rebellische Stadt nun mit Gewalt zu ihrer Pflicht zurückführen will. Mit den großen Goldland-Ausbeutungen in Kalifornien scheint es doch nicht „ohne“ zu sein: wenigstens soll ein unlängst an dem Goldstuße San Francisco Verstorbener einem Verwandten in der Stadt unserer Stadt das hübsche Erbe von 250,000 Dollard als Ergebniß einer Goldwascherei von wenigen Monaten hinterlassen haben. So erzählt man hier: möglich auch, daß es ein amerikanischer Puff ist.

Neu-York, 8. Nov. Die Wahl des Generals Zacharias Taylor zum Unionspräsidenten ist entschieden; zwar kennt man das Ergebniß der Abstimmungen einiger der entlegenern Staaten noch nicht, allein es kann höchstens nur noch die Stimmenzahl seines in der Minderheit gebliebenen Mitbewerbers Generals Cas etwas erhöhen, nicht mehr Taylor's überwiegende Mehrheit umstoßen. Nach den bekannten Staatenabstimmungen hat nämlich Taylor 108, Cas 43 Stimmen. Mit Taylor's Grwählung ist, so weit Dies vermuthbar und möglich, eine Politik des Friedens gesichert; denn obwohl er sich im mexikanischen Feldzuge als kluger und

Digitized by Google

tapferer Heerführer bewiesen, ist Taylor doch ein Feind des Menschenglück zerstörenden Krieges. Taylor war der Erwählte der großen Mehrzahl der „Whigs“ oder Konservativen, des ruhigern und ruhelieben, und größtentheils intelligentern und vermöglichern Theils der Bevölkerung der Vereinigten Staaten, Cas der Kandidat der kriegs- und eroberungssüchtigen Partei, der „Demokraten“, zumal der hitzigen und weit oder zu weit gehenden Demokraten; von den gemäßigten Demokraten stimmten übrigens ebenfalls viele für Taylor. (Karlsr. Ztg.)

Das Postdampfboot „Hibernia“ hat die Nachricht von der erfolgten Wahl des Generals Taylor zum Präsidenten der V. Staaten mit 173 Stimmen mitgebracht. Das Dampfboot hatte Halifax am 18. Nov. verlassen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 1. Dez. Bayer. 3½proz. Obligationen 76 B. — G. 4proz. 88 B. Bankaktien u. Scheine — B. 575 G. Prämien 35 B. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 950 G.

Münchener Schrannenanzeige vom 2. Dez. 1848.

Getreide-Gattung.	Voriger Mrk.	Zufuhr.	Dieser Stand.	Verkauf.	Mrk.	Mittelpreis.	Im Vergleich gegen die letzte Schranne mehr		weniger	
	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	fl. kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	157	2978	3135	2908	227	14 4	—	4	—	—
Korn	12	1497	1509	1420	89	9 30	—	14	—	—
Gerste	784	7382	8166	7013	1153	6 59	—	—	—	9
Haber	62	1260	1322	1234	88	4 28	—	4	—	—
Leinsaamen	6	121	127	121	6	13 52	—	31	—	—
Reepsaamen	—	59	59	59	—	24 45	—	15	—	—

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

273.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es nach seinem unerforschlichen Rathschlusse gefallen,

den hochwürdigen Herrn

Georg Angerer,

ehemaligen Kammerer und Pfarrer zu Haßenbrunn bei München, und in jüngster Zeit Pfarrer zu Palling bei Trostmühlig,

nach Empfang der heiligen Sterbsakramente am 1. l. Mts. Nachts um ½1 Uhr in das ewige, bessere Leben abzurufen.

Indem man diesen unerwarteten Todfall den Verwandten, Freunden und Bekannten des Verblichenen zur Kenntniß bringt, empfiehlt man denselben ihrem Gebete und frommen Andenken.

Harpfetshaun bei Palling den 2. Dezember 1848.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 3. Dez.: „Prinz Eugenius“, Oper von C. Schmid.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Frau v. Schigler, von Augsburg, Obermayer, Bankier, von Augsburg.

Gold. Hahn. Gerhard, Rechtspraktikant, von Pappenheim. v. Bosch, General, von Augsburg

Blaue Traube. v. Markowiz-Czernek, Herrschaftsbesitzer. Triß, Kaufmann, von Kriegshaber. Gutmas, Kaufmann, von Stuttgart. Zeng, Gerichtshalter, von Stein.

Stachusgarten. Braun, Studirender, von Fürth. Donderer, Ehirurg, von Radstatt. Grill-Pavi, mit einer Gesellschaft, Sänger, aus Ungarn.

Gestorbene in München.

Friseurstochter von hier, 58 J. a. Paul Eberdeck, Bäckerl, Lehrjüng, 70 J. a. Georg Schwaiger, Bedienter von der Au, 40 J. a. Anna Maria Sangdorfer, königl. Landrichtersgattin von Trostberg, 90 J. a.

271. (3a)

Renten-Anstalt

der

Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Der Einzahlungstermin für die **VII. Jahresgesellschaft** ist in der Art verlängert worden, daß bei den Bank-Kassen in München und Augsburg bis zum **23. Dezember**, und bei den Agenten bis zum **18. Dezember** noch Einlagen angenommen werden.

München den 1. Dezember 1848.

Die Administration der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Franz Xaver Riezler,
Direktor.

Holländer-Verkauf.

272. (2a) Am Mittwoch den 27. Dezember l. Js. werden im Hirschgrangen der Revier Seehof

20 Forren-Holländer-Stämme,

und im Grumbach der Revier Fischbach

17 Eichen-Holländer-Stämme

von vorzüglicher Qualität in freier Konkurrenz versteigert.

Dieselben sind numerirt, und die betreffenden königl. Revierförster beauftragt, solche den Kaufsliebigen auf Verlangen vorzeigen zu lassen.

Der Verkauf geschieht am obigen Tage Morgens 10 Uhr im Bureau des unterfertigten Forstamts, und es werden die nähern Bedingnisse am Verkaufstermine bekannt gemacht werden.

Bamberg den 29. Nov. 1848.

Königliches Forstamt Bamberg.
Dürtsch, Forstmeister.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

München, den 4. Dezember.

Seine Maj. der König haben aus Anlaß des Ablebens Allerhöchst-Ihrer Durchlauchtigsten Frau Tante, Weiland Ihrer Hoheit der Frau Herzogin Amalie, Therese, Luise, Wilhelmine, Prinzessinn von Sachsen-Altenburg, gebornen Prinzessinn von Würtemberg, Gemahlin Sr. Hoheit des regierenden Herzogs von Sachsen-Altenburg, eine vierwöchentliche Hoftrauer — vom 2. bis 29. l. M. incl. — anzuordnen geruht.

Erledigung. Kath. Pfarrei Diemannsried, Landg. Grönenbach im Regierungsbezirke Schwaben und Neuburg, wie einem Reinertrage von 1077 fl. 46½ kr.

Verleihung Des silbernen Ehrenkreuzes des Verdienst-Ordens der Bayer. Krone an den Rothgerbermeister Mich. Burghard in München.

Deutsche Reichsversammlung.

(126. Sitzung vom 30. Nov.) Tagesordnung. 1) Ergänzungswahl in den Ausschuß für Geschäftsordnung. 2) Fortsetzung der Berathung über den vom Abgeordneten Löw aus Posen. Namens des Ausschusses für die Österreichischen Angelegenheiten erstatteten Bericht über verschiedene Anträge und eingebrachte Petitionen. 3) Berathung über den vom Abgeordneten Francke erstatteten Bericht: ein Wahlausschreiben des Landguberniums in Mähren betreffend. 4) Berathung über den vom Abgeordneten Francke, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses erstatteten Bericht, die Aufhebung der Flußzölle betreffend. 5) Berathung über den Bericht des Abgeordneten Franke, die Beschwerde der Segelschiffer betr. Vorsitzender: Riesser. Nach einigen unbedeutenden Anzeigen und Berichtigungen erfolgt der Vorlesung des Protokolls. Bei der Wahl der Wahlzettel zur Ergänzung des Ausschusses für die Geschäftsordnung einstimmig gewählt, wird dabei die gestern abgebrochene Berathung über die österreichischen Angelegenheiten fortgesetzt. Venedey tritt als Schlußredner für das Gutachten der Minderheit auf. Der Antrag derselben ist folgender: „Zu Genehmigung, daß die Reichsbevollmächtigten Welcker und Mohl gegenüber der österreichischen Ausnahmsstellung nicht jene Achtung sich zu verschaffen vermochten, welche der Zentralgewalt und ihren Kommissären gebührt; in fernerer Gewährung, daß, abgesehen von den eingeschlagenen Mitteln und Wegen der Reichskommissäre (denen die konstituirende Reichsversammlung ihre Billigung nicht entheilen kann), sich aber jedenfalls ergeben hat, daß bisher das Reichsministerium Oesterreich gegenüber nicht eine Stellung der Zentralgewalt einzunehmen wußte, wie sie jedem deutschen Einzelstaate gegenüber einzunehmen hat, Fordert die konstituirende Reichsversammlung die Zentralgewalt auf, endlich zu erwirken, daß die von der Reichsversammlung erlassenen Gesetze und Beschlüsse mit dem der Würde und der Ehre Deutschlands angemessenen Nachdrucke in Gemäßheit Oesterreich in Vollzug gesetzt werden (Bewegung, Unruhe, Zischen, Kirchgässner.) Die Reichsministerien — wiederholt Hr. Venedey und seine Phrasenbetäubtheit ignorirt alle gestrigen Erörterungen — sind in Oesterreich nicht in der Weise aufgetreten, wie es die deutsche Nation wünschen und erwarten durfte. Daraus wird die Zukunft richten. Das Ministerium verkündet die Volksouveränetät, hat ein Volksgesetz, das Preßgesetz versprochen und ist bis jetzt schuldig geblieben. Aber die Nation hat ein Recht, Aufschluß über die leitenden Grundsätze seiner Regierung zu verlangen und sie will nicht dulden, daß das Ministerium seine Karten im Dunkeln mische. Die Reichskommissäre brauchen zehn Tage zu ihrer Reise nach Olmütz. (Lachen und Unruhe.) Sie sagen, das sei Ihnen neu? Es wird so lange neu bleiben, bis es die Nation irgendwo erfährt. Die Summe der Beschuldigungen und Bebauptungen Venedey's läuft darauf hinaus, daß die Reichsministerien ihr Ziel in Oesterreich absichtlich verfehlt haben und daß das gegenwärtige Reichsministerium um jeden Preis zu entfernen sei. Die Linke nimmt jede Aeußerung, je unsinniger sie ist, mit vielo lebhaftem Beifall auf. Wenn der Redner dem Ministerium eine „Unwissenheit" Schuld gibt, so ruft sie sogar „Lüge" darauf, ein Betragen, welches der Präsident endlich als ein „unanständiges" verbieten muß. Den Antrag der Mehrheit des österreichischen Ausschusses vertritt sodann Löw von Posen. Er kann den selbstgefälligen Erfolg der Mission nicht dem Männern beimessen, die sich dem schwierigen Auftrage unterzogen haben, sondern viel Fälschlichen ist in der Position Oesterreich zu suchen. Ohne die Wahl der Mittel abzureden zu Zwecken im Allgemeinen zu verbessern und aus seiner Verschiedenung zu bringen sei, daß zeigen die Mittel und Maßregeln zu bedenken. Das Ministerium werde für die Herstellung eines neuen und klaren Verhältnisses mit Oesterreich zu sorgen haben und deßhalb vertrete die Mehrheit des Ausschusses darauf, einen anderen und passenderen bestimmteren Antrag, als den folgenden, zu stellen: „Der Beschluß, daß das Reichsministerium bereits durch den Beschluß der konstituirenden Reichsversammlung vom 3. Nov. l. J. aufgefordert wurde, die Anerkennung der deutschen Zentralgewalt in Oesterreich zur vollen Geltung zu bringen, die Interessen Deutschlands in Oesterreich überall zu wahren und die den österreichisch-deutschen Völkern vielfältigen Rechte und Freiheiten gegen alle Angriffe in Schutz zu nehmen, die zu diesem Zwecke bisher angewendeten Mittel sich aber als unzulänglich erwiesen haben, — fordert die konstituirende Reichsversammlung das Reichsministerium von Neuem auf: 1) mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, daß jener Beschluß vom 3. Nov. l. J. zum Vollzuge komme und daß die über Wien verhängten Ausnahmsmaßregeln nach wiederhergestellter Ordnung und Ruhe alsbald aufgehoben werden; 2) durch den neuerlich nach Oesterreich bestimmten Reichskommissär ohne fernern Aufschub die offene und unumwundene Anerkennung der deutschen Zentralgewalt, wie der Unauflöslichkeit der Beschlüsse der konstituirenden deutschen Reichsversammlung in den deutschen Provinzen Oesterreichs zu verlangen." Schubert. Schrenk. Francke. Arnetb. Sommaruga. Weiß. v. Jenetti. H. Löw. Neumare.) Die Anträge von Gold auf Beseitigung des Gegenstandes durch Uebergang zur einfachen und von Phillips durch Verschieben zur motivirten Tagesordnung werden abgelehnt. Eben so der Antrag Wiesners und Genossen auf Aufhebung des Belagerungszustandes von Wien, Betreiung der österreichischen Regierung von inkonstitutionellen Einflüssen, Niederschlagung des gerichtlichen Verfahrens gegen die Ausständischen u.s.w. Gegen das Minderheitsgutachten, worüber die Abstimmung durch Namensaufruf erfolgt, ergeben sich 270 gegen 185 Stimmen. Bei diesen Namensaufrufe entreckt sich die Wiederzusammenkehr Hen. Schlosseks im Hause, was so überraschend erscheint, daß das entstehende Gerücht eine augenblickliche Stockung in das Abstimmungsgeschäft bringt. Außer den Abstimmungen selbst veranlaschen heute die Schwierigkeiten der Geschäftsordnung einen großen Zeitverlust. Denn die Versammlung ist von einer Unruhe und von einer Unfolgsamkeit, daß es mehrmals scheint, als werde jede Ordnung des Redners in einem allgemeinen Durcheinanderschreien zu Grunde gehen. Auch die Verbesserungsanträge Wisserer und Wagner's gewinnen keine Mehrheit für sich, doch wird der letztere, der eventuell den nachfolgenden Zusatz zu dem Mehrheitsantrachten verlangt: „Zugleich fordert die konstituirende Reichsversammlung die Zentralgewalt auf, zu erwirken, daß die von der Reichsversammlung erlassenen Gesetze und Beschlüsse, namentlich das Gesetz vom 23. Sept. l. J. betreffend die Aufhebung der Reichsgesetze und der Bestimmungen der provisorischen Zentralgewalt in Deutschland in landesbündiger Weise verkündet werden" nur mit 224 gegen 221 Stimmen abgelehnt. (Unwillige Bewegung auf der Linken.) Eine Anzahl von Abgeordneten gibt die Erklärung zu Protokoll, daß sie nur deßhalb nicht für den Zusatz gestimmt haben, weil sie eine derartige bevodere Aufforderung an die Zentralgewalt für eingeschlossen erachte in der Resolution, d. des Mehrheitsantrags, auf deren Annahme sie rechne. Bei dem Namensaufruf über die Anträge der Mehrheit des österreichischen Ausschusses zeigt sich, daß die Linke des Hauses in der äußersten Rechten eine unerwartete Unterstützung findet. Beide Parteien antworten mit „Nein." Es erfolgt die Ablehnung der Mehrheitsanträge des Ausschusses mit 230 gegen 216 Stimmen. (Bewegung.) Abgeordnete haben sich über den Vorgang erhoben. Die Sitze, Leistungen zum Mißlingen seiner Abstimmung zu Protokoll zu geben, nimmt immer mehr überhand es werden auch zwei, wie es heißt, sehr lange Reden solcher Gattungen verlesen. Als aber endlich auch der Antrag Osterrath's: „Die Nationalversammlung wolle beschließen: Die vorliegenden das Verhältniß der Zentralgewalt in Oesterreich betreffenden Anträge und Petitionen der provisorischen Gesetzkommission zur weiteren Berathung zu überweisen, 2) dahin zu wirken, daß die über Wien verhängten Ausnahmsmaßregeln nach wiederhergestellter Ordnung und Ruhe alsbald aufgehoben werden; 3) die Anerkennung der Beschlüsse vom 3. Nov. d. J. nachdrücklich zu beschleunigen und über den Erfolg der beschlossenen Verhandlungen nöthigenfalls der Nationalversammlung Vortrag zu machen" — verworfen wird, begreiflicherweise sich die Linke mit Freuden des Sieges ist. Sämmtliche auf Oesterreich bezügliche Anträge gehen dahor nach der hierauf gefaßten Entscheidung der Versammlung zu nochmaliger Berathung und Beschlußfassung an den Ausschuß zurück. In den Ausschuß für Geschäftsordnung ist, wie der Präsident hierauf verkündet, Herr Giel gewählt.

Der letzte Zweck der französischen Umsturzpartei.

(Aus der Grazer Zeitung. *)

Von mehreren Seiten hat man in den jüngsten Tagen sowohl, als auch früher schon die Frage aufgeworfen, welcher der wahre und letzte Zweck jener Gesellschaft sei, die hier Europa und ihre größte Macht in Frankreich hat und ganz Europa auf seinen Fugen zu heben droht. Daß eine solche Gesellschaft besteht, und daß ihre Verzweigungen nach Deutschland, Oesterreich und Italien gehen, dafür haben eine Menge von Thatsachen den Beweis geliefert, und der Name der französischen Propaganda ist weltbekannt. Die nächste Zweck dieser Gesellschaft ist der Umsturz des Bestehenden und die deutschen Staaten, nachdem jener zu Paris ihren Absichten genügend beseitigt erlag. Niemand wird in Abrede stellen können, daß es für und von der höchsten Wichtigkeit ist, auch den letzten Zweck der Propaganda zu kennen; denn Jeder, welcher dem Republikanismus huldigt, sei es nun aus Eitelkeit oder Gewinnsucht, oder weil er zu wenig Scharfsinn besitzt, die Nichtigkeit der solchen Lehren, welche man ihm beibringt, zu durchblicken, wird unbewußt ein blindes Werkzeug dieser Gesellschaft, wenn er den endlichen Zweck derselben nicht kennt; ja selbst

*) Obschon wir auf das Entschiedenste der Meinung huldigen, daß Oesterreichs und Deutschlands Zukunft dauerschließlich im Osten liege und daher die Gegenaufgabe ihrer Politik in dieser Richtung stets unter den russischen Kabinets angewendeten sein müsse, so kann und dieser nicht hindern, den gegenwärtigen Artikel, welche des Wahren und Treffischen viel enthält, unsern Lesern zu bringen. Anm. d. Red.

ganze Völker, durch irgend einen Trug fanatisirt, verleiten sich zu dem Glauben ihre Verderben stürzen, daß sie ihr Blut für eine heilige Sache einsetzen, während sie doch bloß dem Zwecke jener Gesellschaft dienen. Da gegenwärtig ein Moment der Ruhe eingetreten ist, geeignet zur Ueberlegung, so dürfte es an der Zeit sein, zu versuchen, den letzten Zweck der Propaganda zu enthüllen.

Es ist eine historische Thatsache, daß Frankreich schon seit Jahrhunderten der beständige und gefährlichste Feind Deutschlands und Oesterreichs ist. Dem unruhigen französischen Blute sind die Grenzen des eigenen Landes viel zu enge. Nun bieten aber die Pyrenäen im Süden nichts Lockendes, auch findet die ritterliche Eroberungslust in der Unbeugsamkeit des stets kampfertigen Spaniers ein zu starkes Gegengewicht, als daß der gallische Hahn einen Flug in die iberische Halbinsel wagen möchte. Im Westen und Südwesten bilden das Meer die unabänderliche Grenze; der Nord- und der Nordost locken nicht weiter und — wie Deutschland und Italien es bereits bewiesen haben, so ersteres durch Elsaß und Lothringen es noch beweisen — auch gesäugter Beute: allein hier hält Oesterreich mit Deutschland die Wache, und beide sind daher schon seit Jahrhunderten der Gegenstand des französischen Grimmes gewesen. Bis zum Jahre des Heiles 1815 waren wir mit recht wohl bewußt, daß jeder Wind auf Frankreich kommt, wenn es für uns schlecht bläst: da man und diese geschichtliche Wahrheit plötzlich vergessen machen will, so ist es nothwendig, sie um so lebhafter ins Gedächtnis zurückzurufen

Jedem Denker muß es auffallen und mit Besorgniß erfüllen, daß die Propaganda sich so große Mühe gibt, Dasjenige auch in Oesterreich und Deutschland zu bewirken, was ihr selbst in Frankreich gelang, nämlich den Umsturz der Throne. Brüderlicher Einklang zwischen den Souveränen und Völkern, Deutschlands und Oesterreichs ist es gewiß nicht, daß Paris republikanische Horden nach Deutschland schleudern, damit sie hier den Bürgerkrieg eröffnen, und bewaffnete Banden nach Italien senden, so oft die Wälschen sich gegen Oesterreich empören. Warum macht die französische Umsturzpartei nicht auch Propaganda in der Türkei? Warum rüstete sie nicht an den Thronen von Dänemark, Schweden, Rußland und selbst Belgien? Würde nicht der freie deutsche Rhein für Frankreich nothwendig sein, und würde nicht Italien prächtige Provinzen für die französischen Prokonsuln bieten, so würden gewiß auch Oesterreich und Deutschland vor der Propaganda Ruhe haben. Zwar müssen Belgien und Holland ihrer Lage nach auch mit gierigem Blicke von Frankreich betrachtet werden, allein beide schwimmen diesem mit dem freien Rheine von selbst ins Netz, wie der flüchtige Wild auf die Lauerkure und bedürfen es ist daher überflüssig, ihnen schon jetzt einige Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Da die Partei, welche Propaganda macht, im Februar zu Paris den Thron gestürzt hat, so mußten die hervorragendsten Mitglieder derselben an die Spitze der Regierung gekommen sein, denn jede politische Partei setzt ihre Häupter an das Staatsruder, wenn sie den Sieg erringt. Um daher den wahren Zweck der Propaganda zu ergründen, muß die Politik der nach Ludwig Philippe's Sturze in's Leben getretenen provisorischen Regierung beleuchtet werden. Hören wir, was sie selbst darüber zu den Deputirten Frankreichs sagte, als (am 6. Mai d. J.) die Nationalversammlung eröffnet wurde. Sei dies's Gelegenheit daß nämlich Lamartine eine Rede vor, worin die außwärtige Politik der provisorischen Regierung durch folgende Stelle näher bezeichnet wurde: „Zu den Auslande sprachen wir Worte der Freundschaft und Brüderung, aber wir verfolgen mit Kraft die Politik unserer Ehren. Diese Politik machte bedeutende Rüstungen nothwendig; aber diese Rüsten wir große Armeen, unsere Flotte ging unter Segel. Die Demokratie wird das Prinzip der Regierung. Alle zufrieden und glücklich zu machen, das ist unser Zweck." Bei dem nämlichen Anlasse ersetzte Lamartine in einer anderen Rede die Nationalversammlung durch die Versicherung, es sei vorgesorgt worden, daß die französischen Heere nicht mehr aus jenen Stellungen werden verdrängt werden können, welche die Nation ihnen anweisen werde. Kann man deutscher aussprechen, daß die Versicherungen der Freundschaft, welche dem Auslande gegeben wurden, nichts als blauer Dunst gewesen? Die französischen Ihoen sind bekannt, nämlich der Rhein und Italien samme weiterem vielem Zugehör sollen gute Prise werden, weil sie für Frankreich weit nützlicher sein würden, als Algier oder sonst eine solche spielige Eroberung. Das alte Königthum in Frankreich hatte diese Ihoe, die erste französische Republik ebenfalls, das Kaiserthum wußte sie glänzend zu realisiren, und kann daher Jemand im Ernste glauben, daß die neue Republik beschränkter in ihren Wünschen sein werde? Gewiß nicht, am allerwenigsten aber darf eine solche Beschränktheit von der Umsturzpartei in Frankreich erwartet werden; denn wenn nicht, wie es z. B. in Nordamerika der Fall war, die Verletzung der heiligsten Interessen ein Volk zum Aufstande nöthiget, so können nur die Laster der Herrschsucht, Eitelkeit und Habsucht zu Revolutionen verleiten. Daher hat auch die provisorische Regierung in Paris jeder Versicherung der Freundschaft und Verbindung als conditio sine qua non die Freigebung Italiens angehängt. Das Manöver, welches die hervorragendsten Mitglieder der französischen Umsturzpartei mit Königreichen versorgen sollte, war merkwürdig genug, um noch einmal überblickt zu werden. So lange Rußland nicht der entschiedene Feind von Deutschland und Oesterreich ist, werden die französischen Waffen keine bleibenden Erfolge in Italien und Deutschland erkämpfen. Selbst die Macht eines Napoleon wurde in Rußland gebrochen, und jeder kriegslustige Politiker Frankreichs wird daher unablässig darauf bedacht sein, zwischen Rußland und Deutschland für ewige Zeiten Feindschaft zu stiften. Uns wird nicht in der That schon seit vielen Jahren nach Kräften gearbeitet, diese Feindschaft zu Stande zu bringen? Alle erdenklichen Mittel sind angewendet worden, um ganz Deutschland gegen Rußland zu erbittern. Vorzüglich wurde die deutsche Leichtgläubigkeit durch das Gespenst des Panslavismus ausgebeutet, für welchen Rußlands Emissäre in den slavischen Provinzen Mittel-Europa's in zahlloser Menge thätig sein sollten. Kaum war daher die Preßfreiheit errungen, so brach der Sturm gegen Rußland auf eine so unbeschreibliche Weise los, daß jeder deutsche und österreichische Patriot, welcher das gemachte Wüthen gehörig zu würdigen wußte, mit banger Sorge den Wirkungen dieses entsetzlichen Unwetters entgegensah. Zu glücklicher Weise schien Rußland der Sache auf den Grund zu sehen und entschlossen zu sein, nur im äußersten Falle seine Waffen gegen ein Volk zu kehren, welches bloß im Fieberwahne die Schlacht der vergessen konnte, wo tausende von Moskowiten verbluteten, um dem deutschen Nachbar die fränkische Zwingherrschaft abschütteln zu helfen. — Ich will nicht in Abrede stellen, daß unsere Politik mit jener Rußlands bezüglich der Donaufürstenthümer fast breitz; allein durch ein Benehmen, wie Deutschland es nach den Märztagen eingeschlagen hat, werden wir nur um so schneller das Gegentheil von dem hervorbringen, was wir verhüten wollen.

Während Rußland verdächtiger und gehäßiger wurde, suchte man auf alle Weise die Sympathien des deutschen Volkes für die Polen zu erregen, und die Sache gelang wunderbar, es waren wirklich die schönsten Hoffnungen vorhanden, daß die gemüthlichen Deutschen auf Kosten der Polen sich von den Russen beziehen lassen werden. Ganz Deutschland öffnete die Arme, um den Polen den Bruderkuß zu geben, doch siehe da, man hatte außer Acht gelassen, daß der politische Katechismus der Letzteren in Paris aufgesetzt wire, und ein großes Kapitel darin daß gegen Deutschland predigt. Der Bruder Pole verstand dem zu Folge die Sache ganz Deutsch, und verbrüderte mit Russisch-Polen, welche dem Polen-Constitutionell schnell wieder ein Ende machte. Vergebens hielt daher Lamartine geistreiche Reden, worin er nachwies, daß Polen nur durch Deutschland frei werden könne, dem deutschen Michel war durch die polnischen Freundschaftsbezeugungen das Gehör gänzlich verschlagen worden.

Allein nicht bloß der Polen wegen kann Deutschland mit Rußland sich überwerfen, sondern auch durch den Umsturz der deutschen Throne muß es zwischen diesen beiden zum Bruche kommen, und hieraus ist ersichtlich, daß Deutschland sich durchaus zur Republik gestalten soll. Die Kraft, mit welcher dieses Hauptprojekt der Politik französischer Ideen verfolgt wird, ist in der That erstaunlich groß, und es steht wirklich zu befürchten, daß Deutschland zu Nutz und Frommen der französischen Umsturzpartei einen Schlummer verüben werde.

Um diese Gefahr entlich für Oesterreich und Deutschland fest zusammenhalten, daß Frankreich sich noch immer nicht ganz sichere Hoffnungen machen auf Italien und den freien deutschen Rhein, wird Oesterreich zerkrümmert, so wird auch die bisherige Verbindung mit Deutschland gelöst, und Frankreich hat gewonnenes Spiel. Zwei Feinden, wie Rußland und Frankreich, kann Deutschland und das Chaos der Nationalitäten des vorem Kaiserthums nicht mehr widerstehen. Hieraus erklärt sich, warum mit so beispiellose Raub auf die Integrität Oesterreichs hingearbeitet wird.

Werden diese Thatsachen mit dem Umstande in Verbindung gebracht, daß mit in den öffentlichen Verhandlungen der provisorischen Regierung die Revolutionen der Märztage und andere wichtige Momente der deutschen und österreichischen Bewegung unzweifelhaft schon zu einer Zeit angeordnet fanden, wo die Nachrichten über die betreffenden Thatsachen noch nicht in Paris gelangt sein konnten, was offenbar eine Verbindung mit unseren Revolutionsmachern voraussetzte, wird vorliegen, daß Lamartine so gerne die Versicherung im Munde führte, er halte zwar die republikanische Regierungsform für die beste, allein er verschmähe es, bewaffnete Propaganda zu machen, was deutlich genug verrath, daß die nicht bewaffnete Propaganda der Lieblingsgegenstand seines Denkens und Handelns war; wird bedenken, daß die provisorische Regierung in Paris angesichts der Geldnoth, an welcher Frankreich litt, und der kriegerischen Lage, in einer Zeit machte, wo Oesterreich und Deutschland so in Ohnmacht versunken waren, daß sie diese Rüstungen nur durch die kriegerische Haltung motiviren konnte, welche das kleine Belgien (!) angenommen haben sollte, und wird endlich nicht übersehen, daß die Versicherung Lamartine's, es sei vorausgesagt worden, daß die französischen Heere künftig nicht mehr aus den ihnen angewiesenen Stellungen verdrängt werden können, nur dann seine wahre Bedeutung war, wenn die provisorische Regierung selbst, oder durch ihre Hefersbolzer hergestalt an dem Ruine Deutschlands und Oesterreichs gearbeitet hatte, daß Lamartine überzeugt war, Oesterreich und Preußen werden auf der Liste europäischer Großmächte gestrichen werden, die Politik Frankreichs und Rußlands werde künftig Hand in Hand gehen, und nie mehr eine deutsche Macht sich zu einer, den französischen Interessen entgegenstehenden Erhebung, so ergibt sich nothwendig der Schluß, daß das letzte Ziel der französischen Umsturzpartei kein anderes sei, als Frankreich in den Genuß jener Güter zu versetzen, deren Vortrefflichkeit es schon einmal verkostete, welche es seit dem Jahre 1815 schmerzlich entbehrte, und durch deren abermaligen Besitz Alle (nämlich Alle, der Umsturzpartei angehörigen Kinder der großen Nation, nicht aber etwa auch der gute deutsche Michel oder sonst eine dritte Person) zufrieden und glücklich werden sollen.

Den französischen Heeren war dabei eine ziemlich friedliche Mission zugedacht; denn während Deutschland sich gegen Rußland aufrieb, sollten die französischen Armeen (unter dem Vorwande der Hilfsleistung) nicht etwa nach ruhmvollen Kämpfen, sondern in behaglicher Sicherheit bloß jene Stellungen einnehmen, welche sie nach dem Ermessen der provisorischen Regierung nothwendig einnehmen mußten, wenn Alle zufrieden und glücklich werden sollten. Diese Ihee entsprach ganz dem Charakter von

Individuen, welche ihre eigenen theuren Personen zwar der höchsten Stellen im Staate vollkommen würdig erachten, jedoch keineswegs jene Eigenschaften in sich vereinen, durch welche sie dieselben dauernd erwerben kennten und für welche dahin ein genialer General wie Napoleon im wahrer Gräuel ist. Ein solch' gefährlicher Mensch durfte gar nicht Gelegenheit erhalten, auf der Oberstäche zu erscheinen, und den Herren Bürbiren in Paris die Früchte ihrer weitbegliederten Thätigkeit zu rauben. Nicht der Armee, sondern nur der Propaganda sollte Frankreich die neuen Eroberungen zu verdanken haben.

Gegenwärtig hat die Umsturzpartei allenthalben bedeutende Schläge erlitten. In Frankreich selbst bilden diese Partei weitaus die Minorität, und sie mußte daher, so wie es einmal die Nationalversammlung in's Leben gerufen war, die in den Tagen des Februar durch List, Trug und freche Gewalt usurpirte Macht um so sicherer wieder verlieren, je größer das Verderben war, in welches sie das eigene Vaterland dadurch gestürzt, daß sie die Regierungs- und Verwaltungs-Angelegenheiten ganz unfähigen und gewissenlosen Beamten in die Hände gegeben, mit dem Staatseinkommen heillos gewirthschaftet, und die unreinsten Volksschichten in Paris durch ihre binnerrichten Lehren und unerfüllbaren Versprechungen dergestalt demoralisirt hatte, daß sie dieselben selbst nicht mehr zu überreden vermochte. Vergebens stößt jetzt Ledru-Rollin in die Kriegstrompete, denn die größtentheils monarchisch-gesinnte Majorität Frankreichs denkt im gegenwärtigen Augenblicke an keinen anderen Krieg, als an jenen, welchen sie mit ihrer eigenen Umsturzpartei zu führen hat. Vergebens wirft jenes italienische Schwert, welches auch das spanische Ministerium in Paris um Hilfe gegen Oesterreich, dem Frankreich schwört nicht gefonnen zu sein, die sogenannten Brüder seiner eigenen inneren Feinde zu unterstützen. Inzwischen ist dadurch die Gefahr für Oesterreich und Deutschland noch hinreichend beseitigt, wenn ihre verblendeten Söhne hartnäckig die Bahnen verfolgen, welche ihnen von der französischen Propaganda vorgezeichnet worden sind. Dahin wird es hiesigen Falls gewiß, wenn Prag auf jirmlich ehrenhafte Weise, von Deutschland und Oesterreich Entschädigung für das Unheil empfangen, welches ihm von der eigenen Umsturzpartei zugefügt wurde. In diesem Anbetracht haben die französischen Wühler noch immer einigen Anspruch auf die politische Achtung, weil ihr Bestreben wenigstens in Bezug auf die äußere Politik wirklich patriotisch ist. Was sollen wir aber von den deutschen Propagandisten sagen? — Diese dinne in das ausgeworfene Netz, so sind sie die bedauernswürdigsten Opfer ihrer größten politischen Feinde; sie glichen den betrogenen Trojanern, welch' ihre Stadtmauern durchbrachen, um das hölzerne Pferd, jenes verderbenschwangere Geschenk ihrer Feinde, mitten unter sich bringen zu können. Wissen sie aber, welcher furchtbaren Gefahr sie das Vaterland durch ihr Treiben aussetzen, sind sie sich der verwerflichen Verräther, welche je ein Land gezeugt, und keine Sprache ist im Stande, jene Verachtung auszudrücken, welche ihr schändliches Beginnen verdient.

Deutschland.

○ **Frankfurt**, 30. Nov. Endlich sind der Versammlung in der reformirten Kirche die Schuppen von den Augen gefallen, die Erklärungen im „Oesterreichischen Vlood“ und die heute vom Grafen Deym mündlich gegebenen, haben auch den Unglücklichsten überzeugt, daß Oesterreich nicht gesonnen ist, auf ein einfaches Ticket von Frankfurt hin auszumarschiren gehen, und einer Theorie der Herren Welz und Wurm zu sich, seine weltgeschichtliche Stellung aufzuopfern. Oesterreich werde, erklärte Deym, nur diejenigen Beschlüsse der deutschen Reichsversammlung bei sich zur Anwendung bringen, welche es zur Anwendung bringen könne, wenn man etwas anderes verlange, und nach Willkühr schalten und walten wolle, so möge man ein Heer aufbieten, und das kann's — habe man aber Lust, auf andere die Mittel nach den Willen, so möge man sich zu dem Weg der „Vereinbarung“ bequemen. Achtzehnmal nur in mildester Form sagte gestern auch Wilcker, der zugleich auch die unrichtige Behauptung, als seien die Reichskommissäre von Windischgrätz schroff zurückgewiesen worden, widerlegte; man habe die Reichsdritl darum abgelehnt, weil man Kraft genug besitze, die Ordnung im Lande selbst herzustellen. Warum aber nicht Oesterreich so thätig auf den Einmarsch der Preußen und Bayern nach Oesterreich drang, stille sich allgemach aus deren eigenen Geständnissen heraus, sie hofften, während sich die Herre an der Donau und in Böhmen herumschlügen, freie Hand am Rheine zu bekommen. Aus gleichem Grunde wird jetzt emsig gearbeitet, zwischen Preußen und Oesterreich Zwietracht zu säen, und Blum's Tod als Brandfackel zu benützen, die Leidenschaften der unterstes Volksklasse wieder in Flammen zu setzen. Selbst Navaur hat die Besinnung verloren, und phantasirte heute von Aufruhr und Barrikaden, als er hörte, daß Oesterreich unter keiner Bedingung sich wolle verbeilten lassen; das sei, meinte er, Hochverrath an Deutschland, und wenn er es etwas hätte ahnen können, so wäre er nicht so leichtgläubig gewesen, seine Stimme dem Erzherzog Johann zu geben. Er hat mit Anrücksicht dem Präsidentin unserer Rothen, und mit Eisenmann einen neuen Bund geschlossen, der Märzverein genannt, dessen Tendenzen in Blums Reichstagszeitung auseinandergesetzt werden. Die Sache ist, beim Lichte betrachtet, nichts weiter, als ein neuer Titel für die alte Auflage, welche durch Navaurs und Eisenmanns Name frisch aufgewupt werden soll. Daß die Reichsversammlung Oesterreich gegenüber einzulenken sucht, ergab sich aus der heutigen Abstimmung, trotz Venedeys jugendlicher Aufforderung, die Versammlung möge gegen die Reichskommissäre, da sie Windischgrätz nicht niedergeronnen hätten, ein Mißtrauensvotum abgeben, wurde nicht nur kein solches ausgesprochen, sondern es kam nicht einmal zur Debatte darüber, ob Staube, das Reichsministerium aufzuheben, der Vorlage der gestern Beschlüsse in Oesterreich energisch zu bekleiden. Gestern ist Blums Todesfeier abermals vertagt worden, darum wird das dritte Montagsblümchen eine solche auf eigene Kosten bis morgen veranstalten, und hat die Abgeordneten der linken Seite des Hauses dazu eingeladen.

Hessen. — ** München, 4. Dez. Zwei wichtige Dokumente liegen uns vor. Das erste ist: „Hirtenworte der in Würzburg versammelten Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands an die Gläubigen ihrer Diözesen erlassen am 11. Dez. 1848,“ und das zweite ist eine „Denkschrift der in Würzburg versammelten Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands vom 14. November 1848.“ Ihrer Dokumente sind hier gebracht bei Dr. Stöckhlmann. Wir werden darauf zurückkommen. — Vorgestern sind die zwei Bataillone des 1. Infanterie-Regiments Königs, und gestern auch die zwei Bataillone des Linien-Infanterie-Leibregiments, die in der jüngsten Zeit in der Gegend von Günzburg in Kantonirung gestanden und überall, wohin die Pfiffe sie beriefe, die ungetheilte Anerkennung ihres trefflichen Verhaltens sich erworben hatten, wieder hier eingerückt. Se. kgl. Hoh. der Prinz Luitpold mit einem glänzenden Generalstabe hatte sich an der Spitze der von der Bevölkerung Münchens freudig bewillkommenen, und in herrlicher Haltung einmarschirenden Truppen gesetzt. Die zwei Bataillone des Leibregiments wurden wegen augenblicklichen Mangels an Raum in den Kasernen auf einen Tag in der Stadt einquartirt. Wie wir vernehmen, werden sich sie eben so wie die übrigen Truppe wieder baldigst auf Befehl des Reichsdrigadeministeriums in ihrer vollen Stärke unter den Fahnen versammelt bleiben, um für jeden etwa rintretenden Fall des Bedarfs an den südwestlichen Grenzmarken Deutschlands sogleich verwendbar zur Hand zu sein. Von der bisherigen Besatzung Münchens sind dagegen zum Vernehmen nach vorgestern 2 × 25 Mann von jeder Kompagnie beurlaubt worden.

* **München**, 4. Dez. Bestern Abend um 5 ½ M. starb hier Hr. Friedrich Freiherr von Kirz, bekannt durch seine Fortsetzung von Friedr. Leopold Stolbergs Geschichte der Religion Jesu, ein Mann voll reichen Wissens, edler ungetrübter Frömmigkeit und durchaus ehrenhafter Gesinnung. Bis in sein hohes Alter (er erreichte das 85. Lebensjahr) beschäftigte ihn das Studium der Religions- und Kirchengeschichte, in welcher er eine ausgebreitete Gelehrsamkeit besaß.

Sächs. Herzogth. — Altenburg, 30. Nov. So eben erfahre ich aus sicherer Quelle, daß diesen Vormittag 10 Uhr unser Herzog die Regierung niedergelegt hat, und dirselbe von dessen Bruder, dem Prinzen Georg, bereits übernommen ist. Ein neues Ministerium wird gebildet werden, bestehend aus dem jetzigen Hrn. Kanzlerrichter v. d. Gabelenz, dem jetzigen Ministern Graf v. Bruhl und Sommerlath. (L. Z.)

Preußen. — Krefeld, 28. Nov. In Folge der Beschlüsse unseres Magistrats und Stadtverordneten von 12. d. M. zu Ehren der vor kurzem in Berlin ermordeten Mitglie der Nationalversammlung hatte General Wrangel an seine Gemahlin dier den Befehl gegeben, den Bürgermeist, den er im vorigen Jahre von der Stadt erhalten, mit einem Trauerflor zu umziehen. Inzwischen hat die Majorität der Stadtverordneten ihren übereilten Beschluß offen und freimüthig bereut. Der gestrige Sinn von Pommern, Jagdschloß, wo der oben Augenblick ankommen schien, ist um so günstiger wieder durchbrochen, und die Nachricht davon bauer alsbald auch den General Wrangel bewogen, seinen Befehl gestern abend der Flors entfernen zu lassen. Zu diesem Zwecke begab sich gestern eine Deputation von Stadtverordnenten in das Haus des Generals und ersuchte wurde dort durch sie die Trauerfahne wieder von dem Bürgermeister abgenommen!

(Köln. Z.)

Oesterreich. — * Wien, 30. Nov. Mit Ende dieser Woche sollen die Operationen gegen Ungarn nun wirklich beginnen und Fürst Windischgrätz soweit als das Jellachich sich zu diesem Zweck zur Armee begeben. Der Grund der eingetretenen Verzögerung liegt darin, daß man mit der nöthigen Approvisionirung der Armee noch nicht gänzlich zu Stande gekommen, und bei den Mährrarern, welche ungar. Eisen gestossen wurden, um so verfahrener zu Werke gehen muß. Auch soll es Behufen erregt haben, Preßburg, das stark befestigt ist, ohne einen nächsten ernstlichen Angriff aufzufordern. — Nächst Ungarn und Kremsier ist es Frankreich, das die Blicke auf sich zieht und man ist auf die bevorstehende Präsidentenwahl um so mehr gespannt, als sich durchaus noch keine Prognose stellen läßt; sehr glaubwürdig ist jedoch, daß eine Allianz zwischen Rußland, Preußen, Oesterreich und England, über welche bereits eine Unterredung in Frankfurt Statt fand, der ein rasches Ende beschieden ist, als Louis Napoleon's Ernennung zum Präsidenten an die Eroberungsgelüste seines Oheims ernstlich mahnen sollte. Sehr klastist ist man hingegen über dasjenige, was man aus Preußen, und noch mehr, was man aus Frankfurt erfährt. Man ist nemlich zur Ueberzeugung gelangt, daß die Linke allen Kredit verloren, die Reaktionspartei aber darum auch keinen erlangt hat, und gemäßigte Lebergriffe werden von der einen, noch von der andern Seite ernstlich zu befürchten sind. — Die diesigen Frankfurter Wühler haben zwei Adressen, die eine an den Kaiser, die andere an den protestirenden Abgeordneten erlassen. In beiden spricht man sich mit Entschiedenheit für die unverletzte Integrität eines einigen und großen Oesterreich für einen Anschluß an Deutschland aber nur unter Bedingungen aus, die denselben nicht nahe treten. — Bezüglich des Zentrum, als die Linke haben Programme erlassen, die bereits veröffentlicht sind.

* **Wien**, 1. Dez. Gestrige Reichstagssitzung. Bilderdorfs

Demission wurde unter Beifall erlesen; eine Privatnachricht sage ihm, daß seine Wähler vielleicht nicht das frühere Vertrauen zu ihm haben, schon dieser Zweifel veranlasse ihn, den Ehrenplatz seinem Manne abzutreten, der es besitze. Er erwähnt seiner schwierigen Stellung, aber auch seines Bewußtseins, die für die Gesammtmonarchie, wie für Wien, für den Thron, wie für das Volk gewirkt zu haben. — Jakabovitch, Lubamirski, Zamoyski, Ilman und Dalscheh dahin ihre Mandate zurücklegen. — An der Tagesordnung die Geschäftsordnung, die zum §. 8. angenommen; der veränderte Satz zum Zusatz-Paragraph über die Verantwortung der Wahl bei Emeute und Waffenrüstung in ein Staatsamt die Abänderung, daß die früheren Wähler einzuberufen sind. — Der Gütervertrag auf der nördlichen Staatsbahn wird für die Dauer der Militärtransporte eingestellt. — Die Börse sehr fest, Bankaktien gesucht und bis 1102 bezahlt. Die meisten Wechsel haben etwas angezogen. 5%, Metall. 87, 5%, 66, 2½%, 41, 4%, Bankaktien 1105, Loose von 1834 137¼, Devisen von 1839 —, Nordbahn 101 Mailänder 66, Glogauziger 95, Pester 64, Linzer 64½, Lings-Budweiser —. Verzeichniß der am 1. Dez. 1848 ausgegebenen Serien des 1839n Anlehens. 135. 145. 308. 336. 351. 432. 543. 688. 723. 740. 741. 757. 760. 767. 796. 961. 1069. 1200. 1212. 1495. 1530 1535. 1594. 1637. 1840. 1854. 1940. 1992. 2091. 2154. 2228. 2276. 2285. 2331. 2374. 2379. 2470. 2510. 2527. 2567. 2620. 2621. 2715. 2728. 2741. 2940. 2961. 3000. 3130. 3163. 3195. 3232. 3559. 3655. 3675. 3757. 3781. 3823. 3862. 3895. 3950. 4056. 4162. 4202. 4238. 4246. 4247. 4357. 4370. 4456. 4520. 4648. 4684. 4830. 4890. 4930. 4953. 4986. 4998. 5227. 5236. 5258. 5723. 5781. 5844. 5971.

Oesterreichische Monarchie.

Hermannstadt, 4. Nov. Der kommandirende General hat ein Landesvertheidigungskomite zusammengesetzt, welches aus Mitgliedern des Militärs, des Oberlandeskommissariats, der sächsischen und romanischen Nation besteht und alle diesen wichtigen Zweig der Geschäfte betreffenden Gegenstände zu verhandeln hat. Auch ist die vertagte sächsische Nationsuniversität auf den 30. Okt. wieder eröffnet und zugleich ein Nationalkomite von sechs Mitgliedern ernannt worden, welches in Wechselwirkung mit dem romanischen Nationalkomite zu treten und die nöthigen Verfügungen gemeinschaftlich mit dem letztern in der Art zu treffen hat, daß insbesondere in den sächsischen Kreisen die Verwaltung ungestört ausrecht erhalten und alle etwanigen Verwirrungen vermieden werden. Unsere Macht wächst von Tag zu Tag; die ganze südliche Hälfte unseres Vaterlandes ist für den Kaiser und den Gesammtstaat in den Waffen, während in der nördlichen Hälfte das zweite Kommunegiment, der hitzigste Distrikt, die Mezőség, der schwarze Distrikt, die sächsische Bevölkerung der thatlosen und falschen Gespannschaft sich zu gleichem Zweck erhoben haben. Aus Galizien erhalten wir tägliche Unterstützung an Truppen und Kriegsbedürfnissen. Die Szeklerabtheilung, welche Schäßburg umgehend nach Bistritz vordringen wollte und dann zwischen den beiden Kokeln die meisten sächsischen und walachischen Dörfer plünderte, verbrannte und die reiche Beute auf Wagen ins Szeklerland führen ließ, kam 800 Mann stark in Magyar-Saros bei Medwisch an, wo sie am 25. Nov. von den Kaiserlichen angegriffen wurde. Diese bestanden aus zwei Kompagnien von Karl Ferdinand, einer Kompagnie Siebenbürger sammt vier Kompagnien wehrhafter Bürger und einer Kompagnie Palatalgarde mit zwei Kanonen unter Anführung des Majors Schuster. Es kam zu einem heißen Gefechte: von den Szeklern wurden 120 niedergemacht, bis sie mit ihrem Anführer Perszinzei die Flucht ergriffen. — Ebenso wurde die magyarische Nationalgarde von Nagy-Enyed bei ihrem Angriffe auf Krafo in der Nähe Karlsburgs am 28. Okt. mit bedeutendem Verluste zurückgeschlagen. Als Abrudbanya wird berichtet, daß in der ganzen Umgegend die kaiserl. Fahne ohne die geringste Widersetzlichkeit von den Bewohnern selbst aufgepflanzt und der Eid der Treue abgelegt werde. (D. A. Z.)

Schäßburg, 6. Nov. Seit der Mitte Oktober ist der Bürgerkrieg in seiner gräulichsten Gestalt losgebrochen. Die Magyaren machten sich von der Versammlung in Agyagfalva (zwischen Schäßburg und Udvarhely) um die Mitte Oktober auf, um in den beiden Kokelthälern und am Maroschi abwärts Alles, was nicht mit ihnen sei, zu zertreten. Die Gefahr für Schäßburg war nahe. Hätten wir nicht starke Militärbesatzung und Kanonen gehabt, wäre unsere Bürgerwehr nicht auf den Beinen und die Stadt verbarrikadirt und die Burg in eine Festung verwandelt gewesen, so wäre unsere Stadt jetzt ein Schutthaufen. Die Magyaren haben das sächsische Dorf Gebe verbrannt und ausgeplündert; Meschkirch hat sein bisheriges Grundherr, Graf Haller, schon verbrannt lassen. Jetzt ist es mit Hilfe des walachischen und sächsischen Landsturms und des Militärs gelungen, eine Linie gegen die Rebellen zu ziehen und in das Szeklerland einzufallen. Man hat die Errichtung eines sächsischen Jägerbataillons von 1250 Mann auf Kosten der sächsischen Nation in Angriff genommen; unsere Jugend drängt sich zum Einschreiben. (D. A. Z.)

Italien.

** Rom, 25. Nov. (Flucht des Papstes.) Gestern Abend verließ der Papst insgeheim und unerkannt seinen Palast und begab sich in die Wohnung des französischen Botschafters d'Harcourt, der ihn in einem mit vier Pferden bespannten Postwagen nach Gaeta brachte, wo er sich auf einem französischen Kriegsschiffe eingeschifft haben wird.

Frankreich.

* Paris, 28. Nov. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung hatte Hr. Pirio eine Anfrage über die Ereignisse in Italien angekündigt, welche er heute vorbrachte. Er begann damit, daß in Rom Anarchie, in der Lombardei Unterdrückung herrsche, und er müsse deshalb anfragen, wie es um den Stand der Vermittlung wegen der Dinge in Oberitalien stehe, und was an den Gerüchten über die Vorgänge in Rom Wahres sei? So viel sei dem bis jetzt Bekannten hervorzuheben, daß die Demagogie den Moment für Verherrlichung mit Blut benützt, und das sei eine Erscheinung der Neuzeit, keine Freiheit mehr. Knechtung und Anarchie — beide bringen der Republik Gefahr, wenn sie vor den Thoren stehen. General Cavaignac antwortete auf diese Fragen, obgleich dieselben an ihn Persönlich gerichtet waren. Bezüglich der lombardisch-sardinischen Frage gab er zu, daß die Unterhandlungen sehr langsam vorschritten. In der römischen Angelegenheit aber habe die Regierung einen sicheren Entschluß gefaßt. Die Courriers der Gesandtschaft Pozzolet aus Rom sei am 26. in Paris eingetroffen, und am demselben Tage sei auch ein telegraphischer Befehl nach Toulon abgegangen, um auf vier Dampffregatten 3500 Mann einzuschiffen. Der Volksrepräsentant Corneilles habe die Sendung übernommen nach Rom zu gehen, und sich dem Papste, wo er ihn auch antreffen würde, zur Verfügung zu stellen. Hr. Corneilles sei bereits abgereist und seine Instruktion laute dahin, sich unmittelbar nach Civita vecchia sich begeben und mit dem Papste in Verbindung treten solle. Seine Aufgabe sei, in Rom einzutreten, um dem Papste die persönliche Freiheit wieder zu geben, der er beraubt ist. Für den Fall der Papst es für gut finden würde, sich auf das Gebiet der französischen Republik zurückzuziehen, so habe er ihm eine Fregatte zur Verfügung zu stellen. Sogleich nach seiner Ankunft in Civita vecchia habe sich Hr. Corneilles mit dem Gesandten der Republik, Hrn. Lesseps, und Benehmen zu setzen, sodann dahin zu trachten, bekannt werden zu lassen, daß die Regierung der französischen Republik nicht beabsichtige, sich in die Streitigkeiten des Papstes mit seinem Volke einzumischen, sondern blos die allen Verhältnisse zwischen Frankreich und dem Papste aufrecht zu erhalten gedenke. Die Truppen soll er nicht eher landen lassen, als bis die Mitwirkung derselben zur Erfüllung der Zwecke seiner Sendung nothwendig werde. Sodann ging man zum Kriegsbudget über, welches die ungeheure Summe von 432 Mill. fr. beträgt. Général Lamoricière legte jedoch einen Plan vor, welcher die Bildung von Reserven beträfe, bei der Stand des aktiven Heeres auf 292,000 M. beschränkt, und durch welchen eine Ersparung von 170 — 200 Mill. Fr. erzielt werden wird.

** Paris, 29. Nov. In der Nationalversammlung stellte heute Hr. Joly, einer der „Rothen", Fragen an den Minister der Auswärtigen in Betreff der Politik Spaniens gegenüber. Während Spanien der Republik sich feindselig zeige, hätte er, Joly, Beweise für die Existenz einer Verschwörung gegen die spanische, daß sie spanische Flüchtlinge über die Grenze zurückweise, wogegen nunmehr Papiere derselben nach Madrid auslisiere, und so schon Anlaß zu Verdoppelung der Wachen gegeben habe. Der Minister des Aeußern stellte das entschieden in Abrede, mit der Versicherung, daß die fraglichen Papiere nach jetzt unmöglich bei ihm lägen. Spaniens innern Angelegenheiten müsse sich die französische Regierung durchaus nicht ein, und werde auch keinen Umtrieb gegen die jetzige Regierung an der Grenze dulden. Die Versammlung, ganz sich damit zufrieden, Ludwig Napoleon Manisch befriedigt niemand, weil es absolut nichts besagt. — Das Einschreiten Frankreichs zu Gunsten des Papstes wird weltweite nur als eine willkommene Gelegenheit betrachtet, überhaupt Fuß in Italien zu fassen. Deutschland möge wohl auf seiner Hut sein, daß es nicht von neuester Ueberraschung werde. Der große Nebelfleck wird auch da als treuer Wachthalter sich erweisen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 2. Dez. Oesterr. Spros. Metall. 69½, dto. 57, dto. 4proz. 41. 2½proz. 39½. Bankaktien 1165. G. 500 fl.-Loose 118½. Pr. 250 fl.-Loose 79¼. — **Preuß.** 50 Thlr.-Prämienscheine — P. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 77½. — **Bayer.** 3½proz. 75¼. — Sprozige **Berbach.** 64¾. — **Württemberg.** 3½proz. 76. 4½proz. 93½. — **Bad.** 3½proz. 72½. **Lotto-Aktien** à 50 fl. 45½. 35 fl.-Loose 23½. — **Darmstädt.** 3½proz. 74½. 4proz. 84½. **Lotto-Aktien** von 50 fl. 59½. 25 fl.-Loose 20½. — **Kurhessl.** Prämien-Obligationen 40½. 40 Thlr.-Loose 25½. — **Nassau** 3½proz. 79½. 25 fl.-Loose 20½. — **Frankfl.** 3proz 79½. 3½proz. 90½. 87½. Taunusbahn — P. — G. Hallau. Zukagt 41. **Span.** 5proz. innere Schuld 18¼. — **Pol.** 300 fl.-Loose — 500 fl.-Loose 70 — Sard. 36 Fr.-Loose —. Dtsc. 2.

Paris, 30 Nov. 3proz. 43.—. 5proz. 65.85. Staatsch. — Bankaktien 1360.—. Stadtobligationen —. —. Vier Kanäle 830.—. Comp. — St. Ler. —. Belg. Spros. von 1840 78. — von 1842 78¼. 4½proz. —. —. Rhn. 2½proz. —. —. 2½proz. —. Belg. Bank —. —. Neap. 5proz. —. —. Rhn. 5proz 61. Span. 1proz. —. Aktive —. Passive —. Piem. 830. Paris 185. St. Germain 300 —. Versailles (rechte) 102 50. — (linke) 100 —. Orleans 600 —. Nouen 352.50. Dieppe —. —. Marseille 157.50 Basel 75.—. Bierzon 215.—. Bordeaux —. —. Bordeaux 363.75. Nordbahn 343.75. Manbrenan 100.—. Loan 357 50. Straßburg 325 —. Nantes 311.25. Dieppe —. —. Seeaux —. —. Montpellier —.—. La Teste —.—.

J. B. Wagl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolffschen Buchdruckerei

Nr. 137.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Vierteljährig 2 fl. Halbjährig 4 fl. Einzelne Nummern 3 kr. 36 pr.

Dienstag den 5. Dezember 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 46. Einrückungsgebühren: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 5. Dezember.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 4. Dez. allergnädigst bewogen gefunden zu den durch Beförderungen und Dienstleistungen Ihrerer Beamten bei mehreren Kreis- und Stadtgerichten in Erledigung gekommenen Stellen, sodann zur Belegung der beiden neu errichteten Kreis- und Stadtgerichte und der weitern dadurch erledigten Stellen vom 16. Dezember an nachfolgende Beamten und Staatsdienstaspirantenzu ernennen, zu befördern und zu versetzen: Oberbayern. Zum Assessor außer dem Status bei dem Appellationsgerichte von Oberbayern, unter Vorrückung des dortigen Assessors Joseph Gößl in den Status, den Kreis- und Stadtgerichtsrath Joh. Leonhard Schmidt in Baireuth. Am Kreis- und Stadtgerichte München: zum Rath den Kreis- und Stadtgerichtsassessor Benno Fleißner in München; zum Rath außer dem Status den Kreis- und Stadtgerichtsassessor Viktor Deutter in Nürnberg; zu Assessoren den Kreis- und Stadtgerichtsassessor Ernst Kleinschrod in Augsburg — auf sein Ansuchen — und den II. Landgerichtsassessor Jos. Kellner in Herzogenleben; zu Protokollisten den Kreis- und Stadtgerichtsprotokollisten Joh. Fuchs in Aschaffenburg, auf sein Ansuchen und in seiner bisherigen provisorischen Eigenschaft, dann den Appellationsgerichtsaccessisten Dr. Andr. Mayr in München, gleichfalls in provisorischer Eigenschaft. Am Kreis- und Stadtgerichte Rhein: zum Direktor den Appellationsgerichtsassessor Heinr. Wrell in Neuburg; zu Räthen 1) den I. Landgerichtsassessor Karl Schreck in Werdenfels, 2) den I. Landgerichtsassessor Max Grabner in Hilders, beide auf ihr Ansuchen, 3) den Kreis- und Stadtgerichtsassessor Karl August Peetzinger in Augsburg. 4) den Kreis- und Stadtgerichtsprotokollisten Karl Johann Waggenreiter in Augsburg; zu Assessoren den II. Landgerichtsassessor Franz Jos. Ertelmayer in Schongau, auf sein Ansuchen, und den Appellationsgerichtsaccessisten Max Bernhard in Freising; zum Protokollisten in provisorischer Eigenschaft den Rechtspraktikanten Wolfg. Adam in Weissenhorn; zum Schreiber gleichfalls in provisorischer Eigenschaft den Appellationsgerichtsdiurnisten Franz Xaver Egner in Neuburg. Am Kreis- und Stadtgerichte Unterdonau: zum Direktor den Landrichter Hrn. Franz Xaver Ostermayr in Landau; zu Räthen 1) den I. Landgerichtsassessor Heinrich Michel in Rain auf sein Ansuchen, 2) den I. Landgerichtsassessor Karl Breidenbach in Lauingen auf sein Ansuchen, 3) den Kreis- und Stadtgerichtsassessor Ludw. Otto v. Mussinan in München, 4) den Wechsel- und Merkantilgerichtsaktuar Protokollisten Karl Joh. Nepom. Ludwig in Landau; zu Assessoren den Assessor Joh. Fried. Pfeuffer in Freising auf sein Ansuchen, und den Appellationsgerichtsaccessisten Adolph Oberth in München; zum Protokollisten den Appellationsgerichtsaccessisten Karl Klefla zur Zeit in Wasserburg in provisorischer Eigenschaft; zum Schreiber den Kreis- und Stadtgerichtsdiurnisten Karl Greif gleichfalls in provisorischer Eigenschaft. — Niederbayern. Am Kreis- und Stadtgerichte Landshut: zum Direktor den Appellationsgerichtsassessor Dr. Bartol. Mayer in Landshut auf sein Ansuchen; zu Räthen den Landgerichtsaktuar Alois Gmeiner in Vilseck, den Kreis- und Stadtgerichtsassessor Max Jos. v. Mussinan in Landshut, den Kreis- und Stadtgerichtsprotokollisten Heinr. Garreis in Landshut; zum Rath außer dem Status den Advokaten Franz Xav. Thoma in Regenstauf; zum Protokollisten in provisorischer Eigenschaft den Appellationsgerichtsaccessisten Karl Ott zur Zeit in München. Am Kreis- und Stadtgerichte Straubing: zum Rath den I. Landgerichtsassessor Sebast. Waltenberger in Straubing; zum Assessor den Kreis- und Stadtgerichtsprotokollisten Otto v. Schintling in Straubing; zum Protokollisten den Appellationsgerichtsaccessisten Joseph Rudolph Stolber zur Zeit in Straubing in provisorischer Eigenschaft. Am Kreis- und Stadtgerichte Passau: zu Räthen den I. Landgerichtsassessor Dr. Adolph Krämer in München, und den II. Landgerichtsassessor Karl Mathias Schläfer in Passau; zum Assessor den Appellationsgerichtsassessisten Franz X. Edenhofer in Passau; zum Protokollisten außer dem Status in provisorischer Eigenschaft den Appellationsgerichtsaccessisten Sim. Dallmayer in Miesbach. — Oberpfalz und Regensburg. Am Kreis- und Stadtgerichte Regensburg: zu Räthen die Stadtgerichtsräthe II. Klasse Hieronymus Scherer in Schweinfurt und Karl Heinrich Rumpler in Amberg, dann den I. Landgerichtsassessor Joseph Kilp in Stadtamhof; zum Rath außer dem Status den Kreis- und Stadtgerichtsassessor Jakob Manlenfe in Regensburg; zum Assessor den Kreis- und Stadtgerichtsprotokollisten Heinrich v. Kirchbauer in Amberg. Am Kreis- und Stadtgerichte Amberg: zu Räthen den I. Landgerichtsassessor Michael Engel in Amberg und den I. Landgerichtsassessor Georg Gerstner in Wellheim auf sein Ansuchen; zum Assessor den I. Landgerichtsassessor Dultrin Schieber in Nabburg; zu Protokollisten in provisorischer Eigenschaft den Appellationsgerichtsaccessisten Joseph Zölch in Amberg, und den Stadtgerichtsaccessisten Franz Frhrn. v. Pruckberg in Straubing. — Oberfranken. Am Kreis- und Stadtgerichte Baireuth: als Rath den Kreis- und Stadtgerichtsrath Herm. v. Paschwitz in Fürth seiner Versetzungsbitte entsprechend; zum Protokollisten den Appellationsgerichtsaccessisten Johann Rödelein von Bamberg in provisorischer Eigenschaft. — Mittelfranken. Am Kreis- und Stadtgerichte Nürnberg: zum Rath außer dem Status den Kreis- und Stadtgerichtsrath II. Klasse Karl Gottlieb Friedrich Frhrn. v. Kreß in Aschaffenburg; zum Assessor den Appellationsgerichtsassessisten Friedrich Geißmann zur Zeit in Ansbach, dann zum Assessor außer dem Status unter Vorrückung des Assessors Julius Schumann in den Status, den Appellationsgerichtsaccessisten Otto v. Reichert in München; als Protokollisten den Kreis- und Stadtgerichtsprotokollisten August Friedr. Hunger in Fürth in seiner bisherigen provisorischen Eigenschaft. Am Kreis- und Stadtgerichte Ansbach: zum Rath außer dem Status den I. Landgerichtsassessor Friedrich Arnold in Ebermannstadt; zum Protokollisten in provisorischer Eigenschaft den Kreis- und Stadtgerichtsaccessisten Johann Hunderthpfund in Regensburg. Am Kreis- und Stadtgerichte Erlangen: als Rath den Advokaten Karl Friedr. Goes in Nürnberg. Am Kreis- und Stadtgerichte Forth: als Rath den Protokollisten und Hauptappellationsgerichtssekretär Wilh. Gottlob Laubmann in Nürnberg. — Unterfranken und Aschaffenburg. Am Kreis- und Stadtgerichte Würzburg: zum Rath außer dem Status unter Einweihung nach seinem Dienstadler in bisheriger Dienstlegenschaft den fürstl. Löwenstein'schen Regierungs- und Justizkanzleirath Friedrich Sievers in Kreuwertheim. Am Kreis- und Stadtgerichte Aschaffenburg: als Rath den fürstl. Löwenstein'schen Regierungs- und Justizkanzleirath Joseph Schmitt in Kreuwertheim, unter Vorbehalt seines Ranges; zum Protokollisten in provisorischer Eigenschaft den Rechtspraktikanten Johann Konrad Lorenz Gocher in Bausch. Am Kreis- und Stadtgerichte Schweinfurt: als Räthe den Landrichter Joh. Nep. Weber in Gerolzhofen und den II. Landgerichtsassessor Julius Wagner in Hofheim, beide auf ihre Ansuchen; zum Protokollisten in provisorischer Eigenschaft den Appellationsgerichtsaccessisten Georg Karl Theodor Schubert in Schweinfurt. — Schwaben und Neuburg. Zum Assessor außer dem Status bei dem Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg, unter Vorrückung des Assessors Ludwig Haas in den Status, den Kreis- und Stadtgerichtsrath Johann Baptist Stadler in Bamberg. Am Kreis- und Stadtgerichte Augsburg: zu Räthen den Bezirksrichter Tassoll Friedr. Hederer in Landau auf sein Ansuchen und mit Einrückung desselben unter die Kreis- und Stadtgerichtsräthe I. Klasse überhaupt nach dem Tage seiner Anstellung als Bezirksrichter, vom 7. April 1839, dann den Kreis- und Stadtgerichtsrath II. Klasse Johann Georg Roth in Günzlangen auf sein Ansuchen; zum Rath außer dem Status den Kreis- und Stadtgerichtsrath II. Klasse Ferdinand Böhm in Landshut ebenfalls auf sein Ansuchen; zu Assessoren den Rechtspraktikanten Bernhard Hohenleitner in Weiler und den Appellationsgerichtsaccessisten Dr. Joh. Georg Heingelmann in Neuburg; zum Protokollisten in provisorischer Eigenschaft den Stadtgerichtsaccessisten Friedr. Wilh. Karl Löhlein in Lindau. Am Kreis- und Stadtgerichte Memmingen: zu Räthen den I. Landgerichtsassessor Joseph Brand in Donauwörth und den Herrschaftsgerichtsassessor Joseph Goßner in Weißenhorn; zum Assessor den Appellationsgerichtsaccessisten Ernst Friedrich Gerstlopb Jörgius zur Zeit in Günzburg. Am Kreis- und Stadtgerichte Kempten: zu Räthen den I. Landgerichtsassessor Joseph Franz in Illertissen und den I. Landgerichtsassessor Karl v. Clarmann in Zusmarshausen; zu Assessoren den Stadtgerichtsprotokollisten Joseph Germershein in Kempten und den Rechtspraktikanten Wilhelm Barth in Kaufbeuren; zum Protokollisten den Stadtgerichtsaccessisten Karl. Lämminger zu Landshut in provis. Eigenschaft.

Se. Maj. der König haben unterm 2. Dez. den Landgerichts Oberbeamten und seinen dritten Nebenbeamten Assessor Leins Auftrag belassen, und auf diese Dienststelle den vormaligen Patrimonialrichter I. Klasse Johann von Gott Premauer zu Osterberg zu ernennen, ferner die erledigte I. Landgerichtsassessorsstelle zu Wiesrichen dem II. Landgerichtsassessor Friedrich Ludwig Forester zu Bildshurg, seiner Bitte willfahrend, zu verleihen, in die hiedurch eröffnete II. Landgerichtsassessorsstelle zu Bildsburg den Akzeß Leonhard Heinrich Capeller vorrücken zu lassen, und auf die hiedurch erledigte Landgerichtsaktuarsstelle zu Pildsburg den Appellationsgerichtsaccessisten Franz Saleb Leutermann zu ernennen gerubt.

Se. Maj. der König haben unterm 2. Dez. die durch die Ruhestandsversetzung des geheimen Rathes Franz v. Kobell eröffnete Stelle eines Generalsekretärs im Staatsministerium des Innern dem Ministerialrathe in diesem Ministerium Wilhelm Benning zu übertragen geruht.

Es wurden durch allerhöchstes Dekret vom 28. Nov. der Betriebsingenieur Klemens Friegle vom Bahnamte Bamberg zum Bahnamt Würzburg; der Rentbeamte Julius Anter, Ritter in Kronach in den Ruhestand versetzt; durch allerhöchstes Dekret vom 30. Nov. der Hauptzollamtsverwalter Freiherr Alexander Oberst in Rosenheim in gleicher Eigenschaft an das Hauptzollamt Memmingen, und der Hauptzollamtsverwalter in Memmingen Ignaz Zeiller in gleicher Eigenschaft nach Rosenheim versetzt; durch allerhöchstes Dekret vom 2. Dez. der Finanzkonzipist Johann Michael Grobst zu Ingolstadt in den erbetenen Ruhestand versetzt.

Se. Maj. der König haben sich unterm 30. vor. Mts. allergnädigst bewogen gefunden, die Sophie Nürnberger aus Kirchenlaibach, dann die Augusta Körner zu Bamberg, beide auf allerunterthänigstes Ansuchen, für großjährig zu erklären.

(Berichtigung.) Kathol. Pfarrvikariat Preyping, Lgs. Grafenau, in dem Regierungsbezirke von Niederbayern, mit einem Einkommen von 272 fl. 54 kr.

(Kriegsministerium.) Se. kgl. Hoh. Herzog Ludwig in Bayern, Oberlieutenant vom 4. Chevauleger-Regiment König, erhielt den k. sächs. Orden der Rautenkrone. Der Oberstkommandant des 13. Infanterieregiments Gerling, Christian Fdr. v. Brosscedel das Komthurkreuz 2ter Klasse und der Major Karl Boutet vom 10. Infanterieregiment Prinz Leopold Bayerischen das Ritterkreuz des herzogl. Sachsen-Ernestinischen Hausordens, — endlich der Generalmajor vom Pensionsstande Joseph Ritter v. Miller das Kommandeurkreuz des königl. griechischen Erlöser-Ordens. Zu Generalmajors wurden befördert: die Obersten Moritz v. Kreitschmann, Kommandant des Kadettenkorps, Friedrich Graf v. Saporta als Brigadier der 3. Infanteriebrigade Augsburg, und Adolph Keller v. Freiherr v. Schleitheim, als Ingenieurkorps-Kommandant; Zum Generalverwaltungsdirektor im Kriegsministerium statt des zum Vorstande der Königl. Staatsschuldentilgungs-Kommission ernannten Ministerialrathe Nepomuk v. Sutner, wurde der bisherige Ministerialrath und 1. Referent der 6. Kriegs-Ministerial-Sektion, Paul Habel befördert. Der bisherige Festungsbaudirektor von Ingolstadt, Ingenieurmajor Albert Spies, wurde zum Referenten der 4. Kriegsministerialsektion, und statt dessen der Ingenieurhauptmann Joseph Schmaus zum Festungsbaudirektor in Ingolstadt bestimmt. Der Artillerie-Oberstlieutenant und Gewehrfabrikdirektor Ernst Weishaupt, dann die Hauptleute Joseph Heuß und Joseph Berks vom 14. Inf.-Reg. Zandt, wurden in den nachgesuchten Ruhestand versetzt.

Die Wahlen zum bayerischen Landtage.

Wir haben unsererseits bereits unsere Ansichten und Wünsche in Betreff der in wenigen Tagen bevorstehenden Wahlen ausgesprochen. Wir lassen hier nun auch einen Artikel des „Nürnberger Korrespondenten" folgen, dessen Inhalt von allen bayerischen Wählern beherzigt zu werden verdient. Die Stunde naht, — sagt derselbe — welche auch der Mitte des Volkes jene Männer berufen wird, in deren Hände das Volksheil gelegt werden soll. Von allen Seiten werden Stimmen laut, welche Anforderungen an diese Ausersehenen zu stellen scheinen, und wenn wir nur eine übermegende Zahl von Männern finden, welche allen diesen Anforderungen in vollem Maße zu genügen vermögen, kann dürfen wir getrost der Erfüllung wenigstens eines großen Theils jener Hoffnungen entgegensehen, welche alle Vaterlandsfreunde für den nächsten Landtag im Herzen tragen. Wir gestehen nun zu allen diesen Anforderungen gleichwohl noch eine weitere: die Besonnenheit. Denn sie ist besonders jedem Manne, welcher zu öffentlicher Wirksamkeit berufen, mag seine politische Ueberzeugung sein, welche sie wolle, unentbehrlich, und vielleicht glaubte man auch deshalb bei seinen Anforderungen an den tüchtigen Volksvertreter sie stillschweigend schon vorausgesetzt zu dürfen. Allein in dieser Voraussetzung könnte man sich leicht geirrt haben; denn vielen, sonst sehr überlegten Männern haben die weiterschütternden Stürme der Neuzeit die Besonnenheit geraubt, und vollends Diejenigen, welche die ersten, ja fast die alleinigen Freiheitsheldem sein wollen, zeigen von dieser männlichen Tugend nicht selten, sie erscheint ihnen kaum mehr als eine solche — eher als eine Schwäche, ihr Gegentheil als ein Vorzug. Dieser Meinung müssen wir entschieden entgegentreten, weil sie nur in einem Verkennen der Besonnenheit wurzeln kann. Die Besonnenheit faßt keinen Beschluß, ohne übergezogt zu sein, daß ihr auch die Kraft innewohne, denselben auszuführen, und daß solche Ausführung nicht die Mutter von noch größeren Uebeln sein werde, als daßjenige, welches jener Beschluß zu verhüten bestimmt ist. Zeichnen nun die Männer des nächsten Landtags sich nicht eben so sehr durch diese Besonnenheit als durch Freimuth aus, dann können wir in Bayern denselben beklagenswerthen Zerwürfnissen entgegengehen, wie wir sie in Preußen bereits vor uns haben. Pflicht zu verhüten, müssen die Vertreter des Volkes eben so bewußt sein, als es heilige Pflicht der Regierung ist; denn man begründet das Glück und Wohlergehen der Völker nicht dadurch, daß man unbesonnen den Samen blutiger Zwietracht über ganze Länder ausstreut und gewerbreiche Städte den Gefahren eines Belagerungszustandes preisgibt. Den Männern, welchen wir unser Vertrauen zuwenden, soll also bei entschiedenem Freisinn die männliche Besonnenheit nicht fehlen. Dadurch allein werden sie die Demüthigung sich ersparen, morgen lobhudeln und zweichelecken zu müssen, wo sie gestern verdammt und großgesprochen haben. Wie viele Beschämung hätte die preußische vereinbarende Versammlung sich selbst, wie viel Unheil dem Lande erspart, wenn sie besonnener gewesen und ihren impromptiren Beschluß wegen Suspendirung der Steuern nicht gefaßt hätte! Also: videant consules. —

In einem andern Artikel aus Mittelfranken über denselben Gegenstand äußert sich der „Nürnberger Korrespondent" wie folgt: „Die in den nächsten Tagen stattfindenden Wahlen werden uns — Dies läßt sich mit Bestimmtheit voraussagen — eine fast durchgängig neue Kammer bringen, und nur die wenigsten von Denen, welche auf dem letzten Landtag zur Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes mitzuwirken hatten, werden das gelobte Land der ersten nach diesem Wahlgesetze berufenen Kammer betreten. Es ist Dies theils eine nothwendige Folge des gegen früher außerordentlich erweiterten Kreises der passiv Wahlfähigen, theils läßt sich nicht in Abrede stellen, daß neue Verhältnisse auch neue Männer fordern. Nichtsdestoweniger wird es jedem verständigen und unbefangenen Manne einleuchten, wie wünschbar es ist, in den vielen kritischen Fällen, welche in der Kammer wirken werden, auch einen Kern auf dem Felde ständischer Berathungen bereits bewährter Männer zu gewinnen; denn eine Kammer, die aus lauter neuen Persönlichkeiten zusammengesetzt wäre, würde wenigstens Anfangs an mancherlei Unbeholfenheit leiden und in Folge ihrer Unerfahrenheit Mißgriffen schwerlich entgehen. Auf diesem Punkte angelangt, wird es sich sofort als sehr zweckmäßig kennen nicht einigen von den früheren Abgeordneten auch in der neuen Kammer einen Sitz finden sollten; und wahrlich, es fehlt unter denselben nicht an solchen, die dieser Ehre würdig und den Aufgaben der Neuzeit vollkommen gewachsen sind, wenn ihre Zahl auch nicht übergroß ist. Wie erlauben uns deshalb, das Augenmerk der Wähler auf einige von diesen Männern aus der letzten Kammer hinzuleiten. Wir übergehen dabei diejenigen derselben, welche bereits Landtagsabgeordneten, welche bei als Reichstagsabgeordnete in Frankfurt befinden, weil wir glauben, daß Die, welche sich in dieser Stellung bewährt haben, jetzt besser dort bleiben. Zur Wahl in die bayerische Kammer aber empfehlen wir: 1) Lerchenfeld, den der Platz in der Kammer gestchert bleiben muß für den Fall, daß er aus dem Ministerium verdrängt würde; 2) Dekan Deininger zu Burghaslach, gediegen, entschieden, in der edelsten Bedeutung freisinnig, der Kirche und Schule vor Allen tüchtig; Mitglied des fürstlich aufgelösten Gesetzgebungsausschusses; 3) Professor v. Scherl in Erlangen, gleichfalls eines der thätigsten Mitglieder des Gesetzgebungsausschusses, gründlicher Privat- und Staatsrechtskundiger, trefflicher Redner, charfsinnig und ein Mann von ehrenfester Sinnesart; 4) Kaufmann Reuter in Regensburg, vollkommen unabhängig, durch und durch biedet, voll Wärme für das wahre Wohl des Vaterlandes; hat sich sehr tüchtig bewährt als Referent in Sachen des Zollvereins; 5) Kaufmann Fischer zu Würzburg, Referent über den Bau der Eisenbahn von Würzburg nach Bamberg, sehr klug und redlich; 6) Graf Hegnenberg-Zux, Vizepräsident der Kammer auf dem Landtag von 1847, trefflicher Redner und gesteiteter Staatsmann; 7) Minister Heinz, der Gründer unserer neuen Gesetzgebung; 8) Rabl, Bierbrauer und Bierverbaorn, ein sehr verständiger Oekonom und fester Charakter; 9) Kaufmann Langguth von Hersbruck, ein braver, zuverlässiger Mann; 10) Kaufmann Keim aus Memmingen, einsichtig in seinem Fache und sehr ehrenhaft von Charakter; 11) Dekan Scholler in Landau, einsichtsvoll, herzhaft, aber besonnen; ein guter Redner."

Deutschland.

Bayern. — **.München, 4. Dez. Wir glauben eine Angabe der Allg. Ztg. von 2. berichtigen zu müssen. Dieselbe läßt uns nämlich bezweifeln, daß bei der Wahl der Wahlmänner in München etwa zwei Drittheile der Wahlen auf Konstitutionell-Monarchische gefallen seien. Das haben wir weder gesagt, noch sagen können, weil es thatsächlich unrichtig wäre. Wir haben vielmehr in unserer Nummer vom 1. Dezember auseinandergesetzt, wie von 180 uns am 30. November Abends 7 Uhr bekannt gewesenen Wahlen nur 49 auf solche Männer gefallen waren, deren Namen auf der Kandidatenliste des unter dem Namen „Handwerkerverein" jetzt auftretenden demokratischen Vereins sich befanden, und von diesen 49 — halten wir gesagt — gehören mindestens zwei Drittheile der konstitutionell-monarchischen Meinung an, so daß im Ganzen nur etwa 16 eigentliche Kandidaten der Demokraten gewählt worden sind, was auf die Gesammtzahl von 184 ernannten Wahlmännern sicherlich kein Drittheil ausmacht. — Daß Hr. Max v. Gagern, der Bruder des Präsidenten der Reichsversammlung zu Frankfurt, hier anwesend gewesen sei, haben wir bereits widersprochen. Es ergibt sich hieraus, was von den angeblichen Audienzen bei Sr. Maj. dem König und Konferenzen mit dem Minister des Auswärtigen, die derselbe gehabt haben soll, zu halten ist. Konferenzen aber, die gar nicht Tatsachen haben, können gewiß nicht den Anlaß zur Reise Sr. kgl. Hoh. des Prinzen Karl von Bayern nach Berlin gegeben haben. Wir haben bereits mitgetheilt, daß diese Reise lediglich Folge einer an Sr. kgl. Hoheit ergangenen Einladung war, der Feier der silbernen Hochzeit seiner durchlauchtigsten Schwester der Königin von Preußen beizuwohnen. Was endlich weiter von einer angeblich zur Gewißheit werdenden Allianz zwischen den süddeutschen Staaten und der**

französischen Republik und dem Plane, durch diese Allianz die Erneuung von Bayerns König zum Oberhaupt Deutschlands durchzusetzen, gehabt wird, können wir mit der Allg. Ztg. nur als »Gedankenlosigkeiten« bezeichnen. Wenn wir überhaupt alle Tagelügen aufheben wollten, welche jetzt hier von einem Theile unserer Presse in die Welt geschickt werden, so würde uns kaum mehr Raum für Anderes in unserm Blatte übrig bleiben.

Preußen. * Brandenburg, 30. November. Heute sind die HH. Bornemann, Parrisius und Duncker nebst vielen anderen Abgeordneten hier eingetroffen, und es ist außer allem Zweifel, daß auch der größte Theil der noch in Berlin anwesenden Abgeordneten in kürzester Zeit hier eintreffen wird. Hr. v. Winter wird voraussichtlich seinen Platz in der Frankfurter Versammlung beibehalten. Hr. v. Grabow hat, wie auch sein Stellvertreter, Hr. Kalbersberg, sein Mandat niedergelegt. — In der gestrigen Sitzung wurden sechs Mitglieder als durch Krankheit verhindert entschuldigt. Mehrere abwesende Mitglieder waren um Urlaubsverlängerung eingekommen, und mehrere Stellvertreter waren bereits eingetroffen. Der Abgeordnete Temme ist gestern Abend hier eingetroffen. — In der heutigen Sitzung suchte Bornemann sich und seinen Freund Perezen über ihre Theilnahme an den Sitzungen des Rumpfparlaments dadurch zu entschuldigen, daß sie nach dem Wunsche desselben mit der Krone es nur nöthig erachtet, um alle Vermittler aufzureren. Nach ihm sprach der Abg. Duncker eine Art von Protest gegen die Betheiligung der Krone bezüglich des Acgist der Verlegung der Versammlungsstätte über der Auflösung derselben, zunächst aber gegen das Verbrechen des Ministeriums Brauenburg. Auch der Abg. Parrisius versuchte eine persönliche Erklärung. Er sei bisher gekommen, den Kampf gegen ein volksfeindliches Ministerium fortzuführen (furchtbarer Lärm.) Er glaube, daß die Nationalversammlung im Stande sein werde, dieses Ministerium zu überwinden. (Neuer noch größerer Lärm und Unterbrechung.) Er werde auch hier sie für die Freiheit des Volkes kämpfen. Nach ihm erklärte der Abg Bauer, daß er die Art und Weise, wie Parrisius gesprochen, nicht billigen könne, und gegen die Annahme, daß nicht alle Anwesende für die Freiheit kämpften, protestire. Nach ihm will Parrisius abermals die Tribune besteigen. (Großer anhaltender Tumult; Ruf zur Tagesordnung.) Der Redner sucht sich über seine früheren Aeußerungen zu rechtfertigen, worauf ihm aber der Abg. Reichensperger entgegnet, daß es unmöglich gestattet werden könne, die Tribune zu Erklärungen über persönliches Verhalten zu benützen. Hierauf wurde vom Alterspräsidenten die Zahl der Anwesenden verkündet; es sind 152 Mitglieder anwesend, 13 mit Entschuldigung abwesend. Auf der Tagesordnung steht der Antrag von Simons: Verlegung der Sitzungsstätte. Mit Rücksicht darauf, daß Vorarbeiten mit derselbe bis auf Morgen verschoben und die Sitzung bis Morgen Vormittag 11 Uhr vertagt. — Auf der Gallerie war Hr. v. Gagern anwesend.

Crier, 28. Nov. 10 Uhr Abends.) Der Aufstand zu Berneastel hat, eben eingegangenen Nachrichten zufolge, sein unblutiges Ende erreicht. Heute Vormittags sind die Truppen von allen Seiten dort eingerückt, und Nachmittags der Stadt gehe gegangen ohne alle Schwierigkeit vor sich. Ohne Haufen von Gewehren, Sensen und Piken werden von den Bürgern zusammengetragen. Die Justiz hat ihre Thätigkeit begonnen. Die beiden Rädelsführer, Gobieng und sein Gehülfe Kuckel, sind flüchtig.

Oesterreich. Wien, 1. Dezember. So eben erschien hier folgende Kundmachung. »Der Gemeinderath der 1. Generaldirektion für die Staatsbahnen sind die regelmäßigen Lastenzüge auf der nördlichen Staatsbahn von Olmütz nach Prag und zurück, in so lange als die Betriebsmittel zu Militärtransporten in Anspruch genommen werden, eingestellt. Aus demselben Anlasse sind um die noch lagernden Güter ihrer Bestimmung zuzuführen, kann auch in Wien und Floridorf durch 3 Tage, nämlich den 1., 2. u. 3. Dezember 3. J. auch für die Station Floridorsdorf eine Güterannahme statt finden. Jene Parteyen, für welche Güter in Wien und Floridorf schon lagern und ankommen, werden ersuchet erfucht, diese unverzüglich und ausnahmsweise auch Sonntag den 3. von den Bahnhöfen abholen zu lassen, da die Magazinräume zu klein sind, um die angekommenen Güter zu fassen, dieselben daher auf Gefahr der Empfänger im Freien abgelagert werden müßten.“ — Es finden starke Truppenbewegungen statt. Man erfährt, daß in den benachbarten ungarischen Hauptstädten die Nationalgarde entwaffnet und die Mobilgarde, auf welche die Machthaber weit sicherer zu rechnen scheinen, mit Waffen versehen wird. Dreschaften, sie den Operationen im Wege stehen, werden niedergebrannt, die Dächer der Häuser in den Städten abgetragen und die Häuser mit Mistlagen zur Feuerfestigung der oberen Stockwerke bedeckt. Insbesondere aber werden Pesth und Comorn stark befestigt und Kossuth soll sich gerüstet haben, hier müsse das österreichische Heer sein Grab finden! — In den Städten sind jedoch sehr entgegengesetzte Stimmungen wahrzunehmen, nur wagen sie nicht hervorzutreten. — Ein gut unterrichtetes Blatt meldet heute, es verlaute, Oesterreich sei mit Russland über Deckung der Kriegskosten vollständig einverstanden, rechten über, überzeugenommen, und es soll die durch Errichtung der 6. Bataillons verstärkte Armee gleich von Ungarn aus zu diesem Zwecke verwendet werden, wenn nicht die Wahl Louis Napoleons andere Verfügungen veranlaßt. Dazu aber haben sich die Chancen sein Cavaignacs Kammersturmph bedeutend gemindert. — Die Minister Bach, Stadion, Schwarzenberg und Bruck sind seit gestern hier, reisen aber heute wieder nach Olmütz. — Die Reichstagsdeputirten Schwarzer, Goldmark, Füster, Violand, Scherzer, Umlauft, Löhner sollen von ihren Wählern ein sehr scharfes Mißtrauensvotum erhalten. Letzterem schreibt man die Redaktion des Programms der Linken zu, das folgende Grundzüge enthält: Konstitutionelle Monarchie mit demokratischen Prinzipien. Oesterreich soll in 5 Nationsstaaten eingetheilt werden (Deutsche, Italiener, Czechen, Slowenen, Polen — jeder Staat habe ein Parlament, vom Volke direkt gewählt, ein Staatssekretariat und einen Minister ohne Portefeuille — alle 5 Staaten zusammen sind in der Zentralregierung durch einen Senat, direkt direkt, theils auf den Parlamenten gewählt, und durch das Gesammtministerium vertreten sein. Dem Monarchen bleibt die Exekutive mit ein suspensives Veto sowohl gegen die Beschlüsse des Parlaments, als des Senats. Jeder Nationalstaat hat einen obersten Gerichtshof, und die Staatsstreitigkeiten, so wie die Anklagen gegen die Minister werden vor einem Staatsgerichtshof gebracht. — Graf Stadion ist seines Postens als Minister des Innern enthoben worden, und voraussichtlich war. — Das gesammte Postwesen ist dem Handelsminister Bruck überwiesen worden, was eine energische Förderung dieser Branche erfreuen läßt. — F.-M.-L. Graf Gyulai ist zum Zivil- und Militär-Gouverneur des Küstenlandes ernannt worden. — Die Wiedereröffnung des heftigen juristisch-politischen Lesevereins steht schon für die nächste Woche bevor. — Man versichert, wie man, daß bis zur nun dem Amen nach besteht und die Stadt durch englische und französische Schiffe mit allem Bedarf hinlänglich versehen wird. Sowohl dort als in Mailand bietet man eine friedliche Ausgleichung für wahrscheinlich.

Italien.

** Die Flucht des Papstes aus Rom ist eine nun nicht mehr zu bezweifelnde Thatsache, und laß sich nach den Gewaltthätigkeiten, die seit der Ermordung seines treuen Ministers Rossi gegen ihn verübt wurden, unschwer voraussehen. Wir haben schon gestern die darüber und zugekommene Nachricht aus Rom 25. Nov. mitgetheilt. Daß für den nun wirklich eingetretenen Fall der Nothwendigkeit der Flucht schon Alles im Voraus mit dem französischen Botschafter verabredet war, scheint allerdings aus dem Umstande hervorzugehen, daß am 28. schon der General Cavaignac in der französischen Nationalversammlung diese Flucht Sr. Heiligkeit als eine vollendete Thatsache ankündete. Die Partei der demokratisch-sozialen Republik hatte bekanntlich Rom als Zentralpunkt für ihre Bestrebungen auserseben. Der Papst und sein Minister Rossi standen ihr im Wege. Nachdem der letztere unter dem Gemeuchelmesser gefallen war, kamt der letzte kräftige Schutzdamm gegen die Pläne dieser Partei in Italien weggeräumt, ein gesschworner Feind des Papstes und der monarchischen Staatsform, Sterbini (der Exkerade des Napoleoniden Camino) vom Papste als Minister gewaltsam aufgedrungen, dem Papste selbst aber auch die letzte Stütze durch Auflösung und Entlassung der Sonverteregierungsrath entrissen worden, da blieb Pius IX. freilich keine andere Wahl mehr als: entweder sich unter das Joch der Demokraten völlig zu beugen, das gehorsame Werkzeug aller ihrer Pläne zu werden, oder, da kein anderes Mittel mehr gegeben war, die ihm gerauhte Freiheit unter fremdem Schutze zu suchen. Er scheint sich nach dem oben Gesagten schon vorher in der Voraussicht dieses Falles mit dem Vertreter Frankreichs gewendet zu haben, der ihm eine Zufluchtsstätte bot und gewährte. Wenn wir die von allen Gliedern der Familie Bonaparte so eifrig, durch moralischen Einfluß wie durch Geldmittel unterstützten Bestrebungen Ludwig Napoleons in Frankreich aus Bluter zu gelangen zusammenhalten mit der Haltung, welche ein anderes Glied derselben Familie, der schon vorerwähnte Prinz von Canino) in Rom eben jetzt annimmt, so lassen sich daraus Schlußfolgerungen ziehen, die keinem Einsichtigen entgehen werden. Die römische Kammer billigte noch am 25. permanente Sektionen. Der Prinz von Canino aber, hiermit noch nicht zufrieden, verlangte augenblickliche Berufung der italienischen Konstituante. Sein Sekretär, der jetzige Minister Sterbini, beklagte zwar diesen Antrag, in der Allg. Ztg. ganz richtig bemerkt, „zum Scheine“, die Folge wird aber lehren, daß dies auch nur zum Scheine geschah. Wie dem auch sei, die französische Regierung vorläufig wenigstens noch unter Cavaignacs Einfluß stehend, hat ihre Entschlossenheit zum Einschreiten zu Gunsten des Papstes, vorläufig wenigstens durch Schutze seiner Person, durch Thaten bereits bewiesen. Wie weit sie noch ferner gehen wird, ist noch abzuwarten. Es steht nur zu vermuten, was von anderer Seite geschehen wird. Daß man dort Frankreich allein handeln lassen werde, können wir nicht glauben. Der bayerische Gesandte, Graf von Spaur, hat sich der Allg. Ztg. zufolge von Rom nach Neapel abgeben. Bis 25. Abends war die Ruhe in Rom nicht gestört worden.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Paris, 30. Nov. 3proz. 43.—, 5proz. 85.85. **Schatzsch** —. Bankaktien 1360,—. Staatseisenbahnen —. Rhein. Kanäle 930.—. Kompt. von Algier —. Belg. 5proz. von 1840 78, von 1842 78¼. ½proz. —. 1proz. —. 2½proz. —. Belg. Bank —. Neap. 5proz. —.—. Röm. 5proz. 61. Span. 5proz. —. Rhein. 350.—. Adrie —. Passive —. Piem. 830. Hall 185. St. Germain 300.—. Versailles (rechte) 102.50. (linke) 100.—. Orleans 600.—. Rouen 352.50. Havre —.—. Marseille 157.50. Basel 75.—. Bierzon 215.—. Boulogne —.—. Vorbeaux 363.75. Nordbahn 343.75. Monterean 100.—. Lyon 357.50. Strasburg 325.—. Nauses 311.25. Dieppe —.—. Seeaur —.—. Maapeiller —.—. La Teste —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Seine Majestät der König von Bayern

haben einen Preis von

Ein hundert Dukaten

ausgesetzt für die gelungenste Bearbeitung der Frage:

„durch welche Mittel kann der materiellen Noth der unteren Klassen der Bevölkerung Deutschlands und insonderheit Bayerns am zweckmäßigsten und nachhaltigsten abgeholfen werden."

Bewerber haben ihre Arbeit spätestens bis zum 31. Jänner künftigen Jahres bei dem diensthuenden Flügeladjutanten Seiner Majestät gegen Empfangsbestätigung zu übergeben. — Ueber den Werth der Arbeit wird eine noch zu benennende Kommission von Männern des Faches entscheiden.

Nymphenburg den 1. Dezember 1848.

Hof-Sekretariat Seiner Majestät des Königs von Bayern.

276. (3a) (gez.) **Schönwerth.**

Königl. Hof- und National-Theater.

Dienstag, 5. Dez.: „Gabriele von Belle Isle", Drame nach A. Dumas von Franz von Holbein.
Mittwoch, 6. Dez.: „Fidelio", Oper von Beethoven.

Fremdenanzeige.

Hotel Maulik. v. Bed, Privatier, von Rotterdam. Schnarz, Kaufmann, von Marktsteft. Karl, Particulier, von Augsburg.

Gold. Kreuz. Rogarelle, Kassirer, von Chauxdefond. Sedeur. Privatier, von Memmingen. Koch, Privatier, von Sulz a./M. Klotwein, Kaufmann, von Marktbreit.

Gold. Hahn. Schön, Wegmeister, von Neuburg. Dr. Ott, von Windelheim. Laat, Kaufmann, von Augsburg. Richinger, Fabrikant, von Krumbach. Koha, Kaufmann, von Steppach. Weiß, Silberarbeiter, von Reichertshofen.

Blaue Traube. Faber, Regierungssekretär, von Baireuth. v. Deschlüß, Hofsteinkunst-Wittwe, von Augsburg. v. Breisch, Fabrikant, von Augsburg. Schultzlein, Oberstlieutenant, von Germersheim. Gerroßpopf, Mahler, von Petersburg. Barones de Bnizoli, von Frankfurt. Glöcker, Kaufmann, von Rödelheim.

Stadtwagarten. Roth, Pfarrer, von Augsburg. v. Gotzard, Militär, aus Vorarlberg. Steinberg, Brauer, von Ebersberg. Mayer, Studirender, von Kaufbeuern.

Gestorbene in München.

Andreas Schmid, Oberlaraior, 69 J. a. Friederich v. Arz, Privatier, 84 J. a. a. Wilhelm Schwägerle, Bierwirthsfrau, 38 J. a. Theres Weinig, königl. Hauptmannstochter, 21 J. a.

Holländer-Verkauf.

272. (2b) Am Mittwoch den 27. December l. Js. werden im Hirschgange der Revier Seebof 20 Fohren-Holländer-Stämme,
und im Grundbach der Revier Zuckenhütt 17 Eichen-Holländer-Stämme
von vorzüglicher Qualität in freier Konkurrenz versteigert.

Dieselben sind numerirt, und die betreffenden königl. Revierförster beauftragt, solche den Kaufslustigen auf Verlangen vorzeigen zu lassen.

274. In wenigen Tagen wird unser diesjähriger

„Weihnachts-Katalog"

die Presse verlassen und dann gratis ausgegeben werden. — Indem wir uns im Voraus auf diesen, gewiß sehr reichhaltige Verzeichniß beziehen, empfehlen wir uns zu einem recht zahlreichen Besuche.

Mey & Widmayer,
(dem Hoftheater gegenüber).

---

275. (2a)

Bekanntmachung.

Königl. Bayer. concessionirte pfälzische Ludwigsbahn. (Ludwigshafen-Verbach.)

Für 213 Interims-Scheine ist die auf den 1. Juni l. Js. ausgeschriebene zehnte und letzte Einzahlung noch nicht geleistet worden.

Die Besitzer dieser Interims-Scheine werden aufgefordert, bis **15. Dez. l. Js.** die gesetzlichen Verbindlichkeitsgründe der rechtzeitigen Einzahlung nachzuweisen, indem sonst weitere Verfügung nach Vorschrift der Statuten eintreten müßte.

Speyer den 30. Nov. 1848.

Das Direktorium der concess. pfälzischen Ludwigsbahn.
Lamotte.

Der Verkauf geschieht am obigen Tage Morgens 10 Uhr im Bureau des unterfertigten Forstamts, und es werden die näheren Bedingnisse am Verkaufstermine bekannt gemacht werden.

Bamberg den 29. Nov. 1848.

Königliches Forstamt Bamberg.
Duetsch, Forstmeister.

Das herrschaftliche Gut Arenaberg

in der Schweiz.

Dieser bekannte lieblichste Landsitz, früher Eigenthum der Königin Hortensia, auf dem schönsten Standpunkt am untern Bodensee, wird Familienverhältnissen wegen sammt den sich darin befindenden Kunstgegenständen und Mobilien und den dazu gehörenden Gütern zu einem sehr billigen Preis verkauft. — Nähere Auskunft ertheilt auf frankirte Anfragen J. Sieber, Kommissionär in Zürich. 277.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

(Schluß der Sitzung vom 30. November.)

Schon schien die Sitzung ihr Ende erreicht zu haben und wir meinten, nach einer preußischen Parlamentsverhandlung über die Oesterreichischen Angelegenheiten, werde der zweite Antrag des Ausschusses — Berichterstatter Francke — über eine verhältnißmäßig geringfügige Nebensache ohne Diskussion zur Annahme gelangen, als plötzlich die Nebenfrage eine schärfere Debatte und ein schrofferes Hervortreten der Gegensätze herbeiführte, als die Hauptverhandlung selbst. Der zweite Ausschußbericht in der Oesterreichischen Angelegenheit war veranlaßt durch eine Interpellation des Abgeordneten Mayrhofer aus Wien, die sich gegen ein Wahlausschreiben des k. k. Landesgouverniums von Mähren richtete. Das darauf gestützte Gravamen ging dahin, das Gubernialausschreiben, weil es die Behörden auffordere, einen unstatthaften Wahleinfluß auszuüben, zu mißbilligen und das Reichsministerium zur Wahrnehmung weiterer Maßregeln aufzufordern. Francke beantwortete sämmtliche die Gutachtung des Ausschußantrags ohne weitere Besprechung. Allein es waren Verbesserungsanträge angemeldet, die Reihenfolge zur Tagesordnung verlangten und es hatten sich Redner eingeschrieben lassen, von denen Graf Deym das Wort erhielt. So wie er es zum kalten Ausbruche einer schneidenden, aber leider nicht mehr zu verbergenden Wahrheit gebrauchte, war der lodernde Stoff zu einer kurzen aber bedeutungsvollen Diskussion in die Sitzung geschleudert. Die Ausnahmestellung Oesterreichs zu Deutschland, behauptet er, ist faktisch schon vorhanden. Niemand dürfe seine Augen verschließen, der es ehrlich mit der deutschen Sache meint, vor den eigenthümlichen Verhältnissen jenes Landes. Oesterreich nehme von Frankfurt nur an, was ihm zweckmäßig erscheine und nicht mehr. Wolle man weiteres einmengen, so werde sein Vetter helfen, sondern ein Oberster dazu erforderlich sein. (Bravo.) Abgeordneter, wenn die Nationalversammlung mit ihrer Controle gründlich verfahren wolle, so werde sie mehr ähnliche Grasse, wie das gerügte Ausschreiben, in den Bureaux der österreichischen Behörden finden. (Hört!). Die Behörden aber in Oesterreich angreifen, ihnen das Ansehen schmälern, heiße die Anarchie befördern und auch das diesem Grunde kann der Redner nur zum Tagesbefehle über den Antrag des Ausschusses zur Tagesordnung rathen. Mit der Anarchie würden wir aber nur der Reaktion in die Hände arbeiten. Verlangen Sie nicht das Unthunliche, verfahren Sie mit staatsmännischer Rücksicht. Oesterreich ist ein vielfach zusammengesetzter Staat, es hat 300jährige Verhältnisse gegen seine Nebenländer, die es nicht brechen darf. Um einen theoretischen Gedanken auszuführen, wollten Sie Millionen von Ihren Brüdern, Völkern und Herrschern, die es nicht sind, zu Feinden machen. Die Verelendung ist das Einzige, was mit Oesterreich übrig bleibt, oder der Krieg. Weiß, unser welchem der Tribüne bestieg): Mareau: So hat denn endlich ein braver Mann es gewagt, den Wendung vor dem Antiquenvolk zu ergreifen, welches seit Eröffnung des Versammlungen und der Tribüne kann auf die Mahnung des Präsidenten:) Ich bitte den Reichsverweser selbst mit gewählt und will weder mir selbst in's Gesicht schlagen, noch doch irgend eine Aeußerung die hohe Achtung verlängnen, die ich vor ihm hege. Nur eine gewisse Partei ist's, die ich der Intrigue anklage. Aber die Abrahamsscheuel muß aufhören. (Gelächter und Zuruf! von rechts) Soll dies Gelächter etwa bedeuten, ich und meine Partei bestehen aus in Abraham? Ich habe die besten Redenbeiten stets verschmäht, ich habe nie von Volksvertretern und ähnlichen Ueberschwänglichkeiten gesprochen, ich bin stets ein ehrlicher Mann gewesen und eben durch meinen guten Glauben bin ich gestäuscht und mißbraucht worden. v. Wallp: der Graf Deym hat nicht gesagt, daß nur ein Herr Oesterreich für Deutschland ordnen könne. Er hat vielmehr und mit Recht darauf hingewiesen, daß mit die Interessen und die eigenthümliche Lage Oesterreichs nicht außer Acht und Berücksichtigung lassen dürfen. Die geschichtlichen Verhältnisse Mährens belouders fordern uns dazu auf, dieß Rücksicht zu verbrechen, mit um österreichische Grasse zu verstehen, muß man österreichisch sehen können. Daher und um die verwickelten Beziehungen der Zentralbereit in Oesterreich mehr noch mehr zu vermitteln, beantrage ich die motivirte Tagesordnung. Berger von Wien: Der gesellschaftliche Verein, welcher der Wächterei, des Alten-Deutschthums, des Demokratismus u. s. w. von Hrn. v. Pfuel beschuldigt worden, ist der deutsche Verein in Wien. Er hat sich der Beleben in den deutschen Provinzen Oesterreichs durch Kandidatenvorschläge angenommen. Uebrigens hat ja der Antrag des Ausschusses keine praktische Konsequenz. Wahrlich, ich würde ihn nur der Zentralgewalt nicht zumuthen, wenn ich irgend eine ehrschüchtige Wirkung daran zutrauche. Wir bleiben in der beliebten Theorie, mißbilligen den Erlaß, und das Reichsministerium „nimmt das Erforderliche wahr." Bemerkenswerth in Herrn Berger's sphinxischer Empfehlung des Ausschußantrags ist nur noch die Meinung, die er äußert, wie Wien hätte geholfen werden können. Von den Reichstruppen 40,000 Mann an die österreichische Grenze gelegt und damit dem Fürsten Windischgrätz eine Diversion gemacht! Francke als Berichterstatter zum Schlusse: Graf Deym hat hier keine deutsche, sondern eine tschechische Rede gehalten. Er hat uns zwar vor der Volksschmeichelei gewarnt, aber dad, was ihm selbst vorzuwerfen, ist die Stände-schmeichelei. Den böhmischen Ständen redet er nach dem Munde. Auch Hrn. v. Wallp's Bemerkung, daß wir Oesterreichisch lesen lernen sollen, oder gar mahrisch, muß ich zurückweisen. Wir lesen und sprechen in dieser Versammlung nur deutsch. Daher der Ausschußantrag anzunehmen. Graf Deym und mehrere Oesterreicher begehren das Wort, nur dem Ersteren wird es bewilligt zu einer persönlichen Bemerkung. Er bethewert, daß er mit dem Worte „Volksschmeichelei" weder eine Partei noch einen Einzelnen im Hause habe treffen wollen und daß er zurücknehme. Deym's einfache Tagesordnung sowohl, als die motivirte Wallp's werden sodann verworfen. Dagegen wird der Ausschußantrag mit großer Mehrheit angenommen. Eine Gegenerklärung der Oesterreicher, namentlich der konservativen unter ihnen, wider Deym's Behauptungen erfolgt, kann wird eine überlange — Verwahrung, wenn wir nicht irren, aus Gründen des deutschen Staatsrechts, gegen die österreichischen Abänderungsgesetze — von Dr. v. Linde und Genossen eingereicht, verlesen. Endlich beschäftigt sich das Haus mit der Zusammenstellung der Tagesordnung für Sonnabend. Ob Verfassung, oder ob Grundrechte — darüber streitet die Versammlung, von ihrem Präsidenten Riesser nur gar zu nachgiebig geleitet, eine ganze halbe Stunde. Zuletzt entscheidet sich die Mehrheit für die Verfassung. Wir gehen jedoch die gestern unerledigten Zusätze zu dem Gesetzlichkeit-Gesetze, so wie den Antrag Jucho's, der Verfassung eine festeren Hand für das Präsidentenamt ist allgemein fühlbar.

127. Sitzung vom 2. Dez. Tagesordnung: 1) Berathung über den vom Abgeordneten Francke, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses erstatteten Bericht, die Aufhebung der Zinsfüße betreffend. 2) Berathung über den Bericht des Abgeordneten Fallati, die Besichnung der Gesellschaften betreffend. 3) Berathung über den vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurf: der Reichstag. Präsident Riesser führt den Vorsitz. Unter den eingelaufenen Anzeigen ist nur die Mittheilung Somarüga's hervorzuheben (im Namen des österreichischen Ausschusses), daß das Reichsministerium angezogen wäre, hinsichtlich der von Innsbruck von Spanien aufgezählten, in Wien angeblich werben Schaar, vor allem eine Untersuchung des Thatbestandes durch die in Oesterreich anwesenden Reichskommissäre vornehmen zu lassen. Wiesner interpellirt das Reichsministerium wegen der ungarischen Verbrüderlichkeit, wegen der Reinigung der deutschen Reichsgrenzen von fremden Truppen und wegen der gegen Gras exercirenden soldatischen Gewaltmaßregeln. Eine leidenschaftliche Erörterung folgt. Jucho die Interpellation v. Lassaulx's verbrei. Dieser trägt den Reichsminister der Justiz, ob er sich ein Herz fassen werde, um gegen den Verfasser des Schmähartikels der sogenannten Reichstagszeitung vom 24. Nov d. J. über die Ermordung Robert Blum's gerichtlich vorzuschreiten. Dieser Aufsatz behauptet u. A. Blum sei gefallen als Opfer seiner Feigheit zur Rettung seines Lebens, sein Tod sei eine wohlverdiente Verantwortlichkeit für die Einsichtung und Durchgeführte Blut sole über sie kommen. Nur wenn der Reichsminister erkläre, daß der in jenem Artikel ehrenlos „knabenhaft" angegriffene Fürst Windisch-Grätz, wie das die Würde der Reichsversammlung gu doch fordern, um den Verf. ihre Anklage anderes als durch Verachtung zu strafen, werde er (Hr. v Lassaulx) beruhigen. Lärmende Unterbrechungen von Seiten der linken erfolgen. Die präsidirende Riesser teilt die Einverstanden zur Ordnung mit der Bemerkung, er könne nicht glauben, daß jener „infame" Artikel als der Ausdruck einer Minorität dieses Hauses zu betrachten sei. Nachdem von Lassaulx unter diesen Stimmen seine Interpellation zu Ende gebracht hat, erhebt Köster von Deß Beschwerde gegen die Geschäftsführung des Präsidenten, welche Beschwerde auf den gewöhnlichen Ausschußweg verwiesen wird. Wir gehen hier sogleich die Erwiderung des Reichsministers der Justiz, Robert v. Mohl: Auf die Anfrage des Hrn. v. Lassaulx habe ich zu bemerken, daß das Justizministerium theils aus formellen, theils aus materiellen Gründen dieselbe nicht in der Weise beantworten kann, wie er es erwartet. Aber ich habe zu erklären, daß der in der Frage stehende Artikel den betreffenden Gerichte hier amtlich mitgetheilt wurde: daß das Gericht auf das Gesetz vom 10. Okt. Welchen Beschluß das Gericht hierauf gefaßt hat oder fassen wird, ist mir nicht bekannt. — Eine zweite Interpellation ist die frühere von Herrn Berger und bezieht sich auf ein Proklama des Generals Cordon in Wien, das, wie auf öffentlichen Blättern bekannt ist, aufreizende Reden in Kaffee's und anderen öffentlichen Häusern mit Standrecht bedroht. Ich erlaube mir, Sie an das zu erinnern, was in einer der letzten Sitzungen Ihnen bekannt gemacht wurde: daß das Gesammtreichsministerium sich an das österreichische Gesammtministerium gewendet und von demselben die Auskunft über alle jener außerordentlichen Maßregeln in Wien verlangt hat. Dadurch sich aber ermöthigen daß auch ich in meiner bisherigen Stellung mich berufen gefunden habe, mich an den österreichischen Justizminister zu wenden, die beiden Reichsministerien bitten zu wenden und denselben auf das Preklama des Generals Cordon auf-

meessam zu machen. Die dritte Erwiderung des Hrn. v. Mohl betrifft eine Anfrage Hrn Blumröder's. Das Reichsministerium habe die statistischen Uebersichten, zum Behufe der Gesetzgebung und Volkswirthschaft, von Nassauischen deutschen Regierungen eingefordert. Darunter auch statistische Notizen über das Vereinswesen. Dem Verlangen sei bereitwillig entsprochen, und ein interessantes Material zusammengebracht worden. Eben so sonnen aber Vereine einzuschreiten und Untersuchungen zu verordnen, selbst ihm bis jetzt Beschwerden gegen jene Anstalten vorgekommen, mit Ausnahme der des Hrn. Blumröder. Hätten sich einzelne Beamte dabei übereifrige erlaubt, so habe man sich mit seiner Klage an die zuständigen Einzelministern zu wenden. Unter den heute ertheilten Antworten des Reichsministers v. Schmerling wird eine in Vertretung des Kriegsministers Truppen, die in Sigmaringen stehen, gehören zu dem Bayerischen. Die Verpflegung ist dem Korpskommandanten übertragen und er hat den Auftrag darauf Bedacht zu nehmen, daß in Belegung und die Truppendislokation gehörig gewechselt und die ärmeren Gemeinden möglichst verschont werden. Die Eröffnungen des Reichsministers des Handels, Duckwitz, verspichen die Erledigung der Saarbrugger Beschwerden auf die in Kurzem zu erwartende allgemeine Regelung der Zollverhältnisse. Auch zeigt der Minister an, daß die Zentralgewalt hierüber in Kenntniß gesetzt worden ist, daß vom 1. Jan. 1849 an die Zollzuschläge Frankreichs aufhören. Schon der Bericht des volkswirthschaftlichen Ausschusses über die Flußzölle, welcher hierauch zur Verhandlung kommt, zeigt, daß eine bedeutende Minderbelastbarkeit über den Gegenstand in der Mitte des Ausschusses selbst herrscht. Während nämlich die Mehrheit desselben einen Gesetzentwurf, die Aufhebung der Flußzölle betreffend, vorlegt, will ein erstes dazu gestelltes Minderheitserachten den Rhein von der Anwendung des Gesetzes so lange ausgenommen sehen, bis die Zentralgewalt mit den nächstbetheiligten Uferstaaten über diese Aufhebung verhandelt hat. Ein zweites Minderheitserachten (von Reden, Lette, Holland, Carl, Gerstetzki, Droge, Wolf) jedoch verlangt, daß das ganze vorgelegte Gesetz verworfen und daß die Zentralgewalt mit der Vorlage eines Entwurfs über die Flußzölle nach Maßgabe der Bestimmungen der Reichsverfassung beauftragt werde. Von geringerer Erheblichkeit sind die übrigen Sonderrittenerachten, die nur auf Abänderungen einzelner Bestimmungen des Gesetzentwurfs hinauslaufen. Die Berathung leitet der Berichterstatter des Ausschusses Hr. Franke ein, der auch noch einen Nachtrag zu der langen Reihe der in dieser Angelegenheit liefert, welche der Ausschußbericht bereits aufgezählt hat. Die Gründe, welche das Minderheitserachten dafür anführt, daß die Zentralgewalt mit der Gesetzesvorlage über die Flußzölle beauftragt werde, sind in folgendem Satze enthalten. Es sei nämlich ungeeig, schon jetzt und bevor noch die definitive Bestimmung der Verfassung (auch die zweite Lesung) zum Beschluß erhoben ist, ein Gesetz auf künftige Herstellung jener Zölle zu erlassen, in welchen Zeiten auch jene wichtige Bunkt der Entschädigung unerledigt bleiben müsse. Moritz Mohl spricht sich jedoch mit aller Entschiedenheit gegen jede Verschiebung des Gesetzerlasses aus, indem er alle Diejenigen, welche den präjudiziellen Antrag stellen und unterstützen, des Partikularismus anklagt. Das partikulare Interesse Bremens z. B. bestehe sich sehr wohl dabei, wenn der Rhein und die übe mit hohen Flußzöllen belastet seien; ebenso gestanden die Elbzölle Hamburg zu

falsche Brillen sehen und seinen Willen mit abgeleihten, dem Geiste der Neuzeit widerstrebenden Organen verwirklichen soll.

△ **Berlin**, 30. Nov. Abermals sind zurückgebliebene Abgeordnete, welche in dem provisorisch den Prärisidiumsstock des Hrn. v. Unruh versammelt waren, mit militärischer Gewalt ausgetrieben und ist der dieser Gelegenheit, wie es heißt, eine große Anzahl Proklamationen an das Volk mit Beschlag belegt worden. Wie verlautet, beabsichtigt der größte Theil der Abgeordneten, in die Heimath zurückzureisen, was im Interesse ihrer Würde allerdings schon früher hätte geschehen sollen. Es schrie, wie weiter verlautet, nur an dem Beispiele, wie denn überhaupt viele durch das Ausbleiben der Thälen in nicht geringe Verlegenheit gesetzt sein sollen. Man meldet übrigens, daß heute Gerber von Breslau eingetroffen sein und daß Hr. v. Unruh eine abschließliche Berathung an obsiegen unserer Gesandten angeordnet habe, die am Laufesten mit dem Detzetiren nach Brandburg drohten. Der demokratische Zentralausschuß hat heute ziemlich beunruhigende Gelbsummen auf dem deutschen Oberlande, namentlich aus Baden erhalten. Die Demokratie scheint sonach trog des Belagerungszustandes, trog des Minsterlumus Brandenburg-Manteuffel, Vereins als den Ausgangspunkt der deutschen Republik noch nicht aufgegeben zu haben. Wichtig ist die diesigen Reuben weht und wenn den belagerten Umtreis der Stadt verlassen, um ihr Heil in den Provinzen zu versuchen, finden sich die Demokraten vom preußischen Rhetne dice ein, weil dort, wie sie selbst ehrlich genug sind, zu gestehen, ihr Recht hoffnungslos zu Ende ist. Der sozialistische und kommunistische Adel unserer Bewegungsleiten beabsichtigt nach Mittheilungen der Belagerungszustandes in Berlin auf ein anderes Gebiet zu spielen, indem er durch Anstellung von Arbeiterbanquetts u. s. w. die diesigen Arbeiter sogen den hiesigen Bürgerstand, das Proletariat gegen die Bourgeoisie aufhetzen will. Zum Vernehmen nach soll beschlossen sein, den Zinsfuß des diesigen Sparkassenzinsfußes herabzusetzen und Jedem, der 10 Thaler und darüber an der Kasse zu fordern hat, für das Kapital eine Rückzahlungs-Obligation zu übergeben.

Berlin, 1. Dezember. (Spen. Z.) 33. MdV. der König und die Königin empfingen vorgestern, am Tage ihrer Übersiedelung, im Stadtschlosse zu Potsdam nach viele Deputationen aus der Provinz Brandenburg und auch einzelnetten Landestheilen. Der Staatsgerichtshof Gerlopf hatte mehrere Privataudiensen aus Berlin übereicht. Im Gefolge Sr. Majestät befanden sich unter Anderen auch die Gen. Adj. v. Manteuffel, der Kriegsminister Burg und v. Wrangel. — Namens des Berliner Magistrats (dessen Deputation, außer den gestern bereits genannten noch aus den Stadträthen Koblanz und Reibel bestand) hielt der Bürgermeister Naunyn, bei Ueberreichung des Glückwunschschreibens, eine Ansprache, an deren Schlusse er den Wunsch aussprach, daß, wie über dem Herzogthume des Königsvaters der Gottessegen gewaltet, so auch der Bund zwischen Fürst und Volk, der Bund der Treue, Heil in Liebe und Treue von Geschlecht zu Geschlecht dauern möge. Sr. Maj. der König erwiderte, darin knüpfend, daß da von Treue gesprochen, er nun auch von seiner Treue reden wolle. Die Treue nehme oder, unter anderen Verhältnissen, auch eine andere Gestalt an. Der Weg, den er jetzt betreten, sei seinem Herzen schwer geworden, aber Pflicht und Gewissen hätten es so geboten, nun eigenen Leben der Stadt, der alten, guten Stadt Berlin, welche Sr. M. habe betreuen müssen von den Menschen des Blute, der Tyrannei und der Knechtschaft. Die Stadt Berlin möge und könne jetzt übergezeugt sein, daß Se. M. nicht weichen würden von dem, was zugesagt worden, vielmehr treu daran halten wolle. Hier reichte der König den Bürgermeister die Hand. Die Stadt Berlin auf ihre Treue, auf ihre Erhaltung rechnen. Der General Wrangel bemerkte nun, daß die Männer des Magistrats sich in dieser Zeit um Erhaltung der Ruhe sehr verdient gemacht und durch ihre Ansprache an ihre Mitbürger auch in weiten Kreisen verdienstliche gewirkt haben. Se. M. entgegnete darauf, daß diese Ansprache ein geschichtliches Dokument und das Schönste sei, was er seit langerer Zeit vernommen habe. Er wünsche, daß die Bürger und Einwohner Berlins es der Stadt Berlin in dieser Zeit durch Kopf, Herz und Faden Gedrücke verstehen können. — Auch J. M. die Königin, wie Se. k. h. der Prinz von Preußen unterredeten sich mit den Mitgliedern dieser Deputation. — v. Wagern hat uns entweder schon verlassen oder es geschieht dies sehr bald. Es scheint, als ob unsere jetzigen Zustände den Kapitalisten mehr Zutrauen einflößen, indem die Eingahlungen an der freiwilligen Anleihe jetzt wieder reichlicher eingehen. In den nächsten Tagen werden die Obligationen zu dieser Anleihe ausgegeben werden, wovon man einen günstigen Erfolg für die Anleihe hofft, weil dann das Geld durch Papiere an porteur flüssiger gemacht werden kann. — Der gestrigen Ultimo-Abrechnungen ungeachtet, beobachte die Börse ihre günstige Stimmung. — Hr. v. Puttkammer hat, nach einer mehrwöchentlichen Urlaubsreise, jetzt wieder seine Stelle als Chef der zweiten Abtheilung des Ministeriums des Innern angetreten, unterzeichnet auch in Stellvertretung des Ministers. — Der Präsident des Lindenklubs, Müller, ist nicht, wie wir gestern meldeten, als in dem Prozesse wegen Wegnahme der Schloßgitter kompromittirt, sondern wegen der im Oktober auf dem Königer Felde stattgefundenen Zerstörung der Wasserdruckspritze, worüber die Untersuchung noch nicht geschlossen ist, verhaftet worden.

(Berl. N.)

⊙ **Berlin**, 1. Dez. Das Rumpfparlament, in Anerkennung seiner Lebensunfähigkeit, ist mit Ausnahme einiger seiner Mitglieder dahin übereingekommen, sich nach Brandenburg zu begeben, um „den Terrorismus der von den bekanntlichen Majorität entgegenzutreten", und ein gewichtiges Wort für die gefesselten Volksrechte in die Wagschale zu werfen zu können" — auch die Zaggeodter sind nicht zu verachten — und die Ehre, Vertreter des preußischen Volkes zu sein, was jedoch dort in Brandenburg leider weniger in die Augen fallen dürfte, wie hier, weil dort, wie leider nur zu gewiß kein so anerkanntes Publikum zu finden sein dürfte. Die HH. Waldeck, Rodbertus, Berg, Jakobs, Jung. v. Kirchmann, Berends, v. Vincke, Hildenhagen, Plümnies beabsichtigen indessen ihr Mandat niederzulegen, wofür ihnen jedenfalls das preußische Volk sehr dankbar sein wird. — Vom diesigen Bezirks-Zentralverein ist eine Erweiterung auf die Ansprache des diesigen Magistrats erschienen, in der diesen Verhalten seit dem März scharf hingenommen wird. Derselbe Verein hat auch eine Denkschrift zu Hrn. Esserwannns Bericht veröffentlicht.

Wetzetzen, 25. Nov. (Privatmittth.) Das diesige Landwehrbataillon 35. Regiments ist Anfangs dieser Woche zusammengetreten und heut, 600 Köpfe stark, nach Frankfurt a. O. ausgebrochen. Daß in manchen Orten versucht worden ist, die Wehrleute durch Überredungen in ihre Heimath zurückzuhalten und ihrer Pflicht abwendig zu machen, kann leider nicht geleugnet werden. Um so mehr darf man sich freuen, daß jene Versuche überall erfolglos geblieben sind, daß sie nur dazu gedient haben, den treuen, ehrendanten Sinn märtischer Landwehr deutlicher hervortreten zu lassen! Aus dem weiten Bezirke des Bataillons, der von den Thoren Berlins, bei Moabit und dem Wedding, beginnt und bis an das Oberbruch und nach Beeskow und Storkow reicht, ist kein Wehrmann ungehorsam ausgeblieben! Vollzählig ist das Bataillon um seine Fahne gereiht, bereit zu folgen, wohin der König ruft. Hat sich doch selbst freiwillig ein Weber gestellt, 52 Jahre alt, der schon 1813 und 1814 mitgefochten; er meinte: „Will es sein mieder, einzuleben für König und Vaterland, so will ich wieder thun, wie damals als ich ein junger war!" Ein Wehrmann gemäß ist er eigentlich worden. Der Ausmarsch war heut sehr feierlich.

Potsdam, 25. Nov. Die Stadt ist wieder so ruhig, wie sie je gewesen, nur mit der Ausnahme, daß mit Anbruch des Abends Patrouillen die Straßen durchziehen. Es ist jetzt erwiesen, daß die Bedrohungen von Ruhestörungen nur Schreckschüsse einer kleinen Partei waren, welche sich von einigen Menschen leiten ließ und ohne allen Einfluß sind. Ihre unreifen Pläne sind ganz gescheitert, ihre Thaten haben sich auf einige zertrümmerte Fensterscheiben beschränkt. Unsere Steuerverweigerer haben sich, trog der „rheinischen Zeitung", daß eines andern besonnen und sich gefügt. Bei den gestern erfolgten außerordentlichen Akisen kommt der Betrag der neuen rheinischen Zeitung, Kreft, und der Hauptredakteur derselben Dronke, Dr. Marx, wegen Preßvergehen vor den Geschworenen, und vom 21. bis 24. Dezember wieder als einer der letzten Prozessen der Sitzung. Annete und Dr. Gotschalk. Auf diese Verhandlung ist man allgemein gespannt, da Dr. Gotschalk als Vorsteher des Arbeitervereins großen Anhang hat. Während in den Fabrikstädten auf der linken und rechten Rheinseite der Provinz die Geschäftsthätigkeit mit jedem Tag zunimmt, ist hier in Potsdam alles Gewerbe und Geschäft immer mehr. Die Wirkung der Beschlüsse gefaßt worden sein, daß künftig jeder katholische Geistliche Deutschlands jährlich einen Gulden zu unserem Domhau beisteuern soll, was eine Jahreseinnahme von etwa 30,000 Gulden zu obigem Zweck abwerfen würde.

(Fr. O.-Z.-A.-Z.)

Posen, Niederstein, 26. Nov. (Weser.) In Zäschen herrschet Erbitterung bei den Polen. Niedergeschlagenheit bei den Andern. Daß die Bürgerwehr feierlich gesegnet wurden, bis auf den letzten Mann auszuharren, und sich dann ohne weiteres fügte, hat einen eigenthümlichen Eindruck gemacht. Ihr Anführer Canator ist flüchtig; eben so die bekannte Gräfin Hapfeld, welche bei allen den letzten Bewegungen eine sehr thätige Rolle spielte. Ihr Freund Lelelle, der in Gesellschaft, bunte rothe Mütze führte, tartier förmlich zu einer Art Garde eingerichtet für die „bulbende, misshandelte Proletarierin", denn so hieß sich die Gräfin nennen; er organisirte Proletarierklubbs, in denen sie den Vorsitz führte. Vor einigen Wochen war von „Madame Hapfele" eine Volksversammlung anberaumt worden. Die Proletarier erschienen in Masse, aber drei Ohm Bier, welche Madame Hapfele liefern, blieben aus, weil sie Vorherige Bezahlung verlangte. Da der Unabholgen lassen wollte, was die Kommunisten hassen, was man im gemeinen Leben als Geld bezeichnet, und woran die Gräfin häufig Mangel an Ueberfluß spürt. Die Volksversammlung nahm für diesmal ein nüchternes Ende, und Madame Hapfeld ging, wie auch sonst oft, Arm in Arm mit Proletarierin fort.

Aus Zeitwitz wird berichtet: Man ruft verleumderisch: „die Landwehr heißt sich nicht!" Kommt her und seht ein Beispiel von der Landwehr! Am Sonntag den 19. d. M. Abends langte hier der Befehl zur Einberufung der 2. Kompagnie an, und schon am folgenden Tage war ein freudig buntes Bewegen im Zeughause, während erst am folgen Morgen die Einberufungsordres ausgefändigt wurden. Am 21. d. schon rückte wohlgeordnet und eingeübter ein voller Zug in dem bestimmten Uebungsplatze, während die entfernter wohnenden Wehrmänner auf den Bürgermeisterein Dierdorf, Zuterbach und Niederswambach, die am selben Morgen meist erst ihre Einberufungsordres erhielten, sich zum Einfeiden fertigen. Sie verließen Angesichts der Dörfer Haus und Hof, Frau und Kind, folgend ihrer Wehrmannspflicht, zu vielen kamen schmutzstacke von der Arbeit, ohne vorerst sich noch zu Hause umgekleidet

(K. Z.)

Oesterreich. — **Wien**, 29. Nov. Der Gemeinderath hat in seiner Sitzung vom 25. November d. J. nachfolgende Adresse an Jellachich beschlossen und dieselbe durch eine besondere Deputation überreichen lassen: „Euere Excellenz! Der Gemeinderath der Stadt Wien erfüllt nur eine tiefgefühlte Pflicht, indem er Ew. Excellenz den Ausdruck seiner innigsten Bewunderung, seiner wärmsten und aufrichtigsten Danks entgegenzubringen bittet. Ihr rasches Erscheinen vor den Mauern Wiens in einem Zeitpunkte der höchsten Bedrängnis, als unsere Stadt selbst den Gräueln der

Anarchie zu verfallen drohte, hat es allein möglich gemacht, den Ausbrüchen ungezügelter Parteiwuth ein baldiges Ziel zu setzen und unser gesammtes Vaterland vor dem Umsturze aller rechtlichen Ordnung, vor dem unvermeidlichen Zerfalle zu bewahren. Im Vereine mit den übrigen Führern unseres tapfern Heeres gelang es Euer. Excellenz, dieser schwergeprüften Stadt die Segnungen des Friedens wieder zu geben und Oesterreich vor dem Untergange zu retten, in den es der Uebermuth einer zuchtlosen Rotte zu stürzen drohte. Das Schwert, das Eure Excellenz zum Schutze einer unterwühlten Welt geschoft, für die Gleichberechtigung aller Nationen, die das gemeinsame Band unseres Vaterlandes seit Jahrhunderten so ruhmvoll umschlungen hält, Sie haben es für die Herstellung der gesetzlichen Ordnung, aus der allein die wahre Freiheit erblühen kann, mit gleichem Ruhme geführt. Genehmigen Sie, Excellenz für diesen neuerlichen Beweis Ihres Heldenmuthes, Ihrer vaterländischen Treue gegen unseren konstitutionellen Kaiser, Ihrer unerschütterlichen Anhänglichkeit an unser großes Vaterland den wiederholten Ausdruck der Bewunderung und der Dankbarkeit von Seite der Vertreter Wiens. Es wird die Aufgabe der Geschichte sein, unter Ihren übrigen glorreichen Thaten auch diese dem Andenken der Nachwelt zu überliefern. Wien, am 26. Nov. 1848." — Die Adresse des Gemeinderaths an den General Czorich sagt unter Anderm: „Alle am 31. Oktober Nachmittags das Feuer in der kaiserl. Burg sichtbar wurde, beschlossen Ew. Excellenz, um jeden Preis dieselbe zu nehmen. Die Ausführung war eben so rasch als erfolgreich. Die kaiserl. Truppen retteten nicht nur die Residenz des Monarchen mit ihren unschätzbaren Sammlungen für Wissenschaft und Kunst, sondern auch die innere Stadt vor den Gräueln einer Anarchie, welche in den nächsten Stunden unabwendbar waren. Der Gemeinderath der Stadt Wien würde den Gefühlen seiner Mission vollkommen verkennen, wenn er über eine Handlung, die namenloses Elend von der Kommune abgewendet hat, Stillschweigen beobachten sollte u. s. w."

* Wien, 2. Dez. Man hörte gestern in der Gegend von Angern Kanonenschüsse, was zu Gerüchten Anlaß gab, die sich nicht bestätigten. — Fürster und Goldmark haben Mißtrauensvoten von ihren Wählern erhalten. — Nach Privatnachrichten wäre mit der Ernennung der Kriegsräthe in der Kondukteur eingetreten worden. — Die Börse sehr geschäftslos und fast unverändert in Fonds und Eisenbahnen. Wechsel im Allgemeinen beliebter und Augsburg, Hamburg und Mailand zu besseren Coursen gesucht. Paris angeboten. Gold höher. 5%, Metall. 79¼, 4%, 66, 2½% 41¾, Bankaktien 1105, Loose von 1834 137½, Dresden von 1839 84¼, Nordbahn 101, Mailänder 66, Glogauer 95, Pester 63, Livorneser 64½, Ling-Budweiser —.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Nov., Abends. Die angekündigte Intervention über die fürstliche Kontribution ist heute erfolgt. Mit Stelle on daß Ministerium die Frage, ob die Einwohner Jütlands, insbesondere im Amte Weile, eine Erstattung der ihnen vom feindlichen Heere auferlegten Kontributionen erwarten dürften. Der Minister-Präsident entgegnete, nachdem die preußische Regierung erklärt habe, daß sie eine genaue Ausscheidung abwarten wolle, so sei eine solche neulich ausgefertigt, die Summe belaufe sich auf 320,000 Rthlr. und die preußische Regierung werde sie, wie zu erwarten sei, jetzt rasch bezahlen. Der Finanzminister fügte noch hinzu, daß, wenn die Kontribution Ende dieses Jahres nicht erstattet sei, billige Rücksicht auf die an meisten Betroffenen durch Anlaß an Steuern genommen werden würde. — Die zum jütischen Stift Ribe bestehenden Jütischen Briefe in Norschleswig veröffentlichen eine Erklärung, daß sie, nur der Uebermacht nachgebend und um Ruhestörungen zu vermeiden, die Bekanntmachungen der von ihnen — ehe sie keine Bekanntmachung darüber von ihrer rechtmäßigen Obrigkeit und ihren Königen erhalten hätten — nicht anerkannten acensenschaftlichen Regierung von Schleswig-Holstein veröffentlichen. (Börl.-Hdl.)

Italien.

Rom, 28. Nov. Am 25. dies es: das ganze diplomatische Korps sei von Rom abgereist. Das Ministerium erließ, als es von der Flucht des Papstes Kunde erhalten, (die Florentiner Albo sagt, der Papst sei mit Hilfe des spanischen Gesandten entflohen) sogleich folgendes Proklama zur Beruhigung des Volks: „Römer! Der Papst ist, verderblichen Rathschlägen nachgehend, (irascimato da funesti consigli), in heutiger Nacht von Rom abgereist. In diesen feierlichen Augenblicken wird das Ministerium den Pflichten nicht entstehen welche das Heil des Vaterlandes und das Vertrauen des Papstes ihm auferlegt hat. Alle Anordnungen sind getroffen, auf daß die Ordnung, Leben und Eigenthum der Bürger gesichert seien. Eine Kommission soll sogleich ernannt werden, welche in Verbindung stehen wird, um wie der ganzen Strenge des Gesetzes gegen die Urheber der ein Attentat gegen die öffentliche Ordnung und das Leben der Bürger waren würde. Alle Truppen, alle Bürgerwachen stehen unter den Waffen in ihren Quartieren, bereit dahin zu eilen, wo man ihrer Hülfe bedürfen möchte. Das Ministerium wird, vereint mit der Repräsentantenkammer und dem Senat, jene weiteren Maßregeln fassen, welche die Umstände gebieterisch erheischen. Römer! vertraut auf uns, behauptet euch würdig des Namens, den ihr tragt, und antwortet mit Verachtung auf die Verleumdungen eurer Feinde. Rom, 25. Nov. C. H. Muzzarelli, Präsident. Giuf. Galletti. Giuf. Lunoli. Stephini. P. Campello. G. B. Sterni." Der Deputirtenrath erklärte sich in permanenter Sitzung, und ernannte drei Sektionen, welche von acht zu acht Stunden mit einander abwechseln sollten, ermächtigt im Namen der ganzen Versammlung zu handeln. „Die Stadt," schließt die radikale Alba ihren Bericht vom 25. Abends. „ist vollkommen ruhig; jeder geht, als ob nichts vorgefallen wäre, seinen Berufsgeschäften nach; alle sehen ein, daß der Papst nur durch die schändliche Kamarilla zu dieser unbesonnenen Handlung verleitet worden ist, welche durch diesen Staatsstreich das gemeine Wohl aufgegeben und eine furchtbare Reaktion zu bewirken hofft. Zwischen dem Volke, der Civica und den Truppen waltet die beste Harmonie, so daß nichts zu besorgen sein dürfte. Alle Kardinäle und sonstige Personen, die irgendwie bloßgestellt sein dürften, haben Rom verlassen." Die liberalen römischen Blätter äußern sich mit ziemlicher Mäßigung über die Handlung des Papstes; andere aber die radikale Presse im übrigen Italien, wo eine solche noch bestehen kann. So ruft der Genueser Corriere Mercantile: „Das Papstthum protestirt durch seine Flucht gegen jedes Programm italienischer Unabhängigkeit. Rom ist jetzt seine eigene Herrin (Roma è da se. Roma è in potere di se medesima)." — Die Alba meldet ferner aus Rom vom 25. Nov.: „Vorgestern ist Lord Temple hier angekommen; gestern war er vom Vater Ventura besucht. Aus seinen Aeußerungen entnehmen wir, daß er das Ultimatum Englands und Frankreichs in der sizilischen Frage nach Neapel überbringt. Die Artikel desselben sind nahebei die nämlichen, wie die vormals von Lord Minto vorgeschlagenen und vom König von Neapel nicht angenommenen. Die wesentlichsten folgende: Sizilien erhält eine von Neapel getrennte Verwaltung; eine eigene Verfassung; eine einheimische Armee und Flotte. Die Krone von Sizilien bleibt mit der von Neapel vereinigt. Sollte einer von beiden Theilen das Ultimatum verweigern, so wird es unzugenommen. und die Entscheidung dem Schwert überlassen, wobei Frankreich und England strenge Neutralität beobachten werden. Alles das ist offiziell." (A. Z.)

Frankreich.

** Paris, 1. Dezbr. Der Appellhof hat nach Anhörung des Gutachtens des Generaladvokaten Mezinger in Betreff des Anklagerstattens gegen die Minister Ludwig Philipps aus Anlaß der am 23. und 24. Februar von ihnen erlassenen Befehle, den Aufstruch gethan: es liege kein Grund zu gerichtlichen Verfolgungen gegen sie vor. — Ich höre so eben noch, daß Hr. v. Corcelles auch einen Brief des General Cavaignac mit dem Ausdrucke der tiefsten Bewunderung dem Papste überbringt. Viele Bischöfe Frankreichs wollen auch dem Vorgange des Erzbischofs von Paris den Glückwünsch empfehlen, für den Papst zu beten. — Interpellationen Ledru-Rollin's, über die Expedition zum Schutze des Papstes, in der Nationalversammlung eröffnet mit ausdrücklicher Billigung des Verfahrens der Regierung. (Wie kommen auf die Verhandlung zurück.)

Nachschrift.

TL* Wir erfahren so eben aus sicherer Quelle, daß Se. Maj. Kaiser Ferdinand von Oesterreich am 2. Dez. Morgens 9 Uhr zu Olmütz die Kaiserkrone niedergelegt. Erzherzog Franz Karl auf die Erbfolge verzichtet und demnach sein ältester Sohn Erzherzog Franz Joseph den Kaiserthron besteigen hat. Sofort ward der Regierungsantritt des jungen Kaisers den zu Olmütz garnisonirenden Truppen verkündiget und von diesen die feierliche Huldigung geleistet. Kaiser Franz II. hat ein Manifest an seine Völker und eines an die Armee erlassen.

Feldmarschall Fürst Windischgrätz und Banus Jellachich nach Olmütz berufen, haben bereits daselbst den Eid der Huldigung dem neuen Kaiser geleistet. Feldmarschall-Lieutenant Kaiserwahn ist hier eingetroffen, um den Regierungsantritt des neuen Kaisers dem Königl bayer. Hofe zu notifiziren.

Bayern. — **München, 5. Dezbr. Se. Maj. der König haben genehmigt, die Verfügung zu treffen, daß in Zukunft zu je von Allerhöchst Ihnen zu bestimmenden Stunden die königl. Staatsminister mit Seiner Majestät zu arbeiten haben werden. — Se. kgl. Hoheit der Prinz Karl ist am 1. d. zu Potsdam eingetroffen und im königlichen Schlosse abgestiegen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Paris, 1. Dez 3proz. 43.30. 5proz. 68.30. Span. — Bankaktien 1393.—. Staatsobligationen 1180. Bier Kanäle 830.—. Compt. von Actier —. Bds. 3proz. von 1840 78¼, von 1842 —. 4½proz. —. 1proz. —. 2½proz. —. Belg. Bank —. Neap. 3proz. 78.—. Röm. 3proz 55. Span. 3proz. 25. Rhone — Pariser —. Piem. —. Pas. —. St. Germain —.—. Versailles (rechte) 107 50. (linke) 103 75. Orleans 600 —. Rouen 355 —. Havre —.—. Marseille 160 —. Basel 77.50 Bierzon 215 —. Boulogne —.—. Bordeaux 353.—. Nordbahn 313 75. Montereau —.—. Lyon 317 50. Straßburg 327 50. Nantes 312.50. Dieppe —.—. Seeaar —.—. Montpellier —.—. La Teste —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei

Nr. 138.

Neue Münchener Zeitung.

Mittwoch den 6. Dezember 1848.

Redaktion: Burgmayrhofplatz Nro. 14.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kr.
Beleg: und Gratis-Bl.

Pränumerationspreis:
Vierteljährig 2 fl.
Monatlich 1 fl.
Wöchentlich 15 Kr.

München, 6. Dezember.

Se. königl. Majestät haben allergnädigst geruht, den bisherigen kgl. Regierungsdirektor von Unterfranken und Aschaffenburg Karl Friedr. Bever zum ersten Ministerialrathe in dem durch Uebertretung vom 11. Nov. neu zu bildenden Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten zu ernennen, und denselben zugleich die Leitung des inneren Geschäftsganges mit dem Titel eines Ministerialdirektors zu übertragen; zu dem genannten Ministerium zu versetzen den Ministerialrath im Staatsministerium der Finanzen Karl v. Kleinschrod, den Ministerialrath im Staatsministerium der Finanzen Ludw. Frhrn. v. Brück, den Ministerialrath im Staatsministerium des Innern Bruno Heinrich Pfeuffer, den Ministerialrath im Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeußern Wilh. Weber, den Ministerialassessor im Staatsministerium des Innern Eduard Wolfanger, den geheimen Sekretär im Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten Karl v. Vollmar, die Ministerialsekretäre v. Getto vom Staatsministerium des königl. Hauses und des Aeußern, Suttner vom Staatsministerium der Finanzen, Messerschmidt vom Staatsministerium des Innern, die geheimen Registratoren Schaamberger vom Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, Will vom Staatsministerium der Finanzen, die Rechnungskommissäre Raab vom Staatsministerium des Innern, und Preisler vom Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schul-Angelegenheiten.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 3. Dezbr. allergnädigst bewogen gefunden, die zu Bamberg erledigte Advokatenstelle dem Appellationsgerichtsbeigeordneten Dr. Jakob Schüttinger daselbst, sodann die in Nürnberg frei gewordene Advokatenstelle dem bisherigen Advokaten in Fürth Dr. Ferdinand Joseph Zeidler, und die hiedurch in Fürth offen gewordene Advokatenstelle dem gepr. stellen Rechtspraktikanten Dr. Karl Feust aus Bamberg, zur Zeit in Fürth, zu verleihen.

Se. Maj. der König haben unterm 1. Dez. die protestant. I. Pfarrstelle zu Gefecht, Dekan. Bolkrach, dem bisherigen Pfarrer zu Erbendorf, Dekan. Weiden, Andreas Dost zu verleihen geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

(127te Sitzung vom 2. Dezbr. Schluß.) An der Debatte über die Rheinschiffahrtsbeschwerden haben sich Francke als Berichterstatter, Kolb, Moriz Mohl, v. Hermann, Raveaux und von Seiten des Ministeriums Staatssekretär Fallati betheiligt. Wir erfahren aus den Erörterungen des Letztern, daß sich die Zentralgewalt bereits mit den deutschen Rheinuferstaaten in eifrige Verhandlungen über diese Angelegenheit gesetzt, und daß das Ministerium die Hoffnung hat, zu einem befriedigenden Ergebniß zu gelangen, das heißt zu einem solchen, daß den äußeren Volksschichten der Uebergang von der alten in eine neue, ihre Interessen durch neue Einrichtungen und Erfindungen gesteigerte Zeit erleichtert werde. Angenommen wird schließlich der Ausschußantrag: die Nationalversammlung wolle beschließen, es sei die Zentralgewalt zu ersuchen, dem Reichsminister des Handels aufzugeben, wegen Entwerfung einer neuen Flußschiffahrtsordnung durch die Reichsgesetzgebung, so bald als möglich thunlich, die erforderlichen Einleitungen zu treffen und hiebei die vorliegenden Anträge in geeignetster Weise zu berücksichtigen. Die Zentralgewalt zu ersuchen, nach vorgängiger näherer Prüfung, bei den betreffenden Einzelstaaten dahin angelegentlich zu wirken, daß die Verschiedenheiten, welche in der Zollbehandlung und sonstigen Abfertigung, so wie in der Besteuerung zwischen Segelschiffen und Dampfschiffen eines bestehen, soviel thunlich sei, sie beseitigt erklärt und auf eine der Gerechtigkeit entsprechende Weise abgeändert werden. Der Ausschuß endlich findet es zweckmäßig, daß die Einzelstaaten veranlaßt würden, die unbeschäftigten Schiffer durch Vorschüsse in den Stand zu setzen, gemeinsam Remorqueure sich anzuschaffen für ihre Segelschiffe und auch in sonstiger Weise, nicht durch Almosen, sondern durch Unterstützung, behufs Erlangung einer neuen Thätigkeit, soweit durch möglichste Beförderung von Genossenschaften, welche mit vereinten Kräften streben, der bedrängten Lage thunlichst abzuhelfen, und empfiehlt der Nationalversammlung, die Angelegenheit mit diesen Bemerkungen und dem Ersuchen: „zur kräftigsten Verwendung bei den Einzelstaaten vorzuschreiten, der Zentralgewalt zu überweisen." Dahlmann berichtet im Namen des Verfassungsausschusses über den präjudiziellen Antrag v. Wagdorf und Genossen: den Theil der Verfassungsberathung zu vertagen, der vom Reichstage handelt, bis der Abschluß über die vollziehende Gewalt vorgelegt sei. Der Ausschuß ist gegen den Antrag, welches Trachten Dahlmann sofort und mit dem größten Nachdruck bevorwortet. Für den Waydorf'schen Antrag spricht Fröbel und der Antragsteller selbst. Derselbe wird sodann durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt. Nachdem sich die Versammlung noch weiter entschieden hat, ehemalsals zur Berathung des Verfassungsausschusses) daß zwei Parlamentstage jeder Woche den provisorischen Grundrechten und zwei dem Verfassungsabschnitte „der Reichstag" eine fünfte Sitzung aber der Erledigung von Ausschußberichten gewidmet sein sollen, wird die Sitzung 3½ Uhr Nachmittags mit der Festsetzung der nächsten Tagesordnung geschlossen. Montag den 4. Dez. demgemäß Berathung und Berathung über den Verfassungsabschnitt: der Reichstag.

(D. Z.)

Deutschland.

⊙ Frankfurter, 3. Dez. Leider habe ich wieder nur Unangenehmes zu berichten. Dieselbe Partei, welcher es gelungen ist, in der österreichischen Frage die Paulskirche zu bethören, und ihrer Meinung nach Deutschland in zwei Heerlager zu sondern, dieselbe Partei ist um einen Schritt weiter gegangen; sie hat es jetzt unternommen, ganz Süddeutschland vor den Kopf zu stoßen, und zwar in einer Weise, welche eben so offen allem Rechtsgefühl Hohn spricht, als sie geeignet scheint, Mangel an allem politischen Verstande entweder bei einer Seite voraussetzen, gegen welche der Streich gerichtet ist, oder bei jener, welche ihn zu führen machte. Denken Sie sich, Professor Dahlmann hat die Stimmenzahl für das Staatenhaus so klüglich vertheilt, daß auf die eine Hälfte Deutschlands etwa 100, auf die andere, östliche, etwa 270 Stimmen. Oesterreich, Bayern, Würtemberg und Baden, welche zusammen in Bevölkerung und Flächenraum ziemlich genau die Hälfte Deutschlands bilden, erhalten, je nachdem man Hessen-Darmstadt ihnen bei- oder abrechnet, 24 bis 30 Stimmen weniger, als Preußen mit den dessen Sterne fast unbedingt folgenden kleineren deutschen Nordstaaten. Dies sind die Bedingungen der Einigung, welche uns von jener Seite geboten werden; solche Zumuthungen macht man der südteutschen Gemüthlichkeit. Nicht genug, um uns zu bestechen, verschenkt man überdies Hechingen und Sigmaringen an Würtemberg, Lichtenstein an Oesterreich; freilich nicht ganz umsonst; denn blieben diese Ländchen souverän, so müßte man ihnen eine Vertretung im Staatenhause gestatten, und dadurch gewänne der Gegner eine oder gar zwei Stimmen. Im Norden dagegen verfährt die allmächtige Doktrin ganz anders, hier bekommt sie mit einemmale Respekt vor der Souveränetät der kleinen Länder, nicht eines derselben wird ganz unterzogen, alle Stimmen figuriren in langer Reihe neben einander auf der Liste, so daß in Wirklichkeit für diese Hälfte von Deutschland sich ein künftiges Uebergewicht von zwanzig bis dreißig Stimmen ergibt. Bisher hatte man der Ansicht gehuldigt, dem alten Kaiserhause gebühre der Vortritt vor Preußen, der Bonner Professor findet es aber zweckdienlich, das Rangverhältniß umzukehren, Preußen obenanzustellen und ihm 40 Stimmen zuzutheilen, während Oesterreich sich mit 36 begnügen muß. Man könnte glauben, dies geschähe einer für erstere Zahl herausgerechneten größeren Bevölkerung wegen, dem ist aber nicht so, denn in den Motiven zu dem Reichstagsentwurfe wird ausdrücklich angegeben, daß auf die Volkszahl keine Rücksicht genommen worden sei; die Vertheilung der Stimmen bleibt somit ein Akt der Willkühr, eine handgreifliche Uebervortheilung zum Schaden von ganz Süddeutschland und zu Nutz und Frommen einer ultraschwarz-weißen, lichtfreundlich-protestantischen, bundestreuherzlichen Sonderpolitik, welche den jetzigen Moment, wo die Reaktion zu Deutschland hinaufgedrängt zu haben vermeint, geeignet hält, mit beiden Händen nach dem Scepter des Reiches zu greifen. Während dieses in den Ausschüssen verhandelt und in den Emmissionen vorgelegt wird, begleitet die „Deutsche Zeitung" diese antideutschen, Zwietracht säenden Umtriebe tagtäglich mit Herzensergießungen, in denen jeder Sinn für unseres Vaterlandes Gemeinwohl, Macht und Ehre unterzugrunden zu sein scheint. Beispielsweise vergleiche man nur folgende Spalten aus der Nummer von gestern und aus einem Artikel mit der Ueberschrift Oesterreich und Preußen: „Vom Rhein. 30. Nov. Ist etwas an den Zeitungsgerüchten, die von ganz entgegengesetzter Seite her übereinstimmend zusammentreffen, daß der Reichsverweser ädieren, daß man die provisorische Zentralgewalt nur noch wenige Wochen aufrecht halten wolle? Man kann, aber man kannes nicht; man sollte es wünschen, aber man getraut es nicht; man sollte es

betreiben, aber man würde es nicht wagen! Man sollte es glauben. Denn was sollte den alten Mann an der Spitze unserer Reichsgewalt, der ein langes Privatleben mit Ehren geführt, bewegen, zum Schlusse noch ein unnächtiges öffentliches Amt, ich will nicht sagen mit Unehren, aber ich muß doch sagen ohne Ehren, zu verwalten? Was ihn anfänglich bewogen haben mußte, der Gedanke, Oesterreich an die Spitze der teutschen Dinge zu stellen und das Band zwischen beiden fester und fester zu schlingen, dieser Gedanke muß nun längst von ihm aufgegeben worden sein. Oesterreichisches Regiment über Deutschland ist Gottlob unmöglich geworden. Das Band aber zwischen Deutschland und Oesterreich, wenn der Reichsverweser nur einen Gran guter teutscher Meinung in sich hat, muß er völlig aufgelöst wünschen, denn nur dann wird Oesterreich, bewahrt werden, eine unabhängige und hasbringende Stellung in Deutschland wie in Italien zu nehmen, und nur dann wird es in seinem Innern die Dinge sich selbst zu Danke schlichten und ordnen können. Hätte man doch in Frankfurt, statt sich über die Todesfeier von Blum zu vereinigen, den Anlaß seines Todes mit Einigkeit ergiffen, um die Scheidung von Oesterreich auszusprechen."

Bayern. — **München, 5. Dez. Robert Blums Freunde und Verehrer haben gestern Abend auch hier dem Andenken desselben durch einen Fackelzug die letzte Ehre erzeigt. Die Mitglieder des demokratischen „Vaterlandsvereins", von welchem der Aufruf ausging, des Arbeitervereins, ein Theil der Studirenden der Universität, die Turner und eine Anzahl Bürger, etwa 1600 bis 1800 Theilnehmer im Ganzen, zogen mit umstorten Fahnen unter den Klängen der Trauermusik von der Ludwigsstraße durch die Wein-, Kaufinger-, Neuhauserstraße und das Karlsthor nach dem Dultplatze, wo ein Kreis geschlossen, einige Reden gehalten und manche Sammlung für L. Hoffapellmeister Strauß, der diesen abgetragen wurden, worauf man die Fackeln verbrannte. Zu den Gaudsten von Fackelträgern bildeten die vielen Tausende von Zuschauern, die lautlos der Demonstration beiwohnten, eine treffende Staffage. Das Ganze, gut geordnet, ging ohne die geringste Störung vorüber. Die hier bestehenden konstitutionellen Vereine hatten die Einladung zur Betheiligung an dem Zuge abgelehnt.**

Würzburg, 5. Dezbr. Der Volksverein tritt in seiner frühere Stellung als Präsident des obersten Rechnungshofes zurück, nachdem der bisherige Präsident von Heres zum Staatsrath im ordentlichen Dienste an die Stelle des bejahrten Herrn v. Stürmer ernannt worden, welch Letzterer zu wiederholtenmalen die Versetzung in den definitiven Ruhestand nachgesucht hat.

Preußen. — Brandenburg. 1. Dezbr. Wir riefen gestern den eintretenden Bornemann, Duncker, Steinmig im Geiß ein herzliches Willkommen. Die Worte Bornemann's waren tief ergreifend. Aber auch eben jetzt die Thüren sich aufthaten und Kradrügge, Ulrich, Dierschke, Kempf, Schaffranek, Schmidt (Czarnikau), Weichsel, Löbe, Grebel, Kirchmann, Bucher und Bloemer nacheinander anlangten, und die Wahe des Berges einnahmen, da empfanden wir ein kaum zu ermessendes Unbehagen. Warum kamen die Letzteren, denen wir im Unterschiede zu den Genannten, gern die Hand gereicht hätten, denen alle unsere Sympathien gehört hätten, Wachsmuth, Kosch, Moritz, erst heute? Wir erblicken sie im Gefolge derer, welche den 9. Nov. mit seinen für die Freiheit verderblichen Folgen auf dem Gewissen haben, und die von Schneider verlesene Erklärung nennt ohne Unterschied die Namen der einen wie der andern. Wenig gutes versprieht der Anfang. Um die persönliche Bemerkung des Abg. Schneider zu dürrer Streit. Bauer (Berlin) durch Tumult vom Berge unterbrochen. Was in Berlin geschehen, ruft er, werden wir hier nicht dulden. Kämpf dagegen will nicht wissen, was in Berlin geduldet worden. Schneider theilt nach Verlesung der Rechtsverwahrung mit, daß die Präsidenten Unruh, Phillips, Rönnes nicht erschienen könnten, weil sie mit Geschäften der Abgeordneten auch Berufsgeschäfte hätten. Da thun die Präsidenten sind noch heute mit Einberufung beschäftigt. So sind sie denn einem andern Rufe gefolgt, als dem der Herrn v. Unruh ꝛc. ꝛc. Warum diese Maske? Warum nicht die Wahrheit? Die Herrn v. Unruh, Rönnes und Phillips haben sich auf eine höchst blamable Weise ankündigen lassen. Der Eindruck ihres Erscheinens wird ein sehr heiterer sein. Es ist nur ein Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen. — Das Urtheil der Anwesenden war 260. Die von der linken beantragte Vertagung wurde mit 145 gegen 113 Stimmen verworfen. Schneider kündigte darauf an, weil die Präsidenten mit den Einberufungen noch nicht fertig und die Vertagung verworfen, daß seine Freunde für heute ausscheiden würden.

— Die meisten der heut gekommenen verliefen den Saal. Baumstark bemerkte, daß er uns seine Freunde seinen Präsidenten v. Unruh nennen; dagegen sprachen Fleischer und Weichsel. Bornemann sagte: er habe nicht einmal als Vizepräsident Verzicht geleistet, noch leisten wollen; legal oder illegal gewählt, er sei sich bewußt gewesen als er hier eintrat, nicht als Vizepräsident hier einzutreten. Darauf wurde zur Wahl eines Präsidenten geschritten. — Die Präsidentenwahl ergab nur 122 anwesende Abgeordnete, die Versammlung war also nicht mehr beschlußfähig. Das Skrutinium ist nichtig. Simon (Elberfeld) beantragt Vertagung seines Antrags, die Einberufung der Stellvertreter betreffend. Es wird über denselben namentlich abgestimmt, das Ergebniß war: 82 haben sich der Abstimmung enthalten, 73 mit Ja, 1 mit Nein gestimmt. Der Antrag ist also angenommen. — Hierauf legte Best von Baumstark den Antrag, die Sitzung bis Donnerstag 11 Uhr zu vertagen. Dieser Antrag wurde angenommen. Die Sitzung schloß um 3½ Uhr.

△ Berlin, 1. Dezbr. Von den hier zurückgebliebenen Abgeordneten sind heute Kirchmann und Aue nach Brandenburg hinübergegangen, um das Terrain zu sondiren; wenn diese beiden Herren mit irgend Aussicht zurückkehren, daß eine, wenn auch nur schwache Majorität für sich finden wird, so will auch der Rest der Renitenten in Corpore an den dortigen Berathungen sich betheiligen, nicht um ihr politisches Ehrgefühl zu bewahrheiten (eine politische Ehre gibt es nicht, wie diese Herren meinen) sondern um ihre politische Klugheit dem ganzen Lande zu beweisen, indem sie sich überzeugt haben, die Hauptsache erledigt der Beschlüsse ihrer Unterinstanzungen mit Leichtigkeit zu erreichen. Auch Hr. v. Unruh wollen sie unbedingt auf dem Präsidentenstuhle sehen. — Heute Abend wird das Schauspielhaus von seiner bisherigen Besatzung verlassen und das Haus mögen mit Aufführung der „Royalisten" dem Publikum wieder geöffnet werden. — Mittels Speisesaal wurde gestern Abend verlegelt, nachdem man zum vierten Male eine Anzahl Deputirter daraus militärisch vertrieben hatte.

Berlin, 1. Dezbr. Der „passive Widerstand" der zurückgebliebenen Abgeordnetenzahl hat aufgehört, und es sind heute Morgen bis auf etwa 50 alle Renitenten nach Brandenburg abgegangen. Man sagt sich, wie es kam, daß alle diese Herren, welche einen ausdrücklichen Revers gezeichnet, unzählige Mal ihr Ehrenwort gegeben und feierliche Schwüre gethan, nicht nach Brandenburg zu gehen, so urplötzlich andern Sinnes gewurden; — bereuten sie wirklich die „Brandstiftung der Anarchie," — seien mit dem Patrioten v. Kirchmann zu dem Resultate gekommen, daß, oder trieb sie im Gegentheil blos die Verzweiflung, daß diese Fackel nirgends gezündet hat, daß der ersehnte Bürgerkrieg nicht ausgebrochen ist, und daß das Volk sie verläugnete, wie sie die Volksvertreter verläugnet worden sind? Nichts von allen dem. Nur bei sehr wenigen scheinen politische Rücksichten die plötzliche Bekehrung veranlaßt zu haben, denn sie sagen es selbst, sie wollen nicht gegen die ganze Welt in den Kerker, um die Diäten. Viele waren durch die drohmöchentliche Konventsouveränetät in eine so klägliche Lage versetzt, daß sie kaum noch wußten, wohin sie ihr Haupt legen sollten. Mehr als einem, der sich noch am 14. Nov. 1/200 König von Preußen dünkte, flogen in den letzten Tagen morgens bedeutende Zweifel über die Eventualitäten des Mittagessens auf und selbst die gesinnungstüchtigsten, welche sich möchtgernlich mit einer Spartanerkoste begnügt hatten, sahen sich genöthigt, dieser Umstand allein möge hieran Schuld haben, daß wir — wenn auch gerade nicht die Versassung, denn die ist noch lange nicht fertig, doch wenigstens die demokratische Grundlage bekommen, und zwar so breit, wie sie die Besitzlosen nur zu schaffen vermögen. Wahl bekannt!

Berlin, 2. Dez. (Spen. Ztg.) Vorgestern Abend hatte eine Deputation von hier zurückgebliebenen Abgeordneten der Nationalversammlung eine Unterredung mit dem General v. Wrangel im königl. Schlosse. — Gestern Vormittag zwischen 11 und 12 Uhr nahm der General Wrangel die Parade ab über die hier eingerückten zwei Regimenter der Garde-Kürassiere und der 2. Garde-Ulhlanen-(Landwehr-) Regimenter. Der General redete die Truppen an und die Anrede schloß mit einem dreimaligen Lebehoch für Se. Maj. den König. Da die Zeitungsnachrichten es offenbar absichtlich unterlassen, die Veranlassung zu den neuesten Unruhen in Münster zu erwähnen, um so wiederum die ganze Schuld auf das Militär zu wälzen, so diene zur Nachricht, daß der Streit am 27. dadurch entstanden ist, daß von mehreren Zivilpersonen bei einer Volksversammlung in der Reitbahn die frechsten und schändesten Schimpfreden gegen den König ausgesprochen wurden, was die Soldaten des 15. Infanterieregiments nicht leiden wollten. Dies kann ihnen nur zur Ehre gereichen.

— Aus Versmold, Kreis Halle (Regierungsbezirk Minden) ist am 27. bereits eine Vorausbezahlung der Steuern bro 1849 eingegangen. — In Aachen ist die Suspension der Bürgerwehr ausgesetzt, da der Sinn in derselben sich gebessert und sie sich bereit erklärt hat, zur Aufrechthaltung der Ordnung mitzuwirken. In Crefeld dauern die Verhaftungen fort und belaufen sich bis jetzt auf 127. Die anfänglich wiverspenstigen Landwehrmänner des Kreises Langensalza haben sich nachträglich gestellt.

— Die Bürgerwehr in Ratzen (Regierungsbezirk Düsseldorf) ist ihres Dienstes entboben. — Aus der Gegend von Muskau soll ein Zug von Freischärlern (bis zu 100 Mann) aufgebrochen sein, zu welchen Gewaltthaten der General v. Sohr Anstalten getroffen hat.

Münster, 30. Nov. Die Untersuchung der hier am 26. und 27. stattgehabten beklagenswerthen Vorgänge schreitet rasch vor. Mehrere Personen sind bereits verhaftet. Der Kriminalrath des k. Obertribunals gerichts, hat in einer Vorlegung an die Gerichte dieser angekommen, auf die Ueberschreitungen durch die Presse und Rede (in Volksversammlungen) ihre besondere Aufmerksamkeit zu richten.

Oesterreich. *Wien, 2. Dezember. Unweit Angern hatte man gestern eine starke Kanonade, und Reisende, die von dort kamen, ersählten von einem Verwundeten und Todten einiger tiefjährigen Bewegung unter k. k. Truppen. — Die große Aufregung, welche die ausgeschriebene Kontribution in der Lombardie hervorgebracht hat, veranlaßte den F.-M. Radetzki, dieselbe — wenn auch nicht ganz zurückzunehmen — doch vorerst einzustellen. — Die Reichsrathsdeputirten Dr. Goldmark und Prof. Füster haben Mißtrauensvoten erhalten. — Matteo Patrovoni aus Triest wurde zum Strange verurtheilt, mit Urtheil schon durch den Fürsten Windischgrätz in 12jährigen Festungsarrest gemildert. — Seit gestern sind alle hiesigen Gymnasien, so wie auch die protestantisch-theologische Lehranstalt eröffnet; viele Wiener Studenten haben sich an bayerischen Universitäten immatrikuliren lassen. — In Siebenbürgen sollen die k. k. Truppen Fortschritte machen. — Die Adresse des Fürsten Windischgrätz und das Banus Jellachich ist auf unbestimmte Zeit verschoben. — Eine heute erschienene Kundmachung enthält die Spezifikation vieler noch abgängiger ärarischer Waffen und Trophäen, die bei der Plünderung des Zeughauses abhanden gekommen und noch nicht zurückerstattet sind. — Ueber die oben erwähnte Affaire bei Angern erfährt man bei sehenden offiziellen Nachrichten Folgendes: Ein starker ungarischer Truppenkorps — man schätzt es auf 10,000 Mann — machte sich gegen die gegenüberstehenden k. k. Truppen anzugreifen; worauf unverzüglich telegraphirt ward. Binnen ½ Stunden kamen bedeutende Kavallerietruppen herangesprengt. Der Angriff erfolgte nun wirklich von Seite der Ungarn und ihre Kugeln flogen bis dicht zur Wahr heran, wogegen dieselbe aus Feld- und Batteriegeschützen geantwortet wurde. Der kommandirende Stabsoffizier erhielt Befehl, nicht über die Marke zu setzen, was Verhaltungen gewesen sind. — Es ist wahr, daß den die Sachen am 11 Uhr Vormittag, nachdem das Feuern schon um 8 Uhr begonnen hatte. Nähere Berichte sind bis jetzt nicht eingelaufen; wie denn überhaupt der Nordbahnzug noch nicht angelangt ist. Das schon gestern verbreitete Gerücht, daß die k. k. Truppen eine Niederlage erlitten, entbehrt allen Grundes. — Man versichert, daß die Kasernen Wiener gesonnen sei, ihren Kasernen zu folgen, wenn sie befehlen. — Unsere Blätter sind reichlich besetzen, und ungeachtet der Unterdrückung des Oesterreichers auf der Nordbahn sind die Frucht- und Mehlpreise heute abermals gestiegen und die Empfangen in Brod und Fleisch haben keinen Aufschlag erlitten. Der Fonds- und Aktienverkehr an unserer Börse ist beinahe null. — Der diesige Musikverein, seit 30 Jahren durch Privatbeiträge erhalten, hat sich in Anbetracht der langjährigen Mittel aufgelöst, zuvor aber das Konservatorium, aus welchem so viele europäische Celebritäten hervorgegangen, der Regierung zur Aufnahme unter die Staatsanstalten empfohlen.

* **Olmütz**, 2. Dez. Als Nachtrag zu meiner heutigen Nachricht berichte ich noch, daß das gestammte Ministerium sich nach Kremsier in den Reichstag begab, um die wichtige Kunde von der Abdankung des Kaisers mitzutheilen. — Kaiser Ferdinand reiste noch heute Vormittag mit der Kaiserin nach Prag ab, wo er einstweilen seine Residenz aufzuschlagen gedenkt. — Durch außerordentliche Gesandte wurde die Nachricht des wichtigen Ereignisses sogleich der Zentralgewalt in Frankfurt und den übrigen Höfen mitgetheilt. Der Feldzeugmeister Graf Clam-Gallenstein in seiner Eigenschaft gehorn Morgen hier angekommen ist, haben wir bereits in unserer gestrigen Beilage mitgetheilt.)

Schweiz.

* Bern, 26. November. Wir haben heute Mittag die traurige Pflicht des ehemaligen königlich französischen Obersten Albrecht von Murait zur Erde bestatten. Der Verewigte hat seine militärische Laufbahn in Bayern begonnen, und war als Kommandant im Königsregiers-Regiment Leiningen ehrenvollen Antheil an den Feldzügen der Jahre 1809, 1812, 1813 und 1814. Friede seiner Asche!

Italien.

Der „Allgemeinen Zeitung" wird aus Marseille vom 29. berichtet, daß der Papst auf dem französischen Dampfer „Tenare" sich eingeschifft habe. Das Dampfschiff Mentor, welches diese Nachricht nach Marseille brachte, besagt weiter, daß der Papst von dem französischen und portugiesischen Gesandten begleitet gewesen. Das Schiff, auf welchem er sich befand, nahm zuerst die Richtung nach Neapel, wurde aber später von dem „Mentor" wieder in der Richtung nach Frankreich erblickt. Auf letzterem Schiffe befanden sich zwei Kardinäle und die Wittwe des unglücklichen Rossi nebst zwei Töchtern.

Großbritannien.

* **London**, 30. Nov. Seit längerer Zeit darauf vorbereitet, daß der Papst in ein unglückliches Verhältniß zu seinem Volke gelangen könne, hatte Sir William Parker, Oberkommandant der Station im mittelländischen Meere, in Voraussicht der Flucht des Papstes schon seit 15 Tagen den Dampf-Sloop „Bulldog" nach Civita Vecchia kommandirt, um die Flucht des Papstes zu decken und zu begünstigen. Der Kapitän des „Bulldog" hat Befehl, ihn an Bord zu nehmen, und an jeden Ort zu befördern, wohin er sich zu begeben wünschte; wie man allgemein annimmt, dürfte derselbe Malta als seinen zeitweiligen Aufenthaltsort erwählen.

Frankreich.

♂ **Paris**, 30. Nov. Die Nationalversammlung verhandelt heute über die italienischen Angelegenheiten. Bei Beginn der Sitzung bittet Hr. Joly den Minister des auswärtigen um Verwendung bei der spanischen Regierung zu Gunsten von 69 spanischen Deserteuren oder Revolutionären, welche kürzlich durch ein spanisches Kriegsschiff nach Santander zurückgeführt wurden, von denen aber drei am 15 zum Tode, 15 zur Galeerenstrafe theils auf immer, theils auf mehrjährige Zeit, der Rest aber zur Deportation nach der Havanah verurtheilt worden sind, um dort Disziplinarstrafen zu erleiden. Da in Spanien jedes kriegsgerichtliche Urtheil erst der höheren Ratifikation unterliegt, die bisher im vorliegenden Falle noch nicht gegeben ist, so hofft Hr. Joly, die Verwendung der französischen Regierung auf diplomatischem Wege werde wenigstens für die zum Tode Verurtheilten eine Strafumwandlung eintreten lassen. Hr. Bixio läßt laute glauben, daß der Vollzug dieser Urtheile nur in Folge der Verwendung des französischen Gesandten verschoben worden sei. Uebrigens werde dieser erneute Weisungen erhalten. (Beifall.) Nun bestieg Hr. Ledru-Rollin die Tribüne, um die Regierung zunächst aus Anlaß Italiens, dann aber auch wegen vieler anderen Punkte ihrer auswärtigen Politik anzugreifen. Der Alten fuhrer er die übereilte Absendung einer Expedition nach Civita Vecchia gehäufig in politischer Beziehung und für das Papstthum. Vom politischen Gesichtspunkte aus sei sie gefährlich, weil die Revolution zu Rom (bei und nach Rossi's Ermordung) gemacht worden sei unter dem Rufe: nieder mit den Fremden! Als Minister hat Rossi ermordet worden. Welchen Empfang werden die französischen Soldaten von Seite dieser aufgestandenen Bevölkerung finden? Da wenig zahlreich werden sie unterliegen, und für den Papst selbst werde diese Expedition eine Gefahr sein. Der Papst gegen den sein verlegendes Wort gefallen (!), werde das Mißtrauen und den Verdacht seiner Unterthanen erregen, in ihren Augen blosgestellt erscheinen. Der Redner glaube, wenn man den Papst und dessen Kanzlaiar zu Paris zuvor zu Rathe gezogen hätte, würde die Expedition nicht unternommen worden sein. (Bewegung.) Man sage zwar, nicht den Fürsten, sondern das Kirchenoberhaupt, den Priester wolle man vertheidigen. Das sei aber eine künstliche Unterscheidung, die auch 1831 gemacht wurde, und auf welche das damalige Frankreich durch die Besetzung von Ankona antwortete. Man habe sich nicht zu sehr breit der Lombardei von Piemont zu Hülfe zu kommen, aber ein Mann für die Nationalversammlung in Berlin, aber ein Verwahrung gegen die Erwerbung Robert Blums (Rufe Oh! Oh!) eingelegen. Für diese Expedition habe man sich ohne Zweifel der Mitwirkung Oesterreichs versichern müssen, denn sonst hätte dies die französischen Soldaten zur Schlachtbank führen. (Gelächter und Rufe: Geht doch!) Der Redner trage zudem, ob der Kabinetsrathschluß das Recht gehabt, diese Expedition anzuordnen, ohne die Nationalversammlung darüber zu fragen? Sicherlich nicht, da die Konstitution selbst dem definitiven Präsidenten das Recht verlage, daß der zeitweilige sich angemaßt habe. Graf Montalembert will nicht die Regierung verurtheilen, die sich selbst zu vertheidigen wissen werde. Er kannt sie vielmehr, das sie die Initiative ergriffen. Bei der Lage in Rom sei nicht eine Minute zu verlieren gewesen. Dreißig Millionen Menschen seien dabei betheiligt. Durch den Beistand, den Frankreich dem Schwachen hier geleistet, dem edelsten, dem unschuldigsten Straflen, dem man seine Vorhältnisse, seine Güte mit Empörung lohne, habe sich Frankreich den Dank seiner Vätern gestehen. Eine Schmach wäre es, den römischen Flüchtlingen mit den Bajonetten entgegnen zu wollen. Man spricht von Rossi und Bubner: Einen lasse die Rache Ersteren finden. Rossi sei stets sein Gegner gewesen, um so mehr werde die Versammlung ihm erlauben, demselben einen Nachruf der Achtung zu widmen und zu erklären, daß dessen Tod ein glorreicher gewesen. Er kenne nichts Verabscheuenswürdigeres als Schauspiele einer Versammlung, die kein Wort der Provokation finde gegen die Erwartung eines vor ihren Augen ermordeten Ministers, er könne keine Entzückung nicht bereuten Empfindungen eines Volkes, das sein Haupt, sein Vorbild

△ **Paris**, 1. Dezbr. Nach Hrn. Dufaure nahm gestern Hr. Larochejaquelein das Wort, um noch einmal den Satz zu vertreten, daß die Regierung, bevor sie Expeditionen abschickte, erst die Nationalversammlung hätte befragen sollen, da dieser noch immer die volle Souverainetät zustehe. Er fragt, ob die Expeditionen abgehen mußte vor der Entscheidung der Nationalversammlung. Der General Lamoricière mit kräftiger Stimme: Ja! (Bewegung.) Hr. Larochejaquelein: Da der Befehl zum Abgang am Sonntag gegeben, am Montag aber wiederholt worden sei, so begreife er nicht, warum die Regierung erst am Dienstag der Versammlung davon Kenntniß gegeben habe. Häufig vom Murren der Versammlung unterbrochen, erklärt der Redner, daß er sonst nichts einzuwenden gegen die getroffene Vorsichtsmaßregel. General Cavaignac: wenn die Versammlung nicht schon am Montag von den ertheilten Befehlen in Kenntniß gesetzt worden, so liege der Grund einfach darin, daß der Beschluß so spät erst gefaßt wurde, daß Hr. v. Corcelles sich dieß nur verlangen hätten, weil er zu spät zur Post kam, als die Malepost bereits abgefangen war. Wenn man jetzt der Regierung vorwerfe, die Rechte der Versammlung mißachtet zu haben, so komme dieser Vorwurf den Gegnern etwas spät. Am Dienstag waren kaum 15 Stunden verflossen nach dem Abgange des Hrn. v. Corcelles, und da hätte man ihn leicht noch zurückerufen können. Am Dienstag hätten die Gegner, nachdem die Thatsache ihnen mitgetheilt war, nur eine dahinbündige Verhandlung verlangen brauchen, um zu untersuchen, ob die Regierung ihre Gewalt überschritten habe. War dieß der Fall, so konnte Hrn. v. Corcelles leicht im Laufe des Dienstag noch Gegenbefehl ertheilt werden. Es wird abgestimmt. Ein Antrag auf motivirte Tagesordnung mit Tadel gegen die von der Regierung begangene Gewaltsüberschreitung wird verworfen, desgleichen mehrere andere in verschiedenem Sinne worden verworfen, und endlich einer von Hrn. Treveneuc in folgender Fassung mit 480 gegen 63 Stimmen angenommen: „Die Versammlung unter Billigung der von der Regierung getroffenen Vorsichtsmaßregeln für Sicherung der Freiheit des heiligen Vaters, und sich vorbehaltend eine Entscheidung über die weiteren und noch unvorhergesehenen Thatsachen zu fassen", geht zur Tagesordnung über. Unter großer Aufregung wird die Sitzung geschlossen.

△ **Paris**, 1. Dezbr. General Cavaignac hat heute der Nationalversammlung die folgende telegraphische Depesche aus Marseille vom 28. Nov. 6 Uhr Abends mitgetheilt: „Unser Konsul schreibt: Civita Vecchia, 26. Nov. 3 Uhr. Der Papst hat Rom am 24. verlassen. Die Stadt ist ruhig und gleichgültig. Ein Vertrauensvotum ist dem Ministerium gegeben worden. Der Papst begibt sich nach Frankreich. „Der Tenare" ist nach Gaeta gegangen ihn aufzunehmen." Große Aufregung folgte dieser Mittheilung.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

New-York, 8. Nov. An mehreren Orten in den Vereinigten Staaten hat es auß Anlaß der Präsidentenwahlen, besonders durch Ausschweifungen der Ultrademokraten, aber, richtiger gesagt, des ultrademokratischen Pöbels, allerlei grobe Unfuge und blutige Schlägereien abgesetzt. In Neuorleans z. B. zündeten diese Leute zum Beschluß ihrer übrigen Gewaltthätigkeiten gegen die Freunde ein Gebäude an, das bis auf den Grund niederbrannte. (Man sieht, der „süße Pöbel", wie ihn Shakspeare nennt, ist in der alten wie neuen Welt derselbe!) Durch Verzag mit den Wisconsin-Indianern hat die Unionsregierung schon wieder ein neues Landgebiet von 4,000,000 amerikanischen Morgen käuflich erworben. Die Kurse der Unions-Staatspapiere haben sich dieser Tage durch zahlreiche und bedeutende Ankäufe für deutsche Rechnung (z. B. durch Anlage von Geldern aus dem von Unruhen gezwälten Europa in amerikanischen Staatsfonds) ansehnlich gehoben: auch in Eisenbahn-Papieren der Unionsstaaten, welche pünktlich Zins zahlen, sind auf fremde (englische?) Rechnung belangreiche Ankäufe geschehen. Im Uebrigen aber steht's mit den Eisenbahn-Aktien nicht viel besser, als in Europa; sie sind in Umzahl zu haben, und manche stehen so nieder, daß das Eisen der Schienen hieher und jener Baben allein so viel werth sein soll, als der Preis, zu dem die Aktien einer solchen gegenwärtig ausgeboten sind. Ueberspekulation ist, wie in England, die offenbare Ursache. Auch die Fabrikanten in den nördlichen oder östlichen Staaten klagen über schlechte Geschäfte seit den letzten zwölf Monaten, wogegen die Einfuhrhändler ziemlich gute machen sollen. Von Baumwolle sind die mittlern und bessern Qualitäten im Preis abermals gestiegen, die geringern aber auf ihrem Stand geblieben. Mehl ist zur Ausfuhr stark begehrt, die Preise gehen aber, bei den ungeheuren Vorräthen des Artikels, trotzdem herunter. (Kurier. Z.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 4. Dez. Bayer. 3½proz. Obligationen 76 B. — G. 4proz. 88 B. Bankaktien 11. Eisenbahn — B. 580 G. Prämien 36 B. — G. Oesterreich. 5proz. Metall. 950 G.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Mittwoch, 6. Dez.: „Rivelin", Oper von Berthoven.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. v. Closen, von Gern. Berge und Lehr, Rentierl, von London.
Hotel Deutsches. v. Lipi, Rentier, von Modena. Dr. Brülle, von Baireuth. Baron v. Lüpfenstein, Rittmeister, von Augsburg. Dupres, Partikulier, von Lyon.
Blaue Traube. Köster, Architekt, von Prag. Trautheim, Sekretär, von Neuburg. Hopfengärtner und Näff, Studierende, von Wien. Grüsin Pistl de Rogatz, von Rovereto. Saint, Privatier, von Nowara. B Hyber, Ingenieur, von Paris. Stöckigt, Rentier, von Würzburg. v. Lylander, Oberst, von Frankfurt. v. Mayer, Gutsbesitzer, von Starzhausen. Romedi, Gutsbesitzer, aus Polen. Wittmann, Gutsbesitzer, von Jagerstadt.
Deutschgarten. Seybold, Brauer, von Pfersee. Mad. Eger, Lehrerswittwe, von Wasserburg. Friedmann, Kaufmann, von Nürnberg. Aman, Kaufmann, von Regensburg.

Gestorbene in München.

Josepf Oswald, Hausknecht von Landshut, 63 J. a. Josepha Fischhacker, Magistratsaktuars-Wittwe, 44 J. a. Joseph Hofacker, ehem. Kutscher, 74 J. a. Katharina Schillinger Hofkammerpaniagiendiener-Frau, 63 J. a. Theres Zwinger, Taglöhnerstrau, 77 J. a. Franz Wiborns, Privatier, 59 J. a. Theodor Rudolf, pens. königl. Artilleriemajor, 60 J. a.

Einladung.

278 Sämmtliche HH. Buchdrucker und Buchhändler Bayerns werden laut Beschluß des provisorischen Ausschusses vom 28. November und mit Bezugnahme auf unser Zirkular vom 1. November d. Js. auf

Montag den 11. Dezember l. Js.,
Vormittags 9 Uhr,

im Saale des Gasthofes zur „Meise" in Weissenburg a./S. zu einer

Generalversammlung

hiemit eingeladen.

Berathungs-Gegenstände: 1. Der königl. bayer. Central-Schulbücher-Verlag in München. II. Der nothwendige Bücherverein für Bayern in München.

Bei der Wichtigkeit dieser für beide Gewerbe eine lebensfrage bildenden Berathungs-Gegenstände wird mit Zuversicht die rasche und zahlreiche Theilnahme der verehrlichen Interessenten erwartet.

Augsburg, am 28. November 1848.

Für den provisorischen Ausschuß
des
Bayerischen Buchdrucker- und Buchhändler-Vereins.
Rdr. Dalhauer, Buchdrucker.
A. P. Himmer, Buchhändler.

Historischer Verein von und für Oberbayern.

(Ausschußwahlen für 1849 betreffend.)

279. Nach Titel V. §. 4 der Vereinssatzungen ist der Ausschuß des historischen Vereins von und für Oberbayern jährlich in der Art zu erneuern, daß jedes Jahr diejenigen sechs Mitglieder aus dem Ausschusse treten, welche denselben schon seit zwei Jahren angehören, von der Zeit an gerechnet, daß sie das Lezternal in den Ausschuß gewählt wurden.

Demzufolge haben mit dem Schlusse des Jahres 1848 auszutreten die Herren: königl. Reichsarchivs-Sekretär Braun, königl. Regierungsrath v. Braunmühl, königl. Hof- und Staatsbibliothekskustos Förlinger, Benefiziat Geis, Antiquar und Lehrer an der königl. Baugewerkschule Dr. Nagler, königl. Staatsrath v. Stichaner.

Dagegen haben in den Ausschuß zu verbleiben die Herren: Domprobst Allioli, Domkapitular, königl. Staatsrath Frdr. v. Freiberg, königl. Professor v. Oefner, königl. Kreisarchivsprovisor Dr. Kunstmann, als Ersatzmann für den zeitigen königl. Regierungsassessor v. Kollenberg in Landshut, königl. Oberbaurath Panzer, königl. Hofmusikintendant Graf v. Pocci.

Sämmtliche ordentliche Mitglieder des Vereins werden eingeladen, ihre Wahlzettel verfiegelt und mit der Bezeichnung „Wahlstimmer-Zettel" längstens bis

20. Dezember l. Js.

an den Vereins-Abgabe Türkenstraße Nro. 13. 0) einzusenden.

Dabei wird bemerkt, daß nur in München domizilirende Mitglieder wählbar, und seit Ausgabe des letzten Jahresberichtes und Mitglieder-Verzeichnisses dem Vereine dahier neu beigetreten sind oder ihren Wohnsitz hieher verlegt haben, die Herren: Eckert, Karl, Kaconikus bei St. Kajetan und Kreis-Schulreferent bei der königl. Regierung von Oberbayern, Spengel, Dr. Leonhard, königl. Universitätsprofessor.

München den 3. Dezember 1848.

Der
Ausschuß des historischen Vereins von und für Oberbayern.
v. Stichaner.
Brand.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Die Rede Welcker's vom 29. Nov.

Wir leben in einer Zeit der Begriffsverwirrung und Besangenheit. Sie werden mir also vergönnen, daß ich bei so maßlosen Angriffen gegen das Benehmen der Reichscommissäre, wie sie in dem Saale gefunden und die wir selbst maßlosere und widerlichere Angriffe in der Presse verurtheilt haben, jetzt das Wort ergreife, um Ihnen zuletzt die wesentlichen Momente darzulegen, die zur Ergänzung des Unrechts gehören. Zunächst macht hierauf der Redner auf den Antrag Zimmermann's von Spandow aufmerksam, der eine Aufzählung der durchbarsten Scheußlichkeiten, die in Wien verübt worden sein sollten, enthalte und worin der schwere Vorwurf gegen die Reichscommissäre. Was vor dem Schauplatzlichen aufgezeichnet ist, führt Redner fort, sind ich sammt der Verhandlung den Tag darauf als Plakat an den Mauern Frankfurts. Wer diese Plakate besorgt hat — ich weiß es nicht — aber das ist zur Aufreizung der Volksleidenschaften dienen, daß sie eine zwar zweifelhafte, aber blutige Rache hervorrufen sollen, darüber werde ich wohl schwerlich nicht täuschen. Unser den Akten-Stücken, die ich in Händen habe, befinden sich zwei Drohbriefe. Der eine mit der Angabe, daß Sache aus einer Verbindung von 190 unterwühlt worden, mich zu morden (schon von links.) Ein anderer solcher Drohbrief ist an meine Freunde Wasserman und Mathy und an mich gerichtet. Glauben Sie nicht, daß das meine Gemüthsruhe stört. Ich würde den Mann bedauern, der gegen solche Angriffe nicht in seinem gerechten Muth eine vollkommen genügende Gegenrüstung fände. (Bravo im Zentrum und rechts.) Aber ich habe auch noch eine andere Waffe in der tiefen Demoralisation, die von solchen Schriften und Bestrebungen ausgeht. Bei dieser tiefsten Demoralisation, die an einem ehrlichen, treuen und gutmüthigen Volke versucht werden konnte, trifft mich nämlich der Glaube an dieses Volk selbst (Bravo), und das ist meine wahren Freunde wissen es selbst, von den Machinationen Volksfeuschmeichlern zu unterscheiden lernen werde. (Wiederholtes Bravo.) Der Glaube tröstet mich, es werde die wahre Freiheit von jener Afterfreiheit unterscheiden lernen, die nur lebt von der Lüge, von dem Aufruhr und von dem Meuchelmord. (Anhaltender Beifall.) Ehe ich an den eigentlichen Verhandlungen übergehe, erlauben Sie mir im Interesse und in dem Gefühle der hohen Würde der Versammlung, mir eine Bemerkt ein über einen Satz, der einen Seite wüthend schmäht und verabredet, um auf der anderen nachher zu gehen, sie stehe nicht in der gehörigen Achtung, erlauben Sie mir, in diesem Interesse auf das aufmerksam zu machen, was, glaube ich, von einer noch sehr jungen Staatswürdelt Zugang gibt. Das Reichsministerium in seiner Offenheit hat sämmtlicher Depeschen dem Ausschusse vorgelegt. Ich begreife nun billige Mißtrauen des Vertrauens, das einem Ministerium, das aber, meine Herren, daß ist nie und nimmermehr die Art ehrlicher Politik, daß man nur diese Depeschen aus den Zusammenhang reißt, einzelne Worte in die Verhandlungen hineinbringt und so Mißverständnisse nicht blos in Bevölkerung auf die betreffenden Personen, sondern gestörende Mißverständnisse auch in Bezichung auf die Diskussionen, die hier unterhalten werden, hervorruft. Depeschen sind der Natur der Sache nach geheimere Nachrichten für einen Minister, wie sie zu flüchtig hingeworfen werden unmittelbar vor dem Abgange eines Kouriers, in beschränkter Umgebung, unter durch Besuche und andere Umstände herbeigeführten Verhältnissen. Sie sind verständlich für den Mann, der seiner Mann und die Verhältnisse kennt, verständlich auch für den, der sie sich absichtlich verkennen will. Sie sind aber kaum geeignet, ihrer Gestalt nach zu dem Gegenstande der Betrachtung eines unparteiischen Publikums zu werden oder sogar getrübt, aus dem Zusammenhange getrennt und auf die größte Weise entstellt zu werden. Wenn man solche Depeschen der Sache gemäß einsichten will, und so, daß der Minister daraus die ganze Wahrheit richtig erkennen, sie muß dann auch manche Mittheilung, die gerade nur für den Minister paßt, aus dem besonderen Gesichtspunkte aus erklärt und nicht nach dem Ausdruck des Einzelnen, sondern nach dem Sinne des Ganzen auszelegt werden. Ich will Ihnen aber das Beispiel geben, wie man diese Depeschen aus dem Zusammenhange zerissen, wie man sie vor dem deutschen Vaterlande widerlegt hat und zwar ist mein Beispiel noch nicht eines der schlimmsten. Wir sagen in Nr. 6 der Ihnen vorgelegten Aktenstücke, daß wir die Hoffnung hegen, eine unblutige Beruhigung des Wiener Bürgerkriegs zu erwirken. Es ist dies der wiederholte und immer wiederholt ausgesprochene Wunsch und unser Forderung an alle öster-ischischen Behörden, daß die Sache unblutig beendigt werden solle. In dieser Depesche kommt aber, da bereits schon einiges Blut gestossen war und mit im Augenblicke das Mißlingen der Gedanke in die Seele fuhr, daß es nicht möglich sei, alles Blutvergießen zu verhindern, der zufällige Ausdruck an den Minister hinein, daß es unsere Hauptaufgabe noch immer wäre, daß die Beendigung nicht allzu blutig werde. Nun meine Herren, ich frage alle diejenigen, auf deren Urtheile ich irgend Werth zu legen Ursache habe, ob sie der Depesche einen sinnentstellten Sinn unterlegen können? So wie sie aber aufgebauscht wird, wie man unterschoben, wir wünschten, daß es ein blechern blutig hergehe, aber nur nicht allzublutig! Sie erkennen jedoch, wie diese herausgelöste Stelle hier zur Grundlage des besonders heftigsten Antrags gemacht wurde, es solle das Reichsministerium gegen diejenigen laut. Generale und Behörden einschreiten, die auf den Antrag der Reichskommissäre „daß die Entschreibung nicht allzublutig erfolge," nicht eingegangen seien. Wir haben von keinem Antrage gewußten. Es war eine elende und verrätherische Aeußerung an den Minister und nichts weiter, in einem durchaus anglosen Sinne, den man so zu entstellen sucht. Meine Herren, die Leiden der Tribüne ein Pröbchen gebört, wie man mit solchen zusammenzusetzen Fragmenten von Aeußerungen zu Werke geht. Es wird neu uns erwähnt, daß Fürst Windischgrätz bei unserem lebhaften Andringen auf den Schutz der Wiener, bei unserer Verbreitung ihrer Lage so weit eine solche möglich war, uns parteilich gesinnen habe. Er hat auch allerdings gesagt: es scheint fast, als wenn Sie für die Wiener, er hat das Wort nicht gebraucht, „für die Wiener Volkssouveränetät Partei nehmen"; und das wird mir zum Hasse der Wiener Volkssouveränetät gestempelt, die ich letzwegen dem Fürsten Windischgrätz preisgegeben hatte! Sie haben auch gehört, wie die Blachricht, daß wir zur kaiserlichen Hofe gingen, benutzt wurde, um den Zusammenhang herauszureißen wurde. Ich sage Ihnen, es ist kein Reichsminister nicht von Einfluß sein muß, zu wissen, in wie freundlich aufgenommen man den? Daraus hat man also geschlossen, daß wir schweigten! Noch etwas anderes. Wir erwähnen bei dem Besuche im Feldlager des Fürsten Windischgrätz und bei der Geschäftsbehandlung mit ihm nur das, was dem Minister zu wissen nothwendig war, nämlich die bestimmte Ablehnung unserer Einmischung, und gaben für das Ministerium weiter gemug zu verstehen, was es mit Hilfe dieser hohen Versammlung zu thun habe. Wir sagen auch, daß dieser selbe Feldmarschall, der unsere Aufforderung, die Waffen ruhen zu lassen, und der unsere von der Zentralgewalt aufgestellte Kommission in Abschrift erhalten hatte, was aus einem Aktenstücke des Ministers Kraus hervorgeht, daß dieser selbe Feldmarschall uns feindseeligs schimpflich, sondern im Gegentheil mit der allergrößten gesellschaftlichen Aufzeichnung behandelt habe (Rechten linkt). Lachen Sie vor allen Dingen über die Umwehrheit, die Sie gesagt haben, über Thürbinauswerfen und dergleichen (Unruhe links), so, Sie haben Unwahrheiten gesagt. (Unterbrechung, nach welcher der Redner die Einzelnheiten der den Reichskommissären geworbenen Aufnahme im Lager des Fürsten Windischgrätz erzählt.) Meine Herren, wenn so wenig Unterschied in den Begriffen ist, daß eine Beschuldigung wie Lüge vorkommt, verwechselt mit einer schimpflichen Behandlung, dann habe ich nichts weiter hinzuzufügen. Glauben Sie, daß man dadurch die Gefahr beseitigen könnte, daß man aufs Neue das Verhältniß zwischen Oesterreich und der deutschen Zentralgewalt in Verwicklungen bringt, um nachher wegen den gebürten Verhältnissen Lärm machen und hohe Worten zu bringen? (Unruhe links.) Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe solcher Mißverständnisse der Depeschen vortegen, ich will darauf verzichten. — Wer den Bericht aufmerksam gelesen, wird darauf ersehen haben, wie diese Depeschen auf das Unbegreiflichste misstandelt worden sind. Nun will ich aber noch fragen. ob das Ministerium bei solchem Verfahren ferner Depeschen, sowie das Nothwendige, was es für seine Unterhaltungen braucht, erhalten kann? Es müssen Depeschen für die Minister sein, nicht aber für das Publikum geschrieben werden. Ich will Sie fragen, ob Sie, wenn Sie auf diese Weise mit den Geschäftsträgern der Zentralgewalt umspringen, ferner noch Vertreter finden, die Lust haben, Ihre Geschäfte zu führen? In keinem Lande der Welt — ich kenne die Parlamentsverhandlungen in England und Nordamerika — behandelt man die Depeschen oder die Geheimen so unwürdig, wie in dieser Versammlung und dann kommt man noch und klagt, daß sie kein Ansehen haben. Es wurdert mich nicht, meine Herren, wenn vielleicht mit aus dieser Ursache das Reichsministerium unterstehen muß nach einem Gesandten für Frankreich. Uebrigens, Gott bewahre mich, daß ich dann rathen möchte, eine solche mißliche Stelle auszuschlagen, nein, meine Herren, ich würde sie fortere, daß man einen solchen Posten, wo für den Nationalwohl opfere und sein Leben dazu. Denn dem feingebildetern Menschen wird es leichter, seine Gefühle preiszugeben, als sich einer schimpflichen Behandlung auszusetzen." (Stürmischer Beifall.) Der Rest der Rede nebreitet sich über die Lage Wiens und recherirtet das Verhalten der Reichskommissäre den Behörden und der zur auffassenden Bevölkerung gegenüber.

In Wien dahr es vor dem 6. Oktober um die Freiheit gar nicht so übel gestanden: dem Banus Jellachich sei man mit einem Fachtzuge entgegen gekommen, um im Reichstag habe Latour offen erklärt, an Jellachich das nöthige Geld zum Krieg gegen Ungarn geschickt zu haben, und Alles habe darauf gedrungen. Erst als das ungarische Geld angekommen, sei plötzlich die Stimmung eine andere geworden, so daß sogar Bach uns Wessenberg in Verkleidung hätten flüchten müssen und der fanatischste Terrorismus an das Ruder gekommen sei. Er habe selbst einen Mann gesprochen, der einen Stich in den Rücken erhielt, nicht weil er Latour's Tod bedrtet, nein, blos weil er die Versammlung von seinem Erschnam schmälerte sand. Ja, an dem Tage selbst, wo dieser Mord vorfiel, gingen 10 Mitglieder des Reichstags zum Kaiser, um ihn die Anwesthung der Minister und die Uebergabe des Zeughauses zu fordern. Solche Freiheit herrschte in Wien, solche suchte man in die Provinzen zu verpflanzen, wo die Gesetze früher ebenfalls anfingen, ihr Ansehen bei den unterstehen Klassen zu verlieren; eine solche Freiheit sollte von Wien aus durch ganz Deutschland zur Herrschaft gebracht werden. Meine Herren, über Gräuel fort, Instruktion der Reichskommissäre doch nicht dahin verstehen wollen, sich mit solchen Leuten in einen Bund einzulassen, allenfalls weil dieselben urbenbei auch einige Anipathie gegen die Slawen hegten; einen Bund mit einer Partei, welche 14 Tage vorher in Frankfurt mit Zustimmung des Reichstages durch Kanonen niedergeworfen worden war. Sollte in Wien jetzt auf die Revolution eine Reaktion gefolgt sein, was er nicht hoffe und nicht wünsche, so trüge Niemand die Schuld derselben, als Die, welche sie durch jenen Aufstand hervorgerufen. In das Einzelne einge-

hend, entwickelt der Redner, daß er sich nicht mit Krauß habe einlassen können, da dieser in Wien nur zum Scheine das Finanzministerium behalten habe, um die Bank zu retten, im Uebrigen ganz ohne Macht gewesen sei; wie wenig aber mit dem Reichstag ein Vergleich möglich gewesen, gehe daraus hervor, daß, als schon die Leopoldstadt erstürmt war, derselbe auf die Vermittlungsvorschläge der Reichskommissäre mit dem Verlangen der Entfernung aller Truppen und der Anerkennung der revolutionären Wiener Behörden geantwortet habe. Deßenungeachtet hätten sie für die Wiener gethan, was in ihrer Pflicht und in ihren Kräften gestanden. Von Seite des österreichischen Ministeriums habe man auf ihr Anerbieten, von Reichshilfe keine Gewalt, sondern nur Gebrauch machen zu wollen, wenn die Regierung sich dessen bedürfe, so lange ein Staat sich selbst helfen könne, sei Bundeshilfe nach dem deutschen Staatsrecht nicht nöthig. In anderer Beziehung habe aber Windischgrätz, wie bemerkt, nachgegeben und alle schimpflichen Bedingungen aus der Wiener Kapitulation weggestrichen; daß dieselbe von den Wienern gebrochen wurde, daran seien die Reichskommissäre so wenig schuld, als an Dem, was daraus erfolgte. Wolle man Friede und Einigung mit Oesterreich, so müsse man vergessen, was vorgefallen; vergessen die §§. 2 und 3, welche diese Aufregung in Oesterreich hervorgebracht hätten; vergessen, was von Oesterreich darauf geantwortet worden. Oesterreich wolle ein Ganzes bleiben, und als Ganzes mit Deutschland verbunden sein. In diesem Sinne hätten die Reichskommissäre in Oesterreich gesprochen und gewirkt, und überall habe er die gleiche Ansicht gefunden. Oesterreich von Deutschland trennen zu wollen, heiße weiter Nichts, als den Bürgerkrieg entflammen, und dabei würden Frankreich und Rußland nicht müßig zusehen. Bloße Personalunion sei für Oesterreich sein unden kbar; sie würde höchstens in einem absoluten Staate möglich sein, wo an die Person der Fürsten die Allgewalt gebunden ist. Wenn so sehr gehofft in das Reich der Träume ein bloß völkerrechtlicher Bund zwischen Deutschland und Oesterreich; denn alsdann werde nothwendig der eine Theil auf Deutschland hinausgedrückt werden, und es gebe zwei „feindliche Brüder," wie im 30jährigen, im 7jährigen und im französischen Revolutionskriege. (D. Z. u. Korsor. Z.)

Ist es wirklich ein Geheimniß?

(Frankfurt, 30. Nov.)

Wir haben nemlich die Ansicht eröffnet, mit diesem Jahre werde auch die Berathung über die deutsche Verfassung schließen. Der Gang der Verhandlungen in den letzten Tagen läßt uns fürchten, unsere Besorgniß werde sich nicht bewahrheiten. Zwei Sitzungen verbringt die Versammlung mit einer Frage, von der doch jeder weiß, daß nicht die Versammlung in Frankfurt, sondern nur die in Kremsier sie beantworten kann. Aber die ganze Art, wie die linke Seite des Hauses die österreichische Frage gestern und heute behandelte, ließ auch keinen Zweifel, daß es ihr weniger um Oesterreich, als um den Sturz des Reichsministeriums zu thun sei. Wir können nicht das Recht einer Partei, den Sturz eines Ministeriums zu versuchen, sobald dies mit ehrlichen und parlamentarisch-anständigen Mitteln geschieht; aber der jetzige Augenblick hat ein Recht an die Parteien, die unerquicklichste Parteizwistigkeit schweigen zu lassen, um das große Werk der deutschen Verfassung zu fördern. Auch meinen wir, die Linke müsse in ihrem eigenen Parteizweck nach den baldigen Abschluß der Verfassungswerkes dringen, denn mit dem Ende der Reichsverfassung hat das jetzige Reichsministerium aufgehört, verstellt sich so schon deßhalb von selbst, weil dem durch die Verfassung zu bildenden neuen Staatsoberhaupte das jetzige Ministerium sein Amt nothwendig in die Hände zurückgeben muß. Wenn die Versammlung gleichen Schritt mit unserer Berechnung hielte, so brauchte also die Linke nur noch wenige Wochen sich zu gedulden. Aber das vermag sie nicht, und ihr Verfassungswerk will es deßhalb verschnelle nicht, auf eine ihm sonst nicht eigene unsinnige Weise die Versammlung gradezu zum Sturze des Ministeriums aufzufordern. „Schicken Sie das Ministerium!" rief er aus, setzte aber in demselben Athem angeschickterweise hinzu, er sei bereit, dessen Stelle einzunehmen, und gebe auch die Hoffnung noch nicht auf, einmal auf der grünen Bank zu sitzen. Haben Sie je etwas Mißlicheres gehört von einem Manne, der sich zur Lenkung eines Staates berufen glaubt, als einen Ausruf, an welchen nichts Bemerkbares ist, als durchfallende Heftigkeit? — Ein ganz anderes Talent ist Gladstone. Hier scheint uns auch das, was man Fonds nennt, vorhanden, und wir müßten uns sehr irren, wenn nicht dieser junge Mann einst mit den theatralischen Ausschmückungen von der Lasterhaftigkeit u. dgl. auch noch die staatsmännische Kost am Ruder, als solchem, abstreifte und zur Einsicht in die wahren Bedingungen eines freien und gedeihenden Staatslebens gelangte. Für diesmal ergibt er sich noch in allerlei debauerlichen Abschweifungen und merkte nicht, daß die kaum verdeckten abschreulichen Verdächtigungen, die er gegen das im Dienste der Freiheit erzraute Haupt eines Whigs ausgesprochen, jedenfalls auf seinen jungen Kopf zurückfielen. Daß der Vorsitzende solche Verdächtigungen der Absicht, die natürlich auch gegen das Ministerium nicht gefehlt worden, zuläßt, ist man leider schon gewohnt. Wenn darin nicht eine ganz andere Regel Geltung erlangt, werden wir nie zu dem würdigen parlamentarischen Ton der Engländer aufsteigen. Daß Herr Gladstone, in bloßer Nachahmung des Herrn Vogt, nun auch in das Lob des französischen Convents verfiel, mag ihm gelegen, auf welch falschen Wege er ist. Herr Vogt aber ist durch seine Rede in dieser Angelegenheit abermals um einige Stufen von der Geltung herabgestiegen, die er noch vor zwei Monaten selbst bei seinen Gegnern hatte. Das Talent, auch über die ernstesten Dinge, über die edelsten deutschen Charaktere seinwohe Späße zu machen, wird ihm Niemand absprechen; aber sollte endlich einsehen, daß man derglichen wohl an anderen Orten, nicht aber in einem deutschen Parlament auf die Bauer gen hört. Wenn sich sein Talent hierauf beschränkt, so ist auch eine fortwährende Verwerfung unverwerflich, und es passirt ihm bereits das Schlimmste, was einem Redner passiren kann: daß sich ein großer Theil der Versammlung Privatgesprächen überläßt, sobald er die Rednerbühne besteigt. Auch Herr Vogt verleugnete gestern seine Lust nicht, Minister zu werden; was aber stellt er uns für dieses Fach in Aussicht? Mit Recht sagten Hr. v. Schmerling und Hr. Simon, daß sie in Absicht des Tadels endlich einmal die Anweisung verlangt, wie es denn anders zu machen sei. Und was erwiderte wohl der „Minister der Zukunft" hierauf? Alles war gespannt auf die Antwort, von der jeder ehrliche Mann erwartete, sie werde ebenso gerade und offen lauten, wie die Frage. Welche kühne Gesetzentwürfe hat den Führer der Linken, der von dem Reichsministerium selber belobten Politik eine andere, bessere in Aussicht gestellt, entgegenzuhalten! Aber Herr Vogt wusse nichts a o die Erklärung: wie es besser zu machen, das — sage er nicht, das sei — ein Geheimniß! Wir glauben, dies war ein großer Fehler: Wenn eine Partei will, daß die Nation Zutrauen in sie setze, wenn ein Mann will, daß man ihn als einen Staatsmann betrachte, dem die Geschicke des Vaterlandes anzuvertrauen wären, kann muß sie, kann muß dieser vorher zeigen, was sie können. Denn der Kunst des bloßen Tadelns und Verneinens wird sie ein verständiges Volk, wie das deutsche, nie seine Zukunft anvertrauen. Wohin aber dieses bloße Verneinen führt, das hat Welcker gestern treffsich gezeigt. Uns sal unwillkürlich eine zerstreckte Karikatur ein, die einen grasfressenden Halbmenschen darstellt, als der alte rüstige Kämpe, von dem sich Niemand gedacht, daß er eine Partei niedergedrückt, ausspruch: „Nach Vereinigung jener Ordnung, jener Gesetzlichkeit, jener Religion, zu Gottes selbst, was bleibt am Ende anderes übrig als die Bettelattat!" Als Herr Wenckeb verstierte, Deutschland würde jetzt ganz anders aussehen, wenn wir selber ein Ministerium der Linken gehabt, da zeigte ihm der Zweck der Versammlung, daß dieses Heimatland zweifst. — Möchten wir doch, statt solch unerquicklicher Debandlung, recht bald die großen Fortschritten im endlichen Zustandebringen der deutschen Verfassung berichten können!

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Lord Melbourne.

Der unlängst auf seinem Landsitze Brocket-Hall verstorbene englische Staatsmann war geboren am 15. März 1779, und ist sonach drinahe 70 Jahre alt geworden. Seine sämmtlichen Titel lauten: William Lamb, Vicomte und Baron Melbourne von Kilmoor (in der Grafschaft Loren in Irland), Baron Melbourne von Melbourne (in der Grafschaft Derby), Baron und Pair der vereinigten Königreiche von Großbritannien und Irland. Die Familie Melbourne ist eine noch sehr junge Familie; der erste derselben, welcher geadelt wurde, Matthew Lamb, war erst 17. Jan. 1755 zum Baronet erhoben worden. Sein ältester Sohn, Sir Penniston Lamb, (zum Pair von Irland erhoben 1770, Vicomte 1781 und Pair der vereinigten Königreiche 1815) war der Vater des so eben Verstorbenen.

William Lamb, der als Premierminister im 19. Jahrhundert bis so seltene Gunst genoß, beinahe sieben Jahre lang diese Würde zu behaupten, machte seine ersten Studien in Cambridge, und nachdem er Cambridge, und nachdem er sodann die Universität Glasgow. Der Krieg verhinderte ihn, eine Reise auf den Kontinent zu machen. 1797 kam er nach London, wo er in Lincolns Inn der Rechtswissenschaft oblag und 1804 in das Barreau eintrat. Im Jahre darauf verheirathete er sich mit Frl. Karoline Ponsonby, aus welcher Ehe nur ein Sohn hervorging, der im Jahre 1836 durch den Verbindung der beiden Namen war Lamb Melbourne genannt wurde. Lord Melbourne war neben Brougham der reichste Whig.

Sein erstes Auftreten in der politischen Laufbahn fällt in eine sehr glückliche Zeit. Seit dem Jahre 1805 war er durch den Einfluß der Whigs in das Unterhaus eingetreten, allein ohne hier eine besonders hervorragende Stellung einzunehmen. Vergnügensüchtig, indolent, fand er anfänglich nur wenig Geschmack an den öffentlichen Geschäften. Whig im Grunde, aber von jener Sorte, welche zu Fox dem Canning hinneigte, trat er zum erstenmale unter der Verwaltung dieses Staatsmannes in die öffentlichen Geschäfte und wurde zum ersten Sekretär des Vorlieutenants von Irland ernannt. Die katholische Partei spendete dieser Ernennung ihren vollen Beifall. Während der Zeit, als er diese Stelle bekleidete, verband er sich mehr und mehr mit den Tories, und bekleidete dadurch diese Stelle auch während der ganzen Verwaltung des Lord Goderich und des Herzogs von Wellington.

Es war die Epoche, wo das Parlament die Katholikenemanzipationsbill votirte, und wo Lord Melbourne durch seine Stellung als erster Sekretär des Vorlieutenants von Irland jene Popularität gewann, welche ihm noch viel später trotz der Auflösung, in welche nach der Reformbill alle politischen Parteien gerieten, auf eine lange Zeit die Majorität im Parlamente sicherte, Dank der Unterstützung, welche ihm die irländische Deputation — der Schweif O'Connels — wie man sie damals nannte, angedeihen ließ.

Der Tod seines Vaters brachte ihn im Jahre 1829 in's Oberhaus, wo er sich ein Jahr später über die Reformbill von den Tories trennte, welche der Gegenstoß der Juliusrevolution in England bald unumgänglich machte. Als diese Nothwendigkeit der Reform den Lord Grey zur Leitung der Geschäfte berufen hatte, trat Lord Melbourne als Minister des Innern

in das Kabinet. Obgleich diese Stellung immerhin eine sehr bedeutende war, so wurde Lord Melbourne dennoch in diesem ersten reformirenden Ministerium verdunkelt durch den Glanz, den seine Kollegen, Lord Grey und Lord Brougham im Oberhause und die Lords Althorp (heute Graf Spencer) John Russel, Palmerston, Stanley und James Graham im Unterhause verbreiteten. Obgleich auf diese Weise in zweiter Reihe stehend, wurde er doch im Jahre 1834 beauftragt, ein Kabinet zu bilden, da das Ministerium Grey über eine Frage der, anglikanischen Kirche in Irland sich auflöste. Seinen Anerbt begleitete eine nicht sehr schmeichelhafte Ungläubigkeit an die Dauer seines Kabinets: allein die Folge zeigte, daß bei der Auflösung alter politischen Parteien die Kombination Melbournes zuletzt die vermittelnde gewesen war. Dieses bewies sich zur Zeit, als man im darauffolgenden Jahre ein konservatives Ministerium unter Sir R. Peel zu bilden versuchte. Man trat im April 1835 schon genöthigt, zu Lord Melbourne zurückzukehren und ihm die Stelle einer Premierministers zu übertragen, die er bis zum September 1841 bekleidete. Man erinnert sich noch zu gut der verschiedenen Ereignisse, welche diese einige, schwache und so lange Verwaltung bezeichnen, als daß es nöthig wäre, dieselben hier nochmals aufzuzählen. Sie gehörten der Geschichte unserer Zeit an, die man bis auf die Details kennt, bis auf den bekannten Prozeß, in welchem der Premier vor den Gerichten erscheinen mußte, um sich gegen die Anklage auf Ehebruch zu rechtfertigen. — Nach seinem Falle 1841 hat Lord Melbourne die öffentliche Aufmerksamkeit nicht mehr beschäftigt. Da er keine Nachkommen hinterläßt, so gehen seine Titel und Güter auf seinen Bruder, Lord Beauville, früher englischen Gesandter in Wien, über. Seine Schwester ist mit Graf Cowper verheiratet.

Deutschland.

Sächs. Herzogth. — Altenburg. Herzog Joseph von Altenburg hat unterm 30. Aug. eine Proklamation erlassen, in der er seinen Bericht auf die Regierung anzeigt; bewogen haben ihn zur Entsagung die „durch die neuern Zeitereignisse mannigfach gestörten Beziehungen zwischen Ihm und Unsern geliebten Unterthanen, und der innige Wunsch, eine Ausgleichung und Versöhnung zwischen Fürst und Volk nach Kräften zu erleichtern.“ Inskünftige wird Herzog den Titel „Herzog Joseph in Sachsen“ führen. Der neue Herzog Georg hat gleichfalls eine Proklamation (am 30.) erlassen, durch die er seinen Regierungsantritt verkündet. „Wir sind entschlossen, solche in Gemäßheit des von Ihr das Herzogth. Altenburg bestehenden Grundgesetzes vom 29. April 1831, so wie nach Maßgabe der inmittelst mit der Landschaft des Herzogthums vereinbarten Abänderungen dieser Verfassungsurkunde, in Gemäßheit des Gesetzes über die Wahlen landschaftlicher Abgeordneter vom 10. April 1848 und des Gesetzes über die landständische Initiative bei Gesetzesvorschlägen vom 24. Okt. 1848, zu führen und zu handhaben wie Wir zur Vollziehung des §. 266 des Grundgesetzes hierdurch ausdrücklich erklären und versichern wollen.“ — Unterschrift ist Herzog Georg. Minister von Gerstenbergk. Louis Beust, Sonnenkalb. Ersterer ist neuernannter Minister: Dr. Gruneiger, früher Führer der republikanischen Partei, ist aus dem Ministerium entlassen, und soll, wie es heißt, nach Frankfurt als Legationsrath gesandt werden.

Preußen. — △ Berlin, 2. Dez. Die Maschinenbauer, welche wegen einer Krankenkassengelegenheit eine Versammlung zu veranstalten beabsichtigten, haben eine Deputation zum General Wrangel gesandt, um denselben zu bitten, diesem Vorhaben trotz des Belagerungszustandes kein Hinderniß entgegen zu stellen. Der alte General empfing sie sehr freundlich, sagte ihnen, sie hätten in der letzten Zeit als zu gute Bürger sich bewommen, als daß er daran denken könne, ihnen diese Erlaubniß zu verweigern, und schenkte zugleich 6 Hektenschöpfe in die Krankenkasse. — Wie bekannt melden zu müssen, daß die meisten der gestern eingetretenen und gleich nachher wieder ausgeschiedenen Abgeordneten vorher ihre Diäten im Gesammtbetrage von mehr als 6000 Rthlr. erhoben hatten. Nur mit Widerstreben gehen wir auf Ähnliche widerliche Details ein, glauben sie aber unsern Lesern nicht vorenthalten zu dürfen, da sie leider der Geschichte angehören, die Versammlung, die nun schon seit 7 Monaten das preußische Volk in den Augen Europas blosstellt, charakterisiren und hoffentlich die Nation in Zukunft vorsichtiger in der Wahl ihrer Vertreter machen werden. Wir können nöthigenfalls einen der zurückgebliebenen, bisher zu den Hauptsiechern gehörenden Abgeordneten namhaft machen, welcher bei einem der Ministerien eingekommen ist, mit der Erklärung, er sei bereit ebenfalls nach Brandenburg zu gehen, wenn ihm nur nicht seine Schulden hier zurückstehen!

Oesterreich. — ▪Wilmütz, 3. Dez. Heute sind dahier folgende 1. t. Manifeste veröffentlicht worden:

Wir Ferdinand der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn, Böhmen ꝛc. ꝛc. — Als Wir nach dem Hinritte Unseres H. Vaters Weiland Kaiser Franz I. in gesetzlicher Erbfolge den Thron bestiegen, schien Mir, durchdrungen von der Heiligkeit und dem Ernste Unserer Pflichten vor allem Gott um seinen Beistand an. Das Recht zu schützen war Unser Wahlspruch, das Glück der Völker Oesterreichs zu fördern das Ziel Unserer Regierung. Die Liebe und Dankbarkeit Unserer Völker belohnten reichlich die Sorgen und Mühen Unserer Regierung, und selbst in den jüngsten Tagen, als es verbrecherischen Umtrieben gelungen war, in einem Theile Unserer Reiche die gesetzliche Ordnung zu stören und den Bürgertreu zu entzünden, verbarrte doch die unermeßliche Mehrheit Unserer Völker in der dem Throne schuldigen Treue. Beweise, die inmitten hoher Prüfungen den Unseren bewiesen Herzen wohlthaten, sind Uns aus allen Gegenden des Reichs zu Theil geworden. Allein der Drang der Ereignisse, das unverkennbare und unabweisliche Bedürfniß nach einer großen, umfassenden Umgestaltung Unserer Staatsform, welchem Uns Manche Mäz d. J. entgegen zu kommen von Wahn zu brechen Mit besiegen waren, stehen in Uns in Ueberzeugung festgestellt, daß es längerer Kräfte bedürfe, um das große Werk zu fördern und einer gedeihlichen Vollendung zuzuführen. Wir sind daher nach reiflicher Ueberlegung und durchdrungen von der gebieterischen Nothwendigkeit dieses Schrittes zu dem Entschluß gelangt, diesmit feierlichst dem österreichischen Kaiserthrone zu entsagen. Unser Durchlauchtigster Hr. Bruder wird alle rechtlichen Maßregeln in der Regierung, Erbfolge Franz Karl, der Uns stets treu zur Seite gestanden und Unsere Bemühungen getheilt, hat sich erklärt und erklärt hiemit durch gemeinschaftliche Unterfertigung gegenwärtigen Manifestes, daß auch Er und zwar zu Gunsten Seines nach Ihm auf den Thron berufenen Sohnes des Durchlauchtigsten Herrn E. H. Franz Joseph auf die österreichische Kaiserkrone Verzicht leiste. Wir können alle Unsere getreuen Völker Eide entbinden, welchen Wir sie den neuen Regenten, gegen welchen sie ihre beschworenen Berufspflichten fortan treulich zu erfüllen haben. Unserer sapfern Armee sagen Wir Dank und Lebewohl. Eingedenk der Heiligkeit ihrer Eide, ein Bollwerk gegen auswärtige Feinde und Verräther im Innern, war sie stets, und wie mehr als in neuester Zeit, eine treue Stütze Unseres Thrones, ein Schirm von Treue, Standhaftigkeit und Todesverachtung, ein Hort der bedrängten Monarchie, der Stolz und die Zierde des gemeinsamen Vaterlandes. Mit gleicher Liebe und Hingebung wird sie sich auch um ihren neuen Kaiser schaaren. Indem wir endlich die Völker des Reichs ihrer Pflicht gegen Uns entheben, und alle Heber gebrigen Pflichten und Rechte hiemit feierlichst und im Angesichte der Welt auf Unsere getreuen gelieben Herrn Neffen, als Unseren rechtmäßigen Nachfolger übertragen, empfehlen Wir diese Völker der Gnade und dem besonderen Schutze Gottes. Möge der Allmächtige ihnen den innern Frieden wieder verleihen, die Bestrebten zur Pflichttreue, die Bethörten zur Erkenntniß zurückführen, die verspetten Quellen der Wohlfahrt neuerdings eröffnen und Seine Segnungen über Unsere Lande in vollen Maße ergießen — Möge Er aber auch Unsern Nachfolger Franz Joseph mit Seinen Gnaden erleuchten und kräftigen, damit Er seinen hohen und schweren Beruf erfülle zur eigenen Ehre, zum Ruhme Unseres Hauses, zum Heile der Ihm anvertrauten Völker. Gegeben in Unserer königlichen Hauptstadt Olmütz den zweiten Dezember im eintausend achtzehnt und achtundvierzigsten, Unserer Regierung dem vierzehnten Jahre. **Ferdinand.** **Franz Carl.** (Gegengez.) Schwarzenberg.

Wir **Franz Joseph der Erste** von Gottes Gnaden, Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen ꝛc. ꝛc. — Durch die Abdankungs-Urkunde Unseres erhabenen Oheims, Kaisers und Königs Ferdinand des Ersten, in Ungarn und Böhmen dieses Namens des Fünften, und die Verzichtleistung Unseres durchlauchtigsten Vaters, Erzherzogs Franz Carl auf die Thronfolge trat der pragmatischen Sanktion berufen, die Kronen Unseres Reiches auf Unser Haupt zu legen, verpflichtet Wir Hiermit feierlichst allen Völkern der Monarchie Unsere Thronbestellung unter dem Namen Franz Joseph des Ersten. Das Bewußtsein von den hohen Pflichten, welche Uns zu Unserem Eintritte in eine eigener Ueberzeugung erkannten Rechten vor Mit Zuversicht die Bahn, welche Uns zu einer heilbringenden Umgestaltung und Befestigung der gesammten Monarchie führen soll. Auf den Grundlagen der wahren Freiheit, der Gleichberechtigung aller Völker des Reiches und der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, so wie der Theilnahme des Volksvertreters an der Gesetzgebung will das Vaterland neu erstehen an aller Geist neuer lebendiger Kraft, ein unerschütterlicher Bau in der Zeit, ein gerumiges Wohnhaus für alle Völker verschiedener Zunge, welche Mter dem Zepter Unserer Väter ein brüderliches Band seit Jahrhunderten umfangen hält, fest entschlossen, den Glanz der Krone ungetrübt und die Gesammtmonarchie ungeschmälert zu erhalten. Aber bereit, Unsere Rechte mit den Vertretern Unserer Völker zu theilen, rechnen Wir darauf, daß es mit Gottes Beistand und Unserer Standhaftigkeit den Völkern gelingen werde, alle Lande und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper zu vereinigen. Schwere Prüfungen sind über Uns verhängt, Ruhe und Ordnung in mehreren Gegenden des Reichs gestört worden. In einem Theile der Monarchie entbrennt nach heute der Bürgerkrieg, als Botschengnen sich getroffen, um die Autrechthaltung der Ordnung vor dem Gesetze allenthalben wieder herzustellen, die Segnungen des Friedens und die Rückkehr des Friedens sind die ersten Bedingungen für ein glückliches Gedeihen Unseres Verfassungswerks. Mit jedem hierbei mit Zuversicht auf die verständige und aufrichtige Mitwirkung aller Völker durch ihre Vertreter. Wir zählen auf den gesunden Sinn der stets getreuen Landbewohner, welche durch die neuesten gesetzlichen Bestimmungen über die Lösung des Unterthanenverbandes und der Entlastung des Bodens in den Genuß der staatsbürgerlichen Rechte getreten sind. Wir zählen auf Unsere getreuen Staatsdiener. Von Unserer glorreichen Armee versprechen wir Uns der allerwärtigen Tapferkeit, Treue und Ausdauer. Sie wird Uns, wie Unseren Vorfahren, ein Pfeiler des Thrones, dem Vaterlande und den freien Institutionen ein unerschütterlicher Bollwerk. Jede Gesetzmäßigkeit, das Gerichtswesen, welches keinen Unterschied des Standes kennt, zu belohnen, wird Uns willkommen sein. Völker Oesterreichs! Wir nehmen Besitz vom Throne Unserer Väter in einer ernsten Zeit. Groß sind die Pflichten, groß die Verantwortlichkeit, welche die Vorsehung Uns auferlegt. — Gattet Schuz

wird sind begleiten. — Gegeben in Unserer k. Hauptstadt Ofmütz 2. December im Jahre des Heils 1848. (L. S.) **Franz Joseph** m. p. Schwarzenberg m. p.

* Den Bericht über die Reichstagssitzung zu Kremsier am 2., in welcher die kaiserl. Manifeste mitgetheilt wurden, morgen. Es wurden Adressen an Se. Maj. den Kaiser Franz Joseph und Ferdinand beschlossen. Der Banus Jellachich wird zum Civil- und Militärgouverneur von Dalmatien und Fiume, mit Beibehaltung seiner bisherigen Stellung, ernannt.

* **Wien**, 3. Dez. Die beiden kaiserlichen Manifeste bilden das Tagesgespräch. — Der neue Kaiser hat den Ban Jellachich als Civil- und Militär-Gouverneur Kroatiens bestätigt und wird nach glaubwürdiger Nachricht schon Donnerstag hier erwartet. Der alte Gof begibt sich unverzüglich nach Prag. Man hofft auf baldige Herstellung einer auskömmlichen Anmelle. Unsere Bevollmächtigten von Seite Ungarns sind zu Olmütz eingetroffen, denn unseligen Kriege ein Ziel setzt zu sehen. — Die kroatischen Truppen von Wolfsthal in Ungarn sind ohne Widerstand bis Mosonthal vorgerückt und die Bauern ließen sich entwaffnen. — Die hiesige Universität soll für das Wintersemester, ebenso wie jene zu Lemberg geschlossen bleiben. — Auf die allgemeine Sparcassen-Aufmahnung obiger Manifeste flossen die Fonds anfänglich um 2%, wohl auf dem Grunde, weil die Beglaubigung des Beisatzes „konstitutioneller Kaiser" und der Zusatz „von Gottes Gnaden" die Gemüther anfänglich verstimmte: doch erholten sie sich zuletzt auf den unzweifelhaften gestrigen Standpunkt. — Man glaubt nicht, daß die Deputirten der Linken, welche Mißtrauensvoten erhielten, sich darum zurücklehren werden; vielmehr dürften sie jene Erklärungen auf den Belagerungsstand schieben.

Wien, 1 Dezember. (Allgemeine Zeitung.) Es ist nun mit Bestimmtheit herausgestellt, daß das Proletariat die Burg in Asche legen wollte, und weil durch die Besatzung von Bürgergrenadieren und Garden es daran verhindert wurde, drangen sie in die Nebengebäude am Josephsplatze, wo unter dem Dache des Nationalbankgebäudes durch Deckfänge das Feuer angezündet wurde, in der Hoffnung, es werde sich zur Burg verbreiten. Woran aber die Kuppel der Hofbibliothek es verhinderte. Ich habe mit Augenzeugen gesprochen, welche das Ausbrechen der Flamme beobachteten, ehe noch der erste Schuß des Bombardements Nachmittags gefallen war. Uebrigens wurden sämmtliche Batterie-Kommandanten auf Ehrenwort vernommen, ob sie Standhörer gegen die Burg gewesen oder ob selbe nur durch irgend einen Maßnehmen Zufall ein solches Richtung genommen habe — was aber beides einstimmig verneint wurde. Uebrigens wird die darüber anhängige Untersuchung die Schuldigen, die eigentlichen Anstifter zweifelsohne bekannt machen. Die Kunstlöcher in der Burg und im Palast Erzherzog Albrecht rühren daher — wie mir alsdann Augenzeugen, Bewohner der Burg erzählten — daß die Batterie, welche auf dem Stephansthurm, als das Bombardement begann, sowie den Proletariern ungebrecht wurde und gegen die Burg feuerte, um an dieser eine ohnmächtige Rache zu nehmen. Als aber die Truppen den Brand bemerkten, wurde alles aufgeboten, das Thor zu nehmen, um in Besitz der Burg zu kommen. Die Besatzung nahm die Reisaus, und auf dem ganzen großen äußeren Burgplatze war nicht ein Bewaffneter als die Truppen eindrangen. Die Bürgerschützen sogar schon herbeigeeilt, und kämmten die Steine hinter dem Thore weg. Darüber sind alle Stimmen einig, daß, wenn die Truppen eine halbe Stunde später einrückten, die Burg verloren war, denn die Bürger vermochten nicht mehr zu widerstehen. Diese braven Leute empfingen die Truppen mit Freudenruf und zogen mit friegerischen Ehren, unter Zurus der Soldaten, später von der Burgwache ab.

Italien.

△ **Neapel**, 25. Nov. Die Wahlen zur Ergänzung unserer Deputirtenkammer sind in Neapel und den Provinzen beinahe vollendet. Leider stellt sich auch hier wieder die Thatsache heraus, daß die Unbeliebtheit der Konstitutionellgesinnten heraus. Am klarsten zeigen sich dies in Neapel, wo von allen Wählern kaum 600 erschienen waren, welche alle der „ultra-liberalen" Partei angehörten und sonach auch ihre Kandidaten durchsetzen. Im Ganzen sind allenthalben die Wahlen nicht gerade zum Heile des Landes ausgefallen, was aber die Gutgesinnten ihrer eigenen unbegreiflichen Theilnahmslosigkeit zuschreiben müssen. Ueber die sizilischen Angelegenheiten ist nichts zu berichten, der Stand derselben ist immer noch mit einem dichten Schleier bedeckt. Die obwaltenden Verwicklungen, vielleicht auch Nachrichten aus Rom haben die hiesige Regierung bestimmt, die bis zum 30. Nov. prorogirten Kammern noch auf weiteres bis zum 1. Febr. 1849 zu prorogiren, unter dem Vorbehalte jedoch, dieselben, wenn es nöthig werden sollte, auch noch vor diesem Zeitpunkte einzuberufen. — An der Bestätigung der Hauptstadt wird ununterbrochen gearbeitet, und dieselbe ist schon zu einer sehr respektablen Ausdehnung vorgeschritten. Sie wird gegen jeden Angriff von der Land- wie Seeseite so wie auch einem derartigen der revolutionären Bevölkerung selbst Sicherheit bieten. Auf Anlaß der schon angeführten Prorogirung der Kammern hatte man gestern Unruhen besorgt und deßhalb hinlängliche Vorkehrungen getroffen; allein die Ruhe der Stadt wurde auch keinen Augenblick gestört. — Die einzig ernstliche Verlegenheit der Regierung und der Prorogation der Kammern könnte nur dadurch entstehen, daß bis zum 15. Febr. das Finanzjahr ihrer abläuft, und bis dahin unmöglich das neue Budget für 1849 votirt sein kann, wenn die Kammern erst am 1. Febr. zusammentreten. Ob aber eine bloße königl. Ordonnanz die Leute zum Steuerzahlen bewegen werde, erscheint mindestens zweifelhaft. Es könnte also leicht zur Steuerverweigerung kommen. Auf der hiesigen Rhede befindet sich noch immer eine englische und französische Flotte. — Der König lebt fortwährend in strengster Zurückgezogenheit in seinem Palaste.

Frankreich.

** **Paris**, 2. Dez. Die Konferenzen bezüglich der definitiven Regelung der Streitfrage zwischen Deutschland und Dänemark werden in der ersten Hälfte des Dezember zu London eröffnet werden. Als Bevollmächtigte des Königs von Dänemark sind auf dem Wege nach London begriffen der General Debeig und Hr. Oerstedt, der Staatsrathen. — Wie verlautet, Hr. v. Corcelles habe auch den Auftrag, dem Papste vorzuschlagen, seinen bisherigen Aufenthalt in Frankreich zu nehmen und dort den Sitz seiner geistlichen Macht aufzuschlagen. Er solle demselben zugleich alle Mittel zur Verwirklichung dieses Gedankens anbieten. Es hieß heute, die englische Regierung habe sich entschlossen, die Anerkennung einer Klotte, um von Civitavecchia zu fragen. — Der päpstliche Nuntius hat gestern Abend dem General Gavaignac Depeschen des neuen römischen Ministerpräsidenten Muzzarelli überreicht haben. Die Angelegenheiten Roms und des Papstes beschäftigen alle Gemüther und geben Anlaß zu Verbreitung einer Menge von Gerüchten aller Art, namentlich was die möglichen Folgen derselben für Frankreich und Europa, so wie die Haltung der französischen Regierung in Betreff derselben gegenüber betrifft. Dabei verliert man aber die Frankreich zunächst angehende Präsidentschaftsfrage keineswegs aus den Augen, ja dieselbe gewinnt gegenüber diesen neuen Verwicklungen in Italien nur noch erhöhtes Interesse. Man hatte bisher geglaubt, Herr v. Lamartine verzichte auf seine Kandidatur. Durch ein heute in mehreren Blättern von ihm veröffentlichtes Schreiben widerspricht er sich förmlich, und erklärt, daß Stimmen, die sich ihm etwa zuwenden würden, annehmen. Wenn nun auch die Kandidatur Lamartines wenig oder keine Aussichten hat durchzudringen, so könnte er doch so viel Stimmen erhalten, daß dadurch das Zustandekommen einer absoluten Majorität für irgend einen der andern Kandidaten unmöglich würde. Die Entscheidung würde alsdann in die Hände der Nationalversammlung kommen, und diese würde aller Wahrscheinlichkeit zufolge zu Gunsten des Generals Cavaignac ausfallen. Sollte Hr. v. Lamartine dies allein nicht sehen? Viele glauben, daß er dies recht wohl einsieht, und gerade darum vielleicht einen Theil der Stimmen Ludwig Napoleon zu entziehen hofft, damit nicht die absolute Majorität sofort denselben zufalle. Ob diese Berechnung nicht eine falsche ist, die auch von vornherein schon zum Nachtheil des Generals Cavaignac ausschlagen könnte, wird die Zukunft lehren. Die Letzte Wochenübersicht über den Stand der Bank lautet ziemlich günstig, das Portefeuille derselben hat sich vermehrt um mehr als 6 Millionen, der Baarvorrath hier um 1,783,718 Fr. 89 Cts., jene der Succursalen in den Provinzen um 2,003,058 Fr. — Der „Moniteur" erwidert heute auf die Frage des Blattes „la Liberte," ob die Regierung nicht nach der gestrigen Eröffnung der Nationalversammlung einen Bericht nach London abgeschickt habe, um sich zu entschuldigen, daß sie ohne das englische Kabinet zu befragen, Truppen nach Civita Vecchia abgesendet habe, und zu erklären, daß diese Maßregel nur durch Wahlinteressen motivirt sei: derzleichen Fragen verlieren nur die tiefste Verachtung. — N. S. Der Ausfall der Wahl eines Mitgliedes der Nationalversammlung an Ludwig Napoleons Stelle im Departement der Mosel ist eben nicht günstig für Ludwig Napoleon. Der ihm ergebene Kandidat Hr. von der Mosktoa (der älteste Sohn des Marschalls Ney und unwürdige Schwiegersohn des verdorbenen Lustic) erlangte nur 11,374 Stimmen, sein nun gewählter Mitbewerber der Generalhauptmann Rolland 17,951. Und doch galt bisher dieses Departement als vollständig ergeben den Napoleonsten.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 4. Dez. Oesterr. 5proz. Metall. 69½; 4proz. 56¼, 3proz. — , 2½proz. 35⅞. Bankaktien 1168. G. 500 fl.-Loose 120½, 250 fl.-Loose 80. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine — P. 100 fl.-Staatsschuldscheine 3½proz. 87⅝. — Bayer. 3½proz. 75¼. — Badische Bethsch. 64½. — Württemberg. 3½proz. 76. 4½proz. 93¼. — Bad. 3½proz. 72¼. — Loto-Anlehen à 50 fl. 45¼. 35 fl.-Loose 23¼. — Darmstädt. 3½proz. 74½. 4proz. 64½. Loto-Anlehen von 50 fl. 39½. 25 fl.-Loose 21½. — Kurhess. Loose 40 Thlr. 37½. — Nassau-Oesterr. 4proz. 87½. — Russen 3½proz. 79½. 35 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3proz. 76. 3½proz. 90½. 87½. Taunusbahn 268 — Holland. Integr. 47½. — Span. 3proz. innere Schuld 18½. — Pol. 300 fl.-Loose. — 500 fl.-Loose 69½. — Sard. 36 Fr.-Loose 24½. — Disc. —.

Berlin, 2. Dez. 43. — 5proz. 65.75. Schasch. — Bankaktien 1390.— Stadtobligationen 1125. Vier Kanäle —. Compt. von Algier — Belg. 5proz. von 1840 79¾, von 1842 78½. 4½proz. 71½. 3proz. — 2½proz. — Belg. Bank — Neap. 5proz. — Röm. 5proz. 52½. — Span. 3proz. 25. Aktive — Passive —. Piem. 830 Paris 81. Germain — Versailles (rechte) 105. — (linke) 103.75. Orleans 600.— Rouen 352.30. Havre — Marseille 162.50 Basel 76.25 Bergen 215.— Boulogne — Dortmund 363.75. Nordbahn 341.25. Montereau 100.— Lyon — 5proz. Straßburg 326.25. Rauen 310.— Dieppe — Seeaur — Montpellier — La Lette —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 139.

Neue Münchener Zeitung.

Donnerstag den 7. Dezember 1848.

Abonnement: Vierteljährlich 6 fl. Halbjährig 3 fl. Monatlich 1 fl. 30 kr.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 15. Anzeigegebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 7. Dezember.

Se. Maj. der König haben unterm 3. Dez. die erledigte Stelle des Vorstandes der Strafanstalt zu St. Georgen dem dermaligen Rechnungsführer bei dem Zentralgefängnisse zu Kaiserslautern Ignaz Herzinger mit dem Range und Titel eines Polizeikommissärs zu verleihen geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

⊙ **Frankfurt**, 4. Dez. Als Gegenstück zu den maßlosen Zudringlichkeiten der ultraschwarzweißen Professorenpartei hat der Reichsfinanzminister v. Beucker (aus Berlin gebürtig) in der Reichsversammlung heute eine Erklärung abgegeben, woraus hervorgeht, daß unser Ministerium nicht gesonnen ist, dem Verfassungsausschusse auf der Bahn seiner Thorheiten zu folgen. Beucker hat, angeregt durch eine Anfrage Wiesners in Betreff der Anwesenheit der Kroaten auf deutschem Boden, sich dahin ausgesprochen, daß Oesterreich das Recht habe, seine Truppen, soweit sie nicht zu Reichszwecken in Anspruch genommen seien, zu verwenden, wie es ihm zweckmäßig erscheine. Sämmtliche Nationalitäten seien gleichberechtigt, und wenn bei den Kroaten einzelne Verbrechen vorgekommen, so würden sie bestraft werden; aber nicht dulden könne er es, wenn man das kroatische Heer, das sich jedergzeit durch Tapferkeit und Pflichttreue ausgezeichnet habe, hier zu verunglimpfen suche; es habe dasselbe in Hunderten von Schlachten gemeinsam mit Deutschland für dessen Ehre und Freiheit sein Blut vergossen, und werde dies auch gewißlich noch fernerhin thun. Die Präsidentenwahl für den Monat Dezember sei heute wiederum glänzend zu Gunsten v. Gagern's aus, der gestern von Berlin hier ankam; er erhielt 313 Stimmen, sein Gegner H. Simon von Breslau nur 99. Erster Vizepräsident wurde abermals Simson von Königsberg mit 275 Stimmen; auf Simon von Breslau fielen diesmal 165. Zum zweiten Vizepräsidenten wurde Eseler, der bekannte Schleswiger Patriot, der erst seit kurzem in der Reichsversammlung sitzt, und Bruder des vielgenannten Professors aus Greifswalde ist, mit 219 Stimmen erkoren. Räder aus Oldenburg, vom rechten Zentrum, erhielt 72, Kirchgeßner, der Kandidat der Linken, 154 Stimmen; die übrigen zersplitterten sich auf v. Ratowitz, Lassaulx, Mieser u. A. Nach beendigter Wahl wurde die Berathung über den Reichsstaatsgerichtshof begonnen. Das Zweikammersystem fand wenig Anfechtung, die kürzeste und beste Rede dafür hielt der alte Jahn; er meinte, da die Einzelstaaten sich nun einmal nicht wegblasen ließen, wie die Mauern von Jericho, so sei auch ein Staatenbund nicht zu umgehen; ebenso gehöre zu einem ordentlichen Gemeinwesen ein ständiges wie ein thätiges, ein leidendes wie ein handelndes, ein bleibendes wie ein treibendes Element, eine Zieh- wie eine Fliehkraft. Bei der Abstimmung erklärten sich 339 Stimmen für das Zweikammersystem, 95 dagegen. Nach derselben kam die Mediatisirung der kleinen Staaten zur Sprache. Für eine solche Maßregel sprachen sich nur einzelne Redner der Linken, namentlich Jacobi aus, deren engeres Vaterland aus derselben Gewinn ziehen würde, als da war Hofrath Mölling aus dem Oldenburgischen, der es auf Knipphausen absehen hatte, und Zimmermann aus Stuttgart, der kaum mit Hohenzollern sich befriedigt werden zu können scheint; um so niederschlagender mag für ihn die morgen stattfindende Abstimmung sein, da sie ganz unzweifelhaft alle Mediatisirungsprojekte beseitigen wird. Die Berathung der Mitglieder des Staatenhauses auf die Einzelstaaten macht so viel Schwierigkeiten, daß heute wieder eine Menge Aenderungsanträge eingebracht wurden, einer darunter scheint Glück zu machen, er will die Wahlen in Preußen und Oesterreich nicht dem dortigen Reichstagen, sondern den Provinziallandtagen übertragen wissen.

Deutschland.

Frankfurt, 3. Dez. Gestern ist die Kommission für den Entwurf eines allgemeinen Handelsgesetzbuches für Deutschland (Unterhauscirkel) Bibermann, Appellationsgerichtsrath Grimm und Brocher und Professor Edel) zusammengetreten und hat bereits ihre Arbeiten begonnen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Bayern. — **München, 6. Dez. Ein Artikel in der „Allgemeinen Zeitung" vom 4. d. Mts. aus München, mit dem Korrespondenzzeichen ÷, spricht sich in günstiger Weise über die Personalanordnungen für das Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten aus. Auch wir begrüßen mit Freuden den Eintritt des Direktors v. Beyer in das neue Ministerium, und hätten nur vorzugeben, ihn an dessen Spitze, statt in untergeordneter Stellung zu sehen, weil mit der Uebernahme der vollen Verantwortlichkeit auch entschiedenere Einwirkung und Thatkraft nothwendig verbunden gewesen wäre. Die Vereinigung des Handelsministeriums mit dem Ministerium des Aeußern wird unter den bestehenden Verhältnissen ohnedies als eine blos vorübergehende gedacht werden können, da sonst noch auf lange zur definitiven Feststellung der deutschen Verhältnisse beide die volle Thätigkeit eines Vorstandes in Anspruch nehmen, und Letzteres überdieß eine ganz spezielle Geistesrichtung, eigenes Studium und Erfahrungen erfordere. Das aber, worin wir mit dem ÷ Korrespondenten der Allg. Zeitung in keiner Weise übereinstimmen, ist die so leicht hingeworfene „Unmöglichkeitserklärung" gegen eine der ersten wissenschaftlichen Notabilitäten Deutschlands, den Ministerialrath und Professor Hermann. Wir müssen uns bei diesem Punkte gegen den Mißbrauch gewisser politischer Schlagworte aussprechen, der in jüngster Zeit oft bis zum Ueberdruß, ja bis ins Lächerliche getrieben worden ist. Die gegenseitigen „Unmöglichkeitserklärungen" stehen hier obenan. Mögen immerhin die Wechselfälle parlamentarischer Kämpfe, die Gegensätze politischer Meinungen bald den Einen, bald den Andern unter den hervorragenden Männern des Landes zur Leitung der Geschäfte berufen: unsere Zeit, bei ihren gesteigerten Anforderungen, bei ihrem Drange nach dem Neuen, verbraucht schnell die Männer, wie die Ideen. Um so weniger aber ist sie berechtigt, ein Ausschließungsurtheil gegen Männer zu fällen, die mit der Kraft, den Kenntnissen und Erfahrungen ausgerüstet sind, welche — wenn nicht verwendet — der Staat zum Nachtheil leiden können.

München, 6. Dezbr. Wie wir vernehmen, ist neuerdings in unserer Garnison zahlreiche Beurlaubungen vorgenommen worden, welche durch die Rückkehr der an die Iller von hier entsendet gewesenen Truppen ermöglicht wurden. — Morgen werden also die Wahlen der Abgeordneten in ganz Bayern stattfinden. Die Wahlmänner unserer Haupt- und Residenzstadt München haben in den letzten Tagen wiederholt zu Vorbesprechungen sich versammelt, doch läßt sich noch nichts mit Gewißheit über die Personen sagen, welche die Wahl hier treffen wird. Nur so viel ist sicher, daß zu Abgeordneten nur wahrhaft konstitutionell-monarchisch gesinnte und dem wahren Fortschritt auf gesetzlichem Wege huldigende Männer werden erkoren werden. Daselbe wird und auch von Augsburg in Aussicht gestellt. Gleiches dürfte wohl auch in der großen Mehrzahl der übrigen Wahlbezirke Bayerns der Fall sein, und wenn es auch in den Städten Nürnberg und Hamberg der demokratischen Partei gelang, einen beträchtlichen Theil ihrer Kandidaten bei der Wahl der Wahlmänner durchzusetzen, so entschedet dies noch nichts für die Wahl der Abgeordneten selbst, da zu dieser dann auch die Wahlmänner der andern mit diesen Städten zu einem Wahldistrikt vereinigten Bezirke mitwirken werden. Wir haben nur einen Wunsch, daß nämlich Männer in die Kammer kommen mögen, die nur das Beste des Landes, nicht aber blose Parteilucht oder gar Beweggründe der Selbstsucht und des Ehrgeizes zur Richtschnur ihrer Bestrebungen nehmen. Die bayerischen Männer, in denen Land das wichtige Amt der Wahlmänner gelegt ist, werden im Gefühle der schweren Verantwortlichkeit, die sie dem Lande gegenüber zu tragen haben, nur die wahrhaft würdigsten erküren. Diese Verantwortlichkeit fällt um so schwerer auf sie, je größer die Freiheit ist, in der sie wählen. Und diese Freiheit ist vollständig. Bayerns Wahlmänner — wir haben das feste Vertrauen — werden sich selbst treu, ihre Aufgabe auch würdig zu lösen wissen.

Wir empfehlen unsern Lesern den folgenden Artikel des „Fürgerer Korrespondenten" zur Beherzigung: „Aus Baiern," 2. Dez. Unter den vielen Attentäten, welche als Dokumente der politischen Bildung in Deutschland in das Archiv der Gegenwart einzureihen sind, wird sich die Ansprache der fünf verbundenen politischen Vereine in Nürnberg in fleißenden Gedenkstaß erhalten. Kaum traut man seinen Augen, wenn man unter einem Programm, das sich der vollen Zustimmung der Herren Jib und Schlöffel versichert halten kann, die Namen eines konstitutionellen Vereins, eines Vereins für Freiheit und Ordnung zc. liest. Dies Dokument bekundet einen vollständigen Sieg der demokratischen Partei in Nürnberg und eine eben so vollständige Niederlage, nicht etwa der Reaktion, oder der Hierarchie, sondern des Konstitutionalismus daselbst. Zwar entschieden

Verfassungsfeinden viel und mit Umständen Alles; und die Verfassungstreuen der Vertragenden sind uns unbekannt; die Geschichte aber nimmt das Document auf, wie es ist, und hält sich an dieses. Wir wollen nicht behaupten, daß nicht bei den ganz wagen Forderungen von „Demokratie" und „Volksgewalt" in §. 1 und 2 der Ansprache auszuhalten, die ohne Umweg zum Terrorismus durch Volksmassen führen, wie die Revolutionen von Rom, Livorno, Paris, Frankfurt, Wien, Berlin ꝛc. tatsam gezeigt haben, sondern begleich den §. 3 betrachten: „Daß Alles nur durch die Recht der Vielheit zur Ausführung gebracht werden." Und damit man nicht in Zweifel bleibe, was der Krone nach diesem Akte noch verbleibe, so folgt §. 4: „Die oberste Regierungsgewalt ist ausschließliches Recht des Monarchen," d. h. er muß durch seinen verantwortlichen Minister den Gesammtwillen des ganzen Landes zur Ausführung bringen. Und wie zum Hohn der eigenen Wirksamkeit ist sodann im Schlußparagraph die Uebergewung ausgesprochen, damit „das Volkes Freiheit, Macht und Wohlfahrt für immer gesichert zu haben." Des Volkes Freiheit, Macht und Wohlfahrt ist nur durch einen gesunden Staatsorganismus zu sichern. Ist Das aber ein gesunder Organismus, in welchem das Haupt der schwächste Theil ist? Oder erwartet man noch Stärke und Ansehen bei einer Gewalt, deren ausschließlichstes Recht die unwiegerliche Pflicht ist, auszuführen, was Andere beschließen? bei einer Gewalt ohne allen Willen? Das Veto der Krone, das nicht nur die freie englische Staatsverfassung festhält, wenn es auch selten ausgeübt wird, das die Republik der vereinigten Staaten ihrem Präsidenten zuerkennt (und hier ist der Fall des Gebrauchs mehrmals in hochwichtigen Fragen vorgekommen) ist eine der Grundsäulen des Staats, eine Bürgschaft seiner Macht, die ohne Kongreirung zerfallen und zerfallen muß. Eine Krone ohne Veto ist eine Gewalt ohne allen Willen, und auf eine solche will man irgend eine Hoffnung bauen! und will sie aufstellen gegenüber einer Gewalt mit ganz unbeschränktem Willen! einer Gewalt, deren Stärke nicht nach der Intelligenz, nach der Thätigkeit, nach dem Besitz, sondern nach der Kopfzahl der Gewaltshaber — denn das Volk sind Alle — geschätzt wird? einer Gewalt, die, durch Abstimmungen gewonnen, sich in kürzesten Fristen mit sich selbst in Widerspruch setzen kann? Oder ist der Umschlag, sogar der plötzliche, der öffentlichen Meinung etwas Unerhörtes? Abgesehen davon, daß durch den Widerstand des Krone gegen die Stumpfsinnen der Volksouveränetät ein Staat über zu retten als zu verderben ist, muß ihr durchaus von gesunder Politik das Recht des freien Willens zugemessen werden, ohne welches schon im Privatleben keine Kraft zum Handeln denkbar, kein Ansporch auf Achtung möglich ist. Man sorge nicht vor der Macht des Staatsoberhauptes in konstitutioneller Monarchie eine Vernichtung der Freiheit, so lange das Volk derselben fähig und würdig ist. Wohl kann die Erfüllung von gerechten Wünschen und Forderungen verschoben werden, aber auch nur verschoben. Mit der Volksvertretung, der freien Presse und dem Assoziationsrecht wird jeder noch so dartnäckige Widerstand, wenn er ungerechtfertigt ist, überwunden. Mit der Beschränkung bei der Veto wird der Inteligenz der Weg, der Staatsweisheit geöffnet — denn diese weiß sich im konstitutionellen Sinne geltend zu machen — sondern blos die Macht in die Vertretung der Massen, und damit mittelbar in diese selbst geworfen. Der Staat wird ohne Gegenhalt nach Einer Seite gedrückt und stürzt um. Das ist das Programm, von welchem die vereinigten politischen Vereine von Nürnberg Heil für Bayern erwarten."

Bamberg, 4. Dez. Die Zahl sämmtlicher Wahlmänner im Wahlbezirke Bamberg beträgt 252; in hiesiger Stadt, sowie in mehrern Landgemeinden haben die Demokraten das Uebergewicht erhalten, während in andern Gemeinden wiederum nur konstitutionell Gesinnte aus den Wahlurnen hervorgegangen sind. Welche Partei übrigens den Sieg davon getragen hat, aber vielmehr noch davon tragen wird, läßt sich nicht mit Sicherheit bestimmen. (Augsb.)

Württemberg. — **Stuttgart**, 30. Nov. Das am vergangenen Sonntag ausgegebene Blatt der „Laterne" fordert zu Beiträgen zum Zwecke der Unterstützung der Hinterbliebenen des gemordeten Auerswald auf. In vielen Kreisen findet dieser Aufruf großen Anklang, uns scheint bis zu dieser Stunde ist eine recht schöne Summe zu diesem edlen Zwecke zusammengekommen. Die „Karlsruher Zeitung" begleitet diese Notiz mit folgenden Worten: „Auerswald ist für diejenigen (und ihre Zahl ist groß) unter Mördern Hand gefallen, welche unter Freiheit nicht Anarchie, unter Fortschritt nicht Umsturz, unter eigennützigen, hohlen Deklamationen nicht den Ausdruck von Vaterlandsliebe verstehen. Deutschland ist somit der große Schuldner Auerswalds. Wer sich schmählich gemordete Vater hat aber seine Gläubigerrechte auf seine Kinder vererbt. Sollte der große, hier in Frage kommende Theil der Deutschen in der Zahlung dieser heiligen Ehrenschuld saumselig sein? Wir glauben es nicht! Möge die wohlmeinende Presse die Mädchen eines gewissenhaften Anwalts der Auerswald'schen Kinder erfüllen."

Anklage Herzogthümer. Da der Herzog von Anhalt-Bernburg auf seiner Weigerung, die vom Landtag gefaßten Beschlüsse zu sanktionieren, beharrt, so ist dieser nunmehr auf die Regierungsunfähigkeit des Herzogs zurückgegangen, welche schon dessen Vater durch Einsetzung eines Regenschaftsrathes, des sogenannten Konferenzrathes (der erst im Sommer d. J. sich in ein verantwortliches Ministerium umgestaltete) anerkannt und auch der jetzt im Lande befindliche Reichskommissär Amnon zugestanden haben soll. Der Landtag hat also eine Adresse an den Reichsverweser beschlossen, welche die Bitte enthält, daß die Regenschaft des Landes dem Herzog von Dessau übertragen wurde. Eine Petition desselben Inhalts zirkulirt im Lande.

Preußen. — Berlin, 2. Dezbr. Es ist, wie wir aus guter Quelle wissen, gestern von einer großen Anzahl der der Krone zugewandten Deputirten folgender Beschluß gefaßt: Da es sich als ganz unmöglich herausgestellt hat, sich mit der Opposition parlamentarisch nur irgendwie zu vereinigen, so will auch die rechte Seite nicht mehr in der Versammlung erscheinen. Sie selbst will die Aufforderung an die Krone richten, die ihr unmöglich gewordenen Versammlung aufzulösen, und eine Verfassung zu oktroyiren. Dieselbe soll in Kraft bleiben, bis nach der Weise, die oktroyirte Verfassung es bestimmt, neue Kammern einberufen sind, denen sie zur Revision vorgelegt und mittelst einfacher Majoritätsbeschlüsse modifizirt werden soll. Dies wäre also eine Berufung an das Land. Gebe der Himmel, daß ihr Resultat ein glückliches werde. Ob die Krone auf diesen Vorschlag eingehen wird, ist inzwischen noch zweifelhaft. Es stehen ihr noch andere, weitere Mittel zu Gebote, und eine Verfassung zu oktroyiren, ist ein Akt, der nicht nur Muthmaßungen im Publikum bewegen. Man spricht aber stärker und stärker davon, daß mehrere Deputirte so tief in widergesetzlichen Unternehmungen verwickelt seien, daß mit Nächstem eine Anklage gegen dieselben erhoben werden wird. Dabei soll der widergesetzliche Beschluß der Steuerverweigerung gar noch nicht in Betracht kommen. Unsere Leitungen bringen schon heute eine Notiz, daß eine Gemeinde Hettingen am Rhein einen solchen Anklageakt erhoben, und die Kriminaluntersuchung gegen die ganze Fraktion Unruh beantragt hat. Die Klage richtet sich noch speziell wegen direkter Provokation zum Aufruhr durch Plakate und schriftliche Aufforderungen gegen mehrere einzelne Deputirte; insbesondere den Dr. Arnz, der allerdings Plakate dieser Art in seinen Wahlbezirk gesandt hat. Wie und von Justizwegen Sache verflochten wird, wären sie in der letzt besonnen abgefaßten, von Gemeinderäthe mit 50 Hettingern unterzeichneten Klageschrift aufgestellten Punkte so schlagender Art, daß der Staatsanwalt gar nicht umhin könne, denn Prozeß einzuleiten. Geschieht dies wirklich, so erleben wir ein Schauspiel merkwürdigster Art; denn wir würden unsere ersten Beamten und Rechtskundigen, zum Theil Richter desselben Tribunals, vor dem sie sich stellen müßten, auf der Anklagebank sehen. (Fr. D.-A. v. 4.)

Berlin, 3. Dezbr. Die Stadtverordneten haben 33. MM. zu deren Silberhochzeit folgende Glückwünschadresse überfandt: „Hohes Königspaar! Es ist das schöne Vorrecht des Mannes, ausjuruhen von den Mühen des Tages in dem heiligen Kreise der Familie, und an dem Arme einer liebenden Gattin, hier den Freuden zu finden, welchen das Herz im Kampfe des Lebens vergeblich sucht. Schwere Prüfungen sind über unser hohes Herrscherhaus verhängt worden, aber niemals ist dieses Heiligthum verletzt, nie mals wird es entweiht werden. Dem Bunde zweier edlen Herzen, ein Vorbild der Jugend, ein fleckenloser Spiegel der Sittlichkeit leuchtet unser hohes Königspaar dem Lande vor, und immer werden Ihm, auch in der niedrigsten Hütte, die Herzen entgegenschlagen. Diese Liebe bringt Ihren Majestäten zur Feier des fünfundzwanzigjährigen schönen Bundes den Glückwunsch Ihrer treuen Bürgerschaft dar." Die Antwort erfolgte zu Berlin, Berlin, den 29. November 1848." — JJ. kk. HH. der Prinz von Preußen und der Prinz Friedrich Wilhelm waren gestern von Potsdam hierher gekommen. Die Prinzen führten die aus Pommern anberaumte Gardeinlandwehr von dem Königsthore aus in die Stadt nach ten k. Schlosse, wo Se. k. H. den Prinzen von Preußen von der auf dem Schloßplatze versammelten ehrfurchtsvollen Volksmenge mit donnerndel Lebehoch gebracht wurde. Der General v. Wrangel befand sich im Gefolge der Prinzen. — Dem hiesigen Magistrate ist unter dem 26. November c. von dem hier unter der Leitung des Dr. Wunschmann bestehenden Handwerkerbunde, zu welchem 900 junge Männer aus dem Handwerkerstande sich vereinigt haben, eine Vorstellung zugegangen, durch welche seine Mitglieder, welchen sie Statutenmäßig keine politischen Zwecke verfolgen, sich veranlaßt sehen, als Staatsbürger ihre politische Gesinnungen frei und offen vorzutragen, um alle üblen Einwirkungen und alle ihnen feindlich gesinnten Einflüsterungen zu Schanden zu machen. Sie erachten dafür, daß das preußische Volk nicht erst durch die blutigen Märztage, sondern schon früher durch die geförderte Schuldbildung zur nationalen Freiheit und zur politischen Mündigkeit geführt worden. Sie finden in dieser die Freiheit des Denkens und die Freiheit des gesetzlichen Handelns fest begründet. Sie wollen die Freiheit, die Gott jedem Menschen schon mit seiner Geburt verliehen, sie wollen, daß die von der Nation geforderten und verbrieften Grundbreiheiten Sicherung und dahin Ausbildung erhalten, daß die Freiheiten der einzelnen Menschen, sowie der Vereine durch politische Gesetze geschützt werden. Sie wünschen, daß diese Freiheiten nur innerhalb wohl es unabweislich fordert, daß Jeder das Erkennen an, daß diese Freiheiten nur in Gesetz und Ordnung begründet sein können und machen sich deren Ausrechthaltung im ganzen Umfange zu einer unumgänglichen Aufgabe. Indem sie die drückende Schwüle der Zeit fühlen, in welcher Handel und Gewerbe darniederliegt, wollen sie gegen alle Gesetzlosigkeit und den Umsturz der bürgerlichen Ordnung kämpfen. Sie sind überzeugt, daß auf dem Wege der Anarchie unwiderruflicher Freiheit und Wohlstand zu erlangen ist, und wünschen, daß die Handhaber der Gesetze mit der größten Entschiedenheit allem Unwesen steuern möchten, daß das Unglück über Tausende gebracht hat. Sie wollen endlich ihre gesetzlichen Freiheiten durch eine konstitutionelle Monarchie auf demokratischen Grundlagen vertreten sehen und erkennen in ihr allein die einzige Gewähr für das Bestehen und die Wohlfahrt des Vaterlandes, wie für die Freiheit des Volkes. Sie weisen alle republikanischen Bestrebungen entschieden zurück und werden sich nicht durch glänzende Vorspiegelungen derjenigen täuschen lassen, welche, ohne das Geringste für die Arbeiter zu thun, diese nur zum Hasse gegen die

Arbeitgeber verleiten, um selbstsüchtige und anarchische Bestrebungen durchzusetzen. Durchtrungen von diesen Gesinnungen, glauben sie ruhig der nicht fern liegenden Zeit entgegensehen zu können, in welcher das Gerüchte klarer durchschaut werden kann, und sich herausstellen wird, auf welcher Seite das Recht liegt und wer das Wohl des Volkes ins Auge gefaßt hat." Den Soldaten, welche bei dem am 1. d. M. stattgefundenen Truppenzusammenzuge Berlin verließen, ist höheren Orts wegen ihres bewährten Verhaltens während ihrer hiesigen Anwesenheit eine lobende Anerkennung zu Theil geworden. — Dem Komité zur Verabreichung von Erfrischungen an die Berliner Garnison, sind bereits namhafte Quantitäten von Naturalien aller Art, so wie auch nicht unbedeutende Geldsummen zur Verfügung gestellt worden.

— Trier, 29. Nov. Folgendes Schreiben des hiesigen Regierungspräsidiums ist in lithographirten Exemplaren an die Soldaten vertheilt worden: Euer Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, alle Kommando's der resp. Truppentheile im hiesigen Departement darauf gefälligst aufmerksam zu machen, daß es demnächst darauf ankommt, Truppen zu haben, wenn vor ihren Augen aufrührerische Flugschriften und Plakate vertheilt, resp. öffentlich angeheftet werden. Dieses Unwesen ist zugleich polizeiwidrig, und es kann der guten Sache nur förderlich sein, wenn das Militär aller Orten angewiesen wird, Plakate, welche nicht von einer obrigkeitlichen Autorität ausgehen, abzureißen, und Personen, welche sich aus Vertheilung, Verbreitung oder Anheftung solcher Schriften zu schaffen machen, an die öffentlichen Orten in dieser Beschäftigung betroffen werden, festzunehmen und der nächsten Polizeibehörde zu überliefern. Trier, 27. Nov. 1848. Regierungspräsidium. An den k. Generalmajor und Brigadekommandeur Herrn v. Brune, Hochwohlgeboren hierselbst.

Oesterreich. * Kremsier, 2. Dez. Die Sitzung des Reichstags unter Vorsitz Smolka's (Anfang um 1½ Uhr. Auf der Ministerbank: Bach, Gordon, Kraus, Stadion, Schwarzenberg, Thinnfeld. —

Präsident: Heute Morgens 8 Uhr erhielt ich eine telegraphische Depesche vom Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg mit der Anzeige, daß Ministerium habe dem Reichstage wichtige Eröffnungen zu machen, und dem Ersuchen, eine Sitzung zusammenzuberufen. Um 12½ Uhr erhielt ich eine zweite telegraphische Depesche des Inhalts, die Minister seien um 11 Uhr von Olmütz abgereist. Sie hätten, ihre durch eingetretene Umstände verspätete Ankunft entschuldigen zu wollen. Sie werden sogleich der Kammer ihre Mittheilungen machen. Ministerpräsident Schwarzenberg verfündet nun von der Tribune, daß ein Akt von hoher, weltshistorischer Bedeutung heute stattgefunden. Er verliest hierauf das Protokoll, durch welches Se. Maj. Kaiser Ferdinand I. den Gesammtstaat des erzbischöflichen Palastes zu Olmütz in Gegenwart der anwesenden Mitglieder des Kaiserhauses, sowie Sr. Durchlaucht des Fürsten zu Windischgrätz und des Banus von Kroatien, Baron Jellachich, den Ministerrath versammelt, und daselbst in Begleitung seiner Durchlauchtigsten Gemahlin unter Vortritt des Fürsten Lobkowitz und Kundgebung des dadurch wichtige Gründe ihn bewogen, die Krone zu Gunsten seines Neffen Franz Joseph niederzulegen, nachdem er dieses für mündig erklärt und Sr. k. k. Hoheit E. H. Franz Karl zu Gunsten seines Sohnes auf die Krone verzichtet. Der Ministerpräsident verliest hierauf die Akte, wodurch Se. Maj. Kaiser Ferdinand I. seinen Neffen Franz Joseph, weil sich derselbe bereits der gesetzlichen Reife nähere, für mündig erklärt. Ferner die Entsagungsurkunde Sr. k. k. Hoh. des E. H. Franz Karl zu Gunsten dessen ersgeborenen Sohnes und seiner Nachfolger. Dem folgt die Abdikationsurkunde Sr. Maj. des Kaisers zu Gunsten seines Neffen Franz Joseph, welche der Ministerpräsident mit bedregter Stimme verliest. Nach Verlesung dieser Akten wurden dieselben in jener allerhöchsten Versammlung von den betreffenden Personen unterzeichnet, von den Ministern gegengezeichnet, und Franz Joseph der Erste als Kaiser von Oesterreich proklamirt. (Anhaltender Applaus.) Der Ministerpräsident verliest sodann die bereits gefaßten schon mitgetheilten Aktenstücke, nämlich das Abschiedsmanifest des Kaisers Ferdinand an die Völker Oesterreichs und das Manifest des Kaisers Franz Joseph I., worauf diese den Thron besteigend verzichtet. Ein übereinstimmendes Manifest kaiserlicher Allerhöchst dero Gruß dem k. konstituirenden Reichstage und spricht den Willen aus, daß das Verfassungswerk bald beendet werde und gibt sich der Hoffnung hin, daß die Vertreter der Völker Oesterreichs zu diesem Werke kräftigst mitwirken werden. (Beifall.) Hierauf wird ein Handbillet Sr. Maj. des Kaisers an den Ministerpräsidenten verlesen, wodurch das gesammte Ministerium in seinem Amte bestätigt wird. — Ein zweites Handbillet zeigt dem Ministerpräsidenten die Ernennung des Baron Gulmer zum Minister ohne Portefeuille mit Sitz und Stimme im Ministerrathe an. — Beide Schreiben werden mit großem Beifall aufgenommen. — Der Vorsitzende fordert hierauf die Versammlung auf, diese so wichtigen Mittheilungen mit einem Lebehochrufe: für den konstitutionellen Kaiser Franz Joseh I. entgegenzunehmen. Die ganze Versammlung erhebt sich, und bringt dem Kaiser ein 3maliges Lebehoch.) Neumann von der Tribune: In diesem Augenblicke, wo das hohe Haus eine Nachricht von so hoher weltshistorischer Bedeutung erhält, eine Nachricht, die auf Niemanden im Hause ihre erschütternde Einwirkung verfehlen wird, glaube ich, ist es unsere erste Pflicht, aus dem Schooße der von Sr. Majestät so feierlich begrüßten Reichsversammlung eine Deputation zu ernennen, um den Ausdruck der tiefsten Verehrung dem jugendlichen Monarchen darzubringen, zugleich aber auch, um Ferdinand dem Gütigen, dem Schöpfer unserer Freiheiten, den Dank von Millionen darzubringen. Ich stelle somit den Antrag, das hohe Haus möge aus seiner Mitte eine Deputation ernennen, die wo möglich heute, jedenfalls aber morgen zu Sr. Majestät nach Olmütz sich begeben möge. — Dieser Antrag wird einstimmig unterstützt und angenommen. Brauner stellt den Antrag, daß auf jedem Gouvernement drei Mitglieder für die Deputation gewählt werden sollen. Mayer (von der Tribune) stellt den weiteren Antrag, daß diese Deputation eine Begrüßungsansprache an Se. Maj. Franz Joseph I., aber auch zugleich eine Dankadresse an den gewesenen gütigen Kaiser überbringen solle. — Auch dieser Antrag wird angenommen. — Auf eine Anfrage des Präsidenten, wie die Deputation zusammengesetzt sei, wird ein Antrag in corpore hinzugehen, abgelehnt, dagegen der obige Antrag Brauner's angenommen. Kindermann, als Berichterstatter des Ausschusses, stellt den Antrag, daß die Deputation sich sogleich nach Olmütz begeben möge. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Brauner stellt den Antrag, daß auf jedem Gouvernement drei Mitglieder für die Deputation gewählt werden sollen. Mayer (von der Tribune) stellt den weiteren Antrag, daß diese Deputation eine Begrüßungsansprache an Se. Maj. Franz Joseph I., aber auch zugleich eine Dankadresse an den gewesenen gütigen Kaiser überbringen solle. — Auch dieser Antrag wird angenommen. — Auf eine Anfrage des Präsidenten, wie die Deputation zusammengesetzt sei, wird ein Antrag in corpore hinzugehen, abgelehnt, dagegen der obige Antrag Brauner's angenommen. Kindermann, als Berichterstatter des Ausschusses, stellt den Antrag, daß die Deputation sich sogleich nach Olmütz begeben möge. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Brauner und Ziemialkowsky, und fordert sodann sämmtliche Abgeordnete auf, um 4 Uhr behufs der Wahl der Deputation sich nach den einzelnen Gouvernements zusammenzutreten und bestimmt die für die einzelnen Gouvernements nöthigen Lokale. Ueber den Umfang, ob die Adresse einer Genehmigung des Reichstags unterzogen werden solle, entspinnt sich eine Debatte. Strobbach glaubt, nur die Deputation solle davon Einsicht nehmen, die Adresse sei ein Gemüthsausdruck ohne politische Grundsätze. Eine dem Reichstag zu machende Vorlage würde nur die Kommission kompromittiren und eine Zögerung veranlassen. Mayer: Der Zweck der Adresse sei kein politischer. Eine Debatte würde in die Länge führen, Mißtrauen schwächen, es sei aber besser, sie einer Debatte zu unterziehen, als sie einer Kommission vorzulegen. Trojan: wer die Adresse überreiche, solle sie auch kennen. Borkowsky: Die Richtung der Adresse sei zwar keine politische, aber sie sei der Ausdruck der Kammer. Letzteres sei sie aber nicht, wenn sie nicht der ganzen Kammer vorgelegt werde. Die Adresse sei nicht blos der Ausdruck einer Deputation. Kindermann: Es scheine, daß der vorige Redner der Adresse und Deputation eine konstitutionelle Bedeutung unterlege: ein Anderes sei eine Adresse an den konstitutionellen Kaiser, wenn er den Eid auf die Verfassung leistet, ein Anderes eine Adresse die als Pflicht der Courtoisie, als Ausdruck der Volksvertreter gegeben werde. Wenn man den Monarchen, der den Reichstag ins Leben gerufen begrüßt, nicht wolle, so werde man den Wunsch des Volkes schlecht kontpreichen. Er könne daher nicht einsehen wie eine Verschiedenheit der Meinungen hier statt finden könne. Goldmark ist gleichfalls dafür, daß die Adresse so wie sie die Kommission entwerfe abgesendet werde. Mayer: Man werde einfach sagen, der Reichstag wünsche Sr. Majestät zur Thronbesteigung Glück; man habe auch den Wunsch der Kammer; die Einleitung zu beantworten sehe wohl der Kammer, nicht aber der Deputation zu. — Die Kammer entscheidet sich dafür, daß die Adresse von der Kommission entworfen und ohne weitere Revision abgesendet werde, worauf die Sitzung um 3 Uhr geschlossen wurde.

Man will mit Gewißheit behaupten, daß der zum Woiwoden von Serbien ernannte General Suplikatz als solcher auch bestätigt worden ist.

* Olmütz, 2. Dez. Se. Maj. der Kaiser Ferdinand beschloß heute um 1 Uhr Nachmittags nach Prag abzureisen. An die Höfe von Dresden und Berlin ist der Erzherzog Ferdinand d'Este mit dem Abdankungsmanifeste des Kaisers Ferdinand abgereist. Diesen Vormittag nach 11 Uhr verfammelte ein kaiserl. Kommissär unter Trompetenschall den Bewohnern von Olmütz den vorgegangenen Thronwechsel und schloß dabei mit dem Rufe: „Hoch lebe Franz Joseph I., konstitutioneller Kaiser von Oesterreich!" — Feldmarschall Fürst Windischgrätz und der Banus Jellachich sind gestern Abends hier eingetroffen. Heute Vormittags war große Parade der ganzen Garnison.

Prag, 3. Dez. 33. WM. der Kaiser und die Kaiserin sind in Begleitung des Fürsten Lobkowitz gestern Nachts halb 11 Uhr im besten Wohlsein in Prag eingetroffen und von dem Vizepräsidenten Frhrn. v. Mecsery und dem kommandirenden General Grafen Schlick unterthänigst ehrfurchtsvollst empfangen und in die Hofburg geleitet worden.

Italien.

So eben erhalten wir noch römische Blätter vom 28. Nov. Sie bestätigen daß der Papst in Gaeta gelandet, wo er die Kardinäle Macchi, Festi, Bofondi, Mattei, Gazzoli und mehrere Prälaten um sich habe. Am 25. um Mitter nacht sei Graf Spaur, der bayerische Gesandte in Rom, im k. Palast zu Neapel mit einem Briefe des Papstes angekommen, worauf der König sogleich nach Gaeta abgereist. Pius IX. war als Kaplan des bayerischen Gesandten verkleidet. Sie soll beabsichtigen einen Aufenthalt in Gaeta oder Portici zu nehmen. So hat sich denn, ruft die Bientinner Albo, der Papst dem Bourbon in die Arme geworfen, und mit der italienischen Sache entschieden gebrochen! Lumbruschini ist in Neapel.

(A. Ztg.)

Frankreich.

Paris, 2. Dez. Die Ankunft des Papstes in Frankreich nimmt in diesem Augenblicke die öffentliche Aufmerksamkeit gänzlich in Beschlag, und drängt selbst die Präsidentschaftsfrage in den Hintergrund. Am Schlusse des gestrigen Sitzung der Nationalversammlung zeigte der Minister Dvinen noch an, daß der Kultusminister, Hr. Freslon, bereits nach Mopselle ab-

gerreift sei, um den Papst begleiten zu empfangen. Nach der Sitzung fand Ministerrath unter Cavaignac's Vorsitz statt; es wurde beschlossen, den Papst mit allen einem gekrönten Haupte gebührenden Ehren zu empfangen und ihn ohne Zeitverlust direkt nach Paris zu geleiten. Man versichert, daß die Nationalversammlung in der künftigen Woche keine Sitzungen halten wird und die meisten Vertreter dem Papst entgegen reisen werden. Der Papst wird, wenn er nach Paris kommt, in den Tuilerien wohnen. Das Univers zeigt an, daß der päpstliche Nuntius heute nach Marseille abgereist sei, und daß in Folge der Telegraphen die Karolinische Bonald, Dupont, und Giraud eingeladen habe, ein Gleiches zu thun. Marschall Bugeaud und General Regnaud St. Angely sind im Departement der Charente zu Abgeordneten gewählt worden. Dagegen fiel im Departement der Yonne, wo Ludwig Bonaparte früher zweimal gewählt wurde, sein thätigster Agent, Generral Piat, durch, und sein Mitbewerber, Hr. Baudot, erhielt die Majorität. (L. J.)

** **Paris**, 2. Dez. Seit der Februarrevolution besteht hier ein Blatt „l'Assemblée nationale" das als das Organ der jetzt miteinander verbündeten ehemaligen Orleanisten und Legitimisten zu betrachten ist. Dieses Blatt hatte bisher geschwiegen darüber, welchem Kandidaten für die Präsidentschaft es den Vorzug gebe. Gestern endlich brach es sein Schweigen, und erklärt sich offen und entschieden für Ludwig Napoleon und gegen den General Cavaignac. Es thut dies in einer Weise, die keinen Zweifel über die wahren Beweggründe seiner Wahl läßt. Seine Freunde werden sämmtlich gegen den General Cavaignac stimmen, weil die Erwählung dieses zum Befestigung der Republik beitragen könnte, welche sie natürlich nicht wollen.

Spanien.

*Madrid, 26. Nov. General Mc la Concha ist heute Abend nach vorhergegangener Verständigung mit dem Conseilspräsidenten nach Catalonien abgegangen. Die Regierung hat alle Forderungen des Generals bewilligt und ihm alle Mittel, deren er bedarf, zur Verfügung gestellt. Die Operationsarmee in Catalonien wird demnach um 20 Bataillone verstärkt werden. — Einem heute hier umlaufenden Gerüchte zufolge dürfte General Cordova vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Soviel ist gewiß, daß sein Benehmen einer Aufklärung dringend bedarf. — Hr. Mon, der Finanzminister beschäftigt sich äußerst thätig mit den Angelegenheiten der Bank.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 5. Dez. Bayer. 3½proz. Obligationen 76 ℔. — B. 4proz. 88 ℔. Bankaktien II. Semester — ℔. 580 B. Prämien 36 ℔. — B. Oesterreich. 5proz. Metall. 950 B.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Die Redaktion dieses Blattes wurde am Veröffentlichung der folgenden Erklärung ersucht: **„Mein Rücktritt in die Welt.** Ich glaube der reiflichen Besinnung Aller, und auch mir selbst es schuldig zu sein, über meinen Rücktritt in die Welt mich öffentlich auszusprechen, damit hieran Niemand Anstoß nehme. — Jeder Stand und jedes Verhältniß dieses Lebens ist eben nur ein Mittel zu dem Einen Ziele, das der Mensch hienieden anstreben soll. Erscheint dieses Mittel, unter ganz veränderten Umständen, als weniger geeignet, so gebietet die Klugheit, das zu wählen, was zweckentsprechender ist. Jedem ist es Gott, der jeden Menschen schägt und trieb, welcher vertrauungsvoll an ihm festhält, und der von uns nicht selten etwas ganz anderes verlangt, als jenes Mittel anzudeuten scheint, das er uns ergreifen läßt. Als ich in den Orden trat, glaubte ich den Willen Gottes zu thun, und diejelbe Ueberzeugung bestimmte auch meinen Rücktritt in die Welt. Ich bin der Meinung, Gott habe mich nur dazu in die Einsamkeit geführt, damit ich mir selbst nützlicher werde, um auch Andern desto besser nützen zu können — Was aber meinen gegenwärtigen Schritt näher begründet, ist dieses: 1. die allgemeine Unsicherheit des Bestandes der Klöster gewährt jene sichere Grundlage nicht mehr, der man mit Ruhe seine ganze Zukunft anvertrauen könnte; 2. es widerstrebt meiner Ueberzeugung, unter den gegenwärtigen Umständen ewiges Ordensgelübde abzulegen; 3. meine persönliche Lage hatte sich bereits der Art geändert, daß sie mich verpflichte, ihren Bestand um so mehr anzuerkennen, als er sich ohne mein Zuthun gemacht hatte; 4. ich wurde zu diesem Schritte zugleich auch von Außen her in einer Weise veranlaßt, die mir als eine höhere Fügung erscheinen mußte; 5. meine Ordensbrüder, sowie jene Männer in und außer dem Orden, die sie mir zur Berathung dieser Sache anerwiesen, und die ich mir noch überdies selbst gewählt, erklärten einstimmig und entschieden, daß die obwaltenden Umstände mich verpflichten, in die Welt wieder zurückzukehren, und dies als den Willen Gottes anzusehen; 6. ich trete somit nicht bewogen in die Welt wieder zurück, weil mir mein neues Leben etwa nicht gefiel, sondern weil ich der Ueberzeugung bin, daß Gott mein Bleiben im Orden nicht haben wolle, obwohl mir das Bleiben lieber gewesen; — ich trete zurück, um so den Willen Gottes zu thun. — Nur dieser Grund konnte für mich entscheidend sein; — jeder andere wäre mir wie keiner gewesen. — Wohl hat zwar während dieser Zeit meiner Einsamkeit eang Deutschland eine völlig neue Gestalt angenommen; es aber auch ich, wie mir scheint, nicht ganz der Alte geblieben, so habe ich vertrauungsvoll im Namen des Herrn meiner Zukunft entgegen, und grüße bei meinem Rücktritt in diese neue Welt Alle mit herzlichen Wohlwollen, die noch an die Pflicht der Nächstenliebe glauben; denn auch wir müssen alles Ernstes Kommunisten werden, woll es besser gehen. — Kaltern, den 30. Nov. 1848. **Anton Eberhard.**

Bekanntmachungen.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Graf v. Falkenhein, k. k. Feldmarschall-Lieutenant, von Wien. Brandt, Partikulier, von Wien.

Gold. Kreuz. Geiger, Privatier, von Landshut. Fesel, Tuchhändler, von Landshut. Kopf, Kaufmann, von Mannheim.

Blaue Traube. Dr. Marriat, von Basel. Wolf, Studierender, von Wien. Schwandorn, Kaufmann, von Aachen.

Getraute in München.

Die Herren: Johann Baptist Innerthofner, Taglöhner dahier, mit Regina Rösch, Binderemeisterstochter von Dietfurt. Leonhard Bachel, Schiffergeselle dahier, mit Maria Anna Grillmaier, Maurerstochter von Altmannstein, Lgs. Riedenburg. Johann Evangelist Beck, Lohnkutscherskaecht dahier, mit Maria Elise Popp, Taglöhnerstochter von Obermeilhof, Lgs. Pfarrberg. Joseph Widauer, Zunftmeist, mit Anna Kunigunda Löw, bürgerl. Bedermeisterstochter von Eschenbach. Karl Iler, bürgerl. Gärtner dahier, mit Katharina Reischl, Taglöhnerstochter von Freising. Franz Paul Zimmermann, Maurergeselle dahier, mit Katharina Spätlinger, Hofkammerzahlmeisters-Tochter von hier. Matthäus Obermaier, ligenfreier Sattlingsgeselle, mit Maria Elise Euphrosina Schmitt, Zimmermeisters-tochter von hier. Sebastian Dietrich, königl. Leibgarde-Barbier, mit Anna Maria Rumbach, Hoppiersleher des Bierbs Johann Graf zu Seinsheim-Forst. Georg Scherer, herzogl. Birkenfeldischer Kabat, mit Maregaretha Knauer, von Markt Schellenfeld. Michael Pfiorlich, Maschinenschlosser dahier, mit Katharina Steymayer, Gütnerstochter von hier. Johann Michael Iler, bürgerl. Siebmacher, mit Helena Rauscher, Siebmachermeisterwitwe von hier. Simon Langmantl, Oberfeuerwerker beim 4. Artilleriregiment Prinz Luitpold, mit Katharine Weismann, Bauerstochter von Beingarten, Lgs. Lichtenfels. Johann Goller, Hauptzollamtsdiener in Pfronten und Insasse dahier, mit Sophie Sonnh, verschafft. Bedienstenswitwe von hier. Franz Xaver Lammaier, Bürgerl. Bäckermeister, mit Maria Baber, Schneiderstochter von Erling bei Andechs. Nikolaus Seidauer, bürgerl. Schuhmacher, mit Katharina Landweyr von Salzburg.

Ausswärts Getraute.

In Schwabing: Dr. Joseph Zais, bürgerl. Bäckermeister von hier mit Anna Areszeg Putter, Maschinenstochter von Schwabing.

Gestorbene in München.

Maria Anna Kätzl, Silberarbeiterstochter von Wolfratshausen, Lgs. Starnberg, 60 J. a. Konrad Riegl, königl. Bäckermeister, 52 J. a. Karl Förster, bürgerl. Schreiner, 37 J. a.

270. Unterzeichnete hat die Ehre, dem hohen Adel und Publikum zur Kenntniß zu geben, daß sie ihr von den heiligen Feuchtkirchen und andere Gegenstände von Früchten gefertigt, sehr gut für Weihnachts- und Neujahrs-Geschenke geeignet, zu haben sind.

Auch können Damen auf besonders Wunsch Unterricht darin erhalten.

Apolonia Mützel,
Tannenstraße No. 5 zu ebener Erde links, zunächst dem Hof- und Hofgarten.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

Wir haben bereits in unserem heutigen Hauptblatte das Wesentlichste aus der 128. Sitzung vom 4. Dez. mitgetheilt. Wir tragen nur noch einiges Nähere aus der Berathung des Verfassungsausschusses nach, der vom „Reichstag“ handelt. Artikel 1, §. 1 lautet nach dem Entwurfe: „Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Staatenhaus und dem Volkshaus.“ Die dagegen gestellten Anträge sind zuerst der von Moriz Mohl: „Die Abgeordneten des deutschen Volks bilden den Reichstag.“ Ferner ein event.-aller Antrag Vogt's und Genossen, der das Zweikammersystem in so fern anerkennt, als auch dem Volkshause ein Viertel Repräsentanzgewicht werden und das Oberhaus bilden soll. Von Rednern sind nur wenige angemeldet und keine von den Bekannten. In der eröffneten allgemeinen Diskussion vermißt Mauwerck an dem Verfassungsentwurfe den Charakter der Zeit, die das Parlament hervorgerufen hat. Ja, der Entwurf ist so ungenügend, daß er die Revolution in Permanenz erklärt, daher protestirt Mauwerck gegen den „revolutionären Entwurf.“ Tellkampf ergreift darauf das Wort zur Rechtfertigung des Staatenhauses neben dem Volkshause. Sowohl das durch die konstitutionelle Erfahrung erprobte Zweikammersystem, als das Bestehen des Bundesstaates fordere die Errichtung eines Staatenhauses. Auch sey eine einzige Kammer die Freiheit in Gefahr, denn sie könne sich leicht einer Macht, die ohne Gegengewicht sei, zum Despotismus bedienen. v. Waydorf entgegnet sich nicht, daß es wenig Aussicht auf Erfolg habe, wenn er gegen das Zweikammersystem, „diese ewige Krankheit“ der Staatsgesetzgebung, spreche. Aber nicht die Weisheit des Gesetzgebers, sondern rein das örtliche Bedürfniß habe in England das Ober- und Unterhaus geschaffen. Die erste Versammlung, die er zahlreich war, um in Einem Saale Raum zu haben. In der zufälligen Trennung habe man dann einen so tiefen Sinn gefunden, daß die englische Einrichtung sogar nach Nordamerika auszuwandern und dort adoptirt worden sei. Er (Waydorf) gehöre einem Staate an, Sachsen, wo ebenfalls das Zweikammersystem herrsche. Was sei die Folge davon gewesen? Wenn zwei mal zwei in der einen Kammer nicht, so sei es in der zweiten sicht gewesen und das Ergebniß der Vereinigung sodann fünf. Kurz, was man für ein Rad am Wagen des Staats angeben wolle, sei nur ein Hemmschuh. Jahn. Hat früher ein Redner von dieser Stelle gesagt, er erwarte keine Weisheit von diesem Hause, so erwarte er noch mit viel größerem Rechte keine Thorheit. Ein Staatenhaus sei das Alte und das Verwerflichste, was man sich nur denken könne. Es sei ein Rad und das Nichtige. Nur so werde man haben etwas Stetiges und etwas Bewegendes — ein Bleibendes und ein Treibendes — und dies mache eben den Staat aus. Freudentheil: Unsere Aufgabe kann nicht gelöst werden, wenn ein Staatenhaus neben uns sagt. Nicht die Individuen sind der einzelnen Staaten, sondern die Nationen, das Volk. Ein Oberes, Niederes gibt, wird sich im Staatenhause vertreten sehen und das dynastische Interesse. Wie soll da die Schwierigkeit fallen zwischen den einzelnen Stämmen und Stämmen? Der Reichsoberhaupt wird vielmehr in den Staatenhause ein Hauptmann Wunderlich sein, das Odium zurückgewiesener Gesetze von sich abzuleiten. v. Wydenbrugk: Der Entwurf ist revolutionär genannt worden. Ich bin bis jetzt auch seit vielen Jahren dazu, daß ich die Ehre habe, wo ich auf einmal als „reaktionär“ bezeichnet werde. Demnach beantrage ich die Annahme des „revolutionären Entwurfs“ zu einem doppelten Kammersystem. Tafelmann als Berichterstatter erstattet darauf das Schlußwort. Wenn Hr. Mauwerck nicht zwischen den Zeilen des Entwurfs, sondern in diesen selbst lesen wollte, so werde er für sein trübes Urtheil keinen Grund finden. Wir aber nach der Zweikammersystem in England und dem Zufalle entstanden, wie Hr. v. Waydorf behauptet hat — aber nicht Zufall war ein dauernder: „die Steuern,“ nach ihnen trennte man sich — so kann und doch nur Nordamerika zum Muster nehmen, nicht England. Die Mannigfaltigkeit des Reichs in Ehren zu halten, unsern besonderen deutschen Verhältnissen, welche besonders Rücksicht zu nehmen, haben wir das Staatenhaus und darum empfehle ich Ihnen die Annahme des §. 1. Zurstl kommt zur Abstimmung (durch Zettel auf Tafel's Verlangen), der Verfassungsantrag: „der Reichstag besteht aus den in Einem Hause vereinigten Abgeordneten des deutschen Volks.“ 339 (gegen 95) Stimmen verneinen die Annahme dieser Bestimmung. Dagegen erhielt die überzeugte Mehrheit den §. 1 in der von mitgetheilten Fassung schutzsätzung. Die Berathung über den Verfassungsentwurf wird hier abgebrochen, um den Bericht G. Briegers über die Selbstständigkeit der kleineren Staaten zu erledigen, da dieser Gegenstand den nachfolgenden Einzel-Bestimmungen über das Staatenhaus vorzugreifen scheint. Die Mehrheit des Verfassungsausschusses hat den Antrag gestellt: „Die Nationalversammlung wolle beschließen, daß die Mehrheitsgründe der letzten Anträge zur weiteren Tagesordnung übergegangen.“ Die beiden Minderheitsansichten dagegen lauten: Das erste: Die Nationalversammlung möge die provisorische Zentralgewalt beauftragen, die Mediatisirung der kleineren deutschen Staaten, oder wo dieß nicht angeht, deren Vereinigung in Staatenverbänden auf dem Wege des Vertrags zu vermitteln und thätigst zu unterstützen.“ (Eigard. Römer. Schreiner.) Das zweite: Die Unterzeichneten, mit den Motiven des Berichts im Allgemeinen einverstanden, glauben doch zu einem abweichenden Schlußantrag gelangen zu müssen. Sie beantragen: „Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Reichsgewalt aufzufordern, die Zusammenlegung der kleineren Staaten zu Staatenverbänden nach Kräften zu befördern, unter Umständen die Vereinigung einzelner deutsch-n mit einem größeren Staate zu vermitteln.“ (Waiz. Ahrens. Somaruga. Mittermaier. Zell.) (D. Z.)

Aktenstücke aus der Versammlung der deutschen Erzbischöfe und Bischöfe zu Würzburg.

I.

Wir beginnen heute mit der Mittheilung dieser wichtigen Aktenstücke, und zwar nach der Zeitfolge, in welcher sie erschienen sind. Das erste trägt den Titel „Hirtenworte der in Würzburg versammelten Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands an die Gläubigen ihrer Diözesen, erlassen am 11. Nov. 1848,“ und lautet vollständig wie folgt:

„Die in Würzburg versammelten Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands den Gläubigen ihrer Diözesen Gruß und Segen von Gott dem Vater und unserm Herrn Jesu Christo! Wenn je, wie oft große Heimsuchungen über die Völker hereinbrachen und schwere Gefahren und Erschütterungen die Kirche Gottes bedrohten, die Träger des Hirtenamtes Jesu Christi in einmüthigen Gebeten und Berathungen für das Heil ihrer Heerden sich versammelten; so hat es wohl nie eine Zeit gegeben, welche mächtiger zu solchen einmüthigen Gebeten und Betrachtungen hindränge, als die gegenwärtige. Eine gewaltige Erschütterung hat Europa bewegt. Die Bewegung ist zu einem Strome angewachsen, der über die Länder dahingewaltigt ist und die Völker ergriffen hat. In seinen Wogenschlägen wanken die Throne: viele alte Ordnungen stürzen zusammen und alle Verhältnisse werden mehr oder weniger berührt. Auch an der Kirche beiligen Bau schlägt die schäumende Brandung, und wogegen die Stürme und Unwetter von achtzehn Jahrhunderten vergebens getobt, dagegen wagt der Geist der Verneinung und des Unglaubens vielleicht seinen letzten, aber auch gewaltigsten Kampf. Darum sind wir Bischöfe Deutschlands, wie viele immer nicht durch Krankheit oder unabweisbare Hemmnisse zurückgehalten worden, in der Zahl so vieler geschichtlicher Erinnerungen und Denkmale einer frommen Vorzeit altehrwürdigen Stadt Würzburg zusammengetreten und haben uns nach dem Empfange des Leibes des Herrn aus der hohenpriesterlichen Hand des Aeltesten unter uns und unter barrlicher Anrufung des heiligen Geistes und den Gebeten und Segenswünschen vieler Millionen getreuen Gläubigen zu gemeinsamer Berathung vereint. Und wahrlich keinen unter den Berathungen vor Allem ist hier ein: Hatten wir sie darauf zu richten, daß wir in dieser Zeit des Zwiespalts und der religiösen Zerrissenheit einen Mittel- und Einheitspunkt fanden für die bedrohte Kirche? Einen Steuermann, der durch den Wogen? drang des wildbewegten Meeres die Arche des Heiles lenke und leite? Wir haben ihn gefunden in dem Herrn! Zu Ihm der Einheit, auf welchen Christus seine Kirche gebaut, daß sie die Pforten der Hölle nicht überwältigen. (Matth. 16. 18.) Ihr lenket den Steuermann, den unser göttlicher Meister sich erkoren, daß es durch die Klippen und Unwetter aller Jahrhunderte das Schiff leite, dessen Mast, wie ein sonniger Garr sagt, das Kreuz Christi, dessen Steuer der Glaube, dessen Ruderer die Engel sind, dessen Hafen das Paradies ist. Ihr lenket es, wo Ihr an der Spitze Eurer versammelten Bischöfe dahin gewendet, wo der Stuhl des heiligen Petrus aufgerichtet ist, und wo, wie der heil. Irenäus sagt, wegen des höheren Vorranges dieser Kirche alle Kirchen als in ihrem Mittelpunkte zusammentreffen müssen. Darum waren es die Gelöbnisse der Treue und des Gehorsams, die wir dem Haupte der Christenheit, unserm vielgeliebten Pius IX., zu Füßen legten. Darum war es unser erstes feierliches Losungswort: daß keine Kluft und keine Macht der Welt und je erschüttern dürfe und solle in dieser heiligen Treue, mit welcher der Episkopat Deutschlands sich fest und innig um den Stuhlnalter Christi auf Erden schaar. Aber darum wir uns darüber zu krachen, wie viel wir auch in dieser Liebe der göttlichen Wahrheit zu verdanken haben? Wir legten beibehalten und wie viel wir abthun wollten, um und, wie der Apostel (1. Tim. 6. 20.) sagt, den unheiligen Wortneuerungen und den Streitreden einer falschen Wissenschaft zu fügen und denen nachzugehen, welche die Wahrheit Gottes mit der Lüge vertauschen und mehr das Geschöpf verehren und anbeten, als den Schöpfer? (Röm. 1. 25.) Gewisse in dem Herrn! Gewisse ist die Wahrheit ist ewig und unveränderlich, wie Gott selber, der sie und in seinem eingeborenen Sohne gegeben hat. Wie sie die Kirche als einen himmlischen Schatz von ihrem göttlichen Stifter überkommen, so hat sie dieselbe, kraft des ihr innewohnenden heil. Geistes, unter allen Anfechtungen des Irrgeistes bewahrt und verwahrt von Geschlecht zu Geschlecht, und ist sie ihr Eigenthum, wie sie Gott selber ihr verliehen. Darum haben Eure versammelten Bischöfe das Bekenntniß dieser göttlichen Wahrheit, wie es in dem Symbolum des letzten allgemeinen Concilium von Trient so herrlich dargelegt ist, von Neuem laut und öffentlich vor dem Altare des treieinigen Gottes bekannt. Darum haben wir zur Erhaltung und Verbreitung dieser göttlichen Wahrheit, in welcher allein alles Heil ruht, und in freudiger Einmacht die Bahn gebrochen. Darum haben wir es in unserem anderen Losungsworte gemacht: daß wir leben und sterben in dieser Wahrheit und für diese Wahrheit, und auf ihren Wege die Heerden leiten, die Gott uns anvertraut hat. Aber haben wir uns darüber zu verständigen, was die Bewegungen dieser Tage und seien? Welchen An-

theil der gegenwärtige Kampf von uns fordere? Wie wir fördern, was die Zeit ihre Erhebung und ihren Fortschritt nennt? Geliebte in dem Herrn! Ihr wißt, wie es vor Allem die Kirche ist, die einem wahren Fortschritte huldigt, einem Fortschritte, der aus der Knechtschaft des Wahns und der Sünde zur Freiheit der Kinder Gottes führt. Auch das Gute und Große, um das es sich bei dem Ringen und Kämpfen der Gegenwart handelt, wir verkennen es nicht und nicht das Streben nach einem Zustande bürgerlicher und nationaler Freiheit, der wahrhafter und gerechter sein soll, als er es in der nächsten Vergangenheit war. Jeder Fortschritt aber muß ein gesetzlicher sein, sonst wird er zum Rückschritte, sei, wie manche Zeichen der Zeit darauf hinweisen, mit dem furchtbaren Abgrunde der Anarchie droht. Darum haben Euer versammelten Bischöfe sich insbesondere verbunden, mit dem Ansehen der Religion das Ansehen der von Gott gesetzten Gewalten zu stützen. Darum haben sie sich vom Neuem gelobt, treu zu halten an ihren rechtmäßigen Fürsten und Obrigkeiten, deren gesetzliche Macht die stärkste Bürgschaft und das festeste Bollwerk einer Ordnung, von Ihrer Freiheit gleichweit entfernten Freiheit ist. Darum haben sie das Wahrwort des Apostels (I. Petr. II. 13. 14. 15. 16.) zu ihrem breiten Losungswort erkoren: Seid unterthan jeder menschlichen Obrigkeit um Gottes willen, sei es dem Könige, welcher der höchste ist; oder den Statthaltern als solchen, welche gesandet sind zur Bestrafung der Uebelthäter und zur Belohnung der Rechtschaffenen. Denn so ist es der Wille Gottes, daß ihr durch die Rechtthun die Unwissenheit thörichter Menschen zum Schweigen bringt, als solche, die frei sind, aber nicht als solche, welche zum Deckmantel der Bosheit die Freiheit mißbrauchen. Mit diesen Einschließungen und Gelöbnissen, Geliebteste! haben wir sodann den Gang unserer Berathungen auf das innere Leben der Kirche selber gerichtet und unter einander berathen, wie wir dieses Leben, wie es erstarken, erneuern, wo es ermattet, erkräftigen; wo es — und ach, wie oft in unseren Tagen! — in das weite Meer eiteln und sinnlichen Wesens sich verloren hat, wieder erheben und auf das Eine, was Noth thut, die Blicke und Herzen der Menschen hinwenden können. Wir haben dabei, eingedenk der Worte unseres göttlichen Meisters (Luk. 14. 34.): Um das Salz ist es eine gute Sache; wenn aber das Salz seine Kraft verliert, womit will soll man salzen? in aller Demuth auch auf uns selbst und unsere Mitarbeiter im Weinberge des Herrn unsere Blicke gerichtet, und wir wir durch Förderung frommer Uebungen, durch Hebung wahrer Wissenschaft, durch Herstellung der Kirchenzucht, durch Erneuerung der von den heiligen Concilien vorgeschriebenen Provincial- und Diöcesanfynoden einen echt Kirchlichen Geist nähren, verbreiten und befestigen können, mit einander berathet und festgesetzt; damit wir Euch allenthalben als Diener Christi und Vorbilder auf dem rechten Heilswege voranzuleuchten im Stande seien, für die Mühen und Anstrengungen unseres heiligen Amtes uns stärken und den Kämpfen und Opfern der Zukunft gerüstet entgegen gehen. Von diesem innern Leben haben sich ferner unsere berathenden Blicke auf die äußeren Gefahren gewendet, welche der Kirche von denen drohen, die, wie der heil. Petrus (II. Petr. I. 1. 2. 3.) weissagt, als falsche Propheten unter dem Volke aufstehen, Irrlehren einführen: den Herrn, der sie erkauft hat, verläugnen und schnelles Verderben herbeiführen; denen, wie der Apostel weiter sagt, Viele zu ihrem Verderben nachfolgen und dadurch den Weg der Wahrheit verlästern. Denn ihr wißt, mit welcher Kühnheit sich die Gegner des Christenthums in unserer Zeit erhoben haben gegen die göttlichen Irrthum mehr begünstiget, als die göttliche Wahrheit. Darum ist es unerläßliche Pflicht der Wächter auf den Zinnen Jerusalems, daß sie, wie es in der Schrift (II. Esdr. IV. 17.) heißt, indem sie mit der einen Hand die Mauern der heiligen Stadt wieder herstellen, mit der andern den Feind abwehren und im Andrange so vieler verschiedenen Gefahren Sorge tragen, daß die Irrenden gerettet, die Gefährdeten gesichert, aber und überall die Würde und die Rechte der Kirche geschirmt werden. Geliebte, Geliebteste! — und wie hätten wir es übersehen können und dürfen? — haben wir auch die Stellung in Betracht ziehen müssen, welche bei der Veränderung aller bürgerlicher Verhältnisse die Kirche zu dem sich neu gestaltenden Staate einnehmen wird; und wir sind nicht einen Augenblick im Zweifel gewesen, daß die Kirche eine freie Gesellschaft des katholischen Bandes zwischen ihr und dem Staate nicht wünschen könne und dürfe; ja daß eine solche Trennung, auch wenn sie von einer andern Seite erstrebt würde, nie dauernd und völlig werden könne. Die Kirche, die sorgliche Mutter aller ihrer Kinder, der getreuen wie der ungetreuen, schließt Niemanden von ihren Segnungen aus, der sich nicht selber innerlich oder äußerlich von der Gemeinschaft der Kirche trennt. Sie wird am wenigsten dem Vaterlande mißgönnen, was es an christlichen Bestandtheilen noch zu seiner Erhaltung und — wills Gott — zu seiner Wiedergeburt in Gericht, Macht und Größe besitzt, und immer bereit sein, den ganzen Segen ihrer Heilskraft da zu entfalten, wo sie in ihrer Wirksamkeit sich nicht behindert und gestört sieht. Sie wird aber auch von den Rechten und Freiheiten, welche in der Grundlage der neuen Landesordnung bilden sollen, den ihr gebührenden Theil in Anspruch nehmen und nie dulden, daß ihr derselbe engherzig oder parteiisch bestritten werde. Sie wird wieder eintreten in jene Selbstständigkeit, welche ihr angehört, und die ihr, wahrlich nicht zur Förderung des Gesammtwohles, so lange verkümmert wurde. Sie wird vor Allem ihr heiliges Anrecht auf Erziehung und Unterricht wahren und behaupten, daß ihr, der Mutter, derein der Volksschule, das Kind vom Mutterherzen genommen werde. Das, Geliebteste! und was daran in nächster Folge sich reiht, hat, wie längst den Kreis unserer Sorgen, so nun den Kreis unserer gemeinsamen Berathungen und Bestimmungen erfüllt; und hätten Ihr sehen können, in welch schönem Geiste brüderlicher Liebe, reinen Eifers und frommer Zuversicht diese Verhandlungen gepflogen wurden, und wie jene katholische Einheit, die das Erbe unserer Kirche ist, auch die Seele dieser Versammlung Eurer Bischöfe und Hirten war, Ihr würdet mit uns in freudiger Dankbarkeit die Knie beugen und Den preisen, Der mit den Seinen ist alle Tage bis an's Ende. (Matth. 18, 20.) Darum aber dürfen wir auch hoffen, daß Gott seinen Segen auf die Bitten und Mahnungen legen werde, die wir am Schlusse unseres Hirtenwortes auf Herzen voll väterlicher Liebe für Euch Alle und voll treuer Sorgfalt für Euer geistliches und ewiges Wohl an Euch richten. Geliebteste! Die Zeit ist ernst und bedeutungsvoll und Niemand weiß, was die nahe Zukunft uns bringen werde: ob eine ruhige Gestaltung der gährenden Elemente zu Ordnung und Frieden? ob neue und größere Stürme und Gewitter? ob vielleicht gar eine Periode, die uns zurückversetzt in die Verhältnisse der ersten christlichen Kirche, da sie, gedrängt von Außen und Widerwärtigkeiten, oft von allen Seiten bedrängt und geängstet, nur auf sich selbst und die ihr innewohnende göttliche Kraft angewiesen, die Tage ihrer härtesten Verfolgungen, aber auch ihrer herrlichsten Triumphe durchlebte. Was aber wissen wir, auch die gegenwärtigen Kämpfe werden der Kirche zum Segen sein, und je heißer die Feuerprobe der Leiden ist, durch welche der Herr sie führt, um so näher und schärfer ist der Sieg. Denn Christi Leben ist das Leben unserer Kirche, ein Leben der Anbeit auf Erden, ein Leben des Unterjochs ihres ewigen Sieges. Darum wahrnn und bitten wir Euch: Harret aus im Glauben! Denn der Weg des Glaubens ist der Weg des Lebens, auf dem wir die Welt überwinden. Weil in deinem tiefsten Kerne, du lirbes katholisches Volk! der Glaube deiner Väter so fest wurzelt und so unauslöslich, hat der Geist des Unglaubens sein Werk der Entchristlichung unsers theuern Vaterlandes nicht zu vollenden vermocht. Aber er ist mächtig worden dieser Geist und hat seine schwarzen Flügel weit ausgebreitet. Er ist eingedrungen in Eure Versammlungen und wultet in zahllosen Vereinen. Er redet aus tausend Schriften und wird gepredigt auf den Märkten und Heerstraßen. Er erfüllt die Luft, welche Ihr athmet, und will des Glaubens heilige Flamme in Euch entlöschen. Darum habet Acht, ihr Geliebten, daß euch Niemand Euch raube! Weil aber die Kirche der Hort des Glaubens ist und seine Pfergerin, so haltet fest an ihr, die Euch Christus als Säule und Grundfeste der Wahrheit (I. Tim. 3, 15.) gesetzt hat, und fest an Dem, der ihr sichtbarer Haupt, das Band der Glaubenseinheit, erhalten und bewahrt hat bis auf diesen Tag. Erkennt, wie auch die Welt Euch darum hasse und verfolge, in diesem innigen Verbande mit allen katholischen Gläubigen der Erde Euer höchster Trost, Euer und lasset Euch nie vermögen durch die Erfindungen derer beirren, welche Eure Anhänglichkeit an die Kirche und ihr gemeinsames Oberhaupt als unbrusch anklagen und in ihrem Wahne den Fels Christi zerreißen wollen, in Dem die Menschen aller Zonen und Zeiten zur brüderlichen Eintracht berufen sind. Damit aber, die Ihr von Euch denken und Euch auch in Wahrheit (I. Joh. 4, 12.) vereinet sein sollet, Euch Werke und Gebet zu Gott preisen am Tage der Heimsuchung, (Luk 6, 27.) so zeiget Euch stark in der Liebe, die des Gesetzes Erfüllung ist! Haltet, so viel an Euch ist, Frieden mit Jedermann (Röm. 12, 18.), auch mit denen, die Euch lästern; segnet, die Euch fluchen; thuet wohl denen, die Euch verfolgen! Vor Allem aber erweiset Euch als Liebhaber und Brüder der Armen, der Leidenden und Elenden und erret ihn hier, zumal in einer Zeit der Drangsale, wie die gegenwärtige, ein Feld Eurer christlichen Thätigkeit, auf dem Ihr Euch nie genug thun könnet. Von je war die Kirche die Mutter der Armen; tretet nun, da sie selbst arm worden ist an zeitlichem Gute, als ihre getreuen Kinder für sie ein! Ihr höret viel reden in diesen Tagen von Gleichheit, Brüderschaft, Freiheit, Gemeinschaft und Liebe. Lasset Andere das Reden und übet die Werke. Lieber, wie der heilige Johannes (I. Joh. 3, 18.) mahnt, nicht mit Worten und mit der Zunge, sondern in der That und in der Wahrheit! und zeiget in einer Welt, welcher unter der Herrschaft der Selbstsucht und Sinnlichkeit das rechte Verständniß der christlichen Liebe verloren gegangen zu sein scheint, daß der Glaube, der in der Liebe thätig, Glauben geboren sei, kein Opfer zu schwer, keine Hingebung zu groß ist um Deß willen, der Euch zuvor geliebt und sich für uns in den Tod dahingegeben hat. (Galat. 2, 10.) Endlich erhebet Eure Augen und Herzen zu den Höhen, wo der Herr wohnt, und werdet nicht müde mit Bitten und Flehen zu ringen nach der Hülfe von oben; denn das Gebet theilt die Wolken der Trübsale und führt den Frieden, sagt der hl. Gregor von Nissa. Wie hat Israel auf seiner Pilgerung nach dem Lande der Verheißung vergeblich gekämpft zu dem Gott seiner Väter, und wie hat die Kirche in ihren Kämpfen und Leiden auf dem Wege nach dem himmlischen Jerusalem vergeblich gebetet zu ihrem Meister und Herrn. Ein betend Volk ist unüberwindlich in Gott; denn nicht nur Christus und seine Engel vereinen sich hilfreich mit den Betenden, sagt Origenes, auch die heiligen Gottes nehmen thätigen Antheil, um dem Gebete seine Wirksamkeit zu sichern. Weil der Geist der Andacht und des Gebetes aus so vielen Herzen und Häusern und Gemeinden verschwunden ist, darum ist so viel Täuschung und so wenig Wahrheit, so viel Verlassenheit und so wenig Kraft, so viel Herzleid und so wenig Trost unter den Menschen. Betet, betet, betet ohne Unterlaß. Ihr werdet Euch nicht helfen aus Euch selber: nicht Menschenwitz und Menschenweisheit, nicht neuen Gesetze und neue Verfassungen werden das Heil bringen;

es kommt allein von dem Herrn, und nur heute, die in Demuth darnach verlangen, wird er es geben durch seine Kirche. Wie sie einst, am Schlusse einer großen weltgeschichtlichen Periode, Europa gerettet hat aus den Gräueln der Barbarei und des Aberglaubens, so wird sie nun am Schlusse einer neuen weltgeschichtlichen Periode das Mittel sein, durch welches die ewige Erbarmung Europa retten aus den Gräueln der Uebertünchung und eines bis zu seinen höchsten Spitze getriebenen Unglaubens. Darum wiederholen wir es, Geliebteste! hören unsere Bitten und Mahnungen; denn es ist dieses selber, der sie spricht zu Euch; ihn, und nicht nur uns, ernster und reichsternender noch durch die Gerichte und Zeichen dieser Zeit. Lange hat er zu den Völkern geredet und sie haben Ihn nicht gehört; hat durch Segnungen ohne Zahl ihre Herzen erobern wollen, und sie haben es nicht erkannt; hat durch ernste Prüfungen, durch Krieg und Kriegsgeschrei, durch Krankheit und Hunger ihre verstockten Gemüther zu Sich erheben wollen, und sie haben es nicht begriffen. Da hat er die Stürme des Aufruhrs freigelassen und der Empörung, und sie sind über die Fürsten dahingefahren und über die Völker, und haben die Paläste erschüttert auf den Höhen und die Hütten in den Thälern, und viele alte Dämme durchbrochen und alte Wege zerstört, so daß auch die Sicheren aufgerüttelt, die Schlummernden geweckt, die Gedankenlosen gebeugt worden sind, und — es ist ein wahres und wahrhaftiges Wort — der Herr unser Gott wird seine strafende Hand nicht zurückziehen von diesem Geschlechte, bis daß es Ihn von neuem erkennt, in Demuth um das preiswerthe Kreuz sich sammelt und in der Kirche, der sich Christus mit seinem heiligen Blute erkauft hat, die Mutter wieder ehrt, welche allein die Menschen den Weg des Heiles führt. Darum erbeten Euer Hüupter und erkennet, und zwar in diesen Gnaden-Tagen, die zu Euerm Frieden dient! (Luk. 19, 42.) Wir schließen mit dem Worte des Apostels (Jud. 20, 21.): Bauet Euch fest auf Euern allerheiligsten Glauben, betet im heiligen Geiste, erhaltet Euch in der Liebe Gottes und wartet auf die Barmherzigkeit unsers Herrn Jesu Christi zum ewigen Leben. Amen.

Gegeben Würzburg am Tage des hl. Bischofs Martinus, im Jahre des Herrn 1848.

† Friedrich, Cardinal und Fürst-Erzbischof von Salzburg.
† Maximilian Joseph, Fürst-Erzbischof von Ollmütz, vertreten durch A. Wahala, Ehrenkanonikus und Expriester von Müglitz.
† Hermann, Erzbischof von Freiburg.
† Bonifaz, Erzbischof von Bamberg.
† Johannes, Erzbischof von Köln.
† Clemens August, Erzbischof von Münster.
† Friedrich, Fürstbischof von Breslau, vertreten durch Dr. Jos. Förster, fürstbischöflichen Konsistorialrath und Professor der Theologie in Breslau.
† Karl Anton, Bischof von Rottenburg.
† Wilhelm, Bischof von Trier.
† Peter Joseph, Bischof von Limburg.
† Melchior, Fürstbischof von Breslau, vertreten durch Dr. Förster, Domkapitular von Breslau.
† Franz, Bischof von Paderborn.
† Johann Georg, Bischof von Münster.
† Georg, Bischof von Eichstätt.
† Joseph, Bischof von Mattenburg.
† Joseph, Bischof von Corcyra, apostol. Vikar im Königr. Sachsen."

Deutschland.

Bayern. = Nürnberg, 2. Dez. Die vorgestrige Wahl der Wahlmänner unserer guten alten Stadt hat unsere Herren Demokraten in eine Art von Wonnerausch versetzt, der auch den „Freien Staatsbürger" zu folgenden hochpoetischen Worten begeistert hat. „Der Parteigeruch ist abgeschnitten! und in die alten Mauern Nürnbergs ist der neue Geist Demokratie eingezogen!" (Man liest irgendwo — wir glauben in einem alten Buche, Bibel genannt, weil von unfaßbaren Geistern und nach dem Aussehen dieses neuen Geistes dürfte er wohl zu diesen zu zählen sein.) Die Mittelfränkische Zeitung, eine nahe Verwandte des freien Staatsbürgers thut sich erfaunlich viel auf den Umfang zu Gute, daß sie seit dem März die politische Intelligenz dieser Stadt so ungemein zugenommen! Man betrachte nur, ruft sie aus, die Liste der Wahlmänner für den Tepunitzen nach Frankfurt und halte die jetzige Liste damit zusammen! Auf jener nichts als Adelige, Doktoren, Beamtete und angesehene Kaufleute — auf dieser nur Gewerbetreibende! Es ist allerdings wunderbar, wie man damals bei Adeligen, Doktoren ꝛc. eine politische Bildung voraussetzen konnte; und wir müssen es als einen unzeberen Fortschritte in der politischen Bildung der Nürnberger ansehen, daß sie von einem solchen Wahne zurückgekommen sind. Wir sind mit der Mittelfränkischen Zeitung der festen Ueberzeugung, daß der Handwerksmann, der jahraus jahrein seinem Gewerbe fleißig nachgeht, sich um sein Hausgesinde redlich kümmert, und auf weiter nichts bedacht ist, als wie er sein Geschäft heben und in Flor bringen kann — wir sind überzeugt, daß ein solcher gewiß mehr politische Bildung besitzen muß, als die Parteigerufe, die in ihrem Leben weiter nichts gethan haben, als ein bischen durch die Gassen zu laufen, wie es wollte, daß sie ist einmal da — wie er gekommen, thut unseren freien Demokraten nichts zur Sache, allein den Ausdruck „draußen," denen ein solcher „Fortschritt" Wunder dünken möchte, dürfte mit einer Affiliirung bei dem Ursprung dieses „Fortschritts" vielleicht zeitlich zu thun haben. Nachdem die verschiedene Literatur der Stadt sich dahin bestimmt hatten, keine Wahlmänner vorzuschlagen, indem der konstitutionelle Verein, sowie der Verein für Freiheit und Ordnung gegen einen dahin lautenden Antrag protestirt hatten, schickte der politische Verein und der Volksverein am Vorabend des Wahltages gedruckte Zettel in alle Häuser, auf welchen jenem Distrikt vier Wahlmänner des einschlägigen Bezirkes vorgeschlagen wurden, und, was natürlich die Hauptsache ist, die vorgeschlagenen Wahlmänner waren sämmtlich auf den genannten Vereinen selbst an. Die übrigen Vereine wunderten sich nicht wenig über diesen „ehrlichen" Manöver der beiden genannten Vereine, und beschlossen sogleich dagegen zu arbeiten; allein es war zu spät, obgleich der konstitutionelle Verein noch Wahlzettel anfertigte, um wenigstens am andern Morgen vor der Wahl genug Stimmen für sich zu gewinnen. Allein es half wenig, denn der Volksverein hatte neben seinen eigenen Leuten auch jene des politischen Vereins gesetzt, und die gedruckten Wahlzettel entzieten noch den Zusatz, daß die Wähler wohl bedenken sollten, daß sie, um ihren Stimmen Gültigkeit zu verschaffen, auch den Vornamen und die Hausnummer der von ihnen gewählten Kandidaten mit aufführen müßten, und man kann den Urwählern damit zu Ehre, daß auf den gedruckten Wahlzetteln auch bei jenen Kandidaten bereits Vorname und Hausnummer bemerkt war. Um nun die Freiheit der Wahlhandlung noch mehr zu befördern, kamen am Morgen des Wahltages vor den verschiedenen Wahllokalen Männer bereit, welche den ankommenden Wählern freundschaftlichst noch die gedruckten Wahlzettel in die Hände drückten, wobei man wieder den unglaublichen „Fortschritt" in der politischen Bildung wahrnehmen konnte, da viele von den Leuten dadurch zu dem Glauben veranlaßt wurden, man müsse die alle oder gedruckten Männer wählen! Ein einziger Wahlbezirk, der von St. Johannes, war aber soweit in der „politischen Bildung" zurückgeblieben, daß er in seiner reaktionären Verstocktheit die gedruckten Nürnberger Leichter zerriß! Das thut aber nichts zur Sache; der „Fortschritt" läßt sich einmal nicht mehr aufhalten, und es ist zu hoffen, daß bei noch weiterem „Fortschritte" auch noch wunderbarere Resultate werden ergielt werden, zumal wenn ein zu hoffendes weiteres Wahlgesetz noch den reaktionären Zopf von Census, Anfässigkeit und Selbstständigkeit wird beseitigt haben. Dann werden gleich den Vorrechten der Herrenstadt auch die der Meisterstadt fallen, und die Einsidlung, daß die Meister dieser nur zünftigen Leute sein, wird der politischen Bildung nicht mehr im Wege sein. Die Gesellen sind, welche die Meister fügen und ernähren und daher auch das Recht haben, die Gesetze für den Staat zu geben.

Hohenzollern-Hechingen. In der Sitzung der Landesbevollmächtigten vom 29. Nov. erstattete der Landtagsabtheilungs Vorstand Bürgermeister Bregle darüber, wie es unmöglich sei, daß sie kleine Landchen ohne die unabgekürzten Diäten der gegenwärtigen Staatsforderungen auf den Landtag zu entsenden vermöchten. Sämmtliche Abgeordnete pflichteten dieser Ansicht so wie auch dem Vorschlage des Berichterstatters bei, diese wichtige Angelegenheit der ernstlichen Erwägung fürstlicher Regierung zu unterbreiten, vor allem aber die betreffenden An- und Absichten des Landesherrn kennen zu lernen, um sie nur zur Zeit auf seinen Landtag einrichten zu können ist. — Unter den Gemahnten fanet der Plan einer allenfallsigen Mediatisirung des Fürstenthums in dem Maße Anklang, als sie über den wirklichen Sachverhalt aufgeklärt werden.

(Schw. Bl.)

Oesterreich. — * Wien, 4. Dez. Die historischen Ereignisse, welche den gestrigen Tag begleiteten, sind in diesem Augenblick durch die bereits vorliegenden Details hinreichend bekannt. Nur um den Lesern den Begebenheiten zu verfolgen, rekapitulirten wir — den vorlegten Akt der Regierung des Kaiserl Ferdinand, nämlich die Erklärung der Bürgschaft des jetzigen (18 Jähr.) Kaisers, und die ersten Akte, welche dem Regierungsantritte des 18 jähren folgen. — Diese sind: Bestätigung des jetzigen Ministeriums — Ernennung des Baron Cullmer als neuen Minister ohne Portefeuille — Ernennung des Feldmarschall-Lieutenant Jellachich zum ernannten Aufseherung an denselben zur Vollendung der Verfassungswerkes. — Jellachich ist nicht nur in seiner früheren Würde bestätigt, sondern auch zum Civil- und Militär-Gouverneur von Dalmatien und Fiume ernannt worden. — Baron Cullmer ist Croate und man betrachtet die Ernennung als eine der kroatisch-czechischen Partei gemachte Konzession. Er ist bereits in Kremsier angelangt. — Der alte Hof ist bereits nach Brag abgereist, wo er seinen Wohnsitz bleibend aufzuschlagen gedenkt. — Erzherzog Franz Carl und Erzherzogin Sophie sammt Familie begeben sich morgen nach München, und auch die übrigen Mitglieder der kaiserlichen Familie sollen sich auf Reisen begeben. Man versichert, daß hiedurch dem bestimmt ausgesprochenen Wunsche des jungen Kaisers willfahrt werde, da er erst von allen Einflüssen dem Volke fern seiner Regierung erscheinen wolle. — Zur genauen Ermittlung der hierauf bezüglichen Ansichten ist es jedoch nothwendig, die Personen bes nun zu bildenden Hofstaates zu kennen. Der junge Kaiser hat eine sehr sorgfältige Erziehung erhalten und viele Zweige des Wissens mit großer Lernbegierde aufgefaßt. Insbesondere hat derselbe ein ausgezeichnetes Strategisches und eine vorherrschende Neigung für militärische Gegenstände entwickelt. Auch hat er den Dienst in den verschiedensten Militärbranchen von Pickauf praktisch mitgemacht, wie man überdampt bemüht war, ihn von frühester Jugend das Leben in den verschiedensten Beziehungen kennen zu lehren. Hieraus und aus dem vorwaltenden Einfluß, welchen sowohl seine militärische Umgebung als seine gefühlvolle Mutter auf seine Erziehung nahm, läßt sich folgern, daß jener seines gewachsenen Alters bereits sehr bedeutender, noch ein sehr nachholiger gewesen. — Eine Anmerkte erscheint in gewisser Ausblick. — Die offizielle Mittheilung der Ofmüzer-Attenstücke

durch Fürsten Schwarzenberg wurde mit einem 3maligen Lebehoch für den konstit. Kaiser Franz Joseph I. erwidert. Hierauf ward die Antwortung einer Adresse beschlossen, die sich jedoch auf bloße Begrüßungsformen zur Thronbesteigung beschränken soll. Die darauf ernannten Deputirten sind: Meyer, Neumann, Schuselka, Brauner, Zierakowski. — Man versichert, daß der Reichstag bewaffnet nach Wien verlegt werden wird. Demnach erscheint eine baldige Beendigung des Belagerungszustandes zweifelhaft und der den Augenblick wird beinahe in manchen Stücken sogar strenger eingehalten. — Die Besatzung Wiens beträgt für jetzt etwa erst 20,000 Mann mit 36 Geschützen. — Gegen Ungarn ist ein Heeresmacht von 100,000 Mann aufgeboten. — Die Hoffnungen auf eine friedliche Ausgleichung mit diesem Lande sind nach zuverlässigen Nachrichten unbegründet. Vielmehr wird der endliche Angriff sogleich nach des jungen Kaisers Thronbesteigung beginnen. Diese wird in einigen Tagen erfolgen; die hier konzentrirten Truppen werden den neuen Fahneneid schwören, der Kaiser dieselben in großer Revue passiren lassen und darauf wieder nach Olmütz zurückkehren. Hohe Einquartirungen aber wird hier vermeiden und hat das Kommando bereits dem Feldmarschall-Lieutenant Gruber übertragen. — Die Börse hat sich besonnen und die gestrigen Ereignisse durch höhere Kourse zum Besten ausgeleat; allein die Umsätze sind sehr beschränkt. — Eine zahlreiche Deputation ist seitens von Kremsier nach Olmütz abgegangen. — Hunds und Eisenbahnaktien haben auf die gestrigen Ereignisse angezogen. Nach Wechseln und Bals war heute weniger Waare und die Kourse sind fast unverändert. 5% Metall. 79⅞, 4% 66, 2½% 42. Bankaktien 1110, Loose von 1834 138, Devisen von 1839 84½, Nordbahn 102, Mailänder 67, Glogauer 96, Pester 64, Livorneser 65½, Linz-Budweiser 175.

Oesterreichische Monarchie.

Der Banus hat folgenden Tagsbefehl an seine Truppen erlassen: „Soldaten! Einem ruhmgekrönten Anführungen verdankt man die Rettung der Stadt Wien vor drohender Anarchie und Umtergang, sowie die Sicherung des konstitut. Thrones und der Institutionen, die ihn gewährleisten und verehelbigen; ihr habt beigetragen, die Monarchie vor dem Zerfalle zu schützen, den Umbau und Untreue bereitet hatten. Die Epoche dieses Kampfes, die Euren jedes Oesterreichers erfüllt, muß auf unseren Gedächtnis ausgezeichnet werden. Euer Lohn ist: beigetragen zu haben zu dem großen Gretzniß, das der Nation Frieden und Glück in der Zukunft sichern wird. Soldaten! Ich bin stolz darauf, während dieser Periode an euer Spitze gestanden zu haben, um anzuerkennen, daß man den Sieg der Ordnung und Gesetzlichkeit euch und euern tapfern Waffengefährten schuldig ist, darum empfangt meinen lebhaften Dank!" —

Ofenburg, 22. Nov. (Van einem Offizier.) Wir sind jetzt in Ofenburg eingerückt, freudig von der dortigen Bevölkerung empfangen, und werden wohl in diesen Tagen gegen Preßburg marschiren. Diese Stadt soll übrigens von einigen tausend ungarischen Insurgenten besetzt sein, so daß die Einnahme derselben wohl nicht ohne Gefecht abgehen wird. Nun sinnerbin, unsere Feute sind vom besten Geiste beseelt, und hoffen vor Begierde, mit den Feinde zu kämpfen. Bisher haben wir hier nur einige leichte Scharmützel und Vorpostenplänkeleien mit berittenen ungarischen Landsturm gehabt. Die Leute ritten und fochten gut, wie denn überhaupt der Ungar der beste leichte Reiter von der Welt ist. Uebrigens geht es mit der Insurrection schlecht, und wenn man sich nicht schämte, möchte die Mehrzahl gern Ruhe wieder zurückkehren sehen. Ihr früheres Zutrauen haben die Leute Kossuth verloren durch seinen furchtbaren Terrorismus, der oft in wilde Grausamkeit ausarten soll, und durch die Gelder, mit der er Expressungen ausübt, täglich mehr an Anhängern. Bloß die nationale Eitelkeit hält jetzt das Ganze noch zusammen, und wird auch manchen Ungar noch in den Kampf treiben; — wäre die nicht vorhanden, so ließe man und gern in Ruhe einziehen und liefere den Kossuth aus, und von und Recht als erste Bedingung verlangt wird, denn wir müssen an diesen den Mord Lamberg's und Latour's, die er Beide auf seinen Gewissen hat, bestrafen. Von den regulären ungarischen Truppen, die anfänglich auf Seite der Insurgenten standen, weil man ihnen schändlicher Weise eingeredet hatte, der Banus Jellachich habe den Palatin Stephan absetzen und sich selbst zum König von Ungarn machen wollen, kommen jetzt täglich Offiziere und ganze Regimenter Soldaten zu und. So war einigen Tagen 178 Husaren zum Regiment Kaiser Nikolaus, unter Anführung eines alten Wachtmeisters. Ich fragte ihn, weßhalb er nicht doch geblieben sei; — er stieß seinen großen Schnurrbart und sagte: „Teremtele, will ich nicht stehlen gegen den Kaiser. Ich da nicht für einen braven Soldaten. Haben sie uns gezehen a Student als Lieutenant; wollen wir nicht haben a Student, sondern einen ordentlichen kaiserlichen Offizier. War gar keiner dort; sind wir auch wieder fortgegangen, sind nun hier." Auch die Offiziere, die zu uns kommen, erzählen viel von dem Unwesen, welches im ungarischen Lager getrieben wird, und wie weit und tief es dort zugeht. Wein und am meisten Mische mag eben wird, sind die furchtbar scheußen Wege, die in Ungarn überein schon immer schlecht im Winter, jetzt noch häufiger durch Gräben, Verhaue, Abtragung von Brücken ꝛc. verschlechtert sind. Unsere Artillerie und die Munitionswagen werden verstärkte Bespannung nöthig haben; auch hat gerade dieser Mangel an Zugpferden, die erst aus Böhmen gebalt werden mußten, das Baronichen bisher noch immer verzögert. Nun, jetzt wird es langehen. Bhüt' Dich Gott. Den nächsten Brief erhältst Du hoffentlich bald aus Preßburg, und vor Weihnachten aus Pesth.

(K. Z.)

Italien.

** Wir glauben unsern Lesern nach einige bemerkenswerthe Thatsachen aus Rom mittheilen zu müssen, welche der Flucht des Papstes kann vorauszugehen, vielleicht noch einige Aufschlüsse über dieses Ereigniß geben. Bemerken wir vorerst, daß am 20. aber 21. der Abbate Rosmini, der als Haupt der liberalen kirchlichen Partei galt, mit einer diplomatischen Sendung, deren Zweck man noch nicht kannte, nach Paris geschickt worden war. In der Sitzung der Deputirtenkammer zu Rom am 21. hatte kann Hr. Patenzini die Absendung einer Deputation an den Papst beantragt, um demselben die Unterwürfigkeit und Treue der Kammer zu versichern. Da viele Abstimmung erschien unvollständig; die zweite ergab die Verwerfung des Antrags. Der Napolaeonide war also durchgedrungen. Selbst unsere Organe der Partei der Bewegung tadelten dieses Votum, in so ferne es gleich von vornherein einen Zwiespalt zwischen dem Parlament und der vollziehenden Gewalt zur Folge habe.

* Rom, 26. Nov. Das ganze diplomatische Kaeps hat Rom verlassen und sich nach verschiedenen Richtungen entfernt. — Die Flucht des Papstes war so gut vorbereitet und wurde mit solcher Heimlichkeit ausgeführt, daß die Bewohner von Civita vecchia, wo er sich auf dem „Tenare" einschiffte, erst nach der Abfahrt des Dampfers erfuhren, wer der Reisende, der in aller Eile und in Begleitung weniger Herren in ihrer Stadt angekommen war, gewesen sei. Man erkannte zwar sehr wohl den portugiesischen Gesandten, aber nicht seinen Begleiter. Unmittelbar nach ihrem Eintreffen in Civita vecchia um Mitternacht zwischen dem 24. und 25. betiefen sie den französischen Konsul, der dann die augenblicklich Einschiffung besorgte. — Die Stadt ist ruhig — allein es ist die Ruhe, die einem Sturme vorhergeht.

Neapel, 26. Nov. Ungeheure Bewegung herrscht heute in der Hauptstadt. Diesen Morgen verkündete ein außerordentliches Blatt, die Gazzetta ufficiale, mit kurzen, aber sehr inhaltsschweren Worten: Pius IX. sei „in unserer Mitte" und habe seinen Wohnsitz in Gaeta (neapolitanischer Festung am Mittelmeer nördlich von Neapel) aufgeschlagen. Seit mehreren Tagen setzte die Gesetzlichkeit im ganzen Königreiche für seine Betreibung. Schon gestern Abend kam die Nachricht ins Schloß: nach in der Nacht wurden einige Bataillone mit Dampfboaten eingeschifft. Der Adjutant des Prinzen von Familie ist ebenfalls in aller Frühe hingeeilt, „um Sein Gesetzlichkeit Füße zu küssen." — Vom 27. Nov. Die Flucht des Papstes ist vorerst Fassadenfrech. Wir hören er sei zu Land (also nicht an Bord eines französischen Dampfboats) vorn Vermittlung des bayr. Gesandten v. Spaur, in der Livree eines der Gesandtschaftsdiebeners entkommen, nachdem man die Wachen der Nationalgarde in der Nacht vom 24 auf den 25. benachrichtigt, daß der Gesandte sich zum Grafen Odoun in den Wein gethan. An der äußersten Grenze des Staats habe der Papst das Pferd gewechselt und angehalten; erst ein herbeigerufenes Bataillon neapolitanischer Truppen habe ihn über die Gränze gebracht. (?)

(Schw. M.)

Nachschrift.

** München, 7. Dez. Wir beeilen uns, das Resultat der heutigen Wahl der Abgeordneten unserer Hauptstadt-Bezirksamt unseren Lesern mitzutheilen. Die Zahl der Wahlmänner betrug 120. Zu absoluter Majorität 92. Im ersten Skrutin sogleich erhielten Ministerialrath **Feder** 119 St., Schloßer **Wiedermann** 116, Oberst v. **Kraßeisen** 111. Zunächst standen Minister Frhr. v. Lerchenfeld mit 80 Stimmen, Hauptmann Max Graf Bothmer mit 57, Fideikant Lea Hänle mit 56. Wenn nach 11 Uhr beginnt das Skrutin für die Ernennung der Stellvertreter.

P. S. 1 Uhr Nachmittags. Zu Gesetzmännern sind bis jetzt gewählt im ersten Skrutin: Bürgermeister v. Steinsdorf mit 113 St., General v. Kreitschmann mit 106 St.; nach diesen erhielten Koch Gitinger 89, Frhr. v. Lerchenfeld 87, Graf Max Bothmer 63, Leo Hänle 63. Nur die zwei erstgenannten hatten die absolute Majorität; es findet also noch ein zweites Skrutin für den dritten Erfaßmann statt.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 5. Dez Oesterr. 5proz Metall. 69½, 4proz. 56½, 3proz. —, 2½proz. 36⅞. Bankaktien 1170. G. 500 fl.-Loose 120, 100 fl.-Loose —. — Preuß. 50 Thlr.-Staatsschuldscheine —. 3% Staatsschuldscheine 31½proz. 78⅛. — Bayer. 3½proz. 75½. — Ludwigs-Berbach. 64¼. — Württemberger. 3½proz. 76. 4½proz. 93½. — Bad. 3½proz. 72⅜. — Loto-Anleihen à 50 fl. 45½. 35 fl.-Loose 25½. — Darmstädt. 3½proz. 74½. 4proz. 81½. — Loto-Anleihen von 50 fl. 59½. 25 fl.-Loose 21½. — Kurhess. Prämien-Anleihe 40¼. 40 Thlr.-Loose 24½. — Nassau. 3½proz. 79½. 25 fl.-Loose 20¾. — Frankf. Loose 76. 3½proz. 90½. 87½. Taunusbahn 263 — Holländ. Integr. 47. Span. 5proz. innere Spanl. 18⅛. — Span. 5% 3proz. 3 fl.-Loose — 500 fl.-Loose 69¼. — Sard. 36 Fr.-Loose 21½. Diese. —

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 140.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 6 fl. Halbjährig 12 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Freitag den 8. Dezember 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 8. Dezember.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, unterm 30. Novbr. dem Staatsrathe im ordentlichen Dienste Joh. B. v. Stürmer, auf dessen eigenes Ansuchen, die durch seine vielseitige Dienstleistung woohlverdiente ehrenvolle Ruhe, unter Anerkennung seiner treuen langen Dienste von Jahren entwickelten Thätigkeit und ausgezeichneten Dienste, dann unter Ernennung desselben zum Staatsrathe im außerordentlichen Dienste zu gewähren; unterm gleichen Tage den dermaligen Staatsrath im außerordentlichen Dienste und Präsidenten des obersten Rechnungshofes, v. Heres, unter Enthebung desselben von dieser obengenannten Stelle, zum Staatsrathe im ordentlichen Dienste zu ernennen; dann unter demselben Tage den Staatsminister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, v. Beisler, unter Anerkennung seiner mit Treue und Anhänglichkeit geleisteten guten Dienste, von dieser von ihm höher bekleideten Stelle zu enthehen, und zum Staatsrath im außerordentlichen Dienste und Präsidenten des obersten Rechnungshofes zu ernennen, ferner unterm 1. Dez. die einstweilige Leitung der Geschäfte des Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten bis zur weiteren allerhöchsten Bestimmung dem Staatsminister des Königlichen Hauses und des Aeußern, Grafen v. Brad, zu übertragen.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 1. d. M. allergnädigst bewogen gefunden, die I. Klasse des Gymnasiums zu Regensburg in zwei parallele Kurse abzutheilen und die erste Klasse derselben A. dem Professor Wendt zuzuweisen, auf die Lehrstelle der Abtheilung B. aber den bisherigen Lehrer der IV. Klasse der lateinischen Schule daselbst Johann Baptist Reger zu befördern.

(Pfarreien-Verleihungen.) Kathol. organisirte Pfarrei Rinchnach, Vcg. Regen, im Regierungskreise Niederbayern, mit einem Reinertrage von 876 fl. 52 kr.; kathol. Pfarrei Gilgenberg, Vcg. Mitterfels, im Regierungsbezirke von Niederbayern, mit einem Reinertrage von 728 fl. 13 kr.; kathol. Pfarrei Offingen, Vcgs. Günzburg, im Regierungsbezirke Schwaben und Neuburg, mit einem Reinertrage von 585 fl. 43 kr.; kathol. Pfarrei St. Oswald, Vcg. Grafenau, im Regierungsbezirke Niederbayern, mit einem Reinertrage von 787 fl. 23 kr.

Die Gesetzesvorlagen an den nächsten Landtag.

II.

Wir haben in Nro. 134 vom 1. Dez. die wesentlichsten Gesetzesentwürfe aufgeführt, die beim nächsten Landtage durch die Staatsregierung vorgelegt werden sollen, und kommen nun schließlich auf diejenige Vorlage, die unstreitig zu den wichtigsten und folgenreichsten gehören und deren Durchführung allein schon geeignet erscheint, die künftige Thätigkeit des Landtags als eine ersprießliche zu bezeichnen. Wir meinen den über Bezirks- und Kreisversammlungen sowie den Entwurf eines Polizeistrafgesetzbuches. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß das Prinzip der Volksvertretung in dem Mangel der Vertretung des Bezirks eine Lücke hatte, die um so unbegreiflicher erscheint, als gerade der Bezirk als Mittelglied zwischen Kreis und Gemeinde einen der wichtigsten Wirkungskreise des Staatsorganismus bildet. Durch die Vertretung des Bezirks nach dem zu erwartenden Gesetzentwurfe wird das Repräsentativsystem vollständig durchgeführt, indem darnach der Staat durch den Landtag — der Kreis durch die Landräthe — der Bezirk durch die Bezirksräthe — und endlich die Gemeinde durch die Gemeindevollmächtigten — mit geordneter Vertretung versehen würden.

Ebenso unzweifelhaft ist aber auch, daß die bisherige Vertretung des Kreises und der Gemeinde eine in beschränkte, einseitige, zu sehr bevormundete und daher nicht mehr haltbare war. Durch die demnächstigen Gesetzentwürfe sollen nun diese Uebelstände beseitigt und durch Selbstverwaltung in ihnlichster Weise eingeführt werden, was mit um so größerer Freude begrüßt werden muß, als nur durch freiere Bewegung der einzelnen Staatsglieder mit der entsprechenden Verantwortlichkeit der Sinn für das öffentliche Leben erhalten, Pflicht- und Rechtsgefühl gehoben und die Verwaltung bedeutend vereinfacht werden kann.

Die Bestimmung der Kreis- und Distriktsversammlungen soll nun dahin gehen, in Gemeindeangelegenheiten und allen in den Wirkungskreis der Gemeindebehörden gewiesenen Gegenständen, bei welchen bisher die Polizeibehörde beschließend oder kontrolirend eingriff, unter Vorbehalt des Aufsichtsrechts der Staatsbehörden, die Befugnisse der Polizeibehörden zu üben. Darunter würden nun fallen die primitive Verwaltung des Gemeindevermögens, Umlagen und Auflagen, Anschaffungsmachung und Verbrauchung, das Gewerbewesen, Bier-, Fleisch-, Brod-, Medizinalwesen, Armen-, Kranken-, Sanitätsanstalten u. s. w. Die Distriktsversammlung soll auch der Wahl der im Distrikte ansässigen Bürger vorzugehen. Der Distriktspolizeibeamte würde die Versammlung zu berufen und zu leiten haben. An die Spitze jeden Kreises würden dann untere Landräthe (Kreisversammlungen) beziehungsweise Ausschüsse von je 3 zu 3 Monaten gewählt, denen, deren Kompetenz sich in den bezeichneten Gegenständen über den ganzen Kreis erstrecken und welche die Berufungsklage in den zum Wirkungskreise der Distriktsversammlungen beziehungsweise Magistrate I. Klasse gewiesenen Gegenständen hören sollen.

Die Wahl der Landräthe soll sich nach dem Gesetze vom 4. Juni 1848 richten. Zugleich soll über die Verhandlungen des Landrathes nur ein Protokoll (ohne Trennung in ein allgemeines und besonderes) geführt und die Sitzungen öffentlich in Anwesenheit der Regierungskommissäre gehalten werden.

Eine weitere nicht minder wichtige Vorlage soll, wie gesagt, ein Polizeistrafgesetzbuch bilden, dessen Durchführung mit den oben angeführten Einrichtungen im innigen Zusammenhange steht. Dadurch soll diejenigen Gegenstände vor allen festlegen, hinsichtlich deren Polizeivorschriften zu ertheilen zunächst Aufgabe der gemeindlichen Gesetzgebung wäre, dann solche Gegenstände, hinsichtlich welcher den Landräthen, Bezirksvertretungen und endlich den Gemeindevertretungen die Erlassung von Polizeivorschriften zusteht.

Desgleichen soll es das Maß der deßfalls zu bestimmenden Strafen auf Uebertretung allgemeiner Polizeigesetze, auf Uebertretung von Polizeibeschlüssen der Landräthe, Bezirks- und Gemeindevertretungen festlegen und nebstdem die geeigneten Bestimmungen für sogenannte provisorische Polizeigesetze enthalten. In außerordentlichen Fällen kann es nämlich vorkommen, daß von den einzelnen Organen zum Besten des Landes und zur allgemeinen Wohlfahrt Maßregeln getroffen werden, die nicht ausdrücklich, den Gebiete der allgemeinen Polizeigesetze sonach entnicht waren, deren augenblickliche Anwendung aber dringende Nothwendigkeit ist, z. B. bei Viehseuchen, Ueberschwemmungen ganzer Bezirke ꝛc. ꝛc. Die Wirksamkeit solcher Beschlüsse, die je nach dem Wirkungskreise vom Minister des Innern, dem Regierungspräsidenten, dem Bezirksbeamten oder Gemeindevorstand erlassen werden können, soll nur auf bestimmte Dauer beschränkt sein, so daß, wenn innerhalb dieser Zeit das entsprechende Organ der Volksvertretung nicht zusammentritt, oder der fragliche Beschluß von demselben nicht angekreisen und angenommen werden würde, derselbe seine verbindende Kraft von Rechtswegen verlieren würde.

Deutsche Reichsversammlung.

(129se Sitzung vom 5. Dez.*) Tagesordnung: 1) Abstimmung über den vom Abgeordneten G. Beseler, Namens des Verfassungsausschusses erstatteten Bericht über die Selbstständigkeit der kleineren deutschen Staaten, nach vorgängigem Schlußvortrag des Berichterstatters; 2) Fortsetzung der Berathung über Art. II. des vom Verfassungsausschusse vorgelegten Entwurfs: „der Reichstag." Vorsitzender Heinrich v. Gagern. Ein dringender Antrag von Schmidt aus Löwenberg nimmt den Rothstand der Bevölkerung in Schlesien zum Anlasse, um an Brandenburg, das Reichskriegsministerium sofort die nöthigen Verfügungen treffe, damit

*) Wir geben vorstehend einen Bericht der „Deutschen Zeitung" über die 129. Sitzung, dem wir einen andern unsers Korrespondenten um so mehr folgen lassen, als der erstere über die unverkennbare Benachtheiligung Süddeutschlands gegen Norddeutschland in der Zusammensetzung des künftigen Staatenhauses leicht vergeht, während der letztere einen sehr wichtigen Punkt in treffender Weise hervorhebt. Die Art, wie der Bericht der „Deutschen Zeitung" die Reden der Abgeordneten, welche die gerechten Ansprüche Süddeutschlands dem Norden gegenüber auf Gleichheit der Berechtigung und der Vertretung in Schutz nahmen, mittheilt oder vielmehr nicht mittheilt, zeigt abermals klar die schon längst bekannte Parteilichkeit jenes Blattes für den Norden, und macht es unerklärlich, auch der entgegengesetzten Meinung Raum und Antheil zu geben.

D. R. d. N. Z.

die Ueberzahl von Truppen, mit denen jene Provinz belastet sei, zurückgezogen würde. Die Dringlichkeit findet jedoch nicht die nöthige Unterstützung und der Antrag geht daher an den Bundesmann-sächsischen Ausschuß. In der Mediatisirungsfrage hat Gr. Beseler das Sachverhältniß der Mehrheit des Ausschusses. Die territoriale Eintheilung in Deutschland ist häufig eine zufällige, seine nothwendige gewesen, und dagegen vollen Mediatisirungen helfen — Mediatisirungen in großem Maßstabe. Von der einen Seite will man die kleinen Staaten ganz aufheben, von der anderen sie zu Staatenverbänden vereinigen. Das hierbei kein Zwang stattfinden solle, diese Meinung theilen der Redner und der Ausschuß. Also Vereinbarung. — aber wie? Zahlreiche Adressen mit Unterschriften sind aus den kleineren Staaten an uns gelangt, in denen man sich entschieden wider die Mediatisirung erklärt. Sollen wir nun glauben, das Volk wünsche die Auflösung der kleinen Staaten? So weit ich die Sache übersehe, steht vielmehr die Sache so, daß das Aufgeben der Selbstständigkeit jedes kleinen Staates nicht allgemein im Vorfangen der Bevölkerung liegt. Dazu die Schwierigkeit, wohin der Anschluß zu richten, Oldenburg z. B., wenn es sich nicht mit Hannover vereinigen wollte. Das bloße Zusammenwerfen würde nichts fruchten, nur ein Zusammenwachsen wäre das Ersprießliche. Auch die Zentralgewalt — wenn nicht ein höheres Rechtsinteresse nachgewiesen werden kann, was in der That nicht vorhanden ist — was kann sie ausrichten, um eine Vermischung der kleinen Staaten herbeizuführen? Die schwierigste Bundesverfassung hat sogar den Fortbestand der einzelnen Kantone ausdrücklich gewährleistet. So weit können wir nicht gehen, denn in Deutschland können sich umfassende Veränderungen wohl als nöthig ergeben. Für jetzt hat aber die Mehrheit des Ausschusses nichts anzurathen als Uebergang zur motivirten Tagesordnung. Moritz Mohl, der sich durch einige Aeußerungen Beseler's persönlich beeinträchtigt glaubt, gibt eine Erklärung von der Rednerbühne, worauf zur Abstimmung geschritten wird. Der Antrag des Ausschusses: „die Nationalversammlung wolle beschließen, über die auf Mediatisirung gerichteten Anträge zur motivirten Tagesordnung überzugehen," wird mit 253 gegen 198 Stimmen angenommen. Als Zusatz dazu wird zum Beschluß erhoben der Antrag Riesser's: „Die Zentralgewalt aufzufordern, daß sie die Verfügung kleiner Staaten unter Reichsministerium des Aeußern wegen der gegen die Schweiz beabsichtigten Maßregeln, ob ein Frachtausführverbot darunter enthalten sei? Wolf aus Steiermark interpellirt in Bezug auf die ungarischen Verhältnisse: was das Reichsministerium thun werde, die Wiederholung ähnlicher Frevel zu verhüten, wie der Einfall der Ungarn in Steiermark und die damit verbundenen Greuel. Mösner aus Stuttgart endlich stellt die Interpellation, die wir in Bezug auf diese wichtigen Gegenstände nöthig wir vorgegeben, an das Reichsministerium des Innern und Aeußern: In Betracht, 1) daß das neugebildete österreichische Ministerium sich vor dem österreichischen Reichstag in Kremsier öffentlich dahin ausgesprochen hat, daß zwar die österreichische Regierung einen innigen Anschluß an Deutschland wünsche, daß aber vor allem die freie Vereinigung der sämmtlichen österreichischen Staaten in eine österreichische Monarchie, sowie die definitive Feststellung der deutschen Verfassungsangelegenheit bewerkstelligt sein müsse, ehe an eine Ordnung der Verhältnisse Oesterreich zu Deutschland gedacht werden könne. In Betracht, 2) daß das österreichische Ministerium war die fortdauernde Gefährung seiner „Bundespflicht" zugeführt hat, daß sich aber nach Auflösung des deutschen Bundes dadurch aufhebt, daß Oesterreich eine deutsche Bundespflicht zu erfüllen haben soll, wenn es aufhört, ein Glied des deutschen Bundesstaats zu sein. In Betracht, 3) daß in der Erklärung des österreichischen Ministeriums der von der deutschen Nationalversammlung verworfene Grundsatz der Zustimmung der einzelnen deutschen Regierungen hinsichtlich des deutschen Verfassungswerkes enthalten ist, und daß hiernach zu erwarten steht, daß die übrigen deutschen Regierungen werden das Recht der Zustimmung in Anspruch nehmen. In Betracht endlich 4) daß, wenn Oesterreich dem zu diesenden deutschen Bundesstaate nicht beitritt, die Ebenbürtigkeit der aus Oesterreich gewählten Abgeordneten zum deutschen Reichstage an den Berathungen der deutschen Nationalversammlung die Rechtsgründen der Beschlüsse derselben zur Folge haben könne. In Betracht alles dessen stelle ich an den Herrn Reichsminister des Innern und Aeußern die Anfrage: ob in Beziehung auf die vorerwähnten Verhältnisse Oesterreichs zu Deutschland etwas und, wenn diese Frage bejaht wird, was zur Wahrung der Stellung der Zentralgewalt und der deutschen Nationalversammlung geschehen sei?" Die Beantwortung der drei Anfragen wird Namens des Ministeriums für den 9. zugesagt. Der §. 2 u. 3 des Verfassungsentwurfs werden in der Fassung genommen gefaßt. Nach dem Vorschlage der Abtheilung soll der Ausschuß 5 sollen sie lauten: Artikel II. §. 2: Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der deutschen Staaten.*) §. 3. Die Zahl der Mitglieder vertheilt sich nach folgendem Verhältnisse: Preußen 40 Mitglieder; Oesterreich mit Lichtenstein 36; Bayern 10; Sachsen 10; Hannover 10; Württemberg mit Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen 10; Baden 8; Kurhessen 6; Großherzogthum Hessen mit Hessen-Homburg 6; Holstein (Schleswig, Lauenburg) 5; und Luxemburg 6; Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz 6; Luxemburg mit Limburg 2; Braunschweig 2; Nassau 4; Sachsen-Weimar, Sachsen-Koburg-Gotha, Sachsen-Meiningen-Hildburghausen, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß ältere Linie, Reuß jüngere Linie 6; Oldenburg 2; Waldeck, Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold 3; Anhalt-Dessau, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Köthen 3; Lübeck 1; Frankfurt 1; Bremen 1; Hamburg 1. Zusammen 176 Mitglieder.*) v. Linde will das Staatenhaus aus Denjenigen gebildet sehen, welche die höchsten Grund- und Gewerbesteuern zahlen. Nur kann seine die Vertretung im Volkshause auf die breiteste demokratische Basis aufgebracht werden. Das deutsche Volk betrachtet er dabei als unmittelbare Einheit, als die natürliche Grenze, denn nicht in der Verschiedenheit der innerlichen und Regierungsinteressen sind seiner Meinung nach die Partikularitäten begründet, die in der Verfassung zu berücksichtigen und zu berechtigen, sondern vielmehr im Grundbesitz und in einer großartigen Gewerbsthätigkeit. Das Haus hat unter v. Linde's Vorsitz ein so leeres Ansehen erhalten, daß wir nicht glauben, die beschlußfähige Anzahl von Abgeordneten sei noch darin vorhanden, als Philipps aus München auf der Tribüne erschien, der im Allgemeinen mit den Vorschlägen des Verfassungsausschusses übereinstimmt und nur auf Ungleichheiten der Stimmenvertheilung aufmerksam macht, wie z. B. darauf, daß das kleine Nassau 4 Abgeordnete zum Staatenhause schicken solle, wenn er eine Bevölkerung dieses Vergleichung erblicke. Buß, ein heute erst eingetretener Abgeordneter für Bayern, entschuldigt sich zuvörderst gegen den Vorwurf der Unbescheidenheit, den man ihm machen möchte, daß er kaum den Fuß im Hause auch schon auf der Rednerbühne stehe. (Ein sehr begründeter Vorwurf! von der Linken.) Dann drückt er seine Verwunderung darüber aus, Oesterreich, der numerischen Aufstellung des Entwurfs gemäß, an der zweiten Stelle und hinter Preußen aufgeführt zu finden. Diese Mißachtung des bisherigen glorreichen historischen Ranges Oesterreichs rügt er energisch. Wally rechtfertigt das aufgestellte Zahlenverhältniß. Wenn selbst die Staatenhaft nach allem die Volkskammer jedoch nie entscheidenden Maßstab abgeben können, sondern es hätte auch die historische Bedeutung, die Eigenthümlichkeit und der größere oder geringere Einfluß einzelner Staatsglieder auf den deutschen Reichsverband in Anschlag gebracht werden müssen, dazu sei die zu begründende Verfassung elastischer Art, der Fort- und Umbildung fähig, so daß es keiner Revolution, wie sie hier verstimmt und erbost worden sei, bedürfe, um sie zu ändern. Wesendonk aus Elberfeld ist mit einzelnen Bestimmungen des Entwurfs ganz einverstanden

nahme der §§. 2 und 3. nach dem Vorschlage der Mehrheit des Verfassungsausschusses, worauf die heutige Sitzung gegen 3 Uhr Nachmittags beschlossen wird. Morgen: Berathung über die Grundrechte. (D. Z.)

Frankfurt, 5. Dez. Die Paragraphen 2 und 3 zu obigen Anstenkens vom ersten Abschnitte des Reichsgewerbes her, sind auch im vorliegenden dritten Abschnitte durch die heutige Abstimmung in sehr bedauerlicher Fassung angenommen worden. Die Billigung des Staatenhauses ist beschlossen, aber weder auf v. Linde's Vorschlag, denselben durch Beiziehung von Mitgliedern aus der Klasse der grossen Grundbesitzer und Gewerbetreibenden zu kräftigen, noch auf Biberstein gegen die Uebersiürzungstendenz der im Volkshause vertretenen reinen Demokratie zu belehnen, noch auf Gfrörer's Antrag auf Gleichberechtigung der südlichen Hälfte Deutschlands mit der nördlichen, Oesterreich mit Preußen, ist eingegangen worden, und ebensowenig hat man für zweckmäßig erachtet, die als Kröder für Würtemberg hingeworfene Mediatisirung Hohenzollerns fallen zu lassen, während ein gleiches im Norden nicht geschehen ist, offenbar um keine Stimme zu verlieren. Oesterreich, Bayern, Würtemberg und Baden haben also 70 Stimmen im Staatenhause, das übrige Deutschland 166. Die Abstimmung erfolgte weder durch namentlichen Aufruf, wie es doch oft genug bei ganz unwichtigen Fragen geschieht, noch erlaubte man den Gegnern 24 vorgelegten Gutwurfs ihre Gründe gehörig auseinanderzusetzen, denn nachdem eine kleine Anzahl Redner gesprochen, für die Interessen Südwestdeutschlands bloß der neuerungstretende Abg. Buß und Freiburg, wurde der Schluß der Berhandlung beliebt, und dem Berichterstatter Dahlmann bald jede Wort gegeben; derselbe gestand, wie vor ihm schon Waitz, zu, daß polnische Gründe höherer Natur, nicht aber das Bevölkerungsverhältniß der einzelnen Staaten, den Ausschlag bei der Stimmenvertheilung gegeben hätten, daß man zwar Alles bedauere, das Erweiterung des Rajon mit Oesterreich beitragen könne, daß er es aber für bloße Galanterie ansehen würde, wenn man dem alten Kaiserhaus den Rang vor Preußen geben wollte, endlich daß letzteres nothwendig an die Spitze kommen müsse, denn, bemerkte Weiz ausdrücklich, Preußen und Deutschland sind eins. — Nach dem diese Woche aufgegebenen Verzeichniß der Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung betrüge die Gesammtzahl der Anwesend 564. Hievon kommen auf Oesterreich 121 (aus Böhmen fehlen wenigstens noch 50 Abgeordnete), Preußen 202, Bayern 68, Sachsen 24, Hannover 26, Würtemberg 28, Baden 19, Großherzogthum Hessen 11, Kurhessen 11, Schleswig-Holstein-Lauenburg 11, Mecklenburg-Schwerin 6, Mecklenburg-Strelitz 1, Nassau 6, Braunschweig 4, Oldenburg 5, die Hansastädte 11, Anhalt 3, Lippe 2, Waldeck 1, Reuß 2, Hessingen 1, Homburg 1, Hamburg 2, Lübeck 1, Bremen 1, Frankfurt 1.

Deutschland.

Frankfurt, 2. Dez. Die „Oder-Post-Amts-Zeitung" enthält folgende Mittheilungen über die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und der deutschen Zentralgewalt: Vor einigen Tagen begrüßte Herr Pastre von der Tribüne der Nationalversammlung heute die Beziehungen zwischen der französischen Regierung und der deutschen Zentralgewalt zu skandiren a. M. als unbestimmt. Der Redner hätte hinzufügen können, daß ein sämmtliches Aufboten dieser Beziehungen, in Folge der von dem Pariser Kabinet wiederholt verweigerten offiziellen Anerkennung der deutschen Zentralgewalt, einzutreten droht. Die Zentralgewalt hat neuerdings Herrn. v. Maltzan dringende Instruktionen ertheilt, damit derselbe von Hrn. Bastide eine bestimmte Erklärung über die Gesinnungen der französischen Republik gegen die deutsche Zentralregierung begehre. Wenn wir recht unterrichtet sind, so hat der französische Minister des Auswärtigen genauworten, daß die französische Republik die offizielle Anerkennung der deutschen Zentralgewalt aus folgenden zwei Gründen verzage habe: „Weil die Anerkennung noch nicht von Seiten Englands erfolgt, und weil die Anerkennung des neuen Reichs noch nicht vollendet sei." Auf den ersten Punkt wurde Hr. v. Raumer beauftragt, zu bemerken, daß Lord Palmerston auf das austrücklichs Verlangen der Königin den Freiherrn v. Antrian Ihrer Majestät vorgestellt habe, und zwar noch an demselben Tage, wo die Königin von ihrem Ausfluge nach Wight zurückgekehrt war. Angetrem hatte die Königin sich breit, in den freundschaftlichsten Ausdrücken die Zuversicht zu bekunden, daß zwischen Reichsregierung einem Regierungswirkt Ihrer Majestät nothfindet hatte. Den zweiten Punkte anlangend bemerkte Herr v. Raumer, seinem Auftrage gemäß, Herrn Bastide mit Recht, daß die europäischen Mächte die Vollendung der Verfassungen über die neue französische Konstitution nicht abgewartet hätten, um die Regierung der französischen Republik offiziell anzuerkennen, welche letztere somit keine Ursache habe, in Hinsicht auf diplomatische Förmlichkeiten schwieriger zu sein, als in ihrem Betreff die alten europäischen Monarchien sich gezeigt hätten. Herr Bastide, welcher die Richtigkeit dieser Bemerkungen nicht in Abrede stellen konnte, schützte nun den schwankenden (precaire) Zustand der gegenwärtigen französischen Regierung vor, welcher bis zur definitiven Wahl des Präsidenten der Republik in der Schwebe bleibe. Herr Bastide ließ hinwerthblicken, daß das Ergebniß dieser Wahl einen Ministerwechsel nach sich ziehen könnte, und daß sofort die Erklärung, seinem eventuellen Nachfolger volle Freiheit des Handelns hinsichtlich der gegen die deutsche Zentralgewalt zu befolgenden Politik für die Zukunft vorbehalten zu wollen. Von dieser, von dem Minister des Auswärtigen der französischen Republik ausgegangenen Erklärung in Kenntniß gesetzt, beschloß der Ministerrath der deutschen Zentralgewalt, Herrn. v. Raumer zu autorisiren, die noch geschehene Wahl des Präsidenten der französischen Republik in Paris zu billigen, jedoch mit dem Bemerken, daß, wenn nach Ablauf dieser Zeitfrist der französische Regierung noch andere Bezeigungen der offiziellen Anerkennung der deutschen Zentralgewalt entgegenstelle, diese letztere der Würde der deutschen Nation gegenüber sich für verpflichtet halten werde, ihren Bevollmächtigten von Paris abzuberufen und es der Zeit und der Ueberlegung zu überlassen, Frankreich begreiflich zu machen, daß eine enge und aufrichtige Verbindung mit Deutschland, welches eine Bevölkerung von siebenzig Millionen Seelen hat, im gegenseitigen Interesse der beiden Länder liege.

Frankfurt, 4. Dez. Das heute ausgegebene siebente Stück des „Reichsgesetzblattes" enthält: 1) Verordnung, die baare Vergütung für die Verpflegung der Reichstruppen betreffend, vom 27. November 1847. 2) Bekanntmachung des Reichsministeriums der Finanzen, betreffend die Vertheilung der für die Verpflegung der Reichstruppen unzulegenden 1,750,000 fl. (1 Million Thaler) auf die einzelnen Staaten, vom 27. November 1848.

Frankfurt, 5. Dez. Wie die O.-P.-Z. anzeigt, hat das Reichsministerium aus dem Woblauer Kreise in Schlesien eine Dankadresse erhalten, worin hervorgehoben ist, wie gerade die Einwohner Schlesiens am nächsten erfahren haben, daß nur Energie von Oben die wahre Freiheit schützen könne, worin ferner den Maßregeln des Königs von Preußen zugestimmt und dem Unterstaatssekretär Hrn. Bassermann gedankt wird. Aus Löwenberg in Schlesien ist eine Adresse an Hrn. Bassermann abgegangen, worin ihm für seine Verhalten in der preußischen Frage Dank und Zustimmung ausgedrückt wird.

Bayern. — **München, 7. Dez. Das Ergebniß der heutigen Wahl der drei Landtagsabgeordneten des Wahlbezirks München und ihrer Ersatzmänner ist nun folgende: Abgeordnete sind die HH. 1) Minister Heinr. Freiherr v. Zu Rhein, 2) Gutsbesitzer Widermann, 3) Oberst Krapelin; Ersatzmänner die HH. 1) Bürgermeister v. Steinlörfer, 2) General v. Kreitschmann und 3) Minister Frhr. v. Lerchenfeld. — Von den Abgeordnetenwahlen in der Vorstadt Au sind uns bis jetzt nur zehn bekannt.

Großh. Hessen. Aus Oberhessen, 2. Dez. Der Bürgerverein in Friedberg hat eine Adresse an die Nationalversammlung gesendet, in welcher diese unter der Anerkennung, daß sie seither den rechten Weg zwischen Anarchie und Reaktion zu finden gewußt habe, aufgefordert wird, selbst einig zu sein, und nicht zu dulden, daß das muthlose Treiben Weniger den muthigen Prätierenten, den Mann des Volks, in seinem Wirken hindere, ja vielmehr sich um ihn zu schaaren, und unter seiner Leitung zum Wohle des Vaterlandes zu beraten. In einer gleichzeitigen Adresse an Heinrich von Gagern selbst spricht der Verein seine Verehrung und Anerkennung von seinen leitenden Ideen aus, in der Verfolgung des großen Zieles der Einheit und Freiheit Deutschlands ihre machen lassen werde. Der Verein will damit eine Antwort geben auf die Provokation Gagerns an das Urtheil der deutschen Nation in der 109. Sitzung der Nationalversammlung gegen den Vorwurf der Parteilichkeit von Vogt) und hält sich, gewiß mit Recht, überzeugt, wenn er sich auch nicht vermesse, im Namen seiner ganzen Nation auszusprechen, doch aus den Herzen des größten Theils der Nation zu sprechen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen. Brandenburg, 2. Dez. Die Mitglieder der Rechten und des rechten Zentrums der Nationalversammlung haben folgende Ansprache an das Land veröffentlicht: An das Land! Wir haben schon einmal in freier verhängnißvollen Zeit unsere Worte an Euch, Bewohner unserer Provinzen gerichtet, Ihr habt sie gut aufgenommen, und der Erfolg hat sie gerechtfertigt. Vertrauen und auch jetzt, wo Vertrauen und Eintracht allein das Vaterland retten kann. Der Theil der Nationalversammlung, welcher sich der durch die Notwendigkeit gebotenen Verlegung nach Brandenburg widersetzt, hat eine Zeitlang fortgesagt, unbekümmert um die Spaltung und Verwirrung, die er dadurch in das Land gebracht, er hat sich nicht der Gefahr gescheut, die Entscheidung einer politischen Frage auch den Eigenwig beitheilig. Das Volk hat auf dieses eben so unedle als rechtswidrige Mittel geantwortet, wie es einem für Gesetzlichkeit und staatliche Ordnung gereiften Volke geziemt; es hat sich für seinen König erboben, würdig der Treue, die in seiner Geschichte glänzt und jene Gewährung für alle Gewitter in Zeiten des Unglücks vor Allem Bedürfniß ist. Mit diesem Volke haben wir auf Grund der in der Königlichen Vertagungs-Ordonnanz enthaltenen Einberufung am 27. November hier in Brandenburg versammelt. Wir kamen hierher mit der Hoffnung, die vergangenen Tage würden die Leidenschaften gestillt und zum Ablenken von der betretenen Bahn geführt haben. Wir begehr die Zuversicht, daß die Stimme des Landes, daß der Abgrund, bis an den Rand jene übereilten Schritte das Vaterland gebracht, die Besonnenheit zurückgeführt hätten; wir dachten die Möglichkeit, daß wir Alle, die Rechten des Vergangenen benutzend, und durch die überjährene Gefahr zur neuen Eintracht geführt das Verfassungswerk rasch zur Vollendung gebracht, dadurch die Erwartungen des draußen sehnsüchtig harrenden Volkes befriedigt und durch die Befestigung unserer neuen Zustände die Ordnung und das

Vertrauen zurückgeführt hätten, wodurch die reichen Hülfsquellen unseres Landes wieder flüssig gemacht und sehr bald ihren Segen noch reicher als zuvor über den Bürger und Landmann, über Handwerker und Arbeiter, über Handel und Industrie, über Kunst, Wissenschaft und Wohlthätigkeits-Anstalten, kurz, über Alles ergießen würden, wodurch unser Vaterland so groß und glänzend dastand und noch stehen könnte. Der Weg hierzu war den Andern angebahnt. Die Entscheidung der deutschen National-Versammlung zu Frankfurt, das Urtheil der Universitäten und angesehener Gerichtshöfe, Adressen mit zahllosen Unterschriften hatten sich für das Recht der Krone erklärt, und die Macht der Thatsachen sich ihm zur Seite gestellt. Wem von den Andern dieses noch nicht genügte, der konnte seine Rechtsansicht über das Vergangene durch eine öffentliche Erklärung verwahren, dann aber sich unumwunden für die Zukunft an den Standpunkt der am 9. November vertagten und am 27. November wieder eröffneten National-Versammlung anschließen. Denn vorwärts, nicht rückwärts liegt das Wohl des Vaterlandes! — So ist nach dem Zeugniß der Geschichte in unzähligen Fällen gehandelt worden. So werden immer diejenigen handeln, denen das Heil des Ganzen höher steht, als der Triumph einer formellen juristischen Rechtsabtreibe; welche wissen, daß in einem so verhängnißvollen Augenblicke, wo Alles wankt, Selbstverleugnung eine stillste Pflicht ist, welche das Vaterland gebieterisch auferlegt und über deren Erfüllung vor dem Richterstuhl Gottes und der Geschichte Rechenschaft gefordert wird. So hat auch ein Mann gehandelt, den es uns geschmerzt hat, einige Zeit in unseren Reihen zu vermissen — Vornen an, dessen Beispiel auch diesmal Viele hätten folgen sollen. Dieses ist aber nicht geschehen; vielmehr nachdem wir vom 27. bis 30. November täglich in nicht beschlußfähiger Zahl versammelt gewesen, erschien am 1. Dezember eine bedeutende Anzahl der bisher Ausgebliebenen mit der Erklärung ihres Vorsitzhrers, daß sie auf Einberufung ihres während der Vertagung gewählten Präsidenten von Umruh sich hierher begeben, daß dieser sich auch eingefunden haben würde, wenn er und die beiden Vizepräsidenten nicht mit der Einberufung von etwa hundert noch fehlenden Mitgliedern beschäftigt gewesen, daß aber diese Einberufung bis zum nächsten Montag vollendet sein würde. Zugleich war beantragt worden, die Versammlung bis dahin zu vertagen. — Als die Versammlung diesen Antrag verneinend entschied, verließen jene Mitglieder sofort den Saal und machten dadurch die Zurückgebliebenen wieder beschlußunfähig, so daß auch nicht die definitive Präsidentenwahl vorgenommen werden konnte. Durch jene Erklärung ist also von den bis dahin Ausgebliebenen unumwunden ausgesprochen, daß sie im schroffsten Widerspruch zur Staatsregierung behaupten, daß sie an ihren vom 9. bis 27. November vorgenommenen ungesetzlichen Akten und Wahlen unbedingt festhalten, und daß sie nicht eine Berufung nach Brandenburg durch die Krone, sondern nur eine Berufung durch ihren angeblichen Präsidenten von Umruh gelten lassen. Dadurch ist eine offene Auflehnung gegen die Krone erklärt, der Bürgerkrieg in den Dom zu Brandenburg verlegt und eine Regierung Umruh gegenüber der Regierung Friedrich Wilhelm IV. aufzurichten unternommen worden. Bewohner des Preußenlandes! Ihr habt und auf den Ruf des Königs entsendet, mit Ihm eine Verfassung zu vereinbaren, mit Ihm ein Werk der Eintracht und des Friedens zur Begründung wahrer Volksfreiheit zu stiften. Urtheilt selbst, welche Hindernisse und bei Lösung unserer Aufgabe entgegenstehen. Männer und Jünglinge des Vaterlandes! Schon einmal haben wir Euch die Worte zugerufen: „Entfernt die Zwietracht trotz unserer heißesten Wünsche, so stehen und fallen wir mit der konstitutionellen Monarchie!“ Das ist unser Panier. Halter zu demselben mit uns in dieser Zeit der Gefahr! Zeigt Euch deutscher Treue und der Freiheit würdig! Gott erhalte den König und das theure Vaterland! Brandenburg, am 2. Dezember 1848. Der gewählte Ausschuß der Rechten und des rechten Zentrums der National-Versammlung. (Folgen 92 Unterschriften)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 6. Dez. Bayer. 3½proz. Obligationen 76 P. — G. 4proz. 88 P. Bankaktien II. Semester — P. 550 G. Promessen 36 P. — G. Oesterreich. 5proz Metall. 950 G.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag, 8. Dez.: „Stadt und Land“, Posse mit Gesang von Friedr. Kaiser. Musik von Ad. Müller.

Fremdenanzeige.

Hotel Maulik. v. Beis, Militär, von Stettin. Kreft, Kaufmann, von Suchteln. Holzen, Kaufmann, von Lennep. Fahrmbacher und Cleur, Kaufleute, von Augsburg. Glas, Kaufmann, von Memmingen.

Gold. Hahn. Maierei, Partikulier, aus Mailand. Löwenzal, Kaufmann, von Hamburg.

Blaue Traube. Spengler, Bauknabet, von Augsburg. v. Wittowsky, Gutsbesitzer, aus Polen. v. Hammerle, k. k. Lezationsrath, von Wien. Busch, Partikulier, von Wiesbaden. Bergmill, Partikulier, aus Oesterreich.

Sachsengarten. Zweck, Kandidat, von Würzburg. Beer, Handelsmann, von Oettingen. Slard, Verwalter, von Passau. Heller, Privatier, von Bertingen.

Gestorbene in München.

Jakob Bleder, Privatier von hier, 64 J. a. Lorenz Deisl, freiresignirter Pfarrer von Haldhausen, 65 J. a. Ursula Zwinger, Melberhelfenswittwe, 74 J. a. Josepha Seitzle, Lampenanzündersfrau, 43 J. a.

280.

Die Einrichtung von Güterzügen zwischen Nürnberg und Hof betreff.

Bekanntmachung.

Im Namen Seiner Majestät des Königs von Bayern.

Zwischen Nürnberg und Hof werden vom 15. d. Mts. an Güterzüge eingerichtet, mit welchen auch Reisende III. und II. Klasse von allen Stationen — mit Ausnahme der Haltstellen — befördert werden.

Der erste um 5¾ Uhr früh von Nürnberg abgehende Güterzug trifft um 8½ Uhr in Bamberg, — um 11¼ Uhr in Lichtenfels, — um 1½ Uhr in Kulmbach, — und um 6¼ Uhr Abends in Hof ein.

Der andere um 6½ Uhr früh von Hof abgehende Güterzug kömmt um 11 Uhr nach Kulmbach, — um 1¼ Uhr nach Lichtenfels, — um 3¼ Uhr nach Bamberg, — und um 7½ Uhr Abends nach Nürnberg.

Mit den Personenzügen werden vom 15. d. Mts. an nur mehr Personen und deren Gepäck, Equipagen, Eil- und Post-Güter befördert.

München, den 6. Dezember 1848.

General-Verwaltung der königl. Posten und Eisenbahnen.

v. Goeb.

Mogs.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Aktenstücke aus der Versammlung der deutschen Erzbischöfe und Bischöfe zu Würzburg.

II.

Denkschrift der in Würzburg versammelten Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands.

Als in den Märztürmen dieses Jahres das auf dem Wiener-Congresse im Frühling 1815 von den deutschen Fürsten und ihren Staatsmännern errichtete Gebäude der politischen Gestaltung Deutschlande in seinem Grunde erbebte und die Fürsten dem durch alle Gauen des Vaterlandes erschallenden Rufe nach Freiheit Rechnung tragen zu wollen sich genöthigt erklärten; da erkannten es die katholischen Bischöfe, daß, wie entschieden und streng auch die Kirche anarchische Verbindungen jeglicher Art verurtheilen und verwerfe, doch auch sie ein lebendiges Interesse habe an der Sicherung alles desjenigen, was der allgemeine Ruf nach Freiheit von administrativer Bevormundung und Controle Wahres enthalte. Sie erkannten, daß die Kirche an den Zugaben, welche Deutschlands Fürsten ihren Völkern gegeben, den ihr gebührenden Antheil in Anspruch zu nehmen um so weniger verlämmen dürfe, als die vielfach laut gewordenen umgestimmen Aeußerungen solche verbandener Freiheitsbedürfnisse in der Kirche nur den einen Wunsch, das eine sehnliche Verlangen erweckten, in dem drohenden Kampfe der rohen Gewalt und Willkühr gegen Throne und Verfassungen der ihr gewordenen Mission, die Hüterin zu sein des Glaubens und der nur in ihm wurzelnden Sitte, ihre volle Thätigkeit wirksam und in freier selbstständiger Wirksamkeit ungehindert entwickeln zu können. Die Bischöfe glaubten der erfreulichen Einsicht der deutschen Regierungen vertrauen zu sollen, daß da, wo dieselben den Entschluß verkündeten, unter Mitwirkung und Bezeichnung mit ihren Völkern ein neues Verfassungsgebäude aufzurichten, in welchem es den Bewohnern deutscher Lande so wohl werden sollte, den Genuß und die naturgemäße Entwicklung aller zustehenden Rechte sich gesichert zu wissen, — sie in ihrer Weisheit auch der Kirche für die segensvolle Entwicklung und Durchführung ihrer hohen Aufgabe das volle Maß zustehender Freiheit nicht würden vorenthalten wollen. Und als nun mit der Forderung auch die Zusage einer uneingeschränkten Glaubens- und Religionsfreiheit, die Zusage, daß jede Kirchengesellschaft ihre Angelegenheiten frei und selbstständig solle zu ordnen haben, durch alle Gauen des Vaterlandes sich verbreitete, so glaubten die katholischen Bischöfe Deutschlands dem gelegten Vertrauen um so zuversichtlicher sich hingeben zu sollen, als ihrer Kirche ein achtzehnhundertjähriger Zeugniß ihrer Wirksamkeit zur Seite stehe. Achtzehn Jahrhunderte bezeugen, daß die Kirche es gewesen, welche in Sturmbewegten Zeiten, wo die Wogen entfesselter Leidenschaften in wilder Brandung tobten, Nationen gegen Nationen im Kampfe um Ehre und Besitzthum, Stände gegen Stände sich erhoben, ordnungerlichen und friedlichen Ordnung wankten, — fest ruhend auf dem Felsen, den keiner Stürme Gewalt überwindet, und im Namen Aufblicke zu Dem, der ihr Haupt und Gebieter, ihr Führer und Erleuchter sein will bis ans Ende der Zeiten, — die Völker geistigt und erzogen; Künste und Wissenschaften gepflegt und verbreitet, alten Reichen und Dynastien die mit verjüngtem Charakter und christlichen Charakter in ihre manchfaltigen, alle geistigen und leiblichen Werke der Barmherzigkeit umfassenden Korporationen geöffnet; Fürsten und Völker in der Gerechtigkeit zu vereinbaren gesucht, und so Ordnung und Freiheit in allen Verhältnissen des öffentlichen und häuslichen Lebens auf dem einzig wahren Fundamente des Glaubens zu gründen gewußt hat. Angehend von der Ueberzeugung, daß hierin der Beruf der Kirche zu allen Zeiten derselbe sei, sind daher die unterzeichneten Bischöfe Deutschlands zusammengetreten, um vereint die Stellung zu bezeichnen und auszuwerfen, welche die Kirche nach ihrer uralten überlieferten Verfassung auch der neuen Ordnung der Grundzüge der Stellung der Kirche zum Staate und zu anderen Religionsgenossenschaften, und die Dinge im öffentlichen Leben gegenüber einzunehmen habe, um zugleich die Grundlinien des Rechts der Kirche hinsichtlich der Ordnung ihrer Angelegenheiten, des Kirchenregiments. Die Sitte, daß im Leben sich ausprägende Gewissen des Menschen, wird vom Glauben regiert, welchen die Kirche lehrt. Die Kirche ist darum die Hüterin der Sitte, wie der Staat in Wahrung des Friedens und Sicherung der Gerechtigkeit der Hüter der nationalen Einheit ist. Staat und Kirche berühren sich naturnothwendig in ihren Wirkungskreisen, und beiderseit erkennt der Christ und Irrieder es auf: Eine Trennung herbeizuführen vom Staate, d. h. von der öffentlichen, nothwendig auf sittlicher und religiöser Grundlage ruhenden Ordnung liegt nicht im Willen der Kirche. Wenn auch der Staat sich von ihr trennt, so wird die Kirche, ohne es zu hindern, geschehen lassen, was sie nicht hindern kann; sie wird jedoch nie von ihr selbst und, im wechselseitigen Verhältnisse zum Staate, von den Grundfäden ihres reichs nicht trennen, wo nicht etwa die Pflicht der Selbsterhaltung dies gebote. Die Kirche, betraut mit der heilig-ernsten Mission: „wie Mich der Vater gesandt hat, so sende Ich euch," nimmt für die Aus- und Durchführung dieser ihrer Sendung — wie immer die öffentliche Ordnung der Staaten gestalter sein mag — nur die vollste Freiheit und Selbstständigkeit in Anspruch. Ihre heiligen Väpste, Bischöfe und Bekenner haben dieser unveräußerlichen Freiheit zu allen Zeiten Blut und Leben gerne und muthig geopfert. Die Bischöfe erkennen deßhalb und sprechen es aus: Wo das Verhältniß der freien Lebensäußerung der Kirche zu der öffentlichen Ordnung des Staates durch Concordate oder ähnliche Verträge mit dem heiligen Stuhl normirt und die unverkümmert getreue Erfüllung dieser Verträge gesichert ist, da werden die Bischöfe dieselben heilig achten. — Wo jedoch im Einzelnen und Besondern die Bestimmungen solcher Verträge sich als Hemmnisse des kirchlichen Lebens und der freien apostolischen Wirksamkeit bereits erwiesen haben, wie dies z. B. vielfach mit dem sogenannten Staatsparronatsrechte, mit der Placirung zu Kirchenämtern und anderem der Fall ist; oder wo eintretende Aenderungen in der öffentlichen Ordnung Treue Modificationen oder Abrufung der Verträge bedingen, da werden die Bischöfe nicht säumen, die Weisheit des heil. Stuhls um seine Vermittlung zur Abwendung alles Hemmenden anzugehen. Wo neuer Verträge noch Bestimmungen des Kirchenregiments einem Präsentations- oder Bestätigungs-Rechte zu Kirchenämtern das Wort reden; da fühlen sich die Bischöfe verpflichtet, ihre Freiheit der Kirche zu bekennen. — Selbst die Stellung der Kirche im Staate nicht ferner die einer öffentlichen. um ihrer höheren Mission willen bevorzugten Korporation sein; sollte ihr nur die Stellung eines blos noch privatrechtlich gehörten Vereins verbleiben, so muß und wird dieselbe ungeschent zu ihrem ursprünglichen Prinzip. dem der vollen Freiheit und Selbstständigkeit in Ordnung und Verwaltung ihre Angelegenheiten zurückkehren. Den Bekennern anderer Glaubensbekennen gegenüber gilt und gilt der Bischöfe als leitende Norm stets der Grundsatz: daß sie alle Menschen aller Zonen und Zungen als nach dem Ebenbilde Gottes Erschaffene und der Erlösung Bedürftige mit gleicher Liebe umfaßt; — daß sie für die Aus- und Durchführung ihrer die Welt erlösenden Mission nur sie volste Freiheit und Selbständigkeit in Anspruch nimmt, — und daß sie gegen die Gerichte Aller, die je ihrer Lehre, Einrichtungen und Disziplin sich nicht bekennen und halten, allerwege jenes gleiche Vollmaaß der Liebe und Gerechtigkeit beobachtet, welches den bürgerlichen Frieden zwischen Anhängern verschiedener Glaubensbekenntnisse sichert, ohne einen allen Bekennnissen gleich verderblichen Indifferentismus und ohne ihren Satzungen widerstreitende communicatio in sacris zu begünstigen. Die Bischöfe erkennen und sprechen es aus, daß sie an diesem Prinzip fest und in allen Beziehungen zu Andersgläubigen ihren, durch dieß Prinzip normirten, kirchlichen Standpunkt inne halten werden. Unter den Rechten der Kirche steht obenan das göttliche Recht der Lehre und Erziehung. — Sie kann nimmer sich trennen von dem Bewußtsein des ihr gegebenen Auftrags: Gehet hin und lehret alle Völker; taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes, und lehret sie halten alles, was Ich euch gesagt habe. Sie kann ebensowenig sich trennen von dem Bewußtsein der Freiheit in Erfüllung dieser Mission. Alle Jahrhunderte und alle Weltstriche geben der Kirche das Zeugniß, daß die Träger und Verkünder ihrer großen Erziehungsmission für die freie Ausübung des von ihrem göttlichen Stifter ihr verliehenen Amtes nicht nur zu erdulden sondern auch zu erringen wußten und Gesahren, noch Leiden und Tod gescheut haben. Mochte Besitzthum und Glanz und Ehre, mochte Alles ihr genommen werden: das Recht, das von Gott empfangene, zu lehren, zu erziehen, zu stiftigen die Völker des Erdkreises, das hat die Kirche nimmer preisgegeben. Und indem sie den Menschen erfaßt, um ihn, lehrend und erziehend, seiner höheren Bestimmung zuzuführen, ist sie bestrebt, in jedem Zeitalter Alter an, ersaßt und begleitet ihn in der Entwickelung aller seiner geistigen Kräfte, auf daß diese durch einen alle Zweige des Wissens umfassenden Unterricht zur vollen Durchbildung gelangen, im Geiste ihrer auf die höhere, ewige Bestimmung des Menschen gerichteten Mission. — Wie der Mensch nicht getrennt gedacht werden kann in einen rein leiblichen Lebensprozeß, arbeitenden Stoff und einen seine höhere Bestimmung anstrebenden Geist, so weiß auch die Kirche, daß der menschliche Geist nimmer zerspaltet gedacht werden kann in zwei gesondrte Richtungen. Und eben darin beurkundet sie ihr göttliches Recht zur Erziehung des Menschengeschlechts, daß sie den Geist des Menschen in der Totalität aller seiner Kräfte und Thätigkeiten erfaßt und entwickelt und durchbildet zu der höheren ewigen Bestimmung der Menschheit. — Und es ist insbesonders die Geschichte, welche der Kirche das Zeugniß gibt, daß sie im Bewußtsein des göttlichen Rechtes, der göttlichen Freiheit, die Menschheit zu lehren, zu erziehen, zu stiftigen, in allen Zweigen des Wissens und der Künste das Herrlichste geleistet hat von der Errichtung der stillen Klosterschule und Werkstätte bis zur Gründung ihrer Hochschulen und ihrer Akademie, die alle durch sie erhoben auf den Fundamenten der Einen allumfassenden Durchbildung des menschlichen Geistes zu seiner höhern Bestimmung. Dieß Anrecht an die Menschheit kann die Kirche nimmer aufgeben, ohne sich selbst aufzugeben, — und es ist nur eine naturnothwendige Folge dieses ihres Rechtes, daß sie alle zur Ausübung desselben erforderlichen Mittel, die zum Lehren und Erziehen bestimmten Individuen oder Korporationen Gewalt und Recht besitzlicher, frei in sich bestimmender, — sie ist insbesondere in der Heranbildung und Reiferklärung der Träger und Sendboten ihres großen Erziehungswerkes, so wie in deren Verwendung, Ueberwachung, Korrektion oder, wo es nöthig, Beseitigung gänzlich und vollkommen freie Hand haben, — und daß eben so die Bestimmung darüber, welche Vereine und Korporationen etwa hiefür zu erhalten oder zu errichten, und welche nicht mehr nützlich oder zulässig sind, der Kirche zustehen muß, soll anders dieselbe als die Hüterin der im Glauben wurzelnden und die Sicherung aller öffentlichen Ordnung und Gesetzlichkeit bedingenden Sitte in dem Bollgenusse der ihr zukömmlichen Freiheit gedacht

werden können. Die versammelten Bischöfe erkennen deßhalb und sprechen es aus: Die Kirche, durch die Kraft des Wortes unter dreihundertjähriger blutiger Verfolgung begründet, nimmt jetzt wie früher die unbeschränkte Freiheit der Lehre und des Unterrichts, so wie die Errichtung und Leitung eigener Erziehungs- und Unterrichtsanstalten im ausgedehntesten Sinne als dasjenige Mittel in Anspruch, ohne welches sie ihre göttliche Sendung wahrheit und im vollen Umfange zu erfüllen außer Stand sein würde; und sie muß jede einengende Maßregel auf diesen Gebiete als nicht vereinbar mit den gerechten Ansprüchen der Katholiken deutscher Nation ansehen. Die Bischöfe erkennen es als ihre Pflicht, durch Anwendung aller gesetzlich zulässigen Mittel dahin zu streben, die den Katholiken gehörenden Schulen als solche gegen jeden Uebergriff zu bewahren — alle für katholische Schulen bestimmten Fonds und Einkünfte festzuhalten und nöthigenfalls dort, wo sie den Katholiken bisher entzogen oder vorenthalten worden sind, zurückzufordern. Insbesondere erklären die Bischöfe, daß sie gemäß der ihnen durch ihr Amt auferlegten und durch die Kirchenversammlungen eingeschärften Verpflichtungen zum Rechte nicht entsagen können, alle Religionslehrbücher in ihren Diöcesen zuzulassen oder auch zu bestimmen. Sie sprechen aus, daß den Bischöfen das Recht zustehe und die Verpflichtung obliege, den Religionsunterricht an allen öffentlichen Unterrichtsanstalten, wo katholischer Religionsunterricht ertheilt wird, zu leiten und zu visitiren; so wie auch in der Sphäre der höheren theologischen Wissenschaften die Verantwortlichkeit vor ihnen, welche mit der göttlichen Stiftung zusammen, die Zeugin zu sein geworden ist, ihre Lehre, die weiterhin erkennende, zu klären durch Unterricht und Erziehung heranzubilden, nehmen zu diesem Zweck das unveräußerliche Recht in Anspruch, nach kanonischen Vorschriften alle jene Anstalten und Seminarien zur Erziehung und Bildung des Klerus, welche den Bischöfen für ihre Diöcesen nothwendig und nützlich erscheinen, frei und ungehindert zu errichten, die bestehenden zu leiten, das Vermögen derselben zu verwalten und die Vorsteher, Lehrer und Zöglinge zu examiniren, anzunehmen und zu entlassen. Die katholischen Bischöfe, als Nachfolger der Apostel, allein mit der Vollmacht ausgerüstet, Arbeiter in den Weinberg des Herrn zu berufen, damit das Evangelium allerwärts verkündigt und die Geheimnisse des Heils den Gläubigen gespendet werden, sind in gewissenhafter Wahrnehmung dieses göttlichen Auftrags verpflichtet, nur jene als Lehrer und Vorsteher zu wählen, zu weihen und zu senden, welche ihnen ihrem sittlichen Wandel nach zum pl. Lehr- und Priesteramte für würdig und ihren Kenntnissen nach für fähig halten. Ihnen steht demnach allein das Recht zu, die zum geistlichen Stande Berufenen über Wandel und Wissenschaft zu prüfen; zur Vorbereitung auf die heiligen Weihen und die evangelische Sendung in die Seminarien aufzunehmen und denselben, nachdem sie ihren Eifer im Gebet, Gottesdienst, Fasten, Studium und Gehorsam gegen den Vorsteher bewährt haben, das Zeugniß der Tüchtigkeit zur Verwaltung des Predigt- und Pfarramts zu ertheilen. Die Bischöfe erklären daher, daß sowohl die Mitbetheiligung des Staates an den Prüfungen der in den geistlichen Stand Tretenden zur Aufnahme in die Seminarien, als auch dessen Mitwirkung zu Pfarr-Concursprüfungen eine wesentliche Beschränkung ihres freithätigen Urtheils und eine Beeinträchtigung der bischöflichen Rechte enthalte. Die Kirche benutzt die Zeit verschieden auf das mit dieser Mission allerwege Hand in Hand gehende Recht, nach dem Vorbilde ihres göttlichen Stifters auch die leibliche Wohlthäterin der Völker zu sein, deren größter Segen ihre unvertraut ist. Was die leiblichen Mütter ihren Kindern sind, war der Kirche die Armuth, sammeln und Austheilen ihrer Gaben frei und selbstständig schaltende Kirche — zu aller Zeit den Armen und Nothleidenden. Zöhle, wer es vermag, die aus ihrem Schooße in so reicher Fülle und Manchfaltigkeit hervorgegangenen milden Stiftungen: das geheimnißvolle Walten des göttlichen Geistes und Segens über dem Säemann auch der Armen, das zunächst mit der Sache des Reichen verwandt ist in unserer Zeit, wo der Kirche so sehr, oft einer weit entfernten Noth beizuspringen geeilt, das wird bei menschlicher Calcül nimmer durch seine Zahlen-Stellungen zu ergründen vermögen. Ob die Kirche auch bei aller Opferwilligkeit frommer Vereine und ihrer Bereitwilligkeit, sich zum Vertreten zu machen an der Thüre des Reichen, um die Gaben seiner Mitbethätigkeit in den Schooß der Armuth zu schütten, der Noth der heutigen Zustände die Hand der Hülfe zu reichen im Stande sein möge, dies wird wesentlich bedingt sein durch das Maß freier selbstständiger Bewegung, welches auch auf diesem Gebiete ihr zu vindiziren die Bischöfe als ihre Pflicht erkennen. Ein anderes aus dem Begriffe ihrer Mission mit unabweisbarer Nothwendigkeit folgendes Recht der Kirche ist das göttlich freie Walten Christus und wie Alt und Neues, wie derselbe zu feiern, die Spendung ihrer Sakramente und die Einrichtung alles dessen, was auf den Gottesdienst sich bezieht, Gebete und öffentliche Anachtsübungen, ohne alle Dazwischenkunft oder hemmenden Eingreifen der weltlichen Gewalt ungehindert und selbstständig zu ordnen. — Ihr Ultra will eben der in den verschiedenen Formen des Gottesdienstes sich aussprechenden Glauben der Kirche; ihre Grundeinheit, Gebete u. s. w. die fortwährende Vermittelung des Menschen mit seiner höheren ewigen Bestimmung. Hier bewegt sich die Kirche ausschließlich auf ihrem eigensten Gebiete, welches die Bischöfe treu zu hüten die heiligste Verpflichtung haben. Eine mit dem Wesen des Kultus innig zusammenhängende Blüthe der katholischen Kirche sind sie durch alle Jahrhunderte der Kirche in den mannigfachsten Gestaltungen erscheinenden geistlichen Vereine von Männern oder Frauen, die sich mit Genehmigung ihrer geistlichen Oberhirten durch Gelübde oder fromme Gelöbnisse verbunden haben, um in größtem Streben nach christlicher Vollkommenheit, unter bestimmten, ihren Verband und ihre Thätigkeit normirenden, Regeln alle geistigen und leiblichen Werke der Barmherzigkeit in Unterricht, Pflege der Armen und Kranken u. s. w. zu üben. — Die versammelten Erzbischöfe und Bischöfe nehmen für derzleichen Vereine das gleiche Maß der Freiheit der Assoziation in Anspruch, welches die Verfassung des Staats allen Staatsbürgern gewährt. Endlich hat die Kirche das Recht, alles katholische Kirchen- und Stiftungsvermögen, als die durch rechtmäßige Titel und Verwendung erworbenes Eigenthum, gleich jedem Bürger oder bürgerlichen Vereine gegen gewaltsamen Eingriff geschützt zu sehen und dasselbe frei und selbstständig zu verwalten und zu verwenden. Es ist dieses, überall nur zu den Zwecken der Kirche in — oft viele Jahrhunderte hinaufreichenden — Stiftungsurkunden bestimmte Vermögen Eigenthum der Einen, als einigen Rechtssubjekte zu erkennenden katholischen Kirchengesellschaft; und wie sich frei darum, sollen Recht und Gerechtigkeit den Fürsten und Völkern Deutschlands gemäß heilig und ein leerer Schall sein, allerwege des gleichen Rechtsschutzes zu erfreuen haben, wie jedes andere Gesellschaftsvermögen, dessen Unantastbarkeit überall anerkannt erscheint, wo öffentliche und bürgerliche Ordnung eine Wahrheit ist. Zum Schlusse legen die Bischöfe feierlich Verwahrung ein gegen jene nur auf feindseliger Gesinnung oder Mangel an Einsicht beruhende Darstellungsweise, welche in der katholischen Kirche, die kraft ihrer göttlichen Mission als Mutter des Glaubens und der Einheit, Antipode und Todfeind der Freiheit sein und darum den lebendigen Verband der Bischöfe und ihrer Heerden mit dem Vater der Christenheit, mit dem heiligen apostolischen Vater zu Rom, als Stunde an der Nationalität, als unduldsch und gesäbelsüchtig schauen zu können wähnt und nicht ablassen möchte, den Verkehr der Bischöfe und Gläubigen mit dem heiligen Vater und des heiligen Vaters mit ihnen einer fortwährenden unfriedstörenden Controle zu unterwerfen. Diese innerste Einheit der Kirche gehört ihr in Lehre, Verfassung und Disziplin überall sich bewährender Charakter der Einheit. Bedingung und Folge dieser Einheit ist der stets lebendige Verband und Verkehr zwischen Haupt und Gliedern, zwischen dem heiligen Vater zu Rom und den binnen den weiten Marken der Erde wohnenden und in gleicher Einheit unter ihre Oberhirten sich scharenden Bischöfen und Gläubigen. Dieser unzerreißbare Bund ist das innigste Leben der Kirche, wie der ungetrübte Blutumlauf das durch alle Adern pulsirende Leben des Menschen. Was diesem Unterbindung, daffelbe ist dem Leben der Kirche jener Alt willkürlicher Hemmung des freien Verkehrs mit dem Mittelpunkte der Einheit. Wie daher die Bischöfe es als ihre höchste Ehre achten, durch den innigsten Anschluß an das Oberhaupt der Kirche und den engsten Verband des Episkopat unter sich allen Gläubigen ein Gegenstand des Beispiels zu sein, und es als ihr kostbarstes Gut betrachten, gegen den Nachfolger des Apostelfürsten Petrus sich stets werden angelegen sein lassen, den ihnen anvertrauten Theil des Volkes Gottes deutscher Zunge in der Einheit und Reinheit des katholischen Glaubens zu erhalten, auf daß sich die einzige katholische Wahrheit so entwickle und bewähre, wie es die ehrwürdigen Grundbestien seiner Väter, wie es der durch Jahrhunderte aufgeprägte Charakter des deutschen Stammes erfordert; so müssen sie jede Art eines die selbstständige und freie Verkündigung gefährlicher Schein hemmenden Placet's als wesentliche Verletzung des unveräußerlichen Rechtes der Kirche, jede mißtrauische Ueberwachung des Verkehrs zwischen Hirt und Heerde als dem deutschen Charakter, diesen Treue fortwährend ist, widerstehenden und mit dem Vollgenusse wahrer Freiheit unvereinbar erkennen und erklären. Würzburg den 14. November 1848.

(Folgen die Unterschriften.)

Deutschland.

Kurhessen. — Kassel, 2. Dez. Heute ward der der Landtag eröffnet; der Staatsrath Eberhard hielt im Auftrag des Kurfürsten die Eröffnungsrede. (A. Z.)

Aus dem Herzogthum Nimburg vom 26. Nov. Die politische Aufregung nimmt bei dem Herannahen der für die Generalstaaten angeordneten Wahlen sichtbar zu. Wahlversammlungen finden sehr häufig statt. In denselben trat anfänglich die Ansicht hervor, daß die Wahlen vorläufig noch nicht vorgenommen werden, weil nach den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung das Herzogthum Limburg ein Theil des deutschen Reiches sei, eine selbstständige Verfassung und Verwaltung erhalten solle, und nur durch eine Personalunion mit der Krone Hollands verbunden bleiben könne. Es wurde indessen darauf erwidert, daß, so lange die deutsche Reichsverfassung noch nicht verkündet sei, die in Mittelansicht sich befindende holländische Verfassung vollzogen werden müsse. Die Wahlen werden also für diesesmal nach Statt finden. Daß die Wahlen indessen auf Personen fallen werden, welche der Territorialunion mit Holland abgeneigt sind, dafür zweifelt Niemand sicher.

(Nachrn. Ztg.)

Preußen. — △ Berlin, 4. Dez. Unser Belagerungszustand dauert nach wie vor, wird jedoch so gelinde gehandhabt, daß man durch sein äußeres Kennzeichen daran erinnert wird. Niemand beklagt sich über denselben, als unsere Demokraten, welche allerdings verhindert sind, ihre gewöhnlichen Volksversammlungen und die damit Hand in Hand gehenden hergebrachten Demonstrationen, Aufzüge und Demolirungen im Werk zu setzen; weil nämlich unsern Gewerbetreibenden zu viel kommt, daß solche friedliche Familien aus Sachsen und Schlesien von den Segnungen der bornirten breiten demokratischen Grundlagen hierher sich geflüchtet haben.

Jakobi, Waldeck und etwa fünfzig ihrer Partei haben heute Morgen eine Versammlung in Mylius Hotel gehalten, in welcher adermalig beschlossen sein soll, nicht nach Brandenburg zu gehen. Von den übrigen, wenn sie auch in diesen Augenblicke noch großmüthig in Berlin verweilen, darf mit großer Bestimmtheit angenommen werden, daß sie Donnerstag im Dom zu Brandenburg erscheinen werden, um sich, wenn man den Anwesenden Unkenntniß der unbedingten Gültigkeit jener Befehle über Nacht, Uebereilung vorwerfen, ihre Sitzung zu eröffnen. Im übrigen tragen sich die Herren des Steuerverweigerungs-Parlaments vielfach mit der Furcht vor Verhaftung und gerichtlicher Ahndung. Der ersteren soll der Schriftführer Schneider vorgestern Abend kaum entgangen sein. — Von allen Seiten wird gegen die im Publikum große Aufregung erregende Nachricht, die vergangenen Freitag nach Brandenburg abgeschickten Abgeordneten hätten vor ihrem Wiederzusammentritte die Rückmeinungen Diäten erhoben, schriftlich und mündlich protestirt, und behaupten, diese Diäten seien erst am folgenden Tage, Sonnabend, in Empfang genommen worden. Im wesentlichen würde dadurch an unserm neulichen Bericht über diesen Punkt nichts berichtigt, da die Thatsache, daß Volksvertreter, die noch nur wenig Tagen das Ministerium in Ar tagelang verlegen, diesem selben Ministerium nach Brandenburg folgen, um vor der Monarchie vor Empfang zu nehmen, thätlich gestiftet, und es ganz gleichgiltig ist, ob dies am 1. oder 2. Dez. geschah. Wir können übrigens aus bester Quelle wiederholen, daß die Auszahlung wirklich, wie früher gemeldet, am Freitage geschah. — Allgemein erstaunt man jetzt den Ritz in der Kammer als vollständig; unbedingt und erwartet zuversichtlich in den nächsten Tagen die Auflösung einer Versammlung, die in der Mehrheit ihrer Glieder jedes Zutrauen mit dem betreffenden Dekret wäre eine königliche Proklamation erscheinen, eine ausdrückliche Appellation an den gesunden Menschenverstand des Volkes enthalten. — In den höhern Schichten der Gesellschaft in den Marken und Pommern zirkulirt ein auf der Höhe des bekannten Bülow-Cummerow gefassenes und an die Nationalversammlung gerichtetes „Bedenken über die Verfassungsfrage in Preußen, Urkundlich", das wohl geeignet, die Unzweckmäßigkeit des jetzigen und des zum vereinigten Landtag eingeholten Wahlmodus nach eine Interessen-Vertretung als die vollkommenste Volksrepräsentation, und stellt folgende Hauptgliederung der verschiedenen zu vertretenden Interessen auf. 1) Vertretung des unbeweglichen Vermögens, des Grundes und Bodens; 2) Vertretung des beweglichen Vermögens auch die Bewohner der Städte; 3) Vertretung der Intelligenz.

⊙ Berlin, 4. Dez. Einem stark verbreiteten Gerüchte zufolge soll dem Abgeordneten von der Hayde aus Eilbersleb das Finanzministerium angeboten und Aussicht zur Annahme von Seite desselben vorhanden sein.

— Gegen mehrere Abgeordnete sind von verschiedenen Seiten Denunziationen beim Staatsanwalt wegen erlassener Proklamationen, förmlicher Aufforderung zum Aufruhr, zur Steuerverweigerung u. dgl., so wie wegen anderer verbrecherischen Aktionen angebracht worden. Die Besorgniß der betreffenden Abgeordneten vor Verhaftung ist in der That sehr groß, wie sehr sie sich auch Mühe geben, dieselbe zu verhüllen.

Berlin, 4. Dezbr. Der heutige Staatsanzeiger enthält Folgendes: Der Abgeordnete zur deutschen Nationalversammlung, Prof. v. Raumer, hat aus den jetzigen Akten der Universität d. d. 30. Nov. 1848 nachstehendes Schreiben erlassen: So eben lese ich die Verklärung, welche sehr viele Professoren der Berliner Universität in Bezug auf die Verlegung der Reichsversammlung an Se. Majestät den König gerichtet haben. Ich halte es für meine Pflicht, nicht zu schweigen, sondern selbst aus der Ferne dieser Erklärung mit voller Ueberzeugung beizutreten. Denn abgesehen von allen Gründen, welche für eine solche Verlegung aus den Rechtsverhältnissen und Gesetzen für das von der Krone in Anspruch genommene Recht herleiten kann, erweiset die Theorie durch sichere Schlüsse und die Geschichte durch nur zu zahlreiche Erfahrungen, daß eine Versammlung, deren Dauer und deren Weise des Seins allein von ihr aber doch von ihrer willkürlichen Bestimmung abhängt, allmälig alle Festheiten umreißt und Tyrannei beginnt. Sie mag nämlich aus welchen edlen Gründen Eifer und übertriebener Besorgniß vor aus beruhigtem Freveltmuth in dieses Streben nach Allmacht hineingerathen, so steht doch fest, daß in dem Maße, als sie dieses Ziel erreicht und alle heiligsten Gegengerechte zur Seite wirft, sie auch ihrem eignen Untergange entgegengeht. Zu spät werden alsdann die Verführer gestraft, die Verführten von Gewissensbissen verfolgt. Alle aber haben schnell vorübergegangener Verspottung von der Mitwelt verlästert und von der Nachwelt verdammt. Nur wenn die Versammlung zur rechten Einsicht und zum nothwendigen Gehorsam zurückkehrt, die Krone aber (woran nach den Versprechungen Se. Majestät des Königs und Se. k. Hoh. des Prinzen von Preußen nicht zu zweifeln ist) zu ihrem eignen wahren Wohle weder die Gesetze der Mäßigung überschreitet, noch die jugendliche Kraft verletzt, wird unser theures Vaterland aus den entsetzlichsten Gefahren erretten werden und einer glücklichen Zukunft entgegengehen. Ew. Magnifizenz bitte ich, diese Erklärung der Oeffentlichkeit zu übergeben.

(D. A. Z.)

** Aus **Pommern** wissen Briefe und Blätter übereinstimmend nicht genug zu erzählen von dem freudigen Eifer, mit welchem die einberufenen Landwehrbataillone hinter ihre Fahnen eilen. In Stettin ging es dem Aufs und Admarsch des Bataillons ungemein herzlich zu und ein Theil der Bevölkerung gab den abziehenden Landwehrmännern das Geleit bis weit hinaus vor die Thore der Stadt. Auf Angermünde liegt ein Reisefrachtbrief vom 30. Nov. vor uns, welcher die Ankunft dieser Leute — es ist das pommersche Grenadierwehrbataillon — meldet. Unzweifelt aus weitläufigen Instanzenzügen, den die Einberufungsordres zu durchpassiren haben, und trotzdem, daß viele von den Einberufenen Entfernungen bis zu 10 Meilen zurückzulegen hatten, war das Bataillon in Stettin binnen drei Tagen vollzählig beisammen. „Der Marsch des Bataillons", heißt es in dem Schreiben, „gleicht einem Triumphzug; in allen Städten wird es mit Musik und Lebehoch begrüßt, von Behörden und Deputationen empfangen; sa auch in Angermünde. Als die Berlin-Stettiner Eisenbahnverwaltung auf die Anfrage wegen des Extrazuges zur Fortschaffung des Bataillons per Eisenbahn von Angermünde nach Neustadt eine Forderung stellte, die einer Verweigerung gleichkam, erschienen an 30, Nov. Morgens so viel unkermärkische vierspännige Chaisen und Wagen mit Sitzen, die zum Theil zwei bis drei Meilen weit hergekommen waren, daß das ganze auf 800 Mann bestehende Bataillon per Achse nach Neustadt geführt werden konnte. Den anwesenden Landwehrmännern zu Ehren ging es am 29. Nov. festlich zu und Abends war ohne alle Aufforderung die ganze Stadt erleuchtet. Die Berliner berichten nach Pommern, daß sie sich seit den Metzgern nicht so behaglich gewußt haben, als unter dem gegenwärtigen Belagerungszustand. Der Geist der Truppen ist der vortrefflichste und wie sie so bleiben auch die hergerufenen Volk der Krone zugewendet mit dem ganzen und vollen Vertrauen, daß sie ihre Verbindungen erfüllen werde. Die freiwillige Versammlung hat sich solche Sympathien hemdrosig zu verderben gewußt.

Oesterreich. — * Wien, 5. Dez. Unser junger Kaiser hat seinen Regierungsantritt bereits auf eine sehr ausdrucksvolle Weise bezeichnet, indem habe und einflußreiche Hofdame ihre Entlassung erhielten. Man nennt darunter den fürsten Lodowmir und den Grafen Moriz Dietrichstein, welcher letztere wieder so Böses in das Thronwechsel eingezischt hatte. — Interessant ist, daß schon früher Gerüchte über Differenzen zwischen Kamplerten Umständchen sind die Unglücksage des Oktobers großentheils zuzuschreiben.

— Fürst Windischgrätz erhielt vom Kaiser Ferdinand, so wie vom jungen Kaiser Franz Joseph höchst anerkennende Handschreiben und von ersterem außerdem das Großkreuz des St. Stephand-Ordens. — Erst um die Hälfte d. Mts. nach Empfang des kaiserlichen, die Thronbesteigung verkündenden Manifestes in Pesth, sollen die Ungarn gegen Jellachich beginnen. Inzwischen haben die Ungarn gestern bei Brück die Grenze überschritten und sind die Rotrun vorgerunnen, von wo sie sich aber Abends wieder zurückzogen. — Aus Anlaß des veröffentlichen Ministerialprogramms wird vom Gemeinderathe eine Vertrauensadresse an das Ministerium veranstaltet und darin der Dank für die zugesicherte Beruhichtigung der Wiener Verhältnisse ausgedrückt. — Die Bürgergarde hat der hiesigen Bank ein Darlehen von 1½ Millionen für den Kriegsfall zugesichert. Man versichert, daß er vom neuen Jahre an die hiesige Besatzung beziehen wird, und mit diesem Zeitpunkte auch die Wiedervereigung des Reichstags nach Wien eintritt. — Kroatien, Slavonien und Dalmatien, so wie Siebenbürgen sollen jedenfalls am hiesigen Reichstage, vielleicht noch am gegenwärtigen repräsentirt werden. — Wo den treiben die neuen Reichstagswahlen vor sich? Gestern zu gestern ein. Der Minister Krauß hatte den Staatsbeamtenschlag für 1849 vorgelegt und darüber im Wesentlichen Folgendes vorund angetragen. Bei dem bekannten Abgang von 50 Millionen seien die außergewöhnlichen Ausgaben mit 30 Millionen für den Krieg und 12 Mill. für die Staatsschuld in Anschlag zu bringen. Alle noch nicht vertretenen Länder müssen zum gleichmäßig zu den Lasten beitragen, wie bisher für Alle eine gleichmäßige sein soll. Bei der Entschädigung wegen Ablösung der Unterthanslasten muß sich auch der Staatsschatz betheiligen. (Beifall.) Kein Finanzsystem ist von langer Dauer, das nicht auf Gerechtigkeit beruht (Beifall), besonders brauchen wir auch die Abschaffung der Zuckersteuer. Die Regelung der Finanzen böte keine so große Schwierigkeit dar, wenn Jedem sein Theil falle und man Ordnung in Ungarn und 10 fl. 19 kr.; in Frankreich 3 fl. 8 kr.; in Oesterreich 1 fl. 7 kr. — Folgende Aenderungen im Steuersystem werden beantragt: Besteuerung des inländ. Zuckers, Umgestaltung des Zollsystems muß vorgenommen werden. Die Einfuhrverbote werden nicht den gehoffen Ertrag ab um erschweren den Verkehr. Allmälige Aufhebung verlangen die Vertagung aller Zölle. Auch politische Gründe sprechen dafür, wie z. B. der Anschluß an Deutschland. Wien kann die erste Handelsstadt sein, wenn die Hindernisse des Zollsystems beseitigt sind. Ferner wird beantragt, eine mäßige Erhöhung der Steuer auf Branntwein bei Erleichterung in der Erhebung — die Einführung einer Einkommensteuer, Modifikation der Tax- und Stempelsteuer (Erhöhung für den Reichen, Erleichterung für den Mindervermögenden). Das Lehn- und Allodialwesen soll dem Staate ein Einkommen verschaffen. Das bisherige Lehen soll in erhaltende Mehr wird auf 20 Millionen angeschlagen. Dagegen sollen: Grund- und Häusersteuer in allen Provinzen gleichmäßig 16 Prozent betragen, die Salzpreise vermindert, die Verzehrungssteuer ermäßigt, in Dalmatien die Personensteuer und überall das Lotto aufgehoben werden. Nur allmälig sollen diese Aenderungen eintreten, sie bringen aber sehr bei die Ailgung der schwebenden Schuld und die Verminderung der Banknoten. Im Ganzen beantragt er einen Kredit von 80 Millionen und für den Fall einer Staatsanleihe wären sie durch die öffentliche Konkurrenz auszuschreiben. — Die Kammer beschließt Ueberweisung an den Finanzausschuß zur Berichterstattung in 3 Tagen und vertagt sich auf den 7. Dezember. Bei geringem Umsatz fast keine Veränderung in Fonds und Gisenbahnaktien. Wechsel und Gold beliebter. — 5% Metall. 79¾, 4% 66, 2½% 41¾, Bankaktien 1110, Loose von 1834 138, Dwizen von 1839 85½, Nordbahn 101½, Mailänder 67, Glogganer 96, Pesther 64, Brunner 65½, Linz-Budweiser —

kalva am 16. d. M. zerſprengt und in die Flucht geſchlagen wurden. Unſere Truppen unter General B. Wardener und Obriſtlieutenant Urban wurden bei ihrem Einzug in Klauſenburg mit Jubel begrüßt. Die Oeſterreichiſchen und Kaiſerlichhuſaren hatten Tags zuvor die Stadt verlaſſen und ſich auf der Straße nach Großwardein geflüchtet. (Oeſtr. B.)

Italien.

Florenz, 23. Nov. Die vorgeſtrigen Wahlen hatten zwar kein entſcheidendes Reſultat geliefert (von den 2900 Wählern der Hauptſtadt hatten nur 1200 abgeſtimmt), aber die Mehrzahl der Stimmen war nur mit einer Ausnahme wieder auf erklärte Anhänger der gemäßigten Partei, größtentheils auf die früheren Mitglieder gefallen. Geſtern Morgen begann die Abſtimmung von neuem, aber ehe ſie vollendet war, drangen Volkshaufen in die Wahllokale (in den ſechs Hauptkirchen), warfen die Urnen um, vernichteten die Wahlzettel und zwangen die unverſehenen Wähler ſich eiligſt zu entfernen, wobei ſie ohne einige gerade Realiſinarien nicht abging. Dann eilten die Tumultuanten vor den Palazzo vecchio; eine Deputation eilte hinauf, fand jedoch nur den Juſtizminiſter Mazzoni, von dem ſie im Namen des florentiniſchen Volkes: Vernichtung der Ratzgebahren Wahlen; ein proviſoriſches Wahlgeſetz mit allgemeinem Stimmrecht und Verfügung des vorigen Miniſteriums in den Anklageſtand (ſyp!!) forderte. Der Miniſter antwortete, er könne nichts verſprechen, und entwahrte zum Ausdrinkenbleiben. In der That verlief ſich der Haufen, und Alles ſchien vorüber. Aber Abends 6 Uhr verſammelte ſich eine neue Volksmaſſe unter den Hallen der Uffizi, zog, nachdem ſie dem Kriegsminiſter d'Avala ein Hoch gebracht, vor die Häuſer des Generaliſſimus Mibelli, des Deputirten Capei, des Marquis Marcelli, des Redakteurs der „Patria“ Salvagnali und vor die Bureaux dieſer Journals, warfen überall die Fenſter ein, verbarben ſo viel ſich von außen an den maſſiven Palaſten von Florenz verderben läßt, und verſuchten ſogar, wie mir verſichert wird, den Palaſt Martelli in Brand zu ſtecken, indem ſie die Vorhänge der Parterrezimmer anzündeten. Der ganze Haufen betrug ohne die Zuſchauerwenige höchſtens 500 Köpfe, größtentheils Gaſſenjungen von 12—16 Jahren. Der zufällig vorüberfahrende Wagen der Gräfin Nemini wurde aufgehalten, zur Umkehr gezwungen, die Gräfin von einem Steinwurfe, der Bediente von einem Stockſchlage getroffen, die Fenſter und Laternen zerſchmettert: denn abbasso l'infame aristocrazia tönte der Ruf! Ich erzähle nur, was ich geſehen, ähnliche Szenen müßen in Menge vorgefallen ſein. Nach einem mir eben zugekommenen Berichte ſoll es ſogar darauf „um die Rohe herzuſtellen“, das proviſoriſche Wahlgeſetz mit allgemeinem Stimmrecht verſprochen haben. Auf heute Abend hörte ich geſtern von einem der Chefs eine Volksverſammlung im Theater der Pergola anſündigen; man werde da überlegen, was nach zu thun bleibe. Wir werden ſehen, ob es das Miniſterium nochmals wagen wird, unthätig zu bleiben.

(Nachmittage 3 Uhr.) Soeben wird eine von dem ganzen Miniſterium unterzeichnete Kr. 118 von 2 Kol. Abgedruckte, worin die geſtrigen Vorfälle nicht allein aufs ernſteſte gemißbilligt, ſondern auch die ſtrengſte Unterſuchung und rückſichtsloſeſte Beſtrafung der Schuldigen verſprochen werden. Fahre „das Volk“ fort, durch ähnliche Vorgänge dem Miniſterium Mangel an Vertrauen zu bezeigen, ſo werde daſſelbe ſafort ſeine Dimiſſion einreichen. Zugleich verkündigt ein Anſchlag Seitens des Präfekten, daß die Unterſuchung über die geſtrigen Ereniſſe ſofort eröffnet ſei, wieder „muß daſſelbe die wiederholte Mißhandlungen ihnen als außerordentliche Vorſichtsmaßregeln irgend welcher Art.“ Von einem proviſoriſchen neuen Wahlgeſetz verlautet dagegen nichts.

(D. A. Z.)

* Wir glauben unſern Leſern noch einige Mittheilungen machen zu müſſen, über die Rolle, welche der ehemalige Fürſt von Muſignano, jetzt Fürſt von Canino, Karl Bonaparte bei den letzten Unruhen in Rom geſpielt hat. Die „Gazette du Midi“ berichtet hierüber Folgendes: „Der Fürſt von Canino, Sohn Lucians Bonaparte befand ſich auf dem Wege nach Civitavecchia, wo ſeine Yacht von 200 Raſtelbroen. Er hatte ſein Gefolge über die Schulter gehängt, und den Säbel in der Hand; ſein Sohn begleitete ihn auf gleiche Weiſe bewaffnet, und dieſe Beiden waren es, welche dieſe Handvoll Leute zuſammengebracht, die erſchrockt über ihre Verbrechen oder über die Geſahr ihres Unternehmens kaum in Stande waren, mit ihren bebenden Händen den Säbel zu halten. Der Fürſt Canino war der Erſte, der die Antwort des Papſtes auf ſeine Abgeordnete ausſtieß, und dann ſeine Truppe in zwei Abtheilungen ſonderte, mit dem Befehl einer er vor dem Quirinal ſtehen blieb, während die andere die Stadt durchzieht, um den bereits vollkommen vorbereiteten Aufſtand allenthalben zum Ausbruch zu bringen.

— Ungefähr 30,000 Mann Nationalgarden, Wall, Linientruppen durchſtreifen andere Fürſten hingu, um den Quirinal anzugreifen. Sie ſchaffen ihre Kanonen auf die Ecken des Gebäudes ab, hüteten ſich aber wohl ein Thor in der Fronte beſtehen anzugreifen, weil ſie die Schweizer fürchteten, auf die ſie bei dieſer Gelegenheit zu flaſſen glaubten. Man dieſen waren es im Ganzen 500 Mann, welche ſich dem Haufen der anſtürmenden Aufrührer widerſetzten, und dieſelben acht Stunden lang naſſkühlig in Schach hielten, allein länger war dies bei ihrer gänzlichen Abgeſchnittenheit von aller Verſtärkung nicht möglich. — Verſchwörung und ſeige Thatloſigkeit ſpielten an dieſem unheilvollen Tage die Hauptrollen in Rom, und beide haben der Hauptſtadt der chriſtlichen Welt unſäglliches Unglück bereitet!

Frankreich.

** **Paris**, 3. Dez. Die Hoffnung, daß der Papſt nach Frankreich kommen werde, dürfte wohl ein frommer Wunſch bleiben, trotz der Anſtrengungen des Telegraphen aus Marſeille. Das Pius IX. vorerſt nach Gaeta auf neapolitaniſchen Boden gegangen iſt, weiß man bereits, und es iſt nicht wahrſcheinlich, daß er ſeine andere Zufluchtsſtätte außer Italien ſuchen ſollte, wenn er dort Schutz und Sicherheit findet, wie dieß zu erwarten iſt. Große Aufmerkſamkeit erregt hier, und auch ſelbſt begreiflichen Gründen, das Benehmen des Fürſten von Canino, des Sohnes Lucian Bonaparte, der hier in der Nationalverſammlung ſitzt und auf alle Weiſe fürchterlich Partei für ſeinen Vetter Louis Napoleons ſeine Wetterſ für die Präſidentſchaft zu wirken bemüht iſt. Ueberhaupt tritt das Zuſammenwirken aller Glieder der Familie Bonaparte für einen gemeinſchaftlichen Zweckimmer klarer und unverkennbarer hervor. Für den Fall, daß man zu Rom mit Aufhebung aller weltlichen Gewalt des Papſtes, ſo weit ginge, die Republik ausrufen, würde die Lage des franzöſiſchen Kabinets ſehr ſchwierig werden. Denn die republikaniſche Regierung könnte ſchwerlich gegen die Republik in Italien einſchreiten, um dort den Papſt wieder in ſeine ſouveräne Gewalt einzuſetzen. Andererſeits könnte ſie aber auch nicht neutral bleiben, wenn die Oeſterreicher unter Feldmarſchall Radetzky in den Kirchenſtaat einrückten, um den Papſt wieder auf ſeinen Thron zu ſetzen. In dieſem Fall würde wahrſcheinlich auch ein franzöſiſches Korps zur Besetzung von Civita Vecchia abgeſchickt werden. Krieg und Friede würden dann aber nur noch an einem Haare hängen. Ein Gerücht, daß eine telegraphiſche Depeſche die Landung des Papſtes zu Marſeille melde, findet keinen Glauben. — Bis 21. oder 22. glaubt die Regierung das Reſultat der Abſtimmung für die Präſidentenwahl veröffentlichen zu können. Marſchall Bugeaud erklärt ſich nun öffentlich für Ludwig Napoleon, und andere Generale folgen eben ſo offenſt ſein. Der Geſetzentwurf wegen Banquaup d'Hilliers, Lebreton, Bar, Napatel u. a. m. Die Königin von Spanien ſoll ſich im ſechſten Monate ihrer Schwangerſchaft befinden.

Nachſchrift.

** **München**, 8. Dez. Wir haben bereits in unſerem heutigen Hauptblatte das Ergebniß der Wahlen zum bayeriſchen Landtage im Wahlbezirk Au theilweiſe mitgetheilt und dreißen und auch den letzten Abgeordneten zu nennen, der aus der Wahl hervorging. es iſt dieß Hr. Dirner Geyer von Baumkirchen. Das Ergebniß der Wahlen in Augsburg ſtellt ſich ſo heraus: Bürgermeiſter Fondran mit 184, Pfarrer Meyerſchmidt von Oettingen mit 141, (U. Strutin) Graf Hegnenberg Dux mit 147, und Oekonam Schafſlüpl von Zuſammlehrm mit 127 Stimmen. Die Zahl der Abſtimmenden betrug 231, abſolute Majorität 116. Das Ergebniß der Geſetzmännerwahl iſt uns noch nicht zugekommen. Wir haben alſo bereits eine Doppel-Wahl, die des Grafen Hegnenberg Dux, welcher in den Wahlbezirken Au und Augsburg gewählt wurde. In Nürnberg wurden die HH. Jakob Schmitt, Kaufmann aus Frankfurt, v. Scheurl, Profeſſor in Erlangen, und Träger, Lehrer, gewählt. Schmitt und Träger ſind Kandidaten der reinen Demokratie. — In Straubing wurden gewählt die HH. 1) Bürgermeiſter Kalb, 2) Domdechant Zahl und 4) Bauer Kiſchner aus Geiſelgering von Wiechtach und 5) Gutsbeſitzer Bal (der frühere Abgeordnete).

In London wird gegenwärtig die ſehr werthvolle Gemäldeſammlung des Fürſten Ludwig von Wallerſtein zum Verkaufe ausgeboten und dieſelbe iſt in zwei Sälen des Kenſington-Palaſtes zur Anſchauung ausgeſtellt. — Prinz Albert hat ebenfalls 2 Bilder angekauft, ſie ſind von Rembrandt.

(Baltic Herald.)

Börſen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 6. Dez. Oeſterr. 5proz. Metall. 70⅞, 4proz. 57, 3proz. —, 2½proz. 37⅛. Bankaktien 1175. G. 500 fl.-Loose 122⅞. 250 fl.-Loose Preuß. 50 Thlr.-Prämienſcheine —. P. —. G. Staatsſchuldſcheine 3½proz. 80. — Bayer. 3½proz. 75⅞. — Badiſche Bonds 64½. — Württemberg. 3½proz. 76½. 4½proz. 93½. — Bad. 35 fl. 3proz. 73. — Loto-Anlehen à 50 fl. 45½. — Loose 25. — Darmſtadt. 3½proz. 75. 4proz. 84½. — Loto-Anlehen von 50 fl. 50. 25 fl.-Loose 21½. — Kurheſſ. Friedr.-Wilh.-Nordb. 41½. 40 Thlr.-Loose 34½. — Naſſau. 3½proz. 79½. 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. Anl. 76. 3½proz. 90½. 3½proz. Anleihen 270. — Holländ. Integrale 110. — Span. 3proz. innere Schuld 18¼. — Pol. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 70½. — Sard. 36 Fr.-Loose 24½. Diſc. —.

Paris, 4. Dez. 3proz. 43,70. 5proz. 67. — Schapſch. —. Bankaktien 1397,50. Eiſenbahnaktien 1415. Bier Kanäle 830. — Compt. von Algier —. Belg. 4½proz. von 1840 78½, von 1842 78½. 4½proz. 72. 3proz. 47½. Belg. Bank 645. Neap. 3proz. —. Röm. 3proz. 33. Span. 3proz. —. Kleine —. Paſſive —. Piem. 825. Holl. —. Gr. Bernhard 270. — Berſailles (rechtes Ufer) 110. — (linke) 105. — Orleans 630. — Rouen 360. — Havre —. Marſeille 167.50. Baſel 77.50 Bierzon 215. — Boulogne —. Bordeaux 365. — Nordbahn 343. — Montereau —. — Lyon 357.50. Straßburg 326.25. Anaeb 311.25. Dieppe —. Somur —. Montpellier —. — La Teſte —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'ſchen Buchdruckerei.

Nr. 141.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 2 fl. Halbjährig 1 fl. Monatlich 24 kr.

Sonnabend den 9. Dezember 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 9. Dezember.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 8. d. Mts. allergnädigst bewogen gefunden, die bei dem Kreis- und Stadtgerichte Baireuth erledigte Rathsstelle dem I. Landgerichtsassessor Johann Georg Mayer in Kissingen, und jene bei dem Kreis- und Stadtgerichte Bamberg in Uebtragung gekommene Rathsstelle dem vormaligen Patrimonialrichter zu Weingartsgereuth und Reichsmannsdorf Friederich Strriegel zu verleihen. Ferner unterm 7. d. Mts. die erledigte Rathsstelle am Wechsel- und Merkantilgerichte I. Instanz in Straubing dem Rathe des Kreis- und Stadtgerichts allda, August Nero, zu übertragen.

Deutsche Reichsversammlung.

(130ste Sitzung vom 6. Dezember.) Tagesordnung: Berathung über die Grundrechte des deutschen Volkes.) Vorsitzender Heinr. v. Gagern. Die Grundrechte auf der Tagesordnung äußern auch jetzt wieder denselben verschleuderden Einfluß wie früher auf das Publikum. Die Galerien sind heute von den Zuhörern beinahe gänzlich leer gelassen. Unter den Anzeigen und Berichten ist nichts Erheblich's. Nur eines Flottenberings aus Göttingen von einer Mädchenfahne, durch Verlosung von weiblichen Arbeiten zusammengebracht, ist zu gedenken. Das Haus zeichnet ihn durch seinen Beifall aus. Die zweite Berathung und Abstimmung der Grundrechte wird von Seiten des Verfassungsausschusses durch Deiters aus Bonn mit einigen Worten eingeleitet, welche zugleich die Ankündigung enthalten, daß neben Letzteru den Herren Wait und Zell die Berichterstattung übertragen ist. Ein Zeitabschnitt Namens Bürgers vorbringt, daß die ganze Vorlage des Ausschusses zurückgewiesen werde. Denn das sei keine Zusammenstellung der bischoffesenen Grundrechtsbestimmungen, sondern eine förmliche Zunichtemachung derselben, was der Ausschuß unter dem Vorwande der Reaktion" geliefert. Seinen Antrag sucht Venedey durch eine ausführliche Motivirung der gegenwärtigen Wünderungen zu begründen und er knüpft daran die Forderung, daß ein neuer Ausschuß niedergesetzt und somit dem Verfassungsausschusse die ganze Sache entzogen werde. Das Haus hört den Redner mit großer Unruhe an und dieser selbst hat keine Hoffnung, seinen Antrag angenommen zu sehen. Er hat nur hierhertreten und wenigstens sagen wollen, daß Sie uns nicht zwingen können." Auf die Zurechtweisung des Vorsitzenden nimmt Hr. Venedey das Wort Dupiren zurück und schreitet dann unmittelbar von der Tribüne. Schoder: Allerdings hat der Verfassungsausschuß seine Befugniß überschritten und mehr gethan, als wozu er beauftragt und berechtigt gewesen. Dennoch wollen wir uns mit einer Rüge begnügen und die Berathung durch eine abermalige Zurückgabe der Vorlage nicht noch weiter und ins Unberechenbare hinausschieben, sondern für die Freiheit retten, was dem deutschen Volke noch zu retten ist. Walz: Einzelne Mitglieder haben weder die Befugniß noch die Autorität, um eine Rüge gegen einen Ausschuß auszusprechen. Die Versammlung allein hat über unsere Arbeit zu entscheiden. Diese Arbeit, die nichts verschwieg und nichts verbirgt, hat der neuen Fassung allemal die Beschlüsse der ersten Berathung gegenüber gestellt. Wer kann da einen Hinterhalt anzudeuten, wer, der lesen kann? Und lesen können doch Alle in diesem Hause. Venedey's Antrag kommt darauf zur Abstimmung und wird mit großer Mehrheit verworfen. Die Berathung über die Vorlage des Verfassungsausschusses beginnt hierauf sofort und durch wiederholten Verzicht auf die Diskussion schreitet die Abstimmung rasch vorwärts. Ihr Ergebniß ist Folgendes:

Grundrechte des deutschen Volkes.

Dem deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet sein. Sie sollen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen, und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaates soll dieselben je aufheben oder beschränken können. Art. I. §. 1. Das deutsche Volk besteht aus den Angehörigen der Staaten, welche das deutsche Reich bilden. §. 2. Jeder Deutsche hat das deutsche Reichsbürgerrecht. Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben. Ueber das Recht, zur deutschen Reichsversammlung zu wählen, verfügt das Reichswahlgesetz. §. 3. Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu genießen. Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathsgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt. §. 4. Kein deutscher Staat darf zwischen seinen Angehörigen und andern Deutschen einen unterschied im bürgerlichen, peinlichen und Prozeß-Rechte machen, welcher die letzteren als Ausländer zurücksetzt. §. 5. Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht stattfinden, und da, wo sie bereits aufgesprochen ist, in ihren Wirkungen aufhören, soweit nicht hierdurch erworbene Privatrecht verletzt werden. §. 6. Die Auswanderungsfreiheit ist von Staats wegen nicht beschränkt; Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. Die Auswanderungsangelegenheit steht unter dem Schutze und der Fürsorge des Reichs.

Art. II., der von der Aufhebung der Standesunterschiede, den Orden, Titeln und von dem Adel handelt, gibt zu einer, wenn auch nur kurzen, Besprechung Anlaß. Moriz Mohl erklärt das Wort: Der mährische Landtag habe auf Abschaffung des Adels angetragen, in der Berliner Landesversammlung sei die Aufhebung desselben mit großer Mehrheit aufgezwungen worden, ohne kleinerer Staaten Deutschlands, wie der anhaltischen, zu gedenken. Behauptet man etwa noch, die Aufhebung des Adels habe keine Sympathie im Volke? Und wolle man hier zurückbleiben hinter jenen Schritten? Die Reaktion in Preußen und Oesterreich habe gewiß wesentlich in den angegriffenen Adelsvorrechten ihre Stütze gefunden, auch im deutschen Staatenhause werde sich die Aristokratie meisterlassen — dies feindliche Element sei mit der Wurzel aus dem Wege zu räumen. Reichensperger: Daß man im Jahre 1789 auf Aufhebung des Adels drang, begreife ich. Aber der Kampf des Herrn Moriz Mohl darwider im Jahre 1848 dünkt mir ein Kampf gegen einen wesentlosen Schatten. Löwe von Calbe: Ich betrachte den Adel als das Symbol der Zeit, die hinter uns liegt. Mit der Zeit der Bevorrechtigungen will ich daher auch das Symbol vernichtet sehen. Der Adel bringe nichts hervor, was nicht auch ohne ihn hervorgebracht werden könnte. Beseitigen wir ihn. v. Wally: Ich betrachte alle Angriffe gegen den Adel als Angriffe gegen die Vergangenheit. Hätte er aber wirklich durch Jahrhunderte eine Knechtschaft aufgeübt, wie sie ihm nachgesagt wird, wären dann nicht die die Beschlechtlichen, welche die Knechtschaft geübt? Mit einer Aufhebung des Adels würden Sie übrigens nur den Papierstaat vernichten, nicht den andern. Die alten, die großen und berühmten Namen bedürfen Ihres Zusatzes wie „von", „Freiherr", „Graf". Sie tragen ihren Adel in sich. (Lebhafter Beifall der Ironie.) Wie Berichterstatter des Ausschusses tritt Wait auf: Wir haben die Sätze des §. 7 noch schärfer gefaßt, als es die ersten Beschlüsse gethan, um jede rechtliche Ungleichheit zu verbannen. Allein kein Gesetz kann Gesinnungen ändern, kann Sitten regieren. Der Adel ist eine historische Erinnerung. Eine Bestimmung darüber würde ein leeres Wort sein, welches kein Gesetzgeber aussprechen soll. Die Fassung, welche die Mehrheit dem Art. II. §. 7 gegeben, ist diese: „Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände. Alle Standesvorrechte sind abgeschafft. Die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Die öffentlichen Aemter sind für alle Befähigten gleich zugänglich. In Wehrpflicht ist für Alle gleich; Stellvertretung bei derselben findet nicht statt." Nachdem der Antrag Moriz Mohl's: „Der Adel wird hiermit abgeschafft und darf nicht wieder eingeführt werden", mit 236 gegen 191 Stimmen abgelehnt ist, kommt der Antrag v. Trützschler's: „Alle zur Bezeichnung des Adels bisnennen Ausdrücke verlieren ihre Bedeutung und werden von Staate nicht mehr anerkannt und gebraucht —" zur Abstimmung durch Namensaufruf. 259 gegen 179 Stimmen verwerfen auch diese Bestimmung. Mit 225 gegen 211 Stimmen wird dagegen der Antrag von Schmidt aus Berlin zum Beschluß erhoben: „Der Adel als Stand ist abgeschafft." Der Antrag v. Trützschler's: „Orden dürfen von Staats wegen nicht mehr verliehen werden" wird mit 238 gegen 191 Stimmen abgelehnt; dagegen wird die Bestimmung: „Kein Staatsangehöriger darf von einem auswärtigen Staate einen Orden annehmen" mit 229 gegen 193 Stimmen angenommen. Nachdem noch mit 265 gegen 167 Stimmen die ausdrückliche Anerkennung des Waffenrechts neben der Waffenpflicht abgelehnt worden, lautet der Paragraph in seiner endgiltigen Gestalt: „Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände. Alle Standesvorrechte sind abgeschafft. Der Adel als Stand ist abgeschafft. Die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Alle Titel, in so weit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind aufgehoben und dürfen nie wieder eingeführt werden. Kein Staatsangehöriger darf von einem auswärtigen Staate einen Orden annehmen. Die öffentlichen Aemter sind für alle Befähigten gleich zugänglich. Die Wehrpflicht ist für Alle gleich; Stellvertretung bei derselben findet nicht statt." Die Skizzirung wird hierauf 2½ Uhr Nachmittags geschlossen, die nächste Berathung der Grundrechte findet morgen statt. (D. Z.)

Zur deutschen Verfassung.

(Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung vom 6. Dezember.)

Unsere Hoffnung, die deutsche Verfassung werde noch in diesem Jahre fertig werden, geht nicht in Erfüllung. Zwischen die eigentliche Verfassung hinein werden die Grundrechte zum zweitenmale berathen. Die linke Seite des Hauses hat die merkwürdige Furcht, vierzehn Tage früher möchte man die Grundrechte zur nicht mehr wollen. Diese wirklich Kleinmuth ist, oder ist die Verbindung der Verfassungsberathung verlohren werden soll? Nach Allem, was in den letzten Tagen geschehen, möchte man die letztere Absicht vermuthen, denn welche Mühe hat es doch am jüngsten Sonntag gekostet, auf die Tagesordnung des Montag nur endlich den Reichstag zu bringen! Und was kann vernünftiger Weise das heftige Begehren der namentlichen Abstimmung über sämmtliche vorliegenden Artikel trage anderes wollen als verzögernde Obsequien, welche das Durchführen der Revolution bis zu Ende, wie sie es nennen, predigen, fühlen wohl, daß mit der fertigen Verfassung ihren Händen die Hauptwaffe entwunden ist. Um so hoffnungsreicher mag das deutsche Volk auf die nahe Vollendung des Werkes hindblicken. Mit einigem Patriotismus auf der linken Seite — denn nur diese begehrt die Diskussion — kann in wenigen Tagen die Berathung über den Reichstag vollendet sein. Das Wahlgesetz liegt im Verfassungsausschuß schon vollendet vor, und in einer Subkommission wird bereits die Vorlage über das Staatsoberhaupt vorbereitet. Diese letztere Frage scheint sich nunmehr sehr zu vereinfachen. Weder das Programm der österreichischen Regierung, noch das der einzelnen Fraktionen des österreichischen Reichstags lassen mehr einen Zweifel darüber, daß in einem Bundesstaat Oesterreich nicht eintreten wird. Das Zentrum spricht in seinem Programm ausdrücklich von einer besondern Akte, welche Oesterreich und Deutschland verbinden und verbinden soll. Die Worte Oesterreich und Deutschland sind von der Regierung wie von dem Zentrum als Gegensätze gebraucht und es ist klar, daß das künftige Verhältniß sich nur in der Weise gestalten kann, wie Hr. v. Gagern es seiner Zeit in mächtiger Rede schilderte. Mit Deutschland vereinigt, umfaßt Oesterreich die 32 Millionen rein Deutsche mit den 38 Millionen des österreichischen Kaiserstaats verbunden, so daß, wenn auch in inneren staatlichen Einrichtungen getrennt, doch dem Auslande gegenüber eine Macht von 70 Millionen als Ganzes erscheint. Da indeß solch weitgeschichtliche Scheidungen und Verbindungen nicht auf den Grund solcher Programme vorgenommen werden können, so erwarten wir, daß von Frankfurt aber von Olmütz aus nunmehr die förmlichen und feierlichen Schritt zur wirklichen Regelung des alten und neuen Verhältnisses und zwar recht bald geschehe, damit man bei der nahen zweiten Lesung der Verfassung völlig im Reinen sei.

Deutsches Heimathsgesetz.

Entwurf des Ausschusses.

§. 1. Das Gebiet eines jeden deutschen Staates zerfällt in bestimmt abgegrenzte Gemeindebezirke; diese bilden zugleich Heimathsbezirke. Wem einzelnen Staaten bleibe es überlassen, mehrere Gemeindebezirke zu einem Heimathsbezirke zu vereinigen. §. 2. Der Aufenthalt und Wohnsitz in einem Heimathsbezirke, so wie das Recht zum Gewerbebetriebe, so weit dieses nicht durch die deutsche Gewerbeordnung beschränkt wird, darf keinem Deutschen verweigert werden, so lange er nicht daselbst der öffentlichen Armenunterstützung anheimfällt oder wegen eines gemeinen Verbrechens verurtheilt wird. §. 3. Das Heimathsrecht wird erworben: a) durch Geburt. Ehelche Kinder folgen der Heimath des Vaters, uneheliche der Heimath der Mutter. Findlinge erlangen das Heimathsrecht in dem Heimathsbezirke, in welchem sie gefunden werden, fallen aber der Fürsorge des Staates anheim. b) Durch Verheirathung. Ehefrauen erwerben die Heimath in dem Heimathsbezirke ihres Ehemannes. c) Durch ausdrückliche Aufnahme. Diese darf keinem Deutschen verweigert werden, welcher erwerbsfähig ist und zur Zeit seiner Aufnahme weder öffentlicher Armenunterstützung genießt, noch wegen eines gemeinen Verbrechens bestraft worden ist. d) Durch mehrjährigen Aufenthalt. Wer sich fünf Jahre ununterbrochen durch sein Vermögen oder seine Thätigkeit in einem Gemeindebezirke redlich ernährt hat, erwirbt daselbst das Heimathsrecht, wenn er nicht sein früheres Heimathsrecht dort erhalten hat. e) Durch Ersitzung des Gemeindebürgerrechts. Dasselbe besteht das Heimathsrecht stets in sich. §. 4. Wer in einem Gemeindebezirke Heimathsrecht erwirbt, verliert dasselbe in seinem früheren Heimathsbezirke, wenn er nicht daselbst Gemeindebürger bleibt. §. 5. Das Heimathsrecht kann ohne Besitz des Gemeindebürgerrechts bestehen und begründet noch kein Recht auf die Nutzungen des Gemeindevermögens. §. 6. Das Heimathsrecht gewährt den Anspruch, im Falle der Verarmungsfähigkeit und Verarmung, von dem Heimathsbezirke nothdürftig unterhalten zu werden. Liegt in diesem Falle Dritten die Verpflichtung ob, für den Unterhalt des Heimathsberechtigten zu sorgen, so kann die Gemeindebehörde diese zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen anhalten. §. 7. Die weiteren Rechte und die Verpflichtungen der Heimathsberechtigten und deren, welche ohne heimathberechtigt zu sein, in einem Gemeindebezirke Wohnsitz haben, gegen die Gemeinde, werden durch die Gemeinde-Verfassung bestimmt. §. 8. Hilfsbedürftige haben in jedem Gemeindebezirke, wo sie sich zur Zeit ihrer Hilfsbedürftigkeit befinden, Anspruch auf nothdürftige Verpflegung. Die betreffende Gemeinde hat dieselbe vorschußweise für Rechnung des verpflichteten Heimathsbezirks zu leisten. Der Anspruch auf Wiedererstattung des geleisteten Vorschusses verjährt drei Monate nach eingetretenem Verpflegungsfalle, beziehungsweise nach Ermittlung des verpflichteten Bezirks. §. 9. Wer fünfzehn Jahre von seinem Heimathsbezirke freiwillig abwesend gewesen und an keinem anderen Orte Heimathsrecht erlangt hat, behält zwar daselbst sein Heimathsrecht, fällt aber im Verarmungsfalle der Versorgung desjenigen Staates anheim, zu welchem der Heimathsbezirk gehört.

Deutschland.

Frankfurt, 3. Dez. An die Stelle des zum k. k. Handelsminister ernannten Ritters v. Bruck ist der kais. österreichische bevollmächtigte Minister bei der freien Stadt Frankfurt, Freiherr v. Mensdengen, auch bei der provisorischen Reichszentralgewalt als kais. österreichischer Bevollmächtigter unterm 25. Nov. beglaubigt worden. (O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 5. Dez. Die Mittheilung aus „X.“ liefe über die Bezeichnungen Frankreichs zur deutschen Zentralgewalt hat die „Ober-Post-Amts-Zeitung“ nur deßhalb gemacht, um zu zeigen, wie weit die journalistische Erfindungsgucht getrieben werden kann. Diese Bemerkung sollte den fraglichen Artikel in einer Note begleiten, welche aus Versehen ausgelassen worden ist.

Frankfurt, 5. Dez. Hr. v. Gagern soll sich durchaus nicht unbefriedigt äußern über Stimmung und Absichten, die er in Potsdam in Bezug auf das Gesammtvaterland gefunden, dagegen wenig erbaut sein von dem Geiste, den er bei den Mitgliedern der Nationalversammlung angetroffen. Hat man uns recht berichtet, so stimmt seine Schilderung ganz mit der des Hrn. Baffermann überein. (Fr. D.-P.-A.-Z.)

Bayern. München, 3. Dez. Wir lassen hier das Ergebniß der Wahlen zum bayer. Landtage, so weit uns heute noch Nachrichten zugekommen sind, folgen. — Wahlbezirk Ost: Graf Bothlar, von Haimhausen, 2) Oberappellationsgerichtsrath Welfle, 3) Regierungsrath Krämer. Wahlbezirk Augsburg: Entspannirer: Bierbrauer Best aus Augsburg (153), Rentbeamter Stengel in Schwabmünchen (135), Bierbrauer Treffel in Schwabmünchen (125), Ereffer Bahnhofer von Krumbach (162) St. Wahlbezirk Kaufbeuren: Gl. Schmid, Gastwirth zu Buchloe. Schmid Landrichter zu Füssen, Ersatzmänner: Zimmermeister Böck in Mindelheim. Pfarrer Mayer zu Stadtmauer (Landtag). Wahlbezirk Kempten: B. Waibel gutsbesitzer Rechtsrath und Redakteur der Kemptner Zeitung (Demokrat), Schlund, Eisenhändler von Immenstadt, Dr. Mayr, prakt. Arzt in Rothhaupten (Demokrat). Ersatzmänner: Steinger, Kaufmann, Schnitzer, Bürgermeister von Kempten, Studer, Rentkommer in Lindau. Wahlbezirk Nördlingen: Gutsbesitzer Hauff von Allerheim, Advokat Dr. Griesinger in Nördlingen a/D. Bierbrauer Fischer in Monheim. Ersatzmänner: Advokat Braun in Oettingen, Landrichter Heiß in Neuburg a/D., Seel, Dekan v. Stadtpfarrer in Monheim. Wahlbezirk Regensburg: Bar. v. Reichlin-Meldegg, Bauingenieur in Regensburg (113), Wein, Stadtpfarrer in Regensburg (102), v. Kobell, Forstmeister in Burglengenfeld (98) St. Ersatzmänner: Stanglmayr, Bierbrauer von Stadtamhof (105), Beck, Bauer von Inzmeering (102) St. Der dritte Ersatzmann Großländer Neuffer hat die Wahl nicht angenommen.

Die „Südteutsche politische Zeitung“ urtheilt über die Koalition der Nürnberger Vereine: „Ein in der That ganz unbegreiflicher Vorgang fand vor der Wahl in Nürnberg statt. Vier vereinigten sich sämmtliche fünf politische Vereine, worunter zwei entschieden konstitutionell-monarchische und zwei entschieden „demokratische“, zu Einem (!) Wahlprogramme, dessen Grundsätze geradezu darauf losgehen, die Monarchie illusorisch zu machen. Die monarchischen Vereine Nürnbergs haben wohl gedacht, durch solche Nachgiebigkeit wenigstens einige ihrer Kandidaten durchzubringen; die Wahl selbst wird wahrscheinlich zeigen, daß ihre Klugheit nur um so entschiedener worden ist.

Baden. Konstanz, 3. Dez. Die Messwoche ist ohne die geringste Störung abgelaufen, und von den angekündigten Freischärlern, deren Vereinigungspunkt angeblich einige Stunden von hier in der Schweiz stattfinden sollte, hat sich keine Spur gezeigt. Die Vorstehs-Maßregeln waren also glücklicherweise umsonst. Daß die Truppen sowie die bewaffnigen Grenzjäger zu Pferde wurden, das glaubt Niemand und mag Niemand glauben, denn wir würden viel mehr unter einer solchen Maßregel leiden, als die Schweizer selbst. Daß ganze badische Oberland wäre der Verarmung preisgegeben; nur die jenseitigen Freischärler würden die Juden, denn sie fingen es ungescheut, das ihr Bestreben für jetzt dahin gehen müsse, die Masse der Proletarier möglichst zu vergrößern, wozu schon auch eine fortgesetzte militärische Okkupation das ihrige beitrage. — Seit einigen Tagen verlautet von einer Amnestie, die sich, mit Ausnahme von vier Hauptanführern, auf alle erstrecken solle, welche den ersten Heerzug mitgemacht. Kuenzer, der sich seit einigen Tagen hier befindet, soll diese Nachricht mitgebracht haben. Ob und was an der Sache ist, muß sich bald zeigen. — Die Gebläter haben momentan aufgehört zu erscheinen, indem vor zwei Tagen der Redakteur derselben, Letour (früher Postoffizian), gefänglich nach Stockach auf Requisition des dortigen Amts abgeführt wurde. Es heißt, er habe aufrührerische Flugschriften daselbst verbreiten lassen. Dieß ist nun der dritte Redakteur der Seeblätter, welche sich im Gefängniß befinden. Sie verfallen bei der bisherige Kautionsfeller die gesetzliche Kaution zurückzugeben haben, was das Aufhören der Seeblätter zunächst bedingt. (S. Bl.)

Preußen. — Berlin, 6. Dezbr. Der heutige „Staatsanzeiger" bringt die Gesetzlichkeit der schon seit etwa vierzehn Tagen umlaufenden Gerüchte. Der König hat auf den Bericht des Staatsministeriums die **Auflösung der bisherigen Nationalversammlung** ausgesprochen und eine **Verfassungs-Urkunde erlassen**, welche der Staatsanzeiger bereits ihrem vollen Inhalte nach mittheilt. Wir werden dieselbe vollständig unseren Lesern zur Kenntniß bringen. Für heute müssen wir uns auf die Mittheilung der unten folgenden beiden wichtigen Dokumente beschränken. Außer demselben bringt der Staatsanzeiger auch noch die Ernennung des Handelsgerichts-Präsidenten von der Heydt zum Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten; ferner ist dem Unterstaatssekretair Grafen v. Bülow die interimistische Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten übertragen, und wird, gedruckt Uebersangaben v. Auerswald'sche zum Unterstaatssekretair beim Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ernannt worden.

Die Verordnung nun, betreffend die Auflösung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung lautet wie folgt:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. ꝛc. haben auf den beifolgenden Bericht*) Unsers Staatsministeriums über die letzten Stadien der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung zu Unserem tiefen Schmerze die Ueberzeugung gewonnen, daß das große Werk, zu welchem diese Versammlung berufen ist, mit derselben ohne Verletzung der Würde Unserer Krone und ohne Beeinträchtigung des davon unzertrennlichen Ansehens Unserer Landes, nicht länger fortgeführt werden kann. Wir verordnen demnach auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt: §. 1. Die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung wird hierdurch aufgelöst. §. 2. Unser Staatsministerium wird mit Ausführung dieser Verordnung beauftragt. Urkundlich unter Unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel. Gegeben Berlin, den 5. Dezember 1848. Friedrich Wilhelm. Das Staatsministerium. Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Strotha. v. Manteuffel. Rintelen. von der Heydt.

Der Königliche Erlaß, durch welchen die Verfassungs-Urkunde für den preußischen Staat verkündet wird, lautet wie folgt:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. haben durch Unsere Verordnung vom heutigen Tage die zur Vereinbarung einer Staatsverfassung berufene Versammlung aufgelöst. Zugleich haben Wir, in der Absicht, Unser getreues Volk sogleich der von demselben ersehnten Segnungen der verheißenen konstitutionellen Freiheit theilhaftig werden zu lassen, die Regelung der letzteren nicht von dem in ferner Aussicht stehenden Ergebniß der Vereinbarung mit einer mißverwickelten Volksvertretung abhängig machen wollen, dieselbe vielmehr durch die heute von Uns vollzogene Verfassungs-Urkunde dauernd gesichert. Bei der Feststellung dieses Staatsgrundgesetzes ist der von der Regierung vorgelegte Entwurf, welcher nach Maßgabe der von der Verfassungskommission der zur Vereinbarung berufenen Versammlung zugegangenen Verhandlungen und den übrigen Materialien, welche zu Unserer Kenntniß gelangt, der Berücksichtigung der Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M., maßgebend wurde, zum Grunde gelegt worden. Wir glauben Uns daher der zuversichtlichen Hoffnung hingeben zu dürfen, daß jene Verfassung den Wünschen Unseres getreuen Volkes entsprechen werde. Im Art. 110 ist überdies eine Revision auf dem Wege der Gesetzgebung durch die nächste Volksvertretung vorbehalten. Inzwischen hat es einer solchen Revision deren Wir die von Uns verheißene Berufung des Heeres auf die Verfassung veranlassen. Der Vorbehalt der Revision der Verfassung gewährt zugleich die Möglichkeit, die Verfassung des preußischen Staates mit dem im Ausbau begriffenen deutschen Verfassungswerke in Einklang zu bringen. Wir verordnen nunmehr, daß die nach der Verfassungsurkunde ins Leben zu rufenden Kammern am 26. Februar 1849 in Unseren Residenz- und Residenzstadt Berlin sich versammeln. Zu diesem Zwecke haben am 22. Januar k. Js. sämmtliche Urwähler im ganzen Staate zur Wahl der Wahlmänner, am 5. Februar k. Js. die letzteren zur Wahl der Mitglieder der zweiten Kammer, am 29. Januar die zur Theilnahme an den Wahlen für die erste Kammer berechtigten Wähler zur Wahl von Wahlmännern, endlich am 12. Februar k. Js. die letzteren zur Wahl der Mitglieder der ersten Kammer zusammenzutreten. Die Rücksicht auf die Unseren Ministern aufgetragene Vorbereitung der den Kammern vorzulegenden, in der Verfassungsurkunde vorbehaltenen und sonstigen dringlichen Gesetzentwürfe und der Zeitaufwand, welchen die Wahlvorbereitungen erheischen, gestatten nicht, Uns früher und den Vertretern Unseres Volkes zu umgeben. Wir erwarten lebhaft mit Zuversicht, daß bis zum Zeitpunkte der Versammlung der Kammern die Herrschaft des Gesetzes in Unserer Hauptund Residenzstadt durch den guten Sinn der Bürger der letzteren völlig wieder hergestellt sein und den ferien Berathungen der Volksvertreter daselbst alsdann Nichts in Wege stehen wird. Wir wollen jedoch die Uns besonders am Herzen liegende Hebung des Wohlstandes der ländlichen Bevölkerung, so wie die, keinen Aufschub duldende, Regelung mehrerer anderer, durch ein dringendes Zeitbedürfniß hervorgerufener Wünsche Unseres getreuen Volkes, unter jener nothwendigen Verzögerung nicht leiden lassen, und werden daher mehrere Gesetze unter dem Vorbehalt der Genehmigung der zunächst zusammentretenden Kammern in Fürzester Zeit zur Publikation bringen, unter Anderem: 1) eine Verordnung über die interimistische Regulirung der ländlich-bäuerlichen Verhältnisse in der Provinz Schlesien; 2) eine Verordnung über die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschworenen in Untersuchungssachen; 3) eine Verordnung über Aufhebung des bäuerlichen Erbzinsrechtes in Schlesien; 4) eine Verordnung über Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und des eximirten Gerichtsstandes, so wie über die anderweitige Organisation der Gerichte; 5) eine Verordnung, betreffend die Aufhebung der Zivilarrestverfügung vom 26. Februar 1798 und die Abänderung der Jurisdiktionsordnung. Die nächsten Volksvertretungen werden ferner Gesetze vorgelegt werden: 1) ein Gesetz, betreffend das Recht der Ehen zu Bestimmung der Religion ihrer Kinder; 2) ein Gesetz über Regulirung der Mühlen-Abgaben; 3) ein Gesetz über die Verpflichtung der Gemeinden zum Schadenersatz bei Tumulten; 4) ein Gesetz über Aufhebung der Grund- und Klassensteuer, Einführung und weitere Ausbildung einer allgemeinen Einkommensteuer; 5) ein Gesetz über die Ablösbarkeit der Reallasten; 6) eine neue Abtheilungsordnung und ein Gesetz, betreffend die unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben; 7) eine Gemeindeordnung; 8) eine Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung; 9) eine Verordnung, betreffend die Aufhebung einiger Ehehindernisse; 10) eine Verordnung über die Form der Ehe.

Da die in der Verfassungs-Urkunde bestimmte Anzahl der ersten Kammer durch die Kreis-, Bezirks- und Provinzialvertreter wegen des noch nicht erfolgten Erscheinens der Kreis-, Bezirks- und Provinzialvertretungen gegenwärtig noch nicht zusammentritt, so haben Wir zu provisorischen Mitgliedern*) zur Bildung der ersten Kammer für das erste Jahr der nächsten Legislatur vollzogen. Wir geben Uns zuversicht der Erfüllung Unsers, bei den Uns verliehenen Vertretungen unsere Treue Gegen zum großherrn Ruhme des Vaterlandes beizutragen, und daß, durch eine Geschichte von Jahrhunderten begründete, Band gegenseitiger Anhänglichkeit zwischen Unserem Königlichen Hause und Unserem getreuen Volke noch fester knüpfen, so wie die Wohlfahrt und Freiheit des letzteren dauernder begründen werde. Urkundlich unter Unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel. Gegeben Potsdam, den 5. Dezember 1848.

Friedrich Wilhelm. Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha. Rintelen. von der Heydt.

Die Verfassungs-Urkunde selbst umfaßt 112 Artikel, in IX. Titeln, denen noch verschiedene allgemeine und Uebergangs-Bestimmungen beigefügt sind. Titel I. handelt vom Gebiet, Titel II. von den Rechten der Preußen, Tit. III. vom Könige, Tit. IV. von den Ministern, Tit. V. von den Kammern (drei durch Wahl, die erste aus 180 Mitgliedern, die zweite aus 350 bestehend), Tit. VI. von der richterlichen Gewalt, Tit. VII. von den Staatsdomänen, Tit. VIII. von der Finanzverwaltung, Tit. IX. von den Gemeinden, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Verhältnissen. (Den vollständigen Wortlaut bringen wir morgen.)

Berlin, 5. Dezember. Mehrere hundert Bürger unserer Hauptstadt haben die folgende Erklärung unterzeichnet und veröffentlicht: Wir erachten es als unsere heilige Pflicht, wir erachten es als dringend noth wendig im Interesse unserer Vaterstadt, hiermit offen und unumwunden unsere Ansicht abzugeben, daß in Anbetracht der bisherigen Resultate der Nationalversammlung in der letzteren Zeit, insbesondere die Uebersiedlung ihres Lokals an eine Fraktion der vertagten National-Versammlung, so wie nicht minder das Problema an diese letzte Versammlung vom 15. c. unsere entschiedene Mißbilligung gefunden haben. Ein solches Verhalten verdient kein Vertrauen; wir nehmen darum keinen Anstand, daßselbe der Versammlung, namentlich deren Präsidium hiermit zu entziehen. Berlin, den 25. November 1848. (Folgen die Unterschriften.)

† Berlin, 5. Dez. Der Verein für wahre Volksfreiheit hat unterm 30. Nov. an die Versammlung der Stadtverordneten eine Eingabe gerichtet, in welcher verlangt wird, „dem Abgeordneten der deutschen National-Versammlung, Unterstaatssekretair Hrn. Waffermann, das Ehrenbürgerrecht der Stadt Berlin zu verleihen." Als Antrag kann in dieser Weise motivirt: „Die große Gesinnung, in der noch vor wenigen Wochen unser geliebtes Vaterland und mit ihm ganz Deutschland schwebte, hat Ihm Gelegenheit gegeben, in der Versammlung der Stadtverordneten-Versammlung ganz richtig erkannt, und dies in dem Anschreiben vom 15. v. Mts. an den Herrn v. Unruh mit den Worten angedeutet: „nicht solche Schritte zu thun, welche das Vaterland in das Aeußerste stürzen." In einer solchen Zeit gehören leier Ehrenmänner, welche vor der irregeleiteten öffentlichen Meinung nicht zurückschrecken, zu den Seltenheiten. Je höher aber die Stellung ist, welche solche Männer einnehmen, um so größer ist die Pflicht und das Verdienst, ihre Stimme zu erheben, und sich frei und rückhaltlos auszusprechen, damit die Lange unterdrückt gewesene Vernunft wiederum zur Herrschaft gelange. Ein wahrhaft freier Mann hat durch sein freies Wort unendlich viel für unser armes Vaterland, und für ganz Deutschland gethan. Er wußte sehr wohl, als er seine Stimme erhob, welchen unendlichen Einfluß sie ausüben, und daß man Alles gegen ihn aufbieten würde. Aber er schreckte nicht zurück, und die einmal befreite, und lange genug gefuchtet gewesene Vernunft ließ sich nicht wieder fesseln. Diesem Manne, welcher sich dadurch um unser geliebtes Vaterland, um ganz Deutschland, wohlverdient gemacht hat, wird sich Eine u. Stadtverordneten-Versammlung gewiß gern bereiten, eine Anerkennung von Seiten der Stadt Berlin zu Theil werden zu lassen. Wir halten es daher für überflüssig und verlegend für Eine u. Stadtverordneten-Versammlung, weiter mit einigen ergebenen Anträgen sich weiter motiviren." Der Verein beschließt, diesen Vorschlag sofort

*) Dem wir in unserer heutigen Beilage mittheilen werden.

*) Dieser, so wie das Vorläufig für die zweite Kammer, werden unverzüglich nachfolgen.

(u. s. w. wie Oben.) Anderseits erschienen öffentliche Dankbezeigungen von Seite zahlreicher Bürger und Urwähler an den Magistrat der Landstadt für dessen kräftige und wohlwollgesinnte Schilderung der hiesigen Zustände in der bekannten Anfrage, welche derselbe erlassen hat. — Von Brandenburg aus erklärern heute in den hiesigen Zeitungen die Abgeordneten Henrich, Kietz, Scholz (Meierig), Kolber (Görlig), Wegener, Sombart, Haase, Reigert, Dr. Danz, F. Mevert, Karsling, Duncker und Sydel, daß der stenographische Bericht über die Sitzung der National-Versammlung am 15. Nov. (im Lokal Mielenz) in welcher der vorläufige Beschluß über die Steuerverweigerung gefaßt worden ist, sie irriger Weise als anwesend aufführe. Keiner von ihnen habe jener Sitzung auch nur einen Augenblick beigewohnt.

Oesterreichische Monarchie.

Hermannstadt, 17. Nov. Oberstlieutenant Urban war mit seinem bedeutenden Korps am 13. Nov. bis Samos-Ujvar vorgerückt, als er von Klausenburg aus mit Uebermacht angegriffen und auch durch Umgehungskolonnen in den Flanken bedroht wurde. Urban befegte die starke Stellung links von Samos-Ujvar und schlug die Feinde, die ihn in dieser Stellung angegriffen, zurück. Er hat 40—50 Todte, darunter auch ein Aufführer, der durch eine Kanonenkugel getödtet wurde. Generalmajor Wardener langte mit seiner Brigade, die anderthalb Tagmärsche zurückstand, erst zu Ende des Gefechts an. — Unser Nationalgraf hat einen Aufruf an die Sachsen ergehen lassen, in welchem er der Begeisterung, womit Jung und Alt Gut und Blut zur Führung des Kampfes opfert, sein volles Lob zollt. Nun rüsten die Gyetter ein, sonderen 50,000 Fl. und die Auslieferung der „Aufwiegler", und da dies in der kurzen Zeit und bei der allgemeinen Verwirrung nicht geschehen konnte, plünderten und zündeten sie den Ort an. Ein großer Theil der Einwohner wurde niedergemacht; der Schaden beläuft sich auf 3 Millionen, und nun sind die noch übrig gebliebenen Einwohner völlig obdach- und mittellos. Auch der Markt Ugnetfen ist an 15. Nov. zur Hälfte abgebrannt. Die Szeffler, die hier wüthen, haben, sind dieselben, die später bei Maros-Vasarhely von der Südarmee aufs Haupt geschlagen wurden. (D. A. Z.)

Schweiz.

Die „Neue Zürcher Zeitung" theilt aus dem Kreisschreiben des Bundesrathes in der Flüchtlingsangelegenheit Nachfolgendes mit: „Gestern haben wir das Kreisschreiben des Bundesrathes, betreffend die Flüchtlinge, erwähnt. „Die Politik, welche der schweizerische Bundesrath gegenüber der auf eidgenössischem Gebiete befindlichen Emigration im Allgemeinen einzuhalten hat — heißt es im Eingang dieses Schreibens — ist durch die Beschlüsse der frühern Tagsatzung hinlänglich vorgezeichnet und haben die letztern durch die jüngsten Erschütterungen des National- und Ständerathes ihre volle Bestätigung und Alleinberechtigung erhalten." Es werden sodann in dem Schreiben die Schlußnahmen, die wegen der im Kanton Tessin befindlichen Flüchtlinge getroffen worden, angeführt. Solche umfassende Maßregeln seien gegen die übrigen Kantone, in denen sich Flüchtlinge aufhalten, nicht für dringlich erachtet worden, und es rechtfertige sich dies theils durch den Umstand, daß diese Flüchtlinge stets nur in geringer Zahl, vorhanden waren, daß die betreffenden Regierungen von Fall zu Fall dasjenige getroffen haben, dieselben auf geeignete Weise zu überwachen, und daß in den übrigen Kantonen die Flüchtlinge bisanhin noch nie in bewaffneten Schaaren die Schweiz verlassen haben, um sich ausländischen Bewegungen in den Nachbarstaaten anzuschließen. Allein die Gebote des Völkerrechts verlangen dringend, daß alle Flüchtlinge mit gleicher Strenge einer polizeilichen Aufsicht unterstellt und daß sie von den Landesgrenzen zurückgewiesen werden. Die Regierungen werden demnach dringend eingeladen, die Flüchtlinge streng zu überwachen. Eine Bewaffnung der Flüchtlinge, eine Zusammenrottung derselben in einem den Grundsätzen des Asylrechtes widersprechenden Sinne seien schlechterdings und ohne Ausnahme nicht zu dulden. Flüchtlinge, welche an dem zweiten badischen Aufstande theilgenommen, seien bekanntlich durch eine förmliche Uebereinkunft der Bundesregierung, welche sie für einen ruhestörenden Aufenthalt seine genügenden Garantien darbieten, seien in den Grenzkantonen nicht zu dulden. Gegen unruhige Flüchtlinge seien sogleich polizeiliche und selbst Präventivmaßregeln mit Entschiedenheit anzuordnen. Man möge an die Kosten denken, welche die Truppenaufgebote verursachen. Der schweizerische Bundesrath erwartet von so mehr von sämmtlichen Regierungen eine unnachsichtliche Beobachtung seiner Weisung, als die Kantonalbehörden bei allfälligen Unternehmungen, durch welche die Wohlfahrt des Vaterlandes und seine völkerrechtlichen Beziehungen kompromittirt erscheinen müssten, gegenüber der Eidgenossenschaft eine große und schwere Verantwortlichkeit übernehmen würden. Schließlich werden die Regierungen der Grenzkantone eingeladen, dem Bundesrathe die Namen aller Flüchtlinge zu übersenden, welche an dem zweiten badischen Aufstande Theil genommen haben oder die irgend sonst als verdächtig und ruhestörerisch angesehen werden müssen. Die Schlußstelle lautet: „Die schweizerische Eidgenossenschaft soll und wird auch fernerhin ihre Unabhängigkeit und ihre politischen Rechte als selbstständige Nation mit allen zu Gebote stehenden Mitteln wahren und aufrecht erhalten; sie soll und wird aber auch anderseits ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen ein gewissenhaftes und treues Genüge leisten, und nimmermehr kann sie zugeben, daß ihr unentweihter Boden zum Tummelplatze auswärtiger Parteien erniedrigt werde, welche ihre Stellung auf neutralem Gebiete so ganz zu verkennen und die Interessen des gastfreundlichen Landes so oft außer Acht zu setzen scheinen." Offenbar ist hier energischer Ausnahmen der Sache vorzüglich dem Herrn Bundespräsidenten Furrer, der die äußern Angelegenheiten unter sich hat, zu verdanken und es ist kein Zweifel, daß durch dieses Einschreiten die Anstände mit Deutschland nun bald einer befriedigenden Lösung entgegengehen werden.

(Südgen. Ztg.)

Die „Berner Zeitung" will aus sicherer Quelle vernommen haben, daß die französische Regierung von dem Gesandten der deutschen Reichsgewalt über den Zweck der Truppenaufstellung an der Schweizergrenze Aufschluß verlangt und die Antwort erhalten hat, daß durch die Maßregeln weder gegen Frankreich noch gegen die Schweiz Feindseligkeiten beabsichtigt werde.

Italien.

Die amtliche neapolitanische Zeitung, „Giornale Constituzionale delle due Sicilie" vom 27. Nov. enthält an ihrer Spitze folgenden Artikel: „Der Herr erhört die Wünsche der katholischen Christen. Seit zwei Tagen hatten sich die öffentlichen Gebete für den Papst zu Gott erhoben. Mit Freuden melden wir nun, daß Se. Heiligkeit sich unter uns befindet und Gaëta zu seinem Aufenthalt (a sua stanza) gewählt hat. 33. MM. der König und die Königin mit den k. Prinzen beeiferten sich nach jener Stadt zu eilen, um Sr. Heiligkeit den Fuß zu küssen und ihm alle möglichen Beistand anzubieten, wie es die Pflicht jedes guten katholischen Christen ist, in welcher Hinsicht unser Souverain immer das Beispiel gegeben durch seine kindliche Achtung und Liebe gegen die heilige Kirche und den höchsten Pontifex." In Rom ging, dem Contemporaneo vom 30. Nov. zufolge, das Gerücht: Pius werde sich von Gaëta nach Neapel begeben und dort am 2. Dez. Konsistorium halten. Pius war fortwährend ruhig (tranquillissimo), und die Generale gaben alle Abnung von dem wichtigen Entschluß der französischen Regierung. Hingegen der Genfer Corriere Mercantile vom 4. Dez. hat bereits einen heftigen leitenden Artikel gegen Frankreich. (A. Z.)

In der Sitzung der Turiner Kammer vom 24. Nov. nahm der Kanonikus Curnili das Wort, um einen Aufrottungsbrief gegen Oesterreich anzuempfehlen. „Tod dem Oesterreich —, sagte der Redner — ist ein Raub von Räubern und Mördern. Ich schlage der Kammer vor, ein Gesetz anzunehmen, welches das Haus Oesterreich als ein Haus von Dieben, und jeden als einen Verräther am Vaterland erklärt, der jenes Haus zu vertheidigen sucht!!!" (Köln. Z.)

Frankreich.

Paris, 4. Dez. Proudons Journal „le Peuple", erklärt sich heute — man kaune — für die Kandidatur Cavaignac's! Die des gefangenen Raspail betrachtet es nur als eine Protestation gegen eine Präsidentschaft. Als übrigen, offene wie heimliche Kandidaten läßt nach dem „Peuple" die Partei Proudons fallen. Fünf Kolumnen des genannten Blattes sind dieser übersschreiben und beinahe unerklärlichen Prosklamation, wenn man so sagen darf, gewidmet. Wir sagen beinahe unerklärlich, denn es gibt nur einen Standpunkt, von welchem aus Proudhons Manöver beurtheilt werden kann — nämlich den, daß Proudhon durch den Beitritt seiner von der größten Mehrheit des Landes verabscheuten Partei die Stimmung des Volkes für Cavaignac zu schwächen sucht, indem letztere dadurch verdächtigt wird. Nun, wir werden sehen. Auf der andern Seite zeigt sich das Pariser Volk in seinen wahren Lichte. Alle Welt weiß, daß der Prätendent ein unbedeutender nichtssagender Mensch ist, und doch drängt sich das Volk in hellen Haufen vor seiner Wohnung, um ihn aufgehen zu sehen, ja die Neugierigsten klettern am Hause empor, um in die Fenster zu schauen, und vielleicht einen Nachtzipfel von dem kleinen Rackel des großen Mannes zu erblicken! Letzterer aber, der große Mann, blieb von seiner Schlaf ruhig und faßt auf den von tausend Leidenschaften erregten großen Ameisenhaufen zu seinen Füßen, und mag sich über seinen Enkel, und die, so ihn umschwärmen, gar eigene Gedanken machen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 7. Dez. Bayer. 3½ proz. Obligationen 76 ℔. — ℳ. 4proz. 88 ℔. Bayerische Loose 1. Gewehre — ℔. 380 ℳ. Promessen 36 ℔. 33⅓. Oesterreich. 5proz Metall. 950 ℳ.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Aktenstücke aus der Versammlung der deutschen Erzbischöfe und Bischöfe zu Würzburg.

III

Die in Würzburg versammelten Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands, dem gesammelten Hochwürdigen Klerus ihrer Diözesen Gruß und Frieden in Christo Jesu unserm Herrn!

Der Allerhöchste, dessen göttliche Ratschlüsse wir anbeten und lobpreisen allerwege, hat eine Zeit über uns hereinbrechen lassen, deren Zeichen und Erscheinungen uns in jeder Stunde an das Wort des Apostelfürsten (1. Petr. 5, 8, 9.) erinnern: Seid nüchtern und wachet, denn euer Widersacher der Teufel geht umher, wie ein brüllender Löwe, und suchet, wen er verschlingen könne; dem widerstehet standhaft im Glauben und wisset, daß über euere Brüder, wo sie auf der Welt sein mögen, dieselben Leiden ergehen. Zwei große Strömungen zeigt uns die gegenwärtige Bewegung der Geister: eine, die zum Heile, und eine andere, die zum Verderben führt. Wie seien nämlich die treue gerettete Schaar, die tapfer und muthvoll um das Kreuz sich sammelt, im Christo Jesu den eingeborenen Sohn des ewigen Vaters, den König der Könige erkennt, in der Kirche die Mutter und Führerin auf dem Wege des Heiles ehrt und in der von Gott gestifteten Wahrheit die Quelle alles höheren Segens und den Leistern durch die Rächer dieses Ordnelosens sieht. Und wir preisen Gott, daß die Schaar dieser Getreuen nicht gering ist, die Sie sich bewahrt hat für die Tage der schweisten Kämpfe, aber auch der glorreichsten Siege seiner heil. Kirche. Dieser Schaar gegenüber sehen wir aber mit Schmerz und Thränen eine maßlose Hoffart der Geister sich ausbreiten, die jede Art von Ansehen verwirft und in wahnwitziger Selbstvergötterung Blick und Gesicht für Gott und Ewigkeit verliert. Wir sehen daraus jenen schauerlichen Unglauben erwachsen, der nicht mehr gegen einzelne Wahrheiten des Christenthums, sondern gegen das Christenthum selbst seine verheerenden Waffen richtet. Wir sehen in seinem Gefolge jene entsetzliche Unsittlichkeit, die das Ebenbild Gottes im Menschen zerstört und den Geist von Neuem zur Knechtschaft des Fleisches herabwürdigt. Wir sehen das Schwinden der Wahrheit und Gerechtigkeit unter den Menschen, die wachsenden Gefahr und Bedrängniß der Gewissen, die durch solche Zustände Kunst diese Uebel und Plagen der Zeit auf die heilsgenwertheste Weise verallgemeinen, durch die Kunst, daß Böse hinter schönen Namen zu verbergen und die Ungerechtigkeit mit den Scheine der Gerechtigkeit zu bekleiden. Darum und weil diese Uebel und Plagen von Tag zu Tag wachsen und eine neue und größere Noth uns täglich entgegentritt, haben wir uns in der Stadt des heil. Kilian versammelt, um in gemeinsamen Berathungen zu erkennen, was den Gläubigen, deren Seelenheil uns anvertraut ist, in dieser Zeit frommt? wie wir die drohenden Gefahren von der Kirche und dem Vaterlande abwenden? aber auch wie wir, was neben diesen Gefahren die Gegenwart Großes und Segensreiches bietet, zum Ruhme Gottes und zur Förderung seines Reiches auf Erden gebrauchen? Wir seine, geliebte Brüder im Herrn! hätten wir Euch alle um uns versammelt, um, wie Ihr mit uns Sorgen und Mühen theilt, mit Euch die Tröstungen zu theilen, die wir aus diesen Berathungen und aus der Einheit der Liebe, dem Eifer und der frommen Zuversicht, mit welchen sie gepflogen wurden, geschöpft haben. Weil aber, wie Ihr Alle erkennt, eine solche allgemeine Versammlung der Bischöfe und Priester ohne Verletzung höherer und heiliger Pflichten nicht wohl möglich war, so drängt es uns um so mehr, die Zuversicht in Euere Herzen zu legen, daß wir Euch Alle im Geiste um uns versammelt gesehen und daß das liebende Vertrauen, mit welchem wir auf Euch, unsere Mitarbeiter im Weinberge des Herrn hinblicken, und auf Euere gestärkt und erhoben hat. Andererseits ist es uns Bedürfniß, die Ermuthigung mit Euch zu theilen, die uns aus unserer innigen Vereinigung erwachsen ist, und in dieser Ermuthigung Euch zuzurufen: Seid getreu, lieben Brüder! und habt eine gute Zuversicht auf den Herrn; denn je schwerer die Zeit ist, durch die Er uns führt, um so größer ist sein Beistand, und wie Er uns, da wir in seinem Namen versammelt waren, so hat seine Kraft uns empfinden lassen, so wird er seine Nähe empfinden lassen, wo Ihr immer in seinem Namen wirkt, kämpft und duldet. Voll von diesen Gesühlen wenden wir uns an Euch, Geliebte! die Ihr unsere Nähe, unsere nächsten Theilnehmer und Helfer in den Pflichten und Sorgen unseres Oberhirtenamtes seid, und hinten Euch: Harret aus in der Liebe, mit welcher Ihr Euch bisher um und geschaart, und lasset nicht nach in Euerm Eifer, Euerer Erbauung und Eurem bewährten Eifer und die Lasten zu erleichtern, die der Herr auf unsere Schultern gelegt, und die durch die Wirrnisse und Kämpfe dieser Tage so sehr erschwert und vervielfältigt werden! Voll von diesen Gesühlen wenden wir uns insbesondere an Euch, geliebte Lehrer und Pfleger der Wissenschaft, die Ihr auf unsern Hochschulen und Seminarien das heilige Feuer wahret und nährt, das die jugendlichen Herzen der künftigen Priester für die heilige Sache ihres großen Berufes erwärmen, den Glauben

> Eben und feste stumme Begeisterung erzeugen soll, mit welcher der Lieber Christi die Welt überwinden und auf den sünglichen Wege des Kreuzes seinem Herrn und Meister freudigen Hirtenst nachfolgt. Nicht nur als Priester, auch als Lehrer — so hoffen und vertrauen wir — werden Ihr Euch als von der Kirche Gesendete betrachten und deßhalb auch der Verantwortlichkeit, welcher die Führung Eures Lehramtes, der durch die Bischöfe gertragenen Autorität der Kirche zugemahnt, nach göttlichem und kirchlichem Rechte unterliegt, immerdar eingedenk sein. Von Eurer getreuen Wirksamkeit und Eurem erbaulichen Vorbilde hängt es ab, nicht nur durch Euch selbst, sondern auch durch diejenigen, die Ihr für den Dienst der Kirche bildet, der Welt zu zeigen, wie Treue im katholischen Glauben und Freiheit in jeglicher Prüfung und Forschung der Wissenschaft sich sehr wohl miteinander vertragen, und wie eben auch dieser Gemeinschaft die christliche Weisheit bewogen, die auf dem Gebiete des Geistes keinen Kampf fürchtet. Voll von diesen Gesühlen wenden wir uns ferner an Euch, theuere Seelsorger, die Ihr unser Auge, unser Mund, unsere Hand sind inmitten der Gemeinden, die wir Euere zerstreuenden Kräfte in Eurem heiligen Berufe ermuthigen dürfen. Erweiset Euch allzeit als getreue Haushalter der Heilsgeheimnisse Gottes (1. Korinth. 4, 1.); vor allem in der Darbringung des unblutigen Opfers Jesu Christi, in der Ausübung der erhabensten Handlung, deren ein Mensch in seiner Niedrigkeit gewürdigt werden kann, am Altar, wo Ihr zu lebendigen Fabernakeln geweihet werden, durch den täglichen Empfang des Leibes und Blutes Christi, und wo Ihr das Heil, das uns in Christo Jesu geworden ist, den Gläubigen zu bringen habt (1. Korinth. 11, 27). Seid eifrig im Predigtamte, im Dienste der Kranken und Leidenden, früh und früh, und erkennet eben hier das Feld Euerer größten Siegen, aber heilvollsten Wirksamkeit, das Feld einer Andacht, deren Gaben an sicherstes reifen in der Einfalt. Insbesondere verfehnden die Heilsgeheimnisse mit allem Eifer zu jeder Zeit, zu Zeit und ungelegener Zeit, Wirke, Lehre, in aller Geduld und Lehrweisheit (II. Tim. 4, 2). Offenbaret die großen Thaten Gottes zum Heile der Menschheit in den wunderreichen Geheimniß der Erlösung (Apostg. 2, 11.), nicht mit eitlem Wortzaukgange, sondern mit der Kraft der Wahrheit und der Wärme der Ueberzeugung in der Sprache der heiligen Schrift, im Geiste der Kirchenväter und nach dem Vorbilde eines Chrysostomus, eines Augustinus, und Ambrosius und so vieler Mitster christlicher Beredsamkeit, und gedenket dabei an die Vorschriften des heiligen Concils von Trient (Sessio V. cap. 2. de reform.), an allen Sonn- und Feiertagen die Spitze des Geistes Euren Gemeinden nicht vorzuenthalten. Und nicht nur auf die Gewachsenen erstrecke sich Euer Lehreifer, er wende sich vor Allem den Kleinen zu, von denen der Heiland sagt: Lasset sie zu mir kommen und wehret ihnen nicht (Matt. 19, 14.), denn ihre reinen Herzen sind das empfänglichste Ackerland für das göttliche Wort und nur selten werden selbst die verderbendsten Natur die Saamenkörner ganz auszurotten vermögen, welche zur rechten Zeit und mit der rechten Sorgfalt in den weichen Boden eingestreut wurden, und sicher anderen von Euer Hände es um die Zeit und ihre Erleichterung, wenn die Kirche an vielen Orten nicht so gewaltsam von der Schule zurückgedrängt worden und — lasset uns in Demuth beisetzen — hätten wir Alle diesen Zurückdrängungen muthiger widerstanden. In alle dem, geliebte Brüder, bahet Euch ohne Unterlaß auf die Verbindungen zum Zusammenhalte, womit der Böse die Gute Zeit und Ihr Euch das Heil Eurer Pfarrkinder suchen werdet. Gemeinsam das christliche Leben, wo es unter ihnen erhalten ist, zu verbessern nicht müde, zu fördern, was Sinn und Eifer für Wahrheit und Tugend leben und tüchtigen kann ringe um Euch her, so weit Eure Kraft reicht, sei es durch Lesevereine zur Verbreitung guter Bücher, sei es durch Gründung frommer Brüdervereinen, sei es durch Missionen zumal in solchen Gemeinden, die der Bau-dung so häufig besuchen besonders aber von sechtorgemäßer Hilfe weit entfernt sind. Alles je nach den besonderen Bedürfnissen und nicht ohne unser Wissen und unsere Zustimmung. Denn es ist der Wille Gottes, daß wir im Guten uns nimmer genug thun. Auch an Euch wenden wir uns endlich, Ihr Ordensbrüder und Ordensschwestern, die Ihr der Aufsicht entlagt und in stiller Zurückgezogenheit den Werken der Liebe und eines klösters Nächstenlebe vor den Lockungen einer frommen Beschaulichkeit Euer Leben erweiht. Was Ihr im freien Willensentschlusse dem Herrn gelobt, dem soll Ihr Euch auch weihen mit all Eurem Sinnen und Trachten, Thun und Sieben, sei es, daß Ihr Gott diemt in der Pflege der Kranken oder in der Erziehung der Jugend oder in Andacht und unablässigem Gebete, auf daß Ihr die Welt bestärket, welche Gott verstoßet, und die Gnade unseres ewigen Heiles, die Gott Allen verheißen, zum Schwingen bringt. Damit wir aber Alle, wie viele wir und in Christo unserm Herrn, Erlöser und Seligmacher, einem geistlichen Leben und Wirken geweihet haben, der Gnade von Oben nicht ermangeln, ohne welche wir nichts sind und nichts vermögen, so lasset uns mit einer Treue, die den sichtbarsten Neuerungen der Welt gegenüber auch nicht im Kleinen abweicht, an der Gnadenquelle halten, welche sich in dem Gebete und unserer heiligen Kirche ist; denn wer nur die weichen, die wicht rom heiligen Geiste, wie der heilige Augustin so wahr als schön sagt: Was die Seele für den Leib des Menschen, das ist der heilige Geist für den Leib Christi, welcher die Kirche ist. Was die Seele wirkt in allen Gliedern des einen Leibes, das wirkt der heilige Geist in der ganzen Kirche. Daher es denn Gott wohl in acht, daß nun nur ein menschliches Glied, Auge, oder Hand oder Fuß getrennt abgeschnitten wird, so bleibt die Seele nicht bei diesem Gliede. So lange das Glied im Körper war, blieb es lebendig; so wie es abgeschnitten, verliert es das Leben. Gleichwohl gibt es in einigen Fällen unter Umständen Gründe der Klugheit, die in außergewöhnlicher Verbindungen, gleichsam im Bunde mit den Führern der Religion, die Fun-

dammte der Kirche untergraben, die uns das Wort des Herrn gebrachte, auf die Heiligkeit des Priesterstandes hinzielende Thätigkeit der Kirche gestören, die sich ungeziemende Neuerungen erlauben, den Anordnungen ihrer Bischöfe mit Hintansetzung des kanonischen Gehorsams buchstäblich entgegentreten und sogar in öffentlichen Versammlungen gegen die Freiheit der Kirche sich erheben und zur Unterdrückung ihrer Rechte mitwirken. Gewiß, geliebte Brüder! Ihr bemerkt mit und die traurigen Verirrungen dieser Verblendeten, und beter mit uns um ihre Erleuchtung und Rückkehr auf den Weg der Erkenntniß und des Gehorsams; aber Ihr fühlt auch mit uns die Größe des Aergernisses, das sie geben, und der Verantwortlichkeit, die sie auf sich laden: denn wer die Kirche zerreißt, zerreißt den Leib Jesu Christi. Laßt uns sodann die Liebe bewahren, die das Band der Vollkommenheit (Kolosser 3, 14.) und die Glaubensfrucht und Zeugniß ist. Durch sie hat die Kirche einst ihre Feinde überwunden und die Welt erobert; durch sie und nur durch sie werden auch wir die Feinde der Kirche überwinden und die zerstreuten und verirrten Heerden wieder um das Kreuz sammeln, welches der Altar des Opfers der höchsten Liebe ist. Zu diesem Liebesopfer lasset uns aufblicken, wenn die Selbstsucht der Welt uns verlocken und verwirren will. An diesem Liebesopfer lasset und die Herzen erwärmen für die Hingebung, die unser heiliger Beruf fordert. Von diesem Liebesopfer lasset und lernen, als gute Hirten unser Leben lassen für unsere Heerden! Es gibt in der Reihe gebenthaarer Pflichten und Opfer nichts mehr, dafür wir und nicht stark führen in der Liebe, mit welcher uns Christus geliebt hat. Sie hat die Kirche zu Siegeszügen mit jener Fülle der Tugenden geschmückt, deren Namen wie Sterne am christlichen Himmel glänzen. Sie hat die frommen Orden und Vereine gegründet, durch welche mit so großen Erfolgen das Evangelium gepredigt, die Wissenschaften gepflegt und das Licht christlicher Zivilisation verbreitet worden ist. Sie hat unser Vaterland mit jenen herrlichen Domen, Klöstern und Stiftungen bedeckt, die heute noch unsere Stolz, unsere Verherrlichung und ein Segen für die Armuth dieser Tage gebet. Ja, theure Brüder! nur die Kirche, wo sie im Geiste der Liebe ihres göttlichen Stifters sich frei entfalten und ihre Segnungen ausbreiten darf, vermag es, die großen Fragen der gegenwärtigen Zeit zu lösen und ihren Kampf zu beenden, und unsere Aufgabe ist, diesem Geiste durch Wort und Beispiel Anerkennung und Geltung zu verschaffen. Damit aber dieser Geist ein in und seiner in seinen ganzen Kraft sich offenbaren, so laßt uns die reichen Mittel nicht vernachlässigen, die die Kirche für seine Nahrung und Pflege bietet. Lasset uns aus den Unruhen des äußeren Lebens gern und oft zurückziehen in unsere innere Welt, und das so lange vernachlässigte Feld heiliger Muße von Neuem anbauen. Lasset und durch öftere Beichte und Bußübungen und insbesondere durch geistliche Exerzitien die Reinheit und innere Heiligung steigern, ohne die wir es nicht wagen dürfen, tagtäglich mit dem Heiligen Opfer zu verkehren. Lasset uns immer weiter einbringen in den Sinn unserer Liturgie, in welcher seit Anbeginn der Kirche so viele vom Geiste Christi erfüllte Männer die schönsten Blüthen ihres religiösen Gefühls, den gediegensten Kern ihrer innersten Glaubenstiefe, des lautere Gold ihrer Andacht niedergelegt und so viele Jahrhunderte den ächten Ausdruck katholisch christlichen Hoffnung gefunden haben. Lasset uns endlich, wie wir gelobt, die Lesung der heiligen Tagzeiten nicht verfäumen noch verkürzen und überhaupt im unabläßigem Gebete (1. Thess. 5, 17.) zum Herrn flehen, von dem allein jede gute und vollkommene Gabe (Luk. 18, 1.) kommt. Denn nicht nur für uns und selbst haben wir zu beten, sondern für unsere Gemeinden, für die ganze heilige Kirche, für das Vaterland und seine Regenten, für alle Menschen. Was wären wir Priester ohne Gebet? Unsere heiligen Funktionen sinken herab zu mechanischen Verrichtungen; sie lassen auf uns wie ein drückendes Joch, sie sind uns wie ein schwerer Stein, den wir täglich von Neuem wälzen müssen. Nur das Gebet erhebt in und den Geist in Gott, giebt die rechte Freudigkeit für unsere Wirksamkeit in unsere Worte, sichert das Gelingen unserer Mühen, mildert und erleichtert die Arbeit und verschafft Ersatz und tröstet und bei den geringen Erfolgen unserer Leistungen. Das Gebet ist der Thau des Himmels, der Leib und Seele erfrischt und Gedeihen verbreitet über unser gemeinsames Ackerland. Geliebte Brüder! bei solchen Wesen und Wirken können wir getrost den kommenden Tagen entgegen gehen, wären sie auch noch so reich an Kämpfen und Drangsalen; denn wir wissen alsdann mit dem Apostel (Röm. 8, 35. 37.), daß weder Tod noch Leben, noch Engel noch Fürstenthümer, noch Gegenwärtiges noch Zukünftiges, noch Gewalt noch Höhe noch Tiefe noch irgend eine andere Kreatur uns werden scheiden von der Liebe Christi? Trübsal? oder Angst? oder Hunger? oder Blöße? oder Gefahr? oder Verfolgung? oder das Schwert? Aber in diesem Allen überwinden wir um desjenigen willen, der uns geliebet hat. Mit der Zuversicht, daß Gott in seiner Gnaderung dafür und Alle erleuchten und rühren werde, und daß Ihr festzuhalten um uns Euere Bischöfe, wie wir — treuverein mit Euch unsern Mitarbeitern — dem gemeinsamen Ziele nachringet, haben wir versammelte Bischöfe die Reihe unserer Berathungen geendet, kehren in unsere Diözesen zurück, und wie wir selbst in Provinzialsynoden zusammen zu treten gedenken, so freuen wir uns, Euch geliebte Brüder! bald in größerer Anzahl um uns zu versammeln, um, wie hier von uns beschlossen worden ist, in der Herstellung der alten, von der Kirche angeordneten Diözesansynoden das heilige Band zwischen den Bischöfen und ihren Priestern noch festee und inniger zu knüpfen, die an vielen Orten gelockerte Kirchenzucht wieder herzustellen und in gemeinsamen Gebeten und Berathungen zu suchen, was uns Noth thut unter ceste und schweres Zagwerk in dieser Zeit also vollenden, wie es die Ehre Gottes und das Heil der Brüder fordern. Unablässig aber hitten und flehen wir, daß Gott der Vater unsers Herrn Jesu Christi in seiner Herelichkeit Euch geben wolle den Geist der Weisheit und Offenbarung, und daß Euere Liebe mehe und mehr zunehme in Erkenntniß und allem Verständniß (Eph. 1, 16—20. Phil. 1, 9. 10.), damit Ihr das Bessere prüfen könnt, so daß Ihr rein und ohne Tadel seid auf den Tag Christi. Gegeben Würzburg den 15. November 1848. (Folgen die Unterschriften.)

Der Verein für Sammlung eines Fondes für Volksschulen.

So viel auch seit dem Wiedererwachen der Künste und Wissenschaften für die Pflege und die Verbreitung derselben durch aufgerichte und zum Theil kostbare Lehranstalten geschehen ist, so blieben dennoch die in frühere Zeiten die untersten Volksklassen noch ihrer Rohheit und Unwissenheit überlassen. Es ist noch kaum ein Jahrhundert, ja in manchem deutschen Lande noch kaum ein halbes Jahrhundert verflossen, seit man auch für diese Schulen errichtet hat. Damit war nun allerdings Vieles geschehen, doch blieb ihre Wirkung noch sehr durch den beklagenswerthen Zustand der kaste bestimmten Lehrer beschränkt, denn diese blieben größtentheils der drückendsten Armuth preisgegeben. Vielleicht findet man noch heute in manchen deutschen Dörfern Schullehrer, welche ihre Kost der Reihe nach von den Bauern der Gemeinde gleich den armen, welche von dieser ernährt werden müssen, erhalten. Diese Armuth der Lehrer, welche noch und noch in manchen Orten bis in unser achtundvierzehn und wichtige Klasse der Staatsbürger gezogt, nennoch ist noch der größere Theil derselben drückendem Mangel überlassen. Besser, als vielleicht irgend anderswo wurden sie in Bayern seit dem Anfange dieses Jahrhunderts bedacht. Besoungsachet beziehet der größere Theil derselben kaum 250 fl. dürftig, sehr viele noch weniger, ungeachtet Wohnung, Genuß von Grundstücken u. a. mit in Anschlag gebracht sind. Daß ein Schullehrer mit Weib und Kindern, denn im Ehestande leben wohl die meisten derselben, sich nur sehr kümmerlich damit ernähren kann, daß dieser ihr trauriger Zustand von sehr nachtheiliger Rückwirkung auf den Zweck der Schulen sein müsse, und daß hier Hilfe bringen zu wünschen sei, wird wohl jeder Unbefangene einsehen. Aber woher soll diese Hilfe kommen? vom Staate? Dieser hat in Bayern sehr viel, Vieles mehr, als irgend ein deutsches Land, für Schulen gethan, aber die Zahl derselben, ihre Zuhören von Schullehrern macht es demselben wohl unmöglich, allein hinreichend für sie zu sorgen. Hier kann vollkommene Hilfe nur von der Freigebigkeit der Nation, d. i. von dem Zusammenwirken der einzelnen Staatsbürger gebracht werden. Jede wahre Freund des Vaterlandes kann daher das Entstehen eines Vereines, der diese Hilfe zum Ziele seines Bestrebens sich gesetzt hat, nur mit Freude wahrnehmen. Es ist bereits in mehreren Gau Monaten ansehnlicher Verein für Bildung eines Fondes für die Volksschulen. Den Lesern bleibt Blattes wird es daher angenehm sein, von der Veranlassung zu diesem Vereine und über die ersten Schritte zu seiner Bildung Umständlicheres zu erfahren.

Bose ungefähr anderthalb Jahren machte der geistige Oberbaurath Freiherr von Wedemann in der von dem Schullehrerverein in Oberbayern herausgegebenen Zeitschrift „der Wittwen- und Waisenfreund“ einen Vorschlag zur Stiftung eines Vereines für Sammlung eines Fondes für die Volksschulen bekannt. Der Verfasser beschreibt am Anfange dieser kleinen Abhandlung den hilfebedürftenden Zustand der meisten Landschullehrer in Bayern, zeigt die Nothwendigkeit, ihn zu verbessern, und zugleich, daß die Mittel dazu von der Nation unmöglich selbst hergestellt werden können, sondern die Regierung dabei von ihr zu Hilfe gekommen, und dadurch die Erreichung ihres Zweckes erleichtert und beschleunigt werden müsse. Er weiset auf die vielen zum Theile reichen Wohlthätigkeitsanstalten, welche unsere Vorältern ohne Mitwirkung der Regierung gestiftet haben, als auf ein aufmunterndes Beispiel hin, und bemerkt zugleich, daß sie ganz gewiß auch Schulen für die Volksbildung gethan haben würden, wenn in ihrer damaligen Zeit die Wichtigkeit und Nothwendigkeit derselben vollkommen erkannt hätte, und daß es nunmehr die Pflicht ihrer Nachkom sei, das von den Vorältern Versäumte nachzuholen. Er sucht hierauf zu zeigen, daß, so groß auch die Summe sei, welche hier erfordert würde, doch an der Möglichkeit durch den Verein etwas Bedeutendes und Großes zu leisten, nicht gezweifelt werden dürfe. Wenn nämlich jährlich 200,000 Menschen aus der Klasse Million Familien auf eine derselben im Durchschnitte 12 Kreuzer Jahresbeitrag rechne, dadurch eine jährliche Einnahme von 200,000 fl. sich ergebe. Man könne zwar nicht darauf zählen, daß auch nur die Hälfte der Familien diesen Beitrag leiste, aber wenn man diesen nur als das Minimum desselben festsetze und man es übrigens dem Willen der heiterenden Mitglieder überlasse, mehr beizutragen, wohl dadurch die Zahl der nicht Beigetretenen ersetzt werden könne. Er schlägt ferner vor, diese Einnahme on die einzelnen dieser Hilfe am meisten bedürfenden Schulen zur allmähligen Bildung eines ihnen gehörigen selbstständigen Fondes und an die bereits in einigen Kreisen für Sammlung eines Fondes für Unterstützung der Wittwen und Waisen und bestehenden Vereine, Schullehrer bestehenden Lehrervereine zu verwenden, und einen kleinen Theil jener Einnahme zu einem mit Zinsen und Zinseszinsen allmählig anwachsenden Kapitale anzulegen, dessen Ertrag in Zukunft für den Nutzen der Schulen angewendet werden soll. Um dasselbe Anwachsen des auf diese Weise anzulegenden Kapitales anschaulich zu machen, hat der Verfasser eine kleine Tabelle beigefügt, in welcher er berechnet, daß in 1000 fl. jährlich auf diese Weise angelegt eine Zunahme des Kapitals auf einen Zeitraum von 50 Jahren berechnet hat. Das Kapital

würde mit 3½ Prozent Zinsen nach 10, 20, 30, 40 und 50 Jahren die Summe von 13,141, 30,269, 54,429, 85,483 und 135,545 fl. und mit 4 Prozenten Zinsen am Ende dieser Jahre die Summe von 13,486, 31,969, 59,328, 99,826 und 157,350 fl., folglich da während dieser Zeit nur 50,000 fl. angelegt würden, der Zuwachs an Zinsen allein 85,545 und 107,350 fl. betragen. Der Leser wird es nicht ununteressant finden, in der angeführten Zeitschrift, sollte er sie zur Hand bekommen, diese Abhandlung (im 23. Bändchen S. 26) nachzulesen. Sie sind unbedingt, wirklich auch nur eine, welt die Zeitschrift, in welcher sie erschien, wenig verbreitet ist. Im Junius d. J. wurde vom Ministerium des Kirchen- und Schulangelegenheiten auf Bitte des Vorstehers jener Abhandlung die Erlaubniß zur Sammlung einer Beisteuer für den Wiederaufbau der Ludwigskirche bewilligt. Die Einladung zum Beitritte in denselben wurde mehrmals durch Ankündigungen in den Intelligenzblättern öffentlich bekannt gemacht. Die Einzahlungen zu diesem Vereine mussten zuerst mit dem August wurde den k. Kreisregierungen die Anzeige gemacht, dass die Einzahlungen zu diesem Vereine abgehalten, die Beiträge in den Kreisintelligenzblättern erschienen Bekanntmachungen durch den Vorstand des Vereins erstattet, die Einladung zum Beitritte in denselben wurde mit dem Beifügen

wie auf jenen dabei anwesenden Freund des Vaterlandes einen tief zerlegenden Eindruck machte, gibt den deutschen Patrioten, daß von derjenigen Fraktion der Abgeordneten, die nach dem 9. v. M. in Berlin fortgetagt hat, ein großer, noch immer in der Mehrzahl der ganzen Versammlung bildender Theil in offener Absicherung gegen die von Gw. Königl. Maj. in der Botschaft vom 8. v. M. getroffenen Anordnungen, wirken auf einem Standpunkte verharrt, welcher, nach unserer pflichtmäßigen Ueberzeugung, die Möglichkeit einer Vereinbarung mit der Krone ausschließt. Bei der numerischen Stärke dieser Partei würde es jedenfalls von ihrem Belieben abhängen, die Versammlung, wie es am 1. d. M. geschehen ist, beschlußunfähig zu machen, oder das gegen ein solches Beginnen die früheren Mittel thätige Einberufung der Stellvertreter, die während der Abwesenheit der Abgeordneten gesetzlich nicht zu begründen wäre, genügenden Schutz gewähren könnte. Die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung befindet sich hiernach in einem Zustande so tiefer innerer Zerrüttung, daß mit ihr die Verfassungsberathung ohne Verletzung der Würde der Krone nach unserer Ansicht nicht länger fortgesetzt werden kann. Wir beklagen tief um so schmerzlicher, sie zu unserer Pflicht wir von der Fortführung der Vereinbarungsverhandlungen mit denjenigen Abgeordneten, welche der von Gw. Maj. ergangenen Berufung nach Brandenburg, zum Theil selbst unter Aufopferung früher verfochtener Ansichten, schuldige Folge geleistet hatten, ein für das Vaterland gedeihliches Resultat erwarten durften. Gleichwohl glauben wir eine nochmalige Wiederholung des in der vorigen Woche über, Maß mißlungenen Versuchs einer neuen Konstituirung der Versammlung pflichtmäßig widerrathen zu müssen, weil sich mit großer Wahrscheinlichkeit voraussehen läßt, daß dabei die tiefe Zerrissenheit der Versammlung und ihre unversennbare innerliche Auflösung in ähnlicher Weise, wie am 1. d. M., zur Tauer aller wahren Vaterlandsfreunde hervortreten werde. Gw. Königl. Maj. können wir demnach nur die sofortige Auflösung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung anrathen, und erlauben und, den Entwurf der diesfallsigen Verordnung zu Gw. Königl. Maj. allerhöchster Vollziehung ehrfurchtsvoll beizufügen. Gewiß ist diese Vereitelung des vor länger als sechs Monaten begonnenen Versuchs der Vereinbarung einer Verfassung zwischen der Krone und den Vertretern des Volks ein sehr beklagenswertes Ereignis. Wahrhaft verderblich aber würde es sein, wenn, um dieser Vereitelung willen, die Errichtung des Werkes einer Verfassung, und mit ihr der Wiederherstellung eines festen Rechtszustandes und des in allen Verhältnissen des öffentlichen Lebens gehörten Vertrauens mit Recht erwarten darf, noch längere Zeit unbefriedigt bleiben sollte. Gw. Königl. Majestät können wir daher nur pflichtmäßig rathen, Ihrem Volk eine Verfassung, die zur Begeistigung, Befestigung und Erhaltung wahrer Freiheit geeignet ist, unverzüglich unter dem Beobachten zu geben, daß dieselbe von den Ständen, und zwar sofort zu berufenden Kammern einer Revision zu unterwerfen sei. Wir haben eine solche Verfassung unter strenger Festhaltung der von Gw. Königl. Maj. im März d. J. ertheilten Verheißungen entworfen und dabei nicht nur die Vorarbeiten der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung, sondern auch die bisherigen Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung, soviel ferner Beschlüsse auch bei der vorzugsweisen Verschiedenheit der Ansichten, welche sich in ihr geltend machten, in Betracht zu beachten sein werden, sorgfältig berücksichtigt. Indem wir diesen Entwurf, nebst dem Entwurf eines Wahlgesetzes, hierbei unterthänigst vorlegen, stellen wir Gw. Königl. Maj. die Vollziehung desselben ehrfurchtsvoll anheim. Schließlich behalten wir uns vor, bei Gw. Königl. Maj. den provisorischen Erlaß verschiedener, zur Beförderung dringender Bedürfnisse des Landes erforderlicher Verordnungen in den nächsten Tagen unterthänigst zu beantragen. Berlin, den 5. Febr. 1848.

Staatsministerium. Graf v. Brandenburg. v Ladenberg. v. Strotha. v. Manteuffel. Rintelen. v. d. Heydt. An des Königs Majestät.

Oesterreich. — " Wien, 6. Febr. Die Operationen gegen Ungarn sollen aus dem Grunde verschoben sein, weil man zuvor sämmtliche Truppen zur Treue gegen den Kaiser und König Franz Joseph I. bekehren will. Man versichert aber, daß mit diesen die Operationen mit verstärkter Energie beginnen werden und der junge Kaiser sich persönlich an die Spitze der Truppen zu stellen beabsichtige. — Die große Nähe, die sich in unserem Staatsbudwesen regelt, erregt unter den noch so schwankenden Verhältnissen Bewunderung, wiewohl man im Allgemeinen an den finanziellen Zusständen Oesterreichs keineswegs verzweifelt, so ferne es gelingt, die Verhältnisse des minderjährigen Bruderstaats mit Wahrheit erwachsen zu lassen. — Die Zurückkommission der hiesigen Stadtcommandantur hat eine Circulade an sämmtliche hierländige Zeitungsredaktionen ergehen lassen, worin denselben auf Befehl des Gouverneurs Fürsten Windischgrätz eingeschärft wird, sich während des Belagerungszustandes aller Artikel über die Größe, den Stand und die Ausrüstung der Armee zu enthalten. — Das siebenbürgische Gubernium wird demnächst wieder zum Behufe der Armirung gegen die Russen in die früheren Wirksamkeit treten, und in die Auflösung der Union Siebenbürgens mit Ungarn beschlossen sein. — In Gmunden wird zufolge unter den zahlreichen dortigen Fabrikanten ein Wetteifer zur Verfertigung des Belagerungszustandes auf 6 Monate, da man nur diesen die Möglichkeit für Erhaltung der den Gemeindesitz unentbehrlichen Ruhe und Sicherheit erblickt. — Der 20zöllrige Böller, welcher als Attestant des General Bem stark zerplatzt war, ist beanadigt und nebst etwa 100 anderen ebenfalls in die letzten Gefängnisse verwickelten Individuen zum Militärdienste eigenairre worden; der ganze Transport ging sofort zur Armee nach Italien ab. — Von dorther wird über einen großen Mangel an Kadetten geklagt, da die dort befindlichen fast sämmtlich avancirt sind. — Am Militärspitale ist in der ganzen Armee großer Mangel; auch alle Artikel der Militärmedikamenten-Kiste haben enorm, wie z. B. Chinin um das doppelte und dreifache aufgeschlagen. — Der von dem neuen Kaiser angenommene Beinahme „von Gottes Gnaden," welcher Besorgnis und Anstoß erregte, wird von unserer Zeitungspresse in beruhigender Weise ausgelegt. — Nicht geringe Sensation erregte hier die Flucht des Paschas auf einem französischen Schiffe. — Die vom Reichstage angenommene Begrüßungsadresse an den Kaiser Franz Joseph ist kurz und dündig abgefaßt; am Schlusse heißt es: „Freie Institutionen sind die sichere Grundlage des Thrones, und für den Monarchen ist es ein erhebendes Bewußtsein, die Geschicke freier Völker zu lenken. „Hoch unser konstitutioneller Kaiser." — In unserem Belagerungszustande scheint denn doch einige Erleichterung einzutreten; auch den Gast- und Kaffeehäusern der Vorstädte ist die Besinnis des Offenhaltens bis 11 Uhr Nachts eingeräumt worden. Desgleichen scheint in unseren Theaterzuständen wieder mehr Liberalität hervorzutreten; so sind bereits „die Hugenotten" im Opernhause zur Aufführung angekündigt. — Kondo um Gitterbahn-Aktien haben sich von ihrem gestrigen Fall etwas erholt. Recht und Gold zu höheren Kourse gefragt und erster fehlend. — 5% Metall. 77¾. 4%. 66. 2½% 42. Bankaktien 1115. Loose von 1834 137. Obligationen von 1839 84. Nordbahn 100½. Mailänder 66. Glogauer 96. Pester 64. Lint-Budweiser —.

Italien.

Rom, 27. Nov. Unter den hier akkreditirten deutschen Missionen ist der bayerische, Graf Spaur, kürzlich auf Veranlassung seiner Regierung seiner Entlassung eingekommen. Der von dem neuen Kaiser angenommene Beinahme „von Gottes Gnaden," welcher Besorgnis und Anstoß erregte, wird von unserer Zeitungspresse in beruhigender Weise ausgelegt. — Nicht geringe Sensation erregte hier die Flucht des Pascha auf einem französischen Schiffe. — Die vom Reichstage angenommene Begrüßungsadresse an den Kaiser Franz Joseph ist kurz und dündig abgefaßt; am Schlusse heißt es: „Freie Institutionen sind die sichere Grundlage des Thrones, und für den Monarchen ist es ein erhebendes Bewußtsein, die Geschicke freier Völker zu lenken. „Hoch unser konstitutioneller Kaiser." — In unserem Belagerungszustande scheint denn doch einige Erleichterung einzutreten; auch den Gast- und Kaffeehäusern der Vorstädte ist die Besinnis des Offenhaltens bis 11 Uhr Nachts eingeräumt worden. Desgleichen scheint in unseren Theaterzuständen wieder mehr Liberalität hervorzutreten; so sind bereits „die Hugenotten" im Opernhause zur Aufführung angekündigt. — Kondo um Gitterbahn-Aktien haben sich von ihrem gestrigen Fall etwas erholt. Recht und Gold zu höheren Kourse gefragt und erster fehlend. — 5% Metall. 77¾. 4%. 66. 2½% 42. Bankaktien 1115. Loose von 1834 137. Obligationen von 1839 84. Nordbahn 100½. Mailänder 66. Glogauer 96. Pester 64. Lint-Budweiser —.

Rom, 27. Nov. Unter den hier akkreditirten deutschen Missionen ist der bayerische, Graf Spaur, kürzlich auf Veranlassung seiner Regierung seiner Entlassung eingekommen. Der von dem neuen Kaiser angenommene Beinahme „von Gottes Gnaden," welcher Besorgnis und Anstoß erregte, wird von unserer Zeitungspresse in beruhigender Weise ausgelegt. — Nicht geringe Sensation erregte hier die Flucht des Pascha auf einem französischen Schiffe. — Die vom Reichstage angenommene Begrüßungsadresse an den Kaiser Franz Joseph ist kurz und dündig abgefaßt; am Schlusse heißt es: „Freie Institutionen sind die sichere Grundlage des Thrones, und für den Monarchen ist es ein erhebendes Bewußtsein, die Geschicke freier Völker zu lenken. „Hoch unser konstitutioneller Kaiser." — In unserem Belagerungszustande scheint denn doch einige Erleichterung einzutreten; auch den Gast- und Kaffeehäusern der Vorstädte ist die Besinnis des Offenhaltens bis 11 Uhr Nachts eingeräumt worden. Desgleichen scheint in unseren Theaterzuständen wieder mehr Liberalität hervorzutreten; so sind bereits „die Hugenotten" im Opernhause zur Aufführung angekündigt. — Kondo um Gitterbahn-Aktien haben sich von ihrem gestrigen Fall etwas erholt. Recht und Gold zu höheren Kourse gefragt und erster fehlend. — 5% Metall. 77¾. 4%. 66. 2½% 42. Bankaktien 1115. Loose von 1834 137. Obligationen von 1839 84. Nordbahn 100½. Mailänder 66. Glogauer 96. Pester 64. Lint-Budweiser —.

Rom, 27. Nov. Unter den hier akkreditirten deutschen Missionen ist der bayerische, Graf Spaur, kürzlich auf Veranlassung seiner Regierung seiner Entlassung eingekommen. Der von dem neuen Kaiser angenommene Beinahme „von Gottes Gnaden," welcher Besorgnis und Anstoß erregte, wird von unserer Zeitungspresse in beruhigender Weise ausgelegt. — Nicht geringe Sensation erregte hier die Flucht des Pascha auf einem französischen Schiffe. — Die vom Reichstage angenommene Begrüßungsadresse an den Kaiser Franz Joseph ist kurz und dündig abgefaßt; am Schlusse heißt es: „Freie Institutionen sind die sichere Grundlage des Thrones, und für den Monarchen ist es ein erhebendes Bewußtsein, die Geschicke freier Völker zu lenken. „Hoch unser konstitutioneller Kaiser." — In unserem Belagerungszustande scheint denn doch einige Erleichterung einzutreten; auch den Gast- und Kaffeehäusern der Vorstädte ist die Besinnis des Offenhaltens bis 11 Uhr Nachts eingeräumt worden. Desgleichen scheint in unseren Theaterzuständen wieder mehr Liberalität hervorzutreten; so sind bereits „die Hugenotten" im Opernhause zur Aufführung angekündigt. — Kondo um Gitterbahn-Aktien haben sich von ihrem gestrigen Fall etwas erholt. Recht und Gold zu höheren Kourse gefragt und erster fehlend. — 5% Metall. 77¾. 4%. 66. 2½% 42. Bankaktien 1115. Loose von 1834 137. Obligationen von 1839 84. Nordbahn 100½. Mailänder 66. Glogauer 96. Pester 64. Lint-Budweiser —.

Rachschrift.

Bei den im Wahlbezirke Weilheim vorgenommenen Wahlen zum bayr. Landtage wurden zu Abgeordneten gewählt die HH. Deisenberger, Pfarrer in Obermarnegan, Doppelhammer, Bräuer in Tölz, Kloo, Bürgermeister und Brauer in Landsberg, und Hopf, Oberapp.-Ger.-Rath in München. Zu Ersatzmännern wurden erwählt die HH. Pitzner, Landrichter in Starenberg, Leibl, Postdalter in Staubach, Graf Hegnenberg Dux, Gutsbesitzer, und Lieb dort, Gutsbesitzer und Actionär in Murnau. Die Wahlen sind ganzlich im konstitutionellen Sinne ausgefallen. Von den Wahlen in Würzburg ist bis jetzt nur die des Appellationsgerichtsdirektors Bayrus bekannt.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 7. Dez. Oesterr. 5proz. Metall. 67¼. 4proz. 57½. 3proz. 47. 2½proz. 37. Bank-Actien 1185. G. 500 fl.-Loose 124 B. 250 fl.-Loose 78. Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine — B. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 80. Bayer. 3½proz. 75¼. — Ludwigs-Berbach. 66½. — Württemberg. 3½proz. 76¼. — 4½proz. 93. — Bad. 3½proz. 73. — Loto-Actien à 50 fl. 45½. — 35 fl.-Loose 26. — Darmstadt. 3½proz. 75. 4proz. 84½. Loto-Actien von 50 fl. 50½. 25 fl.-Loose 21. Kurhessl. Friedr.-Wilh.-Nordb. 41½. 40 Thlr.-Loose 24. — Nassau. 3½proz. 79½. 25 fl.-Loose 20¼. — Frankf. 3proz. 76½. 3½proz. 80½. 87½. Taunusbahn 270. — Holländ. Integr. 47½. — Span. 3proz. innere Schuld 18½. — Pors. 300 fl.-Loose — 500 fl.-Loose 70. — Sard. 36 Fr.-Loose 21½. Dito. —.

Paris, 5. Dez. 3proz. 44.60. 5proz. 69.10. Schatzsch. — Bankaktien 1465.—. Stadtobligationen —. Bier Kanäle 840.—. Comptt. von Actien —. Belg. 5proz. von 1840 79. von 1842 79. 4½proz. —. 3proz. —. 2½proz. Belg. Bank —. Neap. 5proz. 78.—. Röm. 5proz. 55. Span. 5proz. 25½. Rhine —. Pasive —. Piem. — Paul —. St. Germain —. Versailles (rechte) 110.—. (linke) 105.—. Orleans 645.—. Rouen 370.—. Havre 107.50. Marseille 187.50 Basel 80.— Bierzon 221.25 Boulogne —. Vordeaux 365.—. Nordbahn 325 55. Mouleraux 100.—. Lyon —. Straßburg 328 75. Nantes 312.50 Dieppe —. Creaux —. Montpellier —. La Teste —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei

Nr. 142.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 8 fl.
Halbjährig 4 fl.
Vierteljährig 1 fl. 45 kr.

Sonntag den 10. Dezember 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, 10. Dezember.

Se. Maj. der König haben dem kaiserl. österr. Feldmarschall-Lieutenant Grafen Falkenhayn das Großkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael allergnädigst zu verleihen geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

(131ste Sitzung vom 7. Dezember.) Tagesordnung: 1) Ergänzungswahl dreier Mitglieder in den Marine-Ausschuß; 2) Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte des deutschen Volks, Art. III. bis VI. Den Vorsitz nimmt Heinrich v. Gagern ein. In Bezug auf die gestrigen Beschlüsse über die Aufhebung der Standesunterschiede, des Adels, fremder Orden u. s. w. machen verschiedene Erklärungen nachträglich übergeben worden, die der Präsident verliest. Dann läßt er die Wahlzettel zur Ergänzung des Marine-Ausschusses einsammeln. Namens des Prioritäts- und Petitionsausschusses erstattet Grumbrecht über eine lange Reihe von Eingängen Bericht. Letzterer liegt gedruckt vor. Die zweite Berathung der Grundrechte steht an Art. III. § 5, der von der Sicherung der persönlichen Freiheit handelt. Mit eine wochenlage Debatte des Gegenstandes, wird verzichtet, und darauf der Paragraph nach der Fassung der Ausschußmehrheit in folgender Gestalt angenommen: § 5. „Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Die Verhaftung einer Person soll, außer im Falle der Ergreifung auf frischer That, nur gestatten, im Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls. Dieser Befehl muß im Augenblick der Verhaftung oder innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden dem Verhafteten zugestellt werden. Die Polizeibehörde muß Jeden, den sie in Verwahrung genommen hat, im Laufe des folgenden Tages entweder freilassen oder der richterlichen Behörde übergeben. Jeder Angeklagtzustand soll gegen Stellung einer remunerirte zu bestimmenden Kaution oder Bürgschaft der Haft entlassen werden, sofern nicht besondere Umstände eine besondere peinlichen Verbrechens gegen denselben vorliegen. Im Falle einer widerrechtlich verfügten oder verlängerten Gefangenschaft ist der Schuldige und nöthigenfalls der Staat dem Verletzten zur Genugthuung und Entschädigung verpflichtet. Die für das Heer- und Seewesen erforderlichen Maximalzahlen werden durch Bestimmungen weiterer Gesetze vorbehalten." Zu § 9 werden zahlreiche Verbesserungsanträge mitgetheilt. Darunter der Oesterrath und Genossen, wornach die Todesstrafe aufrecht erhalten und nur die körperliche Züchtigung, Prangen u. s. w. abgeschafft werden soll. Dennoch erhebt sich nur die Beiwerbung mit die nöthige Anzahl von Mitgliedern und es wird auch hier sogleich zur Abstimmung geschritten. Unter den Anträgen, die weiter gehen, als selbst die strengen Vorschläge des Hauses und all der darnach gefomte Vorschlag des Verfassungsausschusses, heben wir den hervor, welcher sich auch gegen die Strafe „der Arbeit in Eisen" richtet. Ueber den Satz: „die Todesstrafe ist abgeschafft" — die Ausnahme des Kriegsrechts vorbehaltlich — wird besonders und durch Zettel abgestimmt. 246 Stimmen gegen 172 bejahen die Abschaffung. Also die Ausnahme des Kriegsrechts in Bezug auf die Todesstrafe anlangt, so will eine Minderheit des Ausschusses nicht das Kriegsrecht im Allgemeinen, zum Verhängen der Todesstrafe ermächtigen, sondern nur im Falle eines Krieges mit auswärtigen Staaten. Diese Minderheit setzt sich aus den Herren Wigard, Moreau, Mittermaier, Schreiner, Gülich, Welcker zusammen. Ihr Antrag wird von 283 gegen 155 Stimmen abgelehnt. Angenommen wird dagegen ein Zusatz v. Rotteck, die Minister auf der See betreffend, wonach der Paragraph schließlich die folgende Fassung erhält: § 9. „Die Todesstrafe, anzunehmen wo das Kriegsrecht sie vorschreibt oder das Seerecht im Fall von Meuterei sie zuläßt, so wie die Strafen des Arrangers, der Beandmarkung und der körperlichen Züchtigung sind abgeschafft." Die auf § 10 übergegangen wird, verlangt G. Wiesler, daß der Verfassungsausschuß mit einem Gesetzentwurfe über die geistige Aufhebung gewisser Grundrechte beschäftigt sei, auf dessen Berathung er die auf Belagerungszustand u. s. w. bezüglichen Anträge zu verschieben bittet. Wigard aber erhält das Wort, um das Minderheitsgutachten: (Anfahrparagraph) „Kein Ort in Deutschland darf, ausgenommen in Fällen des Krieges mit auswärtigen Staaten, in Belagerungszustand versetzt werden. Das Stimmrecht finder nur Anwendung in Zeiten des Krieges mit auswärtigen Staaten für die Fälle, wo das Kriegsrecht sie vorschreibt" — zu empfehlen. Die Abstimmung erfolgt durch Zettel. 296 Stimmen gegen 128 lehnen diesen Zusatz ab. Ebenso wird mit 247 gegen 194 Stimmen der eventuelle Antrag Makowiczka's und Genossen abgelehnt: dass der Belagerungszustand, das Kriegs- und Standrecht nur in den Fällen und Formen, die ein Reichsgesetz regeln werde, verhängt werden dürfe. § 10, wie er ohne Diskussion zum Beschluß erhoben worden, lautet: „Die Wechmung ist unverletzlich." Eine Haussuchung ist nur zulässig: 1) In Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls, welcher sofort oder innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden den Betheiligten zugestellt werden soll. 2) Im Falle der Verfolgung auf frischer That durch den gesetzlich berechtigten Beamten. 3) In den Fällen und Formen, in welchen das Gesetz ausnahmsweis besonderen Beamten auch ohne richterlichen Befehl bestellte gestattet. Die Haussuchung muß, wenn thunlich, mit Zuziehung von Hausgenossen erfolgen. Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist kein Hinderniß der Verhaftung eines gerichtlich Verfolgten. Desgleichen ohne Diskussion und durchaus in der Fassung der Ausschußmehrheit: § 11. „Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf, außer bei einer Verhaftung oder Haussuchung, nur in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls vorgenommen werden, welcher sofort oder innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Betheiligten zugestellt werden soll." § 12. „Das Briefgeheimniß ist gewährleistet. Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen." Der Präsident bringt zur Anzeige, daß bei den vorliegenden Zettelabstimmungen der Name v. Trützschler 6 mal, und ebenso der Name Raus' aus' und Wolfrumb doppelt und mit verschiedener Hand geschrieben in die Urne gekommen sei. (Bewegung des Unwillens.) Natürlich, daß die Genannten selbst an diesen Mißbrauche unbetheiligt sind, wie Zimmermann von Stuttgart diese Unschuld sogar für die ganze Fraktion seiner politischen Freunde von der Aeußerste rechte verbürgen zu müssen glaubt. Der Präsident bemerkt indeß, daß dieser Umstand nun wenigstens die Abstimmungsweise durch Zettel als eine sehr unzweckmäßige erscheinen lasse. Ein Antrag von der Linken, der gegen das Beseiten oder Gründen von geheimer Polizei Abwehr erzielt, wird zurückgewiesen, weil die darunter gezogenen Unterschriften zwar von der anerkannten Handschrift sind, aber dem Präsidenten doch nicht mit Bestimmtheit Hand herrühren. Der Fragesteller wird von Trechsler aufkannt und zugleich hingezeigt, derselbe Antrag werde an anderer Stelle wiederholt werden und so, daß seine Formauseinanderstellung daran gemacht werden könne. (Heiterkeit.) Im Art. IV. § 13 hat die Redaktion des Verfassungsausschusses von den Bestimmungen des Artikels über die Preßfreiheit bisher weder beschränkt, insbesondere noch aufgehoben werden, das „suspendiren" in Wegfall gebracht. Neu ist dagegen in eben diesem Paragraphen der Zusatz durch „vorbergende Maßregeln." Gegen diese Abänderungen werden mehrseitige Bedenken und daran Schwierigkeiten über die Fragestellung erhoben. Die Versammlung selbst entscheidet endlich über die letztere. Nachdem nämlich der erste Absatz von § 13 lautet: „Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern" — bereit angenommen ist, wird der folgende Satz: „Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise durch vorbergende Maßregeln, namentlich Zensur, Konzessionen, Sicherheitsbestellungen, Staatsauflagen, Beschränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, Postverbote oder andere Hemmungen der freien Verbreitung beschränkt oder aufgehoben werden" — mit dem Vorbehalt zur Abstimmung (durch Zettel) gebracht, daß über das Wort „aufgehoben" noch besonders abgestimmt werde. Wesendonk und Zimmermann aus Stuttgart erklären, sie und ihre Parteigenossen müßten auf die Abstimmung verzichten, wenn die Fragestellung nicht geändert werde, denn sie thue ihrer Meinung Gewalt an. Einen Antrag Gagern's, daß bei von der linken Seite des Hauses vorgeschlagene Abstimmungsmodus zu einem (grammatischen) Unsinn führen werde, müßte zuer Zimmermann von Stuttgart mit einer Haarscharfigkeit, daß er zur Ordnung gerufen werden muß. Indessen wird die bezeichnete Abstimmung angeführt vollzogen und sie entscheidet sich mit 338 gegen 67 Stimmen für die Annahme der oben mitgetheilten Fassung der Preßfreiheitsartikel. Ueber den Zusatz „Ausnahmen" stehen durch Namensaufruf abgestimmt. Die Wiederaufnahme des Wortes „suspendirt" in den § 13 (die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen — beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden) wird mit 263 gegen 181 Stimmen angenommen, worauf abermals mehrere Erklärungen zu Protokoll, meist gegen die „vorbergenden Maßregeln" gerichtet, erfolgen. Angenommen wird sodann zur Ergänzung des Paragraphen: „Ueber Preßvergehen, welche von Amtswegen verfolgt werden, wird durch Schwurgerichte geurtheilt. Ein Preßgesetz wird vom Reiche erlassen werden." Noch kommt von Artikel V. der § 14 zur Abstimmung. Er lautet nach dem Vorschlage des Verfassungsausschusses: „Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewis-

sensfreiheit." Dazu wird aus der ersten Lesung der Grundrechte der Antrag (mit 226 gegen 210 Stimmen) angenommen: „Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren." In Bezug auf die neuesten Ereignisse in Preußen stellt Wesendonck noch vor Ende der heutigen Sitzung den dringenden Antrag: „die Nationalversammlung möge die unterm 5. d. M. verordnete Auflösung der preußischen Versammlung und die Octroyirung einer Verfassung für Preußen von Seiten der Krone für null und nichtig erklären." Geht an den Biedermann'schen Ausschuß. Nächste Sitzung findet den 9. Dez. statt. (D. Z.)

Deutschland.

Die „Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung" enthält itzt in ihrem amtlichen Theile das am 15. Nov. zu Augsburg aufgenommene Protokoll über die Einsetzung der höchsten Landesbehörde, welche das Herzogthum Lauenburg während der Waffenstillstandes im Namen Sr. Maj. des Königs von Dänemark in seiner Eigenschaft als Herzog von Lauenburg verwalten wird, nachdem dieses Protokoll die Genehmigung sowohl des Reichsverwesers als des Königs-Herzogs erhalten hat. (Die Einsetzung der neuen Landesbehörde wurde bereits früher berichtet.)

Frankfurt, 7. Dez. In der heutigen Sitzung trat der seltsame Umstand ein, daß die Linke sich gegen eine Abstimmung durch Namensaufruf erklärte und dagegen eine solche durch Stimmzettel wünschte. Dies Faktum, das Manchem unerklärlich schien, der die Passion kennt, welche man auf jener Seite für Abstimmungen mit Namensaufruf hegt, dieses Faktum, sagen wir, könnte eine Erklärung erhalten scheinen durch eine Entdeckung, welche heute nach einigen Zettel-Abstimmungen gemacht wurde. Wir wollen das Faktum berichten, ohne eine Anklage daran zu knüpfen, freilich auch ohne, (wie Hr. Zimmermann von Stuttgart sie versuchte) ohne Entschuldigung, denn die würde in diesem Falle ebenso schlimm sein, wie eine Anklage. Es fanden sich nämlich bei einer Abstimmung, wo die Linke mit Ja gefilmmt hatte, drei weiße Ja-Zettel mit Einem und demselben Namen bezeichnet, unterm nach weder zwei solche Zettel. Gottlob, alle mit Einem und demselben Namen. Die Inhaber der Namen erkannten nur einen Zettel als von ihnen geschrieben und giltig an. Nicht minder charakteristisch war ein zweiter Vorgang. Es war ein Amendement eingereicht, das, um angenommen zu werden, zwanzig Unterschriften haben mußte. Das eingereichte hatte allerdings mehr als zwanzig Unterschriften, nur fand es sich, daß deren etliche nicht von denen geschrieben waren, die allein dazu befugt sind. Man zog dieser Formfehler wegen den Antrag zurück. (D. Z.)

Bayern. — Abgeordnetenwahlen. In Traunstein (Oberbayern): 1) Scheicher, Schiffmeister in Neubeuern, 2) Tarenberger, Stadtschreiber in Traunstein, 2) Mayer, Pfarrer in Pruttling bei Rosenheim, 4) Niederer, Gemeinde-Vorsteher in Bergen; — zu Landshut (Niederbayern): 1) Hirschberger, Gerichtshalter von Kronwinkel, 2) Setzle, Pfarrer in Landshut, 3) Kempfleyer von Wilbelburg, 4) Zeitler, Maurer in Altötting. — Neumarkt (Regenburg) 1) Pfarrer Wolffheiner von Heideck, 2) Stautner, k. Appellationsgerichts-Direktor in München. Ersatzmänner: 1) Jos. Giggenbach, Patrimonialrichter v. Dietfurt, 2) Jos. Aufleger, k. Landgerichts-Assessor von Hilpoltstein: — Dillingen (Schwaben und Neuburg): 1) Max Deuringer, Gutsbesitzer und Brauhausbesitzer zu Dillingen, 2) Franz Borg, rechtskundiger Bürgermeister zu Donauwörth, 3) Joseph Wagner, Gutsbesitzer von Dattenhausen. Ersatzmänner: Dr. Hupfauf, praktischer Arzt zu Günzburg; Lorenz Demeter, Gutsbesitzer vom Jggiterhof; Weber, k. Rentbeamter zu Höchstädt; — Nürnberg (Mittelfranken): Ersatzmänner: 1) Bierbrauereibesitzer Ecker von Schwabach, 2) Posthalter Stöcker von Langenzenn, 3) Pfarrer Wagner von Absorf; — Hahlbach (Pfalz): Abgeordneter: 1) Wirthsbesitzer Krämer (Demokrat), 2) Bürgermeister Langguth von Hersbruck, 3) Oekonom Uthert von Altenstetenbach. Ersatzmänner: 1) Amtmann Lengenfelder von Burg Barnbach, 2) Professor Dr. Ammon in Erlangen, 3) Gastwirth Mörtel in Mogelsdorf; — Waldsteigel Würzburg (Unterfranken und Aschaffenburg): als zweiter Abgeordneter: Reisenfeder Köhl von Würzburg. Die dritte Wahl ist noch nicht bekannt.

Württemberg. — Stuttgart, 8. Dez. Der vaterländische Verein dahier sübit sich gedrungen, laut und offen Folgendes zu erklären: 1) Wir erblicken in der Stiftung des sogenannten Vereins der Märzerrungenschaften oder Märzverein einen höchst bedenklichen und gefährlichen Schritt, weil dieser Verein, in seiner Gesammtheit aus einer Minderzahl von Reichstagsabgeordneten bestehend, im täuschenden Scheine eines amtlichen Charakters auftritt, dessen Wesen nur der ganzen Reichsversammlung zukommt, und weil man in seinem Namen schon den gehässigen Vorwurf gegen die Mehrheit finden kann, ja muß: daß sie den Grundsätzen, aus welchen das Parlament hervorgegangen, nicht treu geblieben sei. 2) Wir halten es für übllig unstatthaft, daß ein Theil der Reichsversammlung von der Gesammtversammlung den Schein und Charakter ihrer Autorität bergend, durch Clubbs oder Anschlüssen von Klubs und Vereinen, an deren Spitze sie sich stellt, in ein besonderes Verhältniß mit der Nation sich setzt, und diese von der Mehrheit, d. h. von der Reichsversammlung selbst, abzutrennen sucht. Wir erkennen darin eine Auflösung neuer unseliger Zerwürfnisse, eines möglicherweise bis zum Bürgerkriege führenden Zwiespalts. 3) Wir sind der Ansicht, daß es nicht einmal in der Befugniß um im Auftrag der Reichsversammlung selbst liege, einseitig bestehenden konstituirenden Versammlungen der Einzelstaaten die Wahl der Verfassungs- und Regierungsformen, die Vertauschung namentlich der faktisch und rechtlich bestehenden konstitutionellen Monarchie mit der Republik anbeimzustellen: die Reichsversammlung hat die Verfassung für das gesammte Deutschland festzustellen und die Einzelstaaten sind verpflichtet, ihre Verfassungen mit jener in Uebereinstimmung zu bringen, die konstitutionellen Staaten stehen aber nicht auf dem Boden der Revolution, sondern des Rechts und Vertrags, und Aufgabe der Reichsversammlung ist es, die Revolution durch Wahrung oder Herstellung des Rechtszustandes zu beendigen, nicht sie zu verewigen, und dies thäte sie, wenn sie den Bestand fester, konstituirenden Versammlungen der Einzelstaaten jene Befugniß einzuräumen. 4) Aber über allen Zweifel erhaben und sonnenklar ist es, daß eine Minderheit, welche den Einzelstaaten die Befugniß zuerkennt, mittelst konstituirender Versammlungen einseitig die rechtlich bestehende und anerkannte Verfassung umzustoßen und mit einer beliebigen andern zu vertauschen, — nicht, wie das Programm des Märzvereins verheißt, die Revolution schließt, sondern sie von Neuem weckt und permanent macht; sonnenklar ist es, daß sie auf den Kreis ihres Mandats: durch Stimmenmehrheit eine die Einheit und Freiheit des Vaterlandes begründende, Recht und Sicherheit, Eintracht und Frieden schaffende Verfassung zu beschließen, offen heraustritt und die Bahn der gesetzwollen Versuche einschlägt. 5) Wir haben von Anfang an den Grundsatz festgehalten, daß Deutschland, die Völker wie die Regierungen, den Beschlüssen der Reichsversammlung unbedingt zu unterwerfen haben, aber nicht nur die von der Mehrheit jeweilig ausgehenden Beschlüsse als solche und deßhalb anerkannt und geehrt, sondern wirt haben auch, im Ganzen und Großen, in denselben das Ergebniß reiner, einsichtsvoller, entschlossener Vaterlandsliebe, gefunden. Wir sprechen im jetzigen verhängnißvollen Augenblick von Neuem aus, daß wir nicht nur immer an unserer Verpflichtung gegen die Reichsversammlung und Reichsgewalt unverbrüchlich festhalten werden, wie wir dies ebenso von allen Regierungen erwarten und verlangen, sondern auch, daß wir volles Vertrauen in ihr bewahren, ihr unsere Kräfte entschlossen und freudig zur Verfügung stellen, und Beschlüsse, welche den Erfordernissen der Sachlage gemäß, Aufsrorderndliches lühn verfügen und gebieten, ebenso bereitwillig begrüßen werden, wie diejenigen, welche das Gepräge weiser Mäßigung tragen. 6) Wir sehen in Preußen nicht klar ein, und wir bekennen, daß eine Volksfreit gerade dadurch und um so mehr verkümmern müßten, wenn und je mehr eine neue Agitation im Sinne des Märzvereins sich der Gemüther bemächtige; und so wenig wir aus Rücksichten für materielle Güter und Interessen die höheren geistigen und politischen Güter zu opfern gemeint sind, müssen wir doch auch darauf hinweisen, weil der Märzverein wenig im Einklang mit den offenkundigen Erfahrungen, sich auch auf die materiellen Interessen für seine Bestrebungen beruft. Aus diesen Gründen fordern wir alle Gleichgesinnte, alle unsere Mitbürger auf, die es mit dem Vaterland und der Freiheit wohlmeinen, zu einer gesährlichen, für die Einheit und eben damit unaufhaltbleiblich für die Freiheit des Vaterlandes unbeilbringenden Spaltung, in seiner Weise die Hand zu bieten, und die Ausserdrungen einer solchen Faktion, welche den Grundsatz und die Aufgabe als Mitglieder einer konstituirenden Reichsversammlung verkennt, mit Festigkeit zurückzuweisen. Wir wollen kein Neben- und Gegenparlament und keine Klubtyrannei! Wir wollen eine Reichsversammlung und eine Reichsgewalt für Deutschland!

Schleswig-Holstein. Schleswig, 30. November. Die gemeinsame Regierung hat folgende Anzeige an die Bewohner Nordschleswigs erlassen: „Ihr wißt, daß in Gemäßheit der zu Malmö abgeschlossenen Waffenstillstandskonvention ein Bevollmächtigter des Königs von Dänemark in Verbindung mit einem Kommissär der deutschen Reichsgewalt am 22. Oktober dieses Jahres eine gemeinsame Regierung für Schleswig zusammen eingesetzt hat. Ihr wißt auch, daß, nach Maßgabe des Gebrauchs unter civilisirten Männern, ein gegenseitiger Verkehr gepflogen werden muß. Dänische Rathgeber wollen Euch verleiten, anders zu denken. Hütet Euch, ihren Worten Gehör zu geben. Unter dem Namen „schleswig-holsteinlauenburgische Kanzlei" in Kopenhagen wird im Herzogthum Schleswig eine Aufforderung verbreitet, der gemeinsamen Regierung keine Folge zu leisten, namentlich keine Steuern zu zahlen. Diesenigen, welche sich hierzu hat verleiten, wollen die Regierung, welche der König, unser Herzog, durch seinen Bevollmächtigten hat vornehmen lassen, indem er seine Macht vollkommenheit in den Herzogthümern für die Dauer des Waffenstillstandes auf die gemeinsame Regierung übertrug, für ungiltig erklären; sie verleugnen das Wort des Königs. Die gemeinsame Regierung hat bisher keine Steuern von einem gegebenen Königswort. Sie ist gesetzmäßig von des königlichen Herzogs in Landes wollen es dulden, daß die Machtvollkommenheit, welche sie allein zur Zeit in den Herzogthümern ausüuben hat, durch eine dänische Behörde verletzt werde. Sie sieht sich daher genöthigt, Maßregeln an der Grenze zu treffen, damit nicht ferner durch dänische Verlockung die gesetzmäßige Ordnung im Herzogthum Schleswig zu stören versucht werde. Indem sie ergreifen wir solche Maßregeln zum Schutze gegen ein Land, mit welchem wir während des Waffenstillstandes friedlichen Verkehr wieder hergestellt und so den Frieden am Sichersten angebahnt zu haben hoffen. Wachet selber, Bewohner Nordschleswigs, mit uns darüber, daß des Landesfürsten Wort in Ehren bleibe, indem Ihr die der gemeinsamen Regierung verliehenen Gerechtsame willig

erfennt und ihr die Erfüllung der entsprechenden Pflichten erleichtert.
Gottorff, den 29. November 1848. Die gemeinsame Regierung. Th. Brennekow. Sorgen. A. Wolff. Heinze. Preuffer. Harbou.

Preuffen. ⊙ Berlin, 6. Dez. Allgemein wird erzählt, daß am 10. d. M. der Belagerungszustand unserer Stadt aufgehoben werden soll und daß auch der König bis dahin wieder seinen Aufenthalt in seiner Residenzstadt nehmen werde.

Berlin, 7. Dez. Der heutige „Staatsanzeiger bringt die beiden interimistischen Wahlgesetze für die erste und die zweite Kammer. Jeder der beiden Gesetze umfaßt 11 Artikel. Nach ihnen sind für jede Kammer aus 180 Mitgliedern, die Wahlbezirke werden nach Maßgabe der Bevölkerung festgestellt. Es können weder wählbar noch gewählt werden jene, welche in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses den Vollgenuß der bürgerlichen Rechte entbehren. Stimmberechtigter Urwähler ist jeder Preuße der das 30. Lebensjahr vollendet hat und einen direkten Klassensteuersatz von mindestens 6 Silbergr. zahlt, oder einen Gewerbsbetrieb im Werthe von mindestens 5000 Thlrn., oder ein reines jährl. Einkommen von 500 Thlrn. nachweist. Er ist es in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. Je 100 Urwähler wählen einen Wahlmann. Die Wahlmänner werden aus der Zahl der stimmberechtigten Urwähler der Gemeinde des Distrikts, der die Abtheilung gewählt, die Mitglieder der ersten Kammer nun durch die Wahlmänner nach absoluter Stimmenmehrheit. Wahlbar zum Mitgliede der ersten Kammer ist jeder Preuße, der das 40. Lebensjahr vollendet und bereits 5 Jahre lang dem preußischen Staatsverbande angehört. Ein vom Gesetz dringendenes Verzeichniß bestimmt die Zahl der in jedem Regierungsbezirke zu wählenden Abgeordneten zur ersten Kammer, so Breslau 11, Posen 11, Potsdam, Magdeburg und Düsseldorf je 10, Königsberg, Potsdam, Frankfurt je 9, Magdeburg, Merseburg je 8, Gumbinnen, Marienwerder je 7, Stettin, Arnsberg, Koblenz je 6, Danzig, Bromberg, Stadt Berlin, Köslin, Münster, Minden, Köln, Trier, Aachen je 5, Erfurt 4 und Stralsund 2. Die zweite Kammer besteht aus 350 Mitgliedern; Feststellung der Wahlbezirke nach Maßgabe der Bevölkerung, Stellvertretung und Wahlfähigkeit in nur, wer nicht durch rechtskräftiges Erkenntniß den Vollgenuß der bürgerlichen Rechte entbehrt. Für die zweite Kammer ist jeder selbstständige Preuße in derjenigen Gemeinde, worin er seit 6 Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmenberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung erhält. Auf je 250 Seelen wird ein Wahlmann in obiger Weise bestimmt. Wählbar ist jeder selbstständige Preuße, wie für die Wahl der ersten Kammer. Zum Mitglieder der zweiten Kammer ist jeder Preuße wählbar, der das 30. Lebensjahr vollendet und bereits ein Jahr lang dem preußischen Staatsverbande angehört. Die Urwahlen werden in den Städten durch Beauftragte des Magistrats und wo kein Magistrats-Kollegium besteht, durch Beauftragte geleitet. Für die Leitung der Urwahlen auf dem Lande hat das Staatsministerium Anordnung zu treffen. Die Wahl der Mitglieder der zweiten Kammer erfolgt durch selbstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit aller erschienenen Wahlmänner zwar in einem der Hauptorte des Wahlbezirks. Die Abgeordneten verbleiben sich auf die Regierungsbezirke wie folgt: Breslau 25, Oppeln 21, Posen, Liegnitz je 20, Düsseldorf 19, Königsberg, Potsdam, Frankfurt je 18, Merseburg 16, Magdeburg 15, Gumbonnen 14, Marienwerder 13, Stettin, Arnsberg je 12, Köln, Koblenz, Trier je 11, Bromberg, Minden je 10, Danzig, Stadt Berlin, Köslin, Münster, Aachen je 9, Erfurt 7, und Stralsund 4.

Erzherzog Reichsverweser von Gse der jüngere, ist am 5. Dezember in Potsdam eingetroffen.

Oesterreich. Der durch die Absandung des Kaisers Ferdinand zum Kaiserthron berufene Erzherzog Franz Joseph Karl ist geboren den 18. August 1830. Er ist der älteste Sohn des Erzherzogs Franz Karl Joseph (geb. 2. Dezember 1802), jüngeren Bruders des Kaisers Ferdinand I. Die Geschwister des jungen Kaisers sind der Erzherzog Ferdinand Max Joseph, geb. 6. Juli 1832, der Erzherzog Karl Ludwig Joseph Maria, geb. 30. Juli 1833, und der Erzherzog Ludwig Joseph Anton Viktor, geb. 15. Mai 1842.

Wien, 6. Dez. Heute Mittag 12 Uhr fand im Hauptquartier des Feldmarschalls Fürsten v. Windischgrätz zu Schönbrunn im Beisein des Banus von Kroatien, Frhr. v. Jellachich und der gesammten hier anwesenden Generalität, unter Ausrückung eines Theils der hiesigen Besatzung, die Medaillenvertheilung an die Soldaten vom Feldrebell und Wachtmeister abwärts, welche sich bei der Einnahme von Wien besonders auszeichneten, statt. Der Feldmarschall Fürst Windischgrätz theilte eigenhändig goldene und silberne Medaillen, dann die eingegangenen Gnadengeschenke an die betreffende Mannschaft aus, während dem ununterbrochen Kanonensalven gegeben wurden. Eine Menge Prunkrüstungen unter den Generalen hat hinzugefunden, darunter befindet sich der frühere Kriegsminister Feldmarschallieutenant Zanini. (A. Z.)

Ofenburg, 3 Nov. Mit den Ungarn sind Unterhandlungen angeknüpft. Der bekannte Bischof Lonovics ist heute Nachts hier angekommen. (G. Bl.)

Italien.

Aus Oberitalien, 30. November. Seit einiger Zeit herrscht nicht nur in Piemont, sondern auch in der Lombardei wieder eine große Gährung. Die Ereignisse in Rom, welche das Werk einer längst vorbereiteten republikanischen Verschwörung sind, üben auch hieher ihren Rückschlag aus. Mazzini und seine Leute glaubten dadurch entweder den Krieg zu entzünden oder doch die piemontesische Regierung zu stürzen. Beides ist bis jetzt hauptsächlich an der Abneigung des Volks, das Ruhe, Ruhe um jeden Preis will, gescheitert. — In der Lombardei halten Marschall Radetzky und seine Generale mit eisernem Arme die Ruhe aufrecht. Alle Versuche, das strenge Militärregiment zu mildern und den Weg der Versöhnung anzubahnen, mußten stets wieder aufgegeben werden, weil die unverbesserlichen Revolutionsmacher Dieß sogleich als Schwäche auslegten. Unter dem lombardischen Landvolke herrscht die vollkommenste Ruhe. Der Marschall sucht daßselbe auch in jeder Weise, namentlich in der Konscription, in Steuern und Abgaben zu schonen. Ueberhaupt sind in der Lombardei auf die unruhigen Städte und auf diejenigen reichen Leute, die sich bei der letzten Revolution vorzugsweise betheiligt hatten. So die in jüngster Zeit aufgeschriebene Kriegskontribution von 16 Millionen L., die nur als ein kleiner Ersatz für die Verluste zu betrachten ist, welche die Oesterreicher im Mailand allein erlitten haben. Karl Albert hat in einem öffentlichen Akte gegen diese Auflage Verwahrung eingelegt und er hat nun und nichtig erklärt, indem er sich unter Anderem darauf beruft, daß das lombardisch-venetianische Königreich zu Piemont gehöre. Es läßt sich denken, daß Radetzky sich sehr wenig an diesen Protest kehrt; auch hat er bereits mit der Eintreibung der Steuer begonnen. — Wie man aus verlässiger Quelle erfährt, hat das englische Kabinet seine Ansichten über die österreichisch-italienische Frage wiederholt geändert. Es wird nicht mehr, wie früher, die Lossreißung der Lombardei von Oesterreich verlangen, sondern nur darauf bestehen, daß dieselbe im österreichischen Staatsverbande eine möglichst unabhängige Stellung einnehme. Man hält es für sehr wahrscheinlich, daß Frankreich sich dieser Politik anschließen wird. Die neapolitanische Regierung hat vor kurzem alle diplomatischen Verbindungen mit dem Großherzogthume Toskana abgebrochen, weil man in Livorno einen eigenen sizilianischen Konsul zugelassen hatte. Es ist dieß ein schöner Anfang zur italienischen Einheit. — Von Rom aus sollen die Verbindungen mit Oesterreich abgebrochen und der Nuntius von Wien zurückberufen werden. Im Kirchenstaat ist mit dem radikalen Ministerium die vollständige Anarchie eingetreten. Die Römer, die mit jetzt unter dem Namen „Volk" zu bezeichnen pflegt, sind unerfindlich; je mehr ihnen gewährt wird, desto mehr begehren sie, bis sie Staat und Gesellschaft in einen bodenlosen Abgrund gestürzt haben. (Karlsr. Zeit.)

Rom, 30. Nov. Ueber das Einkommen des Papstes kann ich jetzt folgende mir verbürgte Einzelnheiten nachtragen, die Ihre Leser zur Berichtigung der andern reicher ausgestatteten Berichte benutzen werden; auch die neapolitanischen Blätter liefern, benutzen mögen. Der bayerische Gesandte, Graf Spaur, welchen der bedrängte Kirchenfürst in den Tagen der Krisis ins Vertrauen gezogen hatte, war bereits am Morgen des 24. von hier abgereist und hielt in Gaëta, einem einsamen Inselunkenvenn zwischen Neapel und Terracina, Pferde zur Weiterreise nach der neapolitanischen Grenze bereit. Abends spät hüllte sich der Papst in einen Kardinalsmantel ein und setzte sich in einen bereitstehenden Wagen, welcher ihn nach Giardino Colonna brachte, von wo er zu der Wohnung des französischen Botschafters hinabstig. Nach kurzem Aufenthalt stieg er dort in einen Wagen, welcher ihn nach Gaëta brachte, wo der bayerische Gesandte seiner harrte, sich selbst in einen Pelz gehüllt auf den Bock setzte und den heiligen Vater wohlbedalten über Terracina nach Gaëta brachte. Die Flucht ist eben vor Übereilschaft gelungen. Denn den von Ancona und Fuligno einerseits Manifesten der demokratischen Klubs zufolge hatte die italienische Konstituante ihre Sitzungen auf dem Kapitol schon begonnen haben sollen. Solche ausschreitenden Ideen hat nun die eiselge Wendung der Dinge auf einmal beseitigt. Uebrigens denkt das gegenwärtige Ministerium auf dem betretenen Wege fest voranzuschreiten. In Bologna besteht ein Konflikt zwischen den Progressisten, welche durch Zucht in Schach gehalten werden und den Gemäßigten welche, wenn sie bei Kraft bleiben, den Papst bitten wollen das Ministerium zu ändern und sie in dasselbe nach einem Art. 3 der Verfassung Pius IX. Dikeuß fion vergönnt, was in Rom natürlich nicht der Fall ist. (A. Z.)

Niederlande.

Haag, 4. Dez. Ein offizieller Bericht meldet, daß ein Beschluß des Kaisers von Russlien d. d. Rio-Janeiro, vom letzten 10. Oktober, die Ausführung des Beschlusses vom 1. Oktober 1847 in Betreff der Erhebung von Differential-Zöllen auch Neue bis zum ersten Januar 1850 verschiebt. Das Resultat der Wahlen für die Kammer ist erst theilweise bekannt. Unter den bereits Gewählten bemerken wir den Exportations-Baron von Scherpenzeel-Heukl, Mitglied der deutschen Reichsversammlung zu Frankfurt, welcher in Herolen aufgerufen wurde. (Köln.-Ztg).

Belgien.

Brüssel, 5. Dez. Die „Indépendance" will aus guter Quelle wissen, daß der Kongreß der Großmächte über die italienischen Angelegenheiten in Neuchâtel Statt finden werde. Die Italienischen Berichte fügen sich für die Wahl der belgischen Hauptstadt entschieden. Auch der „National" will vielleicht Nachricht aus zuverlässiger Quelle erfahren haben. (Köln.-Ztg).

Frankreich.

***Paris**, 5. Dez. Die Sozialisten sind völlig zerfallen mit Ledru-Rollin, und eine große Anzahl ihrer Stimmen will sich Raspail zuwenden, ohne daß aber für diesen auch nur im Entferntesten eine Hoffnung vorhanden wäre, die nöthige Anzahl von Stimmen zu erhalten. — Ludwig Napoleon soll an seinen saubern Herrn Vetter in Rom ein Schrei-

Digitized by Google

ben gerichtet haben, worin er ihn wegen seines Benehmens während der letzten Ereignisse in Rom bitter tadelt. Rossis Mörder soll jetzt bekannt sein. Man nennt als solchen einen Neapolitaner, Bletta Maschino, der sich längere Zeit in Paris aufgehalten und erst im Mai d. J. diese Stadt verlassen hatte. Sichrem Vernehmen nach soll auf Befehl des Ministers des Unterrichts das Bildniß Rossi's in einem der Säle der Rechtsschule dahier aufgestellt werden, in welchem der Gemordete einige Jahre lang mit ausgezeichnetem Erfolge gelehrt hatte. — Bekanntlich wurde schon vor einiger Zeit das Verlangen der sardischen Regierung, daß General Bugeaud den Oberbefehl über die sardische Armee übernehmen möge, von der französischen Regierung zurückgewiesen. Nun ist auch die Bitte des sardischen Gesandten Martini, statt Bugeaud, General Bedeau als Oberbefehlshaber der sardischen Truppen zu überlassen, von der Regierung abgeschlagen worden. — Dem Vernehmen nach will sich die französische Regierung nach dem Vorgange der englischen von der italienischen Vermittlungsfrage zurückziehen.

△ Paris, 5. Dezbr. Der Moniteur zeigt heute an, daß Herr v. Tocqueville als französischer Bevollmächtigter den Konferenzen beiwohnen wird, welche über die Angelegenheiten Italiens zu Brüssel eröffnet werden. Schon vor mehreren Tagen war nemlich die Zustimmung Oesterreichs zu der Wahl von Brüssel als Ort für diese Konferenzen hier eingetroffen. Aber, was der Moniteur freilich nicht sagt, damit war auch die bestimmte Erklärung Oesterreichs verbunden, daß die Grundlage der Unterhandlungen der ungeschmälerte Besitz des lombardisch-venetianischen Königreichs seinerseits sein müsse. Trotz aller Rodomontaden, die sich die und da noch in den Blättern hier über diesen Punkt finden, macht man sich doch in den Regionen der Machthaber durchaus keine Selbsttäuschungen mehr in dieser Beziehung: man weiß recht gut, daß Oesterreich um kein Haar breit von seinem guten Rechte abgehen wird. Es steht nun zu erwarten, wie die künftige definitive Regierung die Sache auffassen wird, wenn, wie noch immer alle Wahrscheinlichkeit vorhanden, Ludwig Napoleon doch zum Präsidenten der Republik gewählt wird. Die Spannung auf diese Wahl wächst mit jedem Tage. Fr. Dufaure der Minister des Innern hat so eben in einem Rundschreiben an alle Präfecten u. s. w. dieselben aufgefordert, streng darüber zu wachen, daß die Freiheit der Wahlen ungestört allenthalben aufrecht erhalten bleibe. Cavaignac's Anschichten sind trotz seiner neulichen glänzenden Rechtfertigung noch immer sehr prekär. Auch sein früherer Kriegsgefährte in Afrika, General Changarnier, jetzt Befehlshaber der Nationalgarde von Paris, hat sich für Ludwig Napoleon erklärt. Alle stimmen für diesen, welche die Republik beseitigt haben wollen, und in Ludwig Napoleon das beste, kürzeste Mittel dazu erblicken. — Ueber den Papst, ob er nach Frankreich kommen wird, noch immer die alte Ungewißheit.

Münchener Schrannenanzeige vom 9. Dez. 1848.

Getreide-Gattung.	Voriger Markt.	Zufuhr.	Dieser Stand.	Verkauft.	Unverkauft.	Mittelpreis.	Im Vergleich gegen die letzte Schranne mehr	Im Vergleich gegen die letzte Schranne minder
	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
Weizen	227	3386	3613	2972	641	13 38	— —	26
Korn	89	1842	1931	1559	472	9 2	— —	28
Gerste	1153	7053	8206	6888	1318	6 44	— —	15
Haber	88	1386	1474	1406	68	4 28	— —	1
Leinsaamen	6	37	43	38	5	14 21	— —	19
Rapssaamen								

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 10. Dez.: „Die Hugenotten", Oper von Meyerbeer.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Baronin v. Schäpler, von Augsburg. Bühner, Kaufmann, von Lennep. Kaufmann, von Frankfurt. Lichtenberg, Kaufmann, von Zürich.

Gold. Hirsch. Graf a. Zichy, österreich. Kämmerer, von Wien. v. Zedwegk, Staatsrath, von Wien.

Hotel Maulik. Nenion, Rentier, von London. Bauer, Privatier, von Hanau. Fuchs, Kaufmann, von Frankfurt. Kleto, Kaufmann, von Salzburg.

Gold. Kreuz. Dietz, Kreis- und Stadtgerichts-Rath, von Kempten. Hörman, Appellationsgerichts-Rath, von Kempten. Pfister, Regalient, von Dorfbrour. Patzuet, Fabrikant, von Lüttich.

Blaue Traube. Baron v. Königsbrunn, von Graz. Graf Wrezsing, von Rosenheim. Hanau, Kaufmann, von Berlin. Schelm, k. k. Oberstleutnant. Schmuzer, Kaufmann, von Nürnberg. Theodath, Kaufmann, von Barmen. Dr. Harles, Professor, von Leipzig. Dr. Tonner, von Regensburg. Pustet, Buchhändler, von Regensburg. Barbier, Kaufmann, von Eßlingen.

Stachusgarten. Bossaret, Maler, von Zürich. Schmid, Herrschaftsrichter, von Augsburg. Leonhardt, Gutsbesitzer, von Hartz. v. Gontartzi, Offizialier, aus Vorarlberg. Müller, Brauer, von Pfaffenhofen. Feicht, Kommis, von Regensburg. Lormeir, Privatier, von Zwisel. Mad. Engelhardt, von Bamberg.

Gestorbene in München.

Barbara Hofstetter, Kutscherstochter, 21 J. a. Joseph Wiele, bürgerl. Metzger, 30 J. a. Ferdinand Karzis, Hofbeater-Beleuchtungs-Diener, 72 J. a. Theres Mayrhofer, königl. Revidentenwitwe, 63 J. a. Anna Zöller, Schneiderstochter von Aier, 73 J. a. Joseph Weisenbeck, Bauerssohn von Oberdachau, Lgs. Dachau, 19 J. a.

Literarischer Verein.

281. Die ordentlichen ordentlichen Mitglieder werden zu der am

Mittwoch den 13. Dezember l. Js., Abends 5 Uhr,

anberaumten

General-Versammlung

eingeladen. Die zur Tagesordnung bestimmten Gegenstände sind im Vereinslokale durch besonderen Anschlag bezeichnet.

München, den 7. Dezember 1848.

Der Ausschuß.

283. In der Katzlostraße Haus-Nro. 16 2 rechts ist ein sehr hübsches meublirtes Zimmer an einen soliden jungen Herrn zu vermiethen.

Sollte derselbe Unterricht in der griechischen, lateinischen oder deutschen Sprache und Literatur, sowie in der Geschichte, überhaupt in den Theorgegenständen der höheren Gymnasial-Klassen (mit Ausnahme der Mathematik) wünschen, so könnte er denselben von einem bereits mehreren Prinzen und Prinzessinnen und Distributer von Fach erhalten. Das Nähere mündlich.

284 Ein Pistolier von Fach sadel noch einige junge Damen zur Theilnahme an einem bereits begonnenen Lehrkurse der Geschichte und Geographie ein. D. Uebr.

Wiener Geschäftsbericht und Neuigkeitsbote.

Erscheint außer Feiertagen täglich Nachmittags 3 Uhr. Redakteur: Julius Werthheimer. Stadt, Schulergasse Nro. 403.

Verleger: B. Engel. Sandelhof Nro. 588.

Pränumerationspreis: für das 1. Quartal 1845 fl. 3. 36. kr. Conv. Münze.

285 Dieses Tagblatt hat sich seit der kurzen Zeit seines Bestehens zu einem unentbehrlichen Rath- und Auskunftgeber für die Geschäftswelt erhoben. Auf einem seinen Spalten-Raum sind die wichtigsten Bekanntmachungen in allen Fächern des kommerziellen und des industriellen Betriebs in rein stylographirter Schrift zur Erlesung der Schnelligkeit wegen. Auch das ersten fremden Courien und dem Wiener Börsebericht des nemlichen Tages werden auch die ergebigsten Tagesneuigkeiten mit Einschluß der letzten Reichstagsberichte in gedrängter Kürze mitgetheilt. Da von das Blatt vor Abgang der Post und mit Nächsicht auf Briefschlüsse erscheint, so können auswärtige Abonnenten und Geschäftsfreunde auf das schleunigste von den Plagereignissen in Kenntniß gesetzt werden.

Man pränumerirt für Wien, das Halbjahr, mit fl. 1 monatlich oder fl. 3 vierteljährig beim Verleger B. Engel, unter obiger Adresse; für den ganzen österreichischen Kaiserstaat unter täglicher Postversendung mit fl 3 36 bei jedem Postamte.

Außerhalb Oesterreich muß bei der betreffenden Postdirektion pränumerirt und die Besiellung vom auslandischen Postamte bei der k. k. obersten Postoberverwaltung in Wien gemacht werden. —

Auch werden geeignete Inserate angenommen, und mit 3 kr. C.-M. für die gespaltene Zeile berechnet.

Bekanntmachung.

Michael Müller a Peter

Appel, p. deb. Lgs.

282. Nachdem im rubrizirten Betreff bei der ersten Versteigerungstagsabfahrt ein Kaufsangebot nicht gelegt worden ist, so wird zum Behufe des Meyger Peter Appel'schen Anwesens dahier wiederholt Termin auf

Montag den 8. Januar l. Js.

Vormittags 10 Uhr,

anberaumt, wozu Steigerungsluststige unter Beiwelung auf die wiederholte Ausschreibung vom 9 Sept. l. Js. mit dem Beifügen geladen werden, daß der Zuschlag ohne Rücksicht auf den Schätzungsbetrag erfolgt.

Neuburg den 4. Dez. 1848.

Königl. Landgericht Neuburg.

Hess.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

München, 11. Dezbr.

Durch Allerhöchstes Reskript vom 3. Dezbr. 1848 wurden der konstituirende Buchhalter der Staatsschuldentilgungsverwaltungs-Kasse Würzburg Johann Zwad in den Ruhestand versetzt, und an dessen Stelle die Funktionär der Regierungs-Finanzkammer von Oberbayern Joseph Frank provisorisch ernannt; vom 5. Dez. 1848 der Revierförster Anton Sandmann zu Weingarten auf Ansuchen in gleicher Eigenschaft nach Triebdorf versetzt; der Forstmarr Karl Lutz zu Unterfrauenhaid zum Revierförster in Bischofsgrün provisorisch ernannt; der Oberbuchhalter und Kontrolleur der Staatsschuldentilgungshauptkasse München, Andreas Stephan Fenisch, auf Ansuchen unter dem Ausdruck Allerhöchster Zufriedenheit mit seinen langjährig treu geleisteten Diensten in den Ruhestand versetzt; an dessen Stelle der Kassier bei gemeinsamer Kasse, Michael Birkmaier, und an Birkmaiers Stelle der Kontroleur bei eben dieser Kasse, Anton Kaufmann ernannt; der Forstmarr zu Hohenkrann, Jakob Fauntinus zum Kommunal-Forstei-Offizier in Enkenbach, und der Forstamtsaktuar in Kaiserslautern, Franz Joseph Becker, zum Kommunalrevierförster in St. Martin befördert. Der Fiskalatsekretär-Akzessist bei der Finanzkammer von Oberbayern, Dr. Max Manuel, zum Regierungs- und Fiskal-Assessor bei der General-Bergwerks- und Salinen-Administration provisorisch ernannt.

Der Ludwig-Kanal.

Es wurde neulich in diesem Blatte Nr. 128 die Wichtigkeit des Ludwig-Kanales für den Handel Deutschlands mit besonderer Beziehung auf das Donaugebiet und Ungarn berührt. Ingwischen sind über die Verhältnisse dieser nicht bloß kommerziellen, sondern auch in das Weltverkehrs-Wasserstraßen Thatsachen bekannt geworden, welche jene Betrachtungen durchaus bestätigen, und deßhalb auch hier nicht unerwähnt bleiben sollen. — Bekanntlich hat der bayer. Staat von den Aktien des Ludwigskanals neben seiner ursprünglichen Verbriefigung mit $^1/_3$, also 2,500,000 fl. des Gesellschaftskapitals von 10 Millionen Gulden allmählig noch etwa zwei Viertheile zusammengebracht und sich dadurch mit nahezu 2,700,000 fl. Aktien-Besitzthum sich noch in Privathand. Sonach besteht die Aktiengesellschaft noch fort zwischen dem bayerischen Staats-Aerar und den andern Inhabern dieser Aktien. Der Kanal selbst ist nämlich noch immer Eigenthum der zu seiner Erbauung gebildeten Gesellschaften. Darnach bemißt sich auch vermal noch ihre Rechts- und Vermögensverhältnisse. Der Ausschuß der Gesellschaft hat deren Generalversammlung einberufen in vorwiegendem Interesse der Angelegenheiten des ganzen Werkes, indeßen ist von dem Staate, nachdem er in allen Theilen wetteifernd in den hergestellt, auf seiner ganzen Länge vollkommen schiff- und flößbar gemacht worden, an die Gesellschaft förmlich übergegangen — im Jahre 1846, die Verwaltung wird aber aus Mitteln des Staates für ihn besorgt. Sie hat von der k. Landesbehörde gelöst. Im September d. Js. hielt die Gesellschaft eine Generalversammlung zu Nürnberg; deren Verhandlungen sind so eben für die Aktionäre im Druck erschienen und diesen folgende Mittheilungen entnommen. Das große Werk des Ludwigskanals, eine der bedeutendsten nationalwirthschaftlichen Stiftungen der neuern Zeit, ist jetzt als vollendet zu betrachten. Der Kanal mit seinen sämmtlichen Ausführungen, wie alle zahlreichen Erweiterungen des ursprünglichen Planes und bedeutenden Nebenanstalten, Landeplätzen, Lagerhäusern, später zumal zum Schutze der Anprämungen nothwendig gewordenen Banten, z. B. den großen Steinwürfen der Altmühl, einem Bassin zum Wenden aller Schiffe bei Kelheim, 15 Hofslagerplätzen für den Holzhandel des bayerischen Waldes, dem Grundablaß bei Bamberg, der Kanalschleife und dem Hafenbecken bei Nürnberg, überhaupt mit dem anfänglichen Plan, wie er von der Regierung der Gesellschaft vorgelegt, von dieser genehmigt und hiernach die Bauführung selbst dem bayer. Staate verteeamäßig übertassen wurde. Deßhalb ist auch die 6jährige Bauzeit in eine 10 jährige, und das von der Gesellschaft kontraktlich gestellte Baukapital von 8,500,000 fl. in den von mehr als 16 Millionen, das Werk aus der Staatskasse geleistet, überschritten. Der Kanal Rennen, das Werk aus der Staatskasse geleistet, überschritten. Der Kanal gehört aber auch im Ganzen 1055 einzelne Bauobjekte, darunter 100 Kammerschleußen, wovon 38 mit 3, und 22 mit 2 Thoren, 127 Brücken, 20 Häfen, 10 Lagerhäuser u. s. w. Die vollständig ausgezeichneten Bauplane umfassen 164 Blätter. Der gesammte Grundbesitz des Kanals ist durchaus frei von allen Grundbelastungen, in völlig freiem Eigenthum mittels Abtretung aller Grundbarleiherechtlichkeit verwandelt: Dienstbarkeitsrechte, Servituten, bestehen jetzt wenige, und diese genau bestimmt. Die Aktiengesellschaft ist also in der Benützung ihres Werkes, der Handel in dem Verkehre auf ihm unbehindert, zumal der Wasserstand des Kanales überall die normale Höhe, das Fahrwasser die regelmäßige Tiefe ausdauernd besitzt. Kanalschiffe, gröhnenteils eigens für den Kanal gebaut, sind über 200 im Gange, darunter nach ihrer Bauart etwa 170 zugleich auf den Main und Rhein, 60 auf der Donau gebrauchbar, die meisten auf den Werften zu Bamberg, dann zu Riedenburg und Kelheim gebaut; man beobachtet die Anlage eines Werftes auch am Hafen zu Nürnberg. Im Jahre 1847 war der Kanalbetrieb zum erstenmal auf der ganzen Linie im Gange, dieses also das erste vollständige Schiffahrtsjahr. Es begann am 25. März, und dauerte bei günstigem Wetter über 8 Monate. In demselben wurden 3741 Fahrten gemacht, und 1,765,329 Zentner Waaren aller Art verschifft. Nur allein im Hafen von Nürnberg sind 1178 Schiffe mit über 900,000 Zentner Ladung angekommen und 1175 Schiffe mit etwa 290,000 Zentner abgegangen, ein Beweis mehr für die Wichtigkeit dieser Handelsstadt, welcher eine Wasserstraße ganz neue Wege und Mittel ihres Waarenverkehrs bietet, der gleichmäßig Bamberg, alle Schiffahrtsvorsprünge nicht nachgibt, da es vom Kanal und aus Sachsen, Böhmerwinland die Main abwärts gelenden Güter empfängt. Der Waarenbetrag auf dem Kanal hat hiernach seit 1846, in einem Jahre sich über 50 Prozent gesteigert, das Gesammterträgniß zu 102,554 fl. 40 kr., gegen das Vorjahr um 72 Prozent, allerdings noch nicht die Unterhalts- und Verwaltungsposten deckend, aber zeitenfällt in solcher nahen Erhöhung die Sicherheit bietend, daß nunmehr die Summe des Zolldarauf hoch die jetzt bestehende Tarifsätze für den Kanal- und Rheinverkehr, den eigentlichen Weltbandel, alsbald die Höhe erreichen werde, welche Auslagen und Zinsen der Aktien- und Baukapitalien zu decken vermag. Von besonderer Bedeutung ist hiebei der Frachtsätze Salzraspost, gegen 40,000 Ztr., so wie der von Eisenblöcken zur Kettenschmiede in Wien aus England, etwa 60,000 Ztr., wodurch eine Konkurrenz mit dem Seeweg über Triest hingerufen werden dürfte. Die Frachtsätze haben sich bisher durchschnittlich auf 21^1/$_2$ kr. per bayr. Ztr. auf die ganze Kanallänge von 23^1/$_2$ Meilen gestellt, wohl sehr niedrig, wenn Schiffer nur geringen Nutzen abwerfend, und nur möglich, wenn er jederzeit schnell volle Ladung findet; sie werden sich deßhalb auch mehr oder minder ändern müssen, was natürlich gleichfalls von der Frequenz und Geschwindigkeit der Zugdampfschiffe abhängig, mithin ganz eigenen Maßstab noch nicht gibt. — Als Mittel zur Hebung des Kanalverkehrs erschienen zunächst die Befreiung vom Durchgangszoll für alle auf der ununterbrochenen Wasserstraße des Rheins, Mains, Ludwigs-Kanals und der Donau von den Niederlanden nach Oesterreich und, von da dorthin gehenden Gütern, welche 15^1/$_2$ kr. per Ztr. beträgt; die Befreiung alle Kanalgüter von den Gebühren der Verschiffung und der Beschleunigung der Verladung der auf der belgisch-rheinischen Eisenbahn mittels jener Wasserstraße über Passau gelöschten Waaren und so umgekehrt. Diese Begünstigungen sind bereits eingeführt. Wesentlich ist noch die völlige Aufhebung der Rhein- und Mainzölle; auch dafür hat Bayern längst alles ihm Mögliche gethan, auf seinem Stromgebiet sie beseitigt, und bei den andern Uferstaaten sich kräftigst bemüht erwiesen. Von der neuerlich in Kehlen Rastatzahlen Konferenz von Abgeordneten aller Staten des Main und Rh.ins ist solche Befreiung dieser deutschen Ströme begutachtet worden, und die Reichs-Zollgesetzgebung wird sonach endlich auch hier wirksame Hilfe durchgreifend gewähren. Werden dann auch die so nothwendigen Flußkorrektionen, von Bayern bei Regnitz und Main bereits sehr umfang- und wirkungsreich ausgeführt, von den andern Uferstaaten — und auf der Donau eben so thätig, bis zu deren Mündung in Bettich gebracht, so läßt sich diesem großartigen bayerischen, deutschen und europäischen Unternehmen eine allgemeine Zukunft mit Sicherheit verkünden. — Freiräsen sind in Würzburg, Bamberg, Nürnberg ans Regensburg Privat-Anstalt, für die Lade-, Transport- und Lösch-Güter-Geschäfte, sowie Konkurrenz der Kanalschiffe, gleichmäßige Verwendung getroffen. Sehr wünschenswerth ist enge Verbindung der Donau- und Main-Dampfschifffahrt mit dem Güterverkehr des Kanals besonders durch Dampfschleppschiffe, wofür die bayerische Regierung Unterstützung in Aussicht gestellt und jetzt um so mehr unmittelbares Interesse hat, da die Donau-Dampfschiffahrt nun Staatsanstalt geworden ist. Die Schiffs- und Flößbarmachung der Nebenflüsse des Kanalgebiets, die Vils, Naab, des Regen ist im Beginn und von hoher Bedeutung für den Holzhandel aus dem bayerischen Walde, wohin nur allein nach Nürnberg, Fürth und Erlangen im Jahre 1847 über 600,000 Ctr. Brennholz geliefert wurden. Auch vom Holz und von der Alm kommen nunmehr große Holz- und Butterladungen, die vorher den Weg nach der Oberpfalz nahmen, auf den Kanal. — Eine Denkschrift über alle diese Verhältnisse des für Deutschlands Handel so wichtigen Ludwig-Kanales an die Reichsversammlung zu Frankfurt hat den Zweck, die Förderung dieses Unternehmens als deutsche Nationalsache zu empfehlen, und sich von ihr bereits gefaßten Beschlüsse über den gemeinsamen freien Zoll-, Handels- und Verkehrsmessen, nebst allen dazu gehörigen Mitteln, lassen an entsprechender Aufnahme wohl kaum zweifeln. Um so zweck- und zeitgemäßer dürfte aber auch sein, das allerdings eigenthümliche, in mehrfacher Beziehung vielleicht selbst hemmende Verhältniß des Kanals zwischen den bayer. Staaten und der Aktiengesellschaft zu lösen. Wie bemerkt, besitzt die Regierung darmal gegen drei Viertheile aller Aktien eigenthümlich; demnach hat sie nach den Statuten nicht mehr als 6 Stimmen in der Generalversammlung und bei der Gesellschaft; sie kann also bei allen Fragen von der allergrößten Minorität beherrscht, jede, auch noch so sehr ihrer überwiegenden Betheiligung unganstige Entscheidung von dieser ihr geistlich aufgestellt werden. Die Regierung hat die ganze Verwaltung um ist dennoch derselben Minorität bei jenen Aktien Verwaltung um ist dennoch derselben Minorität bei jenen Aktien besorgt, wesentwerfen. Alte und des Staates Interessen können dieser Mißregeln erwachsen, welchen das Privatinteresse derselben noch dazu in ihren Gliedern unbekannten, mit dem Aktienbesitz stets wechselnden Minorität gegenüberstüt, und sie muß sich dieser fügen, jene unterlassen. Andererseits müssen auch die Aktionäre bei solchen Zustandsverhältnissen nicht recht wie sie daran sind; das Unternehmen ist weder ganz Staatsanstalt, noch ganz

Privatsache. Deshalb hatte schon früher die Gesellschaft ihren Ausschuß ermächtigt, ein Abkommen mit der Staatsregierung auf Uebernahme der noch in Privatbesitz befindlichen Aktien in Staatseigenthum, dadurch die Erwerbung des ganzen Kanals als Staatsanstalt einzuleiten. Die Verhandlungen darüber waren im Gange, ließen Erfolg hoffen, zumal die Landstände ihre Zustimmung für solchen Erwerb nicht nur in Aussicht gestellt, sondern solchen selbst als wünschenswerth erklärt hatten; sie scheiterten aber — wie man sagte, in Folge unbefugter Einmischung jüdischer Agenten, gleichwohl dann nicht erfüllter Verpflichtungen eines großen Bankierhauses, welches den Ankauf zu diesem Kurse, gewiß nicht ohne hinlänglichen Absatz für sich zu vermitteln sich erboten haben sollte. — Die jüngste Versammlung beschloß, solche Verhandlungen wieder aufzunehmen zu lassen. und vielleicht ist, trotz der gegenwärtigen finanziellen Zustände gerade der jetzige Moment dafür günstig, zumal in Hinblick auf die theils schon ergangenen, theils noch bevorstehenden Beschlüsse der Reichsgesetzgebung über die Anstalten für den deutschen Verkehr. Immerhin dieses die Ueberzeugung feststehen, daß der Ludwigskanal nur als Staatsanstalt seine Wirksamkeit ganz zu erlangen, seine Bestimmung ganz zu erfüllen vermag. L.

Deutschland.

Frankfurt, 8. Dez. Zu einer der wichtigsten Vorberathungen hatten sich gestern etwa 60 Mitglieder aus verschiedenen Fraktionen der Nationalversammlung bei Hrn. v. Beckerath eingefunden. Es handelte sich, wie man vermimmt, um eine Verständigung in Betreff der sehr schwierigkeitsreichen Frage. Hr. v. Schmerling soll sein Bedenken ausgesprochen haben, ob man bei der Stellung, die Oesterreich nehmen zu wollen scheine, ihn ferner als deutschen Reichsminister werde gelten lassen wollen. Es sei dann von der Möglichkeit eines Ministeriums unter der Leitung Heinrichs v. Gagerns die Rede gewesen, für welches Gagern die Bedingung des von ihm verfochtenen Hauptgrundsatzes Verhältnisses zwischen Deutschland und Oesterreich aufgestellt habe, daß Letzteres in keinem Sinn, wenn habe sogar die unverzügliche Abberufung von Vertrauensmännern, um Deutschland in Kremsier zu vertreten, verlangt. Es soll dabei von einer Seite unverholen ausgesprochen sein, daß man nichts mehr wünsche, als den Rücktritt des Ministeriums Schmerling. Dagegen habe man von anderer Seite alles Gewicht auf die Aufrechthaltung der §§ 2 und 3 der deutschen Reichsverfassung gelegt, wonach das staatsrechtliche Verhältniß von Oesterreich aufgehoben und dem deutschen Theile desselben überlassen wolle, ob es dem Gesammtstaat Oesterreich oder dem deutschen Bundesstaate angehören wolle, da ein doppeltes Verhältniß beiden verderblich, und besonders ein so unklared Verhältniß der künftigen politischen Gestaltung von Deutschland hindernd sein müsse. Wahrscheinlich wird nun in nächster Zeit diese wichtige Frage die Nationalversammlung beschäftigen. (D. Z.)

Bayern. — Landtagswahlen. Wahlbezirk Memmingen. Abgeordnete: 1) J. M. Bayer, Wirth und Gutsbesitzer von Obergünzburg; 2) Julius Rödl, Rechtsanwalt von Memmingen; 3) Franz Xaver Wolf, Gutsbesitzer zu Pfaffenhofen, Gerichts Weißenhorn. Ersatzmänner: 1) Johann Natterer, Handelsmann zu Ottobeuren; 2) Dr. Jachner, Gerichtsarzt zu Neuulm; 3) Anton Diepolder, Gutsbesitzer zu Reicholbried, Gerichts Grönenbach. — Wahlbezirk Neumarkt. Ersatzmänner: 1) Gerichtshalter Glyzenkaut von Lichtarz; 2) Assessor Aufseser von Hilpoltstein. Wahlbezirk Passau. Abgeordneter: 1) Joseph Völk, Advokat und Notar von Regung, 2) Karl Föckerer, Gastwirth von Wildhofen, 3) Franz Xaver Schmid, Domkapitular und Domprarrer zu Passau, 4) Anton Pummerer, Kaufmann zu Passau. Ersatzmänner: 1) Fr. X. Meschenmacher, Dekan in Wegscheid, 2) A. W. Zink, Landrichter in Passau, 3) Andreas Hahn, Wirth von Wegscheid, 4) Johann Reisl, Gemeindevorsteher zu Engerlhaun. Wahlbezirk Landau. Abgeordneter: 1) Simon Schwarzmeier von Kirchaindorf, 2) Kayrhuber von Pfeffenhausen, 3) Jos. Strigl, Müller von Kelheim, Brauer von Abensberg. Wahlbezirk Amberg. Abgeordnete: 1) Magistratsfunktionär Dirrigl in Amberg; 2) Dekan Rast in Sulzbach, 3) Stadtschreiber Hermann in Weiden. — Wahlbezirk Neunburg v. W. Abgeordnete: 1) Jakob Wirthing, Handelsmann von Neunburg, 2) Wilhelm Lorig, Realschulrektor von Nittenau. Ersatzmänner: Michael Bock, Bauer von Schönau, Mathias Bodenstorfer, Bauer von Unterlind. Wahlbezirk Cham. Abgeordnete: 1) Staatsrath v. Abel, 2) Sigmund Rabl, Gutsbesitzer von Brunnberg. Ersatzmänner: 1) Landrichter Pizenot in Cham, 2) Fabrikant Glueck von Waldmünchen. Wahlbezirk Deggendorf. Abgeordnete: 1) Domdechant Zarbl von Regensburg (bereits auch zu Straubing gewählt), 2) Kaufmann Ott von Osterhofen. 3) Bauer Brändl von Rettenbach. Wahlbezirk Bayreuth. Abgeordnete: 1) Theodor Wagner, Uhrmacher und Magistratsrath zu Bayreuth. 2) Hofmann, Oekonom zu Mistelgau; 3) Deinhart aus Neuhaus. 4) Febr. v. Perchenfeld, kgl. Staatsminister des Innern. Die gewählten Ersatzmänner sind noch nicht bekannt. Wahlbezirk Bamberg. Abgeordnete: 1) Georg Hofmann, Müllermeister und Gemeindevorsteher von Unternaisel, 2) Adam Ulsch, Rothgerbermeister und Magistratsrath zu Bamberg, 3) Georg Amschler, Bierbrauer und Gastwirth von Seffendorf, 4) Ignaz Weil, Advokat in Bamberg. (Alle vier gehören der demokratischen Partei an.) Ersatzmänner: 1) Michael Gerberger, Zuchmacher von Hergoegnaurach, 2) Adam Landbinger, Bierbrauer und Wagstratsrath in Bamberg. 3) Joseph Hofmann, Krämer von Kirchschreibach, 4) Nik. Schiedemantel, Gastwirth von Dietersdorf. Wahlbezirk Kronach. Abgeordnete: 1) Flaschhändler Joseph Hillweber von Kronach (Demokrat), 2) Posthalter Schuster von Steinweisen, 3) Bäckermeister Gummi von Kulmbach, 4) Fabrikbesitzer Gerber von Schney. (Die Ersatzmänner sind noch nicht bekannt.) Wahlbezirk Ansbach. Abgeordnete: 1) Steunig, Magistratsrath von Ansbach, Hensel, Bürgermeister, Gerrken und Bürgermeister Meyer. Wahlbezirk Würzburg. Abgeordnete: (1) und 2) bereits mitgetheilt.) 3) Oekonom Englert von Aschoisbausen, 4) Dr Rosbach, rechtsk. Magistratsrath zu Würzburg. Ersatzmänner: die jetzt bekannt Orckvom Adami in Winnerhausen und Pfarrer Weckard in Enlisben. Wahlbezirk Schweinfurt. Abgeordnete: 1) Mich. Schad, Sattlermeister zu Schweinfurt, 2) Dr. Hirt, Bezirksarzt zu Hofheim, 3) Theod. Kleinschrod, Müller zu Baunach. 4) Kasp. Borst, Kaufmann und Vorsteher zu Eschenborf. Ersatzmänner: 1) Kaspar Meder, Vorsteher von Hirschfeld, 2) Bertenz Bürgermeister von Königshofen, 3) Chr. Prediger, Gastwirth von Heiligenkreuz, 4) Fr. Erwein, Apotheker und Bürgermeister von Volkach. Wahlbezirk Speyer-Frankenthal. Abgeordnete: 1) Dr. Ed. von Speyer, 2) Richter Boye von Frankenthal, 3) Anwalt Steckinger von Frankenthal, 4) Anwalt Heinz von Frankenthal. Ersatzmänner: Reichard, Spatz und Pfarrer Tafel (sämmtlich auch Reichstagsabgeordnete). Wahlbezirk Germersheim-Bergzabern. Abgeordnete: Dr. Kolb von Speyer (schon zu Speyer gewählt), 2) Fr. Schüler von Zweibrücken, Dr. Hepp von Neustadt. Ersatzmänner: 1) Dr. Greiner, 2) Dr. Umdscheid, 3) Kolthoyp.

* **München**, 10. Dez. Wie wir aus mehreren auswärtigen Blättern ersehen, macht eine Nachricht von einem hier vorgefallenen Duell zwischen einem Russen und einem Offizier, in welchem letzterer schwer verwundet, ja sogar getödtet sein soll, die Runde durch dieselben. Diese Nachricht kommt aus unlauterer Quelle, ist aber trotzdem von einem und dem andern leichtgläubigen Korrespondenten nachgebetet worden. An der ganzen Sache ist nichts wahr. Der fragliche Offizier erfreut sich des vorgestrichen Wohlseins.

* **Bamberg**, 9. Dezbr. Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtag vom hiesigen Wahlbezirk sind so eben vollendet. Gestern standen sich die Parteien noch so gegenüber, daß von den 4 Meistbestimmten Ulsch, Dr. Rauch, Rechtsrath Reichert, Advokat Prell keiner die absolute Mehrheit erhalten hatte. Im heutigen zweiten Scrutin erhielten von 252 Wahlstimmen: Dr. Oxdyvorsteher Amschler von Sassendorf, Landgericht Scheßlitz, Gutsbesitzer Hofmann von Neusetzelsdorf, Bürgerbrau, Rothgerber und Magistratsrath Ulsch und Advokat Prell von Bamberg absolute Mehrheit. Diese vier sind also Abgeordnete, und somit hat die demokratische Partei hier einen noch vollständigeren Sieg, wie in Nürnberg, errungen. Amschler ist ein höchst thätiges auswärtiges Mitglied des hiesigen Volks- (Centralrathes) Vereins. Bei ihm wurden von Zeit zu Zeit die Volksversammlungen von Prell und Genossen gehalten; Hofmann gehört zu den vollkommen demokratischen Bauern, Prell ist Vorsitzender, Ulsch in und außer dem Magistrate eines der allerkräftigsten und thätigsten Mitglieder dieses Vereins. Die Kandidaten des konstitutionellen Volksvereins, Adv. Kreitmaier, Dr. Rauch, Rechtsrath Reichert, Magistratsrath und Kaufmann Dotterweich sind glänzend unterlegen. Dieser Verein mag seine freilich große Thätigkeit, obwohl er schon längst darüber hätte aufgeklärt sein sollen — die gute Lehre nehmen, daß schöne Reden, konstitutionelle Adressen mit Lob oder Mißbilligung nach München und Frankfurt sich recht gut hören und lesen, auch Korrespondenz, Zusammenkunft, Verbindung mit auswärtigen Vereinen sich auf dem Papier und in den Sitzungen vortrefflich ausnehmen, aber für die Hauptsache gar nichts gewerth, keineswegs hilfreich sind. Während man „Volk veliberire, verlor man Zeit gewinnt"; während man in jener Weise großartig nach Außen sich gebahrte, ließ man geruhig den heimischen Boden unterwühlen, und die Demokraten sich über den Kopf wachsen. Man muß diesen Leuten den Vorrang in Thätigkeit, Klugheit, vielmehr Schlauheit, Gewandtheit und Rührigkeit, freilich ohne Mißlicht auf ihre Beschaffenheit der Mittel und Mittel, unbedingt zugestehen, so wie daß man ihnen gegenüber in der allerletzten der politischen Bildung selbst noch hinter ihnen besindet und von ihnen das politische Parteimachen lernen kann. Die Wahl der Ersatzmänner wird ohne Zweifel ganz in ähnlicher Richtung ausfallen.

Frankfurt, — 8. Dezember. Heute. Unsere denkwürdige Nationalversammlung zur Uebersiedlung nach Versassung ist aufgelöst, ohne ihre Aufgabe erfüllt zu haben, obschon ihr das Land fast 7 Monate Zeit dazu gelassen. Von den Todten soll man nur Gutes reden, wir wünschten, daß wäre in diesem Falle möglich, aber wir kennen in ihrer ganzen langen Vergangenheit wirklich nicht einen einzigen Punkt, bei dem die Erinnerung mit Anerkennung verweilen, nicht einen Akt ihrer ganzen Wirksamkeit, (!) über den ein patriotischgesinnter Bürger sich freuen könnte. Sieben Monate hindurch haben diese Herrschaften in ihren Mittelmäßigkeit die einzelnen Intelligenzen sich verlieren wie Wasserstropfen in der Wüste, dem Lande das Beispiel der Anarchie in Permanenz, dem Auslande den traurigen Beweis, daß das preußische Volk, das intelligente, — vergangenes Frühjahr im Rausche seine kostbarsten Interessen anvertrauen konnte, von denen es weniger als die meisten in den Ländern in Belgien, in England, ja selbst in dem ebenfalls taumelnden Frankreich nicht einmal als Kandidaten hätten auftreten dürfen. Der junge Wein der Freiheit, dessen wir uns im März zum ersten Male mit vollem Zuge erfreuen durften, war uns zu Kopfe gestiegen, und trunken, wie wir waren, wählten wir wie wenige von den Leuten, welche Erfahrung, Bildung, Intelligenz und Vaterlandsliebe in so großen Maße zur Gesetzgebung berufen, desto mehr aber politische Lustmacher, die mit schwachen Köpfen und

starken Lungen am verständlichsten über das Getümmel der Volksversammlungen hinwegzuschreien vermochten; und denen — einmal in die Kammer eingetreten — die mit ihrem unverhofften Glücke der Unverletzlichkeit und der Diäten zu lockend erschienen, als daß sie nicht auf alle Mittel hätten sinnen sollen, ihre gefeggeberische Mission nach Kräften zu verlängern. Daß solche Leute sich schon im Voraus gegen die gestern erfolgte Auflösung verwahrten; daß sie schon am 28. Nov. eine Proklamation an das Volk erließen, in der sie in ohnmächtiger Wuth das Land nochmals zur Steuerverweigerung aufstachelten, darf uns nicht Wunder nehmen. Daß sie aber zu behaupten wagen: „Nur wir sind es, die hier in Berlin die constituirende Versammlung, sind eure Vertreter — jede Auflösung ist ungesetzlich und daher wirkungslos.“ Das ist nicht weniger aufforderndes, als das sie den drei Ministerien, die sie gestürzt haben, dem ewig zu neuen Putsch vorgeführten Popanz der Reaktion die alleinige Schuld des verzögerten Verfassungswerkes zuschieben und sich als die Märtyrer des Absolutismus hinstellen wollen. Das ganze Land weiß, wie man sich den Sommer über mit unendlichen Unterredungen über die Form der künftigen Dinge die Zeit vertrieb, wie man Spaziergehen nach Schweidnitz machte, um kommissarisch Erkundigungen über die Uebergiebigkeit der weltberühmten Silberlinge — unserer preußischen Soldaten! — einzuziehen, und nicht einmal den Bericht der Kommission entgegennahm, weil er dem Militär entschieden günstig war. Das ganze Land weiß, daß 6 Monate, nachdem der ministerielle Verfassungsentwurf vorgelegt worden, erst 3 Paragraphen dieser Verfassung überhaupt festgesetzt waren, die zwei ersten vollständig gleichgültig für die Freiheiten des Volkes, für welche diese Herren zu kämpfen vorgaben, der letzte hochverrätherisch gegen die deutsche Nationalsache: das Land wies richten. — Wie wir vernehmen, soll der Staatsanwalt beabsichtigen, diesen letzten ohnmächtigen Erguß demokratischen Geistes zum Gegenstande einer Verfolgung zu machen, um die Herren festsetzen, unter diesen wir die Herren v. Berg, Blöm, Löster, Essen, Glabbach, Jakobi, Kuhn (Finder eines gestohlenen Zündnadelgewehrs am 14. Juni), Rodbertus, Schneider, leider auch Pilet (wie kommt er in solche Gesellschaft?) bemerken, zur Rechenschaft zu ziehen. Hoffentlich bestätigt sich dies Gerücht nicht; denn ein solcher Prozeß unter einem Ministerium Manteuffel geführt, würde nur nachtheilig auf die Regierung wirken. Die Brandstifter vom 28. Nov. wird eben so unschädlich verlöschen, als die vom 14.; man soll nicht unnöthig Märtirer machen und die politisch Todten zu neuen Sprüngen und Verrenkungen gabwanistren!“ — In Folge des Auflösungsedikts sind bereits viele Deputirte der Rechten in ihre Heimath zurückgereist; andere verlassen uns heute Abend. Wie wir vernehmen, hat mehrere Mitglieder dieser Fraktion gegen die mit Verbrechen und Frevel aller Art begangene Verletzung zu protestiren gesonnen sind, weil sie in derselben eine Verletzung des auf dem Wahlgesetz vom 8. April beruhenden Rechtsbodens zu erblicken glauben. — Das Gebeimniß der gestrigen Erlasse ist übrigens bis zum letzten Augenblicke so sorgfältig bewahrt geblieben, daß Graf Brandenburg selbst den Reichsbefehlshaber, an welchen sie gerichtet sind, der preußischen Staatsanzeiger bereits die Presse verließ) empfing, nicht die geringste Mittheilung machte, ein Benehmen, welches dieselben so verletzt haben soll, daß sie nur mit Mühe den Entschluß, sofort abzureisen, zurückzudrängen vermochten.

Berlin, 7. Dez. (Spen. Ztg.) Die Aufnahme, welche den beiden königlichen Verfügungen vom 5. von Seiten der Bevölkerung Berlins gestern zu Theil wurde, war im Allgemeinen die der Anerkennung. Man verhehlte zwar nicht, daß eine auf der Berathung mit den Vertretern des Volkes hervorgegangene Verfassung einen günstigeren Eindruck gemacht haben würde, gestand indeß auch ein, daß sie Schwierigkeiten, welche sich der Vereinbarung, selbst mit einer neuen Kammer, entgegenstellen, die Verfassungswerk noch auf eine lange Zeit hinausgeschoben, und damit die Unsicherheit des Rechtszustandes verlängert haben würden. Die Stadt blieb ruhig, und von der Aufregung, welche sich bei der Bekanntmachung des ersten Gawphausen'schen Verfassungs-Entwurfes zeigte, war keine Spur. Abends waren viele Häuser erleuchtet. — Es ist wieder die Rede von der nahe bevorstehenden Ernennung eines neuen Ministeriums, an dessen Spitze Hr. v. Vincke stehen würde; Hr. Simson wird als Justizminister genannt. — In den letzten Tagen war der Zudrang zu dem Bureau, in welchem die Einzahlungen zur freiwilligen Anleihe angenommen werden, so stark, daß es bei den besten Willen schwer hielt, alle Die, welche Geld brachten, zu ihrer Befriedigung abzufertigen. Wenn die Zahlungen noch einige Zeit in so bedeutem Umfange, wie in den letzten Tagen, eingehen, so dürfte vorläufig eine Zwangs-Anleihe unnöthig werden.

Potsdam, 6. Dez. Unser patriotisch-konstitutioneller Verein ist schon seit einiger Zeit vom Reden zu Thaten vorgeschritten. Eine der bedeutendsten war die von Berlin und hier ausgegangene Adresse an die Berliner Fraction der Nationalversammlung gegen die Steuerverweigerung, welche in welcher Verbreitung an 80,000 Unterschriften erlangten, dann kam die, im Fall der wirklich erfolgten Steuerverweigerung, dem Staate mit einem Steuervorschuß, dessen Zeichnung und Nachträge sich bis auf 12,000 Thlr. gesteigert hatte, zu Hilfe zu kommen, und gestern eine Generalversammlung der brandenburglichen konstitutionellen Vereine, wozu die Einladung ebenfalls von hier ausgegangen war. Es hatten sich dazu auf dem Plateau des hiesigen alten Bahnhofsgebäudes gegen 2000 Theilnehmer und Zuschauer eingefunden. Der Regiments-Arzt Dr. Buhlmann führte den Vorsitz. — Das bedeutendste, was vorkam, da es eine That enthielt, war wohl die kräftige Ansprache an die Landwehr, worauf eine Dankadresse an dieselbe und an das Herr beschlossen wurde; an diese knüpfte sich der Beschluß einer reichlichen Unterstützung der minder wohlhabenden zurückgebliebenen Familien eingezogener Landwehrmänner und die Mittheilung über einen entstehenden Verein unter den wohlhabenden Frauen ausgezeichneter Landwehroffiziere und Wehrmänner, um den ärmeren Frauen und Kindern von Landwehrmännern mit Rath und That beizustehen. Die gastlichen Mittel gab Auskunft über den vor wirklichen Verein für die Verbreitung der Lage der Soldaten vortiger Garnison, und der wackere General von Selasinski, als der älteste Soldat unter den Anwesenden, dankte in feuriger Ansprache für diese Gesinnung zu Gunsten des Heeres und der Landwehr und schloß mit einem „Hoch“ auf den König, das einen allgemeinen enthusiastischen Anklang fand. Außerdem wurden noch mehrere andere unterordnete Beschlüsse gefaßt.

Oesterreich. — * **Wien**, 7. Dez. Die Operationen gegen Ungarn sind jetzt allseitig verschoben, bis man die Wirkung der Manifeste in den verschiedenen Landestheilen kennt. Nach den bis jetzt eingelaufenen Nachrichten erscheint die Stimmung zu einer friedlichen Ausgleichung keineswegs geneigt und will man die Dinge auf Aeußerste ankommen lassen. Man ging hierbei hinzu, es sind die Aktenstücke zur Verfassung der ungarischen Sache an die verschiedenen Truppenkorps verlesen und denselben die Nachachtung freigestellt worden, ohne daß solches eine weitere Folge gehabt habe. Alle gestehen, daß es aus schwer fällt, diese Nachricht Glauben beizumessen. Es heißt, die Ungaen beabsichtigten einen Hauptstreich auf Agram und rechneten eben so auf Zwietpalt im kroatischen, wie anderseits auf Entfernen im ungarischen Lager gezählt werde. Fürst Windischgrätz — so wird versichert — sehe lieber die Ausgleichung auf friedlichem Wege, während Ban Jellachich den Zeitpunkt zur Lösung durch Waffengewalt zu beschleunigen wünsche. — Der neu ernannte Minister Baron Culmer ist nicht Kroate, sondern Lingar, was wegen Gegenzeichnung in ungarischen Angelegenheiten mißberichtet worden sei. Man sieht der Ernennung von noch zwei andern, und zwar slavischen Ministern, ohne Portefeuille entgegen. — Man erfährt heute die Auflösung der preußischen Nationalversammlung gegen eine neue, vom König ertheilte Verfassung, und will hierin das Vorspiel zu ähnlichen Greignissen bei uns erblicken, wozu die finanziellen Fragen zunächst den Anlaß geben könnten. — Ueber Annexion und Aufstellung des Belagerungszustandes stehen in so naher Aussicht, daß die serbische Deputation auf einem halb verlassenen Posten steht. — Die Nationalgarde hat gestern eine Allerpetition begründet, die auf Errichtung desselben auf 6 Monate anträgt und großen Anklang unter dem Bürger- und Kaufmannsstand findet. Dennoch spricht man von einer Gegenpetition, und die Minister Bach und Stadion, welche sich bei einer Vorstauer jenes Zustandes zumeist in ihrer Stellung paralisirt finden, sollen demgemäß dessen Aufhebung betreiben. — Ueber das Benehmen und die Umtriebe mancher Corporationen und Individuen äußern sich selbst diejenigen mit Ekel und Verachtung, welche sich mit größter Energie dem Ritt unserer Zustände entgegenstellten. — Vom Gemeinderathe und Magistrate Wien's ist eine Deputation zur Ueberreichung einer Adresse an den Kaiser abgegangen. — Kürst Windischgrätz hat sich wiederholtens dieselben, mit denen er verhandelte, geäußert: Die ausgezeichnete Kriegskraft in der Landwehr ist definitiv zurückgenommen worden. — Der Rückritt des Grafen Dietrichstein von der Theater-Intendanz; bestätigt sich. Mit Ausnahme der Oper stehen Stadt- und Vorstadttheater noch unter strengster Zensur. — Die jetzt erwähnten langen Pausen sind zum Südwesten gegeben worden, wie es hierzu Stadt Straßwetz geschieht. — Von der nahen Ankunft des Kaisers ist es heute wieder ganz still.

* **Wien**, 8. Dez. Am gestrigen Nachmittag fand wieder einmal eine Hinrichtung statt. Ein Ungar — Horvath — auf Oedenburg wurde wegen abstrittlicher Verbrüderung von Waffen ums scharfer Munition im Stadtgraben erschossen. Man schreibt die Strenge des gestrigen Zukandt und die Einführung militärischen Sprunges nicht ohne Wahrscheinlichkeit der Ordnung zu haben, da mancherlei Exzesse, insbesondere aber die noch häufig genug vorkommende Waffenverbrüderlichung ein Exempel der Strenge wieder nöthig erachten ließen. — Eine zweite Exekution steht bevor. Ein Oberjäger wurde gestern von einem Gemeinen nächst dem Nordbahnhofe aus Rache erschossen. — Man wollte gestern wissen, zu Pesth sei der Palatin des ungarischen Thrones preßburg nächst worden. — Bei Krems sollen nicht unbedeutende Bauernunruhen, von vertriebenen Studenten angeregt, ausgebrochen sein und die Absendung einer Batterie nebst einer Abtheilung Truppen veranlaßt haben. — Dem Vernehmen nach soll in Preßburg die Cholera auf eine heftige Weise aufgetreten sein. — Graf Colloredo, der Adjutant Jellachich der Adjutant Jellachich, ist vorgestern zu Pesth ein Duell zu Pferde veranlassen wollte, ist von den Aerzten aufgegeben worden. Es hat sich als Postland der Sparkasse, des Acker- und Gewerbevereins und vieler menschenfreundlichen Vereine um Stadt und Land verdient gemacht. — Das Verbot, anfreigende Reden an öffentlichen Orten zu führen, ist neuerdings eingeschärft worden. — Reichstagsauflösung am 6. Dezember bestätigt sich der Erlaß der Deputation nach Olmütz und Stadions Wahl in Neunkirchen wird für ungültig erklärt. — Wessenberg erhält einen wochenmilchen Urlaub. Maßsel brach einen Fuß auf der Hereise. — Stadion antwortet auf Schufselka's Interpellation. Es herrscht keine Militärdiktatur. Das Ministerium ist in Gesammtheit für alle Schritte verantwortlich. In Wien weete Gesetz und konstitutionelle Freiheit ausrecht erhalten. Das Standrecht habe aufgehört. Einzelne seien bei der Untersuchung. Zahlreiche Anreffen beweisen, daß der Zustand in Wien nicht für lästig erachtet wird, daß Handel und Verkehr wieder aufblühen. Die Hinrichtung Blums geschah nach dem Gesetze. Zwei Reichskommissäre sind deßhalb hieher gekommen, denen alle betreffenden Aktenstücke zur Einsicht vorgelegt werden. Die Berufung, daß Robert Blum ein Abgeordne-

der beim Parlamente in Frankfurt sei, konnte deshalb nicht maßgebend sein, da kein gültiges Gesetz darüber vorliegt; das in Frankfurt angenommene Gesetz ist der österreichischen Regierung nicht einmal offiziell zugekommen, und selbst in diesem Falle hätte es keine Gültigkeit, bis nicht die Zustimmung von Seite Oesterreichs erfolgt. Auch das hängt von der Stellung Oesterreichs zur deutschen Zentralgewalt und von der Vereinbarung derselben ab. (Letzteres wurde von der Rechten bekämpft.) — Die Geschäftsordnung wurde, ohne besonders wesentliche Debatte oder Veränderung, bis zum §. 47 angenommen. — Man glaubt nicht, daß der Reichstag in Kremsier noch lange tagen werde. Jedenfalls dürften im Laufe des Monats Ferien eintreten. — Auch heute ist es von des Kaisers Ankunft durchaus stille. — Die Börse steht Alles sehr gut an und die Fonds sind im Steigen.

Die Wiener Zeitung vom 8. bringt zahlreiche Veränderungen in der k. k. Armee. Unter den Beförderungen bemerken wir die des F.M.L. Frhn. v. Hammerstein-Gequord, kommandirenden Generals in Galizien, zum Gouverneur der Kwaderie, und die von sechs Generalmajoren zu Feldmarschall-Lieutenants, darunter Fürst Eduard Schwarzenberg; 13 Obersten wurden zu Generalmajors befördert u. s. w. — Die Wahlmänner des Hauptwahlbezirks Wieden haben in einer Adresse an den Kaiser sich entschieden gegen die zu Frankfurt gefaßten Beschlüsse in Betreff der Personalunion ausgesprochen, und in einer zweiten Adresse an ihren Abgeordneten zu Frankfurt, Obersten v. Mayern, demselben ihren Dank für sein Votum gegen jenen Beschluß der Nichterscheinung, und die Aufforderung zugehen lassen, sogleich sein Mandat niederzulegen, im Falle die deutsche Reichsversammlung bei der zweiten Lesung der betreffenden Paragraphen auf den früheren Beschlüssen beharren sollte.

Der Mährische Landtag hat am 30. dem neuen Ministerium einstimmig ein Vertrauensvotum gegeben.

Oesterreichische Monarchie.

Neuberg, 22. Nov. Das Gerücht, daß Galizien in einen ruthenischen (Lemberg mit 12 Kreisen), und in einen mosaurischen (Krakau mit 8 Kreisen) Regierungsbezirke getheilt, ferner, daß Erzherzog Albrecht — älterer Sohn des Erzherzogs Karl — als Vize-König Galiziens mit der Residenz in Lemberg daselbst gehen soll, findet sehr viel Anklang. Dazu kommt noch die Nachricht, daß der reich Erzherzog Albrecht in den Südtheilen Hallisch am Dniester (13 Meilen südöstlich von Lemberg) an derselben Stelle, wo noch die Ueberbleibsel des alten ruthenischen Fürstenschlosses stehen, ein neues im elganten Style auf eigene Kosten aufbauen und dort einst seinen Sommersitz nehmen werde. Während diese Nachricht von den Polen, die darin eine schmeichelnde Bevorzugung der ruthenischen Provinz-Regierung erblicken wollen, mit Hohn und Aerger aufgenommen wird, erfüllt sie die Bewohner der von dem maßstäblichen Dniesterfluße durchströmten höchst fruchtbaren Gegenden mit den schönsten Hoffnungen. Der für Alle Gute und Nützliche sehr empfänglische Erzherzog wird ohne Zweifel die Dampfschifffahrt auf dem Dniester eifrig in Schuß nehmen. Es ist erwiesen, daß der bei Dubiparl im Süden Rußlands in das schwarze Meer ausmündende Dniesterfluß von dem Orte Mohrakow (5 Meilen von Lemberg) auf eine Strecke von 190 deutschen Meilen, von denen 74 auf Galizien kommen, mit Dampfbooten befahren werden kann. Mit anderen Flußbarrieren wird er ohnehin schon seit Jahrhunderten befahren. Da der Dniester bei dem niederstten Wasserstande eine Tiefe von 4 — 5 Schuh, dagwischen aber einer bedeutenden Strecke auch von 6—9 Schuh, und eine Breite von 400 Klaftern hat, so wären die Hindernisse nun mit minderem Aufgang zu beseitigen. Drei Schiffsstiel des früheren Gouvernements, Grafen Franz Stadion, sind die wichtigen Vortheile der Dniesterschifffahrt nicht entgangen, er ließ zur Rezulirung dieses Flusses, der viel Serpentinen hat — noch im Spätjahre 1847 50,000 Gulden Konv.-Münze anweisen. Das Unternehmen, das unstreitbar im vergangenen Frühjahre beginnen sollte, geriet durch die politischen Ereignisse in's Stocken. Eben dieser Ereignisse halber, welche mit den in Italien aufgedrochenen Unruhen zusammenstehen, ist auch ein anderes wichtiges und doppelt einträgliches Unternehmen geschleitet, daß eine Gesellschaft zum am Dniester begründen zahlreichen Obstbaumen im Auge hatte. Es ist in dieser Gegend Ueberfluß an allen zum Schiffbau nöthigen Materialien; dazu kommt Wohlfeilheit der Lebensmittel und des Arbeitslohnes und eine große Zahl von brodlosen Ruthini-Zimmerleuten, hauptsächlich aber der Umstand, daß der Dniester im Frühjahre und Spätherbste während des großen Wasserstandes die Tiefe von 20 Schuhen erreicht. Hierauf gestützt beabsichtigten die Unternehmer in Gemeinschaft mit Kapitalisten irgend einen österreichischen Seehafen, — an einem zur Anlage von Schiffswerften am Dniester braumen Punkte mehrere 300 — 400 Zimmer Holzige Geschirre zu bauen, diese unbeladen mit Getreide und andern Produkten zu beladen, den Dniester entlang bis Oczst hinabgleiten zu lassen, dort sie zu betakeln, und sie die Fahrt nach fernen überseeischen Häfen machen zu lassen. Sicheren Vernehmen nach war es gelungen, einige Handelsleute in Triest für den Beitritt zu diesem Geschäfte zu gewinnen, welche die nöthigen Schiffszimmerleute besorgt, und mit baarem Gelde dahselbsten Etablirt. Die nahe Verbindung, in welcher der Triester Handelsstand mit Italien steht war Ursache, daß das Interessante Unternehmen unterbleiben ist. Es ist daselbe besonders der regen Aufmerksamkeit der hohen Reichsversammlung in Frankfurt zu empfehlen, welche in ihrem edlen Eifer für Hebung der deutschen Handelsstotte und Schiffsverbesserung so unermüdet ist. Es darf nur von dem zum Beginn der Dniesterschifffahrt bezeichneten Orte Mosowkow eine 9—10 Meilen lange Eisenbahn bis nach der Stadt Jaroslau am Sanflusse in Galizien — der in die Weichsel mündet — gebaut werden, so ist die große Verbindung der Ostsee mit dem schwarzen Meere zum Produktenhandel hergestellt. Bei der dünnen Bevölkerung längs dieser Strecke werden unzählige kostige den Akerbau treibende Familien aus dem übervölkerten Deutschland und Böhmen eine sehr lohnende Beschäftigung in Galizien finden, und zugleich dieser Provinz mächtige Kapitalien zufließen. Es ist bekannt, daß viele Länder Europa, namentlich Rumelien, Albanien, Griechenland, Malta, die jonischen Inseln, Dalmatien, Sizilien, Istrien, die ganze italienische Halbinsel und die Schweiz, Serbien, Kroatien und Großbritannien alljährlich große Getreideeinfuhr anzukaufen gezwungen sind. Galizien hat dazu bisher aus seinen dem Dniester zunächst gelegenen Gegenden mit einer Million österreichischer Metzen Waizen jährlich beliefert. Dieses Getreide ist noch immer auf plumpen Galeeren bis Mosaki am Dniester in Bessarabien verschifft, von da aber zu Achse bis Odessa geschafft worden. Diese kostspieligen Galeeren, welche nicht mehr benutzt gebraucht werden können, so wie die leeren Fäßer und Plachen empfiehlt in Mosaki um einen Spottpreis verkauft werden. Trog der großen Auslagen aber und der Beschwerlichkeit des Transportes haben die Spekulanten noch immer ihre Rechnung gefunden. Hieraus ist leicht zu ersehen, welch' große Vortheile eine geregelte Dampfschifffahrt den östlichen Galizien gewähren möchte. Aus diesem fruchtbaren Lande kann allerlei Getreide und Hülsenfrüchte, Hopfen, Hanf, Flachs, Mais, und Rein-Saat, Wachs, Butter, Talg, Pottasche, Steinkohlen, Sattlerwand, Schiffstaue, Theer, Pech, allerlei Tischlerholz, Bretter, Schindeln, Faßdauben ꝛc. in großer Menge in Handel gebracht werden. Möge nur die Erneunung des Erzherzogs Albrecht bald zur Wahrheit werden, möge aber auch der neue Handelsminister sich mit Männern aus dem Handelsstande umgeben, denn dem Weisheit nicht aller Orts durchzudringen weiß, wie aus den Handelsberichten hervorgeht, denen vielmehr die Kenntniß der Verhältnisse sammt sicher Prüfungen und ihrer Beobachtung zur Seite steht, die Reisen gemacht und merkantile Kenntnisse gesammelt haben, denen endlich auch das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes am Herzen liegt. (D. Z.)

Nachschrift.

Bayern. Weitere Landtagsmahlen. In Erding. Abgeordnete: Minister Graf v. Bray, Graf E. La Rosee, der ehemalige Bundestagsgesandte v. Oberkamp und geistlicher Rath und Lyzealrektor Freudenspring in Freising. — In Aschaffenburg: Dr. Müller von Damm, früherer Landtagsabgeordneter, derzeit beim Reichstag in Frankfurt, Advokat Dr. v. Wächter von Aschaffenburg (Demokrat). Buchhändler und Mitglied Deputation von Algenau, Gemeindevorsteher Kunkel von Jakobsthal. — In Schrobenhausen: Als Abgeordnete: Brauer Kapfhammer von Aichach, Pfarrer F. X. Kaefer zu Kösching, Bräuer J. Schwemer von Friedberg und Gutsbesitzer Franz v. Koch auf Rohrbach. Als Ersatzmänner: Bürgermeister J. Obrel in Hohenwarth, Bürgermeister J. B. Weindl in Rain, Oekonom A. Heringer in Augsdorf und Gastwirth Joseph Deuringer in Geisenfeld. — Wahlsieg Hof. Abgeordnete: 1) Dr. Rubner aus Kirchenlamp, 2) Fabrikant Fraas aus Oberredwitz, 3) Bürgermeister Seyfferth von Helmbrechts, Fabrikant Steinhäuser von Hof. Ersatzmänner: 1) Fabrikant Fisler von Schwarzenbach a. S. 2) Maurermeister Martin Reich von Seid, 3) rechtskundiger Bürgermeister Schrön von Naila. — Gemeinderath Gutsbesitzer Wahlsieg Rothenburg a. d. T. Abgeordneter: 1) Gastwirth und Oekonom Kramer von Uttenhoven, 2) Bürgermeister Wächter von Rothenburg, 3) Stadtgemeindevorstand Schäfer zu Feuchtwangen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 9. Dez. Oesterr. Zproz Metall. 73, 4proz. 59½, 1proz. —, 2½proz. 38⅛, Bankaktien 1202. G. 500 fl.-Loose 126 P., 250 fl.-Loose 80. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine — P. — G., Staatsschuldscheine 3½proz. 81⅜. — Bayer. 3½proz. 76. — Luxemburger Bonds. 66⅞. — Württemberg. 3½proz. 86⅜, 4proz. 93⅜. — Bad. 3½proz. 74. — Lotte-Anlehen à 50 fl. 45⅞. 35 fl.-Loose 26. — Darmstädt. 2½proz 73½, 4proz. 85½. — Lotto-Anlehen von 50 fl. 64⅞. 25 fl.-Loose 21⅝. — Kurhessl. Friese-Thal-Nordb. 42½. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½proz. 79½. 25 fl.-Loose 21½. — Frankf. Anl. 3½proz. 90⅛. 87½. — Taunusbahn 227. — Holländ. Anlage. 47½. — Span. 3proz. innere Schuld 18⅜. — Port. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 71½. — Sard. 36 fl.-Loose 24½. — Dän. —.

Paris, 6. Dez. 3proz. 43,90. 5proz. 67,20. — Sächsische Bankaktien 1450. — Braunschweiger Bankaktien 1126. — Berl. Handlg. — Compt. von Algier —. Belg. 3proz. von 1840 79, von 1842 79. 4½proz. —. 3proz. —. 2½proz. —. Belg. Bank —. Neap. 3proz. 78. — Röm. 3proz. 57. Span. 3proz. 25½. Minen —. Passive —. Piem. 925. Port. —. Sk. Germain —. Versailles (rechte) 105 —. (linke) 105 —. Orleans 645. — Rouen 360. — Havre —. — Marseille 175. — Basel 80. — Bierzon 220. — Boulogne —. — Vorderaar 365. — Nordbahn 347 50. Minoranen —. — Lyon —. — Straßburg 327 50. Rantes 311,25. Dieppe —. — Creuzot —. — Montpellier — à Cette —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung."

Sonntag, den 10. Dezember 1848.

Verfassungsurkunde für den preußischen Staat.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. thun kund und fügen zu wissen: daß Wir in Folge der eingetretenen außerordentlichen Verhältnisse, welche die beabsichtigte Vereinbarung der Verfassung unmöglich gemacht, und, entsprechend den wiederholten Forderungen des öffentlichen Wohls, in möglichster Berücksichtigung der von den gewählten Vertretern des Volks ausgegangenen umfassenden Vorarbeiten, die nachfolgende Verfassungsurkunde zu ertheilen beschlossen haben, vorbehaltlich der am Schlusse angeordneten Revision derselben im ordentlichen Wege der Gesetzgebung. Wir verordnen demnach die Verfassung für den preußischen Staat, wie folgt: **Titel I. Vom Staatsgebiet.** Art. 1. Alle Landestheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preußische Staatsgebiet. Art. 2. Die Gränzen dieses Staatsgebiets können nur durch ein Gesetz verändert werden. **Titel II. Von den Rechten der Preußen.** Art. 3. Die Verfassung und das Gesetz bestimmen, unter welchen Bedingungen die Eigenschaft eines Preußen und die Staatsbürgerlichen Rechte erworben, ausgeübt und verloren werden. Art. 4. Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. Art. 5. Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Die Bedingungen und Formen, unter welchen eine Verhaftung zulässig ist, sind durch das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 24. Sept. l. J. bestimmt. Art. 6. Die Wohnung ist unverletzlich. Das Eindringen in dieselbe und Haussuchungen sind nur in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen gestattet. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf, außer bei einer Verhaftung oder Haussuchung, nur auf Grund eines richterlichen Befehls vorgenommen werden. Art. 7. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmsgerichte und außerordentliche Kommissionen, so weit sie nicht durch diese Verfassungsurkunde für nothwendig erklärt werden, sind unstatthaft. Strafen können nur in Gemäßheit des Gesetzes angedroht oder verhängt werden. Art. 8. Das Eigenthum ist unverletzlich. Es kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohles gegen vorgängige, in denjenigen Fällen wenigstens vorläufig festzustellende, Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes entzogen oder beschränkt werden. Art. 9. Der Enteignung steht die Stempelung oder Einziehung falscher Münzen nicht gleich. Art. 10. Die Freiheit der Auswanderung ist von Staats wegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. Art. 11. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religions-Gesellschaften (Art. 26 u. 29) und der gemeinsamen öffentlichen Religions-Uebung wird gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse und der Theilnahme an irgend einer Religionsgesellschaft. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen. Art. 12. Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, so wie jede andere Religionsgesellschaft, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds. Art. 13. Der Verkehr der Religionsgesellschaften mit ihrem Oberen ist ungehindert. Die Bekanntmachung ihrer Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen. Art. 14. Ueber das Kirchenpatronat und die Bedingungen, unter welchen dasselbe aufzuheben, wird ein besonderes Gesetz ergehen. Art. 15. Das dem Staate zustehende Vorschlags-, Wahl- oder Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist aufgehoben. Art. 15. Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe wird durch Abschließung vor den dazu bestimmten Civilstandsbeamten bedingt. Die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Civilaktes stattfinden. Art. 17. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Art. 18. Der preußischen Jugend wird durch genügende öffentliche Anstalten das Recht auf allgemeine Volksbildung gewährleistet. Aeltern und Vormünder sind verpflichtet, ihren Kindern oder Pflegebefohlenen den zur allgemeinen Volksbildung erforderlichen Unterricht ertheilen zu lassen, und müssen sich in dieser Beziehung den Bestimmungen unterwerfen, welche das Unterrichtsgesetz aufstellen wird. Art. 19. Unterricht zu ertheilen und Unterrichtsanstalten zu gründen, steht Jedem frei, wenn er seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden nachgewiesen hat. Art. 20. Die öffentlichen Volksschulen, so wie alle übrigen Erziehungs- und Unterrichtsanstalten stehen unter der Aufsicht eigener, vom Staate ernannter Behörden. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener. Art. 21. Die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule und die Wahl der Lehrer, welche ihre sittliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden gegenüber zuvor nachgewiesen haben müssen, stehen der Gemeinde zu. Den religiösen Unterricht in der Volksschule besorgen und überwachen die betreffenden Religionsgesellschaften. Art. 22. Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden von den Gemeinden und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besonderen Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen. In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich ertheilt. Art. 23. Ein besonderes Gesetz regelt das gesammte Unterrichtswesen. Der Staat gewährleistet den Budtschullehrern ein bestimmtes auskömmliches Gehalt. Art. 24. Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Schrift und bildliche Darstellung seine Gedanken frei zu äußern. Die Pressfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise, namentlich weder durch Censur, noch durch Konzessionen und Sicherheitsbestellungen, weder durch Staatsaufsagen noch durch Beschränkungen der Druckereien und des Buchhandels, noch endlich durch Postverbote und unglaubhaftige Possess oder durch andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden. Art. 25. Burgehen, welche durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung begangen werden, sind nach den allgemeinen Strafgesetzen zu bestrafen. Vor der ertheilten Revision des Strafrechts wird darüber ein besonderes vorläufiges Gesetz ergehen. Bis zu diesem Erscheinen bleibt es bei den jetzt geltenden allgemeinen Strafgesetzen. Art. 26. Jeder Preuße, der seine Schrift bekannt und im Bereiche der richterlichen Gewalt des Staates, so dürfen Verleger, Drucker und Vertheiler, wenn deren Mitschuld nicht durch gerichtlichen Beschluß begründet wird, nicht verfolgt werden. Auf der Druckschrift muß der Verleger und Drucker genannt sein. Art. 27. Alle Preßvergehen sind derselben begründet wird, nicht verfolgt werden. Auf der Druckschrift muß der Verleger und Drucker genannt sein. Art. 27. Alle Preßvergehen sind gerichtlich, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubniß friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln. Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Versammlungen unter freiem Himmel, welche in allen Beziehungen der Verfügung des Gesetzes unterworfen sind. Bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes ist von Versammlungen unter freiem Himmel 24 Stunden vorher der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen, welche die Versammlung zu verbieten hat, wenn sie dieselbe für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährlich erachtet. Art. 28. Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen. Art. 29. Die Bedingungen, unter welchen Korporationsrechte ertheilt oder verweigert werden, bestimmt das Gesetz. Art. 30. Das Petitionsrecht steht allen Preußen zu. Petitionen unter einer Gesammtnamen sind nur den Behörden und Korporationen gestattet. Art. 31. Das Briefgeheimniß ist unverletzlich. Die bei Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen. Das Gesetz bezeichnet die Beamten, welche für die Verletzung des Geheimnisses der bei Post anvertrauten Briefe verantwortlich sind. Art. 32. Alle Preußen sind wehrpflichtig. Den Umfang und die Art dieser Pflicht bestimmt das Gesetz. Auf das Heer finden die in den §§. 5, 6, 27, 28 enthaltenen Bestimmungen insoweit Anwendung, als die militärischen Disziplinarvorschriften nicht entgegenstehen. Art. 33. Die bewaffnete Macht besteht: aus dem stehenden Heere, der Landwehr, der Bürgerwehr. Besondere Gesetze regeln die Art und Weise der Einstellung und die Dienstzeit. Art. 34. Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze nur auf Requisition der Civilbehörden und in den vom Gesetze bestimmten Fällen und Formen verwendet werden. Art. 35. Die Einrichtung der Bürgerwehr ist durch ein besonderes Gesetz geregelt. Art. 36. Das Heer steht im Kriege und im Dienste unter der Militärkriminalgerichtsbarkeit und unter dem Militärstrafgesetzbuch; außer dem Kriege und dem Dienste unter Bei-

behalten der Militärkriminalgerichtsbarkeit unter den allgemeinen Strafgesetzen. Die Bestimmungen über die militärische Disziplin im Kriege und Frieden, so wie die näheren Festsetzungen über den Militärgerichtsstand bleiben dem Gegenstand besonderer Gesetze. Art. 37. Das stehende Heer darf nicht berathschlagen. Ebenso wenig darf es die Landwehr, wenn sie zusammenberufen ist. Auch wenn sie nicht zusammenberufen ist, sind Versammlungen und Vereine der Landwehr zur Berathung militairischer Befehle und Anordnungen nicht gestattet. Art. 38. Die Errichtung von Lehen und die Stiftung von Familienfideikommissen ist untersagt. Die bestehenden Lehen und Familienfideikommisse sollen durch gesetzliche Anordnung in freies Eigenthum umgestaltet werden. Art. 39. Vorstehende Bestimmungen (Art. 38) finden auf die Thronlehen, das königl. Haus- und privatliche Fideikommiß, so wie auf die ausdrücklich des Staates belegenen Lehen und die ehemals reichsunmittelbaren Besitzungen und Fideikommisse, insofern letztere durch das deutsche Bundesrecht gewährleistet sind, zur Zeit keine Anwendung. Die Rechtsverhältnisse derselben sollen durch besondere Gesetze geordnet werden. Art. 40. Das Recht der freien Verfügung über das Grundeigenthum unterliegt keinen anderen Beschränkungen, als denen der allgemeinen Gesetzgebung. Die Theilbarkeit des Grundeigenthums und die Abschaffung der Grundlasten sind gewährleistet. Ausgenommen ohne Entschädigung sind: a) die Gerichtsherrlichkeit, die gutsherrliche Polizei und obrigkeitliche Gewalt, so wie die gewissen Grundstücken zugehenden Hoheitsrechte und Privilegien, wogegen die Lasten und Leistungen wegfallen, welche den bisher Berechtigten obliegen. Bis zur Einwirkung der neuen Gemeindeordnung bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen hinsichtlich der Polizeiverwaltung. b) Die auf Gesetz, Verjährung, Vertrag und der Schutzherrlichkeit, der früheren Erbunterthänigkeit, der fixierten Steuer- und Gewerbefreiung, herkommenden Verpflichtungen. Bei erblicher Uebertragung eines Grundstücks ist nur die Uebertragung des vollen Eigenthums zulässig; jedoch kann auch hier ein fester ablösbarer Zins vorbehalten werden. **Titel III.** Vom Könige. Art. 41. Die Person des Königs ist unverletzlich. Art. 42. Seine Minister sind verantwortlich. – Alle Regierungsakte des Königs bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt. Art. 43. Dem Könige allein steht die vollziehende Gewalt zu. Er ernennt und entläßt die Minister. Er besetzt die Verkündigung der Gesetze und erläßt unverzüglich die zu deren Ausführung nöthigen Verordnungen. Art. 44. Der König führt den Oberbefehl über das Heer. Art. 45. Er setzt alle Beamten an, welche zu seinen übrigen Gewalten des Staatsdienstes, insofern nicht das Gesetz ein Anderes verordnet. Art. 46. Der König hat das Recht, Krieg zu erklären, Frieden zu schließen und Verträge mit fremden Regierungen zu errichten. Handelsverträge, so wie andere Verträge, durch welche dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Kammern. Art. 47. Der König hat das Recht der Begnadigung und Strafmilderung. Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verantwortlichen Ministers kann dieses Recht nur auf Antrag derjenigen Kammer ausgeübt werden, von welcher die Anklage ausgegangen ist. Er kann bereits eingeleitete Untersuchungen nur auf Grund eines besonderen Gesetzes niederschlagen. Art. 48. Dem Könige steht die Verleihung von Orden und anderen mit Vorrechten nicht verbundenen Auszeichnungen zu. Er übt das Münzrecht nach Maßgabe des Gesetzes. Art. 49. Der König beruft die Kammern und schließt ihre Sitzungen. Er kann sie entweder beide zugleich oder nur eine auflösen. Es müssen aber in einem solchen Falle innerhalb eines Zeitraums von 40 Tagen nach der Auflösung die Wähler und innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen nach der Auflösung die Kammern zusammentreten. Art. 50. Der König kann nur die Kammern vertagen. Ohne deren Zustimmung darf diese Vertagung die Frist von 30 Tagen nicht überschreiten und während derselben Session nicht wiederholt werden. Art. 51. Die Krone ist, den königlichen Hausgesetzen gemäß, erblich in den Mannsstamme des königlichen Hauses und dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Linealfolge. Art. 52. Der König wird mit Vollendung des 18ten Lebensjahres volljährig. Seiner Minderjährigkeit wird durch ständige Kammern das erbliche Geldmaß, die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit denselben und den Gesetzen zu regieren. Art. 53. Ohne Einwilligung beider Kammern kann der König nicht zugleich Herrscher fremder Reiche sein. Art. 54. Im Fall der Minderjährigkeit des Königs vereinigen sich beide Kammern zu Einer Versammlung und ernennen die Regentschaft, die mundschaft anzuordnen, insofern nicht schon ein besonderes Gesetz für Beides Vorsorge getroffen ist. Art. 55. Ist der König in der Unmöglichkeit zu regieren, so beruft der Mächste zur Krone oder Derjenige, der nach den Hausgesetzen an dessen Stelle tritt, beide Kammern, um in Gemäßheit des Art. 54 zu handeln. Art. 56. Die Regentschaft kann nur einer Person übertragen werden. Der Regent schwört bei Antretung der Regierung schaft einen Eid, die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit denselben und den Gesetzen zu regieren. Art. 57. Dem Kronfideikommißfonde verbleibt die durch das Gesetz v. 17 Jan. 1820 auf die Einkünfte der Domänen und Forsten angewiesene

Titel IV. Von den Ministern. Art. 58. Die Minister, so wie die zu ihrer Vertretung abgeordneten Staatsbeamten, haben Zutritt zu jeder Kammer und müssen auf ihr Verlangen zu jeder Zeit gehört werden. Jede Kammer kann die Gegenwart der Minister verlangen. Die Minister haben in einer oder der anderen Kammer nur beim Stimmrecht, wenn sie Mitglieder derselben sind. Art. 59. Die Minister können durch Beschluß einer Kammer wegen des Verbrechens der Verfassungsverletzung, der Verletzung und des Verrathes, angeklagt werden. Ueber solche Anklage entscheidet der oberste Gerichtshof der Monarchie in vereinigten Senaten. So lange noch jenes ohne Gerichtshöfe bestehen, treten dieselben zu obigem Zwecke zusammen. Die näheren Bestimmungen über die Fälle der Verantwortlichkeit, über das Verfahren und das Strafmaß werden einem besonderen Gesetze vorbehalten. **Titel V.** Von den Kammern. Art. 60. Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt. Die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich. Art. 61. Dem Könige, so wie jeder Kammer, steht das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen. Vorschläge, welche durch eine der Kammern oder durch den König verworfen worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden. Art. 62. Die erste Kammer besteht aus 120 Mitgliedern. Die Mitglieder der ersten Kammer sind: a) durch die Prinzen- und Besitz- und Kreisherrenrecht ernannt. (Art. 104.) Die Prinzen-, Besitz- und Kreisherrenrecht bilden, nach näherer Bestimmung des Wahlgesetzes, die Wahlkörper und wählen die nach der Zeit heraus aus die Wahlperiode fallende Zahl der Abgeordneten. (Anm. Bei der Revision der Verfassungsurkunde bleibt es zu erwägen, ob ein Theil der Mitglieder der ersten Kammer vom Könige zu ernennen und da den Oberburgermeistern der großen Städte, so wie den Vertretern der Universitäten und Akademien der Künste und Wissenschaften, der Sitz in der Kammer einzuräumen sein möchte.) Art. 64. Die Legislaturperiode der ersten Kammer wird auf sechs Jahre festgesetzt. Art. 65. Wählbar zum Mitgliede der ersten Kammer ist jeder Preuße, der das 40ste Lebensjahr vollendet, den Besitzfähig hat und dergestalten Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits 2 Jahre lang dem preußischen Staatsverbande angehört hat. Art. 66. Die zweite Kammer besteht aus 350 Mitgliedern. Die Wahlbezirke werden nach Maßgabe der Bevölkerung festgestellt. Art. 67. Jeder selbstständige Preuße, welcher das 24ste Lebensjahr vollendet, nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält. (Anm. Bei der Revision der Verfassungsurkunde bleibt es zu erwägen, ob nicht ein anderer Wahlmodus, namentlich der der Eintheilung nach bestimmten Klassen für Stadt und Land, wobei sämmtliche wahlberechtigte Urwähler mitwählen, vorzuziehen sein möchte.) Art. 68. Die Urwähler wählen in getrennten Wahlgängen je nach 250 Seelen ihrer Bevölkerung einen Wahlmann. Art. 69. Die abgeordneten werden durch die Wahlmänner erwählt. Die Wahlbezirke sollen so eingerichtet werden, daß mindestens zwei Abgeordnete von einem Wahlkörper gewählt werden. Art. 70. Die Legislaturperiode der zweiten Kammer wird auf drei Jahre festgesetzt. Art. 71. Zum Abgeordneten der zweiten Kammer ist jeder Preuße wählbar, der das 25ste Lebensjahr vollendet, den Besitzfähig der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits ein Jahr lang dem preußischen Staatsverbande angehört hat. Art. 72. Die Kammern werden nach Ablauf ihrer Legislaturperiode neu gewählt. Ein Gleiches geschieht im Falle der Auflösung. In beiden Fällen sind die bisherigen Mitglieder neuen wählbar. Art. 73. Das Mandat der Abgeordneten der Wahlen zu beiden Kammern bestimmt das Wahlausführungsgesetz. Art. 74. Stellvertreter für die Mitglieder der beiden Kammern werden nicht gewählt. Art. 75. Die Kammern werden durch den König regelmäßig im Monat November jeden Jahres auf ausberufen, so oft es die Umstände erfordern, einberufen. Art. 76. Die Eröffnung und Schließung der Kammern geschieht durch den König in Person oder durch einen von ihm beauftragten Minister in einer Sitzung der vereinigten Kammern. Beide Kammern werden gleichzeitig berufen, eröffnet, vertagt und geschlossen. Wird eine Kammer aufgelöst, so wird die andere gleichzeitig vertagt. Art. 77. Jede Kammer prüft die Legitimation ihrer Mitglieder und entscheidet darüber. Sie regelt ihren Geschäftsgang durch eine Geschäftsordnung und ernennt ihren Präsidenten, Vizepräsidenten und Schriftführer. Beamte dürfen seines Urlaubs zum Eintritt in die Kammer. Durch die Annahme eines besoldeten Staatsamtes oder einer Beförderung im Staatsdienste verliert jedes Mitglied einer Kammer Sitz und Stimme in derselben und kann seine Stelle nur durch eine neue Wahl wieder erlangen. Niemand kann Mitglied beider Kammern sein. Art. 78. Die Sitzungen beider Kammern sind öffentlich. Auf Verlangen der Regierung oder von fünf Präsidenten oder von 10 Mitgliedern zu einer geheimen Sitzung zusammen, in welcher dann zunächst über diesen Antrag zu beschließen ist. Art. 79. Keine der beiden Kammern kann einen Beschluß fassen, wenn nicht die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist. Jede Kammer faßt ihre Beschlüsse nach absoluter Stimmenmehrheit, vorbehaltlich der durch die Geschäftsordnung für Wahlen etwa zu bestimmenden Ausnahmen. Art. 80. Jede Kammer hat für sich das Recht, Adressen an den König zu richten. Niemand darf den Kammern oder einer derselben in Person eine Bittschrift oder Adresse überreichen. Jede Kammer kann die an sie gerichteten Schriften an die Minister überweisen und von denselben Auskunft über eingelaufene Beschwerden verlangen. Art. 81. Eine jede Kammer hat die Befugniß, behufs ihrer Information Kommissionen zur Untersuchung von Thatsachen zu ernennen. Art. 82. Die Mitglieder beider Kammern sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie stimmen nach ihrer freien Ueberzeugung und sind an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden. Art. 83. Sie können weder für ihre Abstimmungen in der Kammer, noch für ihre dem ungeachtet geschehenen Meinungen zur Rechenschaft gezogen werden. Kein Mitglied einer Kammer kann ohne deren Genehmigung während der Sitzungs-

periode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder binnen der nächsten 24 Stunden nach derselben ergriffen wird. Solche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden nothwendig. Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Kammern und eine jede Untersuchungs- oder Zivilhaft wird für die Dauer der Sitzung aufgehoben, wenn die betreffende Kammer es verlangt. Art. 84. Die Mitglieder der ersten Kammer erhalten weder Reisekosten, noch Diäten. Die Mitglieder der zweiten Kammer erhalten aus der Staatskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Ein Gesetz bestimmt das Nähere.

Titel VII. Von der richterlichen Gewalt. Art 85. Die richterliche Gewalt wird im Namen des Königs durch unabhängige, keiner anderen Autorität als der des Gesetzes unterworfene Gerichte ausgeübt. Die Urtheile werden im Namen des Königs ausgefertigt und vollstreckt. Art. 86. Die Richter werden vom Könige oder in dessen Namen auf ihre Lebenszeit ernannt. Sie können nur durch Rechtsspruch und Gründen, welche die Gesetze vorgesehen und bestimmt haben, ihres Amtes entsetzt, zeitweise entheben oder unfreiwillig an eine andere Stelle versetzt und nur aus den Ursachen und unter den Formen, welche im Gesetze angegeben sind, pensionirt werden. Auf die Bestrafungen, welche durch Veränderungen in der Organisation der Gerichte oder ihrer Bezirke nöthig werden, findet diese Bestimmung keine Anwendung. Art. 87. Den Richtern dürfen andere besoldete Staatsämter nicht übertragen werden. Ausnahmen sind nur Grund eines Gesetzes zulässig. Art. 88. Die Organisation der Gerichte wird durch das Gesetz bestimmt. Art. 89. Zu einem Richteramte darf nur der berufen werden, welcher sich zu demselben nach Vorschrift der Gesetze befähigt hat. Art. 90. Gerichte für besondere Klassen von Angehörigen, insbesondere Handels- und Gewerbegerichte, sollen im Wege der Gesetzgebung an den Orten errichtet werden, wo das Bedürfniß solche erfordert. Die Organisation und Zuständigkeit der Handels-, Gewerbe- und Militärgerichte, das Verfahren bei denselben, die Ernennung ihrer Mitglieder, die besonderen Verhältnisse der Letzteren und die Dauer ihres Amtes werden durch das Gesetz festgestellt. Art. 91. Die auch besonders bestellten obersten Gerichtshöfe sollen zu einem einzigen vereinigt werden. Art. 92. Die Verhandlungen vor dem erkennenden Gerichte in Zivil- und Strafsachen sollen öffentlich sein. Die Oeffentlichkeit jedoch darf ausschließlich zu verkündendes Urtheil ausgeschlossen werden, wenn sie der Ordnung oder den guten Sitten Gefahr droht. Auch in Zivilsachen kann die Oeffentlichkeit durch Gesetz beschränkt werden. Bei den mit Schwurgerichten bedrohten Verbrechen, bei allen politischen Verbrechen und bei Preßvergehen entscheidet die Entscheidung über die Schuld des Angeklagten durch Geschworene. Die Bildung des Geschworenen-Gerichts wird durch ein Gesetz geregelt. Art. 94. Die Komperenz der Gerichte und Verwaltungsbehörden wird durch das Gesetz bestimmt. Ueber Kompetenzkonflikte zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden entscheidet ein durch das Gesetz bezeichnetes Gerichtshof. Art. 95. Es ist keine vorgängige Genehmigung der Behörde nöthig, um öffentliche Zivil- und Militärdiener wegen der durch Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse verübten Rechtsverletzungen gerichtlich zu belangen. **Titel VIII.** Von den Staatsbeamten. Art. 96. Die Rechtsverhältnisse der nicht zum Richterstande gehörigen Staatsbeamten, einschließlich der Staatsanwälte, sollen durch ein Gesetz geregelt werden, welches, ohne die Regierung in der Wahl der auszuführenden Organe zweckwidrig zu beschränken, den Staatsbeamten gegen willkürliche Entlassung von Amt und Einkommen angemessenen Schutz gewährt. Art. 97. Auf die Ansprüche der von Verletzung ihrer Amtspflichten wegen mündig angestellten Staatsbeamten soll im Staatsdiener-Gesetz besondere Rücksicht genommen werden.

Titel VIII. Von der Finanzverwaltung. Art. 98. Alle Einnahmen und Ausgaben des Staats müssen für jedes Jahr im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts Etat gebracht werden. Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt. Art. 99. Steuern und Abgaben für die Staatskasse dürfen nur, so weit sie in den Staatshaushalts-Etat aufgenommen oder durch besondere Gesetze angeordnet sind, erhoben werden. Art. 100. In Betreff der Steuern können Verordnungen nicht eingeführt werden. Die bestehende Steuergesetzgebung wird einer Revision unterworfen und dabei jede Bevorzugung abgeschafft. Art. 101. Gebühren können Staats- oder Kommunalbeamte nur auf Grund des Gesetzes erheben. Art. 102. Die Aufnahme von Anleihen für die Staatskasse findet nur auf Grund eines Gesetzes statt. Dasselbe gilt von der Uebernahme von Garantien zu Lasten des Staats. Art. 103. Zu Etats-Ueberschreitungen ist die nachträgliche Genehmigung der Kammern erforderlich. Die Rechnungen über den Staatshaushalt werden von der Ober-Rechnungskammer geprüft und festgestellt. Die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt jeden Jahres, einschließlich einer Uebersicht der Staatsschulden, wird von der Ober-Rechnungskammer zur Entlastung der Staatsregierung den Kammern vorgelegt. Ein besonderes Gesetz wird die Einrichtung und die Befugnisse der Ober-Rechnungskammer bestimmen.

Titel IX. Von den Gemeinden, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Verbänden. Art. 104. Das Gebiet des preuß. Staats zerfällt in Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden, deren Vertretung und Verwaltung durch besondere Gesetze und Festhaltung folgender Grundsätze näher bestimmt wird. 1) Ueber die inneren und besonderen Angelegenheiten der Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden beschließen aus gewählten Vertretern bestehende Versammlungen, deren Beschlüsse durch die Vorsteher der Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden ausgeführt werden. Das Gesetz wird die Fälle bestimmen, in welchen die Beschlüsse der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Vertretung der Genehmigung einer höheren Vertretung oder der Staatsregierung unterworfen sind. 2) Die Vorsteher der Provinzen, Bezirke und Kreise werden von der Staatsregierung ernannt, die der Gemeinden von den Gemeindevertretungen gewählt. Die Organisation der Exekutivgewalt des Staates wird hierdurch nicht berührt. 3) Den Gemeinden und größeren Kreisen ist selbstständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten zu, mit Einschluß der Ortspolizei. Den Zeitpunkt und die Bedingungen des Uebergangs der Polizeiverwaltung an die Gemeinden wird das Gesetz bestimmen. Die polizeilichen Funktionen in Städten von mehr als 50,000 Einwohnern auf Staatsorgane übertragen werden. 4) Die Verwaltungen der Provinzial-, Bezirks-, Kreis- u. Gemeindevertretungen sind in der Regel öffentlich. Die Ausnahmen bestimmt das Gesetz. Ueber die Einnahmen und Ausgaben muß jährlich vorgelegt ein Bericht veröffentlicht werden. **Allgemeine Bestimmungen.** Art. 105. Gesetze und Verordnungen sind nur verbindlich, wenn sie zuvor in der vom Gesetze vorgeschriebenen Form bekannt gemacht worden sind. Wenn die Kammern nicht versammelt sind, können in dringenden Fällen, wenn Verzögerungsgefahr bei gemeinen Staatsunwillständen, Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen werden, dieselben sind aber in den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen. Art. 106. Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung abgeändert werden, wobei in jeder Kammer die gesetzliche absolute Stimmenmehrheit nöthig ist. Art. 107. Die Mitglieder der beiden Kammern und alle Staatsdiener haben dem Könige und der Verfassung Treue und Gehorsam zu schwören. Art. 108. Die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben, und alle Bestimmungen der bestehenden Gesetzbücher, einzelnen Gesetze und Verordnungen, welche der gegenwärtigen Verfassung nicht zuwiderlaufen, bleiben in Kraft, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden. Art. 109. Alle durch die bisherigen Gesetze angewiesenen Behörden bleiben bis zur Ausführung der sie betreffenden organischen Gesetze in Thätigkeit. Art. 110. Für den Fall eines Krieges oder Aufruhrs können die Artikel 5, 6, 7, 24, 25, 26, 27 und 28 der Verfassungsurkunde zeit- und distriktsweise außer Kraft gesetzt werden. Die näheren Bestimmungen darüber bleiben einem besonderen Gesetze vorbehalten. Bis dahin verbleibt es bei den in dieser Beziehung bestehenden Verfassungsgesetzen. **Uebergangsbestimmungen.** Art. 111. Sollten durch die für Deutschland festzustellende Verfassung Abänderungen des gegenwärtigen Verfassungs-Gesetzes nöthig werden, so wird der König dieselben anordnen und diese Anordnungen den Kammern bei ihrer nächsten Versammlung mittheilen. Die Kammern werden dann Beschluß darüber fassen, ob die vorläufig angeordneten Abänderungen mit der deutschen Verfassung in Uebereinstimmung stehen. Art. 112. Die gegenwärtige Verfassung soll sofort nach dem ersten Zusammentritt der Kammern einer Revision auf dem Wege der Gesetzgebung (Art. 60 und 106) unterworfen werden. Das im Artikel 52 erwähnte einfache Gelöbniß des Königs, so wie die vorgeschriebene Beeidung der beiden Kammern und aller Staatsbeamten, erfolgen sogleich nach vollendeter Revision (Art. 107.) Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichem Insiegel. Gegeben Potsdam, den 5. Dezember 1848. **Friedrich Wilhelm.** Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Manteuffel. zu Stolpe. Rintelen. von der Heydt.

Thüringen.

Weimar, 1 Dez. Weiter eingelaufene Nachrichten aus Erfurt lauten schauerlich. Wieltich hat der aufgeregte Volkshaufe sammt Bürgerwehr zuerst angegriffen. Die Kuirassiere hatten, als sie zur Säuberung der Straße vorrückten, nicht einmal den Pallasch gezogen; sie wurden plötzlich ohne die mindeste Veranlassung von ihrer Seite eingeln vom Pferde gerissen und im Nacken und in den Nacken mit Schüssen begrüßt. Sie gerieten in Verwirrung und mußten sich zurückziehen. Einem halbwüchsigen Reiter wurden beide Hände abgehackt. Der Aufstand war planmäßig vorbereitet. Der Stadtsecretär Nie. Lassen, der sich mit unter den Gefangenen befindet, übrigens durch Kolbenstöße und Schläge, die er von den Soldaten empfing, übel zugerichtet, ja in Lebensgefahr ist, hatte Befehl gemacht, angeblich zur Entlastung von Barrikadenarbeiten, und daher gerade Sonntag angekauft, welche am Morgen des 24. unter die zuverlässigen Gemeinden, Leute aus der Hefe des Volks, vertheilt wurden. Man wollte die Bevölkerung „quarieren", d. h. alle „Reaktionäre" aufhängen, und hatte zu diesem Ende schon ein Lokal und Stricke in Bereitschaft, ja die Nägel zu Hebeweise eingeschlagen. Zur Plünderung, die eine nothwendige Zugabe schien, hatten die sieben-neunjährigen Demokratinnen Säcke in Bereitschaft. Ueberhaupt zeichnete sich das schöne Geschlecht durch Heyen und Schimpfen bei dem Aufruhr aus; viele schwangen auch Beile oder Sensen in der nervigen Faust. Besonders betheiligt sollen die Juden sein, deren in Er-

fast viele wohnen und sich zum Theil auf die elendeste Weise von Schacher, Trödel und ähnlichen Gewerbszweigen nähren. Man hatte stark auf die Sympathien des längst planmäßig, aber vergeblich bearbeiteten Pitiers gerechnet. Nur ein einziger Soldat trat zum Volk über und soll vorgestern erschossen worden sein. Man hatte gehofft, den Petersberg zu überrumpeln und die Stadt, eine Festung zweiten Rangs, in die Gewalt zu bekommen. Sie sollte als Operationsbasis und Centralpunkt für den auderweit vorbereiteten Aufstand dienen, durch welchen man das Signal geben wollte für die Erstürmungsverwandten in andern Theilen der Monarchie. Mit Stockmann standen die Erfurter in nächster Beziehung. Verlesch und Strauße sind entkommen, ersterer, indem er über die Mauer in den Wallgraben sprang und denselben durchwatete. Lord dagegen, seines Zeichens ebenfalls Buchhändler und Israelit, ist gefangen; mit ihm etwa 150 der Meistgravirten. Die Landwehr, welche sich bei dem ganzen Vorfall passiv verhalten hatte, ist eingekleidet und am 29 nach Merseburg abgegangen. (L. A.)

Asien.

Die Ueberlandpost hat Nachrichten aus Bombay bis zum 2. Nov. mitgebracht. Die Armee von 8000 Mann, welche für den Dienst jenseits der Gränze zu Moree unter General Auchmuty versammelt wurde, sollte am 15. Nov. vorschreiten worden und sich, falls man ihrer für Moultan benöthigt wäre, auf dem Indus nach Bahawalpore begeben, so daß sie am 1. Dez. ihre Bestimmung erreichen könnte. Man erwartete aber, daß Moultan bis dahin erobert sein werde, in welchem Falle man wahrscheinlich einen Theil von Auchmuty's Heere in unsern Pendschab verwenden wird. Die oberste Regierung hat befohlen, daß am Sutlej, die Streitkräfte vor Moultan, zu Feruzepore und an der Gränze eingerechnet, ein Heer von 30,000 Mann versammelt werden soll, dessen Commando der Oberbefehlshaber übernehmen wird; die 8 bis 10,000 Mann zu Lahore bilden auch ferner ein Heer für sich. Die 7000 Mann vor Moultan standen am 2. Okt. noch ruhig in ihrem verschanzten Lager, zwei Stunden vor der Stadt. Der von den Briten abgesallene Sheer Singh hatte dieselbe wegen Hebers mit dem Moulraj am 9. verlassen und war am 12. zu Sirdarpur angelangt, wo er sich verschanzen und den brittischen Angriff abwarten wollte. Der Moulraj soll an Sir F. Currie zu Lahore geschrieben haben, daß er bisher nach den Weisungen des Durbar verfahren hätte und sich zu ergeben bereit sei, wenn ihm sein Leben gesichert werde. — Zu Peschawar waren die Truppen treu und eifrig mit Bekämpfung der Räuberhaufzüge beschäftigt, welche das Land nach allen Richtungen durchzogen.

Haiti.

Nach Berichten aus Pojit-à-Pitre vom 27. Okt. hatte der neue Gouverneur von Guadeloupe, Obrik Fieron, sein Amt angetreten, und man hoffte daß er Ordnung und Arbeit herstellen werde. Zwar hatte die Arbeit auf den Pflanzungen nicht ganz aufgehört, aber sich doch bei dem natürlichen Hang der Neger zur Trägheit so vermindert, daß aus den französischen Antillen 20,000 Tonnen Zucker weniger ausgeführt wurden als in den sechs ersten Monaten des vorigen Jahrs, d. i. die Hälfte der gewöhnlichen Produktion. Schon war auch der Wunsch laut geworden, die Regierung möchte die Auswanderung der französischen Arbeiter nach Westindien lenken, da man daß Beispiel an Portorico habe, daß Weiße sich akklimatisiren können, was allerdings, bei besonders günstig zutreffenden Umständen, vielleicht für die Nachkommen möglich ist, nachdem einige Generationen zu Grunde gegangen sind. Als dringendes Bedürfniß endlich, wenn die Kolonien nicht einem sichern Verderben überlassen werden sollen, wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Nationalversammlung sich beeile über die Entschädigung zukommen zu lassen, und zwar in nicht mehr als höchstens fünf Zahlungsfristen vertheilt.

J. B. Bozi, amerikanischer Rebellen.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 143.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Vierteljährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Dienstag den 12. Dezember 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 4. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Beilagen werden beigelegt.

München, 10. Dezember.

Se. Maj. der König haben Sich allergnädigst bewogen gefunden, den bisherigen Landwehrmajor Joseph Leichlein im Landwehrregiment München, seinem diesfalls gestellten Ansuchen entsprechend, der Landwehrmajorsstelle zu entheben, und unterm 5. d. Mts. den bisherigen Obersten und Kommandanten der Landwehrbrigade Morizen Grafen v. Bieregg zum Generalmajor der Landwehr zu befördern.

Se. Maj. der König haben unterm 6. Dez. den Landrichter Johann Nepom Streng zu Gemünden auf den Grund seiner nachgewiesenen Funktionsunfähigkeit nach § 22 lit. h der IX. Verfassungsbeilage in den nachgesuchten Ruhestand treten zu lassen geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

(132te Sitzung vom 9. Dezember.) Tagesordnung: 1) Ergänzungswahl dreier Mitglieder in den volkswirthschaftlichen Ausschuß; 2) Berathung über die Namens des Ausschusses zu Begutachtung der wider Mitglieder der Reichsversammlung beantragten strafrechtlichen Untersuchungen, erstatteten Berichte, und zwar: a) über die beantragte Untersuchung gegen die Herausgeber der Reichstagszeitung; die Abgeordneten Blum und Günther, wegen Preßvergehen, — erstattet vom Abgeordneten Zacharia aus Göttingen, b) über die vom Polizeigerichte der freien Stadt Frankfurt beantragte Zustimmung zu einer auf Klage des Abgeordneten Minkus wider den Abgeordneten Jürgens, als Herausgeber der Flugblätter, wegen Verläumdung eingeleiteten Untersuchung — erstattet von demselben, c) über die vom Inquisitoriate zu Görlitzberg beantragte Verschwiegung zur Fortsetzung der Untersuchung gegen den Abgeordneten Leupolen, — erstattet vom Abgeordneten Gombart, d) über den Antrag der Abgeordneten Jucho und Venedey, betreffend: Beiziehung von der Zeugenschaft über Vorfälle in den Parteiversammlungen rc., in Bezug auf politische Verhaftungen; 3) Berathung über den vom Abgeordneten Esmarch, Namens des Zentral-Legitimationsausschusses, erstatteten Bericht, die Ausschließung des Abgeordneten Löw aus Posen, so wie der Abgeordneten Caspers, Heister, Küngel und v. Platen aus der Reichsversammlung betreffend; 4) Antrag des Abgeordneten Kübel aus Hanau auf neue Wahlen zur ausfallsangehenden Reichsversammlung; 5) Berathung über den vom Abgeordneten Stahl, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Bericht, über die in der Sitzung vom 23. September gemachte Vorlage des Reichshandelsministers. Vorsitzender: Heinrich v. Gagern. Als in den Marine-Ausschuß gewählt werden die Herren Groß aus Eger, Merck aus Hamburg und Nadow aus Stettin verkündet. Rieß aus Darmstadt berichtet im Namen des Finanzausschusses über mehrere Nachgebensätze für den Monatsaufwand der Nationalversammlung, der Reichsministerien u. s. w. Wird gedruckt. Schulz aus Posen desgleichen über eine Reihe von Petitionen, welche die Wehrverfassung betreffen. Ebenso berichtet Martens aus Danzig für den Wehrausschuß über den Antrag Mohr's wegen der nichtgroßherzogl. hessischen Truppen am linken Rheinufer bei Mainz. Das Erachten des Ausschusses lautet auf Uebergang zur Tagesordnung über den Mohr'schen Antrag. Sprengel zeigt an, daß der Untersuchungsausschuß der Reichsversammlung anrath, in die wider den Abgeordneten Würth aus Sigmaringen beantragte Untersuchung zu willigen. Naumerck interpellirt wegen der Stellung der Zentralgewalt zur italienischen Friedenstrage, in Bezug auf welche er vom Ministerium des Aeußern genauere Auskunft verlangt. Die ministeriellen Antworten, die heute erfolgt werden, sind folgende: v. Schmerling: Die Herren Rheinwald, Fehrenbach, Peter und Pfahler haben an das Reichsministerium die Frage gerichtet: „Ob dasselbe wegen der obschwebenden Zerwürfnisse mit der Schweiz die Maßregel des Fruchtausfuhrverbotes gegen die schweizerische Eidgenossenschaft in Anwendung zu bringen beabsichtige." Auf diese Frage habe ich mich nur auf beziehungsweise zu beziehen, was ich bereits am 17. Novbr. zu erklären habe, daß nämlich das Reichsministerium — und wie ich glaube, wird man hierin demselben beistimmen. — durchaus nicht in der Lage ist, die Maßregeln, die es gegen die Schweiz beantragt hat, schon jetzt näher zu bezeichnen. Nur bemerke ich, daß das Reichsministerium bei der Wahl der Maßregeln gar wohl berücksichtigt hat, daß dadurch deutsche Staatsbürger nicht benachtheiligt werden. Die Interpellationen des Abgeordneten Herrn Wiesner gehen im Wesentlichen dahin, ob das Ministerium einen Vermittelungsweg in dem obwaltenden Bürgerkriege zwischen Oesterreich und Ungarn einzuschlagen gedenke? Herr Wiesner hat interpellirt namentlich dahin, was das Reichsministerium zum Schutze der durch diesen Bürgerkrieg gefährdeten deutschen Interessen vorzukehren gedenke? Von Herrn Wiesner wird insonders sehr lebendig darauf hingewiesen, wie das Reichsparlament seine Sympathie für die ungarische Nation an den Tag gelegt und deßhalb verpflichtet sei, sich für dieses hochherzige Volk zu verwenden. „Meine Herren, die Sympathien dieses Hauses und aller Deutschen für das magyarische Volk sind unbestreitbar und das Ministerium theilt sie. Allein darauf glauben wir grad noch nicht zu folgern, daß wir sehr lebendige Sympathien auch für die gegenwärtige ungarische Regierung empfinden. Da nun ferner weder von dieser, noch weniger aber von der österreichischen Regierung die Vermittlung des Ministeriums angerufen worden, so können wir uns wohl kaum berufen fühlen, eine solche Vermittlung anzubieten. Was den Schutz der deutschen Interessen betrifft, die durch diesen Bürgerkrieg offenbar und nicht wenig gefährdet sind, so bedauern wir, bei der großen Entfernung, wie begreiflich, direkt hülfe nicht weiten zu können. Wir hoffen indeß von den Operationen des österreichischen Heeres, daß jene Nachtheile, welche durch Einfälle ungarischer Schaaren auf das deutsche Gebiet entstehen, bald beseitigt sein dürften. (Bewegung der Heiterkeit.) Der Abgeordnete Wiesner hat noch eine Interpellation gestellt, nämlich: ob das Reichsministerium das Verfahren des Steiermärkischen Landtags nachgebilligt habe, welcher bereits gegen die Maßregeln des Fürsten Windischgrätz Protest eingelegt habe, und ob es die von Windischgrätz so wiederrechtlich bedrohten Provinzen von Nieder- und Oberösterreich durch einen reichsministeriellen Protest gegen die tyrannische Willkür in Schutz genommen habe? Das Ministerium hat einen solchen Protest nicht eingelegt, denn dieser würde den Vorwurf der Phrase mit Recht verdient haben. Eine zweite Frage ist dahin gerichtet, welche Maßregeln das Reichsministerium ergriffen habe, um zwei wiederrechtlich verhaftete Bürger von Gratz, die nach Wien abgeschickt worden, aus den Händen der Militärgewalt zu befreien? Das Reichsministerium hat in dieser Angelegenheit keine Maßregeln ergriffen. Ich glaube, daß das auch ganz zweckmäßig war, nachdem ich von Männern aus Steiermark bei der neuesten Zeit die Erklärung erhalten hatte, daß jene Bürgerlebenswesen vor ein tyrannisches Kriegsgericht gestellt, sondern nur, um alle Zeugen in Wien vernommen zu werden, dahin eingeladen worden sind." (Heiterkeit in der Versammlung.) Rheinwald behält sich vor, in Bezieḥung auf ein etwaiges Ausbudverbot gegen die Schweiz den geeigneten Antrag zu stellen. Wiesner will diesen Antrag selber seinen Antrag ebenfalls auf die nächste günstige Gelegenheit." Camille Wagner und mehr als zwanzig Genossen stellen einen Antrag — dessen Dringlichkeit jedoch abgelehnt wird und der deßhalb an den österreichischen Ausschuß verwiesen wird — auf Errichtung eines Zollverbandes und eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Oesterreich und Deutschland. Wesendonk: Der Niedermann-Sächsische Ausschuß erschließt die Anzeige über die preußischen Verhältnisse, er ist meinen Erkundigungen zufolge gestern nicht einmal zusammengetreten, um die ihm übermiesenen Gegenstände auch nur in Berathung zu ziehen. Ich beantrage, daß er zur Beschleunigung aufgefordert und ihm aufgegeben werde, nächsten Montag Bericht zu erstatten. von Saucken erklärt im Namen des angeschuldigten Ausschusses, daß derselbe, was den früheren Wesendonk-Gröbertschen Antrag betreffe, zurbestimmte Ermittlungen von den Reichskommissären in Berlin eingefordert habe. In Bezug auf den jüngsten Wesendonckschen Antrag, so sei der Ausschuß der Meinung, das abzuwarten, wie das preußische Volk selbst die neuesten Regierungsmaßregeln aufnehme. Hierauf wird zur Tagesordnung geschritten, und es erfolgt die Einkammlung der Wahlzettel zur Ergänzung des volkswirthschaftlichen Ausschusses. Die Berathung über die Berichte des Untersuchungsausschusses wird mit dem Vorlesen eines Antrages von Vogt aus Gießen eröffnet, für welchen der Antragsteller darauf selbst das Wort ergreift. Die Nationalversammlung, wünscht er, solle Preßvergehen nicht so tödlich, sondern lieber mit Geringschätzung behandeln. Daher er die Nichtgenehmigung der Untersuchung und Uebergang zur Tagesordnung über den Mündel-Jucho-Venedey-Antrag. Langerfeldt bekämpft, daß aus Darmstadt unterstützte den Antrag von Vogt. v. Beckerath: Eben der höhere politische Standpunkt, den und Herr Vogt einzunehmen rath, enthält die strengste Aufforderung dazu, die Untersuchung weder zu unterbrechen, noch zu vereiteln. Denn vor Allem haben wir den sittlichen Verwüstungen der Nation entgegenzutreten. Das Volk hat Preßfreiheit verlangt und sieht jetzt diese Preßfreiheit zu den schändlichsten Verleumdungen — und von Mitgliedern der Reichsversammlung selbst — mißbraucht. Ich glaube nicht, daß das Privilegium der Mitglieder dieses Hauses in der Aufbrennung zu verstehen ist, daß sie sich einer Untersuchung wegen solcher Anklagen nicht zu

unterwerfen haben sollten. Wenn Herr Vogt ferner behauptet hat, daß ihre Thätigkeit an den Geschäften der Versammlung dadurch beschränkt würde, daß sie für ihre Vertheidigung zu sorgen hätten, so ist dies allerdings gegründet. Wenn wir aber hier, mit welcher Leichtigkeit die amtgeschuldigten Mitglieder sowohl in öffentlichen Blättern die umfassendsten Manifestationen zu Tage bringen, zu fürsten wir auch nicht zweifeln, daß sie dieselbe Thätigkeit für die Geschäfte des Hauses an den Tag legen werden. Von dem höheren politischen Standpunkte aus verlange ich, daß die Verfammlung ihren Verrichtungen gegen der Nation nachkommen." Nachdem auch Scharre auf Striebig, der Abgeordnete Frankenstein und Schiffer v. Mohl sich an der Debatte betheiligt — letzterer nur kurz um um die formellen Einwände aus der Nationalversammlung und an den Minister zu verweisen — erhält der Berichterstatter Zacharia das Wort. Bei der Abstimmung wird der Ausschußantrag: "Die hohe Nationalversammlung wolle beschließen: daß sie zu der vom Appellationsgerichte der freien Stadt Frankfurt wider den Abgeordneten Dr. Gustav zu Pütter aus der deutschen Reichstagszeitung, wegen der in den Nummern 104 u. 106 dieser Zeitung enthaltenen Beleidigungen verfügten strafrechtlichen Untersuchung und beziehungsweise zur Fortsetzung dieser Untersuchung durch die competente Behörde ihre Zustimmung ertheile" mit großer Mehrheit angenommen, der Zusatz v. Wydenbrugk aber abgelehnt, daß die Ermächtigung zur Untersuchung nur unter der Voraussetzung ertheilt sein solle, daß die Angeschuldigten selbst die Untersuchung verlangten. — Ehe zur Besprechung des zweiten Falles übergegangen wird, erklärt der Redakteur der Flugblätter Jürgens, daß er selbst auf der vom Abgeordneten Minkus wieder ihn beantragten Untersuchung im Interesse des Rechts beharre (Beifall). Das Ausschußgutachten lautet auf die Frage, ob die Versammlung in die Untersuchung wider Köstlin, das Wort erhält zuerst Schoder aus Stuttgart, dann Möstler von Oels: Der Prozeß des Herrn Minkus gegen Herrn Jürgens ist keine Privatstreitigkeit. Er ist vielmehr eine Anklage wider die grenzenlosen Verleumdungen, denen wir, die linke Seite des Hauses, seit dem unglücklichen 18. September ausgesetzt sind. Möstler klebe einer Seite auch einem Mitgliede Lokalblatte vor, Herrne eine Seite auch dem Bauernkaiser Reichsblatte, in denen die ganze Partei der Vorbereitung zum Aufruhr und des Mords öffentlich beziehigt wird. Gegen einzelne Mitglieder der Partei seien die Angriffe nicht minder hart gewesen. Beweis sei ein Artikel in der Oberpostamtszeitung gegen den Abgeordneten Minkus. Nach solchen Schmähungen hätte man wahrlich keine Ursache gehabt, mit den erbitterten Feindseligen der linken Partei so streng in's Gericht zu gehen. Waffermann in Mannheim habe Beleidigungen ausgesprochen, muß man gewohnt werden, sie liegen in der Natur der Zeit und wir wollen und darüber keine Vorwürfe machen. Allein ich frage, ist den Druckern, den Redakteuren der Partei, die Sie (zur Linken) vertreten, persönliche Gewalt angethan, sind sie terrorisirt und gezwungen worden, wir es Conservativen Blättern geschehen! Und sind Aufforderungen zu Blutiger Rache nicht etwas Neues und unerhörtes, als solche gefolgt wie allein in den Schuß, und wenn man mit einer solchen Behauptung den eigentlichen Mördern die Schuld vom Gewissen nehmen will. Und doch könnte man das vielleicht vergessen, könnte es auf Rechnung des Augenblicks legen; allein, meine Herren, zu unserm Erstaunen lasen wir bald nachher, nein, noch vor Kurzem, neue Aufreizungen von solcher Art, daß man sie mit gewöhnlichen falschen Nachrichten gewiß nicht verwechseln kann. Wir lasen da — es war zu Ende des Blum'schen Rede — Verführung über dieser Seite wäre Verrath. Wie kann man im Sinne des deutschen Volkes sprechen wollen, wenn man seinen Tod der Mehrheit dieser Versammlung aufbürden will und ausrufe: Sein Blut komme über ihre Häupter! Ist das etwa blos eine falsche Nachricht? (Unruhe!) Und dann wenn es heißt: „Das Schurnen solle verstummen auf der linken Seite des Hauses!" — soll man dann gleichgültig sein? Aber nicht blos lasen wir solches nach dem Tode Blum's, nein noch vor 2 Tagen lasen wir in demselben Blatte, welches von einem Mitgliede dieses Hauses redigirt wird, einen Artikel worin aufgefordert wird, über dem Grabe von Blum Heldenmuth hinzurichten und worin dem ganzen Zusammenhange nach auf und hingewiesen wird. Nehmen Sie sich mit zu Herzen, Sie Beobachter, welche hier aufgesprochen werden, ferner mit den Angeichen, welche Sie in Frankfurt kennen gelernt haben, zu frage ich, ob man nicht die höhere Pflicht hat, wenn man doch einmal von einem höheren politischen Standpunkte spricht, — ob nicht darin für uns Alle die Pflicht und Aufforderung liegt, das Gegentheil zu thun von dem, was hier geschieht und bezeichnet wird, ob wir nicht den Sinn des deutschen Volks zurückbringen sollten von solchen Mord- und Blutgedanken, damit es nicht zur Freude der Reaktion dreist: Seht, wie sie die Presse gebrauchen! Man kann und darf nicht stillschweigen, man muß vor solchen Uebertreibungen warnen; mögen Sie es Reaktion nennen, so wird doch noch die Zeit kommen, wo man sagt, diejenigen, welche dies thaten, haben die Freiheit vertheidigt, diejenigen nicht, welche zu solchen Uebertreibungen und Verläumdungen griffen. Dann erst wird sich zeigen, wer gethan hat, was der Freiheit würdig ist. (Stavenhagen: Beifallsklatschen im Volke.) Kerst aus Posen: Der Artikel im Mesteriger Wochenblatte rührt von mir her. Es war ein vertraulicher Brief, unter dem ersten Eindruck der Septembergreuelthat geschrieben, der ohne mein Verschulden abgedruckt wurde. Der Aufruf ist aber von mir selbst und auf Veranlassung des Herrn Köstlin berichtigt worden. Ich denke, ich habe damit genügend wie ein Ehrenmann gehandelt. Ich bemerke noch, daß ich das Blatt nicht kenne. Im vorliegenden Fall betrifft die Anklage gegen Levysohn aus Grünberg wegen Beleidigung der Majestät und Verletzung des Preßgesetzes. Der Angeschuldigte ist bereits in erster Instanz zu einem Jahre Festung verurtheilt und der Ausschuß räth, die Fortsetzung der Untersuchung zu genehmigen. Levysohn sucht aufzuführen, die Untersuchung gegen ihn sei politischen Charakters, und nur bei einer Untersuchung gegen einen solchen schriftlichen Verfahren habe seine Verurtheilung erfolgen können. Werde der Prozeß fortgesetzt, so müsse er auf seine Vertheidigung oder auf seinen Mag in der Reichsversammlung verzichten. Der Berichterstatter Gombart tritt jedoch der Darstellung, die Herr Levysohn vom Thatbestande gegeben, mit anderen Thatsachen auf das Bestimmteste entgegen. Die Nationalversammlung aber dürfe nicht kamit einlassen, das Recht mit Füßen zu treten, indem sie den Gang der Justiz hemme. Die Versammlung tritt schließlich auch in diesem Falle dem Ausschußantrage bei. Ebenso wird auch von der Reichsversammlung die Verbindlichkeit ihrer Mitglieder anerkannt, über Vorgänge in Klubdiskussionen Aldenings erforderlichen Falls gerichtliches Zeugniß abzulegen. (Schluß folgt.)

Deutschland.

Frankfurt, 8. Dez. Der Erbprinz Ferdinand ist heute von Potsdam hier eingetroffen und im Englischen Hofe abgestiegen. Der Gehalt, Reichsgesandte nach Neapel zu schicken, ist als aufgestoben zu betrachten. — Wien, 9. Dez. Unter die Abgeordneten ist heute folgende Einladung vertheilt: „Seine Kaiserliche Hoheit der Erzherzog Reichsverweser werden die Herren Abgeordneten zur Reichsversammlung Dienstag den 12. d. M., von Abends 8 Uhr an, empfangen. Es ist das erste Mal, daß der Reichsverweser einen solchen allgemeinen Empfang abhält. (D. Z.)

Württemberg. — Stuttgart, 9. Dez. Das Kriegsministerium veröffentlicht heute das von dem Militärgerichtsgerichte gefällte Strekerkenntniß über 27 von den Aufruhr und den meuterischen Umtrieben des 3. Juli-Tages in Heilbronn theilhaftig gewesene Unteroffiziere und Soldaten dieses sowie des zweiten Reiterregiments. Die Obmänner und Unteroffiziere kommen werden außer der ihnen zuerkannten Festungsarbeitsstrafe (von 1—6 Jahren je nach dem Grade der Schuld) vorgängig für immer degradirt; einige Soldaten werden ganz aus dem Militär ausgestoßen, andere trifft nur mehrmonatliche Arreststrafe. Auf den Antrag des Militärgerichtsgerichts selbst hat jedoch Se. Maj. der König die Strafe aller derjenigen, welchen eine Festungsarbeitsstrafe von zwei Jahren und darunter zuerkannt ist, in Festungsgefängniß (Kreisgefängniß) von gleicher Dauer gnädigst gewandelt, mit welch letzterer Strafe der Verlust der Dienst- und Ehrenrechte nicht verbunden ist. — In der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 5. laufen der Abg. Schniger den einem „föderativen Parlament." (Karlsr. Ztg.) Also möchte man Deutschland noch weiter parlamentarisch zerstückeln, damit wenn die Franzosen an den Rhein kommen, sa gleich wieder ein neuer Rheinbund als deren gehorsamer Diener bereit stehe! Uebrigens brauchen sich in der Abgeordnetenkammer auch der bisher vorherrschend vorhandenen Oberstirnenden Bewegung ein wichtiger unbestimmerer Zentrum lossprechen, daß, wenn auch vorerst noch schüchtern, den revolutionären Streben, Hand in Hand mit der Rechten, entgegentreten will. Der Abg. Schniger fragte heute in der Sitzung in Betreff der Absorgnisse der angedrohten Sperre gegen die Schweiz, was zur Abwendung derselben von Seite der Regierung geschehen sei. Staatsrath Goppelt antwortete, es sei alle Hoffnung da, diese Verwicklung freundlich gelöst zu sehen, und Staatsrath Römer fügte bei, der Reichsminister v. Schmerling habe ihm versichert, die Interessen Württembergs und der angrenzenden deutschen Länder würden vollkommen sicher gestellt werden. Schniger dankte für diese Aufklärungen. Aehnliche beruhigende Erklärungen gab auch Staatsrath Bekk am 7. Dez. schon in der badischen II. Kammer.) Der Abg. Rapp interpellirt über den großen Aufwand, den die Einberufung der beurlaubten Soldaten mache, und fragt ob die Regierung bei der Zentralgewalt Schritte gegen die Aufbürdung so ungeheurer Kosten gethan? Staatsrath Duvernoy weiß aber in unserer Zeit von keinen Anstinnen der Zentralgewalt, das Militär in größerer Anzahl einzuberufen. Rapp sagt: von Soldaten ihre man die Aeußerung: „nun werden wir nächstens das 3. Mal einberufen müssen!" Gegen eine solche unmündige, das sittliche Gefühl höhnende Interpellation sprach der bei weitem größer Theil der Kammer seinen Unwillen aus, und Staatsrath Duvernoy rief, tief verletzt unter allgemeiner Zustimmung aus: der möge sich nennen, welcher behaupten könne, das Ministerium verlasse den Weg des Rechts und der Ehre!

Preußen. ** (61 Briefe von der Insel Sein, Antwerfe auf Preußen selbst über die vom König verliehene Verfassungskunde zu verurtheilen. Der Magistrat zu Berlin hatte an die dortigen Stadtverordneten ein Schreiben ergehen lassen, worin er auf Anlaß der verliehenen Verfassungsurkunde eine politische Kundgebung vorschlägt, und die Niederlegung einer gemischten Deputation beantragt mit der Anzeige, daß die seinerseits ernannten sind Stadtrathe abgeordnet seien, um am 8. Vormittags 10 Uhr weil den etwa ernannten Deputirten der Stadtverordneten zusammenzutreten. Die Stadtverordneten beschlossen darauf am 8. auf Antrag des Hrn. Gneist (Secker) dahin, die Stadtverordneten harmonieren nicht in der politischen Meinung mit dem Magistrat) eine Kommission niederzusetzen, welche einstweile, ob überhaupt etwas und eventuell in Gemeinschaft mit dem Magistrat geschehen soll. Diese Kommission sollte am 8. Nachmittags zusammentreten, und deren Beschluß in außerordentlicher Sitzung am 9. berathen werden. — Die „Kölnische Zeitung" bringt eine Correspondenz, das Organ der Linken, nimmt mit der Miene gründlicher Befriedigung die Thronrede als „solbrache Thatsache" hin und gedenkt sich auf den neuen Boden der Verfassung zu stellen, um an der Revision derselben sich als tüchtige Partei zu bethätigen. Die „demokratische Correspondenz" (des Organ der äußersten Linken) sagt gar nicht sich unterstützt der Verfassung und will dieselbe weiter bekämpfen haben. Sie stellt sich jetzt plötzlich auf den Boden der „Vereinbarung" und behauptet sich auch „Rechtsboden", welche bietet sie früher stets verhöhnt hatte. — Ein neuer Beweis, wie diese Partei alle die Gemeinheit, die sie ihr Kampf vorbringt, nie als Wahrheiten, sondern nur als brauchbare Kampfmittel betrachtet hat bekundet. Die „Correspondenz" sagt, daß die Regierung die Schuld seiner Vertreter sei daß Volk um das Recht der Vereinbarung gekommen. Nachdem das Organ der Vertretung sich selbst zerstört, und die Lage des Landes ein neues zu schaffen nicht gestattete, habe die Krone damit ihres hohen Berufes sich zum Mandatar des Volkes gemacht und in diesem Sinne zu handeln gesucht. Irre müsse es seinen eigenen Absichten bei der Berufung mit der Absicht der Vereinbarung, und Berufung auf den Rath zu Rhein der Bruch im Rechtsgange der Entwicklung Preußens aufgefaßt und gebrandmarkt. Die „Konstitutionelle Korrespondenz" wirft die ganze Schuld, daß es so gekommen, auf die ausgelöste Nationalversammlung, und zeigt sich mitgetheilt darüber, obgleich sie anerkennt, daß sein unterer Theil Recht war. — Die „Kölnische Zeitung" erkennt zwar die Verfassungsakte gegebenen Verfassung an, ist jedoch auch Grundsatz gegen dieselbe, weil sie eine oktroyirte sei. Die „Aachener Zeitung" erkennt in dem eingeschlagenen Verfahren eine pomphafte Nothwendigkeit. Die Regierung habe anerkannt, daß die Verfassung der Vereinbarung verlassen, aber dies sei längst auch von allen andern Seiten geschehen. Sie habe sich nur in der Form geringe Gewalt, und dies müsse schwerer wiegen als alles Recht. Mit dem Inhalte der Urkunde zeigt sich vieles Blatt zufrieden. — Zu Elberfeld beschloß eine große Anzahl von Bürgern eine Zustimmungs- und Dankadresse an den König. Zu Potsdam wurde am 7. Abends zur Freudenbezeugung die ganze Stadt längere Zeit beleuchtet, und unter Musikbegleitung sang man öffentlich die beiden Chorale: Jesus meine Zuversicht und: Nun danket alle Gott, dann das Heil Dir im Siegerkranz, worauf die jubelnde Menge ein dreimaliges Lebehoch auf den König ausbrachte. Einen beabsichtigten Radelung lehnte dieser mit freundlichen Worten ab. Auch zu Frankfurt a. d. O. erregte die Bildung des künftigen Ministeriums große Hoffnung, daß man endlich der Anarchie und der demokratischen Wühlerei los werde. In Luckenwalde veranstaltete der Magistrat im Einverständniß mit der Geistlichkeit wegen Auflösung der Nationalversammlung einen öffentlichen Dankgottesdienst, der am 6. Mittags auf dem Markte abgehalten und nach welchem das versammelte Volk und Militair die freudigsten Hoch auf den König ausbrachte. Der „Minden Provinzialen Zeitung" dagegen erscheinen diese Volksmanifestationen wenig Volksfreude und selbst bedenklich, weil sie leicht nicht unbedingt durchblicken, daß es unmöglich sein werde, mit einer solchen Verfassung zu regieren.

⊙ **Berlin**, 7. Dez. Heute morgen reisten eine große Anzahl der Abgeordneten der Linken und des Zentrums nach Brandenburg. Zu einer Sitzung ist es jedoch wahrscheinlich nicht gekommen. Einzelnen Abgeordneten sind Karten zugegangen, durch welche die Auflösung der Nationalversammlung und die Nichtsitzungen der auf heut anberaumten Sitzung angezeigt wurde. Unterzeichnet waren dieselben von Herrn von Brünneck „Alters-Präsidenten der aufgelösten Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung."

⊿ **Berlin**, 7. Dez. Noch immer begegnet man von Zeit zu Zeit einem mit Stroh bepackten Leiterwagen in unsern Straßen, der mit königlichen Gewehren beladen und von einer Militärestafette begleitet ist, ein Beweis, daß die Ablieferung der Gewehre unserer selig entschlafenen blutscheuen Bürgerwehr noch immer nicht vollständig erfolgt ist und daß dies weltkluge Institut in seinen letzten passiven Widerstande mehr Kraft und Energie entwickelt, als in den aktiven Schutz, den es dem Gesetz und der Ordnung schuldig war, aber auch gebieten ist. Auch möchte man darauf abnehmen, daß diese Säumigen dem General Wrangel in Handhabung des Belagerungszustandes weniger Ernst zutrauen als den Terrorisen vom Sommer, den Zeughaus- und Münzlerbotelstürmern, da sie diesen Horden gegenüber beständig mit dem wesen Ergebenheits-Anche am Bajonette erschienen.

Das Gerücht, daß der Belagerungszustand mit dem 10. d. Mts. würde aufgehoben werden, erhält sich. Man will in der Mitte, mit welcher derselbe seit einigen Tagen gehandhabt wird, einen Wahrscheinlichkeitsgrund für sein Ende sehr verbreitete Nachricht finden. Ebenso wird auch wiederholt erzählt, daß Se. Majestät in Kürze ihre Residenz wieder hier zu nehmen beabsichtigen.

Posen, 4. Dezember. General Schäfer hat unsere Provinz bereits wieder verlassen. Als derselbe von Bromberg nach Berlin zurückreiste, wurde im Wirthsgarten Kreise ein Mordanfall auf ihn gemacht. Aus einem Gebüsche sprangen 4 Männer auf seinen Wagen zu; nur der Schnelligkeit seines Pferde und dem Zufall, daß andere Wagen in demselben Augenblicke denselben Weges kamen, ist es zu danken, daß nicht durch den Fanatismus der Partei, die es niemals mit Deutschland ehrlich meinen wird, ein Verbrechen an dem Beamten der deutschen Centralgewalt geschehen ist. (D. Z).

Oesterreich. Wien, 6. Dezember. Der Kaiser Franz Joseph I. hat noch ein Manifest an die Ungarn erlassen und sie zur Rückkehr zu ihrer Pflicht aufgefordert. Er wird persönlich zur Armee abgehen, um trotz der rauhen Jahreszeit selbst überall gegenwärtig zu sein, was allenthalben guten Eindruck macht. Die Hauptursache der Verzögerung des Angriffes ist die Verproviantirung der Armee, da die Ungarn alles niederbrennen und vorsätzlich verderben, was sie nicht fortschaffen können. Die Wege leiden so sehr, daß die Artillerie und der Train nur mit Mühe vorkommen können; den Soldaten wäre etwas Kälte sehr erwünscht. In Ungarn selbst sind einige Gattungen Lebensmittel beispielloses wohlfeil, ja sicher umsonst zu bekommen, dagegen leidet das Land empfindlichen Mangel an Tuch und Kleidungsstoffen. Zu einem Angriffe ist es noch nirgends gekommen, doch wird es an heutigen Tage bestimmt losgehen. — Nur der schwierige Weg hat sie bisher aufgehalten. Fort und fort, und die Maurer arbeiten schon über Hals und Kopf. Es ist dieß ein sehr wichtiger militairischer Punkt, in der Nähe der Insel Lobau, die im Jahre 1809 für Wien und Oesterreich eine bekannte Berühmtheit erlangt. — Das Militair entwickelt in Aufbringung von verdächtigem Gesindel und Handwerksungen nach persischen Phasen eine große Thätigkeit; es sollen in der Nacht vom 5. auf den 6. Dezember gegen 545 Individuen verhaftet sein, und man bemerkt auf den Straßen deutlich, daß die s. g. Strabanzer und Kapperlbuben weniger geworden sind. — Auf die Nachricht, daß die Abgeordneten Fürster, Goldmark ꝛc. ein Mißtrauens-Votum bekommen haben, schreibt ein hiesiger oben mehr sehr unwitziger Mann sogleich eine namhafte Summe Geldes den Armen. — Die Leihungen haben ganz recht, die Stimmung hier gewaltig umgeschlagen hat, doch wagt man sichon jetzt dem Festen entgegen zu hoffen. (Mag. Ztg.).

Innsbruck, 8. Dez. Gestern früh wurde in der hiesigen St. Jakobs-Pfarrkirche zur Feier der Thronbesteigung Sr. Maj. des Kaisers Franz Joseph I. ein solennes Hochamt abgehalten, dem die sämmtliche hier anwesenden Civil- und Militair-Autoritäten und eine große Menge Volkes beiwohnten. Die gesammte Garnison nebst der Nationalgarde wurden zu dieser Feier in Parade aufgestellt, und die üblichen Gewehrsalven und Kanonendonner begleiteten die vom herrlichsten Herbstwetter begünstigte Festlichkeit. Eine Deputation aus der Bürgerschaft Innsbrucks wird sich zu Sr. Majestät dem Kaiser Ferdinand nach Brünn und dem Herrn Erzherzog Franz Karl begeben, um die Bitte zu stellen, daß Se. Majestät die Gnade haben möchten, unsere Stadt zu Allerhöchstero Residenz zu wählen. Ihre Maj. die Königin Therese von Bayern sind gestern um 1 Uhr Mittags mit Gefolge von Baden hier angekommen und haben um 2 Uhr Ihre Reise über Kufstein nach Baiern fortgesetzt. (C. N.)

Oesterreichische Monarchie.

Warasdin. Am 28. wurden die kürzlichen Tages von ungarischer Seite her sehr stark beschossen, wobei auf beiden Seite ein 3 Pfünder demontirt und ein Kanonier getödtet wurde. Der Vorreitercommandant und einige Artilleristen sind verwundet. Es sind alle Vorkehrungen getroffen worden, um jede Besorgniß vor einem Ueberfall zu beseitigen. Verhaftungen von Verdächtigen ist täglich vorgekommen. Kugelt Kriminalgericht Augen hat seiner Schuldigkeit in Gefängniß gesetzt. Generalmajor Jacob hat seiner Schuldigkeit in Gefängniß gesetzt. Die Stadtcommando beim Obersten Mailie übergeben.

Peterdsch, 4. Dez. Wir können wieder Hunderten Kanonendonner von Malzhera, vor dem die Oesterreicher Fond errichten, an welcher Arbeit die Besatzung sie besonderlich zu hindern versuche. Mittlerweile ist ein neues Anlehen von 12 Millionen wire Corrinn, zu Lasten der Hinterbesitzer gemacht worden, innen solche verpachtet oder prämiirt wurden, wenigen Bauergezeit angegeben wird! Die Nachrichten aus Rom haben einen sehr widrigen Eindruck gemacht. Die hier liegenden päpstlichen Truppen gehen heute nach ihrer Heimath zurück. (A. Z.)

Italien.

△ **Turin**, 5. Dez. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer erhielt das Gerücht vom Rücktritte des Ministeriums Pinelli durch die eigene Erklärung ihrer Mitglieder eine Bestätigung. Dieses Verfahren folgte auf diese folgenschwere Mittheilung. Folgendes Schreiben, welches der Fall vieles Kabinets ist, die Schilderung ist für alle Freunde des Friedens und der Ordnung. Die Kriegs- und demokratische Partei jubelt. Sie hofft nun nicht bloß den Wiederbeginn des Kriegs mit Oesterreich, sondern überhaupt Erreichung ihrer Pläne auch in Piemont. Ihre Organe begrüßen Gioberti als den Mann, der jetzt Minister werden müsse, um in die Fußspuren der jetzigen Ministerien in Toskana und Rom zu treten. Was das heißen will, bedarf keines weitern Commentars. Als zu erreichendes Endziel bezeichnet man vorläufig zwar noch das unabhängige Königreich Italien (mit Inbegriff der Lombardei und Venedigs, die man allerdings erst wieder erobern müßte, was so schnell nicht gehen wird) und

den Primat von Piemont. Wäre nur erst dieses Ziel erreicht, dann würde man Karl Albert bald auch über Bord werfen und dann hoffte man endlich auch in Neapel Fuß zu fassen. Die kühnen Erwartungen und Berechnungen ist Ueberkluß. Oesterreich sieht man schon wieder als Säbelrasselnd, mit Neapel fertig zu werden ist dann ein Kinderspiel; es fehlt weiter nichts mehr als — muthige Kämpfer, die nicht Reißaus nehmen, wenn der Feind in offener Feldschlacht ihnen entgegen tritt. Aber dem Mangel an diesen ist eben nicht so leicht abzuhelfen in Italien. Könnte man sich den Muth eben so leicht wachsen lassen als den Bart, so wären die Italiener die tapferste Nation in Europa, so aber — —

Frankreich.

Paris, 6. Dez. Die Entweichung des Papstes aus Rom erzählt ein von dem Journal des Debats mitgetheiltes Schreiben aus Neapel in folgender Weise. Mehrere Tage lang sei der Papst strenge beobachtet worden. Da habe Herr von Spaur (der bayerische Gesandte) lebhaft verlangt, Seine Heiligkeit zu sprechen. Man habe den Gesandten in das Kabinet Pius IX. geführt aber die Thüre offen gelassen und mehrere Personen, denen die Bewachung des Papstes aufgetragen war, wären in dem anstoßenden Saale auf- und abgegangen. Da sei Herr von Harscourt (der französische Gesandte) eingetreten und habe die Herren in ein Gespräch verwickelt, während dessen er sie in einen Winkel zu locken wußte, wo sie nicht in das Kabinet sehen konnten. Nach einigen Minuten — blickten sie wieder hinein — es war leer! Der Papst, in eine Soutane gekleidet, war durch eine Hinterthüre verschwunden. Herr von Spaur gab ihn für seinen Kaplan aus. Schnell durchschritt der neapolitanischen Grenze brang ein Kapitänmandant darauf, nach dem Passe des Gesandten und den seines Kaplans zu sehen. Da sagte ihm Hr. v. Spaur ein Wort ins Ohr und der strenge Krieger — küßte dem unbekannten Reisenden den Pantoffel. So kam Pius von Allem entblößt glücklich in den neapolitanischen Staaten an. — Herr v. Harcourt kam erst am 26. auf dem Tenare, der zu Civitavecchia lag, in Gaeta an. Von den spanischen Gesandten, Marinez de la Rosa, hatte man am 27. November keine Nachricht in Neapel. Der ultrakanische „Moniteur" erzählt, der Papst sei um 1 Uhr in der Nacht aus dem Quirinal in einer einfachen Soutane durch das große Thor gegangen. Von da habe er sich in die Peterskirche begeben, die ihm geöffnet worden sei, von wo er sich auf der Tiber nach Fiumicino eingeschifft habe. Die Gesandten von Frankreich und Spanien seien ihm bei dieser schwierigen Unternehmung behülflich gewesen. (D. Ztg).

Vermischte Nachrichten.

+ München, 9. Dez. (Theater.) Wir haben über zwei Neuigkeiten zu berichten, und zwar über ein paar reizlose. Am 1. d. Mts. erschien nemlich: „Der Bauernfeller und die Offiziere", Genrebild in 1 Akt mit Gesang und Tanz, von dem geistreichen Louis Schneider, Regisseur des Berliner Hoftheaters, der dort schon eine ganze Reihe dramatischer Skizzen dieser Art produzirt hat. Es ist eine höchst belustigende Kleinigkeit, die man Frau Christen in der Rolle des Berliner Landweinmanns mit unübertrefflicher Virtuosität vorgeführt wird. Dem. Auguste Fenzl, stand ihm mit anmuthiger Keckheit zur Seite, die sie besser kleidete, als die Sentimentalität einer unlängst von ihr gegebenen Gesmeralda. — So wie dieses drastische Bildchen vollständigen Succes hatte, so die am 5. d. Mts. gegebene neue Gesangsposse von Kaller: „Bladt und Landwur theilweisen. Der Erfolg wäre ein durchaus befriedigender gewesen, wenn die Regie — so wie wir hören, verwaltet sie Hr. Hölken — der Besetzung einzelner Rollen mehr Aufmerksamkeit geschenkt haben würde. Insonderheit hätten die Herren Lang (Hauslehrer) und Lang (Bauer) tauschen müssen. Der Erstere, den gewiß wir als ein höchst vortreffliches Talent anerkennen, ist als Aechtbairischer nicht geeignet, eine entschieden südteutsche Lokalrolle darzustellen, mit welcher der Bürner Scholz Furore macht und sie überall als Gastvorstellungsfähig pferd bewegt, die also ganz und gar in das Repertoir des Münchner Lang gehört. Der Letztere, den Hr. Lang sicht, ist wie für Hrn. Christen geschrieben. Beide Darsteller hätten bei solch passender Verwendung Furore gemacht. — Mariam wird bei Inzsenetzung heiterer Sachen nicht Hr. Lang zu Rathe gezogen, der in diesen Fache zu Hause ist, und auf seinen erfolgreichen sämtlichen Kunstreisen Nachahmungsgeschicklichkeit zu Tage gefördert, während dem gegenwärtigen Regisseur die wahre Theaterwelt, außerhalb des Münchner Weichbildes, eine terra incognita ist? — Hr. Sigl gab den Biedhändler Sebastian mit meisterhafter Wahrheit, und enfaltete in dem „Lied vom Herzen" eine tief ergreifende Innigkeit. Dem. Dietz, in der Rolle der Bäuerin, bewährt wieder, was wir längst wissen, daß sie eine Perle des hiesigen Hoftheaters ist. — Die Costüme ist eine überreichliche Dialektpartie. — Dem. Aug. Fenzl hatte von diesem Dialekt keine Idee. — Ueber den Ursprung des Stücks, das viel Aehnlichkeit mit dem hier bekannten „Weggesperrungen haben soll, war bisher noch nichts Näheres verlautet. Sicher ist, daß es ein Original ist, und kein aus fremden Sprachen entlehntes Lustspiel: „Auch Bayerische gibt, auch dem es deutsches Lustspiel: „Dahei Mayeran", und wie heutige Posse bearbeitet worden. Ob der „Weggerspringe" Bearbeitung der Bearbeitung, oder des Originals, oder als alles Stück gar Original des Franzöfischen ist, wissen wir nicht.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Wien, 7. Dez. Hprz. Metall. 78. 4prz. 64. 3prz. —. 2½prz. 41. 1834r 500 fl.-Loose 136. 1839r 250 fl.-Loose 81. Bankaktien 1045. Nordbahn 101. Gloggnitz 94. Benedig-Mailand 64½. Barwechsel —. Livorno 94½. Lloyd 61. Siena 51. Anconinerobahn —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Dienstag, 12. Dez.: „König Rene's Tochter", lyrisches Drama von H. Hetz, übersetzt von Leo. Hierauf: „Der Dorfbarbier", Singspiel von Schenk.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Hillenbrand mit Familie, Kaufleute von Augsburg. Obermayer, Konsul, aus Amerika. Gräfin Leiden, von Passau.

Gold. Hirsch. o. Rattenwyl, von Potsdam. Gräfin Großolms, o. Poretz nad o. Jasmassowy, Gutsbesitzer, von Warschau. Zalo und Lobes, Gutsbesitzer, aus Ungarn.

Hotel Manlik. v. Lasari, Proprietär, von Triest. Hang, Notar, von Bern. Greiner, Accessist, von Ansbach. Reiß, Kaufmann, von Düsseldorf.

Gold. Hahn. Fräulein Kammerer, Oberstlieutenantstochter, aus Böhmen. Gautner, Kapellmeister, aus Böhmen. Krämer, Magistratsrath, von Augsburg.

Blaue Traube. Karl v. Zuder, k. k. Unterstaatsbeamter, von Innsbruck. Bohnius, Partikulier, von Ansbach. Zeller, Kaufmann, von Frankfurt Böhm, Kaufmann, von Köln. o. Aufschnaider, Privatier, von Gries. Uebrerer, Assessor, von Wolfratshausen. Baron v. Grainger, Kämmerer. Derrigins, Stadtgerichtsrath, von Aschach. v. Kirchbauer, Stadtgerichtsassessor, von Regensburg. Schönlein, Rath, von Stuttgart. Beul, Privatier, von Mülheim. Salzer, Partikulier, von Grafenhof.

Stachusgarten. Dr. Mayrhofer, Advokat, von Dillingen. Görz, Gutsbesitzer, von Mindelheim. Hidler, Handelsmann, von Denklingen. Rieberle, Vorsteher, von Denklingen. Zeil, Vorsteher, von Waffertrüdern. Dr. Görz, von Erding. o. Braunmühl, von Kaufbeuren.

Gestorbene in München.

Mathias Reichenberger, königl. Ritterportier, 65 J. a.

Bekanntmachung.

290. (2a) Obgleich sich die neuere Zeit von den alten Formen, welche das gesellschaftliche Leben durch eine lange Reihe von Jahren bitbete, allmählig selbst zu entkleiden suchet, so erinnert bei dem Wechsel des Jahres doch das in der Brust so Vieler noch immer wache Gefühl der Dankbarkeit, der Freundschaft und Hochachtung an einen alten aus diesen Gefühlen stammenden Akt oder Gebrauch, nämlich an die sogenannten neuen Jahreswünsche. Der Armenpflegschaftsrath erkannte sich daher im Interesse seiner dürftigen Mitmenschen, welche wegen Mangels an Mitteln sich im Winter kein Holz kaufen und vor Kälte schützen können, auch pro 1845 an die Entschuldigungen von diesen Gratulationen zu erinnern, und zur Erhaltung solcher Karten gegen Bezahlung des Minimalbetrages von 30 kr. per Kopf in denselben Lokalitäten wie früher, nämlich im magistratischen Gebäude im Thal Haus-Nro. 1 über eine Stiege (Zimmer rückwärts Nro. 13), sodann Sendlingerstraße Haus-Nro. 64 über eine Stiege einzuladen. Gewiß Jedermann, welcher auf den mündlichen oder schriftlichen Ausdruck obiger Gefühle Anspruch machen zu können glaubt, wird sich freuen, statt derselben einen wohlthätigen Zweck erfüllt zu wissen, da die Gaben nach zu liefernem Ausweis an den Verein zum Ankauf von Holz für arme leute abgeliefert werden.

Die Namen der Einzeichnenden werden von Zeit zu Zeit veröffentlicht werden.

Den 6. Dez. 1848.

Der
Armenpflegschaftsrath der königl. Haupt- und Residenzstadt München.

Vorstand.	Vorstand.
Bürgermeister:	königl. Polizeidirektor:
Dr. Bauer.	Frhr. v. Pretzmann.
	Irmgler. Sekretär.

Kölnische Zeitung.

Bestellungen für das erste Quartal 1849 werden zeitig durch die königl. Postanstalten erbeten. Preis in ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf., einschließlich Stempel und Porto.

Anzeigen aller Art erlangen bei der bekannten Verbreitung des Blattes in ganz Deutschland, Belgien, Holland, Frankreich und namentlich England die größte Oeffentlichkeit; die Zeile in Petitschrift oder deren Raum wird trotz der starken Auflage mit nur 20 Pfg. berechnet.

Köln, im Dezember 1848.

289. (2a) M. Du. (Mout-Schauberg.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Aus Frankfurt.

⊙ **Frankfurt**, 8. Dez. Verschiedene Bestimmungen, welche auch dem umgearbeiteten Entwurfe zu den Grundrechten des deutschen Volkes durch den Verfassungsausschuß ertheilt worden waren, sind vorgestern und gestern durch die Reichsversammlung, mit geringer Stimmenmehrheit demselben wieder einverleibt worden, ohne daß der Entwurf an Zweckmäßigkeit auch nur im Entferntesten dadurch gewonnen hätte. Nachdem nämlich alle Standesvorrechte abgeschafft waren, gelang es der linken Seite des Hauses mit 14 Stimmen Mehr den Zusatz durchzubringen: „der Adel als Stand ist abgeschafft“ es bedeutet dies jungfröhr so viel, als wenn man einem Kinde, dem man erst langerschlagen hat, hinterher noch eine Ohrfeige gibt. — Das Tragen fremder Orden ist verboten, und die Todesstrafe richtig nochmals abgeschafft worden, obgleich man in Folge der Greuel der letzten Monate einen Umschwung der Ansichten füglich hätte erwarten dürfen. Was unter solchen Umständen der ganze Entwurf schließlich für ein Ende nehmen werde, läßt sich schwer voraussagen, insbesondere jetzt, wo die von der preußischen Krone verfochtenen Grundrechte in mehreren nicht unwesentlichen Punkten von dem Frankfurter Entwurfe abweichen. — So ist in Preußen die Todesstrafe nicht abgeschafft, eben so wenig der Adel als Stand, und das Tragen fremder Orden; dagegen ist dort die unbegrenzte Theilbarkeit von Grund und Boden ausgesprochen, während der neue Frankfurter Entwurf, der Entscheidung des hier versammelten landwirthschaftlichen Kongresses gemäß, die Stammgüter beizubehalten empfiehlt. Ob die Reichsversammlung dem beistimmen werde, steht übrigens dahin, da der Einfluß des Latifundienthums hier, wie heutzutage faß allerwärts, vorherrschend ist. — Wie es bei den Beschlußnahmen durch Stimmzettel mitunter zugehe, zeigte sich gestern, wo der Name Trützschler aus Sachsen für den ganzen Zettel von Haus aus Mühren auf zweien befand; Aehnliches ist auch schon früher einmal entdeckt worden. Art. 111 der neuen preußischen Verfassung lautet: „Sollten durch die für Deutschland festzustellende Verfassung Abänderungen des gegenwärtigen Verfassungsgesetzes nöthig werden, so wird der König diejenigen anordnen, und diese Anordnungen den Kammern bei ihrer nächsten Versammlung mittheilen. Die Kammern werden hierüber berathen darüber fassen, ob die vorläufig angeordneten Abänderungen mit der preußischen Verfassung in Uebereinstimmung stehen. Das künftige Verhältniß Preußens zu Deutschland ist in diesem Paragraphen klar genug angedeutet, die preußischen Kammern sind es, welche entscheiden sollen, in wiefern die preußische Verfassung mit der deutschen in Uebereinstimmung stehe. Von einer souveränen Gewalt des deutschen Reichsoberhauptes ist hier nicht die Rede, so wenig als in Oesterreich oder als selbst früher in Sachsen. Da man nun nicht wohl annehmen kann, daß die deutsche Versammlung unter der preußischen stehe, so bleibt auch hier, wie überall, nichts übrig, als der Weg der Vereinbarung. Es haben somit jene deutschen Reichsboten, welche heute so hitzig gegen die Verfassung Preußens sind, weil es von den Frankfurter Beschlüssen nur diejenigen vollziehen zu wollen erklärte, welche es ohne unterzugehen, vollziehen könne, die patentirte Veranlassung, über Galle nun auch gegen Preußen Lust zu machen, und falls sie diesem Staate gegenüber in dasselbe Delirium verfallen sollten, wegen Oesterreich, der schlechte Zeitgeist, auch über ganz Deutschland Zwietrachtung Deutschland, nämlich in Preußen einerseits, und Oesterreich sammt dem übrigen Deutschland andererseits, zu sprechen; oder sollte man durch die neuesten Schritte des Berliner Kabinetes endlich dahin gelangen, die Richtigkeit des Gedankens der Theilhaltung (falls überhaupt von Theilung die Rede sein kann) in seiner unbedingten Nothwendigkeit zu erkennen, vorausgesetzt, daß Deutschland überhaupt jetzt noch zu wirklichen Einigung, und nicht zu Bürgerkrieg und russisch-französischer Einmischung zu bringen beabsichtigt? So weit scheint unser hiesiger Verfassungsausschuß leider aber noch nicht gekommen zu sein, sonst hätte er nicht abermals Oesterreich vor den Kopf gestoßen, und ganz Süddeutschland wie einen unregierbaren Landestheil, mit eine eroberte Provinz zu behandeln. — Je bedenklicher aber die Stimmentheilung im Staatenhause wächst mit jedem Tage bei allen denen, welche noch einigen Glauben an die Rechtsbeständigkeit der Beschlüsse des Frankfurter Parlamentes haben, und diese hegen die Absicht, für die zweite Lesung den Antrag einzubringen, diese Stimmen in vier gleiche Theile zu scheiden, so daß, entsprechend den wirklich bestehenden Machtverhältnissen und Interessen Deutschlands, mit gleichmäßiger Vertretung der Kleinstaaten, Oesterreich und Preußen die gleichstarke Stimmenzahl erhielten; dann sämmtliche kleinern Staaten zusammen eben so viel als die beiden Großmächte, und zwar in der Weise, daß die südliche Hälfte derselben (Bayern, Würtemberg und Baden) mit der nördlichen gleichbedacht würde. Endlich sieht auf Baden und Würtemberg zusammen die gleiche Stimmzahl wie auf Bayern. In dieser Weise stände Oesterreich gegenüber Preußen, Bayern gegenüber dem niedersächsischen Steuerverein, aber all jenen Staaten, welche der Theorie des Freibandels zugethan sind (Hannover, Braunschweig, Mecklenburg, Oldenburg, Schleswig-Holstein, Lippe und die Hansestädte). Dem Königreiche Sachsen (Oberlachen) entspräche Würtemberg, den thüringischen Herzogthümern das Großherzogthum Baden. Als ein Mittelglied bliebe Rheinfranken, aber die beiden Hessen und Nassau übrig, da sie so durch Stammesart, als Interessen eben so gut dem Norden wie dem Süden beizegählt werden dürfen, und darum sammt Frankfurt, dem Sitze der gemeinsamen Vertretung des ganzen Vaterlandes, die Vermittlung bilden. Mit Beizählung Limburgs und Luxemburgs erreicht die Bevölkerung der hier als norddeutsch bezeichneten Staaten beinahe die der südteutschen, und falls Oesterreich das ganze Istrische Küstenland dem deutschen Reiche beischlagen würde, was wohl nicht in das Gebiet der Unwahrscheinlichkeit gehört, so wäre allen Ansprüchen, allen Interessen und allen bestehenden Machtverhältnissen in gerechtester Weise entsprochen. Ob aber die Mehrheit der Frankfurter Versammlung bei der zweiten Abstimmung über das Staatenhaus von gleichem Gesichtspunkte ausgehen werde, ist eine andere Frage; auch hier wird wohl als letztes Mittel der Weg der Vereinbarung eingeschlagen werden müssen.

Ueber den Entwurf zu einem deutschen Heimathsgesetze.

○ **München**, 10. Dez. Ein deutsches Heimathsgesetz liegt vor uns. — Der Entwurf, wie er aus dem Ausschuß hervorging, bietet reellen Stoff zum Nachtenken, ja, wir bergen es nicht, ernstliche Bedenken hat.

Die Feststellung leitender Grundsätze über das Heimathswesen im gemeinsamen deutschen Vaterland erscheint uns allerdings als eine Nothwendigkeit, und zwar nach der doppelten Richtung einer billigen Reziprozität, und einer dringend gebotenen Rücksicht auf die sogenannten Heimathslosen.

— Der Umstand, daß in Preußen z. B. noch Jährziger Abwesenheit, wenn wie nicht irren, das Heimathsrecht verloren ging, während es in andern Staaten, z. B. in Bayern, durch Erfüllung oder Verjährung nicht erworben werden konnte, bildete einen wesentlichen Mißstand, und war ganz geeignet, die Verhältnisse der Heimathslosen noch mehr zu verwickeln und so noch weitmenigern Hin- und Herschreiben diplomatischer und gerichtlicher Vermittlung solche unglückliche Menschen am Ende nur noch unglücklicher zu machen. —

Hier wußte nachhaltig geholfen werden. — Ob der vorliegende Entwurf diese Hilfe bietet, möchten wir bezweifeln.

Es wurde die reichsgesetzliche Fürsorge vor Allem die Sache von der praktischen Seite aufzufassen, und in wenigen Grundsätzen das angedeutete Verhältniß regeln. —

Statt dessen bringt der Entwurf Bestimmungen, die in bemselben Augenblick, wo man so viel von dem self-government der Gemeinden spricht und schreibt, den Gemeinden in dieser wichtigen Frage alle Selbstständigkeit benehmen, jede Autonomie aufheben.

Eine kurze Besprechung des Entwurfes selbst wird diese unsere Behauptung rechtfertigen.

Der §. 1 läßt jedes Staatsgebiet in bestimmt abgegrenzte Gemeinde- und Heimathsbezirke zerfallen, was sich unseres Erachtens von selbst versteht, und wohl überall schon mehr oder weniger vollkommen durchgeführt ist.

Schon der § 2 aber will den Aufenthalt und Wohnsitz und selbst den Gewerbsbetrieb, so weit die Gewerbsordnung Deutschlands dies nicht beschränken wird, jenen Deutschen in jedem Heimathsbezirke gestiftet wissen „so lange er nicht daselbst der öffentlichen Armenunterstützung anheimfällt, oder wegen einer gemeinen Verbrechens verurtheilt wurde.“

Dieser Rahmen ist so unendlich weit, daß auf diese Weise jeder Wegelagerer und Taglieb sich in jede Gemeinde eindrängen und bei dem trügerischen Gewerbe- und Leumundsverhältnissen sie vermöchten beständigen, in alle Gemeinde- und Familienbande sich störend eindrängen kann, ohne daß ein Heimathsbezirk daßelbe Rechte hätte, welchen am Ende jeder Landsbauer in seinen vier Pfählen hat, wenn es sich darum handelt, einen ungebetenen, zudringlichen Gast sich vom Halse zu schaffen. Doch wollen wir die Gewerbeordnung abwarten, ehe wir hier aburtheilen.

Dieser Grundsatz wird aber im §. 3 noch weiter ausgedehnet. Dieser spricht von der erworbenen Heimath, wo beiläufig gesagt die Einstheilung des bayerischen Heimathsgesetzes in die ursprüngliche, erworbene und angewiesene Heimath und folgerichtiger und mehr entsprechend scheint; denn beispielsweise ist bei weitem nicht jeder Heimathlose ein Findling, und doch muß auch für ihn eine Heimath werden. Unter lit. c wird aber die Erwerbung der Heimath durch „ausdrückliche Aufnahme“ aufgestellt, und auch hier bestimmt, daß diese keinem Deutschen verweigert werden darf, welcher erwerbsfähig ist, und zur Zeit seiner Aufnahme weder öffentliche Armenunterstützung genießt, noch wegen eines gemeinen Verbrechens bestraft worden ist.“

Also nicht nur Anstenthalt und Wohnsitz (§. 2.), sondern auch Aufnahme in das Heimathsrecht kann unter diesem Titel von jedem Deutschen verlangt werden, und dieses Heimathsrecht schließt hier wieder nach §. 6 das Verlangen Anspruch auf Unterstützung in der Verarmung und Arbeitsunfähigkeit gegen den Heimathsbezirk in sich.

Mit Recht fragt man hier wohl, ob man bei Abfassung dieses Paragraphen wohl die praktischen Folgen sich vergegenwärtigt, so nur obenhin erwogen hat, welche Last man den Gemeinden und Heimathsbezirken dadurch ohne allen Rechtsgrund aufladen will?

Also nur ob der Deutsche erwerbsfähig, nicht auch ob er ein tüchtiger fleißiger Arbeiter sei: nur, ob er zur Zeit seiner Aufnahme Armenunterstützung genießt, nicht, ob er in der nächsten Woche seiner Aufnahme sie schon wird fordern müssen, nur, ob er wegen gemeiner Ver-

brechen bestraft worden ist, nicht, ob er irgend eine persönliche Rücksicht übertreten habe, sondern lediglich, ob er durch sein Verbrechen bezweckt habe, sich selbst oder einer seiner Mitschuldigen, ja nicht einmal wovon er leben und wer er sein Haupt hinlegen will, soll die Gemeinde fragen dürfen, wenn einer als Deutscher sich ihr zur Aufnahme anträgt? — Ist hier auch nur ein Atom von billiger Rücksicht auf die Gemeinden als solche, die ja doch auch wieder aus Deutschen bestehen, bemerkbar? — Ist es nicht vielmehr gerade, als habe man das nur auf dem Papier geschrieben, um Niemand hin, wo noch die Geißel der Uebervölkerung und eines herangezogenen Proletariats nicht hingedrungen war, die Absegerung solchen Stoffes zu erleichtern? —

Unter §. 6 desselben Paragraphen wird nun noch nach fünfjährigem ununterbrochenen Aufenthalt in einer Gemeinde, es mag sich einer durch sein Vermögen oder seine Thätigkeit redlich ernähren haben, das Bürgerrecht erworben. — Also eine Erstjung nach 5 Jahren Ein Geselle, der 5 Jahre in einer Gemeinde gearbeitet, ein Dienstbote, der eben so lange da gedient hat, soll schon dadurch das Heimathsrecht erworben haben. — Wir sind nicht gegen den Grundsatz der Erstjung des Heimathsrechts für langjährige Dienstboten und Gesellen, wie z. B. die alte Bayer. Gesetzordnung von 1780 nach 15 Jahren sie einräumt; wir liegt selbst Gehässiges darin, daß eine Gemeinde 15 und 20 Jahre die besten Kräfte eines Arbeiters abzerbiren und dann ihn soll hinaustoßen dürfen in seine Heimath, die er oft kaum mehr kennt; aber nicht nach der kurzen Spanne von 5 Jahren sollte ein so folgenreiches Recht schon zugestanden werden.

Zuvor sehen wir nicht ab, wozu es dieser Bestimmung bedarf, wenn es nach lit. c überhaupt nur des Versagens nach Aufnahme bedarf, um ihrer gewiß zu sein.

Die weitern Vorschriften der §. 4 — 8 erregen an sich, und abgesehen von der Verbindung mit §. 2 und 3 kein Bedenken. — Der §. 9 setzt nach 15jähriger Abwesenheit einen Heimathsberechtigten von seiner Heimath den Stand in die Versorgungsverbindlichkeit eintreten. Warum — ist nicht angegeben. — Bei Handwerksgesellen kann das oft vorkommen. — Die Gemeinden mögen hiemit wohl verstanden sein, nicht aber die Staats-Kasse.

Der Entwurf selbst wird nun wohl in der Versammlung dieselben Bedenken hervorrufen.

Wir aber wanten wohlmeinend von solchen Gesetzgebungs-Versuchen. — Will die Versammlung öffentlich als Sympathien auch in den untern Schichten der Gesellschaft, in dem besonnenen Theil der Deutschen durch alle Klassen aufs Spiel setzen, dann mag sie solche tiefeingreifende Grundsätze in die Welt hinausgehen. — Wir würden lieber rathen, das deutsche Verfassungswerk zu fördern, worauf mit Recht das Gesammt-Vaterland mit Spannung wartet.

Deutschland.

Frankfurt. Die „Flugblätter aus der deutschen Nationalversammlung“ melden über die Entlassung von Raveaux als Reichsgesandtes: „Raveaux war um die Mitte des Oktobers ohne Urlaub oder vorgängige Anzeige nach Frankfurt gekommen und hatte hier um einen zehntägigen Urlaub zu einer Reise nach Köln gebeten. Der letztere ward ihm ertheilt, jedoch unter dem ausdrücklichen Hinzufügen, daß er spätestens in den Herbstmonate (Anfang Novembers), wo die neue schweizerische Bundesregierung eintrete und die Zentralgewalt nicht unvertreten sein dürfe, auf seinen Posten sich wieder begeben haben müsse. Er hatte Dies nicht gethan, und zu derselben Zeit auf andere Weise in Köln gewirkt, ohne von sich hören zu lassen. Statt dessen zeigte Hr. v. Raypard in einem Billet dem betreffenden Reichsministerium Raveaux's Namen an, Derselbe hatte es mit seiner Ehre und Ueberzeugung nicht mehr vereinbar, unter diesem Ministerium zu dienen. Letzteres hatte am 16. November den Beschluß, ihm seine Entlassung zu geben. Am 18., nach der Sitzung, begab sich Raveaux zu Hrn. v. Beckerath und erklärte, daß Raypard zu viel gesagt habe; er (Raveaux) sei mit dem Ministerium hinsichtlich der schweizerischen Politik, nicht aber hinsichtlich des Verhaltens des Ministeriums in den Oktobertagen und des preußischen Ultimatum einverstanden. Am 19. November machte ihm Schmerling wegen seines Benehmens Vorhalt und eröffnete ihm, daß sich die Sache in einer für ihn (Raveaux) schonenden Weise nur applaniren lasse, sofern er in einer Eingabe seinen Abschied fordere und dabei wiederhole, was er erklärt, daß er gegen die Person der Minister keine Mißachtung hege, worüber auch der Beschluß des Ministeriums vom 16. jener Ausdrücke kommen werde. Raveaux ging hierauf ein, ließ aber selben abermals Nichts von sich hören, wesshalb ihm denn seine Entlassung nunmehr zugestellt worden ist.“

Bayern. — Landtagswahlen. Wahlbezirk Ansbach.*) Abgeordnete: 1) Magistratsrath Schening in Ansbach, 2) Bürgermeister Hofmann in Gunzenhausen, 3) Gerichts-Vorstand von Windsbach. Ersatzmänner: 1) Bürgermeister Meyer von Dinkelsbühl, 2) Stadtpfleger von Münchenbach, 3) Dürr von Obermögersheim. Da der ersgewählte Abgeordnete Schening die Wahl abgelehnt hat, so tritt sonach der erste Ersatzmann Bürgermeister Meyer als Abgeordneter ein, und hat sich dazu bereit erklärt. — Wahlbezirk Eichstädt. Abgeordnete: 1) Bürgermeister Marx zu Eichstädt, 2) Gutsbesitzer Andrer auf der Freiherr am Hohenrechaun, 3) Domkapitular Thinnes (Reichstagsabgeordneter in Frankfurt). Ersatzmänner: 1) Bürgermeister Moser von Beilngries, 2) Hauptmann Höggenstaller von Eichstädt und 3) Kaufmann Rupprecht von Weissenburg. — Wahlbezirk Embden. Abgeordnete: 1) Peter Binder, Privatmann von Gemünden, 2) J. Weipert, Lehrer von Sendelbach, Verfasser der Schullehrerpetition an die Reichsversammlung. 3) J. Wild, Gerbtanz zu Seltersheim, Landw. Wernich), 4) Ignaz Schopp, Wirth von Orb. In Bezug auf den Wahlbezirk von Aschaffenburg ist zu bemerken, daß da der Reichstagsabgeordnete für Aschaffenburg, Dr. Heyl, von Neustadt a/Saale sich für zwei Wahlbezirke gewählt; 2) Anwalt Stockinger von Frankenthal (bereits für Speyer-Frankenthal gewählt), 3) Anton Willich von Frankenthal, 4) Pfarrer Eckhard. — Wahlbezirk Kaiserslautern-Kirchheimbolanden. Abgeordnete: 1) Bürgermeister Eymann von Frankenstein, 2) Pfarrer Herkmann von Alsenthum, 3) Gutsbesitzer Philipp Hack von Kaiserslautern. — Wahlbezirk Homburg-Kusel. Abgeordnete: 1) Fr. Schüler von Zweibrücken (bereits für Germersheim-Bergzabern gewählt); 2) Aktuar Scharpf, 3) Bürgermeister Eymann (bereits für Kaiserslautern-Kirchheimbolanden gewählt). — Wahlbezirk Zweibrücken-Pirmasens. Abgeordnete: 1) Dr. Greiner, 2) Dr. Heinz, 3) Müller.

Kurhessen. — Kassel, 5. Dez. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung ist folgende Antrag Amthort auf die Tagesordnung der 1. Dez. d. J. mit Stimmenmehrheit beschlossen worden: „Königlicher Hoheit! Durch die Wahlen des kurhessischen Volkes berufen, der Regierung Gw. k. Hoheit in bedeutungsvoller Zeit unterstützend zur Seite zu stehen, prüfen wir uns vor Allem gläcklich, daß es, während anderwärts das gegenseitige Mißtrauen der Parteien die politischen Zustände immer unheilvoller verwirren, Gw. k. Hoheit gelungen ist, durch treue Hingebung eine Regierung zu bilden, welche sich durch Einsicht, Wohlwollen und Aufrichtigkeit das Vertrauen des ganzen Landes und damit die unerläßliche Bedingung jeglichen Gedeihens gesichert hat. — Die Grundlagen gesetzlicher Freiheit sind in Kurhessen gelegt und entwickeln sich mehr und mehr. Gw. k. Hoheit erstrehen und die Zustimmung, daß auf dieser Bahn ruhig fortgeschritten werden darf, und versuchen gern, daß der Umschwung in den staatsrechtlichen Ideen und die Veränderung aller politischen Verhältnisse, die seit diesem Frühjahre eingetreten ist, an keiner Stelle außer Acht bleiben werden. Nehmen Gw. k. Hoheit unsere feierliche Zusage entgegen, daß wir zur verfassungsmäßigen Fortbildung unserer Zustände, zur Beförderung der öffentlichen Wohlfahrt und, wo es nöthig sein sollte, zum Schutze der gesetzlichen Ordnung Ihrer Regierung mit aller uns zustehenden Mitteln zu unterstützen stets entschlossen sind. Wir sind fest daß auf das unerschütterliche Fundament unseres vaterländischen Glücks, auf unsere Verfassung, welche für jede Thätigkeit dieser Art die Wege eröffnet. — Das uns vorgelegte Wahlgesetz werden wir mit der Sorgfalt und Genauigkeit in Erwägung ziehen, welche die Wichtigkeit des Gegenstandes fordert. Auf den angekündigten Vorschlägen zur Regelung des Finanzhaushalts wird uns die Rücksicht sowohl auf die öffentlichen Bedürfnisse, als auch auf die Lage der pflichtigen Staatsdiener ununterbrochen begleiten. Je größer jene vorausschtlich sein werden, desto stärker fühlen wir uns gedrungen, ehrfurchtsvoll darauf hinzuweisen, wie zurzeit unter solchen Umständen ein hocherzeger Entschluß Gw. k. Hoheit, durch Herabsetzung der Hofbesoldung die Lasten des Landes zu erleichtern, dem Interesse des Staatshaushaltes und der unumschränkten Verfassung sein würde. Wir stehen mit Gw. k. Hoheit die feste Sehnsucht nach der Vollendung des deutschen Verfassungswerkes und freuen uns der erklärten Bereitwilligkeit, sobe von dort zu erwartende Bestimmung sofort in Vollzug zu setzen. Indem wir zu der Art wie Gw. k. Hoheit Regierung ihre Stellung begreift, unsere volle Uebereinstimmung an den Tag legen, können wir den Wunsch nur noch hinzufügen, daß die gleiche Würde in allen deutschen Staaten sich finde und rückhaltslose Anerkennung finden möge. Wir verharren rc. rc. (K. Z.)

Preußen. Berlin, 7. Dez. Seitens des Regierungspräsidiums zu Potsdam ist nachstehende Anprache an die Kreislandräthe und Magistrate des Verwaltungsbezirks erlassen worden: Wir sind in der Gewißheit unserer politischen Zustände unsres Vaterlandes abermals an einem Wendepunkte angelangt. Die in den vergangenen Tagen in Cour zu Brandenburg stattgehabten Ereignisse haben den Staatsregierung die Ueberzeugung aufgedrängt, daß mit dieser Versammlung von Volksvertretern eine Vereinbarung der vom Lande bis erstehnten Verfassung zur Unmöglichkeit geworden war. Nicht der Widerstand, welchen eine große Zagahl derselben der von der Krone in der wohlmeinenden Absicht, die Vereinbarung beschleunigen, aufgezogen Volksmassen, die sich zu gesetzlichen Verfügungsfähigkeit wiederzugehen, beschlossenen Verlegung des Verathungsschlusses entgegensetzte, nicht das Fortlagen der von Conventsgesetzlichen ergriffenen, in Berlin zurückgebliebenen Fraktion, nicht jener das Vaterland an den Abgrund des Verderbens führende Beschluß der Steuerverweigerung, nicht die von jener Partei planmäßig genährten Wühlereien und Aufregungen des Volkes vermochten die Krone wankend zu machen in ihrem frühern Entschlusse, in freier Vereinigung mit der Nation den Bau der Freiheit im Lande aufzurichten. Erst dann gab sie ihre Hoffnung auf, als jene Versammlung, zerrissen von der Leidenschaft der Parteien und ihren Verwirrungen, dem Lande Frieden und Einstracht weder zu geben im gemeinsamen Wirken mit der Krone, vergessend, daß Schaufpiel ihrer eigenen Unwürdigung durch die

*) Bis wiederholen die Wahlen dieses Wahlbezirkes, weil die Angaben darüber in unserer gestrigen Beilage unvollständig waren. D. R.

Symon der ersten Tage dieses Monats aufführte, als auch das Volk in bitterer Täuschung das Scad seiner Hoffnungen sich schließen sah. So hatte die Nationalversammlung selbst die Staatsregierung auf die Bahn hingedrängt, welche ihr, das Wohl des Volkes im Auge, allein zu betreten übrig blieb. Ihre Auflösung war zur unabweislichen Nothwendigkeit geworden. Aber es theilte sich jene Bahn in zwei Wege, auf denen das Ziel zu erreichen war: Einbernfung einer andern Vertretung, und der Versuch einer Einigung mit dieser, oder Verleihung einer Staatsverfassung. Es soll die Möglichkeit nicht abgeläugnet werden, daß auch der erstere zu einem gedeihlichen Resultate hätte führen können; die Nation war vorgeschritten in ihrer politischen Bildung, sie würde sich bei den Verwahrungen vergegenwärtigt haben, daß zur Erfüllung der Anforderungen an einen Abgeordneten nicht blos eine gegen das frühere System gehaltene Opposition, gleichzültig, ob eine begründete oder unbegründete, oder das Versprechen einer Besserung der materiellen Lage genügte; sie würde vielleicht gezögerte Persönlichkeiten der Krone gegenüber gestellt haben. Allein es würden wiederum viele Wochen in das Land gegangen sein, ehe ein geregelter Zustand Raum gewonnen hätte; die Quellen des Wohlstandes — Handel und Gewerbe — wären versiegt geblieben oder nur trübe geflossen, und die Wunde, welche dem Lande geschlagen war, wäre von der Parter der Anarchie immer von neuem wieder aufgerissen worden. Eine schnelle und sichere Heilung war auf diesem Wege nicht zu erreichen. Erwägungen von dem Wunsche, dem Lande die Segnungen des innern Friedens wiederzugeben, hat die Krone den andern betreten und eine Verfassung gegeben, in welcher den Forderungen der Zeit Rechnung getragen ist, und welche genügenden Ansprüchen überall Genüge leistet. Sie wird den Beweis liefern, daß die Staatsregierung mit dem Geiste der Zeit im Einklange vorwärts schreitet, und daß es ihr darum zu thun ist, die Verheißungen der Krone in vollem Maße zu erfüllen. Die uns in den jüngst vergangenen Tagen zugegangenen Berichte der Kollegialbehörden lauten durchweg befriedigend; überall kehrt der Sinn für Ordnung und Recht zurück, und in der ersten Aufregung zu Gunsten der Nationalversammlung gefaßte Beschlüsse werden zurückgenommen oder durch andere im entgegengesetzten Sinne paralysirt. Wir dürfen uns daher der Hoffnung hingeben, daß auch gesetzige Wahlen, anarchische Bestrebungen, wenn solche hervorreten möchten, niederzuhalten, und hegen die Erwartung, daß uns die Lokalbehörden hierbei nach wie vor kräftig unterstützen werden. Potsdam, 6. Dez. 1848. Königliche Regierungspräsidium (gez.) v. Patow. v. Metternich.

Der Staatsanzeiger vom 9. Dezember bringt die folgende Bekanntmachung: „In Folge des von einer Fraktion der Nationalversammlung ausgegangenen Aufrufs zur Steuerverweigerung sind vom Königlichen Staatsministerium, um etwaigen Verlegenheiten der Staatskasse vorzubeugen, aus allen Theilen der Monarchie zahlreiche Anerbietungen zu Steuer-Vorausbezahlungen und Gelddarlehen aller Art — nicht selten mit anschaulicher Vergleichstellung zur Zeit der französischen Noth — eingegangen worden. Mehrere Patrioten haben sogar mit der uneigennützigsten Hochherzigkeit ihr gesammtes Vermögen dem Staate zur freiesten Verfügung gestellt. Der gedachte Aufruf, welcher von den traurigsten Folgen für unser gesammtes Vaterland hätte werden können, ist — Dank sei es dem gesunden Sinn des Volks — ohne Wirkung geblieben und hat nur an wenigen Orten eine ganz kurze Stockung der Steuereinzahlungen nach sich gezogen. Die Staatskasse befindet sich daher nicht in der Lage, zur Befriedigung der Staatsbedürfnisse von den dreitgestellten Opfern Gebrauch machen zu dürfen. Nichtsdestoweniger erscheint es dem Unterzeichneten als eine mit Freudigkeit zu erfüllende Pflicht, den hohen Werth der gemachten Anerbietungen auch bei dieser kurzgefaßten Anzeige zu ehrender wahrer Vaterlandsliebe hiermit öffentlich dankend anzuerkennen. Berlin, den 8. Dez. 1848. Für den Finanzminister: Kühne.

Berlin, 8. Dez. (Staatsanzeiger.) Die französische Regierung hat amtlich anzeigen lassen, daß die am 10. Juni d. J. erlassene Verordnung, durch welche die bestehenden Nichtzölle und Ausfuhrprämien bei der Ausfuhr französischer Waaren um 10 Proz. erhöht und neue Ausfuhrprämien für einige Waaren bewilligt wurden, mit dem 31. Dez. d. J. bestimmt außer Kraft treten wird. Bekanntlich hat diese Verordnung den Regierungen der Zollvereinsstaaten Veranlassung gegeben, die Erhebung von Zuschlagszöllen für Seidenwaaren, halbseidene Waaren und gewisse Arten wollener Gewebe und Garne anzuordnen. Es ist mit Rücksicht auf jene Erklärung der französischen Regierung zu erwarten, daß auch diese Anordnungen mit dem 31. Dez. d. J. werden außer Kraft getzt werden.

Der Staatsanzeiger bringt ferner Folgendes aus Berlin, 9. Dezbr. „Manchen in der Presse laut gewordenen Stimmen gegenüber, welche an die Maßregeln der Regierung Besorgnisse über unsere Stellung zur Zentralgewalt knüpfen, können wir nicht umhin, auf den thatsächlichen Verhältnissen aufmerksam zu machen, welche die preußische Verfassung im deutschen einnimmt. Selbst wohlmeinende Stimmen haben geglaubt, schon in dem Verbleiben und in der Ergänzung des Ministeriums die Elemente zu einem Bruch mit der Zentralgewalt und der Frankfurter Versammlung zu erkennen, und trösten sich nur mit der Hoffnung, daß die wahrhaft deutschgesinnten Männer in Frankfurt den guten Willen und die Klugheit besitzen würden, seinen Bruch daraus entstehen zu lassen. Wir, unsererseits, sind ebenfalls überzeugt, daß Alles, was einen Bruch Preußens mit der Zentralgewalt veranlassen könne, an den edlen Bestrebungen dieser Männer, Bestrebungen, die wir in ihrem vollen Umfange achten und würdigen, geeigneten Widerstand finden würde. Im vorliegenden Falle wird es jedoch solcher Anstrengungen nicht bedürfen, denn der Weg, welchen das Ministerium Brandenburg in der deutschen Sache zu gehen gedenkt, ist in dem Berichte desselben an den König vom gestrigen Tage genau bezeichnet. Es heißt nämlich darin von der dem Könige vorgelegten Verfassung: „Wir haben darin auch die bisherigen Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung, deren fernere Beschlüsse auch bei der vorzunehmenden Revision zu beachten sein werden, sorgfältig berücksichtigt." Hieraus folgt, wie jeder Unbefangene begreifen wird, keine Trennung, sondern ein Anschluß. Preußen steht seit gestern eben so fest zur deutschen Sache, als vorher."

Breslau, 7. Dez. Heute ist Dr. Borchardt wegen Hochverraths zu 12 Jahren Festungshaft mit Verlust der Nationalcokarde, und Dr. Asch wegen Anregung zum Aufruhr zu 1 Jahr Festungshaft verurtheilt worden. (Bresl. Z.)

Oesterreich. — * Wien, 9. Dez. Eine Petition, die dem Vernehmen nach vom Gemeinderathe selbst ausgeht, wird in diesem Augenblicke unterzeichnet und circulirt seit tausend und tausend Unterschriften. Diese selbe verlangt nichts Geringeres als — Verlängerung des Belagerungszustandes auf ein ganzes Jahr. Das Gesuch der Bürgerwehr um Sicherheit, das man erst jetzt weiter kostet, sei die Truppen als kräftige Schutzhalter derselben da sind, ist zu köstlich, als daß die Bürger Wiens so schnell diese beiden Güter noch einmal den bösmüthigen Versuchen von Demagogen und Abwieglern preisgeben möchten. — Eine zweite Petition, dem Ministerium durch ein gemeinsames Vertrauensvotum moralische Unterstützung zu verleihen, findet ungeheuchelten Anklang. Uebrigens gibt es sich auch bei den höchst gestellten Personen kund, daß der Haß und die energische Bekämpfung anarchischen und ultrademagogischen Treibens sich sehr wohl mit herzlicher Verachtung von Speichelleckerei und Sykophantenei vereinbaren lasse. — Heute sind wieder ansehnliche Militärtransporte auf der Nordbahn abgegangen. Man versichert, sie seien bestimmt für die Magyarische Grenze, um in Mongtage, Mittwoche, Freitage und Sonnabende. — Man versichert, bei den Ungarn zur Unterwerfung einberufene Termin sei bis 18. Dez. verlängert worden. Ob es wahr sei, daß durch Geistliche unter der Hand Unterhandlungen gepflogen werden, muß dahin gestellt bleiben: gewiß ist es, daß die Börsen- und Kaufmannsblätter an einem baldigen Ausgang der ungarischen Angelegenheiten glaubt und ihre Operationen darnach einrichtet. Ungemeine Sensation hat der veröffentlichte Aufruf der „Nérodny Noviny" an die Slaven und die darin enthaltenen wiederholten Versuchungen erregt. Es ist überhaupt genugsam zu vermuthen, wie man so wenig von Leidenschaftlichkeit und Uebereifer ablässt, während die neuern Ereignisse es so sehr bedürfen, wie jede Sache sich ihr eigenes Grab macht. — Die heutige Wiener Zeitung enthält eine offizielle Berichtigung des Wiener Geschäftsberichts und Neuigkeitsboten enthaltenen Notiz über die Abreisung des Obercommandos der Armee von Seite des Fürsten Windischgrätz an Feldmarschall-Lieutenant Gruber, indem Letzterem vom Feldmarschall der nach alter Vorschrift bestehende Posten eines Kommandirenden Generals für den Landesbezirk Verpflichtung Theil übertragen worden. — Der vom russischen Kaiser den in der Regel nur an gekrönte Häupter bisher verliehenen St. Andreas-Orden, von einem schmeichelhaften Handschreiben begleitet, erhalten. — Durch ein Cirkularschreiben des Ministers für Landescultur und Bergwesen (Thinnfeld) werden die landwirthschaftlichen Vereine in der Monarchie zur freien Thätigkeit ermuntert. — Privat-Nachrichten minister erregt bei dem Handelsstande große Hoffnungen einer regsameren und betriebsameren Verkehrs, hingegen bei vielen industriellen Bestrebungen, da sich die Ansichten über Zollgesetzgebung hier biametral gegenüber stehen dürften. — Die Börse war sehr animirt und Fonds und Eisenbahn-Aktien erlitten sie in steigender Tendenz. Loose von 1834 über bezahlt und stark gefragt. Nach fremden Briefen und Depeschen dürfte Wegen wegen des erhöhten Bedarfs für Rothstoffe. — 5% Metall. 79, 4%/66, 2½%, 42, Bankaktien 1110, Loose von 1834 140, Prämien von 1839 84, Nordbahn 103, Mailänder 66½, Glogganitzer 98, Pester 65, Zwonerer 65½, Linz-Budweiser —.

Prag, 6. Dez. In allen Salons unterhält man sich über einen Brief Kossuth's, den dieser Agitator an den hiesigen nordamerikanischen Minister Stiles geschrieben hat. Er ersucht darin denselben, sich im Namen der Freiheit bei dem Marschall Fürsten Windischgrätz dahin zu verwenden, daß er einwillige, eine Waffenruhe von 3 Monaten für Ungarn eintreten zu lassen. Wie glaubten nicht, daß dieser Minister hierüber einen amtlichen Schritt gethan hat, sondern glauben, daß das ganze für eine Mystifikation betrachtet hätte, wenn das Originalschreiben nicht von Kossuth und dem berüchtigten Pulsky unterschrieben wäre. Hr. Stiles hat es dem Fürsten Windischgrätz zugeschickt. (A. A. Z.)

Die „Grazer Zeitung" vom 9. Dez. meldet: Radetzky sammelt bereits in Brescia ein Korps, mit welchem er einige Legationen des Kirchenstaats besetzen, und im Einverständnisse mit den Franzosen zur Herstellung der Ruhe und Ordnung in Rom und im Stande sein werde, den Neuerungslüsternen nöthigen öffentlichen Ordnung daselbst wird. — Die vom Papste entlassenen Schweizer sind in die Dienste des Königs von Neapel übergegangen.

Schweiz.

Basel, 8. Dez. Hr. Nationalrathspräsident Dr. Kas. Steiger befindet sich seit gestern in Ausübung seines bekannten Auftrags in Basel. Die Wahl gerade dieses Mannes, um der Freischärlerei entgegenzutreten, mochte zwar im ersten Moment allerlei Bedenken erregen, indeß verstummen wir mit den Ersten, daß er seinen Auftrag mit Fähigkeit vorzuführen entschieden sei. — Bei diesem Anlasse machen wir gerne noch auf folgende Aeußerung des Bundesrathes in seinem Kreisschreiben vom 30. Novbr. aufmerksam:

„die Gebote des Völkerrechts verlangen dringend, daß alle Flüchtlinge mit gleicher Strenge einer polizeilichen Kontrole unterstellt, und daß sie von der Landesgrenze zurückgezogen werden." Zwar hatte der Vorort schon früher ähnliche Grundsätze ausgesprochen, die ihm später abhanden kamen. Hoffen wir aber, der junge Bundesrath habe ein besseres Gedächtniß als der alte Vorort.

(Basl. Z.)

Italien.

∠ Turin, 6. Dez. Das Ministerium hat gestern in der Deputirtenkammer erklärt, der König habe die eingereichten Entlassungen nach nicht angenommen. Die Opposition war darüber sehr betroffen, sie argwöhnt, es sei mit dem Entlassungsgesuche vielleicht gar nicht recht Ernst gewesen. Was ihr noch weniger in den Kram taugt, ist ein Gesetzentwurf, welcher die Aufrechthaltung von Ruhe und Ordnung unter den Zuhörern auf den Galerien der Kammer bezielt. Wie zu Frankfurt, Wien und Berlin, so gebührt sich auch hier das souveräne Volk auf den Galerien oft auf eine Weise während der Sitzungen der Kammer, daß man häufig in Zweifel geräth, wer eigentlich im Saale verhandelt, die Deputirten unten oder die lieben Augenblick durch Geschrei, Stampfen mit den Füßen, Poltern u. s. w. unterbrechenden und in der That bisher die Souveraine spielenden Zuhörer oben auf den Galerien, die sich gar nicht schreien, den Sprechern unten, die nicht in ihr Horn blasen, laute Drohungen zurufen. Die Skandale, die manchmal vorkamen, sind unbeschreiblich. Der Abgeordnete Busso las gestern den Anklagebeschluß über den Gesetzentwurf, den man über die Galerien soll, vor. Derselbe wird demnächst zur Verhandlung kommen. — Aus Anlaß der Bekanntmerdung des Rücktritts der Minister hatte es gestern schon Volkauflaufe gegeben, wobei natürlich nicht die schmeichelhaftesten Rufe für die stöhrigen Minister sich vernehmen ließen. Auch heute rotteten sich troz der strengen Kälte und des Schnees wieder Massen Volks zusammen, und zogen zuerst vor Gioberti's Wohnung, wo man ihn bereits als den Präsidenten des künftigen Kabinets hoch leben ließ. Dann zog die Masse, ganz wie man es zu Florenz und Rom machte, vor den königlichen Pallaß, wo gleichfalls Lebehochs auf den König, das demokratische Ministerium, das italienische Ministerium, und auf Gioberti ausgebracht wurden. Von der Republik schreigt man öffentlich noch; man hat seine guten Gründe dafür. Man weiß sehr gut, daß die Arnpen noch dem König ergeben sind, und andererseits glaubt man den König selbst noch als Werkzeug für die weitergehenden Pläne benutzen zu können. Wenn der künftige Augenblick gekommen, wird man ihm nichts desoweniger das nemliche Schicksal bereiten, das schon den Papst getroffen hat und dem Großherzog von Toskana unvermeidlich bevorsteht. Eine Deputation des vor dem Pallaste heute versammelten Haufens suchte Zulaß beim König zu erlangen, der sie jedoch wegen Unwohlseins nicht empfing. — Aus Genua vernimmt man, daß dort Aufträge zu starken Lieferungen von Hader für die Reiterei des Feldmarschalls Radetzky gegeben worden sind. Der „Corriere Mercantile" kann nicht begreifen, daß man sa den Feind im eigenen Hause sich verborgen laffe.

Kirchenstaat. Folgendes ist nach neapolitanischen Blättern die Antwort, die der Papst dem Großherzoge Leopold gegeben hat: „Ich bin, meine Herren, streng bewacht. Meine eigene Garde ist mir entrissen und durch Fremde ersetzt worden. Meine Verhaltungsregel in diesen Umständen, in denen ich mich ohne Hülfe befinde, ist, um jeden Preis das Vergießen römischen Blutes zu verhindern. Ich mache diesem Grundsatz jedes Zugeständniß: ohne diesen, u. H., und ihm Sie es ganz Europa kund, daß ich mich weigere, irgend einen Theil zu nehmen, selbst nur dem Namen nach, an den Handlungen der neuen Regierung, welche mir gänzlich fremd ist. Ich habe mir verboten, daß mein Name gebraucht werde, oder daß die üblichen Formen für öffentliche Handlungen gebraucht werden."

(B. Z.)

Frankreich.

* * Paris, 7. Dez. Im September hatte der damalige Minister des Innern Hr. Senart einen Gesetzentwurf vorgelegt, Nationalbelohnungen für die Hauptvertheidiger der Revolution betreffend. Die Personen, welchen diese Belohnungen zu Theil werden sollten, waren durch eine sogleich in den ersten Tagen nach der Februar-Revolution niedergesetzte Kommission unter dem Vorsitze des Hrn. Guinard, bezeichnet worden. Nun hat aber gestern Hr. Dufaure der Nationalversammlung angekündet, daß die Regierung jenen Gesetzentwurf zurückziehe. Hr. Larochejaquelein verlangte sodann, daß die dem Entwurfe angehängten Belege, namentlich das Verzeichniß der zu Belohnenden, in den Archiven der Kammer hinterlegt werden. Darüber erhob sich ein gewaltiger Sturm in einem Theile der Kammer, niemand wußte recht warum? Das Räthsel ist jetzt gelöst. Für die Nationalbelohnungen waren neben den HH. Marrast, Recurt, Flocon u. s. w. auch die Verwanten der Urheber der Mordversuche auf Ludwig Philipp und sine Familie vorgeschlagen; noch mehr, gemeine Mörder und Diebe figurirten in der Liste! Man kann sich die allgemeine Entrüstung denken, welche diese heute durch mehrere Blätter veröffentlichte Liste erregte. Die HH. Senart und Guinard suchten sich heute in der Nationalversammlung zu rechtfertigen. (Morgen Mehreres.) Hr. Senart warf die Schuld ganz auf Guinard. Hr. Bignette erklärt in der Mitcheilung dieser Listen an die Journale nur die Wahrnehmung, um der Kandidatur des Generals Cavaignac zu schaden. Dieser selbst verwahrt die Regierung dagegen, daß sie an Anfertigung dieser Liste Theil genommen, van ihrem Inhalte Kenntniß gehabt. Hr. Larochejaquelein: er habe nur eine Unterschrung hervorrufen wollen. (Polizeikling.)

Paris, 7. Dez. General Changarnier hat auf die Schritte, ihn zur Niederlegung des Oberbefehls über die Nationalgarde zu verwägen, nochdem er sich für Ludwig Napoleons Kandidatur ausgesprochen, abschneidend geantwortet. Wird Cavaignac Präsident, so soll Bedeau an Changarniers Stelle an die Spitze der Nationalgarde kommen. In und um Paris befinden sich jetzt die Mobilgarde eingerechnet 104,000 Mann Truppen, wozu noch 16,000 Mann kommen sollen. Mehrere französische Blätschöfe mallen nach Gaeta gehen und den Papst die Huldigung ihrer Treue darbringen. Zu Bordeaux ist es zwischen dem Klubb Lebru Rollin und dem Klubb Ludwig Napoleon zu blutigen Händeln gekommen. Die Tragoner mußten endlich einhauen, und es sezte Todte und Verwundete.

Lord Elliß, welcher England bei den diplomatischen Konferenzen in Brüssel vertreten wird, ist hier angekommen und hat sich schon mit Herrn v. Tocqueville besprochen, welcher Frankreich bei diesen Verwittelungs-Verhandlungen vertreten soll.

Straßburg, 8. Dez. Einer Weisung des Ministeriums des Innern zufolge, haben sämmtliche politische Flüchtlinge sich unverzüglich von der Grenze zu entfernen und sich nach den ihnen angewiesenen Departementen im Innern zu begeben.

(A. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 2. Dez. Die amtliche „Departementalzeitung" enthält folgenden Artikel: „Syndicus Banks, der sich einige Zeit hier in einer speziellen Mission als Abgesandter der provisorischen deutschen Zentralgewalt aufgehalten, hat in einer Note vom 18. Nov. darauf angetragen, daß die Inseln Alsen und Arroe in Uebereinstimmung mit dem siebenten Artikel der Malmöer Uebereinkunft an die interimistische gemeinsame Regierung der Herzogthümer übergeben werden, um von derselben verwaltet zu werden. Der Minister des Auswärtigen hat hierauf in einer Antwortnote vom 25. desselben Monats ausführlich nachgewiesen, wie die Malmöer Waffenstillstandsübereinkunft von dänischer Seite pünktlich erfüllt sei, während man mehrere Monate vergebens auf mit Ungeduld die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen seitens der Militärbehörden erwartet habe. Er (der dänische Minister des Auswärtigen) hat weiter sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß dieser Vorzug nur gedient habe, der Aufrechterhaltung in den Herzogthümern neue Waffen, das von den (Waffenstillstands-) Kontrahenten beabsichtigte Verabredungswerk zu vereiteln, in die Hand zu geben. Er hat ferner nachgewiesen, wie die jetzt bestehende gemeinsame Regierung in den Herzogthümern aufgehört hat, eine solche zu sein, seitdem mit dem Marschall und dem Geiste der Uebereinkunft ihre Wirksamkeit fortfetze, und hat erklärt, daß die Interessen Dänemarks und sein durch die Malmöer Konvention erworbenes Recht, die Herzogthümer von einer neutralen Regierung verwaltet zu sehen, in dem Grade verletzt sei, daß die dänische Regierung mit vollem Fug schon lange den sattlich fixirten Waffenstillstand hätte als nicht mehr existirend betrachten dürfen, aber daß sie, um nicht den erstrebten Frieden zu vereiteln und um nicht nochmals große Noth über die Herzogthümer zu bringen, bis jetzt nicht die ihr unzweifelhafte Recht benutzt habe. Endlich sügte er in der erwähnten Antwortnote hinzu, daß keine weitere Nachgiebigkeit als die von der dänischen Regierung in ihrer verschiedenen Gestnnung bereits hinlänglich bewiesene zu erwarten sei; namentlich könne man von dänischer Seite, einem von dänischer Verfennung der Grundlage der Malmöer Konvention ausgehenden Auftreten gegenüber, sich in keinem Falle auf eine Veränderung der jetzigemäßen Verwaltung, welcher gegenwärtig Alsen und Arroe übergeben seien, einlassen. Nur darin, daß der gegenwärtige Zustand in Bezug auf diese Inseln aufrecht erhalten werde, liege eine wirkliche Bürgschaft für den Besitz und der persönlichen Sicherheit ihrer Bewohner, und es ist zugleich Gebot der Ehre, der Pflicht und der Menschlichkeit, die Inseln nicht dem Versuchen einer Regierung zu überlassen, welche willkürlich handelt und entschieden feindlich gegen Dänemark gesinnet ist." — Die Berlinerische Zeitung belobt diese Note auf Höchste und sügt nur den Wunsch und die Erwartung bei, daß die Regierung bald die Inseln gegen einen Uebergang hinlänglich Truppen und zwischen Fanöund und Alsen Eisbahn bereit halte, denn es heiße bereits, daß sich in Kiel Freischaaren zum Ueberfall von Alsen sammelten.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Paris, 8. Dez. Zproz. 42.25. 5proz. 68.40. Schatzsch. —.—. Bankaktien 1450.—. Eisenbahnobligationen 1125. Bier Kanäle —.—. Comptr. von Agier —.—. Belg. Anlehen von 1840 79⅛. von 1842 79. 4½proz. —.—. 2½proz. —.—. Belg. Bank —.—. Neap. 5proz. 78.—. Röm. 5proz. 57. Span. 3proz. —.—. Aktien —.—. Passive —.—. Piem. 815. Haiti —.—. Sa. Germain —.—. Versailles (rechte) 103.75. (Linke) 110.—. Orleans 630.—. Rouen 357.50. Havre —.—. Marseille 175.—. Basel 76.25. Bierzon 215.— Boulogne —.—. Bordeaux 365.— Rordbahn 348.75. Montereau —.—. Hon —.—. Straßburg 326.25. Nanez 311.25. Dieppe 160.—. Strasur —.—. Montpellier —.—. Le Lebe —.—.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Nr. 144.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Ganzjährig 9 fl. Halbjährig 4 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Mittwoch den 13. Dezember 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 49. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 13. Dezember.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 11. Dez. allergnädigst bewogen gefunden, die bei dem Kreis- und Stadtgericht Fürth in Erledigung gekommene Protokollistenstelle dem Appellationsgerichtsexpectanten Karl v. Holzapfel zu Neuburg in provisorischer Eigenschaft zu verleihen.

Deutsche Reichsversammlung.

(132. Sitzung vom 9. Dez. Schluß.) Das Gutachten des Legitimationsausschusses, welches die Ausschließung von fünf Mitgliedern des Hauses, nämlich der Herren Löw aus Posen, Gaspers aus Koblenz, v. Plaen aus Neustadt, Kängel aus Wolfa und Heisler aus Siegburg beantragt, gründet sich wesentlich auf die Ansichten, welche der Ausschuß über das Recht der Stellvertretung in der Nationalversammlung überhaupt hegt. Diesen Ansichten gemäß entgegen stellt sich der Verbesserungsantrag von Waitz und Genossen: „Die Nationalversammlung, in Uebereinstimmung mit §. 9 ihrer Geschäftsordnung, in wie der bisher gehandhabten Praxis, erklärt: Die in Preußen gewählten Stellvertreter für die deutsche Reichsversammlung sind berechtigt, beim Ausfall eines Abgeordneten einzutreten; dieselbe erklärt ferner die ausschließenden Legitimationen der Herren Löw u. s. w. für gültig. Die Abstimmung erfolgt nachdem von Salzwedel, Claussen, Fuchs. — der sich ausführlich und mit Eifer des Professor Löw annimmt, welcher für den General v. Brandt in die Nationalversammlung eingetreten ist — und Sellmer als Berichterstatter gesprochen. Der Verbesserungsantrag wird verworfen; angenommen der Antrag von Waitz und Genossen. Rühl's Antrag auf Annahme neuer Wahlen zur deutschen Nationalversammlung, die jetzt zur Besprechung kommt, rührt vom 18. Sept. her. Der Antragsteller blickt in kläglich tönender Sprache und mit schmerzlichen Empfindungen auf diesen Tag zurück, dessen Blutvergießen durch die Annahme seines Antrags wohl hätte verhindert werden können. Ein verhängnißvoller Moment (weinerlich) war's, der meinen Antrag — was sachen Sie? hervorrief — einem wehmüthigen Mouvante — lachen Sie nicht — verkauft mein Antrag seinen Ursprung. Sie hatten eben den Mainzer Waffenstillstand unterzeichnet. Daß die Mehrheit das Vertrauen ihrer Wähler nicht mehr besitze, daß sie keine natürlichen Ursachen. Unterthan in der Gesichte ist die Annahme von Mißtrauensvoten an die Versammlung sowohl im Ganzen als an einzelne Mitglieder. Unterdrückt aber auch die Kraft, wie vergleichen hier verraut wird allgemeine Heiterkeit). Man spreche von Wählern, aber nicht die Personen wählten hier, sondern die Sachen (abermaliges Gelächter). Die Mehrheit des Hauses sei schwach — eine krankhafte Majorität unvermeidlich und sein Antrag gebe dahin, die Nationalversammlung nicht aufzulösen, sondern nach und nach durch neue Wahlen zu kräftigen und zu ergänzen. Edel: Wenn Sie Ihr Amt Ihrer Aufgabe recht verstehen, so ist Ihre Zeit viel zu kostbar, um sie an einen Antrag zu verschwenden, der zuerst auf der Pfingstweide zum Vorschein kam. (Gelogen! von der Linken. Präsident: Ich rufe Sie zur Ordnung, Herr Rühl, für dies Wort. Unruhe.) Rühl: Herr Edel hat den Verhandlungen auf der Pfingstweide beigewohnt, er muß also wissen, daß dort nichts von meinem Antrage verschlossen. Präsident: Das sagt' ich gelogen! Edel: Ich erkläre auf das Feierlichste, daß ich am 17. Sept. nicht auf der Pfingstweide gewesen bin. Meine Kenntniß rührt lediglich aus Zeitungsnachrichten her. Allgemeiner Ruf nach Schluß beendet die kleinliche Scene. Die Abstimmung geschieht durch Zettel. Mit 311 gegen 105 Stimmen wird über den Rühl'schen Antrag zur Tagesordnung geschritten und dann (gegen 3 Uhr Nachmittags) die Sitzung geschlossen. (D. Z.)

Deutschland.

⊙ Frankfurter, 10. Dez. Der Verfassungsausschuß hat nun auch den letzten Theil der Reichsverfassung, der von der vollziehenden Gewalt handelt, aufgearbeitet. Er wird mit nächstem dem Drucke übergeben werden. Die Mehrheit des Ausschusses verlangt einen Kaiser, einzelne aus den Süden stammende Abgeordnete das von Hansemann und Welcker besonders in Schutz genommene System der Dreieinigkeit, oder ein Directorium, wozu Oesterreich je ein Mitglied, Bayern in Uebereinstimmung mit den übrigen Reichsfürsten das dritte stellte. Hiezu soll dann noch ein Staatsrath kommen, welcher aus Bevollmächtigten der einzelnen deutschen Regierungen bestände, in der Weise, daß ohne Rücksicht auf Macht und Bevölkerung eine jede derselben nur einen zu ernennen hätte. — Der Staatsrath soll nach Stimmenmehrheit beschließen, eine abermalige Benachrichtigung Südtirolschlands, da es weniger Staaten zählt, als der Norden. Ueberhaupt kann und darf man sich nicht mehr verhehlen, daß die Dinge eine bedenkliche Wendung nehmen. Wir haben uns einer Entscheidung; hier wenigstens wird Alles aufgeboten, die Versammlung so schnell als möglich dahin zu bringen, sich für das Kaiserthum auszusprechen, und zwar für das preußische. Den Reichsverweser sucht man schon als nicht mehr hier anwesend darzustellen. Gerüchte vom Rückzug der österreichischen Truppen aus dem westlichen Deutschland werden emsig verbreitet, Zeitungsartikel fabrikmäßig geschneidet, und nach allen 4 Winden verschickt, endlich die Abgeordneten der nicht preußischen Lande planmäßig bearbeitet. Zu letzterem Zwecke ist seit dieser Woche ein eigenes Zusammenkommen im großen Saale des Weidenbusches jeden Samstag oder Sonntag veranstaltet worden, um „gemüthlich" zu verkehren. An der Spitze der hiezu eingetretenen Einladung stehen Wartenleben, Claussen, v. Trotsow, Lette, Naumann, Groeben und andere Ultrasmarzweiße. Hält man hiermit zusammen, was in der reformirten Kirche gesprochen wird, das ganz verschiedene Maß, welches man an die Beurtheilung der preußischen und österreichischen Zustände legt: kennt man das Zahlenverhältniß, nach welchem die Einzelstaaten Deutschlands hier vertreten sind, weiß man endlich, was in den Klubs selbst verhandelt wird, so scheint es hohe Zeit für Alle jene, welche Deutschland nicht um die Hälfte verkleinern wollen, um Preußen und das Doppelte zu vergrößern, sich aufzuraffen aus ihrer Apathie und Verwahrung einzelnen gegen eine Politik, welche an die Stelle einer freien Heimmeinigung der Vaterlandes zwei feindliche Brüder setzen will, zwei Gegenfüßler, welche nach der Erfahrung einer tausendjährigen Geschichte uns in endlose blutige Bürgerkriege stürzen, welche Oesterreich den Czechen und Kroaten in die Arme treiben wird, Preußen dem habsüchtigen Albion und welche endlich, wie der alte ehrliche Welcker jüngst mit klaren Worten zeigte, zu Preußen und Oesterreich mit Frankreich führen, wodurch wir sicherlich auch, wodurch wir an diesen die untern Donauländer, an jenes das linke Rheinufer nothwendig verlieren werden. — Dies ist die Politik des Herrn Welcker, dies und nichts Anderes haben wir von der Mehrheit der Versammlung in der reformirten Kirche zu Frankfurt zu erwarten. Tönche man sich nicht, Zerreißung ist Bürgerkrieg, Bürgerkrieg ist der Tod der Nationalität und Freiheit, ist der Tod unserer Kinder, ist den welschslavischen Tigern zwischen, schon die zweite Theilung Deutschlands, eine Theilung, welcher die dritte und vierte bald genug nachfolgen würden. Wie unendlich wahr sagt Fehr. v. Closen in seiner hier unlängst ausgetheilten Schrift über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland: „Sollte es gelingen, Oesterreich von Deutschland auszuschließen, so würde sich Rußland freuen, daß Deutschland dadurch geschwächt sehen würde — die erobernagelsüchtige Partei in Frankreich, bei der dadurch Hoffnungen auf das linke Rheinufer erwachen, — alle jene Revolutionäre, welchen jede Vernichtung alles Bestehenden ein Genuß ist, und die nun so sicher das Entstehen einer deutschen Republik hoffen, — jene Ultrapreußen, die bei der Entfernung von Oesterreich, desto eher Aussicht auf Preußens Hegemonie, auf die deutsche Kaiserkrone für Preußens König erwarten. Freuen würden sich die englischen Fabrikanten bei der Hoffnung, daß die russischen, mehr zum Freihandel hinneigenden Seehowohner das Uebergewicht über Süddeutschland haben würden, wo sich immer mehr Sinn für den Schutz der deutschen Industrie, weniger Furcht vor England zeigte; freuen würde sich die Reaktion, wenn sämmtliche Oesterreicher und der Paulskirche schrieben müßten, weil die Mehrheit daran mit der Kaiserkrone hinaus fremde, und sich eine zwiefache schwache Bureaukratie in der Eichenbreiner Straße, die ihre Befehle gewisser von einem Fürsten von Reuß als von einem Kaiser von Oesterreich vollzogen hoffte; Germania aber würde trauern, daß Provinzen, die seit tausend Jahren ununterbrochen zu Deutschland gehörten, von Deutschland getrennt werden sollen. Trauern würde insbesondere Bayern, dessen Herzog um den Besitz ihres Landes Wien einst von orientalischer Herrschaft retten halfen, daß dies schöne Wien der Herrschaft einer andern Art orientalischer Grämmerversallen sollte. Der Tag, an welchem die achtungswerthen Mitglieder der deutschen Nationalversammlung aus Oesterreichs Gauen schweigsam die Paulskirche verlassen, und zum letztenmal den Saal durchwandern würden, wo die Bilder so vieler Kaiser Oesterreichischer Fürsten in Ehren hängen, würde ein Tag Deutschlands schicksvoller: es wäre ein Tag allgemeiner Trauer. Ich möchte ihn nicht erleben, aber viele Mitglieder der Nationalversammlung würden dann wohl schmerzliche Thränen nicht nur des Ab-

schieden von Freunden, sondern auch bitterer Reue zu unterbrechen haben." So sprach v. Closen vor drei Wochen; Eintracht hätten seine Worte machen müssen auf alle jene, welchen das Wohl des gesammten Vaterlandes auch nur oberflächlich am Herzen liegt; aber das Gegentheil ist geschehen, die Vertheilung der Stimmen im Staatenhause zeigt zu der ersten Berathung noch eine zweite, noch eine weiter gehende, und ihren würde sich der, bitter irren, welcher bei der Wahl des Reichsoberhauptes, worauf jetzt mit einiger Hast zugeschritten wird, noch eine Kundgebung jenes patriotischen Aufschwunges erwarten wollte, welcher bei der Wahl des Reichsverwesers den Ausschlag gab.

Bayern. Landtagswahlen. Wir haben in Betreff der Wahlen des Bezirks Au zu berichtigen, daß der dortige Ersatzmann Hr. Dr. Krämer nicht Regierungsrath, sondern Kreis- und Stadtgerichtsrath (zu Passau) ist. — Wahlbezirk Baireuth. Ersatzmänner: 1) J. Bezold von Gößweinstein, 2) G. Schienk von Berneck, 3) Kaufmann Rehm von Neustadt a/B., 4) Lederer Deuerling von Burggrub. — Wahlbezirk Erding. Ersatzmänner: 1) Forstrath Waltmann von München, 2) Bauer Mayer zu Bleiching, 3) Pfarrer und Dekan Wellner zu Giesing, und 4) Hofrath Dr. v. Link in Guttenburg. — Wahlbezirk Amberg. Ersatzmänner: 1) Wachtzieher und Kaufmann Lehner daselbst, 2) Seminarobrikor A. Schmidt daselbst, und 3) Hauptmann Günther vom Infanterie-Regimente Albert Pappenheim. — Wahlbezirk Neustadt a. d. Aisch. Abgeordnete: 1) Postpalter Stöcker zu Langenfeld, 2) Magistratsrath Ludwig Beer zu Neustadt a. Aisch; Ersatzmänner: 1) Physikus Dr. Winkelmeier zu Mkh. Einersheim, 2) Bürgermeister Stöhr zu Hessdorf. — Wahlbezirk Würzburg. Ersatzmänner: 1) Dr. Kirchgessner, Advokat, derzeit in Frankfurt, und 2) Dr. Hummel von Markthreit. — Wahlbezirk Pfarrkirchen. Abgeordnete: 1) Lederer Weis von Eggenfelden, und 2) Bauer Zellhuber von Kreuzberg.

München, 10. Dez. Der „Bürgerverein für Freiheit und Ordnung" hat in seiner Versammlung am 9. d. einstimmig folgende Adresse an den Hrn. Staatsminister Frhrn. v. Lerchenfeld beschlossen: „Hochzuverehrender Herr Staatsminister! Inmitten der mächtigen Bewegung, welche Deutschland bis in die kleinsten seiner Landestheile ergriffen und in welcher Zeit und Volk unter dem Andrang wehrender und zerstörender Leidenschaften nach einer Umgestaltung der Verhältnisse ringen, hat Bayern das Glück, den Hort der Gesetzlichkeit einen, den zu sehen, der, frei von Parteigeist auf der Höhe unbefleckter Bildung, sich auszeichnet durch Klarheit des Blickes wie durch Festigkeit des Charakters, ein furchtloser, unerschütterter Streiter für die Freiheit, ein treuer Hüter der Ordnung, in früheren wie in den neuesten Tagen in Wort und That sich bewährt hat als entschiedener Bekenner der Einheit Deutschlands, als Vertreter des konstitutionell-monarchischen Prinzips und seiner folgerichtigen und vollständigen Durchführung, als umsichtsvoller Rathgeber und Leiter in den Angelegenheiten der Verwaltung. Als solchen kennt Sie, hochzuverehrender Herr Staatsminister, das Land, und darauf gründete sich die allgemein verbreitete, von der öffentlichen Meinung getragene Hoffnung, die Hauptstadt werde die ihr bei der Landtagshaft dargebotene Gelegenheit nicht versäumen, Zeugniß abzulegen vor der Welt, und in gerechter Würdigung Ihrer Verdienste Sie als einen Ihrer Abgeordneten in die Kammer wählen, um an dieser Stelle, gehalten von dem doppelten Vertrauen der Krone und des Volkes, die höchste und steile Vollendung des konstitutionellen Staatsorganismus herbeiführen zu helfen. Der Ausgang der Wahlhandlung hat anders entschieden. Ihr Name steht nicht in der Reihe der Abgeordneten von München. Der unterzeichnete Bürgerverein für Freiheit und Ordnung kann nicht anders, als sein tiefes Bedauern über diesen Ausgang der Wahl aussprechen; er ist aber der festen Ueberzeugung, daß mit demselben in seiner Weise und von seiner Seite gegen die von Gw. Exzellenz zum Heile des Landes und zur Befestigung des Thrones vertretenen wahrhaft konstitutionellen Grundsätze ein Mißtrauen ausgetheilt worden ist, noch werden wollte. Hochzuverehrender Herr Staatsminister! Wir ergreifen die Gelegenheit, Ew. Exzellenz unsere vollkommene Hochachtung und unser auf Ihre bisherige parlamentarische und ministerielle Thätigkeit gegründetes Vertrauen nochmals auszusprechen. München, den 9. Dezember 1848. Der Bürgerverein für Freiheit und Ordnung." (K. v. u. f. D.)

Regensburg, 9. Dezbr. Nach zuverlässigen Nachrichten sind am 6. d. M. im Landgerichtsbezirke Vohenstrauß der Ort Rockenstein und die Städtchen Kleinlein theilweise gänzlich abgebrannt. (Augsb. Tagbl.)

Preußen. — ΔBerlin, 8. Dez. Die Hauptstadt ist ärmer als je an Tagesneuigkeiten. Nicht einmal Gerüchte von Aufständen in den Provinzen gehen um, natürlich, da man dieselben für den Augenblick nicht brauchen kann; sie werden wieder auftauchen, sobald man ihrer zur politischen Agitation bedarf. Sie werden wieder auftauchen, sobald alle andere Mittel sich selbst so gerne Agitatoren und Apostel der Freiheit nennen und in diesem Augenblicke Berlin mit Zwangspost verlassen müssen, es für gut finden werden in die künftige Zentrale der deutschen Republik zurückzukehren. Die Herren verlassen Berlin aber mit schlechten Hoffnungen: die Ernennung des Verfassungsgesetzes, das einzig und allein noch das Tagesgebrech unserer Politiker bildet, hat sie vollständig niedergeschlagen. „Es ist ein Unglück, sagte gestern einer unserer renommirtesten Rothen, daß die octroyirte Verfassung so entsetzlich liberal ist, daß auch nicht das geringste daran auszusetzen ist; die Republik für die mit nächstem Frühjahre die großartigste Schilderhebung durch das ganze Land zu erwarten war, ist nun um mindestens ein Menschenalter hinausgeschoben." — Fürwahr, ein offenherziges Geständniß, das seines Commentars bedarf! Auf entgegengesetzter Seite ist nicht minderer Jammer. Wir hörten die Frage aufwerfen, warum die rothe Kammer nur aus 180 und nicht wie die zweite aus 350 Mitgliedern bestehe? es sei das jedenfalls eine Benachtheiligung des besitzenden Standes sowohl als der durch dieselbe zu vertretenden conservativen Principien und werde dadurch das Uebergewicht bei der Gesetzgebung, das die zweite Kammer an und für sich schon habe, noch um ein Bedeutendes vergrößern. Die gehörigen Personen dieser Ansichten übersehen, daß unter 180 eher eine compacte und wirksame Majorität sich bilden kann, als unter 350, daß 180 eher zu gemeinsamen Schritten zu vereinigen sind, als 350 und daß der Passus des §. 84 des Verfassungsgesetzes, wonach die Mitglieder der ersten Kammer weder Reiseposten noch Diäten erhalten, diese Kammer hinlänglich sichert stets vor solchen Umtriebsversuchen, wie sie die ehemalige ständische Versammlung leider in sich schloß. Noch viel weniger vermögen wir die Furcht der Conservativen in Betreff der nächsten Wahlen zu theilen, indem wir dem Volke zu viel gesunden Sinn zutrauen, als daß wir dem Gedanken Raum geben könnten, es werde die Leute, die ihre gänzliche moralische und geistige Unfähigkeit zur Gesetzgebung so eclatant dargethan haben, noch einmal in den Gemeinderath schicken. Die Mißerwohl dieser Herren ist nun so weniger zu fürchten, als das Volk bei den bevorstehenden Wahlen eine größere Auswahl geeigneter Kräfte hat, wie im Frühjahre, da es in der durch die Märzereignisse herbei geführte Oeffentlichkeit des politischen Lebens hinlänglich Gelegenheit gehabt hat, seine wahren Freunde kennen zu lernen und die Spreu von dem Waizen zu sondern. An Wahlintriguen und Machinationen wird es allerdings nicht fehlen und es sollen bereits heilweise, z. B. hier in Berlin Comité's zusammen getreten sein. Man sprach heute viel theils von Ergänzung, theils von bevorstehender Veränderung des Ministeriums Brandenburg. So soll Herr von Bonin, trotz anfänglichen Sträubens jetzt dennoch wieder bereit sein, das Finanz-Ministerium zu übernehmen und daß Herr von Manteuffel und Herr von Ladenberg auszuscheiden gesonnen seien. Wie viel und wie wenig Wahres an diesen Gerüchten wogen wir nicht zu bestimmen, jedenfalls aber glauben wir versichern zu können, daß sie nicht aus der Luft gegriffen sind. Wie rasch der Entschluß zur Auflösung der Nationalversammlung und zur Publicirung des Verfassungsgesetzes im Kabinete gefaßt wurde ist unter Anderm auch darauf zu ersehen, daß am Tage der Publicirung 1 Uhr Mittags nicht einmal die nächste Umgebung des Prinzen von Preußen eine Ahnung davon hatte.

Berlin, 9. Dez. (Spen. Ztg.) — Die Nachricht von der nahe bevorstehenden Aufhebung des Belagerungszustandes war voreilig. Es ist vielmehr nicht unwahrscheinlich, daß er, in milderer Form, bis zum nächsten Frühjahre dauern werde. Die Presse wird täglich weniger beschränkt. Schon vorgestern ist die Zeitungshalle wieder erschienen und spricht sich sehr liberal, wenn auch in einem gemäßigteren Tone, als wie in der letzten Zeit in derselben zu finden gewohnt sind. Infanterie-Regiments aufgeboten, um nach Oppersdorf zu gehen, wo ebenfalls 100 Mann ungarische Husaren angelangt sind. Die Ungarn sollen entwaffnet und festgehalten werden. (Spen. Ztg.)

Breslau, 7. Dez. Aus Gleiwitz meldet man, daß abermals 105 ungarische Husaren durch Oberschlesien nach Ungarn hin durchgebracht sind. Sie haben unter guter Leitung die Oder und die Weichsel überschritten. Nach Glatz, das übrigens auch jetzt Kanonen auf den äußeren Werken hat, ist ein ungarischer Husar abgeliefert worden, dem bei dem Durchzug durch das preußische Gebiet sein Pferd fiel, so daß er zurückbleiben mußte.

Posen, 6. Dez. Die dänische Krone hat durch ihren hiesigen Konsul sämmtliches hier liegende Schiffsbauholz, im Werthe von mehr als 30,000 Thlrn. aufkaufen lassen. Wahrscheinlich haben auch in andern Häfen solche Aufkäufe Statt gefunden. (Oster Z.)

Oesterreich. — Der Finanzminister Krauß hat im Reichstage den Voranschlag für das Bedürfniß des Staates für 1849 vorgelegt und um die Ermächtigung den Antrag gestellt, ihm einen neuen Kredit von 80,000,000 fl. zu bewilligen. Um einen höheren Steuerbetrag zu erzielen, ohne das Volk zu drücken, glaubt derselbe, daß die Branntwein- und Gebäudesteuer erhöht, eine Einkommensteuer und die Besteuerung der bis jetzt unbesteuerten Zuckererzeugnisse eingeführt werden könnte. Der Abgang im Jahre 1848 beträgt 40 Millionen Gulden, wovon 10,000,000 fl. auf Bauten und 30,000,000 fl. für die Armee bewilligt worden sind. Der Vorschlag wurde der Finanzkommission zur Berichterstattung binnen 8 Tagen zugewiesen. Auch erklärte Minister Krauß, das Ministerium habe beschlossen, das Lottospiel aufzuheben.

Oesterreichische Monarchie.

Pesth. Ein unbegreiflicherweise der Aufmerksamkeit der magyarischen Briefcommissäre entgangenes Schreiben aus Pesth vom 24. meldet, daß Kossuth als Präsident nunmehr sein Ministerium gebildet habe, und seine Spießgesellen seien: als Minister des Innern Jak. Madarasz, des Aeußern Paul Nyary, des Handels Joseph Madarasz, des Krieges Ernst Kiss (ihm beigegeben als Generallissimus der Winkeladvocaten A. Gögger), des Kultus Dion. Pazmandy, der Kommunikation Gr. L. Teleky, der Justiz Gem. Balogh, der Finanzen Barth. Szemere. Viel Glück auf dem Wege. — Nach obigem Schreiben ist am 24. in Pesth Generalmarsch geschlagen worden; die Nationalgarde habe dem Ministerium den Gehorsam verweigert: es soll zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen sein. Kossuth hat in Ofen die Palatinalkanzlei aufgehoben.

Mailand, 30. Nov. Alle Blicke richten sich nach Rom, das von seinem Klechenfürsten verlassen der Kampfplatz der Parteien werden wird; die Bewohner jenseits der Tiber lassen Radetzky hoch leben. Vor der Abreise des Papstes waren schon die meisten Kardinäle entflohen (nach Monte Cassino), Lambruschini kam einen Instructionen bei den französischen Mönchen, welche zu ihrer Sicherheit die Fahne der französischen Republik ausflechten. — In der Umgegend Bologna's dauert Furcht unterstützt vom General Latour siegreich gegen Garibaldi, der sich nach Comacchio zurückzog, indem er bosse, sich dort nach Venedig einschiffen zu können. In Lodana spielt die Anarchie lustig ihre Rolle fort. Die Wahlen werden von den Liberalen verwaltet, unterdrücken, die Urnen zerstört, die Zettel zerfetzt. Die Regierung hat alle Autorität verloren, sie kommt, sie sieht, sie durfte nicht einmal dem neapolitanischen Gesandten, des beschimpfenden und schmutzigen Artikels der Presse wegen, Genugthuung geben, worauf dieser seine Pässe nahm. Die Macht zu fassen, hat diese Regierung verloren, daher die Wühler in Gewißheit der Straflosigkeit Alles unternehmen können, und somit hat die Regierung thatsächlich aufgehört zu bestehen. Um die Autorität und mit ihr die Ordnung und Ruhe wieder herzustellen, gibt es in einem Lande, wo jene so tief gesunken oder vernichtet worden ist, nur ein Mittel — jenes, welches zu Mailand und Wien in Anwendung getommen — wo ist aber der Mann zu finden und wo die nöthigen Werkzeuge dazu? Auch die großherzogliche Familie wird sich ernstlich gendthigt sehen, das Land zu verlassen, um nicht den extremen Parteien als Werkzeug dienen zu müssen. (Augsb. Postz.)

Italien.

△ **Turin**, 7. Dez. Bei Beginn der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer kündete der Minister des Auswärtigen an, daß Oesterreich amtlich die Vermittelung angenommen habe, und Brüssel der für die Verhandlungen auserkorene Ort sei. Ich glaube Ihnen aber zugleich melden zu können, daß die Erklärung Oesterreichs von der Mittheilung begleitet war, daß die Grundlage aller Verhandlung die Erhaltung der Integrität des Oesterreichischen Besitzstandes in Italien sein müsse. Da auch das Programm des neuen Oesterreichischen Ministeriums ausdrücklich aussprach, daß das lombardisch-venetianische Königreich von Oesterreich nicht losgerissen werden dürfe, so fragte der Abg. Bianchi von der Opposition, wie es sich mit dieser Erklärung verhalte. Der Minister Perrone erwiederte, er habe noch nicht Zeit gehabt, dieselbe in den Blättern zu lesen (Gelächter), die Nachricht, daß er so eben mitgetheilt worden, sei vom französischen Minister des Auswärtigen angekommen. Hr. v. Tocqueville werde Frankreich bei den Konferenzen vertreten. Auch die wiederholten Fragen Bianchi's und Giuglianetti's vermochten nicht den Minister zu weiteren Mittheilungen zu bestimmen.

Rom, 1. Dez. Einer der Regsamsten eines in Gaeta anwesenden Kardinals theilte gestern einem hiesigen Freunde über die Ankunft des Papstes brieflich Folgendes mit. „Mehrere Karrossen mit Postgespann trafen zugleich ein. Im Kabriolet der ersten saß der bayerische Minister Graf Spaur mit seiner Gattin, im Innern des Wagens befand sich Pius IX. mit dem vierjährigen Sohne des genannten Ministers. In zweiten Wagen fuhren Abbate Rosmini, Mons. Stella und mehrere Kämmerer; im dritten die Brüder Hr. v. Hellighen de Cleve und Abbate Maria Luigi. In Mola di Gaeta angekommen, stiegen sie in der Locanda di Cicerone ab, begaben sich nach dem Frühstücke in die Festung Gaeta, wo sie in einem Wirthshause bis zum 26. incognito verweilten. Am nächsten Morgen erschienen 4 Schiffe im Hafen, auf denen erstlich sich mehrere Kardinäle befanden, auf dem zweiten der König und die Königin von Neapel, auf dem dritten ein Bataillon königlicher Garden, auf dem vierten ein Bataillon Linienstruppen. Der König eilte mit seiner Gemahlin und dem Hof zum Papst und bewog ihn durch Bitten, in seiner Wohnung vorlieb zu nehmen. Diese ward sofort durch die königliche Leibwache besetzt, eben so nach einer Hexenprocessirung der Molo di Gaeta. Der König stellte St. Heiligkeit alles in Gaeta zur Verfügung. In denselben Tage liefen noch mehrere andere hohe Personen von verschiedenen Seiten her an, auch einige Kardinäle und die Fürsten Borghese, Doria und Saloiati. Am Abende ward der russische Prinz aus Neapel erwartet. Am 27. durchging der bl. Vater unter dem lautesten Jubel des Volkes die Straßen der Stadt und ertheilte später vom Balkon seiner Wohnung den apostolischen Segen, während die Kanonen der Festung gelöst wurden." (Augsb. Postz.)

Rom, 4. Dez. Der Aufbruch des diplomatischen Korps nach Gaeta verkündete gestern Morgen das Eintreffen der Proteste des Papstes, deren Inhalt in der That auch bald geschwenkt verbreitet wurde. Das Manifest selbst kam nur sehr wenigen zu Gesicht, und scheint eher unterdrückt als in Umlauf gesetzt worden zu sein.*) Der Papst erklärt darin, daß er durch die letzten unseligen Auftritte zu seinem großen Leidwesen gezwungen worden sei Rom zu verlassen, und daß er zeg den Protest, welchen er bereits vor dem diplomatischen Korps gegen die gewaltsame Einsetzung des Ministeriums eingelegt habe, vor aller Welt wiederhole, und alle in der Zwischenzeit bekanntgegebenen Erlasse als jener legalen Sanction ermangelnd für null und nichtig erkläre und eine Gouvernantionscommission einsetze, welche in folgenderweise zusammengesetzt ist: Kard. Castruccio Castracane, Mons. Roberto Roberti, Fürst von Roviano, Fürst Barberini, Marchese Bevilacqua von Bologna, Marchese Ricci von Macerata, Generallieutenant Zucchi. Gestern Abends hieß es bereits, daß mehrere der hier anwesenden Mitglieder dieser Commission bereiten angedroht hätten sich geweigert hätten, weil sie natürlich jedes materiellen Einflusses entbehren. Um 10 Uhr versammelte sich die Deputirtenkammer, welche diesen Morgen ihre Geschäftige durch ein an die Völker des Kirchenstaats gerichtetes Manifest kundgegeben hat. Durch dieses erklären sie, daß, da ein gewisses sie und die verbrieftesten Attentäter aller authentischen Kommunication ermangle, so sei auf kaiserliche keine Rücksicht zu nehmen, und daß Minsterium habe in der Ausübung seiner Funktionen zu verharren. Man werde eine Deputation an den Papst senden und ihn zur Rückkehr nach Rom auffordern lassen. Unterdessen solle man zur Aufrechthaltung der Ruhe mitwirken wie bisher. (A. Z.)

Frankreich.

△ **Paris**, 7. Dezbr. Standal! Standal! Standal! Man hat in Frankreich amerkannten, gerichtlich verurtheilten Mördern und Todten Nationalbelohnungen zuerkennen und gewähren wollen! Das geschah im ersten Jahre der alleinseligmachenden Republik, und die Nationalversammlung selbst sollte das Werkzeug zu solcher unsittlichen That werden! Am 19. September hatte General Cavaignac der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorgelegt, kraft dessen Lamoricière und andere Gest- und Ehrenbelohnungen an die Februarkämpfer, die Verwundeten jener Tage, die Hinterbliebenen der Gefallenen und die frühren politischen Verurtheilten verliehen werden sollten. Hr. Senard, der damalige Minister des Innern, hatte den Entwurf gegengezeichnet und einen beträchtlichen Kredit für die zu gewährenden Belohnungen verlangt. Schon im März hatte die provisorische Regierung eine Zentralkommission unter dem Vorsitz des Republikanismus Guinard niedergesetzt, welche nun mit drei andern Ausschüssen (für die Februarverwundeten, die politischen Gefangenen und die Kämpfer für die Republik), an deren Spitze Albert, Sobrier und Konsorten standen, die Lage jedes Einzelnen zu untersuchen und die Liste der zur Belohnung Vorzuschlagenden zu entwerfen hatte. Diese Liste bildete die Grundlage des Entwurfs. Hr. Senard hatte bei Vorlegung desselben erklärt, es handle sich dabei nicht um eine Belohnung, sondern um einen Akt, der eben so sehr die dankbare Republik als die Bürger, welche sich für sie hingegeben, ehren solle. Wie aber nun auch den sowohl vom General Cavaignac als von Hrn. Senard heute in der Nationalversammlung gegebenen Erklärungen beruhigt, scheint mir in der That, daß die Liste, welche diese Liste genauer angesehen zu haben. Die mit Prüfung des Entwurfs beauftragte Kommission aber verlangte, daß sie ihr mitgetheilt werde, sie erhielt sie endlich gestern, und da sah sie denn, wen man belohnen wollte. Neben Flocon mit einer Jahresgage von 500 Fr., Trelat mit einer Rente von 300 Fr., A. Marrast, Recurt, Gervais (von Caen) u. a. figurirten auch die Namen der Verurtheilten und Angeklagten der Mörder, welche auf Ludwig Philipp und seine Familie Attentate begangen hatten, darunter folgende: 1) die Frau Pepin's (des Mordgenossen Fieschi's) und ihre Kinder mit einer lebenslänglichen Pension von 500 Fr. für jedes von ihnen; 2) die Schwester des Mörders Lecomte mit 500 Fr. lebenslänglicher Pension; 3) Boucheron, wegen Attentats auf das Leben der Herzogin von Orleans, Remeurs und Aumale zu zehnjährigen Gefängniß verurtheilt, mit 500 Fr. Pension u. s. w. Aber nicht genug damit, sollten auch noch Leute jener Klasse, die keinen Unterschied zwischen Mein und Dein kennt, und Prouvhons saubere Lehre, wonach das Eigenthum ein Diebstahl ist, praktisch geübt hatten, Nationalbelohnungen erhalten. Da waren aufgeführt z. B. Goffineau, wegen Diebstahls und Verleitung zu Schlaghandeln und Komplotten zu zehnjährigem Gefängniß verurtheilt, mit 300 Fr. Pension; Bignon, wegen Diebstahl 1832 zu 18jährigem Gefängniß verurtheilt, mit 300 Fr. Pension u. s. w. He Unsere, der sicherlich nicht wußte, für wen die Kommission der Nationalbelohnungen diese Pensionen verlangte, breilte sich, den Gesetzentwurf zurückzuziehen. Inzwischen hatten die Mitglieder der Petitionskommission der Nationalversammlung mit ihren Namen ihren sämmtlichen Kollegen mitgetheilt, und man kann sich denken, welch ein Skandal dadurch erregt werden mußte. Heute brachten bereits mehrere Blätter die Liste im Abdrucke, und die Entrüstung, welche sie erregt, ist eben so groß als allgemein. Cavaignac und Senard erklären zwar heute in der Kammer, Beschaffenheit und Inhalt der Liste nicht gekannt zu haben; aber dann bleibt immer der Vorwurf bestehen, daß sie Verbrechercharakter den Entwurf vorlegten. Cavaignac's Gegner suchen nun daraus gegen ihn Nutzen zu ziehen, und mehr oder weniger wird ihnen dieß auch gelingen. Hr. Senard wird freilich heute jeden Gedanken, als hätte er Räuber und Mörder belohnen wollen, von sich, und er-

*) Die „Allgemeine Zeitung" bemerkt hiezu: Einem andern uns aus Rom zugekommenen Briefe zufolge wurde die an den Cardinal Castracane gerichtete Depesche mittels einer Estafette an den russischen Gesandten, Grafen v. Buteniess, nach Rom überbracht. Dieser Diplomat reiste fast unmittelbar darauf nach Gaeta ab, wohin auch der Marchese Sacchetti, der vice-Majordomus S. Heiligkeit abging.

innerte daran, wie er selbst durch das betreffende Dekret sich verdächtlich gemacht, alle Namen der Geächteten im Moniteur zu veröffentlichen. Dies aber mit Namen von Räubern und Mördern zu thun, hätte er gewiß nie sich anheischig gemacht. Die Listen seien auch von der Bestrafungskommission der Regierung erst zugekommen, als er bereits aus dem Kabinet ausgetreten war. Sie seien ihm daher gänzlich unbekannt gewesen. Er theile die ganze Entrüstung darüber, daß man aus einer Verurtheilung zur Todesstrafe und Mord einen Titel zu einer Nationalbelohnung habe machen wollen. Hr. Guinard behauptete, die Listen trügen gar keine Unterschrift, seien nicht einmal geschlossen gewesen. Aber Hr. Dufaure erwiederte ihm, die Listen hätten allerdings zwei Unterschriften getragen, nemlich die des Hrn Bauer, Referenten, und des Hrn. Fort, Mitgliedes der Kommission für die Nationalbelohnungen. (Das Weitere über die weiteren Verhandlung haben wir bereits gestern mitgetheilt.)

❑ Paris, 8. Dez. Die Nationalversammlung schritt gestern über die Frage der Nationalbelohnungen einfach zur Tagesordnung. Aber die Regierung hatte den Abgang der Malleposten bis 11 Uhr Nachts zurückgehalten, um zugleich mit den Zeitungen, welche die berüchtigten Listen enthalten, auch die Widerlegung der Verläumdungen gegen sie abgehen zu lassen. Daraus machte nun heute der Repräsentant Wezin, dem Beispiele mehrerer Blätter folgend, dem Kabinete ein Verbrechen. Der Finanz-Minister Trouve-Chauvel antwortete: Herr Dufaure habe gestern den durch Veröffentlichung der vielbesprochenen Listen begangenen Mißbrauch ein Verbrechen genannt. Sie (der Finanzminister) habe es kaum auf sich genommen, den Abgang der Malleposten zu verzögern um mit dem Gesetze auch zugleich das Gegengift in die Departements gelangen zu lassen. (Bravos links. Murren rechts.) Hr. Wezin: eine solche Maßregel, die Post zurückzuhalten, habe Besorgnis besonders in den Landgemeinden verbreiten müssen. Das verdiene strengen Tadel. (Die Linke ruft: zur Tagesordnung.) Hr. Etienne Arago (der Generalpostdirektor): er habe alle Maßregeln getroffen gehabt, um die Bevölkerung zu beruhigen. Alle diesen Morgen angekommenen Kuriere versichern auch, daß überall Ruhe herrsche. (Gelächter.) Hr. Larabit: er sei eben diesen Morgen aus seinem Departement angekommen, und könne sagen, daß die größte Angst über das Ausbleiben der Malleposten obherrscht habe. Auf dem Wege habe er sogar einen Postillon äußern hören, die Regierung sei geflohen. Noch wollte Hr. Frésneau dem Finanzminister antworten, um die Willkür zu zeigen, die sich derselbe erlaubte durch Zurückhaltung der Posten und noch weitere Aufschlüsse über die beabsichtigten republikanischen Listen zu geben. Aber die Linke, welche noch schlimmere Enthüllungen fürchtete, ersticke die Stimme des Redners und man ging kurz vor Postschluß zur Tagesordnung.

Spanien.

Madrider Blättern vom 30. Nov. zufolge haben die Karlisten einen neuen wichtigen Sieg in Catalonien davongetragen, indem sie General Leftunis Kolonne vollständig schlugen und über dreißig Kanonen gefangen nahmen. Ein Karlistencorps hatte Mataro, eine Küstenstadt von 15,000 Einwohnern — dieselbe bis wohin die von Barcelona aus eröffnete Eisenbahn reicht — besetzt, und Vich bei Gerona, eine Stadt von 11,000 Seelen, ist von den Karlisten eng blokirt. Guerrillas dieser Partei zeigen sich, wie erwähnt, bereits in Kastilien, und ein Ausbruch soll nächstens in Navarra zu befürchten sein. Das in Katalonien versammelte königliche Heer ist 35,000 Mann und 1400 Pferde stark.

Der „Heraldo" vom 2. Dez. versichert, und Bayonner Blätter scheinen die Nachricht zu bestätigen, daß es dem General Paredes gelungen, den Brigadier Manzano aus der Gefangenschaft der Karlisten zu befreien, und seinerseits den Bandenchef Don Antonio Tristany gefangen zu nehmen. General Concha, der neue Generalkapitän von Katalonien, war am 29. Nov. in Lerida eingetroffen. (A. Z.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 11. Dez. Bayer. 3½proz. Obligationen 76 ℔. 75½ ℬ. 4proz. 88 ℔. Bankaktien II. Gesuchte — ℔. 580 ℬ. Prozessen 36 ℔. 33 ℬ. Oesterreich. 5proz. Metall. 950 ℬ. Württemberg. 3½proz. 75½ ℬ. 4½proz. 92 ℬ.

Wien, 9. Dez. 5proz. Metall. 78⅝ 4proz. 64. 3proz. — 2½proz. 41. 1834r 500 fl.-Loose 138¼. 1839r 250 fl.-Loose 92½. Bankaktien 1102. Nordbahn 102½. Glogguitz 94. Venedig-Mailand 65¼. Budweis —. Livorno 65¼. Pesth 62. Siena 51. Neuninnenbahn —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Fremdenanzeige.

Bauer. Hof. Siewert Jortes, Renlier, aus England. Delbermann, Kaufmann, von Köln.

Gold. Hahn. v. Hyp, Praktikant, von Grafenau. Obermaier, Kaufmann, von Kriegsbahor.

Blaue Traube. Wolf, Oberlieutenant, von Augsburg. v. Kraus, von Landau. Nagy, Advokat, von Lichtenfels. Cöster, Kaufmann, von Frankfurt. Baron v. Sturmfeder, Kammerherr, von Stuttgart.

Gestorbene in München.

Rosalia Einfele, Schuhmeistersgattin, 36 Jahre alt, den 7. Dez. Peter Dietz, königl. Ministerialsekretärs-Gattin, 72 J. a. Elisabetha Schmid, Zimmermannswittwe, 86 J. a.

287. Bei Viktor v. Zabern in Mainz ist so eben erschienen und in Joh. Palm's Hofbuchhandlung in München zu haben

Theoretisch-praktische Anweisung
zur
Einführung und Anwendung
des
öffentlichen und mündlichen Strafverfahrens mit Schwurgerichten in Deutschland

nebst allen zu den einzelnen Prozessen erforderlichen Mustern und Formularien, einem Entwurfe des großherzogl. hess. Justizministeriums zur Organisation der Schwurgerichte, und einem wörtlichen Abdrucke einiger wirklich verhandelten Strafrechtsfälle jenlischer Kategorie, bearbeitet von mehreren praktischen Juristen Rheinhessens, und herausgegeben
von
Ludwig Tippert,
Dr. juris.
Preis fl. 2 24 kr.

291. Bierneusstraße Nr. 4 (Mittelbadergplatz, wo der Glaslacken ist) gehörte zu einer Erbschaft sehr schöne weiße und eine ganz neue Art gasstammige Bilschhüte von 3 fl. 30 kr. bis 4 fl. mit Rasch und Allem. Sammthüte von 1 fl. 24 kr. bis 2 fl., Bilschhüte für Kinder von 2 fl. bis 2 fl. 42 kr., und von 54 kr. bis 1 fl. 30 kr. nach neuester Façon zu haben. Seidenfammthüte werden von 3 fl. 48 kr. bis 5 fl. 24 kr. verfertigt in allen Farben.

Verschleunheits-Erklärung.

286. Nachdem auf die förmliche Verladung vom 24. Juli l. Js. die ledige Wagnerstochter Elisabeth Stampfl von Reitmertzing b. Ge. weder selbst, noch eine Descendenz von ihr sich hierorts gemeldet hat, so wird dieselbe hiemit für verschollen erklärt, und ihr in 200 fl. bestehendes Vermögen an ihre Intestaterben gegen hypothekarische Sicherheitsleistung ausgehändiget.

Alt. den 21. Nov. 1848.

Königl. Landgericht Wasserburg.
Kaar,
Landrichter.

288.

Der Reichsanzeiger der Deutschen

wird, in Zuversicht baldiger Herstellung des deutschen Bundesreiches, vom 1. Januar 1849 an unter seinem alten Namen, aber in neuer Form erscheinen. In seinem freien Sprechsaal wird jedem Deutschen Gelegenheit gegeben sein, sich über unser gemeinsames Staats- und Volks-Leben nach jeder Richtung hin selbst auszusprechen oder an den Aeußerungen Anderer das eigne Urtheil zu bilden. Auch die wichtigen Ereignisse aus der Tagesgeschichte werden des Lesens täglich mitgetheilt werden.

Der Reichsanzeiger wird das Bedürfniß eines allgemeinen deutschen Intelligenzblattes für Behörden und Privatleute in jeder Weise zu befriedigen bestrebt sein.

Der Preis des Blattes ist vierteljährlich 1 Thlr. oder 1 fl. 45 kr. rhein. Die Einrückungsgebühren betragen nur 1 Sgr. oder 3½ kr. rhein. für die gespaltene Zeile aus Petitschrift.

Die Postämter, Zeitungsexpeditionen und Buchhandlungen geben Probeblätter aus und nehmen Bestellungen an, wo deren prompte Einrichtung man bittet.

Gotha, den 1. Dez. 1848.

Die Redaktion des Reichsanzeigers der Deutschen.
F. G. Becker. A. Bork.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Die Thronveränderung in Oesterreich.

(Aus der Grazer Zeitung.)

Der Kaiser hat seine Krone niedergelegt: er, der in der bewegten, unruhvollen Zeit von dem vorgezeichneten Wege schwankenden Thron blieb, klagt nun von demselben nieder, wo dieser nach vorübergegangenen Stürmen, die ihn in ihren tiefen Stößen nicht mehr zu erschüttern vermochten, wieder befestigen wird, von der alten Liebe und Treue seiner Völker geschützt, seinem Herrn zum wohne Tage der Freude dringen soll. Was hat ihn dazu bewogen? Die Gründe können nicht auf der Oberfläche liegen, das begreift Jedermann, und darum ist es wichtig, sie aufzusuchen und diesen großen Schritt nach seiner ganzen Verdunkung zu würdigen. Ich werde offen meine Meinung darüber aussprechen, unbekümmert darum, ob mich eine Partei, die meine Gesichte und Ansichten über den Thron nicht theile, gerade indem ich eine Pflicht zu erfüllen suche, vielleicht gar niedrige Motive beschuldigen werde; denn ich lebe der Ueberzeugung, daß ich nur meinen Gesinnungen nicht allein Liebe, sondern unter den biedern Völkern Oesterreichs, die das Gute und Edle nicht blind in der armen Hütte, sondern auch am Throne zu schätzen wissen, eine große und mächtige Partei, nur nicht zu sagen Alles, für mich habe.

Als die geistige Gährung in Europa, welche furchtbare Regierungen durch unaussprechlich barbarischen Widerstand zu ihrem eigenen Verderben sich drohend anhäufen sahen, zum Ausbruche kam, und sich von der Seine über den Rhein verbreitend auch Oesterreich, und zwar an allen Seiten ergriff, da war es unter den Männern der Regierung der Kaiser allein, welcher der Volkserhebung in der Residenz seinen Widerstand zu leisten gestattete, und das Volk seine Rechte, wie es ganz recht und billig war, in einem fast unblutigen Siege als Trophäe gewinnen ließ. Die alte Zeit ward von der neuen unerwartet besiegt, und selbst darum seinen Versuch wagen, sich mit Kanonen und Bajonnetten zu behaupten. Was die Residenz durch ihre Erhebung errang, wurde auch allen Provinzen zu Theil. Nicht auf diese Art wurde aber überall die Geburt der neuen Zeit gefeiert, und Unheil wäre es, diese Milde des Kaisers nicht zum Verderben zu erheben und sie als ein solches anzuerkennen; denn die menschliche Natur gefällt sich besser in unbedingter Gewaltthat und ist mehr geneigt, ihren Trieb, sich dadurch kund zu geben die Macht hat zu schützen, auszugeben, aber den Einfluß der ewigen Vernunftgründe auf sich zu gestatten.

Als nun das politische Leben sich nun fast ohne Schranken war, da wurde die Regierung bald von dem Volke und seinen Wünschen überholt, weil es leichter ist zu denken als zu handeln, leichter das Gute zu erfinnen, als es auch in's Leben rufen zu können. Thörichte Wünschbarkeiten, welches durch unlautere Absichten einiger Volksleiter und Unthätigkeit einiger Regierungsmänner noch verschlimmert wurde, drohte einen neuen Kampf zwischen Volk und Regierung herbeizuführen, welcher weder nur durch die Milde und Nachgiebigkeit der Letzteren, wo ihm doch zum Segensteile gewendet worden ist, verhindert wurde, noch weniger für die Zufriedenheit der Bessern und die Ruhe des Staates bei weitem nicht hat geschehen, was man gerechterweise hätte erwarten sollen; die Anarchisten gegen die Kaiserl und seiner Regierung wurde nicht, da sich einige Personen in seiner Umgebung verdächtig gemacht hatten, für die Liebe zum Volke und Achtung für die Forderungen des Zeitgeistes, sondern für Schwäche gehalten, und man glaubte sich nun berechtigt, selbst in die Regierungsrechte durch diesen Versuch zu wagen. Politische Abenteurer wanderten nun von allen Seiten nach Wien, aus dessen Mauern der donnernde Kaiser entfloh, und schlugen hier ihn Herd ihrer Umtriebe auf. Von nun an war Wien nicht mehr die Hauptstadt Oesterreichs: es stand unter dem zeitigen Zauber und nun Thrile im Gute von Auslandern, welche sich gegen die große Monarchie verschworen, deren erste Bürde es ist, auch erster Hort es auch hätte bleiben sollen. Wien wurde wenigstens in einem Theile seiner Bevölkerung, der sich das Recht anmaßte, im Namen Aller zu reden und zu handeln, Oesterreich ungetreu und blieb darum von den Provinzen verlassen. Selbst die Rückkehr des Kaisers konnte diese Stimmung nicht ändern; der revolutionäre Theil war der thätige und darum auch der Regende; was er beabsichtigte, das der 6. Oktober mit eine schreckliche Art großkannt. Nun mußte der Kaiser abermals die Burg seiner Väter verlassen, weil er sich daselbst von den Feinden seiner Thrones nicht mehr sicher glaubte, und die Wiege der Erhaltung der Monarchie, wofür sich die Provinzen aussprachen, forderte ihn auf, den Aufstand in der Residenz mit den Waffen unterdrücken zu lassen. Dieser Abzug der Bewegung, der er überall, wo sie im Namen der allgemeinen Freiheit und des allgemeinen Rechtes forderte, ihre Thätigkeit gewährte, mußte sein Herz tief ergreifen und ihm vielleicht den Glauben an die so oft versicherte Treue der Wiener rauben. Er mag einsehen, daß Milde, Güte und selbst Weisheit, hier hohen Eigensinnes am Throne, doch nicht ausreichen; daß es im Staate Menschen gebe, welche immer nur durch Strucht und Schrecken gezähmt sein wollen, und daß diese Gesinnen in solchen Zeiten der Not sei, wo durch Wechsel der Regierungsformen die bestehende Ordnung lockerer und die Leidenschaften zügelloser geworden sind.

Neben den Rücksichten seiner körperlichen Gesundheit mögen also für gerechte Unbank für die edlen Gesinnungen, die er bei jeder Gelegenheit durch Thaten dem Volke zu zeigen suchte, und die Notwendigkeit, gegen Ungarn Maßregeln zu ergreifen, die seinen weichen Gemüthe widerstehen, durch die Gefahr aber, welche weiter der ganzen Monarchie drohen werden, viel zu seinem Entschlusse beigetragen haben; allein wir halten sie noch nicht für die entscheidenden Gründe und suchen daher dies viel weiter.

Unsere Zeit ist ernst und schwer; alle öffentlichen Verhältnisse sind umgestaltet geworden; der Boden der Staaten ist fast in ganz Europa bedroht und haltend die Garantie für die höchsten Güter des Lebens: für Freiheit, Leben und Eigenthum, aufgehoben. Gab es jemals einen Moment in der Geschichte, wo sich die Notwendigkeit einer geregelten und kräftigen Regierung sühlbar machte, so ist es gewiß der gegenwärtige. Wie sehen recht wohl ein, daß diese Regierung nicht wie immer drist assen sein könne, daß sie, weil dazu berufen, die Bedürfnisse der Zeit zu befriedigen, und bieser bewegungen und ihren Geiste entsprechen sein müsse; allein wir sind eben so überzeugt, daß eine so beschaffene Regierung dann geschaffen, unverlegbar und gegen jeden Angrif des Aufrubrs geschützt sein müsse.

Der Kaiser hat sich buttigend dem Zeitgeiste und eingedenk seiner Pflicht wie einer solchen Regierung des öffentlichen Vertrauens zu umgeben gesucht, nicht nur ihre beliebet, sondern von dem Volke legierende Personen hat er in seinen Ministerrath berufen, bereit, diesen so oft zu entfernen, als es der allgemeine Wille verlangen würde — Wehr konnte amtlich nicht geschehen, und noch war es den Forderungen gewisser Menschen nach immer nicht genug. Jetzt wurde es klar, daß man nicht ein Ministerium des Vertrauens suchte, das im Antritte des Staates regieren sollte, sondern, das man gar keines haben wolle, um selbst die Zügel der Regierung zu ergreifen, und dann auf den Trümmern des alten Staates einen neuen zu erbauen, der in seinen politischen Fiebertraume ausbrechen, gewiß seine längere Existenz, als die eines Traumes ist, gehabt haben würde. Wie Verwüstig nahmen der Kaiser und seine Minister den Abgrund wahr, wahin die Monarchie und durch sie die europäische Staatenordnung, hiermit aber auch der Wohlstand, die Freiheit und das Leben der Staatsbürger geführt werden sollten. Noch sollte ein letzter Versuch gemacht werden, gemäßigte Männer, die das Vertrauen des beschworen; allein die Friedensstifter, die im Namen des Rechtes kamen, nicht um zu fordern, sondern um zu unterhandeln, stehen als Opfer seiner Wuth. So starb der k. k. Kommissär Zamberg in Pesth, so der Minister Latour in Wien; man konnte nicht mehr daran zweifeln, daß der Aufruhr seine Pläne um jeden Preis durchsetzen wolle, und daß derselbe Geist, wie die Deputirten Absichten und Sichtsweisen in Frankfurt gewordet hatte, nun auch in Oesterreich herumgehe und seine verderblichen Rezepte ausspanne. Die Regierung wurde auf diese Art bemüssigt, zum letzten Mittel zu greifen, um ihre Schuldigkeit zu thun; denn so wie sie nicht da ist, um bloß dynastische Interessen zu schützen, eben so wenig kann es ihre Bestimmung sein, den verderblichen Klatschereien ruhig zuzuschauen, daß in eine allgemeine Umwälzung seinen letzten Grund suchen. Dieses ist der Grund, warum sich der Kaiser, wie die Burg seiner Väter ist, wo seine Wiege stand. Wien, das so oft in patriotischer Hingebung und Treue an das Regierungshaus und die Monarchie erprobte, mußte nun mit allen seinen Schätzen, welche der Stolz des Kaiserreiches sind, einem Schicksale preisgegeben werden, dem sich der Kaiser und sein Ministerium widersetzen, und dem sich Niemand auf die allgemeine Wohl als das einzige Rettungsmittel anzusehen hatten. Wir wissen es jetzt genau, auf welchen Weg und der Aufstand in Wien in politischer und sozialer Hinsicht bringen wollte. Die jetzigen Bewegungen in Deutschland und Italien geben einen deutlichen Kommentar dazu: die Strike; womit man die Deputirten in Berlin bedrohte, der Galch, durch welchen man Windischgrätz Kopf in Wien fiel, Alles war ein Mittel zum Zwecke, und welche Mittelchen man mit der Ausführung des Planes benutzt habe. Und doch hat diese Partei im Namen der Freiheit und des allgemeinen Wohles zu kämpfen vorgegeben, und hat zumal in Oesterreich die besten Gesinnungen des Kaisers und seiner Regierung als profitlandr verschrieen, und mit dem infamsten Gespenste der Gamarilla zu schrecken gesucht. Wo ist die Gamarilla?

Männer, die ihr mit dem schmutzigen Namen der Dienen einer verdrogenen Partei bezeichnet habt, seien fest jeden Tag Dasjenen in den Städten, wo ihr ihren Namen gebrandmarkt habt.

Solche Bestrebungen haben nicht nur Oesterreich, sondern ganz Europa in eine Aufregung gestellt: in die Brust der Männer der Freiheit und Gesetzlichkeit, welche in jener die Anarchie, welche sein Wirken verschmäht, und ihre Ansichte in Geltung zu bringen. Wir sind keine Fanatiker der Ruhe; wir wissen, daß es Güter gibt, für deren Erhaltung Alles gewagt werden muß, weil ohne sie das Leben keinen Werth hat, allein sie müssen in der That in Gefahr sein und solche Opfer als die einzigen Mittel ihrer Erhaltung erlangen; ist dies aber nicht der Fall, kann dasselbe Ziel auf friedlichem und ohne die Gewalt und sind Freunde der fortschreitenden Reformen, weil sie ohne unnöthige Opfer das Gute zu erstreben sucht: Auf diesen Standpunkt hat sich nun die Regierungen, ihre Zeit wohl begriffend, gestellt, und in österreichische hat zumal in dem Programme ihres Ministeriums die wohlthätige Duldigung den Grundsätzen der neuesten Zeit gebracht. Um den Volke den gesetzlichen Bereich zur Aufstellgleit seiner Gesinnungen zu geben, um seinen Feinden jeden Vorwand zu benehmen, den Glauben an die Gesetzlichkeit seiner Gamarilla und ihren Einfluß auf die Regierung zu erhalten, hat der Kaiser den letzten noch möglichen Schritt gethan und der Krone entsagt. Mit ihm soll gleichsam die verdächtigte alte Zeit und ihr Anhang von dem Throne sich entfernen, daß dort mit der neuen neuen Kaiser als ein Zeiger Weg, neben. Ein sehr ernstes, aber auch das ist die Bedeutung, die wir ihr geben.

Die große Frage ist nun, ob Ferdinand, der Gütige, Liebende, Gerechte, Hochherzige erscheint hier in dem strahlendsten Lichte und als ein Vorbild für alle Fürsten und seine Verthierung

gen der Liebe zu seinem Volke haben ihre letzte Rechtfertigung erhalten. Möge er die Versicherung mitnehmen, daß das Volk nicht hinter der Güte seines Kaisers zurückbleiben werde, die dankbare Gegenwart erkennt und würdigt die Größe seiner Handlung zum Theil schon jetzt, und wird ihm zum Lohne ein unvergängliches Gefühl der Liebe; die Geschichte wird aber nicht vergessen, seine Tugenden den Herzens zu rühmen, und ihm einen ehrenvollen Platz unter den Habsburgern anweisen. —

Die Thron-Entsagung Sr. k. k. Hoheit des Erzherzogs Franz Karl hat unserer Meinung nach dieselben Gründe, und verdient darum auch dieselbe Anerkennung.

Was den neuen Kaiser anbelangt, so steht er noch in der ersten Blüthe des Lebens. Jugend bringt meist keine Erfahrung, aber sie bringt Kraft und somit auch Hoffnung. Der Moment des Antrittes seiner Regierung ist schwierig: aber Gefahren und Mühen entwickeln um so schneller geistige und körperliche Kräfte und führen sie noch vor der Zeit zur Reife. Ueberdies steht ihm die Einsicht des Ministeriums zur Seite und die politische Glaubenseinheit, das so durch neue Minister abgetragene, sichere Pfand des Vertrauen des Volkes, und hinter beiden steht noch gerüstet die tapfere Armee. Wir vertrauen unter solchen Umständen auf unsere Zukunft und auf unser Glück.

Deutschland.

Frankfurt, 9. Dez. Wie man hört, ist in der Verfassungskommission der Nationalversammlung in Betreff des künftigen Reichsoberhaupts der Vorschlag gemacht worden, einen Erbkaiser mit dem Sitz in Frankfurt zu ernennen. Es soll demselben eine Zivilliste ausgesetzt werden. Während einer Abwesenheit des Kaisers von Frankfurt soll an dem jedesmaligen Aufenthaltsort desselben ein Reichsminister bei ihm sein. — Das Reichsministerium hielt gestern eine Plenarsitzung, um wegen der Unmöglichkeit, sich zu ergänzen, in Berathung zu geben. Der nämliche Gegenstand war am Abende vorher in einer beim Finanzminister v. Beckerath stattgehabten Besprechung, woran auch der Präsident Hr. v. Gagern Theil nahm, verhandelt worden. v. Gagern soll sich dazu verstanden haben, die Präsidentschaft des Reichsministeriums — worunter jedoch ihre Parteifassile — zu übernehmen, für den Fall, daß solches für die Wohlfahrt Deutschlands unumgänglich nöthig gehalten würde. Während in engen und weiteren Kreisen von der Ausscheidung Oesterreichs von dem deutschen Bundesstaate die Rede ist, erfahren wir als zuverlässig, daß sich dasselbe nicht bloß bereit erklärt hat, seinen Beitrag für die deutsche Kriegsmarine zu verdoppeln, sondern daß auch schon ein namhafter Theil der an Oesterreich fallenden Beitragsquote angewiesen worden ist. (S. M.)

Bayern. — Landtagswahlen. Wahlbezirk Bischofsheim v. d. Rhön. Abgeordnete: 1) Kaufmann Reinhard von Neustadt, 2) Bürgermeister Winner von Mellerichstadt, 3) Thierarzt Richter von Gersfeld. Ersatzmänner: 1) Kaufmann Gerlach von Brückenau, 2) Advokat Hirsch von Münnerstadt, 3) der Oredvorsteher (der Name nicht genannt) von Gefäll.

Schleswig-Holstein. — Flensburg, 5. Dez. Nachdem die Könige von Dänemark und von Schweden und Norwegen im Sommer dieses Jahres eine Zusammenkunft in Malmö gehabt hatten, ward von der k. dänischen Regierung eine „Auseinandersetzung des Standes der Verhandlungen zur Ausgleichung der Zerwürfnisse zwischen Dänemark und Deutschland“ in französischer Sprache an die Höfe versandt, aus welcher wir folgende bemerkenswerthe Stellen herausheben. — Die in Anregung gekommene Theilung des Herzogthums Schleswig wird als „eine willkürliche und gewaltsame Maßregel“ bezeichnet, und gesagt, daß „die Ausführung des Theilungsplanes keineswegs ein glückliches Mittel zur Lösung der Frage und ebensowenig eine billige Vergleichsbasis abgeben würde.“ Dafür, daß das ganze Herzogthum Schleswig mit dem Königreiche Dänemark vereinigt werden müsse, wird geltend gemacht, daß Schleswig „als Vormauer gegen einen Krieg mit dem Auslande dienen“ solle. Dem Plane, das Herzogthum Schleswig als selbstständigen Staat anzuerkennen, wird entgegnet, „daß damit ein so verwickeltes und ungeregeltes politisches Verhältniß hergestellt werden würde, innere Streitigkeiten und Konflikte sehr ernster und gefährlicher Art für die Ruhe selbst der benachbarten Staaten zur Tagesordnung gehören würden,“ und „daß damit nicht dem Frieden, sondern nur einer Ruhe von kurzer Dauer ein Opfer gebracht werden würde.“ Dagegen wird einer provinziellen Selbstständigkeit Schleswigs das Wort geredet, unter Aufhebung der bisherigen Verbindung der Herzogthümer mit Holstein, welche eine unberechtigte (?) gewesen, „von den Königen von Dänemark aber bisher deshalb aufrecht erhalten worden sei, weil sie durch lange Gewohnheit sich überzeugt hätten, daß diese Verbindung der Herzogthümer den hauptsächlichen Gegenstand der Wünsche und Interessen ihrer Bewohner bilde.“ Ohnedies wird auf das Ausscheiden Holsteins auf dem deutschen Bunde als auf die Voraussetzung hingewiesen, dessen Eingreifung nur nicht vom Könige ausgehen könne, sondern den Bewohnern des Herzogthums selbst überlassen werden müsse. Endlich wird die Wichtigkeit der Sache mit den Worten hervorgehoben, daß Dänemark, von den Herzogthümern getrennt, als unabhängiger Staat nicht bestehen könne. Ist es nun hiernach von der dänischen Regierung anerkannt: 1) daß Dänemark, von den Herzogthümern getrennt, nicht bestehen könne; 2) daß die fortdauernde innige Verbindung Schleswigs mit Holstein den Wünschen und Interessen beider Herzogthümer hauptsächlich entspricht; ist es 3) gewiß, daß diese Verbindung nur durch Aufnahme Schleswigs in Deutschland aber durch Ausscheiden Holsteins auf Deutschland aufrecht erhalten werden kann; so ist 4) eben so gewiß, daß für Holstein an ein Ausscheiden von Deutschland ernstlich nicht gedacht werden kann; es ist 5) zugegeben, daß eine staatliche Selbstständigkeit Schleswigs nicht zu einem wirklichen Frieden, sondern höchstens zu einer Ruhe von kurzer Dauer führen könne: ist 6) eine Theilung Schleswigs eine gewaltsame und unglückliche Maßregel; und heißt es in der That doch 7) das Herzogthum Schleswig mißbrauchen, wenn man es in provinzieller Selbstständigkeit zu einem Theile Dänemarks machen will, damit es eine Vormauer sei, welche die Stöße von außen abwehren könne: ist 8) nur zu gewiß, daß Schleswig solche Stöße, wenn nur von den Seinen, fortgesetzt zu ertragen haben würde, so möchte ihm nun eine staatliche oder provinzielle Selbstständigkeit zugewiesen werden; ist endlich 9) eine völlige Verschmelzung Schleswigs mit Dänemark unter Aufhebung jeglicher Art von Selbstständigkeit als reine Unmöglichkeit stillschweigend eingeräumt: so dürfte doch, bei solcherlei Thatsachen, das Resultat aller Erwägungen, auch vom dänischen Geschwornen, dahin führen, daß Schleswig in Deutschland aufgenommen und in seine Verbindung mit Holstein für die Zukunft gesichert werde — wenn nur dagegen die Union beider Herzogthümer mit Dänemark durch Feststellung einer gemeinsamen Gesetze erreicht wird. Diese zu bewirken, darauf hat der König von Dänemark sein Streben zu richten; er fördert damit das Wohl des Landes, dessen Herzog er ist; er gewinnt für sein Königreich die innere Union mit seinen Herzogthümern; er erwirbt damit rechtlichen Grund für die auf der Thronfolger an Deutschland Anerkennung sich gegebene Beschränkung seiner Herrscherrechte in Schleswig. Dem unglücklichen Kriege kann nur auf solche Weise ein glücklicher Friedenszustand folgen. (A. M.)

Preußen.

Berlin, 9. Dez. Heute früh ist eine zahlreiche Deputation aus Berlitz, bestehend aus Einwohnern aller Stände, Handwerkern, Kaufleuten, Gutsbesitzern, Gelehrten, hier angekommen, beauftragt, dem König eine Dankadresse für die Verfassung zu überreichen. Die Deputation begab sich zunächst zum Ministerpräsidenten und ist nach Potsdam gefahren, um dem König vorgestellt zu werden. — Die königl. Sanitäts-Kommission in Berlin macht unterm 9. Dez. Folgendes bekannt: Seit dem 21. Nov. ist kein neuer Cholerserkrankungs- oder Todesfall angemeldet worden. Die Genesung hat in allen Behandlungsanstalten zugenommen, ist unterm 28 Nov. angezeigt. In Gemäßheit der bestehenden Bestimmungen wird hiernach zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Berlin als von der Cholera gänzlich befreit jetzt zu erachten ist.

Oesterreich. — * Wien, 10. Dez. Gestern wurde der Bezirksrichter der Nationalgarde des Schottenstadtviertels — bekanntlich zum Strange verurtheilt, jedoch mit 12stündigem Zeitaufschub begnadigt. — Plakate mit ehrenrührigen Marginalien machten Skandal und wurden von der Behörde herabgerissen. Grösserer Exzesse fanden wiederholt gegen das Militär statt. Zweimal wurde auf Patrouillen und in der Josephstadt von einem Fenster auf Offiziere geschossen, von denen auch einer auf der Stelle todt geblieben sein soll. — Im Gegensatze zu den friedlichen Gerüchten, womit man sich in Wien die Neujahrszeit vertreibt, will es heute harte Zwangsmaßregeln mittelst der Nordbahn den an der ungarischen Grenze schon aufgestellten Armeekorps zugeführt. — Von einem Hochverkommen des neuen Kaisers ist nun bestimmt keine Rede, so wenig man ein Aufhören des Belagerungszustandes und die Ertheilung einer Amnestie erwartet. Bisweilen sind neuerlich die Buchdrucker berufen und selben bedeutet worden, Blätter ohne Zensur des Belagerungszustand aufzunehmen, wobei ihnen jedoch die gesetzlichen unthädlichen Instruktionen verweigert wurden. — Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg hat bei Vorstellung der ihm unterstehenden Angestellten seine Absichten auf durchgreifende Reformen in einer Weise ausgesprochen, welche Manchen an den Beispiel seiner Stelle zweifeln läßt. — Es ist in so gut als entschieden, daß der Finanzminister, um den beängstenden Verlegenheiten abzuhelfen, wieder zu einer Zuflucht zur Nationalbank nehmen und die schwebende Schuld vorerst um 20 Millionen vermehren wird. Eben jedoch die ungarischen Angelegenheiten in Ordnung, so zweifelt Niemand an dem Zustandekommen einer neuen Anlehens, da die Börsekonjunkturen sich im Allgemeinen günstiger zu gestalten scheinen. — Im Handelsdepartement sind thätige Männer angestellt worden: Handelsräthe als Unterstaatssekretär, Löwenthal, Becher, Gasser. Hof als Ministerräthe. Uebrigens erwartet man die Zuziehung des Handelsstandes bei allen wichtigen Fragen, so wie auch bei der bevorstehenden Postreform, wozu natürlich auch die Eisenbahndirektionen zu Rathe gezogen werden. — Der ganze Mangel von Kornvorräthen ist, mit Ausnahme der höchst schwierigen Kärnthen, erwiesen, und ist nun Hauptsache, daß solche aus anderen Gegenden des flachen Landes eingeführt werden. — Banal Jellachich ist heute Nacht zur Armee abgereist. — Für den Fürsten Windischgrätz wird das Schloß zu Schlosshof in Bereitschaft gesetzt. — Heute Nacht wurde ein Gutswagentaden in einer sehr zangbaren Straße der inneren Stadt (Wollzeile) mittelst Durchbrechung einer Mauer total ausgeraubt. — Ein Plakat belehrt über die Fälle, in welchen das standrechtliche Verfahren nicht zugelassen ist.

Wien, 9. Dez. Die Ernennung des Baron Culmer zum Minister ist sehr bedeutungsvoll. Es ist dies der erste Schritt zur Bildung eines Gesammtministeriums für ganz Oesterreich, mit Einschluß der ungarischen Provinzländer, das erste Zugeständniß an Jan Jellachich, der zum Gouverneur von Dalmatien ernannt ist. Culmer hat bekanntlich die diplomatische Verbindung zwischen dem Hofe und Ban Jellachich, und wie es heißt, wird selbem Geschicke geführt. Die Südslaven rücken in's österreichische Ministerium zurück ein, denn es heißt, auch der Wojwode Suplikatsch und der Erzbischof Rajachich werden in demselben fungiren. Ueberdenkt wird

die Bildung des Gesamm-Ministeriums für unser Gesammtvaterland ernstlich vorbereitet, freilich auch wohl durch die Waffen unserer Armee. — Sämmtliche, den Namen Sr. Maj. Kaiser Franz Joseph I. führende Regimenter erhalten den Namen Kaiser Franz Joseph I., dagegen das Baron Mengen 4. Kürassier-Regiment den Namen Kaiser Ferdinand führen wird. — Der Obowode General-Major Supilkatsch und der Bischof Rajurowich in Serbien haben vom Kaiser den Orden der eisernen Krone erster Klasse erhalten. Die russische Flotte wird täglich im adriatischen Meere erwartet. — Nach einem Schreiben aus Bologna vom 27. Nov. sind bereits österreichische Truppen mit Geschütz im Römischen eingerückt. (Wien. Z.)

Olmütz, 8. Dez. Gestern um 8 Uhr Abends fand zu Ehren Sr. Majestät ein glänzender, von der hiesigen Garnison veranstalteter Fackelzug unter Begleitung von vier Musikkapellen Statt. — Heute wird ein solennes Hochamt aus Anlaß der Thronbesteigung Sr. Maj. gefeiert, wobei die ganze Garnison, Nationalgarde und Bürgerwehr fungirte. (O. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Tyrnau, 6. Dez. Wie weit Tyrnau von Wien entfernt ist, werden Sie aus der langen Reise entnehmen, die mein heutiges Schreiben zu machen hat, bis es an Sie gelangt; wir sind leider von Oesterreich scharf abgesperrt und nur einzelnen Wagbälsen gelingt es, die Grenze zu passiren. Heute langte die Nachricht von Abtrennung der Insel Csepel hier an, und druckt sich sich nichts Verläßlicheres sagen; die Meisten ziehen bei jedem wichtigeren Ereignisse ihre Blicke nach Pesth, um aus der Interpretation Kossuth's zu vernehmen, wie sie dieselben deuten müssen, denn wir können nicht leugnen, daß eine selbstständige Meinungsäußerung unmöglich geworden ist. So kommt es denn auch, daß die Thronbesteigung des Exherzogs Franz Joseph als König von Ungarn hier noch nicht officiell verkündet übergangen ist. Wenn wir nun ein Wiener Blatt hier zu Gesichte bekämen! Unsere Journale haben nicht eine authentische Nachricht aus Wien aufzuweisen, und Jedermann weiß, daß ihnen überhaupt trotz der Preßfreiheit nicht zu glauben ist, weil sie alle aus einem Loche pfeifen. Wer erinnert sich nicht, wie sehr diese Blätter, z. B. die Pester Zeitung, noch vor Kurzem ihre Farben wechselten. Die ungarischen Zuruf schien den deutschen k. Freistädten nicht sonderlich zu trauen und so kam es, daß in letzterer Zeit die Bürger und Nationalgarden hier wie in Odenburg, Wöslug, Preßburg und St. Georgen entwaffnet wurden. Unsere Gerechte, man zählt deren 10.000, wurden nach Komorn geschickt. Ordnung geben sie von der Ihre aus, Ordnungen nicht scharf zu vertheidigen, denn mehr sich jedoch bei Komorn und Pesth zu verdanken ist. Zur Wertung der unter Anführung des Generals Gerze eine Besatzung von höchstens 5000 Mann zurückgelassen und an Kanonen sind daselbst und in nächster Umgebung 50 Stück vorhört. Daselbst sollte vorige Woche eine standrechtliche Exekution an einem Mostlgarden vollführt werden, weil er nicht länger als Freiwilliger gedient werden wollte; schon war er auf den Richtplatz angelangt, als, ein deus ex machina, ein Kanon und ein parlamentär. Kaum war er sich, trotzdem Ungarn auf tausend Wunden bluter, trotzdem sein ultramagyarischer Schwindel uns einen Vernichtungskrieg an den Hals gezogen, dennoch auch als großherzig darzustellen. — Gelo, eigentlich Kossuth's Bankoten, gibt es im Ueberfluß; das ungarische Heer schickt fortwährend bedeutende Lieferungen an Montirungsstücken an, und Kossuth zahlt alles baar, d. h. mit seinen Noten aus. Die Bauern stehen sich hierbei zum größten Theil auch gut und so kommt es, daß er als ein Halbgott von ihnen angebetet wird. Die kommende Zeit wird es lehren, ob dieser Taumel noch lange dauern kann; wir wenigstens können uns hier Nichts kaltungs Wirkung. (Z. n. Oester. Lloyd.)

Hermannstadt, 21. Nov. Durch den Fall von Klausenburg ist nunmehr der Hauptherd der revolutionären Magyaromanie beywungen und der rechtmäßigen Regierungsgewalt unterworfen. Es kann die Zurückführung der ungarischen Nation in Siebenbürgen unter die gesetzliche Regierung als vollender angesehn werden. Allein noch immer bleibt im Osten unseres Vaterlandes eine Feindliche Armee zu bekämpfen, und Bem und Stifter, welches, Zubrtang bereits im Sinne der ungarischen Revolutionäre bearbeitet, den Befehlen des sogenannten ungarischen Ministeriums wenigstens zum größten Theile gehorcht, und stets durch eine bedeutende Macht beobachtet und im Zaume gehalten werden muß. Durch die Unterwerfung von M. Waschardeiy und Arvatheiy, so wie durch die Occupation des Aranyoscher Stuhls ist zwar ein Theil des Szeklervolkes zur rechtmäßigen Regierung zurückgeführt, aber noch immer sind der Haromszeker und Csiker Stuhl, somit der Kern der Nation, unangetastet, und es bleibt somit, wenn wir, wie es halb nöthig werden dürfte, unsere Blicke und unsere militärische Kraft gegen Ungarn richten, eine feindliche Macht in unserem Rücken, welche die Operation hindern und wenigstens durch Raub- und Brandzüge unberechenbaren Schaden verursachen kann. Allerdings scheint sich die Lage der Szekler so zu gestalten, daß sie in Bälde sich entweder unterwerfen oder zu einem verzweifelten Versuche losbrechen müssen. Denn ihr ganzer Verkehr mit Nachbarjurisdiktionen ist gehemmt, es fehlt ihnen, besonders den Csikern, an den nöthigsten Bedürfnissen und Wintervorräthen, und die Noth muß diese bald zu entschiedenen Schritten treiben. Weniger ist dies in Haromszek der Fall, wo bei größerer Fruchtbarkeit und dem gelegenen Verrage des heurigen Jahres die nöthigen Bedürfnisse des Lebens in hinreichendem Maße vorhanden sein dürften, hier aber herrscht dafür Uneinigkeit, und die untere Volksklasse, welche noch immer fruchtlos auf die versprochenen goldenen Berge harrt und dabei immer tiefer in Noth und Elend versinkt, scheint nicht weit davon entfernt, gegen den beinahe durchgehends dem ungarischen Terrorismus fanatisch ergebenen Adel gewaltthätig loszubrechen zu wollen. Bei diesen Verhältnissen dürfte es wohl kaum einer besonderen Mitwirkung bedürfen, um die Szekler mit Erfolg in ihrer Heimath selbst aufzusuchen, sie der rechtmäßigen Regierung zu unterwerfen und durch allgemeine Entwaffnung unschädlich zu machen. (Siebenb. B.)

Italien.

* **Aus Rom** vom 3. Dez. vernehmen wir die Ankunft der Häupter der italienischen Republikaner Mazzini, Ledru Rollin und des Pater Gavazzi daselbst, und das bei diesen bereits alle Schritt für Schritt gethan seyen, Pläne in Bewegung legen. Der Minister des Auswärtigen, Graf Mamiani, hatte der Abgeordnetenkammer bereits einen Entwurf für Einberufung einer konstituirenden Versammlung für ganz Italien nach Rom vorgelegt. General Latour, Befehlshaber der Schweizer-Regimenter, soll sich geweigert haben, vom Ministerium Mamiani Befehle anzunehmen, da die Schweizer nur mit dem Papste eine Kapitulation eingegangen haben. Die Bataillone haben Minazetti und andere aufgereizte Abgeordnete zur Nichtanerkennung der jetzigen Ordnung der Dinge in Rom aufgefordert. Die Stadt hält es mit Zurch, und man sprach von einer provisorischen Regierung, die aus ihnen, Spada und Graf Mastai (dem Bruder des Papstes) bestehen würde. Alles deutet darauf hin, daß, im Falle die Ruruhe zu Rom und in Kirchenstaate nicht bald zu Ende geht, Oberreichische und französische, vielleicht auch neapolitanische Truppen dort einrücken werden. (Vergl. Art. Wien, 9. Dez. in dieser Beilage.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, 4. Dez. Die Art und Weise, wie sich seit dem Regimm der nationalen Erhebung Italiens die Stimmung und Stellung der italienischen Bevölkerung der Schweiz der deutschen Schweiz gegenüber gestaltet hat, ist zu charakteristisch und zu eminent für die kleinlichen Gehässigkeiten Helvetiens, um nicht ganz besondere Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Gestehen wir es uns nur ganz offen: der Kanton Tessin ist, wenn gleich durch äußerliche neue Bande abermals enger mit der Schweiz verbunden, dennoch für dieselbe als verloren zu betrachten, seine Sympathie, sein Interesse für sie als Ausland angesehene Suitzerei, der ganze Zug des Herzens ist ihr fremd geworden. Es ist eine Thatsache, daß der Tessiner sich der heißen ersehnten Wiedergeburt Italiens entgegenschlagen. Früher mochte man diese Thatsache mit offiziösen Phrasen von dem eigenthümlichen Sinne der Tessiner bemänteln können; jetzt, da Tausende von deutschen Schweizern als die Grenzwächter schweizerischer Neutralität im Lande stehen, ist es täglich die unangenehme Erfahrung machen, was es mit jenem eigenthümlichen Sinn eigentlich für eine Bewandtnis hat, jetzt wo jene Selbstständigkeit total verschwunden. Ich will die Tessiner nicht wegen ihrer nationalen Sympathien tadeln; wohl aber muß die Illoyalität aufs Schärfste gerügt werden, mit welcher dieselben ihre Verbindung mit der Schweiz benutzen, um jenen Sympathien auf eine für die Interessen der Schweiz höchst empfindliche Weise zu frönen, durch die rücksichtslose Unterhaltung und Begünstigung der Rückkehrigen, Geltung und Ansehen. Darauf wurde die Schweiz gewöhnt, für die Aufrechthaltung der von Tessin geübten Neutralität gegen 2 Millionen Schw. Fr. auszugeben, und eine Menge ihrer Söhne, worunter nicht wenige Familien, denen der Ernährung von der Heimath von großem Nachtheil, Monate lang daselbst Grenzpolizeidienste thun zu lassen. Diese Söhne wurden stets Fremden, die mit Aufopferung ihrer eigenen Interessen an die Grenze zogen, von den Tessinern aufgenommen? Wenn in den deutschen Kantonen Einquartierung angesagt wird, so heißt sich Jeder, auch der Aermste, nach Vermögen Gastfreundschaft auszuüben; im Tessin kann man selbst auf den Quartierbillets der Offiziere, denen Quartiergeber und Kost und Licht zu geben gehalten ist, gedruckt lesen, daß denselben „bei gewohnter Strafe" (sulla solita pena) angedroht wird, den Offizieren den „Zutritt zu Feuer und Licht" nicht zu verjagen. Daß bei einer solchen Stimmung die Soldaten einlassermit wurden (in Klöster und andere öffentliche Lokale), und Naturalverpflegung für dieselben eingefuhrt werden mußte, war natürlich, wenn die Soldaten nicht verhungern oder an Kälte Noth leiden, oder sich eigenmächtig und gewaltsam das Unentbehrliche verschaffen sollten. Auf diese Weise genießt der Kanton Tessin, als Belohnung für die unlöbliche Bloßstellung der Interessen der Eidgenossenschaft, den Vortheil, daß täglich 3—4000 fl. im Lande mehr verzehrt werden, ohne daß der Segen die geringste Belästigung von Wichtigkeit durch die eidgenössische Truppenverbiegung erleidet. Jeder andere Kanton würde mit einer derartigen Belästigung sich ganz einverstanden erklären. Trotzdem erklauben sich nicht selten sogar höhere Regierungsbeamte, an öffentlichen Orten (verstehe sich, wenn kein Militär zugegen) auf's Gröblichste die Schweiz zu insultiren, und überhaupt auf's Gehässigste von allen Schweizern, zu denen sie sich kaum noch zählen, zu reden. Die eidgenössischen Truppen und die Tessiner stehen in einem Verhältnisse zu einander, das nicht geradezu feindlich genannt werden kann, das aber gar nicht weit davon entfernt ist. Es versteht sich, daß vielfache Ausnahmen angetroffen werden; was soll man aber von einem Lande denken, dessen Bewohner uns, falls sie unsere Wohlgewogenheit zu erwerben suchen, als etwas Besonderes bethuern, sie seien aufrichtige Mitbürger, „buoni Suizzeri." Auf der andern Seite verbreitet unsere Soldaten die italienische Brellerei und Ueberlistung, die vielfach hervortritt, so daß auch hier wieder Stoff zu Zwiespalt in Hülle und Fülle vorliegt. Im Allgemeinen aber kann man mit gutem Gewissen behaupten, daß unsere Truppe die musterhafteste Manuzucht beobachten. Ich will nicht länger von Einzelheiten reden; was aber als allgemeine Stimmung angenommen werden kann, das ist die Unsremdung

der tessinischen Bevölkerung, besonders der jenseits des M. Cenere, von der übrigen Schweiz. Ich bin fest überzeugt, daß bei einem Siege der nationalen Partei Italiens das schweizerische Gebiet südlich von M. Cenere für die Schweiz verloren ist, und daß wir wohl daran thun, uns bei Zeiten mit diesem Gedanken, der eben nicht allzu schmerzlich, vertraut zu machen. Dazu dagegen die Schweiz nie und nimmer in die Abtretung des nördlichen Theiles des Kanton Tessin einwilligen kann, ohne sich in militärischer Beziehung die größten Blößen zu geben, liegt auf der Hand; desshalb betrachtete auch schon die Ultramone, die alten Herren des Landes, Bellinzona als den Schlüssel zum Gotthard, und machten diesen Platz mit Mauern und Kasematten. Neuerdings hat die Eidgenossenschaft auch wieder ihre Aufmerksamkeit auf diesen Punkt gerichtet, und im Süden vor der Stadt einige Festungswerke konstruiren lassen. — Hr. Munzinger, der eidgenössische Kommissär, wird in einigen Tagen den Kanton Tessin verlassen, um als Finanzdirektor seinen Platz im Bundesrathe einzunehmen; als seine Nachfolger sind bekanntlich die Herren Briatte und Frehlin bezeichnet. Von den Truppen kann man dasselbe bald einen großen Theil entlassen; denn die tessinische Regierung, die für die Ausführung der Beschlüsse der Bundesversammlung verantwortlich erklärt ist, wird nicht zögern, denselben nachzukommen und für die Internirung der Flüchtlinge Sorge zu tragen. Bis jetzt ist freilich noch nicht viel davon zu bemerken, die Kaffe's und Gassen von Lugano wimmeln noch von müßigen Pfaffenretern, die ihre rothen Bänder, ihre unschuldigen Hahnenfedern und ihre Arikolore zur Schau tragen, höchst wahrscheinlich aber weder viel Pulver gerochen haben, noch je riechen werden. Ernst wird die Tessiner Regierung erst dann machen, wenn die Bundesbehörden die nöthige Energie zeigen, um eine durch das Benehmen derselben verschlossene fernere Truppenaufstellung mit exekutivischer, auf Kosten des Kantons zu tragende, in Aussicht stellen. (B. Z.)

Großbritannien.

London, 7. Dez. Vom 28 Sept. bis zum 4. Dez. sind in London 349 Cholerafälle vorgekommen. 224 Kranke starben, 95 genasen, 112 blieben in Behandlung. In den Vorstädten sind nur 138 Erkrankt, 60 gestorben, 60 genesen. In Schottland, wo die Krankheit am Ersten kauft, 1064 erkrankt, 165 gestorben, 196 genesen. — Lord Clarendon, der Vorlieutenant von Irland, ist nach fünfwöchentlicher Abwesenheit vorgestern in Dublin wieder eingetroffen. — Aus Londonderry wird unterm 4. Dez. von einem schadenfrohen Anglist berichtet. Das Dampfschiff Londonderry fuhr mit 200 Passagieren von Belfast nach Liverpool und wurde unterwegs von einem so heftigen Sturme überfallen, daß der Kapitän sich genöthigt sah, die Passagiere in den engen Zwischendeckraum zu sperren und die Luken zum Theil zu schließen. In dem engen Raume hatten die Eingesperrten nicht Luft genug, um zu athmen, und 72 derselben waren bei der Ankunft des Dampfers in Derry, wo er anlegen mußte, erstickt.

Ein Korrespondent der Times schildert die Zustände in den südlichen Provinzen Irlands folgendermaßen: Mag man hinblicken, wohin man will, überall ist dieselbe Noth, derselbe Mangel erschreklich: kein Vieh auf dem Felde, kein Schatzen hinter der Hütte, kein Pflug auf dem Acker, nicht einmal ein Mann mit dem Spaten sichtbar. Jeder legt verzweifelt die Hände in den Schooß und fragt sich rathlos, was nun zunächst kommen werde. Gutsherr und Pächter sind vie vernichtet von der Krisis. Die einzigen thätigen Personen sind die Steuereinnehmer; unter dem Beistande von Militär und Polizei ziehen sie im Lande umher und nehmen der darbenden Bevölkerung die wenigen noch vorhandenen Garben. Zahllose Grundstücke sind zum Kauf ausgeboten und Niemand will bieten; tausend und aber tausend Acker sind unverkauft, und Niemand will sie haben; Armenhäuser, die für 800 Bewohner gebaut sind, müssen 3000 aufnehmen; neue Häuser müssen überall von der Armenbehörde gemiethet werden, und doch suchen Hunderte vergebens ein Unterkommen: Viele begehen Verbrechen, um in's Gefängniß zu kommen, denn sie ziehen die Erstmüde dem Hunger vor. Man berechnet, daß in den letzten drei Jahren Irland für Nahrungsmittel 15 Mill. Pf. St. baar an das Ausland gezahlt hat, und nach dem Ausfalle der Kartoffelernte und den vielen sonst mit Getreide bebauten Feldern, die dieses Jahr unbenutzt bleiben, zu urtheilen, wird Irland für das nächste Jahr wieder für Millionen Pf. St. Mehl und Korn einführen müssen.

Frankreich.

△ Paris, 8. Dezbr. Die Geschichte mit den Listen der Diebe und Mörder, welche der Nationalversammlung zu Nationalbelohnungen vorgeschlagen waren, bildet ein gewaltig schwarzes Blatt in der Geschichte der jungen Republik, und wird dieser gewiß keine Rosen tragen. Wer waren die Verfertiger jener nun so berüchtigt gewordenen Listen? Es sind Republikaner von gestern, Demokraten vom reinsten Wasser, die Väter und Leiter und Anführer der Schlacht, die Ausstechter aller bösen Leidenschaften in den Meistern, die Leute, welchen jeder auch noch so elende Spießgeselle recht war, wofern sie nur in ihm ein brauchbares und williges Werkzeug für ihre Pläne des Umsturzes und der Ausführung aller gesellschaftlichen Elemente erkannten. Einen Augenblick da — ich sage nicht das französische — das Pariser Volk seinen geschändet, sich von ihnen Sand in die Augen streuen lassen, uns zum Dank dafür gaben sie ihm die Republik, die es jetzt haßt und verabscheut und vermünscht, als die Quelle all seines Unglücks. Es war diesem Volke zu wohl, es war zu so frei, es schwelgte in materiellem Wohlsein, Künste und Wissenschaften blühten empor, Handel und Gewerbe — es konnte ja nicht bleiben, so viel Glückland nicht mehr ertragen; in einer Anwandlung übler Laune ließ es sich eine Binde über die Augen ziehen von den verschmitzten Feinden seines Glückes, und rannte so selbst in das Verderben. Jetzt, wo es sich die Beute seiner hinterlistigen Feinde geworden sieht, jetzt sieht es sich vergeblich nach der verlornen Hand um, die es aus dem Abgrunde wieder empor zu ziehen versuchte, und in seinen Händen kommt greift es nach einem Strohhalm, den es für eine eiserne Rute ansieht, unter die es sich gerne fügen würde, um nur wieder Ordnung und Ruhe zu erhalten. Nur der Herrschaft der Klubbs, des wilden Gelümmels der politischen Leidenschaften, der Gefahr für Familie und Eigenthum soll zu werden, die ihm die Republik mit ihrem Anhang gebracht hat, stürzt es sich mit offenen Augen in die Arme selbst des Despotismus; nur um der Fluch verabscheuten Freiheit sich zu entledigen, ist es bereit die eiserne Ruthe zu küssen, die ihm die Hand eines Napoleon bietet, der nur von dem Namen seines riesigen Oheims sich nährt. Dahin sind die Franzosen mit der Republik gekommen! Und doch gibt es auch in Deutschland eine Partei, welche das gleiche unselige Ziel mit dem leichtgläubigen Volke zu spielen sich nicht scheut, und es gibt der Berblendeten genug, die vor der so klegenden Erfahrung Frankreichs zum Trotz, ohne sich daran eine Lehre zu nehmen, sich gleichfalls bergibt zum Werkzeuge für den Ruin des eigenen Vaterlandes! Doch ich wende den Blick von den traurigen Erscheinungen in Deutschland nach Frankreich zurück. Guinard der Präsident der im März niedergeworfenen Kommission für die Nationalbelohnungen hat gestern auch seinerseits sehr Zeitraubende Ansprüche an Anerkennung seiner Listen abgelehnt. Es soll von Jemand angefertigt und noch mehr als einer Person durchgesehen worden sein, bevor sie an die Kommission der Nationalversammlung gelangten. Jedenfalls ist es schwer begreiflich, wie diese Listen früher zur Kenntniß des Publikums, als zu jener des Ministeriums gelangen konnten. Wenn das Berichte über die gestrigen Kammerverhandlungen sind, so zu Mittheilungen mehr als 500 Mitglieder in der Spottermine geschickt worden, und bis diese Abrücke fertig waren, mußten die Maßposten mit ihrem Abgang (bis 11½ Uhr Nachts) warten. — General Rapatel, Oberst des 2. Legion der Nationalgarde, hat in einem Tagsbefehl dieselbe aufgefordert, treu und fest sich um den zu schaaren, welchen die Nation zum Präsidenten erkoren habe, wer es auch sein möge. Die Männer vom Berge erklären nun förmlich für den Neffen, die Listen für Kapsall stimmen zu wollen. — Die gestern Abends hier angelangte Kunde vom Thronwechsel in Oesterreich macht großes Aufsehen. — Der heutige Wochenbericht der Bank zeigt keine wesentliche Aenderung ihrer Lage seit der vorigen Woche.

** Paris, 9. Dezbr. General Covaignac verweilt jetzt selbst an seiner Installirung. Ein Minieranschlag der Regierung mahnt zur Ordnung und Ruhe bei dem morgigen Wahlakte. Gestern ging es in den Klubbs sehr stürmisch her. An der Porte St. Martin und im Quartier der Hallen mußten Zusammenrottungen auseinandergetrennt werden. Im Faubourg St. Marcel griff ein gereizter Volkshaufe die Kaserne der Mobilgarden mit Steinwürfen an, wurde aber mit dem Bajonett zurückgetrieben. Zwanzig Personen wurden verwundet. — Eine telegraphische Depesche aus Oberitalien vom 7. Dez. vom französischen Botschafter meldet den guten Empfang des Hrn v. Corcelles von Seite des Papstes, der auf die Einladung der französischen Regierung bereits erklärt hätte, nach Frankreich kommen zu wollen, sobald die Umstände es erlauben würden. Hr. v. Corcelles soll den Expeditionstruppen Befehl zur Rückkehr nach Marseille.

Spanien.

• Madrid 2. Dez. Gestern Nachmittags empfing die Königin den päpstlichen Nuntius, der ihr ein Schreiben Pius IX. einhändigte. Das progressistische Blatt „el Clamor Publico“ ist seit einer Woche wochentlich mit Beschlag belegt worden, auch gestern wieder. — Die Nachrichten aus Catalonien lauten fortwährend ungünstig. Das Hauptquartier Cabrera's befand sich zuletzt zu Vidra. — Cabrero enfaltet eine erstaunliche Thätigkeit, Er hat seine verschiedenen Heeresabtheilungen eben so gut organisirt, als er sie leitet, und bisheran erlangen eine zunehmende Verwirrung. Das Gerücht geht, in einem Gefechte mit der Kolonne von Mataro sei ihm der Vortheil geblieben, und er habe eine große Zahl von Gefangenen gemacht, darunter den Gouverneur des Plages selbst. Bereits besinnen sich in seiner Gewalt: 3 erste Kommandanten (Majore), 4 zweite Kommandanten, 15 Hauptleute, 21 Lieutenants, 19 Unterlieutenants und 800 Mann Truppen. Auch die progressistische Partei in Catalonien organisirt sich so fast als möglich. Sie bildet jetzt ein Reiterkorps unter der Führung von Molins y Marcade.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 11. Dez. Oesterr. 5proz. Metall. 72¾, 4proz. 59, 3proz. —. 2½proz. 38. — Bankaktien 1233. G. 500 fl. -Loose 125½. G. 250 Loose 78. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine —. P. A. — Badische Loose 31½proz. 81½. — Bayer. 5proz. 76½. — Ludwigsb. Berbach. 67. — Württemberg. 3½proz. 76½. 4½proz. 93½. —

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 145.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 9 fl. Halbjährig 4 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Donnerstag den 14. Dezember 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Insertionsgebühr: für gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Einladung zum Abonnement.

Die **Neue Münchener Zeitung** wird auch im kommenden Jahre ihre bisherige Tendenz verfolgen, und, ihrem Programme getreu, an dem Banner der konstitutionellen Monarchie und des Fortschrittes auf der Grundlage der gesetzlichen Freiheit und der Ordnung unerschüttert festhalten. Die Berichte über die Verhandlungen der deutschen Reichsversammlung zu Frankfurt werden in der bisherigen Weise regelmäßig fortgesetzt. Die Verhandlungen des bayerischen Landtages werden in möglichster Vollständigkeit auf's raschester und so oft es nöthig auch durch Beigabe von Extrabeilagen mitgetheilt werden. Für schnellste Mittheilung aller sonstigen bedeutenden Zeit-Ereignisse ist durch eine noch erweiterte Korrespondenz, und die Gewinnung tüchtiger und zuverlässiger Mitarbeiter im In- und Auslande Sorge getragen. Die Zeitung erscheint täglich Morgens 8 Uhr in einem halben Bogen. Nachmittags 2 Uhr wird eine Beilage ausgegeben. Trotz dieses vermehrten Umfanges tritt keine Abonnementserhöhung ein. Der Preis des Blattes bleibt unverändert auf 6 fl. ganzjährig, 3 fl. halbjährig, 1 fl. 36 kr. vierteljährig festgesetzt. Neueintretende hiesige Abonnenten belieben ihre Bestellungen in dem Expeditionslokale (Promenadeplatz Nro. 14), auswärtige aber bei den nächstgelegenen Postämtern zu machen. Bei der großen und noch täglich steigenden Auflage dieser Zeitung eignet sich dieselbe zur weiten und schnellen Verbreitung von Bekanntmachungen jeder Art, welche, den Raum der 3spaltigen Petitzeile zu 4 kr. berechnet, unverzüglich eingerückt werden. Zu zahlreichen Aufträgen empfiehlt sich

München, den 12. Dezember 1848.

Die Expedition der „Neuen Münchener Zeitung".

München, 14. Dezember.

(Pfarrei-Erledigung.) Kathol. Pfarrei Etting, Lds. Landsh. in. Niederbayern, mit einem fassionsmäßigen Nexurertrag von 844 fl. 30 kr.

Deutsche Reichsversammlung.

(123ste Sitzung vom 11. Dezember.) Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über den vom Verfassungsausschusse vorgelegten Entwurf „der Rechte" und zwar über Art. II., 8 und folgende, Art. III. und Artikel IV. Den Vorsitzende, Heinrich v. Gagern, zeigt den Austritt der Herren v. Prato aus Nowerede und Kromp aus Brodtkip in Mähren an. Für den Letztern erklärt Eberle aus Cavalese, daß a Praato beyrein Thätern (für Wien und Frankfurt) nicht bezogen. In den volksthümlichen Ausschuß sind die Herren Becker aus Gotha, Stolle und Schlör gewählt. Schoder trägt heute Reichsministerium der Justiz an: ob das Kriegsrecht in Wien noch immerwere und was geschehen, um den rechtlosen Zustand zu beenden. Wesendonck dasselbe Ministerium: wie weit die Untersuchung gegen Simon von Arbter, Jyp und Schlöffel gediehen sei, indem er Beschleunigung derselben verlangt. Die Antwort soll in der Freitagssitzung erfolgen.*) Nachdem die Tagesfrage eines Antrages in Bezug auf die Schulfrage abgelehnt, und den Gegenstand dahin dem einschlagenden Ausschusse zugewiesen ist, wird zur Tagesordnung übergegangen: Berathung des Verfassungsentwurfs „der Reichte". Graf Giech stellt den Antrag, werden §§. 4, 5 und 6, als sonst zusammenhängende, auch gemeinsam behandelt. Mantz Wohl: Soll der künftige Reichstag nicht weiter als ein motivirender Bundestag sein? Das würden wir aber bedauern, wenn wir die Hülfe der Vertreter des Staatenhauses von den Regierungen trennen ließen. Nur von den Abgeordneten des Volkes sind sie zu ernennen. denn auch die ersten Kammern — man weiß, wie sie vorzugsweise aus aristokratischen Elementen zusammengesetzt werden. — Größere ist ebenfalls gegen Ernennung der Hälfte des Staatenhauses durch die Regierungen, wie überhaupt gegen dessen vorgeschlagene Zusammensetzung. Der konstitute Wille, nicht der Wille des Volks werde durch ein solches Staatenhaus zur Geltung gelangen. Eine Verfassung von 176 Buteaukraten und Diplomaten würden wir haben, einen Jammerlapp von Intriguanten. Das Staatenhaus sei eines der unglücklichsten politischen Produkte, die ihm jemals im Leben vorgekommen. Mariowitzen werde man von Wien, München, Berlin schicken müssen, um Leben, Bewegung in diese, politische Quadratleere! Allerdings wolle auch er etwas Festes und sei darum für das Zweikammersystem. Das Feste aber sei seiner Meinung nach herzustellen, wenn man das Staatenhaus zusammensetze zu einem Drittel aus Wahlen der Provinziallande, zu den beiden andern Dritteln aus den höchstbesteuerten Gewerbtreibenden und Grundbesitzern. „Nehmen Sie meinen Vorschlag an," schließt Gerber seine Rede, „nehmen Sie ihn an und es wird Sie nicht gereuen." Throns und Salzgitter kann gleichfalls nicht einverstanden sein mit dem Staatenhause des Verfassungsentwurfs, verschiedt aber seinen Antrag auf die zweite Lesung. Die Grundzüge des Bildes, welches ihm von dem Staatenhause vorschwebt, hofft zu finden in einer wohren Bündischen Repräsentation, wie sie z. B. nach den neuen Wahlgesetzen in Hannover ins Leben eingerufen sei. Dadurch würde ein sogiales Staatenhaus geführt werden, während der Verfassungsentwurf uns nur Ein- zu berühren, den großen Fehler begehe, das monarchische Prinzip von dem Gesammtinteresse abzuleiten. v. Linde sucht seinen Antrag zu rechtfertigen, nach welchem die zweite Hälfte der Staatenhausmitglieder durch die Grundbesitzer und Gewerbtreibenden, anstatt durch die Kammern, gewählt werden soll. Das Schlußwort nimmt hierauf Dahlmann: Die Ereignisse dieses Jahres haben den Sieg des konstitutionellen Systems in unserm Vaterlande entschieden, die Regierungen, d. i. die Ministerien, gehen mithin hervor aus dem Willen des Volkes. Sonach gehen auch beide Zweige des Staatenhauses, wie es Ihnen der Verfassungsausschuß vorschlägt, aus dem Willen des Volkes hervor. Nach v. Linde's Antrag würde die Volksvertretung vom Staatenhause ausgeschlossen — wir haben ihr ein solches Mißtrauensvotum nicht ertheilen können, wie wir auch, was die hier gegen die Regierungen geäußerten Befürchtungen anlangt, nicht glauben können, daß ein Ministerium das Vertrauen der Kammern, durch das es ins Amt gerufen wird, sofort verliere, wenn es sodann im Amte ist. Das Gegenstück der Abstimmung ist die Annahme folgender Paragraphen (ganz nach dem Entwurfe des Verfassungsausschus-

*) Den Antrag des Abgeordneten Mayer aus Steyr, dessen wir in dem Berichte vom 9. d. Mts. bereits gedachten, theilen wir wahrscheinlich heute seinem Wortlaute nach mit: „Die Nationalversammlung wolle beschließen, dem Ausschuß für internationale Angelegenheiten den Auftrag zu ertheilen, ein Einvernehmen (allenfalls durch Sendeminissionen) mit dem volksmäßigsten Ministerium und dem Kabinett für die österreichischen Angelegenheiten gezeigneten Vorschläge betreffs eines Bündnisses zwischen Deutschland und dem nicht-deutschen Oesterreich zur Einleitung der weiteren nöthigen Schritte und Anweisung der Zentralgewalt vorzulegen, worin einerseits mit Berücksichtigung der Bedürfnisse und Verhältnisse zwischen den deutschen und nicht-deutschen Ländern Oesterreichs, andererseits ohne dem provisorischen Beschlusse über die §§. 2 und 3 des Verfassungsentwurfs zu vergreifen, die Erhaltung der Zollunie und dergestalt der Anschluß der nicht-deutschen österreichischen Lande in das deutsche Zollgebiet, der gegenseitige Schutz und Trutz gegen innere und äußere Feinde, die gegenseitige Verbürgung der verfassungsmäßigen Freiheiten, die Regelung des diplomatischen Verkehrs und überhaupt die Erledigung aller und jener Fragen, welche zunächst von gleichbetheiligter Wichtigkeit sind, sofort oder für die nächste Zukunft angebahnt würde."

seß): §. 4. Die Mitglieder des Staatenhauses werden zur Hälfte durch die Regierung und zur Hälfte durch die Volksvertretung der Staaten ernannt. Wo zwei Kammern bestehen, wählen diese in gemeinsamer Sitzung nach absoluter Stimmenmehrheit. §. 5. In denjenigen Staaten, welche nur ein Mitglied ins Staatenhaus senden, schlägt die Regierung drei Kandidaten vor, aus denen die Volksvertretung mit absoluter Stimmenmehrheit wählt. §. 6. Wo mehrere Staaten zu gemeinsamer Vertretung im Staatenhause verbunden sind, haben diese über die gemeinschaftlich vorzunehmende Wahl ein Abkommen unter einander zu treffen. Das Prinzip der Theilung der Wahlberechtigung zwischen Regierung und Volksvertretung darf dabei nicht verletzt werden. Das gleiche Abkommen ist für die Ernennung der Stellvertretung vorzutreffen. Ueber die folgenden Paragraphen findet die Abstimmung ohne vorgängige Besprechung statt. Es wird zum Geschluß erhoben (ebenfalls nach dem Mehrheitserachten des Verfassungsausschusses): §. 7. Wenn mehrere deutsche Staaten zu einem Ganzen verbunden werden, so entscheidet ein Reichsgesetz über die dadurch etwa nothwendig werdende Abänderung in der Zusammensetzung des Staatenhauses. §. 8. Kein Mitglied des Staatenhauses kann nur ein Solcher werden, welcher 1) Staatsbürger desjenigen Staates oder Staatenverbandes (siehe §. 6) ist, welcher ihn sendet; 2) das 30ste Lebensjahr zurückgelegt hat; 3) sich im vollen Genusse der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte besitzt §. 9. Die Mitglieder des Staatenhauses werden auf 6 Jahre gewählt. Sie werden alle 3 Jahre zur Hälfte erneuert. Dazu der Antrag Koch's auf Leipzig und Genossen: Bei außerordentlichen Reichstagsversammlungen, welche nach Ablauf der für die theilweise Erneuerung bestimmten Periode und bevor noch die neuen Wahlen zur nächsten ordentlichen Reichstagsßitzung erfolgt sind, beruhen werden, bilden die Mitglieder der letzten ordentlichen Sitzung auch für die außerordentliche Sitzung das Staatenhaus. Art. III. §. 10. Das Volkshaus besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volks. Eine Besprechung findet erst wieder statt von §. 11. Mölling verlangt, daß die Mitglieder des Volkshauses nur auf Ein Jahr gewählt werden sollen. (Ruf nach Schluß.) Wigard vertheidigt das Minderheitserachten, wonach auf zwei Jahre gewählt werden soll. Für die Mehrheit des Ausschusses spricht Briegleb. Es sei im Interesse der Politik des Hauses, daß eine gewisse Stetigkeit darin nicht vermißt werde. Deshalb habe der Ausschuß den vierjährigen Turnus vorgeschlagen. Jedenfalls entscheidet sich die Abstimmung für eine Motivstation des Verfassungsvorschlags nach dem Antrage Widenmann's. §. 11. Die Mitglieder des Volkshauses werden für das erste Mal auf vier Jahre, demnächst immer auf drei Jahre gewählt. Die Wahl geschieht nach den in dem Reichswahlgesetze enthaltenen Vorschriften. Art. IV. §. 12. Die Mitglieder des Reichstags beziehen ein gleichmäßiges Taggeld aus der Reichskasse für ihre Reisekosten. Nähere bestimmt ein Reichsgesetz. Den Mitgliedern des Reichstags werden die Taggelder und Reisekosten aus der Reichskasse gezahlt. §. 13. Die Mitglieder beider Häuser können durch Instruktionen in ihrer parlamentarischen Thätigkeit nicht gebunden werden. §. 14. Niemand kann gleichzeitig Mitglied von beiden Häusern sein. Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft, welche bis Sitzung schon 1½ Uhr Nachmittags geschlossen wird. Die heutige Berathung wird morgen fortgesetzt. (D. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 9. Dez. Die Frankfurter-Oberpostamts-Zeitung meldet heute in ihrem amtlichen Theile: Der Reichsverweser hat heute um 1 Uhr dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Sr. Majestät des Königs beider Sicilien, Herrn Frhrn. von Antonini, eine Audienz zum Behufe der Ueberreichung des Schreibens des Königs ertheilt, welches in verbindlichster Weise die durch den Gesandten, Herrn Hofrichter an den königlichen Hof nach Neapel verbrachte amtliche Benachrichtigung wegen Errichtung und Uebernahme der provisorischen Zentralgewalt für Deutschland beantwortet.

Frankfurt, 9. Dez. Die vom Verfassungsausschusse der Nationalversammlung bestellte Subkommission, Dahlmann, Waitz und Beseler, hat, wie bereits ermähnt, ihr Gutachten an den Ausschuß zur weiteren Berathung erstattet. Dieß geht, wie man schon erwartet hat, dahin, einen erblichen Kaiser unter Einführung von Primogeniturrechts an die Spitze zu stellen. Der Kaiser, führt ein Schreiben der „Allgemeinen Zeitung" weiter aus, ist selbstverständlich unverantwortlich, seine Minister aber sollen verantwortlich sein. Ueber Krieg und Frieden hat ausschließlich der Kaiser zu entscheiden, so daß die Mitwirkung der Reichsversammlung dabei nicht Statt hat. Der Kaiser hat außerdem alle diejenigen Befugnisse, welche von der verfassungsgebenden Reichsversammlung der Zentralgewalt übertragen sind. Verträge der einzelnen deutschen Staaten mit fremden Mächten sind dem Kaiser zur Bestätigung vorzulegen. In Betreff der Gesandtschaftsrechte haben die Minister sich vorgängig mit einem Reichsrath zu berathen, welcher aus den von den einzelnen deutschen Staaten bestellten Bevollmächtigten gebildet werden soll. Jeder deutsche Staat sendet ein Mitglied in den Reichsrath, die vier freien Städte zusammen einen. Die von dem Volkshause und dem Staatenhause beschlossenen Gesetze werden im Namen des Kaisers verkündigt. Der Kaiser ernennt die Gesandten und Konsuln bei fremden Mächten. Derselbe bezieht eine Zivilliste, welche jedesmal bei Antritt des erblichen Kaiserreichs von den Versammlungen der beiden Häuser bestimmt wird. Es ist wahrscheinlich, daß die Mehrheit des Verfassungsausschusses die Grundlage dieser Vorschläge sich aneignen wird. Ob der Sitz des Kaisers hier in Frankfurt sein oder nach Erfurt verlegt werden soll, darüber wollen verschiedene Ansichten in der Subkommission ob.

Frankfurt, 11. Dezbr. Dem Vernehmen nach hat Hr. v. Gagern ein Programm eingereicht, welches die Bedingungen enthält, unter welchen er das Vertrauliche des Innern anzunehmen sich bereit erklärt. Dasselbe soll dem gestrigen Ministerkonseil vorgelegen haben. (D. Z.)

Im Laufe dieser Woche wird der größere Theil der hier und in der Umgegend liegenden Reichstruppen in seine früheren Standquartiere nach Mainz und Darmstadt zurückkehren. In Frankfurt selbst wird eine Besatzung von 5000 Mann österreichischer, preußischer und bayerischer Infanterie, außer einigen Abtheilungen Artillerie und Kavallerie, stationirt bleiben. Tausend Mann bayerischer Truppen, die gegenwärtig in Offenbach liegen, werden in dem „deutschen Hause" einen Besitzthume des deutschen Herren-Ordens in unserer Vorstadt Sachsenhausen einquartirt werden. Nächsten Mittwoch kehren auch die Frankfurter Truppen, die nun seit etwa fünf Monaten theils in Schleswig-Holstein, theils im Großherzogthume Baden aktiv waren, nach Frankfurt zurück. (Nürnb. Korr.)

Bayern. Nürnberg, 12. Dez. Zum zweiten Bürgermeister unserer Stadt ist gestern vom Kollegium der Gemeindebevollmächtigten fast einstimmig Herr Wurrer Hilpert gewählt worden. (Nürnb. Korr.)

Württemberg. Stuttgart, 9. Dez. In Betreff der in der letzten Sitzung der zweiten Kammer vorgebrachten unwürdigen Interpellationen von Kopp — ob Soldaten die Ständekammer aufreden werden? verspricht nachträglich heute Staatsrath Duvernoy weitere Erklärung. Derartige Anfragen, bemerkte Strauß, heißen nichts anderes, als mit Kammer und Regierung Spaß treiben, Wirthshausgespräche gehören nicht in diesen Saal. Selbst die politischen Freunde Kopps hielten seine Interpellation für einen Fehler; Mack rief der Kammer zu, daraus die Lehre zu nehmen, inskünftige nur solche Gegenstände zum Zwecke einer Interpellation zu machen, die man selbst glaube. Der von Frankfurt zurückgekommene Staatsrath Römer wies alle die Gerüchte, welche nur verbreitet werden, um das Volk gegen die Regierung aufzuhetzen, mit tiefer Verachtung zurück. — Nicht allein solche Interpellationen, sondern auch der schiefe Gang der Berathung bringen die Kammer um die sothane Zeit. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Hohenzollern-Sigmaringen. Sigmaringen den 9. Dez. Der Fürst hat sich von Frankfurt nach Berlin begeben, und es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß dort ernstliche Verhandlungen über unsere künftigen staatlichen Verhältnisse gepflogen werden. Die Ansicht gewinnt in hiesigen Oberkreisen und hat bereits in der öffentlichen Meinung Raum geschlagen, daß der König von Preußen in Bälde die Regierung der beiden Fürstenthümer Hohenzollern übernehmen werde. (S. M.)

Preußische Fürstenthümer. — Aus dem preußischen, 5. Dez. Dem Vernehmen nach finden zwischen unserem Fürsten und dem Kabinette zu Berlin Verhandlungen wegen der Aufnahme unseres Landes in das Königreich Sachsen statt. Jedoch, wie noch ein vernünftiges Interesse an dem Aufrechterhalten der „preußischen Unabhängigkeit" hat, findet ein solches Vorhaben sehr vernünftig.

Freie Städte. In Bremen ist es am 5. und 6. Dezember zu beklagenswerthen Exzessen gekommen. Möbelhallen haben ein Magazin, worin zur Versteigerung nach England bestimmte Schmiedeeisen aufbewahrt wurde, unter dem Vorgeben, daß durch diese Aufkäufe die Erbensmittel vertheuert würden, angegriffen und die Vorräthe weggeschleppt. Als die Tumultuanten am Mittag des 6. sich versammelten und diese Exzesse wiederholen wollten, wurde die bewaffnete Macht durch Generalmarsch aufgeboten, und als die Möbelhallen selbige mit Steinwürfen empfingen, erfolgte ein Bajonettangriff, der die Rubestörer zerstreute. Die öffentliche Ordnung ist seitdem nicht gestört worden. Senat und Bürgerschaft haben sich mit aller Entschiedenheit zu Maßnahmen vereinigt, um die Ruhe auch fernerhin zu erhalten. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen. — * Berlin, 10. Dez. Die Stadtverordneten haben in ihrer gestrigen Sitzung den Vorschlag der Minorität ihrer Kommission in Betreff der Dankadresse an den König, „ohne auf die Sache näher einzugehen, Tagesordnung" über die Adresse zu nehmen, welche mit dem Magistrate berathen sollen, ob und welche Schritte in dieser Angelegenheit zu thun sein möchten," — mit einer Majorität von etwa 10 Stimmen unter 83 Anwesenden angenommen. Der von der Majorität der Kommission mit 6 gegen 4 Stimmen gemachte von der Versammlung verworfene Antrag hatte gelautet: „In Erwägung, daß die Stadtverordnetenversammlung den gesetzlichen Standpunkt der Berathung auch Pflicht und Gewissen und nach beiden Seiten hin festgehalten hat, auch den künftigen Vertretern noch eine Revision der Verfassung obliegt, geht die Versammlung zur Tagesordnung über." Die dem Beschlusse vorausgegangene Debatte war sehr lang und lebhaft.

Berlin, 10. Dezbr. Die gestern erwähnte Deputation der Stadt Breslau ist mit dem Empfange, der ihr bei Sr. Majestät geworten, sehr zufrieden, und wird ihre Rückkehr nach Breslau nur zur Stärkung des Vertrauens zu dem guten Willen der Regierung beitragen und die leisen Reste der Furcht vor einer von oben beabsichtigten Reaktion beseitigen helfen. Zahlreiche andere Deputationen aus allen Theilen der Monarchie sind bereits zu gleichem Zwecke in Potsdam angelangt und werden täglich durch neu eintreffende verstärkt. Auch unsere Hauptstadt scheint mod der Philippikischen Phrasen, welche Hr. Gneist und Hr. Lewald in der gestrigen

Stadtverordnetenversammlung gegen die Ostroyirung und für den Rechtsboden der Vereinbarung vom Stapel ließen, nicht mehr sehr fern von der Absendung einer gleichen Deputation zu sein. — Man hört noch immer Aeußerungen an den Tag zu legen. Wir geben diesen Tadlern zu bedenken, wie viel denn waren in jenen traurigen Sommer, die Muth hatten? Freeze zigen, wie viel denn waren in jenen traurigen Sommer, die Muth hatten? Freeze haben weit mehr gethan, Muthige sehr wenige. Selbst jene, die dazumal die Bayonnette im Arme hatten, unsere ehrsamen Bürgermeistermänner, umhanten diese ihre Bayonnette doch immer erst mit weißen, blutschwenden Lachern, wenn sie gegen ein Dutzend Bummler ins Feld rucken mußten. — Viele Mitglieder des Gesch. Oberstirnhauls sollen sich zu der Erklärung vereinigt haben, nicht mehr mit Hrn. Wallack zusammenarbeiten zu wollen. — Zu den in diesen Tagen Ausgewiesenen gehören auch der Dr. Bl. — Schauspieler und der ehemalige Adjeorrnete für Sinsgau, Referendarius Schaa

Bürgern die ihrigen in Erinnerung zu bringen. Bürger! — heißt es dann — wenn ihr euch morgen ruhig, thätig, entschlossen zeigt, so werdet ihr eurem Werke, eure Ruhe, achtungswerthe Grundsätze gegeben haben. Euere Feinde, die der Gesellschaft, möchten vielleicht eure Agitationen, eure Kämpfe ausbeuten; aber sie werden unschuldigen von dem impojanten Werke eurer Sammlung (reeueuille-ment)." Dann wird der Sag aufgestellt, daß nach erfolgter Wahl jeder gute Bürger sich persönlich unterwerfen müsse, welchen Namen auch der Gewählte tragen möge. Die aber unheilvolle Unternehmen im Sinne hätten, seien als öffentliche Feinde zu betrachten, die das Gesetz erreichen werde. Die Haltung, welche die Bürger morgen beobachten, werde die Republik entweder feststellen oder in Gefahr bringen. — Im Uebrigen ist ein Zweifel, daß die famöse Geschichte der Nationalsubscription der Kanaillotte des Generals Cavaignac vollends den Gnadenstoß gegeben hat. — In der Nationalversammlung wurden heute die Namen der in den Abtheilungen erwählten dreißig Mitglieder zur Ergänzung des Staatsrathes mitgetheilt. Es sind darunter die Herren: Fr. Arago, Lacrosse, Lamartine, Bedeau, Dupont (de l'Oure), Senard, Goudchaux, Billault, Martin (von Straßburg), v. Tocqueville, Havin, Remusat, Chambolle, Cormenin, A. Marrast, Carnot, Vichnmberg, de Lasteyrie, Fallour, Barocht u. s. w. Thiers, Odilon Barrot, Mole fehlen wie man sieht. Der Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit des Präsidenten der Republik soll erst nach Absassung der organischen Gesetze zur Verhandlung kommen.

Ludwig Napoleon bekundet seinen Vetter in Rom in einem Briefe an den päpstlichen Nuntius. Ich will die Gründe seinen Schritten gegenüber nicht erwähnen, sagt er, welche mich als einverstanden mit dem Benehmen des Prinzen Canino in Rom darstellen. Seit lange unterhielt ich gar keine Verbindung mit dem ältesten Sohne Lucian Bonapartes, und ich beklage aus ganzer Seele, daß er nicht begriffen, wie sich an die weltliche Souveränetät des ehrwürdigen Kirchenfürsten der Glanz des Katholizismus und die Freiheit und Selbstständigkeit Italiens knüpfe. — Augenauf liegt bedeutlich an der Halsschwindsucht auf seinem Landgut bei Wertgueux darnieder.

Straßburg, 9. Dez. Wir sind am Vorabende des verhängnißvollen Tages, der über den Fortbestand der jungen Republik, über die Zukunft Frankreichs entscheiden wird. Die Wahl ist nicht sowohl eine Personenfrage, als vielmehr eine Prinzipienfrage, das leuchtet Jedem ein. Cavaignacs Ernennung wäre die Billigung des Benehmens der Nationalversammlung und der Regierung, der Ausdruck des Wunsches, die Angelegenheiten der Republik mäßig zu führen und allmälig die verheißenen Verbesserungen zu vermirklichen. Der Erfolg Ledru-Rollins wäre eine Protestation gegen den bedächtigen, saumseligen Gang der Nationalversammlung, gegen den Nichterfüllung einiges nach der Februarrevolution den seidenen Klassen gemachten Versprechungen. Die Ernennung Louis Bonapartes wäre die Verwerfung des republikanischen Systems, eine rückhaltige Restauration oder ein gesetzlichsatischer Umsturz. Man denkt allgemein, daß sieben Millionen Bürger die drei verschiedenen Lager bilden werden. Cavaignacs Anhänger sind zahlreich; sein Benehmen rücksichtlich des heiligen Stuhls hat ihm die mächtige Stütze der Geistlichkeit erworben, wiewohl dasselbe anderseits viele Demokraten von ihm abwendig gemacht und dem Banner Ledru-Rollins zugeführt hat. da sie diese übermäßigen Zuvorkommenheiten für den Papst als unwürdig und sogar als verdächtig ansehen und fürchten, die demokratische Republik möchte in eine theokratische umgewandelt werden. (Bekanntlich gibt es eine Partei, deren Oberhaupt Buchez und deren Mitglied Bastide sind, was man sagt, auch Cavaignac ist, welche zuerst der politischen Einheit auch eine religiöse oder kirchliche Einheit zum Zielpunkt ihrer Bestrebungen hat.) Wie dem auch sei, wird Cavaignac leicht den Sieg über Ledru-Rollin davon tragen, dessen Macht man nicht wohl über eine Million Kämpfer abschätzt. Aber Louis Bonaparte? Das ist ein furchtbarer Gegner. Seine Streitmacht ist stark an Zahl und Waffen, sein Troß ungeheuer. Bettler und Betrogene, falsche Republikaner, Feinde der Ordnung und Gesetzlichkeit, Royalisten, Dummköpfe, Wühler aller Farben stehen sein Heer und Intriguanten, Narren und Ehrsüchtige seinen Generalstab. Kein Mittel wird gescheut, um die Bevölkerungen zu verblenden und zu überlisten. Auch das Gisaß, ja sogar Straßburg, wo im Jahre 1836 der Pseudokaiser Scott Schande erntete, läßt er von seinen Emdlingen durchwühlen. Alle Abende durchziehen aufgestiftete Gassenjungen, vermengt mit der Elite des Volks, die Straßen und brüllen wie besessen: vive Napuléon! à bas Cafesack! du hast kein Geld im Sack! à bas der siederlich Wollin! der Coquin! à bas der Lang Martin! und andere dergleichen sprachbastardige Absichtsmachtreiten. Alle Morgen erscheinen an Thüren und Mauern reizenmäßige Zettel, welche das sanftselige Wunderkind in den Himmel erheben und gehörne Sorge verbreiten. Man muß sagen, daß diese Zettel faß ebenso schnell zerfetzt werden und verschwinden, als sie gelesen sind. Die Bureaux des „Miederthrinischen Kuriers", welcher die Kandidatur Cavaignacs vertheidigt, waren gestern der Gegenstand einer bonapartistischen Demonstration. Eine todende Rotte schrie à bas Cavaignac und pfiff und heulte, wark aber alsbald auseinandergetrieben. Man sieht, daß die Scharmützel der bonapartistischen Partei mit Beginnen des Wahlkampfes wieder wie gesagt, ihre Ansahl ist sehr groß, und es ist nicht unmöglich, daß der Anhang des Helden von Boulogne die Mehrheit der Wähler bilde; jedoch gestaltet der gute Sinn der Franzosen, zu dessen, daß sie nicht die Hälfte ihrer Stimmen einem Don Quixote bewilligen werden, und dann wählt die Nationalversammlung Cavaignac. Verbreitet man die Lage der Linge und die Gesinnung der Parteien in Frankreich genau, in muß man folgende Prognostika stellen: mit Cavaignac Ordnung und Vertrauen, aber gehässige Unzufriedenheit der untern Klassen, und unversöhnlicher Groll der sogenannten rothen Republikaner; mit Ledru-Rollin Uneinigkeit der Staatsgewalten, heiße Angst; mit L. Bonaparte alle Uebel und den Bürgerkrieg. — Diese deutsche Schilderung sind neuerdings von hier nach Dijon gemiesen worden. (S. Bl.)

Straßburg, 10. Dez. Gestern Nachmittag hatte man die beunruhigendsten Gerüchte über Vorkommnisse in Paris verbreitet und man sprach sogar von einer neuen Revolution, die daselbst ausgebrochen sei. Alle derartigen Nachrichten sind falsch. Es herrscht vielmehr in der Hauptstadt die erwünschteste Ruhe. *) — Die Vorbereitungen, welche unsere Stadtbehörden vorgetroffen und gestern trag, um Störungen der allgemeinen Ordnung vorzubeugen, haben ihren Zweck erreicht; auch hat die Proklamation, welche der Maire erlassen, einen guten Eindruck gemacht. Die Bonapartisten haben zwar mehre lärmende Umzüge durch die Stadt veranstaltet und der Ruf „vive Napoleon!" wie „l'Empereur!" vernehmen lassen; allein zu eigentlichen groben Exzessen kam es nicht. Die Polizeiwache mache sorgfältig. Morgen ist nun der Abstimmung für den Präsidenten der Republik. Schon um 8 Uhr zogen die Soldaten unter Anführung von Offizieren in die Wahlabtheilungen, um ihre Stimmzettel abzugeben. Das Scrutinium wird erst morgen Nachmittags geschlossen und die Enstalrung der Stimmzettel beginnt Dienstag. — Die politische Aufregung ist noch immer sehr stark, allein dieselbe wird sich während einiger Tage, bis man nämlich das Wahlergebniß kennt, eine Pause machen. Die bonapartistischen Agenten haben bei uns wie im ganzen Elsaß ihre Schuldigkeit gethan und man erzählt sich Einzelheiten darüber, die eben auf das allgemeine Stimmrecht kein erfreuliches Licht werfen. Man hat mit der Volkssouveränetät grobe Mißbräuche gemacht. (Fr. J.)

*) Es sollen in dieser Beziehung auf außerordentlichem Wege die beruhigendsten Nachrichten eingetroffen sein.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 12. Dez. Bayer. 3½proz. Obligationen 76 ℔. 75½, 4proz. 88 ℔. Bankaktien 1470.—. Bayerische H. Bayer. 5 proz. Anlehen 36 ℔. 35 ℔. Oesterreich. 5proz Metall. 950 ℔. Wiedmengen. 3½proz. 75½, 4½proz. 92 ℔.

Paris, 9. Dez. 3proz. 42.60. 5proz. 69.30. Schatzsch. 10. Bankaktien 1470.—. Stadtobligationen 1135. Vier Kanäle —.—. Comps. von Nisser —.—. Belg. 5proz. von 1840 79, von 1842 79. 4½proz. —. 3proz. —.—. 2½proz. —. Belg. Bank —. Neap. 5proz. Röm. 5proz. —. Span. 3proz. —. Aktive —. Passive —. Piem. 815. Bank —. St. Germain —. Versailles (rechte) 102.50. (Linke) 108 75. Orleans 630.—. Rouen 355.—. Havre —.—. Strasburg 177.50. Basel 76.25 Bierzon 220.—. Boulogne —.—. Bordeaux 365.—. Nordbahn 351.25. Montereau 100.—. Lyon 360 —. Straßburg 327.50. Nantes 311.25. Dieppe 165.—. Seeoyr —.—. Montereller —.—. La Tebe —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 14. Dez.: „Der Förster", Oper von Zielow.

Königl. Odeon.

Sonnabend, 16. Dez.: Konzert für die Violine von dem 14jährigen Knaben Joseph Walter im großen Saale.

293. So eben ist erschienen und bei Georg Franz in München zu haben:
Deutschrift über die wegen Auflhebung und Ablösung gutsherrlicher und grundherrlicher Rechte bei der ersten Berathung der Grundrechte des deutschen Volkes gefaßten Beschlüsse (§§ 27 und 28) und über die dagegen zu erhebenden Bedenken und Reklamationen. Bei der hohen Nationalversammlung eingereicht am 30. November 1848.
4°, geheftet Preis 15 kr.

Pfänderauslösung und Versteigerung.

249. (3c) Freitag den 15. Dezember 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat November 1847, und zwar von Nro. 8761 bis 17485.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verlegt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage darf den bezeichneten Tages keine Pfandumschreibung mehr statt.

Herauf Mittwoch den 20 Dezember 1848 öffentliche Versteigerung.

München den 21. Nov. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthor.
F. Wagrisl, Mag.-Rath.
Schnep, Kassier. Offenbrunner, Kontroleur.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Landtagswahlen zu Nürnberg und Bamberg.

* Aus Franken, 10. Aug. Nürnberg wird die erste Stadt in Bayern," so jubelte Hr. Dr. Diegel in seinem „freien Staatsbürger" nach dem Ergebnis der Wahlen der Wahlmänner in Nürnberg, weil hiebei die demokratische Partei des „Volksrechtes" so wolkändig gesiegt hatte, und sie gleichen Sieg für die Abgeordnetenwahl selbst stets hoffte. Allein die Hoffnung täuschte. Bamberg ist — in diesem Sinne — nun die erste Stadt Bayerns geworden. Während in Nürnberg die Demokraten auch einen Kandidaten der konstitutionellen Monarchisten nicht aus dem Wahlfelde schlagen konnten, Prof. v. Scheurl, ein tüchtiger, exprobter Volksvertreter aber leider nicht Demokrat, ja noch dazu Staatssekretär und Adelsgar gewählt wurde, fielen in Bamberg alle Kandidaten des konstitutionellen Volksvereins glänzend durch, wurden sowohl als Abgeordnete, wie zu Wahlmännern nur die Bamberger Kandidaten des demokratischen Volksvereins, dessen Präsident und Hauptführer gewählt. Es versteht sich, daß darüber in der Stadt unbeschreibliche Freude herrscht, weil nicht nur jetzt wie bereits im Volksverein angekündigt worden, die Sonne der Freiheit und des Glückes über Bamberg aufgeht, sondern auch nebenbei endlich einmal der Länft auf Bamberg scheel- und unfreundlich herabblickenden Nord- der Rang abgelaufen, der Triumph errungen, für so manchen Unglimpf mit Zinsen und dgl. glorreiche Genugthuung erlangt ist. — Aber wie ist das gekommen, wie hat das von politischen Parteien und bürgerlichen Vereinigungsbestrebungen von „reicher Freundschaft" und „Stadtfindern" — von Adel und Beamten, Geistlichkeit und Militär, dem gesammten Bureaukratentum, diesen „abgenützten Rüstungen der Zopfzeit" gar nicht zu reden — seit den Märztagen im Kampfe um die endgültige Ausbildung der Grundgesetzbestimmungen der Neuzeit" um die Wette bewegte und zerspaltene Bamberg sich auf einmal hier bei diesem wichtigen Akte der Wähler so friedsam geeinigt? Wie haben sich Konstitutionelle so leichten Kaufs von den Republikanern anwerben lassen? Das Mittel ist nicht so schwer, so ziemlich wie in Nürnberg lobbar. In Nürnberg, dieser Hauptstadt der Industrie, des Handels und wie man sagt, der mit solchen Dingen sich befassenden Intelligenz hat man ein Meisterstück der politischen Klug- und Weisheit geliefert, ein sicheres Nürnberger Spielwaaren-Stück; alle fünf politischen Vereine haben sich vereinigt zu einem Wahlprogramm, und so das Wundermerk gezeugt, das die rothe und weiße Republik) sozusagne Demokratie und die konstitutionelle Monarchie freundschaftlich sich die Hände reichen, alle Zwischenschattirungen dieser zwei Hauptströmungen sich in eine Fläche verschwemmen in süßen Wahne auf Seiten der Konstitutionellen, dadurch ihren Theil an der Abgeordneten-Zahl sich gesichert zu haben; war ihnen ja von den Demokraten das bündigste Versprechen gegeben, ihre Stimmen auf solche zu vereinigen, wenn sie dagegen die ihrigen ihren Aussichtslosen zuwendeten. Diese Ueberlistung, schändlicher als der parlamentarische, hat die Konstitutionellen derrubigt, sie waren nun ihres Mannes gewiß, und glaubten sich um die Wahl der Wähler nicht besonders mehr bekümmern zu dürfen. — Allein eben darauf hatten die Demokraten gerechnet, und nur um so sicherer die Wahl der Wahlmänner in ihrem Sinne betrieben; war ihnen diese gelungen, so hatte der Erfolg ihrer sicher, und für die Stimmen der Wähler zu Gunsten der konstitutionellen Kandidaten obendrin nicht zu hasten haben, sich deßhalb recht gut zur Beseitigung fürderen Verssprechend, hinter die gefährliche Wahrheit verstecken, auch ihren Gegnern selbst die Schuld in die Schuhe schieben, weil sie zur Beischaffung von Wahlmännern ihrer Richtung nicht thätig genug gewesen. Die Demokraten wußten sehr klar, was sie sie machten, und wie sie zu verfahren hatten mit jener monströsen Vereinigung vorgeblicher Anschauungen, aber Prinzipien die Konstitutionellen aber, obwohl viele von ihnen sich rühmen, in London und Paris die Parlamente besucht und so einen politischen Lehrkurs gemacht zu haben, erkannten nicht oder vergaßen in gutmüthiger, mitunter auch schlauschlauer Sinnesinnigkeit, daß nach dem allerersten Grundsatze der parlamentarischen Politik die Männer der entgegengesetzten Grundsätze und Systeme sich nie zu einem Programm und einer Haudeln vereinigen können, ausgenommen den Fall, es hätte solche Vereinigung den Zweck, oder blieb das einzige Mittel, eine dritte Partei, ein drittes System zu sprengen, wie z. B. in Frankreich der Berg und die Legitimisten sich verbinden wurden, um die jetzige Republik, wi sonder Convignac und sein System zu stürzen, und von solchem Bündniß ist wieder bekannt, daß sich die Genossen unmittelbar nach ihrem Siege oder Falle trennen wie vorher. Daß aber die Demokratie, zumal der Nürnberger „Volksverein" und „freie Staatsbürger," in ihrem Ausgange und Endpunkte gleichbedeutend mit Republik, und die konstitutionelle Monarchie die schnurstraks chtp entgegen gehen, nun und nimmermehr vereinbarlichen, sich gegenseitig ausschließenden, unversöhnlich aufbrechenden Gegensätzen sind, das weiß die konstitutionellen Brehne in Nürnberg doch auch gewußt und begriffen haben, und konnten also leicht einsehen, daß sie durch eine Verbindung mit den Demokraten ihren eigentlichen Boden und Standpunkt verlieren, jenen unterlegen mußten. So ist es denn auch gegangen, und zwar sonnächst, weil die Konstitutionellen sich einbildeten, wenn sie die konstitutionnelle Monarchie auf „die breitesten demokratischen Unterlagen" stellten, könnten sie mit den Demokraten von ächtem Schrot und Korn schon fertig werden, diese zu sich herüberziehen; allein statt dessen haben diese die Konstitutionellen erst liebreich an sich, dann rüstig hinuntergezogen, und während die Sieger sich in die Faust und ihre Gegner auslachen, fallen diesen erst jetzt, nachdem sie durchgefallen, die Schuppen von den kurzsichtigen Augen. Wohl mögen einige tüchtige Männer, die Nürnberg Gottlob noch zählt, den feinen Plan rechtzeitig durchschaut haben, und ihren Bemühungen ist die Wahl von Scheurel zu danken, damit die Abwendung vollster Niederlage; aber immerhin bleibt die Siegesfreude der neufreiheitlichen Einwohnerschaft und der Lichtglanz der neu demokratisch erleuchteten Stadt durch solche „reaktionäre" Wahl theilweise getrübt, so wie die fernere Stellung dieses konstitutionellen Volksvertreters ziemlich unhaltbar ist, da er an scharfer Prüfung und derben Tadel ihres neuesten Verhaltens, aber vielmehr Schonkeins — das sie vielleicht ihren Ehrenbürger, dem Reichsbalancirmeister Dr. Eisenmann zu Frankfurt erst abgelernt haben — nicht gebricht. Zeuge der Presse der guten Stadt. — Aber nun zu Bamberg. Hier hatte man solch faktiosen politischen Felder der Verbindung des „Konstitutionellen" Volksvereins mit dem „Volksverein" Lachtyreg ebenfalls nicht gemacht. Ein Versuch war wohl so am Tage vor der Wahl; die vom Lande hereingekommenen Wahlmänner hatten in der Versammlung des konstitutionellen Vereins ihn verlangt mit der Erklärung, daß sie erst dann über die Kandidaten sich verständigen wollen; Abgeordnete begaben sich also in die Versammlung des Volksvereins zur Unterhandlung, landen aber hier keine Neigung für das seltene Skandal, dagegen die Stimmung, daß man seinen Führern, seinen Geistlichen, seinen Beamten und seinen Advokaten — mit Ausnahme des Präsidenten des Volksvereins — mißlen solle und werde. Diese Stimmung, schon vorher auf dem Lande möglichst genährt, verbreitete sich alsbald unter alle Wähler von den Landbezirken, und so suchte man denn endlich eine Vereinbarung dahin zu bewirken, daß zwei Kandidaten aus der Stadt und zwei vom Lande aufgenommen werden sollten. Den Häuptern der Demokraten war das genug recht; beim ersten Wahlgang erhielten 2 Konstitutionelle und 2 Demokraten die Mehrzahl, keiner die absolute. Dieser Akt dauerte bis Nachts 8 Uhr. Nun glaubten die Konstitutionellen ihre Wohl gesichert, aber die Demokraten luden die gesammte ländliche Wählerschaft in ihre Versammlung, hielten dies bis nach Mitternacht Reden mit glänzenden Versprechungen und goldener Zege in reichen Gläsern, das sie auch Bayerschaffen wurden, der heimathliche Nektar bot weiblichen Vorgeschmack, — und so schlos sich rasch ein neuer Bund, der am andern Wahltag in ungemeiner Schnelligkeit zwei Demokraten der Stadt und zwei vom Lande als Abgeordnete, und mit Beseitigung aller früheren konstitutionellen Kandidaten ihnen auch für die Gelgenämner nur Rätsiste und Demokraten zu sagen sich verstehte. Manche meinen, wenn an ersten Schlachtag die Stimmgebung und Zählung schneller behandelt, dann noch am Abend der zweite Wahltag vorgenommen worden wäre, hätten die Parteien gleiche Zeroge, jede 2 Abgeordnete erhalten. / Allein auch hier bot man, wie in Nürnberg, Alles auf, um die Thätigkeit der Konstitutionellen zu lähmen, ihre Kandidaten zu verdächtigen und zu beseitigen. So waren namentlich Dr. Roos, als Redakteur der Bamberger Zeitung und politischer Schriftsteller bekannt, tüchtigen, freisinnig durchgebildeten Charakters, von den Hrn. Brecht Blättern „für Wahrheit" x. schon längere Zeit wiederholt verdächtigt und angegriffen, daß Rauch öffentlich nur dem Vorwurf der Lüge und Verläumdung entgegen konnte, der auch recht soll über ihn gefallen wurde; so erklärten noch andere Bezirke Landtagsschusses des konstitutionellen Vereins da und dort öffnliche freundschaftliche Begrüßungen und Empfehlungen. Das alles zusammen und die unlängbar rastlose Thätigkeit der Demokraten in Stadt und Land, wobei Zeit und Kosten für Beschickungen, Reisen, Zusammenkünfte, Berathungen ungelegner Weise, verstrafte ihnen den Sieg in der Wahlschlacht. So wird die Geschichte derselben erzählt: es bleibt dahingestellt, mal daran Richtig oder unrichtig ist. Gewiß ist jedenfalls das Ergebnis, das Bamberg vier, und Nürnberg nur zwei Demokraten oder Verfechter „der breitesten demokratischen Unterlagen" von „allererstem (?) Wasser" (— — —) zum Landtage entsendet. Und das darob großer Jubel ist im Lande der Phäaken, wer möchte es nicht begreifen oder leugnen? Gestehen dabei, daß unsere bayerischen Demokraten die offenbar unbequemen, mitunter auch gefährte Verbreitung ihrer alleinseligmachenden Lehre auf offener Straße; viel behaglicher und sicherer halten sie nun dergleichen Predigten in dem warmen Raume des Stübeleokales von den gutgepolsterten grünen Bänken und können sie auch sogleich in den Gestigen, welche auf diesem Raste verbreitet, praktisch anwenden und getrost machen. Dann ist auch das ganze Land Männer, welche bisher neben dem Straßen- und Platzverkehr meist nur in „Kränchen", beim X- oder M-Bräu" mit ihren parlamentarischen Gaben nicht selten vor einem Publikum, welches mit Abwarrel Göthe Studenten spricht: ein starkes Bier, ein beizender Tabak, und — das ist so mein Geschmack — auftreten mußten, nach der vollen Liebe, Breite und Höhe ihrer staatsmännischen Befähigung in voller Oeffentlichkeit kennen, weiß sie fortan gründlich genug zu beurtheilen und somit auch seine wahren Rothbelfer leicht zu finden. Endlich aber, und das ist nicht unwichtig, sind diese bisher so oft in Ganz- oder Halbdunkel verbannten Geister demüthigt und genöthigt, nunmehr in ihrem wahren entschiedenen Gebalte sich zu zeigen und an den Prüfstein der Verhandlung wirklich faatlicher Verhältnisse und Bedürfnisse sich zu erproben. Dieweges zumal läßt sich, nach dem Prinzip, daß im öffentlichen Leben vor Allem Nützlich, Heilsgemäß, Heiligkeit der Grundsätze nothwendig ist und sich geltend machen muß, das Hervortreten der Demokraten auf den großen Wahlplan der bayerischen Stämmerersammlung können wir nur

als eine willkommene Erscheinung betrachten, denn hier wird und muß es sich zeigen, ob sie mit ihren Grundsätzen, Planen und Vorsprechungen im Staatsleben zum Wohle der Staatsbürger aufzukommen, festen Fuß zu fassen verdienen und vermögen, oder ob sie für immer aus dem Felde geschlagen werden, also ob ihre Sache uns sie vom Glücke oder vom Unglück sind. — Die konstitutionellen Vereine und ihre Mitglieder, überhaupt die gut und redlich Freigesinnten aber können sich auf den Geschichte, oder wenn auch vielleicht theilweise Fabel, der Landtagswahlen in Nürnberg und Bamberg im Jahre des Heils 1848, nachdem zum erstenmal volle Wahlfreiheit und leben getreten, sehr nützliche Moral ziehen, nämlich: bei künftigen Wahlen oder ähnlichen Anlässen mit der guten Meinung von der Redlichkeit ihrer Sache sich nicht einschläfern, sondern auch für ihre Durchsetzung selbstthätig zu sein, und dem Fuchs und Wolf nicht zu trauen, wenn er auch mit dem Schweife wedelt oder im Schafspelz geht, denn es steht schon in der Schrift geschrieben: seid wachsam, beetet und arbeitet.

Aktenstück aus Mannheim.

Der neue vaterländische Verein in Mannheim an den Vorstand des „Märzvereins“ in Frankfurt a. M.

In Begleitung Ihres Umlaufschreibend vom 26. Nov. empfingen wir Ihren Aufruf an das deutsche Volk zum Beitritt zu dem Märzverein.

Ihr Programm will: „die Einheit Deutschlands, die Freiheit, als das natürliche Eigenthum der Nation, und in Folge dessen die Berechtigung einer ungehinderten Ausbildung der Verfassungen der einzelnen Staaten auf gesetzlichem Wege.“ Auf solchen Grundlagen soll ein dauernder Zustand der Gesetzlichkeit, des Friedens und der Wohlfahrt der deutschen Nation und der einzelnen Volksstämme gesichert werden.

Wir sind damit vollkommen einverstanden, sind aber auch überzeugt, daß diese hohe Aufgabe nur erreicht werden kann, wenn man sich in den Mitteln nicht täuscht. Wir verkennen nicht, daß in den „Vorgängen in Wien und Berlin eine ernste Mahnung an das deutsche Volk liegt, wach zu sein und sich zusammen zu scharen, damit seine Freiheit und sein Recht nicht verkümmert, nicht vernichtet werden.“ Wir befragen uns Ihnen, daß „Arbeit und Handel, öffentlicher und Privatkredit beegedens nach Gebühren trachten.“ Wenn Sie aber nur von einem Feinde und nur von den Wühlereien dieser einen freiheitsfeindlichen und gewaltthätigen Partei, die an allen Leiden des Volkes schuld sein soll, sprechen, so haben Sie offenbar nur nach einer Seite hingeblickt.

Die Freiheit und das Recht des Volkes hat zwei Feinde: Arbeit und Handel, öffentlicher und Privatkredit erlahmen unter dem Druck der Wühlereien zweier freiheitsfeindlichen und gewaltthätigen Parteien. Die eine ist die Partei der Reaktion, die andere die der Anarchie; seine wirft Anker auf dem Boden, den diese anfrüttelt, und drohe bedrohen gleichmäßig die Zukunft unseres großen Vaterlandes. Es genügt daher nicht, daß nur einem dieser Feinde der Krieg erklärt werde; offen und ehrlich müssen beide angegriffen werden. Rufen Sie dazu das deutsche Volk auf, kann werden tausende bewaffneter Männer hinter dem „Märzvereine“ stehen. Glauben Sie, daß jeder wackere Mann aus Ueberzeugung ein geschworener Feind der Reaktion ist. Glauben Sie aber auch, daß jener Vaterlandsfreund mit Mehrheit auf die Verwüstungen blickt, welche die anarchische Partei in den Reihen unserer Volks anrichtet. Dieß ist es, welche die sittliche Kraft, diesen allen Stoßp unseres edlen deutschen Volks, zu vernichten strebt; durch sie wird das Volk schrecklich getäuscht, die wildesten Leidenschaften werden herausbeschworen, die Moral wird untergraben, und die Wahrheit wird verkehrt in jesuitische Gleisnerei. Dies trifft am Ende der Erfolgs auß Haar mit der Metternich'schen Politik zusammen, sühe, wie diese, das Vaterland gleichfalls ins Verderben, und das arme Volk kommt vom Regen in die Traufe.

Wir können also nach unserer Ueberzeugung mit dem „Märzverein“ nur zusammenwirken, wenn er sich eben so entschieden gegen die unheilvollen Wühlereien der Anarchie wie gegen diejenigen der Reaktion aussprecht. Wir haben aber noch ein anderes Bedenken gegen den „Märzverein“ auszusprechen. Unser Verein, so wie alle unsere vaterländischen Vereine, wie in neuester Zeit auch der nationale Verein in Kassel rc. anerkennen als wesentlichen Bestandtheil ihrer Programme, daß die deutsche Reichsversammlung in Frankfurt das gesetzliche Organ der Souveränetät des Volkes ist, und daß ihre Beschlüsse maßgebend und bindend für ganz Deutschland sind. Offenbar kann es auch nicht anders sein, denn die deutsche Reichsversammlung ist es eben der Ausdruck der Willenrungsschaften und von der freien Nation frei gewählt mit dem bestimmten Mandate, des Volkes Freiheit, Gesetz und Wohlfahrt festzustellen. Daß nun gerade der „Märzverein“ in seinem Programm des einzigen gesetzlichen Organs der Nation gar nicht erwähnt, ist um so befremdender, als die Gründer des Vereins unmöglich etwas Anderes anstreben können, als wozu die Nationalversammlung, deren Mitglieder sie sind, von der Nation berufen ist.

Eine offene Erklärung auch in dieser Richtung würde nur dem allgemeinen Wohl dienen; denn je mehr die Nationalversammlung offen und versteckt in der Bekämpfung ihres großen Werkes gehindert wird, um so mehr ist es die Pflicht jedes wahren Vaterlandsfreundes, die feindlichen Elemente zu beseitigen. Unseres Erachtens würde der „Märzverein“ für Freiheit, Frieden und Wohlfahrt des Vaterlandes die lohnendste Propaganda machen, wenn er in Vereinigung mit dem Keen des Volkes dahin wirken würde, daß eine volksthümliche Wirksamkeit der Nationalversammlung mehr und mehr zur Geltung käme; denn nimmermehr kann das Vaterland von den Vereinen seine Gesetze und seine Verfassung erhalten; sie müssen ihm von seinen gewählten, von ihm selbst berufenen Organen werden, und daß Dieß geschehe, und zwar in vollem Maße geschehe, dahin mögen die Vereine redlich wirken, dann wird jeder Vaterlandstreund mit ihnen sein. (Kaeln. Z.)

Deutschland.

Bayern. — Landtagswahlen. Wahlbezirk Kemnath. Abgeordnete: 1) Dr. Mayr, k. Kreis- und Stadtgerichtsdirektor in Landshut, 2) Bauer, Hammergutsbesitzer von Wandreb, Landg. Tirschenreuth, 3) Feil, Chr., Bäckermeister von Kemnath. Ersatzmänner: 1) Wiedenhofer, Advokat von Neustadt a. W. N., 2) Schrödl, Bauinwalt von Neuhaus, 3) Thanner, Stadtpfarrer von Erbendorf. Wahlbezirk Gemünden. Ersatzmänner: 1) Schmitt, Bürgermeister von Karlstadt, 2) Wollmuth, Vorsteher von Bergtheim, Landg. Arnstein, 3) Fuchs, Weinwirth von Lohr, 4) Schultheiß, Bürgermeister von Hammelburg.

K. Sachsen. Aus Veranlassung der Wahlen haben die Minister folgende Ansprache „an unsere sächsischen Mitbürger“ veröffentlicht: „In dem gegenwärtigen Augenblicke, wo das Volk zu den Wahlen seiner Vertreter zu schreiten sich anschickt, von diesen für die Zukunft unseres Vaterlandes so folgenschweren Ereignisse, halten die Unterzeichneten, zumal auch die meisten von ihnen in der verfassungsmäßigen Wahlbewegung unter den Vorgeschlagenen zum Landtage mit genannt sind, ein offenes Wort an ihre Mitbürger zu richten, für zeit- und sachgemäß. Welche politische Richtung die Minister verfolgen, kann nach ihrem Programm vom 16. März dieses Jahrs und nach den Schritten, die auf dem letzten außerordentlichen Landtage zur Verwirklichung dieses Programms ihrerseits gethan worden sind, kaum zweifelhaft sein. Sie wollen eine volksthümliche konstitutionelle Verfassung innerhalb der Grenzen einer lebensfähigen Monarchie, sie wollen daher die Fort- und Ausbildung unserer Verfassungsurkunde auf verfassungsmäßigem Wege mittelst Vereinbarung zwischen der Regierung und den Kammern, die Sicherung der nothwendigen Rechte des Volks mit den nothwendigen Rechten der Krone. Eie sehen aber eben so eine wahrhaft Repräsentative Verfassung gibt, so wäre ohne diese die Monarchie nur ein Schatten ohne Wesenheit, so würde ein solches Verhältniß die Quelle dauernder Kämpfe sein und den Keim für die völlige Zerstörung der Rechte des einen oder des andern Theils in sich tragen. Wie demnach die Minister sich gegen Die erklären müssen, welche die Bedingungen der wahrhaften Repräsentativverfassung nicht zugestehen und ihre nothwendigen Folgen nicht lassen und verkümmern wollen, so sind sie auf der andern Seite mit Denen nicht einverstanden, welche nothwendige Rechte der Krone aufzuheben beabsichtigen, mit Denen, welche nach ihrem Wahlprogramm das der Krone zustehende unbedingte Einsprucherecht (Veto) in ein bloß aufschiebendes zu verwandeln beabsichtigen. Die Unterzeichneten halten das unbedingte freie Wahlrecht unter Garantien, welche die Selbstständigkeit der Wahlen sichern, für Erfahrungen der Geschichte gegenüber, für nicht haltbar, die Abschaffung des stehenden Heeres, unbeschadet seiner bereits bestehenden volksthümlichen Gestaltung, gegenwärtig nicht für zeitgemäß, zwar die Bewilligung des Grund und Bodens von allen drückenden Lasten für nöthig, die Forderung aber der unentgeltlichen Aufgebung wohlerworbener Verabgenehmigungen, soweit sie nicht durch die Grundrechte des deutschen Volks bedingt sind, für unstatthaft; sie erkennen das Bedürfniß größerer Selbstständigkeit der Gemeinden — der Kirchen- wie der politischen Gemeinden — in der Verwaltung ihrer Angelegenheiten, nicht aber der Uebertragung wesentlicher Regierungsrechte an dieselben; sie erkennen die Nothwendigkeit möglichster, durch Vereinfachung der Verwaltung zu erzielender Ersparnisse im Staatshaushalte, müssen aber die einzelne Schmälerung solcher Ausgaben, welche gesetzlich festgestellt, oder solcher, die zur Führung der Regierungsgeschäfte erforderlich sind, zurückweisen. Die Unterzeichneten wollen erreichbare, aus billiger Berücksichtigung und auf dem Boden der Gesetzlichkeit erwachsene und daher dauernde Verbesserungen. Ob das sächsische Volk in diesen Ansichten und Grundsätzen mit der gegenwärtigen Regierung einverstanden ist, werden die Wahlen seiner Vertreter lehren. Wie aber auch diese Wahlen ausfallen mögen, die Unterzeichneten werden treu an diesen Grundsätzen halten, sie mögen über lang oder kurz ihr beschwerliches Amt in die Hände ihres Königs zurückgeben. Dresden, den 8. Dez. 1848. Die Staatsminister. Dr. Braun. Dr. v. b. Pforden. Georgi. Oberländer. v. Buttlar.“

Freie Städte. — Bremen, 7. Dezbr. Gestern Abend wiederholten sich die Auftritte von vorgestern Abend. Militär und Bürgerwehr wurden aufgeboten und es kam zu Steinwürfen und Bajonettangriffen. Zuletzt wurden auch mehreren Bürgerwehr-Offizieren die Fenster eingeworfen. Der Senat hat nun heute in einer, einstimmig von stm beschlossenen, Bekanntmachung mit den ernstlichsten Maßregeln gedroht, falls sich der Frevel wiederholen sollte.

Schleswig-Holstein. — Die Spener'sche Zeitung bringt zur Berichtigung falscher Angaben, die sie in einem Privatschreiben von der Eidee vom 6. über vorgebliche allgemein unter den in Schleswig-Holstein stehenden Truppen eingerissene Widersetzlichkeit gemacht worden waren, die folgenden „zuverlässigen“ Nachrichten: „Am 5. d. M. begab sich ein Oberkriegsgericht unter dem Präsidio des Generalmajors v. Krohn nach Rendsburg, um wegen des von einem Theile der Pontonnier-Kompagnie des schleswig-holsteinischen Artillerie-Regiments bewiesenen Mißverhaltens die erforderliche Untersuchung einzuleiten. Zwar liege die Kom-

pagnie nur noch einigen Widerstreben die Waffen nieder, aber es bedurfte keinesweegs bed Einschreitens anderer Truppen, um diese Entwaffnung zu vollziehen; von der Verweigerung des Gehorsams Seitens dieser Truppen kann also nicht die Rede sein. Das Kriegsgericht nahm den 24ag ihn. Abends ernstlich ein Gesichtsmahl, und hier verweigerte allerdings das 2. schleswig-holsteinische Bataillon einzuschreiten, sagegen that eine Kompagnie Württemberger sofort ihre Pflicht. Leider sind hierbei einige Verwundungen vorgekommen. Um jenem ferneren verbrecherischen Versuche mit Energie begegnen zu können, sind bereits am 6. d. M. die in Schleswig stationirten schleswig-holsteinischen Truppen, eine Abtheilung baierischer Truppen, sowie das 1. schleswig-holsteinische und das 3. schleswig-holsteinische Infanterie-Bataillon nach Neustadt abgegangen, so daß daselbst bereits am 7. d. M. 7000 Mann Truppen concentrirt gewesen sein werden. Soviel man über das Ergebniß des Kriegsrecthrds verninmt, soll durch Hasselde ander Zweifel gesetzt sein, daß die verführten Soldaten nur aus vollkommenem Unverstand gehandelt haben, und daß dieselben nur von derjenigen, in Schleswig-Holstein, Gott weiß! welche dortigen Partei aufgereizt sind, welche in der Zerstörung jeder Art militärischen Disciplin das beste Mittel sieht, ihre anarchischen Zwecke zu fördern. Bei allen Betfern erregen die auf Vermehrung der jungen Armee, deren das Land gegen den äußeren Feind so sehr bedarf, gerichteten Bestrebungen dieser Partei schon jetzt den gerechtesten Abscheu, und binnen Kurzem werden voraussichtlich ein allgemeiner Umschwung in der öffentlichen Meinung erfolgen, wenn, wie nicht zu bezweifeln steht, die Regierung mit aller Kraft einschreitet."
(Spen. Z.)

Preußen. — Berlin, 10 Dez. (Spen. Z.) Das Militär im Schloß ist vermindert worden, wie man vernimmt, um die für den Hofstaat, bei der Rückkehr Sr. Maj. des Königs, nothwendigen Zimmer zu gewinnen. — Die Kinlgen Kammern sollen, wenigstens vorvorerst, im Schlosse ihre Sitzungen halten, und für die zweite der weiße Saal eingerichtet werden.

Berlin, 10. Dez. Der Staatsanzeiger enthält folgenden königlichen Erlaß an das Staatsministerium: Ich sind mir und der Königin, meiner Gemahlin, bei Gelegenheit der am 29. v. M. stattgefundenen Feier des 25 jährigen Ehebundes unserer Silberne Seiten daß Bedürfniß lebendig dargebracht worden, daß deren einzelne Beantwortung nicht ausführbar ist. Ich habe daher beschlossen, unsern Dank in dem hiegehenden Erlaß auszusprechen, welchen ich dem Staatsministerium zur Kenntnißnahme und demnächstigen unverzüglichen Veröffentlichung mittheile. Potsdam, am 8. Dez. 1848. (Gez.) Friedrich Wilhelm. Gottes gnädige Fügung ließ mich und die Königin, meine Gemahlin, in Kreis unserer Familie und Freunde die Wiederkehr des Tages erleben, an welchem vor fünfundzwanzig Jahren der Bund unserer Herzen die kirchliche Weihe empfing, und erfüllt von innerbrünstigen Danke lobpreisen wir den Herrn für die Segnungen häuslichen Glücks, deren er uns in seiner Vaterhuld hat theilhaftig werden lassen. In besonders innigem Dank gegen ihn aber fühlen wir dadurch uns erhoben, daß er uns durch diesen Tag Gelegenheit gegeben hat, zu erfahren, wie treu schweren Greiantfe, welche seine allmächtige Hand über unser geliebtes Vaterland heraufgeführt, nicht vermocht haben, die Bande treuer Liebe und Anhänglichkeit zu lockern und zu rauben, die von je her unser theures Preußenvolk an sein Herrscherhaus geknüpft haben, und welche unser ein heiliges Gut sind, nur um so fester geschlossen haben. Dieß Gefühl ist es, welches wir auch neue geschöpft aus den Erweisungen warmer Theilnahme, welche von nahe und fern, aus allen Gauen wie aus allen Lebens- und Wirkungskreisen, von Landes- und Ortsbehörden, städtischen und ländlichen Gemeinden, geistlichen und weltlichen Körperschaften, von politischen und andern Vereinen, wie von einzelnen Personen, in Worten und Briefen der Liebe dargebracht, unsere Familienfeier verherrlicht haben. Unvermögend, jedem einzelnen den Dank auszusprechen, von welchem unsere Herzen bewegt sind, fühlen wir uns um so mächtiger gedrungen, diesen Dank von ganzer Seele ihnen Allen gemeinsam zu verkünden, ja ihn auch an alle Die hinaus zu richten, deren treue und fromme Wünsche an jenem Tage, wenn auch unausgesprochen, doch zweifelnet waren. Möge denn, indem ich in meinem und meiner Gemahlin Namen diesen Gefühlen hiermit Worte leihe, dieß Wort wie ein warmer Händedruck empfangen und empfunden werden von Jedem, dem es gilt: möge sie Alle einschlagen Herz und Hand vereinen zu neuem starken Bunde und mit und feststehen in der freudigen Ueberzeugung, daß was Gott zusammenfügt, der Mensch nimmer trennen solle, noch in Wahrheit zu trennen ist die Macht haben werde. Potsdam, 8. Dezember 1848. Friedrich Wilhelm.

Magistrat und Stadtverordnete von Halle, desgleichen die Stadtverordneten von Stettin haben für die Verleihung der Verfassung Dankadressen an den Königgelassen. In Posen ist dem Königdoch noch ein Hackklug von der Bürgerwehr dargebracht worden — In Posen, wo es keine Republikaner und nur wenige Radikale gibt, ist die Verfassung mit ungeheurem Jubel aufgenommen worden. Die Stadtverordneten traten sofort zusammen und votirten eine Dankadresse folgenden Inhalts: „Majestät! In dem Augenblicke, wo das Gesammtvaterland in der höchsten Gefahr schwebte, ist es durch die Treue Ihrer Ew. Maj. gerettet worden. Ew Maj. haben die im Monat Mai d. Js. berufene Nationalversammlung, deren Unterzeichnete, daß ihr aufgetragene Verfassungswerk zum Heile des Landes zur Vollendung zu bringen, angetreu fällig vorlag, aufgelöst und zugleich die Neuwahlen zu dem am 26. Febr. 1849 zusammenzutretenden beiden Kammern anzuordnen geruht. Ew. Maj. haben damit an das gesammte Preußenvolk appellirt, und wir zweifeln nicht, daß das getreue Volk antworten und dem Vertrauen, das Ew. Maj. in dasselbe gesetzt, in vollstem Maße entsprechen werde Ew. Maj. haben gleichzeitig dem Staat eine Konstitution verliehen und dadurch die königliche Verheißung zur thatsächlichen Wahrheit gemacht zum die schönste Hoffnung des Volkes erfüllt. Gott segne Ew. Maj. selbst mit seinem besten Segen! Zuversichtlich von den freudigsten Gefühlen und beseelt von den reichsten Hoffnungen für die Zukunft des Vaterlandes nahen die ergebensten Aeltesten der Stadt Posen Ew. Maj. erbebenem Thron, um Allerhöchstihnen ihren tiefgefühlten Dank ehrerbietigst darzubringen." Dann wurde auch noch eine zweite Adresse an das Staatsministerium vorrat, worin dessen energisches Auftreten anerkannt und als das einzige Rettungsmittel des an den Rand des Verderbens gebrachten Staates bezeichnet wird. — Der Bürgerverein in Köln hat die nachstehende Petition beschlossen: Der Verein Kölner Bürgervereine nimmt mit tiefem Bedauern an, daß sie auf dem gesetzlichen Wege der Vereinbarung unüberwindliche Hindernisse erhoben hatten, und daß dadurch die Krone, um das Vaterland vor unabsehbaren Gefahren und Opfern zu schützen und der verderblichen Rechtsunsicherheit ein Ende zu machen, sich gezwungen sah, einseitig eine Verfassung zu erlassen, spricht seine volle Befriedigung mit dem Inhalte der octroyirten Verfassung aus, und hofft, daß Erwartung, daß einzelne Unvollkommenheiten und Lücken durch die demnächst zusammentretenden beiden Kammern werden verbessert und ergänzt werden." — In der Stadtverordnetenversammlung zu Breslau wurde am 7. Dez. eine Dankadresse an den König für die oktroyirte Verfassung beantragt. Der Antrag fand sogleich vielseitige Unterstützung und erst nach längerer Debatte wurde der Antragsteller bewogen, die Angelegenheit um einige Tage zu vertagen, um dieselbe hierdi übereigen zu können.

Oesterreich. — * Wien, 11. Dez. Die Abreise des Banus Jellachich ist als heute verschoben worden. Zuverlässiger als die bisherigen Angaben, läßt sich nun annehmen, daß im Laufe dieser Woche der Angriff gegen Ungarn stattfinden werde. Damit finden die Gerüchte von Vergleichsvorschlägen ihre Erledigung, ungeachtet man Emissairen spielt, Kossuth habe sich als Geisel stellen wollen. — Der ehemalige Bürgerchef der Nationalgarde in einer Versstadt, ein reicher, von Geschäften zurückgezogener Privatier, ist von der Gemeinde auf Schadenersatz angeklagt worden, da der von ihm ertheilte Befehl beim Angriff der Truppen die Fenster offen zu halten, Plünderungen veranlaßt habe. Das Vorrücken des Auerlagen soll nicht vor dem 20. Dez. Million erfolgen. Die Kaiserliche Regierung verfügt der kaiserlichen Schatulle noch fortwährend: wer Waffen verheimlicht und nicht ablieset, wer einen Militär zum Treubruche zu verleiten sucht, wer zum Aufruhr reizt oder einer solchen Aufforderung wirksthätige Hilfe leistet, wer bei einer aufrührerischen Zusammenrottung auf die erste Aufforderung der öffentlichen Behörde sich nicht zurückzieht und wer im Falle eines Aufruhrs sich nicht sogleich in seine Wohnung begibt, soll disciplinarisch exemirter Urtheil beurtheilt sich auch auf besten Eigenschaft, als ausgetretener Offizier, was ihn verpflichtete, niemals gegen k. k. Truppen zu fechten. — In Pressburg sollen nicht mehr als 8000 Mann und 50 Kanonen stehen und man glaubt überhaupt, daß Oberungarn um so weniger behelligen Widerstand leisten werde, als die Geist der Bevölkerung nichts weniger als kriegerisch ist. Jedenfalls wäre die Beendigung dieser Landschreide der österreichischen Sache ein bedeutender moralisches Gewicht verleihen. — Man glaubt, daß der junge Kaiser, statt sich nach Wien zu begeben, seinem Kaiserlichen Oheim in Prag seinen Besuch abstatten werde. — Die ungemeinen in steter Bitterung — bis 40° Reaumur Wärme, zeigt sich zwar in dem nördlichen Theil der Monarchie, namentlich in Galizien, dagegen mehrere die die Gefrantungen aller Art in auffallender Weise, und man ist selbst nicht ohne Besorgniß, daß sie der Cholera Vorschub leisten könnte, obgleich sich die Schrecknisse vor derselben durch ihr gelindes Auftreten in den westlichen Grafschaften sehr gemindert haben. — Die Postamtsblerichten macht bekannt, daß die Beamtenration auf fremde Zeitungen in bauer Mönge verabfolgt werden müsse, insbesondere in Ungarn, wo sich viele unlandesliche Blätter mittelst Banknoten entrichtet werden können. — Die Berichte aus Bar-s, welche der Ernährung Louis Napoleons zum Präsidenten eine größere Wahrscheinlichkeit verleihen, haben hier einen sehr ungünstigen Eindruck hervorgebracht und auch die Börse wieder verstimmt. — Unsere Theater sind bei guten Vorstellungen wieder sehr stark besucht, und besonders ziehen die „Hugenotten", welche gestrichen nach dem Urtexte wiegend zu vollendet, wie hier, gegeben werden, ein zahlreiches Publikum an. — Die ungarische Grenzpferre wirft nur noch in einigen, nicht streng unentbehrlichen Artikeln, als Ochs, Fetten u. dgl., verdrauend ein, in Schlachtvieh und Getreiden aber sind unsere Märkte aus verschiedenen Gegenden so reichlich versehen worden, daß die Preise sehr gesunken haben.

† Wien, 11. Dezbr. Die Regierung hat offiziell kundgegeben, daß mit Ende des Monats und Jahrs der 5% ige Zuschlag auf ihre Ausfuhrprämien ein Ende nimmt, wodurch sich gleichfalls die dagegen ergriffenen Repressalien beheben werden. Nach einem der Redaktion zugekommenen Schreiben aus der Grenzstadt Brody vom 3. Dez. sprach man daselbst viel von bevorstehenden Zollveränderungen in Rußland, doch kann solches nicht über das Gerücht der Mundumpungen hinausgehen, da alle derlei Neuerungen, die von St. Petersburg kommen, gewöhnlich erst am 1. Januar an allen Zollämtern entlegelt werden, bis wohin sie Geheimniß bleiben. — An der Börse waren Fonds und Aktien matter; alle Wechsel, besonders London, so wie Goldsorten, besonders Napoleonsd'or sehr begehrt und besser bezahlt. — 5%, Metall. 78½, 4% 86, 2½% 43⅞. Bankaktien 1100, Loose von 1834 140, Dreißen von 1839 83. Nordbahn 102, Mailänder 66, Glogauer 96, Pesther 65, Pressburger 65½.

Italien.

Rom, 5. Dez. Der Protest des hl. Vaters wurde vom Ministerium noch nicht veröffentlicht; es scheint, aus Furcht vor seinem Eindrucke. Ich

verdanke seine Mittheilung besonderer Güte. Er lautet übersetzt: „Papst Pius IX. an seine geliebten Unterthanen. Die während der letztvergangenen Tage Uns zugefügte Gewalt und die ausgedrückte Absicht, damit noch weiter vorzudringen (was Gott durch Eingebung eines menschlichen und gemäßigten Sinnes abwende), hat Uns veranlaßt, Uns für den Augenblick von Unsern Kindern zu trennen wie sehr Wir sie auch stets geliebt haben und noch lieben. Eins der bedauernswerthen Motive, das Uns zu diesem Schritte brachte, welcher, wie Gott weiß, Uns so schwer geworden, ist dieß, daß Wir in der Ausübung der Supremate des hl. Stuhls Unsere Freiheit unverkümmert zu erhalten entschlossen sind, was die katholische Christenheit unter diesen Umständen mit Recht bezweifeln könnte. Wenn jene Gewalt schon für sich Uns viel betrübt, so thut dieß noch weit mehr der Gedanke an die Feindseligkeit Unbarmherzigkeit einer Klasse von Menschen, welche Europa und der ganzen Welt, noch mehr aber Rom gegenüber als Verworfene erschienen, der sie auf den Zorn Gottes hinweist, da er früher oder später die von seiner Kirche festgesetzten Strafen über sie verhängen wird. Wir erkennen in der Undankbarkeit Unserer Söhne die Hand des Herrn, die uns schlägt: er will für Unsere Sünden und für die der Völker Genugthuung haben. Jetzodt wünschen Unsere Herzen, daß Wir vergessen, wenn Wir nicht vor der ganzen Welt bestheuerten (wie Wir dieß bereits an dem unglücklichen Abend des 16. und am Vormittage am 17. des vorigen Monats mündlich Angesichts des diplomatischen Korps bestheuerten, als Uns dasselbe mit seiner Gegenwart beehrte und so sehr viel zur Stärkung Unseres-Herzens mitwirkte), daß Uns eine mißgeborne und gottlose Gewalt zugefügt wurde. Wir, in diesen Briefe in dieser Tage in diesen Dinge feierlich mit der Erklärung wiederholen, daß Wir von der Gewalt befreyt wurden, auch wollen Wir, daß alle von jener Gewalt gemachten Anordnungen null und nichtig seien. Die Schlechtigkeit der Menschen hat diese harte Wahrheit und diesen Protest Unserem Munde abgezwungen, auf der andern Seite aber auch hat es Unser Gewissen gethan, daß Uns bei einer solchen Lage nicht zu Theil gab zur Ausübung Unserer Pflicht nöthige. Inzwischen hoffen Wir, es werde Uns von Gott, den Wir anrufen und bitten, seinen Zorn zurückzuhalten, nicht verneint werden, Unser Gebet mit den Worten eines hl. Königs und Propheten anzuheben: Memento Domine David et omnis mansuetudinis ejus. Da Uns am Herzen liegt, daß in Rom die Regierung des Landes nicht kopflos bleibe, so ernennen Wir eine aus diesen Männern bestehende Regierungskommission: Kardinal Castracane, Monsignore Rinaldini, Ministerium des Innern, Principe Barberini, Marchese Bevilacqua aus Bologna, Marchese Pricci aus Macerata, Generalliecutenant Zucchi. Endlich ist Unser Wille und Befehl, daß für Unsere unbedeutende Person tägliche und warme Gebete zu Gott gepflogen werden, und für die Rückkehr des Friedens in die Welt, in Unser Land und in Rom, wo Unser Herz immer sein wird, welcher Theil der Heerde Christi Uns auch beherbergen möge. Auch der Pflicht des obersten Priesters schreiten Wir den übrigen voran und stehen in Demuth zur großen Mutter des Mitleids und machtvollen Fürsprach, so auch zu den heiligen Aposteln Petrus und Paulus, daß, wie Wir so sehr wünschen, Gottes Liwmilde nicht lommen möge über die Stadt Rom noch über das Land. Gegeben 27. November 1848. Pius Papa IX." (A. Postz.)

Großbritannien.

London, 9. Dez. Die Coroner's Jury in Londonderry hat, nach Unterfuchung des (gestern erzählten) gräßlichen Falls an Bord des Dampfboots „Londonderry," den Kapitän Johnson und die beiden Mates (Unterschiffer) Hustod und Grandyard der Tödtung (manslaughter) schuldig gesprochen. Bei der Untersuchung haben sich noch einige Umstände herausgestellt, welche das Verfahren dieser Leute um so straßbarer erschienen lassen. Nicht bloß 100, sondern (der Zimes zufolge) gegen 150 Irländer wurden, weil sie auf dem Deck den Matrosen zu Wege waren, mit Schelmworten und Schlägen in die Vorderlosje, welche kaum für das Drittel dieser Anzahl Raum genug hatte, hineingetrieben, und die einzige Oeffnung derselben, die Thüre, hermetisch verschlossen, wofür der Kapitän vor Gericht den wiederholten Grund angab: er habe zufürchten, es möchte Wasser in den Schiffsraum dringen. Genunten sind die armen Menschen nun freilich nicht, aber elend erstickt. Mittlerweile bisannen sich in der gerämigen ersten Casüte drei Paffagiere; aber die leidige Vornehmthuerei, welche bei seinem Volke der Ehre — die Chinesen etwa ausgenommen — so erfinderisch und abgeschmackt ist wie bei den freien und christlichen Engländern, erlaubte nicht einem Theil der Vorderdeckpassagiere während eines Sturms, der sonst alle Standesunterschiede aufzuheben pflegt, einen verwundten Leuten beizuzugestehen, die ein paar Schilling Ueberfahrtsgeld mehr bezahlten. Die „vornehmen Leute" aber waren ein Landjunker, ein Leinwandfabrikant aus Belfast, und ein Anwalat oder so was. Auf dem Deck wo sie und man das Unglück erst inne, als endlich am Morgen einer der Eingeferrten mit verzweifelter Anstrengung die lange erschütterte Thüre und das darauf festgenagelte Ueberzuch durchbrach, und wie ein Gespenst unter den Matrosen erschien. Man flieg nun hinab, aber die Luft im Raume war so verdorben, daß zwei Lichter nacheinander erloschen. Endlich sah man das gräßliche Schauspiel. Die Times erwahnt die Regierung ernstlich: die Handels- und besonders die Auswanderercschiffe einer strengen Beschtigung und Controle zu unterwerfen; denn dieß ist seit dem Brande des „Ocean Monarch," der sich ebenfalls im irischen Kanal ereignete, binnen wenigen Monaten das zweite große Unglück mit solchen Schiffen, und einige andere sind in offener See verunglückt.

Frankreich.

•• **Paris**, 9. Dez. Es dürfte nicht ohne Interesse sein, zu erfahren, wie die Stimmen der Provinzialpresse in Betreff der Kandidaten zur Präsidentschaft sich vertheilen 190 Blätter, unter denen natürlich faft alle Volksfreundblätter, sind für General Cavaignac, 103 für Ludwig Napoleon, 48 für Ledru-Rollin. Dieser hat in den letzten Tagen — visum temealis — eine Justimmungskundgebung aus Hanau von den dortigen „Rothen" u. s. den Turnern, sonstigen Demokraten und Arbeitern zu einer von ihm bei einem Freudenfest am 19. Nov. dahier gehaltenen Rede erhalten. — Die Mannschaften und Matrosen mehrerer theils im Mittelmeere jetzt kreuzenden, theils zu Brest zur Abfahrt sich ausrüstenden Kriegsschiffe kann man schon ihre Stimmen für die Wahl des Präsidenten abgeben lassen, und das Resultat dürfte hier sich zu Gunsten L. Napoleons herausgestellt. Man haben auch die Soldaten und Matrosen der an die römischen Küsten bestimmten Schiffs-Expedition zu Marseille bereits abgestimmt. Cavaignac erhielt 1282, L. Napoleon 964, Ledru-Rollin 406, Lamartine 64 Stimmen u. s. w.

Spanien.

• **Madrid**, 3. Dez. Alle Briefe aus den Provinzen bringen einstimmig darauf hin, daß die Anhänger des Grafen von Montemolin in diesem Augenblicke ihre letzte und äußerste Anstrengung machen. Obgleich man innerlich einen tiefen Blick auf die Elemente, aus denen die karlistischen Streitkräfte bestehen, so findet man größtentheils nur Schmuggler von Handwerk und übelberüchtigte Leute. Der General Don Manuel de la Concha vereinigt in sich alle Elemente, um wirksam zur Beförderung des Landes von dieser Faktion auftreten zu können. Aus Londoner Korrespondenzen scheint übrigens mit Sicherheit hervorzugehen, daß die Hilfsquellen des Grafen Montemolin nachgel ängstlich erschöpft sind. Wie groß auch wirklich die Thätigkeit und Hingebung Cabrera's ist, so vermag sie doch nichts, wenn der Nerv des Kriegführens, das Geld, ausgeht.

Nachschrift.

Frankfurt, 11. Dez. Gestern lief in hiesigen Kreisen das Gerücht um, der Verfassungsausschuß habe beschlossen, zu beantragen, daß dem Könige von Preußen im Namen der Reichsversammlung die deutsche Kaiserkrone angeboten werden solle. Auch wegen des Sitzes der Reichsgewalt solle vom Ausschusse der Antrag gestellt werden, die Stadt Frankfurt in Vorschlag zu bringen, mit den Besitzgen, daß der oberste Feldherr dieser Gewalt (deutscher Kaiser) während der Sitzungen der Nationalversammlung hier seine Residenz zu nehmen habe — Morgen Abend wird der Erzherzog-Reichsverweser die Abgeordneten zur Nationalversammlung um sich in seiner Wohnung versammeln. Man erwartet von welchtige Eröffnungen mit Hinsicht auf das zu ernahlende Reichsoberhaupt. — Der k. preußische Kriegsminister und Major, v. Boddien, Abgeordneter zur Reichsversammlung, hatte gestern Vormittag, von Berlin zurückkommen, eine Audienz beim Erzherzog-Reichsverweser, in welcher er denselben eine Ausserung der von seinem hohen Monarchen dem preußischen Volke verliehenen Verfassungsurkunde zu überreichen die Ehre hatte. — Die Erzherzoge Ferdinand von Oesterreich-Este der Jüngere und Stephan, Erzpalatin von Ungarn, haben gestern Nachmittag unsere Stadt nach mehrtägigem Aufenthalte wieder verlassen. Unmittelbar vor ihrer Abreise legten dieselben noch einen Besuch beim Erzherzog-Reichsverweser ab. — Heute früh verstehen uns die hier und in der Umgegend vertheilten Abtheilungen des großherzoglich hessischen Chevauleger-Regiments. Mittags aber wird das seit dem September anwesende Bataillon des 38. preußischen Infanterie-Regiments abziehen, um auf der Taunuseisenbahn nach Mainz geschafft zu werden. (Schw. M.)

• **Aus Frankfurt** vom 12. erhalten wir ein von den österreichischen Abgeordneten aufgestelltes (wie es heißt auch der Zustimmung des übrigen Ministeriums sich erfreuendes) Programm in Bezug auf Oesterreichs Verhältniß zu Deutschland. Wir werden dasselbe morgen früh mittheilen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 12. Dez. Oesterr. 5proz. Metall. 72¼, 4proz. 59, 3proz. —, 2½proz. 37⅞. Bankaktien 1220. 5 500 fl. • Loose 125¾. 250 fl.-Loose 77. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine — 5 Staatsschuldscheine 3½proz. 81¼. — Bayern 5proz. 76¼, — 4proz. 93⅛. — Baden. 3½proz. 74⅜. — Lotto-Anlehen 50 fl. 45¾. — 35 fl.-Loose 26½. — Darmstadt. 3½proz. 75⅛, 4proz. 85¾. — Lotto-Anlehen von 50 fl. 51⅛, 25 fl.-Loose 21⅜. — Kurhessl. Priem.-Anl.-Nordd. 41⅛, 40 Thlr.-Loose 25⅛. — Nassau. 3½proz. 79⅛. 25 fl.-Loose 21. — Frankf. 3proz. 77. 3½proz. 90½, 87½. Taunusbahn 271. — Polländ. Integr 47¼. — Span. 3proz. innere Schuld 18¼. — Pol. 300 fl.-Loose —. 500 fl.-Loose 71¼. — Sard. 36 Fr.-Loose 24½. — Oldenb. —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 146.

Neue Münchener Zeitung.

Freitag den 15. Dezember 1848.

Abonnementspreis: Vierteljährig 2 fl. 24 kr. Einzelne Nummern 7 kr.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Abonnementsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Beilagen nach Gewicht.

München, 15. Dezember.

Se. Maj. der König haben sich allergnädigst bewogen gefunden, auf die erledigte Landrichterstelle zu Griesbach den bisherigen Landrichter Joh. Mil. Seiler zu Kronach zu versetzen, und auf die hiedurch zu Kronach erledigte Landrichterstelle den L. Landgerichtsassessor Joh. Friedr. Schneider zu übertragen zu befördern.

Die Ergebnisse der bayerischen Landtagswahlen.

⊙ **München**, 13. Dezbr. Die Ergebnisse der Wahlen liegen nun vollständig vor uns, freilich nur in so weit die Zeitungsberichte, aus welchen wir unsere Notiz schöpfen, diese Eigenschaft der Vollständigkeit an sich tragen. Ein Blick auf die Wahlen selbst ergibt, daß, wie sehr man auch befürchtet hat, es möchten einer Seite die Gegsionen fliegend und der Wahlurne hervorgehen, anderer Seite die intriguen Wahlen die Gesinnungen in die Schranken rufen, gleichwohl die Resultate so ziemlich gleichmäßig sich vertheilt haben. Wenn die Angaben in den öffentlichen Blättern richtig sind, so vertheilen sich die Wahlen wie folgt. Angezeigt sind im Ganzen 144 statt 143 Wahlen, weil auf einem Versuch bei dem Wahlbezirk Speyer-Stadtrinthal beruht, wo 4 Abgeordnete als gewählt mitgetheilt worden, während die amtliche Ausscheidung denselben nur 3 zuweis, — vermuthlich ein Versehen des Berichterstatters, das sich aufklären wird. — Von diesen 144 Abgeordneten gehören nur 17 unseres Wissens früheren Versammlungen an, und zwar:

1) der 1ste Kammer die Namen Hegenberg-Dux, Roth (von Straubing), Seckinger, Willich, Hadl, v. Lerchenfeld, v. Scheurl, Langguth, Dr. Müller. Schlund 11
2) der Kammer von 1840: Jardi, Dummerer, Schäfer (von Neuöttingen), Stieber 4
3) der Kammer von 1831: Fr. Schüler 1
4) der Kammer von 1828, wenn wir nicht irren, Zahnes 1

17

so daß also die Kammer als eine in der großen Mehrheit neue auftritt. Von den Gewählten sind:

1) adelige Grundbesitzer (in so weit sie nicht Staatsdiener) 4
2) dem Militärstande angehörig 1
3) Staatsdiener 35
4) Geistliche 15
5) Gemeinde-Beamte und Bedienstete 22
6) Aerzte 4
7) Rechtsanwälte 6
8) Literaten, Lehrer rc. 9
9) Kaufleute und Fabrikbesitzer 15
10) Gewerbsmänner 26
11) Landeigenthümer 20
12) Private und solche, deren Stand nicht angegeben ist 6

138

Dazu 7 Doppelwahlen (Hegenberg-Dux, Jardi, Esmann, Hepp, Stockinger, Roth und Schüler), von denen nur die Option des ersten bekannt und der Ersatzmann eingetreten worden ist, so daß noch 6 zu ersetzen bleiben, und sodann mit dem obenbezeichneten Versuch bei Speyer die Zahl 144 sich herausstellt. Wir sehen demnach, daß nirgendwo ein besonderes Uebergewicht die Wagschale zieht, zu selbst das frühere Verhältniß bei dem Adel (wenn man die Beamten, die früher meist aus dieser Klasse gewählt waren, hinzurechnet), bei den Geistlichen und bei den Städten wenig verändert und nur die Vertretung der Landgemeinden geringer erscheint. Auch hier kommt aber zu bemerken, daß mehrere der Gewerb- und Fabrikbesitzer, dann Gemeindebeamten theils Landeigenthümer sind, so daß auch hier der Unterschied nicht wesentlich sein wird. Bemerkenswerth ist, daß in den ältern Provinzen auch nicht ein protestantischer Geistlicher gewählt worden ist, während dieser Stand doch zu jeder Zeit sehr achtbare und gesinnungstüchtige Vertreter gestellt hat. Ebenso ist hervorzuheben, daß unter den 22 Gemeindebeamten 12 Bürgermeister durch das Vertrauen ihrer Wähler in die Kammer berufen worden sind, und zum ersten male auch 2 Schullehrer eintreten. Von den Zeitungsberichterstattern werden 10 der in verschiedenen Kreisen Gewählten als „Demokraten" angeführt. Ob wir Recht oder Unrecht, lassen wir dahingestellt, da diese Bezeichnung zu denen gehört, welche von jedem Menschen in den Mund genommen, und dennoch unter oft nicht von zweien verstanden und richtig aufgefaßt wird. Ueberhaupt läßt sich jetzt von dem Geist, der die neue Kammer haben wird, wie sich von selbst versteht, nichts sagen. Wir glauben und hoffen jedoch, daß sie diejenige Richtung behaupten wird, welche und allein fruchtbringend und heilsam erscheint. Wir verstehen hierunter entschiedenes Festhalten an dem Thron und der wahren, auf Gesetz und Ordnung begründeten Freiheit, — ernstes und besonnenes Fortschreiten auf dieser Bahn, gleich fern von ängstlichem Rückwärtsschauen und kopflosem Ueberstürzen, — und endlich, daß sie aller freimüthiger Erörterung auch vorhandener Mißbräuche, ein ehrliches Unterstützen der Regierung, die dasür dürgen und die Ehrenmänner, die an der Spitze stehen, dafür bürgen und die sachverständige Besinnung des Monarchen, gewiß das Beste will und endlich finden wird. Wir rechnen hiezu aber auch ein rücksichtsvolles Verhältniß zu der deutsche Sache, und hoffen zuversichtlich, daß die Wahlen, die in dieser Beziehung aufstehen, und eine allen Interessen zusagende Verständigung über so manche der wichtigeren Fragen noch zu hindern drohen, auch wieder schwinden werden. Es ist nicht zu verkennen, daß die bayerischen Kammern, deren Zusammentritt so ziemlich mit der Entscheidung der Hauptfragen in Frankfurt zusammenfallen wird, hier eine wichtige und schwierige Aufgabe werden zu lösen haben. — Möge die Lösung eine erfreuliche sein! — Zur Ergänzung unserer statistischen Notiz fügen wir noch bei, daß unter den Gewählten zwei wirkliche Minister (Graf Brav und v. Lerchenfeld) stehen, — ein Beweis mehr, daß diese Männer allgemeinen Vertrauens mit Recht sich freuen, und daß auch die seitherige Anerkennung an dem Standpunkt in Abrede gestellt werden kann, Volk wird. Wir wünschen aber aufrichtig, daß die neue Kammer mehr nach rückwärts schauen, und sich nicht darin gefallen möge, mit Reformationen aus einer frühern Periode die Zeit zu vergeuden, die dem Neubau unsers Verfassungsrechts gewidmet sein soll. Die Proklamation vom 6. März 1848 hat mit der alten Zeit gebrochen, und der constitutionelle Landtag in diesem Frühjahr einen tüchtigen Grund gelegt, auf dem mit Besonnenheit und Verständniß der Zeit fortgebaut werden kann und soll. Wie aber bei jedem Bau, so mögen die Bauherren insgesammt sich auch hier versehen, nur auf festen Grund zu bauen, und mögen die ganze Wichtheit beherzigen, daß Einreißen und Zerstören leichter, aber Neuen nicht immer besser sei, als der Neubau, und daß dem Vaterlande vor Allem daran gelegen sein müsse, nicht durch fortgesetzte Umwälzungen das ganze Staatsgebäude immer mehr erschüttert zu sehen, sondern auf dem Wege der Besserung (Reform) zu erreichen, was noch zu wünschen ist, dadurch aber auch wieder Ruhe und Stätigkeit in den Organismus des Staats zu bringen, wovon das Wiederaufblühen des überall gehemmten und daniederen Verkehrs bedingt ist. — Drum vidoant consules, ne quid detrimenti capiat respublica!

Deutschland.

Bayern. — **München**, 13. Dez. Ein Vorfall, welcher sich gestern Nachmittag in der Türkenkaserne zutrug, wird überall sehr freizig besprochen, und da die und da so übertrieben aufgemalt, als ob die Auflösung aller Ordnung zu fürchten wäre. Nach zuverlässigen Mittheilungen beschränkt sich die Sache auf Folgendes. Der Feldwebel der fünften Kompagnie des ersten Regiments König war wegen einer subordinationswidrigen Aeußerung zu 24stündiger Einsperrung verurtheilt worden; etwa 6—7 Soldaten seiner Kompagnie suchten zuerst durch Bitten, dann durch Drohungen seine Freilassung zu erwirken, als diese sich fruchtlos zusammentrugen, und die Ermahnungen des Regimentsadjutanten reizchen nicht hin, die Leute zum Auseinandergehen zu bewegen. Da ließ der Oberst die Thore der Kaserne schließen und den Generalmarsch schlagen, worauf die Mannschaft in kürzester Zeit mit voller Ausrüstung im Kasernenhof ersch ien. Der Oberst ließ ein Carré formiren, stellte den Soldaten die Folgen des Benehmens der Ersteren vor, ließ fünf derselben, welche als solche namentlich bezeichnet waren, hervortreten und auf die Stockwache führen. Durch die Offiziere wurden später bei den einzelnen Kompagnien die Strafgelder in Erinnerung gebracht. Dieß der ganze Vorfall, auf dem man bis heute Mittag bereits eine gefährliche Meuterei gemacht hat. (A. Z.)

Württemberg. In der 44. Sitzung der II. Kammer 11. Dezember brachte der Abgeordnete Schüzler abermals eine Interpellation wegen der gegen die Schweiz von der Reichsgewalt zu vergeltenden Sperrmaßregeln vor. Derselbe spricht in unverblümten Worten einen ziemlich scharfen Tadel über das Verfahren der Zentralgewalt in dieser Sache aus, und meint, die Schweiz habe in der neuesten Zeit alles möglichte gethan, um dem Unwesen der Flüchtlinge zu steuern, deßhalb müsse auch die Zentralgewalt einlenken und den Nachtheil beseitigen, der auch der proyektirten Sperre für die angränzenden deutschen Länder entspringe. Er stellte daher den Antrag, die württembergische Regierung solle bei der Zentralgewalt die nöthigen Schritte thun, um die Sperre zu verhindern. Ihm entgegnete Staatsrath Goppelt: er sei überrascht, heute schon wieder, und zwar zum dritten Male in dieser Sache angegangen zu werden. Was sei nicht die Art, die Zentralgewalt zu drängen, wenn man sie in demselben Augenblicke, wo sie gegen einen auswärtigen Staat kräftig auftreten wolle, einem Beweis der Mißtrauend gebe. Man solle abwarten, ob es auch dahin kommen werde, daß die äußersten Maßregeln zur Anwendung kommen müßten. So hantle keine Nation, die sich selbst achte. Wenn die Schweizer, wie der Redner angeführt, jetzt mehr gethan, als früher, so sei dieß gewiß ein Beweis, daß die Vorstellungen der Zentralgewalt begründet waren. Die Abgeordneten Blag und Mengel beharren auf dem Ausspruche einer Besürchtung wegen der Sperre. Ihnen entgegnet Staatsrath Duvernoy, die Regierung habe diese Besürchtungen wohl erwogen und deßhalb auch die nöthigen Schritte gethan. Reschet meint, die angränzenden Schweizerkantone hegten jedenfalls auch dieselben Besürchtungen, indem sich dort sich gegen ihre Lagigung aufzulehnen, um diese nicht zu schwächen. Große Staaten seien nun dadurch stark geworden, daß sie einträchtig gewesen seien, — Partikularismus allein bringe Schaden. Als die dänische Sache vorgelegen, seien aus allen Theilen Deutschlands (auch aus Neuenburg) Adressen eingegangen gegen die Sonderinteressen der Ostseeprovinzen, während es sich dort um den Bestand ganzer Millionen gehandelt habe. Becher entgegnet hierauf, man trete der Zentralgewalt nicht hindernd in den Weg, wenn man sie auf solche Maßregeln aufmerksam mache, und eine solche sei die beabsichtigte Sperre. Man ist vollkommen mit der Erklärung des Ministeriums einverstanden. Die Schweiz ist nach seiner Meinung ein großer Staat, da sie sie lieber alles über sich ergehen lassen, als ihrer Ehre etwas vergeben will, während Deutschland klein sei, indem es sich beschweren wolle, daß es sein Brod und Salz nicht mehr an die Schweiz verkaufen könne. Schüzler schließt hierauf seinen Antrag zurück, in der Ueberzeugung, daß das Ministerium alles thun würde, um die Sperrmaßregeln zu beseitigen, und daß es mit der Erklärung des Reichsministers von Schmerling selbst nicht befriedigt sei. Staatsrath Goppelt verwahrt sich gegen die letztere Annahme und auf seine Erklärung hin wird der Gegenstand nicht weiter verfolgt.

Stuttgart, 11. Dez. Kaum ist der Gesetzentwurf über Einführung des Geschwornengerichts in Steuffachen in die Abgeordnetenkammer eingebracht, und schon wird er von der demokratischen Partei, die in der Hoffnung, daß ihre in Unterfuchung befindlichen Genossen von Geschwornen freigesprochen würden, laut darnach geschrieen hatte, verwossen und gescholten. Der Grund hiezu ist, daß der Entwurf es für nothwendig erachtet, gewisse für die unabhängige Ausübung des Geschwornenamtes erforderliche Bürgschaften, d. h. einen Zensus aufzustellen. Es ist jetzt in Frage, ob diese Bestimmung von unserer Abgeordnetenkammer angenommen wird. welche viele Leute in ihrer Mitte zählt, die in den ersten Stürmen der Revolutionszeit sich verwedrungen, und nun blind für Alles stimmen, was ein revolutionäres Aussehen hat, ohne alle Einsicht in das Wesen der Dinge; während Andere, denen es an Einsicht nicht fehle, wie der bessere Wissen in denselben Ton einstimmen, um auf den Wogen der Revolution empor getragen zu werden, oder wenigstens in die ersehnte verfassungsgebende Versammlung zu gelangen. — Diese Zusammensetzung der Kammer bringt manche unwürdige Erscheinungen zu Tage: — Klasich und Wirthshauszeitschrift, wie der Beobachter, entgegengetreten, nur um die Aufregung zu steigern, und während man sonst die Unabhängigkeit des gerichtlichen Verfahrens als erstes Erfordernis des Rechtsstreits ansieht, mußte man nun der Regierung zu, sie zu Gunsten der in Haft befindlichen Theilnehmer an den letzten hochverrätherischen Unternehmungen in den Gang des Verfahrens einzumischen". — Die im Schooße der Kammer an den Tag tretende Verkennung aller Rechtsverhältnisse sucht sich auch auch in den schlechten Blättern in vollem Maße Geltung beim Publikum zu verschaffen. Jene Soldaten des 8. Regiments zu Fuß, die man durch Getränke und Versoldungen aller Art verführt hatte, sich offen aufzulehnen und einen Angriff auf eine Kaserne zu machen, wo einer der Ihrigen gefangen saß, sind jetzt in bittern Ernste, während ihre Verführer sich nach wie vor in Klubs und Kneipen breit machen; um aber die Erregung, welche auch dieser nöthig gewordenen Genugthuung für das verletzte Gesetz und die gebrochenen Schwüre hervorgehen könnte, zu nichte zu machen, versucht man, die Gefechten mit einem Glorienschein zu umgeben. So sagt ein dieß'ges republikanisches Blatt (die „Sonne"), nächstens werde es heißen: „Hut ab, da kommen Sträflinge." — Auch die Gerichte wissen nicht immer ihrem Ansehen die gebührige Geltung zu verschaffen. Als neulich in Tübingen der berüchtigte Beteiger Jäger von Gschenau, der als „Graf Normann" eine Anzahl Preller verleiten beging, vor öffentlichem Gerichte stand, klatschte die studierende Jugend um so lauteren Beifall, je frecher der Gauner in seiner zweideutigen Vertheidigungsrede log, und das Gericht fand es nicht geeignet, durch Entfernung der Klatschenden die Würde der öffentlichen Verhandlung aufrecht zu erhalten. So wird die Oeffentlichkeit zum Gifte und dient frechen Verbrechern zur Verlockung. (Karlsr. Ztg).

Schleswig-Holstein. — Wie man vernimmt, beabsichtigt ein sehr großer Theil der Einwohner von Schleswig eine Erklärung zu veröffentlichen, in welcher die entschiedene Mißbilligung des Verfahrens der Soldaten des 7. schleswig-holsteinischen Bataillons enthalten ist. Auch mehrere in Schleswig wohnende Abgeordnete der Landesversammlung haben in verschiedenen holsteinisch-holsteinischen Blättern eine Erklärung veröffentlicht, welcher in Bezugnahme auf die vorgekommenen Insubordinationsfälle den Artikel 23 des Staatsgrundgesetzes, deßen irrthümliche Auslegung möglicher Weise zu den beklagenswerthen Vorfällen mit Anlaß gegeben haben dürfte, dahin erklärt, daß der Sinn des Artikels 23 der ist, daß die Berufung in Akte und Schrift nicht durch vorübergehende Maßregeln beschränkt werden darf. Es sind dadurch aber weder die Grundsätze des Strafrechtes, noch der für das Militär und einzelne andere Klassen der Staatsbürger bestehenden Disziplinargewalt aufgehoben. Die Soldaten werden sodann mit Beziehung auf diese Erklärung auf das Verderbliche und Verwerfliche der Insubordination aufmerksam gemacht und aufgefordert, den Anordnungen und Verfügungen Vorgesetzter wie Dienender entschieden entgegen zu treten. — In der Nacht vom 6. auf den 7. Dez. wurde der Spruch des Kriegsgerichts gefällt, den aber die provisorische Regierung zu bestätigen Anstand genommen haben soll. Das Urtheil ist deßhalb auch bis jetzt noch unbekannt. Die Mitglieder des Kriegsgerichtes, etwa 20 an der Zahl, sind bereits in ihre Kantonirungen zurückgekehrt.

Preußen. Düsseldorf, 10. Dez. Während der Abgeordnete von Düsseldorf bei der deutschen Nationalversammlung den Antrag stellt, daß dieselbe die von der Krone gegebene Verfassung für null und nichtig erklären möge, geht von Düsseldorf eine Deputation, bestehend aus den Bürgern Westhoff, Scherer, Irinkaus, Cramer und Schnitzler mit einer, von einer Masse von Unterschriften, des Kerns der Bürgerschaft, bedeckten Zustimmungs-Adresse an den König nach Berlin ab. (Fr. J.)

Oesterreichische Monarchie.

Die Lage der Dinge in Venedig scheint sich nach Berichten aus Görz vom 6. mehr und mehr zu verschlimmern. Es sind daselbst 35 bis 40,000 Mann Truppen konzentrirt, deren Verpflegung bei den großen Anspruchen, welche dieselben machen, der Regierung sehr Verlegenheiten bereitet. Die Bons welche statt Baargeld zur Bezahlung der Lieferungen verwendet werden, machen eine schlechte Wirkung auf die Lieferanten, und es ist zu erwarten, daß einst Tages die Zufuhren ausbleiben werden, indem man sehr gut einsieht, daß mit dem Falle Venedigs auch diese Bons alle Gültigkeit verlieren werden. Die provisorische Regierung hat deßhalb schon an alle anderen italienischen Regierungen das Gesuch gerichtet, keine weiteren Truppenzusendungen nach Venedig mehr abgehen zu lassen. — Wie jetzt verlautet, hatte die venetianische Besatzung die Absicht gehabt, an mehreren Orten zugleich Ausfälle auf die schwachen Oesterreichischen Zernirungstruppen zu machen. Letztere wurden deßhalb tiefer ins Land zurückgezogen und mehr konzentrirt, rücken aber jetzt wieder näher an Venedig heran und verschanzen sich hauptsächlich vor Malghera. Auch das Hörzer Küstenland vom Ausflusse des Isonzo bis zur Venetianer Grenze wurde militärisch besetzt um dort einem allenfallsigen Ausfalle der Venetianer wenigstens für den ersten Augenblick widerstehen zu können.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 24 Nov. Der Kammerherr, wirkl. Staatsrath A. v. Medem, vom auswärtigen Departement, ist am 15. d. zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Brasilien ernannt worden. (Pörsenh.)

Von der Weichsel, 1. Dez. Die russische Regierung beabsichtigt, die jetzt schon bermaßen verstärkte Grenzsperre gegen Deutschland noch zu verstärken. Auf der Grenze gegen Preußen sollen in gewissen Entfernungen Wachthäuser gebaut werden, die für 12 Mann Raum bieten. Alle Waldungen, die dem beabsichtigten Zwecke Hindernisse entgegenstellen könnten, sollen gelichtet werden. Eine zweite Zollinie wird etwas entfernter von der Grenze errichtet und mit Veteranen der Armee besetzt werden. Die beschlossene Maßregel ist aber unstreitig die, daß für die von Preußen nach Polen gehenden Waaren nur vier Eingangspunkte ferner gestattet sein werden. (Dpv. Ztg.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 13. Dez. Bayer. 3½ proz. Obligationen 76 P. 75½ G. 4proz. 88 P. Banknoten II. Semester — P. 980 G. Promessen 36 P. 33 G. Oesterreich. 5proz Metall. 950 G. Württemberg. 3½ proz. 75½ G. 4½ proz. 92 G.

Baden. Karlsruhe, 11. Dez. Wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, werden die auf den 1. Febr. k. J. fällig werdenden 50 fl.-Loose (1300 Stück) von der Amortisationskasse auch schon vor der Verfallzeit, gegen Abzug von ½ fr. vom Gulden, durch Zeichnung der auf dieselben gefallenen Summe eingelöst. (Karlsr. Z.)

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag, 15. Dez: (Zum Erstenmale.) „Die Jagd nach Millionen", Lebensbild nach dem Französischen. Hierauf: „Der Kammerer und die Pikaros", Genrebild mit Gesang und Tanz von L. Schneider.

Königl. Odeon.

Sonnabend, 16. Dez: Konzert für die Violine von dem 14jährigen Knaben Joseph Vanter im großen Saale.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. v. Ripp, k. k. Oberstlieutenant, von Wien. Wolfraum, Kaufmann, von Frankfurt. Delbinghaus, Kaufmann, von Schmalkalden. Castelli, Kurier, aus Neapel.

Hotel Manlik. Jyfes, Rentier, von London. Dahm, Kaufmann, von Elberfeld. Meyer, Assessor, von Arolsch. v. Elmer, Partikulier, von Dortmund.

Gold. Kreuz. Schaffer, Kaufmann, von Bamberg. Boß, Kaufmann, von Augsburg. Koch, Kaufmann, von Bremen. von der Thieten, von Nymwegen.

Gold. Hahn. Aleris, Oekonomiepraktikant, von Belgrad. Raum, Kaufmann, von Hersbruck.

Blaue Traube. Frhr. v. Stauffenfener, von Augsburg. Baumeister, von Diedorf. Stadtrichter, Landrat, von Mindelheim. von der Tann, Offizier, von Augsburg. Tiegel, Privatier, von Wasserburg. Baron v. Schnurbein, von Augsburg. Zeitinger, Postmeister, von Lindau. Schrotz, k. k. Appellationsgerichts-Präsident, von München. Regimentsauditor, von Kassel Franke, Hofsänger, von Kassel.

Stachusgarten. Packer, Posthalter, von Füssen. Rasbaumer, Stadtrichter, von Hersbruck. Thalheimer, Handelsmann, von Aufkauf. Dr. Machan, Physikatsassessor, von Kusshuse Schüsein, Handelsmann, von Oettingen. Sauer, Gutsbesitzer, von Wachenheim. Preier, Privatier, von Memmingen. Bankmüller, Kaufmann, von Augsburg. Schober, Minorit, von Würzburg. Dorenberger, Pfarrer, von Zeisersang.

Getraute in München.

Die Herren: Joseph Seidl, bürgerl. Bierwirt daselbst, mit Theresia Reiß, Bierwirtstochter von Reichertsrieth, Pfarrei Bichtach. Karl Deichler, Bürger und Hutmacher dahier, mit Katharina Regauer, Landarbeitstochter von Moosburg.

Gestorbene in München.

Johannes Fichtl, Metzgerknecht von Frankfurt, Bgs. Eichenbach, 37 J. a. Kreszenz Wilde, Zimmermannswitwe, 61 J. a. Wilhelm Raupp, Tuchverleihgut von Landau in der Pfalz, 30 J. a.

Bekanntmachung.

292. In der Irmansgarbeis-Anstalt Kaisheim sind wollene Decken von verschiedener Größe und Schwere, Kämmwoll- und Flachsleinen-Garne und Strümpfe, dann gestrickte und ungestrickte Hanf- und Flachs-Leinwand in möglichst wohlfeilen Preisen stets zum Verkauf vorräthig, sowie auch vorzubereitet rohe Stoffe zu jeder beliebigen Verarbeitung gegen billige Arbeitslöhne angenommen werden.

Kaisheim den 9. Dez. 1848.

Königl. Polizei-Kommissariat.

Eisenmann.

Nicht zu übersehen!

259. (2b) Eine in Frankfurt a. O. an dem Bahnhof gelegene bayerische Bierbrauerei nebst sämmtlichen Inventarium unter dem Namen der „Bergbrauerei" lästigh rühmlichst bekannt, die auf jährlich als Verkäufigh rühmlichst bekannt, die auf jährlich als Verkäufigh rühmlichst bekannt, die auf jährlich als Verkäuf

Seine Majestät der König von Bayern

haben einen Preis von

Ein hundert Dukaten

ausgesetzt für die gelungenste Bearbeitung der Frage:

„durch welche Mittel kann der materiellen Noth der unteren Klassen der Bevölkerung Deutschlands und insonderheit Bayerns am zweckmäßigsten und nachhaltigsten abgeholfen werden."

Bewerber haben ihre Arbeit spätestens bis zum 31. Jänner künftigen Jahres bei dem diensthuenden Flügeladjutanten Seiner Majestät gegen Empfangsbestätigung zu übergeben. — Ueber den Werth der Arbeit wird eine noch zu benennende Kommission von Männern des Fachs entscheiden.

Nymphenburg den 1. Dezember 1848.

Hof-Sekretariat Seiner Majestät des Königs von Bayern.

276. (3b) (gez.) **Schönwerth.**

---

271. (3b)

Renten-Anstalt

der

Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Der Einzahlungstermin für die VII. Jahresgesellschaft ist in der Art verlängert worden, daß bei den Bank-Kassen in München und Augsburg bis zum 23. Dezember, und bei den Agenten bis zum 15. Dezember noch Einlagen angenommen werden.

München den 1. Dezember 1848.

Die Administration der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.
Franz Xaver Riezler,
Direktor.

---

275. (2b)

Bekanntmachung.

Königl. Bayer. concessionirte pfälzische Ludwigsbahn.
(Ludwigshafen-Verbach.)

Für 213 Interims-Scheine ist die auf den 1. Juni l. Js. ausgeschriebene zweite und letzte Einzahlung noch nicht geleistet worden.

Die Besitzer dieser Interims-Scheine werden aufgefordert, bis 15. Dez. l. Js. die gesetzlichen Verfallerklärungsgründe der rechtzeitigen Einzahlung nachzuweisen, indem sonst weitere Verfügung nach Vorschrift der Statuten eintreten müßte.

Speyer den 30. Nov. 1848.

Das Direktorium der concess. pfälzischen Ludwigsbahn.
Lamarre.

Pfandauslösung und Versteigerung.

269. (3b) Mittwoch den 20. Dezember 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat November 1847 und zwar von:

Nro. 9702 bis 18724.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verfolgt, ausgeschrieben und ausgelöst werden, nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandauflösung mehr statt.

Mittwoch den 27. Dezember öffentliche Versteigerung.

München, den 30. Nov. 1848.

Königl. privileg. Pfand- und Leih-Anstalt I. der Stadt München.
J. Regnet, Magistratsrath.
Hannes, Kassier. v. Zeis, Kontrolleur

Bekanntmachung.

203. (3c) Der auf Namen des Joseph Lauter ausgestellte Bankschein der Königl. bayer. Bank zu Nürnberg vom 19. September 1834 Nro. 20,329 über 75 fl. Kapital zu 2½ Prozent verpfändet, ist zu Verlust gegangen.

Es wird daher der unbekannte Inhaber desselben aufgefordert, diesen Bankschein binnen 6 Monaten a dato gegenwärtiger Bekanntmachung oder dem unterfertigten Gerichte vorzuweisen, und seine Rechte darauf geltend zu machen, widrigenfalls der Bankschein für kraftlos erklärt wird.

Aibling den 19. Dez. 1848.

Königl. Landgericht Aibling.
Der I. Landrichter:
Klenck. Gast.

Bekanntmachung.

Versteigerung des Wasserbaumaterials zu Gelting.

Mittwoch den 10. Januar l. Js., Vormittags von 10 bis 4 Uhr wird zu Gelting b. Wt., im Hause des Bahnwärters und der Maria Ziegler, Wasserbauverwalter wesentlich, das ihnen gehörige ausgebrochene Material auf Antrag eines Hypothekgläubigers öffentlich versteigert, und nach den Bestimmungen des §. 64 der Hypothekengesetze und den §§. 90—101 der Gerichtsordnungs-Novelle vom Jahre 1837 zugeschlagen, sodann der Schätzungswerth erreicht wird, und ein höheres Angebot nicht erfolgt. — Gerichtsunbekannte Kaufsliebhaber haben sich über Leumund und Zahlungsfähigkeit durch gerichtliche Zeugnisse auszuweisen.

Das Material, zum größeren Theil zur Kirche Gelting, selbstredig, besteht nach dem Grundbuerlaster

1) aus dem zweigädigen Wohnhaus mit Stall und Stadel unter einem gemeinsamen bedeckendachte, das Wohnhaus von Holz, der Stall im 1. Stod gemauert werth 1000 fl.
2) Garten-, Acker-, Wies- und Holz-Grund, zusammen 30 Tagw. 84 Dez., werth 2542 fl.
3) dabeigen Acker an 5 Tagw. 47 Dez. werth 164 fl.
4) reinen eigener Wies- und Acker-Grund 7 Tagw. 4 Dez. werth 363 fl.
5) reinen eigener Wiese 1 Tagw 60 Dez. werth 64 fl.

Summe 4333 fl.

gerichtlich erhoben am 16. Nov. 1848.
Am 27. Nov. 1848.

Königl. Landgericht Wolfratshausen.
Wagetin,
Landrichter.
268. (3b) voll. Sogl. Kechlor.

Stelle-Gesuch.

164. (n) Ein junger Mann von 20 Jahren, der schon 4 lateinische Schulen absolvirt hat, wünscht als Bedienter bei einer Herrschaft, oder als Aufgeber in einem Bankierhause, oder in einer Handlung, oder sonst an geeigneter Stelle Dienst zu werden. Das Nähere bei diesfälliger Expedition.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Eine außerordentliche Beilage erscheint heute mit diesem Blatte.

München, den 15. Dezember.

Dienstesnachrichten. Seine Majestät der König haben vermöge allerhöchster Entschließung vom 30. Nov. l. Js. den Domkapitular und Professor der Theologie an dem Lyceum zu Bamberg, Dr. Adam Gengler, zum Dechant des erzbischöfl. Kapitels Bamberg allergnädigst zu ernennen geruht.

Seine Majestät der König haben Sich unterm 22. Nov. l. Js. bewogen gefunden, die vom Seiner Maj.-Bär dem Könige Ludwig geschehene Ernennung des bisherigen Kabinets-Kassirers Jakob Röhen zu Allerhöchstihrem Kabinetssekretär und Kabinetskassaverwalter allergnädigst zu genehmigen.

Das Staatenhaus und die geheimen Pläne, denen es dienen soll.

(Von einem Reichstagsabgeordneten.)

* **Frankfurt**, 12 Dez. Ich hatte mich am letzten Montag den 4. Dez. zum Worte gemeldet, um in der Sitzung des folgenden Tags die zerwichtigen Debatten auszuspreche, zu denen Art. 2 und 3 des Entwurfs vom Reichstage nicht nur mir, sondern auch vielen Andern, Anlaß gegeben hatten. Wie der Präsident am Dienstage die Liste der Redner verlas, hörte ich zu meinem Erstaunen, daß mein Name nicht auf derselben stehe. Auf die Vorstellungen, die ich an den Vorsitzenden richtete, wurde mir die Antwort zu Theil, es sei ihm keine Meldung weiterstes zugekommen. Ich wandte mich nun an den Schriftführer, Abgeordneten Jucho aus Leipzig. Dieser erklärte mir, offenen Anscheine nach, hätte das Papier, auf welchem er am Montage meinen Namen geschrieben, verloren gegangen sein. Eine zweite Meldung war nicht mehr möglich. Außer Stand gesetzt, meine Meinung auf der Rednerbühne der reformirten Kirche zu veröffentlichen, wende ich mich an Ihr geschätztes Blatt, als ein Organ der Presse.

Sie wir wissen, bestimmt der Artikel 2 des Entwurfes, welcher in der Sitzung vom letzten Dienstag, 5. Dez., mit großer Mehrheit angenommen ward, daß die einzelnen Länder des künftigen Reichs in folgendem Verhältnis das sogenannte Staatenhaus beschicken sollen.

Preußen als vorherrschender Staat 40 Mitglieder, Oesterreich 36, Bayern 16, die Krone Sachsen, Hannover, Würtemberg, 10 jede, also 30. Baden 8, Kurhessen, Großherzogthum, gothisch-Luxemburg, beide Mecklenburg je 6, 24, Nassau 4, Oldenburg 3, Luxemburg-Limburg 2, Braunschweig 2, die Thüringischen Länder (Sachsen-Weimar-Koburg-Meiningen-Altenburg, Schwarzburg Rudolstadt-Sondershausen, Reuß, beide Linien) zusammen 6, Waldeck, beide Lippe zusammen 1, Anhalt-Dessau, Bernburg-Köthen zusammen 1, die 4 Hansastädte, Frankfurt, Lübeck, Bremen, Hamburg, jede 1, 4; in Summa 176 Mitglieder.

Sehr bedeutend wird nach dem Entwurf die Macht des Staatenhauses sein, dadurch ist dazu bestimmt, die unruhigen Wogen des die Volksmeinung vertretenden Reichstags einzudämmen, es bildet einen Senat, der die einseitige Gewalt ausgleichen hat. Darum rechtfertigt sich die Anforderung, daß die Abstimmung der einzelnen Staaten, Fürstlichkeiten an diesem Hause streng getrennt, genauer gesprochen, daß die Vertheilung der Mitglieder — ohne sich ängstlich an die Ziffer der Bevölkerungen zu halten (denn dies ist nicht möglich) — doch im Ganzen den Machtverhältnissen der einzelnen Länder des Bundesstaats entsprechen, dabei die Gefühle, Erinnerungen und Interessen der Bewohner möglichst berücksichtigen soll.

Erfüllt der Entwurf hier von der Natur der Dinge gebotenen Bedingungen? Hr. Dahlmann aus Bonn, der als Berichterstatter des Verfassungs-Ausschusses beauftragt war, den Entwurf des Abschnittes über den Reichstag, desses Abfassung großentheils sein Werk sein soll, der Reichsversammlung zu empfehlen, sagt in seinem Berichte Folgendes:

„Fragt man nach dem Zahlenverhältniß zwischen Mitgliedern, die aus Staaten von so verschiedenartiger Größe und Bedeutung entsendet werden sollen, so erweist sich freilich keine geringe Schwierigkeit. Würde der Maßstab der Bevölkerung und des Flächenmaßes zu Grunde gelegt, so wäre die Folge, daß drei Viertheile unseres Staatenbaufs ganz allein von den Vertretern der drei größten Staaten Deutschlands, nämlich Preußens, Deutsch-Oesterreichs und Bayerns besetzt würden. Die billige Erwägung festzuhalten nach längerem Bedenken hat Mehrheit Ihres Ausschusses sich in jedenfalls oligarchisches Verhältniß im deutschen Staatenhause nicht aufkommen zu lassen, nur freilich eben so wenig nach Weise der deutschen Bundesversammlung den kleinsten Staat, dem wichtigsten in der Stimmenzahl so gut wie gleich zu setzen, was eine unbedachte Fiktion wäre. Ihr Ausschuß ist einen mittleren Weg gegangen. Preußen, welches vermöge seiner Bevölkerung berechtigt wäre, ein Drittel des Staatenhauses auszufüllen, ist noch nicht zu einem Viertheil des Gesammtbetrags angesetzt, annähernd Deutsch-Oesterreich, wogegen sich Bayern in ein weit günstigeres Verhältniß gestellt ist, als ihm seine mit jenen beiden Großstaaten vergleichene Volkszahl gestatten würde. In denselben Sinne ist nun fortschreitend fortgefahren, so daß je kleiner der Staat um so mehr mit Abstimmung der Vielzahl mit politischen Bedeutung das Staatsbundsleben in sich ergriffen ist."

So Hr. Dahlmann. Wenn sich seinen tiefsinnigen, inneranerschauenden aber dabei wenig klaren Styl richtig verstehe, ist der Sinn der: daß der Verfassungsausschuß sich gut gefunden habe, ohne Rücksicht auf die politische Bedeutung der großen deutschen Mächte eine rein menschliche und gleichbleibe Größenzahl gegen die kleineren Staaten des Bundes zu üben und der letzteren auf ihre Volkszahl wenig Gewicht zu legen.

Ich behalte mir vor, erstere Behauptung unten zu prüfen und sage zunächst die zweite in's Auge.

Unmöglich scheint es mir die wirkliche Anwendung des zweiten Satzes zu läugnen. Der Entwurf gibt dem Freistaate Frankfurt eines Vertreter im Staatenhause. Nun zählt dasselbe Frankfurt mit seinem Gebiete einige 60,000 Einwohner. Also kann hier auf 60,000 Seelen ein Mitglied des Staatenhauses. Nassau beschickt dasselbe hand vermöge des Entwurfs mit 4 Abgeordneten. Diese Fürstenthum hat etwas über 400,000 Einwohner, folglich kämen — Nassau als Maßstab angenommen — ein Staatenhausgesandter auf 100,000 Seelen. Anders bimmelbrum fällt sich die Ziffer in Bayern auf Baden, wo bei 8 Deputirten und 1,300,000 Einwohnern einer auf 150,000, anders in Würtemberg, wo bei 10 Mitgliedern und 1,800,000 Bewohnern einer auf 180,000, anders hinwiederum bei Bayern, wo bei 16 Staatenhausgesandten und einer Gesammtbevölkerung von fünfthalb Millionen einer auf 300,000 Seelen sich berechnet.

Die Behauptung Dahlmanns, daß auf die Bevölkerungsverhältnisse für kleinere Staaten bei Vertheilung der Mitglieder des Staatenhauses so viel als keine Rücksicht genommen sei, diese Behauptung lage sich, hat ihre volle Kommene Richtigkeit, und zwar in einem Umfange, den wir nicht ahnten können. Denn Größe der Bevölkerung bestimmt Macht, und Macht setzt sich nicht ungestraft mißachten. Anders verhält es sich mit einer zweiten Aeußerung Dahlmanns, nämlich daß der Entwurf, je kleiner ein Staat sei, um so mehr mit Hintansetzung der Volkszahl um politischen Bedeutung das Staatsbundsleben in sich ergreife. Unwiderleglich kann man auf den Entwurfe selbst bemessen, daß dieser Satz bei weitem nicht in dem Maße wahr ist, als Hr. Dahlmann uns glauben machen will. Denn während der Entwurf die beiden engverbundenen Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen durch Entziehung des Rechts, einen Abgeordneten in das Staatenhaus zu wählen aus der Reihe der selbstständigen Staaten ausschließt, und ferner es das Staatsministerium Frankfurt, das nicht als Volksstaat wie an Flächenmaß kaum beiden Fürstenthümern nachsteht, während Gen derselbe die Landgrafschaft Hessen-Homburg auf gleiche Weise behandelt wie Hohenzollern — Homburg erhält keine eigene Vertretung im Staatenhause, sondern wird in dieser Beziehung dem Großherzogthum Darmstadt zugeordnet, — behält das ebenso kleine Fürstenthum Lippe-Schaumburg sein Recht, in Gemeinschaft mit 2 andern Duodezstaaten das Oberhaus beschicken zu dürfen.

Was schon in der Debatte vom letzten Dienstage vielfach hervorgehoben wurde, ist vollkommen begründet: die von Hrn. Dahlmann und Genossen beliebten Bestimmungen über die Vertheilung der Mitglieder des Staatenhauses enthehren einer klaren gemeinverständlichen Prinzips, und die Befreiten Artikel des Entwurfs werden von einzelnen Fürsten und einzelne andere Bürgschaft der Achtung wohlbegründeter Rechte, als das Vertrauen in die Großmuth und die redlichen, uneigennützigen Absichten der Herren Dahlmann und Genossen, was bei aller Verehrung für den persönlichen Werth so hochgestellter Abgeordneter doch nicht hinreichen dürfte, wenn man kennt, daß es sich hier um politische Macht, also um die positivsten und tyglichsten Dinge der Welt handelt, wegen welcher von jeher Kriege geführt worden sind.

Aber solche nicht in der scheinbar so regelosen Vertheilung ein geheimer Gedanke, eine berechnende Absicht verborgen sein? Dies führt uns zur Beantwortung der oben zurückgestellten Frage, ob blos gutmüthige Nachsicht auf die Selbstständigkeit der kleineren Staaten Hrn. Dahlmann und Genossen geleitet habe? Ich muß zurückgehen auf eine bereits gemachte Bemerkung wiederholen. Soll die Vertheilung der Mitglieder des Staatenhauses als gerecht und naturgemäß anerkannt werden, so ist vor Allem zu bewesen, daß dieselbe den wirklichen Machtverhältnissen der deutschen Staaten entspricht. Es fehlt nicht an einem Mittel, welches geeignet ist, als Probe zu dienen, ob letzteres der Fall ist oder nicht. Deutschland zählt zwei Großmächte, Oesterreich und Preußen: eine Zweifelt, welche die traurige Quelle aller unserer nationalen Verlegenheiten, vielleicht die Ursache vom Mißlingen des zu Frankfurt seit 8 Monaten betriebenen Werks ist. Jede dieser Großmächte übt ferner einen wohlbekannten unbestreitbaren Einfluß auf einen Kreis deutscher Staaten aus, Oesterreich auf den dritten Rang, den größten österreichischen Machtgebiet — gleichsam als Monde, die einer Sonne folgen — Bayern, Würtemberg, Baden, Hessen-Darmstadt. Daß dem wirklich so sei, beweist ein Blick auf die Reichsfestungen Ulm, Rastatt, Mainz; allwo bekanntlich die wichtigste Waffe, nämlich das Geschütz, ganz oder großen Theils in österreichischen Händen ist, beweist nicht minder die bisherige Bundesfestungsverfassung, welche Dr. v. Radowitz mit Recht in der Bundeskrise so gefündesten und löblichsten Theil unserer gemeindeutschen Einrichtungen nennte. Wie alle Welt weiß, bilden die deutschen Provinzen Oesterreichs, dann Bayern, Würtemberg, Baden und Darmstadt zusammen die fünf Heerkörper der südeutschen Hälfte unseres Vaterlands, gerade wie Preußen mit den übrigen seinem Kreise angehörigen Staaten die 5 andern Heerkörper der nördlichen Hälfte stellt. Soll ich noch vorthun, daß in ähnlicher Weise wie Oesterreich auf die obgenannten Staaten, so Preußen auf Mecklenburg, Holstein, Hannover, Oldenburg, Kurhessen, Nassau, Thüringen, Sachsen einen bestimmten militärisch-politischen Einfluß übt? Ich denke, die einfache Hindeutung auf den langgedehnten Schlangen- oder wenn man will Wurstpanzer des preußischen Staats, der sich das Königreich Sachsen, Thüringen, Kurhessen, Nassau, rechts Limburg, Luxemburg, Holstein,

Hannover, Oldenburg, Mecklenburg, umringelt, so wie ein Blick auf die preußische Besatzung von Mainz und auf die von Preußen bewachten Festungen Koblenz, Köln, Luxemburg, Erfurt, Magdeburg entdecken mich eines solchen Beweises.

Meine Unterstützung zweier Hauptstaate Deutschlands wird zweitens außer durch die oben angeführten militairisch-politischen Gründe noch durch andere Rücksichten gerechtfertigt, die allhier auf dem Reichstag eine sehr bedeutende Rolle spielen: ich meine die Gewerbs- und Handels-Interessen Oesterreich halbigt bekanntlich dem Schutzzollsistem, ebenso Bayern, Württemberg, Baden, welche drei Staaten im Zollvereine beharrliche Opposition gegen Preußen machten, und unterstützt von Sachsen und Kurhessen stets den freien Handel begünstigte, oder vielmehr die Zölle blos als Finanzquelle behandelt wissen wollte. Zwar nahmen Oldenburg, Hannover, Holstein, die Hansestädte am Meere und Mecklenburg, welche ich oben zum militairisch-politischen Machtgebiet Preußens rechnete, keinen Antheil am Zollvereine, aber allbekannt ist, daß die genannten Staaten noch entschiedener als Preußen sich zu dem Grundsatze des freien Handels bekennen, und diese Uebereinstimmung wird sie, sobald ein gemeinsames sämmtliches Deutschland umschließt, noch fester als früher an Preußen leiten und dadurch letztere Macht in Stand setzen, die kleineren süddeutschen, Schutz für die Gewerbe begehrenden Staaten einzuschützen.

Drittens spricht für unsere Eintheilung die Natur des Bodens, die Geographie. Jeder Kind, das eine Karte gesehen hat, unterscheidet ein südliches und nördliches Deutschland, und diese Unterscheidung ist so tief begründet, daß sie kommen in unsere Gewohnheiten übergegangen, daß sie sich nicht abweisen läßt, wenn auch Sophisten besondere Gründe haben mögen, sie wegzuläugnen.

Hierzu kommt endlich noch, daß — was ich als das entscheidende Merkmal der Richtigkeit meiner Eintheilung betrachte — auch der Maßstab der Volkszahl zwei gleiche Hälften, eine südteutsche und eine norddeutsche, ausweist.

Während ganz Deutschland auf 45 Millionen Einwohner geschätzt wird, zählen die deutschen Provinzen Oesterreichs (Tyrol, Krain, Kärnthen, Steyermark, Küstengebiet, Ober-, Nieder-Oesterreich, Böhmen, Mähren, österr. Schlesien) . . . 14,000,000
Bayern 4,500,000
Württemberg, Baden mit Hohenzollern . . . 3,100,000
Darmstadt mit Frankfurt 900,000
zusammen 22,500,000,

also genau die Hälfte der 45 Millionen, welche als Bevölkerung des Gesammtreichs angenommen werden.

Nur wenn man unser Vaterland auf die oberflächlichste Weise betrachtet, erscheint dasselbe als ein regelloses Gemengsel lose aneinander gefügter Staaten, nur wenn man die Absicht hat, Andere hinters Licht zu führen, kann man die Sache so darstellen, in Wahrheit umfaßt das jetzige Germanien zwei Hauptorganismen, einen süddeutsch-österreichischen und einen norddeutsch-preußischen, die fast wie Zwillinge einander gleichen.

Und nun haben wir einen Maßstab gewonnen, welcher uns befähigt, die Richtigkeit der Dahlmann'schen Eintheilung des Staatenhauses zu prüfen.

Die Frage ist: genießt die süddeutsche Hälfte gleiche Vertretung im Staatenhause, wie die norddeutsche? Wir wollen sehen! Das Haus zählt nach dem Entwurfe 176 Mitglieder; davon kommen auf Oesterreich 36, auf Bayern 16, auf Württemberg 10, auf Baden 8, auf Darmstadt 6, rechnen wir hiezu noch Frankfurt 1, so ergeben sich für die süddeutsche Hälfte 77 Mitglieder, während das norddeutsch-preußische Machtgebiet 99 erhält.

Jene Dahlmann'schen Versicherungen der Großmuth, der Sorgfalt für Ehre und Selbstständigkeit der Kleinen laufen also faktisch auf einen Versuch hinaus, die süddeutschen gegen die norddeutschen Reichsgenossen um volle 23 Stimmen zu verkürzen und dadurch der Krone Preußen ein künstliches, wiererechtliches, durch keine natürlichen Verhältnisse begründetes Uebergewicht im Staatenhause zu verschaffen.

Ob nun ein solches Resultat in der wohlbewußten Absicht Herrn Dahlmanns lag? Juridisch gesprochen, könnte immerhin bloßer Zufall im Spiele sein.

Glücklicher Weise liefert der Entwurf, so wie der Bericht Dahlmanns noch einige andere Merkzeichen, aus welchen man Schlüsse auf das ziehen kann, was beabsichtigt und etwa nicht beabsichtigt worden ist. Es gährt im Frankfurter Reichstage der Begriff Mediatisirung, aber das laute klare Wort sprach zuerst Hr. Römer aus, welcher bekanntlich früher Haupt der liberalen Partei in der württembergischen Kammer war, aber in Folge der Märzbewegung erster Minister der Krone Württemberg wurde. Vorauf müssen wir noch bemerken, daß das nördliche Deutschland vorzugsweise den Stoff zu Mediatisirungen enthält, denn dort finden sich die Ständchen Reuß-Greiz-Schleiz, Anhalt-Bernburg-Dessau-Köthen, Lippe-Schaumburg, Sonderhausen, Sachsen-Altenburg-Koburg-Gotha-Weimar-Meiningen-Hildburghausen u. s. w., während die südliche Hälfte Deutschlands nur in Gestalt der 3 oder 4 kleinen Hohenzollern-, Hohenlohen-Hechingen und Sigmaringen, Homburg solches Staatengebröckel umschließt. Es konnte nicht fehlen, daß bei der Verhandlung über das Staatenhaus die Mediatisirungsfrage zur Sprache kam. Auch der Bericht Dahlmanns berührt dieselbe und zwar — wie man nach dem früher Gesagten nicht anders erwarten konnte — im Sinne der politischen Großmuth und zarter Sorge für die Ehre „der kleinen Souveränitäten." „Der Gegenstand ferner Besprechungen," heißt es in Dahlmanns Berichte, „führte unvermeidlich auf das Gebiet der Mediatisirungsfrage, wobei sich bald ergab, daß es sich dabei nicht bloß davon handelt, diesen und jenen Staat auszulösen, sondern zugleich davon, sein Gebiet einem andern Staate zuzuweisen. Daß ferner der Wunsch der Bevölkerungen in den kleineren und kleinsten Staaten sich keineswegs ungetheilt oder auch nur überwiegend zu Gunsten einer solchen Verschmelzung aussprache, daß vielmehr in den Bevölkerungen dieser Art neben mancher unbesiegbaren Anhänglichkeit und allenfalls dem Trachten nach einem ganz Deutschland umfassenden, sei es monarchischen oder republikanischen Einheitsstaate, eben so der Wunsch verlaute, sich durch den Hinzugewinn eines andern kleinern Staats zu vergrößern, als mit dem eigenen Dasein in einem der mittlern oder großen Staaten aufzugehen. Dazu kommt die Erwägung, daß wenn je zum Besten des Bundesstaates an dem historischen Bestand der einzelnen Staaten gerüttelt werden soll, dem Beurtheiler der Gegenwart kaum Unrecht gegeben werden könnte, welcher die Behauptung aufzustellen wagte, es werde die gesetzlichstliche Gleichberechtigung unserer Bundesglieder bei Weitem gefährlicher durch die überwiegende Größe und Bedeutung von drei deutschen Staaten beeinträchtigt, als durch die Kleinheit und Bedeutungslosigkeit so vieler anderen, worauf dann die Folgerung bewiesen, daß im Interesse des Gemeinrechts gegen das zu Groß nicht minder als gegen das zu Klein einzuschreiten sei, das zu Große aber noch größer machen wollen, die irrigste aller Heilmethoden wäre. So geschah es, daß nach mancher lebhaften Erörterung der Ausschuß jeden Mediatisirungsplan, als seiner Aufgabe fremd, zurückwies."

So Hr. Dahlmann. Man sieht, der Verfasser des Ausschußberichts, welcher zugleich Hauptverfaßer des Entwurfs über den Reichstag ist, verwirft auch Einschmelzungen den Grundsatz der Auflösung kleinster Staaten zu Gunsten der größeren. Aber in Praxi thut er gerade das Gegentheil von dem, was er mit dem Munde bekennt, und zwar in einem Punkte, der für die südliche Hälfte Deutschlands. Während er jenen einzelnen Exzessen des früher aufgeführten norddeutschen Staatengebröckels sorgfältig seinen Antheil am Staatenhause und dadurch seine Souveränetätsrechte sichert, mediatisirt er sämmtliche kleinste Staaten des südlichen Deutschlands, indem er Hessen-Homburg zu Gunsten Darmstadts, Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen zu Gunsten Württembergs, Lichtenstein zu Gunsten Oesterreichs seinen Antheil an Beschickung des Staatenhauses entzieht. Ich sage mit guten Bedacht, er mediatisirt sie, denn die Spitze des Begriffs Mediatisirung besteht ohne Frage darin, wenn man den Oberherrscher eines Staats zu Gunsten einer anderen seiner Selbstherrlichkeit entkleidet. Nun ist das Staatenhaus des Entwurfs zwar dem Scheine nach dazu bestimmt, die einzelnen Länder und Kindchen Germaniens als politische Ganze zu vertreten, in der That aber dient dasselbe durchaus der Verwirklichung dynastischer Interessen. Daraus folgt, daß jeder Fürst, der von der Beschickung dieses Hauses ausgeschlossen wird, seine Selbstständigkeit verloren hat, mit anderen Worten, daß er mediatisirt ist.

Nun weiter, was ist der wahre Grund, warum Hr. Dahlmann seine im Berichte zur Schau getragene Bekauptung durch die That Lügen straft, was ist der Grund, warum er in Bezug auf die Mediatisirungsfrage das nördliche und südliche Deutschland mit entgegengesetztem Maßstabe mißt, mit einem Worte, warum er die Selbstständigkeit der unsterblichen Ländchen Lichtenstein, Hohenzollern, Homburg zögern, Nachbaren preisgeben will. Ich sehe keine mögliche Antwort auf diese Frage, als die: Dahlmann und Genossen hätten durch den vorgebrachten Kober zwei der Staaten des südteutschen vor österreichischen Machtgebiete, die Krone Preußen, die von den Herren beliebte Vertheilung der Mitglieder des Staatenhauses — obgleich dieselbe den Verein, welchem jene beiden Staaten angehören, nachtheilig ist, gut zu heißen. Die Herrn rechneten durch die fragliche Lockspeise die süddeutschen Staaten zu einzweien und dadurch ihren eigenen Plan durchzusetzen. Verhält sie aber die Sache so — und ich halte eine andere Erklärung kaum für möglich — kann sich, daß in dem oben geschilderte Verfürzung Süddeutschlands nicht Zufall sondern wohlberechnete Absicht war.

Mögen die Herrn immerhin glauben, ihre Faden sehr fein gesponnen zu haben, ich bin anderer Meinung und sage mit Schiller: wäre der Plan nicht so verzweifelt gescheit, so möchte ich ihn herzlich einfältig nennen. Zwar ist leicht zu begreifen, daß Herr Römer, der mit Dahlmann im Verfassungsausschusse saß und, wie ich bereits bemerkte, zuerst den großen Mediatisirungsplan Gedanken auftauchen, nach der Bewegung des Jahres 1848 in der Weise der Leiten des seligen Rheinbundes aufzutreten, begierig in die vorgehaltene Angel biß. Aber anderseits sind wir überzeugt, daß Römer's Herr, der König von Württemberg, bekanntlich ein Fürst von klarem Verstande und großer Welterfahrung, eingedenk der Warnung des Dichters linnen Armen es doch sorgenvoll wenig Lust verspüren wird, von seinem Frankfurter Verfassungs-Ausschusse in der Herren Radowitz und Genossen ein Gesicht anzuziehen, und ihr recht sehr mit den beiden nicht zu verachtenden Nachbarn im Osten und Westen und mit dem noch mächtigeren der im Süden der Bodensee bei Bregenz Wache hält, in eine unangenehme Spannung versetzen dürfte. Gleicher Weise glauben wir, daß auch der Großherzog von Rheinhessen lieber ruhig zuwarten wird, bis ihm ein nahes Ereignis und das Schicksen meiner Augen in rechtlichen Besitz einer Erbschaft setzt, als daß er durch übereilte Erwerblust ein bedenkliches Spiel beginnlgen sollte, das leicht zu einer allgemeinen Verarmung der Schwachen durch die Stärkeren Anlaß geben könnte.

Wir glauben die Mediatisirung Hohenzollerns und Homburgs genügend erklärt zu haben, noch bleibt uns die Literaturzeitung des Ländchens Lichtenstein an Oesterreich zu entschieden. Fern sei es von uns anzunehmen, daß die Verfasser des Entwurfs dadurch Oesterreich zu beschwichtige

oder für die entgegnen Stimmen im Staatenhause zu entschädigen wähnten, denn dieser Gnade wäre der 18 pfel des Lästerlichen und würde etwa der That eines Bettlers gleichen, der einem Millionär mit 6 Kreuzern zu beschenken versuchte. Wir denken uns vielmehr den Hergang der Sache so: hätten die Verfasser des Entwurfs sich nicht durch die oben entwickelten Verschiedenheiten zum Schweigen gebracht gefühlt, so vorgekommenen Gründe Hannovers und Sachsen-Weimars zu blenden, so würden sie Herrn wohl nicht erwandert haben, die hohenzollerschen Länder mit sichtenstein zum Behufe der Beschickung des Staatenhauses auf dieselbe Weise zu verbinden, wie sie im nördlichen Deutschland mehrere Duodezländchen zu gleichem Zwecke verbinden. Nachdem aber einmal Hohenzollern aufgeopfert worden, blieb nichts anders übrig, als lichtenstein an Oesterreich zu verschenken, weil, wenn man dieses Ländchen für sich bestehen ließ, die Mediatisirung der zwei anderen „als eine enorme Vergrößerung erscheinen würde. Die an Homburg und Hohenzollern verübte Unbill soll eine Angereichtheit in Bezug auf Lichtenstein nach sich.

Wir wiederholen es und sprechen verhüllten Vertheidigung der Zahlen des Art. 3 im Entwurf über den Reichstag liegt die wohldenkbare Absicht zu Grunde dem norddeutschen Machtgebiete oder mittelbar der Krone Preußen auf Kosten der süddeutschen Reichsbevölkerung und Oesterreichs das Uebergewicht im Staatenhause zu verschaffen.

Wäre nach den von uns oben entwickelten Gründen noch irgend ein Zweifel hierüber möglich, er würde vollends durch eine beiläufige Eigenthümlichkeit des Entwurfs niedergeschlagen.

Oesterreich, Haupt der süddeutschen Hälfte, genießt fast 500 Zahlen den ersten Rang unter den Staaten Europas, eine Ehre, die ihm selbst von den ungerechtesten Vasallen des im Jahre 1806 verschworenen Reichs nicht verweigert worden ist. Sogar während des 7jährigen Kriegs wagte es Friedrich II nicht der damaligen Kaiserin Maria Theresia den Vorrang streitig zu machen und der nämliche kaiserliche Vorzug verblieb den Erben unserer alten Kaiser auch während der Zeit, welche dem nunmehr gleichfalls verwitterten deutschen Bunde vom Jahre 1815.

Wessen sich fein einem halben Jahrtausend Niemand — sein Germane, Romane oder Slave — unterfing, das versucht der Entwurf Dahlmann. Im 3. Art des Abschnitts vom Reichstage tritt Preußen nicht blos in die erste Linie vor, sondern es erhält auch das wesentliche Recht 4 Abgeordnete mehr als Oesterreich in den Staatenrath zu schicken. Man verleiht hier diese seltsame Bevorzugung durch den Satz zu rechtfertigen: Preußen sei mit 16 Millionen im Reichsverbande, Oest reich nur mit 14 oder gar 12 und Hr. Dahlmann hatte in der Berathung des Reichstags vom Dienstag 5. Dez die Stirne, den eben anzuführten Grund aufzuheben, zu behaupten, es würde eine feine und ritterliche Galanterie sein, wenn man ohne Rücksicht auf Preußen, das eine größere kriegerische Macht besitze, den österreichischen Haus den Vorrang oder gar eine gleiche Zahl von Staatenhausmitgliedern zugestehen wollte. Leicht ist es, solchem Gerede zu begegnen. Man könnte zuvörderst sagen: bewegt nicht eure ganzer Entwurf, daß die Abstimmung im Staatenhause nicht durch das genaue Maß der Volksgahl bestimmt ist? Doch wir verzichten auf Scherz, obgleich vollkommen berechtigt den Grund, denn wir haben Thatsache. Es mag sein, daß mehr preußische als österreichische Unterthanen gegenwärtig zum deutschen Reichsverbande gezählt werden, aber hinter den 16 Millionen, die Ihr euer nennt, steht nichts mehr, hinter den 14 Millionen dagegen die Oesterreichs deutsche Provinzen bevölkern, stehen 24 Czechen, Slaven, Magyaren, Romanen, welche Oesterreichs Kaiser als ihren Herrn verehren. Ja, muß mich besser ausdrücken, nicht hinter den 14 stehen die 22, sondern gro ßen Theils mit ihnen in einer Linie, nämlich mittelst des österreichischen Heerkörpers, der ungarische Deutsche, Slaven, Magyaren, Italiener umfaßt. Die Kroaten, deren treue zum Kaiser Ferdinand zeigt ten Dienste alle guten Deutschen trotz jener unerhörten Aufrufe in der Wiener Presse mit Bewunderung anerkannten, die Lombardischen Venetianer, die Polnischen und Galizischen glimmerer sind bei Einrichtung des deutschen Staatenhauses auch für etwas zu zählen. Weil sich die Sache so verhält und weil Oesterreich ungeachtet jener künstlichen Rechnungen eines Bonner Professors, viel mächtiger ist, als Preußen, muß und soll dem österreichischen Kaiser der erste Rang und den deutschen Oesterreichern die gleiche Zahl von Staatenhausmitgliedern gewährt werden.

Im Uebrigen ist es leicht, die Absichten, welche Hrn. Dahlmann und Genossen zu dem obengerügten Mißgriff verleitet haben, zu ergründen. Wie der ganze Artikel 3 des Abschnitts vom Reichstage darauf losgielt, der Krone Preußen gegenüber der süddeutschen Reichsbhälfte ein künstliches Uebergewicht zuzuschanzen, so hat insbesondere das von Hrn. Dahlmann beliebte Zahlenverhältniß zwischen Oesterreichischen und preußischen Staatenhausmitgliedern den Zweck, die Habsburger zu freiwilligem Austritte aus dem Reichsverbande hinzureizen. Man hofft, Zorn über kleinliche Kränkungen werde einen Schritt veranlassen, den weder das Recht billigt, noch Gewalt zu erzwingen vermag, den aber gewisse Menschen, die von hohen Stellungen im künftigen preußisch-deutschen Reiche träumen, herzlich begehren.

Schließen wir. Art. 3 des Entwurfs vom Reichstage verfolgt denselben Gedanken, wie Art. 2 und 3 des Abschnittes von der Reichsgewalt und bildet ein würdiges Seitenstück zu den Verhandlungen, die vor anderthalb Monaten in der Paulskirche statt fanden. Gleichwie in der Sitzung vom 27. Okt., zu einer Zeit, da der Wiener Aufruhr in schönster Blüthe stand, mittelst des vorgeschlagenen Art. 2 Oesterreich der Personal-Union der in schweren Kämpfen begriffene österreichische Landesverband zu Gunsten preußischer Hoffnungen auseinander gesprengt werden sollte, so sucht man jetzt, nachdem das Werk der Gewalt mißlungen und der Doppeladler nächtig seine Schwingen erhebend, einer bessern Zukunft zueilt, dasselbe Ziel zu erreichen, indem man Oesterreich durch entehrende Bedingungen zum Rücktritt veranlassen will.

Dieses Mänöverlein ist vom Stammpunkte eines Bonner Professors aus begreiflich, vom deutschen aus verzeihlich, im Ganzen lächerlich.

Oesterreichs Herrscher und Volk werden sich durch jene Schlüsse nicht beirren lassen, und Drohungen oder Wünsche gewisser Herren betrachten, wie etwa der Löwe das zornwüthige Anprallen einer Maus.

Ungefähr ebenso denken unseres Wissens die übrigen deutschen Stämme besonders im Süden, so wie deren Staatsmänner.

Hat nicht der treffliche Frhr. v. Closen, bayer. Geschäftsträger bei der Zentralgewalt zu Frankfurt, in einer neulich veröffentlichten Flugschrift aus Schönste und Ueberzeugendste den Gedanken entwickelt, daß Bayern nie seine Zustimmung zu Kombinationen geben werde, welche darauf berechnet sind, Oesterreich aus Deutschland hinauszudrängen, und hat nicht in demselben Sinne der Abgeordnete Welcker, ein Mann von eben so unerschütterlicher Rechtsfestigkeit als großem Talente, bei seiner Rückkehr von der Österreichischen Gesandtschaft eine Rede gehalten, welche lauten Anklang durch ganz Deutschland fand!

Es drängt mich noch, ein persönliches Wort an Hrn. Dahlmann zu richten. Der Reichstag hat allhier zu Frankfurt Deutsche aus allen Gauen des großen Vaterlandes zusammengeführt. Viele kamen erfüllt mit Vorurtheilen gegen die einternten Reichsgenossen, aber ein achtmonatliches gemeinsames Zusammenwirken brachte zuwege, daß alle solche Mißgriffe schwanden. Wir lernten uns als Mitglieder eines Volks fühlen, wir machten die wohlthuende Entdeckung, daß wir zusammen taugen, daß Nord und Süd, Ost und Westen geeignet ist zu einem Ganzen zu verschmelzen.

Das Wohl des Vaterlandes forderte geheiterlich, daß dieses Gefühl innere Harmonie erhalten werde und zunehme. Dasselbe wäßt durch gegenseitiges Vertrauen, durch Geradheitigkeit und gerades Wesen, es wird dagegen zerstört durch Hinterlist und böse Künste. Wehe dem, der den bösen Dämon heraufbeschwört.

Und mit gutem Beispiele der Offenheit, die ich Hrn. Dahlmann anmuthe, vorangegangen, will ich meinen letzten Gedanken aussprechen.

Ich (s. h. ich und Zauberei) wünschen, daß ein Habsburger zum Oberhaupte des in Geburtswehen begriffenen deutschen Reichs ernählt werde. Drei Gründe bestimmen diesen Wunsch: 1) weil der Beherrscher Oesterreichs ohne Frage bei Weitem der mächtigste unter allen deutschen Fürsten ist und also uns den größten Grad des Schutzes gewähren kann, 2) weil Kraft unbestreitbarer historischer Anrechte dem Hause, das 400 Jahre Deutschland beherrscht, die erneuerte Kaiserkrone gebührt, 3) weil der enge Anschluß an Oesterreich und das Haus des Oheim öffnet, wo nach unserem Gefühl die Vorsehung den Deutschen eine glorreiche Zukunft bereitet hat.

Allein wir wollen gleichwohl nicht, daß die fragliche Wahl mit Gewalt oder wider den freien Willen der übrigen deutschen Stämme und Fürsten erzielt werde.

Sollte die Erhebung eines Habsburgers unmöglich sein, so lassen wir uns einen Preußen gefallen, aber nur unter der Bedingung, daß die deutschen Provinzen Oesterreichs sammt ihrem Gebiete, wenn auch blos durch einen engen völkerrechtlichen Bund in der Einheit des künftigen Deutschlands verbleiben. Wir verlangen weiters die ausgesonnene Fall, daß Friedrich Wilhelm IV. nicht in der bisherigen Weise eines Königs von Preußen, sondern als Herzog von Ahlenfranken, als Herzog von Engern und Westphalen, als Herzog von Schlesien, als Herzog von Preußen und Posen, als Markgraf der vor 1400 Jahren mit Gewalt germanisirten Striche zwischen Elbe und Oder bis Kaiserstuhl rage.

Wir wollen hoffen, dieser unser Gedanke werde, sagen wir bei, die tagenannte preußische Nationalversammlung, in welcher wir Nichts anders als einen Hohn und ein Hemmniß des deutschen Reichstags zu erkennen vermögen, darf nicht mehr klatschen, sondern jede Provinz des bisherigen Großstaates Preußens muß ihre besondere Vertretung und Verwaltung erhalten.

Würde Oesterreich preisen den beiden Großmächten auch die eben entwickelte zweite Kombination verbinden, nun so laßt uns auf den vor 5 Monaten viel besprochenen, aber wieder aufgegebenen Gedanken eines dreieinigen Reichsregiments zurückkommen. Zwar leben laut alter Erfahrung Drillinge selten lange, das lateinische Sprichwort sagt: amor et dominium non patiuntur socium. Allein diese Dreiheit wäre eben der letzte Nothbehelf, ein Nothunftsmittel für so lange, bis das Schicksal oder das Schwert vollkommener es bringt. Denn davon sind wir überzeugt, daß keine Gewalt, nicht Aristokraten oder Bureaukraten, nicht Massen oder Franzosen das deutsche Volk von dem seit 33 Jahren beharrlich verfolgten Pfade der Einheit zurückdrängen wird. Diese Einheit ist sein geliebtester Einfall, sondern ein unabweisbares Nationalbedürfniß.

Aug. Friedr. Pfeffer.

Deutschland.

Baden. — Konstanz, 9. Dez. Heute wurde die Anklageakte gegen Pfarrer Benedikt Früh von Konstanz, wegen Aufruf A'n von Aufruhrschaften, wegen Aufreizung gegen die großherzogliche Staatsregierung und Herabwürdigung derselben, durch die Presse verübt, bei dem hiesigen Hofgericht verhandelt. Der Gerichtshof verurtheilte den Pfarrer Früh, als früheren ver-

antwortlichen Redakteur der Schlüsse, zu einer vierwöchentlichen, und den Josefy Au, als Verfasser des verkommenen Artikels, zu einer viermonatlichen Gefängnisstrafe.

Preußen. — △ Berlin, 11. Dez. Wir glauben nicht daran, daß man meinen Beobachtungen, daß die Regierung die Absicht hat gegen jene Mitglieder des Rumpfparlaments, welche am meisten bei Verbreitung des Steuerverweigerungsbeschlusses in den Provinzen sich betheiligt haben, mit gerichtlicher Untersuchung vorzugehen, um sie für die Wahlen unmöglich zu machen. Es wäre dies eine gewiß unkluge Maßregel, da hiedurch Herren sich selbst unmöglich machen würden. Auch wäre nicht unmöglich, daß durch solches Verfahren gerade das Gegentheil erzielt würde, da es noch immer Menschen genug gibt, denen der Nimbus des politischen Märtyrerthums imponirt. — Dem Vernehmen nach sind die Unterhandlungen mit Herrn v. Bonin wegen Uebernahme des Finanzministeriums vollständig gescheitert. — Die Besatzung von Berlin besteht aus drei Bataillone reitender Artillerie. Unter den entfernten Truppen befindet sich die pommersche Landwehr.

Oesterreich. — *Wien, 12. Dez. Der Prinz Karl von Preußen ist zu Olmütz angekommen. — Der Kaiser hat den G. M. Grafen Grünne zu seinem Generaladjutanten, die Majore Graf Mensdorff und Frh. Schwarzel zu seinen Flügeladjutanten ernannt. — Ministerialrath Fischer soll mit der Leitung der oberösterreichischen Regierung betraut werden. — Der Gemeinderath hat den Auftrag erhalten, die Entschädigungsfrage — mit besonderer Berücksichtigung der Entschädigungszusage und der Ziffer des Schadens — vorzuberathen. — Die Posten blieben heute aus. — Die Börse unbelebt bei unveränderten Aktien- und Fondspreisen. Wechsel und Gold festgend. — 5% Metall. 76¼, 4% 66, 2½% 41¼, Banknoten 1100, Loose von 1834 141, Loose von 1839 85, Nationalanlehen 102, Nationalanlehen 66, Glogauer 96, Wechsel 65½, Livorneser 65½, Linz-Budweiser —.*

Wien, 11. Dez. (Augsb. Abdz.) Die Untersuchung gegen die gegewesenen Mörder des Grafen Latour ist ihrem Schlusse nahe. Die Akten dürften die Reichstagsdeputirten der Linken in Kremsier, die mit Kossuth in inniger Verbindung sind, in nicht geringe Unruhe versetzen. Einer der Mörder soll offen aussagen, man habe sie gedungen und in die Wagnergasse mit dem Bedeuten bestellt, sobald die Herren mit weißen Fahnen vorbeikommen, diesen zu folgen, in den dies das Signal sei, wo Latour sich befinde.

Kremsier, 12. Dez. (Geftrige Reichstagssitzung.) Die Grundrechte sind in allen Abtheilungen berathen und gehen nun in den Ausschuß zurück. — Erzherzog aus Tarnopol liegt sein Mandat zurück. — Fischer interpellirt den Finanzminister wegen der Aufregung der Bauern in Salzburg. Es soll eine Kommission dahin gesendet werden, um gegen beunruhigender Wahlungen zu. Verfehungen zu machen. — Die Deputirten aus Dalmatien interpelliren das Gesammtministerium wegen der Ernennung des Ban Jellachich zum Gouverneur von Dalmatien. Dieses Land ist eine eigene, zu Oesterreich gehörige Provinz, sie gehört nicht zu Ungarn, und der Titel „Ban von Dalmatien" ist bloß ein Ehrentitel. Noch ist der Fall nicht vorgekommen, daß der Gouverneur von Dalmatien zugleich ein anderes Amt bekleidet habe. Diume gehört zu Kroatien. Diese Ernennung werde eine Alteration in der Verwaltung, in den Rechten und in der Stellung dieser selbstständigen Provinz hervorrufen. — Lapel interpellirt, ob der abgesetzte Kreishauptmann des Traun-Viertels noch seinen Gehalt beziehe? — Die Minister Stadion und Krauß werden die Antwort in der nächsten Sitzung. — Die Minister der Kriegsfinanzen, und des Krieges sind ab vor Abgang der Post (2 Uhr) bis 5. 65 ohne lebhafte Debatte gediehen. Als der Berichterstatter Meyer zur Begutachtung eines neuen Paragraphen erwähnt, daß dieser in Frankfurt bestehe, bemerkt der Abgeordnete Trojan: „Frankfurt ist für uns keine Autorität." Meyer replizirt: „nicht weil, sondern obgleich dieser Paragraph in Frankfurt angenommen, bevorwortet ihn der Ausschuß" und diese Ansicht theilt Bestoß.

Gratz, 12. Dez. Nach gestern in Grog eingelangten Briefen ist die russische Flotte, bestehend aus mehr als 20 größeren und kleineren Schiffen, auf der Rhede vor Triest eingetroffen und vor Anker gegangen. Wie man nun erwartet, wird die österreichische Flotille aus Pola auslaufen, und gegen Venedig operiren. Wenn diese Nachricht richtig, so wird wohl die offizielle Bestätigung Tage erfolgen und dann Venedig in Kürze wieder in unsern Händen sein. (Börs. Ztg.)

Oesterreichische Monarchie.

Mailand, 10. Dez. Die Nachricht der Thronbesteigung des jugendlichen Erzherzogs Franz Josefy hat bei der Armee allgemeine Freude, bei den Italienern neuen Schrecken erregt: in Secondo Nicolò, dieß ob bei diesen. Wie sehen den Erzherzog bei dem Treffen von St. Lucia, wie er sich teurte, Kugeln pfeifen zu hören, Gewalten in seiner Nähe einschlagen zu sehen: die Truppen einen ganzen langen Marsches von Verona nach Mantua bei dem unzünftigsten Wetter bestand er munter und eifrig, er war lustig mit Allen, theilte Cigarren unter die Grenadiere aus. Jung, mit regem Geiste begabt, kühnen Muth bei die schönsten, die begründetsten Hoffnungen an seine Thronbesteigung. Möchte es ihm gelingen, die goldenen Buchstaben A. E. J. O. V. auf dem Schilde der Austeia im vollen Glanze herzustellen? Der Feldmarschall Radetzky hat durch folgenden Befehl den Reiegern der italienischen Armee dieses Ereignis bekannt gegeben: „Soldaten! Waffengefährten meiner alten Tage! Ich habe euch heute eine große, eine wichtige Mittheilung zu machen. Ihr wißt es, welch schwere und ernste Ereignisse im Laufe dieses Jahres die Monarchie, unser gemeinsames Vaterland getroffen haben. Se. Maj. unser guter und geliebter Kaiser Ferdinand haben noch rechtzeitig Ueberlegung Sich entschlossen, dem Throne Ihrer Väter zu entsagen und in dieser stürmbewegten Zeit die Zügel der Regierung in jüngere Hände niederzulassen. Diesem erhabenen Beispiele folgend haben auch Sr. kais. Hoheit der durchlauchtigste Erzherzog Franz Karl auf die Thronfolge Verzicht geleistet, und sein Sohn Franz Josefy hat nach den Gesetzen der Erbfolge den Kaiserthron bestiegen. Während unsere Segenswünsche, und worum sollte ich es euch verbergen, meine Thränen Ferdinand dem Gütigen in Böhmen auf sein Königsburg folgen, wohin er sich in die Mitte des Vertrauens zurückgezogen, — ertagen wir hiesig unseren neuen Kaiser Franz Josefy I. unsere Huldigung und den Schwur ewiger und unerschütterlicher Treue dar. Soldaten! Ihr kennt ihn, unseren jugendlichen Kaiser, in euren Reihen hat er jüngst als Soldat seine Laufbahn begonnen. Ihr habt ihn ruhig und unerschrocken seine Brust den feindlichen Kugeln bieten sehen. Wir sind bei ihm, wir werden ihm diese Liebe mit jener unerschütterlichen Treue vergelten, die seit Jahrhunderten Oesterreichs Krieger an den Thron ihrer Kaiser und Könige fesselte. In eurem Namen, im Angesichte des allmächtigen Gottes, dessen tröstende Hand den Thron unserer Kaiser in sturmbewegten Zeiten als die sichere Schutze erhalten, gelobe ich hiesig. Unser der Herrschaft Franz Josefy I. wird unter Aller Vaterland, wird die Monarchie sich glänzend und mächtig unter dem Schutze freisinniger, den Bedürfnissen der Völker entsprechenden Institutionen entwickeln. Belege wird die Anarchie und dem Inneren weichen, und die Tapferkeit der Armee den äußeren Feinden bemessen, daß das Reich des Oestens noch unerschüttert in seinen Grundfesten besteht. Es lebe unser Kaiser und König Franz Josefy I. Radetzky, Feldmarschall. (A. B.)

Italien.

Bei der Aufwartung der Civil- und Militärbehörden äußerte sich der Papst zu den Offizieren der Besatzung von Gaeta: „Ihr Herrn, heißt das Neunte, wie ich der Neunte heiße. Wie die Zahl, so werden Sie auch die Gesinnungen mit mir gemein haben. Sie gehören, meine Herren, einem Heere an, welches ein Spiegel der Mannszucht und der Treue ist, das mit seinem Blute die Heiligkeit der Pflicht aufrecht erhalten und den Heeren von der

Außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung.“

Freitag, den 15. Dezember 1848.

Deutsche Reichsversammlung.

(134. Sitzung vom 12. Dez.) Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über den vom Verfassungsausschusse vorgelegten Entwurf „der Reichstag“, und zwar über Artikel V., VI. und VII. Der Vorsitzende, Heinrich v. Gagern, zeigt den Austritt des Hrn. v. Auerswald aus Gotha an. Dann interpellirt Schuler von Weilburg den Reichsminister des Auswärtigen in Bezug auf die Anhäufung russischer Truppen an den östlichen Grenzen Deutschlands und der untern Donau, was zur Ausführung des Reichstagsbeschlusses vom 22. Juli geschehen sei? Venedey fragt denselben Minister des Innern und Aeußern: Hat der Gesandte Heckscher den Auftrag, gegen die vom deutschen Rechtsgefühle widersprechenden Willkührmaßregeln des Kurmarschalls Radetzky unter die Innsbrucker Verwaltung einzuladen? Diese Anfragen werden den Reichsministerium vorgetragt werden. Die Versammlung ist nach kurzem eröffneter Sitzung über den Tagesordnung und auch heute wieder schlägt die Berathung über den Verfassungsentwurf einen so raschen Gang ein, daß wir, trotz der Bemerkung, womit der Präsident das Abstimmungsgeschäft vor §. 16 unterbricht, „es regne von Verbesserungsanträgen“, die es erst einzubreiten und zu ordnen habe, doch der Lösung einer langen Reihe von Paragraphen entgegensehen dürfen. In folgender Gestalt werden die ersten drei Paragraphen des Artikel V. ohne Diskussion zum Beschluß erhoben: Art. V. §. 15. Zu einem Beschlusse eines jeden Hauses des Reichstags ist die Urabstimmung von wenigstens der Hälfte seiner gesetzlichen Anzahl seiner Mitglieder und die einfache Stimmenmehrheit erforderlich. Im Falle der Stimmengleichheit wird ein Antrag als abgelehnt betrachtet. §. 16. Wenn es sich von der Gesetzung solcher Gesetze handelt, durch welche Einrichtungen und Maßregeln begründet werden sollen, die der Kompetenz der Reichsgewalt nicht ausdrücklich zugewiesen sind, Abänderung von der Reichsgewalt, Art. XIII. §. 56 am Ende), so ist für die Schlußabstimmung eines jeden Hauses Gegenwart von wenigstens der Hälfte seiner Mitglieder und unter diesen eine Mehrheit von zwei Drittel der Stimmen erforderlich. §. 17. Das Recht des Weisungsvorschlags, der Beschwerde, der Adresse und der Anterjuchung, sowie der Anklage der Minister steht jedem Hause für sich zu. Gesetzt der Abstimmung über §. 15 wird wieder eine Besprechung zugelassen. Natürlich, daß Moriz Mohl sofort auf der Tribüne erscheint; doch bereut er sich seines Vorbesitz niemal mit solcher Mäßigung, daß er nur kürzlich den Verbesserungsantrag Rödingers's empfiehlt, nach welchem alle Finanzbewilligungen ausschließlich dem Volkshause zustehen sollen. Ihm folgt Karl Welcker, der den Vorschlag des Ausschusses verkündigt. Er versteht die Freiheit und die Volkssouverainität besser (Lachen von der Linken), als daß er die Krawallsouverainität und die Maßsenfreiheit damit verwechseln könnte. Das Volkshaus einleitig zu bevorrechtigen, darin erblickt er Gefahr. Denn dann könnte leicht der leidenschaftliche Augenblick der Gebieter des Vaterlands werden. Und der Geschichte Frankreichs zeigt er, daß gerade die Kammer der Pairs durch ihren Widerspruch wider die Beschlüsse der Abgeordneten dem jasmjsischen Volke mehr als einmal die Freiheit gerettet. Struve entdeckt das endeck, daß der Vorschlag der Gegenmajorität rächen geht als früher. Er will, daß bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Staaten- und Volkshaus die Ausgleichung zunächst durch eine gemischte Commission versucht, und wenn dies fehlschlägt, gemeinsame Sitzungen beider Häuser Statt finden sollen, in denen die Stimmenmehrheit entscheidet. Briegler. Durch die Gültigkeitserklärung einseitiger Beschlüsse des Volkshauses würden wir wieder aufleben, was wir in dem Verfassungswerke eben festigen: das Staatenhaus. Ein Einigungsverfahren hingegen zwischen beiden Häusern ist durch das Mehrheitserachten keineswegs ausgeschlossen. Aber die Bestimmungen darüber gehören in die Geschäftsordnung der Häuser. Vogt: der einzige Stützpunkt einer Verfassung ist der Gleichheit. Und diesen wichtigsten Gegenstand gerade schiebt man zurück? Unser ganzes Werk ist unnütz ohne die Bestimmungen über die Finanzen und ich begreife nicht, warum man sie zurückteilt. Beseler: Die Verzögerung liegt nur darin, daß der Verfassungsausschuß in seinen Berathungen über das Dringenerein mit der größten Sorgfalt verfahren und das Urtheil Sachverständiger nicht entbehren wollte. Die Vorlage über die Finanzen ist inzessen, wovon sich Hr. Vogt sehr leicht durch eine Anfrage hätte unterrichten können, so weit gediehen, daß sie für künftige Wochen vorsprochen werden kann. Die Abstimmung verwirft sowohl den Antrag Rödingers, als den folgenden Antrag Raumers's und Genossen: „Jeder Beschluß des Staatenhauses wird gültiger Reichstagsbeschluß, sobald er vom Volkshause angenommen ist. Widersprucht das Staatenhaus, so trifft das Volkshaus nach weiter Berathung endgültige Entscheidung.“ Dagegen wird nach dem Vorschlage des Verfassungsausschusses angenommen: §. 17. Ein Reichsbeschluß kann nur durch die Uebereinstimmung beider Häuser gültig zu Stande kommen. Die zu §. 19 gestellten Verbesserungsanträge haben hauptsächlich den Zweck, Bestimmungen für den Fall zu treffen, daß der Reichsgewalt einem Reichstagsbeschlusse die Anerkennung verweigere. Die Debatte wird eingeleitet. Phillips, Welcker, v. Rinke, Gräwell und v. Beckerath melden sich als Redner für den Verfassungsausschuß an. Dagegen: Hödinger, Vogt, Raumerd, Mittermaier, Schulz von Darmstadt, Graf Bartenslehen, Schmitt von Berlin und Bigard. Von ihnen erhält Rödinger das Wort, welcher in den §. 19 die Zusätze aufgenommen sehen will: 2) „Wenn Anklagen aufgenommen werden.“ Sodann 3) „Wenn ein Krieg beginnen oder ein Friedensvertrag abgeschlossen werden soll.“ Ausserdem aber schlägt er einen neuen zwischen 19 und 20 einzuschiebenden Paragraphen vor eines Inhalts, daß dadurch der Reichsgewalt jedes Veto gegen die Reichstagsbeschlüsse entwunden werde Raw, wenn der Kerker Hermann hätte, sein seine Beschlüsse durchzusetzen, erklärt er, wirken er und seine politischen Meinungsgenossen sich mit einer Verfassung Deutschlands befreunden können, die sicklich weit hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben sei. Herr Rödinger steht heute zum ersten Male auf der Rednerbühne. Mit Ausdauer bin, wie er seine bisherige Zurückhaltung nennt, gründet er einen Vortrag von erstaunlicher Länge und Breite. Wir wünschen nur, daß er damit für die ganze übrige Sitzungszeit mit dem Hause abgerechnet haben möge. Phillips: Der §. 19, wie ihn der Verfassungsentwurf vorschlägt, rettet das konstitutionelle Prinzip durch die Feststellung des absoluten Veto, ohne deshalb die Volksfreiheit zu beeinträchtigen. Man versehe mir, daß ich auf Gnaden komme. Es ist bekannt, daß die französischen Königin (Lachen von der Linken), daß also die jungfräuliche Königin — ich meine Elisabeth — während ihrer glorreichen Regierung 43 Bills genehmigt, 48 aber verworfen hat. In einem konstitutionellen Staat reicht das suspensive Veto nicht aus, es bedarf des absoluten. Vogt von Giessen: das Verwerfen der Freiheit ist seit der jungfräulichen Königin so tief in Mark und Bein jedes Englanders eingedrungen, daß in England das absolute Veto, war ein noch giltiges Kromrecht im Gebrauch aber vollkommen antiquirt ist. In Deutschland ist jedoch der Zustand nicht der Art, daß wir der Reichsregierung eine so gefährliche Waffe wider die Freiheit in die Hand geben dürfen. Auch sei es im Interesse des Verfassungswerkes selbst, daß absolute Veto vorzuschlagen und nur das suspensive zu gestatten, weil sonst werde der nächste revolutionäre Sturm die ganze Verfassung über den Haufen werfen. Welcker: In der organisirten Freiheit sei eine feindselige Stellung der Reichsoberhaupted zum Volkswillen durchaus nicht denkbar. Denn selbst, wenn es einmal zu einem Zwiespalt gedeihe, so werde es ein vorübergehender sein, denn dann stehe es dem Volke nicht an Mitteln, seinem Willen Nachdruck zu geben. Drei Gewalten stellen an die Spitze des Reichs gestellt werden, den Lauf des Lebens und jede gesetzliche Bestimmung ausgehen. Allein dies müßten getrennte und unverschränkte Gewalten sein und zu den Befugnissen des Reichsoberhaupts gehöre das unumschränkte Veto. Die Berliner Nationalversammlung, auf deren Ausführung Vogt hingewiesen, wie auf eine Willkührmajestät, sei eben das betreffs Beispiel dafür, daß das absolute Veto des Regenten grade auch zum Schutze der Volksfreiheit dienen könne gegen die Krawallsouverainität. Schmidt von Berlin: Wir sind es den Einzelstaaten schuldig, die Innrealgewalt auf das Mindeste der nöthigen Macht zu beschränken. Dem vereinten Willen des Staaten- und des Volkshauses gegenüber kann daher dem Reichsoberhaupte kein unbedingtes Veto eingeräumt werden. v. Rinke: Bauern, daß der Verfassungsentwurf noch nichts so weit vorliege, um zu übersehen, ob er in einer mo-

*) Im Entwurfe des Verfassungs-Ausschusses hieß es: „von wenigstens einem Drittel“

narchischen oder republikanischen Spitze aufgehe. Er hofft aber das Beste. Die Berliner Versammlung habe sich leider durch persönlichen Ehrgeiz bei ihren Abstimmungen leiten lassen (Unterbrechung, Lärmen auf der Linken. Zimmermann von Stuttgart: Das ist nicht ritterlich.) Ich bin gewohnt, für meine Aeußerungen auf das Ritterlichste einzustehen. Sollte sich irgend Jemand von der „Berliner" Versammlung durch meine Bemerkung verletzt fühlen, so bin ich bereit, sie vollständig zu vertreten. (Beifall von der Mehrheit des Hauses.) Das unbedingte Veto ist unerläßlich für das Wesen der konstitutionellen Monarchie. Es ist auch unerläßlich für den Bundesstaat, den wir erstreben, wenn dessen Übergewicht nicht ein verderblicher Schatten sein soll. v. Vincke nimmt sodann alle Einwendungen gegen das absolute Veto, sie mögen in Behauptungen oder in Beispielen bestehen, nach der Reihe auf, und im Eine einer Reihe der geistreichsten Schlagfertigkeit zu widerlegen. Nur Herr Mittermaier erhält nach ihm noch das Wort für das Minderheitsgutachten des Ausschusses. Er ist gegen das unbedingte Veto im Interesse des monarchischen Ansehens. Die Ausübung desselben untergrabe die moralische Macht, das Vertrauen zum Regenten. Wie viel der Regierung nöthig sei von Mitteln zur Verhinderung illegaler Beschlüsse, das gerühre ihr der Vorschlag des Minderheitsberichterstatt zu §. 19. — Dem Berichterstatter der Mehrheit wird das Wort vorbehalten und die Abstimmung auf die nächste Sitzung vertagt. Schoder nimmt aus Vincke's Aeußerungen über die preußische Nationalversammlung Anlaß, den Biedermann-sächsischen Ausdruck dringend um Beschleunigung seiner Berichterstattung über die preußischen Angelegenheiten anzurufen. Rochern Jordan von Marburg Auskunft im Namen dieses Ausschusses ertheilt, wie die heutige Sitzung gegen 3 Uhr Nachmittags geschlossen. Die nächste Sitzung findet Donnerstag den 14. statt. (D. Z.)

Deutschland.

⊙ Frankfurt, 12. Dezbr. Das Programm der deutschen Partei in Oesterreich, wie es hier von den Vertretern dieses Landes aufgestellt wird, und welches sich, nach vielfacher Verscherung, auch der Zustimmung des österreichischen Ministeriums erfreut, beruht im Wesentlichen auf folgenden Punkten: 1) Oesterreich tritt mit seinen zum deutschen Bunde gehörigen Ländern dem deutschen Bundesstaate nach Maßgabe der von der deutschen Reichsversammlung bestätigten Beschlüsse bei; 2) Oesterreich tritt mit seinem gesammten außerdeutschen Länderbesitz in einen engen unauflöslichen Staatenbund mit Deutschland. Die wesentlichen Punkte des letztern sind: a) gegenseitige Gewährleistung der Unabhängigkeit, Integrität und beiderseitigen Verfassung; b) Schutz- und Trutzbündniß gegen jeden auswärtigen Feind; c) Gemeinschaftlichkeit aller von einem der beiden Staaten für nöthig erachteten völkerrechtlichen Maßregeln; d) gegenseitige Gewährung der Freizügigkeit der Person und des Eigenthums, und der Berechtigung der beiderseitigen Staatsangehörigen zur Niederlassung und Ausübung aller bürgerlichen Rechte unter den für die eigenen Staatsangehörigen bestehenden Bedingungen; e) ein gemeinschaftliches Zoll-, Maß-, Gewichts- und Münzsystem, sowie gemeinschaftliche Besitzstellung der Hauptgrundsätze über Post, Eisenbahnen und Telegraphenlinien, und anderer den allgemeinen Verkehr betreffenden Gegenstände durch einen von den Volksvertretungen aller deutschen und österreichischen Staaten zu beschickenden gemeinschaftlichen Kongreß. 3) Oesterreich wird mit dem Reste von Ihrien und mit dem deutschen Sachsenlande in Siebenbürgen oder mit sonstigen deutschen Gebieten in den deutschen Bundesstaat eintreten. 4) Die Bestimmungen des Art. 2 und 3 des deutschen Verfassungsentwurfes werden bei der zweiten Lesung dahin abgeändert: die Vereinigung eines deutschen Staates mit anderen nichtdeutschen Ländern in Beziehung auf Verfassung und Verwaltung kann nur insofern fortbestehen, als dadurch die Erfüllung der durch die Reichsgesetzgebung dem deutschen Staate obliegenden Verpflichtungen nicht beeinträchtigt wird.

Frankfurt, 11. Dezbr. Ueber die Frage, ob eine Abordnung nach Oesterreich geschickt werden solle, um über die Bedingungen der Einigung zwischen Ost- und Westeuschland zu unterhandeln, sind seit mehreren Tagen die Klubbs in Bewegung. Die drei Landsberge und die Augsburger Hofes haben sich, wie ich höre, mit Ja entschieden und die Sache zum Plattertrage gemacht; im Kasinoklub dagegen blieben die Ansichten getheilt. Dahlmann und Waitz einerseits mit den Ultrapreußen wollen Oesterreich um jeden Preis ausgeschieden wissen; andererseits bejahen v. Gagern, Welcker, Wassermann, sodann die Bayern mit Haubenschmied, und auch ein Theil der Norddeutschen, insbesondere Hannoveraner, mit Reichensperger und Jürgens auf der Einleitung von Unterhandlungen. Wird Letzteres beschlossen, woran nicht wohl zu zweifeln ist, da auch der Württemberger Hof und ein Theil der Linken sich vor der Alleinherrschaft Preußens scheut, so würde v. Gagern in das Reichsministerium treten und die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen. Allerdings wird Himmel und Hölle aufgeboten, um ein solches Ergebniß zu hintertreiben, und wohl möchte es kommen, daß auch hier, wie in anderen Fragen, der Weg der Vereinbarung eher zu einem erfreulichen Ende führte, als der der Abstimmung. (Karlsr. Z.)

Schweiz.

Bern, 9. Dez. Die großen Räthe sämmtlicher zur Diöcese Lausanne und Genf gehörenden Kantone haben die Konkordatsbeschlüsse von Freiburg genehmigt, nach welchen Bischof Marilley abgesetzt und die Wahl des neuen Bischofs den Diözesanständen vorbehalten wird. Die Verhandlungen über diesen Gegenstand waren besonders heftig in Waadt, wo Bischof den Bischof einen Revolutionär nannte, für den sich wohl noch ein Lateranpfahl finden werde. Der einzige im großen Rathe anwesende Katholik und andere Mitglieder protestirten umsonst gegen solche schändliche Ausdrücke. Der Redner wurde vom Präsidenten nicht einmal zur Ordnung gewiesen. — Im Neuenburg ist ein neues Kirchengesetz berathen und angenommen. Die Geistlichen sollen wie die übrigen Beamten von sechs zu sechs Jahren einer Erneuerungswahl unterliegen. Von jetzt an werden keine Studirende mehr examinirt, die nicht an der eidgenössischen oder sonst einer schweizerischen Hochschule eine Zeit lang studirt haben. Damit will man dem Preußenthum entgegenwirken. (S. Bl.)

Niederlande.

Haag, 10. Dez. Der neue Minister der Kolonien, G. Baud, hat seine Entlassung genommen, als seinen Nachfolger bezeichnet man den jetzigen Marineminister Rüi, welcher durch den Admiral van den Bosch würde ersetzt werden. Der König hat dem Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar den Befehl über das indische Heer anvertraut. (Köln. Z.)

Italien.

Kirchenstaat. Das Ministerium schickt Truppen an die neapolitanische Gränze; es scheint einen Einfall des Königs von Neapel zu befürchten. Es ging auch das Gerücht, daß die Oesterreicher auf dem Marsche nach Rom wären und daß Radetzky der Herrschaft des radikalen Klubs (Circolo popolare) ein Ende machen solle. Mamiani will mit den übrigen italienischen Mächten in Unterhandlung treten, um eine italienische Konstitution zu Stande zu bringen. In Ankona fand eine Art republikanischer Demonstration statt; Bologna dagegen, wo der Prolegat der Stadt den General Zucchi zum Gehülfen im Regiment erkoren hat, wird der reaktionären Bewegung beschuldigt. Er gebe mit Errichtung einer provisorischen Regierung um und die Steuern werden im Namen des Papstes inne behalten. — Der Minister Campello gab den Schweizertruppen Befehl sich in Foligno und Cartolica zu konzentriren; der Kommandant Latour erwiederte aber, seine Soldaten seien vom Papste und nicht von Galetti oder Campello in Dienst genommen. Man versichert, daß sich alle Schweizer in Bologna vereinigen werden. (B. Z.)

Frankreich.

**Paris, 10. Dez. Während man in den letzten Tagen allgemein die ernstlichsten Besorgnisse für den heutigen Tag, den Beginn der Präsidentenwahl, tregte, ist derselbe bis jetzt 4 Uhr Abends ganz ruhig vorübergangen. Der Andrang der Abstimmenden ist überall groß, auf allen Straßen herrscht die lebhafteste Bewegung, aber nirgends ist auch die Ordnung gestört worden. Die Sonne lacht von freundlich blauem Himmel auf Alle, gleich einem Ameisenhaufen sich herumtreibende Menschengewühl und lauft daß hie und da ein vivo oder ein á bas diesem oder jenem Candidaten von einer vereinzelten Stimme dargebracht, das gewöhnliche Treiben unterbricht. Auf den 18. oder 20. fündet man übrigens einen neuen Krawall oder mehr an. Wer hier die Mehrheit bei der Präsidentenwahl erhalten wird, läßt sich noch nicht voraussagen. Die Stimmung hat wieder etwas zu Gunsten Cavaignac's umgeschlagen. Da die Anfunft der Stimmresultate aus Afrika abgewartet werden muß, so läßt sich kaum erwarten, daß vor dem 24. das Endergebniß der Wahl bekannt werden wird.

Straßburg, 12. Dez. Das Ergebniß der Präsidentenwahl in unserer Stadt hieselbst 8302 Stimmen für Cavaignac und 7438 für Ludwig Napoleon. Alle 65 Stelen, hat die Mehrzahl der Beiagung zu Gunsten Bonaparte's gestimmt. Auf Ledru-Rollin fielen ungefähr 1200 Stimmen. Die Nachrichten aus den übrigen Kantonen sind bis jetzt gegen alles Erwarten seine der Kandidatur Cavaignacs günstige. In Schlettstadt erhielt Bonaparte 1891, Cavaignac 1181; in Weißenburg Bonaparte 1658, Cavaignac 680; in Lauterburg Bonaparte 658 und Cavaignac 304 Stimmen. Dagegen erklärten sich in Barr 2260 für Cavaignac und 1085 für Napoleon. Das allgemeine Stimmrecht wird, wie es scheint, gerade das entgegengesetzte Resultat dessen liefern was man erwartet hatte. (B. Z.)

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Carl Wolfschen Buchdruckerei

Nr. 147.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Vierteljährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Einzelnstücke 1 fl. 30 kr.

Sonnabend den 16. Dezember 1848.

Expedition: Bermannsbergerhof Nro. 46. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 16. Dezember.

(Kriegsministerium. Personalnachrichten.) Die Obersten Heinrich Delphy von la Roche, vom Generalquartiermeisterstabe, Hofmarschall Sr. königl. Hoh. des Prinzen Luitpold von Bayern, — und Jakob Ritter v. Hartmann, Flügeladjutant Sr. königl. Majestät von Bayern, wurden als Generalmajore charakterisirt. Die Ingenieur-Hauptleute Martin Mager und Joseph Schmaus wurden als Majore befördert. Die Hauptleute Joseph Frhr. v. Niederer vom 4. Inf.-Reg. Gumpenberg, — Xav. Sontheimer vom 9. Inf.-Reg. Wrede, — Joseph Wall vom 14. Inf.-Reg. Zandt, und Xaver Bracher vom 1. Jägerbat., dann der Unterlieutenant Karl Marabini wurden in den nachgesuchten Ruhestand versetzt. Der charakterisirte Major vom Pensionsstande Theodor Rabus ist am 2. Dez. zu München gestorben.

Die Demokratenwahlen in Franken.

*Aus Franken. 14. Dez. Zu den demokratischen Wahlen in Nürnberg und Bamberg haben die untern fränkischen noch ein obzleich kleines Contingent geliefert: Advokat von Wächter in Aschaffenburg und Dr. Budinger in Kitzingen sollen entschiedene Demokraten sein. — Auch der Abgeordnete Blumenröder von Kirchenlamitz in der deutschen Nationalversammlung gehört da zur äußersten, sowie Herr Titus aus Bamberg zur allerlinksesten Linken. Welche andere Gewächten, die zumeist dem Gewerbs- und Bauernstande angehören, sich auf die „demokratische Breitseite" oder schwärzere „Wasse" stellen werden, muß die Zukunft lehren, denn gar viele Männer aus jenen Kategorien hatten bisher nur dann Anlaß in der Gegenheit ihre Meinung über die ihnen zunächst liegenden oft sehr örtlichen oder sonderlichen Interessen ihrer Berufe, der Gewerbe, des Landbaues, deren Verhältnisse und Bedürfnissen zu äußern, nicht aber über die allgemeineren Zustände, die höheren Beziehungs unserer größeren deutschen Zustände, über Einrichtung, Gang, Mängel und Verbesserung unserer Staatsverfassung und Verwaltung. Es muß also erst jetzt wenn sie von dem heimatlich begrenzten Wahlplatze auf den freien Kampfplatz der Landesgesammtheit treten, sich zeigen, wie sie sich bestimmen und entscheiden, welchem Systeme sie sich anschließen, ob dem der „Monarchie auf breitester demokratischer Unterlage" oder ob der konstitutionellen Monarchie mit freisinniger Entwicklung der die Liebe des Landes und der Krone zu gegenseitiger Erstarkung und Wohlfahrt schwenden und fördernden Gesetze und Einrichtungen. Allerdings ist Entschiedenheit der Gesinnung, Grundsätze und Handlungsweise nun mehr wie je nothwendig. Klagt ja schon Alexander Göthe in gerechter Zeit: „Ach die Gingerungen immerdar „am Fürsten pochen, und die Halben, die Beschränkten zu gerne umherschweifen." Nun und mehr ist es in unseren durch und durch bewegten Tagen und Dingen der Wegfall jener Halbheit, Beschränktheit in Prinzip und That unabweisbare politische Anforderung. Hoffen und wünschen wir also, daß solche Entschiedenheit bei den Abgeordneten des bevorstehenden Landtages, deren politischer Geist noch unentschieden ist, sich alsbald kund gebe. Die Demokraten vom „reinsten Wasser" werden sich gewiß auch in diesem Wasser reinigen, ihre eigentlichen An- und Absichten an den hellen Tag legen und entweder geradezu als Vertreter der republikanischen Staatsform offen hervor treten, oder die Ueberzeugung verschaffen, daß und wie die Verbindung des breitesten demokratischen Prinzips mit der konstitutionellen Monarchie — eine Verschmelzung, die gesunder schlichter politischer Vernunft bis jetzt noch nicht sich begreiflich machen kann — zu ermöglichen sei. Wenig man sich nunmehr genau, wie man mit der Linken der Frankfurter-Nationalversammlung in allen ihren Fraktionen daran ist, was sie will und erstrebt, was man von ihr zu erwarten hat und kann sich mithin danach bemessen. Gleiches glauben wir von den Demokraten in der bayerischen Landesversammlung erwarten zu dürfen. Obwohl ihre Zahl nicht eben groß zugezählen möchte, so müssen sie doch, um vielleicht den Ausschlag, um der Ehre ihrer Sache und ihrer eigenen willen, sich von der Winkeltüchtigkeit, Verkapptheit und Verdrehung, worin eine Zeit lang die Fechterkünste der äußersten Linken oder Republikaner um jeden Preis in Frankfurt hauptsächlich bestanden, aufrichtig und redlich ihr Glaubensbekenntniß vor dem ganzen Lande öffentlich ablegen und diesem zeigen wie es sich mit dem Eide, welchen sie auf die Verfassung, deren treue Befolgung und Bewahrung, wirksam in Einfluß gelangen läßt Das Land, das Volk kann dabei nur gewinnen an Einsicht, Erfahrung und Lehren zur Benützung für die Folge, wenn die Männer, welche nun in dieser Zeit zur Berathung, Verterung, Regelung seiner Zustände und Bedürfnisse berufen sind, sich ihm alsbald in ihrem innersten Wesen, in ihrer wahren Gestalt und ihren eigentlichen Bestrebungen deutlich zu erkennen geben. Das kann man von jedem Volks- und Staatsvertreter erwarten, dazu ist jeder verpflichtet. Sehen wir zu, wie dem entsprochen wird.

Deutschland.

Frankfurt, 9. Dez. Vom schönsten Wetter begünstigt, fand heute Morgen außerhalb der Stadt, in der Gegend nach Darmstadt zu, ein großes Feldmanöver sämmtlicher hier und in der Umgegend kantonirenden österreichischen, preußischen, bayerischen, kurhessischen und hessen-darmstädtischen Reichstruppen (Infanterie, Kavallerie und Artillerie) statt. Es war ein Interessantes militärisches Schauspiel, besonders auch wichtig durch den Vergleich, den man hier zwischen allen diesen verschiedenen Truppen anstellen konnte, wozu sich eine Gelegenheit gleicher Art wohl nicht so leicht wieder finden. Oesterreicher, Preußen, Bayern und Hessen wetteiferten in raschem und genauem Feuern, sowie in schneller Manövrirfähigkeit, und die einen wie die anderen ließen nichts zu wünschen übrig. Besonders zeichnete sich auch die hessen-darmstädtische reitende Artillerie durch große Schnelligkeit und Gelehrtheit aus. Die hier und in der Umgegend liegenden Oesterreicher haben sich hier in jeder Weise unbedingtes Lob erworben; wie denn überhaupt hier von Exzessen der verschiedenen Soldaten gegen Zivilisten, oder gar von Streitigkeiten unter einander, trotz der starken und so bunt zusammengesetzten Garnison, niemals auch nur die geringste Spur vorgekommen ist. Alle leben in besten Einvernehmen mit einander, und täglich sieht man Preußen, Oesterreicher, Bayern, Hessen Arm in Arm durch die Straßen ziehen oder einträchtig in den Wirthshäusern sitzen. Ja, dieser Geist der Eintracht geht so weit, daß am Sonntag auf den Landplätzen die Soldaten oft ihre Uniformen mit einander austauschten, den Paroke hat meine Kollet des Oesterreichers, dieser wieder den Dolman des hessischen Husaren, und der wieder den Waffenrock des Preußen anzieht. Uebrigens wird demnächst auch in der äußern Bekleidung der deutschen Truppen eine größere Gleichartigkeit eintreten, indem Baden, Hessen-Darmstadt und Frankfurt sich entschlossen haben, ihre Kontingente mit Waffenrock und Mützenbande zu uniformiren. Da bei sämmtlichen nord- und mitteldeutschen Truppen, als Hannoveranern, Oldenburgern, Mecklenburgern, Braunschweigern, Sachsen, Schleswig-Holsteiner, Kurhessen ꝛc., mit geringen Ausnahmen, bleibt Uebereinstimmung bereits eingeführt ist, so wird dann, mit Ausnahme der Oesterreicher, unser ganzes deutsches Heer auch äußerlich so ziemlich gleichförmig uniformirt sein, was im Fall eines etwaigen Krieges nicht ohne Wichtigkeit ist. (Franks. Z.)

Frankfurt, 13 Dez. Die gestrige Abendversammlung beim Reichsverweser war sehr besucht; nur die entschiedene Linke hatte sich gänzlich ausgeschlossen. Von politischer Bedeutung scheint nichts vorgekommen zu sein; man war nur etwas beunruhigt durch das umlaufende Gerücht, daß sich in Paris ein neuer Barrikadenkampf erhoben habe. Ueber Oesterreich sprach man wenig. Aber, selbst die toben Offiziere, wor im östlichen Lager die Leben erschienen. Jeden Dienstag sollen sich diese Abende wiederholen; vielleicht nehmen sie im Verlauf eine bestimmtere Gestalt an. (T. Z.)

Nach Mittheilungen der „Allgemeinen Zeitung" aus Frankfurt vom 12. Dez. scheint wenig Hoffnung vorhanden, daß ein unserer gestrigen außerordentlichen Beilage mitgetheilte) Programm in Betreff Oesterreichs durchführen zu können, obgleich die Linke durch Vogt erklärt hatte, sie werde bei einer Kaiserwahl für Oesterreich und nicht für Preußen stimmen. Hiemit waren alle österreichischen Abgeordneten einverstanden, und hatten sogar schon Pläne gemacht zu einer Verbindung des jugendlichen Kaisers mit einer Prinzessin aus dem Hause Hohenzollern. Was übrigens bei der Kaiserwahl einigermaßen zur Entscheidung beitragen könnte, ist die Frage, ob die Versammlung bei der am 13. Dez. angesetzten Abstimmung für das suspensive oder das absolute Veto stimmen wird.

Bayern. — △München, 15. Dez. Seine Majestät der ausgezeichnete Tonsetzer, unser so verdienter k. Kapellmeister Franz Lachner als Anerkennung seines Talentes und seiner bisherigen Leistungen unmittelbar

aus den Händen Seiner Majestät des Königs das Ritterkreuz des Verdienstordens vom hl. Michael.

* Der bisherige Redakteur des dahier erscheinenden kleinen Blattes „Grabaus", der pensionirte Sergeant Danzer, mit dem Drucker, Verleger und andern des „nächsten Versuchs zum Hochverrathe" angeklagt, wird vom 1. Kreis- und Stadtgerichte dahier rechtskräftig verlegt.

Württemberg. — Ulm, 11. Dez. Der neue Festungskommandant, der bayer. General Bosch, ist hier eingetroffen und empfing heute das ihn bewillkommende Offizierkorps. (Schw. M.)

Großherzogthum Hessen. — Mainz, 11. Dez. Von den am 17. Septbr. von hier nach Frankfurt entsandten Truppen unserer Besatzung sind heute ein Bataillon Oesterreicher und ein Bataillon Preußen hier wieder eingetroffen. Am nächsten Donnerstag den 14. d. Mts. wird die österreichische Garnison eine große Parade zur Huldigung des neuen Kaisers halten, wobei an diesenigen Soldaten, welche sich bei der Frankfurter Emeute ausgezeichnet haben, Denkmünzen vertheilt werden sollen.

(C. B. 3.)

Sächs. Herzogthümer. Aus dem Koburgischen, 7. Dez, hinterm 3. Dez. hat der Reichskommissär für Thüringen, v. Mühlenfels, an den geh. Staatsrath Bröhmer zu Koburg eine Einladung auf den 15. Dez. nach Gotha ergehen lassen, wo „eine Verständigung über die künftige politische Stellung der thüringen'schen Staaten zum Gesammtvaterlande und über deren gegenseitige Verhältnisse zu einander und den resp. Ständeversammlungen gegenüber angebahnt werden soll." (K. z. u. P. M.)

Preußen. — Der Deputation der drei Breslauer Vereine, welche dem König eine Dankadresse für die verfündete Verfassung zu überbringen hatte, und die am 9. Dez. Vortritt bei dem König hatte, erwiederte derselbe auf die ihm vorgetragene Adresse Folgendes: Ich kann Ihnen nicht sagen, meine Herren, welche Freude Sie mir durch Ihr Kommen bereitet haben. Daß es Ihnen ist mit dem, was Sie mir gesagt, das glaube ich; schon die Namen derer unter Ihnen, die ich kenne, bürgen mir dafür. Wie Sie es selbst gesagt haben, ich habe aus Breslau in den letzten Zeiten wenig Freundliches erfahren, vielmehr ist mir von dort nur Trübes und Kränkendes widerfahren. Glauben Sie mir, meine Herren, daß ich es weniger um meiner persönlichen Kränkungen willen beklagt habe, denn ich bin an Unbank gewöhnt, als um meines Volks willen: es mußte mich schmerzen, daß es mir bezeigt sein sollte. Ich wünschte, die Breslauer Märzdeputation ist, ich will es frei heraus sagen wohl das Verkehrteste gewesen, was einem König in dieser Art je geboten wurde. Ich habe damals trotz der kränkenden Form, der ich mit Würde begegnet zu sein glaube, den Inhalt der Forderungen durch den Erlaß vom 22. März erfüllt; denn ich werde mich durch die unfreundliche Form nie hindern lassen, die Sache in ihrer Art mir ins Auge zu fassen. Vor Allem Sie dennoch überzeugt, daß es mir wohl thut, wenn mir mein Volk, wie heute, in freundlicher Weise gegenübertritt. Ich wußte wohl, daß es auch in Schlesien noch einen tüchtigen Kern gab, aber es fehlte ihm an Muth und Thatkraft, deshalb konnte es einem kleinen Häufchen von Leuten, die nicht werth sind, den schönen Namen Preußen zu tragen, gelingen, eine Zeit lang Alles zu knechten. Ob man in Breslau wie in andern großen Städten, nur so konnte es kommen, daß wir sieben Monate verschieden mußten, von welchen jeder echte Patriot nur wünschen kann, daß sie aus unserer Geschichte verwischt werden möchten. Was mich nächst Gottes Beistand diese ganze Zeit hindurch gestärkt und getröstet hat, das war die Treue meinen lieben Landvolks. Ja, meine Herren, das platte Land hat überall die Städte beschämt; hier, wie in Pommern, in Preußen, wie auch in einem Theile Schlesiens, vorzüglich aber in Westphalen und am Rhein, in den Grafschaften Mark und Ravensberg hat sich in dem Landvolk ein trefflicher Sinn bewährt, welcher mich für vielen Kummer schadlos gehalten hat. Nicht blos haben die braven Bauern den Wühlereien widerstanden, sondern oft waren sie mit Wehr zusammengetreten, daß sie nicht ihrem geliebten Könige zu spät eilten. Vom Rheine bis an die Weichsel haben sie, wie mochten ihnen Zurufe erschallen, wie mochten sie nun die Feinde des Königs niederzuschmettern. Aber, Gott sei gelobt, wir haben es nicht nöthig gehabt; denn meine Feinde sind heute gewesen, wie immer, sie sind feig gewesen. Das sind die alten Preußen nicht; die wahren Preußen waren heute, wie im Jahre 1813, bereit, ihres Königs Ruf zu folgen. Meine Herren, danken Sie mit mir dem redlichen, braven Landvolk. Was ich in der letzten Zeit gethan, das mußte ich thun um des Vaterlandes willen. Es wird mit Gottes Hilfe jetzt besser werden. Lassen Sie es uns hoffen und wirken Sie an Ihrem Theile dazu. Aber nehmen Sie jetzt nochmals die Versicherung hin, daß Sie mir durch Ihr freundliches Entgegenkommen eine große Freude gemacht haben.

⊙ Berlin, 11. Dezbr. Die Assoziation, die sich hier Behufs einer von Deutschen zu gründenden Ansiedelung in West-Australien gebildet hat und welcher bis jetzt etwa 50 Familien beigetreten sind, hat ihren ursprünglichen Plan dahin modifizirt, daß die Kolonie nicht in West-Australien, sondern in Adelaide gegründet werden soll. Diese Aenderung hat ihren Grund in dem Umstande, daß eine Ansiedelung in West-Australien nur für den erwerblichen Verkehr Geschäfte günstige Aussichten gewährt. Seitens der englischen Gesammtschaft hat das Ansiedlungsunternehmen sich sehr dankenswerther Unterstützung zu erfreuen.

△ Berlin, 12. Dez. Bei Vertheidigung eines wegen schweren Verbrechens Angeklagten vor dem hiesigen Kriminalgerichte wurde gestern von dem Dr Stieber die Gegenrede des Gerichtshofes beanstandet, weil der Artikel 93 des Verfassungsgesetzes Schwerverbrecher nur dann über schwerere gerichtet werden können. Heute fand deshalb eine Plenarsitzung des Gerichtshofes statt, welche sich dahin entschied, daß es bei dem bisherigen Verfahren sein Bewenden haben müsse, bis die Bildung der Geschwornen-Gerichte durch ein Gesetz geregelt sei. In diesen Tagen sind mehrfach Versammlungen von Bürgerwehrmännern, die den Zweck hatten, Abgeordnete zum Bürgervertrage nach Breslau zu wählen, vollzellich und militärisch auseinander getrieben worden. So vergangene Nacht im bekannten Clubhause in der Leipziger Straße. — Nicht nur 3 Bataillone, wie wir gestern irrthümlich meldeten, sondern um eines ist die hiesige Garnison vermindert worden. Die Freunde der Zeitungshalle haben nur eine kurze Freude gehabt, indem dies Blatt bereits aufs Neue verboten ist und heute Abend nicht mehr erscheint; die Drucker derselben sollen obgleich sich an den Königswunsch wollen. — Heute ist eine Deputation der Stadt Schwelm in Westphalen hier angekommen, um dem Könige den Dank ihrer Stadt für das Geschenk der Verfassung darzubringen. Sonst erfahren wir noch aus Westphalen, daß man dort mit der neuen durch den ehemaligen Minister Kisker vorgeschlagenen Justiz-Ordnung nicht zufrieden ist, weil bei der dünnen Bevölkerung einzelner Landstriche die Gerichts-Bezirke einen zu großen Flächenraum umziehen würden. Man wünscht kleinere Bezirke, wenn auch mit kleinern Collegien. Es ist allerdings nicht zu läugnen, daß größere Kollegien die Mitglieder mehr ausbilden, allein auch Kollegien von 5 oder 6 Mitgliedern befähigen hinlänglich die nothwendige Lebens- und Bildungsfrische. — Auch in Danzig, hören wir, ist die Verfassung mit freudigem Jubel aufgenommen.

⊙ Berlin, 12. Dez. Das Erscheinen der „Zeitungshalle" ist durch eine Verfügung des Polizeipräsidiums auf Anordnung des Generals von Wrangel von Neuem suspendirt. Auch das Wiedererscheinen der „Reform" ist untersagt worden.

Elberfeld, 6. Dez. In der heutigen Sitzung des konstituirenellen Vereins wurde folgender Antrag gestellt: „Der von der Minorität der Reichsversammlung gegründete Märzverein ist den verfassungsmäßigen Rechten des Volks und der Gegenwart, wie der gesammten Lage Deutschlands feindlich; derselbe widerspricht dem Programm des konstitutionellen Gesammtvereins für Rheinland-Westphalen und ist die Betheiligung an demselben von Seite Einzelner sowohl als ganzer Vereine mit einem Verbleiben im Gesammtverein unvereinbar." Der Verein trat diesem Antrag und seinen Motiven bei und beschloß die Mittheilung an die verbündeten Vereine. (Aehnliche Erklärungen gaben auch konstitutionelle Vereine in Mannheim und Giessen ab.) (Elberf.-Z.)

Oesterreich. — * Wien, 12. Dez. Man ist in Erwartung der Dinge, die aus Ungarn kommen sollen; bisher ist von allen verbreiteten Gerüchten nur wahr, daß Jellachich von hier abgereist ist. — Die ungarische Armee soll sehr stark sein, aber zum größten Theil aus irregulären Truppen bestehen. — Von Seite der Ungarn sollen Angeln für Pfundlerer, welches hier 67 fl. kostet, in Augsburg vergebens 110 fl. geboten wird. — Die Stadtkommandantur und der Gemeinderath werden von im Oktober beschädigten Parteien mit Entschädigungsgesuchen förmlich überschwemmt, daher der Gemeinderath beauftragt wurde, die Entschädigungsfrage sogleich in Berathung zu ziehen und hiebei insbesondere die Entstehungsursache und die Zisser des Schadens zu berücksichtigen. — Kaiser Ferdinand wird wahrscheinlich von Wien zurückkehren, kann sich aber durch die entschiedene Abneigung der Kaiserin bewogen, davon abzustehen. — Zwischen hier und St. Petersburg tritt vom 15. d. ein verstärkter Postkours ein, indem man täglich dahin mit Ausnahme des Sonntags schreiben kann. Die Briefe langen in Krowno am 7. und in St. Petersburg am 10. Tage an. — Den dem großen Bankerusse zu Theilnahme durch Ausgabe einiger Millionen nach dem Wunsche der neuen Seefer abgeholfen werden soll, so sieht sich die Bank zu neuen Silbereinkäufen veranlaßt. — Das Finanzkomité dürfte auf den geforderten Kredit von 80 Millionen höchstens mit einem Viertheil eingehen, was den Fortbestand des Ministeriums Kraus in Frage stellen würde. — Es heißt, daß die Deputirten Goldmark und Hüttet zu Ausgängen in der Saturfeier Kossuths Proclamirt haben sollen. — Der Kaiserstadt erhält sich, in Pesth sei die Republik, mit Kossuth an der Spitze, ausgerufen worden; man legt jedoch selbst für den Fall, als es sich bestätigen sollte, keinen sonderlichen Werth darauf. — Die Serben sollen abenteuerliche Forderungen gemacht und im Weigerungsweigerungsfalle gedroht haben, sich der ungarischen Sache anzuschließen.

Nach der amtlich erschienenen Veröffentlichung des Finanzministeriums betragen die laufenden Einnahmen in den elf Monaten vom 1. Novemb. her 1847 bis Ende September 1848 die Summe von 105,858,699 fl. C.-M., und die laufenden Ausgaben in dieser Zeit 144,636,171 fl., woraus ein Defizit von 38,777,512 fl. konspirirt, während sich nach dem Voranschlage ein Ueberschuß von 4,567,270 fl. hätte ergeben sollen. Hierzu beigetragen haben: der Ausfall durch die ausgebliebenen Einnahmen aus der Lombardei und Venedig seit Mitte März, aus Ungarn seit 1. April und aus Siebenbürgen seit 21. Juni d. J. beiläufig 30,469,000 fl.; ferner der um 15,750,000 fl. vermehrte Militäransatz und 6,386,254 fl., und die verminderten Einnahmen in den letzten sieben Monaten aus anderen Provinzen von 8,553,291 fl., davon jedoch auf Rechnung sämmtlicher Provinzen in den ersten vier Monaten des Jahres 1848 zu 10,468,388 fl. zum Baue von Staatseisenbahnen kommen, 20,902,845 fl. verwendet, so daß der Bedauf überhaupt 59,680,358 fl. höher als der Einnahme war. Um zuvörderst zu helfen, wurden auf den Wege des Kredits 46,884,561 fl. erhoben und eingenommen, wovon also, um das weis-

tere Tesgit zu decken, noch 12,795,797 fl. aus den disponiblen Kassenvorräthen entnommen werden mußten.

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 1. Dec. Unser den hiesigen Bürgern herrscht im Ganzen wenig Sympathie für Kossuth, und deswegen rücken täglich neue Truppen, neue Nationalgarden hier ein. Die Donauufer sind durch Schanzen und Batterien befestigt, deren Oberbefehl der bekannte Bem, welcher General sämmtlicher Artillerie ist, übernommen hat. Bem ist ein alter Mann mit schon ziegrauen Haaren, und trägt jetzt oberhalb des Auges ein schwarzes Pflaster, ein Zeichen der Wunde von dem letzten Attaque auf ihn. Die Matadore der Wiener Octoberrevolution besinnen sich jetzt hier, jenes ein ziemlichen Theil der akademischen Legion, welche hier den Namen „deutsche Legion" führt. Sie tragen graue Uniform mit schwarzen Aufschlägen, Kalabreser mit Federnbüschen. Während alle Geschäftsthätigkeit darniederliegt, ist das Leben in Pesth das fortgesetzte und lebhaftinnige wie früher; dazu kömmt noch, daß mit kaum Noth, vorzüglich neue Dukaten zirkulieren. Für den Winterbau ist es freilich etwas verdrießig, wenn er die Schen sieht, mit welcher man der Annahme der ungarischen Banknoten entgegensieht, und sich lieber an die alten bekannten Oesterreicher hält, aber er sieht darin nichts als Reaktion, und in diesem weiten Mantel hüllt er alle seine Sorgen ein. (Oesterr. Korr.)

Semlin, 2. Dec. Heute Abend gegen 5 Uhr Abends erfahre ich, daß die Magyaren vorgestern, Mittwoch, durch den Norden auf die Linie unserer Cernon einen kombinirten Angriff gewagt haben. Die Magyaren wurden in 3 Kolonnen mit großem Verluste zurückgeschlagen, insbesondere bei St. Thomas und Tomasevac; im letztern kommandirt Knicanin, derselbe hat lauter Serben. In Alibunar kommandirt Major Michael Joannovic, welcher zuletzt den Feind mit dem Bajonett angriff und ihn zurichtete. In St. Thomas kommandirt der brave Blaz, wo schaffschützen tapfer fochten, und den Sieg erringen schritten, und den Feind eine weite Strecke verfolgten. (Oest. Lloyd.)

Großwardein, 21. Nov. Seit einigen Tagen kommen hier Flüchtlinge von ganz Siebenbürgen, vorzüglich aus Klausenburg schauerenweise an. Großwardein wird nun wahrscheinlich den ersten Punkt für die Eroberung bilden: indeß sammelt sich das magyarische Heer bei Banffenbrad, und es dürfte, bevor das siegreiche Heer die Großwardeiner gelangt, scharfe Gefechte geben. Seit dem 16. wird die Verschanzung Großwardeins mit Eifer betrieben, die Gräben der Festung sind mit Wasser gefüllt, und den Weinbergen nächst der Stadt sind die festen Punkte mit Kanonen besetzt. In der Stadt ist Alles, was nur die Waffen zu führen vermag, notirt und aufgeboten, sich auf den ersten Ruf bereit zu halten. — Aus Klausenburg, wohin, als Urban ebenfalls Klausenburg verlassen, kamen läßt und einen Theil seiner Truppen daselbst als Garnison zurücklieh, mit dem andern Theil aber sich nach der Szillager Gegend (Siebenbürgen) und Szeklau (im Kraszner Komitat) wendete, um diese Gegend zu besetzen und von dort aus gegen Großwardein zu operiren. (Oesterr. Korr.)

Nach dem „Marcius" vom 29. Nov. hat sich das magyarische Heer aus Siebenbürgen über den Königsberg (das vorzugsweise zwischen Hermannstadt und Siebenbürgen von B. Hunyad in das Piskarer Komitat bereits zurückgezogen und Siebenbürgen von der Klausenburger Seite her sich selbst überlassen. Den Paß, der über den Königsberg führt, haben sie in der Eile blind mit beiläufig 6 Kanonigen Zinnatern und ein Paar Kanonen besetzen können. — F.-M.-L. Puchner soll den nächsten Tomes Salmen, in Anbetracht der bedeuten Besatzung, zum Gouverneur von Siebenbürgen ernannt und den Vorzug nach Hermannstadt einberufen haben. — Die Marmarosicher Garden, die die Operationen der magyarischen Armee in Siebenbürgen von Maramaros der unterstützen sollten, wurden vom Feldtierenant Hamm zerstreut und ihnen 2 Kanonen sammt Munitionswagen abgenommen. (Agr. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Dec. „Slesvigposten" will aus guter Quelle wissen, daß die nach London abgegangenen Diplomaten (der Gesandte Graf Moltke ausgenommen) und der Konferenzrath Treschow, die am 3. mit dem „Hegrer" von Kopenhagen nach Widmar abgegangen) die Instruktion mitgenommen, in keinem Fall in eine Theilung Schleswigs zu willigen, sondern sich auf die von den Großmächten Dänemark gegebene Bürgschaft des ewigen Besitzes Schleswigs zu berufen, übrigens sei auch von einer Interpretation Schleswigs nicht die Rede. — Der Kriegsminister Hansen besteht die Musterungen anscheinend mit dem größten Nachdruck, und ein Rundschreiben des Justizministers Bardenfleth ruft die Vertheidigungsmannschaften ein. Wie der Bericht dieses Ministers vom 2. Mai angibt, beträgt das dänische Heer (mit Einschluß der Reserven von 31,185 Mann) 78,864 Mann. Die Reichstagsverhandlungen schleppen sich ohne besonderes politisches Leben fort. (B. H.)

Frankreich.

Paris, 10. Dec. Die konstituirende Nationalversammlung hat sich folgende organische Gesetze zur Ausarbeitung vorbehalten: 1) über die Verantwortlichkeit der Träger der öffentlichen Autorität; 2) über den Staatsrath; 3) Wahlgesetz; 4) Departemental- und Gemeindeverfassung; 5) Gerichtsverfassung; 6) über den Unterricht; 7) über die Organisation der öffentlichen Macht (Nationalgarde, Heer); 8) über die Presse; 9) über den Belagerungszustand. Die Entschließungen hierüber nahmen den größten Theil der gestrigen Sitzung in Anspruch, den Rest füllte eine politische Verhandlung aus. Joly stellt Anfragen über die Lage von Paris und über eine Versammlung des Obersten der Nationalgarde bei Dufaure. Eine große Aufregung herrsche in der Stadt. Alle Straßen, namentlich die Viertel um den Vendomeplatz, seien vollgepfropft und die Zirkulation gehindert. Ein Bürger, der es gewagt: „Es lebe Cavaignac! ausgerufen, sei fast gelleinigt worden. Die Elemente des Hasses seien verschiedener Natur. Die ministerielle Willkür der letzten Tage habe sie genährt. Der Kriegsminister z. B. habe Offiziere versetzt. Ferner gehe das Gerücht, die Klubs würden am Montag geschlossen u. s. w. Er wünsche darüber Auskunft. Dufaure erklärt, er habe allerdings die Befehlshaber der Nationalgarde zu sich berufen; er beruhige aber über die laufe Dinge und versprechen, daß die Regierung den Ausbruch eines Aufstandes erwarte. Die Zusammenkäufe auf dem Vendomeplatz seien nicht gefährlich; sollten sie es werden, so werde er einschreiten, aber nicht mit Polizeigesetzen, sondern mit dem Aufrufgesetze in der Hand. Die Klubs kommen jetzt als Wahlversammlungen zusammen (weil sie als solche mehr Freiheiten haben); wenn es nöthig sei, so werde er ein Gesetz auch gegen diese einbringen. „Seit fünf Monaten, führt Dufaure fort, trägt man der Lage unserer Gewalt nicht die gehörige Rechnung; sie ist nothwendig entnervt, weil sie ungewiß ist und jeder Tag sie ändern kann. Daher unsere schwierige Lage nach außen wie nach innen, schwieriger noch in den nächsten drei Wochen der Ungewißheit. Wenn je, so ist jetzt zu Erhaltung des Friedens die Versammlung der Regierung alle Unterstützung schuldig. Aber nur dann existirt mehr, wie unsere Ehre, welche sich unterwerfen. Aber erlauben, ermächtigen Sie uns bis dahin, unsere Autorität aufrecht zu erhalten!" Ledru-Rollin beschwert sich, daß man den Offizieren der Nationalgarde den Ausbruch eines Aufstandes, der von Kammermitgliedern geleitet werde, angekündigt habe, so wie seine Worte bei Banketten verdreht, endlich daß ein Offizier, weil er den Klubsitzungen sich Bergen angewohnt, zur Reserve des Regiments versetzt worden sei. Cavaignac erwidert: „Eine Regierung, welche ihre Offiziere und Soldaten die Klubs besuchen läßt, ist verloren; so lange ich Kriegsminister bin, werde ich es nicht dulden." (Aufregung links und Beifall der Mehrheit). Der Gegenstand wird damit verlassen.

△ **Paris**, 11. Dez. Hr. Buchez hat amtlich benachrichtigt worden, daß mit den Maires der Gemeinden von Frankreich ins Benehmen zu setzen, um Aufstellung über die wahrscheinlichen Resultate der Präsidentenwahl zu sammeln. Nach den Berichten, die ihm nun vor zwei Tagen zugekommen sind, scheinen sich die Stimmen in folgender Weise vertheilen zu sollen: Ludwig Napoleon 2,300,000, General Cavaignac 2,700,000, die andern Kandidaten zusammen eine Million Stimmen. In diesen Ziffern waren weder die Stimmlisten von einem Theil der Departements, wie die der Abstimmung von Paris nicht mitbegriffen, welche allem Anschein nach Ludwig Napoleon eine große Zahl von Stimmen und eine geringere auch den sozialistischen, sehr wenig aber dem General Cavaignac zubringen wird. Man ist daher noch ziemlich ungewiß über das definitive Ergebniß der allgemeinen Abstimmung, und für den Augenblick scheinen sich die Anhänger Cavaignacs noch dadurch, daß er wenigstens eben so viel Aussichten haben dürfte als Ludwig Napoleon. Der Landesstand hier in seiner Mehrzahl ist für Cavaignac. Unter den Massen, die sich gestern an den Thoren St. Denis und St. Martin drängten, war offenbar Ludwig Napoleon der bevorzugte Kandidat. Doch bemerkte man daselbst auch viele Anhänger Ledru-Rollins und Raspails. In den Vorstädten St. Antoine und St. Marceau kennt der Name Raspails in allen Gruppen genannt. Da aber Ludwig Napoleon auch in allen Klassen der Gesellschaft ihre Anhänger hat, so läßt sich wie schon bemerkt, durchaus nichts Bestimmtes voraushagen. Der Zudrang der Abstimmenden war aller Orten gestern hier so groß, daß wohl ⅓ der eingeschriebenen Wähler ihre Stimmen abgegeben haben, und heute Mittag war noch wenige Nachzügler übrig waren. Gegen Mittag heute wurde vor einem Haufen von Leuten aus den mittleren Klassen auf dem Boulevard Poissonnière ein Karren angehalten, auf welchem sich Stimmzettel für General Cavaignac befanden, diese herumtergerissen und mit einem schnell angebrannten Zündhölzchen in Brand gesteckt, so daß rasch die Flammen voran aufstiegen. Eine Masse Volks sammelte sich schnell, wurde aber durch eine starke Abtheilung Nationalgarde, die dazu kam, im Zaum gehalten.

Paris, 11. Dez. Der erste Wahltag ist ruhig und ohne die mindeste Störung vorübergegangen, und Alles läßt schließen, daß es auch heute so ablaufen wird. Nirgends fand ein Zusammenstoß oder ein Ausbruch statt. Die Regierung hatte umsichtige Vorsichtsmaßregeln getroffen, aber sie waren kaum sichtbar. Heute Abend um 5 Uhr werden die Wahlurnen geschlossen, und mit diesem Augenblick, wo der Vorwand der Wahlagitation wegfällt, wird die Regierung auch wieder in ihre vollen Rechte treten, und weder Zusammenrottungen noch andere Demonstrationen mehr dulden. Auch die Klubs, die sich unter dem Namen „vorbereitender Wahlversammlungen" aller Beschränkungen des Klubgesetzes entledigt hatten, werden wieder in die alten Schranken zurückgewiesen müssen. — Sicherm Vernehmen nach hat der Papst, dem Wunsche des Königs von Neapel nachgebend, verfprochen, bis zu einer bessern Wendung der Dinge in Rom auf neapolitanischem Gebiete zu bleiben. König Ferdinand hat dem Heil. Vater die beiden Lustschlösser Caserta und Portici zur Verfügung gestellt. Pius IX. hat das letztere gewählt, und gedachte seinen Sitz dahin zu verlegen, sobald er das auf den 2. d. M. bestimmte geheime Konsistorium in Gaeta abgehalten haben würde. In diesem Konsistorium wird der Prosbrief berathen werden, welchen der Papst gegen die jüngsten Vorgänge in Rom kundgibt an alle katholischen Mächte und sodann an die ganze ka-

tholische Christenheit zu richten beabsichtigt. Es scheint, daß der König von Neapel fest entschlossen ist, den Papst mit bewaffneter Hilfe wieder auf seinen weltlichen Thron zurückzuführen (Karlsr. Z.)

Straßburg, 14. Dez. 5 Uhr Abends. Präsidentenwahl: Zobern: Ludwig Bonaparte 1123 Stimmen, Cavaignac 430, Lamartine 17, Ledru-Rollin 5. Zillrich: Bonaparte 549, Cavaignac 269, Ledru-Rollin 27. Brumath: Cavaignac 1122, L. Bonaparte 513, Ledru-Rollin 33, Lamartine 13. Sulz-unterm-Wald: L. Bonaparte 2571, Cavaignac 716, Ledru-Rollin 140, Lamartine 34. Diese theilweisen Ergebnisse geben Bonaparte die Mehrheit; aber sie sind nur von sechs bis acht Cantonen, während das niederrheinische Departement in mehr als hundert Sektionen eingetheilt worden ist. Man meldet, daß Cavaignac starke Mehrheiten in Schiltigheim, Truchtersheim, Bischweiler, Maßenheim, Oberehnheim erlangt hat. (Niederrh. K.)

Straßburg, 12. Dez. Die bis diesen Abend 7 Uhr bekannt gewordenen Ergebnisse der Präsidentenwahl im niederrheinischen Departement bringen die Zahl der Stimmen für Ludwig Bonaparte auf 40,238, die des Generals Cavaignac auf 31,645, und die Ledru-Rollins auf 3680. Im oberrheinischen Departement ist die Majorität zu Gunsten Ludwig Napoleons noch überwiegender. Bis diesen Nachmittag war die Abstimmung von zehn Kantonen bekannt. In diesen vereinigte Bonaparte etwa 13,000 Stimmen, und Cavaignac kaum 5000. In den drei Departementen der Meurthe, der Mosel und des Doubs ist Ludwig Napoleon ebenfalls Sieger! — Die meisten deutschen Flüchtlinge haben bereits die Grenze verlassen. Die wenigen welche sich noch hier aufhalten, werden daselbe in den nächsten Tagen thun. Die Polizei hat strenge Befehle die scheinige Ausführung der gegen dieselben erlassenen Maßregel zu überwachen. (Z.Z.)

Elsaß. So viel von den Wahlergebnissen in den Bezirk benachbarten französischen Departements verlautet, haben die Bonapartisten überall die Oberhand gehabt. Im Kanton Mülhhausen hatte Ludwig Napoleon 4540, Cavaignac 2412, Ledru-Rollin 467 Stimmen: im Kanton Habsheim Ludwig Napoleon 1400, Cavaignac 70, Ledru-Rollin 1352; in Hüningen Ludwig Napoleon große Mehrheit. In Straßburg haben bei 20,000 Wähler, das Militär inbegriffen, ihre Stimmen abgegeben. Die Zählung wird aber erst am 12. Dez. stattfinden, da am 11. die Wahlurne noch für Diejenigen offen gelassen bleibt, die am 10. wegen Dienstverlustes zu stimmen verhindert waren. (Basl. Z.)

Spanien.

*Madrid, 5. Dez. Auf die Nachricht von der Flucht des Papstes hat die Regierung in allen Kirchen des Königreichs öffentliche Gebete angeordnet. Die „Gaceta" bringt heute die offizielle Mittheilung des in dieser Angelegenheit erlassenen Beschl. — Man spricht davon, daß die beiden Regierungen von Spanien und Portugal sich verständigen werden, um im Interesse Sr. Heiligkeit alle Maßregeln zu treffen, welche Ihrer katholischen und Ihrer allergetreuesten Majestät diese ihre ganz speziellen Titel gebieten. Diese Maßregeln sollen zum Zwecke haben, den Papst wieder auf seinen weltlichen Thron zurückzuführen.

Vermischte Nachrichten.

(Kunst.) Nicht nur die Freunde der Kunst, sondern auch alle jene, welche noch von loyalen Gesinnungen für ihr angestammtes Herrscherhaus beseelt sind, machen wir auf das köstlich erschienene schöne Bildniß Sr. Majestät unseres geliebten Königs Max II. von Schöninger, nach Foltz galvanographisch ausgeführt und herausgegeben, aufmerksam. Dasselbe ist sicherer Pfand von Krönungsornat, wie die früheren Bilder von Max I. und Ludwig I. und ihren königlichen Gemahlinnen. Die Aehnlichkeit des Porträts läßt nichts zu wünschen übrig, und Auffassung und Durchführung sind der Art, daß man die Bildnisse — das der Königin Marie, als Seitenstück, hat der Künstler ebenfalls in Arbeit — zu den ersten Kunstwerken ihrer Art zählen kann.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 14. Dez. Bayer. 3½proz. Obligationen 76 B. 75½ G. 4proz. 88 B. Bankaktien 11. Spielbr. — B. 580 G. Promessen 36 B. 33 G. Oesterreich. 5proz. Metall. 950 G. Württemberg. 3½proz. 75½ G. 4½proz. 92½ G.

⊙**Berlin**, 12. Dez. In Folge der besseren Pariser Rente und einiger Kaufordres besserten sich die Kurse für Fonds und Eisenbahnaktien heute wieder höher, und wurden Staats-Schuldscheine mit 79½, Bankanweise mit 93½, freiwillige Anleihe 100½, bezahlt. Alle Aktien etwa ½ Prozent besser. Gegen Ende der Börse fand sich eine etwas flauere Stimmung wieder ein. Geld für gute Bankierwechsel flüssig.

Berlin, 12. Nov. Inländische Fonds, Pfandbriefe, Kommunal-Obligat. und Geld-Kurse. Preuß. freiw. Anleihen 100½ B. 99½ G. St. Schuld-Sch. 80 B., 79½ G. Seeh. Präm. Sch. 94½ B. 93½ G. K. u. Neum. Schuldv. — B. — G. Berl. Stadt-Obl. — B. 77½ G. Westpreuß. Pfandbr. 83½ B. — G. Großherzogl. Posen Pfandbr. dgem. 96½ B. 96 G. do. 3½proz. — B. 84 G. Pomm. Pfandbr. — B. 89 G. Preuß. Pfandbr. 91 B. — G. Schl. u. Neum. Pfandbr. 90½ B. 90½ G. Schlesische Pfandbr. 94 B. 90½ G. Schlesische Lt. B. gar. Pfandbr. — B. — G. Preuß. Bk.-Anth. 94 B. 93 G. Friedrichsd'or 13½ B. 13½ G. Kur. Goldm. à 5 Tlr. 12½ B. 12½ G. Disconto — B. 4½ G.

Eisenbahnaktien: Berl.-Anhalt AB 85½ B. u P. Berl.-Hamburg 65 B. 64½ G. Berl.-Stettin-Stargarder 90 B. Berl.-Potsdam-Magdeb. 59½ B. 60½ bz. u. G. Magdeb.-Halberstadt 113 G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 50½ bz. Nie-Minden 80 a 81 bz. u. G. Köln-Aachen 54 B. Bergisch-Märk. —. Düsseld.-Elberfeld —. Stetig-Bodenbacher. Niederschles.-Märk. 71½ a ¾ bz. u. G. Niederschles.-Märk. Zweigbahn —. Oberschles. Lt. A. 92½ a 93 bz u. G. Lt. B 92½ a 93 bz u. G. Kosel-Oderberg —. Breslau-Freiburg —. Rheinisch-Oberschles. 43 B. 42½ G. Berg.-Märk. 57 G. Stargard-Posen 70½ a ½ bz u. G. Brieg-Neisse —.

Quittungsbogen: Berl.-Anh. Lit. B 85½ bz. Starg-Posen —. Brieg-Neisse —. Magd.-Wittenberg —. Aachen-Mastricht —. Thür.-Verbind.-Bahn —.

Prioritätsaktien: Berlin-Anhalt. 86½ G. Berlin-Hamburg. 93 B. 92½ bz. Berl.-Potsdam-Magd. 4proz. 84 B. — G. 5proz. 91½ bz. Berl.-Stettiner 100 bz u. G. Magdeb.-Leipziger —. Halle-Thüringer 86½ bz. Nie-Minden 92½ B. Rheinische. Staat gar. —. Rhein. 1. Prior. —. Rhein. Stamm-Prior. 72 B. Düsseldorf-Elberfeld. —. Niederschles.-Märk. 4proz. 85 B., 5proz. 96½ bz. III. Serie 91½ B. Zweigbahn 4½proz. —. 5proz. 78 B. Oberschles. —. Kosel-Oderberg 93½ G. Stargard-Posen —. Breslau-Freiburg —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Sonntag, 17. Dez.: „Guido und Genovra", Oper von Halevy.

Königl. Odeon.
Sonntabend, 16. Dez.: Konzert für die Bistine von dem 14jährigen Knaben Joseph Walter in großen Saale.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Graf Degenberg-Dux. Obermayer, Bankier, von Augsburg.
Gold. Hirsch. v. Colonna, Fortifikator, von Fürstdam. Baron v. Bangratzheim, Schloßhauptmann, von Koburg. Bartsfeld, Kaufmann, von Offenbach. Weinberg, Kaufmann, von Wien.
Blaue Traube. v. Forster, Regierungsrath, von Augsburg. Graf v. Castell und Fürst Wrede, von München. Hofman, Kaufmann, von Heidenheim. Beer, Kaufmann, von St. Gallen.
Stadthsgarten. Herold, Bürgermeister, von Gerbrod. Ritter, Stadtbirektor, von Gerbrod. Herold, Mühlenbesitzer, von Gerbrod. Müller, Brauer, von Augsburg. Lenz, Hauptmann, von Mitterteg.

Gestorbene in München.

Karl Boller, quitzt. königl. Bezirksingenieur von Mindelheim, 47 J. a. Elisabetha Pöllinger, bürgerl. Tischlerstfrau, 48 J. a. Heinrich Reuer, Graveurssohn von hier. 18 J. a. Anton v. Braunmühl, königl. Regierungsrath, 64 J. a.

Bekanntmachung.

297. Die unterm 5. Okt. l. J. zu öffentlichen Verkaufe des dem Hausbesitzersehelenten Anton und Theres Filgertshofer zugehörigen Anwesens Hort-Nro. 10 an der Bogenhausen- (jetzt Pots-) Straße, auf

Mittwoch den 27. Dezember l. Js.,

anberaumte Kommission unterbleibt.

Beschlossen den 12. Dez. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Direktor:
Steyrer.
v. Ellingensperg.

298. (2a) Ein Lyzeatbrief, geschäftsgewandt, schreibkundig, merkantilischer und ökonomische Kenntnisse besitzend, sucht seine Stelle zu verändern. Gefällige Offerten unter A. Z. besorgt die Redaktion.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

München, den 16. Dezember.

Das königliche Regierungsblatt vom 14. Dezember enthält folgende königliche Allerhöchste Verordnung, die Besetzung der Landwehr-Ober- und Unteroffiziers-Stellen betreffend. Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern ꝛc. Wir haben, um dem vielfach laut gewordenen Wunsche nach Abänderung der bisherigen Besetzungsweise der Landwehr-Ober- und Unteroffiziersstellen jetzt schon thunlichst zu entsprechen, vorbehaltlich einer neuen gesetzlichen Regelung der Landwehrverhältnisse, beschlossen und verordnen: § 1. Die Unteroffiziere der Landwehr mit Ausnahme der Feldwebel werden von sämmtlichen Mitgliedern der betreffenden Kompagnie aus den Unteroffizieren oder Wehrmännern der Kompagnie gewählt. — § 2. Die Mitglieder der treffenden Kompagnie wählen die Unteroffiziersleutenants aus den Ober-, Unteroffizieren oder Wehrmännern des Regiments beziehungsweise Bataillons. — § 3. Zur Vornahme dieser in den vorstehenden beiden Paragraphen bezeichneten Wahlen muß wenigstens die Hälfte der Wahlberechtigten gegenwärtig sein. — § 4. Die Hauptleute werden von den Mitgliedern der betreffenden Kompagnie aus den sämmtlichen Ober- und Unteroffizieren des Regiments beziehungsweise des Bataillons gewählt. Zur Vornahme dieser Wahl müssen wenigstens zwei Drittheile der Wahlberechtigten versammelt sein. — § 5. Sämmtliche Wahlen werden durch die absolute Stimmenmehrheit entschieden. — § 6. Die Unteroffiziere, der Unter- und Oberleutenants wird von dem Kompagnie-Kommandanten, die Wahl der Hauptleute von den Kommandanten der treffenden Bataillone geleitet. — §. 7. Bei jedem Wahlakte hat an der Seite des leitenden Offiziers ein Wahlausschuß sich zu befinden, welcher mit dem Offiziere als Vorstand, die Wahlkommission bildet. Dieser Wahlausschuß besteht aus sechs Mitgliedern, welche von den zur Wahl Versammelten aus ihrer Mitte nach relativer Stimmenmehrheit zu wählen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das höhere Dienst-, bei gleicher Dienstzeit das höhere Lebensalter den Eintritt in den Wahlausschuß. Zur Führung des Protokolls ist ein geeigneter Unteroffizier oder Wehrmann beizuziehen. — § 8 Die Wahlkommission hält bei dem Beginne der Wahl die entsprechende Anzahl Wahlzettel bereit, welche mit fortlaufenden Nummern zu bezeichnen sind. Sobald die erforderliche Anzahl von Wählern versammelt ist, werden die Zettel unter denselben zum sofortigen Wahlakte vertheilt. Jeder hat zu diesem Behufe das seinen Wahlzettel mit der Nummernunterschrift zu versehen, und dem Vorstande der Wahlkommission einzuhändigen. Sind sämmtliche Wahlzettel eingelaufen, so eröffnet der erwähnte Vorstand die Wahlzettel und verkündet den Inhalt derselben mit deren Nummer, ohne die Wähler zu nennen. Die Mitglieder des Wahlausschusses haben in den Stimmzetteln Einsicht zu nehmen. — §. 9. Nachdem sämmtliche Stimmzettel abgelesen sind, wird das Ergebniß der Abstimmung hergestellt und bekannt gemacht; das Wahlprotokoll geschlossen, vorgelesen und von den Mitgliedern der Wahlkommission vollzogen. Die Stimmzettel werden von dem Vorstand der Kommission sofort unter Versiegel gelegt und sodann der Gemeinde seine Stelle angewiesen hat, in Gegenwart des Wahlausschusses vernichtet. § 10. Ueber Beschwerden gegen die Stimmzettel oder sonstiger förmlichkeiten des Wahlakts, kann über die von einem Gemeinden vorgebrachte Abstehung der auf ihn gefallenen Wahl wird von dem Wahlausschusse auf Vortrag des Vorstandes der Wahlkommission durch absolute Stimmenmehrheit entschieden. Eine Berufung findet nicht Statt. — § 11. Das Ergebniß der Wahl ein Unteroffiziers ist von den betreffenden Kompagnie-Kommandanten dem Bataillonskommandeur anzuzeigen. — §. 12. Die Adjutanten und Fähnriche werden von den betreffenden Regiments- oder Bataillons-Kommandanten aus den Ober- und Unteroffizieren nach freier Auswahl ernannt. Den Feldwebel ernähle jeder Hauptmann aus den Unteroffizieren oder Wehrmännern seiner Kompagnie. — § 13. Die Besetzung der Stabsoffiziers, der Auditors-, Aerztichen und der Quartiermeisterstellen hat provisorisch nach der bisherigen Weise fortzufinden. — § 14. Alle den vorstehenden Anordnungen entgegenstehenden Bestimmungen der Landwehrordnung vom 7 März 1826, namentlich die §§. 26 und 27, sind aufgehoben. Die gegenwärtige Verordnung tritt vom Tage ihrer Bekanntmachung durch das Regierungsblatt in Anwendung. Unser Staatsministerium des Innern ist mit dem Vollzuge derselben beauftragt. Nymphenburg, den 9. Dezember 1848. Max. Freiherr v. Lerchenfeld. Auf Königlich Allerhöchsten Befehl: der Generalsekretär, Ministerialrath Benning.

Entwurf zu dem Einführungsgesetze für die Grundrechte des deutschen Volks.

Die Grundrechte des deutschen Volks werden im ganzen Umfange des deutschen Reichs unter nachfolgenden Bestimmungen hiermit eingeführt: I. Mit diesem Reichsgesetze treten in Kraft die Bestimmungen: 1) der Paragraphen eins und zwei, 2) des Paragraphen drei, jedoch in Beziehung auf Auswanderung, Wohnsitz und Gewerbebetrieb unter Vorbehalt der in Russischen geltenden Reichsgesetze, 3) der Paragraphen vier, fünf und sechs, 4) des Paragraphen sieben unter Vorbehalt der in III. und VIII. dieses Gesetzes enthaltenen Beschränkungen, 5) des Paragraphen acht, und zwar rücksichtlich des letzten, Heer- und Seewesen betreffenden Absatzes unter Verweisung auf III. dieses Gesetzes, 6) des Paragraphen zehn, unter Vorbehalt der unter III. und VII. enthaltenen Bestimmungen, 7) der Paragraphen elf und zwölf, 8) des Paragraphen dreizehn, mit der Maßgabe, daß, wo Schwurgerichte nach nicht eingeführt sind, bis zu deren Einführung über Preßvergehen die bestehenden Gerichte entscheiden, 9) der Paragraphen vierzehn, fünfzehn, sechzehn, sowie des zweiten Absatzes im Paragraphen siebzehn und des Paragraphen achtzehn, 10) der Paragraphen zweiundzwanzig, fünfundzwanzig und siebenundzwanzig, 11) der Paragraphen achtundzwanzig und neunundzwanzig, 12) der Paragraphen dreißig, einunddreißig, zweiunddreißig und dreiunddreißig, mit Ausnahme des ersten Absatzes (III. 8.), dann fünfundzwanzig unter Vorbehalt der über die Ablösung der herrschen den Jagdgerechtigkeiten und über die Ausübung des Jagdrechts zu erlassenden Gesetze (IV.), 13) des Paragraphen sechsunddreißig und des ersten Absatzes im Paragraphen siebenunddreißig. Alle Bestimmungen anderer Landesgesetze, welche hiermit in Widerspruch stehen, treten außer Kraft. II. In Belehrung auf den in Paragraph siebzehn ausgesprochenen Grundsatz der Selbstständigkeit der Religionsgesellschaften sollen die organischen Einrichtungen und Gesetze, welche für die bestehenden Kirchen zur Durchführung dieses Prinzips erforderlich sind, in den Einzelstaaten möglichst bald getroffen und erlassen werden. III. Abänderungen oder Ergänzungen der Landesgesetzgebungen, soweit dieselben durch die folgenden Bestimmungen der Grundrechte geboten sind, sollen ungesäumt auf verfassungsmäßigem Wege getroffen werden, und zwar 1) statt der im Paragraphen neun und Paragraphen achtundzwanzig abgeschafften Strafen des Todes, des Prangers, der Brandmarkung, der öffentlichen Züchtigung und der Vermögenseinziehung, durch gelegitte Feststellung einer anderweiten Bestrafung der betreffenden Verbrechen; 2) durch Modifikationen der Lücken, welche die Folge der im Paragraphen sieben ausgesprochenen Aufhebung der Standesunterschiede im Privatrechte eintreten; 3) durch Regelung der Wehrpflicht auf Grund der im Paragraphen sieben enthaltenen Vorschrift; 4) durch Feststellung der beim Heer- und Seewesen vorbehaltenen Modifikationen des Paragraphen acht; 5) durch Erlassung von Gesetze, welche den dritten im Paragraphen zehn ausgesprochenen Fall der Haussuchung ordnen; 6) durch Verfassung der nach Paragraphen neunzehn, zwanzig und einundzwanzig erforderlichen Vorschriften über Eid, Ehe und Standesbücher; 7) durch Einrichtung des Schulwesens auf Grund der Paragraphen dreiundzwanzig und sechsundzwanzig; 8) durch Aenderungen im Gerichts- und Verwaltungswesen gemäß den Bestimmungen der Paragraphen dreiundvierzig bis einundachtzig, 9) durch Regelung der Verhältnisse, einunddreißig, zweiundvierzig im zweiten und dritten Absatze, sowie der Paragraphen dreiundvierzig bis einschließlich siebenundvierzig. IV. Ebenso ist ungesäumt die weitere Feststellung der in den Paragraphen vierundvierzig bis einschließlich siebenundvierzig geordneten Eigenthumsverhältnisse in den einzelnen Staaten vorzunehmen. V. Die Gesetzung und Ausführung der vorstehend gedachten neuen Gesetze sollen von Reichs wegen überwacht werden. VI. Bis zur Einführung der §§. 3, 13, 30 und 48 ermähnten Reichsgesetze sind die betreffenden Verhältnisse der Landesgesetzgebung unterworfen. VII. In den Fällen, in welchen nach dem Vorstehenden neue Gesetze erforderlich oder in Aussicht genommen sind, bleiben bis zur Erlassung derselben für die betreffenden Verhältnisse die bisherigen Gesetze in Kraft. Rücksichtlich der Bestimmung bleibt denjenigen öffentlichen Bauten, welche zum Schutze der Abgabenerhebung und des Wahlzeichnungs zur Haussuchung dienen sind, vorläufig diese Befugniß. VIII. Abänderungen der Grundverfassung einzelner deutscher Staaten, welche durch die Anschauung der Standesverorrechte nothwendig werden, sollen innerhalb sechs Monaten durch die gesetzmäßigen Organe der Landesgesetzgebung nach folgenden Bestimmungen herbeigeführt werden: 1) die durch die Verfassungsurkunden für den Fall der Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Erschwernissen der Beschlußnahme finden hier Anwendung, vielmehr ist in den Formen der gewöhnlichen Gesetzgebung zu verfahren; 2) wenn in Staaten, wo zwei Kammern bestehen, dieser Weg keine Vereinigung herbeiführen sollte, so treten beide zusammen, um in Eine Versammlung durch einfache Stimmenmehrheit die erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Sind in der bezeichneten Frist die betreffenden Gesetze nicht erlassen, so hat die Reichsgewalt nach Lage der Sache die Maßregeln zu treffen, welche die Ausführung sichern. (K. Korsip.)

Volkssouveränetät.

S. Von jenem Tage, da zu Frankfurt das Haupt des neu aufzubauenden Reiches mit Uebereinstimmung der Regierungen, aber ohne direkte Mitwirkung dieser aus der Urne des Parlaments hervorging, datirt man die Sanktionirung der Volkssouveränität als Basis des modernen „nackten männlichen“ Staatsbegriffs.

Nach den Konsequenzen dieser Theorie übertrug das Volk von Oesterreich und Preußen seinen Repräsentanten einen Theil dieser Souveränetät, die Verfassungs- oder Konstitutionsgewalt, um dieselbe in Wien ganz umschränkt, in Berlin in Vereinbarung mit der Krone auszuüben. Aber hier läßt sich die mit der höchsten Gewalt, die es im Staate gibt, betraute Korporation durch ein paar tausend Bajonnette von einer Meinlichkeit in die andere jagen, ohne daß die Quelle dieser Gewalt, die Millionen des Volkes, das ihren Repräsentanten Gesetzeshene energisch zu fraten gesonnen oder im Stande wäre, und dort wird das gewaltige souveräne Ganze von einer im Verhältniß kleinen Zahl entarteter Glieder nicht nur völlig unterjocht, sondern sogar sich noch zuletzt der eigenen Niederlage. Ja die Mutter dieser Lehre selbst mordete das eigene Kind; die Linke in der

Paulskirche unterwirft sich nicht der Majorität, die noch mächtiger, wie sie, Trägerin der Souveränetät des gesammten Volkes ist. So wie sie früher diese höchste Gewalt dem Besitz Einzelner entzog, um sie dem gesammten Volk zu unterjochen, so nahm sie dieselbe jetzt wieder diesem, um sie für sich selbst in Anspruch zu nehmen.

Konnte man schlagendere Argumente finden für die Theorie Karl Ludwig von Hallers, oder die theokratischen Ueberschwenglichkeiten Stahls und Adam Müllers?

Aber weit entfernt, uns absolutistischen Gelüsten hinzugeben, werden wir im Gegentheil darthun, daß wir von unserem Standpunkt aus die Kraft des Volkes für mächtiger und gewaltiger erachten, als die fürstlen Worrüfhrer der Volkssouveränetät. Wir sehen allerdings in dem Volke die Staaten bildende und Staaten lenkende Kraft, aber die Aeußerung dieser Kraft, der wahrhafte Volkswille verkörpert sich uns nicht ariithmetisch in dem Willen einer Majorität von Köpfen, sondern diese höchste Kraft wirkt dynamisch, innerlich, der Staat selbst in seiner jemeiligen Form und Organisation ist geschaffen durch diese tief im Volk liegende Kraft, welche Fleisch und Blut gewinnt in dem bestehenden Staatsoberhaupt. So lange dieses besteht, ist es volksthümlich, eben weil es besteht, denn die Macht des Volksgeistes ist so gewaltig, daß gegen seinen Willen keine Gewalt im Staate sestem Fuß fassen kann und wäre sie auch getragen durch die Majorität der Individuen: die Kraft dieses Geistes ist ja eine dynamisch innerlich wirkende. Die Masse in all' ihren einzelnen Individuen wird niemals zu einem klaren Bewußtsein dieses Willens gelangen: er wird sich nur in einzelnen Stimmen äußern, oft wird sogar die Majorität der Individuen gegen seine Forderungen sich aufstehen, aber jede bestehende Staatsgewalt besteht eben nur getragen von der Schwingen des Volksgeistes, und wer sich empört gegen eine bestehende Staatsgewalt, empört sich gegen den Willen des Volkes. Bei der Geschichte in die Schule gehend, wird der Volksgeist organisch sich fortentwickeln und ausbilden; er wird die Verfassung des Staates je nach dem Bedürfniß des Volkes bald im Einzelnen ändern, bald auf die Volks neuer Grundsätze stützen, aber stets auf organische Weise, also im gesetzmäßiger Form, nie auf dem Wege der Revolution. Diese ist die Folge eines krankhaften Zustandes des Volkswillens, in welchem er sich nicht auf die naturgemäße Weise kundgibt und auch die Kraft nicht mehr besitzt, in organischer Umgestaltung zu der entsprechenden Form seiner Aeußerung zu gelangen. Die Staatsform, welche den wahren Volkswillen nicht repräsentirt, wird also stets wanken. Sobald er sich aber in einer neuen weiter konstituirt hat, sordert er für diese die heiligste Treue und eine Bruderentschaft zu dunsten der nicht mehr bestehenden wäre Hochverrath. Keineswegs jedoch kann es dem einzelnen Individuum gestatten sein, zu entscheiden, ob die bestehende Staatsform dem Bedürfniß des Volkes entspreche, oder nicht. Entspricht sie nicht mehr, so wird sie jedenfalls sinken, aber vom subjektiven Standpunkt aus ist auch das gelungene Attentat gegen eine nicht mehr bestehende Staatsform Verbrechen, sollte es auch, objektiv betrachtet, eben durch seinen Erfolg rechtlichen Bestand gewinnen.

Der Volkswille wird immer die der jemeiligen Kulturstufe eines Volkes entsprechende Staatsform finden; jede bestehende Staatsform also ist die nach dem zeggenwärtigen Bedürfniß des Volkes relativ beste.

So begegnen wir auch hier wieder der schon genug in die Augen scheinenden Wahrheit, daß es keinen absoluten Staatszweck, also auch keine absolut beste Staatsform gibt, eine Ansicht, welche auch von Welcker in seinen „letzten Gründen von Staat, Recht und Strafe", und von Paul Pfizer in seinem „Gedanken über Recht, Staat und Kirche" vertreten, von Vollgraff in seinen „Politik" aber freilich bis zur Karrikatur vertreet wird, indem letzterer den verschiedenen Meinungen verschiedene Staatszwecke vindizirt und zum Ueberfluß noch 75 verschiedene Wagen herausbringt.

Man wird entgegnen, unsere Theorie gewähre der von ervativen Politik den Heiligenschein eines Fatums, damit alles Bestehende zu verherrlichen und als das Beste der Welt zu zeigen. Man wird vor Allem fragen, was eigentlich dieser Volksgeist sei, der gelvenstervattig durch die Welt spuke. Hier er ist im Gegentheil etwas höchst Reelles, ist die Quintessenz sämmtlicher Erfahrungen, die das Menschengeschlecht in den tausend und aber tausend Stürmen sammelte, unter welchen es exzitrete; es ist dieselbe Stimme, die unbewußt jedem unverdorbenen Menschen sagt, daß eine höhere Kraft über den Geschicken dieser Welt wache, wenn man sie will, daß es einen Gott gebe; es ist das dem Atheisten abgetrungene Geständniß, daß die Welt nicht willkürlich, sondern nach ewigen physischen Gesetzen sich entwickle. Es ist das wahrhaft Reelle gegenüber dem Egoismus der Abstraktion, in welcher das einzelne Individuum die Geschicke der Welt nach dem kurzsichtigen Plane seiner Phantasie zu leiten wünschte. Aber der geistigen Ebbigkeit der Einzelnen sei nicht die geringste Hesse angelegt; der Volksgeist wie gekräftigt und gestärtert durch die stete Wechselwirkung der einzelnen geistigen Kräfte des Volkes. Nur insoferne der Einzelne seine Ansicht Andern mit Gewalt aufdrängen will, wird sein Beginnen zu verbrecherischem Fanatismus, eine Erscheinung, von der wir in der jüngsten parlamentarischen Geschichte Deutschlands die traurigsten Beispiele finden.

Liegt demnach die Staaten bildende und Staaten lenkende Kraft zwar latent in dem Volke selbst, repräsentirt sich aber nicht in der Masse der einzelnen Individuen, so kann das Mittel, durch welches diese Kraft sich äußert und in die Geschichte eingreift, die Staatsobrigkeit, die Souveränetät nothwendig nur in den Händen ihres wahren Repräsentanten, des sittlich bestgesinnten Staatsoberhaupts ruhen. Diesem aber ist sie keineswegs nur delegirt von der Masse des Volkes als der wahren Quelle der Staatsgewalt, denn in dem Willen der Masse als solche sahen wir ja nicht den Ausdruck des wahren Volkswillens, also auch nicht sie ist nicht jene sittlichpositive Kraft des Volksgeistes, die wir oben bezeichneten als jene höchste Gewalt in der Konstituirung und Lenkung des Staats, welche sich eben nur auf die oben geschilderte Kraft des Volksgeistes stützt, kann nimmermehr von der Masse ausgehen.

In der faktisch bestehenden Staatsgewalt, welche wir als den wahren Ausdruck des Volksgeistes erkannten, ruht allein jene höchste Macht im Staate und zwar nicht von des Volkes Gnaden, sondern, wenn ich so sagen darf, von der Geschichte Gnaden, oder wenn die Geschichte nicht willkürlich sich entwickelt, allerdings von Gottes Gnaden. Hiedurch ist gerechtfertigt die Lösung des monarchischen Prinzips: „alles für das Volk, nicht durch das Volk."

Die Theorie von der Volkssouveränetät verwechselt das Volk, wie es sich in der Masse seiner Individuen zeigt und täglich verändert, mit dem konsequent durch die Geschichte sich fortentwickelnden Volksgeist, der vergißt über der Gesellschaft, welche als die freiwillige Kontrahentherbindung mehrerer Menschen zu einem bestimmten Zweck allerdings mit zum Wesen des Staats gehört, den Staat selbst und möchte diesen durch ganz freie spielende Gründung, wie ein Bretthaus, jetzt mit einem Reichsverfassenille betrauter Lehrer des Staatsrechts sich ausdrückt, fast nur zu einer „Polizeiprotektion der Privaten" machen.

Eine Konsequenz der Volkssouveränetätslehre ist die Vertragstheorie und diese wenn auch ausgehend von der breitesten Basis sozialistisch-radikaler Grundsätze gelangt in ihrer abstrakten Klüchtendeit sogar mit Hallerschen Prinzipien zusammenzutreffen, wenn auch der Staat als Produkt von Privatverträgen wäre, zu dem längst übervundenen Standpunkt des Patrimonialstaates, dessen Verfassungsurkunde der Zivilprozeß ist. Aber dies wäre der Triumph der Bureaukratie und der ewige Tod des self-government's.

Dieses wird und in Wahrheit stattfinden, geschieht durch eine Politik, deren Leitstern die Geschichte ist.

Eine Staatsgewalt, die ihr Mandat von der Masse des Volkes hat, wird das Programm ihrer Regierung ändern, je nach den Strömungen und Schwankungen der Politik der Galerie und die originelle partikuläre Gestaltung der Familie und Gemeinde — die edelsten Früchte des self-governments — unbarmherzig durchschneiden mit bureaukratischer Herzlosigkeit. Beispiele davon liefert in Fülle die Tyrannei der modernen so-

Aus dem südlichen Franken.

(Landwirthschaftliches und Politisches.)

* Anfang Dezember. Der Herbst ist vorüber, der Winter naht, ein Bericht somit über das Erzeugniß dieses Jahres tag est. Wen, Hülsen, Gerste kamen alle bei schönster Witterung gut heim. Korn ist gut gerathen, gibt aber nicht viel aus, eben so Haber, und es ist nicht im Durchschnitte auf einen Schober Waizen ein halber Schäffel Körner zu rechnen. Dafür aber wiegt er schwerer. Gerste ist gut gerathen, gibt auch viel aus, habe darin in etwas nasse Witterung und litt so durch Mäuschfraß. Erbsen und Linsen sind gerathen ganz eben so stark. Der Flachs blieb klein. Der erste Kleeschnitt war sehr gut, zu ausgezeichnet; dem ersten Wiesenschnitte fehlte das sogenannte Grundgras, er gab somit keine vollständige Ernte. Der zweite Kleeschnitt war, so wie die Grummet-Ernte, gering, wo man sonst mit Wagen heimführte, genügten die Schubkarren, und wären nicht Ende Juni und im August die und da Gewitter gewesen, so wäre eine zweite Futterernte ganz ausgeblieben. Die Kartoffeln ergaben einen reichlichen Ertrag, sind gesund, sehr selten hört man von kranken, blos auf seinen, sehr und frisch gedüngten Feldern fand man deren. Obst gab's auch, Aepfel und Birnen wohl nicht im Uebermaße wie voriges Jahr, doch ist gerade auch nicht Mangel daran, dafür Zwetschgen in Ueberfülle. Der Weinstock am Maine wie an der Tauber blamirt sich, verdrießt alle Hoffnung, er bing sehr voll, auch die Herbstzeit war erwünscht, doch die Qualität des Weines fiel nicht wie erwartet aus, an Geist bleibt er hinter dem 46ger zurück; doch wird er ein Bierverderber, indem er im Preise gering steht, weil der Verkauf wenig, Niemand damit in der jetzigen Zeit spekulirt. Der Eimer kostet am Maine circa 8 — 10, im Taubergebiete 6 — 8 fl. Am Futter mag im Frühjahre Mangel eintreten, doch die bis jetzt gütige Witterung ließ viel an Futter sparen, besonders da die Schafe noch auf dem Felde Nahrung finden. Das Stroh steht hoch im Preise, 4 — 5 fl. das Schober Kornstroh. War die Ernte auch keine volle, so ist doch kein Mangel zu fürchten und nicht übermäßiger Theuerwerden der Frucht, da bis zum Frühjahre eher ein Sinken zu erwarten, wie bisher sich schon zeigte, so daß Korn zu 6—7, Waizen zu 11 — 12, und Haber zu 4 fl. das Schff. verkauft wird. Freilich ein ziemlicher Abstand zu den Preisen der Jahre vorher, wozu auch manches Bauer ein saures Gesicht schneidet. Spekulation wird wenig damit getrieben, obwohl auf dem Maine starke Zufuhren stattfinden, allein es ist nur Kommissionshandel. Es wäre nicht gut, wenn das Getreide noch mehr im Preise stehe, der mittlere und geringe Bauer, der Zinsen oder Termine zu zahlen hat, würde dann sehr leiden. An Wasser war sehr Mangel; die Bachmüller, ja selbst die an der Tauber mußten Monate lang an größern Wasserkräften mahlen lassen. Das Vieh ist wohlfeil, das Fleisch hat aber noch immer einen hohen Preis. Einige Furcht erregen die Mäuse, die wirklich in erschreckender Zahl sich zeigten, doch durch den schnell nach Regengüssen geschwolzenen Schnee scheinen sie

vermindert zu sein. An Kleefeldern, die sie ganz durchwühlt haben, mögen sie Schaden angerichtet haben, was sich erst im Frühjahre zeigen wird; sonst haben sie Gutes stiften, auch durch Weiter gen. Boden bei Winterfeuchtigkeit, und so ist die Hoffnung weiter gen für's künftige Jahr.

Was nun die Theilnahme des Landvolks an den politischen Begebenheiten betrifft, so ist dasselbe in seinen Ansichten dem Kerne nach gesund. Der Bauer stellt sich weiterhin die Frage, wozu sind diese Unruhen angefangen? etwa um Verbesserung? wo zeigt sich aber solches? Auch ohne dieses unruhige Treiben hätte es ja alles besser werden können. Der Bauer hat noch Religion, er ist ruhig, ist seiner Regierung und seinem Könige, wenn gleich nicht zu läugnen, daß auch unsere sonst so ruhige Gegend nicht frei von Wühlern ist, und diese auch wirklich hie und da schon Boden gefunden haben. Denn wo gibts nicht immer Unzufriedene. Nur zu bewaren ist, daß zu den Wühlern mitunter Männer gehören, auf die der Staat Vertrauen legt, und die demselben andere Dienste schuldig wären, als sie sie jetzt leisten. Man wünscht daher, daß ist des bisherigen, für das eigentliche Volk nutzlosen Treibens falscher ehrlich Schwindler, für die allein die jetzige Bewegung Zweck hat, die nur maßloser Ehrgeiz und Hang zum Wohlleben, ohne die Hände zu regen, zur Aenderung der Lage treibt, herzlich satt. Der Bauer sieht von allem Treiben bisher nichts Gutes, keinen Gewinn; Arbeitsscheu, sagt er, wann uns versprechen von den sogenannten Volksmännern, und sind stiften leben wir die Lasten immer wachsen. Er hat Hoffnung und Vertrauen zu den vorgeblichen Freiheitsbehren verloren, um ist des Glaubens geworden. es kommt nichts Besseres nach; es wäre best, Alles ginge seinen ruhigen Weg der gesetzlichen Entwicklung. Die Ablösung sinnt keinen Anklang; auch hier ist man des Glaubens: zahlen müssen wir bisher, zahlen müssen wir auch ferner. Und die Ablösung ist dem Landmann so viel nichts so übel. Man trägt sich täglich, was haben und die letzten sechs Monate gebracht? Nichts als etwas Preissteigelt, bei der man verdungert, liederliche Bürger, die statt bei ihren Gewerben zu sein, von einer Volksversammlung zur andern laufen, während daheim Weib und Kind jammert; ein frechen Proletariat, das bittend dem Geber den Knüttel weist, und an Arbeit nicht denkt. Vermöglche sind arm geworden, die Sparkasse der Dienste und des Handels eingetreten, Verläumdungssucht und Lüge auf die Spitze getrieben, Alles Achtungswerthe in den Koth getreten, dem Laster in jeder Gestalt Bahn gebrochen, die Bande der Familie gelockert, wo nicht gar zerrissen. Das, ja das sind mit noch andern unsere Errungenschaften.

Was der Bauer wünscht, und ihm auch noth thut, ist eine gerechtere Besteuerung. Man sollte es kaum glauben, es gibt Bauern, die bei einem Feldesfige von nicht 200 Morgen über 40 Schaffel Feucht an das Rentamt abliefern, ohne die Geldabgaben, während ein anderer bei gleicher Anzahl Feld wohl nicht den vierten Theil gibt. Ein weiterer Wunsch ist, ein schnelleres Recht und den Beraubten der Beamten nicht so ausgesetzt zu sein, ein humanes Benehmen dieser gegen den Bürger. Recht muß bestehen. In nicht Jenen Worten nach, daß es heißt: Recht muß Recht schon, aber wie es geschieht, das ist ihm nicht einerlei. Humanität kann auch der Bauer von seinen Beamten verlangen, aber Rabbeln will er nicht da erfahren, wo er mit Vertrauen hingeht. Rechtliche Beamte will er, die seinen Unterschied zwischen Armen und Reichen machen, ein Recht dies Armen, und will weder von Willkühr noch Bevorzugung.

Der Bauer wünscht ferner eine freie Bewegung in seinem Gemeindehaushalte, und meint, da wo es seinen Säckel angehe, habe der Staat ihm nicht jeden Kreuzer vorzugeben und nachzurechnen. Von Volksbewaffnung will er auch Nichts wissen, er meint, seine ihm nöthigsten Waffen seien Karl, sein Dreschflegel und seine Sense; darin sei er gerübt die eigentlichen Waffen möge man andern, als er, verabscheue die bei der beabsichtigten Vollsbewaffnung sicher mehr, als die Abgabe betrage, die er bisher für den Soldaten gegeben.

Was nun die Wahlen zum bayer. Landtage bei und anlangt, so sah man wenig Theilnahme. Es wurden zu Wahlmännern mehrere Geistliche, einige Aerzte und dann meist solche Vorsteher gewählt. Die Wahl in Würzburg, bei der die Vorsteigerer Hauptmann wurde, wird Ihnen wohl schon bekannt sein. Appellationsgerichts-Director Bayhuß, Seifensieder Köhl, Rechtsrath Dr. Rosbach zu Würzburg, Vorsteher Englert zu Aschaffenburg. Ein Demokrat könnte leicht darunter sein. .....er.

Warnung für Auswanderer.

Bremen, 11. Dez. Wir erhalten durch die hiesige Konsulat der Vereinigten Staaten ein Zirkular der Auswanderungs-Kommission des Staates Newyork, welches eine eindringliche Warnung gegen diejenigen Betrügereien enthält, denen die Auswanderer bei der Abschiffung der Passage-Kontracte für die Reise vom Landungsplatzen ins Innere ausgesetzt sind. Wir entnehmen diesem Zirkular folgendes. Seit dem Anfange dieses Jahres sind fast 160,000 Auswanderer in Newyork angekommen, von denen mindestens 130,000 ins Innere gingen, welche für diese Landreise gewiß mehr als 500,000 Dollars verausgaben. Die Leute und Kampagnieren, welche sich mit der Weiterbeförderung der gelandeten Auswanderer beschäftigen, halten Schaaren von Agenten (sogenannte „Runners"), welche zum Theil darauf ausgehen, nicht allein die neuangekommenen Fremden ihrer Kompagnie zuzuführen, sondern auch durch allerlei Beschwatzungen und Vorspiegelungen sie geradezu um ihr Geld zu prellen. Große Summen werden jährlich auf solche Weise verloren. Neuerdings sind solche „Runners" selbst nach Europa gegangen, geben sich dort für Agenten irgend einer Beförderungsbureaux aus und suchen dem Auswanderer einzureden, daß es vortheilhaft für ihn sei, wenn er schon in Europa für die Weiterreise von Newyork ins Innere sorge. Sie sollen ihm vor, daß wenn er dieselben Dinge nicht folge, er sich allerlei Verdrießlichkeiten und Ausfosten aussetze. Alle diese Behauptungen sind unwahr, und wer solchen Rath befolgt, kann sicher sein, daß er betrogen wird. In Newyork sind die Gelegenheiten ins Innere zu kommen, täglich so zahlreich und in Folge der Konkurrenz so wohlfeil, daß der Auswanderer an denen sich nur, erst in Newyork selbst sich um seine Weiterreise zu bekümmern. Nur muß er nicht den ersten Agenten folgen, der zu ihm kommt, sondern sich die einige Mühe geben, sich nach den Bureaux selbst emsig zu machen. Wer in Europa schon die Passage ins Innere nimmt, muß immer mehr zahlen als der, welcher bis Newyork wartet; in einigen Fällen betrug der Unterschied drei Dollars pr. Kopf, und sehr häufig sind die in Europa verkauften Passagebillets gar völlig werthlos; sie fragen den Namen eines Bureaux, das gar nicht existirt oder sie sind von einem andern Bureaux ausgestellt, der gar nicht mit ihnen in Verbindung steht. Die Newyorker-Kommission spricht den Wunsch aus, die europäischen Regierungen möchten das Geschäft dieser Agenten ganz verbieten. Der Auswanderer, welcher in Newyork ankommt, thut am Besten, sich zuerst an die Commissioners of Emigration oder an die Auswanderergesellschaft seiner Nation oder an den Konsul seiner Heimath zu wenden. Aber auch da muß er sich vorsehen, daß man ihn nicht an den unrichtigen Ort führt. Viele Agenten sind gewissenlos genug, sich für die Bevollmächtigten z. B. der deutschen Gesellschaft auszugeben und unter diesem Namen ihre Opfer in irgend ein Gauneruneau zu führen. Der Auswanderer kann annehmen, daß er sicher geführt ist, wenn man ihm für erhaltenen Rath Geld abverlangt. Die „Deutsche Gesellschaft" und die Commissioners ertheilen ihren Rath unentgeltlich; letztere hat ihr Geschäftslokal Bremenside-Garnet Nr. 95; wie auch das Schild vor der Thüre anzeigt. Schiffsliß ist noch zu empfehlen, daß der Auswanderer, wenn er zum Nachfragen nicht Zeit hat, nicht für die ganze Reise bis an seinen Bestimmungsort im Innern, sondern vorläufig nur bis zur ersten Station etwa bis Albany oder Philadelphia bezahlt. Nach Albany führt man von Newyork für 50 Cents, nach Philadelphia für 2 Dollars 25 Cents. Wir lesen daß diese vortrefflichen Rathschläge, welche von einer durchaus sachkundigen und unparteiischen Staatsbehörde ausgehen, der auch Herr L. Bierwirth, Präsident der Newyorker deutschen Gesellschaft angehört, im innern Deutschland die allgemeinste Verbreitung finden mögen.

(Weserzeitung.)

Capodistrias und Rossi.

Genf. In den Zwanziger- und Dreißigerjahren lebten hier zwei einander sehr betreundete Fremde aus den Südländern, beide an Kenntnissen und Geist reich, durch politische Ereignisse aus ehemaliger großer Thätigkeit gedrängt, hier wie im Exil lebend, aber daß der Eine innig zurückhing an und von dem damaligen Einwohnern hochgeachtet. Der eine war der Graf Capodistrias, der als russischer Staatsminister sehr thätig für die Befreiung und Wiedererstehung Griechenlands gewirkt hatte. Nach seinem Austritt aus dem russischen Staatsdienste verweilte er eine Reihe von Jahren hier; nach den von den hohen Mächten ausgesprochenen Vorrechtung Griechenlands von der Türkei ging er als Präsident in sein Vaterland, wirkte da in kurzer Zeit sehr viel Gutes, wurde aber bekanntlich bald von seinen Landsleuten ermordet. — Der andere Fremde war der Italiener Rossi, der 1821 für einen der thätigsten Häupter des Karbonatismus in Italien galt, aber nach Genf flüchtete, als die Insurrektion unterdrückt worden war. Hier wurde er Professor an der Akademie, heirathete die Tochter einer angesehenen Familie, ging als genferischer Deputirter 1832 zur schweizerischen Tagsatzung, verfaßte da einen guten Entwurf zur neuen Bundesverfassung, der jedoch nicht angenommen wurde. Später veranlaßte ihn ein bekannter Bernerschweizerkauf, das konservative Journal „le Federal" zu gründen, während seine Freunde in Paris für ihn thätig waren. Bald verließ er auch diese Stelle, um in Paris, wo er durch Guizots und des Herzogs von Broglie Protektion von einer bovon Stufe im Staatsdienst auf die andere stieg, Pair und dann französischer Gesandter in Rom wurde. Durch den Februarumsturz verlor er diese Stelle, wurde aber dafür päpstlicher Staatsminister, zog sich durch sein steifes Staatsministerliches Benehmen den Haß der Römer zu und wurde am 15. Nov. von ihnen ermordet. — Welch sonderbare Aehnlichkeit in dem traurigen Schicksale im Leben und im Tode beider Männer, die beistimmt waren, durch den Dolch ihrer Landsleute zu fallen, für deren Befreiung und Erhebung sie früher so thätig gewesen. (Bad. Zeitg. 6.)

Deutschland.

Bayern. — * Bamberg, 14. Dez. Eisersüchteleien, meist zärtlichen Ursprungs, hatten unter einigen Abtheilungen der hier garnisonirenden Truppen Reibereien veranlaßt, die zuletzt in etlichen Wirtshäusern thatsächlich wurden. Die Kommandanten und Offizierkorps veranstalteten daher gestern einen militärischen Ausflug der ganzen Garnison; man zog früh 9 Uhr mit klingendem Spiele nach dem Theresienhain; auf einem freien Platze wurde Lager gehalten, abgekocht, Offiziere und Soldaten ließen sich's miteinander gut schmecken, trefliche Ansprachen wechselten mit Toasten auf König, Vaterland, Einigkeit und mit frögerischem Gesang; der Tag verlief schnee sich freundlichst, friedlichst aus, und um 4 Uhr kurze Zwiefpalt schnee sich freundlichst, friedlichst aus, und um 4 Uhr

lehrte die ganze Waffengenossenschaft wohlgemuth, 'neuerschüttert, in die Stadt zurück. — Man erzählt, in einer der jüngsten öffentlichen Sitzungen des Magistrats sei von den Magistratsräthen Ulrich und Kauschinger — Abgeordneten und Ersatzmann zum Landtage — die Frage, ob man nicht auf Entfernung der starken Garnison oder zur Erleichterung (?) der Bürgerschaft antragen solle, gerade in dem Augenblicke, als sich eine sonst sehr spärlich erschienene Zuhörerschaft im Sitzungssaale, — natürlich ganz zufällig — eingefunden gehabt, lebhaft erhoben worden. Der erste Bürgermeister habe jedoch mit sehr kräftiger Erwiderung die weitere Verhandlung hierüber beseitigt und die Tagesordnung durchgesetzt erhalten. Bekanntlich hatte Wien bereits früher stets eine Besatzung von zwei Regimentern wie jetzt weiter, dann längere Zeit nur drei Eskadrons und ein Bataillon, und wurden vom Magistrate, Gemeindevolksmächtigten und der Gesammtbürgerschaft mehrmals Adressen, Deputationen entsendet, um für den Nahrungsstand der bürgerlichen Gewerbe die größere Garnison zu erbitten und aber wieder zu bekommen. Es scheint, diese Adressen-Hof-Volksvertreter nehmen auf diese politischen Gründen auf derzeitchen Lokalinteressen ihrer Mitbürger keine Rücksicht. Und doch sollte, abgesehen auch von höheren Gründen anderer Art, die wie vordem vollzählige Garnison seinem Bürger zur Last, da sie kasernirt ist, und auch die Offiziere nur einige Zeit zu Tisch und Fach einquartirt waren, und gewiß überall gerne steundliche Aufnahme fanden. Allein die „reine" Demokratie kann kein bestehend Heer dulden, sie scheint sich zum Ihren Staat selbst, und deßhalb muß es ihr gleichgültig sein, ob Handel und Wandel, der Nahrungsstand der Stadt den namhaften Gehalt gewinnt einer Garnison hat, aber verliert; ihr Prinzip geht über alles, und hat sie einmal den ruhigen Baden zu beardeitet und aufzelockert, daß sie ihre „breiteste Basis" draurem hineinlegen kann, so baut sie sa abnehm sogleich Wahlsahet und Glück für ihre demokratischen Bürger, wenn sie daher Einen andern Begriff bekommen, in Fälle sie einstweilen ersinnen sie in den allgemeinen Versammlungen und den Kränzchen wortreichen Trost und Anfag. Das Organ der hiesigen Demokratie, der „Freund der Wahrheit (?) und des Volks" zeigt an, daß in jüngster Versammlung des Volksvereins Hr. Berk den so rühmlich und bei seinen vielen Advokaturgeschäften dennoch thätigst gefährten Barth in Folge seiner Wahl zum Landtage, und um sich ganz ungestört seinen neuen glänzenden Beruf widmen zu können, niedergelegt habe, allgemeinster Dank sei ihm dargebracht, und statt seiner Hr. Dr. Heinkelmann, welcher, von seiner vor einigen Monaten angetretenen Reise nach Straßburg u. s. w. zurück, wieder ihre praktizirt, durch Akklamation an den Hrn. Prell Stelle zum Weisstenten dieser Vereins erhoben worden.

Hohenz. Sigmaringen. — Sigmaringen, 13. Dez. Der Fürst ist von Berlin zurückgekehrt und dürfte sich demnächst zu dem reisgnirten Fürsten Karl nach München begeben. — Montag früh zogen die bayerischen Jäger nebst Geschützen ab; ein paar Stunden darauf rückten einige Kompagnien vom k. württembergischen 4. Infanterie-Regiment, vom Stockach kommend, hier ein und wurden, alle Thüren und Durchlassungen ungerechtet, in Privatquartieren untergebracht. Die bayerischen Jäger bleiben in Mengen Nachtag und kamen Nachmittags in Urlaub hieher zurück, um noch einmal Lebewohl zu sagen. (Schw. M.)

Z. Anhalt. - Bernburg, 6. Dez. Ueber die hiesigen Verhältnisse berichtet die „Frankf. O.-P.-A.-Z.": „Der Herzog wolle auf den Thron verzichten, der Reichskammissär v. Amnon arbeite daran, das das Land mit Dessau-Cöthen verschmolzen werde, der Bernburger Landtag aber wolle eine solche Verschmelzung nicht, und das sei die Ursache der zwischen letzterem und dem Reichskommissär vorhandenen Zwistigkeiten."

Oesterreich. — ↑ Wien, 13. Dezbr. Unter den vorgestatteten höheren Anstellungsveränderungen erwähnt man die Ernennung des früheren Staatssekretärs v. Pilpik zum Vizepräsidenten des General-Rechnungs-Direktoriums und die Uebersiedlung des Hrn. v. Hammelauer aus London. — Man erwartet nicht, daß sich im Finanz-Komité eine bedeutsame Meinungsverschiedenheit gegen die vorgelegten Anträge herausstellen werde, daß sich überhaupt das Ministerium eines großen Vertrauens am Reichstage und außerhalb desselben zu erfreuen scheint. — In Betreff unserer Stadt sieht man einer Aenderung in den Zuständen wohl kaum vor Beendigung der ungarischen Wirren entgegen und knüpft auch erst an diesen Zeitpunkt die Hoffnung, den Kaiser Franz Joseph in seiner Residenz zu sehen. Die Börse in guter Stimmung bei unbedeutendem Verkehr. Devisen und Gald etwas matter. — 5% Metall. 76⅞, 4% 65½, 2½% 41⅛, Bankaktien 1100, Loose von 1834 142, Devisen von 1839 83⅛, Nordbahn 102, Mailänder 66, Stoggnitzer 96, Pesther 65½, Bivornser 65⅝, Linz-Budweiser 173.

* Wien, 13. Dez. Wie verbreitet auch gestern die Nachricht von der Einnahme Preßburgs war, so erwies sie sich dennoch als unzegründet. In den beiden Hauptministerien des Auswärtigen und des Innern scheint es mit Eyrcutionem Ernst genennt zu sein, und es hat einen angenehmen Eindruck im Publikum hervorgebracht, daß Hummelauer von seinem Posten in London entboben, Fischer den Baron Erbenstein in Linz ersetzen wird, und insbesondere, daß Pilsik zum Vizepräsidenten des General-Rechnungs-Direktoriums ernannt wurde. Dem Vernehmen nach verbreitet sich Gen Jellachich mit einer Gräfin Auersberg, Nichte des unter dem Dichternamen Anastasius Grün hochgefeierten Grafen Alexander Auersberg. — Die Besetzung Wiens hat bereits ein sehr ernstliches Aussehen gewonnen; von den Kanonen auf den Bastein sind die meisten dem Glacis, einige aber auch der innern Stadt zugewendet. Man spricht wiederholt davon, daß zur Ergänzung der Fortifikationen die Stadt mit mehreren kleinen Thürmen umgeben werden soll. — So eben einverlende Nachrichten aus Pest besagen von einem 14tägigen Waffenstillstand, der geschlossen worden wäre; hier weiß man Nichts davon. — Heute wird das Bivouak der Unter-Wandsberger mit Ausnahme der Stadt Krauchung, sondern auch das Wiertel Ober-Wiener-Wald mit Einschluß der Stadt St. Pölten sind entwaffnet worden. — Emissären, welche das Landvolk in Steiermark und Oberösterreich aufzuwiegeln gedachten, ist man auf die Spur gekommen — Kaiser Ferdinand gedenkt sie auf die Kameralherrschaften Pilsen und Oberösterreich in Böhmen unterzubringen. — Das Finanzkomité will in Betreff der vom Finanzministerium geforderten 80 Millionen auf vorerstige Bewilligung von 50 Millionen antragen. — Heute Morgens wurde ein Saltar hingerichtet, welcher seinen Feldwebel erschossen hatte, weil dieser mit der Tapferkeitsmedaille, die ersteren seiner Meinung nach gebührt hätte, beehrt worden. — Morgen wird der Jäger, welcher seinen Oberjäger niedergeschossen hatte, mit zwanzig Stranze hingerichtet. — Einige andere Insubordinirte sind auf Festungsarrest ermäßigt worden. — Die Souveränen Wehren hat ein Standschreiben an sämmtliche Redaktionen erlassen, in welchem er sie auffordert, sich nach jeder Richtung hin der Schimpf- und Schmähartikel und im Allgemeinen solcher zu enthalten, welche geeignet erscheinen, die politischen Leidenschaften aufzuregen, indem die jetzige Uebergangszeit dieses erheischte, nöthig machte, die daraus erwachsende moralische Verantwortlichkeit im Auge zu behalten.

Rußland und Polen.

Von der russischen Grenze, 30. Nov. In Beziehung auf den schon bekannten kaiserl. Befehl, wonach in Zukunft nur solchen ausländischen Gesellen, Arbeitern oder Personen aus den untern Ständen der Eintritt in Rußland gestattet sein soll, die von bleibsitzen, den Ortsbehörden bekannten Fabrikanten und den Besitzern gewerblicher Etablissements, mit dem Ausland verschrieben worden sind, ist neuerdings Nachstehendes vorgeschrieben und zur strengsten Beobachtung anempfohlen: 1) Jeder Fabrikant oder Handwerker, der sich benöthigt sieht, aus dem Auslande Gesellen oder Arbeiter kommen zu lassen, ist gehalten, dazu vorher die Erlaubniß der Ortspolizei einzuholen, in seiner deßfallsigen Bittschrift den Namen und Aufenthaltsort der von ihm verschriebenen Person anzugeben und dabei zugleich klar von den unterschriebene Erklärung abzugeben, daß er die volle Verantwortung für die Gesinnungsart und Aufführung dieser Person übernimmt; 2) die erhaltene, von der Polizeibehörde unterschriebene Erlaubniß, hat der Fabrikant oder Handwerker der Person, die er verschrieben, zuzustellen, zur Erlangung eines Reisepasses von den russischen Gesandtschaften oder Konsulaten oder zur Legalisirung eines Nationalpasses; 3) Personen aufgenommen sind alle Ausländer, die englische Unterthanen gewesen sind. — Auf Vorstellung des Finanzministers hat der Kaiser gestattet, daß die Handelsbank bis zur Eröffnung der Schiffahrt von 1849 Vorschüsse gegen Unterpfand von Getreide machen darf. Diese Darlehen können auf 3 bis 9 Monate bewilligt werden.

Von Warschau wird der Indtrenka berichtet, daß an einer Uebereinkunft des Czars und der Tscherkessen kein wahres Wort, und daß laut Nachrichten aus Tiflis durchaus keine Veränderung in den seitherigen Verhältnissen daselbst eingetreten sei. Das Gerücht beschränke sich darauf, daß einige dagbestandliche Stämme den Fürsten Woronzoff den Frieden angeboten haben sollen, in Folge dessen 5000 Mann Russen nach Poti aufgebrochen wären. Die Ruhe sei im Ganzen Kaukasus zurück, so gehe es damit seine seitherige Politik und einen Theil seiner asiatischen Besitzungen auf, was nicht wohl anzunehmen ist.

Nachschrift.

** Paris, 12. Dez. Das Resultat der Abstimmung für die Präsidentenwahl hier und in den benachbarten Departements scheint sich sogar entschieden Ludw. Napoleon günstig. Die Menge ist gestiegen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 14. Dez. Oesterr. 5proz. Metall. 76⅞, 4proz. 58. 3proz. — 2½proz. 37. Bankaktien —, G. 500 fl. - Loose 125 B. 250 fl.-Loose 75½, Prenß. 50 Thlr.-Präsentschein —, P. —, G. Staatsschuldscheine 3½proz. 90½, — Bayer. 3½proz. 76½, — Sächsische Herbach. 66½, — Wettemberg. 3½proz. 76½, 4½proz. 93½, — Darmstadt 3½proz. 74½, Loto-Aktien à 50 fl. 81½, 25 fl.-Loose 21½, — Kurhess. Prämien-Anleihe 40½, 40 Thlr.-Loose 25½, — Nassau 3½proz. 79½, 25 fl.-Loose 20½, — Frankf. Anleihe 77, 3½proz. 90½, 87, Taunusbahn 269. — Holländ. Integr 47½, — Span. 3proz. innere Schuld 18½, — Poln. 300 fl.-Loose, — 500 fl.-Loose 70½. — Serb. 36 fl.-Loose 21½, — Dän. —.

Paris, 12. Dez. 3proz. 44.80. —5proz. 73.70. Schatzsch. —. Bankaktien 1540. — Eisenbahnactionen 1130. Bank-Aktien 850. — Comptoir von Algier —. Belg. 5proz. von 1840 — von 1842 —. 4½proz. 77½. 5proz. —. 2½proz. —. Belg. Bier Kanäle —. Rhein. 3proz. —. Piem. 5proz. 59. Span. 5proz. 25½. Altien —. Passive —. Piem. 815. Pass. St. Germain 300. — Versailles (rechte) 165. — (linke) 110. — Orleans 672.50. Rouen 372.50. Havre —. Paris-Orleans 175. — Basel 60. — Bierzon 225. — Boulogne 150. Bordeaux 372.50. Nordbahn 365. — Mauberzon 100. — Lyon —. Straßburg 330 —.

J. B. Bagl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Voll'schen Buchdruckerei.

Nr. 148.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 4 fl.
Halbjährig 8 fl.
Ganzjährig 16 fl.

Sonntag den 17. Dezember 1848.

Expedition: Perusastraße Nro. 14.
Insertionsgebühr: Die agespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr.
Briefe und Gelder frei.

München, 17. Dezember.

Bekanntmachung, die Auffüllung von kurhonnirenden Staatsanwälten an den Appellations- und Kreis- und Stadtgerichten, dann von sündigen Untersuchungsrichtern an den Kreis- und Stadtgerichten betreffend. In Vollziehung des Art. 8 des Gesetzes vom 12. Mai dieses Jahres (Gesetzblatt Nro. 6), dann der Artikel 2 und 28 des Gesetzes vom 10. November dieses Jahres (Gesetzblatt Nro 25) werden als kurhonnirende Staatsanwälte an den königl. Appellations- und Kreis- und Stadtgerichten, dann als sündige Untersuchungsrichter an den königl. Kreis- und Stadtgerichten nachstehende Gerichtsmitglieder aufgestellt: I. Oberbayern. Appellationsgericht zu Freising: 1. Staatsanwalt Rath Friedr. Gresbeck; 2. Staatsanwalt Assessor Joseph Aiben. Kreis- und Stadtgericht München: 1. Staatsanwalt Rath Benno Fleischner; 2. Staatsanwalt Rath Viktor Leutner: Untersuchungsrichter Rath Adolph Frhr. v. Lupin. Kreis- und Stadtgericht Aschach: Staatsanwalt Rath Karl August Heeringer; Untersuchungsrichter Rath Maximilian Grabner. Kreis- und Stadtgericht Wasserburg: Staatsanwalt Rath Heinrich Michel; Untersuchungsrichter Assessor Joseph Friedrich Pfeuffer. — II. Niederbayern. Appellationsgericht zu Passau: 1. Staatsanwalt Rath Johann Beyrouk Leeb; 2. Staatsanwalt Assessor Gustav Müller. Kreis- und Stadtgericht Landshut: Staatsanwalt Rath Alois Gmeiner; Untersuchungsrichter Assessor Alex. Plödorf. Kreis- und Stadtgericht Passau: Staatsanwalt Rath Dr. Adolph Kräger: Untersuchungsrichter Rath Karl Machael Schüler. Kreis- und Stadtgericht Straubing: Staatsanwalt Rath Karl Bacher; Untersuchungsrichter Rath Sebastian Waltenberger. — III. Oberpfalz und Regensburg. Appellationsgericht zu Amberg: 1. Staatsanwalt Rath Franz Xaver Pausch; 2. Staatsanwalt Assessor Ludwig August Steinhäußer. Kreis- und Stadtgericht Regensburg: 1. Staatsanwalt Rath Jakob Halenke; 2. Staatsanwalt Assessor Feodor Lutz: Untersuchungsrichter Rath Josef Xav. Reis. Kreis- und Stadtgericht Amberg: Staatsanwalt Rath Gg. Goerstner; Untersuchungsrichter Rath Michael Engel. — IV. Oberfranken. Appellationsgericht zu Bamberg: 1. Staatsanwalt Rath Adolph Friedrich v. Sundahl; 2. Staatsanwalt Assessor Marin Lüll. Kreis- und Stadtgericht Bamberg: 1. Staatsanwalt Rath Friedr. Wilhelm Köppel; 2. Staatsanwalt Assessor Sigmund Marx; Untersuchungsrichter Rath Oskar Frhr. v. Stetfried. Kreis- und Stadtgericht Baireuth: Staatsanwalt Rath Friedrich Ritter; Untersuchungsrichter Rath Friedr. Wilhelm Oertbel. — V. Mittelfranken. Appellationsgericht zu Gichstätt: 1. Staatsanwalt Rath Franz Anton Russer; 2. Staatsanwalt Assessor Julius Knappe. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg: 1. Staatsanwalt Assessor Dr. Joh. Georg Kalb; 2. Staatsanwalt Assessor Christ. Otto: Untersuchungsrichter Rath Ferd. Karl v. Grundherr. Kreis- und Stadtgericht Ansbach: 1. Staatsanwalt Rath Friedrich Hende; 2. Staatsanwalt Assessor Dr. Max Theodor Mayer; Untersuchungsrichter Rath Gustav Krohne. — VI. Unterfranken und Aschaffenburg. Appellationsgericht zu Aschaffenburg: 1. Staatsanwalt Rath Dr. Heinr. Loy; 2. Staatsanwalt Assessor Albert Helfreich. Kreis- und Stadtgericht Würzburg: 1. Staatsanwalt Rath Friedrich Steppes; 2. Staatsanwalt Rath Bernhard Wilhelm; Untersuchungsrichter Rath Franz Ludwig Löwenheim. Kreis- und Stadtgericht Aschaffenburg: 1. Staatsanwalt Rath Dr. Philipp Hösling; 2. Staatsanwalt Rath Friedrich Abelemann; Untersuchungsrichter Rath Aug. Fidr. v. Gumbert. Kreis- und Stadtgericht Schweinfurt: Staatsanwalt Rath Julius Eckardt: Untersuchungsrichter Assessor Johann Jakob Jäger. — VII. Schwaben und Neuburg. Appellationsgericht zu Neuburg: 1. Staatsanwalt Rath Ludwig Neumayr; 2. Staatsanwalt Assessor Gmeran Perfch. Kreis- und Stadtgericht Augsburg: 1. Staatsanwalt Rath Friedrich August Heberer; 2. Staatsanwalt Assessor Dr. Johann Georg Heintzelmann: Untersuchungsrichter Rath Ferd. Pöhm. Kreis- und Stadtgericht Kempten: Staatsanwalt Rath Richard Westermaier: Untersuchungsrichter Rath Joseph Franz. Kreis- und Stadtgericht Memmingen: Staatsanwalt Rath Joseph Gossner; Untersuchungsrichter Rath Joseph Brand. Bezüglich der am obersten Gerichtshofe des Königreichs mit den Funktionen der Staatsanwaltschaft zu betrauenten Gerichtsmitglieder wird noch eine besondere Bekanntmachung erfolgen.

München, den 13. Dezember 1848. Königliches Staatsministerium der Justiz. (Gez.) Heinz.

Se. Maj. der König haben durch allerhöchstes Reskript vom 12. Dezember d. J. bewilligt, daß Anton Wilhelm Hüttinger zu Straubing den Familiennamen seines Wahlvaters Esch annehme und führe.

(Besetzungen.) Die erledigte Lehrstelle der III. Klasse des Gymnasiums zu Regensburg dem Professor der II. Klasse daselbst Seitz, und die bereits erledigte II. Klasse dem Studienlehrer Anton Buttler zu München. Die an der Lateinschule zu Neuburg erledigte Lehrstelle der I. Klasse dem geprüften Lehramtskandidaten Priester J. C. Gerlinger.

Deutsche Reichsversammlung.

(135. Sitzung vom 14. Dez.) Tagesordnung. 1) Schlußvortrag des Berichterstatters und Abstimmung über §. 9 des Entwurfs „über Reichsacht.“ 2) Fortsetzung der Berathung über die Vorlage zur zweiten Lesung der Grundrechte. — Den Präsidentenstuhl nimmt Heinrich von Gagern ein. Die fürstlich thurn- und taxische Postverwaltung läßt ankündlich anzeigen, daß auch die Gehilfendungen der Abgeordneten Vorzeitigst genießen. Das Reichsjustizministerium legt die eingegangenen österreichischen Aktenstücke über die von den Abgeordneten Joseph Schuselka ermordung von Wiener Studenten durch die mit der Feldmarschall-Lieutenants Auersperg's Befehlen stehenden kaiserlichen Truppen vor. Es ergiebt sich aus diesen Urkunden, daß die Thatsache von den österreichischen Behörden durchaus verneint wird, indem keine einzige beschädigte Anzeige zu ihrer Kenntniß gelangt ist. Zimmermann von Spandau kann sich aber, seiner Gewohnheit nach, auch mit dieser amtlichen Aussage nicht beruhigen und verlangt Vegnahmung des Gegenbandes durch einen Ausschuß. Julius Fröbel unterstützt den Antrag Zimmermanns, indem er aus seinen Wiener Erfahrungen die bekannte Erzählung von der gräßlichen Verstümmelung einer Studentenleiche wiederholt. Neubauer aus Wien versichert dagegen, dieser Leichnam sei glaubwürdigen Angaben zufolge, auf dem anatomischen Saale abseziert worden und durch die Stadt getragen worden, um die Leidenschaften der Bevölkerung zu erregen. Die Angelegenheit wird durch Verweisung an den österreichischen Ausschuß beseitigt. Die München-Aachener Feuerversicherungs-Gesellschaft übersendet der Reichskasse 7000 fl. als Beitrag zur deutschen Kriegsflotte. (Allgemeines Brabo.) Auch von den Deutschen in Italien kleine Glattendesitzer eingegangen. Endlich verkündet der Vorsitzende, daß für den seit Längerer Zeit abwesenten Schriftführer, Herrn Schuler aus Innsbruck, die Wahl eines Stellvertreters notwendig were. Wernher von Nierstein fragt das Reichsministerium, ob es Vorkehrung treffen werde, daß den Länen das in Deutschland aufgekaufte Salz zum Kriegsschiffbau vorenthalten werde. Zur Tagesordnung übergehend wird das Wort dem Berichterstatter des Verfassungsausschusses, Herrn Dahlmann, ertheilt. Nachdem der Redner die Einwendungen und Verbesserungsanträge zu den einzelnen Absätzen des § 19 kritisirt hat, wendet er sich zu den vorgeschlagenen Einschiebungsparagraphen von Jrisgischerd und der Minorität. Nach dem Irisgischen Antrage, sagt er, würde die Regierung die erste sein, welche am Friedensfest so gehorchen verführe. Zu Gunsten des entschiedenen Veto hat aber in der vorgestrigen Versammlung von Linke tief ergreifende Worte gesprochen, wie sie einer Mannes würdig sind, der die Fragen des Staatslebens nicht allein nach einer Theorie auszuschauen, sondern sie wirklich nach ihrer wahren Lebenslage zu behandeln versteht. In Wahrheit, das entschiedene Veto ist das unterrentschlichste Merkmal jeder wahrhaften Regierung, und wenn Einer mir einwenden wollte, es sei denn doch dieses entschiedene Veto für die republikanische Regierungsform auf keine Weise geeignet, so würde ich bloß auf dieser Einwendung die Behauptung entnehmen: wenn dem so sei, so sei gerade auch dadurch der Beweis geführt, daß die monarchische Regierung mit solcher Form, als die republikanische Regierungsform — (Bewegung des Mißfallens links; rechts Brabo.) Dieser Meinung bin ich wirklich und vollster Ueberzeugung, ich würde nicht anstehen, den Beweis davon zu führen, und ich glaube, er würde mir glücken, wenn hier der Ort dazu wäre. Die ganze Frage zwar, das will ich gerne zugestehen, ist in der Regel mehr theoretischer als rein praktischer Art. Das Beispiel Englands ist bekannt; bekannt, daß seit den Zeiten der Königin Anna, also 1½ Jahrhunderten, das Veto nicht mehr ist angewendet worden, demnach wage ich zu behaupten, es würde in England Manchen naturgemäßer, menschlich richtiger und auch staatsgemäßen stehen, wenn nicht die praktische Anwendung des Veto dort faß unmöglich geworden wäre.“ Für diese Meinung führt Dahlmann geschichtliche Beispiele an. Dann führt er fort: „Als er die Emanzipationsfrage der Katholiken galt und König Georg III. in seiner Gewissensbedrängniß kundgab, Er werde seine Krone niederlegen,

wenn diese Emancipation durchgehe, war das nicht auch ein Veto? Es muß aber im Staate ein Recht der rettenden That geben. Eine solche rettende Gewalt, wie neuerdings der König Preußens aufgebote, übt kein König aus, der nur das suspensive Veto hat. (Beifall). Eine Krone niederlegen ist den Umständen nach oft nur eine kleine That. Die größere Aufgabe ist, eine Krone retten! (Langer Beifallssturm!). Warum, meine Herren, scheuen so Viele von Ihnen, aller politischen Erfahrung zum Trotze, das entscheidende Veto? Darum, weil Ihnen die Trangsale des letzten Menschenalters vorschweben. Davon aber hat das entschiedene Veto gar keine Schuld. Die Trangsal des letzten Menschenalters wurzelt in der absolutistischen Regierung der beiden Hauptmächte Deutschlands, in Oesterreich und in Preußen und in nichts Anderem. Hören wir aber doch auf, wie ungeschickte Rechter thun, immer an derselben Stelle zu parieren, wo wir den letzten Stoß erhalten haben. (Sehr gut!) Schießlich noch eins. Sie werden gestaucht, wenn man Ihnen sagt, dieß sei eine Freiheitsfrage oder dieß sei wohl gar eine Vertrauensfrage. Keine von Beiden ist der Fall, sie ist wesentlich eine Machtfrage. Wenn Sie für Deutschlands junge Macht Geltung im Staatenkreise wollen, so treten Sie in die Spuren der klugen Belgier, welche gar wohl wußten, was sie thaten, wenn sie ihren König nicht tiefer stellten im Staatenkreise, als andere der geachtetsten Regierungen unseres Weltkreis. Verlassen Sie, meine Herren, Ihren Ausschuß in dieser seinen, aber tiefgreifenden Frage nicht. Faßen Sie in Ihre eigene Brust, fragen Sie sich, sind Sie lezlich hiehergekommen, um die Freiheit von Deutschland zu gründen? Sie sind es nicht. Wohl ist Ihre Absicht die Freiheit von Deutschland zu gründen, aber nicht die Freiheit allein. Sie sind ebenfalls und mit eben dem Drange hieher gekommen, um die Macht des künftigen Deutschlands zu gründen, damit Deutschland, das bisher gering geachtet, kaum gezählt, geführt in der Reihe der Staaten, jetzt eine politische Größe werde. Wenn Sie aber das mit wirklicher Einsicht, mit besonnenem Urtheil wollen, so setzen Sie eine starke, setzen Sie eine im Ausblande geachtete Regierung ein, folgen Sie den Wegen, die politische Erfahrungen geöffnet haben." (Von der Rechten und auf der Mitte lebhaftes Bravo.) Die Fragestellung über §. 19 ist von so verwickelter Art, daß sie eine ganze Debatte verursacht, bevor es zur Abstimmung gelangt. Ueber das Prinzip des absoluten Veto wird durch Namensaufruf entschieden. Von 474 Abstimmenden bejahen nur 207 die Frage, daß die Uebereinstimmung der Reichsregierung und des Reichstags in den im Paragraphen aufgezählten Fällen erforderlich sei — von 267 wird sie verneint. Unter den Erklärungen zu Protokoll zur Motivirung der Abstimmung, von Mitwirkern auch heute wieder in schwungvollster Redeform ist, befindet sich unter Anderm eine Erklärung Hergensergiißung Friedrich Ludwig Jahns. Die äußerste Rechte: Binde, Schwerin und Genossen legen sogar Verwahrung gegen die Verwerfung des unbedingten Veto ein. Verworfen wird zweyt ebenso eine motivirte Faßung des Minderheitsausschußerathens von Wigard, Zell, Mittermaier ꝛc. mit 274 gegen 196 Stimmen. Entschieden wird verworfen mit 290 gegen 195 Stimmen der Antrag Heisterbergk und Genossen, dahin gehend, daß ein von der Reichsregierung zurückgeschobener Beschluß, ohne weiteres die gesetzliche Gültigkeit erlange, wenn er in der nächsten Sitzungsperiode wiederholt gefaßt wird. Endlich wird auch abgelehnt ein von dem vorigen nur wenig abweichender Antrag von Maltzahn und Genossen mit 277 gegen 186 Stimmen. Angenommen zugegen wird der folgende Antrag Fallati, Raveaux und Genossen (mit 271 gegen 187 Stimmen): „Ein Beschluß des Reichstags, welcher die Zustimmung des Reichsoberhaupts nicht erlangt hat, darf in derselben Sitzung nicht wiederholt werden. Ist ein Beschluß vom Reichstage in drei ordentlichen Sitzungen nacheinander und nach abermaliger Erwägung unverändert gefaßt worden, so wird er zum Gesetze, auch wenn die Sanktion des Reichsoberhaupts nicht erfolgt, sobald der Reichstag sich schließt." Dieß Verfahren hat die Stunden der Sitzung bis beinahe 2 Uhr Nachmittags gekostet und jetzt erst kann die Abstimmung über §. 19 selbst beginnen. Der Eingang des §. 19: „Bei Ausübung der der Reichsgewalt zugewiesenen Befugnisse ist die Uebereinstimmung der Reichsregierung und des Reichstags in folgenden Fällen erforderlich:" ist von dem Verfassungs-Ausschusse in Gemäßheit des zum Beschlusse erhobenen Fallatischen Antrag abzuändern. Desgleichen geben an den Ausschuß zurück die Absätze 2—4. Die übrigen Punkte sind angenommen. 1) Wenn es sich um die Gesetzung, Auslegung, Aufhebung oder Abänderung von Reichsgesetzen handelt. 2) Wenn der Reichshaushalt festgestellt wird, wenn Anleihen kontrahirt werden, wenn das Reich Garantien übernimmt oder Vorschüsse gibt, wenn über Münze, Maß und Gewicht neue Bestimmungen getroffen werden. 3) Wenn von Reichs wegen Banken angelegt oder bewilligt werden. 4) Wenn die Steuerverhebung der Einzelstaaten von der Zustimmung der Reichsgewalt abhängig gemacht ist (siehe Reichsgewalt §. 37.) 5) Wenn Landesstempel, Zoll- und Ausfuhrzuschläge mit den Zwecken der Reichsgesetzgebung, sowie überhaupt völkerrechtliche Verträge, insofern sie das Reich belasten. 7) Wenn nichtdeutsche Länder oder Landestheile dem deutschen Zollgebiete angeschlossen oder einzelne Orte oder Gebietstheile von der Zollinie ausgeschlossen werden sollen. 8) Wenn deutsche Landestheile abgetreten oder wenn nichtdeutsche Gebiete dem Reiche einverleibt oder auf andere Weise mit demselben verbunden werden sollen." Die Versammlung wendet sich hierauf zur zweiten Lesung der Grundrechte. Die Berathung steht bei Artikel V., der von Religions- und Gewissensfreiheit handelt. Die §§. 15, 16, 17, 18, 19, 20 werden ohne Diskussion angenommen und nur in Bezug auf §. 17 wird eine kleine Abweichung von der motivirten Fassung des Ausschusses beliebt. Die Abstimmung erledigt so eben, 3 Uhr Nachmittags, mit dem §. 21 den ganzen genannten Artikel, worauf sich die Versammlung vertagt. Den Vortrag der heute angenommenen Paragraphen liefern wir im morgenden Stücke. (D. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 12. Dez. Neben der österreichischen Frage und mit ihr im engsten Zusammenhange drängt sich die Frage woran des künftigen Oberhauptes Deutschlands ihrer Entscheidung immer dringender entgegen. Auch darüber wird in den Klubs lebhaft verhandelt; indessen hat bis jetzt erst ein Klub, der „Augsburger Hof", eine fertige Vorlage — allerdings nur als Vorarbeit einer von ihm bestellten Kommission — zu Tage gefördert, und den andern Klubs so wie dem Verfassungsausschuß zur Berücksichtigung mitgetheilt. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Die von der Fraktion des Augsburger Hofs niedergelegte Kommission zur Begutachtung der Oberhauptsfrage stellt in der von ihr bereits gemachten Vorlage die folgenden Hauptpunkte auf: „Die Würde des Reichsoberhaupts ist theilweis verbunden mit einer der deutschen Kronen. — Das Reichsoberhaupt führt den Titel: Deutscher Kaiser. — Der Sitz der kaiserlichen Regierung ist zu Erfurt, welches mit seinem Burgbezirken von Preußen an das Reich abgetreten und von diesem unmittelbar regiert wird. — Der Reichsregierung steht ein Reichsrath berathend zur Seite. — Er besteht aus Bevollmächtigten der Regierungen derjenigen Einzelstaaten, welche mehr als 250,000 Einwohner haben. Das Präsidium wird von dem Bevollmächtigten des größten Staates geführt, mit Ausschluß desjenigen, dessen Oberhaupt zugleich deutscher Kaiser ist. Die Mitglieder des Reichsraths können sich nicht auf den Mangel an Instruktionen berufen, um die Vertagung einer Sache zu erzielen." — Das fraglich geworfene Verhältniß zu Oesterreich und das der österreichischen Vertreter hierselbst ist nach wie vor einen Schritt weiter gerückt in der allerdings nothwendigen Klarheit. Eben so wenig die damit verbundene minisserielle Frage. In Betracht letzterer wünschen doch, wie es scheint, zu viele, daß Gagern erst nach erfolgter erster Lesung der Verfaßung und dann mit der ganzen Macht eines entschiedenden Schrittes eintrete. Die Verhandlungen hierüber dauern indessen lebhaft fort in den Fraktionen. (D. Z.)

Die Frage der Kaiserwahl beschäftigt sämmtliche Fraktionen der Reichsversammlung. Die Linke und mit ihr viele der Rechten wirkt für Oesterreich stimmen; obgleich sie, wie ihre Gegenpartei, welche für Preußen stimmen wird, noch keine festen Garanien für die Annahme besitzt, denn der König von Preußen soll erklärt haben, daß Preußen nicht ohne Oesterreich in den deutschen Bundesstaat treten werde.

Frankfurt, 13. Dez. Aus Oesterreich, namentlich aus den Befesten Linz, Gdyenedorf, Aigen, Mobelsberg, Schlägel, Pieb, Mauthhausen, Wildberg, Haus, Gmunten, Ordt, Zschl u. s. w. sind neuerdings 22 Adressen mit sehr zahlreichen Unterschriften der dortigen Bürger und sonstigen urtheilsfähigen, unabhängigsten und einflußreichsten Männer aller Klassen eingegangen, welche sich insgesammt in wesentlicher Uebereinstimmung mit der in unserm Blatte vom 9. Dez. bereits angeführten Adresse des Gemeindeausschusses der Hauptstadt Oesterreichs sämmtlich für den innigsten Anschluß an Deutschland, zugleich aber auch sehr energisch für die Einheit und Integrität des österreichischen Kaiserstaates und gegen die §§. 2 und 3 des Entwurfs der deutschen Reichsverfassung aussprechen. Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß das Marinedepartement im Reichsministerium das Erlauben an den Abgeordneten der vereinigten Staaten von Nordamerika gestellt hat, einen Commissair mit Leitung des Baues und der Ausrüstung der deutschen Flotte zu beauftragen, und daß hierer Eine auf das Bereitwilligste entsprochen worden ist. Das Marinedepartement hat in England Schritte zum Ankaufe von Schiffen gethan. Sie sind aber vergeblich gewesen, weil alle nur einigermaßen brauchbare Fahrzeuge, selbst Chinadampfer, die in Kriegsschiffe umgewandelt werden konnten von den Regierungen von Rußland, Oesterreich und Dänemark bereits weggekauft waren. Darum hat man sich zum Neuban entschließen müssen, und wird in Deutschland und England vorerst Kriegsdampfboote erbauen lassen. Es läßt sich erwarten, daß bis zum Sommer eine ansehnliche Flotille zur Vertheidigung stehen und im Falle des Wiederbeginns der Feindseligkeiten mit Dänemark zum Schutze der Küsten und zur Verhinderung der Blokade der Hafenplätze zu benützen sein wird. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 14. Dez. Folgendes ist der „dringliche Antrag" des Reichsministers des Inneren und Aeußeren, Herrn von Schmerling, den er am 15. der Nationalversammlung vorzulegen und dessen Annahme das Ausscheiden des Reichsministeriums verhindern soll:

„Die Nationalversammlung hat in Erwägung, daß nach der Natur der Verbindung Oesterreichs mit außerdeutschen Ländern und nach der vorliegenden Erklärung der deutsch-österreichischen Provinzen, der Eintritt derselben in den deutschen Bundesstaat auf den Grund der von der deutschen Nationalversammlung angenommenen Verfassungsbestimmungen nicht erwartet werden kann, in Erwägung, daß das österreichische Ministerium die Absicht feierlich ausgesprochen hat: es seien die Verfassungen Deutschlands und des österreichischen Kaiserstaates unabhängig von einander zu begründen und erst nachdem beider Staatenkomplexe seine Gestalt begründet, die Bedingungen des Anschlusses zu verabreden, in Erwägung jedoch, daß zwar die Verfassung des deutschen

Bundesstaates nicht aufgehalten werden darf, daß aber eine gänzliche getrennte Feststellung deiner Verfassungen ohne Verständigung über die möglichen Grundlagen der künftigen Verbindung Oesterreichs mit Deutschland, diesen Verband selbst und mit ihm die höchsten Interessen der ganzen Nation gefährden könnte, in Erwägung ferner, daß ein Anlaß zur Verständigung mit Oesterreich auch in der unabweisbaren Nothwendigkeit liegt, den Umfang jener Bundesrechten näher zu bestimmen, zu deren Erfüllung Oesterreich sich auch im gegenwärtigen Augenblicke bereit erklärt hat, in Gemäßigung, daß Verhandlungen mit der österreichischen Regierung in den erwähnten Beziehungen zweckmäßig nur durch die Zentralgewalt gepflogen werden können, das Gesetz vom 28. Juni d. J. über diesen Fall nicht vorgesehen hat, — beantragt das Reichsministerium bei der Nationalversammlung die Ermächtigung für die provisorische Zentralgewalt, mit der österreichischen Regierung die Verhandlungen zum Zweck vorbereitender Verständigung über die möglichen Grundlagen einer künftigen Verbindung Oesterreichs mit Deutschland einzuleiten." (D. Z.)

Ueber den zu Frankfurt gebildeten „Märzverein" spricht sich die „Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung" in folgender Weise aus: „Die Bildung dieses Vereins hat mit Recht schon die öffentliche Aufmerksamkeit erregt und es wäre vollends unklug, wollte das Volk sich Zeichen einer Partei gering achten, welche, weil sie auf augenblicklichen Erfolg nicht mehr rechnen kann, nunmehr die Zukunft dadurch sich versichern will, daß sie für alle Fälle, namentlich für künftige Wahlen sich durch ganz Deutschland organisirt und in der Nationalversammlung selbst zentralisirt. Dieses letztere würde man in jedem anderen Lande für unpassend halten. Die Leitung organisirter Parteivereine aus dem Parlamente heraus paßt unstreitig wenig zu dem Standpunkte, den die Vertreter der ganzen Nation einnehmen sollen. Ein Parlamentsmitglied sollte nicht zum Klubisten herabsinken, sollte sich nicht freiwillig in die Befangenheit und Beschränktheit einseitiger Bestrebungen bannen, vielmehr sollte es sich einen freieren Standpunkt bewahren, auf welchem es alle verschiedenen Strömungen, die sich in der Nation zeigen, in ihren Krümmungen verfolgen, und prüfend schauen kann, welcher dieser Ströme seine Ufer am meisten befruchtet. Dies ist auch mit richtigem Instinkte vielfach im Volke gefühlt worden. Gar mancherlei Abweisungen hat der Aufruf des Märzvereinsvorstandes erfahren. Eine treffliche Antwort erhielt er unter anderen von dem vaterländischen Vereine in Mannheim (die wir bereits vollständig mitgetheilt haben). Mit solchen Antworten allein ist es aber nicht getban. Den organisirten Parteivereinen muß sich ein Verein entgegenstellen, der sich zur Aufgabe macht, die Einzelnen, welche in ganz Deutschland ausgebrochene Organisation der Vereine von besserer Richtung entgegenstellen; auch diese müssen einen Mittelpunkt finden, von dem aus eine gemeinschaftliche, gleichzeitige Thätigkeit zum Heile gegenüber möglich ist. Die Berathung der deutschen Verfassung neigt zum Ende, vielleicht schon im nächsten Frühjahr haben die Wahlen zum ersten regelmäßigen Parlamente stattzufinden. Diesen Wahlen bereite unsere ganze nächste Zukunft. Der Feind ist thätig; mögen die Freunde wachen, damit der für das Vaterland entscheidende Augenblick sie in voller Rüstung finde!

Bayern. — *München, 16. Dez. In einem an die sämmtliche Geistlichkeit und alle gläubige des Erzbisthums gerichteten Rundschreiben fordert der hochwürdigste Herr Erzbischof von München-Freising das Anlaß der jüngsten Ereignisse in Rom und der Flucht des Papstes zu öffentlichen Gebeten für Se. Heiligkeit den Papst auf. Die Priester sollen außer der oratio pro pace auch die oratio pro Papa in der heil. Messe einlegen. — Ferner hat der hochwürdigste Herr Erzbischof einen Hirtenbrief an seine Geistlichkeit erlassen, welcher die Beziehungen der katholischen Kirche zum Deutschkatholizismus zum Inhalte hat. (Wir werden den letzteren Aktenstück vollständig nachbringen.)

Am 11. d. M. hatte in Amt Neuhaus zu Weißenburg am Sand, unter dem Vorsitze des Buchdruckers Volkhart von Augsburg, eine Versammlung der bayerischen Buchbinder und Buchdrucker statt, in welcher über die Mittel berathen wurde, mittelst welcher den empfindlichen Gewerbsbeeinträchtigungen durch den königl. Schulbücherverlag, wie durch den Verein zur Verbreitung guter katholischer Bücher in München mit dauerndem Erfolg ein Ziel gesetzt werden könne. Nachdem mehrere hierauf bezügliche Beschlüsse gefaßt worden, wurde ein Ausschuß von sieben Mitgliedern gewählt (Hämmer, Volkhart und Lampart von Augsburg, Oldenburg, Franz und Weiß aus München, Mainberger aus Nürnberg), der von der Versammlung einstimmig bevollmächtigt wurde, unverweilt und mit aller Energie die Schädigung dieser Anstalten zu erwirken.

Großherzogthum Hessen. — Darmstadt, 12. Dez. Zu den bedenklichsten Erscheinungen unserer ereignißschweren Zeit gehören die raschen Bestrebungen volksfeindlicher Demagogen auch die Truppen zum Treubruche zu verleiten und somit die letzte Stütze der Staaten, der Ordnung und des Gesetzes, als auch der wahren Freiheit zu untergraben. Leider haben jene verbrecherischen Bestrebungen schon hier und da ihre verderblichen Früchte getragen. Leider haben auch bei unsern Truppen, deren Ruf sonst in jeder Beziehung so fleckenlos war, die von jeher eben so sich durch die ersten Tugenden des Kriegers, Zucht, Gehorsam und Pflichttreue, wie durch Tapferkeit auszeichneten, sich Symptome jenes Uebels in der Zeit gezeigt; namentlich hat sich das nach Friedberg und Umgegend verlegte 2. Infanterieregiment der schweren Insubordinationsvergehen wiederholt schuldig gemacht. Unser Militärstrafgesetzbuch, so viel Vortreffliches es auch enthalte, scheint so bedenkliche Zeiten, wie die jetzigen, nicht vorausgesehen zu haben. Es gestattet nicht, mit raschem nöthig ist, dem Verbrechen die Strafe auf dem Fuße folgen zu lassen; ja sie konnte bis jetzt nicht einmal, selbst nicht für die schwersten militärischen Verbrechen, nachholen, die sich jener Strafe vor Monaten und länger ereigneten. Kein Wunder also, daß sich diese Verbrechen in verstärktem Maße wiederholten und bange Besorgniß unter den Gesetz und Ordnung liebenden Bürgern entstanden. Nur einem günstigen Umstand konnte darum der Gesetzgeber zuversichtlich rechnen, welchen Irrte sich die Regierungsdemissionäre, Oberauditeur Hoffmann, in die Kammer brachte, nämlich dem Kriegsministerium die Befugniß zu übertragen, jeden Augenblick das Standrecht publiziren zu lassen, wo dies ein schlimmer Geist unter den Truppen nöthig erschienen hätte. Es kann dann auf solche todeswürdige Verbrechen binnen 24 Stunden die Strafe ohne Berufung an ein höheres Gericht erkannt und vollzogen werden. Daß dieser Gesetzesvorschlag kaum bisher das Standrecht nur im Kriege und zwar in zwei Gattungen: 1) wobei die Todesstrafe nach den bestehenden Gesetzen, nur in den summarischen Formen des Standrechtes erkannt und vollzogen wird binnen 24 Stunden; 2) wenn es für Verbrechen, auf welche sonst die Todesstrafe nicht steht, besonders proklamirt worden ist in dringenden und gefährlichen Fällen. In Feierabendzeiten konnte das Standrechtliche Verfahren bei dem Militär bisher bloß auf Spezialbefehl des Großherzogs eintreten. Es hätte also hiernach auch proklamirt werden können, ohne vorher deshalb ein Gesetz mit den Ständen zu vereinbaren; indessen hat die Regierung den letzteren Weg vorgezogen, was die Stände gewiß nur anerkennen können. Das Gesetz wurde dem zweiten Ausschusse zur schleunigsten Berathung überwiesen. Man darf wohl nicht zweifeln, daß die Stände baldigst diesem Gesetzesentwurfe ihre Zustimmung geben werden, da nichts mehr im Interesse des Staates liegt, als die leider gewordene Disziplin unter den Truppen wieder herzustellen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen. Von der polnisch-preußischen Grenze, 4. Dez. In den Grenzkreisen des Großherzogthums Posen, sowie in den gegenüberliegenden russischen Bezirken, zirkulirt das Gerücht, und findet auch vielen Glauben: Das Kabinet von St. Petersburg beabsichtige, den der Reorganisation unterworfenen Theil des Großherzogthums (das Herzogthum Gnesen) gegen die Herzogthümer Kurland und Semgallen einzutauschen. In Posdam sei man diesem Vorschlage auch gar nicht abgeneigt, nur verlange man, den Bewohnern des abzutretenden Herzogthums Gnesen politische Rechte zu garantiren, mit der russischen Polen seit 1831 nicht mehr beglückt. Es vortheilhaft nun aber auch die Acquisition des nach Sprache, Nationalität und Sitte und verwandten reichen Küstenlandes Kurland für uns sein möge, so wird dieser Tauschprojekt*) in dem konstitutionellen Preußen jedenfalls erst den Volksvertretern zur Genehmigung vorgelegt werden müssen, kann mithin frühestens erst am Schlusse des Februar d. J. von der Regierung zur Sprache gebracht werden.

(Spen. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

* Von der südostlichst-ungarischen Grenze, 2. Dez. (Aus einem Privatschreiben eines österreichischen Offiziers.) Morgen rücken wir über Jablunka in Ungarn ein, und haben die Bestimmung über Csaza, Silein, Turany bis St. Miklos vorzurücken, wo wir weitere Befehle zu erwarten haben. Bei Csaza dürften wir unsern ersten Kampf haben, den wir aber glorreich zu bestehen hoffen, denn die Truppe ist hier, wie überall vom besten Geiste beseelt. Einmal über der Grenze, verschären uns die drei gegenwärtig bei uns sich befindlichen Slowakenläuprlinge Jurkan, Hach und Blondeq, werte sich das grimmste Handgemenge und ich hoffe, besonders rechnen Offiziere auf ein günstiges Resultat, da er unter den Slowaken eben so viel Anhang hat als Kossuth unter den Magyaren. Unsere Aufgabe besteht auch darin, die Slowaken in ihrer antimagyarischen Stimmung zu erhalten, den Landsturm völlig zu organisiren und zu bewaffnen, was uns eine eigenthümliche schwierige Stellung geben wird, da bei diesen Leuten weder auf Subordination, noch nöthige Disziplin zu rechnen ist, wir sie aber doch schonend behandeln müssen, um sie im guten Geiste, und uns die nöthigen Zufuhren für die Truppe zu erhalten. Wie der Landsturm im Feuer sich bewähren wird, wird sich zeigen, wir müssen das beste hoffen, da unser mobiles Korps sehr schwach ist, denn es besteht nur aus 4 Kompagnien von Palombini Infanterie, 2 Hus- und 2, reitende Batterie. — Vom Wetter müssen wir auch begünstigt werden, denn die Strapen sollen an einigen Stellen 5 Klafter breit und 2 Klafter tief ausgegraben sein. Die drei Slowakenhäuptlinge sind sehr gebildete Männer und haben ein sehr maetialisches Aussehen, Urban ist aber der bedeutendste unter ihnen.

Schweiz.

Bern, 11. Dez. Der wegen seiner russisch-panslawistischen Tendenzen und Schriften so oft in der deutschen Presse besprochene Panslawist Graf A. v. Gurowski hält jetzt öffentliche Vorlesungen über politische Oekonomie an der hiesigen Hochschule. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Belgien.

Brüssel, 11. Dez. Der König hat gestern in feierlicher Audienz den dänischen Bevollmächtigten in London, Grafen Reventlow, empfangen, wel-

*) Wenn es von den Kabinetten wirklich gehegt wird, und nicht, wie Manche meinen, nur der Ausdruck eines Wunsches einer russischen Partei im Großherzogthum Posen ist.

cher von seinem Hofe mit einer besonderen Sendung in Belgien wie in Holland beauftragt ist.

Großbritannien.

London, 9. Dez. Sämmtliche Organe der englischen Presse begrüßen die Thronbesteigung des jungen Kaisers Franz Joseph I. als den Beginn einer neuen und glücklichen Aera für Oesterreich. Die „Times" drückt bei dieser Gelegenheit den Wunsch aus, es möge die großbritannische Regierung sich bereiten, mit dem österreichischen Hofe die alten freundschaftlichen Beziehungen, welche durch die neuesten Vorgänge in Italien sehr erkaltet waren, wieder herzustellen. Dasselbe Blatt spricht die Meinung aus, König Friedrich Wilhelm habe in der so eben dem preußischen Volke gegebenen Verfassung ihr viel Konzessionen gemacht. Die konservative Partei würde sie zu liberal finden und die Demokraten ihrerseits sie verschmähen, weil sie nicht ihr Werk ist.

Frankreich.

** Paris, 12. Dez. Ludwig Napoleon hat hier in der Stadt und den umliegenden Orten 296,852 Stimmen, Cavaignac nur 109,456 erhalten. Auch die Nachrichten aus den Departements, so weit man sie kennt, lauten fast durchgängig schlimm für Cavaignac, dessen Sache als verloren zu betrachten ist. Schon sprichtman von Aufwartungen, die zahlreiche Repräsentanten und selbst der Kriegsminister Lamoricière Ludwig Napoleon gemacht haben. Der „National" ländet schon an, daß General Cavaignac nicht mehr empfängt. Letru-Rollin und Raspail haben verhältnißmäßig wenig Stimmen erhalten, noch weit weniger Lamartine.

Straßburg, 13. Dez. Was bei uns Niemand erwartet hatte und worüber alle Leute in Staunen gerathen, ist, daß Ludwig Bonaparte auch im Elsaß die Mehrzahl der Stimmen für die Präsidentschaft erhält. Bis diesen Morgen hatte Ludwig Bonaparte in den verschiedenen Kantonen des niederrheinischen Departements etwa 44,000 Stimmen, während Cavaignac blos 34,000 Stimmen zählt. Im oberrheinischen Departement steht es für Cavaignac noch schlimmer. In allen Fabrikbezirken haben die Arbeiter für Ludwig Napoleon gestimmt und auch die Bauern neigten sich diesem letztern zu. In 10 bis zehn bekannten Kantonsabstimmungen hatte Bonaparte 12,998 Stimmen für sich und Cavaignac nur 4068. Der Einfluß des Klerus zu Gunsten Cavaignacs war von keiner Bedeutung. Aus den meisten benachbarten Departementen lauten die Nachrichten ebenfalls dem General Cavaignac ungünstig. In Vorbringen hat sich Alles dem Bonapartismus in die Arme geworfen. Die republikanische Regierung hat das allgemeine Stimmrecht eingeführt und so muß sie sich auch seinen Folgen unterwerfen. (Fr. J.)

Vermischte Nachrichten.

(Musikalische Notizen.) München scheint Wien den Ruhm streitig machen zu wollen, als sei dort nur das Vaterland schöner Stimmen. Seit Jahren sind nicht wenig Sängerinnen unserm Kunstboden entsprossen, auf die wir Bayern können, von denen einige europäischen Ruf erlangt. Wir erinnern nur an die beiden Bespermann, an die Schechner, an die, eine neuere Kunstperiode angehörige Peschneder und an das noch in der Bildung begriffene Talent der anmuthigen Hasslinger. Von Männern lernten wir in dem philharmonischen Verein nun wieder ein sogenanntes Gesangtalent kennen, dem wir, nehmet es sich der Bühne, wohl eine dreifache Zukunft vorherzusagen wünschen. Frl. Mathilde Koller sang mit voller, kräftiger Stimme, mit schulgerechter, dabei leichter und geschmackvoller Coloratur eine Mozart'sche und eine Rossini'sche Arie, bei dem gestrahlt in Odeum versammelten Publikum großen Beifall, der sich nach jedesmaligem, stürmischem Beifall erringend. — Da die jugendliche Sängerin, die, wie wir hörten, von dem fleißigen Pentenrieder gebildet wird, außer ihrem entschiedenen Talent auch noch ein sehr interessantes Aeußere besitzt, so wünschen ihr die Bühne hoffentlich recht bald eine ruhmreiche, priesterie Laufbahn darbieten. —

Die Gesellschaft ungarischer Sänger, die im Odeon eine, leider nicht stark besuchte Produktion gaben, gehören zu den außerordentlichsten Erscheinungen der Kunstwelt. Nie ist uns eine so vollendete Technik im Vortrage von Männerchören vorgekommen, wie bei diesen 11 auserzeichnet schönen Bass- und Tenor-Stimmen. — Wir erwähnen nur aus der Reihenfolge von 12 Liedern: die Kapelle, von Kreutzer, das Körnersche Lützower Jägerlied, von Weber (mit wunderbar zart ausgeführtem Doppelecho), und das Mendelsohn-Bartholdy'sche: „Wer hat dich, du schöner Wald?" in welchen die Sänger ihre entschiedene Meisterschaft in hohem Grade bewährten. — Der Beifall war stürmisch. Der Wunsch ein allgemeiner, diese Ungarn — die Kossuth'schen mögen jenseits der Grenze bleiben — auf unserer Hofbühne singen zu hören. —

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 15. Dez. Bayer. 3½ proz. Obligationen 76 ℔. 75½ ℌ. 4 proz. 88 ℔. Bankaktien 11. Gemeiner — ℔. 590 ℌ. Prioritäten 36 ℔. 33 ℌ. Oesterreich. 5proz. Metall. — ℔. — ℌ. Württemberg. 3½ proz. 75½ ℔. 75 ℌ. 4½ proz. 92½ ℔.

Münchener Schrannenanzeige vom 16. Dez. 1848.

Getreide-Gattung.	Stadtger. Kasten	Zuschlr.	Landger. Kasten	Zuschlr.	Mehl.	Mittelpreis	Im Vergleich gegen die letzte Schranne mehr		weniger	
	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	fl. kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	641	3622	4263	3602	661	12 57	—	—	—	41
Korn	472	1065	2137	1683	454	8 21	—	—	—	41
Gerste	1318	6617	8135	7675	460	6 43	—	—	—	1
Haber	68	1502	1570	1491	79	4 26	—	—	—	2
Leinsaamen	5	148	153	143	18	14 16	—	—	—	—
Reepsaamen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonntag, 17. Dez.: „Gudo und Genovera", Oper von Halevy.

Fremdenanzeige.

Hotel Mauskk. Ladd, Lieutenant, von London. Weber, Lieutenant, von Augsburg. v. Jonish, Privatier, von Kempten. Frau v. Lievres, von Würzburg. Zeitener, Privatier, von Kempten. v. Ramis, von Aachen.

Wolb. Hahn. Kohn, Kaufmann, von Würzburg. Elkan, Kaufmann, von Kriegshaber.

Blaue Traube. Frau v. Henzinger, Generalsgattin, von Bregenz. Mayrhofer, Metzgerer, von Salzburg. Graf Scharf-Cassell, von Dischingen. Schönlein, Hofgerichtsrath, von Stuttgart. Schwarz, Grubendirektor, von Miesbach. Schweiser, Privatier, von Mannheim.

Stachusgarten. Fischer, Privatier, von Stuttgart. Müller, Privatier, von Augsburg. Michel, Stadtgerichtsrath, von Wasserburg.

Gestorbene in München.

Anna Lechner, ledig, königl. Bataillonsvorsteigens-Gattin, 79 J. a. Maria Torte, Gottardellerstiftsan von der Au, 77 J. a. Theres Berg, Offizialentochter, 62 J. a. Elisabetha Echter, Taglöhnerswittwe von hier, 74 J. a.

Pfandaustösung und Versteigerung.

269. (3c) Mittwoch den 20. Dezember 1848 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat November 1847 und zwar von:

Nro. 8702 bis 18724.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verlegt, umgeschrieben und ausgelöst werden. Nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Mittwoch den 27. Dezember öffentliche Versteigerung.

München, den 30. Nov. 1848.

Königl. privileg. Pfand- und Leih-Anstalt I. der Stadt München.

F. Negrelli, Magistratsrath.

Hannes, Kassier. v. Zech, Kontrolleur.

271. (3c)

Renten-Anstalt

der

Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Der Einzahlungstermin für die VII. Jahresgesellschaft ist in der Art verlängert worden, daß bei den Bank-Kassen in München und Augsburg bis zum 23. Dezember, und bei den Agenten bis zum 18. Dezember noch Einlagen angenommen werden.

München den 1. Dezember 1848.

Die Administration der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Franz Xaver Miezler,
Direktor.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird morgen Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

München, den 18. Dezember.

Se. Maj. der König haben sich unterm 16. Dez. d. Js. allergnädigst bewogen gefunden, den Advokaten Fr. Xav. Thoma in Regensburg von dem Amte der ihm verliehenen Kreis- und Stadtgerichts-Rathsstelle in Landshut zu enthinden, und, seiner deßfalls gestellten alleruntertänigsten Bitte entsprechend, auf seiner Advokaten-Stelle zu belassen, sofort die bedurch in Erledigung kommende Rathsstelle ans dem Stand an Kreis- und Stadtgerichte Landshut dem vormaligen geistlichen Geistlichen Gerichtsassessor, dermaligen Vorstand der Gerichts- und Polizeibehörde Thurnau, Friedrich Ludwig Eisenbeck zu verleihen.

Ernennungen: Des Landrichters Andr. Lonich zum Landwehr-Major und Kommandanten des Landwehr-Bataillons Wegscheid.

Verleihung: Des Rathsregistraturdiurnisten zu Wasserburg, Gerichts- und Polizeibehörde Weißenburg, dem königl. Kapian, Br. Anton. Salzer.

Gewährung der allerunterthänigsten nachgesuchten Dispens des Hr. Karl v. Harscher von dem Amte der Pfarrei Neukirchen, Landgerichts Weilheim und Verleihung derselben an den Pr. Georg Schmidt, Studienlehrer an der Lateinschule zu Weilheim, gleichmäßigen Landgerichts.

Deutsche Reichsversammlung.

(136ste Sitzung vom 15. Dezember.) Tagesordnung. Fortsetzung der Berathung über die Vorlage zur zweiten Lesung der Grundrechte. Der Vorsitzende, Heinrich von Gagern, zeigt den Austritt des Abgeordneten Gerstner aus Böhmen an. Sodann wird eine längere Reihe von deutschen Buchhandlungen namhaft gemacht: Jul. Baumgärtner in Leipzig, Bumont-Schauberg in Cöln, Stammer und Hofmann in Frankfurt, sämmtliche Buchhändler Frankfurts, welche der Reichsbibliothek eine beliebige Auswahl aus ihren Verlagswerken zur unentgeltlichen Verfügung stellen. Moritz Hartmann aus Leitmeritz fürchtet, die Auswahl werde durch Fachmänner und mithin einseitig geschehen. Daher beantragt er, es solle dem Bureau eine Kommission für die Bibliotheksangelegenheit zur Seite gesetzt werden. Wird genehmigt und dem Antrage gemäß beschlossen, zudem zu der bereits Anwesenheit der Vertretung aufgefordert. v. Mansfeld aus Wien ersucht das Reichsministerium in Folge der vom 6ten. Ministerium auf die Anfragen Schuselka's zu Kremsier gemachten Eröffnungen, um Aufklärung der Widersprüche jener Oesterreichischen und der diesseitigen Mittheilungen des Reichsministeriums der Justiz. Zimmermann von Spandow verlangt, daß die vorerwähnten Anfragen und die dazu ernannten Referenten vom Ministerium bezeichnet werden. Dietsch aus Annaberg fragt die Reichsminister des Innern und der Justiz: was zur Ermittelung und Bestrafung der Schuldtragenden von Blum's Hinrichtung geschehen, wie dem Hungerdrucke des Oesterreichischen Ministeriums begegnet werden solle ꝛc. Die diese Anfragen werden dem Reichsministerium zur Kenntnißnahme zugestellt. Wirner verlangt Oeffentlichkeit seines dringenden Antrags in Bezug auf die außerordentliche Konskription in Baden: daß das Reichsministerium des Kriegs veranlaßt werde, die Zurückhaltung der badischen Truppenaushebungsangelegenheiten zu sistiren und dafür die Einberufung von Bürgerwehren, allgemeiner Volksbewaffnung u. s. w. anzuordnen. Der Antrag wird als dringlich nicht erkannt und dem Nächstvorkommen der Verhandlungen überwiesen. Bippermann Wetzlar mißt die Lüge sehr gehörigen Ursachs gesuche vor, die sämmtlich beweislich werden. Dann übernimmt er den Vorsitz für die Fortsetzung der zweiten Lesung der Grundrechte. Titel 1 (in gestriger Sitzung*) angenommenen §§. 15 bis 21 lauten: § 15. Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion. Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen. § 16. Durch das religiöse Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun. § 17. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt aber den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen. Keine Religionsgesellschaft genießt vor andern Vorrechte durch den Staat; es besteht fernerhin keine Staatskirche. Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht. § 18. Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden. § 19. Die Formel des Eides soll künftig lauten: „So wahr mir Gott helfe.“ § 20. Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Zivilaktes abhängig; die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Zivilaktes stattfinden. Die Religionsverschiedenheit ist kein bürgerliches Ehehinderniß. § 21. Die Standesbücher werden von den Religionsgesellschaften geführt. Die Abstimmung geht auch heute rasch von Statten. Unter Verzicht auf die Diskussion wird zum Beschluß über Artikel VI. § 22. Die Zivilgerichtsbarkeit übe Kleriker ist frei. § 23. Das Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staats, und ist, abgesehen vom Religionsunterricht, der Thätigkeit und Gesetzlichkeit als solcher entboben. § 24. Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen, zu leiten und an solchen Unterricht zu ertheilen, steht jedem Deutschen frei, wenn er seine Befähigung der betreffenden Staatsbehörde nachgewiesen hat. Der häusliche Unterricht unterliegt keiner Beschränkung. § 25. Für die Bildung der deutschen Jugend soll durch öffentliche Schulen überall genügend gesorgt werden. Angenommen wird dazu der Zusatz des Schulausschusses: Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener. (Eben so der Zusatz desselben Schulausschusses: Der Staat übt die unter gesetzlich geordneter Theilnahme der Gemeinden, aus der Zahl der Geistlichen, so wie der Weltgeistlichen an.) Eltern oder deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die unteren Volksschulen vorgeschrieben ist. Ohne diesen Zusatz des Schulausschusses werden in dem Artikel einen besonderen Paragraphen bilden, wozu den Verfassungsausschusse der Auftrag ertheilt wird. § 26. Für den Unterricht in Volksschulen und niederen Gewerbeschulen wird kein Schulgeld bezahlt. Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten freier Unterricht gewährt werden. Der Zusatz des Schulausschusses, daß keine besonderen Anzeugnissen mehr bestehen dürfen, zu § 26, wird mit 206 gegen 202 Stimmen verworfen. § 27. Es steht einem Jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will. Artikel VII. § 28. Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubniß bedarf es nicht. Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden. § 29. Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werden. Manchem auf Zuerkennung Anderen folgender Zusatz angenommen worden: „Die in §§. 28 und 29 enthaltenen Bestimmungen finden auch auf das Heer und die Kriegsflotte Anwendung, insofern die Dienstpflichtsgesetze nicht entgegenstehen“ — vertagt das Haus die Berathung über die Grundrechte. Wesendonk interpellirt abermals im dringlichen Tone und mit dem dringendsten Nachdruck den Biedermann-sächsischen Ausschuß um Beschleunigung des Berichts über die preußischen Angelegenheiten. Jordan von Marburg erklärt, daß der Referent des Ausschusses erkrankt und daher die verlangte Berichterstattung vor Montag nicht zu liefern sei. Mit der Feststellung der morgenden Tagesordnung schließt 2), lilie Nachmittags die heutige Sitzung.

*) Als einer der Mitunterzeichner des Fallaffschen Antrags, das Sakrapfworte des Reichsoberhauptes betreffend, ist in unserem gestrigen Berichte Heinrich Laube angeführt. Dies ist irrig. Herr Laube hat den Fallaffschen Antrag nicht unterstützt.

An die Frankfurter Oberpostamtszeitung.

** München, 16. Dezbr. Die „Frankfurter Oberpostamtszeitung“ bringt in ihrer Gerstenblage vom 12. Dez. einen aus München 8. Dezbr. datirten Artikel, nach welchem ein Artikel unserer Blätter aus Frankfurt (er war von unserm ⊙ Korrespondenten), der die Uebervotirtheilung Süddeutschlands bei der Stimmenvertheilung für das Staatenhaus besprach, hier „großes Aufsehen“ und „einen vielfach peinlichen Eindruck“ gemacht haben soll. Ob jener Artikel Wahrheit, darüber sind wir Alle nicht mehr uns zu; jedenfalls kann dieses Aufsehen nicht jenem gleich, das bei von unserm Hrn. Korrespondenten (der beiläufig gesagt weder Bayern, noch Preuße, noch Reichstagsabgeordneter, wohl aber ein Süddeutscher und ganz unabhängiger, durch und durch deutsch gesinnter Mann ist) besprochene Stimmenvertheilung, wie sie Hr. Dahlmann bevorwortet, mehr noch Hr. Heinrich in Bayern, sondern überall ganz Süddeutschland erregt hat, erregen müsse. Was aber den angeblich „peinlichen Eindruck“ anbelangt, so haben wir, wenigstens so weit es uns gegeben war, die öffentliche Stimmung zu beobachten, sie kennen zu lernen, unter unsern Mitbürgern davon nichts, oder doch das Gegentheil zu bemerken Gelegenheit gehabt. Ueberall vernahmen wir allerdings sie, wie auch und häufig gerechte, Klage welcher unser Hr. Korrespondent in diesem Blatte Ausdruck gegeben hat. Daß wir hier mit dieser unserer Meinung nicht allein stehen, daß sie in ganz Süddeutschland überall Wiederhall findet, dafür liefert den Beweis ein Blick auf die Urtheile, die in einer großen Zahl der geachtetsten Organe der Presse Süddeutschland nicht allein, sondern im Schooße der Reichsversammlung selbst laut geworden sind. Erst gestern haben wir der gleichen lebendigen Meinungsausdruck eines durch Talent, Charakter und ächt deutsche Gesinnung gleich ausgezeichneten Reichstagsabgeordneten, des Hrn. Professor Gisbrer von Freiburg im Breisgau mitgetheilt, nachdem es bisher unmöglich geworden war, in der verworrenen Krise zu Frankfurt seine Ansichten und Gefühle vor der Reichsversammlung selbst vertreten zu können. Wir haben dessen Rednitzandersprung auf unsern Spalten gefeiert, weil wir Achtung fand, daß ihn, wie uns, nur das reinste edelste Motiv, die Liebe zum großen Gesammtvaterlande, der aufrichtigste Wunsch für dessen Heil und Größe, und die Sorge für dessen künftige Gestaltung dabei geleitet. Wir sind überzeugt, daß Hr. Gisbrer, so wenig als wir, daran denke, Preußen die hohe, einflußreiche, mächtige Stellung festsetzen zu wollen, die demselben in dem zu bildenden deutschen Bundesstaate in seiner Beziehung gebührt, die es in Anspruch zu nehmen das volle, wohlbegründete Recht hat. Er will aber gleich uns nicht minder billige, gerechte Anerkennung der Rechte auch der andern Glieder des deutschen Staatskörpers; er will mit uns nicht, daß ein anderes großes Glied desselben, das zu allen Zeiten und mehr als einmal ganz allein für Deutschlands Ehre und Recht, für dessen Freiheit und Unabhängigkeit bis aufs Aeußerste kämpfend aufrast und ausharrte, als andere nur noch ihr eigenes Sonderinteresse in Betracht gegen, sich zum Kampfplatze zurückgezogen, aber

gesonbert hatten, im entscheidenden Augenblicke auf demselben zu erscheinen, daß dieses mächtige, edle Glied, unser Bollwerk in Oden und Süden, hinzugetreten, oder auf die eine oder die andere Weise Deutschlands Sache entfremdet, aus dem Verbande mit demselben hinausgedrängt oder hinausgeschleift werde. Darum haben wir der Stimme eines so berufenen Mannes wie Hr. Gfrörer gerne unsere Spalten geöffnet, weil wir den ihn bewegenden Grundgedanken theilen, wenn wir auch nicht alle einzelnen Punkte und Postulate seiner Ausführung uns zu eigen machen. In ähnlichem Sinne und Geiste hatte sich auch unser Frankfurter ⊙ Korrespondent schon vorher ausgesprochen, und wir hätten sicherlich unverrückt können, über den Werth der Frankfurter Oberpostamtszeitung in eine Erörterung darüber zugehen, wären in demselben nicht Thatsachen in einem falschen Lichte hingestellt, in welchem sie zu lassen und nicht gleichgültig sein kann; wären andererseits nicht in jenem Artikel Unterstellungen und Andeutungen gemacht, die wir als unverriente Verdächtigungen gegen unsern Hrn. Korrespondenten sowohl, noch vielmehr aber als Verläumdungen gegen Bayern entschieden zurückweisen müssen. Es sind der Punkte mehrere, welche wir hier zu berühren haben.

Wir lassen dahin gestellt, ob die Bezeichnung des unserm Gegner anstößigen Artikels als eines aus Frankfurt „dairten“ eine zufällige oder absichtsvolle war; in letzterm Falle wäre die Unterstellung fleinlich, da sie für die Sache nichts entschiedet, und dabei wie man zu sagen pflegt vom Zaune gebrochen. Wenn ferner durch besondere Hervorhebung des Charakters unseres Blattes als eines „baibamslichen“ etwa angedeutet werden soll, als habe die bayerische Regierung für jene Meinungsäußerung, die wir selbst (die Redaktion der Neuen Münchener Zeitung) oder irgend einer unserer Mitarbeiter hier oder answärts in unser Blatt niederlegen, einzustehen, die Verantwortlichkeit dafür zu tragen, so müssen wir auch dagegen verwahren. Wir sind eben so wenig gewohnt als gemeint, unsere Inspirationen erst bei irgendwem zu holen, als unsern Korrespondenten die volle Freiheit des Ausdrucks ihrer Meinung zu beschränken; das Einzige, was wir von ihnen verlangen, ist daß sie mit und denselben Grundsätzen huldigen, deren Vertretung und Verbreitung wir und zur Aufgabe gestellt haben. Differenzen von wesentlicher und im Prinzip liegender anderer Gestimmung und Tendenz als die unsrige, ist in unserem Blatte natürlich kein Raum. Wie wir aber nur unsere unabhängige Ueberzeugung zur Richtschnur unserer Worte nehmen, so nehmen wir auch für und allein die ganze Verantwortlichkeit dafür in Anspruch, und können nicht zugeben, daß diese wem immer sonst aufgebürdet werde, wie es fast den Anschein hat, daß man es im vorliegenden Falle wieder thun möchte.

Der Artikel unserer ⊙ Korrespondenten wird als ein „an alle Leidenschaften der süddeutschen und namentlich der bayerischen Leser appellierender Rothschrei“ bezeichnet. Unser geehrter Korrespondent dachte aber — wir sind davon vollkommen überzeugt — so wenig als wir an eine Berufung an die Leidenschaften; er bekämpft vielmehr, wie wir, dieselben überall, wo sich dieselben einer Frage zu bemächtigen, das gesunde unbefangene Urtheil zu beirren und zu unseligen Verdächtigen aber Thatsachen hinzutreiben suchen. Daß aber zu Frankfurt wirklich eine Partei mit all dem Eifer, dessen die Leidenschaft nur immer fähig ist, daran arbeitet, Oesterreich auf Deutschland zu verdrängen und den Norden auf Kosten des Südens zu bevorrtheilen, Deutschland allmälig in Preußen, dann Preußen in Deutschland aufgehen zu lassen, das läßt sich nicht ableugnen, stellen, daran zeigt täglich die Sprache der bekannten Organe dieser Partei, der „deutschen Zeitung“, davon zeugt auch Hrn. Dahlmanns Entwurf des künftigen Staatenhauses, welcher allerdings zunächst Anlaß zu jenem sogenannten „Rothschrei“ unseres Korrespondenten wurde. Die Art, wie die Stimmen im Staatenhause sich vertheilen sollen, die Zurücksetzung Oesterreichs gegen Preußen, Süddeutschlands gegen Norddeutschland im Allgemeinen, in der Gegenüberstellung Bayern-Preußen insbesondere, wie sie sich aus dem Vorschlage Dahlmanns ergeben, sind Thatsachen, die wir nicht weiter zu beweisen brauchen. Wenn aber Bayern bei dieser Vertheilung wegkommt, war überall nicht die Rede. Da aber der Verfasser des Artikels in der Fr. O.-P.-A.-Z. gerade diesen unterstellt, um daraus Folgerungen in seiner Art zu ziehen, so wollen wir unseres Theils ihn auch kurz berichten. Nach der Vertheilung unserer Gegner hätte das Haus Bayern nicht nur nicht zu befragen über den ihm von Herrn Dahlmann zugewiesenen Stimmen-Antheil, es hätte vielmehr alle Ursache sich bei dem Hrn. Professor von Bonn zu bedanken, daß er ihm noch 16 Stimmen gelassen hat. Preußen, der größte deutsche Staat, habe 40, sagt er, das mächtigste kleinere Bayern dagegen 16, während demselben nach diesem Verhältniß nur 11 (?) gebührten. Wir wissen dies zu übergehen, daß Bayern gegenwärtig eine Bevölkerung von 4½ Millionen zählt, also Preußen 18 Millionen zählen müßte, wenn es viermal größer wäre als Bayern. Wenn aber Bayern dann nur 10 oder 12 Stimmen erhielte, so wäre es schwer begreiflich, wie Sachsen, Hannover, Württemberg je 10 erhalten könnten, von denen jedes nur ⅔tel der Bevölkerung Bayerns nicht erreicht. Nach diesem Verhältnisse müßte den Grundsätzen strenger Billigkeit gemäß diesen Staaten eine viel geringere Zahl von Stimmen zugetheilt werden, als ihnen wirklich zugetheilt worden ist. Unser Gegner hat den Standpunkt der Frage zwar zu verrücken gesucht, aber damit ist das Mißverhältniß nach der einen wie nach der andern Seite hin augenscheinlich nichts weniger als beseitigt, es tritt vielmehr immer gleich greil hervor. Doch wäre eine Diskussion auf den Grund der verschiedenen Bevölkerungsziffern verlorene Zeit und Mühe, denn Hr. Dahlmann hat ja selbst erklärt, daß höhere politische Rücksichten, nicht die Stärke der Bevölkerung, das maßgebende Moment für die Stimmenvertheilung im Staatenhause waren. Nach der lichtvollen Darstellung des ganzen Sachverhältnisses, wie sie von Hrn. Gfrörer (in unserer Beilage vom Freitag 15. d.) gegeben ist, können wir uns füglich eines weiteren Eingehens in diesen Punkt überheben, indem wir einfach auf jene verweisen. Der Vorwurf, daß der Artikel unserer Frankfurter Mitarbeiters „nach seiner ganzen Fassung den politischen Haß gegen Preußen wecke, wahrscheinlich um desto nachdrücklicher das deutsche Einheitswerk zu fördern,“ ist ungerecht, weil unbegründet. Die Polemik jenes Artikels richtete sich ausschließlich gegen eine preußische Partei, nicht gegen „Preußen als solches; unser Korrespondent wollte nur Tendenzen bekämpfen, die sicherlich das von und allen angestrebte Einheitswerk nicht fördern, sondern sogleich von vornherein den Keim der Zwietracht und Uneinigkeit in dasselbe legen würden. Nur was auf Gerechtigkeit gebaut ist, hat auch die Bürgschaften der Dauer in sich; von der Gerechtigkeit aber scheinen jene einem ausschließlichen Sonderinteresse huldigenden Tendenzen Umgang nehmen zu wollen. Wenn wir in solcher Weise uns aussprechen, so stellen wir uns keineswegs auf die Seite irgend einer unserischen Parteilichkeit, wir gehören nur einer Partei an, der reinlichen, unbedingten Hingebung für die heilige Sache des großen Gesammtvaterlandes zu; wir haben das Bewußtsein, derselben eben so treu zugethan zu sein, als irgendwer, und am allerwenigsten kann uns der Vorwurf treffen, als hätten wir je in irgend einer Weise Gesinnung, die geistigen und konfessionellen Gegensätze zwischen Süd- und Norddeutschland schroffer zu gestalten, dadurch eine Kluft zwischen beiden zu eröffnen, welcher entgegenzuarbeiten wir vielmehr stets als eine unserer höchsten Aufgaben betrachtet haben und betrachten werden. Wir glauben, die ganze Haltung unseres Blattes gab und gibt davon vor den Augen jedes unbefangenen Richters unwiderleglichen Zeugniß. Unser Zweck, unser Ziel ist zu verstehen, zu einigen, nicht zu trennen: wir wollen, wie wir schon früher Gelegenheit hatten, in gesetzlicher Gleichberechtigung“ und mit Anerkennung und Achtung des Rechte aller sich die Hand bieten zu dem zu gründenden großen Baue der Einheit Deutschlands, damit derselbe auf fester unerschütterlicher Grundlage ruhe. Ob aber der zu Frankfurt von Hrn. Dahlmann und Genossen eingeschlagene Weg zu diesem Ziele führen könne, müssen wir bezweifeln: auf der Uebervortheilung des Einen auf Kosten des Andern kann eine Vereinigung nach kein Heil erwachsen, und darum halten wir es für Pflicht, dieser Ueberzeugung auch offenen Ausdruck zu geben. Wenn man aber schließlich sogar sich nicht scheue, uns und ganz Bayern die Schmach vom Gelüsten nach Wiederkehr des französischen Protektorates, nach dem Joche des Auslandes zu unterstellen, so können wir einen solchen Versuch ruhig dem Urtheil jedes unparteiischen Lesers überlassen, wie selbst enthalten und jeder weiteren Qualifikation desselben, sie ergibt sich von selbst. Ob eine Sache dadurch eine bessere, ob ihr ein Vorschub geleistet wird, wenn man ihre Gegner verdächtigt, verleumdet, können wir gleichfalls dem Urtheil des unbefangenen Lesers anheimgeben.

Zur Aufklärung.*)

Kann die Erschießung Robert Blum's mit der Ermordung Auerswald's und Lichnowsky's auf Eine Linie gestellt werden? Es ist diese Frage von so vielen, auch zugestimmten, vaterlandsliebenden Leuten in bejahendem Sinne entschieden worden, daß es sich wohl verlohnt, einmal zur Sache etwas auf den Grund zu sehen und zu untersuchen, ob denn wirklich die blutigen Thaten des 18. Septembers und die standrechtliche Verurtheilung Blum's mit einander zu vergleichen sind. So sehr wir nun vom Standpunkte der Humanität das Schicksal eines begabten Mitgliedes der deutschen Reichsversammlung, so sehr wir das grausame Geschick der unglücklichen Hinterbliebenen beklagen, so müssen wir hier von den diesen Gefühlen uns fest stehen und in die Sache unbefangen ansehen, wie sie ist. Als Auerswald und Lichnowsky am 18. Sept. einer grausamen Meuchlerbande in die Hände fielen, bekannten sie sich zu Frankfurt am Orte ihres Berufes; wenn sie in der Volksstrche offen und ehrlich stets ihre Ueberzeugung aussprachen, auch auf die Gefahr hin, der fouverainen Galerie zu mißfallen, so haben sie ihre Pflicht gethan; an dem Gewaltthat haben sie sich niemals betheiligt und auch für uns müssen ihre Tode waren sie wehr- und waffenlos den unmenschlichen Kannibalen preisgegeben. Sie sind also in treuer Erfüllung der Pflicht, welche ihnen das Vaterland auferlegt hatte, meuchlings geschlachtet worden. Robert Blum hatte vom Vaterlande den gleichen Auf in die Versammlung der deutschen Volksvertreter erhalten, er war demselben gefolgt und hat auch im Interesse seiner Partei großen Eifer und anerkennenswerthe Thätigkeit in der Paulskirche stets an den Tag gelegt. Als nun die Wiener Bewegung ausbrach, deren Motive dis zur Stunde noch im Unklaren liegen, jedenfalls aber mehr unedler als edler Natur waren, da verließ Blum den Posten, welchen er als Volksvertreter in der Paulskirche einzunehmen hatte, eilte nach Wien, brach nach in Bruchsal mit aus, beteiligte sich fliegen oder zu Pferde, griff zu den Waffen und stellte sich überdies an die Spitze eines Elitenkorps gegen die kaiserlichen Truppen, nachdem er noch kürzlich dazu mitgewirkt hatte, die Aufständischen zur äußersten Entschlossenheit zu treiben. Wir nehmen an, Blum und seine Parteigenossen haben dabei Erhebung für eine gute gehalten, sie seien darum übergaut gewesen, daß aus dem Siege derselben für unser deutsches Vaterland Glück und Heil erwachsen wäre und daß von den Beschlüssen der Paulskirche für Deutschlands Geschicke nichts weiter zu hoffen gewesen sei; unter diesen Voraus-

*) Aus dem Nürnberger Korrespondenten.

sezungen können wir es nur billigen, wenn Blum ein hoffnungsloses Feld der Thätigkeit verließ und sich einer Bewegung anschloß, von deren Gelingen er das Heil des Vaterlandes erwartete, ja wir müssen es achten, daß er muthig für seine Ueberzeugung auch dem Tod entgegenzugehen entschlossen war. Wie dem Augenblicke aber, da Blum dem parlamentarischen Kampfe sich entzog und den Streit mit den Waffen des Geistes gegenüber den Männern des deutschen Volkes aufgab, mußte er auch auf den wirksamen Schutz welchen ihm die Weihe der Paulskirche sonst gewährt hätten, Verzicht leisten; in dem Augenblicke, in welchem er das Schwert ergriff, mußte er das Risiko auf sich nehmen, durch das Schwert umzukommen: er hatte sich auf den Boden begeben, auf welchem Gewalt gegen Gewalt steht und der Gräfer den Sieg und das Recht des Augenblicks anerkennt. Blum's Parteigenossen legen ihren Führer auf das Unverantwortlichste herab, wenn sie über Verletzung des Gesetzes zum Schutz der Abgeordneten schreien und dadurch die Meinung verbreiten, als habe Blum nur deßhalb den Muth gehabt, zum blutigen Aufruhr anzureizen und Hunderte von unglücklichen Menschen den Feuerschlünden des Feindes entgegenzuführen, weil er für sein Haar, das Windischgrätz fiel, sich für unverletzlich hielt. Obgleich wir nie eine besondere Zuneigung für Blum und seine politische Thätigkeit gefühlt haben, so halten wir ihn doch zu hoch, als daß wir einer solchen Meinung uns anschließen könnten. Wir sind, um noch einen praktischen Gesichtspunkt hervorzuheben, überzeugt, daß, wenn das bewaffnete Wiener Proletariat den Sieg über die Truppen errochten hätte, es sich mit jenen Barrikenhelden Hinzpeter und Tausenau und das Ministerium, wenn er diesen Schaaren in die Hände gefallen wäre, mindestens das gleiche Schicksal, wie Blum, gefunden haben würde. Wenn wir auf diese Weise den Parteigenossen Blum's und seinen Anhängern das Recht vollständig absprechen, das Gericht ihres Führers als ein rechts- und gesetzwidrigen anzuklagen, so sind wir doch weit davon entfernt, die standrechtliche Behandlung Blum's billigen zu wollen. Die Nationalversammlung in Frankfurt hat das Recht und die Pflicht, sich gegen die Verhöhnung und Verletzung des Gesetzes vom 30. Sept. zu erheben; sie hat das Recht, es zu beklagen, daß Windischgrätz einen ihrer Mitglieder verurtheilen ließ, ehe er nach Frankfurt geschrieben hatte, um die Genehmigung hiezu einzuholen; sie hat das Recht, auf Gesetzgebung ihrer Gesetze zu dringen, gegenüber von übermüthiger Willkürherrschaft, wie sie gegenwärtig von marschirenden Soldaten. Dieses Rechtes sind aber Diejenigen verlustig gegangen, welche selbst die Waffen ergreifen, welche stets die Versammlung in der Paulskirche und die von ihr erlassenen Gesetze verhöhnten und das Volk zur Mißachtung gegen dieselben, ja zur blutigen Gewaltthat gegen deren Urheber aufstachelten. Wir erachten aus Grund unserer Seite jene Führer der demokratischen Partei, welche in der Gesetzgebung des unteren Hauses öffentlich den Muth verlichtert stets nur die Gesetzlosigkeit und die Aufstehung gegen die Beschlüsse des deutschen Reichstags predigen und jetzt Zeter schreien, daß nicht nur die Demokratenschaaren, sondern auch einmal ein Fall. Fetwarschall sich diese Predigt zu Herzen genommen hat. Allein die Demokraten Blum's Pinsichtung einen solgen Mord nennen, so wollen wir hier daran erinnern, daß nach dem 18 September in demokratischen und Arbeitervereinen den Mördern Auerswald's und Lichnowsky's ein Hoch gebracht wurde und daß das Organ der Demokratie am Rhein die Ermordung dieser beiden Abgeordneten „einen höchst respektablen Auswuchs des Volkm-Lens" nannte. Möchten es die sogenannten Demokraten sich zu Herzen nehmen: Wer Wind sät, wird Sturm ernten, und wer den Schutz des Gesetzes für sich in Anspruch nimmt, muß vor Allem das Gesetz selbst achten!

Deutschland.

Nach der Allg. Ztg. ist der Rücktritt des Hrn. v. Schmerling „auf Ersuchen seiner sämmtlichen Kollegen" erfolgt, und mit ihm haben auch die Unterstaatssekretäre Bassermann und v. Würth ihre Entlassung begehrt und erhalten. Hr. v. Gagern tritt nun an die Spitze des Ministeriums, das die österreichische Frage der Entscheidung entgegenzuführen haben wird.

Württemberg. — **Stuttgart**, 11. Dezbr. Von dem ersten Augenblicke der großen Bewegung dieses Jahres an begann wie die feste Ueberzeugung, daß die von einer gewissen Partei in das Leben eingebrängten widerfinnigen und unpraktischen Grundsätze an ihrer eigenen Bodenlosigkeit, und bloßwerk am erfolgerschen, scheitern würden In diesem Sinne begrüßten wir jeden muthigen Widerspruch der Linken als einen gegen ihr eigenes Fleisch gesührten, und herzlich willkommenen Beistand, und wir hatten die Befriedigung, in blutiger, unbewissen Selbstbekämpfung Schlag auf Schlag mit einer Schnelligkeit auf einander folgen zu sehen, daß wir auf das baldige und tödliche Ende der großen Komödie (welche neben dem großen historischen Drama den armen Volke von gewissen politischen Charlatanen vorgezaubelt wurde) sest hoffen konnten. Wir dachten uns, wie die Erfahrung lehrt, auch nicht getäuscht. Wie wissen wir nun den Ort und die Zeit genau zu geben Reiorm: wir müßten uns aber schlecht auf den politischen Pulsschlag Deutschlands verstehen, wollten wir verkennen, daß der revolutionäre Fieberparoxismus vorüber ist. daß das „Volk" endlich angefangen hat, seine gepriesenen Freunde richtig zu würdigen, daß es endlich begreift, daß eine gewisse Partei ein heilloses Spiel wie seinen heiligsten Interessen getrieben hat, daß es die Ketten des Terrorismus brechen, daß es sich der Leitung eigenmächtiger, unsähiger Volksführungen entziehen muß, soll es nicht gänzlich (und von seinen sogenannten Freunden nur zu bald schmählich verlassen) in Noth und Elend versinken. Das edle Wiener Studentenkorps, die geschmähigten Demazogen in Berlin, Breslau und Köln, die Linken der Nationalversammlung, Herr Vogt und Konsorten von der Pfingstweide, sodann Hecker, Struve, und unser Rau von Gaiborf, alle diese grossen Metroee, welche am politischen Horizont als republikanische Irrlichter flimmerten, haben der erschütterten Achtung vor dem Gesetz den größten Dienst erwiesen, indem sie der verführten Masse des Volks praktisch und einleuchtet durch den Eigensinn bewiesen haben, daß die Staatsgesellschaft, der Ernst, der Wohlstand, und der politische Fortschritt ohne volle Herrschaft des Gesetzes und der Ordnung inhaltlose Begriffe sind. Solchen wir nun namentlich auf den öffentlichen Geist in Württemberg, vergleichen wir den gegenwärtigen mit dem, welcher noch vor wenigen Monaten so manches zaghafte Gemüth erschrecken und manchen besorgten Kapitalisten sein dunkel Geld dem verschwiegenen Boden der Erde anvertrauen ließ: so dürfen auch wir uns zurufen, dieser Stoff ist ein viel besserer geworden. Wir verhehlen diesen Umschlag zum Bessern nicht blos den großartigen Niederlagen der Demokraten außerhalb unserer Landesgrenzen, wir verdanken ihn auch zum großen Theil dem Handeln und Wirken der „Volksbegläser" innerhalb unseres Landes. In unserer Abgeordnetenkammer namentlich hat die staatsmännische Weisheit der HH. Schmeer, Schopf, Zeller, Eisenlohr rc. die unsinnigste Hetzung der wortigen Staatsdiener, wie Schober, Seeger, Zoller rc. viel dazu beigetragen, manchem bisher Befangenen die Augen zu öffnen. In den Städten wendet man sich immer energisch der von den demokratischen Wühlereien ab; man sieht endlich darüber klar, wohin diese nur zu bald gesührt haben. Auf dem Lande will man nur Ruhe und Ordnung; man ist auch da des wüsten Treibens und der Phrasen überdrüssig, aber einflußreiche Leute, der alte Kalender und Volksfreund, wie verdanken ihm auch zum großen Theil dem Handeln und Wirken der „Volksbeglücker

von hier nach Ungarn zur Armee abgegangen und die hiesige Besatzung dadurch bis zur Hälfte vermindert. Auch Fürst Windischgrätz reist dem Vernehmen nach heute ab, ohne jedoch, wie man glaubt, seine Abwesenheit längere Zeit hindurch eintreten zu lassen. — Die Stimmung der Bevölkerung in den Vorstädten läßt noch immer viel zu wünschen übrig. — In Gewerbsangelegenheiten tritt wieder ein sehr steuerbürgerlicher Geist hervor.

† Wien, 14. Dez. Die Einstellung Gallizien's nach russischen und polnischen Verwaltungsgebieten ist wohl als ausgemacht anzunehmen; ebenso die Aufhebung bis unter dem Namen „Theresianum" bekannten Erziehungsinstituts für den Adel. — In mehreren verbannten schweren Urtheilen sind Begnadigungen und Milderungen eingetreten, doch ward bei jenen, welche Militärpersonen im Aktiv-Dienste betrafen, den Gesetzen ihr Lauf gelassen. — Graf Colloredo, gewesener Vorstand des Aerarium- und Generalrechnungs und vieler Finanzitätsbanken ist am 10. Dez. einer langwierigen Krankheit erlegen. — Im Laufe dieses Monats sollen noch für den Wiener Bezirk die Bahnen hinsichtlich der angeordneten Handelskammern stattfinden. — Das Ministerium beschäftigt sich mit der Vorlage eines provisorischen Gemeindegesetzes. — Die Börse in Wien fast unverändert; nur Nordbahn-Aktien niedriger wegen neuerig beträchtlicher Stückeinbringen, die in der übermorgen stattfindenden General-Versammlung gewärtiget werden.

† Wien, 15. Dez. Gestrige Reichstagssitzung. Die Abgeordneten Fischer, Czepka, Hammerstil und Hawlicek legen ihre Mandate zurück — Der Antrag des Finanzkomitees in Betreff der 80 Mill. wird erst Morgen aufgegeben. — Ministerialrath Helfert, daß er nicht die Interpellation wegen der Stellung des Ban Jellachich mit unterfertige habe und sonach nicht alle Deputirte von Dalmatien die Frage ans Ministerium richtete. — Borkowski legt Protest ein gegen den Beschluß der Kammer, daß für durch Majorität jede Debatte abschneiden kann. Fischer aus Salzburg, welcher als Landeschef nach Olmütz versetzt geht, spricht herzliche Abschiedsworte und rauschelt der Kammer, die angeführte Dringlichkeit der Verwaltung Salzburgs zu berücksichtigen. — Man kömmt bis zu §. 75. — Nächste eine Festivität zu Ehren der anwesenden Serben stattfinden. — Der Pensionsausschuß trägt vor, daß St. Polten, Rosenberg und andere Gewerbs- und Handelsstädte eine eigene Vertretung dieser Industrieweige im Reichsrate gestattet werde. Wird den Konstitutions-Ausschuß zugewiesen.

Eine Petition des Wiener Sicherheitsausschusses um Bestätigung von Seite des Reichstags wird als acta gelegt; so sie die bestätigende Verwaltung Salzburgs zu berücksichtigen. — Man kömmt bis zu §. 75. — Nächste eine Festivität zu Ehren der anwesenden Serben stattfinden. — Der Pensionsausschuß trägt vor, daß St. Polten, Rosenberg und andere Gewerbs- und Handelsstädte eine eigene Vertretung dieser Industriez

Nr. 149.

Neue Mannheimer Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 6 fl. Halbjährig 12 fl. Einzelnbögen 3 kr. pr. Zeile.

Dienstag den 19. Dezember 1848.

Expedition: Heumarktplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 19. Dezember.

Durch Allerhöchstes Reskript wurden und zwar vom 11. Dez. 1848: der Offizianl der Kreiskasse von Oberdonau, Adam Krämel, auf Ansuchen auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt, und dessen Stelle dem Funktionair bei der Zentralstaatskasse, Maximilian Baumüller, provisorisch verliehen; vom 13. Dez. 1848: der Forstmeister zu Waldsassen, Heinrich Frhr. v. Scheben, auf Ansuchen auf das Forstamt Eichahl in Nürnberg versetzt und dessen Stelle dem Revierförster zu Augegern, Michael Schneller, übertragen; vom 15. Dez. 1848: der Oberrechnungsrath, Karl Wilhelm Hopp, zum Direktor der Regierungs-Finanzkammer von Unterfranken und Aschaffenburg in Würzburg ernannt; der Ministerialrath im Staatsministerium der Finanzen, Dr. Augustin Buchner, unter Belassung Allerhöchster Zufriedenheit mit seinen langjährig treugeleisteten Diensten in den Ruhestand versetzt und an dessen Stelle der Regierungs-Finanzkammer-Direktor zu Ansbach, Dr. Johann Georg v. Wanderer, berufen; vom 16. Dez. 1848: der als Vermeser der Direktorstelle bei der Steuerkatasterkommission ernannte erste Rath, Joh. Nep. Grünberger, in der Eigenschaft einer Direktors dieser Stelle definitiv bestätiget.

Se. Maj. der König haben unterm 24. Dez. gerucht, den Wirth Schauer-Rein auf die von der vorigen Marktgemeinde gebildete Bitte mit Rücksicht auf die vorzügliche und auf die termalige Verhältnisse sehr genauverbliebene Verhältnisse dieses Marktes, in die Zahl der Städte des Königreichs aufzunehmen.

Deutsche Reichsversammlung.

(137. Sitzung vom 16. Dezember.) Tagesordnung. 1) Ergänzungswahl eines Mitgliedes in den völkerrechtlichen Ausschuß. 2) Wahl eines Schriftführers an die Stelle des Herrn Schuler. 3) Berathung des vom Abgeordneten Stahl, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses erstatteten Berichts über die in der Sitzung vom 23. September gemachte Vorlage des Reichshandelsministeriums Duckwitz, die kommerzielle Einheit Deutschlands betreffend. 4) Fortsetzung der Berathung über die Vorlage zur gemeinschaftlichen Gesetzgebung. Das bunte Gewirre der Ansichten der Abgeordneten selbst so wenig zahlreich, daß, als nach 9½ Uhr mit dem Verlesen des Protokolls die Sitzung eröffnet werden soll, begründete Zweifel darüber erhoben werden, ob überhaupt schon eine beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern im Hause versammelt sei. Der Vorsitzende wird durch die Abgabe von Stimmzetteln ermittelt. Unter ihrer Einsammlung und Auszählung verstärkt sich die Anwesenden von 120 bis auf 200 und darüber. Nachdem der Bevollmächtigte, Bürgermeister Wilhelm Besler, dreß mit der Bitte um ein nochmaliges Geschehen verlängert hat, kann endlich das Protokoll verlesen und genehmigt werden. Die Herren Klenschrot aus München, Brüginger aus Thann, Werner und Oppenrieth treten in die Nationalversammlung ein, während Herr von Wydnoff aus Sachsen aus derselben ausscheidet. Die Urlaubsgesuche, die sich bei der Annährung des Weihnachtsfestes allerdings wesentlich vermehren, sind im Verhältnisse zur Größe der Versammlung dennoch keinesweges von einem solchen Belange, daß eine Störung des Geschäftsganges zu befürchten wäre. Herr Mathy-Karlsruhe will die Berathung des Berichtsstand, der die Verfassungsausschüsse vorgelegen hat, wird auf Schoen's aus offen Veranlassung an den volkswirthschaftlichen Ausschuß überwiesen. v. Wydenbrugk will die Berathung über die Eingabe der anhaltischen Stände beschleunigt sehen, damit, wenn ein Einschreiten nöthig würde, sich die Lage der Verhältnisse das dahin nicht von Neuem verändere. Dann werden für die auf der Tagesordnung unter Nummer 1 und 2 angeführten Wahlen die Stimmzettel eingesendet. Für den völkerrechtlichen Ausschuß erhält die Stimmenmehrheit: Herr von Binde. Zum Schriftführer der Nationalversammlung an Herrn Schulers Stelle ist Herr Koch aus Leipzig gewählt. Dann wird der Bericht Stahls über die Vorlage des Handelsministeriums in Berathung genommen. Der volkswirthschaftliche Ausschuß hat sich aber auch in dieser Frage zu einem einstimmigen Erachten nicht vereinigen können, sondern es liegen wiederum Majoritäts- und Minoritätsvorschläge vor. Für die Letzteren hat Eisenstuck aus Sachsen die Berichterstattung übernommen und sie entfalten nicht nur die Grundzüge einer künftigen Handelspolitik Deutschlands, wie sie von der Minderheit des Ausschusses, den Herren Degenkolb, v. Tieslau, Eisenstuck, Hildebrand, Holland, Malowitsch, Moritz Wohl, Müller, von Reden, Schwartzenberg gewünscht wird, sondern zugleich auch den Umriß zu einem Reichsgesetze zur summarischen Begründung der commerziellen Einheit des deutschen Bundesstaates. Die Mehrheit des volkswirthschaftlichen Ausschusses dagegen hat sich aber ihrer handelspolitischen Grundsätze nicht angeschlossen, sondern in Folge der Vorlage des Hrn. Duckwitz vom 23. Sept. stellt sie die Anträge: 1) „Die Nationalversammlung ermächtiget die Zentralgewalt, die Lösung der zwischen deutschen Einzelstaaten und fremden Nationen bestehenden Handels- und Schiffahrtsverträge, wo es erforderlichen Falles neuen Umwandlungen in Reichsverträge zu bewirken, auch neue Verträge dieser Art abzuschließen, alles unter Vorbehalt der Genehmigung der Nationalversammlung." 2) „Die Nationalversammlung beschließt, daß der Ausschuß der Zentralgewalt die zur Beurtheilung von Reichsgesetzen über deutsche Schiffahrt, Eisenbahnen und Postwesen in seinen Akten vorhandenen Materialien zu dem Zwecke übermittle, die dem Reichsministerium beizugebenden Gutachtlichkeit der Nationalversammlung zur Beschlußnahme vorzulegen." 3) „Die Nationalversammlung beauftragt die provisorische Zentralgewalt, mit möglichster Beschleunigung Gesetzesvorlagen zur Begründung einer Zolleinheit Deutschlands, soweit solche zum Zwecke der Notarbeiten erforderlich sind, zu machen." 4) „Die Nationalversammlung beauftragt die Zentralgewalt, mit Zuziehung mit den Zollanst zu conventen und der Nationalversammlung vorzulegen." 5) „Die Nationalversammlung erklärt, daß sie durch die vorstehend enthaltenen Anträge in keiner Weise das ihr zustehende Recht der Initiative gestehet wissen will." Das Wort ergreift zuerst sehr ausführlich und im Sinne der Minderheit des Ausschusses der Abgeordnete Reden, Bürgermeister, die es dringend zur Sprache bringt, daß es nöthig sei, daß eine Uebereinkunft der Verhältnisse sich mit allen Kräften beschleunigt werden, wenn sie überhaupt zu Stande kommen solle. Stande aus Schleswig: Ich will nicht, ob Herr v. Reden pro domo oder ob er pro ministerio spricht. (Heiterkeit bei der Linken.) Ich will nur bemerken, daß die Ansichten, die sich von dem

neue Verträge mit dem Auslande schließen. Allein wenn das Handelsministerium nicht auf Grund der vollzogenen kommerziellen Einheit verhandeln kann, so kann es mit auswärtigen Staaten überhaupt nicht verhandeln, und eben so wenig kann es die Sonderverträge einzelner Staaten in Reichsverträge verwandeln. Endlich erblickt Moriz Mohl auch in den österreichischen Verhältnissen nur einen Grund mehr dazu, die Zolleinheit Deutschlands zu beschleunigen. Nachdem der Schluß der Debatte verlangt und genehmigt worden, ertheilt Eisenstuck das Wort dem Redner Hahn und Strahl darauf die Mehrheitsansträge. Eisenstuck: Im Mai gab es keinen Widerstreit der Meinungen darüber, daß wir vor Allem berufen seien, die materielle Einheit Deutschlands herzustellen. Aber die Bittschriften des Mai sind verwelkt, der Winterstoß vor der Thüre. 176 Petitionen, bedeckt mit mehr als 39,000 Unterschriften, sind eingegangen. Sie alle fordern die kommerzielle Einheit Deutschlands und fordern sie sofort. Der nächste Weg, der zur Lösung dieser Frage führt, der einzige, ist der beste. Der Handelsminister hat das Wort dem Schwanze, wenn er sein Gesetzgebungswerk nicht beginnt mit der Solidarität von Schiffahrtsbestimmungen. Den norddeutschen Staaten das Vertrauen schenken, sie würden sich in keine weiteren Verträge einlassen, das kommt uns nicht zu, sondern sie müssen in die gesetzliche Unmöglichkeit dazu gebracht werden. Einige Bewegung ruft folgende Bemerkung Eisenstuck's hervor. Es hätten Mitglieder des Hauses, die hier auf der äußersten Rechten gesessen, in Hamburg Demokratenversammlungen arbeiten, um dort gegen die handelspolitischen Maßregeln der deutschen Nationalversammlung aufzuwiegen. In Süddeutschland fährt er fort, war früher die Abneigung gegen das Zollsystem am Stärksten, welches die einheimische Industrie vor der fremden bevorzugt. Und gerade dort ist jetzt der Hauptsitz der Schutzfreunde. Freilich, um die deutsche Selbständigkeit handelt es sich in dieser Frage. Der Kampf darum ist uralt, und daß es an Helden hierin Selbständigkeit nicht fehlt, kein Wunder. Sollte aber das Werk der politischen Einheit, wie hier die Besürchtung ausgesprochen worden ist, scheitern, sollten wir die abermalige Zersplitterung des Vaterlandes nicht abwenden können, so wollen wir doch retten, was noch zu retten ist, zum wenigsten also die materielle Einheit. Dahin ist das Minderheitserachten des Ausschusses gerichtet. Sagen Sie nicht, daß die Versammlung nicht kompetent sei zu einer Beschlußfassung, wie wir sie vorschlagen. Haben wir das Geld für die Truppenverlegungen bewilligen und nach Wechselgesetz erlassen dürfen, werden wir in künftiger Woche nicht über 30 Mill. des Finanzbudgets zur motivirten Tagesordnung übergehen, so sind wir auch kompetent zu dem Gesetze über die kommerzielle Einheit Deutschlands. Gierauf schließt unter dem Applaus des Hauses, worauf Stadt aus Gleiwitz gegen das Majoritätsreferat redtertrieg: Die Verschiedenheit der beiden Ausschußparteien ist nur eine formelle, denn über viele Punkte des von der Minderheit vorgeschlagenen Gesetzentwurfs herrscht Uebereinstimmung. Aber wir von der Mehrheit vertagen die Berlegung unserer Grundsätze auf die Berathung der Vorlagen des Handelsministeriums und wollen keine Abstimmung derselben. Hr. Eisenstuck irrt, wenn er die Begründung der politischen Einheit Deutschlands könne nützlingen. Ich theile diese Besorgniß nicht. Allein wenn wir nicht durch die Verfassung die politische Einheit des Vaterlandes zu sichern vermögen, so haben wir auch kein Mittel, die kommerzielle Einheit zu schützen. Vielmehr wird die kommerzielle Einheit der politischen von selbst folgen. Allerdings liegen die Sachen nicht wie im Mai. Es ist ein Zwiespalt in Deutschland aufgebrochen, den wir bedauern, sondern die hier aufgebrochenen Zollgegensätze haben die norddeutschen Bevölkerungen im höchsten Grade aufgeregt. Um die Sympathien ganzer Volksstämme handelt es sich. Wollen wir sie auf's Spiel setzen, indem wir unveranlaßt allgemeine Grundsätze verkündigen, die hier auf Beifall, dort auf die tiefste Abneigung treffen? Den Gesetzesvorlagen des Handelsministeriums gegenüber werden die Grundsätze zur Anwendung kommen, die in diesem Saale zur Mehrheit haben. Das ist der Gesichtspunkt, aus dem Sie die Majoritätsanträge betrachten wollen. Auf den Antrag Werner's von Nierstein entwickelt sich die Versammlung mit 262 gegen 175 Stimmen für den Uebergang zur Tagesordnung über die Vorschläge der Minderheit des vollswirthschaftlichen Ausschusses. Zur Annahme gelangen dagegen von den Anträgen der Ausschußmehrheit, ohne Aenderung, die Absätze 1 und 2, wie wir sie in vorstehendem Berichte mitgetheilt haben. Der Absatz 3 dagegen erhält durch eine kleine Auslassung die folgende Gestalt: „Die Nationalversammlung beauftragt die provisorische Zentralgewalt, mit möglichster Beschleunigung Gesetzesvorlagen zur Begründung einer Zolleinheit Deutschlands zu machen." Absatz 4 und 5 werden ebenfalls unverändert angenommen. Der Antrag auf Verwerfung aller Verbesserungs- und Zusatzanträge wird die Angelegenheit vollends beseitigt. Der Vizepräsident theilt ein Schreiben des Reichsverwesers mit, nach welchem die Entlassung der H.H. v. Schmerling und v. Würth angenommen worden ist. Inzwischen ist Heinr. v. Gagern eingetreten und ergreift unter allgemeiner Spannung das Wort. Er hat vom Erzherzog Reichsverweser den Auftrag des Präsidenten zu ergänzen erhalten und ist entschlossen, der ihm gewordenen Mission zu genügen, weßhalb er das Präsidium schon heute niederlegt. Bei den Worten des Vertrauens, die Hr. v. Gagern an seine Eröffnungen knüpft, sowie am Schluß seiner kurzen Rede unterbricht anhaltendes Beifallklatschen und Zuruf die feierliche Stille. Die Versammlung vertagt sodann ihre Berathung auf Montag den 18. Dezember. Nachdem noch ein Antrag an den österreichischen Ausschuß verwiesen, und der Austritt des Hrn. Dewes aus der Reichstagsversammlung angezeigt worden, ruft Löwe von Kalbe den vollswirthschaftlichen Ausschuß wegen des versprochenen Gewerbeordnungsentwurfes an. Dann wird die Sitzung geschlossen. Die erste Nummer nächster Tagesordnung ist die Wahl eines Präsidenten an Gagern's Stelle. (D. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 16. Dez. Die D.-P.-Z. meldet amtlich: Der Reichsverweser hat den Reichsminister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten, Anton Ritter von Schmerling, seinem Wunsche gemäß von dieser Stelle enthoben. Der Reichsverweser hat den Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern, Joseph von Würth seinem Wunsche gemäß diesem Amte enthoben. Der Reichsverweser hat den Reichsgesandten am königlich großbrittannischen Hofe, Victor Freiherrn von Andrian, seinem Wunsche gemäß von dieser Stelle enthoben.

Frankfurt, 16. Dez. In der gestrigen sehr belebten Abendgesellschaft bei dem preußischen bevollmächtigten Minister, Herrn Bamphausen, hörte man natürlich der Rückkehr des Herrn von Schmerling einen der Hauptgegenstände des Gespräch's. War man einerseits über den Uebertritt des, gegen die Lage der Dinge im gegenwärtigen Augenblicke ihm dieser Schritt gebot, so sprach sich andererseits einstimmig die Anerkennung der hohen Verdienste dieses Staatsmannes unverholen aus. Dem Vernehmen nach soll ein Antrag vorbereitet worden, ihm Seitens der Nationalversammlung einen Dank zu wollen. Herr von Gagern, in dessen Hand Herr von Schmerling seine Vorrefseilles niedergelegt hat, wird sein Ministerium mit der Einbringung eines Antrags in der österreichischen Frage beginnen. Beide Herren befanden sich unter den Gästen. Es versteht sich von selbst, daß er auch die Präsidentenstelle des Conseils übernommen hat. — Einer der beiden Reichsstimmführer für Preußen, Herr Hergenhahn, ist aus Berlin zurückgekehrt. Seine Nachrichten lauten sehr zufriedenstellend über die preußischen Verhältnisse. Man hat dem Vernehmen nach, Herrn Gr. Schwerin, ist die dringende Einladung zur Rückkehr nach Frankfurt ergangen, damit er im Parlamente seinen Vizepräsidentenplatz einnehme. (D. Z.)

Bayern. — *† München, 16. Dez. Der zum Staatsrathe im außerordentlichen Dienste ernannte königl. Kämmerer, Frhr. v. Closen, hat sich gestern Abends nach Olmütz begeben, um daselbst dem Kaiser Franz Joseph I. die Glückwünsche Sr. Maj. unseres Königs zu Allerhöchstdessen Thronbesteigung persönlich darzubringen.

— ? Bamberg, 15. Dezember. (Landtagswahlen.) Das unserer Volksvereins in der Wahl der Landtagsabgeordneten über unseren konstitutionellen Verein den Sieg errungen hat, ist bereits allgemein bekannt, schwerlich aber kennt man auswärts die unglaublichen Konjunkturen, durch welche ihm dieser Sieg möglich wurde. Das Wahlgesetz übertrug die Gehörung des Wahlergebnisses einem Wahlausschusse, und die Wahlgesetzkundigen mußten vorzüglich den Wahlausschuß ausersehen, um der Verdrängung der Wahlstimmen die Nummer des Gewählten und die Nummer des Wahlzettels abzulesen, mit Verschweigung der Namen der Wähler." Daher wurde aber auf Antrag des Vorstandes unsers konstitutionellen Vereins ein anderes Verfahren beliebt, welches nicht nur dem Ausschusse, sondern auch andern Personen die Anwesenheit beim Ehrengeschäfte der Wahlzettel und die gleichzeitige Kenntniß nicht nur der Gewählten, sondern auch jener Wähler möglich machte. Um mir obiges Wahlzuggeständniß durch Verschweigenhaltung des Wählers dessen Wahlzettels sicher stellen, so wurde sie hier durch das entgegengesetzte Verfahren unterzogen und größtentheils gänzlich vernichtet. Unsere Demokraten, vorwährend durch eine Abordnung der Ihrigen im Wahllokale vertreten, wußten so gut auf die bloßgestellten Wähler zu wirken, daß Alle, die es für alle Fälle nicht verderben wollten, oder noch wenigstens ihre Ehren und ihr Eigenthum außer Gefahr wissen wollen — und deren sind hier so viele und noch mehr als anderwärts — nicht den Muth zu einer den Demokraten mißfälligen Wahl gewinnen konnten. Wie der sonst so wackere Wahlkommissär ein solches dem Gesetze und einer Institution entgegenstehendes Verfahren zugeben konnte, vermögen wir kaum zu erklären, und daß der konstitutionelle Verein die offene Falle nicht sah, und nicht sofort gegen das mindestens höchst auffallende Auftreten seines Vorstandes und einiger weniger hingerissenen Mitglieder energisch in die Schranken trat. Gist hinterher fallen die Schuppen von den Augen, und man ist begierig, wie der konstitutionelle Verein das Benehmen seines Vorstandes, wie der nächste Landtag eine Wahl deutschen wird, welche nicht etwa nur wegen Formfehlers, sondern wegen augen augenscheinlicher Beschränkung der Wahlfreiheit, also wegen Mangels der gesetzlichen Gültigkeitsbasis bart angefochten werden soll.

Schleswig-Holstein. Altona, 12. Dez. Die unheilvolle Insubordinationsangelegenheit in unserer Armee ist jetzt auf dem Wege der Gerichtigkeit entschieden worden. Das in Sachen der Meuterei der 5ten Kompagnie niedergesetzte zweite Obergericht in Rendsburg publizirte gestern Vormittag das Erkenntniß. Der Verfasser der Adresse an das 7. Bataillon ist zu dreijähriger Zuchthausstrafe, die übrigen Mannschaften der Kompagnie, welche die Adresse unterschrieben hatten, sind resp. zu einund zweijähriger Festungshaft unter Ausstoß condemnirt und unter Further Eskorte nach Friedrichsort gebracht worden. Neben dieser beklagenswerthen Symptomen des Ungehorsams in einigen Truppentheilen ist es erfreulich für jeden Vaterlandsfreund, daß sowohl bei den Städte- als den Bewohnern des platten Landes die größte Entrüstung sich gegen die Wi-

verpersönlichkeit der betreffenden Kompagnie kund gibt. Man will wissen, daß General von Bonin und mehrere in der schleswig-holsteinischen Armee distinguirte Offiziere in Folge dieses Vorfalls aus den schleswig-holsteinischen Diensten treten wollen. Wir müssen aber dieß Gerücht als unlauter bezeichnen, weil wir nach verläßlicher Mittheilung erfahren haben, daß weder General von Bonin noch andere preußische Offiziere dieselbst ihre Stellungen aufgeben werden, da bereits die gemeinsame Regierung den Oberbefehlshaber aufgefordert, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, dem militärischen Gehorsame Geltung zu verschaffen. Dieß wird im umfassendsten Sinne geschehen. — (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Preußen. — Berlin, 15. Dez. (Schluß. Z.) Unsere ersten praktischen und theoretischen Juristen sollen auf Betreiben des Departements der Rationalversammlung, welche für den Beschluß der Steuerverweigerung gestimmt haben, von dem Richter zur Verantwortung gezogen werden können, sich dahin ausgesprochen haben, daß dieß nicht geschehen könne: hingegen könne man die Abgeordneten, welche später das Volk und ihre Kommittenten durch auferizende Briefe zur Auflehnung und Beschlusse zu verleiten suchten, alle in Anklagestand versetzen. Geschieht dieß, so dürften auch alle Die, welche sich dabei, ohne gerade Deputirte gewesen zu sein, betheiligten, zur Rechenschaft gezogen werden.

Oesterreich. — " Folgendes ist die Proklamation des F.-M.-L. Schlick an sein Korps bei Ueberschreitung der ungarischen Grenzen:

„Soldaten! Der Reichstag hat Euch Blutschuld an mir und Kommando des gallizischen Armeekorps übertragen, darauf ist mir die Ehre gewerden, Euch zu berufen. Der Zweck unsers Einmarsches in Ungarn ist „Ruhe und Ordnung herzustellen. Dem ruhigen Einwohner, der uns als „Bruder empfängt, müssen wir freundlich entgegenkommen, aber wehe dem, „der sich uns feindlich entgegenstellt, der soll unsere guten Waffen kennen „lernen. Wir stehen unserm Kaiser!" — das Recht ist auf unserer Seite! — „Wir gehören zu treuen, tapferen östlichen Armee und das Uebrige wird sich „finden." — Hauptquartier Tuela, 2. Dez.

Frankreich.

B. **Paris**, 12. Dez. Paris kömmt mir heute beinahe unkenntlich vor. Da das Straßenpflaster ganz weich ist, jedoch nicht vom Schnee (obgleich wir meinen im Dezember leben herrscht eine milde Frühlings-Temperatur und die heutige Sonne strahlt über die glänzenden Zinnen Versailles') sondern von lauter Wasserfluth, welche den Boden bedeckt. Von solchen Wasserfluthen, die ein Konzertsaal zu Gunsten Garaignacs aus einem Dutzend herabfließen ließ, fielen mir kaum vorhin einige auf den Hut. Unsere ludwig Napoleon zu Bayen rennten nur in die Laube gesteckt, wo sie nun muthwillig zusammen tuben bis ich über weitere bedingen werde Noch Amandine sah ich mit Raspail zusammen und dem Baden liegen. Er erbarmte ich mich ihrer gleich dem Samariter und stellte sie in den Saal zu den Uebrigen, die letzten Kandidaten werden sich aber — wenn sie durchfallen sollten, jedenfalls durch ihre Werke oder den Kampfer erhalten. Aber das Gluck das wird nun die Braut nach Saune führen, welches nach aller Wahrscheinlichkeits-Berechnung den Bürnen zu Theil werden dürfte Die Flitterwochen mögen dann wohl nicht fehlen, und was nach diesen kömmt, ist allzu bekannt um es hier weiter anzuführen! —

B **Paris**, 13. Dez. Jacta est alea! — Die Würfel sind gefallen. Ludwig Napoleon wird Präsident der französischen Republik. Das Gerücht will die Sache zwar bis zu dieser Stunde noch nicht recht glauben und dort noch immer für Cavaignac. allein alle andern Morgenblätter zweifeln nach den vorliegenden Resultate der Wahlzettel durchaus nicht mehr an der Ernennung des Prinzen und zwar mit überwiegender Stimmen-Mehrheit. Da es nicht mehr interessant ist die Kommentare der verschiedenen Blätter hierüber zu vernehmen, so konnte ich heute kaum den Augenblick erwarten, wo mir der Genuß deren Durchmusterung vergönnt war. Das Hofblatt, der National, benimmt sich wirklich mit edelster Resignation und sagt sogar im Falle von Unruhen dem Prinzen seine Unterstützung zu, hat sich zu Gunsten Ludwig Napoleons erklärt, bethen Name der Wahlruf „Ame wie eine Pulver-Flamme ensteigt." — Kein Zweifel daß Herr v. Girardin in diesem Augenblicke (um mich orientalisch auszudrücken) in einen Ozean von Wonne schwimmen, aber auch nach unseren deutschen Reinen Ausdrucke möchte Etlichen sindet man — als den Leichengang eines Kindes. — Die nächsten Berichte aus Paris lauten sehr günstig über den Zustand des Landes, die Ordnung ist daselbst allenthalben wiederhergestellt, und der Betrag des H. Coupons 1843 — dessen Bezahlung zu Ende dieses Jahres verfroren war — dem franz. Konsul behändigt worden. — Paris genießt der größten Ruhe, und ein paar Gaminsbewegungen aufgenommen, ist weiter nicht vorgefallen. — Die Exekution nach Civitavecchia unter dem General Molitere liegt noch immer ruhig in Marseille, wo sie sicherliche Uebungen vornimmt und bin und her marschirt. Dies sind Molières sämmtliche Werke!

" Paris, 14. Dez. Auf der Dampfcorvette Pluton, welche am 6. Neapel verlassen und am 9. zu Toulon angekommen, ist der Linienschiffs-Kapitän Maissin, Chef des Generalstabes der Flotte des Mittelmeers, mit einem Briefe des Papstes eingetroffen, in welchem dieser den französischen Regierung für ihr Anerbieten zum Einschreiten dankt und seine Ansicht kundgibt, in den Kirchenstaat nur dann zurückkehren zu wollen, wenn die Verölterung des Landes ihm den Wunsch dazu zu erkennen gibt. Einem Gerüchte zu Folge soll Pius IX. unlängst erklärt sich das Volk des Kirchenstaates unter dem Rufe: es lebe Pius IX., und selbst zu Rom sinde eine Reaktion in diesem Sinne statt. (Die direkten Nachrichten aus Rom vom 9. schweigen hiervon.) — Der Sieg L. Napoleons bei der Präsidentenwahl mit großer Mehrheit stellt sich täglich bestimmter heraus. — Die Reute ist heute etwas gewichen, nachdem sie gestern beträchtlich gestiegen war. Man spricht noch immer von der Zusammensetzung des neuen Ministeriums nach der Anerufung des Präsidenten.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Dienstag, 19. Dez.: „Die Gebieterin von Saint-Tropez", Schauspiel nach dem Französischen von Lembert.

Gestorbene in München.

Mechtilde Mathis, königl. Beichtmütterersfrau, 55 J. a. Franz Xav. Weinzierl, freireligiöser Pfarrer von Ampfing, 73 J. a. Anna Maria Decker, Milchmannsgattinwwe, 72 J. a. Karl Christ. Gottl. Mauvertreicher von hier, 26 J. a. Alois Richter, Badergehilf von Altötting, 31 J. a.

303. **Bestellungen** auf das täglich in **12.000 Exemplaren** erscheinende

Frankfurter Journal

und die damit verbundene „Dreiakkatie" wolle man gefälligst bei den nächstgelegenen Postanstalten einreichen. — Bei der bekannten Verbreitung dieses Blattes eignet es sich ganz besonders zur Aufnahme von Anzeigen aller Art.

Frankfurt a. M., im Dezember 1848.

Die Expedition des Frankfurter Journals.

Bekanntmachung.

Betreffend das Maierbauerngut zu Gelting.

Mittwoch den 10. Januar k. Js.,

Vormittags von 10 bis 12 Uhr wird zu Gelting, Gt. im Hause des Balthasar und der Maria Ziegler, Maierbauersleheleute wohnhaft selbst, das ihnen gehörige nachbeschriebene Anwesen auf Antrag eines Hypothekgläubigers öffentlich versteigert, und nach den Bestimmungen des §. 64 des Hypothekengesetzes und den §§. 96—101 der Gerichtsordnungs-Novelle vom Jahre 1837 zugeschlagen, sobald der Schätzungswerth erreicht wird, und sie höhere Bietungen nicht erfolgt. Gerichtsunbekannte Kaufsliebhaber haben sich über Vermuth und Zahlungsfähigkeit durch gerichtliche Zeugnisse auszuweisen.

Das Anwesen, zum größeren Theil zur Kirche Gelting leibrechtig, besteht nach dem Grundbuchauszuge

1) aus dem zweigädigen Wohnhaus mit Stall und Stadel, sammt gemeinsamen Hofschmiedlache, das Wohnhaus von Holz, der Stall im 1. Stock gemauert, werth 1000 fl.

2) Garten-, Aecker-, Wies- und Holz-Grund, zusammen 50 Tagw. 84 Dez., werth 2342 fl.

3) lediglose Aecker im 5 Tagw. 47 Dez., werth 164 fl.

4) veräußert eigener Wies- und Aker-Grund 7 Tagw. 4 Dez., werth 563 fl.

5) veräußt eigene Wiese 1 Tagw. 60 Dez., werth 64 fl.

Summe 4333 fl.

gerichtlich erhoben am 16. Nov. 1848.

Aus 16. Nov. 1848.

Königl. Landgericht Wolfratshausen.

Martin, Landrichter.

coll. Vogl, Rechtspr.

268. (3c)

299. **Das schönste Weihnachtsgeschenk für Kinder.**

Im Verlage der Unterzeichneten ist so eben erschienen (vorrräthig in der Lit.-art. Anstalt der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in München):

Robinson der Jüngere. Ein Lesebuch für Kinder von J. H. Campe.

Illustrirte Pracht-Ausgabe, in der Reihe der vierzigste, mit 50 Holzschnitten, nach Zeichnungen von Professor Ludwig Richter. Royal 8. Fein Velinpap. cart. Preis 3 fl. 36 kr.

Wer kennt Campe's Robinson nicht? Wer erinnerte sich nicht mit Vergnügen der Stunden, die ihm selbst die Lesung dieses unübertrefflichen, köstlichen Kinderbuchs gewährt hat, eines Buches, welches, wie kaum ein anderes, ein bleibendes Weihnachtsgeschenk für die Kinderwelt geben als diese künstlerisch trefflich ausgestattete Ausgabe, die jedoch nur in Verbindung mit einer wohlfeilen Ausgabe des Textes allein, wenn sie sich durch die Bilder auch Neue in Robinsons Abenteuer einlassen. — Neben der illustrirten Ausgabe ist so eben auch die einundvierzigste Auflage in 8. 8. mit einer Abbildung, Preis 1 fl. 21 kr., erschienen, und eine Schulausgabe, die jedoch nur in Partien abgegeben wird, zu 54 kr.

Braunschweig, November 1848.

Friedrich Vieweg und Sohn.

Bekanntmachung.

Die Aufnahme von Unterärzten in die königl. bayer. Armee betr.

301. Es ist Veranlassung gegeben, die allgemeinen Bestimmungen vom 6. November 1845, die Aufnahme von Unterärzten in die Armee betreffend, in Erinnerung zu bringen:

Nach denselben soll der Landrat

1) das Judicium besitzen,
2) promoviert, oder doch die Schlußprüfung nach Vorschrift vom 30. Mai 1843 bestanden haben,
3) feldtriegsdienstfähig,
4) ledigen Standes, und
5) von mittelmäßigen Vermögen sein.

Ueber diese Erfordernisse, sowie auch über Ehrenzeugnisse haben die Kompetenten ihren Gesuchen legale Beilage beizugeben.

In seinem über wissenschaftliche Befähigung und die Prüfungsnote ausgestellten, und das über körperliche Tauglichkeit von einer Militär-Sanitätskommission ausgefertigten Zeugnisse.

Da die Aufnahme nur in der untersten militärärztlichen Charge, nämlich in jener eines Unterarztes II. Klasse geschehen kann, so darf der Bewerber das 30. Lebensjahr nicht überschritten haben.

Active Aerzte können nur mit der ausdrücklichen Bedarfe in die Armee aufgenommen, oder im Falle eines Krieges auf die Dauer desselben in den Feldspitälern verwendet werden.

Der Gehalten, welchen etwa innerhalb zweier Jahre freie Kolge gegeben werden könnte, wird, wenn sie die Kompetenten vor Antritt des zweiten Jahres, — jedoch ohne weitere Beilagen — nicht widerrufen, angenommen, daß hiersüber eine solche Anmeldung nicht mehr wünschen.

Vorstehende Bestimmungen gelten auch für jene Pharmazeuten, welche eine Anstellung als Unterapotheker in der Armee anstreben.

Da jedoch die Zahl der bereits vorgemerkten Pharmazeuten im Verhältniß zu den wenigen Stellen schon sehr groß ist, so ist für diese zur Zeit keine Aussicht auf eine solche Anstellung vorhanden.

Dieses wird in Vollziehung des königl. Kriegs-Ministerialreskripts vom 12. Dezember des Jahres Nro. 21,899 hiemit bekannt gegeben.

München den 15. Dezember 1848.

Die
Königliche Stadtkommandanschaft.

298. (2b) Ein Lohgerber, geschäftsgewandt, sprachkenntnig, merkantilischer und ökonomischer Kenntnisse besitzend, sucht seine Stelle zu verändern. Gefällige Offerten unter A. Z. beliebt die Redaktion.

Bekanntmachung.

300. Auf kreditorschaftlichen Antrag wird das zur Verlassenschaft der Wirtstochter Katharina Maxbauer zu Thanö gehörige sogenannte Wimmerwirthsgütl zu Thanö bei Vorpirching, sammt realer Wirthschaftsgerechtsame am

Donnerstag 1. Februar 1849,
Vormittags von 10 bis 12 Uhr,

im benannten Wirthshause zu Thanö öffentlich verkauft.

Dieses Anwesen enthält:

A. An Gebäuden.

Das ganz gemauerte zweistöckige Wohnhaus, im guten baulichen Zustande, eine gemauerte Stallung, einen hölzernen Stadel und Schweinstall, Holzhütte und Backofen.

B. An Grundstücken.

1) Den freiliegenen Hausboden zu 4 Tagw. 58 Dez., 9. Bonit.-Kl.
2) Gras- und Baum-Garten mit Bürgärtl zu 2 Tagw. 50 Dez. 17. Bonit.-Kl.
3) 2 Aecker in 78 Dez., 9. Bonit.-Kl.

Walzende Grundstücke.

4) Gumetingerschedacker zu 1 Tagw. 7 Dez., 8. Bonit.-Kl.
5) Wiese vom Hinteringerfeldacker zu 44 Dez., 13. Bonit.-Kl.

Antheile vom Gaffelsdorfergantze in Salzburg.

6) Eckdorfwiblwieck zu 92 Dez., 6. Bonit.-Kl.
7) Eckdorfwidl (Ulrich) zu 1 Tagw. 16 Dez., 6. Bonit.-Kl.

Waldung.

8) Hauptgarantschaft zu 62 Dez., 3. Bonit.-Kl.

Dieses Gesammtanwesen, einschließlich der realen Bierwirthschaftsgerechtsame wurde am 20. Mai l. Js. gerichtlich auf 2863 fl. geschätzt, welche Summe als Anhaltspreis genommen wurde.

Nach allenfallsiger Ueberreichung mit den Grundbüchern kann vom Anwesensstande auch das vorhandene Mobiliarschaft um den Schätzungspreis von circa 700 fl. abgelöst werden.

Zur verlangenden Versteigerungsakt ist gehört noch eine Depositenforderung von 1500 fl. gegen Johann Müller von Oberhaupersdorf, Gerichts Loppenberg, aus die Benützung von circa 6 Tagwerk Aecker und Wiesen, 8, 9, und 12. Bonit.-Kl. des obigen Johann Müller, der der Art bedungen, daß im Falle dem Johann Müller die Verbindung mit dem wohnenden Grundstücke, welche dermalen der Exekutionsakt aufgehoben wird, die obigen Grundstücke statt dem Zurückgegeben und das obigen Kapitals aus Eigenthum der Verlassenschaftsmasse übergehen.

Es werden daher auch obige Grundstücke für den Fall, als sie in das Eigenthum der Masse übergehen, gleichzeitig zur Versteigerung gebracht.

Der Zuschlag an den Meistbietenden erfolgt nur vorbehaltlich der Genehmigung der Gläubiger, und werden die näheren Verkaufsbedingungen am Versteigerungstage bekannt gegeben.

Obige Anwesensbestandtheile sind theils freiliegend, theils erbrechtsweise grundbar zum königl. Rentamte Passau und zur Pfarrei Hutthurm, und zu ersteren in Bezug der Anwesensgrößen mit fixirten Handlohn zu 86 fl. und zu letzterer mit der Handlohn zu 20 Prozent als Absatz und Zustand aus dem Kauf- oder Schätzungswerthe.

Jährliche Abgaben zum Königl. Rentamte.

Einfache Rustikalsteuer				1 fl.	57 kr.
„ Haussteuer				— fl.	57 kr.
Gewerbssteuer				1 fl.	
Stift				— fl.	36 kr.
Stift zur Pfarrei Hutthurm				— fl.	12 kr.

Kaufsliebhaber werden mit dem Bemerken eingeladen, daß Personen, deren Zahlungsfähigkeit dem Gerichte unbekannt ist, sich über solche durch gerichtliche Zeugnisse auszuweisen haben, und daß auch in Bezug der Preise, sowie in der Art und Weise der Versteigerung das Kaufsschlüssiges die Genehmigung der Kreisregierung vorbehalten bleibt.

Passau am 2. Dez. 1848.

Königl. Landgericht Passau I.
Hint.
Landrichter.

302.

Zur Aufklärung.

Wiederholte öffentliche Klagen der bayerischen Buchhändler gegen den katholischen Büchervereln veranlassen den unterfertigten Vereinsausschuß zur Aufklärung des wahren Sachverhaltes nachstehende Notizen zu veröffentlichen.

Der Verein, 1830 gegründet zum Zwecke, gute katholische Bücher zu verbreiten, besteht aus Mitgliedern jeden Standes im Lande, unbeschränkt in der Anzahl, welche monatlich sechs Kreuzer beisteuern und dafür Belschärfung aus Gratisbücher erhalten. Der von Gratisbüchern verbreiteten Bücher oder sind drei Klassen; a) die delagten Vereinsgaben, b) solche, welche von ihm ausschließlich auf eigene Kosten gedruckt und vertegt werden, c) zufällig solche, welche von den resp. Verlagshandlungen bemselben angeboten, gegen Baarzahlung in Partien abgenommen und an Jeden, der will, abgegeben werden. In Bezug auf die ersten beiden Artikel steht und handelt die Absatzation in ihrem unbeschränkten Rechte. Hinsichtlich der vorgenen Verlagsartikel, die sie in ihr Verzeichniß aufgenommen hat, kann der Verein bisher zumeist nur den ausdrücklichen Wünschen und Anerbietungen der resp. Verlagsbuchhandlungen selbst entgegen. — Derselbe, als eine wohlthätige Anstalt für die unbemittelten Klassen, verzieht für sich nicht den geringsten Gewinn, wie eine Dividende oder dgl.; besitzt keinerlei Kapitalvermögen, und verwendet den sich ergebenden Ueberschuß abermals für Stiftungszwecke, durch unentgeltliche Ablassung von Schulprämien für arme Kinder oder unvertrte Schulen, von Büchern für entfernte Gemeinden, für Krankenhäuser, Krebsstuben, Spitäler u. s. w. Die Vereinsbücher werden jährig theils den Vorsteigern, theils den Mitgliedern zu, wenn zwischen der Verein auf deren Wunsch und freigestellte Bedingnisse Bücher übernimmt, und desgleichen in der Regel in ihrem Vorrathe zu weiteren Zwecken übergt, weil sowohl der niedrigere Preis als auch die Empfehlung von Seite des Vereines als solchen, das Publikum anzieht und dem Debit Vorschub leistet. Die Menge der alljährlichen Anerbietungen von Seite der Verlagsbuchhandlungen beweist eben so sehr, wie man den Vortheil dieser Anstalt richtig erkannt hat, als sich andererseits schwer erklären läßt, wie von daher eine Beschwerde sich gegen dieselbe erheben mochte. Einen und den einzigen Schein mag es für sich haben, wenn Sortimentsbuchhandlungen klagend äußerten. Da indeß, wie gesagt, die resp. Verleger in ihrem Interesse und Belieben es weiter sie es für gut finden, mit dem Vereine anknüpfen, so konnte und durfte solcher ruhig in dieser inneren Geschäftsart verbleiben zur eigenen Erwägung anheim geben, in wie weit durch ihre Verbindung mit dem Vereine die allenfallsigen Unterschiede unter Sortimentsbuchhandlungen beseitigt werden oder nicht; wie denn auch für die Zukunft es von ihrem Ermessen abhängen muß, ob und wie weit sie mit ihren Anerbietungen dem Vereine sich zu nähern ihrem Interesse einsprechend finden werden. Eine Zusammenstellung mit den Bestellregistern des Gesammtbuchhandlungen-Vereines scheint ihnen ungeeignet worinbt. Das Wissen des Vereines ist übrigens ein durchaus offenes, vollkommen uneigennütziges, und ausgesprochenes, wie bezeigt, dem buchhändlerischen Vortheile im Allgemeinen sehr förderliches. Seine Jahresberichte geben deßfalls Zeugniß. — Die Beschwerdeführer, Vorurtheile und Beschwerden, so weit letzteren ihre Beziehung finden, werden theils leicht Berichtigung finden, wenn die sich vertrauensvoll diesbezüglich durch die betreffenden Behörden sich Aufklärung über den wahren Sachbestand verschaffen wollen, theils auf dem Wege redlicher Verständigung sich heben lassen, indem der Verein bereitwilligst billigen Forderungen und Anträgen jederzeit entgegenkommen wird.

München, den 17. Dezember 1848.

Der Central-Ausschuß des katholischen Vereines zur Verbreitung guter Bücher.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Zur Abwehr.

** In der Sitzung der badischen zweiten Kammer am 15. Dezbr. machte sich der Abg. Häusser zum Organ derselben Verdächtigungen gegen Bayern, welche bereits in Frankfurter Blättern aufgetaucht sind und eine Entgegnung unsererseits hervorgerufen haben (Beilage zu Nr. 148 d. N. M. Z.) Aus dem Umstande, daß Bayern in früherer Zeit, die so Gott will nie wiederkehren wird, zur Rettung der eigenen Existenz sich gewaltsam zu einem Bündniß mit Frankreich hingedrängt sehen, wollte der bad. Abg. Häuser die Wahrscheinlichkeit ableiten und begründen, daß an den — wir sagen geradezu böswilligen — Gerüchten, als hätte Bayern nur gegenwärtigen Augenblicke Sonderbestrebungen, doch etwas Wahres sein könnte. Dabei wurde als weiterer Grund zu solcher Annahme die Haltung angeführt, welche Bayern „im Einverständniß mit andern kleineren deutschen Staaten" auf dem Wiener Kongreß behauptete, eine Haltung, welche, wenn wir uns recht erinnern, allerdings die Rettung der Selbstständigkeit Sachsens, die von anderer Seite ernstlich bedroht war, zum Zweck und auch zur Folge hatte. Auch auf einen französischen Agenten wurde hingewiesen, der nach einem Frankfurter Blatte in Deutschland sich herumtreiben soll, um im Sinne der Gründung eines neuen Rheinbundes die pantriotistischen Bestrebungen zu unterstützen. Auf die Frage des Redners, ob die badische Regierung mittelbare oder unmittelbare Kenntniß von solchen Bestrebungen habe, unverortete Staatsrath Bekk verneinend: sie wisse nichts weiter von der Sache, als was die öffentlichen Blätter und einige Privatnachrichten gebracht. Im Uebrigen sprach er die Hoffnung aus, daß alle in den Verhältnissen liegenden Schwierigkeiten überwunden und die großen Interessen, die das Vaterland an seiner Einigung hat, auf einem friedlichen, seine Würde bewahrenden, Wege werden. Nachdem noch Zell mehr Rücksicht in Behandlung dieser Gegenstände in Anbetracht der obwaltenden Schwierigkeiten anempfohlen hatte, wurde endlich der Antrag Zentners einstimmig angenommen, welcher lautet: „Die Kammer wolle zu Protokoll erklären, sie richte die Aufforderung an die Regierung, allen sonderbündlerischen Bestrebungen, welche das große Ziel der Einigung Deutschlands gefährden könnten, mit Ernst und Kraft entgegenzutreten." Diesem Beschlusse an sich können wir nur beipflichten, und keine deutsche Kammer könnte und würde ihn anders fassen, sobald wirkliche unzweifelhafte Thatsachen vorlagen, welche das wirkliche Vorhandensein solcher Sonderbestrebungen auf irgend einer Seite zur Gewißheit machten. Aber wenn man bezüglichen Beschuldigungen nicht auf bessere Grundlagen zu fußen vermag als auf bloß Gerüchte, für deren Werth wir bereits den Maßstab angegeben haben, so sollte man es wünschen und — beschließen denn doch nicht die Ehre einer förmlichen Kammerverhandlung und eines darauf folgenden Beschlusses antun. Die württembergische Kammer, in der wir übrigens gerade auch kein Muster von Takt und Mäßigung erkennen, hat jedoch neulich in ähnlichen Falle, wo auch auf ein bloßes Gerücht hin Interpellationen gegen die Regierung gestellt wurden, die geschwiegene Geringschätzung gethan. Das Vorkommniß in der badischen Kammer erklärt sich jedoch, wenn wir die Persönlichkeit des Mannes ins Auge fassen, welcher sich zum Organ der Verdächtigungen gegen Bayern gemacht hat. Es ist Hr. Häusser, einer der Hauptmitarbeiter der „Treuschen Zeitung," welche bekanntlich schon vor Jahresfrist über Alles hinfällt, was nicht unbedingt für das preußische Erbkaiserthum ist. Wer das Unglück hat zu glauben, das große Werk der Einheit Deutschlands lasse sich auf anderem Wege als auf dem der Hinausdrängung Oesterreichs aus dem Gesammtverbande vielleicht besser erreichen, als mit jenem Erbkaiserthum, der ist in den Augen der „deutschen Zeitung" ein Partikularist, der bündigt vorkommenswerthen Sonderbestrebungen, und wie die „deutsche Zeitung" so sagt, so ist es natürlich und konsequent, daß auch Hr. Häusser als einer ihrer Hauptredakteure in seiner Eigenschaft als badisches Kammermitglied denselben Ton anstimmt. Allerdings erhält die Beschuldigung darum nicht um ein Quentchen mehr Gewicht, wenn auch der Verdächtigung ein weiterer Spielraum geöffnet wird.

Hirten-Brief

des hochwürdigsten Herrn Herrn Carl August, Erzbischofes von München-Freising, erlassen den 11 Dez. 1848.

Wir Karl August, durch Gottes Barmherzigkeit und des heiligen apostolischen Stuhles Gnade Erzbischof von München-Freising, Sr. Heiligkeit Pius IX. Hausprälat, et Solio Pontificio Assistens etc. etc. entbieten allen Gläubigen Unserer Erzdiözese Gruß und Segen!

Es sind drei Monate verflossen, geliebteste Diözesanen, seit Unserem Herzen der unaussprechliche Schmerz bereitet wurde, daß ein mitleidswerther Priester Unserer Erzdiözese den unseligen Entschluß faßte, den Glauben der einzig wahren katholischen Kirche zu verläugnen und sich zum Anhänger jener Irrlehren zu machen, welche sich zur Augsburger Deutschkatholiken nennen. Wir haben nicht gesäumt, Geliebteste, durch die öffentliche Exkommunikation dieses unglücklichen die schwere Pflicht Unseres bischöflichen Strafamtes zu erfüllen und so den unverzeihlich kund zu geben, was von jener Empörung gegen die Kirche zu halten ist. Wir haben uns auch die Verpflichtung nicht verdrießen, in die verlassene Gemeinde Ihnnmünster zu eilen und dort durch Unser Hirtenwort die gekränzten und betrübten Gläubigen aufzurichten und im Glauben zu bestärken; Wir haben endlich die weise Verfügung jener ehrwürdigen Weltgeistlichen betreten, in deren Schooße dieses Unheil schon früher vorhanden war, und können nun nicht mehr länger zögern, Euch, theuerstes durch das Blut Jesu erkauftes Seelen, die Ihr Unserer Obsorge anvertraut seid, in wenigen, aber ernsten Worten zu sagen, was jene Sekte ist, und welche Gefahr Euerem ewigen Heile von ihr droht. Es nennen sich jene Irrlehrer Deutschkatholiken und deuten schon in diesem Namen ein Unrecht. Denn Katholiken sind nur solche, die der Lehrsätzen, z. B. allgemeinen, durch alle Länder verbreiteten, seit ächzehn Jahrhunderten bestehenden heiligen Kirche Gottes angehören, deren Mittelpunkt der Nachfolger Petri ist, welche in ununterbrochener apostolischer Reihenfolge ihrer Bischöfe und Priester von Christo selber bestanmt, durch diese apostolische Nachfolge die gesammte Lehre des Herrn besitzt und in den heiligen Sakramenten ihre Gläubigen heiligt und stärkt, welche als die Heiligste, lebendige und triumphirende Abschrift Gott, Reinigungsort und Himmel wunderbar verbindet. Dieses gestern aufgestie Unkraut aber ist, wenn auch wieder eine Erneuerung alter Irrthümer, in dieser Gestalt den vergangenen Jahrhunderten und den übrigen Ländern der Erdkreises fremd; die Anhänger dieser Irrlehre verwerfen und verachten den obersten Hirten und die Bischöfe der Kirche; sie erkennen nicht die heilige, durch alle Geschlechter verehrte Lehrer; sie glauben nicht an die durch die Anrufung und Verehrung der Heiligen bethätigte Gemeinschaft der Heiligen und wissen nichts von der so tröstlichen Verehrung der allerseligsten und unbefleckten Jungfrau Maria; sie betrachten sich und Andere der heiligen Siebenzahl der Sakramente; sie verachten, so weit es an ihnen ist, das erhabene Verordnungsopfer der heiligen Messe. Wer aber also thut, Geliebteste, der ist nicht katholisch; er ist all jenen, tröstlichen Benennungen, die das letzte allgemeine Concil von Trient gegen diejenigen festgesetzt hat, welche solches setzen würden. Sie sind aber auch keine deutschen Katholiken; denn ihre Lehre ist nicht jene, welche die Apostel von Deutschland, die heiligen Bischöfe, Martyrer und Bekenner, wie St. Maximilian, St. Rupert, St. Kilian, St. Bonifaz, St. Willibald, St. Corbinian, St. Emmeram und so viele Andere, die mit Handlungen und Worten bezeugt haben; nein! ihr Irrthum ist ein trauriger Abfall von jenen ehrwürdigen apostolischen und katholischen Christenthum, auf welches einst die Größe und Einheit Deutschlands gebaut worden ist. Der Geist der Wahrheit treibt Euch, Geliebteste, freimüthig zu sagen: Diese Irrlehrer sind keine Christen, und wie der heilige Apostel Jakobus aus Eifer Gott gegen sie Menschen sich erhob, so sind auch Wir lange für dieses Gericht vorherbestimmt sind, Auserlese, welche die Gnade unseres Gottes in Schwelgerei verkehren und den einzigen Gewaltsaber und Herrn Jesum Christum verläugnen (Jud. 4.) Dem derzeitige erkannt Jesum Christum nicht als Gott, sondern verschränken Herrn und Meister, der nichts als Gott ist glaubt. Nur der ist ein Christ, Geliebteste welche das Geheimniß der allerheiligsten Dreieinigkeit bekennt, auf das wir getauft sind, welcher den einen Gott in drei göttlichen Personen anbetet, nämlich Gott, den ewigen Vater des gleich ewigen göttlichen Sohnes, Jesus Christus, der für uns und zum Heile der Jungfrau Mensch geworden ist, Sein fortdaret Blut am Stamme des heiligen Kreuzes vergossen hat für die Sünden der Welt, erlauben und begraben worden ist und auferstanden von den Todten aufsitzt zur Rechten, wo Er sitzt zur rechten Hand Gottes, von dannen Er kommen wird zu richten die Lebenden und die Todten. Nur der ist ein Christ, welcher Gott den heiligen Geist mit Vater und Sohn als Gott bekennt, der da Herr ist und Lebendigmacher, vom Vater und Sohn ausgeht und mit ihnen Beiden angebetet und verherrlicht wird. Ja wer diese Artikel nicht hält, welche diese Irrlehrer unter dem 16. Sept. l. Js. verdammlich haben, findet sich kein Mann von der Gottheit und Menschwerdung unseres Herrn und Heilandes Jesu Christi, von Seinem Erlösungstode und Seiner glorreichen Auferstehung, von der Auferstehung der Todten, von der Gottheit des heiligen Geistes, Lehren, welche auch unsere zu unserem ewigen Schmerze von uns getrennten Brüder, die Protestanten, festen die Glaubensbekenntniß Treu sind, als Fundamental-Artikel des christlichen Glaubens anerkennen und bekennen. Wir erklären daher feierlich, geliebteste Diözesanen, daß jene, welche sich dieser Sekte anschließen, vom Christenthum selbst abtreten und sich in die äußerste Gefahr stürzen, vom Erbe des ewigen Heiles ausgeschlossen zu werden. Wir warnen Euch ferner die Verführungen des Irrglaubens und den Worten zweier heiliger Bischöfe und Martyrer Christi, zweier Schüler der glorreichsten Apostel des Herrn, welche das, was sie vor mehr als achtzehnhundert Jahren geschrieben, mit ihrem Blute besiegelt haben, nämlich des heiligen Ignatius, Bischofes von Antiochien, und des heiligen Polykarpus, Bischofs von Smyrna. Der erstere schreibt: (ad Trall. c. 6.) „Ich beschwöre Euch, nicht ich, sondern die liebe Jesu Christi, nur die gesunde Nahrung Euch zu bekommen, fremdartiger Weide Euch zu enthalten, welches die Irrlehrer ist, deren Lehrer todtringenden Gift mit Honig vermischen und darbieten, was der Unwissende mit Lust genießt, und doch ist der Tod drinnen. Dieß rathe Euch also von Solchen. Das werdet Ihr aber thun, wenn Ihr nicht aufgeblasen seid und nicht getrennt von unserm Gott Jesus Christus und den Bischofe und den Anordnungen der Apostel." Polykarpus sagt (ad Philip. c. 7.) „Wer aber ohne den Bischof die Kirche Gottes hat, der ist nicht rein im Gewissen." Und Er, Polykarpus, ruft

den Philippern zu: (c. 7.) „Wer nicht bekennt, daß Jesus Christus Fleisch geworden, ist ein Antichrist, und wer sich Gehrismus des Kreuzes nicht fremd, ist aus dem Teufel, und wer die Worte des Herrn verkehrt nach seinen eigenen Begierden und behauptet, daß weder Auferstehung sei noch Gericht, der ist der Erstgeborne des Satans.“ So höret denn, Geliebteste in Christo, die Stimme Eures Hirten und lasset Euch nicht abwendig machen von unserem heiligen katholischen Glauben, nicht bestricken in Irrthum und Lüge. Niemand aber Niemand sich täusche und ungewarnt die Gnade Gottes und den Kirche übertrete, so erklären Wir hiemit zugleich: 1) Daß alle jene, welche ihren Austritt aus der katholischen Kirche anmelden und bei jenen Irrlehrern inntreten, oder welche, ohne erstens förmlich zu thun, das sogenannte Abendmahl der Abtrünnigen genießen, in die Strafe des Kirchenbannes verfallen, aller Gnaden und Sakramente der Kirche Gottes verlustig gehen. 2) Sollte einer von diesen Leuten übergegangenen Priester, der mit unauslöschlichem Charakter der Priesterweihe, auch wenn er wollte, nicht verkehren kann, die heil. Handlung der Konsekration so zu vollbringen wagen, wie sie die Kirche als zur Wandlung nothwendig vorschreibt, so würde er zwar gültig konsekriren, aber dabei das größte Verbrechen des Sakrilegiums begehen und die, welche auf seiner Hand kommuniziren, würden sich das Gericht und den ewigen Tod essen und trinken. Bei Menschen aber, welche in Gemeinschaft Christi und die wahre, wirkliche und wesenhafte Gegenwart des Herrn im allerheiligsten Sakramente des Altars läugnen und die für die bl. Messe vorgeschriebene Form verletzen, läßt es sich nicht voraussehen, daß sie je im Sinne und Glauben der Kirche die Konsekration vollbringen, so daß ihr Abendmahl als den bl. Wäschen der Kirche zuwider und deßhalb als nichtig betrachtet werden muß, und wenn doch dasselbe auch in solcher Täuschung einen äußern Schatten der erhabenen Feier des hl. Meßopfers beibehielte, so ist doch der Inhalt des heiligsten Opfers zerstört, da das wahre und einzige Opferlamm Jesus Christus nur durch gültige Konsekration dargebracht werden kann. 3) Da das hl. Sakrament der Taufe auf dem Glauben an den dreieinigen Gott und an den Erlösungstod des Gottmenschen Christi beruht, welche Glaubenswahrheiten jene Irrlehrer verwerfen, so ist in hohem Grade zu befürchten, daß dieselben auch die von ihnen gespendete heil. Sakramente einfache Handlung und Worte nicht beobachten werden, und Wir verordnen daher, daß alle von diesen Sektirern getauften Kinder oder Erwachsene, wenn sie später zur Kirche gelangen, bedingungsweise getauft werden sollen, sofern nicht besondere Gründe für die Gültigkeit der Taufe vorliegen. Mit Ernst und Schärfe, Geliebteste! haben wir gegen diese Irrlehrer zu Felde ziehen müssen. Wir ermahnen Euch aber zugleich im Herrn, daß der Abscheu, den Ihr gegen Sünde und Irrthum haben sollt, Euch nie berechtigt, den Sünder und Irrenden persönlich zu hassen, zu kränken oder zu beeinträchtigen. Im Gegentheil wachten Wir es Euch zur Pflicht, recht oft in Euren Gebeten dieser Unglücklichen eingedenk zu sein und ihnen Gnade zu erwirken, damit der gütige Gott sich ihrer erbarme und sie zurückführe zum Schoße der hl. katholischen Kirche zurückführe. Erheben wir daher unsere Herzen und Blicke zum Kreuz unsers Herrn Jesu Christi, der seine Kirche mit seinem Blut erworben hat, und flehen wir anbetungsvoll zu Ihm, daß er sich bald, bald seiner Heerde erbarmen möge; rufen wir an die mächtigste Fürbitte des treuesten unbefleckten Mutterherzens unter dem Kreuze, seiner starken Jungfrau, deren Gebet nach den Worten der Kirche alle Irrlehren in der Welt überwindet; harren wir aus in Gebet und Kampf, denn nach den Stürmen, die jetzt toben, kommt die Stunde und sie ist nicht fern, wo die Völker wieder zur hl. katholischen Kirche hineilen und rufen werden: (Jes. II. 3) Kommt laßt uns hinaufsteigen zum Berg des Herrn, zum Haus des Gottes Jakob; Er wird uns seine Wege lehren und wir werden seine Pfade wandeln. Denn von Sion wird das Gesetz kommen und das Wort des Herrn von Jerusalem. Er wird die Völker richten und viele Nationen züchtigen, und sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen umschmelzen und ihre Lanzen zu Sicheln; es wird nicht mehr Volk gegen Volk sein Schwert zücken und sie werden sich nicht mehr zur Schlacht rüsten. So möge der dreieinige Gott, der Gott des Friedens, seinen Segen und nach unserer Heimsuchung verleihen! Der Friede Gottes und die Erbarmung unsers Herrn Jesu Christi um die Eingiebt im heil. Geiste sei mit Euch. Amen! Gegeben, München am eilften Dezember 1845. † Karl August, Erzbischof.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 15. Dez. v. Schmerling und v. Würth sind nach heute erfolgter amtlicher Bekanntmachung aus dem Reichsministerium geschieden und v. Gagern ist dafür eingetreten, v. Würths Stelle ist noch unbesetzt, auch noch nicht ausgetheilt, ob Gagern die Leitung beider Ministerien, wie sie v. Schmerling inne hatte, beibehalten werde. Die Veranlassung zu diesem plötzlichen Wechsel in den höchsten Reichsämtern liegt in der bevorstehenden Verhandlung mit Oesterreich über dessen künftige Stellung innerhalb Deutschlands, zur Führung, welcher ein dem österreichischen Interesse vorneg ergebener Minister nicht für ganz geeignet erhalten wurde. Ein zweiter Grund möchte in den unaufhörlichen, oft bis in das Boshafte gehenden Angriffen der Holsteiner Professorenclique, welche sich um jeden Preis eines Mannes zu entledigen suchte, der ihren Ränken die Stange zu halten den Muth und die Einsicht hatte, gefunden werden. Im Laufe der Woche war durch Beseler in dem Kasinoklub der Antrag gestellt worden, Schmerling ein förmliches Mißtrauensvotum zuzuschicken, der Antrag ging nie etwa 35 gegen 32 Stimmen durch, trotzdem daß Oest aus Würzburg mit der Erklärung dazwischen trat, er sehe in demselben nicht einen Versuch, sich mit Oesterreich zu einigen, sondern einen Streit, um Minister- und Unterstaatssekretärsstellen. In der That scheint auch Hr. Watz nicht ungeneigt, seine zweifelnütigen Dienste dem Vaterlande wiederum zu wollen und als Unterstaatssekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten seine Theorie, Oesterreich auseinanderzusprengen, wie er von der öffentlichen Rednerbühne herab zu verschiedenen Malen verkündete, in Wirklichkeit zu verlegen. Doch scheint wie zu Deutschland Wohl, das Gagern sich mit andern Mitarbeitern umgeben werde, sowie daß endlich einmal auch Bayern im Reichsministerium eine Vertretung finden und ein billiges Gleichmaß in der Vertheilung der Reichsstellen eingehalten werde, sonst können wir dem neuen Kabinete, resp Gagern bereits verrätherischen Verschlichtet, keine lange Dauer voraussagen. Denn Preuß sind schon sämmtliche Oesterreicher aus dem Kasino ausgetreten, und nähern sich der Opposition: ebenso ist unter den Abgeordneten eine Spaltung aufgebrochen, und sämmtliche Abgeordnete aus dem übrigen Süddeutschland schwanken, und steuern dem Gedanken zu, unter Welcker's Leitung eine eigene große Fraktion zu bilden, welche, mit einem Theile der linken vereint, das Gesetzlich des Ministeriums in die Hand bekäme. Das preußische Kaffeehaus hat wieder an Ausstichen verloren; bloß Dahlmann, Beseler und Droysen hängen demselben noch unbedingt an, während die andern Mitglieder des Verfassungsausschusses (etwa 25) sich der Frist, der Pennarchie oder dem Turnus zugewendet haben, zu letzterm bekennt sich sein einigen Tagen sogar Waitz, ob ohne Hintergedanken möge unentschieden bleiben. Die Verwirrung ist groß, an Anhängern zu gewinnen, weil man die dynamische Uebermacht der Großmächte durch eine numerisch etwas stärkere Vertretung der Kleinstaaten ausgleichen zu müssen glaubt.

Sachsen-Weimar. — Weimar, 12. Dez. Im nächsten Monate soll in Weimar das erste Geschworenengericht zusammentreten, um über eine Reihe zum Theil sehr schwerer politischer Verbrechen zu entscheiden. Die Geschworenenliste ist bereits hergestellt, soll heute veröffentlicht und enthält sehr ehrenwerthe und tüchtige Männer. Von der im Oktober in Jena und Weimar verhafteten republikanischen Führern sind einige, welche minder gravirt waren und bei denen ein gesetzlicher Haftgrund nicht länger vorlag, einstweilen der Haft entlassen worden. Die öffentlichen Verhandlungen sollen sehr interessante Aufschlüsse über das System der republikanischen Partei in Ausicht stellen. (B.)

Großh. Oldenburg. — Oldenburg, 13. Dez. Aufgefordert, dem „Märzverein“ beizutreten, hat der hiesige deutsche Volksverein eine ablehnende Antwort ertheilt. Der dreißigste Bericht, den die heutigen „Neuen Blätter“ geben, erörtert das Unangemessene einer solchen parlamentarischen Parteibildung, wie sie der Märzverein unternimmt.

Hessen-Darmstadt. — Darmstadt, 13. Dez. (D. C.-Z.)

Preußen. ∠ Berlin, 15. Dez. Die Deputation des Schwein, welche gestern beim Könige war, um ihm den Dank ihrer Stadt für das Geschenk der Verfassung auszusprechen, wurde von dem Könige mit der Anerkennung, welche diesen treuen Männern auf der Grafschaft Mark gebührte, empfangen. Sie nahm dabei Gelegenheit den König für die hervorstehende Reorganisation des Gerichtswesens im Kreise Schwein, welche gestern publizirt worden ist, zu danken, und der König aber seine genehmigt Freundlichkeit dahin bereitete, daß er als konstitutionneller König den Maßnahmen der Minister nicht vorgreifen könne. Heute war eine Deputation der Stadt Düsseldorf beim Könige. — Das Verfahren gegen Duvigt, Müller und Genossen beim hiesigen Kriminalgericht ist heute geschlossen worden. Duvigt und Müller wurden beide wegen Verregung von Aufruhr zu 6 Jahre Zuchthausstrafe, die übrigen, bis auf 6 von der Anklage freigesprochen, wegen Theilnahme am Aufruhr zur Strafarbeit von 6 Monaten bis zu 6 Jahren verurtheilt. Das Urtheil wurde in der durch die Verfassung festgesetzten Form „im Namen des Königs“ gesprochen. — Der ehemalige Abgeordnete Büst ist heute per Zwangspaß expedirt worden. Jung ist noch hier und sehr kränkig um seine Wiederwahl buchstaben. Die Militärkandidaten-Kommissionen haben bereits wieder in Thätigkeit, und zwar scheint somit der frühere Plan, Militärkreffetten durch bürgerliche Handwerker ansetzen zu lassen, aufgegeben zu sein. — Der Stadtverordnete Herr Gneist hat sein rechtzeitig seinen Abschied genommen, da er bereits von einer großen Anzahl seiner Wähler Mißtrauensvoten erhalten hatte. Der Stadtrath Runge soll ebenfalls aus dem Magistrate geschieden sein, weil er sich bei der an den König überreichten Adresse nicht betheiligen wollte. — Aus Breslau geht uns die Nachricht zu, daß dort wie hier die demokratische Partei eine große Thätigkeit in Bezug auf die bevorstehenden Wahlen entwickelt.

Oesterreich. — †† Wien, 16. Dezbr. Bericht des Finanzausschusses über den in eröffneten Kredit von 80 Mill. Der Finanzausschuß stützt seinen Antrag, die ihn bei der Berathung seiner Vorlage über den nachstehenden Gegenstand leitenden Gesichtspunkte darstellen. Für die Bewilligung eines namhaften Kredits sprechen: Ein bedeutender Ausfall in der Einnahme, namentlich durch das Ausbleiben der Zufüsse aus den im Reichstage nicht vertretenen Ländern, zu einer Zeit, wo gründliche Reformen in der Gerichtspflege, so wie bei den öffentlichen Volksschulen und höheren Bildungsanstalten als höchst nothwendig erschienen, dabei bei diesen wichtigen Zweige des Staatsbedarfs die Aufgaben namhaft zu vermehren wären. Wohl vermißt der Finanzausschuß mit Bedauern die Vorlagen über die Reformen des Steuersystems, jedoch in Anbetracht der Gefährdung des Staatskredits durch dessen fortwährende Anstrengung und zugleich der dadurch erwachsenden Belastung, kann der linzuständigkeit

der üblichen Steuern, endlich der Gerechtigkeit von Steuern nach Maßgabe des Einkommens — empfiehlt er dringend an: die Vorlagen über die Einkommensteuer, über Umstellung der Verzehrungssteuer, über Zucker- und Stempelreform. Weiterhin wird der allgemeine Wunsch nach Ermäßigung der Salzpreise laut, nach Verbesserung der Postwaaren-Tarife, nach Ermäßigung der Eisenbahnfrachten. Hinsichtlich des verlangten Kredits empfiehlt der Finanzausschuß der Reichsversammlung die Bewilligung von 50 Mill., wobei sich fünf Mitglieder ein Separatvotum vorbehalten. Der Finanzausschuß begründet diese Ermäßigung auf die Ansicht, daß durch gedachte Ermächtigung der ordentliche und außerordentliche Staatsbedarf hinreichend gedeckt sei, der wirkliche Staatsvorschuß aber noch der Prüfung ermangle und durch Einführung der verlangten Steuerreformen wesentliche Zuflüsse erzielt werden dürften. Die Regelung der Verhältnisse des Staates zur Nationalbank will der Finanzausschuß als eine allgemeine, nicht als eine theilweise betrachtet wissen und erblickt sie daher an die Frage über die Verhältnisse der Nationalbank überhaupt eng geknüpft. Vorläufig, um weder die Finanzen zu sehr zu beschränken, noch einer übermäßigen Banknoten-Emission Raum zu geben, trägt der Finanzausschuß auf Verlängerung der Bankconzession bis 20 Mill. an. In Erwägung der geachten, und noch anderer vorangeführter Gründe stellt er folgenden Antrag: Die hohe Reichsversammlung beschließt: 1) das Ministerium wird ermächtigt, im Laufe des Verwaltungsjahres 1849 durch Benutzung des Staatsbredits unter den für die Finanzen günstigsten Bedingungen, Geldmittel bis zur Höhe von 50 Mill. fl. aufzubringen. 2) Das Ministerium wird weiter ermächtigt, zur Deckung dieser 50 Mill. r. pfundeliche Staatsscheine mit oder ohne Zwangskurs auszugeben, und eine Staatsanleihe, jedoch beide ohne Hypothek, aufzunehmen. 3) Alles eine Staatsanleihe aufgenommen, so hat solches im Wege der öffentlichen Ausbietung an den Bestbietenden, oder der für Jedermann bei Erfüllung der vorgezeichneten Bedingungen offen stehenden Subskription zu erfolgen. 4) Die einfließenden Beträge sind zur Bestreitung des durch die laufenden Einnahmen nicht bedeckten, unaufschieblichen Staatsaufwandes zu verwenden. 5) Ueber die Art der Verwendung dieser Ermächtigung und die Ergebnisse der dazu ergriffenen Maßregeln sind vom Ministerium dem Reichstage die erforderlichen Nachweisungen in kürzester Frist nach der Vollführung vorzulegen. — Der Eingang des Berichtes, auf welchen der gestellte Antrag Bezug nimmt, umfaßt: Die von dem verantwortlichen Gesammtministerium eingeholte Zustimmung eines unerschütterlichen Wirkungskreises der konstituirenden Reichsversammlung auf Grund der von den früheren Monarchen zugestandenen Rechte; — die Ueberzeugung, daß es zur das allgemeine Wohl erforderlich sei, durch die Bewilligung eines namhaften Kredits die Staatsgewalt in die Lage zu setzen, die Ehre des österreichischen Namens aufrecht zu erhalten und namentlich das Ziel des Ministeriums in Betreff der ungarischen Angelegenheiten zu unterstützen.

* *Wien*, 16. Dez. Heutige außerordentliche Generalversammlung der K. Nordbahn-Aktionäre. In derselben wurde beschlossen: 1) daß die 30 Stammprioritäten des zülligen Anlehens mit 1% d. i. mit fl. 10. — 2) (einstimmig!) die laufende Verzinsung vom 1. Jan. 1849 an auf 4 statt auf 5% festzustellen. Hinzu veranlaßten die in dem erstatteten Vortrage gemachten Mittheilungen. Mit Veranschlagung des Dezembers auf fl. 240,000 ergab sich für 1848 das Brutto-Erträgniß mit fl. 2,831,352; nach Abzug der Spesen von fl. 1,837,895 netto mit fl. 993,474. — Zinsen und Zilgung der aufgenommenen 20 Millionen von letzteren abgezogen, beliefen einen Rest von fl. 620,726, der Verzinsung von 17,525 Aktien à 3½% fast völlig entsprechend. Da nun 2½% schon erboben worden sind, so verbleibt 1% oder fl. 10. Die Minorität hatte auf fl. 15 angetragen, um den Aktionären den Jahresgins von 4 statt 3½% zuzusichern in der Ansicht, den Zufluß durch Reparation auf einige Jahre zu decken. Der grundsätzlichen Generalversammlung wird vorbehalten bleiben, sich mit der Aufbringung von etwa 2 Mill. zu beschäftigen, um zu den Baukosten abgängige fl. 900,000 und um die Bau gegen Prioritätsobligationen zu bezahlende 1 Mill. herbeizuschaffen. Gegen das 7½% ige Erträgniß von 1847 erscheint das 3½% ige von 1848 niederschlagen, ebenso das Spesenverhältniß 1847 — 53%; 1848 — 47%. Doch das Jahr 1848 läßt viel Abwarten zu, wie z. B. die Ausfälle im Oktober und November von fl. 200,000, die allgemeinen Stockungen des Verkehrs und die besonderen auf den Zweigbahnen nach Oderbrg und Presburg, die Vertheuerung des Materials und der Arbeitskräfte. Darin, so wie in noch mandy Andermn begründet sich die Aussicht einer besseren Zukunft. — Die an der Börse verbreitete Nachricht von der Ermordung Cavaignacs zeigte sich als unwahr. — Die Börse anfangs durch vorgehende Gerüchte beunruhigt und sehr flau, schloß fast zu fast unverändertem Fonds- und Wechselkourse. Auch Nordbahn-Aktien fester. — 5%, Metall. 78½, 4% 66, 2½% 41½, Bankaktien 1088, Loose von 1834 142, Dreißen von 1839 83½, Nordbahn 92½, Mailänder 66, Glogganer 97, Pesther 67, Livornoser 65½, Lindwürmer 12.

† *Wien*, 16 Dez. Nicht geringe Bestürzung erregte das an der heutigen Börse von Berlin aus verbreitet gewesene Gerücht von der Ermordung Cavaignacs, das sich aber durch direkte Nachrichten aus Paris widerlegt hat. — Das gestern publizirte Urtheil über einen 23jährigen Fleischerknecht hat auf sehr unangenehme Weise berührt. Er hatte in einem Gasthause Schmähreden über hohe Personen und Ordnungen gegen die Oeffentlichkeit ausgestoßen. Darüber wurde er zu sechsstündigem Anhangerrehen in schweren Eisen verurtheilt. Im Publikum wollte man hierin in Anbetracht des Vergehens, des Alters und der Bildungsstufe des Beschuldigten eine übertriebene Strenge erblicken. Doch ist es vielleicht nach unten zu nicht im gleichen Maße, wie oben bekannt, welch ein übler Geist noch fortwährenn bei der Bevölkerung unserer Vorstädte herrscht. Man versichert auch, der Gouverneur Welden habe sich gesäußert, er kenne ihn nur allzu gut und sehe es vor, daß noch Blut fließen müsse. In jenen Falle darf man annehmen, daß die Sachverhältnisse, welche dem gelinden Verfahren zu Grunde liegen, dem Publikum nichts weniger als vollkommen enthüllt sind: insbesondere aber verhältnen es viele Züge am Gouverneur Welden, daß nur überwältigende Umstände ihn zu solcher Strenge veranlassen können, und daß er hinter einer rauhen Außenseite ein edles Herz birgt. — Man erwartet in wenigen Tagen Presburg von den Insurgenten besetzt zu sehen und glaubt auch nicht, daß es im Plane der Magyaren liege, dort ernstlichen Widerstand entgegen zu stellen. Andererseits sollen untere Truppen weitere Fortschritte gemacht und bereits Marmaros besetzt haben. — Der Finanzminister hat die gegen ihn gesäußerten Besorgnisse einer Auflösung der Kammer als ungegründet und den österreichischen Verhältnissen nicht angemessen zurückgewiesen.

In einem Artikel des „Soldatenfreundes“ (Nr. 44) wird die italienische, böhmische und galizische Armee aufgefordert, an die dem Militärstande angedrohenden in Frankfurt weilenden Deputirten: Oberst Mareen, Hauptmann Wöring, und Dr. Wollaschek offene Sendschreiben zu richten, und sie von dort, wo ihre Kräfte nutzlos, ja zu Oesterreichs Unheil (§§ 2 und 3) beschäftigt sind, im Namen der Kameradschaft aufzurufen. Ferner wird in demselben Artikel darauf hingewiesen, daß bei dem gegenwärtigen Mißtrauen gegen Deputirten der österreichischen Konstituante auf die Herren Militärs Pannasch, Magern, Sachse, Feller, Smola, Möring u. s. w. Rücksicht genommen werde. — Dasselbe Blatt meldet, daß Fedmarschall Graf Radetzky einige Legationen des Kirchenstaates besetzen werde, um das Land im Einvernehmen mit der französischen Regierung von der zur Oberhand gekommenen „neudemokratischen“ Partei zu säubern, und Pius IX. wieder auf Petri Stuhl zu setzen. (Oberb.)

Oesterreichische Monarchie.

Ofenstadt, 25. Novbr. Haarsträubende Züge von der teuflischen Rohheit der ungarischen Räuberhorden, die in unsern armen Brüdern in sächsisch Regen verübt worden sind, entnehmen wir aus einem Briefe von einem der dortigen Unglücklichen. Es ist ihnen nichts wie das nackte Leben geblieben, denn auch noch die Stiefel wurden ihnen ausgezogen. Unter den 18 umgekommenen meistens sächsischen Bürgern ist auch der Jurist Michael Wagner, ein tüchtiger, ehren- und geistungsfester junger Mann. Seine Angehörigen fanden ihn ganz entstellt und beinahe unkenntbar mit ausgestochenen Augen, abgeschnittenen Ohren, zerschlagenen Armen und mehreren Schußwunden in der Brust. Fünf unmündige Waisen jammern um ihren Vater. Von der Wohnung derselben sind bloß die grünen Fensterläden übrig geblieben. In der k. k. Militärspital gestorbenen Kranken sind die Augen mit festerdem Harz ausgebrannt, ihre Glieder von Glied zu Glied gebrochen, und die Unglücklichen so auf die qual- und martervollste Art getödtet worden. (Siebb. Vrchbl.)

Lombardei. Aus Padua und Vicenza wird gemeldet, daß sich 9000 Mann kaiserl. Verstärkungstruppen vor die Lagunen von Venedig begeben, um der Kapitulation beizuwohnen. Aus Conegliano sind schwere Belagerungsgeschütz nach Mestre beordert, und es ist kein Zweifel, daß unverzüglich ein Angriff auf Malghera gemacht wird. (B. Z.)

Italien.

△ *Turin*, 14. Dez. *Gioberti* ist also wirklich mit Bildung eines neuen Kabinets beauftragt worden. Vorgestern Nachmittags wurde er zum König berufen, der eine längere Besprechung mit ihm hatte, und in Folge davon ihm den ernsthaften Auftrag gab. Ich brauche Ihnen kaum zu sagen, daß die demokratische Partei die Wichtige Bedeutung erfaßt hat. Wie aber Gioberti ein Ministerium zusammenbringen soll, das zugleich dem König und den jetzigen Zonangebern, d. i. den Schreiern nach Krieg, gefallen könnte, das ist die jetzt noch nicht recht abzusehen. Denn der König will offenbar den Wiederanfang des Kriegs nicht, weil er nichts von demselben hofft, dagegen bei abermals ungünstigem Ausgange für seine Krone zu fürchten hat.

Aus Mittelitalien, 9. Dezbr. Die Jägellosigkeit der toskanischen Presse wird mit jedem Tage ärger. Es ist ungeräbr ein Jahr her als die Nachbarregierungen eine nach der andern gegen dieselbe zu reklamiren gezwungen waren; die damalige Regierung war zu schwach, dem Unfug zu steuern, den sie ausschütig beklagte, weil sie darin eine Schande für das Land erkannte; die Leute, welche dieses Unfug trieben, sind jetzt großentheils zur Macht gelangt: man denke sich alle, was eingeht! Die Erstürmung und der Abschen, welchen die in einem Florentiner Blatte erschienenen schamlosen Artikel über den Papst, von einem Straßenfeben und Klubredner, Namens Montazio, selbst bei den gleichgültigsten hervorgerufen, waren so groß, daß man hätte glauben sollen, nun werde dem Skandale ein Ende gemacht werden: im Gegentheil! — Der „Corriere livornese,“ welcher wenigstens bisher als Hrn. Guerrazzi's Organ galt, bringt auf Veranlassung des Aufenthalts des Papstes in Gaëta einen Aufsatz: Pius IX., Karl Albert und Ferdinand, der allem, was bisher geschrieben worden, die Krone aufsetzt: „Schmach und Fluch, heißt es darin, bieser Trias, bestehend aus einem Henker, einem Verräther und einem verdummten fanatischen Priester! Gibt es noch diesem schimmen Ausgang des italienischen Drama's noch irgendeinen unter uns, der etwas hofft von den Fürsten und vom Papste? Wer nur den Gedanken fassen konnte, siebenmalsbemmnißbegimmal sei er versuchte!“ Und dann wird Pius vorgeworfen, daß er, statt sich zu begeistern an den Gesängen der Propheten und

dem Marcabaerbuche, nur aus dem Neuen Testament die Lehren der Demuth und Schwäche geschöpft, aus diesem „Codex unerhörter Feigheit,“ dessen die Päpste sich bedienen, um freien Menschen eine Sklavenderbe zu machen. Und neben solchen Blasphemien sprießt sich der wahnsinnige Livorneser Hochmuth: „Wir Livornesen waren die ersten, die neue Aera Italiens einzuläuten, wir müssen im Namen der Constituante ganz Italien zum Muster dienen!“ Kein frivoles Spielzeug noch Zeitvertreib mehr — Waffen und Krieg sein unser Spielzeug. (Ja wohl, Spielzeug!) Lasset uns endlich Frieden uns Brüdern zeigen, daß, wie wir die ersten gewesen, den hehren Plan der Constituante in's Leben zu rufen, wir die ersten sein werden unter den Nationen unserer Stadt und zu begehren, daß dem Hofe Lombarde Pius, des Bourbon und Karl Alberts zu weichen.“ In anderthalb Jahren hat die Presse in diesem Lande mehr Schaden gethan als anderwo vielleicht in einem halben Jahrhundert; wahres Gesindel hat sich eines Theils der Zeitungen bemächtigt. Und man läßt gewähren! Kein Beispiel von Strafe warnt, kein Angriff, mag er Verleumdung von Personen oder Gottesläugnung sein, weist vor Gericht gezogen. Kein Wirksgesetz bescheidet dieser frechen Wuth die Flügel. Das Ministerium hat in seinem Programme dieser Lizenz der Presse als Aengstlichkeit — die Journalisten halten es beim Worte! Was will's, wenn man sagt, das demokratische Ministerium bewahre die öffentliche Ruhe? Schöne Ruhe, wo man seinen Lebend nicht sicher ist, wo die Kirchen geschändet werden, wo in Livorno Mord auf Mord folgt, wo die Gemeinden sich an die Regierung wenden müssen um Schutz für das Leben ihrer der Canaille mißliebigen Deputirten nachzusuchen, wo die Frauen auf Straßen und Spaziergängen den Beschimpfungen und Angriffen der Bettler preisgegeben sind, wo man des Großherzogs Wittpaar in Banken zu hunderten plündert und dort wie an den Straßen die Bäume fällt und umgeführt auf Leiterwagen wegführt, wo bei der Gemeinderäthe ihre Häuser bewaffnen müssen, wie es mit den aus dem lombardischen Kriege mit Ruhm zurückgekehrten Bataillonsmeiß von Livorno der Fall ist, um ihr Eigenthum vor Räuberbanden zu schützen, wo man jedem den rothen Hahn aufs Dach setzen möchte, der gegen diese Anarchie redet. Das ist die äußere Ruhe, welche das Ministerium bewahrt — von der innern Zucht mögen Zeitungsartikel wie der des Corriere Livornese selbstredend Zeugniß ablegen. Und kaum verlangt das radikalste Ministerium, jung Italien solle noch seinen Pfeffe zusetzen, wie es mit die römischen Minister, welche noch eine Art Legalität zu retten sich bemühen, bekommen jeden Tag von einem ihrer florentinischen Kollegen eine Morgenlektion über ihre Zaghaftigkeit und ihre Unfähigkeit zu großen Gewaltstreichen. — Als vor einigen Tagen eine religiöse Feierlichkeit, ein Charity-sermon für Deneidig in der Kirche Santa-Croce zu Florenz stattfand, stellte man über der Thüre eine Tafel mit folgender Inschrift an: Einige mit den Worten begann: „Gott dem Erlöser der Völker, der sie nicht zu Herren der Könige schuf, Gott, der im Himmel, auf Erden und in den Abgründen ohne Stellvertreter herrscht u. s. w.“ Die Papierwand wurde richtig hingetragen, aber es gelang noch, deren Aufstellung zu verhindern. Man entschädigte sich dafür durch Reden und Gedichte in den Klubd und im Teatro nuovo.

Rom. Ein Journal gibt nachfolgende Details über die Umstände, welche der Ermordung des Grafen Rossi unmittelbar vorangingen: Gegen Mittag wurde ein frommer geistlicher Herr, der gewöhnlich in der Kirche al Gesù Beichte hört, gebeten, sich eiligst nach Santa Maria zu begeben, wo er Jemand finden werde, der ihn sehnsüchtig zu sprechen wünsche. Der Vater begibt sich dahin und findet dort einen Mann, der ihm sagt: Seine Heiligkeit sei der Gnade des Kammerherrn empfohlen worden, um in sei seine Zeit zu verfügen, ihn hiervon in Kenntniß zu setzen. Er theilt ihm umständlich den Plan der Verschworenen mit, und bittet ihn, sein Möglichstes zu thun, das Verbrechen, dessen Vollführung bevorstehe, zu hindern. Der Geistliche eilt in den Quirinal und findet den Minister eben im Begriffe, in den Wagen zu steigen: er erzählt ihm seine gemachte Entdeckung und räth ihm, Rossi, nicht in die Kammer zu gehen. Der Minister überlegt ein wenig und antwortet: „Die Sache des Papstes ist die Sache Gottes, — ich gehe!“ Die Kutsche fährt ab, der Geistliche eilt nach und macht den Kutscher halten, um es noch einmal zu versuchen. Nach einigen Augenblicken des Nachdenkens spricht der Minister: „Es ist meine Pflicht, und ich will sie erfüllen,“ und läßt weiter fahren. Eine Viertelstunde später war er nicht mehr.

„Wie weit die schamlose Lügenhaftigkeit der Partei geht, die jetzt zu Rom am Ruder ist, beweist die Thatsache, daß die dortigen kirchlichen Behörden (!) öffentliche Gebete für die „Befreiung des in Gaëta gefangen gehaltenen Papstes“ angeordnet hätten! Man weiß nicht, soll man die plumpe Täuschung belächeln, oder die freche Stirne jener Herren bewundern, wenn man in römischen Blättern liest, daß der Papst mit Gewalt von Rom entfernt worden sei, daß man ihn mit Gewalt in einen Wagen gesteckt und gegen seinen Willen außerhalb seiner Staaten gebracht habe, um — von dem König von Neapel als Geisel (!) gefangen gehalten zu werden! — Mit solchen handgreiflichen Lügen suchen die Machthaber Roms ihr schlechtes Spiel zu bemänteln und dem verführten und mißleiteten Volke Sand in die Augen zu streuen! — Ein neuer Beweis, daß dieser Partei kein Mittel zu schlecht ist, ihre Plane durchzusetzen oder zu beschönigen.

Schweiz.

Bern. Man schreibt dem Schweiz. Beob.: „Die Jesuite, nun unter dem Namen „Redyhund. Hilf dir!“ wieder aufgetauchte Verbrüderung muß allerlei Augen unter dieser Firma getrieben haben, da die Behörde von Biel es für nöthig erachtet hat, eine Untersuchung anzuheben. Waffen sollen entdeckt worden sein und darunter Säbel, die das Zeichen des Zeughauses von Bern tragen. Obigerzeugnisse seien aufgetheilt worden, welche in einer listographirten Karte mit Signalement, Erkennungszeichen und Nummern der Legion für den Träger bestehen. Die Probenummer des neuen Zeitungsblattes: „Die Revolution“ ist in Biel gleich nach ihrem Erscheinen sofort mit Beschlag belegt worden. Wir haben gute Gründe zu glauben, daß der Bundesrath vom ganzen Hergang der Sache unterrichtet und sogar im Besitz eines Siegelabdruckes ist, welcher eine Krone vorstellt, aus welcher Krone eine Eiche hervorkommt (Deutschlands Symbol). Das Ganze ist von einem Dolch und einer Lyra durchschnitten, von der Größe eines Dreipfundstücks und enthält die Umschrift: Deutsche Reichsgewalt, so wie die bekannten Worte: „Freiheit, Gleichheit, Bruderliebe.“ Alle diese Umrisse haben in unserer Gegend böses Blut gemacht und wenn die Regierungsgewalt nicht mehr im Stande sein dürfte, denselben einmal ernsten Einhalt zu thun, so könnte es gar leicht dahin kommen, daß das Volk den Grundsatz dieser Wühler: „Hilf dir!“ praktisch auf diese selbst anwenden könnte.“

Niederlande.

Haag, 10. Dec. Der neue Minister der Kolonien, G. Baud, hat seine Entlassung genommen, als seinen Nachfolger bezeichnet man den jetzigen Marinemeister Rüf, welcher durch den Admiral van den Bosch würde ersetzt werden. Der König hat dem Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar den Befehl über das indische Heer anvertraut (Köln. Z.)

Rußland.

St. Petersburg, 7 Dez. Mittelst kaiserlicher Ukase vom 18. November ist das Mitglied des Reichsraths, General der Infanterie, Fürst Schachowskoi, zum Präsidenten des Departements für Militär-Angelegenheiten, das Mitglied des Reichsraths, wirklicher Staatsrath Graf Orurjew, zum Präsidenten des Departements der Staats-Oekonomie und der Präsident des Reichsraths und Kriegsminister, General der Kavallerie, Fürst Tscherntschew, zum Präsidenten des Ministerkomitée, mit Beibehaltung seiner früheren Aemter und Funktionen ernannt worden. Am 4. Dezember waren hier 55 Cholerakranke in Behandlung verblieben; im Verlaufe dieser Tage kamen hinzu 7 und genasen 3. Zum 5. Dezember verblieben demnach 59 Kranke in Behandlung. Nachrichten aus Astrachan melden, daß der Statthalter im Kaukasus, Fürst Woronzoff, am 28. Oktober dorthin von seiner Reise in die Krim zurückgekehrt und am 2ten d. Mts. wieder nach Tiflis abgereist sei. (St.-A.)

Türkei.

Konstantinopel, 29 Nov. Der Tod Ibrahim-Pascha's ist vielleicht einer der Knoten, die sich so plötzlich schlingen, und die zuletzt nur mit blutigen Schwertern zerhauen werden. Die Türkei hat übrig-nu wohl allen Grund, jenen Zwiespalt der Moslemin unter sich zu schauen, und wenn Ibrahim-Pascha's Tod, wie man munkelt, einer feeresflüchtigen Kugel zuzuschreiben ist, so wäre es nicht eine zu kühne Hypothese, Ibrahim-Pascha soll, wie hier behauptet wird, während seiner Anwesenheit dahier dem Großherrn ein Heer von 150,000 M. zur Hilfe angeboten haben, wenn er im Interesse der Pforte und nicht im Sinne eines nordischen „Freundes“ die Frage der Donaufürstenthümer entscheiden wolle. — Die Mißlichkeiten der Pforte, im Sinne Rußlands die Frage der Donaufürstenthümer zu entscheiden, hat lange auf sich warten lassen. Endlich hat sie sich aufgerafft, allein à contre-coeur: denn während Rußland die Häupter der Empörung einzieben und nach seiner Manier exemplarisch bestrafen, auch von seiner Reform irgend einer Art etwas wissen will, zeigt die Pforte, nach Wiederherstellung der sogenannten Ordnung, eine Neigung zur Milde und eine große Bereitwilligkeit, die wirklichen Uebelstände zu beseitigen und die gerechten Wünsche des Volks so viel möglich zu befriedigen. Es ist jedoch unsicher zu errathen, wer in seinen Plänen obsiegen wird. (D. A. Z.)

Nachschrift.

△ Paris, 15. Dezember. Man kommt nun auf 72 Departements 4,040,715 abgegebene Stimmen für die Präsidentenwahl. Davon erhielt L. Napoleon 3,097,239, Cavaignac 824,285, Ledru-Rollin 119,168. Jetzt Kommentar ist überflüssig. — Die Jahresfeier der Zurückbringung der Asche Napoleons ist ruhig vorübergegangen. Die Leichenbestattung „ostensibel“ betreffen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Paris, 15. Dez. 3proz. 46 —. 5proz. 75 55. Staatsbahn —. Bankaktien 1635.—. Stadtobligationen —. Rente de Paris —. Bor Kaufe —. Bankaktien —. Neue Anleihe —. Belg. 5proz. wen. 1840 81⅛. wen. 1842 81⅜. 4½proz. —. 3proz. —. 2½proz. —. Belg. Sanl 640. Neap. 5proz. —. Röm. 5proz. 64. Span. 3proz. 25⅛. Akt. de Passive —. Piem. —. Hasl —. Bl. Germain 330 —. Berlin-Hus (cash) 112.50. (Ende) 110 —. Ostgand 690 —. Rouen 415. —. Havre 190. —. Marseille 185. —. Basel 85. — Bierzon 232.50. Boulogne —. —. Bordeaux 375. —. Nordbahn 371 25. Montereau 100.—. Lyon —. St Lasbourg 335 —. Rauen 320.—. Dieppe 165.—. Sceaux —. Montvellier —. La Teste —.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolff'schen Buchdruckerei.

Nr. 150.

Neue Münchener Zeitung.

Pränumerations-Bedingungen: Vierteljährlich 6 fl. Halbjährlich 3 fl. Einzelnstücke 1 fl. 30 kr.

Expedition: Verantwortlicher Red. ab. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Mittwoch den 20. Dezember 1848.

München, 20. Dezember.

Se. Maj. der König hat unterm 16. d. M. folgende Orden allergnädigst zu verleihen geruht: Das Großkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael Allerhöchst Ihrem Geheimen Grafen Spaur in Rom; das Großkreuz des Civilverdienstordens der bayer Krone dem Kardinal-Staatssekretär Antonelli, dann dem Botschafter der französischen Republik in Rom, d'Harcourt, und dem spanischen Botschafter ebendaselbst Martinez de la Rosa; das Kommenthurkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael dem spanischen Legationssekretär d'Arcaya.

Se. Maj. der König haben Sich in Anerkennt der eingetretenen Vergrößerung der Gensdarmerie Münchens bewogen gefunden, 6 exponirte Polizeibeamte mit dem Range und der Uniform von Polizeikommissären und mit dem Titel Bezirkskommissäre in der Person nachstehender Individuen vom 16. Dez. an, zu ernennen: 1) den Frankfurter- und Kanglatterquartier bei der Polizeidirektion München, Gottl. v. Reinhardstöttner aus Minnerau, 2) den preußen Gendarmerie-Rittmeister, Fr. v. Gerlingen aus Posen, 3) den Landschaftsverwalter Joh. Hofmann zu Haldhausen, 4) den Funktionär bei der Polizeidirektion München Simon Göpfinger aus Weilheim, 5) den Funktionär bei der Polizeidirektion München Friedr. Wiesenhahner aus München, 6) den Funktionär bei dem Kreis- und Stadtgerichte München Jak. Pfister aus München, 7) den bei dem Fürstl. Oettingen-Wallerstein'schen Vormundschaftsbureau verwendeten Hermann Schneider zu München, und 8) den Funktionär bei dem Staatsministerium des Innern Rudolph Hutter aus München.

Se. Maj. der König haben sich allergnädigst bewogen gefunden, den Stadtgerichts-Rath M. W. Wöhrig zu Erlangen in den nachgesuchten wohlverdienten Ruhestand treten zu lassen, und den Regierungsassessor Math. Schrag zu Ansbach an dessen Stelle zu ernennen; den I. Landgerichtsassessor Georg Gerber zu Hofheim auf die erledigte I. Assessorstelle nach Ochsenfurt zu versetzen, den II. Landgerichtsassessor Wolfinger zu Deggendorf zu gleicher Eigenschaft nach Hofheim zu setzen, und die dadurch erledigte II. Assessorstelle dem Rechtspraktikanten Anton Schultheis aus Aschaffenburg zu verleihen; endlich den Direktor des Studienseminars zu Freising Dr. Joseph Strobl in den nachgesuchten temporären Ruhestand zu versetzen.

Entwurf der Sub-Kommission des Verfassungs-Ausschusses,

das ist der Herren Dahlmann, Waitz und Beseler, zu dem Verfassungs-Abschnitte: „Das Reichsoberhaupt".

Art. I. §. 1. Die Würde des Reichsoberhauptes ist erblich nach dem Rechte der Gottgeburt. Das Reichsoberhaupt führt den Titel „Kaiser von Deutschland". §. 2. Der Sitz der Reichsregierung ist Frankfurt a. M. Es ist sich der Kaiser nicht am Sitze der Regierung befindet, muß einer der Reichsminister in seiner unmittelbaren Umgebung sein. — Minoritätsberachten von Beseler: Ich behalte mir vor, die Gründe, welche für Erfurt als Sitz der Reichsregierung sprechen, hervorzuheben. §. 3. Der Kaiser besteidet eine Zivilliste, welche der Reichstag bei jedem Thronwechsel festsetzt. Art. II. §. 4. Der Kaiser ist unverletzlich und unverantwortlich. Er übt die ihm übertragene Gewalt durch verantwortliche, von ihm ernannte Minister aus. §. 5. Für die Gültigkeit einer jeden vom Kaiser ausgehenden Regierungshandlung dehauf es der Gegenzeichnung wenigstens Eines der Reichsminister. Art. III. §. 6. Der Kaiser hat die Regierungsbefugnisse in allen Angelegenheiten des Reiches nach Maßgabe der Reichsverfassung. §. 7. Der Kaiser übt die völkerrechtliche Vertretung des deutschen Reiches und der einzelnen deutschen Staaten aus. Er stellt die Reichsgesandten und die Konsuln an und führt den diplomatischen Verkehr. §. 8. Dem Kaiser ausschließlich steht das Recht des Krieges und Friedens zu. §. 9. Er schließt Bündnisse und Verträge mit auswärtigen Mächten ohne Mitwirkung des Reichstages, in so weit sie nicht verfassungsmäßig vorbehalten ist. §. 10. Alle nicht rein privatrechtlichen Verträge, welche deutsche Regierungen unter sich oder mit auswärtigen Mächten abschließen, sind dem Kaiser zur Kenntnißnahme, und in so weit das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen. §. 11. Der Kaiser hat das Recht des Gesetzvorschlages; er verkündet die von ihm sanktionirten Gesetze und erläßt die zur Vollziehung derselben nöthigen Verordnungen. §. 12 In Strafsachen, welche zur Zuständigkeit des Reichsgerichtes gehören, hat der Kaiser das Recht der Begnadigung, den Fall der Ministeranklage ausgenommen. §. 13. Dem Kaiser liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob. Er hat die Verfügung über die bewaffnete Macht; überhaupt stehen ihm alle Akte der Regierungsgewalt im Kreise der diesseitigen Rechte und Befugnisse zu, welche in der Verfassung der Reichsgewalt beigelegt und dem Reichstage nicht zugewiesen sind. (K. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 16. Dez. In der heutigen Sitzung erklärte Heinrich von Gagern, daß er das Präsidium der Nationalversammlung niederlege, um dem Rufe des Reichsverwesers folgend das Ministerium zu ergänzen. Durch die Intrigue mehrerer polnischen Klubbs, die geleitet von einigen norddeutschen Professoren mit vielen Gegeln auf ein preußisches Erbkaiserthum hinsteuerten, war zuvor der Minister von Schmerling und mit ihm der Unterstaatssekretär von Würth bestimmt worden, seine Entlassung zu nehmen und zwar aus welchem Grunde? — weil sie Oesterreicher sind. Da man einsieht, daß Unterhandlungen mit Oesterreich, rücksichtlich seines Verhältnisses zu Deutschland, nicht mehr zu umgehen, so wollte jene Partei sich noch nicht damit zufrieden geben, daß Gagern als Ministerpräsident diese Sache in die Hand nehme; nein, es sollte auch kein Oesterreicher mehr im Ministerium bleiben. Als man mit Preußen, das eben so wenig wie Oesterreich bis jetzt eine unumwundene Erklärung abgegeben hat, sich anderzeit allen Beschlüssen der Nationalversammlung zu unterwerfen und z. B. zuverläßig die Unverletzung verlangen würde, wenn man etwa den König von Bayern oder von Württemberg zum ersten Kaiser ernählte, als man mit Preußen in Konflikte kam, da nahm man keinen Anstoß daran, daß zwei Preußen im Ministerium saßen und ein Preuße als Reichskommissär nach Berlin geschickt wurde, und jetzt findet man es ganz angemessen, daß die Leitung der Unterhandlungen mit Oesterreich in der Hand eines Baiern gelegt wurde, der sich bekanntermaßen schon seit langer Zeit ein preußisches Kaiserthum als Zielpunkt seines politischen Strebens vorgesteckt hatte, und rücksichtlich Oesterreichs erst neulich eine Ansicht aufführlich entwickelte, die dessen Ausscheidung von der engern deutschnationalen Verbindung mit dem übrigen Deutschland wie sich bringt. Wir haben gegen das Letzte an sich nichts zu erinnern; ist es ein Mann von solcher Ehrenhaftigkeit und zugleich so erfüllt von dem Gedanken künftiger Größe unserer Vaterlandes, wie sie nur in Verbindung mit Oesterreich erreicht werden kann, daß er Alles aufbieten wird, um diese so enge wie möglich zu schürzen, daß er nicht zwar einmal gefestigten Dies zu Liebe etwas Besseres und Dauernderes zu gründen, preisgeben wird. Aber empfrend ist es, wenn man gleichzeitig sehen muß, wie ohne andern Grund und gegen das Verlangen Gagerns selbst, der österreichische Minister vor die Thüre gesetzt wird. Dasselbe steht das weitern Bestreben, die österreichische Sache bald zu brechender Entschiedung zu bringen, dadurch die Ausscheidung der österreichischen Deputirten herbei zu führen, und dann in den übrig bleibenden Rumpfparlament um so leichter eine Majorität für die Lieblingsidee eines preußischen Erbkaiserthums zu gewinnen. Dagegen fürchten man zwar nicht eben genügsam zu finden, faßt aber doch, es werde nicht den Muth haben, sich dem einmal gefaßten Beschlusse zu widersetzen; man hofft, diesen Muth wenn er sich zeigen sollte, durch das Geschrei über rebellische Auflehnung gegen den Nationalwillen und über Partikularismus bald zu dämpfen, und so das Ziel sicher zu erreichen, an dem und eben preußischer Partikularismus im Bunde mit pedantischer Katheder-Politik einseitig norddeutscher Professoren in dasiger Stadt hinzuführen beabsichtigt. Wahrlich, es sollte einem das Herz brechen und Verzweiflung an der Möglichkeit wahrer Einigung des Vaterlandes sich deß bemächtigen, wenn man die kalte Gleichgiltigkeit sieht, womit diese Herren, um nicht ein Titelchen an ihrem theoretischen Bundesstaate zu verändern, lieber zwölf Millionen deutscher Brüder hinausstoßen wollen aus unsern Grenzen, die herrlichsten Lande und entfernen und das Werk der Einigung und Kräftigung des deutschen Vaterlandes, zu dem sie berufen waren, durch den Hochverrath frönen, daß sie ein Viertheil davon lostreisen oder sich lostrennen nöthigen. Freilich, als von Posen die Rede war, wie eifrig waren dieselben Herren, die angeblich 500,000 Deutsche, die zerstreut unter Polen leben, für den deutschen Bundesstaat zu gewinnen, und wegen Schleswig das zum Theil gar nicht und ungefähren will, was man heute, wie ganz Europa sich in Krieg zu führen! Haben sie ihren Enthusiasmus für Deutschland Größe, für deutsche Nationalität damals verbraucht? Ich lasse es für heute bei diesem Erguß meiner Empfindungen bewenden, und behalte mir vor,

nächstens die rechtliche und politische Seite der Frage, namentlich mit Rücksicht auf Bayern, näher zu besprechen. Einstweilen will ich Ihnen nur noch bemerken, daß unter den bayerischen Abgeordneten nur sehr wenige, (in viel mir bis jetzt bekannt, nur drei) der Ihee eines erblichen mit der Krone Preußen verbundenen Kaiserthums huldigen, und daß sich alle die Erhaltung Oesterreichs im Bunde als eine Lebensfrage für Bayern ansehen. Auch im Verfassungs-Ausschuß haben sich bis jetzt nur fünf Stimmen für jene Idee erklärt, welchen mit Unrecht die unseres biederen und besonnenen v. Rotenhan beigezählt worden ist. —

Bayern. — ** **München**, 20. Dez. Se. Maj. der König haben an den bayerischen Gesandten zu Rom, Grafen von Spaur, aus Anlaß des Uebelbefindens desselben bei der Meldung Sr. Heiligkeit des Papstes Pius IX. aus den ihn bedrohenden Gefahren das folgende allerhöchst Handschreiben erlassen: „Herr Gesandter v. Graf von Spaur! Ich habe Ihren Bericht vom 30. des vorigen Monats über die glückliche Befreiung Sr. Heiligkeit des Papstes und dessen Ankunft zu Gaeta mit der höchsten Theilnahme gelesen. Es groß der Schmerz war, den Ich bei der Nachricht von den gegen das geheiligte Oberhaupt der katholischen Kirche von einer verbrecherischen pflichtvergessenen Partei verübten Gewaltthätigkeiten und von dem schwarzen Undanke empfunden, mit welchem diese Partei die von Seinem liebevollen wohlwollenden Herzen im reichsten Maße gespendeten Gaben und Wohlthaten vergolten hat, und so tief die Bekümmerniß ist, womit sie dem heiligen Vater außerlegte Nothwendigkeit vor weiteren Gewaltthätigkeiten Zuflucht und Schutz unter dem Schirme Meiner suchen, Mich wie jeden treuen Sohn der katholischen Kirche hat erfüllen müssen, so haben doch jener Schmerz und diese Bekümmernitz die wohlthuendste Linderung in der Kunde von der glücklich vollbrachten Rettung des Stellvertreters Christi auf Erden gefunden, und Ich danke der göttlichen Vorsehung noch ganz besonders dafür, daß Sie Meinen Gesandten zum Mitgenusse dieser Beruhigung auserseben hat. Sie haben Mein lieber Graf, durch den Eifer und die Umsicht, und durch die furchtlose Hingebung, mit welcher Sie dem geschwollen und für unsern heiligen Vater wie für die gesammte katholische Christenheit hochwichtigen Unternehmen sich unterzogen und dasselbe zum glücklichen Ausgange geführt haben, auf das Vollkommenste Meinen Absichten und den Gesinnungen entsprochen, die Mich für Sr. Heiligkeit geeifert beseelen; Sie haben dadurch sag in dem Sinne der Gesinnungen gehandelt, welche Ich Ihnen unterm 20 Mai d. Js. für den Fall entheilt habe, wo Ihre Dienste dem heiligen Vater von Nutzen sein können. Mit Vergnügen drücke Ich Ihnen Meine volle Anerkennung aus, und indem Ich Mir vorbehalte, Ihnen für die geleisteten wertvollen Dienste ein besonderes Merkmal Meiner Gnade und Zufriedenheit zu verleihen, versichere Ich Sie gerne jener wohlwollenden Gesinnungen, womit Ich bin Ihr wohlgewogener König (gez.) **Max.** Nymphenburg den 16. Dezember 1848.

Schleswig-Holstein. — Aus Alsen vom 6. Dez. schreibt die „Schleswig-Holsteinische Zeitung": Jetzt müssen wir förmlich in Verzweiflung übergehen; denn nicht allein, daß alle Steuern auf das energischste eingetrieben werden, sondern am 11. Dezember ist eine Milizierfestion anberaumt, wozu Alle bis 1844 zurück, selbst alle Freigelosten, gezogen werden sollen.

Hannover. — Hannover, 14. Dez. Heute ist die Ankündigung der Zeitung für Norddeutschland ausgegeben worden. Es ist dies die frühere Weemer Zeitung, welche unter diesem Namen von Bremen hier herübergezogen ist und bei den Gebr. Jänecke erscheint.

Preußen. — Berlin, 16. Dez. Vorgestern wurde der ehemalige Polizeipräsident v. Minutoli in Potsdam zur königlichen Tafel gezogen. — Das Geheime Obertribunal hat eine Dankadresse an Se. M. den König für die verliehene Verfassung erlassen. — Die, von Hrn. Uhsers verfaßte Adresse an Se. Maj. den König, welche die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer Sitzung vom 14. annahm, lautet, wie folgt: Königliche Majestät! Die bedeutungsvollsten Ereignisse der letzten Zeit haben für den Augenblick die Unmöglichkeit hervorgerufen, zum Aufbau der Verfassung auf dem Wege der Vereinbarung zu gelangen. Wir betrauern tief die Thatsachen, welche schließlich zur Auflösung der Nationalversammlung geführt haben. Eine Verirrung, wie jene von Vertretern des Volkes ausgeübte Steuerverweigerung, mußte unvermeidlich die Nation trennen von ihnen, die entsandt waern zum Werke des Friedens, nicht des Zerwürfnisses. Dies anzuerkennen, gebietet uns die Pflicht und unser Gewissen. Ew. Majestät haben Ihrem Volke eine Verfassung verliehen, welche noch der Revision und der Mitwirkung der neuen Landesvertretung unterliegen soll. Das Prinzip der Vereinbarung ist damit gewahrt. Es ist aber auch dadurch ein Boden gewonnen, von dem aus unser schönes Vaterland, nach den Stürmen der Vergangenheit, im Innern sich von Neuem aufbauen und zugleich mit Freudigkeit der Ereignisse gewärtig sein mag, welche die Größe und den Ruhm noch erhöhen werden, die ihm bis jetzt geworben unter dem Geschlechte der Hohenzollern. Möge unser Hoffen und unser Glauben Erfüllung finden! Die Stadtverordneten-Versammlung in Berlin. — Der Reichskommissär v. Hrrgenhahn ist vorgestern nach Frankfurt zurückgekehrt. Hr. Simson befindet sich dagegen noch hier. Dr. Falk, Abgeordneter zur Frankfurter Nationalversammlung (Mitglied der Fraction, welche im Augsbourger Hof ihre Versammlungen hält) ist am 13. Abends, wie es heißt, mit einer Mission in Betreff der bevorstehenden Wahl des Reichsoberhauptes hier angekommen und hat bereits eine Audienz bei dem Ministerpräsidenten Grafen v. Brandenburg gehabt. — Die Purifikation Berlins ist der Polizei nunmehr so ziemlich gelungen. Wer irgend verdächtig war, ist, wenn er in Berlin sein Domicil nicht hatte, ausgewiesen worden. Nur in den Gefängnissen befinden sich noch einige der demokratischen Volksführer, wenige abgerechnet, die sich bis jetzt noch der Polizei zu entziehen gewußt haben. Auch Hr. v. Sadowski, ein Hauptangeklagter in dem Polenprozesse des vorigen Jahres, hat Berlin verlassen müssen. Dr. Eichler, welcher sich bis vorgestern unerkannt hier aufgehalten, hat nun Berlin verlassen. (Sp. Z.)

Berlin, 14. Dez. Man versichert, der König werde vor Auflösung des Belagerungs-Zustandes nicht nach Berlin zurückkehren, sondern gegen den 27. in Charlottenburg eintreffen. Die Prinzen hingegen werden hier für Weihnachten erwartet. Ueber die Aufhebung des Belagerungs-Zustandes liegt noch kein Beschluß vor. Doch hört als fast authentisch sich, daß derselbe mindestens mit dem Beginn der Wahlen sein Ende erreicht haben wird. (Köln. Z.)

Demmin (in Pommern), 10. Dez. Heute ist von hier eine Dank-Adresse an den Unterstaatssekretär Herrn Bassermann für seinen freimüthigen Bericht über die Berliner Zustände abgegangen. (Anm. Wie wir wissen, erhält Herr Bassermann fast täglich aus den verschiedensten Theilen Preußens ähnliche Zeichen der Anerkennung, daher wir nicht mehr einzeln darüber berichten werden.) (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Anhaltische Herzogthümer. — Dessau, 13. Dez. Dessau hat zwar der freyinnigste aller Verfassungen, aber sie wird von dem Volke, dessen Vertreter sie gemacht haben, nicht verstanden, oder in seinem Sinne verstanden. Die Leute wollen als die Freiheit sie sich, aber nicht für sie, für welche Freiheit, auf deren Ausübung sie Anderer. Die letzte Woche war ganz geeignet, und den Beweis zu liefern, daß die breite Staatsform eine Illusion ist, wenn nicht der Volksgeist sie durchdringt. Dessau hatte in dieser Woche eine Revolution im kleinsten Maßstab. Die Innungen und Gewerke der Stadt Dessau erregten einen fuchtbaren Sturm, weil — ein Kaufmann mit einem fertigen Kleidungsstücke gehandelt haben sollte! Darüber Volksversammlungen, Gemeinderathssitzungen, Deputationen, Demonstrationen. — Hier sehe man recht deutlich, man gebe wir nichts Anderem um, als mit Einführung der Gewerbefreiheit, und die Gewerbefreiheit, ja was sie führe sie anderd als direkt zur Republik!" So die Schneider und übrigen Innungsmeister. Bezeichend beweist ihnen das Gericht ihr Unrecht: „Hängen müsse man die Kerle!" scheinen die Krakkrretchen und ein Geschrei! und ein Zetter! leute, die Volksstimmen ihre Volksvertreter ihre Volksrechte wollen, läßt man nicht zu Worte kommen, eine Deputation wird an den Minister Habicht geschickt, und dieser ist schwach genug, ihr Recht zu geben, ein rechtsträftiges Erkenntniß der obersten Gerichtsbehörde zu bekassiren. Triumphirend ziehen die „Innungsmeister" ab, um bei der nächsten Gelegenheit wiederzukommen. (Magd. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

General Bem ist zum Chef der sämmtlichen ungarischen Artillerie ernannt worden und hat den Oberbefehl über alle Befestigungen am linken Donauufer übernommen. (Schles. Z.)

Italien.

Nach Berichten der „Mailänrer Zeitung" de. Mis. d. d. Rom, 11. Dez. soll daselbst wirklich eine provisorische Regierung eingetzt worden sein aus den Senatoren von Rom und Bologna und dem Gonfalonjere von Ancona bestehend. Der Papst sei seiner weltlichen Macht entsetzt, und solle nur unter dem Titel eines Bischofs Rom weiter bewohnen dürfen, dagegen sei allen Kardinälen und Prälaten der Rückkehr untersagt. — Römische Blätter von demselben Datum wissen jedoch von dem Angeführten nichts, obgleich sie einen derartigen Beschluß in Aussicht stellen. Dasselbe thun auch die Briefe, welche der „Allgem. Zeitung" unter dem gleichen Datum aus Rom zugekommen sind. Aus Genua wird der „Allg. Zeitung" geschrieben, daß die römischen Kammern eine neue Deputation an den Papst geschickt haben des Inhalts: er solle augenblicklich zurückkehren, oder das römische Volk werde ihn aller seiner weltlichen Würden und Rechte entsetzen. (Die gut guten Römer teäumen wir es schein recht lebhaft von dem S. P. Q. R.!)

Großbritannien.

* **London**, 14. Dez. Die heutige Morning-Post ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die Angabe mehrerer Journale, als wirke der Fürst Borgbese im Verein mit dem Fürsten von Canino zu Rom an der dortigen Bewegung, gänzlich falsch ist. Die Fürsten Borgbese und Doria sind im Gegentheile dem hl. Vater sogleich nach Gaeta gefolgt, wo sich Ersterer mit seiner Familie gegenwärtig noch befindet.

Frankreich.

** **Paris**, 15. Dez. Die Gebrde hatte sie heute einige Besorgnißmäßregeln getroffen für den Fall von Unruhen, die etwa die Feier des Jahrtags der Asche Napoleons hätte veranlassen können. Aber der Gottesdienst wurde um 8 Uhr Morgens statt um 11 Uhr wie sonst abgehalten, und diese Aenderung mag mit zur Erhaltung der Ordnung beigetragen haben. Unter den beim Gottesdienste Anwesenden bemerkte man den General Petit, Untergouverneur des Invalidenhotels, mit seinem Stabe und einer Anzahl von Generalen und Offizieren, die zu der kaiserlichen Familie in näherer Beziehung stehen, darunter General Pyat, die Herren

Perrigny, Lalty, den ehemaligen König von Westphalen und seinen Sohn Jerome. Aufserdem waren alle Invaliden zugegen. Die Neffen des Kaisers, so wie Ludwig Napoleon selbst hatten anfänglich lassen, daß sie der Trauerzeremonie nicht beiwohnen würden, um jeder Zusammenströmen von Neugierigen zu verhüten, und damit jeden Anlaß zu Unordnungen. Merkwürdig ist, wie in dem augeblich republikanischen Paris alle Welt von „Prinzen" und von der „kaiserlichen Familie" spricht, als hätte das Kaiserthum, also die Monarchie, nie aufgehört zu bestehen, oder als wäre sie bereits wieder eingeführt. Die Bildung des künftigen Ministeriums beschäftigt noch immer die politische Welt. Noch ist nichts darüber entschieden. Heute früh hatte eine große Unterredung bei Hrn. v. Warrens statt. Der Gerücht des Falloux als Minister des öffentlichen Unterrichts soll darin so gut als entschieden worden sein. Doch soll derselbe, der als Repräsentant des Klerus gelten wurde, darauf bestehen, daß noch ein Gegner der Universität, Hr. v. Fracy z. B., mit ihm eintrete. Daß Hr. Trouvin de Lhuys das Portefeuille des Auswärtigen erhält, darf als ausgemachte Sache betrachtet werden. Er war schon unter Hrn. Guizot, mit dem er aber bekanntlich zerfiel, Direktor im Ministerium des Auswärtigen, und in jüngster Zeit Präsident des Ausschusses der Nationalversammlung für die auswärtigen Angelegenheiten, ist also jedenfalls kein Neuling auf diesem Felde. Auch das diplomatische Korps soll seinen Eintritt ins Ministerium sehr gerne sehen. Schon künftig man an, daß er bedeutende Personalveränderungen in seinem Tavernement vornehmen werde. Hr. v. Bourgueney (früher Gesandter Boyschaft der Lüfte), Graf Sponsil (bergl. in der Schweiz), Walewski (ehemaliger Geschäftsträger in Egypten und im La Plata), Lagrenee (früher in Griechenland und China), Piscatory (früher Gesandter in Griechenland, dann ernannter Botschafter in Madrid, wohin er sich jedoch nicht begab) sollen aufs Neue wichtige Posten erhalten. Hr. Achille Fould wird Minister als solcher die Finanzen ordnen

Bekanntmachungen.

Seine Majestät der König von Bayern

haben einen Preis von

Ein hundert Dukaten

ausgesetzt für die gelungenste Bearbeitung der Frage:

„durch welche Mittel kann der materiellen Noth der unteren Klassen der Bevölkerung Deutschlands und insonderheit Bayerns am zweckmäßigsten und nachhaltigsten abgeholfen werden."

Bewerber haben ihre Arbeit spätestens bis zum 31. Jänner künftigen Jahres bei dem diensthuenden Flügeladjutanten Seiner Majestät gegen Empfangsbestätigung zu übergeben. — Ueber den Werth der Arbeit wird eine noch zu bestimmende Kommission von Männern des Faches entscheiden.

Nymphenburg den 1. Dezember 1848.

Hof-Sekretariat Seiner Majestät des Königs von Bayern.

276. (3a) (gez.) **Schönwerth.**

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. v. Kaulerstoffer, Oberst, von Wien. Frau Fromel, von Augsburg. Scheler und Mittenberg, Kaufleute, von Augsburg. Gräfin Leyden, von Passau. Roth, Buchhändler, von Stuttgart.

Hotel Maulik, Frau v. Kalsch, von Wien. Pich, Inspektor, von Frankfurt. Baltgaud, Partikulier, von Kempten. Mosset, Kaufmann, von Koblenz. Fleischmann, Kaufmann, von Stuttgart.

Gold. Kreuz. Zeltzgeber, prof. Schenke, von Rosenheim. Woplmeb, Landrichtersgattin, von Mühldorf. Marcebe, Kaufmann, von Leipzig. Erabrice, Rentier, von Louben. Pfeiffer, Gastwirth, von Hannover. Rabitz, Rentier, von Petersburg.

Blaue Traube. v. Maschi, Partikulier, von Trostberg. v. Schuler, Legationsrath, von Wien. Gen-be, Kaufmann, von Kempten. Dr. Edle v. Fliefler, k. k. Hauptmann, aus Italien. Dr. Schaaf, Advokat, von Landshut. Dr. Danzer, Rentsbeamter, von Kübling. v. Morell, Rentier, von Trostberg. Martin, königl. Landrichter, von Wolfratshausen. Wittmayr, Kaufmann, von Kempten. Frhr. v. Freyberg, Gutsbesitzer, von Sidmingen. v. Rlyp, k. k. Oberst, von Wien. Strasser, Kabel, von Salzburg. Kuntler und von der Lute, Offiziers, von Ulm. Dr. Kellner, prakt. Arzt, von Lengries. Baron v. Reigenstein, von Landshut.

Stachusgarten. Rösle, Kaufmann, von Augsburg. Prestel, Gutsbesitzer, von Kempten. Rabe, Pfarrer, von Dresden. Stoll, Praktikant, von Augsburg. Gleich, Brienzer, von Augsburg. Oehninger, Thierarzt, von Zürich. Lichtl, Klavenmeister, aus Tirol. Knapp, Hauptzollamtsassistent, von Ludwigshafen. Stinring, Privatier, von Karlsruhe. v. Kappelli, Oberkontrolleur, von Tegernsee.

Gestorbene in München.

Rechtsrath Zeller, königl. Hofnotheramtsrath, 33 J. a. Simon Biberger, Sattlergesell von Landshut, 40 J. a. Heinrich Allmann, Kunsthändlerssohn, 43 J. a. Anton Blomer, Taglöhnerssohn, 24 J. a. Anna Schwaiger, Taglöhnerswittwe, 66 J. a.

Einladung zum Abonnement auf die **Augsburger Postzeitung.** katholisch und liberal im wahren Sinne des Wortes, feind dem Absolutismus in jeder Form. Preis halbjährlich 4 fl 40 kr. Auflage **3500.** Inserate die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum 3 kr.

---

307. Mittwoch den 20. Dezember 1848:

Im großen Saale des Museums.

Zweite und letzte

Musikalische Akademie,

gegeben von der

Ungarischen Sängergesellschaft.

Unter Mitwirkung mehrerer Mitglieder der königl. Hofkapelle.

Billets in den Kunsthandlungen der Herren Falter & Sohn und Nibl zu 48 kr., an der Kassa 1 fl.

Anfang um ½7 Uhr — Ende um ½9 Uhr.

---

304. (3a) Die Unterzeichneten beabsichtigen zu Neujahr 1849 einen

Theater-Almanach

herauszugeben, welcher eine Uebersicht der hiesigen Theaterverhältnisse, des Personalstandes, des Repertoirs u. dgl. enthält, und für jeden Theaterfreund von Interesse sein dürfte.

Sie laden daher zur zahlreichen Subskription ein.

München, den 15. Dezember 1848.

Albert Hölldorfer & Franz Prüller,
königl. Hoftheater-Souffleure.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Unbedingtes oder suspensives Veto?

** Diese Frage ist kürzlich in der Reichsversammlung zu Frankfurt gegen das unbedingte Veto entschieden worden. Dadurch soll der künftigen Reichsgesetzgebung nicht präjudizirt werden. Noch dem dort gefaßten Beschlusse dort zwar ein Beschluß des Reichsrats, welcher die Zustimmung des Reichsoberhauptes nicht erlangt hat, in derselben Sitzung (soll heißen Session) nicht wiederholt werden. In dagegen ein Beschluß von Reichstage in drei verschiedenen Sitzungen (soll heißen Sessionen) nacheinander nicht erfolgt, so soll der Reichstag sich auflösen. Die gewichtigen Worte Lindes zu Gunsten des unbedingten Veto, die einstimmliche Schlußrede Uhlmanns in demselben Sinne vermochten nicht die Mehrheit zu gewinnen, sie entschied sich für die Annahme einer Bestimmung, welche ihr Vorbild in der nordamerikanischen Verfassung findet. Die Lehre, welche Belgien an die Hand gab, verhallte ungehört in der reformirten Kirche zu Frankfurt; ob dies klug gethan war, wird die Zukunft lehren. Jedenfalls wird die nämliche Frage nun auch in Preußen zur Anregung und Verhandlung kommen, wenn dort zur Revision der vom König verliehenen Verfassung geschritten wird. Dann der Schlußsatz des Artikels 60 der preußischen Verfassung entspricht so ziemlich genau dem Eingange des ursprünglichen §. 19 der Frankfurter Entwurfs, indem er besagt: „Die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich."

Nach den aus Berlin und zukommenden Nachrichten macht dieser Schluß- satz den dortigen Demokraten viel, sehr viel Hergeleid, und gibt ihnen in den öffentlichen Lokalen fast wieder aufschneiderische Worte und Redensarten Nahrung auf. Ihr Hauptein wand gegen diesen Satz ist: „Der König oder die erste Kammer brauchen nur zu sagen: ich verbiete es! und alles Gute und Vortreffliche, was die zweite Kammer beantragt, ist in seinen Keimen erstickt." Es verdient sich wohl der Mühe, die Nichtigkeit eines solchen Einwandes in ihrer vollen Blöße dich zu zeigen. Man vergißt dabei, over will nicht erwähnen, daß auch jede zweite Kammer dasselbe Veto wollen möchte, durch dieses nemliche Veto in der Geburt schon verhindert wird. Oder will man etwa den Satz anstellen, als sei die zweite Kammer unfehlbar, als könne sie nur Gutes wollen, niemals etwas Schimmes? Dies wird wohl Niemand behaupten wollen. Ferner beliebt man in Stillschweigen zu übergehen, daß, wenn etwa die erste Kammer einmal Uebles wollen sollte, die zweite Kammer dann ebenfalls die Gewalt hat, ihr vollgültiges Veto einzulegen. Oder läßt sich annehmen, daß z. B. in Preußen, die auf den Eintritt in die zweite Kammer Exklusiv ansehen durchweg so absolutistischen Herzens seien, daß sie ihren Mitbürgern nichts Gutes zutrauen, und von vornherein in allen Vorschlägen derselben das Schlechte wittern? Dies möchten wir denn noch sehr bezweifeln. Für den allein Fall, daß eine solche Meinung Platz gegriffen hätte, während sich ihre Mitbürgern immerdin mit den suspensiven begnügen mögen. Aber man muß wahrhaftig allen Sinn für Recht und Billigkeit verloren haben, um nicht das Unzutreffende solcher Verlangnis zu fühlen; oder sollte man etwa, der gesunde Sinn des Volks werde nicht am Ende ist Bande, die man ihm über die Augen ziehen möchte, abreißen, und dem Recht und dem Unrecht dann die gebührende Stelle anweisen? Das unbedingte Veto — wie wir davon überzeugt sind — einmal eine nochwendige Staatseinrichtung ist, so ist es auch ein Postulat der strengen Gerechtigkeit, daß diejenigen Gewalten, auf welche es vorbildlich ist, es in gleichem Maße und Grade besitzen. Wenn in Rom das Veto nur den Volkstribunen zustand, in Polen jeder Schlichtig durch sein „nie pozwalam" die besten Absichten des Königs und der Mehrheit vereiteln konnte, wenn endlich die nordamerikanische Verfassung den Könige ein bloß suspensives, der Volksvertretung aber ein unbedingtes Veto zugestehe, so kann darin für uns — dünkt mich — noch kein Grund liegen — eben so unzureicht und irrtug zu handeln. Die Geschichte des alten Rom lehrt uns, welch' großes Unglück das einseitige Veto der Tribunen hervorgerufen hat. Zu man geht nicht so weit, wenn man sagt: Rom Freiheit ist dadurch vernichtet worden. Polens schmählicher Untergang und Tod an Leben beklagen „nie pozwalam" ist notorisch, und die im Anfang der dreißiger Jahre versuchte Mißregierung dieses Landes erlichte daran so schnell als sie begonnen war. Norwegens neueste Geschichte ist auf der einen Seite zu kurz, auf der andern zu wenig bedeutend, als daß es irgend einen gültigen Maßstab abgeben könne. Auch diesen beiden Staaten wollen wir auch nicht einmal auf Schweizer Spiel besonders besehen, obgleich wir besseres für unsere Ansicht als Belag anführen könnten, da es unter Gleichung da oben und der neuen preußischen Verfassung augenscheinlich Satzes sich bisher sehr wohl befunden hat. Aber an das eben zu rühmen als unabtrennliche und Hauptvorzüge, an das freie Einstand darüber mit wohl erinnern. In England dürfen alle drei Gewalten gleichmäßig sich unbedingte Veto, wenn sie wollen, einlegen. Dieses englischen Verhältnisse der Gewalt in dieser Beziehung verdankt Großtand den unsichtbaren, unberechenbaren Vorbehalt, daß dort seine neue Gesetzgebung, ein Gesetz zu früh gekommen ist, das jedes Gesetz, jede Reform im Augenblicke des Erlasses einen durchaus reifen Boden im ganzen Volke vorfand. Diesen unbedingten Veto aller drei Gewalten hat es England zu verdanken, daß alle Gesetze, welches Eigentum des Volks sind, und darum auch der Gesetzgebungsform des Engländers seine Fruchtbarkeit wo möglich noch übertrint. Aufgeklärten aber ist auch des unbedingte Veto in England nichts weniger als Zeitgemäß. Eben so wenig wird in Deutschland etwas wahrhaft Zeitgemäßes dadurch verhindert werden. Eine neue Ära aber darf und kann ohne die höchste, augenscheinlichste Gefahr ihre Anwendung auch selbst nicht in Anspruch sind, in dem Augenblicke, wo sie zwischen dem Sektion eines Einzelnen entspringen, auch nicht wenn einige Hunderte oder Tausende sie sich eigen gemacht haben, sondern erst, wenn die Majorität eines ganzen Volkes sie als ihr Eigenthum betrachtet. Dann aber wird seine Gewalt der Veto die Veto dagegen eingelegen können oder wollen. Aber der vorzeitige Versuch der praktischen Durchführung jener einigen Köpfen entsprungenen Utopie „das Recht auf die Arbeit" kostete Frankreich einen Verlust von mindestens zehn Milliarden, ein schlagender Beweis, wohin es führt, wenn man unerfahrene oder selbst Händen erlaubt, ihre Experimentirkunst an einem ganzen Lande zu versuchen. Wir werden sehen, wie man in Berlin und vielleicht auch zu Frankfurt noch die Sache des Veto betrachten wird.

Oesterreichische Zustände.

δ Von der Save, Ende November. Zufall oder vielmehr Ungeschicklichkeit, die meine rühmen Vorsicht an ihre Ferse gelangt, hielten mich 3 Monate in dieser ereignisreichen, verhängnisschweren Zeit, schweigen — Viele, unendlich viele und bedeutungsschwere Facta birgt der dreifache Zeitraum. Bald wird, so schrieb ich damals, die trotzisch-slawische Grenze Armee, unter ihrer ceclmäßigen Banus Jellachich Anführung, die Drau überschreiten und ihre Waffen gegen den, mit dem aufständischen Italien sympathisirenden, und nach Errichtung einer freien Republik strebende Ungarn kehren. So geschah es. Die Insurrektion in Wien, der Sturz Metternichs, und mit deklenden Wollmachten kömmt konstituirenden, nicht aber absoluten Kaisers und Königs versehen, handelte Bun Jellachich; nicht etwa, wie Einige wähnen, einseitig geleitet durch Interessen einer fanatischen Nation. Als Mann der Freiheit strebt er selbe an. Die eingetretene Aenderung seines Planes lag nicht in seinem unterschiedenen Entschlusse, sie lag in gegenwärtigen Zeit mit Wahrscheinlichkeit über Größe und Zukunft zu sprechen? Die gradune, düstere, beklagenswerthe Ereignisse in Ungarn und in Wien, bestimmen es anders; worunter zwei der wichtigsten, einflußreichsten Momente vor Allem auszuheben; — sie sind: die Niederlage (?) des General Roh'schen Armeekorps, und der verhängnißvolle 6. Okt. in Wien. Kurz anerwund, will ich blos das Resultat jener Niederlage, wie mir's von Wienern hörte, vom Rob'schen Korps und Ungarn nach Raabe wassenlos zurückgekehrten, Grenzer mitgetheilt, hier beziehen. 9000 muthige, gut bewaffnete Leute wir der entsprechenden Anzahl Offiziere, hatten die Generäle Roth und Wohlsprach, unter ihrem Kommando, mit dem Auftrage, weiter gegen Süden nach Ungarn überzurücken, und in Kampfarmee im Rücken zu haben, zum Gegenbehalte, zur Verschlüsse mit der Bank Armee sich zu vereinen. Mit Strapatzen und Entbehrungen aller Art kämpfend, da sie (bloß die Mannschaft) oft Tage lang ohne Speis und Trank blieben, irrten sie nun auf Ungarns schlechten Wegen und in den Wäldern müßiom herum; und wußten sich — also ist ihres Führers Gebeis — ohne Schwerstreich, ohne Einen Schuß zu thun, — Mit Wunderweh verlorener Ehre, — Mit Grausen und Entsetzen — ergeben! Die Grenz-Offiziere wurden alle insultirt, zu Gefangenen gemacht, nach Buda-Pesth transportirt, und die Gesammt-Mannschaft, nach Mißlerung die Waffen, und obgenommen Eide: nicht mehr gegen Ungarn zu kämpfen, nach Hause entlassen. Die kaiserliche Armee hat nun um so viele Offiziere weniger, die Ungarn hingegen, um so viele Tausend gute Grenzherz u. mehr. — Sieh' zu Colog.

Nähere Details mag die Zeit geben, da ich ein Urtheil zu fällen, mich nicht berufen fühle. Ueber Verrath spricht Alles. Dieß das erste düstere Ereignis, nun das zweite:

Der 6. Oktober kam; mit ihm die blutigen Gräuelszenen in Wien! Maurern, und der Kaiserl greife Kinder, und machte Oesterreichs treue Söhne knechtisch und rebellirt um Bürgen Maurern schaaren. Doch, wo der Soldat seinen Monarchen, dem er Treue zugeschworen bis in den Tod, — bedroht glaubt, und wo er Gefahr für's Vaterland — hoh ihm der Kaiserstaat, — hereinbrechen sieht, ruft ihn des Ehres Pflicht; und so finden sich alle die Getreuen, und mit ihnen Ban Jellachich vor Wien; nicht feindlich den nach Freiheit ringenden und ihrem Kaiser ergebenen und ihn verehrenden Wienern, sondern friedlich jenen Fremden, Ansprache und Umfluter aller Gesetze predigenden Wühlern. Daher — nicht der deutsch gesinnten Residenz, nicht dem slawenfeindlichen Wien galt der Angriff; die Schlacht, sie ward geklumpft für Erhaltung der Monarchie Oesterreich. Und so entstieß das Schwert — den — auf einer Seite durch irregeleitete, verblendete Parteien herausfordernden — und begonnenen, und andererseits — freiwillig (?) mit zu mit Schwert durchgesetzten Ordnung. Die gerade Grunde bringt der Acker, dessen Mehrzahl einer Weizensaat zugleich mit dem wuchernden Unkraute, statt denselben selbe auszuwerfen, vertilgt wird. — Es ist vorüber — und nur ein kleiner Theil der Aufgabe der Oesterreichischen Armee selbst, noch bleibt der größere übrig — es ist der schwierigere.

Fort daß es ihr Statt — freilich die Resolung — und dem Banditenkäuber zu bändigen, welche anstiften, die Furcht des Terrorismus die Maßregeln momentan erklärt, sich, da sie zur klaren Ansicht des Sinnes von deren, auch verzeihlichen Verlust der Freiheit und all über diesen Mißs-Gesinnungsschlaffheit als gerecht geschlichteten Lenzungen gelangt sind, das

Militär, als die Ursache der wiederkehrenden gesetzlichen Ordnung, muthig als Retter begrüßen; — hier gilt es, eine ganze, große, in Anarchie befindliche, und durch ihren Agitator beherrschte Provinz, und deren Gesammtbewohner, welche durch das seltene (sophistische) Raisonnement ihres an der Spitze all e Unternehmungen stehenden Agitators — das aus äußerste fanatisirt, sich schon als Bürger eines noch innen und nach außen mächtigen unabhängigen, republikanischen Staates träumen! — — dort war die Minderheit; hier ist die Mehrheit herrschende Partei.

Dort — hieß man selbst, nach apodictischer Erklärung des Feldmarschalls — den äußersten Schritt (ein Bombardement) für unwahrscheinlich; hier — bewährt man sich seit Monden schon, theils durch den aus höchste gesteigerten Nationalhaß aufgeboten, theils durch die jüngsten Vorgänge gewarnt, alle Orte zu verschanzen und in Vertheidigungszustand zu setzen; kurz — auf die ausgedrohmste Weise einem mächtigen feindlichen Angriffe zu begegnen, durch Zuziehung von Proviant, Munition, großer Geschütze ꝛc. ins Innere des Landes. So wurden aus den beiden, leider mit Ungarn sympathisirenden Grenzfestungen des Königreichs Slavonien: Peterwardein und Essegg, ein ausserordentlicher Warnruf Wuthes und Kriegsgeräthe jeglicher Art, nach Ungarn (Ofen, Pesth) weggeschleppt. Kroatien, insonderheit aber Slavonien und die Militärgrenze, jeden Augenblick eines feindlichen Einfalles gewärtig, vermögen nur durch außerordentliche Wachsamkeit ihrer zahlreichen Vorposten und die große Anzahl des längs der ganzen Grenze aufgestellten Militärs und aufgeborenen Landsturmes, ihm einen Damm entgegenzusetzen. Allein wer könnte es von der Treue dieser unterwürfigen Landen Rüche werden lässt; der durch fruchtlose Strapazen ermattete Körper fordert herrisch seinen Tribut, die Ruhe; die öfteren nächtlichen Alarmirungen und Beunruhigungen, die nach gewonnener Ueberzeugung sich auf irrige Deutung eines nächtlichen Schusses, oder auf böswillig ausgestreute Gerüchte der nahen Gefahr, oder auf allzu große Aengstlichkeit beschränken, in ein Nichts verfliegen machen — langsam zwar — aber dennoch die Gemüther sicherer, ruhiger, und die Folge ist: daß man am Ende dem Wolfsgeheule selbst nicht trauend, ihn dann noch ferne wähnt, wenn er die Heerde schon zerfleischt. Zwar ist so Manches nicht zu fürchten, es müßte denn Ungarns Agitator seine 200,000 Mann wohlgeübter, eingeschulter, regulärer Truppen bereits besitzen (wie ungarische Lügenblätter es behaupten), dann möchte wohl die Gefahr nicht ferne sein für unsere Grenzländer, als sie es wäre für die österreichische Gesammtmonarchie. Deßhalb nur schnell aus Werk geschritten, zur längst verdienten Züchtigung, die leider durch Zeitumstände zu lange schon hinausgeschoben wurde. Dieß die allgemeine Meinung, so der Deutsche, so der Slave, welche Alle in geistlicher Ordnung und Erhaltung einer kräftigen, vereinten, konstitutionellen österreichischen Monarchie das Heil finden und erstreben, ferne von jenen Utopien und Hirngespinnsten, die den Namen: „Oesterreichs Republik“ führen. Welches Recht für Alle, mag es Lohn betreffen, oder Strafe.

Gräulich, schauderhaft war der Mord Latours in Wien; Freiheit, mißverstandene Freiheit predigten die ultra-radikalen Wiener Blätter, sie so leicht Eingang fanden in den unerfahrenen, viel Jugendfeuer zählenden Gemüthern! Allein, von der Wurzel aus, die klar vor Aller Augen liegt, muß man das Uebel tilgen; — die Wiener büßten, und der Mord ist durch das Blut von Tausenden gesühnt. — Doch in Ungarn? Nicht dem Morde, dem Morden gilt es hier; nicht mißverstandene Freiheit ist zu zügeln, sondern Anarchie sammt allen ihren Schrecken und Gräueln zu bekämpfen. — Von den Thaten dieses Landes — von Hängen und Marterzufügungen, die man als Hochverräther bezeichnet, an der Tagesordnung — sprechen wohl die meisten Blätter; doch die Journale dieser Rebellenprovinz dürften (zum Glücke) minder verbreitet und gelesen sein; es genüge die einfache Bemerkung: daß die frechsten, die ultra-radikalsten Blätter Wiens Moral predigten, in Vergleich mit den gemäßigteren Journalen dieses Landes. Wir wollen von den Gräueln, von den „Ungarn“ aufhören, daß zu hoher Gänsehaut gehört, dessen Metzkleute, nachdem Klein nun abgetrennen, jetzt Zapfl und Bangya sind. Der Lügen und abscheulichen Entstellungen der Thatsachen, als etwas ganz Gewöhnliches, erwähnen wir nur wenige; auch kann es keinen bekannten Redacktheil bewirken, und höchstens nur der Leser Galle erregen. — So treuen sie sich der tapferen Schaaren, die der kaiserlichen Armee (bei Schwechat) vor Wien, wohin sie zum Entsatze eilten (?), beigebracht, und von wo sie sich, von den Wienern im Stiche gelassen, lämpfend und ehrenvoll zurückgezogen?! — So erzählen sie die ihrerseits heldenvoll durchfochtenen Schlachten, Kämpfe, Gefechte und Scharmützel alle, in denen jeder der Feind zu 60—300 Todte zählt, während bei ihnen immer nur der bekannte Eine (stets benannte) Todte bleibt; ausgenommen bei der Einnahme (??) von Arad, wo sie das Greffemal zwei Todte, und zwar: Einen Husaren und Einen Oberceauriegers hatten!!

Dasselbe großartige Lügenblatt erzählt auch am 11. Nov., daß bei Tarnan General Simonich tüchtig von ihnen geschlagen wurde; ferner, daß 10,000 Polen den Ungarn zu Hülfe kommen, und daß auch Kroatien 20,000 Mann Hilfstruppen stelle. So meldet es den 12. Nov. Urband Niederlage, den man zugleich fing und aufhing, und den 13. Nov. wird gemeldet, daß die Festung Arad eingenommen wurde, und Berger sein Leben eingebüßt habe: (derselbe Berger, Festungskommandant und Ueberlieferungsbevollmächtiger, mittlerweile immer noch von Jellachich in Ofen gefangen gehalten wird, und dessen bombardiren läßt, daß wohl nicht noch nach seinem Tode?) daselbst kaiserliche man 2 Majors. — Alle, welche die darauf bezüglichen Ereignisse kennen, wissen, was sie von diesen prahlerischen Lügen zu halten haben.

Doch die Sprache dieser ungarischen Blätter, die wahrhaft höllischteuflisch ist, macht die Nerven konvulsivisch beben und das Blut in den Adern hatten! Ein Oesterreich, von dem die ungarischen Blätter unter der Rubrik: „Ausland,“ gleich Rußland, sprechen, erkennt man so wenig mehr an, als einen legalen Monarchen, dessen Namen (den Namen unsers gütigen Ferdinand) man mit spottendem Hohne unter den empörendsten Anreizungen erwähnt: Audrücke, die der schonenne menschliche Mutter von Verbrechern nimmer braucht. Einiges der gelinesten Art möge als Beispiel dienen:

Man schreibt den 15. Novbr.: „Der König hat den Eid gebrochen, der Palatin ist schändlich davongelaufen, und Ferdinand, der der Mutter unsers Volkes sein soll, hat unsere Treue und Anhänglichkeit — (?) — von sich gestoßen, und uns obendrein noch dadurch vergolten, daß er uns hinmorden lassen will und Feinde gegen uns hetzt. So wartet Alles auf die Zeit, in der Europa aus dem Munde der Ungarn die Republik verkünden hört.“ — So heißt es am 11. Nov. tactlich: „Wenn der König von Preußen das Volk bombardiren läßt, so hängt das Berliner Volk ihn nicht an den ersten besten Laternen-Pfahl, wie der Mörder es werden, sondern geht nach Hause, setzt die Brillen auf und schlägt erst in den Zeitungsartikeln nach, ob“ — u. s w.

Bekanntlich fielen die Ungarn in der Nacht meuchlings in Stirien, im Steiermärkischen, ein, plünderten, mordeten, und zogen sich schleunig wieder zurück. Darüber kommt nun, im selben Journale vom 14. Nov. ein Artikel, betitelt: „General Perczel's Sieg bei Bruck an der Leytha (in Steiermark).“ Hier haben Sie Einiges aus einem einzigen, zum Glücke bei Ihnen wenig oder gar nicht gelesenen Journale Ungarns, aus dessen, noch etwas gemäßigteren Sprache, Sie einen Schluß auf den Inhalt der Uebrigen machen können. So hat man den Ausdruck: „hängen“ dort verbannt, und gebraucht statt dessen das beliebtere Wort: „latournisiren,“ — Auch diese Blätter erfreuen sich, von der Heiligkeit der Presse zu sprechen! —

Was mag den Magyaren wohl so übermüthig machen? Ganz einfach: Oesterreichs Statistik. — — Uebermäßige Forderungen bewirkten Aufregung, und das allmächtige Erwachen der verschiedenen, ihrer Nationalität sich bewußt werdenden Völker suchte den Krieg an, der mit großer Erbitterung und in der entgegengesetzten Richtung verlaufend, das günstigen Erfolges von magyarischer Seite fortgeführt wird, denn da sitzt der alte ungarische Agitator: Robespierre von 1848, und vor ihm, aufgebreitet auf dem Tische, liegt die statistische Tabelle Oesterreichs, während er mit der Linken die dampfende Pfeife haltend, mit der Rechten der Zahlenmenge folgt, die sich mit jedem Blicke immer günstiger für ihn gestaltet: denn er findet, daß von dem, über 12,000 Quadrat-Meilen umfassenden Kaiserstaate, nur der Sum Summarum von 38 Millionen übersteigenden Bevölkerung die gesammten Kaiserstaates, nahe an 5000 Quadr.-Meil. mit nicht ganz 13½ Mill. Einwohnern allein auf die ungarischen Länder fallen. — ein Areal und eine Bevölkerung, deren sich kein einzig einzelnes Land der Monarchie erfreut. (Freilich sind unter diesen ungarischen Ländern auch Kroatien, (?) Slavonien (?) und die Militärgrenze (?) eingeschlossen.) Diese 13½ Mill. vertheilen sich nur auf 5 Mill. Magyaren; doch ob einige Millionen mehr oder weniger, darauf kommt's den Dichter wohl nicht an, der durch seiner Rede Feuerkraft sich über Kleinigkeiten leicht emporhebt, und das Fehlende durch Enthusiasmus zu ersetzen wähnt. Allein, er wird sich wohl — doch nein — er hat sich schon verrechnet! Ungarn muß und wird zurückgewiesen werden auf den gesetzlichen Weg, zur Anerkennung der pragmatischen Sanktion — durch Waffengewalt — leider aber mit bedeutendem Verluste beiderseits!

Für Kroatien, Slavonien und die Militärgrenze gibt es also längst schon kein doppeltes General-Kommando mehr, zu Agram und Peterwardein (dem vormaligen sogenannten serbischen General-Kommando), sondern nur Eines, dessen Sitz in Agram und dessen Chef Baron Jellachich; — und Niemand ist durch Schwanken aufgehoben und definitiv bestimmt, wessen Befehlen die Behörden zu gehorchen haben. O! wüßten es auch die kaiserl. Generale und Kommandanten von Peterwardein und Essegg, daß sie im kaiserlichen Sinne stehen, dem Kaiser zu gehorchen haben, und nicht dem verrotteten Volke der Magyaren! — Die Publikation des Standrechts in obbenannten Ländern ist durch Zeitungen bekannt.

Nun auch ein Wort über die Stimmung hierlands Betreffs des künftigen Anschlusses an Deutschland. — Da stehts wohl traurig aus; und düster, glaube ich, wird sich die Zukunft in Betracht eines (mit Oesterreich) einigen, großen, mächtigen, deutschen Reiches gestalten! Es gab einen hehren, freudevollen Tag, an welchem der jüngste konstitutionelle Kaiser Ferdinand aus seiner Kaiserburg die schwarz-roth-goldene Bundesfahne schwang! Da mag wohl jedes Deutschen Herz in Oesterreich (und deren sind bei 7 Mill.) höher geschlagen haben, und auch ich fühlte mit Einemmale mich freier, größer und träumte selig von einem gemeinsamen deutschen Vaterlande! doch, damals waren die Wirren Oesterreichs noch nicht zu Kriegen entflammt, — damals hatten sich die Tendenzen der verschiedenen Nationen, die gegenwärtig von Tag zu Tag eine definitivere Richtung bekommen, noch nicht klar entwickelt: und man sah in jener Thatsache in dem gut gebeißenen Anschlusse an Deutschland, schon die Morgenröthe des neu erwachenden Tages für Oesterreich! Man glaubt so gerne, was man sehnlichst wünscht. — Allein, der junge, neue Tag wird schwerlich je erscheinen!!

Bereutsam zwar sind in politischer Hinsicht die Kontinentalgrenzen Oesterreichs, das mit einer Länge von etwa über dritthalb hundert Meilen an deutsche, stammverwandte Länder (Preußen gedört dazu), hingegen mit

mehr denn 600 Meilen an nicht deutsches Ausland grenzt; noch sind diese Grenzen wohl in geringen Bereich zu ziehen, denn der Gedanke kennt keine trennenden Schranken, und weithin in die entferntesten Lande, über Meere, kennt der bekannte dringt: — allein, der Wille fehlt, es fehlt der Einheit der Nationen, und ohne genaue Vereinigung aller konstituirenden Theile wird nie ein harmonisches Ganzes zu Tage gefördert: — und wollte man auch lümmelichen bemerken — eher verstummelten Berg und Thal, als daß der Slave, durch Abstammung, Sprache, Charakter, Sitten und Gebräuche so sehr verschieden von dem Teutschen, den er schon vom Anbeginne hasse, willkürig uns zum eigenen Anriede, mit eben diesem Teutschen, zu einem Zweck sich einte.

Ein Beispiel des Einwohnens mögen die in einer zahlreichen Versammlung, der sich jüngster Tage beigewohnt, gesprochenen Worte eines Einzelnen, die jedoch nach dem Sprecher (und dessen Mund sie kamen), so wie nach den Verneherungen der Anwesenden, so ziemlich als allgemeine Meinung gelten können, hier Platz hier finden.

Der Sprecher war ein Böoelege, der sich zur Zeit der heurigen Prager-Unruhen dort aufhielt, und später Dresden, Halle, Leipzig ꝛc. bereiste; und erzählte, daß ein "Professor (dessen Name mir entfallen) zu Leipzig in einer seiner öffentlichen Reden sich folgendermaßen geäußert habe:

„Der Deutsche muß siegen, muß herrschen, und kann es aber nur dann über Oesterreich, dessen Herrscher die Widerzahl Slaven sind, wenn die Slaven zu dem, wozu sie von Natur aus bestimmt, d. i. zu Sklaven gemacht werden: — und das muß geschehen." (Reisku reseno.)

Der Meinende ist übrigens ein Slave, und überdieß sehr sananfirt; und wäre auch letzteres nicht der Fall, so kann ich dennoch nimmermehr glauben, daß auf dem Munde eines deutschen Mannes Worte der Unterjochung unterzeig werden können. Und wenn Neiju im diesem knechtischen Sinne, ist es eine absolute linmöglichkeit. — Meiner Einfrache dagegen entgegnete man: ich habe es selbst gehört. —

Derlei Worte nun (als wahr angenommen) aus dem Munde eines für weise geltenden Slaven, der noch überdieß viel Einfluß auf das Volk ausübt, flatterin den Slaven an, zur Währung seiner — wie irrig geglaubt — gefährdeten Nationalität, wenn solche anstelig in einem konstitutionellen Staate nicht angefochten werden; und spornen ihn noch obendrein zum Hasse gegen den Deutschen (vulgo Schwaben), der leider tiefer in der Slaven Herzen eingegraben, als man glauben möchte.

Deutschland.

Frankfurt, 17. Dez. Heinrich v. Gagern hat v. Schmerlings Verlassenschaft angetreten; ob ganz oder nur theilweise, ist der von ihm in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung gehaltenen Rede nicht mit Bestimmtheit zu entnehmen. Indessen wird wahrlich, er habe beide Vorgenfolies seines Vorgängers übernommen, welche dann auch mit Hinsicht auf die gegenwärtige Sachlage nicht wohl von einander zu trennen sind. Nächsten Donnerstag soll die Nationalversammlung ihre letzte Sitzung vor den Weihnachtsferientagen halten und sich bis nach dem Neujahr vertagen, wo sie dann wieder bis in den Monat Februar zu ihrer Aufnahme der dringendsten Pauleifrage beziehen wird. Währenddessen dürften vielleicht die mit Oesterreich anzuknüpfenden Verhandlungen, zu deren Führung mit umfassenden Vollmachten ausgerüstete Reichskommissarien nach Olmütz entsandt werden sollen, zu einem gewünschten Ergebnis führen. Es wäre möglich, daß sich H. v. Gagern selbst dieser Sendung unterzöge. — Der Kluh der Rechten ist nunmehr definitiv im Kaiserhof, nach dem Gasthause zum rothen Hofe übergesiedelt, wo derselbe vor den Belheiligungen unberufener Zuhörer sicher ist. — Nachdem und gestern sich daß von ihrer wegen seines ordnungswidrigen Betragens nach Mainz verlegte Bataillon des 35sten preußischen Infanterie Regiments ganz in der Stille verlassen hat, ist Mittags das Bataillon des 35sten Regiments, welches am Montag von hier nach Mainz abmarschirt war, wieder eingerückt, und hat ohne Aufsehen dasselbe Kasernenlokale bezogen, gegen welches das abgegangene Bataillon thatsächliche Einsprache erhoben hatte.

Bayern. — * Wir werden um die Aufnahme der folgenden Erklärung gegen den Märzverein ersucht:

München, 16. Dez. Von verschiedenen Seiten werden Erklärungen und Protestationen gegen den in Frankfurt gestifteten „Märzverein" kund gegeben. Auch wir können in der Tendenz dieser Stiftung nur einen verderblichen und höchst gefährlichen Schritt erblicken, der unvermeidlich zum unabsehbaren Unglück von ganz Deutschland führen würde, und müssen überdieß solch Unternehmen der Minderheit der Reichsversammlung, den Gesetzen und die Autorität von der Gesammtversammlung anzumehmen, um dadurch den größten Theil der Nation zu täuschen, diese von der Nationalversammlung in ihrer Mehrheit abzuziehen und auf solche Weise unberechenbares Unheil über unser Gesammtvaterland zu verbreiten, als eine feindliche Anmassung erklären. Wir sind von der lieberzeugung durchdrungen, daß es weit außer dem Rechte der genannten Minderheit liege, den Angehörigen der Einzelstaaten die Verpflicht einzuräumen, mittelst konstituirender Versammlungen einseitig die rechtlich bestehende und anerkannte Verfassung umzustoßen und mit einer andern beliebigen zu vertauschen, ja wir sind nicht minder der vollen Ueberzeugung, daß es sogar und lezlich außer dem Bereiche der ganzen Nationalversammlung selbst liege, eine solche Aenderung oder Vertauschung der in Deutschland zu Recht bestehenden Verfassungen und Regierungsformen zu bekreiten, viel weniger einseitig beschließenden konstituierenden Versammlungen der Einzelstaaten die Wahl der Verfassungs- und Regierungsformen, namentlich die Vertauschung der bestehenden konstitutionellen Monarchie mit der Republik anbringsstellen, sondern daß es vielmehr Obliegenheit der Nationalversammlung sei, im Interesse der Gesammtheit für die Erhaltung und Kräftigung der ersteren zu handeln. Wir wollen kein Gegen- und kein Nebenparlament, keine Klubvarnanei und keine Schreckensherrschaft. Aus diesen Gründen weisen wir eben so entschieden, wie der Vaterlandsverein zu Stuttgart, jener zu Karlsruhe, Nürnberg, Mannheim, Eberstedt und mehr andere und gleichgesinnte Vereine dieß gethan haben, jede Annäherung an den Märzverein nicht nur mit Verwürfung jeder Gemeinschaft mit Vereine, denen es Ernst ist, Einheit und gesetzmäßige Freiheit in Deutschland zu wahren, hiemit dringend auf: einem durch Beginnlosigkeit eines verterrbüchen Partikularismus zur Herrschaft trachenden unheilvollen Treiben mit aller Kraft entgegenzurrien. Der konstitutionell monarchische Verein in München für Freiheit und Gesetzmäßigkeit.

München, 19. Dez. Der Redakteur eines seit kurzem bei Oeschier erschienenen ultraradikalen Blattes unter dem Titel: „Es muß Tag werden", der Schneidergeselle Nißler, zugleich Vorstand des Arbeitervereins ist gestern Morgen verhaftet und gegen ihn ein Prozeß wegen Versuchs des Hochverrathe eingeleitet worden; zugleich wurde der Nummer 3 des benannten Blatts, welche den angeschuldigten Artikel enthält, konfiszirt.

Württemberg. — Ulm, 18. Dez. Am Samstag den 16. d. M. rückte das in Straubing garnisonirende bayerische Jägerbataillon mit zwei Geschützen, von Stammringen kommend, hier ein, hat aber bereits gestern seinen Rückmarsch in der Richtung von Augsburg fortgesetzt. In Stammringen sind nun die Mitternberger eingerückt. Der seit einigen Tagen hier angekommene neue bayerische Festungskommandant, General Baron Wrede, gestern, nachdem er früher schon das Offizierkorps der Besatzung empfangen, von dem gesammten Offizierkorps der Bürgerwehr begrüßt. Der nach Würzburg beförderte bisherige bayerische Festungskommandant General Bamdorf hat Ulm, in dem er von Militär und Bürger gern gesehen war, vor wenigen Tagen verlassen um auf seinen neuen Posten abzugehen. (K. Z.)

Stuttgart, 18. Dez. Heute Sonntag wird vom 20. Dezember bis 4. Januar 1849 vertagt werden. — Staatsrath Römer will diese Zeit über in Frankfurt, wo er Mitglied der Verfassungskommission ist, verweilen.

Baden. — Karlsruhe, 17. Dez. Der Fürst von Fürstenberg ist gestern Mittag von hier nach Frankfurt abgereist, um, wie es heißt, von dort aus als Reichskommissär nach Oesterreich zu gehen. — Der vielfache Wechsel ist fortwährend in einer sehr getrübten Lage; Geschäfts geben, außer in Lebensmitteln, fast gar nicht, und an Verkauf von Luxusartikeln ist kaum zu denken gegen sonst. Alles stockt zurück. (Schw. M.)

Großh. Hessen. — Darmstadt, 16. Dez. Heute berichtete in unserer zweiten Kammer der Abgeordnete Langen Namens der zweiten Kommission über den Wahlgesetzentwurf. Der Ausschuß hat sich seiner Aufgabe nicht im Wesentlichen den Regierungsvorschlägen anschließen, doch wäre nach ihm zur Wahlurkarte in die erste Kammer außer einem Alter von 40 Jahren nicht ein Zensus von 50, resp. 100 fl. jährlicher direkter Steuer nöthig. Vielmehr sollten die Wähler in jene Kammer einen direkten Zensus von wenigstens 20 fl. direkter Steuer besitzen, mit Nachrückung der zunächst Höchstbesteuerten, um so in jedem Doppelwahlbezirk wenigstens 1000 Stimmberechtigte zu haben. Die Ausschußmitglieder Zitz und Mohr haben ein Separatvotum aufgestellt, welches entschieden nach der linken Seite, das Ausschußmitglied Krug eines, welches nach der rechten Seite geht. Nächsten Mittwoch den 20. d. M. soll die Beratung darüber Statt finden, so daß die zweite Kammer noch vor Weihnachten ihre Beschlüsse faßt. — Ein heute in der zweiten Kammer vorgelegter Gesetzes-Entwurf betrifft die Aufhebung der Stellvertretung im Militärdienst; er wurde von der Kammer mit lautem Beifall empfangen. — Mehrstündig beschäftigte sich sodann die Kammer, im Beisein aller Minister, mit der Frage wegen Prorogation des jetzt allen Ernstes gefürchteten Falles einer mehr als sechswöchentlichen Zahrung. Die Regierung wünschte die Prorogation in diesem Umfang; der Ausschuß hatte ebenfalls darauf seinen Antrag gestellt, doch solche Voraussetzungen damit in Verbindung gebracht, welche auf Ersparungen abzwecken; bei der Berathung tauchte aber auch die Absicht auf, nur auf drei Monate oder gar nicht das Finanzgesetz zu prorogiren. Diese letzte Ansicht, von Zitz gelend gemacht, fand bei den Anhängern Mohr und Hebel. Die Berathung war sehr belebt. Nachdem der Chef des Ministeriums, Jaup, zu einem Theil der sechs Voraussetzungen des Ausschusses im Einzelnen sich erklärt und die Neigung der Staatsregierung ausgesprochen hatte, bestehen zusammen, nahm der neue Kriegsminister, Graf Leyhbach, das Wort hinsichtlich der die Militärverwaltung betreffenden Punkte, verbreitete sich über die vorgeschlagenen Aenderungen in der Uniformirung, daß sie nur nach und nach und mit Berücksichtigung möglichster Sparsamkeit angeschafft würde u. s. w. Dabei nahm er auch die angezeigtene Zierde der Uniformen bedingungsweise in Schutz. Die Dienstpragmatik, die Besoldungs-Kommission, Ersparnisse, das Remunerationswesen und Anderes fand nun mit Für und Wider, theils von Majoritäten, theils von Regierungs-Kommissären noch Erwähnung; besonders Aufsehen machte aber, als der Abg. Zitz, nachdem schon mehrfach wegen der von der Nationalversammlung und Zentralgewalt beschlossenen Erhöhung des Militärs auf 2 pCt. der Bevölkerung und namentlich des letzten baben Prozents die Rede gewesen (Zaup sah dabei Anschluß, daß die Zentralgewalt nicht auf Einberufung der ganzen 2 pCt. bestehen würde), jene Erhöhung entschieden rügte, die Verwendung der Regierungen der kleinern Staaten dagegen wünschte und förmlich Ver-

nahrung dagegen einlegte, daß die Nationalversammlung und Zentralgewalt solche Verfügungen treffen, ohne durch die Einzelregierungen die statistische Genehmigung von den Ständen einzuholt zu setzen. Werniher hatte leichtes Spiel, Zitz seine Inkonsequenz hiebei nachzuweisen, die er auch zugestand, aber bestreitete, die Volksfreiheit sei immer sein Zweck gewesen. Bei der Abstimmung erhielt die Kammer mit 72 gegen 13 Stimmen Vorgeltung auf sechs Monate; unter den 13 waren blos die drei Genannten gegen alle Prorogation, 10 davon hätten für dreimonatliche gestimmt. Dabei nahm jedoch die Kammer einstimmig einen Aenderungsvorschlag des Abgeordneten v. Steinherr an, wonach sie voraussetzen erklärte, daß trotz der sechsmonatlichen Prorogation die nächste Kammer unmittelbar nach Vereinbarung des neuen Wahlgesetzes einberufen werde. (Schw. M.)

Schleswig-Holstein. — Aus Hetjesheim. Aus Haderslehen wird von neuen Exzessen in Folge des Abzugs der Besatzung berichtet. Eine Patrouille schleswig-holsteinischer Dragoner wurde von Bauern mit Steinwürfen, Koth und Schimpfreden, so wie zwei scharfen Schüssen im Dori Rebdy empfangen. Die Sturmglocke wurde gezogen, und bei dem entstehenden Gedränge ein Unteroffizier von mehreren Bauern niedergeschossen. Die Schüsse wurden theils aus den Häusern, theils hinter den Gartenumzäunungen abgefeuert. (Nordd. Bl.)

Preußen. ⊿ Berlin, 16. Dez. Es gehen hier dunkle Gerüchte um über eine am vergangenen Sonntag stattgefundene Vertheilung oder Verschleudung eines republikanischen Klubs aus einem in der Nähe der Georgenkirche belegenen noch nicht vollständig ausgebauten Hause. Ein Attache einer fremden Gesandtschaft soll der Sache nicht fremd sein, und die plötzliche Unbemeßlichkeit des Wirths damit im Zusammenhange stehen. — Der Justiz-Minister hat durch Zirkularschreiben die verschiedenen Staatsanwälte angewiesen, gegen alle die mit gerichtlicher Untersuchung vorzuschreiten, welche in letzter Zeit zur Auflehnung gegen die gesetzliche Ordnung aufgefordert rc. — Der Stolziner Kreis hat sich durch eine Deputation an den Prinzenregenten für Wahrheit und Recht gewendet mit dem Ersuchen den Bewohnern des Kreises gestatten für die Wahl eines Wahlmanns zu beziehungsweise diesselben dürfen keine republikanische, sondern nur demokratisch-konstitutionelle Gesinnungen haben. — Von den noch hier weilenden Demokraten hört man vielfach die Absicht aussprechen, sich nach Breslau übersiedeln zu wollen, um von da aus als Wahlkandidaten sich empfehlen und präsentiren zu lassen. Glückliches Breslau!

Oesterreich. — * Wien, 17. Dez. Man hörte gestern in der Gegend von Pressburg sorgestreute Schüsse und vermuthete, daß es zu ernsthaften Gefechten gekommen sei; doch verlautet bis jetzt nichts Näheres.

Von der Mutter der Erzherzogin Sophie hat sich bestätigt, vielmehr schickt diese Fürstin entschlossen, ihren kaiserlichen Sohn in dem Zeitpunkte, in welchem er der Liebe, wie des Rathes am Meisten bedürftig erscheint, nicht zu verlassen. Personen, welche Gelegenheit hatten, die Erzherzogin näher kennen zu lernen, können nicht genug von ihren ausgezeichneten Geistesgaben und staatsmännischen Talenten sprechen. — Minister Bach und von einem leichten Unwohlsein befallen. — Ministerialrath Stelzhammer ist zum Finanzhauptreferat im Justizdepartement ernannt worden. — Auflage in halb offiziellen Blättern lassen darauf schließen, daß man bei Eroberung Ungarns das Kossuthsche Papiergeld in gar keiner Weise, als der Königl. Sanktion ermangelnd, anerkennen werde. Man wundert sich aber darüber, keine kategorische Erklärung erschienen zu sehen, da man schwerlich dem Fürsten bedeutende Hülfsmittel abschneiden würde. Kossteute ziehen es allgemein vor, mit ihren Waaren zurückzuhalten, als ungarische Banknoten anzunehmen. — Graf Salm hat die ihm angebotene Stelle eines Gouverneurs von Mähren abgelehnt. — Man hält es hier als ausgemacht, daß Erzherzog Johann die Reichsverweserschaft niederlegen und Gagern anstatt Camerling das Präsidium im deutschen Ministerrathe annehmen wird. — Die Anwesenheit des Großfürsten Michael in Olmütz will man mit einer Heirathsverbindung für unsern jungen Kaiser in Zusammenhang bringen. Beruhte wäre eine russische Familienallianz eben nicht, wie sich dieß bei der brasilianischen Vermählung des Erzherzogs Stephan schon kund gab. — Man versimmt, daß die Hiesigen Wechsel-Diskontoverhältnisse selbst für Mistrauen voller und damit das Geld ungeneigter machen, nicht bloß so hoch stehen, als der Wahrheit Konvenienz damit um, für den Abgeordneten Dr. Wieland ein solches abzugeben. — Baron Schlechta, bekanntlich unter dem Schriftstellernamen „Gamillo Hill", ist gleichzeitig mit einem Wachsfabrikanten freiwillig rechtlich zum Tode durch den Strang verurtheilt, jedoch sind beide vom Fürsten Windischgrätz mit 12jährigem Festungsarrest begnadigt worden. — Sehr merkwürdig ist das Zirkular, welches der Minister des Innern an sämmtliche Landeschefs gerichtet hat. Es ist namentlich von der leitenden Idee durchdrungen, daß die Gemeinde des Ministeriums über-instimmend gehandhabt und auch darum von allen Beamten gutheißt werden. Jeder Beamte — so heißt es wörtlich — hat sich die Richtung des Ministeriums nicht anzueignen zu können und zu wollen, sie hier als unsittlich darstellt, ist von seinem Posten zu entfernen. — Die Zeitungsstimme über die Nationalbank wird mit Lebhaftigkeit fortgesetzt. Bei der bevorstehenden Direktorenwahl hat das Ministerium ein derartiges Veto, daß es jene Kandidaten, welche die meisten Stimmen zählen, denen, die auch nur eine einzige hätten, nachzusetzen vermag.

Kremsier, 10. Dez. (Prag. Ztg.) Da wir am Vorabende großer Debatten stehen und es sich leicht ergeben dürfte, daß die Stellungen noch während der parlamentarischen Schlacht verrückt werden und manche Partei Front und Flügel verändern dürften, so möge hier eine kurze Uebersicht der Abgeordneten, nach Provinzen, Klubbs und nach ihrer Gesinnung bei Abstimmungen über Hauptfragen, folgen:

Provinz.	Abgeordnete im Ganzen.	Im Zentrum rechts.	Im Klub deutsch österr. freisinniger Klub	Im Klub und Unbedeutende.	Klub der Linken	Ansonst.
Galizien	109	35		39	26	9
Böhmen	90	50	22	9	5	4
Mähren	48	13	23	5	7	—
Nied.-Oesterreich	37	—	9	4	21	3
Steiermark	21	3	10	2	4	2
Ober-Oesterreich	20	—	6	—	12	2
Tirol	19	—	12	4	2	1
Illyrien	17	7	5	1	1	3
Küstenland	12	3	2	1	3	3
Dalmatien	11	8	—	5	2	1
Zusammen	384	114	89	73	82	26

Man wird sich wundern, daß es in unserer Kammer 73 Unentschiedene gibt: Die Schlachtordnung ist gewiß recht interessant; nur muß bemerkt werden, daß die 12 Zyroler im Zentrum eigentlich als Schaafsfingers auf Bozpoffen stehen, das Freier eröffnen und sich dann auf beide Flügel der Slaven werfen, um die Czechen mit dem groben Geschütze vorrücken zu lassen.

Belgien.

○ Brüssel, 16. Dez. Die Abberufung des sardinischen Gesandten Hrn. von St. Marsan von seinem Posten am hiesigen Hofe hat zu vielseitigen Verwunderungen über den Grund dieser Faktums Anlaß gegeben. Ein hiesiges Journal geht sogar so weit in seiner polnischen Kombination, daß es in einem jüngsten Bringen von Ligne die Ursache entdecken will, welcher in der Oesterreichischen Armee in Italien steht. Dieß wäre allerdings ein sehr wichtiger Grund für Sardinien an Belgien den Krieg zu erklären! Daß sehr viele Söhne oder Verwandte vornehmer Familien im österreichischen Heere dienen, scheint der tiefsinnige Politiker in dem angeführten Journale nicht zu wissen. — Hr. v. St. Marsan ist allerdings von hier abberufen worden, allein welches auch die Gründe sein mögen, die seine Abberufung herbeiführten — sie sind dem größten Publikum unbekannt. Nach der wohlunterrichteten „Independance" von heute wird in kurzer Zeit ein neuer Gesandter Sardiniens am hiesigen Hofe erscheinen, so daß von einer Unterbrechung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem belgischen und Turiner Kabinette durchaus keine Rede sein kann. Die Königin und die Königin werden einen der großen Bälle anordnen, welche die Société royale de philanthropie zu Gunsten der Armen auf Subskription veranstalten will. Gestern hielt wie die Annoncirt 33. Ball, und zu verwundern Beisch des Balles außerordentlich einwirken, denn die Belgier lieben ihren König zu sehr, als daß sie eine Gelegenheit versäumen, bei welcher sie ihn ihm nähern können. So wird der nächste Geburtstag des Königs ein Tag des Festes für das ganze Land sein. Von allen Seiten der vernimmt man von den großen Vorbereitungen zu diesen Festlichkeiten, Brüssel, Antwerpen, Mons u. s. w. werden sich in großartigen Feuerwerksdarstellungen überbieten. In Antwerpen wird die Bleigarne der Armee ein Riesenballet geben, an dem auch der Minister des Innern Theil nehmen wird. Die Belgier wissen ihren König zu schätzen und zu lieben, und nichts einer in Lande, der zu den vernünftigen Menschen gerechnet werden darf, würde die konstitutionell-monarchische Verfassung seiner Heimath mit der freisten republikanischen vertauschen wollen. Gestern war ein langer Tag in den Ministerien Nordamerikanischer Gesandter und benachbarter Minister des Königs von Belgien am k. preußischen Hofe, von Frankfurt Lieber zurückgekehrt, und wird sich wahrscheinlich einige Tage hier aufhalten. — Fürst Metternich ist still gleichfalls hier eingetroffen und hat sich ein Hotel gemiethet.

Nachschrift.

** Paris, 16. Dez. Aus 82 Departements kennt man heute 5,429,700 abgegebene Stimmen. Davon erhielten: Ludwig Napoleon 4,341,022, Cavaignac 1,088,678 Stimmen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 18. Dez. Oesterr. 5proz Metall. 71½, 4proz. 58. 3proz. —, 2½proz. 37. Bankaktien — G. 500 fl. Anlehen 124½, 3proz. 250 fl.-Loose 75½. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine — 99 — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 79. — 4proz. Bayern 3½proz. 76½. Ludwigsb. Berbach. 66½. — Württemberg. 3½proz. 77. 4½proz. 93½. — Bad. 3½proz. 74½. Loto-Anlehen à 50 fl. 45½. 35 fl.-Loose 25½. — Darmstadt. 3½proz. 75. 4proz. 83. Loto-Anlehen von 50 fl. 51½. 25 fl.-Loose 21½. — Kurhess. Prinz-Wilh.-Nordb. 40½. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½proz. 79½. 25 fl.-Loose 21. — Frankf. 3proz 77. 3½proz. 90½, 87. Taunusbahn 270. — Holländ. Integr. 47. — Span. 3proz. innere Schuld 19. Pol. 300 fl.-Loose — 300 fl.-Loose 71. — Bad. 35 fl.-Loose 24. Diese —.

Paris, 16. Dez. 3proz. 47.25. 5proz. 77.60. **Sächsis.** — Bankaktien 1700.— Stadtobligationen 1200. Vier Kanäle 870.—

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei

Nr. 151.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 1 fl. Halbjährig 2 fl. Jährlich 4 fl. 30 kr.

Donnerstag den 21. Dezember 1848.

Expedition: Verwechslerhof Nro. 18. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 21. Dezember.

Se. Maj. der König haben Sich bewogen gefunden: 1) den Staatsanwalt, Friedrich Lang, zu Nürnberg, unter wohlverdienster Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste, unter Beibehaltung seiner Stelle als Bankdirektor daselbst, in den Ruhestand zu versetzen, und 2) an dessen Stelle den bisherigen Landrichter zu Nürnberg, J. H. Gb. Mayer, zu ernennen; 3) der Regierung der Oberpfalz u., Kammer des Innern, einen Regierungsrath extra statum beizugeben, und 4) diesen Oberkammerrath der Polizeidirektion München, Julius Fritz. v. Kinderfeld, zu berufen, ferner: 5) den Regierungsassessor II. Klasse, Karl Dubois, bei der k. Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern, auf die bedrach erledigte Oberkommissärsstelle bei der Polizeidirektion München zu ernennen, und 6) das erledigte Landgerichtsdoktikat Hilpoltstein dem bisherigen Handarzte, Dr. Lutz, zu Kaldbrunn zu verleihen.

Ernennung. Se unser Minister-Conseil vom 18. Dezember ist unter der Rubrik „Verzeichniß", vor dem Namen des für die erledigte Lehrstelle der I. Klasse zu Neuburg ernannten Lehramtskandidaten, J. B. Gerlinger, die Bezeichnung als „Priester" weggelassen.

Deutsche Reichsversammlung.

(138ste Sitzung vom 18. Dezember.) Tagesordnung: 1) Wahl des ersten Vorsitzenden; 2) Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs: „Der Reichstag", und zwar über Artikel VI. §. 20 und folgende. Unser dem Vorsitze Heinrich Beseler's schreitet heute die Versammlung sogleich zu Wahl einer Präsidenten. Die Oesterreicher haben den größten Theil ihrer Stimmen dem neuübernommenen Reichsminister v. Schmerling zugewendet. Ausserdem kommen an zahlreichen die Namen G. Simson und Kirchgaßner's auf die Liste. Hr. v. Gagern will wahrend des Wahlgeschäfts noch nicht in der Sitzung eingehen. Die Herren v. Beckerath, Bairhammann, Ludwig, v. Peucker, Raveaux, Heckscher und Jaup aber, die sich auf der Ministerbank befinden, nehmen die Gelegenheit mit Eifer wahr, ihren gewesenen Kollegen Schmerling zu begrüßen, der er sich zufällig ihren Plätzen nähert. Die Galerien sind belebter als während der früheren Sitzungen und auch die Abgeordneten zeigen sich vollzählig im Saale versammelt. Das Ergebniß der Präsidentenwahl ist folgendes. Von 415 Anwesenden haben 184 für Gustav Simson aus Königsberg, 128 für Kirchgaßner, 93 für v. Schmerling, nehmen Einer Zettel enthalten nun den Namen Simson ohne nähere Bezeichnung und sind daher zurückgelegen, die übrigen zersplitterten sich 12 auf Heinrich Simson, 1 auf Tabmann u. s. w.). Da eine unbedingte Mehrheit nicht erreicht ist, so muß zu einer Wiederholung der Wahl geschritten werden. Die österreichischen Stimmen haben sich jetzt mit denen für Kirchgaßner vereinigt. Wahlzettel sind diesmal im Ganzen 443 eingegangen. 215 davon haben sich für Gustav Simson, 214 für Kirchgaßner erklärt, 10 Stimmen sind wiederum auf v. Schmerling gefallen, 2 enthalten den Namen „Simson" ohne Beisatz. Die übrigen Stimmen zersplittern sich auf eine unbedingte Mehrheit hat sich demnach auch jetzt nicht herausgestellt. Das Verfahren bei der zweiten Wiederholung der Wahl verlangend, so beantragt v. Binde dafür, um Aufschreiben vorzubeugen, Namensaufruf, auf welchen die Mitglieder ihre Stimmen persönlich in die Urne zu werfen haben. Die von dem Präsidenten aufgestellt ist. Der Vorschlag wird angenommen. Es ist 1 Uhr. Nachmittags, als das Resultate der letzten Wahl bekannt gemacht wird, denn die letzte Abstimmung allein hat zwei Stunden Zeit gekostet. Auf Namensaufruf sind 441 Zettel in die Urne gelegt worden. Ein zu spät, das heißt erst dann überbrachter Zettel, nachdem deren Verlesung schon begonnen hatte, wird durch Versammlungsbeschluß zurückgewiesen. Gustav Simson hat 233, Kirchgaßner 223, Schmerling 3 Stimmen erhalten. Der Letztere ist mithin endlich der unbedingte Mehrheit für sich erklärt, und in seiner Präsident der Nationalversammlung. Präsident der einen Seite, Zischen von der andern.) Die Stelle eines siebenten Vizepräsidenten soll ein im Januar mal wieder berufen werden. Ein Schreiben des Reichsverweser zeigt die Ernennung Heinrich v. Gagern zum Vorsitzenden des Ministeriums und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, vorläufig zugleich des Innern, an. (Vivat.) Zugleich beruft der Ministerpräsident selbst die Vernehmung, um das Programm des Reichsministeriums mitzutheilen.

Der Vortrag des Präsidenten des Reichsministeriums, Heinrich v. Gagern, lautete vollständig wie folgt: Ein Gefühl der Nothwendigkeit, ein heißes Verlangen durchdringt das Volk: daß das Verfassungswerk schnell vollendet sein möge. Die verfassungsgebende Reichsversammlung hat dieses Verlangen selbst erkannt, und nähert sich dem Ziele ihrer großen Aufgabe. Zwar ist die Errichtung des Verfassungswerks von der Wirksamkeit der Zentralgewalt ausgeschlossen; die Wege aber anzubahnen, damit die vollendete Verfassung in Wirksamkeit treten könne, thätig zu sein, wo voraussichtenden Hindernissen vorgebeugt werden kann und etwa eintretende zu beseitigen sind; — eine solche des Verfassungsgesetzes betreffene Wirksamkeit der Zentralgewalt erscheint in so hohem Grade als Bedingung der allgemeinen Wohlfahrt, daß das Reichsministerium sie für die nächste und wichtigste erkennt. Die Spaltung, welche Oesterreich zur deutschen Nationalversammlung und zu der provisorischen Zentralgewalt für Deutschland eingenommen hat, legt dem Reichsministerium die Pflicht auf, der Nationalversammlung, deren Autorität sämtlicher hohe Sorge bereits vielfach in Anspruch genommen ist, Vorlage zu machen. Das Programme des österreichischen Ministeriums vom 27. November spricht aus: 1) Daß alle österreichischen Lande in staatlicher Einheit verbunden bleiben sollen; 2) daß die Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland dann erst staatlich geordnet werden können, wenn diese Staatsverbindung zu neuen und festen Formen gelangt sein, d. h. ihre innere Gestaltung vollendet haben würden. Diese Auffassung der Stellung Oesterreichs zu Deutschland hat nicht allein den Beifall des österreichischen Reichstags zu Kremsier erhalten, sondern scheint auch den Wünschen und Ansichten der großen Mehrheit der Bewohner der deutsch-österreichischen Lande zu entsprechen. Es ist damit österreichischer Seits die Antwort auf die Frage erhellt, welche in der Geschäftsnahme der Nationalversammlung über den Verfassungsentwurf: „Kapitel VI. Rechte und Pflichten des Reichsgebiets", namentlich in den §§. 1 bis 3 enthalten, an Oesterreich gestellt worden ist. Das Reichsministerium glaubt in Beurtheilung der Stellung der Zentralgewalt zu Oesterreich von folgenden Sätzen ausgehen zu müssen: 1) Wer der Natur der Verbindung Oesterreichs mit ausserdeutschen Ländern beobachtet sich für jetzt und während des Provisoriums im Hinblick auf Reichsgewalt darauf, das bisherige Bundesverhältniß Oesterreichs zu Deutschland im Allgemeinen zu erhalten. Es ist aber das Sonderverhältniß Oesterreichs anzuerkennen, wonach es anbricht in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat unter Bedingungen, die die staatliche Verbindung der deutschen mit den nichtdeutschen österreichischen Bundesländern alterirten, mehr einnehmen. 2) Oesterreich wird also nach den für den Bundesstaat bestimmt worden ist, also in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat nicht eintreten, zu benachten sein. 3) Oesterreichs Unionsverhältniß zu Deutschland muß ist einer besondern Unionsakte zu ordnen, und dann alle die verwandtschaftlichen, geistigen, politischen und materiellen Verbindungen noch thätigkeit zu befestigen, welche Deutschland und Oesterreich mehr als aber verbunden haben und in gehörigem Maße verbunden bleiben, bleibt der nächsten Zukunft vorbehalten. 4) Da Oesterreich zu dem von der provisorischen Zentralgewalt repräsentirten Deutschland zwar in einem unauflöslichen Bunde steht, in den Bundesstaat aber nicht eintritt, so ist die Verständigung über alle gegenseitigen, sowohl bereits bestehenden als künftigen Bundesrechten und Pflichte auf gründschaftlichen Wege einzuleiten und zu unterhalten. 5) Die Verfassung des deutschen Bundesstaats, deren schleunige Beendigung zwar im beiderseitigen Interesse liegt, kann jedoch nicht Gegenstand der Unterhandlung mit Oesterreich sein. Indem ich die Sätze der Prüfung der Nationalversammlung übergebe, suche ich mit der Reichsministerium um die Ermächtigung an, die gegenseitige Verbindung mit der Regierung des österreichischen Kaiserreich, wodurch den existirenden Verhältnissen entsprochen wird, Namens der Zentralgewalt anknüpfen zu dürfen. Ich erlaube mir daran die Bitte zu knüpfen, daß diese Vorlage zwar nach ihrer Wichtigkeit an einen Ausschuß zur Begutachtung überwiesen, die Verhandlung der Sache aber möglichst beschleunigt werden möge.

Sodann erhebt sich eine Meinungsverschiedenheit darüber, ob das Programm des Reichsministeriums an den Biedermannschen oder an den österreichischen Ausschuß zu überweisen sei. Röster von Oels behauptet, die Angelegenheit gehöre vor den Verfassungsausschuß. Venedey: Ich schlage vor, das Programm ohne Ausschußbericht zu verweisen. (Bravo!) Ich sind zusammengerufen Deutschland zu vereinigen, nicht um es zu zerreißen. (Stürmisches Bravo.) Nicht einen Augenblick länger können wir hier säumen, wenn wir in eine solche Lösung wollen. (Wiederholter Zuruf und Applaus.) Reitter von Prag stimmt mit Venedey's Ansichten überein, verlangt aber doch Begutachtung der Sache durch einen

Ausschuß. Dann wolle man sehen, ob Deutschland ein zweites Polen und Oesterreich an Rußland ausgeliefert werden solle. Blathner warnt vor einer Entscheidung inmitten solcher Gefühlsaufregungen. Wesendonck hebt zu der Frage zurück, an welchen Ausschuß das Programm gehöre. Der Biedermann'sche Ausschuß sei seinen Bericht über die preußischen Angelegenheiten noch schuldig, und besitze das Vertrauen des Hauses nicht. Dagegen schlägt Wiesendonck vor, den kombinirten Verfassungs- und österreichischen Ausschuß über das Programm berichten zu lassen. Rüder aus Oldenburg will die Sache dem Ausschusse für staatsrechtliche und internationale Verhältnisse übergeben sehen. Hartmann aus Leimeritz: Es wäre ein Verbrechen, auf den Antrag des Ministerpräsidenten einzugehen. Zur Tagesordnung darüber, sogleich und ohne Motivirung! Reichensperger: Vor den österreichischen Ausschuß gehört die Frage. v. Vincke: An mir und meinen politischen Freunden liege es nicht, daß §. 2 und 3 der Verfassung in diesem Dilemma Veranlassung gegeben. Wir haben uns nur der Majorität der österreichischen Abgeordneten in diesem Hause unterworfen. Der kompetente Ausschuß ist der Biedermann'sche. Was will den österreichischen Ausschuß, wenn von Rabe einen neu zu erwählenden mit der Angelegenheit beauftragen, denn die Stellung der Parteien im Hause sei eine andere geworden. Während Wichmann und G. Befeler (dieser für Ueberweisung an den Biedermann'schen Ausschuß) sprechen, herrscht eine kaum zu bewältigende Unruhe, besonders auf der linken tief aufgeregten Seite des Hauses. Gladra: Noch ist Oesterreich nicht zu Grabe getragen und wir hoffen es soll nicht bleiben! Also wenigstens nicht vor den völkerrechtlichen Ausschuß gehört die Sache. Graf Deym: Wad hier vorliegt, sind thatsächliche Verhältnisse. Oesterreich schließt sich nicht aus, es hat immer zu Deutschland gehört und soll dabei bleiben, aber lassen Sie uns die viel verwickelten Verhältnisse mit Ruhe betrachten und einen neuen Ausschuß sich mit ihrer Lösung beschäftigen. Hier endlich wird die Debatte abgebrochen und zur Abstimmung geschritten. Der Augenschein ist, daß die Vorlage des Ministeriums an keinen der vorgeschlagenen bestehenden Ausschüsse verwiesen, sondern daß ein neuer Ausschuß dafür durch die Abtheilungen gewählt werde. Die morgende Sitzung wird auf Schoder's dringendes Verlangen der zweiten Lesung der Grundrechte gewidmet. (S. 3.)

Frankfurt, 18. Dec. Die Maske ist abgenommen, die Würfel sind gefallen — Heinrich v. Gagern, das Haupt der bekannten Partei, selbst beute Präsident des Ministeriums, hat es gewagt, der zur Einigung des Vaterlandes berufenen deutschen Reichsversammlung, dessen Theilung vorzuschlagen; er hat ein Programm vorgelegt, das nichts Geringeres verlangt, als dessen völlige Spaltung in zwei Theile (Preußen und Oesterreich), wovon ein jeder einzeln sich konstituire, und wenn dies vollendet sei, versuche, ob und wie ein völkerrechtlicher Bund mit dem andern zu Stande komme. v. Gagern hat sich also der Beseler-Waitz'schen Politik hingegeben und ist mit derselben — gefallen, gefallen an demselben Tage, wo seine Ernennung zum Ministerpräsidenten der Reichsversammlung amtlich bekannt gemacht wurde. Das neue Ministerium hat in der Versammlung keine Mehrheit, dies zeigte sich entschieden schon heute, denn besagtes Programm wurde, statt an den internationalen oder einen andern der bestehenden Ausschüsse verwiesen zu werden, wie es Beseler und Konsorten verlangten, mit 258 gegen 189 Stimmen einem neu zu bildenden übergeben, wie dies Graf Deym beantragt hatte. Dies ist unzweifelhaft als Sieg anzusehen, denn die alten Ausschüsse waren sämmtlich von der alten, zege dahingeschwundenen Mehrheit gewählt; letztere vertheidigte darum ihren Antrag länger als zwei Stunden, unterlag aber in fünf Abstimmungen hintereinander. Bevor Gagern sein Programm vorlegte, hatte er bereits zum ersten Vorsitzenden der Versammlung statt, Niemand hatte damals schon eine Ahnung von der Richtung der neuen ministeriellen Politik, und dennoch mußte dreimal namentlich abgestimmt werden, um dem bisherigen ersten Vizepräsidenten, Simson von Königsberg, anderthalb Stimmen Mehrheit über die zur Giltigkeit einer Wahl nöthigen Stimmenzahl zu erringen, er erhielt nämlich bei 361 Abstimmenden 233, sein Gegner Kirchgeßner aus Würzburg 223, v. Schmerling 2, und 2 Stimmen gingen verloren. Bei den ersten Skrutinium fielen auf Simson 181, auf Kirchgeßner 128 (von der linken Seite) und auf v. Schmerling 95 (Oesterreicher, Rheinpreußen und Bayern). Beim zweiten erhielt Simson 215, Kirchgeßner 214 und v. Schmerling 10 Stimmen. Unter denen, welche sich heute noch für Simson erklärten, sind übrigens viele, die es nur seiner guten Amtsführung wegen thaten und die Wahl für keine Parteifrage nahmen; an einer Mehrheit für Gagern's Souderpolitik, mit Hilfe deren auch nur das Geringste durchgesetzt werden könnte, ist also nicht zu denken, um so weniger als täglich neue Wahlen in Oesterreich vorgenommen werden, durch welche die Gesinnungsgenossen namhaft verstärkt werden wird.

Deutschland.

Frankfurt, 18. Dec. Gestern hat das Auseinandertreten nach Nationalitäten wirklich begonnen. Den Anfang scheinen die Oesterreicher des Kasinos gemacht zu haben. Die ganze Nationalversammlung erscheint heute in 2 große Gruppen getheilt, und das Abgehen der Stimmen bei der Wahlstimmenzahl ist eigentlich nichts als ein Votiren für Preußen oder Oesterreich. Ein Theil der Augenblicke scheinbar keine eigentliche Majorität, doch wird [illegible] Sache jetzt bald ändern, da die Opposition (126 Stimmen der linken Gruppen incl. Westenthal) mit den etwa 90 Stimmen betragenden Oesterreichern bei der Wahl Kirchgeßner's im Einverständniß handelt. Diese Beständtheile gehen aber schon in der österreichischen Frage nicht mehr Hand in Hand und das Ministerium v. Gagern dürfte leicht zu einer bedeutenden Majorität kommen. (Man vergleiche damit die ganz entgegengesetzte Ansicht unseres Korrespondenten.) — Die österreichischen Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung sind zum größten Theile aus den verschiedenen Parlamentsklubs, denen sie bisher angehörten, ausgetreten, um sich zu einer rein österreichisch-landsmannschaftlichen Partei im Hotel Schröder um von Schmerling zu vereinigen. Diese Fraktion soll bereits 74 Mitglieder zählen. Vom kaiserlichen österreichischen Kabinete ist gestern eine Zuschrift an das Reichsministerium eingegangen. Sie enthält die Erklärung, daß das österreichische Ministerium seine fernere Beziehungen mit der deutschen Zentralgewalt durch sein Ministerium des Auswärtigen fortsegen werde. (S. 3.)

Baden. — Kastatt, 14. Dec. Seit etwa zehn Tagen hält sich der preußische General v. Jennichen hier auf, um die Vorschläge der Artillerieausrüstungsdirektion zur Armirung des Platzes zu prüfen und dessen endliche Donation an Geschütz und Material festzustellen. Die Möglichkeit der Aenderung der bisherigen friedlichen Politik Frankfurts könnte in erster Linie Rastatt berühren, seine Wiederstandskraft zu bewähren. Es wird deßhalb Pflicht des Reichsministeriums, mit den nöthigen Mitteln zum Weiterbau nicht zu geizen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Sächs. Herzogthümer. — Koburg, 18. Dez. (Thüringer'scher Gesammsstaat.) Die Konferenz von Deputirten der verschiedenen Thüringen'schen Staatsministerien, welche auf Einladung des Reichsministeriums nach Eisenach versammelt am 15. und 16. in Koburg stattgefunden hat, hat zu einem Ergebniß geführt, das hier lebhafte Befriedigung erregt. Man ist über folgende Hauptpunkte übereingekommen. Die Thüringen'schen Staaten treten, unter Beibehaltung ihrer staatlichen Selbstständigkeit, in Behandlung gemeinsamer Angelegenheiten zu einem Staatenverband zusammen. Gemeinschaftlich zu behandelnde Angelegenheiten sind: Militär, Zoll, Münze, und Zivilgesetzgebung, Rechtspflege, Gefängnißwesen ꝛc., so wie die Beziehungen zum Reichstag (Staatenhaus) und zum Reichsministerium. Alle Organe der Gemeinschaft dienen ein Thüringen'schen Gesammtstaatsministerium und ein vereinigter Landtag. Mit der Abfassung des Entwurfs dieser wichtigen organischen Einrichtungen ist unser, von allen Parteien hochgeachteter Staatsrath Bröhmer von der Konferenz beauftragt worden. (K. u. u. F.)

Anhaltische Herzogthümer. — In Bernburg ist in der That das Beispiel Preußens nachgeahmt, der Landtag aufgelöst und eine Verfassung oktroyirt worden.

Preußen — Berlin, 17. Dez. Die Nachricht, daß zwischen dem preußischen und russischen Kabinete ein Notenwechsel über die Abtretung des polnischen Theils des Großherzogthums Posen an Rußland, gegen die Abtretung des Herzogthums Kurland, stattgefunden, ist ohne Grund. — In den einzelnen Bezirken haben heute Wahlkomites zu den bevorstehenden Wahlen gebildet. Die Parteien sind diesmal augenscheinlich thätiger, als bei den letzten Wahlen und es dürfte einen harten Wahlkampf geben. Kandidaten für die bevorstehenden Wahlen treten, wenn auch noch nicht offiziell, bereits häufig auf. — Genauern Nachrichten über den vorgestern eröffneten Breslauer Bürgerwehr-Kongreß zufolge, hatten sich beinahe auf dem ganzen preußischen Staate nur 30 Deputirte eingefunden, von denen 10 aus Berlin entsendet waren. (Sp. Z.)

Berlin, 13. Dez. Dieselbe Fluth von Adressen, welche zu Gunsten des Verbleibens der Krone gegen die Nationalversammlung sich in den preußischen Staatsanzeiger ergossen hatte und durch ihre Fassung vielfach die, mit der Vertheidigungsbereitung glänzend widerlegte Besorgniß erregte, daß es mit Umsichtigung und Entschlossenheit der Art von Thatendrang und Heldensinn bei Weitem nicht genug sei. Die Verfassungskurkunde vom 5. dieses Monats gewährt nun den festen und zugleich einer weiteren Fortbildung fähigen Rechtsboden, auf dem das ganze Land und Gw. königliche Majestät Gerichtshöfe sich wiederum mit Sicherheit zu bewegen im Stande sind. Das oberste Ober-Tribunal, der oberste Gerichtshof der älteren preußischen Lande, folgt nur den Gebäuden der ihm innehabenden alten Treue, indem es Gw. königlichen Majestät seinen tiefgefühlten, ehrfurchtsvollen Dank sie diese dem ganzen Lande erwiesene neue Wohlthat dadringt. Auch von Magistrat und Stadtverordneten der kaum noch so wild aufgeregten Breslau, das sich aber neuerdings von der Zwangsherrschaft der Demagogen schlimmster Art losgemacht hat, ist eine Dankadresse eingelaufen, worin es heißt: „Der Staat wankte in seinen Grundvesten unter den heftigsten Stürmen innerer Zerrissenheit; über das mit Sehnsucht einer freien Verfassung entgegenharrende Volk war eine unselige Nacht des Mißtrauens, der verderblichsten Irrungen und entfesselter Leidenschaften eingebrochen. Aus dieser äußersten Gefahr konnte das Vaterland nur durch seinen König gerissen werden; aus es ist ihm Rettung geworden durch eine hochherzige That Gw. königlichen Majestät, indem höchstsie Selbst

alle übrigen, dem Volke gegebenen und mit ihm zu vereinbarenden Verbesserungen durch die Verfassungsurkunde vom 5. Dezember o sofort zur Wahrheit gemacht haben. So ist Preußens Volk gelangt in die Reihe der freiesten Nationen und auf die sichtvolle Bahn geweihlichen Fortschritts zur wahren Freiheit; es lebt in auf seiner reichen, edlen Kraft wieder auf und fühlt sich von Neuem gehoben durch das begründete Bewußtsein der Sicherheit seiner unerkannten Rechte, wie durch das begründete Vertrauen zu seinem konstitutionellen Könige." Die Staatsvertreten hatten noch vor drei Wochen sich ganz einverstanden mit der Nationalversammlung erklärt. Die Adresse ging nun nach stürmischer Berathung durch. (Auch der Kölner Gemeinderath hat eine Dankadresse beschlossen; in derselben heißt es ähnlich wie in der Adresse der Berliner, bei der Nationalversammlung in Frankfurt gegen die oktroyirte Verfassung zu protestiren). Ein Theil der Berliner Bürger verargt es dem Magistrate, daß er den Zustand Berlins vor der Erklärung des Belagerungszustandes so geschildert hat, wie er war. Daraus entspringt eine Anzahl Mißtrauens-Adressen. Auch der Vorsteher eines hiesigen Staatsvereins unterschrieb eine solche gegen den Magistrat gerichtete Adresse des 1. Bezirks. Der Vorsteher dieses Vereins, Rechtsanwalt Wehrenpfennig, hat in der Sitzung des Vereins vom 21. November von der Wahrheit und Wirklichkeit der Verhältnisse abweiche. Auf Befragen, worin denn diese Abweichungen von der Wahrheit bestehen, soll er erklärt haben, daß er jene Adresse unterschrieben, weil sie ihm vorgelegt worden, er die Ansprache des Magistrats vom 21. November aber gar nicht gelesen habe und daher in derselben keine Abweichungen finden könne, er habe die Adresse im entgegengesetzten Sinne, wenn ihm eine solche vorgelegt werden sollte, auch unterschrieben würde und sich auf diese Weise neutral halten müsse. „Was soll man, fragen die Berliner Nachrichten, von der politischen Reife dieser Gewohnheit denken? Kann es Wunder nehmen, wenn sie gemißbraucht werden?" Von den drei Abgeordneten zu Brombeerg, Ratibor und Münster sollen wirklich jene energische Protest gegen die (als Majorsmehrheit opponirenden) Oberlandesgerichts-Präsidenten Giercke und von Kirchmann und gegen den Oberlandesgerichts-Direktor Temme bei dem Staats-Ministerium eingegangen sein, in welchen diese Gerichts-Kollegien ihre tiefe Entrüstung über das Verhalten dieser drei Männer aussprechen und gegen die Zumuthung, die in ihrer Mitte aufzunehmen, auf das Nachdrücklichste protestiren. Amtliche Mittheilungen von den Schritten des gebrimen Obertribunals in Bezug auf Waldeck abgegeben worden sein.

(Berl. Bl.)

Münster, 14. Dez. In Folge einer diese Stadt stattenden Unterschuchung sind der Justiz-Kommissarius Wieske, der Stadtverordnete Hartmann und der advokatur Kisenbeck, sämmtlich Mitglieder des Präsidiums, die andern Mitglieder eines sich hier gebildet habenden demokratischen Sicherheits-Ausschusses verhaftet; andere haben sich der Verhaftung durch die Flucht entzogen, wie die Reservemänner Jacobi und Banst, welche steckbrieflich verfolgt werden, und die Reservemänner Reinhard und Stierlin. — Außer den bei in Haft genommenen Abgeordneten des Demokraten-Kongresses befinden sich noch mehrere Mitglieder des Demokratischen

bieten um Frankreich in Person meine väterlichen Gesinnungen zu bezeugen, und eigenhändig über den französischen Boden die Segnungen des Herrn verbreiten zu können, wie ich jetzt zu thun flehe durch meinen Mund, daß er sie in Fülle ausströme über Sie und ganz Frankreich. Gegeben zu Caieta am 7. Dez. 1848. Pius Papa Nonus.“

Spanien.

Madrid, 7. Dez. Der Prinz Adalbert v. Bayern ist auf der Reise von Lissabon nach Sevilla zu Badajoz angekommen. Man war dort auf seine Ankunft vorbereitet: er wurde von den Behörden, seinem Range gemäß, empfangen, und seine Erscheinung erregte allgemeine Aufmerksamkeit. Der Prinz beeilte sich mit seinem Gefolge sehr zu gefallen: er blieb einen Tag in Badajoz, um einem improvisirten Concerte beizuwohnen. „Der Prinz Adalbert“, sagen die hiesigen Zeitungen, „ist ein schöner junger Mann, er drückt sich ziemlich gut auf Spanisch aus und beantwortete in unserer Sprache die Beweise der Aufmerksamkeit, welche ihm die verschiedenen Behörden gaben.“ Den Platz und die militärischen Anstalten desselben nahm der Prinz sämmtlich in Augenschein. (Gerl. N.)

* **Madrid**, 10. Dez. Die heutige „Gaceta“ bringt die Ernennung des Marquis von Miraflores, Fürst von Angiona und des Herzogs von Veraguas zum Präsidenten und Vizepräsidenten des Senates. Von Huesca berichtet man, daß General Angles eine der drei Banden der Faktiosos, die sich nach der Niederlage von Barbastro gebildet hatten vollständig besiegt und zerstreut, sowie eine große Masse Kriegsmaterial erbeutet habe. Nach der „Epoca de Cadiz“ ist an diesem Orte der Befehl von Madrid eingetroffen, alle Kriegsschiffe die sich in diesem Hafen befinden in Stand zu setzen, um dieselben ab die italienischen Küsten absenden zu können.

Vermischte Nachrichten.

†München, 20. Dez. (Theater.) Eine abermalige heitere Neuigkeit, mit unlockendem Titel, nemlich: „Die Jagd nach Millionen“, Lebensbild in drei Akten nach dem Französischen. Eine sehr poetische Verdeutschung des Uebersetzungsfabrikanten Börnstein, die weit hinter ferner, in Nordeutschland unter dem Titel: „100,000 Thaler“ Furore machenden, mit den scherzhaftesten Musikcouplets ausgestatteten Bernhardi zurückbleibt. Wir wissen recht gut, daß vordemolirte Localitäten bei uns einen steilen Boden finden, hätten aber wohl gewünscht, daß die skelettähnliche südwestliche Millionen-Jagd durch die Regie wenigstens mit dem bunten, flingenden Schmuck eben jener heitern Acte und den drolligen Epizoden (z. B. ein paar jüdische Baarkeen in den Gesellschaftszeugen) ausgeschmückt worden wäre. Zum Arrangement solcher Tauschhandlung gehört in sein vielseitiger Erfahrungsgeist, sondern um ein bonbonbuntes Theatergeschmack, den wir von der Regie zu fordern befugt sind, besonders wenn sie zu dieser Anforderung durch die Annonce: „Zu Ehren gesetzt vom Regisseur R. R.“, vorangehalt aufforderte. Trotz des gewandten Spiels der Herren Lang und Carlsen, als „Barnabas“ und „Kapellmeister“, und der Herr. Schön. als „Baketer“ — das ganze eine Bierdrin sein solle, konnte uns nur die Gedhaute, nicht der Dialekt dagselbe machen — sei die „Jagd nach Millionen“ durch, wie es von solcher Jadaise, die nicht einmal in dem lachlustigen Wien befriedigt hat, auch nicht anders zu erwarten war. — Eine neu gegebene Reprise des „Kanarien“ und Pleadrer erzeigte wieder sehr durch das positische Spiel der Dem. Aug. Fenzl und des Drn. Christen. Wir erlauben uns, bei diesem gelungenen Versuch, die Intendanz auf die andern Schneider'schen Genrebilder aufmerksam zu machen, z. B. auf die höchst belustigende: „Tanzprobe im Jahre 1760“, dann auf die ernsteren: „Spanische Vaterlandslieder“, „Ein sittlicher Ehemann“ u. s. w.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 19. Dez. Bayer. 3½ proz. Obligationen 76 P. 75½ G. Hrzg. 88 P. Bankaktien 11. Scheine — P. 590 G. Promessen 36 P. 33 G. Oesterreich. 5proz. Metall. — G. Württemberg. 3½ proz. 75½ G. 4½ proz. 92½ G.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 21. Dez.: „Die Königin von Leon“, Oper von Beisselet.

Fremdenangelegenheiten.

Hotel Maulik. v. Dillon, Rentier, von Danzig. Schubert, Kaufmann, von Regensburg. Forster, Kaufmann, von Ravensburg. Gottard, Privatier, von Brüssel. Roblien, Rentier, von London.

Gold. Kreuz. Bick, Rentier, von Hamburg. Rieman, Gutsbesitzer, von Altenburg. Weiß, Kaufmann, von Frankfurt. Pleinert, Kaufmann, von Barmen.

Gold. Hahn. Hengeler, Uhrenfabrikant, von Bandelsons. Bachermann, Kaufmann, von Kritzschedorf. Raum, Kaufmann, von Hetzbruck.

Blaue Traube. Zenetti, Kooviator, von Zell. Grabner, Kreisgerichtsrath, von Achach. Dongsdorf, Techniker, von Chemnitz. Drechsler, Kaufmann, von Teiest

Stachnsgarten. Flieher, Kaufmann, von Pappenheim. Kuhn, Kaufmann, von St. Gallen. Portman, Rentier, von Augsburg.

Getraute in München.

Die Herren: Lorenz Darberger, Hausmeister im königl. Porzellan-Manufakturgebäude dahier, mit Freigemia Kaiß, ledig. Weiser. Wappenmalereivollmeg von hier. Johann Georg Kuhn, Lakirergeselle dahier, mit Thresia Pörrmann, Soldatenstoche von Budenhofen, bzgs. Weissenhorn. Franz Xaver Wittmann, Müllergeselle des Schloß- und Brau-Gutes Oberhaunstatt, bzgs. Ingolstadt, mit Katharina Jirnbacher, Landarbeitenstocher von der Vorstadt Au. Heinrich Sommer, königl. Rentbeamter in Kastadt, mit Fräulein Josepha Margaretha Friederike Meisl, königl Rechnungsrathstochter von hier. Michael Dinkel, Bürgert. Lakierer dahier, mit Maria Anna Gschwind, königl. Hofbauamts-Lieferschreiberstocher von Nymphenburg. Simon Lechmann, Bürger und Bauerbesitzer dahier, mit Waldburga Holzmaier, Gütlerstochter von Fernbag, Pfarrei Schepern. Johann Evangelist Schier, Schuhmachergeselle, mit Theres Riedermaier, Lohnkutscherstochter von Germannsring, bzgs. Dachau. Joseph Anton Gösel, Hofstaller-Beschlagsgeselle, mit Regina Englbrecht, Taglöhnerstochter von Laim Ludwig Schwaiger, Baudbesitzer, mit Katharina Steininger, Weberstocher von Gulzbach. Heimann Friedmann. Gastwirthssohn dahier, mit Rosina Reis, Oekonomenstocher von Rettenbauer, bzgs. Würzburg.

Auswärts Getraute.

In Feldkirchen (bzgs. München): Dr. Friedrich Jakob Weber, königl. Forstkommissär dahier, mit Fräulein Johanna Eusebia Freiin v. Krafft, Forstmeisterstochter von Kaufbeuren.

Gestorbene in München.

Josef v. Poller, Kaufmannssohn von Ingolstadt, 14 J. a. Robert Niederauer, ehemal. magistrat. Aktuar, 70 J. a. Johann Josefin Tischlergeselle von Kremsier in Mähren, 25 J. a. Anna Maria Spietberger, bürgerl. Schneidersmeisterin, 71 J. a. Matilde v. Tarocco-p. königl. Hauptmannstochter von Lindau, 22 J. a. Anna Reingruber, Dienstmagd von Zittling, bzgs. Passau 1., 15 J. a. Theres Schmid, Dienstmagd von Unterdobligen (in Württemberg), 32 J. a.

308. **Museum.**

Sonntag den 31. Dezember 1848

Tanz-Unterhaltung

im großen Saale.

Anfang 7 Uhr.

Die Vorsteher.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mit dem 1. Januar 1849 beginnt ein neues Halbjahr-Abonnement auf die Frankfurter Oberpostamts-Zeitung, welche das von der deutschen Centralgewalt zur Veröffentlichung ihrer amtlichen Verordnungen ausersehene Organ ist, und fortfahren wird, die aus sichere Quelle sie zugehenden Nachrichten aus Schleswig-Holstein. Das Frankfurter Journal und ausführliche und genaue Berichte über den Stand der Frankfurter und der Börsen an den übrigen Hauptbandelsplätzen werden regten und ohne Verzug geliefert. Die Frankfurter Oberpostamts Zeitung und das Frankfurter Journal zusammen werden, zu nachstehenden Preisen halbjährlich abgegeben: 1. An dem Beitelbezirk von Frankfurt a. M. 5 fl.; 2. an Nassauischen, dem Großherzogthum Hessen, Main, dem sächsischen Herzogthümern und den Hansestädten 5 fl.; 3. in Bimpfen 5 fl. 15 kr.; 4 in dem Kanzlerich Württemberg, den hohenzollerischen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen 5 fl. 30 kr. — In der preußischen Monarchie, wie in den übrigen Staaten Norddeutschlands, ferner in Bayern und Baden kostet die Zeitung halbjährlich 6 fl. 15 kr, und in der österreichischen Monarchie 12 fl. 48 kr. K.-M. einschließlich aller Nebenspesen.

Redaktion der Oberpostamts-Zeitung.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Die alterthümlichen Mauermalereien im Kreuzgange der Domkirche zu Brixen.

Von F. X. Fernbach, kgl. Konservator in München.

Die Erbauung dieses schönen und interessanten Monumentes fällt, nach Bischof Annalen, in das J. 901. König Ludwig soll dem Bischofe von Säben Zacharias das Kal. tandem „Brixkona“ geschenkt, und derselbe Bischof soll die wirrenzahlige Zeit auf dem Domhügel verbannten Kloster erbaut haben. Im J. 990 soll Graf Marpoto (von Andechs), unter Bischof Richpert, diesen Münster zwei Stunden zu Ehr geschenkt haben; der Bischof von Säben soll dem Brixner Album jedoch erst ums J. 993 nach Brixen übertragen und das Münster inzwischen auch erweitert worden sein. Im Jahre 1174 und 1234 brannte das Münster mit dem ganzen Orte Brixen ab. Es läßt sich nicht geschichtlich nachweisen, welche Umwandlung der Kreuzgang bei den Bauten 993, und nach den Bränden 1174 und 1234 erfuhr. Hingegen geschieht erst 1239 ausdrückliche urkundliche Meldung des Kreuzganges, in welchem Jahre die Domherren und der Klerus in demselben zusammentraten und den Grafen Egno von Eppan zum Bischof wählten. So viel steht fest, daß der Kreuzgang vor dem Brande 1444 seine heutige Gestalt und Form hatte, weil vom J. 1444 in welchem Jahre dieses Gebäude ebenfalls durch Brand wieder sehr gelitten haben sollen, in den dort vorhandenen alten Baurechnungen vom Jahr 1441 bis 1472 von keinen weitern Bauthätigkeiten Meldung geschieht, als daß derselbe 1490 neu eingedeckt und einige Gemälde, wie sich später zeigen wird, bereits genannte seit vor 1444 ausgeführt worden waren. Wenn demnach die Spitzbogengemälde in den Bogen zwischen den zweien (1234) und den dritten (1444) Brande hergestellt wurden, so weisen hingegen die byzantinischen Doppelsäulchen, zwischen welchen das Licht vom innern Hofraum in die Arkaden fällt, auf ein noch höheres Alter. Dieser Kreuzgang bildet ein regelmäßiges Viereck, jede Seite hat vier und der ganze Gang enthält mit den vier Eckarkaden zwanzig Arkaden. In fünfzehn Arkaden sind die Mauerflächen über den acht Seiten jeder einzelnen gespitzten Kreuzgewölbes, mit verschiedenen biblischen Vorstellungen bemalt. Bevor wir diese Gemälde zur einzelnen Anschauung bringen, wollen wir ein an der Südseite über dem Portal des ehemaligen Hauptein gangs sich befindliches Freskogemälde mit der Jahrszahl 1473 anführen, welches im vorigen Jahre noch ziemlich gut erhalten war. Dieses Gemälde stellt vor Christus die Krone, Maria und Johannes werden bewiesen. Engel fassen das Blut des Heilandes in Kelche auf. Die über lebensgroßen Figuren, an demselben sind großartig und gut gezeichnet, schön gemalt und kräftig in der Farbe. Wegen der zufälligen Einmehrungen der Bildwerke im Kreuzgange selbst darf man keinen vollständigen geschichtlichen Zusammenhang erwarten. Einen ziemlich vollständigen Cyclus bilden diejenigen Gemälde, welche sich auf die Verkündigung, so wie auf die Geburt Christi, Christi Darstellung im Tempel und die drei Weisen aus dem Morgenlande und jene die sich vorzugsweise auf Maria allein beziehen, als Mariä mit dem Leichnam Jesu im Schooße, Mariä Verlobung u. s. w. Diese Bilder sind aber in verschiedenen Epochen, und die drei Bildern aus dem Marienleben sind in einer andern Zeit und anderer als zweimal dargestellt. Die erste Arkade, linke vom Eingange am Westbogen, die Johannes-Arkade, zeigt im Hauptfelde den heil. Johannes auf Patmos zur Himmelsöffnung mit ihren göttlichen Kinde aufschauend. Die Anschrift an demselben lehrt, daß dieses Gemälde Domdechant Benedikt Künger, gest 1469 im Testamente dortihin gestiftet hat. Die Farben am Gemälde der Vorderwand und an der Decke sind so erhalten, daß sich die Vorstellungen an demselben nicht mehr leicht erkennen lassen. Im Hauptfelde der zweiten Arkade finden wir in zwei Abtheilungen, zwei noch sehr gut erhaltene, von Sunter de anno 1462 in Temvera angeführte Gemälde. In dem einen ist Christus mit der Dornenkrone in der Verspottung, im andern die Geschichte der königlichen Frau Bremen vorgestellt, wie sie dem König Karl dem großen Haare nimmt, und sogar die Hand zum Schlage gegen ihn ausstreckt. (Esdrae III., 4, 29.) Die Anschrift sagt, daß diese Grabstätte von Johannes Sailer, Benefiziat zur heil. Katharina, gest. 1462, gestiftet ist. Die Vorderwand ist ebenfalls in zwei Hälften getheilt: das eine Gemälde stellt den heil. Michael vor, der die Wage hält, in der einen Schale sitzt ein Kind, in der andern sind verschiedene Tugendzeugen, die ausgebreiteten aus den Jungfrauen. Zeige die Himmelsmelodien auf Harfe, Pfeife, die göttliche Kind auf dem Schooße, vor dem Throne kniet die heil. Katharina. Am Schemel sieht die Inschrift, Jakob Sunter pinxit. Diese ganze Arkade soll, nach bestimmten Angaben, am besten erhalten und al Temvera ausgeführt gewesen sein. Es wurden aber in neuester Zeit viele schönen Partien mittelalterlicher Malerkunst, um mich mit bronzenen Pinselfarben zu bestreichen und anzustreichen, von einem unberufenen, kalten und seelenlosen Geiste zum Weißen gebracht: man wünschte im Interesse der in derniger Umgebung zahlreich vorhandenen verschiedenartigen antiken Malerwerke, das ähnliche Erscheinungen ferner nicht mehr zu beklagen sein möchten. Im ersten Felde der dritten Arkade ist Ecce homo, oder das Bild, wie Christus dem Volke vorgestellt wird. Dieses Bild ist mit Temperafarben ausgeführt und hat viele Beschädigungen erlitten. Das Gemälde im Hauptfelde dieser Schrittare stellt vor Christus am Kreuze zwischen den zwei Schächern, umgeben von vielen Volke. Auch der vorhandenen Inschrift ist dieses die Grabstätte des Domherrn Brautl, gest. 1435. Dieses ist schön und reich komponirt und gut gezeichnet, auch eben so schön gemalt und vortrefflich in der Haltung; die Physiker sind voll Ausdruck. Es war ursprünglich al Fresko ausgeführt, wurde in späterer Zeit aber vieles mit Temperafarben retouchirt; jener erwähnte kalte Geist hat auch dieses Bild überkauft; außer den erwähnten Retouchen hat dieses Bild noch viel Originalität. Die Deckengemälde stellen vor. 1. und 2. Gleaze der Wallfahrer wird sich unter den Obrhänden und erzischt ihn von unten. 3. und 4. Absolom, an der Eiche hangend, unter ihm Joab. 5. Die Gnadlegung. 6. Joseph wird in die Zisterne, Johannes in'd Meer geworfen u. s. w. Die Inschrift an diesem Bilde ist: 1470 stab Paul Greusinger, Benefiziat zu den heil. Ili. Königen. In der vierten Arkade sind im Hauptfelde die hl. drei Könige mit vielem Gefolge vor der Krippe dargestellt. Dieses Gemälde ist noch am meisten in seinem Originalzustande erhalten geblieben, es ist vortrefflich komponirt, schön in der Farbe und sehr gut gemalt. Beim Abwaschen mit Wasser blieb dasselbe ohne von der Farbe oder vom Kalkmörtel verschlungen zu werden und zu vertrocknen, auf der Oberfläche des Bildes stehen. Durch das darauffolgende Abtrocknen oder durch das Frottiren, behalm die Oberfläche des Bildes einen dem Wachshalzer eigenthümlichen Schimmer und ließ sich fast spiegelartig betrachten. Die dieses Bild ursprünglich al Temvera oder mit einer Art Wachsfarben gemalt oder mit solchen retouchirt, vermag ich nicht zu bestimmen, weil ich an demselben, an Ort und Stelle keine genauere Untersuchung anstellen konnte. Unsehlbar wurde aber mehreres, und insbesondere wurde das weiße Gewand der Maria mit Wachsfarben stark überstrichen; auch schien mir das ganze Bild mit einer solchen leichten Auflösung dünn überzogen zu sein. Ein vortrefflich Gemälde befindet sich an der Vorderwand der hinteren Arkade: Gottfried v. Bouillon mit einem Bischof zu Pferd kommt Gefolge. Ein Kreuzzitter durchfährt einen unter dem Pferde sich windenden Drachen. Die Deckenbilder enthalten Medaillons mit den symbolischen Figuren der Evangelisten, den vier Kirchenvätern und Propheten; sie sind alle ziemlich gut erhalten. Mehrere Köpfe und Gewandungen derselben sind vortrefflich komponirt und gemalt. Die Bischofsbilder scheinen, oder mir solchen retouchirt oder übermalt, was sich schon in einiger Entfernung durch ihren warmen, gemilderten, eigenthümlichen Farbenton wahrnehmen läßt. Die Köpfe und die leicht schwebenden Engel sind sehr ausdrucksvoll und mit ganz dünnen Farben gleichsam nur lasirend gemalt; die Bilder in dieser Arkade sind besonders schön gezeichnet.

In der fünften Arkade finden wir im Hauptfelde eine sehr ausgezeichnete Einheit, wie er den Apostein erscheint. Darneben das leere Grab; zwei neben demselben stehende Engel zeigen den hineinsehenden Frauen die Tücher. Der untere Theil dieses Bildes ist sehr beschädigt und mit Graffiaenen verdeckt. An der Vorderwand gegen den Hof ist die all biblische Vorstellung, wie sich Joseph seinen Brüdern zu erkennen gibt. In zwei Abtheilungen ist eine Scene aus Christus ist jene, wo Christus den Jüngern die Füße reinigt. Die in den Deckenfeldern dieser ganzen Arkade sich befindlichen Bildern wurden unfehlbar in späterer Zeit mit Temperafarben entweder neu gemalt oder ganz restaurirt. Grabstätte des Johann de Firmian, gest. 1471. In der sechsten Arkade sind die Gemälde so gerieben, daß der bildlichen Darstellungen nicht zu erkennen sind. Siebente Arkade: Hauptfeld. Maria bält den todtenen Jesu auf dem Schooß, davor kniet ein Priester, gehalten von der hinter ihm stehenden hl. Katharina. Dieses Bild ist al Fresko, ist eines der besten von vorhandenen Bilder und noch gut erhalten. Einige Todengemälde und das an der inneren Wand sich befindliche Bild sind sehr beschädigt und mit Graffiaenen verunstaltet. Die Deckenbilder sind theils abwaschen, sogar sich abreiben lassen. Im Hauptfelde der achten Arkade (gegenüber von der temveren Ausgemeine des Wiedhyerstiftes) ist Christus am Oelberge betend, unweit die drei Jünger. Dieses Bild ist ebenfalls größtentheils noch in seinem originalen Zustande. Dem Charakter desselben nach zu schließen, scheint es, wenn ich nicht irre, von Lukas Kranach, mit der sich gehaltenen Temperafarben, auf ganz feinem aber geglätteten Grund ausgeführt, scheinbar mit einer leichten Gummi-Auflösung überzogen zu sein. Die Oberfläche des Bildes ist glatt anzufühlen und erhält durch Friction mit einem wollenen Lappen, trockem es so alt ist, einen leichten Glanz oder Schimmer. An Ort und Stelle konnte ich ebenfalls keine nähere Untersuchung anstellen; ein Stück abzulösen wäre so viel als sagen, ein Verbrechen; es ist außer natürlichen Zerstörungen und Beschädigungen noch sehr gut erhalten. In den Deckenfeldern 1 und 2 sind 2 Propheten, in 3 und 4 Adam und Eva am Baume der Erkenntniß: auf oder hinter den Zweigen die phantastisch personifizirten 7 Hauptsünden; in 6 und 7 die christlichen Tugenden personifizirt; 8. eine symbolische Darstellung des Bibelspruches „Ein Kriegsfürst ist das Leben der Menschen auf Erden.“ bei Hiob 7. Im Hauptfelde der achten Kopf eines Bittess sitzbar, der das Schweißtuch der heiligen Veronika als Standarte mit der Aufschrift hat „figura mitilis christiani“. Das Hauptfeld in der neunten Arkade ist als Durchgang zur Domkirche offen. Das Gemälde im gegenüberstehenden Felde ist unkenntlich, scheint aber den Engelsturz vorgestellt zu haben. Todengemälde. In der Mitte der 4 Hauptfelder ist je ein Medaillon. In 1 und 2 die Krippe, in 3 und 4 die Anbetung der 3 Könige, 5 und 6 Zeju im Tempel, und in 7 und 8 der englische Gruß. Jeder größere ist wieder von 6 andern (2 größeren und 4 kleineren) Medaillon umgeben, z. B. Moses vor dem Dornenbusch,

der Stadt Aarons gründend an der Bundeslade und Propheten. Die Köpfe der Figuren in den Metaillons an der ganzen Decke sind vortrefflich, ja sind von frommer Heiligkeit, Unschuld und religiöser Hingebung; besonders schön gemalt und gegrichnet sind die schwebenden Engel. Die Fleischfarbe in diesen und den übrigen Bildern entweder ehemalls mit Wachsfarben gemalt, oder mit solchen erkaustirt oder lasirend aufgemalt, was schon an den bekannten Linien und dem zarten und gleichmäßigen Farbenton erkenntlich ist. In der Cathedrale Arfader befindet sich im Hauptchor der Englische Gruß. — Eine sichtbare Malerei aus neuerer Zeit — wahrscheinlich ist das ursprüngliche Bild. Adam und Eva in Lebensgröße, vielleicht noch erhalten, hinter demselben, welche Darstellung von den Priestern für unsittlich gehalten und mit diesem Gemälde vertauscht wurde. Die Deckenfelder-Gemälde sind schlechte Werke, wie es scheint. Vorstellungen der christlichen Barmherzigkeit; sie sind sehr beschädigt, auch ist vieles mit Klassersarben übertüncht. Außer diesen angegebenen Lacktellungen gibt es in den Kirchen 11—12 s. s. w. unters ehrwürdigen Kreuzgangs noch andere Gemälde, die sich vielleicht nicht wohl in den Gesichtspunkt der andern ordnen lassen. „Wolke man," sagt ein von einem unbekannten J. H. „Reisen" abgefaßtes kleines gutes Schriftchen, „über eine Klassifikation versuchen, so glaube ich, könnt man mit Wahrheit sagen, es sind mehrere Bilder, die noch älter sind, als die bereits angegebenen, und diese sollten nur zur Zierde und zur christlichen Erinnerung am Eingange in die alte Domkirche dienen. Denn vielelben sehr alten und ohne Grenzen Zusammenstand angebrachten Bilder bestanden sich alle in der nächsten Nähe eines alten Kirchenportals an der westlichen Seite des Kreuzganges, dem Portal jetzt für ein Standbild — Christus im Glenze oder an der Marterfäule — eingeleichert ist. Da findet sich Christi Auferstehung ganz nach der alten Form: nämlich Christus im Grabe wie in einem Brunnen stehend, am Kreuze anlehnend, daneben drei Frauen, und unten der Mirse St. Christophorus mit dem Christkindlein auf der Schulter. Ein anderes Gemälde, jedoch sinnlich unterschiedlich gestellt, stellt Karl den Großen mit den Thoren vor, und in obern Feld sind die Bilder der beiden Apostel, Petrus und Paulus. In derselben Gegend finden sich noch folgende Vorstellungen: Maria Verkündigung zweimal, Lazarus und der reiche Prasser, Christus steht an der Seite zweier Männer, die einen Todten begraben; es wird an Arme Brod ausgetheilt, welche beide Vorstellungen sich offenbar auf die zwei Werke der christlichen Barmherzigkeit beziehen — Hungerigen speisen und die Todten begraben." — Die Gemälde, die diesen Werken gegenüber stehen, sind sehr verzigelt, sind mit saftigen Farben sozusagen wie gewischt oder ganz dünne lasirend aufgetragen. Meistentheils sind die Gesichter mit Deckfarben, sorgfältig, voll Anmuth, Frömmigkeit und mit einiger Bewegung durchgeführt. Die Deckengemälde haben viel gelitten, sie sind zum Theil, in welcher Zeit ist nicht zu bestimmen, mit Temperacarben übermalt. Es ist schade, daß der untere Theil der Hauptbilder mit Grabsteinen bedeckt ist. Diese eben bezeichneten Malereien von Mauergemälden sind in verschiedenen Art ausgeführt. Mehrere sind al Fresko, die meisten aber mit Temperafarben und einige derselben sind, wenn auch nicht ganz oder ursprünglich, was sich nicht genau ermitteln ließ, mit Wachsfarben behandelt und mit solchen entweder überlasirt oder restaurirt. So trocken diese Bilder erscheinen, so erhalten einige derselben auchnachtreiche sogar einige Stellen, der einer geringen Friktion mit einem wollenen Lappen und dem Druck der beim Reiben in dem Nagel am Finger, auf den Erhöhungen der Mauer und der Farben eine stärkere glänzendere Oberfläche. Der Farbenauftrag ist großentheils eigenthümlich und sehr dünn und viele Farben sind, wie schon bemerkt, nur lasirend aufgetragen. Temperas-Malarten wurden zweierlei angewendet; an einigen Bildern sind die Farben mit einem festen Bindemittel, andere mit einem minder festbindenden angetragen. An einigen derselben blättern sich die Farben eher ab, als an andern, was schließen läßt, daß wahrscheinlich einige feegfältiger behandelt wurden; die ersteren lassen sich mit Wasser schwer, letztere leicht sich erweichen, sogar sich abreiben, sogar abstauben. Bei mehreren dieser Temperamalereien findet man die Contouren mit einem spitzen Werkzeuge schon in nassen Kalk eingezeichnet; die Farben wurden, wie es sich selbst verstehet, sogleich nach Legung des Kalkgrundes aufgetragen. Mehrere dieser Freskos wurden, vielleicht wegen zufälligen Beschädigungen, mit Temperafarben retauriert, und einige Stellen dieser Bilder wurden auch mit leicht gebundenen Wasserfarben nur übertüncht. Die goldenen Verzierungen und heiligen Scheine an denselben, sind mit Gips eingelegt, nachdem der Mörtel aus jenen Stellen zuvor ausgebohrt wurde. So ist sehr bedauerlich, daß die Hälfte oder der untere Theil an den meisten dieser Bilder, mit an denselben aufgestellten Grabsteinen bedeckt ist, wodurch nicht nur der Zusammenhang der Bilder, sondern auch der des schönen Spitzbogenmenwölbes gestört und verunstaltet wird. Bei Beseitigung derselben, würde man vielleicht erst die wahre ursprüngliche Malerei der einzelnen Bilder zu beurtheilen vermögen. Es ist sehr erfreulich, daß der dortige hochwürdige Domherr Herr Jenning, nachdem hochwürdigen Fürst Bischof Bernard von Galura, diesen schönen Kunstmonumente die möglichste Sorgfalt zuwendet.

Was die Kunst dieser Gemälde betrifft, so wissen wir, daß dieselbe in jenen frühen Jahrhunderten in Deutschland erst aufzukeimen anfing, daß jene Künstler durch die Kunst nur dasjenige zur Offenbarung brachten, wozu sie dürrich berufen zu sein glaubten. Wir finden in ihren Werken keine Perspektive, eine Flachheit keine Abrundung und keine Korrektheit der Zeichnung. Diese Vorzüge der richtigen und kräftigen Abrundung war der Triumph und der charakteristische Unterschied der italienischen Malerei des Mittelalters auch in Hinsicht auf Naturpunkte. Dieser auffallende Unterschied der Abrundung welche der deutschen Malerei neuerer Zeit als Hauptbedingung erscheinen und sie sich nicht in Fischen verirren. Die italienischen Meister haben ihre Bildwerke nicht nur schön und kunstgerecht kontouriet, sondern in Farben, auch gleichsam plastisch modelirt. In Italien fanden sich in früherer Zeit griechische plastische Werke in Menge zum Studium der Formen; nach Deutschland kamen dieselben erst in späterer Zeit. In den alten deutschen, so auch in den hier erwähnten Bildwerken liegt hingegen eine Entwicklung von Wahrheit und heiligem Ernste, welche das Gemüth des Beschauenden sanft ergreifend mit sich selbst in Uebereinstimmung bringt. In unsern Gemälden ist ein ungemeiner historischer Reichthum, eine vorzügliche Draperie, Farbenreihe und in den Gesichtern, besonders der Hauptfiguren, der tiefste und innigste religiöse Ausdruck, der nicht von Außen angebildet, sondern bewußtlos aus dem Innern hervorgegangen ist; nirgenner auch weder leidliche Zerrheit noch Verzerrtheit. Abgesehen von dem großen Werthe dieser biblischen Darstellungen für die Kunstgeschichte jener Zeit, eröffnet sich für von dem Alterthumsforsche christlicher Alterthümer ein wahrhaft neues Feld in den vielen lateinischen Aufschriften, die durch den Hochwürdigsten Fürst-Bischof Bernard gnädigst aus ihrem erlöschenden Zustande wieder zugänglich gemachen sind.

Die Gemälde in diesen Arkaden wurden nicht von einem Künstler und nicht in einer Zeit, sondern nach dem Wunsche und der besonderen Angabe verschiedener Wohlthäter von verschiedenen Meistern und in verschiedenen Zeitabschnitten, besonders mit der Bestimmung gemalt, daß sie für einzelne Priester, die daselbst ihre Grabstätte suchten und fanden, als Grabmonumente dienen sollen. Im Hauptchor dieser Arkaden findet man bereits überall eine Hauptvorstellung, und zwar die Geburt Christi. Es liegen sich die Priester und Kleriker jener Zeit öfters schon bei Lebzeiten nicht nur Grabsteine, sondern solche Bildwerke zur Erkennung an ihre daselbst vorhandene Grabstätte errichten. Solche Grabstätten zieren jenen Kreuzgang. Aus diesen ursprünglichen eigenthümlichen Bestimmungen geht hervor, daß man in diesen denselben Arkaden keinen fortlaufenden vollständigen Bilderreihen suchen darf; daher ist es erklärlich, daß man z. B. in den Arkaden um den Margaretenplatz in Mainz solche Bildungen oft 2 Mal als Hauptbild findet. In der einfachen Darstellungsweise jener Grabmonumente liegt so viel Schönes, Eigenthümliches, Moralisches und Vortreffliches, daß man nicht umgehen kann, eine Aufsicht und einen freundlichen Wunsch in der Art auszusprechen, daß die ächte christliche Moklk, oder wenn man will, die auf den in jenen Jahrhunderten lebendigen Glauben von Gottes Offenbarung gegründete Andachtsübung und Andachtsweise unserer Vorältern möchte in unseren Tagen auch in dieser Art Nachahmung finden, es möchten z. B. in größeren Städten Deutschlands, insbesonder in München die inneren Mauerflächen der neuerbauten, prachtvollen, großartigen und geräumigen Arkadenreihe des neuen Gottesackers, welche Männer von allen Bürgerungsclassen gezeichnet sind, mit einem Cyklus christlich-bildlicher Bilder als Grabmonumente eben so bemalt, die ins Freie zu stehen kommenden Arkaden der in Marmor ausgeführt werden. Rasch den viel geringeren Kosten wäre der Eindruck eines solchen in der zweiten deutschen Kunststadte, die vom kunstliebenden Großherzog Ludwig begründet, in verschiedenen Zeiten hervorgegangenen, mit Farben lebendig verstimmlichen christlichen Bildwerkthus für die spätesten Nachkommen eine innig tief fühlende, rein ästhetische, sittlich-moralische Anschauung und Wirkung hervorbringen.

Deutschland.

*Frankfurt, 15. Dez. Hr. von Rotenhan sah heute sämmtliche bayerische Abgeordnete bei sich versammelt, um die Frage wegen des Reichsoberhauptes zu beprechen. Die HH. Eisenmann, Stahl, Amboesch, v. Hermann, v. Rotenhan, v. Wulsten und v. Jenetti erklärten sich in ausführlichen Darlegungen gegen das Kaiserthum und für den Turnus unter den 3 mächtigsten Staaten Deutschlands, und, sollte dieß nicht durchgehen, für ein Directorium. Hermann trat ganz auf die Seite Oesterreichs und stellte den Antrag, daß eine Deputation nach Oesterreich gesendet werden soll, um wegen des Anschlusses desselben an Deutschland zu unterhandeln, und suchte auch die Ansicht zu begründen, daß die Verfassung Deutschlands nicht ehre vollendet werden solle, bis man mit Oesterreich ins Reine gekommen sei. Ihm widerspruch Eisenmann, welcher bei einem solchen Verfahren die Gefahr der Nichtversammlung gefährdet sehen wollte, und verlangte eine solche Beantwortung der Frage über das Reichsoberhaupt, daß ein spätterer Anschluß nicht gehindert werde. Eisenmann wollte nämlich zuvörderst versuchen jedoch einige Abgeordnete der Gesetzlichkeit die Idee einer Unterhandlung mit Oesterreich zu unterstützen, denen aber der genannte Abgeordnete entgegnete, es erwachse ohnehin aus dieser Frage oder aus einer Verlegenheit, welche H. v. Jenetti nur unter der Bedingung ins Ministerium treten wolle, daß derartige Unterhandlungen stattfinden. Man ließ am Ende in Betracht, daß die bayerischen Abgeordneten verschiedenen Klubs fallen, und beschäftigte sich nur damit, wie sie könnten, diese Frage hauptsächlich. Für einen Kaiser stimmen indeß nur drei der bayerischen Abgeordneten, die übrigen stimmten für den Turnus, oder falls dieser nicht durchgehen sollte, für das Directorium, oder für das Direktorium, und falls für das erbliche Kaiserthum keine Aussicht sein sollte, mehrere preußische und vier österreichische Abgeordnete in der Meinung, daß die Kaiserfrage zu stimmen,

wo ja selbst ein ge Oesterreicher der Linken gehören, ohne zu bedenken, daß, wenn diese Frage zu Gunsten Preußens entschieden werden sollte, Oesterreich für immer verloren haben würde. — Die Linke bis zum Württemberger Hof, mit Ausnahme der Oesterreicher wird gegen den Kaiser für jene Präliminien stimmen, beträgt aber nur gegen 120 Stimmen, so daß sie muthmaßlich keinen Ausschlag geben wird. Was die übrigen Fraktionen betrifft, so läßt sich noch nichts bestimmtes darüber sagen.

* **Frankfurt**, 18. Dez. Nach der „deutschen Zeitung“ scheiden sich die Meinungen der Fraktionen der reformirten Kirche bezüglich der österreichischen Frage in folgender Weise: Im Gasino (Rechte) ist noch kein Resultat zu bejammern; der Augsburger Hof hat sich für ein erbliches Reichsoberhaupt ausgesprochen und anscheinend nähert sich dieser Ansicht auch der Landsberg und die Westendhalle. Auch im Württemberger Hof finden sich Anhänger dieser Idee. Die Linke ist in ihren Fraktionen für eine republikanische Spitze, sei dieselbe nun eine Präsidentschaft in einem Fünfstenkollegium von drei, oder in einem Direktorium von fünf oder dergleichen. Die Fraktionschefs haben sich heute verabredet, ihre Anhängerschaft dahin zu bringen, daß sie sich in den Oesterreichischen die Preußen gesplittern sich.

Hohenz. Sigmaringen. — Sigmaringen, 17. Dezbr. Es darf nun als eine ausgemachte Sache betrachtet werden, daß der Fürst bereit ist, die Regierung an den König von Preußen zu übertragen, wenn sich das Land darmit einverstanden erklärt. Man sieht daher in Baden der Einberufung einer allgemeinen Landesversammlung entgegen. Je näher wir dem Ziele rücken, das lange Zeit hindurch beinahe allgemein begehrt wurde, desto mehr laufen die Ansichten auseinander. Man bört jetzt mit Wärme für die Fortdauer der Souveränitätsrechte sprechen und allerlei Gründe dafür anführen; gegen Preußen und Württemberg hebt man den starren Unitarismus hervor, gegen Baiern die Zerrissenheit der Regierung und die Freiheitsgarantie hervor; der wahre Grund ist aber der, daß überall persönliche und lokalinteressen den Ausschlag geben. — Der kgl. württembergische Oberst v. Hoyn führt gegenwärtig die Untersuchung über die im Frühjahre hier stattgefundene Soldatenemeute; man hofft, daß das württembergische Militär bald abziehen werde; dagegen soll ein Bataillon von der Besatzung in Ulm verstärkend hierher gezogen werden, um auch den ersten Wink einzurichten. — Die Verhaftung des Bürgers K. Graf als Bürgermacher hat einen ganzen Sturmlauf gemacht. — Allgemein fällt die Haft auf, mit welcher der erwartete Regierungswechsel von verschiedenen Parteien und Persönlichkeiten aufgebeutet wird. — (In Lederstrumpfung hiermit sagt das Hamb. Berend-Blatt: Sigmaringen, 15. Dez. Vor wenigen Monaten waren wir in Hohenzollern gelegen, daß wir versuchte Abtretung der Souveränität des Fürstenthums an die Beschlagenahme wegen der Gesprache und der Wahrung der eventuellen Successionsrechte der Krone Preußens in die Regierung der beiden Fürstenthümer Hohenzollern geschehen sei. Wie verwerflich, daß neuerliche gleiche Versuche jüngster Schicksal gehabt haben, und daß unser Ländl nunmehr wie Preußen selbst über Absetzung der Minister durch die Kammer, wie Preußen Tagesfragen täglich verordneten Regierung in Einschränkungen treten werde. Für eine Zustheilung des Fürstenthums an Baden oder Württemberg wäre obnehin die Zustimmung des Landes entschieden, welche, soweit nur die allgemeine Stimmung kennen, dermal nicht zu erwarten stünde.)

Oesterreich. — Wien, 17. Dez. In ausgezeichneten Bekanntmachungen sind folgende Siegesberichte erschienen: „So eben ist mir nachfolgender, von St. Durchl. dem kommandirenden Feldmarschall Fürsten zu Windischgrätz an Se. Maj. gerichteter Bericht über die bereits Tagsüber stattgefundenen Operationen gegen Ungarn zugekommen. Wien am 17. Dez 1848. Welden, Feldmarschall-Lieutenant, Zivils- und Militär-Gouverneur. Eure Majestät! Berichte ich in meiner Eigenschaft als Ihr Gouverneur, als von den ersten Armee- und dem Ihrer Majestät eine allgemeine Besorgnisung von Brück an der Leitha und Preßburgen aus vorgenommen habe, in der Absicht aus selber in das Gesicht wirklich übergegriffen, wobei ich mit Hinblick auf die feindliche Stellung mit aussohnen wußte. Der Gegner nahm jedoch den Kampf nicht an, sondern wich nach geringem Widerstand auf allen Punkten; nur die Ortschaften Parendorf und Neudorf wurden rasch nach einer ziemlich lebhaften Kanonade besetzt. Gegen Baumern ging die Kavallerie-brigade Ottinger vor, worauf der Gegner auch dieses Dorf verließ. Er zog sich in der Richtung gegen Ungarisch-Altenburg dermaßen rasch zurück, daß das erste Korpsquartier in Kaisersdorf heute Nacht sein wird. Mit er gegen 2 Uhr Nachmittags auch Kittsee räumte, ließ Feldmarschall-Lieutenant Kempen auch dieses Ort ohne Widerstand besetzen. Dem Feldmarschall-Lieutenant Simunich kommt mir die Meldung, daß er bereits die feindliche Vorstellung oberhalb Jablonik am 14. d. M. angegriffen, den Gegner nach Wegscheune desselben bis Sepliz über Nodasd verfolgt und bis Pyrnau zurückgedrängt habe. Der Obersilieutenant Fritschisen berichtet, daß er am 14. d. den glänzends und strategisch Gefecht gegen einen weitüberlegenen Feind-Haufen, zwei sich sowohl durch Tapferkeit als auch Geschicklichkeit vorteilt hatte. Unsere Truppen entwickelten dabei ihre gewohnte Tapferkeit, uns sahen sich auch von den slovakischen Freiwilligen auf's beste unterstützt. Der Feind wurde gegen Stillen zurückgeworfen, wo er die Wagbrücke abbrach, somit die weitere Verfolgung hinderte. Oberstlieutenant Fritschisen kann die Aufopferung und Hingebung seiner Truppen nicht genug loben. Der Feldmarschall-Lieutenant Graf Schlick zieht mir an, daß er am 10. d. Mrs. unter dem Jubel des Volkes in Sperieš am Vormittag eingerückt sei, und auch das Salzwerk und die Stadt Sowit besetzt habe. Auch auf dieser Seite hat der Feind keinen entschiedenern Widerstand geleistet. Hauptquartier Pettronell, am 16. Dez. 1848. Alfred Fürst Windischgrätz, F.-M.

Armee-Bulletin vom 17. Dez. Das Armeekorps St. Durchlaucht des Fürsten Windischgrätz hat den 15. d. Mts. Abends 8 Uhr seine Vorrückung gegen Ungarn begonnen. Oberst Baron Horvath mit beiläufig 3000 Mann des wiener Besitzungskorps und dem Befehle, die äußerste rechte Flanke bildend, auf der Straße nach Odenburg vorzugehen, langte nämlich an diesem Tage seine Aufgabe, indem er dem Major Grafen Schaffgotsche mit 2 Kompagnien des Deutner Grenzregiments und 2 Schwadronen des Chevaulegersregiments Graf Wrbna, von Ebenfurth aus über Hölein gegen Oedenburg entsandte, um ihn in seiner linken Flanke zu decken. Diese Kolonne rückt den 16. früh in Volka-Brodersdorf auf eine feindliche Abtheilung, welche mehrere Häuser besetzt hatte, und vertrieb dieselben sogleich. Major Graf Schaffgotsche ließ jedoch ihn Ort durch eine Kompagnie Deutner unter Führung des Hauptmanns Koffanovich und einer Abtheilung Chevaulegers unter Oberlieutenant Moldovany flürmen, nahm ihn mit Eingangswehrung zweier feindlicher Offiziere und 26 Mann (theils Husaren, theils Honvéd) und marschirte sodann nach Klingenbach, wo er sich bald darauf mit dem Hauptkorps unter Baron Jellachich vereinigte, welches mit dem drosi seines Korps auf der Wiener-Neustädter-Straße gegen Oedenburg vor, wußte selbe in Pöttching, wo sie abgezogen war, herstellen, entdeckte in der Höhe von Krendsorf in dem rechts gelegenen Orte Sillod ein feindliches Detachement, konnte es aber wegen seiner schnellen Flucht nicht erreichen. Nach kurzem Halt auf der Höhe vor Baumgarten wurde der Marsch den 16 früh gegen Oedenburg fortgesetzt, und nach Vereinigung mit der Kolonne des Majors Grafen Schaffgotsche im Geschicklichkeit der Stadt Oedenburg angelangt, woselbst auf den Anhöhen eine große Menschenmasse erblickt wurde. Bei näherem Anrücken zeigte es sich jedoch, daß es nur Neugierige seien, und die kaiserlichen Truppen zogen um 11 Uhr Vormittags ohne Widerstand unter dem Jubel der Bevölkerung in die Stadt ein. Der Feind hat sich in der Nacht gegen von Oedenburg zurückgezogen. Se. Durchlaucht der Herr Feldmarschall Fürst Windischgrätz, welcher sein Hauptquartier am 14. in Fischament, am 15. nach Petronell verlegt hatte, machte am 16. mit dem ersten Korps und der Reserve von Bruck und Preßkirchen aus eine Rekognoszirung. Die Insurgenten welchen auf allen Punkten von unsern im Sturmschritt vorrückenden Kolonnen zurück und zwar in der Richtung von Wieselburg. Das Hauptquartier des Korps wurde den 16. Abends von Kaismirschen Mairhofe nächst Altenburg. Er hatte die linke Flanke der Rebellen über Jurndorf gegen den Neusiedlersee gedrängt. Heute wird das zweite Armeekorps (Feldmarschalleutenant Wrbna) über die March gehen und Neudorf angreifen, sowie auch über die Höhen nach Preßburg vorrücken, während das Hauptkorps am rechten Donauufer gegen Ungarn vorgeht. In Preßburg selbst hat das Korps des Feldmarschalleutenant Grafen Schlick schon den 10. Sperieš unter dem Jubel des Volkes besetzt, und rückte gegen Kaschau. Oberstlieutenant Fritschisen, der mit einer andern Kolonne über Jablunka vorgegangen, bestand ein glänzendes Gefecht bei Sillein. Feldmarschalleutenant Simunich hat die feindliche Stellung bei Jabrong forciert und steht in der Nähe von Pyrnau.

* Wien, 18. Jan Gestern und heute eingetroffenen Berichten kann als nicht minder unerfreulich gemeldet werden, daß die Ungarn im eigentlichen Sinne des Wortes gesiegen sind und nirgends Stand hielten. Der Fanatismus für die magyarische Sache scheint sehr verrauscht und der österreichischen Partei, die besonders unter den obersten Klassen des Adels wie des Bürgerstandes viele Anhänger zählt, scheint es nun an Entschiedenheit zu mangeln, um Jellachich zu unterstützen. Von Jellachich selbst, wie man versichert, in großer Gefahr, gefangen zu werden. Er hatte sich bei einer Vorpostenrekognoszirung zu sehr vorgewagt und nur die Schnelligkeit seines Pferdes soll ihn vor den ungarischen Husaren gerettet haben — Heute sind neue Gefechte bekannt geworden, worüber man bis Abends ein Bülletin erwartet. — Feldm.-L. Simunich ist in Lemberg eingetrickt, woselbst er 700 Mann gefangen nahm. Preßburg ist übergegangen, und zwar, wie man hinzusetzt, ohne Schwertschlag. Man erwartet unsere Heeresmacht in 8—14 Tagen in Pesth einrücken zu sehen. — Heute wird Kraft von Minsterialverordnungen gesprochen. Kraus soll abgedankt und Stadion an dessen Stelle das Ministerium der Finanzen übernehmen, wogegen Schwerting das Portefeuille des Innern erhielte. — Heute erschien Kuranda's „Oberdeutsche Post zum ersten mal wieder. Die Minister, welche wieder sämmtlich nach Olmütz und Kremsier abgereist sind, werden am 22 hier erwartet, um die 14 Tage lang währenden Reichstagsferien in Wien zuzubringen. — So unwahrscheinlich es Angesichts der auf den Bastionen aufgestellten Wurf- und Belagerungsgeschütze klingt, wird es doch als höchst glaubwürdig versichert, daß gestern der Minister Kraswall, welcher zur Antritt am Angriff auf besagte Geschütze im Werke war. Die Einleitung sollte eine Kanonenfall sein; F.M.L. Welden soll aber verstimmt haben, daß er beim ersten Schuß feinerseits werde bleiben lassen. Dieß wirkte.

† Wien, 18. Dez. Auch Wieselburg, Ungarns Kornkammer, soll bereits von unsern Truppen besetzt sein. — Ueber die Stellung des englischen Gesandten in der italienischen Frage, sind die heutigen Nachrichten eingetroffen sein. — Fonds und Aktien auf die vorgehenden Nachrichten zu höheren Kursen begehrt. Wechsel zur Notiz ungeboten. Auch Gold fauet. — 5%, Metall. 79⅞, 4%, 66, 2½%, 41¾, Bankaktien 1095, Loose von 1834 143½, Devisen von 1839 85, Nordbahn 99¾, Mailänder 67½, Mogyarier 97, Bethor 68, Wohnwecker 66, Ling Bahnbrief.

* Wir erhalten eben noch das 2. Armeebulletin vom 18. Dez. veröffentlicht durch F.M.L. Welden. F.M.L. Simunich hatte die von Preßburg aus bekannt verstärkten Rebellen am 16. um 4 Uhr Abends bei Tyrnau nach zweistündigem Gefechte vollkommen geschlagen, 5 Kanonen, viele Wollen, eine Fahne und 43 Pferde erbeutet und 766 Gefangene

gemacht. Der Feind floh in allen Richtungen. Tarnau und Umgebung ist besetzt. Der Vorrath des F.M.L. Schlick hat noch am 10. die Stadt verschanzte Stadt Kaschau nach hartnäckigem Gefechte mit Sturm genommen. Auf Seite der k. k. Truppen fielen dabei mehrere brave Officiere, darunter die Obersten Generalquartiermeister Senzer, letzterer Corpsadjutant des Grafen Schlick. Am 17. hatte Feldmarschall Fürst Windischgrätz seine Vorposten auf dem rechten Donauufer bis gegenüber Pressburg vorrücken lassen, auf dem linken hatte das zweite Armeekorps Stampfen ohne allen Widerstand besetzt und den Vorrath bis vor Pressburg aufgestellt. Am 18. wurde auch diese Hauptstadt ohne bewaffneten Widerstand genommen.

Oesterreichische Monarchie.

Aus Mailand. Am 12. war große Feierlichkeit zu Ehren des neuen Kaisers. Im Dom erklang das Te Deum, der Erzbischof sang, alle Behörden waren anwesend und in allen Hauptstädten Militär aufgestellt. Abends war das Theater erleuchtet. Nachtsy theilte 15 Marien-Theresienkreuze aus. An diesem Tage schallten die Glocken wieder, was die Mailänderzeitung als ein Zeichen, daß der Belagerungszustand aufgehoben habe, freudig hervorhebt und zugleich anzeigt, daß Radetzky an diesem Tage 19 Individuen, die dem Militärgericht verfallen waren, in Freiheit gesetzt habe. (Ebw. W.)

Italien.

†† Rom, 11. Dez. Die Kammern haben denn doch sich geschent, den äußersten Schritt zu wagen, zu welchem man sie von mehreren Seiten hinzutreiben suchte; die Abdeutung des Papstes haben sie nicht aussprochen. Statt dessen haben sie heute eine Regentschaft ernannt, welche für die Dauer der Abwesenheit des heiligen Vaters alle Regierungsbefugnisse desselben ausüben soll. Sie hat jedoch ihre Amtsverrichtungen niederzulegen, sobald der Papst nach Rom zurückgekehrt sein wird. Die drei Regentschaftsmitglieder sind: der Fürst Corsini, der Senator Zucchini von Bologna und der Syndikus von Ancona.

Nachrichten der „Allgemeinen Zeitung aus Rom vom 11. d. zufolge sind nur die Gesandten von Toskana und Sachsen dort zurückgeblieben, nebst drei oder vier Sekretären der übrigen Gesandtschaften. Die Anwesenheit des toskanischen Gesandten begründet sich auf die offene Feindschaft Toskanas und Neapels. Der Gesandte Portugals, der am 10. in Rom eintraf, meldete, daß die Oesterreicher zahlreich über den Po rückten. Am 15. sollte der heilige Vater in Gaeta ein Konsistorium halten. Die Deputationen, welche von Rom nach Gaëta abgingen, konnten die neapolitanische Grenze nicht überschreiten. Der Papst hatte sie schriftlich benachrichtigen lassen, daß er sie nicht empfangen könne und seine Willensmeinung bereits durch das Breve vom 27. Nov. ausgedrückt habe.

Großbritannien.

* London, 15. Dez. Der „Standard" hat heute: „Die Angelegenheit Dänemarks in der schleswig-holsteinischen Frage sind die jetzt noch zu keinem befriedigenden Standpunkte gelangt. Der dänische Minister des Aeußern hat dem deutschen Reichsverweser mitgetheilt, daß Dänemark bisher alle Punkte des Waffenstillstands von Malmoe getreulich (?) erfüllt habe; allein die andere Partei habe das nicht gethan, und so zu sagen durch ihr bisheriges Verhalten den gegenwärtigen Vertrag abgebrochen. Der „Globe" will wissen, daß der französische Präsident von Frankreich den General Cavaignac zum Vorschlag von Frankreich erkoren wolle — Von dem Prinzen Ludwig Napoleon erzählt man sich, er habe nach Abfassung seines Manifestes dieses mehreren hohen Personen mitgetheilt, welche eine oder die andere Stelle desselben streichen oder verbessern wollten. Der Prinz soll zu ihnen mit einiger Aufregung gesagt haben: erlauben Sie, daß ist mein Kind, mein Werk. Man nimmt sich auf der einen Seite die Freiheit, mich für unfähig zu erklären, und Sie sind so gütig, meinem Werke einige Verbesserungen zuzugestehen, lassen Sie mir daher das ausschließliche Recht, mich als Autor desselben zu nennen. — Der Graf von Neuilly, (Ludwig Philipp) hat auf mehrere Jahre das Schloß Coll Gowe auf der Insel Wight gemiethet.

Frankreich.

* Paris, 17. Dez. Es ist etwas Wunderbares um das Leben in und um Paris. Die Franzosen, d. h. die Pariser, sind die unerwüstlichsten Leute der Welt. Hatte noch vor wenig Tagen die bewaffnete Präsidentenwahl Alles in Aufregung versetzt, die Klubs zu den ergreifendsten Deklamationen hingerissen, und Furcht und Besorgniß in die Gemüther der guten Bürger und Krämer gejagt — heute ist jede Spur davon verschwunden — glänzende Karossen durchrollen die Straßen, reich besetzte Tafeln sind seit wieder in reichlicher Zahl, die Damen glänzen in seiner Toilette — kurz Alles jetzt sich wieder in den gewohnten Schmuck — ja man kann sagen, daß seit sechs Monaten nicht solch Glanz und Luxus entwickelt worden, als gestern! Unwillkürlich drängt sich da die Frage auf: was ist die Ursache dieser plötzlichen Reaction, warum ist die Stadt Paris so plötzlich so heiteraglichen Sinnes, woher kommen diese wogenden Geschäfte und warum hat sich überhaupt mit einemmale die Physiognomie der Stadt so auffallend verändert? Die Antwort auf alle diese Fragen kann man in den täglich durch die Journale verdffentlichten Wahlresultaten finden. Die ungeheure Stimmenmehrheit, welche der zukünftige Präsident der Republik erhält, ist es, welche so beleben auf die öffentlichen Verhältnisse einwirkt. Nicht als ob man in den Präsidenten den einzigen Mann erblickte, der Ihn wäre, das Ruder des Staates zu lenken — denn es würde derselbe Erfolg auch bei der Wahl Cavaignacs oder Lamartines eingetreten sein, sondern es ist das beruhigende und stärkende Gefühl der Wiederkehr eines festen geordneten Zustandes, die Freude über das Aufhören der Provisorien. Es ist der tröstliche Gedanke, daß ganz Frankreich einmüthig sich von der Anarchie abwendet, der Gedanke der Einigkeit mit dem heimathe in jeder Nation ihre Stimme einem einzigen Manne geboten hat, statt die Stimmen auf mehrere Kandidaten zu zersplittern, der Gedanke an die unaeheure Mehrheit der Rouhen, der Anarchisten; denn wäre Ludwig Napoleon nur mit einer schwachen Majorität aus der Wahlurne hervorgegangen, hätten die Stimmen in gewichtiger Anzahl sich auf die andern Kandidaten in mehr oder minder gleicher Weise vertheilt, so würde Paris, Frankreich und alle andere Bourgeoisstaaten voraus, den Vertrauen wieder fast so schnell, noch tiefer gesunken, die Furcht vor Parteikämpfen hätte jede Hoffnung besserer Zustände erstickt, und das durch die in ihren Grundfesten erschütterte Industrie hervorgerufene Elend der Arbeiterklassen würde riesengroß und alles bedrohend herangewachsen sein! — Alle diese Befürchtungen existiren nun nicht mehr, an ihre Stelle sind Hoffnungen auf eine bessere Zukunft, auf das Wiederaufleben der Industrie, auf erneuten Umsatz der Kapitalien und Waaren getreten, und die orge Vergangenheit liegt hinter ihnen, wie ein böser Traum, aus dem sie sorben erwacht sind. Allein sie werden dennoch lange genug an diesem Traum denken müssen. Sie übersehen in ihrem jetzigen Freudenrausch einen sehr wichtigen Punkt: die Persönlichkeit ihres künftigen Präsidenten nebst allen aus derselben entspringenden Folgen. Louis Napoleon ist allerdings bekannt mit Einstimmigkeit gewählt worden, das Land hat sich unter sein Banner geschaart; geben wir aber auf die Motive zurück, welche diese Einstimmigkeit so verschiedener Parteien hervorriefen, so finden wir, daß gerade durch die widersprechendsten Elemente das Resultat dieser beispiellosen Stimmenzahl hervorgebracht wurde. Ich will nur kurz die hauptsächlichsten Motive angeben: „Das Heer stimmte für den Prinzen, weil er in ihm die Verfechtung auf Krieg und Sieg verbürgte, in den Augen der Armee stand und steht noch heute Ludwig Napoleon sein großer Onkel; die meisten Votanten der Armee können den Namen Napoleon nicht vom Krieg und künftigen Siegen trennen. Die ruhigen Bürger stimmten für Napoleon, weil sie theils aus ähnlicher Anhänglichkeit an seinen Oheim ihnen in diesem Punkte ist ein Franzose wie der andere) theils aus Aechtlichkeit an sein unaeheures Vermögen, theils und zwar hauptsächlich, weil sie den traurigen Republikversuch beendet sind, und in dem Prinzen im Glase festen Uebergang zur Monarchie erblicken, die sie recht wohl wissen, daß Louis Napoleon, so verdient er sich auch um Frankreich gemacht hat, doch ein zu guter Republikaner, und zwar einer von der besten Sorte ist, und das unter seiner Präsidentschaft die Republik sich vielleicht einige Jahre lang gedulten hätte. Die Arbeiter stimmten für den Prinzen, weil man ihnen unausdrücklich versichert, daß derselbe ein sozialistisches Bewußtsein besitze, daß er allen Arbeitern sormwährenden guten Verdienst zu geben im Stande sei. — Die Bourgeois und Landleute machten sich wohl die wunderbarsten Vorstellungen von dem Prinzen, so wie überhaupt von allen politischen Thaten gemacht haben. Diese Klasse von Leuten will vor allem Ruhe und möglichst geringe Abgaben Die Steuer der 45 Cent. hat sie alle gegen die Republik so furchtbar gehetzt. Ruhe und Steuerermäßigung erwarten sie nun von dem Prinzen, und da hatte sich unter einem großen Theile der Landvolkes, hauptsächlich aber im Elsasse die komische Idee gebildet, daß der Prinz den Bann den schon eingezahlten Betrag der Steuern der 45 Cent. zurückzahlen werde, wenn er zum Präsidenten ernannt worden würde! So unsinnig diese Annahme auch klinge, die Bauern glaubten sie dennoch und gaben ihre Stimmen dem Prinzen. Zuletzt blieben noch die Motive der Rouhen, die Anarchisten 2c. zu erwähnen. Diese wählten, wenn sie nicht direkten Befehl von ihren Klubs hatten, die Stimmen der Prinzen gaben und ihre eigenen Kandidaten fallen lassen, weil sie von da gänzlichen Umsturz erwarteten, und ferner Präsidentschaft vielleicht ein leichteres Spiel hoffen zu dürfen vermeinten. — Dieses sind in Kürzem die offenkundigsten Motive, welche zur Wahl des Prinzen durch beinahe Stimmeneinheit beigetragen haben. Man erwartete, wie auch in den Ansführungen hervorgeht, von ihm zu gleicher Zeit Ruhe, Ordnung, Wohlstand und offenes Feld für Parteiumtriebe, durch welche der Wohlstand nothwendig untergraben werden muß! Welche dieser Hoffnungen sich erfüllen werden, muß die Zukunft entscheiden, und nur so viel ist gewiß, daß die Entscheidung schwerlich lange auf sich warten lassen wird.

Nachschrift.

** München, 21. Dez. Der k. k. Obrist und Linienschiffskapitain L. v. Kudriafsky ist hier durch nach Frankfurt gereist, wohin er zu den Vorarbeiten rücksichtlich der deutschen Flotte berufen ist.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a M., 19. Dez. Oesterr. Spros. Metall. 72, Anlehn. 58⅛; Spros. 37½; Spros. 37½, Bankaktien 700. 500 fl.-Loose 125½, fl.-Loose 75½; **Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine** —. P —, Staatsschuldscheine 3½ Spros. 79. — **Bayer.** 3½ Spros. 76½. Badisch. 66¼. **Württemberg.** 3½ Spros. 93½. Span. Spros. innere Stadt 19½. — **Pol. 300 fl.-Loose** —. 500 fl.-Loose 71½. — **Sard. 36 Fr.-Loose** 24. Dlcc. —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 152.

Neue Münchener Zeitung.

Freitag den 22. Dezember 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16.
Pränumerationspreis: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kr.
Briefe und Gelder frei.

Einladung zum Abonnement.

Die **Neue Münchener Zeitung** wird auch im kommenden Jahre ihre bisherige Tendenz verfolgen, und, ihrem Programme getreu, an dem Banner der konstitutionellen Monarchie und des Fortschrittes auf der Grundlage der gesetzlichen Freiheit und der Ordnung unerschütterlich festhalten. Die Berichte über die Verhandlungen der deutschen Reichsversammlung zu Frankfurt werden in der bisherigen Weise regelmäßig fortgesetzt. Die Verhandlungen des bayerischen Landtages werden in möglichster Vollständigkeit auf's rascheste und so oft es nöthig auch durch Beigabe von Extrabeilagen mitgetheilt werden. Für schnellste Mittheilung aller sonstigen bedeutenden Zeit-Ereignisse ist durch eine noch erweiterte Korrespondenz und die Gewinnung tüchtiger und zuverlässiger Mitarbeiter im In- und Auslande Sorge getragen. Die Zeitung erscheint täglich Morgens 8 Uhr in einem halben Bogen. Nachmittags 2 Uhr wird eine Beilage ausgegeben. Trotz dieses vermehrten Umfanges tritt keine Abonnementserhöhung ein. Der Preis des Blattes bleibt unverändert auf 6 fl. ganzjährig, 3 fl. halbjährig, 1 fl. 36 kr. vierteljährig festgesetzt. Neueintretende hiesige Abonnenten belieben ihre Bestellungen in den Expeditionslokale (Promenadeplatz Nro. 14), auswärtige aber bei den nächstgelegenen Postämtern zu machen. Bei der großen und noch täglich steigenden Auflage dieser Zeitung eignet sich dieselbe zur weiten und schnellen Verbreitung von Bekanntmachungen jeder Art, welche, den Raum der 2spaltigen Petitzeile zu 4 kr. berechnet, unverzüglich eingerückt werden. Zu zahlreichen Aufträgen empfiehlt sich

München, den 12. Dezember 1848.

Die Expedition der „Neuen Münchener Zeitung".

München, 22. Dezember.

Se. Maj. der König haben sich unterm 19. l. allergnädigst bewogen gefunden, den bisherigen Staatsminister des Innern Fürst v. Oettingen-Oettingen-Wallerstein auf sein wiederholtes Ansuchen von diesem Amte sowie von dem eines Staatsrathes im ordentlichen Dienste zu entheben, und zum Staatsrathe im außerordentlichen Dienste ohne Gehalt unter allergnädigster Anerkennung seiner geleisteten guten Dienste zu ernennen.

Deutsche Reichsversammlung.

(139ste Sitzung vom 19. Dezember.) Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über die Vorlage zur zweiten Lesung des Grundrechts, soweit zwar über Artikel VIII. §. 30 und folgende. Vorsitzender Vizepräsident Welly. Beseler gibt namens daß nach dem Verlesen des Protokolls dem Reichsjustizminister Robert v. Mohl das Wort zur Beantwortung mehrerer Interpellationen. Die erste (von Wesendonck) betrifft die gegen Zig. Schlöffel und Simon von Trier eingeleitete Untersuchung. Hr. v. Mohl erklärt, daß sich das Ministerium jedes Einflusses darauf enthalte und auch über den Stand der Sache durchaus ohne Nachricht sei. Was aber namentlich die beantragte Beschleunigung der Untersuchung über die Septemberereignisse anlange, so sei das zuständige Frankfurter Gericht mit seinen Erörterungen darüber so weit gediehen, daß die ganze Untersuchung noch vor Ende des Dezembermonats geschlossen sein werde. Von Wydenbrück, Dietsch (aus Nauheim) und Schoder's Anfragen haben die österreichischen Verhältnisse, die Hinrichtung Robert Blum's und den Belagerungszustand Wiens zum Gegenstande gehabt. Der Minister erwidert darauf: Jedes Stück des Reichsgesetzblattes wird am Tage seiner Ausgabe sogleich mit amtlichen Begleitschreiben allen Bevollmächtigten bei der provisorischen Zentralgewalt zur Mittheilung an ihre Regierungen zugefertigt. Dies ist auch mit Nro. 2, welches das Gesetz vom 29./30. Sept. lt. 34. enthält, geschehen und das namentlich der kaiserlich österreichische Bevollmächtigte dahelbe richtig erhielt, bevorab die Empfangsbescheinigung desselben, welche folgendermaßen lautet: „Der Unterzeichnete beehrt sich in Erwiderung der gestrigen Note von gestern den Empfang des Reichsgesetzblatts Nro. 1—3 in den gewünschten hundert Abdrücken zu bestätigen, welcher sogleich nach der heutmaligen Ausgabe an die Provinzialregierungen der österreichischen Bundesländer zur schleunigen Vertheilung an die betreffenden Behörden versandt worden sind, in Zukunft regelmäßig versandt werden sollen." — Ueber den weiteren Verlauf der Einsendung an die kaiserlich österreichischen Behörden von Seiten des kaiserlichen Bevollmächtigten kann natürlich das Reichsjustizministerium keine Auskunft geben; doch darf wohl daran erinnert werden, daß durch den am 6. Oktober in Wien ausgebrochenen Aufstand die österreichische Regierung zum Theil ganz außergewöhnliche, zum Theil auch der regelmäßige Postenlauf unterbrochen wurde, so daß vielleicht aus diesen Umständen das Nichteintreffen des regelmäßig und rechtzeitig Mitgetheilten zu erklären ist. Die Anfrage des Hrn. Abgeordneten Dietsch und Genossen betrifft den Stand der Blum'schen Angelegenheit. Ich habe darauf Folgendes zu erklären: Laut Berichts des Reichskommissärs Pidl und Baur ist eine Schlußerklärung des kaiserlich österreichischen Gesammtministeriums in der Blum'schen Angelegenheit in den letzten Tagen endlich erfolgt, allein es ist dieselbe noch nicht in die Hände des Reichsministeriums gelangt. Vor ihrem Eintreffen ist eine vollständige Beurtheilung der Sachlage selbstverstand nicht möglich. Das Reichsministerium beabsichtigt, sobald es selbst zu einem Schlusse in Folge der bereits erhaltenen und der noch zu erwartenden Aktenleitungen gekommen ist, der hohen Reichsverantwortung Alles vollständig vorzulegen. Was endlich den Belagerungszustand von Wien anlangt, so hat die österreichische Regierung ausdrücklich erklärt, daß sie sich nur mit Widerstreben zur Verhängung von Ausnahmsmaßregeln unter Wien entschlossen habe, und daß sie nicht gemeint sei, die Dauer derselben über die Nothwendigkeit hinaus zu verlängern. Letzte berichtet für den volkswirthschaftlichen Ausschuß über die beantragte Aufhebung des Berggesetzes. Die Abgaben auf den Bergbau haben wesentlich die Natur einer Besteuerung und es kann daher nicht ohne Weiteres zu deren Aufhebung gerathen werden. Dagegen schlägt der volkswirthschaftliche Ausschuß vor, die Lasten des Bergbaues zum Gegenstande einer allgemeinen und gleichmäßigen Reichsgesetzgebung zu machen. Eine Vorlage über die Regelung der Lagerstättung gewerkschaftlicher Anlagen fehlt zur Zeit noch. Der Ausschuß trägt hierauf zur zweiten Lesung der Grundrechte gestrichen und ohne Diskussion angenommen: Art. VIII. §. 30. „Das Eigenthum ist unverletzlich. Eine Enteignung kann nur auf Rechtsschluß des gemeinen Wesens, nur auf Grund eines Gesetzes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden. Das geistige Eigenthum soll durch die Reichsgesetzgebung geschützt werden." Zu §. 31 wird nach dem Vorschlage der Minderheit des Verfassungsausschusses (Wigard, Mittermaier, Zell, Somaruga, Schreiner, Gülich, Römer) die Bestimmung von der unbeschränkten Theilbarkeit des Grundbesitzes mit 237 gegen 180 Stimmen (durch Namensaufruf) angenommen, wonach der Paragraph in folgender Fassung zum Beschlusse erhoben wird: „Jeder Grundeigenthümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden und von Todes wegen ganz oder theilweise veräußern. Den Gesetzgeben bleibt überlassen, die Durchführung des Grundsatzes der Theilbarkeit als Grundeigenthums durch Uebergangsgesetze zu vermitteln. Für die jetzige Hand sind Beschränkungen des Rechts, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, aus Gründen des öffentlichen Wohles zulässig." Ohne Verlesen

dung und Abänderung gelangt zur Annahme: § 32. „Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf.“ Durch die neuesten Vorgänge haben sich die Parteistellungen und -Namen wesentlich verändert und getrübt und dadurch ist das Mißtrauen gegen die Abstimmung durch Zettel so satt geworden, daß die rechte Seite des Hauses, Graf Schwerin und v. Vincke an der Spitze, die Zettelabstimmung überall, wo sie beantragt wird, durch den Namensaufruf zu ersetzen sucht. Dies hat zur Folge, daß auch auf die Zettelabstimmungen in den meisten Fällen verzichtet wird, was die Geschäftsbehandlung der zahlreichen Neben-, Unter-, Zusatz- und Verbesserungsanträge einigermaßen erleichtert. § 33. „Ohne Entschädigung sind aufgehoben: 1) Die Patrimonialgerichtsbarkeit und die grundherrliche Polizei sammt den aus diesen Rechten fließenden Befugnissen, Ermittlungen und Abgaben. 2) Die aus dem gutsherrlichen Verbande fließenden persönlichen Abgaben und Leistungen. Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, welche dem bisher Berechtigten dafür obliegen.“ § 34. „Alle auf Grund von Boden haftenden Abgaben und Leistungen, insbesondere die Zehnten, sind abzulösen; ob nur auf Antrag des Belasteten oder auch des Berechtigten, und in welcher Weise, bleibt der Gesetzgebung der einzelnen Staaten überlassen. Es soll jedoch kein Grundstück mit unablösbaren Abgaben oder Leistung belastet werden.“ Nach der Annahme des obigen Paragraphen wird die heutige Berathung 2½ Uhr Nachmittags vertagt. Die nächste Sitzung findet Mittwoch den 20. statt. Gegenstand der Tagesordnung: Zweite Lesung der Grundrechte. (D. Z.)

Frankfurt, 19. Dez. (Abends 6 Uhr.) Der Ausschuß für die österreichische Frage ist nun den Absichten gemäß. Die Wahl fiel auf die Abgeordneten Linde, Barth, Paur (Augsburg), Samwaya, Christmann, Gistra, Hildebrand, von Buttel, Max Simon, Rüder (Oldenburg), Venedey, Reitter, Jtzsteinwalt, Kirchgeßner, Makowiczka. Die Linke mit den österreichischen Mitgliedern ist sonach weit in der Mehrheit. (A. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 18. Dez. Zu einem Reichswahlgesetz für das Volkshaus ist dem Verfassungsausschusse durch sein vorberathendes Komité bereits ein Entwurf vorgelegt worden. Derselbe lautet wie folgt: Gesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause. § 1. Wähler ist jeder selbstständige, unbescholtene Deutsche, welcher 1) das 25ste Jahr zurückgelegt hat, 2) in dem zum Gesetz sich eignenden Wahlbezirke zur Zeit der Wahl seinen festen Wohnsitz hat; er darf jedoch nur an Einem Orte wählen. § 2. Als nichtselbstständig, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen werden: 1) Personen, welche unter Barmundschaft oder Kuratel stehen, aber über deren Vermögen Konkurs oder Zahlungsstand gerichtlich eröffnet waren ist, und zwar während der Dauer dieser Konkurs- oder Zahlungsstände; 2) Dienstboten; 3) Gewerbsgehilfen: 4) diejenigen, welche für Tagelohn, Wochenlohn oder Monatslohn arbeiten; (?) 5) diejenigen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln bezieben oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben; 6) diejenigen, welche eine Einkommensteuer, wo eine solche Steuer schon besteht oder nach eingeführt werden wird, zu entrichten nicht verbunden sind, aber im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre nicht bezahlt haben, aber, wo eine solche Steuer noch nicht besteht, ein jährliches Einkommen von 300 Gulden nicht haben. § 3. Als beschollten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen erachtet werden: 1) diejenigen, welche durch rechtskräftiges Erkenntniß wegen Diebstahls, Betrugs oder Unterschlagung, aber in einer Zuchthaus-, Arbeitshaus-, Festungsarbeits-Strafe oder zum Verlust der bürgerlichen Ehren oder Rechte, aber zur Stellung unter polizeiliche Aufsicht — und zwar während der Dauer der letztern — verurtheilt worden sind; 2) diejenigen, welche durch rechtskräftiges Erkenntniß überführt worden sind, bei den Wahlen Stimmen erkauft, ihre Stimmen verkauft, oder in mehr als einer Wahlversammlung, bei der für einen oder den nämlichen Zweck bestimmten Wahl, ihre Stimmen abgegeben zu haben. § 4. Das Recht zum Wählen ruhet bei Militairen, welche in aktivem Dienste stehen, mit Ausnahme der Unteroffiziere und Offiziere. § 5. Wähler zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder selbstständige, unbescholtene (§. 2, 3) Deutsche, welcher: 1) in einem deutschen Staate das Staatsbürgerrecht besitzt; 2) das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt hat. § 6. In jedem Einzelstaate sind Wahldistrikte von 100,000 Seelen der wirklichen Bevölkerung zu bilden. Dieselben werden zum Zweck des Stimmenabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt, in welchen für den ganzen Wahldistrikt ein Abgeordneter zum Volkshaus zu wählen ist. § 7. Ergibt sich bei der Bildung der Wahldistrikte ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen, so ist für diese ein besonderer Wahldistrikt zu bilden, welcher einen Abgeordneten zu wählen hat. § 8. Kleinere Staaten mit einer Bevölkerung von wenigstens 50,000 Seelen haben einen Abgeordneten zu wählen. — Die Staat Lübeck soll hiervon gleichgestellt werden. § 9. Die Staaten, welche keine Bevölkerung von wenigstens 50,000 Seelen haben, werden zum Zweck der Wahl der Abgeordneten mit anderen kleineren oder größeren Staaten, nach Maßgabe der Reichs-Wahlmatrikel zusammengelegt, und haben in dieser Vereinigung Wahldistrikte zu bilden. § 10. Die Wahl erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit aller in einem Wahldistrikte abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos. § 11. Stellvertreter der Abgeordneten sind nicht zu wählen. § 12. Das Wahlrecht muß in Person ausgeübt, die Stimmen mündlich zu Protokoll abgegeben werden. § 13. Staatsdiener dürfen zur Annahme der auf sie gefallenen Wahl keiner Genehmigung ihrer Vorgesetzten. § 14. Die Wahldistrikte und Bezirke, die Wahllokalen und das Wahlverfahren, in so weit tasselbe nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist, werden von den Regierungen der Einzelstaaten angeordnet. (D. Ztg.)

Wir treten in der „Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung“ — Ob in der Berhandlung vom letzten Sonnabend über die Vorlage des Handelsministers, die kommerzielle Einigung Deutschlands betreffend, haben sich Vermuthungen kundgethan, als ob Duckwitz sich zu der Freihandelspartei geschlagen habe. Auch verbreitet man da und dort die seltsame Aussage, als spreche der von Abgeordneten der norddeutschen Handelsstädte herausgegebene Entwurf eines Zollvereins die Ansichten des Reichshandelsministeriums aus. Die gänzliche Unrichtigkeit dieser Ansichten können wir aus der besten Quelle versichern; das Reichsministerium hegt nach wie vor auf dem Standpunkte praktischer Vermittelung der Extreme, den es festhalten wird. Wir legen großen Werth auf die Verbreitung dieser Berichtigung, weil jene irrigen Ansichten, wie wir hören, große Beunruhigung in Süddeutschland hervorgerufen, deren Annahmen zu verhindern in der Kürze eines Jeden Pflicht, der die Handelseinigung Deutschlands als eine unserer größten Aufgaben erkennt.“

„Wir entnehmen einem Berichte der kürzgewahrten Korrespondenz der Zentren der Reichsversammlung folgende bedeutungsvolle Angaben, durch welche die gestern schon mitgetheilten Andeutungen unseres ⊙ Korrespondenten verwollständigt werden. — Die österreichische Frage hat den Schwerpunkt der Parteien und die Vertretung politischer Ansichten beinahe gänzlich verrückt. Schon in dem nöthig gewordenen dreifachen Skrutin zur Präsidentenwahl sehen wir das Ergebniß des Schwankens der Parteien, welche zuerst Hrn. v. Schmerling im Auge hatten, dann Hrn. Simson aus Königsberg, und in später Abendstunde wurde noch bekannt, daß ein großer Theil der österreichischen Abgeordneten sich mit der Linken für die Wahl von Kirchgeßner vereinigt habe. Der Uebergang der bisherigen Organisation der Linken zu einer landsmannschaftlichen trin immer ausgeprägter hervor. Dem rechten Zentrum hat sich ein Theil getrennt, um einen eigenen Klub zu bilden; der Klub des Württemberger Hofs droht auseinander zu gehen, und von einem weiten neuen Klub unter Welker's Leitung spricht man seit gestern. Dieser letztere soll eine streng geschlossene Partei bilden, und will neue Mitglieder nur nach Ballotage aufnehmen.

Bayern. — **München, 21. Dez. Frhr. v. Lerchenfeld ist aus dem Ministerium und zugleich aus seiner Stellung als ordentlicher Gesandter fort getreten. Wir theilen diese nach unserer Ueberzeugung in jeder Hinsicht bedeutsame Thatsache heute unter unseren amtlichen Nachrichten mit. Der Eindruck, die auf uns gemacht, wird von allen wahren Freunden des Thrones und des Landes getheilt werden. Beide erleiden durch seinen Rücktritt einen schweren Verlust. Wir haben nur einen Wunsch: daß sein Nachfolger im Amte mit gleich treuer und fester Hand in dieser bewegten Zeit das Ruder führen, dieselbe unerschütterliche Hingebung für die Sache der konstitutionellen Monarchie wie sie Lerchenfeld stets bethätigen wird, möge Ihre Genossen im Vereine mit seinen gleichgesinnten Kollegen im Amte stets zu bewahren. Wir freuen und zeigt doppelt, daß seine Thätigkeit wenigstens in der Kammer der Abgeordneten dem Lande erhalten bleiben wird.**

Baden. — **Durlach.** (9. Freib. Z.) Ich beeile mich, Ihnen die verbürgte Nachricht zu geben, daß in Durlach einer von den sogenannten Märzen Lichtenstein's, Hoffmann mit Backenbart, erwählt, arretirt, und an die Untersuchungsbehörden in Frankfurt abgeliefert worden. Identität der Person ist durch die Narbe einer Schußwunde am linken Arm außer Zweifel gesetzt. Eine auffallende Erscheinung ist, daß der Arretirte sich in einem Zustand gänzlicher Verarmung und Verwahrlosung, auch ohne alle Legitimationsurkunden befand, da man doch von der Absicht bei Denjenigen, die durch ihn kompromittirt werden könnten, hätte vermuthen sollen, daß sie durch Geldmittel und Papiere ihm Fortkommen sichern würden. Hoffmann's athletische Gestalt (er ist über 6 Fuß hoch) scheint durch Mangel herabgebracht zu sein.

Oldenburg. — In der Sitzung vom 13. Dez. wurde die wichtige Frage über die Stellung der in letzter Sitzung beschlossenen Provisiallandtage für Birkenfeld und Eutin zu dem Generallandtage zur Entscheidung gebracht. Es wurden Stimmen laut, auch für das Herzogthum Oldenburg einen solchen Provinziallandtag anzuordnen, und damit alle drei Landestheile in dieser Beziehung gleichzustellen, jedoch mit der wichtigen Beschränkung, „daß alle gefaßten Beschlüsse der Provinziallandtage durch einfachen Mehrheitsbeschluß eines künftigen Generallandtages jederzeit wieder aufgehoben und abgeändert werden können.“ (D. Z.)

Preußen. — △ Berlin, 17. Dez. Gegen 6. v. Kirchmann's Präsidentschaft in Ratibor haben nicht allein die Räthe des dortigen Obergerichts protestirt; es soll auch die Landschaft einen Protest eingelegt haben, weil sie unmöglich mit ansehen können, daß ihre Söhne, deren sie viele am dortigen Gerichte als Auscultatoren, u. s. w. arbeiteten unter den Einfluß eines solchen Mannes kämen. In Betreff der Reorganisation der hiesigen Bürgerwehr hören wir von sonst gut unterrichteten Personen, daß jeder der bisherigen Bürgerwehrpflichtige behufs der Reorganisation aus freier Wahl hundert Mann zu stellen habe, die sich indeß

selbst equipiren müssen, und in Zukunft einzig und allein die Bürgerwehr Berlins bilden sollen. Alle eine solche Maßnahme aber mit dem Bürgerwehrgesetze in Einklang gebracht werden soll, vermögen wir nicht zu fassen.

Düsseldorf, 15. Dez. General Drigalski hat heute Folgendes erlassen: „Meine Verordnung vom 10. d. Mts., durch welche die „Düsseldorfer Zeitung" und das „Düsseldorfer Kreisblatt" vorläufig unter Zensur gestellt worden sind, wird hierdurch aufgehoben. Zugleich bemerke ich, daß die Aufnahme unwürdiger Beiprechungen von Maßregeln königl. Behörden mich zur theilweisen Unterdrückung des betreffenen Blattes nöthigen würde. (Tsgbl. 3.)

Oesterreichische Monarchie.

Nach einem Gerüchte, das am 14. d. Mts. in Triest umlief, hätten die Oesterreicher das Fort Malghera bei Venedig geräumt. Die Kroaten wären auf Flößen unter dem Schutze der Landbatterien übergesetzt worden. (Bedarf noch sehr der Bestätigung.)

Italien.

⊿ Turin, 16. Dez. Das neue Ministerium soll endlich nach schweren Geburtswehen zu Stande gekommen sein. Vater Gioberti ist dabei zu Gevatter gestanden und Sie können sich denken, daß das neugeborne Kindlein welches nun seinen Namen trägt, der Gegenstand demokratischen Wohlgefallens ist. Auch die bisherigen Minister werden nun endlich habe bekommen vor den täglichen Verdächtigungen der Reptilfabrik und Maulhelden, welche ihm Schuld gaben, die Bildung eines neuen Kabinete nach ihrem Sinne zu hintertreiben. Es scheint daß die Verzögerung vorzüglich von einem der künftigen Minister herrührte, der jetzt zur Annahme des Portefeuilles der öffentlichen Arbeiten sich bereit finden ließ, nachdem er vorher zu einer diplomatischen Sendung ausersehen war. Ich meine Cav. Matteucci Archiv von Mirandola, der nun die lombardisch-venetianischen Provinzen im Kabinete repräsentiren soll. Denn die demokratische Partei beliebt hierorts noch immer die Farce fortzuspielen, daß sie die Lombardei und selbst das ganze Venetianische als piemontesisches Besitzthum betrachtet, und von dem „Königreiche" Italien spricht, das sie demnächst in petto in eine Gesammtrepublik, versteht sich unter piemontesischer Vorherrschaft, umzuwandeln hofft vermittelst des Krieges; der ihren Bestrangen nach aufs Neue mit allem Nachdrucke aufgenommen werden soll. Die Zusammensetzung des neuen Ministeriums, wenn sie wirklich so ist, wie man angibt, zeigt lauter Namen entschiedener oppositionseller Färbung Außer Giobertí, der die Präsidentschaft und das Aeußere übernimmt, haben darin Ricardo Sineo des Innern, General Sonnaz der früher Commandirende von Genua und einer der besten Soldaten des Heeres, ein Savoyarde, den Krieg, Vincenzo Ricci die Finanzen, Urbano Ratazzi Gnaden und Justiz, Carlo Gadorna öffentlichen Unterricht, Domenico Buffa (einer der Hauptschreier nach Krieg, noch jüngst junger Advokat) Aerbau- und Handel, Sebastiano Tecchio öffentliche Arbeiten. Für die Kammer verlieren, wenn sie auf der Straße mit Lebehoch auf Giobertí, das demokratische Ministerium und das junge Italien empfangen. (Ein Schreiben in der Allgemeinen Zeitung aus Genua vom 17. Dezember meldet die Abdankung Karl Alberts zu Gunsten seines ältesten Sohnes. Unser Korrespondent in Turin schweigt hiervon und wir müssen die Richtigkeit dieser Angabe noch in Zweifel ziehen).

Aus Rom vom 12. Dez. bringt die „Allgemeine Zeitung" eine Verwahrung, welche Graf Mamiani, Minister des Auswärtigen, dem diplomatischen Korps übermacht hat gegen die von General Cavaignac angestrebte französische Intervention. (Wir kommen darauf zurück.)

Schweiz.

Basel, 18. Dez. (Bsbl. 3.) So viel wir hören, hat die hier stattgefundene Konferenz des eidgenössischen Kommissärs Dr Steiger mit dem Fürsten v. Metternich zu einem für beide betheiligten Theile befriedigenden geführt, und zwar zu einem solchen, wie wir es seit dem April unausgesetzt empfohlen und gewünscht haben. Hoffen wir, es sei damit das gute Verhältniß zwischen zwei Staaten, die sich in allen Beziehungen so nahe verwandt sind, definitiv hergestellt.

Großbritannien.

*London, 15. Dez. Die Grundlage des Postvertrags zwischen England und Amerika ist angenommen worden. Das Briefporto wird ermäßigt. — Dr. Bowring ist zum Konsul in Kanton ernannt worden.

Frankreich.

△ Paris, 17. Dez. In den bis jetzt bekannten Ergebnissen der Präsidentenwahl in Frankreich tritt insbesondere eine Thatsache als höchst bemerkenswerth hervor, nämlich die außerordentlich geringe Stimmenzahl welche die sozialistischen Kandidaten jetzt im Vergleiche zu den frühern Wahlen der Mitglieder der Nationalversammlung erhielten. Was ist aus den damals abgegebenen 76,000 Stimmen der Sozialisten im einzigen Departement der Seine geworden? Sie sind jetzt bis auf ungefähr 41,000 herabgesunken. Wo sind nun die 35,000 hingekommen, welche den Unterschied zwischen jenen beiden Ziffern ausmachen? Wenn man die Blätter der Sozialisten und der Männer vom Berge, die Révolution démocratique et sociale und le Peuple hört, so haben viele ihrer guten Freunde dreimal Ledru-Rollin und Raspail im Stiche gelassen und lediglich aus Haß gegen Cavaignac für Ludwig Napoleon gestimmt. Sie hätten bejorgt, daß wenn keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhielte, die Wahl dann in die Hände der Nationalversammlung fallen könnte. Und da wäre Gefahr vorhanden gewesen, daß diese dem General Cavaignac den Vorzug geben dürfte, dasan aber sei ihnen vor Allem gelegen gewesen, daß nicht der Mann zur definitiven Präsidentschaft gelange, der so unerbittlich und mit eiserner Faust den Juniaufstand erdrückt hatte. Diese Erklärung der Sache mag wohl der verletzten Eigenliebe der rothen Republik genügen, welche ihre Partei mit jedem Tage mehr zusammen schmelzen sieht. Allein eine Erklärung kann auf einen großen Theil der Stimmen, welche der rothen Dame entgegen sind, ganz sicher keine Anwendung finden. Die Sozialisten können höchstens mit einigem Scheine von Wahrheit sagen, daß die in Folge der Verurtheilungen nach dem Juniaufstande transportirten Individuen ihnen ergeben wären, und daß deren Entfernung ihnen mehrere tausend Stimmen entzogen hat. Aber es bleiben dann noch immer viele tausend Stimmen, welche dieser Partei bei den gegenwärtigen Wahlen entgangen sind. Gleichgültigkeit läßt sich dafür sicherlich nicht als Grund anführen; der beste Beweis vom Gegentheil liegt in der folgenden Thatsache: die Gesammtzahl der eingeschriebenen Wähler vom Seine-Departement war für die drei vollständigen Wahlen weit beträchtlicher als im letzten September. Welches ist aber nun der wahre Grund zu dem Abfalle so vieler Stimmen? Ich glaube ihn unbedenklich in Folgendem angeben zu können. In den fünf ersten Monaten nach der Februar-Revolution hatte die rothe Republik nichts unterlassen, um Arbeitern die Kirche zu erhitzen und zu vergiften. Da wurden sie arbeitenden Klasse gewisse Ereignisse vorgespiegelt von der glänzenden Zukunft die sie unter der Herrschaft der sozialistischen Maximen erwarte: die Bourgeoisie sollte durch sie gänzlich vertrieben werden, sie an deren Stelle treten und das sogenannte Volk (unter welchem Worte man mit verwerflichem Mißbrauche keineswegs die Gesammtheit aller Bürger, sondern lediglich nur die niedere Klasse der Proletarier verstand) die Souverainetät in Besitz nehmen. Auf die bekannten Versprietzungen und Utopien Ludwig Blancs, Proudons und der andern Gleichgesinnten den guten leichtgläubigen Arbeitern endlich die Kröpfe wirklich verrücken, ist nicht zu verwundern. Aber die nachte, dürre Wahrheit mußte endlich doch durchdringen, und sie drang auch, in die man sie zu hüllen gewußt hatte, sind jetzt genommen. Die armen irregeführten Arbeiter sind endlich durch harten Schaden klug geworden. Sie wurden endlich gewahr, daß in demselben Maße, als sie immer tauber gegen das sogenannte „Recht auf die Arbeit" in Anspruch nahmen, die Arbeit, die Gelegenheit zu Verdienst und Erwerb abnahm; je lauter sie die Gleichstellung der Tagslöhne und die gleichheitliche Theilung der erzielten Gewinne verlangten, desto tiefer verfielen sie in Unthätigkeit und Elend und Noth. Die erkannte endlich der ganze gesunde Theil der arbeitenden Klasse, die fleißigen und intelligenten Leute unter ihnen, die wahrhaft guten Arbeiter, den Abgrund, an dessen Rand man sie hingetogen hatte. Darum hat ein großer Theil unter ihnen die sozialistischen Doktrinen aufgegeben, und dieß bei den Anlasse der ehemaligen Wahl kundgegeben. Sie haben sich zu Ludwig Blanc's gefährlichen Doktrinen verleiten lassen, weil sie vermittelst derselben ihr Wohl leichter zu finden gehofft hatten. Sie haben sich zegt Ludwig Napoleon zugewendet, in der Hoffnung, durch ihren Anschluß an den von dem übrigen Theile der Nation bevorzugten Kandidaten auch ihrerseits zur Wiederherstellung des Vertrauens und zum Wiederaufleben von Handel und Verkehr beitragen zu können, ohne welche Beschäftigung und Erwerb für den Arbeiter unmöglich ist. — Schließlich noch eine historische Notiz. Es war diese Wahl die vierte, in welcher die gesammte Wählerschaft Frankreichs berufen war darüber zu entscheiden, ob ein Napoleon Bonaparte an der Spitze des Staates stehen solle. Im Jahre VIII der Republik bei der Abstimmung über das Konsulat betrug die Zahl der Abstimmenden 3,012,569, dafür stimmten 3,011,007, dagegen 1562; bei der Abstimmung über das Konsulat auf Lebenszeit von 3,577,259 Abstimmenden 3,568,888 dafür, 8574 dagegen; bei der Abstimmung über das erbliche Kaiserthum (1804) unter 3,524,244 Abstimmenden 3,521,675 dafür, 2579 dagegen. Diesmal werden mit Inbegriff Algeriens nahe bei 8 Millionen abgestimmt haben. Die mit der endlichen Stimmzählung und Durchsicht aller Wahlprotokolle aus allen Departementen beauftragte Kommission der National-Versammlung arbeitet selbst einen Theil der Nacht hindurch, wird aber schwerlich vor Ende nächster Woche mit ihrer Arbeit zu Ende kommen.

Am 14. Dez. starb in einem Alter von 61 Jahren zu Paris Hr. Letronne, Generalkonservator der Archive, Mitglied der Akademie der Inschriften, Professor der Archäologie und Administrator der Kollege de Franie.

Spanien.

* Madrid, 11 Dez. Der päpstliche Nuntius hat von der Königin das Großkreuz des Ordens Karls III. erhalten. — Die Eröffnung der Cortes wird im Senat mit den gewöhnlichen Feierlichkeiten stattfinden. Die Senatoren und Mitglieder der Cortes treffen zu dieser Feierlichkeit bereits sehr zahlreich hier ein. Die Stimmen für den Präsidenten der Cortes werden sich wie man glaubt zwischen den HH. Seijas Lozano, Rios Rosas und San Miguel theilen. Der Erstere dürfte indeß die Majorität erhalten. Der Letztere ist der Kandidat der heftigsten Oppositions-Männer.

Portugal.

* Lissabon, 10. Dez. Die Königin hat dem heiligen Vater das Kloster Mafra als Residenz für die Dauer seines Aufenthaltes außerhalb Roms anweisen lassen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Durch den Dampfer „Atlanta" hat man Nachrichten bis zu Anfang dieses Monats. Allgemeine Zufriedenheit spricht sich über die Wahl des Generals Taylor zum Präsidenten aus, und man glaubt, daß, wenn er am 4. März sein Amt antreten wird, er noch populärer werden wird, als er jetzt ist. Es zirkulirt bereits folgende Ministerliste desselben: J. M. Clayton, Staatsdepartement; Abbott Lawrence, Finanzdepartement; Balle Peyton, Krieg; Butler King oder C. Botel, Marine; Th. Stevens, Generalpostmeister; J. J. Critteenden, Staatsanwalt. Die Session des 13ten Kongresses beginnt am 4. Dez. Zwei wichtige Maßregeln werden in demselben zur Behandlung kommen, die Errichtung einer Territorial-Jurisdiktion über das neu erworbene Ländergebiet von Neu-Mexiko und Californien und das einheimische und auswärtige Postsystem. Die Nachrichten aus Mexiko lauten friedlich; der mexikanische Gesandte ist in Washington angekommen, und die freundschaftlichen Verbindungen sind wieder hergestellt. Die früheren Berichte von den Goldminen in Californien werden bestätigt, und eine neue Goldmine ist bei der Seeküste von Salt Key oder Kreuz entdeckt worden. Die Handelsnachrichten aus den Vereinigten Staaten sind im Ganzen genommen günstig.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 20. Dez. Bayer. 3½proz. Obligationen 76 P. 75½ G. 4proz. 88 P. Bankaktien 11. Gansdier — P. 590 G. Promessen 36 P. 33 G. Oesterreich. 5proz. Metall. — G. Württemberg. 3½proz. 75½ G. 4½proz. 92½ G.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Verkehr auf den königl. bayer. Eisenbahnen im Monat November 1848.

Bahnstrecken.	Personen. Zahl.	Einnahme. fl.	kr.	Frachtgüter. Gewicht. Ctnr.	Pf	Einnahme. fl.	kr.	Vieh-, Equipagen-, Bier- rc. Einnahme. fl.	kr.	Gesammt-Summe der Einnahmen. fl.	kr.
München - Donauwörth	23934	20853	37½	56728	23	10442	12	3271	54	34567	43½
Nürnberg - Hof	27089	17582	26	60994	17	14619	12	1852	22	34054	—
Summe:	51023	38436	3½	119719	40	25061	24	5124	16	68621	43½

München, den 18. Dezember 1848.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag, 22. Dez.: (Zum Erstenmale.) „Nanitta", gross pantomimisches Ballet von königl. Ballettmeister J. Hengl. Musik von Lühner. Vorher: „Die Badefuxen", Lustspiel von G. zu Putlitz.

Sonnabend, 23. Dez.: „Ein Weib aus dem Balle", Drama nach dem Französischen von Friedrich.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Fischer, Kneisel, von Dresden. Bernhuber, Fabrikant, von Wien.

Gold. Hahn. Raum, Kaufmann, von Hersbruck. Herdtl, Brauer, von Nürnberg.

Blaue Traube. Fischer, Kaufmann, von Stadtgart. Michel, Kreis- und Stadtgerichts-Rath, von Bosserburg. v. Mayern, k. k. Oberst im Generalstab v. Zobel, k. Rath, von Innsbruck.

Stachusgarten. Keller, Gutsbesitzer, von Oberdorf. Meyer, Gutsbesitzer, von Martinsfeld. Dr. Reichold, prakt. Arzt, von Dinkelsbühl. Ebert, Privatier, von Rothenn. Pfister, Privatier, von Neustadt. Grund, Landgerichtsassessor, von Donauwörth.

Gestorbene in München.

Josepha Halbreiter, prakt. Arzteswittib, 34 J. a. Andreas Mutterer, bürgerl. Bäcker, 40 J. a. Xaver Scheibl, Leibjägerwittmer, 33 J. a. Georg Hintersehr, Hofbeleuchtungsaufseher, 50 J. a.

Einladung zum Abonnement auf die **Augsburger Postzeitung** katholisch und liberal im wahren Sinne des Wortes, feind dem Absolutismus in jeder Form. Preis halbjährlich 4 fl. 40 kr. Auflage **3500**. Insérate die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Insérate werden prompt besorgt. (2b)

Eine Anzahl gut erhaltener, sauber gebundener oder broschirter Originalwerke und Uebersetzungen, meist schönwissenschaftlichen Inhalts (von Bulwer, Cervantes, Florian, Gaudy, Gleim, Gutzkow, Immermann, Heinr. König, A. de Lamartine, Laube, Miguet, Th. Mundt, W. Scott, Shakespeare, Mde. de Staël, Tasso u. A.) werden in Kommission anmit um festgesetzte, bedeutend ermässigte Preise einzeln oder zusammen zum Verkauf ausgeboten.

Die Bücher selbst, welche sich meist zu Weihnachts- und Neujahrgeschenken eignen, sowie das spezielle Verzeichniss derselben können täglich eingesehen werden bei

A. Zellter, Buchbinder.
Fürstenstrasse Haus Nro. 9, Eck der Fürsten- und Schönfeldstrasse, zu ebener Erde.

306.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

München, den 22. Dezember.

Verleihungen: Kathol. Pfarrei Sudrichshofen, Landger. Münnerstadt, dem Pr. Joh. Bt. Hennina, Pfarrer zu Nordheim, Landger. Weltenschaft; Kuratbenefizium am allgemeinen Krankenhause zu Passau dem Pr. Jos. Zacher, Kooperator zu Perlesreuth, Ldg. Wohlstein; die Exekt eines Hausarztes an der Strafanstalt Kaisheim dem Kreis- und Stadtgerichts-Wundarzt Dr. Müller zu München zu verleihen

Ueber die Gründung einer neuen Weltmacht im Südosten Europa's.

Die Idee der Gründung einer neuen Weltmacht im europäischen Südosten, deren Grundlage der innigste Anschluß von Deutschland und Oesterreich dieses im ganzen Umfange des Kaiserstaates und alle seine verschiedenen Nationalitäten in sich begreifend) aneinander wäre, ist besonders in jüngster Zeit, und zwar von Oesterreich aus (wenn Deutsch. worden. In Nr. 48 der „Grenzboten" finden wir nun in einem Aufsatze mit der Ueberschrift „der Wendepunkt der Revolution" die Frage beiprochen, wie sich zu diesem Plane die bereits bestehenden Weltmächte verhalten, und wir glauben daher unsern Lesern den betreffenden Abschnitt aus jenem Aufsatze, der in mehrfacher Beziehung beachtenswerthe Aufschlüsse und Anbeutungen enthält, mittheilen zu sollen.

Der Verfasser des Aufsatzes findet in Europa nur drei wirkliche Weltmächte, England und Rußland. „Deutschland und Oesterreich — fährt er dann fort — sollen es erst werden, und Frankreich hat, mit Ausnahme der Napoleonischen Zeit, keine Politik im großen Styl gehabt. Die französische Politik war immer nur darauf gerichtet, wie auch gerade augenblicklich äußern Effekt gemacht, wie noch vor Kurzem bei den spanischen Heirathen. Sie besaß nie die Gabe, weit ausblickende Ziele mit ruhiger Ausdauer planmäßig zu verfolgen. Eine Politik des Ehrgeizes, auf raschen, glänzenden Gewinn, aber nicht auf eine fruchtbare Weltstellung gerichtet, bis auf die Napoleonische Epoche, die beide Intentionen vereinigte.

Im die Stellung Englands zu der vorliegenden Frage zu begreifen, muß man sich die unermeßliche Wichtigkeit der Donauländer für die Geschicke des europäischen Handels vergegenwärtigen.

Der Weltbandel im Ganzen und Großen hat die Bestimmung, den Austausch der europäischen Zivilisation mit den natürlichen Reichthum der übrigen Kontinente zu vermitteln. Es ist bekannt, wie überwiegend dieser Handel sich in den Händen Englands befindet, welches nicht nur als alleiniger Besitzer eines vollendeten Systems von Weltkommunikationsmitteln*) der Westeuropäischen Zwischenhändler dieses Weltverkehrs, sondern auch vermöge der riesenhaften Entwickelung seiner Industrie auf europäischer Seite bei weitem der vornehmste Produzent desselben ist. In der Richtung dieses Handels bereitet sich seit lange eine große Veränderung vor, die in verhältnißmäßig kurzer Zeit ihrem Abschluß nahe sein dürfte.

Während nach der Entdeckung Amerika's bis auf die neueste Zeit der europäisch-amerikanische Handel den Hauptpfeil des Weltverkehrs bildete, so beginnt sich dies Verhältniß zu ändern seit dem reißenden Aufschwung der nordamerikanischen Zivilisation, welche jetzt schon in industrieller Beziehung der europäischen gleich kommt, wenn nicht sie bereits überholt hat. Nordamerika hat nicht nur innerhalb seines Bereichs sich von der europäischen, d. h. englischen Industrie und ihrer Zufuhr emanzipirt, es ist in Westindien und Südamerika, in Mexiko und Ostindien Konkurrent geworden, welchem England in diesen Weltheilen gänzlich wird weichen müssen. Amerika selber eine selbstständige ökonomische Totalität, auf einem so unermeßlichen Schauplatz, mit so vollständigen Hilfsmitteln und überreichen Bedingungen bei einer so kräftigen Zivilisation, daß jede wesentliche Verbindung eines andern Weltbeils vor der Hand überflüssig erscheint. Daher stellt sich für Europa die Aufgabe, den Abfluß seiner Industrie wieder nach Asien zu lenken, um die gewaltigen physischen Reichthümer dieses Weltheils auf's Neue auszubeuten. Die Engländer haben dieses Verhältniß seit lange mit gewohntem Scharfblick erkannt und mit bewundernswerther Umsicht und Ausdauer die neue Wendung ihres Handels vorbereitet. Sie haben auf alle Weise den Verkehr mit Asien zu monopolisiren gesucht.

Gegen den russischen Landhandel mit dem nördlichen und einem Theil des westlichen Asiens konnten und brauchten sie nicht zu konkurriren. Der Handel mit Hinterindien, China u. s. w. dagegen, welcher sich längs der Küste von Afrika um das Kap der guten Hoffnung nach den indischen und chinesischen Gewässern hinzieht, war vermöge der eben geschilderten Kommunikationsmittel längst englisches Monopol. Es handelt sich nur einmal darum, die beschwerliche Straße über die Landenge von Suez, Isthmus oder Kanal, welche den bisherigen Handelsweg um zwei Drittheile verkürzen würde, zu monopolisiren, weil dieselbe sonst den andern Seestaaten die Möglichkeit eröffnet, den englischen Handel zu beeinträchtigen. Daraus erklärt sich zum Theil die englische Politik in den türkisch-ägyptischen Angelegenheiten. Dann mußte England das ohnmächtige Scheinleben der Türkei fristen, die Verwirrung und Ohnmacht in Kleinasien unterhalten, um den Verkehr der übrigen Welttheile mit Persien und über das rothe Meer unmöglich zu machen. Denn eine kräftige asiatische Regierung wäre im Stande, selbst England diesen Weg zu versperren, oder ihn andern Völkern ebenfalls zu sichern. Die Folge der Anarchie Kleinasiens ist einerseits der Untergang der Industrie und die Abhängigkeit von englischen Fabrikaten, andererseits die Vernichtung des Zwischenhandels und damit die Beförderung theils des englischen, theils des russischen Monopols auf den asiatischen Handel.

Nach dieser Auseinandersetzung begreift sich die unermeßliche Bedeutung der Donauländer für die europäische, vor Allem für die deutsche Zukunft. Es ist klar, daß wenn hier eine bauerhafte Kultur und Staatsbildung entsteht, diese durch ihre günstige Lage durchaus befähigt ist, über das schwarze Meer mit Asien in direkten Verkehr zu treten, der europäischen, resp. der deutschen Industrie einen bedeutenden Absatz zu verschaffen, vielleicht in Kleinasien selbst Fuß zu fassen und den Strom von Gesittung und Kraft, den die gewaltigen südöstlichen Hilfs-Quellen Asiens, einmal gehoben, über Europa auszugießen versprechen, direkt nach Deutschland zu leiten. Es ist klar, daß England, welches vermöge einer erhabenen, aber abnormen Kraftentwickelung den europäischen Weltzhandel monopolisirt, dieser Wendung der Dinge nicht günstig sein kann. Im Interesse Englands liegt die rohe Barbarei und politische Unstätigkeit der Donauländer. Darum unterstützt es die ungarische Suprematie, weil es wohl weiß, daß diese die dort bestehende Anarchie am wenigsten aufheben, sich überhaupt nie ernsthaft verwirklichen wird.

Barbaren sind leicht über ihre Interessen zu täuschen und durch Intriguen in ewiger Ohnmacht zu halten, Barbaren sind träge und leicht abzuhalten. Darauf kommt es Englander die Ungarn an, wenn diese Barbaren eine der Zahl nach weit überlegene Bevölkerung bespritten, welch' günstiger Spielraum der Intrigue, ein solches Reich wie zur Entwickelung nach Außen kommen zu lassen! Ein Slavenreich könnte früher oder später dem russischen Einfluß sich öffnen, früher oder später eine eigene Kultur erreichen. Eine deutsche Herrschaft mit der deutschen Industrie und dem neuen politischen Anschwung Deutschlands im Rücken wäre der gefährlichste Feind. Die Magyaren aber werden von den Engländern gestützt und sind mit den Deutschen, ihren natürlichen Verbündeten, wenn diese Kombination zu Stande käme, durch thörichte Eifersucht leicht zu verfeinden. Wer kann an der Richtigkeit der Wahrnehmungen des gemordeten Latour in seinen aufgefangenen Briefen zweifeln, welche in Lord Palmerston's Hände kamen, Lord Palmerston die Fäden und Beförderer der ungarischen Wanderer und Selbstständigkeitsgelüste gefunden! Wieder bekommen die Ungarn in dem nun ausgebrochenen Kampfe Waffen? Aus England und aus Belgien durch England! Wer brwundert nicht den genialen Scharfblick, mit dem die englische Politik dieses Verhältniß, wie alle andere, erfaßt?

Seit die Slaven sich für die Erhaltung des Hberreichlichen Gesammtstaates erklärt, verzweifelten die Faiseurs der Wiener Demokraten, denen es um wüste Umgebundenheit und rohe Zerstörung zu thun war, die Monarchie allein in ihre Gewalt zu bringen. Sie gaben die Herrschaft des Ostens auf, um sie den Ungarn zu überlassen, und beheilten sich den Westen vor. Wien sollte Deutschland die Freiheit bringen und dafür die Hauptstadt werden. Der alte Kaiserhaat sollte mit Hilfe der Ungarn gesprengt und der Despotismus gestürzt, d. h. die bestehende Organisation gänzlich zerstört werden. Das ist das Geheimniß der Oktoberrevolution. Dabei walteten immer noch mit wenigen Ausnahmen unklare Gemüthsaufschten für den Kaiser.

Mit englisch-ungarischem Gelde bearbeiteten diese Faiseurs das rohere Volk der Hauptstadt. Die Gerüchte davon klingen fabelhaft. Aber es ist bezeichnend, wenn man sich erzählt, daß Br. Pulszky 50,000 Fl. Münz auf einmal vertheilt habe. Diese Revolution mißlang. Sie scheiterte an der ungeheuren Festigkeit der alten Organisation, an dem Talent und der Energie ihrer Generale, an der Tapferkeit und Zucht ihrer Armee. Wie aber, wenn sie gesiegt hätte?

Darüber ist kaum ob, daß ein Sieg der Wiener Demokratie und der rothen Republik in Oesterreich die gräßlichste Anarchie in halb Europa zur Folge gehabt, daß die Folgen dieses Zustandes Deutschland am schwersten getroffen, und wenn nicht den baldigen Untergang, mindestens eine totale Erschöpfung bewirkt hätten, welche sein Verschwinden vom Schauplatz der Geschichte und über lang der Heimfall des Ostens an Rußland, des Nordwestens an England, des Südwestens an Frankreich herbeigeführt haben würde! Sehen wir davon ab. Setzen wir den günstigsten Anfang, wie ihn die gutmüthigen Liberalen sich vielleicht dachten. Nehmen wir an, die Dynastie hätte sich entschlossen, in die Lostrennung Ungarns mit Zubehör zu willigen und mit den Erblanden in das Reich einzutreten. Welches wären die Folgen gewesen?

*) Dahin gehört nicht blos die geographische Stellung, sondern auch die zahlreichen, überall vertretenen Etablissements und militärischen Posten. „Der Schutz, den England dadurch seinen Schiffen gewährt, wird vorzüglich die Gelegenheit eines vortheilhaften Zwischenhandels, die sich hier den englischen Kaufleuten bietet, erschwert natürlich den andern Nationen, die in Ermangelung solcher ähnlich gelegenen Stationen, die Ueberfahrt direkt machen müssen, die Konkurrenz mit dem Inselreich in hohem Grade. Durch einen so ausgedehnten, vielverzweigten Seeverkehr wird es dem englischen Gouvernement möglich, die Kosten einer bedeutenden Aufsichtsgeldwaage zu ersparen, welche die eigentliche Basis der englischen Seemacht bilden und jeden Augenblick bereit sind, der Handelsflotte einen eben so raschen als wirksamen Schutz zu verschaffen." La Zalee Geschichte des Handels.

Zunächst ein unbedürftiger, ungleichartiger Organismus, in welchem fremde Elemente fortdauernd einen widerstrebenden Bestandtheil gebildet hätten. Dieser Organismus, unfähig zu Assimilation, welche die Lebensbedingung jedes Staates ist, der an dem großen Wettkampf der europäischen Gleichheit Theil nehmen will. Vor allem aber ein Organismus, dem die Lebensadern unterbunden.

Mit der Ausdehnung nach Osten wäre es vorbei. Die Engländer würden es meisterlich verstehen, in dem dornigten Barbarenthum des Magyarismus und einem grämlichen Klerus vorzuschieben. Sie würden ihn tückische Eifersucht der Magyaren erregen, unserer Industrie keinen Durchgang zu gestatten aus Eitelkeit, ihrer eigenen Industrie Absatzwege zu verschaffen. Die Engländer wissen wohl, daß sie die Konkurrenz einer magyarischen Industrie nie zu fürchten haben. Und wenn es uns gelänge, die Gelaunigkeit des Durchgangs, vielleicht mit schweren Opfern von den Magyaren zu erkaufen, so würden die wüsten Zustände einer magyarischen Gewaltherrschaft dem Verkehr nicht die nöthige Sicherheit gewähren. Es wird nie ein ausgebildetes Kommunikationswesen zu Stande kommen, und wir werden die schlechten Kommunikationsmittel threr bezahlen müssen. Ferner werden die Magyaren mindestens den Zwischenhandel an sich zu reißen suchen, und so jeglichem unseren direkten Verkehr mit Asien hindern, was und auch die asiatischen Produkte vertheuert. Das Wahrscheinlichste ist aber, daß wir sie durch englische Schiffe über Triest oder gar über die Nordsee bekommen (die Magyaren werden es doch nie zu einer Flotte bringen) und daß wir sie nicht mit unserer Arbeit, sondern mit unserm Gelde kaufen müssen, natürlich um den Frachtpreis vermehrt, — wenn wir sie solche Bedürfnisse noch übrig haben.

Also der Weg nach Asien wäre uns hin und zurück verschlossen. — Das kümmert freilich einen Demokraten mit der zottigen Hochbrust nicht. Wenn er dafür seine druschen Brüder in Oesterreich behält, läßt er sich ruhig von dem hochherzigen Volk der Magyaren unter Anleitung der Engländer die Lebensadern unterbinden. Wozu sollen wir unsere Brüder auf eine weltgeschichtliche Mission senden? sagt die Linke in Frankfurt. Es handelt sich aber hier nicht um eine kosmopolitische abenteuerliche Idee, um ein weltpaziergängerisches Gelüst, sondern um den deutschen Antheil an der Zukunft, an der Weltherrschaft! Und wenn ein bescheidener Gemüth leicht auf die Weltherrschaft verzichtet, so wird ein Volk von 40 Mill. bei so bescheidenem Gemüth im Besitz der wichtigsten geographischen Positionen bald in Abhängigkeit sich verstehen zu einem Spiritus cujus.

Entweder wir verschaffen und den neuen Ausfluß und damit den neuen Zufluß unserer Kraft, sen die andern Völker ihrer Kraft eröffnen, oder wir werden ihnen unterliegen.

Die nachtheiligen Folgen der Loslösung des Südestens unter einer magyarischen Herrschaft sind aber damit nicht erschöpft. Es gibt unmittelbarere, nächstliegende. Ungarn mit den Nebenländern ist selbst ein produktenreiches Land, ein Reichthum, der noch bei weitem nicht in dem gehörigen Maaße benutzt wird. Es wäre also natürlich, daß unsere Industrie dafür einen Absfluß finde und wir für unsere Arbeit die dortigen Naturprodukte einzutauschen. Aber statt ihre ganze Kraft auf die Pflege ihrer natürlichen Reichthümer zu verwenden, die noch gar nicht ausgebeutet werden, — es ist bekannt, daß sich in Ungarn edle Metalle finden, weites Feld öffnet — wollen die Ungarn eine eigene Industrie haben. Sie haben in diesem Sinne bereits die Zollverhältnisse zu verwirren und auf alle Weise, z. B. indem sie sich die ausschließliche Benutzung inländischer Fabrikate zur Ehrensache machten, eine Industrie künstlich hervorzurufen gesucht. Die magyarische Souverainetät würde die Ehrsuchte vollenden und also unserer Industrie einen Markt nach dem andern abschneiden. Wir würden sehr schwerzlich empfinden, denn wenn auch in der Regel unser Bedarf an Nahrungsmitteln durch die einheimische Produktion gedeckt wird, so sind wir doch schwer im Stande, die Ausfälle von dem Normalertrag zu berechnen. Wir müssen daher für die innere Totalität unserer Oekonomie den landwirthschaftlichen Faktor vorstehen durch enge Verbindung mit einem produktenreichen Lande. Wird uns die Verbindung mit diesem Lande unmöglich gemacht, so müssen wir andere Märkte suchen, wo wir nicht mit unserer Arbeit kaufen können.

Ungarn aber würde der englischen Industrie tributpflichtig werden. Diese fruchtbaren, weiten Ländertrecken sind geeignet, für die Baumwolle alle Kraft der verhältnißmäßig spärlichen Bevölkerung in Anspruch zu nehmen. Mit der Kraft auch eine in jenen Verhältnissen unvermeidliche Pflege der Industrie getheilt und kommt die beständige Unsicherheit der inneren Zustände dazu, so kann nach beiden Seiten hin nichts Rechtes heraufkommen, weder in der Industrie noch in der Bodenkultur. Die Folge ist die Abhängigkeit von fremder Industrie ohne großartigen Austauschwert mit einheimischen Produkten, und also von dieser Seite auch die Lähmung des Austauschmittels dieser Länder überhaupt. Statt eines reichlichen, beiden Theilen natürlichen Verkehrs mit ihrem unmittelbaren Nachbar, würden diese Länder dieselben Waaren, die der Nachbar produzirt, von dem nordwestlichen Ende Europas auf einem Umwege über weite Meere erhalten.

Das Unnatürliche des englischen Handelsmonopols zeigt sich noch mehr in Bezug auf Asien. Die wollen anarchischen Zustände daselbst begünstigen einerseits das englische Monopol, andererseits sind sie ein Hinderniß für die Konsumtion, für die Kaufkraft der Asiaten. Daher kann Asien der immensen englischen Produktion nicht einmal genügenden Absatz gewähren und die Schätze seiner Natur nicht im vollen Maße heben. — Die Kaufkraft der Asiaten kann nur durch geordnete Zustände und eine europäische Kultur gehoben werden, also durch europäische Oberherrschaft oder Kolonisation. Welche Unnatur, wenn diese riesenhafte Kulturarbeit von dem fernen Inselvolk allein durchgeführt werden soll, und welche Zögerung, welcher Verlust für die Zivilisation, wenn dasselbe, um sein Weltmonopol dieser Arbeit auszuschließen, absetzte aufschiebt, die Barbarei unterhält und seine europäischen Rivalen selbst auf alle Weise zu schwächen sucht.

Edle Gemüther werden durch diese Betrachtung vielleicht zu einem sentimentalen Absehn gegen die englische Politik hingerissen. Allein diese Politik ist bewunderungswerth und vollkommen berechtigt. Ein Volk von 40 Mill. Insassen, das auf Schadenfreude für einen Namen, und wäre es der Name Republik, sich der Roheit und Charlatanerie überantwortet, aber sich von solchen theoretischen Abstraktionen bethören läßt, wie die Gleichberechtigung der Nationalitäten z. b. die Gleichberechtigung des geistig freien Inhalts und der ungemachsenen Natur, ein solches Volk verdient keinen Antheil an der Weltgeschichte. Es wird lächerlich, wenn es sich gar zu absichtigen Arbeiten des großen Weltmeisters rechnet, wie zu Beginn des einer siebenzigjährigen Konstrmanzin für zitterliche Barbaren, die schöne Schnurdrähte tragen, an sich selbst zum Verächter wird. Das Recht an der geschichtlichen Arbeit Theil zu nehmen, erwirbt ein Volk allein durch politische Thatkraft und Klugheit. Wissenschaftliche und poetische Tiefe geben diesen Recht noch nicht. Begleichen Schätze kann die Nachwelt überliefern und solche Anlagen verspenen sich ohne den Duell des rettenden Todes in sich selbst. Die Deutschen sollen jetzt die Probe machen, sie sollen durch Verband und Energie das Recht erwerben, in der Geschichte zu existiren. Dann dürfen sie nicht zumüthigen Narren folgen. Die Engländer aber haben Recht, und auf die Probe zu stellen. Es wäre ein Unglück, große Aufgaben der Kultur unbraudbaren Abenteurern zu überlassen. Gegen die Herrschaft der Barbaren, gegen die Fetzen der Civilisation durch Kampf. Der heutige Kampf der Völker ist eben so rücksichtslos in seinen Mitteln, aber humaner in seinen Formen. Ein Volk verliert heut seine Unabhängigkeit nicht mehr durch einen Krieg der Vernichtung, sondern dadurch, daß es nicht selbstständig in der Geschichte sorrschreitet.

Der Prinzipat des Südostens muß der deutschen Nation bleiben, im Interesse der europäischen Zivilisation und der deutschen Zukunft. Dieser große Zweck kann nur erreicht werden bei der Integrität des österreichischen Gesammtstaates durch ein ungetheiltes konstitutionelles Oesterreich. Die Schlingpflanze des Magyarismus muß in die Schranken einer Provinzialsouveränetät zurückgewiesen werden.

Deutschland.

Frankfurt, 16. Dez. Die „Oberpostamts-Zeitung" referirte mit äußerst wichtiger Miene, was am letzten Dienstag in einer Sitzede beim Erbprinz-Reichsverweser von den Wohnunterschieden und Auskreisen über die Oberhauptfrage und die deutsche Sache gesprochen sei. Dies steht vornehm und diplomatisch aus. Wir waren aber auch dort und wissen, daß in jener Versammlung von Hunderten in einzelnen Gruppen über alles Möglicke gesprochen wurde. Was aber die am besten Unterrichteten wissen, das hat die Oberpostamts-Zeitung doch nicht gesagt. Wir wollen dieselbe einmal zu ergänzen und den Schleier von einigen Dingen wegzuziehen suchen. Zunächst ist es ein Irrthum, wenn man glaubt, daß wir wenig Rechtsgefühl im deutschen Volke, das durch allerhand souveraine Mannhören und nicht often verfahren wird. Die Oberhauptfrage kann nur in offenem, ehrlichem Verständniß unter Staaten und Fürsten entschieden werden. Gegen diese verhält man sich freilich souverain, und glaubt auch noch in soweit an diese Souveränität, daß die Oberpostamts-Zeitung alles Ernstes behauptet, auch in dieser Angelegenheit sei der souveraine Standpunkt festzuhalten, man kann aber jetzt doch ohne ein Einverständniß nichts machen, und deßhalb sondirt man heimlich da und dort. Worüber alle deutschen Staaten sich einigen sollten, das trägt Hr. v. Gagern in geheimer Sendung dem Könige von Preußen an. Jeder Fürst, der noch Pflichten gegen seine Mitbedrängten kennt, hätte Nein gesagt; und man wundert sich über das Nein des Königs von Preußen nicht, wenn man glaubt, daß Dinge zum Ziele führen, wenn solche Mannhören an die Stelle des offenen Vertragens treten! Mit dem ganzen deutsch-preußischen Kaiserthume verknüpft sich aber Etwas, was einer Intrigue ähnlich sieht. Die Professoren Beseler, Dahlmann und der jetzt hier anwesende Gervinus verfolgen die Idee dieses Kaiserthums lebhaft. Das hängt zunächst mit ihren schleswig'schen Sympathien zusammen. Preußen soll den Krieg fortführen. Schleswig wird gerettet. Die Armee soll vor dem Abkanfe des Waffenstillstandes und vor Oesterreich so weit mit sich in Ordnung ist, um auf Grund der Verträge von 1815 darein zu reden, sertig sein. Beseler's Bruder, der für einen schleswig'schen Distrikt eingetreten, ist Wirpvräsident geworden. Man hätte es lieber verdecken sollen, daß Deputirte für Schleswig, welches nun einmal doch nicht zu Deutschland gehört, in der Versammlung sitzen. Die Einheitsbestrebungen werden beraubeiret, man bedarf in der Deutschen Zeitung, für welche Gervinus wieder schreibt, daß Oesterreich ausgelassen werden müsse, man predigt, daß anders als ohne Oesterreich und mit einem erblich monarchischen Haupte für den Rest kein Ziel zu finden und dem Verlangen des Volkes nicht zu genügen sei. Hr. v. Schmerling ist bereits gewichen, und ob das Ministerium die gewünschte Ermächtigung zum Verhandeln mit Oesterreich bekommt, ist bei dem Widerstande jener Partei ungewiß. Auf einige Ministerstellen ist es deinen auch wohl abgesehen, und in sofern war es nicht ganz erwünscht, daß Herr v. Schmerling allein und nicht das ganze Ministerium abtrat. Im Uebrigen ist der Plan fertig. Das preußisch-deutsche Kaiserthum ist nicht möglich, wenn neben dem dieß gen ein Berliner Parlament besteht, deßhalb soll Preußen sich in Provinzen auflösen. Wenn es das nicht will, müßte revolutionirt

werden. Der König von Preußen hat sich gewiegert: er muß also schimmsten Falls durch Revolutionen gezwungen, zum Glücklein gemöthigt werden, und sein Nachfolger müßte Kaiser werden. Bayern, Württemberg, Sachsen werden sich auch weigern, sie müssen also durch Revolutionirten gezwungen werden. Ist das gelungen, so wird der Kaiserstaat nach dem von jener Partei angelegten konstitutionellen Schema, durch welches nach und nach der Rest von Deutschland zu einem französischen Unterrostaate zusammen administrirt werden muß, errichtet. In der Richtung, die Staaten zu bezwingen müssen, in ihre Verhältnisse hineingreifen. Will irgendein Staat seine Souveränetät gegen die Reichsgewalt zu retten, was man eben will, ist die Vergewaltung schon glücklich genug hineingetreten. Jetzt hat die Südcommission des Verfassungsausschusses z. B. §. 19 des Entwurfs über die Reichsgewalt sogar noch präzisirt, künftig das Reichsbungar nur vom Volkshause bestimmen zu lassen, und dem Staatenhause blos das Recht des Annehmens oder Verwerfens im Ganzen zu geben. Nun bleiben da den Ministern, wenn wenn man Beiträge von den indirekten Abgaben verweignamt, immer noch die direkten Steuern, und eine Mitwirkung des Volkshauses ist gar nicht angewachte; man sieht also, daß man in einen Despotismus hineingeben will. — Gegen das preußisch-deutsche Kaiserthum organisirt sich jetzt übrigens ein sehr lebhafter Widerstand, namentlich von Bayern und den benennenen Preußen. Das Unglück ist, daß Viele gar nicht begreifen, daß mit dem Aufgeben des erblichen Kaiserthums Oesterreich auch verloren wird. Oesterreich wird in neu angelegten konstitutionellen Einheitsstaat nicht eingehen, und vielleicht dann am wenigsten, wenn man auf unzweifelhafte Weise eine Krise oder einen Vorort darauf setzt. Leider ist hier die dritte Masse der Gemeinheit bedenklich: hier ist zu wenig politischer Schaufblick, zu viel Selbstgenügsamkeit und zu viel Schwäche, so daß man rechts rückt, wenn nie Maßregeln treffen, und links, wenn die Wühler über Mangel an Energie klagen. Leider wirkt auch noch ein anderer Grund. Man ist in der Sanktionellen Form, in der Idee, um jeden Preis das norddeutsch-kaiserliche Schema, in dem sich die Form des Ganzen in den Theilen reproduzirt, mutatis mutandis, d. i. Monarchie an die Stelle von Republik gedrecht, auf Deutschland anzuwenden, besorgen. Ein föderatives Band, welches und gegen das Ausland zusammen hielte, glaubt man nicht zu brauchen, und es will in Norddeutsch durch die Konstitution ersetzen zu können, so daß man auf eine unglaublich leichtsinnige Weise um das konstitutionelle Schema zu gewinnen, Oesterreich aufstehen lassen will. Dieser Irrthum sitzt zumtheil tief, und wenn man ihn anrührt, wenn man sagt, wir bedürfen weniger des konstitutionellen Fachwerks als eines förderativen Bandes und dem gemäß sei die Verfassung einzurichten, so schreit Alles, daß man auf eine bloße Reform der Bundesverfassung hinauswolle, und die Kraden gegen den Bund werdenlaut. Will Jemand so, da wir Widerstand gegen den Despotismus und das konstitutionelle Fachwerk zu rechtfertigen, in dem die Staaten alle Selbstständigkeit verlieren müssen, lebhaft genug ist, aber doch selbst mit keinem ausführbaren Plane sich verbindet, vor einer Krise, deren Ausgang nicht abzusehen ist. Die Staaten werden jetzt wohlthun, sich auf alleriei Eventualitäten gefaßt zu halten. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. — **Hyttesjhuig**, 13. Dez. Eingegangenen Nachrichten zufolge rufen die Danen ihre Truppenden wieder ein, sowie sie ein kleines Heer von 6000 Mann zwischen Kolding und Fredericia konzentrirten sollen, vorzwährend Truppen nach Alsen hinzogen und nach Arroe 200 Mann zu senden beschlossen haben. Die von dem Syndikus Bonke dem dänischen Hofe übergebene Note vom 18. Nov. mit dem Verlangen der deutschen Zentralmacht, das Alsen und Arroe, der Malmöer Konvention zufolge, der gemeinschaftlichen Regierung übergeben würden, bis zum unsern 25. Nov. eine Antwort zur Folge gehabt, in der man dänischerseits diese Zweifelhaft andstrach da.art zu beschränken sucht, daß man der Aufrubrpartei keine neue Waffen in die Hände geben dürfe, wodurch das Verschwungwerk, welches die Kontrahenten ins Auge gefaßt, vereitert worden würde. In der That, man wußte jedes deutsche Gefühl aus seiner Brust vertilgt haben, wenn diese dänische Wuthrede Widerwillen gegen die Mißhandlungen des dänischen Volks nicht steigern sollte. Diesen Widerwillen gegen Dänemarks treulosen Benehmen, indem man jetzt sogar in der Reichstagsversammlung behauptet, daß Alsen und Arroe von den Waffenstillstandsvertrage ausgenommen wären und deßhalb besetzt werden mußten, um sich gegen Ueberrumpelung von Schleswig-Holstein Seite zu schützen, muß man es zuschreiben, daß der Reichskommissär Stedmann noch kein einziges Mal diese Insel besucht hat. Bedauerlich bei diesem Verhältnisse ist es, daß der hiesige Reichskommissär noch keine genügende Vollmachtfassung geschienen haben, diesen Schritt zu thun, so dürfte es doch wohl jetzt an der Zeit sein, sich in unmittelbarer Nähe einmal selbst zu überzeugen, ob die Insel Alsen von dänischen Truppen über die konventionsmäßige Anzahl besetzt ist und nach Arroe 200 Mann hingesendet worden sind und ein dänischer Dampfschiff die Insel umkreist. Wir machen das Organ der deutschen Zentralgewalt auf die traurigen Folgen Kollision verantwortlich, die nothwendig in kurzer Zeit bei der Schlaffheit, womit man gegen das theils rettlirende theils zur Anarchie anstehende Benehmen der dänischen Regierung bisher aufgetreten ist, aufmerksam. (H. C.)

Tagesbefehl vom 12. Dezember 1848 an die Truppen des achten deutschen Armeekorps. Bei den in der verflossenen Woche in Rendsburg stattgehabten traurigen Vorfällen haben die Truppentheile, welche dem achten deutschen Armeekorps angehören, eine so treffliche Haltung, einen so hohen militärischen Geist an den Tag gelegt, daß es mir eine angenehme Pflicht ist, denselben hierdurch mein volles Anerkenntniß zu Theil werden zu lassen. Der Oberbefehlshaber der deutschen Reichstruppen in den Herzogthümern: v. Bonin.

Preußen. Der Staatsanzeiger vom 19. d. Mts. enthält die Protestationen des geheimen Oberribunalraths Dr. Waldeck in das benannte Gremium, so wie der Mitglieder der Oberlandesgerichte zu Ratibor, Bromberg und Münster gegen den Eintritt der Oberlandesgerichtspräsidenten von Kirchmann und Gierke und des Oberlandesgerichtsdirektors Temme in ihren bisherigen Wirkungskreis. — Das geheime Obertribunal in Berlin forderte in seinem von Hrn. Mühler unterzeichneten Schreiben an den Hrn. Justizminister, daß derselbe bewirken möge, daß einem, welche ihn in einen andern Wirkungskreis versetzen dürften, so dieser Gerichtshof mit allen Kräften dafür zu sorgen habe, daß ihm das Vertrauen und die Achtung des Landes erhalten werde, was bei dem Vorbleiben Hrn. Waldecks in demselben nicht der Fall sein würde. Das Oberlandesgericht Neisdor wendet sich mit Bezugnahme auf die Unterredung seines Präsidenten v. Kirchmann mit Hrn. Bassermann an den Justizminister mit der ernsten Bitte, allenfallsigen Versuchen, ihn gegen seinen Willen und Verlegung in einen andern Wirkungskreis jede mögliche Berücksichtigung angedeihen zu lassen, so wie sie in einem Schreiben an diesen selbst das Ersuchen stellen, er möge einfach die Wahrheit oder Falschheit der Mittheilungen des Hrn. Bassermann darthun, und in einem zweiten Schreiben an denselben wird in Folge der Unterlassung dieser Darthuung die Unmöglichkeit eines fernern kollegialischen Zusammenwirkens mit ihm dargestellt, nebst dem Ersuchen, daß es dem Gesammten gelingen möge, sich einen andern Wirkungskreis zu eröffnen. — Auf ähnliche Weise haben der Präsident und die Räthe und Assessoren des Oberlandesgerichts zu Münster auf die Benehmen ihres Direktors Temme nach der Vertagung der preußischen Nationalversammlung ihre einzige Eingabe an den König gerichtet, worin sie dieser Benehmen ernstlichen mißbilligen uns sich direkt gegen sein Verbleiben in ihrem Gremium aussprechen. Der Justizminister Simons hat diese Vorstellungen den Betreffenen zur Kenntnißnahme und Entschließung mitgetheilt.

Erfurt, 15. Nov. Unser Belagerungszustand wird möglicht milde gehandhabt; nur bleiben noch, was der Festung halber nothwendig zu sein scheint, von Abends halb acht bis Morgens halb sieben Uhr die Brücken aufgezogen. Von der radikalen Presse sind ausdrücklich folgende Blätter durch Anschlag verboten: die Thüringer Zeitung, Telegraph, Deutscher Staats- und Landbote, und der demokratische Reformverein. Die Abstimmung ist natürlich gänzlich unterlagt. Der Aufstand vom 24. Nov. zieht noch nächst Verhaftungen noch sich, während auf der andern Seite Verhaftete entlassen werden. Etwa 125 Individuen befinden sich gur Stunde auf unserer Zitadelle, in den Sträflingskasernen und andern militärischen Arrestlokalen. Die Voruntersuchung hat bereits begonnen, und zwar durch eine hier sich befindende Kommission des Naumburger Oberlandesgerichts; die Untersuchung selbst wird in Naumburg geführt werden. Diese Maßregel, so wie die Verlegung der Kriegsgerichtssitzungen später gebracht werden, gefällt. Der Präsident des aufgelösten Demokratenvereins, Buchhändler Beelerich, ist verhaftet eingekommen und befindet sich jetzt in Strosburg. Gedachter Demokratenverein, welcher im Laufe des Sommers alle anderen politischen Vereine absorbirte, zählte zuletzt mehr als 1800 Mitglieder, welche ihre Beiträge zu jeder Zeit von Bürgen sich schenkt. (Voss. Z.)

Oesterreich. — * Wien, 19. Dez. Das gestern schon mitgetheilte zweite Armeebulletin wird heute durch die bestimmte Nachricht der Besetzung von Presburg und Wieselburg ergänzt. Nur letztere soll einiges Blut gekostet haben. — Nochdem Pillersdorf sein Mandat zurückgelegt hat, findet noch in dieser Woche eine neue Wahl in diesigen ersten Stadebezirk statt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß er wieder gewählt wird. — Mehrere Wähler sollen bei den letzten Orte über den zu ernennenden Kandidaten Rath erholt haben, indem man beabsichtigte, den Ministerpräsidenten Schwarzenberg vorzuschlagen. Es soll indes bedeutet worden sein, daß man es lieber sähe, wenn weder auf Militärpersonen, noch auf Minister hier Rücksicht genommen würde. — Bei den vorzwährend besprochenen Ministerialveränderungen ergibt es sich vorerst nur mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit, daß Kraus abdanken wird. Wiederholt wird auch die dessen Rechtsfolger der ehemalige Hofkammerpräsident Krauß mit dem Beifatze genannt, daß derselbe auch das Finanzfach in petto habe. — Die Nachricht vom Erscheinen einer russischen Eskadre vor Kriest, welche alle Zeitungen gaben, und die nun auch sogleich als eine „Ente" bezeichnet wurd, findet sich nun förmlich widerlegt. — In der gestrigen Reichstagssitzung war wohl das Bemerkenswertheste die Debatte, welche sich in der Geschäftsordnung über die Abstimmungsweise ergab. Es wurde mit 180 gegen 132 Stimmen entschieden, der Abstimmung von dem Standpunkte aus den Vorzug zu geben, daß jeder nach dem Umfange seines Stimmrechte, noch nach dem ministeriellen Programm läßt sich die Feststellung eines Misverhältnisses zwischen Rechten und Pflichten um der Konsession willen denken. Nichts desto weniger ist bei der Berathung in mehreren Sektionen ein dahin zielender Beschluß durchgegangen. Die Mehrheit derselben ist jedoch für die ursprüngliche Fassung des betreffenden §. (es ist der §. 17) und er wird auch in dieser Form vor die Plenarsitzung kommen. — Hr. Berger in Feiern auf den 21. d. anberaumte letzte Sitzung dürfte eine sehr interessante werden.

* **Drittes Armee-Bülletin** am 19. Dez. An Se. Exz. Herrn Feldmarschallieutenant und Gouverneur von Wien, Freiherrn v. Welden. — Preßburg am 18. Dez. 1848. — Ich beeile mich, Euer Exzellenz bekannt zu geben, daß ich so eben Nachmittags 3 Uhr mit dem 2. Armeekorps über Stampfen in Preßburg eingerückt bin, nachdem diese Stadt gestern vollständig von Feinde geräumt und die Schiffbrücke abgebrochen worden war. Nähere Details behalte ich mir vor. — Mein Hauptquartier übertrage ich heute noch Carlburg. — Alfred Fürst Windischgrätz. — Ebenso wurde gestern am 18. d. Wieselburg nach einem heftigen mehrstündigen Gefechte vom 1. Armeekorps unter Befehl des Banus genommen und besetzt. —

* Wien, 19. Dez. Nächsten Samstag findet eine neue Deputirtenwahl im 1. Wahlbezirke Statt; als Kandidaten werden Villersdorf, Minister-Präsident Schwarzenberg, Schmerling, Wüstlend und Goe genannt. — Die Gerüchte von Ministerialveränderungen haben sich bisher nicht bestätigt. — Durch neue provisorische Rekrutirungsnachschriften soll die Beförderung des Adels von der Aushebung aufhören, und dieselbe durch das Loos mit nur 6jähriger Kapitulation und zwar vom 20.—26. Lebensjahre eintreten. — Die Börse durch abgehackte Nachrichten sehr günstig gestimmt. Gold und Silber matter, sonst wie auch Wechsel, worin nur sehr wenig Umsatz geschäft war. — 5% Metall. 80, 4% 66, 2½% 41⅝, Bankaktien 1100, Loose von 1834 143½, Devisen von 1839 85. Nordbahn 100¾, Mailänder 67, Glogganiger 97, Pesther 68, Livorneser 66¾, Linz-Budweiser 175.

* Gestrige Reichstagssitzung zu Kremsier. Der Abgeordnete für Zentral in Oesterreich legte sein Mandat nieder. — Sieber interpellirt den Minister Thinnfeld, daß im Ergebnisse der Bergbau wieder in Angriff genommen werde, um 60,000 Einwohnern Erwerb und dem Aerar Nutzen zu verschaffen. — Stadel liest den Antrag des Finanzausschusses, dessen zweite Lesung und Berathung auf Donnerstag anberaumt wird. — Die erste Lesung der Grundrechte soll auch am 21 stattfinden. Bei Berathung der Geschäftsordnung verzagt der Zufall: daß die Abstimmung nach dem Namensaufruf bei der Abstimmung den Vorzug habe, eine längere Debatte, ward aber mit 180 gegen 132 Stimmen angenommen. — Der Minister des Innern antwortet auf eine frühere Interpellation, daß die Stellung Dalmatiens als selbstständige Provinz wie früher verbleibe, daß aber dem slavischen Elemente durch die Ernennung Jellachich's zum Gouverneur Rechnung getragen werden soll. Die czechischen Abgeordneten klatschen. — Minister Krauß antwortet, daß auch in Salzburg wie in Tirol, die Fürsten durch eine Kommission geregelt werden. — Haimerl interpellirt wegen der seit Aufhebung des Unterthanenverbandes nach schlechteren Stellung der Schulen und Lehrer. Minister Stadion verspricht eine zusagende Antwort. — Man glaubte, daß die Anträge des Finanzausschusses keine bedeutende Notifikation in der Kammer erfahren würden.

Oesterreichische Monarchie.

— Pukkuvar, 29. Nov. Reisende, die von Essek kommen erzählen nun die Rath der dortiger Bürger. Allzuviel sind Tausende zur Grabung der Schanzen verwendet; Einquartierung und Verköstigung des rohesten Gesindels fülle sie auf. Diejenigen, die zur Verstärkung der F. K. Truppen abgeschickt werden, nennt sie namentlich mit dem angegebenen Betrag) beigetragen, sind in Todesängsten. Drei Kompagnien Zanini, die im Treffen bei Sarajo am meisten den Kugeln der im Walde postirten Gränzer ausgesetzt waren sollen erklärt haben, außer der Festung keinen Schritt thun zu wollen. Major Molnar sei am 15. d. M. Vukovar hat sich verschanzt; unsere Truppen haben Dalja, Erdjesja und Nora besetzt, in Osbara lagern die Bosaner; die Ungarn, welche sich verschanzt ist, haben die letzteren ein Lager. (Mar. Z.)

Ueber die Lage der Dinge in Venedig äußert sich ein Schreiben aus Genua vom 13. Dez. in der Allg. Ztg. ungefähr in folgender Weise: Geld und Lebensmittel nehmen in einem furchterregenden Grade ab. Man deklamirt und sammelt in ganz Italien für Venedig, allein es bleibt bei den Worten. Genua allein hat großmüthigen Beistand geleistet — es hat die Forderung einer Million Franken, welche es seit 1815 an den Fiskus zu Turin macht, an Venedig überwiesen! Garibaldi steht mit 400 Mann Freischärler noch immer auf römischem Gebiete, weil ihm die Mittel fehlen, nach Venedig durchzukommen.

Frankreich.

** Paris, 17. Dezbr. Ich habe Ihnen bereits ein Schreiben Sr. Heiligkeit an den General Cavaignac mitgetheilt, heute bin ich im Stande, Ihnen folgende Korrespondenz mitzutheilen: 1) Brief des General Cavaignac an den Papst: „Heiligster Vater! Ich richte an Ew. Heiligkeit durch einen meiner Adjutanten diese und die hier beigefügte Depesche des Generals von Rivau, Nuntius Sr. Heiligkeit bei der Regierung der französischen Republik. Die französische Nation, viel betrübt durch den Exil Sr. Heiligkeit in den letzten Tagen verursachten Kummer, ist eben so tief gerührt von dem Gefühle väterlichen Vertrauens, welches Sw. Heiligkeit für den Augenblick von ihr eine Gastfreundschaft zu verlangen veranlaßte, welche sie anzubieten glücklich und stolz ist, so wie sie sich des Vertrauens Sw. Heiligkeit würdig zu machen wissen wird. — Ich schreibe Euch daher, auf daß kein Gefühl der Unruhe, keine grundlose Besorgniß neben Euren ersten Entschluß sich stelle, um Sw. Heiligkeit davon abzuhringen. Die Republik, deren Beschützen bereits beschäftigt ist durch den wohlüberlegten, bedauerlichen und souverainen Willen der französischen Nation, wird mit Stolz Sr. Heiligkeit der Welt das Schauspiel jener ganz reliaiösen Weihe geben sehen, welche Euere Gegenwart in ihrer Mitte ihr verbindet, und die sie mit der Würde und der religiösen Ehrerbietung empfangen wird, welche dieser großen und ehrlebrigen Nation zukommen. Ich habe das Bedürfniß empfunden, Euer Heiligkeit diese Versicherung zu geben, und ich hege den Wunsch, daß sie Ihr ohne längere Verzögerung zukomme. Mit vielen Gefühlen, heiligster Vater, bin ich Euer ehrerbietigster Sohn, General Cavaignac.“ 2) Antwort des Papstes: „Herr General! Ich habe durch Vermittlung des Hrn. v. Corvelles eine Zuschrift an Sie gerichtet, um Frankreich meine väterlichen Gesinnungen und meinen ganz besonderen Dank auszudrücken. Diese Dankbarkeit erhöht sich noch mehr Angesichts der neuen Schritte, die Sie bei mir thun, Sr. General, in Ihrem eigenen Namen und im Namen Frankreichs, indem Sie mir anbieten Ihre Adjutanten mit einem Briefe Ihrer Hand, voll pastillen Anmuthe auf einem Boden, der mir durch seine freudebar war und so hervorragend katholischen und dem heil. Stuhle ergebenen Gesinnungen. Und hiebei empfindet mein Herz das Bedürfniß, Ihnen von Neuem die Versicherung zu geben, daß sich die gänzlige Gelassenheit zu bieten nicht ermangeln wird, wo ich mit eigener Hand über die große und ehrlebrige französische Nation, die Ihnen anvertraut Seen werde erbeten werden. Wenn die Vorsehung mich auf überaschenden Wegen an dem Ort erhöhet hat wo ich mich für den Augenblick befinde, ohne den gesinnten Vorbedacht noch die geringste Verabredung, so verbindet mich das nicht, selbst hier mich vor Gott, dessen wenigstens unwürdiger Stellvertreter ich bin, mich wieder zu wenden und ihn anzuflehen, daß er seine Gnade und seine Segnungen über Sie und ganz Frankreich herabkommen lassen möge. — Gegeben zu Gaeta am 10. Dez. 1848. Gez. Pius IX. Papst.“ — Das bis heute bekannt gewordene Ergebniß der Wahlen lautet: 1) Definitives Resultat der Wahlen von 45 Departements: Ludwig Napoleon 3,402,352 Stimmen, General Cavaignac 879,142 St. 2) Noch nicht vollständige Wahlen von 38 Departements: Ludwig Napoleon 1,598,879 St. 2) General Cavaignac 495,605 St. Die Zusammenstellung der beiden Wahlergebnisse ist sonach: 1. Napoleon 4,779,231, General Cavaignac 1,234,747 St. von 6,013,978 Abstimmenden.

Paris, 17. Dez. Die Vorbereitungen zur feierlichen Einsetzung des Präsidenten werden bereits getroffen. Alle Luxusfabrikanten haben dazu die Hände voll zu thun, in einem einzigen Hause sind allein 300 Arbeiter Tag und Nacht in voller Beschäftigung beschäftigt. Die vornehme Welt strömt in Masse nach Paris zurück. In dem zur Präsidentenwohnung bestimmten Elysée National arbeiten Tapezierer, Bergolder, Maler u. s. w. Tag und Nacht, um, wie sich der Constitutionnel ausdrückt, den etwas veralteten Luxus des kaiserlichen Gemächer neu herzustellen und den Bedürfnissen der Zeit anzupassen. Gerüchtweise hat dem neuen „Kaiser“ bereits einer seiner Kammerherren angeboten, den sehr hohen Dienst vom Constitutionnel mit Kräcke, Türkenfäbel und mit dem Turban über der Schlafmütze. In den Gängen, die an die elysäischen Felder Boskenden Parkes, wo noch jüngst Volksbourgeois flattsanden, freuen die Gärtner bereits weißen Sand zu. Man ist fest überzeugt, daß Ludwig Napoleon nicht weniger als 6 Millionen Stimmen erhalten werde, eine Majorität, welche alle unruhigen Köpfe zum Schweigen bringt.

Rußland und Polen.

Warschau, 11. Dez. In Modlin und auf der diesigen Citadelle sitzen jetzt eine große Menge politischer Gefangener. Es gibt im ganzen Lande fast keine Familie, die nicht den Verlust wenigstens eines Mitgliedes zu beweinen hätte, das nach Sibirien geschickt worden ist, oder in der Citadelle schmachtet. Bücher zu lesen ist den Gefangenen nicht gestattet. Die Szczebrzeszynskier Gymnasiasten, Knaben von 14 bis 15 Jahren, welche aus dem Lande flüchten wollten, haben zuerst drei Jahre in Zamosc, später in Modlin gesessen. Einen von ihnen, welcher freiwillig die Schuld der Uebrigen auf sich nahm, 3. Minkiewicz, hat man Sibirien geschickt worden, zwei sind nach Orenburg geschickt, zwei im Gefängniß gestorben, sechs freigelassen worden. (Berl. N.)

Nachschrift.

⊙ Frankfurt, 20. Dez. Von den 15 Mitgliedern der Kommission zu Begutachtung des ministeriellen Programms sind nur 2 ministeriell. Niedergesetzt ist Duckwitz, Bürgermeister Max Simon Schleiermacher. Schon spricht man davon, Welker werde mit Bilauug eines neuen Ministeriums Frankfurt verlassen.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 29. Dez. Oester. 5proz. Metall. 72, 4proz. 58½, 3proz. —, 2½proz. 37⅞, — Bankaktien 990. — 500 fl.-Loose 125½, 250 fl.-Loose 75½. — Preuß. 50 Thlr.-Prämienscheine 98. — Großherzogthum Hessen 3½proz. 79. — Bayer. 3½proz. 76½. — Badische Anlehen 67½. — Württemberg. 3½proz. 76⅞. — 4½proz. 89½. — Baden 3½proz. 74½. — Holl.-Anlehen à 50 fl. 45⅝. — 35 fl.-Loose 20½. — Darmstadt 3½proz. 75½, 4proz. 85. — Nassau-Anlehen von 50 fl. 51⅝. — 25 fl.-Loose 21. — Kurhessl. Prämien-Anleihe 40 Thlr.-Loose 25½. — Kaiserl. 3½proz. 79½, 25 fl.-Loose 20½. — Frankf. 3½proz. 77, 3½proz. 90½, 87½. — Taunusbahn 375. — Holländ. Zinsen 46. — Span. 3proz. innere Schuld 19½. — Pol. 300 fl.-Loose — 500 fl.-Loose 71½. — Sard. 36 Kr.-Loose 24. Dän. —.

Paris 18. Dez. 3proz. 48.40. 2proz. 29.60 Staatsschuld —. Bankaktien 1790. — Eisenbahnaktien 1230. — Rue Lafitte —. Comptoir. von Algier — Belg. 3proz. von 1840 84½, von 1842 84½. 4½proz. 3proz. — 2½proz. — Belg. Bank — Neap. 5proz. — Rom. 3proz. — Piem. — Holl. — Sard. Bergwerke 325. — Portugal. — Altien — Passive —. Madrid 3proz. — Holl. — Sp. Bergwerke (rothe) 140. — (Linke) 120. — Oesterr. 5proz. 750. — Neuer 475. — Banco 205. — Marseille 200. — Basel 88.75 Bergen 255. — Boulogne 200. — Bordeaux 393.75. Nordbahn 390. — Montereau —. — Lyon — Straßburg 347.50. Rouen 330. — Dieppe 165. — Sicaux —. — Versailles l. d. — Le Telle —.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Nr. 153.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: vierteljährig 6 fl. halbjährig 3 fl. Einzelnstücke 6 kr.

Sonnabend den 23. Dezember 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 23. Dezember.

Beerdigung der kathol. Pfarrer Neumeier a. E., Lzg gleichen Namens, dem Priester M. Th. Gndres, Pfarrer zu Taufkirch, Lzg. Ochsenfurt.

Versetzung auf das erledigte kantgerichtsprotokollat in Amberg den Stadtgerichtsdirektor Dr. Luckinger in Bamberg

Deutsche Reichsversammlung.

(140ste Sitzung vom 20. Dezember.) Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über die Vorlage zur zweiten Lesung der Grundrechte, und zwar über Art. VIII. §. 35 und folgende. Vorsitzender Wilh. Baierlein zeigt den mit Ende Dezembers erfolgenden Austritt des Abgeordneten Thinnes aus Gichstädt an. Die gestern von den Abtheilungen erwählten Mitglieder des Ausschusses zur Begutachtung der ministeriellen Vorlage in Betreff auf die österreichischen Verhältnisse sind die Herren v. Linde, Barth, Baur, Somarüga, Christmann, Rüder, Giskra, Hildebrandt, v. Buttel, M. Simon, Reiter, Arnedeo, Rheinwald, Kirchgeßner, Makowitzka. Auf ihrer Mitte ist Hr. Kirchgeßner zum Würzburg zum ersten, Hr. Hildebrandt zum Marburg zum zweiten Vorsitzenden und Hr. Max Simon aus Breslau zum Schriftführer bestimmt worden. Die Berathung wendet sich sodann ohne Aufenthalt der zweiten Lesung der Grundrechte zu. Unter den §. 35 gestellten Verbesserungsanträgen ist der Förster's aus Hünfeld: „Aufgehoben ohne Entschädigung ist das Recht der wilden Fischerei in nicht schiffbaren Flüssen zwischen steuerm Grundeigenthum. Der Flüsse, die Jagd wird verwiesen. Desgleichen unter allgemeiner Beistimmung ein Antrag v. Linde's, darauf, daß ein Reichsgesetz die Ausübung der Jagd im Umfange der Reichsfestungen regele. Hiegegen wird unverändert die Fassung der Ausschuß-Mehrheit angenommen, nur mit der Anfügung des Schlußzusatzes von Jiegert, wodurch die Beseitigung des Jagdrechts als ein die dringlichen Rechte an fremdem Grund und Boden für immer verwehrt wird. Der Wortlaut ist daher demnach, wenn er nun endgiltigen Beschluß erhalten ist: §. 35. Im Gesammtbereiche liegt die Berechtigung zur Jagd auf eigenem Grund und Boden. Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, Jagdbezirke, Jagdordnungen und andere Leistungen für Jagdzwecke sind ohne Entschädigung aufzuheben. Nur absolute jetzoch ist die Jagdgerechtigkeit, welche erwerblich durch einen lästigen mit dem Eigenthümer des belasteten Grundstückes abgeschlossenen Vertrag erworben ist; über die Art und Weise der Ablösung haben die Landesgesetzgebungen das Weitere zu bestimmen. Die Ausübung des Jagdrechts auf Grunzen der Öffentlichen Sicherheit und des gemeinen Wohles zu ordnen, bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten. Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden darf in Zukunft nicht wieder als Grundgerechtigkeit bestellt werden. §. Als behandelt die Fideikommisse und auf die Stiftungen bezüglichen mit nicht verändert. Dem Bureau ist leider die Liste der den Paragraphen eingezeichneten Redner für den Augenblick abhanden gekommen, doch ist den Mitgliedern das Präsidium so viel erinnerlich, daß Hr. Moritz Mohl in erster Linie darauf stand. Von der lachenden Bewegung des Hauses unterirrt, die durch diese Mittheilung hervorgerufen wird, spricht Moritz Mohl fein tiefes Bedauern darüber aus, daß die Fideikommisse nach dem Ausschußvorschlage für die großen Familien wenigstens erhalten bleiben sollen. v. Linde: Die Grundrechte sollen doch wahrhaftig nur die unbedingte Freiheit erweiten, anstatt sie zu beschränken. In dieser Freiheit aber gehört nothwendig das Recht der freien Verfügung über das Vermögen. Also auch die Gründung von Fideikommissen müsse jedem Deutschen nachgelassen sein und gerade in dem besonderen Vaterlande, welchem Hr. Mohl angehört — ich glaube es ist ein Schwabe (Gelächter) — spricht sich nicht blos der Adel, sondern sprechen sich auch die Bauern lebhaft für die Erhaltung der fideikommissarischen Rechte aus. „Von hat sich," führt der Redner fort, „auf die nationalökonomischen Verhältnisse berufen. Aber die Frage, ob große oder kleine Güter der Nationalökonomie am zuträglichsten sind, wird einfach darauf hinauskommen, daß weder das Eine noch das Andere unbedingt als richtig angenommen ist. Die Frage wird vielmehr nach Verschiedenheit der Gegend, der Sitten und der Bedürfnisse zu beantworten sein. Wie in den Fideikommissen die Zerspaltung der Güter sich entwickelt — dies ist in meinem Wahlkreise selbst der Fall — so wird umgekehrt in den ackerbautreibenden Gegenden die Erhaltung des großen Grundeigenthums der Bodenkultur und der allgemeinen Wohlfahrt förderlich sein." Hr. v. Linde führt diesen Gedanken, der bei der ersten Lesung der Grundrechte keine Berücksichtigung gefunden, etwas näher aus, worauf er weiter erklärt: „Wenn ich aus Gründen der Zweckmäßigkeit, denn von andern kann doch hier nicht die Rede sein, die Familienfideikommisse verwerfen will, wenn ich überhaupt nach Gründen suche, welche für ihre Aufrechung sprechen sollen, so kann ich für nur in dem allgemeinen Bestreben der Zeit finden, alle Lebensverhältnisse möglichst zu egalisiren. Aber ich glaube nicht, daß dieses Prinzip dem Staate irgend eine Dauer, irgend eine Lebensfähigkeit verspricht. Was werden Sie erreichen? Sie werden für eine Art des Besitzes der Gleichheit einigen Vorschub leisten. Sie werden der Aristokratie in einer Gestalt entgegentreten. Allein in einer andern Gestalt, die in neuerer Zeit weit bedenklicher, weit gefährlicher auftritt — denn die alte Aristokratie ist dahin, ist gestürzt — werden Sie die Aristokratie wieder hervorrufen, die Aristokratie, die den Sitz der Aristokratie wieder hervorrufen, die Aristokratie, die den Sitz seine Heimat hat und seine Dauer besitzt." Nach v. Vincke's Rede wird Schluß der Debatte verlangt und als Berichterstatter des Verfassungsausschusses ergreift Zell aus Trier das Wort. Die Verschiedenheit der Ansichten ist in der Mitte des Ausschusses selbst nicht gering. Am weitesten nach der konservativen Seite geht unter den Verbesserungsanträgen der Grafen's und Genossen: „Die bestehenden Fideikommisse, Majorate, Minorate bleiben in Kraft. Den Gesetzgebungen der einzelnen Staaten ist das Recht vorbehalten, die zu große Anhäufung des Besitzes von Fideikommissstamm in einzelnen Familien durch Errichtung eines Maximums zu beschränken." Der Abstimmung entscheidet sich zuerst über den Antrag Moritz Mohl's: „Die Familien-Fideikommisse sind aufzuheben. Die Art und Weise der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Ueber die Familien-Fideikommisse der regierenden fürstlichen Häuser bleiben die Bestimmungen den Landesgesetzgebungen vorbehalten. Ueber alle die folgenden Paragraphen wird keine Debatte beliebt und sie gelangen in nachstehender Form zur Annahme: §. 37. Aller Lehensverband ist aufzuheben. Das Nähere über die Art und Weise der Aufhebung haben die Gesetzgebungen der Einzelstaaten anzuordnen. §. 38. Die Errate der Vermögensentziehung soll nicht zulässig. Artikel IX. § 39. Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. Es sollen keine Patrimonialgerichte bestehen. § 40. Die richterliche Gewalt wird selbstständig von den Gerichten geübt. Kabinets- und Ministerialjustiz ist unstatthaft. Niemand darf seinen gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmsgerichte sollen nie stattfinden. § 41. Es soll keinen privilegirten Gerichtsstand der Personen oder Güter geben. Die Militärgerichtsbarkeit ist auf die Aburtheilung militärischer Verbrechen und Vergehen, sowie der Militärdisziplinarvergehen beschränkt, vorbehaltlich der Bestimmungen für den Kriegsstand. § 42. Kein Richter darf, außer durch Urtheil und Recht, von seinem Amte entfernt oder an Rang und Gehalt beeinträchtigt werden. Suspension darf nicht ohne gerichtlichen Beschluß erfolgen. Kein Richter darf wider seinen Willen, außer durch gerichtlichen Beschluß in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und Formen, zu einer andern Stelle versetzt oder in Ruhestand gesetzt werden. § 43. Das Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich sein. Ausnahmen von der Oeffentlichkeit des Verfahrens bestimmt im Interesse der Sittlichkeit das Gesetz. § 44. In Strafsachen gilt der Anklageprozeß. Schwurgerichte sollen jedenfalls in schweren Strafsachen und bei allen politischen Vergehen urtheilen. § 45. Die Bürgerliche Rechtspflege soll in Sachen besonderer Verrichtung durch sachkundige von den Betheiligenden frei gewählte Richter geübt oder mitgeübt werden. § 46. Rechtspflege und Verwaltung sollen getrennt und von einander unabhängig sein. Ueber Kompetenzkonflikte zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden in den Einzelstaaten entscheidet ein durch das Gesetz zu bestimmender Gerichtshof. § 47. Die Verwaltungsgerichtspflege hat auf Ueber alle Rechtsverletzungen entscheiden die Gerichte. Die Beamten sind keine Strafgerichtsbarkeit in. § 48. Rechtskräftige Urtheile deutscher Gerichte sind in allen deutschen Landen gleich wirksam und vollziehbar. Ein Reichsgesetz wird das Nähere bestimmen. Nachdem mit § 48 die zweite Lesung der Grundrechte vollendet ist, soll sogleich auch das Einführungsgesetz dazu in Berathung gezogen und erledigt werden. Als Berichterstatter des Ausschusses erklärt je-

doch Herr Deiters, daß einige redaktionelle Abänderungen auch diesmal unerläßlich seien, wie er sogleich und sehr glücklich an dem Beispiele des §. 7 über Abschaffung der Standesunterschiede zeigt. Der Vorschlag, den er zu der redaktionellen Umgestaltung jenes Paragraphen macht, wird sofort zum Beschluß erhoben, und die Berathung über das Einführungsgesetz dem Antrage gemäß bis morgen vertagt. Die anderen Gegenstände der morgenden Tagesordnung sind: Burgenvorlagen und der Verfassungs-Abschnitt: „der Reichstag." Nach ruft Zimmermann von Stuttgart den Biedermannschen Ausschuß an, ob das Bezügen des Berichterstatters eine baldige Begutachtung des Weisenbach'schen Antrags in Bezug auf die preußische obrigkeitliche Verfassung endlich dürfen lasse. Zachariä von Göttingen erwidert darauf, der Bericht sei fertig und er laute, wie er ihm gleich mittheilen wolle, auf Uebergang zur Tagesordnung über den Wesendonck'schen Antrag. (Unwillen auf der Linken.) Gegen 2 Uhr Nachmittags wird die Sitzung mit der Bewilligung mehrerer Urlaubsgesuche geschlossen. (D. Z.)

⊙ **Frankfurt**, 20. Dez. In dem Ausschusse zur Begutachtung des ministeriellen Programms sind gewählt worden: *) 1) von Linde aus Main, 2) Barth aus Kaufbeuren, 3) Rheinwald aus Tübingen, 4) Pauer aus Augsburg, 5) von Sammaruga aus Wien, 6) Christmann aus Neustadt an der Haardt, 7) Rüder aus Oldenburg, 8) Witter aus Prag, 9) Siekra aus Wien, 10) Hildebrand aus Marburg, 11) Kirchgeßner aus Würzburg, 12) von Bültzel aus Oldenburg, 13) Makowitka (aus Saat oder Kratau?), 14) Robert aus Wien, 15) Max Simon aus Breslau. Ministeriell sind davon nur Rüder und von Bültzel, alle übrigen mehr oder weniger entschiedene Gegner der neuen Verwaltung. Kirchgeßner ist Präsident des Ausschusses, Hildebrand Vizepräsident, Max Simon Schriftführer. Unter solchen Umständen beschäftigt man sich schon ernstlich mit Zusammensetzung eines neuen Ministeriums, Welcker wird wohl unzweifelhaft mit der Bildung desselben beauftragt werden.

Deutschland.

Die „Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung" vom 19. Dezember meldet in ihrem amtlichen Theil: Das Reichsministerium der Justiz hat sich, zur Verfolgung eines längst gefühlten Mangels, veranlaßt gefunden, zu berathen, zur Ausarbeitung des Entwurfes eines gemeinsamen Handelsgesetzbuches für ganz Deutschland eine Kommission von Rechtsgelehrten mit dem Unterstaatssekretär Widenmann hier in Frankfurt zusammenreten zu lassen. Zu Mitgliedern dieser Kommission sind ernannt, und einberufen die Appellationsgerichtsräthe Grimm und Broicher von Köln und der Tribunal-Rath von Bültzel. Der von dem Kommissorium dieser zu übertragenden Arbeit soll zunächst die Grundlage für eine, unter Zuziehung noch anderer Rechtsgelehrten und sachverständiger Kaufleute vorzunehmende umfassende Berathung zum Zweck der Ausarbeitung des definitiven Entwurfes bilden. Eine genaue Kenntniß der in den verschiedenen Einzelstaaten Deutschlands bestehenden handelsrechtlichen Verordnungen und Gebräuche ist zur Erreichung des Zweckes unerläßlich, und ersuchen demzufolge sämmtliche Behörden hiermit ergebenst, die gedruckten Verordnungen, welche auf diesen Gegenstand Bezug haben, und die Sammlungen der Gerichtsentscheidungen, soweit solche vorhanden sind, an die Kommission gefälligst einsenden zu wollen. Ferner ist es wünschenswerth, daß die Kommission mit den Ansichten der Handelskreise über gewisse Rechtsfragen bekannt werde, und ersuchen wir daher die Handelskammern, Handelsgerichte und Handelsvorstände, uns gefällige Bezeichnung der Gesetze und Observanzen, welche in Beziehung auf das Handelsrecht in deren Staaten bestehen, oder Mittheilung derselben, so weit sie nicht in allgemein zugänglichen offiziellen Sammlungen enthalten oder durch den Buchhandel zu beschaffen sind, und zum Mittheilung der nicht in den Buchhandel gekommenen legislativen Vorarbeiten, welche das Handelsrecht oder einzelne Theile desselben betreffen. Das Wechselrecht wurde, so weit nicht in den einschlägigen Verordnungen zugleich auch das bürgerliche Wechselrecht berührt sind, als nicht in die gemeinsame Wechselordnung gehörig, ausgeschlossen sein. Das Seerecht bleibt aus anderen Gründen, wenigstens vor der Hand, von den Arbeiten der Kommission ausgeschlossen. Um mögliche Beschleunigung wird der Dringlichkeit des Gegenstandes wegen ersucht. Frankfurt, den 18. Dezember 1848. Das Reichsministerium der Justiz: Dr. Mohl.

Der lithographirten Uebersetzung der Zentren der Reichsversammlung zufolge sind die vorläufigen Hauptgrundsätze der von der bisherigen Majorität abgewiegten Fraktion folgende: 1) „Wir erachten es als Aufgabe des verfassunggebenden Reichstags, so beginnt das Programm, die Einheit des ganzen Vaterlandes zu begründen, und alle seine Bestandtheile auf der Grundlage freisinniger Institutionen im Bundesstaate zu vereinigen. 2) Die Nationalversammlung ist für die Begründung der deutschen Reichsverfassung das legale Organ des deutschen Volkes, sie ist in dieser Beziehung selbstständig. Dies schließt nicht aus, daß mit den Regierungen der Einzelstaaten ein Vernehmen stattfinde, und das besondere Verhältniß der letzteren nach Möglichkeit berücksichtigt werde. Verständigung, wo sie nöthig, muß erfolgen, sie darf Mißverständnisse in schroffen Gegensätzen beseitigt haben. 3) Wir werden dem Partikularismus entgegentreten, so er die Einheit und Macht des Gesammtstaates gefährdet, dagegen wollen wir das Recht der einzelnen Stämme und Staaten zur Wahrung ihrer Interessen, und zur Entwicklung ihres besonderen Lebens innerhalb der im Interesse der Einheit nöthigen Schranken gewahrt wissen. 4) Der Verein wird dahin trachten, die Wahlordnung des Verfassungsgesetzes möglichst zu fördern, alle Hemmungen des Hauptzweckes abzuwehren, und durch gleiche Billigkeit gegen alle deutschen Stämme, durch Erstreckung des Erreichbaren und praktisch Beauchbaren der Verfassung die Aufnahme in das Leben der Nation zu sichern. Wir wollen eine lebendige Einigung und Verbrüderung aller Deutschen ohne Rücksicht auf Süd und Nord, auf Stämme, Stand oder Glaubensbekenntniß; darum soll Alles verwiesen werden, was Stammesverhurtheile erregen, was die Interessen und Gefühle einzelner Stämme verletzen, was den konfessionellen Frieden stören könnte. Wir wollen Einigung durch Versöhnung der Gegensätze, Ausgleichen der Interessen und Rechtsgleichheit für Alle." Hierzu bemerkt die genannte Korrespondenz weiter: Soweit die politischen Grundsätze der neuen Partei. Wie man sieht, stehen sie mit in entschiedener Opposition mit der ministeriellen Vorlage, sondern sie enthalten vielmehr eine Verwahrung gegen die darauf bezüchteten, oben angeeuteten Schlußfolgerungen. Die Brücke der Versöhnung ist also noch nicht abgebrochen, und sie wird sich jetzt um so leichter schlagen lassen, als der Reichsministerium Baur aus Augsburg uns versichert, daß eine Verhandlung auf gesandtschaftlichem Wege ungleich sicherer und einfacher zu einer Verständigung führen werde, als die bisher stets fruchtlos gebliebene Absendung von Reichskommissären.

Bayern — *München, 22. Dez. Der königlich bayerische Gesandte Graf von Spaur zu Rom ist von Sr. Heiligkeit dem Papste mit folgendem Handschreiben dreicht worden. „Dem Grafen Spaur. — Der Beistand und der Trost, den Wir von Ihnen, Herr Graf, bei Unserer Abreise von Rom erhalten haben, haben Uns so sehr von Dankbarkeit durchdrungen, daß Wir das Bedürfniß fühlen, Ihnen sogleich ein Zeichen derselben zu geben, indem Wir Sie zum Großkreuz des Pius-Ordens und Ihren Sohn Maximilian zum Ritter desselben Ordens ernennen, Ihn gleichfalles Umstände wünschend, um Ihnen Unsere Gefühle kund zu thun. Indessen haben Wir die volle Zuversicht, daß Gottes Segen reichliche Gnaden über Sie ergießen werden, über die Gräfin, Ihre Gemahlin, und Ihren Sohn auf jede Weise lohnend das von Ihnen vollbrachte Werk Unserer Begleitung und vollbracht mit diesem Geiste der Religion, welcher Ihre Seele so sehr auszeichnet. Empfangen Sie den apostolischen Segen, den Wir aus vollem Herzen Ihnen ertheilen. Gaeta 22. Nov. Pius IX. Papa."

Preußen. — △ Berlin, 19. Dez. Unsere Besorgung, die in den letzten Tagen schon durch den Abzug einzelner Truppentheile eine Verminderung erfahren, wird durch die Entlassung von Reserven am 21. d. M. noch mehr verringert werden. Nur selten sieht man noch kleine Patrouillen, und noch seltener die halbgefrornen Bäume ihrer Gewehre. Das Kürassier-Regiment hat bereits angefangen in den Garderegen seine Gewehre ihrer Lackung bar gemacht. — Man spricht davon, um die entlernten Stabtsassen in einen respektableren Status zu bringen, beabsichtige man die schon so drückende Mietheösteuer bis auf 13½ pr.Ct. zu erhöhen. — Der Spener'schen Zeitung steht eine Veränderung ihres Redakteurs-Personals bevor, indem einer ihrer ältesten Mitredakteure freiwillig (?) ausscheiden wird. — In der heutigen Abendsitzung der Stadtverordneten-Versammlung kam zum Vortrage: Der Stadtkommandant habe angezeigt, daß von den bei dem bekannten Exzesse in der Karlsstraße betheiligten Zusiliren des 24sten Regiments 6 zu 1—14monatlicher Strafe verurtheilt worden.

Posen, 16 Dez. In der nächsten Woche erwartet man bereits den Reichskommissär, General v. Schreer, von Frankfurt zurück, und kann wohl, in Folge der Resultate seiner Anwesenheit, in Gemeinschaft aller polnischen Reklamationen ungeachtet sofort ausgeführt werden; inzwischen tragt es sich, ob man nicht in Frankfurt den jetzigen Wünschen der Polen nachgeben und das ganze Großherzogthum ungetheilt in den deutschen Reichsverband aufnehmen wird, was die hiesigen Deutschen größtentheils wagen sehen, weil die Provinz dadurch gewissermaßen ganz in den früheren Zustand zurückversetzt würde. Hier sind übrigens Alle fassungslos gefunnt und aller Orten beschäftigt man sich mit den Neuwahlen zu den im Februar künftigen Jahres zusammentretenden Kammern. Die Bestimmung, daß die Wahlkreise immer so groß sein müssen, daß mindestens zwei Abgeordnete darin gewählt werden, gereicht uns dabei sehr zum Nachtheil, denn nun wählt nicht die Stadt Posen mit ihrer überwiegend deutschen Bevölkerung für sich, sondern gemeinschaftlich mit dem Land, ganz von Polen bewohnten landräthlichen Kreise Posen, sodaß große Besorgniß vorhanden ist, daß die Wahl diesmal auf zwei Polen fallen könne. — Ein hier verbreitetes Gerücht, daß außer Posen noch zwei kleine Städte der Provinz zu Reichssetzungen designirt seien, führe ich an, ohne es verbürgen zu können. (D. A. Z.)

Italien.

Rom, 12. Dez. Die Erklärung der römischen Regierung gegen den von General Cavaignac am 28. Nov. der Nationalversammlung verkündigten Beschluß einer französischen Intervention im Kirchenstaate liegt uns in den römischen Journalen vor. Es ist ein sehr ausführliches diplomatisches Aktenstück welches in kräftigen Worten die Sätze ausführt: eine solche Einmischung in die innern Angelegenheiten eines fremden selbstständigen Staates sei völkerrechtswidrig, und man hätte sich eines solchen Aktes am wenigsten von dem politisch verjüngten Frankreich versehen; 2) auch die Einrede könne nicht gelten daß bei dem Schicksale des Papstes jeder katholische Staat betheiligt sei, denn mit dem Papste als Oberhaupt der katholischen Kirche wolle durchaus kein Streit ob, sondern die Frage sei eine rein politische. Die Aktenstücke schließen mit der Erklärung: Indessen ist es sehr glaublich, daß, sobald General Cavaignac erst inne wird welche tiefe Ruhe in Rom und dem römischen Staate seit dem Morgen

*) Wir wiederholen diese Liste, weil sie hier vollständiger und mit Angabe des Heimatlandes eines jeden Mitgliedes gegeben ist. D. R. d. R. u. Z.

des 16. November berichtet: wenn er die bewunderungswerthe Eintracht kennen lernt im welchen Tag für Tag das Ministerium, die Kammern, die Municipalität, die Bürgerwehr und alle übrigen Volksrechte sich nunmehr unter verbinden; wenn er erst betrachtet wie darnach in Rom und in jeder Provinz eine wirklich musterhafte Ordnung aufrecht gehalten wird, und wie immitten einer unbeschränkten Freiheit im Reden, Schreiben und Thun, welche freilich Böswerthaben genießen, man keine dem katholischen Glauben irgend zuwiderlaufende oder auch nur den äußern Cultus gestörte öffentliche Handlung, ja nicht einmal ein Zeichen der Art wahrnimmt; sobald, sagen wir endlich, dieser General erwägt, daß das Ministerium, die Kammern und jede andere konstituirte Körperschaft mit den Leidenschaften des Volks und den Aufschweifungen die daraus entspringen können, nicht zu thun haben,*) vielmehr alle in der Gesetzlichkeit und der strengen Ausübung ihrer Rechte und Pflichten verharren: so wird er sich gewungen fühlen seine Meinung auf seinen Gutschein zu ändern, und er wird nicht mit Gewalt die Verstöhnung erzwingen zu wollen, welche von freien Stücken kommen muß sowohl aus der Ueberzeugung und der Liebe, als aus der besser erkannten und empfundenen Nothwendigkeit der Dinge. Aber wie dem auch sei, der Gutschtig des Generals Cavaignac, an welchem die edelmüthige französische Nation gewiß nur ungern zweifelmuß, ist eine Demüthigung und eine böse schwere Beleidigung für alle italienischen Völkerschaften Einer und immer für einen Romano, oder auch noch immer für einem redlichen und plausiblen Grund General Cavaignac mit bewaffneter Hand in Italien einzuschreiten beabsichtigen mag, es ist dies eine wirkliche und schreiende Verletzung des allgemeinen Völkerrechts. General Cavaignac beutet keine irgend voraufgehende Uebereinkunft an weder mit den Völkern, noch mit den Fürsten der Halbinsel, er erwähnt seines Gesuchs, noch bereits er sich auch nur auf eine Verabredung mit dem italienischen Fürstenbund Pius IX. welches Gesuch und welche Beistimmung, wie wir anderseitig läugnen, gar nicht stattgefunden haben kann. Pius IX. ist der mildeste der Fürsten mit einem großen und italienischen Herzen. Wie könnte Er auf seinem Sitz unter dem Voraustritte und dem Geleite fremder Waffen zurückkehren wollen! Wer dies voraussetzt, wer dies behauptet, beleidigt ihn grausam. Ueberdies, wer wiederholen es, da es sich hier nicht von seinem apostolischen Amte, sondern einzig von den zwischen ihm und seinen Völkern entstandenen politischen Differenzen handelt, so würde seine Rückkehr unter diese mittels fremder Waffen nur den widersprechendsten Akt vervollständigen, der sich gegen die konstitutionellen Prinzipien und die Grundmaximen des öffentlichen Rechts begehen läßt. In Anbetracht alles dessen protestiren wir, die Unterzeichneten, im Angesichte von ganz Italien und von Europa gegen die von General Cavaignac vorbereitete und beschlossene Invasion unserer einzigen von den zwischen ihm und seinen Völkern entstandenen politischen Differenzen handelt, so würde seine Rückkehr unter diese mittels fremder Waffen nur den widersprechendsten Akt vervollständigen, der sich gegen die konstitutionellen Prinzipien und die Grundmaximen des öffentlichen Rechts begehen läßt. In Anbetracht alles dessen protestiren wir, die Unterzeichneten, im Angesichte von ganz Italien und von Europa gegen die von General Cavaignac vorbereitete und beschlossene Invasion unserer einzigen von den zwischen ihm und seinen Völkern entstandenen politischen Differenzen handelt, so würde seine Rückkehr unter diese mittels fremder Waffen nur den widersprechendsten Akt vervollständigen, der sich gegen die konstitutionellen Prinzipien und die Grundmaximen des öffentlichen Rechts begehen läßt. In Anbetracht alles dessen protestiren wir, die Unterzeichneten, im Angesichte von ganz Italien und von Europa gegen die von General Cavaignac vorbereitete und beschlossene Invasion unserer einzigen

*) Die Angabe, die zuerst in einem schweizerischen Blatt gestanden: der Dolch, womit Rossi ermordet worden, sei in Rom an heiliger Stätte aufbewahrt, wird von den römischen Blättern als eine böswillige Erdichtung bezeichnet.

stitutionen zerstörer Heuchelei, sondern um den Ausbruch von Gefühlen handelte, die warm und lebendig aller Herzen durchdringen. Hr. v. Hofschmidt, Minister des Auswärtigen, gab des Abends ein großes diplomatisches Festmahl, dem eine glänzende Soirée folgte. Eine große Zahl von Verwaltungsräten waren außer den Staatsgebäuden freimüthig beleuchtet. Auch in allen Provinzstädten wurde der zum wahren Nationalfeste gewordene Feier mit gleicher Begeisterung begangen.

Frankreich.

* Paris, 18. Dezbr. Gestern sind die Wahlakten von 34 Departements vor der Kommission der Nationalversammlung eingelaufen. Die der noch übrigen 35 mit Ausnahme Korsikas werden bis übermorgen erwartet. Die Prüfung der Wahlakten umfaßt bereits 29 Departements. Aus ihnen ergibt sich Folgendes: Eingeschriebene Wähler 2,991,460; Theilnehmer an der Wahl: 2,980,136; die Stimmen vertheilen sich auf: 8 Bonaparte 2,280,028; dem Cavaignac 541,161; Ledru-Rollin 126,602; Raspail 30,051; Lamartine 8,702. — Das bis gestern bekannte allgemeine Ergebniß der Abstimmung lautete: 2 Napoleon 4,485,841, Cavaignac 1,083,259 Stimmen. Ueber die Zusammensetzung des künftigen Ministeriums kreuzen sich noch immer die Gerüchte. Achille Fould will kein anderes Ministerium als das der Finanzen übernehmen, und da Odilon Barrot für diesen Hrn. Passy vorgeschlagen hat, so wird Hr. Fould gar nicht ins Ministerium eintreten. Hr. Dumon, den man für das Auswärtige oder für das Innere bestimmt hatte, lehnte entschieden ab. Für ersteres Portefeuille nennt man Hrn. Drouin de Lhuis, für das andere Hrn. Leon de Malleville. — Zu den demnächst in London beginnenden Konferenzen wegen Schleswig-Holstein soll, wie man versichert, Hr. Sartorius, Mitglied der Nationalversammlung, abgehen. — Im Minsterrath sind verschiedene Namen genannt, die Algenarone als zur rückgen Regierung der italienischen Angelegenheiten ihre Gesinnungen bekalten soll. — Graf Montalembert vernimmt man, daß Hofes ein jungen, im achten Monat schwangeres Mädchen wegen unerlaubter Verbindung mit einem Priester habe erschießen lassen wollen. Die mit der Exekution beauftragten Soldaten weigerten sich jedoch, diesem grausamen Befehle Folge zu leisten, und es brach darüber eine völlige Insurrektion in der Armee aus, in Folge deren sehr viele Soldaten eingekerkert, die Offiziere aber sämmtlich fortgejagt worden sind. Diese Insurrektion war am 3. Oktober die Erbiterung zu einem solchen Grade gestiegen, daß man eine Revolution und mit ihr den Sturz des Diktators erwartete.

Der „Leipziger Zeitung" schreibt ihr Pariser Korrespondent: So eben erfahre ich aus höchst authentischer Quelle, daß die heiligen Kommunisten in der That nicht nur für Paris, sondern für alle großen Städte Europa's neue furchtbare Anordnungen beabsichtigen und einen großen Raub- und Mordplan organisirt haben, demzufolge sie diesmal nicht mit den Waffen in der Hand, sondern als wahre Mordbrenner auftreten und bei dem Scheine der an hundert Enden zugleich in den großen Städten zu erregenden Feuersbrünste durch Blutbad und Plünderung zu der Theilung der Reichthümer schreiten wollen, die sie schon lange belauern. An der Spitze dieser Verschwörung stehen Ledru-Rollin, Raspail, Blanqui, welche ganz unverhohlen sagen, daß sie, wenn die Präsidentenwahl für Napoleon ausfalle, noch drei Monate zusehen wollten; falle sie aber für Cavaignac aus, so sei seine Gnade mehr als mit der bisherigen Sozietät und Bürgerschaft das Garaus gemacht werden. In diesen Orde haben sich schon mehrere sehr verdächtige Individuen in reichen Quartieren und sonst nicht von Handwerkern besonders bekannten Gliedern eingeschrieben, um biese, wenn der Zeitpunkt gekommen sei, in Brand zu stecken. Unsere Regierung aber wacht und ist ebenso fest entschlossen, bei dem allererssten Versuche von Seiten dieser Rotte ihre Streiche so zu führen, daß dieser für ein halbes Jahrhundert wenigstens die Lust zu thätigen politischen Eingriffen vergeht. Darum will die Regierung auch, falls die endliche Wahl auf wen sie wolle, den Ernahlten nicht nur treu begünstigen, sondern auch bis zu seiner Proklamirung Alles thun, was in ihrer Kraft, um das Europäa Ruhe zu erhalten und die Gesellschaft vor dem Einbruche des Vorgedachtenbelz zu schützen. Ein anderer sehr fruchtbringender Gedanke, der höhern Ortes schon vielfach beschrochen worden, ist aber, auf Mittel zu finnen, wie man für die Folge die Anlegung von großen Fabriken und Manufakturen von den großen Städten hinweg und so auf das Land verpflanzen könne, daß überhaupt in großen Städten gar keine andern Fabrikationen mehr gebuldet würden, als nur die der kleinen Handwerker.

Spanien.

Madrid, 12. Dez. Alle Lempel der Hauptstadt waren in den letzten Tagen mit Andächtigen gefüllt, welche den Himmel um schnelle und glückliche Beendigung der Leiden der Kirche und ihres Stanthalters anflehten. Die Eröffnung der Cortes wird nun zuverlässig am 15. Dez. erfolgen. Hr. Pidal ist mit Abfassung der Thronrede beschäftigt. Die Blätter enthalten wieder Berichte über mehrere glückliche Scharmützel in Catalonien; der Guerrillero Juan Gilbert, genannt Betreté, hat sich mit einem kleinen Anhang unterworfen. Ein Postvertrag zwischen Spanien und Frankreich ist seinem Abschluß nahe. (A. Z.)

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 21. Dez. Bayer. 3½ prog. Obligationen 76 P. — G. 4 prog. 88 P. Bankaktien II. Semester — P. 590 G. Promessen 36 P. 33 G. Oesterreich. 5prog. Metall. — G. Würtemberg. 3½ prog. 75½, G. 4½ prog. 92½, G.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Sonnabend, 23. Dez.: „Ein Weib aus dem Volke", Drama nach dem Französischen von Friedrich

Fremdenanzeige.

Gold. Hirsch, v. Talkwill, von Petersburg. v. Isforrent, k. k. Legationsrath, von Wien. v. Bolmin, von Brüssel. Baron v. Dorrmann.

Hotel Wandik. Graf Grünne, Militär, aus Mailand. Lechner und Wanner, Partikuliers, von Lantagen. Heichel, Proprietär, von Athen. Bimpfheimer, Partikulier, von Landshut.

Gold. Kreuz. Köbler, Königl. Eisenbahninspektor, von Augsburg. Hauch und Berthold, Privatiers, von Wien. Chimani, Studirender, von Wien.

Blauer Karpfe. Rico, Bürgermeister, von Bardenberg. Hofmann, Studirender, von Salzburg. Graf Hunolstein, Oberstlieutenant, von Ansbach. Schittler, Fabrikbesitzer, von Innsbruck.

Stachusgarten. Graf v. Taxis-e, von Arnsorf. Demiter, Stadtgerichtsrath, von Nürnberg. Uliott, ehemal. Offizier, von Augsburg.

Getorbene in München.

Viktoria Darscher, Tischlergehrentagsfrau, 46 J. a. Johann Langlmaier, pens. königl. Hartschier, 75 J. a. Michael Mayer, Offiziator und Vorstand an der St. Michaels-Hofkirche, 74 J. a.

Pfandauslösung und Versteigerung.

315. (3a) Donnerstag den 18. Januar 1849 ist der letzte Termin zur Auslösung der Pfänder von dem Monat Dezember 1847, und zwar von Nro. 17486 bis 25367.

Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Bureaustunden Vor- und Nachmittags verlegt, umgeschrieben und ausgelöst werden; nur am Nachmittage des oben bezeichneten Tages findet keine Pfandumschreibung mehr statt.

Hierauf Mittwoch den 24. Januar 1849 öffentliche Versteigerung.

München den 16. Dez. 1848.

Königl. privil. Pfand- und Leihanstalt der Stadt München am Isarthore.

J. Negrioli, Mag.-Rath.

Schneß, Offenbrunner,
Kassier. Kontrolleur.

Bekanntmachung.

414. Der seit dem russischen Feldzuge 1812 vermißte Kaspar Rieder von Giberg besitzt ein Vierengut von 70 T.

Derselbe, oder seine eheliche Descendenz, werden aufgefordert, binnen

6 Monaten

a dato sich hierorts über ihre Ansprüche zu legitimiren, widrigenfalls Kaspar Rieder für verschollen erklärt, und dessen Vermögen seinen nächsten Intestaterben gegen Kaution verabfolgt wird.

Aibling den 10. Dez. 1848.

Königl. Landgericht Aibling.
Der k. Landrichter:
Kienast.

Bekanntmachung.

313. Am 6. Dezember 1848 ist der Gütler Franz Xaul Ketil von Sedach, v. Gs., als Witwer und als unbeerbter mit Hinterlassung eines unmündigen minderjährigen Sohnes gestorben

Indem man diesen Todfall zur allgemeinen Kenntniß bringt, werden alle diejenigen, welche aus was immer für einem Titel Forderungen und Ansprüche an den Nachlaß des Defunkten zu machen haben, aufgefordert, solche

binnen 30 Tagen

von heute an, entweder in gemeiner Mayer angubringen, als nach fruchtlosem Ablaufe dieses Termines nicht mehr hierauf Rücksicht genommen, sondern weiters in Sachen in gesetzlicher Weise fürgeschritten werden wird.

Am 15. Dez. 1848.

Königl. Landgericht Hengersberg.
Obermaier,
Landrichter.

Bekanntmachung.

Schuldenwesen des Jos
Schacher von Rohrstetten betr.

312. Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das freiwillige, jedoch auch zinsbare Gütlernwesen des Josef und der Katharina Schacher von Rohrstetten dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und deßhalb in Rohrstetten auf

Samstag den 13. Januar k. Js.,
Vormittags von 9 bis 12 Uhr,

Kommission anberaumt, wozu Kaufsliebaber erscheinen, und ihre Angebote zu Protokoll geben können.

Der Zuschlag erfolgt nach §. 64 des Hypothekengesetzes, dann nach Inhalt des Prozeßgesetzes vom 17. Nov. 1837 §§. 98—101.

Gerichtskundekante, sowie Gerichtsauswärtige haben sich über Leumund und Vermögen legal auszuweisen.

Das Anwesen besteht aus Wohnhaus und Oekonomiegebäuden, zusammen mit 600 fl. assekurirt, und 16 Tagw. 8 Dez. Gründen.

Realsatzen:

— fl. 3$^{60}_{100}$	kr.	einfache Hausteuer,
1 fl. 25$^{15}_{100}$	kr.	„ Grundsteuer,
— fl. 2$^{1}_{100}$	kr.	Grundsteuer,
— fl. 12	kr.	Census,
— fl. 36	kr.	Küchenviehst,

sritten Gros- und Klein-Zehent 1 M. Korn, 1 M. Haber.

Dieses Anwesen ist auf 1580 fl. gewerthet, und können die näheren Verhältnisse bei Gericht eingesehen werden.

Hengersberg den 21. Nov. 1848.

Königl. Landgericht Hengersberg.
Obermaier,
Landrichter

Bekanntmachung.

Schuldenwesen des Joh.
Müller von Fnrth betr.

311. Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das eigene, sreoch korabodenzinsige Gütlernwesen der Johann und Theresia Müllerschen Webersehelente von Furth dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und deßhalb in Furth auf

Samstag den 20. Januar k. Js.,
Vormittags von 9 bis 12 Uhr

Kommission anberaumt, wo Kaufsliebaber erscheinen, und ihre Angebote zu Protokoll geben können.

Der Zuschlag erfolgt nach §. 64 des Hypothekengesetzes, dann nach Inhalt des Prozeßgesetzes vom 17 Nov. 1837 §§. 98—101. Gerichtskundekante, sowie Gerichtsauswärtige haben sich über Leumund und Vermögen legal auszuweisen.

Das Anwesen besteht:

1) aus der realen Webergerechtsame,
2) aus Wohnhaus mit Oekonomiegebäuden, zusammen mit 300 fl. der Brandassekuranz-Anstalt einverleibt,
3) aus Aeckern, Ackergründen, Haus- und Baum-Garten in 8 Tagw 55 Dez

Realsatzen: 1 Pf. 2 B. 1, Schj. zum königl. Rentamt Deggendorf.

Dieses Anwesen ist auf 1385 fl. gewerthet.

Hengersberg am 28. Nov. 1848.

Königl. Landgericht Hengersberg.
Obermaier,
Landrichter.

Bekanntmachung.

Schuldenwesen des Joachim Schein Betton.

310. Auf Andringen eines Hypothekgläubigers wird das eigene Anwesen der Joachim und Maria Besson'schen Schuldensverbehelente dahier auf

Dienstag den 9. Januar k. Js.,
Früh 9—12 Uhr

Kommission anberaumt, wo Kaufsliebaber erscheinen, und ihre Angebote zu Protokoll geben können.

Der Zuschlag erfolgt nach §. 64 des Hypothekengesetzes, dann nach Inhalt des Prozeßgesetzes vom 1837 §§. 98—101.

Gerichtskundekante, sowie Gerichtsauswärtige, haben sich, bevor sie zur Steigerung zugelassen werden, über Leumund und Vermögen legal auszuweisen.

Das Anwesen besteht:

1) aus der realen Schuelbergerechtsame.
2) aus Wohnhaus, mit 700 fl. der Brandassekuranz-Anstalt einverleibt, dann Haus- und Wurz-Garten zu 19 Dez.

Realsatzen:

— fl. 22 kr.	4 hl.	einfache Hausteuer,
— fl. 9 kr.	— hl.	Census,
— fl. 6 kr.	1 hl.	Weltlichkeit,
— fl. 4 kr.	7 hl.	Grund- und
3 fl. — kr.	— hl.	Gewerb-Steuer.

Das Anwesen ist nach Schätzung vom 2. November d. Js. auf 1100 fl. gewerthet, und können die näheren aktenmäßigen Verhältnisse bei Gericht eingesehen werden.

Hengersberg den 4. Dez. 1848.

Königl. Landgericht Hengersberg.
Obermaier,
Landrichter.

316. Bei **Georg Franz** in **München** erschien mit allerhöchster Bewilligung und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die Gesetze
vom 29. August und 10. November 1848,
betreffend
die Abänderungen des Strafgesetzbuches
vom Jahre 1813
nebst den von dem k. Staatsministerium der Justiz an die Gerichte erlassenen
Formularien
und einem vollständigen Register.

16. Taschenformat. 12 Bogen. Preis 36 kr.

Ausgabe in Hoch 4° auf Schreibpapier mit breitem Rand fl. 1. 30.

304. (3b) Die Unterzeichneten beabsichtigen zu Neujahr 1849 einen

Theater-Almanach

herauszugeben, welcher eine Uebersicht der hiesigen Theaterverhältnisse, des Personalstandes, des Repertoirs u. dgl. enthält, und für jeden Theaterfreund von Interesse sein dürfte.

Sie laden daher zur zahlreichen Subskription ein.

München, den 1. December 1848.

Albert Hildorfer & Franz Prüller,
königl. Hoftheater-Souffleure.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

München, den 22. Dezember.

Se. Majestät der König haben unter dem 27. November geruht, dem ordentlichen Professor der Pharmazie an hiesiger Hochschule Dr. Andreas Buchner wegen seiner ausgezeichneten Verdienste das Ritterkreuz des Verdienstordens vom hl. Michael allergnädigst zu verleihen.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 22. Dez. d. J. allergnädigst bewogen gefunden, den Appellationsgerichts-Sekretär Joseph Lipke in Passau wegen nachgewiesener temporärer Dienstesunfähigkeit auf ein Jahr in den Ruhestand zu versetzen, die hierdurch in Erledigung kommende Sekretärstelle bei dem Appellationsgerichte von Niederbayern dem zum Assessor des Kreis- und Stadtgerichtes Regensburg ernannten Stadtgerichts-Assessor Heinrich v. Kirchbauer in Amberg unter Einbeziehung von dem Antritte der gedachten Assessorstelle, auf sein Ansuchen zu verleihen, sofort zum Assessor am Kreis- und Stadtgerichte Regensburg den Appellationsgerichts-Accessisten Johann Wolfgang Kaes in Amberg zu ernennen.

Se. Maj. der König haben Sich unterm 21. Dez. d. J. allergnädigst bewogen gefunden, den ersten Appellationsgerichtsdirektor Dr. Alois Meixel in Amberg auf sein allerunterthänigstes Ansuchen unter Belassung seines vollen Gehaltes, seines Titels und Funktionszeichens und mit Anerkennung seiner treuen und ausgezeichneten Dienstleistung nach § 22 lit. B der Beilage IX zur Verfassungsurkunde den definitiven Ruhestand zu gewähren; dann unterm gleichen Tage die in Erledigung gekommene Stelle eines Vorstandes des Handelsgerichtes Nürnberg dem Rathe des Kreis- und Stadtgerichtes Nürnberg, zugleich Handels-Appellationsgerichtsrathe Wilhelm von Landgraf, zu übertragen, die hiedurch erledigte zweite Handelsappellationsgerichts-Rathsstelle den bisherigen dritten Rath Friedrich v. Tucher vorrücken zu lassen, und die hiedurch eröffnete dritte Handelsappellationsgerichtsrathsstelle den bisherigen Handelsgerichtsassessor, zugleich Kreis- und Stadtgerichtsrathe Eduard v. Gartshausen in Nürnberg zu übertragen; in die hiedurch erledigte erste Handelsgerichts-Assessorstelle den bisherigen zweiten Handelsgerichts-Assessor Herrn v. Walser vorrücken zu lassen, und die dadurch eröffnete Stelle einer zweiten rechtskundigen Handelsgerichts-Assessors dem Rathe des Kreis- und Stadtgerichts Nürnberg Dr. Joseph Bauer zu übertragen

Das Programm des neuen sardinischen Ministeriums.

△ **Turin**, 17. Dez. Das Programm des neuen Ministeriums, das man füglich das Revotzentahlsche benennen könnte, da es außer dem General Sonnaz, Giobetti und Ricci nur aus Advokaten besteht, hat zwar einen sehr demokratischen Anstrich, den Worten nach die es macht, in der That aber faßt es den Begriff der Demokratie in einer Weise auf, die den westlichen Demokraten von Lyon, Lyon, Genf und Bern nichts weniger als zusagt. Die Regierung, die es seinen Namen nach „demokratischen Ministeriums" gibt, ist in ihren Augen nicht weniger als demokratisch, vielmehr das gerade Gegentheil dessen, was sie unter diesem Worte verstanden wissen wollen. Ueberhaupt besteht das ministerielle Programm sie durchaus nicht, wie sehr sie sich auch bemühen, ihren Ursprung darüber unter schwulstigen Phrasen zu verdecken. Sie datiren in ihrer Naivetät beständig zusammenfassenden Erklärungen über die Politik vorlangt, welche das Ministerium zu befolgen gedenkt, und dieses kommt ihnen gleich am Eingange mit solchen wie die folgende: „Wir können Ihnen in's Gesicht aufmanövertzissen gewünscht, welches unsere Politik und unser Verfahren sein wird: allein die Neuheit selbst des Amtes und die Beträngniße der Zeit verbieten es uns." Die Minister wollen daher nur in Kürze die allgemeinen Grundsätze und Regeln angeben, welche ihre Verwaltung leiten werden. Diese nun seien nicht neu, es seien dieselben, die sie in der Angesichts der Kammer ausgesprochen und verbreitet. Schutz der italienischen Nationalität und Entwicklung der Institutionen geben sie als die zwei Hauptpunkte ihrer Politik an. Die italienische Nationalität aber berube auf zwei Hauptgrundlagen, und diese seien die Unabhängigkeit und die Einigung (unione) der Halbinsel. Die Unabhängigkeit sei eine politische und eine moralische, indem sie von der einen Seite jede Fremdherrschaft ausschließen, von der andern jeden fremden Einfluß entferne, welcher der Würde des Vaterlandes zuwiderliefe. Solcher Art seien nicht die Einflüße und örtlichen Einmischungen (ingerenze) jener auswärtigen Mächte, die mit Sardinien verbunden seien durch die Bande der Sympathie und der Institutionen; diese seien nicht tadelnswerth, sondern ehrenvoll: denn nur pur höchsten Ehre könne es gereichen, wenn die erleuchtetsten Nationen sich für des Landes Angelegenheiten interessiren. Aber um der Nationalwürde willen, nicht um seine Interessen, dürfe die Mitwirkung des Vaterlandes selbst nicht ausgeschlossen sein. Die verschiedenen, durch das Band der Brüderschaft verknüpften italienischen Staaten, da sie zusammen nur ein einziges Vaterland bilden, seien am ersten berufen, gegenseitig bei Fällen innerer Streitigkeiten in dem einen oder dem andern, zwischen Provinz und Provinz, oder zwischen Fürst und Volk, als friedliche Vermittler aufzutreten. Wenn sie sich zusammenhalten, brauche man nicht Freundschaftsdienste jenseits der Berge zu suchen. Nun kommt die Stelle des Programmes, welche das meiste allgemeine Interesse bietet. Sie betrift die Kriegsfrage und lautet: „Die italienische Unabhängigkeit kann nicht erlangt werden ohne die Waffen; wir werden daher unsere ganze Sorgfalt auf diese verwenden. Wenn und aber jemand fragen sollte nach der genau bestimmten Zeit, in welcher wir sie wieder ergreifen werden; so könnten wir ihm keine andere Antwort geben, als jene, die wir bereits derselben Kammer gaben. Denn der Frage, ob es zeit sei, der rechte Moment zum Kriege wäre, können wir nicht Genüge thun, da zu solchem Zwecke eine genaue und umfassige Kenntniß Aller dessen erforderlich ist, was die militärischen Zurüstungen betrift; und gewiße allgemeine Angaben reichen nicht hin, um sich ein begründetes Urtheil zu bilden. In dem Augenblicke, wo wir kaum in die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten eingetreten, können wir nicht besser als damals diese Frage beantworten. Wohl aber können wir Ihnen auf unsere Ehre versichern, daß wir zu Beschleunigung des Momentes, wo die Lüpfeleien des subalpinischen Heeres sich Vervollständigung werden vereinigen können für die existirenden Lücken, alle Energie und Sorgfalt anwenden werden, indem wir zu diesem Ende mit männlichem Muthe alle in unserer Macht stehenden Mittel aufbieten werden." Dann wird dargethan, daß man die ihrem Ausgang nahe englisch-französische Vermittlung, welche den Krieg nicht verzögern, noch verhindern werde, nicht abschneiden dürfe: daß könne von den vermittelnden Mächten, deren vortreffliche Stimmung für Sardinien gerühmt wird, als eine Beleidigung genommen werden. (Das Alles läuft alles im Grunde auf die nämliche Politik hinaus, wie sie das Ministerium Pinelli befolgt.) In Betreff des Punktes der Einigung, als der andern Grundbedingung der italienischen Nationalität, will das Ministerium das bezonnene Werk fortsetzen, und hofft zum Ziele zu gelangen, wenn es auch keine absolute Gewißheit habe, ob ihm dies gelingen werde, da es sich die vorangegangenen Ereignisse nicht vorhelfe. Würde dem auch jener Vorsatz mißlingen, so würde sie, gestützt ihren politischen Glaubensbekenntnisse, andern Männern von entgegengesetzten Doktrinen den Platz räumen, die dem unaufweichlichen Schicksale sich fügen könnten, ohne das eigene Gewißen zu verrathen. So lange sie aber im Amte seien, werden sie nicht an Italiens Geschick verzweifeln. Die Einigung Italiens aber könne nur durch einen Bund zwischen den verschiedenen Staaten der Halbinsel zu Stande kommen, und sie hegen Vertrauen, daß dieselben, bei gegenwärtigen Zustikation angemessene Weise nur durch Zusammenwirken der Völker mit den Fürsten. Daher begrüße das Ministerium freudig den in verschiedenen Theilen Italiens erhobenen Ruf nach der „italienischen Constituante." Es werde sich mit Rom und Toskana verständigen über die angemessenste und fürzeste Art der Berufung einer solchen Versammlung, „welche, außerem das sie Italien die bürgerliche Einheit (unità civile) geben wird, ohne die Autonomie der verschiedenen Staaten und ihre Rechte zu beeinträchtigen, es leicht machen wird, die Kräfte Aller für das gemeinschaftliche Interesse zu benützen." Interessant ist auch der darauf folgende Theil des Programms, in welchem die Minister sich als warme, aufrichtige Vertheidiger der Konstitutionellen Monarchie „aus Vernunftgründen" (per ragione) erklären, und nur im Einklange bestehen mit der Demokratie die Entwicklung der Institutionen des Landes erwarten. Sie rechnen es sich zum Ruhme, darin der Bahn des Fürsten zu folgen, der freiwillig der Sache der Freiheit seinen Thron selbst hingegeben habe, und zu jedem Opfer dafür bereit sei. „Wenn er uns gleichwohl — heißt es dann — anruft zur Beschützung der Krone und Monarchie, so thut er es in der Ueberzeugung, daß das Königthum (il principiato) nothwendig ist für das Beste Italiens. Dieses politische Glaubensbekenntniß ist übrigens auch das einzige, worin wir tief überzeugt sind, daß die konstitutionelle Monarchie allein unserm Vaterlande Einheit, Stärke und Macht gegen die inneren Umwerungen und die Angriffe von Außen geben kann." Da aber die Monarchie vom Volksgeiste geschieden den heutigen Bedürfnissen und Wünschen der Nation nicht entspricht, so nimmt das Ministerium gerne die vielseitig ihm gegebene Beteichnung eines „demokratischen" an und will sich bestreben, es wirklich zu sein. Wir werden demokratisch sein — heißt es wörtlich — nicht um besonders mit den leidenden und unglücklichen Klassen beschäftigen und wirksame Anstrengungen machen, um das arme gemeine Volk (la povera plebe) zu beschützen, zu unterrichten, zu bessern, zu sittigen, und es zu dem Zustande und der Würde des wirklichen Volkes (popolo) zu erheben. Wir werden demokratisch sein, indem wir die Gleichheit aller Bürger vor dem gemeinsamen Gesetze streng unverletzt bewahren. Wir werden demokratisch sein in dem wir uns mit wachsamer Sorgfalt der Interessen der Provinzen annehmen, und uns hüten, mit ungerechter Parteilichkeit sie jenen der Hauptstadt hintanzusetzen. Wir werden demokratisch sein, indem wir das Königthum mit volksthümlichen Institutionen umgeben, und mit diesen die bürgerlichen Einrichtungen in Einklang bringen, insbesondere jene, welche Bezug haben auf die öffentliche Sicherheit, die Municipalverwaltung und den Unterricht, d. i. die Institutionen, welche in solcher Weise aufgefaßt, kann Niemanden erschrecken und darf auch Niemanden Besorgniß einflößen. Sie ist die einzige, die ihrem Namen entspricht und wahrhaft des Volkes würdig ist, als diejenige, welche tugendhaft, ehrenmüthig, Freundin der Ordnung, des Eigenthums, des Thrones, durchaus abgeneigt ist der Zügellosigkeit, den Gewaltthätigkeiten, dem Bluvergießen: uns sie hofft die früher privilegirten Klassen nicht zurück seine Lockspeise für die Aberlägen), sondern reicht ihnen die Freundeshand und lädt sie zum Anschluße an sie ein, für das heilige Werk der Rettung und Beglückung des Vaterlandes. Der spezifische Charakter dieser Demokratie liegt darin, daß sie — höchst verständlich ist ... Das Ministerium freut sich, so mit der Ihre

der Versöhnung sein Programm schließen zu können, und bittet um den wirksamen Beistand der Kammer zu dessen Durchführung. — Ich habe Ihnen dasselbe etwas ausführlicher mitgetheilt, da es mir in mehr als einer Beziehung im gegenwärtigen Augenblicke Beachtung zu verdienen scheint. Aus dem Aufrufe lassen meinen Sie auch die am Eingange meines Briefes schon gemachten Bemerkungen gerechtfertigt finden. Die sonst als Oppositionstreuer so vorlauten Streier gegen das vorige Ministerium fühlen jetzt schon, wo sie die Schwierigkeiten des Regierens kaum noch berührt haben, wie es tausendmal leichter ist, durch schmeichelnden Tadel eine wohlfeile Popularität zu erwerben, als was man an anderen bekrittelte, anders und besser zu machen. Die jetzigen Minister werden noch schneller abgenützt sein, als ihre Vorgänger. Wenn sie, wie leicht möglich, keine Mehrheit in der jetzigen Kammer erlangen, trotz aller Beifallsbezeugungen ihrer guten Freunde auf den Gallerien, so werden sie die Kammer auflösen müssen; ob aber das Gegentheil neuen Wahlen nach dem wohlgethanen Programme ihnen günstiger sein werde, ist noch sehr zugweifs. Die Konservativen, die wirklichen Monarchischen, die Freunde des Friedens trauen ihnen nicht, trotz dieses Programms; die wirkl den Demokraten aber fangen schon an mißtrauisch gegen sie zu werden wegen so mancher Punkte desselben. Die Zukunft wird den Ausgang lehren. Ich verspreche diesem Ministerium keine lange Dauer.

Berliner Zustände.

Berlin, 16. Dez. (Konstitut. Korresp.) Wie war es nur möglich — so fragen sich jetzt die sogenannten Konstitutionellen untereinander — wie war es nur möglich, daß wir Freunde der Ordnung und des Gesetzes, wir Anhänger des bestehenden Königthums, die wir doch offenbar die große Mehrheit im Lande bilden, uns mehr als acht Monate hindurch von einem erbärmlichen Häuflein sogenannter Demokraten an der Spitze von einigen tausend Bumslern im Schach halten und terrorisiren lassen konnten? Die Antwort auf diese Frage bleibe man sich schuldig, weil man sich schämt, seine eigene Schmach einzugestehen. Wir wollen aber seinen Anstand nehmen, die Antwort dier öffentlich zu geben, weil man nur durch Erkenntniß der begangenen Fehler den neuen Fehlgriff vermeiden kann, und weil jetzt, Angesichts der bevorstehenden Wahlen, die gemeinsame, einmüthige Thätigkeit der Gutgesinnten nöthiger ist, als je. Wir wollen Niemand den Vorwurf der Feigheit machen, denn es gibt auch einen passiven Muth, und viele Ehrenmänner haben ihn in hohem Grade bewährt; aber im vergangenen Sommer — wer kann es läugnen? — hat keiner den Muth des Angriffs gezeigt, als die Saat Hecker Fr>>er, welche Nichts zu verlieren, Nichts zu verbrechen hatten, als das nackte Leben und das Gespenst der künftigen Republik, das ihnen Schwärmer oder Betrüger wie einen süßen Traum in den Kopf gesetzt hatten. Wer angreift, siegt, ist eine alterprobte Schlachtenregel. Die Besitzenden aber betrachteten sich von vorn herein als in der Defensive und konnten sich nicht zu einer offensiven Stellung gezwungen, weil einem jeden Kampfe das Opfers fehlte, vor Allem aber, weil sie nicht zu einer gemeinsamen That sich erheben konnten. Die Idee, welche die Demokraten so fest verkittete, war die ungebändigte Freiheit der sozialen Republik, um so verführerischer und aufstachelnder für den großen, ungebildeten Haufen, je nebelhafter sie ihm von den flaumbärtigen Träumern und den ergrauten Betrügern vorgeschwätzt wurde. Die auf der andern Seite zwar nicht weniger als Konstitutionellen, weil weit trog ihrer Ehrenhaftigkeit nicht weniger als Konstitutionellen, weil weit trog ihrer Ehrenhaftigkeit nicht weniger als Konstitutionellen, weil weit trog ihrer Ehrenhaftigkeit Alle ernährende Idee; das absolute und das konstitutionelle Königthum sind etwas zu oft Dagewesenes, zu Haubackenes; man dachte das erste zu retten, oder das zweite gewiß zu bekommen, auch ohne persönliches Eingreifen, ohne persönliche Opfer. Opfern wollte man überhaupt nicht: man wollte erhalten, man wollte retten, was man besaß, Jeder das Seine; man vergaß, man verschleppte den letzten Thaler, um ja keine Pfennig seinen Vorgesetzten für ein gemeinsames Ziel hergeben zu müssen. Nie spöttlich floß die freimüthige Anleihe! Die Demokratie hatte über wenig Mittel zu verfügen: — wie wucherhaft hat sie dieselben verwendet! Erst als durch die Steuerverweigerung die Anarchie deterrirt war, erst als der grausenhafte Abgrund, an den das Vaterland von der gleißnerischen Demokratie geschoben war, uns entgegenklaffte, da erst rafften wir uns auf und reichliche Opfer wurden gebracht. Es wäre zu spät gewesen, wenn nicht unmittelbar vorher die Regierung, aus ihrem langen Schlafe wach geworden, sich erinnert hätte, daß ihr ein treues Heer zu Gebote stehe, mit welchem dem Unwesen ein Ende zu machen sei. So ist das Vaterland gerettet worden, nicht durch uns, nein, durch seine Regierung, durch seinen König. Die gebrachten Opfer konnten mit Dank zurückgewiesen werden. Aber noch Lange nicht ist alle Gefahr beseitigt. Noch Vieles, sehr Vieles ist zu thun übrig, um den neuen Schöpfungen die Festigkeit zu geben, welche allein zu dauerndem Glücke des Landes führen kann. Jetzt ist es an uns, die wir unserer guten Gesinnungen und rühmen, zu beweisen, daß wir einen König werth sind, der mit echter Selbstaufopferung seinem Volke mehr gab, als die kühnsten Hoffnungen je erwarten ließen. Werden wir gegenüber dem König, der durch die That bewährt hat, daß bei dem Wolles Wohl sein Wohl ist, dieselbe Selbstaufopferung beweisen? Werden die adeligen und nicht adeligen Grundbesitzer, werden die Geistlichen, die Beamten, werden die gelehrtbetenden „Bourgeois" ihre Sonderinteressen jetzt hintansetzen um nur die allgemeinen fördern wollen? Werden sie Alle endlich zu der Ueberzeugung gelangen, daß die neue Ordnung der Dinge, das konstitutionelle Königthum, die einzige Rettung der Vergangenheit und der Zukunft unseres Vaterlandes ist? Und werden sie für diese Ueberzeugung denselben Muth haben, den die Demokratie für das Nichtsein der sozialen Republik kundgegeben? An den Früchten soll ihr den Baum erkennen. Die Früchte aber werden die Ergebnisse der bevorstehenden Wahlen sein.

Literatur.

* Allen die sich für vielbesprochene Tagesfrage der Freiheit des Unterrichts und der Trennung der Schule und Kirche interessiren, können wir eine unlängst (August) bei M. Rieger) erschienene kleine Schrift von Alexander Schöpp[illegible] bestens empfehlen. Sie führt den Titel: „Die Lehrfreiheit, ihre Motive, Bedingungen und Folgen für Staat, Kirche und Schule, geschildert mit vorzüglichem Hinweisung auf Belgien und Nordamerika." In populärer, könniger, oft mit kräftigem Humor gewürzter Darstellung beleuchtet der Verfasser den irrthümlichen Standpunkt, welche Gesetzkommission einnehmen, die über Lehrfreiheit zu verfassen haben. Mit Entschiedenheit erklärt er sich gegen die Lehrfreiheit, in soferne sie als eine unbedingte, als völlige Trennung der Schule von Kirche und Staat aufgefaßt wird, und weist an dem Beispiele Belgiens und Nordamerika's nach, welche üble Folgen diese Theorie in ihren praktischen Konsequenzen habe. Ihm gilt mit Recht nur die bedingte Freiheit für die wahre. Sie bindigkeit haben dem Staate die Oberleitung und Oberaufsicht der Schule, wie er sie bisher besaß, will aber, daß er sich des Vielregierens möglichst enthalte, eine gewisse Selbstständigkeit der Schule gesetzlich bestimme, namentlich die Organisation des Schullehrens Synoden, Konferenzen, Schulräthen überlasse, im Uebrigen die Gründung von Privatschulen unter gesetzlichen Gewährleistungen nicht hindere, und bei den Prüfungen für den öffentlichen Dienst nicht frage, wie und wo, sondern was man gelernt habe und wisse. Die Trennung der Schule von dem Kirche geht ihr als innere Nothwendigkeit aus der Annahme des Prinzips der Trennung von Kirche und Staat hervor, für das sich, wenn es auch manche Besorchung errege, die Mehrheit der Vertreter deutscher Nation zu Frankfurt ausgesprochen habe. Es handle sich aber, genau betrachtet, nicht so sast um eine Trennung, als um eine veränderte Stellung der Kirche zur Schule. Die Kirche werde auch wie vor den Religionsunterricht in den Schulen ertheilen, nur nicht vom Staate berufen, sondern vom Volke, nicht durch die vom Staat für ihn Profanunterricht aufgestellten Lehrer, sondern durch ihre eigenen Diener. Die Gefer der Kirche und des Volkes werde sortan allein die Bürgschaft des ob seidend des konfessionellreligiösen Unterrichtes bieten, da unter den nothwendigen gesetzlichen Garantien Lehrmann, also auch die Kirche, für ihre Zwecke Schulen werde gründen dürfen. Besonders lehrreich sind die von dem Verfasser aus den besten Quellen beigebrachten Notizen über das blühende und wohlgemeinkanische Schulwesen, dessen kaum zu gläubende Resultate sein wirksamstes Argument gegen die unbeschränkte Lehrfreiheit und gegen die unbedingte Emancipirung der Schule vom Staate sind. Mögen seine warnenden Worte nicht ungehört verhallen, und überall der gebührende Beachtung finden, wo man sich mit der Organisation des Schulwesens auf den neuen, durch die Zeitanforderungen jedoch nur im Grundlagen bestätigten.

Deutschland.

⚓ Frankfurt, 18. Dez. Das Ministerium Bayern hat heute seine parlamentarische Wirksamkeit unter bösen Auspicien begonnen, die ihm keine lange Dauer verheißen. Vorerst konnte die Wahl des bisherigen Vizepräsidenten Simson zum ersten Präsidenten ungerechtet er persönlich sehr geachtet ist erst im dritten Skrutinium durchgesetzt werden, und auch dann nur mit einer Majorität von 2 Stimmen und durch den Zutritt mancher Mitglieder der rechten Seite, die Anfangs sie Schmerzlich gefühlt hatten und durchzogener jedenfalls nicht zu dem Präsidentenstuhl erhoben sehen wollten Simson war der Kandidat derjenigen Fraktionen der Nationalversammlung, welche durch ihre, wie sich jetzt herausstellt, auch von den übrigen Mitgliedern des Ministeriums gehegten und unterstützten Intriguen den Hrn. v. Schmerling aus dem Ministerium verdrängt hatten, und man vermuthet von ihm, daß er als Reichsk[illegible]minister eben erst auch in Berlin in dem Sinne jener Fraktionen thätig gewesen sei. Und war der Grund, warum viele Mitglieder der Rechten sich nicht entschließen konnten, ihm ihre Stimme zu geben, und manche, auch Nichtbetheiligter, sogar lieber dem Kandidaten der Linken zufielen. Wichtiger noch war die Berathung über den Antrag, welchen nach geschehener Wahl der neue Präsidentpräsident in die Versammlung brachte, dahin gerichtet, daß ihm die Geschäftsführung zur Einleitung förmlicher gesandtschaftlicher Unterhandlungen mit Oesterreich ertheilt werde. Er verband damit ein Programm, welches ganz entsprechend seinen früher entwickelten Ansichten von der Voraussetzung ausging, daß man auf eine engere staatliche Verbindung mit Oesterreich vorgsichen muß und daher nur eine völkerrechtliche anbahnen könne, als es eine Modifikation der famosen §§ 2 und 3 unsr ihrer Konsequenzen nicht mehr möglich sei. Dies erregte gewaltigen Sturm in der Versammlung, der schon während Bayern's Vortrag durch Zischen sich kund gab, und es erhob sich eine sehr leidenschaftliche Debatte schon bloß über die Frage, welchem Ausschuß jener Antrag zur Begutachtung zuzuweisen sei. Die Partei des Ministeriums verlangte Verweisung an den sogenannten Biedermannschen Ausschuß; sie bekämpfte die Verweisung an den neuerschienen österreichischen Ausschuß mit sehr schwachen Gründen, angesichts demselben bereits zwei andere Anträge gleicher Tendenz von Wagner und

Reichensperger zugewiesen waren; den wahren Grund, daß nämlich in dem österreichischen Ausschuß wirklich mehrere viele österreichische und bayerische Mittel aber sich bestanden, diesen Grund konnte man natürlich nicht gelten machen. Das Resultat war, daß ein ganz neuer Ausschuß für die Sache gewählt werden soll, nachdem zuvor das ministerielle Programm gerucht verbrieft worden. Viele Abgeordnete böten nun beim Ausgange aus der Sitzung äußern, daß man die Minister lage den Ministerium schon jetzt als entschieden betrachten könne, und Viele äußerten ihr Erstaunen darüber, daß das Ministerium dasjenige, was man vielleicht eventuell als nothwendige Ausnahme sich gefallen lassen müßte, zum Ausgangspunkte der einzuleitenden Unterhandlungen nehme, und eben so sehr hörte man ein bezeichnendes Bedauern aussprechen, daß der preußische Gesandte, der zum Vorsitzenden der Nationalversammlung erhoben sei, nun als Minister so ganz sich abgethan habe. Sollte nun die Partei beharren, gar so weit gehen, die Ausschließung der Österreichischen Abgeordneten in Antrag zu bringen, um dieses Hinderniß ihrer Pläne zu beseitigen, so können wir einer gewaltsamen Auflösung des Parlaments entgegensehen; denn diese sind entschlossen, sich nicht hinausstoßen zu lassen, und wahrscheinlich werden die meisten bayerischen Abgeordneten nur mit ihnen gehen und nur thun gehen. Es ergibt sich ebenfalls zurück! Bayern aber hat das allergrößte Interesse dabei, einer Abtrennung von Oesterreich aus allen Kräften sich entgegen zu setzen, und man könnte der bayerischen Regierung den Vorwurf machen, daß sie die ganze Zukunft der wichtigsten materiellen Interessen verrathe, wenn sie in jener Beziehung einer Nachlässigkeit zu zeihen wäre. Bayern mit zwei langen Armen von Oesterreich umklammert, würde einen großen Theil der Kontinentalgränze des künftigen deutschen Bundesstaates bilden; Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt von Bayern, auf welche es rücksichtlich seiner materiellen Interessen vorzugsweise hingewiesen ist. Das ganze Gebiet der Donau hat seinen natürlichen Zug des Verkehrs nach dem stammverwandten Oesterreich; die Oberpfalz hat um Schmerz die unnatürliche Absperrung gegen Böhmen erragen und Oberbayern und Schwaben waren leider bisher durch eine Zollinie von Tauern abgeschnitten, welche den Name selbst auf den lebendigsten gegenseitigen Verkehr hingewiesen hat. Württemberg, wenn hat im Erfindung schon lange Jahren vorgeschlagen, als eine Verbindung jener unnatürlichen Irre kung stammverwandter Länder, wie sie in Folge der jetzt vorwaltenden anschreckt ist Politik zu bestürchten ist. Man sage nicht, eine Zolleinigung mit Oesterreich ist ja dadurch nicht ausgeschlossen. Wenn erst ein deutscher Bundesstaat mit Ausschließung Oesterreichs konstituirt ist, wenn dieses nicht darin der ihm von Nothwegen gebührende politische Einfluß gethan ist, der Preis der der Trennung nachdrücklichen Versuch, wieder engere Verbindung anzuknüpfen, schwerlich zu gewünschten Resultaten führen. Die überwiegende Gewalt nordeutscher Interessen, die noch in den jetzigen Wirren ein bedeutendes Moment abgibt, wird jene Bestrebungen vereiteln, und Preußen wird selbstverständlich sein, mit ernstlicher Bestürzenheit darauf hinzuarbeiten, um nicht den ausschließlichen Einfluß seiner Vorderschaft in Deutschland durch die innere Konkurrenz Oesterreichs beeinträchtigt zu sehen. Ich will von anderen politischen Rücksichten schweigen; aber das ist mein feste Ueberzeugung, daß Bayern, ohne sich selbst aufzugeben, in keine Organisation von Deutschland willigen kann, welche den Zutritt Oesterreichs ausschließt oder für die Zukunft erschwert. Es müßte blind sein, wenn es sich dazu durch die Aussicht ködern ließe, daß ihm in dem übrigen Rumpfdeutschland eine scheinbar dominirende Stellung eingeräumt werden sollte.

Die Frankfurter O.-P.-A.-Z. wiederholt die schon früher von ihr gegebene Andeutung, daß man von gewissen Seiten der Deutschland mit einer oktroyirten Verfassung zu überraschen gedenke. Sie stellt es in Form einer zweifelnden Frage als Möglichkeit hin, daß man deutschfeindes könne, die Reichsversammlung auflösliche und einen Kongreß von Bevollmächtigten der Regierungen zusammenberufen, um den bisherigen Verfassungsentwurf zu revidiren und alsdann als einen neuen Bundesvertrag zu verkündigen; daß man ferner daran denken könnte, das Einverständniß nur zwischen den mächtigsten deutschen Regierungen herzustellen und das Resultat alsdann, wenn nöthig, auch die bewaffnete Macht zur Ausführung zu bringen. Von beiden Möglichkeiten erklärt sie dann entlich, es sei nicht gedenkbar, daß man irgendwo ernstlich an eine Verwirklichung denke, schließt aber ihren Artikel mit den Worten: „Wenn es nicht wir wir lutzt erlebt, dann sicher, wenn der entscheidende Schritt hier geschehen ist. (Allg. Z.)

Preußen. — Der preußische Staatsanzeiger vom 20. Dez. bringt in seinem amtlichen Theile eine königliche Verordnung, welche den Standesunterschied, der in den bestehenden Gesetzen bei Bestrafung der Injurien gemacht wird, für die Zukunft aufhebt, und alle Beleidigungen mit Ausnahme der Amtsehrenbeleidigungen und schweren Realinjurien auf den Weg des Zivilprozesses verweist. Dieser Verordnung ist der Vortrag der Minister und die Motivirung derselben beigefügt. Eine zweite königliche Verordnung hebt mit Bezugnahme auf Art. 105 der Verfassungsurkunde vom 5. Dez. auf den Antrag des Staatsministeriums das Gesetz über die bäuerliche Erbfolge in Westphalen vom 13. Juli 1836 auf. Auch dieser Verordnung ist der Vortrag des Staatsministeriums und die Motivirung derselben beigefügt. — Ferner erläßt das Staatsministerium eine nähere Erklärung des Ausdrucks „schlußfähig" im Artikel 2 des Wahlgesetzes für die zweite Kammer vom 6. Dez. d. J., welche von einer sehr freisinnigen Auffassung dieses Ausdrucks zeigt. — Sodann folgt das Reglement zur Ausführung des für das erste Jahr der nächsten Legislatur einzuberufenden provisorischen Wahlgesetzes zur Bildung der ersten Kammer vom 6. d. Mts. und das Reglement zur Ausführung des Wahlgesetzes für die zweite Kammer vom 6. Dez. d. J. — Schließlich enthält der amtliche Theil desselben Blattes eine Bekanntmachung des Generals Wrangel, nach welcher das Tragen der rothen Kokarde, der rothen Feder, überhaupt jeden Sinnbildes der rothen Republik, so wie das Aufstecken oder Tragen der rothen Fahne an öffentlichen Orten während des Belagerungszustandes der Stadt Berlin und im Umkreises von zwei Meilen bei Vermeidung schwerer Strafe verboten wird.

Die Mitglieder des Oberlandesgerichts zu Bromberg haben an den König eine Immediateingabe gerichtet, in welcher sie den König bitten, sie vor dem Eintritte des Präsidenten Gierke in ihr Kollegium zu bewahren, und eventuell die Einleitung einer Untersuchung gegen denselben zu veranlassen. Sie sprechen sich unter anderem dahin aus, daß derselbe nach seinem Verhalten ohne besondere Verschärfung des disziplinellen Verfahrens und der Ehre preußischen Beamter nicht als Präsident eines Obergerichts vor ein Publikum hintreten und in einem Kollegium präsidiren könne, das ihn des Hochverraths schuldig erachte.

Oesterreich. — * Wien, 20. Dez. Glaubwürdigen Vernehmen nach ist Raab ohne Schwertstreich in die Hände der k.k. Truppen gefallen. Die eingetretene strenge Kälte (über — 8° Reaumur) zeigt sich dem Feinde, der die Kriegsoperationen sehr günstig. — Fürst Paul Esterhazy nebst seinem Sohne, von ungarischen Kommissären bisher bewacht, sind befreit und hier bereits angelangt. — Nicht so glücklich war ein Dr. Bendelt, Arzt und Bruder des Obersten gleichen Namens. Durch ein Billet zu einer Dame in Odenburg gerufen, um deren kranker Tochter beizustehen, hatte sich dieselbe darin heftige Aeußerungen über Kossuth erlaubt. Da die Absenderin nicht mehr anwesend war, als man jenes Billet fand, Anzeiger verstand. Es wurde die Justiz an Ort und Stelle — durch Geschwornen-Gerichtsverfahren — und bei der gestrigen Vorbeiparade der Wühler des ersten Wahlbezirks hegirkt durch das Verlesen seiner Todesurtheil einen so vortheilhaften Eindruck auf sein Auditorium, daß er große Chancen zur Wiederverwühlung hat. Er beabsichtigt, dieselbe in Druck zu legen. — Pillersdorf, obschon bereits im vorgerückten Alter, steht im Begriff, sich wieder zu vermählen. — Das Misvrauensvotum, welches der Abgeordnete Violand erhalten hat, ist nur zu Wühlern in anderen Städten sinnlich und vorbereitend. In der Erklärung, die er darüber abgibt, führt er diesen Umstand selbst an. — An den bevorstehenden Ministeriumsveränderungen will man wieder zweifeln. Mächtig ist die Besorgung des Gubernialeifers von Tirol durch Grafen Wissungen. — Gouverneur Graf Brandis ist dem Vernehmen nach Oberbefehlsmisser des Kaiserl Ferdinands geworden. — Die unzweifelhafte Ernennung des Baronen Louis Napoleon zum Präsidenten der französischen Republik wird auch verschiedenen Besitzungen bei den deutschen Bundestag gesandt. Minerseits besorgt man imperialistische und selbst sozialistische Tendenzen und fürchtet, daß der neue Präsident bei seiner bekannten persönlichen Dualität ein Spielball der Fraktionen werden und zu allgemeinen Konflikten Anlaß geben könnte; andererseits aber erblickt man in dem ihm von General Cavaignac eingeräumten Vorzuge zugleich eine Hinneigung zu monarchischen Institutionen, wad den Regierungen, in welchen diese vorwalten, mehr angenehm sein kann. Es erblickt nur das Bedenken, in wie weit Oesterreich sich hiedurch in der ihm vorliegenden Aufgabe, der Anarchie auch in Mittel-Italien zu steuern, gehemmt finden werde. Dieses Bedenken wird dadurch vermehrt, daß trotz der Anzeigungen in Frankreich die Alpenarmee dennoch 72,000 M. zählt, an deren Spitze General Lamoriere gestellt werden soll. Die Börse scheint sich hievüber nicht sonderlich zu beunruhigen und die Fonds haben eine sehr Haltung angenommen. — Es ist bestätigt, daß Ban Jellachich nur mit Mühe der Gefangenschaft bei einer Meuterei entging, nicht aber, daß er, wie man gestern wissen wollte, verwundet worden sei. — Die Börse anfangs matt, schloß fest. Wechsel haben angezogen und waren, gleich wie Gold, begehrter. 5%, Metall. 79⅛, 4% 66, 2½% 41⅞, Bankaktien 1100, Lose von 1834 143, Dorsten von 1839 85, Norddahn 99¼, Mailänder 66, Glogganer 97, Pester 70, Livornese 66, Ling-Budweiser 125, auf Sicht in der Debatte Krengliest beobachtet werden. — Für Morgen d. i. 20. ist wieder eine Sitzung anberaumt, und zwar soll die Präsidenten- oder Ordnerwahl vorgenommen werden. — Das Gesetz wegen Schutz der Reichstagsmitglieder wurde auf Schuselka's Antrag an den Konstitutionsausschuß gewiesen.

— Das Fremdenblatt enthält Folgendes: So eben ist eine von Sr. Maj. dem Kaiser sanktionirte provisorische Vorschrift erschienen, welche mehrere höchst wichtige und zeitgemäße Abänderungen des alten Rekrutirungsgesetzes enthält. In Gemäßheit derselben hat in Zukunft 1) die Befreiung des Adels von der Militärwidmung aufzuhören; 2) die Bestimmung der Militärpflichtigen durch das Loos zu geschehen, und 3) das militärstellungspflichtige Alter erst mit dem vollendeten zwanzigsten Lebensjahre

anfangen, und nur bis zum vollstreckten sechsundzwanzigsten Jahre zu dauern.

(Oester. Lloyd.)

Triest, 17. Dez. Am 14. sind drei Dampfer unter sardinischer Flagge mit Garibaldi'S Legion, 1000 Mann stark, in Venedig angelangt; sie wurden daselbst ausgeschifft und nach Malghera kommandirt. (Z. d. Oster. L.)

Italien.

†† **Rom**, 12. Dez. Durch die von der Deputirtenkammer beschlossene Einsetzung einer Regentschaft von drei Laien für die Dauer der Abwesenheit des Papstes ist der Bruch mit Pius IX. vollkommen geworden. Als die betreffenden Kommissions-Anträge in der Kammer berathen wurden, war es wieder der Bonaparte (Prinz von Canino), der am meisten Leidenschaft gegen den Papst zeigte. Bejonerung wollte er das dem Papste anerschaffene Recht bestreiten, die neue Regierung aufzufordern, sei es durch Widerstandsnahme der Gewalt seinerseits sich selbst oder durch Abertennung anderer dazu; er wollte auch diese Regentschaft vom Volke gewählt wissen. Allein die Mehrheit entschied für einfache Annahme der Kommissionsanträge, die an sich schon bedeutungsschwer genug sind. Während der Berathung war eine große Volksmasse, meist aus Arbeitern und Taglöhnern bestehend, vor den Kammergebäude gezogen, um das Ergebniß der Berathung zu erfahren. Als sie die Einsetzung einer provisorischen Regierung und die Namen der Mitglieder derselben vernahmen, brachen sie in Beifall aus, und schrieen: Es lebe die provisorische Regierung! nieder mit dem Papste! (!) Tod den Kardinälen! (Nom ohne Papst und ohne Kardinäle!) Das Losungswort der für den Augenblick obenerschienen Demokraten ist: Krieg und Konstituante. Die guten Römer sind dessen des klassischen Altertums vor sich, der sie mit den Anschein alles Unheils zu verschlingen droht; sie der Mutz scheu ihnen sich zu regen. Die einen hoffen Hilfe von Oesterreich, die anderen von Neapel; aber zu eigener Kraftentwickelung gebricht ihnen die Energie und so schmeicheln sie dem der rauhen Hand, die sie jetzt straft, Die Kaserniäle werden sicher Verwahrung einlegen gegen die neue Regierung. Es heißt, Kardinal Castracane wolle Rom verlassen; seinem Beispiele werden wahrscheinlich alle noch hier zurückbleibenden Kardinäle folgen. Es herrscht hier sogenannte Ruhe. Die Verwahrung des Ministeriums Mamiani gegen die Einmischung Frankreichs kennen Sie ohne Zweifel schon.

Rom, 13. Dez. Zur Verhütung der Ausstitze von vorgestern Abend, welche indeß ohne alle Folgen geblieben sind, waren gestern Abend zeitig zahlreiche und starke Patrouillen auf den Coose gesandt worden. Ob man noch andere Ordnungsstörungen zu befürchten Grund hatte, ist nicht bekannt. Jedenfalls gab sich auch bei dieser Gelegenheit wieder der Haß der liberalen Partei kund, die Ruhe um jeden Preis aufrecht zu erhalten.

Die Abfassung des Kammerbeschlusses, durch welchen die Giunta eingesetzt ward, ist nach dem übereinstimmenden Urtheil aller Vorurtheilsfreien meisterhaft. Dieses Dokument bezeichnet einen bedeutenden Sieg der weltlichen Macht des Rechtsstaats über die Klerikalgewalt, und sollte er auch von noch so langer Dauer sein, so werden die Folgen unausbleiblich bleiben. In Nichtzusammenkommen sind die Incidenzpälle oft entscheidender als die Grundfrage. Bevor es den Großmächten gelingen wird, alles das wegzurotkollieren, was in diesen Tagen geschieht und geschehen ist, wird es Zeit haben. Der Klerus aber wird bei seiner Rückkehr das Terrain so unempfänglich finden, daß man das Unkraut wohl wird müssen heben lassen, um nicht den Weizen, der unterdrücken aufzuschossen sein wird, mit auszureißen. Die Besserungen nehmen kein Ende, und Mamiani hat seinen einen Preis für das feste Volksbuch ausgeschrieben, welches in katechetischer Form die beim gemeinen Mann verbreiteten Irrthümer über national-ökonomische Fragen widerlegt. Auf diesem Wege läßt sich hier zu Lande noch eine gewaltige Erschütterung der öffentlichen Meinung erwirken, und der Einfluß des alten Verwaltungssystems, welches in den bisherigen Stürmen immer noch ungebalten hatte, wird in Folge davon nicht ausbleiben. Es ist vorauszusehen, daß dabei viel Gutes zu Grunde gehen, manche treffliche Institution vergessen werden wird, aber viel Wust wird dadurch auch beseitigt werden. Und der Lebende behält immer recht. — Garibaldi ist auch hier eingetroffen und Massini sein Aktiestführer. Auch wurde Mazzini schon vor einigen Tagen als angekommen gemeldet. Gegen Zucchi scheint man die Bolognesser Civica glücklich aufgewiegelt zu haben. Die Fahnen will sie erst dann aus seinen Händen in Empfang nehmen, wenn er sich über den an Rossi verübten und begangenen Mord ausgesprochen Brief verantwortet haben wird. (A. Z.)

Wir entnehmen Berichten der Allg. Ztg aus Genua vom 12. 13. und 14. Dez. folgende Thatsachen zur Schilderung des Zustandes dieser Stadt. Am 11. sah ein Angriff auf das Hotel des Generalintendanten von Seite des zügellosen Volks zu befürchten, das aber durch die tort wachehaltenden zwei Bataillone Linientruppen doch in Respekt gehalten wurde. Von hier auf zog es gegen 7 Uhr Abend nach dem Palaste Turli-Doria, dem Hauptquartiere der Bürgergarden, wo man den General Paceo herausrief. Dieser erklärte sich mit allen Wünschen des Volkes einverstanden und bereit, sie vor die Kammern und den König zu bringen, wenn man sie ihm nur mittheilen würde. Hierauf begab sich eine Deputation des versammelten Volkes zu ihm, und verfaßte eine Eingabe an die Kammer, worin dem König als Ultimatum anheimgestellt wurde, die italienische Constituante zu verkündigen, das Ministerium Pinelli sofort durch ein ultrademokratisches zu ersetzen und den Generalintendanten von Genua bestrafen zu lassen wegen der Beleidigung, die er der „Majestät" des Volkes zugefügt dadurch, daß er den vom Volke erwählten General der Bürgergarden nicht anerkennen, noch der Regierung die Wünsche des Volkes mittheilen und anempfehlen wolle. Würden aber diese Forderungen nicht in ihrer ganzen Ausdehnung erfüllt, dann wolle das Volk von Genua diejenigen Maßregeln ergreifen, welche dem Bedürfnisse der Zeit und den Wünschen des Volkes am angemessensten seien. Paceo las vom Balkon dem versammelten Haufen dieses Schreiben vor und erging sich in vielen schmeichelhaften Redensarten, die er plötzlich unwohl in einer Kutsche weggebracht werden mußte. Für diesen Abend beschloß das souveräne Volk von Genua keinen weiteren Unfug mehr zu treiben, sondern nur, sich am nächsten Mittag in noch größerer Anzahl auf demselben Platze wieder zu versammeln. — Viele Bürgergarden haben erklärt, daß sie bei der Wache vor dem Generalintendanten nicht mehr eintreten würden. Sonnetto soll seinem als General der Bürgergarden abgedankt, wahrscheinlich aber nur so lange, bis der König dem Generalintendanten die gewünschte Züchtigung zuerkannt haben wird, welche indeß in nichts anderem bestehen wird, als daß die Stadt Genua in Belagerungszustand erklärt wird, welches auch der nach Turin abgegangene Generalintendant verlangt haben soll, und in welchen Verlangen alle guten Bürger von ganzem Herzen einstimmen. — Daß die massivsten Schmähschriften gegen den Papst, Oesterreich und die eigene Regierung in zahllosen Exemplaren verbreitet werden, versteht sich von selbst. — Am 12. dauerten die Straßenauftritte fort. Ein Versuch, die Freilassung einiger von den Garabiniers verhafteten Individuen von der Bürgergarde zu erzwingen, wurde durch das beherzte Verhalten eines Offiziers vereitelt, welcher der Menge vorstellte, daß man sich bei noch größerer Ansammlung von Leuten erwarten müsse. Der Präfekt von Avellano meine aber, sein Antwort werde in einer Verstärkung der Garnison um 5000 Mann bestehen. Eine Flugschrift tadelt den Volke, falls die Regierung Truppen nach Genua senden werde, letztere nicht weiter als bis Pontedecimo, der nördlichen Grenzstadt vorrücken zu lassen. (Der Rath wäre gut, allein seine Befolgung wird immer einiges Mißliche mit sich bringen, indem die Truppen sich nicht durch Scherzen, Gastfreundlichkeiten und Flugschriften werden zurückhalten lassen, und auf weitere Ausbrüche des genuesischen Heißblutes dürfte nicht mit Bestimmtheit zu rechnen sein.) Seit dem Abend des 12. stehen 5 Bataillone im Hofe des Gouvernementspalastes, was bei den jetzigen kalten Nächten für die Truppen kein Spaß ist, und ihre Gebieterung gegen die, welche diese Strapaze verwerfen, nur steigern wird. Sämmtliche Goldarbeiter- und Wechslerläden waren am 12. und zum Theil auch am 13. geschlossen: Gerüchte kursirten, daß seine Exc. von Avet mit der Bitte nach Turin: an einen günstigen Erfolg der Petition zweifelte, daher von Vermünfigen. Niemand. Die Bürgergarden sind bis auf ihr Offizierkorps, welches sich in seinen Uniformen gefällt, in gänzlicher Auflösung begriffen. Am 14. dauerten die tumultuarischen Zusammenrottungen des Volks noch immer an, welchen Militär- und Civilbehörden nur passiven Widerstand entgegenstellen. Die ganze Stadt wiederhallte von dem Geschrei: „Es lebe die Constituante, Nieder mit den Ministern, Tod dem Intendanten, Tod den Plagkommandanten!" während das Volk, wenn es Patrouillen begegnete, viva la linea! brüllte. Die Soldaten fangen bereits an, Spuren von Demoralisation zu zeigen. Die Bürgergarden zeigen sich nur äußerst spärlich und es werden Handzettel in den Straßen vertheilt, worauf den adeligen Mitgliedern derselben angedroht wird, sich nicht mehr blicken zu lassen, da sie als Verräther betrachtet seien. Mit einem Worte, man fürchtet von Seite der Gutgesinnten allgemein einen Bürgerkrieg.

Nachschrift.

Würtemberg. ** Der Schwäb. Merkur meldet aus Stuttgart vom 21. den Austritt der Dr. Strauß, Abgeordneter der Stadt Ludwigsburg, und der Kammer der Abgeordneten. Dr. Strauß hatte sich in derselben stets durch seine besonnene, allen revolutionären Treiben mit Ernst entgegentretende Haltung auszuzeichnen. Seine Reden und Abstimmungen geben davon Zeugniß. Den Anlaß zu seinem Austritte gab die Berathung vom 20. über einen Antrag Scherr's auf unverweilte Vorlage eines neuen Wahlgesetzes, welche mit Veränderung des Wortes unverweilte" in „rechtzeitige" mit 59 gegen 20 Stimmen angenommen wurde. Dr. Strauß hatte denselben kräftig bekämpft, war aber wegen eines schiefen Ausdrucks in seiner motivirten Abstimmung, zu dessen Zurückziehung er sich nicht verstand, zur Ordnung gerufen worden. (Wir kommen darauf zurück.)

(Telegraphische Depesche.) † Paris, 21. Dez. 7 Uhr Abd: Ludwig Napoleon Bonaparte, der durch absolute Stimmenmehrheit zum Präsidenten der Republik erwählt wurden, wurde von der Nationalversammlung in der gestrigen Sitzung verkündigt. Die Zeremonie der Einsetzung fand in größter Ruhe statt.

Um der Pariserbörse vom 19. hat das Gerücht von Thronentzeigung des Papstes ein beträchtliches Fallen der Kourse verursacht

Paris, 19. Dezbr.	3proz. 46.50.	5proz. 76.15.	**Schatzsch.** —		
Bankaktien 1720.—	Staatsobligationen 1223.	Bier Kanäle —.—			
Rhn. 3proz. 68⅞. —	Span. 3proz. 26. —	Aktien —. —	Passive —		
Berlaufes (rechte) 140.	(linke) 117.50. —	Orleans 735 P. 730 G. —			
Rouen 465. — Havre 205. —	Marseille 187.50. —	Basel 86.75.			

J. B. Vogt, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 154.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Vierteljährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 18. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Sonntag den 24. Dezember 1848.

München, 24. Dezember.

Se. Maj. der König haben sich allergnädigst bewogen gefunden unterm 27. Nov. zum Hauptzollamtscontrolleur in Zweibrücken den Zollverwalter am Nebenzollamte I. zu Neulauterburg, Hauptzollamts Neuburg a. Rh., Joh. Nep. v. More, seinem Ansuchen entsprechend, zu befördern; auf die hierdurch sich erledigende Zollverwaltelle in Neulauterburg den bisherigen Nebenzollamtscontrolleur, Johann Müller, zu ernennen: an die Stelle des Letzteren nach Neulauterburg den Nebenzollamtscontrolleur Karl Julius Franke von Schweigen in gleicher Eigenschaft zu versetzen, und zum Nebenzollamtscontrolleur in Schweigen, Hauptzollamts Neuburg a. Rh., den Assistenten dieses Hauptzollamtes, Max Joseph Guths, in provisorischer Eigenschaft zu ernennen: unterm 5. Dezember die Kanzleisekretäre und gebrauchten Kanzelisten im königl. Staatsministerium des Innern, Berndt Seit, Jakob Ammerschlaiger, Jakob Ullmann, in gleicher Eigenschaft an das königl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten zu versetzen; unterm 10. Dez. den Zollverwalter Karl Pilling zu Straubing unter Verleihung allerhöchster Zufriedenheit mit seinen vieljährigen treugeleisteten Diensten in den erbetenen Ruhestand treten zu lassen; unterm gleichen Tage auf die erledigte Grenzoberkontrolleursstelle in Passau den Grenzoberkontrolleur Valentin Eberhard zu Sombsee, Hauptzollamts Pfronten, zu versetzen.

Allerhöchste Genehmigung der Verleihung des Tenestiums ad St. Cruceum zu Biberachzell, Lgds. Aub, durch den Bischof von Würzburg an den Verweser desselben, Priester Aemilian Schönig.

Deutsche Reichsversammlung.

(141ste Sitzung vom 21. Dezember.) Tagesordnung: 1) Berathung über das „Einführungsgesetz für die Grundrechte des deutschen Volkes;“ 2) Berathung des vom Finanzausschuß erstatteten Berichts über das Budget der Reichsversammlung und der provisorischen Zentralgewalt für die Periode vom 1. September bis 31. Dezember 1848; 3) Fortsetzung der Berathung über den vom Verfassungsausschusse vorgelegten Entwurf „der Reichstag“, und zwar über Art. VI. §. 20 und folgende. Präsident Wesendonk: Nachdem Müller aus Mainz trotz eingetretenen Interpellation, die sich über die Verletzungen des Briefgeheimnisses bei Konvoyirung der Abgeordneten beklagt, und an das Reichsministerium die Frage richtet, wie es den §. 12 der Grundrechte mit Wahrheit machen wolle. Würth aus Stuttgart: Ich interpellire wegen der in Stuttgart liegenden Reichstruppen, die von einer Bevölkerung ernährt werden müßten, wovon sich die Hälfte kaum selbst durch Arbeit bringen könne, und demnach die billigmäßige Zurückhaltung jener Reichstruppen. Diese Interpellationen werden dem Reichsministerium mitgetheilt. Die Berathung über das Einführungsgesetz der Grundrechte wird mit einer allgemeinen Debatte eröffnet, bei der Gombart aus München das Wort ergreift. Sein Vortrag wird on unterbrochen. Die Nationalvertretung ist nach der Meinung des Redners zur Vereinbarung der Verfassung berufen, keinesweges aber zum einseitigen Erlaß von Gesetzen ermächtigt. Daher beantragt Gombart und seine Genossen von der äußersten Rechten (Wolfe, Detmole, Karl 2c.), das anstatt des vorgeschlagenen Einführungsgesetz zu genehmigen, welches an vielen Orten ganz unausführbar sein würde, die Versammlung den Entwurf der Grundrechte den deutschen Regierungen zur alsbaldigen Abgabe ihrer Erklärungen über die Annahme vorlegen solle. Wer seine Vollmacht überschreitet, — so motivirt Gombart den obigen Antrag, hat keine Macht mehr. Unser ganzes Recht beruht auf dem Vorhergehe, nach welchem wir hierher berufen sind. Das Volksrecht der Legislatur dürfen wir uns daher nicht anmaßen. Jeder konstitutionelle Staatsbürger, der unsere Grundrechte für seinen Einzelfall gelten ließe, würde gegen seinen Schwur handeln. Denn was heißt es auf deutsch, was wir hier verordnen wollen? Verfassungsbruch. Kein Richter kann nach unsern Grundrechten erkennen, denn sie sind nicht in rechtsverständlicher Weise in Stande gekommen. Es gab Zeiten, wo man von oben die Richter verpflegte, die sich unabhängig erhielten von politischen Einflüssen, — sollte sich der Fall etwa jetzt umkehren? Nimmermehr. Diejenige Charaktere, welche dem Drucke der Bestechung unerschüttert widerstanden, werden auch fast genug sein, ihr Rechtsgefühl und ihr Gewissen vor den Zumuthungen der Gegenwart unverletzt zu bewahren. Gott wenn das Staatenhaus neben dem Volkshause stehen wird, ist der Augenblick zum Erlaß von allgemein verbindlichen Rechtsgesetzen eingetreten. Ich bitte Sie dringend, von der Illusion Ihrer Allmacht abzulassen. Sonst Sie Ihr Haus nicht auf die Wolke der Einbildung, sondern auf den festen Grund des Rechts.“ Schoder: Der Streit, den Herr Gombart hier angeregt hat, ist entschieden durch unsern Beschluß über die Veröffentlichung und Gültigkeit der Reichsgesetze. Ich beantrage den Schluß der allgemeinen Debatte. Der Berichterstatter Zell: Die eiserne Nothwendigkeit, das letzte aller Gesetze, habe die Versammlung hierher berufen. Sie könne nicht allein bei Annahme der Grundrechte, sondern auch beim Ausbau der Skizze der deutschen Verfassung auf Schwierigkeiten stoßen, aber man werde bauen, die unvollkommensten Gegner der deutschen Einheit kennen lernen, und werde sie bei einer kann nicht lange ausbleibenden nächsten Revolution zu umgehen wissen. Auf Biedermanns Antrag wird über den Antrag von Gombart und Genossen durch Namensaufruf abgestimmt und derselbe mit 334 gegen 69 Stimmen verworfen. Unter den Dafürstimmenden war auch Karl Welcker. Mehrere Abgeordneten motivirten durch Erklärungen zu Protokoll ihre Abstimmung zu Gunsten des Antrags. Das Einführungsgesetz für die Grundrechte des deutschen Volks gelangt hierauf in folgender Gestalt zur Annahme: „Die Grundrechte des deutschen Volkes werden im ganzen Umfange des deutschen Reichs unter nachfolgenden Bestimmungen hiermit eingeführt: Art. 1. Mit diesem Reichsgesetze treten in Kraft die Bestimmungen: 1) der §§. 1 und 2, 2) der §. 3, jedoch in Beziehung auf Autenthalt, Wohnsitz und Gewerbebetrieb unter Vorbehalt der in Ansehung geltenden Reichsgesetze, 3) der §§. 4, 5 und 6, 4) der §. 7 unter Vorbehalt der in III. und VIII. dieses Gesetzes enthaltenen Beschränkungen, 5) der §. 8, und zwar rücksichtlich des letzten Heer- und Seewesen betreffenden Absatzes unter Verweisung auf III. dieses Gesetzes, 6) der §. 10, unter Vorbehalt der unter III. und VII. enthaltenen Bestimmungen, 7) der §§. 11 und 12, 8) der §. 13, mit der Maßgabe, daß, wo Schwurgerichte noch nicht eingeführt sind, bis zu deren Einführung über Preßvergehen die Strafkammern zu erkennen haben, 9) der §§. 14, 15, 16, so wie des zweiten und dritten Absatzes im §. 17, und der §. 18, 10) der §§. 22, 24, 25 und 28, 11) der §§. 29, 30 u. 31, 12) der §. 32, des zweiten Absatzes im §. 33, der §§. 34, 35, mit Ausnahme des ersten Absatzes (III. 8), des dritten Absatzes im §. 36, dann 37 unter Vorbehalt der über die Ablösung der betreffenden Jagdgerechtigkeiten und über die Ausübung der Jagdrecht zu erlassenen Gesetze (IV.) 13) des § 42 und des ersten Absatzes im § 44. Alle Bestimmungen einzelner Landesrechte, welche hiermit in Widerspruch stehen, treten außer Kraft*). Art. II. In Beziehung auf den im §. 17 ausgesprochenen Grundsatz der Selbstständigkeit der Religionsgesellschaften sollen die organischen Einrichtungen und Gesetze, welche für die bestehenden Kirchen zur Durchführung dieses Prinzips erforderlich sind, in den Einzelstaaten möglichst bald getroffen und erlassen werden. Art. III. Abänderungen der Bestimmungen der Landesgesetzgebungen, soweit dieselben durch die folgenden Bestimmungen den Gemeinden gehoben sind, sollen ungesäumt auf verfassungsmäßigem Wege getroffen werden, und zwar 1) fällt der im § 9 und § 40 abgedruckten Strafen des Todes, des Pranges, der Brandmarkung, der körperlichen Züchtigung und der Vermögenseinziehung durch gesetzliche Feststellung einer anderweiten Bestrafung der betreffenden Verbrechen; 2) durch Ausfüllung der Lücken, welche in Folge der im §. 7 ausgesprochenen Aufhebung der Standesunterschiede im Privatrechte eintreten; 3) durch Regelung der Wehrpflicht auf Grund der im §. 7 enthaltenen Vorschrift; 4) durch Feststellung für im Heer- und Seewesen vorbehaltenen Modifikationen des §. 8; 5) durch Erlassung der Gesetze, welche den dritten im §. 10 erwähnten Fall der Hausdurchsuchung ordnen; 6) durch Erlassung der nach §§ 19, 20 und 21 erforderlichen Vorschriften über Eid, Ehe und Standesbücher; 7) durch Einrichtung des Schulwesens auf Grund der §§. 22, 26 und 27; 8) durch Aenderungen im Gerichts- und Verwaltungsverfahren gemäß der Bestimmungen des § 35 im ersten Absatz, der §§. 41, 43, 44 im zweiten und dritten Absatze, so wie der §§ 45 bis einschließlich 49. Artikel IV. Ebenso ist ungesäumt die weitere Feststellung der in den Paragraphen 33, 36 bis einschließlich 39 geordneten Eigenthumsverhältnisse

*) Die Paragraphen der Grundrechte sind sämmtlich so, wie sie nach und nach aus der Abstimmung hervorgingen, in den Parlamentsberichten dieser Blätter enthalten. Nach der gestern erwähnten redaktionellen Berichtigung des Hrn. Deiters, der einzigen, die vorgenommen worden, kommt §. 7: „Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände. Der Adel als Stand ist aufgehoben. Alle Standesvorrechte sind abgeschafft. Die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Alle Titel, in soweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind aufgehoben und dürfen nie wieder eingeführt werden. Kein Staatsangehöriger darf von einem ausmärtigen Staate einen Orden annehmen. Die öffentlichen Aemter sind für alle Befähigten gleich zugänglich. Die Wehrpflicht ist für Alle gleich; Stellvertretung bei derselben findet nicht statt.

in den einzelnen Staaten vorzunehmen. Artikel V. Die Erlassung und Ausführung der vorstehend getroffenen neuen Gesetze sollen von Reichs wegen übernacht werden. Artikel VI. Bis zur Erlassung der in den §§. 3, 13, 32 und 50 erwähnten Reichsgesetze sind die betreffenden Verhältnisse der Landesgesetzgebung unterworfen. Artikel VII. In den Fällen, in welchen nach dem Vorstehenden neue Gesetze erforderlich oder in Aussicht gestellt sind, bleiben bis zur Erlassung derselben für die betreffenden Verhältnisse die bisherigen Gesetze in Kraft. Rücksichtlich der Besteuerung bleibt denjenigen öffentlichen Beamten, welche zum Schutz der Abgabenerhebung und des Waltzeigentums zur Hausdurchsuchung befugt sind, vorläufig diese Befugnis." Est über Artikel VIII. entspinnt sich eine Debatte. Nach dem Vorschlage des Verfassungsausschusses soll er lauten: Artikel VIII. „Abänderungen der Kontrovorlagen empfiehlt der Ausschuß, welche durch die Abstimmung der Standesherren notwendig werden, sollen innerhalb sechs Monaten durch die gegenwärtigen Organe der Landesgesetzgebung nach folgenden Bestimmungen verbeigeführt werden: 1) die durch die Verfassungsurkunden für den Fall der Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Erschwerungen der Beschlussnahme finden keine Anwendung, nichtweit ist in den Formen der gewöhnlichen Gesetzgebung zu verfahren: 2) wenn in Staaten, wo zwei Kammern bestehen, dieser Weg keine Vereinigung herbeiführen sollte, so treten diese zusammen, um in einer Versammlung durch einfache Stimmenmehrheit die erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Sind in der bezeichneten Frist die betreffenden Gesetze nicht erlassen, so hat die Reichsgewalt nach Lage der Sache die Maßregeln zu treffen, welche die Ausführung sichern." Schober: Wenn dieser Vorschlag des Verfassungs-Ausschusses angenommen werde, so könnten wir uns getrösten, als wir in Württemberg z. B. mit den nötigen Abänderungen unserer Landesverfassung uns zuzuwarten entschlossen, bis allgemeine deutsche Maßregeln ergriffen seien. Sechs Monate lang würden wir also noch mit den alten Standesherrlichen Kammern belastet sein! Mit solchen standesherrlichen Kammern aber kommt überhaupt keine Vereinbarung zu Wege und darum ist der Vorschlag unbrauchbar. Ich muß ablehnen, die größte Aufregung in den Staaten hervorbringen, wo noch standesherrliche Kammern bestehen. In sechs Monaten übrigens kann sich die Gestalt Deutschlands leicht demaßen verändert haben, daß wir die standesherrlichen Kammern am Ende gar nicht los werden. Schober empfiehlt daher den Antrag Jaseli's, nach welchem nicht die bestehenden Kammern, sondern eine neue nach dem Wahlgesetze des Parlaments einzuberufende Landesversammlung über die Verfassungsänderungen entscheiden soll, außerdem Herabsetzung der Frist von 6 auf nur 3 Monate und eine bestimmtere Vorschrift in Bezug auf den Fall der Versäumnis. „Diejenigen aber, die uns beständig erwahnen: schließen Sie den Schluss der Revolution — Ihnen kann ich nur versichern, daß dazu kein Mittel sicherer bisher als die Abstimmung der Standesherrlichen Kammern." Mittermaier nimmt das Ausschussverfahren Schober's Vorwurf den Hinterhalten in Schutz. Alle Bestimmungen des Artikel VIII. seien vielmehr darauf berechnet, das erwünschte Ziel zu nähern und den Weg dazu abzukürzen. Buß will ebenfalls den Schluß der Revolution geschlossen sehen. Gleichviel welcher Partei wir angehören, des Volkes Wille soll aus uns sprechen. (Bravo). In meinem engern Vaterlande haben der steht eine Verfassung, die lange vor dem März berrührt. Das Volk muß daher vor Allem befragt werden, ob es mit der bisherigen Ständeversammlung spricht seine Meinung aus, sondern es muß eine neue, ein konstituirende Versammlung zusammentreten. Aber nicht allein darin stimme ich mit Herrn Schober überein, sondern auch hinsichtlich der abkürzenden Frist. Die ächt schwäbische Maudaut, in der Hr. Buß das letzte Wort ausbrecht, und die Heftigkeit seiner Bewegungen auf der Tribüne erregen wiederholt die heiterste Theilnahmebezeigungen des Hauses. Schneer-Detters aus Bonn als Berichterstatter des Ausschusses sprechen, wird Artikel VIII. unter Verwerfung aller Abänderungsanträge die Absatz 2, diesen einschließlich, nach dem Ausschussvorschlage zum Beschluß erhoben. Angefügt wird hier der Zusatz Schobers: „Uebrigens bleibt es den gegenwärtigen Organen der Landesgesetzgebung unbenommen, sich darüber, daß die geachteten Abänderungen durch eine neu zu wählende Landesversammlung vorgenommen werden, zu vereinbaren, für welche Vereinbarung die Bestimmungen unter 1 und 2 gleichfalls maßgebend sind. Endlich wird der Schlußsatz des Mehrheitsvorschlags durch den folgenden Satz der Minderheit des Ausschusses ersetzt: „Sind in der bezeichneten Frist die betreffenden Gesetze nicht erlassen, so hat die Reichsgewalt die Regierung des einzelnen Staates aufzufordern, ungesäumt auf Grund des Reichsgesetzes eine aus einer einzigen Kammer bestehende Landesversammlung zur Revision der Landesverfassung und der übrigen Gesetzgebung in Uebereinstimmung mit dem Beschlüssen der Nationalversammlung zu berufen." Nachdem das obige Einführungsgesetz auch noch im Ganzen angenommen worden ist, erfolgt 2½ Uhr Nachmittags die Vertagung der heutigen Berathung. Noch zeigt der Präsident den Tod des Herrn Karl v. Rotteck aus Freiburg und der Nationalversammlung an, so wie einen Flottenbeitrag. — Weihnachtsferien finden für die Nationalversammlung nicht Statt. Vielmehr beschließt dieselbe auch für Sonnabend den 23. Dec. eine Berathung, und das Bureau ist der Ansicht, nur die Festtage frei zu lassen, den 28. Dec. aber die Sitzungen des Parlaments wieder zu eröffnen. (D. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 20. Dez. Die gestrige zweite Sitzer beim Reichsverweser hatte eine wesentlich andere Physiognomie, als die erste vor acht Tagen. Die Linke war diesmal beträchtlich stärker vertreten als damals: überhaupt bestand die Mehrzahl der Anwesenden aus Mitgliedern der neuen Koalition, welche sich in ihrer ganzen bunttscheckigen Zusammensetzung zeigte. Man sah ausgezeichnete Mitglieder der äußersten Rechten, Hrn. v. Radowitz, in vertraulichem Gespräch mit Hrn. Vogt und andern Abgeordneten der Linken. Die persönliche Annäherung an den Reichsverweser wird sichtlich auch von solchen Abgeordneten gesucht, die weder sonst die Atmosphäre der „Unverantwortlichkeit" eine absolvente Kraft auszuüben pflegt. Insbesondere bemerkte man, daß viele der Mitglieder des für die österreichische Frage ernannten Ausschusses, von welchen man annimmt, daß sie der Koalition angehören, sich dem Erbherzog vorstellen ließen. Um die Zusammensetzung dieses Ausschusses betrifft, so hat dabei die Koalition einen thatsächlichen Sieg errochten, indem unter den 15 gewählten Mitgliedern wohl zwei Drittel faß unzweifelhaft ihr angehören (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Bayern. + München, 23. Dez. Im Nürnberger Korrespondenten vom 17. d. M. wird die Seite 6249 unter dem Titel „Besherrene Fragen" dem Staatsministerium der Justiz der Vorwurf gemacht, daß bei den jüngsten Anstellungen und Beförderungen im Justizfache der Grundsatz der Ancienmität mehrfach verletzt worden sei. Allein der Standpunkt des Einsenders jenes Artikels scheint uns nicht richtig gewählt zu sein. Dem Prinzipe der Ancienmität kann schon im Allgemeinen eine Wirksamkeit bei Anstellungen nur in beschränkter Weise, nämlich nur in so weit eingeräumt werden, als die Eigenschaften, die sie gewährt, gleich sind. Ohne besondere Rücksichten machen sich aber noch geltend, wenn es sich um Grundreformen in irgend einem Zweige der Staatsverwaltung handelt. Hier muß das Bestehen dahin gerichtet sein, diejenigen auszuwählen, welche für die Durchführung der gerade in Frage stehenden Institutionen am geeignetsten erscheinen, und bei einer solchen Auswahl kann begreiflicher Weise der Umstand, daß Jahr der Konkursprüfung, noch das Dienstzeitalter den Ausschlag geben.

** München, 22. Dez. Frhr. v. Lerchenfels ist vorgestern Morgens nach Franken abgereist, wird jedoch bei Beginn der Arbeiten des Landtags wieder hier zurück sein, um an denselben Theil zu nehmen.

Baden. — Karlsruhe, 20. Dez. Unser Erbgroßherzog hat seit einigen Wochen das Schloß zu Baden bezogen. Heute Vormittag hatte die Vereidigung der für die Freischärler bestellte verwundeten Offizieren hier statt. — Eine Abtheilung der hiesigen Besatzung hatte dieser Tage ihre neue Uniform, Waffenrock mit Pickelhaube angelegt; letztere hat oben keine Spitze, sondern eine Kugel, welche Form im hiesigen Publikum bis jetzt keinen allgemeinen Beifall findet. — Seit Kurzem geht hier wieder fast die Sage, daß unsere Truppen in Bälde abermals nach Rastatt rücken werden, und es scheint, daß einige Besatzung soll so fort vermindert werden, daß die Bürgerwehr wieder Aushilfe zu Wachdienst hat. Auch von einer Truppenverlegung an den Rhein hört man reden. (E. M.)

Großherzogthum Hessen. — Darmstadt, 19. Dez. Am vergangenen Sonntag hielt der Großherzog Musterung über die Bürgerwehr und nahm nach derselben die Fahne der Bürgerwehr gleich den Fahnen der hier garnisonirenden Regimenter zu sich in Eidschwur. Bei dieser Veranlassung verlieh er auch den Offizieren der Bürgerwehr, dem penstionirten Major Keil das Kommandeurkreuz des Verdienstordens Philipps des Großmüthigen. Gestern Abend brachte die gesammte Bürgerwehr ihrem Obersten eine Fackelmusik. (Fr. J.)

Darmstadt, 20. Dez. Dein Beginne der heutigen Sitzung interpellirte der Abgeordnete Bopp and den Ministerpräsidenten Jaup darüber, ob an dem Gerüchte etwas sei, wonach die großherzogliche hessische Regierung sich mit mehreren andern deutschen Staaten gegen die Suprematie eines gewissen deutschen Staates (Preußens) in Deutschland ausgesprochen haben soll, etwa Gegründetes sei. Der Ministerpräsident erwiderte hierauf, „daß ihm von einer derartigen Erklärung oder Vereinigung nichts bekannt sei." — Die Tagesordnung führte zur Berathung über das Budget pro 1849. Nach langer Debatte wurde der Artikel 16 des Budgets, welcher als Prinzip das Zweikammersystem aussprecht, nach der Regierungsvorlage mit 28 gegen 16 Stimmen angenommen, ebenso Artikel 2 mit 35 gegen 10 Stimmen, wonach die 1. Kammer aus 25, die 2. aus 50 Mitgliedern bestehen wird. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Mainz, 20. Dez. Wie in Köln und Koblenz schon geschehen ist, sollen auch hier 6 hiesiger Kasernen nach den Feiertagen die provisorischen Dächer der Kasernen, die bombensest sind, abgetragen werden, um solche mit Geschütz zu besetzen. Mit der Kaserne am Brückenkopf in Kastel soll der Anfang gemacht werden und kann die Defensionskaserne auf der Gisgrube und das neuerbaute Kriegslazareth an die Reihe kommen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Kurhessen. — Kassel, 19. Dez. Das Urtheil in der Untersuchung gegen die ehemalige Garde-du-Corps ist von dem Kriegsgericht in öffentlicher Sitzung verkündet worden. Lieutenant von Berschner I. ist zu einem Monate Festung, Mitmeister von Baumbach zu drei Wochen Arrest, Lieutenant von Berschner II. zu 14 Tagen Arrest, die Wachtmeister Stiegel zu sieben und Gärtner zu drei Wochen Arrest verurtheilt. Mitmeister von Schenk ist auch der Untersuchung entlassen worden. Die Urtheile gegen die Gemeinen lauten ebenfalls theils auf Arreststrafe, theils freisprechend. (K. A. Z.)

Nassau. — Wiesbaden, 16. Dez. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten ward eine Petition von den Gewerbtreibenden an die Kam-

mer eingereicht, eine Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt zu richten, daß das Schutzpolizeisystem, von allen Parteien unterstützt, auch unserer Industrie zu Gute kommen möchte. Der Abgeordnete Leichtlich hob hervor, daß viele Theoretiker im Frankfurter Parlament das unpraktische Freihandelssystem dogmatisirten, und daß, wenn dasselbe durchdringe, die deutsche Industrie zumal wirre würde. Abgeord. Müller II. beantragte, daß die Adresse der Kammer sofort vorgelegt werden möchte, weil wohl alle Mitglieder dem Hirnsetzinnnle des Freihandelssystems entgegen seien. Die ganze Kammer nahm diesen Antrag an. In derselben Sitzung votirte die Kammer wieder 10,000 Fl. für den Chausseebau. Endlich nahm die Kammer mit einigen Modifikationen das Bankgesetz an, wonach an die Stelle unserer bisherigen Landeshreiskasse vom 1. Januar 1849 eine Landesbank trat. Zweifelhaft ist es, ob die Regierung auch diesen Beschluß annehmen wird, der blos auf Antrieben derselben bei ihr, sondern auch durch ein Spartassengesetz.

(F. Z.)

Anhaltische Herzogthümer. — Bernburg, 16. Dez. Der Reichsminister des Innern hat an den Vorsitzenden des hiesigen Landtags folgendes Reskript erlassen. „Der Reichsminister des Innern an den Vorsitzenden des Bernburger Landtags Herrn Heimburger. Eine zweite Eingabe der Abgeordneten des Anhalt-Bernburger Landtags an den Erbprinzen Regierungsverweser vom 29. November v. J., 357 an der Zahl, so wurde mir persönliche, sowohl eine Regierungshandlung betreffe, natürlich abermals dem Unterzeichneten zur Beantwortung übergehen. I. Auf die Bitte, daß Se. Hoh. der Herzog von Dessau die Regentschaft im Namen des Herzogs von Bernburg übernehmen möge, habe ich zu erwidern, daß der Uebernahme ein Verzicht durch den Herzog von Dessau sein Hindernis im Wege stehe, sobald beide Herzoge sich darüber einigen und der Landtag den Ansprüchen des Herzogs von Bernburg auf den Mitunterhalten, oder bei dessen Ansprüchen auf eine auskömmliche Rente nicht entgegen tritt. II. Die zweite Bitte, daß dem Lande Anhalt-Bernburg seine volle Selbstständigkeit gewahrt bleibe, kann ich nicht zusichern, beziehungsweise zu wollen. Ein Land von nur 50,000 Seelen kann unmöglich auf eigenen Kräften alle die Anstalten in wünschenswerther Vollkommenheit erhalten, welche zu einem geordneten constitutionellen Staatsleben erforderlich sind, und von der Wunsch der Landesbedürfnissen hätte ein solches Zagen, wie es dem nünmige Land nach Vereinigung des Kleinen zu Großem vorherrscht, eher ein Antrag auf völlige Vereinigung als ein Begehren war das gestellte erwartet werden sollen. Auch das vereinigte Bernburg-Dessau bleibt noch klein genug, und der Unterzeichnete wird keinen Schritt verfäumen, der eine völlige Beseitigung der beiden Ländchen herbeizuführen geeignet ist. III. Aus diesem Grunde kann er auch in der gegenwärtigen Lage die erbetene Reise auf Cannstatt der beiderseitigen Herrschaften, zum Empfange und Begrüßung eines neuen besonders beauftragten Ministeriums nicht befürworten. Zweierlei Recht, zweierlei Staatsräumen und zweierlei Ministerien auf der kleinen Fläche der vereinigten Herzogthümer Bernburg und Dessau wären in den Augen des Unterzeichneten eine Ironie auf ein schon entschwundenen Verhältnissen unserer neuen Zeit. Wenn der Unterzeichnete die Ueberzeugung eines selbstständigen Bestehens für den jetzigen Augenblick ebenso wie der Landtag für dringend hält, so kann er als sichersten Mittel, in diesem Ziele zu gelangen, nur ein vertrauensvolles Unterfügen aller Maßregeln des vom anwesenden Reichskommissär empfehlen. Die oben berührten Bitten sind gleichlautend auch von einer Anzahl derjenigen Einwohner gestellt worden. Der Unterzeichnete ersucht, dieselben mit dem Inhalte obiger Bescheides bekannt zu machen. Frankfurt a/M. den 12. Dez. Gvid. Schmerling. (Schl. Z.)

Schleswig-Holstein. — Schleswig, 16. Dez. Während zwei Kompagnien schleswig-holsteinischer Jäger, die bisher in Gefangenschaft gestanden, heute hier angekommen sind, um in Hadersleben die Baracken zu erlegen, sind die kaiserlichen Truppen von da hier ebenfalls angelangt. (H. B.)

Kreisdstanz 15. Dez. Gestern ist das Urtel gegen die angeschuldigten Unteroffiziere und Soldaten des siebenten Bataillons publiziert. Dasselbe lautet gegen Unteroffizier Schmidt auf vierjährige Zuchthausstrafe, gegen den Unteroffizier Schmidt aus Altona auf einjährige Festungsarbeit, gegen Griebel und Nissen auf halbjährigen Festungsarrest zweiten Grades.

(S.-H.-Z.)

Preußen — Berlin, 20. Dez. (Sdn. Z.) Herr Arago soll von seinem hiesigen Gesandtschaftsposten durch den Ministerium der französischen Republik bereits abberufen worden sein. Der Staatsminister Herr Stelle hat dem Staatsministerium angezeigt, daß er beabsichtige, gegen die Mitglieder der Nationalversammlung, welche am 15. vorigen Monats die Steuerverweigerung beschlossen, und diesen Beschluß in den Provinzen verkündigt eher in Ausführung gebracht haben, die Anklage zu erheben, und zwar, je nach den Privilegien der Untersuchung, entweder wegen Hochverrats oder auf Grund der Vorschriften der §§ 240 und 241 Allg. L.-R. Th. II. Tit. 20, und daß er deshalb an das Staatsministerium die Bitte richte, die Provinzialbehörden zu veranlassen, die zur Einleitung der Untersuchung nothwendigen Nachrichten schleunigst zu sammeln, damit festgestellt werden könne, in welcher Weise die bei dem Beschlusse betheiligten Abgeordneten auf die Provinzen eingewirkt, wie sie dort den Beschluß der Steuerverweigerung verkündet, was sie gethan haben, um denselben in Ausführung zu bringen, an welchen Orten die Steuern wirklich verweigert worden und wie hoch sich diese Verweigerungen belaufen. Die Minister des Innern und der Finanzen haben in Folge dessen sämmtlichen Regierungen, und diese wieder den untergebenen Behörden, den Auftrag ertheilt, diesen Anträgen auf das Allergleichmäßigste zu entsprechen und spä-

testens binnen acht Tagen über die wichtigsten Punkte Mittheilungen zu machen, zugleich auch dahin bezügliche Plakate, Aufrufe und Briefe einzusenden. Diese Berichte werden wohl bis zu Ende des Jahres eingelaufen sein, und erst dann wird entschieden werden können, gegen welche Abgeordnete ein gerichtliches Verfahren eingeleitet werden könne. — In der Provinz Preußen ist ein gewisser Bon aus Berlin, als Verbreiter aufrührerischer Flugschriften, verhaftet worden. Durch die bei ihm gefundenen Papiere sollen viele Personen compromittirt sein. (Spen. Z.)

Der „Staatsanzeiger" vom 21. Dezember bringt eine Verordnung, betreffend die interimistische Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in der Provinz Schlesien. — Das Polizeipräsidium macht das durch das Ueberkommando der Truppen in den Marken verfügte Verbot der Verbreitung der illustrirten politisch-humoristischen Zeitung, genannt „Freie Blätter", betreffend, welche von Glasbrenner, angeblich gedruckt in Leipzig und verlegt von Pb. Reclam daselbst, in Berlin selbst und im Umkreise von zwei Meilen während der Dauer des Belagerungszustandes bekannt.

Potsdam, 19. Dez. Zur Feier des Namenstages Sr. Majestät des Kaisers von Rußland fand gestern bei des Königs Majestät im kgl. Schlosse daselbst Diner en gala statt, welchem außer den anwesenden Prinzlichen des Hauses und den Hofstaaten der kaiserliche russische Gesandte am hiesigen Hofe, Freiherr von Meyendorff, selbst Gemahlin, die übrigen Herren dieser Gesandtschaft, wie auch der Kommandeur und die Stabs-Offiziere des 6. Kürassier-Regiments, dessen Chef Se. Majestät der Kaiser ist, beiwohnten. Se. Majestät der König brachten bei dem Diner einen Toast auf das Wohl Sr. Kaiserl. Russ. Majestät aus, und hatten Allerhöchstdieselben, so wie die Königl. Prinzen, Königl. Hoheiten, wie heut bei dieser Gelegenheit, zu Ehren des Tages die russischen Uniformen und Orden angelegt. (Staatsanzeiger.)

Stettin, 18. Dez. Der Bau von 33 Kanonenschaluppen soll sofort in Angriff genommen werden, damit dieselben bis zum 1. April vom Stapel laufen können. Der königl. Schiffsbaumeister Elsenstahgen will jedoch die Garantie nicht übernehmen, bis zum gedachten Termine jene Fahrzeuge abzuliefern, um deshalb nach Berlin gereist, um bei Sr. Majestät dem Könige zu einer Verlängerung des besagten Termines zu veranlassen. Würde der Bau an verschiedenen Orten der Küste zugleich begonnen, so scheint es und nicht zweifelhaft, daß die 33 Schaluppen bis zum 1. April hergestellt sein können. So hat ein hiesiger Schiffsbaumeister sich bereit erklärt, außer den bei ihm bestellten Schaluppen noch zwei andere bis Ende März zu bauen. Die Stärke unserer Marinemannschaft soll zugleich im Frühjahre auf 2000 Mann gebracht werden. (Ost.-Z.)

Posen der 19. Dezember. 15. Dez. Das Offizier- und andere Militärpersonen, welche vor einiger Zeit von ihren Funktionen suspendirt wurden, weil sie eine zustimmende Adresse an die Nationalversammlung unterschrieben hatten, werden binnen kurzem vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Der Auditeur, welcher zuerst nach Pilau gesandt wurde, hatte in dem Alle des Unterschreibens nichts mehr und nichts weniger als Hochverrath gewittern und auf Verurtheilung zum Tode und Einbuchtung angetragen. Das war denn doch auch dem General Pobwa zu arg. Es wurde ein anderer Auditeur geschickt, der in jenem Akte zwar keinen Hochverrath fand, aber doch eine Theilnahme an der Reuterei der Nationalversammlung gegen den König, folglich von Seiten des Militärs einen Akt der Insubordination gegen den Kriegsherrn und Armee. Demzufolge hat derselbe auf 6 Monate Festungs-Arrest angetragen. (H.-B.)

Oesterreich. — In der „Wiener Zeitung" vom 20. Dez. finden wir unter dem amtlichen Theile auch die kriegsrechtliche Verurtheilung eines Bayern, Michael Schwind, aus Heiligenfeld in Unterfranken, wegen leichtsinniger Verheimlichung eines fränkischen Jägergewehrs zu einjähriger Schanzarbeit in leichten Eisen, und dessen Begnadigung zu einem sechsmonatlichen Stockhausarreste in Eisen und dem Grunde, weil bemselben Niemand erweislichen böse Absicht zur Last fällt.

Der Magistrat und der Gemeinderath der Kreisstadt St. Pölten erklären öffentlich als die infamsten Lügen und Verläumdungen die Gerüchte, als sei diese Stadt wegen ihrer Gesinnungen und aufrührerischer Handlungen in den Belagerungszustand versetzt worden. Dieselbe benahe sich in keinem Belagerungszustande; die Stadtgemeinde habe sich seit Jahrhunderten und selbst in den jüngsten bewegten Zeitverhältnissen, durch ihre Treue, Anhänglichkeit und innige Anhänglichkeit an den Landesfürsten, durch ihre Achtung vor dem Gesetze und den vorgesetzten Obrigkeiten ausgezeichnet, und jederzeit vollkommene Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu St. Pölten erhalten, und werde sie auch künftig erhalten.

Italien.

Neapel, 9. Dez. Es gehen Gerüchte von einer bevorstehenden Modifikation des Ministeriums. Als Anlaß dazu gibt man den von der englischen Regierung ausgedrückten Wunsch an, mit einem Ministerium von einmal verfassungsmäßiger Form als das jetzige in Betreff Siziliens zu unterhandeln. Ich kalte die Richtigkeit dieser Angaben dahingestellt, füge jedoch die Namen der Männer bei, die für die neue Ministerkombination genannt werden. Sie wären: Filangieri (Präsidentschaft und Krieg), Gianeiulli (Innered), Giardulli (öffentliche Arbeiten), Spinelli (Auswärtiges), Falcone (Justiz), Fortunato (Finanzen). Dieses neue Ministerium würde eine konservativ-liberale Färbung tragen, gleich einem von Uebersöhnung: wie von Reaktions-Tendenzen. Die ungeschwächte Aufrechthaltung der am 10. Februar gewährten Freiheiten würde einer der Hauptpunkte seines Programms sein, daneben strenge Gesetzlichkeit, Eröffnung der Kammern am 2. Januar. Doch wie gesagt, bezüglich dieses Alles nur auf Gerüchten. Nachdem vorgestern früh ein russischer Kurier

der die Reise von Petersburg hieher in 16 Tagen zurückgelegt hatte, mit wichtigen Depeschen angekommen war, erhielt das Geschwader Befehl, sich segelfertig zu halten. Auch sollen die Minister von England und Frankreich nach Baia gegangen sein, um mit ihren Admiralen sich zu berathen. Um 8 Uhr Nachmittags ging der erwähnte russische Kurier zusammen mit dem Direktor der auswärtigen Angelegenheiten in großer Eile nach Gaëta ab, wo sich der König mit dem Papste befindet. Die Dampffregatte Roberto unterhält eines ihrer Boote in den Gewässern von Gaëta, um Schiffe oder verdächtige Personen am Einlaufen zu verhindern.

**Neapel, 11. Dez. Pius IX. scheint in der That in Gaëta bleiben zu wollen, was schon daraus entnommen kann, daß in seinem der andern königlichen Schlössern irgend außerordentliche Einrichtungen getroffen werden. Die Gerüchte, welche den Papst nach Caserta, Portici oder Capricimante gehen lassen, scheinen mehr fromme Wünsche ihrer Urheber zu sein. Auch davon, daß der spiel. Vater seinen Aufenthalt im Gebiete eines andern Staates zu nehmen gedenke, verlautet nichts, obgleich er anhängs vorgehabt haben soll, nach der Insel Minorca zu gehen, im Falle er in Gaëta nicht Aufnahme hätte finden können.

Ein Brief aus Rom vom 14. Dez. in der „Allg. Ztg." meldet, daß Garibaldi mit bewaffnetem Gefolge am 12. baselbst eingetroffen ist. Hiedurch berichtigt sich die in unserer gestrigen Beilage mitgetheilte Angabe des österreich. Lloyd, daß Garibaldi's Legion in Venedig eingetroffen sei.

Frankreich.

*Paris, 19. Dez. Bis jetzt hat Ludwig Napoleon 5,500,175 General Cavaignac 1,369,265 Stimmen von 6,869,440 Abstimmenden erhalten. In den nächsten Tagen dürfte sich auch die Nationalversammlung auflösen, da ihre Aufgabe, eine Verfassung zu gründen, vollendet ist. Wie man vermimmt, hegt eine große Majorität der Versammlung diesen Gedanken. Als ganz gewiß darf man annehmen, daß am Tage nach der Proklamation des neuen Präsidenten eine Amnestie erfolgen wird.

**Paris, 19. Dez. Das Jeremiaden ist die Aufgabe Ludwig Bonapartes zum Palast der Nationalversammlung, wo er den Eid auf die Konstitution schwören soll, ist bereits angeordnet. Da der Prinz keinen Rang in der Armee besitzt, so wird er zu Wagen im schwarzen Frack, in Begleitung einer Eskadron Kavallerie und mehrerer Ordonanzoffiziere nach dem Palaste der Nationalversammlung sich begeben. Dort empfängt ihn eine Deputation der Repräsentanten, deren Spitze sich der Präsident der Nationalversammlung nebst den Quästoren derselben bestehen. Im Saale selbst ist keinerlei Erhöhung angebracht — das könnte an den Thron Ludwig Philipps erinnern, von dem aus er seine Thronreden verlas — der Präsident der Republik wird einfach die Tribune besteigen, von welcher er sonstenlich eine kurze Anrede an die Versammlung halten und den Eid auf die Konstitution schwören wird. Die Rückkehr wird unter derselben Begleitung stattfinden wie die Hinfahrt.

*B. Paris, 19. Dez. Gegen die wenig erbaulichen Komplimente, welche der neue römische Senat den Franzosen wegen ihrer beabsichtigten Intervention machte, stellte ihnen der Siècle noch weniger schöne Komplimente des heiligen Vaterlands, Abt zu Clairvaux entgegen, woraus die stolzen Römer ersehen mögen, daß sie in puncto derber Pöbelsprüchen den französischen Heiligen noch weit nachzustehen haben; sollte nämlich, was Gott verhüten wolle — Daniel Bernard'sche Rechte haben, so gäbe es auf der ganzen Welt kein stolzeres und zugleich feigeres, kein eingebildeteres und dümmeres Volk (mit einem langen u. s. w.) als die heutigen Nachkommen des einst so glorreichen Populus Romanus! — Herr Theodor Ratinal Volksrepräsentant und ein wenig Montagnard, welcher erst seit wenigen Tagen nach Paris zurückgekommen ist, war in Spanien wo er eine diplomatische Sendung zu erfüllen hatte. Unterwegs von den Trupven Cabrera's angehalten, hatte Herr Ratinal mit dem Montemolinistischen General eine Unterredung und lobt sehr die höflichen Rücksichten, womit der Kelbherr Karl VI. seine Person umgab. Ein freier Geleitsbrief aus Cotlenta vom 1. Dez. datirt und Graf von Morella unterzeichnet, erlaubte ihm seine Reise ohne Aufenthalt fortzusetzen, ja man will sogar behaupten, daß der Bürger Ratinal von einer Eskorte von 40 Mann bis an die spanische Gränze begleitet worden. — Die Stellung Ludwig Napoleons ist nicht so rosenfarbig wie Manche glauben, ja wohl schwieriger als er und seine Rathgeber selbst sich denken. Von den Legitimisten sie sich seiner Person blos als Leiter bedienen wollen, um vermittelst derselben ihren Günstling zum Throne steigen zu lassen, um nachher die Leiter verstehe sich zu entwickeln — will ich hier gar nicht sprechen — sondern von der allerdings beachtungswerthen Zahl der sozialistischen Proletarier, welche die glänzendste Hoffnung auf ihren Gwöhlten, und diesen großen Mann bauen Schon äussern sich, wie ein soziales Blatt behauptet, die Fabrikeure gegen die Zollwächter an den Barrièren dahin, daß die Staatsmauer bald wie jene von Jericho umfallen und die Unterschiedung ihrer Fuhrwerke dann ein Ende haben dürfte.

* Nach dem „Journal des Debats" ist das neue Ministerium so gut als definitiv in folgender Weise zusammengesetzt: Odilon Barrot Kabinetspräsidentschaft und Justiz, General Rulhieres Krieg, Hippolyt Passy Finanzen, Drouyn de Lhuys Auswärtiges; Leon de Maleville Inneres, de Tracy Marine; Leon Faucher öffentliche Arbeiten; Vivis Ackerbau und Handel; de Falloux öffentlichen Unterricht. (Darunter ist nur Vivis seinen Grundsätzen nach ein Republikaner; Falloux ist Legitimist.) Der Marschall Bugeaud ist zum Oberbefehlshaber der Alpenarmee ernannt; General Changarnier vereinigt in seiner Person den Oberbefehl über die Nationalgarde und die Armee von Paris, welche jetzere gegenwärtig der Kriegsminister befehligt. Es scheint, daß noch nichts festzustellen ist in Betreff der Liste der drei Namen, welche der Präsident der Republik der Nationalversammlung für die Wahl des Vizepräsidenten der Republik vorzuschlagen hat. Für die Präfektur der Seine soll noch nichts entschieden sein; man nennt noch immer die Namen der Herren Berger und Boulay (de la Meurthe.) Für die Polizeipräfektur bezeichnet man vorwährend Herrn Bedillot, Oberst der Gendarmerie der Seine. Wer an Etienne Aragos Stelle General-Postdirektor werden wird, ist noch nicht bekannt.

Vermischte Nachrichten.

München, 23. Dez. Nun ist im Norden der Winter eingetreten, und hat uns durch den Nordwind (Norbeb-Passat) eine beträchtliche Portion davon zugeschickt, woran aber die Sonne gar keinen Antheil hatte; denn vor drei Tagen fand ich auf ihr dieselbe große Zahl von Flecken wie bisher. Diese Kälte hat hier, in München am 20. dieses Monats um Nachts mit 18kn und Abgrade gonnen, der am Morgen des andern Tags in Glatteis gefroren war.

Professor Grunthuffen.

Münchener Schrannenanzeige vom 8. Dez. 1848.

Getreide-Gattung.	Voriger Mrk.	Zufuhr.	Gangst Stand	Verkauf.	Mrk.	Mittelpreis.	Im Vergleich gegen die letzte Schranne	
							mehr	minder
	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	Sch.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
Weizen	661	2959	3620	3128	492	12 53	—	—
Korn	454	988	1442	1248	194	8 21	—	—
Gerste	460	621	1081	660	70	6 45	—	3
Haber	798	1360	2146	1324	124	4 43	—	7
Leinsaamen	18	123	141	125	16	14 23	—	—
Rerdsaamen	—	100	100	100	—	15 —	—	—

J. G. Wolf, statistischer Kommissär. Schmid.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.
Dienstag, 26. Dez.: „Martha, oder der Markt zu Richmond", Oper von Flotow.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Schatz, Privatier, von Frankfurt.
Gold. Hirsch. Pfau, Privatier, aus Rordamerika. Beh, Gutsverwalter, aus Nassau. Thun, Gutsverwalter, von Billigheim. Freymann, Kaufmann, von Brüssel.
Gold. Kreuz. Rosenlocher, Privatier, von Coburg. Kolb, Gutsbesitzer, von Lubwigsburg. Neumann, Kaufmann, von Frankfurt. Faber, Kaufmann, von Regensburg. Kolbe, magistrat. Diurnist, von Landshut.
Blaue Traube. Braun, k. k. Legationskommissär, aus Wien. Halle, Portikulier, von Magdeburg. v. Hueb, Hofjunker, von Passau. Knatt, Oberlieutenant, von Augsburg.
Stachusgarten. Krug, Hofmollekteur, von Aschaffenburg. Hanler und Golbschmidt, Kaufleute, von Oettingen.

Gestorbene in München.

Joseph Frey, Maurer von hier, 59 J. a. Friedrich Mühleitner, Student von Pfaffingen, Kgs. Nördlingen, 22 J. a. August Hohenberger, Sohnd von königl. 2. Infanterieregiment Kronprinz, 22 J. a.

Bekanntmachung.

309. (3a) Joseph Andreas Rauch, ehemaliger Pfarrer in Rinchach, königl. Landgerichts Mezen, ist ohne Hinterlassung eines Testamentes gestorben.

Ein gewisser Johann Baptist Pfhömmer, angeblich der Sohn des verstorbenen Thomas Pfhömmer, eines Bruders des Verstorbenen Pfarrers Rauch, erscheint als dessen einziger Erbe.

Diejenigen nun, welche ein gleiches oder besseres Erbrecht etwa anzusprechen haben, werden hiemit aufgefordert, innerhalb

3 Monaten

von heute an ihre Ansprüche bei unterfertigter Verlassenschaftsbehörde geltend zu machen, widrigenfalls ohne Rücksicht auf sie die gegenbändige Verlassenschaft wilrde auseinandergelegt werden.

Straubing 15. Dez. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht Straubing.
Der königl. Direktor:
Gebrath.
Pfäffinger

Anzeige.

317. (3a) Da bei unserm nach zwölf alle ausgegebenen Listen zur Subskription auf meine Gebet- und Erbauungs-Bücher zurückgekommen sind, so fand die Vertheilung der Bücher am 29. Dezember 1848, welcher Tag dazu bestimmt war, nicht statt, sondern wird auf den 29. März 1849 verschoben werden, wo sie aber unfehlbar stattfinden wird. — Jedem dieser den Lill. Subskribenten angezeigt wird, bemerkt man auch, daß bis zum 29. März immer noch Subskriptionen angenommen werden.

München, am 22. Dez. 1848.

Michael Sintzel.

Wegen des heiligen Weihnachtsfestes erscheint am Dienstag keine Zeitung, dagegen erscheinen Beilagen heute und Dienstag Nachmittags.

Druck der K. Hof-Buchdruckerei.

Deutschland.

Die deutsche Reichsversammlung hat in ihrer Sitzung vom 22. das Reichsbudget (mit $10^1/_2$ Millionen Gulden) angenommen. Bis auf 217,000 fl. ist diese Summe bereits gedeckt. Nach den weiter gefaßten Beschlüssen soll jener Minister monatlich 1000 fl., jeder Unterstaatssecretär 500 fl. als Besoldung beziehen, und der Reichstag jährlich sich versammeln. Die Reichsoberhauptswürde bestimmte die Dauer derselben, und kann das Volkshaus auflösen. Binnen drei Monaten soll darüber diese wieder berufen werden. Am 23. wurde die Berathung über den Abschnitt „der Reichstag" fortgesetzt und beendet. (Die ausführlichen Sitzungsberichte folgen.)

Der Reichskriegsminister wiederspricht amtlich dem durch einige Zeitungen verbreiteten Gerüchte, als hätte das württembergische Bataillon zu Rendsburg bei den dort am 5. vorgefallenen Excessen einzuschreiten sich geweigert. Nach dem officiellen Berichte des Kommandirenden der Reichstruppen in Schleswig-Holstein haben sowohl das genannte Bataillon als die gesammte hessische Brigade an diesem Tage eine ausgezeichnete Haltung beurkundet. Ersteres von dem die Besetzung der Infanterien verhindern Volkshaufen mit Schüssen angegriffen, trieb dieselben entschlossen mit dem Bajonett zurück, wobei 2 Officiere und 17 Soldaten durch Steinwürfe leicht verwundet wurden.

Frankfurt, 21. Dez. Es kann aus sicherer Quelle berichtet werden, daß die bannersche Regierung ihren Entschluß erklärt hat, die Einführung der Grundrechte nicht ehe zu bewirken, bis die gesammte Reichsverfassung zur Vollendung gelangt sein wird. (O. P. Z.)

Württemberg. Halt 24. Dez. Am Schluß der verflossenen Woche kamen die politischen Verhältnissen, ihrer Haft entlassen, von dem Hohenasperg zurück. Sie wurden von vielen zahlreichen Freunden festlich empfangen. (S. M.)

Hohenzollern-Sigmaringen. Sigmaringen, 21. Dez. Es ist nun gewiß, daß wir nächstens ein Ereignissen über die Abtretung der Regierung an die Krone Preußen erwarten dürfen. Der Fürst hat sich heute Nacht über München nach Berlin begeben, um ohne Zweifel die Regierung dem Könige zu übergeben. Sie werden es natürlich finden, daß sich an einen solchen Schritt ebenso große Besorchungen als Hoffnungen knüpfen, doch hat die französische Verfassung die meiste Beunruhigungen gehoben.

Großherzogthum Hessen. Darmstadt, 20 Dez. In der Sitzung der I. Kammer vom 15. d. war ein Antrag des Freiherrn von Gagern eingebracht: die Staatsregierung zu ersuchen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß Art. IX. und den Cardinälen ein einstweiliger Asyl, eine vorläufige Residenz in Deutschland angeboten werde, und die Einladung in nationalem Sinne von den geeigneten Behörde also an sie erfolge. (Dtc. Z.)

Kurhessen. Luxemburg. — Kurrenburg, 18. Dez. Unsere Besatzung rückt nach. Die Räume auf dem Glacis und den Wällen sind ihrer Reste beraubt worden, um in Zeit von drei Stunden die Stämme selbst alle abhauen und in die Werke bringen zu können. (Berl. Z.)

Königr. Sachsen. — Dresden, 20. Dez. Vorige Woche ist an das hiesige Appellationsgericht die Weisung ergangen, sich in Preß- und politischen Sachen von nun an sehr streng zu enthalten, in allen fürzester Zeit der Assisenhof konstituirt werden soll. (L. A. Z.)

Hannover. Aus Hannover, 20. Dez. wird von der dortigen „Morgenzeitung" berichtet: Hr. v. Vorden war in den letzten Tagen hier, um die Regierung zur baldigen Absendung hannoverscher Truppen an die Elbe aufzuordern, da Dänemark rüstet. Demzufolge ist an unsere in Altenburg liegenden Truppen die dringende Order, wie wir vernehmen, bereits abgegangen. Dagegen wird Hannover andere Truppen an Holstein-Burg schicken. (Fr. O.-P.-A.)

Preußen. — Berlin, 21. Dez. Hr. Waldeck hat mit seiner Antwort auf die Zustimmung des Geh. Oberribunals nicht lange auf sich warten lassen. Am 19. Abends hat er dem Gerichtshofe, zu Händen des Präsidenten Mühler, eine im Ganzen das Verfahren des Obertribunals, sein Anschreiben und dieses Kollegiums zu bescheidenlichen, zurückweisende Antwort zugehen lassen.

Berlin, 22. Dez. (Spen. Z.) Der Pr. Staatsanzeiger enthält eine Erklärung, nach welcher unsere Mittheilung, daß das Gesetz über die bürgerliche Ehe sobald noch nicht zeichne, sondern es den Kammern zur Beschlußnahme vorgelegt werden wird, und daß bis dahin die polizeiliche Einsegnung der Ehe wie bisher aufgehend für die gesetzliche Gültigkeit derselben bleibt, vollkommen bestätigt wird. Der Minister der geistlichen u. Unterrichtsangelegenheiten hat in Folge eines Staatsministerialbeschlusses Fürsorge getroffen, daß den Geistlichen die den vorstehenden Anordnungen entsprechenden Eröffnungen über den Art. 16 der Verfassungsurkunde gemacht und sie veranlaßt werden, vorkommenden Falls auch gegen ihre Gemeinden sich in diesem Sinne über den gedachten Artikel auszusprechen. — In gut unterrichteten Kreisen unterhält man sich viel über die von Seiten unserer Regierung getroffenen und noch zu treffenden Vorbereitungen zur Aufstellung eines Observationskorps an den Rheingrenzen. Die Stärke desselben gibt man auf 100—150,000 M. an. — Mit dem 1. Januar wird die militärische Besatzung auf den hiesigen Bahnhöfen bis auf kleine Piquets, die zur Kontrollirung der ankommenden Reisenden dienen sollen, vermindert werden.

Oesterreich. — † Wien, 22. Dez. Seit vorgestern stehen nähere Berichte über Ungarn, was zu verschiedenen Gerüchten Anlaß gibt. — Die Chancen für die Morgen im ersten Wahlbezirke vorgenommene Wahl eines Deputirten zum österreichischen Reichstage scheinen für den Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg vorzuwiegen. — Wegen Verhaftung von Pässen und Passsicherinen nach Ungarn werden Anstände gemacht, während das Herausskommen der aus jenem Lande Flüchtenden keinen Schwierigkeiten unterliegt. — Der zur Leitung der Angelegenheiten Tirols berufene Graf Bissingen — selbst Tiroler — wird als ein freisinniger und energischer Mann geschildert. — Stockholm, der erst nach dreimaligem Skrutinium in der Kammer wieder zum Präsidentschaft gelangte, wird die künftigen Leiter des Lehnwesens und der Abgeordnete Gleispach als jener des fleischen Guberniums bezeichnet. Das Buchhandlungsgenium, das zu den von den Zeitverhältnissen am Meisten mitgenommenen Gewerbsoperationen gehört, ist beim Gemeinderath um einen Vorschuß von fl. 200.000 eingekommen, jedoch abschlägig beschieden worden. — In Presburg sind mehrere Verhaftungen und unter diesen jene eines Buchbinders vorgekommen; nichts desto weniger herrscht in dieser Stadt eine freie Stimmung über die Anwesenheit der k. k. Truppen. — Die seit gestern verbreiteten lügenhaften Gerüchte, daß Ihn. nau wieder von den Ungarn genommen und Jellachich gefangen worden sei, verdienen keine ernstliche Beachtung; niemand erklärt man, daß bei Raab an 200,000 Mann kaiserliche Truppen kampfgerüstet stehen und man bei diesen wichtigen Bollwerke einer ernstlichen Affaire entgegen sehen könne. — Bei einem Fleischhauer auf der Wieden hat eine Rapsenmaß statt gefunden; das Militär intervenirte und, wenngleich nur blos geladen wurde, ging es doch nicht ohne Verwundungen ab. — Durch die Willfährigkeit, die man dem Reichstage zur Bewilligung des vollen Kredits von 80 Millionen zumuthet, wird der Kredit des Finanzministers Krauß wieder zweifelhaft; dennoch unterhält man sich noch fortwährend von der schon erwähnten Ministerkombination. — Man bemerkt, daß in den verschiedenen Departements viele Slawen angestellt werden. — Am Schlusse des Abgeordnetenhauses kann noch das Resultat der gestrigen Wahlbezirksabstimmung, die bis 8 Uhr Abends dauerte, gemeldet werden. Den Finanzminister ist ein Kredit von 80 Millionen eröffnet. Mit Annahme dieses Punktes ist der ganze Finanzantrag angenommen. Ein Antrag Schuselka's, daß 6 Millionen von obigen achtzig für die durch das Bombardement von Wien, Prag und Lemberg Verunglückten verwendet werden sollen, fiel durch.

Wien, 23. Dez. Nach einem durch drei Tage fortgesetzten sehr heißigen Wahlkampf entschied heute Vormittag der Sieg für den ausgetretenen Reichsminister v. Schmerling. Er erhielt 54, sein Mitbewerber v. Wilersdorf 32 Stimmen. — Die Denkschrift, welche v. Wilersdorf an einem der vorhergegangenen Tage bei den Vorberathungen verlas, findet sich heute vollständig in Kuranda's „Oldeutscher Post" abgedruckt, welche auch selbständig zur Mitunterzeichnung desselben auffordert. — Durch Erlaß des 2. Armeekorps-Kommandos wurden in Presburg Burnigen-Ausschlüssen an folgenden — zum Theil ziemlich bekannten — Personen vorgenommen, welche sich der Rebellion gegen ihren gesetzmäßigen König ebenso schuldig, theils verdächtig gemacht haben: Baron Bayer, unter dem Schriftstellernamen „Rupertus" bekannt; Hilfsklapp-Beamter Klemm; der Besitzer des demokratischen Klubs Rik. Zerdahely; Zeitungsredakteur Rossler; Buchhändler Wigand; evangelischer Predigtamts-Kandidat Zagoyn wurde die von der illegitimen Landesregierung angeordnete Verschlagnahme getreuer Unterthanen, wie des Grafen Leopold Pappp, aufgehoben. — Baron Sommaruga ist anstatt des in Rudesland versetzten Baron Hasz zum ersten Apellations-Präsidenten ernannt worden. — Es ist heute nun schon der vierte Tag, an welchem uns alle Nachrichten vom ungarischen Kriegsschauplatze fehlen. Dagegen kamen gestern mehrere Posten von sehr verspäteten Datum nach Ungarn an. — Der Verkehr auf der Nordbahn erlitt nun nachdauernder Störungen durch unvorhergesehene Zufälle, die ein verzögertes Ankommen um 12—24 Stunden verbeiführten. Zum Glück ging dabei kein Menschenleben verloren. — Die hiesige Akademie der Wissenschaften hat ein schwaches Lebenszeichen ihrer kümmerlichen Vegetation gegeben, indem sich auf einen Vortrag ihres Präsidenten Baron Hammer-Purgstall sämmtliche Mitglieder verabredeten, sich der längst abzuschaffenden Anreden in Bezug auf Wohl- und Hochgeborenheit zu entschlagen. — Presburg und das gleichnamige Comitat sind in Belagerungszustand erklärt. — Die israelitische Religionsgemeinde zu Wien beging heute einen feierlichen Gottesdienst aus Anlaß der Thronbesteigung des Kaisers Franz Joseph. — Sämmtliche Minister sind wieder in Wien angelangt und werden bis zur Wiedereröffnung der Reichstagssitzungen hier verbleiben. — Durch die vollständige Bewilligung des verlangten Finanzkredits wird der Austritt des Ministers Krauß nunmehr unwahrscheinlich. — Fond- und Eisenbahn-Aktien bei schwachem Geschäft etwas gebessert. Wechsel und Gold zu abermals gesteigerten Coursen begehrt. — 5% Metall. $79^1/_2$, 4% 66, $21^1/_2$% $41^1/_2$, Bankaktien 1105, Loose von 1834 $145^1/_2$, Devisen von 1839 85, Nordbahn $99^1/_4$, Mailänder 66, Glogganitzer 98, Pesther 70, Liwornese $65^1/_2$, Linz-Budweiser 180.

Triest, 18. Dezember. Das hier gebrucht verbreitete Gerücht, daß Malghera genommen sei, war falsch, dagegen bringt ein Schiffskapitän die Nachricht, daß die sardinische Flotte am 13. d. von Ankona abgesegelt sei, man wußte nicht wohin. (A. Z.)

Dänemark.

Die letzten Nachrichten aus Kopenhagen melden, daß Dänemark im Auslande unter der Garantie Rußlands und Englands eine Anleihe von

7 Millionen Reichsbanknoten machen wolle. Die neueste „Floretpost“ erzählt, daß viele Dampfkammern in Tänemark gebaut, wie auch bei der Zurüstungen der übrigen Streitkräfte zu Lande eifrig betrieben werden sollen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Schweiz.

Freiburg. Das „Echo“ schreibt über die Freilassung des Bischofs von Freiburg: „Letzten Mittwoch den 13. Dez. um 2 Uhr nach Mitternacht wurde der Bischof von Freiburg wirklich gezwungen, in eine Kutsche zu steigen und Schillon zu verlassen. Er wurde auf die französische Grenze transportirt, da in Freiheit gesetzt und seinem Schicksale überlassen. Von da begab sich der Bischof nach Divonne, drei Stunden von Genf.“

Zum Erstaunen der Bevölkerung und des Publikums hat den 19. d. der Staatsrath dem Grossen Rathe einen Vertrauensmuf vorgelegt, welcher dahin geht, eine unbedingte Amnestie auszusprechen zu Gunsten aller in die letzte Insurrektion Verwickelten, und die famöse Kontribution von 1,600,000 Fr. in ein Zwangsanleihen umzuwandeln. (Eidg. Z.)

Italien.

△ Turin, 18. Dez. Man hat oft gesagt, die Franzosen seien ein Volk von Komödianten, und es ist viel Wahres daran. Von den Italienern kann man setzt das Gleiche sagen, nur mit dem Unterschiede, daß jene sich auch in die ernstesten Gelegenheiten zu finden wissen, während diese nicht über den Aufputz hinausbringen, der den Kindern so große Freude macht. Ja, die Italiener sind eben so sehr Kinder als Komödianten, man mag sie betrachten in ihren öffentlichen politischen Manifestationen oder in den Blättern, welche als Abzug des öffentlichen Meinung gelten sollen. Da liest man überall von den freiheit Toscani, von den freiheit Lombardei und allen möglichen Sorten von Brüdern, so viel deren das vielstaatige Italien aufzuweisen hat, da hört man dieselben Zurufe von einiger Brüderschaft hier, in Genua, wie überall in Italien ertönen von den Massen an die Soldaten und umgekehrt; da sieht man breite Zeile sich umarmen und küssen vergießen, um im nächsten Augenblicke schon wieder mit Dolchen und Kugel auf sei einen, mit Stock und Stock auf sei andern Seite sich betroffen, ohne daß dies jedoch ernstlicher gemeint wäre als die Brüderschaft einen Augenblick zuvor. Die Soldaten sind so gut diziplinirt, daß sie Gewehr beim Fuß nehmen, wenn es heißt „vorwärts marsch!“ und die Kravaller, welche übersteigt nicht den Mut hätten, auch nur einen Wimmern ernsthaften Widerstand des Polizei-Agenten, Gensdarmen, den genug, einzelne Leute, die sie schuylos in ihrem Hause oder in irgend einer abgelegenen Straße, in einem Winkel bei nächtlichem Dunkel treffen, und die ihnen aus welchem Grunde immer mißfällig sind, meuchlings und zehn gegen einen mit dem Dolche in der Hand von hinterher zu überfallen. So ist es in Rom, so in Livorno, in Genua, und so wäre es auch hier, wenn nicht hier noch manche bessere Elemente dem Umsichgreifen des Uebels etwas Einhalt thäten. Für den Augenblick haben die Maulaffen und Pflasterertreter wieder vollauf Beschäftigung, das neue „demokratische Ministerium“ bietet Anlaß genug. In der Kammer auf den Gallerien, außer derselben auf den Straßen und öffentlichen Plätzen kann man seine Lungen, seine Hände und Füße in Bewegung setzen und dabei sogar noch etwas verdienen, um in dieser schlechten Zeit den Hunger zu stillen. Das souveraine Volk jubelt zejt, seine Patrone, die es für gute, klingende Münze so oft beschäftet, deren Ungner es mit seinem erhabenen Geschrei und Stampfen mit den Füßen und Pollern so oft zum Schweigen gebracht, sind zu setzt am Ruder. Turin hat ein demokratisches Ministerium so gut als Rom und Florenz, und da sollte hier nicht Jubel sein! Gestern hatte Turin auch sein demokratisches Banket, das natürlich auch von ungeheurem demokratischem Beifall für die demokratischen Redner wiederhallte, unter denen wieder wie gewöhnlich Jacquemoud, der Savoyarde von Mouiers die Palme errang. Es gingen Rede alle voll im Trunke einher, nämlich auch Brofferio, Carutti, Bargnani, Pacola und andere gedrochten hatten. Auch eine Deputation der Nationalgarde war während des Bankets erschienen, nach welchem die Menge nach dem Platz Castello vor den Palast des Ministeriums zog, wo sie die gewohnten Lebehochs ausbrachte auf Gioberti, das demokratische Ministerium und die Konstituante, worauf der neue Minister Sineo vom Balkone herab, natürlich mit aller gebührenden Salbung verkündete: endlich könne man das Problem der aufrichtigen, unverfälschten Verbindung der Demokratie mit der Monarchie gelöst nennen. Ein biesjähr Blatt meint, die Zukunft werde zeigen, ob sich im Kriege in der Lombardei aufgereichen kann oder nicht. Ein Zuschauer-Demokrat erhielt. Nach Beendigung des Aktes zog die Nationalgarde vor der Volksmasse geleitet durch die Via di Po vor den Palast des Königs. Als dieser auf dem Balkon erschien, begrüßte ihn lebhafter Zuruf zu wiederholten Malen, für welchen er freundlich mit der Rechten winkend dankte. Ein demokratisches Blatt erinnert ihn heute daran, daß diese Rechte bald wieder das Schwert aus der Scheide ziehen müsse, und versprecht ihm, er werde das ganze italienische Volk hinter sich haben. Bei Beginn und während des ersten verunglückten Feldzugs hatte dieselbe Partei ihm ähnliche Verheißungen gemacht; aber die Geschichte hat gezeigt, daß dieselben nicht als ein Kunst waren. Ob Karl Albert sich hat, den Mund der Italiener noch einmal auf die Probe zu stellen? — Aus Genua haben wir Nachrichten von gestern früh; die Ruhe war nicht weiter gestört worden; man kannte die Ernennung des neuen Ministeriums. Die Nationalgarde hatte in einer Adresse mit zahlreichen Unterschriften den kranken General Avarez, der seine Stelle als ihr Kommandant niederzulegen erklärt hat, um Beibehaltung derselben angesucht mit dem Versprechen der Unterzeichner, auf das Alarmsignal stets sich zu stellen. Bisher war immer fast Niemand erschienen, wo es galt nöthigenfalls auch Muth zu beweisen gegen die Krawaller. In der That scheint die Nationalgarde gerade aus der Mitte dort jetzt zu zeigen. Die Klasse der Besitzenden, die wirklichen Bürger, ist seit vollen Freiheit dort längst herzlich satt und voll Furcht wegen der beständigen Drohungen, denen sie mit Leben und Eigenthum ausgesetzt sind. Der Belagerungsstand würde zu Genua von der Mehrzahl der Einwohner freudig begrüßt werden als erster Hoffnungsschimmer für Ruhe und Ordnung und Aufsehen der zügellosen Pöbelherrschaft. — Admiral Bava hat unterm 15. aus Alessandria eine Proklamation an das Heer erlassen, in welcher derselbe seine Zufriedenheit über die wiederkehrende Disziplin ausdrückt.

Großbritannien.

London, 19. Dez. Zufolge des neuen zwischen England und den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Postvertrags wird künftig ein Brief auf dem einen Staat nach irgend einem Punkte des andern nur ein Schilling (36 kr.) kosten, wobei 1½ Penny (4½ kr.) auf die inländische Postbeförderung, 8 Pence (24 kr.) auf den Seetransport, und 2½ Pence (7½ kr.) auf die Abgabe des Briefs gerechnet werden. (A. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 21. Dez. Die Einführung des neuen Präsidenten in die Nationalversammlung geschah auf eine sehr wenig zeremoniöse Weise. Kaum hatte Hr. Waldeck-Rousseau seinen Bericht, der dies Wahlergebniß bestätigte, verlesen, so trat der Prinz in den Saal und wurde von dem Präsidenten der Nationalversammlung, als der von Volk erwählte Präsident der Republik ausgerufen. Der Präsident trat sodann den Prinzen auf die Tribüne, um den Eid der Treue der Republik und der Konstitution zu schwören. Der Präsident las dann die Eidesformel vor und der Prinz antwortete: „Ich schwöre“. Der neue Präsident verlas sodann eine kurze Rede in Artalic, in der eben abgelegte Eid die Absichtserklärung seinen Benehmens bieten werde, daß er nicht Ungesetzliches thun, aber auch nichts Ungesetzliches dulden werde. Sein Hauptbestreben werde auf die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen gerichtet sein. Zugleich sprach er die wärmste Anerkennung für das loyale Benehmen des General Cavaignac und und daß schließlich, die Versammlung um ihre Unterstützung. Ein freimaliges Hoch auf die Republik folgte dieser Rede. Der Prinz schritt sodann auf General Cavaignac zu, ergriff seine Hand und sprach sich dahin aus, daß er sich zur großen Ehre rechne, Nachfolger einer Manner, wie der General, zu werden. — Cavaignac antwortete mit einer kurzen Verbeugung. (Wir werden die Rede des neuen Präsidenten nachbringen.)

Metz, 19. Dez. Der Präfekt unserer Departements, Hr. Vivienel hat seine Entlassung genommen, da er das Ergebniß der Präsidentenwahl nicht mit seinen republikanischen Ansichten in Uebereinstimmung gefunden. Einer der Hauptführer der hiesigen Demokraten hat sich aus Verzweiflung enteleibt. Seine politische Ueberspannttheit mochte die Schmach nicht überleben, welche Frankreich durch das Resultat der allgemeinen Volksvotenkämpfe über sich heraufbeschworen. Das Leichenbegängniß desselben war sehr großartig, allein die Geistlichkeit verweigerte ihm die kirchliche Weihe, was von Seite einiger Proletarier Kundgebungen der Unzufriedenheit gegen den Bischof hervorrief. Man bereitet eine Bittschrift an die Regierung vor, um die Wiedereinsetzung des früheren unter der Herrschaft Guizots im Amte gewesenen Präfecten zu erlangen. Die radikalen Blätter sind darüber nicht wenig aufgebracht, indessen ist die Februarrevolution bei uns so im Mißkredit, daß das schönste Republikaner mehr und mehr zusammenschmilzt. Der Bonapartismus ist für eine Weile in der Mode; doch trägt er keine Lebensfähigkeit in sich. Die Alten des monarchischen Systems sind sehr stark im Steigen.

Altkirch (Oberelsaß), 21. Dez. Die Früchte der Napoleonischen Propaganda zeigen sich. Das Landvolk weigert die fernere Entrichtung von Abgaben, weil ihnen der neue Präsident Steuerfreiheit zugesagt habe. Was diese vermeintliche Steuerfreiheit betrifft, so vergelte sie nicht im bösen Willen sondern im guten Glauben dieser Leute; längst der Bogesen kann man sogar von Maiten und Ankünften in Bauernhöfen mit Frende erzählen hören, jetzt müßten doch bald bessere Zeiten kommen, weil man wenigstens 4 Jahre lang nichts mehr zu zahlen brauche. Mit Recht bemerkte einer Ihrer Korrespondenten, daß Napoleon der stärkste Kandidat der zahllosen Armen sei: wird er nun auch der gebotte Krösus werden, und wenn nicht? Wird der blauschwarzweiße Unschuldsausgund: „die Nationalversammlung hintert ihn.“ Glauben finden, und was dann?

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei

Nr. 155.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Mittwoch den 27. Dezember 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Einladung zum Abonnement.

Die **Neue Münchener Zeitung** wird auch im kommenden Jahre ihre bisherige Tendenz verfolgen, und, ihrem Programme getreu, an dem Banner der konstitutionellen Monarchie und des Fortschrittes auf der Grundlage der gesetzlichen Freiheit und der Ordnung unerschütterlich festhalten. Die Berichte über die Verhandlungen der deutschen Reichsversammlung zu Frankfurt werden in der bisherigen Weise regelmäßig fortgesetzt. Die Verhandlungen des bayerischen Landtages werden in möglichster Vollständigkeit auf's rascheste und so oft es nöthig auch durch Beigabe von Extrablättern mitgetheilt werden. Für schnellste Mittheilung aller sonstigen bedeutenden Zeit-Ereignisse ist durch eine noch erweiterte Korrespondenz und die Gewinnung tüchtiger und zuverlässiger Mitarbeiter im In- und Auslande Sorge getragen. Die Zeitung erscheint täglich Morgens 8 Uhr in einem halben Bogen. Nachmittags 2 Uhr wird eine Beilage ausgegeben. Trotz dieses vermehrten Umfanges tritt keine Abonnementserhöhung ein. Der Preis des Blattes bleibt unverändert auf 6 fl. ganzjährig, 3 fl. halbjährig, 1 fl. 30 kr. vierteljährig festgesetzt. Neueintretende hiesige Abonnenten belieben ihre Bestellungen in dem Expeditionslokale (Promenadeplatz Nro. 14), auswärtige aber bei den nächstgelegenen Postämtern zu machen. Bei der großen und noch täglich steigenden Auflage dieser Zeitung eignet sich dieselbe zur weiten und schnellen Verbreitung von Bekanntmachungen jeder Art, welche, den Raum der 3spaltigen Petitzeile zu 4 kr. berechnet, unverzüglich eingerückt werden. Zu zahlreichen Aufträgen empfiehlt sich

München, den 12. Dezember 1848.

Die Expedition der „Neuen Münchener Zeitung".

München, 22. Dezember.

Es wurden durch allerhöchstes Dekret vom 18. Dez. der provisorische Revierförster zu Rott im Forstamte Haag, Max v. Bar, zum Förster daselbst nach Oberostheim versetzt, und der Förster daselbst zu Oberostheim Johann Nep. Klämpfle zum Revierförster in Rott ernannt; durch allerhöchstes Dekret vom 20. Dez. der Forstmeister Phil. Jakob Stachyler zu Tuchheim auf sein Ansuchen in Anerkennung seiner zeitherigen treuen Dienstleistung in temporäre Quiescenz versetzt und an dessen Stelle zum Forstmeister für Türkheim der bisherige Professor der Forstwissenschaft an der Forstschule in Aschaffenburg, Georg Kaufchinger, auf Ansuchen, ernannt; durch allerhöchstes Dekret vom 22. Dez. der Regierungs- und Kreisforstrath in Ansbach, Dr. Friedrich Christian Meyer, auf Ansuchen unter allerhöchster Zufriedenheitsbezeugung mit seiner bisherigen treuen Dienstleistung in den Ruhestand versetzt, und an dessen Stelle der Forstmeister des Forstamtes Laufenzi zu Nürnberg, Franz Winkler, ernannt; durch allerhöchstes Dekret vom 24. Dez. der Rentbeamte Feodin. Lucdert zu Frankenthal für immer des Dienstes entlassen, und an dessen Stelle der Rentbeamte Christoph Braun zu Obermoschel auf Ansuchen versetzt.

Se. Maj. der König haben unterm 21. Dez. die katholische Pfarrei Bernau, Lgds. Neumarkt, dem Priester Anton Heldmann, Pfarrer zu Binabenberg, Lgds Kaisl; unterm 21. Dez. die katholische Pfarrei Forst, Lgs. Weilheim, dem Priester Michael Ziegler, Pfarrer zu Mimmingen, Gerichts- und Polizeibehörden Leitungen; unterm 23. Dez. die katholische Pfarrei Benkirchen, Lgd. Tittmoni, im Regierungsbezirke Oberpfalz und Regensburg, dem Priester Max Danhauser, Schul- und Frühmeßbenefiziat zu Gebenbach, Lgs. gleichen Namens, zu verleihen geruht.

Se. Maj. der König haben unterm 23. Dez. die Belassung des zum Professor des Kirchenrechts und der Kirchengeschichte an dem Lyceum zu Freising ernannten Professors Dr. Wilh. Reischl an seiner dermaligen Lehrstelle zu Amberg zu bewilligen geruht.

Se. Maj. der König haben unterm 23. Dez. die Uebertragung und Annahme des Familienamens Sporer des Stattgerichtsvollzuginhaus Ferdinand Sporer zu Straubing auf sein Pflegekind Franziska Ackermann, verheirathet allenfallsiger Rechte Trüter, allergnädigst zu bewilligen geruht.

Se. Maj. der König haben unterm 23. Dezbr. die Adoptirung mit allen rechtlichen Folgen der Arrogation und Uebertragung des Familiennamens Schub des Strickermeisters Vincenz Schub zu Straubing auf sein Adoptirkind Anton Wilhelm Hüttinger allergnädigst zu bewilligen geruht.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt. (142te Sitzung vom 22. Dezember.) Tagesordnung: 1) Berathung des vom Finanzausschuß erstatteten Berichts, über das Budget der Reichsversammlung und der provisorischen Zentralgewalt für die Periode vom 1. September bis zum 31. Dezember 1848; 2) Fortsetzung der Berathung über den vom Verfassungsausschuß vorgelegten Entwurf „der Reichstag", und zwar über Artikel VI. §. 20 und folgende. Präsident Hr. Simson ist im Hause anwesend und eröffnet die Sitzung. In dem heute vertheilten Berichte des Petitionäls- und Petitions-Ausschusses ist unter Anderem der Eingang folgender literarischen Gaben verzeichnet, die wir ihrer Absonderlichkeit wegen ermähnen: „Mathematischer Blick auf unsere Zeit durch v. Klein, übergeben durch die Buchhandlung Lolenz in Bingen, worin durch geometrische Finanzen gezeigt wird, daß der Fürst die Spitze, das Volk und das Ministerium gleich weit vom Fürsten entfernt, die Basis bilden müssen." — „Abhandlung des Schauspielrichters Nachtigal in Halle, wodurch die Errichtung deutscher Nationalbühnen, frei von jedem Einkittsgelde, und eine zu diesem Ende einzuführende Besteuerung der wohlhabenden Klassen vorgeschlagen wird." Sodann ein Gesuch des Buchdruckergehilfen Barth zu Erfurt, um die Erlaubniß, „in Deutschland ein Gesangbuch verkaufen zu dürfen" — des Lithographen Wehrt zu Braunschweig, „12 Hefte Schreibmuster zur Empfehlung an die Schulen." Sowie das Protokoll verlesen und genehmigt ist, nimmt Präsident Simson das Wort: „Meine Herren! Bei meinem Wiedereintritt in diese hohe Versammlung bitte ich um die Erlaubniß, Ihre Aufmerksamkeit auf einige Augenblicke sie mich in Anspruch nehmen zu dürfen. Die Fortentwicklung der Geschicke Deutschlands, unternehmen an das Dasein und die Wirksamkeit dieser hohen Versammlung gebunden, zu einem unersetzlichen Raum von demjenigen Platze abbrechen, den er seit dem Beginne unserer Arbeiten zu unserer hohen Befriedigung unausgesetzt eingenommen hat (Bravo!), und die unwillkommene Nothwendigkeit herbeigeführt, die hervorragende Stelle zunächst für wenige Tage unbesetzt auszufüllen. Es hat der hohen Versammlung nach einer mehrjach schwankenden Wahl gefallen, in meiner Abwesenheit meinen Namen auf der Urne hervorgehen zu lassen. Ich glaube mich dieser ehrenvollsten Bestimmung in Betracht der eigenthümlichen Lage unserer Gegenwart und in Erwägung des guten und freudigen Muthes, den ich von meiner Mission zurückbringe (Bravo!), nicht entziehen zu dürfen. Ich trete mein Amt in dem oft erprobten Vertrauen auf Ihre Nachsicht für hier wenigen Tage an (Beifall). Mit dem Beginne des neuen Jahres werden Sie zu einer neuen Wahl schreiten. Möchte der Genius unsere Vaterlandes die dahin abermals einen Theil der Wolken schadlos vorüberzuführen haben, die von Zeit zu Zeit unsere große Aufgabe vor unsern eigenen Blicken zu verdunkeln drohen. Möchten wir uns

dann Alle in dem Bestreben vereinigt finden, diese Aufgabe, die wir begonnen haben, im Sinne der Freiheit, der Ordnung, der Einigung, der Gliederung unserer Vaterlandes zu lösen (Allgemeiner Beifallsruf). Es erfolgt die Anzeige von einigen Flottenbeiträgen. Dann erstattet C. W. Arndt Bericht im Namen des volkswirthlichen Ausschusses über den Antrag Eberle's von Cavalese in Bezug auf die italienischen Reichsinsulte. Von den Ferngen, vielleicht allzustrengen Maßregeln Radetzky's sei insonderheit ein guter Theil zurückgenommen, die Angelegenheit eine rein österreichische. Der volkswirthliche Ausschuß räth daher zum Uebergange über Eberle's Antrag zur einfachen Tagesordnung. Arndts rust den Verfassungsausschuß um Bescheid an über den Antrag, daß die bereits berathenen Abschnitte der Verfassung den Einzelregierungen mitzutheilen und deren etwaige Aeußerungen einholen seien. Auf der Tagesordnung seien betreffenden Ausschusses noch nicht zugegen ist, so wird die Antwort auf morgen vertagt. Die Berathung über das Budget wird eingeleitet mit dem Vortesen eines präjudiziellen Antrags von Wiesner, daß die Erledigung der finanziellen Frage aufgeschoben werden möge, bis über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland entschieden sei. Ein ferneres von mehreren Mitgliedern der linken gestellter Antrag fordert die Ermächtigung einer Reihe von einzeln aufgezählten Gehaltsansätzen. Schulz von Darmstadt will namentlich die Gehalte der Reichsminister und Unterstaatssekretäre gestürzt sehen. v. Salzwedell erklärt als Berichterstatter der Majorität des Finanzausschusses: Das Budget umfaßt 10,453,766 fl. bis 1. Januar 1849, die eigentlich von Ihnen zu bewilligende Summe beträgt aber nur 217,000 fl., wovon Überdieß 4 ohngefähr 167,000 fl. auf den Reichstag kommen, wenn die Nationalversammlung verrusacht. Denn die Kosten für Reichstruppenverlegungen, sowie den Ansatz für die Kriegsflotte haben Sie bereits früher genehmigt und was die Gelder für die Reichsfestungen anlangt, so sind dieselben durch das dazu vorhandenen Fonds der Bundesklasse gedeckt. v. Salzwedell hofft daher, daß die Versammlung dem Mehrheitsverachten des Ausschusses beipflichten werde, nach welchem die Erhebung von 217,456 fl. 32 kr. zu Reichszwecken auf den einzelnen Bundesstaaten zu genehmigen ist. Die Minderheit des Finanzausschusses weicht von dem Vorschlage der Mehrheit nur insofern ab, als sie die 25,000 fl. gänzlich streicht, die für die Untersuchung und Bestrafung der am 16. bis 18. September in Frankfurt begangenen Verbrechen angesetzt sind, während auch die Mehrheit nur einen Theil derselben zu übernehmen anräth. Als Vertreter der Minderheitsmeinung tritt Wichmann auf, der das Benehmen der Frankfurter Behörden während der schlimmen Bundestrawbernunruhen einer ziemlich harten Kritik unterwirft, in deren Folge er zu dem Schlusse kommt, es sei hier der alte ehrliche deutsche Rechtsgrundsatz anzuwenden: wer die Augen nicht aufthun will, thue den Beutel auf. Grävell ist für einige Zeit auf der Rednerbühne wohl zu sehen, aber nicht zu hören. v. Bally unterstützt den Antrag der Mehrheit. Die Gehaltsansätze wegen der Ministerialräthen nach der Zahl der Mitglieder des Bureaux der Nationalversammlung verrichten irgend welchen Luxus. In Oberschlesien gäbe es Werkmeister, die sich auf 6000 fl. jährlich stünden. Eisenstuck: Es ist ein schmerzliches Gefühl für mich, daß wir heute ein Reichsbudget betreiren, ohne daß ein Reich vorhanden und ohne daß dem deutschen Volke auch nur ein Kreuzer seiner drückenden Lasten abgenommen ist. Ich kann daher den Ansichten des Ausschusses nur theilweise beistimmen, denn nicht die Größe der zu bewilligenden Summe ist für mich das Entscheidende, sondern ihre Nothwendigkeit. Wir befinden uns, was die Form der gegenwärtigen provisorischen Regierung anlangt, in einer konstitutionellen Monarchie. Mit ihr ist ein „geheimes Kabinet" unvertrüglich. Daher beantrage ich zunächst, den Aufwand für das Kabinet des Reichsverweserz zu streichen, die dafür angesetzten 700 fl. monatlich aber dem Reichsministerium hinzuzurechnen, damit dieses Letzteren, um Privatsekretäre, Kanzelisten u. s. w. damit zu bestreiten. Sodann das Institut der Reichskommissäre anlangend, so möchte ich am liebsten zur ältereinsächsten Tagesordnung darüber gehen. Für Frankfurt bringt die Anwesenheit der Nationalversammlung so enorme materielle Vortheile mit sich, daß 25,000 fl. Prozessosten daneben nicht in Betracht kommen. Der Redner verbreitet sich darauf über Einzelnheiten und findet befindend die Anstalten für das Kriegsministerium, wo drei Kollegialräthe ersten und sechs zweiter Klasse, ein jeder mit 1500 fl. monatlich zu besolden sein sollten, unbegreiflich und für jetzt gar nicht zu rechtfertigen. Er wolle hoffen, das diese neuen Räthe des Handelsministeriums nöthig würden nach der zweiten Lesung der Verfassung. Vor der Hand seien drei davon und nicht mehr erforderlich. Es handelt sich darum, dem Volke etwas zu nehmen. Erfahren Sie, ich bitte, eben so gut, als Sie pflegen, wenn Sie ihm etwas zu geben haben." Staatssekretär Bassermann sagt Eisenstuck's Bemerkungen über die Reichskommissäre auf. Die Thätigkeit der Reichskommissäre ist, wie Sie wissen, eine sehr verschiedene, sie ist allerdings manchmal Denen unerfreulich gewesen, welche glaubten, daß durch sormwährende Geschäftsreisen dem Vaterlande gedient sei. (Unterbrechung von der Linken.) Sie hat aber auf der anderen Seite sich viel Dank erworben, was auf die mannigfachste Weise ausgedrückt worden ist. Wenn sie in ihren Ersolgen nicht immer vor Augen trat, so ging es dieser Thätigkeit, wie so mancher Thätigkeit, die oft darum am segenreichsten ist, als sie manches verhindert, was außerdem eben zu Tage käme. Es ist vielleicht der Charakter der Thätigkeit der Zentralgewalt im Allgemeinen in dieser ganzen Zeit nur der einer verhindernden Thätigkeit gewesen, und hat es sein müssen, denn ihre Aufgabe war ja, während diese hohe Versammlung das Verfassungswerk beriet, ihr die nöthige Ruhe dazu zu verschaffen und das Vaterland in einen Zustand zu bringen, in welchem diese Berathung zu vollenden überhaupt möglich wäre. Die Absendung eines Reichskommissärs nach Posen ist dagegen nach Ihrem eigenen Verlangen geschehen, indem Sie wollten, daß die Abgrenzungslinie nicht gezogen würde, ohne das Ansehen der Zentralgewalt. Wenn wir serner Personen damit beauftragen, auf die Vereinigung der kleineren Länder Deutschlands zu größeren Staatsverbänden hinzuwirken — ist dies nicht in Ihrem Sinne gehandelt? Der Redner sucht dann einen Maßstab an die Hand zu geben, nach welchem man die den Reichskommissären zu bewilligende Entschädigung gerechter würdigen werde. Reichsminister der Finanzen v. Beckerath zeigt aus dem Vergleiche mit andern Staaten, daß sowohl die Ansätze für die auswärtigen Angelegenheiten, als für das Handelsministerium eher noch zu hoch als niedrigst übersetzen hätten, und sie sie hoch genannt werden könnten. Anlaut aber auf die drückenden Gefühle, wie Eisenstuck, stehe er mit dem freudigsten vor der Versammlung, als der erste Reichsminister der Finanzen, der ihr sein Budget überreiche, und er hoffe, das Vaterland solle die Früchte davon ärnten. Reichsjustizminister v. Mohl gibt einen Ueberblick über seinen weitläufigen und anstrengenden Geschäftskreis, um damit sogleich einem von dem Abgeordneten Jospeh früher ausgesprochenen Antrage zu begegnen, der sein Justizministerium als etwas ganz überflüssiges aufgelöst sehen will. Der Stadt Frankfurt, führt er fort, seien von Reichswegen juristische Hilfsarbeiter gestellt worden, damit sich der Septemberprozeß, den die gewöhnlichen Kräfte rasch zu bewältigen ausser Stande gewesen, nicht auf Jahre hinaus zum Nachtheile der Gefangenen und Angeschuldigten verschleife. Auch würden durch die 25,000 Gulden von Stadt keineswegs die Kosten abgenommen, sondern nur ein Theil derselben bestritten. Auch der Reichsministerium Duckwitz läßt sich vernehmen. Es ist kaum einem Ministerium bei einem geringen Personal so viel Arbeit zugemuthet worden, seins hat so viele Schwierigkeiten zu überwinden, als Ihr Handelsministerium. Ich kann nur wünschen, daß es uns gelingen möge, in den wenigen und gegebenen Monaten, alle jene Vorarbeiten zu bewältigen, welche die künftige Gesetzgebung erforderlich machen. Ich widerspreche bei dieser Gelegenheit, daß ein geeigneter Schutz der deutschen Industrie, meiner Meinung nach im innigsten Zusammenhange steht mit dem Aufschwunge des deutschen Handels und der Schifffahrt. Die von mir beabsichtigten Vorlagen werden zeigen, daß ich damit allen Parteien gerecht zu werden suche. Endlich tritt auch der Präsident des Reichsministeriums von Gagern auf: „Es ist ein großes Mißverständniß, wenn man annehmen wollte, nach dem Worte Kabinet, habe ich nur die Absicht, die Ausgaben des Hofes zu gehören. Der Ausschuß allerdings Recht hatte, in seinem Berichte zu vermeiden, daß ein gegliedertes Kabinet des Reichsverwesers bestehe, welches in die Staatsgeschäfte eingreife. Dies ist mit nichten der Fall. Ich brauche nicht hinzuzufügen, um dem Schrecken vorzubeugen vor dem Begriffe eines besonderen Kabinets, als den Umstand, daß die Person desjenigen, der bisher das Kabinet bildete, gestorben ist, nämlich des Reichsverwesers, seit der kurzen Zeit seines Hierseins bereits zweimal gewechselt hat, und daßselbe gegenwärtig gar nicht besetzt ist. Von einem gefährlichen Einflusse eines solchen Kabinets auf die Verwaltung der Reichsgeschäfte kann also nicht die Rede sein und ich bitte Sie, meine Herren, die Ruhe mir so zu bewilligen, wie sie vom Ausschusse gestellt ist, denn es möchte nicht angemessen sein, Sr. kaiserlichen Hoheit einen Reichsverweser eine Summe in der Weise zu verwilligen, wie es Ihrer Eisenstuck vorgeschlagen hat." Es wird Schluß der Debatte beantragt. Allein der Schriftführer Jucho will auch das Bureau nicht unvertheidigt lassen, worauf er die Ansätze für die Stenographen der Nationalversammlung (8 Gulden 45 Kreuzer für Jeden täglich) für den Kanzleidirektor (eben so viel), für die Hilfsleistenden u. s. w. in Schutz nimmt. Dann erwidert er auf Bischmann's Verwürfe, Frankfurt sei keine reiche Stadt, wenn bei 60,000 Einwohnern habe sie 12 Millionen Schulden. (Ruf nach Schluß.) Auch wögen sich die Vortheile von der Anwesenheit der Nationalversammlung durch manche Lasten auf. Was die Adresse aniange, welche die Frankfurter konstituirende Versammlung erlassen, so sei dies eine Mißtrauensadresse gegen die Nationalversammlung gewesen. (Wiederholter Ruf: Schluß!) Auch trage die Stadt keine Schuld an den Septemberereignissen (Schluß!) und die Bürgerwehr anerkenne, daß sie sich mindestens nicht besser benommen. Ungeduld und Lachen. Der Präsident schafft indeß Ruhe für Jucho's ferneren Vortrag, der sich dahin richtet, daß aus Rücksichten der Billigkeit die 25,000 Gulden Untersuchungsbosten bewilligt werden möchten. Schulz aus Darmstadt zieht seinen Antrag zurück. Von der linken Seite bemerkt sich Dr. Rosmäßler und Genossen, dem persönlichen Wissen der Mehrheit gegenüber, eine motivirte Erklärung vor ihren Wählern wider jede Theilnahme am solgenden Beschlusse. (Unwillige Bewegung im Hause.) Schoder beantragt Herabsetzung der Ministergehalte auf jährlich 10,000 fl., die der Staatssekretäre auf 5000 fl. Der präjudizielle Antrag Wiesner's auf Vertagung bis nach der Entscheidung über Oesterreichischen Angelegenheit wird verworfen. Wigard und Mammen bestehen auf Abstimmung über die einzelnen Sätze, sondern auch über die einzelnen Ansätze. Rösler von Oels legt sogar Verwahrung vor den Augen des ganzen Deutschland gegen die hier gefällte Meinung ein (Oho), als sei es der Versammlung unwürdig, der Verwaltung der Fürsten des Volkes in Einzelheiten nachzugehen. Lachen — denn woggen sei dieser Rösler mit so viel Emphase verwahrt, ist gar nicht bekannt worden. Für Eisenstuck's Antrag in Bezug auf das sogenannte Kabinet des Reichsverwesers erheben sich nur wenige Mitglieder. Andere Anträge fallen theils durch die Abstimmung, theils werden sie von den Antragstellern zurückgenommen. Bewilligt werden hierauf dem Ausschußberichten den

Mehrheit gemäß die sämmtlichen nachfolgenden Positionen: A. Besoldungen der Minister und Unterstaatssecretäre 46,25⁵ fl. 32 kr.; B. Vorschlag für das Cabinet und die Wohnung des Reichscorrespondenten 23,800 fl.; C. Voranschlag für die Nationalversammlung und den Hünfziger Ausschuß 116,600 fl.; D. Voranschlag für das Präsidium des Reichsministeriums und das Gesammtministerium 11,119 fl. 50 kr.; E. Voranschlag für das Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten 117,640 fl.; F. Voranschlag für das Reichsministerium des Innern 21,293 fl. 20 kr.; G. Voranschlag für das Reichsministerium der Justiz 13,206 fl. 40 kr.; H. Voranschlag für das Reichsministerium des Handels 21,606 fl. 40 kr.; I. Voranschlag für das Reichsministerium des Kriegs 4,818,010 fl. 29 kr.; K. Voranschlag für das Marinedepartement 5,323,000 fl.; L. Voranschlag der Finanzen 6210 fl.; im Ganzen 10,518,622 fl. 32 kr. Zugleich schickte die Versammlung der Berathung des Ausschusses in folgenden Anträgen bei: Das Bureau des Hauses hat die Baustrapen, sich sofort mit einer detaillirten Revision des Ausgabenbudgets für die Nationalversammlung zu beschäftigen und jede irgend thunliche Ersparniß vorzuziehen. Die Besoldungen der Reichsminister für die Periode bis zum 31. Dez. 1. 3. auf monatlich 1000 fl., die der Unterstaatssecretäre für dieselbe Periode auf monatlich 5000 fl. und das Fouragegeld des Reichskriegsministeriums auf monatlich 83 fl. 20 kr. festzusetzen. Diejenigen Kosten, welche der Stadt Frankfurt durch die von dem Reichsminister der Justiz veranlaßte Zuziehung von Hülfsbeamten in der Verbrechen und Vergehen des 16. und 18. Sept. 1. 3. betreffenden Untersuchung entstanden sind, auf die Reichscasse zu übernehmen und das Reichsjustizministerium zu ermächtigen, den Betrag dieser Kosten in dem nächsten Budget in Einnahme und Ausgabe vorzuziehen. Die obige Ausgabesumme des Ausschusses mit 217,456 fl. 42 kr. bewilligt gerecht ist, so schließt die Berathung über das Budget damit, daß die Erhebung dieser Summe durch Matrikularbeiträge und die deßfalls vom Reichsminister der Finanzen zu erlassende Verordnung genehmigt wird. Darnach wird zur Berathung des Verfassungsentwurfs: Artikel VI. 20 vom Reichstage, geschritten. Zum Beschluß erhoben werden die folgenden Paragraphen: §. 20. Der Reichstag versammelt sich jedes Jahr am Sitze der Reichsregierung. Die Zeit der Zusammenkunft wird vom Reichsoberhaupte bei der Einberufung angegeben, insofern nicht ein Reichsgesetz dieselbe festsetzt. Außerdem kann der Reichstag zu außerordentlichen Sitzungen jeder Zeit vom Reichsoberhaupte einberufen werden. §. 21. Das Volkshaus kann durch das Reichsoberhaupt aufgelöst werden. In dem Falle der Auflösung ist der Reichstag binnen 3 bis 5 Monaten wieder einzuberufen. §. 22. Die Auflösung des Volkshauses hat die gleichzeitige Vertagung des Staatenhauses bis zur Wiederberufung des Reichstages zur Folge. Die Sitzungsperioden beider Häuser sind dieselben. §. 23. Das Reichsoberhaupt bestimmt das Ende der Sitzungsperiode des [illegible] Gesetz auf Beteg stellt einen Antrag an den Gesetzgebungs-Ausschuß in Betreff der sich daraus ergebenden politischen Untersuchungen. Von Wurtte aus Beteg wird ein Schreiben an den Präsidenten verlesen, in welchem er sich bereit, daß ein von ihm eingereichter Antrag nicht gedruckt und dadurch dem jetzigen Hause vorenthalten worden sei. 2⁵, über Nachmittags wird darauf die Sitzung geschlossen. Morgen: fortgesetzte Berathung über den Verfassungsentwurf. (D. Z.)

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 24. Dez. Beiliegend übersende ich Ihnen einen Entwurf für die Wahl des Reichsoberhauptes, welcher im Gegensatz zu dem von Dahlmann ausgearbeiteten, wenigstens das Gute an sich hat, daß er einfach gemacht ist, keinen neuen deutschen Reichsthümer verlegt, die Bauernschwierigkeit, die Unbilligkeit der Kaiserwürde umgeht, den deutschen Reichsfürsten ihr angestammtes Recht auf die Kurwürde zurückgibt und endlich die Reichsgewalt einfach, ohne hintergedanken und lästige Bedingungen einem Einzelnen übertragt, ganz in derselben Art und Weise, wie sie sich im Laufe dieses Jahres, wenn nicht als die absolut beste, doch als die nächstleicht allein mögliche erprobt hat. Der Entwurf geht von der neuen Koalition aus, welche seit Bayerns unseligem Programme die Mehrheit in der deutschen Reichsversammlung erlangt hat, er möchte, wenn nicht alle Zeichen trügen, ohne wesentliche Abänderungen von derselben angenommen werden. Was ihn besonders auszeichnet, ist die verständige Stimmenvertheilung nach neun Staatengruppen, genau entsprechend den bestehenden Staatenkreisen und Majoritätsmissionen; Deutschland und Preußen je mit zwei Stimmen; hier wegen der Cechen und Deutsch-Oesterreicher, dort wegen des östlichen und rheinischen Ländergebietes; dann Bayern gegenüber dem niedersächsischen Staatenvereine; Würtemberg und Baden, aufgewogen durch Oberssachsen und Thüringen und endlich als Uebergang zwischen dem Süden und Norden die hessen-fränkischen Lande am Mittelrhein mit der neunten Stimme. Ein solcher Vorschlag trägt den Keim des Lebens in sich, denn er ist gerecht und naturgemäß, er wird, so steht zu hoffen, auch der Stimmenvertheilung für das Staatenhaus bei der zweiten Lesung zu Grunde gelegt werden, falls die dortigen nicht die Ansicht durchgedrungen sein wird, dieses Haus nicht schlechthin, wie vorgeschlagen ist, aus überzähligen Beamten und abgenutzten Professoren zusammenzusetzen zu lassen, sondern in demselben den großen, acht conservativen Interessen des Grundbesitzes, der Gewerbe und des Handels einen das Gemeinwohl fördernden und in Deutschlands Einigkeit befestigenden Wirkungskreis einzuräumen.

Folgendes ist der Eingangs erwähnte Entwurf: „Das Reichsoberhaupt." Artikel I. §. 1. Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem deutschen Fürsten auf vier Jahre übertragen, durch die Wahl der regierenden Fürsten des deutschen Reichs. §. 2. Der Gewählte führt den Titel „deutscher Reichsverweser." §. 3. Die Wahl geschieht durch ein Kollegium von Wahlfürsten alle vier Jahre am 1. Oktober zu Frankfurt am Main, zum ersten Male aber am 15. Februar 1849. §. 4. Deutschland wird zu diesem Zwecke in 7 Wahlkreise eingetheilt, welche, jeder durch einen Wahlfürsten bei der Wahl vertreten sind. 1) Oesterreich mit 2 Stimmen, 2) Preußen mit 2 St. 3) Bayern mit 1 St., 4) Sachsen und die übrigen königlichen Staaten mit 1 St., 5) Hannover und die thüringischen Staaten mit 1 St., 6) Würtemberg und Baden mit 1 St., 7) Beide Hessen, Luxemburg, Nassau und die 4 freien Städte mit 1 St. Zusammen neun Stimmen. §. 5. Für jeden der vier letzten Kreise wird die Uebertragung der Wahlstimme auf den angesehensten Fürsten durch einen besondern Staatsvertrag getroffen. §. 6. Mit der vollzogenen Wahl hat die Verrichtungen des Wahlfürstenkollegiums beendigt. §. 7. Die erste Wahl des deutschen Reichsverwesers am 15. Februar 1849 wird durch die verfassunggebende Reichsversammlung bestätigt. §. 8. Der Reichsverweser besteigt eine Zivilliste, welche der erste ordentliche Reichstag auf die ersten 4 Jahre bis 31. Dezember 1852 festsetzt. Artikel II. Der Reichsverweser ist unverletzlich und unverantwortlich, (u. s. w. nach dem Vorschlage der Subkommission des Verfassungsausschusses.)

Frankfurt, 22. Dez. Hr. v. Schmerling ist gestern Abend nach Olmütz abgereist. (D. Z.)

Bayern. *Aus Bamberg* 21. Dez. ist uns folgende Verordnung auf einen frühern Artikel unsers Blattes mit dem Ersuchen um Aufnahme zugekommen. „Der Blatt vom 19. Dezember No. 149 enthält in seinem politischen Theile einen Korrespondenzartikel aus Bamberg, welcher den Sieg des hiesigen Volksvereins bei den Landtagswahlen dem Vorstande des konstitutionellen Vereins, also mir, in die Schuhe schieben möchte. Denn auf meinen Antrag soll ein Verfahren beliebt worden sein, welches im Widerspruche mit dem Wahlgesetze und der Wahlzusammenkunft von dem Ausschusse, sondern auch andern Personen die Anwesenheit bei dem Eintragen der Wahlzettel und die gleichzeitige Kenntniß nicht nur der Gewählten, sondern auch ihrer Wähler möglich machte. Ich erwiedere diese auf irrigen Voraussetzungen beruhende Anschuldigung durch wahrheitsgemäße Erzählung des Sachverhalts: Nachdem der Wahlkommissär seine Wahlrede eröffnet hatte, ging ich, um den Ausschuß für ein kleines Nebenzimmer des Wahllokals zurück und als zwei angesehene Wahlmänner dieser Stadt nach 12 Uhr jenes Nebenzimmer, in welchem sie der Eröffnung der Wahlzettel kurze Zeit beigewohnt hatten, verließen, schloß man unmittelbar hinter ihnen die Thüre. Dieß erregte Aufsehen unter den im Wahllokale zahlreich anwesenden Wahlmännern, und es ergab sich von mehreren Seiten das Verlangen, die Wiederöffnung dieser Thüre beantragen. Ich öffnete die Thüre und bemerkte dem Wahlausschusse, wie es den anwesenden Wahlmännern wünschenswerth erscheine, bei der Zusammenstellung des Wahlresultates gegenwärtig sein zu können, wie ein gesetzliches Hinderniß diesem Wunsche nicht entgegenstehe, und es beschloß mehrstrechend sein Gehör, bis von dem Nebenzimmer in das Wahllokal führende Thüre offen zu lassen. Mit Einer Silbe aber verlangte ich die Kundgebung der Wähler. Hiefür kann ich durch Zeugen vollgültige Probe liefern, und ich weise daher die mir gemachte Anschuldigung mit Indignation zurück. In der Anwesenheit der Wahlmänner bei der Eröffnung der Stimmzettel liegt keine Verletzung des Gesetzes oder der Ausführungs-Instruktion, keine Beeinträchtigung der Wahlfreiheit. Hat der Wahlkommissär die Namen der Wähler abgelesen, und dadurch der Instruktion zuwider gehandelt, so geschah dieß ohne meinen Antrag, ja ich äußerte darüber gegen mehrere Bekannte mein Bedauern. Ich legte keine Falle, kann also mein Auftreten, welches Ihr Korrespondent zu verschärfen sucht, als hätte ich mit den Demokraten unter einer Decke gespielt, jedermann gegenüber rechtfertigen und erwarte in aller Ruhe das Urtheil des konstitutionellen Vereins. Als entschiedener Freund der Oeffentlichkeit und bekanntlicher Widersacher jeder unnöthigen Heimlichkeitskrämerei ohne Verletzung der Klugheit, der Moralität oder des Gesetzes habe ich gehandelt. Ich fordere meinen anonymen Gegner auf, das Gegentheil zu beweisen. Kreitmair, Advokat.

Durch das Vorstehende wird zwar die Herrn Kreitmair persönlich angehende Frage aufgeklärt, allein die bei dem Wahlakte vorgekommenen Unregelmäßigkeiten, das gesetz- und instruktionswidrige Vorlesen der Namen der Wähler neben denen der Gewählten, erhält dadurch nur eine neue Bestätigung, und das ist die, allerdings Herrn Kreitmair nicht persönlich berührende, Hauptsache, welche unserer Ansicht nach jetzt um so mehr in der Kammer zur Sprache kommen muß.

Preußen. Man schreibt aus *Berlin*, 19. Dez.: „Neulich wurden in Berlin die „Monatsherrn" von Naumach aufgeführt. Bei den Worten: „Wir wollen keinen Thron", klatschten mehrere Zuschauer. Sogleich erhob sich ein ungeheurer Lärm. Die große Mehrheit der Anwesenden verlangte, daß die Klatschenden entfernt würden. Erst nach längerer Unterbrechung konnte die Vorstellung fortgesetzt werden. Dergleichen Auftritte sind jetzt häufig in den Theatern, und stehen im wunderbaren Gegensatze mit der Stimmung, welche dieses Publikum im vorigen Winter zeigte. Damals wurden von der Mehrheit nur oppositionelle Ansichten beklatscht, je gehässiger ein Ausfall gegen das Bestehende war, desto mehr Beifall fand er."

Italien.

(Korresp. der Times.) *Neapel*, 7. Dezbr. Herr Temple, der englische Minister in Neapel, hatte dieser Tage eine lange Unterredung mit

dem König, die als Vorspiel zu dem Drama gelten darf. Die Balastwände haben Ohren, und sie trägt man sich denn mit einer Skizze des Gespräches, die ich Ihnen mittheilen will ohne für ihre Richtigkeit zu bürgen. „Wir Engländer," sagte der Diplomat, „müssen die Sicilianer schützen; wir sind Ihnen halber dazu verbunden." „Ich bin sehr dankbar," antwortete der König, „für die Sorge die England für meine Unterthanen trägt. Ich wollte nur, ich hätte die Macht und die Mittel Ihrer Maj. der Königin Victoria gleich nützlich zu werden." „Ja," fügte Hr. Temple bei, „Sicilien hat Ansprüche an uns, und wir müssen es schützen." „Richtig!" entgegnete S. Maj.; „aber Neapel, glaub' ich, hat auch Ansprüche, und Sie werden hoffentlich auch Neapel nicht vergessen." „Ew. Maj. werden wohl geeignet finden, der Insel ihr eigenes eingeborenes Heer zu bewilligen, und alle Neapolitaner von den Waffen zu entfernen." „O gewiß, wenn Ihre Königin uns die Ehre erzeigt, mit gutem Beispiel in Irland voranzugehen. Mein Wort darauf, ich will Schritt vor Schritt jeder Maßregel folgen, welche Ihre Maj. für jenen Theil ihres vereinigten Königreichs faßt." „Die Fälle, Sire! scheinen mir nicht analog." „Allerdings nicht ganz. Kein Theil Irlands ist in der Gewalt eines Rebellenheers, und nirgends sitzt dort ein einer Provinzialbehörde eine politische Regierung, welche der in der Hauptstadt bestehenden Trotz bietet. Daher könnte die Königin gefahrlos einen Theil ihrer Truppen aus Irland zurückziehen, während ich beinahe mein halbes Heer brauche, den Theil Siciliens zu schützen, der meiner Autorität gehorcht." „Ew. Maj. sollten den Rath nicht verschmähen, Ihren Unterthanen Vertrauen einzuflößen." „Ei, der Mann ist in offener Empörung!" „Nun denn, den Rath den Sie wollen, Sire! Sie sind alle meine erklärten Feinde. Wollen Sie, ich soll abdanken? Wie lange würd' ich die Insel besitzen, wenn diese Leute die Exekutive bliebeten? Hören Sie, Hr. Temple, was ich thun will. Ich will den Sicilianern die Konstitution von 1812 geben, und eine getrennte Verwaltung, deren Mitglieder die Krone ernennt. Ja, ich will noch mehr thun. Palermo soll eine Besatzung von Schweizern auf so lange haben, bis die Ruhe hergestellt ist. Politische Truppen einzuverleiben erlaube." Dies sind Bruchstücke aus der Unterredung im Palast, die ich gehe wörtlich sie gehört habe. Das schlimmste ist, aber freilich erklärlich genug, daß der König und Hr. Temple einander nicht trauen. Das Orakel Sr. Majestät ist fortwährend der russische Gesandte, und sein Idol der Czar Nikolaus — freilich nicht das empfehlenswertheste Vorbild für einen „konstitutionellen Monarchen."

Frankreich.

*Paris, 22. Dez. Noch am Abend des 20. hatte eine Extrabeilage des „Moniteur" die Zusammensetzung des neuen Ministeriums gebracht, genau so wie wir dieselbe bereits in unserm Hauptblatte vom letzten Sonntag mitgetheilt haben.

Die Rede Ludwig Napoleon Bonaparte's vor der Nationalversammlung nach seiner Eidesleistung lautete: „Die Stimme der Nation und der Eid, den ich so eben geleistet habe, zeichnen mir mein künftiges Benehmen vor. Meine Pflichten sind mir vorgeschrieben, ich werde sie als Ehrenmann erfüllen. Ich werde Freund des Vaterlandes in allen Dennen sehen, die da suchen würden, durch ungesetzliche Mittel Das zu ändern, was ganz Frankreich eingesetzt hat. (Sehr gut!) Zwischen mir und Ihnen, Bürger Vertreter, kann es keine wirklichen Meinungsverschiedenheiten geben. Unser Wille, unsere Wünsche sind dieselben. Ich will, wie Sie, die Ruhe, Ordnung, Wohlfahrt und Größe Frankreichs sicher stellen, die bemokratischen Institutionen befestigen, und Alles aufbieten, um die Leiden dieses hochherzigen und unglücklichen Volkes zu lindern, das mit einem so glänzenden Beweis seines Zutrauens gegeben hat. Die Majorität, die ich erhalten habe, erfüllt mich nicht nur mit Erkenntlichkeit, sondern sie wird auch der neuen Regierung die moralische Kraft geben, ohne die keine Autorität bestehen kann. Mit dem Frieden und der Ordnung wird sich unser Vaterland wieder aufrichten, seine Wunden heilen, die Vertreten auf den rechten Weg zurückleiten, und die Leidenschaften beschwichtigen. Beseelt von dem Geiste der Versöhnung und Verzeihung, habe ich redliche, fähige, und dem Lande ergebene Männer zu wir berufen, und bin überzeugt, daß sie, trotz der Verschiedenheit ihres politischen Ursprungs, darin übereinstimmen werden, mit Ihnen zur Aufbildung der Verfassung, zur Verbesserung der Gesetze, und zum Beweis der Republik zusammen zu wirken. Die neue Verwaltung muß bei ihrem Eintritte in die Geschäfte ihrer Vorgängerin für die Bemühungen danken, die sie angewendet hat, um die Staatsgewalt ungefährdet abzugeben und die öffentliche Ruhe zu erhalten. Das Betragen des ehrenhaften Generals Cavaignac wird der Wiederkeit seines Charakters und des Pflichtgefühls würdig, das die erste Eigenschaft einer Staatsverbandsart ist. Bürger Vertreter! wir haben eine große Aufgabe zu erfüllen: es ist die, eine Republik im Interesse Aller zu gründen, und eine gerechte, feste Regierung, beseelt von der aufrichtigen Liebe für den Fortschritt, ohne reaktionär oder utopistisch zu sein. Seien wir die Männer des Landes, nicht die einer Partei, so werden wir mit Gottes Hilfe wenigstens das Gute thun, wenn wir nichts Großes thun können." (Allgemeiner, anhaltender Beifall.)

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Fremdenanzeige.

Bayer. Hof. Oberdegn, Majorin, von Bamberg. Fräulein Schilling, von Bamberg. Graf Quinto-Diesendorf, von Augsburg.

Gold. Hirsch. Graf Ulefeldt, preuß. Gesandter, aus Italien. Otis, Architekt, aus Amerika.

Hotel Maulick. Marquis v. Crisi, Rentier, von Modena. Fricki, Künstler, aus Griechenland. v. Kabolitsch, von Linz. v. Gratzky, Privatier, von Linz. Maussion, Rentier, von Paris. Drer, Kaufmann, von Paris.

Gold. Hahn. Glas, Gastgeber, von Freising. Lujo, Negotiant, von Triest. Aler, Maler, von Hamburg. Kaufmann, Kaufmann, von Jehenhausen. Kreitmaier, Privatier, von Mühlburg.

Blaue Traube. Chiany, Portikulier, von Neuzill. Zahrzeit, Geistlicher, von Rudka. Bauste, Gerichtsdiener, von Ernstbach. Hader, Partikulier, von Landshut. Banner, Direktor, von Augsburg. Frhr. v. Gravenreuth, Rittmeister, von Landshut. Schmid, Wirth, von Zölz.

Stachusgarten. Zeßner, Accessist, von Kaufbeuren.

Gestorbene in München.

Ernst Baumgartner, Bürgerl. Gastwirth, 61 J. a. Rosel Burdamm, Handelsmann von Traberdorf, 63 J. a. Michael Siebl, Maurer von hier, 45 J. a. Klara Daniel, Polizeidienerswittwe, 82 J. a.

Versammlung der Aerzte

aus dem Vereinsbezirke München (Stadt und Landgerichte: Au, Bruck, Dachau, Erding, Freising, Moosburg, München und Starnberg) Donnerstag den 28. Dezember Abends 7 Uhr im Gasthofe zur blauen Traube in München.

Der provisorische Ausschuß des Kreisvereins.

Jtg.

Bekanntmachungen.

Einladung zur Pränumeration

auf die

Grazer Zeitung

für das Jahr 1849.

Beinahe im Mittelpunkte Oesterreichs gelegen, ist unsere Zeitung berufen, ein Organ dieses Gesammtstaates zu sein. Wir erhalten aus allen Theilen der Monarchie und Deutschlands schnelle Korrespondenzen. Die Redaktion strebt mit sich ihre jener Parteigerichte gestellt, und versagt in ihren Spalten das Zieh ehrner auf Recht, Wahrheit und Sitte sich fußenden Freiheit, die allen Völkerschaften des großen Länderkomplexes ihre Nationalrechte möglichst gewährleisten soll. — Einen entschiedenen, aber besonnenen Fortschritt zu fördern, liegt in der Aufgabe, welche sich unsere Zeitung zunächst gestgesetzt hat und kräftig zu verwirklichen strebt. Die Grazer Zeitung erscheint täglich und wird mit der Post auch täglich an die Orte außer Gray versendet; versehen wird, wie bisher, das Provinzial-Amts- und Intelligenz-Blatt und dreimal die Woche das belletristische Blatt „der Volksfreund" beigegeben. Die äußerst billig gestellten

Pränumerations-Preise

für die täglich in Groß-Folio-Format erscheinende Grazer Zeitung sind:

a) im Orte Gray: ganzjährig 16 fl., halbjährig 8 fl. und vierteljährig 4 fl. K.-M.,

b) bei allen Postämtern mit täglicher Zustellung unter Kouvert ganzjährig 20 fl. und halbjährig 10 fl. K.-M.

Jene verehrten Abnehmer, welche die Zeitung mit der Post zugesendet wünschen, belieben die Pränumeration bei den Postämtern möglichst bald einzuleiten, damit die Zusendung derselben mit dem 1. Januar 1849 pünktlich erfolgen kann.

Gray, Anfangs Dezember 1848.

Der Verlag: Die Redaktion:
Andreas Leykam's Buchhandlung. Ritter v. Kleinmayr.

(3a)

264. (3c) So eben ist erschienen und dem Herausgeber (Tannenstraße hinter der Dorotheenkolonne Nro. 11 a im ersten Stocke) zu haben:

Anleitung

zur

Bauzeichnungs-Kunde

für

Gewerbs- und Feiertags-Schulen sowie zum Selbstunterrichte.

Herausgegeben

von

Ferdinand Jodl,

königl. Bauhaus-Inspektor.

Ein Tabier mit 32 lithographirten Tafeln — Vorlagen und ein Heft erläuternden Text.

Preis 5 fl.

München den 29. Nov. 1848.

Anzeige.

317. (3b) Da bei weitem noch nicht alle ausgegebenen Listen zur Einsammlung auf meine Gebet- und Erbauungs-Bücher zurückgekommen sind, so kann die Vertheilung der Bücher am 29. Dezember 1848, welcher Tag dazu bestimmt war, noch nicht geschehen; sondern muß auf den 29. März 1849 verschoben werden, wo sie aber unfehlbar stattfinden wird. — Indem dieses den Titl. Subskribenten angezeigt wird, bemerkt man auch, daß bis zum 29. März immer noch Subskriptionen angenommen werden.

München, am 22. Dez. 1848.

Michael Hintzel.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Deutsche Reichsversammlung.

(143. Sitzung vom 23. Dezbr. Tagesordnung. 1) Fortsetzung der Berathung über den vom Verfassungsausschuß vorgelegten Entwurf „der Reichsrath," und zwar über Artikel VII. §. 24 und folgende. 2) Ersatzwahlen in den völkerrechtlichen Ausschuß für den ausgetretenen Abgeordneten Stenzel und die zeitweise abwesenden Abgeordneten Hecscher und Raumer aus Berlin, Mittermaier aus Heidelberg, den Abgeordneten v. Trützschler, Marcks und Grumbrecht, Namens des Prioritäts- und Petitionsausschusses erstatteten drei Berichte über verschiedene an die verfassungsberathende Reichsversammlung gelangte Petitionen und Eingaben. 4) Berathung über den vom Abgeordneten Carl, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Bericht über Anträge und Petitionen, das Eisenbahnwesen betreffend. 5) Berathung der Namens des Ausschusses für Wehrangelegenheiten erstatteten Berichte: a) über zwei von dem Abgeordneten Heisterbergk gestellte Anträge — erstattet vom Abgeordneten Stavenhagen; b) über mehrere Petitionen, Wehrangelegenheiten betreffend, erstattet vom Abgeordneten Teichert; c) über die Petition der Schützengilde in Falkenberg, erstattet vom Abgeordneten Scheuffing; d) über die Eingabe des Zentralvorstandes des allgemeinen Arbeiterschen Schützenvereins in Teltau, — erstattet vom Abgeordneten Scheuffing. 6) Berathung des vom Abgeordneten Kirchgeßner, Namens des Ausschusses für Geschäftsordnung, erstatteten Berichts über den Antrag des Abgeordneten Pinckert, die Präsidentenwahlen betreffend. 7) Berathung des vom Abgeordneten Pfeiffer, Namens des völkerrechtlichen Ausschusses, erstatteten Berichts über ein Gesuch des Pfarrers F. W. Schellenberg zu Cleeberg, Seelsorgerkandidat betreffend. - Vorsitzender: Präsident Gr. Schinson. Der Austritt des Abgeordneten Hrn. v. Platen aus Hannöver und der Nationalversammlung wird angezeigt. Schluß des Protokolls. Interpellation des Reichsministeriums des Kriegs wegen anhaltender Besetzung des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt mit Truppen. Herr Thinnes aus Eichstädt nimmt seine Austrittsanzeige zurück, indem sich die Umstände geändert hätten, die ihn veranlassen wollten, mit dem 1. Jan. aus der Versammlung auszuscheiden. Aus Hume ist ein Flottenbedarf von 100 fl. Kony v. W. unmittelbar durch das Handelsministerium eingegangen (Bravo!). Die Herren Meier, aus Mecklenburg, Günther aus Altenburg und Genossen beantragen, 100,000 Abdrücke der Grundrechte, in der Form des Reichsgesetzblattes, zur Vertheilung an die Abgeordneten und durch diese an die Wähler. Wird mit 153 gegen 148 Stimmen genehmigt. Rößler aus Oels will die Grundrechte authentisch in die slawischen Landessprachen übersetzt sehen und behält sich deßhalb den Antrag vor. Kreyse aus Stargard ruft den völkerrechtlichen Ausschuß an, wegen Berichterstattung über einen von ihm aus mehreren Provinzen eingegangenen Antrag, in Betreff des Sundzolls. Schubert aus Königsberg erklärt im Namen des Ausschusses, daß derselbe Gegenstand neuerdings auch durch einen von Rahm, Oberrath und fünfzig Genossen unterzeichneten Antrag angeregt worden und Begutachtung für die ersten Tage des neuen Jahres zu verbreiten sei. Nachdem die Wiederaufnahme der Berathung des völkerrechtlichen Ausschusses eingetreten sind, wird die Sitzung bis dahin um 4½ Uhr Nachmittags geschlossen.

(Artikel VII. §. 24. Jedes der beiden Häuser wählt seinen Präsidenten und die Vizepräsidenten für sich ebenso die Schriftführer. Der Zweck der Ausschußwahlen: „und zwar für die Dauer einer ganzen Sitzungsperiode," in diesen Paragraphen wird verworfen, ebenso wie die Bestimmung der Wiederwahl, daß diese Wahl auf einen Monat geschehen solle. §. 25. Die Sitzungen beider Häuser sind öffentlich. Die Geschäftsordnung eines jeden Hauses bestimmt, unter welchen Bedingungen vertrauliche Sitzungen stattfinden können. §. 26. Jedes Haus prüft die Vollmachten seiner Mitglieder und entscheidet über ihre Zulassung. Zu dem folgenden Paragraphen bemerkt der Berichterstatter des Ausschusses, Beseler, vor der Abstimmung, daß die nachfolgende Streitabstimmung nicht unerheblich sei, da sie darüber bei Wahlprüfungsstreitigkeiten, über die Bekommung einer Einzelsitzung verfüge, durch ein einfaches Handerheben erlegt werden könne. §. 27. Jedes Mitglied leistet bei seinem Eintritte den Eid: „Ich schwöre, die deutsche Reichsverfassung getreulich zu beobachten und aufrecht zu erhalten, so wahr mir Gott helfe!" §. 28. Jedes Haus hat das Recht, seine Mitglieder wegen unwürdigen Verhaltens im Hause zu bestrafen und äußersten Falls auszuschließen. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung jedes Hauses. Diese Bestimmung kann nur durch ausgesprochen werden, wenn die Hälfte sämmtlicher Mitglieder an der Abstimmung Theil nimmt und eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen sich dafür entscheidet. §. 29. Weder Ueberdringer von Bittschriften, noch überhaupt Deputationen sollen in den Häusern zugelassen werden. §. 30. Jedes Haus hat das Recht, sich seine Geschäftsordnung selbst zu geben, mit Ausnahme derjenigen Punkte, welche die gesetzlichen Beziehungen beider Häuser zu einander betreffen. Ueber solche Punkte können beide Häuser gemeinsame Beschlüsse nur durch Uebereinkunft beider Häuser ergehen lassen. Artikel VIII. §. 31. Ein Mitglied des Reichstags darf während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Zustimmung des Hauses zu welchem es gehört, wegen strafrechtlicher Anschuldigungen weder verhaftet noch in Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That. §. 32. In diesen letzteren Fälle ist dem betreffenden Hause von der angeordneten Maßregel sofort Kenntniß zu geben. Auf Verlangen desselben gu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung die zum Schlusse der Sitzungsperiode zu verfügen. §. 33. Dieselbe Befugniß steht jedem Hause in Betreff einer Verhaftung oder Untersuchung zu, welche über ein Mitglied desselben zur Zeit seiner Wahl verhängt gewesen, oder nach dieser bis zur Eröffnung der Sitzungen verhängt worden ist. §. 34. Kein Mitglied des Reichstags darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden. Der Letztere Ausdruck ist ausschließender Zusatz „den Fall der beleidigten Privatehre ausgenommen", den v. Baumbach beantragt, wird abgelehnt. Angenommen wird dagegen die Einfügung der gesperrt gedruckten Worte „oder disziplinarisch." Artikel IX. §. 35. Die Reichsminister haben das Recht, den Verhandlungen beider Häuser des Reichstags beizuwohnen und von derselben gehört zu werden. §. 36. Die Reichsminister haben die Verpflichtung, auf Verlangen jedes der Häuser des Reichstags in demselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen. §. 37. Die Reichsminister können nicht Mitglieder des Staatenhauses sein. §. 38. Wenn ein Mitglied des Volkshauses im Reichsdienste ein Amt oder eine Beförderung annimmt, so muß es sich einer neuen Wahl unterwerfen; es behält jedenfalls seinen Sitz im Hause, bis die neue Wahl stattgefunden hat. Da somit der ganze Abschnitt des Verfassungsentwurfs über den Reichstag erledigt ist, so verzagt auf S. Beseler's Antrag die Versammlung ihre Berathung über die Nummern 3—7 der heutigen Tagesordnung auf nächsten Donnerstag den 28. Dezember. Denn hiemit sehr Beseler, wenn es auch wünschenswerth sei, die Kontinuität der Sitzungen aufrecht zu erhalten, so werde doch für die erste Berathung nach dem Feste eine möglichst „unschuldige Tagesordnung" die allein passende sein und diesem Zwecke entsprächen die unter 3 bis 7 angeführten Gegenstände vollkommen. Vom 28. Dez. sollen die Sitzungen sodann weiter und bis zum 3. Januar vertagt werden. Das Ergebniß der Abstimmung ist den volkswirthschaftlichen Ausschuß ist folgendes. Die beigebrachten Stimmenmehrheit haben erhalten die Herren von Schmerling aus Wien, Wachaus aus Jena und Lenxrus aus Oldenburg. Mehrere Mitglieder von der rechten Seite des Hauses rufen eine Verwahrung zu Protokoll ein gegen den Beschluß auf Abbruch und Ausheilung der Grundrechte, indem sie die Geschäftsbehandlung des Gegenstandes als ordnungswidrig rügen und der Versammlung auch, was das Materielle des Beschlusses anlangt, kein Recht beilegen, den Gesetzesbefehlen vorgreifen zu dürfen. Die heutige Sitzung wird darnach schon vor 12 Uhr Vormittags geschlossen.

(Amtlicher Theil der Fr. O.-P.-A.-Z.) Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 24. Nov., betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines allgemeinen Handelsgesetzbuches für Deutschland, sieht das Reichsministerium der Justiz sich veranlaßt, die nachfolgende Denkschrift der Kommission hiermit der Oeffentlichkeit zu übergeben. Frankfurt, den 21. Dezember 1848. Der Reichsminister der Justiz. (gez.) R. Mohl.

Denkschrift über die Hauptgesichtspunkte bei Entwerfung eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches, von der zur Ausarbeitung des Entwurfes eingesetzten Kommission.

Zu einer Zeit, wo die tiefwurzelnde Sehnsucht des deutschen Volkes nach Einheit ihrer Erfüllung entgegengeht, wo ein großes Werk Verfassungswerk sich der Vollendung naht, welches die Staaten Deutschlands zu einem starken organischen Ganzen überall verbindet, wo es auf eine Kraftentwicklung gegen das äußeren Feind, oder zur Hebung der geistigen und materiellen Wohlfahrt des Gesammtvaterlandes ankommt, — war es eine unabweisbare Aufgabe, diejenigen Vorbereitungen zu treffen, welche nothwendig sind, um der Nation eine baldige Verwirklichung ihrer dringendsten, in der früheren Zerrissenheit unerreichbaren Wünsche zu sichern. Unter diesen Wünschen steht in erster Linie die Einheit des Rechtes und der Gerichtsverfassung. Wie groß auch hier die Schwierigkeiten sind, welche der Herstellung dieser Einheit entgegenstehen, dem beharrlichen Streben wird ihre Ueberwindung gelingen. Am Zuversichtlichsten aber darf man dieser Hoffnung Raum geben für denjenigen Theil des Rechtes, in Anlehnung dessen das Bedürfniß der Gleichmäßigkeit am Entschiedensten hervorgetreten ist. Je lebhafter der Handelsverkehr zwischen den Bewohnern der verschiedenen Einzelstaaten Deutschlands bereits ins Leben getreten ist und noch treten wird, um so fühlbarer ist die Unsicherheit und Verlegenheit, in welche der Handelsverkehr durch die zum Theil abweichenden, zum Theil unzureichenden Normen über die den Handel betreffenden Rechtsverhältnisse versetzt wird. Ein bedeutender Schritt zur Beseitigung dieses Uebelstandes ist geschehen; eine allgemeine deutsche Wechselordnung ist verkündigt und soll mit dem 1. Mai 1849 in den deutschen Riche in Gesetzeskraft treten. Gegenwärtig handelt es sich darum, die übrigen Gegenstände des Handelsrechtes in den Umfang eines für ganz Deutschland zu verkündigenden Gesetzbuches zusammenzufassen.

Im Allgemeinen wird dabei der Gesichtspunkt festzuhalten sein, daß weniger ein neues Recht zu schaffen, als dasjenige in gesetzliche Normen zu bringen ist, was in dem Bewußtsein der zum Handelsstande gehörenden Personen bereits als Recht gilt. Es wird besondere Rücksicht darauf genommen werden müssen, daß Raubtene als Recht das Gesetz werden in Anwendung zu bringen haben. Eine Hauptaufgabe wird es sein, das

Handelsrecht von denjenigen rein positiven Vorschriften des gewöhnlichen Zivilrechts zu befreien, welche auf Gründen beruhen, die dem Handel fremd, und welche in Handelssachen nur deßhalb angewendet worden sind, weil es nicht gelungen war, die Nothwendigkeit einer Ausnahme von der Regel oder vielmehr die Nichtanwendbarkeit der Regel auf die Verhältnisse des Handels bei den Rechtsgelehrten zur Anerkennung zu bringen.

Das Ziel, welches erstrebt werden soll, besteht kurzum darin, ein Handelsgesetzbuch zu schaffen, auf Grund dessen überall im deutschen Reiche die Verhältnisse des Handels nach gleichmäßigen, die Eigenthümlichkeit desselben berücksichtigenden Normen beurtheilt werden, welches dem denkenden Kaufmann die Möglichkeit eröffnet, die Rechte und Verbindlichkeiten mit Sicherheit zu übersehen, die aus seinen Handelsunternehmungen hervorgehen, welches ihn als Kaufmann in die Lage versetzt, die zu seiner Beurtheilung gelangenden Streitigkeiten in Uebereinstimmung mit seiner Ueberzeugung von dem, was dem natürlichen Rechte gemäß sei, zugleich mit Sicherheit und mit der in Handelssachen so nothwendigen Schnelligkeit zu entscheiden.

Unverkennbar hat die Entwerfung eines Handelsgesetzbuches für ganz Deutschland ihre sehr erheblichen Schwierigkeiten. Die größte liegt wohl darin, daß das Handelsrecht auf dem gewöhnlichen Zivilrechte beruht, von welchem es nur mehr oder minder bedeutende Abweichungen enthält, daß aber diese Grundlage in den verschiedenen Einzelstaaten Deutschlands nicht dieselbe ist. Diese Schwierigkeit würde ohne vorherige Verkündigung eines allgemeinen Zivilrechtes unüberwindlich sein, wenn das Handelsrecht in alle Theile desselben und namentlich in diejenigen tief eingriffe, welche auf den öffentlichen Credit, auf das Hypothekenwesen, auf eigenthümlichen Einrichtungen beruhen. Allein es ist hauptsächlich die Lehre von den Verträgen und vertragsähnlichen Verbindlichkeiten, welche im Handelsrechte in Betracht kommt. Die Grundsätze, welche in dieser Lehre das römische Recht aus dem inneren Wesen der Sache entwickelt hat, gelten in ganz Deutschland, sei es unmittelbar, sei es in der ihnen durch neuere Gesetzbücher gegebenen Form. Es wird möglich, aber auch unerläßlich sein, die Verschiedenheiten, welche in dieser Hinsicht bestehen, für das Handelsrecht durch Aufnahme allgemeiner Bestimmungen in das Gesetzbuch auszugleichen.

Allerdings ist es nicht allein das Obligationenrecht, welches Gegenstand ausgleichender Abänderungen sein muß. Die Rechtsfähigkeit, oder vielmehr die Fähigkeit, Rechtshandlungen selbstständig vornehmen, die erste Bedingung zur Billigkeit entsprechender Verbindlichkeiten, darf in Beziehung auf das Handelsrecht nicht abweichenden Bestimmungen unterliegen, wenn von einer Einheit desselben überhaupt die Rede sein soll. Der Zeitpunkt, in welchem die Volljährigkeit eintritt oder erklärt werden kann, die Wirkungen der väterlichen Gewalt nach eingetretener oder erklärter Volljährigkeit, die Voraussetzungen, unter denen verheirathete Frauen Handel treiben und sich ohne Ehemannsklage verpflichten können, die Wirkungen der eingegangenen Verbindlichkeiten auf das Vermögen beider Eheleute müssen nothwendig in dem Handelsgesetzbuche gleichmäßig und in möglichst einfacher Weise geregelt werden. Es werden aber diese Aenderungen zum Theil nicht als Ausnahmen von Regeln, deren Fortbestehen gerechtfertigt ist, sondern als Vorläufer veränderter Regeln erscheinen; zum Theil wird die Anerkennung einer durch ein höheres Interesse gebotenen Nothwendigkeit mit den zu treffenden Bestimmungen versöhnen.

Andere wesentlich auch auf das Verfahren einwirkende Aenderungen, wie die Befreiung des Richters von den Fesseln positiver Beweisregeln, werden sich als eine Wiederherstellung des natürlichen Rechts und zugleich, weil Personen zu Gerichte stehen sollen, die nicht Rechtsgelehrte sind, als eine unbedingte Nothwendigkeit herstellen.

Was die Art der Bearbeitung des Entwurfes betrifft, so werden, um dem Handelsrechte seine Grundlage zu schaffen, namentlich in Beziehung auf das Obligationenrecht, das in Deutschland geltende gemeine Recht, das preußische allgemeine Landrecht, das österreichische und das französische Zivilgesetzbuch und die in einzelnen deutschen Staaten bestehenden besonderen Gesetze zu vergleichen und Bestimmungen zu entwerfen sein, welche die der Einheit des Handelsrechtes widersprechenden Verschiedenheiten aufheben. Da wo dieses nicht durch einzelne durchgreifende Verfügungen geschehen kann, wird es unumgänglich sein, die betreffende Lehre in dem Gesetzbuche vollständig zu behandeln. Bei den wichtigsten, im Handel am häufigsten vorkommenden Verträgen wird die Zweckmäßigkeit erfordern, daß die sie betreffenden Bestimmungen vollständig, mit Einschluß derjenigen aufgenommen werden, welche durch den Handelsbrauch eigenthümlich sind. Für das eigentliche Handelsrecht wird vor Allem zu ermitteln sein, was in den Einzelstaaten Deutschlands auf Grund von Verordnungen und nach dem Handelsgebrauche Rechtens sei, damit dasjenige, was sich zu einer allgemeinen Norm eignet, aufgenommen, das Uebrige nicht ohne Prüfung beseitigt werde. Das allgemeine Landrecht für die preußischen Staaten bietet durch die Ausführlichkeit, mit welcher es sich auch über die Gegenstände des Handelsrechtes verbreitet, ein sehr schätzbares Material, dessen Reichthum dazu beitragen wird, daß nicht leicht wichtige Gesichtspunkte übersehen werden.

Die in mehreren Einzelstaaten bereits ausgearbeiteten Entwürfe des Handelsrechtes oder sonstige legislative Vorarbeiten für dasselbe werden jede geeignete Berücksichtigung finden müssen; es ist nicht zu bezweifeln, daß die betreffenden Regierungen zu deren Mittheilung, so weit sie nicht in den Buchhandel gekommen sind, geneigt sein werden.

Das Handelsrecht des ersten Handelsvolks der Erde ist, abgesehen von einzelnen Materien, nicht in Gesetzesform gebracht worden; es werden jedoch die Handelsgebräuche Englands, so weit sie ermittelt worden können, eine besondere Beachtung in Anspruch nehmen.

Von den Handelsgesetzbüchern, welche nicht in Deutschland ihre Entstehung erhalten haben, wird das französische eine ganz vorzügliche Berücksichtigung finden müssen. Obgleich in seiner gegenwärtigen Form der neuern Zeit angehörend, hat es in seinen Hauptquellen, den Verordnungen von 1673 und 1681 die Probe langjähriger Erfahrungen für sich, welche am wenigsten einer intelligenten, den Bedürfnissen des Lebens entsprechenden Rechnung tragenden Nation ungenutzt verloren gehen. Die Zweifel und Bedenken, zu welchen seine Bestimmungen Veranlassung gegeben haben, sind nicht im Staube der Akten verborgen geblieben; sie liegen in den vollständigen Sammlungen der Urtheile der Gerichtshöfe zur allgemeinen Einsicht und Prüfung vor, und regen die Gesetzgebung zu ihrer Erledigung an.

Viele Staaten haben auch nach Aufhören der französischen Herrschaft das französische Handelsgesetzbuch unverändert beibehalten; andere haben es mit geringen Modifikationen neu eingeführt; es ist die Grundlage aller neueren Handelsgesetzgebungen geworden. Es gilt noch unverändert oder mit geringen Modifikationen: in Rheinpreußen, Rheinhessen, Rheinfelden, Baden, Belgien, im Großherzogthum Luxemburg, im Königreich Polen, in Krakau, im lombardisch-venetianischen Königreiche, in Lukkana, Parma, Piacenza und Guastalla, in Lucca; in dem Kirchenstaate ist es im Jahre 1814 unterbrochen, im Jahre 1821 wieder eingeführt; im Königreiche beider Sicilien ist im J. 1819 ein teine Bestimmungen im Wesentlichen wiedergebendes neues Gesetzbuch an seine Stelle getreten. — Neu eingeführt wurde es 1828 in Haiti, 1835 in Griechenland, 1840 in der Walachei, 1841 in den jonischen Inseln, 1843 in Sardinien.

Es ist die wesentliche Grundlage des spanischen Handelsgesetzbuches von 1829, des portugiesischen von 1833, des holländischen von 1838, des ungarischen von 1839 und 1840.

In der That eine über sämmtliche weite Kreise sich verbreitende Gleichförmigkeit des Handelsrechtes in dem augenscheinlichen Interesse des Handels liegt, um so mehr wird der Gesichtspunkt festzuhalten sein, daß eine Abweichung von den in so vielen Ländern angenommenen Grundsätzen nur gerechtfertigt ist, wenn sie durch überwiegende Gründe geboten wird. — Wenn unter Berücksichtigung des bestehenden Handelsrechts, unter Benutzung der geltenden oder einworfenen deutschen und fremden Handelsgesetzbücher und der sonstigen literarischen Hülfsmittel, über einzelne abgeschlossene Theile des Handelsrechts ein Entwurf zu Stande gekommen sein wird, dessen Motive die Gesichtspunkte, von welchen ausgegangen ist, die Bedenken, welche sich erhoben haben, und die Lücken bezeichnen, welche etwa auszufüllen sein möchten, aber nur nach vorgängiger Berathung mit Sachverständigen ausgefüllt werden können; wenn solchergestalt der berichtigende und ergänzende Kritik ein festbestimmtes und freie eröffnet sein wird, dann wird es an der Zeit sein, durch Zuziehung von andern Rechtsgelehrten und von Kaufleuten zu einer umfassenden Berathung den Kreis der Mitarbeiter zu erweitern, der, um nicht die Einheit des Entwurfes zu gefährden, die dahin ein engerer sein mußte. Der auf diese Weise berichtigte und ergänzte Entwurf wird zunächst wieder der Oeffentlichkeit zu übergeben und sodann der gesetzgebenden Gewalt Deutschlands vorzulegen sein. — Frankfurt, 12. Dezember 1848.

Widenmann. Broicher. Grimm. Thöl.

Ueber die akademische Freiheit.

* München, 23. Dezbr. Worum kündigt wohl die Universität ihre Hefte und Geschäftsstage nicht eben so dem größeren Publikum an, wie dieß von Seite der Akademie der Wissenschaften geschieht? Nur aus diesem Unterlassungsfehler können wir es uns erklären, daß der ohnlängst stattgefundenen Feier des Amtsantrittes des neuen Rektors nirgends öffentlich Erwähnung geschehen ist, obschon uns die nunmehr im Druck erschienene Festrede des Hrn. Professors Dr. Stahlbaer den bündigsten Beweis liefert, daß jener Tuhrer gerade da am praktisch in die Gegenwart eingreifendes Wort vernommen haben würde, wo man es in der Regel am wenigsten zu suchen gewohnt ist. Gestatten Sie uns, das Versäumte nachzuholen, damit dieses zeitgemäße Wort in weiteren Kreisen bekannt werde und namentlich Eltern und Jugendfreunden zur Kenntniß komme, denen ein öffentliches Gelegen Glaubensbekenntniß des Rektors der Universität mittheilend von einer eben so großen Bedeutung sein wird, als etwa das irgend eines Wahlfahnidaten.

Alter Brauch und bestimmte Vorschriften machen es jedem neuen Rektor zur Pflicht, nach seinem Amtsantritte zu den versammelten Studirenden von den Sahungen zu sprechen, auf die sie verpflichtet worden. Herr Professor Stahlbaer erklärt gleich im Eingang, daß er von dieser, wenn immerhin nach so schwierige Aufgabe in einer Zeit, wo die akademischen Bürger diese Satzungen nur als lästige Fesseln der akademischen Freiheit ansehen, gleichwohl nicht zurückgetreten sein würde, wenn eben diese Satzungen nach ein geschlossenes Ganzes bildeten und nicht vielmehr einer völligen Umgestaltung bedürften. Darum wählt derselbe ein anderes, aber nächstverwandtes Thema, — das der akademischen Freiheit, — eben weil Freiheit und Gesetz sich gegenseitig bedingen. Von der Freiheit überhaupt zu reden an solcher Stätte, was kann dazu den derzeitigen Rektor unserer Hochschule bewogen haben? Er selbst läßt uns darüber nicht in Zweifel. „Der zündende Funke des jeden Menschenbrust innwohnenten

Freiheitsfackel, — so leuen wir wörtlich, — ist nach längerer Verhüllung und Dämpfung zur himmelhoch auflodernden Flamme emporgeschlagen. Von den sich widerstreitenden Elementen gereizt, von dem Sturme der durch einzelne Böswichter absichtlich angezeigten und schlau berechneten Leidenschaften der Masse ergriffen, droht sie zum wilden, alles verheerenden Feuer werden zu wollen, und es darf uns, meine theuren akademischen Mitbürger und Freunde! bange werden, wenn wir die täglichen und in immer furchtbarerer Gestalt auftretenden Zeichen der Zeit erblicken und jene Menschen in's Auge fassen, denen zahllose Gemüthen haben geb't, die blinden Massen für verkehrte Freiheitsgedanken zu fanatisiren und das losgelassene Schiff des Vaterlandes ohne Steuer und Compaß auf die hohe See der Anarchie hinaus zu rudern. Ihr Treiben muß und mit Angst und Schrecken, mit Trauer und Abscheu erfüllen! Von falschen philosophischen Begriffen und irrigen Folgerungen eines an sich schon falschen Systems ganz irr geleitet, kommen, vom Ingrimm völlig besessen, an sich und selbst ganz im Widerspruch mit sich selbst, diese Menschenverderber, sündigen an sich als Mitverbrüderungsfrevler, als Welt- und Menschenverderber, an uns allen von Fesseln des Vorurtheils und des Wahnes, die sie zu brechen berufen seien. Von Dünkel und Egoismus durch und durch beherrscht, wagen sie ihre freche Hand an die Urne zu legen, aus der die Lebens- und Todesloose eines edlen Volkes hervorgehen. Sie, die aller Heiligkeit und Sittlichkeit bar, sich kein Gewissen daraus machen, mit den besten Kräften der Menschennatur, mit ihrer Begeisterung und ihren leidenschaftlichen wie mit chemischen Stoffen zu experimentiren, sie nennen sich die Heilande der Freiheit, Meisäße der politisch wiedergebornen Zeit und halten sich berechtigt, mit ihr vor Aller Augen das heillose Spiel zu spielen. Sie, die im Hinblick auf ihre verzweifelte und nach Anstiftung unsäglichen Elendes nothwendig verlorne Sache Lust hätten, die ganze Welt in die Luft zu sprengen, — sie wagen es, als Gründer und Beobreiter allgemeiner Wohlfahrt sich anzupreisen!

Von solchen Freiheitsfeinden gedrängt darf das Zeitalter wohl auf seiner Hut sein, und darf insbesondere auch die akademische Jugend gewarnt und zur größten Wachsamkeit und Vorsicht aufgemuntert werden; denn leicht verführbar, wie sie ist, und noch unbekannt mit den Gefahren sozialer Verwicklungen und politischer Stürme, könnte sie durch die aus dem Sumpfe der modernen Gesellschaft aufgewühlten Irrlichter der Freiheit, oder sogenannten „feurigen Männer,“ an denen sich die Brandfackel der Anarchie zum Verderben droht, sämmtlicher gafft, von dem Glanze der Wissenschaften abgelenkt und in den Abgrund politischer Verirrung hineingeführt werden. Und wenn nicht dies, so könnte sie doch vom herrschenden Freiheitsschwindel ergriffen in Versuchung kommen, ihre akademische Freiheit und ihre vielfach bevorzugte Stellung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, statt sie recht zu würdigen und, wie es sein soll, zu ihrer wissenschaftlichen Ausbildung zu benützen, mehr oder minder kaltsich aufzufassen und zu ihrem bitteren Schaden zu mißbrauchen.“

Nachdem Hr. Professor Dr. Stahlbaur seine akademischen Bürger vor dem sie betrohenden Uebel einer falschen Freiheit gewarnt, weist derselben sein Nach ein auf ihr eigentlich anzustrebendes und festzuhaltendes Gut, auf die akademische Freiheit, die ihm der eigentlich bildende Odem der Universität, jene himmlische Luft ist, in welcher die akademischen Früchte allein zur völligen Reife gelangen können, und thut dar, daß diese Freiheit eine wirkliche nur dann sein könne, wenn sie ihrer dreifachen Natur nach Eigenthum der akademischen Gesammtheit werde, daß heißt, die Universität als solche in ihren korporativen Eigenthümlichkeiten umfasse, den Lehrerstand in seinem unveräußerlichen Berufsansprüche auf freie Lehre und gesicherte Stellung, und die akademische Jugend in ihrem nie ohne Nachtheil zu verkümmernden Privilegium vollkommener Vermischung mit der Assoziation mit wissenschaftlichen und geselligen Zwecke, welch' letzteren Rechten Hemmung und Unterdrückung geradezu als ein feindseliger Angriff auf das akademische Leben bezeichnet wird.

Wir haben im Gingange bemerkt, daß es lediglich unsere Absicht sei, dazu beizutragen, daß ein zur rechten Zeit und am rechten Ort gesprochenes Wort in weitere Kreise dringe, wir würden daher die uns selbst gezogenen Grenzen überschreiten, wollten wir dem hochgeehrten Redner in seinen Abwandlungen und Rückblicken, die stets Hand in Hand gehen, noch weiter folgen. Wer die Rede selbst liest, und dies zu thun erachten wir als eine wahre Pflicht Aller, denen das akademische Wesen und Leben von Bedeutung ist, wird auch auch dem gedruckten Worte nothwendig entnehmen müssen, daß es, weil vom Herzen kommend, auch wieder zu den Herzen der Zuhörer habe dringen müssen.

Deutschland.

△ Frankfurt, 21. Dez. In lebhafter und einseitiger in diesem Augenblicke ein großer Theil der Zeitungspresse dem heftigen Bestreben nach Gründung eines Oesterreich ausschließenden Bundesstaates unter der Oberherrschaft oder Präsidium von Preußen das Wort redet, desto mehr ist es Pflicht, auch die Berechtigung der Opposition dagegen geltend zu machen. Denn das muß jeder Verständige einsehen, daß der schnöde absprechende und verdächtigende Fanatismus der Einseitigkeit, wie er z. B. in der deutschen Zeitung spukt, das Werk der Einigung Deutschlands nicht fördern kann, daß vielmehr die in solcher Weise vorschreitende Begier, recht bald zum ersehnten Ziel der Antrigue zu gelangen, und vielleicht gewaltsam auf eine Klippe stoßen könne, an welcher zur Schadenfreude unserer Nachbarn der noch schwache Bau unserer künftigen nationalen Größe gänzlich zu scheitern Gefahr liefe. Auch die hiesige Oberpostamtszeitung ist seit Kurzem fast in allen Artikeln, auf die das Gesagte Anwendung findet. Betrachten Sie nur z. B. in dem gestrigen Blatte den Artikel: „Gagern's und der deutschen Einheit Gegner.“ Schon die Ueberschrift trägt das Gepräge jener Anmaßung, die jeden, welcher die deutsche Einheit gerade nicht in einer bestimmten Form, und dazu mit Preisgebung von 12 bis 13 Millionen Deutscher haben will, sofort als Gegner der deutschen Einheit bezeichnet, während ich die wahren und wenn auch unbewußt die gefährlichsten Gegner in denjenigen erkenne, die in der bisherigen Zerklüftung befangen, nicht gemeinsam sind, alle einmal vorhandenen verschiedenartigen, materiellen und moralischen Interessen mit gleicher Gültigkeit zu berücksichtigen, und so weit möglich durch Versöhnung und Ausgleichung derselben die Einigung zu begründen, ohne welche die Einheit nicht hervorleuchten ist. Sehr besonnene, eben so einsichtsvolle, als vorurtheilsfreie Männer hört man das höchste Erstaunen äußern über die Vorlage des Reichsverfassungsentwurfs bezüglich der Verdrängung Oesterreichs; sie glauben ihn nicht lesen zu können, wenn sie nicht wüßten, daß er wirklich so lautet. Es ist unverantwortlich, wie gewisse Blätter, wenn sie es scheint, auch den jetzigen Ministerpräsidenten über die wirkliche Majorität des Hauses getäuscht hat, und die einem einflußreichen starr-doktrinären Mitgliede dieser Fraktion den sonderbaren Titel: Parlaments-Blindschleiche zugezogen hat. „Da sind die Oesterreicher, sagt man, die sich zusammenthun, um ihrer Regierung den bösen Willen Bundestage gebliebenen Einfluß auch ferner zu sichern.“ Die preußischen Abgeordneten haben sich schon öfter und mit geringfügigeren Anlässen zusammengethan; vor Kurzem noch waren ihrer etwa 60 zu einer Besprechung bei Herrn v. Beckerath versammelt. Kann man es den Oesterreichern verdenken, daß sie ungefähr in gleicher Zahl öfter sich vereinigen, jetzt, wo es sich darum handelt, sie gewissermaßen vor die Thür zu setzen? Und wenn sie auch mitteln weiter beweisen, als daß ihre Regierung nicht ohne weiteres auf der politischen Stellung verbrängt werde, die ihr bisher das Verbündniß zu Deutschland gewährte, sie hätten nicht Unrecht. Wer es bestreiten sich unter ihnen eine ganz Anzahl jener jugendlich stürmischen Politiker, die augenblicklich bereit wären, die österreichische Gesammtmonarchie in vier oder fünf Theile zu zertrödeln, um die deutsch-österreichischen Lande vollständig mit Deutschland zu verleiden; es befindet sich darunter eine beträchtliche Anzahl besonnener verdienstvoller Männer, die mit Hrn. v. Gagern eine solche Verbrderung um des nationalen Ungluck nicht nur für unmöglich halten, sondern auch für Deutschland anfügen, die aber nicht bedeutender der Meinung sind, daß Oesterreich rücksichtlich seiner deutschen Lande in dem engsten nicht bloß völkerrechtlichen Bande mit dem übrigen Deutschland stehen könne, wenn man nur nicht an dem doktrinären Begriffe „reiner Personal-Union“ festhalten und die theoretische Vorstellung von einem Bundesstaat oder auch die schiefe Gehäßerei für einen preußischen Kaiser schlechterdings wollte, als daß Oster einer solchen Verbindung Deutschlands durch Verlegenheit der schönsten von Millionen Deutschen bewohnten Länder; die endlich sehr wohl einsehen, daß, wenn man Oesterreich erst aus dem Bundesstaat hinausstellt, dieser für sich konstituirt mit dem absdann natürlich überwiegenden Einfluß Preußens, und wenn man ausdrücklich eine Modifikation der in erster Lesung gefaßten Beschlüsse und jede Ausdehnung der mit Oesterreich angeknüpften Unterhandlung auf die Verfassung jenes Bundesstaates ausschließt, daß allenfalls selbst die an sich wohl wünschbare Vereinigung mit Deutschland wahrscheinlich auf lange Zeit hinaus ein pium desiderium bleiben werde, weil einerseits Preußen nicht geneigt sein wird, dem mächtigen Nebenbuhler wiederum den gebührenden Platz in Haus einzuräumen, und andererseits vielleicht die unbeirrlichen Elemente Oesterreichs hindernd entgegentreten werden. Auch den Oesterreichern kommen wir Deutschen an die Seite. Wir sind vom „Erz-Oesterreichthümler“ und „Einheitsfeinde.“ Die baierischen Abgeordneten sind natürlicher Weise mit diesbezüglicher Art die Idee, das benachbarte und stammverwandte Oesterreich von dem deutschen Bundesstaate auszuschließen und dadurch die wichtigsten materiellen Interessen ihres Landes gefährdet zu sehen; sie haben auch keine Neigung, Preußen ein dem Wesen des Bundesstaates widerstrebendes Uebergewicht einzuräumen, obgleich sie ihm keineswegs die ihm gebührende Stellung in Deutschland vorenthalten mögen; sie werden selbst einem verkappten unitarischen Staat aus Deutschland machen, noch auch den Bundestaat von vornherein so konstruirt sehen, daß er möglichst bald und geschmeidig in seinen übergehe. Deßhalb sagt man von ihnen, es schreine selbst die frische Märzluft und die große Idee deutscher Einheit die widerliche alte Eifersucht auf Preußen nicht zerilgt zu haben. Aber davon schweigt man, welcher Widerstand namentlich in den süddeutschen Provinzen gegen das Aufgehen Preußens in Deutschland sich erhob, und das Uebersehen man, daß der Widerstand gegen das Aufgehen Deutschlands in Preußen doch noch einmal mehr Berechtigung hat, als jener; denn eine gewisse Berechtigung spreche ich auch jenem nicht ab. Ich bin überhaupt der Meinung, es sei nicht zum Guten hient, wenn man beim kleinsten Anlaß immer nur todt und schmäht gegen den Particularismus, und die wirkliche Berechtigung desselben nicht anerkennt; dadurch wird die Erreichung der auf nothwendigen Einheit nicht gefördert sondern erschwert; bloße Redensarten von Zermalmen und derzl. schlagen keine wirkliche Kraft zu Boden und thörichtes Geschrei von Reaktion und Sonderbündelei macht auf den Starken keinen Eindruck.

Nur die offene ausgesprochene und gerechte Anerkennung und Abwägung aller Ansprüche und Interessen, ohne Vorliebe für eine Zeit und ohne Vorurtheil gegen Andersdenkende und Andersfühlende, in Verbindung mit der klaren Auffassung dessen, was dem Gesammtvaterlande noth thut und „was es ferner nicht mehr entbehren kann," wird uns zum Ziel führen. — Doch nicht bloß Oesterreicher und Bayern allein (denen beiläufig gesagt wohl auch noch einige Hannoveraner und andere sich anschließen möchten) bilden den ebenthuerlichen Bund; da kommen auch noch Ultramontane, und sogar Schutzzollkrämer, und „endlich die Alles vernelende Linke." Diese zusammen bilden „den Knäuel widerstrebender roher Kräfte," gegen welche die Frucht der bisherigen Kämpfe (für ein deutsches Parlament Preußens?) zu retten, selbst für Gerwin Bagern eine schwierige Aufgabe sein möchte! Wahrlich, es ist entsetzlich, daß es so viele Nichtdeutsche in der Nationalversammlung gibt; denn alle jene sind Nichtdeutsche, da es von nun an nur noch zwei Parteien geben kann: Deutsche und Nichtdeutsche! Preußische gibt es nicht.

Schleswig-Holstein. — Altona, 20. Dezbr. Gestern Abend wurde Hr. Brackow, der Präsident des demokratischen Vereins, in dem Augenblick verhaftet, als er sich gerade in jenen begeben wollte. Dad Volk machte den Versuch, ihn zu befreien, aber Linien- und Bürgermilitär verhinderten es, und die Ruhe war bis Mitternacht wieder hergestellt. (Berl. Nachr.)

Oesterreich. — † Wien, 24. Dezbr. In der Nacht vom 22—23. d. Mts. ereignete sich auf der Oberberger Zweigbahn ein beklagenswerthes Unglücksfall, wobei zwei Passagiere das Leben verloren. Der Postzug ging zur gewöhnlichen Zeit von der Station Schönbrunn ab, worauf ihm der Lastzug gleichfalls zur bestimmten Stunde folgte, erster-n jedoch trog seiner geringeren Geschwindigkeit einholte und durch den heftigen Zusammenstoß eben erwähnten Unglücksfall herbeiführte. Zu wünschen wäre es allerdings, daß auf dieser Eisenbahn so wie auch schon die Eisenbahnlinien gleich den übrigen Bahnen in Wirksamkeit bestünde, wodurch ähnliche traurige Vorfälle, die eine so große Unternehmung, wie wir die Kaiser Ferdinands-Nordbahn gewiß mit guten Grunde nennen dürfen und die sich bis jetzt durch musterhafte Ordnung und Pünktlichkeit bei dem enormen Verkehr und nur einem einfachen Bahngeleise ausgezeichnet, leicht in Mißcredit bringen, vermieden würden. — Von den wechselseitig in Akte ertönten Personen befinden sich die Grafen Zichy von Vasyn in Komorn, wohin sie als Geißeln von Seite der Revolutionspartei gebracht wurden. Baron Bayer (— Ruprecht —) ist zum Festungskommandanten daselbst magyarischer Seits ernannt worden. — In Preßburg hat man den Verleger der verpönten Zeitungsblätter in Gewahrsam genommen, da der Redakteur flüchtig geworden ist. — Hier sind die Wiener-, Breslauer und Frankfurter deutsche Zeitungen förmlich ein Artikel geworden. — Der deutsche Wiener Zeitung werden, wie es schon vor den Märzereignissen beantragt war, die sogenannten Wochenzettel ganz abgeschafft werden. — Baron Doblhoff soll zum Gesandten in Haag ernannt sein. — Die Besorgnisse wegen der in den Kriegsbülletins eingetretenen Lücken sind durch eine im gestrigen Abendblatte der Wiener Zeitung eingeschaltete Weisung des Gouverneurs Welden beinahe ganz beseitigt, und man wird auch nun anhalten den Stillschweigen durchaus auf eine erlittene Schlappe schließen. — Die an den Grenzen aufgestellt gewesenen ungarischen Kommissäre haben gewaltigen Unfug mit Pässen getrieben und es treiben sich demnach viele Individuen mit falschen Pässen herum. — Die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform im österreichischen Medizinalwesen wurde von vielen Aerzten dem Ministerium des Innern in einem umfassenden Memoire dargestellt. — Einer Deputation von Schullehrern ist der bereitwillige Zusicherung über bessere stehende bedeutende Verbesserung ihres Looses zu Theil geworden. — Man erwartet den ehemaligen Finanzminister Baron Kübeck von einer der erledigten Wahlbezirke zum österreichischen Reichstagsdeputirten erwählt zu sehen. Es wäre wohl schon früher geschehen, wenn Kübeck in seiner Bewerbung persönlich statt durch einen Dritten aufgetreten wäre. In der Kammer, wo es so sehr an finanziellen Kapazitäten fehlt, würde durch diese Wahl eine empfindliche Lücke ergänzt werden.

* Der Feldmarschall-Lieutenant v. Puchner hat durch eine Proklamation vom 18. Dezbr. ganz Siebenbürgen unter das Kriegsgesetz gestellt. Die Einwohner von Hermannstadt haben am folgenden Tage durch einen dem F.-M.-L. Puchner dargebrachten Fackelzug ihren Dank für diese Maßregel zu erkennen gegeben.

Italien.

Rom, 18. Dez. Als die neue Ministerialkombination, welche der Papst in Gaeta zu Stande gebracht hat, gibt man folgende an: Rosmini, Jucchi, Montanari, Bevilacqua, Ricci, Pizzoli und Kardinal Antonelli. Jucchi hatte als alter Soldat die öffentliche Meinung irregeführen gewußt und sich in Florenz anwerben lassen, während er über Macerata glücklich nach Gaeta entkommen war. Macerata und die Marken sämmtlich sind vollständig gesinnt und stehen sich nach Ruhe und Ordnung. — Gestern Abend fanden hier Straßenauflaufe statt, man zog vor Garibaldi's und der Minister Wohnungen, verlangte die Constituante und that auch republikanische Schreie. Diesen Morgen erklärt das Ministerium durch Maueranschlag, daß es sein bestehender Körper sei und nur die Exekutivgewalt in Händen habe. Forderungen müßten auf dem Wege der Bitte an die Kammern gebracht werden. Ein solches Verfahren ist allein gesetzlich. Da man ernstliche Störungen fürchtete, wurde heute Morgen Generalmarsch geschlagen, und die Civica hatte viele Wachposten aufgestellt, namentlich auch das Kapitol stark besetzt. Jetzt ist wieder Ruhe eingetreten. (A. Z.)

Der „Mailänder Zeitung" wird aus Rom vom 15. Dez. geschrieben, daß der noch in Rom weilende Kardinal Castracane ein Ultimatum vom Papst erhalten habe, dahin gehend: 1) Er habe sich die Nationalgarde aufzulösen und auf neuer Grundlage zu bilden; 2) die Preßfreiheit sei aufzuheben; 3) die Vereine seien zu schließen und 4) die Kammern zu vertagen. Auf diese Bedingungen hin werde er als Papst und Fürst nach Rom zurückkehren. — Der Papst hielt sich immer noch in Gaeta auf. (A. A.)

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Dezember. (Börsen Halle.) Der König hat von Frederiksborg aus eine Proklamation erlassen, in welcher, nach Anführung, wie die gemeinsame Regierung die Voraussetzungen, unter denen sie eingesetzt, nicht erfüllt, und noch der Proteste der beiden Kommissarien Dänemarks und der deutschen Zentralgewalt, in offenkundigem Bruch der wesentlichen Bestimmungen des Waffenstillstandes fortfahre, der König sich gegen den Mißbrauch seiner Königlichen Namens durch diese Regierung feierlich verwahrt. Es heißt ferner in diesem Aktenstücke: „Wir können in gegenwärtigen Augenblicke, vornämlich in Rücksicht auf das eigene Wohl der Unterthanen dieses Mißbrauch der Macht zu hindern und den gesetzlichen Zustand der Dinge wieder herzustellen." Bis dahin, wird, die Proklamation sagt, nicht lange dauern wird, gibt der König seinen treuen Unterthanen in Schleswig, der aus zwingender Nothwendigkeit der für den Augenblick herrschenden Macht nachgibt, die Zusage, daß solches nothgedrungene Nachgeben in keiner Weise als eine ihrerseitige Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Gewaltmacht und als ein Abfall von Pflicht und Eid betrachtet werden soll.

Frankreich.

** Paris, 22. Dez. Folgendes ist nun das definitive Ergebniß der Abstimmung der 86 Departements von Frankreich (die Madtergehöfte von Algerien sind noch nicht angekommen) für die Präsidentenwahl: es sind im Ganzen abgegeben worden 7,449,741 Stimmzettel. Darunter befanden sich 23,219, welche entweder gar keinen Namen trugen, oder welche als inkonstitutionell wegen ihrer Form oder Fassung erklärt wurden. Die Zahl der gültigen Stimmen betrug somach 7,426,252; die absolute Mehrheit war also 3,713,127 Stimmen. Es erhielten: Ludwig Napoleon 5,534,520 St., General Cavaignac 1,448,302, Ledru-Rollin 370,121, Raspail 36,964, Lamartine 17,914, General Changarnier 4687; zersplitterte Stimmen 12,434. In 84 Departementen hatte Ludwig Napoleon die Mehrheit erlangt. Mehr als 100,000 Stimmen hatte er bekommen in den Departementen der Seine, der Nieder-Charente, der Somme, der Yonne, des Nord, der Gironde, Seine und Marne, und des Pas de Calais. General Cavaignac hatte die Mehrheit nur in zweien, nemlich in Finistere und Morbihan. Die Departemente, welche ihm nach diesen die meisten Stimmen gaben, sind die folgenden: Seine, Nord, Pas de Calais, Isle und Vilaine, Cotes du Nord, Niederloire, und Manche. In jenem dieser Departemente erhielt er über 30,000 Stimmen. Ledru-Rollin hat mehr als 10,000 Stimmen erhalten in den Departementen: Seine, Rhonemündungen, Var und Gironde, Obergaronne, Saone und Loire, Nord, Gard und Cote d'Or. Raspail hat mehr als 1000 Stimmen gehabt nur in den Departementen der Seine, der Oberloire, und des Var. Lamartine hat über 2000 Stimmen erhalten nur in den Departementen der Seine und Saone und Loire; in allen andern hat er nicht einmal je 1000 Stimmen erlangt. — Die Namen der neuen Minister kennen Sie. Dieselben sind die vollkommenste Wunschzahl, das vorläufig wenigstens die altbonapartistischen Ihren seine Vertreter in der neuen Regierung haben. Selbst ein entschiedener Konservativer (unter der Regierung Ludwig Philipps) ist darunter, nemlich der General Rulhieres. Die eigentlichen Republikaner haben nur ein Mitglied im Kabinette, Herrn Birio, und auch dieser ist ein sehr gemäßigter Mann, und was die Hauptsache ist, ein Mann der Ordnung. — Am 23. Juni wurde er bekanntlich als freiwilliger Kämpfer gegen die Rebellen schwer verwundet. Das erste Auftreten des Präsidenten und seiner Minister scheint Andert auch bei der gemäßigten Presse fast durchgängig Beifall.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Paris, 23. Dezbr. Zproz. 47.50. 5proz. 77.30. Schatzsch. —. Bankaktien 1165.—. Stadtobligationen 1210. Vier Kanäle —. Comptr. von Mgier —. Spproz. Rente von 1840 84, von 1842 84. 4½proz. 75. 3proz. —. 2½proz. —. Belg. Bank —. Neap. 3proz. 78.—. Röm. 3proz. 66. Span. Zproz. Aktive —. Passive —. Piem. 850. Haiti —. Sl. Germain 340.—. Serrafalls (rechte) 135. (linke) 115. Orleans 740.—. Rouen 455.—. Havre 255.—. Marseille 190.—. Basel 87.50. Bergen 260.—. Boulogne 200.—. Bordeaux 388.75. Nordbahn 397.50. Monteresan 100.—. Lyon 372.50. Straßburg 343.75. Nantes 325.—. Dieppe 165.—. Seeaur —.—. Montpellier —.—. La Teste —.—.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 156.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Vierteljährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Donnerstag den 28. Dezember 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 16. Einrückungsgebühr: die achtzeilige Petitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

München, 28. December.

Das Regierungsblatt Nr. 50 vom 27. Dec. enthält eine königl. allerhöchste Verordnung, die Entschädigung der Geschworenen, Sachverständigen und Zeugen in Strafsachen betreffend. (Wir werden dieselbe vollständig mittheilen.) Ferner eine Bekanntmachung des königl. Staatsministeriums der Finanzen, wodurch der Zeitraum zu Unterzeichnungen für den noch bestehenden Rest des steinwilligen Darlehens (kraft Gesetzes vom 12. Mai 1848) bis zum 31. März 1849 einschließlich verlängert wird.

Se. Maj. der König haben am 23. Dec. die bei dem Wechsel- und Merkantilgerichte I. Instanz in München erledigte Stelle eines rechtskundigen Assessors dem Kreis- und Stadtgerichtsrathe Karl Franz Ferdinand v. Krafft allergnädigst zu übertragen geruht, dann unterm 25. Dec. Allerhöchstsich bewogen gefunden, bei dem Kassationshofe der Pfalz einen eigenen Anwalt aufzustellen, und hiezu den geprüften Rechtspraktikanten und Konzipienten Joseph Simmerl in München zu ernennen.

Durch Justizministerialentschließung vom 26. Dez. wurde der königl. Kreis- und Stadtgerichtsassessor Christoph Otto zu Nürnberg, seiner gestellten Bitte entsprechend, von den Funktionen eines zweiten Staatsanwaltes am königl. Kreis- und Stadtgerichte enthoben, und statt dessen der königl. Kreis- und Stadtgerichtsassessor Julius Schumann als zweiter Staatsanwalt aufgestellt.

(Pfarrei-Erledigung.) Katholische Pfarrei Waldstetten, Bzg. Günzburg. Diöcese Augsburg, mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 978 fl. 40', fr.

Der Sitz der deutschen Reichsgewalt.*)

Die deutsche konstituirende Nationalversammlung scheint, leitenden Ihre Stimmen aus St. Paul, der Kälte trotzen und bis sie mit gebörigen Wärmevorrath versehen, in die deutsch-reformirte Kirche verlegt hat, auch ihren wissenschaftigung oder ihre Geschäftsbehandlung einigermaßen reformirt zu haben. Früher war der weite Raum der Paulskirche nicht hinreichend, die Masse von planmäßig zur Verspätung und Verwirrung eingebrachten Interpellationen und andere Zwischenverhandeln der Linken zu fassen, konnten sie an 6 Parteien nur mit Mühe durch Verweisung an Ausschüsse, oft durch neue Geschäftung von eigenen Ausschüssen sie beseitigen. Jetzt in dem engeren reformirten Saale wird man mit Einwerfung von derzleichen Hindernissen sparsamer. Die Linke sieht, daß das Volk und seine Abgeordneten in der größten Mehrheit jenes parlamentarisch ungebörigen Gebahrens müde ist, zur Hauptsache gelangen, die Reichsverfassung bei frei- und einheitlichen Grundsätzen zu Stande gebracht wissen will, und deshalb endlich in festem Zusammenhalt die Minderheit bei jedem solchen ungefügen Auftreten zurückschlägt; diese sieht sich alle, neuen Niederlagen zu entgehen, vom offenen Felde zurück und läßt die „Donner" ihrer Redner schweigen. Die H.H. Zitz und Schlöffel sind unedr- und unsichtbar, die H.H. Simon von Trier und Wesendonck ziemlich kleinlaut geworden; nur Hr. Vogt, der erkorene Wort- und Schirmvogt der Linken, läßt zuweilen noch einige Re-Linken ertönen, erklärt aber bereits sehr antiepublikanisch und unsittenfreundlich in seiner Sprache den „Gebrauch als Hauptsache und Grundsetze des Staats."

Dagegen gehen nun Ausschüsse und Zentren mit der Rechten in geschlossenen Kolonnen endlich vorwärts auf das eigentlich gesteckte Ziel, die Errichtung der Reichsverfassung und die Einsetzung der Reichsgewalt, und fast nächste bekünden, daß sie alle bisher verlorene, verspätete Zeit auf einmal nachzuholen gesonnen. Denn während Monate hindurch sehr lang und langsam geredet, berathen, verhandelt wurde, soll nun Reich, Reichstag und Reichshaupt in wenigen Wochen, ja Tagen aus dem vielköpfigen Chaote der deutschen Volksvertretung in allen Theilen fertig, in allen Gliedern wohlgerüstet hervorgehen.

Allerdings ist hohe, höchste Zeit, daß Deutschland sein Verfassungswerk zu Stande bringe, in Lebendigkeit herstelle und mit Schlagfertigkeit nach Innen und Außen begabe. Das Gesammtwohl, wie die einzelnen Länder und deren Fürsten wurden mit gerechter Sehnsucht darauf, um ihre eigenen Angelegenheiten endlich wieder frei ordnen zu können, und von den Grenzen Deutschlands, zumal von der in Kaisergelüsten schwelgenden französischen Republik, drohen Ereignisse, Verwickelungen, die nur zu leicht einer ganz eintretende Kraft zu Schutz und Trutz in Anspruch nehmen können. — Möge nur die nunmehrige Eile nicht in Ueberstürzung oder gar Uebersprung ausschlagen, und dem neuen Haupt des Reichs auch die bereitwillig thätigen Sympathien seiner Glieder sich zuwenden.

Natürlich daß bei den hier sraglichen Abschnitten der Reichsverfassung auch von dem Sitze der Reichsgewalt, des Reichsoberhauptes und des Reichstages die Rede kömmt. Eben so natürlich, daß gar vielerlei allgemeine und besondere Interessen dabei sich geltend machen müssen und wollen. Hält man die allgemeinen im Auge, so ist einleuchtend, daß nur eine angemessene große Stadt möglichst im Mittelpunkte des Reichs seiner Sitz sein kann. Sie muß überdieß die der Würde des Reiches entsprechenden Räumlichkeiten zur Aufnahme seines Hauptes, des Reichstages, der Reichsbeamtung darbieten und Gewährschaft geben für die Sicherheit derselben, die Freiheit ihrer Berathungen und Maßnahmen, und gegen den Ansturm leicht anzufachender Massen des „souveränen" Volks oder Pöbelaufruhr. Sie darf aber eben so wenig ein seiner Platz, ein militärischer Punkt, eine jeden Augenblick dem Kriegsgesetz, dem unbeeinschen oder feindlichen Kriegsgesetz, dem Belagerungsstande, folglich der Militärgewalt unterwerfliche Stadt sein. Endlich ist nothwendig, daß sie einerseits von den Grenzen des Reiches und dessen aus natürlichen oder politischen Verhältnissen auf daselbe eifersüchtigen, ihm nicht eben stets aufrichtig bevorwarteten Nachbarn thunlichst entfernt, andererseits von und nach allen Theilen des Reiches leicht zugänglich, mit ihnen in schneller, sicherer Verbindung bleiben.

Diese Rücksichten werden zunächst gegen Frankfurt entscheiden. Welche geschichtliche Erinnerungen der Vorzeit auch glorreich hier hervortreten mögen, die auf der Zeit des Bundestages und aus dem Herbste dieses Jahres — den schmachvollen Septembertagen — scheuchen jene alsbald zurück. Namentlich in diesen Tagen hat Frankfurts Bürgerschaft bei aller sittlichen Achtungswürdigkeit keineswegs zu Schutz und Schirm des Reiches uns seiner Vertreter sich auszeichnend thätig erprobt, vielmehr noch vor dem Beginn des Kampfes der Anarchie mit dem Gesetze die Bürgerwehr sich desselben entschlagen, demselben nicht gewachsen bekannt, nicht einmal im Verein mit den Reichstruppen. Auch hört man ja wohl Stimmen genug in und aus Frankfurter Bank- und Grundeinlagshäusern, daß die politische Bewegung des neuen Reiches in ihrer Mitte die zu den „Geschäften" nöthige Ruhe gar sehr beeinträchtige, und am Ende, da ohne „großen Geschäft", Anlehen und dergleichen mit dem Reiche zu machen, der ganze Gewinn von seinem Sitze etlichen Hausherren, Gastwirthen und Gewerbleuten zufalle, westhalb man ihn gerne einer andern Stadt gönne.

Solche spießbürgerliche, aber sehr verbreitete Meinung des Hrn. Gerlachers Hauptmann ist wohl nicht geeignet, Sympathien der Reichsverteter für seine gute Stadt zu erwecken. Jedenfalls spricht die Lage Frankfurts augenscheinlich gegen seine Erhebung zum Reichssitze. Fast in der Mitte Deutschlands, liegt es hart an seiner westlichen, der gefährlichsten Grenze. Die Zeit, da Frankreich und Deutschland nach der Phantasie der Linken Arm in Arm engverbrüdert, weltbeglückend einherschreiten, ist noch nicht da, wird auch, zumal unter napoleonischer Präsidentschaft — gleich Kaiserschaft — nicht so schnell kommen: das deutsche Reich wird immerhin auch Westen sehr auf seiner Hut bleiben müssen. In wenigen Stunden kann das immerfort gerüstete Frankreich, die allen politischen Wegelagerern gastfreundliche Schweiz, die freie Stadt Frankfurt mit unsturzbereiten Massen überstürmen und in ordentlichem Kriege können selbst die deutschen Rheinfestungen den Einbruch fliegender Korps nach der Mainstadt nicht verunmöglichen. Nicht minder bleibt die Entfernung von Wien immer sehr bedeutend, auch wenn direkte Schienenwege dahin führen und Oesterreich, seine Stellung zum Reiche werde so oder so geordnet, ist mit seiner Hauptstadt stets von größter Wichtigkeit für daselbe. Aehnlich verhält es sich mit Preußen: tritt es an die Spitze des deutschen Reiches oder nicht, jedenfalls ist Frankfurt seiner starken militärischen- und Festungslinie am Rhein all zu nahe.

Alle überall, wo Tüchtiges erfolgen soll, Kopf und Herz beisammen sein müssen, so auch hier. Die Zentralgewalt, das Haupt Deutschlands muß in seinem Herzen vereinigt, eine Stadt im Mittelpunkte des Reiches zu dessen Sitz erkoren werden. Aber welche? Bereits ist neben Frankfurt

*) Wir glauben hier gleich von vorneherein bemerken zu müssen, daß wir diese Frage als eine durchaus offene betrachten, daher was für oder gegen die eine oder andere Stadt Deutschlands und zumal Bayerns im Laufe dieses Aufsatzes vorgebracht wird, lediglich als die Ansicht des geehrten Ihrn Verfassers anzusehen ist. Indem wir selbst aus jener Parteinahme für die eine oder die andere bayerische Stadt enthalten, stimmen wir, bemerkenswerth mit unserer schon mehr als einmal in diesem Betreff ausgesprochenen Meinung, dem Hrn. Verfasser jedenfalls in dem Grundsatz der Unzweckmäßigkeit Frankfurts als Sitz der deutschen Reichsgewalt sollkommen bei.

D. R. d. R. M. Z.

das jedoch aus erwähnten Gründen und Vorzügen nicht viele Gönner in der Nationalversammlung finden dürfte, Gotha, Coburg, Bamberg, Nürnberg, Regensburg, Augsburg in öffentlichen Blättern genannt: selbst in den Ausschüssen jener Versammlung war von Erfurt und Bamberg die Rede; auch Bewerbung dieser beiden schon aufgetreten, wenigstens in gedruckten dort vertheilten Denkschriften.*)

Augsburg, obwohl eine prachtvolle Stadt, liegt augenscheinlich zu weit außer der Mitte, zu sehr gegen Süden und im Innern von Bayern, zu nahe an den Festungen Ulm und Ingolstadt, alle in Kriegsfällen den Belagerungsherren zu sehr offen. Auch ist es bayerischer Residenzplatz, hat Kanonengießerei, große Munitionsdepots, welche die Regierung nicht leicht aufgeben wird, und bei vielen Fabriken ein nicht unbeträchtliches Proletariat. Es besitzt zu wenig rasche Verbindungsmittel — nur die Eisenbahn nach München und Nürnberg — als daß es, zugleich ein Stützpunkt der fast nur mit dem Ausland verkehrenden Bankiers- und Geschäftswelt, hier weiter in Betracht kommen könnte.

Regensburg endlich zu bevorzugen an Schwäche und Verfall des heiligen römischen Reiches deutscher Nation, das außer den Dampfschiffen der Donau keinerlei beschleunigte Kommunikation für's südliche, westliche und nördliche Reichsgebiet und liegt wohl im Herzen Bayerns, nicht aber Deutschlands. Auch gehricht es der alten engen Stadt, zumal St. Emmeran Privateigenthum geworden, an der Jetztzeit und ihrem Beurtheilungsvermögen. Räumlichkeiten.

Nürnberg gefällt sich, nicht mit Unrecht, in dem Ruhme, eine der ersten Industrie- und Fabrikstädte zu sein: darum ist in ihm der Handels- und mitunter Krämergeist vorherrschend, ein ziemlich massenhaftes Proletariat zu Hause, dem gerade in den jüngsten Tagen seine Führer, dem allerdings guten aber schwachen politischen Charakter einer achtbaren Bürgerschaft zum Trotze, sehr überstürzend, eine nicht unbedeutende Stimme im hohen Rathe der deutschen Demokraten und Republikaner und mehrfachen blinden Anhang in der Umgegend errungen haben. Es liegt überdies nur an einem Arme der großen südnördlichen bayerischen Eisenbahn, und bietet keine rasche allseitige Verbindung. An zusagenden Gebäuden für neue Behörden mangelt es; die wohl zahlreich vorhandenen öffentlichen sind alle von fürstlichen Anstalten besetzt; selbst die königlichen Stellen sind dermal eingemiethet, auch zu Neubauten fehlt im Innern der Stadt angemessener Raum. Endlich ist es gleich Augsburg Waffenplatz, der leicht zu militärischem Stützpunkte, wie einer Wallenstein und Gustav Adolf bestimmt werden könnte.

Gotha liegt zu weit nördlich und obgleich ein Hauptzug des deutschen Eisenbahnnetzes in seiner Nähe läuft, so ist es doch durch die hohen Berge des Thüringer Waldes zu sehr besonders vom südlichen Deutschland abgeschnitten, die Verbindung mit diesem, zumal im Winter, zu sehr gehemmt. Auch ist es zu viel Residenz, zu viel Fremden-, Transite-Verkehrs-Platz, und dermalig außer in den herzoglichen Schlössern, wovon das größere außerhalb gelegen, keine Unterkunft zu gewähren. Daß seine thüringen'schen Umgebungen zu den am meisten unterwühlten, demokratischsten Landschaften gehören ist obnehin bekannt.

Erfurt bietet laut den erwähnten Denkschriften alle „Möglichkeiten" für den Reichstag. Es liegt völlig im Mittelpunkt von Deutschland, in anmuthiger, fruchtbarer, von Höhen begränzter Gegend, hat 28,000 Einwohner, hatte ehedem im 15. Jahrhundert 80,000 Einwohner, und manche Reichstage bei sich abhalten sehen, den weltberühmten Monarchenkongreß 1808 und eine Zeitlang das Glück gehabt, von Napoleon seinem großen Kaiserreiche einverleibt gewesen zu sein; es kann nach dem Inhalte derselben Schriften auf den wegen Verfalls seiner Wälle jetzt häuserlosen Gartenflächen zu 800 Morgen — allerdings eine schöne Oede — innerhalb seiner Mauern und Wälle leicht neue Straßen bauen und seine dermal nur aus Fachwerk bestehenden Häuser eben wegen dieser Beschaffenheit mit den Tuff- und Kalksteinen der Nachbarschaft schnell in massive Paläste umwandeln. Von der in der Stadt 23 Plätzen — höchst wichtiges Moment! — treibenden Ilera bewässert und an einem Hauptbahnzuge liegend kann man hier alsbald durch verschiedene Neuanlagen einen Knotenpunkt des Reichs-Eisenbahn-Netzes und somit Kommunikation überall hin erschaffen, und endlich in der Barfüßerkirche eine Versammlung von 2000 Menschen unterbringen.

Alles und Jedes kann folglich und muß hier für die Reichsgewalt erst erschaffen werden, und unläugbar scheint solhin dieser projektirte Sitz für das Reich wenigstens deßwegen recht gut zu passen, weil es gleichfalls erst neu geschaffen werden soll — da aber die Erschaffung des Reiches demnächst vollendet sein soll, und es dann doch wohl auch alsbald seinen Sitz aufschlagen wird, in Erfurt aber dieser mit allen seinen Attributen erst in Gartenfeld neu zu erbauen wäre, solches trotz des leicht abbrüchigen Fachwerks der alten Stadt in so ganz kurzer, vielleicht in langer Zeit nicht wohl ausführbar erscheint, so möchte schon hierin einiges Bedenkliche sich finden.

Erwägt man dabei ferner, daß Erfurt im Thüringer-Walde und Lande, von einer Menge kleinerer, eifersüchtiger und jetzt von Unterwühlung nicht frei gebliebener Städte umgeben, eine starke preußische Festung ist, daß man deren Werke, auch wenn die Stadt als Reichsfestung unmittelbares Reichsgebiet würde, wohl nicht wird schleifen wollen, daß sie jedenfalls nicht an der Gränze eines obgleich deutschen Großstaates, eigentlich von ihm umschlossen gelegen wäre, also den Uebelständen der Residenz von Ihm, Wiesbaden, Potsdam, Kassel . . . eines solchen jetzt Augenblick Preis gegeben, — so wird das Bedenkliche ganz begreiflich, selbst wenn von der Zugeständnisse, ob Preußen in Deutschland oder dieses in jenem aufgehen möchte, sich bekeinend steigern . . . . . .

Vor all solchen bezeichneten „Möglichkeiten" scheint Bamberg*) ganz unbestreitbar „Wirklichkeit" voraus zu haben. „Bundesvestbar im Herzen Deutschlands, gleich an der Grenze zwischen Nord- und Süd-Deutschland, breitet es sich ohne Wall-Graben und Mauer in Ebene und auf mäßigen Hügeln freundlich in reizender Gegend aus, angelehnt an dem schiffbaren Strome, der den Rhein und Main durch den Ludwigskanal mit der Donau verbindet und an die Eisenbahn, welche aus Bayern, Würtemberg herüberhend rechts nach Leipzig, Berlin, Hamburg ꝛc. links nach Koburg, Thüringen ꝛc. und nach Würzburg, Frankfurt, den Rhein auslauft, so daß hier in wirklicher Kommunikpunkt für das nördliche und südwestliche deutsche Eisenbahn-Netz bereits geschaffen ist. Ehemaliges Residenz reicher geistlicher Fürsten, Sitz aller höhern Landesbehörden, einer Universität, jetzt noch höherer Gerichtshöfe, eines Erzbisthums, von 22,000 Einwohnern bewohnt, hat es neben Raum zu Neubauten aller Art ein prachtvolles die ganze Stadt und Gegend beherrschendes ausgedehntes Schloß, viele große massive öffentliche und Privatgebäude, zu Aufnahme der mannigfachsten Behörden ꝛc. ausreichend, auch allen Anforderungen trefflicher Schienen-, Land- und Wasserstraßen, eine durchschnittlich ruhige, heitere, frei, aber gesetzlichem gesinnte Bewohnerschaft, für den bürgerlichen Fleiß erfreulichen Nahrungsstand ohne Proletariat und ohne Geldproletarei.

Von den Marken Oesterreichs und Preußens gleich entfernt, im Gebiete eines deutschen Staates zweiter Größe, wird es übermiegenden Betriebungen, Einflüssen der einen oder andern Seite nur schwer zugänglich und kann der Reichsgewalt von dieser fränkischen Siebenhügelstadt wohlgemuth und unbeirrt die neue Schöpfung überwachen, und an großen, schönen geschichtlichen Erinnerungen aus der Kaiser-Zeit Heinrichs II., Konrads II., Heinrichs III. und IV., Karls V., des Papstes Leo IX. und ihres Aufenthaltes zu Bamberg, sowie aus seiner fürsten Fürsten- und Königsreihe.

Doch genug von den Städten, die in einem Wetteifer sich darbieten zur würdigen Aufnahme und Hegung der neuen Schutz- und Schirm-Herrlichkeit des neu erstandenen einen deutschen Volkes und Reiches. Möge nur vorerstamf diese Oberherrlichkeit selbst aus den Berathungen seiner Stämme, ihrer Vertreter und ihrer Fürsten in freier allseitiger Vereinbarung so hervorgehen — wie es jetzt Sonderbestrebung nach verdunkelnden Kronenglanze und Uebermacht, jedes Gelüste nach Belohnung oder Schwächung der einzelnen starken Glieder das nur in ihnen und durch sie starken freiheitlichen Bundes zurückweisend, — dem wahren Gesammtwohl, der fruchtreichen Blüthe Deutschlands in seinem innerlich lebendig entwickelten Staatenverbande, und der nachhaltigen Kräftigung seiner Achtung gebietenden Macht nach Außen allein frommen kann.

L.

*) Für Erfurt: Dr. Jtzt über die Nothwendigkeit, den Sitz der Reichsgewalt in die Mitte Deutschlands zu verlegen. Leipzig 1848 — und: Kann Frankfurt Sitz der deutschen Reichsgewalt werden? (Nachtrag zu dieser Schrift) Leipzig 1848. Für Bamberg: Eignet sich die Stadt Bamberg zum Sitze der deutschen Reichsgewalt? Bamberg 1848.

Deutschland.

Frankfurt. In der Oberpostamts-Zeitung liest man folgende Erklärung: Nr. 56 des deutschen Volksblattes enthält einen Artikel, überschrieben „Bekenntniß und Abbitte", in welchem Herr Dr. Eisenmann die Mißbilligung des Bezirks Stadtprozeltens ausspricht, daß er ihnen Herrn Bassermann als Parlamentskandidaten empfohlen habe. Wir Unterzeichnete finden uns dadurch zu der einfachen Erklärung veranlaßt, daß wir Herrn Dr. Eisenmann sehr dankbar sind, und bei unserer Wahl auf Herrn Bassermann aufmerksam gemacht zu haben, der unser Vertrauen bis auf den heutigen Tag im vollsten Maße besitzt. Hierbei verweisen wir auf die Oberpostamts-Zeitung vom 10. und die Aschaffenburger Zeitung vom 27. Oktober, wo bereits dem Herrn Dr. Eisenmann sich ausgesprochen haben, und überlassen es der Zukunft, zu entscheiden, ob die jetzige oder die frühere Ansicht des Herrn Dr. Eisenmann ein Irrthum ist. Ende November und Anfang Dezember 1848. Die Wahlmänner des Bezirks Stadtprozeltens. (Folgen die Unterschriften.)

Herzogthum Braunschweig. — Braunschweig, 19. Dez. Heute ist unsere Ständeversammlung von dem Herzog mit folgender Thronrede eröffnet worden: Meine Herren Abgeordneten! Bei dem Erwachen eines neuen Geistes für die Einigung Deutschlands habe ich mich bemühen offen angeschlossen. Den von gemachten Verheißungen sind einige der wichtigsten bereits erfüllt. Diese Versammlung selbst ist eine neue Schöpfung jener Gesetze. Ich erwarte, daß Ihre Beschlüsse wohl erworbene Rechte und verfassungsmäßige oder gesetzlich bestehende Vorschriften gewissenhaft achten werden. Ich hoffe, Sie werden die Ihnen gestellte Aufgabe würdig lösen; nicht der Umfang des Bestehenden, sondern treffen angemessene Umgestaltung ist der wesentliche Zweck des wahre Bedürfnisse unserer Zeit. Sie werden mich bereit finden, in diesem Sinne an mich gerichtete Anträge entgegenzunehmen. Eine geregelte freie Entwickelung und das fortschreitende Gedeihen der Wohlfahrt Aller ist das stete Ziel meiner Bestrebungen. Bei denselben rechne ich auf Ihre kräftige Mitwirkung, zu welcher die nun beginnenden Verhandlungen Ihnen reiche Gelegenheit darbieten.

Zum Präsidenten der Abgeordnetenversammlung wurde der Abgeordnete Freiherr von Cramm-Sambleben und der Reichstags-Abgeordnete Hollandt zum Vize-Präsidenten erwählt.

*) Vergl. Allgemeine Zeitung Beilage zu Nro. 300.

Mecklenburg. — Schwerin, 16. Dez. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten wurde ein von der Regierung vorgelegtes Gesetz wegen Abschaffung der Prügelstrafe fast einstimmig angenommen. Das Gesetz verfügt: Art. 1. Die körperliche Züchtigung darf fortan so wenig von Gerichts- und Polizei- wie von Verwaltungsbehörden der Straf- und Arbeitshäuser verfügt werden. Desgleichen beredugt der Dienstzwang nicht zur körperlichen Züchtigung. Art. 2. An die Stelle der körperlichen Züchtigung tritt eine verhältnismäßige Geld- oder Freiheitsstrafe. In Straf-, Arbeits- und Gefangenenhäusern, in welchen eine besondere Hausordnung besteht, kommen die in dieser vorgeschriebenen sonstigen Strafmittel zur Anwendung. (B.-H.)

Preußen. Berlin, 24. Dez. (Spen. Ztg.) — Herr Arago, der wie sich zu bestätigen scheint, Berlin in Kurzem verlassen, und Herrn Gremieux zum Nachfolger erhalten wird, war vorgestern zum Diner bei Herrn von Wrangel. Gestern und Gestgeber benutzten diesen Anlaß, um erneuerte die Betheurung zu erheben, es gehe nicht nur nicht jener Stelle Anfruch haben. — Nach den allgemein in der Stadt umlaufenden, und wie glaubwürdig versichert wird, nicht unbegründeten Gerüchten, beabsichtigt die Regierung allerdings jetzt im Wege Rechtens gegen alle die Abgeordneten einzuschreiten, welche sich einen Akt der Auflehnung zum Abfalle und zur wirklichen Ausführung der Steuerverweigerung haben zu Schulden kommen lassen. So sollen in erster Beziehung auerdem denkwürdige Dokumente als Fundament einer Anklage vorliegen, welche Manfestirt abgenommen sind, die in den Provinzen vor und während der Debatten wurden. Nach geeteiller Anklage wurde die Regierung zur Suspendirung aller angeklagten Richter, Beamten ipsreiten, besonders leerer, welche die Emissäre unter ihrer Namens-Unterschrift für die Provinzen beglaubigt haben. Es wäre nur zu wünschen gewesen, daß die Regierung, wenn sie diese Absicht hatte, sogleich damit hervorgetreten wäre.

Der „preußische Staatsanzeiger" vom 24. Dez. enthält ein Rundschreiben des Ministers des Innern, Grafen Arnim, an sämmtliche Oberpräsidenten, Präsidenten, an die sämmtlichen Provinzial-Schulkollegien und königlichen Regierungen, in welchem mit Hinweisung auf die Pflicht der Lehrer, die Jugend zu ordentlichen Staatsbürgern im vollsten Sinne des Wortes zu erziehen, auf einzelne Fälle des Mißbrauchs der Schule aufmerksam gemacht wird, wo die Lehrer ihre politischen Parteiansichten, die mitunter auf Unterwühlung alles sittlichen und vaterländischen Gefühls berechnet waren, auch ihrer Schuljugend einzuprägen suchten. Fur solches, im Amte unternommene gefährliche Beginnen sollen durch disziplinarische, wie nöthigenfalls gerichtliche Strafen entfernt werden. Dem Lehrer ist jedoch ausserhalb seiner Amtsthätigkeit die freie Meinungsäußerung natürlicherweise ungehindert zugestanden und er unterliegt in dieser Beziehung den gleichen gesetzlichen Bestimmungen wie jeder andere Staatsbürger. Für die Form eines solchen auf Verfegung der besonderen amtlichen Pflichten gegründeten Verfahrens dienen die jetzt wie bisher in Kraft bestandenen Vorschriften über das Disziplinarverfahren gegen Lehrer, die das in der Verfassungsurkunde vorbehaltene, im nächsten Februar den Kammern vorzulegende klinterrichtsgesetz entsprechenden Formen begründet haben wird.

Breslau, 20. Dez. Der Restaur, den alle Reden im demokratischen Club jetzt haben, ist der Schmerzens-Ausruf: „Gott, Gold!" Auch der berühmte Abgeordnete Brill begann in der gestrigen Sitzung des Klubs seine Wiederwitz-Rede mit den Worten: „Meine Herren! Wir brauchen Geld." Ohne Geld läßt sich nichts machen! Sie haben viel geopfert, aber Sie müssen noch mehr Opfer bringen!" Die Demokraten, denen das eine leuchtete, klatschen Beifall, gaben aber nichts — aus guten Gründen, und Brill hatte seine Beredsamkeit auch hier vergeblich anzubringen versucht. Wahrlich, die Sitzungen des demokratischen Vereines beweisen mehr als irgend etwas die Schwäche dieser Partei. (D. Wesdy.-Ztg.)

Köln, 23. Dez. Der heute vor den Assisen gegen die drei Angeklagten Dr. A. Gerschaft, F. Annecke und Chr. J. Esser, welche angeklagt waren, im Laufe des Jahres 1848 durch Reden in öffentlichen Versammlungen, sowie durch Druckschriften ihre Mitbürger zu gewaltsamer Aenderung der Staatsverfassung, zu bewaffneter Auflehnung gegen die königl. Macht, zur Bewaffnung eines Theiles der Bürger gegen den anderen gereizt zu haben, wurde heute beendigt. Die drei Angeklagten wurden für nicht schuldig erklärt. Das im Saale stets anwesende zahlreiche Publikum gab während der Verhandlungen eine bedeutende Aufregung kund (Rh. Bl.)

Koblenz, 21. Dez. Die Nachrichten lauten hier sehr kriegerisch. Die hiesige Landwehr soll nach Luxemburg verlegt werden, und dafür pommersche Landwehr als Besatzung hierher kommen. Die Wälle der Festung werden tapfer und formidable rüstet zu Wasser schweres Geschütz hier ein, welches auf die Werke aufgefahren wird. Das von hier nach Trier gehet abmarschirte Bataillon des 28. Regiments ist von dort nach der französischen Grenze marschirt. (Spen. Ztg.)

Oesterreich. — Wien, 24. Dez. Viertes Armee-Bulletin. Nach den so eben aus dem Hauptquartiere Ungarisch-Altenburg eingetroffenen Nachrichten des Herrn Feldmarschalls Fürsten Windisch-Grätz ist das erste und zweite Armeekorps zwischen Hochstaß und Raab schlagfertig aufgestellt, und die Avantgarde bis über die Rabnitz vorgerückt ohne auf einen Feind zu stoßen. Der Korpskommandant ist die Division des Feldmarschalllieutenants Simunich, zum Ersatzung jene des Feldmarschalllieutenants Kempen aufgestellt. Von Oedenburg ist das Korps des Obersten Horvath gegen Güns vorgerückt, um einer feindlichen Kolonne unter dem Rebellen Perczel, die sich gestrigt von der unteren Mur über Körmend, Steinamanger und Papa mit den Insurgenten bei Raab zu vereinigen suchte, in die Flanke zu fallen. Während des Verweilens der Armee in ihrer letzten Stellung ist in jener ganzen Strecke, welche die Truppen auf beiden Ufern der Donau besetzen, d. h. im Preßburger, Wieselburger und Oedenburger Komitat, die Entwaffnung des Landvolks bewirkt, die gesetzliche Ordnung hergestellt, und die Einsetzung der königlichen Regierungskommissäre gesichert. Assen am 24. Dez. 1848. Vom Zivil- und Militärgouverneur Welden, Feldmarschalllieutenant. (A. Z.)

Das Journal des „Oesterreichischen Lloyd" bemerkt zu dem früher mitgetheilten Verzichtsbefehle des Erzherzogs Franz Karl in Betreff der Thronbesteigung des Kaisers Franz Joseph: Die Thronfolge in Ungarn ist im Jahr 1687 nach dem Rechte der Erbgeburt, und unter Karl VI. durch die pragmatische Sanktion regulirt; sie hat also in Ungarn so statt wie in allen andern Ländern der österreichischen Monarchie, und es ist noch Niemanden eingefallen, zu behaupten, daß die pragmatische Sanktion dem Regenten nicht erlaube, dem Throne zu entsagen. Es ist nur schuldig, die Regierung Demjenigen zu übertragen, der nach der Ordnung, die in der pragmatischen Sanktion ausgesprochen, zu seinem Nachfolger bestimmt ist. Und dies ist im gegenwärtigen Fall, nachdem Erzherzog Franz Karl gleichfalls der Thronfolge entsagte, unser jetziger Kaiser Franz Joseph. Oder haben die Ungarn vielleicht besondere exzeptionelle Gesetze hierüber? Haben sie ein Gesetz über die Thronentsagung des Königs? Haben sie ein Gesetz, welches die Zustimmung der Nation hierbei nothwendig macht? Antwort: Nein! Es ist lächerlich zu sagen: als im Jahre 1830 Kaiser Ferdinand zum Könige von Ungarn gekrönt wurde, ist ein Gesetz verfaßt worden, daß er darauf keinen Theil an der Regierung nehmen dürfe, so lange sein Vater Kaiser Franz l. lebe; also darf er nicht dem Throne entsagen durch die Zustimmung der Nation! Diese Logik mahnt an jenen Vernunftschluß, den die alte Philosophie als Superlativ des Unsinns aufstellte: Der Stock lehnt in der Ecke, also regnet es! Der Ausdruck des ungarischen Landtages spricht vom Inaugural-Akt und der Krönung! Dieß ist im Munde der Rebellen Sonderbar. Ungarn hat durch seine Handlungen den Inaugural-Akt zerrissen und dem Kaiserhause als Erbehandschuh hingeworfen; es hat sich von der österreichischen Monarchie losreißen wollen; von einem Inaugural-Akt kann daher keine Rede mehr sein. Es beginnt eine neue Gestaltung der Dinge. Ungarn hatte bis zur gegenwärtigen Rebellion das Recht, nach eigenen Gesetzen regiert zu werden, aber es war auch durch die pragmatische Sanktion „unzertrennbar" (indivisibiliter et inseparabiliter) mit der österreichischen Monarchie verbunden, um ein Landtagsbeschluß noch weniger diese Linien aufgelöst werden wäre, hätte seine Ungültigkeit in sich selbst enthalten. — Nach der „Ofen-Pesther Zeitung" wäre die Armee, welche Ungarn in seinen Kampfe gegen Oesterreich auf die Beine gebracht hat, 140,000 Mann, mit 238 Kanonen.

Italien.

In Rom war es am 17. wie ein Berichterstatter der Allgemeinen Zeitung von dort meldet, zu einem Pöbelaufstande gekommen. Ein Haufe von ungefähr 300 Proletariern und Müssiggängern, geführt von Cicerucchio, Galdese, Gattaboni und einen Polen 309 vor den Quirinal, um von da mit versammelten Ministern die Einsetzung der Constituante und der provisorischen Regierung zu verlangen. Die Minister ließen sich nicht sehen. Ein gewisser Polidori, Vorsitzer des Circolo Popolare, kündigte aber dem Volke an, das Ministerium entspreche dem Wünschen des Volkes und habe daselbe ein, sich am nächsten Tage nach dem Depputirtenpalaste zu begeben, um durch seine Gegenwart die Beschlüsse der Kammern zu bethätigen. Nachdem der Haufen noch Garibaldi und de Boni ein Lärmen des Hoch gebracht, zerstreute er sich. In der Nacht erhielt Galliciano, General der Civica eine Depesche des Ministeriums, in welcher dieser der Civica die Handhabung der Ordnung und den Schutz der freien Kammerberathungen übertrug. Die Civica wurde sofort unter die Waffen gerufen und am 18. Morn. 11 Uhr wurde bereits zum viertenmale Generalmarsch geschlagen. Die Civica ist seit entschlossen auf die Rubestörer zu feuren, und die Obersten der Civica verlangen die sichtige Entfernung Garibaldi's und de Boni's und Mom. — Am 19. nahm das Ministerium in Masse seine Entlassung, und es handelte sich darum eine Art Exekutivgewalt zu schaffen. Durch Stimmenmehrheit war Galletti zu einer Art von Diktator ernannt worden, hatte aber trotz der Drohung, ihn wie Rossi zu ermorden, nicht angenommen. Die Verwirrung wurde immer größer und der Civica allein ist bis jetzt die Aufrechthaltung der Ruhe und Verhütung ärgerlicher Demonstrationen zu danken.

Frankreich.

△ **Paris**, 23. Dez. Kaum haben Ludwig Napoleon und das neue Ministerium ihre Stellen angetreten, so durchkreuzen sich bereits Gerüchte aller Art von den Absichten und Plänen, die man beiden zuschreiben. Auflösung der Mobilgarde oder vermehrtes Kriegsbudget, die Zusammenberufung der Nationalgarden, die Verminderung der enormen Ausgabe für dieselbe verhindert sein würde, nimmt unter diesen Gerüchten den ersten Platz ein. Auch andere Gerüchte sind im Umlauf. So versichert man, der Präsident der Republik habe an den Papst Pius IX. ein langes Schreiben geschickt mit dem Ausdruck seiner Ergebenheit für den heil. Vater und der Einladung an denselben, daß er Frankreich mit seiner Gegenwart beglücken möge. — Morgen wird der Präsident eine Musterung der ganzen Nationalgarde des Seine und der Linientruppen des in und um Paris versammelten Heeres abhalten. Da dies eine Musterung von mehreren hunderttausend Mann ausmacht, so läßt sich begreifen, daß die Musterung schon um 8 Uhr Morgens beginnen wird.

Vermischte Nachrichten.

(München, 26. Dez. (Theater.) Am Zeitraume von einem Monate erschien am 22. d. Mts. das zweite neue größere Ballet, nemlich: „Paquita“, von dem neu engagirten Ballemeister Hrn. Zenzi arrangirt und in Szene gesetzt. Wer die Schwierigkeiten des choreographischen Einstudirens kennt, oder sich auch nur erinnert, wie der theater dergleichen Vorgänger des Hrn. Zenzi, in seiner spektakulösen Ruhe höchstens alljährlich mit einem Tanzdivertissement hervorrückte, das der Kasse gewöhnlich Tausende von Gulden sostete und doch alles Erstrebte kaum war, wird Hrn. Zenzi um so mehr die aufrichtigste Anerkennung für das sollen. was er mit an und für sich bedeutenden Mitteln Ueberraschendes und Mannigfaltiges bot. — In der Arrangirung mimetischer Szenen, in der Gruppirung voller Gruppirungen und farbenschimmernder lebender Bilder übt Hr. Zenzi ein, vielleicht seinem seiner Rivalen übertroffener Meister. Das Auge hat kaum Gedrucktes genug, um z. B. in dem heutigen Ballet die anmuthigen Verschlingungen des ersten Zigeuner-Gruppentanzes und das, wie durch einen Zauber entstehende glänzende Schlußtableau, mit seinen zu Fuß und doch zu Roß kämpfenden Kriegergruppen zu fassen. Bei solchen Vorzügen überseben wir gerne den Mangel an Poesie im Gulet, wie diese in den „Willis“, der „Peri“ und andern choreographischen ächten Gedichten vorherrscht, und halten uns an das Materielle, wenn es in so reizender Gestalt dargeboten wird. Unser ganzes Tanzpersonale, sowohl die Solisten, die Damen Holler, Sophie und Augste Zenzi, Fries, Thierry, und die Herren Franz Zenzi, M. Laroche, Ostermann, — wie auch das Korps de Ballet, schienen von dem neuen Geist, den Hr. Zenzi dem Ballet eingehaucht hat, vollständig ergriffen und erregten durch ihre Leistungen ein komplettes Beifallssturm, der sich gleich Anfangs für das, somit stets vom Publikum anbandbar behandelte Chorpersonal aussprach, und sich in ununterbrochener Folge auf alle Mitwirkenden, zu denen heute auch Dr. Ballemeister Zenzi selbst gehörte, austehnte — So wie Dr. Intendant v Feays unsere Oper zu einer vortrefflichen heranbilden ließ, so wollen Dank verdient er für die, durch Zenzi's Engagement neugeschaffene Aera des Ballets. Hoffen wir, daß durch Hrn. Baron Feays Bemühung auch noch unser, jenen beiden Kunstgefährten, schon nachdem Schauspiel durch eine sorgsamere, spezielle Verwaltung wieder kurirt werden wird. —

(Frankfurt, 26. Dez. Das gestern Abend von den Mitgliedern der Königl. Hofkapelle unter Lachner's Direktion veranstaltete große Konzert lieferte wieder einen neuen glänzenden Beweis von der Vortrefflichkeit dieser Anstalt. Wir müssen für diese seit einer Reihe von Jahren fortgesetzten Konzerte, in welchen auch die ausgezeichnetsten Schöpfungen klassischer Musik geboten wurden, unsere vollbewußte Anerkennung aussprechen. — Der gestrige Abend war Beethoven's großem Genius allein gewidmet, und die Ausführung der erhabenen Tonwerke des gefeierten Meisters war eine vollkommen würdige. Leider mußten wir die Bemerkung machen, daß der Saal in den früheren Jahren ein bedeutend größeres Publikum versammelt sah. Der ganze königl. Hof hatte das Konzert durch seine Anwesenheit beehrt.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Verehrter Herr Redakteur! Sie verbinden mich durch die Aufnahme des beiliegenden Briefes in eine Ihrer nächsten Nummern, und erlauben mir wohl, hier ihr Witz an alle deutschen Zeitungen hinzuzufügen, diesen Brief gefälligst nachzudrucken. Frankfurt, den 23. Dezember 1848.

Hochachtungsvoll Ihr ergebener **J. Wendorf.**

Frankfurt, 22. Dez. 1848. Lieber Dümont!*) In dem Leitartikel △ der außerordentlichen Beilage zu Nr. 337 Deiner Zeitung heißt es: „Wir stehen auf der Seite des Gagern'schen Programms. . . . . Wir wissen, wir sind damit für eine Theilung Deutschlands, wie das Vaterland (!) sie erst einmal (!!) nach einem dreißigjährigen Kriege erlebte.“ Ich erkläre hiermit, daß ich nie mehr eine Zeile in Deine Zeitung liefern werde, so lange der Unglückliche, der diese zwei Zeilen schreiben konnte, in Deinem Blatte mitarbeiten darf, und so lange der Redakteur, der diese furchtbare politische Blasphemie unter seine Verantwortung nahm, Dein Blatt redigirt. „Wir sind damit für eine Theilung Deutschlands, wie sie das Vaterland — erst einmal erlebte!“ Ich werde nächstens Hrn. P. Augs Abhitte thun müssen für meine Anklage gegen ihn wegen eines Hochverraths gegen Deutschland! Doch nein, ich bin stolz, er hat die Deutschen verläumdet, als er sagte, sie seien „niedertrachtig“, denn ich fühle es in allen Pulsen meines deutschen Herzens, ich weiß es in jedem Gedanken meines deutschen Bewußtseins, das deutsche Volk, und vor Allem die Deutschen in Preußen werden Denen, die die Kaiserkrone mit einer Theilung Deutschlands erkaufen möchten, antworten: „Nein und zwei Mein! wir sind gegen eine Theilung Deutschlands! Wir wollen kein Preußen, kein Oesterreich, sondern ein einiges Deutschland“. Und wir wollen kämpfen für die Einheit, und kämpfend untergehen, wenn es sein muß. Denn Fallen ist keine Schande, wohl aber freiwillig sich schändbe ergeben.“ Ich verlange den Abdruck dieses Briefes in Deiner Zeitung im Namen unserer alten Freundschaft: — aber auch im Namen des Lokals, das mit Dein Blatt spendet, so oft sie in Frankfurt den Franzosen gegenüber bebauptete. Sie sollen sein ein ehrbahres Blatt, eine tapfere Nation — und würden Dem, der daran zweifle, das blanke Eisen zeigen. Ihr Dich, lieber Dümont, die herzlichsten Grüße von Deinem **J. Venedey**

*) Eigenthümer der Kölnischen Zeitung.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Donnerstag, 28. Dez: (Zum Erstenmale.) „Dittrich“, Schauspiel von Karl Gutzkow.
Freitag, 29. Dez: „Die Hochzeit des Zigaro“, Oper von Mozart.

Fremdenanzeige.

Hotel Maximilian. Gruchan, Kaufm., von London. Eisenlöhrer, Kaufmann, von Frankfurt. Theler, Particulier, von Wien. Dr. Ebert, von Neuburg.

Gold. Hahn. Wassermann und Löwenthal, Kaufleute, von Baarburg. Mad. Wassermann, Privatiere, von Baarburg.

Blaue Traube. Braun, Regierungsaccessit, von Augsburg. v. Berchtold, von Salzburg. Graf Seckmann, k. k. Lieutenant, von Stuttgart.

Stadtgarten. Schmidt, Privatier, von Salzburn. Bestermaier, Privatier, von Straubing. Klauer, sächs. Hofschauspieler, von Pest. Ruoß und Weissinger, Schiffer, von Ulm.

Gestorbene in München.

Andreas Mayerhofer, Taglöhner von Tüßling, Lgs. Altötting, 52 J. a. Heinrich Zeter, Fabrikant von Bern (in der Schweiz), 41 J. a. Peter Schreiner, Student von Plattenberg, Lgs. Tressberg, 22 J. a. Leonhard Leverer, Gutsaudinger, 56 J. a.

320. **Hauptmann.**

Sonntag den 31. Dezember 1848
Tanz-Unterhaltung
im großen Saale.
(Die Musik von der Gesellschaft à la Gungl)
Anfang 7 Uhr.

Die Herren, welche nicht Masken tragen, erscheinen hiebei im Fracke und schwarzen Beinkleide.

Jene außerordentlichen Mitglieder, welche erst in den Monaten Oktober bis Dezember in die Gesellschaft aufgenommen wurden, werden gebeten, sich bei dem Eintritte in den Saal durch Vorzeigung ihrer Eintrittskarten oder Quittungen zu legitimiren.

Zugleich bringen wir Vorstehen der Gesellschaft die Bestimmung der 17ten der Statuten in Erinnerung, wornach nur die Mitglieder des Museums mit ihren nach §. 12 dieß berechtigten Familiengliedern und Fremde, welche Eintrittskarten erhalten, das Recht haben bei den Unterhaltungen der Gesellschaft zu erscheinen, und es keinem Mitgliede gestattet ist, Damen und Herren einzuführen, die nicht zu seiner Familie gehören.

Die Vorsteher.

Einladung zur Pränumeration auf die Grazer Zeitung für das Jahr 1849.

Berufen im Mittelpunkte Oesterreichs gestreut, ist unsere Zeitung berufen, ein Organ dieses Gesammtstaates zu sein. Wir erhalten aus allen Theilen der Monarchie und Deutschlands fortlaufende Korrespondenzen. Die Redaktion selbst hat sich über jeden Parteiastreife gestellt, und verfolgt in ihrem Streben das Ziel einer auf Recht, Wahrheit und Sitte sich gründenden Freiheit, die allen Völkerschaften des großen Länderkompleres ihre Nationalcharakter möglichst gewährleisten soll. — Einen entschiedenen, aber besonnenen Fortschritt zu fördern, liegt in der Aufgabe, welche sich unsere Zeitung ursprünglich gestellt hat, und diese Aufgabe zu vervollkommen strebt. Die Grazer Zeitung erscheint täglich und wird mit der Post auch täglich an die Orte ausser Graz versendet; derselben wird, wie bisher, das Provinzial-Amts- und Intelligenz-Blatt und dreimal die Woche das belletristische Blatt „der Volksfreund“ beigegeben. Die äußerst billig gestellten

Pränumerations-Preise

für die täglich in Gross-Folio-Format erscheinende Grazer Zeitung sind:

a) in Orte Graz ganzjährig 16 fl., halbjährig 8 fl. und vierteljährig 4 fl. K.-M.
b) bei allen Postämtern mit täglicher Zufendung unter Kouvert ganzjährig 20 fl. und halbjährig 10 fl. K.-M.

Unter gewissen Modalitäten, welche die Zeitung mit der Post zugestandet wünschen, belieben die Pränumeration bei den Postämtern möglichst bald einzuleiten, damit die Zufendung derselben mit dem 1. Januar 1849 pünktlich erfolgen könne.

Graz, Anfangs Dezember 1848.

Der Verlag: Andreas Leykam's Erben.
Die Redaktion: Schmidt v. Firnhaber.

(30)

304. (3c) Die Unterzeichnete beabsichtigen zu Neujahr 1849 einen

Theater-Almanach

herauszugeben, welcher eine Uebersicht der diesigen Theaterverhältnisse, das Personalstandes, des Repertoirs u. dgl. enthält, und für jeden Theaterfreund von Interesse sein dürfte.

Sie laden daher zur zahlreichen Subskription ein.

München, den 15. Dezember 1848.

Xaver Hallhofer & Franz Peitler, königl. Hoftheater-Souffleure.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

München, den 28. December.

Königlich Allerhöchste Verordnung, die Entschädigung der Geschworner, Sachverständigen und Zeugen in Strafsachen betreffend.

Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben ꝛc. ꝛc. Wir finden Uns in Vollziehung der Artikel 100 und 132 des Gesetzes vom 10. November dieses Jahres, der Abänderung des II. Theils des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend, bewogen, vorläufig und bis zur Einführung einer neuen vollständigen Taxordnung zu verordnen, was folgt:

Art. I. Die Entschädigung für Reisekosten, welche den Geschwornen auf ihr Verlangen und wenn ihr Wohnsitz weiter als zwei Stunden vom Gerichtsorte entfernt liegt, in Gemäßheit des Art. 100 des Gesetzes vom 10. Nov. dieses Jahres (Gesetzblatt Nr. 25) zu bewilligen ist, beträgt für jede gewonnene Stunde sowohl der Hin- als der Zurückreise dreißig Kreuzer. Kann, um zum Sitzungsorte zu gelangen, von der Eisbahn, der Eisenbahn oder dem Dampfschiffe Gebrauch gemacht werden, so darf die Gebühr den Betrag von achtzehn Kreuzern für die Stunde nicht übersteigen. Art. II. Aerzte, Wundärzte, Chemiker, Tollmeischer und andere Sachverständige erhalten, wenn sie in Strafsachen vernommen werden, unter den im Artikel I. bezeichneten Voraussetzungen eine gleiche Entschädigung der Reisekosten. Art. III. Zeugen, deren Wohnsitz weiter als zwei Stunden vom Gerichtsorte entfernt liegt, erhalten auf ihr Verlangen die Entschädigung der Reisekosten mit zwölf Kreuzer für jede gewerrirte Stunde sowohl der Hin- als der Zurückreise. Art. IV. Um die Festsetzung der Entschädigung zu erleichtern, soll durch die Kreisregierungen die Auferlegung einer Tabelle der Entfernungen von jeder Gemeinde bis zum Sitze des einschlägigen Landgerichts, Kreis- und Stadtgerichts und Appellationsgerichts angeordnet, und ein Exemplar der Tabelle bei jeder dieser Behörden niedergelegt werden. Art. V. Sachverständigen, welche an ihrem Wohnorte gerichtlich vernommen werden, erhalten auf Verlangen für Versäumniß eine Entschädigung von sechs und dreißig Kreuzern, wenn sie nicht bereits wegen eines Staatsamtes oder öffentlichen Dienstes einen Gehalt beziehen. Geschieht die Vernehmung außerhalb ihres Wohnortes, so gebührt jedem Sachverständigen täglich eine Entschädigung von zwei Gulden. Art. VI. Zeugen, welche in Strafsachen zu vernehmen sind, erhalten eine Entschädigung für Versäumniß ebenfalls nur dann, wenn sie solche gegen Verlangen, und nicht bereits wegen eines Staats- oder Gemeindienstes oder öffentlichen Dienstes einen Gehalt beziehen. Die Entschädigung beträgt für den ganzen Tag sechs und dreißig, für den halben Tag oder eine geringere Zeit achtzehn Kreuzer. Kinder unter fünfzehn Jahren erhalten blos die Hälfte dieser Beträge. Art. VII. Sind die Zeugen genöthigt, an dem Orte, wo die Verhandlung einer Strafsache abgehalten wird, länger zu verweilen, so soll für jeden Uebernachtigen die im Art. VI. bezeichnete Gebühr um ein Viertheil erhöht werden. Ueber solchen Falle haben auch die Zeugen, welche wegen eines Staatsamtes oder öffentlichen Dienstes einen Gehalt beziehen, Anspruch auf die den andern Zeugen gebührende Entschädigung. Art. VIII. Sind Sachverständige oder Zeugen wegen Krankheit oder Gebrechlichkeit zu größeren Auslagen, als den in den vorstehenden Artikeln bezeichneten, veranlaßt worden, so können diese von dem einschlägigen Gerichte nach vorgängiger Liquidation und Bescheinigung zurückgezahlt werden. Art. IX. Der Betrag der in den Artikeln I bis VIII genannten Entschädigungen ist, wenn sich die Veranlassung dazu während der Voruntersuchung ergibt, von dem Untersuchungsrichter, außerdem aber von dem ersten Gerichtsvorsitzlichen, welches die öffentliche Verhandlung leitet hat, nach vorgängiger Berechnung durch den Protokollführer, zur Zahlung anzuweisen, worauf dieselbe sonst durch das einschlägige Rentamt geleistet wird. Hinderniß an dem Gerichtssitze kein Rentamt, so ist die Zahlung vorschußweise von dem Gerichte selbst aus den Gerichtsprotesten zu entrichten und über die Verrechnung mit dem einschlägigen Rentamte in's Benehmen zu treten. Art. X. Verlangt ein Zeuge wegen Dürftigkeit einen Vorschuß der Reise- und Versäumnißkosten (Strafgesetzbuch Theil II. Art. 202), so hat ihn das einschlägige Rentamt gegen Vorweisung des Ladungszettels zu entrichten, und die Summe auf bewilligte Verrechnung. Unser Staatsministerium der Justiz, des Innern und der Finanzen sind mit dem Vollzuge der gegenwärtigen Verordnung beauftragt. Nymphenburg, den 23. December 1848. Max. Heinz. v. Welland. Auf Königlich allerhöchsten Befehl: der Generalsekretär, Ministerialrath Hauck.

Das Staatsministerium des Krieges hat im vorgängigen Benehmen und Einverständniß des Königl. Staatsministeriums der Justiz den Militärstellen und Behörden folgende Mittheilung zugehen lassen Das Gesetz vom 10. Nov. 1848 (Gesetzblatt Nr. LV), die Abänderung des zweiten Theils des Strafgesetzbuchs betreffend, hat auf jene militärische Strafverfahren keinen Einfluß, welche nach den militärischen Strafverfahren die für Einführung eines neuen, mit Gesetz und Zustimmung der Stände des Königreichs zu erlassenden Gesetzes in Wirksamkeit bleiben. Die Bestimmungen des angeführten Gesetzes über das Strafverfahren stehen in ungertrennbarem Zusammenhang mit der durch das Gesetz angeordneten Gerichtsorganisation. So lange daher die dermalige militärische Strafgerichtsorganisation nicht in einer entsprechenden Weise abgeändert ist, erscheinen es ganz unmöglich, die neuen Formen hier in Anwendung zu bringen. Wenn das neue Gesetz auch gewisse Vorschriften des Strafgesetzbuchs von 1813 aufhebt, welche dem militärischen Strafverfahren zur Richtschnur dienen, so stören dieselben doch nicht auf, einen untergeordneten Theil dieser Spezialgesetzgebung zu bilden. Anderst verhält es sich mit den Abänderungen des 1. Theils des Strafgesetzbuches, welcher durch das Gesetz vom 12. Mai (Gesetzblatt Nr. 6) Art. 6 und durch das Gesetz vom 29. Aug. 1848 (Nr. 23 des Gesetzblattes) getroffen worden sind. Diese Abänderungen beruhen nach den Eingangsworten des ersten der angeführten Gesetze auf dem, der Abänderung des Strafsystems unabhängigen Gesetzesgrunde, „daß einige Strafbestimmungen den gegenwärtigen Anforderungen an die Strafgesetzgebung nicht mehr entsprechen.“ Daß von der Wohlthat dieser Abänderungen das Militär nicht ausgeschlossen bleiben sollte, ist durch die Bestimmung des Art. 7 Nr. 3 desselben Gesetzes und den Umstand, daß auch der Kriegsminister mit dessen Vollzug beauftragt ist, hinlänglich angedeutet. Jedenfalls ist das besondere Jurisdiktionsverhältniß kein Grund, die Militärpersonen in Betreff der von ihnen begangenen gemeinen Vergehen und Verbrechen mit anderen schwereren oder den Anforderungen der Zeit weniger anpassenden Strafen zu belegen, als andere.

Aussichten.

I.

S Aus dem Prozesse unbestimmter Gährung der durch die Beimischung neuer Ideen chemisch zersetzten Staatsverhältnisse scheint die Wirklage in jenes Stadium der streitsüchtigen Entwicklung übergehen zu wollen, wo sich die verschiedenen Elemente sichten und feste Stützpunkte gewinnen, durch welche die künftigen Gruppirungen der großen Staatsinteressen bestimmt und ihre gegenseitigen Annäherungen und Abstoßungen getragen werden. Von den beiden Ausgangspunkten der Bewegung hat der eine dem thatsächlichen Widerstand seiner seberkraft entzündeten Trotz gegen den obersten Herrn der Dinge gegeben, in dessen Hände sie von den Parteien gezerrten Staatsgüter wenigstens für den Augenblick zu alleiniger Führung gelegt sind, und zu Frankfurt drängt sich die Frage nach einem Oberhaupt einer vielleicht unerwarteten Lösung gewaltsam entgegen.

Der rothe Faden, welcher sich durch diese planlosen Strömungen der Politik zieht, ist ein absoluter Idealismus, dessen Tyrannei jedes Verhältniß im Leben ohne Rücksicht auf organische Entwicklung durch ein Machtwort umzuwandeln versuchte nach dem es oft schwankenden Vorbild seiner Phantasie.

Zu Paris fand er seine Aeußerung in dem Streben, die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihren Grundsetzen zu erschüttern und nach dem Ideale sozialistischer Phantasien auf anarchische Weise gewaltsam umzuändern, scheiterte aber an dem starren Realismus Cavaignac'scher Bajonette.

Zu Frankfurt zeigten sich die Symptome einer Krankheit in den Gelüsten unvermittelter unitarischer Konzentration der in Folge ihrer geschichtlichen Entwicklung um drei verschiedene Axen laufenden Interessen Nord-, Ost- und Westdeutschlands.

Den Kulminationspunkt erreichte die Krisis in dem sterbhaften Beginnen, einer Phantasie zu Liebe den kräftigsten Sort germanischer Interessen objectiven zu gerathmenten. Dagegen regte sich mit dem Mann das nationale Selbstbewußtsein des gesunden österreichischen Volksgeistes, und der Fall Wiens versetzte das heraufche Deutschland in den verdienten Katzenjammer, der Paulskirche Gelegenheit zu geben, statt über die „Grundrechte,“ über die Grundsatzfragen der souveränen Nation eine ihr staatsmännische Berathung zu pflegen.

Aber noch war der Kern des Uebels nicht getilgt. Sobald dem deutschen Idealismus das treue Stedenpferd, das er bei jenem verhängnißvollen März so sapfer geritten, zwischen den Füßen zusammensanken, warf er sich auf den direkten Antipoden seiner bisherigen Lieblingsidee; die gewaltsame Umwandlung Deutschlands, die auf dem Wege unitarischer Bestrebungen mißlungen, sollte plötzlich durch Sonderung erreicht werden und das Schaustellspiel zu Berlin wurde der Herold der neuen partikularistischen Bestrebungen. Aber wie die erstere an Oesterreich vollständiger Garantie gescheitert, so gerieth der letztere an der preußischen Widerstand.

Zegt sichtet rührige Besonnenheit die idealistischen Träumereien in der That etwas verdrängt zu haben; immerhin dies wirklich der Fall sei, muß die Entschädigung der Kassetrage beweisen, vor deren Lösung aber doch etwas klarere Entwicklung sich keine sichere Aussicht in die nächsten Strebungen deutscher Politik gewinnen läßt.

Diese wird daher zunächst nach einem andern Knotenpunkte der Weltbewegung.

Man hat es eine unbegreifliche Albernheit genannt, daß das Volk der Franzosen den Helden von Straßburg und Boulogne „polichinelle l.“ auf den Präsidentenstuhl der Republik gesetzt habe. Wie wir früher entwickelten, offenbart sich in dem arithmetisch ausgesprochenen Willen der Volksmasse nicht nothwendig immer der wahrhafte Volkswille, aber in dieser Wahl erkennen wir weniger eine geschichtliche Intrigue verewigter Parteien, als vielmehr den typogtischen Ausdruck der Nation selbst, ein Verdammungsurtheil der abstrakten Parteiprolitik und die Sehnsucht nach einer Führung, welcher nicht die Realisirung eines einzelnen Prinzips, sondern vielmehr die Größe des Staates als solchen, wie er ist, am Augen steht. Diese Sehnsucht war die Folge der unzufriedenen schroffen Hinneigung der Parteien in der bisherigen Politik der Republik, wobei aber

dem Zeal die Wirklichkeit vergessen wurde. Daß die einzelnen Parteien unter Bonaparte's Auspizien auch für ihre speziellen Zwecke sich Vortheile erwarteten, war ein sekundäres Beförderungsmittel seines Sieges, aber gewährt wurde er, eben weil er gar keiner Partei angehörte, denn die Masse des Volkes hatte Ursache genug, die Herrschaft eines einzelnen bestimmten Prinzips haffen zu lernen. Ferner war leicht einzusehen, daß Bonaparte, falls er in der Zukunft sich einer bestimmten Partei in die Arme werfen zu wagen wollte, seine Machtmittel zum Theil der Waffenstärke auszusetzen, hier in fürzester Frist nach sicherer Niederlage eine total unmögliche würde. Es war klar, daß die einzige gesunde Politik Bonaparte'd die sein konnte, sich über alle Parteien zu stellen und mit solchen Männern zu umgehen, von denen keiner einem schroff auftretenden politischen Prinzip anhinge. Dies wird er auch sicherlich thun, und so lange ihm dies möglich ist, sich zu der Spitze des Staates behaupten.

Daß es ihm möglich werde, dürfte wohl die Masse des Volkes imponiren, welche den ihr längst verhaßten Zeitzinkampf der Parteien mit Argumenten höchst materieller Natur beschwichtigen dürfte; dieser letztere selbst aber wird, indem die höchste Gewalt im Staate an ihm nicht mehr persönlichen Antheil nimmt, des offiziellen Charakters beraubt, sich auf freiem Gebiet auf das Gebiet der theoretischen Diskussion zurückziehen. Diese neue, durch die Stellung Bonaparte's als Staatsmannin praktische Politik verlangt für's erste: ruhmvolle Geltendmachung der nach jeder Franzosen tiefster Ueberzeugung vom Schicksal bestimmten Stellung Frankreichs als der „großen Nation" par excellence; das zweite Postulat ist: möglichst großer materieller Wohlstand, und endlich fordert sie auf das entschiedenste: Unterdrückung aller innern Parteifandale.

Der erste Artikel des neuen Regierungsprogramms involvirt großartigste thätige Eingreifung in die Nähe der Weltpolitik, da Franzosen solgendes Gelüsten; der zweite begreift in sich: behufs der Hebung von Industrie und Agrikultur Oeffnung möglichst vieler Märkte für die französischen Produkte und bei der für eine längere Zukunft feststehenden Nothwendigkeit der Unterhaltung großerer Heere möglichsten Rückersatz der auf sie verwandten Kosten durch diese selbst, der dritte endlich sucht zur Erfüllung seines Zwecks nach einem Ableitungskanal sämmtlicher Elemente des Bürgerkriegs.

Die künftige Politik Frankreichs wird also vorherrschend eine auf das Ausland gerichtete, der des Kaiserreichs mit Rücksichtnahme auf die veränderten Weltverhältnisse vielleicht nicht ganz unähnliche sein.

Welche werden nach diesen Prämissen die Annäherungen und Abstoßungen Frankreichs gegenüber dem Auslande sein? Preußen wir zur Beantwortung dieser Frage die Stellung der französischen Politik gegenüber den andern europäischen Großmächten.

Der empfindlichste Punkt französischer Sympathien, dessen gänzliche oder ungänstige Berührung das französische Volk zu dem höchsten Grade von Wuth und Begeisterung zu entflammen vermag, ist zweifelsohne Italien.

Cavaignac und Guizot haben dies sattsam erfahren.

Soeroft dürfte der Einfluß Frankreichs auf Italien ein vorherrschend konservativer sein. Kann es in dem Interesse Frankreichs eine wünschenswerthe Idee geben, als ein Kreuzzug zur Wiedereinsetzung des Staatshalters Christi? Ein Bund Sardiniens und Neapels zu diesem Zwecke unter dem Protektorate Frankreichs gehört zu den wahrscheinlichsten Eventualitäten. Toskana würde mit Leichtigkeit zu erlangen sein, zugleich mit der Unterdrückung der römischen Revolution den Brand im eigenen Hause zu löschen. Diese Allianz dürfte zu einem italienischen Fürstenbund führen, der die Leitung Italiens in die Hände nähme, und der sie wohl, als der Schöpfer dieser Ideen, Gioberti, seit Neuestem in Sardinien das Steuer des Staates führt. Frankreich würde sich natürlich eine Art von Protektorat ausbedingen, aber auf diesen Wege wäre ein Zusammenstoß mit Oesterreich unvermeidlich, sollte letzteres auch einer französischen Intervention zu Gunsten des Papstes ruhig zusehen, sich vielleicht selbst dadurch bedrohlich.

Ferner wäre durch diese Operation Englands Einfluß in Italien aufgehoben, wie es auch diese Macht mit der eigenen Erbitterung erfüllen würde, neue Märkte für die französische Industrie eröffnet zu sehen. Wie sich überhaupt England der bonapartistischen Republik gegenüber verhalten wird, darauf läßt der einstimmig gehäffige Ton der englischen Journale mit ziemlicher Sicherheit schließen.

Nicht minder bezeichnend ist, daß jetzt in englischen Blättern tadelnd gegen Lord Palmerston wegen seines in den lombardischen Angelegenheiten gegen Oesterreich beobachteten Verfahrens aufgetreten und von Oesterreichs gutem Rechte gesprochen wird, z. B. im Chronikle. Zur Würdigung unserer in Betreff Italiens ausgesprochenen Vermuthungen verweisen wir auf das Programm des Ministeriums Gioberti vom 16. Dez.

Dagegen gibt es eine Macht, deren streng konsequent auf die Verhältnisse des Ostens gerichtetes Streben hier mit dem theuersten Interessen Oesterreichs, wenn auch in Folge einer aus andern Weltkonstellationen hervorrührenden Tradition dem oberflächlichen Auge mit diesem in steter Harmonie erscheinend, dennoch in den entschiedensten Konflikt gerathen muß.

Was bisher eine in den Grundsätzen der heiligen Allianz wurzelnde Anschauung der Dinge geschützt zu bemänteln wußte, dies wird die in den Vordergrund geschobene Slawenfrage zum Schrecken aller derer offenbaren, die in der ewigen Freundschaft Rußlands und Oesterreichs die Garantie des Konservatismus erblickten.

Oesterreichs Aufgabe in der slawischen Frage besteht darin, unter dem Schutze seines Szepters die verschiedensten Nuancen der Slawennationalität jede in ihrer Originalität ohne irgend welche Suprematie dieser oder jener fort und ungezwungen sich entwickeln zu lassen. Dies ist die Wunder wirkende Idee des „Gesammtstaats," für dessen Panier von Wien, wie in den lombardischen Ebenen der Oesterreicher mit Freuden sein Herzblut vergoß, und „Gleichberechtigung aller Nationalitäten" das Zauberwort, welches alle Slaven des Kaiserreichs zum Kreuzzug gegen die magyarische Arrogang entflammte; geht ja diese Gedanke sogar so weit, daß der bloße Titel Zelachichs „Zivil- und Militärgouverneur von Kroatien und Dalmatien" von Seite des letzteren eine Protestation gegen alle etwa an diesen „und" zu knüpfenden separatistischen Verstimmungsideen hervorrief.

Die russische Politik dagegen würde in dem von ihr erstrebten Riesenstaate allen slawischen Stämmen den moskowitischen Stempel aufdrücken. Diese fanatisch ergriffene Idee eines slawischen Gesammtstaates unter russischem Szepter mit eiserner Konsequenz verfolgen, läßt sie im Geheimen jeder slavischen Nationalität durch ihre Kokodues und Dubawels zur Ausführung vorarbeiten.

Während Oesterreich in der großen Slawenfrage für gleiches Bereinanderbestehen der einzelnen Nationalitäten stimmen mag, um nicht gegen sich selbst einen furchtbaren Sturm heraufzubeschwören, wird Rußland die Unterwaldung der einen durch die andern begünstigen und als etwas durch die Geschichte Gebotenes darstellen, die Welt auf den Tag vorzubereiten, wo einst der Moskowiter die noch übrigen Slawenstämme verschlingt. Daß der russischen Politik, so lange sie thunlich, mit einer österreichischen Hand in Hand gehen wird, liegt am Tage. Ein offener Bruch aber, als es nöthig, wäre eine voreilige Entlarvung der bisher durch die feinsten Künste der Diplomatie gehegtgehaltenen Pläne und die Vereitelung russischer Orden an das österreichische Heldenkleebatt bewesst in dieser Beziehung gar nichts.

Sahen wir aber, daß der Angelpunkt der großen nordischen Geschichtsströmungen nicht minder, wie der der westlichen, mit den Interessen der gegenwärtigen Zwmast in nicht zu ferner Berührung gerathen muß, so hätten wir wohl fragen, ob eine Allianz der beiden Gegnern gegen den gemeinsamen Gegner, so barock sie auch klingen mag, dennoch nicht zu den politischen Möglichkeiten gerechnet werden dürfte. Zwar schon in jener berühmten Prophezeiung Napoleons wird der französische Republikaner dem Kosaken als diesseitiges Gegentheil gegenübergestellt, aber abgesehen davon, daß das reelle Interesse der Republik, und dieses scheint jetzt zum Leitstern ihrer Politik erhoben zu sein, nur zu bewerkstelligen Verpflanzung nach, wo diese zu dem Ruhm und Vortheil des ganzen Landes, nicht nur einer Partei gereicht, auf den unfruchtbaren Boden russischer Steppen aber der goldene Saamen der Freiheit wahrlich vergeblich ausgestreut wäre und Polen seine politische Impotenz sattsam bewiesen hat, so fühlt sich der moskowitische Riese trotz aller Fabeln von dem Koloß mit thönernen Füßen in seiner durch den Fanatismus der Massen getragenen Politik so sicher, daß das Spiel mit ihm Vortheil bringende Wünschig zurückweisen sollte lediglich in der Befürchtung, das Volk seiner Russen könne dadurch zu Demokraten werden.

Im Ernst eine solche Besorgniß zu hegen, ist er viel zu praktisch; würde er zu sogar seine bisherigen Tapfeinde die kualitischen Polen gewinnen, wenn er verbunden mit einer von diesen angeboten Romanow Krone machte gegen das durch und durch revolutionäre Oesterreich. Die Zeit von den Wiener Kongreß nicht minder gehäßig, als es jemalen die russische Knute war.

Die russische Strömung ist eine lediglich nach Osten gerichtete und liege der französischen freieren Spielraum im Westen um so mehr, da diese hier seindlich auf ein Element stoßt, das nicht minder feindlich einem weiteren Vordringen Rußlands nach Osten entgegensteht, und das überall mächtige Albion.

Einen Frankreich den englischen Einfluß in Italien brache und zwar allirt mit Rußland auf zu beiden Gunsten, würde letzteren leichten Kaufes zu Theil, was es bisher bekanntrr Maßen mit ungeschweten Kosten erstrebte, durch ein russenfreundlich gemachtes Neapel dem stolzen Malta Trotz zu bieten und sich in den Stand gesetzt zu sehen, zum Zwecke ungehemmten Vordringens nach Osten auch in die Waagschale der westlichen Geschicke ein entschiedenes Gewicht zu legen.

Eine Allianz mit Rußland würde Rußland dieser Mühe überheben. Zur Anknüpfung eines solchen dürften die verwandschaftlichen Beziehungen zwischen dem Hofe von St. Petersburg und den neuen Beherrschern der Republik eine nicht ungelegene Gelegenheit bieten und der vielbesprochene Plan, den Herzog von Leuchtenberg zum König der Lombardei zu erheben ist in dieser Beziehung bezeichnend.

Wer was würde die „große Nation" zu einer so „traktionären Allianz" sagen? Sähe sie, daß dadurch ihre Lieblingsidee, Italien zu dominiren, gestchert wäre, so würde sie eine solche ohne Bedenken ergreifen. Ferner steht so fest, daß der französische Volkscharakter zwar nicht dynastisch, aber, wie die jüngste Wahl beweis, im Grunde immer noch monarchisch gesinnt ist.

Deutschland.

Sächs. Herzogthümer. — Koburg, 21. Dez. Zur Ergänzung und theilweisen Berichtigung der früheren Mittheilungen vom 18. d. über die Vereinigung Thüringens diene Folgendes: „In der Ministerialkonferenz zu Gotha am 15. und 16. war Sachsen-Weimar durch Hrn. v. Wydorf, Sachsen-Gotha durch Hrn. v. Stein, Sachsen-Koburg durch Hrn. v. Bröhner, Sachsen-Meiningen durch Hrn. v. Gretzbach, Sachsen-Altenburg durch Hrn. v. Pianig, Schwarzburg-Rudolstadt durch Hrn. Ehrr, Reuß durch Hrn. Otto vertreten. Von weimarischer Seite wurde ein schon fertiger Entwurf vorgelegt, der von Altenburg unterstützt wurde, aber von den Deputirten der übrigen Staaten auf dem Grunde hauptsächlich Wider-

spruch fand, weil Sachsen-Weimar das Direktorium im künftigen thüringischen Gesammtstaat für sich in Vorschlag brachte, während andere Mitglieder der Konferenz einen Fürstenrath an die Spitze der Vereinsstaaten gestellt sehen möchten. Diese Meinungsverschiedenheit und der Umstand, daß der sachsen-meiningische Deputirte durch besondere Instruktionen gebunden war, ließen die Berathung nur zu einem vorläufigen Ergebnisse kommen, nämlich zu dem Entschlusse die Konferenz am 3. Januar fortzusetzen und alsdann eine Vereinbarung zu erzielen, wie eine engere staatliche Vereinigung der thüringischen Staaten in gewissen bestimmten Beziehungen, unbeschadet der Selbstständigkeit jedes einzelnen Vereinsstaates und ohne Abänderung des Verfassungsrechts jedes Landes, bewerkstelligt werden könne. Der Staatsvertrag, welchen Staatsrath Bröhmer in Verbindung mit Kanzler Otto von Gera im Entwurf ausarbeiten und der Konferenz am 3. k. Mts. vorlegen soll, wird sich namentlich auf folgende Punkte erstrecken: 1) die Vertretung der besonderen Staaten in ihren Beziehungen zu dem Bundesstaat Deutschland; 2) das gemeinsame Militärwesen; 3) die Gesetzgebung; 4) die Regelung und Ueberwachung indirekten Steuern; 5) die Anordnung, Gründung und Ueberwachung der Landes-, Heil- und Strafanstalten; 6) die Kriminalrechtspflege, soweit dieselbe vor die Geschworenen gehört, und überhaupt die Justiz, insoweit Gerichte in Frage sind, deren Sprengel ohne Rücksicht auf die besondern Landesgrängen festgestellt sind; 7) die Vertretung der Rechte und Pflichten der einzelnen Staaten zu der Gesammtunterstützt Jena und dem Oberappellationsgericht daselbst.

Sachsen-Gotha. — Ohrdruff, 23. Dez. Unser Thüringerwald, die Holzkammer vieler Millionen Menschen, ist jetzt dem gewissenlosesten Frevel preisgegeben und Niemand wagt dem Uebel entgegenzutreten; es scheint, als ob in unsern Waldrädern und Dörfern der Holzdiebstahl auf der Stufe der Ehrlosen gestanden hätte. Der Forstbeamte, wenn sie ihrer Pflicht nachkommen wollen, sehen sich den größten Gefahren aus — so wurde ganz kürzlich ein Forstmeister im Walde erschossen, — ja sie sind nicht einmal an öffentlichen Orten toleritt, denn zeigen sie sich in geschlossenen Gesellschaften, auf den Schießhäusern oder in den Wirthshäusern, so werden sie so lange verhöhnt, bis sie den Ort verlassen. Als kürzlich eine Abtheilung sächsischer Militairs nach Lambach gelegt wurden, wurde der Mannschaft in jedem Ort bei der Einquartierung sogleich bedeutet, dagegen zu protestiren, und dieser, obschon er das Unheil seiner Gegend recht wohl kannte, verscherte, daß durchaus keine Veranlassung zu militairischer Besetzung vorhanden sei, da sich alles auf dem Boden des Gesetzes bewege. Er konnte nicht anders, wenn er seine Familie und sein Eigenthum noch in Gesahr bringen wollte. Die Demoralisation unserer Waldgrenzbewohner in dieser Beziehung ist so enorm, mein und so intensiv, daß, wenn die Regierungen der thüringer Staaten nicht ernstliche Maßregeln ergreifen, unsere Waldkultur vielleicht für ein Jahrhundert grossentheils vernichtet werden kann. (D. Z.)

Preußen. — (Allg. Staatsanzeiger.) In einigen öffentlichen Blättern ist einer Verfügung des Justizministers vom 8. Oktober d. J. über die Justizbeamten erwähnt. Wie befinden und im Stande, den wahren Inhalt dieses Erlasses mitzutheilen. Er lautet: Durch die allgemeine Verfügung vom 8. Oktober d. J. hat bereits mein Amtsvorgänger daran erinnert, daß es vorzugsweise die Aufgabe der Justiz-Behörden ist, die Achtung und Wiederfamleit des Gesetzes aufrecht zu erhalten, daß sie durch Erfüllung dieser Aufgabe den Lande am besten dienen und daß sie hierdurch auf dem Boden des Gesetzes gedeihen kann. Seitdem sind leider an vielen Orten die schwersten Ausbrüche eines anarchischen, den Gesetzen und der Ordnung hohn sprechenden Treibens vorgekommen; es haben sogar in einzelnen Theilen des Landes gewaltsame Auflehnungen gegen die Obrigkeit stattgefunden, welchen nicht mit Energie begegnet worden ist. Angesichts eines so bedauernswerthen Zustandes der Verblüffte werden wir nicht irre, an der Regierung Sr. Majestät des Königs einen entschiedenen Schritt gethan hat, um den dem Abgrunde zugedrängten Staat zu retten, jetzt wende ich mich von neuem an die Justiz-Behörden und die Herren Staatsanwalte des ganzen Landes, um sie aufzufordern, überall und ohne Ansehen der Person ihre Pflicht zu thun. Wer auch der Schuldige sein möge, er darf der auf dem gesetzmäßigen Wege herbeigeführten gesetzlichen Bestrafung nicht entgehen. — Mit besonderer Genugthuung habe ich sowohl aus einzelnen Berichten der Landes-Behörden als aus öffentlichen Blättern ersehen müssen, daß auch einzelne Beamte der Justiz, uneingedenk ihrer besonderen Berufspflichten, theils sich haben hinreißen lassen, offenbar gesetzwidrige Handlungen zu begehen, theils nicht den Muth und die Umsicht entfaltet haben, gegen dieselben, wenn nicht activ einzuschreiten, doch sofort mit Ernst und Nachdruck und mit aller Entschiedenheit gegen sie aufzutreten. Ich werde in Bezug auf diese Verhältnisse, wo Thatsachen vorliegen, und eventuell mit Einleitung der Untersuchung, eingeschritten werde, ohne Nachsicht und mit ernster Beschleunigung, denn die Beamten der Gerechtigkeitspflege, welchen die Wahrung des Ansehens der Gesetze anvertraut ist, haben durch die eigene Verletzung des Gesetzes doppelt gefehlt; die Beschleunigung des Verfahrens gegen sie ist aber besonders nothwendig, weil in den Händen solcher Beamten die Bürgschaft des Rechts nicht verbleiben darf. Befinden sich unter den Schuldigen Beamte, gegen welche nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften eine förmliche Untersuchung oder die in Fällen dieser Art jedesmal in pflichtmäßige Erwägung zu nehmende Amts-Suspension nicht ohne höhere Genehmigung verhängt werden darf, so ist mir Kenntniß von den Umständen behufs der Begründung der Untersuchung ohne jegliche Anmeldung vorzulegen und demnächst die erforderliche Genehmigung schleunigst einzuholen. Hinsichtlich der Referendarien und Auskultatoren ist nicht außer Acht zu lassen, daß in Betreff ihrer Anstellung auf dem Staatsdienste besondere Vorschriften bestehen. — Der von Vielen absichtlich genährte Wahn: daß die bisherigen Strafgesetze, namentlich bei Verbrechen gegen den Staat, seit dem März d. J. nicht mehr gültig seien, hat viel dazu beigetragen, die Anarchie zu vermehren, und vielleicht auch einen gesetzwidrigen Einfluß bei einigen Gerichten erhalten. Es bedarf bei dem trefflichen Geiste der preußischen Justizbeamten, welcher sich im Ganzen auch jetzt bewährt hat, nur der Hinweisung auf den bekannten Rechtsgrundsatz, daß Gesetze so lange ihre Kraft behalten, bis sie im Wege der Gesetzgebung aufgehoben oder abgeändert sind, so wie auf die ausdrückliche Bestimmung des Art. 108 der Verfassungsurkunde vom 5. d. M., am zweiß zu sein, daß die ehrenwerthen preußischen Justizbeamten, frei allem Interesse für die wahre, östliche und gesetzliche Freiheit, sich halten nur Gesetze und die Ordnung über Alles stellen werden. — Mit diesen Grundsätzen und mit Berachtung aller persönlichen Gefahren wollen wir vorangeschritten in der Zuversicht des Sieges über das Verbrechen, über die Anarchie. Gerade dadurch werden wir auf das wesentlichste beitragen, daß der früher so glänzende preußische Staat sich wieder in seiner östlichen Stärke zeigen und nicht länger wollen dienen, mit seinen tapferen Abgeordneten zu Frankfurt zu sprechen, daß noch ferner Buchstabirer um rohe Gewalt unter und ihr Wesen treiben. — Die Herren Präsidenten der Gerichte, so wie der Herr General-Prokurator zu Köln, mögen hiernach das Erforderliche an die Beamten ihres Ressorts veranlassen und auch davon in Kenntniß setzen, gegen welche Beamte und wegen welcher Vergehen Suspensionen und Untersuchungen eingeleitet worden sind. Berlin, den 6. Dezember 1848. Der Justizminister Kinteln.

Oesterreichische Monarchie.

Die halboffizielle „Wiener Zeitung“ bemerkt, daß Hrn. v. Schmerling Rücktritt erfolgt sei am Vorabend der Sitzung, in welcher das Reichsministerium in der Nationalversammlung die Oesterreichisch-deutsche Frage zur Sprache bringen und die Ermächtigung verlangen wollte mit dem Oesterreichischen Ministerium in direkte Verhandlung treten zu können. Dann fährt sie fort: „Durch diesen Rücktritt dürfte die erwähnte Verhandlung hinausgeschoben oder ganz zurückgenommen worden sein. (?) Bedauern müssen wir den Rücktritt v. Schmerlings, der sich in seiner außerordentlich schwierigen Stellung mit so viel Einsicht und Takt, Entschiedenheit und Mäßigung zu benehmen wußte, nur sich in seinem Amte als tüchtiger Staatsmann bewährt hat. Man drängt in Frankfurt förmlich auf den Austritt Oesterreichs, und Beweis soll im Casino-Klub (rechtes Zentrum) sogar den Antrag gestellt haben, Hrn. v. Schmerling um seinen Rücktritt schriftlich zu ersuchen! Die deutschen Interessen verargen es Oesterreich, dem gewichtigen Drittheile Deutschlands, daß es Bestimmungen, die mit dem Interesse und Oesterreich durchaus unvereinbarlich sind, nicht annehmen wolle. Sonderbar! Mit Oesterreicher wollen die deutsche Sache fördern, jedoch nicht um jeden beliebigen Preis, wir wollen sie fördern mit unserm Leben, mit unserer Größe und Kraft, nicht mit unserm Tode, unserm Untergange und unserer Zerrümmerung. Und das wollen die Herren in Frankfurt nicht einsehen. Mögen sie Oesterreich verlassen, wer die Liebe der Deutschland gehalten, und wollen es nun versuchen, ein Zweidrittel-Deutschland zu konstituiren. Und warum? Weil Oesterreich den Grundsatz der Vereinbarung (zwischen Volk und Fürsten) ausgesprochen hat, einen Grundsatz, in dem sich doch der Kladd der Rechten und des rechten Zentrums selbst bekennt, und den man der Hand wohl alle andern deutschen Fürsten und Einzelstaaten Europa's in Anspruch nehmen. Mit gleichen nicht zu irren, daß auch Bayern, Hannover, Sachsen oder was noch sonst lebensfähig ist, das Prinzip der Vereinbarung, das bei einer Konföderation konstitutioneller Staaten allein mögliche Prinzip des Vertrages anerkennen werden. Die nächste Zukunft wird dies bei der Wahl des deutschen Reichsoberhauptes zeigen, es wird sich auch bald zeigen, ob Deutschland ein Klein-Deutschland mit einem preußisch-deutschen Kaiser und dem ganzen Gefolge von Antipathien, Rückhalten und Separationsgelüsten des weiland heiligen römischen Reiches, oder ob es eine große Staaten-Konföderation mit gleichmäßig gegliederter Berechtigung aller Theile unter dem historisch, geographisch und politisch angewiesenen österreichischen Primate, dem starken und gesammten Oesterreich werden solle. Wir unterschreiben müssen aufrichtig wünschen, daß Deutschland die Schuld des unglücklichen Rheinbundes nicht nochmals durchmachen werde. Wir werden die letzten sein, die Deutschland den Rücken kehren.“ (Allg. Z.)

Von der ungarischen Grenze, 19. Dez. (Vom Kriegsschauplatze.) Nachdem die Kolonnen des Fürsten Windischgrätz vor Preßburg angekommen waren, entfand in der Stadt großer Schrecken. Von früher entwaffneten Bürgerschaft und der Besatzung, welche 10,000 Mann betrug, sah man Vertheidigung anschicken, ein Gleiches, indem die Einwohner von einem Widerstand nichts wissen wollten. Da die Insurgenten besürchten mochten, im Augenblick des Kampfes nicht nur einen mächtigen Gegner vor sich, sondern auch einen erbitterten Feind im Rücken und an der Seite zu haben, gingen sie auf vor, den Platz freiwillig zu räumen, worauf am 18. d. W. um 3 Uhr Nachmittags die k. k. Truppen ohne Schwertstreich in die ersehnten Krönungsstadt Ungarns einzogen. Inzwischen hatte der Banus als Kommandeur des ersten Armeekorps auch nicht gefeiert und während das zweite Korps in Preßburg einzog, hatte er den flüchtigen Feind endlich bei Wieselburg eingeholt, wo sich Letzterer ein äußerst blutiges Gefecht entspann, das, wenn wir den eingegangenen Berichten Glauben schenken wollen, sehr mörderisch ausfiel. Jellachich selbst stellte sich zweimal an die Spitze seiner Kroaten gegen die wüthenden Magyaren, die endlich weichen mußten. Nicht nur Jellachich selbst, auch General Leidberg schwebten in der Gefahr gefangen genommen zu werden und haben nur die Kürzeste den Letztern

noch zu gelegener Zeit aus den Händen der Husaren befreit. Zwei k. k. Generale, vier Stabs- und 57 Oberoffiziere sollen sich unter den Todten und Verwundeten befinden, wie man denn überhaupt bemerkt, daß sich die Offiziere im Gefecht aus Begierde nach Auszeichnung, mehr als nöthig ist, bloßstellen, wodurch auch bei Wien der Verlust von 52 Offizieren verhältnißmäßig stark gewesen. Die Stadt Wiselburg ist bei der Affaire sehr schlimm weggekommen, indem ein Theil derselben in Asche liegt und fast jedes Haus geplündert wurde. Zum Glück haben die durch ihren äußerst ergiebigen Getreidehandel reichgewordenen Einwohner ihre Habe meistens in Sicherheit gebracht, sonst wäre die Beute der Kroaten unermeßlich zu nennen. — Von Wiselburg sagt sich nun sowohl das erste als auch das zweite Armeekorps gegen Raab in Bewegung, das durch seine Lage und Verschanzungen eine der stärksten Positionen in der Welt ist und selbst bei mittelmäßiger Vertheidigung viel Blut kosten muß. Man besürchtet, daß, nachdem Raab, Pesth und Ofen genommen, die Insurgenten sich in Streifhanden ausbilden und zwischen Donau und Theiß einen hartnäckigen Parteigängerkrieg führen werden, wozu ihnen die Stimmung der reinmagyarischen Bevölkerung ihrer Gegenden die beste Gelegenheit bieten. Uebrigens steht die Südarmee unter F. M. L. Dahlen bereits wenige Meilen von Buda-Pesth und erwartet bloß die Vorrückung der Hauptarmee von Westen, um sodann gegen die Schwesterstadt rasch vorzugehen. Man spricht davon, daß die ungarischen Infanterie-Regimenter Alexander und Dom Miguel zu der österreichischen Fahne zurückgekehrt wären, was jedoch noch der Bestätigung bedarf.

Wien, 20. Dez. Die heutigen Nachrichten aus Ungarn melden, die Truppen des Banus von Kroatien waren gestern von Hochstraß bis in die Gegend von Raab ohne weitern Widerstand vorgerückt. Viele Infanteristen der königl. magyarischen Armee kommen mit ganzer Rüstung zu ihren Kameraden zurück; nur die Husaren halten bis jetzt fest an der Sache Kossuths. Das Gleiche geschah in Magendorf. Der Marschall Fürst Windischgrätz und der Banus Jellachich waren gestern nach Hochstraß gekommen und hatten mit den bei dort eingetroffen Generalen Simunich und Urbna Besprechungen. Heute begaben sie sich wieder in ihre Hauptquartiere. — Aus Nieder-Ungarn laufen aus Raab Berichte bis 12. d. M. hier ein. Die Magyaren hatten am 7., 8., 9. die Offensive gegen die Thomas-Schanze und selbst gegen Raab ergriffen. Allein beide Stürme wurden mit großem Verlust abgeschlagen. Von Veterovarden mußte Percsel einen ähnlichen Versuch gegen Karlowitz, allein auch hier mit Verlust die Magyaren zurückgewiesen. (Presse. Z.)

Preßburg, 21. Dez. Die ganze ungarische Armee an der obern Donau hat sich freiwillig und ohne Veranlassung gegen ungarisch Altenburg, der Insel Schütt zurückgezogen und theilt in Csokdetöt, Altenburg, Raab die Hauptquartiere aufzuschlagen. Warum sich die ungarische Armee freiwillig zurückzog und dennoch über Kopf in der Au und im Bisberge Schanzen bauen ließ, ist unerklärbar. Die einzige Ursache: die Blockade der Donau. Die Ungarn erfuhren nämlich bei Zeiten, wann die Ankunft von Wolfsthal, Parendorf, Berg, Malacka, Neudorf und vom General Simonich bei Tyrnau geschehen sollten. Um diesen auszuweichen, fanden sie es für dienlich, sich auf gedeckte Weise zurückzuziehen, und unsere Schiffbrücke mit sich zu nehmen, um sich bei Sommerein einen gedrängten Uebergang zu verschaffen. Die österreichische Armee fand Nichts unbesetzt und besetzte die verlassenen Plätze der königlichen ungarischen Armee. Um so sicherer nennt, und Preßburg und das Preßburger Komitat ist seit vorgestern in Belagerungszustand. Auch erdichten wir schon eine Proklamation vom 23. Oktober vom Grafen Wrbna, Kommandant des 2. Armeekorps, unterzeichnet. — Arad wird taglaglich mit Zwölf- und Achtzehnpfündern bombardirt und hat sich noch nicht ergeben. Mit den Serben bei St. Thomas soll Friede geschlossen werden. Dem ist Kommandant der Armee bei Siebenbürgen. Nach dem Kossuth Blatzaja ist Semlosan bereits in seinen Händen. Freilich hat dieß Kossuths Organ. — Taufenau, Hrisko und Haug sind in Pesth. Die Generale, welche die ungarische Armee kommandiren, sind: Görger Gijon, Ernest Kis, Perrpel, Mariassy, Katona, Szegedy, Vetter, Bem ꝛc. Die bei Preßburg konzentrirte ungarische Armee bestand aus 50,000 Mann und 40 Kanonen, worunter 2000 Husaren. (Lloyd.)

Pesth, 13. Dez. Bei uns herrscht der Krieg und der Schrecken. Jeder kampffähige Mann muß die Waffen führen; die Jüngeren marschiren zur Armee, die Aelteren bleiben zum Schutze der Stadt zurück. In derselben herrscht eine unbeschreibliche Aufregung, die in eine wahre Verwirrung ausartet. Die Exaltirten — zwar die geringere, aber doch die herrschende Zahl — scheinen mit nichts Wenigerem umzugehen, als die Stadt in ein Saragossa zu verwandeln. Ringsherum werden um dieselbe Schanzen aufgeworfen, wobei Jung und Alt, Männer und Weiber arbeiten. Damit ist es aber noch nicht genug, sondern man trifft auch bereits Anstalten, einzelne Häuser in eine Art von Zitadellen zu verwandeln. Wer sich bei allem dem lässig zeigen oder wohl gar Bedenklichkeiten äußern wollte, um den wäre es geschehen, denn es üben die Radikalen einen furchtbaren Terrorismus. Die Wohlhabenden würden gern auswandern, wenn sie dabei nicht in die größte Gefahr kämen, weil man Niemanden fortläßt. Jedem wüßte man ja auch nicht wohin. So muß denn ein Jeder voll Bangigkeit erwarten, was noch weiter kommen wird. Daß unter diesen Umständen aller Verkehr aufhört, und daß ein Jeder nur an sich denkt, das glauben Sie wohl leicht. Ein neuer Schrecken durchläuft so eben die Stadt. Es heißt, man werde sofort zur Erhebung einer bedeutenden Vermögenssteuer schreiten, die sicher mit der größten Strenge und Schonungslosigkeit eingezogen werden wird. Vom Lande der gehen aus allen Gegenden die traurigsten Nachrichten ein. Preßburg kann sich gegen die ungeheuren feindlichen Streitkräfte nicht halten. So wie es fällt (es ist gefallen), ergießt sich der Strom der feindlichen Armeen über das ohnehin schon halb zu Grunde gerichtete Land. Kossuth hat befohlen, dem Feinde nur eine Wüste zu überlassen, die Dörfer anzuzünden und die Munitorräthe zu vernichten. Unsere Armee ist zahlreich genug (man schätzt sie auf mehr als 300,000 Streiter); aber sie ist nicht geübt, und es fehlt ihr zum Theil an Waffen. Die Magyaren sind fanatisirt, und es wird das Blut in Strömen fließen (?) — In Nieder-Ungarn machen die Serben Fortschritte und sind bereits über die Schanzen bei St. Thomas herausgerückt. Es sollen österreichische Offiziere bei ihnen sein, die ihre Operationen leiten. — Ofen ist gut versehen und kann Pesth als Stützpunkt dienen, obgleich dieses durch den Feind von der Distelie der in einen Schutthaufen verwandelt werden kann, ohne daß die Festung Ofen es hindern könnte. Nur Hoffen noch auf Unterhandlungen und wünschen gütliche Beilegschung. Wer aber Kossuth und seine Umgebung kennt, der zweifelt daran. Er wird lieber untergehen, als sich unterwerfen, was auch wohl, da er sich sein bevorstehendes Loos nicht verhehlen kann, sehr natürlich ist. Nur Meuterei und Verrath in seiner Umgebung könnte eine schnelle Wendung herbeiführen, was aber nicht wahrscheinlich ist. (Schw. M.)

Italien.

Aus Sardinien. Der neue Minister Bussa (Advokat, früherer Oppositionsabgeordneter) kam gleich nach seiner Ernennung nach Genua und erließ eine Proklamation, worin er den Genuesen vollkommen Recht zuh, wenn sie gegen das Ministerium Pinelli tumultuirten; jetzt aber sollen sie auf das neue Ministerium vertrauen, dessen Wahlspruch sei: Absolute Unabhängigkeit, der italienische Verfassungseid und die demokratische Monarchie; schon sei wegen des Verfassungseids ein Abgeordneter nach Toskana und einen Abgesandter nach Rom geschickt worden. Auf die Genuesen vertraue das Ministerium vollkommen, deswegen seien die Truppen aus der Stadt bereits abgerufen, und die Stadt sorgt werden der Bürgerwehr überlassen, wenn sie die Besorgung derselben übernehmen wolle. Das heißt, Genua wird nun, wie Livorno, den Demagogen preisgegeben. — Die Bürgerwehr nahm interessen das Anerbieten des demokratischen Ministers nur vorsichtig an. Die Offiziere und andere Ehrenmänner haben es übernommen, die Besatzung des Forts Sperone zu bilden, die Gränzwache der Nacht zu besorgen zu halten und Patrouillendienst zu thun. Dabei werden keine Ersatzmänner für die weißlichen Ehrenmänner angenommen (womit das Proletariat entfernt gehalten werden soll). Die übrigen Forts und städtischen Wachposten behält die Linie inne; von den entbehrlichen Linientruppen marschirt vom 23. an täglich ein Bataillon ab. (Schw. M.)

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

* Die Dampfboote „Cambria" und „United States" haben die Botschaft, mit welcher Präsident Polk am 5. d. M. den Kongreß in Washington eröffnete, nach Europa gebracht. Nach diesem Aktenstücke stehen die V. Staaten mit allen Mächten der neuen und alten Welt in den friedlichsten Verhältnissen. Eine Menge Handelsverträge mit amerikanischen und europäischen Staaten sind abgeschlossen worden. Als glückerbeerendes Ereignisse betrachtet der Präsident die Errichtung der französischen Republik und die Einheitsbestrebungen Deutschlands. Die Aufdehnung des Gebiets der Union dünkt dem Hrn. Präsidenten sehr wünschenswerth; jeder neu hinzutretende Staat ist ihm eine neue Bürgschaft für den Bestand der Union. Die Finanzen befinden sich in einem blühenden Zustande. Die Einnahmen des am 30. Juni abgeschlossenen Finanzjahres belaufen sich auf 150,977,876 D., für 21,128,010 D. wurden wieder davon ausgeführt. Der Ueberschuß der Einnahme beträgt 114,022,131 D., und davon kommen auf fremde Anleihen 21,128,010 D. Die Einnahmen des Staatsschatzes beliefen sich ohne die Anleihen auf 35,436,750 D. 59 Cents. Auch die neuentdeckten Goldminen Californiens sind erwähnt, und mit dem guten Rathe, daß der Kongreß eine Bill zur Errichtung einer Münze annehmen möge. — Die Konvente zur Beförderung der Postbeförderung auf Dampfschiffen, welche im Falle der Noth in Kriegsschiffe verwandelt werden können, lassen alles für Handel und Marine Günstige hoffen. Die Postverbindungen sind im raschen Steigen begriffen; es ergab sich ein Brutto-mehrertrag gegen das letzte Jahr von 425,154 D. Am Schlusse gab der Präsident eine entschiedene Mißbilligung der Bill of the united states, so wie er sich für die Aufrechthaltung des Veto erklärte, für welches seine vier Vorgänger im Amte eine beruhigende Bürgschaft geben.

Nachschrift.

△ Paris, 21. Dez. Die große Musterung der Nationalgarde und Linie ist ruhig vorübergegangen. Gegen 3 Uhr erregte das Geschreien eines papierenen Adlers in der Luft, der dann auf dem Conservatoir herabfiel, Aerger bei den einen, Lachen bei den andern. Eine Menge von Petitionen sind Ludwig Napoleon übergeben worden. Das Wetter war günstig. Jerome Bonaparte (der ehemalige König von Westphalen) ist zum Gouverneur des Invalidenhotels ernannt.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 157.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnementspreis: Jährlich 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Freitag den 29. Dezember 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 46. Insertionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Einladung zum Abonnement.

Die Neue Münchener Zeitung wird auch im kommenden Jahre ihre bisherige Tendenz verfolgen, und, ihrem Programme getreu, an dem Banner der konstitutionellen Monarchie und des Fortschrittes auf der Grundlage der gesetzlichen Freiheit und der Ordnung unerschütterlich festhalten. Die Berichte über die Verhandlungen der deutschen Reichsversammlung zu Frankfurt werden in der bisherigen Weise regelmäßig fortgesetzt. Die Verhandlungen des bayerischen Landtages werden in möglichster Vollständigkeit aufs raschester und so oft es nöthig auch durch Beigabe von Extrabeilagen mitgetheilt werden. Für schnellste Mittheilung aller sonstigen bedeutenden Zeit-Ereignisse ist durch eine noch erweiterte Korrespondenz und die Gewinnung tüchtiger und zuverlässiger Mitarbeiter im In- und Auslande Sorge getragen. Die Zeitung erscheint täglich Morgens 8 Uhr in einem halben Bogen. Nachmittags 2 Uhr wird eine Beilage ausgegeben. Trotz dieses vermehrten Umfanges tritt keine Abonnementserhöhung ein. Der Preis des Blattes bleibt unverändert auf 6 fl. ganzjährig, 3 fl. halbjährig, 1 fl. 36 kr. vierteljährig festgesetzt. Neueintretende hiesige Abonnenten belieben ihre Bestellungen in dem Expeditionslokale (Promenadeplatz Nro. 14), auswärtige aber bei den nächstgelegenen Postämtern zu machen. Bei der großen und noch täglich steigenden Auflage dieser Zeitung eignet sich dieselbe zur weiten und schnellen Verbreitung von Bekanntmachungen jeder Art, welche, den Raum der 3spaltigen Petitzeile zu 4 kr. berechnet, unverzüglich eingerückt werden. Zu zahlreichen Aufträgen empfiehlt sich

München, den 12. Dezember 1848.

Die Expedition der „Neuen Münchener Zeitung“.

München, 29. Dezember.

Das königl. Regierungsblatt vom 28. Dez. d. J. bringt folgende Kundmachung, die Verkündigung der Reichs-Gesetze betreffend. Die von der deutschen Nationalversammlung beschlossenen und am 27. und 30. September, dann 10. Oktober und 12. November l. Js. vom Reichsoberhaupte verkündeten Gesetze, betreffend: 1) die Verpflichtung der Reichsgesetze und der Verfügungen der provisorischen Zentralgewalt; 2) das Verfahren im Falle gerichtlicher Anklagen gegen Mitglieder der verfassunggebenden Reichsversammlung; dann 3) Gesetz zum Schutze der verfassunggebenden Reichsversammlung und der Beamten der provisorischen Zentralgewalt, und 4) Gesetz, betreffend die Einführung eines deutschen Kriegs- und Handelsflaggs; werden anburch mittelst besonderer Beigaben zum Regierungsblatte zur örtlichen Veröffentlichung bekannt gemacht. — München, den 19. Dez. 1848. — Königliches Staats-Ministerium des Königlichen Hauses und des Aeußern. Graf von Bray. Durch den Minister: der General-Sekretär, Dr Rappel.

Die Ministerfrage in Bayern.

**München, 27. Dezbr. Der Mißkredit des Frhrn. v. Lerchenfeld auf dem Ministerium hat im ganzen Lande den tiefsten Eindruck gemacht; ein Blick in die verschiedenen Organe der Presse aller Theile Bayerns giebt davon Zeugniß. Wir haben dies vorausgesehen, und offen und rückhaltlos unsere Meinung über jenes beklagenswerthe Ereigniß kundgegeben. Die Besorchungen jedoch, welche in mehreren bayerischen Blättern laut werden, als sei Bayern sofort von einer Reaktion bedroht, als werde ein Ministerium in solchem Sinne jetzige die Geschäfte der jetzt das Ruder der Verwaltung führenden Männer antreten, theile Besorchungen theilen wir nicht. Wir wollen dafür auch unsere Gründe angeben. Wer Augen haben will eine Reaktion ganz einfach für unmöglich. Die jetzt noch am Ruder stehenden Männer werden nie zu einer solchen die Hand bieten. Wir möchten aber doch die andern Männer sehen, die den Muth hätten, die Verantwortlichkeit eines solchen Beginnens zu übernehmen! Wir hegen die innigste Ueberzeugung, daß dergleichen Rathschläge, würden sie von irgend einer Seite in heilloser Verblendung gemacht, gebührend würden zurückgewiesen werden. Reaktion führt zur Revolution, wie die Revolution zur Reaktion, und eben weil wir von dieser Ueberzeugung durchdrungen sind, haben wir es und steht zur Aufgabe gestellt, beide mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft zu bekämpfen. Die Männer, welche an der Spitze dieses Blattes stehen, werden sich nie zu Satelliten weder der einen noch der anderen herabwürdigen. Getreu ihrem Programme werden sie stets die konstitutionelle Monarchie und das von ihnen einzelner Momente des wahren Fortschrittes, der auf Gesetz und Ordnung beruhenden Freiheit vertheidigen; aber eben weil sie den Feinden des Gesetzes und der Ordnung als den schlimmsten Gegnern wahrer Freiheit stets mit männlichem Muthe und unerschütterlicher Entschlossenheit entgegengetreten zu sein sich bewußt sind, eben darum werden sie sich auch nicht beirren lassen, mit den Widersachern der Freiheit von der entgegengesetzten Seite zu transigiren. Wie hegen aber auch die Ueberzeugung, daß Niemand eine Reaktion beabsichtigt. Gerade die Schwierigkeit, Frhrn. v. Lerchenfeld zu ersetzen, ist uns die sicherste Bürgschaft dafür, daß unsere Hoffnung, unsere Erwartung auch ferner dem Dienste der Krone und des Landes in ihrer bisherigen Stellung erhalten zu sehen. Wir hoffen und wünschen, alsbald die mit Recht gespannte Erwartung des Landes mit der freudigen Nachricht befriedigen zu können, daß die Krise vorüber und unser aller Wünsche deßhalb in Erfüllung gegangen sind. Alles läßt uns einen erwünschten Ausgang hoffen. Uns schwebt nur ein Ziel vor: daß Bayern auch ferner wie bisher auf der fortwandte auf der Bahn der friedlichen, ganz auf dem Wege des Gesetzes sich bewegenden Reform und zeitgemäßen Entwicklung, die es seit den März, wenn auch von den rings es umbrausenden Stürmen nicht unberührt, doch unerschüttert, so glücklich verfolgt und festgehalten hat, und welcher auch ferners treu zu bleiben die höchsten Interessen des Thrones wie des Landes gebieterisch erheischen. Hoffen wir, daß auch die gemachte und zusammengetretenen Kammern von gleichem Geiste beseelt sich zeigen, und zur Erreichung des großen Zieles, so viel an ihnen ist, die Hand bieten werden. Ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung macht der Neuen Münchener Zeitung den Vorwurf, daß sie „ihre Obliegenheit verkannt“, die öffentliche Meinung über die Ministerfrage nicht gehörig aufgeklärt, die öffentliche Meinung über die Ministerfrage nicht gehörig aufgeklärt, die öffentliche Meinung über die Ministerfrage nicht gehörig aufgeklärt habe. Was haben wir gethan? Wir haben über die Thatsachen des Rücktrittes des Frhrn. v. Lerchenfeld offen und unumwunden unsere Ansicht ausgesprochen, hierüber als eine zumal in gegenwärtigen Augenblicke höchst beklagenswerthe bezeichnet. Ueber unsere Gesinnung kann also kein Zweifel bestehen. Im Uebrigen aber haben wir eine Zurückhaltung und Vorsicht beobachtet, die eben so sehr in der schuldigen Achtung vor der gesetzlichen Prärogative der Krone, vor dem ihr unbestreitbar zustehenden Rechte, von dem sie Gebrauch gemacht, als in dem Wunsche ihren Grund hat, nicht durch unzeitiges und vielleicht dem Erfolge der guten Sache wenig förderliches Reden auf die Freiheit der auf der einen wie auf der anderen Seite zu fassenden Entschlüsse störend einzuwirken. Wir glauben darnach der Sache, die uns am Herzen liegt, eben so sehr gedient, als der konstitutionellen Praxis, wie wie sie begreifen, vollkommen entsprochen zu haben. Sollte die Aufklärung blos über den Punkt der von manchen Seiten befürchteten Reaktion gewünscht worden sein, so können wir uns nur freuen, wenn das oben Gesagte geeignet wäre, Beunruhigung, Be-

über zu gewähren. Der erwähnte Korrespondent der Allgemeinen Zeitung aber beurtheilt für seine Person einer solchen nicht, da er selbst die Aktion am Schiffe seines Schreibens als einen der Gefechtsakte bezeichnet, die man nicht unnöthiger Weise herausbeschwören solle. Mit ihm erblicken wir aber darin auch „eine schnöde Verläumdung" (die wir, nebenbei gesagt, vorher noch nirgends vernommen hatten), wenn man sich nicht schent den Rückzug des Frhrn. v. Berchenfeld als einen „glänzenden Rückzug vor der Schlacht" zu bezeichnen, bewerkstelligt nur in dem Vorzweifeln an dem Gelingen seiner Absichten in der Frankfurter Vergleichen Unterhaltungen gegen einen Mann vom Schlage v. Berchenfeld's richten sich selbst. Die Zukunft wird ihm wie seinen früheren Kollegen im Amte, Frhrn. v. Thon-Dittmer, die volle Gerechtigkeit wiederfahren lassen, die man beiden von manchen Seiten noch versagen zu wollen scheint. Wir erwähnen ausdrücklich auch des letzteren Staatsmannes, weil ihm neuerdings in einem geachteten bayerischen Blatte (der Bayerischen Korrespondenten) — mit vorher Ueberzeugung nach ohne den geringsten Grund — der Vorwurf gemacht werden will, in seiner ministeriellen Amtsführung „den Ueberlieferungen des alten Systemes ein zu williges Ohr geliehen zu haben." Wer gerecht sein will und sein Urtheil nicht durch Beifall oder Mißfallen der rasch wechselnden Meinung der Menge bestimmen läßt, wer zumal die Grundsätze und das Wirken beider Männer etwas näher kennt, „als Kos aus den man zu oft vom Vorteigroß eingenommenen Darstellungen der Presse, wird weder dem einen noch dem andern wahre Freisinnigkeit im edelsten Sinne des Wortes, noch die uneigennützigste und zugleich muthigste Hingebung für König und Vaterland bestreiten können.

Nachtrag zur Veto-Frage.

Zu der in der letzten Zeit vielbesprochenen Veto-Frage geben wir hier noch einen interessanten Nachtrag, welchen wir dem Mag. f. d. Lit. d. Ausl. entnehmen. Dort wird berichtet: In der Frankfurter verfassungsgebenden Reichsversammlung hat der Freiherr von Binde in der Sitzung vom 14. Dezember die in neuerer Zeit oft vernommene, meistens aber immer auf Dahlmanns Autorität zurückgeführte Behauptung wiederholt, daß die Könige von England seit den Zeiten der Königin Anna (oder, wie Andere meinen, Georgs I.) von ihrem Veto keinen Gebrauch gemacht haben. Diese Behauptung ist jedoch, wie Jedermann, der den Versammlungen des englischen Parlaments auch nur in einer einzigen Session gefolgt ist, bezeugen kann, unrichtig. Es ist allerdings wahr, daß, wo es sich um große parlamentarische Fragen, um Gesetze, die das ganze Land angehen, handelt, die englische Regierung auf politischer Klugheit niemals in Widerspruch mit den Entscheidungen der gesetzgebenden Gewalt tritt, und die Unterhäuser tritt, daß die Krone, sobald das Ministerium mit dem Parlamente in Konflikt gekommen, entweder das erstere entläßt, oder das letztere auflöst; aber bei unerheblicheren Bills, bei Fragen, welche die innere Landesverwaltung betreffen, macht sie fast in jeder Session von dem Rechte des Veto Gebrauch. Es ist ja durchaus nichts Seltenes, daß die königlichen Kommissarien im Oberhause erscheinen, um zu einer Anzahl Bills die königliche Sanktion mit der altnormännischen Formel: „La Reine (Le Roi) le veut" zu ertheilen, während sie einige andere, von beiden Häusern bereits genehmigte Bills, z. B. in Bezug auf die Expropriation wegen einer neuen Eisenbahn — was Schreiber Dieses selbst mit angehört — mit den Worten „La Reine (Le Roi) s'avisera" für ein ungültiges Stück Pergament erklären. „Die Königin wird es sich überlegen;" Das schließt allerdings nicht aus, daß dieselbe Sache in der nächsten Session in einem der beiden Häuser wieder vorgebracht wird, aber dann wird dem Hause wahrscheinlich auch das Rechtsgutachten der Kron-Anwälte vorgelegt, in Folge dessen die Krone sich veranlaßt gesehen, die Erklärung abzugeben, daß sie sich die Sache überlegen werde, und Dieß reicht hin, auch das Haus zu vermögen, den Gegenstand nicht so leicht zu nehmen, wie das vorige Mal, und — wie die Bill durchfallen zu lassen. Das Veto also wird, wie man sieht, in England fortwährend ausgeübt, ob in bedeutenden oder unbedeutenden Dingen. Das ist, wie man uns zugeben wird, für das Prinzip ganz gleich. In der That würde man auch in England eine monarchische Verfassung ohne das Recht des absoluten Veto für ein Lindring halten. Ein Monarch, der nicht dasselbe Recht hätte, das jedes der beiden legislativen Häuser hat, nämlich: eine Bill ablehnen zu können, würde dadurch eben nur zu einer exekutive Diener der Legislatur, das heißt der Beschlüsse einer Republik, werden, und den will man in England eben so wenig, wie bei uns in Deutschland.

Deutschland.

Bayern. Würzburg, 24. Dez. Im Laufe dieser Woche fanden mehrere Versammlungen von Rechtspraktikanten unseres Kreises statt, in welchen über eine Petition an den Landtag sowohl wie an die Staatsregierung in Betreff der Verbesserung der Lage der Rechtspraktikanten berathen wurde. In dieser Petition ist ein Gesetz, wodurch die Anstellung im Staatsdienste geregelt wird und zwar nach den Grundsätzen der Anciennetät und Befähigung, (Zurückführung des Akzessisten auf den gesetzmäßigen Standpunkt) ferner eine unabhängigere Stellung der Rechtspraktikanten den Amtsvorständen gegenüber, u. A. eine größere Ausdehnung ihrer Wirksamkeit hinsichtlich der Advokatur beantragt. Ein Komite zur Betreibung der Angelegenheit wurde gewählt. (N. M. Z.)

Königreich Sachsen. — Dresden, 20. Dez. In Betreff des künftigen Landtags glaubt man, daß er zu Anfang des Januar auf eine kurze Zeit behufs der Berathung und Bewilligung des Budgets zusammentreten und alsdann vertagt werden wird, da die Regierung umfängliche Gesetzvorlagen vorzubereiten hat. Vorige Woche ist an das hiesige Appellationsgericht die Weisung ergangen, sich in Preß- und politischen Sachen von nun an jedes Entscheids zu enthalten, da in allerkürzester Zeit der Assisenhof konstituirt werden soll. Dem Vernehmen nach wird die hiesige Militärbildungsanstalt mit ihren ausgedehnten Räumlichkeiten dazu benutzt werden und eingerichtet werden. (D. Z.)

Dresden, 23. Dez. Dem Vernehmen nach hat Hr. Staatsminister Dr. Braun wegen angegriffener Gesundheit einen zweimonatlichen Urlaub erbeten und erhalten. Hiermit erledigen sich die Gerüchte, welche über den Rücktritt dieses Staatsmannes verbreitet sind. (D. Z.)

Hannover. — Unter der Ueberschrift: Vertrauliches aus Hannover, bringt es in der Hannoverschen Zeitung vom 23. Dez.: Die schiefwahrheitliche Doktrin vom Reichsverbande, wo nur einer, ohne Weiteres gegen Dänemark von Leder ziehenden Kaiser von Deutschland zu thun ist, und die sich jetzt in den Frankfurter Blättern so wohl sein läßt: diese uneigennützige Lehre der Staatsklugheit begnügt sich nicht mit den in Ihrer Zeitung schon mit Recht und Licht gezogenen Verdächtigungen Oesterreichs, sondern ist, um die Unentbehrlichkeit eines erblich einheitlichen Oberhauptes und der alleinige Ausgleicher Preußens zu bleiben, dahin vorgeschritten, daß sie mehr um zu verunschuldigen, auch einige Lossen, die übrigen deutschen Staaten, und unter diesen Hannover, des Mangels an deutscher Gesinnung zu bezichtigen. Preußen hat gezeigt, wie es die Frankfurter Oktroten und Bestrebungen zu würdigen weiß, und die übrigen deutschen Staaten, außer Oesterreich, werden sicher eben so wenig durch eine unpassende Kaiserrivalität sich blosstellen wollen, als es ihre Pflicht sein kann, ohne weiteres sich majorenn zu erklären, einem bisherigen Mitverbündeten sich unterzuordnen zu lassen. Die deutsche Zeitung, die von der deutschen Einheit und Einigkeit doch sonst so gut zu reden weiß, hätte daher füglich des ihre Spalten durchziehenden Gespüstes vom „Partikularismus, der in voller Blüthe steht," und von „sonderbündlerischen Unterhandlungen zwischen Bayern, Kurhessen und Hannover ꝛc." sich gegen Jedermann. So viel wenigstens Hannover anlangt, sind diese Insinuationen unbegründet und unwahr. Wir Hannoveraner sind unserer Stand sich offener zur deutschen Einheit bekannt hat als eben Hannover. Oder war es Sonderbündelei, was die hannoverschen Truppen in den Herzogthümern gegen die Dänen trieben? Ist es der Partikularismus, der 123,000 Thlr. Flottenbeiträge auf die erste Aufforderung baar zur Stelle leistet? der das Reichsgesetzblatt im Lande vertheilt? der seine Truppen zur Erhaltung der Ordnung in andern Gegenden des Vaterlandes der Verfügung der Reichsgewalt zur Disposition stellt? Sonderbündelei sind Vorstellungen gegen nachtheilige Grundrechte- und Verfassungsbeschlüsse? Wir können noch weiter fragen. Aber man wird in Frankfurt, wo man dies Alles recht gut weiß, der Anschwärzungen Hannovers und der Erinnerungen, daß es für Preußen Zeit zum Zugreifen sei, sich doch nicht entschlagen. Denn es handelt sich für die schleswig-holsteinische Doktrin ja nicht um deutsche Einheit, sondern um den dänischen Besitz Schleswigs.

Schleswig-Holstein. — Altona, 22. Dez. Deackow bestätigt sich leit gestern gegen Kantion wieder auf freiem Fuß. (B.-H.)

Lübeck, 21. Dez. Nach zuverlässigen Mittheilungen von Reisenden, die mit den letzten Dampfschiffen hier von Kopenhagen ankamen, werden noch fortwährend Truppen sowohl nach Jütland und Alsen hinüber gebracht, und hier ist auch der Grund, daß die dänische Regierung nur wöchentlich ein Dampfschiff zur Postbeförderung hatte gestattet haben, da alle anderen mit Truppentransporten beladen waren. Man rechnet, daß 14,000 Mann hinübergesetzt sind. — Unser neugewählter Bürgermeister Bremer wird nicht sofort an die Spitze unserer Regierung treten, sondern wieder nach Frankfurt gehen, da das hiesige lauf männische Interesse, wenn es nicht gänzlich vernachlässigt werden soll, auch von unserem Regierungsbevollmächtigten wahrgenommen werden muß. (B.-H.)

Preußen. Berlin, Posen, 22. Dez. Es ist wirklich das Gerücht verbreitet, daß bereits die vorläufige Nachricht eingegangen sei, daß das in unserm Großherzogthum garnisonierte Armeekorps demnächst mobil gemacht werden solle; die Besorgniß vor dem Ausbruche eines allgemeinen Krieges mag die Ursache dieser Maßnahmen sein, die in der dermaligen politischen Lage der Provinz ihren Grund nicht haben kann, weil eine neue Schilderhebung der Polen sei so wenig als ein Konflikt mit Rußland zu befürchten ist. Es sollen bereits die Kontrakte für die sicherweise Lieferung einer großen Anzahl Wagen für die Artillerie abgeschlossen sein. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Oesterreich. — Wien, 21. Dez. Aus Pesth erfährt man, daß sowohl die dortige als auch die Ofener Nationalgarde die Waffen gestreckt haben und zur Uebergabe der Stadt geneigt ist. Die Waffen wurden an die Mobilgarden vertheilt. Wie sich heute als ziemlich gewiß erfahren, wird der Kaiser Franz Joseph am Neujahrstage im Schlosse von Schönbrunn eintreffen, und Tags vorher soll der Belagerungszustand sein Ende erreichen. Die Nationalgarde wird jedoch nicht früher organisirt, bis das Nationalgardengesetz vom Reichstag angenommen sein wird. (Schles. Z.) — Die heutigen Nachrichten vom Kriegsschauplatz aus Ungarn melden: Die Truppen des Banus rückten bis in die Gegend von Ofen vor. Heute dürften diese genommen werden. Die Magyaren flüchten sich von allen Seiten und führen bereits ihr schweres Geschütz gegen Pesth ab. Von Nordungarn ist die Nachricht eingetroffen, daß die Truppen des Feldmarschalllieutenants Schlick ohne Schwertstreich bis Miskolcz vorgerückt sind. Im südlichen Ungarn haben die Serben und Raizen am 14. Dez. Werschetz genommen. Weniger günstig lauten die heutigen Nachrichten

aus dem Banat, indem die aus Siebenbürgen zurückziehenden Magyaren Alles verwüsten und Obrowa, Panczowa und selbst Arad bedrohen.
(Brsl. Ztg.)

Wien, 25. Dez. Ziemlich allgemein war heute das Gerücht verbreitet, daß unsere Truppen Rasd besetzt hätten und die Gönd vorgerückt seien, doch entbehrt diese Nachricht bis jetzt noch der offiziellen Bestätigung. Im Börsenkaffeehause (da heute die öffentliche Börse des Feiertage wegen geschlossen ist) stellten sich die Kurse in Folge dieser Nachricht höher. Sprog. Metall. gingen auf 73½—78¾, Nordbahnaktien 99½—99¼, Livorno 65⅜—65⅞. Die Bankerektion hat zur Bestimmung des nächsten Bankausschusses die betreffenden Aktionäre auf den 8. Januar l. J. zusammenberufen. Unmittelbar nach der Entscheidung des Bankausschusses wird die für das laufende zweite Semester 1848 emissionirte Dividende bekannt gemacht werden. (Z. A.)

Italien.

△ **Turin**, 24. Dez. Genua hat in den letzten Tagen in und außer den Kammern viel von sich reden machen. Genua, die Stadt, welche den liebenswürdigsten Pöbel im ganzen Lande in sich schließt, der seine souveräne Allgewalt schon seit lange in bestimmten Straßenaufläufen und Zusammenrottungen der Bevölkerung kund zu geben pflegen mag, war offenbar neidig auf die Vorderen, welche Livorno und Rom in jüngster Zeit auf ähnliche Weise errungen, und so kam es denn seit dem 16. zu Auftritten, welche einen Augenblick sogar besürchten ließen, daß es zu einer Beschießung der Stadt von den Forts aus kommen könnte. Dem dort kommandirenden Divisionsgeneral Delaunay war nemlich die Kunde geworden, daß man es auf Umwälzung der Verhältnisse abgesehen habe, hinderlich im Wege stehenden Truppen aus der Stadt und selbst aus den Forts abgerufen habe. In der That hatte der demokratische Circolo italiano beschlossen, am 16. eine Massendeputation an den Generalintendanten zu schicken mit dem Verlangen, daß die Truppen den Herzogspalast räumen und das Fort Sperone dem Volke überlassen sollten. Da General Delaunay besorgte, daß der Generalintendant Reibt bei seinem ersten Drange nachgeben und das Verlangen unterstützen könnte, so traf er eilig seine Vorsichtsmaßregeln. Er zog sich mit den Truppen sogleich in das Landesfenal bello Santo Spirito zurück, sperrte sich dort ab, und schlug daselbst sein Hauptquartier auf mit der Erklärung, daß er jeden Versuch zur Gewalt mit Gewalt abtreiben werde. Am 16. erklärte er dies in einer Proklamation an die Bürgerschaft, worin er die ruhigen Einwohner zu beruhigen, indem er bestätige, diese Maßregel habe durchaus keinen feindseligen Zweck gegen sie, sondern bezwecke nur Schutz der öffentlichen Ordnung und Ruhe, der Personen und des Eigenthums gegen eine geringe Zahl von Ruhestörern, die größtentheils der Stadt fremd seien. Er habe die Pflicht, diese wichtige Festung, deren sie sich bemächtigen möchten, ohne sie verletzungen zu können, dem Feinde zu erhalten. Auch spreche er die Gewartung aus, daß die Nationalgarde ihn in Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung gegen die Anarchie, welche Handel, Industrie und Geschäfte vernichte, unterstützen werde. Man solle dem König und den aus den Kammern zu wählenden Ministern vertrauen, und wenn man etwas verlangen wolle, dies in gesetzlicher Weise vermittelst Petitionen thun. In keiner geordneten Regierung schlösse er verbandelt man die politischen Angelegenheiten auf der Straße. Das war nun freilich eine Doktrin, die bei den Straßenpolitikern von Genua gewaltigen Anstoß erregen mußte, und sie wurden um so kecker, als der Generalintendant San Martino, sowie die Staatsräthen vom Circolo italiano sich wirklich einschüchtern ließen, und der Opposition gegen den General Delaunay sich anschlossen, das Verlangen unterstützten, wonach der Nationalgarde allein die Besetzung der Stadt und der Forts, so wie die Aufrechthaltung der Ordnung übertragen werden sollte. Man schickte sofort eine Staffette an das inzwischen neugebildete demokratische Ministerium nach Turin ab, und dieses entsendete sofort den Minister des Ackerbaues und des Handels als Königlichen Kommissär mit außerordentlichen Vollmachten nach Genua ab, wo derselbe am 18. früh eintraf. Inzwischen hatte sich am 16. und 17. daselbst wiederholt Zusammenrottungen gebildet, aufrührerische Rufe hatten sich auch den aufgebrachten Massen vernehmen lassen, ohne daß es jedoch zu einem Zusammenstoße gekommen war, da die energische Haltung des Generals Delaunay zu sehr imponirte. Unter solchen Umständen war der junge Minister Buffa eingetroffen. Die Leute des Circolo Italiano, die Janmacher im der Nationalgarde säumten nicht, sich sogleich zu ihm zu begeben, und als er ihnen nun den Beschluß des neuen Ministeriums zu Gunsten der italienischen Constituante ankündete, da wurde er alsbald mit tobendem Jubel von der schnell zusammengelaufenen Volksmasse begrüßt. Dieser Jubel erdröhne sich natürlich noch, als er ihnen durch eine Proklamation wollter Schmeichelei noch am nämlichen Tage die volle unbedingte Unabhängigkeit Italiens als Zielpunkt aller Bestrebungen des Ministeriums, die bereits ertönten Unterhandlungen in Toskana und Rom wegen der italienischen Constituante ankündete und außerdem alles Verlangte bewilligte. Die Truppen sollten die Stadt binnen zwei Tagen verlassen, und in Betreff der Forts sollte die Nationalgarde befragt werden, ob sie dieselben besetzen wolle oder könne, mit der Zusage, daß sie je nach ihrer Wahl alle oder auch nur zum Theil ihr übergeben werden sollten. Der Circolo Italiano hatte mit dem Minister und kgl. Kommissär, in welchem es freilich von vornherein schon einen guten Freund zu finden hoffen konnte, wie Nacht mit Nacht unterhandelt und Alles von ihm erlangt, was er wünschte. Am 19. bei einer Musterung, die Buffa über die gesammte Nationalgarde abhielt, wurde er denn auch mit Lebehoche auf das demokratische Ministerium, die Constituante und Italien begrüßt, und Abends mußte wohl oder übel Jedermann dem Willen des souverainen Volkes gemäß Lampen vor seine Fenster stellen, so daß in der That die ganze Stadt beleuchtet erschien. Auch da war wieder eine ungehrene Volksmasse in den Straßen und erfüllte die Luft mit ihrem Geschrei, wurde aber zu ihrem großen Verdrusse durch einen plötzlich eingetretenen starken Regen bald wieder nach Hause getrieben. Am 21. hielt nun die Nationalgarde Berathung darüber, was wegen der Besetzung der Forts zu thun sei. Der Minister war mit gänzlicher Umgehung des kommandirenden Generals noch viel weiter gegangen, als selbst die Schreier verlangt hatten, indem er sogar sämmtliche Forts ihr übergeben wollte. Daß war des Guten denn doch zu viel und es war vorzüglich zu gesährlich, zugleich aber auch zu lächerlich, auch noch die Vertheidigung der Forts übernehmen zu wollen, während man nicht einmal in der Stadt selbst sich vor Jacke einer Handvoll Verwegenen, denen freilich eine gefügige Masse zur Verfügung steht, zu erwehren vermochte. Es wurde daher beschlossen, nur die Besetzung des Forts Sperone (freilich des wichtigsten) zu verlangen, das bisherige Hauptquartier beizubehalten und Patrouillen zu machen, während die übrigen Forts und alle innern Posten den Truppen verbleiben sollten. 5 Bataillone dieser wenden demnach nach der Lunigiana abgehen, die übrigen aber bleiben. Unter den Truppen zu Genua wie hier hat dieses Verlangen gegen die feige Blut gemacht, sie betrachten es als eine Verletzung der militärischen Ehre und bereits sind Protestationen unter ihnen im Umlaufe, die zahlreiche Unterschriften besonders von Seite der Offiziere finden. Das demokratische Ministerium könnte sich da eine Schwierigkeit gefaßt haben, die je nach dem Gange der Dinge sehr ernster Natur werden könnte. Bei Abgang der letzten Nachrichten aus Genua hatte sich Alles ruhig hierüber gestellt, der Truppen ergrauen gewesen zu sein. In beiden Kammern hier sind diese Vorgänge schon zur Sprache gebracht worden. Die Proklamation des Ministers Buffa fand energischen Tadel im Senate am 19 schon von Seite des Geminisseri La Marmora, und am folgenden Tage von den Senatoren Giovinetti, Baron della Torre und Alberto La Marmora. Mit Recht wurde bemerkt, daß man auf diese Weise den Keim zur Auflösung aller Disziplin ins Heer trage. Mit Wuth entging das Kabinet einem förmlichen Tadelsvotum. In der Deputirtenkammer übernahm es der frühere Minister Pinelli, das Verfahren Buffas scharf zu rügen, wenn auch ohne unmittelbaren Erfolg; denn es wurde zuletzt zur Tagesordnung darüber geschritten.

Mailand, 20. Dez. Gestern ist also das schwerphasie Geschwür aufgegangen, dessen Eiterungsprozeß uns seit mehrern Tagen beunruhigt hat. Die Gunst hat angenommen und ist proklamirt worden. Da der Senator von Bologna, Zucchini, sich in dieselbe einzuretten gewegert hatte, so ist an seiner Statt Galletti gemählt worden. Das Triumvirat Corsini-Camerata-Galetti erklärt nun sich der Staatsleitung so lange annehmen zu wollen bis eine Constituante des Kriegsstandes berufen sein werde, welche dann über das weitere zu verfügen habe. Von dem Papst ist keine Rede mehr. — Gestern Nachmittag zogen sich wiederum Gewitterwolken zusammen. Garibaldi hatte in dem Circolo populare ein Schisma zuwegegebracht, und nun sollte zur Auflösung der Republik geschritten werden. Plötzlich sagte sich eine Bande mit Trommel und Pfeifengetung, wurde aber sowohl von der auf Piazza di Venezia aufgestellten Linie wie vor Palazzo Sciarra, wo die Studentenlegion aufgestellt war, mit angeschlagenen Gewehren empfangen. Sie sollen sich hierauf bald zerstreut haben. Auch wurde die Ausweisung der Republikaner beschlossen, und über 300 sollen bereits in vergangener Nacht abgegangen sein, darunter auch Garibaldi, der es auf eine Brandschatzung abgesehen haben mochte. Sobald die Gefahr vorüber, die Constituante verkündet und die Ordnung der Unruhestifter beschlossen war, machte die ernstere Stimmung einer fröhlicheren Platz, und der Abend schloß mit einer Gagnara. (A. Z.)

Frankreich.

△ **Paris**, 24. Dez. Heute Morgen um 7½ Uhr wirbelten die Trommeln durch die Straßen — allein ihr Rasseln erschreckte Niemand, denn sie riefen nur die guten Bürger zum Feierlichsten zur großen Revue, welche der neue Präsident auf heute für Kinis Mobil- und Nationalgarde der Präfektur der Seine angesetzt hatte. Die republikanische Garde zu Fuß und zu Pferd, die Stadtwächter von Paris und die Agenten der Polizei besetzten den Concerdeplatz und die Boulevards, um freien Platz zu machen. Allmählig sammelten sich auch die Truppen und Garden aller Waffengattungen und zogen dann ihren angewiesenen Plätzen. Die Nationalgarde stellte sich auf den Boulevards de la Madeleine, des Capucins, in der Rue de la Paix, auf dem Platz Vendome und in dem Garten der Tuilleries auf. Die Nationalgarden der Banlieue standen in der großen Avenue der elysäischen Felder; die Mobilgarde war auf dem Concerdeplatze. Die Artillerie und Kavallerie stand auf den Quais. Die Säle der verschiedenen National- und Mobilgarden wurden auf 200,000 Mann geschätzt. Um 9 Uhr waren sämmtliche Truppen und Garden auf ihren Plätzen. Der Präsident verließ seine Wohnung im Palast Elysee Bourbon. Er ritt einen schönen Rappen und trug die Uniform eines Generallieutenants der Nationalgarde, über seine Brust zog sich das große Band der Ehrenlegion, und ein großer Stern von Diamanten glänzte auf seinem Degen. General Changarnier und 200 Offiziere des Generalstabs begleiteten ihn. Er ritt vom Elysee Bourbon bis zum Triumphbogen und wieder zurück bis zum Garde Meubles, wo die erste Legion stand, ritt die Boulevards hinauf bis zur Rue de la Paix, von dort nach dem Vendemplatze durch die Rue Castiglione und Rue Rivoli nach dem Concerdeplatze zurück bis zum Obelisken, sodann in den Garten der Tuilleries durch den großen Mittelgang, die große Allee hinauf und hinab, worauf

er nach dem Quai de la Conference ritt, um dort die Kavallerie zu mustern. Nach diesem Ritte nahm er seinen Platz vor dem Obelisken mit dem Gesichte gegen den Triumphbogen gewendet. Es war eben etwa Mittag. Die ganze Zeit über war er von einer unermeßlichen Volksmasse umgeben gewesen. Es zeigte sich ziemlich großer Enthusiasmus trotz der Kälte; Rufe aller Art ließen sich vernehmen, jedoch ohne Erdnung. Man vernahm neben dem Rufe: es lebe die Republik, es lebe die Republik, auch die und da den Ruf, es lebe die Republik, es lebe der Kaiser. Der Präsident hatte fast immer das Haupt entblößt und antwortete auf die Zurufe mit leichten Verneigungen. Der Eindruck, den seine Erscheinung macht, ist nicht unvortheilhaft. Das dichte kastanienbraune Haar, der starke Schnurrbart und die stark hervortretenden Brauen, ein kleiner Knebelbart geben ihm ein männliches Aussehen. Seine Hautfarbe ist ziemlich dunkel. Um Mittag begann der Vorbeimarsch, eröffnet wie gewöhnlich durch die Legionen der Banlieue, diesen folgten die Regimenter, welche außerhalb Paris liegen, die Nationalgarde von Paris, die Mobilgarde und endlich die anderen Regimenter jeder Waffengattung. Der Vorbeimarsch dauerte bis nahe an fünf Uhr. Keine einzige Störung fiel vor, wenn man nicht ungefähr gegen drei Uhr das Erscheinen eines Ballons in der Luft bemerken will, der die Zuschauer mit Lasten bemaffnet vor dem Prädidenten defilirten, dieser den Hut abzog und den an ihrer Spitze marschierenden General Neile umarmte. Heute Abends ist große militärische Soiree bei dem Präsidenten.

** Paris, 24. Dez. Heute spricht man allgemein davon, daß der Erzbischof von Paris sich nach Gaëta begeben wolle, jedoch nur in Angelegenheiten der französischen Kirche. — Gestern Abend beschäftigte man sich im Ministerkonseil mit der italienischen Frage. Man soll sich dort dahin geeinigt haben, für eine diplomatische Intervention zu Gunsten der weltlichen Herrschaft des Papstes aufzutreten haben. An eine bewaffnete Intervention sei jedoch in diesem Augenblicke nicht zu denken. Eine Note der Österreichischen Regierung, welche dieser Tage eingelaufen, spricht davon, daß man in Rom nicht intervenirten werde. Uebrigens ist bis jetzt noch keine Entschließung der provisorischen Regierung in Rom bekannt, welche den Papst seiner weltlichen Herrschaft berauben wollte.

* Paris, 24. Dez. Der heutige Moniteur enthält die Ernennung Jerome Bonaparte's, Exkönigs von Westphalen, zum General und Gouverneur des Invalidenhotels, der eine Angabe der Gründe vorausgeht, warum das Kabinet ihn zu diesem Posten bestimmt hat. Unterzeichnet ist Hr. Odilon Barrot im Namen des Kabinets. Es heißt darin: „Der Miniſterrath hat es für eine heilige Pflicht, eine Maßregel vorzuschlagen, welche der Andenken des Großen von ganz Frankreich ist. Es sei eine Huldigung, den Manen Napoleons dargebracht. Jerome Bonaparte, der schon im Jahre 1806 mit dem Kommando eines Armeekorps betraut war, hat theilgenommen an allen „gloires“ der französischen Armee. Nach dem furchtbaren Tage von Waterloo war er es, der die heldenmüthigen Trümmer unseres Heeres führte. Er hat an dem Heile Frankreichs zuletzt verzweifelt. — Würde man das französische Volk nach Gunsten befragen, so würde es sich einstimmig dahin aussprechen, daß der Platz des Bruders Napoleons neben dem geheiligten Depositum seiner Asche sei, sowie an der Spitze dieser edlen Phalanx von Veteranen, in der sich die auf einander folgenden Geschlechter unserer tapferen Soldaten vereinigen und verschmelzen.“ Der Marschall Moltot, bisheriger Gouverneur des Invalidenhotels wurde zum Großzanzler der Ehrenlegion ernannt.

Spanien.

Madrid, 15. Dez. (Eröffnung der Cortes.) Heute hat Königin Isabella II. unter dem üblichen Zeremoniell die Sitzungen der Cortes mit einer Thronrede eröffnet. Sie ist von beträchtlicher Länge, hält sich indeß meist in unbestimmten Ausdrücken. Die Beziehungen zum Auslande werden vorangestellt, die Wiederherstellung der Verbindungen mit dem päpstlichen Stuhle und das dem heiligen Vater gemachte Anerbieten in Spanien eine Zufluchtt zu suchen. Es freut mich Ihnen anzeigen zu können, daß unsere Verbindungen mit allen fremden Mächten eine große Ausdehnung genommen. Preußen, Sardinien, Oesterreich und Toskana haben nach einander Gesandte bei mir accreditirt. Betrübende Ereignisse haben einen Bruch mit England herbeigeführt, doch hege ich das Vertrauen, daß sie eine beider Nationen würdige Lösung finden werden. In Betreff der Insurrektion in Catalonien spricht die Thronrede die Hoffnung aus, daß sie bald beschlige sein wird.

Aegypten.

(Regierungsantritt des Paschas von Aegypten.) Die Pforte hat Mahlum Bey nach Aegypten abgeordnet, um den neuen Regenten Abbas Pascha in seiner Würde zu bestätigen. Abbas Pascha hat am 20. November in Kairo seine Regierung angetreten. Abbas ist erblicher Regent von Aegypten, laut eines im Juni 1841 vom Sultan gegebenen Firman. Zu Aegypten gehören jetzt politisch Nubien, Darfur, Sennaar und Kordofan; diese Provinzen sind dem Regenten Aegyptens aber nicht erblich verliehen; es fragt sich also, ob der Sultan sie nicht etwa einem besondern Pascha verleiht.

Vermischte Nachrichten.

(Literarisches.) Der alte Feuimore Cooper, der amerikanische Walter Scott, hat sich noch einmal auf den Boden der Romantik gewagt, aber, wie es scheint, mit ziemlich schwachem Erfolg, indem er eine Epsode aus Irving's „Scenes de la vie Mexicaine“, die im Original nur 30 oder 40 Seiten einnimmt, zu einer Erzählung in drei Bänden ausgesponnen hat. Das „Athenäum“ bemerkt in seiner Anzeige dieses Buches: „Es ist traurig, daß einen Mann, dem man so manche vergnügte Stunden dankt, ein solches Urtheil aussprechen zu müssen, aber Hrn. Coopers vorstehende Eigenschaft ist ein breiter Geschwätz (swadille).

Von Jellachich wird in den „Narodni novinky“ folgende Anekdote erzählt: Im Februar heurigen Jahres sollte Jellachich, damals noch Oberst, mit seinem Regiment von Carlstadt nach Italien marschiren. Die Truppen standen vor dem Hause des Generals Dahlen und warteten, bis er sie würde Revue passiren lassen. Es war gräuuig kalt. Die Truppen standen schon zwei Stunden unter freiem Himmel und der General saß behaglich in seinem Zimmer. Der General kam nicht und Jellachich kommandirte endlich: „Rechts um! Marsch!“ Der General kommt und schnaubt den verwegenen Obristen an. „Erzellenz,“ erwiderte dieser unerschrocken, „auch ich habe eine Verantwortung auf mir, die arme Mannschaft darf nicht so für nichts und wieder nichts unter freiem Himmel frieren.“ Das war ein schwerer Subordinationsverbrechen und dessen Ursache — Jellachichs gutes Herz. Sogleich wurde nach Wien geschrieben, der Obrist sollte kaffirt werden. Der Hofkriegsrath erwiderte, Jellachich werde, da er noch Zeit habe, nur pensionirt werden. Mittlerweile kamen aber die Märzereignisse und Jellachich wurde Ban.

In einem Pariser Theater kam kürzlich ein Kuplett vor, welcher deutlich beweiset, daß die Franzosen nichts weniger als gut republikanisch gesinnt sind, wie sehr man sich auch offiziell beeifert, das Gegentheil vorzuheben zu verstehen. Es war bei einer Aufführung von Auber's neuester Oper „Zanzer“, in welcher im dritten Akte Domenico ausruft: „il nous faut un souverain!“ (wir wollen einen Fürsten haben). Diese Worte brachten eine elektrische Wirkung hervor und das gesammte Publikum brach einmüthig in ein jubelndes Beifallsklatschen aus, das dreimal wiederholt wurde.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 27. Dez. Bayer. 3½ proz. Obligationen 76 B. — G. 4proz. 88 B. Banktaktien lt. Semester — B. 500 G. Frankfurt 36 B. 35 G. Oesterreich. 5proz. Metall. — G. Würtemberg. 3½ proz. 75½ G. 4½ proz. 92½ G.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Königl. Hof- und National-Theater.

Freitag, 29. Dez.: „Die Hochzeit des Figaro“, Oper von Mozart.

Fremdenanzeige.

Gold. Kreuz. Bruckher, Kaufmann, von Nürnberg. v. Krapp, Rentier, von Regensburg. Prinzing, Gutsbesitzer, von Mod. v. Wechocker, königl. Lapellendirektor, von Allötting.

Gold. Hahn. Faut, Kaufmann, von Augsburg.

Blaue Traube. Se. Durchlaucht Fürst v. Hohenlohe-Bartenburg, aus Württemberg. Wolf, Oberlieutenant, von Augsburg. Seydel, Lieutenant, von Ingolstadt. Würzburger, Privatier, von Burkrath. Saurier, Sudretier, von Günzburg.

Stadt Augsburg. Beichberger, Hausmeister, von Seden. Steiger, Kooperateur, von Etenbeuren.

Getraute in München.

Die Herren: Johann Anton Ludwig Martin, 15. mögl. Landrichter von Wolfratshausen, mit Fräulein Anna Maria Amalia Schmitt, Oberrechnungsrathstochter von hier. Ludwig Braun, königl. Kämmerer dahier, mit Fräulein Anna Schmid, Hüttenbesitzers von Weihenstadt, Lds. Pfleggerichts. Paul Schnert, Akademiemalergehilfe dahier, mit Johanna Schmid, Gerichtsgehilfenswittwe. Peter Paul Eisenschmid, bürgerl. Stadtgärtner, mit Juliana Barzer, Maurerstochter von Münsterhaun. L. k. Pfleggerichts Fichtenstein. Johann Leonhard Ebner, Schreiner dahier, mit Maria Anna Forster, Zimmermannstochter von Zellheim. Hopum (Heinrich) Graf, Metallfarben-Fabrikant in der Vorstadt Au, mit Auguste Neuhofer, Silberarbeiterstochter von hier.

Gestorbene in München.

Waldburga Stopper, Taglöhnerswittwe, 80 J. a. Barbara Feyhel, Privatiersswittwe, 57 J. a. Maria Forster, Bürgerl. Hafnermeisters-Tochter, 21 J. a. David Roth, bürgerl. Tischler, 73 J. a. Wolfgang Linser, Holzmesser, 67 J. a. Gustav Sterzinger, Minifterialsunktionär, 36 J. a. Kasper Edl, Spenglergeselle von Roos, 22 J. a.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Eine Beilage wird heute Nachmittags 2 Uhr ausgegeben.

Die freie Presse und das Publikum.

— Wenn auch das Stolz der Weisheit, welches die Buchdruckerkunst gesteigert hat, in keinem Verhältnisse zu den unsichtbaren Uebeln stehen sieht und gegen den Gebalt der beschränkten Rollen des Alterthums in großer Schuldigkeit verbleibt, so hat die Presse gleichwohl, auch abgesehen von der strengen Wissenschaft, unermeßlichen Nutzen gebracht, und unverkennbar verdankt man ihr nach einer Reihe blutiger Jahrhunderte den Untergang der Barbarei wie die Feuchtheit einer milden Gesittung. So viel sie daher meinter Schlechtes, Nichtiges, Albernes erzeugen mochte, so mußte sie dennoch von den Freunden der Humanität immer hochgehalten und man wurde sich sicher ihre Schattenseite gefallen als durch ihnen Bedeutung des Gedankens die belebenden Lichtstrahlen verkümmern lassen. Allerdings gab es Zuständ, wo die Abweichung von bestimmten Ideen und Grundsätzen einer Seite dergestalt gefährlich schien, daß sie alle Waffen dagegen aufbot und gleichsam in heiliger Nothwehr die Bücher und deren Verfasser bekämpfte; allein die Wahrheit von reiner Absicht sieht nicht um ihren Bekennern und der Sieg der Gesinnungen überwindet endlich jede Dunkelheit. Die sanfte Gewalt der Ueberzeugung hat denn allmälig auch den heftigsten Gegnern die Waffen der Grausamkeit abgenommen und sie dahin vermocht, ihre Sache mit der edelsten Macht des Wortes zu verfechten. Stellten sich aber dennoch verderbliche Bücher ein, so ward es fast allgemeine Meinung, daß es besser sei, sie ihrem sicheren natürlichen Tode zu überlassen, als durch Verbote der Dunkelheit zu entreißen, mit schädlicher Lebenskraft aber auch einer unsiegen Lebenskraft zu bekleiden. Dem Publikum gegenüber finden wir eine wissenschaftliche und periodische Presse. Beide können durch Verbreitung der Wahrheit, Aufklärung und sittlichen Bildung verdelend auf das beben wirken, beide können Schutz gegen Irrthum, Willkür und Unrecht verschaffen und für die Gesellschaft ein redlicher Spiegel ihrer Fehler und Vorzüge sein. Man ehrte sie daher vielleicht als bereitetes Palladium politischer Freiheiten, man ließ ihre Macht gegen die geistige Finsternis mit allen bekannten Mitteln ringen, gegen die Lannen des Uebermuthes, gegen Irrbereien und Laster kämpfen, man führte ihr Schwert neben dem Tegen des Krieges um den Zwang und Stolz fremdländischer Herrschaft zu brechen und in Allem hat sie viel, selbst Unglaubliches gethan. Will jedoch behauptet werden, sie trage für jeden Mißbrauch das Heilmittel, für jedes Gift schon das Gegengift in sich selbst, so ist dieses nicht einmal ganz von der wissenschaftlichen, viel weniger von der tagesliterarischen Presse zu sagen. Sie sind die eigenen Sünden, welche die belletristische Schriftstellerei in ihrem leichtfertigen Jagen nach der Gunst des Publikums gegen Wahrheit, Geschmack und Moral begangen hat, zum größeren Theile blos eine armselige Nachifferei treibend, ohne Sinn für die Fähigkeiten, für die erhabene Bestimmung des Menschengeschlechtes, meist mit falschem und verdrehtem Gefühl prunkend, kindisch und oft mit den schändlichen Preis einer augenblicklichen Reizung rechnet, verdanken wir derselben viel, sehr viel von der Gunstlichung, Schwäche des Charakters und Geistes, von der Gemüthsarmuth und Verstandesirrvolität, welche unsere Zustände verdüstern. Dennoch dachte man an keinen Vertilgungskrieg, weil der Sieg zweifelhaft war und man nicht den Acker umwälzen wollte, um das Unkraut zu zerstören. Weniger noch fand man es vernünftig, die wissenschaftliche Literatur zu strafen, da Gedankenfreiheit ihr Lebenselement ist, ihre Wirkungen nicht unmittelbar in das Publikum dringen und sie bei strengem, gesunden Wachsthum selbst die faulen Aeste abzustoßen pflegt. Ganz anders als die noch immer etwas diebeschränkte Heerdenmacht der eigentlichen Literatur muß die leichte Schaar der direkt mit dem Publikum anbindenden periodischen Presse beurtheilt werden, weil sie eben so gut den Irrthum wie die Wahrheit, das Böse wie das Sittliche, das Zerstörende wie das Schaffende mit sich bringen und die Gesellschaft verwirren und verderben wie mit Einsichten und edlen Gesinnungen begnaden kann. Dem Volke oder nur einem Theile desselben gegenüber stehen, ihm ein Lehrer oder Führer, selbst ein Erzöger sein wollen, heißt eine unermeßliche Verantwortung übernehmen, in eine überaus zarte moralische Verbindlichkeit treten, sich einer der ersten heiligsten Gewissensfragen unterziehen; das öffentliche Wort nimmt die Natur einer That an, sein Verderben haftet für alle Folgen im sittlichen, geistigen, politischen Leben, er hatzet vor Gott, wo ihn kein menschliches Gesetz mehr erreicht. Nicht jede Unwahrheit, Ungerechtigkeit, Bosheit sprüht der hastige Zeitstrom mit sich fort, von tausend schlechten Keimen fliegen stets einige an und wer gibt dann den betrogenen, verführten Unglücklichen für den Irrthum die Wahrheit, für brutale Roheit die reine Sitte, für das verletzte Herz die süße Milde, für die zerrissene Seele den Frieden und Schwung des Gefühles wieder? Der Schriftsteller tritt hier, sein Publikum sei wie immer beschaffen, in die Pflichten des Lehrers, Priesters, Erziehers, Arztes: er hat zwar verschiedene Persönlichkeiten zu behandeln, aber seine Verfahrungsart selbst muß sich für die moralische Person, als welche wir das Volk oder einen Theil desselben zu betrachten haben, eignen und jede Ueberschreitung der Wahrheit und Treue ist eine Verletzung der nationalen Würde, eine Beleidigung des nationalen Herzens auf Ehre und Anstand. Das vollkommenste sicherste Pflichtgefühl des Schriftstellers macht diese seine vollkommenste Freiheit aus. Es kann sich der Einzelne etwa über Schmähung und Grobheit hinwegsetzen, er ist Herr seiner Ehre; allein es darf dem Volke und somit dem Staate keineswegs gleichgültig sein, wenn die Oeffentlichkeit durch Lüge, Unsinn, Gemeinheit beschmutzt und das Forum zur Kloake verworfener Gesinnung erniedrigt wird; jegliches Volk repräsentirt zugleich die Idee der Menschheit und dieser schulder man eine unbedingte Achtung und Verehrung. Es treten jetzt in politischen Dingen Momente ein, wo Muth und schwächen zu Gunsten eines sogenannten Rechtsstaates sehr gesteigert gegen den Polizeistaat. Wollen diese Herren oder Unkenten in ihrem Rechtsstaat durchaus keine Polizei? Reißen sie in ihrer Freiheitsmanie alle Verzäunungen nieder, damit jeder recht gemüthlich in die Soffe stürzen kann? Wollen sie im Ernste Gift und Dolch nebst Gebrauchsanweisung kolportiren, die Gemeinen auf dem Markte aufschlagen und stupide Gottlosigkeit von neuem lehren, Lastern predigen Eingang? Können sie sich nicht heute seit einem halben Menschenalter in unsere Literatur eingenistet. Vielleicht zum Theile durch nachsichtige, geistesleere, nicht einmal vom Nachlasse eines glorreichen Zeitalters zehrende Erzeugnisse selbst hervorgelockt, renommirt der Verstand als spöttischer Witz oder eint negirender Scharfsinn herum, hängt sich als tödtender Mehlthau an alles Positive und prostituirt, wenn es hoch kommt, die traurige Unfähigkeit der Gegenwart zum Großen, Edlen, Schönen und Erhabenen. Nicht entblößt sonnungsloser unsere Armuth, Schwachheit und Kleinlichkeit, nichts sagt rettungslofer in dieß Gebrechen hinein, als der ironische Kitzel, der endlich aus Scherz in schrecklichen Ernst übergetrende Hohn Aller gegen Alle: denn wo Ideen von göttlicher Abkunft leuchten und natürliche Gefühle brennen, da gibt es kein faunenlustiges Gelächter, eine starke Seele verschmäht die abscheuliche Freude über menschliche Gebrechlichkeit, ihre Verachtung kennt kein Lachen, sondern Schaudern mehr. Gefährlicher als der Spott vor dem reinen ernsterliche Erschütterung oder der Vorbote des politischen und gesellschaftlichen Verfalls. Der Witz an und für sich ist unprodukiv und lebt sogar gerne auf Kosten früherer Rüstlichkeit; seine rücksichtslose Offensive begründet häufig eine breite Geringschätzung des Anerkannten und verleitet durch den ewigen Reiz des Spottes zu der Gewohnheit, den eigenen Menschenwerth in der Verachtung des fremden zu suchen und den Gott zu verachten, der selbst das Stolz eines frazzenhaften Spottes ist. Ein Ungeist solcher Art hat unsere in Weltherrlichkeit aufblähende Poesie, unsere gemüthliche Geselligkeit, unser Theater wie unsern Geschmack, und — man höre es nur — unser biederes offenes deutsches Herz zu Grunde gerichtet, unsere edelsten Fähigkeiten abgestumpft und eine feindselige, schadenfrohe Selbstsucht in den Busen gepflanzt. Dadurch begreift sich, daß im erschütternden Augenblicke der Prüfung die Stärke der Seele, die Standhaftigkeit, der Sinn für Großmuth und Tugend, das Gefühl der Zuversicht, die Hingebung des Treuſinns mangeln, daß eine sleberhafte Leidenschaft die lautere Flamme der Begeisterung, blinde Wuth die Tapferkeit, moderne Schulfuchsiereі die vertommene Weisheit, Kabale die Klugheit, keck Selbstvergötterung den sromme Glauben vorstellen muß und man das Gute und Wahre nicht anbäuen und ergehen pflanzen und dunkle Ahnungen, sondern erlösen, reinigen, erringen will. Schlimm genug, daß ein so gefährliches Element voll unserer Lüge einige Klassen der Societät durchdrang; soll es sich noch einschleichen in ein wackres Volk, das so lange den Ruhm eines kernhaften Gemüthslebens bewahrte und in äußester Trangsal Erlösung fand durch die gläubige Tiefe seines Geistes und unverlöschliche Stärkheit seiner Gesinnung? Wir bewornoren leinesweges einen Volksstaat, der Gütter gegen den Zanken lenket, das Gleichgiltigen der Seelen durchdrahtt und die Augen blendet, auf daß ihnen das Licht nicht schade, allein so gewiß der reinste Rechtsstaat sein Laster auf der Gasse dulden, seine Lotosben privilegiren, seine Quacksalberei beschützen wird, eben so wenig kann und darf er zum Nachtheile seiner Bürger Gedanken und Gesinnung vergiften. Lüge, Schmähung, Gemeinheit ungeahndet wollen und die Generation entsetzlich. einnerven, verderben, so man kann so sagen, entehren lassen: denn die Kraft, die Tugend, die Ehre der Bürger sind ja seine Kraft, seine Tugend, seine Ehre. Wir wiederholen es, die Presse führt nicht immer, sie führt vielleicht sehr selten den Balsam für ihre Verletzungen mit sich, unaufhaltsam Abwehr und Mahnung verteilend, rollen oft das verderbenschwangere Wort gleich der tödtlichen Geschützkugel dahin, die Verdammung vor der Zeugschaft der Welt trifft nicht minder gerwalmend alle hinter den Mauern des Hauses. Und wenden wir uns traurend ab von den Patorismen, der Verfolgungswuth, dem Hasse, der Anmaßung, welche das ungeziehmte Wort in der Politik erzeugt und diese um den glücklichen Weg zur würdigen Freiheit gerätscht hat, so bleibt und noch immerhin ein höchst unseliger Einfluß auf das Privatleben zu beklagen, und nur die sittigliche Verblendung, die bodenlosefte Abstraktion kann das letztere von dem öffentlichen getrennt denken. Allerdings besteht es, Freiheit der Person mit persönlicher Würde, Wärde mit Unabhaundenheit, Stolz mit Eitelkeit zu verwechseln, aber in dieser egoistischen Verirrung, welche den verhaften Absolutismus in jeglichem Individuum erneuert, zerbricht man alle segenreichen Bande des Ansehens und Vertrauens in der Familie, wie im bürgerlichen Wirken, entkräftet mit der sichnen persönlichen Macht der Familienhäupter und Obrigkeiten die Sitten wie die Gesetze und tobt im Raumel Lämonischer Hoffarts der politischen und moralischen Verwilderung entgegen. — Schlechte Bücher kann der Hausvater oder Erzieher nach seine lernte halten, allein wie schützet die Jugend, diesen köstlichsten Juwel des Vaterlandes, vor die ungeblütete oder doch unbrauchsame Menge, deren höchstes Gut ein gesundes arglojes Gemüth ist und stets bleiben wird, gegen die schlimmen Einbrüche der gleich Schmetterlocken gellenden Tagesblätter, wer hört nach dem

Harpyen-Gesange der Rüge, Verklumbung und Hohn noch den Ruf der Ordnung und Berichtigung, die Stimme des gütigen Warners? Man möchte zittern vor einem Geschlecht, dessen Empfänglichkeit durch alle Sünden und Unarten, welche gegen die Geselschaft nur möglich sind, unabläßig zerstört, dessen Geist von allen Ideen abgezogen und gemeiner Denkungsart und Empfindungsweise preisgegeben wird. Es liegt vielleicht außer dem Bereite der Polizei, das Volk zu erziehen, der Staat kann Gränze haben, die Garantie für moralische Zustände abzuthun, faßt sich vielleicht niemals unaufhörliche Aufgaben stellen; auf so bejammerns eine Bürger und Unterthanen demoralisiren lassen, stimmte es wirklich zu den flotzen volksthümlichen Prinzipien, daß die Geselschafts-mitglieder, aus welchen das Bessere hervorgehen, durch welche das Uebel der Zeit überwunden werden soll, zur Regeneration die Fähigkeit verlieren, daß die Freiheit des Gangen in falscher Freiheit des Einzelnen die heiligste Bürgschaften finde? Man beruft sich gern auf die freie Presse Englands. Wir sind noch lange keine Engländer, wir können und sollen es nicht werden. Wie es aber dort auch stehen mag, der Deutsche ist nun einmal gegen öffentliche Aeußerungen und Angriffe weit empfindlicher und uns dünkt diese Delikatesse sogar löblich; er hat zudem einen weit größeren Respekt für das gedruckte Wort, dem er viel zu verdanken sich bewußt ist, er besitzt endlich gegen das Blendwerk unsolider Kraftsprüche und Verhöhnungen nicht den kalten Schirm jenes gesunden Takts, womit der Britte vergleichen hermische beläßelt, er ist in seiner kindlichen Unbefangenheit noch überaus leichtgläubig und auf die grausamen Zurechtweisungen der historischen Erfahrung angewiesen. — Haben wir den Ruf nach Vollstreiheiten nicht gänzlich mißverstanden, so wollte man, so weit die Willkür geht, deren Macht in der Hand des Gesetzes liegen, man wollte nicht Willkür und Gewaltsam auffassen, sondern deren Umfang gesetzlich bestimmt wissen, man wollte nicht das persönliche Ansehen zerstören, sondern sich verwahren gegen die Ueberhebungen des Individuums. Was ist nun und der Freiheit geworden, wenn die Ausgelassenheit zu anderen Thätern hereinstürzt, wenn die Willkür nur ihre Werkzeuge und Mittel verändert hat? Wie viel Aerges und Aergerlichst ingwischen der Preßunfug begangen haben mag, so betrachten wir deren Freiheit dennoch als Königin der Bildung, des vernünftigen Fortschrittes, alleine sie gleichet der Königin von England, welche alle Gattungen des Gute zu thun und keine, um Schaden anzurichten. Ist sie und bleibt wahr, daß der Preßfreiheit unter den politischen Rechten obenan stehe, daß Censur und Unterdrückung den Baum niederschlagen, um die unreife oder mißrathene Frucht unschädlich zu machen; es ist aber nicht minder wahr und gewiß, daß mit ihrer Zügellosigkeit weder des Einzelnen noch des Ganzen Rechtszustand sich verträgt, daß ihr gegenüber kein Staat, keine Regierung, keine Ordnung zu bestehen vermag, daß alle Garantiegesetzlichen Fortschritts dahin fallen. Es darf kein zerstörendes Element im Staate geben, jede Freiheit muß, geschehe es auch in negativer Weise durch eine gesunde gutartige Opposition, der öffentlichen Macht dienen. Schließet man nun von den Mitteln gegen Preßexzesse die polizeiliche Präventation mit vollem Recht aus, so muß eine moralische Präventation durch das Strafgesetz eintreten und unschädbare Wirksamkeit finden durch den Geschwornen. Um letzteren Institution zu machen, hat man hier und in der Tagespresse zu Gut-kachten sich verpflichtet. Es liegt nicht in unserer Absicht, hier das für und wider zu erörtern, aber es mag berührt werden, ob die moralische und scientifische Bürgschaft so ganz und gar umgangen bleiben soll. Geht man auf die Uebergewungen und, bei neben dem freien Gebrauche der Presse dem Publikum gegenüber und zwar unabwendlich auch eine Gewissenhaftige bestehe, so kann es nicht mehr gleichgiltig sein, wer seine Stimme erhebt, gleichviel ob nicht gleichgiltig erscheint, wer den Stuhl des Richters, die Kanzel des Lehrers besteigt oder das Messer des Arztes ergreift. Ein Beruf, der auf die Geistesbildung, Gesinnung und Bildung des Volkes einen so mächtigen Einfluß ausübt, der mit den Wirkungen eines öffentlichen Vortrages so viele ähnliche Erfolge theilen kann, dessen Bedeutsamkeit man eben durch das entschiedene Verlangen nach ungeeffelter Selbstthätigkeit so nachdrücklich beurkundet, dieser einen Mann des schönsten, kräftigsten, umfassendsten Sinne des Wortes, einen Mann, der Stellung, Mittel, Verantwortlichkeit, Zeit und Umstände begreift, der im Stande ist, die Bahn des wahren Fortschrittes zu zeigen und zu ebnen, ohne sich von loenleeren Schlagwörtern bestimmen zu lassen, dem es nicht genügt, einige Bogen mit Buchstaben zu füllen und den Appetit des Lesers durch gistige Würzen zu stacheln, sondern der redlich den Vorsatz im Herzen trägt, die Begriffe zu berichtigen, die Gesinnung zu läutern, den Willen zu veredeln. Uns daß nur Männer von Wissen und Charakter, von Geist und Erfahrung, von sittlicher Kraft und bewährter Einsicht, Männer, die den Augenblick verstehen und deanoch weit übrragen, diese wichtige Rednerbühne betreten sollen, das wollen wir durch die moralische Kaution andeuten.

Die Goldbergwerke in Kalifornien.

* Wir entnehmen der Botschaft des abtretenden Präsidenten der V. Staaten folgende höchst interessante Stelle über die neuentdeckten Goldlager in Kalifornien, und die ungeheure Wichtigkeit der daraus entspringenden Folgen.

„Es ist bekannt, daß seit der Zeit der Eroberung Kaliforniens der sehr beträchtliche Minen edler Metalle entdeckt wurden. Neuere Entdeckungen lassen vermuthen, daß diese Minen von größerer Ausdehnung und bedeutenderem Reichthume sind, als man anfänglich geglaubt hatte. Die Berichte über den Goldreichthum dieses Landes lauten so außerordentlich, daß man an ihrer Glaubwürdigkeit zweifeln möchte, wenn sie nicht durch die authentischen Berichte der öffentlichen Beamten bestätigt würden, welche diesen Mineralitrikt, um persönliche Beobachtungen zu machen, bereist haben. — Der Offizier, welcher an der Spitze unserer Truppen in Kalifornien stehr, hat, weit er den Gerüchten, die von dem beinahe fabelhaften Goldreichthume zirkulirten, keinen Glauben schenken zu dürfen meinte, im vergangenen Juli diesen Mineralbezirk bereist und dort genaue Untersuchungen angestellt. Ich lege seinen Bericht, das Resultat seiner Untersuchungen, welchen er dem Departement des Kriegs eingesendet hat, so wie die an Ort und Stelle gemachten Beobachtungen des Schatzmeisters bei. — Als dieser Offizier das Land besuchte, waren 4000 Personen mit der Gewinnung des Goldes beschäftigt, und man hat heute hinreichenden Grund anzunehmen, daß sich seitdem die Anzahl derselben bedeutend vermehrt hat. Die bis jetzt gewonnene Ausbeute berechtigt zu der Annahme, daß diese Minen ausgezeichnet reich sind, und daß sich an verschiedenen Stellen einen großen Theiles des Landes Gold vorfinden.

Die Folgen der Entdeckung dieser reichen Mineralien, und die Ergebnisse der bisherigen Ausbeutung haben eine überraschende Veränderung in dem Stande der Dinge in Kalifornien hervorgebracht. Die Höhe der Taglohne ist übertrieben, und es gibt keine andere Art von Beschäftigung mehr, als die Ausfuchung von Gold. Benahe die ganze Bevölkerung des Landes hat sich in den Goldgebirgen gegogen. — Die Schiffe, welche diese Küste berühren, verlieren ihre Bemannung, und müssen aus Mangel an Matrosen ihre Weiterreise einstellen. Der genannte Offizier spricht auch die Befürchtung aus, man werde die Soldaten bald nicht mehr zurückhalten können, ohne eine sehr bedeutende Vermehrung des Solds. Bereits haben sehr zahlreiche Desertionen statt gefunden, und der Offizier beantragt eine Belohnung für die Soldaten, welche dieser starken Versuchung widerstehen und ihrer Fahne treu bleiben.

Unser Ueberfluß an Gold, und die Nachfuchung nach diesem Metall, welche die einzige Beschäftigung der sämmtlichen dortigen Bevölkerung bildet, haben bereits in Kalifornien ein Steigen der Preise aller lebensbedürfnisse bewirkt, welches ohne Gleichen ist. Um daher rechtzeitig und auf eine erschöpfende Weise an der dortigen Goldausbeute Theil zu nehmen, ist es von der höchsten Wichtigkeit, daß eine Hilfsarmeefast der jetzigen Streitmacht der Vereinigten Staaten (von durch den jetzt verschwindenden Kongreß erlaubt werden.

Unsere andern bedeutenden Vortheilen, welche daraus entspringen würden, wäre auch der, das Gold zu seinem Variswerthe auf jenem Gebiete zu erheben. Eine solche Hilfsanstalt der Münze der Vereinigten Staaten auf dem großen Handelsdepot der Westküste würde nicht allein das aus unseren eigenen Minen gewonnene Gold in unsere Münze verwandeln, sondern auch die Waren und das gemünzte Geld, welches unser Handel von der ganzen Westküste Amerikas, von Asien und den Südmeeren beziehen. Die Westküste Amerikas und das ausfoßende Innere umfaßt die reichsten und besten Minen von Mexiko, Neuzanada, Zentralamerika, Chili und Peru. — Die Barren und das geprägte Geld, welche aus diesen Ländern und überhaupt aus dem westlichen Mexiko und Peru in Betrag mehrerer Millionen Dollars bezogen werden, werden allsährlich durch britische Schiffe nach den englischen Häfen ausgeführt, um dort umgeprägt oder zur Unterstützung der Handels verwendet werden zu können. Die Möglichkeit zu verwehren in dem Besitz Großbritannien bereits ist, in dieser Beziehung den Welthandel zu beherrschen. Wenn eine Münzanstalt auf dem großen Handelsvunkte dieser Küste angelegt wird, so wird eine große Quantität von Barren und gepräglem Gelde vorz zusammenfließen, um umgeprägt zu werden und von da nach Neu-Orleans, New-York und anderen Südern Nordamerikas zu gehen. Der Betrag unseres Baargeldes im Inneren des Landes wird auf eine beträchtliche Summe gebracht, während zu gleicher Zeit auch der Umlauf des Geldes zunehmen würde. Unsere Kaufleute, welche mit der Westküste Amerikas Handel treiben, kennen sehr gut die großen Mißstände und beträchtlichen Verluste, welche daraus entspringen, daß unsere Münze nicht zum Pariskurse in jenen Gegenden angenommen wird. Die Mächte Europas so weit entfernt von den Westküsten Nordamerikas, getrennt von ihnen durch den atlantischen Ozean und durch eine gefährliche und langwierige Kaufahrt um das Südap des amerikanischen Kontinents, können nie mit Erfolg als Nebenbuhler der Vereinigten Staaten in dem reichen und ausgedehnten Handel auftreten, der sich in Folge der Eroberung Kaliforniens mit so sehr verringerten Kosten und eröffnet.

Die Interessen der östlichen Staaten in Bezug auf Handel, Seefahrt und Manufakturen werden an westlen gewinnen durch die Errichtung der Hilfsmünzstätte in Kalifornien. Kalifornien besitzt auch der Ackerbau in der ganzen Linion wird daraus Vortheil ziehen. In dem Maße, als unser Handel und unsere Schiffahrt sich ausbehnen, wird die Ausfuhr unserer Ackerbau- und Manufakturerzeugnisse feigen, und auf den neuen Märkten, welche sich denselben öffnen, unfehlbar beträchtlichen Gewinn abwerfen. — Die Eroberung Kaliforniens und Neu-Mexikos, die Grenzbestimmung des Oregongebietes und der Anschluß von Texas, in der Ausdehnung bis zum Rio Grande sind Resultate, die zusammengenommen, von einer hohen Wichtigkeit sind und mit einemmale die Macht und den Reichthum der Nation auf eine höhere Stufe bringen werden, als alle seit der Annahme der Konstitution vorhergegangene Resultate."

Deutschland.

Oesterreich. — † Wien, 26 Dez. Wiederholt verschert man das unsere Truppen in Raab eingerückt seien, ist es auch noch nicht geschehen, so steht es jedenfalls in größter Nähe zu erwarten. — Unsere Trup-

pen fanden überall nur friedende Feinde und die Offiziere, namentlich die jungen, klagen, daß ihnen der Gelegenheit entzogen erscheint, sich Lorbeeren zu sammeln. Selbst die Einnahme der als Kärtner Stein des Anstoßes dargestellten Festung Komorn wurde in nahe Aussicht gestellt, indem der dort kommandirende Oberst Waldheim seine Willfährigkeit, sich von k. k. Truppen zu ergeben, bereits erklärt haben soll. — Die heutige Wiener Zeitung enthält einen offiziellen Artikel, worin die Wiederanknüpfung direkter diplomatischer Verbindungen mit dem Papste, an welchen auch sofort ein k. k. Gesandter nach Gaëta abgeht, kund gegeben wird. — Einem gestern verbreiteten Gerüchte nach wäre der Großherzog von Toskana entflohen. — Sehr wichtig ist das heute verkündigte kaiserliche Manifest an das Sachsenvolk in Siebenbürgen, wodurch die Rechte, diese Provinz an dem allgemeinen Kongresse vertreten zu lassen, unumwunden anerkannt werden. — Baron Gerlach ist zum kaiserlichen Kommissär in Siebenbürgen; Graf Chorinsky um Salzburg zum Chef der niederösterreichischen Regierung; der ruthenische Priester und Deputirte Sabkiewicz zum Ministerialrath im Ministerium des Unterrichts ernannt worden. — Unser Publikum, an journalistischen Kakonismus noch wenig gewöhnt, hat die von der Wiener Zeitung ohne weiteren Kommentar aufgenommenen Berichte des französischen Journal über vielfältige Studentenbehelligungen und weitere derlei Grausamkeiten als baare Münze hingenommen, was heute zu einer amtlichen Widerlegung die Veranlassung gab. — Der vielfach besprochene Wiederentritt des Bozen Rüdeck als Finanzminister wird heute in halb offizieller Weise (durch den „Lloyd") dahin berichtigt, das derselbe nur bei den obwaltenden Finanzfragen zu Rathe gezogen worden soll. — Dann, der bekannte Ankader des Wiener Gesindel unter für die unteren Polizeifragen des jüngsthen National

an die Frauen zu diesem Zwecke so gut als erfolglos geblieben sind, hat endlich die Deputirtenkammer auf Antrag des Generals Antonelli sich mit der Sache befaßt. Der Antrag, festellen Verwilligung von monatlichen Subsitien (barlehensweise) von 600,000 Lire für so lange als die Feindseligkeiten fortdauern, sollte wie die Enthusiasten erwarteten, mit Acclamation angenommen werden. Statt dessen fand er ziemlich lebhaften Widerspruch und ging nur nach langer Debatte durch mit 117 Stimmen gegen 24. Vorzüglich die Rücksicht auf die finanziellen Schwierigkeiten im eigenen Staatshaushalte war gegen die Verwilligung eingewendet worden, und auch in der That ist sie fast mander gewichtigen Stimme in diesem Sinne. Der Gang der Dinge in Frankreich zieht über im Nachbarlande, wo nach immer die Kriegspartei für den äußersten Fall Hülfe von jenseits der Alpen gegen Oesterreich zu erhalten hofft, die Aufmerksamkeit in hohem Grade auf sich. Karl Albert selbst würde, wenn nicht alle Anzeichen trügen, lieber noch die Oesterreicher, als die Franzosen in Turin sehen. Das Schicksal des Papstes schwebt ihm als drohende Warnung vor Augen, und wenn er sie dem Drängen der demokratischen Partei, die jetzt in seinem Rathe das Wort führt, nachgibt und aufs Neue das Schwert zieht, um die Scharten des letzten Feldzugs darin auszuwetzen. so thut er es gewiß nur gezwungen, und weil er bei der Wahl zwischen zwei Uebeln nur dem nächsten zu entgehen sucht. Wir werden demnächst auch eine Art akademischer Legion hier haben, indem die Studenten der Universität ein eigenes Bataillon zu bilden beabsichtigen und dabei von Seite des „demokratischen" Ministeriums natürlich jeder möglichen Vorschub finden. — Während das Ministerium zu Genua neuerdings anfündet, daß es der italienischen Constituante wegen mit Toskana und Rom (den wahlverwandten) schon in Verhandlung getreten sei, sind von Rom bereits zu gleichem Zwecke zwei Abgeordnete des dortigen Ministeriums hier eingetroffen, die HH. Michele Unito und Leopoldo Spini. — Man spricht davon, daß von hier Abgeordnete nach Frankfurt und nach Paris an den neuen Präsidenten der Republik abgesendet werden sollen. Auch von ringen bevorstehenden Veränderungen im Personale der auswärtigen Gesandtschaften geht die Rede. So soll der Bruder des frühreren Ministers, Revel von London, Graf Rignon von Wien abberufen werden. Doch sind dies vorläufig nur Gerüchte, vielleicht auch nur fromme Wünsche. — Mit Frankreich soll ein Abkommen wegen des Unterhalts der Straße über den Monte Cenis zu Stande gekommen sein.

Schweiz.

Zürich, 26. Dez Die Einwohner Biels, welches Städchen von der revolutionären Propaganda von jeher zu ihrer Lieblingsresidenz erkoren worden war, schienen endlich dieses Treibens satt zu sein und haben sich deßwegen mit einer „ehrerbietigen Vorstellung und Erklärung" an den h. Bundesrath der schweizerischen Eidgenossenschaft gewandt. Das bleiklärliche, für die gegenwärtige Stimmung der öffentlichen Meinung jedenfalls charakteristische Aktenstück lautet folgendermaßen: „Nr. 1 Schon seit vielen Jahren ist die Stadt Biel von politischen Flüchtlingen und Abenteurern aller Nationen vorzugsweise als ein günstiger Zufluchtsort auserkoren worden. Polen, Franzosen, Italiener und namentlich Deutsche sammelten sich hier unter dem Schutze des von den Kantonen der schweizerischen Eidgenossenschaft stets gewährten Asylrechts und verfolgten ihre Zwecke auf eine Weise, welche mehr als einmal das Einschreiten der Behörden nothwendig gemacht hat. Der bekannte Sammelplatz ist in Biel organisirt worden; Flüchtlinge des jungen Deutschlands und des jungen Italiens haben sich in Biel gebildet; öffentliche Blätter zu rein politischen Zwecken und im Solde der europäischen Propaganda sind in Biel gegründet worden; politische Flugschriften, Instruktionen, Kreisschreiben und Proklamationen in dem aufreizendsten Sinne und zur Revolutionirung des Auslandes bestimmt, sind zu verschiedenen Malen und namentlich in der letzten Zeit von Biel aus verbreitet worden. Auch auf die inneren Angelegenheiten unseres Landes suchten die in Biel sich aufhaltenden Fremdlinge öfter durch Wort und Schrift einzuwirken, namentlich im letzten Jahre, um Haß und Verfolgungsgeist unter den Bewohnern anzufachen und aufzubreiten. Als in Folge der Ereignisse zu Paris im letzten Februar die Republik als neue Staatsform für Frankreich eingeführt worden, als barauch leidenschaftliche Führer anstrebten, einen Theil der Bevölkerung Deutschlands zu einem ähnlichen Akte der Proklamation einer Republik verlockt hatte, als die Führer ihre Absichten, selbst nach der Einberufung einer Reichsversammlung in Frankfurt, auf jede Weise, selbst durch bewaffnete Einfälle durchzuführen suchten; da sammelten und schwarmten sich auch wieder in Biel die Vorsteher eines Bundes, dessen Zweck in Folge der im letzten Sommer (namentlich zu Paris) verunglückten Ereignisse kein Geheimniß bleiben kann, und die fremden Abenteurer und politischen Flüchtlinge setzten durch ihre Handlungen abermals deutlich an den Tag, wie wenig ihnen an der Aufrechthaltung der schweizerischen Neutralität gelegen, und wie unwürdig sie im Grunde der gastfreundlichen Aufnahme oder des gestatteten Asyls seien. Obschon sowohl die hohe Tagsatzung als die Regierung des Kantons Bern gegen die erneuerten Umtriebe dieser Vorsteher des Unsturzes aller bestehenden Ordnung und der Auflösung aller sozialen Verhältnisse eines zivilisirten Staats ernstliche Verbote erlassen; obschon eine amtliche Untersuchung gegen die Betheiligten angeboten worden; — so mußte dennoch die hiesige Einwohnerschaft als passiver Zuschauer den Unfug, die Wühlereien, die Sammlung von Waffen sich täglich erneuern sehen; denn der seit 3 Monaten in Biel restierende Ausschuß deutscher Flüchtlinge ist nach zweien mißlungenen Freischaarenzügen in das Großherzogthum Baden, noch vor der Publizirung eines deshalb gegen sie gefällten amtsgerichtlichen Urtheils, bereits wieder mit der Organisation einer neuen Legion beschäftigt, deren Zweck die in Biel erscheinende „Zuruzeitung" in einer Zuschrift an die Nationalversammlung zu Frankfurt öffentlich bekannt gemacht hat. Da unter solchen Verhältnissen nichts als neue Truppenaufgebote zu abermaliger Grenzbedekung, — nichts als neue Steuern zu den daherigen Kriegskosten, — nichts als neue Zerwürfnisse mit den Nachbarstaaten oder wohl noch größere Gefahr für das ganze Vaterland zu erwarten ist, — so müssen die Fremdlinge, welche solches veranlassen, freb den Regierungen trotzen und das gestattete Asyl oder die erhaltene Naturalisation ungeachtet und ungestraft mißbrauchten; — da in den letzten Tagen wieder ein Produkt der tiefst thätigen Fördrer der weeer in Biel sich organisirenden Gesellschaft „Hilf dir" unter dem Titel „Revolutionszeitung" als Organ dieser fremden Gesellschaft erschienen ist, Druckort Biel, Verlag eine bissige Druckerei, — Redakteuren Alfred Michel von Freiburg im Breisgau *) und Philipp Becker aus Frankenthal, Mitglied des Zentralausschusses des jungen Deutschlands, Präsident des Ausschusses der Deutschen in der Schweiz, Kommandant in beiden Freischaarenzügen nach dem Großherzogthum Baden, Präsident der Gesellschaft „Hilf dir;" — so sehen sich endlich die Unterzeichneten veranlaßt, nicht nur zu erklären, daß sie alle diese in ihren Mauern und in der nächsten Umgebung stattfindenden Umtriebe, durch welche die Neutralität der Schweiz gefährdet, die Ruhe fremder Staaten gestört, die Einführung und Entwicklung freisinniger Verfassungen gehindert werden, höchlichst mißbilligen, — sondern zugleich auch das dringende Ansuchen an den hohen Bundesrath zu stellen, daß diesem Treiben endlich einmal von oben herab ernstlich gesteuert werde, indem sonst das Volk sich bewogen finden könnte, auf die bezeichnete Gesellschaft ihren eigenen Wahlspruch „Hilf dir" anzuwenden, um Stadt und Land von solchen Gästen zu reinigen." Nach dem „Beobachter" folgen bei 300 Unterschriften und der Kirchgemeinde Biel; darunter ein Mitglied des Nationalrathes, zwei Mitglieder des großen Rathes, sämmtliche Amtsrichter, beinahe alle Mitglieder der Gemeinderäthe. Das Mißfallen über die Vorstellung haben bezeugt und die Unterzeichnung verweigert: der Regierungsstatthalter Schöni, der Gerichtspräsident Mürset und der Großrath Rossel, — damit man ja wisse, unter wessen Schutz und Schirm das Treiben stattfinde, und aus welchem Grunde bei den Biel geführten amtlichen Untersuchungen Nichts herauskomme. Was uns betrifft, so zweifeln wir nach den bisherigen Hantlungen des Bundesrath keinen Augenblick, daß gerfehe den Beschwerden der guten Stadt Biel, sofern sie gegründet sind, wirklich und durchgreifend abhelfen werde.

(Eidg. Z.)

*) Unseres Wissens aus Bamberg.

Nachschrift.

Frankfurt, 27. Dez. So eben erhalten wir die zuverlässige Nachricht, daß Herr v. Schmerling auf seiner Reise nach Olmütz in Leipzig durch einen nach Frankfurt gehenden Kourier Oesterreichischen Regierung eine Zuschrift des österreichischen Ministeriums erhielt, wodurch er zum österreichischen Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt ernannt wurde. (O.-P.-A.-Z.)

△ Paris, 25. Dez. Der Urtheder des gestern bei der Musterung vorgekommenen schlechten Spasses mit dem papierenen Adler ist bereits ermittelt. Es ist ein Bediester Namens Pied in der Rue de Berlin, Nr. 26, und es ist bereits gerichtliches Einschreiten gegen ihn erfolgt. — Man versichert als gewiß, daß Jerome Napoleon Bonapatte Mitglied der Nationalversammlung, von der Regierung mit einer außerordentlichen Sendung nach England und Rußland beauftragt werden wird. Den Repräsentanten der verschiedenen Mächte zu Paris ist das Programm des Ministeriums, das morgen in der Nationalversammlung verlündet werden soll, bereits in offizieller Weise mitgetheilt worden.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Frankfurt a/M., 27. Dez. Oester. 5proz. Metall. 74⅛, 4proz. 59½, 3proz. 43½. 2½proz. 39½. Bankaktien 1193. G. 500 fl. Loose 129 B. 250 fl.-Loose 77. Prior. 84. 50 Thlr.-Prämienscheine — B. — G. Staatsschuldscheine 3½proz. 79½. — Bayer. 3½proz. 76½. — Luxemburger Berdach. 67½. — Württemberg. 3½proz. 77. 4½proz. 94. — Bad. 3½proz. 74½. Loto-Anlehen à 50 fl. 45½. 35 fl.-Loose 26½. — Darmstädt. 3½proz. 76½. 4proz. 85½. Loto-Anlehen von 50 fl. 51½. 25 fl.-Loose 21. — Kurhess. Prior.-Obl.-Norbn. 39½. 40 Thlr.-Loose 25½. — Nassau. 3½proz. 79½. 25 fl.-Loose 21. — Frankf. 3proz 77, 3½proz. 90½, 87½. Taunusbahn 270. — Holländ. Integr. 48½. — Span. 3proz. ganze Schuld 19½. — 5proz. 300 fl.-Loose. 500 fl.-Loose 73½. — Poln. 300 fl.-Loose 24½. — Disc. —.

Wien, 26. Dez. 11½ Uhr Vormittage. Für 5% Met. zeigt sich 79⅝. — ¾ Begehr. In Einvernehmen Nordbahn-Aktien ist Einigen à 65¼ geschlossen worden. Nordbahn-Aktien 98½. — ¾ nominell. In Silber wurde à 3½% gemacht.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.

Nr. 158.

Neue Münchener Zeitung.

Abonnement: Jährlich 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 36 kr.

Sonnabend den 30. Dezember 1848.

Expedition: Promenadeplatz Nro. 14. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

Einladung zum Abonnement.

Die **Neue Münchener Zeitung** wird auch im kommenden Jahre ihre bisherige Tendenz verfolgen, und, ihrem Programme getreu, an dem Banner der konstitutionellen Monarchie und des Fortschrittes auf der Grundlage der gesetzlichen Freiheit und der Ordnung unerschütterlich festhalten. Die Berichte über die Verhandlungen der deutschen Reichsversammlung zu Frankfurt werden in der bisherigen Weise regelmäßig fortgesetzt. Die Verhandlungen des bayerischen Landtages werden in möglichster Vollständigkeit auf's rascheste und so oft es nöthig auch durch Beigabe von Extrabeilagen mitgetheilt werden. Für schnellste Mittheilung aller sonstigen bedeutenden Zeit-Ereignisse ist durch eine noch erweiterte Korrespondenz und die Gewinnung tüchtiger und zuverlässiger Mitarbeiter im In- und Auslande Sorge getragen. Die Zeitung erscheint täglich Morgens 8 Uhr in einem halben Bogen. Nachmittags 2 Uhr wird eine Beilage ausgegeben. Trotz dieses vermehrten Umfanges tritt keine Abonnementserhöhung ein. Der Preis des Blattes bleibt unverändert auf 6 fl. ganzjährig, 3 fl. halbjährig, 1 fl. 36 kr. vierteljährig festgesetzt. Neueintretende hiesige Abonnenten belieben ihre Bestellungen in dem Expeditionslokale (Promenadeplatz Nro. 14), auswärtige aber bei den nächstgelegenen Postämtern zu machen. Bei der großen und noch täglich steigenden Auflage dieser Zeitung eignet sich dieselbe zur weiten und schnellen Verbreitung von Bekanntmachungen jeder Art, welche, den Raum der 3spaltigen Petitzeile zu 4 kr. berechnet, unverzüglich eingerückt werden. Zu zahlreichen Aufträgen empfiehlt sich

München, den 12. Dezember 1848.

Die Expedition der „Neuen Münchener Zeitung".

München, 30. Dezember.

(Kriegsministerium. Personalnachrichten.) Der Generalauditeur meister, Generalmajor Ant. von der Mark, erhielt die allerhöchste Erlaubniß zur Annahme des demselben verliehenen k. preuß. rothen Adler-Ordens 2. Klasse. Der Hauptmann des Generalquartiermeisterstabes Bapt. Stepphan wurde zum Adjutanten Sr. königl. Hoheit des Feldmarschalls Prinzen Carl von Bayern ernannt, und demselben so wie dem seitherigen Adjutanten Höchstdesselben, Artilleriehauptmann Friedr. Grafen v. Bothmer, der Charakter als Major verliehen. Der Platzmajor zu Würzburg, Rep. Eichenauer, wurde als 2. Platz-Stabsoffizier zur Kommandantschaft München versetzt. Der Generalmajor und Brigadier der 3. Infanteriebrigade, Friedr. Graf v. Saporta, wurde auf die deshalb gestellte Bitte von dieser Stelle wieder enthoben und unter Beibehaltung des Generalmajor-Charakters in den vorigen Pensionsstand zurückversetzt. Der temporär pensionirte Hauptmann, Joseph v. Dusch, wurde unter Verleihung des Major-Charakters definitiv in Ruhestand versetzt. Die Hauptleute, Michael Zeiler, vom 10. Infanterie-Regimente Albert Pappenheim, und Christoph Ziegelwalner, vom 15. Infanterie-Regimente Prinz Johann von Sachsen, erhielten die nachgesuchte Pension. Der pens. Hauptmann August Künz ist am 12. Dez. bei Nürnberg, und der charakterisirte Hauptmann vom Pensionsstande, Karl v. Cleffin, am 20. Dez. zu Ansbach gestorben.

Se. Maj. der König haben unterm 27. Dez. den Regierungssekretär I. Klasse bei der Regierung von Oberfranken, Joh. Nep. Mois, auf ein Jahr in den Ruhestand zu versetzen, und die dadurch erledigte Stelle dem Landgerichtsadjunkt Klemens Sperl zu Auerbach zu verleihen gerubt.

(Pfarrei-Verleihung.) Kathol. Pfarrei Reichach, Bez. Amt. Amberg, dem Priester Vinzenz Joseph Köbl, Benefiziat zu Ilkofen, Landg. Vellingried.

Die Ostdeutsche Post über Gagerns Programm.

Die Wiener Presse betheiligt sich wieder bei der deutschen Frage. Kuranda's „Ostdeutsche Post" bezeichnet ihren Wiedereintritt ins Leben mit folgenden Betrachtungen über Gagerns Programm: „Die deutsche Frage geht ihrer Katastrophe entgegen; vielleicht schon in den nächsten Tagen ist das Endliche entschieden. Die Zeit drängt, und die wenigen Organe der Presse in Oesterreich, deren deutsche Gesinnung unverdächtigt ist, müssen sich beeilen auszusprechen was noth thut, damit unsere Abgeordneten in Frankfurt in der kurzen Zeit die ihnen dort zu verweilen noch gegönnt ist, einen entschiedenen Entschluß fassen, und damit die unbefangenen unter den übrigen deutschen Abgeordneten die neue Lage der Dinge in Deutsch-Oesterreich begreifen, und darnach handeln können. Uebrrblicken wir die neueste Wendung. Auf das Programm des Ministeriums Schwarzenberg vom 27. November hat der neue Reichsminister Herr von Gagern durch ein ähnliches Programm geantwortet. Er geht auf die Hypothese ein, daß die Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland erst dann geordnet werden können, wenn beide Staatenkomplexe ihre innere Gestaltung vollendet haben werden. Ein Fehler wird sowie durch einen zweiten Fehler beantwortet. Aber die Geschichte, wenn sie heute einst auf die Wagschale legt, wird den unglückschwangeren Fehler des Reichsministeriums strenger verurtheilen als den vom Unglück geborenen Fehler des Oesterreichischen Kabinets. Das gegenwärtige Ministerium Oesterreichs ist unfrei in Bezug auf die deutsche Frage! Die Vehemenz der slavischen Bewegung hält es gefesselt, die Wiedereroberung Ungarns, eine der Lebensfragen des österreichischen Staates, kann ohne die Beihilfe der Südslaven und ihrer Acolythen, der Tschechen, nicht bewerkstelligt werden. Die Tschechen aber verfolgen seit den ersten Athemzügen der Märzrevolution mit eisernem Konsequenz den Plan, Böhmen vom deutschen Bundesverhältniß loszureißen. Wir sind nicht berufen, der Advokat des Ministeriums zu sein, und fühlen tief und schmerzlich die Wunde welche uns jene Stelle seines Programmes in Deutschland geschlagen hat. Aber wir erwägen die Lage Oesterreichs und entschuldigen die Zweideutigkeit jener Stelle. Wir glauben nicht, daß das Ministerium unbedingt gesinnt sei: es hat nur das etwas ferner liegende Uebel dem ganz nahe liegenden vorgezogen. Schon vom dynastischen Standpunkte aus wird kein Oesterreichisches Ministerium seine Politik in Deutschland aufgeben können. Der Schritt des Ministeriums war somit kein alt politischer Selbstbestimmung, er war ein unfreier, ein von der Noth aufgedrungener. Die Nationalversammlung aber ist ein freier, selbstbestimmender Körper; ihre Aufgabe ist es nicht blos eine formelle Einheit durch eine monarchische oder republikanische „Spitze" zu bilden, sondern vor allem die Grundlage zu wahren, die Integrität des Bundesgebiets aufrechtzuerhalten. Wie müssen daher das Programm des Herrn von Gagern, der mit solcher Feindseligkeit die österreichische Frage der Zukunft überläßt, ein unheilvolles, unverzeihliches nennen. Der staatsmännische Blick des neuen Reichsministers hätte die unfreiwillige Stellung des österreichischen Ministeriums erkennen sollen, und seine Antwort hätte nicht Aug' um Auge, Zahn um Zahn lauten dürfen. Die Aufgabe der Nationalversammlung und ihres Ministeriums wäre es, das deutsche Bundesgebiet vor jeder eventuellen Lostrennung einzelner Körper sicher zu stellen, nicht aber (man vergebe uns das unschöne Bild) wie ein fahrlässiger Fuhrmann, die einzelnen Stücke die von der Ladung seines Wagens herunterfallen, liegen zu lassen, um nur rasch nach Hause zu kommen. Freilich wäre es gewissen Staatsmännern in Frankfurt nicht gegönnt beim Beginne des Jahres die vollendete Verfassung mit jener „Spitze" die seit dem Beginne des Parlamentes, ihre Ziel war Deutsch-

land — nein — einem Theile von Deutschland ein Neujahrsgeschenk zu machen. Läßt die Nationalversammlung, wie das Programm Gagerns will, die österreichische „Unionsfrage" also und konstituirt einseitig den Rest von Deutschland, dann erklärt sie selbst daß alle alten Bundesverhältnisse zwischen den österreichischen Ländern und dem übrigen Deutschland geöffnet sind, sie schneidet die historischen Ansprüche und Verträge mitten durch und mit diesem Schnitt schneidet sie zwei Drittheile von Böhmen, Mähren und Schlesien, Krain, Kärnthen und Wälschtirol für alle Zeiten von sich ab. Sie erschwert für immer der österreichischen Regierung den Eintritt in das alte Bundesverhältniß, denn mit Recht werden dann die Czechen Beweisen jener Länder sagen: die historischen Verträge sind von Deutschland selbst frei gegeben worden — welche Berziehung haben wir noch zu ihm? Das Programm des Herrn von Gagern, indem es sich das Ansehen gibt, der österreichischen Regierung einen Gefallen zu thun, leistet ihr den schlechtesten Dienst für alle Zukunft. Die offiziellen Agenten des österreichischen Ministeriums dürfen dieß freilich nicht zugestehen, aber wir, die wir unabhängig sind, wir dürfen es behaupten. Auch glauben wir nicht daß Herr von Gagern dieß nicht selbst einsieht; es scheint uns aber der Herr Reichsminister will es nicht sehen; unter der diplomatischen Maske Oesterreich seinen vollen Willen zu fassen verfolgt man die langgehegte Lieblingsidee, Preußen an die Spitze zu stellen. Geht hin, realisirt Eure Idee! Sie findet von Millionen in Oesterreich Unterstützung — von den Slaven! Ein geistreicher Chef der sächsischen Parrei sagte und vor wenigen Tagen: Wir wünschen nichts sehnlicher als die Ernennung des preußischen Monarchen zum Kaiser von Deutschland. „Oesterreich — fuhr er fort — muß gezwungen werden die verrosteten hegemonischen Gedanken in Bezug auf Deutschland aufzugeben, damit es endlich ganz dahin sich wende, wohin es gehört zu den Slaven."

Deutschland.

Die „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" berichtet aus Frankfurt vom 24. Dez. im nichtamtlichen Theil: Der Reichskommissär, Hr. General v. Schäfer-Bernstein, ist in Begleitung des Hrn. Major v. Wogdt-Reeg aus Posen hier angekommen und hat, wie wir hören, die von ihm gezogene Abgrenzungslinie dem Reichsministerium des Innern zur Genehmigung vorgelegt. Sein Bericht, in einer ausführlichen Denkschrift mit begleitenden Karten und Tabellen niedergelegt, soll eine höchst interessante Arbeit sein und auf die früher so leidenschaftlich behandelte Polenfrage auffallende Schlaglichter werfen. Durchgehends fand der Reichskommissär den Wunsch vorherrschend, nicht unter die polnische Nationalität zu fallen. Von allen Seiten, selbst ganz polnischen Ortschaften, sei er bestürmt, die Grenzlinie so zu bestimmen, daß sie noch unter deutscher Verwaltung bleiben. Ja, selbst da, wo die polnischen Gutsbesitzer polnisch bleiben wollten, haben deren eigene Gutsangehörige um das Gegentheil petitionirt. Das Vertrauen in eine Verwaltung durch polnische Beamte ist so gering, daß die jenseits der Linie liegenden Güter dadurch um zwei Drittel ihres Werthes verlieren. Fast alle Kapitalien auf die im polnischen Theile verbleibenden Güter sind bereits gekündigt und der längst vorhandene Ruin vieler polnischen Gutsbesitzer kommt dadurch zu Tage. Daß unter solchen Umständen selbst viele Polen den Wunsch äußerten, mit ihren Gütern dem deutschen Theile noch einverleibt zu werden, kann darum nicht Wunder nehmen, wenn sie auch zu stolz oder vor ihren Landsleuten zu scheu waren, dies öffentlich zu thun. Am erfreulichsten waren die Beweise des kleinen Sinnes bei diesen schwierigen Entschlüssen der deutschen Bevölkerung, den Uebermuth der Polen, die alle und jede Sympathie verloren haben, nie mehr aufkommen zu lassen. Mancher unserer Polenschwärmer könnte dort deutschen Sinn lernen. Welches der beiden Elemente, ob das polnische oder das deutsche, im Wachsen begriffen sei, ist schon nach diesen Bemerkungen nicht zweifelhaft; es heißt sich hier aber auch sinnlich dar auf einer vorgelegten höchst interessanten Nationalitätskarte. Man sieht auf derselben, wie das deutsche Element überall durch Handel und Gewerbfleiß vordringt, während das polnische, das sich bekanntlich mit solchen Dingen gar nicht befaßt, und welchem darum auch der eigentliche Bürgerstand ganz fehlt, nicht widerstehen kann. Wo ein schiffbarer Strom, eine große Landstraße das polnische Land durchschneidet, da reicht auch alsobald ein Keil deutscher Bevölkerung in die polnische hinein; so an den beiden Ufern der Warthe, der Obra und Länge der Posener Landstraße. Die neue Linie soll im Allgemeinen etwa weiter östlich fliegen, als die Pfuelsche, so daß z. B. die Herrschaft Krotoszin nun vollständig diesseits fällt.

Bayern. — ** München, 29. Dez. Mehrere Blätter und namentlich auch die gestrige „Allgemeine Zeitung" bringen Korrespondenzen aus Frankfurt, in denen aus dem Umstande, daß der bayerische Bevollmächtigte bei der deutschen Zentralgewalt auf die an alle Bevollmächtigten der deutschen Staaten gestellte Frage des Ministeriums des Innern: ob die Grundrechte sofort von ihren betreffenden Regierungen verkündet und eingeführt würden? die Antwort gab, daß er keine Instruktionen über diesen Punkt habe, gegen Bayern Schlußfolgerungen gezogen werden, die wir nicht anders denn als gehässig bezeichnen können. Der zeitweilige Bevollmächtigte Bayerns hatte, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, in der That keine spezialisirten Instruktionen. Daraus schon wieder Sonderbündelei auf Seite Bayerns wittern wollen, heißt denn doch die Tendenzsucherei allzuweit treiben. Wir setzen wahrhaftig nicht ab, welchen ernstlichen Schwierigkeiten in Bayern die Verkündigung und Einführung der deutschen Grundrechte begegnen soll, nachdem, was dieselben ausstellen, thatsächlich größtentheils schon bei uns besteht. Daß aber für die etwa noch neu einzuführenden Punkte bei uns so wenig als in Hannover oder anderwärts die demnächst zusammen kommenden Kammern von der Regierung umgangen werden können, scheint uns denn doch auch unzweifelhaft.

Würzburg, 24. Dezember. Der hiesige deutsche Verein hat gestern an Fryhrn. v. Lerchenfeld folgende Ansprache gerichtet: „Sr. Exzellenz Herr! Die Kunde, daß Sie am 19. d. M. aus dem Ministerrathe Baiern's ausschieden, berührte uns so schmerzlich, daß wir nicht umhin können, Ihnen die dankenden Gesinnungen darzulegen, mit welchen wir Ihrer feuchtgewohnten Thätigkeit auch in Ihrem letzten Amte entgegensahen. In der großartigen Zeit, wo die Einheit Deutschlands, wo der Fortschritt und die Sache des Volkes mit alten und neuen Hindernissen einen schweren Kampf ringen, wo es gilt, mit sicherer Hand unter den Stürmen der Leidenschaften die neuen Schöpfungen für der Zukunft Gedeihen aufzuführen, hielten wir Sie, den bewährten Volksvertreter, den edlen Verfechter der konstitutionellen Freiheit, den unerschütterlichen und umsichtigen Lenkern am Staatsruder für den Mann, der bei der bevorstehenden Verjüngung der Verwaltung vor Allen berufen war, jenes Leben durch die ganze Staatsgliederung hervorzurufen, welches den Geist der deutschen Grundrechte erst zur Wahrheit, zur Wirklichkeit machen kann. Noch stehen die Worte, welche Sie jüngst beim Antritte Ihres bisherigen Amtes zu Ihren Mitbürgern leidenschaftlich sprachen, als lebendige Bürgen für unser unerschüttertes Vertrauen vor uns, denn wir wußten, daß Ihr Worte Leben sind; die schöne Morgenröthe aber, die Ihre Ansprache über unsere Hoffnungen warf, ist dahin, trübe Wetterwolken lagern sich um den verkündeten neuen Tag.*) Wir begrüßen Sie nun um so willkommener in den Reihen der jüngst gewählten Abgeordneten zum Landtage, von der tiefen Ueberzeugung durchdrungen, daß Sie in Ihrem unermüdlichen Wirken für Licht und gesetzliche Freiheit nur Einen Zweck kennen: das Glück des Vaterlandes!!"

Baden. — Mannheim, 25. Dez. So eben theilt man und die Gesandtenpost mit, welche bei dem Schlußvortrage in Weinheim zu Tage kamen. Sie sind eigener Art. Ein Bürger hatte sogar seine Pferde zum Herumfahren der Guillotine verschroben und die Häuser, vor denen sie halten sollte, waren schon bezeichnet. In Folge dieser Beständnisse sind abermals 5 Verhaftungen vorgenommen worden und die Untersuchung, welche bereits ihrem Ende nahe war, dürfte wieder mehr in die Länge gezogen werden. — Heute wird Struve von Rastatt nach Freiburg unter Begleitung einer Kompagnie Infanterie gebracht, um dort vor das Schwurgericht gestellt zu werden. Seine Frau soll nach Neujahr freigelassen werden; doch kann ich das nicht bestätigen. (D. Z.)

Kurhessen. — Kassel, 23. Dez. In der gestrigen Sitzung der Stände wurde der Antrag der Regierung wegen Mehrbewilligung von zwei Millionen Thalern zum Fortbau der Main-Weserbahn beinahe einstimmig genehmigt. Staatsrath Wippermann gab bei dieser Gelegenheit die erfreulichsten Zusicherungen wegen baldiger Vollendung der Bahnstrecke auf kurhessischem Gebiete, welche spätestens im Herbste des künftigen Jahres vollendet sein würde, während freilich die Darmstädter Strecke, insbesondere die von Gießen bis Friedberg, erst im Herbst 1850, also ein halbes Jahr später, als zu der kontraktlich festgesetzten Zeit, vollendet sein werde. Mit den bewilligten zwei Millionen werden auch die Eisenmaterialien für den Frl. Wilhelms-Nordbahn gemeinsamen Bahnhofstrecke von Kassel bis Guntershausen gedeckt sein, so daß in dieser Hinsicht auch der Prinz Friedrich Wilhelms-Nordbahn zugedachte Erleichterung gewährt worden ist. (Kass. A. Z.)

Schleswig-Holstein. — Apenrade, 21. Dez. Gestern rückte das 1. schleswig-holsteinische Jägerkorps, das heute weiter gegen Norden marschirt ist, hier ein; einige Stunden später langte der General Bonin hier an, der auf einer Inspektionsreise begriffen und insbesondere damit beschäftigt ist, die von der gemeinsamen Regierung beschlossene Vermehrung des Sundwirthschaften und der Nordgränze ins Werk zu setzen. Eine Person einen abermaligen Beleg davon zu geben, daß er seinesweges das Vertrauen des Landes verloren habe, dieses vielmehr innig wünschte, ihn als Oberbefehlshaber der Armee zu behalten, brachte ihm die Bürgerschaft, begleitet von der Liedertafel, ein für die Verhältnisse der Stadt Apenrade wahrhaft glänzendes Fackelzug dar. (B. H.)

Preußen. — Berlin, 25. Dez. Die Konstitutionelle Korrespondenz bemerkt in Bezug auf die Petitionen verschiedenen Agitationskomitee der demokratischen Frakitonen: „Unter den vielen Vorspiegelungen, mit denen die Demokraten bei den bevorstehenden Wahlen versuchen werden, das Volk zu ködern, ist eine der lockendsten das Versprechen einer „wohlfeilen Regierung", mit der sie unser Land beglücken würden, wenn man nur erst sie an das Ruder des Staates oder vielmehr an die Kasse desselben hätte. Glücklicher Weise aber haben uns die Franzosen das Experiment einer demokratischen Herrschaft so weit in manchen Anderen, vorgemacht und und die Mühe erspart, die Erfahrung an uns selbst zu erleiden. Als am 24. Februar das konstitutionelle Königthum von den Pariserm umgeworfen war, handelte es sich darum, den Bewohnern der Provinzen, welche bekanntlich sehr wenig mit der Republik sympathisirten, die neue Staatsform mundgerecht zu machen. Man rechnete dem Lande vor, daß allein durch die unnütze Hofhaltung des Königs zwölf Millionen Franken (3,200,000 Thaler) verschlungen worden seien, die fortan

*) Wir haben uns bereits mit Gründen darüber ausgesprochen, daß wir dergleichen Befürchtungen nicht theilen. D. R. d. R. M. S.

die wohlfeilere Wirthschaft ersparen werde, anderer Einführungen nicht zu gedenken. Die Wirthschaft der sparsamen Demokraten hat nun gerade zehn Monate gedauert, und es läßt sich schon jetzt mit Sicherheit die Jahresbilanz übersehen, welche die Republik am 24. Februar 1849 über ihre Ausgaben wird aufzustellen haben. Die Zivilliste von 12 Millionen hat allerdings der Ersparniß nicht mehr bezogen, das Volk aber hat sie auch nicht behalten: sie sind in die Taschen derselben Demokraten gefallen, welche dem Lande das wohlfeile Regiment versprochen hatten. Das Schlimmste aber an der Sache ist, daß nicht allein nichts erspart ist, sondern reichlich sechshundert Millionen Franken oder einhundert und sechzig Millionen preuß. Thaler mehr ausgegeben sind, und daß die Steuerpflichtigen reichlich die Hälfte mehr zu zahlen haben, als vergangenen Jahr, der öffentlichen Unsicherheit, der Arbeitslosigkeit, der übrigen namenlosen Verarmung, welche die demokratischen Poesiegelungen über Frankreich gebracht haben, gar nicht zu gedenken. So, thr preußischen Urwähler und Wahlmänner, wird es sicherlich auch bei uns kommen, wenn ihr in die künftigen Kammern Demokraten senden, in dem frommen Glauben, sie würden eure Lasten erleichtern. Blickt auf das verarmte Frankreich und nehmt euch ein Beispiel daran, wie sicherlich sie von gemeinschaftet haben!" — Im Staatsministerium ist beschlossen worden, die Versammlungen zu den Wahlen von Berlin, trop des Belagerungszustandes, zu erlauben, unter der Bedingung, daß nur Wahlberechtigte zugelassen werden, daß man die Berathung in den Schranken der Mäßigung halte und stets einem Beamten der Zutritt zum Versammlungslokal gestattet bleibe.

⊙ Berlin, 26. Dez. Wie wir hören, ist die Ministerkrisis gehoben, daß Herr Arago abberufen sei und die französische Republik sich von Herrn Cremieux bei unserm Hofe vertreten lassen werde, so können wir jetzt berichten, daß diese Maßregel in Folge der neuesten Unterhandlungen zwischen dem gegenwärtigen Oberhaupte der Republik und Hrn. Arago rückgängig gemacht worden ist. — Aus guter Quelle geht uns die Nachricht zu, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes mit großer Sicherheit auf den 5. f. M. zu erwarten steht. Obwohl es bedauert, daß gegen die längere Dauer eines durch die dermalige Lage der Hauptstadt keinesweges gerechtfertigten Zwangszustandes sich Stimmen bei dem Ministerium und selbst immediat bei der Person Sr. Majestät des Königs ausgesprochen hätten, von welchen ein Dissens mit Maßregeln des Gouvernements nicht zu erwarten war. Namentlich sollen andere Mitglieder der unbedingt ministeriellen Fraktion in der aufgelösten Nationalversammlung ernstliche Verwahrung eingelegt haben. Von derselben Seite her soll eine entschiedene Mißbilligung gegen die jüngsten politischen Kundgebungen hoher Gerichtshöfe eingelaufen sein, die sich gleichzeitig gegen den vom Justizministter an die Justizbehörden gerichteten Erlaß richtet. — Gerüchte sprechen über einen Konflikt, der zwischen dem Kommandeur der aufgelösten Bürgerwehr, Hrn. Kämpfer, und einem der höhern Garnison-Befehlshaber stattgefunden haben soll. Viele wollen von einer blutigen Lösung desselben wissen. Wir können indeß bestimmt versichern, daß, wenn ein Konflikt der Art überhaupt vorgefallen sein sollte, der vermuthete Ausgang bis jetzt wenigstens noch nicht eingetreten ist. — Die bekannte Schriftstellerin, Frau Louise Aston, welche bis jetzt der politischen Aufregung und Bewegung ihren Widerstand entgegengesetzt hatte, ist endlich genöthigt worden Berlin zu verlassen. — In Betreff der gegen die Abgeordneten, welche an dem sogenannten Steuerverweigerungsbeschluß Theil genommen haben, projektirten gerichtlichen Verfolgung soll im Schooße des Ministeriums ein Zwiespalt entstanden sein, der muthmaßlich die Folge haben wird, daß nur die am offenen Verweigerungsbeschlusse Theilnehmenden zur Ausführung jenes Beschlusses eine Aufforderung erhalten werden.

△ Berlin, 26. Dez. Der Weihnachtsabend hat auch unsern außerhalb ihrer Familie lebenden belagernden Soldaten manche angenehme Bescheerung gebracht. Nicht allein, daß die Königin dem Bataillon pommerscher Landwehr im Schlosse einen großen, herrlichen Baum mit Aepfeln, Nüssen und Zigarren daraus für jeden angeordnet hatte, auch der Kaiser, deren Gastfreie seit der Anwesenheit der Soldaten einen merklichen Aufschwung genommen, schicken reichliche Gaben in die benachbarten Kasernen.

Oesterreich — Ungarn. In der Sitzung des Reichstags vom 20. Dez. wurde nach einem dreimaligen Skrutin, der Abgeordnete Strohbach zum Präsidenten mit 166 Stimmen von 323 Abstimmenden gewählt. Auf den gewesenen Präsidenten Szemere waren 157 Stimmen gefallen.

Wien, 25. Dez. Die magyarische Deputation der drei geliebenen Gselleute, welche sich nach Olmütz begeben hatte, um dem neuen Kaiser zu huldigen, ist von Sr. Majestät sehr freundlich empfangen worden. Obwohl sich die Namen vieler vornehmen Geschlechter darunter befinden, so vermißt man doch die dem Kaiserhause seit Jahren so treu gewesenen Fürsten Esterhazy, Batthiany und Pasitz. Die Terroristmus, den Kossuth mit seinen Scharen jetzt vorzüglich gegen die adeligen Familien ausübt, hält den magnatischen Adel noch zurück, sich in Masse für den Kaiser zu erklären. Jedoch ist Fürst Paul Esterhazy, der sogar in Eisenstadt von Bauern in seinem Schloß bewacht war, und es vorzog, einige Tage vor Annäherung der kaiserl. Truppen sich ins Innere des Landes zu ziehen, gestern hier eingetroffen und begibt sich heute ebenfalls nach Olmütz. Sein Sohn Fürst Nikolaus ist in Ungarn geblieben. — Ueber Kossuth gehen seit gestern eine Unzahl Gerüchte. Briefe aus Preßburg melden sogar, er sei von seiner eigenen Partei in Pesth bewacht. Direkte Nachrichten aus Pesth fehlen seit vorgestern. — Nach den heutigen Berichten aus Hochstraß befand sich der Marschall Fürst Windischgrätz mit seinem Hauptquartier gestern abend. Ueber die Operationen des Banus wird heute nichts gewußt. (Abdz.)

Oesterreichische Monarchie.

Preßburg, 25. Dez. Den 23. dieß war, brieflichen Nachrichten zufolge, schon die ganze Stadt Tyrnau der Uebergewalt, von der kaiserlichen Armee umzingelt und von der ungarischen abgeschlossen zu sein, als plötzlich Oberst Guyon, ein Engländer in ungarischen Diensten, mit einem Regimente Kossuth'scher Truppen in die Stadt einbrach und in aller Schnelle Vorbereitungen zu einem Straßenkampfe traf. Die Stadt ist ganz offen. Es wurden demnach Barrikaden errichtet, und das einzige noch vorhandene Thor verrammt. Da verkündigte Trommelschlag von allen Seiten das Hereinbrechen des Generals Simunich, welcher mit einer bedeutenden Macht allseitig angegriffen hatte. Der Kampf war fürchterlich. Die hereinbrechende Dunkelheit begünstigte die Flucht des Obersten Guyon, sowie eines Drittheils vom Regiment. 700 Mann wurden in dieselbe Schlosse hineingedrängt, deren Ausgang durch das verrammelte Thor abgeschlossen war. Diese gaben sich ohne Widerstand gefangen. Alle aufgeregten kaiserlichen Soldaten liefen nun über die Häuser her, da von Seite der ungarischen Soldaten auch aus den Fenstern geschossen worden ist, und begannen zu plündern. Erst nachdem die Einwohnerschaft eine halbe Stunde lang den Gräueln und Schreckensscenen der Soldaten unterworfen war, gelang es den von General Simunich ausgesendeten Patrouillen der Plünderung Einhalt zu thun. Abgesehen von dem Unrecht der Plünderung ist die Stimmung in Tyrnau so ziemlich kaiserlich. Preßburg ist noch immer mehr ungarisch gesinnt als man von einer so wesentlich deutschen Stadt erwarten sollte. Durch den langen Terrorismus ist eine wahre Begeisterverwirrung unter der Bevölkerung eingetreten. Als Beispiel für diesen Terrorismus beliebig folgendes: als die Niederlage der Ungarn bei Schwechat bekannt wurde, und der ungarische Landtag dieselbe für einen Sieg erklärte, erschien zu gleicher Zeit hier an allen Straßenecken ein offizielles Plakat, dem zufolge ein jeder dem Standrechte verfiel, der eine andere Nachricht als eine durch die Zeitungen amtlich kundgegebene mittheilte. — Heute wurde im Dome ein Dankfest gefeiert, um dem „Herrn der Heerscharen" zu danken, wie es in der betreffenden Bekanntmachung heißt, weil die Truppen ohne Beschädigung eingezogen sind. (Z. J.)

Schweiz.

Freiburg. Der große Rath hat am 22. Dezbr. das Amnestiedekret seinem wesentlichen Inhalte nach angenommen. Ein Zusatz des Hrn. Weigel, dahin gehend, den sechs durch das Dekret vom 20. Mai und den Vollziehungsbeschluß vom 7. Septbr. verbannten Individuen (Fournier und Komp.) den Wiedereintritt in den Kanton zu gestatten, wurde mit großer Mehrheit verworfen.

Frankreich.

△ Paris, 25. Dez. Die Republik hätte mit der gestrigen Revue also die erste Probe der Stichhaltigkeit ihres neuen Präsidenten glücklich überstanden! Zwar fehlte es nicht an beunruhigenden Gerüchten, von einer imperialistischen Demonstration, die bei dieser Gelegenheit stattfinden sollte, allein wie Sie schon wissen, ist die ganze Sache ließ auf den unglücklichen Papierader, dessen Urheber bereits bekannt und in Untersuchung ist, glücklich ab, obgleich man mit vollem Rechte für einen derartigen Versuch die geeigneten Vorsichtsmaßregeln getroffen hatte; denn es herrschte in sehr vielen Gemüthern die Besorgniß, es möchte die auf den 20. Dez., den Tag der Installation des Präsidenten, angekündigte Demonstration vielleicht die erste seichte Gelegenheit werden, sich bemerkbar zu machen, bei welcher der Präsident öffentlich erscheinen würde. Nun aber ist die gestrige Revue Jedermann beruhigt, und es wird in Folge dessen hoffentlich auch das Vertrauen und der Handel sich heben. — Heute wird ganz bestimmt versichert, daß der Minister der Justiz dem Staatsprokurator und dem Polizeipräfekten Befehl gegeben habe zur Verfolgung und Verhaftung derjenigen Personen, welche gestern „es lebe der Kaiser" gerufen hatten. Dieser Ruf soll als ein Angriff auf die Verfassung der Republik betrachtet werden. — Die gestrige Revue war am vergangenen Freitag im Ministerrathe beschlossen worden. Hr. Passy, der Finanzminister, hatte zuerst von der Nothwendigkeit derselben gesprochen, um die Nationalgarde und die Armee mit der Persönlichkeit des Präsidenten bekannt zu machen. Diese Ansicht traf auf einigen Widerspruch. Auch der neue Polizeipräfekt, Hr. Carlier, stimmte dagegen. Der Präsident Napoleon wollte diese seine seiner Ansicht wissen, Hr. Rebillot machte nun bemerklich, daß die gemeinen Gesellschaften in diesen Augenblicke in ihrem Ausstreben viel heftiger seien, als früher, und daß zu befürchten stehe, sie möchten irgendeinen ovemvollen Angriff auf die Person des Präsidenten machen. „Haben wir", sagte Einem andern Einwurf," entgegnete ihm der Präsident, „Mein," antwortete Hr. Rebillot. „Gut, dann soll am Montag die Revue stattfinden. Es ist das entschied, daß ich meine förmliche Willenseinwendung kund gebe, heute aber ist sie unwiderruflich. Der Einwurf, den man mir heute macht, würde morgen und alle Tage vorgebracht werden, und es ist unbedingt nothwendig, daß ich mich der Nationalgarde und der Armee zeige." — Fürst Kalimasky, der neue Gesandte der Pforte bei der französischen Republik, ist hier eingetroffen und vom Präsidenten feierlich empfangen worden. — General Cavaignac widerspricht dem in mehrere Zeitungen übergegangenen Gerüchte, als wolle er in Folge seiner Nichterwählung eine große Reise in den Orient unternehmen. Er wird vielmehr den Sitzungen der Nationalversammlung bis zu deren Auflösung beiwohnen. — Der für Malta ernannte französische Konsul Hr. Peissiser, Offizier des Generalstabs, hat das Croquatur der englischen Regierung nicht erhalten, weil er vermöge seiner Kenntnisse in den Stand gesetzt wäre, den Plan der dortigen Befestigungen aufzunehmen. An seine Stelle ist nun Hr. Benedetti ernannt worden.

* Paris, 25. Dec. Unter den einzelnen Vorkommnissen bei der gestrigen Revue ist folgendes noch der Erwähnung werth, daß heute unter Anderem der „Moniteur" veröffentlicht. An der Spitze der Invaliden tritt, wie sich schon gestern mittheilte, General Petit. Kaum hatte ihn der Präsident erblickt, als er seinem Rappen die Sporren gab, auf den General zurennt und folgende Worte an ihn richtete: „Der Kaiser hat Sie ernannt als er seine letzte Revue abhielt; ich schätze mich glücklich, Ihnen bei meiner ersten die Hand drücken zu können." Die den Prinzen umgebende Volksmenge nahm diese Worte mit außerordentlichem Enthusiasmus auf.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

(Aus der Botschaft des Präsidenten). Der Präsident sagt, der Schatzsekretär werde in seinem Jahresberichte eine höchst befriedigende Darstellung der Finanzlage geben. Die Einfuhren des am 30. Juni abgelaufenen Finanzjahres belaufen sich auf einen Werth von 150,972,857 Dollard, wovon für 21,125,010 Dollard weniger ausgeführt ward, während der Rest für heimischen Verbrauch im Lande blieb. Der Ausfuhrwerth für die nämliche Periode betrug 154,032,131 Dollars; es wurden heimische Erzeugnisse für 132,904,121 und ausländische Artikel für 21,128,010 Dollars ausgeführt. Die Einnahmen des Schatzes in demselben Zeitraume betrugen, Anleihen abgerechnet, 35,436,750 Dollars, wovon 31,759,070 auf den Ertrag der Zölle und 3,328,642 auf den Ertrag verkaufter Staatsländereien kamen. Die Gesammtsumme der Ausgaben für 1846 war während des verflossenen Jahres von der Art, daß sie vollständig den öffentlichen Erwartungen entsprach und die früher ausgesprochene Ansicht von der Zweckmäßigkeit der durch sie in dem Einkommensystem bewirkten Veränderungen bestätigte. Die Kontrafte für die Beförderung der Posten mit den in Kriegsdampfer umzuwandelnden Dampfschiffen versprechen für den Handel und die Flotte der Union alle voraussichtigen Vortheile zu verbürgen. Auf Kosten der Post ist nichts gehoben, daß die Einnahme des Postdepartements vom Porto, dessen Sätze jetzt gesetzlich festgestellt sind, sich rasch folgern. Der Bruttoertrag des Porto's während des letzten Fiskaljahres belief sich auf 4,371,000 Dollard. Er überstieg die Portoeinnahme **des unmittelbar** vorhergehenden Fiskaljahres um 425,154 und die in den neun Jahren vor Annahme der Akte vom März 1845 erzielte Durchschnittseinnahme um 6400 Dollars. Die Einnahmen des Schatzes während des Fiskaljahres 35,437,759 und die Ausgaben 42,811,070 Dollars; die öffentliche Schuld wird zu 65,278,450 Dollard angegeben. Noch wird bemerkt, daß die Einfuhren des Jahres 1846 bis zur Eröffnung des Kongresses auf 154,977,866 und die Ausfuhren auf 154,132,131 Dollar sich beliefen. Die Botschaft verräth entschieden die Befriedigung des Präsidenten, dieselbe sei noch nie mißbraucht worden und wenig Gefahr vorhanden, sie je mißbraucht zu sehen.

Vermischte Nachrichten.

J.-München, 29. Dez. (Theater.) Gestern ging Guzkow's neuestes fünfaktiges Schauspiel: „Ditfiker", über unsere Bühne. Wir gestehen, daß der Name des Verfassers uns zu der Erwartung berechtigte, daß uns Werk werde auf geistiger Höhe stehen, wie seine früheren. Leider wurden wir diesesmal getäuscht. Wir suchten vergebens die Originalität und Frische des Talentes, welche der Dichter selber auszeichneten. Wir fanden in dem „Ditfiker" die Nachbildung einer Novelle desselben Autors, „die Geldheirath", welche einfach dialogisirt, jedes dramatischen Charakters und aller Bühnengestaltung baar ist. In dieser Skizze wurde Dr. Guzkow von Frau Birch-Pfeiffer übertroffen, und wir glauben, er sollte für die Zukunft das Geschäft des Wiederkauens der genannten Bühnenkönigin allein überlassen. An Handlung und Intrigue ist gänzlicher Mangel, sowie überhaupt das ganze Leben in diesem Schauspiele nur ein Scheinleben ist. Der erste Akt ist ein wässeriges Idyll; einzelne Charakter-Andeutungen Ditfried's und Agathe's bieten keinen Ersatz für die Langweiligkeit des Pfarrers Eberlin, den Dr. Schenk uns in möglichster Breite vorzuführen sich bemühte. Die übrigen Akte sind ein Rührei von polizeiwidrigen Intriguen, sittlich-verderblichen und einem gedrechselt sein sollenden, in der That aber herzlich langweiligen Salonstyle, so daß man das Ende des Stückes nicht ungern herannahmen sieht. — Guzkow hat in diesem Stücke den Anlauf genommen zu einer interessanten, spannenden Charakterschilderung, ist aber über die Anlage desselben nicht hinausgekommen. Dr. Dahn hat aus dem Ditfried gemacht, was nur immer daraus zu machen war, und er verdient deshalb volle Anerkennung. Fräulein Jahn hatte die etwas sentimentale „Agathe" anmuthig und natürlich vor. Fräulein Denker gab die kokette Salondame „Sitonia" mit der die Nerven des Zuschauers zerfleischenden Schärfe einer Diphonia. Der karikirte Kommerzienrath wurde von Hrn. Jost mit seinem gewohnten Humor gegeben. Graf Schönbrugk fand in Hrn Christen einen Porträtmaler, wie sich ihn der Verfasser nur wünschen konnte. Der Erfolg des Stückes war ein sehr zweifelhafter.

Börsen- und Handels-Nachrichten.

Augsburg, 28. Dez. Bayer. 3½ prozt. Obligationen 76 P. — G. 4 prozt. 88 P. Bankaktien 11. Semester — P. 590 G. Prometheen 36 P. 33 G. Lettere ohne Zinsen. Prozt. Metall. — G. Württemberg. 3½ prozt. 75½ G. 4½ prozt. 93½ G.

*Wien, 26. Dez. (Wechselpräsentirliste.) Je Fonds und Eisenbahn-Aktien wurde in diesen Letzteren Metzen, namentlich in Sprozentigen Metalliques gemacht, welche vorgestern von 79½ auf 79¾, wichen, sich gestern aber wieder auf 79¾ erholten, und gleichmäßig Lemberger Eisenbahn-Aktien (zum 65¼ auf 65¼) eine feste Haltung behaupteten. Nordbahn-Aktien 98¾ — 99½, sah ohne Umsatz. Die Spekulation auf das Welchen zeigte sich während der ganzen Woche durch fortwährende Zinsenvergütung bei stillvertretenden Anlehenszügen vorherrschend. Das bisherige nicht mehr Terrain gewann, erregt allerdings Verwunderung, besonders da bei den vielfach verwirklungsvoll geschilderten Finanzzuständen, der vorgeblichen Absetzung des Auslandes, sich bei neuen Anlehen zu interessiren, und dem als entgegengesetzt betrachteten Steigen der fremden Valuten. Dazu kam noch gestern ein Rückgang der französischen Fonds um ¾, Fcs., der zum Theil politischen Rücksichten, der Entlassung des Herzogs von Montebello, Gesandten in Paris zugeschrieben wurde. Freilich sprach man wieder auch von unaufhaltsamen Vorrücken unserer Truppen in Ungarn, und wollte auch von einem, durch fremde und hiesige Häuser zu vermittelnden Anlehen wissen, für den Fall man mit der Bankfrivilegien nicht auskommen sollte. Allein zu so schwerem Gegenstand wäre bis jetzt nicht hinreichend, wenn nicht im Hintergrunde ein dunkler Glaube an eine plötzlich eintretende günstige Veränderung auftauchte, und in den steigenden Bewegungen der andern Börsen Vorbilder sähe. Je fernden Valuten auch Spezies wurde in diesen Tagen Reicht gemacht. In den Berichten heißt es fortwährend: Wechsel stehen und sind sehr selten. Für die Börse gehen wir bis zu, für den Platz setzen wir es ein in Abrede, vielmehr glauben wir, daß derselbe kaum zu irgend einer Zeit mit so starken fremden Portefeuilles versehen war. Nur dieses sich dieselben bei fortwährender steigender Tendenz eben so wenig, als es in ähnlichem Falle die Aktionäre gethan; irgend ein Donnerwetter muß immer für das schlechte Geschäft herhalten, um die wirklichen Ursachen zu verdecken. So sind wir überzeugt, daß, wenn zufällig Gold- und Silber-Stangen vom Auslande kämen — so viel und mehr, als wir brauchen — sie sogleich zu Wünschelruthen würden, um auch hier zu Lande aufsteher gewordene Schätze damit zu heben. Bereits sind aber seitlich noch Zwanzigse mit 9½ Perzent, Zehner mit 11—12 Perzent und Napoleons mit 9½ à. gemacht. Letzteres kann nun wir nur auf Rechnung irgend einer Privatliebhaberei, nicht auf die einer Bankabtrage halten, weil derselbe auch nur 1 Prozent für Fracht, Spesen und Zinsenverlust angenommen, für den baaren Kurs die Parität von 6. 11. 40. statt 6. 11. 25. herstellt, was der geringsten Konvenienz zum Realisirungen abgeben. Der Mangel an Effektivsorte ist fortwährend fühlbar, und trotz der Bankablösung können sich Leder wie Empfänger bei den Wiederholten einer Art Antrag nicht erwehren. Wir vernehmen von mehreren Seiten, daß solche Effektenseiter kursiren; wir bezweifeln es, ohne es verbürgen zu wollen. Das verbietet Interessiertheit, daß sich auch das Verlangen nach anderen Silbermünzen von gleichem Gepräge geltend macht. Die noch bevorstehenden Posten zu den Handelskammern scheinen uns kaum noch ihrer wichtigen Bedeutung entsprechen zu werden. Wir fürchten, daß Niebel von Vorsichtigen zu viel freies Spiel den Zufall — oder was noch ärger — den Partikularinteressen eingeräumt ist. Nicht nur zwischen Bankozahlen und Bankabtrag ermöglichen Ausschläge, sie bestehen auch zwischen Anderen und Andreie, und wir erinnern uns beispielsweise an Zwanzer und Vereter, an Eisen- und Eisenwaaren-Produzenten. Das aber erwägt der Eingeweihte wohl kaum, und darum und damit uns Handelskammern zum Mißbrauch vor der wirklich von Lotterien-Interessen erschlichen, wäre uns ein Wechselkurs nach Hauptstatzorten entsprechender erscheinen. Zum Ersatz des Wiederlegwarrets findet ein Wiener Markt vom 29. Januar bis 10. Februar 1849 statt. — (11 Uhr Vormittags.) Für Spezentige Metalliques zeigt sich = 79¾ — ¾ Bezahr. Zu Livorneser Eisenbahn-Aktien 68 Einzges = 65¾, geschlossen wurden. Nordbahn-Aktien 98¾ — ¾, nominell. In Silber waren = 9½ Perzent gemacht.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

Bekanntmachungen.

Fremdenanzeige.

Hotel Munich. v. Schwapenstedt, von Preßburg. v. Popper, Privatier, von Pest. Schröder Vatter, Kaufleute, von Schwäbisch-Gmünd. Frankel, Kaufmann, von Würzburg. Glaion, Rentier, von Edinburg.

Stachusgarten. Bach, Geschäftsführer, von Fürth. Neumann, Kaufmann, von Pappenheim. Goldschmidt, Kaufmann, von Oettingen. Schaffer, Musikus, von Würzburg. Meyer, Gerber, von Augsthausen. Mad. Gruber, von Dettenhausen. Jakob, Kaufmann, von Würzburg.

Gestorbene in München.

Katharina Maier, Bauerstochter von Bauerhelfen, 50 J. a. Joseph Koch, Taglöhner von hier, 42 J. a. Elisabetha Herkl, Bürgerwitwe, 63 J. a. Dr. Johann Chrift. Weiß, ehemal. königl. Subrektor von Rohau, 52 J. a. Ursula Baumann, Maurerwittwe, 74 J. a. Alexander Geyer, polytechnischer Schüler von Speyer, 19 J. a. Sophie Dümmler, königl. Landgerichtsassessorstochter von der Ro, 28 J. a. Kaspar Keller, Taglöhner von Mehring, Lgs. Freiberg, 34 J. a. Johann Schmid, königl. Salinen-Forstkommissär, 51 J. a.

Edictalladung.

Obermeyring Beneficium betreff.

321. Auf Antrag des königl. Oberstbofmeister-Stabs des dahier wird der unbekannte Inhaber nachbezeichneter Urkunde hiemit aufgefordert, solche binnen

6 Monaten

von heute an um so gewisser bei dem unterzeichneten Gerichte vorzuweisen, als widrigenfalls diese Urkunde für kraftlos erklärt werden wird.

„Kat.-No. 2900 Einzahlungsschein per 800 fl." a 4 Prozt. 1 Juli Ausbruch aus 2325 fl. nach Urkunde des durchaufzuhaltenden Kurfürsten Maximilian vom 9. März 1629 auf Wigaleus Obermeyring — Eigenthum für das Benefizium zu Obermeyring in Folge Transp. des Hrn. Georg Konrad v. Lerchenfeld seit 1. August 1669.

Beschlossen am 22. Dez. 1848.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der königl. Direktor:
Danhauser.

Reser.

Druck der Dr. C. Wolf'schen Buchdruckerei.

Oesterreich und Papst Pius IX.

** Wir haben bereits gestern den Beschluß der kaiserlichen Regierung mitgetheilt, wonach die seit längerer Zeit schon abgebrochenen diplomatischen Verbindungen zwischen Oesterreich und dem heiligen Stuhle nun wieder angeknüpft und unverzüglich ein kaiserlicher Gesandter zum heiligen Vater nach Gaëta abgeschickt werden soll. Dieses gerade unter den gegenwärtigen Umständen und bei der Gestalt, welche die Dinge in Rom und Toskana wie in Piemont annehmen, bedeutungsvolle Ereigniß wird von der „Wiener Zeitung“ in ihrem amtlichen Theile in folgender auf die Motive zu dem Beschlusse der kaiserlichen Regierung näher eingehenden Weise angekündet.

Als Pius IX. den päpstlichen Thron bestieg, ward das Bedürfniß durchgreifender Reformen in der Verwaltung des Kirchenstaates allgemein gefühlt. In der richtigen Erkenntniß dieses Bedürfnisses betrat der neue Papst, unter dem lauten Beifall von ganz Europa, mit Entschiedenheit die Bahn des gesetzlichen Fortschrittes. Unter den enthusiastischen Bewunderern Pius IX. thaten sich am meisten die Anhänger einer Partei hervor, welche jeder gesellschaftlichen und weltlichen Autorität, als Trägern der gesellschaftlichen Ordnung, unverhohlenen Haß geschworen, und seit Jahren die italienische Halbinsel zum Schauplatz ihrer verderblichen Thätigkeit erwählt hatte. Das Spiel dieser Menschen war leicht zu durchschauen. Mit raschen Blicke hatten sie erkannt, daß nichts ihre Pläne wirksamer zu fördern im Stande sein würde, als wenn sie dieselben unter dem Deckmantel des gefeierten Namens Pius IX. fortschreiten könnten. Von nun an wurden daher alle Hebel des Umsturzes in Rom angesetzt, und so geschah es, daß diese Friedensthat in einen Tummelplatz entfesselter Leidenschaften verwandelt und zum Mittelpunkt einer Bewegung gemacht wurde, welche bald die Geister in eine Richtung trieb, die der Würde und Unabhängigkeit des Papstes, über das Maß hinaus, reiß, welches er in seinem wohlwollenden Herzen sich vorgesteckt hatte. Die eine und antibelibare italienische Republik, welche der Endzweck der Bestrebungen der revolutionairen Radikalekmist ist, war aber unmöglich, so lange Oesterreichs Macht am Po und am Tizino den Fluthen der Umwälzung einen starken Damm entgegensetzte. Da ist daher ganz natürlich, daß die Vernichtung des Oesterreichischen allgemeine Losung der Radikalen wurde, und daß sie, um diesen Zweck desto sicherer zu erreichen, um jeden Preis einen Konflikt zwischen der kaiserlichen und der päpstlichen Regierung herbeizuführen suchten, in dem richtigen Gefühle, daß die außerordentliche Popularität Pius IX. ein mächtiges Gewicht in die Wagschale zum Nachtheile des Gegners werfen würde. Wenn dieses Treiben und Hetzen der Umwälzungspartei Rom bekannt ist, so ist es nicht weniger, was in der letzten Zeit in Ferrara einen Bruch zwischen den beiden Regierungen herbeiführte, so ist dies wohl nur der hohen Mäßigung und Langmuth Oesterreichs zu verdanken, welches den Beschlagnissen des heiligen Vaters, der sich mit Spanien von der Verwendung seiner Truppen gegen die Ungläubigen in Afrika trennte, indem es sie vergessen konnte und wollte, daß der Fürst des Kirchenstaates zugleich das Oberhaupt der Kirche ist, zu welcher die Majorität der Völker Oesterreichs sich bekennt. Aber diese Mäßigung, weit entfernt, anerkannt zu werden, fachelte die wühlerische Partei zu neuen Ausbrüchen über jenen Bruch auf. Von dem Palaste der kaiserlichen Botschaft in Rom wurde das kaiserliche Wappen herabgerissen und beschimpft, und selbst der heilige Vater Selbst dem kaiserlichen Botschafter sein tiefes Bedauern über diese unwürdige Verletzung des Völkerrechtes ausdrückte, so war doch Seine Regierung, dem Ueberwunde der Parteien gegenüber, zu ohnmächtig, um die geschehene Unbilde zu sühnen. Um dieselbe Zeit überschritten die päpstlichen Truppen gegen den ausdrücklichen laut und öffentlich angekündigten Willen des rechtmäßigen Herrn, den Po, um in den Reihen der feindlichen Oesterreich zu kämpfen, und kierten hierdurch den unwiderlegbarsten Beweis, daß die Autorität des Papstes in seinem eigenen Lande zum Schatten herabgesunken war.

Als diese weltbekannten Thatsachen der österreichischen Regierung die traurige Gewißheit verschafft hatten, daß der heilige Vater nicht mehr frei und nicht mehr im Stande sei, seinen Repräsentanten den ihm gebührenden völkerrechtlichen Schutz zu gewähren, blieb ihr keine andere Wahl als den kaiserlichen Botschafter von Rom zurückzurufen.

Heute hat sich die Lage der Dinge umgestaltet. Durch den schändlichen Undank herzenlosen, denen er nur Wohlthaten spenden wollte, und die Treulosigkeit vieler Seiner Unterthanen erbohrt, und das Herzgreifende gebrochen hat sich der heilige Vater ihren Gewaltthaten durch die Flucht entziehen müssen. In Gaëta angelangt, hat er feierlich vor dem Angesichte der Welt gegen die frevenlichen Attentate des 16. Novembers protestirt und alle daraus entspringenden Akte für null und nichtig erklärt. Diese Protestation ist dem kaiserlichen Hofe in offizieller Weise mitgetheilt worden. Da aus seinem Dokumente klar erhellt, daß der heilige Vater, im Händen seiner Feinde sich befindet, so wird es wohl nur in der Absicht, zur Aufklärung Seiner Apostolischen Amtes nothwendigen Freiheit ist, so wird Sr. Majestät der Kaiser, gem dem Drange Seines Herzens folgend, die für die religiösen Interessen seiner Völker hochwichtigen diplomatischen Verbindungen mit dem Oberhaupte der Kirche wieder anknüpfen und ihm den Ausdruck der aufrichtigen Sympathien darbringen, welche die Inwohnen, das Unglück und die erhabene Stellung desselben, welche die Inwohnen, das Unglück und die erhabene Stellung Pius IX. so würdig sind. In diesem Sinne wird unverzüglich ein kaiserlicher Gesandter sich zu dem heiligen Vater nach Gaëta begeben.

David Strauß' Motive zum Austritt aus der württemb. Kammer der Abgeordneten.

** Wir haben unsern Lesern neulich den Austritt von David Strauß aus der württembergischen Kammer der Abgeordneten mitgetheilt, eben so die Verhandlung, welche, wie es scheint, der Bewegung zu diesem Schritt wurde. Indessen sagt Hr. Strauß, über dessen politische Haltung wir uns bereits anerkennend ausgesprochen haben, seine Beweggründe dazu in einem Schreiben an seine Mitbürger in Ludwigsburg, welche ihn in die Kammer gesendet hatten. In einer Weise auseinander, die auch für das größere Publikum aufgeklärt Württemberg von Interesse sein dürfte. Wir glauben daher sein Schreiben vollständig auch in unserm Blatte mittheilen zu sollen. Es lautet: Stuttgart, 23. Dez. (An meine Mitbürger in Ludwigsburg.) Wenn ich mich vor vier Wochen für den Fall erboten hatte, daß die Mehrheit von Ihnen sich der Mißlaunlaunigkeit anschließen würde, welche von einer Minderheit gegen den Grundsatz meines Künstlers Mißtrauens geäußert worden war, daß habe ich nun, so freiwillig er gethan: ich bin aus der Kammer der Abgeordneten ausgetreten. Nach jenen Vorgängen werden Sie von selbst nicht zugelaubt haben, daß meine Austrittserklärung nur in schneller Hitze über den Ordnungsruf des Präsidenten in der letzten Sitzung gegeben worden sei: im Gegentheil, kühn nicht, wie meine Freunde wissen, mein Entschluß zum Austritt schon vorher bei mir festgestanden, so würde ich es in jener Sitzung nicht bis zum Bruche haben kommen lassen. Eben so wenig dürfen Sie jedoch glauben, nachwirkender Verdruß über jene Mißfallensadresse aus Ihrer Mitte habe mir mein künftiges Wirken entleidet. Entleidet war es mir allerdings; aber nicht weil es verstritig wäre, sondern weil ich täglich mehr einsah, in dieser Kammer kein Feld für meine eigentliche Wirksamkeit zu finden. Als ich in der Frühjahr in den Landtag trat, welcher mich durch die Beilichkeit, mit der Ihr Wahlmallen für mich derselben gab, tief in der Erinnerung pospelt beschämt, da hatte, wie Sie von meiner Fähigkeit, so ich von dem Kreise meiner künftigen Wirksamkeit zuversichtlich Hoffnungen, welche sich, wie gewöhnlich, nicht erfüllen sollten. Ich trat ein, in eine Kammer eingetreten, welche, wie ich sehr verfaßte, nicht die Stimmlage besaß, mit der Regierung in jenem Verhältnisse zu stehen, welches die Konstitution zu ihrem Gedeihen voraussetzt. Als ich die Früchte dieser Ansicht ansahm, welcher mich durch die Beiterlichkeit, mit der Ihr Wahlmallen für mich derselben gab, tief in der Erinnerung pospelt beschämt, da hatte, wie Sie von meiner Fähigkeit, so ich von dem Kreise meiner künftigen Wirksamkeit zuversichtlich Hoffnungen, welche sich, wie gewöhnlich, nicht erfüllen sollten. Ich trat ein, in eine Kammer eingetreten, welche, wie ich sehr verfaßte, nicht die Stimmlage besaß, mit der Regierung in jenem Verhältnisse zu stehen, welches die Konstitution zu ihrem Gedeihen voraussetzt. Als ich die Früchte dieser Ansicht ansahm, welcher mich durch die Beil

Hand liegt, daß ich mit den Vorrechten und Sonderinteressen dieser Stände keineswegs Sympathien haben kann, sondern nur vorgefundenen die und da ihr Bürgerrecht suchte, weil der wesentlichen Elemente unter den bürgerlichen Abgeordneten zu wenige waren, und diese täglich mehr zusammenschmelzen. Jede neue Kommissionswahl, fast jede folgende Abstimmung zeigt die steigende Majorität einer Richtung, welche ohne Hemmschuh den Abbau hinunter jagen möchte, in der ausgesprochenen Absicht, den alten Staatswagen umzuwerfen und zu zertrümmern, wohin es den Passagieren dabei gehen wie es wolle. Zu diesem Zwecke, die uns in Versailles Mutwillen über jedes doch jubelte, das ihr in den bisherigen Restaurationen zu stoßen gelungen war, ohne zu bedenken, auf welchem Boden dann als dem des Rechts und der Achtung vor dem Recht ein künftiger Staat begründet werden solle. Auf solche Weise meistens fruchtlos mit der Minorität zu stürmen, und gleichsam mit meine Verwahrung gegen die zu Stande kommenden Beschlüsse zu Protokoll zu geben, das war eine Stellung, aus der ich aufschließen zu müssen glaubte. Zu meiner Ruhe, was sich für mich Verpflichtung sagen läßt, auch in solchem Falle ohne äußeren Erfolg, sein Prinzip und wäre es als der letzte Mann, zu vertheidigen. Allein es wird doch Alles darauf ankommen, ob einer in der Politik seine Lebensaufgabe erkennt, oder ob ihm auch noch für ein anderes Thätigkeitsgebiet Pflichten obliegen, deren er nur so lang und unter der Bedingung entlassen war, daß er im Augenblick auf dem politischen Felde mehr und erspießlicheres wirken könne. Letzteres ist nun mein Fall: ich betrachte mich in erster Linie als Dienstmann der Literatur, welche mir nur in obiger Voraussetzung auf eine Zeit lang Urlaub gegeben und mich der Politik abgetreten hat, mich aber nun wieder einberuft, da jene Voraussetzung nicht mehr zutrifft. Mag auch im jetzigen Augenblicke der Zeitgeist für literarische Produktionen noch nicht wiedergekehrt sein, so wird sich doch im Stillen Manches vorbereiten lassen, was zu seiner Zeit willkommen ans Licht treten mag. — Diese Erklärungen über den von mir gethanen Schritt hielt ich für nothwendig, um nicht von Ihnen mißkannt zu werden, deren Urtheil mir niemals gleichgiltig sein wird, und deren Wohlwollen ich immer nur schmerzlich entbehren würde.

Strauß.

Ansprache an den deutschen Gewerb- und Handwerkerstand.

Deutsche Arbeit ist gesährdet! Dies Wort wird genügen, um das Augenmerk des gesammten großen und kleinen Gewerbstandes auf Bestrebungen hinzuleiten, die, wenn sie Erfolg hätten, fast alle Zweige der vaterländischen Gewerbthätigkeit unterwühlen und viele fort vollständig zerstören würden. Seit mehreren Monaten hat in Frankfurt a. M. ein Verein sich vorübergehend gebildet, welcher unter dem Vorwande, den Verbrauch zu verwohlfeilern, die Einfuhr ausländischer Gewerbserzeugnisse gegen das kleinste Maß von Eingangszoll bezwecken will, in Wahrheit aber nur darauf ausgeht, den Umsang der Geschäfte weniger großer Kaufleute unserer Seestädte bis in's Maßlose zu erweitern. Derselbe stellt sich den gerechtesten Ansprüchen auf Erhöhung des Erwerbs und Arbeitsverdienstes durch zweckmäßigen Schutz entgegen, sucht zwar auch noch Arbeiterstand für sich zu gewinnen, indem er ihm vorspiegelt, wie bei wohlfeiler Beschaffung des ganzen Lebensbedarfs auch seine Interessen gefördert werden, läßt aber dabei vollständig unberührt, daß auch die größte Wohlfeilheit nur Demjenigen Nutzen bringt, der durch geschicteren eigenen Erwerb in den Stand gesetzt ist, wohlfeile Waaren zu kaufen.

Auch wir wollen Wohlfeilheit, aber wir wollen sie nicht auf Kosten der Wohlfahrt und des Aufkommens von vielen Millionen deutscher Brüder, wollen sie nicht mit dem Hunger des fleißigen Arbeiters erkauft wissen, wollen sie nicht auf dem Wege der Zerrüttung der bestehenden gewerblichen Verhältnisse, wie sie durch plötzliche Einführung der Gewerb- und Handelsfreiheit bewirkt würde.

In der jüngsten Zeit hat der genannte Verein der Handelsfreiheit in dem Entwurf eines Zolltarifs für das vereinigte Deutschland seine Absichten geltend zu machen gesucht und denselben bei den gesetzgebenden Körpern zur Grundlage der künftigen Handels- und Zollverfassung empfohlen. Wie durch diesen Tarif die Interessen des gesammten Gewerbstandes benachtheiligt werden, wird aus dem Folgenden hervorgehen.

Zuerst wird der Weberei in den drei Hauptzweigen der Baumwolle, Leinwands- und Wollwaarenfabrikation auf der Bezug ausländischer Garne erleichtert, da durch fast vollständige Aufhebung des bisherigen Zolls auf Gespinnste der deutschen Spinnerei auch fortan ihr gerechter Anspruch auf selbstständige Entwickelung geschmälert werden soll, auf der anderen Seite wurden aber auch bei Weberei, Bleicherei und Zwirnerei der Flut ausländischen Mitbewerbs alle Schleusen geöffnet. Gewöhnliche Baumwollengewebe, in deren Herstellung hunderttausende fleißige Weber jetzt ihren dürftigen Erwerb finden, sollen fortan gegen 5 Thaler Zoll per Zentner vom Auslande eingehen. Auch die feinste Leinwand soll ungebleicht nur 2, gebleicht 11 Thaler per Zentner zahlen, ein Vorschlag, durch dessen Annahme der deutsche Markt für inländische Leinen fast freigegeben würde. Von Wollenstoffen sollen Feile, Goatings, Flanels, Sibirienne zu 10 Thaler per Zentner, Merinos, Thybet, Orleans u. s. w. zu 15 Thaler per Zentner eingehen. Den Zoll auf fertige Kleider will man auf 50 Thaler per Zentner ermäßigen, und damit der Ilusion der höheren Stände, die es vorziehen, ihren Kleiderbedarf, statt von einem deutschen Arbeiter, in Paris und London erniedrigen zu lassen, noch Vorschub leisten. Alle Leibwäsche soll nur 20 Thaler per Zentner zahlen, während ein einziges feines Hemd von kaum einem Pfunde Gewicht oft viel theurer ist.

Von Metallen und Metallwaaren sollen alle Artikel im ersten Stande der Bearbeitung zollfrei eingehen, ohne Rücksicht darauf, daß nie namentlich bei Eisen und Stahl durch die Zollfreiheit unser ganzer Bergbau und Hüttenbetrieb zerstört werden würde. Von Eisenwaaren sollen geschmiedete Nägel von 2 Zoll Länge und darüber nur 1 Thlr., unter 2 Zoll lange 2 Thlr. per Zentner Eingangszoll, alle gröberen Waaren aus geschmiedetem Eisen 2 Thlr., die feinsten Stahlwaaren nur 5 Thlr., alle chirurgischen, sthronomischen u. s. w. Instrumente 6 Thlr. per Ztr. zahlen; Säge, die wie viele andere, nur die vielen Artikeln dem Werthe einen Prozentsatz mit gleich kommen und der englischen Fabrikation die einheimische sonst aufopfern würden. Die feinsten Bleiwaaren sind nur mit 5 Thlr. per Zentner, grobe mit 1 Thlr. belegt. Kupferschmied-, Gelb- und Glockengießer-, Gürtler- und Nadlerwaaren sollen gröbere zu 5, polirte u. s. w. zu 10 Thlr. per Ztr. eingehen. Die feinsten vergoldeten Bronzewaaren sollen nur 40 Thlr., alle sonstigen kurzen, Luxusartikel- und Galanteriewaaren nur 20 Thlr. zahlen. Alle Gold- und Silberwaaren sind mit 100 Thlr. per Ztr. abgefertigt, obgleich die aufgewandte Arbeit oft hundertmal mehr beträgt.

Von Holz-, Bein- und Hornwaaren soll alle Tischlerarbeit mit Einschluß der kostbarsten Möbeln zu 2 Thlr. per Zentner eingeführt werden können, auch wenn dieselbe in Verbindung mit Eisen, Messing ꝛc. gebracht ist. Die schönen englischen und französischen Fortepians würden darnach kaum mit ½ Prozent des Werthes besteuert sein. Von aufgelegter Arbeit sollen alle feinen Drechsler-, Schnitz- und Kammmacherwaaren, alle Nürnberger-Waaren und Meerschaumarbeiten nur mit 5 Thaler per Zentner belegt werden, während alle gröbere Holzarbeit vom Tischler, Drechsler, Böttcher und Korbflechter, unter dieser auch Bürstenwaaren zu 15 Sgr. per Zentner eingehen soll.

Von Leder und Lederwaaren ist Corduan, Saffiane, Marokin und feines Handschuhleder nur mit 4 Thlr. per Ztr. belegt, alles übrige Leder mit 2 Thlr. Gewöhnliche Schuhmacher-, Sattler- und Täschnerarbeit, auch das Leder und Polsterwerk an Wagen soll 5 Thlr., feinstes Sattel- und Reitzeug 15 Thlr. per Zentner zahlen; Säge, die wie viele andere, nur die rücksichtslose Bevorzugung fremder Fabrikate noch unterstützen werden.

Von Pelzwerk wird auch die feinste Kürschnerarbeit nur mit 12 Thaler per Zentner angesetzt.

Von Papier und Papierwaaren wird alles geleimte und das ungeleimte feine und bunte Papier mit 3 Thaler per Zentner angesetzt, während der Ausfuhrzoll für Lumpen ganz aufgehoben werden soll, eine Maßregel, die zur Folge haben würde, daß die hochberühmte englische Papierfabrikation der einheimischen alles Material vor wegnehme. Tapeten sollen nur 6 Thlr., eben so viel auch Buchbinderarbeiten Eingangszoll per Zentner zahlen.

Von Buchdruckerarbeiten werden alle gedruckten, gestochenen und lithographirten Formulare und Etiquetten mit 1 Thaler, Musikalien, Landkarten, Musterblätter u. s. w. mit ½, Thlr., Kupferstiche und Lithographien mit 3 Thlr. per Ztr. abgefertigt.

Glas und Glaswaaren sind fast durchgehends auf die Hälfte des bisherigen Zollsatzes im Zollverein herabgesetzt, unter dem Vorgeben, dieselben seien zu hoch belegt, während der Satz in der That oft noch nicht 10 Prozent des Werths betrug. Für feinstes geschliffenes Glas wird ein Werth von 18 Thlr. per Zentner angenommen und darnach der Zoll von 3 Thlr. bestimmt. Ungeschliffenes Spiegelglas soll auch fortan noch zu 1 Sgr. per Ztr. eingehen, während derselbe vertrags-mäßig vom 1900 preußische Quadratzoll nur 10 Thlr. per Stück Zoll zahlen sollen und für je 500 Quadratzoll größer nur 3 Thlr. Zoll mehr berechnet wird.

Bei Töpfer-, Steingut und Porzellanwaaren wird in ähnlicher Weise als bei Glas verfahren. Unter dem Vorgeben, Nordeuropa könne das englische Steingut nicht entbehren, der Zoll von 5 Thlr. auf 1 Thlr. herabgesetzt. Weißes Porzellan soll in Zukunft nur 5, farbiges, auch mit Malerei und Vergoldung versehenes nur 10 Thlr. Eingangszoll zahlen, ein Satz, der damit gerechtfertigt wird, daß der Durchschnittswerth auch für vergoldetes Porzellan nur 40 Thlr. per Ztr. sei. Porzellan in Verbindung mit unedlen Metallen ist auf 6, mit edlen Metallen auf 20 Thaler per Zentner herabgesetzt.

Alle Instrumentwaare soll nur mit 30 Thlr. per Zentner belegt werden, auch die feinste Bürstenbinder- und Siebmacherarbeit nur mit 8 Thaler.

Von Talg soll zwar der bisherige Eingangszoll im Zollverein, 3 Thlr. per Zentner, auf 15 Sgr. reduzirt werden, ohne Rücksicht auf das Schutzbedürfniß der Landwirthschaft, dafür wäre aber auch der Zoll von Lichtern aller Art von 4 auf 1 Thlr. zu vermindern, von den feinsten Toilette-Cerzen von 10 auf 3 Thlr.

Regen- und Sonnenschirme würden zu 20 Thlr. per Zentner, sonstige Fischbeinwaare zu 5 Thlr. eingehen, beides Sätze, die kaum einige Prozente vom Werthe der feinsten Waare ausmachen.

Ueberhaupt hat bei dem ganzen Tarifentwurf den Gegner offenbar auch die Absicht geleitet, den begüterten Ständen den Bezug aller Luxusartikel fremdländischen Ursprungs möglichst zu erleichtern und ihrer falschen Vorliebe für ausländische Erzeugnisse zu schmeicheln. Statt einer hohen Besteurung des Luxus in fremdländischen Artikeln begünstigt man denselben durch die niedersten Zollsätze, und dürfte neben der Schmälerung des Erwerbs den arbeitenden Klassen noch die volle Last der Staatssteuern auf.

Aus solcher Rücksicht auf Luxus und Reichthum erklärt sich auch, daß z. B. die feinsten fremden Weine nur mit 3 Thlr. per Ztr., Austern

mit 1 Thlr. per Ztr.. Delikatessen, wie eingemachte und verzuckerte Früchte, Caviar, Oliven. Pasteten, Kappern, Saucen und „andere Gegenstände des feineren Tafelgenusses“ nur mit 8 Thlr. per Ztr., Thee nur mit 6 Thlr. besteuert werden sollen. Wer vermag darin noch eine Spur von gerechter Steuervertheilung zu erblicken?

Soll aber solchem Treiben nachdrücklich entgegengewirkt werden, sollen die Grundlagen deutscher Arbeit durch dasselbe nicht unterwühlt, deutscher Fleiß nicht um seine Früchte gebracht und der Erwerbsthätigkeit und allgemeinen Besserung nicht Thor und Thüre geöffnet werden, so muß sich die Gesammtheit des kleinen und großen Gewerbstandes dagegen erheben und ihre Interessen vor dem gefragebenen Körper geltend machen.

Der unterzeichnete Ausschuß des allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze vaterländischer Arbeit komme einer ihm übertragenen Pflicht nach, indem er auf die Nothwendigkeit großer und zahlreicher Demonstrationen und Proteste gegen die erwähnten Zumuthungen der Freihändler hinweist. Er richtet an alle Theile des Gewerbstandes in Stadt und Land das Ersuchen, sich mit dem genannten Verein in Korrespondenzen oder in irgend einer unseren Verein zu gemeinsamem Wirken zu verbinden. Den Sitzungen unseres Vereines gemäß ist der Zutritt an die leichtesten Bedingungen geknüpft und die Theilnahme jeder Handwerks- und Gewerbsvorporation wird freudig begrüßt werden. Zur Beworwortung und Vermittelung von Petitionen an die Reichsversammlung im obigen Sinne sind wir gern bereit. Frankfurt a. M., den 15. Dezember 1848.

Der Ausschuß des allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze vaterländischer Arbeit.

Deutschland.

Württemberg. — Stuttgart, 25. Dez. In nächster Zeit wird die Regierung, vielseitigen Verlangen nachkommend, ein Gesetz wegen Zurückgabe der Ostdopitzel an die Gemeinden Stuttgart und Tübingen den Ständen vorlegen. Die neueste Verfassungsurkunde für den preußischen Staat verordnet dagegen in Städten von mehr als 30,000 Einwohnern die Uebertragung der politischen Funktionen auf Staatsorgane. Andere Gesetzentwürfe, welche schon vorberathen sind, betreffen Dienstzeugnisse und Militärpersonen, sowie die Deputation des Staats- und Gemeindevermögens. Die sehr einfache Motion der Abgeordneten Pfau und Rübel auf Verminderung der ständischen Diäten (von 5 fl 30 kr. auf 3 fl. bezüglich 4 fl. 30 kr.) und Reisekosten ist innerhalb drei Monaten noch nicht zur Berathung gekommen. Gleich in den ersten Sitzungen konnte die zweite Kammer mehr dahin gehen, auf Herabsetzung der Zivilliste dringen, indem mit dem Hofstaatsetat Ersparnisse dieser Art gemacht sind. Jetzt darauf zum Einklang stehe; das bewerkenswerthe Beispiel aber scheint eine Ersparniß bei den Volksvertretern nicht so schnell in seinem Interesse zu finden. Doch vielleicht wird der beantragten Herabsetzung eine rückwirkende Kraft beigelegt werden, und, da sie dies ganz in den Händen der Volksdiener liegt, die Interessirten um ein Geldtier bereitwilligst werden. Gelegentlich bemerkt sei, daß der ausgezeichnete Abg. Dr. Strauß auf jene Diäten verzichtet hat.

Der den Kammern vorgelegene Gesetzentwurf über das Verfahren in Strafsachen, welche vor die Schwurgerichte gehören, sagt: Die Geschworenen werden genommen aus denjenigen im Obergerichtsbezirke Wohnenden, 1) welche die Stelle eines Mitgliedes des Reichstages oder der Staatskammern, eines Staatsrichters oder Staatsprokurators bekleiden oder bekleidet haben; 2) welche in einer Fakultätswissenschaft, oder als Private, Verwaltungsbeamtkandidaten, Architekten, Ingenieure, Forst- und Bergfachidaten, Apotheker oder Thierärzte eine Staats- oder Fakultätsprüfung mit Erfolg bestanden haben, so wie nicht aktive Offiziere; 3) welche den höchsten Betrag an direkten Steuern entrichten, auf je 250 Einwohner des Bezirks Einer gerechnet. Gestrichen wurden: 1) die Bürgermeister, welche das 70ste Lebensjahr angetreten haben; 2) Geistliche aller Konfessionen; 3) Richter, Staatsanwälte und deren Stellvertreter; 4) die Mitglieder des Staatsministeriums; 5) aktive Militärpersonen; 6) die wegen geistiger und körperlicher Gebrechen Unfähigen. (Art. 63, 64). Mit andern Worten: Geschworner kann Keiner sein, der nicht ein Amt bekleidet oder bekleidet hat, kein Staats-Examen erlangen und kein Vermögen besitzt.

Hohenzollern-Sigmaringen. — Sigmaringen, 21. Dez. So eben ist folgendes Schreiben an das hiesige Stadtbürgermeisteramt eingelaufen: „Frankfurt a. M., 16. Dez. Das Reichsministerium des Krieges an das Stadtbürgermeisteramt zu Sigmaringen. Das Reichsministerium des Kriegs eröffnet dem Stadtbürgermeisteramt zu Sigmaringen und den Vorstehern der übrigen mit Einquartierung belegten Gemeinden des Fürstenthums Hohenzollern-Sigmaringen, auf ihr am 10. d. M. eingegangenes Gesuch, daß die militärische Besetzung des Fürstenthums bereits bis auf 2 Kompagnien, mithin soweit ermäßigt worden ist, als es die für die Wiederherstellung und Befestigung eines gesetzlichen Zustandes nöthig erscheinenden Rücksichten irgend zulässen. Eine weitere Ermäßigung der Einquartierungslast könne nur dann Platz greifen, wenn Besetzung gleich zu erachten sein, und muß daher von dem fernern Verhalten des Landes abhängig gemacht werden, wie dem überhaupt die von der Zentralgewalt verfügten militärischen Maßregeln ihren Grund nur in dem gestörten Zustand des Fürstenthums hatten. Der Reichsminister des Kriegs, Peucker.“ — Wir erfahren aus sicherer Quelle, unser Reichstagsabgeordneter Würth habe noch kürzlich berichtet, daß Volk im Fürstenthum Sigmaringen“ aufbieten wolle, einen eigenen Staat zu bilden, und in Folgedem auf das dermalige liberale Ministerium mit Württemberg vereinigt zu werden wünsche. Das Sigmaringer Verordnungsblatt welches dieses mittheilt, sagt schnerfest bei: daß in allen Kreisen, wo es zur Wahrnehmung der Gesinnungen der Sigmaringer Gelegenheit gehabt habe, nicht ein Mann der Sache des Anschlusses an Württemberg das Wort gesprochen habe und in einzelnen Gegenden des Landes Petitionen im gegentheiligen Sinne verbreitet werden.

Baden. — Freiburg, 25. Dez. Der k. k. österreichische Minister, Freiherr v. Wessenberg, ist heute von Wien angelangt, um ueberraum seinen bleibenden Aufenthalt in hiesiger Stadt zu nehmen. Möge es ihm, was sein rüstiges Aussehen hoffen läßt, vergönnt sein, noch manche Jahre der wohlverdienten Ruhe sich zu erfreuen. (Karlsr. Z.)

Preußen, — Berlin, 24. Dez. (Staatsanzeiger.) Aus dem Ministerium der geistlichen Angelegenheiten geht uns folgende Mittheilung zu: Die Verfassungsurkunde vom 5. d. M. bestimmt im Art. 12: daß die evangelische und römisch-katholische Kirche, so wie alle übrigen Religionsgesellschaften, ihre Angelegenheiten selbstständig ordnen und verwalten sollen. Hierdurch hat der Minister der geistlichen Angelegenheiten sich aufgefordert gesehen, unverzüglich diejenigen Maßregeln zu ergreifen, welche erforderlich sind, um jene Selbstständigkeit der kirchlichen Gemeinschaften in geordneter Weise zur Wahrheit werden zu lassen. Es ergab sich hierbei zunächst in Beziehung auf die evangelische Kirche, daß die Voraussetzung eingetreten sei, unter welcher bereits im Oktober d. J. die Ueberzeugung der inneren Kirchenverwaltung auf die evangelische Abtheilung des Ministeriums zu selbstständiger Ausübung in Ausdruck gestellt worden war. Es wird also lediglich dafür Sorge getragen werden, daß diese Einrichtung, welche bei ihrer Anknüpfung vielfältig als angemessen anerkannt worden ist, demnächst in das Leben trete. Ferner aber erschien es als nothwendig, die Betathung der Statuten, welche zu einer definitiven Gestaltung der Verfassung zu thun sein werden, schon jetzt in ein weiteres Stadium einzuführen. Bisher ist über die schon vor längerer Zeit bleibfällig getroffenen Einleitungen eine allgemeine Debatte gepflogen worden, in welcher sich eine große Anzahl von Geistlichen und weltlichen Gemeindegliedern von den verschiedensten Standpunkten aus haben vernehmen lassen. Gegenwärtig wird es nun darauf ankommen, das auf diesem Wege gewonnene Material der Begutachtung durch die kirchlichen Behörden und die Vertreter der theologischen Wissenschaft zu unterwerfen. Es wird mithin unverzüglich an die Konsistorien der theologischen Fakultäten die Aufforderung ergehen, sich in so kurzer Frist, als es die Beteutung des Gegenstandes gestatten, zu äußern, damit die ferneren Einleitungen von Seiten des Ministeriums der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten sofort getroffen werden können. — Auf die römisch-katholische Kirche findet der allgemeine Grundsatz der Verfassungsurkunde, besonders in Betreff der Verwaltung des Kirchenvermögens, Anwendung. Es wird nun auch erforderlich sein, mit den Bischöfen der verschiedenen Diöcesen regulirt werden, wegen der königlichen Ober-Präsidien verwandt mit der erforderlichen Instruktion werden versehen werden. Auf diesem Wege wird es möglich werden, die in der Verfassungsurkunde enthaltene Verheißung zu verwirklichen, wonach den geordneten Oberen der Verwaltung zu unterbreiten und die Interessen der Kirchen zu gestärken.

Oesterreich. — † Wien, 27. Dez. Die Briefe, welche von Offizieren der italienischen Armee einliefen, lassen nicht bezweifeln das Einrücken der k. k. Truppen in die Lebensstaaten zur Wiedereinsetzung des Papstes. — Heute sindet über eine Versammlung der Wähler nach Frankfurt statt, in welcher die Schmerling, einen Wahlmann ernennen. Es wird übrigens daß derselbe sich neuerdings auf 3 Wochen nach Frankfurt begibt. — Der schon lange gefaßte Beschluß, die Ausübung der Advokatur freizugeben, soll nun in Leben treten, und nur die eriagte Doktorswürde und die abgelegte Advokaturprüfung zur Bedingung gestellt werden. — Rudolf v. Bober, als Statistiseller unter dem Namen Meyerstals bekannt, ist nicht (wie früher gemeldet) Administrator in Gomorn, sondern in der kleinen Festung Leopoldstadt, die so eben vom Korps des Feldmarschall-Lieutenants Simunich besetzt wird. — Bober war früher Offizier und hat zeit jener den Rang eines Majors mit 6000 fl. Gehalt. Das Gerücht, daß seine Güter eingezogen seien, ist schon deßhalb nicht wahr, weil er seine hat; seine Frau ist Erbin ungarischer Güter und Besitzerin der Villa bei Preßburg. — Der Bürgermeister von Preßburger Komitat ist gestänglich entlassen; der Stadtrichter in Preßburg — Bajoz — seiner Stelle entsetzt und in Untersuchung. Der Buchhändler Schalda, ein Sprachmeister und mehrere Andere sind eingezogen worden. Man hat besonders jene Freischärler im Auge, die den Einbruch bei Schwechat unterstützten. — Uebrigens glauben die Behörden in Preßburg, der Rückzug der Magyaren sei nur eine Kriegslist und in Pest wird das Gerücht emsig verbreitet, die Franzosen würden zu Hülfe kommen. — Der Zeitungsberichterstatter Roiser in Preßburg ist gefänglich, der evangelische Prediger Raiza aber gelangen, welcher nicht blos als Feldprater bei den Ungarn den Kanikkrum begleitete und sich sogar auch mit dem edlen Geschäfte des Briefauffangens und Spionirens abgab. — Die Erbvolk Innsbruck ist über zwei des dahin Entsandt der Nationalität gestorben. Der Verdächtigkeiten zu erregen und namentlich deshalb, weil der Stand der italienischen Angelegenheiten zu Konflikten führen könnte. — Aus einem als halb offiziell zu betrachtenden Artikel im neuesten Ofenüger Korrespondenten geht die Ansicht hervor, daß der Kongreß, der zu Brüssel erst Mitte Januar zusammentritt, sich lediglich auf eine Friedensvermittlung zwischen Dänemark und Schweden beziehen und somit den Ereignissen in Mittelitalien freies Spiel belassen werde. — Fortwährend kommen hier viele Auswanderungen nach Amerika statt und das dazu eingerichtete Bureau hat vollauf zu thun; besonders wandern viele Handwerker aus. — Die am Fuße des Schneeringes unterbrochene Glogginger-Eisenbahn soll nun über densel-

heit durch das letzjende Reichsmanifest und die Willigerklärung selbst werden. — Von der Börse drückte der Verkauf von 45 Nordbahn-Aktien aus Einer Hand den Kours dieses Effekts auf 98 und ging dadurch an der Börse bis 97½, wozu jedoch Geld blieb. Andere Aktien und Fonds belebt und fest schließend. In Wechseln wenig Umsatz. — 5% Metall. 79¼, 4% 65½, 2½% 41¾, Bankaktien 1105, Lose von 1834 140¼. Dessen von 1839 85¼, Nordbahn 98, Mailänder 66, Glogganitzer 98, Pester 70, Oberunger 85¾, Theiß-Bahnbesitzer —.

† Wien, 27. Dezember. Armeebülletin. Das Hauptquartier St. Durchl. des Herrn F.-M. Fürsten Windischgrätz ist heute den 26. d. M. bis St. Miklos nächst Hochstraß vorgerückt. Die Vorposten stehen eine halbe Stunde vor Raab. Allenthalben werden die k. k. Truppen von den Bewohnern auf das Freundlichste empfangen, so daß selbe in voller Sicherheit in dieser rauhen Jahreszeit in den Ortschaften kantonniren können, und außer den Vorposten zwei Bereitschaften keine Mannschaft über Nacht im Biwouak steht. Die Kolonne des Oberstenn Hartwig, welche bisher Odenburg besetzt hatte, rückt heute in Kapuvar ein, wodurch über Csorna die Verbindung mit dem rechten Flügel der Hauptarmee erfolgt ist. Eben so ist ein anderes Streifkorps unter dem Oberst-Lieutenant Graf Altham über Güns nach Steinamanger im Marsch, wo es in Verbindung mit jenem Korps kommen wird, welches unter dem Feldzeugmeister Grafen Nugent von der steirischen Gränze her, über Lövö nach Kömörn vorrückt. Ihre Zweck scheint somit vorzüglich mit Entfernung der Insurgenten, Raub und Plünderung beschäftigen. So hat ein Rebellen-Häuptling, Schröder genannt, aus der Komitats-Kasse in Odenburg 33,000 fl. C. M. weggeführt, dagegen ungarische Banknoten als vermeintlichen Ersatz zurückgelassen. Nach Nachrichten aus Wiersch vom 17. d. M., hat der serbische Wojwode General Suplicacz die ungarischen Insurgenten aufs Haupt geschlagen, nachdem selbe schon früher einige errungene Vortheile wieder verloren hatten. Indem Temesvar der eine Kolonne unter dem Oberst Blomberg in ihrem Rücken angegriffen hat. In den Karpathen hat die rauhe Jahreszeit die Verbindungen sehr erschwert. Ein Theil der bei Silein geschlagenen Insurgenten, unter dem Rebellen-Häuptling Balogh, hatte sich etwas zurückgezogen, weil die Abtheilungen unter dem Feldmarschall-Leutenant Simunich bad obere Waagthal bedrohten. Der Feldmarschall-Leutenant selbst kehrt vor Leopoldstadt, um diese kleine Festung zu besichtigen. Alle Meldungen, welche von Wien bis Tyrnau, auf der andern Seite bis Odenburg, sind beruhigend, und eröffnen die Verbindung eben so sehr, als sie die Nachrichte für die Armee erleichtern. Wien am 26. Dez. 1848. Vom Militär- und Civil-Gouverneur. Welden, m. p. Feldmarschall-Leutenant.

Das kaiserliche Manifest an das Sachsenvolk in Siebenbürgen, dessen wir bereits in unserer gestrigen Beilage kurz erwähnten, lautet vollständig wie folgt:

„Wir Franz Joseph der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich ꝛc. ꝛc., entbieten Unserem lieben und getreuen Sachsenvolke Unseren kaiserlichen Gruß und die Versicherung Unserer Huld und Gnade. Als Wir bei dem Antritte Unserer Regierung alle unter Unseren kaiserlichen Krone vereinigten Völker überblickten, war es Unserem Herzen wohlthuend, und hat Uns hohen Trost gewährt, in einer Zeit, wo jene Bande, welche Treue und Anhänglichkeit der Völker an den Thron vielfachen Versuchungen aufgestellt und die Begriffe von Freiheit und Unabhängigkeit zur Verwirrung der Gemüther mißbraucht wurden, die hohe Aufopferung zu erkennen, mit welcher Ihr bereitwillig Haus und Hof, Werkstätten und Pflug verlassen, und mit freudiger Hingebung von Gut und Blut die Waffen ergriffen habt, um den seit Jahrhunderten bestehenden Bau der Gesammtmonarchie, ihre Einheit und Kraft, so wie die Rechte Unseres kaiserlichen Hauses in dem Augenblicke drohender Gefahr zu flügen und zu schirmen. Thron und Staat, für die Ihr gekämpft, werden Euch die verdiente Anerkennung zollen, und die Bürgschaften zu schützen wissen, welche Euere von Unseren Ahnen so oft belobte Tapferkeit, Ausdauer und Treue, vornehmlich aber Euer Sinn für Ordnung und Gesetzlichkeit und der verminderte Gebrauch der bisherigen unter Euch heimisch gewordenen Freiheit für den Glanz der Krone und den Bestand des Staates gewähren. So gerechtet Uns daher zur erfreulichen Beruhigung, den Wünschen Unserer getreuen sächsischen Nation, welche dieselbe durch ihre Abgeordneten Uns vorgetragen hat, Unsere kaiserliche Genehmigung ertheilen zu können. Der Inhalt dieser Wünsche hat Uns Euere richtige Erkenntniß von der Nothwendigkeit einer einigen und starken Gesammtmonarchie und eines organischen Verbandes der einzelnen Nationen auf Grundlage der Gleichberechtigung beurkundet, und diese Grundsätze sind es eben, welche Mir bei Unserer Thronbesteigung Unseren Völkern verkündet haben, und in der Erfüllung Unserer Regentenpflichten stets vor Augen halten werden. Das uralte Recht der unmittelbaren Unterstellung der Nation unter die Krone, der innige Verband mit der Gesammtmonarchie und die dadurch bedingte unmittelbare Verbindung der Zentral-Nationalbehörde mit dem verantwortlichen Ministerium in Unserer Residenz, so wie die Vertretung der sächsischen Nation durch ihre eigenen Abgeordneten auf einem allgemeinen Österreichischen Reichstage sind Wünsche, welche Unserem Allerhöchsten Willen, auf Grundlage der Gleichberechtigung und freien Selbstbestimmung der Völker den Neubau des Staates zu vollführen, hilfreich entgegen kommen. Indem Wir daher diesen Wünschen der getreuen sächsischen Nation Unsere kaiserliche Genehmigung ertheilen, haben Wir unser Einem Unseren k. k. Ministerium beauftragt, sich mit diesem der sächsischen Nation und rücksichtlich der Nationalunmittelbarkeit in amtliche Verbindung zu setzen, und die von diesen Behörden Unserer Allerhöchsten Entscheidung vorzulegenden Vorstellungen, Berichte, wie auch alle in den Bereich der sächsischen Nation fallenden Bitten, Gesuche und Klagen der Privaten, entweder Unserer Allerhöchsten Einsicht und Entscheidung, oder der entsprechenden Amtshandlung zu unterziehen. Was die Art der Theilnahme Unserer getreuen sächsischen Nation an der Volksvertretung der Gesammtmonarchie durch ihre eigenen Abgeordneten, dann auch die Anzahl der Vertreter anbelangt, so behalten Wir Uns darüber das Einvernehmen mit der gesetzlichen Vertretung der Nation und die hiernach zu erfolgende Einberufung ihrer Abgeordneten bis zu jenem Zeitpunkte vor, in welchem die organischen Gesetze über die definitive Gestaltung eines allgemeinen österreichischen Reichstages, wie auch die Wahlmodalität festgestellt sein werden. Mit großem Vertrauen Unserer getreuen Nation einen sicheren, den Bedürfnissen Unserer kaiserlichen Huld und Gnade, und verleihen Uns hierdurch, daß sie in dem engen Verbande mit dem Herzen und den höchsten Interessen der Monarchie, für ihre Blüthe, Kräftigung und ihr Gedeihen die beruhigendsten Bürgschaften anerkennen wird. Olmütz, 21. Dezember 1848."

(Lloyd.)

Italien.

Rom, 20. Dezbr. Gestern Nachmittags 3 Uhr machte der Circolo Popolare, oder um es richtiger zu nennen, das von einigen Demagogen geleitete Proletariat, einen neuen Versuch. Mit zwei gedruckten Anlagen, der eine „an die Römer," der andere „an die Soldaten aller Waffengattungen," zeigte er an, daß seine Absicht nur gewesen sei, von den Kammern eine provisorische Giunta und die Verkündigung der Constituante zu verlangen, und zu diesem Ende spreche er wiederholt Unterstützung und Mitwirkung an. Jedermann umsonst. Alle, die Fahnen nieder, und einige Kanaillen verschwanden vom Platze. Es mögen das 500 gewesen sein. Mittlerweile fanden auf dem Ponteplatz, wo viele Kompagnien der Linie standen, lebhafte und heftige Verhandlungen statt. Mehrere Mitglieder der Bürgerwehr selbst, die wegen ihrer Vorliebe für die Demokratie bekannt sind, bevorteten für die Constituante, viele riefen Beifall, und viele andere schrien Nein dazwischen; alle aber stimmten darin überein, daß man die fremden Agitatoren aus aller Herren Land aus der Stadt jagen müsse. Endlich nach vielem Hin- und Herreden, wie es Römern gewöhnlich zu gehen pflegt, einer den andern nicht verstand, entwarfen einige Obersten im Namen der Civica eine Adresse, in welcher sie die Konstituirung der römischen Staaten und die Verbannung der Ruhestörer verlangten. So endigte der Tag. Es scheint nun, daß Corsini, Camerata und Galletti neuerdings ihren Eintritt in die Giunta zugesagt haben, welche bestimmt ist, die beste Gewalt im Staate vorzustellen. Noch ist es gewiß, daß, wie bei drei vorgenannten Personen, Galletti, Corsini, Camerata, die schwere Aufgabe übernommen haben. Sie haben eine Proklamation an die Völker der römischen Staaten erlassen. Die Kammern verhandeln und salbadern über den Charakter und die Attribute der Constituante und die Grundlagen der neuen Wahl. Masina ist auch verhaftet. Garibaldi muß Rom verlassen. Die Stadt ist ruhig.

Schweiz.

Tessin. Laut dem diesigen Republikaner hat seit dem Abzuge der eidgenössischen Truppen der Notenwechsel wieder begonnen. Radetzky soll sich in einer Note beklagen, daß der Bürgerkrieg fortdauernd in diesen Kanton nicht verhindert werde, in einer andern soll er Flüchtlinge anzeigen, die Fiormontesen verstecken halten und endlich beschwere er sich darüber, daß die eidgenössischen Repräsentanten die eidgenössischen Truppen entlassen haben.. Der Republikaner sagt, findet den Wachsenhand ganz in Ordnung und hofft, die eidgenössischen Repräsentanten werden Radetzky's Forderungen entschieden zurückweisen.

Nachschrift.

△ Paris, 26. Dezbr. Odilon Barrot hat heute das Programm des Kabinets der Nationalversammlung verkündet. Es lautet mit seinen Worten: Moralische und materielle Ordnung im Innern, Friede nach Außen mit steter Wahrung der höhern Rücksicht auf die Nationalehre. Es wurde mit Beifall aufgenommen.

Paris, 26. Dezbr. 3proz. 46.50, 5proz. 76.30. Obligat. —. Bankaktien 1170.—. Staatsobligationen 1225. Vier Kanäle —. Comptoir von Lyon —. Nordbahn 5proz. von 1840 81¼, von 1842 85 4½proz. —. 3proz. —. 2½proz. —. Belg. Staat —. Neapl. 5proz. 78 —. Röm. 5proz. 67. Span. 3proz. 27. Aktive —. Passive —. Neue —. Bank —. St. Germain 350.—. Versailles (rechte) 130 — (link) 117.50. Orleans 737.50. Rouen 452.50. Havre 222.50. Marseil 190.—. Lyon 87.100. Bergen 258.75. Boulogne 200.—. Bordeaux 387.50 Nordbahn 393.75. Montereau 100.—. Lyon —. Straßburg 343.75. R. 342.50. Nantes 322.50. Dieppe —. Creaux —. Montpellier —.

J. B. Vogl, verantwortlicher Redakteur.

GERICHTLICH VERSIEGELTES EXEMPLAR

Druck der Dr. Wolf'schen Buchdruckerei.